KAIS. KÖNIGL. HOF-BIBLIOTHEK
104.974-D
ALT 9

Digitized by Google

J. H. 313.

Digitized by Google

104974-D

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 91. — 1. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. = **München.** Prof. Phillips. — Die Ministerverweser. — Dankgottesdienst in **Günzburg.** 0 **Leipzig.** Turnwesen. 0 **Chemnitz.** Petition der Weber und Wirker. — Feuer in **Königsbrück.** — Das Feuer in **Rochlitz.** † **Hannover.** Landtag. Pastor Schläger. — Die Auswanderung aus **Württemberg.** — Sicherheitsmaßregeln in **Karlsruhe.** * **Mainz.** Die Bürgerversammlungen. Die Civilehe. ± **Gotha.** Die Eisenbahnverbrechen. — Die **koburger** Stadtverfassung. * **Frankfurt a. M.** Drohbriefe. Die Lutherstiftung.

Preußen. (+) **Berlin.** Die Schullehrer. †† **Breslau.** Die Arbeiter. — Lützowdenkmal.

Oesterreich. * Von der galizischen Grenze. Bauerncreß.

Spanien. Der Congreß. Das Cabinet. General Manso durch Fulgosio ersetzt. General Puig Samper. Graf Bresson.

Großbritannien. Parlament. Die Erklärung wegen der Montpensier'schen Heirath. Inaugurirung des Prinzen Albert als Rector. Lord J. Russell. Einsturz eines Viaducts.

Frankreich. Deputirtenkammer. Unsicherheit. Die Linienschiffe Jena und Friedland. Leichenbegängniß der Mademoiselle Mars. Orkan. ** **Paris.** Die Wahlreformdebatte.

Schweiz. Die Stiftungen in Genf.

Italien. Das Preßedict. — Der Getreidehandel. Die Censoren. Die Zeitungsstempel. — Don Enrique. Der Kaiser von Rußland.

Griechenland. Die Abgeordnetenkammer.

China. Bevölkerung.

Columbien. Die Expedition des Generals Flores.

La Plata-Staaten. Der Krieg zwischen Buenos Ayres und Montevideo.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Die Ueberlandpost. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 28. März. Wenn sich ein seit gestern Mittag allgemein verbreitetes Gerücht bestätigt, so ist nunmehr auch der Mit- oder vielmehr Hauptredacteur der Historisch-politischen Blätter, Dr. Gregor Phillips, seiner Functionen als Professor des deutschen Privat- und Kirchenrechts sowie der Geschichte an unserer Universität entbunden und zum Rath bei der Regierung in Landshut ernannt worden. Indem wir vorläufig die Thatsache selbst, an welcher zu zweifeln wir keinerlei Ursache haben, einfach mittheilen, enthalten wir uns jedes erläuternden Zusatzes. Professor Phillips wie Professor Höfler haben sich, der Erstere schon länger, Letzterer besonders seit dem Beginne des jüngsten Landtags, viel zu offenkundig auf dem Gebiete derjenigen Tagesbestrebungen bewegt, welchen jetzt plötzlich ein gewaltiger Damm entgegengestellt wird, als daß überhaupt ihre Mitverwickelung in die über eine vor kurzem noch so mächtige Partei jetzt gekommene Katastrophe im Allgemeinen etwas Befremdendes haben könnte. Indessen bietet sich doch gar Manches dar, was genauer und ruhiger ins Auge gefaßt zu werden verdient, als es im ersten Augenblicke noch der Fall sein kann, und darum behalten wir uns einen umfassendern Bericht ausdrücklich vor. An einem zuletzt heilsamen und die Wissenschaft fördernden Ausgange der Krisis für unsere Universität lassen die über jeden Zweifel erhabene Huld und Liebe des Königs für diese größte und schönste unserer Bildungsanstalten sowie die Weisheit und der eifrige Wille der königl. Räthe keinen Augenblick zweifeln.

— Das neueste **bairische** Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des königl. Hauses und des Aeußern, wonach der König den Ministerverwesern, sofern sie Staatsräthe im ordentlichen Dienst oder wirkliche Mitglieder des Staatsraths sind, für die Dauer der Verwesung das Prädicat Excellenz bewilligt hat.

— In **Günzburg** fand am 17. März auf Veranstaltung der Schullehrer des Gerichtsbezirks ein Dankgottesdienst statt dafür, daß König Ludwig auch ihnen eine Theuerungszulage zugewendet hatte. Bei der Feier des Hochamts trug ein Chor von 30 Sängern eine Messe Palestrina's vor, dann folgte das Salvum fac Regem, und nach dem Gottesdienste drückten die Lehrer in frohem Cirkel durch das Volkslied: „Heil unserm König! Heil!" noch insbesondere ihre Dankbarkeit aus für die königliche Fürsorge in so schwerer Noth. (A. Z.)

0 **Leipzig**, 31. März. Seit etwa zwei Jahren besteht und gedeiht hier ein „allgemeiner Turnverein", welcher sich für seine ernsten und nützlichen Zwecke viele Theilnahme und dessen Leitung sich solches Vertrauen erworben hat, daß auch die städtischen Behörden dem Vereine wohlwollende Beihülfe geschenkt, ihm einen Turnplatz kostenfrei zur Verfügung gestellt und einen jährlichen Beitrag von 200 Thlr. bewilligt haben. Selbst seine finanziellen Verhältnisse sind, nach dem veröffentlichten Wirthschaftsplane, höchst befriedigend. Wie viel Segensreiches er für die Entwickelung und Heranbildung der Jugend, für die Kräftigung und Stärkung des reifern Alters, für die Heilung mancher Krankheiten gewirkt hat, läßt sich in keinem „Wirthschaftsplane" darlegen, trägt aber deshalb nicht weniger reiche Früchte und Zinsen. Indessen würde das Unternehmen nicht so freudig erblühet sein und dastehen, wenn nicht vielfache persönliche Aufopferung der Unternehmer und Leiter sich bethätigt hätte, und wol mag es auch von dieser Seite aus zu wünschen sein, daß ihnen der Gemeinsinn Leipzigs den Beweis gebe, wie ihre Bemühungen auch im weitern Kreis Anklang finden, und wie bereit man ist, ihnen die wünschenswerthe Aufmunterung zu geben. Es ist nun jetzt im Plane, eine Turnhalle zu erbauen, worin weniger reiche und bevölkerte Städte des Vaterlandes Leipzig bereits in sehr rühmlicher Weise vorangegangen. Es handelt sich um ein Capital von 5000 Thlr., was in mit 4 Proc. verzinslichen Actien à 10 Thlr. aufgebracht werden soll und zu dessen Verzinsung die von der Stadt bewilligten 200 Thlr. allein bestimmt bleiben sollen. Gewiß wird der Turnrath sich in so schöner Sache nicht vergeblich an seine Mitbürger gewendet haben. Gar manche Richtungen unsers Civilisationslebens fodern dringender als je ein Gegengewicht in erhöhter Kräftigung des Körpers, und die physische Gesundheit ist eine wichtige Grundbedingung der geistigen und sittlichen.

0 **Chemnitz**, 30. März. Die hiesigen Weber- und Strumpfwirkerinnungen haben dieser Tage, wie wir hören, eine Petition mit einigen Tausend Unterschriften an die Staatsregierung gelangen lassen, worin dieselben bitten, die Regierung möge bei ihren Ansichten über Schutzzölle beharren, der Einführung von Rückzöllen oder Ausfuhrprämien ihre Zustimmung nicht geben und dahin trachten, daß der Eingangszoll auf Twiste wieder auf 2 Thlr. herabgesetzt werde. Hervorgerufen ward diese Petition durch eine Denkschrift der hiesigen Baumwollspinner und einer Anzahl Fabrikanten, unter dem Titel: „Denkschrift der chemnitzer Gewerbtreibenden", welche höhere Schutzzölle verlangt und die vor einiger Zeit an Regierung und Stände übergeben wurde.

— In **Königsbrück** sind in der Nacht zum 29. März 34 Wohngebäude auf der Braugasse, Kirchgasse und einem Theile des Marktes, unter ihnen auch das Rathhaus, in Asche gelegt worden. Das Ministerium des Innern hat sogleich 500 Pfd. Brot, 10 Ctr. Mehl und 300 Thlr. an baarem Gelde dahin abgesendet, wie auch der König bereits eine namhafte Summe zur Unterstützung angewiesen hat.

— Nach dem Berichte des Rochlitzer Wochenblattes sind bei dem Feuer in **Rochlitz** am 21. März (Nr. 84) zerstört worden: 10 brauberechtigte Wohnhäuser, 13 Seiten- und 6 Hintergebäude durch die Flammen, 5 Wohnhäuser durch Einreißen; 2 brauberechtigte Wohnhäuser sind beschädigt und 38 Familien mit 167 Seelen obdachlos geworden.

† **Hannover**, 28. März. Die Stände haben den Antrag der Regierung: den harburger und Geesthafen mit ihren Gebieten von der Zollgrenze des Landes auszuscheiden und beide zu Freihäfen zu erklären, mit großer Bereitwilligkeit genehmigt. Sie haben sogar ihre Zustimmung zur Ausdehnung dieser Maßregel auf die Emshäfen im voraus angeboten, die auch in der Absicht der Regierung liegt. Der Beschluß der II. Kammer, die Herausgabe von Zeitungen in die concessionsfreien Gewerbe einzureihen, ist gestern wieder aufgegeben, nachdem der Vertreter des Ministeriums des Innern, Hr. Bening, erklärt hatte, daß die Regierung durch einen Beschluß des Bundes verhindert sei, auf diese Bedingung einzugehen, folglich das Gewerbegesetz fallen müsse, wenn die Kammer dabei beharre. Die Opposition verwarf den Einwand: es gäbe keinen derartigen Bundesbeschluß, ein solcher sei hier niemals in der vorgeschriebenen Form veröffentlicht, und die Regierung habe weder die Pflicht noch das Recht, Zeitungen außer an die Censur auch noch an Concessionen zu binden. Alsdann Hr. Bening eröffnete, jener Beschluß beruhe auf einer geheimen Convention, nämlich den Wiener Conferenzbeschlüssen, widersprach der Abgeordnete für Osnabrück, Dr. Droop, aufs entschiedenste der Anerken-

104 974 - D
1847
2

Digitized by Google

nung dieser Beschlüsse und ihrer verbindlichen Kraft für Stände und Regierungen der Bundesstaaten. Der Abg. Sandvoß und einige Andere traten ihm bei, selbst Stimmen aus der Partei der Vermittelnden gaben zu, daß die Ständeversammlung sich um jene Conferenzbeschlüsse nicht zu kümmern hätte, wenn auch die Regierung daran gebunden sei. Eine dritte Partei, die der Freunde des Gesetzentwurfs, ließ diese Fragen bei Seite und hielt sich nur an die kategorische Erklärung, daß mit der Behauptung dieses ständischen Beschlusses das Gesetz fallen würde, und da das Gesetz eine ziemliche Mehrheit in der Kammer hat, so entschied diese Erklärung. Unter Widerspruch von 19 Stimmen wurde der Beschluß wieder aufgegeben. Die Debatte, über deren Verlauf wir das Nähere in unserer Zeitung lesen, soll von ungewöhnlichem Interesse gewesen sein. Die Arbeiten der Stände sind vor dem Osterfeste nicht mehr zu erledigen, weshalb beide Kammern eine dreitägige Vertagung beschlossen haben. Viele Abgeordnete der II. Kammer werden indeß schwerlich zurückkehren; sie ist schon jetzt auf die Hälfte ihrer Vollzahl reducirt.

Der Pastor prim. Schläger in Hameln, ein um das Wohl seines Heimatlandes vielfach verdienter Mann, der Schöpfer und Gründer des Taubstummen- und Blindeninstituts, hatte die Absicht, eine Gustav-Adolf-Zeitung zu begründen. Die Concession wurde ihm aber versagt. Schläger wird sich nun außerhalb Hannovers eine Stätte für seine Zeitung suchen müssen.

— Ueber die ins Große gehende Auswanderung aus Württemberg heißt es im Schwäbischen Merkur aus **Rottenburg**: „Nie war die Auswanderungslust in unserm Oberamte größer als gegenwärtig, und insbesondere regt sich dieselbe unter den ledigen Männern vom Gewerbestande, die nach Amerika in die Fremde gehen. Indessen werden wol in nächster Zeit manche Familien von ihrem Vorhaben, auszuwandern, abstehen müssen, da durch die vielen Güterverkäufe die Güter unwerth und die Gelegenheiten, die Zieler umzusetzen, selbst gegen bedeutenden Abzug, rar geworden sind." — Ebenso aus **Oberndorf**: „Das Auswanderungsfieber dauert fort; mehre Gemeinden strengen sich sehr an, um ärmern Einwohnern zur Reise nach der neuen Welt nachzuhelfen; von Seedorf z. B. wandern gegen vierzig Personen, von Winzeln 36 Familien aus, und beide Gemeinden gehören zu den wohlhabendsten des Bezirks."

— Aus **Karlsruhe** vom 27. März schreibt man dem Mannheimer Journal: „Heute Nacht patrouillirten 300 Mann von der Schützen-, Spritzen- und der Turngesellschaft in der ganzen Stadt und waren in einzelnen Wirthshäusern als ihren Standorten vertheilt, um die Stadt in Sicherheit zu halten, die nach einer Zigeunerprophezeiung am 28. März in Brand aufgehen sollte. Einzelne Familien in der Stephanien- und der Akademiestraße haben schon seit einigen Tagen ihre Wäsche ꝛc. eingepackt. Obige Patrouillen ziehen auch in der folgenden Nacht durch die Stadt."

* **Mainz**, 26. März. Die Bürgerversammlungen, welche bei uns in der letzten Zeit in Folge der Berathung der hessischen Ständeversammlung über das neue Ewilgesetzbuch in Mode kamen, scheinen mit dem Augenblick ihre Wichtigkeit verloren zu haben, wo die Polizei aufhörte, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken. Ob der Stoff erschöpft, ob der Eifer erkaltet ist: gewiß ist nur, daß die jüngsten Versammlungen, welchen kein Polizeicommissar beiwohnte, ganz und gar unbedeutend waren. Hrn. v. Gagern's Eintritt in die Kammer gab noch einmal diesen Versammlungen einigen Enthusiasmus, dann aber verschwand dieser ganz. Man muß aber nicht glauben, daß die Liebe der Rheinhessen für unsere rheinischen Rechtsinstitutionen geschwächt wäre; dieselbe hat im Gegentheil während der Debatten in Darmstadt zugenommen, besonders beim Anblick der ungeheuern Anstrengungen, welche die rheinhessischen Deputirten machten, zu retten was noch zu retten ist. Allein als man sah, daß die jenseitigen Deputirten mit Hartnäckigkeit Alles zurückwiesen, was ihnen für das neue Gesetzbuch aus unsern diesseitigen französischen Institutionen empfohlen wurde; als man ferner sah, daß die erste Kammer sogar das Wenige beanstandete, was die rheinhessischen Deputirten in der Kammer durchgesetzt hatten; als man wahrnahm, daß alle Demonstrationen an dem festen Willen der Regierung, den neuen Gesetzentwurf durchzusetzen, scheiterten, gab man die Sache verloren und ein tiefer Unmuth ist an die Stelle der Oppositionslust getreten. Dieser Unmuth ist in den letzten Tagen noch gestiegen, seitdem der Bischof von Mainz in der ersten Kammer sogar gegen den Rest von Civilehe mit Feuer und Schwert loszog, welchen der Entwurf und die Debatte in der Kammer der Abgeordneten adoptirt hatten. Man hält es daher für bloße Verstellung, wenn die hiesigen ultramontanen Blätter sich das Ansehen geben, als seien sie selbst für das Beibehalten der Civilehe.

ɔ **Gotha**, 27. März. Auch für unser Herzogthum ist nun die Lücke, welche in der Strafgesetzgebung dadurch entstanden ist, daß die Verbrechen und Vergehen durch Beschädigungen von Eisenbahnen oder Gefährdung der Transporte auf denselben vermöge ihrer Eigenthümlichkeit eine besondere criminalistische Beachtung in Anspruch nehmen, durch ein Gesetz vom 15. März ausgefüllt worden. Und zwar ruht dieses Gesetz auf ganz denselben Principien und stellt ganz entsprechende Strafbestimmungen auf, wie die in den letzten Jahren von mehren andern deutschen Staaten (Württemberg, Mecklenburg, Hannover, Sachsen-Weimar-Eisenach) erlassenen desfallsigen Gesetze. Wer vorsätzlich an Eisenbahnanlagen, an den Transportmitteln oder sonstigem Zubehör solche Beschädigungen ausübt oder auf der Fahrbahn in irgend einer Weise, durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung der Schienen ꝛc. solche Hindernisse bereitet, durch welche der Transport auf diesen Bahnen in Gefahr gebracht wird, hat Corrections- oder Zuchthausstrafe von einem Jahre bis zu zehn Jahren verwirkt. Ist in Folge einer solchen Handlung ein Mensch am Körper oder an der Gesundheit erheblich beschädigt worden, so tritt vierjährige bis zwanzigjährige, und wenn ein Mensch das Leben verloren hat, zehnjährige bis lebenswierige Zuchthausstrafe ein. Ist hierbei die Tödtung beabsichtigt worden, so finden die Strafgesetze gegen den Mord Anwendung.

— Die Dorfzeitung schreibt aus **Koburg** vom 24. März: „Unsere Stadt hat eine neue Verfassung erhalten; die Sitzungen der Stadtverordneten sind nach derselben öffentlich."

* **Frankfurt a. M.**, 29. März. Wie verlautet, waren hier gestern Abend außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, in Folge von Drohbriefen, die ausgestreut worden seien, und in welchen man höchst verbrecherische Projecte gegen das Eigenthum angekündigt haben soll. Diese Briefe könnten wol nur das Product des Wahrsinns oder der größten Bosheit sein. — Die Ausstellung von Frauenhandarbeiten zum Besten der Lutherstiftung war sehr zahlreich besucht, und es soll durch den Absatz von Loosen ein sehr namhafter Betrag erzielt worden sein.

Preußen.

(+) **Berlin**, 28. März. Ein Correspondent der Magdeburger Zeitung benachrichtigt uns, daß die Staatsverwaltung wiederum einen Antrag, die Lage der Schullehrer betreffend, an den Vereinigten Landtag bringen werde, da diese auch von der Presse unterstützte Angelegenheit bisher nicht den Erfolg gehabt habe, den man wol habe erwarten können. Blos die Provinz Preußen mache in dieser Beziehung eine rühmliche Ausnahme, indem sie auf die Absicht der Staatsregierung eingegangen sei. Die Foderung, welche die Staatsverwaltung zu Gunsten der Volksschullehrer an die Stände gestellt habe, gehe dahin, daß den Volksschullehrern wenigstens ein jährliches baares Einkommen von 100 Thlr. außer freier Wohnung gesichert werde. Diese Anfoderung an die Stände sei also höchst gemäßigt, sodaß es den Menschenfreund fast überraschen müsse, daß die sämmtlichen Stände des Staats dieser billigen Foderung nicht schon früher entgegengekommen seien, da man in Betreff der Bedeutung der Volksschullehrer im Staate doch keine Zweifel hegen könne. Das Wahre an dieser Sache ist, wie wir durch den königl. Schulrath Otto Schulz erfahren, Folgendes. Die Regierung hat wol seit Jahren daran gearbeitet, die Lage der Volksschullehrer zu verbessern, aber bestimmte Propositionen deshalb hat sie den Provinzialständen noch nicht gemacht. Was über den Gegenstand auf den Provinziallandtagen verhandelt werden, hat in Petitionen einzelner Lehrer, oder Lehrvereine, oder auch einzelner Städte seine Veranlassung gehabt; die Anträge haben aber nicht eine so zahlreiche Unterstützung gefunden, daß die Stände zu einer Petition an die Regierung Veranlassung gehabt hätten. Die Regierung hat nun ihre Vorschläge an die für jede Provinz besonders zu erlassende Schulordnung geknüpft, und die Umstände haben sich so gefügt, daß die Schulordnung für Preußen schon dem letzten Provinziallandtage vorgelegt werden konnte, während die Provinzialschulordnungen für die übrigen Provinzen erst dem nächsten Landtage vorgelegt werden können. Die Angabe, daß die Regierung für jeden Volksschullehrer ein baares Gehalt von 100 Thlr. nebst freier Wohnung ꝛc. gefodert habe, wird auch wol einer Berichtigung bedürfen, da doch wol zwischen Stadt- und Landschullehrern sowie zwischen Haupt- und Hülfslehrern ein Unterschied zu machen sein wird. Uebrigens steht die Eröffnung des Vereinigten Landtags so nahe bevor, daß wir den Erfolg wol abwarten können.

†† **Breslau**, 29. März. In den letzten Tagen der vorigen Woche tauchte hier von neuem die Besorgniß vor Erneuerung der Arbeiterunruhen auf, die, wie aus Nachstehendem einleuchten wird, nicht unbegründet war. Als am 23. März die früher beim Stadtgraben beschäftigt gewesenen Arbeiter neue Beschäftigung vom hiesigen Magistrat zugewiesen erhielten, wurde ihnen dabei gleichzeitig von dem Oberbürgermeister die Eröffnung gemacht, daß die Stadtcommun sich außer Stande sähe, das bisher üblich gewesene Taglohn von 8 Sgr. zu zahlen, und es auf 7½ Sgr. herabsetzen müsse. Dies erfuhr damals keinen Widerspruch von Seiten der Arbeiter, die sich in diese Herabsetzung des Taglohns scheinbar ruhig fügten. Einzelne von ihnen aber stießen Drohungen aus, daß sie am Sonnabend, dem gewöhnlichen Auszahlungstage für die Arbeiter, die Beibehaltung des frühern Taglohns sich zu erzwingen wissen würden. Diese Einzelnen wurden jedoch bald der Polizeibehörde denuncirt, die sie, um Ruhestörungen zu verhüten, auch sofort verhaften ließ. Außerdem hatte ein hiesiger Zimmermeister gegen 20 seiner Gesellen, die zum größten Theil Nichtbreslauer sind, wegen Mangel an Arbeit ent-

Digitized by Google

lassen müssen. Die Entlassenen nahmen dies jedoch nicht so ruhig hin und drohten, im Vereine mit ihren Mitgesellen sowol den Zimmermeister zu einem neuen Arbeitszettel zu zwingen, als auch in der Stadt Excesse zu verüben. Von diesen wurden die drei muthmaßlichen Rädelsführer ebenfalls in polizeiliche Haft gebracht. Diese Vorfälle nun brachten das Gerücht von dem Ausbruch eines neuen Tumults in Umlauf, welches noch durch die Erneuerung der militairischen Vorsichtsmaßregeln, die sich jedoch nur auf Verstärkung der Wachen beschränkten, an Consistenz gewann. Am 27. März Nachmittags patrouillirten einige Cavalerie- und Infanteriepikets auf den Straßen und eine nicht unbedeutende Militairmannschaft ward vor dem Oderthor in der Nähe des städtischen Bauhofs, wo die Auszahlung der von der Commun beschäftigten Arbeiter stattzufinden pflegt, aufgestellt. Man fürchtete, daß an dem genannten Orte leicht wegen der Lohnherabsetzung die Excesse beginnen könnten, die um so bedenklicher geworden wären, als dort gegen 500 Arbeiter ihr Lohn ausgezahlt erhielten. Doch zeigte sich unter ihnen auch nicht die geringste bedenkliche Stimmung, sie begaben sich nach Empfang desselben einzeln nach Hause. Selbst die dort in der Nähe befindlichen Branntweinschenken blieben an jenem Abende wider Erwarten leer. Es schien, als ob der Arbeiter diesmal seinen ganzen Erwerb blos zu den nothwendigsten Ausgaben für sich und seine Familie verwenden wollte.

Bei den Excessen am 22. März Abends sind auf Seiten des Militairs drei Küraſſiere und ein höherer Offizier derselben Waffe durch Steinwürfe verwundet worden. Die drei Küraſſiere werden an ihren Wunden in einem der hiesigen Militairspitäler behandelt. Der Offizier soll in Folge eines Steinwurfs so unglücklich vom Pferde gestürzt sein, daß er besinnungslos liegen blieb und in seine Wohnung getragen werden mußte. Doch sollen die Wunden, die er erhalten, nicht bedenklich sein.

— Am 28. März fand in **Berlin** auf dem Garnison-Offizierkirchhofe die Aufstellung und Einweihung eines Denkmals statt, welches die noch lebenden ehemaligen Freiwilligen vom Lützow'schen Freicorps in treuer Anhänglichkeit und Liebe ihrem tapfern Führer in dem Befreiungskampf 1813 und 1814, Adolf v. Lützow, aus Granit hatten fertigen lassen. Der Granitblock trägt die goldene Inschrift: „Dem Andenken des königl. preußischen Generalmajors Adolf v. Lützow, geb. den 18. Mai 1782, gest. den 6. Dec. 1834; dem deutschen Manne, stark, treu, fest, tapfer und unerschütterlich im Sturme der Zeit; dem verehrten Führer der schwarzen Freischar in den Befreiungskriegen 1813 und 1814, von seinen Waffengefährten 1847." (Berl. Z.)

Oesterreich.

*Von der galizischen Grenze, 27. März. Unter den galizischen Bauern scheint der alte Haß der Slawen gegen die Niemcy (die Deutschen) theilweise von neuem erwacht, und zwar so, daß er Bedenken erregend ist. Von allen den einzelnen Conflicten, welche zwischen Deutschen und galizischen Bauern neuerdings sich zugetragen, will ich nur einen, der im Gebiete des ehemaligen Freistaats Krakau vor wenigen Tagen vorgefallen und mir von dem betreffenden Beamten ausführlich mitgetheilt worden ist, erwähnen. Auf einem Gut in jenem Gebiet, auf welchem ein deutscher Oberbeamter angestellt ist, dessen Namen ich aber auf das Gesuch des Erzählers verschweige, ließ der dortige Pfarrer von einem Bauer Pappeln, die auf dem Grund und Boden der Herrschaft standen, entästen. Der Bevollmächtigte der Herrschaft ließ es jenem Bauer untersagen, woran dieser sich jedoch nicht kehrte, indem er sich auf das Geheiß des Pfarrers, dessen Robother er war, berief. Da der genannte Beamte unmöglich annehmen konnte, daß der Pfarrer einen seiner Leute zu Verletzung fremden Eigenthums anhalten würde, so schickte er den Schulzen des Ortes und noch einen Mann in die Wohnung des betreffenden Bauers, wohin sich dieser inzwischen begeben hatte, und ließ ihn auffodern, sofort auf das herrschaftliche Schloß behufs Vernehmung zu kommen. Da jedoch der Bauer dieser Auffoderung keine Folge leistete, so sah sich der Bevollmächtigte veranlaßt, zur Erreichung seines Zwecks selbst in dessen Wohnung zu gehen. Kaum war er dort angelangt, als er von der inzwischen dorthin gekommenen Pfarrwirthin mit den gröbsten Schimpfreden insultirt wurde, sodaß er es für besser fand, wieder in das Schloß zurückzukehren. Wie er aber über die Schwelle der Hütte treten wollte, begegnete ihm der Pfarrer an der Spitze von fünf mit Stangen und Knütteln bewaffneten Männern, die, der Pfarrer zuerst, unter dem Rufe: „Schlagt den deutschen Hund todt, schlagt nur zu, bis er sich nicht mehr rührt," über den Beamten herfielen und auf ihn einhieben. Auf seinen Hülferuf erschien sofort ein Verwalter, um ihm beizuspringen, doch wurde dieser, noch ehe er etwas für den Bevollmächtigten thun konnte, von einem gewaltigen Schlage mit einer Stange so heftig getroffen, daß er sofort besinnungslos zu Boden fiel. Vielleicht würde auch der Bevollmächtigte, der nur mit Mühe den nach ihm geführten Schlägen ausweichen konnte, zu Boden geworfen und todt geschlagen worden sein, wären nicht bald vom Schlosse her auf sein Rufen Leute ihm zu Hülfe gekommen, worauf sich der Pfarrer mit seinen Leuten sofort zurückzog und in seinem Gehöfte fest verrammelte. Der gemishandelte Beamte begab sich hierauf nach dem Schlosse und machte dann, bevor es dem Pfarrer gelingen konnte, die Gemeinde gegen ihn aufzuwiegeln, bei den nächsten Behörden von dem Vorfalle sofort Anzeige.

Spanien.

Die Berathung des Congresses über §. 9 der Antwortsadresse, welcher das Staatseinkommen oder die Finanzen betrifft, beschäftigte sich am 19. März mit dem Amendement des Hrn. Bermudez de Castro, welches eine Bevorwortung war, bei den zu erwartenden Reformen des Tarifs das dem Handel, der Industrie und dem Ackerbaue nachtheilige Verbotssystem aufzugeben. Der Finanzminister Hr. Santillan wollte nicht zugeben, daß das Verbotssystem in Spanien herrsche, da nur 93 von ungefähr 1300 Artikeln dermalen nicht zugelassen würden. Die Inbetrachtnahme des Amendements wurde mit 115 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Die Berathung ward über ein zweites Amendement, das auf die große Umsicht hinwies, welche bei Zollfragen angewendet werden müsse, vertagt. Zu einer lebhaften Besprechung gab eine Interpellation des Hrn. Altuna wegen des vor einigen Wochen aus der Bidassoa unter Beistand bewaffneter französischer Boote und drohender Aufstellung von Militair am Ufer entführten französischen Schiffes Anlaß. (Nr. 70.) Er foderte die Regierung auf, trotz der Spanien betroffenen Misgeschicke vor Europa zu beweisen, daß es noch kein französisches Departement sei, und hoffte, daß die französische Regierung die nothwendige Genugthuung nicht verweigern werde. Sollte er aber darin irren, so werde es Zeit sein, jene Sprache des Hrn. Donoso Cortes anzuwenden, daß das Land sich einer solchen Demüthigung nicht fügen werde, so lange es Ehrenmänner in den Cortes und Spanier in Spanien gebe. Der Marineminister Hr. Oliwan erklärte, nach Erzählung des Hergangs in der Bidassoa, daß der Commandant von Guipuzcoa, sobald er vom Erscheinen französischer Truppen gehört, sofort die Aufstellung spanischer angeordnet und befohlen habe, etwanige Gewaltschritte mit Gewalt abzuweisen. Die Regierung habe das vollkommen gebilligt und nichts davon gewußt, als sie Befehl zur Entlassung des französischen Schiffes gegeben, daß die Franzosen drohend aufgetreten waren, in welchem Falle sie die Auslieferung des Schiffes verweigert haben und eher bis zum Aeußersten gegangen sein würde, als das Geringste von den Rechten Spaniens zu vergeben. Die Franzosen bezeichneten diese Rechte als zweifelhaft; allein das wären sie keineswegs. Sechshundertjähriger Besitz spreche für Spanien, daß die Bidassoa ihm allein gehöre. Die drohenden Schritte der Franzosen bei der erwähnten Veranlassung hätten die Regierung übrigens zu dem Verlangen gerechter Genugthuung bei der französischen bewogen. Der Abg. Jaen verbürgte sich insbesondere für die zuverlässige Unterstützung der baskischen Provinzen bei einer solchen Frage der Nationalehre, und Hr. Lujan wies bitter darauf hin, daß die Franzosen, die sich eine gerechte Nation nennten und nach so vielem Einfluß in Spanien strebten, allezeit Diejenigen wären, die Spanien in seinen Grenz- und Küstenberechtigungen beeinträchtigen wollten.

— Vom 21. März wird aus **Madrid** geschrieben, daß noch immer eine Modification des Cabinets droht, obgleich kürzlich der Congreß ein Vertrauensvotum abgab. Unter Anderm wurde erzählt, die Königin habe gegen den Minister des Unterrichts, Hrn. Roca de Togores, bestimmt ausgesprochen, daß sie Hrn. Pacheco im Cabinete oder ihn ein Cabinet bilden zu sehen wünsche. Man legt ihr auch die Aeußerung in den Mund, daß sie kein französisches Ministerium wolle.

— Der Generalcapitain von Madrid, General Manso, hat seine Entlassung eingereicht und ist durch General Fulgosio ersetzt worden. Man glaubt, er habe diesen Schritt gethan, um nicht zur Verfolgung des Generals Serrano mitwirken zu müssen. Der Letztere ist jetzt öffentlich aufgerufen worden, sich binnen 30 Tagen vom 21. März an zur Verantwortung zu stellen. Sein Versteck ist unbekannt oder scheint wenigstens so, und man glaubt, die Königin nehme sich seiner besonders an.

— General Puig Samper ist dieser Tage an einem Lungenübel gestorben.

— Es heißt in **Madrid**, daß der Graf Bresson nicht wieder als Botschafter zurückkehren, sondern in gleicher Eigenschaft entweder nach London oder Wien versetzt werden würde.

Großbritannien.

London, 26. März.

Das Oberhaus ließ gestern die Entwässerungsbill nach erfolgter dritter Lesung passiren. Auf Lord Stanley's Antrag bewilligte der Colonialsecretair Earl Grey die Vorlage der Correspondenz über die Zurückberufung des Gouverneurs von Vandiemensland Sir E. Wilmot. Das Unterhaus trat schon um 12 Uhr zusammen. Ehe es zur Hauptfrage der Tagesordnung, die fortgesetzte Berathung der irischen Armenbill im Gesammtcomité kommen konnte, wurden durch J. O'Connell und S. O'Brien Einwendungen gegen die begonnene Entlassung von Arbeitern, welche zeither bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigt waren, von Lord G. Bentinck die schon mehrmals erhobenen Vorwürfe gegen die Regierung wieder erhoben, daß sie die kleinen Pächter in Irland nicht mit Aussaat versehe. Dem Letztern hielt Hr. Williams das Beispiel eines kleinen Ortes in Southwales, wo binnen acht Tagen 3000 Pf. St. zur Unter-

Digitized by Google

stützung der Bedürftigen aufgebracht wurden, zur Nachahmung für die irischen Magistrate und Gentry entgegen, und der Kanzler der Schatzkammer erklärte geradezu, daß er von Lord G. Bentinck's wiederholt aufgestellten Angaben nicht weiter Notiz nehmen werde. Einige andere Mitglieder des Hauses äußerten sich bestimmend. Zu einer weitläufigen Unterhaltung führte dann Sir G. Grey's, Ministers des Innern, Ankündigung einer Bill gegen das Vagabundiren in Irland, wodurch dem unbemessenen Eindringen irischer Armer nach England und Schottland gesteuert werden soll. In Liverpool langten in diesem Jahr allein schon 60,000 Irländer, 20,000 davon, um nach Amerika überzusiedeln, an. Endlich kam man zur Comitéberathung, und ein Amendement Hrn. Hume's, welches die aus Grundbesitzern bestehenden ex officio Mitglieder der Armenpflegebehörde eines Bezirks, die von einem Viertel im ersten Entwurfe der Bill, jetzt auf die Hälfte vermehrt worden sind, zu beseitigen bezweckte, ward nach langer Verhandlung mit 154 gegen 26 Stimmen abgelehnt und die Clausel dann mit 133 gegen 21 Stimmen der Bill einverleibt, von welcher hierauf alle noch übrigen Clauseln gutgeheißen wurden.

In der heutigen Oberhaussitzung wurde von Lord Monteagle, bis 1839 als Hr. Spring Rice bekannt, der Antrag auf ein Specialcomité zur Untersuchung des Armenwesens in Irland gestellt, wobei die Unterstützung arbeitsfähiger Armer außerhalb der Armenhäuser besonders ins Auge gefaßt werden sollte. Der im Interesse der irischen Grundherren gegen die beim Unterhause jetzt in Berathung befindliche irische Armenbill gerichtete Antrag wurde nach kurzen Verhandlungen mit 39 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Von den heutigen Unterhausverhandlungen im Generalcomité über die Zollbill erwähnen wir vorläufig, daß ein Antrag Lord George Bentinck's, dieselbe an ein Specialcomité zu verweisen, der auch im grundherrlichen Interesse gestellt ward, mit 185 gegen 68 Stimmen abgeworfen wurde. Auf Vorschlag des Kanzlers der Schatzkammer wurde der Differentialzoll zwischen Rum aus den Colonien und britischen Spirituosen anstatt auf 6 Pence die Gallone, auf 9 Pence festgesetzt.

— Es ist nicht unwichtig, daß der Globe, eins der für ministeriell geltenden Blätter, gegen die von deutschen Zeitungen aus Berlin gebrachte Nachricht, daß Lord Palmerston abermals bei den Cabineten von Wien und Petersburg um eine förmliche Erklärung wegen der Montpensier'schen Heirath nachgesucht habe und daß von diesen Höfen die Zustimmung zu den von der preußischen Regierung über diesen Punkt ausgesprochenen Ansichten erwartet werde, bemerkt: „Wir haben Grund zu glauben, daß, insofern von einem neuerlichen Schritte bei der österreichischen und russischen Regierung die Rede ist, ein Irrthum obwaltet. Allein in einem Augenblicke, wo man in Frankreich zu dem Glauben zu verleiten versucht, der Kaiser von Rußland trachte den König der Franzosen für sich zu gewinnen, dürfte es wichtig sein, den wahren Stand der Montpensier'schen Heirathsfrage, so weit sie die nordischen Mächte betrifft, mitzutheilen. Wir können behaupten, daß alle Mittheilungen, die über diesen Gegenstand zwischen dem britischen Cabinet und den drei großen nordischen Höfen stattgefunden, durchaus zu dem Schlusse berechtigen, als bestehe keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß diese Heirath dem Geiste des Utrechter Vertrags und dem Gleichgewichte der Mächte in Europa entschieden zuwider sei. Wenn Oesterreich, Preußen und Rußland nicht ein förmliches Document aufgesetzt und unterzeichnet haben, worin sie ihre Ansicht über die Angelegenheit aussprechen, so unterblieb es nicht, weil diese Mächte anderer Meinung sind als Lord Palmerston, oder weil sie abgeneigt sind, etwas der französischen Regierung Misliebiges zu thun; sondern nur deshalb, weil sich einer solchen Erklärung die praktische Schwierigkeit entgegenstellt, daß die drei nordischen Höfe die Königin von Spanien nie anerkannt haben. Dies wird jedoch nicht hindern, daß der französischen Regierung Andeutungen der Art gemacht werden, die sie durchaus alle Hoffnung aufgeben lassen werden, als könnte es ihr gelingen, die Wirkung des von der englischen Regierung gegen diese Heirath erhobenen Protestes zu schwächen."

— Die Inauguration des Prinzen Albert als Kanzler der Universität Cambridge fand gestern durch eine große Deputation derselben von 30 Personen, der sich noch 130 Universitätsmitglieder angeschlossen hatten, im Thronsaale des Buckinghampalastes statt. Der Prinz trug die Robe als Kanzler, deren Schleppe von den Stallmeistern Oberst Bouverie und Obristlieutenant F. Seymour gehalten ward. Der Prinz stand in geringer Entfernung von dem Throne, der weggenommen, vor dem aber ein prächtiger Sessel aufgestellt war. Der Vicekanzler hielt zuerst eine englische Anrede, verlas die Einsetzungspatente, nahm dem Prinzen den Suprematseid ab und hielt dann eine zweite, lateinische Rede, die schließlich der Prinz auf Englisch beantwortete. Die Herren wurden sodann in der Bibliothek mit einem prächtigen Frühstück bewirthet. Abends gab der Prinz der Deputation im Buckinghampalast ein Bankett, zu welchem der Herzog v. Wellington und mit einigen andern ausgezeichneten Personen auch der Sprecher des Unterhauses, der ehrenwerthe Charles Shaw Lefevre, gezogen wurde, weshalb das Unterhaus, um demselben die Theilnahme möglich zu machen, sich gestern bereits nach 6 Uhr vertagte.

— Lord J. Ruffell hat als neugewählter Rector der Universität Glasgow derselben eröffnen lassen, daß ihm die öffentlichen Geschäfte erst nach Beendigung der Session des Parlaments gestatten würden, Glasgow zu besuchen.

— Auf der im Bau begriffenen Liverpool-Bury-Eisenbahn ist am 23. März ein Viaduct von 21 Bogen eingestürzt, wovon die 6 letzten vor kurzem fertig geworden waren. Kein Mensch ist dabei verunglückt, weil heftiger Regen das Arbeiten nicht erlaubte. Die Spannung des zuerst brechenden Bogens war 35 Fuß, die der andern 30 Fuß. Einer der Bogen war als schadhaft schon erkannt, und wenn der Regen nicht verhindert hätte, die bereits angeordneten Arbeiten zur Aushebung und zum Neubau desselben an demselben Tage zu treffen, würde das Unglück vielleicht nicht erfolgt sein.

Frankreich.

Paris, 27. März.

Die Deputirtenkammer nahm gestern nach Votirung einiger Gesetzentwürfe von örtlichem Interesse die vertagte Debatte über den Duvergier'schen Wahlreformantrag wieder auf. Hr. Blanqui verwahrte sich zuvörderst im Namen der Abtheilung Conservativer, die man jüngst eines Mangels an gelehriger Hingebung beschuldigt und selbst Verräther zu schelten Miene gemacht habe, daß das Alles nicht auf sie passe. Sie wären vielmehr aufmerksame Schildwachen, welche Lärm machten, wenn die Besatzung drinnen einzuschlafen drohe. Die Ablehnung der Inbetrachtnahme des Vorschlags scheine ihm übrigens nicht als letztes Wort, das sie in dieser Angelegenheit abgeben würden. Für jetzt wünschten sie nur zu hören, ob die Regierung in der That durchaus gar nichts thun wolle. Sei das ihre Absicht, so würden am Schlusse der Legislatur sie, die Conservativen, und nachdem sie die Lage des Landes sorgfältig geprüft, zu einem Schritte auf dem Wege der Reform rathen, wenn, was ihnen lieber wäre, die Regierung nicht die Initiative ergreifen sollte. Unter diesem Vorbehalte stimme er gegen die Inbetrachtnahme. Hr. Guizot betrat nun die Rednerbühne und erklärte, daß er nach genauer Prüfung des Duvergier'schen Projects nur ein Parteimanoeuvre oder ein Phantasiestück darin zu erkennen vermöge. Das jetzige System der Wahlen bestehe gegen 30 Jahre. In seiner ersten Hälfte habe es von den Angriffen der Gewalt zu leiden gehabt, die es fortwährend fälschen wollte und darin den Widerstand der Nation erfuhr. Nach 1830 sei es modificirt worden und habe einen ganz andern Kampf zu bestehen gehabt. Es habe über die Anarchie triumphirt wie über die Manoeuvres der Gewalt. Und ein binnen solch kurzer Zeit so harten und schweren Prüfungen unterworfenes System verlange man jetzt, daß es verurtheilt und geschmäht werde. „O, wenn es reden könnte, es würde mit großem Recht über Undank klagen!" Am Schlusse seiner langen, im Einzelnen gegen den Antrag gehenden Rede wendete sich der Minister noch an die progressiven Conservativen, für die Hr. Blanqui gesprochen hatte, und sagte, daß sie, die Minister, so gut den Fortschritt wollten wie jene. Wenn sie sofort beim Beginn der Arbeiten der neuen Legislatur eine dritte Partei bilden wollten, so hätten sie jetzt die Gelegenheit. Diejenigen, welche einsähen, daß die Regierung den Fortschritt wolle, indem sie gleichzeitig conservativ zu sein sich bestrebe, würden der Mehrheit treu bleiben. Vollkommen nenne er das Wahlgesetz nicht, der vorliegende Antrag aber würde dasselbe noch mehr verderben. Versprechen wegen der Zukunft wolle das Ministerium nicht geben. Für jetzt aber halte es das Rühren ans Wahlgesetz für ungeeignet. Herr Berryer erklärte sich noch für die Inbetrachtnahme. Nachdem Hr. Duvergier dann zur Rechtfertigung gesprochen und versichert hatte, er habe seinen Antrag im Interesse der Ordnung und Freiheit gemacht, und möge es kommen wie es wolle, so werde er den Muth deshalb nicht verlieren, lehnte die Kammer mit 252 gegen 154 Stimmen die Inbetrachtnahme ab.

— Im Departement du Loiret ist es nothwendig geworden, Getreide- und Lebensmitteltransporte durch Militair begleiten zu lassen, um sie gegen die Angriffe der Bevölkerung sicherzustellen.

— Auf der Rhede von **Toulon** sind am 23. März die von Brest erwarteten Linienschiffe Jena und Friedland eingetroffen.

— Ehegestern hat das Leichenbegängniß von Mademoiselle Mars mit großer Feierlichkeit stattgefunden. In der Madeleinekirche wurden die Schnüren der Sargdecke von Hrn. Kératry, Vicepräsidenten der Commission für die königl. Theater, dem Adjutanten des Königs und Deputirten Hrn. Liadières, Baron Taylor, HH. Auber und Samson von der Comédie française gehalten, deren gesammte Mitglieder nebst vielen Künstlern von den andern Theatern, einer Menge Schriftsteller, Componisten, Musiker ꝛc. der Feierlichkeit beiwohnten und die Geschiedene dann zu ihrer letzten Ruhestätte, nach dem Kirchhofe Père-Lachaise, begleiteten. Ueber 40 Wagen, in denen alle Mitglieder der Comédie française und andere Schauspielerinnen in großer Trauer sich befanden, folgten dem Zuge.

— Die Insel St. Mary, westlich von Madagaskar gelegen, ist am 16. und 17. Dec. von einem gewaltigen Orkan heimgesucht worden. Die am 13. Dec. von Bourbon abgesegelte Fregatte Belle Poule empfand die Wirkung desselben 40 Seemeilen von St. Mary und erlitt an

Digitized by Google

Segeln und Masten vielfache Beschädigungen. Sie ward fast eine Stunde ganz auf die Seite gelegt und man befürchtete schon, daß Masten und Kanonen würden geopfert werden müssen. Um die einen Tag früher von Bourbon abgegangene Brigg Bereau war man sehr besorgt.

** **Paris**, 27. März. Die düstern Wolken, die sich am Horizonte des Cabinets zusammengezogen und es mit einem herannahenden Sturme bedrohten, haben sich glücklicherweise wieder zerstreut, Hr. Guizot und das Journal des Débats athmen wieder frei, denn in der viertägigen Sonnenfinsterniß haben von der lieben frommen fetten Heerde nur fünf Schafe sich verirrt, die jedoch so genau den Weg zu ihrem Stalle kennen, daß sie ehestens von selbst wieder zurückkehren werden. Man brauchte eben nicht sehr wetterkundig zu sein, um vorauszusehen, daß dem Staatsschiffe keine wirkliche Gefahr drohe und nach einigem Donnern und Wetterleuchten das Meer der Majorität in vereinter Spiegelglätte sich nach wie vor still und ruhig fortbewegen werde. Wir unsererseits haben nie gesagt, nie geglaubt, es sei wirklich Gefahr vorhanden; da aber das ministerielle Organ seit drei Tagen in sichtbarer Angst war und einen Schiffbruch besorgte, so lohnt es sich vielleicht der Mühe, zu untersuchen, ob der Stevermann es war, der das Unglück beschworen, der einen Theil der Mannschaft, die ihn umbringen wollte, weil er sie so lange vom verheißenen Lande des Fortschritts entfernt halte, besänftigt und zum Gehorsame zurückgeführt hat. Nein, die Rede des Hrn. Guizot, ohne ihren Werth herabsetzen zu wollen, hat diese Wirkung nicht hervorgebracht, und wenn es wahr ist, daß die Progressisten ihn zu opfern im Begriffe waren, so hat er sein Leben eher seinem Gegner, Hrn. Odilon-Barrot, als seiner eignen Beredtsamkeit zu verdanken. Der Anführer der Linken, der sein Talent und seine Popularität in einem zehnjährigen Kriege parlamentarischer Intriguen abgenutzt, ist ein so altersschwacher Taktiker geworden, daß ihm selbst die letzte seiner Waffen, die Taktik, den Dienst versagt. Nachdem er in der Debatte über die Adresse die ganze Majorität als ein reines Product der unreinen Corruption bezeichnet hatte, bestieg er vorgestern die Tribune, um einen Theil dieser Majorität als das Muster parlamentarischer Unabhängigkeit und Unbescholtenheit hinzustellen. Er sagte den conservativen Progressisten so viel Schönes, er spendete ihnen ein so unbedingtes Lob, daß wirklich ein ungewöhnlicher Grad von Selbstbeherrschung dazu gehörte, der lenkenden Stimme nicht zu folgen. Das war gewiß sehr fein und sehr klug, allein nicht dazu gemacht, um großes Aufsehen zu erregen, Hr. Odilon-Barrot aber liebt es, die Rednerbühne nicht zu verlassen, ohne die Kammer auf eine oder die andere Weise aufgeregt zu haben und ein Echo der Aufregung in einem halben Dutzend Tagesblätter zu finden. Zu diesem Zwecke hat er denn die Ernennung des Hrn. de Carné, zum Chef der Abtheilung für Handelsangelegenheiten im Ministerium des Aeußern einer tugendhaften Analyse unterworfen und sich sehr beredt darüber entrüstet, daß ein Mann, der im Jahr 1842 ein Amendement gegen Hrn. Guizot gestellt, heute eine hohe Stelle von diesem annähme. Hr. de Carné ist aber eine Notabilität in den Fronten der jungen Conservativen, und Hr. Odilon Barrot müßte unendlich weniger Verstand als Eitelkeit besitzen, um nicht einzusehen, daß sein Angriff auf den Deputirten von Quimper die Wirkung zerstören werde, die er durch verschwenderische Liebkosungen einen Augenblick vorher auf die politischen Freunde des Letztern hervorzubringen sich bemühte.

Erwägt man noch, daß die Entrüstung des tugendsamen Hauptes der Linken eine gemachte war, und alle seine Vorwürfe nur auf äußern Zusammenstellungen beruhten, dann begreift man leicht, wie sehr die Progressisten von ihrem Lobredner sich verletzt fühlen und ihm den Rücken kehren mußten, wären sie überhaupt geneigt gewesen, seinen Lockungen zu folgen. Dieser Verkehrtheit, diesem Widerspruch der Taktik weit mehr als der Beredtsamkeit des Hrn. Guizot ist sein Sieg zuzuschreiben, wenn, wie gesagt, dieser Sieg überhaupt zweifelhaft war. Die Sachen sind also nach wie vor der viertägigen Discussion wie sie waren, das Ministerium hat seine ungeheure Majorität wieder und das Journal des Débats ist heute heiterer als je. Aber das ist nur die äußere Seite, der Schein der Sache, denn ist auch im Augenblicke die Gefahr beschworen, die das Cabinet meinem Erachten nach nicht bedrohte, so ist sie für die Zukunft dennoch vorhanden. Im Laufe der Discussion haben die Progressisten sich gezählt und eine ganz andere Summe herausgefunden, als das Journal des Débats zu vermuthen vorgab. Sie zählen jetzt nicht mehr 25—30 Mitglieder, wie ich vor einigen Wochen berichtete, sondern 46 entschiedene und 15 verschämte Mitglieder. Diese 46 bis 61 Conservative fühlen sich unbehaglich an der Seite ihrer unbeweglichen Collegen; sie wollen schön langsam voran, aber sie wissen nicht recht wie noch wohin. Ihr politisches Programm ist eben so bescheiden als lakonisch: „Alle Geschworene sind Wähler." Weit lebhafter sind ihre Neigungen für administrative und sociale Reformen, noch aber haben sie keinen Ausgangspunkt dafür gefunden, von einem System solcher Verbesserungen gar nicht zu sprechen. Indessen ist schon die Thatsache, daß eine so beträchtliche Fraction mitten in der Majorität sich unbehaglich finde, sehr bedenklich, denn sowie sie mit der andern Seite stimmt, bleibt die Regierung in der Minorität. Die «Presse» kündigt bereits ihre Trennung vom Ministerium an; wiewol dieses Blatt aber häufig das Organ der Progressisten war, werden diese dem Commando des Hrn. de Girardin zu folgen noch lange zögern.

Schweiz.

Der Titel Stiftungen ist vom großen Rath in **Genf** nach dem Entwurf angenommen worden. Es kann ohne Bewilligung des großen Raths keine Stiftung gegründet werden, und es darf sich diese Bewilligung nie auf ewige Zeiten erstrecken. Artet die Stiftung aus, so kann die Bewilligung vom großen Rathe zurückgenommen werden. Ueber die gegenwärtig bestehenden Stiftungen soll der Staatsrath nach vorgenommener Prüfung dem großen Rathe referiren und einen Antrag auf Auflösung oder Reconstituirung hinterbringen, im Falle sie von ihren Statuten abgegangen oder zur Zeit zwecklos geworden wären. (N. Z. Z.)

Italien.

Aus **Rom** vom 18. März schreibt der Rheinische Beobachter: „In einem Schreiben aus Rom wurde jüngst einer Note erwähnt, welche der hiesige Botschafter von Oesterreich dem Cardinal-Staatssecretair überreicht habe und worin der wiener Hof auf schnelle Abhülfe der von den Liberalen gegen die deutsche Herrschaft in Italien gerichteten Umtriebe gedrungen. Die Note des österreichischen Hofs scheint auf den Papst großen Eindruck gemacht zu haben, denn vorgestern erschien ein Edict, datirt vom 15. März, wodurch der bisherigen Toleranz der hier neu creirten Zeitungen ein Ende gemacht, und die politische Presse überhaupt gewissen Verschärfungen unterworfen wird, welche die von Seiten Oesterreichs erhobenen Beschwerden beseitigen dürften. Wie leicht zu errathen, hat das neue Preßedict die liberale Partei in die tiefste Bestürzung versetzt. Aus dem Umstande, daß seit der Erhebung Pius' IX. auf den Petristuhl mehre Zeitungen in Rom entstanden, die mit großem Freimuth unsere innern und äußern Zustände besprechen durften, wie z. B. der Contemporaneo, der im Formate der größten Zeitungen erscheint und schon mehre Tausend Abonnenten zählt, hatte man die Hoffnung geschöpft, der neue Papst würde unter gewissen Garantien seinen Staaten die Preßfreiheit gewähren, und plötzlich erscheint das Edict vom 15. März, welches alle Preßverschärfungen ins Leben ruft, die von Leo XII. unterm 18. Aug. 1825 angeordnet wurden. Die Erbitterung der Liberalen macht sich dadurch Luft, daß die meisten Exemplare des neuen Edicts, welche an den öffentlichen Straßenecken angeschlagen waren, während der Nacht besudelt oder heruntergerissen und mit Füßen getreten wurden. Man befürchtet noch ernsthaftere Manifestationen an dem Tage, wo der Papst die von der Bürgerschaft von Bologna der Miliz von Rom geschenkte Fahne feierlich einsegnen wird, welche Ceremonie in den ersten Tagen nach der Osterwoche stattfinden dürfte. Der Papst ist indessen fest entschlossen, sich durch nichts in der politischen Richtung, welche er sich vorgezeichnet, irre machen zu lassen. Er wünscht aufrichtig das Wohl seiner Unterthanen, er wird alle Reformen vollführen, die sich unter den gegenwärtigen Zuständen verwirklichen lassen; aber er will vor Allem mit allen fremden Mächten in Freundschaft leben, insofern dies geschehen kann, ohne seiner eignen Würde zu vergeben."

— Aus **Rom** vom 20. März heißt es in der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Der Cardinal Amat hat als Legat von Bologna angeordnet, daß Jedermann in dieser Legation seinen Vorrath von Getreide genau anzugeben hat, unter Androhung, im Unterlassungsfalle die Vorräthe unter die Armen vertheilen zu lassen. Es werden nun bewegliche Colonnen in den Provinzen errichtet, um den Verkauf und die Versendung des Getreides im Inlande zu beschützen. Damit das Militair in den Städten nicht zu sehr vermindert wird, sind die Truppe ausiliarie, eine Art Landwehr, einberufen. — Die Censoren für hier, außer dem Maestro del Sacro Palazzo als Präsidenten, sind der Abbate A. Coppi, Verfasser der italienischen Annalen, Professor Betti, beständiger Secretair von S. Luca; Advocat Vannutelli und der Marchese Antici. — Unsere Journalisten haben von der Regierung die Vergünstigung erlangt, für das laufende Jahr von der Stempelabgabe befreit zu bleiben, indem sie sonst den eingegangenen Verbindlichkeiten gegen ihre Abonnenten unmöglich nachkommen können. Diese Stempelabgabe trifft übrigens nur diejenigen Blätter, welche Anzeigen aufnehmen, und ist bereits eine Verordnung vom Jahre 1829. Alle rein wissenschaftlichen Blätter oder Zeitschriften sind damit verschont. Das Blatt Il Contemporaneo, welches zwei Aufsätze ohne Censurbewilligung in seiner letzten Nummer abgedruckt hatte, hätte fast sein zeitliches Ende gefunden, wenn sich nicht ein hochgestellter Beschützer desselben ins Mittel gelegt. Es soll mit einem derben Verweis und, wie man sagt, für diesmal mit einer Geldbuße davongekommen sein."

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Neapel** vom 17. März geschrieben: „Man redet hier aufs neue von einem Besuche des Infanten Don Enrique in Neapel und bringt Heirathsprojecte damit in Verbindung, welche keineswegs den Beifall des jungen Fürsten zu haben scheinen. — Eine ganz kürzlich aufs freundlichste wiederholte Einladung des Kaisers von Rußland an den König von Neapel, ihn in Petersburg zu besuchen, gibt aufs neue Veranlassung von einer größern Reise des Königs und der Königin nach Wien und so weiter zu reden. Da man jedoch weiß, wie gern der König seine Reisepläne geheim hält und damit seine nächsten Umgebungen zu überraschen pflegt, so begnügt

Digitized by Google

man sich vor der Hand, nur von einer Reise nach Rom gleich nach Ostern als von einer bereits beschlossenen Sache zu sprechen."

Griechenland.

Der Moniteur Grec meldet aus **Athen** vom 10. März: „In den Sitzungen der Abgeordnetenkammer am 1. und 2. März wurden die letzten Paragraphen des Gesetzes über die Gemeindeauflagen erörtert und angenommen. In der Sitzung am 3. März begann die Discussion des Budgets. Man prüfte zuerst die Justizausgaben, welche so, wie sie vom Ministerium vorgeschlagen worden, definitiv angenommen wurden. In der Sitzung am 4. März ging die Kammer bei der Erörterung des Budgets auf die Prüfung der Ausgaben für das auswärtige Departement über, wovon sie mehre Artikel im Laufe der Sitzung annahm. Am 5. März beschloß die Kammer, daß, nachdem sie die Discussion der Ausgaben der Justiz, der auswärtigen Angelegenheiten, der Culte, des öffentlichen Unterrichts, der Marine und des Innern beendigt und votirt haben wird, sie die Prüfung der Kriegs- und Finanzdepartementsausgaben verschieben würde, um sich mit den vom Conseilpräsidenten kürzlich vorgeschlagenen Gesetzen über die Dotationen (Nr. 69) zu beschäftigen. In der Sitzung am 8. März ist die Erörterung der Ausgaben der auswärtigen Angelegenheiten fortgesetzt, und sind die verschiedenen Artikel davon nach dem Voranschlag angenommen worden."

China.

Am Schlusse des Jahres 1843 hatten die 18 Kreise **Chinas** eine Bevölkerung von 380 Mill., Tibet 5 Mill., die chinesische Mongolei 3 Mill., die kleine Bucharei 1 Mill., die Tunguse 1,500,000, die Inselgruppen Taiwan, Liéu kiéu ꝛc. 1,500,000, das Feudalreich Korea 3 Mill.; im Ganzen also 395 Mill. Einwohner. (A. Z.)

Columbien.

Nach Berichten aus **Valparaiso** vom 2. Dec. und aus **Lima** vom 10. Nov. hatten die Regierungen der Republiken Chile und Peru auf erhaltene Kunde von der beabsichtigten Expedition des Generals Flores sofort ausdrücklich erklärt, daß sie mit allen verfügbaren Streitkräften ihren bedrohten Schwesterrepubliken Ecuador, Neugranada und Venezuela gegen jeden Versuch Spaniens oder irgend einer andern europäischen Macht, in die Angelegenheiten der südamerikanischen Staaten sich einzumischen, Beistand leisten würden; auch waren an die Truppen schon die gemessensten Befehle ergangen. In den drei erwähnten columbischen Freistaaten herrschte völlige Ruhe, und sie waren fest entschlossen, der erwarteten Invasion Widerstand zu leisten.

La Plata Staaten.

Nachrichten aus **Montevideo** vom 29. Jan. scheinen die Aussicht auf Beilegung der Streitigkeiten im Plata wieder in weite Ferne zu schieben. Rivera ist am 26. Jan. von einer Abtheilung der Truppen des Generals Oribe bei Salto geschlagen worden und soll nur mit 30 oder 40 Reitern nach Maldonado entkommen sein. Paysandu, Mercedes und Las Vaccas sind darauf von den Truppen von Montevideo geräumt worden und nur das Fort Colonia blieb von französischen und englischen Marinesoldaten besetzt. Rivera soll dessenungeachtet die Absicht haben, seine zersprengte Cavalerie wieder zu sammeln und mit ihr den Guerrillakrieg im Innern fortzusetzen, wiewol ihm nur bevorzustehen scheint, von neuem über die brasilische Grenze getrieben zu werden. Urquiza, der Gouverneur von Entre Rios, hatte endlich die Maske abgeworfen und war entschieden auf Rosas' Seite getreten.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 31. März. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br.; Sächsisch-Baiersche 86 Br. und bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 57¾ und ⅝ bezahlt und G.; Löbau-Zittauer 59½ bezahlt und Br.; Magdeburg-Leipziger 200 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¼ Br.; Köln-Mindener 92¼ G.; Thüringer 96¼ Br.; Altona-Kieler 109½ Br.; Pesther 100 G.; Dessauer Bankactien 101½ Br., 101 G.

— Im fortwährenden Kampfe, der deutschen Route den Vorrang bei der Ueberlandpostfahrt zu sichern, gibt jetzt das Journal des Oesterreichischen Lloyd den Zusammenhang der Dampfschiffahrt in Ostindien, wie solche jetzt eingerichtet ist, mit der Ueberlandpost. Es sagt: „Am 1. jeden Monats geht ein Dampfer von Bombay ab, der bei gutem Wetter und Nordostwinde, welcher mit Ausnahme der Monate Juni, Juli, August und September fast beständig weht, in 10 Tagen in Aden und in 19 Tagen in Suez ankommt. Dieser Dampfer bringt auch die Nachrichten aus den andern Theilen des britischen Ostindiens, welche mit der Landpost in 11 Tagen von Kalkutta, in 10 von Ceylon und in 7 von Madras nach Bombay gelangen. In Suez wartet der Dampfer auf die Ueberlandpost aus England und macht dann den gleichen Weg nach Bombay zurück, von wo mit der Landpost die Briefe nach Madras, Ceylon und Kalkutta befördert werden. Zwischen dem 4. und 10. jeden Monats geht ein Dampfer von Kalkutta ab, der in 5 Tagen in Madras, in 8 in Galles oder Colombo auf Ceylon, in 19 in Aden und in 28 in Suez ankommt. Die Abfahrt von Kalkutta ist deshalb nicht auf einen bestimmten Tag gestellt, weil in Galles oder Colombo die Ueberladung aus dem Dampfer erfolgt, der jeden Monat einige Tage früher oder später, je nachdem die Südwest- oder Nordostmonsuns wehen, von Hongkong abfährt und über Singapur und Penang in 20 Tagen auf Ceylon eintrifft. In Aden geschieht ferner die Ueberladung aus dem Dampfer, welcher am 15. jeden Monats, daher Bi-Monthly Steamer genannt, von Bombay dahin abgeht. Der Kalkuttadampfer nimmt in Suez die Ueberlandpost aus England ein, geht nach Aden, wo er an den Bi-Monthly-Bombaydampfer, dann nach Ceylon, wo er an den Chinadampfer die dahin gerichteten Posten abgibt, und seine Rückreise über Madras nach Kalkutta fortsetzt.

Die Holländer haben drei Dampfer, mit welchen sie die Verbindung zwischen ihren Besitzungen und von Batavia nach Singapur in drei Tagen unterhalten, um auf diesem Wege mit dem China- und Kalkuttadampfer die Post von und nach Europa zu versenden. Die Spanier senden ihre Post von den Philippinen mit eignen Kriegsschiffen nach Hongkong. Die Portugiesen benutzen von Macao den China- und von Goa den Bombaydampfer. Die Franzosen und Dänen versenden ihre Post mit dem Kalkuttadampfer. Zwischen Kalkutta und Singapur fährt ein Dampfer ab und zu, ohne bestimmte Tage einzuhalten. Auf der Bombaylinie wird der Dienst durch Dampfer der Ostindischen Compagnie versehen, während auf der Kalkutta- und China-Linie die Dampfer der Peninsular- und Orientalcompany fahren, welche auch die Linie von Southampton in 6 Tagen nach Gibraltar, in 11 nach Malta und in 15 nach Alexandrien besorgt. Die Compagnie empfängt für diesen Postdienst von der britischen Regierung und Ostindischen Compagnie 44,000 Pf. St. von Southampton nach Alexandrien, 115,000 Pf. St. von Suez nach Kalkutta und 45,000 von Ceylon nach Hongkong, also über 2 Mill. Fl. jährlich, und genießt außerdem den Ertrag der Reisenden und Güter jeder Art.

Da also die Dampfer aus Ostindien ungefähr am 5. und 19. jeden Monats in Suez angekommen, von wo die Post sogleich nach Alexandrien und mit englischen Kriegsdampfern über Malta nach Marseille in 6—7 Tagen befördert wird, welche Dampfer andererseits die Post aus England nach Alexandrien bringen, um mit den in Suez ankommenden Dampfern nach Ostindien abzugehen, so müssen die nichtenglischen Briefe in Marseille spätestens am 28. jeden Monats, um mit dem am 5. des folgenden Monats in Suez fälligen Kalkuttadampfer nach allen Richtungen, oder am 11. jeden Monats eintreffen, um mit dem am 19. von Suez fälligen Bombaydampfer nach dem britischen Ostindien befördert zu werden. Wie schlecht dieser Postdienst von der französischen Verwaltung besorgt wird, weil solche vorzieht, die Post mit den französischen Dampfern nach Alexandrien zu senden, die oft zu spät kommen, sodaß die Briefe Wochen lang liegen bleiben müssen, ist bekannt. Jetzt wird diese Abhängigkeit und eine solche Verkümmerung ihr Ende erreichen, wenn im Monat August die Lloyddampfer auch ungefähr am 11. und 28. jeden Monats von Triest nach Alexandrien abgehen und folglich gleich den englischen Dampfern von Marseille mit der Abfahrt und Ankunft der Dampfer nach und von Ostindien übereinstimmen werden. Der Kurier wird also ungefähr am 7. und 24. jeden Monats von London nach Triest und etwa am 12. und 26. jeden Monats von Triest nach London durch Deutschland gehen und unterwegs die Briefpackete an die Postbehörden abgeben und von ihnen empfangen. Für den Norden kann die gleiche schnelle Beförderung durch die fast fertige Eisenbahnlinie über Wien, Breslau, Berlin nach Stettin, Hamburg, Bremen ꝛc. eingeleitet werden. Wir ersuchen also die deutsche Presse, bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes, diesen Mittheilungen durch ihre Blätter die möglichste Verbreitung verschaffen zu wollen."

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 31. März früh 7 Uhr: 2° 19″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 27. März. 2½pc. Int. 58⅝; Russ. 5pc. Hope 104¾; 4½pc. Handelsg. 173¾. Frankfurt a. M., 28. März. Oestr. Bact. 1910; 250 Fl. L. 119; 500 Fl. L. 153¾ Br.; Bair. 3½pc. 94 Br.; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74¾ Br.; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25¼ Br.; Sard. 36; Kurhess. 32¼. London, 25. März. 3pc. Cons. 89½; Port. 3pc. 38; Span. act. 22½; 3pc. 34⅜; Holl. Int. 58¾.

Disconto. Amsterdam, 27. März. 4 %. Frankfurt a. M., 28. März. 4 %.

Actien. Frankfurt a. M., 28. März. Taunusb. 378½; Nordb. 73⅝; Berb. 92⅞. Paris, 26. März. Eis. St. Germ. 1010, Obl. von 1840: 1145; Obl. von 1842: 1135; Versail. r. 342½; l. 215; Paris-Orleans 1280; Paris-Rouen, Obl. von 1846: 950; Paris-Strasburg 445; Paris-Lyon 445; Rouen-Havre 673; Marseille-Avignon 817½; Strasburg-Basel 205; Tours-Nantes 427½; Orleans-Bordeaux 520; Nord 635; Teste 90; Amiens-Boulogne 407½; Dieppe-Fecamp 330; Bordeaux-Cette 447½. Wien, 28. März. Nordb. 178; Gloggn. 121½; Mail. 109⅝; Livorn. 93½; Pesth. 98¾.

Berliner Börse, 30. März. Seehandlungs-Prämsch. 95½ Br., 3½pc. Staatssch. 92⅝, 3½pc. Pfandb. westpr. 94, ostpr. 97½ Br., pomm. 95¼ Br., schles. 96¾, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 96⅞; Louisd. 111¾, Friedrsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93½ Br., Berl.-Anh. 111, Berl.-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 96½ Br., Berl.-Potsd.-Magd. 4pc. 92¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., 5pc. 101, Berl.-Stett. 108¼, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crak.-Oberschl. 4pc. 82½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105 Br., Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., Kiel-Altonaer 4pc. 109, Magd.-Halb. 113¼, Niederschles. 89, Prior.-Act. 4pc. 92⅞, 5pc. 101, Prior.-Act. 4½pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104⅛ Br., Litt. B. 4pc. 95¾, Rhein. 86½, Prior.-Stamm 4pc. 90½, Prior.-Act. 4pc. 92½ Br., Thüring. 4pc. 96, Wilh.-Bahn 4pc. 89, Zarskoje-Selo 72 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 85, Berg.-Märk. 4pc. 85 7/12, Berl.-Anh. 99⅝, Kassel-Lippst. 4pc. 87 Br., Cöln-Mind. 4pc. 92, Magd.-Wittenberge 87, Mail.-Lenec. 4pc. 111 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 73⅛, Posen-Stargart 4pc. 85 Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90, Sächs.-Schles. 4pc. 101¼ Br., Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅝ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅜, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94½, (neue) 4pc. 94½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 95¾ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅝ Br., Wkert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85½ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32⅛, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Digitized by Google

Ankündigungen.

Berlin-Hamburger Eisenbahn.

Nachdem der Betrieb auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn in deren ganzer Länge eröffnet worden, hat nach den Bestimmungen der §§. 21 und 22 des Statuts die Zahlung der Zinsen mit dem nächsten Quartaltage — 1. April dieses Jahres — aufzuhören, und statt deren das Recht der Actionaire auf Dividende einzutreten. Wir ersuchen demnach die Herren Actionaire, die Zins-Scheine Nr. 2 und 3 für den Zeitraum resp. vom 1. Januar bis zum 30. Juni, und vom 1. Juli bis zum 30. September, vom bevorstehenden April an bei unsern Hauptkassen in Berlin oder Hamburg einzuliefern, und dagegen für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. April dieses Jahres die Zinsen von 2 Thlr. Preuß. Cour. für die Actie in Empfang zu nehmen.

Für die übrigen drei Quartale des Verwaltungsjahres 1847 ist sodann seiner Zeit die Dividende auf den den Actien beigegebenen Dividenden-Schein Nr. 1 zu erheben.

Berlin und **Hamburg**, den 18. März 1847.

[943—45] **Die Direction.**

Einladung
zu der elften Versammlung
deutscher
Land- und Forstwirthe
in **Kiel**, 1847.

Nachdem auf geschehene Einladung von Seiten der Generaldirection der landwirthschaftlichen Vereine der Herzogthümer Schleswig und Holstein, und nach erfolgter allerhöchster Bewilligung Sr. Majestät des Königs, bei der 10. Versammlung zu Grätz die Stadt Kiel einstimmig zum nächsten Versammlungsorte gewählt worden ist, werden die Land- und Forstwirthe Deutschlands sowie auch anderer Länder freundlichst eingeladen, an dieser Versammlung Theil zu nehmen.

Die Versammlung wird in der ersten vollen Woche des Septembermonats d. J. stattfinden, am 6. eröffnet und am 11. September geschlossen werden.

Unter Beziehung auf die den landwirthschaftlichen Zeitschriften Deutschlands zugleich mit dieser Einladung inserirten, für die Verhandlungen der elften Versammlung bestimmten Fragen ꝛc. stellt der Vorstand das Ersuchen:

1. Diejenigen, welche an der 11. Versammlung Theil nehmen wollen, mögen es mit Angabe der gewünschten Wohnung bis zum 6. August hierher anzeigen. Die Anweisungen für bestellte Wohnungen überhaupt sowie für nichtbestellte Privatwohnungen werden im Empfangsbureau ertheilt.

2. Diejenigen, welche laut §§. 9 und 10 des Grundgesetzes landwirthschaftliche Erzeugnisse, Geräthe, Maschinen, Abbildungen, Bücher und andere in den Bereich der Land- und Forstwirthschaft einschlagende Gegenstände zur Ausstellung oder Vertheilung unter die Mitglieder einzusenden beabsichtigen, wollen die Anzeige darüber bis zum 6. August erstatten.

3. Die Einsender von Wollfließen werden insbesondere ersucht, diese in ungewaschenem Zustande und mit den erfoderlichen Nachrichten über Geschlecht, Alter und Abstammung der Thiere, sowie über die Zeit des Wachsthums der Wolle versehen, spätestens bis zum 6. August einzusenden.

Ferner bringt der Vorstand hierdurch in Erinnerung, daß von Sr. Kaiserl. Hoheit dem Durchlauchtigsten Erzherzoge Johann ein Preis von 100 kaiserlichen Dukaten auf eine genügende Lösung der Frage gesetzt worden ist:

„Durch welche Verhältnisse sind die allgemeinen Klagen über den Verfall der dienenden Volksklasse herbeigeführt worden; welche Mittel sind bereits in den einzelnen deutschen Ländern angewendet worden, oder allenfalls noch anzuwenden, um den nachtheiligen Einfluß, welchen die fortschreitende Entartung des Dienstbotenwesens auf die Landwirthschaft ausübt, zu beseitigen?"

und wird in dieser Hinsicht bemerkt, daß die Concurrenzschriften an den unterzeichneten Vorstand der 11. Versammlung einzusenden sind, der Vorstand aber seiner Zeit eine Commission ernennen wird, die das Richteramt über die eingelangten Concurrenzschriften ausüben soll.

Die Zusendungen von landwirthschaftlichen Gegenständen aller Art — wobei insonderheit auf die Bestimmungen des §. 10 des Grundgesetzes*) aufmerksam gemacht werden muß — sowie von Briefen werden „an den Vorstand der 11. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe in Kiel" adressirt.

Uebrigens wird von dem Vorstande hierdurch angezeigt, daß der Herr Hirschfeldt auf Groß-Nordsee bei Kiel und der Herr Ober- und Landgerichts-Advocat v. Reergaard in Kiel das Amt der Geschäftsführer der 11. Versammlung übernommen haben.

Das Empfangsbureau befindet sich im Universitätsgebäude, wohin sich die Herren Theilnehmer bei der Ankunft in Kiel zu wenden, ihre Namen einzutragen und den statutenmäßigen Beitrag von 4 Thlr. Preuß. oder 10 Mark Lübisch zu erlegen belieben.

Kiel, im März 1847.

*) „§. 10. Die Einsendung der zur Ausstellung bestimmten Gegenstände und die Zurücksendung an die Eigenthümer erfolgt auf Kosten der Gesellschaft, falls die Einsendung mit Vorwissen und Einwilligung des Vorstandes geschehen ist."

Der Vorstand der 11. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe:

[1067—8] **Ernst Reventlow. H. A. v. Warnstedt.**

BERLINER ZEITUNGSHALLE.

Ecke der Jäger- und Oberwallstrasse.

Gegen 600 **Zeitschriften** in 14 verschiedenen Sprachen. — **Broschüren** und sonstige literarische **Novitäten.** — **Hülfsbibliothek.** — **Gesellschaftszimmer.** — **Damenzimmer.** — **Rauchzimmer.** — **Conditorei.** — Offen 8½ Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends.

Anschläge im Locale: 10 Sgr. p. □Fuss, 2½ Ngr. pr. Adresskarte monatlich. Insertionen im **Abendblatte:** 1¼ Sgr. die Petitzeile; wiederkehrende Anzeigen billiger.

[1083—86] ***Bureau der Berliner Zeitungshalle,***
Oberwallstraße 12/13.

Ein bedeutendes **Alaun-, Schwefel-, Eisenvitriol-, Vitriolstein- und Braunkohlenwerk** in Böhmen, welches gegenwärtig jährlich circa 8000 Fl. Conv.-Münze Reinertrag abgeworfen hat, dessen Einkünfte aber bedeutend zu erhöhen sind, soll billig verkauft werden. Näheres auf frankirte Briefe durch

[50—51] **Fr. Georg Wieck in Leipzig.**

Rupp's neuestes Werk.

In meinem Verlage ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Die freie Evangelische Kirche.

In Verbindung mit Gleichgesinnten herausgegeben von

Julius Rupp.

Erstes Heft.

Eleg. brosch. Gr. 8. 16 Ngr. oder Sgr. oder 56 Kr. Rhein.

Freimüthig legt hier der vielfach angefeindete Verfasser „Lehre und Leben der freien Evangelischen Kirche, ihr Verhältniss zu andern Kirchen und kirchlichen Richtungen der Gegenwart" dem Urtheil des deutschen Volkes vor und gibt zugleich „Mittheilungen über die Königsberger und die andern mit ihr verbundenen freien Evangelischen Gemeinden"; diese Schrift ist daher gleich wichtig für seine Anhänger und seine Gegner, sowie für Jeden, der an den religiösen Richtungen und Bestrebungen der Gegenwart Interesse nimmt.

Ferner:

Was heisst Römisch-katholische Kirche?

Aus kirchlichen Autoritäten beantwortet von **F. W. Carové.**

Zweite, mit Vorwort und Abhandlung über Urchristenthum, Katholicismus und Papismus vermehrte Ausgabe.

Gr. 8. Geheftet. (21 Bogen.) Preis 1 Thlr. oder 1 Fl. 48 Kr.

Die erste Ausgabe dieses Werkes hatte gleich bei ihrem Erscheinen sich eines so allgemeinen Beifalls zu erfreuen und wurde in den kritischen Blättern so günstig beurtheilt, dass ich mich jeder weitern Empfehlung um so mehr enthalten darf, als die Ansichten des als Schriftsteller auf dem kirchlichen Gebiete rühmlichst bekannten Herrn Verfassers durch die neuen Erscheinungen in der römisch-katholischen Kirche die vollständigste Rechtfertigung erhalten haben. Im Vorwort und dem letzten Abschnitt dieser neuen Ausgabe hat er seine in Rom selbst gesammelten Erfahrungen niedergelegt. Der billige Preis soll das Buch um so gemeinnütziger machen.

Altenburg, am 16. März 1847.

[987—88] ***H. A. Pierer.***

Censurfrei!

In **Leipzig** ist soeben erschienen:

Mola
oder
Tanz und Weltgeschichte.

Eine spanisch-deutsche Erzählung.

21 Bogen à 1⅓ Thlr. ordin.

Diese **censurfreie** Schrift, welche die Abenteuer einer geschichtlich gewordenen Tänzerin auf sehr pikante Weise erzählt, dürfte die Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch nehmen. [1066]

6000 Thlr. Mündelgelder, denen auf einem hiesigen Grundstücke von circa 40,000 Thlr. Werth nur 6000 Thlr. vorgehen, sowie 6000 Thlr., welche Summe ebenfalls bereits zur ersten Hypothek auf einem bedeutenden Landgute mit Gasthofsgerechtigkeit von circa 16,000 Thlr. Werth haftet; endlich aber 1500 Thlr. erste Hypothek an einem hiesigen Hause von circa 4500 Thlr. Werth, sollen gegen Cession — erstere zu Johannis, die letzten beiden sofort — übertragen und durch mich erborgt werden. Verzinsung 4 Procent.

[1059] Dr. **Hochmuth.**

Messvermiethung zweier Verkaufslocale.

In der 2. Etage des Heilbrunnen auf dem Brühl sind noch ein großes Zimmer mit 3 Fenstern und ein kleineres mit 2 Fenstern und Alkoven, zeither an Juweliere vermiethet gewesen, für nächste und kommende Messen zu vermiethen. Näheres ertheilt der Amtmann **Heydenreich,** Burgstraße Nr. 18 in Leipzig. [1079]

Digitized by Google

Abfahren und Ankommen der Dampfwagen-Züge auf allen Leipziger Bahnhöfen für jeden Tag des am 14. October 1847 sich endigenden Sommerhalbjahrs.

Bei der Ankunft ist überall bemerkt, wann solche regulativmäßig erfolgen soll, ohne deren Verzögerung zu beachten.

A. Auf dem Leipzig-Dresdner Bahnhofe.

1)	**Abfahrt**	I. Mrgns	6	Uhr Personenzug nach Dresden.
2)	[Ankunft	I. Mrgns	7	Uhr Güterzug aus Dresden, von Riesa.
3)	[Ankunft	II. Vorm.	8½	Uhr Personenzug aus Dresden.
4)	**Abfahrt**	II. Vorm.	10	Uhr Güterzug nach Dresden, direct.
5)	**Abfahrt**	III. Nachm.	1	Uhr Personenzug nach Dresden.
6)	[Ankunft	III. Nachm.	2	Uhr Güterzug aus Dresden, direct.
7)	[Ankunft	IV. Nachm.	3¾	Uhr Personenzug aus Dresden.
8)	**Abfahrt**	IV. Abends	5	Uhr Personenzug nach Dresden.
9)	**Abfahrt**	V. Abends	7	Uhr Güterzug nach Dresden, bis Dschatz.
10)	[Ankunft	V. Abends	7¾	Uhr Personenzug aus Dresden.

NB. Vom 2. Mai bis mit 10. Oct. geht jeden Sonn- und Feiertag, Morgens 5 Uhr, ein Extra-Personenzug nach Dresden ab, und ebenso Abends 7 Uhr von dort nach Leipzig zurück. Für Hin- und Herfahrt damit oder auch mit dem ersten Personenzuge des nächstfolgenden Tages wird nur die einfache Fahrtaxe bezahlt, Gepäck aber dabei nicht angenommen. Auch verweilen Sonn- und Feiertags die gewöhnlichen Personenzüge nicht nur auf den Stationsorten, sondern auch auf den andern Anhaltepunkten ein wenig.

B. Auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhofe.

1)	**Abfahrt**	I. Mrgns	6	Uhr Personenz. nach Magdeburg u. Berlin.
2)	**Abfahrt**	II. Mrgns	7	Uhr Güterzug nach Magdeburg und Berlin.
3)	[Ankunft	I. Mrgns	8¼	Uhr Güterzug v. Mgdb. u. Berl. aus Cöthen.
4)	[Ankunft	II. Vorm.	9¾	Uhr Personenz. aus Magdeburg und Berlin.*)
5)	**Abfahrt**	III. Vorm.	10¾	Uhr Personenzug nach Magdeburg u. Berlin.
6)	[Ankunft	III. Nachm.	12¾	Uhr Güterzug aus Magdeburg und Berlin.
7)	[Ankunft	IV. Nachm.	3	Uhr Personenzug aus Magdeburg und Berlin.
8)	**Abfahrt**	IV. Nachm.	5	Uhr Personenzug nach Magdeb. u. Berlin.**)
9)	**Abfahrt**	V. Abends	6	Uhr Güterzug f. Mgdbg. u. Berl. bis Cöthen.
10)	[Ankunft	V. Abends	8¼	Uhr Personenzug aus Magdeburg und Berlin.

*) Vom Nachtlager in Wittenberg. **) Zum Nachtlager in Wittenberg.

C. Auf dem Sächsisch-Baierschen Bahnhofe.

1)	**Abfahrt**	I. Mrgns	6	Uhr Personenz. nach Zwickau u. Reichenbach.
2)	**Abfahrt**	II. Mrgns	6¼	Uhr Güterzug nach Reichenbach, für sich.
3)	[Ankunft	I. Mrgns	8¼	Uhr Personenzug aus Reichenbach u. Zwickau.
4)	[Ankunft	II. Vorm.	9	Uhr Güterzug aus Reichenbach, für sich.
5)	**Abfahrt**	III. Mittgs	12	Uhr Personenzug nach Zwickau u. Reichenbach.
6)	[Ankunft	III. Nachm.	2¾	Uhr Personenzug aus Reichenbach und Zwickau.
7)	**Abfahrt**	IV. Abends	5	Uhr Güterzug nach Reichenbach, für sich.
8)	**Abfahrt**	V. Abends	6	Uhr Personenzug nach Zwickau u. Reichenbach.
9)	[Ankunft	IV. Abends	7¾	Uhr Güterzug aus Reichenbach, für sich.
10)	[Ankunft	V. Abends	8¼	Uhr Personenzug aus Reichenbach u. Zwickau.

NB. Sämmtliche vorstehend ad A., B. u. C. verzeichnete Güterzüge, welche auch Personen in Wagenklasse II. und III. befördern, verweilen nicht nur auf den Stationsorten, sondern auch auf den andern Anhaltepunkten bezüglich 25, 12 und 10 Mal ein wenig.

Fahrpreise. Für eine einzelne erwachsene Person in Wagenklasse I., II., III. von Leipzig aus: a) bis Altenburg (5¼ Meile) 36, 26 und 18 Ngr.; b) bis Berlin (29 Meilen) 105, 110 und 70 Ngr.; c) bis Bernburg (11¾ Meile) 73½, 49½ und 30 Ngr.; d) bis Cöthen (9 Meilen) 56, 37 und 22½ Ngr.; e) bis Dresden (15½ Meile) 90, 68 und 45 Ngr., jedoch in Wagenklasse III. mit Güterzügen nur 38 Ngr.; f) bis Erfurt über Halle (20¾ Meile) 113, 75½ und 47 Ngr.; g) bis Halle (4¼ Meile) 27, 18 und 11 Ngr.; h) bis Magdeburg (16 Meilen) 96, 64 und 40 Ngr.; i) bis Reichenbach (12½ Meile) 90, 65 und 39 Ngr.; k) bis Weißenfels über Halle (8¾ Meile) 36, 24 und 15 Ngr.; l) bis Zwickau (11¾ Meile) 84, 60 und 36 Ngr. — Für ein Kind unter 10 Jahren wird verhältnißmäßig weniger bezahlt.

Dringende Bitte.

Ein entsetzliches Unglück hat in dieser ohnehin schweren und bedrängten Zeit hiesige Stadt heimgesucht. In der ersten Frühe des heutigen Tages brannten 34 (cat. no. 113) Häuser und Nebengebäude nieder und wurden dadurch mindestens 260 Personen nahrungs- und obdachlos, büßten aber auch fast sämmtlich ihre ganze sauer erworbene Habe ein. Je weniger begünstigt von der Natur und seiner Lage nach hiesiger Ort ist, um so härter hat ihn dieser Schicksalsschlag getroffen. Wenn nicht Hülfe von außen kommt, müssen wir befürchten, daß er sich davon nicht erhole. Darum legen wir mit blutenden Herzen unsern fühlenden Mitmenschen die dringende Bitte ans Herz, die Noth und das Elend der hiesigen Abgebrannten durch Gaben der Liebe, seien sie auch noch so klein, so schleunig als möglich lindern zu helfen.

Für gerechte Vertheilung und sorgfältige Berechnung der eingegangenen Unterstützungen werden wir gewissenhaft sorgen.

Königsbrück, den 29. März 1845.

Der Hülfscomité.
Graf Hohenthal.

[1082]

Notarieller, freiwilliger Gutsverkauf.

Das unter Nr. 41 zu Schönefeld gelegene, öfters zum Sommeraufenthalte benutzte Gut mit einem Wohnhause, angebautem Salon, Nebengebäuden, Kunst- und Grasegärten, auch Feld ꝛc. soll in Folge Antrages

am 19. April 1847, Vormittags ½13 Uhr,

auf meiner hiesigen Expedition, Ritterstraße, Stadt Malmedy — wo auch Anschlag und Bedingungen zur Ansicht liegen — vermittels der Versteigerung durch mich verkauft werden.

Leipzig, am 30. März 1847.

[1080—81] Dr. **Hochmuth**, Notar.

K. K. priv. Dampfschifffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren täglich, mit Ausnahme des Sonnabend, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnick**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, **Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1060—62]

Oehler Gebrüder

aus **Crimmitzschau**

haben in **Leipzig**, **Ecke des Brühls und des Theaterplatzes im Kramsta'schen Haus**, erste Etage, das Lager ihrer Manufactur, bestehend in diversen façonirten und glatten ganz wollenen Beinkleider- und Rockstoffen, Cassinet und dergleichen für Herren, sowie Mantelstoffen für Damen u. s. w. und empfehlen sich zu geneigtem Zuspruch. [866—67]

Vermiethung.

Zur bevorstehenden Ostermesse in Leipzig sind noch einige für die Herren Tuchfabrikanten und Tuchhändler vorzüglich passende Locale im Hôtel de Pologne daselbst zu vermiethen. Das Nähere beim Eigenthümer **A. Pusch**. [1074]

Sulzberger, Akermann & Co.

aus **Meisterschwanden**
in der Schweiz,
Reichsstraße 42/390, zweite Etage,

empfehlen sich für bevorstehende Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **italienischer und schweizer Strohgeflechte, Borduren** ꝛc. ꝛc. unter Zusicherung billigster Preise. [1019—23]

Das Musterlager

der Königl. Bayr. priv. Krystall-Glasfabrik **Theresienthal**

befindet sich während dieser Messe wieder in **Kochs Hofe zweite Etage**, Eingang vom Markte.

Grosse Lotterie.

Den 18. April 1847.

Die 5te Klasse der 31. königl. sächs. Staatslotterie zu Leipzig von 30,000 Loosen, **12,000** Gewinnen, wird vom 18. bis 29. April gezogen, und liefert folgende Gewinne: **Thlr. 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 10,000, 10,000,** 4 à 5000, 10 à 2000, 80 à 1000, 120 à 400, 170 à 200, 1040 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr. in Courant.

Aufträge auf ganze, halbe und Viertel-Kaufloose nehme ich gegen Uebermachung des Betrages à **41 Thlr.** pro Loos bestens an, und versende ich die Loose bis in die entferntesten Gegenden auf das prompteste.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer junior,
Comptoir Brühl Nr. 24.
[1087]

Todes-Anzeige.

Heute starb unser guter Vater und Bruder, der Consistorialrath **Hartmann**.

Cöthen, den 29. März 1847.

[1077] **Die Hinterbliebenen.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Thierarzt Adolf Jünger in Kemberg mit Frl. Wilhelmine Kämmerer. — Hr. Kaufmann Gustav Stein in Düsseldorf mit Frl. Friederike Ewest in Stettin.

Getraut: Hr. Wilhelm Zorn in Berlin mit Frl. Bertha Niemeyer.

Geboren: Hrn. Oberlandesgerichtsassessor v. Grousaz in Posen eine Tochter. — Hrn. Bernhard Freiherrn v. Hagke in Schilfa ein Sohn. — Hrn. Premierlieutenant v. Kayhengst in Frankfurt a. O. ein Sohn. — Hrn. Nagel in Sellnow ein Sohn. — Hrn. Regierungsreferendar Sperber in Leipzig eine Tochter.

Gestorben: Frau Amalie v. Bömsdorff in Berlin. — Hr. Buchbindermeister Ernst Franz Eschke in Leipzig. — Hr. Kaufmann Friedrich Ferdinand Grabow in Frankfurt a. O. — Frau Professor Hayne in Berlin. — Frl. Natalie v. Hendrich in Dresden. — Hr. Kreissteuereinnehmer Friedrich Gottlob Hoffmann in Freiberg. — Frau Revierförster Kirchner in Mainhardt. — Hr. Rentier Karl Friedrich Kolbe in Berlin. — Frau Rendant Eleonore R. Krüger in Berlin. — Hr. Pfarrer M. Christian Ludwig Nast in Ludwigsburg. — Hr. Pfarrer Reckler in Neuenhaus. — Hr. Oberjägermeister v. Pressentin in Steinfeldt.

Freitag — Nr. 92. — 2. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. * Hannover. Steuergesetz. — Vorsichtsmaßregeln in Stuttgart. — Der Garnisonwechsel in Baden. — Dr. Einhorn. * Bernburg. Ehrenzeichen. Freizügigkeit. † Detmold. Der Conflict mit den Ständen. — Intoleranz im Lippeschen.

Preußen. * * Berlin. Der Verfassungsstreit. † Aus Preussen. Das Forum der Eisenbahnen. — Die Preßgesetzfrage. — Feuer in Wernigerode. — Hr. Lasalle. — Hr. Stieber.

Oesterreich. Robothrenitenzfälle. Preßproceß. ◊ Pesth. Der Nothstand.

Portugal. Die Belagerung von Oporto. Saldanha.

Spanien. Der König. Die Ultramoderados. Ueberwachung der Küsten. Tumulte wegen der Verschiffung von Getreide.

Großbritannien. Die Königin. Unterhaus. Capitel des Hosenbandordens. Die Befestigungen. Irische Auswanderung. Lord Lansdowne. Lord Howden. Die Reiterstatue des Herzogs v. Wellington. Prinz Jerome Napoleon. Hr. Isturiz. Der Vorschuß an die Bank von Frankreich.

Frankreich. Parlament. Die conservativen Progressisten. Die «Presse» und das Journal des Débats. Diplomatisches. General Druot stirbt. Die Aufregung in Sully. Der Christine'sche Rentenankauf. Die Sklaverei in den Colonien.

Niederlande. Das Colonialbudget. Unternehmung gegen Bali.

Schweiz. Oberst Wicki.

Italien. Rom. Das Censuredict.

Rußland und Polen. * Petersburg. Volkswirthschaft. Der Adel.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Hr. Schad.

Handel und Industrie. † Aus Sachsen. Die sächsische Staatsanleihe. * Leipzig. Börsenbericht. — Die Donaudampfschiffahrt. — Regierungsrath Schill. — Das deutsche Portosystem. — Das britische Schatzamt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

* **Hannover**, 28. März. Wie seiner Zeit berichtet worden ist, haben sich im vorigen Jahre beide Ständekammern mit der von der Regierung vorgeschlagenen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und damit einverstanden erklärt, daß zu Herstellung einer Besteuerung nach möglichst gleichmäßigen Grundsätzen in den bisherigen Licentstädten des Königreichs die allgemeine Häusersteuer und eine Erhöhung der Grundsteuer auf deren vollen Betrag eingeführt werde, sobald die zu dieser Einführung erfoderlichen Vorbereitungen getroffen sein würden. Nachdem die letztern genugsam vorgeschritten sind, ist nun unterm 21. März das betreffende Gesetz publicirt worden, zufolge dessen die Steuerreform mit dem 1. Jul. 1848 ins Leben treten wird.

— Aus **Stuttgart** vom 28. März berichtet das Frankfurter Journal: „Gleichwie in Karlsruhe (Nr. 91), so haben die Behörden auch hier in lobenswerthem Eifer alle möglichen Vorsichtsmaßregeln ergriffen, die Gemüther wegen der umgegangenen Prophezeiung, als solle am 27. oder 28. März eine große Feuersbrunst in Stuttgart ausbrechen, zu beruhigen. Vorgestern wurden die Wasserleitungen, welche das Wasser aus dem Feuersee in die Stadt leiten, sowie die Spritzen, Schläuche ꝛc. einer genauen Prüfung unterworfen, auch sonst alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen."

— Aus **Karlsruhe** vom 28. März besagt die Karlsruher Zeitung: „Die Versetzung des ersten Infanterieregiments nach Rastatt zur Verstärkung der dortigen Garnison im October d. J. (Nr. 91) ist durch eine höchste Ordre ausgesprochen. Alles Uebrige, was öffentliche Blätter sonst darüber berichten, glauben wir als unrichtig bezeichnen zu können."

— Dr. **Einhorn**, bisheriger Rabbiner zu Birkenfeld, ist einstimmig als Nachfolger Holdheim's, der als Rabbiner der Reformgenossenschaft nach Berlin berufen ist, in **Mecklenburg-Schwerin** zum Landrabbiner erwählt worden.

* **Bernburg**, 26. März. Mittels herzogl. Patents vom 24. März werden „Auszeichnungen" für langjährigen Militairdienst gestiftet, und zwar für Offiziere nach funfzigjähriger und fünfundzwanzigjähriger Dienstleistung, für Unteroffiziere und Gemeine aber für Dienstleistung über die Zeit der gesetzlichen Verpflichtung. Die Auszeichnungen für Offiziere werden in achteckigen goldenen Kreuzen mit dem Namenszuge des Herzogs unter einer Krone im Mittelschilde bestehen, welches auf der linken Brust am hellgrünen Bande getragen wird. Das Tragen des Bandes allein ist nicht gestattet. Für Unteroffiziere und Gemeine des Bundescontingents und der Gendarmerie besteht die „Dienstauszeichnung" (erste Klasse bei einundzwanzigjähriger, zweite Klasse bei funfzehnjähriger und dritte Klasse bei neunjähriger Dienstzeit) in einer Schnalle mit Namenszug und mit Bezeichnung der Dienstjahre, ebenfalls am hellgrünen seidenen Bande, je nach den drei Klassen mit gelbem, weißem oder schwarzem Rande.

Unser Herzogthum hat im Januar mit der österreichischen Regierung in Bezug auf gegenseitige Freizügigkeit eine Uebereinkunft dahin getroffen, daß fortan die Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 23. Jun. 1817 über die den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten bei Vermögensexportationen aus einem in den andern Bundesstaat zustehende Freiheit von allen Nachsteuern (jus detractus, gabella emigrationis) auch auf die Provinzen des österreichischen Kaiserstaats, welche nicht zum Deutschen Bunde gehören, wechselseitig ihre Anwendung finden sollen, und zwar rücksichtlich der ungarischen Länder, insofern jene Abgaben in die landesfürstlichen Kassen fließen, rücksichtlich der übrigen Provinzen aber ohne alle Beschränkung.

† **Detmold**, 27. März. Was wird die Regierung in dem obschwebenden Conflicte mit den Ständen (Nr. 90) thun fragt man sich hier in gespannter Erwartung. Wird sie die Weigerung der betreffenden Subleration für die Kammer als eine Nichtbewilligung der zur Regierung des Landes nothwendigen Mittel ansehen und sich eher vielmehr der Rentei jene 12,000 Thlr. ohne weiteres vindiciren? worauf sie hinzudeuten scheint, wenn sie in dem Erlasse vom 12. März d. J. sagt, sie erwarte von der patriotischen Gesinnung der Stände die Bewilligung, um dadurch zur Führung einer der Landesverfassung entsprechenden Regierung in den Stand gesetzt zu sein. Oder wird sie sich gar an den Bundestag wenden? Am besten würde sie gethan haben, wenn sie die erste abschlägige Antwort gleich mit Stillschweigen hingenommen und eine Ausgleichung des Ausfalls für die Rentkammer dadurch herbeigeführt hätte, daß sie an der geeigneten Stelle durch offene Darlegung der Verhältnisse eine Ermäßigung der Ausgaben veranlaßte. Von den Ständen konnte sie keine andere Antwort erwarten, wenn sich letztere nicht compromittiren sollten. Und in der That kann die Rentkammer keine gegründeten Ansprüche auf jene zweiten 12,000 Thlr. formiren, wenn die den Landständen mitgetheilten Gründe die Zahlen auch noch so schön zum Vortheile der Rentkammer zu gruppiren suchen. Zwar mag es sein, daß die Ausgaben der letztern in neuern Zeiten sehr zugenommen haben; aber die für die eigentliche Landesverwaltung betragen nach der eignen Berechnung der Kammer in der Trennungsfrage nur 36,000 Thlr., und diese werden ihr schon jetzt durch Sublevationen vom Lande fast ganz ersetzt; daneben steht es als anerkannter Grundsatz fest, daß die Kammerkasse nicht nur die Kosten der Hofhaltung, sondern auch die Lasten der Landesverwaltung, letztere nur gegen Subleration vom Lande, trägt. Die etwa erhöhten Kosten der Verwaltung des Kammervermögens waren unvermeidlich und bewirkten nicht das Mißverhältniß zwischen Ausgabe und Einnahme, dies thun vielmehr nur andere Ausgaben, unter denen wir nur die für das Theater rechnen wollen, das einen jährlichen Zuschuß von über 26,000 Thlr. erhält. Die Frage um die Subleration dreht sich im Grunde nur darum, ob das Land die Kosten des Theaters zu einem großen Theil übernehmen soll.

— Ein Seitenstück zu dem Gebahren des Bischofs Laurent in Luxemburg (Nr. 90) liefert ein Schreiben des Nürnberger Correspondenten **vom Rhein** vom 25. März aus Lippe-Detmold. Es heißt darin: „Ein großer Theil der evangelischen Geistlichkeit im Fürstenthume Lippe-Detmold benutzt die Vortheile, welche die Verfassung des Landes dieser Kirche der nur geduldeten katholischen gegenüber einräumt, zu Handlungen, die im höchsten Grade zu misbilligen sind. Noch vor nicht langer Zeit hatte die kleine zu Lemgo bestehende katholische Gemeinde noch nicht einmal das Recht, die actus ministeriales durch ihren eignen Geistlichen ausüben zu lassen, indem die Competenz allein bei der evangelischen Geistlichkeit beruhte, welche auch die Stolgebühren dafür in Empfang nahm. Jetzt nun, wo die Katholiken endlich die Genehmigung erhalten haben, eine Kirche, jedoch ohne Glocken, zu bauen, floß auch aus der Hand vieler Protestanten eine Beisteuer zu diesem Gotteswerk in wahrhaft brüderlicher Gesinnung. Hierüber erhob sich aber von den protestantischen Kanzeln herab alsbald ein großes Geschrei; man schilderte es als einen Abfall vom protestantischen Glauben und brachte es wirklich so weit, daß viele der Geber ihren bereits gezahlten Beitrag wieder zurückforderten."

Preußen.

**Berlin, 30. März. Man hat es seiner Zeit der Allgemeinen Preußischen Zeitung von verschiedenen Seiten her zum Vorwurfe gemacht, daß sie in ihren Erläuterungen zu den ständischen Gesetzen vom 3. Febr. die freudige Hoffnung ausgesprochen: daß das herzliche Vertrauen zwischen dem König und seinem Volk auf dem nun zu betretenden Wege die geschäftigen Feinde besiegen werde, welche sich zwischen Beide zu drängen eifrig bemüht sind, um aus der Zwietracht Schwäche, aus der Schwäche den Umsturz zu bereiten, damit sie auf den Trümmern des alten ihr eignes Regiment der Willkür und Unordnung aufzurichten vermöchten. Betrachten wir den erhobenen Einwendungen gegenüber eine Anzahl neuerdings erschienener Schriften, welche bemüht sind, mit allen Künsten einer lügenhaften, auf Täuschung ausgehenden Rabulistik die legislatorischen Acte vom 3. Febr. als ungesetzlich darzustellen und den unbefangenen Sinn des Volks gegen dieselben einzunehmen, so will es uns bedünken, als habe jene Zeitung nicht ganz Unrecht, wenn sie vor den Machinationen Derer warnt, die sich zwischen König und Volk drängen und Mistrauen zwischen Beiden! auszustreuen sich angelegen sein lassen. Natürlich wird solchem Beginnen von Seiten verständiger Vaterlandsfreunde in der Journalistik immer entschiedener entgegengetreten. Wir erinnern namentlich nur an die eben so klar als überzeugend geschriebenen Aufsätze der Allgemeinen Oderzeitung. Aber auch auf dem eigentlichen Kampfplatze der Gegner, dem Gebiete der Broschürenliteratur, treten jetzt besonnene Stimmen hervor, welche das wüste Treiben der Agitation aufdecken und deren sophistische Erörterungen unter Darlegung der wirklichen, auf Gesetz und Vernunft beruhenden Sachlage auf ihren wahren Werth zurückführen. So ist in diesen Tagen hier eine sehr beachtenswerthe Schrift erschienen, welche sich hauptsächlich gegen die von Hrn. Simon erhobenen Einwürfe richtet. Der Verfasser schreibt nicht in der Hoffnung, Hrn. Simon von der Unrichtigkeit seiner Aufstellungen zu überzeugen, sondern lediglich in der Absicht, die unrichtigen Voraussetzungen, willkürlichen Folgerungen und falschen Gesetzanwendungen, mit denen Hr. Simon zu operiren für gut befunden hat, aufzudecken, damit nicht Hrn. Simon's Charakter als preußischer Jurist und der Beisatz zu dessen Auslassungen: „vom Standpunkte des bestehenden Rechts", den Sinn des unbefangenen Lesers blende und dem Gesetzkundigen die Meinung aufzwinge, als seien die rechtlichen Urtheile jenes Mannes wirklich auf dem Boden des bestehenden Rechts begründet. Von einem Ablehnen der Verordnungen vom 3. Febr. kann nach der bestehenden monarchischen Verfassung Preußens eben so wenig die Rede sein als bei irgend einem andern Gesetze, da nach §§. 10 und 22 der Einleitung zum Allgemeinen Landrechte gehörig publicirte Gesetze alle Staatsangehörigen verbinden, ohne daß denselben gegen deren Gültigkeit und Anwendbarkeit ein Widerspruch zustände. Gerade nach den strengen Rechtsprincipien, welche Hr. Simon vielfach für seine Ansichten in Bezug nimmt, kann an der Berechtigung des Landesherrn in Preußen, Gesetze mit verbindlicher Kraft für seine Unterthanen zu erlassen, nicht im mindesten gezweifelt werden, und das Ablehnen eines vom Monarchen bereits erlassenen Gesetzes wäre nichts Anderes als ein in seine Souverainetät eingreifender Zwang, als eine Vernichtung der monarchischen Verfassung. Wenn der Verfasser geltend zu machen sucht, daß auch Geschenke einer Annahme bedürfen, daß Wohlthaten nicht aufgedrungen werden können, so bringt er privatrechtliche Grundsätze auf ein Verhältniß zur Anwendung, für welches sie nicht passen. Anordnungen, welche der Monarch zum Besten seiner Unterthanen trifft, sind keine Geschenke, sondern Ausflüsse seiner Machtvollkommenheit, Verleihungen von Befugnissen, mit denen zugleich Pflichten aufgelegt werden.

Der zweite Einwand, daß die Verordnungen vom 3. Febr. nicht rechtsverbindlich seien, weil sie einseitig erlassen und zunächst nicht im Staatsrathe berathen worden seien, muß bei einem preußischen Juristen wahrhaft überraschen. Denn ein preußischer Jurist sollte doch wol die große Menge von Gesetzen kennen, die nicht durch den Staatsrath gegangen sind, an deren Gültigkeit und rechtsverbindlicher Kraft aber noch Niemand gezweifelt hat und Niemand je zweifeln wird, der die Stellung des Staatsraths kennt. Im Staatsrathe kann keine Sache zur Erwägung kommen, die der König demselben nicht selbst zuweist. Er kann nur gutachtlich berichten, und seine Gutachten sind ohne Ausnahme der königl. Bestätigung unterworfen, wogegen nirgend gesagt ist, daß der König dieses Gutachten einholen müsse. Wenn daher Hr. Simon mit „juridischer Evidenz" den Beweis geführt zu haben vermeint, daß die Verordnungen vom 3. Febr. nicht im verfassungsmäßigen Weg entstanden seien, so kann diese Behauptung in dem Munde eines preußischen Juristen nur für eine wider besseres Wissen ausgesprochene, für eine absichtliche Täuschung Derer erachtet werden, denen die Auslegung der Gesetze nicht selbst zur Hand ist. Nicht besser verhält es sich mit dem zweiten Einwande gegen die verfassungsmäßige Form der neuen Verordnungen, daß dieselben erst den Provinzialständen hätten vorgelegt werden müssen, weil diesen nach dem Gesetze vom 5. Jun. 1823 alle Gesetzentwürfe, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, soweit sie die Provinz betreffen, zur Berathung vorgelegt werden sollen. Diese ganze Rechtsansicht fällt durch die Erwägung zusammen, daß, gleichwie das Gesetz vom 5. Jun. 1823 ohne Beirath der Stände, die es erst ins Leben rief, erlassen werden konnte, so auch die neuen Verordnungen und zwar mit um so größerer Sicherheit vom Landesherrn allein ausgehen konnten, als sich derselbe in dem erstern Gesetze die weitern Bestimmungen über die Zeit und die Art der Zusammenberufung der allgemeinen Landstände ausdrücklich vorbehalten hat. Diesen Vorbehalt, welcher einen Bestandtheil des von dem Verfasser so eifrig verfochtenen „bestehenden Rechts" bildet, sucht derselbe durch ein Sophisma zu beseitigen. Außerdem beachtet Hr. Simon nicht, daß einerseits durch die neuen Verordnungen noch gar keine Veränderungen in den Verhältnissen des Eigenthums, der Personen oder der Besteuerung vorgenommen werden, sondern nur die Möglichkeit vorbereitet wird, daß dereinst dem durch sie gebildeten allgemeinen Landtage derartige Gesetzentwürfe vorgelegt werden können; und daß andererseits dieser allgemeine Landtag unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die frühern Gesetze aus den bereits bestehenden Provinzialständen hervorgeht, die nicht verändert oder aufgehoben werden.

Widerlegen sich hiermit die Voraussetzungen des Hrn. Simon, daß es für die Gültigkeit der Gesetze vom 3. Febr. einer vorgängigen Berathung derselben durch den Staatsrath und die einzelnen Provinzialstände bedurft habe, und ergibt sich dabei die Unrichtigkeit der Behauptung, daß das preußische Volk das Recht habe, diese Gesetze anzunehmen oder abzulehnen, so fallen mit dieser Widerlegung auch schon die weitern aus jenen falschen Voraussetzungen hergeleiteten Fragen: „wer die bindende Erklärung über die Annahme oder Ablehnung der Verordnungen abzugeben habe?" und „wie die Erklärung nun ausfallen könne?" Dennoch will unser Autor auch auf diese Erörterungen noch näher eingehen, um das bestehende Recht gegen die ihm widerfahrenen Verunglimpfungen zu vertheidigen. Was hier zunächst die Legitimationsfrage der jetzigen Landtagsdeputirten betrifft, so hält Hr. Simon dieselben für nicht befugt, weder auf dem Landtage zu erscheinen, noch eine Erklärung über die Verordnungen abzugeben, und verlangt neue Wahlen. Um recht populair zu sein, vergleicht er das Verhältniß der gegenwärtigen Deputirten mit dem Falle, wo eine Bauerschaft Einem aus ihrer Mitte die Vollmacht ertheilt, dem Gutsherrn über gemeinsame Angelegenheiten ihre Ansicht auszusprechen, der Bevollmächtigte aber mit Ueberschreitung seiner Vollmacht Zusagen und Einräumungen macht. Der Verfasser eines preußischen Staatsrechts sollte wissen, daß ein Monarch wie der König von Preußen in der Ausübung seiner Souverainetätsrechte nicht mit einem Gutsherrn verglichen werden kann, der mit seinen in privatrechtlicher Beziehung als gleiche Rechtssubjecte ihm gegenüberstehenden Bauern verhandelt und von ihnen im Wege des Vertrages nur Das erlangen kann, was sie ihm von ihren Rechten abtreten oder einräumen wollen. Könnte man aber selbst jenem Gleichniß einen Schein von Berechtigung zugestehen, so handelt es sich in Betreff der Gesetze vom 3. Febr. gar nicht um Zumuthungen, welche den Vertretern über ihr Mandat hinaus gemacht würden, denn bereits durch das Gesetz vom 5. Juni 1823 sind die Provinzialstände für das gesetzmäßige Organ der verschiedenen Stände jeder Provinz erklärt worden, und diese ihre Eigenschaft verlieren sie nicht durch die Einberufung zu dem Vereinigten Landtage, da dieser ja eben aus den acht Provinziallandtagen der Monarchie besteht. Nach den Worten des Gesetzes vom 5. Juni 1823 war aber zu jeder Zeit die Berufung einer aus den Provinzialständen hervorgehenden allgemeinen Ständeversammlung zu erwarten, und die Deputirten wurden also beständig mit der Aussicht auf das Eintreten dieses Ereignisses gewählt, woraus ihre Legitimation zur Sache von selbst folgt.

Eben so wenig, wie über die Competenz der Deputirten ein Zweifel erhoben werden darf, kann es endlich auf die Frage ankommen, wie die Erklärung des Volks über Annahme oder Ablehnung der angebotenen Verfassung nur ausfallen könne. Diese Frage trägt ebenfalls eine in sich widerrechtliche Voraussetzung, indem keine Verfassung angeboten, sondern gegeben ist, und von dem Rechte der Weigerung ihrer Annahme nach der längst bestehenden Verfassung des Staats als eines monarchischen überall nicht die Rede sein darf. Um übrigens keinen Anlaß zu der Meinung zu geben, als wäre Dasjenige, was nicht bestritten worden, zugestanden, geht unser Autor noch in Kürze die auf die frühern Gesetze basirten Ausführungen des Hrn. Simon durch, beweist, daß die Verfassung vom 3. Febr. die Erfüllung Dessen sei, was 1815 und 1820 verheißen worden, und schließt mit dem Ausrufe des Hrn. Simon: „Das Vaterland erwartet jetzt und immerdar, daß jeder Preuße seine Schuldigkeit thue!"

†Aus Preussen, 28. März. Um den mancherlei Inconvenienzen abzuhelfen, welche für die Besitzer der von Eisenbahnen durchschnittenen Grundstücke dadurch entstehen, daß sie ihre Entschädigungsansprüche gegen die Eisenbahngesellschaften in der Regel nur in dem ordentlichen Gerichtsstande derselben verfolgen dürfen, wird in einer auf den Bericht der Staatsminister Uhden und v. Düesberg erlassenen Cabinetsordre vom 1. März bestimmt, daß fortan bei Klagen auf gerichtliche Entschädigung über den Werth der für eine Eisenbahn expropriirten Grundstücke sowie bei allen sonstigen Entschädigungsansprüchen, welche Grundbesitzer als solche auf Veranlassung einer Eisenbahnanlage gegen deren Unternehmer gerichtlich

verfolgen, die Eisenbahngesellschaften verpflichtet sein sollen, bei dem Obergerichte Recht zu nehmen, in dessen Departement das expropriirte oder beschädigte Grundstück gelegen ist. Auf die bereits anhängigen Klagen findet jedoch diese Bestimmung keine Anwendung.

— Dem Nürnberger Correspondenten wird **von der Spree** unterm 27. März geschrieben: „Man liest, daß der preußische Gesandte am Deutschen Bunde in der Sitzung der Bundesversammlung am 11. März eine Mittheilung bezüglich eines allgemeinen Preßgesetzes gemacht habe. (Nr. 84.) Wir können versichern, daß eine solche Mittheilung weder in der genannten Sitzung noch in irgend einer andern von dem Grafen v. Dönhoff geschehen ist. Allerdings war der preußische Gesandte beauftragt, über die in der preußischen Verfassung stattgefundenen Veränderungen den Bund in Kenntniß zu setzen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß diesem Auftrage in jener Sitzung Folge gegeben worden ist. Sollte Preußen in Betreff der Presse eine Initiative ergreifen, so wird sich dieselbe schwerlich unmittelbar in der Bundesversammlung kundgeben, sondern an jene deutsche Großmacht gerichtet werden, welche es als seinen treuesten Alliirten anzusehen allen Grund hat."

— Am 29. März früh gegen 1 Uhr brach in **Wernigerode**, durch das Zerplatzen eines Backofens, ein Feuer aus, was bis um 3 Uhr Nachmittags bereits 244 Gebäude eingeäschert hatte (nach amtlicher Bekanntmachung 160 Wohnhäuser nebst den Hintergebäuden). Die meisten Abgebrannten haben nur das nackte Leben retten können, und mehre Menschen sollen umgekommen sein.

— Die Berlinische Zeitung erfährt aus **Düsseldorf** vom 27 März: „Gestern Abend ist in Deutz in der Wohnung der Gräfin v. Hatzfeld der als Begleiter dieser Dame in ihrem ehelichen Streite sowie aus den Verhandlungen des Chatoullenprocesses wohlbekannte jüdische Licentiat der Philosophie Lasalle aus Breslau von zwei Instructionsrichtern plötzlich nebst seinem Bedienten vernommen, sofort verhaftet und nach dem hiesigen Gefängniß durch Gendarmerie abgeführt worden. Wie verlautet, haben die Geständnisse des Bedienten ihn als Denjenigen bezeichnet, welcher damals die im gerichtlichen Verwahrsam befindlichen Papiere Oppenheim's auf so schlaue Weise zu vernichten und zu verfälschen wußte."

— Der durch seine Polizeimission in Schlesien besonders bekannt gewordene Referendarius Stieber nahm vor einiger Zeit seine Entlassung aus dem preußischen Justizdienste, das Kammergericht wollte ihm aber auch den Referendartitel nicht weiter belassen, und jetzt hat es sogar den Beschluß gefaßt, daß Hr. Stieber auch nicht mehr als Vertheidiger bei dem öffentlichen Gerichtsverfahren zugelassen werden solle. (Wes.-Z.)

Oesterreich.

Im Ellnbogner Kreise in Böhmen sind neuerdings Robothrenitenzfälle, mit furchtbarer Hungersnoth verbunden, zum Vorschein gekommen. — Es war eine förmliche Untersuchung darüber eingeleitet worden, ob nicht über Hartmann's „Kelch und Schwert" eine criminelle Untersuchung gegen den Verfasser vorgenommen werden solle. Die Sache kam bis zur obersten Justizbehörde und sollte von einer aus sieben Räthen bestehenden Commission entschieden werden. Drei sprachen sich für die criminelle Verfolgung aus, drei dagegen; bei der Gleichheit der Stimmen gab der edle Vorsitzende, Hofrath v. Pappart, den Ausschlag, und die beregte Criminaluntersuchung wurde damit förmlich zu Boden geschlagen. (N. C.)

o **Pesth**, 20. März. In des gesegneten Ungarns nördlichen Gegenden wächst das Elend auf das furchtbarste. Mißjahre, Geldarmuth, Mangel an Verkehr, Indolenz, Trinksucht führten es herbei, und die bestehenden bäuerlichen Verhältnisse tragen zu dessen weiterer Verbreitung das Ihrige bei. Die letztern zeitgemäß zu regeln, gehört in den Bereich der Gesetzgebung, ist daher eine noch nicht so bald zu lösende Aufgabe. Doch die Zeit drängt, und daher müssen die Mittel zur dauernden Abhülfe des so häufig wiederkehrenden Nothstandes aus eigner Kraft geschöpft werden. Die väterliche Regierung thut was sie kann, und spendete jüngst 200,000 Silbergulden zur Vertheilung an die der Hülfe bedürftigsten Contribuenten. Doch kaum das Zehnfache dieser Summe könnte hier genügen. Es werden freiwillige Beiträge gesammelt, Armentaxen repartirt u. s. w., allein dies Alles verrinnt spurlos gleich dem Tropfen im Meere! Welches sind denn nun die aus eigner Kraft zu schöpfenden Abhülfsmittel? Diese Frage setzt eben jetzt zahlreiche Federn in Bewegung. Zwei der gefeiertsten Patrioten, Baron Nikolaus Wesselényi und Graf Karl Zay, theilen ihre diesfälligen Vorschläge in den ungarischen Blättern mit. Wir wollen sie hier kurz berühren. Wesselényi räth, die Fabrikation des Branntweins im Lande völlig einzustellen und zugleich dessen Einfuhr aus dem Auslande zu verbieten. Zay gerägt dies nicht, er schlägt außerdem noch vor, das Uebersiedeln der nördlichen Uebervölkerung in den volksarmen Süden zu veranlassen, die Pußten zu bevölkern, Fabriken zur Verarbeitung inländischer Rohproducte zu begründen, als Taglöhner blos eigne Unterthanen zu verwenden, aus diesen das Gesinde zu rekrutiren, den Volksunterricht zu regeln, die Lehrer reichlicher zu dotiren, die Mäßigkeitsvereine zu unterstützen u. s. w. Wahr ist es, dächte und handelte jeder ungarische Dynast wie der edle Graf, so wäre wol bald dem Nothstande abgeholfen, allein keineswegs dauernd. Gleiches Recht, gleiche Lasten, Aufhebung der Aviticität, Schutz der Industrie, Volksbildung — ohne diese kein Heil für Ungarn! Wir sind überzeugt, daß uns die beiden obengenannten Patrioten hier von ganzem Herzen beistimmen werden, die jene Hauptfactoren alles Völkerglücks blos deshalb nicht berührten, weil diese in das Bereich der Gesetzgebung gehören und hier der Einzelne nichts vermag. Denn es ist ja allgemein bekannt, daß Wesselényi und Zay die unermüdetsten Verfechter wie des materiellen so auch des geistigen Fortschritts ihres Vaterlandes sind.

Portugal.

Aus **Lissabon** bringen die vom 18. März eingetroffenen Blätter und Briefe keine Meldung von Wichtigkeit; von Oporto war dort nichts bekannt, was Aussicht zur Besiegung der Insurgenten oder Vertreibung derselben aus ihrer festen Stellung geben konnte. Die britische Dampffregatte Gladiator und die Brigg Polyphemus wurden von Oporto im Tejo erwartet, wo noch die Linienschiffe Trafalgar, Hibernia, Canopus und die Dampfsloop Phönix sowie eine französische Brigg von 22 Kanonen vor Anker lagen.

— Der Clamor publico hat eine Nachricht aus **Nyamonte** vom 12. März, die von einem großen Verluste Saldanha's bei einem Versuche gegen Oporto spricht. Der Commandant eines wichtigen Forts soll nämlich von ihm gewonnen gewesen sein, dasselbe an die königl. Truppen zu überliefern. Tag und Stunde waren genau bestimmt, die schließliche Correspondenz darüber fiel aber dem General Povoas in die Hände, welcher den bloßgestellten Offizier in aller Stille festnehmen, alle Stücke mit Kartätschen laden und dann das verrätherische Zeichen zur verabredeten Zeit geben ließ. Saldanha ließ sofort zur Besitznahme des Werkes ein ansehnliches Corps anrücken, das aber nun auf Pistolenschußweite mit einem Kartätschenhagel überschüttet wurde und 1400 M. an Todten und Verwundeten eingebüßt haben soll. An der ganzen Erzählung ist vermuthlich nichts oder nur ein Geringstes wahr.

Spanien.

In **Madrid** war am 23. März die Rede davon, daß den Cortes ein Gesetzentwurf vorgelegt werden solle, der den König autorisire, in dem Fall einer Erkrankung der Königin die Geschäfte gemeinschaftlich mit derselben zu vollziehen. Es war auch das Gerücht verbreitet, Hr. Pacheco solle als Gesandter nach Rom geschickt werden. Von einem nahen Besuche des Herzogs von Montpensier in der spanischen Hauptstadt wurde abermals gesprochen und man schreibt sogar, daß ein Plan im Werke sei, ihn mit dem Gemahl der Königin in eine eventuell zu constituirende Regentschaft zu bringen. Das Letztere erscheint ziemlich unglaublich und möchte wol nur als ein Maßstab der seltsamen Projecte zu betrachten sein, mit denen man sich in Madrid hin und wieder unterhält.

— Die Ultramoderados sollen beabsichtigen, dem König einige der Ihrigen, wie die Generale Pezuela, Mazarredo, als Adjutanten an die Seite zu stellen.

— Aus **Barcelona** wird vom 21. März an den Phare des Pyrénées geschrieben, daß eine Ueberwachung der Küsten für besonders nothwendig erachtet und namentlich der ins Meer auslaufende Theil der Gebirge von Obercatalonien durch eine zwischen Llanes und Callela operirende bewegliche Colonne gedeckt werden sei. Durch Aufstellung einer zweiten für den Strich von Callela bis Mataro wird es den Carlisten ungemein erschwert werden, sich künftig mit Hülfe der Schmuggler mit Waffen und Munition zu versorgen. An der Befestigung von Cerrera, einem strategisch wichtigen Platze zwischen Barcelona und Saragossa, wird eifrig gearbeitet. Im Ganzen scheint es in den catalonischen Gebirgen jetzt ruhig zu sein; doch wird man nicht sehr darauf bauen dürfen.

— In einigen galicischen Hafenorten sind Tumulte vorgefallen, indem das Volk sich der Verschiffung von Getreide widersetzen wollte, das übrigens nach andern spanischen Häfen bestimmt war, welche dieser Zufuhren nöthig bedürfen. Ist an einigen Orten Theuerung eingetreten, so rührt das nur von der im Innern durch Wege und Transportmittel sehr schwierigen Versendung und den aus den der Küste näher liegenden Gegenden geschehenen Ausfuhren sowie hin und wieder von den auf Speculation erfolgten Aufkäufen her. Man rechnet, daß Spanien jetzt 110½ Mill. Fanegas Weizen allein erzeugt und nur 90 Mill. verbraucht.

Großbritannien.

London, 27. März.

Wenn die Morning Post gut unterrichtet ist, so würde im August der schließlichen Entwickelung des interessanten Zustandes, in welchem die Königin sich wieder befindet, entgegenzusehen sein.

— Das Unterhaus, dessen Verhandlung über die Zollbill wir schon erwähnten (Nr. 91), vollendete die Comitéberathung derselben gestern, und bewilligte dann im Gesammtcomité der Wege und Mittel 18,820,700 Pf. St. Schatzkammerscheine für den Dienst von 1847. Es wurden ferner noch 500,000 Pf. St. zu Ausgaben votirt, die mit der Beschäftigung Armer in Irland bis 31. März in Verbindung stehen; eben so wurden 500,000

Pf. St. zur Unterstützung von Hülfsausschüssen, Beisteuern zu Subscriptionen ꝛc. in Irland gewährt. Bei der Bewilligung von 50,000 Pf. St. zu den neuen Parlamentshäusern, von denen das der Lords so gut wie vollendet ist, fragte Hr. Hume, wann das Unterhaus fertig werden sollte, und sprach zugleich die Hoffnung aus, es werde von dem Prunk und den Flittern frei bleiben, welche das Oberhaus den Zeiten Ludwig's XIV., jedoch ohne den Geschmack derselben, würdig machten. Lord Morpeth, Obercommissar der Wälder und Forsten, erwiderte, daß die Anordnungen unter Leitung von Commissionen aus beiden Häusern erfolgt wären, der Raum im neuen Oberhause betrage 950 Quadratfuß, während er im jetzigen nur 604 sei. In der Galerie befänden sich Sitze; auf die Ausschmückung wolle er sich nicht einlassen. Ueber den Zeitpunkt der Vollendung des Unterhauses scheint Lord Morpeth nichts geäußert zu haben. Auf Sir R. Peel's als eines der Vorstände des britischen Museums Antrag wurden 20,000 Pf. St. à Conto der erforderlichen 48,000 votirt. Als ein Zeichen zunehmenden Interesses am Institute führte er mit an, daß dasselbe 1841 von 319,000 und 1846 von 750,000 Personen besucht worden sei.

— Die Königin hielt gestern im Buckinghampalast ein Capitel des Hosenbandordens, in welchem der Herzog v. Bedford, ältester Bruder des Premierministers Lord J. Russell, mit dem Orden bekleidet wurde.

— Aus **Sheerneß** wird wieder von dem Fortschreiten der dortigen neuen Befestigungen geschrieben. Den Werftzugang wird eine 50—60 Geschütze zählende Batterie decken, die auf einer Flanke mit den Werken von Garnison Point, auf der andern mit den von der Themse zum Medway sich erstreckenden Befestigungen in Verbindung steht. Von Woolwich ist eine Compagnie Artillerie zur Verstärkung der in Portsmouth garnisonirenden abmarschirt.

— Die Nachrichten aus Irland stimmen alle in der Vorhersagung der außerordentlichsten Auswanderung überein, die dort erlebt worden sei. Die kleinern Landwirthe machen ihre Habe in großer Anzahl zu Geld, um ehemöglichst in die Fremde gelangen zu können, und auch kleine Gutsbesitzer mit 4—800 Pf. St. Einkommen denken an Veräußerung ihrer Güter, um unter einem bessern Klima und günstigern Verhältnissen, als sie für Jahre in Irland erwarten zu dürfen glauben, ihr Capital anzulegen. In allen Häfen drängt sich die auswanderungslustige Menge. Die Berichte über den Nothstand lauten besonders in Betreff der Gesundheitsverhältnisse und Sterblichkeit betrübend; was die Getreidepreise anlangt, so waren dieselben überall, Limerick noch ausgenommen, im Sinken. Maismehl war in Londonderry um 4 Pf. St. die Tonne gefallen. In Cove waren vom 20—23. März allein 72 Schiffe mit circa 100,000 Quartern Getreide, Mehl ꝛc. angelangt.

— Der Präsident des Geheimenraths, Lord Lansdowne, ist seit einigen Tagen unwohl, befindet sich aber schon in der Besserung.

— Der neue außerordentliche Gesandte nach dem Plata, Lord Howden, ist heute von Portsmouth mit der Dampfsloop Rattler nach seiner Bestimmung abgegangen.

— Die kolossale Reiterstatue des Herzogs v. Wellington, die nicht zur Ruhe zu kommen scheint, hat eine Anfrage im Globe veranlaßt, ob es nicht zweckmäßig sein sollte, um der Sorge um sie ledig zu werden, dieselbe in Pence auszumünzen und an des Herzogs nothleidende Landsleute in Irland zu vertheilen?

— Prinz Jerome Napoleon hat nach der ihm von der französischen Regierung verweigerten Erlaubniß, nach Paris zu kommen, London wieder verlassen, um sich nach Florenz zu begeben.

— Der neue spanische Botschafter am britischen Hofe, Hr. Isturiz, gewesener Präsident des spanischen Ministeriums, welches die Heirathen zu Stande brachte, ist in London angelangt.

— Die Times bemerkt in ihrem Cityartikel, daß man angenommen habe, der jetzt zur Rückzahlung kommende Vorschuß an die Bank von Frankreich habe 800,000 Pf. St. oder circa 20 Mill. Fr. betragen; allein es wären 1 Mill. Pf. St. oder 25 Mill. Fr. gewesen.

Frankreich.

Paris, 28. März.

In der Pairskammer wurde gestern vom Präsidenten angezeigt, daß der Graf Ruty auf Grund der ihm vor Revision des Art. 23 der Charte durch das Ableben seines Vaters vererbten Rechte seinen Platz in der Kammer einzunehmen wünsche. Die übliche Commission zur Begutachtung seiner Ansprüche wurde ernannt. Man hörte dann Berichte über Bittschriften, auch erstattete die Commission wegen Zulassung des Grafen Ruty noch im Verlaufe der Sitzung beifällig Bericht, und die Kammer sprach seine Zulassung aus. Die Berathung eines Gesetzentwurfs wurde dann begonnen, welcher das Avancement in der Armee betrifft. Diejenigen Lieutenants nämlich, die zu Adjutanten, Majors, Zahlmeistern, Bekleidungsinspectoren oder Instructoren commandirt werden, sollen außer der gesetzlichen, jetzt geltenden Reihenfolge Capitainsrang erhalten, bei der Cavalerie, Artillerie oder dem Genie als Escadrons- oder Batteriecommandanten nach ihrer Anciennetät zulässig sein, in eine Compagnie, Escadron oder Batterie jedoch mit ihren Graden nur bei Versetzungen einrücken können. Es läuft also mit diesem Entwurf auf eine Beförderung nach Wahl außer der nach Anciennetät hinaus, welcher letztere Grundsatz am Fürsten v. d. Moskwa einen beredten Vertheidiger fand. Die Verhandlung wurde vertagt.

Die Deputirtenkammer hörte gestern Berichte über Bittschriften. Hr. de Rémusat hat derselben den schon in der vorigen Session vorgelegten Antrag wegen der Unbefähigung gewisser Beamtenstellen zur Mitgliedschaft der Kammer von neuem vorgelegt, den Zeitpunkt für das zur Geltung Kommen seiner Vorschläge aber nach Auflösung der gegenwärtigen Legislatur anberaumt.

— Von den sogenannten conservativen Progressisten der Deputirtenkammer haben nur drei, die HH. Emile de Girardin, de Jouvenel und Schneider von Autin, für die Inbetrachtnahme des Duvergier'schen Wahlreformantrags gestimmt.

— Die «Presse» greift das Regierungsorgan von neuem an. Das Journal des Débats strahlt vor Freude, bemerkt dieselbe, über die Ablehnung des Duvergier'schen Vorschlags in der Deputirtenkammer. Wir wünschen ihm lange Dauer dieses Jubels. Es nennt die Partei der Conservativ-Progressisten nur ein Phantom und will die Gefahr der Unbeweglichkeit der Gewalt nicht begreifen, wenn dieselbe zu lange anhält. Sie ist dann nicht mehr zweifelhafte Stabilität, sondern offenbare Ohnmacht. Das Journal des Débats hat dem Cabinet einen schlimmen Dienst erwiesen, indem es dasselbe in diese Sackgasse drängte, aus der es ihm schwer sein wird, herauszuschlüpfen, während wir ihm den Ausgang zu öffnen suchten. Die Partei der conservativen Progressisten war die Brücke zwischen der Majorität und den beiden äußersten Seiten des Centrums. Man hat sie geringschätzig abgebrochen. Die Zukunft wird zeigen, ob man recht hat, den Lauf der Zeit zurückzustellen. Das Journal des Débats spottet seinerseits über die mehr oder weniger jungen Mitglieder der neuen progressistischen Kirche, und findet es schulmeisterlich verständig, daß sie auf den guten Rath Hrn. Guizot's gehört, welchen er ehegestern am Schlusse seiner Rede an sie gerichtet habe. Die Mehrheit werde Diejenigen mit Vergnügen unter sich sehen, die Hoffnung gewährten, zu besserer Einsicht zu gelangen. Es gebe indessen auch Unerfahrenheiten, mit denen man sei nachsichtig nicht gerade zu sein brauche, und über die man sich zu trösten wissen werde, wenn sie die conservativen Reihen verließen.

— In französischen Blättern wird nun ebenfalls versichert, daß Graf Bresson nicht nach Madrid zurückkehren, sondern an Hrn. de Barante's Stelle als Botschafter nach Petersburg gehen werde. Hr. de Barante werde Nachfolger des Grafen de Ste.-Aulaire in London werden; von dessen weiterer Verwendung wird nichts gesagt.

— General Drouet ist am 25. März in Nancy gestorben. Er gehörte zu den Generalen, welche durch die königl. Verordnung vom 24. Jul. 1815 von der Amnestie ausgeschlossen und als Rebellen gleich Ney vor ein Kriegsgericht gestellt wurden; er und Cambronne wurden freigesprochen. Er war 1774 in Nancy geboren, trat 1793 als Artillerielieutenant in die Armee, machte den ägyptischen Feldzug und alle Feldzüge des Kaiserthums bis 1814 mit, begleitete Napoleon nach Elba und zeichnete sich auch bei Waterloo aus. Seit 1815 lebte er in seiner Vaterstadt und lehnte alle von der Juliregierung ihm angetragenen Auszeichnungen ab.

— Das Journal du Loiret schreibt unterm 25. März von der großen Aufregung, welche in Sully und Umgegend die Bestätigung der schon vorher verbreiteten Nachricht von Einstellung der Dammbauten hervorgebracht habe, wodurch dort 1500—2000 Menschen plötzlich arbeitslos würden.

— Der neulich als Gerücht erwähnte Ankauf von 8 Mill. Rentencapital von der französischen Bank durch die Königin Christine (Nr. 90) wird bestätigt. Ihr jetziger Gemahl, Herzog von Rianzares in Spanien und von Montmorot in Frankreich, soll damit umgehen, sich in Frankreich naturalisiren zu lassen, was nach spanischen Gesetzen, wenn er die Bewilligung der Königin dazu erhalten hat, unbeschadet seiner Eigenschaft als Spanier erfolgen könnte.

— Das Gesetz zur Beförderung der Freigebung von Sklaven in den Colonien hat nach Berichten vom 22. Dec. aus **Bourbon** dort zu großen Differenzen unter den Mitgliedern des Colonialraths geführt. Derselbe hatte Hrn. Sully Brunet zum Delegirten der Colonie in Paris ernannt, besann sich aber später in der Mehrheit eines Andern, weil Hr. Brunet sich der Emancipation der Sklaven ungünstig zeigte, und machte die Wahl desselben dadurch rückgängig, daß der Gouverneur zur Auflösung des Colonialraths genöthigt wurde. Das Ausbleiben von mehr als der Hälfte seiner 30 Mitglieder führte dahin, womit auch Hrn. Brunet's Vollmacht erlosch. Der hierauf neugewählte Colonialrath war bereits zusammengetreten und hatte mit 26 gegen 4 Stimmen eine Adresse votirt, die zwar auch gegen die auf Grund des Gesetzes vom 18. Juli 1845 erlassene Verordnung gerichtet ist, indessen hauptsächlich den davon der Colonie drohenden materiellen Nachtheil hervorhebt, außerdem die Bereitwilligkeit ausspricht, zum Fortschritt und zur Organisation der freien Arbeit mitzuwirken.

Niederlande.

Zufolge der den Generalstaaten über die Colonial-Einnahmen und Ausgaben während des Jahres 1846 vorgelegten Actenstücke hat die Ausgabe in Niederländisch-Indien im vergangenen Jahre 84,435,638 Fl. und die Einnahme 96,561,135 Fl. betragen. Unter den Einnahmen sind: Pachtgelder 15,464,290 Fl.; Land-Einnahmen und andere Dienstbarkeiten 11,764,844 Fl.; Steuern und Abgaben 7,710,452 Fl.; Handel und Bodencultur 8,014,834 Fl.; Producte in Consignation 36,904,704 Fl. Die Hauptposten der Ausgabe sind: Regierung 482,200 Fl.; Justiz 507,856 Fl.; Generalverwaltung und Polizei 3,486,170 Fl.; Landbau, Cultus, Künste und Wissenschaften 507,291 Fl.; Civilbauten 503,000 Fl.; Finanzen und Culturbeförderung 48,673,157 Fl., worunter der Ankauf der Producte mit 33,154,905 Fl. figurirt; Kriegsdepartement 8,715,903 Fl.; Marine 1,838,150 Fl.; Pensionen- und Wohlthätigkeitsanstalten 1,081,567 Fl.

— Nach Berichten aus **Batavia** vom 31. Jan. ist für den Monat April eine zweite Unternehmung gegen Bali beschlossen worden, weil die Häuptlinge dieser Insel den Bedingungen des von ihnen eingegangenen Vertrags (Nr. 311) nicht nachgekommen waren.

Schweiz.

Oberst Wicki in **Freiburg**, der genug gethan zu haben glaubte, wenn er die Insurgenten auch blos durch Worte zum Rückzuge beweg (Nr. 72), hat seine Entlassung als Chef des Landsturms des französischen Bezirks eingegeben.

Italien.

Rom, 22. März. Das neue Censurediet vom 15. März (Nr. 89) hat Viele kopfscheu gemacht. Mehr noch als die durchaus wohlverstandenen Maßregeln wegen einer Präventivcensur scheinen die Herausgeber so vieler Journale die Taxgebühren erschreckt zu haben, auf die Keiner gefaßt gewesen sein mag. Achtzehn Zeitschriften hatten daher plötzlich innegehalten, und an schlechten Witzen, mit denen man das Edict zu verdächtigen gesucht, hat es auch nicht gefehlt. Da läßt sich jetzt einer der liberalen Bekenner aus früherer drangvoller Zeit über diese Maßregeln der Regierung in ernster und gemessener Sprache vernehmen: der Prof. Frco. Orioli, ein Mann von wissenschaftlichem Verdienst und jetzt von loyaler, dem regierenden Papste sehr ergebener Gesinnung, der eben aus Korfu hierher zurückgekehrt ist, schreibt in einem soeben gedruckten Brief an den Marchese Massimo d'Azeglio, daß bei ruhiger Betrachtung die getroffenen Anordnungen nicht einmal den Schein gegen sich haben, daß sie denen der liberalsten Regierungen, die Censur haben, gleichgestellt werden müssen, und daß die fiscalische Taxe ebenfalls sehr mild sei im Vergleich mit den Einrichtungen anderer Staaten, denen aus dieser Auflage bedeutende Einkünfte zufließen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

*Petersburg, 17. März. Rußlands natürliche Lage bestimmt es zu einem ackerbautreibenden Staat, und seine Bewohner handeln in neuester Zeit sehr unrecht und ganz gegen ihre Interessen, wenn sie sich von diesem ab zu andern Gewerbszweigen wenden. Die neuesten Zeitereignisse erweisen deutlich diese Behauptung. Während in Folge allgemeiner Misärnten fast das ganze westliche Europa mehr oder minder von einer großen Hungersnoth heimgesucht wird, ist das im Jahr 1846 mit Korn so gesegnete Rußland jetzt fast das einzige europäische Land, das jenen bedrängten Staaten mit diesem Bedürfniß aushelfen muß; gewiß ein wichtiger Fingerzeig von der Vorsehung für die russische Nation, sich in der Zukunft mit größerer Energie und Eifer auf den Ackerbau zu legen, als sie es in den letztvergangenen Decennien gethan, wo sie Alles aufgeboten, den Ackerbau auf Kosten der Manufactur- und Fabrikindustrie zu beseitigen. In Rußlands Volksmenge nimmt man 20 Mill. Individuen an, die, dem Landbaustande angehörend, ausschließlich auf diesen gewiesen sind, in neuester Zeit aber diesen verlassend, sich in Städte überzusiedeln und hier dem Manufactur- und Fabrikbetrieb obzuliegen beginnen. Die größte Schuld daran trägt der grundbesitzende Adel, der Führer und Leiter des Landvolks sein sollte, ihm aber nicht mit löblichem Beispiel in dieser Beziehung vorangeht. Die ältern russischen Gutsbesitzer wußten ihre ökonomischen Verhältnisse viel besser zu beachten als die heutigen. Immer auf ihren Besitzungen lebend und deren Verwaltung verleitend, schuldeten sie kaum den zehnten Theil vom Gesammtwerth ihres mögens; anders ist es mit denen der heutigen Generation. Diese haben zum großen Theil ihre Güter so mit Schulden beladen, daß deren größter Theil der Krone und Privatgläubigern gegen hohe Zinsen verpfändet ist und ihnen oft kaum deren zehnter Theil zur Subsistenz frei bleibt. Veranlassung dazu ist das luxuriöse, verschwenderische Leben, das der Adel bisher theils in den beiden Hauptstädten des Reichs, theils im Auslande führt, das aber unglaubliche Summen zu seiner Befriedigung erheischt. Um diese zu gewähren, reichen die Gutserevenuen nicht hin; Capitalien werden für oft unerschwingliche Zinsen geliehen, die Güter, in den Leihhäusern verpfändet und zur bestimmten Zeit nicht eingelöst, verfallen diesen als Eigenthum. Der hohe Adel verwaltet selten seine Güter selbst, sondern läßt sie oft von schlechten, gewissenlosen Verwaltern bewirthschaften, die ihren Vortheil nicht vergessen, zur Aufbringung der großen Opfer, die der Edelmann verlangt, die Bauern mit einem oft unmäßigen Obrok (Boden- oder Grundzins) belegen. Die Maßregel, die Kaiser Nikolaus im Jahr 1834 traf, den Adel von seiner Manie fürs Ausland abzuziehen, ihm dort nur einen temporairen Aufenthalt zu gestatten, und die ihn nach dessen abgelaufener Frist wieder ins Vaterland zurückzurufen zwang, ging gewiß von der väterlichsten Fürsorge aus, sie ward aber leider im In- und Auslande verkannt und entspricht in ihren Folgen auch nicht der wohlthätigen höchsten Tendenz. Die Herren kehren freilich nach abgelaufener Frist ins Vaterland zurück, bleiben einige Monate hier, übersehen flüchtig ihre Besitzungen, haben so den vorgedachten höchsten Ukas erfüllt und begeben sich mit neuen, ihrem Eigenthum entnommenen Opfern in die Ferne. Kein anderer europäischer Staat möchte in neuerer Zeit einen größtentheils durch eigne Schuld so sehr heruntergekommenen, verarmten Adel aufzuweisen haben als Rußland. Schreitet derselbe auf dieser Bahn fort, erkennt er nicht noch zeitig seine Verblendung, so steht seiner nächstfolgenden Generation die traurigste Perspective bevor. Als ein großes Hinderniß der Blüte des Ackerbaues in Rußland muß auch die in den letzten Jahren sehr überhandgenommene Branntweinfabrikation angesehen werden. Insofern diese einen großen Theil der Naturalkornerzeugnisse verschlingt, sie der Volkssubsistenz entzieht, schadet sie den Staats- wie Privatinteressen unweit mehr als sie ihnen nützt, abgesehen von den Nachtheilen, die sie der Volksmoralität bringt.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife: der Obermedicinalrath Dr. Jacobi in Siegburg, der Hauptmann a. D. Kreissteuerreinnehmer v. Reichenbach in Jüterbogk.

Consuln. Preussen. Der Kaufmann Jakob Nikolaus Kinberg in Wisby auf der Insel Gothland ist zum Consul daselbst ernannt worden.

Standeserhöhungen. Baiern. Der Legationsrath bei der Gesandtschaft in Paris, Hr. August Wendland, ist in den erblichen Adelstand erhoben worden.

Todesfälle. Frhr. Wilhelm v. Gumppenberg, Abgeordneter der Landeigenthümer in der bairischen Kammer, ist auf seinem Landgute Wallenburg gestorben. — Der russische General der Cavalerie Potapoff, Mitglied des Reichs- und des Kriegsraths, ist mit Tod abgegangen. — In München starb am 28. März der Regierungsassessor Weinisch.

Wissenschaft und Kunst.

*Leipzig, 31. März. Seit einigen Tagen hält sich der Pianist Hr. Joseph Schad hier auf und beabsichtigt, am 7. April eine musikalische Soirée zu geben. Ein großer Ruf geht diesem Künstler nicht allein als ausgezeichnetem Claviervirtuosen voran, sondern es haben ihn auch seine Compositionen, vorzüglich die reizenden Variationen über einfache Themas wie Tedeum, Landesvater, Du, du liegst mir am Herzen ꝛc., im voraus der musikalischen Welt auf das Beste empfohlen. In Baiern geboren, zeigte Hr. Schad schon von früher Jugend ein großes Talent für Musik, studirte später unter Aloys Schmidt in Frankfurt a. M., wurde hierauf Musikdirector in Morges am Genfersee, dann Professer am Conservatorium zu Genf, ging von da nach Paris, wo sein Spiel wie seine Melodien Aufsehen machten, und ist jetzt auf seiner ersten Reise durch Deutschland begriffen. Die französischen Journale sind entzückt über ihn, und auch in Augsburg, München, Stuttgart sowie an den Höfen Weimar, Meiningen, Gotha und Hohenzollern konnte er sich des höchsten Erfolges rühmen. Einen vorzüglichen und freundlichen Beweis von Anerkennung erhielt er von dem Herzoge von Koburg-Gotha in einem kostbaren Brillantringe mit seinem Namenszuge. In Leipzig hat sich Hr. Schad schon in einigen Privatkreisen hören lassen und Alle durch seine wirklich künstlerische Ausführung wie seine herrlichen Variationen befriedigt.

Handel und Industrie.

†Aus Sachsen, 29. März. Von der bereits seit einiger Zeit besprochenen, am außerordentlichen Landtag in geheimer Sitzung berathenen neuen königl. sächsischen Anleihe erfahren wir soeben das Nähere durch die darüber unterm 27. März vom ständischen Ausschusse zur Verwaltung der Staatsschuldenkasse erlassene Bekanntmachung. (Nr. 89.) Das Eigenthümliche und Wesentliche derselben besteht darin, daß selbige nominell 10 Mill. Thlr. (mit 4 Proc. Verzinsung), in der Wirklichkeit aber nur 5 Mill. Thlr. betragen wird, indem nur die Hälfte in Baarschaft, die andere Hälfte in 3proc. Staatsschuldscheinen (1830 und 1844) und 3½proc. Landrentenbriefen nach deren Nominalbetrag eingezahlt zu werden braucht. Läßt sich nun mit ziemlicher Bestimmtheit vermuthen, daß die Einzahlung in der dem Einleiher den meisten Gewinn bringenden Art erfolgt, so wird sich die ganze Anleihe verwirklichen mit 5 Mill. Thlr. Baarschaft, 2,500,000 Thlr. in 3proc. Staatsschuldscheinen, 2,500,000 Thlr. in 3½proc. Landrentenbriefen; und wenn es im Eingange zum betreffenden Gesetze heißt: daß die Anleihe auf den Nominalbetrag von 10 Mill. Thlr. ausgedehnt werde, um damit gleichzeitig noch andere wichtige Zwecke zu erreichen, so zweifeln wir nicht am günstigen Einfluß der fraglichen Maßregel auf eine temporaire Curserhöhung jener Staatspapiere, wohl aber an einer wesentlichen Erhöhung der eingehenden Baarzahlungen, weil dadurch der Gewinn der Geld- und Börsenmänner vermindert werden würde.

Um eine klare Uebersicht des Ergebnisses zu erhalten, was aus der neuen Anleihe für den Capitalisten, den Speculanten und die Staatskasse hervorgeht, haben wir die Bekanntmachung mit der Feder in der Hand durchstudirt und glauben durch eine kurze Mittheilung der erhaltenen Zahlen dem Zwecke dieses Blattes zu entsprechen. Wir gehen dabei von der doppelten Voraussetzung aus, „daß gegenwärtig jedes Capital zu 4 Proc. genutzt werden kann", und „daß aus dem oben angegebenen Grunde der größte Theil dieser Anleihe realisirt werden wird mit 50 Proc. Baarschaft, 25 Proc. in 3proc. Staatsschuldscheinen, 25 Proc. in 3½proc. Landrentenbriefen". Dann kommen die drei Fragen zur Beantwortung: welchen Zins der Capitalist, welchen Gewinn der Speculant davon zu erwarten hat, und was diese neue Anleihe dem Staat an jährlichen Zinsen kostet? Beim Capitalisten, der nicht speculirt, sondern nur gute Zinsen zu beziehen wünscht, muß unterschieden werden, ob derselbe die zur theilweisen Einzahlung erfoderlichen Staatspapiere selbst besitzt oder erkaufen muß. Den Curs der 3proc. Staatspapiere zu 93, den der Landrentenbriefe zu 97 Proc. angenommen, stellt sich die Rechnung für eine Einleihung von 400 Thlr. in folgender Art: a) beim Besitz der Staatspapiere würde der dermalige Zinsenbezug von 400 Thlr. betragen: 8 Thlr. Zinsen von 200 Thlr. Baarschaft, 3 Thlr. Zinsen von 100 Thlr. 3proc. Schuldschein, 3 Thlr. 10 Ngr. Zinsen von 100 Thlr. 3½proc. Rentenbrief, beträgt 14 Thlr. 10 Ngr. dermaligen Zinsenbezug. 16 Thlr. künftiger von 400 Thlr. neue Anleihe gibt 1 Thlr. 20 Ngr. Zinserhöhung = 12½ Ngr. = ⅝ Proc. b) Beim Erkauf der Staatspapiere: in diesem Falle würden 400 Thlr. der neuen Anleihe kosten: 200 Thlr. baar, 93 Thlr. für einen 3proc. Staatsschuldschein, 97 Thlr. für einen 3½proc. Rentenbrief, beträgt 390 Thlr. Verzinsung zu 4 Proc. 15 Thlr. 18 Ngr., Zins der neuen Anleihe 16 Thlr., gibt einen Zinsgewinn von 12 Ngr., pr. Hundert = 3 Ngr. = ⅛ Proc.

Die große Verschiedenheit beider Ergebnisse liegt darin, daß die fraglichen Staatspapiere viel höher stehen, als es einer 4proc. Verzinsung angemessen ist.

Für den Speculanten, der sich bei der neuen Anleihe nur darum betheiligt, um solche schnell und mit Vortheil wieder verkaufen zu können, würden nach vorstehender Rechnung 400 Thlr. neuer Anleihe kosten 390 Thlr.; könnte nun, wie es scheint, das neue Papier mit 99 ja 100 Proc. angebracht werden, so würde ein Gewinn von 1½ — 2½ Proc. schnell zu realisiren und damit ein sehr lebhafter Börsenverkehr um so zuversichtlicher zu erwarten sein, als die Anschaffung der Baarschaft, der Erkauf alter Staatspapiere und der Verkauf des neuen mehrfache Operationen erfodert.

Was die neue Anleihe jetzt und bis zu deren Heimzahlung dem Staate kostet, das berechnet sich in folgender Art: Letztere ist alljährlich zu verzinsen mit 400,000 Thlr., dafür empfängt der Staat 5 Mill. Thlr. baar, die neu zu verzinsen sind, 75,000 jährliche Zinsen von 2½ Mill. Thlr. 3proc. Staatspapiere, 83,000 Thlr. desgleichen von 2⅓ Mill. Thlr. 3½proc. Rentenbriefe: abgezogen 158,000 Thlr., jährlicher Zinsenzuschuß 242,000 Thlr., wonach also die Staatskasse für die neue Anleihe 4⅞ Proc. jährlicher Zinsen zu bezahlen hat, ein Ergebniß, was sich verändert und für die Staatskasse günstiger stellt, wenn bei den Einzahlungen mehr Baarschaft und weniger Staatspapiere eingehen.

Sonach würden für den Privatmann die Vortheile einer Betheiligung bei der neuen Anleihe folgende sein: 1) der Besitzer von Baarschaft und alten Staatspapieren wird damit, ohne Erhöhung seines Nominalcapitals, eine jährliche Zinserhöhung von 12½ Ngr. oder ⅞ Proc. erhalten; 2) für den Käufer der Staatspapiere wird sich der Nominalcapitalbesitz um 2½ Proc. und die jährlichen Zinsen um 3 Ngr. oder ⅛ Proc. erhöhen; 3) dem Speculanten wird die neue Anleihe ein Mittel darbieten, um Gewinne von 1⅞ — 2½ Proc. schnell verwirklichen zu können.

Das bereits seit einigen Wochen eingetretene Steigen der 3proc. Staatspapiere beruht wahrscheinlich auf der vermutheten Modalität der neuen Anleihe, während eine dauernde Cursverbesserung darum zweifelhaft bleibt, weil bei letzterer nicht der ganze Betrag, sondern nur ein Drittheil und Viertheil der fraglichen Staatspapiere untergebracht werden kann.

Börsenbericht. *Leipzig, 1. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br.; Sächsisch-Baiersche 86¼ Br., 86 G.; Sächsisch-Schlesische 100¾ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 59½ Br.; Magdeburg-Leipziger 199⅛ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅞ Br., 111 G.; Lit. B. 99⅛ G.; Köln-Mindener 92⅛ G.; Thüringer 96¼ Br., 96 G.; Altona-Kieler 109¼ Br., 109 G.; Pesther 100⅛ Br.; Dessauer Bankactien 102 Br., 101½ G.; Preuß. Bankantheile 107½ G.

Dampfschiffahrt. Wien, 25. März. Die Geschäfte der Donau-Dampfschiffahrt haben auch im verflossenen Jahre wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Zahl der transportirten Reisenden betrug 790,851, und zwar um 113,145 mehr als im Jahr 1845, und das Gewicht der versendeten Waaren 1,909,287 Ctr., während diese im letztgenannten Jahr 1,531,861 Ctr. ausmachten. Nur der Werth an Geldsendungen hat sich um 481,813 Fl. verringert. Das reine Erträgniß für 1846, nach Abschlag einer 6proc. Werthabschreibung der Schiffe, stellt sich auf 348,489 Fl.

Eisenbahn. Wie bereits in Nr. 71 angedeutet, ist der Regierungsrath Schill, bisher Vorsitzender im Directorium der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn, zum Director der Sächsisch-Baierschen Staatsbahn berufen worden. Am 28. März wurde ihm von sämmtlichen ihm zeither untergeordneten Beamten eine Adresse überreicht.

Postwesen. Die Berlinische Zeitung schreibt: „Die eifrigen Bestrebungen des Hrn. v. Schaper für die Entwickelung unserer Postzustände fangen an, ihre Früchte zu tragen. Die Vorarbeiten für die Einführung eines allgemeinen deutschen Portosystems sollen nunmehr so weit gediehen sein, daß bereits von einem in Dresden abzuhaltenden Congresse deutscher Regierungsbevollmächtigter die Rede ist, um die ganze Angelegenheit definitiv zu ordnen. Ferner vernehmen wir von einer speciell für Preußen demnächst zu publicirenden abermaligen Ermäßigung des Briefporto."

— Im britischen Schatzamte trat neulich eine Jury von 12 Mitgliedern der Goldschmieds-Innung zusammen, um zu prüfen, ob die Münzen des Königreichs den vorschriftsmäßigen Gold- und resp. Silbergehalt haben. Sieben Mitglieder des Geheimenraths waren gegenwärtig. Aus den bei diesem Anlasse geschehenen amtlichen Angaben geht hervor, daß vom 13. Febr. 1845 bis zum 13. Juli 1846 an Gold- und Silbermünzen für 7,177,790 Pf. St., und darunter für 947,034 Pf. St. Silbergeld geprägt wurde. Was den Gehalt der englischen Münzen angeht, wie er amtlich festgestellt ist, so kommen auf ein Pfund von 12 Unzen oder 5760 Gran in Gold 46²⁰/₄₀ Sovereigns bei einem innern Gehalt von 22 Karat feinen Goldes und 2 Karat Legirung. Auf ein gleiches Pfund Silber kommen 66 Schillinge bei einem Gehalt von 11¹/₁₀ Unzen feinen Silbers und ¹/₁₀ Legirung.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 1. April früh 7 Uhr: 3° 3″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 30. März. Oestr. Bkact. 1911; 250 Fl. L. 119; 500 Fl. L. 153⅜; Bair. 3½pc. 94; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74⅞ Br.; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25½ Br.; Sard. 36; Kurhess. 32⅜. Wien, 29. März. Bkact. 1594; Met. 5pc. 108⅛; 4pc. 99; 3pc. 71; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Frankfurt a. M., 30. März. Taunusb. 377; Nordb. 73⅛; Berb. 92⅜. Paris, 27. März. Eis. St. Germ. 1010; Versail. r. 350, Obl. von 1842: 1002½; l. 225; Paris-Orleans 1280; Paris-Rouen 872½, Obl. von 1846: 950; Paris-Strasburg 442½; Paris-Lyon 443¾; Rouen-Havre 675; Marseille-Avignon 822½; Strasburg-Basel 205; Du Centre 573¾; Tours-Nantes 127½; Orleans-Bordeaux 521¼; Nord 640; Ceste 90; Montereau-Troyes 280; Amiens-Boulogne 415. Wien, 29. März. Nordb. 177¼; Gloggn. 121; Mail. 108⅞; Livorn. 93; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 31. März. Sechandlungs-Prämsch. 95⅛ Br., 3½pc. Staatsch. 92⅜, 3½pc. Pfandb. westpr. 94, ostpr. 97½ Br., pomm. 95, schles. 96¾, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 96¾; Louisd. 111¾ Br., Friedrsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93½ Br., Berl.-Anh. 111, Berl.-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 92¼, Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., 5pc. 101, Berl.-Stett. 108¾, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crak.-Oberschl. 4pc. 83, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105 Br., Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., Kiel-Alton. 4pc. 109, Niederschles. 89¼, Prior.-Act. 4pc. 92½ Br., 5pc. 101, Zweigb. 4pc. 65⅝, Prior.-Act. 4½pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104⅛ Br., Litt. B. 4pc. 95¾, Rhein. 86½ Br., Prior.-Stamm 4pc. 90⅛, Prior.-Act. 4pc. 92½ Br., Thüring. 4pc. 96, Wilh.-Bahn 4pc. 88⅛, Zarskoje-Selo 72 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 85⅛, Berg.-Märk. 4pc. 85¾, Berl.-Anh. 99⅛, Kassel-Lippst. 4pc. 87 Br., Cöln-Minden 4pc. 92⅛, Magd.-Wittenberge 87, Mail.-Bened. 4pc. 111 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73⅛, Posen-Stargart 4pc. 85, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90⅛, Sächs.-Schles. 4pc. 101 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99¾. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅛ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅝, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 94, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95¾ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅜ Br., Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¾ Br., Staats-Pr.-Anl. 85⅜ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼.

Leipziger Börse am 1. April 1847.

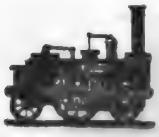
Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	141¼	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Ct. d.	2 Mt	140⅝	—	à 3 % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
Augsburg	k. S.	102¾	—	⅓ Thlr. F. ⅔ kleinere . . .	—	—
pr. 150 Ct. d.	2 Mt.	—	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 3½ % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	96⅛	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	⅓ Thlr. F. ⅔ kleinere . . .	—	99
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111¼	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine		
Lagr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—			
Bresl. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99¼	à 3½ % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	99¼	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	20 à. F. ⅔ kleinere . . .	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
pr. 100 Fl. in 8. W.	2 Mt.	—	—	à 3 % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	98	—
Hamburg	k. S.	150⅜	—	⅓ Thlr. F. ⅔ kleinere . . .	—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅜	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
London	2 Mt.	—	—	⅔ v. 500 . . .	97½	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 20¼	—	⅓ v. 100 u. 25	99½	—
	k. S.	80	—	„ lausitzer d°. à 3½	91½	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅝	—	„ d°. d°. à 3½	—	—
	3 Mt.	—	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-P.-Obl. à 3½ %	106¼	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	102¾	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	98¾	—
Conv. 20 kr.	3 Mt.	—	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (600 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
Augusld. à 5 Thlr. à ⅛ Mk. Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100		—	—	K. K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv.		
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.				à 5 % laufende Zinsen	—	—
idem . . . . . auf 100		—	—	à 4 % laufende Zinsen	—	—
Ausl. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . auf 100		11¼	—	à 3 % im ⅔ v. F.	—	—
Holl. Duc. à 3 Thlr.	d°.	7	—	Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.	—	—
Kaiserl. d°. d°.	d°.	7	—	Leipzig. Bank-Actien à 500 Thlr. 250 pr. 100	174	—
Bresl. d°. à 65⅓ As	d°.	6½	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à Thlr. 100 pr. 100	119	—
Passir d°. d°. à 65 As	d°.	6½	—	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	86½	—
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—	Sächs.-Schles. d° pr. 100	100⅝	—
idem 10 u. 20 Kr.	d°.	3⅛	—	Chemn.-Ries. d°. pr. 100	—	58¼
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	59¼	—
Silber d°. d°. d°.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100	199⅛	—

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professer **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Ankündigungen.



Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.

Mit dem 1. April tritt unser Sommerfahrplan in Kraft, nach welchem

von *Magdeburg*
Morgens 6½, 10, Mittags 12, Abends 6½ Uhr,
von *Berlin*
Morgens 5½, 9, Nachmittags 5, Abends 10 Uhr

Personenzüge abgehen werden. Der letztere Zug geht die Nacht durch, es schließt sich demselben schon jetzt der erste Magdeburg-Leipziger Zug 6¼ Uhr Morgens an, **vom 1. Mai ab** wird er direct bis Cöln durchgehen, indem zwischen Hannover und Hamm bis zur Vollendung der Eisenbahnen zwischen beiden Orten eine Courierpostverbindung eingerichtet werden wird.

Potsdam, den 30. März 1847. [1091—93]

Das Directorium der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Neue schönwissenschaftliche Werke,

welche im Verlage von **Brockhaus & Avenarius** in **Leipzig** erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig sind:

Gesammelte Schriften

von

Rudolf Töpffer.

Vollständige deutsche Ausgabe.

Genfer Novellen. 1. Bändchen. 8. Geh. 15 Ngr.

Töpffer's Novellen sind, wie **Zschokke** von ihnen sagt, „zarte Abspiegelungen des innersten Seelenlebens. Nicht selten erblickt man, überrascht und lächelnd, sich selbst darin wieder, mit seinen eignen träumerischen Zuständen, Stimmungen, Verstimmungen und geheimen Selbsttäuschungen, die man Niemand gestehen mag und für die das Geständniß auch nicht leicht das richtige Wort findet".

Diese Ausgabe der Gesammelten Schriften des kürzlich verstorbenen Verfassers wird **etwa** 12 Bände füllen, dessen **Novellen, Romane** und **Reisebilder** enthalten, und der letzte Band mit einer biographisch-kritischen Einleitung und dem Bildniß Töpffer's ausgestattet sein.

Freunde schöner Ausgaben machen wir besonders aufmerksam auf:

Die Bibliothek meines Oheims. Eine Genfer Novelle von **Rudolf Töpffer.** Vollständige deutsche Ausgabe, mit 137 Bildern (in Holzschnitt) von der Hand des Verfassers. Schillerformat. Eleg. geh. 1⅓ Thlr.

Diese **Prachtausgabe** einer seiner schönsten Novellen, ausgestattet mit des Verfassers eignen geist- und gemüthvollen Illustrationen, in denen Dichter und Künstler Hand in Hand gehen, um die Erlebnisse, Eindrücke und Träume seiner Jugend wiederzugeben, gehört zu den besten Büchern, die den Freunden gemüthlicher Lecture in neuerer Zeit geboten sind, und eignet sich des innern Gehalts wie der schönen Ausstattung wegen vortrefflich zu Geschenken.

Eine Chronik von Kleefeld

nebst einigen Nachrichten

von dem Einsiedler von Sattheim

von

Douglas Jerrold,

Herausgeber des „**Punch**", Verfasser der „Gardinenpredigten".

Mit dem Bildnisse des Einsiedlers von Sattheim.

Aus dem Englischen. 8. Geh. 24 Ngr.

Einer der geistvollsten neuern Romane, voll feinen Humors und Witzes, wie ihn der Verfasser in jeder Nummer seines allbekannten Journals bekundet. [1110]

Bei **C. W. Leske** in **Darmstadt** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Naturgeschichte

der

für die Heilkunde wichtigen Thiere,

mit besonderer Rücksicht auf

Pharmacologie, Pathologie und Toxicologie

entworfen von

Dr. med. *Eduard Martiny.*

Mit 222 grossentheils colorirten Abbildungen in einem besonderen Atlas.

Gr. 8. Geh. **Preis 5 Thlr. oder 9 Fl.**

Obgleich der vielfachen und hohen Wichtigkeit, welche die auf Heilkunde und Pharmacie angewandte Naturgeschichte hat, allgemeine Anerkennung geworden ist, so ist bisher doch nur durch Bearbeitung der Botanik vieles Gute gefördert worden, während es noch an einer vollständigen medicinischen Zoologie fehlte. Diesem Uebelstande soll obiges Buch begegnen. Bei Bearbeitung desselben hatte der Verfasser besonders vor Augen, angehenden Aerzten und Apothekern einen Leitfaden zum Erkennen der Thiere und thierischen Stoffe zu geben, welche pharmacologisch, pathologisch und toxicologisch sie interessiren, und deren genaue Kenntniß für sie eine unumgängliche Nothwendigkeit ist: dann aber soll es auch Praktikern als ein Werk zum Nachschlagen dienen. Der Verfasser hat gesucht, es zu einem Compendium für Vorlesungen geeignet darzustellen, da die medicinische Zoologie selbst eine Wissenschaft ist, welche ein besonderes Studium nöthig macht. [1098]

A. Hampel & Comp. in Bunzlau

liefern prompt und sehr billig. [1046—48]

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler
u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 11 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10½, Achtel à 5½, und versprechе meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erwiesen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer
[1002—3] in **Leipzig**, Petersstraße Nr. 7

Bei **Adolph Krabbe** in **Stuttgart** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen **Leipzigs** und **Dresdens** zu haben:

Konstitutionelle

Jahrbücher.

Herausgegeben von

Dr. Karl Weil.

1847. 1. Band. 22 Bogen. Geh.
1 Thlr. 25 Ngr.

Inhalt:

Der Murhard'sche Preßprozeß in Kurhessen. Von G. Fr. Kolb (in Speyer).

Die Nothwendigkeit einer Reform des deutschen Postwesens, und die Art, sie zu bewerkstelligen. Von Julius von Wickede (in Schwerin).

Die konservative Politik und die Besitznahme von Krakau. Von einem deutschen Diplomaten.

Die schleswigsche Ständeversammlung des Jahres 1846. Von einem Holsteiner.

Ueber die kirchliche und politische Stellung der römischen Kurie. Von Dr. Franz Kottenkamp (in Stuttgart).

Preußens Erbansprüche an Schleswig-Holstein. Geprüft von Dr. G. F. König senior (in Osterode).

Ueber die preußischen Verwaltungs-Edikte vom 3. Februar 1847. Von dem Herausgeber.

Zur preußischen Verfassungsfrage. Von G. F. Kolb (in Speyer). [972]

Bei **Justus Naumann** in **Dresden** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Vier Bücher von der Kirche.

Seitenstück

zu Löhn's drei Büchern von der Kirche

von

Franz Delitzsch,

Doctor und ord. Prof. der Theol. zu Rostock.

Preis 20 Ngr. [1060]

Commis-Gesuch.

Zum sofortigen Antritt wird für ein Tuchgeschäft ein gewandter Commis gesucht. Anerbietungen werden unter Adresse **A. B.** franco poste restante Leipzig angenommen. [1075]

Digitized by Google

Eintheilung der Personenfahrten auf der a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn in Verbindung mit der nördl. k. k. Staatsbahn.

Von Wien.		Nach Wien.	
Nach Prag	7½ Uhr Abends.	Von Prag	4½ Uhr Nachmittags.
„ Brünn, Olmütz und Leipnik	6 „ früh.	„ Brünn 6½ Uhr früh, 3¼ Uhr Nachmittags, 7 Uhr Abends.	
„ „ „ „ „	7½ „ Abends.	„ Olmütz und Leipnik 4½ Uhr früh, 2½ Uhr Nachmittags.	

Die specielle Fahrordnung von und nach allen Stationen der beiden Bahnen, sowie auch die Preistarife und Bestimmungen für den Verkehr sind auf allen Stationen angeschlagen. [1067]

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, meinen hiesigen und auswärtigen Geschäftsfreunden ergebenst anzuzeigen, daß ich, nach dem am 23. v. M. erfolgten Ableben meines seligen Vaters, die von ihm seit länger als 50 Jahren, und in Gemeinschaft mit mir seit 23 Jahren geführte:

Rauchwaaren-Handlung en gros

unter der Firma

J. Marasse & Sohn

unter derselben Firma, mit denselben Mitteln und denselben Grundsätzen wie bisher fortführen werde.

Ich werde mich bemühen, durch prompte Bedienung und reelle Handlungsweise das Vertrauen meiner geehrten Geschäftsfreunde mir zu erhalten und noch mehr zu befestigen.

Berlin, den 29. März 1847. Hochachtungsvoll

[1088—90] **Moritz Marasse.**

Conditorei- und Restaurations-Verkauf.

Eine gut eingerichtete Conditorei nebst einer Restauration, letztere außerhalb der Stadt gelegen, ist wegen Uebernahme eines Gasthofes billig und sofort zu verkaufen. [1076]

Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage auf hiesigem Platze eine Commandite meines zu Nordhausen bestehenden

Bank- und Commissions-Geschäfts

errichtet habe. Allen in dasselbe schlagenden Zweigen, auch dem Incasso von Wechseln auf Nebenplätze, werde ich meine besondere Sorgfalt widmen und dem mir gütigst zu schenkenden Vertrauen, um welches ich bitte, durch billige und gute Bedienung entsprechen.

Berlin, den 1. April 1847.

[1072] **H. E. Plaut,** Königsstraße Nr. 35.

Werkmeister-Gesuch.

In eine auswärtige **Wachstuch-Fabrik** und unter vortheilhaften Bedingungen wird ein **Werkmeister** gesucht, der sich sowol über seine Leistungen als sein sonstiges Verhalten genügend auszuweisen vermag. Hierauf Reflectirende belieben ihre Adresse in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung unter der Chiffre **R. Z.** niederzulegen. [1073]

Die Kaltwasser-Heilanstalt bei der Schweizermühle im Bielagrunde in der sächsischen Schweiz

wird auch dieses Jahr am 1. Mai unter der Leitung des Unterzeichneten eröffnet.

Dresden, im März 1847.

[874—75] Dr. **Ed. Herzog.**

Die **Shawl-Fabrik**

von [946—49]

Indra & Girsa aus **Wien**

empfiehlt sich

zum ersten Meßbesuche

zur Ostermesse in Leipzig mit allen Gattungen von Shawls und Shawltüchern.

Verkaufslocal: Katharinenstraße Nr. 15.

Werkführer-Gesuch.

Ein tüchtiger routinirter Werkführer für eine **pharmaceutische Pappwaarenfabrik** wird unter höchst vortheilhaften Bedingungen zum baldigen Antritt für die Dauer gesucht.

Das Nähere unter Chiffre **M. G.** poste restante Leipzig, franco. [1049—51]

II.

Die Krone vom Baum —
Kein Sommernachtstraum.

Wie sich die Ströme fluthend zum Meere drangen
Von den Höhen herab durch das blühende Land
So eilen die Geister durch der Steppe fruchtleeren Sand
An dem Schein vorbey, bey der Muttersprache lieblichen Klangen

Sich freudig im Meere der Geister verwandelnd zu mengen
Und in der Empfindung das stetig wogende Pfand.
Zu prüfen den eig'nen Werth mit besonnener Hand,
Nicht an dem Lichte die Schwingen schnell zu versengen.

Da tritt ein einziges Bild vor das flüchtende Wesen
Als müsst's in den Tiefen der Menschenbrust lesen,
Als wäre das freye ihm eigen zum ewigen Brauche.

Dann kann es nimmer vom Drucke der Fessel genesen —
Wie die Blüthen nur dienen dem Dufte zu edlen Gefässen
So muss es gehorchen des Frühlings beherrschendem Hauche.

Das Recht!
Kein Knecht —
Oben weht es,
Unten steht es —
Wie grüne Flamme,
Um uralten Stamme

[1070] ***F. Preusser.***

Grosse Musikaufführung,

Am Charfreitage den 2. April 1847. Abends 6 Uhr,

wird in der beleuchteten Paulinerkirche

zum Besten des Orchester-Wittwenfonds

das Oratorium

PAULUS

von

Felix Mendelssohn-Bartholdy

unter Direction des Componisten

mit grossem Chor, stark besetztem Orchester und Orgelbegleitung aufgeführt werden.

Die Solostimmen haben Fräulein Mayer und Fräulein Schloss, die Herren Schneider, Behr, Salomon und Lindemann gefälligst übernommen; den Chor bilden die Mitglieder sämmtlicher hiesiger Gesangvereine, eine grosse Zahl anderer Dilettanten und das löbl. Thomanerchor. Das Orchester wird aus den besten hiesigen Kräften bestehen.

Billets zum Altarplatz à 20 Ngr., zum Schiff der Kirche à 15 Ngr., zu den Emporkirchen à 10 Ngr., sowie Texte à 2½ Ngr. sind in den Musikalienhandlungen der Herren Breitkopf und Härtel und Fr. Kistner, sowie am Abende der Aufführung an dem Eingange der Kirche zu bekommen.

Gesperrte Sitze auf dem Altarplatze à 1 Thlr., sowie Marken zum Besuche der Hauptprobe, welche Donnerstag den 1. April halb 3 Uhr stattfindet, à 12½ Ngr., sind nur bei Breitkopf und Härtel, die Sperrsitze bis spätestens Donnerstag Abend nur in beschränkter Anzahl zu haben.

Der Orchester-Wittwenfonds.
Die Singakademie.

Einlass um 5 Uhr. Anfang um 6 Uhr.
[1033—34] Ende halb 9 Uhr.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Rittergutsbesitzer Clasen auf Warnsdorf mit Frl. Henriette Clasen in Neu-Ruppin. — Hr. Tabacksfabrikant Wilhelm Jagemann in Berlin mit Frl. Auguste Hartwig. — Hr. Gotthilf Schüffner in Chemnitz mit Frl. Eugenie Kirchner. — Hr. Kaufmann M. Simon in Breslau mit Frl. Dorothea Lobethal.

Getraut: Hr. J. Hillenbrand in Linz mit Frl. M. Stümper.

Geboren: Hrn. Chr. Arndt in Bremen eine Tochter. — Hrn. Major v. Bockum-Dolffs in Herrnstadt ein Sohn. — Hrn. J. Cassel in Köln eine Tochter. — Hrn. Hauptzollamtsassistenten E. Dietrich in Schandau ein Sohn. — Hrn. C. G. D. Fischer in Leipzig ein Sohn. — Hrn. G. v. Hanffstengel in Bremen eine Tochter. — Hrn. Regimentsarzt Hardraht in Zwickau ein Sohn. — Hrn. P. Pausdorff in Myslowitz ein Sohn. — Hrn. Legationsrath v. Kamptz in Berlin ein Sohn. — Hrn. Hüttenverwalter C. Klaunig in Berggießhübel eine Tochter. — Hrn. Domainenkanzleirath Wilhelm Freih. v. Löffelholz in Wallerstein ein Sohn. — Hrn. Adolf Ludwig in Löbnitz eine Tochter. — Hrn. Moritz Meyer in Berlin eine Tochter. — Hrn. J. Reichard in Köln eine Tochter.

Gestorben: Hr. Oberpostamtsofficial J. C. J. Bausback in Bamberg. — Hr. Christian Fürchtegott Müller v. Berneck in Chemnitz. — Hr. Kaufmann Franz Emans in Kempen. — Hr. J. F. D. Hachez in Bremen. — Hr. Pastor Johann Wilhelm Hilliger in Seifersdorf. — Hr. Karl Kehrmann in Koblenz. — Hr. Major Eduard v. Lettow in Pols.-Wartenberg. — Frau Joh. Concordie Ernestine Mahler in Artern. — Frau Professor Luise Preuß in Berlin

Digitized by Google

Sonnabend — Nr. 93. — 3. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. ♀ Leipzig. Der Nothstand und die Gegenvorschläge. * Chemnitz. Die Denkschrift der Gewerbtreibenden. — Die Israeliten in Baden. — Hr. Brackel in Rendsburg. — Nassauer Landtag. * Frankfurt a. M. Die Drehbriefe. * Bremen. Censurwesen. ◊ Hamburg. Hr. Kleinpaul und Hr. Ronge.

Preußen. ◊ Berlin. Die Akademie und Hr. v. Raumer. — Die freie Gemeinde in Königsberg.

Oesterreich. * Aus Ungarn. Das evangelische Schulwesen. Graf Zay.

Spanien. Der Congreß. Das Cabinet.

Großbritannien. Die Angelegenheiten Griechenlands. Die Ostindische Compagnie. Der Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Hannover und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Generale Cabrera und Elio. Nachrichten vom Cap.

Frankreich. Die Zeitungen. Die Hundesteuer. Marschall Soult. Baron de la Tusse. Contreadmiral Lemarcie. Tumult in Marseille. Böse Wetter. Die Funde in den Miethkutschen. Daniel O'Connell. Der russische Rentenankauf. ♀ Paris. Die Regierung und die Deputirtenkammer.

Belgien. Die Repräsentantenkammer.

Italien. * Rom. Neugranada und Ecuador. Verordnungen. Neapel. Hr. Cobden. Getreideeinfuhr in Sicilien.

Rußland und Polen. * Petersburg. Die Colonien.

Nordamerika. Der Krieg mit Mexico. Der Congreß. Hr. Rush.

Mexico. General Valencia durch Vasquez ersetzt. Darlehn. Justizminister Guevara resignirt. Merida und Campeachy. Blockade.

Venezuela. Der spanische Geschäftsträger Muñoz.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Jenny Lind.

Handel und Industrie. * Frankfurt a. M. Die Messe. Das Geld. Börse. — Die Sächsisch-Baierische Eisenbahn. — Mailand-Como-Eisenbahn. * Leipzig. Die Lebensversicherungsgesellschaft. — Neues Brot. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

♀ Leipzig, 1. April. Die Berathung über die Nahrungsverhältnisse in den sächsischen Kammern hat theils richtige, theils sehr gewagte Ansichten und Behauptungen zu Tage gefördert, über welche das Urtheil eines Dritten nicht ganz überflüssig sein dürfte. Der Klage über hemmende Trennung des Arbeitsgebiets der Innungen treten wir vollkommen bei, allein warum will man sie nur bei ähnlichen aufheben? Da dürfte der Vorschlag, die Innungen wol bestehen, aber alle und jede Schranke zwischen ihnen fallen zu lassen, den Nagel ungleich besser auf den Kopf treffen. Daß das Trucksystem sich in Sachsen eingeführt hat, in manchen Gegenden sogar in der höchsten Potenz vorhanden ist, dürfte wol von Niemandem geläugnet werden, der mit den Verhältnissen in den Fabrikdistricten bekannt ist. Wir verstehen darunter keineswegs das Liefern von wahren Bedürfnissen des Arbeiters, obgleich auch dies seine großen Schattenseiten hat und ganz anders, mit Theilnahme der Arbeiter, eingerichtet werden muß, sondern das Aufdringen von Gegenständen, die der Lage des Arbeiters geradewegs Hohn sprechen, von der Eröffnung eines gezwungenen Credits, wo ihm seidene Tücher ꝛc. aufgedrungen werden, noch ehe er ein Stück Waare geliefert hat, wo er beständig schuldig sein muß ꝛc. Ganz richtig wurde gesagt, daß es nicht anders als durch ein System fabrikpolizeilicher Bestimmungen beseitigt werden könne; allein daß dies geschehe, ist dringendes Bedürfniß. Der geehrte Abgeordnete Dr. Schaffrath, den wir ganz nebenbei fragen, wo denn die Handarbeiter und Proletarier die Volksvertreter mit wählen? erwähnt auch diesmal wieder der Organisation der Arbeit, mit welcher, wie er auf dem letzten Landtage schon äußerte, die Regierung sich bekannt zu machen habe. Demnach wäre sie also schon gefunden, was jedem Nationalökonomen ganz neu sein dürfte, daher der geehrte Abgeordnete sich ein großes Verdienst durch die Nachweisung erwerben würde, wo man sich mit ihr vertraut machen könne. Bis dahin wird der geehrte Abgeordnete uns aber erlauben, die Organisation der Arbeit für eine Sache zu erklären, die entweder, so weit sie eine natürliche, auf Naturgesetzen beruhende, schon vorhanden ist, oder als künstliche, den natürlichen Gesetzen des Verkehrs zuwiderlaufende Einrichtung nie gefunden werden wird. Er will ferner Besteuerung des Capitals, Einführung einer progressiven Vermögens- und Einkommensteuer, eine Capitalsteuer, eine Besteuerung des Geldvermögens, Geldeinkommens, Geldcapitals, besonders des Einkommens an Zinsrenten, an deren praktischer Möglichkeit, Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit wol nach dem Beispiel Englands Niemand mehr zweifeln werde. Es ist da dem geehrten Abgeordneten Dr. Schaffrath wie manchen andern Leuten gegangen, daß er einen ganz irrigen Begriff von dem Worte Capital hat. Da nun darunter auch Häuser, Felder, Wälder, Maschinen ꝛc. verstanden und diese schon besteuert werden, so ergibt sich ganz klar, daß der größte Theil des Capitals bereits ziemliche Abgaben erlegen muß. Er meint wahrscheinlich die Besitzer von Staatspapieren und ähnlichen Gegenständen darunter, welche aber nicht zu besteuern sind, theils weil sie sonst das Land verlassen oder doch ihre Capitalien außer Landes anzubringen wissen würden, theils weil ein zu großes Eindringen in Privatverhältnisse erforderlich wäre, der Ertrag, den Nachtheilen gegenüber, sehr gering sein und vielfach auf andern Seiten wieder verloren gehen würde. Es sind darüber auf dem Landtage von 1845/46 sehr richtige Worte gesagt worden. Das Beispiel Englands, auf welches er sich beruft, ist eben nicht geeignet, nachgeahmt zu werden, denn dort trägt der gesammte ungeheure Grundbesitz nur 1,100,000 Pf. St. zu den jährlichen Staatsbedürfnissen von mehr als 50 Mill. Pf. St. bei. Ein so gewaltiges Mißverhältniß *) konnte auf die Länge nicht bestehen, und der Grundbesitz gewährte die 3 Mill. einbringende Einkommensteuer nur so lange, als ohne sie ein Deficit bestände. Würde der geehrte Abgeordnete mit einem solchen Verhältnisse zufrieden sein? Er tadelt an unserm indirecten Steuersystem, daß es die Rohstoffe und die Luxusartikel der Reichen entweder gar nicht oder nur gering besteure. Daß die erstern so begünstigt sind, ist im Gegentheil eine sehr weise Maßregel, weil dann wohlfeiler fabricirt werden kann; und besteuert man die letztern hoch, so werden sie eingepascht, weil sie lange nicht so viel Raum einnehmen als die gröbern.

Der geehrte Abgeordnete will Anstalten, bei welchen der Arbeiter auf seine bloße Arbeitskraft, die sein Vermögen und Capital sei, und auf seine Unbescholtenheit und Redlichkeit Credit habe, eine Art schottischer Volksbank, die sehr nützen solle. Was die erstern betrifft, so sagt selbst nur einige Erfahrung, daß sie bald ein Ende nehmen würden, denn selbst die rechtlichsten solcher Leute wissen nicht Vorschuß von Verdienst so zu unterscheiden, um nicht nach und nach jenen eben so wie diesen zu verzehren. Volksbanken im obigen Sinne bestehen nur in der Meinung des geehrten Abgeordneten, in der Wirklichkeit aber gar nicht, denn wenn auch die schottischen Banken sich dem kleinen Geldverkehre mehr nähern als andere Banken, so sind sie doch weit entfernt, die vom geehrten Abgeordneten vorgeschlagenen Geschäfte zu betreiben. Uebrigens haben wir ja schon das schottische Banksystem in Sachsen, und die Leipziger Bank geht auf viel geringfügigere Geschäfte ein als die schottischen, selbst wenn man den hiesigen höhern Werth des Geldes berücksichtigt. Auch ist jede dem Volke, was doch wahrlich nicht blos aus seinen untersten Klassen besteht, ersprießliche Bank eine Volksbank, wenn sie auch zunächst nur mit dem Großhandel Geschäfte macht. Auch seine Blüte wirkt aufs Ganze. Bei der Behauptung des geehrten Abgeordneten, der Staat sei verpflichtet, keins seiner Glieder darum darben zu lassen, weil es keine Arbeitskräfte mehr habe, und hierzu unmittelbar auch Geldopfer zu bringen, hat er unstreitig an das Budget nicht gedacht, das dadurch ungeheuer anschwellen würde, an die Schwierigkeit, die Grenze jederzeit richtig zu bestimmen, wo die Arbeitskräfte aufgehört haben oder nicht, und an das Communalprincip, dessen Vertheidiger er doch stets gewesen ist. Er will endlich Sparkassen, meint aber, noch besser sei ein Institut, das in Oesterreich schon eingeführt sein solle, nämlich Creirung zinsbringenden Papiergeldes, die bereits in mehren Blättern empfohlen worden sei und von deren Nützlichkeit er sich überzeugt habe. Dergleichen Papiergeld ist allerdings in Oesterreich vorhanden, allein erst seit einigen Monaten, nur versuchsweise und in kleiner Summe, auch nur bei der Filialbank Prag und in Noten nicht unter 50 Fl., also blos für den großen Geldverkehr. Der Herold hat sich in dieser Idee allerdings mehrmals ergangen und will sie auf Noten zu 1 und 5 Thlr. angewendet wissen, hat aber übersehen, daß eine so nahe liegende Sache längst ausgeführt worden sein würde, wenn sie im kleinen Verkehre nicht so ganz unpraktisch wäre. Wie nun der geehrte Abgeordnete sich von der Nützlichkeit einer Einrichtung, deren Vorhandensein er nicht einmal gewiß wußte, hat überzeugen können, ist allerdings nicht wohl zu begreifen.

*) Wir müssen jedoch bemerken, daß dasselbe auf der im vorigen Jahrhundert erfolgten Ablösung der meisten Grundsteuern beruht. D. Red.

* **Chemnitz**, 1. April. Die Denkschrift der chemnitzer Gewerbtreibenden, welche ein hiesiger Correspondent in Nr. 91 dieser Zeitung erwähnt, ist keineswegs von hiesigen Baumwollspinnern ausgegangen, von denen vielmehr einige ängstliche ihre Unterschrift verweigerten, weil die neuerliche Erhöhung des Garnzolls ohne Ausfuhrprämie als eine schädliche Maßregel darin bezeichnet wird. Sie wurde zunächst auf dringende Veranlassung mehrer hiesigen Webereien verfaßt, und die tüchtigsten hiesigen Webermeister (Matthes sen. und jun., Hösel, Krug, Waldun, Gottschald, Zipper, Klöden, Feudel, Reifenstein, Springer, Hempel u. A. m.), Männer, welche wohl wissen, was sie thun, sind Unterzeichner. Die Schrift, welche längst im Buchhandel erschienen ist, handelt überhaupt nirgend von einem einzelnen Gewerbszweig allein, sie weist vielmehr im Allgemeinen und durch einzelne Beispiele nach, daß die neuerliche Zollerhöhung ohne Ausfuhrprämie nur verderblich sein muß, daß die Arbeitslöhne, welche den Webern, Wirkern und Spinnern hiesiger Gegend in Folge unsers jetzigen Tarifs entzogen werden, fortwährend um 600,000 Thlr. pr. Jahr steigen, daß die Steuer auf alle Lebensmittel der ärmsten Gewerbtreibenden (Korn, Reis, Kaffee ꝛc.) bedauerlicherweise weit höher ist als auf die Bedürfnisse des Reichthums, und daß alle diese Uebelstände nur gehoben werden können durch eine allgemeine gründliche Revision des Tarifs, deren Vermittelung von der Regierung erbeten wird. In Betracht dieser nur das allgemeine Bedürfniß auffassenden Darstellung sind fast alle Gewerbszweige Sachsens durch besondere Erklärungen an die Stände dem Inhalte beigetreten: in Chemnitz 37 Webereien, 7 Druckereien, 8 Maschinenbauanstalten, 7 Färbereien, 15 Baumwollhändler, 15 Strumpfwaarenverleger, 23 Spinnereien; in Annaberg, Buchholz, Schneeberg, Lößnitz und Eibenstock die Spitzen- und Posamentirwaarengeschäfte; in Meerana, Glauchau und Reichenbach die Wollenweberei und Druckerei; in Geier und Siebenhof, Zschopau und Mühltroff die Baumwollenweber und einige Spinner; in Hohenstein, Zeulenroda, Limbach, Oelsnitz bei Chemnitz die Strumpfwaarengeschäfte; in Plauen die Stickerei- und Weißwaarenfabrikation; in Crimmitzschau die Buckskin- und Tuchweber; in Zittau, Herrnhut, Großschönau die Leinen- und Baumwollenweberei; in Hainichen die Flanellfabrikation und Wollenspinnerei. Die Denkschrift ist vor der Unterzeichnung gedruckt und vertheilt worden, um jedem Unterzeichner Zeit zu lassen, sie zu prüfen und sich ein unbefangenes Urtheil zu bilden, und um dem Inhalte die möglichste Oeffentlichkeit zu geben. Von einer angeblichen Gegenpetition hiesiger Innungen ist hier durchaus nichts Näheres bekannt, und es muß dieselbe mit der größten Heimlichkeit betrieben worden sein, man würde außerdem leicht die Unterzeichner dahin verständigt haben, daß der drückende Nothstand, der auf unserm Gewerbsbetriebe lastet, mit jedem Stücke Arbeit, was wir selbst machen könnten, aber vom Auslande anfertigen lassen, nothwendig und naturgemäß vermehrt werden muß. Hoffentlich wird die fragliche Gegenpetition, welcher nach dem Referate des Correspondenten in Nr. 91 die entgegengesetzte Ansicht zu Grunde liegen muß, recht bald durch den Verfasser veröffentlicht. **Der Verfasser der „Denkschrift der hiesigen Gewerbtreibenden“.**

— Nach einer neuern Ministerialverordnung in **Baden** soll jedesmal, wenn eine politische Gemeinde, in welcher zugleich eine israelitische Gemeinde besteht, Geldunterstützung aus der Staatskasse oder Früchte um ermäßigten Preis erhält, der verhältnißmäßige Antheil hiervon dem Synagogenrathe zur Verwendung für die hülfsbedürftigen Israeliten zugestellt werden.

— Aus **Rendsburg** vom 28. März schreibt man der Weser-Zeitung: „Dem Abgeordneten unserer Stadt zur holsteinischen Ständeversammlung, Oberauditeur Brackel, brachten viele Bürger und Einwohner am Abende des Wahltages einen Fackelzug. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Abgeordnete, daß er den Grundsätzen huldige, welche die holsteinische Ständeversammlung in ihrer Verwahrungsacte von 1844 ausgesprochen. Bald darauf ward Hr. Brackel über diese Rede vernommen, und vor ein paar Tagen wurde ihm in Gegenwart zweier Stabsoffiziere eröffnet: er habe sich durch jene Aeußerung das allerhöchste Mißfallen des Königs zugezogen und werde, wenn er sich Aehnliches wieder zu Schulden kommen lassen sollte, ohne weiteres seines königlichen Dienstes entsetzt werden.“

— Aus dem im Druck erschienenen Protokolle der Verhandlungen der diesjährigen Deputirtenversammlung in **Nassau** ist hervorzuheben, daß in der zweiten Sitzung am 22. März die Landesexigenz auf 2,646,499 Fl. von der Landesregierung proponirt worden ist, und daß dieselbe mit 1,572,865 Fl. aus Rechnungsüberschüssen und indirecten Steuern und aus 1,073,634 Fl. directer Steuer von 3½ Simpel aufgebracht werden könnte; daß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Sicherung der Eigenthumsrechte und anderer dinglichen Rechte an Immobilien, den Entwurf zu einer Wechselordnung, einen Gesetzentwurf über die Einführung gleichen Maßes und Gewichts im Herzogthum und einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Landjägercorps als Sicherheitspolizeimannschaft eingegeben hat.

* **Frankfurt a. M.**, 31. März. Die außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln, zu welchen man sich am 28. März Abends in Folge von Drohbriefen (Nr. 91) veranlaßt gesehen hatte, haben an den Abenden dieser letzten Tage zum Theil fortgewährt, und durch die Wachsamkeit und die nicht minder große Thätigkeit der betreffenden Stellen ist jedwede Besorgniß des Publicums gehoben. Wie man vernimmt, hätte zwar die Untersuchung, welche eingeleitet worden, um die Urheber und Verbreiter jener Briefe zu entdecken, von welchen nicht nur mehren Bäckern, sondern auch einem der Directoren unsers Theaters Exemplare zugekommen wären, noch nicht zu dem gewünschten Resultate geführt; doch hätte sich bereits so viel ergeben, daß man allen Grund hätte, anzunehmen, daß jene eben so verbrecherischen als thörichten Drohungen ihren Ausgangspunkt in Ortschaften der Umgegend, die nicht zu unserm Gebiete gehören, gehabt hätten. Es heißt, daß in den letztern Tagen auch in mehren der uns benachbarten Städte Drohbriefe gleicher Art verbreitet worden wären, sodaß man sich auch dort zu außerordentlichen Verkehrungen für kräftige Wahrung der Ordnung und Ruhe genöthigt gesehen.

* **Bremen**, 29. März. Eine Zeit lang hatte es den tief betrübenden Schein, als ob unsere vielgepriesenen und beneideten Censurverhältnisse ungünstiger werden sollten oder schon geworden wären. Unsern beiden Zeitungen war eine gewisse Flauheit und Unsicherheit anzumerken, die man unmöglich für eine freiwillige halten konnte. Zum Glück hat sich dies wieder gebessert, was man jedenfalls dem Umstande mit zuschreiben muß, daß in der preußischen und noch mehr in der bairischen Angelegenheit einmal die nicht zu häufige Gelegenheit gegeben war, officiell und loyal freisinnig zu wirken. Ein sehr gutes Zeichen für die fortdauernde Unabhängigkeit unserer Censurbehörde ist es, daß die Schrift: „Votum eines Süddeutschen über das preußische Patent vom 3. Febr. 1847“, das Imprimatur erhalten. Es ist dieselbe ganz vorzüglich für die Mitglieder des künftigen ersten Vereinigten Landtags geschrieben, denen sie auch durch eine gut geschriebene Zueignung gewidmet ist.

o **Hamburg**, 30. März. Da Sie aus den Erklärungen Ronge's gegen Kleinpaul einen Auszug gegeben (Nr. 77), so wird es billig sein, in dieser Zeitung auch zu erwähnen, daß und wie der Letztere geantwortet hat. Er hat zwei längere Erklärungen in die hiesigen Wöchentlichen Nachrichten einrücken lassen. In der ersten hebt er besonders hervor, daß Ronge von seinem an Wislicenus geschriebenen und im Decemberhefte der „Kirchlichen Reform“ abgedruckten Briefe, den er jetzt als „unverschämte Unwahrheiten“ bezeichne, vor dessen Bekanntmachung Kenntniß erhalten und den Inhalt desselben für wahr erklärt, dies wenigstens nur dahin beschränkt habe, daß Hr. Kleinpaul Ronge's Aeußerungen seine persönliche Färbung verliehen hätte. Uebrigens sei er mit der Bekanntmachung einverstanden gewesen. Er habe ihn mehrmals ersucht, vorzüglich Das herauszuheben, daß er, Ronge, auf kein Glaubensbekenntniß weder confirmire noch Prediger einführe. Er habe in Hamburg nur von einer freien Gemeinde, nicht von einer deutsch-katholischen gesprochen; das sei aber freilich auch nur Schein gewesen. Hr. Kleinpaul habe ihm gleich gesagt, daß er den Deutsch-Katholicismus negire; Hr. Kleinpaul wolle „radicalen Humanismus“ und sei überzeugt, daß „allein dieser, keine deutsch-katholischen Halbheiten und kein deutsch-katholisches Versteckenspielen und Hinter-dem-Berge-halten mit der Wahrheit (?), der Menschheit Heil bringen werde“. Die folgende Nummer brachte nun zunächst den Abdruck der betreffenden Briefe des Wislicenus, in denen allerdings zu finden ist, daß Ronge, nach Wislicenus' Versicherung, die Veröffentlichung der ihn betreffenden Kleinpaul'schen Mittheilungen gutgeheißen und nur ausgesetzt habe, „daß sie, in Betreff seines Nichtgebrauchs des leipziger Bekenntnisses, seinen Wunsch, dies besonders hervorzuheben, aussprächen“ — worin wir denn freilich eher ein Inabredestellen dieses Wunsches, als, mit Hrn. Kleinpaul, ein Einräumen desselben finden würden —, und daß er gesagt hat, Kleinpaul habe Ronge's Aeußerungen seine persönliche Färbung gegeben, dann aber erklärt hat: „was einmal stehe, möge stehen bleiben, aber die Sache habe ihm bei der breslauer Gemeinde viel Aerger und Noth gemacht“. Von seiner Erklärung gegen Kleinpaul hat er Wislicenus zwar Kenntniß gegeben, die Erklärung aber nicht selbst mitgeschickt, dagegen den Wunsch ausgesprochen, Kleinpaul möge „um der Sache willen in Zukunft gänzlich über die Angelegenheit schweigen, damit die Wunde heile“. Diese Zumuthung, meint Hr. Kleinpaul, sei nach der Ronge'schen Erklärung und dem Commentare des Dr. Behnsch dazu doch zu stark. Hr. Kleinpaul erklärt ferner seine Ueberzeugung, „daß eine auch nur äußerliche Vereinigung der freien Gemeinde (nämlich derjenigen, die auf dem reinhumanistischen Principe ruht, der Verwirklichung des freien [?] Menschenthums im Denken, Wirken, geselliger Anschließung und Genuß [sic], und das ist bis jetzt allein die hallesche) mit der deutsch-katholischen derselben nur schaden, ihr Princip, welches kein kirchliches ist, verdunkeln und sie vielleicht zu principwidrigen Concessionen an den Deutsch-Katholicismus veranlassen würde“. Uebrigens möchten sich seine Gegner an sein Broschüre: „Ueber den Misbrauch des Namens Christenthum“, halten.

Preußen.

o **Berlin**, 31. März. Die erste Veranlassung zu dem bekannten unerfreulichen Vorgange in Betreff des Hrn. v. Raumer gab eine im verwichenen Jahre in Halle erschienene Broschüre: „Vier Predigten über die Bewegungen der Zeit, im akademischen Gottesdienste der Universität Halle

gehalten von Dr. A. Tholuck". Die zweite dieser Predigten behandelt und bejaht den Satz: „daß auch die Könige der Erde an Gottes Wort zu messen seien". Im Verfolge der Predigt erhebt nun Dr. Tholuck die schwere Anklage gegen Friedrich II. von Preußen, die Hr. v. Raumer im Auszuge, S. 10 und 11 seiner gedruckten Rede, mitgetheilt hat.*) Ein so harter Angriff auf den großen Todten, den ersten Mann seiner Zeit, das Vorbild seines Jahrhunderts, den Schöpfer der preußischen Großmacht und des preußischen Nationalsinnes, ein solcher Angriff mußte wol jeden echten Preußen schmerzlich berühren, vorzüglich aber Aeltere, die das Andenken unsers großen Königs, die Bewunderung und die Begeisterung für ihn noch als theure Jugenderinnerung im Herzen tragen. Aus dieser Ansicht und Gesinnung entsprang der Vorsatz des Hrn. v. Raumer, die Vertheidigung des preußischen Helden zu übernehmen. Zur Ausführung seines Vorsatzes konnte sich demselben wol keine schicklichere Gelegenheit darbieten als die Gedächtnißfeier Friedrich's II. in der königl. Akademie, wo er als amtlicher Festredner verschriftsmäßig von dem Leben und Wirken desselben zu sprechen hatte. Daß die Vertheidigung irgendwie bedenklich sein könne, war nicht anzunehmen, da der Angriff ohne öffentliche Rüge geblieben war; daß sie aber, wie jedes menschliche Unternehmen, hier Billigung, dort Misbilligung erfahren werde, darauf mußte man gefaßt sein. Dennoch überraschte es einen Augenblick, als die Akademie durch ihr bekanntes Schreiben an den König (Nr. 63) sich einstimmig auf die Seite der Misbilligenden stellte; doch mußte eine kurze Ueberlegung Jedem klar machen, daß die Akademie nur ein unbestreitbares Recht übte, indem sie bei einer gewichtigen Veranlassung ihre, wie man nothwendig annehmen muß, volle und innerste Gesinnung einhellig aussprach. Wenn nun doch dieses Schreiben hier und da Tadel erfahren hat, so scheint mir der Hauptgrund in der Fassung desselben zu liegen. 1) Die Akademie scheidet nicht streng und deutlich genug Inhalt und Form der Rede; dadurch gewinnt ihre Misbilligung wenigstens scheinbar einen weitern Umfang, als sie selbst, die Repräsentantin der Wissenschaft, ihr vielleicht geben wollte. 2) Die Akademie wehrt sich mit einer gewissen Aengstlichkeit gegen den Gedanken, daß sie auch im entferntesten geneigt sei, Hrn. v. Raumer zu entschuldigen, während es doch sonst von christlicher menschenfreundlicher Gesinnung zeugt, wenn wir die Fehler unserer Mitmenschen zu entschuldigen suchen. 3) Der Schluß des Schreibens ist so gewendet, daß er, wenn auch indirect, eine Verurtheilung des Hrn. v. Raumer als eines unvorsichtigen, leichtsinnigen, Aergerniß gebenden Verwalters eines ehrenvollen Amtes enthält.

Was auch immer die Akademie zu dieser Adresse bewogen haben mochte, die Fassung derselben war ihr freies Werk, das sie allein zu vertreten hat: eine nicht ganz leichte Aufgabe, da die Akademie gewiß nicht ihre Zuflucht zu der traurigen Behauptung nehmen wird, es ließen sich innige Ergebenheit für den Landesherrn und Milde der Gesinnung, ob sie schon vereint im Herzen wohnen können, im Ausdrucke nicht vereinigen. Diese Milde, von der ja kaum der Richter entbunden ist, war hier um so eher zu erwarten, da die Akademie bei der völligen Unabhängigkeit des Festredners durchaus nicht für sein etwaniges Versehen verantwortlich gemacht werden kann, und überdies viele Mitglieder derselben mit Hrn. v. Raumer im freundschaftlichsten, collegialischen und geselligen Verhältnisse standen. So war die Sachlage in diesem zweiten Stadium; man konnte sagen, die Wage stand. Warf die Akademie Hrn. v. Raumer vor, er habe als ihr Repräsentant nicht sattsam die Verhältnisse beachtet, so hielt Hr. v. Raumer der Akademie die scharfe Fassung ihrer Adresse entgegen. Doch war das Ganze immer noch als ein häuslicher Zwist zu betrachten, den gegenseitige Billigkeit und Selbsterkenntniß wol beizulegen vermag. So scheint es die Akademie betrachtet zu haben, so hat es Hr. v. Raumer betrachtet. Letzterer hatte gleich anfangs erklärt, daß es ihm herzlich leid thue, wenn seine Rede Anstoß gegeben, und er jede vom gehörigen Ort ausgehende Zurechtweisung oder Rüge (in Bezug auf das Aeußerliche seiner Rede) mit schuldiger Ehrerbietung annehmen werde; er vertagte ferner mit Zustimmung der Akademie die Niederlegung seines Secretariats, die er angekündigt hatte, bis zu einer gelegenern Zeit; die Akademie ihrerseits wies eine heftige Klagschrift eines ihrer Mitglieder gegen Hrn. v. Raumer einstimmig zurück; und endlich wohnte Letzterer der nächstfolgenden Sitzung der Akademie in gewohnter Weise bei. So stand eine wünschenswerthe Beilegung des Streites in Aussicht, um so mehr, da ein ausdrückliches Gesetz die Geheimhaltung aller Immediatgesuche, Vorstellungen und Eingaben befiehlt, so lange nicht eine allerhöchste Entscheidung erfolgt ist.

Plötzlich aber erschien diesem Gesetze zum Trotze die besprochene Adresse abgedruckt im Rheinischen Beobachter, der mit Recht oder Unrecht für halb officiell gilt. Diese Veröffentlichung gab nun der Sache eine durchaus andere Gestalt. Die Akademie stand nun als Anklägerin, Hr. v. Raumer als Beklagter vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung, die eben durch die Veröffentlichung zur Richterin berufen war. Hier galt es nun für Hrn. v. Raumer, seine Ehre und Manneswürde zu wahren, d. h. zu beweisen, daß er nicht leichtsinnig, sondern wohlbedacht, nicht aus eitlem Oppositionskitzel, sondern aus tiefster Ueberzeugung die Vertheidigung Friedrich's des Großen und, soweit sie damit zusammenhängt, die Zurückweisung der Tholuck'schen Lehre unternommen habe, wofern ihn nicht die Akademie durch eine mildernde Erklärung ihrer Adresse von diesem Beweis entband. Dies geschah nicht, und nun fragt es sich, welche Beweismittel standen Hrn. v. Raumer zu Gebot? Eine schriftliche Vertheidigung war bei den obwaltenden Umständen nicht wohl zulässig, würde auch dem Zwecke nicht entsprochen haben; es blieb nichts übrig als eine zweifelsfreie That, ein empfindliches Opfer, das Hr. v. Raumer seiner gleichmäßig aus dem Leben wie aus der Wissenschaft gewonnenen Ueberzeugung brächte. Er hat dieses Opfer gebracht, indem er durch seinen Austritt aus der Akademie eine ehrenvolle Stellung und einen nicht unbedeutenden Theil seines Einkommens aufgegeben. Die Sache ist abgethan.

Dies ist die unparteiische Darstellung des Ereignisses, insofern der Streit eine Privatsache zwischen der Akademie und Hrn. v. Raumer war; sie hat vorzüglich den Zweck, der hier und da laut gewordenen Beschuldigung zu begegnen, Hr. v. Raumer sei aus Trotz, gereizter Eitelkeit, verletztem Stolz aus der Akademie geschieden. Er hat es gethan, weil er es als Ehrenmann thun mußte, weil sein Bleiben in der Akademie einen Widerruf seiner ganzen Rede in sich geschlossen hätte, und weil, wenn einmal ein so tiefer Zwiespalt der Ueberzeugungen sich kundgegeben hat, es der einzige vernünftige Ausweg ist, daß beide Theile in Frieden und für immer von einander scheiden.

— Ungeachtet die erste Trauung in der freien evangelischen Gemeinde in **Königsberg** von der Behörde für ungültig erklärt worden ist, hat jetzt in der Gemeinde das Aufgebot einer zweiten Ehe stattgefunden. Da die Behörde nun eine solche Ehe für ein Concubinat erklärt, so wird in diesem Falle, weil die Braut minderjährig ist, das Vormundschaftsgericht einschreiten. Bei der ersten Ehe soll das Oberlandesgericht erklärt haben, daß kein Proceß nöthig sei, sondern die Ungültigkeit der Ehe sich von selbst verstehe. (Nr. 85.) (Z. f. k. u. K. Z.)

Oesterreich.

Aus Ungarn, 26. März. Von dem nächstens zu haltenden Reichstag erwartet man viel Ersprießliches sowol für Kirche und Schule als auch für den Staat. In einem Lande wie Ungarn, wo das Leben in seiner Frische wirkt, läßt es sich wol nicht denken, daß man den Ruf der Zeit, welcher an alle Intelligente ergeht, verkennen werde. Welch große Werke der jüngst verflossene Reichstag geschaffen, was er erzeugt und zum Theil vollbracht hat, das ist bereits durch die Presse veröffentlicht worden. Hätte er gar nichts gethan, als das Verhältniß der Bauern zu ihren Grundherrschaften gesetzlich geregelt und näher bestimmt, ferner das Verbot aufgehoben, von der römisch-katholischen Confession zu einer der beiden evangelischen überzugehen, und in den Mischehen die Reciprocität festgesetzt, so müßte man den Vätern ewigen Dank wissen, welche unermüdet dieses Werk, das so oft zu scheitern drohte, zu Tage förderten. Fragen wir uns aber, was wird man in Hinsicht der Förderung des geistigen und moralischen Elements bei dem nächsten Landtage thun; wird man den Schulen der Evangelischen und dem Lehrerpersonal seine Aufmerksamkeit nicht zuwenden; wird der Staat dieses nützliche und nothwendige Institut seiner Unterstützung nicht für würdig erachten? da bleibt noch Vieles zu wünschen übrig.

Es war eine Zeit, die uns gar nicht fern liegt, in welcher man zwar nicht reichstäglich, sondern von Seiten der Protestanten in besondern Zusammenkünften das Schulwesen besprochen hatte. Der edle Graf Zay war es, der keine Mühe und Kosten scheute, um dieses Institut, welches sich aus sich selbst gestaltete, von dem das Gedeihen der Gegenwart und Zukunft großentheils abhängt, von unten herauf zu regeln und in ein System zu bringen. Es gelang den Männern, die dabei thätig waren, größtentheils Männern vom Fache, das Werk zu vollenden. Welche Früchte es bringen wird, wissen wir noch nicht, das wird die Zukunft zeigen, wir sind berechtigt, nur das Beste zu hoffen. Dem edlen Grafen, der seinem Posten als Generalinspector der Protestanten in Ungarn nicht nur dem Namen nach, sondern in der That vorsteht, wünschen wir von ganzem Herzen, daß er die Früchte seines thaten- und mühevollen

*) Diese Stelle lautet: „Hören wir jetzt einen neuern theologischen Ankläger. Er reiht in einer Predigt seinen Tadel an Friedrich's bekanntes Wort: «In meinem Reiche muß Jeder nach seiner Façon selig werden können.» Dieser Aeußerung (so lautet die weitere Anklage) ist in nicht geringem Maße der Stempel der Geringschätzung gegen alle Religion aufgeprägt. Nur Diejenigen werden sie gebrauchen, die überhaupt nicht daran glauben, daß der Mensch durch Religion selig werden könne; nur Solche werden so reden, die alle Religionen darum für gleich gut ansehen, weil sie alle für gleich trüglich und verächtlich halten. Einem König aber, und am wenigsten einem protestantischen Könige, darf es gleichgültig sein, auf welchem Wege seine Unterthanen ihre Seligkeit suchen. Nur eine gemeine Seele, eine Kainsseele mag so sprechen, die da fragt: Soll ich meines Bruders Hüter sein? Aber eine Seele, die da weiß, was Bruderliebe ist, gewiß nicht. Oder wer darf es wagen, die Sorge um das Seligwerden seiner Brüder als eine Bagatelle zu behandeln, um die es sich nicht verlohnte, auch nur einen Finger aufzuheben? Der große Haufe unter den Unsrigen wird jenes arme Wort Friedrich's wieder zu seiner Losung machen, woran man die unendliche geistige Armuth der Kinder dieser Zeit erkennt und die Entblößung von jedem Keime des innern Lebens! — So die Anklage."

Amtes auch schauen könne. Daß es eine edle Aufopferung sei, die ihn beseelt, wird wol kaum Jemand in Abrede stellen, wir wollen uns auch dem trostlosen Gedanken nicht hingeben, daß der edle Graf auf der einmal betretenen Bahn fortzuschreiten je erkalten sollte. Mag er von Vielen in seinem Wirken verkannt werden, mag man ihn oft anfeinden und seine Bahn erschweren, wir wollen darum nicht klagen, wie früher in dieser Zeitung geschehen, nicht den Undank der slawischen Prediger aus der theißer Superintendenz beschuldigen. Wir wollen vielmehr im Eingedenken Dessen sein, daß auch das Gute seinen Kampf verlangt, und wenn es durch alle Feuerproben der Prüfung und Beurtheilung als ein neuer Phönix siegend hervortritt, nur dann wirkt es desto segensreicher für Gegenwart und Zukunft. Jene klagende Stimme schließt mit den bekannten Worten: „Undank ist ja der Welt Lohn". Dies wollen wir gar nicht läugnen, nur hätte der Referent nicht vergessen sollen, daß die theißer Superintendenz nur ein Viertheil der Evangelischen Ungarns in sich faßt, folglich: wenn es jenem Herrn gefiel, das Verdienst des Generalinspectors zu schmälern und zu verunglimpfen, so folgt beiweitem noch nicht daraus, daß der edle Graf in den übrigen drei Superintendenzen nicht ungemein viele Verehrer zählt, die es ihm Dank wissen, daß er seinem Amte energisch und würdevoll vorsteht, und das Eine, was noth thut, zu fördern nicht verabsäumt.

Spanien.

Der Congreß hat am 22. und 23. März seine Sitzungen mit der noch immer nicht beendigten Debatte über §. 9 der Antwortsadresse, die Finanzverwaltung betreffend, zugebracht. Hr. Mon hielt eine lange Vertheidigungsrede, die er damit anbob, zu versichern, daß er am 3. Mai 1844 beim Antritte des Ministeriums im Schatze nicht mehr als 150,000 Realen vorgefunden habe; Hr. Mendizabal griff die Verwaltung in eben so langer Rede an.

— Der Heraldo verneint entschieden alle Gerüchte, welche der Königin die Absicht zuschrieben, ein progressistisches Cabinet zu berufen, und führt als Zeugniß dafür an, daß sie verweigert habe, die von den Ministern vorgeschlagene Ernennung einiger Progressisten zu Senatoren zu unterzeichnen. Zugleich hebt der Heraldo die dringende Nothwendigkeit hervor, der anhaltenden Ungewißheit in diesen Dingen ein Ende zu machen, und wirft die Frage auf, ob es möglich sein würde, Narvaez, Mon, Bravo Murillo und Olivan in Einem Cabinet zu vereinigen. Seiner Ansicht nach würde das mit einiger Selbstverläugnung und einigem Patriotismus dieser Staatsmänner sehr wohl angehen. Sehr entrüstet ist der Heraldo über die in auswärtigen Blättern aufgetischten Gerüchte von Mißverhältnissen zwischen der Königin und ihrem Gemahl, und erklärt zugleich das Geschwätz von dessen Bekleidung mit Vollmacht zur Unterzeichnung für die Königin im Fall ihrer Erkrankung sowie von einer Regentschaft unter Zuziehung des Herzogs von Montpensier (Nr. 92) für gänzlich falsch.

Großbritannien.

London, 28. März.

Lord Manners hatte im Unterhause eine Interpellation wegen der Angelegenheiten Griechenlands angekündigt, die jedoch verschoben werden mußte, weil Lord Palmerston nicht anwesend sein konnte. Die Times präludirt zu dieser Interpellation mit lebhafter Beschwerde über das Ministerium Kolettis, das, von Frankreich getrieben und von den deutschen Mächten unterstützt, nur auf Umsturz der griechischen Verfassung hinarbeite. Die Times besorgt dabei große Nachtheile für die britischen Interessen und scheint anzunehmen, daß man in Athen den §. 12 des Vertrags von 1832, welcher die Staatseinkünfte vor Allem zur Deckung der Zinsen der von den Schutzmächten garantirten Anleihe überweist, absichtlich umgehe. Nicht blos habe der Finanzminister die auf solche Weise verbürgte Zinszahlung unterlassen, sondern es sei nun auch von einem Ausschusse der Kammer eine irrthümliche oder vielleicht gefälschte Rechnungsablegung nachgewiesen worden. Sollte das Letztere mit Grund geschehen sein, und die griechische Regierung auf solchem Wege ihrer Verpflichtung sich überheben wollen, so werde England freilich genöthigt sein, energische Schritte zu thun. Von Frankreich sei nichts in dieser Angelegenheit zu erwarten, da ihm die griechische Verfassung gleichgültig sei und nur die Benutzung Griechenlands für seine Plane in der Levante ihm am Herzen liege. Dagegen hofft die Times Günstiges von dem erfolgten Ministerwechsel in München. Ohne verkennen zu wollen, daß der französische Einfluß, der mit dem österreichischen Hand in Hand gehe und durch die außerordentliche Geldverschwendung des französischen Geschäftsträgers zu Gunsten des Ministeriums Kolettis an die griechischen Kammermitglieder viele Stützen zähle, schwierig zu besiegen sein werde, glaubt die Times doch, daß der Ausgang der jetzigen Irrungen zwischen der griechischen und der türkischen Regierung dabei entscheidend werden könne. Indessen lasse sich schwer voraussehen, was überhaupt dabei herauskommen dürfte.

— Eine außerordentliche Versammlung von Mitgliedern der Ostindischen Compagnie hat dieser Tage beschlossen, durch das Directorium das Ostindische Amt um Autorisation des geheimen Comité der Ostindischen Compagnie ersuchen zu lassen, die gesammte Correspondenz über Entsetzung des Radscha von Sattara, welche schon so oft verhandelt worden ist, den Actionairen vorzulegen. Die Abstimmung ergab 40 gegen 38 für den Antrag. Eine Motion, den Lieutenant Waghorn und seine verdienstlichen Bestrebungen den Directoren zu empfehlen, wurde zurückgezogen, weil der Antragsteller es Hrn. Waghorn's Interesse angemessener erachtete, den Directoren ganz freie Hand zu lassen.

— Ein von **Hannover** datirtes Schreiben in der Times legt dem Abschlusse des Handels- und Schiffahrtsvertrags zwischen Hannover und den Vereinigten Staaten die Absicht der Letztern unter, günstigere Bedingungen für amerikanische Stapelartikel von Preußen und dem Zollvereine zu erlangen. Die Durchfuhrzölle und Schiffahrtsabgaben auf der Weser würden gänzlich in Wegfall kommen und die Tabackszölle ermäßigt werden müssen, indem die Vereinigten Staaten nur mit Kündigung des mit Preußen bestehenden Handels- und Schiffahrtsvertrags zu drehen hätten, wodurch die Zollvereinsschiffahrt in große Nachtheile kommen würde.

— Nach dem Globe befänden sich die Generale Cabrera und Elio derzeit bei dem Grafen v. Montemolin in London.

— Nachrichten vom **Cap** bis 22. Jan. lauten über die Erfolge der gegen den Häuptling Pato ausgeschickten, über den Keiskuß vorgerückten Truppen sehr günstig. Den Kaffern war eine große Menge geraubtes Vieh abgenommen worden, und der bisherige Gouverneur, General Maitland, hat die Genugthuung, den Krieg vor dem Eintreffen seines Nachfolgers beendigt zu haben; Sir Henry Pottinger verbleibt indessen die nicht weniger wichtige Aufgabe, die Colonie gegen Wiederholung solcher Angriffe zu sichern.

Frankreich.

Paris, 29. März.

Das Journal des Débats bespricht wieder einmal sehr ausführlich die Frage über Verproviantirung des Landes mit Getreide, die offenbar auf längere Zeit gesichert sei. Es warnt aber auch zugleich, sich etwa von neuem dem Mangel an Voraussicht hinzugeben, der im vorigen Jahre in dieser Beziehung herrschte, und bestätigt damit allerdings die gleichen Ansichten der Oppositionsblätter. Der Commerce kann sich noch nicht von der Wahlreform trennen, und auch die «Presse» plänkelt noch in Bezug auf diese Angelegenheit mit den letzten Triumphartikeln des Journal des Débats. In einem andern Artikel bevorwortet sie den Gesetzentwurf über Reorganisation des Capitels von St.-Denis, der die Pairskammer demnächst beschäftigen wird.

— Die Commissien der Deputirtenkammer zur Begutachtung von Hrn. de Remilly's Verschlag zur Einführung einer Hundesteuer hat sich gegen dieselbe entschieden.

— Marschall Soult, der nominelle Präsident des Cabinets, hat soeben sein 83. Jahr angetreten. Im Jahre 1804 erlangte er die Marschallswürde und bekleidet dieselbe also schon 43 Jahre.

— An die Stelle des kürzlich verstorbenen Admirals Massieu de Clerval ist Viceadmiral Baron de la Susse zum Mitglied des Admiralitätsraths und Präsidenten der Schiffbaucommissien ernannt worden. Contreadmiral Lemariée ist zum Major-General der Marine zu Toulon ernannt.

— In **Marseille** tumultuirten am 25. März die Arbeiterinnen in der Tabacksfabrik wegen einer von ihnen verlangten neuen Art zu arbeiten. Man mußte Militair holen, um Ruhe zu stiften.

— In einer Kohlengrube bei Mons sind am 22. März durch die Entzündungen sogenannter böser Wetter von 50 anwesenden Arbeitern 26 umgekommen. Am 23 März haben bei La Graine im Elsaß 24 Menschen durch gleiche Veranlassung das Leben verloren.

— Bei der Polizeipräfectur von Paris sind im vorigen Jahre von Miethkutschern an in ihren Wagen gefundenen Geldern und Banknoten 15,570 Fr. außer einer Menge von werthvollen Gegenständen abgeliefert worden. Der Präfect hat neuerlich mehren für ihre dabei bewiesene Ehrlichkeit Belohnungen zugetheilt.

— Daniel O'Connell ist in Paris der Gegenstand vieler Aufmerksamkeiten. Man erkundigt sich angelegentlichst nach seinem Befinden, und dem Ausspruche der Aerzte Olliffe und Chomel zufolge wäre seine Genesung so gut wie gewiß. Außer dem Erzbischof von Paris, dem Marquis de Laroche-Jacquelein und Grafen v. Montalembert hat er nur wenige Besuche angenommen. Letztere erschienen mit mehren Pairs und Deputirten, um demselben im Namen Vieler deren Achtung und Anerkennung seiner ausgezeichneten Verdienste um die religiöse Freiheit auszudrücken. Der britische Gesandte ließ O'Connell zum Diner einladen, was derselbe aber seiner Gesundheit wegen nicht annehmen konnte. Er wird demnächst nach dem südlichen Frankreich und Italien weiterreisen.

— Es ist einer von den Directoren der petersburger Bank in Paris angekommen, um bei der Effectuirung der mit der Bank von Frankreich geschlossenen Rentenkäufe mitzuwirken.

○ **Paris**, 29. März. Die Vorgänge der abgelaufenen Woche haben dazu beigetragen, die politische Lage der Regierung und der Deputirtenkammer näher zu bestimmen. Bekanntlich sind schon seit länge-

rer Zeit eine Anzahl neugewählter, dem conservativen Systeme wie dem Ministerium Guizot zugethaner Deputirter damit umgegangen, die Mehrheit dahin zu bringen, sich thätiger mit fruchtbarern administrativen und materiellen Verbesserungen abzugeben, als die von der Opposition betriebenen sterilen und eitlen politischen Manoeuvres darzubieten vermögen. Diese Deputirten konnten keine Partei bilden, und die Neugewählten besaßen noch zu wenig Erfahrung und Ansehen, um ihren Ideen Geltung zu verschaffen, noch ehe dieselben durch die öffentliche Debatte reifer geworden wären. Gleichwol waren es Prätensionen der Art, welche auftraten und scheiterten. Das Letztere war unvermeidlich, da man nicht leicht ein übleres Mittel und eine unpassendere Gelegenheit wählen konnte. In ihrer Ungeduld, ihre Wichtigkeit zu zeigen, traten diese Conservativen zur Opposition, um Hrn. Duvergier's Vorschlag über Wahlreform durch die Bureaux zur öffentlichen Verlesung in der Kammer autorisiren zu lassen. Das war der erste Fehler; eine der Minorität in einer Sache gegebene Ermuthigung, deren Erfolg Niemand wollte und den Niemand hoffte. Man ertheilte damit nur der Opposition die Erlaubniß, einen moralischen Effect zu erzielen, sich das Vergnügen zu machen, die Wähler und die neue Kammer gleich im Beginn herabzusetzen.

Bei Wiederbesetzung der durch Hrn. Hebert's Ernennung zum Justizminister erledigten Vicepräsidentenstelle in der Deputirtenkammer brachte die Regierung den Baron Duprat in Vorschlag, einen angesehenen Mann und gewandten Financier, dessen Gesundheit ihm aber nicht erlaubt hätte, sich der Anstrengung der Leitung einer so zahlreichen und zuweilen sehr bewegten Versammlung zu unterziehen. Ein Theil der Conservativen wünschte also eine andere Wahl und stimmte für den schon Vicepräsident gewesenen Hrn. Debelleyme, der sich aber von der Regierung entfernt hat, weil dieselbe seinen Sohn, nachdem derselbe sich, um gewählt zu werden, mit der Opposition eingelassen hatte, bei den letzten allgemeinen Wahlen bekämpfte. Durch diese ungeschickte Spaltung erhielt Hr. Léon de Malleville die Mehrheit, und die dissentirenden Conservativen stellten sich an, als freuten sie sich darüber und sagten überall, daß sie dem Ministerium damit hätten eine Lection ertheilen wollen, während sie blinderweise zu einem Triumph ihrer Gegner mitgewirkt hatten, welche davon ebenso überrascht wie entzückt waren. Die Opposition gewann dadurch an Einfluß und einen Vorwand, zu behaupten, daß die Majorität gestürzt sei. Das war jedoch nicht Alles. Die Opposition, die anfangs nur auf eine Debatte gehofft, faßte Muth bei dem Abfalle einiger Conservativen, redete sich ein, dieselben wären weit zahlreicher, einflußreicher und entschiedener, und wollte es durch dieselben zur Inbetrachtnahme des Duvergier'schen Vorschlags bringen. Die Zuvorkommenheiten und Complimente der Minorität täuschten wieder die angeblich Progressiven, die sich in der Lage zu betrachten anfingen, Bedingungen vorschreiben zu können. Sie kündigten also an, für die Inbetrachtnahme stimmen zu wollen, wenn das Ministerium sich nicht verpflichte, noch vor dem Ende der Legislatur, d. h. vor den nächsten allgemeinen Wahlen, einen Gesetzvorschlag vorzulegen, welcher die sogenannten Capacitäten zu Wählern mache. Das Ministerium beschloß, dieser wachsenden Anmaßlichkeit sofort ein Ende zu machen und die Herren zwischen der Opposition und der Majorität wählen zu lassen. Diese entschlossene Haltung hatte ihre Wirkung, und die Abstimmung zeigte in einer Mehrheit von fast 100 Stimmen, daß die conservative Partei noch nicht gespalten sei. Die Hoffnungen der Opposition sind also in dieser Beziehung vollständig verloren, was sie aber nicht abhalten wird, ihre Versuche fortzusetzen, wie Hrn. de Rémusat's erneuerter Vorschlag wegen der Unverträglichkeit gewisser Aemter mit der Stellung als Deputirter darthut.

Belgien.

Die Repräsentantenkammer hat in ihrer Sitzung am 27. März den Gesetzentwurf in Betreff der dem König oder seiner Familie zugefügten Beleidigungen mit 59 gegen 20 Stimmen angenommen.

Italien.

* **Rom**, 15. März. Auch der Präsident der Republik Neugranada hat sich beeifert, dem neuen Papste Aufmerksamkeit und Theilnahme zu beweisen, zu der ihn keine äußerliche Rücksicht verpflichtete. Er hat nämlich den heil. Stuhle bisher als Geschäftsträger accreditirten Dr. Eladio Urisarri zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim römischen Hof ernannt. Daß, wie man früher versicherte, der Marquis Don Ferdinando Lorenzana, bisher in Rom Geschäftsträger der Ecuador-Republik, seine Stellung im neuen Jahre verlieren werde, hat sich nicht bestätigt. Am 11. März überreichte er in einer Audienz dem Papste ein eigenhändiges Glückwunschschreiben des Präsidenten der Republik und dem Cardinal Gizzi neue Accreditive für seine hiesige Mission.

Die Regierung erließ in den letzten Tagen mehre Verordnungen, welche von der nach allen Seiten hin wachsamen Fürsorge ihres Oberhaupts zeugen, alte Misbräuche abzuschaffen. Ich erwähne darunter eine Bekanntmachung des Cardinals Patrizzi, welche das in den Vorhallen, ja selbst in den Thüren der römischen Kirchen bei festlichen Gelegenheiten zum großen Aergerniß des Anstandes bisher üblich gewesene Vermiethen von Stühlen und Verkaufen von Bildern, mit den mannichfaltigsten wunderthätigen Tugenden für die Zukunft aufs strengste verbietet. Christus, der die Wechsler und Krämer aus dem Tempel trieb, würde auch hier gewiß die Geißel oft geschwungen haben, wäre er wiedergekommen. Die zweite ist ein Rundschreiben des Präsidenten der Congregazione dei Vescovi e Regolari, Cardinals Ostini, an alle Häupter der Klöster für Mönche und Nonnen und anderer geistlichen Stiftungen, welche sich merkwürdig genug einem bereits zu Anfang des vorigen Monats von der Regierung erlassenen Befehle, die nach italienischer Sitte bis oft in die Mitte der Straßen hinaus geleiteten und bei Regenwetter Katarakten gleich das Wasser auf die Vorübergehenden herabstürzenden Dachrinnen an der Façadenmauer der Gebäude herunter zu ziehen, bisher hartnäckig mit der Entschuldigung widersetzten, daß ihre Klöster, Kirchen und Stiftungen für dieses Bauunternehmen nicht zureichend dotirt seien.

Neapel, 20. März. Hr. R. Cobden empfängt auch hier die unzweideutigsten Beweise der Hochachtung. Er ward vor einigen Tagen dem König vorgestellt, und vom Handelsminister bis zum kleinsten mercantilischen Agenten bemüht sich Alles, ihm gefällig zu sein. Bemerkenswerth war ein Artikel in der neapolitanischen Staatszeitung vom 18. März, wo Cobden's Bestrebungen und Erfolgen, mit Hinweisung auf ähnliche Verdienste italienischer Staatsökonomen (Filangieri) ungeschmälertes Lob zu Theil wird. Es heißt darin unter Anderm: Großen und ewigen Ruhm bringe es Cobden, daß die Regierung Großbritanniens nach dem hartnäckigen Kampfe, welchen die Idee eines Mannes gegen die verjährten Gebräuche einer einflußreichen mächtigen Kaste zu bestehen gehabt, endlich kein Bedenken getragen, die Idee dieses Mannes als Gesetz zu adoptiren und zu sanctioniren. — Man sieht dem Erscheinen eines königl. Decrets entgegen, welches für Sicilien auf einige Zeit freie Getreideeinfuhr gestattet. (A. Z.)

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 17. März. Die russischen Colonien auf der Nordwestküste von Amerika haben in neuester Zeit durch die treffliche Verwaltung, die ihnen theils von hier, theils am Orte selbst zu Theil wird, einen hohen Grad des Flors erhalten; in mercantilischer Beziehung sind sie für Rußland in Betreff seiner Bedürfnisse an Rauchwerk und Thee besonders wichtig geworden, da nach zuverlässigen Wahrnehmungen der letzten Jahre die Pelzthiere im nordöstlichen Sibirien bei den unablässigen Verfolgungen, denen sie dort ausgesetzt sind, sichtlich an Zahl abzunehmen beginnen oder sich in die äußerste, dem Menschen fast unzugängliche Region des Nordens zurückgezogen haben, wir aber nun nicht mehr, wie zeither, mit der immer geringer werdenden Ausbeute des sibirischen Pelzwerks unsern jährlichen chinesischen Theebedarf bezahlen können, welchen Ausfall jene obgedachten, an Pelzthieren noch so reichen Colonien ersetzen müssen. Die Generalbilanz der russisch-amerikanischen Compagnie belief sich im Jahre 1845 auf etwas über 3 Mill. Rubel S. Der Hauptumsatz ihres Handelsbetriebs bestand in Pelzwerk und Thee. Von ersterm verführte sie an 30,000 Felle nach Kiächta, für welche und einige andere dort gesuchte Artikel sie an 6150 Kisten chinesischen Thee eintauschte, die größtentheils ihren Absatz auf Rußlands Hauptmarkt, in Nischnei-Nowgorod fanden; ein kleinerer Theil von diesem dem russischen Volke so unentbehrlich gewordenen Kraute fand Abgang in Moskau und auf den beregten Colonien selbst. Die den Colonialbewohnern nothwendigen Bedürfnisse werden ihnen theils landwärts über Sibirien zugeführt, theils von Kronstadt und England aus auf Fahrzeugen der Hudsonbai-Compagnie, von wo aus England einen Theil dieser Colonien, die es bekanntlich in mehrjährige Pachtverwaltung übernommen hat, dirigirt. Bis zum Jahre 1845 besaß die Compagnie eine Hauptfactorei in Ochotsk, die sie aber in demselben Jahre weiter südlich nach Ajan verlegte, viel günstiger für ihre Handelsoperationen als Ochotsk gelegen. Von hier aus beabsichtigt sie, den Ackerbau unter den anstoßenden Nomadenvölkern einzuführen, einen Handelsverkehr mit den noch ganz wilden Tunguſen anzuknüpfen, die unfern Ajan und an der Grenze Chinas nomadisiren. Schon sind auch wirklich an der Ajansbucht und den Ufern des Mayflusses einige Nomadenfamilien jüngst angesiedelt worden, ihre Versuche zur Einführung des Getreidebaues haben sich über alle Erwartung erfolgreich bewiesen. In dem viel nördlicher gelegenen Ochotsk aber mislangen des zu rauhen Klimas wegen wiederholt alle dafür gemachten Versuche.

Gelingt der Compagnie auf der neu begründeten Factorei Ajan der beabsichtigte Handelsverkehr mit den Tunguſen, so kann dieser neugewonnene Punkt in der Folge für ihren Handelsbetrieb äußerst wichtig werden, denn durch gedachtes Nomadenvolk eröffnet sich ihr hier eine neue ergiebige Fundquelle zur Beziehung von Pelzthieren, an welchen dieser Theil Sibiriens, von den Jägern noch wenig besucht, sich sehr reich erweist. Im Beginne des vorigen Jahres zählten die russisch-amerikanischen Colonien in ihrem ganzen Umfang eine Bevölkerung von 7783 Individuen, unter welchen nur 560 russische Uebersiedler waren. Für Gesittung und Förderung der Cultur durch Unterricht sorgt die Compagnie mit löblichem Eifer. In Neuarchangel, der Hauptstadt der Colonien, bestehen

für beide Geschlechter zwei Volksschulen, in denen im vorigen Jahr sich an 100 Zöglinge befanden. Nächstdem besteht noch ein besonderes Seminar zur Bildung von Priestern, das an 60 Zöglinge zählte, unter diesen 35 Kreolen und andere Eingeborene. Mit allen Nachbarn, selbst mit den ihnen jüngst noch so feindlichen Koloschen, einem der mächtigsten und zahlreichsten wilden Volksstämme in dieser äußersten Region Nordamerikas, stehen diese Colonien in fortdauernder freundschaftlicher Verbindung. Den im April 1846 in Neuarchangel abgehaltenen Jahrmarkt besuchten an 2000 Koloschen und versahen den Marktplatz zum Ueberflusse mit frischen Lebensmitteln, den Bewohnern um so willkommener, da die Stadt gerade um jenen Zeitpunkt großen Mangel daran litt. Zur Erweiterung ihrer Handelsoperationen in den amerikanischen Gewässern sendete die Direction im Februar 1846 die erste Expedition nach den Sandwichinseln, die mit sehr günstigem Erfolg ihren Auftrag vollzog. Schon am 30. April nach Neuarchangel zurückkehrend, brachte sie der Direction einen Gewinn von mehr als 4000 Rubel S. zurück und die sichere Hoffnung von einem stetig anzuknüpfenden Handelsverkehre zwischen beiden Ländern.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nach dem New York Herald sind am 1. März das Linienschiff Ohio und die Kriegssloop Decatur von Norfolk nach dem mexicanischen Meerbusen abgesegelt. Zu dem Angriff auf Veracruz wird General Scott sämmtliche, mit Ausnahme der unter dem Befehle des Generals Taylor in Saltillo, Monterey, Camargo u. s. w. zurückbleibenden Truppen auf der Insel Lobos concentriren, die einen trefflichen Hafen, gutes Wasser hat und nur 8 Miles vom Festlande entfernt ist; große Landungsboote sollen sie dorthin bringen, wo dann General Scott direct auf Veracruz marschiren wird, während Commodore Perry sich mit seinen Schiffen vor San Juan de Ulloa legt. Commodore Perry wird durch Signale des Generals Scott genau von Tag und Stunde des von ihm beabsichtigten Angriffes auf Veracruz unterrichtet werden und in dem Augenblicke, wo dieser Angriff erfolgt, sein Feuer auf San Juan de Ulloa beginnen, um die Garnison des letztern zu verhindern, den Mexicanern in der Stadt zu Hülfe zu kommen. Der Angriff soll am 20. März erfolgen, falls General Scott bis dahin seine Vorbereitungen beendet hat.

— Am 3. März um 12 Uhr Nachts hat der 29. Congreß der Union die Laufbahn beschlossen, schreibt der als Genfer Reisende unterzeichnete Correspondent der Times aus Neuyork, für die er gewählt war. Das Repräsentantenhaus bot vom Anfang bis Ende dieser Session einen für eine solche Versammlung sehr wenig empfehlenden Anblick der Verwirrung und Ordnungswidrigkeit dar. Auch hat noch kein Congreß so sehr das allgemeine Mißfallen erregt. Unter den angesehensten und ehrenwerthesten amerikanischen Bürgern fehlt es nicht an solchen, die nicht anstehen auszusprechen, daß mehre der vornehmsten Maßregeln der Verwaltung mittels Corruption durchgebracht worden sind. Damit kann nicht directe Bestechung gemeint sein, wohl aber die Zusage von besonders militairischen Anstellungen und deren Wiedereinlösung, um Stimmen für besondere Bills zu erlangen. Indessen muß die Wahrheit oder Unwahrheit auf jeden Fall für jetzt noch dahingestellt bleiben. Aus den Protokollen des Repräsentantenhauses während dieser Session ergibt sich übrigens die wandelbarste Stimmung über einzelne wichtige Bills, die je vorgekommen ist. Man findet heute Abstimmungen für, morgen gegen und dann wieder für ein und dieselbe Maßregel. In den letzten Tagen war man keine Stunde der Annahme oder Verwerfung gewisser administrativer Maßregeln sicher. Sie konnten wieder in Erwägung gezogen oder in neuer Form beantragt werden. Da ist z. B. der Fall mit Hrn. Benton, der ohne Rücksicht auf Rang und Anciennetät die Armee commandiren wollte. Vier Mal unterlag er damit, beim fünften Versuche aber glückte es ihm halb und halb. Er ist nicht Generallieutenant geworden, allein zum Generalmajor ernannt und vom Senat bestätigt, sodaß ihn der Präsident jetzt an General Scott's oder Taylor's Stelle bringen kann, wenn, wie man allgemein glaubt, die gern von ihm benutzte Gelegenheit zu einem solchen Schritte sich darbieten wird. Hr. Benton würde dann freilich auf seinen Platz im Senate verzichten müssen.

— Vor Ernennung des Hrn. Rush zum Gesandten in Paris hatte der Präsident Hrn. Ingersoll dazu ausersehen, der seit seinen schmählichen Angriffen auf Hrn. Webster zu den Mignons des Hrn. Polk gehört. Allein im Senat erklärte eine große Majorität denselben ihres Vertrauens unwürdig.

Mexico.

Aus **Veracruz** wird vom 4. Febr. gemeldet, daß General Valencia im Befehle dort durch General Vasquez ersetzt worden war. Man wollte die Gebirgspässe in der Richtung auf Mexico befestigen; in Jalapa wurden die Kaufleute aufgefordert, ein Darlehn von 4000 Dollars zu machen, um den Puente Nacional befestigen zu können. Von San Luis und Santa Anna fehlten die Nachrichten. In Mexico hatte der Justizminister Guevara resignirt. Der Streit zwischen Merida und Campeachy in Yucatan um den Sitz der Centralbehörde ist durch Besitznahme Meridas von den Streitkräften Campeachy's entschieden, und Señor Don Domingo Barret, Gouverneur von Yucatan, hatte seine Residenz in Campeachy aufgeschlagen. Die nordamerikanische Blockade von Laguna und Campeachy war für so lange aufgehoben, als die strengste Neutralität beobachtet und namentlich die heimliche Einfuhr von Waffen und Munition nicht versucht werden würde.

Venezuela.

Aus **Caracas** wird vom 12. Jan. die Ankunft des als spanischer Geschäftsträger bei der Republik Venezuela beglaubigten Hrn Muñoz, Bruders des Herzogs v. Riansares, gemeldet. Der dortige französische Geschäftsträger Hr. David hatte ihm zu Ehren ein Fest gegeben.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 1. Kl. mit Eichenlaub: der Generallieutenant a. D. v. Safft; 2. Kl. mit Eichenlaub: der Generalmajor v. Salpius; 3. Kl. mit der Schleife: der Oberst Schulz, der Regimentsarzt Dr. Weiß; 4. Kl.: der Oberstlieutenant a. D. Rosenberger, der Premierlieutenant v. Wedell, der Regimentsarzt Dr. Braune. — **Sachsen-Ernestinischer** Hausorden, Ritterkreuz: der Justizrath und Friedensrichter Knauer in St.-Wendel.

Wissenschaft und Kunst.

Der Sängerin Jenny Lind ist vom Kaiser von Oesterreich der Titel einer k. k. Kammersängerin verliehen worden.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 31. März. Der Detailhandel unserer Ostermesse, welcher seit vorgestern im Gang ist, hat bis jetzt der frühern Lebhaftigkeit noch sehr entbehrt. Die Witterung war bisher sehr ungünstig; doch scheinen die allgemeinen Conjuncturen wol die Hauptschuld an jener so unerfreulichen Erscheinung zu tragen. — Das Geld hat auf unserm Markte wieder mehr angezogen; Prolongationen in den besten Papieren wurden gestern sowie auch heute sehr leicht zu 4½ Proc. gemacht. An unserer Börse wurde heute durch die monatliche Abrechnung eine große Regsamkeit veranlaßt; das Geschäft war sehr ausgedehnt. Die Baisse behauptete, wie in diesen letzten Tagen, so auch heute wieder das Uebergewicht.

Eisenbahn. Am 1. April erfolgte in Leipzig die Uebernahme der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn für den Staat durch den hierzu beauftragten Commissar des Finanzministeriums, geheimen Finanzrath v. Ehrenstein, sowie gleichzeitig hiermit die Vollziehung des mit der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie verhandelten Uebereignungsvertrags, und die Auswechselung der landesherrlichen Ratificationen für die Staatsverträge, welche zwischen Sachsen und Sachsen-Altenburg wegen Abtretung der im Herzogthum Altenburg gelegenen Bahnstrecke sowie wegen Regulirung der dabei einschlagenden Verhältnisse bereits abgeschlossen worden sind. An allen Bahnhöfen und Haltpunkten der genannten Bahn ist in Folge davon Nachstehendes angeschlagen: „In Gemäßheit des in Auftrag der königl. sächsischen und der herzogl. sachsen-altenburgischen Staatsregierung mit der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie abgeschlossenen Uebereignungsvertrags, sowie mittels fernerer Uebereinkunft mit ermannter herzogl. Regierung, ist das gesammte Eigenthum der gedachten Actiengesellschaft nebst allen damit zusammenhängenden Rechten und Verbindlichkeiten von heutigem Tag an auf den Staatsfiscus des Königreichs Sachsen übergegangen und von dem Directorium der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie seine zeitherige Function niedergelegt worden. Se. königl. Maj. von Sachsen haben die fernere Leitung des Baues und Betriebes der Bahn, unter Vorbehalt weiterer und definitiver Organisation der diesfallsigen Verwaltung, einer vom heutigen Tag an in Wirksamkeit tretenden Königl. Direction der Sächsisch Baierschen Staatseisenbahn zu übertragen und zu deren Director den Regierungsrath Karl Ludwig Schill zu ernennen geruht. Zu Jedermanns Nachachtung wird daher Solches hiermit bekannt gemacht. Dresden, am 1. April 1847. Königl. sächsisches Finanzministerium. v. Zeschau. Roßberg."

Eisenbahn. Der Direction der Eisenbahn von Mailand nach Como ist durch Decret vom 12. März eröffnet, daß die vereinigte Hofkanzlei die vorgeschlagene Abänderung der Linie von Mailand nach Como über Monza genehmigt habe.

Fruchtpreise. In zwölf der bedeutendsten preußischen Marktstädte stellten sich im Durchschnitt die Fruchtpreise im Februar (vgl. den Januar in Nr. 60) wie folgt: Weizen 92⁹/₁₂, Roggen 72, Gerste 53⁷/₁₂, Hafer 33⁷/₁₂ Sgr. der Scheffel. In fünf posenschen Städten 96⁵/₁₂, 88¹/₁₂, 65¹¹/₁₂, 40³/₁₂; in neun brandenburgischen und pommerschen Städten 99⁹/₁₂, 83⁷/₁₂, 56⁶/₁₂, 42⁹/₁₂; in elf schlesischen Städten 93¹⁰/₁₂, 87⁷/₁₂, 66⁴/₁₂, 39; in acht sächsischen Städten 99⁷/₁₂, 94, 71⁹/₁₂, 42⁹/₁₂; in vier westfälischen Städten 115⁵/₁₂, 107¹¹/₁₂, 74¹/₁₂, 43¹/₁₂; in dreizehn rheinischen Städten 128⁵/₁₂, 109⁹/₁₂, 79⁵/₁₂, 42⁵/₁₂ Sgr. der Scheffel Getreide in der oben angegebenen Ordnung der Fruchtarten.

Versicherungen. * **Leipzig**, 1. April. Der von dem Directorium der Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft soeben veröffentlichte 16. Geschäftsbericht bespricht wiederum in ausführlicher Weise den Geschäftsgang der Anstalt im verflossenen Jahre. Wir theilen daraus mit, daß in diesem Zeitraume 511 Personen mit 558,900 Thlr. die Aufnahme in den auf Gegenseitigkeit beruhenden Verein nachsuchten, worunter 55 schon versicherte Mitglieder die Erhöhung ihrer Versicherungssumme zusammen um 52,700 Thlr. wünschten. Von diesen Anmeldungen konnten inzwischen 106 mit 152,000 Thlr. keine Berücksichtigung finden und der Bericht gibt die dafür stattgefundenen Gründe an. Die neu aufgenommenen 350 Mitglieder mit 406,900 Thlr. vermehrten unter Zuziehung der Ende 1845 verbliebenen Theilnehmer am Vereine die Zahl der während des Jahres 1846 Versicherten auf 4416 mit einer Versicherungssumme von 5,295,400 Thlr. Dagegen

schieden aus der Gesellschaft 90 Mitglieder mit 108,700 Thlr. durch den Tod und 63 mit 91,300 Thlr. theils durch stillschweigende Aufgabe ihrer Versicherungen, theils durch Verkauf ihrer Policen an die Gesellschaft, oder durch Ablauf der Versicherungszeit, und es blieben am Schlusse des Jahres 4263 Mitglieder mit 5,195,400 Thlr. Versicherungssumme, welche sich zum überwiegendsten Theile dem Institut auf die Lebensdauer anschlossen, indem nur 49 Personen mit 71,300 Thlr. auf bestimmte Jahre versichert sind. In Hinsicht des Nachweises über die stattgefundenen Todesursachen der Verstorbenen, der Dauer ihrer Mitgliedschaft bei der Anstalt, der Versicherungssummen und dgl. m. verweisen wir auf den Bericht selbst, welcher Jedermann leicht zugänglich ist, da alle in- und ausländischen Agenten der Anstalt denselben unentgeltlich auszutheilen haben. Nur über die Einnahme und Ausgabe entnehmen wir noch Folgendes. Mit Zuziehung des Uebertrags vom Jahr 1845 von 724,591 Thlr. stieg die Einnahme auf 936,957 Thlr., und es verblieb am Schlusse des abgewichenen Jahres, nachdem theils für gewährte Dividenden, theils für Todesfälle und den Verwaltungsaufwand, welcher sich auf 6$^{7}/_{10}$ vom Hundert der Einnahme stellte, 170,143 Thlr. zu bestreiten waren, ein Capitalstamm von 760,813 Thlr., mithin ein Zuwachs von 42,162 Thlr. Von dem Gesammtfonds sind 748,672 Thlr. zinstragend angelegt und brachten im Durchschnitt einen Zinsengenuß von 3 Thlr. 24½ Ngr. für 100 Thlr.; 582,785 Thlr. davon beruhen aber auf hypothekarischer Garantie, und der Rest ist auf Faustpfänder und Obligationen ausgeliehen. Möge das vaterländische Institut sich fortwährend einer regen Theilnahme von Seiten des Publicums erfreuen; und mögen auch immer mehr die Behörden ihre fördernde Theilnahme einer Anstalt zuwenden, welche wesentlich beiträgt, unbemittelte Familien vor den Nachtheilen der Verarmung beim Tode des Versorgers zu bewahren.

— Ich eile, schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung aus **Wien** vom 24. März, Ihnen eine Mittheilung über einen Gegenstand zu machen, der das allgemeinste Interesse in Anspruch nimmt und der bald in den weitesten Kreisen segensreich wirken wird. Es ist die Erfindung eines neuen Brotes, das aus keinem der bereits versuchten Surrogate besteht, keine von den bekannten nachtheiligen Folgen auf den Unterleib nach sich zieht, sondern nebst der gesundesten Nährfähigkeit auch schmackhaft ist. Und ein Centner solchen Brotes kostet nicht mehr als 1 Fl. C.-M! Der Erfinder M. A. Pollak, von der großen weithin wirkenden Wohlthat seiner Erfindung überzeugt, hat dieselbe uneigennützig dem Magistrate der Hauptstadt zur Benutzung geschenkt und zugleich an den Stufen des Thrones niedergelegt. Da er für die schnellste und größte Verbreitung durch die hiesigen Zeitungen sorgen wird, so handle ich nur in seinem Sinne, wenn ich hier mittheile, daß er sein Brot aus den sogenannten Oelkuchen bereitet, die bis jetzt zur Küchenheizung *) verwendet wurden und die das Residuum des Rübesamens, dem das Oel ausgepreßt wurde, bilden. Diese Oelkuchen werden gemahlen, das Mehl in hölzerne Kübel gethan, mit Wasser übergossen, tüchtig umgerührt und das letztere, welches die Bittere mitnimmt, wieder abgelassen. Das Zurückgebliebene wird geknetet und der Teig in Formen gethan und wie jedes andere Brot gebacken. Man findet in den höchsten Kreisen wie in den niedrigsten seit einigen Tagen dieses Oelbrot, und bereits hat der jetzt hier anwesende Erzherzog Stephan mehre Hundert Centner für die Gebirgsbewohner in Böhmen bestellt. Der menschenfreundliche Erfinder ist noch ein junger, nicht eben reicher Mann, der eine Zündhölzchenfabrik betreibt und durch sein chemisches Wissen ausgezeichnet ist. Er war seit mehr als einem Jahre mit der Erfindung, die er nun großmüthig dem allgemeinen Wohle schenkt, beschäftigt und soll daran sein, ein neues höchst billiges Brennmaterial bekannt zu machen.

*) So viel uns bekannt, werden die Oelkuchen zur Viehfütterung verwendet, aber nicht als Brennmaterial, wohl aber Lohkuchen.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 2. April früh 7 Uhr: 3° 1″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 29. März. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅜; 4½pc. Handelsg. 173⅛. Frankfurt a. M., 31. März. Oestr. Bkact. 1012; 250 Fl. L. 119⅛ Br.; 500 Fl. L. 153⅜ Br.; Bair. 3½pc. 94 Br.; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36½; Kurhess. 32⅛. London, 27. März. 3pc. Conf. 89¼; Port. 3pc. 34½; Span. act. 22⅛; Holl. Int. 59⅛. Wien, 30. März. Bkact. 1592; Met. 5pc. 108⅛; 4pc. 99; 3pc. 71; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Frankfurt a. M., 31. März. Taunusb. 373; Nordb. 73½; Verb. 92⅜. Wien, 30. März. Nordb. 179; Gloggn. 121½; Mail. 109; Livorn. 93; Pesth. 98⅔.

Berliner Börse, 1. April. Seehandlungs-Prämsch. 95⅛ Br., 3½pc. Staatssch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpr. 94, ostpr. 97¼, pomm. 95, schles. 96¾, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 96¾; Louisd. 111⅞, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93⅛ Br., Berl.-Anh. 111, Prior.-Act. 4pc. 95, Berl.-Hamb. 4pc. 108 Br., Prior.-Act. 4½pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 92¼, Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., 5pc. 101, Berl.-Stett. 108, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crak.-Oberschl. 4pc. 83, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105 Br., Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., Kiel-Alten. 4pc. 109, Magd.-Halberst. 113¼, Niederschles.-89⅛, Prior.-Act. 4pc. 92⅜ Br., 5pc. 101, Zweigb. 4pc. 65⅛, Prior.-Act. 4½pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 95¾, Rhein. 86, Prior.-Stamm 4pc. 90⅛, Prior.-Act. 4pc. 92⅛ Br., Thüring. 4pc. 90⅜, Zarskoje-Selo 72 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 85, Berg.-Märk. 4pc. 85⅛ Br., Berl.-Anh. 99½, Kassel-Lippst. 4pc. 87 Br., Cöln-Minden 4pc. 92⅜, Magd.-Wittenberge 87, Mail.-Bened. 4pc. 111 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73¼, Posen-Stargart 4pc. 85, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90¼, Sächs.-Schles. 4pc. 101 Br., Ung. Centralb. 4pc. 100 Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅜, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅛, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94⅛ Br., (neue) 4pc. 94, Partial a 500 Fl. 4pc. 79⅛, à 300 Fl. 4pc. 95⅛ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅜, Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅛ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85⅝ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32⅛, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Kundmachung.

Fünfte ordentliche General-Versammlung der Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die gefertigte Direction gibt sich die Ehre, den stimmberechtigten Herren Actionairen dieser Unternehmung hiermit bekannt zu machen, daß die fünfte ordentliche General-Versammlung am

Sonntag, den 25. April d. J., um 9 Uhr Morgens,

zu Pressburg im Directions-Locale stattfinden wird.

Die in derselben zur Verhandlung kommenden Gegenstände sind folgende:

1) der Bericht über den Stand der Bauten auf den verschiedenen Strecken der Ungarischen Central-Eisenbahn und der betreffenden Gebahrungen während des Verwaltungsjahres 1846, sowie über den Betrieb der Strecke von Pesth bis Waitzen vom 16 Juli 1846 bis Ende December v. J.;
2) die Vorlage des der Genehmigung der General-Versammlung vorbehaltenen Vertrages zum Bau eines 4 Meilen langen Bahnflügels von Czegled nach Ketskemet;
3) die Bestimmung über die verschollen erklärten Actien-Interims-Scheine, auf welche die statutenmäßig festgesetzten Einzahlungen nicht geleistet wurden; endlich
4) die statutenmäßige Wahl eines technischen Directors an die Stelle des aus der Direction getretenen k. k. Hauptmanns Herrn Cornelius Wurmb.

Nach der im October 1846 drei Mal veröffentlichten, in Folge allerhöchster Entschließung eingetretenen Abänderung des §. 16 der Gesellschafts-Statuten sollen fortan zu den General-Versammlungen der Ungarischen Central-Eisenbahn-Gesellschaft und bis zur erfolgten gänzlichen Einzahlung der Actien-Interims-Scheine jene Herren Actionaire einberufen werden, welche 3 Monate vor Abhaltung der General-Versammlung in den Actien-Büchern als Besitzer von 80 Stück Interims-Scheinen eingeschrieben sind und diese auf ihren Namen lautenden 80 Stück Interims-Scheine bei den betreffenden gesellschaftlichen Kassen 3 Wochen vor der General-Versammlung hinterlegen.

In Folge dessen werden alle jene Herren Actionaire, welche diesem statutenmäßigen Erfordernisse behufs Eingangs erwähnter General-Versammlung Genüge zu leisten in dem Falle sind, aufgefordert, diesen Erlag von je 80 Stück Interims-Scheinen bis 4. April 1847 entweder im Directions-Locale zu Pressburg, bei der Commerzial-Bank zu Pesth oder bei der gesellschaftlichen Central-Kasse in Wien gefälligst vornehmen zu wollen, und dagegen die entsprechenden Reverse in Empfang zu nehmen.

Außerdem werden den Herren Actionairen die zum Eintritt in die General-Versammlung erforderlichen Legitimations-Briefe nebst dem Geschäftsbericht und den Rechnungs-Abschlüssen für das abgelaufene Verwaltungsjahr 1846 rechtzeitig überschickt werden.

Pressburg, den 15. März 1847.

[921—26] **Die Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.**

Bei **Ernst Fleischer** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Florian. M. de. **Don Quichotte de la Manche, traduit de l'Espagnol.** Für den Schul- und Privat-Gebrauch bearbeitet und mit grammatischen Bemerkungen und einem Wörterbuche herausgegeben von **Dr. Ed. Hoche.** 8. Brosch. 16 Ngr. [1101]

J. Bodemer junior

aus *Eilenburg,*

Fabrikant vom **gedruckten halbwollenen Mousselines.** Lager während der Messe in Leipzig: **Reichsstraße Nr. 45/399,** neben Koch's Hof, den Herren Danneberg und Sohn aus Eilenburg gegenüber. [1094—96]

Sulzberger, Akermann & Co.

aus ***Meisterschwanden***
in der Schweiz,
Reichsstraße 42/396, zweite Etage,

empfehlen sich für bevorstehende Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **italienischer und schweizer Strohgeflechte, Borduren** u. s. w. unter Zusicherung billigster Preise. [1019—23]

Verkauf einer Villa.

Eine moderne **Villa** am Mittelrhein, in der Nähe einer Stadt, mit Weinbergen und Garten versehen und von allen Seiten frei gelegen, ist wegen Familienverhältnisse zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen bei der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1067—69]

Bekanntmachung
der Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Das unterzeichnete Directorium hat die Hauptrechnung für das sechzehnte Rechnungsjahr vom 1. Januar bis 31. December 1846 verfassungsmäßig abgelegt; es ist dieselbe nach der, Seiten des Deputirten des Raths der Stadt Leipzig, des Gesellschafts-Ausschusses und des verpflichteten Revisors vorgenommenen Prüfung und Justification, den Agenten zugefertigt worden und kann bei ihnen in Empfang genommen werden.

Leipzig, am 27. März 1847.

[1113] **Das Directorium der Lebensversicherungs-Gesellschaft.**

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber **Hamburg** nach **New-York**

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach **New-Orleans**

15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

nach **Quebeck**

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[1122] **Rob. M. Sloman** in Hamburg.

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren täglich, mit Ausnahme des Sonnabend, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnick**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [1060—62]

In meinem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Liturgiarum Orientalium Collectio.

Opera et studio **Eusebii Renaudotii** Parisini.

Editio secunda correctior.

2 volumina 4°. Velinpap. Cartonnirt. 24 Fl. = 14 Thlr.

Frankfurt a. M., im März 1847.

[1071] **Joseph Baer.**

Kunst-Verein
für die
Rheinlande und Westphalen.

Die Generalversammlung der Mitglieder des Kunstvereins und die Verlosung der angekauften Kunstwerke für das Jahr 1846/47 wird im Laufe des Monats August d. J. an einem noch näher zu bestimmenden Tage statt haben und die damit verbundene Ausstellung am 20. Juni d. J. eröffnet werden. Die Künstler, welche geneigt sind, ihre Werke zu derselben einzusenden, werden daher ersucht, dieses bis zum 5. Juni d. J. unter der Adresse des Herrn Inspectors **Wintergerst** im Akademiegebäude zu thun und gleichzeitig uns zu benachrichtigen, ob und zu welchem Preise sie verkäuflich sind. Alle Mittheilungen werden, um Portofreiheit zu genießen, unter Kreuzband und mit der Rubrik: „Angelegenheiten des Kunstvereins für die Rheinlande und Westphalen", erbeten.

Düsseldorf, den 18. März 1847.

[1123] **Der Verwaltungsrath des Kunst-Vereins.**
A. A.: Wiegmann, Secretair.

Sängerfest zu Lübeck.

Da von den Einladungen, welche wir zu dem hier in Lübeck vom 26. bis 29. Juni zu feiernden allgemein-deutschen Sängerfeste an die uns bekannten deutschen Liedertafeln haben ergehen lassen, noch ein großer Theil unbeantwortet geblieben ist, die Zahl der aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands angemeldeten Sänger aber bereits über tausend beträgt, so ersuchen wir alle diejenigen Vereine, die sich noch bei dem Feste zu betheiligen wünschen, uns ihre Anmeldungen **baldthunlichst** zukommen zu lassen, damit es möglich bleibe, dieselben bei den für das Fest zu treffenden umfassenden Einrichtungen noch zu berücksichtigen. [1124]

Lübeck, den 15. März 1847.

Das Fest-Comité.

Jacob Isler & Comp.

aus **Wohlen** in der Schweiz,

Reichsstraße Nr. 15/399 zweite Etage, beziehen gegenwärtige Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **Italienischer** und **Schweizer Strohgeflechte, Borduren** u. und empfehlen sich unter Zusicherung billigster Preise. [1014—18]

Das **Strumpf- und Piqué-Waaren-Lager** von

Oelsner & Rahlenbeck

aus **Hohenstein**

befindet sich von nächster Leipziger Jubilate-Messe an in der **Nikolai-Straße**, im Gasthaus zur Stadt Hamburg parterre, vom Eingang rechts, vorn heraus. [1052—57]

Gesuch. Auf ein Schloß, zwei Stunden von Lüttich, wird ein deutsches Kindermädchen von katholischer Religion gesucht. Es muß gut nähen können und seine Muttersprache richtig sprechen. Sich mit freigemachtem Briefe an Herrn **Grisard**, Platz hinter St.-Paul Nr. 24 zu Lüttich zu wenden. [1107—12]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 4. April. Zum ersten Male: **Don Johann von Oesterreich**, Trauerspiel in 5 Acten von Julius Mosen.

Montag, 5. April. Zum ersten Male: **Jupiter's Reiseabenteuer**, oder: **Die Olympischen Flüchtlinge**, Zauberposse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen; nach dem Franz. von G. Räder. Musik von Verschiedenen.

Grosse Lotterie.

Den 18. April 1847.

Die 5te Klasse der 31. königl. sächs. Staatslotterie zu Leipzig von 30,000 Loosen, **12,000** Gewinnen, wird vom 18. bis 29. April gezogen, und liefert folgende Gewinne: Thlr. **100,000**, 50,000, 30,000, 20,000, 10,000, 10,000, 4 à 5000, 10 à 2000, 80 à 1000, 120 à 400, 170 à 200, 1000 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr. in Courant.

Aufträge auf ganze, halbe und Viertel-Kaufloose nehme ich gegen Uebermachung des Betrages à **41 Thlr.** pro Loos bestens an, und versende ich die Loose bis in die entferntesten Gegenden auf das prompteste.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer junior,
[1125] Comptoir Brühl Nr. 24.

Ein bedeutendes, im besten Flor stehendes Producten-Geschäft, mit Oel-Raffinerie verbunden, soll Veränderung halber im Laufe dieses Jahres abgetreten und die Gebäulichkeiten, worin das Geschäft betrieben wird, verkauft werden. Der Platz, wo das Geschäft besteht, ist für die erwähnte Branche vorzüglich günstig gelegen, und sind auch die Verkaufsbedingungen so vortheilhaft gestellt, daß sich wol selten eine ähnliche günstige Gelegenheit darbieten wird, ein geregelteres, seit einer langen Reihe von Jahren des besten Rufs sich erfreuendes Geschäft zu übernehmen. Das Nähere ist zu erfragen bei

[1104—5] **F. G. Gastell** in Leipzig.

Comptoir und Lager
von
Ernst Halberstadt senior

ist von heute an

Hainstrasse Nr. 31, Vetter's Hof,

erste Etage.

Leipzig, am 2. April 1847. [1117—19]

Todes-Anzeige.

Das am 30. März d. J. erfolgte Ableben des Geh. Hofrathes **Friedrich Jacobs** zeigen seinen zahlreichen auswärtigen Freunden und Bekannten an:

Gotha, den 1. April 1847.

[1127] **die Hinterbliebenen.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Otto Druschki in Berlin mit Frl. Emma Hildach. — Hr. F. Wilhelm Jansen in Bremen mit Frl. Emmy Rieber in Oldenburg.

Getraut: Hr. Albert Hasselkampf in Potsdam mit Frl. Amalie Fischer. — Hr. Lieutenant Marcard in Berlin mit Frl. Emma Lohmann.

Geboren: Hrn. Moritz Bäßler in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Joh. Heinr. Degerer in Bremen eine Tochter. — Hrn. Karl Moritz Edelmann in Battaune eine Tochter. — Hrn. Dr. Engels in Mülheim eine Tochter. — Hrn. Prediger Hache in Fürstenberg ein Sohn. — Hrn. Kaufmann F. W. Händler in Halle ein Sohn. — Hrn. H. Reuland in Köln eine Tochter. — Hrn. Karl Frdr. Schelbach in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Karl Schulze in Cremmen ein Sohn. — Hrn. Oekonomiecommissar Simon in Herzberg eine Tochter. — Hrn. Bezirksarzt Dr. Steinhäuser in Löbau ein Sohn. — Hrn. Julius Stölzner in Freiberg ein Sohn. — Hrn. A. M. Jueski in Köln ein Sohn. — Hrn. Karl Twietmeyer in Berlin ein Sohn. — Hrn. Regierungsvicepräsidenten Wallach in Königsberg i. Pr. ein Sohn. — Hrn. Generalpachter Weber in Wirsbel ein Sohn. — Hrn. Fr. Ant. Wolff in Köln eine Tochter. — Hrn. Pastor F. Zeis in Niederfrohna ein Sohn.

Gestorben: Hr. Lehrer Johann Wilhelm Bernards in Blatzheim. — Hr. Adolf Crefeld in Berlin. — Hr. Dr. Wilhelm van Dauen in Köln. — Hr. Kaufmann Jakob Fordtmann in Leipzig. — Hr. Johann August Kabitzsch in Leipzig. — Frau Bürgermeister Rahel Christiane Wilhelmine Naumann in Lommatzsch. — Frau Commerzienrath Lina Neuburger in Markliffa. — Hr. Kaufmann Franz Heinrich Rödder in Köln. — Frau Kammersecretair Röder in Gnesen.

Sonntag — Nr. 94. — 4. April 1847

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Ueberblick.

Deutschland. = München. Berichtigung. Der König. Die Professoren Höfler und Phillips. Die akademischen Strafen. * Aus dem niedern Erzgebirge. Die Stolgebühren. — Das badische Schützenwesen. * Kassel. Die Landtagswahlen. — Die Auswanderungsagenten in Hessen-Darmstadt.

Preußen. ♂ Königsberg. Die französisch-reformirte Gemeinde. Die freie Gemeinde. Ein Notar. * Aus Schlesien. Die Armenpflege. * Köln. Sammlung für Beldermann. — Dr. Kellermann.

Oesterreich. Erzherzog Stephan. Erzherzog Albrecht. Nationaltheater. * Aus Siebenbürgen. Die bäuerlichen Verhältnisse.

Portugal. Berichte der Times aus Lissabon. Nachrichten aus Oporto. Die Truppen auf spanischem Gebiet. Die englischen Schiffer sind noch nicht freigelassen. Der Bürgerkrieg und seine Opfer.

Spanien. Der Congreß. Catalonien.

Großbritannien. Unterhaus. Die spanischen Zustände. Cabinetsrath. Drawingroom der Königin. Der Erziehungsplan der Regierung. Die ostindische Post.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Das Journal des Débats über die Auffassung der spanischen Zustände in den englischen Zeitungen. Daniel O'Connell. Colonialrath der Niederlassung am Senegal. Argentinische Angelegenheiten. ♂ Paris. Das Capitel von St.-Denis. Die russische Regierung. Titel und Stellen.

Niederlande. Der König.

Schweiz. Berner Amnestie. Der Sonderbund. Luzerner Landjäger.

Griechenland. Die Correspondenz des Königs und des Sultans.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Differenz. Rüstungen.

Wissenschaft und Kunst. (*) Berlin. Theater. * Leipzig. Concert. — Die Soolquellen in Rauheim.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Actenstücke in Betreff der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 31. März. In unserm Bericht in Nr. 86 ist aus Versehen in den Schlußzeilen der Name v. Beltz statt v. Zenetti gesetzt worden. Wir würden dieser Verwechselung, die sich schon durch den Beisatz als unabsichtlich darthut, übrigens nicht besonders gedacht haben, hätte sie nicht einem augsburger Blatte Veranlassung zu einer hämischen Verdächtigung gegeben. Das Gerücht selbst, von welchem dort die Rede war, hat sich noch länger erhalten und ist, wie von uns in dieser Zeitung, so von den hiesigen Berichterstattern für nürnberger Zeitungen ꝛc. gebührendermaßen als ein durchaus unglaubwürdiges bezeichnet worden. — Der König ist nun so weit wieder von seinem Unwohlsein befreit, daß er würde ausgehen können, wenn dem äußerst freundlichen Wetter der vorigen Woche nicht wieder rauhe Tage mit Schneegestöber gefolgt wären.

Die Enthebung der Professoren Dr. Höfler und Dr. Phillips von ihren akademischen Lehrämtern bildet noch immer um so mehr das Hauptthema aller Unterhaltung in gewissen Kreisen, als sich theils das Gerücht erhält, es dürften noch einige weitere derartige Maßregeln zu erwarten sein, und als von sonst gut unterrichteten Personen ferner behauptet wird, nicht blos bei den persönlichen Veränderungen werde es sein Bewenden haben, sondern auch verschiedene mit der Hochschule im innigsten Zusammenhange stehende Sonderanstalten, welche während der jüngsten zehn oder zwölf Jahre geschaffen worden sind, dürften einer wesentlichen Umgestaltung unterworfen werden. Wie Dem sei, so geht aus Allem, was man vernimmt, bis jetzt wenigstens so viel hervor, daß allseitigst das schönste und festeste Vertrauen auf die auch für die höchsten Bildungsinstitute des Landes in Aussicht gestellte Zukunft herrscht. Professor Höfler, welcher sich des Besitzes eines ansehnlichen Privatvermögens erfreut, wird vorläufig hier bleiben und sich mit literarischen Arbeiten beschäftigen. Ob Professor Phillips die ihm übertragene Regierungsrathsstelle in Landshut annehmen oder unter Entsagung alles Staatsdienstes ebenfalls als Privatgelehrter hier bleiben wird, darüber verlauten nur unbestätigte Angaben. Auch Professor Phillips ist als vermögender Mann bekannt. Uebrigens wäre es auch möglich, daß Beide Baiern ganz verließen, nachdem ein Gerücht in Umlauf gekommen ist, welches von Berufungen nach Innsbruck und Freiburg spricht.

Die akademischen Strafen, welche über die Unterzeichnung des Comitium abermals Verschärfung erhalten, bedürfen in Baiern der höhern Bestätigung. Demgemäß kann dem Vernehmen nach erst jetzt von eigentlichen Straferkenntnissen gegen die bei den Märzexcessen meistbetheiligten Studenten die Rede sein, wo die betreffende Bestätigung der Relegation für den Theologen Curtius aus Dillingen, sowie der drei- und zweijährigen Dimission zweier anderer Studenten erfolgt ist.

* **Aus dem niedern Erzgebirge**, 1. April. Seitdem die politischen Blätter sich der Besprechung kirchlicher Zeitfragen in einem früher ungewohnten Umfang unterzogen haben, ist in denselben auch die Aufhebung der Stolgebühren, insbesondere des Beichtgeldes, vielfältig zur Sprache gekommen, ja hier und da, wo man den neuesten Reformationsbestrebungen besonders hold ist, fast zu einem stehenden Artikel geworden. Darum möchte es an der Zeit sein, zu erinnern, daß, wenn es keine größern Schäden zu heilen gibt als die in den Stolgebühren beruhenden, die Kirche der neuen Reformatoren wol entrathen könne, und daß dieselben von ihrem Mangel an Tiefblick und ihrer reformatorischen Impotenz keinen bessern Beweis ablegen können, als wenn sie von dieser Sache ein so großes Aufheben machen und sich ihre Vorschläge und Schritte zu Abstellung dieses Uebelstandes zu einem so besondern Verdienst anrechnen. Mag man das Unpassende und Nachtheilige, was diese Besoldungsart der Geistlichen ohne Zweifel mit sich führt, so hoch anschlagen als man wolle, so heißt es doch weder das Wesen der Kirche noch die tiefen Bedürfnisse und Wehen der Zeit verstehen, wenn man darin einen Hauptgrund der vielbesprochenen Unkirchlichkeit unserer Zeit suchen will. Wären wir nur über die eigentlichen Lebensfragen erst mit einander einig, fürwahr, es sollten solche Aeußerlichkeiten uns nicht viel zu schaffen machen. Indem ich dies sage, will ich aber nicht etwa behauptet haben, als sei die Verwandlung der Stolgebühren in eine andere Besoldungsweise eine so leicht durchzuführende Maßregel. Die Deutsch-Katholiken und die entstandenen „freien Gemeinden“, welche einen besondern Nachdruck darauf gelegt haben, daß bei ihnen die Stolgebühren abgeschafft worden seien, hatten es freilich leicht, denn es kann eigentlich nicht von einer Abschaffung, sondern nur von einer Nichteinführung bei ihnen die Rede sein. Ungleich schwieriger gestaltet sich die Sache bei den bestehenden kirchlichen Confessionen: die Stolgebühren machen einen wesentlichen, im Durchschnitte sicherlich mindestens den dritten Theil der Besoldung nicht blos der Geistlichen, sondern auch der Kirchschullehrer aus. Daß dieselben ohne Entschädigung sollten in Wegfall gebracht werden, ist in den meisten Fällen geradezu unmöglich, hat auch noch Niemand verlangt. Aber wie den Ausfall decken? Sollen die einzelnen Gemeinden subsidiarisch verbindlich gemacht werden und durch eine zu erhebende Communalabgabe diesen Theil der Besoldung aufbringen? Wer die Verhältnisse des Lebens kennt und nicht blos am Schreibtische schöne Pläne entwirft, wird sich sagen müssen, daß man damit aus dem Regen in die Traufe kommt und daß dieser Erhebungsmodus noch viel mehr Gehässiges mit sich führe als die Abentrichtung der Stolgebühren selbst. Oder soll der Staat für die Communen eintreten und den Ausfall auf sein Budget übernehmen? Wenn dies auch nicht im Principe schon aus mehren Gründen eine höchst bedenkliche Sache wäre, so ist doch wenigstens zu erwägen, daß es sich dabei nicht um eine Kleinigkeit, sondern um eine jährliche Ausgabe handelt, die selbst in unserm kleinen Sachsen in die Hunderttausende gehen würde, wenn man beiläufig 1200 geistliche Stellen und 2000 hierbei in Betracht kommende Kirchenschulstellen annimmt. Dagegen gibt es einen Weg, der wenigstens in manchen Fällen zum Ziele führt, wenn man auch im Ganzen dadurch nicht weiter kommt: es kann nämlich das durch den Wegfall der Stolgebühren entstehende Deficit in der Besoldung der Geistlichen und Kirchschullehrer durch das Kirchenärar gedeckt werden, insofern nämlich der Stand desselben es erlaubt, zu den andern laufenden Ausgaben auch diese mit zu übernehmen. Dies ist freilich nur in seltenen Fällen möglich, daß es aber da, wo es möglich ist, geschehe, dafür hat unsere Regierung schon vor etwa acht Jahren, also lange zuvor, als das Geschrei über die Sache entstanden ist, Fürsorge getroffen. Es wäre interessant zu wissen, inwieweit die betreffende Anordnung der Regierung zur Ausführung gekommen sei. Dem Einsender sind dermalen nur einige Dörfer bekannt, wo es geschehen ist. Man möchte fragen: warum schreitet Leipzig, das sich sonst so gern an die Spitze stellt, in dieser Angelegenheit nicht mit einem guten Beispiele voran? So viel bekannt ist, würde gerade in Leipzig die Möglichkeit dazu gegeben sein. Leipzig hat einige sehr reiche Kirchenärarien, genießt auch in Verwaltung derselben

Digitized by Google

eine anderwärts nicht gestattete Selbständigkeit, und doch ist unsers Wissens in Leipzig noch kein Schritt in dieser Sache geschehen. Sollte das Gerücht wahr sein, daß die Kirchenväter Leipzig andere städtische, nichtkirchliche Ausgaben übertragen helfen müßten? Es wäre nicht unwichtig, wenn Jemand, der es vermag, hierüber genauere Auskunft ertheilte. Aber abgesehen von Leipzig müssen wir aus Obigem ohne Zweifel folgendes Resultat ziehen: es sieht manche Sache leichter aus als sie ist, und es fehlt hinwieder bei mancher Sache, über die viel geredet wird, wenn es zur Ausführung kommt, der gute Wille. Man macht es sich jetzt gern in Allem bequem, man bürdet den Regierungen gern Alles auf und rührt doch selbst die Last mit keinem Finger an.

— Das Schützenwesen im Großherzogthume **Baden** verspricht einen Aufschwung zu nehmen. Die karlsruher Schützengesellschaft hat sämmtliche Schützenvereine im Lande zu einer Versammlung eingeladen, um sich über die wichtigsten mehr technischen Punkte zu verständigen. In Folge dieser Einladung haben neun Gesellschaften zugesagt, und wird ihre Versammlung nächsten Ostermontag zu Offenburg stattfinden. Punkte der Berathung dürften sein: die Büchse, das Schießen, die Schießbahn und die Schützenfeste. Im ganzen Lande soll jährlich Ein großes gemeinsames Schützenfest gefeiert werden. Als Ziel liegt vor, sämmtliche badische Schützenvereine in einen einzigen Landesschützenverein zu verwandeln. (Mannh. J.)

* **Kassel**, 31. März. Die neue Ständeversammlung ist nunmehr vor einigen Tagen auf den nächstkommenden 17. Mai zusammenberufen worden. Es ist dies der äußerste Termin, über den hinaus diese Maßregel nicht weiter verschoben werden konnte. Was von dem neuen Landtage zu erwarten sein dürfte, ob er, wie Manche glauben, gerade das Gegentheil des vorhergehenden darstellen werde, läßt sich noch zur Zeit nicht mit einiger Bestimmtheit voraussehen. Alles wird dabei auf dessen Zusammensetzung ankommen, und die Zahl der bis jetzt stattgehabten und bekannt gewordenen Deputirtenwahlen ist noch zu gering, um im voraus schließen zu können, auf welche Seite sich die Majorität in der künftigen ständischen Versammlung hinneigen möchte. Ein so entschiedenes Uebergewicht wie auf dem jüngsten Landtage wird jedenfalls die Oppositionspartei diesmal nicht zu behaupten vermögen. Indeß hat nicht verhindert werden können, daß in der Grafschaft Schaumburg Wippermann in Kassel, ohne Zweifel eine persona ingratissima, abermals zum Landtagsdeputirten erwählt worden ist. Die Schaumburger sind zu stolz darauf, daß in ganz Kurhessen dieser ihr Landsmann, früher Bürgermeister in Rinteln, als eine der vornehmsten Zierden unserer Ständeversammlung anerkannt wird, als daß sich ihre Wahl auf einen andern Candidaten hätte lenken lassen. Durch seine Entfernung aus der Ständeversammlung würden die liberalen Verfassungsfreunde einer Hauptstütze beraubt worden sein. Wippermann's Wähler haben sich von der von ihnen beschlossenen Wahl auch dadurch nicht abwendig machen lassen, daß ihnen insinuirt worden war, die Regierung werde die von ihnen zu treffende Wahl nur dann als gültig anerkennen, wenn der gewählte Deputirte seinen Wohnsitz in den Wahlbezirken habe. Schon am vorigen Landtage war nämlich versucht worden, das Wahlgesetz in diesem Sinne zu deuten, um Wippermann's Wahl anzufechten; aber da verfassungsmäßig der Ständeversammlung die Befugniß zusteht, über die Zulassung oder Nichtzulassung von Deputirten, deren Wählbarkeit bestritten wird, zu entscheiden, so hatte Wippermann's Eintritt in die Kammer nicht verhindert werden können. Mehre Abgeordnete, die sich auf dem aufgelösten Landtage durch Freimuth ausgezeichnet hatten, sind in polizeiliche und gerichtliche Untersuchungen verwickelt worden, und man vermuthet, daß gegen deren Wiederwählbarkeit unter solchen Umständen Einreden geltend zu machen versucht werden dürften. Von der Deputirtenwahl ausgeschlossen finden sich jedoch in §. 67 der Verfassungsurkunde nur Solche, „welche wegen Vergehungen, die entweder nach gesetzlicher Bestimmung oder nach allgemeinen Begriffen für entehrend zu halten sind, vor Gericht gestanden haben, ohne von der Anschuldigung völlig frei gesprochen worden zu sein", und ausdrücklich ist bestimmt, daß die Ständeversammlung allein darüber zu entscheiden habe, ob ein Vergehen, dessen ein Candidat für den Landtag beschuldigt worden, als entehrend anzusehen ist. Jedenfalls wird bei der Bestreitung der Wählbarkeit ein stattgehabtes Gerichtsurtel vorausgesetzt. Uebrigens läßt sich von keinem einzigen unter den Mitgliedern des vorigen Landtags, gegen die inquisitorische Processe eingeleitet worden sind, sagen, daß ihnen Handlungen imputirt werden könnten, die nur entfernt in die Kategorie entehrender Vergehungen gehörten. Meist sollen es blos religiöse, dem Kirchenglauben widerstreitende Ansichten sein, die ihnen zur Last gelegt werden.

In Kurhessen ist die Position der Staatsdiener in der Eigenschaft von Landtagsabgeordneten von so schwieriger Art, daß es nicht befremden kann, wenn sie als Solche nicht leisten, was man von ihnen erwarten mochte. Nachdem von oben herab offen ausgesprochen und erklärt worden ist, daß von allen Dienern des Staats verlangt werde, es für ihre Pflicht anzusehen, unter allen Umständen bei ihren öffentlichen Aeußerungen und Handlungen die Grundsätze und Ansichten der Staatsregierung zu vertreten und sich nach denselben zu conformiren, muß wirklich das Amtsverhältniß eines jeden kurhessischen Staatsdieners mit dem Eid und den Verpflichtungen eines echten Landesvertreters schwer vereinbarlich erscheinen. Gewissenhafte Staatsbeamte sollten daher keine auf sie gefallene Deputirtenwahl annehmen. Manche haben auch diesmal so verfahren. So hat unter Anderm der Obergerichtsdirector v. Baumbach in Rinteln die Wahl ausgeschlagen, was um so mehr Anerkennung verdient, da er voraussichtlich zum Präsidentenstuhle der nächsten Ständeversammlung designirt war.

Andere haben jedoch weniger Bedenken dabei gefunden, und man hört schon von mehren zu Abgeordneten erwählten Beamten; es werden dergleichen Wahlen von oben herab begünstigt. Dagegen sucht man besonders die Advocaten von der Ständeversammlung entfernt zu halten, denn drei diesem Stand Angehörige, Henckel, Schwarzenberg und Wippermann, waren die Hauptführer der Oppositionspartei auf dem vorigen Landtage. Auch ist es gelungen, die Wiederwahl des Advocaten Scheffer zu vereiteln. Uebrigens ist schon früher dafür Sorge getragen worden, einen großen Theil der gegenwärtigen Advocaten, falls sie zu Abgeordneten gewählt werden sollten, unschädlich zu machen, da seit länger als zehn Jahren bereits die Advocatur nur provisorisch verliehen wird, und die nicht definitiv angestellten Anwälte mit dem Verlust ihres Amtes sich bedroht sehen könnten, wollten sie sich der Opposition anschließen. Auf den frühern Landtagen und auch auf dem jüngsten hatten sich unter den Mitgliedern der hessischen Ritterschaft eigentlich blos zwei durch rücksichtloses Handeln nach ihrer innern Ueberzeugung, für das Beste des Landes und regen Eifer für die Erhaltung der verfassungsmäßigen Zustände ausgezeichnet, nämlich die HH. v. Waitz und v. Baumbach zu Kirchhain in Oberhessen; Beide sind von der Ritterschaft diesmal nicht wiedergewählt worden. Um die Regierungspartei in der künftigen Ständeversammlung noch mehr zu verstärken, sind sämmtliche Standesherren in Kurhessen, namentlich die Fürsten und Grafen v. Isenburg und der Graf v. Selms-Rödelheim, angegangen worden, nicht zu unterlassen, da sie selbst dem Landtage nicht in Person beiwohnen wollen, Stellvertreter, zu deren Beziehung sie nach der Verfassungsurkunde berechtigt sind, zu bestellen, und es pflegen ihnen zu dem Ende von hier aus Hof- oder Staatsbeamte vom Civil oder Militair als Candidaten vorgeschlagen zu werden. Gleiches geschah auch früher schon bei den Bevollmächtigten der Prinzen des kurfürstlichen Hauses. Gegenwärtig sind es indessen nur zwei von den apanagirten Linien desselben, welche die Landtage beschicken, nämlich die Landgrafen von Hessen-Philippsthal und Hessen-Philippsthal-Barchfeld, und Beide hatten sich am vorigen Landtage nicht zur Ernennung von Bevollmächtigten verstehen wollen, da sie erklärten, lieber in Person zu kommen. Der Landgraf Wilhelm von Hessen in Kopenhagen weigert sich bekanntlich, gleich seinem Vater Friedrich, an den kurhessischen Landtagsverhandlungen Theil zu nehmen, weil er bei der Ertheilung der Verfassungsurkunde vom 5. Jan. 1831 durch den Kurfürsten Wilhelm II. seine Zustimmung als Agnat nicht gegeben, bei diesem Act überhaupt gar nicht einmal zu Rathe gezogen worden.

— Das neueste großherzogl. **hessische** Regierungsblatt enthält eine Verordnung, das Gewerbe und den Geschäftsbetrieb derjenigen Agenten, welche sich mit dem Transport von Auswanderern befassen, betreffend.

Preußen.

ɔ **Königsberg**, 29. März. Der gestrige Tag war ein sehr bedeutungsvoller für unsere Stadt. Die französisch-reformirte Gemeinde hatte in der wiedereröffneten Kirche, die sehr gefüllt war, ihren ersten Gottesdienst, bei dem der aus Berlin hierher gesendete und bereits ordinirte Predigtamtscandidat Fontaine die Predigt hielt und das früher übliche Glaubensbekenntniß in der Liturgie verlas. Dagegen wurde von Seiten der Polizei die Abhaltung des Gottesdienstes der sogenannten freien Gemeinde in einem zweiten Locale, was sie sich gewählt hatte, da angeblich das erste nicht hinreichenden Raum gewähren soll, verhindert. — Ein hiesiger bekannter Notar ist wegen Amtsvergehen zur Cassation, Verlust der Nationalcocarde und dreimonatlicher Festungsstrafe verurtheilt worden.

* **Aus Schlesien**, 31. März. Die allgemeine Noth hat wie fast in ganz Europa auch bei uns vielseitige Hülfe hervorgerufen, und die Thätigkeit der für so außerordentliche Fälle mit ihren Kräften unmöglich ausreichenden Behörden ergänzend sind aller Orten Vereine zusammengetreten, welche die in nicht geringem Maße eingehenden freiwilligen Gaben gesammelt und vertheilt haben. Ersprießlich zeigten sich die nach Liedtke's Vorgange von umsichtigen und wohlwollenden Männern auch in Breslau hervorgerufenen Sparvereine, welche unwiderleglich darthun, einmal, daß der Arme Mittel in Händen hat, sich selbst vor Noth zu schützen, sodann aber daß die Bedrückung der Armen weniger von ihren Arbeitsgebern und von den Reichen ausgeht als von den ihnen weit näher stehenden, ja zumeist aus den Arbeitern selbst hervorgegangenen Kleinhändlern und Krämern, die sich bei Verkauf der Waaren, Lebensmittel und Haushaltungsbedürfnisse in kleinen Raten sehr hohe Procente zahlen lassen. Es ist sehr zu wünschen, daß das Liedtke'sche Princip sich in weitern Kreisen, namentlich bei Gesellen und Dienstboten, und ganz besonders auf dem Lande Geltung verschaffe. Es ist bemerkenswerth, daß ungeachtet der wirklich großen Noth die Tanzvergnügungen in den von

den niedern Klassen besuchten Orten nicht so sehr abgenommen haben, als man hätte voraussetzen sollen. In einzelnen Orten unsers Gebirges, namentlich am Zobten und an der Eule, haben Versuche zu Erpressungen stattgefunden, die allerdings Aufsehen erregen und die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich ziehen mußten. Sie waren bald beseitigt, und die aufregenden Anstifter sind zur wohlverdienten Strafe gezogen worden. Es hat sich indeß hierbei wiederum auf das schlagendste herausgestellt, wie mangelhaft die Armenpflege auf dem platten Lande ist und wie wenig die Gemeinden, ungeachtet der von den Provinzialständen vielfach erbetenen und von ihnen selbst mehrfach berathenen, endlich im Jahre 1842 emanirten Gesetze, dafür gethan haben. Es ist jetzt fast überall ein passiver Widerstand gegen die Gesetze vorhanden, indem man eben nichts dafür thut. Im Jahr 1833 hat der schlesische Provinziallandtag, es möge eine Verordnung der Regierung zu Breslau vom 11. Juli, richtiger vom 30. Juni, 1832 suspendirt werden, welche verlangte, daß die landräthlichen Aemter dahin wirken sollten, daß die Dorfgemeinden die Armen jedes Ortes designirten und eine Armendeputation unter Vorsitz des Gutsherrn, Geistlichen oder Verwalters und unter Zutritt mehrer Gemeindeglieder bildeten, um die Bedürftigen zu beaufsichtigen und die Ansprüche auf Unterstützung zu untersuchen. Die Gemeinde selbst solle sich über die Aufbringung der nöthigen Beträge einigen. Der König wies diesen Antrag zurück, die Gemeinden haben damals nichts gethan, wenigstens nicht in dem Sinne der Verfügung, die von den vernünftigsten, der Lage der Sache angemessensten Grundsätzen ausging; seitdem sind die betreffenden Gesetze erschienen, und es geschieht noch nichts Ausreichendes, es wird gebettelt und man läßt sich eine Masse daraus hervorgehender Uebelstände gefallen, Verbrechen und Verbrecher, die aus den Müßiggängern hervorgehen, klagt und murrt wol noch, läßt aber das einzige Mittel dagegen, nämlich die Herbeiführung der durch das Gesetz gebotenen Einrichtungen, ungebraucht. Alle Kreis- und Landarmenverbände helfen nichts, wenn nicht zuvor in den Gemeinden selbst die Armenpflege richtig und angemessen eingerichtet ist. Hier mit der unerlaßlichsten Strenge einzuschreiten sollte für eine Hauptaufgabe der vorgesetzten Behörden angesehen werden. Bemerkenswerth ist die Apathie der Städte gegen diesen anomalen Zustand, da sie am meisten dabei leiden. In ihnen ist nach §. 179 der Städteordnung eine hier mehr, dort minder zweckmäßig eingerichtete Armenpflege vorhanden. Der Bedürftige erhält Unterstützung durch Geld, Nahrung, Arznei, freie Schule und Kleidung. Dies lockt Viele vom Lande in die Stadt, die hier ihren Wohnsitz nehmen, nach kurzer Zeit der Armenpflege zur Last fallen und so die Interessen der Städte wesentlich verletzen, was nicht besser verhindert werden könnte, als wenn die Städte die Regierung bäten, für die Ausführung der diesfälligen Gesetze auf dem platten Lande Sorge tragen zu wollen.

* **Köln**, 31. März. Man geht hier mit dem Plan um, für den mit seiner Klage gegen den Obersten v. Wedike abgewiesenen und überdies in die Kosten verurtheilten Schneidergesellen Boldermann, der ganz mittellos und durch die empfangenen Wunden für immer arbeitsunfähig geworden ist, eine Subscription zu eröffnen, um ihm wenigstens den nöthigsten Unterhalt zu verschaffen.

— Der am 10. Dec. v. J. zum Bischofe von Münster erwählte Domcapitular Dr. Georg Kellermann ist am 29. März im Umgange des Domes von einem Schlagflusse getroffen worden und nach Verlauf weniger Minuten verschieden.

Oesterreich.

Am 27. März leistete der Erzherzog Stephan seinen Eid als Statthalter des Königreichs Ungarn. Gegenwärtig waren der Kaiser, der zweite Kanzler Graf v. Apponyi und der Hofrath v. Bartál, welcher dem Beeidigungsact sofort in das Corpus juris eintrug. (N. C.)

— In **Wien** findet das Gerücht, daß der Erzherzog Albrecht zum Vicekönig für Galizien auserwählt sei, vielen Glauben. (Schl. Z.)

— In **Wien** wird auf dem Platze zwischen den beiden Kärntnerthoren ein neues Nationaltheater erbaut, das in zwei Jahren fertig werden soll.

* **Aus Siebenbürgen**, 18. März. Die Landtagsverhandlungen über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse dauern noch fort, und wenn man sich im Ganzen auch schwer von den alten Vorurtheilen losreißen wird, so bereitet sich doch eine bessere Zukunft vor, denn der Ungar ist eines seltenen Edelmuths fähig; man wird daher, nachdem jetzt die einschlagenden Verhältnisse klarer geworden sind, große Fortschritte machen. Was man sonst für unmöglich gehalten hätte, ist jetzt schon in Aussicht gestellt, nämlich die Ablösung, die Emancipation der Bauern in Siebenbürgen. Da man damit natürlich nur langsam vorschreiten kann, weil die herrschaftlichen Güter selbst größtentheils im Gemenge liegen und die Eigenthumsrechte oft sehr unklar sind, so ist man jetzt damit beschäftigt, die Rechte und Pflichten der Bauern festzustellen. Dazu gehört vor allem Andern die Feststellung des Grundes, den ein Bauer braucht, um zu leben und um die Dienste für die Herrschaft zu leisten, wodurch die künftige Ablösung vorbereitet werden kann. Nach Verschiedenheit der localen Verhältnisse ist man auf einen durchschnittlichen Flächeninhalt von beinahe 10 Morgen übereingekommen, welchen der Bauer erhalten soll. In den freien sächsischen Dörfern, wo der Boden besser benutzt wird, besitzen manche Bauern nur vier Joch, und dennoch können sie dabei bestehen. Ein Joch enthält hier 1600 Quadratklaftern. Um nun zu sehen, welche Bodenrente hier gewöhnlich ist, theilen wir folgende Berechnung mit, die wir einem Offiziere von den Grenzregimentern verdanken, bei denen so gute Ordnung gehalten wird, daß hier vielleicht allein sichere Zahlen zu erlangen sind, denn die wenigsten hiesigen Gutsbesitzer lieben die Ordnung in dem Maß und sind so aufmerksam auf ihr Eigenthum, daß sie solche Nachrichten mit gleicher Bestimmtheit geben könnten.

Ein Joch Land, Jugerum, kostet jährlich zu bearbeiten: zuvörderst vier Tage zu pflügen, wozu vier Ochsen mit zwei Menschen erfoderlich sind; dies kostet auf den Tag 3 Fl. 30 Kr. W.-W., mithin betragen die Kosten der Ackerbestellung 14 Fl. Die auf ein Joch erfoderliche Saat von zwei Viertel Kukuruz oder türkischem Weizen, dem Hauptnahrungsmittel der Bauern, kostet, das Viertel zu 2 Fl. gerechnet, 4 Fl. Das Behacken der jungen Pflanzen bedarf 15 Menschen, das zweite Behacken ebenfalls, mithin beträgt das Lohn von 30 Arbeitstagen mit Einschluß des Essens, täglich 40 Kr., 20 Fl. Das Einsammeln der Aernte bedarf sechs Menschen auf ein Joch oder sechs Arbeitstage, welche 1 Fl. kosten, mithin 6 Fl. Das Einfahren der Maisähren erfodert acht Fuhren mit Wagen, mit einem Menschen, jede auf 40 Kr. gerechnet, macht 5 Fl. 20 Kr. Das Einfahren des Strohs erfodert drei Fuhren, jede zu 40 Kr. gerechnet, macht 2 Fl. Zwischen das türkische Korn wird noch gesäet: drei Maß Kürbisse, zu 10 Kr., macht 30 Kr.; drei Maß Pferdebohnen, zu 10 Kr., macht 30 Kr.; ein Maß gewöhnliche Bohnen oder Fisolen macht 10 Kr.; zehn Viertel Kartoffeln, zu 50 Kr., macht 8 Fl. 20 Kr. Das Aernten der Kartoffeln, wozu drei Wagen erfoderlich sind, kostet 2 Fl. Das Aernten der andern Gemüse, ebenfalls mit Einschluß der Fuhren, drei hierzu und drei zu den Kartoffeln, zu 40 Kr. gerechnet, macht 2 Fl. Sonach kostet die Bestellung von einem Joch Ackerland 67 Fl. 50 Kr.

Der Ertrag ergibt auf ein Joch, auf 160 Viertel türkisch Korn, dessen Werth zur Zeit der Aernte, wo gewöhnlich das Meiste verkauft wird, zu 1 Fl. zu berechnen ist, 160 Fl.; das Stroh, die Fuhre zu 2 Fl. gerechnet, macht 6 Fl.; das Stroh von den Hülsen der Kolben, worein dieselben eingehüllt sind, füllt einen Wagen, 1 Fl. 20 Kr.; die Kürbisse geben drei Wagen voll, jeder zu 1 Fl. 40 Kr. an Werth, beträgt 5 Fl.; zwei Viertel Bohnen zu 1 Fl. 20 Kr., beträgt 2 Fl. 40 Kr.; zwei Viertel Fisolen zu 1 Fl. 20 Kr., beträgt 2 Fl. 40 Kr.; zehn Viertel Kartoffeln zu 30 Kr., 5 Fl.; der Gesammtertrag ist daher 217 Fl. 40 Kr.; davon gehen ab die Bestellungskosten mit 67 Fl. 50 Kr., bleibt daher reiner Ertrag 149 Fl. 50 Kr. oder 59 Fl. 50 Kr. C.G. Der Ertrag der Wiesen wird angegeben von einem Joch, 4 Fuhren Heu zu 5 Fl., macht 20 Fl.; eine Fuhre Grummet zu 7 Fl., beträgt 7 Fl., der Gesammtertrag 27 Fl. Das Mähen erfodert die Arbeit eines Menschen auf 1½ Tag zu 1 Fl. mit dem Essen, 1 Fl. 30 Kr.; das Trocknen und Einärnten bedarf die Arbeit eines Menschen auf 3 Tage zu 1 Fl., beträgt 3 Fl.; das Grummetmähen ½ Tag 30 Kr.; das Einsammeln 2 Stunden, zu 3 Kr.; das Einfahren, fünf Fuhren, jede zu 1 Fl., macht 5 Fl.; die Unkosten betragen daher 10 Fl. 3 Kr., und der Reinertrag 16 Fl. 57 Kr. W. W. Von dem Ertrage eines Joches Wiese kann eine Kuh erhalten werden, und ein Mensch kann von einem Joch Land leben, man rechnet nämlich 36 Viertel türkischen Weizen auf den Kopf, das macht 36 Fl. Auf diese Weise ist ein Bauer mit seiner Familie mit vier Joch nothdürftig ausgestattet. Hat derselbe zehn Joch, so kann er die Dienste für die Herrschaft leisten. Wenn diese Dienste nach der gewöhnlichen Berechnung auf 43 Fl. M. angeschlagen werden, so dürfte die Ablösung sich sehr leicht bewirken lassen. Gewöhnlich ist der Bauer so arm, daß er in Capital keine Entschädigung zu leisten vermag; wenn er daher auch die jährliche Rente mit baaren 43 Fl. nicht erlegen kann, so würde er dieselben in Früchten leisten können, und wenn auch dies nicht möglich sein sollte, so würde er von seinem bisher inne gehabten Grunde nur ein Joch an die Gutsherrschaft abzugeben haben, dies würde ungefähr den Ertrag geben, den die Arbeit des Bauern werth ist. Bei der bisherigen im Ganzen etwas tumultuarischen Bewirthschaftung der hiesigen Landgüter ist es sehr gut, daß der jetzige Landtag solche Verhältnisse zur Sprache bringt, wodurch den Grundherren selbst erst ihre Verhältnisse klar werden. Im Einzelnen gibt es jedoch vortreffliche Wirthe.

Portugal.

Die Times hat Berichte aus **Lissabon** vom 22. März. Der Hof und die Mehrheit der Minister wollen noch immer nichts von britischer Vermittelung wissen. Indessen dürfte die Noth vielleicht bald dazu drängen. Saldanha, welcher nach wie vor unbeweglich diesseit des Douro steht, hat nämlich seinen vertrautesten Adjutanten Ximenes mit dem Auftrage nach Lissabon gesandt, die Schwierigkeiten der Lage des Marschalls bei dem Mangel an Geldmitteln darzulegen und der Königin die Annahme der englischen Vermittelung Namens Saldanha's anzuempfehlen, nebenbei auch noch auf die Entfernung des Dom Manuel de Portugal

und des Vicconde Oliveira aus dem Ministerium und die Ernennung des Hrn. Gomez de Castro zum Minister des Innern zu bringen. Welchen Erfolg die Mission des Hrn. Ximenes gehabt hat, ist noch unbekannt, indeß wird nicht bezweifelt, daß hauptsächlich die Geldnoth die Königin bald zur Nachgiebigkeit und Annahme der Dienste des Obersten Wylde zwingen wird. Ueber die militairischen Operationen verlautet, daß Povoas mit drei Infanterieregimentern und 130 Pferden auf dem rechten Ufer des Tamega bei Amarante stehen; Cazal soll bei Monte Alegre wieder auf portugiesisches Gebiet übergetreten sein und sich am 13. März in Chaves befunden haben; Schwalbach endlich, den die Regierung wegen seiner Unthätigkeit aus Alemtejo zurückberufen hat, weigert sich, das Commando an seinen Nachfolger, den Baron da Foz, abzugeben, und der Insurgentengeneral Graf Mello kann sich daher unbelästigt in Portalegre halten, wo er 1500 M. versammelt hat. Die Regierung wollte 600 M. zur See nach Faro schicken, um sich dieses Hafens, in welchem sich die Insurgenten verproviantiren, zu bemächtigen.

— Von **Oporto** gehen die Nachrichten bis zum 20. März. Das Blockadegeschwader hatte ein portugiesisches Schiff genommen, das mit Mais geladen war. In Oporto war Alles guter Dinge und guten Muthes. Die königl. Truppen unter Cazal, welche jüngst über spanisches Gebiet marschirt sind (Nr. 90), sollen dazu von dem Insurgentengeneral Almargen genöthigt worden sein. Die Junta hat die Wegnahme des Forts von Vianna beschlossen und Artillerie dazu abgeschickt, um sich die Zolleinnahme von Vianna zu verschaffen.

— Die vier beim Auslaufen vor Oporto nach Lissabon aufgebrachten englischen Schiffe waren noch nicht freigelassen und hatten zu einem ärgerlichen Notenwechsel zwischen dem britischen Gesandten und der Regierung Anlaß gegeben.

— So wenig der nun fast sechs Monate nach Entlassung des Palmella'schen Ministeriums dauernde Bürgerkrieg große Treffen aufzuweisen hat, ist er doch darum nicht minder verderblich gewesen. Auf beiden Seiten sind circa 1000 Menschen geopfert, in der verhergegangenen Revolution in Minho andere 500 umgebracht worden. Das ganze Land ist gelähmt, der Credit ruinirt; Noten der Bank von Portugal verlieren gegen 40 Proc.

Spanien.

Man schreibt dem Phare des Pyrénées aus Catalonien, daß des neuen Generalcapitains General Paria Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Friedens Beifall fanden, und daß seine milde und versöhnliche Weise viel wirksamer zur Erstickung der carlistischen Umtriebe sein würde als die bloße Gewalt der Waffen. Es hatten sich neuerlich mehre junge Leute, die carlistischen Anführern gefolgt waren, vor dem General zur Unterwerfung gestellt. Von Manresa war am 19. März der Oberst Enriquez mit einer Colonne nach dem obern Gebirge abmarschirt.

— Der Congreß war mit der Berathung seiner Antwortsadresse in der Sitzung am 29. März bis zum 15. §. vorgerückt. Ein Antrag Hrn. Blanco's y Laiega, die Regierung zur Vorlage einer Uebersicht der Einkünfte des Landes in den Jahren 1845 und 1846 zu veranlassen, wurde zurückgenommen, nachdem der Finanzminister Santillan erklärt hatte, daß er die Vorlage solcher Uebersichten seit 1842 schon angeordnet habe und diese in wenigen Tagen erfolgen würde. In der Sitzung am 25. März wurde die Adreßberathung endlich beschlossen und die Adresse angenommen. Sie wird unverweilt der Königin übergeben werden.

Großbritannien.

London, 29. März.

Im Unterhause wurde heute durch das Mitglied für Evesham, Hrn. P. Borthwick, eine kurz vor der Absetzung des Generals Breton von ihm als Generalcapitain von Catalonien dort erlassene, die blutigsten Drohungen gegen die Carlisten enthaltende Proclamation zur Sprache gebracht, der er das in mildem Tone verfaßte Rundschreiben des Grafen v. Montemolin entgegenstellte. Lord Palmerston nahm davon Gelegenheit, sich gegen die Versuche des Letztern zu erklären, den Bürgerkrieg in Spanien wieder anzufachen, was in England und von der englischen Regierung die entschiedenste Misbilligung erfahre.

— Die spanischen Zustände ziehen wieder die Aufmerksamkeit der Blätter an, und sie besprechen dieselben in einer, den soeben als Gesandten in London eingetroffenen Exminister Isturiz mitbetreffenden, sehr herben Weise. Die Times bemerkt unter Anderm darüber, daß die Königin Christine, wenn sie es absichtlich hätte darauf anlegen wollen, ihre älteste Tochter zur Erfüllung der Pflichten ihrer erhabenen Stellung ungeeignet zu machen, das hochangesehene Königthum in Spanien in ihrer Person herabzusetzen und ihr nur das für Souveraine verderblichste Beispiel zu hinterlassen, keinen andern Weg einzuschlagen gebraucht hätte, als sie wirklich gethan. Obgleich Rücksichten für die unglückliche junge Fürstin, die unter jenen abscheulichen Entwürfen gewiß zu leiden haben werde, geböten, Vieles der Geschichte anheimzugeben, liege doch schon genug vor, um das empörende Benehmen ihrer eignen Mutter in den schärfsten Worten zu rügen, durch welches jetzt nicht blos die Halbinsel, sondern möglicherweise auch das übrige Europa in neue Verwickelungen gestürzt zu werden drohe. Die einzigen Männer in der Umgebung der jungen Königin, welche daran dachten, ihr wenigstens eine Grundlage moralischer Bildung und geistiger Cultur zu geben, waren Arguelles und Cepartero, dieselben Staatsmänner, welche von den Agenten Christinens und Frankreichs fälschlich angeschuldigt wurden, ihrer Krone und Person feindselige Absichten zu betreiben. Nach Restauration der Moderados und des mütterlichen Einflusses wurden jene Elemente der Erziehung von sehr davon verschiedenen Künsten verdrängt. Die Marquise v. Santacruz folgte dem edeln Arguelles als Führerin der königl. Anschauungen, und eins der ersten Vorkommnisse war jener Streich gegen Olozaga, eine an Falschheit und Intrigue fruchtbare Lehre. Ebenso bei im ersten Jahre nach der vorzeitigen Mündigkeitserklärung der Königin der madrider Hof der Welt ein widerwärtiges Schauspiel von Aufopferung der Wahrheit, Pflicht und natürlichen Herzensbande im Interesse niedriger Leidenschaften, der Habsucht und des Ehrgeizes. Die Vermählung der Königin Isabella mit ihrem Vetter war das entsprechende Endziel des von Christine und den französischen Agenten gegen die Königin verfolgten Systems. Man bedrohte und ängstigte sie zu einer Verbindung, die ihren Wünschen ganz entgegen war, und fesselte sie an einen Prinzen, der offenbar unbefähigt ist, ihrer Unerfahrenheit zum Führer und Rathgeber zu dienen, ja nur zur Leitung ihres Verhaltens etwas beizutragen, und der ihr vorher schon zuwider gewesen war. Mit diesem Schritte hörte allerdings die bis dahin stattgefundene Untergebung unter den Willen ihrer Mutter auf. Die Folge war der augenblickliche Ausbruch von Widerwillen gegen die Urheberin solcher Bedrückung und ein Hingeben an Zerstreuungen und Vergnügungen, die nicht immer einer jungen Königin ganz angemessen waren. Die Königin Christine und Graf Bresson verließen Madrid offenbar in der Meinung, daß es gerathen sei, den Schauplatz einer sich ankündigenden Katastrophe zu meiden, in die sie nicht verwickelt zu werden wünschten, und es ist sehr begreiflich, daß der französische Gesandte nicht mehr dahin zurückkehren mag; die Lage aber, in welche die Erbin so vieler Monarchen auf Spaniens altem Throne jetzt sich versetzt sieht, kann kaum schrecklicher sein. Kaum über das Jugendalter hinaus, nur mit weniger als einem mittelmäßigen Grade weiblicher Anmuth oder dem Talente begabt, was zuweilen als Ersatz dafür dienen kann, ist zwischen ihr und dem Verderben blos die Loyalität ihres Volks vorhanden. Mit ihrem unseligen Gemahl ist sie völlig zerfallen, mit ihren Ministern im offenen Widerspruch, und der einzige Mann, dem sie Gunst und Vertrauen schenkt (General Serrano), muß seine Person durch Verbergen sichern. Die Opposition ist einflußlos, und selbst wenn sie es nicht wäre, würde sie vermuthlich aus der Königin nur ein Instrument ihrer politischen Zwecke zu machen streben. So ist dieselbe denn wie verlassen im Angesicht einer mit den größten Schwierigkeiten und Gefahren drohenden Krisis. Niemand kann annehmen, daß ein solcher Stand der Dinge lange dauern könne, die Königin aber ist vermuthlich zu unerfahren und isolirt, um den wahren Umfang der Gefahr zu begreifen. Von carlistischen Schilderhebungen wird noch am wenigsten dabei zu befürchten sein, und höchstens würden dieselben den französischen Planen Vorschub leisten. Die Haupturheber des ganzen Wirrsals sind übrigens jetzt in Paris beisammen, und selbst im Falle die französische Regierung minder, als wir glauben, der Ausführung der von ihr in Spanien angenommenen Politik entgegen wäre, ist doch die Maschinerie derselben in so listigen und rücksichtslosen Händen, daß es eher zu einer Katastrophe kommen kann, als es dem Tuilerienhofe lieb sein wird. In solchem Falle, meint die Times, werde es nicht an einer Partei in Spanien fehlen, welche die Herzogin von Montpensier als Souverainin auf den Thron gesetzt und selbst mit einer französischen Armee darauf erhalten zu sehen wünschen würde. — Auch der Spectator spricht von den spanischen Dingen in der obigen Weise und meint, das wären die Resultate der französischen Heirathsstifterei und englischen Schmollens, welches, gereizt oder überlistet, die Repräsentanten Englands bewogen habe, dessen nützlichen Einfluß von wirklichen und lebendigen Interessen abzuziehen und sich mit dem todten Buchstaben alter Verträge herumzuplagen.

— Der für morgen angesetzte Cabinetsrath wird des noch anhaltenden Unwohlseins des Geheimenrathspräsidenten Marquis of Lansdowne wegen wieder in dessen Wohnung gehalten werden.

— Die Times füllt ein paar Spalten mit der gedrängten Aufführung der Personen, welche bei dem vorgestern im St. Jamespalaste gehaltenen ersten Drawingroom der Königin erschienen sind.

— Lord J. Russell empfing vorgestern eine Deputation von Dissentern aus Leeds, welche demselben eine Reihe von Resolutionen gegen den Erziehungsplan der Regierung übergab, von welchem sie befürchten, daß die hochkirchliche Geistlichkeit dadurch zu viel Einfluß erlangen würde. Sie sprechen sich außerdem im Allgemeinen gegen die Einmischung des Staats in das Unterrichtswesen aus. Der Minister sagte den Herren die Erwägung ihrer Vorstellungen zu. Von Mayor, Aldermen und Bürgern in Kingston upon Hull ist dagegen an den Marquis of Lansdowne eine die größte und freudigste Beistimmung zu dem thätigen Eingreifen der Regierung in das Schulwesen aussprechende Denkschrift überreicht worden.

— Französische Blätter und danach deutsche, selbst englische Zeitungen haben gemeldet, daß die britische Regierung sich nach Beendigung der Probereisen der ostindischen Post über Triest für Beibehaltung der Beförderung derselben über Marseille entschieden habe. Dem ist aber keineswegs so und es ist noch durchaus kein Beschluß in dieser Beziehung gefaßt worden. Daß das britische Dampfschiff Ardent, welches Hrn. Waghorn für die Probereisen zur Disposition gestellt war, nach Beendigung derselben nach Malta zurückgezogen worden ist, mag jene irrige Angabe veranlaßt haben.

Frankreich.

Paris, 30. März.

Der Pairskammer wurde gestern der von der Deputirtenkammer schon votirte Gesetzentwurf über den Credit zur Verwendung dreier Dampfschiffe während sechs Monaten zum Bugsiren von Getreideschiffen nach französischen Häfen vorgelegt. Auf der Tagesordnung war die Fortsetzung der Debatte über das Avanciren von zu speciellen Dienstleistungen commandirten Lieutenants zu Hauptleuten und ihre daran bedingte Stellung im Heere. Die Debatte endigte ohne Ergebniß, weil sich bald herausstellte, daß die Kammer in unzureichender Anzahl versammelt war. Die Deputirtenkammer hörte die Begründung der Vorschläge der HH. Emile de Girardin und Glais-Bizoin über das Porto für Drucksachen und Aufhebung des Journalstempels. Es soll danach hinfüro das Porto von gedruckten Sachen für Sendungen außerhalb des Departements des Druckortes und innerhalb des Königreichs auf 4 Cent. für jeden Bogen bis 40 Decimetres, und auf 1 Cent. mehr für jede 10 Decimetres Zuwachs, innerhalb der Departements auf die Hälfte dieser Sätze bestimmt werden. Dagegen soll der Stempel auf Zeitungen und periodische Schriften aufhören. Hiernach würden der Constitutionnel 6 Cent., Journal des Débats und «Presse» 5 Cent., Siècle, National, Commerce, Courrier français unter Beibehaltung des jetzigen Formats nach wie vor 4 Cent. Porto innerhalb Frankreich zu zahlen haben. Der Finanzminister trat im Namen der Regierung dem Antrag auf Inbetrachtnahme bei, die von der Kammer beschlossen wurde. Zwei Gesetzentwürfe, einer über 2 Mill. Fr. zur außerordentlichen Unterstützung von Krankenhäusern, Armenanstalten und milden Stiftungen (wodurch die dazu schon votirten Summen auf 7 Mill. erhöht werden), und von 450,000 Fr. zu außerordentlichen Straßenbauten zwischen Marseille und Lyon, wo die Heerstraße in dem kläglichsten Zustand ist, wurden ohne Verhandlung angenommen.

— Einige Blätter wollen dem gestern erwähnten Artikel des Journal des Débats, welcher den Bedarf ansehnlicher Getreidezufuhren über die nächste Aernte hinaus in Aussicht zu stellen schien, das Sinken der Curse zuschreiben, welches gestern eintrat. Die Patrie glaubt aber, daß dafür ganz andere Ursachen vorhanden wären. Der Finanzminister sehe nämlich seine Erwartungen von den Summen, die gegen 4proc. Schatzbons eingezahlt werden würden, nicht bestätigt und denke an Erhöhung der Zinsen derselben auf 4½ Proc. Auch die Zuflüsse bei der Bank mindern sich, und sie vermag dem Bedarfe des Verkehrs mit ihren Discontirungen kaum zu genügen. Die Theuerung macht außerdem die Lage der Fabriken täglich schwieriger. Sie müssen ihre Arbeiten vermindern und Arbeiter entlassen. Endlich heißt es, daß die Einnahme von indirecten Abgaben am 31. März eine Abnahme von 10 Mill. ergeben werde.

— Das Journal des Débats hat einen Artikel gegen die düstere und nach seinen Ansichten ganz ungerechtfertigte Auffassung der spanischen Zustände in den britischen Zeitungen. Die von denselben befürchtete Krisis bestehe nur in der Einbildung Derer, welche dieselbe herbeiwünschten. Allein sie möchten sich deshalb nur beruhigen. Die Königin von Spanien sei frei, die Cortes wären frei. Es möge nur Jedermann deren Unabhängigkeit ebenso respectiren, wie es von Frankreich geschehe. Mehr werde gar nicht verlangt.

— Daniel O'Connell ist gestern auf der Orleans-Eisenbahn in Begleitung seines jüngsten Sohnes nach Lyon weiter gereist. Von vielen Besuchen, die sich bei ihm melden ließen, nahm er nur Hrn. Berryer auf einen Augenblick an. Ein paar Hundert Personen waren im Augenblick seiner Abfahrt aus dem von ihm bewohnten Gasthause im Hofraume desselben versammelt, unter denen man auch mehre wohlgekleidete Frauen bemerkte.

— Der Capitain Gramment, Capitain der Niederlassung am **Senegal**, hat am 5. Febr. den dortigen Colonialrath eröffnet. In seiner Anrede theilte er die Weigerung der Regierung mit, das jetzt bestehende System der freien Arbeit durch Schwarze fortdauern zu lassen, wie vom Colonialrathe beantragt worden ist, weil es der Sklaverei zu ähnlich erscheine. Der Colonialrath beabsichtigt indessen sein Ansuchen zu wiederholen, weil er entgegengesetzter Ansicht und von der Beförderung der Emancipation der Sklaven durch jenes System überzeugt ist.

— Der Courier du Havre meldet, daß ein von Rio Janeiro angelangtes Schiff die Nachricht mitgebracht habe, Hr. Gore Ouseley und Baron Deffaudis hätten von ihrer Regierung die Weisung erhalten, den von Hrn. Head im vorigen Jahre zwischen der Argentinischen Republik und General Oribe unterhandelten Vertrag zu unterzeichnen. Die soeben erfolgte Abreise eines neuen französischen und eines englischen außerordentlichen Gesandten nach de Plata machte dies sehr zweifelhaft.

Paris, 30. März. Der Gesetzentwurf wegen des Capitels von St.-Denis wird demnächst in der Pairskammer zur Berathung gelangen und dabei auf einigen Widerstand stoßen. In einem Bureau hat bereits die Debatte eine ganze Sitzung gedauert, und der ernannte Berichterstatter, Herzog d'Harcourt, ist selbst der Maßregel entgegen. Auch der Gesetzentwurf über die medicinischen Lehranstalten wird eine sehr lebhafte Opposition erfahren. — Die politisch wie commerziell gute Wirkung des von der Bank mit der russischen Regierung geschlossenen Handels macht sich fortwährend fühlbar. Uebrigens ist das nicht der erste von Wohlwollen gegen Frankreich zeugende Act des Kaisers. Er hat z. B. schon vorher Befehl gegeben gehabt, die schönsten Porphyrblöcke für das Grabmal Napoleon's bei den Invaliden zu liefern. Ebenso war ihm kaum bekannt geworden, daß die französische Regierung die Bekleidung der russischen Armee kennen lernen wolle, als er dem Kriegsminister eine Mustersammlung aller Uniformen derselben zusenden ließ. Zuletzt folgte der bedeutsamere Rentenankauf, und so ist denn jetzt von der Abreise eines Gesandten nach Petersburg die Rede, welche interessante Mission das Gerücht dem Grafen Bressen zutheilt. — Eine andere diplomatische Angelegenheit von ziemlicher Wichtigkeit, welche sich weniger befriedigend darstellt, ist die zwischen der Pforte und der griechischen Regierung entstandene Differenz. Der britische Agent schürt den Streit schon allein darum, weil ihn der französische Minister zu beschwichtigen und das Ministerium Kolettis zu befestigen trachtet. In Konstantinopel nährt der Repräsentant Rußlands das Feuer, weil seiner Politik Alles dient, was das osmanische Reich beunruhigen und schwächen kann. Der österreichische Internuntius bestrebt sich, Frieden zu stiften. Nicht ohne Besorgniß erwartet man hier Nachrichten über diese Verwickelung, die furchtbare Folgen haben kann, sich wol aber noch ausgleichen wird.

Von den Oppositionsblättern ist ausgesprengt worden, daß der verstorbene Siegelbewahrer sich vor zwei Jahren habe zum Grafen machen lassen. Der Art Geschichtchen scheinen einen Theil der Presse zu amusiren. Ebenso hat man verbreitet, daß Hr. de Salvandy, der seine Tochter mit dem Marquis d'Aux verheirathet hat, sich nicht zufrieden geben könne, einen geringern Titel als sein Schwiegersohn zu führen, und deshalb Herzog werden wolle. Hr. de Salvandy hat dieser absurden Fabel widersprechen zu müssen geglaubt. Auch Hr. Guizot ist nicht leer ausgegangen. Man hat von ihm drucken lassen, daß er seit sieben Jahren im heimlichen Besitze des Titels Graf v. Val-Richer, seinem Gut in der Normandie, sei. Die Erfinder dieses Gerüchts kennen Hrn. Guizot und seine Einfachheit, seinen edeln Stolz wenig, der ihn mit Recht glauben läßt, daß es keine Adelsqualität gebe, die glänzender sein könnte als der einfache Name François Guizot. Aus dieser Ueberzeugung lehnte er den ihm jüngst von der Königin angebotenen Titel Herzog v. Saint-Anteine ab. Die Besetzung der Generaldirection der Posten ist noch nicht aufs Reine, und man glaubt jetzt, es werde auch vor dem Ende der Session dahin nicht kommen. Hrn. Comte's Gesundheit eröffnet die Aussicht, warten zu können. Alle Bewerbungen um diese glänzende Stelle sind daher für jetzt vertagt.

Niederlande.

Der König ist am 27. März im Haag von einem plötzlichen Uebelbefinden befallen worden, befindet sich aber nach den letzten Nachrichten vom 30. März Nachmittags wieder besser.

Schweiz.

Die Regierung von **Bern** soll nach dem Sieg in der Zeller'schen Sache auf versöhnende Schritte bedacht sein, namentlich auf ein Amnestiedecret für die in Untersuchung Gezogenen, sowie auf Berufung des Dekans Wyß als Professer der praktischen Theologie.

— Die Katholische Zeitung bringt das Antwortschreiben **Luzerns** auf die Einfrage des Vororts, betreffend die militairischen Rüstungen des Sonderbunds. Der Hauptgedanke ist, daß der Sonderbund nur Vertheidigung beabsichtige, und daß die Zeit der Gefahren für ihn nicht vorüber sei.

— Vor ungefähr einem Jahre begannen einige Landjäger zu Willisau im Canton **Luzern** einen Scandal. Der dasige Gemeinderathspräsident wies die Landjäger zur Ordnung. Das Obergericht hat jetzt geurtheilt, daß der Gemeinderathspräsident den Landjägern Abbitte leisten soll. (N. Z. Z.)

Griechenland.

Die mehrfach erwähnte Correspondenz zwischen dem Könige von Griechenland und dem Sultan in Betreff der bekannten Differenz wird jetzt in der Times mitgetheilt. König Otto schrieb unterm 1. (13.) Febr. an den Sultan:

„Möge es Ew. Maj. gefallen. Ein verdrießlicher Vorfall droht das gute Vernehmen zwischen den zwei Kronen, welche die Vorsehung uns anvertraut hat, zu gefährden. Dieses gute Vernehmen aber kann für jetzt neu befestigt, für die Zukunft gesichert werden durch eine freimüthige und ehrliche Erörterung. Warum sollte ich zögern, eine solche von freien Stücken zu geben? Ew. Maj. wird, wie ich fest überzeugt bin, die Gesinnungen vollkommenen Vertrauens und tiefer Hochachtung würdigen, welche mir eingeben, einen Schritt zu thun, dessen Zweck ein zu hoher ist, als daß er gemißdeutet werden könnte. Indem ich für eine königliche Gewährleistung die Achtung ansprach, welche derselben gebührte, erfüllte ich in meinem Gewissen eine Pflicht, welche ich im Interesse der souverainen Würde mit voller Sicherheit den Händen Ew. Maj. anvertraut sähe. Von dieser Gesinnung bewogen richtete ich ein Wort des Vorwurfs an den Repräsentanten eines Fürsten, für welchen ich eine aufrichtige Zuneigung fühle. Ich wurde dies zu thun nicht blos durch den einzelnen Umstand veranlaßt, welcher der nächste Beweggrund meiner Worte gewesen zu sein scheint. Seit längerer Zeit verursachte die Haltung und das Benehmen des Hrn. Mussurus, welcher Gegenstand verschiedener Vorstellungen von Seiten meiner Regierung an die Ew. Maj. war, mir große Besorgniß hinsichtlich der Aufrechthaltung unserer freundnachbarlichen Verhältnisse, die mir so theuer und so wichtig für die beiden Länder, deren Interessen in so vielen Punkten gemeinsame sind. Indem ich die Unzufriedenheit bezeugte, welche mir nicht sowol Hrn. Mussurus' Weigerung als die sie begleitenden Umstände erregten, drückte ich damit insbesondere ein Gefühl der Sorge aus, welches Ew. Maj., wie ich nicht zweifle, oft mit mir getheilt haben, der Sie mit edelm Eifer für den friedlichen Fortschritt des Ihrer Regierung anvertrauten Volks arbeiten. Dies ist die wahre und vollständige Erklärung meiner Worte; sie waren blos an Denjenigen gerichtet, der den hohen Zweck seines Amtes vergaß. Diese Erklärung habe ich für redlich erachtet, vollständig zu geben. Ew. Maj. werden in Ihrer Weisheit die zu fassenden Entschließungen überlegen. Was mich selbst betrifft, so fühle ich, daß diese freimüthig gegebene Erklärung eben so sehr meinen Pflichten als den Empfindungen meines Herzens entspricht. So hege ich eine feste, ich darf wol sagen die sichere Hoffnung, Ew. Maj. werden darin einen Beweis finden, daß ich, gleich Ew. Maj., meine wahre Ehre auf das Hauptgebot des Allmächtigen stelle, und daß es mein wärmster Wunsch ist, die Eintracht zwischen den beiden Kronen aufrecht zu halten, deren Ruhm und Wohlfahrt, weit entfernt Nebenbuhler zu sein, Alles von gegenseitigem Beistande zu erlangen haben. Hiernach flehe ich zu Gott, daß er Euch allerhöchsten, allervortrefflichsten und allermächtigsten Kaiser, unsern vielgeliebten Nachbar und Verbündeten, unter seinem heiligen und wohlverdienten Schutze halten möge. Euer sehr ergebener und aufrichtiger Freund Otto."

Der Sultan antwortete hierauf unterm 1. März:

„Ich habe den Brief empfangen, welchen Ew. Maj. unterm 1. Febr. an mich gerichtet. Ich bin sehr verbunden für die freundschaftlichen Gesinnungen, die Ew. Maj. darin gegen mich aussprechen, und für den von Ew. Maj. ausgedrückten Wunsch beständiger Aufrechthaltung der zwischen den beiden Staaten obwaltenden glücklichen Beziehungen. Ich beeile mich Euch zu versichern, daß auch mein Herz diese Gesinnungen und diesen Wunsch theilt. Was den beklagenswerthen Vorfall anlangt, auf welchen sich jener Brief bezieht, so hat es mir der Würde der beiden Kronen angemessener, sowie passender für die Gegenstände, welche unsere gegenseitige Freundschaft befestigen müssen, geschienen, die Lösung dieser Frage meiner erhabenen Pforte und den Ministern Ew. Maj. anzuvertrauen. Sofort sind die nöthigen Befehle zu diesem Ende gegeben worden. Ew. Maj. werden ohne Zweifel in der Wahl dieser Verfahrungsart einen Beweis meiner Hochachtung und aufrichtigen Freundschaft sehen, sowie des Wunsches, Alles zu beseitigen, was dazu dienen mag, den Bestand dieser Freundschaft zu gefährden. Ich bitte Gott, Ew. Maj. immer unter seinem heiligen Schutze zu halten."

Türkei.

Konstantinopel, 17. März. Das französische Packetboot Leonidas überbrachte gestern dem hiesigen Repräsentanten Griechenlands, Hrn. Argyropoulos, eine Note von Hrn. Kolettis als Antwort auf das Ultimatum der Pforte. Hr. Argyropoulos erhielt den Auftrag, diese Note dem Reis-Efendi mitzutheilen. Hr. Kolettis stellt darin neuerdings jegliche Absicht einer Beleidigung in Bezug auf die türkische Regierung selbst in Abrede und betheuert seinen aufrichtigen Wunsch, die freundlichen Beziehungen zwischen Griechenland und der Pforte aufrecht zu erhalten. Aber er erneuert seine Anklagen gegen Hrn. Mussurus und stellt die Persönlichkeit dieses Repräsentanten als das einzige Hinderniß dar, das der Ausgleichung der zwischen beiden Ländern bestehenden Differenz im Wege liege. In Bezug auf das Ultimatum der Pforte erklärt er sich vom Augenblick an, wo der Divan sich entschließen würde, eine andere Person zu Athen zu beglaubigen, zu jeglicher Genugthuung bereit. — Am 13. März hat die Pforte 800 M. nach Salonichi geschickt. Auch zwei Kriegsschiffe werden dahin beordert. (A. Z.)

Wissenschaft und Kunst.

(*) **Berlin**, 1. April. Das königliche Theater, das jetzt mit den Neuigkeiten der dramatischen Literatur ungemein zurückbleibt, hat in den letzten Tagen zum Ersatze des Bedeutendern, welches uns seit mehren Monaten ausgeblieben, einige sehr schwache und mit dem entschiedenen Mißfallen des Publicums bezeichnete Novitäten vorgeführt. Am unglücklichsten darunter kam „Der Stellvertreter", von F. v. Helbein, dabei weg, ein nicht nur durch seine Fadheit, sondern auch durch seine Zweideutigkeiten widerwärtiges Stück, das in ästhetischer und sittlicher Hinsicht das Schicksal vollkommen verdiente, welches unser sonst so lammfrommes Theaterpublicum ihm bereitete. Kaum ein besseres Loos wurde gestern Abend dem neuen Schauspiele C. Töpfer's: „Canova's Jugendliebe", in welchem der sonst theatergewandte Verfasser das veraltete Genre der Künstlerdramen wieder auffrischen wollte, wobei aber einige nicht übel angelegte Scenen in einem Schwall der langweiligsten und weitschweifigsten Trivialitäten untergingen. — Der treffliche Sänger Tichatscheck nahm in Meyerbeer's „Robert der Teufel" von dem hiesigen Publicum Abschied, nachdem er vorher in Potsdam auch den Masaniello in der „Stummen von Portici", vielleicht seine feurigste und glänzendste Partie, gesungen hatte. Die erneuerte Aufführung dieser wegen ihres revolutionairen Zündstoffs auch in der politischen Welt berühmt gewordenen Oper konnte für Berlin nicht zugegeben werden, und so genossen die Potsdamer, welche in dieser Beziehung für feuerfester angesehen zu werden scheinen, vorzugsweise dieser Vergünstigung.

* **Leipzig**, 3. April. Gestern Abend, am Charfreitage, hörten wir in der hell erleuchteten Universitätskirche Mendelssohn's Oratorium „Paulus" aufführen. Die hiesige Singakademie und das Orchester einigen sich seit mehren Jahren für diesen Tag zur Aufführung geistlicher Musiken, gewiß eine dankenswerthe Bestrebung, da uns außerdem hier fast jede Gelegenheit mangelt, die bedeutendern kirchlichen Werke auf würdige Weise dargestellt zu sehen. Mendelssohn's Paulus, obgleich früher schon zwei Mal in Leipzig gehört, interessirt doch das Publicum in so hohem Grade, daß die weiten Räume der Kirche die herbeiströmenden Zuhörer kaum zu fassen vermochten. Das Oratorium ist allerdings dieser Aufmerksamkeit in vollem Maße werth: es ist nicht allein des Componisten geistreichstes und großartigstes Werk, es gebührt ihm auch in musikalisch-literarischer Beziehung die Würdigung, daß es als das hervorragendste Erzeugniß kirchlicher Musik in der Neuzeit dasteht und sich in Form und Haltung ebenbürtig an die Werke der großen Meister des vorigen Jahrhunderts anschließt. Die Ausführung darf im Allgemeinen als höchst gelungen bezeichnet werden. Der Componist selbst hatte sich an die Spitze des Orchesters gestellt und leitete mit gewohnter Sicherheit und kräftiger Hand die großen Massen der Mitwirkenden. Die hauptsächlichsten Soli waren in den Händen der Damen Mayer und Schloß und der Herren Schneider, Behr und Salomon. Wenn nun die Leistung der Solisten im Allgemeinen als sehr befriedigend bezeichnet werden darf, so verdient im Besondern der Inhaber des Tenorparts, Hr. Schneider, eines besondern Lobes. Seine Stimme, mehr angenehm als großartig, erfüllte doch die Kirche und blieb bis in die äußersten Entfernungen verständlich. Die Chöre und das Orchester waren sehr gut; besonders erwähnt möge noch werden, wie die schwierigsten Einsätze des Chores mit der musterhaftesten Präcision ausgeführt wurden. Die Orgelstimme war in guten Händen.

— Nachrichten aus dem Bade **Nauheim** in Kurhessen zufolge sind die dortigen Salzquellen in der letzten Zeit, außer einer neu im vorigen Jahre dort entdeckten, auf einmal sämmtlich versiegt. (Fr. J.)

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 3. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br.; Sächsisch-Baiersche 86½ Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ bezahlt, 58½ G.; Löbau-Zittauer 59 bezahlt und Br.; Magdeburg-Leipziger 109½ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111 Br., 110½ G.; Köln-Mindener 92½ Br.; Thüringer 96¼ Br.; Altona-Kieler 109½ Br.; Pesther 100 Br.; Dessauer Bankactien 102 Br., 101½ G., 101¾ bezahlt; Preuß. Bankantheile 108 Br., 107½ G.

Eisenbahn. In Bezug auf die Sächsisch-Baiersche Eisenbahn werden noch folgende Actenstücke veröffentlicht:

1. Decret, die Auflösung der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie und die Ausführung der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn durch den Staat betreffend, vom 1. April 1847. „Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc., thun hiermit kund und zu wissen, daß wir im Einverständnisse mit der herzogl. sachsen-altenburgischen Regierung und mit Zustimmung unserer getreuen Stände die Sächsisch-Baiersche Eisenbahn von Leipzig bis zur Landesgrenze bei Hof, ingleichen die sich derselben anschließende Zweigbahn von Werdau nach Zwickau, beide sammt Zubehör und allem übrigen der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie zustehenden Eigenthume, vermöge des anliegenden Vertrags vom 1. April d. J. für den diesseitigen Staatsfiscus haben erwerben lassen. Wie nun in dessen Folge und in Uebereinstimmung hiermit auch von Seiten der herzogl. sachsen-altenburgischen Regierung die erforderliche Bekanntmachung erlassen werden wird, also finden wir uns in Beziehung hierauf Nachstehendes zu allgemeiner Kenntniß zu bringen und beziehentlich anzuordnen bewogen: 1) Die Sächsisch-Baiersche Eisenbahncompagnie ist aufgelöst und die von unserer Regierung im Vereine mit der des Herzogthums Sachsen-Altenburg über die Bedingungen ihrer Mitwirkung bei dem Sächsisch-Baierschen Eisenbahnunternehmen unterm 24. April 1841 abgegebene Erklärung, nicht weniger die der ernannten Gesellschaft mittels Decrets vom 7. Jan. 1843 ertheilte Concession zum Bau der obengedachten Eisenbahnen für erloschen zu achten. Die mittels Decrets vom 22. Jun. 1843 bestätigten Statuten der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie treten hiermit außer Wirksamkeit. 2) Der fernere Bau und Betrieb der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn, einschließlich der in den herzogl. sachsen-altenburgischen Landen gelegenen Bahnstrecke, wird für alleinige Rechnung der diesseitigen Staatskasse und unter unmittelbarer Leitung unserer Staatsverwaltung erfolgen. Ueber die Organisation der für den Bau und Betrieb der Bahn zu bestellenden Behörden wird unser Finanzministerium weitere Verfügung und Bekanntmachung erlassen. 3) Die bisher zu Erwerbung des für jene Eisenbahn erforderlichen Grundeigenthums in Wirksamkeit gewesenen gesetzlichen und vertragsmäßigen Bestimmungen haben nunmehr dem Staatsfiscus gegenüber allenthalben Anwendung. 4) Die für den Bau und Betrieb der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn durch das Directorium der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie oder unmittelbar durch unsere Behörden getroffenen polizeilichen Anordnungen bleiben bis auf weiteres in Kraft und sind, insoweit solche durch ersitzenanntes Directorium erlassen werden, als von den fernerweit hierzu competenten Behörden ausgegangen zu betrachten. 5) Ansprüche, welche aus dem Bau oder Betriebe der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn abzuleiten sind, können gegen den Staatsfiscus nach den diesfalls in den Landesgesetzen enthaltenen Ressortbestimmungen geltend gemacht werden. 6) Jede der in 45,000 Stück von Seiten der Sächsisch-Baierschen Ei-

senbahncompagnie ausgegebenen, auf den Nominalwerth von 100 Thlr. lautenden Actien bleibt ferner als eine von der Staatskasse zu vertretende, für jeden Inhaber gültige, unkündbare Schuldforderung bis mit Ende des Monats September 1855 in Kraft und Gültigkeit. 7) Die noch unabgelaufenen, auf die Termine Ende März und September 1847 lautenden Zinscoupons dieser Actien werden zu den gedachten Fristen von Seiten der Staatskasse mit 2 Thlr. für jedes Stück eingelöst werden. Von Eintritt des zuletztgedachten Termins an sind hingegen auf jede zu dem Ende urschriftlich zu präsentirende Actie gegen Rückgabe des alten Talons bei einer durch unser Finanzministerium noch zu bestimmenden Kasse neue, ebenfalls auf 2 Thlr. halbjährige Zinsen lautende, Ende März und September jedes Jahres fällige, bis mit Ende Septembers 1855 reichende Coupons in Empfang zu nehmen. Hierbei wird durch einen auf die Actien aufzudrückenden Stempel besonders bemerklich gemacht werden, daß dieselben nur noch eine Schuldforderung repräsentiren. 8) Zinsen, welche innerhalb vier Jahren vom Zahlungstermin an nicht erhoben worden sind, verfallen der Staatskasse, und es werden mit Ablauf dieser Frist die betreffenden Coupons ungültig, dafern nicht die vergenannte Kasse vor Eintritt der gedachten Verjährung von dem Antrag auf Edictalladung wegen der entsprechenden Documente Kenntniß erhält. Hat dagegen ein Mortificationsverfahren nach §. 9 nachstehend stattgefunden, so verfallen die bei Eintritt der Rechtskraft des Präclusiverkenntnisses schon zahlbar gewesenen Zinsen, welche wegen Mangels der betreffenden Documente vor beendigtem Mortificationsverfahren nicht ausgezahlt werden konnten, der Staatskasse, wenn sie innerhalb eines Jahres vom Eintritte der Rechtskraft dieses Erkenntnisses an nicht erhoben werden. Durch Ablauf dieser vier- und beziehentlich einjährigen Verjährungsfrist erlischt jeder Anspruch an die Staatskasse. 9) Wegen verlorener, untergegangener oder sonst ihren Inhabern abhanden gekommener Actien oder Zinsabschnitte haben die Betheiligten das für die Amortisation königl. sächsischer Staatspapiere in dem Befehle vom 25. Juli 1777 und vom 6. Oct. 1824 vorgeschriebene und mit der alleinigen Ausnahme, daß statt der in der angezogenen Verordnung festgesetzten Verjährungsfrist von zehn Jahren eine dreijährige tritt, zur analogen Anwendung kommende Edictalverfahren bei dem Appellationsgerichte zu Dresden zu beantragen und nach Beibringung der demgemäß rechtskräftig erfolgten Präclusion, von einer durch unser Finanzministerium noch zu benennenden Behörde, welche die Mortification öffentlich bekannt macht, die Ausstellung neuer, an die Stelle der mortificirten tretender Documente, sowie Auszahlung der verfallenen Zinsen zu erwarten. 10) Den Anspruch irgend einer Art auf Betheiligung an den Erträgen der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn sowie an dem zeitherigen Eigenthume der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie überhaupt gewähren die mehrgenannten Actien fernerhin nicht. 11) Dieselben sollen im Laufe des Jahres 1855 gegen auf jeden Inhaber lautende verloosbare Staatsobligationen zum Nominalbetrage von 100 Thlrn. nebst Talons und Coupons zu Drei vom Hundert jährlicher Zinsen umgetauscht und die wegen dieses Umtausches sowol als wegen Auslosung der gedachten Staatsobligationen und sonst weiter erforderlichen Anordnungen seiner Zeit getroffen werden. So geschehen zu Dresden, am 1. April 1847. Friedrich August. (L. S.) Heinrich Anton v. Zeschau. Johann Paul v. Falkenstein. Albert v. Carlowitz.

II. Nachdem das Directorium und der Ausschuß der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie an die königl. sächsische Staatsregierung die Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen dieselbe zu einer Uebernahme des ganzen Sächsisch-Baierschen Eisenbahnunternehmens geneigt sei, gerichtet und die genannte Regierung hierauf mittels commissarischen Erlasses vom 14. Oct. 1846 sich zur Verhandlung über eine auf Grund §. 7 b der unterm 22. Jun. 1842 landesherrlich bestätigten Statuten zu treffende freie Vereinigung, mit Vorbehalt ständischer Zustimmung, bereit erklärt hat; so ist von ernanntem Directorium zur Beschlußnahme hierüber eine außerordentliche Generalversammlung für den 3. Dec. v. J. in Gemäßheit §. 47 der Statuten und unter Angabe jenes Zweckes der Versammlung einberufen, von selbiger aber mit 1024 gegen 391 Stimme der nach §. 53 der Statuten für alle Gesellschaftsmitglieder ohne Unterschied verbindliche Beschluß gefaßt worden, ihr gesammtes Eigenthum mit allen Rechten und Verbindlichkeiten dem königl. sächsischen Staatsfiscus oder der königl. sächsischen und der herzogl. sachsen-altenburgischen Staatsregierung in Gemeinschaft zu überlassen, dafern die königl. Regierung für die Actien entweder auf acht Jahre von Michaelis 1847 ab 4 Proc. Zinsen, nach Ablauf dieser Frist aber 3 Proc. Zinsen tragende Staatspapiere, oder 3½proc. Staatspapiere sofort gibt und die Verbindlichkeit übernimmt, diese Obligationen mittels successiver Auslosung zum Nominalbetrag einzulösen. Es ist dabei, daß sich mit Vollziehung der hierüber zu treffenden Uebereinkunft die Sächsisch-Baiersche Eisenbahncompagnie in Gemäßheit der §. 7 b der unterm 22. Jun. 1842 landesherrlich bestätigten Statuten enthaltenen Bestimmung auflöse, erklärt, auch dem Directorium und dem Ausschusse der Gesellschaft die Ermächtigung zu Ausführung des gefaßten Beschlusses ertheilt werden.

Nachdem nun die königl. Regierung nach erfolgter ständischer Zustimmung das Eigenthum der Compagnie gegen Gewährung der ersten der von letzterer gestellten Forderungen zu übernehmen beschlossen, zu dem deshalb nöthigen Vertragsabschlusse aber den königl. sächsischen geheimen Finanzrath Karl Wolf v. Ehrenstein mit Auftrag versehen, hiernächst das herzogl. sachsen-altenburgische Gouvernement beschlossen hat, die gedachte Uebereinkunft gleichergestalt wie für die königl. sächsische Regierung auch für sich und in seinem Namen, jedoch mit der ausdrücklichen Bestimmung zur Vollziehung bringen zu lassen, daß der hiernach auf die herzogl. Regierung übergehende Antheil am Sächsisch-Baierschen Eisenbahnunternehmen sammt allen damit verbundenen Rechten und Verpflichtungen von dem Zeitpunkt an, zu welchem jene Uebereinkunft in Wirksamkeit tritt, ohne weiteres auf die königl. sächsische Regierung übergehe; so ist zwischen der königl. sächsischen Staatsregierung, für den königl. Staatsfiscus, vertreten durch den königl. sächsischen geheimen Finanzrath Karl Wolf v. Ehrenstein einerseits, der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie, durch deren Directorium und Ausschuß andererseits, folgender Ueberlassungsvertrag abgeschlossen worden. 1) Die Sächsisch-Baiersche Eisenbahncompagnie hat die Sächsisch-Baiersche Eisenbahn mit allem Zubehör, ingleichen die Zweigbahn von Werdau nach Zwickau mit allem Zubehör, und überhaupt ihr gesammtes Eigenthum an unbeweglichen und beweglichen Gegenständen, auch Forderungsrechten und Verbindlichkeiten aller Art an die, dabei zugleich das herzogl. sachsen-altenburgische Gouvernement vertretende königl. sächsische Staatsregierung abgetreten und derselben die ihr bestellten Cautionen sowie den für die Beamten und Angestellten der Compagnie angesammelten Unterstützungsfonds überlassen. 2) Die königl. sächsische Staatsregierung nimmt dies für sich und das herzogl. sachsen-altenburgische Gouvernement bestens an und bekennt, daß ihr das gesammte Eigenthum der Compagnie mit allen Rechten und Verbindlichkeiten unter Uebergabe der §. 1 gedachten Cautionen und des daselbst erwähnten Unterstützungsfonds abgetreten, beziehentlich überwiesen worden, solchergestalt aber von der Compagnie, deren vollständige Liberation Namens beider Regierungen andurch zugleich ausgesprochen wird, etwas Weiteres nicht zu gewähren oder zu vertreten ist. 3) Dieselbe erklärt, hierdurch für die ihr und der herzogl. sachsen-altenburgischen Regierung gegen die Compagnie zustehenden Forderungen Befriedigung erlangt zu haben, und verspricht, sämmtliche Obliegenheiten der Compagnie, namentlich auch die durch Ausgabe von Prioritätsobligationen entstandenen, zu erfüllen, sowie alle und jede an die Compagnie zu machende Ansprüche, gleich viel aus welchem Grunde solche herrühren und von wem sie erhoben werden, zu vertreten, den Unterstützungsfonds aber im Interesse der Beamten und Angestellten der Compagnie zu verwalten und zu verwenden. 4) Die königl. sächsische Staatsregierung übernimmt den Mitgliedern der Compagnie gegenüber die Verpflichtung, die mit den Actien ausgegebenen Dividendenscheine, deren dritter und letzter auf den Termin Ende September 1847 lautet, bei Verfall durch Zahlung von Zwei Thalern für das Stück einzulösen, bei und nach Eintritt des letztbemerkten Termins aber den Actieninhabern gegen Vorzeigung der Actien und Rückgabe der Talons anderweite, auf sechzehn halbjährige Zinsbeträge zu 2 Thlr. für jede Actie lautende und daher bis mit September 1855 reichende Zinscoupons auszuhändigen, nach Ablauf dieser Frist endlich sämmtliche Actien der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie gegen königl. sächsische Staatsobligationen zu 100 Thlr. Nominalbetrag jede, nebst Talons und 3 Proc. Jahreszinsen ergebende Coupons umzutauschen und gleichzeitig für selbige wegen successiver Auslosung und Vergütung der ausgelooften Obligationen zum Nominalbetrage die erforderlichen Bestimmungen zu treffen, hierbei aber den Tilgungsfonds zu mindestens einem Drittheil Proc. der gesammten Schuld, ingleichen dem Betrage der durch die Rückzahlung entstehenden Zinsersparnisse festzusetzen. 5) Vorstehende Zusicherungen werden von der Compagnie unter der Erklärung bestens angenommen, daß außer Demjenigen, was darin den Actieninhabern zugesagt worden ist, Seiten derselben irgend ein weiterer Anspruch an die bei dem Unternehmen betheiligten Staatsregierungen oder an die genannten Bahnen selbst und an das zeitherige Eigenthum der Gesellschaft nicht gemacht werden kann. 6) Mit Vollziehung gegenwärtiger Uebereinkunft ist die Sächsisch-Baiersche Eisenbahncompagnie nach §. 7 b ihrer Statuten aufgelöst, und es erlöschen dadurch zugleich die derselben von den bei dem Unternehmen betheiligten Staatsregierungen des Königreichs Sachsen und des Herzogthums Sachsen-Altenburg zugestandenen Rechte sowie die dagegen übernommenen Verpflichtungen. Die ausgegebenen Actien verlieren ihre bisherige Wirksamkeit und Geltung als Theilnahmescheine und gewähren dagegen ihren Inhabern lediglich eine Forderung an den Staatsfiscus im Nennwerthe von 100 Thlr. nebst Zinsen, wie oben §. 4 bemerkt. Urkundlich ist diese Uebereinkunft von dem dazu ernannten Commissar Namens der königl. sächsischen Regierung einerseits, von dem Directorium und Ausschusse der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie andererseits, vollzogen worden. So geschehen Leipzig, am 1. April 1847. (L. S.) Karl Wolf v. Ehrenstein. Der Sächsisch-Baierschen Eisenbahncompagnie: Directorium: Dr. Hoffmann. F. A. Dorn. Ausschuß: Heinr. Poppe. H. W. Schmidt.

III. Bekanntmachung und Verordnung, die Sächsisch-Baiersche Staatseisenbahn betreffend, vom 1. April 1847. Die Leitung des Baus und Betriebs bei der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn ist vom heutigen Tage an, unter Vorbehalt weiterer Organisation der diesfallsigen Verwaltung, einer dem Finanzministerium unmittelbar untergebenen Behörde übertragen worden, welche zu Leipzig ihren Sitz hat und innerhalb des ihr angewiesenen Geschäftskreises, unter der Vollziehung: „Königliche Direction der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn“ die erforderlichen Verfügungen an die betreffenen Unterbehörden zu erlassen hat. Die letztern werden daher hierdurch angewiesen, den solchergestalt an sie gelangenden Erlassen gebührend Folge zu leisten. Dresden am 1. April 1847. Finanzministerium. von Zeschau. Roßberg.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 3. April früh 7 Uhr: 2° 10″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 30. März. 2½pc. Int. 58⅞; Rußl. 5pc. Hope 104⅛; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 1. April. Oestr. Bfact. 1908; 250 Fl. L. 119⅛ Br.; 500 Fl. L. 153¾ Br.; Bair. 3½pc. 93¾; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛ Br.; Kurhess. 32¼. Paris, 29. März. 5pc. 116. 75; 3pc. 78. 00; Neap. 102. Wien, 31. März. Bfact. 1592; Met. 5pc. 108; 4pc. 99; 2pc. 71; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

— Karlsruhe, 30. März. Bei der heute hier stattgehabten fünften Gewinnziehung der badischen 35-Fl.-Loose der Anleihe vom Jahr 1845 sind auf die nachstehenden Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nr. 218,023 50,000 Fl.; Nr. 137,186 15,000 Fl.; Nr. 367,628 5000 Fl.; Nrn. 39,833, 164,301, 167,304, 320,400 2000 Fl.; Nrn. 35,663, 137,154, 164,078, 164,092, 164,328, 169,395, 225,758, 237,364, 281,509, 352,788, 359,852, 392,075 und 392,098 1000 Fl.

Disconto. Amsterdam, 30. März. 4 %. Frankfurt a. M., 1. April. 4 %.

Actien. Frankfurt a. M., 1. April. Taunusb. 358¼; Nordb. 73; Verb. 92⅛. Paris, 29. März. Eis. St. Germ. 1008¾; Versail. r. 345; l. 217½; Paris-Orleans 1275; Paris-Rouen 867½; Paris-Strasburg 435; Paris-Lyon 437½; Rouen-Havre 867½; Marseille-Avignon 810; Strasburg-Basel 205; Orleans-Bordeaux 517½; Nord 630. Wien, 31. März. Nordb. 177½; Gloggn. 121; Mail. 108⅞; Livorn. 93; Pesth. 98½.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Die öffentliche Ausstellung von Werken der bildenden Kunst bei der Königl. Sächs. Akademie derselben zu Dresden wird für das laufende Jahr 1847

Sonntag den 11. Juli

eröffnet werden, und es ist als letzter Zeitpunkt für Einlieferung der auszustellenden Gegenstände

der 5. Juli

festgesetzt worden. Spätere Zusendungen würden dann nur noch an den unbesetzt gebliebenen Räumen aufgestellt werden können.

Vom **7. September** dieses Jahres an können die eingesendeten Gegenstände wieder zurückgenommen werden.

Dresden, am 31. März 1847.

[1130] **Der akademische Rath.**

Zu **Mittelsteine** in der Grafschaft Glatz, in bevölkertster, schönster und fruchtbarster Gegend Niederschlesiens, unweit der böhmischen Grenze, wird ein Bauplatz zu einem Fabrikgeschäft im Großen an dem so reichhaltigen Wasser, genannt die Steine, welche durch zuströmende warme Quellen nur sehr selten zufriert, offerirt. Bei 850 Schritt Kanal weise ich 8 Fuß Fall bei 2½ Fuß Wehrhöhe, bei 1400 Schritt Kanal dagegen 11 Fuß Fall bei 3 Fuß Wehrhöhe nach, die Baumaterialien sind an Ort und Stelle von dem Dominio selbst wohlfeil und gut zu haben.

Zahlungsfähige und intelligente Speculanten, aber nur diese, werden eingeladen, sich deshalb zu melden, und dies unter meiner Unterschriftsadresse.

Mittelsteine bei Glatz, den 30. März 1847.

[1114—16] **Theodor Freiherr von Luttwitz.**

Salvator-Bier in München.

Unterzeichneter gibt sich die Ehre, hiermit anzuzeigen, daß er auch heuer vom 5. bis 12. April sein rühmlichst bekanntes Salvatorbier zu 11 Kr. à bair. Maß, Faß und Versandtspesen extra, durch die Großhandlung Michael Scherzer's Erben dahier, an welche man sich in frankirten Briefen und Einsendung des ungefähren Betrags zu wenden beliebe, nach auswärts zum Versandt bringt.

Echte und vorzügliche Qualität sichert zu und empfiehlt sich zu geneigten Aufträgen bestens

München, 22. März 1847.

[1120] **Xaver Zacherl**, Brauerei-Besitzer.

Bei **C. W. Leske** in **Darmstadt** ist erschienen und in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben:

Die

Bauwerke in der Lombardei

vom

7. bis zum 14. Jahrhundert.

gezeichnet und durch historischen Text erläutert

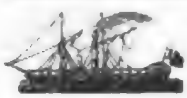
von

Friedrich Osten.

Architekt in Rom.

Erste und zweite Lieferung. Preis einer Lieferung 4 Thlr. oder 7 Fl. 12 Kr.

Von diesem für Architekten, Archäologen und Kunstliebhaber höchst interessanten Werke erscheinen jährlich drei Lieferungen in groß Median-Folio, jede zu sechs Stahltafeln, mit erläuterndem Texte. Der Stich der Stahlplatten sowie die übrige Ausstattung ist zu dem Elegantesten, was in dieser Art erschienen ist, zu rechnen. [1099]



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Aussig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnick**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, **Dresden**, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [1135]

Gemälde-Auction.

Montag den 26. April d. J., Vormittags von 10 bis 1 Uhr, und folgende Tage, findet zu **Dresden** durch Unterzeichneten die **öffentliche Versteigerung** der

Gemälde-Sammlung

aus dem Nachlasse des Grafen Franz von Sternberg-Manderscheid

(welche eine Auswahl der vorzüglichsten Werke älterer und späterer Meister enthält, sowie auch dabei eine **Bronzearbeit** von Cellini sich auszeichnet) statt.

Die darüber gedruckten Kataloge, welche in den Kunst- und Buchhandlungen sowie bei Unterzeichnetem zu finden sind, geben den Kunstfreunden einen genaueren Nachweis, und findet die Versteigerung mit hoher Genehmigung auf der **Brühl'schen Terrasse** im Königl. Ausstellungssalon statt.

Carl Ernst Sieber,

Königl., auch Stadt- und Raths-Auctionator und Taxator.

[1121]

Gesuch. Ein für den Steinkohlen- und Braunkohlen Bergbau sowie für das Kassen- und Rechnungswesen tüchtig ausgebildeter, auch im Feldmessen und Markscheiden geübter junger, noch unverheiratheter Mann, welcher hinsichtlich seiner Tüchtigkeit und moralischen Führung empfehlenswerthe Atteste aufzuweisen hat, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen in einer der genannten Branchen ein sicheres Unterkommen.

Es wird daher gebeten, etwanige Offerten unter den Zeichen **B. H. W.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelangen zu lassen. [1127—29]

Blutegel,

deutsche wie ungarische, sind bei mir stets aus den Teichen frisch zu haben. Preis-Courante gratis. Für gesunde Egel garantirt

H. N. J. Oettinger

zu Rackwitz in Posen. [1126]

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler
u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 41 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10½, Achtel à 5¼, und verspreche meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erwiesen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer

[1082—5] in **Leipzig**, Petersstraße Nr. 7.

Werkführer-Gesuch.

Ein tüchtiger routinirter Werkführer für eine **pharmaceutische Pappwaarenfabrik** wird unter höchst vortheilhaften Bedingungen zum baldigen Antritt für die Dauer gesucht.

Das Nähere unter Chiffre **M. G.** poste restante Leipzig, franco. [1049—51]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 4. April. Zum ersten Male: **Don Johann von Oesterreich**, Trauerspiel in 5 Acten von Julius Mosen.

Montag, 5. April. Zum ersten Male: **Jupiter's Reiseabenteuer**, oder: **Die Olympischen Flüchtlinge**, Zauberposse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen; nach dem Franz. von G. Räder. Musik von Verschiedenen.

Todes-Anzeigen.

Das am 30. März d. J. erfolgte Ableben des Geh. Hofrathes **Friedrich Jacobs** zeigen seinen zahlreichen auswärtigen Freunden und Bekannten an:

Gotha, den 1. April 1847.

[1136] **die Hinterbliebenen.**

Gestern Abend um halb 9 Uhr entschlief sanft nach einem schweren Unterleibsleiden mein innigst geliebter Gatte **Joh. Heinrich Schroers**, in seinem noch nicht vollendeten 54. Lebensjahre.

Entfernten Freunden und Bekannten widmet diese Traueranzeige

Crefeld, 27. März 1847. [1133]

Henriette Schroers geb. **von Hagen.**

Familien-Nachrichten.

Geboren: Hrn. Oberlandesgerichtsassessor Kindler in Roßla eine Tochter. — Hrn. Lehrer Ottingen in Ratingen ein Sohn. — Hrn. Gb. Lange-Werner in Tannenberg ein Sohn.

Gestorben: Hr. Hauptmann v. Bär in Pisa. — Hr. Kaufmann C. D. Berini aus Calw in Sigmaringen. — Hr. Hauptcontroleur Julius Blöm in Kreuznach. — Hr. Erblehnrichter Christian Friedrich Eckardt in Burkhardsdorf. — Hr. Senator Johann Dietrich Elerding in Stolzenau. — Frau Schuldirector Charlotte Gedicke in Breslau. — Hr. Kaufmann J. L. Höckle in Ebingen. — Frau Amalie Kiereker in Freudenstadt. — Hr. Schultheiß Lidle in Schwaikheim. — Frau Oberamtmann Chr. E. Mann in Vaihingen. — Frau Amtmann Katharine Schloßberger in Eßlingen. — Hr. Hofmusikus J. Waldhauser in Stuttgart. — Hr. Oberpostamtsassistent Otto Zimmermann in Leipzig.

Digitized by Google

Montag — Nr. 95. — 5. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Ueberblick.

Deutschland. = München. Tod des Generals v. Baur. Die Lehrstühle. — Die leipziger Stadtverordneten. † Hannover. Landtag. Das Obermedicinalcollegium. Der Pestalozzivercin. — Auswanderung nach Texas. — Die schleswig-holsteinischen Wirren. * Frankfurt a. M. Die Deutsch-Katholiken. Das Mentzagskränzchen. Drohbriefe.

Preußen. * * Berlin. Die münchener Vorgänge und die ultramontane Presse. * Aus der Provinz Sachsen. Deutsch-katholische Candidaten. Pastor Uhlich. Die Stolgebühren. ◊ Von der Elbe. Die Schlacht bei Mühlberg. Graf Reichenbach.

Oesterreich. Die böhmischen Bauern.

Spanien. Der Congreß. General Serrano. Zersprengung eines Insurgentenhaufens. Die Schuld.

Großbritannien. Parlament. Das Oberhaus vertagt sich. Der Spectator. Die Suppenanstalt in Dublin. Birkenhead. Nachrichten vom Cap. Hr. Isturiz. ♀ London. Hr. M'Gregor über den Schiffahrtsvertrag mit dem Zollverein.

Frankreich. Parlament. Festtage in Paris. Die Getreidepreise. Matrosenmangel. Die Niederlassung von Nossi-be bei Madagaskar. Die Corvette Caraibe. Der Infant Don Enrique. Marschall Soult. General Raudet stirbt. Fürst J. de Polignac stirbt. * * Paris. O'Connell in Paris.

Niederlande. Der König. Der Sultan von Banca.

Schweiz. Schreiben des Cantons Luzern. — Die Verfassung von Basel.

Italien. * Rom. Die Unterstützungscommissionen.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Differenz.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Die Universität Krakau. — Die Académie française.

Handel und Industrie. * Frankfurt a. M. Börsenbericht. Getreidepreise. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 1. April. Unsere Armee hat durch den gestern erfolgten Tod des Chefs des Generalquartiermeisterstabes, Generalmajors v. Baur, einen schweren Verlust erlitten. Ueberhaupt sind die sich ohnehin immer enger ziehenden Reihen unserer hochstehenden Veteranen in diesem Jahre durch den Tod schon sehr gelichtet worden. Generalquartiermeister v. Baur hat sich als solcher um unsere Armee viele und wesentliche Dienste erworben. — Es läßt sich erwarten, daß man neben den vielen über die Wiederbesetzung der erledigten Lehrstühle an unserer Hochschule in Umlauf gekommenen Gerüchten und Sagen nunmehr auch thatsächliche Angaben vernehmen werde. Dahin gehört z. B., daß an des verstorbenen Hofraths Dr. Erhard Stelle der bisherige Professor der Philosophie und Culturgeschichte in Solothurn, Dr. Lindemann, ein geborener Baier, zum ordentlichen Professor der Philosophie an der Universität ernannt worden ist. Eine andere hierher gehörende Neuigkeit ist, daß der außerordentliche Professor der Philosophie Dr. M. Deutinger von hier nach Dillingen an das Lyceum versetzt und dagegen der dortige Professor der Philosophie Dr. Beckers hierher berufen worden ist.

— In der öffentlichen Plenarsitzung der Stadtverordneten zu **Leipzig** am 31. März theilte der Vorsitzende dem Collegium mit, daß der Stadtrath das Pfarramt an der Nikolaikirche dem Professor Dr. Harleß (Nr. 89) übertragen, dieser auch zu dessen Annahme sich bereit erklärt habe. Es wurde darauf in Folge dieser Mittheilung der einstimmige Beschluß gefaßt, bei dem Stadtrathe zu beantragen, daß er bei künftiger Besetzung der Kirchenämter den Stadtverordneten eine Mitwirkung zugestehen möge.

† **Hannover**, 1. April. Mit einer Morgensitzung wurde gestern die Ständeversammlung bis nach den Festtagen geschlossen. Es läßt sich nicht sagen, wie lange die Session alsdann noch dauern wird. Die Hoffnungen der Proceßconferenz, daß ihre Einigungsvorschläge rasch zum Ziele führen würden, sind weniger durch die II. als durch die I. Kammer vernichtet, die alle Hauptpropositionen verworfen hat. Nun werden neue Conferenzen versucht und das Gesetz wo möglich noch bunter und principloser werden, als es jetzt schon ist. Aus dem Gange dieses Proceßgesetzes ersieht man wieder, wie mißlich es ist, ein Vorhaben gegen eine starke Minderheit, wenn diese geistig das Uebergewicht hat, um jeden Preis durchsetzen zu wollen. Diesem Proceßgesetze stand in der II. Kammer das Urtheil der Fachmänner fest und entschlossen entgegen, außerhalb der Kammer das höchste Gericht, die ersten Juristenvereine und die Meinung des Landes. Wohin es führt, wenn ein Gesetz, dessen Beurtheilung specielle Fachkenntniß voraussetzt, sich lediglich auf die Hülfe der Laien stützt, zeigt diese Proceßordnung: nicht nur sind die wenigen Juristen (praktische überhaupt nicht), die anfangs mit ihm gingen, jetzt schon wieder davon abgefallen, sondern es zweifeln auch Solche, die noch immer an ihr endliches Zustandekommen glauben, doch daran nicht, daß sie nur zu einer Scheinexistenz gelangen und bevor zwei Jahre vergehen würden, die Unmöglichkeit dieses Gesetzes erkannt werden würde.

In ihrer letzten Sitzung hat die II. Kammer sich wieder mit der Presse zu beschäftigen gehabt. Die Petition des Herausgebers der durch eine neuliche Ministerialverfügung unterdrückten „Neuigkeiten“ lag vor. Nicht die Hälfte der Abgeordneten war mehr anwesend, und in solchen Fällen hat die äußerste Rechte völlig freie Hand. Ueber das Nähere dieser Verhandlungen verweisen wir auf unsere Zeitung. Die wenigen Mitglieder der Opposition stritten lebhaft für die Rechte der Presse, aber ihre Anträge vermochten sie natürlich nicht durchzusetzen. Vielleicht spricht es aber eben so laut, als wenn dies geschehen wäre, gegen das Verfahren der Behörden, daß selbst die ministerielle Mehrheit die Befugniß zu unmotivirten Concessionsentziehungen bei Zeitschriften in Zweifel zog und die fragliche Petition der Regierung mit dem Ersuchen zu übersenden beschloß, die Zurücknahme des Verbots der „Neuigkeiten“ in Erwägung zu ziehen. Daneben beschloß man, der Regierung zu äußern, daß Stände so ausnehmende Beschränkungen, wie sie gegen diese „Neuigkeiten“, als sie noch bestanden, in Anwendung gebracht, weder für räthlich noch für gerechtfertigt anzuerkennen vermöchten, und sich deshalb auf ihre bei Gelegenheit des Polizeistrafgesetzes gefaßten Beschlüsse über die Presse beriefen. Jene Beschränkungen bestanden namentlich darin, daß dem genannten Tagesblatte die Fortsetzung selbständiger Berichte aus der Ständeversammlung untersagt war.

Gestern ist die Institutirung des mit Bewilligung der Stände beschlossenen neuen Obermedicinalcollegiums durch die Gesetzsammlung angezeigt und das Personal bereits ernannt. Dieses Collegium wird eine Centralbehörde für alle medicinischen Angelegenheiten werden; zu seinem Ressort gehört die Beantragung, Entwerfung und Begutachtung von Gesetzen, die Prüfung der Candidaten der Medicin, die Berufung der Medicinalpersonen und die Oberaufsicht aller medicinischen Anstalten, mit Ausnahme derer der Universität Göttingen; ferner die Erstattung und Prüfung von Gutachten in medicinisch-gerichtlichen und polizeilichen Fällen; Vorschläge zu Titelverleihungen und Besoldungszulagen für Aerzte u. s. w. Das Collegium ist dem Ministerium direct untergeordnet und den Landdrosteien coordinirt. Zum Dirigenten ist der auch als medicinischer Schriftsteller bekannte Hofrath Holscher, zum zweiten Dirigenten der Leibmedicus Spangenberg ernannt, zu ordentlichen Mitgliedern der Hofrath Krause, Medicinalrath Kaufmann und Leibmedicus Baring; zum Secretair der Hofmedicus Dürr. Als außerordentliche Mitglieder fungiren noch zwei Aerzte und zwei Apotheker.

Der Präsident des Pestalozzivereins hat bekannt gemacht, daß die Stiftung ihre Thätigkeit begonnen habe und bereits zehn Knaben rechtlichen Familien zur Erziehung anvertraut seien. Die Anerkennung des Vereins als öffentliche Körperschaft hat das Ministerium des Innern einstweilen noch abgelehnt.

— Aus **Darmstadt** vom 31. März meldet das Frankfurter Journal: „Die zur Auswanderung nach Texas hier zusammengetretenen jungen Männer, 38 an der Zahl, werden morgen von hier abreisen und zu Hamburg mit dem dort sie erwartenden Schiff unter Segel gehen. Dieselben scheinen mit Allem wohl ausgerüstet zu sein; insbesondere ist ihre Bewaffnung sehr vollständig, indem Jeder drei Doppelflinten, Pistolen und noch andere Waffen zu Schutz und Trutz besitzt. Auch führen sie ein zahlreiches Koppel von mehren Arten von Jagdhunden mit sich, welche sie bei der hohen und niedern Jagd zum Nutzen ihrer Ansiedelung werden gebrauchen können. Die Hauptsache ist und bleibt jedoch die Landwirthschaft, und zu deren erfolgreichem Betrieb auf dem anzubauenden Lande scheint es der hiesigen Gesellschaft weder an Intelligenz noch an den zureichenden Arbeitskräften zu mangeln, da, was letztere insbesondere betrifft, für deren angemessene Verstärkung an Ort und Stelle durch tüchtige Colonisten, die des Landbaues kundig sind, gesorgt werden soll.“

— Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Kiel** vom 28. März geschrieben: „Nach authentischen Nachrichten aus Kopenhagen ist man im Staatsrathe zu dem Beschlusse gekommen, ernstlich Hand an die Lösung der schleswig-holsteinischen Wirren zu legen, und zwar auf volksthümlichem Wege. Die vier Ständeversammlungen und außerdem das Althing Islands sollen außerordentlich einberufen werden, und zwar jede an den gewöhnlichen Orten, jedoch nur auf drei Tage, während welcher jede von ihnen sieben Abgeordnete zur Begutachtung der zu machenden Vorlagen nach Kopenhagen entsenden soll. Einverstanden soll man schon jetzt sein, daß die besondern staatsrechtlichen Verhältnisse Holsteins auch besondere Berücksichtigung verdienen, wogegen man Schleswig noch immer als Pertinenz von Dänemark betrachten möchte."

* **Frankfurt a. M.**, 2. April. Dem Vernehmen nach ist vor einigen Tagen dem Vorstande der deutsch-katholischen Gemeinde ein Senatsbeschluß zugegangen, durch welchen es derselben auf ihr diesfälliges Gesuch gestattet wird, daß die von ihr ordnungsmäßig angestellten Geistlichen den Act der Taufe und der Trauung vollziehen. Am 4. April als am ersten Osterfeiertage wird der neu ernannte Prediger dieser Gemeinde, Hr. Floß, in der ihr zur Mitbenutzung eingeräumten protestantischen Weißfrauenkirche seine Antrittspredigt halten. — Die lichtfreundliche Gesellschaft des Montagskränzchens will, wie sie am letzten Weihnachtsfeste gethan, auch diese Ostern eine eigne gottesdienstliche Versammlung halten, um sich durch einen ihrer Anschauungsweise entsprechenden Vortrag erbauen zu lassen. Diesmal soll die Feier, welche im gewöhnlichen Sitzungslocale des Vereins, im Wolfseck, abgehalten werden wird, mit Musik und Gesang ausgeschmückt werden. — In den letzten Tagen sind hier abermals Drohbriefe zum Vorschein gekommen; sie waren an Privatpersonen gerichtet, welchen darin ganz grundlose Beschuldigungen wucherischer Getreidespeculationen gemacht wurden. Es sind jedoch fortwährend alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln angeordnet, um allen böswilligen Demonstrationen, falls sie gewagt werden sollten, auf das kräftigste zu begegnen.

Preußen.

** **Berlin**, 2. April. Im höchsten Grade bezeichnend für die Charakterfestigkeit und die Gesinnungstreue einer Partei, welche sich täglich von allen Enden Europas her als die festeste Stütze der Throne darstellt, ist die Haltung, welche die gesammte ultramontane Presse fortdauernd den jüngsten Vorgängen in München gegenüber behauptet. Vom französischen Univers bis zu der Süddeutschen und der Augsburger Postzeitung herab spricht aus allen Organen der genannten Fraction dasselbe Gefühl der Erbitterung, welches in den heftigsten Schmähreden seinem Aerger Luft zu machen sucht und zur Befriedigung einer kleinlichen Rache zu den erbärmlichsten Mitteln der Anschwärzung und Verdächtigung greift. Unter ihren Sinnesgenossinnen mit den ersten Rang nimmt auch hier wieder die Rhein und Moselzeitung ein, die dem Anschein nach der von ihr vertretenen Sache nicht besser dienen zu können glaubt, als indem sie ihre Spalten mit Klatschereien über die münchener Vorfälle anfüllt. So sprach die Rhein- und Moselzeitung kürzlich über das dem König im Theater dargebrachte Lebehoch und über die angebliche Niederschlagung des Processes gegen die Tumultuanten. In Betreff des Lebehochs ward berichtet, daß dasselbe von einem Handwerker ausgebracht sei, der in gemischter Ehe lebe, während ein Dutzend Studenten, die von einem Professor eigens zu diesem Zweck in das Theater geführt seien, den Ruf des Handwerkers wiederholten. Hierauf beschränke sich die ganze von der Polizei so lebhaft unterstützte Demonstration, und von einer enthusiastischen Kundgebung der Gefühle des gebildeten Theiles der münchener Bevölkerung könne also bei diesem Anlaß gar keine Rede sein. Wer gezwungen ist, schon solche Dinge in solcher Weise zum Schutze seiner Sache auszubeuten, dem müssen reellere Stützpunkte seiner Interessen doch in hohem Grade mangeln. Und in der That, dieser Mangel an materiellen wie moralischen Stützpunkten zeigt sich noch offenkundiger darin, wie die angebliche Einstellung des weitern Untersuchungsverfahrens aufgefaßt und besprochen ward. Die Rhein- und Moselzeitung behauptete ganz unumwunden, dieser königl. Gnadenact sei eingetreten, weil die Nachforschungen wegen Verbreitung des bekannten Memorandums auf Personen geführt hätten, die man nicht compromittiren wollte. Es wird aber in dieser jedenfalls sehr absichtslosen Verdrehung des wahren Sachverhältnisses nur des kleinen Umstandes vergessen, daß es sich hier nicht um Erforschung der Verbreiter des Memorandums, sondern um die Tumultuanten handelt, welche zum Theil bei der jüngsten Emeute auf frischer That ergriffen waren und sich in sicherm Gewahrsam befanden.

So tief sich indessen die Rhein- und Moselzeitung zu kleinlichen Mitteln herabläßt, wo es gilt, das Thun und Lassen ihrer alten und neuen Gegner vor den Augen der Welt mit Schmach zu bedecken, so hoch erhebt sie sich wieder in die obersten Regionen sittlicher Erhabenheit, wenn es darauf ankommt, das Verfahren ihrer Herzensliebling, der abgetretenen Minister, zu beschönigen und als preiswürdiges Vorbild zur Nachahmung hinzustellen. Wäre es in der Wahrheit begründet, was die ultramontanen Blätter übereinstimmend behaupten, daß lediglich Erwägungen allgemein menschlicher und sittlicher Natur, daß ausschließlich moralische Gründe die bairischen Minister zu ihrem seltsamen Schritte bestimmt, so würde diesen Männern das Zuerkenntniß von Achtung nicht vorenthalten werden dürfen, was die Organe ihrer Partei ihnen jetzt so bereitwillig gewähren und von aller Welt für sie in Anspruch nehmen. Wir würden es zwar immer auf das entschiedenste bekämpfen müssen, wenn Staatsdiener ihrem Könige und Herrn mit Hintansetzung aller Rücksichten der dem Fürsten schuldigen Ehrerbietung gegenübertreten; wir würden gegen ein derartiges Verfahren mit um so wärmerm Eifer protestiren müssen, wo es sich, wie hier, um eine Angelegenheit handelte, die einzig und allein dem Ermessen des Monarchen anheimgegeben war und um so mehr den Charakter einer rein persönlichen, keiner fremden Einmischung zuständigen Angelegenheit trug, als sie unbedingt in den Bereich der Gewissenssachen gehörte; aber im Namen derselben individuellen Freiheit in der Selbstbestimmung, welche wir für die eine Seite geachtet wissen wollen, müßten wir auch der andern Seite das Recht des freien Entschlusses ungeschmälert zuerkennen und müßten den Vorsatz der Minister, sich wegen Gewissensbedenken von der Leitung der Geschäfte zurückzuziehen, um so höher in Ehren halten, je offener sie diesen Vorsatz unter Beachtung aller durch die Umstände gebotenen Schicklichkeitsformen mit sittlichem Freimuthe dargelegt hätten. Betrachten wir aber diesen nothwendigen Bedingungen gegenüber Das, was vorliegt, so finden wir in demselben nichts, was den betheiligten Petenten großen Anspruch auf Anerkennung zu sichern vermöchte. Die Sprache des sittlichen Freimuths ist Offenheit und Wahrheit; die jener Minister aber macht den Eindruck eines fein angelegten diplomatischen Coup, der auf Einschüchterung berechnet und auf Täuschung gebaut ist. Die bedenkliche Stimmung, welche nach der Versicherung der Minister in ganz Baiern von Berchtesgaden und Passau bis nach Aschaffenburg und Zweibrücken herrschen sollte, zeigte sich in der Wirklichkeit als nicht vorhanden, und der unzweideutigste Beweis, auf wie trügerischer Grundlage die Insinuationen der Minister ruhten, war gerade die Thatsache, daß das Bekanntwerden eines aufregenden Actenstücks, verbunden mit allen sonstigen Manipulationen der Aufwiegelung, keine andere Wirkung hervorrief als den Tumult vom 1. März, den selbst die ultramontanen Blätter als ziemlich unbedeutend darstellten. Die zur Sprache gebrachte Gefährdung des Königthums ist ein leichtfertig hingestelltes Schreckbild, welches aller thatsächlichen Wahrheit entbehrt. Die Behauptung von der wankenden Treue des Heeres endlich erweist sich auf den ersten Blick als eine zu offenbare Verleumdung, als daß es der ausdrücklichen Kundgebungen vom Gegentheile bedurft hätte. Waren es aber statt der offenen, geraden und wahren Sprache des männlichen Freimuths diese Mittel leichtfertiger Uebertreibung und Entstellung der Wahrheit, mit denen die Minister nicht blos einen Act freien, eignen Entschlusses zu rechtfertigen, sondern auch unbefugterweise den Willen des Monarchen zu beugen und ihren Eingebungen geneigt zu machen suchten, so wird kein unbefangener Beurtheiler diese Staatsmänner als Märtyrer einer strengen sittlichen Ueberzeugung verehren wollen. Vielmehr liegt die wahre Erklärung und Würdigung des ministeriellen Verfahrens in der täglich zuverlässiger bestätigten Thatsache, daß der bairische Monarch in jüngster Zeit mit wachsender Unzufriedenheit das übermüthige Treiben der von Hrn. v. Abel geführten ultramontanen Partei angesehen habe, und daß man auf dieser Seite durch die wiederholten königlichen Mahnungen zur Mäßigung und zur Abstellung von Uebelständen endlich in die Lage gebracht sei: Alles zu wagen, um Alles zu gewinnen. Der große Wurf wurde gethan und — ging für die Spieler verloren.

* **Aus der Provinz Sachsen**, 1. April. Das Consistorium in Magdeburg hat an die Geistlichen ein Schreiben erlassen, in welchem es den Uebertritt des Candidaten Floß zu den deutsch-katholischen Dissidenten officiell anzeigt. Derselbe sei leider dem Beispiele des Pfarrers Giese und der Candidaten Demuth und Bergmann gefolgt. Das Consistorium glaubt, sein Schmerz hierüber werde von den Geistlichen der Provinz getheilt werden und hat selbst die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die Genannten von ihrem „starken Irrthume" zur evangelischen Kirche zurückkehren würden. Uebrigens ist es jetzt in Bezug auf die religiösen Bewegungen ziemlich still. Die Untersuchungen gegen den Pastor Uhlich waren einstweilen eingestellt, wie man hört, aber nur bis zu dem Zeitraume, wo derselbe die Confirmanden, deren er, da er die Frauen der Stadt Magdeburg so sehr auf seiner Seite hat, natürlich eine große Anzahl zählt, eingesegnet haben wird. Während des Confirmandenunterrichts ist allerdings der Zusammenhang eines Predigers mit den Bewohnern seines Ortes lebhafter als sonst, und nach Ostern ist daher von einer kräftig geführten Untersuchung gegen Uhlich eine weit geringere Aufregung zu fürchten als vorher. Ohne übrigens zu dem religiösen Standpunkte des Pastors Uhlich oder zu seiner Persönlichkeit nur die entfernteste Beziehung zu haben, müssen wir doch gestehen, daß uns gegenwärtig eine Untersuchung gegen Uhlich durch nichts als vielleicht durch den Buchstaben des Gesetzes gerechtfertigt erscheint. Man vergegenwärtige sich nur die jetzigen kirchlichen Verhältnisse. Ein Rationalist von altem Schlage, dessen Glaubensgenossen in allen Aemtern des Staats, die geistlichen nicht

ausgenommen, vollkommen ungestört sind, ließ sich durch Ehrgeiz oder durch einen ihm innewohnenden Thätigkeitstrieb bewegen, seine religiösen Ansichten in öffentlichen Versammlungen auszusprechen und zu vertheidigen, zu einer Zeit, wo sein Standpunkt längst überwunden und von ganz andern Fragen in der Theologie die Rede war. Diese modernen Fragen werden auch in den von ihm angeregten Versammlungen zur Sprache gebracht, und die Regierung hält es für angemessen, gerade gegen sie ihre Maßregeln zu ergreifen. Ein Hauptvertreter dieser radicalern Richtung in der Provinz wird aus der Kirche entfernt, und mithin sind in der That alle oppositionellen Elemente ausgeschieden, welche man etwa in unserer Zeit noch zu fürchten gehabt hätte. Ist es denn nun nicht gleichgültig, ob jene bereits wissenschaftlich überwundenen Elemente der kirchlichen Opposition innerhalb oder außerhalb der Kirche absterben? Auch viele unserer Orthodoxen sind überzeugt, daß, nachdem einmal die Wislicenische Fraction der protestantischen Freunde mit ihrem Princip der Immanenz sich Geltung verschafft habe, man die andere Fraction derselben wohl in der Kirche behalten könne, da man nun nicht mehr Diejenigen als die Gegner der Kirche betrachten könne, welche dieses oder jenes Wunder bezweifeln, sondern einzig und allein Diejenigen, welche überhaupt von einer jenseitigen Welt nichts wissen wollen.

Die Nachwirkungen der religiösen Bewegungen, welche sich hier und da in der Provinz zeigen, sind eigenthümlich genug, und für rationalistische und orthodoxe Geistliche gleich verhängnißvoll. Sie bestehen nämlich darin, daß man den Geistlichen an manchen Orten die Gebühren bei Trauungen, Hochzeiten und Kindtaufen verweigert, und daß man selbst auf dem Lande eigenmächtige Aenderungen an der Agende von ihnen verlangt, durch welche sie sich großen Verantwortlichkeiten aussetzen würden. Die Verweigerung der Gebühren hat einen äußerlichen Grund noch darin, daß der Generalsuperintendent Möller bei Kirchenvisitationen ihre Abschaffung durch die Regierung, welche in dem nahen Braunschweigischen bereits glücklich bewirkt ist, als bevorstehend angekündigt haben soll, ob nur für die Provinz oder für das ganze Königreich, wissen wir nicht.

o **Von der Elbe**, 2. April. Soeben kommt uns ein seltsames Actenstück zu Gesicht. Es fodert nämlich der Landrath des Liebenwerdaer Kreises zur Theilnahme an der Feier des 24. April auf, als des Tages, an dem vor 300 Jahren Kurfürst Friedrich der Großmüthige bei Mühlberg für den protestantischen Glauben kämpfte; um die Festlichkeit zu erhöhen, sollen von allen Seiten Gäste herzukommen und auf dem Schlachtfelde soll der Grundstein zu einem Denkmale gelegt werden. Es hat freilich in unsern Tagen manche wunderliche Jubelfeier gegeben, aber ich zweifle, ob irgend eine diese an Verkehrtheit übertroffen habe. Man feiert sonst die Erinnerung glorreicher Tage, oder man ehrt große Männer, indem man bei der Wiederkehr ihres Todestages noch nach Jahrhunderten sich versammelt, um gemeinsam die Verdienste ihres Lebens dankbar sich zu vergegenwärtigen; aber es ist unerhört, daß die Besiegten selbst ihre Flucht und Niederlage und die Gefangennahme ihrer Feldherren als Aufforderung zu einem Feste betrachtet haben; Niemand hat es geliebt, seinem Unglück ein Denkmal zu errichten. Und wäre noch die Niederlage eine Quelle neuer Siege geworden, hätte sie neue Eintracht und treues Zusammenwirken zur Folge gehabt, so möchte das Fest gerechtfertigt erscheinen: aber daß deutsche Protestanten das Andenken an den Krieg feiern, dessen Ausbruch Luther mit banger Ahnung drohen sah, in dessen Verlaufe durch Ungeschick der Führer, durch falsches Zaudern, endlich durch Eigennutz die Sache des Protestantismus an den Rand des Verderbens geführt wurde, das hätten sich die ärgsten Feinde unserer Kirche nicht träumen lassen. Und die Stätte, an der unter dem Kriegsgeschrei Hispania! Alba und seine Spanier den fliehenden Kurfürsten ereilten, an der Moritz um des Kurhutes willen gegen seinen Vetter und Glaubensgenossen stritt, will man durch ein Denkmal verewigen? damit glaubt man Friedrich dem Großmüthigen Dankbarkeit zu erweisen? Das ist ein Fest, welches alle deutschen Protestanten mit Unwillen erfüllen wird. Wol wäre zu wünschen, daß es ganz unterbliebe: aber wollen die Mühlberger es sich einmal nicht nehmen lassen, auch ihr Jubiläum zu haben, so mögen sie sich doch auf eine einfache kirchliche Feier beschränken und Gott bitten, uns vor solchen Tagen in Zukunft gnädig zu bewahren, damit keine Stadt je wieder zu einer so traurigen Berühmtheit komme, wie Mühlberg sie genießt.

— Der Graf v. Reichenbach auf Domecke veröffentlicht in der Schlesischen Zeitung vom 2. April Folgendes:

„Ich wurde zum Landtagsdeputirten der Ritterschaft des Brieger Bezirks gewählt, ohne zehn Jahre im Besitz zu sein. Viele Bekannte und Freunde sind im Glauben, ich werde am Landtage Theil nehmen. Dies wäre ein Irrthum, an dessen Berichtigung mir liegen muß. Se. Majestät haben nicht mich, sondern den Grafen Strachwitz auf Proschlitz einberufen. Ich habe der Redaction der Breslauer Zeitung einen nur Thatsachen enthaltenden Bericht über die Wahltage zu Brieg übersendet, sie schickte ihn zurück, weil er seiner Form nach unbedingt die Druckerlaubniß nicht erhalten werde; an Thatsachen läßt sich aber nichts ändern, die Wahrheit läßt sich überhaupt nicht fälschen. Ich werde mich daher an den Verhandlungen des Landtags wol auch schriftstellerisch nicht betheiligen können, obgleich ich es Denen gegenüber, die mich gewählt, für Pflicht hielt."

Oesterreich.

Ueber die neulich erwähnten Robothrenitenzfälle in Böhmen (Nr. 92) heißt es ausführlicher in einem Artikel **aus Franken** vom 27. März in der Weser-Zeitung: „Reisende, welche aus Böhmen kommen, berichten, daß sich unter den dortigen Bauern eine große Aufregung kundgebe, und daß es namentlich im nordöstlichen Theile bereits zu mehrfachen Excessen und unruhigen Auftritten gekommen sei. Diese sind größtentheils gegen Gutsherrschaften oder deren Beamte gerichtet, welche bei dem böhmischen Landvolke fast durchgehends sehr verhaßt sind. Den nächsten Anlaß zu den Unruhen scheint neben dem herrschenden Nothstande, der namentlich in den gebirgigen Gegenden eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht hat, auch das neueste Robothablösungspatent gegeben zu haben, wodurch die Bauern sich auf einmal von allen Verbindlichkeiten und Abgaben gegen ihre Gutsherrschaft für befreit halten. Bemerkenswerth ist dabei die gereizte Stimmung, welche die böhmischen Bauern allenthalben gegen die Deutschen an den Tag legen. Man erkennt darin eine Frucht der Bestrebungen des Czechenthums, welches sich seit mehren Jahren eifrigst angelegen sein läßt, durch Wort und Schrift alle Uebel, welche auf dem böhmischen Volke lasten, den Deutschen in die Schuhe zu schieben. In den an Baiern grenzenden westlichen Landestheilen Böhmens hat sich in den letzten Monaten ebenfalls vielfache Aufregung kundgegeben, hier aber hauptsächlich wegen der Theuerung der Lebensmittel."

Spanien.

Der Congreß hat am 25. März bei Berathung des Gesetzes über Forterhebung der bisherigen Steuern ein Amendement angenommen, welches die im Budgetgesetze von 1845 der Regierung ertheilte Vollmacht zur Regulirung der Schuld zurücknimmt. Das Ministerium war dem Amendement beigetreten. In der vorhergegangenen Sitzung kam die Sache der auswärtigen Schuld zur Sprache und führte zu einer lebhaften Debatte. Hr. Mendizabal gab eine Skizze der Entstehung derselben und erwähnte der von den auswärtigen Gläubigern an den Congreß gelangten Vorstellung, in welcher dieselben den Werth der Spanien gewährten Anleihen und ihr Verdienst um die Unabhängigkeit wie das innere Gedeihen des Landes geltend machen, unter Anderm auch erwähnen, daß ihnen vom Grafen von Montemolin die volle Anerkennung ihrer Foderungen zugesagt worden sei, wenn sie denselben durch eine neue Anleihe unterstützen wollten. Dieses Anerbieten wurde rund abgewiesen, und Hr. Mendizabal führte das als einen Beweis des Wohlwollens der englischen Nation gegen Spanien an. Seiner Meinung nach würden die Nationalgüter hingereicht haben, die Verpflichtung Spaniens zu erfüllen, wenn sie dieser Bestimmung nicht entzogen worden wären. Hr. Mon habe die Verpflichtungen zwar anerkannt, allein indem er die zur Erfüllung derselben verpfändeten Güter, welche an die Geistlichkeit zurückgegeben worden sind, anders verwenden ließ, eine Beraubung der Nation begangen. Als er (der Sprecher) Finanzminister gewesen, habe er mitten im Kriege eine halbjährige Zinsenzahlung bewirkt. Wenn die Franzosen im Unabhängigkeitskriege die Oberhand erlangt hätten, würden jene Güter von ihnen absorbirt worden sein. Die Nation habe übrigens für Cultus und Klerus anderweitig gesorgt. Hr. Mon und Hr. Pidal erklärten, daß sie sich nicht mit einer Beraubung der Kirche und mit einem Verfahren vereinigen könnten, welches darauf hinauslaufe, den einen Theil zu schmälern, um einen andern zu bezahlen. Der jetzige Finanzminister gab nur seine besten Wünsche und Absichten für Befriedigung der auswärtigen Gläubiger zu erkennen, die ganze Verhandlung aber blieb ohne weiteres Resultat. Hr. Benavides hatte nämlich dem Congresse so einleuchtend das Klägliche der bisherigen Adreßdebatte vorgehalten, daß man dieselbe nun eben so übereilt zu Ende zu bringen suchte, wie sie bisher rücksichtslos in die Länge gezogen worden zu sein scheint. Der Congreß hielt sich daher auch nicht bei einem Amendement des Hrn. Galocz Cantero zum §. 14 auf, welches die Herstellung der Geschworenen bei Preßprocessen beantragte. Nachdem der Justizminister Bravo Murillo die zu erwartende Vorlage eines Gesetzes über Preßangelegenheiten angekündigt hatte, wo jene Frage passend zu erörtern sein werde, wurde dasselbe mit 86 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Die Annahme der Adresse haben wir gestern schon berichtet.

— General Serrano soll Mittel gefunden haben, Madrid zu verlassen, und dürfte bereits die französische Grenze passirt haben.

— Ein amtlicher Bericht aus **Toledo** meldet die Zersprengung eines kleinen Insurgentenhaufens, welcher, aus Bewohnern Toledos und der Stadt Vargas bestehend, sich dort gezeigt hatte. Der Anführer und einige Mann desselben waren von der Gendarmerie unter Mitwirkung der Bewohner von Fonseca gefangen genommen worden.

— Der Heraldo macht zu der im Congresse votirten Zurücknahme der Autorisation zur Regulirung der Schuld die Bemerkung, daß dieselbe auf den ersten Blick als der Regierung feindlich erscheine; der eigentliche Grund davon aber sei, der Möglichkeit vorzubeugen, daß eine so wichtige Vollmacht eines Tages in Hände gerathe, welche sie nicht zu gebrauchen verständen. Diese Andeutung scheint zu verrathen, daß man dadurch einem etwanigen progressistischen Ministerium ein Hinderniß bereiten wollte.

Großbritannien.

London, 30. März.

Im Oberhause wurden gestern eine Anzahl Bittschriften gegen die Plane der Regierung mit dem Schulwesen übergeben. Der Marquis v. Londonderry nahm von einem angeblichen Gerüchte, daß der Herzog v. Wellington mit der im Unterhause schon eingebrachten Bill über Verkürzung der Dienstzeit im Heere oder vielmehr Anwerbung auf beschränkte Zeit nicht einverstanden sei, Gelegenheit, vom Earl Grey, dem Colonialminister, und dem Herzoge eine Aeußerung darüber zu verlangen. Indessen bemühte er sich vergeblich. Im Unterhause wurde unter Anderm von Hrn. S. O'Brien die Frage erhoben, ob die Regierung bei der nun in Irland angeordneten Entlassung von einem Fünftel der bei öffentlichen Arbeiten beschäftigten Leute auch Fürsorge getroffen habe, diese ferner vor dem Verhungern zu schützen. Der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, erklärte, daß die Regierung dem irischen Arbeitsamt überlassen habe, wo es rathsam erscheine, einen Theil der zu entlassenden Arbeiter noch länger anzustellen. Ueberhaupt solle die Ablohnung nur nach und nach erfolgen. Der durch Hrn. Berthwick angeregten Aeußerungen Lord Palmerston's gegen carlistische Unternehmungen ist gestern schon kurz gedacht worden. Der Staatssecretair des Auswärtigen erklärte geradezu, daß er von Jedem, der Einfluß bei dem Grafen v. Montemolin habe, erwarte, er werde demselben anrathen, seine Anhänger abzumahnen. Es würde als eine Verletzung des Gastrechts zu betrachten sein, wenn ein in England aufgenommener Fremder, von welchem Range und Stande derselbe sein möge, von da aus Proclamationen erlasse, um in befreundeten Staaten Krieg anzufachen. Während der fortgesetzten Comitéberathung der irischen Armenbill trat Lord George Bentinck mit seinen Ausfällen gegen die Regierung wieder auf, der er Pflichtvergessenheit hinsichtlich Irlands Schuld gab. Unter allerhand von ihm vorgebrachten Mitteln zur Hülfe für Irlands Noth war auch die Errichtung von 400 Armenhäusern. Wie schon einige Mal hatte der Lord sich auch gestern eine sehr scharfe Zurechtweisung zugezogen, indem der Secretair für Irland ihm erwiderte, wie er dessen Anschuldigungen in den allerbestimmtesten Ausdrücken, welche die parlamentarische Sitte gestatte, als unwahr bezeichne.

Das Oberhaus hat seine Osterferien angetreten und sich heute bis zum 15. April vertagt.

— Der Spectator gehört nicht zu Lord Palmerston's guten Freunden. So bemerkt er denn jetzt, daß, trügten nicht gewisse Anzeichen, der im auswärtigen Amte seit einiger Zeit waltende störenfriedische Geist sich noch nicht gelegt habe. In mehren Richtungen nehme man in der englischen Presse die angelegentlichen Bemühungen wahr, die englischen Interessen im Mittelmeer als bedroht zu schildern, und die Zeitungsagitation nehme sich aus, als solle sie irgend einem Absehen im voraus zur Rechtfertigung dienen. Mit der griechischen Regierung soll es so übel wie nur möglich gehen; der Minister Kolettis ist besser französisch als englisch, und Griechenland bezahlt die Zinsen der von England mit den andern beiden Schutzmächten garantirten Anleihe nicht. Aber haben wir das nicht Alles vorher gewußt? fragt der Spectator. Vor einigen Monaten sah es sogar noch schlimmer aus, als das griechische Ministerium wirklich die kleine Legislatur einschüchterte. Nichts Neues ist aufgekommen dabei, es wäre denn das Verhalten von gewisser Seite, nun der Krakau- und Montpensierzank aufgehört habe, Lärm zu machen, die müssige Zeit mit einem griechischen Gezänk auszufüllen, das zu Streit und endlosen diplomatischen Correspondenzen mit den Höfen von Athen, Baiern, Konstantinopel, Petersburg und Paris führen würde. Die Befürchtungen wegen französischer Besetzung von Port Mahon gehören in gleiche Kategorie. Der Spectator vergleicht ein derartiges Treiben dem Spielen der Kinder mit Feuer.

— In **Dublin** ist eine Soyer'sche Suppenanstalt jetzt eröffnet worden; 400 Personen können gleichzeitig ihr Mahl darin einnehmen, wozu ihnen fünf Minuten gestattet sind. Nach Hrn. Soyer's Berechnung würde er bis 10,000 Personen in fünf Stunden zu sättigen im Stande sein. Löffel und Teller sind an den Tischen befestigt; beim Verlassen der Anstalt erhalten die Leute eine Brotration. Der Lordlieutenant, der Lordmayor und andere angesehene Personen eröffneten die Anstalt, indem sie angesichts der armen Leute Suppe und Brot kosteten.

— In **Birkenhead**, dem am Mersey Liverpool gegenüber reißend schnell aufblühenden neuen Hafenorte, werden am 5. April die Commissioners Docks, die Lagerhäuser der Birkenhead Dockcompagnie, die zu den Docks führende Zweigeisenbahn der Chester-Birkenheadbahn und der Birkenheadpark eröffnet werden.

— Vom **Cap** wird unterm 23. Jan., also nur einen Tag später als die letzten Berichte, gemeldet, daß der Gouverneur Generallieutenant Sir P. Maitland das Commando interimistisch dem Obersten Somerset übergeben und die Grenzbezirke verlassen habe. Sein Nachfolger Sir Henry Pottinger war noch nicht eingetroffen.

— Gestern ist der neue spanische Botschafter Hr. Isturiz zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben von der Königin empfangen worden.

♀ London, 29. März. Bei dem Interesse, welches sich an die Frage über das am 1. Jan. 1848 eintretende Aufhören oder die Verlängerung des am 2. März 1841 zwischen Großbritannien und Preußen und sämmtlichen Zollvereinsstaaten abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrags für Deutschland knüpfen dürfte, wird die folgende Mittheilung aus einer amtlichen Correspondenz des Secretairs im Handelsamte, Hrn. M'Gregor, an den Untersecretair im auswärtigen Amte, Hrn. Stanley, zur Orientirung über diese Angelegenheit Manches beitragen. Sie gibt die britische Ansicht von der Sache und Nachweise über die Wirksamkeit und Nutzbarkeit des in Rede stehenden Vertrags in einer Weise, die zunächst weitere Bemerkungen darüber überflüssig macht:

„An den sehr ehrenwerthen E. J. Stanley. Kanzlei der Handelsabtheilung des Geheimenraths, Whitehall, am 21. Jan. 1847. Sir! Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 30. Nov. v. J. und die damit übersendete Abschrift einer Depesche von Ihr. Maj. Minister zu München bin ich von den Lords der Geheimenrathsabtheilung für den Handel angewiesen, zu ersuchen, daß Sie die folgenden Bemerkungen über die in Hrn. Milbanke's Depesche enthaltenen Angaben zu Lord Palmerston's Kenntniß bringen. Hr. Milbanke äußert mit Hinsicht auf eine Reihe Artikel, welche kürzlich in der Allgemeinen Zeitung über die commerzielle Lage des Zollvereins erschienen sind, daß die Verfasser derselben, die sämmtlich dem Freihandelssystem entgegen und alle mehr oder minder England feindlich sind, als den Weg, welchen der Zollverein bei Ablauf des Vertrags zwischen England und Preußen von 1841 einhalten müsse, bezeichnen: «zu versuchen, die Zusicherung der Gegenseitigkeit für die Schiffahrt auf beiden Seiten und der directen Einfuhr aus den Häfen des andern Theiles (Großbritannien) auf dem Fuße der begünstigtsten Nation, einschließlich der britischen Besitzungen in Ostindien, sowie die Ausdehnung der Geltung als nationale Häfen des Zollvereins auf die Häfen von der Maas bis zur Elbe und von Kiel bis Rostock, zu erlangen».

Im Betreff der genannten Häfen von der Maas bis Elbe bevorworten nun jene Scribenten, entweder aus Unwissenheit über den wahren Sachverhalt oder um die öffentliche Stimmung in Deutschland gegen England aufzuregen, daß der Zollverein bei Ablauf des Vertrags von 1841 eine Bevorzugung fodern solle, die er gleichwol auf Grund desselben Vertrags schon besitzt. Denn bei Einsicht des Art. I wird sich ergeben, daß — in Erwägung, daß britischen Schiffen gestattet ist, aus den Häfen aller Länder mit ihren Ladungen in die Häfen Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins einzulaufen; in Erwägung der gegenseitigen Zugeständnisse, welche mittels des erwähnten Vertrags stipulirt werden sind, und der Leichtigkeit, mit welcher in Folge der Anwendung der Dampfkraft auf die Binnenschiffahrt die Beförderung von Gütern stromauf und ab vor sich geht, sowie der neuen Ausswege, die dadurch dem Handel und der Schiffahrt eröffnet werden können, und da einige dieser Staaten sich als natürliche Ausgangspunkte für ihren Handel solcher Häfen bedienen, die nicht innerhalb ihres eignen Gebietes liegen; — preußische Schiffe und die Schiffe der übrigen den Zollverein bildenden Staaten nebst ihren Ladungen, wenn sie aus den Mündungen der Maas, Ems, Weser und Elbe oder aus den Mündungen irgend eines schiffbaren Flusses zwischen Elbe und Maas kommen, welcher den Verbindungsweg zwischen der See und dem Gebiete irgend eines an diesem Vertrage Antheil habenden deutschen Staates bildet, in die Häfen des vereinigten Königreichs und der auswärtigen britischen Besitzungen in ebenso vollständiger und ausgedehnter Weise sollen zugelassen werden, als wenn die Häfen, aus welchen diese Schiffe vorerwähnter Weise kommen, innerhalb des Gebietes von Preußen oder eines der obenbezeichneten Staaten sich befänden; auch soll derartigen Schiffen gestattet sein, die oben erwähnten Güter unter denselben Bedingungen einzuführen, unter denen sie eingeführt werden dürften, wenn sie aus den eignen nationalen Häfen solcher Schiffe kämen. Gleicherweise sollen solche Schiffe, wenn sie aus Großbritannien und seinen Colonialbesitzungen nach den erwähnten Häfen sich begeben, ebenso behandelt werden, als wenn sie nach einem preußischen Ostseehafen zurückkehrten.

Die Allgemeine Zeitung hat in dieser Weise seit langer Zeit sich bemüht, ein System commerzieller Feindseligkeit gegen England durch Entstellung von Thatsachen und Aufnahme gänzlich grundloser Angaben über Politik und Absichten dieses Landes zu verfolgen, die, weit entfernt, den von diesen deutschen Schriftstellern und ihren Patronen angenommenen begehrlichen und unfreundlichen Charakter zu theilen, durch große Liberalität und den steten Wunsch bezeichnet waren, unsere Handelsbeziehungen mit den Staaten des Zollvereins zu erweitern. Es hat England nicht nur Deutschland gegenüber seine Navigationsgesetze bedeutend gemildert, sondern auch seit Bildung des Zollvereins im Jahr 1833 die Zölle von jeglichem rohen oder fabricirten Artikel, den Deutschland producirt, entweder herabgesetzt oder die freie Einfuhr gestattet, wie aus der Beilage I. ersichtlich ist, während andererseits in demselben Zeitraume die Zölle auf verschiedene wichtige britische Producte und Manufacturen im Tarife des Zollvereins beträchtlich erhöht wurden, wie Beilage II. darthut.

Rücksichtlich der dem Zollvereine durch den Vertrag von 1841 bewilligten Schiffahrtsprivilegien ist zu bemerken, daß seitdem zwischen der Regierung Ihr. Maj. und den Regierungen von Mecklenburg, Hannover und Oldenburg Verträge unterzeichnet worden sind, welche den Schiffen dieser Staaten bei ihrer Ankunft mit Ladungen aus den mecklenburger Häfen Begünstigungen gewähren, die von Schiffen des Zollvereins, welche aus mecklenburger Häfen kommen, nicht getheilt werden. Ueber diesen Punkt, welcher eine von den in oben angeführter Stelle erhobenen Foderungen bildet, haben Mylords nur zu bemerken, daß 1841, als Baron Bülow über die Artikel des in demselben Jahre geschlossenen Vertrags mit dem Handelsamte in Verbindung gesetzt wurde, sein Verlangen auf Concessionen von Ihr. Maj. Regierung zu Gunsten der Zollvereinsschiffahrt gestellt war, ohne dafür irgend ein praktisch gleichkommendes Zugeständniß anzubieten. Er betrachtete oder hielt es jedoch damals nicht für wichtig, daß den in britischen Häfen aus den Häfen Mecklenburgs anlangenden Schiffen des Zollvereins irgend welche Begünstigungen gewährt würden. Der Hauptzweck der von ihm begehrten Begünstigungen war vielmehr, die aus der Elbe und Weser und insbesondere von Hamburg kommenden Schiffe des Zollvereins auf gleichen Fuß mit hambur-

ger und bremer Schiffen, die aus den Häfen der Maas auf denselben Fuß wie niederländische Schiffe zu bringen. Alle von ihm verlangten Begünstigungen wurden bis auf eine zugestanden. Er wollte nämlich die Schelde eingeschlossen wissen, und das wurde aus dem Grunde verweigert, weil die Schelde nicht in Deutschland, sondern in Frankreich entspringt und mit ihren Armen auf dem von ihr durchflossenen Gebiete dieses Königreichs eine Strecke schiffbar ist. Das Zugeständniß wegen der Schelde wurde daher abgelehnt, da es später hätte zu Schwierigkeiten wegen Verleihung derselben Begünstigungen an französische Schiffe, wie die dadurch an Zollvereinsschiffe bewilligten gewesen wären, hätte führen können.

Wegen Gewährung derselben Begünstigung an die Schiffe der zum Zollvereine nicht gehörenden Staaten wie an die des letztern, wenn sie aus der Maas und Elbe inclusive und aus preußischen Häfen kommen, ist zuvörderst in Betracht zu ziehen, daß mecklenburger Schiffe bei der Ankunft in britischen Häfen aus ihren eignen Häfen nicht auf weniger günstigen Fuß gesetzt werden konnten, als wenn sie aus andern Häfen Deutschlands oder der Niederlande kommen, und daß ferner britische Producte und Manufacturen zu besonders niedrigen Finanzzöllen in Mecklenburg zu allgemeinem Gebrauche zugelassen werden.

Was Hannover und Oldenburg betrifft, so sind die Zölle auf britische Producte und Manufacturen dort im Vergleiche mit denen nach dem Zollvereinstarif erhobenen ausnehmend mäßig. Wegen Gewährung aber derselben Privilegien an hannoversche und oldenburger Schiffe, die aus den Häfen der Elbe bis einschließlich der Maas und aus denen des Zollvereins kommen, wie an die des Zollvereins, möchte zu erwähnen sein, daß Ihr. Maj. Regierung vorher diese Begünstigungen durch den Vertrag von 1841 den Zollvereinsschiffen einschließlich der hannoverschen und oldenburger Häfen bewilligt hatte. Die von Hannover und Oldenburg zugestandene einzige weitere Begünstigung war, was Baron Bülow von Seiten des Zollvereins nicht zur Sprache brachte, nämlich daß ihre aus mecklenburger Häfen anlangenden Schiffe ebenso wie mecklenburger behandelt werden. Es ist dieselbe, wie Mylords unterrichtet sind, weder für Hannover noch für Oldenburg von irgend einer Bedeutung und für preußische Schiffe von geringem Werthe.

Es wird ferner in der Allgemeinen Zeitung behauptet, daß der Vertrag von 1841 (de facto einer über Concessionen an den Zollverein) keine Gegenseitigkeit gewähre, weil britischen Schiffen gestattet ist, aus allen Häfen in die Häfen des Zollvereins zu kommen, während die Schiffe des letztern mit ihren Ladungen in britischen Häfen nur aus den Häfen Preußens und von der Maas bis einschließlich der Elbe zugelassen werden. Das ist nach dem Buchstaben des Vertrags allerdings richtig, die praktischen Vortheile aber des Vertrags und der Schiffahrt zwischen dem britischen Reich und den Zollvereinsstaaten stellen sich folgendermaßen:

Die Stipulation, nach welcher britische Schiffe in den Häfen des Zollvereins mit ihren Ladungen aus allen Ländern zugelassen werden, ist in der Ausübung nichtig. Es ist wohlbekannt, daß kein Zollvereinsstaat, mit Ausnahme von Preußen, einen von britischen Schiffen mit Ladungen aus fremden Staaten besuchten Hafen hat. Selbst wenn das Dazwischentreten Hollands bei der Rheinschiffahrt aufhörte, würde kein Hafen dieses Stroms höher hinauf als Köln oder Koblenz irgend besondere Anziehungskraft für britische Schiffe mit Ladungen aus andern Ländern als dem vereinigten Königreiche besitzen; diese Häfen aber sind ebenfalls preußische und britischen Schiffen unter denselben Bedingungen wie preußischen Schiffen zufolge des Vertrags vom April 1824 zugänglich. Obgleich nun der Vertrag von Wien und der Vertrag mit Preußen die britische Regierung berechtigen könnte, darauf zu bestehen, daß Preußen und die Niederlande die Beschiffung des Rheins für britische Schiffe öffnen sollten, sind doch die Vortheile dieser Schiffahrt nicht als von irgend großer Bedeutung durch die britischen Rheder betrachtet worden, und die hohen Zölle des Zollvereins haben die Wichtigkeit dieses Verkehrs für britische Schiffe völlig geringfügig gemacht. Demnach besitzt thatsächlich kein Zollvereinsstaat mit Ausnahme von Preußen im Baltischen Meere irgend einen Hafen, wo britische Schiffe nach dem Vertrage von 1841 den geringsten Vortheil erzielen können. Was nun diese preußischen Häfen im Baltischen Meere anlangt, so ergibt sich, daß die Bestimmung des Vertrags von 1841 zu Gunsten dort aus andern als britischen Häfen mit Ladungen einlaufender britischer Schiffe nicht von wichtigem Nutzen ist. Für gewöhnlich langen britische Schiffe in den baltischen Häfen Preußens nicht mit Ladungen, sondern mit Ballast an, und Zollvereinsschiffe werden aus allen Häfen der Welt mit Ballast in britischen Häfen zugelassen. Britische Schiffe gehen nach den baltischen Häfen Preußens mit sehr geringen Frachten, und der Werth aller Ausfuhren in preußischen und britischen Schiffen nach preußischen Häfen beträgt nicht über ein Siebentheil des Werthes der Ausfuhr nach Häfen außerhalb des Zollvereins. (S. Beil. III.) Ein Ausfuhrartikel Großbritanniens, der wichtig als Ballast und Fracht für britische Schiffe sein könnte, das Salz nämlich, ist de facto in Folge des preußischen Salzmonopols verboten. Kurz, britische Schiffe gehen nach Preußens Häfen im Baltischen Meere nicht, um Ladungen dahin zu bringen, welche dort verkauft werden sollen, sondern um Ladungen in den preußischen Häfen angekaufter deutscher Erzeugnisse dort abzuholen. Der Art ist also die Beschränkung der Häfen und der Vortheile für britische Manufacturen nach dem Vertrage von 1841.

Die von Seiten Englands der Schiffahrt des Zollvereins in dem Tractate von 1841 gemachten Zugeständnisse bieten dagegen die außerordentlichsten Vortheile, hinreichend in der That, um bei Geschick und Unternehmungslust allen Staaten des Zollvereins die Möglichkeit zu gewähren, wie die Scribenten der Allgemeinen Zeitung wünschen zu wollen scheinen, eine große commerzielle Seemacht, obgleich ohne Seehäfen, zu werden. Die Zollvereinsstaaten können Flotten am Rheine, an der Donau und Elbe bauen, und wenngleich Baiern, Württemberg, Sachsen und andere Staaten keine Seehäfen besitzen, die von ihnen erbauten Schiffe selbst künstlich seichte Flüsse hinabschaffen, mit denselben aber Rotterdam, Dordrecht, Amsterdam, den Texel, alle Häfen der Südersee, von Oldenburg und Hannover, ebenso Hamburg als Zollvereinshäfen benutzen und mit ihren Ladungen alle Häfen des vereinigten Königreichs, des britischen Nordamerika, von Westindien, Südamerika, Afrika, Ceylon, sowie aller australischen Colonien mit denselben Berrechten wie britische Schiffe, vom britischen Ostindien unter den bestehenden Handels- und Schiffahrtsgesetzen der Ostindischen Compagnie auf demselben Fuße wie die begünstigtste fremde Nation besuchen. Was also den Handelsverkehr und die Schiffahrt für britische Schiffe anlangt, so ist die Erneuerung des Vertrags von 1841 von möglichst geringem Werthe, sein Erlöschen dagegen würde alle darin dem Zollvereine bewilligte Zugeständnisse und Vortheile aufheben."

Beilage I. Die wichtigern Producte oder Fabrikate der Zollvereinsstaaten, welche seit 1833 zur Einfuhr in Großbritannien zollfrei oder im Zolle herabgesetzt worden, sind: a) Butter von 1 Pfd. St. auf 10 Schill., Käse von 10½ Schill. auf 5 Schill. der Ctr.; Glas und Glaswaaren von 30—85 Proc. vom Werthe auf circa 2 Proc.; Seidenwaaren, Velvets und halbseidene Waaren von 30 auf 15 Proc.; Schmalte von 4 Pence das Pfd. auf 10 Schill. der Ctr.; Spirituosen von 1 Pf. St. 2½ Schill. die Gallone auf 15 Schill.; Holz nach Durchschnittssätzen der verschiedenen Klassen von der Last zu 50 Kubikfuß: Stabholz von 2½ Pfd. St. auf 1 Pfd. St. und von 1848 an auf 15 Schill.; Bretter von 4 Pfd. St., zweizöllige und stärkere eichene Planken von 6 Pfd. St. 16 Schill. auf 1 Pfd. St.; Latten von 6 Pfd. St. 16 Schill. auf 1 Pfd. 4 Schill.; Masten, Raaen, Bugspriete und nicht besonders angeführte, 8 Zoll und darüber im Durchmesser starke Eichen und weiche Hölzer von 2 Pf. St. 15 Schill. auf 15 Schill. b) Faßdauben waren mit 2 Pf. St. 13 Schill., Pottasche mit 6 Schill., Holzborke und Gerbelohe mit 8 Pence der Ctr., Borsten mit 2½ Pence das Pfd., Flachs und Hanf 1 Pence der Ctr., Iltisfelle 2 Schill. und Marder 6 Schill. das Dutzend, rohe Häute trocken mit 4 Schill. 8 Pence und frische mit 2 Schill. 4 Pence; Klee-, Lein- und Rübsaat mit 1 Schill. bis 1 Schill. 3 Pence der Quarter oder Bushel, Zink mit 2—10 Schill. der Ctr., Schafwolle mit ½—1 Penny das Pfund, gefärbte und gedruckte baumwollene Waaren mit Werthzöllen von 10 Proc., Leinenwaaren waren mit Werthzöllen von 40 Proc. belegt und sind jetzt völlig zollfrei.

Beilage II. Erhöhungen des Zollvereinstarifs von 1833—46 auf britische Producte und Fabrikate: Waaren, d. h. ungewalkte, aus Wolle, allein oder mit anderm nichtseidenen Gespinnst, Umschlagetücher oder Shawls mit angenähten gemusterten Kanten, Cords und façonnirt gewebte, gestickte oder brochirte Waaren, Posamentier-, Knopfmacher- und Stickereiwaaren von 30 Thlr. der Centner auf 50 Thlr.; Baumwollengarn, ungebleicht und ein- oder zweidrähtiges von 2 Thlr. auf 3 Thlr. der Centner; rohes leinenes Maschinengarn von 5 Sgr. auf 2 Thlr.; gebleichtes oder gefärbtes Leinengarn von 1 Thlr. auf 3 Thlr., Zwirn von 2 Thlr. auf 4 Thlr. der Centner; rohe (nicht appretirte) Leinwand, roher Zwillich und Drillich von 2 Thlr. auf 4 Thlr. der Centner; gebleichte, gedruckte und überhaupt appretirte, auch aus gebleichtem Garn gewebte Leinen, gebleichter oder überhaupt appretirter Zwillich und Drillich, neues Tisch- und Bettzeuch und Handtücher, im Stück wie verarbeitet, sowie neue Leibwäsche von 11 Thlr. auf 20 Thlr. der Centner; leinen Band, Battist, Borten, Fransen, Gaze, Kammertuch, gewebte Kanten, Schnure, Strumpfwaaren, Gespinnst und Tressenwaaren aus Metallfäden und Leinen, jedoch außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl, von 22 Thlr. auf 30 Thlr. der Centner; Zwirnspitzen von 55 Thlr. auf 60 Thlr. der Centner; geschmiedetes und gewalztes Eisen, façonnirtes ausgenommen, in Stäben von ½ Quadratzoll preußisch im Querschnitt und darüber, Luppeneisen, Eisenbahnschienen, Roh- und Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl von 1 Thlr. auf 1½ Thlr., geschmiedetes und gewalztes, nicht façonnirtes Eisen in Stäben unter ½ Quadratzoll auf 2½ Thlr. der Centner.

Beilage III. Der Werth der britischen Ausfuhren nach niederländischen Häfen war 3,131,970 Pf. St. im Jahr 1844 und 3,439,035 Pf. St. im Jahr 1845, nach deutschen Häfen außerhalb des Zollvereins 6,151,528 Pf. St. im Jahr 1844 und 6,517,796 Pf. St. im Jahr 1845, nach preußischen Häfen nur 505,384 Pf. St. im Jahr 1844 und 577,999 Pf. St. im Jahr 1845.

Frankreich.

Paris, 31. März.

Die Sitzung der Pairskammer begann gestern mit einem kleinen Wortwechsel zwischen dem Fürsten von der Moskwa und General Fabvier, welchem Jener eine gestern nicht deutlich verstandene, ihm erst aus dem Bericht im Moniteur bekannt gewordene Aeußerung (daß nämlich eine vom Fürsten von der Moskwa geschehene Behauptung gänzlich falsch sei) als völlig unparlamentarisch vorhielt und deshalb eine Erklärung foderte. Der General entsann sich der Worte nicht mehr und verlangte zu wissen, was er falsch genannt haben sollte. Darauf ließ sich indessen der andere Theil nicht ein, sondern behauptete, daß keine von ihm gegebene Versicherung so zu bezeichnen sei, während General Fabvier erklärte, er werde sich das Recht nicht nehmen lassen, Das falsch zu nennen, was wirklich falsch sein sollte. Später glich die Sache sich damit aus, daß der General nach genommener Einsicht des Moniteur sich dahin aussprach, wie er gefunden habe, daß er im vollständigen Rechte gewesen, indem er eine jedenfalls irrthümlich vom Fürsten von der Moskwa erhobene Beschuldigung abgewiesen habe. Wie Dem jedoch sein möge, werde derselbe überzeugt sein, daß er, welche Berichtigung von seiner Seite erforderlich werden könne, dabei nie für den Sohn des Marschalls Ney verletzende Ausdrücke gebrauchen würde. Der Minister des Innern übergab die gestern von der Deputirtenkammer angenommenen zwei Creditgesetzentwürfe und erwiderte auf eine Anfrage, daß in der nächsten Woche der Gesetzentwurf über den Secundairunterricht der Kammer vorgelegt werden solle. Der Gesetzentwurf über die Avancirung zu speciellen Dienstleistungen commandirter Lieutenants zu Hauptleuten ward nach kurzer Verhandlung angenommen. Die Kammer beschäftigte sich dann noch mit Bittschriften um sofortige Aufhebung der Sklaverei in den Colonien, über welche Graf Beugnot Bericht erstattete. Es waren deren von der Gemeinde Calmont und Gibel mit 75, von Mazères mit 55 Unterschriften, von 642 Geistlichen der pariser und anderer Diöcesen, von 396 Einwohnern von Nancy

und Paris, wobei der Bischof von Nancy und viele Geistliche, von 193 Einwohnern von Toulouse, sowie von dem protestantischen Pastor in La Selle, die in Betracht kamen. Die Commission trug auf Uebergehen zur Tagesordnung an, welchem Antrage sich Graf Montalembert widersetzte, der die Bittschriften bei dem Bureau der Nachweisungen ausgelegt wissen wollte. Die Kammer beschloß indessen nach einigen Worten des Marineministers, der namentlich auf die günstige Wirkung des Gesetzes vom 18. Jul. 1845 für Beförderung der Befreiung der Sklaven verwies, welche aus dem darüber an die Kammer ertheilten Bericht erhelle, dem Antrage der Bittschriftencommission gemäß die Tagesordnung und vertagte sich auf heute.

— Die Deputirtenkammer hielt gestern eine kurze Sitzung, in welcher Hr. Allard den Bericht über die außerordentlichen und Ergänzungscredite für 1846 und 1847 auf das Bureau niederlegte; dasselbe geschah von Hrn. Lacoudrais mit dem Gesetz über Abschluß der Rechnung für 1844. Der Finanzminister brachte einen Gesetzentwurf über Zahlung der Rate der halbjährigen Zinsen der von Frankreich mit garantirten griechischen Anleihe ein. Die Berathung des Gesetzentwurfs zur Regulirung gewisser mit dem Genuß und der Auszahlung von Pensionen in Verbindung stehender Verhältnisse wurden begonnen und ein Theil der Artikel angenommen. Es ist das keineswegs ein allgemeines Gesetz über die Civilpensionen, das seit langem gewünscht wurde.

— Zwei pariser Jahresereignisse, die Promenade von Longchamps und der Schinkenmarkt auf dem Boulevard Bourbon und dem Bastillenplatze, sind heute wiedergekehrt. Beide dauern drei Tage.

— Die Getreidepreise auf dem pariser Markte, ebenso in Toulouse, Cherbourg, Rouen, Toul, Arras, Montreuil und mehren andern Orten, sind allgemein im Sinken.

— Aus **Toulon** wird vom 27. März geschrieben, daß der Mangel an Matrosen die vollständige Ausrüstung der Linienschiffe Jemappes und Hercule nicht erlaube, um zum Geschwader des Prinzen von Joinville stoßen zu können. Beide lagen immer noch, jedes mit etwa 100 M. am Bord, im Arsenal. Das Geschwader besteht bis jetzt aus sechs Linienschiffen, wozu sechs Dampfer kommen werden.

— Der Moniteur widerspricht der durch Berichte aus Mauritius verbreiteten Nachricht, die Regierung habe befohlen, die Niederlassung von Nossi-be (bei Madagaskar) wegen der ungesunden Lage aufzugeben. Kein derartiger Befehl sei an die Behörden auf Bourbon oder Manette ergangen, und die neuesten Berichte daher stellten die kleine Niederlassung nicht blos als sehr nützlich dar, indem sie als Sammelplatz für Schlachtvieh, das Bourbon aus Madagaskar bezieht, diene, sondern melden auch im Besondern, daß die von Bourbon dahin gesendete Besatzung nach Jahresfrist 1846 bei der Ablösung zurückgekehrt sei, ohne einen einzigen Mann von 58 verloren zu haben.

— Beim Marineministerium sind Berichte aus **Gorea** vom 7. Febr. eingegangen. Contreadmiral Montagnès de la Roque hatte nach Besorgung aller Rettungsarbeiten an seiner gescheiterten Dampfcorvette Caraïbe die Bemannung am 18. Jan. nach St. Louis gebracht und seine Flagge auf dem Narval aufgezogen. Sein Bericht über den Verlust der Caraïbe wird mit der Dampfcorvette Espadon anlangen.

— Der Infant Don Enrique ist in Toulon von den Blattern befallen worden, jedoch bereits so weit hergestellt, daß er den erhaltenen Besuch des Prinzen von Joinville am Bord des Souverain erwidern konnte.

— Alle pariser Blätter verkündeten am 29. März, daß der Marschall Soult sein 83. Jahr angetreten habe. Da er jedoch 1769 geboren ist, so erhellt die Unrichtigkeit der Angabe.

— Der ehemalige Chef vom Cabinet des Marschalls Soult, General Naudet, ist gestern an den Folgen eines Schlagflusses gestorben.

— Der letzte Ministerpräsident Karl's X., Fürst Jules de Polignac, ist in voriger Nacht zu St.-Germain en Laye, wo er seit zwei Jahren verweilte, an den Folgen der Gicht gestorben. Er war 1780 geboren; sein älterer Bruder, der Herzog v. Polignac, starb zu Anfang dieses Monats (Nr. 67), und es ist nur noch ein jüngerer Bruder von Beiden, Graf Melchior de Polignac, am Leben, welcher Adjutant Karl's X. und Gouverneur von Fontainebleau war. Fürst Polignac hat sechs Kinder hinterlassen.

****Paris**, 30. März. Auf seiner Reise nach Italien zur Wiederherstellung seiner Gesundheit hat O'Connell sich hier einige Tage aufgehalten und ist gestern wieder abgereist. Wie man hört, hoffen die Aerzte einen günstigen Erfolg für den Befreier Irlands von der Ruhe, welcher er sich einige Zeit hingeben wird, und dem italienischen Klima. Wenn es wahr ist, daß die katholische Religion von der Regierung Ludwig Philipp's bedroht wird, dann kann man auch begreifen, daß diese Gefahr zu beschwören und abzuwenden sich eine besondere Partei, die sich die katholische nennt, und aus dieser Partei ein Ausschuß zur Leitung ihrer Interessen gebildet hat, der sich den Wahlausschuß zur Vertheidigung der religiösen Freiheit nennt; dann aber kann man eben so begreifen, daß dieser Ausschuß sich veranlaßt sah, dem Verfechter der katholischen Religion in England bei seiner Durchreise auf irgend eine Art zu huldigen. Da nun alles Das in einem gewissen Kreise von Personen und Bestrebungen weit begreiflicher als dem Schreiber dieser Zeilen ist, so haben denn die Mitglieder des erwähnten Ausschusses, die Pairs Montalembert und Barthelemy, die Deputirten Vicomte de Falloux, Graf de Quatre-Barbes, Clapier, du Rozier und Graf de Merode, ferner die HH. Lenormant und Maucais, Mitglieder des Instituts, de Mantigny, Rath am königl. Gerichtshofe, Vicomte de Banneville und endlich die Redacteure des Univers, de Caur und Veuillot, die begreifliche Huldigung dargebracht. (Nr. 93.) Die genannten Mitglieder des genannten Ausschusses machten dem großen Agitator ihre Aufwartung, und ihr Präsident, Graf Montalembert, hielt an ihn eine Rede, die, wie diplomatisch fein sie auch abgefaßt sein mag, doch deutlich genug die Stimmung und das Ziel der Partei durchblicken ließ, in deren Namen Hr. de Montalembert sprach. O'Connell antwortete auf Französisch: „Meine Herren! Krankheit und Rührung schließen mir den Mund. Ich bedürfte die Beredtsamkeit Ihres Präsidenten, um Ihnen meine ganze Dankbarkeit auszusprechen; doch es ist mir unmöglich, Alles zu sagen, was ich fühle. Seien Sie überzeugt, daß diese Demonstration von Ihrer Seite für mich das bedeutungsvollste Ereigniß meines Lebens ist.“ So wäre denn die Zahl der Ereignisse in den letzten sechs Monaten wieder um eins angewachsen.

Niederlande.

Die Krankheit, von welcher der König am 27. März im **Haag** befallen worden ist, gab sich durch Druck in der Herzgegend kund, der mit starkem Herzklopfen verbunden war. Da vollständige Ruhe keine Besserung herbeiführte und der Puls hart und überschnell wurde, mußte man zu einem bedeutenden Aderlaß seine Zuflucht nehmen, wodurch Erleichterung erfolgte. Das Bulletin vom 31. März zeigt an, daß die Besserung anhält, und wenn es dabei bleibt, den folgenden Tag kein Bulletin mehr veröffentlicht werden wird.

Man liest im Diario di Roma vom 13. März: „Ein reicher katholischer Einwohner von Java schreibt unterm 1. Dec. v. J. an einen holländischen Prälaten die Nachricht, daß der Sultan von der Insel Banca den katholischen Pfarrer von Singapur ersucht habe, ihn mit seiner ganzen Familie zu taufen. Er hat sich erboten, auf seine Kosten in der Hauptstadt von Banca eine Kirche bauen zu lassen. Diese glückliche Nachricht läßt die nahe Bekehrung zum Katholicismus der ganzen Insel Banca sowie der Insel Billiton hoffen. Die Bevölkerung dieser beiden Inseln beläuft sich auf ungefähr 60,000 Einwohner, wovon der größte Theil Chinesen sind.“

Schweiz.

Das Schreiben des Regierungsraths des Cantons **Luzern** als Antwort auf die vorörtliche Note (Nr. 94) lautet vollständig:

„Tit.! Mit Kreisschreiben vom 14. Jänner wird uns Kenntniß gegeben von einem Berichte der beiden in den Canton Freiburg abgeordneten Herren Commissarien über die Vorfälle im dortigen Cantone. In dem Commissariatsberichte wird auch des den beiden Herren Commissarien ertheilten Auftrages erwähnt; er bestand darin, genaue Erkundigungen einzuziehen und sodann bei dem Staatsrathe hohen Standes Freiburg für die am Aufruhr Betheiligten vermittelnde Fürsprache einzulegen. Bei den gewaltsamen Erschütterungen, welche durch die revolutionairen Auftritte in einzelnen Cantonen das Gesammtvaterland betroffen haben, ist die erste und heiligste Pflicht für alle Behörden der Eidgenossenschaft, jeder gesetzlichen Ordnung, wo sie gestört werden will, allen nur möglichen bundesgemäßen Schutz angedeihen zu lassen. Es will uns bedünken, daß erst, wenn dieser Pflicht Genüge geleistet ist, den Gefühlen des Mitleides für solche Verirrte, die es verdienen, Raum gegeben werden dürfe; ja wir sind auch überzeugt, daß ein wirksames Wort für Abwendung gerechter Strafe von Schuldigen bei einer Landesregierung nur dann geführt werden kann, wenn diese überzeugt ist, daß das Wort aus dem Munde Dessen kommt, dessen Arm zum Schutze für sie bereit war. Wir halten bei dieser Ueberzeugung daher in dem an die beiden Herren Commissarien ertheilten doppelten Auftrage ungern einen dritten und zwar den in unsern Augen wichtigsten vermißt, Anerbietung des Schutzes der Eidgenossenschaft der rechtmäßigen Landesregierung von Freiburg gegen die Ruhestörer und Aufrührer ihres Landes. Der Commissariatsbericht, indem er die Räthe aufzählt, welche von den Herren Commissarien der Regierung hohen Standes Freiburg ertheilt worden sind und die im Wesentlichen alle dahin gehen, daß man die Schuldigen unbestraft lassen möchte, erwähnt hierbei, daß von einem der beiden Herren Commissarien auch die Behörden benannten hohen Standes ermahnt worden seien, »nicht das Beispiel eines andern Cantons zu befolgen, dessen äußerste Strenge und die Verfolgung einer großen Anzahl von Bürgern die Ruhe der Schweiz ohne Unterlaß gefährdete«. Wenn unter dieser Anspielung auf einen freilich unbenannten schweizerischen Canton der Canton Luzern und seine Behörden gemeint sein sollten, so weisen wir den Vorwurf von äußerster Strenge sowie denjenigen von Verfolgung einer großen Anzahl Bürger aufs entschiedenste zurück. Wir fühlen zwar keine Lust in uns, Das, was die Behörden Luzerns in Folge unseligen Aufruhrs gethan, irgendwie weder dem hohen eidgenössischen Vororte noch weniger zweien momentan von ihm in eidgenössischen Dienst gerufenen Magistraten gegenüber zu rechtfertigen; das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht und des redlichen Bestrebens, die Strenge des Gesetzes mit der Milde des Mitleides für die Verirrten zu vereinigen, überhebt uns einer solchen Rechtfertigung, und allen Anschuldigungen gegenüber dürfen wir zutrauensvoll an das Urtheil einer unparteiischen Mit- und Nachwelt appelliren; um so weniger können wir aber Vorwürfe hinnehmen, die ungerecht und im höchsten Grade beleidigend sind. Schließ-

lich erlauben wir uns noch eine Bemerkung. Die Herren Commissarien erlauben sich in dem Berichte den Ausspruch: »daß unter Denjenigen, welche an der letzten Bewegung Theil genommen haben, sich eine große Anzahl Ehrenmänner befinden«. Wir können diesen Ausspruch nur als eine Verirrung der öffentlichen Moralität ansehen und müssen tief bedauern, sie in dem Berichte eidgenössischer Commissarien zu finden. Wir glauben nämlich, daß auf den Namen eines Ehrenmannes nur Derjenige Anspruch zu machen habe, welcher nicht blos in seinem Privat-, sondern auch in seinem öffentlichen Leben als Staatsbürger seine Ehre fleckenlos bewahrt hat. Wer aber so tief gesunken, daß er die Hand aufhebt gegen die Obrigkeit, das Schwert gegen seine eignen Mitbürger zum Bürgerkriege zieht, Der, so will uns bedünken, ist zum Verbrecher geworden und hat durch maßlose Schuld die Ehre seines Namens ausgemerzt. Wir wiederholen es daher, wir müssen es als eine Verirrung der öffentlichen Moralität ansehen, Aufrührer in dem Berichte eidgenössischer Beamten mit dem Titel von Ehrenmännern belegt zu sehen."

— Die neue Verfassung von **Basel** ist an die stimmfähigen Bürger vertheilt, damit Jeder sie prüfen könne, um dann bei der wahrscheinlich am 8. April stattfindenden Abstimmung sich über Annahme oder Verwerfung aussprechen zu können. (Basl. Z.)

Italien.

* **Rom**, 23. März. Der Generalvicar Cardinal Patrizi setzt soeben durch ein officielles Document das Publicum von den Summen in Kenntniß, welche an die im December vorigen Jahres durch die Tiberüberschwemmung in Rom und seiner Umgegend Gefährdeten vertheilt worden sind. Rechnungsablage eines Cardinals an das Publicum war unter dem vorigen Pontificate nicht Mode. Wir erfahren hierbei, daß 5000 Familien und Kinder durch die Ueberschwemmung für den Augenblick so verarmten, daß sie auf bloßer Erde zu schlafen und bittern Hunger zu leiden gezwungen wurden. Die Unterstützungscommission vertheilte 28,301 Scudi = circa 45,000 Thaler. Unter den Beisteuern sind die des Papstes die ersten und bedeutendsten; die der Reihe nach, nicht aber der Summe nach untersten sind die der hiesigen Judenschaft, die den christlichen Römern 521 Scudi = circa 800 Thaler schenkte.

Türkei.

Konstantinopel, 17. März. Auf die gestern erwähnte Note des griechischen Ministers des Aeußern an Hrn. Argyropoulos vom 10. März (Nr. 94), worin die griechische Regierung den Antrag macht, einen neuen griechischen Gesandten bei der Pforte zu beglaubigen und diesen zu beauftragen, das Bedauern der griechischen Regierung über den bekannten Vorgang auf dem Hofball zu Athen abermals auszudrücken; zugleich die Versicherung der freundschaftlichsten Aufnahme, die der von der Pforte für den Posten von Griechenland zu ernennende Gesandte finden solle, haben sowol Ali-Effendi als Reschid-Pascha mit ziemlicher Bestimmtheit erklärt, die Pforte könne weder auf dieses Ansinnen eingehen noch die in ihrem Ultimatum dem griechischen Cabinet gegebene Frist verlängern. Sie habe in dieser Angelegenheit die Grenze der Mäßigung nicht überschritten und werde auch in der Folge Alles vermeiden, was zur weitern Verwickelung der Frage führen könnte. Diesem Grundsatze getreu habe sie nicht umhin gekonnt, einige Sicherheitsmaßregeln an der Grenze zu treffen, da die Aufregung, die in Griechenland herrschen solle, Vorsicht erheische; sie habe aber den Chefs der türkischen Truppen die gemessensten Verhaltungsbefehle gegeben und ihnen zur Pflicht gemacht, die Grenze nicht zu überschreiten und jeden Zusammenstoß mit den griechischen Truppen zu vermeiden. Noch drückte der Reis-Effendi sein Befremden aus, daß zu dem Aussprechen des oben erwähnten Bedauerns ein neuer griechischer Gesandter beglaubigt werden solle, während es der Natur der Sache weit angemessener gewesen wäre, einen Abgesandten ad hoc in die türkische Hauptstadt zu schicken. Hierin erblicken nun Viele eine Andeutung, daß die Pforte nicht abgeneigt wäre, dem Streit ein Ende zu machen, wenn der griechische Hof einen Specialgesandten für diesen Fall zu ernennen sich herbeilassen würde. Die Instructionen, die von Wien für die Internuntiatur eingegangen sind, sollen für die Pforte sehr beschwichtigend lauten; allein die Hoffnung, die man darauf baut, wird durch die bereits erwähnte Ablehnung des griechischen Antrags etwas wankend, da letztere stattfand, nachdem der Pforte der Inhalt jener Instructionen bekannt geworden war. Am beunruhigendsten scheint der Umstand, daß sich seit mehr als acht Tagen die europäischen Missionen isolirt von einander halten, daß von einem gemeinschaftlichen Auftreten und Vermitteln nicht mehr die Rede ist, daß Jeder seinen Weg geht oder auf die Beobachtung sich beschränkt. Bis zum 24. März erwartet man Lord Palmerston's Instructionen; welches Gewicht diese in die Wagschale legen werden, ist leicht zu bemessen. Die Pforte betheuert, daß sie keine Verwirrung wünsche, daß sie den Handel und Verkehr auf keine Art beeinträchtigen wolle, während es doch für sie ein Leichtes wäre, durch Sperrung der Dardanellen den griechischen Interessen und dem griechischen Handel einen empfindlichen Stoß beizubringen. Zugleich ist die Pforte mit Abfassung einer Denkschrift beschäftigt, worin sie sich bemüht, zu zeigen, wie loyal sie in diesem Streite verfahren sei und wie sie ihrerseits Alles gethan habe, um die Sache zu einem guten Ende zu führen. Die Denkschrift ist für die Höfe der fünf Großmächte bestimmt. (A. Z.)

Personalnachrichten.

Orden. Anhaltischer Gesammthausorden Albrecht's des Bären, Ritterkreuz: der Bankier Stegmüller in Berlin. — Baiern. Der König hat dem Frhrn. v. Hammer-Purgstall das Comthurkreuz des Michaelsordens, von einem eigenhändigen Schreiben begleitet, zugesendet. — Sachsen-Weimar-Eisenach. Falkenorden, Ritterkreuz 1. Kl.: der Kammerherr und Landrath des querfurter Kreises v. Helldorf auf St.-Ulrich. — Oesterreich. Leopoldorden, Ritterkreuz: der wirkliche Staatskanzleirath Karl v. Stradiot.

Todesfälle. Am 29. März starb in Homburg vor der Höhe der landgräfl. hessische Oberhofprediger und Kirchenrath Johann Georg Breidenstein.

Wissenschaft und Kunst.

Wie der augsburger Allgemeinen Zeitung aus **Wien** vom 24. März geschrieben wird, verläßt Prof. v. Endlicher in den ersten Tagen des April Wien, um die Universität in Krakau nach den Normen des nun bald ins Leben tretenden neuen österreichischen Studienplans einzurichten.

— Die Académie française hat bei der jährlichen Erneuerung ihres Bureau Hrn. de Tocqueville zum Director und Hrn. de Rémusat zum Kanzler gewählt.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 2. April. In unserer Effectensocietät wurde heute in spanischen inländischen 3prec. Renten Einiges zu höhern Preisen gemacht. In Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien war nicht unbedeutendes Geschäft. Es blieben spanische inländische 3proc. Rente 29⅛ à ¼, Berbacher Eisenbahnactien 92⅛, Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien 73. Sonst kein Geschäft. — Die heute hier eingetroffenen Handelsbriefe aus Amsterdam vom 30. März melden von einem ansehnlichen Rückgange, welchen die Getreidepreise dort erfahren und der sich auf nicht weniger als 40 Gulden pr. Last beläuft.

Fruchtpreise. **Leipzig**, 1. April. Weizen 7 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 6 Thlr. 15 Ngr.; Gerste 5 Thlr.; Hafer 2 Thlr. 25 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. **Dresden**, 29. März. Weizen 8 Thlr.; Roggen 6 Thlr. 2 Ngr.; Gerste 5 Thlr. 10 Ngr.; Hafer 3 Thlr. **Zwickau**, 30. März. Weizen 8 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 7 Thlr.; Gerste 5 Thlr. 25 Ngr.; Hafer 2 Thlr. 24 Ngr. **Berlin**, 1. April. Weizen 3 Thlr. 24 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 9⅞ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 8⅝ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 27½ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 10 Sgr. **Breslau**, 31. März. Weizen 3 Thlr. 12½ Sgr. **Halle**, 30. März. Weizen 3 Thlr. 28 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 8 Sgr.; Gerste 2 Thlr. 16 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 15 Sgr.

Oel. * Leipzig, 3. April. Obgleich wenig Umsatz in Rüböl war, so ist doch die Stimmung für den Artikel ziemlich fest, und dies um so mehr, da die meisten Ablieferungen der für diesen Monat gemachten Verkäufe zu Lager gehen und nicht zum Verkauf erscheinen. Die heutige Notirung ist 10⅝ Thlr. Brief, 10½ Thlr. Geld.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 4. April früh 7 Uhr: 2° 18″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 31. März. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅝; 4½pc. Handelsg. 173⅝. London, 29. März. 3pc. Cons. 89; Port. 3pc. 33⅛; Span. act. 2⅞; 3pc. 34¼; Holl. Int. 59¼. Paris, 30. März. 5pc. 116. 95. 3pc. 78. 95; Neap. 101. 75; Bankact. 3365. Wien, 1. April. Bkact. 1592; Met. 5pc. 108; 4pc. 99; 3pc. 71; 500 Fl. L. 153⅛; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Amsterdam, 31. März. Holl. Eisenbahngesellschaft 94⅛. Paris, 30. März. Verfail. l. 215; Paris-Orleans 1267½; Paris-Rouen 870; Paris-Strasburg 426¼; Paris-Lyon 433¾; Rouen-Havre 672½; Marseille-Avignon 810; Strasburg-Basel 205; Orleans-Bordeaux 1267½; Nord 628⅜. Wien, 1. April. Nordb. 172⅛; Gloggn. 120⅛; Mail. 108⅛; Livorn. 93; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 3. April. Seehandlungs-Prämsch. 95⅛ Br., 3½pc. Staatsch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpr. 94 Br., ostpr. 97½ Br., pomm. 95¼ Br., schles. 96¾, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 98⅛; Louisd. 111¼, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93¼ Br., Berl.-Anh. 111, Prior.-Act. 4pc. 95, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 98½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 92½, Prior.-Act. 4pc. 91¾, 5pc. 101¼, Berl.-Stett. 108, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crak.-Oberschl. 4pc. 82½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 104½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅛, Kiel-Alton. 4pc. 109, Magd.-Halberst. 113¼, Niederschles. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 92⅛, 5pc. 101¼, Zweigb. Prior.-Act. 4½pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 95¾, Rhein. 86, Prior.-Stamm 4pc. 90¼, Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., Thüring. 4pc. 96, Wilh.-Bahn 4pc. 89¼ Br., Zarskoje-Selo 72 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 84¾, Berg.-Märk. 4pc. 85¼ Br., Berl.-Anh. 99⅜, Kassel-Lippst. 4pc. 87 Br., Cöln-Minden 4pc. 92, Magd.-Wittenberge 86¾, Mail.-Bened. 4pc. 111 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73, Posen-Stargard 4pc. 84¾, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90, Sächs.-Schles. 4pc. 101 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99¾. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅛, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94¼, (neue) 4pc. 94¼ Br., Partial à 500 Fl. 4pc. 79⅛, à 300 Fl. 4pc. 95¾ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¾ Br., Bkcert. Zinsl. 17, Litt. B. 200 Fl. 32¼ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85¾ Br., Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Prām.-Anleihe à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Freiwillige Versteigerung.

Der in hiesiger Stadt und zwar am Markte liegende Gasthof erster Ranges **Zum goldnen Anker**, bestehend aus:

I. einem dreistöckigen massiven Wohngebäude, enthaltend:
a) im Erdgeschoß:
1) eine Gaststube mit Cabinet,
2) Wohn-, Kutscher- und Gesindestube,
3) Küche mit Speisegewölbe,
4) zwei geräumige Keller,
b) im ersten Stock:
1) einen Salon,
2) fünf heizbare Zimmer,
c) im zweiten Stock:
1) fünf heizbare Zimmer, und
2) Kammern, ingleichen
d) zwei geräumige über einander liegende Böden mit Erkern;
II. einem geräumigen Hof, dieser versehen
a) mit Stallgebäuden und Futterböden, rechts und links angebaut,
b) Waschhaus, und
c) Brunnen mit Fischhaus;
III. einem Scheunengebäude, und
IV. einem Gemüse- und Blumengarten,

soll mit allen Rechten und Gerechtigkeiten, wozu acht Scheffel Braurecht gehören, ingleichen mit Feldgrundstücken, nach Belieben des Käufers, sowie mit vollkommenem Gastwirthschaftsinventar, dem Weingeschäft, ingleichen Geräthschaften zum Betriebe von Oekonomie, als Wagen, Schiff und Geschirr, auch ein paar Pferden,

Montag den 19. April d. J.

im goldnen Anker allhier, Vormittags von 9 bis Mittags 12 Uhr, wo der Zuschlag bei sattsam gelegtem Gebote erfolgen kann, aus freier Hand verkauft werden.

Dies wird Kaufliebhabern zur Nachachtung mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß dieselben an dem anberaumten Verkaufstermin über ihre Zahlungsfähigkeit durch gerichtliche Vermögenszeugnisse sich auszuweisen haben, und daß die Hälfte der Kaufgelder, nach Umständen auf einige Zeit auch etwas mehr, als erste Hypothek auf den verkauften Realitäten zur Erleichterung des Käufers stehen bleiben kann.

Nähere Auskunft inzwischen gibt der mit dem Verkauf beauftragte Unterzeichnete.

Taalfeld, am 18. Januar 1847.

[639—40] Adv. **Schilling.**

Im Verlage von **G. J. Manz** in **Regensburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Signaturen aus **Schwaben, Baden** und **vom Rhein.** Von einem ehemals deutschkatholischen Vorsteher. Gr. 8. 36 Kr. oder 11¼ Ngr. (9 gGr.) [1103]

A. Hampel & Comp. in Bunzlau

expediren prompt und sehr billig. [1046—48]

☞ Der ehemalige **Kroll**'sche Wintergarten in **Breslau** mit Inventarium ist vom 1. Sept. d. J. ab an einen soliden cautionsfähigen Pachter anderweitig zu verpachten oder auch verhältnißmäßig billig zu verkaufen. Es ist das größte, schönste und besuchteste Local am Orte; die überaus geräumige, anmuthige und heitere Localität des Wintergartens bedarf nur eines intelligenten Miethers, um die große Frequenz, welche seit einer Reihe von Jahren sich gleich geblieben ist, noch zu steigern. Außer dem Mittwoch- und Sonntag-Abonnement, an welchen Tagen das gebildete Publicum die großartigen Räume in der Regel füllt, ist am Freitag das Concert der Bürger-Ressource, bestehend aus 1800 Mitgliedern nebst deren Familien. Gebäude und Garten haben einen Flächeninhalt von 15 Morgen. Das Nähere beim Eigenthümer Kaufmann **Prætorius**, Neue Schweidnitzer-Straße Nr. 4a in **Breslau.** [1131—32]

Eine **zweite** Auflage des Werkes:

Preußen im Januar 1847

und das

Patent vom 3. Februar

von

Bülow-Cummerow

befindet sich unter der Presse, und werden die eingelaufenen Bestellungen in möglichst kurzer Zeit expedirt werden.

Berlin, 26. März 1847.

[1134] ***Veit & Comp.***

Für Lehrer und Schüler!

Von **Wüstemann's deutsch-lateinischem Handwörterbuche**, 2 Thle., Gotha 1827 (Ladenpr. 3 Thlr.), haben wir den ganzen Vorrath angekauft und lassen solchen zu dem billigen Preise von 1⅓ Thlr. ab. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen hierauf an. **Halle.**

[1102] ***Lippert & Schmidt,*** antiquar. Buchhandlung.

Heute wurde ausgegeben:

Meßkatalog Ostern 1847.

Allgemeines

Verzeichniß der Bücher,

welche

von Michaelis 1846

bis Ostern 1847

neu gedruckt oder aufgelegt worden sind, mit Angabe der Verleger, Bogenzahl und Preise ꝛc. ꝛc.

Gr. 8. Geh. Preis 2½ Ngr.

Leipzig, den 1. April 1847.

[1106] **Weidmann'sche Buchhandlung.**

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Handwörterbuch

der Griechischen Sprache

von

Karl Jakobitz und **Ernst Ed. Seiler.**

2 Bände in 4 Abtheilungen (208½ Bg. Lex. 8., 1846) kosten im Ladenpreise 7⅓ Thlr. Ein Prospect über den Inhalt und die Eigenthümlichkeit dieses anerkannt tüchtig ausgearbeiteten Werkes, welches wir als das vollständigste und billigste griechische Lexikon empfehlen, liegt ebenfalls vor.

[1141] **Hinrichs'sche** Buchhandl. in **Leipzig.**

Gesuch. Auf ein Schloß, zwei Stunden von Lüttich, wird ein deutsches Kindermädchen von katholischer Religion gesucht. Es muß gut nähen können und seine Muttersprache richtig sprechen. Sich mit freigemachtem Briefe an Herrn **Grisard**, Platz hinter St.-Paul Nr. 24 zu **Lüttich** zu wenden. [1107—12]

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 5. April. Zum ersten Male: **Jupiter's Reiseabenteuer**, oder: **Die Olympischen Flüchtlinge**, Zauberposse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen; nach dem Franz. von G. Räder. Musik von Verschiedenen.

Grosse Lotterie.

Den 18. April 1847.

Die 5te Klasse der 31. königl. sächs. Staatslotterie zu Leipzig von 30,000 Loosen, 12,000 Gewinnen, wird vom 18. bis 29. April gezogen, und liefert folgende Gewinne: Thlr. 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 10,000, 10,000, 4 à 5000, 10 à 2000, 80 à 1000, 120 à 400, 170 à 200, 1000 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr. in Courant.

Aufträge auf ganze, halbe und Viertel-Kauflooſe nehme ich gegen Uebermachung des Betrages à **41 Thlr.** pro Loos bestens an, und versende ich die Loose bis in die entferntesten Gegenden auf das prompteste.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer junior,

[1147] Comptoir Brühl Nr. 24.

Jacob Isler & Comp.

aus ***Wohlen*** in der Schweiz,

Reichsstraße Nr. 45/399 zweite Etage,

beziehen gegenwärtige Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **Italienischer** und **Schweizer Strohgeflechte, Borduren** ꝛc. und empfehlen sich unter Zusicherung billigster Preise. [1014—18]

Gesuch. Ein für den Steinkohlen- und Braunkohlen Bergbau sowie für das Kassen- und Rechnungswesen tüchtig ausgebildeter, auch im Feldmessen und Markscheiden geübter junger, noch unverheiratheter Mann, welcher hinsichtlich seiner Tüchtigkeit und moralischen Führung empfehlenswerthe Atteste aufzuweisen hat, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen in einer der genannten Branchen ein sicheres Unterkommen.

Es wird daher gebeten, etwanige Offerten unter den Zeichen **B. H. W.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelangen zu lassen. [1127—29]

Todes-Anzeige.

Nach kurzem Leiden entschlief heute Morgen 9½ Uhr unser innig geliebter Gatte, Vater und Großvater, der Advocat **Carl Daniel Geißler.**

Um stille Theilnahme bitten

Görlitz, den 2. April 1847.

[1145] **die Hinterbliebenen.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. August Bähr in Ebersbach mit Frl. Juliane Herzog in Alt-Cibau. — Hr. Lieutenant v. Rhade in Strippow mit Frl. Clementine v. Blankenburg. — Hr. Joseph Scholz in Serau mit Frl. Pauline Kowallik in Leschnitz.

Geboren: Hrn. Wilhelm Brumbey in Luckau eine Tochter. — Hrn. Dr. Gerber in Berlin eine Tochter. — Hrn. H. Gülzow in Neustadt-Eberswalde ein Sohn. — Hrn. A. Kienitz in Pyritz ein Sohn. — Hrn. Dr. Levin in Regenwalde eine Tochter. — Hrn. Bernhard Liebe in Roslau eine Tochter. — Hrn. Baron v. Lorenz in Würben eine Tochter. — Hrn. Lieutenant Eckhardt v. Schmeling in Potsdam eine Tochter. — Hrn. v. Stössel in Falkenberg eine Tochter.

Gestorben: Hr. Agent M. Aufrecht in Breslau. — Hr. Rentier Benecke in Berlin. — Hr. Professor Blau in Liegnitz. — Frau Wilhelmine Döring in Leipzig. — Hr. Regierungsdirector C. L. Fernow in Auglacken. — Hr. J. P. Frings in Köln. — Hr. Hermann Heyde in Bremen. — Hr. Oberamtmann Kinzel in Kroschen. — Hr. Steuerrath Kretzig in Frankfurt a. O. — Frau Jul. Chr. Lange in Leipzig. — Frau Hofrath Lehr in Eisleb. — Frau Hofrath Mebes in Landsberg a. d. W. — Frau Pfarrer M. M. Reuschle in Lonsen. — Hr. Schullehrer Wachter in Neckarsulm. — Hr. Glasfabrikant J. Wenzel in Oerlach.

Zu vermiethen ist ein Local in einer ersten Etage am Markte in Leipzig, bestehend aus 2 Piecen mit Einrichtung. Naheres sub **T. E.** durch die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1138]

Dienstag — Nr. 96. — 6. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. * * Von der sächsischen Grenze. Gymnasialwesen. — Der König und Prinz Johann von Sachsen. — Dr. Schaffrath. * Hannover. Die Medicinalbehörde. — Der obere Schwarzwald. — Dr. Münscher in Hersfeld. — Bischof Kaiser für die Civilehe.

Preußen. * Berlin. Intensequenz. Die Gegner der ständischen Gesetze. † Aus Schlesien. Klerikalische Conflicte. — Afterstein.

Spanien. Der Congreß. Das Ministerium.

Großbritannien. Parlament. Die Parlamentsdauer. Der Gesundheitszustand Irlands. Die Küstenbefestigungen von Schottland. Ausstellung. Sir Henry Pottinger. Hr. Mora.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Wechselfälschung. Gesandtschaft nach China. ⊙ Paris. Rußland und Frankreich. Das Cabinet.

Schweiz. * Aus der westlichen Schweiz. Die Zeller'sche Sache.

Italien. * Rom. Ostern. Das Censuredict. Der Erbgroßherzog von Baden. Künstlercasino. Volksunterricht in Lucca. — Colonisirung. General Santa Cruz. Eresse in Viterbo. — Graf Baldi.

Rußland und Polen. * Petersburg. Verordnungen.

Türkei. Rüstung gegen Kurdistan.

Ostindien. Nachrichten aus dem Pendschab. Das Verbrennen der Frauen. Der Generalgouverneur. Die Verminderung der Armee. — Der Ganges-kanal.

Nordamerika. Die römisch-katholische Kirche.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * * Leipzig. Theater: „Don Juan von Oesterreich". — Zermalmung des Blasenstein durch Elektricität.

Handel und Industrie. * Chemnitz. Das Bankwesen. * Frankfurt a. M. Russische Aufkäufe holländischer Effecten. Die Generalversammlung der Taunuseisenbahn. Wien. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn. — Oesterreichisches Postwesen. — Der landwirthschaftliche Centralcongreß in Paris. — Der auswärtige Handel Chinas. — Wasserstand der Elbe.

Ankündigungen.

Deutschland.

* * **Von der sächsischen Grenze**, 3. April. In einem gehaltvollen Aufsatze des Dresdner Tageblatts über die Frage: „Wie muß die Bildung auf Gymnasien beschaffen sein?" werden zuletzt als Unterrichtsgegenstände aufgestellt: 1) Leibesübungen, unter welchen alle diejenigen — also nicht blos die einseitigen am Reck und Barren — verstanden werden müßten, welche, systematisch geordnet, den alleinigen Zweck der Ausbildung der verschiedenen Theile des Körpers haben; 2) eine Kunst, und zwar die bildende (plastische), weil sie nicht blos Empfindung und Gefühl, sondern auch Sinn, Verstand und Einbildung übe; 3) eine Sprache, und zwar, mit Ausnahme künftiger Philologen, nur die lateinische; 4) von Geschichte nur Universal- und Vaterlandsgeschichte; 5) Mathematik als Basis aller Naturwissenschaften. Der Verfasser sagt: „Durch Zurückführung der Gymnasialbildung auf nur wenige Unterrichtsgegenstände, welche doch immer noch unendlich reich sind, werden zwei große Vortheile erzielt: 1) daß der Schüler nicht überladen noch zerstreut wird, und immer Zeit behält für die vom Staate nicht gebotenen, ihm aber wünschenswerth erscheinenden Lehrgegenstände; 2) daß diese wenigen mit Gründlichkeit, worauf Alles ankommt, betrieben werden können, denn: Eins recht wissen, sagt Goethe, und recht ausüben, gibt höhere Bildung, als Halbheit im Hundertfältigen." Noch will er das viele Examiniren abgeschafft wissen, was eine Krankheit der Zeit sei und wiederum Krankheit, Selbsttäuschung und Heuchelei erzeuge. Es ist vieles Wahre in dem Allen, und würden wir uns der ganzen Ansicht, mit einigen Bedingungen und Zusätzen, wohl anschließen können. Bedingen würden wir zuvörderst, daß in jenen Gegenständen nur der nothwendige Grundplan bezeichnet sei, immer aber auch Spielraum für facultative, von den Lehrkräften und den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen abhängige Zusätze bliebe. Ferner daß die Leibesübungen für die Schüler facultativ wären. Was dann die Sprachen anlangt, so sind wir ganz damit einverstanden, daß, soweit die Sprache als Werkzeug zur Bildung der Denkkraft gebraucht werden soll, nur eine nöthig, und die lateinische die geeignetste ist. Indeß die alten Sprachen sind nicht blos als Sprachen das trefflichste Fundament der Gelehrtenbildung, sondern auch weil sie einen Inhalt haben, welcher gleichfalls vielseitig bildend ist, und weil sie den höhern Wissenschaften der meisten Gelehrtenstände zur Grundlage dienen. Da nun aber das griechische Alterthum höher steht als das lateinische und da wenigstens der Theolog die griechische Sprache nicht entbehren kann, so würden wir doch in den höhern Klassen das Griechische, aber mit vorzugsweisem Bezug nicht auf das Sprachliche, sondern auf den Inhalt, hinzutreten lassen. Was die „vaterländische Geschichte" anlangt, so wird dabei viel auf das betreffende Vaterland und ob es eine Geschichte hat, ankommen. Gewiß ist auch uns, daß bei der Geschichte als pädagogischem Mittel die Universalgeschichte die Hauptsache ist. Im Uebrigen würden viele unpraktische Vorschläge und Maßregeln und unbegründete Foderungen nicht auftauchen, wenn man sich immer erinnerte, daß die Schule nicht alle im bürgerlichen Leben zu übenden Kenntnisse einprägen soll noch kann, sondern daß sie den Geist dahin führen soll, daß er sich die Kenntnisse, die er braucht, mit Leichtigkeit und zu bleibendem Bewahren aneignet. Praktisch spricht sich das zunächst so aus: daß die Gymnasien auf die Universität vorbereiten sollen. Ferner scheint uns eine Hauptabhülfe jetziger Gebrechen darin zu suchen, daß man das Hauptaugenmerk auf das pädagogische Talent der Lehrer richtet und dann Lehrern und Schülern mehr Freiheit und Freudigkeit sichert, als sie jetzt zum Theil haben mögen.

— Aus **Dresden** vom 4. April wird von einem Unwohlsein des Königs und des Prinzen Johann berichtet.

— Nach dem Dresdner Tageblatte hat zu der Wahl des Dr. Schaffrath zum Stadtrichter und Rathmann in Neustadt zwar das Appellationsgericht, nicht aber die Kreisdirection die Genehmigung ertheilt.

* **Hannover**, 2. April. Die Medicinalbehörden des Landes werden vom 15. April an eine gänzlich veränderte Organisation erhalten vermöge einer königl. Verordnung vom 18. März. Mit diesem Tage treten die bisherige ärztliche Prüfungsbehörde, das Generalvaccinationscomité und das Ephorat der chirurgischen Schule außer Wirksamkeit, und an deren Stelle wird ein Obermedicinalcollegium fungiren (Nr. 95), dem Ministerium des Innern unmittelbar untergeben, zu den Landdrosteien und der Berghauptmannschaft zu Klausthal aber im coordinirten Verhältnisse stehend.

Mit der allgemeinen Obliegenheit theils der Erstattung von Gutachten, theils der Beobachtung des gesammten Medicinalwesens wird das Obermedicinalcollegium, außer den Functionen der seitherigen genannten Medicinalbehörden, namentlich folgende Geschäfte auf sich haben: 1) Beantragung und in den dazu sich eignenden Fällen Begutachtung von neu zu erlassenden oder abzuändernden Medicinalgesetzen, Verordnungen und gesundheitspolizeilichen Maßregeln; 2) Erstattung und Prüfung von Gutachten in medicinisch-gerichtlichen und medicinal polizeilichen Fällen; 3) gutachtliche Aeußerung in Betreff der Concessionirung von Aerzten und Wundärzten, sowie die Besetzung ärztlicher und wundärztlicher Dienststellen; 4) zu erfodernde Vorschläge zu Titelverleihungen und Besoldungszulagen an Aerzte und Wundärzte; 5) Beachtung der Medicinalpersonen im Allgemeinen; 6) Aufsicht über die sämmtlichen Medicinaleinrichtungen und Medicinalanstalten in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht, mit Ausnahme der für die Landesuniversität bestehenden.

Ferner soll einer jeden Landdrostei und der Berghauptmannschaft fortan ein Physikus zur Erstattung von gesundheitspolizeilichen Gutachten sowie zur Hülfleistung bei der von ihnen und dem Obermedicinalcollegium zu führenden Aufsicht über die Medicinalpersonen und Medicinalanstalten des Verwaltungsbezirks, jedoch ohne Stimmrecht, beigeordnet werden.

— Auch **Baden** hat sein nothleidendes Gebirge, wie aus einem Schreiben des Abg. Buß hervorgeht, worin es heißt:

„Ich komme vom obern Schwarzwalde; die Noth hat mich hinaufgerufen und meine Pflicht: beide haben die Vollmacht erweitert, die mir dieses fromme, biedere, arme Volk für den Landtag gegeben. Und vertreten will ich es in seinen gegenwärtigen Leiden auch bei euch, liebe Landleute, und bei euern Herzen. Ich selbst habe den Jammer gesehen und die Noth in den Hütten der Armuth und die dumpfe Ergebung dieses an so mannichfache Entbehrung gewöhnten, sonst so kräftigen Waldvolks; ich habe selbst gesehen, wie da im Hungerfieber liegt eine Mutter, neben ihr Kinder in solcher Schwäche, daß sie nicht mehr aufstehen können vom Lager des Jammers, wie dort ganze Familien kaum das ärmliche Bett verlassen, weil sie, ohne Heizung, Nahrung und Arbeit, darin noch am leichtesten den Mangel überstehen zu können glauben; ich habe an Ort und Stelle gehört, wie vor Hunger die Kinder geschwankt in der Schule, in welche sie ohne Schuhe und Strümpfe durch tiefen Schnee aus ihren Zinken gewandert, wie Bettler vor der Thür erschöpft umgesunken, wo sie den Bissen für ihren Hunger erwartet; ich habe selbst gesehen und vernommen, wie da in einem Orte die Armen, oft die Hälfte der Einwohner, leben von ausgebrühtem Mangoldkraut ohne Salz und Schmalz, in andern von Kleie, mit heißem Wasser angegossen und mit höchstens etwas Milch versetzt, oder von einer Brühe aus einem Sprötchen Mehl in warmem Wasser ohne Fett und Salz angerührt, von Brot keine Krume und von Fleisch keine Spur, seit man die al-,

Digitized by Google

ten zusammengekauften Pferde geschlachtet und verzehrt. Und so elend lebt auf den öden Höhen dieses Schwarzwaldes fast die Hälfte des Volks; dort baut es sonst Kartoffeln und Hafer, von denen es genügsam sich nährt; beide sind aber leider in den zwei letzten Jahren mißrathen. Mindert sich auch die Noth in dem Maße, wie das Gelände sich absenkt zum Thale, arm sind auch die Gemeinden an der Abdachung und in der Niederung; beiweitem die meisten Gemeinden haben dort kein Gemeindegut mehr, jeder Bedarf der Ortschaft muß so durch Gemeindeumlagen bestritten werden, die in der Regel jährlich 1 Fl., 1½ Fl. betragen, während die Staatssteuer 10 Kr. ausmacht. So können hier die erschöpften Gemeinden, auf denen die Armensorge vorweg lastet, nur wenig thun in gegenwärtiger Noth. Sie können die zugeführte Brotfrucht nicht kaufen, oft nicht einmal das Getreide und die Erdäpfel zur Saat."

— Der Gymnasialdirecter Dr. **Münscher** in **Hersfeld** erklärt, veranlaßt durch eine in Nr. 81 dieser Zeitung aus Hersfeld vom 19. März datirte Nachricht über einen Vorwurf, der ihm gemacht worden sein soll, daß er Niemandem eine Mittheilung gemacht habe, aus welcher jener die Sache in ein falsches Licht stellende Artikel geflossen sein könnte.

— Nach den nun veröffentlichten Protokollen der I. Kammer in **Darmstadt** hat sich der Bischof von Mainz, Dr. Kaiser, nicht gegen, sondern für die Civilehe erklärt.

Preußen.

* **Berlin**, 3. April. Die Inconsequenz des Parteigeistes scheint doch etwas so Natürliches zu sein, daß sich die Menschen auch bei der stärksten Auffälligkeit derselben ihrer gar nicht schämen und auch in keiner Weise zwischen jener Theilnahmlosigkeit, welche aus Kälte und Selbstsucht fließt, und der höhern Unparteilichkeit, die auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Mäßigung wurzelt, zu unterscheiden wissen. Wir haben eben erst in Baiern das Beispiel erlebt, wie eine Handlung, die man mit höchster Begeisterung gepriesen haben würde, wenn sie von andern Männern vollbracht worden wäre, jetzt das entgegengesetzte Urtheil erfährt, und erleben das merkwürdige Schauspiel, die Organe des Liberalismus in scrupulöser Loyalität sich überbieten und in diesem Falle eine Sprache verdammen zu sehen, deren hundertfach höhere Potenz sie in tausend andern Fällen mit Lob überschüttet und sich höchlich entsetzt haben, wenn die Staatsgewalt anders urtheilte. Wie hat man es sonst beurtheilt, wenn liberale und aufgeklärte Männer durch Quiescirungen und unwillkommene Versetzungen beseitigt wurden; was sagt man jetzt, wo dasselbe Schicksal eine andere Seite trifft? Die Maßregel an sich bleibt doch stets dieselbe. Ganz ebenso jetzt in der Schweiz. Wir billigen es ganz, was vom Standpunkte der berner Regierung aus gegen die drohende Sprache und die aufreizenden Schritte der Gegner der Zeller'schen Berufung gethan und geurtheilt wird. Aber die strenge Beurtheilung dieser Opposition nimmt sich in dem Munde Derer gar seltsam aus, welche für den Freischarenzug gegen Luzern, für die waadter Revolution, für die verunglückte Unternehmung gegen Freiburg geschwärmt und alle Gegenmaßregeln dieser Regierungen aufs schärfste gerichtet haben.

Die Einwendungen gegen unsere neuen ständischen Gesetze haben viel Aehnlichkeit mit denen, welche gegen die Verfassungsmäßigkeit Ihres neuesten Landtags vorgebracht worden, nur daß sie nicht einmal so viel Schein für sich haben. Daß man doch den Advocatenstandpunkt gar nicht verläugnen will, der im politischen Leben so gänzlich unpassend ist. Wir haben nichts dagegen, wenn man offen herausfagt, daß Einem Das und Jenes nicht zusagt, daß man Anderes, mehr will; aber nehme man nicht die heuchlerische Maske des Rechts vor, sich auf Gründe stützend, deren Nichtigkeit man mit Hohn verfolgen würde, wenn sie von der entgegengesetzten Seite kämen. Irgend eine liberale Zeitschrift ließ sich aus Breslau ein ganz kurzes Referat der sogenannten Rechtsgründe Simon's schreiben, und der Correspondent setzte hinzu: diese „Ideen" finden in Breslau allgemeinen Beifall. Wo war denn da von Ideen die Rede? Was fand denn, nach dieser Darstellung, Beifall? Daß ein Sophist die Verfassungsmäßigkeit des Schrittes angezweifelt hatte, durch welchen der König das politische Leben seines Volks einen großen Schritt weiter fördern will? Daß man in den Beginn einer Aera, die ein neues Band des Vertrauens begründen soll und nur durch Vertrauen gedeihen kann, den Samen des Unfriedens und Zerwürfnisses zu werfen versucht?

† **Aus Schlesien**, 2. April. Unser Artikel über den Conflict zwischen der Staats- und der römischen beziehungsweise bischöflichen Justiz in Schlesien hat den Ingrimm der römischen Organe in Deutschland, namentlich unserer guten Oder-Zeitung und des Westphälischen Merkurs erregt und uns von daher etwelche Invectiven zugezogen, wie man sie von der Urbanität des deutschen Römerthums, z. B. von des Hrn. v. Görres Hochwohlgeboren und C. gewohnt ist. Des Pudels Kern bei diesen Remonstrationen ist, daß unsere Gegner den fraglichen Conflict nicht für einen zwischen Staat und Kirche vorgefallenen erklären, sondern für einen bloßen Competenzstreit. Sie behaupten, die bischöfliche Justiz weigere sich nicht, das staatliche Aufsichtsrecht über sie anzuerkennen, sie habe sogar die Listen über ihre Geschäftsführung dem Cultusminister eingesendet; aber sie wolle nicht wie ein Untergericht behandelt werden, also auch nicht unter dem Oberlandesgerichte stehen, mit dem sie gleichen Rang habe. O der römisch-christlichen Demuth! Hier heißt es recht: Wie der Herr, so der Knecht! Wie der Statthalter Christi und Nachfolger Petri in Rom Beiden in Ansehung der Demuth so unähnlich ist, daß er eine dreifache Krone trägt, so widersetzt sich bei uns eine römische Behörde unsern Staatseinrichtungen nicht etwa, weil sie etwas Unchristliches von ihr verlangen, sondern weil sie zu stolz ist, sich einer ihr angeblich gleichgestellten Behörde unterzuordnen, indem sie der Letztern ihre Geschäftslisten überreichte. Welche offenbare Verletzung der apostelischen Vorschrift: Seid unterthan aller weltlichen Ordnung! Aber, so sagen unsere „päpstlichen Unterthanen", wie unsere gute Oder-Zeitung die Katholiken in Preußen nennt, die bischöfliche Justiz will wol unter dem Staate, nur nicht unter dem Oberlandesgerichte stehen! Lassen wir einmal den schon gerügten Stolz, der sich dadurch ausspricht, bei Seite und untersuchen wir, ob diese römische Behauptung überhaupt wahr sei. Wer hat es denn angeordnet, daß das fürstbischöfliche Consistorium alljährlich dem Oberlandesgerichte seine Geschäftslisten einreichen soll? Ist es nicht der Staat, hat Friedrich der Große dies nicht bereits, ungeachtet damaliger ähnlicher Widersetzlichkeiten, eingerichtet? Wem widersetzt ihr euch denn also, so lange diese Institution nicht abgeändert wird? doch dem Staate, der sie einführte! Das nennen unsere Gegner „Unterexpeditionslegik". Jesuitische Logik ist es allerdings nicht wie die ihrige. Wenn sie doch bald mit der Sprache offen herausrückten und es bekennten: Nach den heiligen Canonen, die wir gern wiederherstellen wollen, ist es durchaus unerlaubt, daß ein geistliches Gericht unter einem weltlichen, besonders unter einem aus Ketzern zusammengesetzten stehe. Wir wollen daher einem solchen unsere Listen nicht mehr einsenden, obgleich wir sie bisher in den unglücklichen Zeiten der Erniedrigung der römischen Braut eingesendet haben. Der Rongesturm ist, Dank den Unbesonnenheiten des «Reformaters» und der Lichtfreunde, vorüber, wir sind von unserm Schrecken zurückgekommen; daher fangen wir das Rumoren gegen die unrömischen Staatseinrichtungen da wieder an, wo wir es nach dem kölner Streit gelassen haben." Doch noch einige Fragen. Warum schickt ihr denn eure Listen dem Cultminister ein? Wann hat denn der Staat das eingerichtet? Seit wann gehört denn die Justiz unter das Ministerium des Cultus? Warum habt ihr denn den Staat nicht gebeten, seinen desfallsigen dem Oberlandesgerichte gegebenen Befehl, der euern Stolz so verletzt, wieder aufzuheben, und warum habt ihr nicht gewartet, bis der Staat euch darüber beschieden hat? Wollt ihr etwa dem akatholischen Cultminister eure Listen auch nur so lange übersenden, bis eure schwachen Gewissen auch diese Unterordnung, die ganz canonenwidrig ist, es euch nicht mehr erlauben und bis ihr die Listen bei der heiligen Inquisition in Rom überreichen könnt?

Den Befestigungen auf der pfaffendorfer Höhe bei Koblenz (auf dem rechten Rheinufer, oberstrom Ehrenbreitstein) soll der Name „Asterstein" zu Ehren des hochverdienten Chefs des Ingenieurcorps, Generals der Infanterie v. Aster, ertheilt werden. Der König verwarf den Vorschlag, die betreffenden Werke „Fort Aster" zu nennen, und wählte selbst den deutschen Namen. (A. Z.)

Spanien.

Der Congreß hat am 27. März die Autorisation der Regierung zur Forterhebung der Steuern bis Ende Juni ertheilt. Ein Amendement des Abg. Montañes, welches die Erlöschung der Autorisation an dem bestimmten Tag ausdrücklich aussprach, wurde zurückgenommen, nachdem der Finanzminister Santillan die Vorlegung des Budgets in der nächsten Zeit versprochen hatte. Die Regierung hat einen mit ihrem Erlasse wegen des Ausfuhrverbotes und der Einfuhr von Getreide (Nr. 85) übereinstimmenden Gesetzentwurf vorgelegt, der bereits von der dazu ernannten Commission begutachtet worden ist. Es tritt die letztere zwar im Allgemeinen demselben bei, will aber die Ausfuhr nicht unbedingt verboten wissen.

— Die angeblich ungewisse Stellung des Ministeriums scheint fortwährend durch eine Menge Gerüchte von Modificationen oder gänzlicher Umgestaltung desselben bestätigt zu werden. Unter andern cursirte am 27. März eine Liste, auf der Mirafleres, Arrazola, Salamanca, Peña y Aguayo, Nos de Olano und Llorente zusammengestellt waren. Der Heraldo bleibt dabei, daß alle diese Gerüchte grundlos wie die bisherigen sein dürften; der Tiempo behauptet das Gegentheil. Die in englischen Blättern enthaltenen letzten Nachrichten aus Madrid würden für den Tiempo sprechen. So schreibt das Morning Chronicle, daß die Königin in der jüngst Hrn. Bulwer gewährten Audienz demselben den Wunsch zu erkennen gegeben habe, ein liberales System zu verfolgen. Die Moderados wären über diese Absicht außer sich, und wäre wahr, was man von ihren Planen berichte, so dächten sie daran, sich durch die Armee trotz der Königin zu behaupten. Die Berichte in der Times lauten ebenso und bemerken, daß die Königin durch den Zwang, welchen ihr der Repräsentant Ludwig Philipp's und die liebloſe Behandlung von ihrer Mutter angethan, allen Anhängern des Franzosenthums entschieden abgeneigt geworden sei. Die Dinge befänden sich offenbar in einer sehr kritischen Lage und würden nicht mehr lange so hindauern können. Die Moderados seien in zwei Fractionen getheilt, deren eine, die vom Heraldo vertreten, sich durch jedes Mittel am Ruder erhalten zu wollen scheine und von der die Re-

gentschaftspläne ausgingen; die andere sei nur der Bildung eines Ministeriums Pacheco entgegen, jedoch vielleicht nicht so unbedingt, als Manche annähmen. Uebrigens gebe Pacheco's eigne Partei demselben Mangel an Entschlossenheit zum Handeln schuld.

Großbritannien.

London, 31. März.

Im Oberhause erhielten gestern mehre Bills durch Commissare die königl. Zustimmung. Mehre Bittschriften gegen die Regierungsplane mit dem Schulwesen wurden übergeben. Lord Colville, ein schottischer Repräsentativpair, beantragte die Vorlage einer Liste der Pairs, welche bei der jüngst erfolgten Wahl eines Repräsentativpairs an die durch Lord Rolle's Tod erledigte Stelle gestimmt haben. Aus Berichten von dieser Wahl ersehe er, daß Jemand als Lord Colville v. Ochiltree dabei mit gestimmt habe. Sein Titel sei Colville von Culross, und er klage also nicht über Misbrauch seines Namens, sondern im öffentlichen Interesse, daß andere Fürsorge wegen der Precedur bei solchen Wahlen getroffen werden möge. Die Vorlage wurde bewilligt. Auf Carl Grey's Antrag vertagte sich das Haus bis zum 15. April, wie wir schon gestern mitgetheilt haben, und wird sich dann im neuen Parlamentshause versammeln.

— Im Unterhause wurde auf Hrn. D'Israeli's Antrag eine Adresse an die Königin beschlossen, in welcher dieselbe gebeten wird, dem Hause Abschriften oder Auszüge aus allen vom auswärtigen Amt mit der spanischen, portugiesischen, griechischen, mejicanischen und andern südamerikanischen Regierungen über denselben von britischen Unterthanen gemachte Darlehen geführten Correspondenzen vorlegen zu lassen. Hr. Spooner und Lord R. Grosvenor übergaben Bittschriften um Unterdrückung der gewerbsmäßig betriebenen Kuppelei, und Hr. Spooner beantragte die Erlaubniß zur Einbringung einer Bill in diesem Sinne, wurde aber von Hrn. C. Berkeley unter Berufung auf die Ordnung des Hauses mit der Bemerkung unterbrochen, daß die Anführungen, zu welchen derselbe wegen Begründung seines Antrags schreiten wolle, nicht für die Oeffentlichkeit taugten, weshalb er den Sprecher darauf aufmerksam mache, daß Fremde auf den Galerien sich befänden. Die Räumung der Galerien, die Entfernung der Berichterstatter nicht ausgeschlossen, wurde sofort angeordnet und erfolgte unter dem schallenden Gelächter des ganzen Hauses. Ueber das Ergebniß dieser geheimen Verhandlung wird nichts berichtet. Als die Galerien wieder geöffnet wurden, verlangte Lord Morpeth, Oberintendant der Wälder und Forsten, die Erlaubniß zur Einbringung einer Bill zur durchgreifenden Verbesserung der Sanitätsverhältnisse der Städte. Er referirte dabei aus einer langen Reihe von Berichten über das Vorhandensein natürlicher, jedoch zu beseitigender, den Gesundheitsverhältnissen nachtheiliger Ursachen seit dem Jahr 1838 und aus einer Menge von Orten. Für alle diese Angelegenheiten soll nun eine Centralbehörde, ein Sanitäts- und öffentliches Bauamt zur Oberaufsicht und Leitung errichtet werden. Die Bill ist nur für England berechnet und wird die City von London mit betreffen. Die hier bestehenden Verwaltungen für Erhaltung der Abzugskanäle werden sämmtlich aufgehoben und eine gemeinsame errichtet werden, zu welcher die zur Erhaltung Beitragenden zwei Drittel der Mitglieder, die Regierung ein Drittel, wählen. Im ausgedehntesten Sinne wird die Beförderung der Reinlichkeit in den Städten vorgesehen werden. Indeß ist die Entfernung der Begräbnißplätze aus denselben noch nicht mit eingeschlossen und einer besonderen Bill vorbehalten; für Schottland und Irland sollen ebenfalls besondere Bills eingebracht werden. Die Erlaubniß ward ertheilt. Wie lebhaft der Gegenstand die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt, erhellt unter Anderm daraus, daß gegenwärtig schon 20 Privatbills zu ähnlichen Zwecken dem Hause vorliegen. Als hierauf Hr. Fox Maule, Kriegssecretair, auf die Comitéberathung der Bill über Beschränkung der Dienstzeit im Heere antrug, stellte Sir H. Douglas, Generallieutenant und Oberst des 99. Regiments, die Motion auf Vertagung über 6 Monate, ließ es jedoch nachher nicht zur Abstimmung kommen, sondern gab seine Motion verloren. Das Haus ging dann pro forma ins Comité und vertagt dasselbe auf heute.

— Vom Sun wird gelegentlich bemerkt, daß nach der die siebenjährige Dauer eines Parlaments bestimmenden Acte Georg's I. das dermalige, am 19. Aug. 1841 zum ersten Male zusammengetretene Parlament bis zum 18. Aug. 1848 zu leben haben würde und also keine gesetzliche Nothwendigkeit für eine frühere Auflösung desselben vorhanden sei.

— Aus Irland lauten vorzugsweise die Nachrichten über den Gesundheitszustand traurig. In allen Theilen des Landes greifen die Fieber um sich. In Skibbereen wurde Major Parker, Regierungsinspicient, bei der Ausübung seiner Pflichten davon hingerafft. Die große Jury von Cork hat eine Erklärung über den kläglichen Zustand dieser Grafschaft abgegeben, in der ausgesprochen wird, daß die Beamten der Armenhäuser nur mit großer persönlicher Gefährdung ihren Pflichten vorzustehen vermöchten, daß viele von der Seuche ergriffen und derselben schon erlegen wären, und daß außerordentliche Maßregeln gegen die Fieber ergriffen werden möchten. Dringend ersucht sie um sofortige Inkraftsetzung der Fieberacte für Irland. Aus Belfast und Westmeath lauten die Nachrichten eben so schauerlich. Ein Privatschreiben aus Cork vom 21. März in der Times, das von Jemand herrührt, der zur Vertheilung von Unterstützungen im Lande umhergereist ist, besagt: „Es kann sich Niemand eine Vorstellung von dieser Calamität machen; das Allertraurigste dabei ist aber die gänzliche Erschlaffung und Willenlosigkeit, der alle Klassen sich hingeben. Hunderte und Tausende scheinen sich hingelegt zu haben, um zu sterben, ohne nur einen einzigen Versuch zur Ueberwindung der Uebel zu machen, von denen sie bedrückt werden. Und was noch ärger ist, Presse und Behörden beleben Das, was sie Ergebung nennen, himmelhoch. Was können Unterstützungen solchen Menschen helfen? Höchstens ziehen sie deren jammervolles Dasein auf einige Tage, einige Wochen länger hin, wo es dann, fließen die Almosen nicht ununterbrochen zu, unabänderlich zu Grunde gehen muß. Vermöchten wir nur bei Wenigen etwas Selbstvertrauen zu erregen, es würde unendlich besser sein als Millionen Armer aus Mitleiden zu unterstützen."

— Der Observer zählt die in den Forts und Küstenbefestigungen von Schottland jetzt aufgestellten Geschütze auf, deren in Allem 145 meist von sehr geringem Kaliber sind, sodaß sie der dermaligen Art der Kriegführung nicht mehr entsprächen. Vermuthlich werde jedoch die Aufmerksamkeit der Behörden bald auf diese Angelegenheit gerichtet und eine vollständige Revision der schottischen Küstenvertheidigung, wenigstens eine Verstärkung durch schwere Geschütze bewirkt werden.

— In London ist von der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und Manufacturen dieser Tage eine Ausstellung von auserlesenen Mustern britischen Gewerbfleißes unentgeltlich eröffnet worden. Prinz Albert ist Präsident der Gesellschaft.

— Vom **Cap** melden Nachrichten vom 27. Jan. das an diesem Tag erfolgte Eintreffen des Dampfers Haddington mit Sir Henry Pottinger, dem neuen Gouverneur.

— Der neue außerordentliche Gesandte der Republik Mejico, Hr. Mora, hat der Königin sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Frankreich.

Paris, 1. April.

Von der Pairskammer ist gestern der Gesetzentwurf über zwei Mill. Fr. zur außerordentlichen Unterstützung der milden Anstalten angenommen worden. Die Pairs beschäftigten sich außerdem mit Bittschriften. Der Deputirtenkammer wurde vom Finanzminister im Namen des Handelsministers ein Gesetzentwurf über Abänderungen im Tarif übergeben. Hr. Dumont, Minister der öffentlichen Bauten, übergab Creditgesetze über 9 Mill. Fr. zu Reparaturen von Kanälen, Dämmen und Straßen im Loirethale, die von den letzten Ueberschwemmungen beschädigt worden sind. Die Berathung des Pensionsgesetzes für Civilbeamte wurde durch Annahme desselben beendigt und die Kammer vertagte sich dann bis 5. April.

— Die Zeitungen sind so leer an der Aufmerksamkeit werthen Besprechungen, daß selbst Galignani's Messenger erklärt, er finde keine Zeile in den heutigen leitenden Artikeln dieser Blätter, die der Mühe verlohnte, sie zu excerpiren. Das Journal des Débats bringt gar keinen leitenden Aufsatz; der Constitutionnel polemisirt uninteressant gegen die Ansichten des erstern von der Lebensmittelfrage und sieht den Grund von dessen Bevorwortung der freien Getreideeinfuhr auf längere Zeit weniger in wahrhaftigen Besorgnissen vor Mangel als in dessen Freihandelsneigungen. Die «Presse» liebt sonst längere Aufsätze voranzustellen; heute füllt sie ihre erste Seite mit zehnerlei Artikeln.

— In **Toulonse** sind mehre Wechselhäuser durch Fälschung von bei ihnen zahlbaren Wechseln, die, auf kleine Summen gezogen, durch die betrügerischen Künste der Betheiligten in andere von größerm Belauf verwandelt worden sind, indem sie z. B. aus 50 Fr. 1500 Fr. u. s. w. zu machen wußten, um 50,000 Fr. betrogen werden; von Bordeaux und Angoulême wird Aehnliches berichtet.

— Am 15. April wird Hr. Forth Rouen, französischer Abgesandter für China, in Begleitung des Grafen Alfred de Noailles und Henri Duchesne sowie des Dolmetschers Klaczkowski mit der Corvette Bayonnaise von Cherbourg direct nach Kanton abreisen.

o **Paris**, 31. März. Daß Graf Bresson nicht wieder nach Madrid zurückkehrt, scheint durch die in madrider Blättern enthaltenen Ankündigungen des Verkaufs von ihm angehörigem Mobiliar seine Bestätigung zu erhalten. Wie es mit der ihm vom Gerüchte zugedachten Sendung nach Petersburg sich verhalte, steht dagegen noch dahin. Denn der Ankauf der 50 Millionen Renten fängt an, mehr in seiner wahren Bedeutung zu den Verhältnissen beurtheilt zu werden, und die Coulisse kommt von ihrem ersten Jubel darüber etwas zurück. So gewiß nämlich die Lage der Bank dadurch augenblicklich erleichtert worden ist und für gewisse Operationen viel Bequemlichkeit zur Abwickelung erlangt wurde, so gewiß möchten diese 50 Millionen auch unzureichend sein, die finanzielle Lage Frankreichs und deren Schwierigkeiten zu heben, sowie die von der Theuerung hervorgerufenen Mislichkeiten zu beseitigen. In politischer

Beziehung aber ist wenigstens die Ostentation, mit welcher Rußland dabei agirte, der Wiederherstellung eines sehr wünschenswerthen bessern Vernehmens mit England ungünstig, und die deutschen Mächte dürften auch keinen Anlaß darin finden, zuvorkommender gegen Frankreich zu werden. Auch glaubt man hier schon an ihr vermehrtes Hinneigen zu England. Das Journal des Débats beobachtet über diese Dinge ein sehr bemessenes Schweigen, während die «Presse» sich in Darlegung ihrer russischen Sympathien fast überboten hat und das «Portefeuille» ehegestern auf ein russisches Bündniß als die nahe Vervollständigung der Zeichen kaiserlichen Wohlwollens gegen Frankreich sehr deutlich hinwies. Noch einmal der «Presse» zu gedenken, so warf dieselbe bei Gelegenheit der Unterhausdebatte über den Hume'schen Antrag, die von England übernommene fernere Ratenzahlung auf die russisch-holländische Anleihe zu suspendiren, den Briten vor, daß es ihnen vorbehalten gewesen sei, daran zu denken, die Einverleibung von Krakau zu einem Geldgewinn zu benutzen. Wie nun, wenn man eben so sagte: in England wollte man allerdings sein Geld behalten, Frankreich aber hat russisches Geld genommen?

Ungeachtet des Sieges bei dem Duvergier'schen Wahlreformvorschlag ist das Cabinet nicht ohne Besorgnisse über erneuerte Versuche der sogenannten unabhängigen oder progressiven Conservativen, sich geltend zu machen, und die Majorität dürfte in dieser Session noch mehr als Eine Prüfung zu bestehen haben. Die jüngern Mitglieder derselben wollen ihr durchaus einen Anstoß zu lebendiger Fortbildung der öffentlichen Zustände geben und sie in Richtungen drängen, die dem Cabinet nicht gerade zusagen. Schon wird davon gesprochen, daß Hrn. Rémusat's erneuerter Vorschlag über Unvereinbarkeit der Deputirtenstelle mit dem Besitze gewisser Aemter, welchen das Ministerium bekämpfen will, die Gelegenheit zu einem neuen Versuche dieser progressiven Conservativen abgeben solle, welche sich mit einigen Modificationen demselben anschließen würden. Die geringschätzige Sprache des Journal des Débats gegen diese Deputirten am Tage nach dem letzten Siege hat dem Cabinet auch keinen Dienst erwiesen.

Schweiz.

* **Aus der westlichen Schweiz**, 26. März. Im Canton Bern, der erst im vorigen Jahre nach langer Krisis zu einer neuen Staatsordnung gelangt, sind seit kurzem die reactionairen Kräfte in „holder Eintracht" thätig, einen Umsturz dieser neuen Ordnung der Dinge herbeizuführen. Die Lebensmittelnoth, eine reiche Quelle des Misvergnügens, wird mit vielem Geschick zu diesem Zweck ausgebeutet. Bereits ist es gelungen, eine Geldkrisis hervorzurufen, indem die reichen Capitalisten der Stadt massenweise ihre auf dem Lande angelegten Capitalien aufkündigten, um sie auswärts zu placiren. Der Mangel an baarem Gelde macht sich deshalb auf sehr bedenkliche Weise fühlbar. Der Zinsfuß, sonst 3½ und 4 Procent, ist gegenwärtig fast allgemein auf 5 Procent gestiegen. Die Hypotheken- und Cantonalbank sind nicht im Stande, trotz der bedeutenden Fonds, über die sie disponiren, den zahlreichen und dringenden Creditbegehren zu entsprechen. Ein anderes bisher immer sehr erprobtes Agitationsmittel, „die Religionsgefahr", bietet den Reactionairen die Berufung des Dr. Zeller von Tübingen auf den Lehrstuhl der neutestamentlichen Exegese. Diese Berufung, die bereits von der vorigen Regierung eingeleitet worden war, erfolgte Ende Januar d. J. Die pietistischen Geistlichen stießen zuerst ins Horn der Religionsgefahr. Das Comité der sogenannten „Evangelischen Gesellschaft" ließ eine Broschüre drucken und in mehr als 40,000 Exemplaren unter das Volk werfen. In derselben werden die Lehren des Dr. Zeller als in directem Widerspruche stehend mit den Glaubensnormen der reformirten Kirche dargestellt, die Anstellung des Dr. Zeller ein Unheil, ein Uebel genannt, zu dessen Abwehr alle „christlichen Landesbürger" aufgefodert seien. „Jedenfalls, heißt es, steht unsere Kirche neben einem tiefen Abgrunde, dem Abgrunde des Antichristenthums", und „unzweifelhaft wird durch die Bestätigung und Aufnahme eines solchen Lehrers, wie Dr. Zeller ist, die Kirche und die Regierung sich der Theilnahme am Antichristenthume schuldig gemacht haben". Besonders bemerkenswerth sind die Schlußworte: „Unsere Unterthanenpflicht und Unterthänigkeit darf nicht so weit gehen, daß sie uns hinderte, uns entschieden aufzulehnen gegen die Anmaßung der Regierung, das Heiligthum anzutasten und den Glauben der Kirche für künftige Generationen durch Vergiftung des Lehrstandes zu untergraben." Diese Flugschrift blieb nicht ohne Wirkung. Die Religionsgefahr wurde durchs ganze Land colportirt. Von den Kanzeln herab, selbst in den Kinderlehren wurde das Thema behandelt. Die reactionaire Partei merkte unschwer, daß die Religionsgefahr eine reiche politische Aernte verspreche, und schmeichelte sich mit der Hoffnung, jene „schöne hehre Bewegung", die der Canton Zürich im Jahr 1839 auf Veranlassung der Berufung des Dr. Strauß erlebte, auch in Bern reproduciren zu können. Die berner Regierung indeß schlug ein anderes Verfahren ein als seiner Zeit die zürcherische. Sie schritt kräftig ein und konnte jener Broschüre gegenüber auch nicht anders. Mehre Geistliche wurden suspendirt, die Commissionen der Evangelischen Gesellschaft in Untersuchung gezogen. Bald machte sich eine Gegenbewegung bemerklich. Mehre Broschüren erschienen für Zeller, worunter na-

mentlich eine, von einem geborenen Berner Dr. Ries, viel zur Beruhigung der beserglichen Gemüther beitrug. Die „Volksvereine" arbeiteten ebenfalls kräftigst der Agitation entgegen und foderten die Regierung auf, an ihrem Beschlusse, betreffend die Berufung des Dr. Zeller, festzuhalten. Auf der andern Seite wurden Unterschriften gesammelt zu einer Petition an den großen Rath, um jenen Beschluß rückgängig zu machen. Am 24. März kam die Sache im großen Rath zur Behandlung. Nach einer vierzehnstündigen Discussion wurde über die Petition, die im Ganzen über 4000 Unterschriften zählte, Tagesordnung erkannt mit 118 gegen 23 Stimmen. (Nr. 90.) Hr. Zeller wird also kommen. Ob die Anti-Zeller'sche Bewegung nun wirklich zur Ruhe gebracht ist oder ob sie mit neuen Kräften wieder auftreten wird, muß sich bald zeigen.

Italien.

* **Rom**, 23. März. Schon seit einer Woche leben wir bei tiefer politischer Windstille unter den lebhaftesten weltlichen und geistlichen Festvorbereitungen auf Ostern: das päpstliche Militair muß an der Flaminischen Straße und auf den Nerenianischen Wiesen fleißig exerciren und auf der Engelsburg wie auf der Kuppel der Peterskirche erheben sich Gerüste für die bevorstehende Girandola und Beleuchtung. Regierung, geistliche Curie und Publicum scheinen für nichts Anderes Zeit zu haben als für Präparative auf eine solenne Feier von Pasqua; daher denn viele Dikasterien nur noch für gerichtliche Verhandlungen an gewissen Wochentagen geöffnet werden; daher das auf gestern bestellte geheime Consistorium bis auf weiteres nach Ostern vertagt ist, daher die Kirchen zu allen Zeiten des Tags von Solchen überfüllt sind, welche ihre Herzen für den Auferstehungsmorgen schmücken wollen. In diese Stimmung des Publicums sind durch das Ihnen mit getheilte Censuredict (Nr. 89) seit voriger Woche sehr verstimmende Misstöne gekommen. Sie fragen vielleicht verwundert: warum? Der Bescheid darauf ist eben so leicht, als diese nun einmal bis auf die höchsten Hoffnungen für ihre Wünsche heraufgespannten hitzen römischen Köpfe schwer zufrieden zu stellen sind. Obwol das Censuredict des Cardinals Gizzi die politische Presse des Kirchenstaats von den Todten auferweckt, so scheint ihnen dieser Schöpfungsact doch nur ein Kinderspiel und deshalb ohne jene Bedeutung und keineswegs von jenen Folgen, die man erwartet hatte. Außerdem schreit man laut darüber, daß das von Leo XII. im Jahr 1825 emanirte Censuredict für literarische Productionen auf dem Gebiete der Wissenschaft, Religion und Moral nicht über seine beengenden Grenzen hinaus erweitert worden, wie es in unsern Tagen billigerweise hätte geschehen müssen. Als daher die neue Censurordnung am 18. März gegen Abend durch öffentlichen Anschlag in den Straßen und auf den Plätzen bekanntgemacht worden war, so fand man in verschiedenen Stadttheilen an vielen sehr frequentirten Orten des folgenden Morgens über ihr die Wappen Gregor's XVI. anstatt der bittersten Satire angeheftet. Die Gendarmerie erhielt Ordre, jene Spottzeichen abzunehmen, was indessen nicht ohne Anhörung vieler beißenden Witze und kränkender Glossen von Seiten der Vorübergehenden geschehen konnte. Vielleicht indessen wird das in die Praxis eingeführte Reglement die in diesem Augenblick allgemeine Unzufriedenheit darüber wenn nicht ganz beseitigen, so doch gewiß um Vieles ermäßigen, da der Papst dessen Handhabung vier als überaus liberal bekannten Männern, dem Marchese Carlo Antici, dem Abbate Antonio Coppi (dem Fortsetzer der Geschichtsannalen Muratori's), dem Professor Cavaliere Salvatore Betti und dem Advocaten Giuseppe Manutelli, unter dem Vorsitze des allerdings rigoristischen Dominikaners Buttaoni (Maestro del Sagro Palazzo) zu großer Genugthuung des literarischen Publicums seit gestern anvertraut hat. Dabei kann man sich jedoch einer heute durch ein Censurverbot in das Publicum gekommenen Bestürzung nicht enthalten, welches die Verbreitung des Hauptvehikels der römischen politischen Tagesfragen im Interesse der Agitationspartei, des seit dem Beginne dieses Jahres hier erscheinenden Blattes Il Contemporaneo suspendirt hat. Dieses Journal hatte sich, bei großer Gedankenarmuth, durch die Eleganz seiner Diction in allen Ständen unserer Stadt und der vorzüglichsten Orte in den Provinzen in so kurzer Zeit ein außerordentliches zahlreiches Lesepublicum geschaffen. Männer von entschiedenen Talenten in andern Sphären, nur nicht im Felde der Publicistik, wie Monsignore Gazzola, Signore Terre, der Schriftsteller und Dichter Masi, standen als Führer und Redacteure, wiewol ungenannt, an seiner Spitze. Sie waren unvorsichtig und kannten kein Maß in Lob und Tadel. Pius IX. ward mit seinen Reformplanen vergöttert; Gregor XVI. mit seinen transalpinischen und einheimischen Verbündeten bei jeder Gelegenheit durch höhnenden Spott noch in seinem Todesschlafe verfolgt. Wir glauben, der Contemporaneo hatte in der Hauptsache fast immer recht, doch verfehlte er die schickliche Form. Wir wünschen und hoffen im Interesse der hiesigen Publicistik, daß dieses Verbot nur ein temporaires sein möge. Wie man versichert, soll es auf die wiederholten Beschwerden mehrer auswärtigen diplomatischen Repräsentanten streng legitimistischer Höfe gegeben worden sein.

Seit einer Woche befindet sich unter den Fremden auch der Erbgroßherzog Ludwig von Baden in unserer Stadt. Da der Großherzog von Baden seit der Rückkehr des Hauptmanns v. Maler hier keinen eigentlichen diplomatischen Repräsentanten mehr hält, sondern das Amt eines

solchen durch den württembergischen Consul mit versehen wird, so hatte Hr. Kolb den Prinzen dem Papst in einer Audienz vorzustellen.

Nach dem Muster des seit zwei Jahren hier eingerichteten deutschen Künstlerclubs bildet sich nun auch in der That sehr spät ein italienisches Kunstcasino. Doch wird es, den Präliminarien nach zu urtheilen, alle andern ähnlichen fremden Institute hier durch Größe der Anlage und Einrichtung übertreffen, da der Papst und die reichsten römischen Principi sehr bedeutende Summen freiwillig dafür zeichneten. Vor allen soll das Casino mit einer reichen Bibliothek artistischer und anderer Werke der verschiedensten Wissenschaften bedacht werden.

Nach der Lombardei ist, wie alle pädagogischen Journale Italiens versichern, das Herzogthum Lucca dasjenige Land der apenninischen Halbinsel, in welchem der Volksunterricht die meisten Fortschritte gemacht hat. Es finden sich dort für das Volk 41 Gratisschulen mit 1141 Knaben bei einer Landesbevölkerung von 178,030 Einwohnern. Der Unterricht des weiblichen Geschlechts ist dagegen, namentlich in den Dörfern, sehr vernachlässigt, sodaß nur wenige Bäuerinnen lesen und schreiben können. Unter der männlichen Bevölkerung kommen 10 Individuen auf 100, welche des Lesens und Schreibens unkundig sind. Die Regierung trägt fast nirgend zur Besoldung der Volkslehrer bei; sie ist eine Last der Communen.

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Rom** vom 25. März geschrieben: „Die von dem Abbate Coppi entworfene Idee der Errichtung einer Società Agraria hat, nachdem diese nun ihre Statuten entworfen, die Bewilligung der Regierung erhalten. Fürst Borghese hat eine seiner Besitzungen in der hiesigen Campagna, Mentana — das Momentum der Alten — 1851 Rubbia groß, dazu hergegeben. Die neuen Römer werden nun, wie ihre Vorfahren, eine Colonie entsenden, und im Ganzen wird man hierbei Rücksicht auf die päpstliche Verordnung vom 24. Aug. v. J. nehmen und junge Leute ohne Beschäftigung dahin versetzen. — Der Expräsident der Provinz Bolivia, General de Santa Cruz, ist hier eingetroffen. — Bis jetzt hatten wir nur Nachrichten von Tumulten wegen Brotheuerung aus den Provinzen, aber aus Viterbo sind Mittheilungen eingelaufen, daß dort mehre Personen auf offener Straße ohne irgend eine Ursache überfallen, verwundet und selbst ermordet wurden. Unter Letztern befindet sich ein wahrer Ehrenmann, der sich durch seine Wohlthaten die Liebe und Achtung seiner Mitbürger erworben hatte, und von dem man glaubte sagen zu können, er habe keinen Feind. Dieser Bericht erregte gerechte Besorgniß, zumal der Delegat, Monsignore Orlandini, hier eingetroffen, und man noch nicht weiß, welche Maßregeln die Regierung genommen."

— Galignani's Messenger meldet, in einem von fremden Künstlern besuchten Kaffeehause zu **Rom** sei vor kurzem ein junger Mensch verhaftet worden, weil er unehrerbietig über den Papst gesprochen. Er habe den Namen Graf Baldi, aus Fano gebürtig, angegeben, und in seiner Wohnung seien mehre Dolche, Windbüchsen und andere verbotene Waffen gefunden worden. Zuerst habe er keine Aufschlüsse geben wollen, endlich jedoch gestanden, er habe die Absicht gehabt, den Papst an dem Tage, wo er an die verschiedenen Stadtviertel geweihte Fahnen vertheilen wird, zu ermorden. Es heiße, er sei in die kürzlich zu Rom und Ancona entdeckte Verschwörung verwickelt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. März. Zwei von den in diesen letzten Tagen erschienenen Ukasen haben auch für das Ausland Interesse, darum theile ich sie ungesäumt mit. Der eine schreibt den Ministerien vor, die von ihnen abhängigen Gerichtsbehörden streng zur unverzüglichen Berichterstattung über jede Veränderung anzuhalten, welche in ihrer Jurisdiction dienende Beamte betrifft. Bei solchen Berichten sollen vorzüglich solche Beamte wahrgenommen werden, die schlechter Führung wegen von ihnen entlassen worden. Die Details dieser Führung sind unmittelbar zur Kunde des Kaisers selbst zu bringen und sollen in den über die Civilbeamten jetzt erscheinenden höchsten Tagsbefehlen bemerkt werden. Dieser Ukas verbietet das bisher so häufig stattgehabte Wechseln der Staatsdiener mit ihren Dienstchargen, das künftig nur mit höchster Erlaubniß bewirkt werden kann. Sibirien und der transkaukasische Landstrich verbleiben in dieser Beziehung in den besondern Vorrechten, die ihnen besonderer Rücksichten wegen verliehen worden. Es wird durch diesen Ukas eine genau geregelte Fortführung der Controle über gesammte Staatsdiener im ganzen Reiche bezweckt, die bekanntlich seit dem Beginn dieses Jahres dem neu creirten Departementsinspector in der eignen Kanzlei des Kaisers oblegt. Der zweite Ukas betrifft das in den letzten Decennien bei uns in Rußland unter allen Volksständen, vornehmlich aber unter den höhern und begüterten so überhand genommene unbedachte und leichtsinnige Schuldenmachen, befördert durch saumselige langwierige Verschleppung in den Behörden, wobei die Gläubiger oft früher mit Tode abgingen, ehe ihre gerechten Forderungen befriedigt wurden. Beregter Ukas, an den Justizminister gerichtet, schreibt diesem vor: allen von seinem Ressort abhängigen Civilbehörden zu befehlen, bei ihnen anhängig gemachte Klagen über Schuldforderungen mit prompter Schnelligkeit abzuthun und straffällig befundene Schuldner ohne Ansehen des Ranges und Standes mit der ganzen Strenge der Gesetze zu verfolgen. In Folge desselben haben denn auch jüngst hier einige Personen von Distinction persönlicher Haft unterliegen müssen. Beregter Ukas kann nur wohlthätigst auf unsern seit vielen Jahren schon heftig erschütterten öffentlichen Credit wirken.

Studenten, die von den Universitäten schlechter Führung wegen excludirt worden, können in Staatsdienste mit Erlangung der ihnen zukommenden 14. Rangklasse treten, nur werden sie in ihr erst nach einem zurückgelegten activen Jahresdienste bestätigt.

Türkei.

Das Journal de Constantinople vom 16. März enthält folgenden Artikel: „Man erinnert sich, daß in den ersten Tagen des Octobers 1846 der Gouverneur von Dschesire, Bederhan-Bey, über die Rathschläge, Aufträge und Drohungen der Pforte hinausgehend, im Einverständnisse mit den zwei andern kurdischen Chefs Nurullah-Bey von Hakiari und Abdussamed-Bey von Bersari, eine Expedition gegen die Nestorianer richtete, Feuer und Schwert unter dieselben brachte und die Metzeleien erneuerte, welche er bereits im Jahr 1843 daselbst ausgeübt hatte. Die Kunde von dieser blutigen Katastrophe verursachte hier eine schmerzliche Ueberraschung beim Divan und bei der Diplomatie. Bis dahin hatte Bederhan-Bey sorgfältig vermieden, sich den Befehlen der Pforte offen zu widersetzen; man kannte ohne Zweifel seinen Fanatismus und seinen blutdürstigen Charakter, man wußte, daß er eine Expedition gegen die Nestorianer bereitete, man konnte aber noch hoffen, daß er vor den Vorstellungen und Drohungen weichen würde, welche der Gouverneur von Mossul beauftragt worden war, ihm zukommen zu lassen. Diese Erwartung fand sich nicht gerechtfertigt, und von diesem Augenblicke an hatte die Pforte, einer offenbaren Rebellion gegenüber gestellt, schwere Pflichten zu erfüllen. Die Entfernung der Orte, die im Lande obwaltenden Schwierigkeiten gestatteten nicht, zur Anwendung der Gewalt augenblicklich zu schreiten. Einerseits war es möglich, daß Bederhan-Bey sowie im Jahr 1843 einige Trümmer der nestorianischen Stämme in die Sklaverei abgeführt hätte, und daß ein directer Schritt bei demselben ihn hätte bewegen können, seine Gefangenen freizugeben und selbst seine Unterwerfung einzusenden. Die Pforte entschloß sich daher, einen Commissar an ihn abzusenden. Der dazu ernannte Nazim-Effendi begab sich auch zu Bederhan-Bey, allein trotz des Eifers dieses Beamten, welcher beim kurdischen Chef fast zwei Monate verweilte, hat seine Sendung kein Resultat geliefert. Mehr als fünf Monate sind seit der Expedition Bederhan-Bey's im Tihari und dem Gemetzel der Nestorianer verflossen, und nichts ist seitdem vorgefallen, was die durch dieses Ereigniß erzeugte Lage verändert hätte. Ja, die letzten Nachrichten aus Mossul vom 21. Febr. sind vielmehr der Art, daß sie die ernsthafte Aufmerksamkeit der Pforte beschäftigen müssen. Bederhan-Bey hebt Truppen aus auf der ganzen Ausdehnung seines Gebiets, setzt die festen Plätze in Vertheidigungsstand, verproviantirt sie mit Allem und sucht durch alle möglichen Mittel den Fanatismus der bewaffneten Banden der Umgebung aufzuregen. Die Straße von Dschesire nach Mossul ist von den Kurden des rechten Tigrisufers besetzt worden, welche die Dörfer plündern und überall auf ihrem Wege Bestürzung und Verheerung verbreiten. Bederhan-Bey hat kürzlich einen jakobitischen Bischof und einen Geistlichen derselben Nation hinrichten lassen; fünf andere Jakobiten des Dorfes Azib sind in das Gefängniß geworfen worden und werden täglich grausam gefoltert. Auch die chaldäischen Bevölkerungen, welche im Gebiete dieses barbarischen Häuptlings eingeschlossen sind, erfahren ernste Beunruhigungen. Bederhan-Bey drohte sie anzugreifen und ihnen das Loos der Nestorianer zu bereiten. Glücklicherweise bestehen die Schwierigkeiten, wodurch diese gegen die Waffen der Pforte rebellischen Chefs geschützt wurden, gegenwärtig nicht mehr. Wir stehen an der Schwelle des Frühjahrs, nämlich der zu einer in jenen Gegenden vorzunehmenden militairischen Operation günstigsten Zeit. Wir erfahren, daß in letzterer Zeit die Pforte sich mit dem Zustande des Kurdistan, mit der Nothwendigkeit, der in jenem Lande herrschenden Anarchie ein Ende zu machen und den christlichen Bevölkerungen, welche unter der Tyrannei von fanatischen Chefs seufzen, einen wirksamen Beistand zu sichern, sich ernstlich beschäftigt hat. Harbrut kann als der Schlüssel des Kurdistan angesehen werden; dieser Platz ist das Hauptquartier der anatolischen Armee, welche einen completen Stand von 20—25,000 M. unter den Befehlen Osman-Pascha's zählt. Dieser General ist nach Konstantinopel berufen worden, wo er sich noch in diesem Augenblicke befindet, und das Cabinet hat ihm mündlich alle nöthigen Instructionen ertheilen und sich über die zu ergreifenden zweckmäßigen Maßregeln mit ihm verständigen können. Der Gouverneur von Diarbekr, Haireddin-Pascha, welcher im Nothfall auch wird mitwirken müssen, hat in verflossener Woche Konstantinopel verlassen, um sich auf seinen Posten zu begeben; er hat hier eine Unterredung mit dem Seriasker, dem Oberbefehlshaber der Armee Anatoliens und mit den verschiedenen Cabinetsmitgliedern gehabt. Haireddin-Pascha befehligte ein Armeecorps in der gegen Albanien unternommenen Expedition und hat zum Erfolge der Operationen, welche die vollständige Pacification dieser Provinz zum Resultate hatten, mächtig beigetragen. Endlich sind auch Instructionen an den Gouverneur von Mossul gerichtet worden, welcher nebst den

regulairen Truppen der Provinz noch 6—7000 M. an irregulairen zu seiner Verfügung hat. Der dem Heere von Arabien zugetheilte Generallieutenant Omer-Pascha hat sich soeben nach Aleppo begeben, wo diese Armee concentrirt ist. Dieser Offizier wird zwei oder drei Infanterie- und eben so viel Cavalerieregimenter dort abholen und sie gegen Hasbrut führen. Omer-Pascha ist einer der fähigsten und unterrichtetsten Offiziere in der osmanischen Armee; er hat Beweise hiervon in Syrien und Albanien abgelegt, und Niemand ist geeigneter als er, den Erfolg eines solchen Unternehmens zu sichern. Während der letztverflossenen 14 Tage sind 10,000 M. nach Samsun abgeordnet worden und in diesem Augenblick auf dem Marsche nach Harbrut. Somit wird die Pforte nicht unvorbereitet getroffen werden; die beträchtlichen Streitkräfte, welche am Eingange des Kurdistan concentrirt sind und deren Anzahl durch diese successiven Verstärkungen fast aufs Doppelte steigt, wird sie in den Stand setzen, allen Eventualitäten zu begegnen; sie wird nöthigenfalls in das Kurdistan einfallen können mit einem Heere von 20,000 M., und nebenbei ein Reservecorps von 25,000 M. in Harbrut haben; mit Anführern endlich wie Osman-Pascha, Omer-Pascha und Hairedin-Pascha ist der Erfolg gesichert."

Ostindien.

Die aus **Bombay** vom 2. März eingetroffene Ueberlandpost bringt über das Pendschab und die nördlich davon gelegenen Gebirgsgegenden nur befriedigende Nachrichten. Alle Insurrectionsversuche hatten aufgehört. In Lahore hatte der Oberst Lawrence den Wunsch zu erkennen gegeben, daß hinfüro Durbars oder Rathsversammlungen, bei denen die Anwesenheit von Briten erfoderlich sei, an Sonntagen nicht mehr gehalten werden möchten. Der Rani und ihrem Sohne hatte er angedeutet, daß sie ohne sein Wissen an entfernten Pilgerfahrten sich nicht betheiligen sollten. Aus Kabul meldet die Delhi Gazette, daß Akbar-Khan wieder gegen den Khan der Kaschmend-Ghilzies, Aziz-Khan, mit dem er vor kurzem ausgesöhnt schien, zu Felde ziehen wolle. Der Letztere soll die Beraubung der nach und von Peschawer gehenden und kommenden Kaufleute veranlaßt haben. Nach Berichten aus Kurradschi vom 20. Febr. war Sir Charles Napier noch in Hyderabad; die Truppen in Scinde erfreuten sich eines leidlichen Gesundheitszustandes. In Gumsur war die Ruhe noch nicht hergestellt. In Lucknow war am 13. Febr. der König von Oude gestorben und der Sohn desselben durch den britischen Residenten als Nachfolger eingesetzt worden. Die Radschas von Rupur und Alu, zweier Schutzstaaten, sind der Erstere durch Absetzung, der Andere durch Entziehung eines Theiles seines Gebiets für ihr verrätherisches Verhalten während des Sikhskrieges bestraft worden. In Deccan ist die barbarische Sitte der Sutties, des Verbrennens der Frauen mit dem Leichnam ihrer Männer, durch den Nizzam abgeschafft worden. Der Generalgouverneur ward am 24. Febr. in Merut erwartet und wollte von da nach Hurdwar gehen. Die Verminderung der Armee ist nun amtlich publicirt. Von den 157 Infanterieregimentern Eingeborener in den drei Präsidentschaften wird jedes um 220 M. reducirt; von 18 Corps unregelmäßiger Reiterei jedes um 300 M., was zusammen 38,720 M. ergibt.

— Die ostindische Regierung hat nun die energische Vollendung des Gangeskanales beschlossen, der nach dem ersten Entwurfe des Capitains Cantley nur zu Bewässerungszwecken von Hurdwar nach Mynpuri geführt werden sollte. Im Jahre 1842 wurde seine Verlängerung bis Cawnpur, und Allahabad in directer Linie 450 Miles, mit den Seitenkanälen eine Länge von 878 Miles, und seine schiffbare Ausführung als Hauptsache angenommen, obgleich Capitain Cantley nach den angestellten Ermittelungen den Bewässerungszweck für den höhern und erreichbarern hielt. Die Kosten sind auf 1 Mill. Pf. St. angeschlagen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* Ich entnehme römischen Blättern nachstehende Notizen über die dermalige äußere Repräsentation der römisch-katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten, welche auch im protestantischen Auslande nicht ohne Interesse gelesen werden dürften. In jenem sonst fast ganz protestantischen Lande leben jetzt mehr als 1,300,000 Katholiken. Im Jahre 1843 zählte man dort 16 bischöfliche Diöcesen, 585 katholische Kirchen und Kapellen, 477 geistliche Stationen und 581 Priester, 27 geistliche Seminarien, 2 Collegien und andere Erziehungsanstalten für Priesterordinanden, 36 Gebäude für geistliche Frauenvereine (Case di religiose), 48 Noviciate für diese weiblichen Vereine. Im Jahre 1843 war man mit der Erbauung von mehr als 82 neuen Kirchen beschäftigt, 34 davon wurden fertig, von ihnen 14 in der Diöcese Neuyork. Die römisch-katholischen Kirchen, Kapellen und Priester sind in den Diöcesen der Vereinigten Staaten in folgender Weise vertheilt. In Baltimore 70 Kirchen und Kapellen, 20 geistliche Stationen, 69 Priester; in Philadelphia 106 Kirchen und Kapellen mit 69 Priestern; in Neuyork 90 Kirchen, 50 Stationen und 71 Priester; in Boston 40 Kirchen, 48 Stationen, 34 Priester; in Detroit 30 Kirchen, 25 Stationen, 19 Priester; in Cincinnati 45 Kirchen, 20 Stationen, 47 Priester; in Vincennes 27 Kirchen, 29 Stationen, 34 Priester; in Dubuque 10 Kirchen, 10 Stationen, 11 Priester; in St.-Louis 56 Kirchen, 60 Stationen, 77 Priester; in Neuorleans 42 Kirchen, 22 Stationen, 52 Priester; in Natchez 8 Stationen, 4 Priester; in Mobile 7 Kirchen, 23 Stationen, 18 Priester; in Charlesten 16 Kirchen, 47 Stationen, 18 Priester; in Richmond 9 Kirchen, 5 Stationen, 7 Priester; in Louisville 40 Kirchen, 70 Stationen, 51 Priester; in Nashville 5 Kirchen, 40 Stationen, 7 Priester.

Die Gesammtbevölkerung der Vereinigten Staaten belief sich im Jahr 1840 auf 17,062,566 Seelen, also um 11,736,641 mehr als im Jahr 1800; diese Bevölkerung besteht außer den römischen Katholiken hauptsächlich aus folgenden Religionsbekennern: aus Wiedertäufern, Campbelliten (Schülern Christi), holländischen Reformirten, Anhängern der englischen Episcopalkirche, Quäkern, deutschen Reformirten, Altlutheranern, Mennoniten, Methodisten, Herrnhutern, Mormoniten, Anhängern der englischen Presbyterialkirche, Sakers (Tremanten), Bunkers (Illuminanten), Unitariern, Universalisten, Juden und unbekehrten Indianern.

Personalnachrichten.

Orden. Baden. Orden vom Zähringer Löwen, Großkreuz: Generalmajor v. Fischer; Commandeurkreuz: die Hofrichter v. Kettenacker in Mannheim, Kieffer in Konstanz und Litschgi in Freiburg, der Oberhofgerichts-Vicekanzler Trefurt. — Oesterreich. Orden der eisernen Krone, 3. Klasse: der ungarische Statthaltereirath und Protomedicus des Königreichs Ungarn Ignaz v. Stáhly.

Todesfälle. Am 1. April starb in Breslau der Licentiat und außerordentliche Professor der Theologie Karl Adolf Suckow, geboren am 27. Mai 1812 zu Münsterberg.

Wissenschaft und Kunst.

** Leipzig, 5. April. Nach der stillen Woche, während welcher die Theater und weltlichen Concertsäle in Sachsen geschlossen sind, ward gestern die Bühne mit „Don Johann von Oesterreich", dem neuern fünfaktigen Trauerspiele von Julius Mosen, wieder eröffnet. Der geachtete Name des Verfassers und der Festtag hatten zu dieser ersten hiesigen Aufführung des Stücks ein sehr zahlreiches Publicum versammelt, welches offenbar mit der günstigsten Meinung zu der Vorstellung gekommen war. Denn es suchte dem Stücke mit aller Aufmerksamkeit zu folgen und war gleich vom Anfang der eifrig bemüht, die Schauspieler nach jeder gelungenen Scene durch lebhaften Beifall zu ermuntern. Im Verlaufe der Tragödie jedoch konnte sich wol keiner der Zuschauer in der Spannung behaupten, die er dem Stücke zugebracht hatte, noch sich die theils zerstreute, theils ermüdete Stimmung verhehlen, in welche er sich versetzt sah. Vielmehr mußte sich uns, je weiter die Vorstellung zu ihrem Austrage vorwärts schritt, nur um so unabweisbarer die Ueberzeugung aufdrängen, daß „Don Johann von Oesterreich" keineswegs zu den glücklichern Werken Mosen's noch überhaupt zu den dramatischen Erzeugnissen von einem einigermaßen gesicherten Erfolge gehöre. Denn es fehlt dem Trauerspiel an eigentlicher Handlung, an festem Zusammenhange der innern Verbindungsglieder, es fehlt ihm sogar an Charakteren. Zwar geschieht Allerlei unter den mehr als fünfundzwanzig Personen, die der Zettel aufzählt, und wird noch mehr von Geschehenem gesprochen; zwar bauen sich die und jene Anstalten und Vorbereitungen zu neuer Wendung der Begebenheiten vor uns auf, allein nirgend gerathen die wider einander streitenden Interessen in ein deutliches Zusammentreffen vor dem Auge des Publicums, nirgend kommen die Hauptpersonen des Stücks zu einer entscheidenden dramatischen Schlacht. So bleiben wir denn im Unklaren über den äußerlichen Gang der Ereignisse sogar, geschweige denn, daß sich diese Ereignisse vor unserm Blicke zur lebendigen Handlung oder doch zum unmittelbaren Erfolge solcher Handlung gestalteten. Don Johann von Oesterreich, der Sieger über die spanischen Mauren, erscheint auf der Bühne, um sich eines verhaßten Feindes im Zweikampfe zu entledigen, und läßt den Feind, nachdem er ihn durch eine Entwaffnung nur noch grimmiger erbittert hat, laufen. Er schwört darauf einem Freund einen heiligen Eid, um eben diesen Eid gleich darauf in einem andern Schwur an den Cardinallegaten Sega zu vergessen, wie er ihn später thatsächlich bricht. Er liebt endlich leidenschaftlich und heirathet heimlich ein junges Weib, um es ohne Widerstand hinter den Mauern eines Klosters einsargen zu lassen. Das ist die Einleitung der Tragödie, als deren wichtigstes Moment sodann die Schlacht von Lepante folgt, von der wir aber nur die heimkehrenden Regimenter sehen. We heraus und für wen soll unser Interesse erwachsen? Don Johann läßt sich durch kein Mistrauen und keinen Undank seines Bruders Philipp II. — der Hauptbewegungskraft des Stücks, die uns aber nur in der entferntesten Perspective einer wunderlichen Audienz vorgeführt wird — zu einer Untreue vermögen. Vielmehr führt er seine meuterischen Soldaten aus Spanien in die empörten Niederlande. Was aber thut er dort? Wir erfahren es nicht; denn eben als es den Anschein gewinnt, als wolle Don Johann etwas thun, ermorden ihn die Henker der Inquisition.

Die Darstellung des Stücks war der Art, daß sie bis zum Schlusse von Beifallszeichen begleitet werden konnte. Da wir jedoch die Tragödie für einen Fehlgriff erklären und ihr die tiefere Charakteristik, die menschliche und in menschlicher Leidenschaft wohl begründete Gestaltung der Personen absprechen müssen, so sind wir auch nicht in dem Falle, den Inhabern der einzelnen Rollen ein höheres als fleißiges Studium und technische Gewandtheit in der Vorführung ihrer Partien nachrühmen zu können. Sie hatten wol Gelegenheit, eine schöne Declamationsgabe zu entwickeln, was besonders von Hrn. Wagner, Don Johann, gilt, oder theatralische Geschicklichkeit im Ausmalen einzelner leidenschaftlich aufgeregter Momente zu zeigen, wie Fräulein Untelmann (Maria v. Mendoza) und Hr. Guttmann (Don Antonio Perez), allein den ganzen Inhalt seines Herzens, das ganze Antlitz eines Charakters zu geben, dazu bietet das Stück die Verzeichnung nicht dar.

* In der Sitzung der französischen Akademie am 22. März ward ein Schreiben des Secretairs der Akademie zu Neapel vorgelesen, in welchem derselbe anzeigt, daß ein Wundarzt im dortigen Militairhospital, Namens Cervelleri, das Mittel erfunden habe, den Blasenstein durch Anwendung

der Elektricität zu zermalmen. Er beschreibt unter Anderm einen Fall, wo dieses Mittel mit vollkommenem Erfolg angewendet wurde. Der Blasenstein ward mit dem Draht einer Voltaischen Batterie in Verbindung gebracht, und innerhalb einer halben Stunde war er auf schmerzlose Weise so weit zermalmt, daß er auf natürlichem Wege ausgeschieden wurde.

Handel und Industrie.

* **Chemnitz**, 30. März. Die sehr richtige Aeußerung in der Beurtheilung der Biebersteinschen Schrift: „Eisenbahnen und Geldverhältnisse", in Nr. 54 dieser Zeitung, daß die Anweisungen und Wechsel, selbst mit nur zwei guten Unterschriften, in Sachsen seltener wären als man glaube, führt uns auf den in der letzten Generalversammlung des Industrievereins des Königreichs Sachsen gefaßten Beschluß, bei der Staatsregierung den Antrag um Errichtung eines Zweiges der Leipziger Bank in Chemnitz zu erneuern. Er ist unstreitig mehr aus unserer großen Vorliebe, durch Fremde und ihr Geld Das für uns thun zu lassen, was wir unsern allerdings oft sehr eigenthümlichen Ansichten und Wünschen gemäß für uns angemessen und vortheilhaft halten, als aus einer ruhigen Prüfung unserer Verhältnisse hervorgegangen. Wäre Letzteres der Fall, so würden wir uns zuerst gesagt haben, daß die Unmasse der bei uns umlaufenden Anweisungen erst durch die Unterschriften eines chemnitzer Bankiers oder eines der dazu befähigten Fabrikanten und eines leipziger Bankiers bankfähig werden; diese insgesammt aber nicht sehr häufig Veranlassung finden, ihre Unterschrift darauf zu setzen. Steht aber die des leipziger Bankiers darauf, so bleibt sie dort, und ist es uns gleichgültig, was damit gemacht werde. Sollten sich wirklich zwei chemnitzer bankfähige Unterschriften darauf befinden, so dürften es deren so wenige sein, daß bald der Fall eintreten würde, wo die leipziger Bank ohne weiteres berechtigt sein dürfte, ihre Zweigbank aufzulösen. Aber angenommen, daß bei uns mehr bankfähige Papiere sich vorfänden, als man bis jetzt anzunehmen befugt ist, so träte dann zweitens der von den Antragstellern und den ihnen Beistimmenden ganz übersehene Umstand ein, daß die Kundschaft und der Verkehr unserer gesammten Fabrikanten mit ihr zur Kenntniß derjenigen ihrer Nebenbuhler kommen würden, welche Mitglieder des Directoriums der Zweigbank wären. Daran hat Niemand in seinem Eifer gedacht, und gleichwol ist er von der Art, um eine Bank bei uns ganz unmöglich zu machen.

* **Frankfurt a. M.**, 30. März. Briefe aus Amsterdam theilen mit, daß auch auf dem dortigen Fondsmarkte sehr belangreiche Anschaffungen im Auftrage des Kaisers von Rußland bewerkstelligt worden sind, und zwar in holländischen Effecten, die vornehmlich in Folge dieser Operation sich von ihrer Baisse wieder zu erholen angefangen. Es bestätigt dies nur die Ansicht, daß das finanzielle Arrangement, welches jüngst zwischen der Regierung Rußlands und der Bank von Frankreich stattgefunden, nicht durch politische Motive veranlaßt worden ist.

Eisenbahn. * **Frankfurt a. M.**, 30. März. Die Generalversammlung der Actionaire der Taunuseisenbahn (Nr 87) zeichnete sich vor den frühern Versammlungen dieser Gesellschaft durch eine ausnehmend friedliche und schnelle Abwickelung der Geschäfte aus. Das conservative Element hat dem speculativen gegenüber nachgerade ein solches entschiedenes Uebergewicht erlangt, daß eine Opposition dieses letztern, die in der Regel mit dem wahren Interesse der Gesellschaft selbst im Widerstreit ist und nur den Agiotagegewinn im Auge hat, nicht mehr durchzudringen oder sich nur irgendwie geltend zu machen vermag. Die Zahl der flottanten Stücke an der Börse verringert sich mehr und mehr, und dies trägt auch nicht wenig dazu bei, die Operationen der Contremine in den Taunuseisenbahnactien zu beschränken und den günstigen Stand dieser Effecten zu sichern. Die streitigen Punkte wegen der von der nassauischen Domainendirection beanspruchten Gewerbsteuer, die für das Jahr 1846 auf einen Betrag von 7954 Fl. 22½ Kr. gestellt worden, und wegen der Federungen der Gesellschaft an die Thurn und Taxis'sche Postadministration, die bereits auf eine Summe von 46,705 Fl. 36 Kr. angewachsen sind, haben noch nicht zur Erledigung gebracht werden können. Mit allgemeinem Erstaunen vernahm man die Mittheilung eines Mitgliedes, daß die Thurn und Taxis'sche Postadministration für die Beförderung eines Centners Briefe auf der Taunuseisenbahn nur vier Kreuzer vergütet. Der Antrag eines Mitgliedes auf Herabsetzung des Personentarifs wurde vom Präsidenten bestritten und fand gegen Erwarten keine Unterstützung. Das Gerücht, die nassauische Regierung habe das Begehren auf Einführung einer Stehwagenklasse und auf einen niedrigern Fahrpreis für dieselbe erhoben, hat sich als ungegründet erwiesen; es wurde in der Generalversammlung nichts der Art erwähnt. Auf der Taunusbahn sind seit deren Benutzung zum öffentlichen Verkehre 5½ Mill. Menschen befördert worden, und noch hat man keinen Verlust auch nur eines einzigen Menschenlebens auf derselben zu beklagen gehabt.

Eisenbahn. **Wien**, 31. März. Heute fand die 15. Generalversammlung der Actionaire der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn statt. Aus dem Geschäftsbericht und den Rechnungsabschlüssen ergibt sich, daß im Verwaltungsjahr 1846 740,292 Personen und 3,194,138 Ctr verschiedener Frachten mit einer Einnahme von 2,679,878 Fl. befördert wurden, und zwar mit einer Mehreinnahme gegen das Jahr 1845 von 748,060 Fl. für im Jahr 1846 mehr transportirte 81,045 Personen und 1,007,605 Ctr. Güter, ohne daß die in eigner Regie verfrachteten 490,743 Ctr. Materialien in Anschlag gebracht wurden. Nach Abzug der Spesen, der 5 Proc. Zinsenzahlung und der Tilgungsquote für die beiden Anleihen pr. 2,450,000 Fl., sowie nach Entrichtung der 4 Proc. Interessen auf die 14,100 Stammactien und Verzinsung der durch Hrn. v. Rothschild geleisteten Vorschüsse blieb sonach ein Betrag von 636,240 Fl. zur Verfügung, wovon laut Generalversammlungsbeschluß außer den bereits bezahlten 4 Proc. Zinsen eine Superdividende von 4½ Proc. an die Actionaire zugleich mit dem Julicoupon 1847 vertheilt wird, der Rest aber zuzüglich der Erübrigungen beim Fahr- und Gebäude-Fundus instructus zusammen mit 25,696 Fl. dem Reservefonds einzuverleiben beschlossen wurde, wodurch letzterer nach bezahlter Ausgleichungssumme an die im Jahr 1840 durch Brände verunglückten Gemeinden Branowitz und Gänserndorf nunmehr die Summe von 139,319 Fl. erreicht.

Auf den Antrag mehrer Actionaire wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß statt der bisher mit 4 Proc. laufenden Zinsen der currente Zinsfuß der Actien auf 5 Proc. festgesetzt werde, wonach für den am nächsten 1. Jul. fälligen Coupon 25 Fl. als halbjährige Zinsen, 45 Fl. als Superdividende des Jahres 1846, und 5 Fl. als halbjährige Verzinsung der oderberger Zuschußraten, zusammen mit 75 Fl. bezahlt wird.

In Betreff der Vollendung der Bahnstrecke bis Oderberg und des Anschlusses an die Preußische Wilhelmsbahn wurde berichtet, daß im Monate Mai dieser Bahntheil dem Betrieb übergeben werden und die Eisenbahnverbindung von Wien bis Breslau, Berlin, Hamburg und Stettin, mit Ausnahme der kurzen Unterbrechung bei Oderberg, hergestellt sein wird. Ferner wurde mitgetheilt, daß der Kaiser mit Entschließung vom 8. März d. J. der Nordbahngesellschaft die Concession auch für die circa 2000 Klafter lange Verbindungsbahn vom Stationsplatz Oderberg und die an die preußische Grenze zu führende Oderbrücke ertheilt, welche in möglichst kurzer Zeit ausgeführt werden sollen, wodurch die ununterbrochene Schienenverbindung der Nordbahn mit dem großen Preußischen Eisenbahnnetz und resp. der Ost- und Nordsee bewerkstelligt sein wird. Die vorgeschrittenen Arbeiten an der Flügelbahn von Gänserndorf nach Marchegg machen die Benutzung dieser Bahnstrecke schon für den nächsten Herbst möglich, und nachdem die Brücke über die March und die Strecke der Ungarischen Centralbahn auch noch vor Ende dieses Jahres eröffnet werden sollen, so steht die directe Verbindung von Wien bis Presburg bis zum nächststattfindenden Landtag in Aussicht. Zur Deckung der für die diesjährige Generalversammlung vorbehaltenen Fundirung des presburger Baucapitals, welches bisher Hr. v. Rothschild mit 4 Proc. dargeliehen hatte, nebst den weitern Erfordernissen für die im Bau und Betriebe befindlichen Bahnstrecken sowie jener zur Vollendung der Oderberger und Erbauung der Preußischen Verbindungsbahn noch erforderlichen und ausgewiesenen Beträge, in runder Summe pr. 5,600,000 Fl., wurde beschlossen: 5proc. Prioritätsobligationen zu emittiren, wozu jedem Besitzer einer Nordbahnactie der Bezug von 400 Fl. bis zum 15. Mai d. J. vorbehalten bleibt, daß gleichzeitig aber bis zu diesem Tag eine allgemeine Subscription angenommen werde, wonach jene Obligationen, welche von den Actienbesitzern bis zum 15. Mai etwa nicht angemeldet sein würden, mittels einer verhältnißmäßigen Repartition unter die andern Subscribenten vertheilt werden sollen. Die nähern Bedingungen werden demnächst bekanntgemacht.

Nachdem die letzte Rate pr. 25 Fl. für den Oderberger Bahnbau fällig ist, somit der Zuschuß von 250 Fl. pr. Actie voll eingezahlt sein wird, so werden hierfür die entfallenden Actien mit dem 1. Jan. 1848 ausgegeben, von welchem Tage sie in den Dividendengenuß treten, mittlerweile aber mit 4 Proc. verzinst werden. Den detaillirten Bericht über die stattgehabten Verhandlungen über die Prerau-Olmützer Bahnstrecke und über die Troppauer Flügelbahn wird das später im Druck erscheinende Protokoll enthalten.

Postwesen. Ein Correspondent im Nürnberger Kurier will wissen, daß man damit umgehe, in Wien eine Generalpostdirection zu errichten und mit der Staatseisenbahndirection zu vereinigen. Als Chef dieser vereinigten Direction bezeichne man den bei der Staatseisenbahndirection so einflußreichen Hofrath Krämer. Der jedesmalige Chef solle, wie es heiße, den Titel als Generalpostdirector und die Geheimrathswürde erhalten.

— Der seit dem 23. März in **Paris** versammelte vierte landwirthschaftliche Centralcongreß hat sich mit der Wollerzeugung beschäftigt und den Beschluß gefaßt, die Regierung um Erhöhung des Zolles auf fremde Wolle von 21 auf 35 Proc. zu ersuchen. Es kam dabei zur Sprache, daß in Frankreich seine Wolle sehr wenig mehr producirt werde, daß die geringern Wollsorten aber mit fremden Wollen gut concurriren könnten. Die Einfuhr der fremden Wolle nimmt erstaunlich zu, und trotz des Zolles ziehen die französischen Fabrikanten russische und deutsche Wolle der inländischen vor. Indessen soll viele Wolle, die als deutsche gilt, australische sein, die von England erst nach Deutschland gesendet worden.

— Nach amtlichen Actenstücken über den auswärtigen Handel Chinas, der sich auf Kanton und Schanghae zu beschränken scheint, in den Jahren 1844 und 1845 hatte derselbe in Bezug auf die meisten dorthin handelnden Nationen im Jahr 1845, mit 1844 verglichen, bedeutend zugenommen. Die britischen Einfuhren waren ungefähr um ein Drittel, die amerikanischen von 2,445,870 auf 3,209,301 und jene der Zollvereinsstaaten von 5743 auf 123,530 Piaster gestiegen. Im Jahr 1844 führte der Zollverein für 122,388, im Jahr 1845 dagegen für 179,973 Piaster aus. Die Gesammteinfuhren in Kanton beliefen sich im Jahr 1845 auf 14,062,811 Piaster, wovon etwa 10 Mill. durch englische Schiffe eingebracht wurden; die Ausfuhr betrug ungefähr 30 Mill. Piaster, wovon zwei Drittel auf englische Schiffe kommen.

Wasserstand am Pegel der tiefaer Elbbrücke am 5. April früh 7 Uhr: 2° 15″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 1. April. 2½pc. Int. 58⅝; Rußl. 5pc. Hope 104¼; 4½pc. Handelsg. 173⅛. Frankfurt a. M., 3. April. Oestr. Bact. 1908; 250 Fl. L. 119⅛ Br.; 500 Fl. L. 153⅛ Br.; Bair. 3½pc. 93¾; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 36¼ Br.; Kurhess. 32½. Paris, 31. März. 5pc. 116. 50; 3pc. 78. 55; Neap. 102; Bankact. 3240.

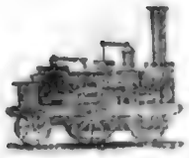
Disconto. Amsterdam, 1. April. 4 %. Frankfurt a. M., 3. April. 4 %.

Actien. Frankfurt a. M., 3. April. Taunusb. 359½; Nordb. 72¼; Verb. 91⅛. Paris, 31. März. Eis. St. Germ. 1010; Versail. l. 217½; Paris-Orleans 1273¾; Paris-Rouen 862½; Paris-Strasburg 420; Paris-Lyon 427½; Rouen-Havre 672½; Marseille-Avignon 800; Strasburg-Basel 205; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 560; Nord 625. Wien, 2. April. Nordb. 172; Gloggn. 120½; Mail. 108½; Livorn. 92½; Pesth. 98⅛.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.



Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

In heutiger (fünfter) Verlesung von Prioritäts-Actien unserer Gesellschaft sind folgende Nummern gezogen worden.

A. Prioritäts-Actien à 500 Thlr. (15 Stück):

Nr. 125, 191, 362, 438, 472, 647, 664, 702, 746, 783, 837, 1008, 1034, 1213 und 1224.

B. Prioritäts-Actien à 100 Thlr. (101 Stück):

Nr. 65, 102, 201, 226, 271, 402, 482, 525, 553, 629, 672, 741, 1095, 1096, 1412, 1500, 1553, 1559, 1598, 1616, 1865, 1938, 2060, 2249, 2415, 2439, 2462, 2648, 2786, 2839, 2935, 2980, 3122, 3253, 3261, 3342, 3375, 3446, 3885, 4074, 4142, 4306, 4416, 4425, 4476, 4479, 4482, 4580, 4583, 4743, 4766, 4781, 4892, 4910, 5057, 5060, 5137, 5207, 5260, 5313, 5364, 5376, 5406, 5467, 5573, 5644, 5700, 5916, 6003, 6013, 6425, 6490, 6536, 6544, 6562, 6660, 6667, 6684, 6871, 6960, 7022, 7025, 7085, 7137, 7141, 7147, 7233, 7555, 7621, 7649, 7670, 7692, 7762, 7947, 7989, 8057, 8208, 8227, 8332, 8400 und 8471.

Nach Vorschrift des betreffenden Statuts-Nachtrages fordern wir die Inhaber dieser ausgelosten Actien auf, dieselben mit den noch vom 1. Juli c. ab laufenden Zins-Coupons

am 1. Juli d. J.

bei der Gesellschafts-Hauptkasse (am Askanischen Platze Nr. 6) gegen Zahlung des Nominal-Werths der Actien einzuliefern.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird vom Capitale gekürzt.

Die Verzinsung dieser Actien hört mit dem 1. Juli c. auf, und rücksichtlich derjenigen, welche bis 31. December d. J. nicht zur Einlösung vorgelegt werden sollten, tritt gerichtliches Depositionsverfahren ein.

Folgende schon früher ausgeloste Actien sind noch nicht zur Einlösung vorgekommen:

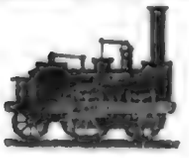
Actien à 500 Thlr.: Nr. 967, 988 und 1086.

Actien à 100 Thlr.: Nr. 66, 148, 300, 549, 795, 803, 901, 3818, 3953, 4850, 5224, 5404, 5776, 6214, 6310, 6534, 6805, 8162, 8329 und 8408.

Berlin, den 1. April 1847.

Die Direction.
v. Cronstein, Vorsitzender.

[1139—40]



Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.

Mit dem 1. April tritt unser Sommerfahrplan in Kraft, nach welchem

von *Magdeburg*
Morgens 6½, 10, Mittags 12, Abends 6½ Uhr,
von *Berlin*
Morgens 5½, 9, Nachmittags 5, Abends 10 Uhr

Personenzüge abgehen werden. Der letztere Zug geht die Nacht durch, es schließt sich demselben schon jetzt der erste Magdeburg-Leipziger Zug 6½ Uhr Morgens an, **vom 1. Mai ab** wird er direct bis Cöln durchgehen, indem zwischen Hannover und Hamm bis zur Vollendung der Eisenbahnen zwischen beiden Orten eine Courierpostverbindung eingerichtet werden wird.

Potsdam, den 30. März 1847. [1091—94]

Das Directorium der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Für **Consignationen, Incasso-, Commissions- und Speditions-Geschäfte** empfehle ich meine Adresse zur gefälligen Bedienung ergebenst.

Stettin.

[967—69] ***Fr. Mitreuter.***

Hülferuf.

Ein großes Unglück hat in dieser ohnehin schweren und bedrängten Zeit hiesige Stadt heimgesucht. In der ersten Frühe des 29. März brannten in 34 B.-C.-Nummern 113 Häuser, Hintergebäude und Ställe nieder und wurden hierdurch 270 Personen, incl. der Kinder und Dienenden, obdachlos, büßten auch dabei außer den nicht hoch assecurirten Gebäuden bei der schnellen Ueberhandnahme des Feuers den größten Theil ihrer sauer erworbenen Habe ein, welche nur bei zwei Familien versichert war. Je weniger begünstigt von der Natur und seiner Lage nach hiesiger Ort ist, um so härter hat ihn dieser Schicksalsschlag betroffen. Ist nun auch vorläufig für Obdach, Nahrung und Kleidung der Calamitosen durch deren Aufnahme in andere Bürgerhäuser und durch die menschenfreundliche Hülfe des Hohen Ministeriums des Innern, der Nachbarstädte, Gemeinden und Privatpersonen, deren Bereitwilligkeit und Theilnahme wir nicht genug preisen können, namentlich durch Zufuhren von Naturalien und Kleidungsstücken gesorgt, so thut ihnen doch, wenn sie ihre Gewerbe fortbetreiben sollen, Geldunterstützung am meisten noth. Darum legen wir unsern fühlenden Mitmenschen die dringende Bitte ans Herz, die Noth und das Elend der hiesigen Abgebrannten durch Gaben der Liebe lindern zu helfen, für deren gerechte Vertheilung und sorgfältige Berechnung wir gewissenhaft sorgen werden.

Königsbrück, am 2. April 1847.

Der Hülfscomité.

Graf von Hohenthal, Lincke, Roux, Sedlag, Leuthold, Thiemig, Lohse, Zschiegner, Schöne, Warner, M. Grahl, Hauffe, Weiss, Engelmann, Unruh, Richter, Nicke, Krieg, Rose, Hagendorn, v. König.

[1146]

Das **Strumpf- und Piqué-Waaren-Lager** von

Oelsner & Rahlenbeck

aus ***Hohenstein***

befindet sich von nächster Leipziger Jubilate-Messe an in der **Nikolai-Straße**, im Gasthaus zur Stadt Hamburg parterre, vom Eingang rechts, vorn heraus. [1052—57]

Die **Shawl-Fabrik**

von [946—49]

Indra & Girsa aus **Wien**

empfiehlt sich

zum ersten Meßbesuche

zur Ostermesse in Leipzig mit allen Gattungen von Shawls und Shawltüchern.

Verkaufslocal: Katharinenstraße Nr. 15.

Soeben erschien bei **Hinrichs** in Leipzig:

Harleß, Prof. Dr. G. C. A., **Wann haben wir Christum bei uns?** Predigt am Palmsonntage 1847. Gef. 3 Ngr. [1142]

Gaetano Vaccani,

Klingelzug-Fabrikant

aus Halle a. S.,

hält während der Leipziger Messe Lager der neuesten

Manillahanf-Klingelzüge

Grimmaische und **Reichsstraßen-Ecke** in der Bude. [1148—51]

Sulzberger, Akermann & Co.

aus ***Meisterschwanden***
in der Schweiz,
Reichsstraße 42/396, zweite Etage,

empfehlen sich für bevorstehende Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **italienischer und schweizer Strohgeflechte, Borduren** u. s. w. unter Zusicherung billigster Preise. [1049—53]

J. Bodemer junior

aus *Eilenburg.*

Fabrikant vom **gedruckten halbwollenen Mousselines.** Lager während der Messe in Leipzig: **Reichsstraße Nr. 45/399**, neben Koch's Hof, den Herren Danneberg und Sohn aus Eilenburg gegenüber. [1094—96]

Lehrlings-Gesuch. In einer Schönfärberei kann ein junger Mensch, der Lust hat Färber zu werden, unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre treten. Hierauf Reflectirende belieben ihre Adresse in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung niederzulegen. [1137]

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 6. April. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag.

Mittwoch, 7. April. Zum zweiten Male: **Jupiter's Reiseabenteuer**, oder: **Die Olympischen Flüchtlinge**, Zauberposse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen; nach dem Franz. von G. Räder. Musik von Verschiedenen.

Donnerstag, 8. April. **Eine Familie**, Schauspiel von Charl. Birch-Pfeiffer.

Freitag, 9. April. Zum ersten Male: **Die Belagerung von Solothurn**, große romantische Oper in 4 Acten von Wilh. Gerstel. Musik von Ferd. Brandenburg.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Schullehrer August Schön in Neukirchen mit Frl. Meta Hartenstein in Langenberndorf.

Geboren: Hrn. P. Blum in Köln ein Sohn. — Hrn. A. J. Dahlmeyer in Köln ein Sohn. — Hrn. Wilhelm Engelmann in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Adolf Fischer in Borna ein Sohn. — Hrn. Pfarrer Hartmann in Kleinweisach ein Sohn. — Hrn. Professor Haupt in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Polizeisecretair Hünermund in Köln eine Tochter. — Hrn. Lehrer J. Jh. Schwabe in Zittau eine Tochter.

Gestorben: Hr. P. M. Becker in Lennep. — Hr. Christian Adam Fries in Heidelberg. — Hr. Kaufmann Gottlieb Frosch in Leisnig. — Frau Johanne Rosine Heyne in Roßwein. — Hr. Lithograph Joseph Kuster in Köln. — Hr. Bataillonsarzt Friedrich Ernst Pech in Leipzig. — Hr. Bauzahlmeister Karl Aug. Pöckel in Dresden. — Frau Marie Elisabeth Seyffert in Zwenkau. — Hr. Schriftsetzer Spiegel in Leipzig. — Frau Wilhelmine Vogt auf Rittergut Gösen. — Frau M. Winkler in Großenhain.

Mittwoch — Nr. 97. — 7. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Ueberblick.

Deutschland. S Aus Deutschland. Der Nothstand. — Der bairische Orden vom heil. Georg. U Chemnitz. Die Weber. * Aus Obersachsen. Handelspolemisches. * Ulm. Die Bundesfestung. Auswanderungsgesellschaft. Dampfschiff. ** Aus Schleswig-Holstein. Die dänische Propaganda. — Die schleswig-holsteinische Ritterschaft. * Weimar. Landtag. — Statistisches aus Bremen.

Preußen. * Von der Saale. Die Verfassung. * Posen. Der Festungsbau. — Die tarnowitzer Sache.

Oesterreich. Hr. Czillich. Die Robothen. Erzherzog Stephan.

Spanien. Congreß. Ministerwechsel.

Großbritannien. Der Hof. Die Minister. Unterhaus. Die Foderung an Griechenland. Dubliner Zustände. Almosenvertheilung. Batterien. Guatemala. Negermetzelei auf Gallinas.

Frankreich. Der Herzogstitel. Graf Ste.-Aulaire. Getreideeinfuhr. Sicherheitsmaßregeln. Hr. Cremieux. Bestrafter Wucher. Freisprechung Nizza's. Der Carrouselplatz in Paris. ** Paris. Die Zollreform.

Niederlande. Der König.

Italien. Rom. Mobile Colonne. Enthusiasmus. Die Zeitschriften.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. ** Leipzig. Theater: „Jupiter's Reiseabenteuer."

Handel und Industrie. * Dresden. Die Chemnitz-Riesaer Eisenbahn. Die Bank von Frankreich. * Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdener Eisenbahn. — Der landwirthschaftliche Centralcongreß in Paris. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

S **Aus Deutschland**, 4. April. Wir haben diesen strengen Winter über so viel Noth und so viel Klagen über diese Noth ausgestanden, es wurde zum Besten der Nothleidenden so viel declamirt, gesungen, gereimt, getanzt, gegessen und getrunken; aber es ist unsers Wissens nirgend etwas Nachhaltiges gegründet worden, um ähnlichen Nothzeiten, die im natürlichen Laufe der Dinge bei jeder Wiederholung schlimmer werden, vorzubeugen. Aber jeder Denkende sieht ein, daß mit der gewöhnlichen temporairen Wohlthätigkeit dem Nothübel, welches eine bleibende chronische Krankheit zu werden droht und zum Theil schon geworden ist, nicht gesteuert werden kann. Es muß etwas positiv Bleibendes geschehen, um den Dämon des Hungers zu bekämpfen; und je früher dies ernstlich geschehen wird, deste sicherer werden die Hirngespinnste verschwinden, denen die jetzt herrschende Noth Nahrung, Entschuldigung und scheinbare Nothwendigkeit gibt. Man schöpft eben jetzt, wo der Frühling naht, neue Hoffnung, daß der Segen des beginnenden Fruchtjahres der Noth ein Ende machen werde. Allein abgesehen davon, daß für manche Theile unsers Vaterlandes selbst die reichste Aernte nicht hinreichen wird, so ist es auch Pflicht, der Natur bei ihrem segnenden Wirken zu Hülfe zu kommen und ihr so viel als möglich neuen vergrößerten Raum zu bereiten, über den sie das Füllhorn ihrer Gaben ausleeren kann. Diese Pflicht wird aber bis zur Stunde auf eine wahrhaft unverantwortliche Weise vernachlässigt, und es zeigt sich dabei wieder recht deutlich, wie gewöhnlich das Naheliegende, das Natürliche übersehen und dafür nach unerreichbaren Phantasiebildern geschwärmt wird. Während nämlich in allen deutschen Städten, Flecken und Dörfern mehr oder weniger Menschen unter der Qual des Hungers leiden, liegen in der Nähe aller dieser Städte, Flecken und Dörfer größere oder kleinere Landstrecken wüst, die erwiesenermaßen wenigstens als Kartoffelfelder ein Segen der Gemeinde werden könnten. Was könnte also zweckmäßiger, christlicher, humaner sein, als diese Ländereien den Gemeindearmen zuzuweisen, daß sie dieselben in fruchtbare Aecker umwandelten, wozu ihnen aus der Armenkasse Geräthe und Samen gegeben würden! Welch eine würdige Art von Wohlthätigkeit wäre dies und wie heilsam würde sie auch auf die Wohlthäter zurückwirken! Es kommt der Frühling, die Zeit der Saat; bedenke man den hier gemachten Vorschlag. Jede Gemeinde hat Raum und Mittel, ihn auszuführen, und wenn es allgemein geschähe, so könnte, so würde dies eine Wohlthat von staatswirthschaftlicher, von nationaler Bedeutung sein. Jede Gemeinde im ganzen deutschen Vaterlande hat gewiß irgend ein wüstes Stück Gotteserde, das zum Armenacker, zum Gottesacker im schönsten lebendigsten Sinne des Worts, gemacht werden kann.

— Der König von **Baiern** hat unterm 7. Febr. d. J. zu den bisher bestehenden drei Großprioraten des Hausritterordens vom heiligen Georg noch ein viertes Großpriorat errichtet, zugleich aber angeordnet, daß den Großprioren wieder die ursprüngliche, auf die Territorialeintheilung des Landes gegründete Benennung, nämlich: Großprior für Oberbaiern, Großprior für Niederbaiern, Großprior für Oberpfalz, Großprior für Franken, beigelegt werde. Mittels Signats vom 26. März hat er befohlen, daß am 24. April, als dem Festtage des heiligen Georg, das Ritterordensfest feierlich begangen werde, wobei der König als Großmeister vorhat, den Prinzen Adalbert von Baiern zum Großprior dieses Ordens (für Franken) zu ernennen. (A. Z.)

U **Chemnitz**, 4. April. Dem Verfasser der Denkschrift der chemnitzer Gewerbtreibenden (Nr. 93) können wir heute nur bestätigen, daß die Gegenpetition der Weber und Strumpfwirker längst an die Regierung gelangt ist; ebenso können wir ihm versichern, daß man damit nicht heimlich zu Werke gegangen ist, denn es haben zu diesem Zwecke berathende Versammlungen von mehren Hundert Personen stattgefunden. Ob dieselbe veröffentlicht werden wird, wissen wir nicht, glauben aber, daß sie zunächst nur dazu bestimmt ist, die Regierung über den eigentlichen Zweck der Denkschrift aufzuklären, die darin aufgestellten irrigen Behauptungen und Ansichten von ihrem Standpunkt aus zu widerlegen und dadurch der Regierung neue Mittel und Gelegenheit zu geben, richtige Einsicht in unsere speciellen Gewerbsverhältnisse zu gewinnen, um danach das wahre Wohl des Landes, nicht einzelner Klassen, fördern zu können. Daß „der Verfasser" die Denkschrift verfaßt und sie von Dem und Dem unterzeichnet worden ist, ist noch lange kein Beweis von der Richtigkeit ihrer Behauptungen und Foderungen, so wenig als wir unsere Ansichten für unträglich halten.

Wenn der geehrte Verfasser ferner meint, daß sein in Nr. 93 als Zugabe aufgestelltes Argument die Weber und Strumpfwirker von ihrem Schritte hätte abhalten müssen, so können wir ihm mit Bestimmtheit versichern, daß der schlichte Verstand der Mehrzahl der chemnitzer Weber längst über derartige Trugphrasen im Klaren ist und vollkommen weiß, was eigentlich des Pudels Kern ist.

* **Aus Obersachsen**, 4. April. Die augsburger Allgemeine Zeitung läßt sich aus Wiesbaden schreiben, auch in Nassau hätten die „Ideen des gewaltigen Sprechers für deutsche Volksinteressen Friedrich List", der bei dieser Gelegenheit ein „großer, hochherziger Mensch" genannt wird, „Leben und Gestalt" gewonnen. Als Beleg dafür wird angeführt, im Nassauischen werde das Verlangen nach der Vollendung des Zollvereins durch den Beitritt Hannovers, Mecklenburgs, Oldenburgs und der Hansestädte immer lebhafter, und man pflege dort zu sagen, daß der Zollverein ohne jene Staaten, ohne Nationalflagge (sic), ohne Flotte nur ein Haus sei ohne Dach und ohne Thor. Ferner wird versichert: durch das „Verständniß der Lehren unsers unsterblichen List" sei der dortige Gewerbeverein entstanden, über den und die sonstigen Anstrengungen für Gewerbsbildung alsdann viel Erfreuliches berichtet wird. Wir haben uns vorgenommen, den Todten, den unglücklich Gestorbenen möglichst zu schonen, das Verfahren seiner Partei macht aber das Festhalten dieses Vorsatzes zuweilen sehr schwer, und um der Sache willen wird ein Widerspruch nöthig, den man der Person gern ersparen möchte. Wenn die Herren in Nassau sich nicht blos um die Ideen des Hrn. List, sondern auch um den allgemeinen Stand der Wissenschaft und um die einschlagenden factischen Verhältnisse etwas bekümmert hätten, so würden sie wissen, daß List niemals „neue Ideen" gelehrt, sondern blos ein sehr altes System mit einem für solche Leute, wie der Verfasser jenes Artikels aus Wiesbaden ist, berechneten Geschick vertheidigt hat. Selbst in Betreff der Gründe, mit denen er jenes System vertheidigte, ist ihm nachgewiesen worden, daß ihm Andere zuvorgekommen, wenngleich diese nicht mit gleicher Wärme und Beredtsamkeit verfahren sein mögen. Auch von seinem Patriotismus würde man wenigstens nicht so ungeheures Aufhebens machen, wenn man sich erinnerte, daß er sein System erst den Amerikanern, dann den Franzosen anpries, bevor er darauf fiel, Deutschland damit zu beglücken. Wenn im Uebrigen jene Herren das List'sche System wirklich verstanden und zugleich die Wirklichkeit der Verhältnisse er-

kannt hätten, so würden sie auch eingesehen haben, daß zwar das List'sche System den Beitritt der genannten Staaten zum Zollvereine braucht, daß es aber in sich selbst ein sehr starkes Hinderniß jenes Beitritts sein würde, welcher nur auf der Grundlage erweiterter, nicht beengterer Handelsfreiheit vollzogen werden kann. Unverständig und undankbar, oder nur ganz jungen Menschen, welche die Zustände vor dem Zollvereine nicht gekannt haben, zu verzeihen ist es, den Werth des jetzigen Zollvereins so herabzusetzen, wie dort geschieht. Eine Nationalflagge kann er freilich leicht bekommen, die „deutschen Patrioten" würden aber nur darüber spotten wie über das Bundeswappen. Eine Nationalflotte aber ist ein anderes Ding, und versteht man in Wiesbaden von alle Dem, was dazu gehört, sehr wenig. Gewisse Kammern, welche sich schon über das Militairbudget sehr ereifern, würden schöne Gesichter machen, wenn sie auch noch ein Marinebudget bezahlen sollten, und der größte Theil des deutschen Binnenlandes, welches nun einmal das in dem Inselreiche England alle Theile durchdringende maritime Interesse nicht berührt, würde sich auch gewaltig umsehen, wenn er deshalb erhöhte Steuern bezahlen müßte. Zum Spaß ist die Sache etwas zu kostspielig, und ehe sie ernsthaft würde, möchten noch gar bedeutende Prüfungen zu bestehen sein, möchte man sich gar ernstlich mit andern Seemächten zu messen haben. Uebrigens wird Deutschland schon deshalb es nie mit dem englischen Seewesen und mit Englands überseeischem Handel aufnehmen können, weil es kein das ganze Jahr freies Meer hat, woran nicht die Menschen, sondern die Natur schuld ist. — Die nassauer Anstalten für Gewerbsbildung sind sehr löblich. Das ist der rechte Weg zur Förderung der Industrie: Bildung, nicht Monopol, nicht Ruhekissen des Schlendrians. Aber aus dem List'schen System ist das nicht geflossen. Das beschäftigt sich mit andern Mitteln zur Förderung der Gewerbsamkeit als mit Gewerbschulen, Industrieausstellungen und technischen Vereinen.

Die augsburger Allgemeine Zeitung ertheilt ferner der Deutschen Allgemeinen Zeitung Verweise darüber, daß sie die Antworten Peel's und Palmerston's auf die List'sche Denkschrift mitgetheilt habe (Nr. 87); sie selbst enthält sich natürlich der Nachahmung dieses Verbrechens und mag das mit ihren Lesern abmachen. Wenn sie aber bei dieser Gelegenheit dieser Zeitung vorwirft, sie sei zum „Verleumder" an List geworden, den sie einmal geradezu als Söldling der deutschen Fabrikanten bezeichnet habe, so würde es ihr vielleicht nicht ganz leicht werden, nachzuweisen, wo dies directer geschehen wäre, als Hr. List selbst in jeder Vertheidigung der Wissenschaft und des zeitherigen Systems der deutschen Handelspolitik englisches Gold und englisches Waarenhändlerinteresse zu wittern liebte. Auch sie selbst verfährt eben in jenem Artikel verdächtigend, indem sie von jenen Documenten bemerkt: „Gott weiß, aus welcher Hand ihr zugespielt", und sie sagt geradezu Unwahrheit, wenn sie ausruft: „und das verkündigt die Leipziger Allgemeine Zeitung als einen Sieg über List und das deutsche Schutzsystem", wovon in jenem Artikel kein Wort steht. Wenn sie ferner sagt: diese Zeitung „spiele in dieser Beziehung eine Rolle, als ständen wir um 15 Jahre zurück, wo Leipzig vor dem Zollvereine schauderte", so ist ihr zu antworten, daß die Verfasser der handelspolitischen Artikel dieser Zeitung nie zu Denen gehört haben, welche „vor dem Zollvereine schauderten", daß aber der Segen, den Leipzig unter dem Zollverein erfahren hat, aus dem Principe der Befreiung, was das Grundprincip dieses Vereins ist, nicht aus der Beimischung des Schutzes fließt, was nur Concession an vorübergehende Einzelinteressen war. Endlich wärmt sie noch eine vor Jahren in einer berliner Mittheilung enthaltene Vermuthung über den Ursprung der List'schen und augsburger Zollagitation auf, auf die sie immer zurückkommt, ohne sie auch nur einmal verstanden zu haben. Oder thut sie nur so? Das sind Klopffechterstreiche, wie sie in Ermangelung von Gründen ihren Dienst leisten mögen und für die dortigen Kämpfer ganz passend sind.

* **Ulm**, 1. April. Mit dem Eintritte der bessern Witterung werden nun auch wieder die Bauten an unserer Bundesfestung mit vermehrten Arbeiterkräften in Angriff genommen. Gegenwärtig beläuft sich die Zahl der Schanzgräber nur auf beiläufig 1600, soll aber auf beiden Ufern bis zu 5000 vermehrt werden. Der Andrang Solcher, welche „an der Schanz" Beschäftigung suchen, ist so groß, daß sich die Festungsbaudirection genöthigt sah, in öffentlichen Blättern eine desfallsige Warnung ergehen zu lassen. Die Maurerarbeiten werden in diesen Tagen beginnen. Bis jetzt hat die Stadt als solche noch keine Beschwerden von dem Bau gehabt, wenn man nicht den Zusammenfluß der Arbeiter selbst, die natürlich größtentheils dem Proletarierstand angehören und auf die Preise der Lebensmittel und der Miethen immerhin einen Einfluß haben mögen, hierher rechnen will; in nächster Zeit rücken aber die Arbeiten bis in die nächste Nähe der Stadt vor, und da dürfte doch manche Klage laut werden. Bereits hat sich auch in unsern Localblättern darüber, ob man die von der Festungsbaudirection dem Stadtrathe vorgelegten Propositionen im Bezug auf Ueberlassung und Umtausch der öffentlichen Wege und Spaziergänge sowie die Unterhaltung derselben annehmen soll oder nicht, ein ziemlich heftiger Streit erhoben. Dem stadträthlichen Beschlusse zufolge ist die Festungsbaudirection abschlägig beschieden worden, und es müßte die Letztere nun die nöthigen Strecken auf dem Expropriationswege zu bekommen suchen, allein man hofft doch noch, daß sich die beiden Streitenden auf irgend eine Weise einigen werden. Sehr beklagt wird es, daß unser einziger sehr schöner Spaziergang (die Stadtmauer) mit der Aussicht auf die Donau mit einer wenn auch nur niedern Mauer umfaßt werden soll.

In unserer Stadt hat sich eine tropische Auswanderungsgesellschaft gebildet, welche mit etwas sanguinischen Statuten einige dem Auftrage gewachsene Männer nach Venezuela schicken und durch diese dort so viel Länderei ankaufen will, daß jeder sich diesem Auswanderungsproject anschließende Actionair für seine Einlage 30 Acker Land erhalten soll, über die er jedoch nur zu zwei Drittheilen als Privateigenthum verfügen kann, indem die übrigen 10 Acker einem gemeinschaftlichen und von der Gesellschaft bewirthschafteten Gütercomplex zufallen sollen. Mit einem Capitale von 48,000 Fl. hofft sich die Gesellschaft eine neue Heimat zu gründen. Um aber das Gemeindeland urbar und ertragfähig zu machen, sollen zuerst junge, starke und entschlossene Männer, sowol Landwirthe als Handwerker, etwa 80—100 an der Zahl, auf den Platz der Ansiedelung gehen, um provisorische Wohnungen für die Gesellschaftsglieder zu errichten, und mittels einer Ackerbaumaschine (?), mit der sie versehen werden, so viel Land bebauen, daß innerhalb Jahresfrist wol an tausend (!) Actionaire Wohnung und Nahrung finden. — Unser Dampfschiff ist dieser Tage zum ersten Mal nach den untern Donaugegenden abgegangen.

* **Aus Schleswig-Holstein**, 31. März. Sehr viel Aufsehen macht in dieser Zeit ein Brief des Redacteurs des dänischen Blattes Dannevirke an den Professor Flor, der in vielen Abschriften im ganzen Lande circulirt. Wie dieser Brief öffentlich bekannt wurde, weiß Niemand; da derselbe aber das geheime Getriebe der dänischen Propaganda enthält und zugleich zeigt, mit welchen Absichten diese Partei umgeht, so erweckt er viel Aufsehen. Der Professor Flor war früher Lector der dänischen Sprache in Kiel, woselbst er seiner dänischen Ansichten wegen sich bemerkbar machte. Seinem Einfluß auf den verstorbenen Lorenzen aus Hadersleben schreibt man es zu, daß dieser politische Ueberläufer in der schleswigschen Ständeversammlung anfing Dänisch zu sprechen. Die deutsche Stadt Kiel war kein Terrain für den Professor Flor; er nahm daher seinen Abschied und wurde Vorsteher der sogenannten Bauern-Hochschule im Amte Hadersleben, mit welchem Posten er zugleich den eines geheimen Chefs der dänischen Propaganda in Schleswig verbinden soll. Man hält ihn für schlau und intrigant; auch ist er ein specieller Freund vom Etatsrath Adler, Cabinetssecretair des Königs. Professor Flor soll daher eine bedeutende Rolle spielen, wenn auch nur im Geheimen, und der von dem Redacteur der Dannevirke an ihn geschriebene Brief wird demnach als an das Haupt der Partei gerichtet betrachtet. In diesem Briefe werden zuerst bittere Klagen darüber geführt, daß, während die Propaganda seit zehn Jahren eifrig bemüht gewesen sei, in dem Amte Hadersleben für die dänische Sache zu wirken, sie den mittlern Theil Schleswigs aus den Augen verloren habe, und derselbe gegenwärtig gänzlich Deutsch sei; es sei daher nothwendig, alle Eisen, die man im Amte Hadersleben im Feuer habe, liegen zu lassen und seine ganze Thätigkeit auf das mittlere Schleswig zu richten. Wie man daselbst der dänischen Sache aufhelfen könne, sei eine schwer zu beantwortende Frage; indessen müsse damit angefangen werden, in jedem Kirchspiel einen Menschen für sich zu gewinnen; demnächst müßten alle deutschen Prediger und Lehrer denuncirt, in Untersuchung gezogen und bestraft werden; denn die Regierung müsse die Verbreitung des Deutschen zu einem Staatsverbrechen stempeln ꝛc.

Man sieht, welche Mittel diese Partei zur Erreichung ihrer Zwecke anwendet! Im weitern Verlaufe des Briefes heißt es: Der Regierungspräsident v. Scheel habe während seiner letzten Anwesenheit in Hadersleben in einer dem bekannten, Dänisch gesinnten Bauern Lauritz Skau ertheilten Audienz geäußert: der schleswigsche Verein thue am besten, sich gegenwärtig aufzulösen, weil alle politischen Vereine innerhalb kurzer Zeit von Seiten der Regierung aufgelöst werden würden. Der Briefsteller räth nun, diesem Wunsche des Regierungspräsidenten Folge zu leisten, theils um Letztern, durch Befolgung dieses Raths, in den „Strudel" der Propaganda zu ziehen, theils weil der schleswigsche Verein nur dem Namen nach bestehe und man daher durch die Auflösung desselben nur dessen Leichnam beerdigen würde. Dieses Eingeständniß ist sehr naiv. Beachtung verdient es, daß der Regierungspräsident durch Lauritz Skau dem schleswigschen Vereine, diesem Schooskinde der dänischen Propaganda, Rathschläge ertheilt! Sollten sich hieraus vielleicht noch anderweitige Schlüsse ziehen lassen? Jedenfalls scheint so viel gewiß, daß Hr. v. Scheel mit Lauritz Skau in Verbindung steht.

— Der Weser-Zeitung wird aus **Schleswig-Holstein** geschrieben: „Die Ritterschaft wird nächstens eine Antwort erhalten; als Inhalt wird angegeben: die Ritterschaft sei zur Bitte um Verfassung nicht competent, indessen verkenne der König nicht, daß die Ritterschaft im Ganzen loyale Gesinnungen habe, sie lasse sich aber jetzt von einigen Wenigen verführen."

• **Weimar**, 3. April. In der zwölften Sitzung des Landtags am 9. März wurde, wie die bereits veröffentlichten Protokolle darthun, zuerst die Berathung über die Vergütung des Wildschadens fortgesetzt und von mehren Abgeordneten verschiedene neue Specialitäten zur Sprache gebracht; der Staatsminister v. Watzdorf schlug jedoch vor, man möge sich zur Abkürzung der Sache über eine Vorlage an die höchste Behörde vereinigen. Da mehre Abgeordnete sich hiermit einverstanden erklärten, bemerkte der Abg. Henß: Es möge wol zweckmäßig sein, in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage des Staatsministers auf die Grundlage der von der Section gethanen Vorschläge bei hoher Staatsregierung einen Antrag auf eine Gesetzvorlage zu stellen, in welcher auf die jetzt erhobenen Wünsche und Bedenken Rücksicht genommen werde. Der Landtag stimmte Dem bei. Nach der Tagesordnung kam ein Vortrag des Abg. Kling über den moralischen Zustand der Bevölkerung im eisenachischen Oberland an die Reihe, welcher sich zugleich über die Mittel verbreitete, wie dieser Zustand zu verbessern, namentlich in gewerblicher Beziehung Aufhülfe geschehen könne. Großherzogl. Commissar schlägt vor, den Antrag der Staatsregierung mitzutheilen, weil sich diese schon seit längerer Zeit mit diesem Gegenstande beschäftige. Nachdem derselbe in dieser Beziehung das Nähere mitgetheilt, fragte der Landmarschall, ob dem Landtage sowol als der Staatsregierung wol zugemuthet werden könne, die in allgemeinen Umrissen dargelegten Ansichten eines einzelnen Abgeordneten einer geschäftsmäßigen Prüfung zu unterwerfen? Der Abg. Kling nahm hierauf seinen Vortrag zurück und übergab solchen dem Regierungscommissar, welcher ihn an das Staatsministerium zu etwaniger Berücksichtigung zu empfehlen versprach.

In der dreizehnten Sitzung am 10. März hielt der Abg. Henß einen Vortrag über den Umfang der Geschäftskreise der Criminalgerichte. Der Wirkungskreis dieser Gerichte sei nach und nach so bedeutend erhöht worden, daß weder die Arbeitsthätigkeit der Beamten noch die etatsmäßigen Gehalte mehr ausreichend wären. Es seien den Criminalgerichten Untersuchungen zugewiesen worden, welche weit zweckmäßiger und weniger kostspielig den Localbehörden übertragen werden könnten. Staatsminister v. Watzdorf: Eine Beschränkung der Competenz der Criminalgerichte sei bereits von der großherzogl. Regierung zu Weimar beantragt worden, und zwar aus Gründen, welche der Petition selbst zu Grunde gelegt wären, allein die Staatsregierung habe die Sache nicht für so dringend erachtet, weil man nicht für angemessen finde, ein Gesetz wieder abzuändern, welches erst seit ein paar Jahren eingeführt worden. Zweiter Gehülfe (Dr. v. Müller): Erst die Erfahrung mehrer Jahre nach der Einführung des neuen Criminalgesetzbuchs habe lehren können, inwieweit dessen Bestimmungen auf den Geschäftsstand der Gerichte und die vielfachen dabei zu nehmenden Rücksichten einwirken würden. Es dürfte daher jetzt, nach mehr als sechs Jahren, keineswegs auffallen noch für einen Rückschritt zu achten sein, wenn einige Bestimmungen abgeändert würden, so wie auch in der Propositionsschrift eine solche bereits angekündigt worden sei. Nachdem diese Angelegenheit noch ausführlicher besprochen worden, beschloß der Landtag einstimmig, den Antrag des Abg. Henß auf Beschränkung der Competenzverhältnisse der Criminalgerichte der Staatsregierung zur Prüfung zu empfehlen. Der Abg. Steinberger berichtete hierauf über eine Petition von 47 Innungen zu Weimar und Jena, daß der Landtag bei der Staatsregierung sich dahin verwenden möge, daß die Verordnung des vormaligen Landespolizeicollegiums vom 30. Jan. 1811, welche §. 9 verordne: „daß den Kaufleuten gestattet sein solle, alle und jede Artikel, welche Professionisten zu fertigen und zu führen berechtigt sind, mit alleiniger Ausnahme der Strumpfmanufacturwaaren, im Ganzen sowol als im Einzelnen zu verkaufen", wieder aufgehoben werden möge. Der Ausschuß räth an, beide Petitionen der höchsten Behörde zur Berücksichtigung zu empfehlen; für den Fall jedoch, daß gegen die Gewährung Bedenken obwalten sollte, möge wenigstens denjenigen Kaufleuten, welche erst später in die Innung treten würden, jene Befugniß nicht ertheilt werden. Nach mehren Verhandlungen wurde von dem Landtage durch bedeutende Stimmenmehrheit der Antrag des Ausschusses angenommen. Ebenso wurde der durch mehre Petitionen veranlaßte Antrag des Ausschusses, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegen den verbotenen Hausirhandel erneuert und streng gehandhabt werden möchten, angenommen, sowie eine Petition, daß kein Handwerksgeselle vor dem 26. Jahre zum Meisterrechte zugelassen werden solle, der Staatsregierung zur Prüfung und Berücksichtigung empfohlen.

In der vierzehnten Sitzung am 11. März hielt der Abgeordnete der Stadt Weida, Martini, einen Vortrag über den Nothstand der durch die Zollerhöhung bedrückten Weber von Weida und der Umgegend, welcher Gegenstand sogleich an den Ausschuß gewiesen wurde, der sich mit den Zollsachen beschäftigt. Nachdem man noch über die Fruchtmagazinkasse und über das Gesuch der Stadt Buttstädt um eine Chaussee nach Apolda verhandelt hatte, berichtete der Abgeordnete Lairitz über den Entwurf eines Gesetzes, durch welches ein früheres Gesetz zum Schutz der Holzungen insofern abgeändert werden soll, daß die Bestrafung der Rückfälle bei Forstfrevels gemildert werde, weil die zeitherige Schärfung der Strafe gewöhnlich auf dem Wege der Gnade ausgeglichen worden wäre. Nach Antrag des Ausschusses ward dieses Gesetz einstimmig angenommen.

— In **Bremen** wurden im Jahr 1846 geboren in der Stadt 1597 Kinder, im Gebiete 944. Gestorben sind in der Stadt 1314, im Gebiete 689 Personen. Getraut wurden in der Stadt 466, im Gebiete 181 Paare.

Preußen.

• **Von der Saale**, 4. April. Wie man auch über die Ergänzung der preußischen Verfassung, die der 3. Febr. d. J. gebracht hat, denken mag, so dürfen wir dennoch nach genauer Erwägung aller mit dem zu besprechenden Gegenstand in Zusammenhang stehenden Thatsachen diese Verfassung, wie sie die nächste Zukunft in Ausübung bringen wird, als ein Ereigniß betrachten, dessen Wichtigkeit nicht hoch genug in Anschlag zu bringen ist, ein Ereigniß, das nicht blos für Deutschland, sondern auch für ganz Europa von den eindringlichsten Folgen begleitet sein wird. Man darf auch keineswegs behaupten, daß die Wichtigkeit der Sache nur im mindesten verkannt worden sei; sie ist vielmehr überall gebührend gewürdigt, soweit das im Augenblicke der Ueberraschung nur immer geschehen konnte. Man hat das Ereigniß aufs eifrigste begrüßt und mit allem Eifer, soweit es ein mehr oder weniger beschränkter Standpunkt nur immer zuließ, dahin getrachtet, das Wesentliche des Gegenstandes aufzufassen und sich für die Sache ihrer ganzen Wichtigkeit nach zu begeistern. In- und ausländische Blätter haben darin gewetteifert und die Presse hat sich selbst geehrt, indem sie dem königlichen Urheber Dankadressen votirte.

Die Zeit kommt nun heran, wo das lang Gehoffte, das Gewünschte, das sehnsüchtig Erwartete sich thatsächlich bestätigen, das preußische Volk aus der Privatsphäre, in der es sich höchstens für die nächsten Privat- und Localinteressen thätig beweisen konnte, sich in die Staatssphäre erheben, für die wahrhaft allgemeinen, für die öffentlichen Interessen Theilnahme zeigen und ein Jeder an seiner Stelle, die ihm Zufall oder Verdienst angewiesen, wirksam sein wird. Welchen Standpunkt bei einer freimüthigen Würdigung des preußischen Verfassungswerkes man aber auch einnehmen oder willkürlich wählen mag, so darf man, soweit man sich überhaupt von allem Vorurtheile losmachen und von parteiischer Einseitigkeit, die den Blick trübt und eine richtige Beurtheilung des Ganzen unmöglich macht, befreien kann, den Grundsatz nicht aus den Augen verlieren, daß eine jede empirische Verfassung eine nur relative und daher, sofern sie sich auf einem bestimmten Stadium der Entwickelung befindet, ihren Maßstab theilweise in sich selbst trägt, der nicht äußerlich an dieselbe hinangebracht werden darf, daß man sich also auf ganz positivem Boden befindet, den man nicht mit einem erdachten willkürlich vertauschen darf.

Man kann darüber streiten, ob zur bessern und zweckmäßigern Begründung der gegenwärtigen preußischen Verfassung Dies und Jenes nicht anders hätte gestaltet, Manches weiter ausgeführt und Einiges, was dunkel und zweideutig erscheint, genauer und deutlicher hätte bestimmt werden sollen. Darauf aber kommt es nun gerade nicht an, wenn nur als Resultat einer mit Sorgfalt und Sachkenntniß angestellten Prüfung sich herausgestellt haben wird, daß dieser so wichtige Theil Deutschlands, Preußen, durch die Ergänzung seiner Verfassung, wie sie nunmehr geschehen ist, aus einem mehr oder weniger mechanischen Verhältnisse, in dem es sich in politischer Hinsicht nur zu lange befunden hat, zu einem organischen Verhalten übergegangen ist, in dem sich der Staat in jeder Hinsicht einer erhöhten politischen Lebendigkeit erfreuen, eine vergrößerte Thatkraft in der Entwickelung alles Dessen, was seine wahre Beschaffenheit, seine eigenthümliche Natur ausmacht, unzweifelhaft documentiren wird. Und es ist damit, das läßt sich nicht verkennen, der erste Schritt auf dem Wege zu seiner neuen großartigen politischen Manifestation geschehen, einer politischen Manifestation, die, mit Bestimmtheit darf es verkündet werden, zunächst ganz Deutschland in den Kreis ihrer politischen Thätigkeiten und Bestrebungen hineinziehen wird. Das, vermöge seines echt germanischen politischen Lebens, in Stände, wie sie in der geschichtlichen Entwickelung naturgemäß entstanden, nicht gemacht sind, geordnete preußische Volk wählt seine Abgeordneten zu Kreis- und Provinzialständen, und diese letztern werden nebst den in Person oder durch Bevollmächtigte erscheinenden Standesherrn, „so oft die Bedürfnisse des Staats entweder neue Anleihen oder die Einführung neuer oder eine Erhöhung der bestehenden Steuern erfodern möchten", durch den König zu einem Vereinigten Landtage versammelt, „um für erstere die durch die Verordnung über das Staatsschuldenwesen vorgesehene ständische Mitwirkung in Anspruch zu nehmen, und zu letzterer, der Einführung neuer oder der Erhöhung der bereits bestehenden Steuern, der Zustimmung sich zu versichern". Das Institut des Vereinigten Landtags ist hiernächst zweitens durch den vereinigten ständischen Ausschuß zweckmäßig ergänzt, der nicht blos beliebig, sondern auch periodisch, spätestens alle vier Jahre, zusammenberufen werden wird.

Für die ständische Mitwirkung bei dem Staatsschuldenwesen, die nicht füglich durch eine große, aus mehren Hunderten bestehende politische Versammlung ausgeübt werden kann, wird eine besondere ständische Deputation zweckgemäß eingerichtet werden. Daneben bestehen die Provinzialstände ihrer bisherigen Einrichtung gemäß, jedoch mit der Beschrän-

kung fort, daß ihre Thätigkeit sich nur auf die Provinzialangelegenheiten erstrecken wird, da die Berathung allgemeiner Landesgesetze dem Vereinigten Landtage resp. dem vereinigten ständischen Ausschusse vorbehalten ist. So wie sich nun diese neuen Institute zweckmäßig und ergänzend an das bisher Bestandene anschließen und durch einander organisch eine Vermittelung bewirken, so ergänzen sich auch die beiden neuern Institute durch die einem jeden eigenthümlichen Attributionen unter einander, indem dem vereinigten ständischen Ausschusse blos ein Beirath zu neuen Landesgesetzen, dem Vereinigten Landtag aber auch eine Zustimmung und Mitentscheidung in den betreffenden Angelegenheiten zustehe; der letztere ferner nur beliebig, der erstere aber in regelmäßigen Zwischenräumen, d. h. periodisch zusammenberufen werden wird.

An das Ganze schließt sich aber die von der Allgemeinen Preußischen Zeitung versprochene, eben so präcise als vollständige Veröffentlichung sämmtlicher Verhandlungen des nächstens zu eröffnenden Vereinigten Landtags an, sodaß das Volk eine vollkommene Gelegenheit finden wird, sich von der Staatsidee durchdringen zu lassen. Dies indessen noch mehr zu befördern ist die große Aufgabe der Presse, eine Aufgabe, in deren Lösung sie ebensowol eine echte vaterländische Gesinnung als das Vorhandensein angemessener politischer Kenntnisse der behandelten Gegenstände ans Tageslicht fördern kann. Wahrlich, es wird nun Zeit, aus dem allgemeinen politischen Raisonnement zur Betheiligung an bestimmten Gegenständen überzugehen und zu zeigen, daß es ihr, der Presse, Ernst ist um des Vaterlandes Wohl, indem sie mit den Concessionen, soweit sie gemacht werden, zufrieden, eine weitere Befreiung von polizeilichen Beschränkungen von der weitern Entwickelung der Staatsangelegenheiten und von der Macht der Wahrheit und des Rechts erwartet. Die wahre Freiheit besteht darin, sich in die Schranke, wie sie die gegenwärtigen Gesetze aufgestellt haben, hineinzufinden, und nicht das für den Augenblick Verbotene zu wollen, eben nur, weil es verboten ist.

So steht nun Preußen mitten inne zwischen dem Absolutismus, der das Volk als eine weiche Masse betrachtet, die er nach seiner Wahl und nach absoluter Willkür oder nach vorgefaßter Meinung formen und gestalten kann, und dem französischen Systeme, nach welchem dasselbe in eine Menge politischer Atome aufgelöst, von denen eine bestimmte Anzahl nach einem arithmetischen Verhältnisse als Wähler bevorrechtet ist, die, sich in jedem Betracht entfremdet, nach meist äußerlichen Rücksichten eine größere oder kleinere Zahl Abgeordneter, die ebenfalls nach einem arithmetischen Verhältnisse bestimmt ist, in die politische Versammlung schicken, in welcher der Particularismus der persönlichen Interessen eben so vorherrscht, als zu ihrer Zeit die Standes- und kirchlichen, welche die Monarchie zur Erstarkung der wahren Staatsinteressen erst gebrochen und in sich aufgenommen hat. Ebenso ist jetzt, da das Volk zur wesentlichen Mitwirkung in den öffentlichen Angelegenheiten berufen wird, der Bureaukratismus, die Einseitigkeit der Beamtenthätigkeit, die Herrschaft der Beamteninteligenz gebrochen, und der Nationalität, der stärksten aller politischen Triebfedern, da sie nunmehr im Staatsorganismus zugelassen ist, Raum gewährt, sich nach der in ihr liegenden Kraft zu äußern. Ohne die Beamtenthätigkeit, die in allen Staats- und öffentlichen Functionen allerdings das Beste thun muß, zu lähmen, wird dieselbe zum Heil der guten Sache auf ihr rechtes Maß zurückgeführt werden. Dazu ist auch in der Justizverwaltung bereits der erste segensreiche Schritt geschehen, indem im Civil- und Criminalverfahren Veränderungen ins Leben getreten sind, die auf das Volksleben wo möglich noch mächtiger und einflußreicher sein werden als selbst die ergänzte Verfassung, wenn dieselben nicht vielmehr als integrirender Theil der letztern zu betrachten sind. Im Civilverfahren ist, da die bevormundende Instructionsmethode theilweise aufgehoben ward, die Transactionsmethode wieder in ihr Recht getreten und die litigirenden Parteien sind dadurch von einer Beamtenbevormundung emancipirt, die wie Alpdrücken auf dem Volke gelastet hat. Im Criminalverfahren aber greift das öffentliche und mündliche Verfahren immer mehr Platz, und eine richtig constituirte Jury wird endlich wieder das Volksrecht an die Stelle des Juristenrechts gelangen lassen.

Wenn auf diese Art nach und nach sich alle einzelnen Kräfte aus ihrer Zerstreutheit, aus der sie bisher zum großen Nachtheil der guten Sache eine isolirte Stellung eingenommen haben, in die Einheit der Staatsidee, des wahren öffentlichen Wohls concentriren; alle Sonderinteressen, wie sie auch im Provinzialismus bisher geherrscht haben, derselben zu ihrer wahren Erstarkung eingeordnet sein werden, so ist auch nicht minder zu wünschen, daß der rationale Liberalismus auf dem Felde der Politik nicht länger in seinen Verirrungen und politischen Träumereien verharren, sondern seine bessern Kräfte dem praktischen Staatsleben zuwenden möge. Wie verlautet, sind indessen einige Jünger desselben willens, gegen den Grundsatz, als ob der Vereinigte Landtag eine Erfüllung des königlichen Versprechens hinsichts der Bewilligung von Reichsständen (vom 22. Mai 1815) sei, durch das Organ ihrer Abgeordneten zum Vereinigten Landtage zu protestiren. Es ist jedoch zu hoffen, daß die betreffenden Deputirten ihren Beruf, für die wahren Interessen des Vaterlandes wirksam zu sein, besser eingesehen haben werden, als daß sie sich, milde ausgedrückt, solchem unpraktischen und erfolglosen Beginnen hingeben sollten.

Wenn es aber dahin kommen soll, daß die Landtage in der That ihren beabsichtigten Zweck erreichen, was sowol die Provinzial- als die Vereinigten Landtage anbetrifft, so müssen die Communalangelegenheiten noch vorher durch die ins Leben tretenden und auf alle mögliche Weise zu befördernden Zünfte und Innungen gekräftigt, vor Allem aber eine Landgemeindeordnung geschaffen werden, damit der öffentliche Sinn mehr angeregt und von unten auf durch alle Schichten der Gesellschaft verbreitet werde. Nicht lebhaft genug kann Referent auf den eben berührten Gegenstand aufmerksam machen, dessen Wichtigkeit so groß ist, daß auf ihm fast ausschließlich als auf einem sichern Grunde das politische Leben ruht und daß ohne ihn fast das ganze politische Gebäude in der Luft schwebt. Referent hält es für eine Anmaßung, einen Gegenstand in weitere Ausführung zu nehmen, der längst in seiner ganzen Wichtigkeit gekannt und hinreichend gewürdigt ist. Der Entwurf einer Landgemeindeordnung, wozu gewiß die Materialien sich in dem Bureau des betreffenden Ministeriums befinden, dürfte neben andern nicht weniger wichtigen Gegenständen sich wahrlich der Berathung des Vereinigten Landtags vorzugsweise empfehlen.

Unmöglich aber können wir diesen unsern Aufsatz schließen, ohne mit so wenigen Worten, als es immer geschehen kann, auf den mächtigen Eindruck und die daraus für die wesentliche Umgestaltung der Politik hervorgehenden Folgen hinzudeuten, die das ergänzte preußische Verfassungswesen auf die übrigen deutschen und in nothwendiger Folge auf die europäischen Staaten haben wird. Wie geringer directer Einfluß auch dem Vereinigten Landtag auf die internationalen Verhältnisse gestattet zu sein scheint, da der Krone ihre monarchischen Rechte unverkürzt und in Hinsicht auf die auswärtige Politik unbeschränkt erhalten sind, so steht doch Das fest, daß Preußen von den absoluten Staaten sich in gewissem Betracht auf immer getrennt hat. Das aber ist für die fernere Entwickelung Deutschlands und für seine Stellung zu den auswärtigen Mächten wichtiger, als es auf den ersten Anblick erscheinen möchte. Das Mistrauen, was die kleinern constitutionellen Staaten Deutschlands bisher gegen Preußen seiner vorausgesetzlichen anticonstitutionellen Tendenzen wegen mit Recht oder Unrecht hegen zu müssen glaubten, ist nunmehr verschwunden und für immer erloschen. Die Politik Preußens wird, wenn dasselbe seiner hohen Bestimmung eingedenk ist: in jeder Hinsicht der Vertreter Deutschlands zu sein, solchen Bestrebungen sich hingeben, denen sich die übrigen deutschen Staaten mit Ueberzeugung und in ihrem eignen Interesse anschließen können. Die Wechselwirkung zwischen den verschiedenen deutschen Staaten wird bei der wahren Uebereinstimmung ihrer Interessen, die auf die mächtige Entwickelung ihrer materiellen und geistigen Kräfte gerichtet sind, auf eine immer größere Einheit, worin allein seine im steten Zunehmen begriffene Größe beruht, hinwirken, und aus dieser die Macht und der Einfluß erwachsen, den Deutschland auf das europäische Staatensystem, wie einstmals auf seiner glänzendsten politischen Höhe, auszuüben bestimmt zu sein scheint. Dies ist von gewissen ausländischen Blättern, unter andern von dem französischen Blatte Epoque nicht blos dunkel angedeutet, sondern im bestimmten Sinn ausgesprochen, daß mit der veränderten Stellung Preußens zu den übrigen deutschen Staaten, die eine nothwendige Folge seines veränderten politischen Systems sei, die günstige Constellation, die deutschen Staaten zu trennen und zu einem Sonderbündnisse zu bewegen, wol auf immer entschwunden sei, da, um zu einem solchen Schritte zu bewegen, schwerlich Vortheile angeboten werden könnten, die denjenigen nur einigermaßen gleichkämen, welche aus dem engen Anschließen an die deutschen Interessen unzweifelhaft hervorgehen würden. Und ein spanisches Blatt, der Español, sagt nach einer vorausgeschickten längern Beurtheilung der preußischen Verfassungserweiterung: „War der Zollverein ein Riesenschritt, auf materiellem und industriellem Boden nach einem großen Ziele gethan, so wird der Vereinigte Landtag Preußens ein demselben Ziele noch näher rückender zweiter Zollverein auf dem Felde der Staatskunst sein. Treten nicht große Hindernisse ein, wie solche von Zeit zu Zeit die Nationen in ihrem Gang aufhalten, so können nicht erst unsere Kinder, sondern schon wir selbst große Dinge vollbracht sehen in jenem Deutschland, von welchem weiland die Regeneration Europas ausgegangen, wo fast alle die großen Principien der gesellschaftlichen Ausbildung in das Leben eingedrungen und nur die politischen im Rückstande sind. Diese zu verdeutschen und allgemein zu verbreiten ist der Regierung Preußens vorbehalten."

* **Posen**, 3. April. Gegenwärtig macht die Nachricht von hier, daß unser Festungsbau für das laufende Jahr zum großen Theile werde eingestellt werden, die große Zeitungsrunde, und doch ist sie nur theilweise wahr und bedarf einer wesentlichen Berichtigung. Vor einigen Wochen verbreitete sich plötzlich hier die Nachricht, daß aus finanziellen Gründen der hiesige Festungsbau in diesem Jahre nur mit halber Kraft fortgeführt werden solle, indem nicht wie früher 300,000 Thlr., sondern nur 150,000 Thlr. dazu angewiesen seien. Daß diese Nachricht unter den jetzigen Umständen große Bestürzung und Besorgniß hervorrufen mußte, ist leicht erklärlich, denn wie sollen die vielen Hände, die hier bisher in Thätigkeit gewesen, anderweitige Beschäftigung finden? Aus solchen Gründen mag man denn auch höhern Orts von diesem Beschlusse wieder ab-

gegangen sein und die für den diesjährigen Bau ausgesetzte Summe auf drei Viertel ihres bisherigen Betrags erhöht haben, sodaß die Nothwendigkeit, eine Menge Maurer und Tagarbeiter, die bisher ihren Unterhalt hier gefunden, gerade jetzt, in einer Zeit der Theuerung und Noth, zu entlassen, nicht eintritt, man vielmehr sich darauf beschränken kann, keine neuen Arbeiter anzustellen. Wir sind der Regierung für diese Berücksichtigung der Verhältnisse den wärmsten Dank schuldig, denn bei der jetzt eingetretenen mildern Witterung fehlt es nun unserer dürftigen Arbeiterklasse nicht mehr an fortlaufendem Verdienste.

— Die tarnowitzer Tumultangelegenheit ist nun durch eine Cabinetsordre vom 10. Febr. in Folge der von den Betheiligten selbst, deren Angehörigen, dem Dissidentenprediger Ronge und dem Fürstbischofe v. Diepenbrock eingereichten Begnadigungsgesuche dahin entschieden worden, daß bedeutende Strafmilderungen eintreten, indem die sechs- und fünfjährige Zuchthausstrafe der am meisten betheiligten Personen z. B. auf einjähriges und bei andern dieselbe Strafe sogar auf neunmonatliches Gefängniß herabgesetzt worden ist, diejenigen Personen aber, welche vierwöchentliche Gefängnißstrafe verwirkt hatten, mit dreitägiger davonkommen. Desgleichen ist auch der Pfarrer von Tarnowitz von der Verbindlichkeit zu den Kosten befreit worden. (Schl. Z.)

Oesterreich.

Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Wien** vom 1. April geschrieben: „Ich beeile mich, die für jeden unserer Verhältnisse Kundigen hochwichtige Nachricht mitzutheilen, daß an die Stelle des vor einiger Zeit in Karlsbad dahingeschiedenen Staatsraths Frhrn. v. Gerray der ungarische Hofkanzleirath Czillich, welcher dessen Stelle bisher zur allgemeinen Zufriedenheit bekleidet hatte, kürzlich ernannt worden ist. Er ist nunmehr Director des Bureau der obersten Staatsconferenz und zugleich Protokollführer der Conferenz selbst. Von der Conferenz aber geht die eigentliche Regierung der Gesammtmonarchie aus. — In Ebenfurth sind Rebothrenitenzfälle vorgekommen. — Die Berichte aus Galizien, Mähren und Schlesien lauten immer noch nicht beruhigend. Das Widerspänstigkeitsfieber gegen die Leistung der Robothen und Zehenten scheint nachgerade im Zunehmen statt in der Abnahme begriffen zu sein. — Erzherzog Stephan ist kürzlich nach Prag abgereist."

Spanien.

Die vom Congresse am 26. März aufgehobene allgemeine Vollmacht zur Regulirung der Schuld wurde bei der Votirung des Budgetgesetzes vom 23. Mai 1845 dem Finanzminister Mon im Ministerium Narvaez ertheilt. Es hieß darin §. 2, die Regierung werde ermächtigt, zur Regulirung der einheimischen wie der fremden Schuld zu schreiten und 40 Mill. Realen zur Verzinsung derselben zu verwenden. Den Cortes solle vom Geschehenen Rechenschaft abgelegt werden. Der nachherige Finanzminister Peña Aguayo hatte bereits erklärt, wie er dieselbe für nicht mehr bestehend ansehe, und jetzt sprach der Finanzminister Santillan aus, daß von seinem Ministerium kein Gebrauch davon gemacht und daß von ihm auf diese Vollmacht, die er nicht verlangt habe, verzichtet werde. Der Justizminister wies darauf hin, daß zwar die Vollmacht nicht auf eine bestimmte Zeit gestellt, wohl aber an die eventuell erwarteten Geldmittel des Budgets für 1845 gebunden sei. Der Minister verwahrte jedoch die Regierung dagegen, daß aus dem erklärten Beitritte zu dem die Aufhebung der Vollmacht aussprechenden Amendement geschlossen werden könne, sie sei nicht ernstlich auf Regulirung der Schuld bedacht. Der Congreß votirte dann mit 170 Stimmen einhellig das Amendement.

Der Congreß war am 27. März mit Berathung des Gesetzentwurfs über eventuelle Aushebung von 50,000 M. beschäftigt. Die Sitzung ging über ein Amendement hin, welches die Bewilligungen verweigert wissen wollte, allein mit 107 gegen 41 Stimmen abgelehnt wurde.

— Das Ministerium Sotomayor, obgleich scheinbar im Besitze der Majorität in den Cortes, hat aufgehört zu regieren. Die Gaceta vom 28. März enthält das von demselben Tage datirte königl. Decret über Enthebung des Herzogs v. Sotomayor von seiner Stelle als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, sowie ein zweites über die Ernennung des Hrn. Joaquin Francisco Pacheco, Mitglied der Cortes und Fiscal beim obersten Gerichtshofe, zum Präsidenten des Cabinets und Minister des Auswärtigen. Beide Decrete sind vom bisherigen Minister des Handels, des Unterrichts und der öffentlichen Bauten gegengezeichnet. Das ganze Ministerium ist bereits neugebildet und besteht aus drei Mitgliedern von der „Puritaner" genannten conservativen Oppesition, nämlich außer Hrn. Pacheco aus Hrn. Salamanca als Finanzminister, Hrn. Pastor Diaz als Handels- und Unterrichtsminister, und aus drei Moderados von der Majorität, dem General Mazarredo als Kriegsminister, den HH. Sotello als Marineminister und Benavides als Minister des Innern. Die progressisten Conservativen oder Puritaner haben also darin den überwiegenden Einfluß.

Großbritannien.

London, 1. April.

Der Hof hat gestern für die Osterzeit den Buckinghampalast verlassen und sich nach Windsor begeben. Die Minister rüsten sich ebenfalls, die Hauptstadt zu verlassen und nach ihren Landsitzen zu eilen. Lord J. Russell bleibt jedoch, da Lady Russell noch nicht ganz von ihrer heftigen Erkrankung hergestellt ist; auch der Marquis of Lansdowne wird Loudon nicht verlassen.

— Das Unterhaus war gestern, am Mittwoch, wie gewöhnlich von Mittag an versammelt und erledigte eine sehr bunte Reihe von Gegenständen in dieser seiner letzten Sitzung vor Ostern. Auf Anfrage des Hrn. Trelawny erklärte Lord J. Russell, daß eine Bill über Beseitigung der bürgerlichen Unbefähigungen der Juden vorbereitet werde, er jedoch nicht sagen könne, ob sie noch in der jetzigen Session eingebracht werden würde. Das Haus hörte dann den Bericht über die Comitéberathung der irischen Armenbill, wobei es wieder zu Besprechungen für und gegen die irischen Landlords kam. Hr. P. Scrope sprach abermals seine Ueberzeugung aus, daß sie ihre Pflichten gröblich vernachlässigt hätten, worin Hr. V. Smith beitrat, was aber Hr. Smith O'Brien nicht gelten lassen wollte. Andere wiesen darauf hin, daß über diese Dinge die vom Hause verlangten amtlichen Nachweise die beste Auskunft geben würden. Der Bericht wurde schließlich gutgeheißen und die dritte Lesung der Bill auf den 16. April anberaumt. Die Zollbill, Spirituosen betreffend, erhielt die dritte Lesung und passirte. Die Bill über Beschränkung der Anwerbung für das Heer auf 10 Jahre gelangte zur Comitéberathung. Das von Sir H. Douglas zu derselben beantragte Amendement, die Anwerbezeit auf 14 Jahre zu erhöhen, wurde mit 62 gegen 27 Stimmen abgelehnt, worauf die andern Clauseln ohne Discussion angenommen wurden. Lord J. Russell zeigte an, daß er nach den Osterferien am 12. April auf ein Geldbewilligungscomité und auf Beförderung der Bill über die Dienstzeit im Heer antragen werde. Das Haus vertagte sich sodann bis zum 12. April.

— Der Allgemeinen Preußischen Zeitung wird vom 30. März aus **London** geschrieben: „Welche Gründe andere Mächte auch haben mögen, in Griechenland das Ministerium Kolettis zu unterstützen, England ist durch unbestreitbare Beweise überzeugt, daß es mit unverzeihlicher Willkür über den Schatz verfügt und die Constitution verletzt hat. Drei englische Linienschiffe mit einem Dampfschiff und zwei Kriegssloops sind deshalb nach Athen gesendet worden, mit dem Auftrage, die Zinsenzahlung für den englischen Theil der griechischen Anleihe zu fodern und nöthigenfalls zu erzwingen. Wir müssen abwarten, in welchen bestimmten Grenzen dieser Anspruch der britischen Regierung gehalten, welche Antwort Griechenland darauf ertheilen wird und welche Rolle dabei die andern Schutzmächte übernehmen werden. Aber es ist ganz gewiß, daß es kein anderes Mittel gibt, das Geld beizutreiben, denn das englische Haus der Gemeinen würde selbst den Gedanken daran, die Fonds zu votiren, um die Fehler des griechischen Ministeriums wieder gut zu machen, mit Unwillen zurückweisen."

— Aus **Dublin** wird vom 30. März der Times geschrieben, daß die Aussichten für die Bürger dieser Stadt sowie der Hafenplätze an der Ostküste nicht eben erfreuliche wären. Nach den Bestimmungen der neuen Unterstützungsbill werde der Grundbesitz in dem schon arg mitgenommenen Dublin mit etwa 80,000 Pf. St. für seine eignen Armen in der kurzen Zeit von drei Monaten besteuert werden, nach welcher Periode aller menschlichen Voraussicht nach Dasselbe sich wiederholen dürfte. Das sei indessen unvermeidlich, da man die Leute nicht umkommen lassen könne, möge zahlen müssen wer wolle. Ueber einen Umstand aber würden die deshalb in Anspruch Genommenen groß zu klagen haben, über den nämlich, daß in den Hafenplätzen ihnen auch die Verpflegung der von englischen und schottischen Behörden nach Irland zurückgewiesenen Armen von dem Augenblicke an mit zur Last fallen werde, wo das neue Armengesetz die Unterstützung arbeitsfähiger Armer außerhalb der Armenhäuser sanctionire, zumal dasselbe keine heimatsrechtliche Bestimmung enthalte, die zur Verweisung der Bedürftigen einen Anhalt biete. Ein 40—50,000 arme irische Landarbeiter würden daher in kurzem von den Küstenstädten ernährt werden müssen. Die Nachrichten über den Stand der Getreidepreise melden einstimmig das anhaltende Herabgehen derselben.

— Am 30. März wurden im Almosenamt am Middle Scotlandyard aus der österlichen Almosenstiftung der Königin Anna unter mehr als 600 unbescholtene Dürftige der Hauptstadt, meist Witwen, 5 Schill. an Jeden vertheilt. Zu Weihnachten findet jährlich eine gleiche Vertheilung statt.

— Nach dem Canterbury Journal theilt die Times über die Anstalten mit, welche seit einem Jahre zur Vervollständigung der Vertheidigung der Themse und des Medway getroffen wurden, daß 142 schwere Geschütze jetzt in Batterie dazu aufgestellt sind. Außerdem werden auf Coalhouse Point, einige Miles unterhalb Gravesend, und Sheerneß gegenüber auf der Insel Grain Batterien errichtet.

— Das Morning Chronicle meldet nach Privatberichten aus **Guatemala** vom 30. Jan., daß die Regierung dieses Staats damit umgehe, sich unabhängig von der unfruchtbaren Union von Centralamerika zu erklären. Das würde für England bei dem im steten Zunehmen begriffenen Handel desselben dahin von großer Wichtigkeit sein. Die Bevölkerung wird gegen 900,000 Seelen angegeben. Guatemala grenzt an Mejico und ist der größte der Nachbarstaaten.

— Die Weser-Zeitung sagt: „Eine grauenvolle Negermetzelei berichtet ein Schreiben aus **Ascension** vom 1. Jan. Ein Sklavendepot an der afrikanischen Westküste, Gallinas genannt, wurde von den englischen Kreuzern so enge blockirt, daß die Sklavenbesitzer, da sie es unmöglich fanden, ihre Beute einzuschiffen und nicht länger die Unterhaltungskosten tragen wollten, die gesammte Zahl, nicht weniger als 2000 Personen, mit kaltem Blut enthaupteten."

Frankreich.

Paris, 2. April.

Die dem Unterrichtsminister Hrn. de Salvandy zugeschriebenen Gelüste nach dem Herzogstitel sind noch nicht wieder verschollen. Vielmehr erzählt man sich jetzt auf seine Kosten ein pikantes Geschichtchen. Ein hohes Wohlwollen, sagt man nämlich, wußte sich nicht mehr anders vor seinen Wünschen zu retten, als indem dieselben an eine kleine Ministerberathung verwiesen wurden. Dabei kam denn jenes Ridicule zur Sprache, was die von Hrn. Lacave-Laplagne vertheidigte „Excellenz" gegeben, und wie sehr die Restauration des Adels zu den räthlichsten Grundlagen der Ordnung gehört, fand man doch nicht weniger räthlich, dabei mit Umsicht zu verfahren. Hr. de Salvandy führte dagegen seine Sache so gut es gehen wollte; plötzlich aber fiel ihm ein, daß die Titelfragen ausschließlich zu den königl. Prärogativen gehören, und verließ sofort die nicht verfassungsmäßige Berathung. Die Zurückbleibenden waren anfangs nicht wenig verlegen; indessen fand einer doch einen Ausweg, den er jedoch nur flüsternd vorschlug und dem man mit boshaftem Lächeln beipflichtete. Fröhlich wurde die Sitzung dann aufgehoben. An demselben Abend verbreitete sich in den Salons das Gerücht, Hr. de Salvandy sei zum Herzoge de Chante-Merle (Amsel aber auch ein schlauer Vogel) erhoben worden. Aus den Salons fand das Gerücht seinen Weg in die Zeitungen, die es commentirten und bespotteten und zwischen die Wünsche des Ministers und ihre Gewährung war ein ungeheures Ridicule getreten, über das nicht mehr wegzukommen sein dürfte. Hrn. Duchatel, Minister des Innern, kann Hr. de Salvandy seitdem nicht mehr ansehen.

— Der Abgang des Grafen Ste.-Aulaire von der Botschafterstelle in London bestätigt sich. Der Graf tritt auf sein eignes Verlangen seines hohen Alters wegen in das Privatleben zurück und wird in den nächsten Tagen in Paris erwartet. Ueber seinen Nachfolger scheint definitive Entscheidung noch nicht getroffen, doch wird fortwährend Hr. de Barante in dieser Beziehung genannt.

— Man erzählt sich an der Börse, daß die Regierung die Verlängerung der erleichterten Getreideeinfuhr bis Juli 1848 unverweilt in einem Gesetzvorschlag an die Kammern bringen werde.

— Die Behörden im Departement du Nord haben bestimmt, daß die Kähne mit Lebensmitteln auf den Wassertransportwegen zwischen Dünkirchen, Cambrai und Arras Escorten von 30 M. Infanterie und 8 Reitern erhalten, welche letztere nöthigenfalls aus den nächsten Garnisonsplätzen Verstärkung herbeirufen können.

— Hr. Cremieux wird nächstens den Vorschlag an die Deputirtenkammer bringen, den Präfecten die Zusammenstellung der Geschwornenlisten abzunehmen. Auch will er die Revision der Septembergesetze, insofern sie die Zahl für die erfoderliche Mehrheit bei der Berathung der Geschwornen betreffen, beantragen.

— In **Toul** wurde ein Getreidehändler, der sich mit Jemand verständigt hatte, ihm anstatt 48 Fr. für den Hectolitre, denselben mit 49 Fr. zu bezahlen, um dadurch den Preis um 1 Fr. zu steigern, was auch gelang, zu drei Monat Gefängniß und 1000 Fr. Strafe, sein Helfershelfer zu 50 Fr. Strafe und 14 Tage Gefängniß verurtheilt.

— Der junge Mensch, Namens Riza, welcher vor einiger Zeit von dem Generalpostdirector Comte und Hrn. v. Rothschild unter schriftlicher Bedrohung ihres Lebens die Hinterlegung von Geld an einem bestimmten Orte gefodert und bei Abholung desselben verhaftet worden war, stand ehegestern vor den Assisen der Seine. Sein Anwalt schilderte dessen und seiner Mutter traurige Lage so rührend, und der Angeklagte zeigte sich so bewegt und erschüttert, daß die Geschworenen, in der Ueberzeugung, daß er in einer von der Noth herbeigeführten Unzurechnungsfähigkeit sich vergangen habe, auf nichtschuldig erkannten.

— Mit der Planirung und Verschönerung des Carrouselplatzes scheint es nun Ernst zu werden. Allen kleinen Ladeninhabern an demselben und der Rue du Musée ist gekündigt worden. Sie sind alle auf unbedingte Kündigung dort angesiedelt, und die höchste Miethe, die einer zahlt, ist 100 Fr.; Manche geben nur 5 Fr.

****Paris**, 1. April. Erinnert man sich der erbärmlichen Verhandlungen, welche vor ungefähr zwei Jahren die Herabsetzung des Einfuhrzolles auf den Sesam veranlaßten, wie der Handelsminister den ersten schüchternen Versuch, gegen das den Norden bevorrechtende Prohibitivsystem anzukämpfen, vor dem gebieterischen Veto des Hrn. Dardlay und seiner Mitbetheiligten aufgeben mußte, so geräth man leicht in Versuchung, zu glauben, Hr. Cunin-Gridaine, in dessen Namen der Finanzminister gestern, d. h. am Vorabende des 1. April, den Entwurf einer Douanenreform verlegte, habe nichts Anderes beabsichtigt, als die Anhänger des freien Handels in den April zu schicken. Welches Schicksal diesem Gesetzentwurf auch vorbehalten sei, nehmen wir einstweilen die gute Absicht des Handelsministers für die That und sehen wir, welche Zumuthungen er den strengen Protectionisten zu machen gewagt hat. Der Entwurf selbst oder die Einleitung dazu scheint sehr umfangreich zu sein, denn weder der Moniteur noch irgend ein anderes Blatt theilt heute denselben mit; so viel jedoch mit Bestimmtheit darüber verlautet, schlägt Hr. Cunin-Gridaine vor, 15 verbotene Artikel unter einem allerdings schweren Zoll zuzulassen, 113 Artikel zollfrei, 185 Artikel unter gewissen Bedingungen zollfrei zu erklären und die Abgaben mehrer anderer Artikel, wie Eisen, Steinkohlen, Pottasche ꝛc., zu ermäßigen. Im Ganzen werden von 666 Artikeln des Tarifs 298 entweder ganz frei oder unter herabgesetztem Zolle zuzulassen sein. Der Gesetzentwurf erklärt ferner alle Rohstoffe zollfrei, welche Unternehmer von Schiffsbauten (constructions navales en entrepôt) für letztere verwenden. Die bezeichneten Schiffsbauer könnten dadurch Eisen, Zink, Kupfer, Schiffholz, Leinen, Hanf ꝛc. zollfrei beziehen, was im Durchschnitt eine Erleichterung von mehr als 30 Fr. pr. Tonne betragen würde. Endlich verlangt der Minister die Sanction der im Laufe des vorigen Jahres mit Neugranada und Rußland abgeschlossenen Handelsverträge. Die Modificationen der Abgaben, welche der mit letztgenanntem Staat abgeschlossene Vertrag nothwendig machte, hat die Regierung kraft königl. Ordonnanzen bereits vorgenommen, und da dieselben ziemlich harmloser Natur sind, so steht diesem Theile des Gesetzes keine Gefahr bevor und die Kammer wird die gefoderte Indemnitätsbill den Ordonnanzen nicht versagen. Ganz anders sieht es mit den übrigen Zollreformen aus. Wie gering sie auch sein mögen, so beweisen sie doch, daß die Regierung entschlossen ist, Bresche in das Bollwerk des Prohibitivsystems zu schießen, die bei dem letztern Betheiligten werden ihr daher, wie man leicht voraussehen kann, einen eben so lebhaften als hartnäckigen Widerstand entgegensetzen. Schon beginnt der Constitutionnel seine versteckten Angriffe auf das Journal des Débats, das seit mehren Jahren die Tarifreform entschieden in Schutz nahm.

Das ministerielle Blatt hatte in den letzten Tagen in mehren gut gefaßten Aufsätzen nachgewiesen, daß selbst in dem Falle, wenn die nächste Aernte eine ergiebige wäre, der Mangel an Getreide nichtsdestoweniger bis zu einem gewissen Grade und somit auch die hohen Preise desselben fortdauern würden, da die ganze bisherige Aussaat der Erdäpfel von der Krankheit ergriffen sei und der übrige Vorrath dieser Frucht nicht hinreiche, um eine neue Aussaat vorzunehmen. Das Journal des Débats fodrte somit die Regierung auf, dieser Voraussicht entsprechende Maßregeln zu nehmen, den Kammern ein Gesetz vorzulegen, welches die freie Einfuhr des Getreides bis zur Aernte des folgenden Jahres feststelle und dieselbe Begünstigung auf die Einfuhr von Hornvieh und gesalzenem Fleisch ausdehne. Diese eben so zeitgemäßen als vernünftigen und billigen Rathschläge munden nun dem Organe des Hrn. Thiers nicht, denn erstens zieht es dieser vor, mehr oder minder triftige Gründe zu haben, die ihn berechtigen, der Regierung Mangel an Voraussicht vorzuwerfen und sie für die allgemeine Noth oder finanzielle Verlegenheiten verantwortlich zu machen. Dem Constitutionnel behagen zweitens die Aufsätze des Journal des Débats nicht, weil er besorgt, wenn einmal die freie Einfuhr des Getreides 18 Monate lang gestattet würde, könnte sie dann nicht leicht wieder ganz aufgehoben werden, damit aber wäre auf mittelbarem Wege das Prohibitivsystem untergraben, eine Gefahr, die Hrn. Thiers und seinem Organe nicht geringer als die Möglichkeit eines Einzugs der Russen in Frankreich scheint. Gegen Letztere hat man sich allerdings durch die Befestigungen von Paris geschützt, welches Bollwerk aber gibt es gegen die nationalfeindlichen Absichten der Freihändler? Etwa die Argumente des ostgenannten Blattes? Ach, mein Gott! die sind nicht gefährlich, wenigstens die seiner heutigen Polemik nicht. Es bekämpft die Aufsätze des Journal des Débats, weil sie nur die Gemüther beunruhigen können. Hiermit beweist der Constitutionnel, wie sehr ihm die Ruhe der Gemüther und besonders der Minister am Herzen liegt. Er erkennt zwar an, daß die Winteraussaat der Erdäpfel verloren ist, allein das ist für ihn noch kein Grund, daß auch die Frühlingsaussaat von der Krankheit ergriffen werde. Dagegen ließe sich vielleicht nichts einwenden, wenn das umsichtige Blatt nur nachweisen würde, woher man die Erdäpfel für eine zweite Aussaat nehmen soll. Wie schwach auch diese Logik sein mag, würde man dem Journale doch Unrecht thun, wenn man es für so dumm hielte, wie es aussieht. Nein, der Constitutionnel ist pfiffig, er hat genau errathen, wohinaus das Journal des Débats eigentlich will, und er „beharrt darauf, zu denken, die Aufsätze im ministeriellen Blatte seien ihm weniger durch die Besorgnisse um die künftige Aernte als von der bekannten Leidenschaft des Journal des Débats für den Freihandel eingeflößt worden". Wie aber kann es dem Journal des Débats einfallen, für den Freihandel leidenschaftlich zu entbrennen, nachdem es vor Olim's Zeiten über diese Fragen die Ansichten des Constitutionnel getheilt hat? Ist das nicht eine neue Inconsequenz des in Inconsequenzen so sehr bewanderten doctrinairen Blattes, und wie wagt es gegen den Constitutionnel die Augen aufzuheben, gegen den Constitutionnel, der seit der Schöpfung der

Welt, ich will sagen seit seiner eignen Entstehung, sich nie eine Inconsequenz zu Schulden kommen ließ, nicht einmal in der spanischen Heirathsfrage?

Niederlande.

Aus dem Haag meldet ein Bulletin vom 2. April über das Befinden des **Königs**, daß die Besserung fortdauere. Seit dem 31. März waren tägliche Bulletins nicht mehr ausgegeben worden.

Italien.

Rom, 26. März. Nach soeben von Ravenna erhaltenen Privatnachrichten errichtet man daselbst gegenwärtig auf höhern Befehl eine mobile Colonne von 500 M. Infanterie, einer Escadron Cavalerie nebst zwei Kanonen, um gegen etwa ausbrechende Tumulte sogleich kräftig und wirksam einschreiten zu können. Wahrscheinlich wird dasselbe System auch an andern in ähnlicher Lage befindlichen Orten angewendet werden. — Daß von dem durch das Censuredict erregten Mißvergnügen nicht die mindeste Spur mehr vorhanden, hat sich gestern bei der Feier des Marienfestes aufs glänzendste bewährt. Wahrhaft unglaublich war der Enthusiasmus, mit dem der Papst bei und nach dem Zuge nach S. Maria della Minerva von der zahllosen Volksmasse begrüßt ward. Nach beendigtem Hochamte verfügte sich derselbe zu Fuße nach der der Kirche gegenüberliegenden Accademica ecclesiastica und ertheilte schen hier vom Balcon aus dem jauchzenden Volke den Segen. Züge von vielen Tausenden geleiteten den Papst hierauf unter unendlichen Evviva wie im Triumphe nach dem Monte Cavallo, wo eine ungeheure Volksmasse bereits versammelt war. Kaum war der Papst auf dem Balcon erschienen, als auf sein Zeichen mit der Hand auf einmal die tiefste, lautlosefte Stille herrschte. Er sang die Strophen, das ganze Volk stimmte ein, bei der Benediction fiel Alles auf die Knie, worauf der unendliche Jubel von neuem begann. Der Eindruck, den diese Scene auf alle Anwesenden machte, war unbeschreiblich; fast kein Auge blieb thränenleer. Der Papst verweilte noch längere Zeit auf dem Balcon und betrachtete gütig und mild das vor Entzücken trunkene Volk. — Die bis jetzt unterbrochenen Zeitschriften werden in der nächsten Zeit sämmtlich wieder erscheinen. (N. C.)

Personalnachrichten.

Orden. Braunschweig. Orden Heinrich's des Löwen, Commandeurkreuz 2. Kl.: der preußische Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Schöler; 3. Kl.: der preußische Hauptmann v. Raven. — Preussen. Rother Adlerorden, 3. Kl.: der sachsen-koburg-gothaische geh. Regierungsrath Arzberger in Gotha, der Dechant Winzen in Dahlen; 4. Kl.: der Forstmeister Borchmeyer in Hausberg, der Kreiswundarzt Horn in Braunfels, der Hauptmann a. D. Schönbeck, der Prediger Steinbrück in Stoltenhagen und der Hauptmann a. D. Ulich.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Der Hauptmann Anton Habiger ist in den Adelsstand mit dem Prädicate „v. Hartenek" erhoben worden.

Wissenschaft und Kunst.

* * **Leipzig**, 7. April. Die Räder'sche Zauberposse: „Jupiter's Reiseabenteuer oder die olympischen Flüchtlinge", hat sich auf der dresdner Hofbühne als Fastnachtsspiel eingeführt, muß aber wol bei den dortigen Darstellungen durch eine glänzende Ausstattung und mancherlei örtliche Beziehungen so wesentlich gegen anderwärts an belebender Anziehungskraft gewinnen, daß öftere Wiederholungen möglich waren. Denn obschon wir an Geist und Formen eines lustigen Schwankes nicht eben übertriebene Forderungen richten und noch weniger mit kritischer Strenge über diese ganze Gattung theatralischer Ergötzlichkeit im voraus den Stab brechen, so erscheint doch die jüngste Posse Räder's, wie sie sich bei der gestrigen hiesigen Aufführung ausnahm, gar zu platt und niedrig. Die Laune darin ist träg, sie kommt zu keinem sprühenden Ergebniß. Der tollen Parodie der alten Götter- und neuen Menschenwelt schadet das abwechselungslose Einerlei, welches ohne alles Gegengewicht auftritt, und dem Dialoge gehen die dummwitzigen Schlagwörter ab, die in den wiener Possenspielen auch den ernsthaftesten Zuschauer mit ihrem faustdicken Spaße zum hellen Auflachen überraschen. Da die Erfindung der Fabel französischen Ursprungs, so ist Hrn. Räder nur die heimische Verkleidung zum Autorenverdienst zu rechnen sowie einige Lieder, von denen das mit dem Schlusse: „Es ist um aus der Haut zu fahren", noch die meiste Wirkung erzielte.

Die Posse zählt sehr viele Personen, aber darunter verhältnißmäßig wenig Rollen. Die dankbarste Partie ist die des Jupiter, der seiner entflohenen Götterschar auf die Erde nachgeht, um sie in allerlei Verkleidungen für die Treulosigkeit ihres Abfalles zu den Menschen zu züchtigen. Hr. Berthold spielte sie mit glücklicher Laune und verlieh den mannichfachen Gestalten, in denen er sich zu zeigen hat, verschiedenartigen und gefälligen Ausdruck. Auch Hr. Henry, Mercur, hatte eine etwas dankbarere Aufgabe, und von den Damen Frau Günther-Bachmann, Minerva. — Die Aufnahme war anfangs getheilten Urtheils, doch ward am Schlusse so vielstimmig gepfiffen, daß an kein Hervorrufen zu denken war.

Handel und Industrie.

* **Dresden**, 5. April. Vergeblich hat man bisher einer authentischen Veröffentlichung Dessen entgegengesehen, was während des nun längst geschlossenen außerordentlichen Landtags hinsichtlich der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn vereinbart wurde. Im Leipziger Tageblatte ist zu lesen gewesen, daß die Regierung 800,000 Thlr. zu 4 Proc. zum Fortbau gewähren, die Strecke nach Zwickau selbst bauen und beim nächsten Zusammentreten der Stände die Bahn gegen 3procent. Staatspapiere übernehmen werde. Ist Dem so? In der That scheint es zu den Pflichten der Chemnitz-Riesaer Directien zu gehören, ihre Actionaire nicht in Ungewißheit über derartige Verhältnisse zu lassen, wie es andererseits nicht weniger wünschenswerth sein dürfte, wenn man höhern Orts solche Verhältnisse, deren Ungewißheit für die Betheiligten und das Publicum im Allgemeinen von Verlust oder Vortheil bringendem Belange sind, nicht länger in so halbverschleierter Lage ließe, als es unbedingt nothwendig ist. Nur der gewerbsmäßigen Agiotage wird dadurch in die Hände gearbeitet.

Banken. Am 25. März war der Status der Bank von Frankreich: Activa: Baarvorrath 79,535,819 Fr. 87 C., discontirte Effecten und Darleben 212,216,665 Fr. 67 C., Guthaben bei den Zweigbanken 78,459,900 Fr. 67 C., Renteninscriptionen und öffentlicher Sicherheits- sowie Reservefonds 64,261,181 Fr. 50 C., vermischte Summen 594,895 Fr. 98 C. Passiva: Noten im Umlauf 249,404,694 Fr. 91 C., auf Conti currente 98,412,463 Fr. 89 C., Capital und Reserve 81,000,000 Fr., verschiedene Posten 5,351,364 Fr. 89 C., in Summa 435,068,523 Fr. 69 C. In den ersten drei Monaten dieses Jahres betrugen Disconto- und Darlehnsgeschäft 201,587,962 Fr., der Umsatz auf Privatconti currente 3,130,992,900 Fr. mit der Regierung 274,849,000, in den Kassen 3,741,631,400 Fr.

Börsenbericht. *Leipzig, 6. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118⅓; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86⅓ G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 G.; Löbau-Zittauer 59¼ Br.; Magdeburg-Leipziger 199 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¼ Br.; Köln-Mindener 92 G.; Thüringer 97 Br.; Altona-Kieler 109¼ Br.; Pesther 100 Br.; Dessauer Bankactien 102 Br., 101¾ G.; Preuß. Bankantheile 107⅞ G.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 28. März bis 3. April 1847:

6,962 Personen	5,613 Thlr.	13 Ngr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht	5,240 „	— „ — „
und magdeburger Antheil	10,853 „	13 „ 5 „

(Vom 1. Jan. — 3. April 15,185 Personen, Einnahme 107,301 Thlr. 29 Ngr.)

— Der in **Paris** versammelte landwirthschaftliche Centralcongreß (Nr. 96) hat sich in einer Resolution für die Gerechtigkeit und Dringlichkeit einer wesentlichen Verminderung der Salzsteuer ausgesprochen und hofft, dieselbe auf 10 Cent. vom Kilogramm gesetzt zu sehen. Am 31. März waren die Mitglieder des Congresses in Poissy, wo die Preisvertheilung nach der stattgefundenen Viehausstellung durch den Ackerbau- und Handelsminister vor sich ging, der sich sehr befriedigt aussprach und 4500 Fr. zu neuen Prämien aussetzte.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 6. April früh 7 Uhr: 2° 13″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 2. April. 2½pc. Int. 58⅜; Rußl. 5pc. Hope 104¾; 4½pc. Handelsg. 173⅞. Paris, 1. April. 5pc. 116. 55; 3pc. 78. 60; Neap. 102. Wien, 3. April. Bfact. 1592; Met. 5pc. 108; 4pc. 99; 3pc. 71; 500 Fl. L. 153⅛; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Paris, 1. April. Versail. l. 215; Paris-Orleans 1273¾; Paris-Rouen 862½; Paris-Strasburg 420; Paris-Lyon 425; Rouen-Havre 672½; Marseille-Avignon 705; Strasburg-Basel 203¾; Tours-Nantes 412½; Orleans-Bordeaux 510; Nord 625; Amiens-Boulogne 412½; Dieppe-Fecamp 320. Wien, 3. April. Nordb. 172½; Gloggn. 121; Mail. 108⅛; Livorn. 93; Pesth. 98⅞.

Leipziger Börse am 6. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam kurz. S.	2 Mt. —	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Ct. fl.	2 Mt. 139¾	—	à 3 % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	94
Augsburg	k. S. 102¾	—	à 3 % im ∫ kleinere . . .	—	—
pr. 150 Ct. fl.	2 Mt. —	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S. —	99⅞	à 3½ % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	99½	—
Pr. Crt.	2 Mt. —	—	à 4 % im ∫ kleinere . . .	—	99
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S. 111¾	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-		
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt. —	—	Kassenscheine à 3⅓ % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	89¾	—
Bresl. pr. 100 Thlr.	k. S. —	99¼	à 3⅓ % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
Pr. Crt.	2 Mt. —	—	20 à. F. ∫ kleinere . . .	—	—
Frankfurt a. M.	k. S. 56⅛	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt. —	—	à 3 % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	93¼	—
Hamburg	k. S. 150¼	—	à 4 % im ∫ kleinere . . .	—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt. 149¾	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
London	2 Mt. —	—	∫ v. 500 . .	97¼	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt. 6. 20½	—	∫ v. 100 u. 25	99½	—
	k. S. 80	—	„ lausitzer d°. à 3½	91¼	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt. 79½	—	„ d°. d° à 3½	—	—
	3 Mt. 79¼	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-P.-Obl. à 3½ %	100¼	—
Wien pr. 150 fl.	k. S. 102¾	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine		
Conv. 20 Kr.	2 Mt. —	—	à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	99¾	—
	3 Mt. —	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
			K. K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv.		
Augusta. à 5 Thlr. à ½ Mk.			à 5 % ∫ laufende Zinsen	—	—
Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100	—	—	à 4½ % ∫ à 103⅓ im 14 Thlr. F.	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.			à 3 %	—	—
idem . . . . auf 100	—	—	Actien d. W. B. pr. St. à 103⅓	—	—
Ausl. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerem Ausmünzfusse . . . auf 100	—	11⅔	Leipzig. Bank-Actien à Thlr. 250 pr. 100	173	—
Holl. Duc. à 3 Thlr. „ d°.	—	7	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à Thlr. 100 pr. 100	118⅓	—
Kaiserl. d°. d°. „ d°.	—	7	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	—	86¾
Bresl. d°. à 65⅔ As „ d°.	—	6¼	Sächs.-Schles. d° pr. 100	100¼	—
Passir d°. d°. à 65 As „ d°.	—	6¼	Chemn.-Ries. d°. pr. 100	—	59
Conv.-Spec. u. Gld- d°.	—	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	59¼	—
idem 10 u. 20 Kr. d°.	3¼	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100	199	—
Gold pr. Mk. fein Kölln.	—	—			
Silber d°. d°. d°.	—	—			

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Geraer Steinkohlen-Actienverein.

Da die Inhaber der Actien Nr. 29, 63, 86, 103, 111, 141, 144, 223, 224, 259, 268, 269, 302, 303, 304, 305, 306, 309, 310, 338, 355, 356, 374, 382, 451, 474, 477 und 485 mit der sechsten Einzahlung in Rückstand verblieben sind, so werden dieselben hiermit ein für alle Mal aufgefodert, diese Einzahlungen längstens binnen hier und vier Wochen an den Cassirer des Vereins, Herrn Kaufmann **G. Th. Bielitz** hier, unter der Verwarnung zu leisten, daß nach Ablauf dieser Frist die betreffenden Actien für ungültig erklärt und zum Besten des Vereins verkauft, oder nach Befinden die Inhaber derselben wegen der rückständigen Einzahlung gerichtlich belangt werden.

Gera, am 3. April 1847.

Das Directorium des Geraer Steinkohlen-Actienvereins.

[1152] **Krause. Alberti.**

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stettin und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff „**Geiser**", geführt von dem Königlich Dänischen Marine-Offizier Herrn **Lütken**, wird auch in diesem Jahre wieder eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Dasselbe wird bis auf weiteres

aus Stettin Freitag 12 Uhr Mittags, und
aus Kopenhagen Dienstag 3 Uhr Nachmittags

abgehen und seine Fahrten dergestalt beginnen, daß die erste Abfertigung **aus Kopenhagen Dienstag den 6. April, und aus Stettin Freitag den 9. April** erfolgt.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den 1. Platz 10 Thlr., für den 2. Platz 6 Thlr., für den 3. Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8⅓ Thlr., 5⅓ Thlr. und 2⅔ Thlr. Preußisch Courant. Kinder und Familien genießen eine Modération. Wagen und Pferde sowie Güter und Centanten werden gegen billige Fracht befördert.

Berlin, den 18. März 1847.

[905—7] **General-Post-Amt.**

Dampfschiffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat April a. c.

Abfahrt mit Passagieren und Gütern

von **Magdeburg**		von **Hamburg**	
jeden **Sonntag**	Nachmittags 3 Uhr.	jeden **Montag**	Abends 6 Uhr.
„ **Dienstag**		„ **Mittwoch**	
„ **Donnerstag**		„ **Sonnabend**	

Schleppschiffe

jeden **Sonntag** und **Donnerstag**, jeden **Sonntag** und **Mittwoch**.

Indem wir unsere Schiffe zur gefälligen Benutzung hiermit empfehlen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß wir unsere **Passagepreise bedeutend ermäßigten**, und zahlt:

1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** excl. Bett I. Cajüte 4½ Thlr., II. Cajüte 3 Thlr.;
1 „ „ **Hamburg** nach **Magdeburg** „ „ I. „ 3½ „ II. „ 2 „
1 „ „ **Magdeburg** nach **Hamburg** u. zurück oder vice versa 6 „ II. „ 3⅔ „

Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte verstehender Passagepreise für die einfache Reise.

Für die Entnahme von Billets in **Leipzig** zur Fahrt über **Magdeburg** nach **Hamburg** gelten folgende Preise:

1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn II. Wagenklasse bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 15 Ngr.;
1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn III. Wagenklasse bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 4 Thlr. 5 Ngr.

von **Hamburg** nach **Leipzig**:

1 Person I. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 5 Thlr. 15 Ngr.,
1 Person II. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 3 Thlr. 5 Ngr.;

von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg** und zurück oder vice versa:

1 Person II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 10 Thlr. 10 Ngr.,
1 Person III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 10 Ngr.

Nähere Auskunft und Billets ertheilen in **Leipzig** Herr **Ferd. Sernau**, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft.

Magdeburg, im März 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.

[1038—41] **Holtzapfel.**

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld**, [1156-58]

Fabrikanten von seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager in bevorstehender Jubilate-Messe und in den folgenden Leipziger Messen:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.**

Comptoir und Lager

von

Ernst Halberstadt senior

ist von heute an

Hainstrasse Nr. 31, Vetter's Hof,

erste Etage.

Leipzig, am 2. April 1847. [1117—19]

Das Musterlager

der Königl. Bayr. priv. Krystall-Glasfabrik **Theresienthal**

befindet sich während dieser Messe wieder in **Kochs Hofe zweite Etage**, Eingang vom Markte.

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler
u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 41 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10⅓, Achtel à 5⅓, und verspreche meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erweisen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer

[1002—3] in **Leipzig**, Petersstraße Nr. 7.

Gesuch. Ein für den Steinkohlen- und Braunkohlen Bergbau sowie für das Kassen- und Rechnungswesen tüchtig ausgebildeter, auch im Feldmessen und Markscheiden geübter junger, noch unverheiratheter Mann, welcher hinsichtlich seiner Tüchtigkeit und moralischen Führung empfehlenswerthe Atteste aufzuweisen hat, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen in einer der genannten Branchen ein sicheres Unterkommen.

Es wird daher gebeten, etwanige Offerten unter den Zeichen **B. H. W.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelangen zu lassen. [1127—29]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 7. April. Zum zweiten Male: **Jupiter's Reiseabenteuer**, oder: **Die Olympischen Flüchtlinge**, Zauberposse mit Gesang und Tanz in 4 Abtheilungen; nach dem Franz. von G. Räder. Musik von Verschiedenen.

Donnerstag, 8. April. **Eine Familie**, Schauspiel von Charl. Birch-Pfeiffer.

Freitag, 9. April. Zum ersten Male: **Die Belagerung von Solothurn**, große romantische Oper in 4 Acten von Wilh. Gerstel. Musik von Ferd. Brandenburg.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Chausseeinspector Otto Bormann in Bautzen mit Frl. Clotilde Fließbach. — Hr. Lehrer Robert Hahn in Großröhrsdorf mit Frl. Agnes König in Radeberg.

Getraut: Hr. Alcys Hübner in Leipzig mit Frl. Henriette Bernstein. — Hr. Hermann Krafft in Leipzig mit Frl. Auguste Binnebösel. — Hr. P. Joseph Schröder in Hamburg mit Frl. Marie Kertl.

Geboren: Hrn. Otto Adler in Riesa ein Sohn. — Hrn. Notar Custodis in Solingen ein Sohn. — Hrn. A. Duckwitz in Bremen ein Sohn. — Hrn. Fr. v. Falkenhausen in Wallisfurth eine Tochter. — Hrn. Lieutenant und Bahnhofsinspector Baron v. Keller in Königshütte ein Sohn. — Hrn. Major Lausch in Münster eine Tochter. — Hrn. Oberingenieur Ludewig in Breslau ein Sohn. — Hrn. René Ransonet in Köln ein Sohn. — Hrn. Regierungsassessor v. Rohrscheidt in Breslau eine Tochter. — Hrn. Lehrer C. G. Starke in Dresden eine Tochter.

Gestorben: Frau Emilie Beck in Altenburg. — Frau Stadtrath Ch. D. Böhringer in Markgröningen. — Hr. Obertribunalpräsident v. Bolley in Stuttgart. — Hr. Prälat v. Camerer in Stuttgart. — Hr. Oberamtmann Karl Ferdinand Claassen in Breslau. — Hr. Schullehrer Ludwig Eisen in Hensenfeld. — Frau Elise Haase in Celle. — Hr. Kaufmann J. G. Habelt in Breslau.

Donnerstag — Nr. 98. — 8. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Baiern und Württemberg. †Stuttgart. Die Deutsch-Katholiken. Bischer. Dr. Elsner. — Badischer Justizminister. *Aus der Landgrafschaft Hessen-Homburg. Die Verfassungsfrage. Die Spielpächter. *Frankfurt a. M. Das spanische Cabinet. Lichtfreunde in Offenbach.

Preußen. *Posen. Die Justizcommissare. Die Petitionen. Landtagsdiäten. Die Droschken. Stadtdistricte. Steuererlaß. Garnisonwechsel. — Der Vereinigte Landtag. Die französisch-reformirte Gemeinde in Königsberg. — Postanfall.

Oesterreich. Erzherzog Stephan.

Spanien. Die Cortes. Antwortsadresse des Congresses. Charakteristik des neuen Ministeriums. Das Ministerium. General Serrano.

Großbritannien. Das Morning Chronicle über das französische Wahl- und Repräsentativsystem. Der Repealverein. Die Bank. Die Times über den General Drouet. Die Herzogin v. Dino. Die Colonisten von Sydney gegen die Deportation.

Frankreich. Die Zeitungen. Die Herzogin von Montpensier. Don Enrique. Brandstiftungen. Haussuchungen in Bayonne. Die Sparkasse von Paris. **Paris. Die conservativen Progressisten.

Belgien. *Brüssel. Die Repräsentantenkammer. Der liberale Congreß. Die Baudecasteele'sche Sache. Urbarmachung. Der König.

Schweiz. Dr. Snell. — Die Zeller'sche Sache.

Italien. ‡Rom. Die nordische Note in der Preßfrage. Der türkische Gesandte. Rom. Gährungen.

Rußland und Polen. *Petersburg. Verordnung gegen Weinverfälschungen. — Die Statthalterschaft. Verhaftung. Polizeistrenge. Bettler. Die Bauern. Thurmbau. Das Schloß.

Griechenland. Der Kronprinz von Baiern. Die Differenz mit der Pforte. Die Jonischen Inseln. — Günstige Zustände. Getreidegesetz.

Türkei. Der griechische Klerus.

Aegypten. Mohammed-Ali.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Die Entdeckungsexpedition in Neusüdwales.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Börsenbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. — Neues Leihinstitut in Berlin. — Die Ueberlandpost. Der Suezkanal. — Die Brandversicherungsanstalt in Baiern. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Aus **München** vom 28. März berichtet das Mannheimer Journal: „Eine Nachricht von Bedeutung kann ich mittheilen, nämlich die, daß die Mißverständnisse, welche schon seit Jahren zwischen unserer und der württembergischen Regierung obwalteten, in der neuesten Zeit glücklich gehoben worden sind. Es ist diese glückliche Lösung der Differenzen von um so größerm Gewichte, als unser neues Ministerium dadurch einen moralischen Halt weiter bekommt und auch die Folgen für die beiden Staaten höchst segensreich sein werden. Hierzu rechnen wir besonders, daß in Bälde ein Anschluß der bairischen Eisenbahnen verwirklicht werden dürfte."

†**Stuttgart**, 3. April. Am Gründonnerstage, welcher bei den **Deutsch katholiken** bekanntlich durch Abendgottesdienst gefeiert wird, wurde in der festlich beleuchteten reformirten Kirche Hr. Heribert Rau aus Frankfurt als Geistlicher der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde unter großem Andrange feierlich eingeführt. Sein Vorgänger, Pfarrer Würmle, wird in den nächsten Tagen nach Eßlingen übersiedeln, um die dortige Pfarrerstelle zu übernehmen. — Viel Aufsehen macht eine Nachricht des «Beobachter», daß in vielen oder allen Orten unseres Landes, wo Pietistengemeinden sind, Adressen an den König circuliren, worin gegen das Wiederauftreten **Vischer's** auf der Universität Protest eingelegt wird. — **Dr. Elsner** erklärt die durch viele Blätter laufende Nachricht, daß er sich bei seiner letzten Anwesenheit in München um die Redaction der dortigen politischen Zeitung beworben, für gänzlich ungegründet.

— Wie die Karlsruher Zeitung meldet, ist an die Stelle des freiwillig zurückgetretenen Geheimraths Jolly (Nr. 80) der Oberhofgerichtsadvocat **Trefurt** in Mannheim gewählt worden.

*Aus der **Landgrafschaft Hessen-Homburg**, 4. April. Vor einigen Monaten gab man sich, veranlaßt durch Versicherungen, welchen man Glauben zu schenken Grund hatte, der Erwartung hin, daß der Regierungsantritt des Landgrafen Gustav durch die Verleihung einer **landständischen Verfassung** bezeichnet werden dürfte. Diese Erwartung schien um so wohlbegründeter, da bereits der letztverstorbene Landgraf Philipp in Resolutionen vom 8. Mai 1841 und vom 4. Febr. 1845 die Zusage ertheilt hatte, daß der Landgrafschaft die Wohlthaten einer zeitgemäßen landständischen Verfassung eingeräumt werden würden. Die Erfüllung dieser Zusage wird jedoch, wie jetzt aus unterrichteter Quelle verlautet, nicht während der Regierung des gegenwärtigen Landgrafen erfolgen, sondern bleibt, einem diesfälligen Wunsche seines Vorgängers gemäß, einer spätern Zeit vorbehalten; sie würde nämlich erst bei dem dereinstigen Regierungsantritte des nunmehrigen Erbprinzen Friedrich (geb. 6. April 1830) verwirklicht werden. — In kurzem wird in der Residenzstadt **Homburg** die Errichtung eines Theatergebäudes und eines für Kranke der ärmern Klasse bestimmten Badehauses in Angriff genommen werden, deren Herstellung den **Spielbankpächtern** auf deren alleinige Kosten, den Stipulationen ihres neuen Pachtvertrags zufolge, obliegt. Die HH. Blanc haben einen französischen Baumeister berufen und ihn mit der Aufführung dieser Bauten beauftragt. Das Theatergebäude insbesondere soll mit möglichstem Luxus ausgestattet werden, und die HH. Blanc hoffen, wie es heißt, schon im nächsten Winter die der Kunst geweihten Räume ihrer Bestimmung übergeben und ihre Anziehungskraft ausüben zu sehen. Die Spielbankpächter haben im verwichenen Winter wieder eine reiche Ausbeute gehalten; es wurde fortwährend ganz rasend gespielt; an spiellustigem und anderm derartigen Publicum von nah und fern fehlte es nicht, trotz allen Nothstandes und aller Jammerbotschaften aus der Nähe und Ferne; nur einige Procente von dem Gewinn, welchen jene Pächter in dieser Nothzeit gemacht, würden sicher eine erkleckliche Beisteuer zur Unterstützung der an Zahl nicht geringen Hülfsbedürftigen der Residenzstadt ausmachen.

*Frankfurt a. M., 5. April. Was der Bildung des **neuen spanischen Cabinets** (Nr. 97) besondere Bedeutsamkeit verleiht, ist, zum wenigsten nach dem Dafürhalten unsers Börsenpublicums, die Uebertragung des Finanzportefeuille auf Hrn. Salamanca. Diese Ernennung dürfte, wie man glaubt, nicht nur für die finanziellen, sondern auch für die politischen Verhältnisse Spaniens von erheblichen Folgen begleitet sein. Hr. Salamanca gilt für einen entschiedenen Anhänger der britischen Allianz und für einen Freund von gewagten Finanzoperationen. Das abgesetzte Cabinet hat zwar, seinen Sturz und Salamanca's Eintritt ahnend, die Fürsorge gehabt, die Ermächtigung des Ministeriums zur Regelung der Schuld noch einige Tage vor der neuen Wendung in der Verwaltung des Landes durch die Cortes selbst wieder annulliren zu lassen; es dürfte jedoch Hr. Salamanca dadurch nicht abgehalten werden, eine Regelung der Schuld nach seiner Manier vorzubereiten und, wofern das Cabinet Pacheco von einiger Dauer ist, auch durchzusetzen. Er ist ein ehrgeiziger, hochstrebender Charakter und wird, so erwartet man, die Macht, welche ihm jetzt in die Hand gegeben ist, nicht unausgebeutet lassen.

In unserer Nachbarstadt **Offenbach** sind gestern Nachmittag 30 Familien aus der protestantischen Kirche ausgetreten und haben sich der dortigen deutsch-katholischen Gemeinde angeschlossen. Es gehörten dieselben sämmtlich der sogenannten lichtfreundlichen Richtung an. Mit ihnen trat Dr. Lorenz Diefenbach der deutsch-katholischen Gemeinde bei.

Preußen.

*Posen, 3. April. Wie in Berlin (Nr. 81), so sind auch die hiesigen **Justizcommissare** aufgefodert worden, die Vertheidigung der politischen Gefangenen bei dem bevorstehenden großen Proceß in Berlin übernehmen zu wollen; indessen sollen sich alle geweigert haben, dem Anerbieten unter den gestellten Bedingungen nachzukommen, indem die Remunerationssätze, wenigstens für unsere Anwälte, die an große Einnahmen gewöhnt, in der That auffallend niedrig gestellt sind. Inzwischen dürften doch einige unserer bewährtesten Advocaten auf den Wunsch namhafter polnischer Familien nach Berlin gehen, um einzelnen Gefangenen vertheidigend zur Seite zu stehen, was diesen und deren Angehörigen um so wünschenswerther sein muß, als unsere Anwälte fast sämmtlich der polnischen Sprache mächtig und durch das hier herrschende Gerichtsverfahren auch bereits im mündlichen Vortrage geübt sind. Doch dürfte der Anfang des Processes selbst so nahe noch nicht bevorstehen und jedenfalls der Monat August herankommen. Uebrigens kommen noch immer von Zeit zu Zeit Einzelne aus Berlin zurück, die man gänzlich freigelassen hat, weil ihre Betheiligung an den letzten Auftritten nicht eben hervortretend gewesen ist. — Ueber die Namens unserer Stadt bei dem Vereinigten Landtag einzureichenden **Petitionen** sollen unsere Communalbehörden sich nunmehr mit den hiesigen Deputirten verständigt und Letztere sich bereit erklärt haben, sie zu den ihrigen machen zu wollen. Auffallend dürfte es sein, daß darunter die Beibehaltung der so vielfach angegriffenen Mahl- und Schlachtsteuer sich befindet, weil unsere Bürger von dem Grundsatze ausgehen, daß durch deren Aufhebung der geringern Volksklasse doch eine wesentliche Erleichterung nicht zu Theil werde, während die dafür einzu-

führende Klassensteuer alle Einwohner hart drücken müsse. Freilich, wenn man bedenkt, daß wenigstens in unserer Provinz der gemeine Mann fast gar kein Weizenbrot genießt, sondern sich zumeist vom Roggengebäck nährt, so haben die Vertreter unserer Commun gewiß Recht, denn der Centner Roggenmehl ist nur mit einer Abgabe von 5 Sgr. belegt, deren Aufhebung das Zwei- und Viergroschenbrot nicht um ein Loth größer machen würde. Dagegen dürfte die Summe von 110—120,000 Thlrn. — so hoch beläuft sich die Schlacht- und Mahlsteuer nebst dem Communalzuschlag von 50 Proc. für unsere Stadt —, mittels einer Klassensteuer schwer aufzubringen sein; jedenfalls ist vorauszusehen, daß die Klagen über hohe Belastung allgemein laut werden würden. Eine zweite Petition betrifft die Emancipation der Juden, die an gewisse beschränkende Bedingungen geknüpft werden soll, weil man die allgemeine Verarmung unsers Gewerbsstandes besorgt, wenn den zahlreichen hiesigen Israeliten ganz plötzlich und ohne vorgängige Bedingungen alle Berechtigungen der Christen zugestanden werden sollten. Ob eine solche Besorgniß wirklich Grund habe, lassen wir dahingestellt sein, hier wenigstens erregt das Judengespenst allgemeine Furcht; überhaupt scheint die Sympathie für die Juden in unserm Stadtverordnetencollegium, das noch unlängst so ritterlich für dieselben kämpfte, etwas nachgelassen zu haben, wenigstens sollen in diesem Augenblick die Juden durchaus keine Aussicht haben, einen ihrer Glaubensgenossen zum Stadtrath gewählt zu sehen, wie groß auch ihre diesfälligen Anstrengungen sein mögen und wie billig es auch erscheint, daß die zehntausend jüdischen Einwohner unserer Stadt mindestens durch ein Mitglied in unserm Magistrate vertreten seien, zumal wir hier höchst achtungswerthe jüdische Bürger von unbedingter Befähigung besitzen, die ihren Platz im Magistrate gewiß mit Ehren ausfüllen würden. Inzwischen scheint eine vollständige Gleichstellung der Juden mit den Christen noch keineswegs in den Absichten des Gouvernements zu liegen, indem, wie in der hiesigen deutschen Zeitung zu lesen, in der letzten Stadtverordnetenversammlung ein Ministerialrescript publicirt worden ist, wonach die Juden auch fernerhin von allen ständischen Wahlen und somit auch von der Theilnahme an den Landtagsdeputirtenwahlen gänzlich ausgeschlossen bleiben.

Die Diäten unserer beiden städtischen Deputirten sind für die Dauer des Vereinigten Landtags in Berlin von 3 auf 5 Thlr. täglich von unsern Stadtverordneten erhöht worden, was nur als billig erscheinen kann, indem gegenwärtig ein Deputirter schwerlich den Tag über in Berlin von 3 Thlr. subsistiren, man ihm aber doch unmöglich zumuthen kann, daß er dabei aus eigner Tasche zusetze.

Das hier neu eingeführte Institut der Droschken erfreut sich einer allgemeinen Theilnahme und dürfte um so eher Bestand haben, als unsere Communalbehörden die Droschken von der Zahlung des üblichen Chaussee- und Wegegeldes außerhalb der Stadtbarrièren vorläufig gänzlich entbunden haben. — Behufs der bessern Beaufsichtigung unserer Stadt ist dieselbe neuerdings in 20 Districte, jeder mit einem Districtsvorsteher, eingetheilt worden. Desgleichen ist durch Communalbeschluß allen Contribuenten der beiden niedrigsten Sätze der Einkommensteuer, im Betrage von 20 Sgr. und 1 Thlr. 2 Sgr., dieselbe für das laufende Jahr gänzlich erlassen worden, wodurch der ärmsten Volksklasse eine wesentliche Erleichterung zu Theil wird. — Schließlich muß ich noch bemerken, daß, wie es jetzt heißt, nicht beide hier stehende Infanterieregimenter, das 18te und 19te, im Laufe dieses Jahres unsere Stadt verlassen werden, sondern nur das letztere.

— Drei Anträge der Stadt **Berlin** bei dem bevorstehenden Landtag: auf Vertretung des Volks durch Reichsstände, auf Zahlung der vollen Bürgerrechtsgelder von Denjenigen, die bereits anderwärts Bürger geworden sind, und auf Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens für die ganze Monarchie, sollen nach Beschluß der Communalbehörden auf sich beruhen. (Berl. Z.)

— Aus **Königsberg** vom 3. April schreibt die Zeitung für Preußen: „Während der Dauer des bevorstehenden Vereinigten Landtags ist eine besondere Fürbitte um den göttlichen Segen und Gedeihen der ständischen Arbeiten für alle Kirchen der Monarchie angeordnet worden. — Eine Versammlung französisch-reformirter Gemeindeglieder, die den Prediger Detroit aufgefodert hatten, am 2. April vor ihnen einen Vortrag zu halten, da sie den Zuspruch ihres vom Amte suspendirten Seelsorgers am Charfreitage nicht entbehren wollten, ist polizeilich aus den Zimmern desselben gewiesen worden. Einstimmig beschloß man, sogleich den Oberpräsidenten von Allem zu unterrichten. Die Adresse wurde demselben von zwei Colonisten überbracht."

Aus **Küppersteg** vom 3. April wird dem Rheinischen Beobachter gemeldet: „In der verflossenen Nacht ist auf die von Holland nach Köln hier durchgehende Carrielpost ein Anfall gemacht worden. Im Birgeler Walde, nicht weit von hier, wurden zwei Schüsse auf den Postillon abgefeuert; die eine Kugel drang ihm durch die Kopfbedeckung, die andere ins Auge. Das Pferd, scheu geworden durch die beiden Schüsse, ging durch und kam mit dem tödtlich verwundeten Postillon am hiesigen Posthause an; der ohne Zweifel beabsichtigte Raub ist also nicht gelungen. Der Verwundete lebte noch einige Stunden.

Oesterreich.

Die böhmische Zeitung vom 1. April begleitet die Nachricht von der Rückkehr des Erzherzogs Stephan nach **Prag** mit folgenden, die Aufmerksamkeit nicht wenig in Anspruch nehmenden Worten: „Man hofft allgemein, daß Se. Hoh. die oberste Leitung unsers Landes nicht aufgeben werde."

Spanien.

Man erwartete am 29. März eine Vertagung der Cortes auf 12—14 Tage, um dem neuen Ministerium Zeit zu verschaffen, die von dem abgetretenen vorgelegten Gesetzentwürfe mit Hinsicht auf deren Beibehaltung oder Beseitigung prüfen zu können. Wie Hr. Pacheco im Congreß erklärte, wird sein Ministerium eine gemäßigt liberale Richtung verfolgen, wozu er die patriotische Mitwirkung der Abgeordneten ansprach. Seine auswärtige Politik werde eine national-spanische sein; insbesondere erwähnte er, daß eine Gefährdung des Thrones der Königin von Portugal nicht werde zugegeben werden. Im Innern würden sie mit den Gesetzen regieren, sollten aber außerordentliche und ganz unerwartete Ereignisse eine Suspendirung der verfassungsmäßigen Freiheiten nöthig machen, so werde das Ministerium dieselbe keinen Augenblick länger als bis zu hergestellter Ordnung stattfinden lassen und dann mit einem Indemnitätsantrage deshalb an die Cortes gehen. Da der neue Finanzminister als Bankier in vielfachen Geschäftsbeziehungen zum Staate gestanden hat, so beantragten mehre Abgeordnete von der jetzigen Opposition, daß diese Beziehungen abgeschlossen und er verbindlich gemacht werden möchte, allen Geschäften für seine Privatrechnung zu entsagen. Hr. Salamanca erklärte, daß er bei Uebernahme des Finanzministeriums schon Dem entsprechende Anordnung getroffen habe, und als dessenungeachtet seine Gegner auf Abstimmung über ihren Antrag drangen, wurde derselbe mit 134 gegen 56 Stimmen verworfen, indem die Progressisten mit dem Ministerium stimmten.

— Am 28. März hat endlich der Congreß seine Antwortsadresse auf die am 31. Dec. gehaltene Thronrede bei Eröffnung der Cortes der Königin übergeben, welche dieselbe mit den gewöhnlichen Aeußerungen von Vertrauen auf die loyale Unterstützung des Congresses zum Besten des Thrones und Reiches entgegennahm. Der neue Ministerpräsident Pacheco befand sich dabei an der Seite der Königin.

— Der neue Ministerpräsident Pacheco ist als Redner, Publicist und öffentlicher Charakter von allen Seiten als der ausgezeichnetste Mann der progressiven Conservativen anerkannt. Er war es, der vor drei Jahren gegen Narvaez mit Entschiedenheit auftrat. Die Theilung der Conservativen datirt von damals und ist sein Werk. Obgleich durch alle Antecedentien an die gemäßigte Partei geknüpft, ist er doch ganz richtig der am meisten progressive unter den Moderados genannt worden. Der Finanzminister, Hr. Salamanca, ist einer der geschäftserfahrensten Männer der Halbinsel und stand bisher seinem Bankhause, den Börsengeschäften, dem ihm zugehörigen Theater des Circus und den Congreßarbeiten ohne Beeinträchtigung der einen oder andern vor. Er besitzt ein wenig männliches Aeußere und verbirgt hinter einer unverwüstlichen Ruhe und einer anscheinenden Nonchalance seine politischen Zersetzungskünste. Hr. Pastor Diaz ist ein noch junger, sehr unterrichteter Mann, ein guter Redner und als Unterrichtsminister wahrscheinlich ganz an seinem Platze. Der Minister des Innern, Hr. Benavides, war längere Zeit Gefe politico von Madrid und gilt als ein administratives Talent. Er arbeitet viel und besitzt in Geschäftsfragen große Autorität. Der Kriegsminister Mazarredo bekleidete diese Stelle schon einmal im Ministerium Gonzalez Bravo sowie im ersten Ministerium Narvaez. Er ist sehr geachtet, aber dennoch besitzt er wenig Einfluß, weil er Bücher, Künste und Häuslichkeit mehr liebt als Geschäfte und die Aufregung des politischen Lebens.

— Die Gaceta vom 29. März enthält noch nicht die Ernennungsdecrete für die Mitglieder des Ministeriums Pacheco. Hr. Arrazola hatte nämlich die Annahme des Justizministeriums abgelehnt, und man nennt als die dafür im Vorschlage Befindlichen die HH. Bahamonde, Peña y Aguayo und Saturnino Calderon Collantes. Aus dem Morning Herald ersieht man, daß die Königin noch vor Unterzeichnung der Verabschiedung des Herzogs v. Sotomayor als Ministerpräsidenten Hrn. Pacheco über seine Bereitwilligkeit zur Bildung eines neuen Cabinets befragt habe. An der Börse bewirkte der Cabinetswechsel ein Steigen der Curse.

— General Serrano soll sich vor dem zur Einleitung seines Processes niedergesetzten Kriegsgericht (Nr. 86) gestellt haben, und die Nachricht von seinem Entkommen nach der Grenze wäre daher unrichtig gewesen.

Großbritannien.

London, 2. April.

Der französische Minister des Auswärtigen, Hr. Guizot, stellte jüngst bei Bekämpfung des Duvergier'schen Vorschlags zu einer Wahlreform auch eine Vergleichung der Wahl- und der Repräsentativsysteme in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in England an. Dabei erkannte er nach dem Maßstabe der Reinheit und Unabhängigkeit den Vorzug Frankreich zu, was das Morning Chronicle veranlaßt, den von ihm damit den beiden großen staatlichen Gemeinden angelsächsischen

Stammes hingeworfenen Handschuh aufzuheben. „Unsere transatlantischen Brüder, bemerkt das Morning Chronicle, mögen jedoch ihre Sache selbst vertreten.“ Sie mögen dem französischen Minister erklären, ob in der gährenden gewaltigen Masse von Locofocos, Nullificirern, Gegnern der Sklaverei, Fabrikanten, Baumwollpflanzern ꝛc. einige Freiheit steckt. Auch sind wir so verliebt nicht in das bestehende englische System, um dessen Vertheidigung gegen Hrn. Guizot's Tadel unbedingt zu unternehmen. Aber unterrichtend möchte es sein, einen Blick auf das System zu werfen, welches der französische Minister dem unsern gegenüber so günstig ansieht. Ein kürzlich in zweiter Auflage erschienenes Buch über Frankreichs Regierung und Verwaltung soll als Anhaltepunkt dienen. Der Verfasser hat die großen Ergebnisse des Systems der Julirevolution concentrirt und wir haben aus einiger eigner Sachkenntniß und sonst erlangter Auskunft über das Einzelne davon Grund anzunehmen, daß seine Aufstellungen keine wesentlich übertriebenen sind. Nach derselben zählt Frankreich an besoldeten Angestellten und Pensionairen der Ehrenlegion (25,400) zusammen 376,487, an unbesoldeten und aus Accidentien oder aus monopolistischen Geschäften Gewinn Ziehenden 437,370, unbeschäftigte und mit Gratificationen, Unterstützung ꝛc. bedachte Beamte 13,660, pensionirte und in Ruhestand versetzte 104,460, zusammen 931,977 durch Geldbeziehung oder Vortheil abhängige Leute, die dem Staate 397,331,000 Fr. jährlich kosten. Außerdem gehören zum Staate König Ludwig Philipp's auch noch 400,000 M. Soldaten und Gendarmen und 60,000 Seeleute. Daneben die Gesammtbevölkerung von Frankreich zu 34 Mill. angenommen, erscheint dieselbe zerlegt in 17,232,000 weiblichen und 17,168,000 männlichen Geschlechts. Von den letztern werden 8,916,000 über 21 Jahre alt zu betrachten und daher der Theil der Gesammtbevölkerung sein, welcher zur Ausübung bürgerlicher Rechte befähigt und befugt ist. Diese 8,916,000 zerfallen: 1) in die arbeitenden Klassen und Armen 6,585,000, 2) Capitalisten, Fabrikanten, Landwirthe, Kaufleute 927,000, 3) gelehrte Stände und mit unabhängigem Einkommen 425,000, 4) besoldete Beamte, Offiziere, Marine, Pensionirte 979,000, zusammen 8,916,000 wie oben. Um Wähler zu sein, muß man das 25ste Jahr hinter sich haben und 200 Fr. jährliche directe Steuern zahlen. Die Gesammtzahl der Wähler ist 200,000, die der Angestellten, Besoldeten und durch Genuß von Vortheilen an die Verwaltung geknüpften Personen aber 932,000; wo sollte es da einer dazu geneigten Regierung an Mitteln gebrechen, fast die gesammte Wählerschaft zu gewinnen? Indessen wollen wir davon schweigen, wie diese große Gewalt gebraucht oder gemißbraucht wird. Allein wenn Hr. Guizot wagt, das französische Repräsentativsystem und das britische zu vergleichen, und glaubt, die anerkannte Falschheit auf dieser Seite des Kanals zugegeben zu sehen, so wollten wir unsern Lesern doch die Thatsachen vorlegen, um danach urtheilen zu können.

— Der Repealverein war an seinem regelmäßigen Versammlungstage am 29. März wieder nur dünn vertreten. Das Bemerkenswertheste der Verhandlungen waren J. O'Connell's Aeußerungen von Bedauern, daß Hr. Smith O'Brien und seine Freunde fortwährend dem Vereine fern sich hielten, und daß er seinerseits bei den nur unerheblichen Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen ihnen obwalteten, gern die Hand zur Wiedervereinigung bieten würde. Es scheint also auf Wiederheranziehung des jungen Irlands in Abwesenheit Dan. O'Connell's abgesehen. Als Repealrente gingen 29 Pf. St. ein.

— Man war sehr gespannt darauf, ob die gestrige Versammlung der Bankdirectoren eine Erhöhung des Zinsfußes beschließen werde. Das ist nun nicht erfolgt; dagegen wurde aber den mit der Bank in Verbindung stehenden Agenten mitgetheilt, daß dieselbe Disconto und Darlehen für jetzt nicht auf längere Zeit als bis zum 17. April zu bewilligen gesonnen sei, was vom Standard für weit störender als eine Erhöhung des Zinsfußes angesehen wird.

— Die Times enthält einen Artikel über den kürzlich in seiner Vaterstadt Nancy gestorbenen berühmten Artilleriegeneral Napoleon's, den Grafen Drouot, der mit den Worten schließt: „Wir dürften lange suchen müssen in der Reihe glänzender Namen des goldenen Buchs des Kaiserthums, ehe wir einen finden würden so völlig des Stolzes seiner Landsleute und der Achtung des Feindes würdig, wie den seinigen.“

— Es haben mehre Blätter ein Gerücht von dem bevorstehenden Uebertritte der Herzogin v. Dino zur protestantischen Kirche verbreitet. Die Times erklärt jetzt, ermächtigt zu sein, demselben zu widersprechen.

— Von **Sydney** melden Nachrichten bis 12. Dec., daß mehre öffentliche Versammlungen von Colonisten sich gegen die etwanige Erneuerung des Deportationssystems ausgesprochen und erklärt hatten, daß sie lieber die Colonie verlassen würden, als sich den Folgen eines solchen wieder auszusetzen. Bekanntlich betreibt die britische Regierung schon die Aufhebung desselben.

Frankreich.

Paris, 3. April.

Das Journal des Débats enthält sich noch aller Aeußerungen über den Ministerwechsel in Spanien; die «Presse», welche noch gestern eine Aenderung in der dort erfolgten Weise für unglaublich ansah, verbreitet sich dagegen weitläufig darüber. England ist danach an Allem schuld; Hrn. Bulwer's Intriguen haben Alles gethan. Dabei gibt die «Presse» eine komische Bestätigung der spanischen Behauptungen, daß die Königin Christine oder Frau Herzogin v. Rianzares nur der erste französische Agent in Madrid sei, indem sie sagt: „Ist es zu begreifen, daß in einer Krisis, welche so ernst zu werden droht, wo die Königin Christine nicht in Madrid ist, Frankreich dort sich ohne Repräsentanten befindet? Wünscht man denn allen vor sechs Monaten um den Preis einer Allianz (welche bekanntlich von der «Presse» stets geringschätzig und werthlos betrachtet wurde) erlangten Vortheil wieder einzubüßen und zum Gelächter vor Europa zu werden?“ Gelegenheit dazu scheint allerdings im Anzug, und die «Presse» dürfte darin richtig fühlen. Der National spottet bereits, daß Hr. Bulwer vier von den sechs Mitgliedern des neuen Cabinets für sich habe und man nun nach sechs Monaten wirklich erkenne, wie überwiegend der französische Einfluß jenseit der Pyrenäen sei. Der Constitutionnel schreibt gegen die ministeriellen Bemühungen, Hrn. Rémusat's Vorschlag wegen Unvereinbarkeit von Deputirtenstellen mit der Bekleidung gewisser Aemter nicht vor die Kammer kommen zu lassen. Der Commerce bevorwortet die Nothwendigkeit, vor Allem daran zu arbeiten, daß die parlamentarische Gewalt eine Wahrheit werde.

— Die Herzogin von Montpensier erscheint seit einigen Tagen als Rebus der Zeitungen. Zuerst widersprach Alles der seit einiger Zeit verbreiteten Nachricht von den Hoffnungen derselben, Mutter zu werden; dann folgte ganz lakonisch die Meldung, sie werde im Mai nach Madrid gehen, um dort ihre Niederkunft abzuwarten. Jetzt wird berichtet, der König habe angeordnet, dies solle in St.-Cloud geschehen. Noch thun die officiellen Blätter nichts zur Lösung dieser Ungewißheiten.

— Der Courrier de Marseille vom 30. März berichtet, daß der Infant Don Enrique dort am 27. März angelangt war und sich für einen Monat im Hotel Beauvau eingemiethet hatte, als zu Aller Erstaunen am 29. März früh um 4 Uhr eine Postchaise vorfuhr und den Prinzen nach der Grenze entführte. Man sagte, daß der Telegraph ihm den Befehl gebracht, Marseille und Frankreich sofort zu verlassen und sich über Nizza nach Neapel zu begeben.

— Aus **Vitry** schreibt man von Bedrohungen der Vorkäufer auf dem Getreidemarkte mit Anzünden ihrer Häuser, sowie daß auch wirklich innerhalb zweier Tage das Haus eines Getreidehändlers dort und in der Nähe zwei Pachthöfe in Flammen aufgingen, daher man bei diesem Zusammentreffen auf absichtliche Brandstiftung schließt.

— In **Bayonne** war in den letzten Tagen des März die Polizei sehr thätig mit Haussuchungen, wo Spanier gewohnt hatten. Es hieß, daß mehre spanische Generale aus den ihnen angewiesen gewesenen Aufenthaltsorten verschwunden wären und daß man ihre Spur verfolge.

— In der vergangenen Woche haben die Rückzahlungen bei der Sparkasse von Paris 1,139,360 Fr., die Einzahlungen nur 493,302 Fr betragen.

****Paris**, 3. April. Mit welchem Hohn auch neulich das Journal des Débats von den conservativen Progressisten gesprochen, so scheint doch diese Fraction bereits eine solche Bedeutung gewonnen zu haben, daß die Revue nouvelle, das periodische Organ des Hrn. Guizot, ihr einen besondern Aufsatz in der eben erschienenen Nummer widmet. Derselbe verdient eine um so größere Aufmerksamkeit, als er nicht nur einen ganz entgegengesetzten Ton als das ministerielle Tagesblatt anschlägt, sondern auch, wie manche Stellen und Wendungen unverkennbar andeuten, aus der Feder des genannten Ministers selbst geflossen oder wenigstens nach seiner Vorschrift und in seinem Sinne geschrieben ist. Die letzten parlamentarischen Vorfälle sind natürlich die Unterlage der Abhandlung, in welcher der ungenannte Verfasser nachzuweisen sich bemüht, wohin die neue Fraction strebe und streben müsse. „Wenn dieselben, heißt es darin, nach einer fortschreitenden Politik ringen, so wollen sie sich nicht etwa mit einigen einzelnen Maßregeln, die an sich vortrefflich sein mögen, begnügen, sondern sie verlangen, daß man entschieden, systematisch und folgerecht jene großen Fragen anfasse, die zuweilen die ganze Anstrengung einer Generation erheischen, wie z. B. die Kräftigung und Ordnung der Finanzen oder die Wiederherstellung einer Handels- und Colonialpolitik. Eine so verstandene Politik des Fortschritts ist vollkommen mit den Bedingungen im Einklange, die Hr. Guizot dem Begriffe Fortschritt mit jener Höhe des Gedankens und jener glücklichen Wahl im Ausdruck, die ihm so eigenthümlich sind, angewiesen hat: «Die erste Bedingung des Fortschritts, sagt Hr. Guizot, ist, daß er ein wahrer Fortschritt sei, daß er verbessere statt zu ändern oder zu verschlimmern; die zweite Bedingung, daß er ein nothwendiger und zwar so nothwendig sei, daß dessen Nothwendigkeit allgemein im Land anerkannt und gefühlt werde.» Diese beiden Bedingungen reichen jedoch allein zur Annahme einer neuen, einer fortschreitenden Politik nicht hin.“ Der Verfasser sucht nun seine beschränkende Einsprache zu begründen und nachzuweisen: wie nothwendig auch ein Fortschritt gefühlt werde, so stoße er doch stets auf eine ihm entge-

gengesetzte Nothwendigkeit. Um seinen Satz durch ein Beispiel zu beleuchten und zu belegen, führt er die finanziellen Verhältnisse Englands im Jahr 1842 an, als Sir R. Peel sich genöthigt sah, die Einkünfte des öffentlichen Schatzes zu erhöhen, damit das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben sich herstelle, andererseits aber von dem Handel und der Industrie gedrängt wurde, die Zölle herabzusetzen, eine Nothwendigkeit, die mit der der erstern im Gegensatz ihrer Wirkung (?) war. Beide mit einander zu versöhnen war die Aufgabe des Ministers, und diese Versöhnung zu Stande gebracht zu haben ist Sir R. Peel's größter Ruhm. Frankreich befindet sich in dem Augenblick in ganz ähnlicher Lage, was der Verfasser umständlich nachweist, wir aber als hinlänglich bekannt übergehen können.

„Wie nun, fährt er fort, unserer doppelten Nothwendigkeit, der Herstellung des Gleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen und der Herabsetzung der allen Aufschwung der Industrie hemmenden Tarife, genügen, wenn man nicht entschlossen ist, unser Finanzsystem gründlich und fest umzugestalten, wenn man nicht von vorn herein einen Plan hat, um über einige Zweige der öffentlichen Einkünfte kühne Versuche anzustellen? Diese Versuche wären schon an sich der fruchtbare Ausgangspunkt einer finanziellen und Handelspolitik, welche Frankreich die Kunst lehren würde, seine natürlichen Hülfsquellen zu entwickeln, und wobei sich die unternehmenden und denkenden Geister lebhaft betheiligen würden. Von hier aus ist eine ganze Politik, eine aufgeklärte und thätige, wir wiederholen es, eine fortschreitende Politik zu gründen, in dem Sinne, den die Conservativen diesem Worte beilegen." Der Verfasser hat, wie er sagt, nicht die Absicht, ein förmliches Programm dieser Politik zu entwerfen, geht daher sofort auf die Partei, die sie zu verwirklichen berufen ist, über, wirft dann die Frage auf, welches denn eigentlich das Band sei, das alle Mitglieder der conservativen Partei zusammenhalte, und beantwortet sie dahin: „Die Pflicht, die gegenwärtigen politischen Einrichtungen aufrecht zu erhalten." Hierin liegt, nach seiner Ansicht, zugleich der charakteristische Unterschied zwischen der conservativen Partei und der Opposition; letztere will die politischen Institutionen umgestalten, sie will (?) die Wahl- und parlamentarische Reform, die conservative Partei hingegen will für den Augenblick die Institutionen unangetastet lassen. „Um in ihren Reihen zu bleiben, muß man diese beiden Reformen zurückweisen; man nenne sich fortschreitender oder junger Conservateur, nur unter dieser Bedingung hat man das Recht, sich Conservateur zu nennen.... Außerhalb der Stabilität politischer Einrichtungen läßt diese Partei ihren einzelnen Mitgliedern eine unbeschränkte Freiheit der Meinungen; sie hat nicht das Recht, Jene zu verstoßen, die diesen Grundsatz achten, und darf sie nicht in die Opposition drängen, wenn sie nicht dahin gehen wollen.... Der Aufrechthaltung des politischen Bandes sicher, das die conservative Partei an das neue Element der Majorität knüpft, darf sie sich unsers Erachtens darüber nur freuen, wenn sie in ihren Reihen Aeußerungen wie die der Progressisten zu Tagen kommen sieht. Angenommen selbst, daß die Fortschritte, denen die jungen Conservativen nachstreben, nicht so schnell, als sie wünschen, verwirklicht werden könnten, ist nicht deren Anregung schon an und für sich ein neuer und gesunder Nahrungsstoff für das politische Leben des Landes? Während in der Opposition das politische Leben erlischt, während nichts Neues und nichts Junges in den alten feindlichen Parteien emporkömmt, während die Linke und das linke Centrum, von der öffentlichen Meinung aufgegeben, ihre eigne Verkümmerung zu verdecken suchen, indem sie politische Reformen anregen, die als unfruchtbar verschrien sind: ist es nicht zum mindesten eine erfreuliche Hoffnung für die Zukunft der großen conservativen Partei, sie allein sich verjüngen, sich erneuen, in neuen Ideen, in muthigen, vernünftigen und ersprießlichen Anstrengungen fortleben zu sehen?"

Nachdem er nun weiter entwickelt, daß der „wahre" Fortschritt der conservativen Partei vorbehalten und die Regierung berufen und verpflichtet ist, die Initiative darin zu ergreifen, wirft der Verfasser die Frage auf, ob die Hindernisse dagegen etwa im Ministerium selbst liegen. „Wir werden, fährt er fort, diese zarte Frage unumwunden beantworten. Unsers Erachtens ist das Cabinet in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, man erlaube uns den Ausdruck, nicht gestaltet für jene neuen und weit hinausreichenden Unternehmungen, welche die gegenwärtige Lage nothwendig machen. Das Ministerium hat die entschiedene und dauerhafte Form noch nicht angenommen, die unerläßlich ist, um Hand ans Werk zu legen. Nach unserm Ermessen sind zwei Fragen in der Verfassung des Cabinets zu ordnen: der Vorsitz im Rath und die Vertheilung jener Portefeuilles, denen nächstens das Gewicht der schwierigen und überragenden Angelegenheiten anheimfallen wird; es sind das die Portefeuilles der Finanzen, des Handels und Algeriens. Damit das Cabinet durchgreifend handle, muß das Ansehen und die Verantwortlichkeit der Regierung in Einer und derselben Person vereint sein, muß das Cabinet einen wirklichen Präsidenten haben, muß der berühmte Staatsmann, der dem Ministerium Zauber und Bedeutung gibt, officiell vor Frankreich und Europa die Stellung eines ersten Ministers einnehmen, worauf die Ueberlegenheit seines Talents und seine Dienste ihm unbestreitbare Ansprüche geben. Junge und thätige Männer, in denen jener Drang nach nothwendigen Verbesserungen lebt, welchen ein Theil der Majorität so warm fühlt, müssen ungesäumt zur Leitung der Finanzen, des Handels und der Angelegenheiten Algeriens berufen werden. Warum hat das Ministerium bis auf diesen Tag noch keine Anstrengung gemacht, sich auf den Grund der neuen Majorität umzuformen? Wir wollen nach den Gründen eines solchen Aufschubs nicht forschen, aber heute schon sieht man die ersten Wirkungen davon. Bedenkliche Fehler wurden begangen in der Verwaltung der Finanzen und des Handels, welcher die Zustände dieses Jahres eine eben so schwierige Aufgabe als große Verantwortlichkeit aufgedrungen haben. Das Ansehen und die Achtung des Cabinets wie der conservativen Partei würden empfindlich darunter leiden, wenn neue Schwierigkeiten derselben Art auf eine gleiche Unzulänglichkeit in der Regierung stoßen würden.... Mit Hrn. Guizot an der Spitze, der durch den Umfang seines Gedankens, durch die Pracht seiner Beredtsamkeit, wie Canning Huskisson, ganze und thätige Minister der Finanzen und des Handels (Anspielung auf die HH. Saglio und Blanqui) schützen würde, träte das Cabinet vom 29. Oct. in die fruchtbarste und glänzendste Epoche seines Bestehens ein. Wird man am Ende der Session thun, was man vor drei Monaten zu thun gezögert hat? Wir wissen es nicht. Was wir aber wissen, ist, daß die conservative Partei und das Ministerium Gefahr liefen, die glücklichste Frucht der letzten Wahlen zu verlieren, und sich ernstliche Verlegenheiten bereiteten, wenn sie die kommende Session in derselben Verfassung beginnen wollten."

Belgien.

* **Brüssel**, 2. April. Die Kammer der Abgeordneten genießt seit dem 27. März der Osterferien, die bis zum 12. April dauern sollen. Die Herren Mitglieder haben nämlich nicht nur den religiösen Pflichten der Charwoche nachzukommen, die man hier zu Lande unter dem Ausdrucke „faire ses pâques" begreift, sondern auch die Einen ihre Aecker und Gärten zu bestellen, die Andern, die Beamten nämlich, auch wieder einen vorübergehenden Blick in die Geschäftsführung ihrer Untergebenen zu werfen, Andere endlich einem Dolce far niente sich hinzugeben, nach den hitzigen parlamentarischen Gefechten, wenn anders die Juniwahlen die Ruhe des Herdes nicht unterbrechen. Die Debatten, welche der Vertagung vorangingen, waren stürmisch genug; die große Frage der Preßgesetze wurde mit einem Eifer verhandelt, der, wenn ich noch an die Aufrichtigkeit parlamentarischer Begeisterung oder Entrüstung glauben könnte, auf die Existenz einer drohenden Gefahr schließen ließe. Der erste Artikel des die Beleidigungen gegen den König betreffenden Gesetzes, die Bestimmung der unter dem Begriffe Beleidigungen verstandenen Vergehungen enthaltend, erhielt eine Majorität von 60 gegen 19 Stimmen, und zwar erhob sich die Minorität zu dieser letztern bedeutsamen Ziffer durch die aus bestimmten Erklärungen und Andeutungen der Minister hervorgehenden feindlichen Absichten gegen die Presse im Allgemeinen. Der zweite Artikel, der sich auf die königliche Familie bezog, gab zu weitläufigen Erörterungen über die Definition von „königlicher Familie" Anlaß; man wollte diese Definition in den Contexte des Gesetzes aufgenommen wissen, um unter gewissen Fällen und Fügungen der Presse nicht die Rolle des Schweigens aufgelegt und dieselbe vor drückenden Processen gesichert zu sehen. Indeß auch hier siegte das Cabinet mit 57 gegen 23 Stimmen. Unglücklicher war es in Bezug auf die Bestimmung des dritten Artikels, welchem zufolge der Angeklagte noch nach Uebersthung seiner Strafe zwei bis fünf Jahre unter die Aufsicht der Polizei gestellt werden sollte; 46 unter 75 Mitgliedern verwarfen eine so harte Verfügung, welche sogar die französischen Septembergesetze nicht enthalten. Auch im folgenden Artikel mußte die Regierung ein Amendement zugeben, wonach der Angeklagte nicht vor einem dem Ministerium bereits bekannten Assisengerichte zu erscheinen brauche, wenn er es nicht selbst verlange. Die fernern Artikel betrafen weitere Bestimmungen der Proceßordnung. Der elfte, der auf Abänderung des allgemeinen Preßgesetzes Bezug hatte, und dessen nachträgliche Vorlage die Erbitterung gegen den Justizminister noch verstärkt und der Discussion einen ganz andern Charakter aufgedrückt hatte, wurde mit Bewilligung des Ministers den Sectionen übergeben und von dem vorliegenden Gesetze förmlich getrennt, sodaß wir einer neuen Preßgesetzgebung und noch lebhaftern Debatten entgegensehen, die auf die bevorstehenden Generalwahlen noch entschiedener einwirken werden. Der Gesetzesvorschlag wurde endlich definitiv mit 50 gegen 20 Stimmen angenommen; im Senate ging er gestern fast einstimmig durch.

Das Ereigniß, das ich zunächst zu besprechen habe, ist die am 28. März gehaltene zweite Sitzung des liberalen Congresses. Cassationsrath Defacqz präsidirte der aus mehr als 260 Mitgliedern bestehenden Versammlung. Die Hauptangelegenheit, welche nach der Eröffnungsrede des Präsidenten und der Verhandlung minder wichtiger Gegenstände zur Sprache kam, war die Gründung einer Rente, welche durch freiwillige Subscription in den Haupt- und Zweigvereinen aufzutreiben und zur Unterhaltung und Förderung der liberalen Presse, besonders auf dem Lande und in den kleinern Städten, verwendet werden soll; ferner die Einsetzung eines besondern Centralcomité zur Ausführung des obengenannten Plans. Die Spaltung der Liberalen in Conservative und Radicale hatte dem

diesjährigen Zusammentritte Hindernisse mancher Art in den Weg gelegt; einzelne Vereine größerer Städte, wie Gent und Lüttich, hatten ihre Vertretung versagt; mehre hochgeachtete Mitglieder der Opposition hatten von der Tribune herab die Gefahr vor Augen gelegt, welche aus der permanenten Existenz einer durchs ganze Land verzweigten und ihre Glieder zu mehr oder minder passivem Verhalten den Beschlüssen der Majorität gegenüber anhaltenden Körperschaft für den Bestand der constitutionellen Institutionen hervorgehe. Diese Angriffe, ernsterer und bedenklicherer Natur als die von den Katholiken ausgehenden, bewogen denn auch die Versammlung zu stillem, ruhigem Verhalten, und außer der erwähnten Maßregel zur Verstärkung der Presse hatte die Sitzung einen reinmoralischen Effect und ging ohne sehr große Theilnahme von Seiten des Publicums vorüber.

Die Vandecasteele'sche Sache (Nr. 82) schwebt noch immer im Dunkel; nach der veröffentlichten Erklärung des Generalprocurators am Appellhofe zu Gent handelt es sich nicht um ein Preß- oder sonst ein politisches Vergehen, sondern um eine Complicität an den letzten Plünderungen. Freilich bleiben dann die mannichfachen Verhöre, welche mehre Zeitungsredacteren zu bestehen hatten, ein Räthsel. — Die Speculation hat sich bereits des soeben sanctionirten Urbarmachungsgesetzes bemächtigt; die Regierung bestätigte dieser Tage die Statuten einer unter der Benennung „Société anonyme du défrichement de la Campine" zusammengetretenen Gesellschaft, deren Capital bis zu 20 Mill. erhöht werden darf. Generaldirector ist Graf d'Hane, Gutsbesitzer zu Gent. Ihm zur Seite stehen vier Administratoren und acht Aufseher. — Der König ist seit gestern von seinem Lustschlosse Ardenne zurück.

Schweiz.

Dr. Wilh. Snell wurde mit seinem Gesuche, Vorträge auf der Hochschule halten zu dürfen (Nr. 90), auch vom Regierungsrath in **Bern** abgewiesen. Die Sache wird nun vor den großen Rath kommen.

— Die Berner Volkszeitung vom 31. März hatte unter dem Titel: „Die radicalen Regenten machen Fortschritte", die 118 Mitglieder des großen Raths beschuldigt, daß dieselben durch ihr Votum zur Einberufung Zeller's erklären, sie theilen Zeller's Grundsätze, und daß sie demnach, wie dieser, an keinen Gott, keine Unsterblichkeit und keinen Heiland glauben. Dieser Artikel gibt Anlaß zu zahlreichen Preßprocessen. Es sollen Alle geneigt sein zu klagen, und bereits haben gegen 50 Mitglieder Auftrag zur Klage an Advocaten gegeben.

Italien.

Rom, 20. März. Was man hier von einer angeblichen Note der drei nordischen Höfe spricht, in welcher dem Papste die scharfe Ueberwachung der Presse empfohlen werde, ist höchst unwahrscheinlich. Es ist in ganz Europa bekannt, daß die preussische Presse schon seit der Regierung des jetzigen Königs sich weit freier als früher bewegt, und soeben verlautet, daß Preußen ein neues liberales Preßgesetz für Deutschland beim Bundestage beantragt. Sollte unter diesen Umständen diese nordische Großmacht dem Papste den Preßzwang empfehlen wollen? Das ist nicht denkbar. Will übrigens die gegenwärtige römische Regierung der Reaction, deren Verschwörungen nun offen an das Tageslicht hervortreten, siegreich widerstehen, so muß sie sich auf den aufgeklärten Theil der Bevölkerung stützen und gesundere Ansichten über Regierungsprincipien zu verbreiten suchen. Letzteres kann nur durch die Presse geschehen; überdies verlangen auch alle Freunde des Fortschritts hier einstimmig eine freiere Presse. Und da hier der Fanatismus Preßfreiheit hatte, so ist es wol billig, daß seinen Gegnern in dieser Hinsicht auch mehr Freiheit zu Theil werde. Uebrigens bürgt die Weisheit des Papstes dafür, daß er die einer liberalern Presse gesteckten Grenzen nicht überschreiten und sie nicht in Frechheit ausarten lassen werde. Erschrecken einige italienische Regierungen über den Unterschied, der zwischen den römischen Blättern unter Gregor XVI. und Pius IX. stattfindet, so werden sie wohl thun, dem Papste, der ihnen ja überhaupt als Muster gelten soll, nachzuahmen und ihrer Presse ebenfalls eine freiere Bewegung zu gestatten. Der Fortschritt hat im Kirchenstaate einmal begonnen; es würde unmöglich, jedenfalls höchst gefährlich sein, ihn jetzt reprimiren zu wollen. Die diesfallsige Bewegung hat, der Wirkung eines elektrischen Funkens gleich, ganz Italien ergriffen. Was unter diesen Umständen den italienischen Regierungen zu rathen ist, besteht darin, sich dieser Bewegung anzuschließen, um sich ihrer zu bemeistern und sie in den nöthigen Schranken zu halten.

Rücksichtlich der Audienz des türkischen Gesandten beim Papste, deren canonwidrige Natur wir neulich (Nr. 74) besprachen, müssen wir noch einige wichtige Details anführen. Der Türke, wie orientalisch höflich er sonst sich auch benahm, verläugnete doch seinen türkischen Charakter nicht. Bei seiner Anrede an den Papst gesticulirte er nämlich sehr lebhaft und ungenirt mit der rechten Hand, während er die linke stolz an seinen Säbel legte, und wenn er auch in orientalischer bombastischer Redeform behauptete, der Ruhm der Thaten des dermaligen Papstes habe nicht blos Europa, sondern die ganze Welt erfüllt, so setzte er doch eben so prosaisch hinzu, daß seit Jahrhunderten zwischen dem Sultan und dem Papste keine Verbindung stattgefunden habe. Desgleichen sprach er auch nicht von einem den Katholiken vorzugsweise im türkischen Reiche zu gewährenden Schutze, sondern redete im Allgemeinen von „Christen". Da nun anzunehmen ist, daß die Türken mit dem Worte „Christen" nicht denselben Sinn verbinden wie die bigoten Spanier, wo dasselbe allerdings nur „Katholiken" bedeutet, so wollte der Gesandte des Sultans jedenfalls nur die allgemeine Toleranz der Türken den Christen aller Confessionen gegenüber bezeichnen. Daß der Papst das Canonwidrige seines Verkehrs mit dem Türken fühlte und einsah, daß liberale Verhandlungen mit ihm auf den bigoten Theil seiner Unterthanen einen üblen Eindruck machen würden, ging auch daraus hervor, daß er nach der Anrede des Gesandten, die in türkischer Sprache gehalten, dann aber italienisch vorgelesen wurde, alle Zeugen entfernen ließ und blos den einzigen Mezzofanti zurückbehielt, worauf er dann noch eine Viertelstunde mit dem Muselmann geheim verhandelte. Was dabei wiederum gegen die heil. Canonen verabredet worden, ist natürlich jetzt noch Cabinetsgeheimniß; indeß wird es früher oder später aus den diesfalls zu erlassenden Bullen zu ersehen sein.

Rom, 27. März. Außer dem Delegaten von Viterbo (Nr. 96) ist auch der Bischof jener Stadt, der Cardinal Pianetti, hier eingetroffen, und die Regierung hat als außerordentlichen Delegaten den Mons. Sarelli dahin abgeschickt. Zugleich sind von Perugia und hier Truppen nach Viterbo abgegangen. Ferner wurden 800 Rubbia Weizen aufgekauft, um sie daselbst zum Mittelpreise den Bürgern zu überlassen. Ueberall in den Provinzen spukt der Communismus, welcher öffentlich gepredigt wird und der in Italien auf einen wuchernden Boden fällt. Diese Machinationen und die politischen Aufregungen bereiten den besten Absichten der Regierung unüberwindliche Hindernisse, und das Land geht einer bedenklichen Zukunft entgegen. Gestern hieß es hier, in Bologna bewaffneten sich die Bürger, indem man einen Angriff der Landleute befürchte, die jetzt nicht mehr von Kaufen, sondern von unentgeltlicher Austheilung der Lebensmittel sprechen. Für Ferrara ist an Cardinal Ugolini's Stelle der Cardinal Chiacchi zum Legaten ernannt. In Ancona ist über das Einrücken der Auxiliartruppen ein Streit mit der Bürgerschaft entstanden, welcher aber glücklich beigelegt ward, ohne daß es zu Excessen kam. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. März. Der Minister des Innern hat nachstehendes bemerkenswerthes Rundschreiben an die Civilgouverneure des Reichs erlassen:

„Die auf meine Anordnung in den wichtigsten russischen Handelsstädten begründeten Commissionen zur Erforschung der Weinverfälschungen haben entdeckt, daß einige Weinhändler sich erlauben, in ihren Kellern selbst Weine zu fabriciren, und dazu verdorbene russische Weine von den niedrigsten Sorten verwenden, sie durch verschiedene Beimischungen verbessernd. Die so von ihnen aus dem schlechtesten Weine gefertigten Sorten verkaufen sie unter verschiedenen Namen und sogar als ausländische. Sie betreiben diese Weinfabrikation sehr nachlässig in kupfernen Geschirren, die man verrostet, sogar mit Grünspan überzogen gefunden hat. Unser Codex verbietet in verschiedenen Gesetzesstellen des 11., 12. und 13. Bandes aufs strengste das Nachmachen der fremden Weine und die Verbesserung der verdorbenen durch besondere Zumischungen. Zur Vermeidung so widergesetzlicher Handlungen halte ich es für nothwendig, die Weinhändler in Kenntniß zu setzen, daß nach Inhalt unsers neuen Criminalgesetzbuchs, das bekanntlich seit dem 1. Mai 1846 in Wirksamkeit getreten, die in dieser Hinsicht straffällig Handelnden folgenden gesetzlichen Ahndungen verfallen: 1) einer Geldstrafe, dem Arrest in einer Correctionsanstalt, dem Verluste bürgerlicher Rechte, wenn Jemand der Weinverfälschung durch irgend ein schädliches Surrogat überwiesen ist. Es ist hierbei die größere oder mindere Straffälligkeit seines Vergehens, die mindern oder schädlichern Folgen, die aus demselben hervorgegangen, zu erwägen. 2) Hat Jemand eine Weinanlage zur Nachmachung ausländischer, überhaupt zur Fabrikation künstlicher Weine gemacht, so wird sie zerstört, die darin gefundenen Materialien und Geräthe werden von der Regierung weggenommen und der Contravenient einer Geldstrafe zwischen 200—500 Rub. unterworfen. 3) Waren vor dieser Entdeckung schon Getränke darin fabricirt worden, so erlegt er für Defraudation der Kronaccise eine besondere Geldstrafe. Zum Schlusse bemerke ich, daß unsere Criminalgesetze jede den Speisen oder Getränken gegebene schädliche Beimischung, ihre nachlässige Zubereitung aus schlechtem Material oder in unverzinntem Geräthe mit Geldstrafe oder Einkerkerung belegen, letztere kann bis zu drei Monaten dauern in Erwägung der schädlich beigemischten Substanzen, der Quantität der damit angefertigten Speisen und Getränke, und der daraus hervorgegangenen übeln Folgen. Wiederholte Vergehungen der Art ziehen außer Geldstrafe und Arrest Entziehung des Berufs für immer nach sich."

— Aus **Warschau** vom 28. März schreibt man der Breslauer Zeitung: „Man hat in den Gesellschaften das Gerücht verbreitet, daß der Fürst zu Warschau Präsident des Reichsraths und ein Prinz des kaiserlichen Hauses Statthalter von Polen werden würde. Nach unserer Meinung verdient es aber keinen Glauben. Dagegen werden der Großfürst Michael, Bruder des Kaisers, und dessen Gemahlin mit der Prinzessin ihrer Tochter hier erwartet. — Neulich sind zwölf Bürger aus der Provinz nach der warschauer Citadelle eingebracht worden, die, wie man wissen will, eine verbotene Schrift gelesen haben sollen. — Das Reisen mit der Eisenbahn ist seit kurzem durch strenge polizeiliche Maßregeln sehr erschwert. — In einem großen leeren Magazingebäude an der Weichsel sind eine große Zahl Bettler eingesperrt worden. Jeder hat zum Lager

einen Strohsack erhalten. Die nöthige Nahrung wird ihnen verabreicht. Die Langweile soll ihre Strafe sein. Der Freiheit sind sie beraubt. Sie erhalten dieselbe erst dann wieder, wenn sie nachweisen, wovon sie sich nähren wollen. — Man erzählt, daß vor kurzem bei Witepsk 13 Edelleute von ihren Bauern erschlagen worden seien. — In Warschau wird noch in diesem Jahr ein Thurm unweit der Citadelle als Vorwerk zu derselben gebaut. Er ist auf eine Million veranschlagt worden. — Für die Instandsetzung des fürstlichen Schlosses hierselbst sind 2 Mill. Gulden angewiesen worden. Man schließt hieraus ebenfalls auf eine Veränderung."

Griechenland.

Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Athen** vom 21. März berichtet: „Der Kronprinz von Baiern verweilt seit acht Tagen in unserer Stadt. Die kostbare Zeit seines kurzen Aufenthaltes, der nur der königlichen Familie gewidmet ist, nimmt freilich auch die von einer so hohen Stellung unzertrennliche, täglich sich wiederholende Audienzertheilung sehr in Anspruch. — Die griechisch-türkische Angelegenheit macht eine Pause, doch nur eine scheinbare; denn ganz zuverlässigen Nachrichten zufolge ist die bereits in Athen in einer Depesche ausgedrückte Ansicht des Fürsten v. Metternich ganz zu Gunsten Griechenlands, und der österreichische Internuntius, Graf Stürmer, hat die Weisung erhalten, in diesem Sinn und in keinem andern auf die Pfortenminister einzuwirken. — Nicht blos die griechischen Schiffe, sondern auch alle fremden Flaggen, sobald sie aus griechischen Häfen kommen, werden im ganzen türkischen Reich einer Quarantaine von 21 Tagen unterworfen. Wenn sich andere Mächte diese unsinnige, auf nichts als auf den bösen Willen der Türkei gestützte Maßregel gefallen lassen, so muß man dies denselben sehr zum Vorwurfe machen. Griechenland aber muß man bedauern, daß es mit einem solchen Nachbar zu thun hat. — Verflossenen 1. März fand die Eröffnung der zweiten Sitzung des achten Senats der Jonischen Inseln statt. (Nr. 86.) Bei dieser Gelegenheit wurde erwähnt, wie es nothwendig sei, daß endlich einmal die Landessprache auch Sprache der Behörden werde. Bis jetzt wurde mitten im griechischen Volke Englisch gesprochen."

— Die Kölnische Zeitung enthält folgende Correspondenz aus **Athen** vom 20. März: „Das Land ist im Ganzen ruhig und das Volk beschäftigt sich mehr mit ländlichen Arbeiten als mit der Politik. Die Aernte berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die Noth in Frankreich, in England und sogar in Italien ist Griechenland zu gute gekommen und hat ihm Capitalien zugeführt, welche nun, zweckmäßig benutzt, dem Land eine schöne Zukunft bereiten könnten. Es sind Griechenland in der letztern Zeit nicht weniger als 50 Mill. Fr. zugeflossen, und die Preise der Schiffsbefrachtung sind noch fortwährend im Steigen begriffen. Wäre dieser mögliche Aufschwung, dem Kolettis' Verwaltung Dauer verschaffen könnte, nicht Grund genug, um Englands Eifersucht wach zu halten und die Verwickelungen mit der Pforte von dieser Seite als erwünscht betrachten zu lassen? Unterdessen ist der Kammer ein Gesetz vorgelegt worden, um der weitern Getreideausfuhr, in der Befürchtung, daß der Vorrath bis zur nächsten Aernte nicht ausreichen möchte, vorzubeugen, und sogar freie Getreideeinfuhr zu gestatten. Der Kriegsminister hat unter dem Vorwande, während der bevorstehenden Wahlen die Ordnung zu handhaben, von der Kammer die Ermächtigung verlangt, die bestehenden Cadres der Armee zu vervollständigen. Jedenfalls ein sehr parlamentarisches Vorgehen, welches die Pforte nicht beleidigen kann und die Regierung in den Stand setzt, sich auf alle Fälle bereit zu halten. Man weiß in Athen über die Absichten der Pforte nichts Neues. Privatnachrichten melden, daß dieselbe nicht nachgeben werde und ein Memorandum an die Großmächte vorbereite."

Türkei.

Bekanntlich hatte Rußland in der Türkei, zumal in Bulgarien und Rumelien, keinen gefährlichern Agenten als den griechischen Klerus. Die Pforte hat, um dieser so unwissenden als verdorbenen Kaste entgegenzutreten, verordnet, daß in den Gemeinden dem Klerus ein Rath der Notabeln an die Seite gestellt werde, ohne dessen Einwilligung jenem keine Maßregel zu verordnen erlaubt sein wird. (Köln. Z.)

Aegypten.

Nach Berichten aus **Alexandrien** vom 20. März war Mohammed-Ali im besten Wohlsein von seiner Reise nach Oberägypten in Kahira wieder eingetroffen. Zu Alexandrien baut man gegenwärtig eine Dampffregatte von 450 Pferdekraft, auf welcher der Vicekönig im Frühjahr 1848 eine Reise nach Frankreich zu machen beabsichtigt.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden, 2. Kl. mit Eichenlaub: der geh. Oberfinanzrath Herrmann in Berlin. 4. Kl.: der Schulvorsteher Bartels in Berlin.

Wissenschaft und Kunst.

Den neuesten Berichten aus Neusüdwales vom 19. Dec. zufolge hatte der Gouverneur der Colonie einen sehr interessanten, vom 9. Sept. bis zum 9. Nov. v. J. reichenden Bericht von der Entdeckungsexpedition erhalten, welche unter der Leitung von Sir Thomas Mitchell das Innere von Australien bereist. Man hatte große Strecken fruchtbaren Landes aufgefunden, bewässert von vielen Flüssen, deren bedeutendster, von Sir Thomas Victoriafluß benannt, seine Quellen ungefähr in 24° 50′ südl. Br. und 146° 42′ östl. L. hat und wie man vermuthet in den Meerbusen von Carpentaria ausmündet. Längs dem in einer Länge von etwa 100 Miles bereisten Ufer dieses Flusses finden sich reiche Triften und sind manche Gattungen unbekannter Pflanzen und Thiere angetroffen worden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Frankfurt a. M., 5. April. In unserer Effectensocietät war heute nur wenig Geschäft. Spanische Fonds erfuhren einige Preisbesserung. Eisenbahnactien waren flau gestimmt. Es blieben 5proc. Ardoins 22, spanische inländische 3proc. Rente 29¾, Berbacher Eisenbahnactien 91½, Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien 72⅛, badische 35-Guldenloose 35⅛.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 21. bis mit 27. März (mit Einschluß von 1490 Personen aus dem Zwischenverkehr) 15,424 Personen.

(Vom 1. Jan. — 27. März: 110,777 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 21. bis mit 27. März 1,110 Personen.

(Vom 1. Jan. — 27. März: 43,855 Personen.)

— Sicherm Vernehmen zufolge wird wegen des zunehmenden Andrangs bei den Leibhäusern nächstens noch ein neues königliches Leihinstitut in Berlin errichtet werden.

— Aus Triest vom 30. März wird der augsburger Allgemeinen Zeitung geschrieben: „Es hat allerdings seine Richtigkeit, daß die Peninsular and Oriental Navigation Company einen Vertrag mit der sardinischen Regierung abgeschlossen hat, wodurch diese den Dampfbooten der genannten Gesellschaft die von Ihrem turiner Correspondenten erwähnten Begünstigungen eingeräumt hat. (Nr. 88.) Es hieße aber das Publicum irre leiten, wie man es von mancher Seite so gern möchte, wenn man daraus den Schluß ziehen wollte, daß die Ueberlandpost den Weg künftig über Genua einschlagen werde. Deutschland kann ruhig sein und wird hoffentlich recht bald die indische Correspondenz über Triest weit schneller erhalten, als dies jemals über Genua möglich wäre. — Die aus vier Ingenieuren bestehende österreichische Expedition für die Vorstudien zu dem projectirten Bau des Suez-Kanals begibt sich heute mit einem Dampfboot des Lloyd nach Alexandrien."

Versicherungen. Nach der Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungsanstalt in Baiern für das Jahr 1845/46 hat sich das am Schlusse des Jahres 1844/45 bestandene Assecuranzcapital von 576,556,780 Fl. im Laufe des Jahres 1845/46 um 16,583,430 Fl., sonach auf 593,140,210 Fl. erhöht; die Brandentschädigungen betrugen für 1845/46 die Summe von 1,406,752 Fl. (456,454 Fl. mehr als im Vorjahre), die Zahl der Brandfälle 860, die der beschädigten Gebäudeinhaber 1947 (113 und beziehungsweise 385 mehr als im Vorjahre). Zur Deckung der Ausgaben ꝛc. sind von jedem Hundert des Versicherungscapitals für 1845/46 zu erheben: in der I. Klasse 12 Kr. 3 Heller, in der II. Klasse 13 Kr. 6 Heller, in der III. Klasse 15 Kr. 1 Heller, in der IV. Klasse 16 Kr. 4 Heller. (N. C.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 7. April früh 7 Uhr: 2° 5″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 3. April. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅞; 4½pc. Handelsg. 173¾. London, 31. März. 3pc. Cons. 88½; Span. act. 22⅛; 3pc. 34⅛; Holl. Int. 58⅛. Paris, 3. April. 5pc. 116. 70; 3pc. 78. 75; Neap. 102. 10; Bankact. 3240.

Actien. Paris, 3. April. Versail. l. 280; Paris-Orleans 1278½; Paris-Rouen 865; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 442½; Rouen-Havre 675; Marseille-Avignon 792½; Strasburg-Basel 210; Orleans-Bordeaux 516¼; Orleans-Vierzon 565; Nord 630. Wien, 4. April. Nordb. 171¼; Gloggn. 120¾; Mail. 108½; Livorn. 92⅛; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 6. April. Seehandlungs-Prämsch. 95¼ Br., 3½pc. Staatsfch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpr. 94 Br., ostpr. 97½ Br., pomm. 95¼ Br., schles. 96½, 4pc. posensche 101⅞, neue 3½pc. 92⅔, kur- und neumärk. 96¼; Louisd. 111⅛, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93⅛ Br., Berl.-Anh. 111¼, Prior.-Act. 4pc. 95, Berl.-Hamb. 4pc. 107, Prior.-Act. 4½pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 92¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101¾, Cöln-Minden 4pc. 92, Crak.-Oberschl. 4pc. 79⅔, Düsseld.-Elberf. 5pc. 104¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., Kiel-Alton. 4pc. 109 Br., Magd.-Halberst. 113¼, Niederschles. 88¾, Prior.-Act. 4pc. 92¼ Br., 5pc. 101½, Zweigb. Prior.-Act. 4½pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 101½ Br., Litt. B. 4pc. 95¾, Rhein. 86, Prior.-Stamm 4pc. 90½, Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86, Thüring. 4pc. 96, Wilh.-Bahn 4pc. 89½ Br., Jarotsch.-Selo 72 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 84½, Berg.-Märk. 4pc. 85¼ Br., Berl.-Anh. 99½, Kassel-Lippst. 4pc. 86½ Br., Cöln-Minden 4pc. 91⅛, Magd.-Wittenberge 87 Br., Mail.-Vened. 4pc. 111 Br., Mecklenburg 75½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73 Br., Posen-Stargard 4pc. 84½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅛, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94½, (neue) 4pc. 94, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅜, Pfcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85⅝ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9½ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

† Leipzig, im April. In mehren Blättern war kürzlich von einem französischen Club die Rede, dessen Zweck es ist, durch Uebung in der französischen Sprache die möglichste Fertigkeit in derselben zu gewähren. In einer so bedeutenden Handelsstadt wie Leipzig, wo eine Universität sich befindet und wo über 30000 junge Leute im Handel beschäftigt sind, muß es sehr wundern, daß bis jetzt die Zahl der Mitglieder dieses Instituts noch so gering ist, trotzdem daß der Eintrittspreis auf nur 1 Thlr. und der monatliche Beitrag auf 10 Ngr. für die ersten 100 Subscribenten festgestellt ist. Dabei müssen wir noch erwähnen, daß nur Wenige das elegante Lesecabinet besuchen, wo sechs französische Zeitungen ihnen zu Gebote stehen. Die ganzen Localitäten sind höchst elegant eingerichtet, eine vortreffliche Restauration ist damit verbunden. Der Club français liegt nicht entfernter vom Mittelpunkte der Stadt als das Theater, das Schützenhaus und mehre andere sehr besuchte Oerter. Woher, fragen wir, kommt es, daß dieses Institut dennoch so wenig besucht wird? In Jena, wo ein ähnliches Institut gegründet ist, hat man die Nützlichkeit desselben anerkannt, und es ist binnen kurzem sehr besucht und benutzt worden. Sollten die Unternehmer hier in der Handelsstadt Leipzig die großen Opfer, welche sie dargebracht, bereuen müssen? Möchten doch namentlich die jüngern Männer, für welche Fertigkeit im französischen Ausdrucke sehr wichtig werden und ihnen in vielen Lebensverhältnissen nützen kann, dazu beitragen, dieses Institut zu erhalten, wozu es ja nur eines geringen Opfers bedarf!

Ankündigungen.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber das Vermögen des Knopfmachermeisters **Heinrich Wolff** hierselbst ist, da derselbe bei dem Andringen mehrer Gläubiger seine Insolvenz angezeigt hat, Concurs erkannt und der Advocat **Stille** provisorisch zum Güterpfleger bestellt, auch ist Liquidationstermin auf

den 13. April dies. Jahres, Morgens 10 Uhr,

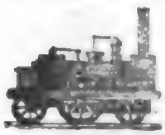
vor Herzoglichem Kreisgerichte hierselbst angesetzt, in welchem Alle, welche an den besagten Wolff Ansprüche und Foderungen haben, zu erscheinen und solche zu liquidiren, auch thunlichst zu bescheinigen und über die Wahl eines definitiven Güterpflegers sich zu erklären, unter der Verwarnung, daß sie mit ihren Ansprüchen an die Concursmasse ausgeschlossen und mit der getroffenen Wahl des Güterpflegers einverstanden angenommen werden, gehalten sind.

Die etwanigen Schuldner des Gemeinschuldners werden demnach gewarnt, bei Strafe doppelter Zahlung nicht an diesen, sondern an den genannten Güterpfleger Zahlung zu leisten.

Gegeben: **Braunschweig**, den 6. März 1847.

Herzogliches Kriegsgericht.
Wegner.

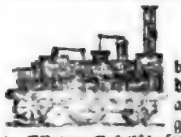
[759—64]



Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Die Verhandlungen der 13. General-Versammlung werden gratis ausgegeben im Bureau der

[1167] **Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.**



Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahn.

Die diesjährige regelmäßige General-Versammlung der Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahn-Gesellschaft, in welcher zugleich über **die nothwendig gewordene Vermehrung des Anlagecapitals** Beschluß gefaßt werden soll, findet am Mittwoch den 21. April, Nachmittags 2 Uhr, im Bahnhofsrestaurationsgebäude zu Cöthen statt. Die Actionaire werden hierdurch mit Hinweisung auf §. 78 der Gesellschafts-Statuten zu derselben mit dem Bemerken eingeladen, daß die Deponirung der mit einem nach den Nummern geordneten Verzeichnisse versehenen Actien in dem Bureau der Gesellschaft in Cöthen oder bei den Herren **Hirschfeld & Wolff** in Berlin in den Tagen vom 6. bis 14. April c., Vormittags von 9 bis 1 Uhr, geschehen kann. Die hierfür entgegenzunehmenden, von der Direction vollzogenen Bescheinigungen dienen als Legitimationskarten beim Eintritt in die Versammlung, und werden gegen Rückgabe dieser Bescheinigungen die Actien vom 22. April bis 19. Mai c. den Besitzern wieder ausgehändigt. Diejenigen Actionaire, welche es vorziehen, die Actien in ihrem Besitz zu behalten, können dieselben ebenfalls an obengenannten Orten zu der angegebenen Zeit gegen Uebergabe eines nach den Nummern geordneten Verzeichnisses anmelden und vorzeigen, und erhalten sodann gleichfalls eine als Einlaßkarte zur Versammlung dienende Bescheinigung, mit welcher jedoch dieselben Actien beim Eintritt in die General-Versammlung wieder vorgezeigt werden müssen. Actionairen, die sich nicht auf eine der beiden angegebenen Arten legitimirt haben, ist der Eintritt in die Versammlung statutenmäßig nicht gestattet.

Berlin, den 22. März 1847.

Der Vorsitzende des Ausschusses
der Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahn-Gesellschaft.
Hensch.

[996—98]

BERLINER ZEITUNGSHALLE.

Ecke der Jäger- und Oberwallstrasse.

Gegen 600 **Zeitschriften** in 14 verschiedenen Sprachen. — **Broschüren** und sonstige literarische **Novitäten.** — **Hülfsbibliothek.** — **Gesellschaftszimmer.** — **Damenzimmer.** — **Rauchzimmer.** — **Conditorei.** — Offen 8½ Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends.

Anschläge im Locale: 10 Sgr. p. □Fuss, 2½ Ngr. pr. Adresskarte monatlich. Insertionen im **Abendblatte:** 1¼ Sgr. die Petitzeile; wiederkehrende Anzeigen billiger.

Bureau der Berliner Zeitungshalle,
Oberwallstraße 12 13.

[1083—86]

Kartoffel-Biere.

Die Aufgabe, aus Kartoffeln, nicht erst aus geschwefeltem Stärkmehl, alle Arten von Bier bei Beobachtung größter Einfachheit und Billigkeit darstellen zu können, ist von mir vollständig gelöst. Nach mehrjährigen gründlichen Versuchen und bei Darbringung der großartigsten Opfer betreibe ich in Berlin bereits seit 1½ Jahren eine Kartoffel-Dampf-Bierbrauerei zur Darstellung aller in- und ausländischen Biere. Die Güte, Haltbarkeit und Billigkeit der Biere ist anerkannt, und bin ich bereit, auf Bestellung sowol Probe-Biere zu übersenden als auch zur Verbreitung dieses neuen Industrie-Zweiges, bei Gewährleistung der Geheimhaltung, praktischen Unterricht zu ertheilen.

Apotheker Dr. *W. Keller,*

Vorsteher des landwirthschaftlich-technischen Instituts zu Berlin, Holzgartenstraße Nr. 5.

Anmerkung. In dem von mir seit sechs Jahren geleiteten landwirthschaftlich-technischen Institute wird vorzüglich in der Brennerei, Brauerei, Stärke- und Essigfabrikation praktischer Unterricht ertheilt und sind von mir bereits einige Hunderte von Männern ausgebildet worden, welche durch Betreibung dieser Gewerbe ihre Existenz begründen.

[1150] ***W. Keller.***

Rupp's neuestes Werk.

In meinem Verlage ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Die freie Evangelische Kirche.

In Verbindung mit Gleichgesinnten herausgegeben von

Julius Rupp.

Erstes Heft.

Eleg. brosch. Gr. 8. 16 Ngr. oder Sgr. oder 56 Kr. Rhein.

Freimüthig legt hier der vielfach angefeindete Verfasser „Lehre und Leben der freien Evangelischen Kirche, ihr Verhältniss zu andern Kirchen und kirchlichen Richtungen der Gegenwart" dem Urtheil des deutschen Volkes vor und gibt zugleich „Mittheilungen über die Königsberger und die andern mit ihr verbundenen freien Evangelischen Gemeinden"; diese Schrift ist daher gleich wichtig für seine Anhänger und seine Gegner, sowie für Jeden, der an den religiösen Richtungen und Bestrebungen der Gegenwart Interesse nimmt.

Ferner:

Was heisst Römisch-katholische Kirche?

Aus kirchlichen Autoritäten beantwortet von F. W. Carové.

Zweite, mit Vorwort und Abhandlung über Urchristenthum, Katholicismus und Papismus vermehrte Ausgabe.

Gr. 8. Geheftet. (21 Bogen.) Preis 1 Thlr. oder 1 Fl. 48 Kr.

Die erste Ausgabe dieses Werkes hatte gleich bei ihrem Erscheinen sich eines so allgemeinen Beifalls zu erfreuen und wurde in den kritischen Blättern so günstig beurtheilt, dass ich mich jeder weitern Empfehlung um so mehr enthalten darf, als die Ansichten des als Schriftsteller auf dem kirchlichen Gebiete rühmlichst bekannten Herrn Verfassers durch die neuen Erscheinungen in der römisch-katholischen Kirche die vollständigste Rechtfertigung erhalten haben. Im Vorwort und dem letzten Abschnitt dieser neuen Ausgabe hat er seine in Rom selbst gesammelten Erfahrungen niedergelegt. Der billige Preis soll das Buch um so gemeinnütziger machen.

Altenburg, am 16. März 1847.

[987—88] ***H. A. Pierer.***

Bei **Georg Wigand** in Leipzig erschien soeben:

Die Aufgabe des ersten Vereinigten Landtages in Preussen

beleuchtet von

Karl Wiedermann.

Nebst einer vergleichenden Zusammenstellung aller bisher erschienenen Schriften über die Verordnungen vom 3. Februar.

8. 22 Bogen. Broschirt. 20 Ngr.

Parallele der Preußischen Verfassung

vom 3. Februar 1847

mit den Verfassungen von **Churhessen, Norwegen** und **Belgien.**

Broschirt. 6 Ngr. [1172]

Loesener & Schoch

aus ***Magdeburg***

sind auch für die Dauer dieser Messe hier anwesend in ihrem gewöhnlichen Locale im **Fürstenhaus, Grimmaische Straße Nr. 15,** erste Etage. [1168—71]

Digitized by Google

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Abonnement für die Messe: für 4 Wochen 1 Thlr., für 14 Tage 15 Ngr., jede einzelne Nr. 2 Ngr.
Inserate: der Raum einer Zeile wird mit 2 Ngr. berechnet.
Expedition: Querstraße Nr. 8/1249, wo Inserate und Abonnements angenommen werden und die Zeitung von Abends 5 Uhr an abzuholen ist.

Einladung
zu der elften Versammlung
deutscher
Land- und Forstwirthe
in **Kiel**, 1847.

Nachdem auf geschehene Einladung von Seiten der Generaldirection der landwirthschaftlichen Vereine der Herzogthümer Schleswig und Holstein, und nach erfolgter allerhöchster Bewilligung Sr. Majestät des Königs, bei der 10. Versammlung zu Grätz die Stadt Kiel einstimmig zum nächsten Versammlungsorte gewählt worden ist, werden die Land- und Forstwirthe Deutschlands sowie auch anderer Länder freundlichst eingeladen, an dieser Versammlung Theil zu nehmen.

Die Versammlung wird in der ersten vollen Woche des Septembermonats d. J. stattfinden, am 6. eröffnet und am 11 September geschlossen werden.

Unter Beziehung auf die den landwirthschaftlichen Zeitschriften Deutschlands zugleich mit dieser Einladung inserirten, für die Verhandlungen der elften Versammlung bestimmten Fragen ꝛc. stellt der Vorstand das Ersuchen:

1. Diejenigen, welche an der 11. Versammlung Theil nehmen wollen, mögen es mit Angabe der gewünschten Wohnung bis zum 6. August hierher anzeigen. Die Anweisungen für bestellte Wohnungen überhaupt sowie für nichtbestellte Privatwohnungen werden im Empfangsbureau ertheilt.

2. Diejenigen, welche laut §§. 9 und 10 des Grundgesetzes landwirthschaftliche Erzeugnisse, Geräthe, Maschinen, Abbildungen, Bücher und andere in den Bereich der Land- und Forstwirthschaft einschlagende Gegenstände zur Ausstellung oder Vertheilung unter die Mitglieder einzusenden beabsichtigen, wollen die Anzeige darüber bis zum 6. August erstatten.

3. Die Einsender von Wollstießen werden insbesondere ersucht, diese in ungewaschenem Zustande und mit den erfoderlichen Nachrichten über Geschlecht, Alter und Abstammung der Thiere, sowie über die Zeit des Wachsthums der Wolle versehen, spätestens bis zum 6. August einzusenden.

Ferner bringt der Vorstand hierdurch in Erinnerung, daß von Sr. Kaiserl. Hoheit dem Durchlauchtigsten Erzherzoge Johann ein Preis von 100 kaiserlichen Dukaten auf eine genügende Lösung der Frage gesetzt worden ist:

„Durch welche Verhältnisse sind die allgemeinen Klagen über den Verfall der dienenden Volksklasse herbeigeführt worden; welche Mittel sind bereits in den einzelnen deutschen Ländern angewendet worden, oder allenfalls noch anzuwenden, um den nachtheiligen Einfluß, welchen die fortschreitende Entartung des Dienstbotenwesens auf die Landwirthschaft ausübt, zu beseitigen?"

und wird in dieser Hinsicht bemerkt, daß die Concurrenzschriften an den unterzeichneten Vorstand der 11. Versammlung einzusenden sind, der Vorstand aber seiner Zeit eine Commission ernennen wird, die das Richteramt über die eingelangten Concurrenzschriften ausüben soll.

Die Zusendungen von landwirthschaftlichen Gegenständen aller Art — wobei insonderheit auf die Bestimmungen des §. 10 des Grundgesetzes*) aufmerksam gemacht werden muß — sowie von Briefen werden „an den Vorstand der 11. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe in Kiel" adressirt.

Uebrigens wird von dem Vorstande hierdurch angezeigt, daß der Herr Hirschfeldt auf Groß-Nordsee bei Kiel und der Herr Ober- und Landgerichts-Advocat v. Reergaard in Kiel das Amt der Geschäftsführer der 11. Versammlung übernommen haben.

Das Empfangsbureau befindet sich im Universitätsgebäude, wohin sich die Herren Theilnehmer bei der Ankunft in Kiel zu wenden, ihre Namen einzutragen und den statutenmäßigen Beitrag von 4 Thlr. Preuß. oder 10 Mark Lübisch zu erlegen belieben.

Kiel, im März 1847.

*) „§. 10. Die Einsendung der zur Ausstellung bestimmten Gegenstände und die Zurücksendung an die Eigenthümer erfolgt auf Kosten der Gesellschaft, falls die Einsendung mit Vorwissen und Einwilligung des Vorstandes geschehen ist."

Der Vorstand der 11. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe:
[1007—8] **Ernst Reventlow. H. A. v. Warnstedt.**

Der **Herold** erscheint von jetzt an, statt zwei Mal, vier Mal wöchentlich, jedes Mal in ½ Bogen in 4°; außerdem, so oft es nöthig sein wird, Beilagen. Der Preis bleibt derselbe wie früher: 1 Thaler, 1 Fl. 45 Kr. Rhein., 1 Fl. 30 Kr. C.-M., 2½ Mark fürs Quartal.

Durch das öftere Erscheinen des Blattes werden wir uns in den Stand gesetzt sehen, die Zeitereignisse schneller zu besprechen als bisher. Durch die Aenderung des Formats hoffen wir zugleich einem Theil unserer Leser, denen das große Format unbequem war, zu Danke zu handeln. Im Uebrigen bleibt Tendenz und Einrichtung des Blattes unverändert.

Anzeigen aller Art, welche bei dem öftern Erscheinen des Herold noch wirksamer als bisher sein dürften und für deren sofortige und zweckentsprechende Aufnahme Sorge getragen werden soll, werden nach wie vor mit 1½ Ngr. die Spaltzeile, bei wiederholtem Einrücken mit 1 Ngr. berechnet.

Der Herausgeber und Verleger des Herold,
[1173] **Karl Biedermann.**

Sulzberger, Akermann & Co.
aus **Meisterschwanden**
in der Schweiz,
[1011] **Reichsstraße 42/396, zweite Etage,**
empfehlen sich für bevorstehende Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **italienischer und schweizer Strohgeflechte, Borduren** ꝛc. ꝛc. unter Zusicherung billigster Preise. [1019—23]

Ein Apothekergehülfe kann sogleich eine gute Stelle in einer frequenten Apotheke einer grossen Stadt erhalten durch die Herren **Rüdiger & Schadewitz** in Magdeburg. [1174]

Gesuch. Auf ein Schloß, zwei Stunden von Lüttich, wird ein deutsches Kindermädchen von katholischer Religion gesucht. Es muß gut nähen können und seine Muttersprache richtig sprechen. Sich mit freigemachtem Briefe an Herrn **Grisard**, Platz hinter St.-Paul Nr. 24 zu Lüttich zu wenden. [1107—12]

Theater der Stadt Leipzig.
Donnerstag, 8. April. **Eine Familie**, Schauspiel von Charl. Birch-Pfeiffer.
Freitag, 9. April. Zum ersten Male: **Die Belagerung von Solothurn**, große romantische Oper in 4 Acten von Wilh. Gerstel. Musik von Ferd. Brandenburg.

Lotterie-Anzeige.

In der 5. Klasse 30. Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 1660: 50,000 Thlr.

Nr. 22,409:	1000 Thlr.		Nr. 22,719:	400 Thlr.	
„ 24,186:	1000	„	„ 28,083:	400	„
„ 25,646:	1000	„	„ 6,663:	200	„
„ 28,086:	1000	„	„ 20,389:	200	„
„ 30,030:	1000	„	„ 23,966:	200	„
„ 3,341:	400	„	„ 28,048:	200	„
„ 22,420:	400	„	„ 33,550:	200	„

und 36 Gewinne à 100 Thlr.

Mit Kaufloosen zur 5. Klasse 31. Lotterie, welche den 19. April beginnt, empfiehlt sich mit ¼ à 41 Thlr., ½ à 20½ Thlr., ¼ à 10¼ Thlr. und ⅛ à 5⅛ Thlr. bestens

J. A. Pöhler,
Leipzig, Böttchergäßchen Nr. 3.

NB. Geehrte Aufträge erbitte ich mir franco, nebst Einsendung des Betrags, und versichere die pünktlichste Bedienung. [1160—65]

Gaetano Vaccani,
Klingelzug-Fabrikant
aus Halle a. S.,

hält während der Leipziger Messe Lager der neuesten

Manillahanf-Klingelzüge

Grimmaische und **Reichsstraßen-Ecke** in der Bude. [1148—51]

Jacob Isler & Comp.
aus ***Wohlen*** in der Schweiz,
Reichsstraße Nr. 15/399 zweite Etage,
beziehen gegenwärtige Ostermesse mit einem schön assortirten Lager **Italienischer** und **Schweizer Strohgeflechte, Borduren** ꝛc. und empfehlen sich unter Zusicherung billigster Preise. [1014—18]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Rittmeister Freiherr v. Buttlar in Greifenberg mit Frl. Anna Wilcke. — Hr. L. Grossedt in Berlin mit Frl. Emilie Liese. — Hr. Karl Heinike in Torgau mit Frl. Ottilie Laube. — Hr. Militairarzt Robert Lamprecht in Köln mit Frl. Luise Koller in Brüssel. — Hr. Louis Lindenberg in Köpnick mit Frl. Auguste Thieling. — Hr. Adolf Rogge in Perleberg mit Frl. Friederike Ratig. — Hr. Rudolf Schneider in Berlin mit Frl. Karoline Lindner. — Hr. Anton Sichling in Nürnberg mit Frl. Johanne Kiefhaber.

Getraut: Hr. Karl Preuße in Stralsund mit Frl. Ernestine Stahnke aus Lebbin.

Geboren: Hrn. Bercht in Braunschweig ein Sohn. — Hrn. J. P. Bodenheim in Köln ein Sohn. — Hrn. geh. Justizrath v. Ellerts in Berlin ein Sohn. — Hrn. Hermann Glasey in Reichenbach eine Tochter. — Hrn. Kammergerichtsassessor Joslich in Zehden eine Tochter. — Hrn. Karl Gruner in Berlin ein Sohn. — Hrn. Schirmfabrikant Th. Käßmodel in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Amtsactuar F. G. Meinert in Meißen ein Sohn. — Hrn. geh. Finanzrath v. d. Reck in Berlin ein Sohn. — Hrn. Pfarrer Gustav Ferd. Richter in Costewitz ein Sohn. — Hrn. Conrector Dr. K. Schramm in Langensalza ein Sohn. — Hrn. Prof. A. Trendelenburg in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Hr. Pastor Ernst W. A. Bernhard in Zembschen. — Hr. Apotheker Bracht in Osterburg. — Hr. Oberconsistorialrath Fuchs in München. — Frau Hauptmann v. Genzkow in Samter. — Hr. Generalmajor Ignaz Göschl in München. — Hr. Gutsbesitzer Johann Christian Herberth in Engelsdorf. — Hr. Pfarrer Friedrich Wilhelm Kleinschmidt in Neukirchen.

Freitag — Nr. 99. — 9. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Aus Süddeutschland. Der bairische Ministerwechsel. Die deutsche Diplomatie. = München. Hr. v. Gise. Feuer im Bahnhof. **Aus Sachsen. Die Gymnasialreform. — Priestermangel in Baden. — Advocatenversammlung in Braunschweig. — Tod Steinacker's in Holzminden. — Theuerungszulage in Nassau. †Frankfurt a. M. Das revolutionaire Flugblatt. Die Dampfschiffahrt zwischen Bremen und Neuyork.

Preußen. Berlin. Cabinetsordre. **Berlin. Die Handelsbilanz. *Vom Rhein. Römische Philologie. — Hr. v. Raumer. — Lieutenant Anneke.

Oesterreich. Die Theilung von Galizien. — Hr. v. Prokesch. Graf Deym.

Spanien. Das Ministerium. General Fulgosio. Die Eröffnungen des Hrn. Pacheco im Congreß.

Großbritannien. Die irische Noth. Die Getreidepreise in Irland. Almosenvertheilung. Wohlthätige Pächter. Die Dundalk-Enniskillen-Eisenbahn. Die Times über die Angelegenheiten im Pendschab.

Frankreich. Die Zeitungen. Der Rémusat'sche Vorschlag. Urtel wegen der Getreidetumulte. Die Patrie. Prebetransperte. Heimkehr Schiffbrüchiger. Contreadmiral Trehouart. Hr. Bancroft.

Niederlande. Münzgesetz.

Schweiz. Der Vorort. — Die genfer Verfassung. — Eine kriegerische Walliserin.

Italien. Rom. Ein Kloster.

Türkei. Die Rajas.

Wissenschaft und Kunst. *Leipzig. Prüfung im Conservatorium. — Schmerzlose Operationen.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Die Ueberlandpost. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

†Aus Süddeutschland, 3. April. Zwei im mittlern und nördlichen Deutschland wenig bekannte Zeitungen haben uns neulich Aufsätze gebracht, denen wir mit Theilnahme folgen konnten und die wol einer allgemeinern Beachtung werth sind. Die Freiburger Zeitung bespricht in einem längern, sich durch mehre Stücke durchziehenden Aufsatze die bairische Cabinetskrisis in einer Weise, die sich zwar den Sympathien für das gestürzte Ministerium zuneigt, aber dies doch mit jener Besonnenheit, Mäßigung und Begründung thut, in welcher allein etwas vorgetragen werden kann, was auch von dem Gegner Berücksichtigung fodert. Bekanntlich hat jede Sache mindestens zwei Seiten, und das gerechte Urtheil fodert, daß jede Sache von allen ihren Seiten betrachtet werde. Nach einigen nicht sehr erfreulichen Betrachtungen über die Haltung der Presse in der Sache wird zuerst über das Regierungssystem der abgetretenen Minister gesprochen. Selbst die erbittertsten Gegner der frühern Minister hätten nicht umhin gekonnt, ihren Talenten für ihre Stellung volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und Männer, die mit ihnen in persönlichem Verkehre gestanden, übrigens aber einer durchaus verschiedenen Geistesrichtung angehörten, hätten auch nicht an der Redlichkeit ihres Willens gezweifelt. Daß sie sich um Baiern große Verdienste erworben, sei gewiß, und der Verfasser jenes Artikels rechnet ihnen auch ihre Bemühungen um den Zollverein zum allgemein deutschen Verdienste, worin wir freilich nicht übereinstimmen, da es sich bei diesen Bemühungen nicht um Fortbildung, sondern um Verfälschung des wahren Systems des Zollvereins handelte. Dennoch werde die Handlungsweise des Ministeriums Abel mit Recht getadelt, und der Artikel rügt unumwunden die beengende Deutung der Verfassung, die einseitige Förderung gewisser kirchlichen Zwecke, den Preßzwang und ein auf Kosten wichtiger Zwecke gepflegtes Sparsystem. Möchten auch bei manchen dieser Punkte Rücksichten gewaltet haben, welche mächtiger waren als der bloße Ministerwille, so blieben doch immer die Minister verantwortlich. In Betreff der Veranlassung des Rücktritts schließt sich der Verfasser dem Urtheil eines preußischen Blattes an: „daß nicht constitutionelle Fragen und Conflicte, nicht die Beschränkung einer gewissen, der Krone zustehenden Prärogative, sondern lediglich Erwägungen allgemein menschlicher und sittlicher Natur dazu bestimmt haben", und wirft die einfache Frage auf: „Hätten sie unterschrieben, was würde dann die Presse, die ihnen jetzt so abhold ist, gesagt haben?" „Welcher Widerspruch hat sich nicht erhoben, als man einem Baier das Indigenat ließ, welcher Novize eines gesetzlich in Baiern nicht geduldeten Ordens wurde?" Hinsichtlich der Verbreitung eines bekannten Actenstücks, in Betreff dessen wir allerdings hören möchten, mit welcher Begeisterung es die es jetzt so loyal verdammende Presse feiern würde, wenn es von andern Männern ausgegangen wäre, verweist er auf die Untersuchung, vor deren Ausgang Niemand urtheilen könne. Hinsichtlich der Zukunft und der auf sie gerichteten Hoffnungen erinnert er daran, daß es auch in Baiern Verhältnisse gibt, über die sich kein Staatsmann hinwegsetzen, welche keiner willkürlich umgestalten kann. Der Aufsatz ist lesenswerth.

Nicht weniger ist das ein Artikel der Süddeutschen Zeitung: „Ueber die diplomatischen Beziehungen des Deutschen Bundes und der deutschen Bundesstaaten". Es sei eine stehende Klage in vielen deutschen Ständeversammlungen, daß das diplomatische Corps unverhältnißmäßig viel koste. In Folge davon habe man den Etat der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten immer mehr auf ein Minimum eingeschränkt, was denn ein Herabtreten der gesellschaftlichen Stellung der gedachten Gesandtschaften zur Folge gehabt habe. In eben dem Maße habe sich die politische Bedeutung derselben vermindert. Gegen den Strom sei nicht zu schwimmen und der früher viel größere Einfluß der kleinen Staaten, unter solchen Umständen, nicht zurückzuerlangen. Der oft gehörte ständische Vorschlag, statt der Gesandten bloße Geschäftsträger zu bestellen, würde aber das Uebel zum Extrem steigern. Deutschland brauche eine bessere Vertretung im Auslande, keine noch kargere. Der Verfasser meint daher, daß der Deutsche Bund nicht länger zögern dürfe, von seinem activen Gesandtschaftsrechte Gebrauch zu machen. Thäte er dies, ernennte er ständige Gesandte, wenigstens an den größern Höfen und in den angrenzenden Staaten, so würden die besondern Gesandtschaften der minder mächtigen Bundesstaaten überflüssig und könnten recht wohl durch Legationsräthe oder Legationssecretaire ersetzt werden, welche, von Seiten der einzelnen Bundesstaaten der Gesandtschaft des Bundes beigegeben, deren Glanz erhöhen, die besondern Geschäfte besorgen würden. Dadurch käme Einheit und Zusammenhang in die Politik der deutschen Staaten, und der Gesandte des Deutschen Bundes würde ein nachdrücklicheres Wort sprechen dürfen als der eines einzelnen kleinern deutschen Staats. Die Zahl der Großmächte würde dadurch um eine vermehrt, die in allen wichtigern Fragen mit den beiden deutschen Großmächten gleichen Schritt halten würde.

Die Idee ist gewiß sehr wichtig und schön, dürfte aber leicht zu den vielen gehören, von denen man sagen muß: Es ginge wol, aber es geht nicht. Ein Bedenken, das uns zunächst beikommt, daß nämlich die einzelnen deutschen Staaten, wenn sie auch keine gegen das Gesammtinteresse verstoßende Interessen mehr pflegen sollten, dennoch ihre besondern Interessen haben, deren Pflege nicht wohl durch einen dem betreffenden Staate nicht angehörigen Gesammtagenten besorgt werden kann, scheint uns nicht unbedingt durchschlagend. Aber von der ganzen Idee mag wol gelten, was der Verfasser von einem zweiten Vorschlage sagt, wonach nämlich die Gesandtschaften der deutschen Höfe unter einander ganz aufhören und durch die Gesandtschaften am Bundestage besorgt werden sollten. Er sagt hier: „Die Bejahung dieser Frage hängt jedenfalls von der Stellung ab, welche der Bund fortan einnehmen soll." In der That, wir können uns nicht wohl denken, welche Rolle der Gesandte des Bundes spielen und in wessen Namen er jenes „nachdrückliche Wort" sprechen soll, wenn er seine Instructionen doch auch wieder nur von einer Versammlung empfängt, welche selbst nur aus von Instructionen ihrer Regierungen abhängigen Gesandten besteht, oder wenn er sie auch unmittelbar von 38 Regierungen empfängt. Da müßte doch erst, wie auch jener Artikel bemerkt, der deutschen Bundesversammlung ein selbständigerer, hauptsächlich ein unmittelbarerer Wirkungskreis zu Theil werden, und ist dazu bei den Verhältnissen der beiden Großmächte zu Deutschland eine Aussicht? Ueberhaupt, nehmen wir nur die jetzt so wichtigen Handelsbeziehungen! Der Unbefangene kann nicht verkennen, daß sie zu einer vollen Einigung des gesammten Deutschlands noch nicht reif sind; wie soll hier ein Gesammtgesandter das Interesse der Handelsfreiheit, das des Schutzes und das der Mittelstraße zugleich vertreten? Im Ganzen würde uns der zweite Vorschlag, unter den jetzigen Umständen, noch eher ausführbar dünken als der erste.

= München, 5. April. Zu den unerwartet gekommenen Dingen nach dem vorjährigen Landtage gehörte bekanntlich auch die urplötzliche Entlassung des Frhrn. v. Gise aus dem Ministerrath, in welchem er das einzige Mitglied protestantischer Confession gewesen war. Kein Wunder, wenn neuerdings der Name dieses verdienten Mannes wieder häufiger genannt wer-

den ist, und zwar je länger desto mehr mit dem bestimmten Zusatze, derselbe werde demnächst dem öffentlichen Dienste wiedergewonnen werden. Das Journal des Débats hatte nicht ganz Unrecht, wenn es sich von hier aus schreiben ließ, die Ansicht aller Verständigen gehe dahin, daß, wenn Baron v. Gise noch an des Grafen v. Bray Stelle Minister des Auswärtigen gewesen wäre, wol Manches vermieden worden sein dürfte, was zur Ministerkrisis um die Mitte des Februar geführt hat; denn Baron Gise hat hier allerdings von je her das wohlverdiente Vertrauen genossen, seine Umsichtigkeit und Ruhe befähige ihn vorzugsweise für den Platz des Steuermanns, wenn es gilt ein Wasser zu durchfahren, wo jede Taktlosigkeit und alles vorschnelle Wesen zum unmittelbaren Scheitern zu führen vermag. Man hört es daher allgemein mit Genugthuung, daß der Augenblick seiner Wiederverwendung im activen Dienst endlich gekommen sei. Hr. v. Oberkamp nämlich, unser Gesandter am Bundestag in Frankfurt, soll in zeitlichen Ruhestand versetzt worden sein und Baron v. Gise an seine Stelle kommen. Diese Quiescirung wol nicht, denn Hr. v. Oberkamp soll aus Gesundheitsrücksichten schon seit länger um seine Quiescirung nachgesucht haben, desto mehr aber die Verwendung des Legationsraths Baron v. Aretin bei unserer Gesandtschaft in Berlin, scheint die nämlichen Motive zu haben, welche wir in jüngster Zeit schon mehr denn ein Mal besprochen haben. Wenigstens waren seine innigen Beziehungen zu verschiedenen Personen, welche als Hauptstützen der sogenannten ultramontanen Partei gelten mußten, nie ein Geheimniß. Von noch zwei oder drei andern Neuigkeiten ähnlicher Art schweigen wir billigerweise, da sie der Bestätigung noch allzu sehr bedürfen. Gewiß scheint zu sein, daß wir, wenn nicht heute, so doch höchst wahrscheinlich noch im Verlauf dieser Woche einen Armeebefehl erhalten, und daß derselbe, wie es freilich allemal im voraus heißt, eine große Menge von Beförderungen bringen wird, oder vielleicht auch Neuigkeiten anderer Art, wenn anders den desfallsigen Angaben und Gerüchten einiger Glaube geschenkt werden darf.

Gestern ist unser zeitweiliger Bahnhof, d. h. einige große und mehre kleine Buden, Baraken, hölzerne Häuser ꝛc., welche zusammen unsern Bahnhof bisher mit sammt seinen Werkstätten, Amtsstuben, Gepäck- und Wagenremisen ꝛc. gebildet haben, in der kurzen Zeit von etwa anderthalb Stunden in Asche gelegt worden. Drei- oder vierhundert Scheffel Weizen und Gerste (man hört sogar von 3000 oder 4000 Scheffel reden), mehre beladene Gepäckwagen, viele Vorräthe anderer Art, dann besonders Geräthe, Mobilien, Acten, kurz Alles, was nicht noch schnellmöglichst ins Freie hatte gebracht werden können, mußte bei der Natur sämmtlicher Baulichkeiten und bei dem heftig wehenden Winde, welchen wir gerade hatten, nothwendig unrettbar verloren sein. Der regelmäßige Bahndienst ist bereits wiederhergestellt, oder vielmehr, es ist derselbe gar nicht unterbrochen worden. Die eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich darthun, inwieweit einem seit gestern Abend allgemein verbreiteten Gerüchte Glauben geschenkt werden darf, nach welchem die Feuersbrunst nicht durch irgend einen bedauerlichen Zufall oder durch Fahrlässigkeit entstanden sein soll.

** **Aus Sachsen**, 5. April. Theils eine wissenschaftliche Sache, die uns im Augenblick beschäftigt, theils Aeußerungen, die in einer Sitzung des jüngst geschlossenen Landtags vernommen worden sind, theils die soeben erfolgte Ankündigung der „Blätter zur Gymnasialreform" geben uns abermals die Feder in die Hand, um hier die Reformfrage, die schon manche Feder in Bewegung gesetzt hat und noch in Bewegung setzen wird, einer möglichst kurzen Besprechung zu unterwerfen. Denn es muß als eine unabweisbare Aufgabe betrachtet werden, die Sache nicht nur nach allen Seiten hin zu beleuchten, sondern sie auch im Andenken der Aufgeklärten und am öffentlichen Wohle am meisten Theilnehmenden immer frisch zu erhalten sowie von den Flecken gewissenhaft zu reinigen, womit die Gegner sie zu verunzieren nur zu eifrig bemüht gewesen sind*). Zuerst also muß mit der größten Entschiedenheit die Verdächtigung zurückgewiesen werden, als wenn die ganze Reformfrage ihre stärksten Fäden nur an Persönlichkeiten und gewisse Tendenzen anknüpfe, die am Ende alles Andere bezweckten, nur nicht das wahre Heil der öffentlichen Erziehung. Nein! die ganze Frage ist ein eben so natürliches als nothwendiges Ergebniß der Zeitrichtung und des Bewußtseins einer Anzahl denkender Männer, daß das System der höhern Schulerziehung in ein Schwanken gerathen sei, dem auf diese oder jene Weise ein Ende gemacht werden müsse. Und sollte auch jenen Männern zuletzt kein anderes Verdienst bleiben als das, daß die angeregte Frage mit möglichster Klarheit beleuchtet und zu einer allgemein befriedigenden Entscheidung gebracht werde, gleich viel ob im Sinne der Einen oder der Andern, so wäre dieses Verdienst immer noch groß genug, um über jede Geringschätzung oder Verdächtigung sich erhaben fühlen zu dürfen. Und so viel ist gewiß: es liegt in der Reformfrage selbst eine so starke und bewegende Kraft, daß sie nicht eher von der Tagesordnung unserer Zeit wieder verschwinden wird, als bis sie ihre befriedigende und beruhigende Lösung erhalten hat.

Nun entsteht aber ferner die Frage: wie ist die Reform von Seiten Derer, die nach unserm bestehenden Regierungssysteme die Befugniß, die Macht und die Mittel zugleich besitzen, die Entscheidung herbeizuführen, in solcher Weise zu vermitteln, daß sie dem Vorwurf oder doch Argwohn entgehen, sie hätten den Rath und Beistand der wahrhaft Sachverständigen nicht gehörig in Anspruch genommen und ihrer Einsicht sich nicht nach Gebühr anvertraut? Denn daß die Schulwissenschaft einen Umfang, eine Selbständigkeit und eine Bedeutsamkeit erhalten habe, um eine Emancipation von der Jurisprudenz und Theologie mit völligem Rechte beanspruchen zu können, brauchen wir unparteiischen und sachkundigen Männern gar nicht erst zu beweisen. Man nehme, so schlagen wir vor, Luther's Visitationsplan zum Muster, dessen Durchführung ja bekanntlich für die Einführung und Befestigung der Reformation in Sachsen so entscheidend ward: er wird auch hier zum Ziele führen. Man ernenne demgemäß von Seiten des Staats eine Commission, an deren Spitze ein erfahrener, mit der Kenntniß der alten und neuern Culturspachen und Literaturen sowie mit der erfoderlichen Vertragsgewandtheit ausgerüsteter Mann steht; stelle ihm zur Seite einen Mathematiker, der zugleich auf dem Gebiete der Naturwissenschaften heimisch ist. Diese Commission besuche jede einzelne Gelehrtenschule und höre die Ansicht jedes einzelnen ordentlichen Lehrers mit der besondern Mahnung an, sich frei und offen nach seiner innersten Ueberzeugung und nach seinen Erfahrungen auszusprechen. Der betreffende Bezirksarzt oder ein anderer tüchtig gebildeter Arzt werde zur Berathung und zur Darlegung seiner Meinung officiell hinzugezogen. Ueber das Ergebniß, welches sich bei jeder einzelnen Anstalt herausstellt, werde ein genaues Protokoll verabfaßt. Gestützt auf die Gesammtprotokolle erstatte nun jene Commission einen ausführlichen Bericht an die höchste Behörde, dessen Inhalt sich gleichsam um drei Angelpunkte zu bewegen haben würde: 1) Das haben wir gefunden; 2) Das, glauben wir, ist zu thun; 3) Auf die Weise, wie wir im Berichte vorschlagen, ist das Erfoderliche auszuführen. Jetzt ist die ganze Reformfrage auf einmal in den Händen Derer, die das Wissen und Können in sich vereinigen; jeder Grund zu der Klage, es geschehe nichts oder nicht das Rechte, jede Veranlassung zu einer Bewegung, die den Anschein einer Agitation hat, ist abgeschnitten. Und Jeder, der von nun an auf einem andern Feld als auf dem der Wissenschaft die Reformfrage in Bewegung hält, setzt sich entweder dem nun erst begründeten Verdacht aus, Nebenabsichten zu verfolgen, oder dem, über die Schwierigkeit und Natur der Sache nicht triftlich genug nachgedacht zu haben. Der Einwand, den man uns gemacht hat — denn unser Nachdenken über die Reformfrage stammt nicht erst von heute oder gestern —, wo ist in Sachsen ein solcher Schulmann zu finden, der den oben gestellten Anfoderungen zu genügen vermöchte? dieser Einwand wird leicht zu beseitigen sein. Kennen wir doch schon in unserm kleinen Kreise der Bekanntschaft einen solchen, wie viel mehr wird nicht die höchste Behörde einen noch tüchtigern entweder schon kennen oder zu finden wissen. Uebrigens — si quid novisti rectius istis candidus imperti, si non, his utere mecum.

— Aus **Freiburg** berichtet die Freiburger Zeitung unterm 30. März, daß sich die großherzogl. Regierung in Betracht des in der katholischen Kirche herrschenden Priestermangels veranlaßt gesehen, die Summe von 3600 Fl. in Stipendien an diejenigen Schüler der Lyceen vertheilen zu lassen, welche sich dem Studium der Theologie zu widmen entschlossen sind.

— Aus **Braunschweig** vom 31. März meldet die Bremer Zeitung: „Im Monat Mai wird bei uns eine Generalversammlung der Advocaten des ganzen Landes zur Besprechung wichtiger Gegenstände stattfinden, und dann der Verein, dem die Advocaten in Wolfenbüttel schon beigetreten sind, sich ohne Zweifel über das ganze Land verbreiten."

— Aus **Holzminden** vom 2. April meldet die Weser-Zeitung: „Heute am Charfreitage starb hier der zeitherige Präsident der braunschweigischen Ständeversammlung, Advocat und Notar Karl Steinacker, im noch nicht vollendeten 46. Lebensjahre, aus seinen Schriften sowol als seiner ständischen Wirksamkeit als ein echter deutscher Mann bekannt und von allen, selbst seinen politischen Gegnern, wegen seiner Ueberzeugungstreue und Gesinnungstüchtigkeit sowie wegen seiner herzgewinnenden Persönlichkeit geachtet und geschätzt. Sein Verlust trifft eben so sehr das gesammte deutsche Vaterland, welches einen seiner wärmsten Kämpfer für constitutionelle Freiheit in ihm ehrte, als seine hinterbliebene, aus einer Frau und fünf unversorgten Kindern bestehende Familie, und derselbe wird dadurch um so herber, als es mehr als wahrscheinlich ist, daß seine politische Stellung insofern sein Ende veranlaßt oder doch wenigstens dazu beigetragen habe, als ohne die Aufregung, welche in Folge mancher, in der politischen Sphäre stattgehabter Ereignisse sich in der letztern Zeit seines ganzen Nervensystems bemächtigt hatte, schwerlich das leichte, bald schon wieder gehobene Unwohlsein, welches ihn vor etwa acht Tagen betroffen hatte, nervös geworden und unter Hinzutritt einer Unterleibsentzündung seinen Tod herbeigeführt haben würde. Die Trauer über sein Hinscheiden ist daher durchgängig, und dieselbe hat auch um so mehr Grund, als es nicht undenkbar ist, daß dasselbe auf die politischen Verhältnisse unsers Herzogthums in der nächsten Zeit einen ziemlich directen Einfluß äußern

*) Es steht in nicht langer Zeit eine Schrift zu erwarten, welche historisch und mit möglichster Treue die Wege und Mittel darstellen wird, womit die Gegner der Schulreform die Bestrebungen und Ansichten der modernen Humanisten zu paralysiren und zu verdächtigen gesucht haben.

wurde, indem Steinacker, wenngleich auf den beiden letzten Landtagen in seiner Stellung als Präsident weder durch Rede noch Stimmgebung in den ständischen Versammlungen eine auffällige Wirksamkeit äußernd, doch von allen Seiten als das unbestrittene Haupt der liberalen Partei im hiesigen Lande geachtet wurde, welche, vornehmlich durch sein überwiegendes Talent und sein Ansehen vor Zersplitterungen bewahrt, auf dem jüngsten braunschweigischen Landtage mit so großer Entschiedenheit und Majorität den Anforderungen der Regierung, insbesondere hinsichtlich des zu kostspieligen Militairetats, entgegentrat. Erwarten darf man allerdings, daß Männer, denen es nur um die Sache selbst gilt, der gewonnenen Ueberzeugung gemäß auch ferner consequent handeln werden, und daß, wenn sie irgend einer Persönlichkeit einen Einfluß gestatten wollten, sie am meisten geneigt sein würden, durch Befolgung der von ihrem verewigten Freunde bis zum letzten Athemzuge unwandelbar gehegten Grundsätze sein Andenken zu ehren."

Zugleich wird der Weser-Zeitung aus Holzminden folgende Aufforderung zur Veröffentlichung übersendet:

„Karl Steinacker, Advocat und Notar zu Holzminden an der Weser, 15 Jahre lang Mitglied der braunschweigischen Stände und während zweier Diäten deren Präsident, geboren am 15. Aug. 1801, starb in voriger Nacht eines eben so schnellen als frühen Todes. Nicht nur als Anwalt und Landstand, sondern auch als juristischer und besonders publicistischer Schriftsteller wirkte er erfolgreich; er war ein Mann hohen Geistes und tiefen Gemüths. Leider ist es ihm unmöglich geblieben, die Zukunft seiner zahlreichen Familie sicherzustellen. Bei der Gewißheit, daß in engen und weiten Kreisen mancher Freund mit Achtung und Liebe des Geschiedenen gedenken wird, halten wir uns anzudeuten verpflichtet, wo Achtung und Liebe ihm ein Andenken stiften kann: es sind Steinacker's unversorgte Kinder, denen sich die letzte liebende Theilnahme zuwenden mag! Etwanige für sie bestimmte Ehrengaben sind wir anzunehmen und in Gestalt von Zeitrenten zweckmäßig zu verwenden gern bereit. Berufsgenossen, ständische Collegen, Gönner und Freunde des Geschiedenen werden, so hoffen wir, das eben so nöthige als gute Werk fördern und vermitteln. Holzminden, den 2. April 1847. J. Stolle, Kaufmann. F. Retemeyer, Stadtrath. F. Wolff, Advocat und Notar. Borwerk, Kreisrichter. Apfel, Pastor."

— Dem Vernehmen nach hat die **nassauische** Staatsregierung den diesjährigen Landständen eine Theuerungszulage für die Elementar- und Realschullehrer des Landes von 12,000 Fl. proponirt und haben die Landstände dazu ihre Zustimmung gegeben. (Fr. J.)

† **Frankfurt a. M.**, 6. April. Der Kölnischen Zeitung ist von der Lahn geschrieben worden, das berüchtigte revolutionaire Flugblatt „zur Vorbereitung" möge wol aus Rußland stammen und die deutschen Regierungen bange machen sollen. Denn es sei nach Gießen unter dem Postzeichen Dorpat gekommen. Die verständige Redaction jener Zeitung bemerkt dazu, daß dergleichen Manoeuvres der russischen Politik, der man jedenfalls Geschick nicht absprechen kann, nicht ähnlich sähen. Sie hätte hinzufügen können, daß, wenn die russische Regierung, welche in Deutschland selbst Agenten genug hat, ein solches Manoeuvre machen wollte, sie ganz gewiß die Exemplare nicht von Dorpat aus und unter einem dortigen Postzeichen verbreiten würde. Wären daher wirklich Exemplare mit diesem Postzeichen nach Gießen gekommen, so müßten sie gerade von der revolutionairen Seite herrühren und den Verdacht von dieser abzulenken bestimmt sein. Daß aber deren Verzweigungen bis Dorpat reichten, wäre allerdings „beachtenswerth", und auch Das ist es, daß manche Organe des Radicalismus sich beeifern, im Sinne jenes Versuchs zu wirken. Uebrigens ist es wol nicht zu bezweifeln, daß jenes Machwerk von dem verblendeten Heinzen herrührt, der bekanntlich schon mehrfach ganz ähnliche unter seinem Namen ausgehen ließ. Die augsburger Allgemeine Zeitung berichtet jetzt aber auch, daß derselbe, der jetzt in Genf eine Zuflucht gefunden, sich dort angelegen sein lasse, eben jenes Flugblatt unter den deutschen Handwerksgesellen zu verbreiten. Endlich erklärt soeben die Hessische Zeitung die Angabe, als hätten die bei gießener Bürgern eingelaufenen Briefe mit gedruckten Aufforderungen zur Empörung den Poststempel Dorpat getragen, für eine „bare Unwahrheit". Sie sagt: „Jene Briefe haben den Poststempel «Bern» getragen, und angestellte Untersuchungen haben erwiesen, daß jener in diesen Gegenden nicht blos durch die Post, sondern auch durch Bürger, die dabei ertappt wurden, mehrfach verbreitete revolutionaire Aufruf aus der Schweiz herrührt und dort gedruckt ward."

Aus der „Rundschau" ersehen wir, daß für das großartige Unternehmen der directen Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und Neuyork sich Preußen mit einem Darlehn von 100,000 Dollars betheiligt hat, welchem Beispiele Sachsen mit 20,000, Darmstadt mit 6000, der Thüringer Verein mit 5500, Nassau mit 2600 und unsere Stadt mit 10,000 Dollars folgten, während Bremen 100,000, Hannover 25,000, Oldenburg 10,000 Dollars bewilligten. Mit Recht aber fragt die „Rundschau" nach Baiern, Württemberg und Baden, wo man doch sonst so viel vom Welthandel und Deutschlands Verhältniß zu ihm, von der Schlaffheit des Zollvereins dafür, von „nationaler" Handelspolitik ꝛc. zu reden gewußt hat, und wo, nach der Versicherung der augsburger Allgemeinen, das List'sche System so tiefe Wurzeln geschlagen haben soll. Freilich gilt es hier nicht, durch Schutzzölle den Profit der Fabrikanten zu mehren oder ungerechtfertigte Unternehmungen hinzufristen!

Preußen.

Berlin, 7. April. Die Nr. 11 der Gesetzsammlung enthält folgende Cabinetsordre:

„Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 19. d. M. will ich dem wirklichen Geheimrath und Generalintendanten der Hofmusik, Grafen Friedrich Wilhelm v. Redern, als Besitzer der Fideicommißherrschaften Görlsdorf, Lanke und Schwante nebst Zubehör, meiner ihm früher ertheilten Zusicherung gemäß, ein Theilnahmerecht an der für die Besitzer adeliger Majorate und Fideicommisse bestehenden Collectivstimme auf dem brandenburgischen Provinziallandtage verleihen, und habe die darüber ausgefertigte Urkunde vollzogen. Mein gegenwärtiger Befehl ist durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen. Berlin, den 28. März 1847. Friedrich Wilhelm."

** **Berlin**, 6. April. Der Aufsatz des Hrn. Reback über die Handelsbilanz (Nr. 88) zerfällt in zwei Theile, von denen der erste die Idee dieses Systems sowie dessen Irrthümer und Widersprüche beleuchtet, während im zweiten der Beweis geführt wird, daß es unmöglich sei, eine nur einigermaßen richtige Bilanz aufzustellen, und daß mithin alle Folgerungen, welche neuerdings namentlich von den Vertheidigern der Schutzzölle aus den Handelsbilanzen hergeleitet werden, eben so irrthümlich als willkürlich erscheinen. Die Aufstellung von Handelsbilanzen ist eine Schöpfung des Mercantilsystems, welches von dem Grundsatz ausging: ein Volk müsse, um sich zum Reichthum emporzuschwingen, mehr Producte ausführen als einführen, weil es die Einfuhr zu bezahlen habe, während es für die Ausfuhr Zahlung erhalte, also beim Ueberschusse der Einfuhr über die Ausfuhr ärmer an Geld und im umgekehrten Falle reicher an Geld würde. In diesem Glauben hatte man nichts eifriger zu thun als genaue Listen über die Quantitäten der Ein- und Ausfuhr anzufertigen und dieselben nach dem Geldwerth abzuschätzen oder, wie man sich ausdrückte: die Handelsbilanz aufzustellen. Ergab sich dabei, daß die Ausfuhr einen höhern Werth repräsentirte als die Einfuhr, so nannte man die Handelsbilanz eine günstige, im entgegengesetzten Fall aber eine ungünstige.

Die mit dem leitenden Grundsatze des Mercantilsystems, „immer zu verkaufen, ohne zu kaufen", nothwendig verbundene industrielle Isolirung führte zu Zollkriegen, Handelskrisen, Theuerung aller Erzeugnisse, Schmuggelhandel, zur Unterwerfung der Arbeiter unter die Capitalisten und zum Wachsthume des Elends der arbeitenden Klassen gegenüber dem zunehmenden Reichthume der großen Unternehmer. Eine künstliche und hitzige Erzeugung trat an die Stelle der regelmäßigen und ruhigen Arbeit der frühern Zeit, und durch einen sonderbaren Widerspruch beschränkte man die Mittel zu verkaufen dadurch, daß man die Fähigkeit zum Kaufen im Lande schmälerte. Das war aber nur ganz folgerecht bei einem Systeme, welches den an Bedeutung so überwiegenden Binnenhandel fast gar nicht beachtete, weil derselbe das Geld im Lande nicht mehre, also für die Handelsbilanz nicht günstig sei. Trotz aller Anstrengungen konnte aber das Mercantilsystem seinen Zweck: die Anhäufung von baarem Geld im Lande, entweder nicht erreichen oder, wo es denselben wirklich erreichte, schlug die Wirkung zum Verderben des Landes aus. Die Ursache dieser Erscheinungen liegt darin, daß dieses System durch und durch auf falschen Principien beruht. Der erste Grundirrthum des Mercantilsystems und seiner Handelsbilanztheorie lag darin, daß die Bedeutung des Geldes falsch aufgefaßt ward. Das Geld ist Waare so gut wie jede andere Waare, und wird als Werth im Handel gegen einen andern Werth eingetauscht. Vermehrt sich durch innere Production oder starke Einfuhr von außen die Quantität irgend einer Waare in einem Land über das Bedürfniß hinaus, so verliert sie erfahrungsmäßig an Werth, wird billiger, während sie im umgekehrten Falle theurer wird. Dieser Satz findet seine Anwendung auf das Geld eben so wie auf jede andere Waare, und da überdies das Geld nicht consumirt wird, so kann eine übermäßige Einfuhr von Geld ohne Nachtheil des Landes nicht stattfinden. Wenn trotzdem die Anhänger der Handelsbilanz eine Anhäufung von baaren Geldmitteln als Hauptaufgabe betrachten, so erstreben sie zwei einander widersprechende Wirkungen. Sie verlangen, daß sich die edlen Metalle im Lande vermehren, wodurch dieselben doch unfehlbar billiger werden als bei den Nachbarn, und wollen dennoch den Nachbarn deren theure Metalle abkaufen, um sie wohlfeiler wieder zu verkaufen. Bei einer wirklich länger andauernden Vermehrung des Geldes in einem Land ist eine Preissteigerung aller andern Waaren und somit auch des Arbeitslohns unvermeidlich. In Folge Dessen tritt aber nothwendig ein Stocken des Absatzes der Producte dieses Landes nach dem Ausland ein, wo das Geld noch in höherm Werthe steht und die Arbeitskraft und die Bodenproducte also um geringeres Geld eingetauscht werden können, während die billigern Waaren des Auslandes unaufhaltsam auf den theurern Markt des reichen Geldlandes strömen und dessen Production ruiniren. Spanien, das classische Land des Mercantilsystems und der Geldanhäufung, ist für alle Zeiten ein denkwürdiger Beleg zu diesen Erfahrungen.

Hat aber schon die falsche Auffassung des Geldes die verderblichen Wirkungen des Mercantilsystems herausgestellt, so liegt in noch weit höherm Grad ein Grundirrthum der Handelsbilanztheorie darin, daß man Einfuhr für Ausgabe und Ausfuhr für Einnahme nimmt, während der Natur des Tausches, also des Handels nach, die Einfuhr die Einnahme und die Ausfuhr die Ausgabe bezeichnet. Noch heute sind zum Theil unsere Schutzzöllner in jenem alten Irrthume befangen, wenn sie sagen:

„Der Mehrwerth der Einfuhr muß von dem Lande, in welches sie stattfindet, in baarem Geld entrichtet werden, und für diesen Mehrwerth findet also eine entsprechende Geldausfuhr statt. Der Mehrwerth der Ausfuhr wird dagegen vom Auslande baar entrichtet und verursacht eine entsprechende Geldeinfuhr.“ Das Geld soll die Ausgleichung herbeiführen. Dies ist allerdings in dem Kleinverkehre das Gewöhnliche, ganz anders aber in dem großen Völkerverkehr.

Bei Waarensendungen nach entfernten Gegenden, nach überseeischen Ländern sucht der Exporteur nicht nur einen höhern Geldpreis für seine Waaren zu gewinnen, sondern er kauft am Verkaufsplatze wieder andere Waaren ein, die er mit Vortheil einführen kann. Seine Einfuhr wird dann den Werth seiner Ausfuhr übersteigen müssen, wenn er ein gutes Geschäft gemacht haben soll. Führt z. B. ein stettiner Kaufmann für 20,000 Thlr. im Inlande gekauftes Holz nach Montevideo aus, so muß er am Bestimmungsorte jedenfalls mehr als diese Summe erhalten, wenn er nicht wirklichen Verlust erleiden soll, denn es ruhen ja auf der Ladung die gesammten Frachtkosten, die Assecuranz, die Zinsen ꝛc. Erhält er nun in Montevideo 25,000 Thlr., so wird er gewiß nicht damit zufrieden sein, mit diesem Gelde nach Hause zu segeln, sondern er sucht passende Retouren und kauft vielleicht in Brasilien eine Zuckerladung, die in Stettin bei der Einfuhr einen Werth von 30,000 Thlr. hat. Hier entsteht eine Mehreinfuhr von 10,000 Thlr., also eine ungünstige Handelsbilanz, welche nach der Idee der Mercantilisten mit baarem Geld ausgeglichen werden müßte. Es liegt aber ein einfacher Tausch vor, bei welchem man gegen den Werth von 20,000 Thlr. einen Werth von 30,000 Thlr. erhielt. Es ist dabei gar kein Geld aus dem Lande gegangen; der Unternehmer hat einen hübschen Gewinn; kein einziger Mensch im Lande hat etwas verloren — und dennoch sollte das Land um 10,000 Thlr. ärmer geworden sein? Wenn in einem andern Fall ein Kaufmann aus einem preußischen Hafen eine Ladung Weizen auf Speculation nach England sendet, das Schiff sammt Ladung aber untergeht, so weist die Ausfuhr den Werth der Ladung als dem Lande zu gute kommend nach, während gar kein Gegenwerth weder in Geld noch in Waaren dafür eingeht. Die inländische Assecuranz deckt den Verlust. Hier haben wir eine Ausfuhr ohne Einfuhr, also eine günstige Handelsbilanz, bei welcher das Land reicher geworden sein müßte, während es in Wirklichkeit verloren hat. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika übersteigt stets der Werth der Einfuhr den der Ausfuhr. Oft genug ist diese Erscheinung als nachtheilig für das Land bezeichnet worden. Dagegen sagt der einsichtsvolle Amerikaner Pitkin in seinem Werke „Commerce of the United States“ hierüber: „Es ist eine Thatsache, daß der Gewinn der Vereinigten Staaten in demselben Maße gewachsen ist, als der Werth der Einfuhr den der Ausfuhr überstiegen hat.“ Hr. Noback legt genauer und in höchstem Grad überzeugend die nähern Ursachen dieses wachsenden Gewinnes dar, und geht nach solcher Beleuchtung der Grundirrthümer in der Theorie der Handelsbilanz zu dem Beweis über: daß es unmöglich sei, eine nur einigermaßen richtige Schätzung des Werthes der in einem Land ein- und ausgeführten Waaren zu machen.

Bei allen Werthberechnungen der Ein- und Ausfuhr werden zunächst die Zollisten zu Grunde gelegt, welche die Quantitäten der Waaren angeben. Schon diese Listen sind aber nirgend ganz zuverlässig, weil erstens nicht alle ein- und ausgeführten Artikel besteuert sind, also auch nicht genau controlirt werden, und weil zweitens die durch den Schmuggel beförderten Waaren sich der Controle ganz entziehen. Ferner werden die Werthberechnungen der verzeichneten Quantitäten nach Durchschnittspreisen vorgenommen, und damit der Willkür Thür und Thor geöffnet. Der Verfasser weist dies im Einzelnen näher nach, indem er zwei Handelsbilanzen des Zollvereins, nämlich die des hessischen Geheimraths Biersack über die Jahre 1837—41 und die des Hrn. v. Reden über die Jahre 1843—45, einander gegenüberstellt, und außerdem noch eigne Berechnungen liefert, die stets mit Gründen belegt werden. Aus den vorgeführten Daten geht hervor, daß die HH. Biersack und v. Reden in ihren Gesammtresultaten um nicht weniger als 83 Mill. jährlich abweichen, indem Ersterer bei einem Ausfuhrwerthe von 168½ Mill. und bei einem Einfuhrwerthe von 165½ Mill. gegen 3 Mill. Mehrausfuhr erhält, während Hr. v. Reden die Einfuhr auf 235 Mill. und die Ausfuhr auf 154 Mill. berechnet, also gegen 81 Mill. Mehreinfuhr erhält. Da nun Niemand annehmen wird, daß sich die Handelsverhältnisse des Zollvereins im Verlaufe so kurzer Zeit so kolossal geändert haben sollten, so ist die Differenz hauptsächlich in den angenommenen Durchschnittspreisen zu suchen. Dies wird bei einer ganzen Reihe von Artikeln näher aufgezeigt, woraus wir ersehen, daß Hr. v. Reden und Hr. Biersack z. B. bei dem einen Artikel Wolle um 2 Mill. von einander abweichen, während Hr. Noback mit seiner ausführlich motivirten Berechnung hierin von Hrn. Biersack um 3½ Mill. und von Hrn. v. Reden sogar um 6 Mill. divergirt.

Der Verfasser sieht das Aufstellen von Durchschnittspreisen überhaupt als illusorisch und eigenmächtig an, und ist der Meinung, man könne dergleichen Berechnungen auf Bestellung arbeiten und dabei recht gut die Wünsche des Auftraggebers berücksichtigen und erfüllen. Besonders entschieden erklärt er sich auch gegen die Vergleichung der Handelsbilanz eines Landes mit der eines andern, wo vielleicht ein ganz anderer Maßstab der Berechnung zum Grunde gelegt wird. „Solchen Vergleichungen begegnen wir aber nur zu häufig; sie imponiren dem Uneingeweihten und führen zu einer Menge von falschen Schlüssen. Zu was soll z. B. eine Vergleichung der englischen Ein- und Ausfuhrwerthe mit denen irgend eines andern Landes dienen, wenn man weiß, daß die dortigen Zollregister den officiellen Schätzungswerth der Einfuhr nach den im Jahre 1698 festgestellten, den der Ausfuhr dagegen nach den im Jahre 1798 normirten Preisen berechnen? Was soll man aber gar dazu sagen, wenn die heutigen Schutzzöllner eine auf so unsichern Grundlagen beruhende Handelsbilanz als Argument für ihr System benutzen, und wenn namentlich der rheinpreußische Fabrikant in seiner Schrift: «Das jetzige Zollsystem des Deutschen Zollvereins», auf willkürliche Berechnungen einer Handelsbilanz die Ansicht gründet: die Bewohner des Zollvereins müßten sich einen Ausfall an der Handelsbilanz von 7 Mill. jährlich abhungern!“

* **Vom Rhein**, 3. April. Während die ultramontane Partei in Baiern unterliegt, denkt sie am Rhein daran, sich immer fester zu consolidiren. Schon längst strebt sie zu dem Ende danach, die Gymnasien mit Lehrern aus dem geistlichen Stande statt der jetzt dabei angestellten Laien zu besetzen. Sie hätte dieses Ziel längst errungen, wenn die guten römischen Priester bessere Philologen wären. Leider gehört aber dazu ein langes mühseliges Studium, und das ist dieser Herren Sache nicht. In fremden Sprachen, selbst die lateinische, die sie doch der Messe wegen recht gründlich verstehen möchten, nicht ausgenommen, sind sie daher ganz unerfahren und eignen sich also zu Gymnasiallehrern nicht. Wären sie bessere Philologen, so hätte ihnen etwas so Tragikomisches wie voriges Jahr mit dem Syrer-Bischof Hilany nicht begegnen können. Dieser las bekanntlich in der Metropole eine syrische Messe. Hohe und niedere Kleriker, vornehme und niedrige Laien, Autonomen und Automaten, Alles hörte begierig und andächtig dem Syrischen zu; denn so lange die Welt steht, hatte man in Köln so etwas nicht gehört. Jetzt ergibt es sich, daß der angebliche Syrer-Bischof ein Jude oder sonstiger Aventurier, mit einem Worte ein Betrüger gewesen, der den frommen Kölnern das Geld aus dem Beutel gelockt und wahrscheinlich Kirche, Altar und Messe profanirt hat. Denn der Himmel weiß, was dieser Mensch den guten Kölnern vorgelesen hat. Hätte ein solcher Streich wol vorkommen können, wenn die Herren Ultramontanen auch nur Einen tüchtigen Philologen in ihrer Mitte hätten? Wäre in dem ketzerischen Leipzig wol ein solcher Fall und Scandal möglich gewesen? Hätte da nicht mehr wie Ein Professor und Student dem Syrer auf den Zahn gefühlt? Doch nun will man auch am Rhein die Philologie durch die Ultramontanen anbauen lassen. Im Verzeichnisse der bonner Universität finden sich mehre Namen von Geistlichen, die von neuem die Universität beziehen, um dort Humaniora zu studiren. Mit diesen will man, wenn sie ausstudirt haben werden, die römisch-rheinischen Gymnasien besetzen, wie dies in den frommen westfälischen, z. B. dem von Paderborn, schon längst der Fall ist. Wehe dann den armen Laien-Philologen! sie werden nach und nach gänzlich über Bord geworfen werden und am Ende gezwungen sein, unter die Protestanten zu gehen, denen sie ja schon nach den Behauptungen der gläubigen Zuhörer jenes Syrers sehr nahe stehen, was bei ihrer vielen Beschäftigung mit den Heiden ohnehin zu präsumiren ist.

— Die Weser-Zeitung vom 6. April ist im Irrthume, wenn sie bei Mittheilung der „unparteiischen Darstellung des Ereignisses in Betreff des Hrn. v. Raumer“ (Nr. 93) diese Darstellung als aus des Hrn. v. Raumer Feder selbst geflossen erklärt. Die Darstellung ist weder aus der Feder des Hrn. v. Raumer selbst geflossen, noch ist bei der Persönlichkeit des Einsenders ein Grund vorliegend, auch nur eine Mitwirkung des Hrn. v. Raumer anzunehmen.

— Der durch seine Militaircontlicte vielfach genannte, jetzt außer Dienst befindliche Lieutenant Anneke wird, wie man der Weser-Zeitung vom Rhein her schreibt, in Köln eine Stelle als Eisenbahndirecter erhalten und sich mit einer in Münster lebenden jungen Schriftstellerin v. T. vermählen.

Oesterreich.

Dem Nürnberger Correspondenten berichtet man aus **Lemberg** vom 27. März: „Neuern Nachrichten zufolge soll die definitiv beschlossene Theilung in Ost- und Westgalizien vor der Hand unterbleiben der namhaften Kosten wegen, welche dieselbe verursachen würde: eine Verausgabung, die im gegenwärtigen Momente gescheut wird.“

— Der am griechischen Hofe beglaubigte österreichische Gesandte Prokesch v. Osten ist am 30. März wieder auf seinen Posten nach Athen abgegangen. Der k. k. Hofcommissar Graf Deym ist an demselben Tage nach Krakau zurückgekehrt.

Spanien.

Die Gaceta vom 30. März enthält das Entlassungsdecret für die Collegen des gewesenen Ministerpräsidenten Herzogs v. Sotomayor und die Ernennungen ihrer Nachfolger; nur das Justizministerium ist noch nicht besetzt und interimistisch Hrn. Benavides, Minister des Innern, mit

übertragen. Die Zeitungen melden jedoch bereits, daß Hr. Bahamonde, ein Mitglied der gemäßigten Partei, dazu bestimmt worden sei. Der General Fulgosio, vor kurzem erst zum Gouverneur von Madrid ernannt und mit einer Schwester des Herzogs v. Rianzares (duke of bedchamber im Scherzstyle eines englischen Blattes) verheirathet, ist dieses Postens wieder enthoben und einstweilen General Cordova dazu ernannt worden.

— Wir haben gestern schon der Eröffnungen gedacht, die Hr. Pacheco als neuernannter Ministerpräsident dem Congresse am 29. März über die zu befolgende Politik des neuen Cabinets gemacht hat. Aus dem heute in der Gaceta vollständig vorliegenden Bericht über diese Congreßsitzung ist dazu nachzutragen, daß der Minister die Vorlegung eines Preßgesetzes ankündigte und im Betreff der Amnestie erklärte, wie es Wunsch der Regierung sei, daß alle Spanier, welche den Thron Isabella's II. anerkennen, ruhig und friedlich in ihrer Heimat leben möchten. Gleichwol müsse er daran erinnern, daß es keine Frage gebe, die so sehr unter dem Einflusse der Umstände stehe wie die von der Amnestie.

Großbritannien.

London, 3. April.

Dem Dublin Evening Mail zufolge ist die nun ermittelte Anzahl der im Armenpflegebezirke von **Dublin** Unterstützungsberechtigten so groß, daß auf die nördliche Unterabtheilung allein eine Steuer von 40—50,000 Pf. St. treffen werde, was etwa 5 Schill. vom Pf. St. des zu belegenden Grundbesitzes ausmache. Das in den letzten Tagen des März wieder eingetretene rauhe Wetter vermehrte die Noth der Armen sehr. Ueber die Folgen der nun begonnenen allmäligen Entlassung eines Theiles der vom irischen Arbeitsamte bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt gewesenen Leute verlautet zur Zeit noch nichts von dadurch hervorgerufenen größern Excessen; Gerüchte von Drohungen damit, einzelne Fälle von Versuchen dazu fehlen jedoch nicht. Die Klagen über die außerordentliche Sterblichkeit dauern fort. In Skibbereen scheint der Typhus besonders verheerend aufzutreten, und der zum Nachfolger des dort verstorbenen Majors Parker ernannte Beamte hat es vorgezogen, die Stelle nicht anzunehmen. Die Seuche verbreitet sich übrigens nach dem Cork Reporter in Cork und in mehren Städten des westlichen Irlands auch unter den bessern Klassen.

— Die am 31. März in **Dublin** eingelaufenen Berichte von den Getreidemärkten im Lande lauten fortwährend befriedigend, Mais und Maismehl waren besonders im steten Sinken, und in den Hafenorten trafen so bedeutende Zufuhren von Getreide unausgesetzt ein, daß um nichts Noth war als um Speicher und Magazine, wo es möglich wäre, sie unterzubringen. Aus Amerika wird zugleich versichert, daß noch kein Bushel von der Maisärnte des Jahres 1846 über das Meer gekommen sei, sondern daß alle bisherigen Sendungen vom Ueberflusse des Jahres 1845 herrührten. Im Allgemeinen waren Brodstoffe um 20 Proc. im Preise gefallen. Sehr befriedigend ist auch die Regsamkeit, welche bei den Feldarbeiten einzutreten beginnt. Viele Grundherren thun angelegentlich dazu, die nöthige Aussaat für ihre Pächter herbeizuschaffen. Die Lords Kilmaine und Ormonde werden in dieser Beziehung als Muster genannt.

— Am 29. und 30. März wurden die kleinen königl. Gründonnerstags- und Hausalmosen an mehr als 1000 bejahrte und arme Leute, unter denen man ungewöhnlich viel Blinde bemerkte, in Summen von 5 bis 13 Schilling und 3 Pf. St. vertheilt. Die Vertheilung der großen Gründonnerstagsalmosen fand ehegestern in Whitehallchapel bei feierlichem Gottesdienst an die den Jahren der Königin entsprechende Anzahl von 28 Armen beiderlei Geschlechter statt, von denen der älteste 98 Jahre zählte. Ein jeder erhielt ebenso 28 neue Silberpennies und mit denselben eine Gabe von 4 Pf. St. 7 Schill. an Werth.

— Der Stockport Advertiser meldet, daß die Pächter ihren Arbeitern an dem am 24. März begangenen Fast- und Bettage den unverkürzten Lohn eines Arbeitstages überall ausgezahlt haben, ohne daß sie gearbeitet hätten.

— Lord J. Russell empfing dieser Tage eine Deputation der irischen Dundalk-Enniskillen-Eisenbahncompagnie, welche um Bewilligung eines Darlehns von 100,000 Pf. St. zur Vollendung der Section zwischen Castlebaney und Dundalk anhielt. Die Verwendung des ganzen Darlehns zur Anstellung von Arbeitern, und zwar von 6000, wurde versichert, da eine gewöhnliche Einwendung gegen Darlehen zu Eisenbahnzwecken ist, daß dieselben zum Bodenankaufe verwendet werden möchten, womit ein Hauptzweck, Beschäftigung von Menschen in Irland, nicht vereinbar sei. Das Gesetz fodert als erste Bedingung, daß die Hälfte des Anlagecapitals eingezahlt sei. Da nun die Actien der Gesellschaft auf 50 Pf. St. lauten und erst 15 Pf. St. eingezahlt sind, hat dieselbe bereits eine Bill an das Parlament gebracht, um den Normalwerth der Actien auf 30 Pf. St. zu vermindern und dem Gesetze genügen zu können. Lord J. Russell gab die besten Hoffnungen.

— Die Times äußert sich über die Angelegenheiten im Pendschab und deren neueste Wendung dahin, daß deren Bedeutsamkeit kaum wichtig genug betrachtet werden könne. Großbritannien würde das Pendschab haben unterjochen und mit Multan zu der alten Abhängigkeit vom indischen Reiche zurückbringen können, die seit 1749 aufhörte. Dazu aber war keine Neigung vorhanden. Der an die Stelle dieses Anschlusses getretene Plan sei aber so viel weniger kostspielig und dagegen so viel mehr versprechend, daß die Times sich nicht von aller Besorgniß seines Glückens frei fühlt. Schlage derselbe nicht fehl, so werde mitten unter den wildesten asiatischen Horden ein civilisirtes Reich vom Umfang einer europäischen Macht zweiten Ranges gegründet werden. Denn fast unmöglich erscheine, wenn der letzte Vertrag von Lahore vollständig und friedlich durch zehn Jahre von einem britischen Residenten in Lahore ausgeführt werde, daß die Pflanzung sich nicht vollständig bewurzelt und man die großen Grundsätze innerer Verwaltung und auswärtiger Politik nicht in Lahore so gut begriffen haben sollte wie in Bombay. Jeder kommende Monat müsse den jungen Maharadscha einsehen machen, daß er unter britischer Leitung zu einem wohlgeordneten Königreiche gelangen werde, beim Beharren in der Weise seines Landes aber unfehlbar ein Gefangener oder eine Leiche geworden sein würde.

Frankreich.

Paris, 4. April.

Das Journal des Débats gibt heute auf Grund des in Madrid vom Ministerium Pacheco dem Congresse vorgelegten Programms seine große Befriedigung damit zu erkennen. Der stattgefundene Wechsel erscheint ihm sogar, wenn das Ministerium seinen Zusagen und Vorsätzen gemäß handle, wie ein Gewinn, indem dadurch die spanische Nation von dem emsig geschürten Wahne zurückkommen werde, daß ihre Unabhängigkeit durch das Verwalten der Politik in Madrid gefährdet sei, die man als französisch bezeichne. Auch besitze die Wahl der neuen Räthe der Königin nichts, was beunruhigen könne, denn Frankreich theile mit Spanien das Interesse, die Gewalt nicht aus den Händen der gemäßigten Partei kommen zu lassen. Damit solle nicht gesagt sein, daß keine andere Partei je ans Ruder gelangen dürfe, weil das für Spanien so unwahr wie für Frankreich und Großbritannien sein würde. Die Pregressisten würden ihre Zeit auch noch anbrechen sehen; allein vor der Hand scheine es so weit noch nicht zu sein und derzeit biete die gemäßigte Partei in ihren sämmtlichen Schattirungen noch eine vollkommen ausreichende Basis für alle legitimen und vernünftigen Fortschritte, wie Hrn. Pacheco's Programm beweise. Der Constitutionnel gibt endlich auch seine, jedoch sehr unbestimmt gefaßte Ansicht über dasselbe Ereigniß. Er kann nicht umhin, an die kürzlich in den ministeriellen Blättern gegebenen Schilderungen von Frankreichs allmächtigem Einfluß in Madrid den neuesten Behauptungen der «Presse» gegenüber zu erinnern, daß Hr. Bulwer dort Ministerien ab- und einsetze. Indessen dürfe man einem Ministerwechsel in Spanien nicht zu viel Gewicht beimessen. Eine parlamentarische Nothwendigkeit des neuesten vermag der Constitutionnel nicht aufzufinden. Der Commerce hält dem Ministerium vom 29. Oct. vor, Frankreich zu einem Stande politischer und feindseliger Isolirung herabgebracht zu haben, wie er nie, außer etwa in der Zeit seines großen Unglücks und während die Coalition seine Grenzen bedrohte, obwaltete. Die «Presse» hat einen Artikel über die britische Besitzergreifung der Insel Labuan bei Borneo.

— Das Journal des Débats versichert heute in Antwort auf den gestrigen Artikel des Constitutionnel über den Widerstand, welchen das Ministerium der Verlesung des Rémusat'schen Vorschlags wegen Unverträglichkeit der Deputirtenstelle mit gewissen Aemtern entgegenzustellen beabsichtige, daß Dem nicht so sei. Das Ministerium werde die Verlesung nicht bekämpfen. „Wir sind nicht gerade gewohnt, fährt das Journal des Débats spöttisch und mit durchblickendem Aerger fort, Dingen Wichtigkeit beizumessen, welche sie an sich nicht besitzen. Hr. Duvergier de Hauranne hat die Ehre einer solennen Debatte für seinen Wahlreformvorschlag erhalten; es ist nicht abzusehen, weshalb Hr. de Rémusat minder günstig behandelt werden sollte. Er würde ein Recht haben sich zu beklagen, wenn er nicht auch seinen Theil erhielte; denn seine Proposition ist nicht weniger ungeeignet als die Hrn. Duvergier's, und die Kammer wird keinen Grund finden, für die eine weniger oder mehr zu thun als für die andere.“ Wenn man wolle, werde man also eine Discussion über die Incompatibilitäten nach der über die Capacitäten haben, und wenngleich die Kammer ihre Zeit nützlicher würde anwenden können, so sei das Recht, ihre Zeit zu vergeuden, doch eins von denen, welche man der parlamentarischen Omnipotenz am wenigsten streitig machen könne. Bedürfe die Kammer durchaus des Zeitvertreibs, so wäre dieser noch besser als ein anderer, und da man neue Deputirte habe, möge man ihnen gestatten, ihre legislativen Studien auf diese Art zu machen. Da sie eines Textes zur Uebung ihrer Rednertalente bedürften, sei die parlamentarische Reform dazu eben so gut wie die Wahlreform, und es würde betrübt sein, wenn man einem so schönen Eifer zuwider sein und ihn abkühlen wollte.

— Die wegen ihrer Theilnahme an den in Buzançais vor einigen Monaten stattgefundenen Getreidetumulten und Gewaltthätigkeiten Verurtheilten, wovon 3 die Todesstrafe, 5 lebenslange und die Andern fünfjährige Galeerenstrafe trifft, sind mit ihrer Berufung dagegen vom Cassationshofe abgewiesen worden.

— Mehre Blätter wollten die Tage daher wissen, daß der spanische Botschafter, Hr. Martinez de la Rosa, Befehl erhalten habe, das Journal La Patrie wegen beleidigender Artikel über die Verhältnisse der Königin Isabella und ihres Gemahls gerichtlich zu verfolgen. Jetzt wird dem jedoch von gut unterrichteter Seite widersprochen.

— Chegestern wurde auf der Nordbahn von einer aus Stabs- und Genieoffizieren zusammengesetzten Commission ein Probetransport mit Reiterei veranstaltet. Fünfundzwanzig leichte Reiter, 12 Husaren, 6 Uhlanen und 6 Carabiniers wurden zwischen Paris und Pontoise hin und zurück transportirt. Sechs Mann mit ihren gesattelt und gezäumt bleibenden Pferden konnten in einem der jetzt zum Pferdetransporte vorhandenen Wagen, ohne daß eine Abänderung nöthig wäre, mit Leichtigkeit fortgeschafft werden. Für schwere Reiter würden die Wagen im Raum etwas höher sein müssen. Der Moniteur parisien nennt das Ergebniß ein völlig befriedigendes.

— In **Cherbourg** ist der britische Dreimaster Berkshire mit 170 Mann von der im Juli v. J. an der Küste von Neucaledonien gescheiterten französischen Corvette Seine von Sydney angelangt. Die Schiffbrüchigen hatten sich entblößt von Allem auf die Insel gerettet, wo sie im Bischof von Amata, Hrn. Douarre, und einem Missionar, die unter den uncivilisirten Bewohnern leben, Helfer fanden. Im Sept. wurden sie durch ein britisches Schiff nach Sydney abgeholt, von wo sie einen Monat später die nun glücklich beendete Heimreise antraten.

— Der Contreadmiral Tréhouart hat am 29. März auf dem Linienschiffe Friedland vor Toulon seine Flagge als zweiter Befehlshaber des Geschwaders im Mittelmeer aufgezogen.

— Hr. Bancroft, Gesandter der Vereinigten Staaten in London, ist vorgestern in Paris angekommen.

Niederlande.

Den Generalstaaten ist von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, welcher die Herstellung einer vollständigen Münzeinheit bezweckt und als diese Einheit in Silber das Guldenstück zum Gewicht von 10 Grammen bestimmt. Die Fünf- und Zehnguldenstücke würden demnach eingezogen werden. In Gold sollen zwei Münzsorten ausgegeben werden, der Wilhelm zum Gewicht von $6^{729}/_{1000}$ und der Ducat zu $3^{494}/_{1000}$ Grammen.

Schweiz.

Der Vorort theilt mittels Kreisschreiben die Antwort des Standes Luzern mit hinsichtlich der Anfrage des Vororts über die Rüstung des Sonderbundes. (Nr. 95.) Der Vorort erklärt nun seine Mittel erschöpft zu haben und stellt das Weitere der Tagsatzung anheim.

— Der zweite Rathschlag über die Verfassung von **Genf** ist zu Ende, und bald soll der dritte beginnen. Im zweiten Rathschlage hat der Verfassungsentwurf keine wesentlichen Veränderungen erlitten. Die Mehrheit des großen Raths soll gesonnen sein, im dritten Rathschlage jede einläßliche Discussion zu vermeiden. (N. Z.-Z.)

— Eine Maria Rey-Bellet in **Wallis** schreibt an ihre Schwestern, welchen sie „Gruß und Bruderschaft" entbietet, Folgendes:

„Meine theuern und guten Schwestern des Walliserlandes, Freiburgs, Luzerns und der Waldstätten, ich fühle mich an diesem schönen Festtage (25. März), besonders geweiht der Himmelskönigin, unserer Macht, unserm Schild, unserer uneinnehmbaren Festung, gedrungen, an euch das Wort zu richten, um euch immer mehr zu bestimmen, euch in Bataillone einzutheilen und euch zu waffnen gegen die Verächter der Religion. Zu einer Zeit, da wir so viele Männer Sansculottes werden sehen, ist es nöthig, daß wir uns waffnen und an ihre Stelle treten. Bilden wir auch einen Kriegsrath und entwerfen wir unsern Kriegsplan, denn in den Augenblicken der Gefahr bedarf es des Muthes und der Eintracht. Ich beschwöre euch also, im Namen des bedrohten Vaterlandes, unverzüglich Führerinnen zu wählen, welche Muth und Besonnenheit haben. Theilt uns baldigst die Namen der Gewählten mit, damit durch gegenseitige Besprechungen unsere Operationen an Ordnung und Zusammenhang gewinnen."

Italien.

Rom, 29. März. In der kleinen Stadt Dodi bei Perugia befindet sich ein Augustinerkloster, dessen Inwohner bei der dem segensreichen Wirken Pius' IX. feurig anhängenden Jugend im begründeten Verdachte reactionairer Bestrebungen standen. Man umwachte daher insgeheim des Nachts das Kloster, um sich von dem Treiben der Mönche zu überzeugen, und erstattete von den stattfindenden geheimen Communicationen derselben dem hiesigen Governo unverzügliche Anzeige, welches nun gestern den Befehl zu schleuniger Umschließung des Klosters, sofortiger Entfernung der Mönche und strengster Haussuchung ertheilt hat. (R. C.)

Türkei.

Eine sehr wichtige Maßregel für die ganze zukünftige Stellung der Rajas ist jetzt im Anfang ihrer Ausführung begriffen. Bisher hatten nämlich die Patriarchen die ausschließliche geistliche und weltliche Jurisdiction über ihre resp. Glaubensgenossen; dies soll abgeändert werden, indem aus den Laien die Notabeln gewählt werden sollen, um im Verein mit dem Patriarchen die Verwaltung zu übernehmen. Zu diesem Ende wurden am 9. März der griechische Patriarch und einige Mitglieder der griechischen Synode zu Ali-Efendi gerufen, der ihnen einen Befehl der Pforte zur Bildung eines Conseils zustellte; dieses Conseil soll aus den Notabeln der Nation bestehen und sich an bestimmten Tagen im Patriarchat versammeln. Zu morgen sind alle Notabeln der griechischen Nation im Patriarchat berufen, um der Verlesung dieses kaiserl. Befehls beizuwohnen. (W.-Z.)

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 7. April. Vor einer außerordentlich zahlreichen Versammlung fand gestern im Saale des Gewandhauses eine der jährlichen Hauptprüfungen der Schüler und Schülerinnen unsers Conservatoriums statt. Gegenstände der Prüfung waren: Pianoforte-, Violin- und Orchesterspiel, Solo- und Chorgesang. Die Leistungen müssten im Ganzen als sehr befriedigend bezeichnet werden, und es war namentlich erfreulich, bei einzelnen Schülern und Schülerinnen, welche schon früher sich producirt hatten, bedeutende Fortschritte wahrzunehmen; so insbesondere bei Ferd. Breunung aus Bretterode im Vortrage des zweiten und dritten Satzes von Mendelssohn's G-moll-Concert. Auch Fräulein Minna Stark, welche Scene und Arie aus „Freischütz" sang, zeigte gute Fortschritte und berechtigt zu Erwartungen. Rühmliche Erwähnung und öffentliche Auszeichnung verdienen außerdem Ludwig Dreuet aus Koburg (Concertstück von Weber) und Franz Seiß aus Dresden (Variationen für Violine von David). Der erste Theil der Prüfung wurde in sehr exacter Ausführung mit der Ouverture zum „Wasserträger" eröffnet, der zweite Theil mit einer für drei Pianofortes sechshändig arrangirten Ouverture von Hummel. Den Beschluß des Ganzen machte die Concertante für vier Pianofortes von Czerny, welche von vier Damen vorgetragen wurde. Ueberhaupt producirten sich mehr als zwanzig Schüler und Schülerinnen aus Bernstadt, Zwickau, London, Warschau, Thorn, Koburg, Mitau, Bretterode, Leipzig, Köthen, aus dem Haag, Christiania, Kurland, Weimar, Dresden, Dublin, Willebadessen und Weißenfels in Solovorträgen. Auch die Leistungen im Chorgesange („Ave verum" von Mozart und Gebet für Solo- und Chorstimmen von Hauptmann) waren recht befriedigend. Die Leitung der Pianofortevorträge hatten die HH. Moscheles und Mendelssohn, des Violin- und Orchesterspiels Concertmeister David, des Gesanges Gesanglehrer Böhme übernommen.

— Unter der Ueberschrift „Der Magnetismus als Schmerzstiller" enthält die augsburger Allgemeine Zeitung einen Artikel aus Kalkutta vom 26. Dec. v. J., in welchem der Verfasser desselben meldet, daß Dr. Esdaile zu Kalkutta, ein noch junger Arzt im Dienste der Compagnie, nachdem er vor 18 Monaten auf die Idee gekommen, die völlige Empfindungslosigkeit des Mesmerischen Schlafes zur Ausführung schwerer chirurgischer Operationen zu benutzen, diese Idee an seinen Hindupatienten ausgeführt habe, und jetzt, nachdem er bereits 120 Eingeborene operirt und seine Verfahrungsweise einer unparteiischen Prüfung durch eine Commission von Aerzten unterzogen worden, die sich für ihn entschieden haben, an die Spitze eines Hospitals gestellt worden sei, wo er fortfahre, die furchtbarsten Operationen zu machen, ohne daß es der Patient merke. Die directen Vorzüge außer der Hauptsache selbst seien, daß der Kranke nicht durch Angst und Schmerz erschöpft werde und daß der Arzt mit größter Ruhe wie an einem Leichnam verfahren könne. Ebenso hinterlasse die Mesmerische Affection nicht den geringsten schädlichen Einfluß auf die Nerven.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 8. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118 Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86½ G., 86¾ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100¾ Br.; Chemnitz-Riesaer 59¼ Br., 59 bezahlt; Löbau-Zittauer 59 Br.; Magdeburg-Leipziger 109 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¾ Br.; Thüringer 97 Br.; Altona-Kieler 109¾ Br.; Pesther 99¾ Br.; Dessauer Bankactien 102 Br., 101¾ G.

— Das Journal des Oesterreichischen Lloyd schreibt: „Bei den sechs Probefahrten hat die deutsche Ueberlandpost den Sieg über die französische davongetragen. Um den Sieg zu benutzen, wird der Oesterreichische Lloyd vom August an die Fahrten zwischen Triest und Alexandrien zwei Mal monatlich in genauer Verbindung mit den Dampfbooten von und nach Ostindien beginnen und die nöthigen Einleitungen treffen, um mit der Abfahrt und Ankunft eine regelmäßige Kurierreise bis England einzurichten. Der Kurier wird die Briefpackete von Ostindien den betreffenden Postbehörden zur Beförderung überliefern und von ihnen die Packete nach Ostindien in Empfang nehmen, um gleich nach der Ankunft in Triest mit dem Dampfer nach Alexandrien befördert zu werden. Bringt man mit dieser Kurierreise durch Süddeutschland und längs dem Rheine das von Oesterreich beantragte Einverständniß zwischen den Eisenbahndirectionen auf der Linie von Triest bis Hamburg in Verbindung, so kann kein Zweifel übrig bleiben, daß ganz Deutschland, der Norden, Holland, Belgien und England den Weg über Triest nach Ostindien und zurück wählen wird. Ist in Folge der Herstellung einer regelmäßigen Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Neuyork und Bremen die Möglichkeit gegeben, diesen Weg in 13 Tagen zurückzulegen, so wird die ganze nordamerikanische Correspondenz mit Indien und China ebenfalls den Weg durch Deutschland nehmen und sich in Hannover mit der Ueberlandpost vereinigen; die Briefbeförderung aber wird den Personenverkehr nach sich ziehen, wenn die erforderlichen Anstalten für Sicherheit, Bequemlichkeit und Wohlfeilheit getroffen sein werden."

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 8. April früh 7 Uhr: 1° 21″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 6. April. Oestr. 5Pct. 1906 Br.; 250 Fl. L. 119¼; 500 Fl. L. 153¾ Br.; Bair. 3½pc. 94 Br.; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74¾ Br.; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36; Kurhess. 32½. London, 1. April. 3pc. Conf. 88¼; Port. 3pc. 34; Span. act. 22¾; 3pc. 34; Holl. Int. 58⅜.

— **Bückeburg**, 1. April. Bei der heute hier stattgehabten ersten Serienverlosung der schaumburg-lippeschen 25-Thlr.-Loose sind nachstehende 22 Serien gezogen worden: als 22, 27, 94, 146, 277, 313, 425, 516, 565, 611, 637, 638, 684, 685, 779, 1006, 1010, 1019, 1062, 1065, 1086, 1092.

Actien. Frankfurt a. M., 6. April. Taunusb. 350½; Nordb. 72⅞; Berb. 91⅞. Wien, 5. April. Nordb. 172; Gloggn. 122; Mail. 108⅝; Livorn. 93; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 7. April. Gesetzlich. Prämsch. 95⅛, 3½pc. Staatsch. 92⅛, 3½pc. Pfandb. westpr. 94 Br., ostpr. 97 Br., pomm. 95 Br., schles. 96¾, 4pc. posensche 102 Br., neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 96½ Br.; Louisd. 111⅞, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93½ Br., Berl.-Anh. 111, Berl.-Hamb. 4pc. 107, Prior.-Act. 4½pc. 96⅜, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 91¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 91¾, 5pc. 101½, Berl.-Stett. 108 Br., Cöln-Minden 4pc. 92, Crak.-Oberschl. 4pc. 79, Düsseld.-Elberf. 5pc. 104¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., Kiel-Alton. 4pc. 109 Br., Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 92½ Br., 5pc. 101¼, Zweigb. Prior.-Act. 4½pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 86 Br., Prior.-Stamm 4pc. 90½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86, Thüring. 4pc. 96½ Br., Wilh.-Bahn 4pc. 89½, Zarskoje-Selo 72 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 83⅜, Berg.-Märk. 4pc. 84½ Br., Berl.-Anh. 99⅛, Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Cöln-Minden 4pc. 91⅞, Magd.-Wittenberge 86¼ Br., Mail.-Vened. 4pc. 111 Br., Mecklenburg 75, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72½, Posen-Stargard 4pc. 84½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99¾ Br. — Ruff.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¼ Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94¼ Br., (neue) 4pc. 94⅛ Br., Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½ Br., Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85⅜, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9½ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

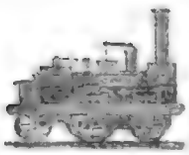
Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Chemnitz, 7. April. Auf die Gegenerklärung in Nr. 97, die hiesige gewerbliche Denkschrift betreffend, bin ich genöthigt, zu erwidern: 1) Es ist eine Verdrehung, wenn gesagt wird, der Umstand, daß „der Verfasser" jene Schrift verfaßt und „Der und Der" sie unterschrieben habe, sei als „Beweis von der Richtigkeit der darin aufgestellten Behauptungen" geltend gemacht worden. Vielmehr hat die Notiz in Nr. 93 nichts gethan als mit dürren Worten erklärt, daß die Denkschrift nicht von hiesigen Spinnern, sondern vom gesammten sächsischen Gewerbestand ausgegangen und daß ersteres Anführen eine Unwahrheit ist. 2) Es ist Thatsache, daß die fragliche Gegenpetition mit ängstlicher Heimlichkeit Allen verborgen gehalten worden, von denen man befürchtete, daß sie durch abweichende Ansichten der Unterzeichnung entgegentreten könnten, während die „Denkschrift" vor der Unterzeichnung in Hunderten von Exemplaren an alle Klassen der hiesigen Gewerbtreibenden ohne Unterschied vertheilt wurde. Jede Dem widersprechende Behauptung erkläre ich für eine Unwahrheit und bin bereit, dies zu beweisen. 3) In einer so wichtigen Frage wie die vorliegende, welche sich mit dem Wohl oder Wehe von Hunderttausenden unserer ärmsten Mitbürger in Deutschland beschäftigt, gebührt sich für den ehrlichen und redlichen Debattanten die größte Oeffentlichkeit. So lange der Stimmführer der Gegenpetenten nicht zunächst durch Veröffentlichung seiner Arbeit mit mir diesen Weg betritt, so lange erkläre ich die ganze Gegenpetition für eine „Trugphrase", die das klare Licht der öffentlichen Besprechung scheut, und werde dem Gegenstande kein Wort mehr widmen, weil ich grundsätzlich hasse, was im Dunkeln schleicht. Die Erörterung solcher Fragen gehört nicht blos für die Regierungen, sie gehört zunächst auch fürs Volk, denn das ist der leidende Theil.

Der Verfasser der „Denkschrift".

Ankündigungen.



Chemnitz-Riesaer Eisenbahn.

Das Königliche Ministerium des Innern hat uns mittels Hoher Verordnung vom 2./4. April dieses Jahres zur Bescheidung auf die bezügliche Petition an die letzte außerordentliche Ständeversammlung um Unterstützung des Staats bei Aufbringung des zur Vollendung der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn noch erforderlichen Capitals auf Grund der ständischen Anträge und der hierauf gefaßten Allerhöchsten Entschließung, eröffnet, daß der Staat ebensowol bei einer Prioritäts-Anleihe als bei Aufbringung des Mehrbedarfs durch die Actiengesellschaft selbst, mit 500,000 Thlr. sich betheiligen oder nach Befinden der Gesellschaft einen Vorschuß bis zu 300,000 Thlr. gewähren werde.

Dem Gesellschafts-Ausschusse haben wir hierauf Vorschläge für die Beschaffung des Baucapitals mitgetheilt, welche darauf berechnet sind, den Bau der Bahn ohne Unterbrechung fortzustellen, das erforderliche Capital aber aufzubringen ohne Betheiligung der Actien-Inhaber und ohne die Gesellschaft durch Uebernahme drückender Verbindlichkeiten dauernd zu belasten.

Sobald diese Vorschläge die Genehmigung der Staatsregierung erlangt haben, werden wir die definitive Beschlußfassung einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung anheimstellen.

Chemnitz, den 7. April 1847.

Directorium der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn-Gesellschaft.
v. Hake.

[1217]

In meinem Verlage erschien soeben:

Handbuch beim Studiren und Gebrauch des Preuß. Allgemeinen Landrechts, nebst Ergänzungen und Erläuterungen; für Examinanden und Praktiker, von **J. A. L. Fürstenthal.** Gr. 8. Geh. (30 Bogen.) Preis 2½ Thlr.

Diese Schrift, **ein Fünf-Männer-Buch** in Miniatur, enthält vollständige Marginalien und Uebersichten über sämmtliche Titel (excl. des Tit. 20, Th. 2) und Abschnitte des Allgemeinen Landrechts, nebst allen bis Ende 1846 ergangenen Justiz-Gesetzen, Rescripten, Plenarbeschlüssen und Responsen, in 1500 Nummern, nach Legalordnung, theils in wörtlichem Abdruck, theils in wesentlichen Excerpten, und wird daher nicht nur angehende Juristen für die zweite und dritte Prüfung gründlich vorbereiten, sondern selbst für Praktiker, besonders in Sessionen und Audienzterminen, von erheblichem Nutzen sein.

Königsberg, im Februar 1847.

[1166] **Theodor Theile.**

Vom

Archiv

für Natur, Kunst, Wissenschaft und Leben für 1847

erschien die 3. Lieferung, welche folgende Artikel, die mit * bezeichneten mit Abbildungen, enthält:

*Eine Razzia in Algier. — Das Rathhaus zu Regensburg. — *Die Feste Akaba im steinigten Arabien. — Dr. Turnbull's Gerbemethoden. — Mittel gegen Ratten. — Glänzender firnißartiger Ueberzug auf Papier, welcher dem Wasser widersteht. — Verfahren, die Eier ein Jahr lang frisch zu erhalten. — Knochen zu bleichen.

Das Archiv, das nützlichste, billigste und eleganteste aller gemeinnützigen Blätter, erscheint in monatlichen Lieferungen. 12 Lieferungen, wozu Titel, Umschlag und Register geliefert werden, bilden jedesmal einen für sich bestehenden Band, welcher 150 Abbildungen und 12 Musikbogen musikalischer Beigaben (Original-Compositionen, Redacteur: Hof-Kapellmeister Methfessel) enthält. Der Band kostet 1⅓ Thlr. oder 2 Fl. 42 Kr. Rh. Am Schlusse eines jeden Bandes erhalten die Subscribenten ein größeres Prämienbild **gratis.**

Vorräthig in allen Buchhandlungen. [1175]

Anfang März versandten wir:

Fr. v. Florencourt, Zeitbilder. 1⅓ Thlr.

Die politischen Artikel dieses trefflichen Publicisten haben bereits in Deutschland eine Anerkennung gewonnen, die uns jeder Anempfehlung dieses seines neuesten Werkes überhebt, das die wichtigsten Zeitfragen eben so geistreich als freimüthig und mit gründlicher Wissenschaftlichkeit lehrreich bespricht.

Feldlager und Kaserne, oder die britische Armee wie sie ist. 2 Bde. Preis 2½ Thlr.

Eine Schrift, die das höchste Interesse in Anspruch nimmt und über die britischen Heereszustände Aufschlüsse gibt, die auf dem Continente seither noch gänzlich unbekannt geblieben.

Morande, Kritische Beleuchtung des v. Humboldt'schen Kosmos. Preis 15 Ngr.

Diese Schrift, obschon gegen ein Werk gerichtet, dem mit Recht ein europäischer Ruf vorangegangen, verdient die ernsteste Beachtung, da sie nichts weniges als eine oberflächliche Beurtheilung, sondern eine gründliche, tiefeingehende Beleuchtung und wohldurchgeführte Widerlegung einzelner, von dem gefeierten Verfasser des Kosmos aufgestellten Ansichten über das Weltsystem und die darin vorherrschenden Naturgesetze enthält.

Taillandier, Neueste Preußische Zustände. Preis 10 Ngr.

Eine geistreiche Schilderung des preußischen Pietismus und seines Einflusses auf das gegenwärtige soziale, wissenschaftliche und politische Leben zunächst in der Residenz, von jenem gegenwärtig gründlichsten Kenner deutscher Zustände, den Frankreich besitzt.

[1078] **Verlags-Comptoir** in **Grimma.**

Für Meßbesuchende

empfiehlt Unterzeichneter seine erste und zweite Etage, bestehend in mehren gut eingerichteten Zimmern, als Verkaufslocal, so auch als Wohnungen für diese und folgende Messen zur geeigneten Benutzung.

Leipzig, den 7. April 1847. [1188]

J. C. Katzsch, Thomasgäßchen Nr. 10.

Im Besitz eines in allen Gattungen sächsischer Spitzen wohlassortirten Commissions-Lagers zu **festen, äußerst billigen** Preisen, empfehle ich solches zur geneigten Berücksichtigung.

Leipzig, im April 1847.

C. G. Ottens,
[1204—5] Brühl, Drei Schwanen.

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,
Bijouterie-Fabrikant,
Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.
Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176–87]

Das Lager von [1189–93]
Ludwig & Emil Samson
befindet sich in der bevorstehenden Jubilate-Messe
Reichsstrasse, Ecke vom **Brühl** rechts, 1stes Gewölbe.

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler
u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 41 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10¼, Achtel à 5⅛, und verspreche meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erwiesen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer
[1213–16] in Leipzig, Petersstraße Nr. 7.

Local-Veränderung.
Das Lager von
Gebrüder Blass
aus ***Elberfeld***
befindet sich von der bevorstehenden Ostermesse an
Reichsstrasse Nr. 12, erste Etage,
über dem Gewölbe des Herrn **Ed. Kohse** aus Chemnitz. [1211–12]

Das Musterlager
der Königl. Bayr. priv. Krystall-Glasfabrik **Theresienthal**
befindet sich während dieser Messe wieder in **Kochs Hofe zweite Etage,** Eingang vom Markte.

Das **Strumpf- und Piqué-Waaren-Lager** von
Oelsner & Rahlenbeck
aus ***Hohenstein***
befindet sich von nächster Leipziger Jubilate-Messe an in der **Nikolai-Straße,** im Gasthaus zur Stadt Hamburg parterre, vorn Eingang rechts, vorn heraus. [1052–57]

J. Bodemer junior
aus *Eilenburg,*
Fabrikant vom **gedruckten halbwollenen Mousselines.** Lager während der Messe in Leipzig: **Reichsstraße Nr. 45/309,** neben Koch's Hof, den Herren Danneberg und Sohn aus Eilenburg gegenüber. [1094–96]

Mess-Lager [1218–20]
der
Harmonika's-Fabrik
von
Wagner & Co.
in Gera, Berlin und Wien:
Markt, 11te Budenreihe.

In der Verlagsbuchhandlung von **C. W. Leske** in **Darmstadt** ist erschienen:

Jahrbücher
für
SPECULATIVE PHILOSOPHIE
und die
philosophische Bearbeitung der empirischen Wissenschaften.
Herausgegeben von
Dr. Ludwig Noack.
Zweiter Jahrgang.

Preis für den ganzen Jahrgang (à 6 Hefte zu 12 Bogen) 7 Thlr. pr. Cour. oder 12 Fl.

Die **„Jahrbücher für speculative Philosophie"** haben sich einerseits die systematische Bearbeitung der philosophischen Disciplinen, im strengen Sinne des Wortes, anderntheils die philosophische Durchdringung der empirischen Wissenschaften zum Ziel gesetzt. Zugleich werden sie den wesentlichen Interessen der Gegenwart und dem durch die Wissenschaft organisch umzugestaltenden Leben ihre Aufmerksamkeit zuwenden, um so zur wechselseitigen Verständigung und theilweisen Versöhnung der verschiedenen philosophischen Standpunkte und Richtungen in der Gegenwart und zur geistigen Durchdringung der gegebenen Wirklichkeit durch ein kräftiges Zusammenwirken der jugendfrischen und jugendstarken philosophischen Kräfte aus allen Gegenden unseres Vaterlandes, beizutragen. [1067]

B. M. Adler
aus **Frankfurt a. M.,**
Reichsstrasse Nr. 13/545,
eine Treppe,
Lager **Pariser Nouveautés und Châles** etc. [1208–10]

Die bevorstehende Leipziger Ostern-Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten
Guhse & Gerlach
aus **Berlin**
und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 2, erste Etage.** [1196–1202]

Wilhelm Heymer
aus
Süchteln bei ***Crefeld***
bezieht bevorstehende Ostermesse mit einem vollständig assortirten Lager von **Sammet-** und **Seidenwaaren** eigner Fabrik, und empfiehlt sich unter Zusicherung ganz reeller Bedienung.
Verkaufslocal: **Brühl Nr. 64, 1. Etage,** in **Kraft's Hause.** [1153–55]

Local-Veränderung.
J. G. Heimendahl Söhne
aus ***Elberfeld,*** [1156–58]
Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,
halten ihr Lager in bevorstehender Jubilate-Messe und in den folgenden Leipziger Messen:
Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,
im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.**

Einem geehrten Publicum widme hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich meine bisherige Localität (Grimmaische Straße) **heute** verlasse und in **einigen Tagen** mein neues, **geräumigeres** Local in dem
v. Haugk'schen Hause (Ecke vom Königsplatz und Roßplatz)
eröffne, woselbst ich meine
Conditorei und Café
fortsetzen werde.

Indem ich einem geehrten Publicum für das mir seit einer Reihe von Jahren gütigst geschenkte Vertrauen danke, bitte ich mir solches auch in dem neuen Local zu erhalten. Die Eröffnung desselben werde ich **nächstens** noch besonders anzeigen.

Leipzig, am 8. April 1847.

[1206] ***F. C. Braun.***

Bei Beginn des neuen Schuljahres empfehlen wir den Lehranstalten folgende, durch Reichhaltigkeit, praktische Brauchbarkeit und höchste Correctheit des Druckes ausgezeichnete Schrift:

Ernst Schick: Uebungs-Aufgaben aus der praktischen Arithmetik, mit vorangehenden Erläuterungen und Beispielen. Preis 25 Ngr.

NB. Bei directer Beziehung von uns in Partien ist der Preis nur 15 Ngr. baar.

Für Lehrer und zum Selbstunterricht ist bei uns ebenfalls erschienen:

Ernst Schick: Rechenbuch für das Geschäftsleben. Preis 1 Thlr. 15 Ngr.

J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung
[1144] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 9. April. Zum ersten Male: **Die Belagerung von Solothurn,** große romantische Oper in 4 Acten von Wilh. Gerstel. Musik von Ferd. Brandenburg.

Verlobungs-Anzeige.

Unsern lieben Verwandten und Freunden empfehlen wir uns als Verlobte.

Großenhain, den 7. April 1847.

[1207] **Julie Wilhelm,**
August Kleucke.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Lehrer Wilhelm Haaß in Leisnig mit Frl. Pauline Arnold — Hr. Eduard Klint in Berlin mit Frl. Bertha Knötschke. — Hr. Friedrich Meißner in Bischofswerda mit Frl. Karoline Preische. — Hr. Moritz Stegmeyer in Zittau mit Frl. Rosalie Schniebs.

Getraut: Hr. Sectionsingenieur Otto Kosse in Pressburg mit Baronesse Du Mont de Beaufort.

Geboren: Hrn. Bergverwalter Alexander Göbel in Zaukerode eine Tochter. — Hrn. Dr. Häberlin in Berlin eine Tochter. — Hrn. Gerichtsdirecter Advocat Klemm in Lengefeld eine Tochter. — Hrn. J. Lehmann in Schwedt ein Sohn. — Hrn. Prediger Melcher in Berlin eine Tochter. — Hrn. Arthur Müller in Weikenstein eine Tochter. — Hrn. Emil Theodor Pommer in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. Dr. Probst in Berlin ein Sohn. — Hrn. Regierungsassessor Sauerhering in Calau eine Tochter. — Hrn. J. Seemann in Berlin ein Sohn. — Hrn. Justizcommissarius Wegner in Schwetz eine Tochter. — Hrn. Gustav Wetzke in Grimma eine Tochter.

Gestorben: Hr. Kaufmann C. Ave in Brandenburg. — Hr. Kaufmann Friedrich Barez in Berlin. — Hr. Pastor Karl Friedrich Götz in Dresden. — Hr. Kaufmann Christian Friedrich Goldhan in Pirna. — Hr. Lehrer Konrad Otto Klien in Gamenz. — Hr. Justizrath und Stadtsyndikus Johann Ludwig Knothe in Sagan. — Hr. Titularrath Leopold Robinson in Berlin. — Frau Apotheker Ch. H. Schultz in Lüben. — Hr. Johann Gottfried Stengler in Leipzig. — Hr. Amtswundarzt Karl Friedrich Christian Bieweg in Remse. — Hr. Oberpostamtssecretair Maximilian Robert Voigtländer in Leipzig.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 99. (9. April 1847.)

Ueberblick.

Denkschrift von Dr. List.
Wissenschaft und Kunst. † Aus Sachsen. Vogel's „Germania." * Aus Thüringen. Kunstschätze in Gotha. Vortrag des Herzogs. * Altenburg. Kunstschätze. Bildungsanstalten. Gewerbvereine. Bürgerbibliothek. * Rom. Der Elementarunterricht.

Denkschrift von Dr. List.

Die augsburger Allgemeine Zeitung gibt folgende „Denkschrift" von Dr. Friedrich List aus den letzten Monaten seines Lebens „über den Werth und die Bedingungen einer Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland". Es soll das diejenige sein, auf welche Peel und Palmerston die in Nr. 87 mitgetheilten Antworten ertheilen.

Vorwort. Die nachfolgenden sechs Capitel enthalten eigentlich nur eine summarische Uebersicht oder die Quintessenz Dessen, was der Verfasser über diesen wichtigen Gegenstand zu sagen hat. Die darin ausgesprochenen Ideen sind nicht Erzeugnisse von gestern, sondern das Resultat von Studien, die derselbe seit dem Erscheinen seines Buches: »Das nationale System der politischen Oekonomie«, also seit sechs Jahren gemacht hat. Schon seit einem Jahr ist der Verfasser beschäftigt, diese Ideen zu sammeln, zu ordnen und sie als einen zweiten Theil seines Buchs erscheinen zu lassen. Zu diesem Ende hat er, wie das seine Gewohnheit ist, in der Beilage der Allgemeinen Zeitung eine Reihe von Aufsätzen als Vorläufer seiner Schrift erscheinen lassen wollen, ist aber damit nicht weiter vorgerückt als bis zur dritten Nummer, indem ihm während dieser Arbeit der Gedanke gekommen ist, es wäre doch besser und patriotischer, statt die Gegner Englands und Deutschlands über gewisse Dinge aufzuklären, dieselben allererst einsichtsvollen Staatsmännern der beiden Nationen zur Prüfung vorzulegen. In dem Augenblick, in welchem ihm dieser Gedanke kam, entschloß er sich, deshalb eine Reise nach London zu machen; auch ist er zur Ausführung dieses Vorhabens von gewissen hohen Personen, denen er seine Gedanken mitgetheilt hatte, aufgemuntert und unterstützt worden. Dies ist die kurze Entstehungsgeschichte des gegenwärtigen Aufsatzes.

I. Die Politik der Gegenwart und die Politik der Zukunft. Es ist unsere vollkommene Ueberzeugung, daß von dem Gegenstande, den wir in diesem Aufsatze behandeln, nicht nur das künftige Glück der beiden Nationen, sondern für geraume Zeit das der ganzen Menschheit abhängt. Die Staatsmänner glücklicher und mächtiger Nationen lieben es in der Regel mehr, sich mit den Interessen der Gegenwart als mit denen der Zukunft zu beschäftigen. Sie haben das überhaupt mit den Glücklichen und den Mächtigen gemein. Es ist angenehmer, die Gegenwart zu genießen, als sich mit Vorstellungen der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit künftiger Wechselfälle abzugeben. Stellen wir jedoch reifliche Betrachtungen darüber an, wie die glücklichen und mächtigen Nationen zum Besitz ihrer gegenwärtigen Macht gelangt sind, so können wir nicht umhin, die Bemerkung zu machen, daß ihr gegenwärtiges Glück, ihre jetzige Macht eine Pflanze ist, zu welcher schon die Altvordern die Keime in den Boden gelegt haben. Daß die Bedürfnisse der Gegenwart ungleich dringender sind als die der Zukunft, und zumal die einer entfernteren Zukunft, läßt sich eben so wenig in Abrede stellen, als daß Der, welcher seine Blicke zu weit in die Zukunft schweifen läßt, sich der Gefahr bloßstellt, den richtigen Pfad in der Gegenwart zu verlieren; auch wollen wir gern zugeben, daß in gewöhnlichen Zeiten die Sorge für die Zukunft in der Sorge für die Gegenwart begriffen sei. Anders ist es jedoch in Zeiten, in welchen die politischen und gesellschaftlichen Zustände der Nationen wie die der gesammten Menschheit in vollständiger Reorganisation begriffen sind. In solchen Epochen lassen Staatsmänner, die ausschließlich die gegenwärtigen Bedürfnisse und Vortheile ihrer Nation ins Auge fassen, Gefahr, ihr allzu beschränktes Streben nach dem Beifall ihrer Zeitgenossen und ihres Landes mit dem Vorwurfe künftiger Generationen, daß sie die Zukunft verscherzt hätten, büßen zu müssen, und die Nachwelt wird sie deshalb um so strenger richten, je größer der Einfluß ist, den ihre Nation auf die Weltangelegenheiten übt, also am strengsten, wenn sie an der Spitze derjenigen Nation stehen, von deren Politik für eine Reihe von künftigen Jahrhunderten das Glück oder das Unglück der gesammten Menschheit abhängt. Ein so entscheidender Zeitpunkt ist der gegenwärtige, und diejenige Nation, von welcher die Entscheidung abhängt, heißt Großbritannien.

II. Die Uebergangsperiode. Seit dem Jahre 1770 sind die frühern Weltzustände in der Auflösung begriffen. In diesen vergleichsweise kurzen Zeitraum (1770—1840) fallen die folgenden großen Veränderungen und Ereignisse.

Nordamerika, früher eine wenig bevölkerte Colonie von England, erlangte seine Unabhängigkeit und erwuchs zu einer Nation, die nach Verfluß weniger Decennien an Macht und Reichthum den größten Nationen der Erde sich zur Seite stellen, wenn nicht sie übertreffen wird.

Frankreich bewirkte in dieser Periode seine moralische, politische und ökonomische Wiedergeburt, und obschon in Beziehung auf Seemacht und Colonien, auf Handel und Industrie in Vergleich mit England gegenwärtig unendlich schwächer als zuvor, und ohne alle Hoffnung, in dieser Hinsicht je wieder seine vorige Bedeutung zu erlangen, erwuchs es in dieser Periode zu einer Landmacht ohne Vergleich bedeutender als je zuvor.

Deutschland hat zwar nach dem Umsturz seiner längst veralteten Verfassung noch nicht wieder zu seiner politisch-nationalen Wiedergeburt gelangen können, das deutsche Volk aber hat in seinem Ackerbau und in seiner Industrie, wie in seiner allgemeinen und insbesondere in seiner politischen Intelligenz, in diesem kurzen Zeitraume unermeßliche Fortschritte gemacht. Da jedoch die in Deutschland gegenwärtig noch mächtige Bureaukratie, die zwar zu ihrer Zeit gute Dienste geleistet, nun aber sich längst überlebt hat, eher rückwärts als vorwärts geschritten ist; da dieser halborientalische Auswuchs gleich einem schlingpflanzenartigen, Alles überwuchernden Unkraut sämmtliche Glieder des Staats, das monarchische wie das aristokratische und demokratische Element, in seinen Banden hält, dieselben an aller Bewegung hindert und jedwedes Streben der Individuen nach politischen, dem Culturgrade der Nation entsprechenden Institutionen und nach nationaler Geltung als revolutionaire Bewegung betrachtet und behandelt, so besteht in diesem Lande zur Zeit eine große Kluft zwischen den Völkern und den Regierungen, eine Kluft, die den hellsehenden Politiker erschrecken müßte, würde er nicht erkennen, daß Preußens Existenz und Zukunft auf der politischen Wiedergeburt Deutschlands beruht und daß der hohe Geist des gegenwärtigen Regenten von Preußen der Lösung dieser großen Aufgabe vollkommen gewachsen ist.

Das osmanische Reich, nachdem es Jahrhunderte lang zwischen Asien und Afrika einerseits und Europa andererseits in Beziehung auf Religion, Politik und Handel die Scheidewand gebildet, ist nun innerlich dergestalt verfault, daß es sich durch seine eigne Kraft nicht mehr aufrecht zu erhalten vermag und der unvermeidlichen Auflösung entgegengeht.

Asien, Afrika und Oceanien sind dem europäischen Unternehmungsgeiste geöffnet worden und wiegen nun schwer auf der Wage der Macht, während sie früher kaum in Beachtung kamen.

Rußland hat sich in dieser Periode von einem barbarischen Lande zu einer europäischen Macht erster Größe erhoben und bedroht nun von der einen Seite Asien, von der andern Europa mit seinem unaufhörlichen Streben nach Vergrößerung.

Die französische Revolution hat in dieser Periode die politischen Zustände aller andern Nationen romanischer Abstammung — die von Italien, Portugal und Spanien — in ihrem Fundament erschüttert und ihren tiefen moralischen, politischen und ökonomischen Verfall aufgedeckt. Die beiden letztern dieser Länder haben während ihres Strebens nach politischer Organisation nicht nur ihre Besitzungen in Südamerika, sondern auch fast ihren ganzen politischen Einfluß in Europa verloren.

Die südamerikanischen Staaten, indem sie mit den moralischen, politischen und ökonomischen Schwächen, die sie von ihren Mutterländern erbten, auch noch die ihnen eigenthümliche Schwäche der Vermischung mit niedrigern und barbarischen Racen vereinigten, vermochten keinen vernünftigen Gebrauch von ihrer Unabhängigkeit zu machen; sie sind ein Spielball mächtigerer Nationen und werden es bleiben.

Während diese unermeßlichen Veränderungen vor sich gingen, bewirkten die Wissenschaften eine große Zahl von Erfindungen in Beziehung auf Production und Transport, die den Handel und die Industrie, überhaupt die Oekonomie der Nationen von Grund aus veränderten und sie noch täglich verändern.

Großbritannien endlich, indem es sich an die Spitze dieser Erfindungen und überhaupt aller andern ökonomischen Fortschritte stellte, wie es schon seit Jahrhunderten in Beziehung auf die moralischen, religiösen und intellectuellen Zustände seines Volks, mehr noch aber hinsichtlich seiner politischen Institutionen und seiner politischen Bildung das erste Land der Erde gewesen, erwuchs in dieser Periode zu einer Höhe von Nationalkraft und Nationalreichthum, die nicht zu vergleichen ist mit derjenigen, in welcher es zu Anfang dieser Periode gestanden hatte — überhaupt nicht zu vergleichen mit den Zuständen irgend einer Nation der ältern oder neuern Zeit.

III. Englands Welthegemonie und seine Rivale. Großbritannien ist demnach die große Aufgabe zur Lösung anheimgefallen, in das in den Weltangelegenheiten herrschende Chaos Ordnung zu bringen und eine neue Organisation der Weltmächte zu bewirken, wodurch es nicht nur sich selbst die Führerschaft der Weltangelegenheiten, sondern auch allen andern Nationen und Ländern der Erde Freiheit und Civilisation, Frieden und Wohlfahrt, mit Einem Worte den moralischen und materiellen Fortschritt sichert. Der Philanthrop, welcher Nation er angehören möge, besitzt er andere moralische und intellectuelle Kraft genug zu Ueberwindung seiner besondern Nationalvorurtheile, muß sich um der Menschheit willen freuen, daß dieser hohe Beruf einer Nation zu Theil geworden ist, die nicht ihresgleichen auf Erden hat, ob man sie betrachte nach ihrer industriellen und commerziellen Entwickelung oder nach ihrem Sinn für Recht und Gerechtigkeit, für Freiheit und Aufklärung. Das ist wenigstens die herrschende Meinung in Deutschland, in einem Lande, das an der Spitze aller Völker des europäischen Continents stände, würden seine gerechten Foderungen freier Institutionen und einer nationalen Organisation erhört. Deutschland denkt mit Widerwillen an die künftige Suprematie von Nordamerika, es fürchtet die von Frankreich, es verabscheut die von Rußland. Bei diesen drei Nationen ist gewißlich der Gedanke, mit England in Zukunft in Betreff der Welthegemonie zu rivalisiren, vorherrschend, und keine von ihnen ist ohne Hoffnung, wenn auch nicht diesen Zweck zu erreichen, doch mit einigem Erfolg dem Streben Englands entgegenzuwirken.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in demselben moralischen und politischen Boden wurzelnd, in dem Großbritannien so hoch gewachsen ist, besitzen außerdem in einem noch viel höhern Grade die materiellen Elemente nationaler Größe als Großbritannien. In dieser Hinsicht, nämlich hinsichtlich der Ausdehnung ihres Territoriums, übertrifft das Kaliber ihrer Nationalität in nicht minder hohem Grade das von Großbritannien, als im siebzehnten Jahrhundert das nationale Kaliber von Großbritannien das der Vereinigten Provinzen der Niederlande übertraf. Die Geschichte gibt darüber Auskunft, in welcher Weise die Rivalität dieser beiden Länder in Seemacht und Handel zuletzt geendigt hat, und dieses Resultat ist nicht wenig geeignet, bei England ernstliche Bedenklichkeiten über seine Zukunft zu erregen. Die Vereinigten Staaten, deren Territorium Hunderte von Millionen Menschen zu nähren vermag, und die nicht nur ihre Bevölkerung, sondern auch ihren Reichthum und ihre Macht mit jeglichem Menschenalter verdoppeln, wachsen gleichsam in geometrischer Proportion, während das Vereinigte Königreich bei seinem beschränkten Gebiete nur in arithmetischer Proportion wachsen kann. Es ist daher mit ziemlicher Bestimmtheit zu berechnen, in welchem Jahrzehend die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit England an Macht und Reichthum gleich stehen oder wann sie es sogar übertreffen, vorausgesetzt, daß England keine neuen Mittel ausfindig zu machen wüßte und keine außerordentlichen Anstrengungen machen würde, um eben so schnell oder noch schneller zu wachsen als die Vereinigten Staaten

Digitized by Google

von Nordamerika. Wie dies zu bewirken sein dürfte, darüber wollen wir später sprechen, nachdem wir erörtert haben werden, welche Aussichten Frankreich und Rußland haben, um mit Großbritannien in der Weltthegemonie erfolgreich zu concurriren oder es wenigstens von der steilen Höhe herabzuziehen, die es gegenwärtig unter den Nationen der Erde einnimmt.

Die Franzosen, daran ist kein Zweifel, sind eine tapfere und hochbegabte Nation, aber die Natur hat der gallischen Race diejenigen Eigenschaften versagt, die erfordert werden, um eine Nation auf den höchsten Standpunkt der Macht und des Reichthums zu erheben. Sie excelliren weder im Ackerbau noch in den Manufacturen, weder im Handel noch in der Schifffahrt, und ihre Erfolge in diesen Fächern haben sie hauptsächlich denjenigen ihrer Provinzen zu verdanken, in welchen der germanische Geist vorherrscht, nämlich Elsaß, Lothringen, der Normandie und Französisch-Flandern. Niemals ist eine Protection stark genug gewesen, ihre Handelsschifffahrt und ihre Seefischereien emporzubringen. Niemals haben sie es dahin bringen können, große Colonien zu gründen, zu civilisiren und zu behaupten, geschweige denn ihnen eignes Leben und eignen Geist einzuflößen. So fehlt ihnen alles Fundament zu einer großen Seemacht. Auch ist ihre Flotte zu allen Zeiten ein erkünsteltes Ding gewesen, eine Art Maulesel, der unfähig ist, seine Race fortzupflanzen, und wenn er verloren geht, nur durch künstliche Erzeugung und durch langwierige Nachzucht wiederum ersetzt werden kann. Mit den erwähnten Nationalfehlern vereinigen die Franzosen einen Grad von Liebe zum Ruhm, und besonders zum Kriegsruhme, der sie zu allen Zeiten zum willigen Instrumente großer Feldherren gemacht hat; ja sie achten Nationalfreiheit und Nationalreichthum nicht sowol um der Wohlfahrt willen, die sie den Individuen verleihen, als um der Vortheile willen, welche für ihre Militairmacht daraus zu ziehen sind. Niemals haben die Franzosen daran gedacht, das Princip der Selbstregierung, diese reiche Quelle der Nationalmacht und des Nationalreichthums, in Anwendung zu bringen, fast möchten wir glauben, sie haben niemals erfahren, was man unter diesem Worte versteht, und ihre Städte und Departements würden sich unfähig beweisen, davon irgend einen nützlichen Gebrauch zu machen, im Fall ihre Regierung auf den Einfall käme, aus eigner Bewegung ihre Corporationen mit dem Rechte der Selbstadministration zu beschenken. Nach sechzig Jahren innerer Bewegungen und äußerer Kämpfe für Freiheit und Nationalgröße ist so der politische Organismus Frankreichs nichts weiter als eine Maschine, erbaut und zusammengesetzt zu dem Zweck, dem europäischen Continent den Krieg zu machen, und sogar ihre letzten Eroberungen in Afrika sind von ihnen nur geschätzt und benutzt als ein Uebungsfeld, um Heerführer und Armeen zum Behuf künftiger Eroberungen auf dem Continent groß zu ziehen.

Die Franzosen haben nie aufgehört und werden nie aufhören, den Rhein zur Grenze zu begehren. Sie scheinen dafür Gründe zu haben, die weit tiefer liegen als diejenigen, welche von ihnen öffentlich vorgeschützt werden. Den Franzosen nämlich, wenn sie Belgien und Deutschland bis zum Rhein besitzen, kann es nicht schwer fallen, wie das schon einmal geschehen ist, auch Holland und die Länder an der Ems, an der Niederweser und Niederelbe zu erobern. Indem sie so den kräftigsten Theil der germanischen Race des Continents auf den romanischen Stamm ihrer Nationalität impfen, verschaffen sie ihrem Nationalkörper diejenigen Eigenschaften, die ihm erforderlich sind zu Erlangung der Weltsupremacie, nämlich einen hohen Grad von Productivfähigkeit in den Fächern der Agricultur, der Industrie und des Handels, und einen eben so hohen Grad von Geschick für die Emporbringung der Schifffahrt, blühender Colonien und einer großen Seemacht.

Rußland, das bloße Conglomerat einer Menge von mehr oder minder barbarischen Stämmen, verdankt sein Wachsthum und seine Größe hauptsächlich einer absoluten Gewalt, die theils auf die überströmende Civilisation Deutschlands, theils auf ein Kriegsetablissement von unermeßlicher Ausdehnung gestützt ist. Da die Alleinherrschaft dieses Landes aller Garantie entbehrt, die ein hoher Grad von Civilisation, politische Institutionen und ein solider Nationalcharakter einer Regierung zu verleihen vermögen, so beruht die Stärke der russischen Regierung und die Sicherheit des Alleinherrschers lediglich auf den Bayonneten, über die er zu befehlen hat. Groß geworden durch das Bayonnet und die Eroberung, vermag diese Macht nur sich zu behaupten durch das Bayonnet und die Eroberung. Krieg, die größte Geißel civilisirter Nationen, ist dort das Lebenselement der Dynastie, der Traum des Adels und die Hoffnung aller Volksklassen, weil Niemand dadurch etwas zu verlieren, Alles nur zu gewinnen hat. Der rohe Ackerbau dieses Landes konnte nicht umhin, durch das Beispiel des deutschen Ackerbaues der Art influirt zu werden, daß jetzt die russische Bevölkerung im Betrage von 66 Mill. jährlich um $1\frac{1}{2}-1\frac{1}{2}$ Proc., und somit die Zahl der auszuhebenden Rekruten um 40—50,000 jährlich zunimmt. Es kommt gar nicht darauf an, welche Gesinnungen der Alleinherrscher von Rußland in Beziehung auf den Weltfrieden und die Wohlfahrt der Menschheit hegt. Welches immer die Gesinnungen, die Grundsätze und die Absichten der Beherrscher großer und halbbarbarischer Nationen sein mögen, im Laufe längerer Zeitperioden werden sie stets genöthigt sein, den rohen Leidenschaften des Nationalkörpers nachzugeben, dessen Haupt sie sind. In der Lage und unter den Umständen, in welchen gegenwärtig Rußland sich befindet, steht es nicht einmal in dem freien Willen des Beherrschers dieses Landes, ohne sich selbst Gefahren bloßzustellen, die Ausübung seiner Macht zu beschränken; er ist gezwungen, gegen Europa hin die Rolle Philipp's von Macedonien, gegen Asien hin die seines Sohnes Alexander zu spielen.

Der herrschende Theil der Völker dieser Erde hat seit einiger Zeit angefangen, sich mehr und mehr nach ihrer Abstammung von einander auszuscheiden und sich gruppenartig zu organisiren. Es ist noch nicht lange her, daß man in politischer Beziehung von einer deutschen, von einer romanischen und von einer slawischen Race sprich; allein diese Unterscheidung scheint großen Einfluß auf die praktische Politik der Zukunft üben zu sollen. An der Spitze der drei Racen stehen England, Frankreich und Rußland.

Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die germanische Race durch ihre Natur und ihren Charakter von der Vorsehung vorzugsweise zur Lösung der großen Aufgabe bestimmt ist, die Weltangelegenheiten zu leiten, wilde und barbarische Länder zu civilisiren und die noch unbewohnten zu bevölkern, weil keiner der beiden andern die Eigenschaft beiwohnt, in Masse nach fremden Ländern auszuwandern, dort mittels der Gabe der Selbstverwaltung, der Selbstrechtspflege und Selbstordnung neue, und zwar vollkommenere Gemeinwesen zu gründen und sich von dem Einflusse barbarischer und halbbarbarischer Urbewohner frei zu halten, wie denn namentlich von den Franzosen und Spaniern bekannt ist, daß sie überall unter fremden Stämmen eher genirt sind, denen Unsitte anzunehmen, als vermögend, sie auf ihren eignen sittlichen Standpunkt zu sich zu erheben. Frankreich und Rußland sind daher zu einander hingezogen schon durch das Gefühl der Unzulänglichkeit ihrer Nationaleigenschaften, die nur zu ergänzen sind, indem sie den Continentaltheil der deutschen Race in sich aufnehmen. Dies ist offenbar der letzte Grund einer wechselseitigen Zuneigung, die nur durch vorübergehende Ereignisse eine Zeit lang verdeckt worden ist, in der neuesten Zeit aber mehr und mehr in die Erscheinung tritt, und die naturgemäß damit endigen wird, Dem, was man seit einiger Zeit die «entente cordiale» zu nennen pflegt, ein baldiges Ende zu machen. Das erste Ziel dieser Allianz ist kein anderes als das: Deutschland zu unterdrücken oder doch es so weit zu unterwerfen, als erforderlich ist, um die Deutschen dem gemeinschaftlichen Zwecke der Allianz, der Bedrehung der englischen Suprematie in Europa wie in Asien, dienstbar zu machen.

Frankreich an seinem Theile fühlt so gut seine Unzulänglichkeit zur See, als England sein Uebergewicht. Da demnach Frankreich in keinem Falle sich Hoffnung machen kann, England zur See zu überwinden oder auch nur seine Flotte im feindlichen Zusammenstoß mit der englischen zu erhalten, so muß sein Hauptabsehen auf eine Invasion in Irland gerichtet sein. Das Pamphlet eines seefahrenen Prinzen und die neuerlichen Verhandlungen der französischen Kammern über den Zustand der französischen Flotte und Seemacht sprechen Bände über diesen Gegenstand. Auch würde England schwerlich wohl daran thun, diese äußern Zeichen geheimer Gesinnungen und Pläne unbeachtet zu lassen. Niemand vermag zu errathen, welche Partei die Vereinigten Staaten von Nordamerika in einem solchen Zusammenstoße nehmen würden, und Niemand kann vorhersagen, inwieweit dergleichen Pläne durch neue Erfindungen unterstützt werden dürften. Wenn auch die Selbsttäuschung der Franzosen über ihre eignen Kräfte und Zustände und über die von England schwerlich jemals so weit gehen dürfte, daß sie die Hoffnung hegen könnten, die englische Macht auf ihrem eignen Grund und Boden zu brechen, so ist doch gewiß ihre Hoffnung, die Macht Großbritanniens durch eine Invasion in Irland bedeutend zu schwächen, nicht ohne Grund. Und daß es darauf hauptsächlich abgesehen ist, darüber gibt das oben erwähnte Pamphlet hinlänglichen Aufschluß. Die Engländer können nicht zu gleicher Zeit längs ihrer ganzen Küste Wache stehen und Handel und Manufacturen betreiben, und schon eine solche Störung Englands in seinen friedlichen Fortschritten im Innern und in den Planen, die es in Asien und Afrika auszuführen hat, wäre Verlustes genug. Allerwenigstens würde für England daraus der große Nachtheil erwachsen, daß es mit dem Wachsthume von Nordamerika nicht mehr gleichen Schritt zu halten vermöchte.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, auf den Wunsch und das Bestreben des französischen Volks, daß zwischen Frankreich und Belgien eine dem Zollverein ähnliche Handelseinigung abgeschlossen werden möchte, als auf eine Regung hinzudeuten, die offenbar dem Streben nach nationaler Vergrößerung gegen den Rhein und die See hin entsprossen ist. Die deutsche Handelseinigung ist nur eine vernünftige, eine naturgemäße und wohlthätige, weil sie ein Bestandtheil der deutschen Nationaleinheit ist. Handelseinigung und politische Einigung sind Zwillingsschwestern; die eine kann nicht zur Geburt kommen, ohne daß die andere folgt. So haben wir gesehen, daß der politischen Einigung der drei Bestandtheile des Inselreichs die Handelseinigung zwischen Großbritannien und Irland gefolgt ist. So werden wir sehen, daß die deutsche Handelseinigung eine vollkommenere politische Einigung der deutschen Bundesstaaten zur Folge haben wird. Wäre es möglich, daß man sich in Belgien über die Bedeutung der Einigungswünsche des französischen Publicums Illusionen machen könnte?

Wie mächtig auch zur Zeit der Einfluß der Regierung und der Mittelklassen Frankreichs auf die Erhaltung des Friedens, wie aufrichtig und einflußreich auch die freundschaftliche Gesinnung der Hauptglieder beider Dynastien gegen einander sein mag, kein hellsehender Politiker wird jenen Bestrebungen und diesen Gesinnungen zutrauen, sie besitzen Kraft genug, um den französischen Nationalcharakter von Grund aus zu verändern, sie seien im Stande, jenen brennenden Durst nach Kriegsruhm zu löschen, jenes leidenschaftliche Streben nach unvergleichlicher Nationalgröße zu beschwichtigen, denen die französische Nation zu allen Zeiten Alles geopfert hat.

Nun scheint in der That die Zukunft in Hinsicht auf Seemacht und Colonienerwerbung eben keine sonderlichen Erfolge, sondern nur Demüthigungen für die Franzosen in ihrem Schooße zu bergen. Denn wenn England jene großen Plane, die es in Beziehung auf Asien und Afrika durch das Gesetz der Selbsterhaltung im Schilde zu führen gezwungen ist, wirklich zur Ausführung bringen sollte, so wird es im Laufe der nächsten Decennien noch ungleich mehr an Reichthum und Macht zunehmen als im Laufe der verflossenen, während die Franzosen durch Bekriegung der afrikanischen Emire und durch Colonialerwerbungen, wie die der Marquesas, sich eher schwächen als stärken dürften. Gesetzt aber auch, sie erhalten sich auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte, so ist zu bedenken, daß in unsern Tagen im Machtverhältnisse der Nationen das Stehenbleiben gleichbedeutend ist mit dem Rückwärtsgehen. Frankreich wird daher in Vergleich mit England mehr und mehr in Unbedeutenheit versinken, und unter solchen Umständen ist es mehr als zweifelhaft, daß eine so ruhmdürstige, eine so kriegerische Nation wie die Franzosen durch die parlamentarischen Lectionen des Hrn. Guizot und seiner Schüler für lange Zeit abzuhalten ist, der Idee des Hrn. Thiers zufolge sich durch Continentaleroberungen für den Unstern Frankreichs zur See und jenseit der See schadlos zu halten. Dies ist um so unwahrscheinlicher, als Frankreich in der That zu Lande sich gegenwärtig mächtiger fühlt als zu irgend einer frühern Zeit, nicht allein in Folge seiner moralischen, politischen und ökonomischen Wiedergeburt, sondern auch als Haupt aller romanischen Völker und als Vertreter der Liberalen auf dem ganzen Continent. Es ist endlich um so unwahrscheinlicher, als das französische Volk seit den Tagen von Waterloo auf Rache und Ehrenreparation sinnt und mit Ungeduld die Zeit erwartet, wann es die Verträge von 1815 mit Füßen treten könne.

Deutschland gegenüber wird Frankreich ohne Zweifel im Anfange seine frühere Taktik befolgen; es wird zum zweiten Male das Banner der Freiheit und Nationalbrüderschaft entfalten, und Niemand ist im Stande zu sa-

gen, was die deutschen Liberalen thun würden, wenn die deutsche Bureaukratie und die englische Handelspolitik noch lange fortfahren, Alles, was in Deutschland Geist und Vaterlandsliebe besitzt, den Franzosen in die Arme zu treiben. Alle diese Umstände wohl erwogen ist es äußerst wahrscheinlich, daß die Franzosen mit der Zeit von ganzem Herzen mit Rußland Allianz gegen Deutschland machen, und daß sie gern diesem Land alle Concessionen einräumen werden, die es vernünftigerweise in Anspruch nehmen kann, in der angenehmen Hoffnung, daß — seien nur erst Belgien und Holland und die Länder am Niederrhein, an der Ems, der Niederweser und Niederelbe gallisirt — Frankreich schon auch mit den Russen werde fertig werden.

IV. Ueber die Mittel Englands, seine Weltsuprematie im Bunde mit Deutschland zu behaupten. Nachdem wir das damnum emergens ins Klare gestellt haben, das aus der Unterjochung Deutschlands für England erwachsen, oder denjenigen positiven Verlust, den England in seiner gegenwärtigen Sicherheit erleiden würde, haben wir nun auch das daraus hervorgehende lucrum cessans oder Dasjenige, was England durch den Untergang Deutschlands an seinen Aussichten auf zukünftige Größe verlieren würde, ins Licht zu stellen. Es gibt nur zwei Wege für England, seine Suprematie zur See gegen die so rasch anwachsende Macht der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu behaupten: England muß entweder Mittel ausfindig machen, die nordamerikanische Union zu sprengen, oder einen Plan befolgen, in Folge dessen es noch schneller wächst in Reichthum und Macht als jene Union. Gleichwie die künftige Größe der amerikanischen Union in der Ausbreitung ihrer Bevölkerung, ihrer Cultur und Civilisation auf ihre Hinterländer bis zum Stillen Meer und in der Incorporirung von Mexiko und Canada zu suchen ist, so liegt die künftige Größe Englands in der Ausbreitung der europäischen Bevölkerung, Cultur und Civilisation über Asien, Afrika und Oceanien, mit alleiniger Ausnahme von Algier und der an dasselbe angrenzenden Gegenden und einiger Länder von Asien, die England den Franzosen und Russen immerhin überlassen kann, um in ihrer Eroberung und Behauptung ihre Kräfte zu verschwenden. Jene barbarischen oder halbbarbarischen Länder, die England bereits in den drei genannten Welttheilen besitzt oder über die es seine Herrschaft oder doch seinen Handelseinfluß zu erstrecken vermag, zählen nicht weniger als 500 Mill. Menschen: eine Zahl, die durch Cultur und Civilisation noch unendlich zu vermehren ist.

Der gesammte Werth der Waaren, die England im Laufe der letztverflossenen zehn Jahre (1834—44) nach dieser Ländermasse ausgeführt, und folglich der Werth derjenigen, die es von dort empfangen hat, beträgt im Durchschnitte nicht mehr als 10 Mill. Pf. St., also nicht mehr als 5 Pence für den Kopf, während die Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit nur 20 Mill. Einwohner, in dem gleichen Zeitraume für 8—9 Mill. Pf. St. oder 9—10 Schill. für den Kopf consumirt haben.

Inzwischen gibt es auch im Osten Länder, die sogar Nordamerika hinsichtlich ihrer Production und Consumtion, also ihres Verkehrs mit England, noch weit übertreffen, diejenigen nämlich, zu deren Cultur England den Grund gelegt hat. Neusüdwales, Vandiemensland und die Colonien am Schwanflusse consumiren an englischen Manufacturwaaren 7—8 Pf. St. für den Kopf jährlich, also 14 bis 16 Mal mehr als Nordamerika. Auch ist nicht einzusehen, warum nicht durch Beförderung der europäischen Auswanderung nach jenen Gegenden und durch Uebersiedelung von Kulies in diesen Ländern nicht schnell eine bedeutende Bevölkerung heranzuziehen sein sollte.

Unter allen oben angedeuteten Ländern befindet sich wol nicht ein einziges, mit welchem England nicht, je im Laufe von zehn Jahren, seinen Verkehr zu verdoppeln vermöchte, vorausgesetzt, daß es geeignete Maßregeln träfe, um ihre Civilisation zu fördern und insbesondere sie mit verbesserten Communicationsmitteln zu versehen. Die europäische Türkei, Aegypten und Syrien sind davon ein sprechendes Beispiel. Englands Ausfuhr nach diesen Ländern ist in den zehn Jahren von 1834—44 von $1^1/_{10}$ Mill. Pf. St. auf $3^3/_{10}$ Mill., also um 130 Proc., gestiegen.

Durch Ausdehnung der neuen Communicationsmittel, namentlich der Eisenbahnen, auf Asien und Afrika sind die Länder am Nil und am Rothen Meer, am Euphrat und am Persischen Meerbusen der englischen Küste so nahe zu bringen, als es vor zwanzig Jahren die Länder an der Schelde, am Rhein, an der Weser und Elbe — die Häfen von Bombay und Kalkutta so nahe, als es damals Lissabon und Cadix gewesen sind. Auch übertrifft, abgesehen von den obwaltenden politischen Verhältnissen, das Project einer Fortsetzung des belgischen und deutschen Eisenbahnsystems von Venedig nach der Nordküste des Archipelagus und von der Südküste des Archipelagus längs des Euphrats und der linken Küste des Persischen Meerbusens keineswegs an Kühnheit jenes Project der Nordamerikaner, mittels dessen sie die atlantischen Küstenländer mit den Uferlanden des Rio Grande und diese mit dem Stillen Meere zu verbinden beabsichtigen. Man bedenke nur, welcher ungeheure Vortheil England aus der Anlegung einer elektrischen Telegraphenlinie erwachsen würde, mittels deren Ostindien mit derselben Leichtigkeit von Downingstreet aus zu regieren sein würde als jetzt Jersey und Guernsey.

Bei allen großen Projecten aber, die England in Betreff Asiens und Afrikas auszuführen wünscht, sind drei Dinge vorauszusetzen: 1) die Gründung eines englischen Mittelreichs, Kleinasien und Aegypten in sich begreifend; 2) eine enge Allianz zwischen England und sämmtlichen deutschen Mächten; 3) die Ausdehnung der deutschen Herrschaft über alle europäischen Besitzungen der Pforte, sodaß den Engländern die schnellste Landcommunication durch das unmittelbare Aneinanderstoßen der Besitzungen beider Mächte gegen jede mögliche Störung einer feindlichen Macht für alle Zeiten gesichert wäre.

Ein englisches Reich, Kleinasien und Aegypten, folglich beide Straßen nach Indien in sich begreifend, würde nicht allein an und für sich selbst unermeßlich zur Vermehrung des Handels und der Schiffahrt, des Reichthums und der Seemacht Englands beitragen, sondern auch die Ausbreitung und den Besitz der englischen Herrschaft in Mittel-, Süd- und Ostasien und in Oceanien verbürgen und den englischen Handel mit jenen entfernten Ländern vermitteln. Kleinasien und Aegypten begreifen die fruchtbarsten Gegenden der Welt in sich, und da dort jetzt kein Landeigenthum besteht, so würde eine civilisirte Regierung ein gewaltiges Mittel in Händen haben, den Strom der europäischen Auswanderung nach jenen Ländern zu leiten. Durch Einführung des Grundeigenthums und vernünftiger Institutionen und Gesetze dürfte England in wenigen Jahren ohne sonderliche Opfer diese Länder auf einen hohen Grad von Cultur und Civilisation emporzuheben vermögen.

Dieses Mittelreich würde in jeder Beziehung das Halbweghaus zwischen England und dem Osten bilden. Hier würden Stapelplätze nicht blos für den Handel, sondern auch für die englische Land- und Seemacht etablirt werden können. Hier, diesseit und jenseit der Landenge, würde sich die englische Seemacht concentriren. Von hier aus würden mit Leichtigkeit und in kurzer Zeit Flotten und Armeen nach denjenigen Punkten geworfen werden können, wo man ihrer bedarf. Durch die hier concentrirte Macht dürfte es nicht schwer fallen, auf der einen Seite die Franzosen, auf der andern die Russen im Zaume zu halten. Daß diese beiden Mächte alle möglichen Anstrengungen machen würden, die Gründung eines Reichs zu verhindern, das den Engländern den Besitz der Weltsuprematie für eine unabsehliche Zukunft sichern würde, läßt sich denken. Aber diese beiden Mächte wären von England wenig zu fürchten, wenn ganz Deutschland mit seinen 70—80 Mill. Einwohnern (einschließlich der von Deutschland abhängigen Länder) mit Herz und Hand ihm zur Seite stände.

Es ist vorauszusehen, man werde mir einwenden: das Alles möge sehr wahr sein; Projecte dieser Art setzten aber ein Ueber den Haufen Werfen des osmanischen Reichs und folglich einen europäischen Krieg voraus; kein gewissenhafter Staatsmann jedoch, selbst wenn er sich die größten Vortheile für seine Nation davon zu versprechen hätte, könne es auf sein Gewissen nehmen, einen dreißigjährigen Frieden, der den Völkern so vielen Segen gebracht, einem Kriege zum Opfer zu bringen, von dem das Ende nicht abzusehen sei. Dieser Einwendung würde ich entgegnen: ich sei weit entfernt, dergleichen Projecte zu hegen oder dergleichen Rathschläge zu geben, ich spreche nur von Ereignissen, die im natürlichen Laufe der Dinge früher oder später sich begeben müßten, und von denen jetzt schon zu sprechen rathsam und unerläßlich sei, damit man in der gegenwärtigen Politik keine Fehler begehe, die man, im Falle die Zeit der Entscheidung von selbst eintrete, sehr zu bedauern haben würde. Ich habe bei dieser Bemerkung England wie Deutschland im Auge. Eine wirksame Allianz zwischen diesen beiden Ländern setzt voraus, daß Deutschland sich im Besitze derjenigen Nationalkräfte befinde, die ihm nur aus freien Institutionen und einer vollkommen nationalen Organisation erwachsen können; denn es ist nicht blos die Kraft und Zuneigung der deutschen Fürsten und Regierungen, es ist hauptsächlich die Kraft und die Sympathie der deutschen Völker, deren England in einem Kampfe mit Frankreich und Rußland bedarf.

Nun muß ich mir die Behauptung erlauben, daß gegenwärtig in einer Zeit, wo so viel gethan werden sollte und könnte, um die politischen und nationalen Wünsche und Bedürfnisse des deutschen Volks zu befriedigen, von Seiten der deutschen Regierungen oder vielmehr ihrer Bureaukratie gar wenig für diesen großen Zweck gethan wird, während von Seiten der englischen Handelspolitik zu einer Zeit, wo es so leicht wäre, sich das deutsche Volk zu befreunden, Alles geschieht, sich seine Sympathien zu entfremden. So scheint es, als ob man von beiden Seiten nichts Angelegentlicheres zu thun hätte als in dem deutschen Volke jenen Nationalgeist zu tödten, den man dermaleinst so nöthig haben wird, und der, pflanzt man ihn nicht jetzt schon, zur Zeit der Noth nicht plötzlich heraufzubeschwören ist, es wäre denn, eine neue Erfindung würde in der Zwischenzeit gemacht werden, ihn durch Dampf zu erzeugen. Alles auf dieser Erde nimmt ein Ende, und so wird auch der allgemeine Frieden ein Ende nehmen. Niemand wird die Diplomatie anklagen, daß sie gegenwärtig alle möglichen Anstrengungen macht, den Frieden zu wahren; im Gegentheil, wer irgend Kopf und Herz besitzt, wird sie darum höchlich loben. Aber kein einsichtsvoller Politiker wird sich verbergen, daß eine Zeit kommen wird, wo es selbst Engeln, wenn sie auf die Erde herniedersteigen, um diplomatische Stellen zu bekleiden, nicht mehr möglich sein dürfte, den Frieden zu erhalten. Die wachsende Macht der Vereinigten Staaten, die für England daraus erwachsende Nothwendigkeit, außerordentliche Anstrengungen zu machen, um seinen Reichthum und seine Macht zu vermehren, die Vergrößerungssucht und der kriegerische Geist von Rußland und Frankreich, und endlich der herannahende Verfall des türkischen Reichs müssen zuletzt Verwickelungen herbeiführen, die nicht mehr auf friedlichem Wege zu lösen sein werden.

Die zuletzt erwähnte, nämlich die Auflösung des türkischen Reichs, ist ohne Zweifel die stärkste dieser Ursachen. Die Diplomatie hat sich daher auch alle Mühe gegeben, Plane zu erfinden, um diese Frage auf friedlichem Wege zu lösen, namentlich Projecte, die türkischen Provinzen zwischen Rußland, Frankreich und England zu theilen. Möglich, daß auf diesem Wege der Frieden für einige Zeit länger zu erhalten ist. Wird aber dadurch die Vergrößerungssucht von Rußland und Frankreich beschwichtigt werden? Das ist sehr zu bezweifeln. Vielmehr ist zu befürchten, daß, wie auch die Theilung ausfalle, dadurch der Appetit jener beiden Mächte nach den Ländern des mittlern und südlichen Asiens nur um so mehr erregt wird. Eine solche Theilung scheint uns ein Palliativ zu sein, das nur dazu dient, die Krankheit zu verlängern, die man heilen will. Für alle Fälle wird die Allianz mit Deutschland für England das einzige wahre Mittel bleiben, um Asien und Afrika seiner künftigen Größe dienstbar zu machen — aber nicht Deutschland, wie es gegenwärtig ist, sondern Deutschland, wie es sein sollte und wie es mit Hülfe Englands werden könnte.

(Schluß folgt.)

Wissenschaft und Kunst.

† **Aus Sachsen**, 6. April. Von dem durch viele Jugend- und Schulschriften rühmlichst bekannten Director der Real- und Bürgerschulen zu Leipzig, Dr. **Karl Vogel**, ist in diesen Tagen erschienen: „Germania. Vaterländisches Lesebuch für die reifere Jugend" (Leipzig 1847). Schon der Titel des Buches hat des Bezeichnenden genug, um dasselbe von allen ähnlichen und gleichnamigen Erscheinungen der neuern und neuesten Zeit zu unterscheiden; außerdem aber lehrt der allerflüchtigste Ueberblick des Inhalts, daß es sich bei der Herausgabe der Germania allein darum handelte, ein Lehrbuch zu geben, das nach allen Richtungen und Beziehungen hin ein vollkommen deutsches genannt werden muß, das sich demnach vorzugsweise in den Kreisen deutschen Wesens

Digitized by Google

und Lebens, deutscher Gesinnung und That bewegt und mit allem Fleiß zu dem in deutschen Schulen nur zu lange und zu sehr übersehenen Ziele echter, bewußtvoller und von sittlicher Thatkraft getragener Vaterlandsliebe hinstrebt. Es leuchtet von selbst ein, daß ein Streben der Art nur durch eine Geist und Herz in gleicher Weise ansprechende und befriedigende Belehrung über das Vaterland gefördert werden kann. Und in der That, die „Germania" gibt eine solche Belehrung, indem sie die Dreieinheit jeder Nationalität: Land, Volk, Sprache, zu ihren drei Hauptabschnitten gewählt und in jedem derselben das dahin Gehörige mit überraschender Vollständigkeit abgehandelt hat. Das classische Vaterlandslied Arndt's bildet gewissermaßen die Einleitung zum Ganzen. Unter den beiden ersten Ueberschriften: „Deutsches Land" und „Deutsches Volk", folgen gegen hundert einzelne Aufsätze, die mit sorglicher Umsicht aus den namhaftesten und beliebtesten ältern und neuern Schriftstellern Deutschlands, Goethe, Arndt, J. v. Müller, Zschokke, Luden, Ranke, Dahlmann, Kohlrausch, Riemeyer, Eylert, Schott, Engelhardt, W. Hoffmann, Schmitthenner, Stenzel, Kapp, Blumenhagen, Varnhagen von Ense, G. Schwab, W. Menzel, Pfister, Duller, G. v. Heeringen, Simrock, Wetzel, Mendelssohn, Schaubach, Scheer u. A. m. gewählt und zu einem Ganzen zusammengeordnet sind.

Jeder dieser Aufsätze gleicht an sich einem selbständigen Bilde, das, wo es nöthig erschien, nicht ohne den passenden Rahmen geblieben ist, und hilft im Zusammenhange mit den andern einen Bildersaal herstellen, der Alles vereint, was das Auge des Beschauers anzuziehen und zu fesseln, sowie Herz und Gemüth zu erheben und zu stärken, zu erwärmen und zu veredeln durchaus befähigt ist. Ein solcher heilsamer Eindruck läßt sich unbezweifelt erwarten von den trefflichen Schilderungen Deutschlands nach seinen merkwürdigsten natürlichen Eigenthümlichkeiten und Verhältnissen, wie sich z. B. Flüsse und Gebirge, ganze Ländergebiete und einzelne Gegenden und Ortschaften (von der Beschreibung der ganzen Oberfläche Deutschlands bis herab zu der des Teutoburger-Waldes, der Stadt Nürnberg, des römischen Denkmals im Dorfe Igel, des kölner Doms, des Hohenstaufens wie der Burg Hohenschwangau) in reicher Fülle darbieten. Das gleiche nützliche Ergebniß läßt sich mit Sicherheit voraussetzen von den in der „Germania" befindlichen Charakteristiken des deutschen Volks. Sie steigen, ohne sich jedoch an eine ängstliche Schematisirung zu binden, ebenso wie die Schilderungen des Landes von dem Allgemeinen zu dem Besondern herab, heben, das Gebiet der Politik und religiöser Parteieinscheidung glücklich umgehend, die Glanzpunkte der deutschen Geschichte in einzelnen Begebenheiten und Persönlichkeiten (in der Hermannsschlacht bis herab zu der auf dem Lechfelde und der letzten bei Leipzig, in Karl dem Großen, Friedrich Barbarossa, Rudolf von Habsburg und Maximilian bis herab zu Preußens großen Friedrichen und zu dem Marschall Vorwärts, in dem Apostel Bonifacius und seines Gleichen bis herab „zu einem deutschen Philosophen" und einem „echt deutschen Schulmeister") und mögen keinen Stand (weder den Bauer noch den Bürger, weder den Handwerker noch den Künstler, weder das Volk noch den König) unbedacht und unerwähnt lassen.

Der dritte Abschnitt der „Germania": Deutsche Sprache, steht den beiden ersten an Werth keineswegs nach. Hier finden sich — der Zahl nach etwa sechzig — Meisterstücke deutscher Prosa aller Stylproben, von der Bibel an bis zur philosophischen Abhandlung und Rede, aus den mustergültigsten Schriftstellern der drei letzten Jahrhunderte; hier wird man von neuem auf den echt deutschen Charakter des Buches aufmerksam, denn alle — nicht ohne summarische Notizen über ihr Leben und Wirken — auftretenden Verfasser zeigen sich als solche, die in ihren Bestrebungen und Gesinnungen den Interessen des Vaterlandes zugewendet sind (es seien nur beispielsweise genannt: Luther, Hutten, Zwingli, Gellert, Lessing, Möser, Herder, Kant, Fichte, J. P. Fr. Richter, Arndt, Grimm, Gervinus); hier endlich tritt auf das unverkennbarste ein noch unerwähnter und wahrlich nicht unbedeutender Werth des Buches hervor: es ist in allen seinen Theilen überaus dazu geschickt, den Gedankenkreis des Lesenden und zu einem hinreichenden Verständnisse des Gelesenen Vorgeschrittenen in einer der wichtigsten Sphären des menschlichen Nachdenkens zu erweitern und zu lichten sowie das Productions- und Darstellungsvermögen anzuregen, zu entwickeln und zu bilden. Es ist zwar nicht neu und kann es füglich auch nicht sein, Lesebüchern einen solchen praktischen Zweck beizugeben, aber die Art, wie hier auf denselben hingewirkt ist, muß mit großem Lobe als durchaus eigenthümlich, sowie Geist und Herz kräftig aufregend und belobend bezeichnet werden. Der Herausgeber sagt in einer seinem Buche vorgesetzten und sehr treffenden Vorrede, daß er selbst als Anhang eine Auswahl von Sprüchwörtern und Volksliedern deutscher Zunge vermisse, und verspricht, eine solche in einer zweiten Auflage nachzubringen, wenn die erste mit Gunst empfangen werden wird. Es wäre schlimm, wenn sich das Letztere zur Ehre der deutschen Schulen und des deutschen nationalen Sinnes nicht mit ziemlicher Gewißheit voraussetzen ließe.

* **Aus Thüringen**, im April. Die Stadt Gotha besitzt in ihren Mauern so viele Beweise, daß ihre Fürsten für Künste und Wissenschaften nicht allein viel Sinn gehabt, sondern auch manche Opfer dafür gebracht haben, und dennoch ist Gotha in dieser Beziehung im Auslande weniger bekannt als das nachbarliche Weimar, das doch von Dem, was seine Fürsten für Künste und Wissenschaften gethan haben, wenig aufzuweisen hat, sondern noch immer von seinem alten Ruhme zehrt. Betrachten wir dagegen die Kunstschätze, welche das gothaische Schloß in sich vereinigt, so möchten sich, außer Wien, München, Dresden und allenfalls noch Berlin, nicht leicht andere deutsche Residenzstädte vorfinden, wo sich so große, wichtige und seltene Sammlungen befänden, und es mag hier nur an den großen Bücherschatz der Bibliothek, an das unschätzbare Münzcabinet, an die Sammlung von orientalischen Handschriften, an die große, vielleicht in Deutschland einzige Muschelsammlung, an die Bildergalerie, an das chinesische Cabinet, an die Sternwarte auf dem Seeberg ꝛc. erinnert werden. Auch der jetzige Herzog verfährt in gleicher Weise. So wie seit mehren Jahren in Dresden und Berlin, dann seit zwei Jahren in Jena und in diesem Winter auch in Weimar öffentliche Vorlesungen über interessante Gegenstände aus dem Gebiete der Wissenschaft gehalten worden sind, so haben solche Vorlesungen auch zu Gotha in einem Saale des Theatergebäudes vor einem großen Publicum stattgefunden. Als nun vor einiger Zeit ein Vortrag des Dr. med. Bretschneider angekündigt war, wurde dieser von dem Herzog ersucht, ihm diesen Tag zu einer Vorlesung abzutreten, welche er selbst zu halten gedenke, und da natürlich diesem Wunsche gern entsprochen wurde, so fand an jenem Abend ein höchst anziehender und belehrender Vortrag des Herzogs über Erfahrungsseelenkunde, Träume, Ahnungen, Visionen ꝛc. statt, welcher von den überaus zahlreich versammelten Zuhörern mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und lebhaftestem Interesse angehört wurde. Um den Verdacht zu vermeiden, als ob Weimar gegen Gotha in Schatten gestellt werden solle, wird hier darauf aufmerksam gemacht, daß das bedeutende Mineraliencabinet in Jena und alle übrigen bei der Universität befindlichen Sammlungen dem Sinne für Kunst und Wissenschaft und der Liberalität des verewigten Großherzogs Karl August verdankt werden, und daß auch das jenaische Schloß viele bedeutende Schätze der für das Edle, Gute und Nützliche unermüdlich thätigen Großherzogin als Geschenke aufbewahrt.

* **Altenburg**, im März. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, Einiges über die wissenschaftliche, künstlerische und gewerbliche Thätigkeit in unserm Lande zu berichten. Wir beginnen mit der Mittheilung, daß unser Herzog für das neugestiftete archäologische Museum in Jena ein sehr ansehnliches Geschenk von Antiken und Gypsabgüssen, welche von dem gelehrten Alterthumsforscher Campana in Rom zu seiner Verfügung gestellt worden waren, überwiesen hat. — Das Friedrichs-Gymnasium zählte am Ende des Schuljahrs 177 Schüler, 5 weniger als im verhergehenden Jahre. Die musikalischen Aufführungen in der Aula des Josephinums durch Gymnasiasten werden unter steigender Vollkommenheit der Leistungen zur Freude aller Zuhörer fortgesetzt. Das Lyceum zu Eisenberg zählte 41 Schüler, 1 mehr als im verhergehenden Jahre. Auch dort finden Gesangübungen und größere Musikaufführungen statt. — Das Schullehrerseminar befindet sich in schönster Blüte. Seit einiger Zeit wird an dieser Anstalt auch das Studium der Botanik mit lebendigem Interesse getrieben. — Die Kunst- und Handwerksschule zu Altenburg zählte im vergangenen Jahr 103 Schüler, darunter 12 Ausländer, und zu den Unterrichtsgegenständen wurde noch deutsche Geschichte hinzugefügt. Die Kunst- und Gewerbeschule in Ronneburg zählte 29, in Eisenberg 46, in Kahlau 30, in Luckau 27, in Roda 45, in Schmölln 75, in Gößnitz 39 Schüler. Allgemein ist der Wunsch, daß, unbeschadet der sogenannten Sonntagsschulen, eine höhere Bürger- und Gewerbeschule, wenn auch nicht unter dem Prunknamen einer polytechnischen, ins Leben treten möge, die dem Bedürfniß einer umfänglichern, tiefern und durchgreifendern Bildung der heranwachsenden Gewerbtreibenden und des künftigen Bürgerstandes abhilft.

Die Gewerbvereine in den Städten setzen ihre Versammlungen und Besprechungen einschlagender wichtiger Gegenstände und Zeitfragen, zum Theil mit praktischen Proben, regelmäßig fort. In Anerkennung der Vorzüge der amerikanischen Mühlen scheint die Einrichtung solcher immer mehr beabsichtigt zu werden. Im Interesse des inländischen Handelsstandes wurden in Bremen und Zürich Consulate errichtet. In Bezug auf das Innungswesen der hiesigen Residenzstadt ist der gegenwärtig in vollem Gange befindlichen Feststellung der Zunftgebühren zu gedenken, welche den doppelten Zweck verfolgt, einmal die bezüglichen Ansätze der Innungsartikel, sofern sie dem dermaligen Geldwerthsverhältniß nicht mehr entsprechen, zeitgemäß abzuändern und sodann durch klare und übersichtliche Vorschriften die Betheiligten gegen Uebersetzungen zu sichern, hiernächst auch unbillige Anforderungen der Art gänzlich zu beseitigen. Des gedeihlichsten Fortgangs erfreut sich die Vorschußkasse, deren Fonds sich durch eine Einsammlung freiwilliger Beiträge wesentlich erhöht und die nunmehr an 138 Competenten Vorschüsse ausgezahlt hat, von denen bereits einige zwanzig völlig zurückgezahlt sind. Zu Ende des Jahres 1845 belief sich der Bestand der Sparkasse auf 190,485 Thlr.; er ist sonach seit Ende 1844 um 23,934 Thlr. gestiegen. Die Benutzung der hiesigen Bürgerbibliothek hat ihren geregelten und erfreulichen Fortgang. Die Zahl der Leser belief sich im vorigen Jahr auf 400. In Folge neuer Anschaffungen zählt die Bibliothek gegen 1200 Bände.

* **Rom**, im März. Beim Beginne dieses Jahres foderte der Papst vom Cardinal Mezzofanti, der bekanntlich jetzt an Lambruschini's Stelle Minister der Studien ist, einen amtlichen Bericht über den Status quo des in den Provinzialstädten wie in Rom selbst jetzt fast ausschließlich von den Padri della Dottrina cristiana besorgten Elementarunterrichts der männlichen Jugend aus den mittlern und untersten Volksschichten. Der dem geforderten Berichte beigelegten Statistik nach steht es um den Volksunterricht im Kirchenstaate noch lange nicht so wohl, als man wünschen und erwarten sollte. Es ergibt sich daraus unter Anderm, daß jene von den Communen unterhaltenen Weltgeistlichen (sie heißen auch Ignorantelli) im ganzen Lande nicht mehr als 18 Lehrstationen haben. In Rom befinden sich davon 4, in den Provinzen 14. Die römischen sind: Trinità dei Monti mit 300 Knaben, San Salvatore in Lauro mit 360 Knaben, Madonna dei Monti mit 740 Knaben, Madonna degli Angeli mit 500 Waisen. Diese vier Anstalten sowie die vom Fürsten Borghese gegründete fünfte werden von 54 Ignorantelli als Lehrern geleitet. Die Stationen in den Provinzen sind: Tivoli mit 170 Knaben, obgleich weit über 200 des Unterrichts bedürftig sind; Viterbo mit 6 Brüdern und 300 Knaben; Orvieto mit 24 Brüdern, unter denen 16 Novizen, und 300 Knaben; Bolsena mit 4 Brüdern und 28 Knaben; Corneto mit 4 Brüdern und 170 Knaben; Spoleto mit 7 Brüdern und 290 Knaben; Foligno mit 4 Brüdern und 110 Knaben; Loreto mit 4 Brüdern und 170 Knaben; Sinigaglia mit 4 Brüdern, welche ein Orphanotropheum leiten; Nocera mit 3 Brüdern und 110 Knaben; Ancona mit 8 Brüdern und 270 Knaben; Benevento mit 7 Brüdern und 120 Knaben; Velletri mit 6 Brüdern und 230 Knaben; Castelgandolfo mit 4 Brüdern und 100 Knaben. Hiernach hat sich herausgestellt, daß diesen Augenblick noch an gar vielen, namentlich kleinern Provinzialorten schulfähige Knaben in nicht geringer Zahl ohne allen Elementarunterricht aufwachsen; nur 4285 werden durch 127 Ignorantelli unterrichtet.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Sonnabend — Nr. 100. — 10. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Uebersicht.

Deutschland. Censur in Nürnberg. — Lola Montez. ○ Neustadt bei Stolpen. Entgegnung des Dr. Schaffrath. †Hannover. Landtag. Großfürst Konstantin. — Das Zeughaus in Hannover. — Hr. Hecker. — Die Schweizerische National-Zeitung in Mannheim. *Kassel. Die Lebensmittel. Der Nothstand. — Auswanderung aus Oberhessen. — Concessionsverweigerung in Sonderburg. — Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. Der Judeneid. †Aus Schwarzburg-Sondershausen. Behörden und Gerichtswesen.

Preußen. (+) Berlin. Der Vereinigte Landtag. Das Landtagsfest. Der Nothstand. ▽ Leipzig. Fischer über den Vereinigten Landtag. — Die freien Gemeinden in Königsberg. — Hr. Simon. — Elberfelder Landtagsanträge. — Der Fürst v. Hatzfeld. — Graf Hatzfeldt.

Spanien. Hr. Salamanca. Bahamonde Justizminister. Rundschreiben bezüglich der portugiesischen Insurgenten. Gefangene Carlisten. Herabsetzung des Zeitungsporto. Gerüchte. Hr. Olozaga. Der Herzog von Glücksberg.

Großbritannien. Anklage gegen den Obercommissar der Jonischen Inseln Lord Seaton. Einschiffung von Militair nach Lissabon. Uebersiedelung von Irländern nach Canada. Graf de Ste.-Aulaire. Nachrichten vom Cap. Das Postdampfschiff Tweed verunglückt.

Frankreich. Die Morgenzeitungen. Die Gelder zu geheimen Ausgaben. Die Königin Christine. Interventien in Portugal. Der Pair Roy stirbt. Demoiselle Mars. ▽ Paris. Das Cabinet und die progressiven Conservativen. Hrn. Guizot's Plane. Der spanische Ministerwechsel

Niederlande. Der König. Sinken der Fruchtpreise.

Rußland und Polen. *Petersburg. Der Kaiser. Hohe Staatsämter. Bauernaufstände. Sammlung für Irland. Feuer in Brzesc-Litewski. Liszt in Kiew. Kälte in Odessa. Fremdenpolizei in Neapel. *Moskau. Mordthat. — Die Branntweinbrennereien.

Nordamerika. Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Nachtfahrten der Berlin-Anhaltbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

Aufsehen im Publicum macht die Nachricht, sagt ein Correspondent aus **Nürnberg** vom 4. April im Frankfurter Journal, daß auf Anordnung der Regierung von Mittelfranken den hiesigen Zeitungen hinfort alle nichtofficiellen Mittheilungen über Anstellungen, Versetzungen von Beamten, selbst solche, welche die aus amtlichen Quellen schöpfende Allgemeine Zeitung bringt, ohne Ausnahme gestrichen werden sollen. Es ist dies eine Verschärfung der Censur gegen früher, und man weiß deshalb diese Verfügung der mittelfränkischen Regierung nicht wohl mit der wiederholt ausgesprochenen Absicht des neuen Ministeriums in Einklang zu bringen, wonach der Besprechung inländischer Angelegenheiten in der bairischen Presse ein freierer Spielraum gestattet werden soll.

— Der Kölnischen Zeitung ist folgende Erklärung zugegangen:

„Soeben lese ich in der Kölnischen Zeitung vom 26. März die Abschrift eines Correspondenzartikels (aus den »Grenzboten«), welcher sowol die Ehre meiner Person angreift als meinen Charakter verdächtigt, indem man mich fälschlich mit einer Madame James in London verwechseln will, einer Frau von sehr übelm Rufe, noch lebend und wenigstens zwei Mal so alt als ich. In Folge dessen halte ich es für meine Pflicht, Ihnen zu sagen, daß mein Name Maria Dolores Porris y Montez ist; daß mein Vater ein carlistischer Offizier war, nach dessen Tode meine Mutter, eine geborene Habaneserin, sich mit einem irländischen Adeligen verheirathete. Ich bin im Jahre 1823 in Sevilla, in Andalusien, geboren, in Folge unglücklicher Familienverhältnisse sah ich mich genöthigt, beim Theater mein Fortkommen zu suchen, was ich, seit ich mich in München häuslich niedergelassen, für immer verlassen habe. Indem ich Sie ein für alle Mal bitte, meinen Namen nicht mit den politischen Angelegenheiten Baierns zu vermischen, mit welchen meine Person nicht das Geringste zu schaffen hat, ersuche ich Sie, diese meine Erklärung in Ihr sehr geschätztes Blatt aufnehmen zu wollen und so das Ihrige dazu beizutragen, daß der Wahrheit ihr Recht werde. Womit ich die Ehre habe, mich zu nennen Ihre Ergebenste Lola Montez. München, 30. März 1847."

○ **Neustadt** bei Stolpen, 6. April. Der leipziger Z.-Correspondent in Nr. 93 dieser Zeitung macht es wie die meisten heutigen Bekämpfer des politischen oder socialen Fortschritts oder vielmehr der Freunde desselben; sie legen nämlich erst diesen Aeußerungen in den Mund, welche von diesen nie gethan worden sind, und widerlegen dann diese Aeußerungen mit ernster Amtsmiene. So beginnt in Nr. 93 der Kampf gegen mich und meine Andeutungen bei der Berathung über die Nahrungsverhältnisse in der II. Kammer mit der Unwahrheit: „ich hätte, wie schon auf dem letzten Landtage, geäußert, die Regierung habe sich mit der Organisation der Arbeit bekannt zu machen." Nicht „demnach" und „also" ist sie schon „gefunden", weil ich jene Aeußerung gethan habe, sondern sie ist es dessenungeachtet und trotzdem, daß ich diese nicht gethan habe! Aber natürlich ist diese Organisation der Arbeit, so weit sie schon „gefunden" ist, wie alles Irdische, zumal in seinen Anfängen, noch etwas sehr Unvollkommenes, indeß zum Theil schon hier und da, wenn auch noch sehr selten, praktisch, z. B. in Handwerkerassociationen am Rhein oder durch Privatverträge zwischen Fabrikherren und Fabrikarbeitern theilweise eingeführt. Aber auch abgesehen von solchen neuern, noch seltenen Versuchen einer bessern Organisation der Arbeit, handelt es sich hierbei überhaupt nicht mehr um das Ob? sondern nur noch um das Wie? Eine Organisation der Arbeit, zumal im Sinne des Correspondenten, hat von je her, z. B. in der gewerblichen Gesetzgebung fast aller Staaten, schon praktisch bestanden, wenn auch freilich nach meiner nicht „nationalökonomischen" Ansicht eine „künstliche, den natürlichen Gesetzen des Verkehrs zuwiderlaufende", nicht die rechte und „natürliche", und ich kann daher meinem verehrten Gegner auf den Grund der fast sinnlich wahrnehmbaren, gerade umgekehrten oder entgegengesetzten Wirklichkeit nicht „erlauben", „die Organisation der Arbeit für eine Sache zu erklären, die entweder, so weit sie eine natürliche, schon vorhanden sei oder als künstliche Einrichtung nie gefunden werden würde". Oder wäre es ihm z. B. eine „natürliche", allseitig gerechte Organisation der Arbeit, wenn nach Art. 111 des sächsischen Criminalgesetzbuchs — einer Bestimmung, welcher ähnliche fast in allen Staaten existiren — Gewerbtreibende, welche die Einstellung ihrer Gewerbsarbeiten verabreden, um die Obrigkeit zu einer amtlichen Verfügung oder zur Aufhebung einer solchen zu nöthigen, sowie Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter, welche sich vereinigen, ihre Gewerbsarbeiten einzustellen — (z. B. um ein lohnenderes, dem Preise der Lebensmittel angemesseneres Arbeitslohn zu erlangen) —, und sich den Anordnungen der Obrigkeit (z. B. der, sie fortzustellen) nicht fügen, mit Gefängniß criminell bestraft werden, während sogar alle diesfallsigen Verabredungen und Vereinigungen der Fabrik- oder Arbeitsherren gegen ihre Arbeiter, z. B. zu dem Zwecke, um das Lohn der Letztern herabzudrücken, straflos blieben? Und so weiter. Dies zur „jedem Nationalökonomen ganz neuen" Nach- oder Ab- oder Zurechtweisung, „wo man sich mit der »Organisation der Arbeit« vertraut machen kann".

Wie ich bei der Befürwortung einer Besteuerung des „Geldvermögens, Geldeinkommens, Geldcapitals, besonders des Einkommens an Zinsrenten" einen ganz irrigen Begriff von dem Worte: „Capital" gehabt habe, und wie darunter (unter Geldeinkommen, Geldcapital ꝛc.) auch Häuser, Felder, Wälder und Maschinen verstanden werden können, ist mir freilich, da ich kein „Nationalökonom" bin, ganz neu und gewiß verzeihlich. Doch tröste ich mich über diesen Irrthum und meinen Glauben an die praktische Möglichkeit, Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit und, wie ich heute hinzusetze, Nothwendigkeit einer solchen, von mir nur angedeuteten Capitalsteuer mit der badischen II. Kammer, mit den Mathy, Bassermann ꝛc., welche alle Einwendungen gegen eine Capitalsteuer, von denen übrigens gerade die von dem Correspondenten hervorgehobenen noch die unwichtigsten und wenigsten sind, auf den zwei letzten Landtagen siegreich widerlegt haben. Auch ist die Einkommensteuer in England auf „nur so lange, als ohne sie ein Deficit bestände", allerdings beantragt und gewährt, aber dennoch durch die Verminderung oder Aufhebung so vieler anderer Steuern zur bleibenden Nothwendigkeit und Wirklichkeit oder für immer oder wenigstens eine sehr lange Zeit zur nothwendigen Wirklichkeit geworden. Ich habe ferner nie „getadelt", sondern nur zur Vergleichung mit der Besteuerung der Arbeit, der Fabrikate oder Producte, nicht dieser gegenüber, sondern neben ihr erwähnt, daß (zu exportirende) Rohstoffe nicht, wohl aber fertige Producte beim Export besteuert werden. Daß übrigens durch die (Zoll-) Begünstigung der Rohstoffe (beim Export?) wohlfeiler fabricirt werden könne, bezweifle ich sehr, und die Furcht vor dem Einpaschen der Luxusartikel der Reichen beweist theils zu viel für die Freilassung oder Ermäßigung aller Artikel von allen Zöllen, theils nichts für die Gerechtigkeit der Begünstigung der Luxusartikel der Reichen und der zum Theil verhältnißmäßig hohen Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel der Armen.

Creditanstalten oder Banken für capital- und vermögenslose Arbeiter, besonders für Handwerker, bestehen in größerer oder geringerer Ausdehnung, in einzelnen, freilich noch wenigen Städten schon sehr lange;

„einige Erfahrung" spricht also nicht dafür, „daß sie bald ein Ende nehmen werden". Wenn sie aber auch, wie z. B. unsere Armenversorgung, fortwährend Opfer von Seiten des Staats oder der Gemeinden erheischten, wäre dies allein ein hinreichender Grund gegen ein wahrhaft und allgemein wohlthätiges Institut fürs Volk, das allerdings „nicht blos", aber wahrlich auch mit „aus seinen untersten Klassen" besteht? „Vertheidiger des Communalprincips" bei der Armengesetzgebung bin ich nie gewesen, wenn auch als Jurist Vertheidiger der Anwendung und Durchführung des gesetzlich einmal bestehenden Communalprincips, so lange es gesetzlich besteht. Und wenn endlich der „Nationalökonom" nicht begreift, wie man sich von der Nützlichkeit einer Einrichtung, die noch gar nicht oder nur kurze Zeit bestehe, überzeugen könne, so scheint er ein Feind aller Wissenschaft und Theorie, ein Sensualist und Materialist zu sein, der, selbst wenn er ein Herz für die Noth der armen Arbeiter hat, doch nicht an Ueberfluß von gutem Willen nur zu einem Versuche, derselben durch eins von vielen vorgeschlagenen Mitteln abzuhelfen, zu leiden scheint, und mit dem man gar nicht verhandeln kann, da er die Voraussetzung und Grundlage aller Verhandlung und allen Streites, die Wissenschaft, Theorie und wenigstens theoretische Vernunft läugnet und eine „wissenschaftliche", oder auf vernünftigen, auf Gründen der Theorie, nicht auf praktischer Erfahrung ruhende Ueberzeugung nicht begreift! Dies kommt mir eben so „neu" vor, als es anmaßend und vergeblich ist, in solchen Zeitungsartikeln über die hochwichtigsten Fragen der Gesellschaft, über deren fast jede, wie über die Armenpflege, wissenschaftliche Bücher und Bände schon geschrieben sind und noch geschrieben werden können, abzusprechen und meine nur rhapsodischen Aeußerungen und Andeutungen, wie sie bei einem Gegenstande von solchem Umfange in einer Kammerrede allein möglich sind, als eine erschöpfende Abhandlung anzugreifen.

Dr. **Schaffrath**.

† **Hannover**, 7. April. In der Ständeversammlung haben, wie bekannt, Verhandlungen über die Abänderung des §. 22 des Jagdgesetzes von 1840 stattgefunden, wonach selbst auf fliehende Wilddiebe geschossen werden darf. Die II. Kammer entschied einstimmig für die Abschaffung, auch die Vertreter der Regierung hielten eine Milderung des Gesetzes für angemessen. Die I. Kammer hat sich dagegen erklärt. Dort gab ein höherer Forstbeamter actenmäßige Auskunft über die Folgen des Gesetzes, die, man unterscheide nun wie man immer wolle, schrecklich bleiben. Nach der Hannoverschen Zeitung gab der Redner folgende Zahlen an: von 1820—40 wurden 8 Jagdbediente getödtet, 10 verwundet und 2 Wilddiebe getödtet. Seit 1840, also seit dem etwa sechsjährigen Bestehen des Gesetzes, wurden 6 Wilddiebe getödtet, 6 verwundet und 1 Jagdbedienter getödtet und 3 verwundet. Ein anderer Abgeordneter versicherte, er kenne einen Berechtigten in seiner Gegend, der allein 3 Wilddiebe in kurzer Zeit erlegt habe. Die Kammern, die gleich gestern, unmittelbar nach den Festtagen, ihre Verhandlungen wieder aufgenommen haben, hoffen nun endlich in nächster Woche mit ihren Geschäften zu Ende zu kommen. Die Gewerbeordnung ist bis auf einzelne wenige Punkte beiderseits genehmigt; zu den noch offnen Fragen gehört die Freiheit des Sortimentsbuchhandels, welche die II. Kammer, oder dessen Abhängigkeit von einer Concession, welche die I. Kammer will. In jener wurde die Nothwendigkeit der Concession mit so guten Gründen bestritten, daß die Mehrheit für die Freigebung sich sogar bedeutend verstärkt hat. Doch darf man sich trotzdem auf die Festhaltung dieses Beschlusses noch nicht sicher verlassen, und jetzt um so weniger, da die II. Kammer schon sehr zerbröckelt ist. Viele Mitglieder der Opposition werden nicht mehr zurückkehren.

Man erwartet den Großfürsten Konstantin zum Geburtstage seiner künftigen Schwägerin, der Kronprinzessin, am 14. April.

— Die Commission, welche über den bereits geschehenen Einsturz und die fernere Haltbarkeit des neuen Zeughauses in **Hannover** ein Gutachten abgeben sollte, hat ihre Arbeiten beendigt, und es heißt, der stehende innere Theil des Baues solle gänzlich niedergerissen werden.

— Man schreibt dem Frankfurter Journal aus **Freiburg** vom 4. April: „Der Freiburger Zeitung wird aus Mannheim (freilich in nicht bestimmter Weise) mitgetheilt, Obergerichtsadvocat Hecker, der frühere badische Abgeordnete, habe um einen dreimonatlichen Urlaub nachgesucht, um sich in Algier ansiedeln und seine Familie dorthin nachkommen lassen zu können."

— Das Mannheimer Journal erzählt, daß in der ihm zugekommenen Nr. 75 der in **Basel** erscheinenden Schweizerischen National-Zeitung mehre Worte mit Druckerschwärze überstrichen und dadurch unleserlich gemacht waren.

* **Kassel**, 5. April. Da allerdings mit Grund zu besorgen steht, daß die einheimischen Getreidevorräthe nicht ausreichen werden, um bis zur nächsten Aernte vor Mangel an Brotfrüchten zu schützen, so hat die Staatsregierung jetzt 6000 Viertel überseeischen Roggen ankaufen lassen, die binnen kurzem von Bremen eintreffen werden. Um die vorhandenen Lebensmittel zu vermehren, ist ferner die zollfreie Einfuhr von Reis gestattet worden; es hat jedoch dies nicht die Wirkung gehabt, welche man sich davon versprach, nämlich dieses Nahrungsmittel wohlfeiler zu machen. Da gleichzeitig dieselbe Maßregel auch in andern deutschen Staaten getroffen worden ist, so sind die Preise in Bremen sogleich aufgeschlagen, was denn auch die hiesigen Kaufleute veranlaßt hat, die Verkaufspreise zu erhöhen. Solchergestalt ist der amerikanische Reis hier am Orte theurer geworden als zuvor. Uebrigens ist der Verbrauch von Reis ohnehin blos auf die höhern und mittlern Klassen beschränkt, den untern Klassen würde also durch Ermäßigung von dessen Preis nicht geholfen sein. Für letztere wäre vielmehr zu wünschen, daß der Zoll auf den Kaffee herabgesetzt würde, denn dieser dient jetzt auf dem platten Lande vorzüglich, den Mangel an Brot und Kartoffeln zu ersetzen. Die letztern sind an manchen Orten in so geringer Quantität vorhanden und so theuer im Preise, daß sie in den Haushaltungen der ärmern Einwohner täglich stückweise zugezählt werden. Wenn die bisherige Kartoffelkrankheit in diesem Jahre nicht nachlassen, sondern sich abermals einstellen sollte, so sieht man überhaupt nicht, wie man Mittel finden werde, die zahlreiche proletarische Bevölkerung in unserm Lande zu ernähren. Da den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt ist, für den Unterhalt ihrer Ortsarmen Sorge zu tragen, und die Zahl der Hülfsbedürftigen so groß ist, so sind gar viele Gemeinden genöthigt gewesen, Schulden zu machen, oft haben sich in den Landgemeinden die Ortsvorstände dadurch geholfen, daß sie die Nothleidenden unter die wohlhabendern Einwohner vertheilt haben, und für diese ist das eine um so größere Last, als sie selbst häufig kaum hinreichende Mittel hatten, ihre eignen Familien in dieser Zeit der Noth durchzubringen. Viele sind dadurch selbst in die Klasse der Unterstützungsbedürftigen gekommen. Glücklicherweise bieten in diesem Augenblicke die Eisenbahnarbeiten in Kurhessen Tausenden von Proletariern Gelegenheit dar, einen nothdürftigen Lebensunterhalt zu finden, außerdem würde die Noth noch größer sein.

— Aus **Oberhessen** ist wiederum eine ganze Gemeinde, Pfersdorf bei Büdingen, 250 Köpfe stark, über Antwerpen nach Neuyork ausgewandert. Der Bürgermeister und sogar die Polizei schloß sich dem Zuge an, welcher außer dem Privatvermögen noch ein baares Gemeindevermögen von 30,000 Fl. mitnimmt. Die Regierung hat der Gemeinde bis zu ihrer Einschiffung einen Commissar mitgegeben, was dankbar anerkannt wird. (D. P. A. Z.)

— Die Dannevirke enthält einen aus **Sonderburg** vom 31. März datirten Correspondenzbericht, in welchem eine in das dortige Dansk Ugeblad aufgenommene Anzeige der bisherigen Herausgeberin des deutschen und des dänischen Sonderburger Wochenblattes mitgetheilt wird. Dieser Anzeige zufolge wird weder das dänische noch das deutsche Wochenblatt in Zukunft weiter erscheinen, da die Herausgeberin auf ihr Ansuchen um eine Concession zur Fortsetzung derselben von der schleswig-holsteinischen Kanzlei in Kopenhagen eine abschlägige Antwort erhalten hat.

— Der Großherzog von **Mecklenburg-Schwerin** hat seine beabsichtigte Reise nach Berlin wieder aufgegeben, und man nimmt als hauptsächlichen Grund dazu die Rücksicht auf die immer höher steigenden Kornpreise und die dadurch herbeigeführte Theuerung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse an, welche ihn bewogen, seine Lande in diesem Jahre nicht auf lange Zeit zu verlassen. — Wie aus einem Reskript an den Landesrabbiner Dr. Holdheim in Schwerin hervorgeht, hat der Großherzog zu der von demselben wiederholt empfohlenen Abänderung der Formel des Judeneides bereits alle Einrichtungen treffen lassen.

† **Aus Schwarzburg-Sondershausen**, 6. April. Von den hier mit dem 1. April ins Leben getretenen Umgestaltungen in der Behörden- und Gerichtsverfassung haben wir schon beim Erscheinen des organischen landesherrlichen Reskripts vom 22. Dec. v. J. (Nr. 1) Nachricht gegeben. Wir haben Dem jetzt noch hinzuzufügen, daß kurz vor dem Eintritte der Reformen mehre, specielle Anordnungen enthaltende Ausführungsverfügungen von der höchsten Stelle ausgegangen sind, namentlich eine Geschäftsinstruction für die Landesregierung (als die untergeordnete Behörde des Geheimenrathscollegiums), sowie eine für die Landgerichte (in Sondershausen und in Arnstadt) und ein Reskript, womit in Bezug auf die Organisation der Forst- und Jagd-Rügecommissionen, welche nach gedachtem Gesetze die Stelle der fürstlichen Kammer hinsichtlich der Untersuchung und Bestrafung der Forst- und Jagdvergehen fortan vertreten wird, nähere Bestimmungen getroffen werden.

Preußen.

(+) **Berlin**, 7. April. Tag um Tag sammeln sich immer mehr die Mitglieder des Vereinigten Landtags in der Residenz, Zusammenkünfte, Begrüßungen ꝛc. finden statt unter denselben, man sucht sich auf dem hauptstädtischen Boden zu orientiren, und Alles ist eben so gespannt auf den Anfang wie auf das Ende und das Resultat unsers ersten Vereinigten Landtags. Das Fest, welches die Stadt Berlin dem Landtage geben wollte, ist so gut wie vergessen, und es spricht mehr als Ein Grund dafür, daß die Veranstaltung desselben unterlassen wird, vor allen Dingen — um die politische Seite gar nicht zu berühren — die große Noth in den untern Klassen unserer Bevölkerung. Man gehe nur hinaus in das Voigtland vor dem Hamburger Thore, dort sieht und hört man, was man selbst früher in dieser verrufenen Gegend nie hören und sehen

konnte. Unter 15,000 Thlr. würde das berliner Landtagsfest nicht herzustellen sein, und jetzt, wo im Budget der Haupt- und Residenzstadt Berlin das so lange gefürchtete Deficit wirklich eingetreten ist, jetzt wird man 15,000 Thlr. besser als für Champagner und Delicatessen verwenden können. Hier nur Ein Fall. Die Berliner Zeitungshalle meldete vor einiger Zeit eine Zeitungsente an, indem sie erzählte, die Polizei habe den Besitzern der Familienhäuser im Voigtlande verbötet, in diesem Winter die Miether herauszuweisen, welche den Zins schuldig blieben; einen solchen Eingriff in die privatrechtliche Sphäre kann sich die Polizei nun freilich nicht erlauben, aber dessenungeachtet war etwas Wahres an dem Berichte der Zeitungshalle. Es sind nämlich in unserm Voigtlande, wo der Hausbesitzer dem Miether höchstens auf einen Monat Credit gibt, über 2500 Thlr. Miethrückstände, und es haben sich die Verwalter dieser Elendshäuser nun an den Staat gewendet, weil eine Ermittirung in Masse — sonst sind die berliner Hausbesitzer im Ermittiren nicht faul — doch ihre sehr bedenkliche Seite haben könnte. Die Regierung hat aber gemeint, daß hier aus Staatsfonds nichts geschehen könne, und es ist von ihr das Gesuch der Familienhausbesitzer an die berlinischen Communalbehörden geschickt worden, welche für die Unglücklichen, wenn sie herausgeworfen sind ohne Hab und Gut, weitere Sorge zu tragen haben und wo dann das Arbeitshaus sich öffnen muß. Aber das berliner Arbeitshaus ist gegenwärtig auch vollkommen gefüllt, man würde sich wegen der Aufnahme des neuen starken Zuflusses in einer sehr großen Verlegenheit befinden, und so bleibt denn wol kaum etwas Anderes übrig, als daß die berliner Armenbehörde den fehlenden Miethzins zahlt und so einstweilen das Herauswiesen vieler Elenden aufhält. Es würde dadurch allerdings ein etwas bedenkliches Beispiel gegeben. Aber wie Dem auch sei, wo die Zustände so sind, da hat man schon Ursache, ein so glänzendes Fest, wie man es in Berlin anfangs zur Landtagseröffnung beabsichtigt hat, zu unterdrücken und für den Champagner und die Südfrüchte Brotmarken und Armensuppen auszutheilen.

▽ **Leipzig**, 8. April. Das preußische Verfassungswerk, dessen weitere Entfaltung bei der Versammlung des Vereinigten Landtags ganz Deutschland mit gerechter Spannung entgegensieht, setzt die tüchtigsten Federn in Bewegung. Es war daher zu erwarten, daß auch Ferdinand Fischer in Breslau, der sich bei allen bisherigen patriotischen Fragen so lebhaft und erfolgreich betheiligt hat, nicht unthätig seine Hand in den Schoos legen werde. Von ihm ist in diesen Tagen hier eine Broschüre erschienen, die zwar nur den Specialtitel: „Preußens Herrenbank und Wahlgesetz", führt, aber die Verfassungsfrage in ihrem ganzen Umfange, namentlich auch die mit so vieler Heftigkeit angeregte Competenzfrage bespricht. Fischer will, wie er in dem dem Schriftchen vorgesetzten Motto andeutet, versöhnen, nicht verletzen, und diesem Motto getreu faßt er die Lage der Dinge mit einem ehrenwerthen Liberalismus auf, welchen wir im Besondern einen patriotischen Liberalismus nennen möchten. Mit diesem Liberalismus kommt er aber freilich zu ganz andern Resultaten als Simon mit seinen den factischen Boden in einem bisher absoluten Staate mit vergeblicher Mühe wegläugnenden Theorien. „Ein Fürst, faktisch unbeschränkt," — so spricht Fischer in den einleitenden Worten — „ruft die Abgeordneten der Stände seines Reichs freiwillig, ohne Krieg nach außen, ohne Aufstand im Innern, ohne drückende Noth der Finanzen, kurz, ohne äußern Zwang zusammen", und deshalb fühlt sich der Verfasser verpflichtet, die Nation zum Dank für eine solche Handlung aufzurufen, nicht aber, wie das Simon thut, das Gebotene, weil es nicht genug, von der Hand zu weisen. Man findet in der Broschüre die Meinung ausgeführt, daß, wenn durch das Patent vom 3. Febr. wirklich bestehende, verbriefte Rechte gekränkt sein sollten (wo haben je solche ganz unberührt bleiben können, wo es sich um eine große Verfassungsreform gehandelt hat?), doch sicherlich das Patent viel mehr gegeben als genommen, zugleich auch in die Macht der Deputirten die Befugniß gestellt hat, sich alle alten bestehenden Rechte zu bewahren. Es wird darauf hingewiesen, daß in dem Patente dem Vereinigten Landtage das wichtigste aller constitutionellen Rechte, das einzige Recht, welches einst dem Unterhause Englands zustand und woraus alle andern Rechte und Privilegien wie von selbst hervorgingen, ertheilt wird, daß ohne seine Zustimmung in Friedenszeiten keine neuen Staatsanleihen aufgenommen, keine neuen Steuern eingeführt, keine bestehenden erhöht werden sollen. Es wird ferner deducirt, wie das Patent dem Vereinigten Landtag einen nicht unbedeutenden Antheil an der gesetzgebenden Gewalt zugestehe. Es wird endlich die Wichtigkeit und die Wirksamkeit des ertheilten ständischen Petitionsrechts in die Wagschale geworfen. Die Bitten der Vertreter der preußischen Nation können nicht überhört oder ohne weiteres zurückgewiesen werden; sie sind fortan kaum weniger gewichtig als die Beschlüsse der Deputirtenkammer in Frankreich und des Unterhauses in England.

In Bezug auf die verschiedenen angeregten Competenzfragen kommt der Verfasser leicht — was allerdings auch keine schwere Aufgabe ist — über die so gänzlich unbegründeten Zweifel hinweg, daß das Patent und die Verordnungen vom 3. Febr. ohne Gutachten des Staatsraths, ohne vorausgegangene Berathung der Provinzialstände und ohne ausdrückliche Annahme als gültige Gesetze nicht zu erachten seien; aber der Mangel neuer Wahlen bleibt ihm ein Stein des Anstoßes, und er gelangt zu der Ansicht, daß die — nur zu Provinziallandtagen gewählten — Deputirten in dieser Beziehung streng genommen ihre Vollmacht überschreiten würden, wenn sie Steuern und Staatsanleihen bewilligen, Gesetze berathen und als „Vereinigter Landtag" Petitionen einreichen würden; er besteht aber deshalb nicht auf einer Incompetenzerklärung, sondern knüpft nur daran die Hoffnungsaussprache, daß die Deputirten, wenn sie glauben, ihre Vollmacht überschreiten zu können, wenigstens wie einst Mirabeau zu erklären im Stande seien, sie hätten die Gesetze des Vaterlandes überschritten, aber das sei zum Heile des Vaterlandes geschehen.

An die Spitze Dessen, worauf der Vereinigte Landtag bei seinem bevorstehenden ersten Zusammentreten sein Absehen, seine Bitten zu richten habe, stellt der Verfasser — daher der Titel der Schrift — andere Zusammensetzung des Herrenstandes und eine wirksame Repräsentation des Bürgerstandes (ein nicht blos auf den Grundbesitz basirtes Wahlgesetz). Es würde uns zu weit führen, wollten wir auf die einzelnen desfallsigen Reformwünsche Fischer's näher eingehen; aber wohl mögen wir nicht läugnen, daß die beregten Verfassungsmomente unter den ersten zählen, die einer weitern Prüfung zu unterziehen sein werden, so wenig wir wegen des ersten Gegenstandes, der Herrenbank, unsere Meinung gefangen geben wollen, daß im Allgemeinen bei einer wohlgeordneten Volksvertretung das Gegengewicht des großen Grundbesitzes niemals ganz entbehrt werden kann und deshalb auch nicht mehr als bis zu einer gewissen, nicht wohl anders als durch Erfahrung und Vergleichung zu findenden Grenze geschwächt werden darf.

Mit Obigem glauben wir genügend angedeutet zu haben, was man in dem Fischer'schen, ganz zur rechten Zeit erschienenen Werkchen zu suchen hat und finden wird. Die größte deutsche Frage des Augenblicks: ob die Großmacht Preußen ein constitutioneller Staat werden solle und wolle? erheischt von jedem Staatsbürger, daß er ihr und ihren Chancen nicht fremd bleibe, damit er eine selbständige Meinung fasse und vor Irreleitung durch utopische Theorien geschützt sei. Wo ihm diese Belehrung darüber in so wohlwollender und für Jedermann verständlicher und klarer Weise wie in vorliegender Schrift gegeben wird, da möge er sie aufsuchen. Das ist der Grund, weshalb wir auf sie aufmerksam machen und ihr nicht minder rasche als große Verbreitung wünschen.

— Aus **Königsberg** vom 4. April geht der Berlinischen Zeitung folgende Mittheilung zu: „Ein bedauernswerthes Ereigniß brachte der heutige erste Feiertag mit sich. Dr. Rupp mit seinen Anhängern hat es gewagt, dem polizeilichen Einschreiten Gewalt entgegenzusetzen. Auf die Nachricht, daß er, was ihm bereits früher von der Polizei untersagt war, im Saale der jüdischen Ressource heute Gottesdienst halten wolle, wurde das Local durch einen Polizeibeamten besetzt. Als gegen 9 Uhr die Anhänger Rupp's erschienen, wurde ihnen bedeutet, daß in diesem Locale der Gottesdienst untersagt sei; dessenungeachtet rotteten sie sich in Scharen von 20 und Mehren zusammen, drängten den Polizeibeamten fort, und bald war den Saal mit mehren Hundert Personen gefüllt. Auf die Anzeige des Beamten erschien der Polizeiinspecter Steinert und forderte die Versammlung auf, auseinanderzugehen, doch auch ihm wurde nicht Folge geleistet, ja er ward sogar zur Thür hinausgedrängt, und ein Mitglied erklärte: man würde selbst der Gewalt der Bayonnete nicht, viel weniger der Polizei weichen! Die mittlerweile requirirte polizeiliche Verstärkung kam erst nach Beendigung des Gottesdienstes an. — Auch Detroit hat trotz des Verbots in Privathäusern am Charfreitag und heute gepredigt; man ist sehr gespannt auf die Ereignisse des morgenden Tages, für den die Polizei verschärfte Maßregeln getroffen hat."

— Nach der Schlesischen Zeitung ist der Stadtgerichtsrath a. D. Hr. Simon am 6. April nach Breslau zurückgekehrt und will dort das Resultat der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung erwarten. Die Weser-Zeitung hatte noch unterm 3. April aus **Breslau** berichtet, daß Hrn. Simon, welcher eine Vorladung vor Gericht erhalten, der er sich, da er bereits auf der Reise gewesen, nicht gestellt hatte, vom Criminaldirector ein Steckbrief nachgesendet werden sollte, was nur durch die Bemühungen seines Bruders, welcher darthat, daß Hr. Simon sich innerhalb der Bundesstaaten befinde, habe verhindert werden können. Der Steckbrief war den Zeitungen zur Insertion bereits eingereicht.

— Der Gemeinderath in **Elberfeld** hat dem Abgeordneten der Stadt, Hrn. v. d. Heydt, folgende Anträge zur Unterstützung auf dem Vereinigten Landtage übergeben: 1) Fortentwickelung der reichsständischen Verfassung; 2) Aufhebung der Censur unter Erlaß eines angemessenen Preßgesetzes; 3) bürgerliche und politische Gleichstellung sämmtlicher Staatsbürger ohne Rücksicht auf deren religiöses Bekenntniß; 4) vollständige Oeffentlichkeit aller ständischen Verhandlungen; 5) eine nationale, den Interessen der Industrie entsprechende Handelspolitik.

— Die Vermählung des Fürsten Hatzfeld mit der geschiedenen Frau v. Buch wird binnen kurzem gefeiert werden. Da er diesmal vergebens um einen päpstlichen Dispens nachgesucht hat, so wird die Trauung von einem evangelischen Geistlichen vollzogen werden, was natürlich bei den orthodoxen Katholiken, als deren Hauptrepräsentant der

Fürst bisher galt, ein außerordentliches Aufsehen erregt. Wie es heißt, haben mehre evangelische Geistliche es verweigert, die Trauung zu vollziehen, bis sich endlich der Senior Girth (ein strenggläubiger Prediger) dazu bereit erklärte. (W.-Z.)

— Aus **Düsseldorf** vom 3. April schreibt die Elberfelder Zeitung: „Aus authentischer Quelle erhalten wir soeben die Nachricht, daß der Graf v. Hatzfeldt dem Präsidenten unsers Landgerichts heute die Scheidungsklage überreicht hat."

Spanien.

Der neue Finanzminister Hr. Salamanca hat dem Tiempo zufolge die Congreßmitglieder Mendizabal und Gonzalez Moron mit Liquidirung der zwischen seinem Bankhause und der Regierung noch laufenden Geschäfte beauftragt. Eben so hat derselbe dem Heraldo nach die 3½ Mill. Staatseffecten, welche als Bürgschaft für von ihm an die Armee geleistete Zahlungen 1843 bei ihm hinterlegt wurden, zurückgegeben. Hr. Salamanca zählt etwa 40 Jahre, ist in Malaga geboren, hat in Granada die Rechte studirt und war 1836 in die revolutionaire Centraljunta von Andujar gewählt. Nach deren Auflösung war er als Richter an einem Provinzialgerichtshof und später in Madrid angestellt. Inzwischen hatte er unter Anleitung seines reichen Schwagers Heredia in Malaga die der Speculation günstige Zeit des Bürgerkriegs mit außerordentlich finanziellem Talente zu benutzen gewußt und rasch ein großes Vermögen erworben; er arbeitete mit den Moderados am Sturze Espartero's, half dann als Freund von Narvaez das Ministerium Bravo Murillo stürzen, zerfiel aber nachher mit Narvaez und trug zu dessen Entfernung bei. Drei Jahre war er Pachter der spanischen Salzwerke, erlangte jedoch bei Ablauf derselben von Hrn. Mon keine Erneuerung dieses Verhältnisses, welche Gründe Manche seinen neuesten politischen Bestrebungen mit zuschreiben. Die Puritaner genannte Section der conservativen Opposition soll eigentlich durch ihn gebildet worden sein. Wie auf kaufmännischem Gebiet ist er auf dem der Presse durch den Besitz vieler Actien bei den verschiedenen Zeitungsunternehmungen von vielem Einfluß. Im Casino, dem vornehmsten Club, ist er Präsident, hat angenehme Umgangsmanieren, spricht fließend, kann aber Widerspruch nicht gut vertragen. Seine häusliche Einrichtung ist glänzend. Er ist eben dabei, am Prado einen neuen Palast aufzuführen.

— Die Gaceta vom 31. März enthält das Decret über Ernennung des Don Florencio Rodriguez Bahamonde zum Justizminister, womit das neue Cabinet vollständig geworden ist. Hr. Bahamonde ist dermalen Rector der Universität der Hauptstadt und gehörte stets zu den Moderados.

— Von dem abgetretenen Ministerium Sotomayor schen wurde an die Behörden der an Portugal grenzenden Provinzen ein Rundschreiben erlassen, welches dieselben zur strengsten Aufmerksamkeit verpflichtet, daß den portugiesischen Insurgenten keinerlei Unterstützung vom spanischen Gebiet aus zu Theil werde. Etwa übertretende Insurgenten sollen auf der Stelle entwaffnet, außerdem die Paßpolizei streng gehandhabt, den legalen portugiesischen Behörden aber soll jeder freundschaftliche Beistand geleistet werden. Im Eingange des Rundschreibens ist erwähnt, daß der Befehl dazu auf den Wunsch der Königin von Portugal erlassen worden sei.

— In **Cadiz** langten am 24. März die mit Truppen nach Barcelona gesendet gewesenen Kriegsdampfer Blasco de Garay und Vulcano wieder an. Der eine brachte die sechs Carlisten mit, welche in Catalonien mit den Waffen in der Hand ergriffen und zum Tode verurtheilt, durch den neuen Generalcapitain General Paria aber, kraft seiner außerordentlichen Machtvollkommenheit, eine Verwandlung dieser Strafe in zehnjährige Strafarbeit in den afrikanischen Presidios erlangt haben.

— Der Minister des Innern, Hr. Benavides, hat soeben eine Maßregel angeordnet, welche geeignet ist, ihn besonders bei der Presse populair zu machen. Er hat nämlich das Porto für Zeitungen auf die Hälfte des bisher erhobenen vermindert.

— Von der Prensa (Presse), einem mit dem neuen Cabinet angeblich in Verbindung stehenden Blatte, wird als Gerücht erwähnt, daß Espartero in London und Narvaez in Paris als Gesandte angestellt werden sollen.

— Nach brieflichen Mittheilungen aus **Madrid** vom 31. März hat die Königin eine Bittschrift des Bruders des Hrn. Olozaga um die Erlaubniß zu dessen Rückkehr beifällig beschieden. Das Ministerium, dem dieselbe dann zur demgemäßen Verfügung übersandt wurde, wünschte vor Ausfertigung derselben noch ein Mal mit der Königin darüber zu conferiren, und man erzählt, daß dieselbe sich bei dieser Gelegenheit dahin ausgesprochen habe, wie sie die Erlaubniß zur Rückkehr Hrn. Olozaga's aus dem Wunsche ertheilt habe, am Beginn einer neuen Aera von Versöhnlichkeit und Vergessen von Unrecht selbst ein Beispiel von Verzeihen und Vergessen zu geben.

— Der Heraldo meldet, daß der Herzog v. Glücksberg vom Könige der Franzosen zum bevollmächtigten Minister am spanischen Hofe ernannt worden sei, und schenkt dieser Wahl außerordentlichen Beifall.

Großbritannien.

London, 3. April.

Das Morning Chronicle bringt eine Art von Anklageacte gegen den jetzigen Obercommissar der Jonischen Inseln, Lord Seaton. Es erinnert zuvörderst an die doppelten Interessen, die sich an diese Inseln für Großbritannien knüpfen und die politischer und commerzieller Natur sind. In der erstern Hinsicht stehen dieselben in Verbindung mit der allgemeinen politischen Lage von Griechenland und der Levante, die wir, bemerkt das Morning Chronicle „unter Hinblick auf Hrn. Kolettis' Extravaganzen, die unaufhörlichen Intriguen fremder Mächte in Athen, Konstantinopel, Syrien und Aegypten nicht ohne beträchtlich unbehagliche Gefühle betrachten können. Verharren wir in der Anregung von Unzufriedenheit gegen die eingeborene Bevölkerung, so wird uns weder die Anordnung des Wiener Congresses noch die constitutionelle Gesetzgebung von 1817 viel helfen. Wir werden für immer Großbritannien Diejenigen entfremden, deren guter Wille in Tagen der Noth für das Reich so vielen Werth haben kann. In commerzieller Beziehung endlich sind wir dahin gelangt, wo jede, die industrielle Entwickelung eines Theiles unsers Reichs fesselnde Anordnung völlig aus unsern Gesetzbüchern gestrichen werden muß. Die bloße Gerechtigkeit fodert das. Die für die Häfen von London und Liverpool als richtig anerkannten Grundsätze müssen eben so anwendbar in Halifax und Zante, am Cap und in Sydney sein." Die dem Morning Chronicle vorliegenden Actenstücke und Mittheilungen schildern nun Lord Seaton, als vergeude er die Einkünfte der Inseln zwecklos, während dieselben in der Abnahme sind und eine willkürliche Zollgesetzgebung ihrem Handel hinderlich ist. Den öffentlichen Geldbeutel in Händen, sause er umher, dort einen Kanal beginnend, hier einen Damm, da ein Krankenhaus und dort ein College, ohne auf den erschöpften Schatz zu achten. Sei die Darstellung der Dinge mit ihren Unterlagen richtig, so, meint das Morning Chronicle, würde Lord Seaton's Verfahren nicht weit vom Wahnsinne sein. Als 1825 der Obercommissar Sir Thomas Maitland starb, befanden sich 170,000 Pf. St. Ueberschuß im Schatze; davon war freilich nichts mehr vorhanden, als 1844 Lord Seaton's Verwaltung begann. Während er aber bei finanzieller Bedrängniß Bauten über Bauten beginnt, unter Anderm die Oeffnung eines schiffbaren Kanals zwischen Santa Maura und dem Festlande, der auf 100,000 Pf. St. angeschlagen wird, während die westliche Fahrt um die Insel herum kein Hinderniß darbietet und die Häfen von Zante und von Lixuri in Cephalonien ungehemmt verschlemmen und versanden, hat er auch noch 5 Proc. verzinsliche Schatznoten ausgegeben, die, auf dreimonatliche Kündigung gestellt, unbestimmte Zeit laufen. Er wollte damit dem Schatz aufhelfen und durch Concurrenz mit den Banken den Zinsfuß herabdrücken. Ganze Spalten mit Beschwerden erklärt das Morning Chronicle anfüllen zu können; es möge jedoch bei dem Erwähnten für jetzt bewenden, um vielleicht Jemanden zu veranlassen, diese Angelegenheit im allgemeinen öffentlichen Interesse (im Parlament) aufzufassen oder von den Nächstbetheiligten weiteres Zeugniß für die Wahrheit, im andern Fall aber für das Gegentheil zu Tage zu fördern.

— Der Sun von gestern Abend enthält die ihm mit Expressen von **Portsmouth** zugekommene Nachricht, daß dort und in Woolwich gestern Morgen Befehle zur unverweilten Einschiffung eines Bataillons Marineseldaten nach Lissabon eingetroffen und daß diese Truppen am Nachmittag in der Dampffregatte Siden abgegangen waren, die nach Ausschiffung derselben unverweilt nach England zurückkehren soll. Man glaubte, nach Plymouth und Chatham wären ähnliche Befehle ergangen, und nimmt an, daß es in Folge eines Wunsches der Königin von Portugal geschehen sei, dem so gefährlichen sich hinziehenden Bürgerkriege dort ein rasches Ende zu machen.

— Zwölf irische Unterhausmitglieder, dabei J. O'Connell, haben eine außerdem vom Erzbischofe von Dublin und den Lords Ormonde, Devon, Jocelyn und Andern unterzeichnete Denkschrift für Beförderung planmäßiger und umfassender Uebersiedelung von Irländern nach Canada bei Lord J. Russell eingereicht. Sie erklären sich darin zugleich bereit, für diesen Zweck eine Einkommensteuer tragen zu wollen, und versichern, daß viele andere irische Grundbesitzer diese Gesinnungen theilen.

— Der französische Gesandte, Graf de Ste.-Aulaire, hatte ehegestern eine lange Besprechung mit Lord Palmerston. Baron de Langsdorff ging dann mit Depeschen an Hrn. Guizot ab. Graf de Ste.-Aulaire, meldet auch der Globe, wird demnächst sich nach Paris begeben.

— Vom **Cap** wird geschrieben, daß Capitain Gibson von den Scharfschützen mit dem Militairarzte Dr. Howell und einem Hrn. Chetwynd vom 73. Regiment bei einem abenteuerlichen Ausflug in das Kaffergebiet von Kaffern überfallen und die Opfer ihres unbedachten Unternehmens geworden sind.

— Von **Neuorleans** ist die dort mit dem yucataner Schooner Atreida erhaltene Nachricht eingetroffen, daß das britische Postdampfschiff Tweed, welches am 9. Febr. von Havana nach Veracruz und Tampico abgegangen war, am 12. Febr. an der Nordostspitze von Alacranes verloren gegangen sei. Sechzig Personen sollen dabei verunglückt sein. Von Campeachy hatte man Fahrzeuge zu Hülfe geschickt.

Frankreich.

Paris, 5. April.

Heute sind wegen des gestrigen Ostersonntags, der als einer der strengsten Festtage begangen wird, keine Morgenzeitungen ausgegeben worden.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer hat der Minister des Innern, Hr. Duchatel, den Gesetzentwurf über die Gelder zu geheimen Ausgaben übergeben.

— Die Königin Christine von Spanien soll bewogen worden sein, schon innerhalb 8 Tagen nach Madrid zurückzukehren. Auch ist die Rede davon, das neue spanische Ministerium sei auf eine mit England gemeinschaftliche Intervention zur Herstellung der Ruhe in Portugal eingegangen.

— Der Pair Graf Roy, einer der reichsten Grundeigenthümer in Frankreich mit einem Einkommen von circa 2 Mill. Fr., ist ehegestern in Paris gestorben.

— Die Mlle. Mars hat angeblich 800,000 Fr. hinterlassen, die ihrem einzigen lebenden Kinde zufallen. Sie hat früher das Doppelte besessen, allein der berüchtigte Diebstahl ihrer Juwelen, ungefähr 150,000 Fr. an Werth, und Verluste im Börsenspiele verminderten ihr Vermögen auf 700,000 Fr., wozu sie vor einigen Jahren von ihrer ältern Schwester 100,000 Fr. erbte.

* **Paris**, 4. April. Das Ministerium ist noch nicht vollständig beruhigt über die Bewegung, welche sich kürzlich in der Majorität gezeigt hat. Es fühlt, daß die Wiederholung solcher Mißverständnisse die Lage bedrohen würde und wichtig alteriren könnte. Der unparteiische und gut unterrichtete Zuschauer kann nicht verkennen, daß man auf beiden Seiten im Unrechte war. Die progressiven Conservativen, meist neugewählte Kammermitglieder, haben sich in der That zu sehr beeilt, an ihren hinreichend starken Einfluß zu glauben, um das Ministerium und die Mehrheit zu dominiren und eine Partei zu constituiren, während sie nur eine Gruppirung ausmachen. Von der üblen Aufnahme, welche ihre Reformneigungen beim Ministerium fanden, sowie von dem spöttischen Tone des Journal des Débats beleidigt, haben sie den Fehler begangen, ein Mitglied der Opposition zum Vicepräsidenten zu wählen und einen Augenblick zu scheinen, als gesellten sie sich den von Hrn. Duvergier's Vorschlag angeregten Ideen bei. Von den Ministern war es unrecht, das bei den letzten Wahlen in die conservative Partei gekommene neue Element für nichts zu achten und die Wünsche nach Reform und administrativen Fortschritten als Träumereien unerfahrener Leute oder Anmaßung von Leuten zu behandeln, die mehr Ehrgeiz als Geltung besäßen. Man glaubte diese Richtung und ihre Vertreter obenhin tractiren zu dürfen. In der Umgebung Hrn. Guizot's fehlt es nicht an Personen, welche den etwas zum Stationairen gewendeten Neigungen dieses Staatsmannes schmeicheln, und man könnte in dieser Beziehung die HH. Janvier, d'Haubersaert, Latournelle u. A. nennen. Das Journal des Débats, dessen Politik von Hrn. Armand Bertin mit weniger Takt wie während mehr als 30 Jahren durch seinen Vater geleitet wird, verständigt sich gewöhnlich mit Hrn. Guizot oder unterrichtet sich in dessen Cabinet und gebrauchte gegen die progressiven Conservativen einegeringschätzige persiflirende Sprache, die wenigstens unbedacht bei ihrer Unangemessenheit ist. Als man die Frucht davon erkannte und die Dissidenten ihre Stimmen der Opposition geben sowie an einer ernstlichen Spaltung arbeiten sah, begriff man den begangenen Fehlgriff und fühlte das Bedürfniß ernstlicher Erklärung, um in den Reihen der Conservativen Die zurückzuhalten, die man fast aus denselben verstoßen hatte. Hrn. Guizot's Rede und die Abstimmung über die Indetrachtnahme der Duvergier'schen Propositien brachten die Dinge wieder in Ordnung. Allein das Ministerium fühlte auch, daß es für die Zukunft etwas thun müsse, und beeilte sich zunächst, den Gesetzentwurf über die Zölle vorzulegen, wodurch die große Frage des Freihandels und des Schutzsystems zur Debatte kommen wird. Es versprach die baldige Vorlegung des Gesetzentwurfs über den öffentlichen Unterricht. Nach diesen Pfändern für seine Thätigkeit hat es in den nicht officiellen Organen seine Ideen kund gegeben, und das Journal des Débats hat seine aggressiven Erörterungen nicht fortgesetzt. Es hatte das nicht vermocht, ohne sich selbst ein Dementi zu geben, und die unter Hrn. Guizot's Eingebung redigirte Revue nouvelle mußte vollführen, was jenes nicht konnte. Die Revue nouvelle hat die progressiven Conservativen anerkannt. (S. Nr. 98, den Brief aus Paris.) Die Revue nouvelle spricht in dem betreffenden Artikel in einem dem Journal des Débats ganz entgegengesetzten Tone von der neuen Fraction der Majorität und gibt eine Art von Programm in ziemlich bestimmter Fassung. Hrn. Guizot's Freunde verlangen die Präsidentschaft des Cabinets für ihn und wünschen den Wechsel dreier Cabinetsmitglieder, die sie der Unzulänglichkeit anklagen. Sie haben recht. Die Schwierigkeit ist aber, in der Majorität beider Kammern die allen Foderungen entsprechenden Ersatzmänner zu finden, welche sich zur Uebernahme der ihnen zugedachten Bürde verstehen. Ich glaube übrigens, daß diese mit etwas Uebereilung und Herbe ausgesprochenen Ansichten der Freunde Hrn. Guizot's im Wesentlichen den Planen desselben entsprechen und daß noch vor der nächsten Session die betreffenden Modificationen eingetreten sein werden.

Der Cabinetswechsel in Spanien kann für die französische Politik doch wichtige Folgen haben. Hrn. Pacheco's im Congreß abgegebene Erklärung, eine durchaus spanische und nationale Politik befolgen zu wollen, ist zwar sehr würdig; unglücklicherweise sind aber die Männer des neuen Cabinets Gegner derjenigen, welche die Heirathen unterhandelten. Sie haben bereits Beziehungen zu dem englischen Einflusse hingegebenen Progressisten, und es ist zu besorgen, daß Hr. Pacheco nur als Uebergang zu den Progressisten, d. h. zu neuen allgemeinen Wahlen und einer revolutionairen Politik dient.

Niederlande.

Man schreibt aus dem **Haag** vom 4. April, daß der König als von seinem Uebelbefinden hergestellt zu betrachten sei.

— In **Arnheim** fiel dieser Tage der Roggen auf einmal um 70 Gulden die Last und bei den aus Hamburg und den Ostseehäfen eingegangenen Nachrichten von Preisherabsetzungen, der allgemeinen Aussicht auf eine günstige Aernte und den großen Zufuhren aus Amerika sah man weiterm Sinken entgegen. In Rotterdam und Amsterdam laufen fast stündlich Schiffe mit Fruchtladungen ein.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 30. März. Der Kaiser befindet sich seit einigen Tagen unwohl und verläßt seine Gemächer im Winterpalais nicht. — Die wichtige Staatscharge eines Präsidenten des kaiserl. Staatsraths, durch den jüngst erfolgten Tod des Fürsten Wassiltschikoff erledigt, ist bis jetzt noch nicht besetzt. Ueber die rechtliche biedere Gesinnung des Verstorbenen, die bei den vielen von ihm bekleideten hohen Aemtern die unverbrüchliche Richtschnur seiner Handlungen war, herrscht hier nur Eine Stimme, die ihm darüber das ungeheuchelste Lob zollt. Darf man einer in unsern höhern Kreisen sich ziemlich bestimmt aussprechenden Version trauen, so bezeichnet man als seinen Nachfolger den sich gegenwärtig auf einer besondern Mission in Rom befindenden Grafen Bludoff, bisherigen Vorsitzer der Gesetzabtheilung im Staatsrathe; dessen Stelle soll der gegenwärtige Justizminister Graf Panin ausfüllen. Als künftigen Justizminister bezeichnet man das Staatsrathsmitglied Baron Korff. — In einigen westlichen, vom ehemaligen Königreiche Polen dem Kaiserstaat incorporirten Gouvernements, namentlich im mohilewschen, sollen tumultuarische Auftritte der Bauern, aufgeregt von Militairdeserteuren und Landstreichern, gegen ihre Gutsherrschaften stattgefunden haben, doch nun zum Theil schon wieder durch herbeigeeilte Militaircommandos gedämpft sein.

Auch in hiesiger Residenz hat die schreckliche Noth, welche die unglücklichen Irländer heimsucht, theilnehmenden Anklang gefunden. In der englischen Parochialkirche wurden für diesen Zweck Collecten veranstaltet, die namhafte Geldsummen einbrachten; nächst Engländern wurde auch von andern Confessionen unserer Bevölkerung beigesteuert. — Am 10. März brannte in der Stadt Brzesc-Litewski (Gouvernement Grodno) der ganze Bazar, ein großes viereckiges Gebäude, mit 300 hölzernen Gebäuden ab. Die Flammen griffen so rasch um sich, daß von den Waaren nichts gerettet werden konnte; selbst mehre jüdische Besitzer, die ihre Waaren und Gelder zu retten versuchten, fanden ihren Tod in den Flammen. Man schätzt den Schaden auf ½ Mill. Rub. S. Für Riga, das in starken Handelsverbindungen mit Brzesc steht, sollen keine Verluste durch dieses Ereigniß zu befürchten sein, indem die brzescschen Kaufleute, die mit ihm in Verbindung stehen, nur indirect dabei betheiligt waren.

Der berühmte Virtuose Liszt besuchte im Februar die alterthümliche russische Stadt Kiew während ihrer eine Woche dauernden Contractepoche, welche die Handelsleute aus allen umliegenden Gouvernements in ihr vereint, und gab zwei Concerte, nach deren Abhaltung er 1750 Rub. in Papier zum Besten der kiewschen Kinderasyle deponirte.

In der Stadt Odessa herrscht noch empfindliche Kälte und viel Schnee auf den Gassen. Die Rhede ist zwar frei vom Eise, doch ihre Ufer sind noch ringsum mit einer festen, dichten Eiskruste überzogen. Dies hält die dortige Schiffahrt, besonders die Ausfuhr, sehr zurück.

Die neapolitanische Regierung eröffnet der unsrigen, sie werde keinen mit Dampfschiffen an ihren Küsten landenden Fremden zulassen, wenn er nicht mit einem Passe vom neapolitanischen Consul des Staats versehen ist, aus dem er gerade kommt.

* **Moskau**, 24. März. Unlängst ward in unserer sonst so ruhigen Hauptstadt ein gräulicher Mord verübt. Professor L**, eine Zierde unserer Universität, unverehelicht, lebte nur mit einem Zögling, den er aus der Hefe des Volks in seine Dienste genommen hatte, dem er aber die sorgfältigste Schulbildung hatte zukommen lassen. Von einem spätn Besuch eines Abends zurückkehrend, muß er lange an seiner Hausthür klopfen, ehe der schlaftrunkene junge Mensch ihm öffnet. Aergerlich darüber gibt der Herr ihm eine Ohrfeige. Eine Viertelstunde darauf wird er vom Diener gemeuchelt und stirbt noch in jener Nacht. Der junge Mensch, erst im 18. Lebensjahre, kann nach den Strafgesetzen noch nicht mit der Capitalstrafe belegt werden.

— Die Branntweinbrennereien in den polnischen Grenzörtern, die nach einer frühern Verfügung im Februar geschlossen werden sollten,

haben neuerdings Prolongation auf zwei Monate zum Brennen bekommen. Die Getreide- und Kartoffelpreise steigen seitdem von einem Markttage zum andern.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachrichten vom 10. März aus **Neuyork** melden die am 19. Febr. erfolgte Ankunft des Generals **Scott** in Tampico, wo er sofort Anstalten zur Einschiffung der Truppen traf. Briefe von Veracruz versicherten, daß Santa Anna befohlen habe, alle mejicanischen Truppen sollten die Stadt verlassen, und man glaubte daher, die Flagge der Vereinigten Staaten werde dort ohne Widerstand aufgepflanzt werden. Ueber Santa Anna verlautet noch immer nichts Bestimmtes. Er soll 30,000 M., dabei 7000 Reiter, in San Luis haben. Den obigen Nachrichten entgegen berichtet das New Orleans Bulletin, er marschire auf Veracruz, um auf jeden Fall einen Kampf zu wagen, und die neuliche Diversion auf Saltillo sei nur Schein gewesen. In Saltillo stehen circa 6000, in Monterey 2000 M. unter General Taylor; die Truppen unter General Scott werden 13,000 M. stark gehalten.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 9. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86⅝ G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 58¾ Br.; Löbau-Zittauer 59 Br.; Magdeburg-Leipziger 198⅛ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅛ Br.; Köln-Mindener 91½ Br.; Altona-Kieler 109 Br.; Pesther 99¼ Br.; Dessauer Bankactien 102 Br.

Eisenbahnen. Die Berlin-Anhaltbahn läßt, während der Dauer der leipziger Messe, vom 10. April an bis einschließlich den 23. April, allnächtlich einen Extrazug von Berlin nach Leipzig gehen, welcher um 11 Uhr Nachts abgeht und daselbst Morgens 8¼ Uhr eintreffen wird. Die Anhaltische macht hiermit den Vorgang.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 9. April früh 7 Uhr: 1° 18″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 7. April. Oestr. Bkact. 1904 Br.; 250 Fl. L. 119¼; 500 Fl. L. 153¾ Br.; Bair. 3½pc. 94 Br.; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74¾ Br.; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛; Kurhess. 32⅛. London, 3. April. 3pc. Cons. 88⅛; Port. 3pc. 34½; Span. act. 22⅜; 3pc. 34¾; pass. 4⅛; Holl. Int. 58½. Paris, 5. April. 5pc. 116. 70; 3pc. 78. 70; Neap. 102; Bankact. 3240. Wien, 6. April. Bkact. 1592; Met. 5pc. 108; 4pc. 99; 3pc. 71; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 119½.

Berliner Börse, 8. April. Geschäftlungs-Prämsch. 95 Br., 3½pc. Staatsch. 97½, 3½pc. Pfandb. westpr. 93¾ Br., ostpr. 97 Br., pomm. 95 Br., schles. 96¾, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 92¼ Br., kur- und neumärk. 96¼ Br.; Louisd. 111 7/12, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93½ Br., Berl.-Anh. 111, Berl.-Hamb. 4pc. 106⅛ Br., Prior.-Act. 4½pc. 98⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 91¼, Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., 5pc. 100¾, Berl.-Stett. 108 Br., Cöln-Minden 4pc. 91¼, Crak.-Oberschl. 4pc. 77⅛ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., Kiel-Alton. 4pc. 108½ Br., Niederschles. 87⅛ Br., Prior.-Act. 4pc. 92¼, 5pc. 101⅛, Zweigb. Prior.-Act. 4½pc. 90 Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¼ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 86 Br., Prior.-Stamm 4pc. 90½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅛ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86, Thüring. 4pc. 95¾, Wilh.-Bahn 4pc. 80 Br., Zarskoje-Selo 71⅛ Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 84 Br., Berl.-Anh. 99½, Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Cöln-Minden 4pc. 91, Magd.-Wittenberge 86⅛ Br., Mail.-Bened. 4pc. 111 Br., Mecklenburg 74½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72, Posen-Stargard 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99½ Br., Ung. Centralb. 4pc. 99¾ Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93½, (neue) 4pc. 93½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½ Br., Pfcert. Zinsl. 16¾, Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-Anl. 85½, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅛ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Leipziger Börse am 9. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Gl. 2.	2 Mt.	139¾	—	à 3 % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	94	—
Augsburg	k. S.	102	—	⅓ Thlr. F. } kleinere . . .	—	—
pr. 150 Gl. fl.	2 Mt.	—	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99¾	à 3½ % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	94½	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	⅓ Thlr. F. } kleinere . . .	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111¼	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine		
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	à 3⅓ im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	89¼	—
Bresl. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99¾	20 à. F. } kleinere . . .	—	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
Frankfurt a. M.	k. S.	56 10/11	—	à 3 % im ⅔ v. 1000 u. 500 Thlr.	92½	—
pr. 100 Fl. in 8. W.	2 Mt.	—	—	⅓ Thlr. F. } kleinere . . .	—	—
Hamburg	k. S.	150¼	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149¾	—	⅔ v. 500 . .	99¼	—
London	2 Mt.	—	—	⅔ v. 100 u. 25	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 20¼	—	„ lausitzer d°. à 3½	—	—
	k. S.	80	—	„ d°. d° à 3½	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79½	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb. P.-Obl. à 3½ %	106½	—
	3 Mt.	79¼	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr Ct. pr. 100	94½	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	103½	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ %. (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—	K. K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv.		
	3 Mt.	—	—	à 5 % laufende Zinsen	—	—
Augustd. à 5 Thlr. à ⅛ Mk. Br. u. à 21 K. 3 G. auf 100		—	—	à 4 % à 100 % im 14 Thlr. F.	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—	à 3 %	—	—
dem. . . . . auf 100				Actien d. W. B. pr. St. à 100 %	—	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . auf 100		—	11¼	Leipzig. Bank-Actien à 500 Thlr. pr. 100	172	—
Holl. Duc. à 3 Thlr. „ d°.		—	59¼	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien		
Kaiserl. d°. d°. „ d°.		—	6¾	à 200 Thlr. pr. 100	118⅛	—
Bresl. d°. à 65⅔ As „ d°.		—	6¾	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	87	—
Passir d°. d°. à 66 As d°.		—	6	Sächs.-Schles. d° pr. 100	100	—
Conv.-Spec. u. Gld. d°.		—	—	Chemn.-Riesa. d°. pr. 100	58¾	—
dem 10 u. 20 Kr. d°.		2⅜	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	59	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100	198⅛	—
Silber d°. d°. d°.		—	—			

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Nachdem durch rechtskräftigen Bescheid in der Sache des Hofbuchhändlers **Uslar**, gegen sämmtliche seine Gläubiger, der Concurs über das Vermögen des Hofbuchhändlers Georg Uslar zu Pyrmont erkannt ist, werden alle Diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche und Forderungen an den Hofbuchhändler Georg Uslar zu Pyrmont und dessen Vermögen haben, sie seien bekannt oder unbekannt, hierdurch aufgefodert, solche im Termine den **5. Mai** um 8 Uhr Morgens in Person oder durch einen der hiesigen, mit Vollmacht zu versehenden Advocaten anzumelden, ihre Beweismittel, wenn sie in Urkunden bestehen, vorzulegen, sonst aber bestimmt und vollständig anzugeben, widrigens sie damit von der Concursmasse ausgeschlossen werden sollen.

In demselben Termine haben sich die Gläubiger über die Wahl eines Güterverwalters zu vereinigen, widrigens die interimistisch als curator und resp. sequester der Messerfabrik bestellten Advocat **Pfister** und Kaufmann **Recke** für bestätigt angesehen werden; es sollen den Gläubigern eodem termino die bisherigen Curatel- und Sequestrations-Rechnungen zur Einsicht und Abgabe etwaniger Erinnerungen vorgelegt werden und sind diese Erinnerungen alsdann bis zum **18. Mai** anzugeben, widrigens darauf keine Rücksicht genommen und die Rechnungen von der unterzeichneten Behörde revidirt und abgeschlossen werden sollen. Auch ist ein engerer Ausschuß zu wählen.

Pyrmont, am 29. März 1847.

[1244] **Fürstl. Waldeck. Ober-Justiz-Amt.**

Bad Nenndorf in Kurhessen.

Die an so verschiedenen Bädern und Curmitteln reiche Anstalt zu **Nenndorf**, welche neben den rühmlichst bekannten Schwefelwasser-Gas- und Schlammbädern in neuerer Zeit durch eine Soolquelle auch reine Soolbäder und die so sehr wirksamen, mit Schwefelwasser gemischten Soolbäder erhalten hat, und welche durch eine, ebenwol auf Staatskosten betrieben werdende **Molken-Anstalt** erweitert worden ist, wird auch in diesem Jahr am 1. Juni eröffnet. Anfragen in ärztlicher Beziehung sind an die beiden Herren Brunnen-Aerzte Dr. **Grandidier** und Dr. **Cordemann**, und die Wohnungs- sowie die Schwefelwasser-Bestellungen sind an den Castellan **Dimme** zu Nenndorf zu richten.

Durch die Eisenbahn-Verbindungen bis Hannover und die baldige Vollendung der Eisenbahn von Hannover nach Preußisch-Minden, an welcher letztern das Bad einen Bahnhof erhält, ist dieser Curort von den ersten Städten Norddeutschlands aus nunmehr in kürzester Zeit zu erreichen.

Kassel, im März 1847.

Kurfürstliche Brunnen-Direction des Bades Nenndorf.
Hanstein. Knorr.

[1245—46]

Bekanntmachung.

Durch die Erkenntnisse des Königl. Land- und Stadtgerichts hier und der ersten Deputation des Criminal-Senats des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg ist der Seilerwaarenhändler, Kaufmann **Goswin Krackrügge** hier, in der gegen ihn geführten fiscalischen Untersuchung wegen schwerer, durch Schmähschriften gegen mich und meine Ehegattin verübter Injurien mit einer **viermonatlichen Zuchthausstrafe** belegt und in die Kosten der Untersuchung verurtheilt worden.

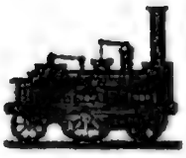
In Folge der mir durch die Erkenntnisse zugesprochenen Befugniß bringe ich dies auf Kosten des Denunciaten hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Erfurt, den 6. April 1847.

Der Regierungs-Rath a. D.
[1236] **von Ehrenberg.**

Ein bedeutendes, im besten Flor stehendes Producten-Geschäft, mit Oel-Raffinerie verbunden, soll Veränderung halber im Laufe dieses Jahres abgetreten und die Gebäulichkeiten, worin das Geschäft betrieben wird, verkauft werden. Der Platz, wo das Geschäft besteht, ist für die erwähnte Branche vorzüglich günstig gelegen, und sind auch die Verkaufsbedingungen so vortheilhaft gestellt, daß sich wol selten eine ähnliche günstige Gelegenheit darbieten wird, ein geregelteres, seit einer langen Reihe von Jahren des besten Rufs sich erfreuendes Geschäft zu übernehmen. Das Nähere ist zu erfragen bei

F. G. Gastell
[1104—5] in Leipzig.



Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn.

Mit dem 1. April tritt unser Sommerfahrplan in Kraft, nach welchem

von *Magdeburg*
Morgens 6¼, 10, Mittags 12, Abends 6¼ Uhr,
von *Berlin*
Morgens 5½, 9, Nachmittags 5, Abends 10 Uhr

Personenzüge abgehen werden. Der letztere Zug geht die Nacht durch, es schließt sich demselben schon jetzt der erste Magdeburg-Leipziger Zug 6¼ Uhr Morgens an, **vom 1. Mai ab** wird er direct bis Cöln durchgehen, indem zwischen Hannover und Hamm bis zur Vollendung der Eisenbahnen zwischen beiden Orten eine Courierpostverbindung eingerichtet werden wird.

Potsdam, den 30. März 1847. [1091—93]

Das Directorium der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***
15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,
nach ***Quebeck***
am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[1247] ***Rob. M. Sloman*** in Hamburg.

K. K. priv. Dampfschifffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1248]

Franz Simon von Friz in Botzen

übernimmt Güter von und nach **Italien**, hauptsächlich nach allen Plätzen **Unter-Italiens**, zu den billigsten Frachtsätzen:

von **Botzen** nach **Nürnberg** mit Eilfuhre in 9 Tagen für Seide und Strohgeflechte,	Augsb. C.	Fl.	4. —	Kr. p. Wiener Ctr.	
" gewöhnliche Waaren . . .	"	"	3. 20	"	"
" dito in 14 Liefertagen . .	"	"	2. 54	"	"
von **Botzen** nach **Mailand** in 10—12 Liefertagen . .	"	"	1. 24	"	"
von **Botzen** nach **Venedig** " " . .	"	"	1. 20	"	"
von **Mailand** nach **Botzen** " " . .	"	"	1. 40	"	"
von **Venedig** nach **Botzen** " " . .	"	"	1. 36	"	"

inclusive aller Spesen, Zölle und bei einzelnen Colli's die Brief-Porti apart.

Die Zusendungen werden in verständener Fracht erbeten durch die Herren **L. Kalb, J. C. Cnopf, August Toussaint** in Nürnberg, **Valentin Rosa** in Venedig und **Gebrüder Barinetti** in Mailand.

Die Assecuranz der Güter wird auf Verlangen billigst besorgt. [761—65]

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, meinen hiesigen und auswärtigen Geschäftsfreunden ergebenst anzuzeigen, daß ich, nach dem am 23. v. M. erfolgten Ableben meines seligen Vaters, die von ihm seit länger als 50 Jahren, und in Gemeinschaft mit mir seit 23 Jahren geführte:

Rauchwaaren-Handlung en gros

unter der Firma

J. Marasse & Sohn

unter derselben Firma, mit denselben Mitteln und denselben Grundsätzen wie bisher fortführen werde.

Ich werde mich bemühen, durch prompte Bedienung und reelle Handlungsweise das Vertrauen meiner geehrten Geschäftsfreunde mir zu erhalten und noch mehr zu befestigen.

Berlin, den 29. März 1847. Hochachtungsvoll

[1088—90] **Moritz Marasse.**

Das *Correctur-Bureau* für Leipzig,

Dresdner Straße Nr. 62 (neben Volckmar's Hofe),

welches sich des gedeihlichsten Fortgangs erfreut, empfiehlt sich den Herren Autoren, Verlegern und Buchdruckereibesitzern unter Zusicherung der promptesten und möglichst billigen Besorgung der übertragenen Correcturen, **leistet Garantie für correcten Druck**, namentlich auch für Werke **in französischer Sprache**, auf Verlangen mit Berichtigung des Manuscripts, und ist in den Wochentagen geöffnet von 7 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 7 Uhr.

[1224] **M. F. Fließbach.**

Gesuch. Auf ein Schloß, zwei Stunden von Lüttich, wird ein deutsches Kindermädchen von katholischer Religion gesucht. Es muß gut nähen können und seine Muttersprache richtig sprechen. Sich mit freigemachtem Briefe an Herrn **Grisard**, Platz hinter St.-Paul Nr. 24 zu Lüttich zu wenden. [1107—12]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,

Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1116—87]

Geschäfts-Empfehlung.

Hierdurch mache ich die Anzeige, daß ich dicht an der Güterniederlage des Bahnhofes hier ein

Speditions-Geschäft

errichtet habe.

Seit der Eröffnung der Thüringischen Eisenbahn bis hierher hat sich der Verkehr bedeutend vermehrt, auch stehen mir viele Transportmittel zu Gebote, um Güter nach allen Richtungen schnell zu befördern.

Gefällige Speditions-Zusendungen, welchen ich bei billigster Bedienung eine aufmerksame Behandlung widmen werde, bitte ich an die Firma **„Wilhelm Belling"**, hingegen Aufträge auf Mühlenfabrikate und Landesproducte an meine schon seit einer Reihe von Jahren bestehende Firma **„Joh. Pet. Belling's Wwe & Co."** zu richten.

Erfurt, am 1. April 1847.

[1240—41] ***Wilhelm Belling.***

Ein anerkannt vortreffliches Buch für Schulen und Freunde der Botanik ist:

P. F. Cürie, Anleitung die im mittleren und nördlichen Deutschland wildwachsenden Pflanzen auf eine leichte und sichere Weise durch eigene Untersuchung zu bestimmen.

Sechste Auflage. 8. 28¼ Bog. 1 Thlr. 5 Ngr. Kittlitz, bei Zobel. Leipzig, bei Hinrichs. [1112]

Verkauf einer Villa.

Eine moderne **Villa** am Mittelrhein, in der Nähe einer Stadt, mit Weinbergen und Garten versehen und von allen Seiten frei gelegen, ist wegen Familienverhältnisse zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen bei der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1067—69]

Bei **L. Fernbach** jun. in **Berlin** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Reinhold, Leichtfaßliche gründliche Anweisung, aus Rosinen eben so reinen geistigen Wein wie in den Weinländern aus frischen Trauben, und so wohlfeil wie Bier zu bereiten. Nach den Grundsätzen berühmter Weinkenner und Chemiker durch vieljährige Erfahrung erprobt. Preis: Brosch. 10 Sgr. = 36 Kr. Rhein. oder 30 Kr. C.-M. [1203]

Lotterie-Anzeige.

In der 5. Klasse 30. Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 1660: 50,000 Thlr.

Nr. 22,409:	1000 Thlr.		Nr. 22,719:	400 Thlr.	
" 24,186:	1000	"	" 28,083:	400	"
" 25,646:	1000	"	" 6,663:	200	"
" 28,086:	1000	"	" 20,389:	200	"
" 30,030:	1000	"	" 23,066:	200	"
" 3,341:	400	"	" 28,048:	200	"
" 22,420:	400	"	" 33,550:	200	"

und 36 Gewinne à 100 Thlr.

Mit Kaufloosen zur 5. Klasse 31. Lotterie, welche den 19. April beginnt, empfiehlt sich mit ½ à 41 Thlr., ¼ à 20½ Thlr., ⅛ à 10¼ Thlr. und ⅟₁₆ à 5⅛ Thlr. bestens

J. A. Pöhler,
Leipzig, Böttchergäßchen Nr. 3.

NB. Geehrte Aufträge erbitte ich mir franco, nebst Einsendung des Betrags, und versichere die pünktlichste Bedienung. [1160—65]

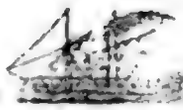
Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 10. April. **Uriel Acosta**, Trauerspiel von Gutzkow. Judith, Frl. Haase.

Sonntag, 11. April. Zum ersten Male: **Die Belagerung von Solothurn.** Geschichtlich-romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Montag, 12. April. **Die Karlsschüler**, Schauspiel von H. Laube. **Franziska**, Fräulein **Haase**, als **letzte** Gastrolle.

Donau-Dampfschiffahrts-Kundmachung.



Die unterzeichnete Administration hat die Ehre, dem verehrten Handelstand und Publicum die Anzeige zu machen, dass sie den Spediteur Herrn **Joh. Friedr. Oehlschlaeger** in Leipzig zu ihrem enten daselbst ernannt hat.

Derselbe ist in den Stand gesezt, auf alle an ihn ergehenden Anfragen, in Bezug auf Güter- und Personenbeförderung mittels der Dampfschiffe der ersten kaiserl. königl. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft die genügendsten Auskünfte zu ertheilen.

Wien, den 30. März 1847. ***Die Administration***

des ersten Kaiserl. Königl. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Auf vorstehende Bekanntmachung höflichst Bezug nehmend, werde ich alle an mich ergehenden Anfragen in Betreff der Donau-Dampfschiffahrt sehr gern beantworten, sowie ich mich zur Uebernahme und resp. promptesten und billigsten Beförderung von Gütern nach allen Donauplätzen, der Levante und nach den Häfen des Schwarzen Meeres bestens empfehle, auch auf Wunsch der Herren Absender die Assecuranz und Francatur bis an Ort und Stelle besorge. Leipzig, den 6. April 1847.

[1238] ***Joh. Fr. Oehlschlaeger.***

Das Lager der [1233—35]

Parfümerie- und Toilette-Seifen-Fabrik

von ***Friedrich Struve,***

sonst Grimmaische Strasse unter den Colonnaden, befindet sich jetzt

Petersstrasse Nr. 16, gegenüber dem Hôtel de Bavière.

Die Dampf-Maschinen-Chocoladen-Fabrik

der Herren

Theodor Hildebrand & Sohn in Berlin,

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Preussen,

hat ihr

Haupt-Commissionslager für das Königreich Sachsen

in der Colonialwaaren-Handlung von

Gustav Rus in Leipzig,

Grimmaische Strasse Nr. 24,

und verkauft durch diesen

feine und feinste Gewürz-Chocolade in Packeten von 25 Loth von 4½ bis zu 18 Ngr.

feinste Gesundheits-Chocolade (Cacao-Masse) von 8½ bis zu 11 Ngr.

Durch Anschaffung eines Maschinensystems von Granit-Malzwerken nach neuester Pariser Art ist die Fabrik in den Stand gesetzt, eine fast kalte Verarbeitung des Cacao zu erzielen; hierdurch sowol wie durch die dabei erlangte Feinheit tritt das Aroma des Cacao bedeutend besser hervor.

Nach dieser Pariser Art sind bereits angefertigt:

1) in Tafeln von 16 Loth: pr. Pf. von 32 Loth.

L'. A. superfeine Chocolade von Caracas-Cacao, ganz stark mit Vanille, à 1 Thlr. 5 Ngr.

- B. extrafeine Chocolade von Caracas- und Martinique-Cacao mit Vanille à 25 Ngr.
- C. superfeine Gesundheits-Chocolade von Caracas-Cacao mit Zucker, ohne Gewürz, à 25 Ngr.
- D. extrafeine Gesundheits-Chocolade von Caracas- und Martinique-Cacao mit Zucker, ohne Gewürz, à 20 Ngr.
- E. feinste Gesundheits-Chocolade von Martinique-Cacao mit Zucker, ohne Gewürz, à 15 Ngr.

2) in Dosen von 16 Loth zu 4 Tafeln:

- F. superfeine Chocolade analeptique von ausgesuchtem Caracas-Cacao mit Zucker, ohne Gewürz, à 25 Ngr.

Wiederverkäufer erhalten gegen baare Zahlung in Courant auf diese wie auf die obenerwähnten Sorten bedeutenden Rabatt. [1230]

Beste Russische Kern-Seife,

trocken und zum Waschen der feinsten Wäsche geeignet,

im Ganzen und Einzelnen billigst bei

[1232] ***Gustav Rus,*** Leipzig, Grimmaische Strasse Nr. 24.

Das Lager von [1189—93]

Ludwig & Emil Samson

befindet sich in der bevorstehenden Jubilate-Messe

Reichsstrasse, Ecke vom **Brühl** rechts, 1stes Gewölbe.

Aumann & Breslauer,

Strohwaaren-Fabrikanten

aus ***Breslau*** und ***Florenz,***

empfehlen ihr Lager Bordüren-, ital., brüsseler und Bast-Hüte, sowie ital. Strohgeflechte und Bordüren. [1249—50]

Grimmaische Straße Nr. 33, 1 Treppe.

Gesuch eines Messpostens.

Ein junger routinirter Kaufmann sucht für die Dauer der bevorstehenden Messe, um genügende Beschäftigung zu haben, eine Anstellung in einem respectablen Hause. Gefällige Anfragen unter der Chiffre **G. C.**, No. 55, poste restante Leipzig werden sofortige Anmeldung zur Folge haben. [1251]

Missouri-Cnaster

in Original-Packeten von 5 Loth (à 2½ Ngr.) aus der Fabrik des Herrn A. Cramer in Cape-Girardot ist wieder angekommen bei

Gustav Rus,

[1231] Leipzig, Grimmaische Strasse Nr. 24.

Mess-Lager [1218—20]

der

Harmonika's-Fabrik

von

Wagner & Co.

in Gera, Berlin und Wien:

Markt, 11te Budenreihe.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Louis Ottomar Baumann in Ober-Wiesenthal mit Frl. Emilie Rosalie Dreher in Geier. — Hr. Bürgermeister Block in Schlawe mit Frl. Minna Schübner. — Hr. Karl August Brunn in Meißen mit Frl. Laura A. Hölemann in Mohorn. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Ludwig Cassius in Grätz mit Frl. Marie Höcker in Breslau. — Hr. Kaufmann Emanuel Luff in Neiße mit Frl. Helene Huldschiner in Gleiwitz. — Hr. Karl Müller in Chemnitz mit Frl. Rosalie Webers. — Hr. Dr. Theodor Pöbing in Dresden mit Frl. Therese Krusche in Reichenau. — Hr. Karl Pohle in Schmölln mit Frl. Minna Michels in Altenburg. — Hr. Rittergutsbesitzer Ernst v. Puttkammer auf Wobeser mit Frl. Johanne Schmidt in Sanskow. — Hr. Referendar Theodor Roggatz in Cöslin mit Frl. Lina Schmidt in Sanskow. — Hr. Lehrer Moritz Schuricht in Chemnitz mit Frl. Agnes Gründer in Wurzen. — Hr. Kaufmann Henry Wolfskehl in Brüssel mit Frl. Auguste Berthold in Breslau. — Hr. W. Woltemas in Ramitz mit Frl. Pauline Kretzschmer.

Getraut: Hr. Eugène Leonard Méautes in Köln mit Frau M. Henriette Sonder aus Neuwied. — Hr. Adolf Lösche in Berlin mit Frl. Sophie Krakau. — Hr. Kaufmann Richard Walz in Grimma mit Frl. Mathilde Brückner.

Geboren: Hrn. H. Fäsenfeld in Begefack eine Tochter. — Hrn. Apotheker P. F. Feldhaus in Neuß ein Sohn. — Hrn. Karl Förster in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Oberlandesgerichtsjustizcommissar Gierse in Münster ein Sohn. — Hrn. Landesdirectionspräsidenten v. Goßler in Köthen eine Tochter. — Hrn. Lieutenant Hermann v. Horn in Prenzlau eine Tochter. — Hrn. Dr. J. Klein in Emmerich eine Tochter. — Hrn. Pastor Kubale in Wahnitz eine Tochter. — Hrn. Geh. Oberbergrath v. Oeynhausen in Berlin eine Tochter. — Hrn. M. Oswald in Seusliz eine Tochter. — Hrn. Gymnasialoberlehrer Dr. G. Pfarrius in Köln ein Sohn. — Hrn. Premierlieutenant Ernst v. Schaumberg in Köln ein Sohn. — Hrn. Professor Schellbach in Berlin eine Tochter. — Hrn. August Steinicke in Berlin eine Tochter. — Hrn. Prediger Stosch in Drossen ein Sohn.

Gestorben: Hr. Dr. Karl Eduard Böhr in Berlin. — Frau Staatsprocurator Luise Buß in Aachen. — Hr. Rentier W. G. Christiany in Berlin. — Hr. Justizrath und Consistorialrath Leopold Gotthard Cogho in Breslau. — Frau Kaufmann Däsler in Liegnitz. — Frau Ulrike v. Gädecke in Kleckow. — Hr. Musiklehrer G. Gerlach in Berlin. — Hr. Referendar A. L. Geuer in Köln. — Hr. Rittergutsbesitzer August Jeschke in Gersdorf. — Frau Karoline Krümmel in Frankfurt a. O. — Frau Dr. Löber in Dresden. — Hr. Lieutenant Jacob Mentjes in Koblenz. — Frau Pastor Florentine Menzel in Paschkerwitz. — Hr. Rentier Gottlob Adolf Müller in Berlin. — Hr. Pastor Wilhelm Friedrich Naumann in Börln. — Gräfin Emilie Pückler in Sacherwitz. — Hr. Johann Gottlieb B. Schauer in Schönefeld.

(Mit einer Beilage.)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 100. (10. April 1847.)

Ueberblick.

Patent, die Bildung neuer Religionsgesellschaften in Preußen betreffend.
Denkschrift von Dr. List.

Preußen.

Die Allgemeine Preußische Zeitung enthält folgendes Patent, die Bildung neuer Religionsgesellschaften betreffend:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., thun hierdurch kund und zu wissen: Indem wir beifolgend eine uns von unserm Staatsministerium überreichte Zusammenstellung der im Allgemeinen Landrecht enthaltenen Vorschriften über Glaubens- und Religionsfreiheit zur öffentlichen Kenntniß gelangen lassen, finden wir uns bewogen, hierdurch zu erklären, daß, sowie wir einerseits entschlossen sind, den in unsern Staaten geschichtlich und nach Staatsverträgen bevorrechteten Kirchen, der evangelischen und der römisch-katholischen, nach wie vor unsern kräftigsten landesherrlichen Schutz angedeihen zu lassen und sie in dem Genuß ihrer besondern Gerechtsame zu erhalten, es andererseits ebenso unser unabänderlicher Wille ist, unsern Unterthanen die in dem Allgemeinen Landrecht ausgesprochene Glaubens- und Gewissensfreiheit unverkümmert aufrecht zu erhalten, auch ihnen nach Maßgabe der allgemeinen Landesgesetze die Freiheit der Vereinigung zu einem gemeinsamen Bekenntniß und Gottesdienste zu gestatten. Diejenigen, welche in ihrem Gewissen mit dem Glauben und Bekenntniß ihrer Kirche nicht in Uebereinstimmung zu bleiben vermögen und sich demzufolge zu einer besondern Religionsgesellschaft vereinigen, oder einer solchen sich anschließen, genießen hiernach nicht nur volle Freiheit des Austritts, sondern bleiben auch, insoweit ihre Vereinigung vom Staate genehmigt ist, im Genuß ihrer bürgerlichen Rechte und Ehren — jedoch unter Berücksichtigung der §§. 5, 6, 27—31 und 112 Tit. 11 Thl. II des Allgemeinen Landrechts — dagegen können sie einen Antheil an den verfassungsmäßigen Rechten der Kirche, aus welcher sie ausgetreten sind, nicht mehr in Anspruch nehmen.

Befindet sich eine neue Religionsgesellschaft in Hinsicht auf Lehre und Bekenntniß mit einer der durch den westfälischen Friedensschluß in Deutschland anerkannten christlichen Religionsparteien in wesentlicher Uebereinstimmung und ist in derselben ein Kirchenministerium eingerichtet, so wird diesem bei Genehmigung der Gesellschaft zugleich die Berechtigung zugestanden werden, in den Landestheilen, wo das Allgemeine Landrecht oder das gemeine deutsche Recht gilt, solche die Begründung oder Feststellung bürgerlicher Rechtsverhältnisse betreffende Amtshandlungen, welche nach den Gesetzen zu dem Amte des Pfarrers gehören, mit voller rechtlicher Wirkung vorzunehmen. Inwiefern einer neuen Kirchengesellschaft dieser Art außerdem noch einzelne, besondere Rechte zu verleihen sind, bleibt im vorkommenden Falle nach Bewandtniß der Umstände unserer Erwägung vorbehalten.

In allen anderen Fällen bleiben bei neuen nach den Grundsätzen des Allgemeinen Landrechts zur Genehmigung von Seiten des Staats geeignet befundenen Religionsgesellschaften die zur Feier ihrer Religionshandlungen bestellten Personen von der Befugniß ausgeschlossen, auf bürgerliche Rechtsverhältnisse sich beziehende Amtshandlungen der oben bezeichneten Art mit civilrechtlicher Wirkung vorzunehmen; diese soll bei den Gegenständen jener Amtshandlungen nach näherer Vorschrift der dieserhalb von uns heute erlassenen besondern Verordnung durch eine vor der Gerichtsbehörde erfolgende Verlautbarung sichergestellt werden, den Betheiligten jedoch gestattet sein, die gedachten Amtshandlungen mit voller Wirkung auch durch einen Geistlichen einer der öffentlich aufgenommenen christlichen Kirchen verrichten zu lassen, wenn ein solcher sich dazu bereitwillig findet.

Nachdem die jetzigen Bewegungen auf dem kirchlichen Gebiete uns veranlaßt haben, unsere Grundsätze über Zulassung und Bildung neuer Religionsgesellschaften im Allgemeinen auszusprechen, behalten wir uns vor, mit Benutzung der bei Anwendung derselben zu machenden Erfahrungen, nach Bedürfniß die über diesen Gegenstand bestehenden, in der anliegenden Zusammenstellung enthaltenen Vorschriften des Allgemeinen Landrechts durch besondere gesetzliche Bestimmungen zu ergänzen.

Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Berlin, den 30. März 1847. Friedrich Wilhelm.

Zusammenstellung der in dem Allgemeinen Landrechte enthaltenen Bestimmungen über Glaubens- und Religionsfreiheit.

1) Jedem Einwohner im Staate steht für seine Person vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit zu. Die Begriffe der Einwohner des Staats von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein. Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religionssachen Vorschriften vom Staat anzunehmen. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden. Jedem Bürger des Staats, welchen die Gesetze fähig erkennen, für sich selbst zu urtheilen, soll die Wahl der Religionspartei, zu welcher er sich halten will, freistehen. Der Uebergang von einer Religionspartei zu einer andern geschieht in der Regel durch ausdrückliche Erklärung. Durch Berufung auf abweichende Glaubensansichten kann jedoch der Einzelne sich gegen die durch die allgemeinen Landesgesetze bedingten civil- und strafrechtlichen Folgen seiner Handlungen nur dann schützen, wenn das Gesetz zu Gunsten seiner Glaubensgenossen eine Ausnahme von einzelnen allgemeinen Bestimmungen nachgelassen hat, und insoweit als er durch seine eigenthümlichen Religionsansichten verhindert wird, diejenigen Rechtshandlungen vorzunehmen, deren Form nach den Gesetzen durch bestimmte religiöse Ueberzeugung bedingt ist, muß er sich die daraus folgende Verminderung seiner bürgerlichen Rechtsfähigkeit gefallen lassen.

2) Den Einzelnen steht es frei, mit Genehmigung der Obrigkeit sich zu Religionsübungen zu verbinden und gemeinschaftliche Zusammenkünfte zu halten, insoweit dadurch nicht die gemeine Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet wird; eine solche Verbindung hat aber nur dieselben Rechte, wie jede andere erlaubte Privatgesellschaft. Sie steht als solche unter der fortwährenden Aufsicht des Staats, welcher sie verbieten kann, sobald sich findet, daß sie andern gemeinnützigen Absichten und Anstalten hinderlich oder nachtheilig ist, und ihre Mitglieder bilden, auch wenn sie die Aussonderung von den im Staat aufgenommenen Kirchengesellschaften bezwecken, dennoch keine rechtlich bestehende, besondere Religionspartei, sondern fürerst nur eine bloße Privatgesellschaft, und werden in rechtlicher Beziehung, nach wie vor, als Angehörige derjenigen Religionspartei angesehen, zu der sie bis dahin gehört haben, insoweit nicht besondere Gesetze Ausnahmen davon begründen.

3) Religionsgrundsätze, welche mit der Ehrfurcht gegen die Gottheit, dem Gehorsam gegen die Gesetze, der Treue gegen den Staat und der allgemeinen Sittlichkeit unvereinbar sind, dürfen überhaupt im Staate nicht ausgebreitet werden. Einer jeden neu sich bildenden Religionsgesellschaft liegt daher der Nachweis ob, daß die von ihr gelehrten Meinungen nichts erhalten, was Dem zuwiderläuft.

4) Erhält eine Religionsgesellschaft die Genehmigung des Staats, so erlangt sie dadurch die Rechte einer geduldeten Kirchengesellschaft und ist demgemäß befugt, gottesdienstliche Zusammenkünfte in gewissen dazu bestimmten Gebäuden anzustellen und hier sowol als in den Privatwohnungen der Mitglieder die ihren Religionsgrundsätzen gemäßen Gebräuche auszuüben. Sie bleibt aber dabei der Oberaufsicht des Staats unterworfen, und letzterer ist berechtigt, von Demjenigen, was in ihren Versammlungen gelehrt und verhandelt wird, Kenntniß einzuziehen. Im Uebrigen bestimmen sich ihre Rechte nach der besondern Concession, welche ihr von dem Landesherrn ertheilt wird.

5) Die im Staat öffentlich aufgenommenen Kirchen-Gesellschaften haben die Rechte privilegirter Corporationen. Nur die ihnen gehörenden gottesdienstlichen Gebäude werden „Kirchen" genannt und genießen als solche die Vorrechte der öffentlichen Gebäude des Staats. Kirchen sowie Pfarr- und Küstergüter sind in der Regel von den gemeinen Lasten des Staats frei, und die zur Feier des Gottesdienstes und zum Religionsunterricht bestellten Personen haben mit andern Beamten im Staate gleiche Rechte. In Ansehung der über ihr Vermögen verhandelten Geschäfte und geschlossenen Verträge haben die öffentlich aufgenommenen Religions-Gesellschaften die Rechte der Minderjährigen; sie genießen wegen dieses Vermögens im Concurse besonderer Vorrechte, und es findet gegen sie nur die außerordentliche Verjährung von 44 Jahren statt. Die zu einer vom Staat öffentlich aufgenommenen Religionspartei gehörigen Kirchen sind befugt, gegen die innerhalb ihrer Parochie wohnenden Glaubens-Verwandten, soweit letztere nicht besonders eximirt sind, den Pfarrzwang auszuüben und dieselben zu den aus der Parochial-Verbindung fließenden Lasten und Abgaben heranzuziehen.

6) Auf die vorstehend unter 5. aufgeführten Rechte der öffentlich aufgenommenen Kirchen-Gesellschaften haben die nur geduldeten Religions-Gesellschaften als solche keinen Anspruch; den Umfang ihrer Rechte in besonderem Falle bestimmt vielmehr die ihnen ertheilte Concession (conf. §. 4.)

Verordnung, betreffend die Geburten, Heirathen und Sterbefälle, deren bürgerliche Beglaubigung durch die Ortsgerichte erfolgen muß.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, in Verfolg unsers am heutigen Tage über die Bildung neuer Religionsgesellschaften erlassenen Patents, für alle Theile unserer Monarchie, mit Ausschluß des Bezirks des Appellationsgerichtshofs zu Köln, auf den Antrag unsers Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten unsers Staatsraths, was folgt:

§. 1. Die bürgerliche Beglaubigung der Geburts-, Heirathe- und Sterbefälle, die sich in solchen geduldeten Religionsgesellschaften ereignen, bei welchen den zur Feier ihrer Religionshandlungen bestellten Personen die Befugniß nicht zusteht, auf bürgerliche Rechtsverhältnisse sich beziehende Amtshandlungen mit civilrechtlicher Wirkung vorzunehmen, soll durch Eintragung in ein gerichtlich zu führendes Register bewirkt werden.

§. 2. Dieses Register wird von dem ordentlichen Richter des Orts, wo der Geburts- oder der Sterbefall sich ereignet hat oder die Brautleute wohnen, auch in Ansehung solcher Betheiligten geführt, welche sonst von der ordentlichen Gerichtsbarkeit befreit sind. Haben die Brautleute ihren Wohnsitz in verschiedenen Gerichtsbezirken, so kann die Eintragung der Ehe bei dem einen oder dem andern der beiden Richter nachgesucht werden. Der Richter, welcher hiernach die Eintragung vornimmt, hat von derselben dem Richter des Orts, an welchem der andere Theil des Brautpaars wohnt, Mittheilung zu machen, und dieser hat die vollzogene Ehe auch in das von ihm geführte Register zu übernehmen.

§. 3. Zur Anzeige einer erfolgten Geburt ist zunächst der Vater des Kindes verpflichtet. Ist derselbe nicht bekannt oder zur Erfüllung dieser Verpflichtung nicht im Stande, so muß die Anzeige von dem Geburtshelfer oder der Hebamme, wenn aber solche bei der Niederkunft nicht gegenwärtig gewesen sind, von den sonst dabei zugegen gewesenen Personen, und wenn die Geburt ohne Beisein Anderer erfolgt ist, von Demjenigen, in dessen Wohnung das Kind geboren ist, geschehen. Andere, zu den Verwandten oder Hausgenossen gehörende Personen, sind zu der Anzeige berechtigt, aber nicht verpflichtet. Die Anzeige muß den Tag und die Stunde der Geburt, das Geschlecht des Kindes und dessen Vornamen, ferner die Namen, den Stand oder das Gewerbe, sowie den Wohnort der Aeltern enthalten. War zur Zeit der gemachten Anzeige dem Kinde noch kein Vorname beigelegt, so ist hierüber binnen drei Tagen, nachdem dies geschehen, nachträgliche Anzeige zu leisten.

§. 4. Bei Todesfällen muß die Anzeige von dem Familienhaupte, und wenn ein solches nicht vorhanden oder hierzu nicht im Stande ist, von Demjenigen gemacht werden, in dessen Wohnung der Todesfall sich ereignet hat. Andere Verwandte oder Hausgenossen des Verstorbenen sind zu der Anzeige berechtigt, aber nicht verpflichtet. Die Anzeige muß Tag und Stunde des Todes, Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe des Verstorbenen enthalten.

§. 5. Der ehelichen Verbindung muß ein Aufgebot vorhergehen. Dasselbe ist bei dem Richter des Orts, an welchem die Brautleute den Wohnsitz

haben, und wenn dieselben in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnen, bei jedem der beiden Richter in Antrag zu bringen, und erst dann zu veranlassen, wenn sich der Richter die Ueberzeugung verschafft hat, daß die zur bürgerlichen Gültigkeit der Ehe gesetzlich nothwendigen Erfordernisse vorhanden sind. Das Aufgebot erfolgt durch eine an der Gerichtsstelle und gleichzeitig an dem Rath- oder Ortsgemeindehaus, in dessen Ermangelung aber an der Wohnung des Gemeindevorstehers während vierzehn Tagen auszuhängende Bekanntmachung.

§. 6. Diejenige Handlung, durch welche nach dem Gebrauche der Religionsgesellschaft die eheliche Verbindung geschlossen wird, darf erst vorgenommen werden, wenn gerichtlich bescheinigt ist, daß die Brautleute, jedes an seinem Wohnort, aufgeboten worden sind und kein Einspruch erfolgt ist.

§. 7. Zu der Eintragung der Ehe in das Register (§. 1) ist erforderlich: 1) Die Erklärung der Brautleute, daß und wann die nach dem Gebrauche der geduldeten Religionsgesellschaft zum Abschlusse der ehelichen Verbindung erforderliche Handlung stattgefunden hat; 2) eine die Richtigkeit dieser Erklärung bestätigende Versicherung zweier glaubwürdigen, zu derselben Religionsgesellschaft gehörenden Personen; 3) der Nachweis des Aufgebots (§. 5).

§. 8. Die bürgerliche Gültigkeit einer solchen Ehe beginnt mit dem Zeitpunkte der Eintragung der Ehe in das Register.

§. 9. Zu den in den §§. 3, 4 und 7 vorgeschriebenen Anzeigen und Erklärungen ist das persönliche Erscheinen vor dem Richter erforderlich. Der Richter hat darüber, unter Zuziehung eines verpflichteten Protokollführers, ein Protokoll aufzunehmen, welchem die eingereichten Bescheinigungen beizufügen sind. Wenn nach dem Ermessen des Richters die Thatsache festgestellt ist, so hat derselbe auf Grund des Protokolls sofort den Geburts-, Heiraths- oder Sterbefall in das Register einzutragen und darüber ein Attest auszufertigen.

§. 10. Das Register (§. 1) und die auf Grund desselben ausgefertigten Atteste genießen bis zum Beweise des Gegentheils vollen öffentlichen Glauben.

§. 11. Die in den §§. 3, 4 und 7 vorgeschriebenen Anzeigen oder Erklärungen müssen von den dazu Verpflichteten gemacht werden: 1) bei Geburten innerhalb der zunächst folgenden drei Tage; 2) bei Heirathen binnen der zunächst folgenden acht Tage nach Vollziehung der nach dem Gebrauche der Religions-Gesellschaft erforderlichen Handlung; 3) bei Todesfällen spätestens an dem nächstfolgenden Tage. Eine schuldbare Versäumniß dieser Fristen ist mit Geldbuße bis zu funfzig Thalern oder mit Gefängniß bis zu vier Wochen zu bestrafen. Außerdem haben die Säumigen diejenigen Kosten zu tragen, welche dadurch entstehen, daß der Richter wegen der verzögerten Anzeige zu irgend einer Ermittelung veranlaßt wird.

§. 12. Die Festsetzung der im §. 11 angedrohten Strafe erfolgt durch gerichtliches Erkenntniß.

§. 13. Die Orts-Polizeibehörden sind verpflichtet, auf die rechtzeitige Anzeige der Geburten, Heirathen und Sterbefälle zu achten und bei Unterlassung derselben das Erforderliche von Amts wegen zu veranlassen.

§. 14. Für die den Gerichten durch gegenwärtige Verordnung überwiesenen Geschäfte sind Gebühren zu entrichten, über deren Betrag der Justiz-Minister nähere Bestimmungen zu treffen hat.

§. 15. Insoweit nicht durch gegenwärtige Verordnung abweichende Bestimmungen gegeben sind, haben die Gerichte bei dem Aufgebote und der Führung des Registers diejenigen Vorschriften zu befolgen, welche den Geistlichen der öffentlich aufgenommenen Kirchen für das Aufgebot und die Führung der Kirchen-Register ertheilt sind.

§. 16. Die Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung finden auch auf Geburten, Heirathen und Sterbefälle solcher Personen Anwendung, welche aus ihrer Kirche ausgetreten sind und noch keiner vom Staate genehmigten Religions-Gesellschaft angehören.

Bei den Heirathen solcher Personen sollen jedoch die Bestimmungen der §§. 6, 7 und 11 Nr. 2 ausgeschlossen bleiben. Zur Eintragung der Ehe in das Register genügt in diesen Fällen der Nachweis des Aufgebots (§. 5) und die persönliche Erklärung der Brautleute vor dem Richter, daß sie fortan als ehelich mit einander verbunden sich betrachten wollen.

§. 17. Der Austritt aus der Kirche (§. 16) kann nur durch eine vor dem Richter des Orts (§. 2) persönlich zum Protokoll abzugebende Erklärung erfolgen. Diese Erklärung hat nur dann rechtliche Wirkung, wenn die Absicht, aus der Kirche auszutreten, mindestens vier Wochen vorher dem Richter des Orts in gleicher Weise erklärt worden ist. Der Richter hat von der zuerst bei ihm abgegebenen Erklärung dem competenten Geistlichen sofort Mittheilung zu machen.

§. 18. Bei Ehescheidungsklagen solcher Personen, welche aus ihrer Kirche ausgetreten sind und noch keiner vom Staate genehmigten Religions-Gesellschaft angehören, finden die in der Verordnung über das Verfahren in Ehesachen vom 28. Juni 1844 hinsichtlich der Mitwirkung eines Geistlichen und insbesondere die in den §§. 10 bis 14 gegebenen Vorschriften keine Anwendung. Der Einleitung solcher Ehescheidungsklagen muß statt des Sühne-Versuchs durch den Geistlichen ein Sühne-Versuch durch das Gericht vorangehen. Bei diesem Sühne-Versuche sind der Staats-Anwalt und nach dessen Anträgen diejenigen Personen zuzuziehen, von welchen eine dem Zweck entsprechende Mitwirkung zu erwarten ist.

§. 19. Der Justizminister hat die Gerichte mit näherer Anweisung zur Ausführung dieser Verordnung zu versehen.

Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Berlin, den 30. März 1847.

(L. S.) Friedrich Wilhelm. Frhr. v. Müffling. Eichhorn. v. Savigny. Uhden. Beglaubigt: Bede.

Mit Bezug auf das vorstehende Patent hat der König noch folgenden besondern Befehl unter gleichem Datum an das Staatsministerium erlassen: „Wenn ich in dem Patent vom heutigen Tage über die Bildung neuer Religionsgesellschaften denjenigen, welche ihre Kirche verlassen und zu einer besondern Religionsgesellschaft sich vereinigen oder einer solchen sich anschließen, nur insoweit, als ihre Vereinigung vom Staate genehmigt ist, den fortdauernden Genuß ihrer bürgerlichen Rechte und Ehren ausdrücklich zugesichert habe, so darf dieser Bestimmung — wie ich dem Staatsministerium zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse hierdurch eröffne — nicht die Auslegung gegeben werden, als ob der Beitritt zu einer vom Staate noch nicht genehmigten Religionsgesellschaft ohne Weiteres den Verlust jener Rechte und Ehren zur Folge habe. Eine solche Auslegung würde ganz meiner Absicht entgegen sein. Insbesondere mache ich darauf aufmerksam, daß kein Militair- oder Civilbeamter blos deshalb, weil er sich von seiner Kirche getrennt und einer bisher noch nicht genehmigten Religionsgesellschaft angeschlossen hat, in den mit seinem Amte verbundenen Rechten, sofern nicht das Amt selbst, wie z. B. bei den Schullehrern ꝛc., durch eine bestimmte Confession bedingt ist, eine Schmälerung erleiden darf. Ich überlasse den einzelnen Verwaltungschefs, hiernach die Behörden mit der nöthigen Anweisung zu versehen. Berlin, den 30. März 1847. Friedrich Wilhelm."

Denkschrift von Dr. List.

(Schluß aus Nr. 99.)

V. Ueber den gegenwärtigen Zustand Deutschlands und die Gesinnungen des deutschen Volks gegen England. Die gegenwärtigen Zustände Deutschlands sind sehr bedenklicher Art, und selbst die großen Fortschritte, die das deutsche Volk in Allem gemacht hat, was die Größe der Nationen bedingt, haben bis jetzt nur dazu gedient, seine Schwäche zu vermehren, weil diese Fortschritte nur die Kluft erweitern, die zwischen dem Volk und den bureaukratischen Verwaltungen besteht.... Wenn es in diesem Lande so fortgeht wie bisher, so muß von zwei Dingen eins sich ereignen: entweder wird Deutschland von Frankreich oder Rußland unterjocht, oder es erfolgt eine Wiedergeburt in Folge einer innern Bewegung. Das Letztere kann geschehen durch eignen Aufschwung der Nation oder in Folge eines Angriffs von außen; denn es ist nicht unmöglich, daß die Nation in Folge einer Invasion von außen sich aus ihrer vierhundertjährigen Lethargie erhebt und in sich selbst Kraft genug findet, den Angriff zurückzuschlagen und ihre Unabhängigkeit durch eigne Kraft zu behaupten. Ob sich aber die Nation durch sich selbst emporhebe oder ob sie durch einen Angriff von außen emporgestachelt werde, in dem einen wie in dem andern Falle könnten die Massen des Volks oder die Nahrungsstände einen größern Einfluß auf die Regierungen erlangen, als der Nation selbst gut und als England lieb sein dürfte. Deutschland unter einer Volksregierung würde Holland und Belgien erobern, würde gegen England in Handel, Schiffahrt und Seemacht als Rival auftreten, würde seinem gemäßigten Schutzsystem ein Prohibitivsystem substituiren, und überhaupt in jeder Beziehung mit den Feinden Englands gemeine Sache machen.

Ein nützlicher und wirksamer Alliirter kann Deutschland den Engländern nur dann sein, wenn seine nationale Wiedergeburt unter der Leitung seiner eignen Regierungen von statten geht. Aber leider sind zur Zeit die Regenten Deutschlands durch ihre Bureaukratie zu sehr geleitet, als daß sie sich stark genug fühlen könnten, ihrem eignen Urtheile zu folgen.... Deutschland ist jetzt von diesen Bureaukratien bevormundet, just als ob sie sich die Aufgabe gestellt hätten, das deutsche Volk zur künftigen Eroberung von Frankreich oder Rußland zuzustutzen. Jedes unabhängige Gefühl wird von denselben niedergehalten, nicht allein in den Mittelständen, sondern auch in der Aristokratie, zweien Elementen der Freiheit und Unabhängigkeit, die wenn die Regenten Deutschlands sie von der Bureaukratie zu emancipiren verständen, in kurzer Zeit die Nation befähigen dürften, sich auf einen viel höhern Grad politischer Ausbildung emporzuschwingen, als derjenige ist, auf welchem die Franzosen bereits stehen oder auf den sie sich zu erheben je im Stande sein dürften. Die Kraft Deutschlands ist die Kraft Englands, und die alte Regel: man solle theilen, um zu herrschen, ist nie auf eine falschere Weise angewendet worden als von England in Beziehung auf Deutschland, weil England dadurch nur Diejenigen schwächt, deren Stärke es dermaleinst zum Beistande zu rufen haben wird.

Allerdings hat die großbritannische Diplomatie durch die deutsche Bureaukratie viele ihrem Lande für den Augenblick vortheilhafte Dinge durchgesetzt, z. B. den Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 3. März 1841, wodurch Preußen acht Jahre lang auf die Möglichkeit verzichtet hat, den Hansestädten diejenigen Concessionen zu machen, die einzig und allein dieselben hätten vermögen können, dem Zollvereine beizutreten, also darauf: den ganzen deutschen Seehandel im Interesse der Nation zu reguliren und den Zollverein körperlich zu vervollständigen; ferner den Handelsvertrag mit Hannover, der dieses Land, und folglich auch die Hansestädte, bis zum Jahr 1854 verhindert, dem Zollvereine beizutreten, wodurch also diese freiwillige Impotenz des Zollvereins noch um acht Jahre verlängert ist. Endlich hat England offenbar auf die Congreßbeschlüsse des Zollvereins einen so entschiedenen Einfluß gewonnen, daß es jede neue Maßregel zu verhindern vermag, die es seinem Interesse für nachtheilig erachtet. Das mag allerdings für den Augenblick England einigen Vortheil bringen, das mag die Geschicklichkeit der englischen Diplomatie in ein glänzendes Licht stellen, das mag ihr großen Beifall bei den englischen Fabrikanten erwerben; aber eine andere Frage ist die: wie haben diese Triumphe auf die Deutschen gewirkt, und wie wird die Galle, die sich in Folge derselben in den Gemüthern angesetzt hat, auf Englands Zukunft wirken?

Sollte man in England von dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Deutschland so wenig unterrichtet sein, um nicht zu wissen, welche ungewöhnliche Zeichen allgemeiner Strebungen zu Gunsten nationaler Einheit und einer dieselbe sichernden nationalen Organisation sich im Laufe der letzten Jahre, nämlich seit den kriegerischen Demonstrationen des Hrn. Thiers, am politischen Firmament Deutschlands haben blicken lassen? ... Sollte man sich also dort nicht vorstellen können, daß die Taktik der englischen Diplomatie die Fehler und Mängel dieser Bureaukratie zu benutzen, um der Vervollkommnung des Zollvereins, der materiellen Grundlage der politischen Nationaleinheit Deutschlands und dem Hoffnungsanker der Nation, im Interesse des englischen Handels Hemmnisse in den Weg zu werfen — daß, sage ich, eine solche Taktik den unabhängigen und vaterlandsliebenden Deutschen empören muß, und daß man überhaupt eine Nation nicht tödtlicher verletzen kann, als wenn man aus untergeordneten und eigennützigen Absichten ihr Bestreben nach nationaler Vervollkommnung auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen zu vereiteln sucht? Ich kann nicht anders glauben, als daß die englische Regierung weder den Stand der öffentlichen Meinung und Stim-

mung Deutschlands kennt, noch die Wirkungen ihres Benehmens auf die Zukunft ihres eignen Landes gehörig erwogen hat. Denn von welcher Bedeutung kann es für England sein, für eine oder anderthalb Millionen mehr Manufacturwaaren an die Deutschen abzusetzen, indem man diese Nation hindert, ihre industrielle Erziehung und überhaupt ihre ökonomische Organisation zu vervollkommnen und dadurch ihre politische vorzubereiten, wenn es doch klar ist wie der Tag, daß man sich eben dadurch die Sympathien dieser Nation, von der man sich für die Zukunft noch so große Dienste zu versprechen hat, gänzlich entfremdet und sie zwingt, für alle Zukunft mit dem bittersten Feinde Englands gemeinsame Sache zu machen?

Gewiß, England kennt die künftige Bedeutung Deutschlands nicht. Stolz auf seine gegenwärtige Uebermacht, hat es sich noch nicht die Mühe gegeben, sich eine klare Vorstellung davon zu machen, welchem Schicksale diese Nation bei der Fortdauer ihrer gegenwärtigen Zersplitterung entgegengeht und welchen Einfluß diese bisher von ihm so gering geachtete Nation auf sein eignes Geschick zu üben bestimmt ist. England sieht in Deutschland immer noch ein Land ohne klares Bewußtsein eines großen und gemeinschaftlichen Ziels und ohne kräftigen und einheitlichen Willen, dieses Ziel zu erstreben; ein Land, das, in sich selbst in eine Menge Partikeln gespalten, bisher gewohnt gewesen sei, sich an irgend eine fremde Macht anzulehnen, die ihm einigermaßen seine Unabhängigkeit habe garantiren können, und das jetzt nur durch vorübergehende Verhältnisse gezwungen sei, um jeden Preis sich an England anzulehnen, wie es sich früher nach einander an Frankreich und Rußland angelehnt habe. Diese Vorstellung von Deutschland hat England gewonnen, indem es nur die Bureaukratie und die Dynastien ins Auge faßte. Allein hinter diesen beiden hat sich in den letzten dreißig Jahren eine andere Macht erhoben, die im Bewußtsein ihrer geistigen und materiellen Stärke ein anderes Ziel erkennt und verfolgt als die Bureaukratie, nämlich das: die Garantie der deutschen Selbständigkeit in sich selbst, in der eignen nationalen Vervollkommnung und Größe zu suchen, eine Macht, die mit ihrem Streben erst im Laufe der letzten Jahre auf erkennbare Weise an den Tag getreten ist: die Macht des Mittelstandes nämlich in Verbindung mit der des Adels, der seinerseits gleichfalls anfängt einzusehen, nur in der Einheit der Nation und in einer vollständigen Organisation liege die Garantie seiner künftigen Existenz.

Die öffentliche Meinung Deutschlands ist in dieser Beziehung aufgestachelt und in Bewegung gesetzt, nicht durch die Gewinnsucht der Fabrikanten, sondern einerseits durch die Nachwirkung der Thiers'schen Demenstration von 1840 und in der ihr näher und näher rückenden Gefahr, das Opfer der Vergrößerungssucht seiner continentalen Nachbarn zu werden, andererseits durch das Bewußtsein seiner innern, seiner individuellen Kraft, die es eine größere Zukunft ahnen läßt, vorausgesetzt, daß es gelänge, diesen Reichthum von individuellen Kräften mittels einer vollkommenern politischen und ökonomischen Organisation zu concentriren und zu einer Nationalkraft zu vereinigen. England, in der Illusion des Tages befangen, der freie Handel allein könne Glück, Wohlstand und Civilisation und Frieden über die Völker dieser Erde bringen, sieht nicht oder will nicht sehen, daß diese Hoffnung zur Zeit nur in Bezug auf England in Erfüllung gehen könne, daß aber im Gegentheile Deutschland auf dem gegenwärtigen Standpunkte seiner nationalen Entwickelung die nachtheiligsten Wirkungen hinsichtlich seiner nationalen Wiedergeburt und der Behauptung seiner Unabhängigkeit gegen seine Continentalnachbarn von der Verwirklichung dieser Theorie oder auch nur von einer bedeutenden Annäherung an dieselbe zu empfinden haben würde. Die Deutschen verwerfen die Theorie der allgemeinen Handelsfreiheit keineswegs, sie fühlen aber und sagen: die Zeit ihrer Verwirklichung sei nur erst für England gekommen. In Handel, Schiffahrt und Seemacht sowol als in Colonial- und Capitalbesitz, in politischer und überhaupt in praktischer Bildung, in öffentlichen Institutionen wie in jeder Kunst und Uebung der Production allen Nationen weit voran, sei England zur Zeit im Stande, bei freier Concurrenz jeden Zweig der deutschen Industrie todtzuschlagen.

Nun beruhe aber die Macht und der Wohlstand, ja die Civilisation jeder Nation auf harmenischer Entwickelung ihres Ackerbaues, ihrer Industrie und ihres Handels; die Industrie sei das Mittelglied zwischen den beiden andern, und ohne sie könne weder der Ackerbau noch der Handel gedeihen. Die Industrie müsse also durch die Nationalkraft so lange geschützt werden, als sie die freie Concurrenz mit einer fremden ihr überlegenen Industrie nicht bestehen könne, und dieser Schutz sei der deutschen Industrie um so mehr vonnöthen, als sie eigentlich erst 15 Jahre alt sei, und bekanntlich eine junge Industrie mit einer Jahrhunderte lang bestehenden so wenig einen erfolgreichen Kampf bestehen könne als ein noch unerwachsener Knabe den mit einem erstarkten Manne. Das Schutzsystem müsse aber auf deutschem Boden nicht blos von der ökonomischen Seite, es müsse noch mehr von der politischen beurtheilt werden. Die ökonomische Einheit sei auf diesem Boden der Vorläufer und die Grundlage der politischen Einheit. Jeder neue industrielle Erfolg, den das Schutzsystem zu Tage fördere, sei eine praktische und handgreifliche Demenstration von dem großen Vortheile der nationalen Einheit, und durch so viele ökonomische Erfolge, die Deutschland in Folge des nationalen Schutzsystems zu erringen und zu erwarten habe, müsse die Nation auch von der Richtigkeit und Nothwendigkeit der politischen Einigkeit durchdrungen werden.

Nachdem die Nation eins geworden sei in der Baumwolle, eins in der Wolle, eins in allen Bedürfnissen des Lebens, werde sie auch eins werden wollen in der Politik; und in der That führe schon der publicistische und parlamentarische Kampf, den die Nation als ein Ganzes zu führen habe, gegen die Versuche fremder Nationen, ihr Schutzsystem zu eludiren oder theilweise oder gänzlich niederzubrechen, dahin, die Deutschen aus dem ihnen in Folge Jahrhunderte langer politischer Unthätigkeit angewachsenen Phlegma aufzurütteln, sie ihres philisterhaften Particularismus zu entwöhnen und sie zur Discussion nationaler Angelegenheiten und zur lebhaften Theilnahme an der Weltpolitik zu gewöhnen.

Sei es nun wahr, daß Deutschlands Industrie ohne Schutzsystem nicht gedeihen könne, sei es ferner wahr, daß eine Nation, die sowol hinsichtlich ihrer Industrie als auch ihres Ackerbaues, ihres Handels und ihrer Schiffahrt nicht in eignen Schuhen stehe, keinen hohen Grad von Nationalkraft entwickeln könne, so sei das gegenwärtige Bestreben Englands, aus Deutschland eine industrielle Provinz zu machen, ein Bestreben der feindlichsten Art, ein Bestreben, das auf Deutschland noch weit schädlicher wirke als ein Invasionskrieg von Seiten Frankreichs oder Rußlands, oder Beider zugleich, weil eine solche Invasion Deutschland entweder zum schnellen Tod oder zu weit kräftigerm Leben führen würde, während das Bestreben Englands, die Wurzeln der deutschen Nationalkraft zu untergraben, die Nation in einen Zustand des Siechthums versetzen müsse, der ihr ohne Unterlaß das Schreckbild des politischen Todes vor Augen halte.

Während nämlich Deutschland in Folge der industriellen und commerziellen Invasion Englands von Jahr zu Jahr mehr geschwächt würde, würden seine Nachbarn zur Rechten und zur Linken in Folge der Beibehaltung ihrer Schutzsysteme mehr und mehr erstarken; wenn aber der eine an innern Kräften und an Hoffnungen einer bessern Zukunft mehr und mehr abnehme, während der andere mehr und mehr wachse, so sei leicht vorauszusehen, wie das Verhältniß der materiellen und geistigen Kräfte und der politischen Macht sich am Ende zwischen ihnen stellen müsse. In dieser Hinsicht sei im Grunde genommen das Schutzsystem Deutschlands in seinen Totalwirkungen und in seinem Endziele mehr gegen Frankreich und Rußland gerichtet, weil Deutschland dadurch die geistige und materielle Kraft erlange, Beiden mit Erfolg zu widerstehen; ja diese Totalwirkung müsse am Ende zum großen Vortheil Englands selbst ausschlagen, weil Deutschland nur dann ein kräftiger und wirksamer Alliirter Englands werden, nur dann zu der künftigen Erhebung Englands kräftig und mit ganzem Herzen mitwirken könne, wenn es ein wohlorganisirtes, ein reiches und mächtiges Land sei. Ja es sei überhaupt in diesem Augenblicke nicht vorherzusagen, zu wessen Gunsten am Ende die deutsche Industrie niedergehalten werde.

Sehr wahrscheinlich sei es, daß die amerikanische Baumwollindustrie mit der englischen in einer nicht allzu fernen Zukunft glücklich zu concurriren vermöge, wenigstens in den gröbern und mittlern Gespinnsten und Geweben, und daß daher England die gröbern und mittlern Spinnereien Deutschlands nur todtschlage oder nicht aufkommen lasse, um den amerikanischen Spinnereien den deutschen Markt zu verschaffen.

Es sei ferner möglich, daß der Seeverkehr zwischen England und Deutschland durch Seekriege für längere Zeit unterbrochen werde, und daß demnach Deutschland, wenn seine Industrie erst vernichtet sei, zeitweise in die industrielle Abhängigkeit Frankreichs verfalle, in welchem Falle der industrielle Ruin Deutschlands nur dazu dienen würde, die französische Industrie zu stärken. Dies sei sogar gewiß für den Fall, daß es einer französischen Invasion gelingen sollte, Deutschland theilweise zu unterjochen. In diesem Falle würden die Engländer aus Deutschland eine industrielle tabula rasa gemacht haben, nur um den Franzosen ein Feld zu verschaffen, auf dem sie ihre Industrie emporzubringen vermöchten. Dies ist die herrschende Meinung in Deutschland. In Hinsicht auf den Zweck der gegenwärtigen Schrift handelt es sich nicht einmal darum, zu erörtern, inwiefern diese Ansichten richtig oder unrichtig seien; es handelt sich nur um die Frage: „ob sie in Deutschland die herrschenden seien"; und daß sie es sind, wird kein unbefangener und competenter Beobachter in Abrede stellen. Nur die Erfahrung von einer Reihe von Jahren kann über ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit entscheiden. Einstweilen aber dürften sie Unheil genug anstellen; denn in der Zwischenzeit wird man jede rückgängige Bewegung oder auch jede Stagnation, ja sogar jedes lahme Fortschreiten in dem Wohlstande der Deutschen der englischen Politik zur Last legen, und das wird zureichen, den Ruf: „Carthaginem esse delendam", auch in Deutschland zu einem populairen zu machen, falls er dereinst von Frankreich aus erhoben werden sollte.

VI. Beweis, daß England bereits gewonnen hat und auch in Zukunft gewinnen wird durch die industrielle Prosperität Deutschlands und durch sein gemäßigtes Schutzsystem. Die Politik Englands, womit es der Vervollständigung des Zollvereins entgegenarbeitet und mit Eifersucht jeden Vorschritt der deutschen Industrie betrachtet, erscheint in dem mindest vortheilhaften Lichte, wenn wir durch die Erfahrung der letzten zehn Jahre, während welcher die Schutzmaßregeln des Zollvereins im höchsten Grade zu Gunsten der deutschen Industrie gewirkt haben, in der überzeugendsten Weise darzuthun im Stande sind, daß die Ausfuhren Englands nach Deutschland in diesem Zeitraume nicht nur nicht abgenommen haben, sondern in einem ohne Vergleich stärkern Verhältnisse gestiegen sind als die nach jedem andern großen Lande. Wir beziehen uns in dieser Hinsicht auf die officiellen Ausfuhrlisten der englischen Board of Trade, wonach ausgeführt worden ist:

in Millionen Pfund Sterling.

	Preußen.	Deutschl.	Zus.	Holland.	Belgien.	im Ganzen.
1834	1/8	4 1/8	4 2/8	2 1/8	5/8	7 5/8
1835	1/8	4 1/8	4 2/8	2 1/8	5/8	8
1836	1/8	4 1/8	4 2/8	2 1/8	5/8	8
1837	1/8	5	5 1/8	3	5/8	9
1838	1/8	5	5 1/8	3 1/8	1	9 3/8
1839	1/8	5 1/8	5 2/8	3 1/8	5/8	9 5/8
1840	1/8	5 1/8	5 2/8	3 1/8	5/8	9 5/8
1841	1/8	5 1/8	5 2/8	3 1/8	1	10 1/8
1842	1/8	6 1/8	6 2/8	3 1/8	1	11
1843	1/8	6 1/8	6 2/8	3 1/8	1	11 1/8
1844	1/8	6 1/8	6 2/8	3 1/8	1 1/8	11 1/8

Aus diesen Zahlen erhellt, daß die Totalausfuhr Englands nach Preußen und Deutschland sich gestellt hat: 1834 auf 4 3/8 Mill., 1844 auf 6 2/8 Mill. Pf. St., folglich just 50 Proc. in dem letztern Jahre mehr als in dem erstern, ungeachtet der hohen Einfuhrzölle Deutschlands auf die gröbern und mittlern Manufacturwaaren Englands, die in diesem Zeitraume so sehr zu Gunsten der deutschen Industrie und gegen die englische gewirkt haben. Diese Thatsache ist allein aus dem Umstande zu erklären, daß ein Land, welches seine productiven Kräfte dadurch erhöht, daß es diejenigen Massen von Manufacturwaaren, die von den untern Klassen consumirt werden, selbst fabricirt, dadurch zugleich auch seine Fähigkeit, feinere vom Auslande kommende Waaren zu consumiren, bedeutend steigert. In dem vorliegenden Falle sind nicht allein die unter den Rubriken «Preußen» und «Deutschland», sondern auch die unter den Rubriken «Holland» und «Belgien» verzeichneten

Ausfuhren zu berücksichtigen, indem große Quantitäten derjenigen Güter, die als Ausfuhren nach Holland und Belgien angegeben worden sind, diese Länder in der That auf ihrem Wege von England nach Deutschland nur durchpassiren.

Wir glauben im mindesten nicht zu übertreiben, wenn wir annehmen, daß von demjenigen Theile der englischen Ausfuhren, die als nach Holland und Belgien gegangen verzeichnet werden sind, zwei Fünftel diese Länder nur durchpassirt haben, um nach Deutschland zu gehen. Wird diese Schätzung als richtig angenommen, so ist die Totalausfuhr von England nach Deutschland anzunehmen: für 1841 9⅞ Mill. Pf. St., für 1831 6⅛ Mill. Pf. St.; sie haben folglich in dieser zehnjährigen Periode zugenommen um 3½ Mill. Pf. St., also just um 50 Proc.

Sehen wir nun, wie das gegenwärtige Schutzsystem des Zollvereins auf die englischen Ausfuhren in Vergleich mit andern Ländern gewirkt hat. Die oben allegirten Tabellen der englischen Board of Trade enthalten folgende Angaben:

Ausfuhren nach	1831	1841	folgl. mehr:	folgl. weniger
Rußland	1½	2⅞	⅜	—
Frankreich	1⁹⁄₁₀	2⅛	1¹⁄₁₀	—
Portugal ꝛc.	2	1¼	—	¾
Spanien und Gibraltar . .	½	1⅛	⅝	—
Italien und Malta . . .	3⅛	2¾	—	⅜
Ver. Staaten v. Nordamerika	7	8	1	—
	15¹¹⁄₂₀	18²⁄₂₀	3¹⁶⁄₂₀	3¹⁰⁄₂₀

Aus diesen Ziffern sind nachstehende interessante Folgerungen zu ziehen: 1) daß die Summe sämmtlicher Ausfuhren Englands nach Deutschland zu der Summe sämmtlicher Ausfuhren nach Rußland, Frankreich, Portugal und seinen Colonien, Spanien und Gibraltar, Italien, Sicilien und Malta und nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Verhältnisse steht wie 2 zu 3; 2) daß die Ausfuhrzunahme in den zehn Jahren von 1831—41 betragen hat nach Deutschland 3½ Mill. Pf. St., nach Rußland, Frankreich, Spanien und Nordamerika zusammen nicht mehr als 3⅛ Mill. Pf. St., folglich nach den letzten vier Ländern nur etwas weniges mehr als nach Deutschland allein; 3) daß jedoch, wenn wir von der obigen Ausfuhr-Zunahme nach Rußland, Frankreich, Spanien und Nordamerika die Ausfuhr-Abnahme nach Portugal und Italien abziehen mit 1½ Mill. Pf. St. die wirkliche Ausfuhrzunahme nach den sechs bedeutendsten Ländern der Welt (mit Ausnahme von England und Deutschland) sich nicht höher belaufen hat als auf 2⅛ Mill. Pf. St., während die nach Deutschland allein 3½ Mill. Pf. St. betragen hat, folglich beinahe 50 Proc. mehr nach Deutschland allein als nach Rußland, Frankreich, Portugal, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zusammengenommen.

Dies sind ohne Zweifel schlagende Thatsachen für Diejenigen, die bisher in Männer ihr Vertrauen gesetzt haben, welche, im Namen der Statistik und der Nationalökonomie, behauptet haben, das Schutzsystem des Zollvereins habe für den Ausfuhrhandel Englands nach Deutschland höchst nachtheilig gewirkt, und daß von jeglicher Erhöhung der deutschen Schutzzölle oder auch nur von Beibehaltung der gegenwärtigen eine Vernichtung des englischen Ausfuhrhandels nach Deutschland zu erwarten sei.

Auf den Grund dieser Thatsachen glaube ich mich berechtigt, folgende Fragen zu stellen: Ist es gerecht von Seiten Englands, von Deutschland zu sprechen und es zu behandeln als ein Land, dessen commerzielles System den englischen Interessen nachtheilig sei? Ist es vernünftig, jener bloßen Idee einer allgemeinen Handelsfreiheit, die noch nirgend realisirt worden ist und schwerlich auch je realisirt werden wird, also sich durch die Erfahrung noch gar nicht erprobt hat, mehr Kraft zuzutrauen als einem bereits erprobten System, das so wohlthätige Wirkungen für beide Länder gehabt hat?

Ist es billig, wenn England, statt mit einem Stande der Dinge zufrieden zu sein, wobei es nicht nur seine Ausfuhren nach Deutschland in ihrem gegenwärtigen Bestand erhält, sondern auch noch dieselben im Laufe von zehn Jahren um 50 Proc. vermehrt, in ihrem Totalbetrage mehr vermehrt als die nach jedem andern Lande, ja mehr als die nach allen andern Ländern: ist es billig, frage ich, wenn England unter solchen Umständen den gänzlichen Untergang der gesammten Manufacturkraft jenes Landes meditirt? Ist es weise, dergestalt gegen eine Nation zu handeln, die in allen übrigen Beziehungen mit England mehr sympathisirt als jede andere Nation der Welt, deren Sympathien England wünschenswerther und werthvoller sein müssen als die jeder andern Nation, und welche gern mit Herz und Hand zu England hielte, wenn nur England sie prosperiren lassen wollte in dem Grad und auf die Weise, wie die größten Feinde Englands prosperiren; ist es weise, frage ich, die Nahrungsstände einer solchen Nation den bittersten Feinden Englands in die Arme zu treiben, sie zu nöthigen, bei Englands Feinden Hülfe zu suchen und die Dinge dergestalt auf die Spitze zu treiben, daß Deutschland am Ende zu Extremen, nämlich zu einem Prohibitivsysteme, seine Zuflucht nehmen muß? Und andererseits, ist es nicht der höchste Grad von Mäßigung von Seiten der Deutschen, wenn sie die Engländer im Besitz ihres gegenwärtigen Marktes lassen wollen und nichts verlangen, als daß man sie auch leben und ihnen nur einen Antheil an der jährlich sich vermehrenden Nachfrage des Marktes lassen möchte? Ja selbst in der gegenwärtig obschwebenden Controversfrage, nämlich in der die Einfuhrzoll-Erhöhung auf die Garne betreffenden, handelt es sich nicht um die Vertreibung der Engländer vom deutschen Markt, sondern lediglich um Theilnahme an Befriedigung der jährlich sich vermehrenden Nachfrage nach Garn.

Die Totalconsumtion an Baumwollgarn in Deutschland ist in den letztverflossenen zehn Jahren gestiegen von 396,254 Ctr. auf 744,017 Ctr., also im Durchschnitt um 9—10 Proc. jährlich, und es ist kein Grund abzusehen, warum nicht die Consumtion im Laufe der nächsten zehn Jahre in gleichem Verhältnisse, nämlich um 70,000 Ctr. jährlich im Durchschnitte steigen sollte. Nun ist es bei einem so gemäßigten Schutzzolle wie 5 Thlr. für den Centner den deutschen Fabrikanten kaum möglich, diese jährliche Consumtionszunahme zu befriedigen, den Engländern wird daher immer noch ein Antheil an diesem Zuwachse verbleiben. In keinem Fall aber wird der Absatz Englands nach Deutschland einer Verminderung unterworfen sein; denn England wird Deutschland immer mit den feinern Garnsorten versehen, und da in Folge des steigenden Wohlstandes in Deutschland auch die Nachfrage nach feinern Garnen zunehmen wird, so kann der englische Absatz dahin, wenigstens dem Werthe nach, nicht abnehmen.

Unter diesen Umständen ist es auf den ersten Anblick in der That zu verwundern, wie England so große Anstrengungen machen mag, um zu bewirken, daß den deutschen Fabrikanten ein so billiges Ersuch, wie sie es gegenwärtig an ihre Regierungen stellen, von denselben verweigert werde. Dies wird uns aber begreiflich, wenn wir die Bestandtheile und die Zusammensetzung der Maschine, mittels welcher die Staaten administrirt werden, etwas näher betrachten.

Weder in England noch in Deutschland haben Staatsmänner der höchsten Ordnung sich bis jetzt die Mühe gegeben, diese Frage durch und durch zu prüfen. In beiden Ländern ist sie jenen Specialitäten überlassen worden, welche die Statistik und Nationalökonomie zu ihrem besondern Studium machen — Fachmännern, die nur zu häufig blind die von ihnen bevorzugten Theorien befolgen oder gar ihr Absehen auf Nebenzwecke richten (wie z. B. auf den, die Staatsfinanzen so schnell als möglich zu vermehren), wodurch sie nothwendig vom richtigen Weg abgeleitet werden. Männer von so untergeordneter politischer Bildung nehmen z. B. wenig Rücksicht auf die Zukunft der Staaten und Nationen; es fällt ihnen nicht bei, die moralischen und die höhern politischen Wirkungen ihrer Maßregeln in Erwägung zu ziehen und sich selbst die Frage zu stellen: ob dadurch Länder, die durch ihren beiderseitigen Vortheil auf die innigste Allianz angewiesen sind, moralisch entzweit oder vereinigt werden? Leider hat auf diese Weise die englische Politik der Krone Preußen, die sie in andern Beziehungen so sehr zu befreunden sucht, wozu sie auch die dringendsten Gründe hat, mehr Schaden zugefügt, als die englischen Staatsführer sich vorstellen mögen.

Kaum wird es nöthig sein, in Erinnerung zu bringen, daß Deutschland seine Wiedergeburt zunächst von Preußen zu erwarten hat. Nun ist der Zollverein, dessen Gründung Deutschland hauptsächlich der preußischen Regierung mit zu verdanken hat, der erste und der folgenreichste Schritt zu dieser Wiedergeburt; er ist die materielle Grundlage einer künftigen politischen Einigung. Durch diese Maßregel hat daher Preußen die Herzen aller Derer gewonnen, die das Wohl des deutschen Vaterlandes im Herzen tragen und Einsicht genug besitzen, um zu wissen, daß dasselbe nur durch Nationaleinheit gegen die Uebergriffe seiner mächtigen Nachbarn zu schützen ist; ja es hat sogar die Herzen Derjenigen für sich gewonnen, denen früher Preußen um seiner absoluten und insbesondere seiner russischen Tendenzen willen verhaßt gewesen ist. Auf diese Weise hat Preußen in allen mittlern und kleinern Staaten, ja sogar in den südlichen, ein großes moralisches Uebergewicht erlangt.

In neuerer Zeit aber wird Preußen beschuldigt, daß es der englischen Handelspolitik gegenüber die Nationalinteressen Deutschlands nicht zu wahren verstehe, und in Folge dieser Anschuldigung ist es, zum Bedauern aller Vaterlandsfreunde, auf dem Wege, jenen moralischen Einfluß auf die Nation gänzlich zu verlieren und die frühere Zuneigung in Abneigung zu verwandeln.

Es ist ein offenbarer Kunstgriff der preußischen Bureaukratie, wenn sie die Gunst, in welcher ein gemäßigtes Schutzsystem bei dem Publicum, bei der Presse und bei den Ständeversammlungen des südlichen Deutschlands und am Rhein steht, als das Erzeugniß von Umtrieben der Fabrikanten darstellen will. Denn nicht der zwanzigste Theil der Mitglieder jener Ständeversammlungen gehört der Klasse der Fabrikanten an, deren Reclamationen schwerlich Gehör gefunden haben würden, sprächen nicht höhere politische Gründe zu ihren Gunsten.

Die öffentliche Meinung ist in den meisten Provinzen Preußens nicht minder zu Gunsten eines zweckmäßigen und gemäßigten Schutzsystems gestimmt als die der südlichen Länder; nur besitzt sie dort nicht dieselben Mittel wie hier, sich geltend zu machen.

Besteht ein Unterschied in der öffentlichen Meinung in Beziehung auf das Schutzsystem zwischen dem Süden und dem Norden, so liegt der innere Grund desselben darin, daß man dort in Folge des constitutionellen Lebens in der politischen Erziehung weiter vorgerückt ist als hier, daß man dort sich mehr von der Bureaukratie emancipirt hat als hier, daß man demzufolge am Main, Neckar und Rhein die Quellen der Nationalkraft besser kennt als an der Elbe und Oder, und daß man dort sich mehr von einer französischen Invasion bedroht fühlt, folglich den Werth des Nationalgeistes besser kennt und ängstlicher bemüht ist, ihn zu pflanzen, als in Ländern, wo die Bureaukratie den Ton angibt: eine Macht, die, selbst ohne Geist, auf den Nationalgeist keinen Werth legt und wo sie hintritt, alles Gras verderren macht.

Beschluß. Was aber — wird man mich fragen — soll die englische Regierung in dieser Sache thun?

Die Antwort ist nicht schwer: sie sollte die Hannoveraner ihres Vertrags entbinden, wie sie die Frankfurter des ihrigen entbunden hat; sie sollte keine weitern Schritte thun, den Vertrag von 1841 zu erneuern; sie sollte Preußen merken lassen, daß unter den obwaltenden Umständen England kein Dienst damit geschehen könne, wenn Preußen in Tarifsachen der öffentlichen Meinung des Landes entgegenwirke; sie sollte überhaupt, statt dem Andrange von Seiten der englischen Industriellen nachzugeben und auf die Zollcongresse einen der deutschen Industrie nachtheiligen Einfluß zu üben, sich an den Grundsatz halten, daß jede Nation am besten wissen müsse, was ihr gut sei. Leicht könnte sie etwanige Vorwürfe von Seite ihrer Industriellen mit der Bemerkung zurückweisen, daß der deutsche Tarif immer noch zehnmal liberaler sei als der jedes andern Landes, und daß die Ausfuhr Englands nach Deutschland immer noch größer und noch mehr im Steigen begriffen sei als die nach jedem andern Lande des europäischen Continents; ja daß die Ausfuhr Englands nach Preußen, Deutschland und Holland im Laufe der letzten zehn Jahre sogar um 50 Proc. mehr zugenommen habe als die nach Rußland, Frankreich, Portugal und seinen Colonien, nach Spanien, Italien und Malta, und endlich nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Verantwortliche Redaction: Professor **Wülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Sonntag — Nr. 101. — 11. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Kassel. Der Nothstand. Die Finanzen. Auswanderungen. — Hr. Henkel. — Preßpolizei in Kassel. *Weimar. Landtag. *Altenburg. Landtag. — Die Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und Neuyork.

Preußen. (+) Berlin. Der Director des Grauen Klosters. Die Divisionsschulen. Diesterweg. Freihandelsverein. Die jüdische Gemeinde. ◊ Halle. In Sachen der Raumer'schen Rede. ◊ Von der Elbe. Die mühlberger Schlachtfeier. — Der Vereinigte Landtag. — Königsberger Landtagswünsche. Rupp.

Oesterreich. Erzherzog Albrecht. Der Ritter v. Redhorny. — Die Exzesse in Kroatien. — Brand von Melk. = Venedig. Der Frühling. Artesischer Brunnen. Triester Monument.

Großbritannien. Die Staatseinnahme. Das neue Parlamentshaus. Die Absendung der Marinetruppen nach Lissabon. Die irische Noth. Das fünfte Dragonerregiment.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Militaircolonisation von Algerien. Graf Rey. Das Geschwader im Mittelmeere. Die Sparkasse in Paris. Graf v. Ste.-Aulaire. Lunesischer Nischan für den Marschall Bugeaud. Die mexikanischen Kaperbriefe. **Paris. Die Tagespresse.

Schweiz. Berner Professoren. — Heinzen.

Italien. Neuer Orden. — Der Prinz von Capua.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Moskau. Die Jubelfeier des Hrn. v. Fischer.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Kassel, 6. April. Das jetzige Nothjahr hat auch für unser Finanzministerium nicht geringe Verlegenheiten herbeigeführt. Das bisherige Staatsausgabebudget ist wesentlich auf richtiges Eingehen der veranschlagten Solleinnahme bei der Staatskasse basirt. Es fehlt aber gegenwärtig viel daran, daß die Abgaben überall regelmäßig entrichtet werden, und bei der völligen Zahlungsunfähigkeit vieler Steuerpflichtigen sind die Rückstände auch nicht beizutreiben. Eine Menge Nachlässe und Niederschläge von Steuern sind unvermeidlich gewesen; die Landleute, welche von herrschaftlichen Zehnten und Fruchtgefällen Naturalprästationen zu leisten hatten, befanden sich häufig in Folge der Mißärnte durchaus außer Stande, ihren Verpflichtungen nachzukommen, da sie selbst sogar nicht selten genöthigt waren, Getreide zur Aussaat anzukaufen; vielen Domainenpächtern hat eine Gestundung oder theilweise Befreiung von ihren schuldigen Pachtgeldern zugestanden werden müssen. Gewerbtreibenden in den Städten, welche in die traurige Lage gerathen waren, der Unterstützung aus den Armenfonds bedürftig zu werden, ist an manchen Orten auf dringende Vorstellung der Gemeindevorstände die Gewerbsteuer erlassen worden; auch in vielen Dörfern haben alle directen Steuern wegen gänzlicher Zahlungsunfähigkeit der Einwohner und Communen niedergeschlagen werden müssen. Dazu kommt noch der so merklich verminderte Ertrag der Consumtionssteuern, da viele Familienväter bei der großen Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die Ausgaben in ihren Haushaltungen möglichst einzuschränken gezwungen waren. Die Summe, welche der kurhessischen Regierung als Quote aus der gemeinsamen Zollverwaltung zufloß, hat sich bereits im Laufe des vorigen Jahres in Abnahme gezeigt, und verhältnißmäßig auffallend gering im Vergleich mit frühern Zeiten ist die Zolleinnahme im ersten Quartal dieses Jahres ausgefallen. Namentlich ist eine merkliche Verminderung in der Zolleinnahme der zwei Hauptartikel, dem Kaffee und Zucker, in der jüngsten Zeit eingetreten. Und während auf der einen Seite so mannichfaltige Ausfälle in der Staatseinnahme entstanden sind, ist auf der andern Seite die Staatsverwaltung in verschiedenen Zweigen wenigstens vorübergehend kostspieliger geworden. So vermag z. B. der Kriegsminister mit dem ihm im Budget seines Departements ausgeworfenen Geldbetrage für die Unterhaltung der Pferde bei der Cavalerie und Artillerie, bei den jetzigen theuren Haferpreisen nicht auszukommen. Von besonderm Glücke hat Kurhessen zu sagen, daß es mit so großer Leichtigkeit und Schnelligkeit die vielen Millionen sich verschafft hat, theils auf dem Weg einer Actiensubscription, theils mittels einer Lotterieanleihe durch das Rothschild'sche Bankierhaus, um die erforderlichen Kosten für den Bau der Eisenbahnen hinreichend zu decken; denn gegenwärtig wäre das Geld zu diesen Unternehmungen nicht aufzubringen. Gleichwol hört man von Propositionen zu neuen außerordentlichen Ausgaben, welche an den bevorstehenden Landtag gelangen werden. Man geht nämlich mit dem Plan um, zur alsbaldigen Erbauung einer neuen großen Kaserne zur Aufnahme eines Regiments Husaren in der Nähe der Residenz, und schon ist ein zu diesem Zweck anzukaufendes Terrain in der Umgebung der Stadt von den Ingenieuren aufgenommen worden.

Man hört jetzt fast aus allen Gegenden Kurhessens von einer Menge Auswanderungslustiger, und die Zahl Derer, die zu dem Ende in diesem Jahr um Entlassung aus dem Staatsverbande nachgesucht haben, ist größer als je zuvor. Diese Thatsache ist zu einem Gegenstande der Berathung im Gesammtstaatsministerium unter dem persönlichen Vorsitze des Kurprinzen-Mitregenten geworden, wo denn beschlossen worden ist, Berichte von den Localbehörden im ganzen Lande über die Ursachen der stattfindenden zahlreichen Auswanderungen nach Amerika zu verlangen.

— Dem Frankfurter Journal meldet man aus **Kassel** vom 6. April: „Wenn die frühern Nachrichten von einer Untersuchung gegen die Mitglieder des aufgelösten Landtags, Henkel und Wippermann, sich als unbegründet herausgestellt haben, so kann ich nunmehr die bestimmte Mittheilung machen, daß Henkel, der bekannte Verfasser des ständischen Berichts in Sachen der deutsch-katholischen Dissidenten, wirklich in Untersuchung gezogen worden ist. Derselbe ist bereits heute gerichtlich vernommen worden, und soll wegen einiger freien Aeußerungen gegen höhere Staatsbeamte denuncirt worden sein."

— Die Polizei in **Kassel** hat alle die Blätter, worin der Aufruf „zur Vorbereitung" stand, so viel sie deren habhaft werden konnte, mit Beschlag belegt. (Fr. J.)

*Weimar, 8. April. In der funfzehnten Sitzung des Landtags am 12. März hielt der Abg. Lairitz einen Vortrag, den Forstschutz im Amt Ilmenau betreffend. In Ilmenau und Umgegend gebe es eine Menge armer Leute, welche ihren Holzbedarf nur durch Lesehölz, Stoppeln ꝛc. erhalten könnten, daher sei auch im Jahr 1840 nachgelassen worden, ein auch zwei Mal wöchentlich in den großherzogl. Waldungen dürres Holz zu lesen. Bis noch vor kurzem sei über den Begriff „dürres Holz" keine Differenz gewesen und daher auch nur wenig Holzfrevel vorgekommen; nach der vor kurzem vorgegangenen Veränderung beim Forstpersonale werde aber jener Begriff auf eine Art interpretirt, welche den armen Menschen das Holzlesen beinahe unmöglich mache. In Folge davon hätten nun die Holzfrevel sehr überhand genommen und die Gefängnisse in Ilmenau seien beständig voll deshalb Bestrafter. Es werde der Antrag zu machen sein, daß die Forstverwaltung zu einem gesetzmäßigern und mildern Verfahren angehalten werde. Man beruhigte sich jedoch dabei, die Sache schon durch diese Verhandlung zur Kenntniß der betreffenden Instanz gebracht zu haben. Derselbe Abgeordnete berichtete hierauf über den Gesetzentwurf, die Competenz beim Vergehen der Bedrohung betreffend. Nach diesem Entwurfe solle künftig nämlich das Vergehen der Bedrohung der Competenz der Criminalgerichte entzogen werden, soweit die Bedrohung auf Vergehen gehe, welche selbst der Competenz der Criminalgerichte nicht angehörten. Nach Antrag des Ausschusses ward beigestimmt. Der Abg. Steinberger trug die Vorstellung der Weberinnung zu Allstedt, daß ihr ein Verbietungsrecht gegen die Fabrikation einfacher Leinwand durch unzünftige Weber zugestanden werden möge, vor. Der Landtag trat der Ansicht des Ausschusses, daß die Petition auf sich beruhen solle, einstimmig bei. Abg. Henß trug sodann darauf an, daß der Landtag sich bei der Staatsregierung für den Wegfall des Abzugsgeldes von dem nach den Vereinigten Staaten zu exportirenden Vermögen verwenden möge. Nachdem das Abzugsgeld nicht allein innerhalb der deutschen Bundesstaaten, sondern auch durch Verträge mit andern auswärtigen Staaten aufgehoben worden, sei es auch von Vermögen, welches nach den Vereinigten Staaten ausgeführt werden sei, nicht erhoben worden. Nur seit einigen Jahren habe die Kammer diese Befugniß wieder geltend gemacht. In den Vereinigten Staaten sei kein Abzugsgeld üblich, auch sei solches zwischen den Vereinigten Staaten und dem Königreiche Sachsen ausdrücklich aufgehoben worden. Der großherzogl. Commissar erwiderte, die großherzogl. Kammer sei

angewiesen werden, in allen den Fällen, wo das zu exportirende Vermögen nur zur Deckung der Auswanderungskosten hinreiche, das Abzugsgeld zu erlassen; er müsse jedoch bemerken, daß die Patrimonialgerichte im Besitz wären, Abzugsgelder zu erheben. Der Landtag beschloß gegen 1 Stimme, sich für den gänzlichen Wegfall alles Abzuggeldes, ohne daß von der Aufgabe dieses Rechts ein Entschädigungsanspruch an die großherzogl. Hauptlandschaftskasse entnommen werde, zu verwenden.

In der sechzehnten Sitzung am 13. März sprach der Abg. v. Mannsbach über den Nothstand im neustädter Kreise und verwendete sich, von andern Abgeordneten unterstützt, besonders für einen Chausseebau, was auch der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen wurde. Dann ward, auf Antrag des Abg. Bretsch, einstimmig dafür sich ausgesprochen, daß für die Dauer der Noth das Backen und der Verkauf des Schwarzbrotes Jedem verstattet sein solle. Hierauf theilte der Abg. Rebling den allgemeinen Theil des Vortrags über die eine Zusammenlegung der Grundstücke, Güterschluß und Theilbarkeit betreffenden zwei Gesetzvorlagen mit, oder wenigstens über das Zweite. Denn er bemerkte, er sei zwar von der Wichtigkeit beider Gesetze und deren großem Einfluß auf das staats- und landwirthschaftliche Gewerbe überzeugt, aber das Erstere stehe in zu innigem Zusammenhange mit dem Gesetz über Ablösung, als daß es jetzt schon berathen werden könne; dagegen sei dasjenige über Güterschluß und Theilbarkeit unabhängig von den erwähnten Gesetzen und bilde gleichsam die Vor- und Principienfrage. Hierauf hielt der Abg. v. Wiedenbrugk einen Vortrag über den Entwurf eines Nachtrags zu dem Gesetze zur Sicherstellung des Eigenthums an den auf den Inhaber lautenden Staatsschuldurkunden und erklärte, daß der Ausschuß mit diesem Entwurf einverstanden sei, jedoch den Wunsch hege, daß das demselben zu Grunde liegende Princip vollständiger und reiner angewendet und allen Justizbehörden die Befugniß ertheilt werde, außer Curs gekommene Staatsschuldscheine wieder in Curs zu setzen, weil bis jetzt nur einige Justizämter dazu beauftragt gewesen. Der Landtag trat einstimmig bei, jedoch mit dem Zusatze, daß die Staatsregierung ermächtigt werden solle, das Gesetz auch dann zu publiciren, wenn der vorgeschlagene Zusatz höchsten Orts nicht genehmigt werden sollte. Endlich fuhr der Abg. v. Mannsbach in seinem Vortrag über die Beantwortung der Interessionalschrift fort. Der Landtag hatte den frühern Antrag, daß zur öffentlichen Belehrung ein vollständiges Verzeichniß der Stipendien ausgearbeitet werden möge, wiederholt, was auch von der Staatsregierung zugesichert, jedoch die namentliche Aufführung der Stipendiaten nicht genehmigt worden war. Der Ausschuß glaubte aber diesen letztern Wunsch wiederholen zu müssen, weil nur auf diesem Wege es gelingen würde, solche Personen von Bewerbungen von Stipendien zurückzuhalten, welche zu deren Genuß nicht geeignet wären, die Stipendiaten aber es nicht für erniedrigend halten könnten, wenn ihre Namen öffentlich bekannt gemacht würden. Der Landtag trat Dem bei. Das Nähere findet sich in den veröffentlichten Landtagsprotocollen.

* **Altenburg**, 9. April. Bei der zur Fortsetzung des Landtags von 1844 vor kurzem zunächst wegen Beschlußfassung über die Eigenthumsabtretung des diesseitigen Antheils an der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn gehaltenen ständischen Zusammenkunft ist es, wie sich aus den gedruckten Landtagsnachrichten ergibt, gelegentlich noch zu Erörterung einer Verfassungsfrage gekommen, obwol einer von geringerm Belang als die bei dem neulichen außerordentlichen Landtage des Nachbarstaats angeregt gewesene. Die Berathung über die Eisenbahn war nämlich schon in der Sitzung am 22. März geschlossen, aber die Beschlußfassung mußte, ungeachtet der dringenden Eile, die der Gegenstand erforderte, bis auf die folgende Sitzung ausgesetzt werden, weil auf §. 240 unsers Grundgesetzes hingewiesen wurde, nach welchem bei wichtigern Gegenständen oder wenn sonst die Mehrheit solchen Aufschub begehrt die Abstimmung nicht an dem Tage der Erörterung geschehen soll. Diese Hinweisung auf das Grundgesetz geschah und mußte beachtet werden, ungeachtet die bisherige 15jährige Praxis — wol der vielen Inconvenienzen halber, welche jene Bestimmung im Gefolge gehabt haben würde —, sich nicht an sie gehalten hatte. Um aber Dem nicht wieder ausgesetzt zu sein, hat die gesammte Landschaft einmüthig beschlossen, bei der Regierung auf eine desfallsige Vorlage anzutragen, damit auch hier im beiderseitigen Einverständniß eine authentische Interpretation des §. 240 herbeigeführt werde. Hoffentlich wird man sich dann dazu entschließen, die ganz unpraktische Bestimmung des Grundgesetzes abzuändern. Sie ist unpraktisch: denn nicht blos daß jeder materiellen Abstimmung die in den meisten Fällen müßige formelle Frage vorausgeschickt werden muß, ob die Sache für wichtig zu erachten, wobei Debatten wie kürzlich in der II. und in der I. Ständekammer des Königreichs Sachsen drohen, so ist auch dann, wenn am nächsten Tag über eine früher berathene Sache abgestimmt werden soll, eine nochmalige Debatte nicht immer vermeidbar, und dennoch dürfte die über Nacht erst erfolgende Abstimmung ein unsicheres Resultat liefern als die auf der Stelle nach der Berathung vorgenommene, wo Gründe und Gegengründe Einem lebhaft vor Augen stehen und keine vielleicht unlautere Zuflüsterung dazwischen geschoben werden kann. Im Uebrigen bemerkte der herzogl. Commissar in der Sitzung am 24. März, daß die Landschaft behufs der Berathung der noch unerledigten Propositionen für den Landtag 1844 schon gegen Ende des Monats April wieder einberufen werden solle.

— **Vom Main** vom 4. April schreibt man dem Rheinischen Beobachter: „Es verlautet jetzt, daß die bairische Regierung ihre Geneigtheit zur angemessenen Förderung des Unternehmens einer regelmäßigen Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und Neuyork nachträglich zu erkennen gegeben habe und im Begriff stehe, die diesfallsige Entschließung ihrem Geschäftsträger bei den Hansestädten bekannt zu machen. Hoffentlich wird man das Gleiche auch bald von Baden vernehmen, sodaß dann auf diesen beiden süddeutschen Staaten der Vorwurf, sich zurückgezogen zu haben, wo es die Förderung einer gemeinsamen deutschen Unternehmung galt, nicht länger lasten kann."

Preußen.

(+) **Berlin**, 8. April. Die berliner Zeitungen fahren fort in ihrer Agitation für eine im Sinne der Einsender zu bewirkende Wahl eines Directors am Grauen Kloster. Zum Beispiel: „Wähle man daher weder den schleichenden Frömmler noch den sich überhebenden Freigeist, weder den Mann der Intrigue noch den Schulphilister, der nur Kreidestriche und Dintenkleckse zählt." Daß sich der Professor Trendelenburg um das Directorat am Grauen Kloster bewerbe, ist, wie die «Berliner Jahrbücher für Erziehung und Unterricht» aus glaubwürdiger Quelle versichern, eine Unrichtigkeit, da er sich in einer höchst günstigen Lage als Universitätsprofessor befindet und ohne das Honorar seiner besuchten Collegien ein Einkommen bezieht, das dem eines Gymnasialdirectors am Grauen Kloster ziemlich gleichkommt. Auch der Director Ranke, von dem man Dasselbe sagte, befindet sich nicht unter den Bewerbern. Man nennt die Directoratsstelle am Grauen Kloster die beste Schulstelle in der ganzen Monarchie (obgleich z. B. das Joachimsthal und Schulpforte immer noch in Betracht kämen). Gut, wir wollen es glauben, nun vergleiche man aber damit unsere Predigerstellen. Der oberflächlich Unterrichtete entgegnet stracks, daß diese erst recht schlecht fundirt seien, und mit scheinbarem Recht. An den berliner Hauptkirchen zu St.-Nikolai, St.-Georgen, Sophien ꝛc. ist keine Stelle mit mehr als 150—200 Thlr. fundirt; ja eine derselben mit 80 Thlr. jährlich. Das ist buchstäblich wahr. Aber man biete einem unserer Stadtpfarrer 500, ja 1000—2000 Thlr., und er besinnt sich. Einem derselben berechnet man seine Einkünfte auf 4—5000 Thlr. jährlich; als man einen Andern (zu St.-Sophien) fixiren wollte, verlangte er ein Minimum von 2000 Thlr. Jener vierte Diakonus zu St.-Nikolai mit 80 Thlr. ist durch fromme Stiftungen so reichlich dotirt, daß er, im Fall einer Vacanz, wol nicht einmal die nächsthöhere Stelle annehmen würde. Man vergleiche damit die Lehrer- und Directorengehalte, und specell die Stelle am Grauen Kloster, worüber gegenwärtig so viel Geschrei erhoben wird.

Die „Bestimmungen für die in Folge der Verordnung vom 3/4. Febr. 1844 auszuführende Umgestaltung der Divisionsschulen" sind jetzt erschienen. Sie zerfallen in 41 Paragraphen oder 16 Capitel, und nach §. 9 werden die Studiencommissionen der Schulen aufhören und an die Stelle derselben die Schuldirectoren treten. Auch die Begründung einer Ackerbauschule, welche man zu Haasenfelde (Kreis Lebus, Regierungsbezirk Frankfurt) projectirt, glauben wir als einen sehr wesentlichen und erfreulichen Fortschritt bezeichnen zu dürfen. Sie soll, nach den Berliner Jahrbüchern, am 1. Oct. d. J. unter der Curatel des Oberpräsidenten Hrn. v. Meding, des Landesökonomieraths Koppe und des Präsidenten des Revisionscollegiums für Landescultur, Lette, eröffnet werden. Vorzugsweise Söhne von Bauern und kleinen Gutsbesitzern, die das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben und die Elementarkenntnisse einer Dorfschule besitzen, werden darin aufgenommen und in einem dreijährigen Cursus ausgebildet werden. Ihre Zahl beträgt zwölf, und jährlich werden drei aufgenommen.

Die Nachricht der Vossischen Zeitung: „Wir erfahren von mehren Seiten, daß ein um die Hebung des Volksschulwesens hochverdienter Pädagog in kurzem aus seinem bisherigen Wirkungskreise scheiden dürfte", läuft durch viele Journale; auswärtige Blätter nennen ganz positiv Diesterweg. Wie oft ist Diesterweg schon von den Journalen entlassen worden? Wie oft hat er nach ihnen schon seine Entlassung genommen? Sein Austritt aus seiner bisherigen Stellung scheint eine beliebte und vielgewanderte berliner Zeitungsente zu sein. Auch diesmal ist es wol nichts Anderes, denn der unbestimmten Behauptung der Vossischen Zeitung setzen die Berliner Jahrbücher die bestimmte Erklärung gegenüber, daß zur Zeit an der ganzen Sache kein wahres Wort ist.

Am gestrigen Abende hat die Versammlung zur Constituirung eines Vereins für den freien Handel in dem berliner Börsensaale stattgefunden. Die Statuten, von den ersten Namen der berliner Handelswelt, wie Beer, Magnus, Carl, Mendelssohn ꝛc. unterzeichnet, waren als Einladung zum Beitritt zu diesem Vereine der kaufmännischen Welt Berlins zugesendet worden. Es hatten sich sonach 200 Männer versammelt, von denen die Mehrzahl dem hiesigen Kaufmannsstande angehörte. Hr. Prince Smith, der hier lebende englische Na-

tionalökonom, welcher sich um die Bildung des Vereins ein besonderes Verdienst erworben hat, eröffnete die Versammlung mit einer Rede, worin die Principien des Freihandels von ihm auseinandergesetzt wurden. Er wies nach, daß jede Beschränkung des Handels demselben immer schädlich werden müsse, daß der Zollverein durchaus concurriren könne, und er entwickelte dann, wie zweckmäßig die Verbreitung und Förderung richtiger Ideen über den freien Handel werden müsse. Dann erklärte er, daß der Verein nur Solche als Mitglieder aufnehmen könne, die in seinen aufgestellten Grundsätzen die ihrigen ausgedrückt sehen würden, die also schon dem Freihandelssysteme angehörten. Gegen diese letztere bestimmte Abschließung des Vereins erheben sich alsdann verschiedene Stimmen, sowol von Kaufleuten als von Schriftstellern; unter den Letztern nennen wir den Dr. Märker, den Frhrn. Dr. v. Reden und den Dr. Woeniger. Ihre Opposition ging durchschnittlich dahin, daß sie den Verein durchaus nicht als specielles Organ für die Freihandelspartei constituirt wissen wollten, sie verlangten vielmehr in ihm eine principielle Debatte über die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, und nach der Discussion den Abschluß darüber. Es wurde außerordentlich viel hin- und hergeredet, da aber alle berliner Versammlungen, sie mögen behandeln was sie wollen, denselben Ton und dieselbe Farbe tragen, und da in der Regel auch immer dieselben Leute in ihnen reden, so übergehe ich das Gerede und eile sogleich zu den Resultaten. Da unsere Berliner es einmal gewohnt sind, gemüthlich vom Hundertsten ins Tausendste hineinzureden, um sich wo möglich selber reden zu hören, so waren sie sehr überrascht, daß hier die Discussion über das Princip gänzlich abgeschnitten und sogleich eine Parteisache aufgestellt werden sollte. Dr. Woeniger, der in Berlin bei solchen Gelegenheiten mit seiner Person eben so unvermeidlich ist wie unvermeidlich mit einem Amendementstellen, hatte noch das Schicksal, mit einem Amendement, wodurch in aller Kürze der Grundbau des Vereins umgeworfen werden sollte, gänzlich beseitigt zu werden, und als es nach der Beendigung der Debatten zur Unterzeichnung der Statuten kam, wurden dieselben von 65 der Anwesenden unterschrieben. So hat nun das Interesse des freien Handels in Berlin einen festen, soliden Mittelpunkt erhalten, und wenn der Anfang auch noch klein ist, so werden sich doch bei ruhigem Fortgange tüchtige Resultate erzielen lassen.

Von der hiesigen jüdischen Gemeinde ist soeben ihr Budget für 1845 veröffentlicht worden. Wir ersehen daraus, daß über diesen Gegenstand in einer frühern Correspondenz unrichtige Bemerkungen gemacht worden sind, und wir berichtigen uns gern. Die Einnahmen betrugen 32,185 Thlr., die Ausgaben 29,862 Thlr. Unter Ausgaben sind verzeichnet: 1) Gehalte an die Kirchendiener 6675 Thlr., 2) Beitrag zu den Lehranstalten der Gemeinde 4500 Thlr., 3) zu dem hiesigen Armenwesen 3593 Thlr., 4) zum Krankenhause 6075 Thlr., 5) zur Altersversorgungsanstalt 2000 Thlr. An Capitalien besitzt die Gemeinde etwa 40,000 Thlr. Der Bericht gibt diesmal in hinzugefügten Anlagen auch noch Aufschluß über andere Anstalten der Gemeinde.

o **Halle**, 9. April. Ein Artikel in Nr. 93 der Deutschen Allgemeinen Zeitung erklärt ausdrücklicher, als es im Sinne des Hrn. v. Raumer selbst zu liegen scheint, eine Predigt von Dr. Tholuck für die eigentliche Veranlassung der vielbesprochenen Rede des Akademikers, und wird eine Stelle aus derselben angezogen, nach welcher über König Friedrich II. wegen seines Wortes: „In diesem Lande muß Jeder nach seiner Façon selig werden können", das Verdammungsurtheil ausgesprochen sein soll. Nun ist aber diese Angabe eine so schreiende Unwahrheit, daß es interessant sein wird, dieselbe zu beleuchten. Nicht auf den Ausspruch im Munde des Königs bezieht sich jene Stelle, vielmehr liest man im geraden Gegentheil in jener Predigt S. 28: „Anstößig ist der Ausdruck jenes Wortes jedem christlichen Herzen, und doch kann es der Meinung desselben nur zustimmen. Laßt mich ganz und deutlich sagen, wie es sich mit diesem Worte verhielt, das sie jetzt wie eine Zauberformel den Leuten ins Ohr geworfen haben." Und nun wird — unsers Wissens in unserer Zeit zum ersten Male — aus Büsching's „Charakter Friedrich's II." die Veranlassung jener königlichen Resolution angeführt, daß es sich nämlich darum gehandelt habe, ob die katholischen Schulen in Berlin, durch welche protestantische Kinder zum Katholicismus hingezogen worden waren, ganz geschlossen werden sollten. Daß nun der König seinen katholischen Unterthanen den eignen Religionsunterricht durch diese Resolution gesichert habe, wird in jener geistlichen Rede ausdrücklich gebilligt. — Die in jenem Artikel angeführte Stelle bezieht sich aber, wie ebendaselbst S. 23 die Worte: „die ihr jenes Wort im Munde führt", unwidersprechlich zeigen, auf Diejenigen, die das Wort des großen Königs falsch anwenden. Wenn nun das nicht heißt, das Weiße schwarz färben, um dann Zeter darüber schreien zu können, wenn das nicht Ketzermacherei ist, so weiß man nicht was sonst.

o **Von der Elbe**, 8. April. Die etwas harte Beurtheilung des in Mühlberg beabsichtigten Erinnerungsfestes (Nr. 95) scheint aus einem Misverstehen des Einladungsprogramms geflossen zu sein. Es ist in keiner Weise ein Jubelfest, es ist keinerlei Dem entsprechende Feierlichkeit im Werke, kein Zweckessen u. dgl.: blos eine für die Stadt Mühlberg und die Umgegend berechnete Erinnerungsfeier an ein, wenn auch noch so trauriges, doch für jene Gegend bedeutsames und geschichtlich wichtiges Ereigniß soll stattfinden. Die Feier wird im Wesentlichen einen ernst religiösen Charakter tragen, in dem Gesang eines Luther'schen Liedes und einer Rede bestehen, worauf am folgenden Tage das aus Privatmitteln errichtete, zur Bezeichnung einer geschichtlich denkwürdigen Stätte bestimmte Denkmal geweiht werden soll. Im Uebrigen dürfte es ziemen, nicht blos freudiger, sondern auch trauriger Tage der Vergangenheit zu gedenken, die einen zur Erhebung, die andern zur Warnung zu benutzen.

— Ueber die Eröffnung des Vereinigten Landtags am 11. April theilt die Berlinische Zeitung mit: „Die Stände werden dem Gottesdienst im Dome, welcher um 9 Uhr beginnt und um 11 Uhr enden soll, beiwohnen, dann sich nach dem königl. Schlosse begeben, wo die Eröffnung feierlich stattfinden wird. In dem hierzu eingerichteten weißen Saal ist auf einer Erhöhung unter einem Thronhimmel ein Thronsessel aus der Zeit Friedrich's I. aufgestellt, Alles von carmoisinrothem Sammet mit Goldfransen. Zu beiden Seiten des Thrones sind die Lehnsessel für die Prinzen des königlichen Hauses und die Sessel für die fürstlichen Stände aufgestellt. Die für die Deputirten bestimmten Bänke sind mit Scharlach überzogen und befinden sich sämmtlich auf gleicher Höhe, nicht amphitheatralisch aufsteigend. Vor dem Throne werden die Krone, das Scepter und der Reichsapfel auf Tabourets liegen; das Reichsbanner und Reichsschwert von den dazu bestimmten Großwürdenträgern gehalten werden. Am 12. April findet die erste Sitzung, hierauf Vorstellung bei dem König und Mittagstafel im Schlosse statt."

— Nach einer **Königsberger** Correspondenz der Bremer Zeitung wäre dort am 31. März das von einer gemischten Commission von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern entworfene Memoire für die Deputirten von den Stadtverordneten durch Acclamation angenommen worden. Man wolle den Deputirten die Meinung ihrer Wähler ausdrücken, da man ihnen, wie sich in aller Repräsentativverfassung von selbst versteht, keine förmliche Instructionen ertheilen dürfe; sie könnten keine reichsständischen Geschäfte, wie Bewilligung von Anleihen ꝛc. übernehmen, ohne die „hierzu nöthigen Erfodernisse", wie Controle des Staatshaushalts, zu besitzen; man wünsche, daß sie um eine erweiterte Verfassung bitten möchten. Die Competenz, sich in Berathungen über königl. Propositionen einzulassen, hat die Commission den Deputirten übrigens nicht bestritten. Außerdem habe der Staatsminister v. Schön dem Deputirten Grafen v. Brünneck eine Denkschrift übergeben, in der er die Patente vom 3. Febr. bespreche. — Ferner heißt es: „Rupp hat eine zweite Trauung vollzogen, und zwar diesmal in Gegenwart eines Polizeibeamten, des Referendarius Schnieber, der aber nicht hindernd einschritt. Rupp machte das Brautpaar darauf aufmerksam, daß der Staat die Ehe vielleicht nicht anerkennen werde, aber nicht anders habe es sich in den ersten Zeiten des Christenthums dem heidnischen Staate gegenüber verhalten, und doch sei das Christenthum vorgeschritten."

Oesterreich.

Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Wien** geschrieben: „Bei dem hiesigen Publicum hat das Gerücht, der Erzherzog Albrecht, ältester Sohn des Erzherzogs Karl, Onkels des Kaisers, solle als Vicekönig nach Galizien vorgeschlagen sein und seinen Sitz in Krakau nehmen, um so mehr Glauben gefunden, als die erzherzoglichen Familiengüter in Galizien unfern Krakau gelegen, denn auch die schlesischen Majoratsherrschaften Bilitz, Teschen ꝛc. dort nahe sind. Es scheint dies selbst ein Wunsch der prachtliebenden Polen zu sein, und dieses Mittel dürfte daher vielleicht mächtig dazu beitragen, die unruhigen Gemüther zu beschwichtigen. Da die ersten Familien Polens im krakauer Gebiete Güter, in der Stadt selbst Paläste besitzen und bei der baldigst dort stattfindenden Huldigung, wobei der Generalissimus Erzherzog Karl die Stelle des Kaisers vertreten wird, wahrscheinlich zahlreich erscheinen werden, so läßt sich nicht zweifeln, daß sie auch diese Bitte vorbringen werden. Krakau aber erhielte dadurch wieder einen Glanz, den es seit den Königszeiten, als es noch Residenz war, bis nun entbehrt hat. Uebrigens werden immer zwei Gubernien, und zwar in Lemberg für Ostgalizien, in Krakau für Westgalizien hergestellt werden. Graf Stadion wird als Gouverneur von Triest nach Lemberg versetzt, Graf Deym aber als Gouverneur für Krakau bestimmt werden. — Man spricht in höhern Kreisen, daß der bei der k. k. Hofkanzlei derzeit befindliche Ritter v. Radherny als Gouverneur nach Triest kommen dürfte: ein Mann, der mit gründlicher Sachkenntniß ungemeine Humanität und Herzensgüte verbindet und von Hohen und Niedern gleich sehr geachtet wird."

— Der Urheber kürzlich in Kraljevec und Sefrete in **Kroatien** vorgefallener Bauernexcesse, Namens Goles, ist festgenommen und nach Agram gebracht worden. Er soll Aussagen gemacht haben, welche diesen Excessen eine nicht geahnte Bedeutung verleihen. (B. Z.)

— Der Marktflecken **Melk** an der Donau ist ein Raub der Flammen geworden. Gegen 80 Häuser, die Pfarrkirche, das Schulhaus, die Apotheke ꝛc. liegen in Asche. Auch mehre Menschenleben sind dabei verloren gegangen.

=Venedig, 3. April. Endlich ist der seit langer Zeit prophezeite Frühling glücklich eingetroffen, und die warmen Sonnenstrahlen geben dem Kalender Recht, der freilich etwas voreilig sie schon vor Wochen verkündet hatte. Alles freut sich, Alles sieht einem ergiebigen Sommer entgegen, und die junge Saat, die schon recht üppig steht, versöhnt das Volk wieder mit der Natur, deren frostiger Zustand als Hauptgrund der diesjährigen Wintertheuerung angeklagt wurde. Venedig hat aber auch in diesem Drangsale wie gewöhnlich ein Beispiel von Menschenfreundlichkeit und väterlicher Sorge für die ärmere Klasse gegeben, welcher in allen Kirchsprengeln der Stadt die Lebensmittel um den frühern Preis geliefert wurden, welche Wohlthat die Stadt den rastlosen Bemühungen ihres Bürgermeisters verdankt.

Der zweite artesische Brunnen im Campo S. Polo, der nach den vielversprechenden Anzeichen des ersten begonnen wurde, hat nach einer leichten Bohrung von 60 Metres Tiefe auf Thon- und Sandlagern eine höchst ergiebige Quelle geliefert, die sich kräftig 8 Fuß über den Erdboden erhebt und in jeder Minute 160 Litres (320 Pfd.) Wasser sprudelt. Die ungewöhnliche Menge Kohlen-Wasserstoffgas, die der Strahl mit sich führt, gestattet das interessante Phänomen der Entzündung, was mit einer dunkelblauen Flamme verbunden das überraschte Publicum in kein geringes Erstaunen versetzt. Die Analyse, die mit der zu Tage geförderten Flüssigkeit von Sachverständigen vorgenommen wurde, erklärte das Wasser als vollkommen genießbar und der Gesundheit zuträglich.

Die Stadt Triest beschäftigt sich gegenwärtig mit der Ausführung eines Werkes, das durch seine Schwierigkeit an die Zeiten Heinrich Dandolo's erinnert. Ein triestiner Kaufmann, Hr. Gibarda, hat auf seinen Besitzungen unweit Alexandrien einen herrlichen Monolithen von 78 Fuß Länge ausgegraben und diesen seiner Vaterstadt zum Geschenke gemacht. Der Transport dieser ungeheuern Granitmasse bildet keine leichte Aufgabe, und die Stadt, die, erfreut über das schöne Monument, ihm schon einen eignen Platz bestimmt hat, ist bereit zu allen Ausgaben, um die Schwierigkeiten der Ueberschiffung zu besiegen.

Großbritannien.

London, 5. April.

Ueber den heute erfolgenden vierteljährlichen Abschluß der Staatseinnahme vernimmt man, daß er ein befriedigendes Ergebniß darstellen werde.

— Der Saal, in welchem das Oberhaus seit 1834 seine Sitzungen gehalten hat, wird jetzt seiner innern Einrichtung entkleidet und fürs nächste als Zugang zu dem neuen Oberhause von Abingdonstreet her dienen. Das neue Parlamentshaus wird nach Osten eine Fronte von weit über 900 Fuß darbieten und nach seiner Vollendung neun Acker Boden einnehmen. An der Südwestspitze wird der schon 90 Fuß emporgeführte Hauptthurm 400 Fuß hoch werden; kleinere Thürme werden andere Theile des Baues zieren, der 14 Hallen, Galerien, Vorsäle und Räume von edeln und großen Verhältnissen umschließen und Wohnungen für acht Beamte ersten Ranges enthalten soll. Nach der Flußseite kommen 32 große Comitezimmer zu liegen und 20 Corridore und Gänge werden die Verbindung zwischen allen seinen Gemächern und Räumen, zusammen gegen 600, einschließlich einer aus den Krypten von St. Stephan hergestellten Kapelle, vermitteln, denen nach innen elf größere Höfe und mehre kleine Licht und Luft zugänglich machen. Im Ganzen wird das Gebäude über 15 Mill. Cubikfuß enthalten, was die Hälfte mehr als St. Pauls-kirche ist. Der prächtige Raum darin, wo die Pairs nach den Osterferien ihre Sitzung wieder aufnehmen und Hof und Unterhaus oder alle drei Zweige der Legislatur bei feierlichen Gelegenheiten sich mit versammeln werden, steht mit dem künftigen Unterhause durch eine Reihe stattlicher Hallen und Gänge in Verbindung. Eherne, im schönsten gothischen Styl gezierte Flügelthüren öffnen den Gemeinen den Weg vor die Barre des Oberhauses, das in einem 90 Fuß langen, 45 Fuß breiten und 40 Fuß hohen Saale sich versammelt. Die Decke desselben ist eben, durch vergoldete und verzierte Leisten in 18 große, jedes derselben wieder in fünf kleinere Felder auf azurblauem Grunde getheilt, die heraldische Devisen enthalten. Kein Kronleuchter stört die Ansicht. Die Länge des Saales liegt in der Richtung von Norden nach Süden, und auf jeder Seite erhellen ihn sechs große Fenster, die 20 Fuß über dem Boden beginnen und fast zur Decke reichen. An den nördlichen und südlichen Wänden befinden sich den Fenstern entsprechende sechs Felder, welche mit Frescomalereien ausgefüllt werden sollen, und von denen fünf einstweilen mit Tapete bedeckt sind. Eins und zwar das über dem Throne befindliche ist mit der Taufe Adalbert's bereits ausgemalt. In 14 Nischen zwischen den Feldern und erwähnten Bilderfeldern werden die Statuen der Barone kommen, welche die Magna Charta erlangten. Die Galerie für Fremde mit Zutrittserlaubniß von Pairs ist an der Nordseite und hat für 150 Personen Raum; die Galerie für die Berichterstatter ist an der entgegengesetzten Seite über der Barre. Außerdem läuft um den ganzen Saal eine Galerie mit einer Sitzreihe, wo 180 Personen Platz finden, für die Mitglieder des Unterhauses und zum Theil für den Zutritt von Frauen bestimmt. Der untere Raum zerfällt von Süden her in drei Abtheilungen: zuerst die, wo der Thron und die Plätze für Fremde von Auszeichnung und älteste Söhne von Pairs sich befinden; dann den mittlern Theil mit den Plätzen für die 440 geistlichen und weltlichen Lords oder das eigentliche Haus, dessen Tafel und Wollsack hier aufgestellt wird. Es hat auf beiden Seiten fünf Reihen stufenweise aufsteigende und mit scharlachrothem Marequin überzogene Polsterbänke. Dieser Raum ist 50 Fuß lang und auf ihn folgt an der untern oder Nordseite der die Barre genannte Platz, wo Sprecher und Mitglieder des Unterhauses zu erscheinen haben, von denen gegen 300 hier Raum zum Stehen finden und wo Zeugen und Rechtsbeistände vom Hause gehört werden.

— Ein Schreiben aus **Portsmouth** vom 4. April bestätigt die vorgestern nur vom Sun gebrachte Nachricht der Absendung von Marinetruppen nach Lissabon. Admiral Sir C. Ogle erhielt am 3. April, heißt es darin, Befehl, das Dampfschiff Siden zum Transport von Truppen nach Lissabon zu verwenden. Sofort wurden Wasser und Kohlen von demselben eingenommen, und Nachmittags gingen bereits 60 Mann unter Capitain Nolleth, etwas später noch 140 Mann, per Eisenbahn von Woolwich eingetroffen, unter Major Stransham an Bord. In Portsmouth nimmt der Siden noch 200 Mann auf, welche im Tejo unter Viceadmiral Sir W. Parker's Befehlen verwendet werden, um entweder die Marinetruppen auf dem Geschwader zu verstärken oder vielleicht das Fort St. Julian zu besetzen. Der Siden kehrt sofort zurück, um, wenn erforderlich, noch mehr Truppen zu holen. Auch das Dampfschiff Terrible wird Truppen nach Portugal bringen.

— Aus **Dublin** wird vom 2. April geklagt, daß ungeachtet der von den meisten Getreidemärkten eingehenden Nachrichten vom Fallen der Preise, und obgleich die Bäcker in London ihre Brotpreise vermindert haben, dort noch keine gleiche Wirkung eingetreten sei. Von Cork und Limerick wird das Anhalten der Preisverminderung, besonders vom Mais, bestätigt, aber leider zugleich dabei das Zunehmen der Sterblichkeit und der betrübten Gesundheitszustände berichtet.

— Man erzählt sich in militairischen Kreisen, daß das wegen politischer Gründe im Jahr 1798 aufgelöste fünfte Dragonerregiment wieder in seiner frühern Stelle der Armeeliste hergestellt und als leichtes Dragonerregiment in England angeworben werden solle. Auch wird schon der Oberstlieutenant Hay von den Carabiniers als zum Commando desselben ausersehen genannt.

Frankreich.

Paris, 6. April.

Als der Präsident der Deputirtenkammer gestern dem Minister des Innern Grafen Duchatel alsbald nach Beginn der Sitzung das Wort ertheilte, riefen sofort mehre Stimmen von der Linken: „Ah! da kommt der Gesetzentwurf über die geheimen Fonds! Wir sollen ein Vertrauensvotum abgeben!" Der Minister erklärte denn auch, daß bekanntlich der Aufwand für die geheime Polizei in zwei Theile, einen anerkannt unzureichenden, im Budget mit angesetzten, und einen jährlich verlangten Ergänzungscredit zerfalle. Den Gesetzentwurf über letztern wolle er jetzt vorlegen. Dieser sei dermalen nothwendiger als je. Die obwaltenden Umstände rechtfertigten diese Creditforderung nur allzu sehr, und der Dienst der Polizei habe nie mehr Wachsamkeit verlangt. Er wies dann auf die von der Theuerung in mehren Departements veranlaßten Angriffe auf das Eigenthum hin und daß die Behörden überall die nöthigen Maßregeln ergriffen hätten, die Sicherheit von Personen und Sachen zu schützen, sowie sie darin mit Energie, Mäßigung und Hingebung fortfahren würden. Aber auch eine unausgesetzte Ueberwachung der geheimen Entwürfe und Umtriebe der extremen Parteien sei erforderlich, welche versuchen möchten, die Bedrängniß der Zeit für ihre Plane zu benutzen. Die Aufgabe der Regierung sei nicht blos die Unterdrückung von Unruhen, sondern auch, dieselben zu verhüten. Die Aufrechthaltung der Ordnung und der Ruhe im Lande hänge davon ab. Des erweiterten Bedarfs ungeachtet wolle die Regierung jedoch keine größere Summe als gewöhnlich verlangen, indem sie voraussetze, wenn sie unter den schwierigern Umständen damit nicht ausreichen sollte, daß ihr das Vertrauen der Kammer neue Bewilligungen nicht versagen werde. Der von ihm zu übergebende Gesetzentwurf verlange daher nur 1 Mill. Fr. als außerordentlichen Credit zu den geheimen Ausgaben für 1847. Vom Kriegsminister Moline de St.-Yon wurde sodann der Gesetzentwurf über die gewöhnliche Aushebung von 80,000 M. aus der Klasse 1847 für das Jahr 1848 vorgelegt, sowie der von der Pairskammer bereits votirte über die Beförderung von zu speciellen Dienstleistungen commandirten Lieutenants zu Hauptleuten übergeben. Die Kammer beschäftigte sich dann mit mehren Gesetzentwürfen zur Autorisation von städtischen Anleihen, wobei der höchste Zinsfuß mit 4½ Proc. festgesetzt war. Sie wurden ohne bemerkenswerthe Debatte angenommen. Hr. Benoit legte den Bericht über den Gesetzentwurf auf das Bureau nieder, welcher die Bank von Frankreich zur Ausgabe von 250 Francsnoten bevollmächtigt.

— Zum Berichterstatter über den Gesetzentwurf einer versuchsweisen Militaircommission in Algerien ist von der Commission Hr. de Tocqueville ernannt worden, der zu den Gegnern des Gesetzvorschlags gehört. Die Commission wird sich durch seinen Mund gegen den Gesetzentwurf erklären.

— Das Journal des Débats widmet dem dieser Tage im 83. Jahre verstorbenen Pair Grafen Roy einen langen und ehrenvollen Nachruf. Geboren 1764 zu Savigny in der Champagne, zeichnete derselbe sich frühzeitig als Anwalt aus und scheute sich auch in den Tagen der Revolution nicht, mit der ihm stets eigen gewesenen maßhaltenden Festigkeit zu handeln. So übernahm er die Vertheidigung des royalistischen Schriftstellers Durozoy, konnte ihn jedoch der Guillotine nicht entreißen. Uebrigens bekleidete er während der Revolutionszeit außer dem Commando über eine Compagnie Nationalgarde und freiwilligem Dienst bei den Wohlthätigkeitsanstalten keine öffentliche Stellung. Später vertrat er gegen Napoleon seine eignen Interessen und die des Herzogs v. Bouillon, von welchem er die Nutzung der Waldungen desselben in Navarra für seine großen industriellen Werke mit ausdrücklicher Genehmigung Napoleon's gepachtet hatte, was Letztern nicht abhielt, den Pacht nachher für ungültig zu erklären. Die Festigkeit, mit der er sich dagegen erhob, machte Napoleon einmal in guter Laune äußern: „Nur dieser Roy (roi, König) von Navarra ist mir noch im Wege." Im Jahr 1815 vom Seinedepartement in die Repräsentantenkammer gewählt, widersetzte er sich der Leistung des Eides der Treue und verwahrte die Rechte der Nationalrepräsentation, sich über die Frage von Krieg und Frieden auszusprechen. Unter der Restauration Mitglied der Chambre introuvable, ließ ihn seine Bemessenheit doch keinen Antheil an der royalistischen Reaction nehmen. Als Berichterstatter über das Finanzgesetz von 1817 stellte er einer der Ersten das Princip der parlamentarischen Souverainetät in Besteuerungsfragen auf, zeichnete die Regeln der öffentlichen Sparsamkeit vor, und ward 1818 der Beantrager wichtiger administrativer Reformen. Im Jahr 1819 ward er Ursache einer Erleichterung von mehr als 20 Mill. bei der Grund-, der Thür- und Fenstersteuer, und bald nachher zum Finanzminister ernannt, bewirkte seine Verwaltung eine wesentliche Verbesserung dieses Departements, indem sein letztes Budget mit 30 Mill. Ueberschuß abschloß. Aus dem Ministerium trat er 1822, wurde zum Pair erhoben, hatte wesentlichen Antheil an Abfassung des Forstgesetzbuchs, war der heftigste Gegner von Hrn. de Villèle's Plan zur Rentenconversion, trat 1828 in das Ministerium Martignac und bot seinen ganzen Einfluß auf, das Ministerium Polignac zu verhindern, dessen Ernennung er aber nur um 24 Stunden verzögern konnte. Nach der Julirevolution nahm er nur noch in der Pairskammer an den öffentlichen Angelegenheiten persönlichen Theil.

— Aus **Toulon** wird gemeldet, daß die erste Division des Geschwaders des Mittelmeeres, provisorisch aus dem Linienschiffe Souverain mit der Flagge des Prinzen von Joinville, den Linienschiffen Inflexible und Jupiter formirt, am 2. oder 3. April nach den Hyères abgehen und dort die zweite Division unter Contreadmiral Tréhouart, die Linienschiffe Friedland, Ocean und Jena, erwarten werde, die in wenigen Tagen folgen würde.

— In der abgelaufenen Woche haben die Einlagen bei der Sparkasse in Paris von 4767 Personen 605,234 Fr., die Rückzahlungen an 2558 Personen, von welchen 800 ihre ganze Einlage erhoben haben, 928,439 Fr. betragen. Dieses ungünstige Verhältniß dauert seit einiger Zeit.

— Der französische Gesandte, Graf v. Ste.-Aulaire, ist gestern von London in Paris angekommen und bald nachher vom König empfangen worden.

— Im Hafen von Algier war eine tunesische Brigg eingelaufen, deren Befehlshaber dem Marschall Bugeaud den Nischan des Bey zu überreichen hatte und demselben zugleich noch einige Decorationen zur Verleihung an Stabsofficiere unter seinem Befehl überbrachte.

— Die französische Regierung hat ihren Unterthanen die Annahme oder Erwerbung von mejicanischen Kaperbriefen und Naturalisationspatenten verboten, die in englischen, spanischen und französischen Häfen in Menge verbreitet worden sind, um zu Rüstungen gegen die Flagge der Vereinigten Staaten zu verleiten.

* * **Paris**, 6. April. In einem gut geschriebenen, aber minder gut gedachten Aufsatze der Revue nouvelle über die Herabsetzung oder vielmehr Abschaffung des Journalstempels liefert der Verfasser, der sich „Ein junger Journalist" unterzeichnet, eine eben so wahre als leidenschaftslose Charakteristik der heutigen Tagespresse in Frankreich. „Es läßt sich nicht läugnen, beginnt er diese Schilderung, daß unsere Blätter, was das Stoffliche des Inhalts angeht, den englischen und amerikanischen beiweitem nachstehen; um sich davon zu überzeugen, braucht man nur die kleinsten der letztern mit unsern größten zu vergleichen; hingegen wird man vielleicht bestreiten wollen, daß unsere Journale ihrem geistigen Gehalte nach nicht hinter jenen zurückstehen, daß sie wenigstens eben so weit vorangeschritten, eben so fortschreitend als ihre englischen und amerikanischen Nebenbuhler sind. Prüfen wir zu diesem Behufe die Tendenzen der vorzüglichsten Organe der öffentlichen Meinung in Frankreich, und beginnen wir mit denen, die als die meist vorausgeschrittenen gelten. Gibt es irgend ein Blatt in der Welt, dem es zukäme, dem Fortschritte das Wort zu reden und die Kühnheit seiner Ideen über die Zukunft bis zur Verwegenheit zu steigern, ein Blatt, dem es zukäme, als unermüdeter Vorläufer neuer Ideen voranzuschreiten, so ist es gewiß der National. Warum denn vertheidigt der National in allen Dingen das Alte gegen das Neue? Weil er eben an der historischen Außenseite der Revolution wie an einer heiligen Ueberlieferung halsstarrig festhält. Der National hat nie sehen wollen, daß zwischen dem Gedanken, der in den Reformatoren des Jahres 1789 lebte und der ein und derselbe mit dem Gedanken der ganzen neuern Zeit ist, und der Revolution in ihrer historischen Erscheinung ein Abgrund liegt; der National erkennt diese Revolution, die uns auf dem Gebiete der Freiheit die Dictatur, und als Werk der Gleichheit die Aechtung der Adeligen und Priester, und einen blutigen Krieg mit Europa als Beweisstück der Volksverbrüderung gab, ihrem ganzen Inhalte nach an. Um diese unvereinbaren Dinge, Freiheit, Gleichheit und Indiacht-Erklärung, Volksverbrüderung und Krieg mit einander zu vereinbaren, war der National gezwungen, den Despotismus, und zwar nicht den Despotismus eines Einzigen oder einer Kaste, sondern, was schlimmer ist, den Despotismus der Masse anzunehmen und dessen Berechtigung zu fodern. Man stelle in seinem Geiste die Einrichtungen der alten Zeit wieder her und setze das Wort Volk an die Stelle des Wortes König, so wird man das System der politischen Schule haben, dessen hauptsächlichstes Organ der National ist. Sonst war jede Aeußerung der Thätigkeit des Menschen der Zustimmung des Königs untergeordnet; jetzt würde sie von der Zustimmung des Volks abhängen. Der Gewerbfleiß, die Erziehung, die Presse selbst würden beständiger Regung unterworfen und durch einseitige Bewegungen gehemmt werden; nur würde das im Namen des Volks und nicht im Namen des Königs geschehen. Im Grunde bliebe die Beschränkung dieselbe, die Gewalt blos, der die Freiheit eines Jeden zum Opfer gebracht würde, diese Gewalt allein wäre eine andere geworden.... Zwischen den Lehren des National und denen der Réforme ist der Unterschied gering, nur treiben die Männer der Réforme die abgöttische Verehrung der Revolution in ihrer geschichtlichen Erscheinung noch um einen Grad höher als die des National. So sind die beiden Journale, welche die radicale Meinung in Frankreich vertreten. Wir sprechen nicht von der Démocratie pacifique. Das Fourieristische Blatt dient einer besondern Kirche, einer Kirche, deren Bestehen nur durch die allgemeine Unbekanntschaft mit den wahren Grundsätzen der Staatswirthschaft sich erklären läßt. Nun nehme man einmal alle radicalen Blätter von England und Amerika, und gewiß, man wird kein einziges finden, welches die Lehren der französischen radicalen Blätter als die seinigen hinnehmen und verbreiten möchte, kein einziges, das aus System die Völker zum Kriege treiben und die Freiheit des Menschen unter die despotische Aufsicht der Massen stellen wollte. Sehen wird man im Gegentheil, daß die Radicalen in England und Amerika aus System den Frieden, aus System auch die Wegräumung jeder Fessel wollen, die an der Freiheit des Menschen haftet; sehen wird man mit Einem Worte, daß jene wahrhaft freisinnigen Radicalen gerade das Gegentheil von Dem wollen, wonach die französischen Radicalen trachten."

Diese Schilderung gilt, wenn ich nicht irre, mehr von den Consequenzen, wohin die aus der Revolution so zu sagen aufgegriffenen Grundsätze führen, als von den Ansichten selbst und deren Ausgangspunkten, die die französischen radicalen Blätter geltend zu machen suchen. Der Verfasser irrt sich unsers Erachtens, wenn er überhaupt glaubt, das Wort Freiheit sei im Munde der Männer des National und der Réforme etwas mehr als ein wohlklingender, die Massen elektrisirender Schall. In manchem unbewachten Momente haben die Schriftsteller dieser Blätter dies klar genug angedeutet: sie wollen keine Freiheit, sie wollen nur Gleichheit, und eben hierin sind sie die wahren und echten Kinder des Convents, der Jeden, welcher nicht wie er (der Convent) dachte, oder auch nur wie er zu denken den Schein hatte, durch die Alles gleichmachende Maschine der Guillotine aus der Gesellschaft entfernen ließ. Eben darum, weil diese Blätter nicht die Freiheit, nur die Gleichheit anstreben, diese aber in ihrer absoluten Bedeutung jene nicht minder verachtet als jeder andere Despotismus, weß Ursprungs er auch immer sein mag, so gelangen sie nothwendigerweise in ihrer eignen Staatsweisheit zur Dictatur und zum Despotismus, in ihrer äußern Politik zum Kriege gegen die Völker, die nicht wie sie denken, d. h. die ihnen nicht gleich sind. — Kehren wir jetzt zum Verfasser zurück und hören wir ihn über die Oppositionspresse sprechen.

„Die Ideen des Siècle und des Constitutionnel sind nichts Anderes als die Ideen der Opposition, wie sie vor 20 Jahren waren; ich irre, sie sind noch weiter zurück. Unter der Restauration wollte die Opposition in der That mehr politische und mehr staatswirthschaftliche Freiheit. Sie griff zu gleicher Zeit das Wahl- und das Mauthmonopol an. Heutzutage haben die Opposition und ihre Journale ganz einfach die staatswirthschaftliche Freiheit aus ihrem Programm gestrichen. Der Constitutionnel ist ein reiner «Schutzgeist», und man kann wol nicht sagen, der Siècle sei ein «Freigeist». Worin also unterscheiden sich diese Journale von den conservativen Journalen? Ganz einfach dadurch, daß sie, ich weiß nicht welche kleine politische Reform wollen. Ich will nichts von der legitimistischen Presse sagen. Sie ist eine Trauerweide, die ein Grab beschattet, und in

dem Augenblicke, als die Verwandten des Verstorbenen, von andern Geschäften in Anspruch genommen, die Begießung des Baumes unterlassen werden, wird er auf dem Stamme verdorren. Die Todten, ach, reiten schnell!"

Der uns vorliegende Aufsatz geht nun zur Besprechung der conservativen Organe über und bemerkt ganz richtig, wie das Journal des Débats und die «Presse», obgleich sie äußerlich oder vorgeblich Einer und derselben Partei dienen, doch in ihren Tendenzen himmelweit von einander abweichen. Das Journal des Débats will den Frieden und huldigt in Sachen der Freiheit der englischen Schule, ist somit eo ipso für die staatswirthschaftliche Reform; die «Presse» hingegen athmet Krieg und vertheidigt das Handelsmonopol. Der Verfasser mag deswegen nicht behaupten, das Journal des Débats sei hinlänglich vorangeschritten oder fortschreitend, sondern nur so viel, als dessen halboffizielle Stellung es verträgt, „ja, wenn man es in der Gesammtheit seiner Ansichten in Betracht zieht, ist es fortschreitender als irgend ein Blatt der ganzen Opposition." Die «Presse» hingegen ist nach „der bescheidenen Ansicht" des jungen Journalisten das am wenigsten progressive Blatt Frankreichs, eine Ansicht, die wir mit derselben Bescheidenheit theilen. Wie der National das Wort Freiheit stets im Munde führt, so begegnet man in der «Presse» in jeder zehnten Zeile den Worten Reform oder Fortschritt, „prüft man aber, wie der Verfasser richtig bemerkt, etwas genauer die Lehren dieses Blattes in ihrer Gesammtheit, so findet man, daß ihr ganzes Gepäck aus dem Kaiserreiche, d. i. aus dem durch den Convent gegangenen alten Regime datirt. Die «Presse» wie der National — und es herrscht zwischen beiden eine enge geistige Verwandtschaft — wollen fortwährend die Gewalt auf Kosten einer freien Thätigkeit der Bürger befestigen.... Die «Presse» wie der National wollen eine Staatsbank, einen gewissen Industrie vom Staate bewilligten Schutz, mit Einem Worte, sie wollen wie die radicale Schule, daß alle gesellschaftliche Thätigkeit von oben herab geordnet und geregelt werde, nur hat ihr System einen kleinen Beisatz von Socialismus.... Wie die radicale Schule endlich will auch die «Presse» einen Krieg mit England, und was in dieser Beziehung ein erschwerender Umstand ist, sie will noch eine enge Allianz mit Rußland. Und die «Presse» nennt sich ein erhaltendes und fortschreitendes Organ. Sonderbarer Misbrauch der Worte!" Bis hierher wären wir im Wesentlichen mit dem „jungen Journalisten" einverstanden. Wenn er aber glaubt, daß alle die Gebrechen, all die Unzulänglichkeiten, die er mit Recht der französischen Tagespresse vorwirft, verschwinden werden, sobald der Stempel von den Journalen verschwunden sein wird, so täuscht er sich wol nicht wenig über die Wirkung einer Maßregel, die übrigens an sich eben so billig als nöthig wäre. Die Krankheit der Tagespresse ist eine innere, kann also durch kein äußeres Mittel geheilt werden.

Schweiz.

Der Regierungsrath von **Bern** soll den Beschluß gefaßt haben, den Prof. Hundeshagen zu bewegen, auf der dasigen Hochschule zu verbleiben, und ihm eine Erhöhung der Besoldung zuzusichern. — Prof. Zeller soll am 5. April in Bern angelangt sein. — Karl Heinzen hält sich jetzt in **Genf** auf.

Italien.

Die Kölnische Zeitung schreibt aus **Rom** vom 27. März: „Die in der augsburger Allgemeinen Zeitung enthaltene Nachricht, der Papst habe den Befehl zur Entwerfung der Statuten eines neuen Ordens gegeben, der an alle Religionsbekenner könne vertheilt werden, erscheint vor der Hand noch als ein wenig voreilig. Dann dürfte aber auch wol schwerlich von allen Religionsparteien die Rede sein können. Im Gegentheil sind wir überzeugt, der heil. Stuhl werde die alten Grundsätze festhalten, nach welchen seine Orden und Würden nur an Katholiken verliehen werden. Uebrigens scheint es sicher, daß der Papst einen neuen Orden, etwa nach Art des neuen preußischen Schwanenordens, errichten werde."

— Aus **Neapel** schreibt man, der Ritter Agresti, welcher von dem König nach Malta gesendet worden, die Stipulationen mit dem Prinzen von Capua zu unterzeichnen und den Prinzen selbst mit seiner Familie nach Neapel zu bringen, sei von dort unverrichteter Sache zurückgekehrt. Der Prinz soll in einige Punkte dieser Uebereinkunft nicht eingegangen sein. Uebrigens hoffe man, daß die Aussöhnung zwischen dem König und seinem Bruder nicht aufgegeben sei, da es sich nur um untergeordnete Fragen handle, zu deren Beseitigung es blos eines Mezzotermine bedürfe. (A. Z.)

Personalnachrichten.

Diplomatisches Corps. Baiern. Der bisherige Repräsentant am Hofe von Athen v. Gasser ist zum Gesandten am deutschen Bundestag ernannt worden.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Dem Großhändler und Director der österreichischen Nationalbank Johann Christian Edlem v. Bruckmann ist der Ritterstand verliehen worden.

Wissenschaft und Kunst.

* **Moskau**, 24. März. Die hiesige naturforschende Gesellschaft beging am 6. März die 50jährige Doctorfeier ihres Gründers und würdigen Vicepräsidenten, des wirklichen Staatsraths Fischer von Waldheim mit außerordentlichen Solennitäten, wie sie wol nicht höher gesteigert werden konnten. Die ersten Notabilitäten, die ausgezeichnetsten Gelehrten der Stadt hatten sich im großen Hörsaale der Universität versammelt, wohin eine Deputation auch den fast 80jährigen Jubilar feierlich abholte. Hier empfingen ihn unser Kriegsgouverneur Fürst Tscherbatoff und der Curator der Universität Graf Stroganoff, Präsident unserer naturforschenden Gesellschaft. Sie überreichten ihm im Auftrage des Kaisers Nikolaus die Insignien des Annenordens erster Klasse, geziert mit der kaiserlichen Krone, im Auftrage des Königs von Preußen die des Rothen Adlerordens. Beiden Monarchen waren die großen Verdienste Fischer's um die Cultur der Naturwissenschaften und Heilkunde in Rußland nicht fremd geblieben; beide hielten sich darum verpflichtet, dem Veteran auf diese huldvolle Weise ihre Erkenntlichkeit zu bezeugen. Darauf wurden die von mehren gelehrten Gesellschaften in Europa und Nordamerika eingegangenen Glückwunschschreiben an den Jubilar verlesen, unter Andern auch das ihm von seiner Vaterstadt Waldheim in Sachsen zugesandte, dessen Inhalt ihn heftig, ja bis zu Thränen rührte. Glieder des naturforschenden Vereins, Professoren der Universität hielten Festreden auf des Tages Beziehung, in denen Skizzen aus Fischer's thätigem Leben gegeben wurden, das er während eines halben Jahrhunderts ausschließlich der Wissenschaft, zum Ruhme der Culturförderung in Rußland, seinem zweiten Vaterlande, gewidmet hat. Der naturwissenschaftliche Verein überreichte ihm ein eigens für diesen Tag zusammengestelltes Werk, in dem Fischer's ausgezeichnetere wissenschaftliche Arbeiten aufgenommen waren. Unter den dem Jubilar bei dieser Gelegenheit geweihten Stiftungen und Gaben erfreute ihn am meisten die des medico-pharmaceutischen Vereins, der in Beziehung dieses Tages 2000 R. S. für immerwährende Zeiten deponirte, um zur Unterstützung für einen dürftigen Studenten der Medicin zu dienen. Nachdem man so dem Jubilar in wissenschaftlicher Beziehung gehuldigt hatte, verfügte sich die ganze Versammlung mit ihm um 5 Uhr Nachmittags in das Local des Adelclubs, wo ein splendides Mahl eingenommen und unter Begleitung eines Militairorchesters zahlreiche Toaste ausgebracht wurden. Noch bis zum späten Abend verlängerte sich die Festfeier in Fischer's Wohnhause im Kreise seiner Familie und vertrautesten Freunde. Was Fischer als Gelehrter, als Arzt in unserer Stadt im Interesse seiner Berufswissenschaft während fast eines halben Jahrhunderts Gutes gewirkt, bleibt in unserm unvergeßlichen Andenken und überdauert alle Monumente in Erz und Stein ihm errichtet. Deutschland gab ihn uns, darum möge denn auch ein deutsches Blatt diese Skizze in seine Spalten aufnehmen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 10. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117⅞ bezahlt u. Br.; Sächsisch-Baiersche 86⅞ Br., 86⅝ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 58 Br. u. bezahlt; Löbau-Zittauer 59 Br.; Magdeburg-Leipziger 108½ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅛ Br., 110⅛ G.; Köln-Mindener 91 G.; Thüringer 96⅛ Br.; Altona-Kieler 109 Br.; Pesther 99⅛ Br.; Dessauer Bankactien 102 Br.

Staatspapiere. Amsterdam, 6. April. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅞; 4½pc. Handelsg. 173¾. Frankfurt a. M., 8. April. Oestr. Bact. 1001; 250 Fl. L. 119¼; 500 Fl. L. 153¾; Bair. 3½pc. 93⅞ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58; Darmst. 50 Fl. L. 43¼ Br.; 25 Fl. L. 27⅝; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛; Kurhess. 32. Wien, 7. April. Bact. 1592; Met. 5pc. 107⅞; 4pc. 98⅝; 3pc. 70¾; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

Disconto. Amsterdam, 6. April. 4 %. Frankfurt a. M., 8. April. 4 %.

Actien. Frankfurt a. M., 8. April. Taunusb. 358½; Nordb. 72⅛; Verb. 92⅛. Wien, 7. April. Nordb. 171; Gloggn. 121¼; Mail. 108⅛; Livorn. 92¾; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 9. April. Seehandlungs-Prämsch. 94⅛, 3½pr. Staatsch. 91⅛, 3½pc. Pfandb. westpr. 93½, ostpr. 96⅞ Br., pomm. 94⅝ Br., schles. 96⅝, 4pc. posensche 101⅛ Br., neue 3½pc. 92 Br., kur- u. neumärk. 96⅛; Louisd. 111⅞, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 91½ Br., Berl.-Anh. 110⅝, Berl.-Hamb. 4pc. 106½, Prior.-Act. 4½pc. 96¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 91½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., 5pc. 101, Berl.-Stett. 108 Br., Cöln-Minden 4pc. 91½, Crak.-Oberschl. 4pc. 80, Düsseld.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91, Kiel-Alton. 4pc. 108½ Br., Niederschles. 87⅞, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 100¾, Zweigb. Prior.-Act. 4½pc. 90 Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 95⅓, Rhein. 85¾ Br., Prior.-Stamm 4pc. 90½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., Sächs. Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 95¼ Br., Wilh.-Bahn 4pc. 80 Br., Zarskoje-Selo 71½ Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 83½, Berg.-Märk. 4pc. 83½, Berl.-Anh. 89¾ Br., Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Cöln-Minden 4pc. 91, Magd.-Wittenberge 86½, Mail.-Venet. 4pc. 111 Br., Mecklenburg 74½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71¾, Posen-Stargard 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99¼. — Ruff.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 84¼ Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¾, (neue) 4pc. 93½, Partial à 500 Fl. 4pc. 78⅞, à 300 Fl. 4pc. 85¼ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½ Br., Bkcert. Zinsl. 16¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-R.-St.-Anl. 3½pc. 85⅞, Staats-Pr.-Anl. 85⅜ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅛ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Ankündigungen.

Edictal-Ladung.

Der seit dem Jahre 1820 von hier abwesende vormalige hiesige Bürger und Getreidehändler **Georg Carl Schoch**, geboren am 13. Februar 1792, und, wenn derselbe verstorben sein sollte, dessen etwanige Erben, sowie alle Diejenigen, welche Forderungen an denselben zu haben vermeinen, werden auf Antrag des bestellten Abwesenheitscurators hiermit öffentlich aufgefordert und geladen, in einem der dazu auf

den 12. April d. J.,
den 17. Mai d. J.,
den 21. Juni d. J.

angesetzten Termine auf dem hiesigen Rathhause zu erscheinen, der Erstere, um über sein Leben und seinen jetzigen Aufenthalt Nachricht zu geben, die Letzteren, um die etwanigen Erbansprüche oder sonstige Forderungen anzumelden, auch den in dieser Sache

den 12. Juli d. J.

zu eröffnenden Bescheid anzuhören, wozu dieselben hiermit ebenfalls geladen werden.

Das Nähere ist aus der dem Wochenblatte zu Dessau und der Extrapost hierselbst inserirten Edictal-Ladung zu ersehen. [756—58]

Zerbst, den 28. Februar 1847. **Der Stadtrath hierselbst.**

Eisenbahn von Livorno an die Römische Grenze über Grossetо.

Laut Beschluß des Verwaltungsraths vom 8. März wird das erste Drittel der 3. Einzahlung von 50 Lire mit

Lire 16⅔ pr. Actie bis zum 26. Mai d. J.

eingefodert, und es kann diese Einzahlung mit Thlr. 4 im 14-Thalerfuß bei den unterzeichneten Agenten der Gesellschaft geleistet werden.

Nach obigem Termine kann noch bis

26. Juni d. J. mit 2½ Proc.,
5. August d. J. mit 5 Proc.

Aufschlag auf den Betrag der Einzahlung nachgezahlt werden.

Mit Ablauf des letztgenannten Termins sind die nicht eingezahlten Actien gänzlich verfallen und aller ihrer Rechte an die Gesellschaft verlustig.

Leipzig, 8. April 1847.

[1252] **Dufour Gebr. & Comp.**

---

16. Rechnungs-Abschluß
der
Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Resultate:

Versicherungs-Anträge	511	mit	558,900 Thlr.
Abgeschlossene Versicherungen	405	„	406,900 „
Sterbefälle	90	„	108,700 „
Mitgliederzahl überhaupt	4263	„	5,095,400 „
Jahres-Einnahme			212,306 „
„ -Ausgabe			170,143 „
Zinsbar angelegter Fonds			748,672 „
Gesammtfonds			766,813 „

Das geehrte Publicum wolle den eben so ausführlichen als interessanten Bericht bei mir unentgeltlich in Empfang nehmen und sich aufs neue daran erinnern, von welchen wichtigen und wohlthätigen Folgen die Versicherung des Lebens für jeden Hausvater ist. Anträge zu Versicherungen nehme ich jederzeit bereitwilligst an.

[1243] ***Theodor Wislicenus***, Agent d. G. in Leisnig.

Zu **Mittelsteine** in der Grafschaft Glatz, in bevölkertster, schönster und fruchtbarster Gegend Niederschlesiens, unweit der böhmischen Grenze, wird ein Bauplatz zu einem Fabrikgeschäft im Großen an dem so reichhaltigen Wasser, genannt die Steine, welche durch zuströmende warme Quellen nur sehr selten zufriert, offerirt. Bei 850 Schritt Kanal weise ich 8 Fuß Fall bei 2½ Fuß Wehrhöhe, bei 1400 Schritt Kanal dagegen 11 Fuß Fall bei 3 Fuß Wehrhöhe nach; die Baumaterialien sind an Ort und Stelle von dem Dominio selbst wohlfeil und gut zu haben.

Zahlungsfähige und intelligente Speculanten, aber nur diese, werden eingeladen, sich deshalb zu melden, und dies unter meiner Unterschriftsadresse.

Mittelsteine bei Glatz, den 30. März 1847.

[1114—16] **Theodor Freiherr von Lüttwitz.**

Speditions-Anzeige.

Da die Eröffnung der Thüringischen Eisenbahn nun auch bis hier erfolgt und dadurch der directe Frachtverkehr zwischen **Erfurt, Halle, Leipzig, Magdeburg, Berlin** ꝛc. hergestellt ist, so empfehlen wir unser **Speditions-Geschäft** angelegentlich und versichern die prompteste Beförderung der Güter gegen eine billige Provision.

Da wir nicht allein durch die von uns errichteten regelmäßigen Fuhren nach **Nürnberg, Würzburg, Frankfurt a. M.** ꝛc., sondern auch durch eine starke Concurrenz von Fuhrwerken überhaupt, welche unser Platz bietet, im Stande sind, die pr. Eisenbahn ankommenden, an uns adressirten Güter nach allen Richtungen schnell und billig zu verladen, so hoffen wir, jede Zusendung nach Wunsch besorgen zu können, und bitten um gefällige Zuwendungen.

Erfurt, im April 1847.

[1258—59] ***Mester & Schulze.***

Das Lager von
ächtem chinesischen Thee
Leipzig bei Friedrich Fleischer
Grimma'sche Straße 27, Ecke der Nikolaistraße

empfiehlt sich mit nachstehenden, in Stanioldosen zu 1 Pfund verpackten Theesorten:

Caravanen 60 Ngr. **f. Peekoe** 50 Ngr. **Souchong** 30 Ngr. **Pouchon** 32 Ngr. **f. Hyson** 40 Ngr. **Gunpowder** 40 Ngr. [1225—26]

Zwei in Schriften geübte, gut empfohlene **Lithographen** finden sogleich dauerndes Engagement; hierauf Reflectirende erhalten weitere Auskunft durch

George Francke & Ponnaz
[1255—57] in Hessen-Cassel.

Bei **R. Friese** in **Leipzig** erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Guter Rath für Auswanderer

nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit besonderer Berücksichtigung von **Texas**. Vorzüglich für Landleute und Handwerker; nach eigener Erfahrung geschrieben von O. v. Behr, prakt. Landwirth. Brosch. 8 Ngr.

Dieses völlig populair gehaltene Werkchen beantwortet ausführlich und auf eigne Erlebnisse fußend, folgende Fragen: **Wer** soll auswandern und wem ist abzurathen? **Wohin** soll sich der Auswanderer wenden? Zu welcher **Jahreszeit** soll man sich einschiffen? **Wie** soll man sich vorbereiten, an **wen** sich wenden, was besonders **mitnehmen**, wie Alles **einpacken**? Wie soll man sich bei der **Ueberfahrt** verhalten und wie lebt sichs auf dem **Schiffe**? Was hat man **nach der Ankunft** zu thun und zu vermeiden? Wie und wo sucht man **Arbeit, Ansiedelung, Unterkommen**? Was läßt sich von dem Klima, Boden, Producten, Einwohnern und politischen Zuständen der Vereinigten Staaten von Nordamerika Alles sagen, was besonders von den Staaten Wisconsin und Jowa, und was ausführlicher von **Texas**? Wie sind die Rechte der Bürger, wie der **Verein** zum Schutze deutscher Einwanderer in Texas ꝛc. ꝛc. Man kann einen bessern und faßlichern Rathgeber wol kaum finden, wenn man den großen Plan einer Auswanderung in den fernen Welttheil ausführen will, und das Büchlein ist durchweg empfehlungswerth! [1239]

Bei **Wolfgang Gerhard** in **Leipzig** ist soeben erschienen: [1229]

Die Einathmung des Schwefel-Aethers in ihren Wirkungen auf Menschen und Thiere, besonders als ein Mittel, bei chirurgischen Operationen den Schmerz zu umgehen. Nach allen bisherigen in- und ausländischen Erfahrungen bearbeitet von Dr. J. Schlesinger. Nebst 6 Abbild. von Apparaten. Zweite Auflage. Gr. 8. Gef. Preis: 7½ Ngr.

In unserm Verlag ist erschienen:

Die Politik
auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt.

Von

F. C. Dahlmann.

Erster Band.

Zweite verbesserte Auflage.

Gr. 8. Brosch. 1 Thlr. 22½ Ngr.

Leipzig, April 1847.

[1237] **Weidmann'sche Buchhandlung.**

Anzeige.

Außer der Fabrikation von Blei-Röhren und Blei-Platten betreiben wir jetzt auch diejenige von **Blei-Folien**, welche wir in ausgezeichneter Qualität und zu äußerst billigem Preise liefern. Bei dem zunehmenden Verbrauch dieser nur etwas über ½ Pfd. pr. □Fuß wiegenden Bleiplatten, welche zum Schutze der Tapeten auf feuchten Wänden, sowie zur Verpackung von Thee, Schnupftaback und andern Artikeln Anwendung finden, halten wir uns den geehrten Consumenten unter der Versicherung reeller Bedienung bestens empfohlen.

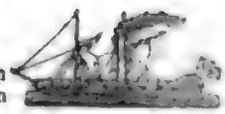
Odenthal & Leyendecker
[1194—95] in **Köln** a. Rhein.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 11. April. Zum ersten Male: **Die Belagerung von Solothurn.** Geschichtlich-romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Montag, 12. April. **Die Karlsschüler**, Schauspiel von H. Laube. Franziska, Fräulein **Haase**, als **letzte** Gastrolle.

Donau-Dampfschiffahrts-Kundmachung.



Die unterzeichnete Administration hat die Ehre, dem verehrten Handelstand und Publicum die Anzeige zu machen, dass sie den Spediteur Herrn **Joh. Friedr. Oehlschlaeger** in Leipzig zu ihrem Agenten daselbst ernannt hat.

Derselbe ist in den Stand gesetzt, auf alle an ihn ergehenden Anfragen, in Bezug auf Güter- und Personenbeförderung mittels der Dampfschiffe der ersten kaiserl. königl. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft die genügendsten Auskünfte zu ertheilen.

Wien, den 30. März 1847.

Die Administration
der ersten Kaiserl. Königl. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Auf vorstehende Bekanntmachung höflichst Bezug nehmend, werde ich alle an mich ergehenden Anfragen in Betreff der Donau-Dampfschiffahrt sehr gern beantworten, sowie ich mich zur Uebernahme und resp. promptesten und billigsten Beförderung von Gütern nach allen Donauplätzen, der Levante und nach den Häfen des Schwarzen Meeres bestens empfehle, auch auf Wunsch der Herren Absender die Assecuranz und Francatur bis an Ort und Stelle besorge. Leipzig, den 6. April 1847.

[1263] ***Joh. Fr. Oehlschlaeger.***

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,
Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176–87]

Grosse Lotterie.

Den 19. April 1847.

Die 5te Klasse der 31. königl. sächs. Staatslotterie zu Leipzig von 30,000 Loosen, 12,000 Gewinnen, wird vom 19. bis 29. April gezogen, und liefert folgende Gewinne: Thlr. 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 10,000, 10,000, 4 à 5000, 10 à 2000, 80 à 1000, 120 à 400, 170 à 200, 1000 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr. in Courant.

Aufträge auf ganze, halbe und Viertel-Kaufloose nehme ich gegen Uebermachung des Betrages à 41 Thlr. pro Loos bestens an, und versende ich die Loose bis in die entferntesten Gegenden auf das prompteste

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer junior,
[1264] Comptoir Brühl Nr. 24.

Bei **C. H. Reclam sen.** in Leipzig ist soeben angekommen: [1254]

Karte der Berlin-Hamburger Eisenbahn, nebst Angabe des Tarifs, Meilenzeigers und der Gasthöfe Berlins und Hamburgs. Preis 3 Ngr.

Leipziger [1253]

Autographen-Auction.

Soeben erschien und ist gratis zu haben:

Verzeichniss einer werthvollen Sammlung

Autographen,

welche den **10. Mai 1847 zu Leipzig** öffentlich versteigert werden sollen.

Ich erlaube mir, alle Autographensammler auf diesen reichhaltigen Katalog aufmerksam zu machen, der eine bedeutende Anzahl Handschriften grosser Fürsten, Staatsmänner, Feldherren (namentlich des Dreissigjährigen Kriegs), berühmter Gelehrten und fast aller ausgezeichneten neuern deutschen Dichter enthält. Die mir zukommenden Aufträge werde ich prompt und billigst besorgen.

T. O. Weigel in Leipzig.

Gebrüder Schloss

aus **Frankfurt a. M.** und **London**

beziehen wiederum die Leipziger Messe mit einem bedeutenden Lager in **englischen** und **ostindischen Foulards, chinesischen Stoffen** und allen Gattungen **englischer Westenzeuge.** [1221–23]

Local: **Katharinenstraße Nr. 7, Ecke des Böttchergäßchens** und vis-à-vis den Herren **Frege & Comp.**

H. M. Adler

aus **Frankfurt a. M.,**
Reichsstrasse Nr. 13/545,
eine Treppe,

Lager **Pariser Nouveautés und Châles** etc. [1208–10]

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus ***Elberfeld.*** [1156–58]

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager in bevorstehender Jubilate-Messe und in den folgenden Leipziger Messen:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.**

Local-Veränderung.

P. E. Bockmühl

aus **Elberfeld**

hat sein Lager in **Shawls** und **halbseidenen Manufactur-Waaren** eigner Fabrik von dieser Messe an: **Katharinenstrasse Nr. 26,** 1 Treppe hoch, der Europäischen Börsenhalle gegenüber. [1209–62]

Local-Veränderung.

Das Lager von

Gebrüder Blass

aus ***Elberfeld***

befindet sich von der bevorstehenden Ostermesse an **Reichsstrasse Nr. 12, erste Etage,** über dem Gewölbe des Herrn **Ed. Löbse** aus Chemnitz. [1211–12]

Die bevorstehende Leipziger Oster-Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten

Guhse & Gerlach

aus **Berlin**

und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 3, erste Etage.** [1196–1202]

Comptoir und **Lager**
von
Ernst Halberstadt senior

ist von heute an

Hainstrasse Nr. 31, Vetter's Hof,

erste Etage.

Leipzig, am 2. April 1847. [1117–19]

Wilhelm Heymer

aus

Süchteln bei ***Crefeld***

bezieht bevorstehende Ostermesse mit einem vollständig assortirten Lager von **Sammet-** und **Seidenwaaren** eigner Fabrik, und empfiehlt sich unter Zusicherung ganz reeller Bedienung.

Verkaufslocal: Brühl Nr. 64, 1. Etage, in Kraft's Hause. [1153–55]

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler
u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 41 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10½, Achtel à 5⅛, und verspreche meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erwiesen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer
[1213–16] in Leipzig, Petersstraße Nr. 7.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. C. G. Gebauer in Meißen mit Frl. Julie Zeuner in Lichtenstein. — Hr. Kaufmann S. Ginsberg in Breslau mit Frl. Fanny Ehrlich in Strehlen. — Hr. Kaufmann Georg Friedrich Karstedt in Berlin mit Frl. Emilie Sintenis in Magdeburg. — Hr. Förster H. Köpcke in Kyritz mit Frl. Mathilde Holb in Heinrichsfelde. — Hr. Eduard Schulz in Gößnitz mit Frl. Emilie Illgen. — Hr. Traugott Vogel in Annaberg mit Frl. Amande Hofmann in Schlettau.

Getraut: Hr. Apotheker G. Meyer in Königs-Wusterhausen mit Frau H. Göring. — Hr. Eduard Zöllner in Glauchau mit Frl. Elise Treibmann.

Geboren: Hrn. Kreissecretair Deditius in Constatt eine Tochter. — Hrn. W. F. Fähndrich in Luckenwalde eine Tochter. — Hrn. Premierlieutenant H. v. Greiffenberg in Küstrin eine Tochter. — Hrn. Prediger C. G. Hentsch in Treplin eine Tochter. — Hrn. Secondelieutenant Adolf Freiherrn v. Houwald in Lübben eine Tochter. — Hrn. Justitiarius Matthes in Gleinitz ein Sohn. — Hrn. W. v. Paleske in Spengawsken ein Sohn. — Hrn. Röder in Stechau ein Sohn. — Hrn. Gasthalter G. F. Schladitz in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Hr. Oberpfarrer M. Johann Fr. Ackermann in Elsterberg. — Hr. Kreissteuereinnehmer Karl Gregerius Bormann in Oschatz. — Frau Marie Buderus in Leipzig. — Hr. Major Hans Christoph v. Holly und Penetzieh in Merseburg. — Hr. Generalforstdirecter Baron v. Malortie in Dresden. — Hr. Kaufmann J. G. Peters in Berlin. — Hr. Rittergutsbesitzer August Wilhelm Röbrich auf Klein-Laskowitz. — Hr. Staatsrath Baron Karl v. Schweitzer aus Stuttgart in Köln. — Hr. Superintendent Karl Gotthilf Triepke in Isingen. — Hr. Johann Bartholomäus Wienken in Bremen. — Hr. Bahnhofsinspector Dr. Robert Zillich in Leipzig. — Hr. Hauptmann Zingler in Stettin. — Frau Hofrath Jochow in Breslau.

Montag — Nr. 102. — 12. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. = München. Die Universität. Auflösung der Gesetzgebungscommission. Gesandtschaften. — Der König von Baiern. Prof. Phillips. — Preßpolizei in Hannover. — Württembergische Commission in Betreff des Nothstandes. ** Bremen. Einigkeit. Die Deputationen. Die Auswanderer.

Preußen. Volle Oeffentlichkeit der Rechtspflege. ♀ Berlin. Stimmungen und Aussichten. z Königsberg. Die freie Gemeinde. — Die freie Gemeinde in Königsberg. — Revolutionaires Pamphlet. — Die Gräfin Hatzfeldt. — Dr. Dulk.

Oesterreich. Das Robothpatent. — Baron v. Werner. Replik an die Gräfin Bobrowska.

Spanien. Der Proceß gegen den General Serrano. Die Insurgenten. Hr. Olozaga. Beamte.

Großbritannien. Die Staatseinnahmen. Feuer in London. Die Docks in Birkenhead. Das Postdampfschiff Tweed.

Frankreich. Parlament. Die Incompatibilitäten. Marschall Bugeaud. Die sardinische Brigg Notre Dame de Grace. Mord. ⊙ Paris. Die Königin Christine. Der Rémusat'sche Vorschlag. Die Zollreform. ♀ Paris. Der Rémusat'sche Vorschlag und Hrn. Guizot's Taktik.

Rußland und Polen. * Von der Warthe. Die Pläne in Betreff Polens. Der Kaiser.

Türkei. Die griechische Differenz.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Der Ostermeßkatalog. * Göttingen. Preisstiftung für deutsche Geschichte.

Handel und Industrie. Schwerin. Eröffnung der Hagenow-Schweriner Eisenbahn. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 8. April. Von der lebhaften Aufmerksamkeit, welche von der Regierung fortwährend unserer Universität gewidmet bleibt, zeugt abermals die rasche Wiederbesetzung der durch die Entlassung des Professors Dr. Höfler erledigten Professur der Geschichte. Die königliche Wahl ist auf einen Gelehrten gefallen, welcher im Rufe seltener Befähigung steht, nämlich auf den dermaligen Professor der Geschichte am Lyceum zu Speyer. Es sind nun noch die drei Lehrstühle der Professoren Phillips und v. Moy an der juridischen und des Professors v. Lassaulx an der philosophischen Facultät zu besetzen.

Bekanntlich besteht seit dem jüngsten Landtage hier eine eigne Gesetzgebungscommission, welche in Folge der von dem Könige genehmigten ständischen Bitten die von Jahr zu Jahr dringender gewordene Aufgabe vorbereiten sollte, an beide Kammern die Entwürfe neuer Gesetzbücher für das ganze Königreich zu bringen. Zum Theil schon im vergangenen Herbste, zum Theil in noch neuerer Zeit, haben denn nun auch unsere Zeitungen die Nachricht gebracht, daß die Arbeiten dieser Commission je länger desto mehr ihrer Vollendung entgegenreiften, aber eben so verbreiteten sich auch Gerüchte, nach denen es zweifelhaft und noch mehr als zweifelhaft sein sollte, ob, namentlich in Bezug auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege sowol bei dem Civil- als wie bei dem Criminalverfahren, der Geist der zu proponirenden Entwürfe für die neue Gesetzgebung jenen Hoffnungen entsprechen werde, welche weit von der Mehrzahl der Bevölkerung des Landes gehegt werden. Es läßt sich daher leicht ermessen, welchen Eindruck hier die seit vorgestern und gestern bekannt gewordene Thatsache hat hervorbringen müssen, daß der König sich bewogen gefunden hat, diese Gesetzgebungscommission aufzulösen, und zwar, so viel bis jetzt bekannt geworden ist, zu dem höchsterfreulichen Zwecke der Beschleunigung der zu lösenden Aufgabe. Unmöglich kann man bei der Beurtheilung der Wichtigkeit dieser königlichen Entschließung außer Acht lassen, daß es Hr. v. Maurer ist, welcher als Justizminister die Gesetzgebungsfrage an die nächsten Kammern bringen wird!

Der durch die Zuruhestandversetzung des Hrn. v. Oberkamp erledigte Gesandtschaftsposten am Bundestage in Frankfurt ist vom Könige dem derzeitigen Ministerresidenten am griechischen Hofe, Hrn. v. Gasser, übertragen worden (Nr. 101), also nicht, wie irrthümlich vermuthet worden war, dem ehemaligen Minister des Aeußern, Baron v. Gise. Daß der Nachfolger des Barons v. Gise als Minister des Aeußern, Graf v. Bray, nach der jüngsten Ministerkrisis mit Urlaub nach Italien gereist sei, und unter welchen Nebenumständen, ist in diesen Blättern wiederholt erwähnt worden. Heute wird uns aus glaubwürdiger Quelle versichert, daß der König denselben auf den schon früher von ihm bekleideten Posten als Gesandter am Hofe zu Petersburg zurückversetzt habe. — Privatbriefe aus Wien bestätigen es angeblich, daß der bisherige österreichische Gesandte an unserm Hofe, Graf Senfft v. Pilsach, nicht wieder hierher zurückkehren werde. Etwas Officielles scheint in dieser Beziehung jedoch bis jetzt noch nicht vorzuliegen.

— Die augsburger Allgemeine Zeitung berichtet aus **München** vom 7. April: „Das Befinden des Königs ist von so erfreulicher Art, daß nunmehr die gänzliche Herstellung in sehr kurzer Frist mit Gewißheit erwartet werden darf. Uebrigens hat das Unwohlsein der letzten Wochen den Monarchen nicht abgehalten, sich fortwährend den Regierungsgeschäften zu widmen. — Dr. Phillips hat die ihm angebotene Stelle eines Regierungsraths in Landshut nicht angenommen und ist, seiner Bitte zufolge, aus bairischen Diensten entlassen worden. Derselbe ist gestern nach Berlin abgereist."

— Aus **Hannover** vom 3. April schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Auch durch die hannoversche Presse sollte eine auf das Zusammentreten der preußischen vereinigten Stände berechnete Broschüre veröffentlicht werden. Allein politische Schriften müssen nach der alten Verordnung an «unsere geheimde Rathsstube», jetzt an das Ministerium des Innern zur Censur eingeliefert werden, und nach vierzehntägiger Verzögerung ist das Imprimatur, wie das Ministerialrescript lautet, «auf allerhöchsten Befehl», also ohne Appellation, verweigert worden."

— Der König von **Württemberg** hat sechs Männer, worunter Obersteuerrath Löchner (württembergischen Abgeordneter zum letzten Zollcongreß), Oberjustizrath v. Mohl (keiner der Brüder Mohl), und Oberkirchenrath Schmid, beauftragt, in den einzelnen Bezirken des Landes, von welchen Jedem eine bestimmte Anzahl angewiesen ist, Nachrichten über den gegenwärtigen Nothstand und die darauf bezüglichen Verhältnisse einzuziehen und darüber unmittelbar Bericht zu erstatten. (Aehnliches geschieht auch im Großherzogthum Baden.) (K. Z.)

** **Bremen**, 7. April. Sehr erfreulich ist, und zumal zu einer Zeit, wo außerordentliche Geldanfoderungen geschehen werden, das gute Vernehmen zwischen Senat und Bürgerschaft. Beide Theile erkennen die Nothwendigkeit einer festen Einigung, die in der That hier immer bestanden und sich von selbst zu verstehen scheint. Auf dem letzten Convent hat nun die Deputation, welche die Anschaffung der pecuniairen Mittel zu beantragen hat, auch eine Einkommensteuer in Vorschlag gebracht, wenngleich der Plan dazu noch nicht ausgearbeitet ist. Sie fürchtete ohne Zweifel, durch ein näheres Eingehen auf die Sache es der Bürgerschaft nicht recht zu machen, da eine solche Abgabe neu ist und manche Gegner zählt. Wir müssen gestehen, daß wir uns über den bloßen Vorschlag schon gewundert haben, denn auch eine Deputation handelt ungern gegen den mos majorum. Es ist beiläufig als eine Eigenthümlichkeit unsers Staatslebens zu erwähnen, was anderswo durch stehende Beamte oder von Regierungs wegen geschieht, durch zeitweilige Deputationen abzuthun, wie es auch im alten Athen Sitte war. So hat sich freilich die Zahl der Deputationen sehr gehäuft, sodaß schon davon die Rede gewesen, eine Deputation zu ernennen, die sich über alle verschiedenen Deputationen vergewissere und Bericht erstatte. Man muß indeß nicht glauben, daß durch eine Deputation etwas schneller als sonst ausgeführt werde: sie erhält allerdings keine Besoldung, allein sie nimmt sich auch Zeit, sodaß, wenn erst eine Sache an den sogenannten Deputationsnagel gekommen, man sich keiner Hoffnung auf rasche Ausführung überläßt. — Jetzt, wo so viele Ausgaben erfoderlich werden, ist die Anwesenheit einer großen Anzahl von Auswanderern, die nicht unbedeutend zu verdienen geben, von manchem Vortheil. Im Mai, zu welcher Zeit im Oberlande die Güter abgegeben werden, erwartet man noch mehre. Da die Grundstücke billig losgeschlagen werden und nur mit Mühe an den Mann zu bringen sind, so gedenkt man hier darauf zu speculiren. Gewiß ist die Speculation nicht übel und wird rentiren, wie die neu einzurichtende Dampfschiffahrt nach London, wohin man fettes Vieh bringen will.

Preußen.

Die Allgemeine Preußische Zeitung vom 10. April enthält folgende Actenstücke:

Allerhöchste Cabinetsordre wegen Publication der beiden Verordnungen von demselben Tage, betreffend die Oeffentlichkeit in den nach dem Gesetze vom 17. Jul. 1846 zu führenden Untersuchungen sowie betreffend die Oeffentlichkeit in Civilprocessen. „Ich habe die mir mit dem Berichte des Staatsministeriums vom 6. d. M. eingereichten Entwürfe zweier Verordnungen, betreffend die Oeffentlichkeit in den nach dem Gesetze vom 17. Jul. 1846 zu führenden Untersuchungen sowie betreffend die Oeffentlichkeit in Civilprocessen, vollzogen und sende dieselben dem Staatsministerium mit dem Befehle zu, ihre Publication durch die Gesetzsammlung zu veranlassen. Potsdam, 7. April 1847. Friedrich Wilhelm. An das Staatsministerium."

Verordnung, betreffend die Oeffentlichkeit in den nach dem Gesetze vom 17. Jul. 1846 zu führenden Untersuchungen. „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc., finden uns veranlaßt, für die nach dem Gesetze vom 17. Jul. 1846 zu führenden Untersuchungen eine dem wahren Bedürfniß entsprechende Oeffentlichkeit einzuführen, und verordnen demnach, unter Aufhebung des §. 17 des gedachten Gesetzes, auf den Antrag unsers Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Der Zutritt zu den mündlichen Verhandlungen in den nach dem Gesetze vom 17. Jul. 1846 zu führenden Untersuchungen soll fortan allen Männern gestattet sein; zurückzuweisen sind jedoch Diejenigen, welche das Recht, die Nationalcocarde zu tragen, verloren haben, sowie Diejenigen, deren äußere Erscheinung von der Art ist, daß eine Verletzung des Anstandes bei den Verhandlungen zu besorgen steht. §. 2. Alle bei der Sache nicht betheiligte Personen müssen sich jedoch dann entfernen, wenn das Gericht dies aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet. Das Gericht hat hierbei besonders den Antrag des Staatsanwalts zu berücksichtigen. Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Potsdam, den 7. April 1847. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. v. Boyen. Mühler. Rether. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg."

Verordnung, betreffend die Oeffentlichkeit in Civilprocessen. „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. finden uns veranlaßt, in denjenigen Landestheilen, in welchen die Verordnung vom 21. Jul. 1846 über das Verfahren in Civilprocessen Gesetzeskraft hat, eine dem wahren Bedürfniß entsprechende Gerichtsöffentlichkeit einzuführen, und verordnen demnach auf den Antrag unsers Staatsministeriums, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Vorschriften, was folgt: §. 1. Der Zutritt zu den mündlichen Verhandlungen in Civilprocessen soll fortan allen Männern gestattet sein; zurückzuweisen sind jedoch Diejenigen, welche das Recht, die Nationalcocarde zu tragen, verloren haben, sowie Diejenigen, deren äußere Erscheinung von der Art ist, daß eine Verletzung des Anstandes bei den Verhandlungen zu besorgen steht. §. 2. Alle bei der Sache nicht betheiligten Personen müssen sich entfernen, sobald das Gericht aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit dies für angemessen erachtet. Auf den Antrag der Parteien oder einer derselben ist die Oeffentlichkeit nur dann auszuschließen, wenn für diese Ausschließung Gründe angeführt werden, deren Erheblichkeit das Gericht nach freiem Ermessen anerkennt. Das Gericht hat darüber durch einen Beschluß zu befinden, und zwar nach Anhörung der Parteien oder ihrer Bevollmächtigten, wenn dieselben in der Sitzung anwesend sind. §. 3. Auf das durch das Gesetz vom 28. Jun. 1844 eingeführte Verfahren in Ehescheidungssachen hat die gegenwärtige Verordnung keine Anwendung. Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königl. Insiegel. Gegeben Potsdam, den 7. April 1847. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. v. Boyen. Mühler. Rether. Eichhorn v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg."

γ **Berlin**, 9. April. Wer in diesem Augenblicke Berlin beobachtet, kann nicht läugnen, daß die Stadt eine andere Luft athmet, denn die neue Luft weht scharf und schneidend. Man durchwandle Berlin in allen Richtungen, man gehe die Straße abwärts, die man eben aufwärts zurücklegte, immer derselbe scharfe politische Wind. Aber es fehlt dem Wind an der Seele. Da ist überall provocirte Erregung, wie wenn ein Paganini, ein Liszt oder eine berühmte Kunstreiterbande angelangt wäre, nirgendwo Gefühl, tiefes Gefühl der Bedeutung des so nahe herangekommenen Tages. Und woher sollte dieses Gefühl auch kommen? Nirgend leben die Menschen politisch abgeschlossener als hier. Jeder geht seinen eignen Weg. Selbst die Monarchisten, die doch eine nicht unschöne Fronte aufrichten könnten und am leichtesten zu vereinigen wären, weil die Basis, auf der sie sich zu begegnen haben, eine gegebene, eine bereits wirklich vorhandene ist, sogar diese kennen sich selbst nicht. Der mittelalterliche romantische Monarchist weiß nichts von dem modernen, der historische nichts von dem doctrinairen, der aristokratische nichts von dem landrechtlichen, specifisch preußischen. So erlischt unendlich reiches, fruchtfähiges Leben in der Vereinzelung der Kräfte, und darüber hält dann der Leichtsinn, die lederne Sucht, für liberal zu gelten, die Unverschämtheit der Abstracten, die nicht aufhören, an dem Staatsgebäude zu hämmern, zu zimmern, zu rumoren, ihre so wohl aussehenden Aernten; so denn auch jetzt. Ueberall führen sie das Wort und möchten verwirren. Aber wie? du großer Gott! wie? Wird man es glauben, daß es unter diesen Leute gibt, die sich ganz im Ernst einbilden, wir ständen am Vorabend von Ereignissen? die nur deshalb den 11. April willkommen heißen? die wirklich glauben, der Vereinigte Landtag werde die Rathschläge, womit ihre politische Winkelconsulenz ihm ungebeten entgegen geeilt ist, mit der simpeln Gutmüthigkeit des armen Bauerjungen gewissenhaft ausführen? werde das Stück gerade so tanzen, wie es von der Consulenz aufgespielt werde? Leute mit Einem Worte, die das Kommende bereits nach einer bekannten, vielbeliebten Analogie zum voraus in seine verschiedenen Epochen setzten? Ja, es gibt solche Romantiker, und kann das im mindesten auffallen? Seit einigen Jahren haben wir ja die Tendenzgeschichtschreibung, eine Art, die Geschichte mit Laune zu schreiben, wie man sonst nur Novellen schreiben zu dürfen glaubte, eine so eigenthümliche Art, die Geschichte lehrreich zu machen, daß sich Alt und Jung mit Recht einbilden dürfen, eine Staatsumwälzung nach der alten pariser Schablone im vollen Ernste machen zu können. Schade nur, daß die Schablone schon etwas stark zerfetzt und verwittert ist und jeder Versuch, auf die steifen Pfeiler und Wände unsers Staatsorganismus mit ihrer Hülfe etwas aufzupinseln, immer sehr confuse Bilder hinterlassen müßte. Indessen wollen wir der politischen Winkelconsulenz nicht unrecht thun. Sie läßt sich billiger finden, als vorauszusetzen war, sie läßt mit sich bereits handeln. Zunächst fing sie damit an, aus der steifen Caresse, die so gewaltig daher fuhr, auszusteigen. Sie bestieg ein Pferd. Auch das Pferd paradirte ihr noch zu stolz. Sie setzte sich auf einen Maulesel. Dies sah wieder spanisch aus. Die Winkelconsulenz selbst wurde es gewahr, erröthete flüchtig und ist nun eben dabei, die Füße aus dem ritterlichen Bügel auf die pure, rohe Mutter Erde zu bringen, kurz, den gegebenen Boden zu betreten, den wir Uebrigen vom Anfang an für den besten hielten, weil er doch einmal der natürliche und unvermeidliche ist, mag man fahren, reiten, gehen oder stehen. So fiel zuerst die gewaltige Competenzfrage, nicht zwar aus Bedenken an der Möglichkeit, einen dahin formirten Proceß durchzusetzen, sondern aus Besorgniß, auf diesem Wege um den Genuß des schönen Dramas, auf welchen Genuß es der abstracten Langweiligkeit doch lediglich ankommt, ganz und auf einmal zu kommen. Demnächst fiel das „Annehmen oder Ablehnen?" Zwar auch dies nicht aus Bedenken an der Einschläglichkeit des summarischen Proceßverfahrens, sondern gleichfalls aus obigem Grunde. Man ließ mit sich handeln bis zur einfachen Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Aber wie das anfangen? Man bemerkte bald, daß der Vereinigte Landtag unmöglich ein Gesetz würde erörtern wollen, auf Grund dessen er sich versammelt hätte; daß, wenn er dafür ein Recht hätte beanspruchen können, seine Mitglieder hätten zu Hause bleiben müssen, und doch wollte die Winkelconsulenz, schon des Schauspiels wegen, dieses Daheimbleiben durchaus nicht.

So sind die stolzen Reitenden denn am Ende auf demselben Boden angelangt, auf dem wir Uebrigen, auf dem vor Allem die Mitglieder des Vereinigten Landtags vorlängst standen. Der Landtag wird, nachdem die königl. Propositionen von ihm erörtert worden sind, auch von seinem Petitionsrechte Gebrauch machen, und das wußten wir längst. Er wird mit jedem Schritte den gesetzmäßigen Weg gehen und einhalten. Er wird zeigen, daß ein Unterschied ist zwischen der Versammlung von Männern, die Hohes und Ernstes, die ein Vaterland und einen König zu ehren haben, und der Marotterei politischer Winkelconsulenten, die dermalen sehr häufig kein Vaterland haben und durch welche das preußische Volk neben vielem andern Schönen bei dieser Gelegenheit auch Das erfuhr, daß sein König eigentlich sein Vasall ist! Verba ipsissima eines Maratisten. (Vergl. ein Pamphlet: Herisau 1847.) Die übrigen Winkelconsulenten begnügten sich doch, uns blos zu sagen, daß die Krone nicht von Gott ist; aber dieses Eine sagten sie dafür auch allzumal und nach der Reihe. Es hat dennoch nichts geholfen. Die große, weit überwiegende Mehrheit der Landesrepräsentanten ist auf die entscheidende Wichtigkeit ihrer Haltung nur um so aufmerksamer geworden. Sie vereinigt ihr Herz vollständig mit dem Herzen des Volks in dem Einen Gefühle für den König. Gegen eine solche Macht vermag alles Wiederregen nichts, durchaus gar nichts, wenn der Wind zumal ohne Seele ist. Die abstracte berlinische Langweiligkeit kann ruhig schlafen; denn, wir wiederholen es, es passirt nichts! . . f.

ɔ **Königsberg**, 6. April. Das diesjährige Osterfest ist in mannichfacher Beziehung höchst bedeutungsvoll für unsere Stadt geworden. Staat und Behörden haben in diesen Tagen einen schlagenden Beweis erhalten, was sie einst von der Saat zu erwarten haben, die in den Strahlen des Lichts der frei evangelischen Lehren heranreift, und es ist hoffentlich nun der Augenblick gekommen, in dem das Gesetz seine Autorität wird zu erhalten wissen. Doch um über die Sache ein klares Licht zu verbreiten und sie verständlich für den uneingeweihten Leser zu machen, muß ich ein wenig weiter zurückgehen. Zeitungsinserate, namentlich in der hiesigen Hartung'schen Zeitung, gaben die Mitgliederanzahl der sogenannten freien Gemeinde stets übertrieben hoch an, und weder Behörden noch Publicum konnten über diesen Punkt vollständige Gewißheit erhalten. Vor einigen Wochen nun wollten die Mitglieder dieses Vereins, um einen von den drei Candidaten, die ihm beigetreten sind, hören zu können, außer in der deutschen Ressource einen zweiten Gottesdienst in dem jüdischen Ressourcelocal veranstalten, was aber die Polizei verhinderte und zugleich ein Verzeichniß der wirklichen Mitglieder verlangte, um daraus ersehen zu können, ob die Eröffnung eines zweiten Locals nöthig sei. Da dieses Verzeichniß nun nicht bis zum ersten Feiertag eingegangen war, besetzte die Polizei, wie es schon an frühern Sonntagen geschehen, durch einen Beamten das Local der jüdischen Ressource, und derselbe hatte den Auftrag,

die Ankommenden zurückzuweisen. Plötzlich aber drangen Scharen von 20—30 Leuten auf die Thür des Locals ein und drängten gewaltsam den Polizeibeamten fort, worauf der Saal bald gefüllt war und der sogenannte Gottesdienst begann. Mittlerweile war dem Polizeipräsidenten Lauterbach die Meldung von dem Angriff auf den Polizeibeamten gemacht worden, und wie man hört, sendete derselbe den Polizeiinspector Steinort ab, den Gottesdienst zu hemmen. Auch dieser wurde sofort aus dem Saale fortgedrängt, und laute Stimmen erklärten: „man würde nicht der Gewalt der Bayonnete, viel weniger der Polizei weichen!" So hatte Gewalt über die Vollstrecker des Gesetzes gesiegt, und als später eine Verstärkung der Polizei ankam, war der Gottesdienst beendet.

Dieser Vorfall hat eine fieberhafte Aufregung im Publicum hervorgerufen. Von der einen Seite brüsten sich die Anhänger Rupp's laut in der Hartung'schen Zeitung mit dem über die Polizei errungenen Siege, anderntheils hat der größte Unwille Diejenigen ergriffen, die noch Achtung und Scheu vor dem Gesetz haben und seine Unverletzlichkeit anerkennen. Die Entrüstung geht so weit, daß ein hiesiger Oberlehrer, der mit noch zwei Geistlichen einst die Lichtfreunde ins Leben rief, und dessen Schwester fortwährend für Rupp Proselyten wirbt, sich an die Behörden mit der Bitte gewendet hat, dem Unwesen der sogenannten frei evangelischen Gemeinde zu steuern. Natürlich war Alles voller Erwartung, wie die Sache sich zum zweiten Feiertage gestalten würde, aber — die Polizei blieb fern und die Leute versammelten sich in dem zweiten Locale ungestört, wo der Gottesdienst nun ungehindert vor sich ging. Wie man leicht glauben wird, war man über diese scheinbare Nachgiebigkeit der Polizei erstaunt, bis man schon am Nachmittage desselben Tags erfuhr, daß die Gemeinde ihr Namensverzeichniß am ersten Feiertage Nachmittags bereits eingereicht und so den Befehl der Polizei befolgt habe. Aus diesem Verzeichniß hat sich nun ergeben, daß die Gemeinde aus 201 selbständigen Mitgliedern und 345 Frauen und Kindern besteht, und daß so die übrigen Anwesenden nur Neugierige oder Schaulustige sind. Jeder mag aus dieser nicht zu widerlegenden Angabe nun schließen, was man von dem Uebertreibungstalente hiesiger und auswärtiger Referenten zu halten hat.

— In Folge des in den Osterfeiertagen entstandenen Conflicts der freien evangelischen Gemeinde in **Königsberg** mit der Polizeibehörde (Nr. 100) soll der Polizeipräsident gegen die Vorsteher dieser Gemeinde, welche den Beamten den Gehorsam verweigerten, vorläufig hohe Geldstrafen festgesetzt haben. (B. Z.)

— Aus **Berlin** vom 7. April schreibt man der Weser-Zeitung: „Wie man vernimmt, sind in diesen Tagen polizeiliche Nachforschungen angestellt worden, um den Verbreitern einer in Duodezformat gedruckten und unter Couvert durch die Briefpost nach allen Richtungen hin verbreiteten Flugschrift auf die Spur zu kommen. Dieses Pamphlet, betitelt «Das Patent» und mit der durch Buchstabenverstellung täuschenden Firma «Huncker und Dumblet Berlin» versehen, wahrscheinlich aber auf einer Handpresse gedruckt, soll an Wüthigkeit und Ruchlosigkeit Alles übersteigen, was an derartigen Erzeugnissen aus den Pressen der deutschen Republikaner in der Schweiz und den Vereinigten Staaten hervorgegangen ist. Die Broschüre soll sich ohne Rückhalt zu dem «republikanisch-demokratischen Standpunkte» bekennen und mit einem Aufwande von Sophistik und einer Sprache, die an die Redner des «Berges» erinnern soll, sich über das Patent auslassen. Besondere Beachtung hat die der Broschüre angehängte Notiz gefunden, wonach es auf eine systematische Wiederholung solcher Flugschriften abgesehen zu sein scheint und selbst zur Subscription auf dieselben aufgefodert wird."

— Aus **Köln** vom 7. April berichtet die Rhein- und Moselzeitung: „Gestern wurde vor dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte die Verleumdungsklage dreier Düsseldorferinnen wider die Gräfin Hatzfeldt und ihren Sachwalter Lasalle verhandelt; die Klage stützt sich bekanntlich auf die Verbreitung einer gedruckten Klageschrift der Gräfin. Es stellte sich heraus, daß die Schrift in viele Hände gerathen ist, ohne daß gerade einer der beiden Verklagten sie ausgetheilt habe. Die Gräfin gestand selbst ein, daß sie einem Grafen, dessen Gemahlin in der Schrift am meisten beschuldigt wird, ein Exemplar zugesendet habe. Das öffentliche Ministerium hielt der Angeklagten eine derbe Strafrede, ohne jedoch seinerseits auf Strafe anzutragen, da ihm die Verbreitung nicht hinreichend bewiesen schien. Die Verkündigung des Urtels ward auf acht Tage ausgesetzt. Die Verhandlung, in welcher nahe an 40 Zeugen vernommen wurden, währte bis tief in die Nacht. Die Sitzung fand bei geschlossenen Thüren statt."

— Dem Dr. Dulk in **Königsberg** ist von der dasigen Polizei der Paß zu einer Reise nach Deutschland verweigert worden, weil eine Untersuchung gegen ihn anhängig gemacht sei. Ob er in einen politischen Tendenzproceß verwickelt werden soll, ist ihm zunächst nicht mitgetheilt worden. (Schles. Z.)

Oesterreich.

Von der galizischen Grenze sagt die augsburger Allgemeine Zeitung unterm 3. April: „Aus guter Quelle, ohne jedoch die Nachricht zu verbürgen, melde ich, daß in Folge vielfältiger, zum Theil begründeter Beschwerden die allerhöchste Resolution ergangen sein soll, daß das neue Robothpatent für Galizien in seinen einzelnen Bestimmungen einer neuen Erörterung unterworfen und über mehre Punkte desselben das Gutachten der politischen Behörden Galiziens eingeholt, mithin seiner Vollziehung bis auf weiteres Einhalt gethan werde."

— Von der **österreichisch-preußischen Grenze** schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung unterm 30. März: „Hofrath Baron v. Werner, bekanntlich ein ausgezeichneter, zu den wichtigsten Verhandlungen verwendeter Diplomat der österreichischen Staatskanzlei, ist auf der Reise nach Berlin hier durchgeeilt. Wie zu vermuthen, betrifft seine Sendung eine gemeinschaftliche Beschlußnahme über jene Gegenstände, die demnächst beim Deutschen Bunde zur Verhandlung kommen dürften, unter denen die Preßgesetzgebung obenan steht."

— Aus **Tarnow** vom 21. März erhält die augsburger Allgemeine Zeitung folgende Zuschrift: „Eine Gräfin Bobrowska erklärt das in meinem Buche: «Das Polenattentat», enthaltene Citat: «daß im Haus ihres nun in Lemberg als Criminalinquisiten verhafteten Mannes 2 Pfd. Arsenik aufgefunden worden seien», für eine Lüge. (Nr. 76.) Diese Erklärung muß ich als eine jener geifernden Demonstrationen, die in der publicistischen Praxis unausbleiblich sind, um so mehr an die benannte Gräfin zurückschieben, als die gesammte loyal und ehrlich denkende Einwohnerschaft von Wadowice ꝛc. das Factum bezeugt und bestätigen muß. Zudem ist die Angabe (und das genügt) Wort für Wort aus einem militairischen Documente mit Nennung des Hrn. Verfassers — eines anerkannt höchst ehrenvollen und würdigen Offiziers — citirt, daher erwiesenermaßen weder Lüge noch erfunden. Aber in Polen wird es immer Personen und namentlich conspirirende Weiber geben, die auch authentische Berichte über Gift und Galgenhaken, Berichte über die Processionen politisch-zuchtloser Bacchantinnen zum Anger von gerichteten Meuchelmördern, Berichte über Hochämter und Exequien für derlei gemeine Missethäter, Berichte über das brutale Ausspeien der Damen (?) vor begegnenden Deutschen ꝛc. als Lüge und Verleumdung erklären. Wer in Galizien lebt, weiß, was von solchen Anschuldigungen und Personen zu halten ist. Jener scheußliche Meuchelmord in Pilzno am 18. Febr. ließ wenigstens als Vorspiel nicht undeutlich ahnen, was ohne eine Bauernreaction für deutsche Einwohner auf dem Spiele stand, und die, ich kann aus guter Quelle versichern, bald anzuhoffende Veröffentlichung der Criminalacten wird bezeugen, auf wessen Seite die Ehrlosigkeit der Lüge und die Nichtswürdigkeit zu suchen sei. Ein Offizier der westgalizischen Armee."

Spanien.

Dem Heraldo zufolge hatte der General Requena, Fiscal bei dem gegen General Serrano geführten Proceß, erklärt, das dazu gebildete Kriegsgericht sei incompetent und die Klage müsse bei dem höchsten Tribunale des Kriegs und der Marine angebracht werden.

— Aus **Barcelona** wird vom 1. April geschrieben, daß die Insurgentenhaufen bereits müde wurden, sich unabläßig verfolgt zu sehen, und anfingen, von dem durch den Generalcapitain Pavia erlassenen Indult Gebrauch zu machen und sich zu unterwerfen.

— Die progressistischen Blätter preisen die Königin für die Hrn. Olózaga gewährte Erlaubniß zur Rückkehr und die ihm gewährte Verzeihung. Die Königin soll dabei ausgesprochen haben, wie sie wünsche, daß Jedermann erfahre, sie sei allen Spaniern wohl zugethan, und daß Alle ihr eben so zugethan sein möchten. Diese Aeußerung wird denn vorzugsweise gefeiert. Das Eco del Comercio will jedoch dieselbe Milde auch auf Espartero, Linage, Amettler, Ruiz, Santacruz, van Halen, Roqueras und andere ausgezeichnete Männer ausgedehnt wissen, die viele Mal ihr Leben für die Krone einsetzten. An dem Tage, wo die Königin von allen ihren Vertheidigern sich umgeben sehen werde, werde auch aller Haß verschwinden, würden die fremden Intriguen ein Ende haben und der Freiheit ein fester Boden gewonnen sein.

— Die Gaceta de Madrid vom 2. April enthält königl. Decrete über die angenommenen Entlassungsgesuche des Generallieutenants José Manso als Generalcapitain von Neucastilien und des Generalmajors Firmin de Salcedo als Generalcapitain der Canarischen Inseln. Der Herzog v. Glücksberg hat am 31. März der Königin sein Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger in Abwesenheit des Botschafters Grafen Bresson übergeben.

Großbritannien.

London, 6. April.

Die günstige Voraussage von dem gestern Abend stattgefundenen Abschlusse der Staatseinnahmen hat sich bestätigt. Der Betrag des Quartaleinkommens von 10,648,804 Pf. St. hat den am 5. April 1846 vorhanden gewesenen um 403,632 Pf. St. überstiegen; die Jahreseinnahme von 51,978,652 Pf. St. übersteigt die vom 5. April 1846 um 1,538,168 Pf. St. In dieser Einnahme sind natürlich die auf die neue Anleihe von 8 Mill. bereits eingezahlten 960,000 Pf. St. nicht mit einbegriffen. Die für Irland ausgegebenen, zum Theil als Vorschüsse verwendeten Gelder belaufen sich im letzten Quartal auf 2,940,000 Pf. St. Die Times bezeichnet den Abschluß als einen solchen, zu dem das Land

und der Schatzkanzler sich in vieler Hinsicht Glück wünschen können. Nach einem Jahre, in dessen erste Hälfte ein gewaltiger Wechsel der bisherigen Handelspolitik, in dessen zweite Hälfte eine der größten Calamitäten gefallen, eine Hungersnoth in Irland und Theuerung in England, ergibt die Jahresbilanz einen Einnahmezuwachs über die vom 5. April 1846 von mehr als 1½ Mill. Jeder Einnahmezweig, Stempel und Ertrag der Krongüter ausgenommen, hat einen Zuwachs gegeben. Kurz wenn Irland und seine Calamität nicht wäre, wenn die von englischer Vernachlässigung und irischer Misregierung herbeigeführten unseligen Umstände nicht existirten, so würde man rühmen dürfen, daß seit Menschengedenken wenigstens die Schatzkammer der Nation sich nicht in gesunderm Zustande befunden habe, daß nie mehr Aussicht gewesen zur Beseitigung aller Lasten, die Englands einheimische Industrie und fremden Handel noch drücken. So aber werde der Ueberschuß eben nur glücklich ausreichen, eine neue Besteuerung zu verhüten, welche sonst wegen der gemachten irischen Anleihe erfederlich werden könnte. So gering nun der Trost sei, habe es doch seinen Werth, daß der Schatzkanzler sich in dieser Zeit der Drangsale nicht nach neuen Geldmitteln umzusehen brauche. Die Zunahme des Zolleinkommens sei nach einer Reihe von Jahren, deren jedes große Verminderungen in Einfuhrzollansätzen bewirken sah, von denen man für die einheimische Production und die Einkünfte nur Verderbliches vorhersagte, jedenfalls am bezeichnendsten. Sie beträgt auf das Jahr 1,132,000 Pf. St., auf das Quartal 485,755 Pf. St., und führt einen Beweis für die Richtigkeit der neuen Handelspolitik, wie ihn selbst deren eifrigste Vertreter nicht gewärtigt haben dürften. Bei der Accise war die Einnahme ebenfalls in stetigem Wachsen und das Mehr für das Jahr ist 661,572, für das Quartal 26,407 Pf. St. Die Zunahme der Einkommensteuer auf das Jahr ist 379,840 Pf. St. bei einem Gesammtbetrage von 5,464,581 Pf. St., das Posteinkommen weist eine Zunahme von 1000 Pf. St. die Woche im letzten Jahr auf, und auch die gemischten Einkünfte haben um 129,273 Pf. St. sich erhöht. Auf die Stempeleinnahme beträgt die Verminderung, wahrscheinlich wegen abnehmender Eisenbahnspeculation, 32,693 Pf. St., bei dem Einkommen von Krongütern 18,000 Pf. St.

— In London hat gestern Morgen eine Feuersbrunst den oberhalb der Londonbrücke liegenden Kent- und Esser-Wharf, einen von den an den Themse sich hinziehenden Speicher- und Ladeplätzen, in Asche gelegt. Unter den verbrannten Gütern befinden sich auch 200 Sack Hopfen; der Schaden an Waaren wird auf 15,000 Pf. St. berechnet. Der Wharf ist Eigenthum des Alderman Humphrey, welcher neben demselben noch mehre dort besitzt.

— Gestern ist ein Theil der neuen Docks in Birkenhead am Mersey, Liverpool gegenüber, mit vielem Gepränge eröffnet worden. Viele angesehene Personen aus Liverpool, London, Manchester und andern Orten wurden auf den Eisenbahnen durch Extrazüge herbeigeführt und nahmen an der Feierlichkeit Theil, und Lord Morpeth, der Präsident des Forst- und Walddepartements, verbreitete sich in einer längern Rede über die Vortheile, welche die neue Anlage dem Handelsverkehr verspricht und die er mit der Anlage von Southwark gegenüber von London verglich, durch welche letzteres nur an Bedeutung gewonnen habe, ebenso wie Liverpool auch nur durch Birkenhead gewinnen könne.

— Aus einer von der Times veröffentlichten Mittheilung des Secretairs der Gesellschaft, welcher das untergegangene westindische Postdampfschiff Tweed (Nr. 100) gehört hat, geht hervor, daß es bei seiner Abfahrt von Grenada nach Veracruz nur sieben Passagiere, die HH. Price, von der Firma Manning, Mackintosh und Comp. in Veracruz, Ellice, Yncharti, Farias, Fontecha, Le Charlier und Bausel, am Bord gehabt hat; möglicherweise hat das Schiff noch in Jamaica und Havana Passagiere aufgenommen; indessen wenn wirklich 60 Menschen bei dem Schiffbruch umgekommen sind, so ist darunter ein großer Theil der Mannschaft begriffen, die mit Einschluß der Offiziere nach dem von der Times veröffentlichten Namensverzeichniß aus 95 M. bestand.

Frankreich.

Paris, 7. April.

Die Pairskammer beschäftigte sich gestern zu Anfang ihrer öffentlichen Sitzung mit Bittschriften, von welchen eine zweier höhern spanischen Offiziere, Ignacio Brujo und Clemente Sobrevias, in ihrem und mehrer andern spanischen Flüchtlinge militairischen und geistlichen Standes Namen Beschwerde über Beraubung der Freiheit und harte Behandlung führte und um Entlassung und Pässe bat, damit die Bittsteller eine Zuflucht auf gastlicherm Boden suchen könnten. Vicomte Dubouchage unterstützte diese Bittschrift sehr lebhaft. Auf Frankreichs freiem Gebiete dürfe es nicht erlaubt sein, sagte er, Personen, die wie diese Spanier sich kein Verbrechen oder Verstoß gegen die französischen Gesetze hätten zu Schulden kommen lassen, willkürlich zu verhaften. Geschehen sei Das einzig auf Verlangen eines jener ephemeren Ministerien, welche das unglückliche Spanien zerfleischten. Englands Beispiel möge man sich zur Richtschnur dienen lassen, wo der Graf Montemolin dermalen in voller Freiheit verweile, während Frankreich den Kerkermeister mache. Baron de Bussières erklärte sich gegen diese Ansichten um so mehr, als die Bittsteller seit sechs Wochen schon wieder in Freiheit sich befänden. Der letztere Umstand, gab auch Graf Montalembert zu, nehme der Angelegenheit viel von ihrem Interesse, allein es handle sich dabei noch um eine Principfrage. Der Minister des Innern Graf Duchatel (der aber nicht in der Kammer war) habe zu Anfang der Session bei Gelegenheit der verweigerten Lotterie zum Besten der Loireüberschwemmten sich höchlich vermessen, wie es ihm ganz unmöglich sei, irgend ein Gesetz zu verletzen. Auch ein Wohlthätigkeitszweck könne ihn dazu nicht bewegen. Nun aber wünsche er von dem anwesenden Minister zu wissen, welches Gesetz ihm die Einkerkerung jener Männer gestattete? Hr. Laplagne-Barris bedauerte in Entgegnung Dessen, in der Kammer ganz allgemein vom öffentlichen Recht in allen Ländern anerkannte Grundsätze bestritten zu sehen. Die Klasse in Frankreich verweilender Fremder, zu welcher die Petenten gehörten, komme ohne Legitimation ihrer Regierung als Flüchtlinge dahin und habe keine andern als Menschlichkeitsrechte, keine bürgerlichen Rechte, anzusprechen. Im Interesse der Ruhe im Innern und der auswärtigen Verpflichtungen könne kein Zweifel sein, daß die Regierung diesen Flüchtlingen bestimmte Orte ihres Aufenthalts anweise, sie speciell überwache und Maßregeln wie die, über welche geklagt werde, unterwerfen lasse, wenn die Ueberwachung nicht ausreichend sich zeige. Der Kriegsminister Moline de St.-Yon äußerte kurz, daß Flüchtlingen auf französischem Boden nicht gestattet sein könne, nach Belieben Unruhen in alliirten Staaten anzuzetteln. Nachdem noch der Marquis de Boissy, Graf Montalembert und Vicomte Dubouchage sich wiederholt lebhaft ausgesprochen hatten, ging die Kammer zur Tagesordnung über und votirte nach kurzer Berathung das Gesetz über Vermehrung des Effectivbestandes der Truppen im Innern, welches die Deputirtenkammer schon angenommen hat, mit 110 gegen 9 Stimmen, sowie mehre Gesetze von localem Interesse.

— In der Deputirtenkammer entwickelte gestern Hr. Chapuys de Montlaville seinen Vorschlag, die Stempelabgabe für alle Zeitungen und periodischen Blätter aufhören zu lassen, welche kein Romanfeuilleton enthalten. Er glaubte bei dem Auftreten gegen diesen Misbrauch der Feuilletons auf viele Stimmen in der Kammer rechnen zu dürfen und citirte unter Anderm die Hrn. Thiers in Bezug auf den Constitutionnel zugeschriebene Aeußerung: es sei doch sehr unangenehm, das erste Stock eines Hauses inne zu haben, dessen Parterre so üble Bewohner besitze. Uebrigens befinde sich die Regierung mit einem andern großen Blatte (Journal des Débats) ganz in demselben Falle. Die politische Presse, die eine hohe Aufgabe habe und auf Regierung und öffentliche Meinung einen legitimen Einfluß ausüben, die eine politische Macht sein solle, sei auf solche Weise zu einem Werkzeuge gemeinen Krämergewerbes, der Boutiques geworden. Daure diese Richtung fort, so werde sie auch die wenigen noch vorhandenen intelligenten, ehrenhaften und unabhängigen Organe verdrängen, und es werde keine ernste Presse und kein politisches Instrument im Dienste der öffentlichen Meinung mehr geben. Das Feuilleton charakterisirte er als Kind der Erschlaffung der Gesellschaft und der Sitte. In den Tagen der Kraft, unter der Restauration und während der Julirevolution habe keine Zeitung sich mit Romanen abgegeben. Jetzt freilich hätten die Journale mit dergleichen die meisten Abnehmer. Der „Ewige Jude" habe z. B. dem Constitutionnel über 20,000 neue zugeführt. Allein der politische Geist und Sinn werde auf solche Weise in Frankreich untergraben, und die Bürger würden so zum Indifferentismus hinüber geleitet. Die öffentliche Moral werde durch diese täglich verbreiteten bizarren und phantastischen Ausgeburten verdorben, welche z. B. mit historischen Thatsachen umgingen wie das mit Unrecht sogenannte neue Théâtre historique, das vielmehr Theater der travestirten Historien heißen sollte. Uebereinstimmend mit den HH. Glais-Bizoin und Emile de Girardin belegte er die Nothwendigkeit der Aufhebung der Stempelabgabe für politische Blätter auch in Zahlen und führte z. B. den Siècle an, der von 48 Fr. seines Preises für die Departements, 21 Fr. Stempel, sodann 14 Fr. Porto erlegen muß, und also für Honorar, Satz, Druck, Papier und sämmtliche Unkosten nur 13 Fr. behält. Der Finanzminister widersetzte sich nicht, daß der Vorschlag neben dem bereits vorliegenden des Hrn. Glais-Bizoin zur Betrachtnahme komme, nannte ihn aber einen Versuch zur Einführung einer Art fiscalischer Censur. Hr. Glais-Bizoin trat für die Inbetrachtnahme auf und sprach sich ebenfalls entschieden gegen das Feuilleton der politischen Blätter aus, daß an Hrn. Emile de Girardin sehr erklärlich einen Vertheidiger fand. Die Inbetrachtnahme wurde beschlossen. Die Kammer nahm noch ein Creditgesetz über 500,000 Fr. zu Theuerungszulagen für Halbsoldesoffiziere und verheirathete Gendarmen an.

— Der Rémusat'sche Vorschlag wegen der Incompatibilitäten wird von den Zeitungen mehrfach besprochen. Die «Presse» beobachtet die eigenthümliche Taktik, einen von ihr am 11. Febr. 1845 gebrachten Aufsatz über denselben, auch damals von diesem Deputirten an die Kammer gebrachten Vorschlag wieder abzudrucken, der sich im Allgemeinen für denselben ausspricht und in welchem die Stelle vorkommt: das Angemessene und Rechtzeitige daran sei nicht zu bestreiten, denn wenn das Ministerium sich noch bis zu Ende der Session hinschleppen sollte, werde es nicht anders können als an die öffentliche Meinung durch allgemeine Wahlen zu appelliren. Die «Presse» wiederholt das ohne Bemerkung. Der Vorschlag wegen Ausdehnung

der über Unvereinbarkeit der Deputirtenstellen mit gewissen Aemtern bestehenden Gesetzbestimmungen ist übrigens ein regelmäßig wiederkehrender. Nachdem er mehrmals von Hrn. Gauguier wiederholt worden, nahm ihn im April 1840 der Deputirte Remilly auf, die HH. Pagès und Mauguin erneuten ihn im März, Hr. Ganneron im December 1841 und seit 1844 ist es Hr. de Rémusat, der ihn unermüdlich betreibt.

— Der Courrier français meldet, daß der nun leidlich hergestellte Marschall Bugeaud die Reise nach Frankreich antreten werde, um in der Kammer der Debatte über Algerien beizuwohnen.

— Der Staatsrath hat soeben entschieden, daß die vom französischen Schooner Fine an der afrikanischen Küste als des Sklavenhandels verdächtig am 15. März 1846 genommene sardinische Brigg Notre Dame de Grace unberechtigterweise aufgebracht worden sei. Freigebung und Entschädigung sind davon nothwendige Folgen.

— Als am 24. März Abends ein Polizeibeamter mit einem zur Ablieferung in das Gefängniß bestimmten Manne das Haus eines Polizeicommissars verließ, wurde auf ihn geschossen. Der Schuß zertrümmerte jedoch nur die Laterne, mit welcher er versehen war. Auf den Knall eilte der Polizeicommissar selbst auf die Straße, hatte sie aber kaum betreten, als ein zweiter Schuß ihn niederstreckte. Der Verhaftete war inzwischen entkommen.

o **Paris**, 7. April. Es ist fortwährend von der nahen Abreise der Königin Christine die Rede, und es heißt, sie werde nicht nach Madrid, sondern nach Rom gehen. Viele behaupten sogar, sie werde bestimmt die letztere Richtung einschlagen, weil ihre Anwesenheit in der spanischen Residenz seit der Absetzung des Cabinets dort unmöglich geworden sei. Das jetzige ist zum Theil aus persönlichen Gegnern Christinens gebildet, die sich übrigens wol kaum Illusionen über das höchst Unwillkommene ihrer etwanigen Rückkehr nach Madrid machen dürfte, da ihre Vertrauten ihr zahlreiche Berichte über die Lage der Dinge direct zusenden. Die Kuriere gingen in der letztern Zeit geradeswegs nach dem Hotel in der Rue de Courcelles, ohne Depeschen im Hotel der auswärtigen Angelegenheiten abzugeben. Hr. Guizot ist täglich bei der Königin Christine, und sein Rath soll sein, den Dingen freien Lauf zu lassen, jedoch einen Vertrauten mit einer Mission in Madrid zu beauftragen, der diesem freien Lauf eine Richtung geben soll, ohne das Cabinet der Tuilerien officiell zu betheiligen. Der Herzog v. Glücksberg ist daher noch nicht zum Gesandten ernannt und dürfte auch nur provisorisch als Geschäftsträger in Madrid bleiben. — Die parlamentarische Reform wird allem Anscheine nach demnächst dem Ministerium einen neuen Kampf bereiten. Hrn. de Rémusat's Vorschlag wegen der Incompatibilitäten wird nämlich in den Bureaux die progressiven Conservativen bei der Frage über die Verlesung in der Kammer für sich haben. Auch für die Inbetrachtnahme wollen sie in der Kammer stimmen, jedoch sich Modificationen vorbehalten. So wollen sie die Adjutanten des Königs nicht von Deputirtenstellen ausgeschlossen wissen und die Generalprocuratoren nur als Deputirte eines Bezirks in ihrem amtlichen Gerichtskreise. Das Journal des Débats hat nun zwar angezeigt, daß das Ministerium sich der Verlesung dieser Propositionen nicht widersetzen wolle, es wird jedoch, wie gute Gründe anzunehmen gebieten, auf alle Fälle der Inbetrachtnahme lebhaft entgegentreten. — Am 31. März ist denn wirklich durch den Finanzminister der seit bald einem Jahre verheißene Gesetzentwurf wegen der Douanen der Kammer übergeben worden. (Nr. 96.) Ueber den Inhalt verlautete dabei nicht das Mindeste und der Moniteur ist bisher völlig stumm geblieben. Gestern erst brachten die Zeitungen einige Angaben (sie stimmen mit dem in Nr. 97 von unserm Correspondenten Berichteten überein). Le libre Echange spottet, daß man erzähle, der Gesetzentwurf enthalte eine totale Tarifreform in Betreff der Positionen Besenstiele, Krähenaugen und anderer Artikel von gleicher Bedeutung. Er muß natürlich auch die seit letzter Session erlassenen Zollermäßigungen und Aenderungen auf mehre Farbestoffe, Gummi und andere weniger wichtige Erzeugnisse zur gesetzlichen Sanction mit aufzählen.

v **Paris**, 7. April. Die Bureaux der Deputirtenkammer waren heute mit dem Vorschlage Hrn. de Rémusat's über die Incompatibilitäten beschäftigt, und die öffentliche Verlesung derselben in der Kammer ist, wie erwartet, autorisirt worden. Die Bureauxverhandlungen waren durch den Umstand bemerkenswerth, daß Hr. Guizot mit großer Unverhohlenheit erklärte, wie er den Vorschlag als unzeitig betrachte und geeignet, die Kammer herabzusetzen, indem er sie in ihrer Zusammensetzung angreife (die schon bei der Duvergier'schen Proposition verbrauchte Taktik), daß aber, da eine gewisse Anzahl von conservativen Deputirten den Wunsch zeige, die Frage auf der Tribune verhandelt zu sehen, das Ministerium, um seinen Freunden nicht zuwider zu handeln und indem es ihnen eine Concession mache, in die Verlesung willige. Diese Behandlung der Sache findet man denn allerdings sonderbar und etwas bezeichnend.

Rußland und Polen.

* **Von der Warthe**, 8. April. Alle Erkundigungen, die wir über die gegenwärtig durch die Zeitungen laufende Nachricht von der bevorstehenden Wiederherstellung des Vicekönigreichs Polen und von der Ernennung des Großfürsten Michael zum Vicekönig eingezogen haben, stempeln dieselbe zur dreisten Conjectur eines leichtfertigen Correspondenten, denn in Polen selbst weiß Niemand etwas von einem solchen Project, und eben so wenig hält irgend Jemand dessen Ausführung für wahrscheinlich oder überhaupt nur für möglich. Wahr ist es, daß der Kaiser in Begleitung seines Bruders, des Großfürsten Michael, binnen kurzem in Warschau erwartet wird und daß in Polen die Meinung verbreitet ist, es werde die diesmalige Anwesenheit des Monarchen mit wesentlichen Abänderungen in der Administration des Königreichs zusammentreffen; ja man geht sogar so weit, eine Versetzung des Fürsten-Statthalters an die Spitze des Reichsraths in Petersburg oder an die Spitze des kaukasischen Heeres für nicht unwahrscheinlich zu halten; daß aber daraus die Herstellung eines Zustandes, wie er einst unter dem Großfürsten Konstantin bestanden, abzuleiten sei, fällt Niemandem ein, der mit den russischen Regierungsmaximen und mit der eisernen Consequenz in Ausführung derselben nur irgend vertraut ist und die polnischen Zustände mit eignen Augen angeschaut hat. Das offene und verdeckte Streben des russischen Gouvernements ging seit einer langen Reihe von Jahren dahin, Polen allmälig zu russificiren, und daß dieses Werk theilweise bereits gelungen sei, kann Niemand läugnen. Das Königreich Polen befindet sich dermalen politisch in einer Lage, die es der Regierung jeden Augenblick möglich macht, das Land von der Karte verschwinden zu lassen und es für eine russische Provinz zu erklären; wenn sie es nicht thut oder den Zeitpunkt dazu noch nicht für geeignet hält, so hat dies lediglich seinen Grund in Rußlands auswärtigen Verhältnissen. Wer aber möchte in Abrede stellen, daß die Wiederherstellung eines Vicekönigreichs Polen mit einer eignen Verfassung, einer abgesonderten Administration und vielleicht gar einem nationalen Heere eine Umkehr von der Bahn wäre, die man bisher mit so vielen Kosten und so eiserner Beharrlichkeit eingeschlagen hat? Aus welchem Grunde, so fragen wir, sollte Kaiser Nikolaus sich bewogen finden, ein System, das bisher sichtbar erwünschte Früchte getragen, fallen zu lassen, wenn er nicht etwa die Absicht hat, auf noch kürzerem Wege als zeither zum Ziele gelangen zu wollen? Ist der Kaiser der Mann, der dem Schaukelsystem huldigt, oder ist es nicht vielmehr seine Energie und unerschütterliche Consequenz, die ihn ganz Europa gegenüber in so hohe Achtung gesetzt hat? Wozu würde die Herstellung eines Vicekönigreichs Polen führen? Offenbar nur zu einer neuen Schilderhebung, denn das kaum unterdrückte Nationalbewußtsein der Polen würde aufs neue erwachen, und sie in der ihnen gewährten, wenn auch nur scheinbaren Selbständigkeit einen Beweis der Furcht und Schwäche des Gouvernements erblicken, die ihrem leichtfertigen Dafürhalten nach das Gelingen eines neuen Revolutionsversuchs verbürgen. Wer die Polen kennt — und der Kaiser kennt sie — weiß, daß sie nie und nimmer für Institutionen, die mit bereitwilliger Verläugnung ihrer nationalen Strebungen verbunden sind, gewonnen werden können, und darum wird der Kaiser auch nie ein System adoptiren wollen, das auf die Sympathien der Polen basirt ist. Die panslawistischen Negociationen haben das Gouvernement über die Erfolge solcher Versuche hinlänglich aufgeklärt! Wir halten daher die Ernennung des Großfürsten Michael zum Vicekönig von Polen für nichts mehr und nichts weniger als die Erfindung eines müßigen Kopfes; ja wir glauben nicht einmal an die Abberufung des Fürsten Paskewitsch und die Ersetzung desselben durch den Großfürsten; denn wenn auch Ersterer dem Gouvernement zu nachgiebig erscheinen mag und die Festigkeit des Letztern bekannt ist, so würde doch nicht vermieden werden können, daß bei längerm Aufenthalte des Großfürsten im Königreiche derselbe ein Sonderinteresse für die Nation, die zu regieren er berufen werden, faßte und allmälig ein Zustand sich herausbildete, wie er unter dem Großfürsten Konstantin zum Nachtheile Rußlands bestand. Alle Combinationen der Zeitungscorrespondenten und alle diesfälligen Illusionen der Polenfreunde dürften sich daher bald in Nichts auflösen. Wird Paskewitsch von seinem Statthalterposten abberufen, so geschieht es nur, um die Saiten, die unter ihm zum Theil etwas schlaff geworden, straffer anzuziehen und das Russificirungswerk noch schneller und umfassender zu fördern. Darauf deuten auch die jüngsten Verhaftungen in Warschau hin, die den augenfälligen Beweis liefern, daß man jede dem russischen Wesen widerstrebende Regung für das größte Verbrechen hält. — Ob die hier vielfach verbreitete Nachricht, daß der Kaiser von Warschau aus sich persönlich in Begleitung des Fürsten Paskewitsch nach dem Kriegsschauplatz im Kaukasus begeben werde, begründet sei, muß sich binnen kurzem herausstellen.

Türkei.

Nach Nachrichten aus **Konstantinopel** vom 24. März war das Memorandum des Divans über die griechisch-türkische Differenz Tags vorher mittels Kuriers nach Wien und Berlin abgesendet, in Konstantinopel selbst aber allen Repräsentanten der Großmächte mitgetheilt worden. Dasselbe enthalte eine indirecte Widerlegung der von Wien eingegangenen Instructionen und wäre namentlich darauf berechnet, die von Griechenland angetragene Genugthuung als illusorisch darzustellen; auch werde auf die feindliche Haltung hingewiesen, die Griechenland seit sei-

nem Bestehen gegen die Pforte angeblich beobachtet haben solle. Es scheine aber aus dem Actenstücke hervorzugehen, sagt der Correspondent der augsburger Allgemeinen Zeitung, daß die Pforte sich befriedigt erachten würde, wenn König Otto einen zweiten Brief an den Sultan richte, in welchem der Ausdruck des Bedauerns über das entstandene Misverständniß, welchen man im ersten Briefe des Königs vermißt, enthalten wäre, und wenn Hr. Kolettis ein Entschuldigungsschreiben an Hrn. Mussurus erließe.

— Berichte aus **Konstantinopel** vom 24. März melden, daß der Sultan die von dem österreichischen Hof entwickelten versöhnenden Gedanken in Betreff des Zerwürfnisses mit Griechenland angenommen hat, sodaß eine nahe Ausgleichung unter Bedingungen, die für Griechenland als durchaus annehmbar erscheinen, als gesichert betrachtet werden kann. (A. Z.)

Personalnachrichten.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Dem böhmischen Gutsbesitzer Sigmund Erdmann Wilhelm v. Zedtwitz auf Asch ist der seiner Familie vom Reichsvicariate verliehene Grafenstand als der Grafenstand des österreichischen Kaiserstaats bestätigt worden.

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 9. April. Der zu Anfang dieses Monats ausgegebene Weidmann'sche Ostermeßkatalog läßt leider noch keine Abnahme der literarischen Production bemerken. Die Gesammtzahl der als erschienen angezeigten Bücher und Schriften aller Art beträgt 5871, von denen allein auf Leipzig nahe an 1000, auf Berlin 401, auf Stuttgart etwas über 300, auf Wien circa 200, auf Hamburg gegen 170, auf Frankfurt 112, auf München etwa 90 kommen. Die Tagesschriftstellerei, deren Erzeugnisse in dem Katalog abermals unverhältnißmäßig viel Raum einnehmen, bewegt sich noch immer mit Vorliebe auf dem kirchlichen und religiösen Gebiete; so sind über Deutschkatholicismus, Lichtfreundschaft, Rupp's Ausschließung, Verpflichtung auf die symbolischen Bücher, berliner Generalsynode ꝛc. an 150 Schriften erschienen. Ein sehr ergiebiges verspricht das Thema der Schul- und Gymnasialreform zu werden, mit welchem sich 23 Schriften beschäftigen, dagegen die Literatur über Pestalozzi nur noch um 3 vermehrt worden ist. Der edlen Turnkunst sind 18 Schriften gewidmet, der Medicinalreform 12. Von dem Proletariat wird in 17, von der Auswanderung in 27 Schriften gehandelt, von dem Zollverein und Zöllen in 14. An die gefährliche Schießbaumwolle haben sich erst 8 Schriftsteller gewagt. Auf dem Felde der Politik steht noch immer die schleswig-holsteinische Frage obenan, sie hat 31 neue Schriften hervorgerufen, die Einverleibung von Krakau nur 6, die preußische Verfassung erst 9, zu denen indeß nur seit dem Erscheinen des Katalogs mehr als eben so viele hinzugekommen sein mögen. Endlich wird für die Unterhaltung der großen Lesewelt durch zahlreiche Uebersetzungen guter und schlechter Romane des Auslandes gesorgt, die in allen möglichen Gestalten, in Schiller- und Taschenformat, in Octav-, Cabinets- und Diamant-Ausgaben aufgeführt werden, darunter vor allen Alex. Dumas und Eugen Sue. Von des Letztern „Martin der Findling" sind allein zehn Uebersetzungen in zwölf verschiedenen Ausgaben erschienen.

* **Göttingen**, 14. März. Der am 14. März 1845 verstorbene Oberamtmann Wedekind in Lüneburg hat eine Preisstiftung für deutsche Geschichte gegründet, welche unter der Verwaltung der historisch-philologischen Klasse der königl. Societät der Wissenschaften in Göttingen von zehn zu zehn Jahren drei Preise, jeden von 1000 Thlr. in Golde, für die besten Bearbeitungen von Gegenständen der deutschen Geschichte vertheilen soll. Am 14. März 1847 sind die ersten Preisaufgaben verkündet. Für den ersten Preis wird eine kritische, mit den nöthigen Sprach- und Sacherläuterungen versehene Bearbeitung von Henrici de Hervordia chronicon, für den zweiten eine kritische Bearbeitung der Geschichte des Erzbisthums Hamburg und Bremen gefodert. Für den dritten Preis ist nach der Feststellung des Stifters keine bestimmte Aufgabe ausgeschrieben, sondern die Wahl des Stoffs nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen den Bewerbern überlassen. Vorzugsweise wird für denselben ein deutsch geschriebenes Geschichtsbuch verlangt, für welches sorgfältige und geprüfte Zusammenstellung der Thatsachen zur ersten, und Kunst der Darstellung zur zweiten Hauptbedingung gemacht wird. Wenn keine preiswürdigen Schriften der bezeichneten Art vorhanden sind, so darf der dritte Preis angewendet werden, um die Verfasser solcher Schriften zu belohnen, welche durch Entdeckung und zweckmäßige Bearbeitung unbekannter und unbenutzter historischer Quellen, Denkmäler und Urkundensammlungen sich um die deutsche Geschichte verdient gemacht haben. Zur Erlangung dieses Preises sind die zu diesem Zwecke handschriftlich eingeschickten Arbeiten und die in den letzten zehn Jahren gedruckt erschienenen Werke gleichmäßig berechtigt. Die beiden ersten Preise müssen jedesmal ganz oder können gar nicht zuerkannt werden; der dritte Preis kann dagegen nach Maßgabe der darüber festgestellten Bestimmungen auch zur Hälfte und zum vierten Theil gewährt und demgemäß unter Mehre vertheilt werden. Die um diese Preise sich bewerbenden handschriftlichen Arbeiten müssen bis zum 14. März 1855 dem Director dieser Stiftung, dem Consistorialrath Gieseler, eingesendet sein; am 14. März 1856 werden die Urtheile verkündet werden. Wenn die Einkünfte der Stiftung nach dem am Ende eines zehnjährigen Zeitraums ihnen obliegenden Leistungen einen Ueberschuß gewähren, so wird derselbe zu gemeinnützigen Unternehmungen, die zur Aufnahme der historischen und geographischen Wissenschaften gereichen, und zu Preisen für Meisterwerke der bildenden Künste, welche sich auf vaterländische Geschichte beziehen, unter Genehmigung des hohen Curatoriums der Universität verwendet werden. Nähere Mittheilungen über die Ordnungen der Stiftung und über die Preisaufgaben gibt ein Programm, welches in den zu den Göttinger gelehrten Anzeigen gehörigen Nachrichten (Nr. 4 vom 14. März 1847) erschienen ist und welches den Freunden der vaterländischen Geschichte, welche sich deshalb an den Consistorialrath Gieseler in portofreien Briefen wenden, gern zugesendet werden wird.

Handel und Industrie.

Eisenbahn. Schwerin, 6. April. Heute früh fand die erste Personenfahrt auf der Hagenow-Schweriner Eisenbahn von hier nach Strohkirchen statt.

Fruchtpreise. Leipzig, 8. April. Weizen 8 Thlr.; Roggen 7 Thlr.; Gerste 5 Thlr. 2½ Ngr.; Hafer 3 Thlr.; Kartoffeln 2 Thlr. **Berlin**, 8. April. Weizen 4 Thlr. 2½ Sgr.; Roggen 3 Thlr. 19¾ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 19½ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 29½ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 12½ Sgr. **Breslau**, 8. April. Weizen 3 Thlr. 17 Sgr.; Roggen 2 Thlr. 3⅓ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 15 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 12½ Sgr. **Halle**, 8. April. Weizen 4 Thlr.; Roggen 3 Thlr. 13¾ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 17½ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 18¾ Sgr.

Oel. * Leipzig, 10. April. Das Geschäft in Rüböl stockt und der Artikel ist weder gesucht noch angeboten, Foderung ist 10⅔ Thlr., bewilligt würde aber nicht über 10⅓ à ⅔ Thlr. werden. Die Lager für Rechnung der Producenten und Speculanten häufen sich, da ihnen der Verkauf zu jetzigen Preisen nicht genügt und sie später mehr zu erlangen hoffen; allerdings wird auch für Herbsttermine noch fortwährend willig 11⅔ Thlr. bezahlt. Die Aussichten für die Saat sind jetzt allgemein weit beruhigender.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 88.)

a) Im Februar 1847.

27)	**Düsseldorf-Elberfeld**: 15,780 Personen, 74,226⅓ Ctr.	11,527 Thlr.	14⅔ Sgr.
28)	**Oesterreichische Staatsbahnen**:		
	a) Südbahn (Mürzzuschlag-Cilly) 25,316 Personen, 185,960 Ctr. 68 Pfd.	53,514 „	25⅔ „
	b) Nordbahn (Olmütz-Prag) 13,960 Personen, 107,597 Ctr.	43,856 „	21⅓ „

b) Im März 1847.

1)	**Breslau-Schweidnitz-Freiburg**: 13,328 Personen, 143,159 Ctr. 38 Pfd.	16,100 „	18½ „
2)	**Kaiser-Ferdinands-Nordbahn**: 43,379 Prs., 263,189 Ctr.	129,279 „	21⅓ „
3)	**Nürnberg-Fürth**: 35,970 Personen	2308 „	17⅔ „
4)	**Oberschlesische**: 27,657 Pers., 165,435 Ctr.	43,118 „	12⅓ „
5)	**Sächsisch-Schlesische**: 16,403 Pers., 33,826 Ctr. 53 Pfd.	12,302 „	24⅔ „
6)	**Taunusbahn**: 40,517 Personen, 25,403 Ctr.	15,152 „	3⅔ „
7)	**Wilhelmsbahn**: 3593 Personen, 17,192 Ctr.	2633 „	23¾ „

(Vom Januar fehlen noch fünf, vom Februar sieben Bahnen.)

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 9. April. Oestr. Bkact. 1900 Br.; 250 Fl. L. 119¼; 500 Fl. L. 153⅓; Bair. 3½pc. 93¾ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74⅓ Br.; 25 Fl. L. 27⅓; Nass. 25 Fl. L. 25⅓; Sard. 36⅛; Kurhess. 32⅛. London, 5. April. 3pc. Cons. 88⅛; Port. 3pc. 34; Span. act. 24; 3pc. 35½; Holl. Int. 59. **Wien**, 8. April. Bkact. 1592; Met. 5pc. 108; 4pc. 98¾; 3pc. 70¾; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

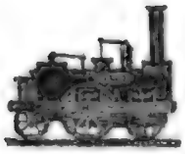
Actien. Frankfurt a. M., 9. April. Taunusb. 357; Nordb. 72⅔; Verb. 92½. **Wien**, 8. April. Nordb. 170½; Gloggn. 121½; Mail. 108⅜; Livern. 92⅝; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 10. April. Seehandlungs-Prämsch. 94¼, 3½pc. Staatsch. 92, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96¾ Br., pomm. 94¾ Br., schles. 96⅔, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 91¾ Br., kur- u. neumärk. 96¼; Louisd. 111⅔, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt 111, Berl.-Hamb. 4pc. 106¼, Prior.-Act. 4½pc. 96⅜, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 91 Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., 5pc. 101, Berl.-Stett. 108 Br., Cöln-Minden 4pc. 91, Crak.-Oberschl. 4pc. 79½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 108 Br., Niederschles. 87⅞, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 95⅞, Rhein. 85, Prior.-Stamm 4pc. 90½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86⅛, Thüring. 4pc. 95⅝ Br., Wilh.-Bahn 4pc. 89 Br., Zarskoje-Selo 71½ Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 83⅛ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berl.-Anh. 99, Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Chemnitz-Riesa 4pc. 58, Cöln-Minden 4pc. 90¾, Magd.-Wittenberge 86¼ Br., Mail.-Venet. 4pc. 110½ Br., Mecklenburg 74, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71¼, Posen-Stargard 4pc. 83⅜, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 90⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99½ Br., Ung. Centralb. 4pc. 99. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½ Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93⅞, (neue) 4pc. 93⅞, Partial à 500 Fl. 4pc. 79 Br., à 300 Fl. 4pc. 95¼ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Pkcert. Zinsl. 16⅔ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 85⅛, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9½ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.



Oberschlesische Eisenbahn.

Bei der am 6. d. M. stattgefundenen Auslosung der in diesem Jahre durch baare Zahlung des Nennwerthes zu amortisirenden 19 Stück Prioritäts-Actien sind folgende Nummern:

193, 240, 265, 723, 1098, 1198, 1293, 1924, 2005, 2157, 2371, 2848, 2890, 2988, 3024, 3036, 3123, 3419, 3685

gezogen worden, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Die Inhaber dieser Actien fodern wir zur Empfangnahme der Valuta

am 1. Juli d. J.

unter Auslieferung der Actien nebst Coupons über die Zinsen vom 1. Juli d. J. ab mit dem Bemerken auf, daß mit diesem Tage die Verzinsung der ausgelosten Actien aufhört.

Hierbei fodern wir die Inhaber der bereits im Jahre 1845 gezogenen, bisher zur Einlösung nicht präsentirten Prioritäts-Actien

Nr. 1971 und 1978

und der im vorigen Jahre gezogenen, bisher zur Einlösung nicht präsentirten Prioritäts-Actien

Nr. 258, 410, 1701, 1709

hierdurch wiederholt auf, ebenfalls am 1. Juli d. J. unter Auslieferung der Actien nebst Coupons die Valuta zu erheben.

Gleichzeitig bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß von den nach unsern Bekanntmachungen vom 7. Mai 1845 und 29. April 1846 ausgelosten Prioritäts-Actien folgende Stücke:

Nr. 133, 171, 398, 447, 570, 1045, 1107, 1672, 2302, 2306, 2911, 3066, 3165, 3434, 3684,

gegen Baarzahlung des Nennwerthes eingelöst und am 6. d. M. vernichtet worden sind.

Die Actien Nr. 1971, 1978, 258, 410, 1701 und 1709 wurden nicht präsentirt.

Breslau, den 7. April 1847.

[1276] **Das Directorium der Oberschlesischen Eisenbahn.**

COLONIA.

Kölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Grund-Capital: Drei Millionen Thaler.

Die Gesellschaft versichert auch für die Dauer der Messen gegen verhältnißmäßig billige Prämien, worüber die Policen von dem Unterzeichneten ausgefertigt werden, welcher sich zum Abschluß der Versicherungen empfiehlt.

Leipzig, Comptoir: Große Feuerkugel, erste Etage.

Der General-Agent für das Königreich Sachsen.

1287] Julius Meissner.

Das Uhrenlager von

C. L. Baumgärtel in Leipzig,

Reichsstraßen-Ecke am Salzgäßchen

Nr. 49, erste Etage,

empfiehlt sich auch für diese Messe als bestens assortirt, und gewährt bei den möglichst niedrigen Fabrikpreisen eine jährliche Garantie. [1268—69]

Local-Veränderung.

Von heute an befindet sich meine

Material-Waaren-, Cigarren- und Fischbein-Handlung

wieder am Markte Nr. 10, Kauf-Halle, Gewölbe rechts vom Eingange, und empfehle ich mich bei dieser höflichen Anzeige meinen geschätzten Abnehmern, sowie dem verehrten hiesigen und auswärtigen Publicum, zu fernerm geneigten Wohlwollen ganz ergebenst.

Leipzig, den 12. April 1847.

[1301—3] **Christian Friedrich Martin.**

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1304—9]

Aecht aromatisches [1282-83]

Brüsseler Waschwasser

(eau cosmétique aromatique de Bruxelles)

bei

J. G. Graeser,

Reichsstrasse Nr. 50, 3. Etage.

B. M. Adler

aus **Frankfurt a. M.,**

Reichsstrasse Nr. 13/545,

eine Treppe,

Lager **Pariser Nouveautés und Châles** etc. [1208—10]

Etablissements-Anzeige.

Ich beehre mich hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage ein

Agentur-, Commissions- und Speditions-Geschäft

unter der Firma

David Oppenheim & Co.

auf hiesigem Platz errichtet habe.

Hinreichende Mittel und Geschäftskenntnisse sowie vortheilhafte Verbindungen mit bedeutenden Handelsplätzen des In- und Auslandes setzen mich in den Stand, den an mich zu stellenden Anfoderungen genügen zu können, und werde ich das mir zu Theil werdende Vertrauen stets zu rechtfertigen bemüht sein.

Ueber meine Solidität wollen die Herren **A. H. Heymann & Co.** hier gütigst Auskunft ertheilen.

Berlin, 6. April 1847.

David Oppenheim.

[1288] Comptoir: Neue Friedrichsstraße Nr. 78 a.

Im Besitz eines in allen Gattungen sächsischer Spitzen wohlassortirten Commissions-Lagers zu **festen, äußerst billigen** Preisen, empfehle ich solches zur geneigten Berücksichtigung.

Leipzig, im April 1847.

C. G. Ottens,

[1204—5] Brühl, Drei Schwanen.

Mess-Lager [1218—20]

der

Harmonika's-Fabrik

von

Wagner & Co.

in Gera, Berlin und Wien:

Markt, 11te Budenreihe.

Das **Strumpf- und Piqué-Waaren-Lager** von

Oelsner & Kahlenbeck

aus ***Hohenstein***

befindet sich von nächster Leipziger Jubilate-Messe an in der **Nikolai-Straße**, im Gasthaus zur Stadt Hamburg parterre, vom Eingang rechts, vorn heraus. [1052—57]

Loesener & Schoch

aus ***Magdeburg***

sind auch für die Dauer dieser Messe hier anwesend in ihrem gewöhnlichen Locale im **Fürstenhaus, Grimmaische Straße Nr. 15,** erste Etage. [1168—71]

S. Meyer

aus **Duisburg**

bezieht zum ersten Mal die Leipziger Messe mit seinen eignen Fabrikaten von ***gedruckten Merino-Tüchern*** und ***Patentknöpfen.*** Sein Gewölbe ist im **Böttchergäßchen**, im Hause der Europäischen Börsenhalle. [1273—75]

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 12. April. **Die Karlsschüler**, Schauspiel von H. Laube. *Franziska*, Fräulein Haase, als **letzte** Gastrolle.

Dienstag, 13. April. **Der Maurer und der Schlosser**, komische Oper von Auber.

Mittwoch, 14. April. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag.

Donnerstag, 15. April. Zum zweiten Male: **Die Belagerung von Solothurn**, geschichtlich romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Das Lager der [1233—35]

Parfümerie- und Toilette-Seifen-Fabrik

von **Friedrich Struve,**

sonst Grimmaische Strasse unter den Colonnaden, befindet sich jetzt

Petersstrasse Nr. 16, gegenüber dem Hôtel de Bavière.

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,

Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1175—87]

Das Lager von [1189—93]

Ludwig & Emil Samson

befindet sich in der bevorstehenden Jubilate-Messe

Reichsstrasse, Ecke vom **Brühl** rechts, 1stes Gewölbe.

Gaetano Vaccani,

Klingelzug-Fabrikant

aus Halle a. S.,

hält während der Leipziger Messe Lager der neuesten

Manillahanf-Klingelzüge

Grimmaische- und Reichsstraßen-Ecke in der Bude. [1148—51]

Gesuch. Einen gut empfohlenen Hauslehrer, welcher auch in der Musik unterrichten kann, sucht fürs Ausland Gymnasiallehrer **Albani** in Dresden (Zahnsg. Nr. 25). [1289]

Todes-Anzeige.

Heute früh starb unsere Mutter und Schwiegermutter, **Sophie** verw. Past. **Richter,** im 70. Lebensjahre.

Groß-Jehser bei Calau, den 6. April 1847.

Marie Vetter, geb. **Richter.**
Jul. Richter, Past. in Gr.-Jehser.
Dr. **W. Vetter,** Conr. Gymn. in Luckau.
[1284] **Marie Richter,** geb. **Lindner.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Joseph **Adler** in Krakau mit Frl. Cäcilie **Bauer** in Breslau. — Hr. Louis **Böhm** in Alt-Landsberg mit Frl. Charlotte **Meyer** in Seeberg. — Hr. Kammergerichts-assessor A. **Dietmar** in Berlin mit Frl. Ottilie **Weise.** — Hr. A. v. **Halfern** in Benerberg mit Frl. Marie **Scheyler** in Sagard. — Hr. Friedrich **Wagenknecht** in Schweidnitz mit Frl. Amalie **Bäuerlin** in Leppersdorf. — Hr. C. **Zehe** in Sorau mit Frl. Ernestine **Schäfer** in R.-Sohland.

Getraut: Hr. Regierungsrath **Fiebig** in Berlin mit Frl. Bertha **Pfähler.** — Hr. K. **Haubner** in Nürnberg mit Frl. Marie **Schöppel.** — Hr. Thomas **Klinz** in Köln mit Frl. M. A. **Huberty** in Efferen. — Hr. Prediger Wilhelm **Stämmler** in Quitzöbel mit Frl. Mathilde **Steger.**

Geboren: Hrn. E. v. **Bonin**-Cusserow in Cusserow eine Tochter. — Hrn. C. **Gerlach** in Berlin ein Sohn. — Hrn. Conrector **Horbitz** in Neudamm ein Sohn. — Hrn. Regierungsassessor **Schmidt** in Beuthen ein Sohn. — Hrn. C. **Siegert** in Köln eine Tochter. — Hrn. **Strothoff** in Bremen ein Sohn.

Gestorben: Frau Pfarrer Wilhelmine **Amthor** in Hegnach. — Hr. Pfarrer Georg Christoph **Pezold** in Obermögersheim. — Frau Kaufmann **Bühler** in Gerstetten.

Die Chemnitz-Riesaer Eisenbahn betreffend.

Es sind in neuerer Zeit so viele, zum Theil sich widersprechende Ansichten über die dermalige Sachlage dieses Unternehmens veröffentlicht worden, daß es nicht überflüssig erscheinen dürfte, in Folgendem zur Beruhigung der Actionaire und des größern Publicums beizutragen.

In der gedruckt vorliegenden Mittheilung Nr. 5 des Directoriums zählt dasselbe die Schwierigkeiten auf, welche sich seinen vielseitigen Bemühungen zur Erborgung des Mehrbedarfs von zwei Millionen Thaler entgegengestellt haben, da die von den Darleihern beanspruchte Zinsengarantie des sächsischen Staats von der hohen Staatsregierung abgelehnt worden, Letztere aber diese Summe selbst darzuleihen, wie sich das Directorium selbst sagen mußte, eben so wenig geneigt sein würde. Das Directorium, die höchst mißliche Lage des Unternehmens nicht verkennend und mit anerkennungswerthem Eifer ein Rettungsmittel suchend, hoffte solches in dem ebenfalls gedruckt vorliegenden Plane (Beilage B., Mitth. Nr. 5) zu finden. Die hohe Ständeversammlung hat, wie man vernimmt, ihre Verwendung für diesen Plan abgelehnt, jedoch die hohe Staatsregierung autorisirt, sich bei einer etwanigen Anleihe nach Befinden bis zum vierten Theil zu betheiligen, diesen Antheil aber nach ihrem hohen Ermessen der Gesellschaft gegen gewisse Sicherheiten und Bedingungen, z. B. daß hiervon den Actionairen keine Zinsen gewährt werden dürfen ꝛc., auch früher vorzustrecken.

Ist diese Beihülfe des Staats von mancher Seite als ungenügend bezeichnet worden, so kann man dieser Ansicht durchaus nicht beipflichten. Denjenigen Actionairen, welche sich fortwährend in Illusionen gefallen, welche glaubten oder Andere glauben machen wollten, der Staat würde jetzt oder später die Actien al pari einlösen, 3procentige oder wenigstens 2procentige Staatsschuldscheine dafür al pari geben, denen wird freilich nicht Genüge geschehen sein, sie übersehen ganz, daß bei der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn ganz andere Verhältnisse verwalteten, übersehen, daß der Chemnitz-Riesaer Schienenweg vom Beginn an nicht als eine der nöthigen Hauptlinien, sondern nur als Binnenbahn bezeichnet werden ist, übersehen, daß bei der sächsischen geregelten Staatsverwaltung zu einer so bedeutenden Vermehrung der Staatsschulden weit dringendere Veranlassung verliegen müßte, daß überhaupt der Staat nicht der Chemnitz-Riesaer Actienaire wegen da sei ꝛc. Genug also hiervon. Diejenigen Actionaire aber, welche in ihren Illusionen nicht so weit gingen, wollen sich zuvörderst die Stellung einer Regierung zu einem Eisenbahnactienunternehmen im Staate klar machen. — Der von der Regierung beabsichtigte Zweck ist, daß eine mittels Actien im Staate begonnene Bahn im Interesse der Nationalwohlfahrt auch vollendet werde. Der Zweck des Actionairs ist aber die möglichst hohe Rentabilität der Bahn mittels ihrer Vollendung. Was demnach bei dem Einen Zweck, ist bei dem Andern nur Mittel, und so umgekehrt. Oft verfolgen beide Zwecke denselben Weg; so ist z. B. das Zustandekommen einer vom Staate gewünschten Bahn auf Actien von deren muthmaßlicher Rentabilität bedingt, oder es wird, wenn später der Curs so gesunken, daß der Fortgang der Einzahlungen in Ermangelung eines Klagerechts zweifelhaft wird, durch Ankäufe den Curs zu heben und die Einzahlungen zu sichern versucht. Diese Fälle liegen aber hier nicht vor, wo bereits 80 Proc. eingezahlt sind und die Einzahlung der übrigen 20 Proc., wenn der Curs nicht unter 90 Proc. geht, gesichert erscheint. Hier gilt es, die vom Staate bezweckte Vollendung und Benuzung dem Publicum, nicht aber, einen oder welchen Ertrag dem freilich beklagenswerthen Actienair zu sichern. Daß der Actionair eines solchen Unternehmens sein eignes pecuniaires Interesse mit dem der Vollendung der Bahn identificiren möchte, ist ein zwar verzeihlicher Irrthum, aber deshalb doch ein Irrthum, wozu so viele in- und ausländische Unternehmen die traurigen Belege liefern, z. B. die Actionaire des Themsetunnels, von dem die Actionaire als einzige Rente das Bewußtsein haben, mit ihrem Gelde den Bewohnern Londons eine bequeme Passage verschafft zu haben.

So hart es daher für manchen Actionair sein wird, wenn die Verzinsung der Actien mit der letzten Einzahlung, also wahrscheinlich schon im nächsten Juli aufhört, so ist diese Maßregel doch nur die richtige Consequenz des Grundsatzes, daß der Staat nur für die Vollendung der Bahn, nicht aber für den Geldbeutel der Actionaire Sorge zu tragen habe.

Wendet man sich nun zur muthmaßlichen Rentabilität der Bahn und dem danach zu bemessenden Werthe der Actien, so bietet sich für den ersten Anblick ein düsteres Gemälde dar, denn es erwartet zwar das Directorium eine jährliche Rente von ½ Proc. für die Actien, wenn

a) der Reinertrag jährlich 120,000 Thlr. beträgt,

b) die Beschaffung der Anleihe à 5 Proc. p. a. inclusive Amortisation gelingt, und

c) der auf zwei Millionen veranschlagte Mehrbedarf diese Summe nicht übersteigt.

Will man nun auch den Punkt a. dahingestellt sein lassen, so wird doch ad b. jeder Unbefangene sagen müssen, daß bei den jetzigen Geldverhältnissen und der Lage des Unternehmens die Erborgung zu 5 Proc. p. a. exclusive Amortisation schon eine glückliche Operation zu nennen wäre und daß das für die Vertheilung an die Actionaire bestimmte halbe Procent noch nicht zur Bestreitung der Amortisation, geschweige des Reservefonds hinreicht.

Will man sich endlich ad c. gern der Hoffnung hingeben, daß der Mehrbedarf zwei Millionen nicht übersteigen werde, so kann man doch in Erwägung der bedeutenden, noch zwei Baujahre erfordernden Arbeiten im Zschopauthale (von einem zweiten Gleis noch ganz abgesehen) die Furcht vor einer weitern Nachforderung nicht unterdrücken, eine Furcht, welche keineswegs in einem Mißtrauen in die Umsicht und Offenheit des Directoriums, wohl aber in den vielfachen ganz in der Nähe gemachten Erfahrungen begründet ist.

Muß man nach dem Vorstehenden zugeben, daß die Actionaire in den nächsten fünf, ja vielleicht in den nächsten zehn Jahren keinerlei Rente von ihren Actien zu gewärtigen haben werden, so würde man doch sehr irren, wenn man deshalb die Actien für werthlos halten und den Besitzern rathen wollte, sich ihrer um jeden Preis zu entschlagen, denn kommt in fünf oder in spätestens zehn Jahren die Bahn von Chemnitz nach Zwickau zu Stande, vermindert sich durch successive Amortisation das Anlehn und gelingt es dem Directorium, durch bessere Geldverhältnisse später dessen Zinsfuß zu reduciren, so werden auch die Chemnitz-Riesaer Actien sicher einst Rente bringen, und selbst wenn solche dann nur 2 Proc. betragen sollte, so würde sie doch im Verhältniß zum gegenwärtigen Curs der Actien den Besitzern beinahe 4 Proc. gewähren. — Es mögen daher die Actienaire der Chemnitz-Riesaer Bahn sich eben so wenig einerseits Illusionen hingeben als andererseits ihre Actien für gänzlich werthlos halten, sondern der Zukunft vertrauen.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 102. (12. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Das Reglement über den Geschäftsgang bei dem Vereinigten Landtage.
List und die augsburger Allgemeine Zeitung.
Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Die Universität in Athen.
Handel und Industrie. * Berlin. Die Sparkasse. * Leipzig. Die Thüringische Eisenbahn.

Preußen.

Die Allgemeine Preußische Zeitung vom 11. April enthält neben dem Programm für die feierliche Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags in Berlin, auf welches wir zurückkommen, das Reglement über den Geschäftsgang bei dem Vereinigten Landtage.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen über den Geschäftsgang bei dem Vereinigten Landtage, auf den Antrag unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Form der Eröffnung und Schließung des Vereinigten Landtages. Der Vereinigte Landtag wird von uns in Person oder durch den von uns zu ernennenden Commissarius eröffnet und geschlossen. Der Eröffnung geht eine gottesdienstliche Feier vorher.

§. 2. Stellung des königl. Commissars. Unser Commissar ist die Mittelsperson für alle Verhandlungen mit dem Vereinigten Landtag. Er übergibt demselben unsere Propositionen und alle sonst von der Regierung ausgehende Mittheilungen und empfängt dessen Erklärungen, Gutachten und Eingaben aller Art. An ihn hat der Vereinigte Landtag sich wegen jeder Auskunft, sowie wegen der Materialien, deren er bedarf, zu wenden.

§. 3. I. Geschäftsgang in den Fällen der gemeinschaftlichen Berathung sämmtlicher Stände. Ueber den Geschäftsgang für diejenigen Fälle, in welchen nach §. 14 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags die beiden Versammlungen — des Herrenstandes und der übrigen Stände — die künftig die Namen „Curie der Fürsten, Grafen und Herren" oder „Herrencurie" und „Curie der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden" oder „Curie der drei Stände" führen sollen, zu gemeinschaftlicher Berathung und Beschlußnahme zusammentreten, werden nachstehende (§§. 4—24) Vorschriften ertheilt.

§. 4. Stellung des Marschalls. Dem Marschall der Herrencurie, welchem in den im §. 3 erwähnten Fällen die Geschäftsleitung und der Vorsitz zusteht, werden unsere Propositionen, so weit sie die im §. 14 der Verordnung bezeichneten Gegenstände betreffen, und alle sonst von der Regierung ausgehende, auf diese Gegenstände bezügliche Mittheilungen zugefertigt, und bei ihm haben die Mitglieder ihre Anträge einzureichen. Er beruft und schließt die einzelnen Plenarversammlungen. Von seiner Anordnung hängt zunächst Alles ab, was auf Ruhe und Ordnung in der Versammlung und auf Beschleunigung der Arbeiten Bezug hat. Wenn ein Mitglied dauernd verhindert ist, an den Geschäften Theil zu nehmen, so muß dies dem Marschall angezeigt werden, welcher davon unsern Commissarius in Kenntniß zu setzen hat, damit, wenn das verhinderte Mitglied ein Abgeordneter ist, dessen Stellvertreter einberufen werde.

§. 5. Ordner. Zur Unterstützung des Marschalls bei Aufrechterhaltung der Ordnung in den Versammlungen wird von dem Landtags-Marschall jeder Provinz für jeden Stand seiner Provinz aus den diesem Stande angehörigen Abgeordneten ein Ordner ernannt. Diese Ordner haben, so oft es nöthig ist, beim Zählen der anwesenden Mitglieder und Derjenigen, welche bei Abstimmungen aufgestanden oder sitzen geblieben sind, mitzuwirken. Sie haben ferner die Namen Derer, welche das Wort verlangen, zu vermerken und dem Marschall mitzutheilen, auch bei Wahlhandlungen die Stimmzettel einzusammeln. Für den Herrenstand werden die Functionen der Ordner von den Secretairen desselben (§. 25 a.) verrichtet.

§. 6. Secretaire. Der Marschall der Herrencurie ernennt im Einvernehmen mit dem Marschall der Curie der drei Stände acht Secretaire, aus jeder Provinz einen. Dieselben haben ihn bei der Geschäftsführung, namentlich durch Verlesung der eingegangenen Schriften und bei Bewirkung der Abstimmungen, zu unterstützen und in den Plenarversammlungen das Protokoll zu führen. Zu den vorkommenden Schreibereien sowie zu der sonst etwa erforderlichen Assistenz der Secretaire, sowol in den Plenarversammlungen als auch außerhalb derselben, können von dem Marschall geeignete Beamte unter Zustimmung unsers Commissarius angenommen werden.

§. 7. Ernennung von Abtheilungen. Jeder Plenarberathung muß eine Vorberathung durch eine Abtheilung vorausgehen. Diese Abtheilungen hat der Marschall der Herrencurie im Einvernehmen mit dem Marschall der Curie der drei Stände, mit angemessener Berücksichtigung der verschiedenen Provinzen und des Stimmverhältnisses der verschiedenen Stände, zu ernennen und die Vorsitzenden derselben zu bestimmen.

§. 8. Erste Verlesung der Propositionen. Unsere Propositionen, sowie die sonst von der Regierung ausgehenden Mittheilungen sind, ehe sie den Abtheilungen überwiesen werden, in einer Plenarversammlung zu verlesen.

§. 9. Behandlung der Sachen in den Abtheilungen. Die einzelnen Abtheilungen treten zur Berathung der ihnen überwiesenen Sachen auf die Einladung des Vorsitzenden zusammen. Dieser hat den Geschäftsgang zu leiten und die Referenten zu ernennen.

§. 10. Berathung in denselben. Der Vortrag des Referenten kann sowol mündlich als schriftlich erstattet werden. Nach Beendigung dieses Vortrages in der Abtheilung beginnt deren mündliche Berathung. Ergibt sich dabei eine Verschiedenheit der Meinungen, so hat der Vorsitzende die zu entscheidenden Fragen aufzustellen und die Abstimmung darüber zu veranlassen.

§. 11. Abfassung der Protokolle und Gutachten der Abtheilungen. Ueber die Berathung und deren Ergebnisse (§. 10) ist ein Protokoll zu führen und von allen anwesenden Mitgliedern der Abtheilung zu vollziehen. In der Regel wird auf Grund dieses Protokolls ein besonderes Gutachten von dem Referenten entworfen, welches hiernächst in der Abtheilung zu verlesen und nach erfolgter Genehmigung in einer von allen anwesenden Mitgliedern zu vollziehenden Reinschrift nebst den bezüglichen Schriftstücken durch den Vorsitzenden dem Marschall des Herrenstandes einzureichen ist. In einfachen Sachen kann das Protokoll die Stelle des Gutachtens vertreten.

§. 12. Theilnahme Königlicher Beamten an den Abtheilungs-Berathungen. Unsere Staatsminister sowie die von uns abgeordneten Beamten (Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtages vom 3. Februar d. J. §. 22) können den Berathungen der Abtheilungen beiwohnen, um, wo sie es nöthig finden, Aufklärung zu geben und Misverständnisse zu berichtigen. Die Staatsminister sind jedoch befugt, sich hierbei durch andere geeignete Beamte vertreten zu lassen. Es muß daher vor dem Beginn einer jeden Berathung in den Abtheilungen von deren Gegenstande unserem Commissarius zur erfoderlichen weiteren Benachrichtigung Kenntniß gegeben werden.

§. 13. Vertheilung der Abtheilungs-Gutachten. Das Gutachten der Abtheilung (§. 11) wird gedruckt. Jedes Mitglied der Plenarversammlung erhält ein Exemplar zu seiner Information, und eine angemessene Anzahl von Exemplaren ist zur Verfügung unseres Commissarius zu stellen. Bei Vertheilung des Gutachtens ernennt der Marschall des Herrenstandes zugleich den Referenten für den Vortrag in der Plenarversammlung.

§. 14. Verhandlungen in den Plenarversammlungen. In der Plenarversammlung führt der Marschall den Vorsitz. Auf beiden Seiten des Marschalls sitzt der Herrenstand. Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze nach Provinzen und in diesen nach Ständen ein. Die Verhandlung beginnt mit Verlesung des Gutachtens der Abtheilung durch den Referenten; hiernächst eröffnet der Marschall die mündliche Berathung.

§. 15. Regeln für die Plenarberathung. Für diese Berathung (§. 14) gelten folgende Regeln: a) Jedes Mitglied, welches zu reden verlangt, zeigt dies durch Aufstehen an und begibt sich, nachdem es dazu von dem Marschall aufgefodert worden, auf den zum Reden bestimmten Platz. Kein Mitglied darf von keinem andern als von diesem Platz aus reden. b) Verlangen mehre Mitglieder zugleich das Wort, so bestimmt der Marschall die Reihefolge der Redner. c) Diese Reihefolge gilt weder für die Prinzen unsers königlichen Hauses, noch für unsere Staatsminister und diejenigen unserer Beamten, welche in unserm Auftrage der Berathung beiwohnen; dieselben erhalten das Wort, so oft sie es verlangen, und sind befugt, von ihren Sitzen aus zur Versammlung zu sprechen. Auch kann der Marschall dem Referenten außer der Reihe das Wort ertheilen, um Aufklärungen zu geben oder Misverständnisse zu beseitigen. Dasselbe gilt von solchen Mitgliedern, welche Bemerkungen, die sich auf ihre Person beziehen, sofort kurz zu berichtigen wünschen. d) Das Verlesen schriftlich abgefaßter Reden ist unzulässig. e) Die Reden dürfen nur an den Marschall gerichtet werden. f) Wer Aeußerungen einmischt, welche den Gegenstand der Berathung nicht betreffen oder von der zur Erörterung stehenden Frage abschweifen, ist von dem Marschall an die Ordnung zu erinnern. g) Neue zur Sache gehörende Vorschläge werden nur dann in Erwägung genommen, wenn sie dem Marschall von dem Proponenten vor der Sitzung schriftlich eingereicht sind und auf Anfrage des Marschalls von 24 Mitgliedern durch Aufstehen unterstützt werden. Der Marschall kann jedoch in einzelnen Fällen, wenn die strenge Befolgung dieser Vorschrift erhebliche Uebelstände herbeiführen würde, Ausnahmen davon gestatten. h) Der Marschall ist berechtigt, die Redner, so oft er es zur Leitung der Debatte nöthig findet, zu unterbrechen. Außerdem darf kein Redner in seinem Vortrage unterbrochen werden. Wenn Niemand weiter das Wort verlangt, so erklärt der Marschall die Berathung für geschlossen. Derselbe ist auch befugt, wenn er die Erörterung des Gegenstandes für erschöpft hält, die Versammlung hierauf aufmerksam zu machen. Widersprechen alsdann 24 Mitglieder der Schließung der Berathung und findet sich der Marschall hierdurch nicht veranlaßt, die Fortsetzung der Berathung selbst nachzugeben, so ist die Frage: „ob jener Widerspruch zu berücksichtigen sei?" zur Abstimmung zu bringen.

§. 16. Stellung der Fragen. Nach dem Schlusse der Berathung stellt der Marschall die aus derselben sich ergebenden Fragen und bestimmt deren Reihenfolge. Die Fragen sind so zu stellen, daß sie mit Ja oder Nein oder durch eine einfache Alternative erschöpfend beantwortet werden können. Den Mitgliedern der Versammlung sind zwar Erinnerungen gegen die Stellung der Fragen und deren Reihefolge gestattet; dem Ermessen des Marschalls bleibt aber überlassen, ob und inwiefern diese Erinnerungen zu berücksichtigen sind.

§. 17. Annahme ohne Abstimmung. Bei Fragen, über welche sich eine Meinungsverschiedenheit nicht geäußert hat, ist keine Abstimmung erforderlich. Auch bedarf es nicht sogleich der Abstimmung, wenn sich bei der Discussion ein Uebergewicht für eine der verschiedenen Meinungen kundgegeben hat. Dem Marschall steht in solchem Falle frei, der Versammlung zu erklären, daß er diese Meinung für die der Mehrheit annehmen werde, sofern nicht 24 Mitglieder widersprechen sollten. Erfolgt ein solcher Widerspruch, so muß abgestimmt werden. Die Fassung der an den Vereinigten Landtag gelangenden Gesetz- oder Verordnungs-Entwürfe bleibt von der Berathung und Abstimmung desselben ausgeschlossen.

§. 18. Form der Abstimmung. Die Abstimmung geschieht der Regel nach durch Aufstehen und Sitzenbleiben, ausnahmsweise durch namentlichen Aufruf aller anwesenden Mitglieder nach alphabetischer Ordnung, jedoch so, daß von Frage zu Frage um einen Buchstaben fortgerückt wird. Die Prinzen unsers königlichen Hauses geben ihre Stimme zuletzt, unmittelbar vor dem Marschall ab. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Marschalls den Ausschlag. Die Abstimmung durch namentlichen Aufruf muß allemal stattfinden, wenn der Marschall sie für nöthig hält oder 24 Mitglieder sie verlangen.

§. 19. Geschäftsgang bei der Sonderung in Theile. Bei der Sonderung in Theile (§. 17 der Verordnung) hat, wenn sie nach Provinzen stattfindet, in der Versammlung der zur besondern Berathung zusammentretenden Mitglieder der Provinz deren Landtags-Marschall und, wenn die Sonderung nach Ständen stattfindet, in dem zur besonderen Berathung zusam-

mentretenden Stande der Marschall der Herren-Curie den Vorsitz zu übernehmen; derselbe kann aber einen der Marschälle der Provinzial-Landtage damit beauftragen. Ein Stimmrecht hat der Vorsitzende eines zur besondern Berathung zusammentretenden Standes hierbei nur, wenn er diesem Stande angehört.

§. 20. Abfassung des Protokolls. Das über die Berathung und deren Ergebnisse aufzunehmende Protokoll muß außer einer kurzen Darstellung des geschichtlichen Verlaufs der Verhandlung: a) die zur Abstimmung gebrachten Fragen in wörtlicher Fassung, b) die Resultate der Abstimmungen, und c) die ohne Abstimmung gefaßten Beschlüsse enthalten.

§. 21. Feststellung desselben. Das Protokoll wird in einer der nächsten Plenar-Versammlungen verlesen. Wer gegen das Protokoll eine Erinnerung macht, ist verpflichtet, eine derselben entsprechende, bestimmt formulirte Fassung vorzuschlagen. Entstehen darüber Differenzen, welche der Marschall nicht sogleich beseitigen kann, so hat derselbe ohne Gestattung einer Discussion die Abstimmung darüber zu veranlassen: ob die Abänderung angenommen werden soll oder nicht. Die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse dürfen, bei Gelegenheit der gegen das Protokoll erhobenen Erinnerungen, nicht angefochten werden. Das Protokoll ist von dem Marschall, den Referenten und zwei Secretairen zu vollziehen.

§. 22. Abfassung und Vollziehung der ständischen Erklärung. Auf Grund sämmtlicher Verhandlungen wird von dem Referenten oder Demjenigen, welchen der Marschall dazu bestimmt, die Erklärung der Stände abgefaßt, welche in einer anderweiten Plenar-Versammlung zu verlesen und nach erfolgter Genehmigung in einer in gleicher Weise, wie das Protokoll (§. 21), zu vollziehenden Reinschrift durch den Marschall unserm Commissarius zu übergeben ist.

§. 23. Vertheilung der Protokolle. Die Protokolle über die Plenar-Berathungen werden gedruckt; jedes Mitglied erhält zwei Exemplare zu seinem Gebrauche, und eine angemessene Anzahl von Exemplaren ist unserem Commissarius zum Gebrauche für die Regierung zu überweisen.

§. 24. Veröffentlichung der Berathungen. Zur vollständigen Aufzeichnung der Plenarverhandlungen werden vereidigte Stenographen angestellt. Die von denselben abgefaßten Berichte über die Verhandlungen jeder Sitzung sind durch den Secretair, welcher in derselben das Protokoll geführt hat, unter Zuziehung eines zweiten Secretairs zu prüfen und nach Befinden zu berichtigen, wobei dieselben jede etwa vorgekommene verletzende Aeußerung daraus zu entfernen haben. Die Berichte gelangen sodann an den Marschall zur Genehmigung, worauf sie, wenn der Vereinigte Landtag die Veröffentlichung seiner Verhandlungen wünscht, ohne weitere Censur, mit Nennung der Namen, durch vollständigen Abdruck in der Allgemeinen Preußischen Zeitung zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Es steht jedoch dem Vereinigten Landtage jederzeit frei, diejenigen Verhandlungen, bei welchen er es für angemessen erachtet, von der Veröffentlichung auszuschließen. Ebenso ist unser Commissarius befugt, die Veröffentlichung einzelner Verhandlungen zu untersagen.

§. 25. II. Modificationen vorstehender Bestimmungen (§§. 4—24) für die abgesonderten Versammlungen des Herrenstandes und der übrigen Stände. Die vorstehenden Bestimmungen (§§. 4—24) gelten auch für den Geschäftsgang in den besondern Versammlungen der Curie der Fürsten, Grafen und Herren und der Curie der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden, jedoch mit folgenden Modificationen: a) in der Curie der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden gebühren alle in den §§ 4—24 dem Marschall der Herrencurie überwiesenen Functionen dem Marschall der Curie der drei Stände. b) Aus dem Herrenstande werden zu den im §. 8 bezeichneten Verrichtungen nur zwei Secretaire ernannt. c) In den Plenarversammlungen der Herrencurie reden die Mitglieder, welchen der Marschall das Wort gibt, stehend, von ihren Plätzen aus. d) In Stelle der in den §§. 15, 17 und 18 vorgeschriebenen Zahl von 24 Mitgliedern tritt für die Plenarberathungen der Herrencurie die Zahl von sechs Mitgliedern. e) Wenn in der Curie der drei Stände die Abgeordneten eines Standes in Theile gehen, so führt in den zu abgesonderter Berathung zusammentretenden Stande der Marschall der Curie der drei Stände selbst den Vorsitz. Ein Stimmrecht gebührt ihm dabei nur, sofern er diesem Stande angehört. Wenn die Abgeordneten einer Provinz von dem Rechte der Sonderung in Theile Gebrauch machen, so treten dieselben — jedoch nur für den jedesmal vorliegenden besondern Zweck — mit den dem Herrenstande angehörenden Mitgliedern des Landtags dieser Provinz unter dem Landtagsmarschall der Provinz zu abgesonderter Berathung zusammen. In gleicher Weise wird verfahren, wenn wir, dem Vorbehalte im §. 17 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags zufolge, von einer der acht Provinzen desselben ein abgesondertes Gutachten erfodern. Wird ein solches Gutachten von einem der drei durch Abgeordnete vertretenen Stände erfodert, so gebührt die Geschäftsleitung und der Vorsitz in den Versammlungen dem Marschall der Curie der drei Stände, der aber ein Stimmrecht dabei nur dann auszuüben hat, wenn er dem zu abgesonderter Berathung zusammentretenden Stande selbst angehört. Der Marschall kann in solchen Fällen die Führung des Vorsitzes auch einem von ihm auszuwählenden Abgeordneten des betreffenden Standes übertragen.

§. 26. Besondere Vorschriften für diese Versammlungen. Behandlung der Petitionsanträge. Außerdem werden für die besondern Versammlungen der Curie der Fürsten, Grafen und Herren und der Curie der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden noch nachstehende Vorschriften ertheilt: a) Anträge auf Bitten und Beschwerden (Petitionen) müssen innerhalb der ersten 14 Tage nach Eröffnung des Vereinigten Landtags dem Marschall derjenigen Curie desselben, welcher der Antragsteller angehört, schriftlich eingereicht werden. Die Marschälle haben unserm Commissarius diese Anträge abschriftlich mitzutheilen und solche, ohne vorgängige Verlesung in einer Plenarversammlung, den betreffenden Abtheilungen zu überweisen. b) Fällt das Abtheilungsgutachten gegen einen Petitionsantrag aus, so hat der Marschall die Plenarversammlung, nachdem in derselben das Abtheilungsgutachten und, auf Verlangen der Versammlung, auch der Petitionsantrag selbst verlesen worden ist, vor Eröffnung der Berathung zu befragen: ob der Petitionsantrag in Berathung genommen werden solle? Erklären sich hierauf nicht in der Herrencurie wenigstens 6 Mitglieder, in der Curie der drei Stände aber wenigstens 24 Mitglieder durch Aufstehen für die Bejahung dieser Frage, so gelangt der Petitionsantrag nicht zur Berathung, wird vielmehr ohne Weiteres als verworfen betrachtet. c) Ist ein Petitionsantrag in einer der beiden Curien — in der Herrencurie oder in der Curie der drei Stände — durch eine Majorität von mindestens zwei Drittheilen der Stimmen angenommen worden, so wird der Beschluß, daß die beantragte Petition an uns zu richten sei, unter Angabe der Gründe, in einer nach §. 22 zu vollziehenden Ausfertigung unmittelbar dem Marschall der andern Curie mitgetheilt, welcher die Sache in der vorgeschriebenen Weise zur Plenarberathung vorbereiten läßt. Wird der Antrag auch hierbei durch eine Majorität von mindestens zwei Drittheilen der Stimmen angenommen, so ist die Erklärung des Beitritts zu dem Beschlusse derjenigen Curie, von welcher der Petitionsantrag ausgegangen ist, nebst einer Aeußerung über die Gründe, in der §. 22 vorgeschriebenen Form auszufertigen, worauf uns beide Ausfertigungen mittels eines von den Marschällen beider Curien zu unterzeichnenden Präsentationsberichts durch Vermittelung unsers Commissars zu überreichen sind. d) Erhält ein in der einen Curie angenommener Petitions-Antrag bei der Plenar-Berathung in der anderen Curie nicht eine Majorität von ⅔ der Stimmen, so ist davon der Marschall der erstern, unter Zurücksendung des ausgefertigten Beschlusses derselben zu benachrichtigen. e) Wenn ein von der einen Curie beschlossener Petitions-Antrag bei der Plenar-Berathung in der anderen Curie durch eine Majorität von ⅔ der Stimmen nur unter Modificationen angenommen wird, so ist auch hierüber ein motivirter Beschluß in der §. 22 vorgeschriebenen Form auszufertigen, welcher sodann unmittelbar dem Marschall derjenigen Curie, von welcher der Petitions-Antrag ausgegangen ist, übersandt und hierauf in letzterer zur Berathung und Abstimmung gebracht wird. Beschließt dieselbe, durch eine Majorität von ⅔ der Stimmen, den von der anderen Curie nöthig befundenen Modificationen vollständig beizutreten, so wird uns dieser Beschluß, nebst den beiden frühern Beschlüssen, in vorschriftsmäßiger Ausfertigung, mittels eines von den Marschällen beider Curien zu unterzeichnenden Präsentations-Berichts durch Vermittelung unsers Commissarius überreicht. Wenn hingegen diejenige Curie, von welcher der Petitionsantrag ausgegangen ist, den von der andern Curie beschlossenen Modificationen desselben nicht vollständig beitritt, so wird der Antrag als verworfen betrachtet. — Einbringung der Propositionen. f) Unsere Propositionen werden wir entweder zuerst der einen oder der anderen der beiden Curien des Vereinigten Landtages, oder beiden Curien gleichzeitig vorlegen lassen. In allen Fällen ist die nach §. 22 abzufassende Erklärung jeder Curie über eine solche Propesition durch den Marschall derselben ohne vorgängige Communication mit dem Marschall der anderen Curie unserem Commissarius zu übergeben. g) In einer jeden der beiden Curien müssen vorzugsweise unsere Propositionen zur Erledigung gebracht werden.

§. 27. Begutachtung der Rechnungen über die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden. Die Jahresrechnungen über die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden werden mit den über deren Prüfung von der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen abgefaßten Denkschriften durch unseren Commissarius den Marschällen beider Curien des Vereinigten Landtages gleichzeitig vorgelegt und in jeder derselben nach erfolgter Berberathung in der betreffenden Abtheilung, behufs des an uns zu erstattenden Gutachtens, abgesondert zur Plenarberathung gebracht.

§. 28. Wahl der Candidaten für die bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden erledigten Stellen. Wenn bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden eine Stelle erledigt ist, so werden die uns für dieselbe von dem Vereinigten Landtage vorzuschlagenden drei Candidaten auf die dieserhalb von uns ergangene Aufforderung vermittels verdeckter Stimmzettel gewählt, welche von den Ordnern (§. 5) einzusammeln und den Marschällen beider Curien des Vereinigten Landtages unter Zuziehung der Secretaire zu eröffnen sind. Diejenigen drei Candidaten, welche relativ die meisten Stimmen für sich haben, sind als gewählt anzusehen. Im Falle einer Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 29. Verfahren in Fällen eines Zweifels bei Auslegung der Vorschriften des Geschäftsreglements. Sollten über die Auslegung der vorstehenden Vorschriften (§§. 4 bis 28) Zweifel entstehen, so ist einstweilen und, bis wir darüber entschieden haben werden, nach der Bestimmung des vorsitzenden Marschalls zu verfahren.

§. 30. Diäten und Reisekosten der Abgeordneten. Die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und Landgemeinden erhalten für die Zeit ihrer Theilnahme an dem Vereinigten Landtage, sowie für die Reise hin und zurück, außer dem Ersatz der Reisekosten, täglich drei Thaler Diäten. Die Reisekosten der Abgeordneten, sowie die allgemeinen Kosten des Vereinigten Landtages, werden aus der Staatskasse berichtigt, die Diäten sind dagegen in gleicher Weise wie die für die Abgeordneten zu den Provinzial-Landtagen aufzubringen.

§. 31. Wir behalten uns vor, eine Revision des gegenwärtigen Reglements eintreten zu lassen, wenn sich solche nach den darüber gesammelten Erfahrungen künftig als nothwendig oder wünschenswerth ergeben sollte.

Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königl. Insiegel. Gegeben Berlin, den 9. April 1847. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. v. Boyen. Mühler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg."

List und die augsburger Allgemeine Zeitung.

Aus dem westlichen Deutschland, 8. April. Es wird Niemand in Abrede stellen wollen, daß der verstorbene Dr. List ein thatkräftiger und talentvoller Mann war, der es wie Wenige verstand, den etwas phlegmatischen deutschen Michel in stürmischer und beredter Sprache zu einem kräftigern Erfassen der nationalökonomischen Interessen der Gegenwart anzufeuern. Aber er wirkte mehr anregend als eingreifend, weil er bei allen seinen Ideen und Vorschlägen einer äußerst lebhaften Phantasie zu viel Einfluß gestattete. Daher kam es, daß er sich einbildete, ein ganz neues System der politischen Oekonomie aufgestellt zu haben, daß er in vielen seiner Behauptungen, z. B. über den Einfluß der Manufactur-

kraft auf die Agriculturinteressen, über die Wirkungen des zwischen dem Zollverein und Belgien abgeschlossenen Vertrags, über die Bedeutung von Differentialzöllen ꝛc. sich in maßlosen Uebertreibungen gefiel, und daß er sogar ohne zu widersprechen oder zu erröthen, sich den Stifter des Zollvereins nennen ließ!

Ich will ihm seine Verdienste in Beziehung auf das deutsche Eisenbahnwesen nicht bestreiten, ich will auch nicht läugnen, daß er durch sein „nationales System der politischen Oekonomie" sowie durch seine Aufsätze in der Deutschen Vierteljahrsschrift und im Zollvereinsblatt eine lebhafte und in vielfacher Hinsicht wohlthätige Besprechung deutscher Wirthschaftspolitik veranlaßt hat, daß er es war, der, freilich in Verbindung mit vielen hierin Gleichgesinnten und in Uebereinstimmung mit der Praxis fast aller Länder Europas, darauf hinwies, daß ein Staat seine wirthschaftlichen Interessen und Bedürfnisse nicht nach der an und für sich richtigen Theorie des freien Handels, sondern nach den vorliegenden gegebenen Verhältnissen regeln müsse, und daß er wiederholt auf die große Bedeutung directer Verbindungen des Zollvereins mit transatlantischen Ländern aufmerksam machte. Dessenungeachtet glaube ich, daß seine Thätigkeit den Interessen des Zollvereins im Ganzen mehr hinderlich als förderlich gewesen ist. Bekanntlich ist die Idee des Zollvereins von List nicht ausgegangen, und der eigentlichen Hauptsache, der Gründung des Vereins, den schwierigen Verhandlungen über den Abschluß der Verträge über die gemeinsame Zollgesetzgebung und den Tarif, über die Vollziehung der Verträge sowie endlich der Verschmelzung der verschiedensten Interessen und der Vermittelung vielfach sich widerstreitender Wünsche bei Gelegenheit der Anschlußverträge ist er gänzlich fremd geblieben. Dagegen hat er, nachdem der Zollverein längst gebildet war, der Erhöhung mehrer Zollsätze, namentlich der Garne behufs größern Schutzes der vereinsländischen Spinnereien, dem Abschlusse von Handels- und Schiffahrtsverträgen vorzugsweise mit überseeischen Staaten, der Einführung von Differentialzöllen und dem Erlasse von Schiffahrtsgesetzen nach dem Vorbilde der englischen Navigationsacte eifrig das Wort geredet. Ueber den praktischen Werth, die Ausführbarkeit und Nützlichkeit dieser Vorschläge ist viel gestritten worden, und es kann nicht meine Absicht sein, auf diese Streitfragen hier nochmals einzugehen. Auch will ich den Werth wenigstens einzelner dieser Vorschläge nicht verkennen, aber keinenfalls können durch diese zum Theil sehr zweifelhaften Verdienste die Nachtheile aufgewogen werden, die List gerade bei diesen Gelegenheiten dem Vereine dadurch zugefügt hat, daß er die Absichten einiger Regierungen des Zollvereins verdächtigte, daß er der Handlungsweise derjenigen Staatsmänner, die das Unglück hatten, nicht seiner Ansicht zu sein, die unlautersten Motive unterschob, und daß er hierdurch im Innern des Vereins, namentlich in den süddeutschen Staaten, wennschon, wie ich annehmen will, ohne seine Absicht, ein Mistrauen gegen Preußen hervorgerufen hat, das aller Begründung ermangelt und das erst dann verschwinden wird, wenn List's Ansichten, Vorschläge und Lehren in jenen Staaten und vorzugsweise in deren Ständeversammlungen sowie in der Presse mehr unbefangene Beurtheiler als unbedingte Anhänger werden gefunden haben.

Zu den Letztern gehört auch die Redaction der augsburger Allgemeinen Zeitung. Hiergegen wäre nun an und für sich nichts zu erinnern, ja ich finde es sogar natürlich, da den verstorbenen List und die zeitige Redaction jener Zeitung ein Band persönlicher Freundschaft verknüpfte. Indessen sollte die Letztere doch bedenken, daß sie in ihrer Stellung auch noch andere Pflichten als die persönlicher Freundschaft zu erfüllen hat; sie sollte als ein unparteiisches Organ der öffentlichen Meinung und als deren Vertreterin im Auslande mit gleicher Wage wägen Freund und Feind; sie sollte namentlich in der Anpreisung ihres Helden sich vor solchen ungemessenen Uebertreibungen hüten, wie sie seit dem unglücklichen Ende List's gar häufig in ihrem Blatt erschienen sind, wodurch nothwendig die Gegenstimmen aller Derer hervorgerufen werden, denen ein competentes Urtheil über List's Verdienste zusteht und wodurch somit gerade der Zweck, den die Redaction verfolgt, gänzlich verfehlt wird. Ein neues Beispiel zu dem Gesagten liefert die augsburger Allgemeine Zeitung in ihrem Blatte vom 31. März in dem Redactionsartikel. Als meine Hände (um mich der zarten Ausdrucksweise der augsburger Allgemeinen Zeitung zu bedienen) Ihnen die Antworten Peel's und Palmerston's auf List's Project einer innigen Verbindung zwischen dem Zollverein und Großbritannien (Nr. 87) zuspielten, hatte ich keine andere Absicht, als einmal und vorzugsweise die Ansichten zweier der berühmtesten britischen Staatsmänner über die Frage von den Schutzzöllen mit specieller Beziehung auf den Zollverein — Ansichten, welche, möge man mit ihnen übereinstimmen oder nicht, jedenfalls von großem Interesse sind — der Oeffentlichkeit zu übergeben, dann aber auch zu zeigen, wie leicht List sich den größten Illusionen hingeben konnte. In dieser Veröffentlichung lag auch durchaus keine Indiscretion, da Peel's und Palmerston's Antworten nicht List allein, sondern mehren andern Personen mitgetheilt worden waren. Was erblickt aber die augsburger Allgemeine Zeitung darin? Nicht mehr und nicht weniger als die berechnete und perfide Absicht, List's Grab in Kufstein zur Markscheide zu machen, daß, nachdem man den dort eingesargt, dem Schutzsysteme der Boden eingeschlagen sei! Risum teneatis amici! Wo findet sich sodann in jenen Veröffentlichungen und den sie begleitenden wenigen Worten nur eine Spur davon, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung die Ansichten Palmerston's als einen Sieg über List und das deutsche Schutzsystem verkündet habe, wie die augsburger Allgemeine Zeitung behauptet? Wie soll man solche aus der Luft gegriffene Behauptungen nennen?

Allerdings bin ich der Ansicht, und diese Ansicht ist auch in den einleitenden Worten ausgesprochen, daß Das, was List sein System nannte, worin durchgreifende und durchgängige hohe Schutzzölle in erster Linie stehen, zum Pauperismus, Proletariat und zur Zwietracht führe; ich bin aber mit nichten der Ansicht, daß der Zollverein gar keiner Schutzzölle bedürfe, und dieser wird sich auch wohl hüten, die Schutzzölle plötzlich abzuschaffen. Ich bin vielmehr des Glaubens, daß mäßige Zölle zum Schutze derjenigen Industriezweige, welchen die natürlichen Bedingungen des Gedeihens und Blühens nicht abgehen, welche aber vorerst neben der übermächtigen Concurrenz des Auslandes nicht aufzukommen vermögen, heilsam und nothwendig sind; nur dürfen die Zölle nicht so hoch sein, daß sie die fremde Concurrenz ganz ausschließen und dadurch den Antrieb zur Vervollkommnung ertödten, nur dürfen nicht solche Industriezweige durch Zölle geschützt werden, denen jene natürlichen Bedingungen des Gedeihens fehlen, die also nur mit dauernden Opfern der Nation aufrecht erhalten werden könnten! Ich bin also kein blinder Anhänger von Palmerston's Freihandelstheorie, die dermalen für England ganz zweckmäßig sein mag, aber für den Zollverein keineswegs unbedingt anzuempfehlen ist. Jedenfalls ist es indessen von großem Interesse, zu sehen, wie richtig Palmerston die Bedeutung des Zollvereins sowol in politischer als in nationalökonomischer Beziehung auffaßt, und er hat vollkommen Recht, wenn er im Gegensatze zu List's Darstellung die höchst bedeutenden commerziellen Vortheile der Vereinigung mehr in der Herstellung des freien Verkehrs im großen Innern des Vereins als in der Beschränkung des Verkehrs mit dem Auslande mittels der an die Außengrenzen verlegten Zölle sucht, und wenn er deshalb behauptet, daß der Zollverein, weit entfernt, die Lehre vom freien Handel zu verdrängen, vielmehr wesentlich aus der Anwendung derselben hervorgegangen sei.

Offenbar hat übrigens die augsburger Allgemeine Zeitung in Einem Punkte Palmerston misverstanden. Sie meint nämlich, Palmerston sei so naiv, als Beweis der Nachtheiligkeit des Prohibitivsystems des Zollvereins das Aufblühen der Fabriken Süddeutschlands anzuführen, das weit besser fahren würde, seine Industriebedürfnisse fortwährend von England zu holen. Von einem Aufblühen der Fabriken Süddeutschlands hat Lord Palmerston nicht gesprochen und noch weniger aus diesem Aufblühen den fraglichen Beweis ableiten wollen; er hat nur erwähnt, daß in Süddeutschland, in Folge der Schutzzölle des Zollvereins, Capitalien in Manufacturen angelegt seien, die ihre Waaren nur zu den durch die Schutzzölle hervorgebrachten hohen künstlichen Preisen liefern könnten; daher komme es, daß Baiern und Württemberg, früher gegen hohe Schutzzölle, jetzt die Advocaten derselben geworden seien. An dieser Behauptung ist so viel wahr, daß nirgend im Verein das Verlangen nach höhern Schutzzöllen als den bestehenden stärker hervorgetreten ist als in Süddeutschland, und daß daselbst in der That einige Industriezweige gegründet worden sind, denen die natürlichen Bedingungen des Gedeihens gefehlt haben. Ich erinnere nur an die Runkelrübenfabriken und an das aus Süddeutschland ertönende mächtige Geschrei, wonach der Vertrag des Zollvereins mit den Niederlanden wegen der begünstigten Einfuhr von Lumpenzucker das Aufblühen der erstern verhindert haben sollte. Der Vertrag wurde aufgehoben, der Rübenzucker genoß einen Schutz von 30—40 Proc., aber statt aufzublühen, ging die Fabrikation immer mehr zurück. Ueberhaupt haben die Ideen List's nirgend größern Anklang gefunden als in Süddeutschland, und man sollte deshalb denken, daß, als sich der Anfang zur Realisirung eines seiner Lieblingswünsche zeigte (den ich aufrichtig und vollständig theile, nämlich directe Verbindung mit transatlantischen Ländern), ich meine die Herstellung einer directen Dampfschifferverbindung zwischen Nordamerika und Deutschland, Neuyork und Bremen, die süddeutschen Regierungen sich beeilt haben würden, ein solches Unternehmen, selbst wenn es von Amerika und nicht von Deutschland ausginge, der wohlthätigen Folgen wegen kräftig zu unterstützen! Ist doch Bremen schon einmal der natürliche Hafen Baierns genannt worden. Wer sind nun die Staaten, die durch ihre Unterstützungen das Zustandekommen des Unternehmens möglich gemacht haben? Preußen vor allen und Sachsen, welche Staaten mehr bei dem Elbverkehr, Großherzogthum Hessen und Frankfurt a. M., die nebst Preußen mehr bei dem Rheinverkehr als bei dem Weserverkehre betheiligt sind, und einige andere Staaten, aber nicht Baiern, nicht Württemberg, nicht Baden, die keinen Dollar unterzeichnet haben! Sapienti sat!

Wissenschaft und Kunst.

* Leipzig, 5. April. Es scheint nicht ohne Interesse zu sein, auch jetzt noch aus der, uns erst vor kurzem aus Athen zugekommenen Rede des am 29. Sept. 1846 abgegangenen Rectors der dortigen Universität, welche derselbe bei Niederlegung seines Amtes gehalten hat, einige statistische Notizen über den Zustand dieser für Griechenland und für den ganzen Orient so wichtigen Anstalt hier mitzutheilen. Während des Rectorats vom 29. Sept. 1845 bis dahin 1846 waren 115 Studirende neu eingeschrieben worden, von denen 61 von den Gymnasien des Königreichs entlassen worden waren, die übrigen 54 von auswärts kamen. Die Gesammtzahl der Studirenden betrug damals 228, von denen 7 Theologie, 42 Jurisprudenz, 110 Medicin und 69 Philosophie studirten, wozu jedoch noch 22 Zöglinge der pharmaceutischen Schule zu rechnen sind. Außer diesen regelmäßigen Zuhörern fehlte es indeß auch nicht an solchen, die ausnahmsweise die Vorlesungen besuchten, ohne inscribirt zu sein. Zum ersten Male waren in jenem Jahre von 1845 bis 1846 vier Doctoren der Medicin und ein Doctor der Jurisprudenz creirt worden. Einige neue Ernennungen von Professoren hatten stattgefunden: Kumanidis für die Professur der lateinischen Sprache und Literatur und Aphthonidis für die der türkischen Sprache; Ersterer hatte im Verein mit Bopies, Professor der griechischen Literatur, die philologischen Uebungen geleitet. Zum Baue des noch unvollendeten Universitätsgebäudes hatten die Kammern 50,000 Drachmen bestimmt; auch waren unter der Amtsführung des abgegangenen Rectors die Besoldungen der ordentlichen Professoren von monatlich 250 Drachmen auf 300, sowie die der außerordentlichen, die dort Prof. honorarii heißen, von 60 Drachmen auf 100 erhöht worden. Einem sehr fühlbaren Mangel an gedruckten Leitfaden für die Vorlesungen ist durch den Beschluß der Kammern abgeholfen worden, indem dieselben eine jährliche Summe zur Unterstützung derjenigen Professoren bestimmten, die ihre Vorlesungen drucken lassen wollen. Bereits haben einige derselben ihren desfallsigen Verlag dem Ministerium angezeigt. Auch während des letzten Rectorats von 1845 bis 1846 waren theils reiche Geldgeschenke griechischer Patrioten, namentlich außerhalb des Königreichs Griechenland, der Otto-Universität in Athen zugeflossen, theils nicht unbedeutende Büchersendungen für die Bibliothek derselben vom Auslande, von Griechen und Andern, theils von Regierungen, theils von Privatpersonen eingegangen. Erfreulich ist es in hohem Grad, in der Rede des abgegangenen Rectors Manussis, Professors der Geschichte, die Ansicht ausgesprochen zu finden, daß die Otto-Universität ihren wahren und hohen Zweck nicht blos in der Unterweisung in allen Wissenschaften, sondern in der Durchbildung des ganzen Menschen und nicht allein des Geistes, sondern des Herzens und der Phantasie zu suchen habe, wenn sie als das Eigenthum der gesammten griechischen Nation und als eine Stütze der griechischen Nationalität angesehen sein wolle; es ist dann freilich nur um so nothwendiger, daß ihr zu so hohem Zweck auch die erfoderlichen Mittel in allen Beziehungen gewährt werden!

Handel und Industrie.

* Berlin, 7. April. Nach der vom Magistrat ausgegebenen Nachweisung über den Zustand der Berliner Sparkasse pr. 1846 beträgt die Summe der Einlagen am Schluß 1845 an 1,062,522 Thlr. auf 24,351 Quittungsbücher. Während des Jahres 1846 entstand durch Einlagen ein Zuwachs von 537,422 Thlr., durch Zuschreibung der Zinsen von 26,842 Thlr. Die Ausgaben der Sparkasse für zurückgenommene Einlagen betrugen 447,376 Thlr. Der Ertrag der Einlagen am Schluß 1846 war 1,179,140 Thlr.; der Bestand des Reservefonds 36,830 Thlr. Auf das eigentliche Proletariat hat die Sparkasse keinen wesentlichen Einfluß, man sieht dies namentlich daran, daß im Laufe des vorigen Winters, namentlich im Januar, die Einlagen bedeutend gestiegen sind. Wer hat in diesem Winter noch sparen können? Dies war nur den Dienstboten möglich, auf deren Existenz die Theuerung der Lebensmittel keinen Einfluß übt und welche ihr Lohn quartaliter vielfach auf die Sparkasse bringen. — Bei dem Steigen des Zinsfußes und den vielen von Eisenbahngesellschaften emittirten Prioritätsactien macht sich der Mangel an Geld für Häuser und Hypotheken hier in Berlin immer fühlbarer. Schon bezahlt man willig 5 Proc. bei ersten und verkauft gute zweite Hypotheken mit 5—10 Proc. Verlust, und zahllose Häuser stehen in den besten Straßen zum Verkauf, ohne Käufer zu finden, denn wer wäre jetzt bereit, sich die beschwerlichen Lasten eines Hauses aufzubürden, wenn er 5 Proc. Revenuen bequem, ohne Sorgen und Weitläufigkeiten von Prioritätsactien haben kann. Es ist dies wie früher bei den Eisenbahnactien der Anfang einer Calamität, die für unsere Hausbesitzer von den ernstesten Folgen zu werden droht, und wenn Berlin nicht bald eine Hypothekenbank bekommt, wozu leider keine ernstliche Aussicht vorhanden, so ist eine Krisis in den Häusern, die den Werth derselben um 30 Proc. wirft, unausbleiblich, denn an ein Fallen des Zinsfußes ist bei uns in den ersten Jahren nicht zu denken.

Eisenbahn. * Leipzig, im April. Die Thüringische Eisenbahn, welche bekanntlich seit 1. April bis Erfurt eröffnet ist, sodaß von der ganzen 25 Meilen langen Bahn gegenwärtig etwa 14 Meilen oder mehr als die Hälfte befahren werden, nimmt auch abgesehen von ihrer commerziellen Wichtigkeit sowol wegen der vielfachen landschaftlichen Reize der von ihr durchschnittenen Gegend als in technischer Hinsicht ein ganz besonderes Interesse in Anspruch. Die erstern lassen namentlich zwischen Weißenfels und Apolda, wo die Bahn dicht am Fuße der romantischen Ruinen der Rudelsburg und der Burg Saaleck, sowie mitten durch die Saline Kösen und lange Zeit in unmittelbarster Nähe der Saale und Ilm, welche beide man bald rechts und links erblickt, hinführt, bedauern, daß es in den Wagen keine Plätze gibt, die ein vollständiges Ueberschauen und Genießen der schönen Gegend gestatten, jedenfalls aber werden sie in der bessern Jahreszeit der Bahn gar manchen Reisenden zuführen. In technischer Hinsicht waren so viele und große Schwierigkeiten zu überwinden, so zahlreiche Brücken zu bauen (9 über die Saale, 4 über die Ilm ꝛc.), so viele tiefe Durchstiche (bis 56 Fuß tief) zu graben und beziehentlich durch harte Felsen zu arbeiten, so hohe Dämme (bei Apolda 72 Fuß hoch) zu führen, daß man die Kürze der Zeit, welche zwischen dem Beginn des Baues und dem Zeitpunkte der Eröffnung liegt, oder vielmehr die Energie, mit welcher der Bau betrieben und gefördert wird, nicht genug bewundern kann und dem bauführenden Oberingenieur sowie den gesammten Technikern der Bahn die größte Anerkennung zollen muß. Sicherm Vernehmen nach soll noch im Mai bis Gotha und in demselben oder dem folgenden Monat sogar bis Eisenach gefahren werden. Der Betrieb geht mit großer Ordnung und Pünktlichkeit vor sich, die Wagen lassen in Hinsicht auf Bequemlichkeit nichts zu wünschen übrig, die Angestellten sind zwar noch nicht völlig eingeübt, aber in ihrem Benehmen durchgehends höflich und gefällig.

Der Fahrplan ist so eingerichtet, daß man vier Mal täglich von Erfurt nach Leipzig und drei Mal täglich in umgekehrter Richtung ohne allen Aufenthalt in Halle reisen kann und diesen Weg in vier bis fünf Stunden zurücklegt, während nur eine Fahrt von Halle nach Erfurt für die von Leipzig Kommenden weniger bequem liegt, weil ihre Benutzung einen mehrstündigen Aufenthalt in Halle bedingt. Nur einen Uebelstand müssen wir rügen, weil er uns erheblich genug scheint, um dringende Abhülfe zu verdienen: die Einrichtung, daß eine längere Fahrt verhältnißmäßig theurer ist als eine kürzere. Im Allgemeinen wird die Meile resp. mit 6, 4, 2½ Sgr. berechnet, wie auf der Magdeburg-Leipziger, Magdeburg-Halberstädter und Braunschweigischen Bahn. Von Halle bis Erfurt werden 14½, bis Eisenach 22 Meilen gerechnet. Die Fahrpreise sind nämlich zwischen Leipzig einerseits und den Stationen Merseburg und Weißenfels andererseits des großen Umwegs über Halle wegen ermäßigt; während ein Platz von Leipzig bis Halle (auf der Magdeburg-Leipziger Bahn) in den verschiedenen Wagenklassen resp. 27, 18, 11 Sgr. und von Halle bis Weißenfels resp. 20, 17, 11 Sgr. kostet, bezahlt man für ein Billet von Leipzig nach Weißenfels nur resp. 36, 24, 15 Sgr. und genießt also eine Ermäßigung von resp. 17, 11, 7 Sgr. Nicht diese, nur liberal zu nennende und zu Gunsten der Bewohner von Merseburg und Weißenfels getroffene Einrichtung ist es, die wir tadeln, sondern die, daß alle von Leipzig nach einer über Weißenfels hinaus liegenden Station oder umgekehrt Reisenden jene Ermäßigung nicht genießen sollen, obgleich sie doch natürlich ganz denselben Umweg machen als Diejenigen, welche von Leipzig nur nach Merseburg oder Weißenfels gehen oder daher kommen. So kostet z. B. ein Billet von Leipzig nach Naumburg resp. 63, 42, 26 Sgr., also die kurze, nur 1½ Meile lange Strecke von Weißenfels nach Naumburg resp. 27, 18, 11 Sgr., obgleich ein besonderes Billet für diese Strecke nur resp. 11, 7, 5 Sgr. oder noch nicht halb so viel kostet. Wer daher, von Leipzig nach Naumburg oder umgekehrt reisend, nur ein Billet bis Weißenfels und dort ein neues nimmt, erspart resp. 16, 11, 6 Sgr., und bei der Fahrt zwischen Leipzig und Apolda, Weimar, Erfurt erhöht sich die hierdurch erzielte Ersparniß in der zweiten und dritten Wagenklasse auf resp. 11½ und 7 Sgr. Ist dieselbe schon für eine Person nicht geringfügig, so wird sie namentlich dann ein Gegenstand von Erheblichkeit, wenn eine Familie von mehren Gliedern die Fahrt hin und (vielleicht bald nachher) zurück macht; daher war es sehr natürlich und im voraus zu erwarten, daß nicht wenige Reisende auf jenen Vortheil speculiren würden, besonders nachdem öffentliche Blätter darauf aufmerksam gemacht hatten, obgleich die Directien vielleicht eben aus diesem Grund es nicht für gut gefunden hat, den Tarif zu veröffentlichen. Um sich in den Besitz jenes Vortheils zu setzen, bedarf es anscheinend nur der geringen Mühe, in Weißenfels auszusteigen und ein neues Billet zu lösen, wozu wenigstens für Diejenigen, welche kein Gepäck oder nur Handgepäck bei sich führen, wol immer ausreichend Zeit sein wird, zumal da bei der ersten Fahrt die von beiden Richtungen kommenden Züge in Weißenfels einander erwarten müssen, wenn auch solche Reisende, die größeres Gepäck haben, das in Weißenfels abgeladen werden würde, nicht füglich darauf Anspruch machen können, mit demselben Zuge weiter befördert zu werden. Aber auch der erstgedachten, stets sehr zahlreichen Klasse von Reisenden scheint die Directien jenen naheliegenden Kunstgriff nicht ferner gestatten zu wollen; am 6. April war Ihr Correspondent selbst Zeuge, wie mehren nach Leipzig Reisenden, welche mit dem letzten Zug in Weißenfels ankamen, von dem dortigen Billeteur die Aushändigung von Fahrbillets nach Leipzig längere Zeit mit dem Bedeuten verweigert wurde, daß er strengen Befehl habe, fünf Minuten vor Ankunft jedes Zuges den Billetverkauf einzustellen.

Die letztere Bestimmung findet sich allerdings im Betriebsreglement, ist aber unsers Dafürhaltens für die Zwischenstationen, wo die Ankunft der Züge sich nicht füglich auf die Minute bestimmen läßt, ganz unanwendbar und jedenfalls unbillig, wie denn auch keine andere Eisenbahn in Deutschland gefunden werden dürfte, wo sie auf Zwischenstationen gehandhabt wird. Läßt doch dasselbe Reglement den in der 2. oder 3. Wagenklasse Reisenden nach, auf irgend einer Zwischenstation einen Zettel 3. Klasse zuzukaufen und sich dadurch einen Platz in der nächsthöhern Wagenklasse zu verschaffen. Freilich ist es der Directien nicht zu verdenken, wenn sie die Umgehung der Bestimmungen ihres Tarifs, als den finanziellen Interessen ihrer Gesellschaft entschieden nachtheilig, nicht gern sieht und möglichst zu erschweren sucht, aber eben so wenig dem Publicum, daß es so billig als möglich reisen will und eine Bestimmung der Fahrpreise, nach welcher Derjenige, welcher eine längere Strecke befährt, verhältnißmäßig mehr bezahlen soll als Derjenige, welcher nur eine kürzere befährt, während man eher das Umgekehrte erwarten sollte, unbillig findet. So lange jene Einrichtung besteht, wird sich unaufhörlich der Fall wiederholen, daß eine Mehrzahl von Reisenden in Weißenfels aussteigt, um sich daselbst mit neuen Billets zur unmittelbaren Weiterfahrt zu versehen, und eine Verweigerung derselben, welche allerdings der Eisenbahninstruction in Weißenfels und den dortigen Gastwirthen zum Vortheile gereichen muß, indem mancher Reisende dort zu verweilen oder gar zu übernachten genöthigt sein würde, dürfte leicht unangenehme Auftritte herbeiführen, welche die Direction zu vermeiden wünschen muß.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Dienstag — Nr. 103. — 13. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ** Leipzig. England und Griechenland. — Das bairische Gesetzgebungswerk. Die Theuerungszulagen. — Die bairische Presse. Dresden. Prinz Albert im Oberappellationsgericht. — Die Deutsche Zeitung. — Hr. Henkel. Darmstadt. Landtag. *Weimar. Landtag. **Bremen. Industrie in Barel. Die Seesalzsiederei auf Wangeroge.

Preußen. ** Berlin. Agitatoren. *Köln. Der Gemeinderath. Hr. Joest sen. Die Brotpreise. Auswanderer. — Die Pferderennen in Ratibor. — Die Gräfin Hatzfeldt.

Oesterreich. Fürst Metternich.

Portugal. Die Insurgenten. Ordnung in Oporto.

Spanien. Ernennungen. Stellenwechsel. Die Cavalerie. Anwerbung für Portugal.

Großbritannien. Die irische Schuld. Der spanische Ministerwechsel. Hr. Labouchere. Die Noth in der Grafschaft Cork. Der türkische Gesandte.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen. Der Prinz von Joinville. O'Connell. Preismedaille. Vertrag mit den Sandwichinseln. **Paris. Hr. Chaudey.

Schweiz. Politische Trauerfeier im Canton Bern.

Italien. Der Herzog von Modena. Der König von Sardinien. — Don Enrique. *Rom. Die Criminalrechtspflege.

Serbien. Tod des Erbprinzen.

Türkei. Die griechische Differenz.

Wissenschaft und Kunst. ** Leipzig. Theater: Brandenburg's Oper „Die Belagerung von Solothurn".

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

** **Leipzig**, 10. April. Wenn es wahr ist, was neulich den Zeitungen mitgetheilt ward, daß Lord Palmerston mit Bezug auf die von der englischen Regierung gegen Griechenland beschlossenen feindseligen Maßregeln gesagt habe: „Je m'embarrasse peu des conséquences", so wäre das zwar eines die Zukunft auch schon in der Gegenwart klug beachtenden und berechnenden Staatsmannes nicht gerade sehr würdig, es dürfte jedoch der englischen Politik selbst wol zuzutrauen sein, daß der großbritannische Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerade in Bezug auf die Verhältnisse zu Griechenland nicht ohne Absicht in einer so verächtlichen Weise sich habe aussprechen wollen. Indessen würde es denn doch für die englische Politik selbst bezeichnender gewesen sein, wenn der edle Lord in jener doch immer unpolitischen Phrase ein einziges Wort geändert und vielmehr gesagt hätte: „Je m'embarrasse peu des principes!" Denn in der That zeigt sich in einem Verhältnisse, wie die Behandlung der griechischen Frage von Seiten der Politik ist, nicht leicht eine größere Inconsequenz, nicht leicht eine auffallendere Grundsatzlosigkeit, als in der Art und Weise, wie England die griechische Sache von Anfang an angesehen und behandelt hat. Man gehe nur die Geschichte dieser Behandlung der griechischen Sache von der offenen Unterstützung der Türken gegen die Griechen im Jahr 1821 und den folgenden Jahren bis in die neueste Zeit durch, wenn man dazu die Lust hat und die Geduld nicht verliert; man thue Das, aber man vergesse dabei auch nicht, daß dazwischen die veränderte Politik Canning's und die Schlacht von Navarin mit den der griechischen Sache günstigen Folgen jenes, nachmals als untoward bezeichneten Ereignisses, sowie die Errichtung eines griechischen Königreichs liegt, an der auch England Theil nahm, und nach dessen schwerer Geburt auch England Pathenstelle bei diesem Mäuslein übernahm, obschon Lord Aberdeen bereits im Jahr 1828 als Staatssecretair des Auswärtigen die Schöpfung eines unabhängigen griechischen Staats für ein Uebel erklärt hatte, derselbe Lord Aberdeen, der am 31. Jul. 1845 im Oberhause das naive Bekenntniß ablegte, daß England in Griechenland keinen andern Einfluß suche, als den der Handel mit Griechenland gewähre! Es scheint nun aber, daß England im Jahr 1847 einen andern Einfluß in Griechenland sucht als den der Handel mit ihm gewährt — der Handel, dessen Störungen in Folge der griechischen Revolution zuerst im Jahr 1826 den Entschluß der englischen Regierung herbeiführten, sich der griechischen Sache anzunehmen; es scheint, daß England die gegenwärtige griechisch-türkische Differenz ausbeuten will, nicht blos zur Demüthigung Griechenlands, vielmehr zur Vernichtung seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Allein eben so scheint es, als habe man jetzt von Seiten gewisser Cabinete, außer denen der drei Schutzmächte, über die Zukunft Griechenlands und über Das, was man dieser Zukunft und den Interessen Europas schuldig sei, andere Ansichten, als dies früher der Fall gewesen, und namentlich scheint dies von dem österreichischen Cabinet gelten zu müssen. Man muß wenigstens Dergleichen aus der Nachricht (Nr. 98) schließen, daß eine Note des Fürsten v. Metternich an den österreichischen Gesandten in Konstantinopel gelangt sei, welche denselben anweise, die Interessen Griechenlands gegen die Anfoderungen der Pforte und die Einflüsse gewisser europäischer Mächte nachdrücklich wahrzunehmen. Wäre dies wirklich der Fall, so hätte man allen Grund, über diese veränderte Ansicht sich zu freuen und ihr die gebührende Geltendmachung zu wünschen; und wäre diese Aenderung eine Folge der Mittheilungen und Aufschlüsse des österreichischen Gesandten in Athen, Hrn. Prokesch v. Osten, der erst vor kurzem von Wien auf seinen Posten zurückgekehrt ist (Nr. 99), so wäre dies nicht der geringste Dienst, den dieser, mit den Zuständen des Orients und den Verhältnissen in Griechenland wohlbekannte und dabei wohlmeinende Staatsmann Griechenland und Deutschland erweist, und der vielleicht bestimmt ist, einer neuen, von der heutigen Zeit geforderten Politik gegen Griechenland die Bahn zu brechen.

— Nach dem Nürnberger Correspondenten hat das Ministerium Maurer die Leitung des **Gesetzgebungswerks** selbst übernommen. Sämmtliche Mitglieder der Commission, mit Ausnahme des Präsidenten und des Professors Arndts, aber mit Zutritt des Oberappellationsraths Meliter, bleiben als Ministerialreferenten im Fache der Gesetzgebung arbeitend. — Die **Theuerungszulagen** sind, mit einigen Modificationen, um drei Monate verlängert worden.

— Aus **Baiern** vom 4. April versichert die Karlsruher Zeitung: „Die Gerüchte von einer Aenderung unserer **Preßverhältnisse** durch Freigebung der periodischen Presse über die innern Angelegenheiten und durch Erlassung einer neuen Censurinstruction für die auswärtige Politik werden sich vorläufig nicht verwirklichen. Man scheint vielmehr die den Zeitungen durch Anweisung der Censoren zu einem mildern Verfahren gewährte Erleichterung in so lange für genügend zu halten, bis eine definitive Regelung der Preßangelegenheit im Wege der Gesetzgebung eintreten kann. Wann diese erfolgen wird, ist freilich noch unbestimmt, doch dürften, was die innere Politik betrifft, auf dem nächsten Landtag in dieser Beziehung Einleitungen getroffen werden."

Dresden. Am 22. März wohnte Prinz **Albert** einer Sitzung im Criminalsenate des Oberappellationsgerichts bei, wobei ihn der Präsident des Gerichtshofs, wirkl. Geheimrath Dr. v. Langenn, mit folgenden Worten begrüßte:

„Mit Freude und mit vaterländischem Hochgefühl begrüßen wir Ew. Königl. Hoh. in unserer Mitte. Ich darf hinzufügen, daß für mich noch ganz besonders dieser Augenblick ein rührender und feierlicher sei. Mir ward die Ehre zu Theil, Ew. Königl. Hoh. Jugend zu leiten, Ihnen in einigen Disciplinen Unterricht zu ertheilen; jetzt sehe ich Sie, mein geliebter Prinz, herangewachsen, jetzt sehe ich meine Hoffnungen theils erfüllt, theils der Erfüllung immer mehr entgegenreifen, es sind dies Hoffnungen für Fürst und Vaterland. Ew. Königl. Hoh. ist noch in frischem Andenken, wie oft die Gerechtigkeit und die Rechtspflege Gegenstand unserer Gespräche, unserer Studien waren; ich freue mich, daß ich heute mit vollster Wahrheit, mit Beifall meines Gewissens, als Vorstand des obersten Gerichtshofs unsers Vaterlandes, in Gegenwart meiner collegialischen Freunde sagen darf, daß der Gerechtigkeit nie anders gedacht ward, als daß sie sei eine Basis alles Staatslebens, ein guter Schild für Fürst und Volk. Ew. Königl. Hoh. Geist und Herz waren früh erfüllt mit der ewigen Wahrheit, daß man Heil dem Könige rufen könne, dessen Thron ruht auf Gerechtigkeit, Heil dem Volke, welches regiert wird von einem gerechten Könige. Früh wurden Sie, mein Prinz, geführt zu den Tafeln Klio's, wo Diejenigen, welche Gerechtigkeit übten, umgeben sind mit ewigem Sternenkranz, und Die, welche der Gerechtigkeit absagten, im Schatten der Nacht stehen. Wo die Justizpflege sich nicht selbständig bewegt, wo der Richter den reinen Richterstab beugt vor Ansehen der Person und aus Nebenrücksicht, da welkt die Blüte des Landes, da zieht ein das Verderben, da erbleicht der Glanz des Thrones, da erlischt der Ruhm des Volks. Schwert und Wage, dies sind die Anfänge unserer Fürsten; und wie unsere Väter dem Banner der Markgrafen von Meißen aus dem Hause Wettin und dem Feldruf unserer Kurfürsten des heiligen Reichs deutscher Nation folgten, so suchten und fanden sie auch ihr Recht bei und unter ihren Fürsten; und wenn es eine Zeit gab, wo man zweifeln mochte, ob das gute Recht noch seine Herrschaft habe, so verschwand diese Zeit

der dem Sonnenglanze wiederkehrender Gerechtigkeit, und Asträa trat wieder zu dem Lande.

So werden auch Sie, mein Prinz, dereinst den erhabenen Beispielen eines edeln Friedrich Christian, eines gerechten Friedrich August, eines milden Anton folgen, folgen dem erhabenen Beispiel unsers regierenden edeln Königs, dem Beispiel und den Lehren Ihres durchlauchtigsten Vaters, dessen Ziel ist: Gerechtigkeit in Gedanken und Werken. Ew. Königl. Hoh. treten in eine Abtheilung unsers Gerichtshofs, welche sich damit beschäftigt, einerseits dem Strafgesetze des Staats Genüge und Achtung zu verschaffen, andererseits der Schutz der Unschuld zu sein. Heilig ist unser Geschäft; von Beurtheilung der Sachen, deren Volumina Sie hier vor sich sehen, hängt ein Theil des öffentlichen Wohls ab, ebenso wie das Wohl und Wehe der besonders Betheiligten. Es sollen die Schuldigen das Recht fürchten, und Die, welche sich keiner Schuld bewußt sind, Hoffnung fassen. Vorzugsweise nahe steht dem Fürsten die Strafgerechtigkeit, denn hat sie ihr Strafamt geübt, dann erwägt der Fürst das edle hehre Recht der Gnade, welche die Tochter ist nicht der Willkür, sondern milder Weisheit. So möge denn der Tag, wo Ew. Königl. Hoh. uns zuerst mit Ihrer Gegenwart erfreuten, segensreich sein, wir werden dessen ebenso in Liebe und Treue als mit Hoffnung gedenken. Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen, mein geliebter junger Herr, die Worte eines classischen Alten zurufe in Bezug auf Sie selbst:

Namque et nobilis et decens
Et pro sollicitis non tacitus reis
Et centum puer artium
Late signa feres Saxoniae tuae." (L. Z.)

— Die Redactionsverhältnisse der in **Heidelberg** erscheinenden Deutschen Zeitung scheinen nunmehr so ziemlich geordnet. Gervinus behält die Oberleitung, der durch seine Arbeiten im Gebiete des deutschen Industriewesens bekannte Höfken soll Redacteur, und Ludwig Rochau Mitredacteur, und zwar für die auswärtige Politik werden. (M. J.)

— Der Obergerichtsanwalt Henkel in **Kassel** ist von den Städten des Diemelstroms mit 26 gegen 13 Stimmen zum Abgeordneten für den nächsten Landtag wieder gewählt worden.

Darmstadt, 8. April. Heute trat zum ersten Male nach Ostern unsere II. Kammer wieder zusammen. Gegenstand der Berathung waren der von dem Ausschusse proponirte Zusatzartikel 32a über die Concurrenz von Polizeistrafen, ferner die Artikel 104 und 105 über die Maßregeln, die gegen Bettler und Müßiggänger, welche der Gemeinde ꝛc. zur Last fallen, ergriffen werden sollen. Im Verlaufe der Discussion wurde öfters das traurige Feld des Proletariats und ähnlicher Gebrechen unserer Zeit berührt. Am Schlusse der Sitzung erinnerte Abg. Wernher den Präsidenten wegen seines Antrags auf Synodalverfassung, worauf der Präsident seine Verwendung deshalb versprach. (Hess. Z.)

* **Weimar**, 10. April. In der 18. Sitzung des Landtags am 15. März wurden erst mehre Punkte in Betreff der Interessionalschrift und deren Beantwortung besprochen. Dann berichtete der Abgeordnete Lairitz über den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Vorrechte des Kammerfiscus ꝛc. betreffend, und bemerkte, der Ausschuß glaube, daß eine Abänderung der bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen durch das Gesetz, die Uebertragung von Eigenthum an Immobilien betreffend, geboten, und dieselben auch mit dem jetzigen Hypotheken- und Katasterwesen unverträglich seien. Der Landtag trat diesem Antrage einstimmig bei. Der Abgeordnete Dr. Kühne machte hierauf den Antrag, daß die beiden Gesetzentwürfe über das landräthliche Institut und das Gendarmeriewesen entweder den Landräthen zur Begutachtung vorgelegt, oder der betreffenden Behörde wegen Erledigung der hierunter bestehenden, zur Zeit noch unbeachteten Vorschriften, besondere Anweisung zugehen möge. Die Landräthe wären zugleich Mitglieder der Landesdirection und hätten als solche die Befugniß, in Landesangelegenheiten mitzustimmen. Auf diese Befugniß werde aber nicht immer Rücksicht genommen, und namentlich seien sie bei den gedachten Gesetzen mit ihren Gutachten gar nicht gehört worden, obschon es klar vorliege, daß ihre Stimme dabei von vorzüglichem Einfluß hätte sein müssen. Der Abg. Hagenbruch fand den Antrag um so wichtiger, je mehr die Landräthe jetzt noch die einzigen an der Administration Theil nehmenden ständischen Organe seien, durch welche allein ein Gegengewicht gegen die wachsende Uebermacht der Bureaukratie gebildet werden könne. Der großherzogl. Commissar bestritt, daß jene beiden Gesetze den Landräthen hätten vorgelegt werden sollen, denn sie wären nicht von der Landesdirection ausgearbeitet worden, sondern von dem Staatsministerium unmittelbar ausgegangen. Abg. v. d. Gabelentz: Es wäre gewiß sehr zweckmäßig gewesen, wenn bei der Ausarbeitung beider Gesetze die Landräthe wegen ihrer langjährigen Erfahrungen gehört worden wären; daher wünsche er, daß dies noch nachgeholt werde, ehe die Gesetze zur Berathung kämen. Abg. v. Wiedenbrugk: Da die Landesdirection nach der Versicherung des landesherrl. Commissars zur Begutachtung aufgefodert worden, so müsse er dem Abg. v. d. Gabelentz beistimmen. Da hierbei die Frage zur Sprache kam, ob der Landtag die Landräthe unmittelbar zur nachträglichen Abgabe ihres Gutachtens auffodern könne, oder ob solches durch die Staatsregierung geschehen müsse, so wurde der Ausschuß beauftragt, zuerst diese Formfrage zu begutachten. Näheres findet sich in den veröffentlichten Protokollen.

** **Bremen**, 8. April. Varel, dessen Besitzer der Graf v. Bentinck ist, beginnt jetzt ein bedeutender Fabrikort zu werden, sodaß man es das zweite Elberfeld nennt. In der Ferne erblickt man die hohen Schornsteine der Dampfmaschinen, und zahlreiche Arbeiter machen die Stadt lebhaft. Vareler Reisende durcheilen das Land und das benachbarte Hannoversche nach allen Richtungen, und allein der dasigen Bescheidenheit ist es zuzuschreiben, wenn der Ort in Deutschland verhältnißmäßig wenig bekannt ist. In der neuesten Zeit hat Varel viel für sein Emporkommen gethan, es hat einen Seehafen an der Jahde hergestellt und gegenwärtig setzt es sich durch einen Kanal mit der Ems in Verbindung. Dieser Kanal, zu welchem der Großherzog jährlich eine bedeutende Summe auswirft, geht in die in die Leda mündende Olper Tiefe, und die Leda fließt bekanntlich in die Ems. In diesen Strom und so nach Emden kann dann auch das Ammerland desto leichter sein Schiffbauholz und Reisig bringen und auf ihm der Dünger besser in das Geestland verführt werden. Ferner gedenkt man in der Stadt Oldenburg, die Hunte und Ems durch einen Kanal zu verbinden, wozu die Nivellirung bereits begonnen hat; durch jenen werden anzulegende Meercolonien bald in Blüte kommen. — Die Seesalzsiederei auf Wangeroge, die einzige in Deutschland, welche so lange zur Unterhaltung der Badegäste beigetragen, wird nunmehr eingehen. Seit Oldenburg in den Steuerverein getreten, kam sie allmälig herunter, indem sie die Concurrenz der Salinen von Lüneburg nicht aushalten konnte.

Preußen.

** **Berlin**, 10. April. Gleichzeitig mit den Landtagsabgeordneten sehen wir jetzt auch mehre derjenigen Provinzialhereen der politischen Agitation hier anlangen, welche wir bisher nur aus ihren in Zeitungen und Broschüren mit der Feder und in den Bürgerversammlungen mit Wort, Lied und Polizeitreibungen verübten Heldenthaten kannten. Ob sie hier ein neues Feld zu finden hoffen, um selbst O'Connell zu spielen, oder ob sie nur als Souffleure, Adjutanten, Rathgeber und dergleichen gekommen sind, um die Lorbern zu pflegen und wachsen zu machen, welche ihre Partei hier zu pflücken hoffen mag, wird die Folge lehren, da sie ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen werden. Ganz besonders wohl berathen sind in dieser Beziehung die Provinzen Preußen und Schlesien. Wir sehen hier den Dr. Johann Jacoby mit seinem Lapidarstyl, die Helden der breslauer Zeitungen, Festessen und Bürgerreffourcen, Stein, Semrau in bunter Reihe mit den Landtagsabgeordneten in der Fremdenliste. Das Vaterland kann also darauf rechnen, daß es der königsberger und breslauer Opposition, falls eine solche im Landtage sich aufthun sollte, an Rath, an Licht, an Muth und parlamentarischer Taktik nicht fehlen wird. Denn wer im Böttchershöfchen und von den Tischen der Ressourcen Politik zu machen, Parlament zu spielen, der Polizei die Stirn zu bieten gelernt hat, der wird sich ohne Zweifel bestreben, die Abgeordneten seiner Provinz zu erleuchten, wohl zu berathen und aufzurichten, wenn sie ermatten oder straucheln. Ganz besondern Erfolg verspricht man sich von der parlamentarischen Thätigkeit des breslauer Abgeordneten, Maurermeister Tschecke, dem wir, wie man sagt, die Anwesenheit des Dr. Semrau, seines Secretairs, zu verdanken haben. Daß von andern Provinzen her ein ähnlicher Succurs sich hierher gemacht hätte, haben wir nicht erfahren. Ob übrigens die ehrenwerthen und achtbaren Abgeordneten aus Preußen und Schlesien sich die ihnen in Aussicht stehende Hülfe gefallen lassen wollen, steht sehr dahin.

* **Köln**, 8. April. Ueber die Verhandlungen und Beschlußnahmen unsers neuen, von der Bürgerschaft selbst gewählten und am 19. Dec. v. J. in sein Amt eingeführten Gemeinderaths ist endlich heute der erste amtliche Bericht zur Veröffentlichung gelangt, nachdem erst vorgestern in unserer Zeitung nicht ohne Ursache darüber Beschwerde geführt worden war, daß diese Veröffentlichung so lange auf sich warten lasse. Der jetzt erschienene Bericht, welcher nur die wöchentlichen Sitzungen vom 19. Dec. bis zum 2. März einschließlich umfaßt, unterscheidet sich von den Berichten über die frühern Sitzungen unserer städtischen Gemeindeverordneten durch die jedenfalls wichtige und einflußreiche Neuerung, daß die Namen sämmtlicher Antragsteller, ernannten Commissionen ꝛc. darin genannt werden, was bisher nicht der Fall war und den lebhaft geäußerten Wünschen des Publicums entspricht; auch werden sämmtliche in den Sitzungen anwesende oder als entschuldigt fehlende Mitglieder jedesmal namhaft gemacht, sodaß mithin künftig die Wähler genau wissen können, inwieweit jeder einzelne Gemeindeverordnete seinen Obliegenheiten fleißig und regelmäßig nachkommt oder dies aus Geschäftsdrang und wegen sonstiger Abhaltungen unterläßt. Was nun den Inhalt des Berichts angeht, so wurde in mehren Sitzungen vorzugsweise über die Armenunterstützungsangelegenheit verhandelt und Beschluß gefaßt, sowie in einigen der letztern Sitzungen die von einer damit beauftragten Commission entworfene Geschäftsordnung für die Gemeinderathssitzungen berathen und in der Sitzung am 2. März genehmigt, in welcher auch sofort einer aus zwei Mitgliedern bestehenden Commission die Redaction der zu veröffentlichenden Sitzungsprotokolle übertragen ward. Die dringende Nothwendigkeit einer Erweiterung des städtischen Gottesackers kam zur Sprache, die Entscheidung darüber sowie über einen Antrag der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft auf Ermäßigung der Werftgebühren für Eisenbahngüter, wurde aber vorläufig ausgesetzt. Aus den mitgetheilten Miethofferten der drei Carnevalsgesellschaften für Benutzung des Gürzenichsaales während

des Faschings geht hervor, daß neben der großen Carnevalsgesellschaft, deren Gebot von 2115 Thlrn. genehmigt ward, die allgemeine Carnevalsgesellschaft 1112 und die Cäcilien-Carnevalsgesellschaft 1000 Thlr. geboten hatte.

Unser bedeutendster Zuckerfabrikant, Commerzienrath Joest sen., hat wegen Kränklichkeit zum allgemeinen Bedauern seine Stelle als Gemeindeverordneter niedergelegt; Hr. Joest hat sich während des jetzigen strengen Winters durch eine wahrhaft väterliche und mit ansehnlichen Geldopfern verknüpfte Fürsorge für seine zahlreichen Fabrikarbeiter ausgezeichnet. — Trotz der seit ein paar Wochen bedeutend gewichenen Getreidepreise ist unser Brot im Verhältnisse nur wenig wohlfeiler geworden, und man befürchtet in Folge des jetzt fast unaufhörlichen Regens ein abermaliges Steigen.

Fast täglich ziehen hier ganze Scharen von Auswanderern nach Belgien durch, um sich in Antwerpen nach Amerika einzuschiffen. Das Aussehen der meisten dieser Leute verräth nichts weniger als Wohlhabenheit, und man gewahrt unter ihnen Männer und Frauen von 70—80 Jahren, die sich mit sichtbarer Anstrengung hinter den Gepäckwagen nach dem Bahnhofe hinschleppen. Läßt man sich mit diesen Auswanderern ins Gespräch ein, so findet man, daß sie durchgängig über die Verhältnisse in Amerika und über das ihrer dort harrende Loos die irrigsten und widersinnigsten Ansichten haben.

— Der Herzog von Ratibor und der Fürst Lichnowsky haben an den Verein für Pferderennen und Thierschau in **Ratibor** den Antrag gestellt, das diesjährige Pferderennen aufzugeben und die dafür gezeichneten und bestimmten Beiträge der nothleidenden Armuth zuzuwenden. Beide versprachen, wenn dieser ihr Antrag angenommen werde, sich allerhöchsten Orts zu verwenden, daß selbst der für das jedesmalige Pferderennen festgesetzte Staatspreis auch diesmal dem Vereine zukommen und zu angegebenem Zwecke gebraucht werden könne. (S. Z.)

— In der am 6. April vor dem Zuchtpolizeigericht in **Köln** verhandelten Verleumdungsklage wider die Gräfin Hatzfeldt (Nr. 102) trug, wie der heutige Rheinische Beobachter berichtet, das öffentliche Ministerium auf Abweisung der Klage und Freisprechung der Gräfin an.

Oesterreich.

Der vormalige Fürst von Serbien, Milosch, wird sich, wie verlautet, mit einer Kaufmannstochter in Wien vermählen; sein früher beabsichtigter Ankauf von Gütern in Oesterreich und seine Ansässigmachung in Wien dürften aber unterbleiben, da Fürst Milosch und seine Gemahlin sich nach Italien begeben werden. (S. M.)

Portugal.

Aus **Lissabon** sind Berichte vom 31. März eingegangen, welche in etwas die erfolgte Absendung von Marinetruppen aus England erklären. Die Insurgenten hatten nämlich Sa da Bandeira mit 1500 M. auf drei Dampfschiffen von Oporto abgesendet, die auch ohne Schwierigkeit die Blockade durchbrochen hatten. In Lissabon besorgte man, von dieser Expedition angegriffen zu werden und die Garnison war deshalb die Nacht vor dem Abgange der Berichte unter den Waffen. Der gänzliche Mangel an Geldmitteln und das Fehlschlagen der gethanen Schritte zu einer Anleihe erschwerte die Lage der Regierung immer mehr und verstimmte bereits sehr eifrige bisherige Anhänger der Königin. Die Annahme britischer Vermittelung würde immer wahrscheinlicher. Ein Gerücht ließ den spanischen Obersten Buenago, welcher von Madrid mit einer ähnlichen Mission wie der britische Oberst Wylde nach Portugal geschickt worden ist, mit einem vorläufigen Entwurfe zu einem Vergleiche zwischen Saldanha und den Insurgenten angekommen sein. In Oporto herrschte Ordnung und Ruhe und die Stadt war mit allen Bedürfnissen reichlich versehen. Am 30. März hatte Saldanha noch durchaus nichts gegen dieselbe unternommen, und von Seiten der Junta war auch keine Bewegung gegen ihn gemacht worden.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 3. April bringt wieder eine Reihe von Ernennungen. General Don José Manso ist zum Generalcapitain von Valencia, General Don Fernando Fernandez Cordova zum Generalcapitain von Neucastilien, General Don Segundo de Ulibarri zum Generalcapitain der Canarischen Inseln bestellt worden; Generalinspector der Reiterei ist an Pezuela's Stelle General Don José de la Concha, Generaldirector des großen Generalstabes Generallieutenant Don Francisco de Paula Figueras geworden. Hr. Patricio Escosura ist zum Gefe político der Hauptstadt eingesetzt worden.

— Das Eco del Comercio vom 3. April enthält: die Entfernung des Hrn. Martinez de la Rosa vom Botschafterposten in Paris und dessen Besetzung mit dem Herzoge v. Valencia (General Narvaez) solle Tags vorher bestimmt entschieden worden sein. Ebenso scheinen wichtige Aenderungen im Palast erfolgt und der Intendant Hr. Egaña sowie die Marquise v. Santacruz entfernt worden zu sein. Die Generale van Halen und Osorio haben Pässe zur Rückkehr nach Spanien erhalten.

— Man schreibt aus **Madrid**, daß die Regierung beschlossen haben soll, für 50,000 Piaster Pferde für die Cavalerie anzukaufen; Offiziere versichern, daß sich nicht 3000 diensttaugliche Pferde in der Armee vorfinden. — Dieser Tage erhielt der portugiesische Gesandte von seinem Hofe die Anweisung, für den Fall, daß eine bewaffnete Intervention Spaniens nicht zu erreichen wäre, die Erlaubniß zur Anwerbung einer Legion von 6000 M. auszuwirken. Allein da die spanische Regierung selbst im Begriffe steht, eine Aushebung von wenigstens 25,000 M. zu verfügen, so dürften auch diesem Antrage sich wol einige Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Großbritannien.

London, 7. April.

Es hat immer sein Unangenehmes, einen selbstgefälligen Irrthum zerstört zu sehen, bemerkt die Times in einem längern Artikel über die von den Repealern so oft wiederholte Behauptung, daß England allein 60 Mill. an Irland schulde, indem es zwar bei der Union die irische Schuld mit auf sich genommen, Irland aber dagegen einen Theil der viel größern britischen Schuld aufgebürdet habe, deren Verzinsung Irland seitdem antheilig tragen müsse. Das Specielle dieser Verhältnisse ist jetzt in amtlichen Nachweisen des Schatzamtes dem Parlamente vorgelegt worden und auf Grund derselben zieht denn die Times einen Abschluß der Rechnung mit Irland, damit man doch einmal sehe, wie die Sachen sich ausnehmen würden, wenn die Union beiderseitig aufgehoben werden sollte. Aus den Belegen des Schatzamtes erhellt nun, daß am 1. Febr. 1817 die fundirte Schuld Irlands etwas über 130¼ Mill. betrug. Durch den Incorporationsvertrag wurde die Zinsenzahlung davon auf den britischen Schatz übernommen und ist seitdem von ihm geleistet worden. Gegenwärtig beträgt dieselbe noch über 4 Mill. Pf. St. Nun sagen die Repealer, Irland habe für die Selbstbezahlung seiner 4 Mill. zu seinem größten Nachtheile die Mitbezahlung der 27 Mill. Zinsen ꝛc. für die britische Schuld eingetauscht und anstatt einer ablösbaren Schuld von 130 Mill. eine unablösbare von 800 Mill. sich aufgeladen. In Irland wird das sehr allgemein geglaubt, und England gilt dort deshalb für einen schlauen Fuchs, weil es das Schwesterland so barbirt habe. „Wir brauchen indeß kaum anzuführen," fährt die Times ironisch fort, daß wir, Repealerzwecke ausgenommen, kein Recht auf dieses Nationalcompliment besitzen. Gewonnen haben wir durch die Vereinigung der Schatzkammern durchaus nichts, Irland aber hat nicht das Geringste dabei verloren. Was für hypothetische Klagen, oder welche Ansprüche auf Ehren jetzt Irland als Mitinteressent bei den Reichsschulden erheben mag, ihm ist kein wirklicher Nachtheil dadurch geschehen, weil es wenig Andres als eben nur seine Schulden mitzubringen hatte. Irland war beständig in der Alternative, entweder seine laufenden Jahresausgaben zu decken und keine Zinsen für seine Schuld zu bezahlen, oder die Zinsen zu zahlen und den Reichsschatz seine Verwaltungskosten zahlen zu lassen. Da nun der Zinsenbedarf in der Regel dem irischen Einkommen gleich war, so ist Irland für seinen Verwaltungsaufwand der Schuldner Englands geworden. Die amtliche Zusammenstellung des Aufwandes für Verwaltung und Verzinsung der Schuld v. 1817—1820 und von 1840—1846 wird das näher darthun. Das Einkommen Irlands 1817 war 4,384,816 Pf. St., der Verwaltungsaufwand 4,209,016 Pf. St., blieben 175,809 Pf. St. zur Verzinsung der Schuld, wozu aber 6,032,111 Pf. St. erforderlich waren, und also aus dem Reichsschatze 5,856,311 Pf. St. zugeschossen werden mußten. Die Einnahme 1820 war 3,605,446 Pf. St., der Verwaltungsaufwand 4,696,347 Pf. St., was also hier schon ein Deficit von 1,090,901 Pf. St. ergab, wozu der Betrag der Verzinsung der irischen Schuld mit 5,999,988 Pf. St. kam, sodaß im Jahre 1820 aus dem Reichsschatze 7,090,886 Pf. St. zugelegt werden mußten. Seit 1840 stellt sich in Folge der erfolgten Verminderung der irischen Schuld und Vereinfachung der Verwaltung das Verhältniß günstiger, allein Irland bedurfte doch stets 2½—3 Mill. Zuschuß. Sein Einkommen 1840 betrug 4,013,100, sein Verwaltungsaufwand 2,289,672 Pf. St., blieben sonach 1,723,428 Pf. St. als Beitrag zu der 4,281,593 Pf. St. verlangenden Verzinsung, sodaß 2,558,465 Pf. St. zugeschossen werden mußten; 1842 war die Einnahme 3,934,369, der Verwaltungsaufwand 2,390,245, der Bedarf für die Verzinsung 4,260,595 und demnach der erforderliche Zuschuß 2,716,511 Pf. St. Im Jahr 1846 endlich hat die irische Staatseinnahme 4,692,463 Pf. St., der dortige Verwaltungsaufwand 3,114,451 Pf. St. betragen; dies gab einen Ueberschuß von 1,278,009 Pf. St., wozu der Reichsschatz noch 2,898,449 Pf. St. zuschießen mußte, damit die Verzinsung der irischen Schuld mit 4,176,458 Pf. St. bestritten werden konnte. Alle diese Zuschüsse fließen natürlich aus den Taschen der Steuerpflichtigen in England und Schottland. Das aber ist es, was der Genius irischer Romantik als eine Beschwerde schildert und ernstlich Irland die Schulden Englands aufbürden nennt. In den obigen Berechnungen ist natürlich nichts von den Vorschüssen und Ausgaben angesetzt, welche die Freigebigkeit der Regierung in diesem Jahre für Irland machte. Allein sie geben an sich schon eine volle Einsicht in die pecuniairen Vortheile, welche England aus seinen irischen Hülfsquellen zieht, und zugleich eine Darlegung der irischen Theorie vom Gläubiger und Schuldner.

— Der spanische Ministerwechsel hat in der englischen Presse keine so günstige Beurtheilung erfahren, als vielleicht erwartet werden dürfte. Nur die Times begrüßt denselben als das hoffnungsvollste Ereigniß, was seit Jahren aus Spanien zu berichten gewesen sei. Zur großen Ehre der Königin Isabella werde es gereichen und ihr einen für ihre Jahre unerwarteten Ruf politischer Einsicht erwerben, wenn es sich, was wahrscheinlich sei, ausweisen sollte, daß in der verlassenen und beunruhigenden Lage, in der man sie jüngst noch gesehen, ihr eigner Verstand und ihre eigne Entschlossenheit einen Ausweg zur Vermeidung der ihre Person und die Sicherheit des Thrones bedrohenden Gefahren gefunden habe. „Wir wünschen gar nicht, sagt die Times ausdrücklich, für Hrn. Bulwer irgend einen vorwaltenden Antheil bei diesen jüngsten Vorgängen anzusprechen, denn wir sind überzeugt, wenn dieselben den britischen Minister und jeden in Spanien anwesenden Engländer befriedigt haben, so ist das nur der Fall, weil sie Spanien sich selbst wiedergegeben und das Joch einer Fremdherrschaft gebrochen haben, welches demüthigend für den Geist und verderblich für die Interessen des Landes war. Señor Mendizabal bemerkte sehr wahr neulich im Congresse, daß Frankreichs System bei seinen Allianzen mit fremden und zumal mit mindermächtigen Staaten ein System der Herrschaft sei. Es ist allzeit bereit, den erworbenen Einfluß für seine eignen Zwecke zu nutzen und diesen die Interessen und nationale Unabhängigkeit seiner Verbündeten aufzuopfern.“ Daily News erhebt sich gegen das Geschrei der französischen Oppositionspresse, das Cabinet Pacheco sei ein Bulwer'sches Cabinet. Freilich könne ein französischer Journalist dieser Farbe der Versuchung nicht widerstehen, Hrn. Guizot den Verlust des französischen Einflusses in Madrid vorzuwerfen. Allein wozu könne Einfluß dort jetzt noch einer europäischen Macht viel helfen, fragt Daily News, nachdem die Succession auf den spanischen Thron gestohlen worden sei? Aus dem Cabinetswechsel schließt dieses Blatt ebenfalls auf die preiswürdigen Absichten der jungen Königin und wünscht, daß die Moderados in der Armee dem Ministerium Pacheco erlauben mögen, sich mit den Liberalen aufrichtig zu versöhnen. Auffallend ist des Morning Chronicle wenig vortheilhafte Aeußerung über dieses neue Ministerium, von dem es erst bessere Beweise seiner liberalen Gesinnungen und Absichten erwarten will, bevor es an dieselben glauben könne. Vorläufig dürfe man nicht übersehen, daß es eben so Moderado wie das abgetretene und dem französischen Interesse ebenso zugethan wie das Ministerium Isturiz und aus den Parteien zusammengesetzt sei, welche an der Spitze der Conspiration standen, die Espartero's Vertreibung bewirkte, daß es ferner durch geheimen, unbekannten Einfluß ans Ruder gelangte, von welchem man zur Zeit nichts weiter als die Wirkung kenne.

— Die Times widerspricht heute unter der Bemerkung, dazu autorisirt zu sein, dem Gerücht, welches gestern Abend im Sun aufgenommen worden war, daß nämlich der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, abzutreten vorhabe, und nennt dasselbe völlig ungegründet.

— In der Grafschaft Cork sollen nach dem Southern Reporter täglich 1000 Individuen durch Mangel und Fieber umgekommen sein, und auch andere Berichte stimmen darin überein, daß die einigermaßen günstigere Gestaltung der Dinge, welche sich seit kurzem in Irland zeigt, die Grafschaft Cork noch nicht berührt hat. Die Zeitungen der Grafschaft Mayo haben dagegen die Mittheilung ihrer wöchentlichen Todtenlisten eingestellt, und in den Berichten aus Clare, Galway und andern schwer betroffenen Gegenden herrscht jetzt wieder ein viel ruhigerer, zuversichtsvollerer Ton.

— Bei dem Drawing Room der Königin am 27. März stellte der türkische Gesandte seine Gemahlin in völlig europäischer Kleidung und unverschleiert vor.

Frankreich.

Paris, 8. April.

In der Deputirtenkammer erhob gestern Hr. Lherbette Klage über die seit einiger Zeit schon die Kammer nicht hinreichend beschäftigende Regulirung der Tagesordnung, wodurch die Session in die Länge gezogen und die Geschäfte zuletzt übereilt werden würden. Ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der durch das Gesetz vom 20. Mai 1836 der Regierung ertheilten Vollmacht, unrechtmäßig in Besitz genommene Theile von Grund und Boden der Domainen nach erfolgter Abschätzung abzutreten, kam zur Berathung, die aber bald auf heute vertagt wurde.

— Das Journal des Débats theilt etwas ausführlich die Bureauverhandlung der Deputirtenkammer über den von Hrn. Guizot und Hrn. Duchatel, den Ministern des Auswärtigen und des Innern, dabei als „schlecht und unzeitig“ charakterisirten Vorschlag des Hrn. de Rémusat über die Incompatibilitäten mit, dessen Verlesung gleichwol heute in der Kammer stattfindet und dessen Berathung wegen der Indetrachtnahme vermuthlich zum 15. April anberaumt werden wird. Mehre Blätter beschäftigen sich mit Betrachtung über die vom National gestern gebrachte Nachricht vom angeblichen Abgange des Ministeriums Kolettis in Athen. Der Minister des Innern hat indessen im Conferenzsaale der Kammer bestimmt versichert, daß die Regierung noch keine derartige Meldung erhalten habe. Das hält die Oppositionsblätter aber nicht ab, heute dieses Ereigniß wenn noch nicht erfolgt, doch für höchst wahrscheinlich zu erklären und diese neue Schlappe der französischen Regierungspolitik einstweilen pränumerando für ihren Zweck auszubeuten. Die Union monarchique hat sogar Gründe, mitzutheilen, daß nach Toulon Befehl erlassen worden sei, unverweilt eine französische Schiffsdivision nach den griechischen Gewässern zu senden, und meint dann, daß dem Ministerium der Rücktritt von Kolettis so unwahr also nicht erschienen wäre. Die «Presse» hat einen langen und ärgerlichen Artikel über den spanischen Ministerwechsel, tröstet sich jedoch damit, daß der englische Einfluß, der dabei in Madrid triumphirt habe, schwerlich von langer Dauer sein werde, da er dort allen Interessen und Sympathien widerstrebe. Die Aeußerungen der Times, daß für Hrn. Bulwer kein Anspruch auf Mitwirkung bei diesem Cabinetswechsel gemacht werde, sowie die mistrauische Auffassung desselben im Morning Chronicle (s. Großbritannien) nennt die «Presse» eine Komödie, und fragt, wen man glaube damit anzuführen. Der Constitutionnel parallelisirt die Verhältnisse in Madrid vor sechs Monaten und jetzt, und meint, daß kein verständiger Mensch jetzt die Rückkehr des Herzogs von Montpensier und seiner Gemahlin nach Madrid für möglich halten könne.

— Der Prinz von Joinville ist am 2. April in Marseille angekommen, um angeblich einige Tage dort zu verweilen.

— O'Connell ist am 4. April in **Nevers** angekommen; die ungünstige Witterung erlaubte ihm nur kleine Tagereisen. Der Bischof machte ihm in Begleitung seiner Geistlichkeit einen Besuch und ertheilte die Erlaubniß, da der Reisende sich zum Wege nach der Kirche nicht wohl genug fühlte, daß in seinem Zimmer Messe gelesen werden durfte. Nach derselben brachte der Kaplan des Bischofs die dringende Einladung, eine Wohnung im bischöflichen Palast anzunehmen, wo barmherzige Schwestern zu seiner Pflege bereit sein würden. O'Connell lehnte das Anerbieten jedoch ab. Der Präfect des Nièvredepartements, Oberst Berryer, ein Bruder des Deputirten gleiches Namens, sowie viele angesehene Personen der Stadt und Umgegend ließen sich nach dem Befinden des irischen Agitators erkundigen, der Tags darauf nach Moulins weiter zu reisen gedachte.

— Von der Akademie der Wissenschaften und Künste in **Lyon** ist eine goldene Medaille von 600 Fr. Werth als Preis für die beste Arbeit über das Leben und die Schriften des in Paris kürzlich verstorbenen Benjamin Delessert ausgesetzt worden, der aus Lyon gebürtig war.

— Durch den mit einer Specialsendung nach den Sandwichinseln gegangenen Hrn. Perrin ist für Frankreich ein dem vom Könige dieser Inseln mit England geschlossenen völlig gleichlautender Freundschafts- und Handelsvertrag zu Stande gebracht worden. Der Zoll für französische Waaren kann ebenfalls nicht mehr als 5 Proc. vom Werthe betragen, und im Allgemeinen sollen französische Schiffe auf dem günstigsten Fuße in den Häfen und beim Verkehr der Sandwichinseln behandelt werden.

** **Paris**, 7. April. Hr. Thiers ist mit den jungen Conservativen nicht zufrieden; sie haben ihn im entscheidenden Augenblicke stecken lassen und sind in ihrem Lager geblieben, als er hoffte und erwartete, sie würden sich unter die Fahne seines Flügeladjutanten begeben. Täuschungen der Art, wie sehr er auch daran gewöhnt ist, kann der ehemalige Ministerpräsident vom 1. Mai nicht leicht vertragen, daher er oder sein Organ sich nach dem Mittel umsah, im Schooße der ganzen Partei eine Verwirrung hervorzurufen. Zu diesem Behuf erinnerte sich das genannte Blatt einer nicht zu Ende, wie er absichtlich sich irrte, sondern zu Anfang des vorigen Jahres erschienenen Flugschrift von einem „Conservateur“ und stellte an den damals anonymen Verfasser Hrn. Chaudey die Frage, ob er etwa die Hoffnungen noch nähre, die er zu jener Zeit von seiner Partei und namentlich von Hrn. Guizot gehegt hat. Worauf denn dieser Hr. Chaudey mit seltenem Freimuth in einer Erwiderung einzugestehen und der Constitutionnel diese Erwiderung gestern abzudrucken sich beeilt, daß in der That die letzte Rede des leitenden Ministers den Verfasser enttäuscht, daß der Fortschritt auf Hrn. Guizot nicht mehr zählen könne und die conservativen Progressisten, wenn sie ihren Meinungen treu bleiben und zu irgend einem Ziele gelangen wollen, nichts Besseres und Würdigeres zu thun haben, als zur Opposition überzugehen. Da, wo man den besagten Hrn. Chaudey nicht kennt, war es leicht möglich, daß man in einem solchen Geständniß eines der Progressisten den Ausdruck aller zu finden in Versuchung käme und die Spaltung der Majorität nahe glaubte. Um einem solchen Vorurtheile zuvorzukommen, will ich Ihnen über die vor einem Jahr erschienene Flugschrift und ihren Verfasser sowie über den eigentlichen Gehalt seiner Enttäuschungen einige Aufschlüsse mittheilen.

Die Lobrede, welche damals Hr. Chaudey der conservativen Partei hielt, war in der Form eines Dialogs zwischen einem Onkel und seinem Neffen, die in einem Kaffeehaus ihr Frühstück verzehrten, abgefaßt. Der Onkel war ein warmer Anhänger der HH. Thiers und Odilon-Barrot, sein Neffe ein eben so entschiedener Freund und Bewunderer des Hrn. Guizot. Bei Gelegenheit eines Artikels der «Presse», die er eben gelesen, entspinnt sich ein politischer Streit zwischen Onkel und Neffen, in Folge dessen die ganze Politik seit 1830 von der einen Seite angegriffen,

von der andern vertheidigt wird. Daß der Verfasser seine eignen Ansichten dem Neffen in den Mund gelegt, bedarf kaum der Erwähnung; das Ende des Liedes oder des Gesprächs ist die Bekehrung des Onkels zur conservativen Kirche. Die Schrift war unstreitig nicht ohne Talent abgefaßt, zeichnete sich aber weder durch ihren Inhalt noch durch ihre Form auf irgend eine Weise aus. Im Kampfe, den der Verfasser zwischen den beiden politischen Gegnern anspinnt, war der Sieg von vorn herein gegeben, und es gehört eben kein außerordentlicher Scharfsinn, keine übernatürliche Dialektik dazu, um in einem Streite zwischen einem Anhänger der conservativen Partei und einem der dynastischen Opposition jenem den Sieg zu erringen. Wenn die Schrift dennoch einiges Aufsehen zur Zeit machte, besonders in der erstgenannten Partei, so geschah dies mehr der Thatsache selbst als des literarischen oder publicistischen Verdienstes halber. Der Opposition ward nie entschiedener der Text gelesen, und die herrschende Partei, besonders die in ihr regsamen jungen Elemente nie bestimmter als die einzig Berufenen, die Julirevolution, „die sie gerettet haben", organisch weiter zu entwickeln, hingestellt.

Der anonyme Verfasser, der es ohnehin nicht darauf angelegt hatte, der politischen Welt ewig unbekannt zu bleiben, was sich schon daraus vermuthen läßt, daß Schreiber dieser Zeilen die Probebogen der Flugschrift zur Einsicht bekam, ward bald in den Reihen seiner politischen Freunde genannt und bekannt und hatte durch ihre Vermittlung die Ehre, Hrn. Guizot vorgestellt zu werden. Ob die Eitelkeit des jungen Mannes, Hr. Chaudey ist etwa 24 Jahre alt, dabei seine ganze Rechnung fand, weiß ich nicht, denn wenn ich nicht irre, hoffte er auf ein rothes Bändchen, das ich noch immer in seinem Knopfloche vermisse. Wie Dem auch sein mag, fanden sich gleich beim Erscheinen des Büchleins seine positiven Interessen benachtheiligt, was Hrn. Chaudey, da er von Haus aus kein Idealist ist, nicht gleichgültig gewesen sein mochte. Bevor er nämlich in die publicistischen Schranken trat, war Hr. Chaudey Mitarbeiter am literarischen Feuilleton der «Presse», in der fraglichen Flugschrift aber stellte er Talent und Einfluß des Journal des Débats weit über die Leistungen des Girardin'schen Blattes. War dieses übrigens nicht unrichtige Urtheil der reine Ausdruck seines Geschmacks, oder beabsichtigte er, wie böse Zungen behaupten, sich dem Journal des Débats höflichst zu empfehlen? Das mag ich nicht untersuchen, aber so viel ist Thatsache, daß seitdem Hr. Girardin ihn verabschiedet und Hr. Bertin zur Theilnahme an seinem Blatte nicht aufgefodert hat, Hr. Chaudey also, wenn er wirklich die angedeutete Absicht hatte, das Schicksal jenes unglücklichen Hundes in der Fabel erfuhr, der, um das Fleisch im Spiegel des Wassers zu erhaschen, den eignen guten Bissen den Zähnen entwischen läßt. Für diesen Verlust ward ihm keine andere Entschädigung, als daß er vor einigen Monaten dem erlauchten Beschützer der conservativen Progressisten, dem Herzoge von Nemours, vorgestellt zu werden die Ehre hatte, der ihn in Gesellschaft von andern bedeutenden jungen Schriftstellern sehr huldreich und freundlich aufnahm. Wie sehr aber auch Hr. Chaudey diese Ehre zu schätzen weiß, fand er doch, daß sie keinen positiven Gehalt habe, daß sie ihm bisher weder ein Amt noch ein Blatt geöffnet, und daß sein Talent ein Gebiet bedürfe, auf dem es sich entfalten könnte. Da ihm aber die «Presse» verschlossen und das Journal des Débats nicht geöffnet ward, sah sich seine Strebsamkeit darauf angewiesen, an den Thüren des Constitutionnel anzuklopfen, dem kein Gast willkommener sein konnte als eben Hr. Chaudey. Der Angriff dieses Blattes auf den «Conservateur» von 1846 war also eine zwischen der Redaction und ihm abgekartete Sache und soll einerseits dazu dienen, an eine bevorstehende Spaltung der Majorität glauben zu machen, andererseits den Eintritt des Progressisten in die Reihen des Hrn. Thiers zu rechtfertigen. Aus dem Gesagten wird man leicht ersehen können, ob dieser Uebertritt eines ziemlich unbedeutenden Journalisten irgend einen Einfluß auf die Entschlüsse der ganzen Partei, für die er früher das Wort geführt, haben könne, und ob sie etwa seinem Aufrufe, wie er unter die Fahne des Hrn. Thiers sich zu stellen, Gehör geben werde.

Schweiz.

Zu Erlenbach im Canton **Bern** fand auf Veranstaltung des Regierungsstatthalters Karlen am 1. April eine Trauerfeier für die vor zwei Jahren im Freischarenzuge Gefallenen statt. In dieser Versammlung wurde auch, schreibt das Thuner Blatt, das „Treiben einiger Geistlichen beleuchtet, welche unter dem Deckmantel der Religion Haß, Zwietracht und Mistrauen gegen die Regierung säen, um zu ihren selbstsüchtigen politischen Zwecken zu gelangen". Man beschloß eine Vorstellung an den großen Rath mit folgenden Schlüssen: 1) Verhinderung dieses Treibens der Geistlichen, namentlich von der Kanzel, periodische Wahl und bindendes Vorschlagsrecht von Seiten der Gemeinden. 2) Austreibung der Jesuiten und Auflösung des Sonderbundes." Bei gleichem Anlasse wurden auch die Armen nicht vergessen; man faßte Beschlüsse über die Art und Weise, wie ihnen am zweckmäßigsten geholfen werden könne und solle. (N. Z.-Z.)

Italien.

Aus **Venedig** vom 30. März schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Der Herzog von Modena entfaltet in seinem Ländchen die regste Sorgfalt zur Verhütung von Ausbrüchen materieller Unzufriedenheit. Auf Befehl des Herzogs haben alle Gemeinden den Bau von Nebenstraßen unternommen, wozu aus der herzoglichen Kasse ein Zuschuß erfolgte, um nur recht viele Leute beschäftigen zu können. Ueberhaupt wurden in allen Districtshauptorten Arbeitshäuser errichtet, worin brotlose Arbeiter gegen Gewährung einer Schlafstelle, einer Suppenportion und eines kleinen Taglohns Beschäftigung bekommen. Um die untern Klassen vom Drucke der hohen Getreidepreise zu befreien, ist der Monte Annonario, jener von Franz IV. gegründete große Getreidespeicher, geöffnet worden, aus dem bis letzten Juni l. J. an alle als dürftig erkannten Personen täglich 2 Pfund Mais- und Weizenmehl pr. Kopf zu sehr mäßigen Preisen verabfolgt werden. — Die Krankheit des Königs von Sardinien, eine heftige Halsentzündung, war weniger gefährlich, als die Hofärzte dieselbe aus guten Gründen zu machen suchten; allein aus dem Aufsehen, welches die plötzliche Erkrankung dieses Monarchen auf der ganzen Halbinsel erregte, mag man ermessen, welche Bedeutung gegenwärtig Sardinien in der Stellung der italienischen Politik einnimmt, deren Träger eben die Höfe zu Rom und Turin sind."

— Von **Nizza** wird gemeldet, daß der Infant Don Enrique dort zwei Tage verweilte, während welcher der Graf v. Castellar mit seinen zwei Schwestern ankam, worauf Alle gemeinschaftlich die Reise nach Rom fortsetzten, wo der Infant vom Papste die Einsegnung seiner Ehe mit des Grafen ältester Schwester zu erlangen hofft.

***Rom**, 30. März. Das Rundschreiben des Cardinal-Staatssecretairs Gizzi vom 7. Jan. d. J., das die möglichste Concentration der Criminalgerichtsbarkeit in wenigere Tribunale verordnete und mehre Criminalgerichte, wie in Rom das des Capitols, gänzlich abschaffte, brachte nachträglich dem Publicum zum ersten Mal eine fragmentarische gedruckte Einsicht in das Ausgabebudget des Justizministeriums. Cardinal Gizzi bemerkt auf dieser Einsicht: „Für die Erhaltung des Criminalgerichtshofs der Sagra Consulta, des Uditorats der apostolischen Kammer, des Governo und des Capitols wurden jährlich aus dem Schatze 60,500 Scudi (92,000 Thlr.) verausgabt. Durch die Reformen dieser Tribunale ist über die Staatskassen durchaus keine neue Ausgabenlast gekommen, ungeachtet neue Beamte angestellt wurden, die behufs der Prävention Criminalstatistiken anzufertigen haben, und ungeachtet eine beschleunigte Procedur eingeführt ist, von welcher die Moral sowie der öffentliche Schatz wesentliche Vortheile ziehen. Vielmehr hat diese frühere Summe ausgereicht, die Gehalte der Beamten zu erhöhen, 20 neue Richterstellen zu creiren, 17 davon mit einem monatlichen Solde von 45 Scudi und 3 mit 35 Scudi zu bedenken. Diese Stellen sind Männern übertragen worden, die sich im Forum oder bei öffentlichen Concursen um die Professur des Criminalrechts bei der Universität auszeichneten. Bei der Aufhebung des Criminalgerichtshofs des Capitols ist der Erzbrüderschaft della Santissima Annunziata, welcher der jährliche Unterhalt derselben 600 Scudi kostete, diese Ausgabenlast für ihre eignen Zwecke überwiesen worden. Sie kann nun 20 arme römische Mädchen unbescholtenen Namens mehr als sonst durch diesen Zuwachs ihres Fonds aussteuern ꝛc." Jenem für die Civilgesetzverwaltung des Kirchenstaats so wichtigen Rundschreiben ist ein anderes vom 30. Jan. datirtes gefolgt, durch welches die vom Papste verlangte Einsendung einer periodischen Criminalstatistik durch die Provinzialpräsidien anher näher bestimmt wird. Im Wesentlichen gibt Cardinal Gizzi den Behörden eine monatliche Controle aller eingeleiteten schwebenden und entschiedenen Criminalprocesse ihrer Competenz auf und macht das gesammte Beamtenpersonal vom Chef bis zum letzten Subalternen für die gefällten Urtel aufs strengste verantwortlich. Aehnliche Vorschriften sind für die Anfertigung von Gefängnißstatistiken gegeben. Aus dem Ganzen erhellt, daß die neue Regierung in diesen Reformen der Criminalgerichte ein humanes Institut der Zucht durch sorgsame Ueberwachung des Vorkommenden schaffen will, wo sonst starrer, unbiegsamer Strafiger schaltete und waltete.

Serbien.

Der Erbprinz von Serbien, Suetozar, ist am 17. März in Belgrad gestorben.

Türkei.

Das am 23. März aus **Konstantinopel** an die Höfe von Wien und Berlin abgesendete türkische Memorandum vom 22. März behält nunmehr, wie es scheint, blos ein geschichtliches Interesse, da der Sultan im Laufe des 24. März dem Reis-Efendi den Befehl ertheilte, dem Fürsten v. Metternich für die Directionen, welche derselbe an die österreichischen Repräsentanten zu Stambul und Athen gerichtet hat und welche durch Vermittelung der Internuntiatur in Konstantinopel zur Kenntniß der Pforte und des Sultans gelangt sind, den Dank des Großherrn auszusprechen und dem Fürsten bekannt zu geben, daß die von dem Fürsten v. Metternich über die griechisch-türkische Differenz ausgesprochenen Ideen ganz mit jenen des Sultans übereinstimmen, und daß der Sultan insbesondere den Gedanken einer momentanen Sendung des Hrn. Mussurus, welche der Fürst beregt habe, vollkommen theile. Da nun die Berichte aus Griechenland keinen Zweifel zulassen, daß die erwähnten Directionen auch in Athen den günstigsten Eindruck gemacht und daß der griechische Hof und

das griechische Ministerium sie gleichsam als die übrigen angezeigt haben, so ist anzunehmen, zwar nicht, daß die Sache weitere Verhandlungen ausschließe, doch aber, daß das Wesentliche derselben abgethan sei, indem die Pforte dafür zu sorgen hat, daß das großherrliche Wort in keiner Art sich mehr verläugne. Festgesetzt ist nun die Grundlage für die weitern Unterhandlungen; diese Grundlage sind die von dem österreichischen Staatskanzler ausgesprochenen Ideen, mit denen jene des Sultans übereinstimmen. Nach der Meinung eines sehr gutunterrichteten Pfortenbeamten soll der Sultan willens sein, die ganze Sache fallen zu lassen, wenn Hr. Kolettis in einem neuen Schreiben das Versprechen einer freundlichen Aufnahme auf jeden türkischen Repräsentanten, folglich auch auf Hrn. Mussurus, im Falle die Pforte seine Rücksendung auf den Posten von Athen als angemessen erachten sollte, auszudehnen sich herbeilassen würde. Daß die wirkliche Rücksendung des Hrn. Mussurus dann nicht zur Ausführung käme, scheint sich von selbst zu verstehen, da die Pforte das Unangemessene derselben vollkommen einsehen soll. Das Schreiben des Reis-Efendi an den Fürsten trägt das Datum des 24. März. (A. Z.)

Wissenschaft und Kunst.

** Leipzig, 12. April. Unsere Bühne hat uns gestern das Opernwerk eines jungen Tonsetzers, des Hrn. Ferdinand Brandenburg, vorgeführt, der einen Dirigentenposten in Thüringen bei einer fürstl. schwarzburgischen Kapelle bekleidet. Das ist eine verdienstliche und schöne Unterstützung, die auf solche Art dem aufkeimenden Talente gewährt wird, und es wäre nur zu wünschen, daß sich auch andere größere Theater häufiger dazu herbeiließen, den Versuch mit einem Anfänger zu wagen. Brandenburg's Oper heißt „Die Belagerung von Solothurn", sie wird eine geschichtlich romantische genannt und hat drei Acte. Leider muß ich dem Buche gegenüber, welches von dem ehemaligen Schauspieler Wilhelm Gerstel herrührt und nach einer Sarteri-Neumann'schen Erzählung gearbeitet ist, eine Klage wiederholen, die ich hier und anderwärts mehrfach erhoben habe: die Klage über die naive Genügsamkeit deutscher Tonsetzer in der Wahl ihrer Textbücher! Zu einem Opernvorwurf gehört ein vollkommen gegliedertes Stück, welches verschiedenartige Charaktere, lebendige Handlung, spannende Verwickelung und künstlerische Lösung des Knotens darbietet, gleich jedem andern Drama. Die Musik ist nur die Farbe, welche auf die Vorzeichnung des Dichters aufgesetzt wird. Daher muß schon die Skizze, welche der Tonsetzer übermalen soll, ein tüchtig entworfenes Werk sein, oder der Musiker läuft Gefahr, Mühe und Zeit daran zu verlieren. Gerstel's Buch ist ebenfalls zu armselig bestellt, als daß Hr. Brandenburg mannichfachen und glücklichen Anhalt für die Compositien darin hätte finden können. Dialogisirte Romanscenen! Begebenheiten statt der Handlung! Gestalten nach der Schablone geschnitten! Im ersten Acte geht Elisabeth, des Schultheißen von Solothurn Tochter, in eine Kapelle des Thales von Lauterbrunn beten. Sie trifft mit einem Jäger zusammen, welcher Rudolf der Graf v. Pappenheim ist. Sie sehen sich und lieben sich im Nu. Elisabeth wird auf dem Weggange von einem wüthenden Stier angefallen und Pappenheim erschießt die Bestie mit der Armbrust. Es vergeht darauf ein Jahr. Im zweiten Acte sehen wir das Heer Leopold's von Oesterreich vor Solothurn lagern und den Sturm auf die Stadt beschließen. Graf Pappenheim macht den ersten Angriff. Allein obschon seine Betheuerung, daß er nimmer oder als Sieger zurückkehren werde, einen so guten Glauben findet, daß der Herzog selbst im Ensemble und der ganze Chor in dieselbe begeistert einstimmt, so werden die Oesterreicher dennoch ganz wacker zurückgeschlagen und der Graf Pappenheim ist fröhlich bei allen folgenden Lagerscenen vorhanden, ohne sich durch die Niederlage irgend beschämt zu fühlen. Die Stadt wird endlich doch so hart bedrängt, daß der Schultheiß seine Tochter in Sicherheit zu bringen sucht, indem er sie dem Herzoge Leopold selbst mit einem Geleitsbriefe zusendet, worin er um Schutz für das Mädchen bittet. Der Schutz wird auf Fürstenwort zugesagt. Allein als bei einem Sturme der Oesterreicher auf Solothurn die Brücke zusammenbricht und die braven Bürger ihre Feinde aus den Wellen des Sees herausfischen — höchst wahrscheinlicher und vernünftiger Weise, um sie als Kriegsgefangene zu behandeln — erzürnt sich der Herzog so wild, daß er „Maß für Maß", das heißt den Kopf der Schultheißen Tochter für das Leben seiner bedrohten Mannen nehmen will. Aber Graf Pappenheim widersetzt sich dem Fürsten, und die Solothurner liefern die Geretteten ungeschädigt aus. Da wird auch der Herzog großmüthig. In seines kaiserlichen Bruders Namen erklärt er die belagerte Stadt für eine freie Reichsstadt und hebt die Fehde auf. Der Schultheiß segnet Pappenheim's und Elisabeth's Bündniß. Dies ist das Buch der Oper, wenn man es sich mit den üblichen Chören, Gebeten, Jagd-, Trink- und Kriegsliedern ausgestattet denkt, sowie mit zwei beiläufigen Figuren: Rudi und Isolde, die mit dem Quartett allerlei, aber mit der Handlung gar nichts zu schaffen haben. Denn daß Rudi den ersten Sturm gegen Solothurn zurückschlägt, könnte auch von jedem Andern erzählt werden. Um jedoch nicht zu streng gegen die Fabel zu verfahren, so wenig wir ihr den Vorwurf einer charakterlosen Allgemeinheit ersparen konnten, wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß sie Gelegenheit zu einigen glänzenden Decorationen und Massenaufstellungen bietet, die denn auch von der Opernregie mit Eifer und Geschmack benutzt waren.

Die Musik liegt meiner Beurtheilung nicht so nahe ergreiflich als das Buch, und ich muß daher kürzer über dieselbe sein, die eigentliche Kritik der Composition den Senderzeitschriften überweisend. Mir erschien sie als eine glatte Arbeit, des achtungsvollen und wohlgefälligen Empfangs, den sie bei der großen Mehrheit der Zuhörer fand, sehr würdig. Helle Eigenthümlichkeit des Stils, überraschende Gabe der Erfindung war für mich in der Oper nicht zu erkennen, wie dies auch Eigenschaften sind, die selten gleich bei einem ersten größern Werke zur Erscheinung gelangen. Aber die Oper ist darum nicht ohne melodischen Reiz, ist von eleganter Harmonieführung und Instrumentation, und in dem Ausdrucke des kriegerischen und nationalen Elements erhebt sie sich sogar zu einem höhern Schwung und tiefern, ergreifendem Ausdrucke. Vorzüglich sprach daher die Einleitung des zweiten Actes mit Chor im Marschtakt an. Mehre andere Musiksätze wurden ebenfalls mit lebhaftem Eifer applaudirt, wie überhaupt die ganze Aufnahme dem Werke so günstig war, daß der Componist, der die Aufführung selbst leitete, noch im Zwischenacte mit den Hauptdarstellern gerufen wurde.

Die Aufführung ist als eine löbliche zu bezeichnen. Zu tiefer dramatischer Wirkung, zu rechter Leidenschaft läßt es freilich der Gang der Handlung und zu eigenthümlicher Auffassung die schematische Form der Charaktere nicht kommen; allein was von Spiel zu zeigen war, daran ließen es die Darsteller nicht mangeln und im Gesangsvortrage waren Fräul. Schwarzbach (Elisabeth), Hr. Pasqué (Rudi), Hr. Behr (Herzog Leopold) und Hr. Salomon (Schultheiß) durchgängig glückliche Vertreter ihrer Rollen. Selbst Hr. Stritt, wennschon dessen Stimme für den chevaleresken und großgefühlten Ausdruck nicht stark und edel genug ausgestattet ist, gab die zärtlichen Momente der Partie des Rudolf von Pappenheim mit gutem Erfolge zu Gehör. Noch sind die wohlgeübten Chöre zu rühmen und, wie immer, das aufmerksame und tüchtige Zusammengreifen des Orchesters.

Das Schauspiel hat uns einen Gast, Fräul. Haase von Magdeburg und ein neueinstudirtes Stück: „Isidor und Olga" gebracht. Ueber Beides verschieben wir unsere Mittheilung auf ein nächstes Blatt.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 12. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118 Br., 117¼ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 86 bezahlt und Br.; Sächsisch-Schlesische 99½ Br.; Chemnitz-Riesaer 57½ Br.; Löbau-Zittauer 59 Br.; Magdeburg-Leipziger 198⅓ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¼ Br.; Köln-Mindener 91⅞ Br.; Thüringer 96½ Br.; Altona-Kieler 108¾ Br.; Pesther 99½ Br.; Dessauer Bankactien 101½ Br. und bezahlt.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 4. bis 10. April 1847:

11,110 Personen	6,781 Thlr.	25 Ngr.	5 Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht und magdeburger Antheil	4,488 .	23 .	— .
	11,270 .	18 .	5 .

(Vom 1. Jan. — 10. April 78,305 Personen, Einnahme 118,472 Thlr. 17½ Ngr.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 12. April früh 7 Uhr: 3° über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 7. April. 2½pc. Int. 58⅜; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 173¾. Frankfurt a. M., 10. April. Oestr. Bkact. 1808 Br.; 250 Fl. L. 119⅛ Br.; 500 Fl. L. 153½ Br.; Bair. 3½pc. 93¾ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛; Kurhess. 32. Paris, 7. April. 5pc. 116. 50; 3pc. 78. 50; Neap. 102; Bankact. 3250. Wien, 9. April. Bkact. 1592; Met. 5pc. 108; 4pc. 98½; 3pc. 70½; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 119.

Disconto. Amsterdam, 7. April. 4 %. Frankfurt a. M., 10. April. 4 %.

Actien. Frankfurt a. M., 10. April. Nordb. 72⅜; Verb. 91½. Paris, 7. April. Eis. St. Germ. 970; Versail. l. 220; Paris-Orleans 1235; Paris-Rouen 880; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 427½; Rouen-Havre 675; Marseille-Avignon 790; Strasburg-Basel 210; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 563; Nord 628¾. Wien, 9. April. Nordb. 170¼; Gloggn. 121⅜; Mail. 108⅛; Livorn. 92¼; Pesth. 98⅛.

Leipziger Börse am 12. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	—
pr. 250 Ct. 2.	2 Mt.	139⅜	—
Augsburg	k. S.	101⅛	—
pr. 150 Ct. 2.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111⅛	—
Ldr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breal. pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	150⅛	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅞	—
London	2 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 20⅛	—
	k. S.	79⅛	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅜	—
	3 Mt.	79⅝	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	102	—
Conv. 20 Kr.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—
Augustd. à 5 Thlr. à ⅓ Mk.			
Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100		—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.			
idem	auf 100	—	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse	auf 100	—	11⅛
Holl. Duc. à 3 Thlr.	d°.	—	6⅛
Kaiserl. d°.	d°.	—	6⅛
Breal. d°. à 65⅓ Ab	d°.	—	6⅛
Passir d°. d°. à 65 Ab	d°.	—	6
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—
idem 10 u. 20 Kr.	d°.	—	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—
Silber d°. d°.	d°.	—	—

Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere *) à 3 %	¼ v. 1000 u. 500 Thlr.	93⅛	—
	kleinere	—	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3½ %	¼ v. 1000 u. 500 Thlr.	99⅛	—
	kleinere	—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine à 3 %	¼ v. 1000 u. 500 Thlr.	89	—
	kleinere	—	—
Leipziger Stadt-Obligationen à 3 %	¼ v. 1000 u. 500 Thlr.	92	—
	kleinere	—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %	¼ v. 500	95	—
	¼ v. 100 u. 25	—	—
„ lausitzer d°. à 3 %		—	—
„ d°. d°. à 3½		—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl. à 3½ %		106⅛	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr Ct. pr. 100		94⅛	—
Hamb. Feuer-C.-Anl à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)		—	—
K. K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5 %		—	—
à 4½ %	laufende Zinsen	—	—
à 4 %	à 103⅓, in ¼ Thlr. F.	—	—
à 3 %		—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 103⅓		—	—
Leipzig. Bank-Actien à Thlr. 250 pr. 100		172	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à Thlr. 100 pr. 100		118	—
Sächs.-Bair. d°. pr. 100		86	—
Sächs.-Schles. d° pr. 100		99⅝	—
Chemn.-Ries. d°. pr. 100		57⅞	—
Löbau-Zitt. d°. pr. 100		59	—
Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100		198⅛	—

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Wülan.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Notarieller, freiwilliger Gutsverkauf.

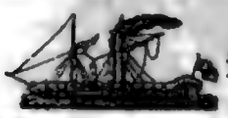
Das unter Nr. 41 zu Schönefeld gelegene, öfters zum Sommeraufenthalte benutzte Gut mit einem Wohnhause, angebautem Salon, Nebengebäuden, Kunst- und Grasegärten, auch Feld ꝛc. soll in Folge Antrages

am 19. April 1847, Vormittags ½12 Uhr,

auf meiner hiesigen Expedition, Ritterstraße, Stadt Malmedy — wo auch Anschlag und Bedingungen zur Ansicht liegen — vermittels der Versteigerung durch mich verkauft werden.

Leipzig, am 30. März 1847.

[1080—81] Dr. **Hochmuth**, Notar.



Eröffnung der Königl. Sächs. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag über Melnik.

Vom 14. April a. c. an

fahren bis auf Weiteres die beiden neuen, bequem eingerichteten Dampfschiffe

Friedrich August und **Prinz Albert**

Täglich,

mit Ausnahme des Montags, von **Dresden** nach allen Elbstationen bis **Melnik**, und von dort werden die resp. Reisenden mit guten soliden Wagen in 4 Stunden nach **Prag** befördert.

Für gute, streng rechtliche und billige Bewirthung am Bord der Schiffe ist gesorgt.

Aufnahmebureaux in **Dresden:** auf dem Dampfschiffahrts-Comptoir, Töpfergasse Nr. 7; bei Hrn. Karl Fiedler, Schloßgasse Nr. 11, sowie am Bord der Schiffe.

In **Prag:** im Hotel zum Goldenen Engel und im Hotel zum Englischen Hof.

Abfahrt von Dresden früh 6 Uhr.

Dresden, im April 1847.

[1322—24] **Die Direction.**

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden,** Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1325]

Gesuch. Auf ein Schloß, zwei Stunden von Lüttich, wird ein deutsches Kindermädchen von katholischer Religion gesucht. Es muß gut nähen können und seine Muttersprache richtig sprechen. Sich mit freigemachtem Briefe an Herrn **Grisard**, Platz hinter St.-Paul Nr. 24 zu **Lüttich** zu wenden. [1107—12]

Avance für Geschäftsmänner auf dem Continent!

Solide, intelligente Materialisten, Kurz- und Galanterie-Waarenhändler, Buchhändler ꝛc., welche gesonnen sind, einen höchst currenten Artikel, der wenig Raum erfodert, mit lohnendem Nette Provenu in Commission zu nehmen, belieben sich nach Sicht Dieses franco an die Handlung **Eduard Groß** in **Breslau** zu wenden. [1315—16]

Ein Rittergut in Schlesien oder der Oberlausitz

in der Nähe einer Chaussée, Eisenbahn oder Wasserstraße mit gutem Boden, Wiesen, Forst und angemessenen lebenden und todten Inventarien für 60—100,000 Thlr. wird zu kaufen recht bald beabsichtigt. Versiegelte Anschläge nimmt das königliche Intelligenz-Comptoir zu Berlin franco unter **U 155** entgegen. [1286]

S. Meyer

aus **Duisburg**

bezieht zum ersten Mal die Leipziger Messe mit seinen eignen Fabrikaten von ***gedruckten Merino-Tüchern*** und ***Patentknöpfen.*** Sein Gewölbe ist im **Böttchergäßchen,** im Hause der Europäischen Börsenhalle. [1273—75]

Local-Veränderung.

P. E. Bockmühl

aus **Elberfeld**

hat sein Lager in **Shawls** und **halbseidenen Manufactur-Waaren** eigner Fabrik von dieser Messe an: **Katharinenstrasse Nr. 20,** 1 Treppe hoch, der Europäischen Börsenhalle gegenüber. [1260—62]

Gesuch. Ein junger Mann, 28 Jahre alt, der seit bereits 8 Jahren in Manufacturgeschäften bedeutende Reisen im In- und Auslande gemacht hat und noch thut, wünscht gern für Rechnung eines Hauses nach Amerika zu gehen, entweder gegen Provision oder fest engagirt; am liebsten wäre ihm Nordamerika, jedoch würde er sich auch entschließen, nach andern Theilen des Landes zu gehen. Die besten Empfehlungen stehen ihm zu Gebote.

Reflectirende wollen gefälligst ihre Adresse unter **G. B.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung abgeben, worauf er das Nähere mittheilen wird. [1285]

Gesuch. Ein junger Mensch, 19 Jahr alt, welcher sich die besten Zeugnisse wie auch einige Menschenkenntniß erworben hat, wünscht eine reisende Person als Diener zu begleiten. Hierauf Reflectirende wollen gefälligst ihre Adresse unter der Chiffre **F. G. W.** poste restante Leipzig niederlegen. [1318]

Geschäfts-Empfehlung.

Hierdurch mache ich die Anzeige, daß dicht an der Güterniederlage des Bahnhofes hier ein

Speditions-Geschäft

errichtet habe.

Seit der Eröffnung der Thüringischen Eisenbahn bis hierher hat sich der Verkehr bedeutend vermehrt, auch stehen mir viele Transportmittel zu Gebote, um Güter nach allen Richtungen schnell zu befördern.

Gefällige Speditions-Zusendungen, welchen ich bei billigster Bedienung eine aufmerksame Behandlung widmen werde, bitte ich an die Firma **„Wilhelm Belling"**, hingegen Aufträge auf Mühlenfabrikate und Landesproducte an meine schon seit einer Reihe von Jahren bestehende Firma **„Joh. Pet. Belling's Wwe & Co."** zu richten.

Erfurt, am 1. April 1847.

[1240—41] ***Wilhelm Belling.***

Lotterie-Anzeige.

In der 5. Klasse 30. Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 1660: 50,000 Thlr.

Nr.	22,409:	1000 Thlr.	Nr.	22,719:	400 Thlr.
„	24,186:	1000 „	„	28,083:	400 „
„	25,646:	1000 „	„	6,663:	200 „
„	28,086:	1000 „	„	20,389:	200 „
„	30,030:	1000 „	„	23,966:	200 „
„	3,341:	400 „	„	28,048:	200 „
„	22,420:	400 „	„	33,550:	200 „

und 36 Gewinne à 100 Thlr.

Mit Kaufloosen zur 5. Klasse 31. Lotterie, welche den 19. April beginnt, empfiehlt sich mit ½ à 41 Thlr., ¼ à 20½ Thlr., ⅛ à 10¼ Thlr. und 1/16 à 5⅛ Thlr. bestens

J. A. Pöhler,

Leipzig, Böttchergäßchen Nr. 3.

NB. Geehrte Aufträge erbitte ich mir franco, nebst Einsendung des Betrags, und versichere die pünktlichste Bedienung. [1160—65]

J. A. Henckels

aus **Solingen** und **Berlin,**

Fabrikant

feiner **Stahlwaaren.**

Stand:

Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 16. [1320—23]

Die bevorstehende Leipziger Oster-Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten

Guhse & Gerlach

aus **Berlin**

und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 2, erste Etage.** [1196—1202]

Die Pianoforte-Fabrik von J. G. Irmler in Leipzig (Holzgasse No. 6)

empfiehlt eine Auswahl **Pianofortes** in **Flügel-** und **Tafelform** von verschiedener Construction und **vorzüglicher Güte.** [1313-14]

Theater der Stadt Leipzig.

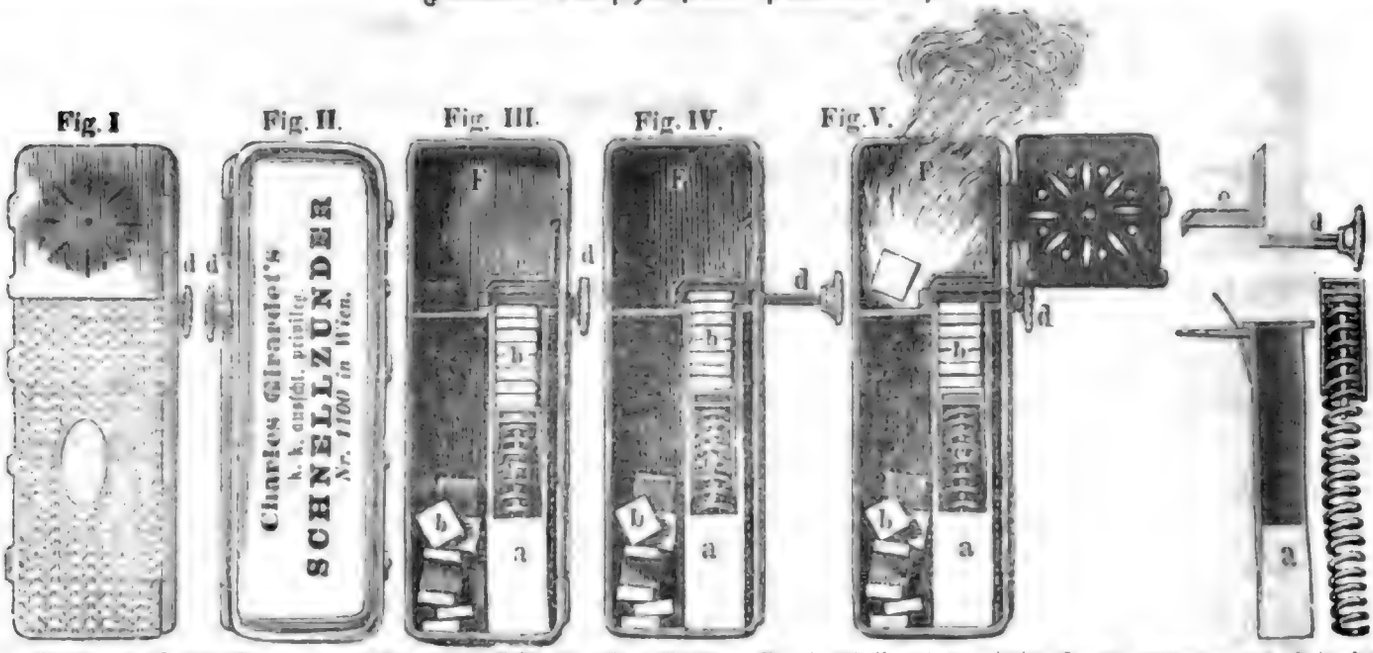
Dienstag, 13. April. Zum zweiten Male: **Die Belagerung von Solothurn,** geschichtlich romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Mittwoch, 14. April. **Die Karlsschüler,** Schauspiel von H. Laube. Franziska, Fräulein Haase, als letzte Gastrolle.

Donnerstag, 15. April. **Der Maurer und der Schlosser,** komische Oper von Auber.

Charles Girardet's

neu erfundener Schnellzünder, welcher in Oesterreich, Frankreich, England, Belgien und Holland ausschließend patentirt ist.



Dieses neu erfundene Feuerzeug, welches in der Größe der obigen Abbildung Fig. I. und II. und das einzige ist, mit welchem man in freier Luft und selbst nassem Wetter Cigarren und Tabackspfeifen anzünden und seiner Sicherheit wegen selbst an feuergefährlichen Orten brauchen kann, besteht aus einer metallenen Büchse, an welcher sich ein Knopf befindet, der herausgezogen und schnell wieder hineingedrückt wird, worauf im selben Augenblicke ein glühendes Stück Schwamm unter dem oben befindlichen Gitter erscheint; selbes wird nun geöffnet, um in dem Reservoir die Cigarre anzuzünden oder den Brennstoff in die Pfeife zu leeren.

Die Friction geschieht in folgender Weise:

Im Innern dieser Büchse befindet sich ein Kanal a, in welchen die Stückchen Schwämme b eingelegt werden; diese drücken sich durch die Kraft der Feder c an den Schieber d, siehe Fig. III. Wird nun der Schieber herausgezogen, so treten die eingelegten Stücke Schwämme an dessen Stelle, siehe Fig. IV.; wenn also der Schieber wieder vorgeschoben wird, so drückt er das im Wege stehende Stückchen Schwamm an dem kleinen Messer e vorüber, erhält von diesem einen Schnitt, entzündet sich sogleich und fällt brennend in das Reservoir f, siehe Fig. V.

Beim Gebrauche ist die kleine Maschine stets rein zu halten; man schiebt nämlich den Schieber d zurück, worauf sich der Kanal a mit der Feder c leicht herausnehmen läßt, da diese Bestandtheile nur eingelegt sind, und bürstet dann die Büchse trocken aus.

Haupt-Depot in Leipzig

im Wiener Kurzwaaren- und Stutzuhren-Lager von

MARTIN & BAUER aus Wien

im Salzgäßchen neben der Börse. [1311]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,

Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176–87]

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1304–9]

Wilhelm Heymer

aus

Süchteln bei **Crefeld**

bezieht bevorstehende Ostermesse mit einem vollständig assortirten Lager von **Sammet-** und **Seidenwaaren** eigner Fabrik, und empfiehlt sich unter Zusicherung ganz reeller Bedienung.

Verkaufslocal: Brühl Nr. 64, 1. Etage, in Kraft's Hause. [1153–55]

Gesuch. Ein Comptoirgehülfe, der gegen Hypothekensicherheit 1000 Thlr. baare Caution stellen kann, wird gesucht. Gehalt 360 Thlr. Antritt sofort bei **Braun** in Berlin, Schützenstraße Nr. 15. [1310]

Meubles-Magazin

von

F. A. Krantzler,

Petersstraße, Holberg's Haus Nr. 168.

Ebenso zur Verzierung der elegantesten Zimmer als durch Haltbarkeit zum Gebrauche für Wohnstuben geeignete **Divans, Ottomanen, Ruhestühle, Fauteuils, Causeusen, Chaiselonguen, Sophas, Spiegel** in diversen Größen, sowie Stühle aller Arten und alle in dieses Fach einschlagenden Gegenstände, desgleichen **Rosshaarmatratzen** in bester Qualität ꝛc., Alles in größter Auswahl, wird verkauft von jetzt und während der Messe zu den billigsten Preisen. [1300]

Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich Verwandten und Freunden

Christiana Rödel,
Simon Riegold.

Triptis und Gera, den 10. April 1847. [1319]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Alexander Mudring in Möschen mit Frl. Marie Supprian in Kunzendorf.

Getraut: Hr. Actuar Alexander Aster in Werdau mit Frl. Anna Merz aus Senftenberg. — Hr. Bernhard Feilgenhauer in Pulsnitz mit Frl. Therese Hempel.

Geboren: Hrn. Advocat Frenkel in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Bezirkswundarzt R. Kahnt in Gößnitz eine Tochter. — Hrn. S. Rothschild in Köln ein Sohn. — Hrn. Bezirksarzt Dr. Tischendorf in Lengenfeld ein Sohn. — Hrn. Posthalter G. Weiser in Mittelpöllnitz eine Tochter.

Gestorben: Hr. Kaplan Pfarrer Ade in Gmünd. — Hr. Dr. Georg Anton Dätzl in Regensburg. — Hr. Kaufmann Johann Karl Christian Fischer in Altenburg. — Frau Kaufmann Elise Grotsch in Regensburg. — Hr. Johann Christian Herrmann in Leipzig. — Hr. Consistorialrath Gottfried Kadach in Libenichen. — Frau Wundarzt Auguste Kattner in Breslau. — Frau Land- und Stadtgerichtsdirecter Henriette v. Könen in Halle. — Hr. Rentier Heinrich Müffler in Köln. — Hr. Postcommissarius Friedrich Gottlob Päßler in Delitzsch. — Hr. Karl Preckel in Hannover. — Hr. Kaufmann Karl Gottlieb Rechenberger in Deutsch-Katharinenberg. — Frau A. B. Sander in Kitzingen. — Hr. Major Karl Stein in Greifswald.

Mittwoch — Nr. 104. — 14. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Baiern und der Gustav-Adolf-Verein. ◊Von der Elster. Veröffentlichungen in Plauen. *Aus Obersachsen. Die Organisation der Arbeit. Die Capitalsteuer. — Feuer in Bockenem. — Die Sträflinge in Freiburg. — Landtagswahlen in Hanau. — Der Herzog von Nassau. **Hamburg. Hochwasser. Der Bürgerverein. Das akademische Gymnasium. Die Deutsch-Katholiken.

Preußen. Berlin. Der Vereinigte Landtag. ◊Berlin. Das Toleranzgesetz. ♂Königsberg. Die freie Gemeinde. Hr. Crelinger. — Graf Eduard v. Reichenbach. — Der Dronke'sche Proceß. — Fürst Hatzfeld.

Oesterreich. *Aus Siebenbürgen. Die Pferdezucht. Graf Teleki.

Portugal. Die Insurrection. Oporto. Die Expedition der Insurgenten. Die Infantin Anna.

Spanien. Die Königin. Hr. Olozaga ist amnestirt.

Großbritannien. Der Königin Geburtstag. Die britische Vermittelung in Portugal. Der Hafen von Portsmouth. Die Nationalschuld. Der Repealverein in Dublin. Die Suppenbereitungsanstalt in Dublin. Untergang des Tweed. Graf Ste.-Aulaire.

Frankreich. Deputirtenkammer. Hr. Garnier-Pagès. Der Pair de Montguyon. Marschall Bugeaud. **Paris. Der Rémusat'sche Antrag.

Italien. *Rom. Die Rosminianer. — Auflauf in Rom. Berichtigung. Turin. Exequatur für einen spanischen Consularagenten in Ferrara.

Rußland und Polen. *Odessa. Frankreich und Rußland.

Nordamerika. Der Krieg. Die Spanier in Neuyork. Die Insel Lobos.

Mejico. Vertheidigungsanstalten.

Wissenschaft und Kunst. *London. Die theatralische Season.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Von der **Isar** vom 4. April theilt man der Weser-Zeitung mit: „Man hat jüngst behauptet, es seien hierorts bereits Schritte geschehen, um einen Anschluß der bairisch-protestantischen Kirche an den Gustav-Adolf-Verein (Nr. 89) einzuleiten. Wir können dieser Angabe bestimmt widersprechen; weder ist hierzu bereits ein Anstoß gegeben, noch ist ein solcher Anschluß für die nächste Zukunft zu erwarten. Bei der Wendung, welche die Verhandlungen im Schooße des Gustav-Adolf-Vereins in der letzten Zeit genommen haben, scheint ein Anschluß der bairischen Protestanten im gegenwärtigen Augenblicke nicht einmal räthlich; wohl aber ist zu wünschen, daß der Hülfsverein, den die protestantische Kirche Baierns für sich zu errichten schon lange beabsichtigt — das Ministerium Abel hat die bereits entworfenen Statuten zu bestätigen gezaudert — baldmöglichst ins Leben trete. Ist dann die gegenwärtige Krisis innerhalb des Gustav-Adolf-Vereins beendet, so wird sich der Anschluß Baierns von selbst ergeben. Jedenfalls wird aber Gaben des Vereins an bedrängte Gemeinden jetzt der Zugang in Baiern nicht mehr verweigert, denn die neuen Minister sind nicht gesonnen, gleich ihren Vorgängern sich durch die Behauptung, der Gustav-Adolf-Verein verfolge communistische Tendenzen, vor aller Welt lächerlich zu machen."

◊**Von der Elster**, 12. April. Ein uns eben zu Gesicht gekommener Jahresbericht des Rathes der Kreisstadt Plauen, auf das Jahr 1845 bezüglich, erinnert uns, daß uns schon lange die Pflicht oblag, auch einiger anderer, aus derselben Stadt gekommener Berichte zu gedenken, die sich schon längere Zeit in unsern Händen befinden und sämmtlich einen schönen Beweis des hellen, einsichtsvollen und gemeinsinnigen Geistes geben, in welchem das Gemeinwesen Plauens geleitet wird. Wir können hier nicht in irgend eine Specialität eingehen, erwähnen aber im Allgemeinen, was uns von öffentlichen Documenten jener Stadt aus neuester Zeit vorliegt. Einer vorübergehenden Veranlassung, vor deren Erneuerung der Himmel bewahren möge, gehört der umfassende Rechenschaftsbericht der in Folge des Brandes vom 10. Sept. 1844 zusammengetretenen Hülfsdeputation an. Wir erwähnen nur kürzlich, daß damals und am 22. Nov. desselben Jahres 320 Gebäude abgebrannt und von diesem Unglück unmittelbar 1674 Personen betroffen waren. Der Gesammtschaden belief sich auf nahe an 473,000 Thlr. Von der Immobiliarversicherungskasse wurden etwas über 178,000 Thlr., von Mobiliarversicherungskassen etwas über 78,000 Thlr. ausgezahlt, 26,000 Thlr. der Stadtgemeinde vom Staate bewilligt, und nahe an 45,000 Thlr. gingen als Beiträge mildthätiger Theilnahme ein, sodaß sich die Hauptsumme aller Hülfe auf ziemlich 328,000 Thlr. stellte. Ueber die Grundsätze, welche bei Vertheilung dieser Hülfe, soweit es von der Hülfsdeputation abhing, befolgt worden, gibt jener Bericht sehr lichtvolle und anerkennenswerthe Auskunft. Ferner liegt uns der Jahresbericht der Armendeputation auf das Jahr 1845 vor, mit sehr genauen Nachrichten und Rechnungsübersichten. Dann eine Vorlage des Raths, die Haushaltsplane auf das Jahr 1846 betreffend, die allerdings ein bedeutendes, aber eben durch jene Brände verursachtes und durch eine Anleihe zu deckendes Deficit herausstellt. Aus dem Jahresberichte von 1845 ersieht man, daß sich die ältere Schuld seit 1844 um mehr als 4000 Thlr. vermindert hatte. Dieser Jahresbericht selbst gibt eine sehr umfassende Auskunft über Thätigkeit und Zustand dieses städtischen Gemeinwesens. Wir wünschten wohl, daß das in Plauen gegebene Beispiel auch anderwärts Nachahmung fände. Für Den, der in der Oeffentlichkeit des Gemeinwesens nicht blos eine momentane Erregung, sondern etwas nachhaltig Nützliches sucht, sind solche jährliche Zusammenstellungen weit dienlicher als die abgerissenen periodischen Nachrichten über einzelne Verhandlungen einzelner Behörden.

*Aus **Obersachsen**, 11. April. Wir müssen es dem leipziger Z-Correspondenten überlassen, seine Ansichten und Behauptungen dem Dr. Schaffrath gegenüber (Nr. 100) zu vertheidigen, erlauben uns aber über ein paar Punkte Bemerkungen, die vielleicht zur Verständigung beitragen. In Betreff der Organisation der Arbeit können wir an sich dem Z-Correspondenten nur vollkommen beistimmen, daß nämlich die Organisation der Arbeit, soweit sie eine natürliche, schon vorhanden, als künstliche Einrichtung aber noch nicht gefunden sei — auch wol nicht gefunden werden wird. Allerdings aber verstehen wir unter Organisation der Arbeit etwas Anderes, als Dr. Schaffrath darunter zu verstehen scheint, und glauben den allgemeinen Gebrauch dabei auf unserer Seite zu haben. Wir verstehen unter der auf natürlichem Wege, durch die organische Kraft des Lebens gebildeten Organisation der Arbeit die große Grundverfassung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitsgebern und Arbeitern in allen Fächern des Lebens. Sie beruht in unserer Culturweise auf den großen Grundsätzen des Eigenthumsrechts, des Erbrechts, der Wirthschaftsfreiheit und dem die Preise regelnden Gesetze von Nachfrage und Angebot. Unter dem Einflusse dieser Momente hat sich, wie das gesammte Wirthschaftsleben, so auch das Arbeiterverhältniß gestaltet. Alle unter dem Namen einer neuen Organisation der Arbeit aufgetauchten Vorschläge haben bis jetzt entweder eine gänzliche Aufhebung des Erbrechts und Eigenthums, eine durchgreifende wirthschaftliche Bevormundung und eine künstliche Regelung der Preise im Sinne des revolutionairen Maximums bezweckt, oder sich doch mehr oder minder starke Eingriffe nach dieser Seite hin verstattet und sind eben dadurch unmöglich geworden. Niemandem ist es noch in den Sinn gekommen, Bestimmungen wie die des Art. 111 des sächsischen Criminalgesetzbuchs für die bestehende Organisation der Arbeit auszugeben — sie sind ihr entgegen, sie sind im Geschmacke der künstlichen Eingriffe in diese, haben aber auch gar keinen staatswirthschaftlichen, sondern einen sehr triftigen polizeilichen Zweck —, aber Niemand wird auch unter den kleinen Verbesserungen einzelner Uebelstände bei einzelnen Arbeitsgattungen, auf die Dr. Schaffrath jetzt Bezug nimmt, eine bereits gefundene neue Organisation der Arbeit erkennen, und überzeugt sind wir, daß jeder derartige Versuch, der mit den eben bezeichneten Grundprincipien unsers Wirthschaftslebens im Widerspruche stände, weder ausführbar noch anders als verderblich sein würde.

Was die Capitalsteuer anlangt, so sind freilich die HH. Mathy und Bassermann, wie freisinnige Männer des „Fortschritts" sie auch zeither gewesen sein mögen, noch nicht als staatswirthschaftliche und finanzielle Autoritäten bekannt, am wenigsten als Solche, die das Urtheil von Männern wie v. Malchus, Rau und Hoffmann aufwiegen könnten. Auch haben jene Herren nur in der II. Kammer und auch da nur bei ihrer geschlossenen Partei gesiegt, sind aber in der I. Kammer besiegt worden. Indeß mögen wir den beiden streitenden Herren die Schrift empfehlen, welche Prof. Helfferich in Freiburg auf Anlaß jener Verhandlungen über die betreffende Frage geschrieben, und welche allerdings dieselbe mit ausgezeichneter Gründlichkeit erörtert. Ueber das Knie zu brechen ist sie jedenfalls nicht.

— Die hannoversche Stadt **Bockenem**, die 330 Häuser zählt, ist am 9. April bis auf einige Häuser abgebrannt.

— Die Sträflinge der Strafanstalt in **Freiburg** haben zum Besten der nothbedrängten Schwarzwälder eine Collecte eröffnet, welche die Summe von 83 Fl. 13 Kr. eingebracht hat. Der Vorstand der Anstalt veröffentlicht zum nähern Verständnisse des Vorganges folgendes Schreiben:

„Für zweckmäßig und gut habe ich erachtet, den Gefangenen der hiesigen Strafanstalt den Aufruf des Hrn. Professors Dr. Buß sowie jenen des Frhrn. v. Röder über die Noth der Schwarzwälder zu eröffnen; gerührt über so große Leiden, haben diese sich erboten, zur Unterstützung der Bedrängten auch ihr Scherflein beizutragen, und um Erlaubniß hierzu nachgesucht. Nachdem die Erlaubniß ertheilt worden war, haben die Gefangenen den Betrag von 83 Fl. 13 Kr. aus ihrem geringen Arbeitsverdienstheil mir zur Weiterbeförderung bestimmt, welche Summe dem wohllöblichen Comité ich anmit zusende und dabei bemerke, daß: a) die Gefangenen ohne alle Einwirkung der Hausgeistlichen, und b) ohne Unterschied der Religion (selbst den insitzenden Israeliten nicht ausgenommen) aus freiem Antriebe diese Gabe gespendet haben. Diese gewiß anzuerkennende Handlung der hiesigen Strafgefangenen mag den Beweis liefern, daß auch unter ihnen menschliche Herzen noch warm schlagen und Gefühle für das Schicksal Anderer obwalten, und dieselben daher nach geschehener Sühnung des beleidigten Gesetzes und der Gesellschaft durch Büßung der über sie verhängten Strafe bei der Rückkehr in ihre Heimat einer bessern Aufnahme und Unterstützung würdig sind, als ihnen solche öfters zu Theil wird. Um Verdächtigungen und Misdeutungen vorzubeugen, bitte ich das wohllöbliche Comité, dieses mein Schreiben durch die Freiburger Zeitung bekannt zu machen. Freiburg, 5. April 1847. Schmid."

— Aus **Hanau** vom 10. April schreibt man dem Frankfurter Journal: „Soeben wurden für hiesige Stadt der Obergerichtsanwalt Henkel zu Kassel und der Rentner Ziegler dahier zu Abgeordneten bei dem bevorstehenden Landtage gewählt."

— Aus **Frankfurt a. M.** vom 6. April schreibt man der Düsseldorfer Zeitung: „Das Gerücht, der Herzog von Nassau beabsichtige, ein morganatisches Ehebündniß einzugehen, hat auch in hiesigen Kreisen Eingang gefunden. Man fügt hinzu, eine höchst gestellte, dem Herzoge sehr nahe stehende Dame misbillige mit Hinsicht auf das Lebensglück des Herzogs und die ausgezeichneten Eigenschaften des näher bezeichneten jungen Frauenzimmers jenes Vorhaben keineswegs, zumal durch dessen Ausführung die directe Erbfolge in der Walram'schen Linie des Hauses Nassau keine Gefahr laufe, vielmehr durch die Brüder des Herzogs, die Prinzen Moritz und Nikolaus, hinlänglich gesichert sei."

** **Hamburg**, 10. April. Zu den vielen Calamitäten dieses bösen Winters ist gestern noch ein drohendes Hochwasser gekommen, welches während eines wüthenden Regensturmes von 6—11 Uhr Abends stieg und mancherlei Schaden angerichtet hat. Der schlimmste gewöhnliche Nachtheil bestand schon darin, daß die Quartiere des niedern Stadttheils geräumt werden mußten, was in dieser Jahreszeit und bei solchem Unwetter für die Betroffenen ein sehr böses Uebel ist. Bei dieser Gelegenheit konnte man abermals philanthropische Betrachtungen über die inhumanen Kellerwohnungen anstellen, in denen ein großer Theil hiesiger Bevölkerung ein trauriges, durch jedes Hochwasser bedrohtes Dasein führt. Daß diese an und für sich scheußlichen unterirdischen Wohnungen selbst in den der Ueberschwemmung ausgesetzten Stadttheilen so häufig sind, gereicht unserer Stadt zum schweren Vorwurf, dessen Strenge sich steigert, wenn man die verschwenderische Pracht des Neubaues betrachtet, während geradezu gar nichts geschieht, um die alte Stadt aus ihrem Schmuze zu retten. Während der Wassersnoth brach in dem bedrohten Stadttheil auch ein ziemlich bedeutendes Feuer aus.

Der hiesige neue Bürgerverein entwickelt eine Thätigkeit wie kaum ein anderer ähnlicher Verein in Deutschland. Zunächst berücksichtigt er das nächste und dringendste Lebensbedürfniß des Volks und arbeitet daran, wohlfeileres Brot zu schaffen. Eine desfallsige Petition an den Senat wurde zwar abgewiesen; aber der Verein ließ sich nicht abschrecken, unternahm genaue Ermittelungen über hiesige und benachbarte Broterzeugung, gewann dadurch die factische Gewißheit, daß bedeutend billigeres Brot geliefert werden könne, und trug seine Erfahrungen abermals dem Senate vor. Durch Drucklegung der Petition wurde die Macht der Oeffentlichkeit zu Hülfe gerufen. Der Verein hat auch ein neues Hamburger Bürgerblatt gegründet, welches der Kritik der bestehenden Zustände gewidmet ist. Es deckt vorzüglich eine schwache Schattenseite des hiesigen Lebens, die öffentliche Unsittlichkeit, rücksichtslos auf.

Vier Professoren des akademischen als überflüssig verurtheilten Gymnasiums haben einen ehrenhaften Schritt gethan, indem sie öffentlich zugestehen, daß die Anstalt als Das, was sie der Stiftung nach sein soll, nämlich eine Mittelanstalt zwischen Schule und Universität, ihren Zweck nicht erreiche, vielmehr gänzlich verfehle, und deshalb die Behörde zu einer Reform aufrufen, für welche sie einen Fingerzeig darin sehen, daß zwar keine immatriculirten Studenten, wohl aber Hunderte von freien Zuhörern die öffentlichen Vorträge einiger Professoren besuchen. Da aber dies wirklich nur bei den Geschichtsvorlesungen der Fall ist, so entsteht die sehr bedenkliche Frage, ob dadurch das Fortbestehen einer so kostspieligen Anstalt überhaupt gerechtfertigt werden könne.

Die deutsch-katholische Gemeinde hat in allgemeiner Versammlung ein Treuschreiben an Johannes Ronge und zugleich eine Aufforderung an die preußischen Gemeinden erlassen, sich für den in Haft genommenen Prediger beim König zu verwenden.

Preußen.

Berlin, 12. April. Die heutige, um 9 Uhr früh anberaumte erste Plenarsitzung des Vereinigten Landtags eröffnete der Marschall Fürst zu Solms-Hohen-Solms-Lich mit einer kurzen Anrede und proclamirte sodann die von ihm im Einvernehmen der Dreistände-Curie ernannten Secretaire, von denen zwei sogleich in Function traten. Demnächst überreichte der königl. Commissar das Hauptpropositionsdecret, welches mit den beiliegenden Specialpropositionen verlesen wurde, worauf der Marschall die zu der vorbereitenden Begutachtung bestimmten Abtheilungen ernannte. Sodann erbat sich der Deputirte Graf v. Schwerin das Wort und beantragte die Entwerfung einer Dankadresse. Da dieser Antrag auf Befragen des Marschalls eine sehr große Majorität fand, so ward zur Entwerfung der Adresse eine Abtheilung unter dem Vorsitze des Grafen Solms-Baruth ernannt. Hierauf ward die Frage gestellt, ob die Versammlung von der durch §. 24 des Geschäftsreglements ertheilten Befugniß zur Veröffentlichung ihrer Verhandlungen Gebrauch machen wolle. Diese Frage ward nach kurzer Debatte ohne Abstimmung beinahe einmüthig bejaht. Ein Antrag des Deputirten Hansemann, daß der Marschall gleich eine Deputation ernennen möge, um jenes Reglement einer Prüfung zu unterwerfen und diejenigen Wünsche auf dessen Abänderung, welche sich dabei ergeben möchten, zur Beschlußnahme der Versammlung vorzubereiten, wurde auf die Bemerkung, daß dergleichen Wünsche nur auf dem durch das Reglement vorgeschriebenen Wege der Petition vorgebracht werden könnten, nach kurzer Debatte durch Verweisung auf diesen Weg beseitigt, indem jedoch der Marschall die möglichste Beschleunigung der etwa anzubringenden dahin zielenden Anträge zusicherte. Nach diesen Verhandlungen wurde die Plenarversammlung geschlossen und verließen die Mitglieder der Herrencurie den Saal, während die Abgeordneten der drei Stände ihre Plätze behielten. Der Marschall dieser Curie, Oberstlieutenant v. Rochow, richtete nun auch seinerseits eine kurze Antrittsrede an dieselbe, empfing dann aus den Händen des königl. Commissars die zur Berathung der abgesonderten Curien bestimmten königl. Propositionen und proclamirte die zu deren Vorberathung bestimmten Ausschüsse, womit die heutige Sitzung geschlossen wurde.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern gnädigsten Gruß und lassen denselben hierbei zugehen: 1) unsere Allerhöchste Proposition wegen der Gesetz-Entwürfe, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, die Beschränkung der Klassensteuer und die Einführung einer Einkommensteuer; 2) unsere Königliche Botschaft wegen einer aus dem Eisenbahnfonds zu verzinsenden und zu amortisirenden Anleihe zur Ausführung der großen preußischen Ostbahn; 3) unsere Königliche Botschaft, wegen Uebernahme der Garantie des Staats für die zur Ablösung der Reallasten von bäuerlichen Grundstücken zu errichtenden Rentenbanken; 4) unsere Königliche Botschaft, wegen Errichtung von Provinzial-Hülfskassen in sämmtlichen Provinzen unserer Monarchie, und zinsfreier Ueberweisung der dazu nöthigen Fonds aus Staatskassen. Außerdem legen wir 5) nach Vorschrift des §. 11 der Verordnung vom 3. Februar d. J. unsern getreuen Ständen zu ihrer Information hiermit den Haupt-Finanz-Etat für das Jahr 1847 (s. d. Beil.) und eine Uebersicht der Finanzverwaltung vor. Letztere haben wir aus Allerhöchsteigner Bewegung auf den ganzen Zeitraum unserer Regierung ausdehnen lassen, um unsern getreuen Ständen die Ueberzeugung zu gewähren, daß es unsern auf die Wohlfahrt und den Flor des Landes gerichteten Bestrebungen gelungen ist, ungeachtet der bedeutenden Unterstützungen, welche in den letzten Jahren mehren Provinzen wegen außerordentlicher Unglücksfälle haben zugewendet werden müssen, größere Summen, als in frühern Perioden, für Communications-Mittel aller Art und Landes-Verbesserungen zu verwenden, und dennoch nicht nur die Finanzen stets in geordnetem Zustande zu erhalten, sondern auch das in den Staatsschatz niedergelegte Reservecapital ansehnlich zu vermehren, wie sich letzteres aus der angeschlossenen, von unserm Schatzminister aufgestellten Denkschrift über die Verwaltung des Staatsschatzes ergibt. Wir haben die Dauer des Vereinigten Landtags auf 8 Wochen festgesetzt und verbleiben unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Berlin, den 11. April 1847. (Ges.) Friedrich Wilhelm. von Boyen. Mühler. von Rother. Eichhorn. von Thiele. von Bodelschwingh. Uhden. An die zum Vereinigten Landtage versammelten Stände. (A. Pr. Z.)

0 **Berlin**, 10. April. Endlich ist das längst erwartete Patent erschienen (Nr. 100), welches aus den Verhandlungen des Staatsraths über die kirchlichen Verhältnisse der Dissidenten hervorgegangen. Es trägt das Datum des 30. März. Obgleich die Verordnung nur zwei Punkte enthält, welche einen bestimmten Anhalt für die Regelung der Dissidentenverhältnisse gewähren, so ist doch die Freude über das Erlangte allgemein. Die noch zu erwartenden Ministerialrescripte werden nun das Nähere feststehen, während die königl. Verordnung wie im ersten Falle nur das Hauptprincip ausgesprochen, welches für die Beurtheilung der neuen Gemeinden bindend sein wird. Die von dem Landesherrn beliebte Auslegung der betreffenden Gesetze, welche der Staatsrath zusammengestellt hat, ist, wie nicht zu verkennen, eine der redlichen und selbständigen Gesinnung vollkommen würdige. Das preußische Landrecht ist bekanntlich aus einer Zeit, wo der freie Gedanke sich einen Ausdruck geben durfte, und die Bestimmungen, welche darin niedergelegt sind, tragen in Rücksicht der Kirche sämmtlich das Gepräge, die Autonomie der Gemeinden zu sichern und dem kirchlichen Leben offenen Raum zu geben. Es kommt also nur darauf an, daß eine wohlwollende Auslegung der Gesetze stattfindet, um sie für die heutigen Verhältnisse vollkommen anwendbar zu machen.

Diese ist gegeben, indem der König ausdrücklich seinem Patente hinzugefügt hat, daß er die Gesetze nicht engherzig aufgefaßt wissen wolle, daß die bürgerlichen Rechte, Aemter und Würden von dem Bekenntnisse zu den historisch-berechtigten Kirchenparteien nicht abhängig gemacht werden sollen, daß überhaupt das Bekenntniß nur in Rücksicht genommen werde bei solchen öffentlichen Stellungen, wo dasselbe von unmittelbarem Einflusse sei. Die Hauptsache, welche das Patent uns bringt, ist aber unverkennbar die Verweisung der kirchlichen Amtshandlungen der Dissidenten, welche auf das bürgerliche Leben Bezug haben, an den weltlichen Richter. Er soll die Trauungen beglaubigen, die Taufen und Sterbefälle verzeichnen. Die Geistlichen werden dieser Last überhoben. Es ist hiermit gerade Das gewährt, um was die deutsch-katholischen Gemeinden, welche sich der activen oder passiven Assistenz protestantischer Geistlichen bei den durch den eignen Pfarrer zu vollziehenden kirchlichen Handlungen nicht unterwerfen wollen, den Staat gebeten haben.

Wer sähe in diesem Anfange nicht den ersten Schritt zu einer Civilehe? Jedenfalls hat der Sache der Dissidenten in Preußen sich nun ein viel weiteres Feld eröffnet als bisher. Sie werden das Gebotene freudig annehmen, den etwanigen Einschränkungen, welche die Ministerialreskripte noch bringen können, die aber doch nicht direct dem königlichen Willen zuwiderlaufen werden, gern sich fügen und, so viel an ihnen ist, die Consequenzen des gethanen Schrittes herbeiführen, vertheidigen und benutzen. Allmälig wird das Civilinstitut in weitere Kreise dringen, ähnlich wie die neuesten preußischen Verordnungen im Justizwesen schon in wenigen Monaten eine Erweiterung und Vervollständigung nöthig gemacht haben. Zum Theil wundert man sich darüber, daß die Emanation des Patents unmittelbar vor der Eröffnung des Vereinigten Landtags eintritt. Wer nicht nach hämischen Erklärungsgründen lüstern ist, der wird sich bei der Vermuthung beruhigen, daß der König eine öffentliche Discussion unter mehr als 600 Personen, welchen die kirchlichen Verhältnisse zum Theil fremd sind, habe vermeiden und ein Hin- und Herzerlegen von Fragen, deren ruhige Erledigung die wünschenswertheste und heilsamste ist und an denen sich leicht der Trotz wie der Ehrgeiz vergreifen kann, abschneiden wollen.

5 **Königsberg**, 10. April. Der Rausch ist verflogen, den die Freude, die Maßregeln der Polizei besiegt zu haben, anfangs hervorgerufen hatte, und mit Bedauern und mit Furcht vor den bedenklichen Folgen blicken die Anhänger Rupp's in die Zukunft. Jedenfalls ist es traurig, daß ein solcher Eclat eintreten mußte. — Justizcommissar Crelinger, der bekanntlich eine Versetzung nach Templin erfahren, und für den der Verstand der Kaufmannschaft höhern Orts eine Petition seines Hierbleibens wegen eingereicht hat, hat in diesen Tagen vom Justizminister ein Schreiben erhalten, binnen 24 Stunden nach seinem Bestimmungsort abzugehen. Crelinger hat in Folge dessen sein Amt aufgegeben und nur gebeten, daß man ihn bis zum 1. Jul. in seinen Functionen belasse, damit er die Angelegenheiten seiner Mandanten ordnen und zu Ende führen könne. Wie man hört, wird er dann als Syndikus bei der Feuerversicherungsgesellschaft Borussia verbleiben.

— Die Rittergutsbesitzer des Kreises **Neisse** haben auf Verlangen des Grafen Eduard v. Reichenbach ein Ehrengericht abgehalten, und den Grafen trotzdem, daß er wegen Verbreitung eines Heinze'schen Buchs in Anklagestand versetzt sei, einstimmig für unbescholten erklärt. (N. C.)

— Aus **Koblenz** vom 10. April berichtet die Rhein- und Moselzeitung: „Heute Morgen nahm am hiesigen Landgerichte die Verhandlung in der Untersuchungssache gegen Dronke wegen der demselben zur Last gelegten Majestätsbeleidigung, frechen und unehrerbietigen Tadels der Gesetze und Beleidigung des Polizeidirectors Duncker in Beziehung auf sein Amt ihren Anfang. Schon vor Beginn der Sitzung waren die Thüren geschlossen oder vielmehr nicht geöffnet worden. Vom öffentlichen Ministerium soll das Urtel dahin gestellt werden sein, daß die Connexität der beiden Vergehen eine Trennung des gerichtlichen Verfahrens (auf welche Dronke's Vertheidiger angetragen hatte) keineswegs zulasse, indem die Verhandlung über das eine Vergehen nothwendig an jene über das andere Vergehen hinüberstreife."

— Die Trauung des Fürsten v. Hatzfeld mit der geschiedenen Frau v. Buch ist am 6. April zu Jäschkowitz unweit Breslau durch einen evangelischen Geistlichen vollzogen worden.

Oesterreich.

* **Aus Siebenbürgen**, 28. März. Die Pferdezucht ist hier in stetem Zunehmen und ist eigentlich jetzt der einzige Gegenstand der Ausfuhr nebst dem reichlich aus den hiesigen Bergen gezogenen Golde; denn die Regierung kauft für die Reiterei alle hier tauglich befundenen Pferde auf, sodaß jeder Pferdezüchter auf sichern Absatz rechnen kann, indem 100 bis 140 Gulden als fester Preis bezahlt werden. Die hiesige Race ist in ganz Europa als schön und feurig bekannt; sie stammt besonders aus der Zeit der türkischen Oberherrschaft über dieses Hochland, wo sie sich durch turkomanische Race veredelte, nachdem schon die dacischen Renner bei den Römern bekannt gewesen waren. Nachdem Siebenbürgen, besonders durch den Einfluß des bedeutenden Magnaten Grafen Teleki, sich 1692 dem österreichischen Hause unterworfen hatte, fing man an, die hiesigen Pferde durch spanische Hengste zu verbessern, um eine größere Race zu erzielen, und diese nennt man jetzt die reine siebenbürger Race. Seit ein paar Jahrzehenden aber hat man angefangen, englisches Vollblut einzuführen. Andere aber ziehen dennoch vor, ihre Pferdezucht durch reine arabische Pferde zu verbessern. In dieser Beziehung zeichnet sich vor Allen der Graf Franz Teleki auf Scharenberg an der Marosch, unsern Vasarhely (dem Sitze des siebenbürgischen Appellationsgerichts) aus. Er hatte bereits von seinem Vater, dem ehemaligen siebenbürgischen Hofkanzler, ein bedeutendes Gestüt geerbt, war lange Cavallerieoffizier gewesen, hatte eine sehr sorgfältige Erziehung genossen und mit Nutzen die Welt gesehen. Er ließ bei seinem bedeutenden, mit weiser Ordnung verwalteten Vermögen Pferde aus Arabien kommen, und besitzt jetzt Nachkommen von dem berühmten Emir des Königs von Württemberg, von Tojar und Hunnyadi. Seit er aber arabische Stuten aus der Wüste hat kommen lassen, besitzt er schon gegen 20 arabische Vollblutpferde, welche bis 1000 Dukaten das Stück bezahlt werden, da sich seine Pferde außer ihrem reinen orientalischen Typus durch Sanftheit auszeichnen; dabei hat die gute Pflege den besten Einfluß auf ihr Wachsthum, und man sieht selten so große Araber. Es macht einen guten Eindruck, daß seine Pferde nie Decken erhalten, sodaß sie um so dauerhafter werden und er nie einen Thierarzt braucht, obwol er selbst absolvirter Veterinair ist, denn er hat stets ernste Beschäftigung geliebt. Lange bei dem Ingenieurcorps angestellt und mit der Triangulirung der Karpaten beschäftigt, ist er ein bedeutender Baukünstler geworden und hat als solcher sich eine große Reitbahn mit einem langen Dache gebaut, wie sie manche Residenz für ihre Gardecavalerie so groß nicht besitzt. Er ist eben mit dem Plane beschäftigt, nach welchem eine Actiengesellschaft in Klausenburg eine 78 Fuß breite Reitbahn bauen lassen will; sie erhält ein Hängewerk mit liegendem Dachstuhle, wogegen die eigne Reitbahn des Grafen Teleki in Scharenberg ein Bogendach hat. Bei seinen Kenntnissen im Baufache wird seine Thätigkeit und Gefälligkeit im ganzen Lande in Anspruch genommen, und selbst Staatsbauten sind nach seinen Plänen ausgeführt worden. Er befindet sich nicht nur im Besitze der besten Instrumente, als Theodoliten, Sextanten ꝛc., sondern hat auch selbst ein Instrument erfunden, um die Sonnenhöhe auf eine einfache Weise zu beobachten, sodaß man sich desselben als eines compendiösen Theodoliten bedienen kann, und es wird auf der Sternwarte in Wien benutzt. Die Beschreibung desselben hat der Graf Teleki mit seinem Namen im Jahr 1816 in Wien unter dem Titel: „Die Spiegelscheibe", herausgegeben. Doch der viel rechnende Mathematiker und Architekt ist nicht zum bloßen Zahlenmenschen geworden: das Leben in und mit der Natur, in der Mitte einer liebenswürdigen Familie und ein reines sittliches Gefühl hat ihn zum glücklichen deutschen Dichter gemacht. Tief empfunden sind seine lyrischen Gedichte und trefflich auch seine Dichtungen komischen Inhalts. Ein paar Proben davon sind unter dem Titel: „Stunden der Muße", ohne seinen Namen vor einigen Jahren in Arolsen herausgegeben worden, dort ist nämlich eine seiner Töchter an den Prinzen Hermann von Waldeck verheirathet. Man erkennt in diesen Gedichten den in der Welt gereiften Mann, der aber tiefes Gefühl beibehalten hat. Jede Zeile versetzt den Leser in gute Gesellschaft, was man nicht bei allen deutschen Dichtern sagen kann. Daß hier das Gemüth aber nicht blos in Worten sich Luft macht, sondern auch zur That wird, kann man daraus abnehmen, daß in Scharenberg die beste Dorfschule in Siebenbürgen ist, die ganz auf Kosten dieses patriarchalischen Gutsherrn gehalten wird. Die Wirkung derselben ist sichtbar an der Ordnung und Reinlichkeit der Bauern, der Sittlichkeit der Bauerkinder und dem Wohlstande der Bauern, denn schon mit drei Jahren bitten die Kinder, in die Schule zugelassen zu werden. Hier klagt die Herrschaft nicht, daß die Bauern die schlechtesten sind, welche lesen und schreiben können, welche Klage man so oft hört. Freilich kann ein solches Beispiel patriarchalischer Verfassung zwar der Humanität sehr wohl thun, da es aber von allen Böswilligen zum Vorwande gegen die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse auf dem Landtage gebraucht wird, so schadet dies dem Ganzen. Denn unter den bestehenden Verhältnissen gehört es zu den Utopien, sich dies allgemein ausgeführt zu denken.

Portugal.

Der Times schreibt man vom 31. März aus **Lissabon**, daß es keine Behörde daselbst gebe, bei der nicht ein Beamter in regelmäßiger Correspondenz mit den Insurgenten stehe, das Kriegsministerium nicht ausgenommen. Die Generale der Königin hemmen die Sache derselben durch ihre Uneinigkeit und Eifersucht, die Cazal und Vinhaes abhält, irgend im wahren Einverständniß zu handeln. Schwalbach ist wieder neidisch gegen Beide, weil sie Grafen geworden sind, und thut deshalb in Alemtejo so gut wie nichts gegen die Insurgenten. Diese kamen unlängst von Portalegre nach Castello de Vide und plünderten mehre Häuser, kehrten auch unangefochten mit ihrem Raube nach Portalegre zurück. Aus Funchal auf Madeira ist die Nachricht eingetroffen, daß dort das gemeine Volk des Finanzministers Grafen Tojal Haus anzünden wollte, weil ein Gerücht verbreitet worden war, er habe die Insel für 6 Mill. an England verkauft. Die revolutionaire Junta von St. Michael soll andererseits aus eignem Antriebe sich haben an England ergeben wollen, was natürlich abgewiesen wurde.

— In einer Mittheilung aus **Oporto** heißt es: „Seit 1833 sind die Leute hier so sehr mit Verbesserung und Herstellung ihrer Constitution beschäftigt gewesen, daß sie an die Verbesserung des Straßenpflasters nicht kommen konnten. Dieser Tage habe ich mit dem Fuße an denselben Steinhaufen gestoßen, über den ich vor 14 Jahren stolperte, und mit die Stiefeln in denselben Straßentümpeln beschmutzt, durch welche ich zu jener längst vergangenen Zeit wandern mußte. Jene tief ausgefahrenen Wagengleise, welche bei Dom Pedro's Landung so auffielen, sind heute noch vorhanden, und das schöne Geschlecht kann man immer noch in von Ochsen gezogenen Wagen umher fahren sehen. Englische Damen ziehen es daher vor, zu Gesellschaft und Ball zu reiten, weil die Toilette dabei weniger als bei einer Fahrt mit solchem gehörnten Vorspann leidet."

— Ueber die Absichten der Expedition der Insurgenten, die unter Sa da Bandeira am 29. März von Oporto ausgelaufen ist, sind die Nachrichten sehr verschieden. Nach dem Daily News ist dieselbe vor Lissabon in südlicher Richtung vorbeigekommen. Dem Morning Chronicle zufolge hätte der Insurgentengeneral Graf Mello sich mit Maldonado und Estevao vereinigt und am 27. März mit 3000 M., 257 Pferden und 6 Kanonen Megum am Tejo, wenige Meilen von Santarem, besetzt und erwarte dort Sa da Bandeira, der bei Sines landen wolle. In Lissabon war dagegen am 31. März das Gerücht verbreitet, der Letztere habe sich des ansehnlichen Hafens Peniche nach einem hitzigen Treffen mit den königl. Truppen dort, deren Befehlshaber gefallen sei, bemächtigt.

— Die Infantin Anna de Jesus Maria, Tante der Königin und vermählt mit dem Herzoge v. Loulé, ist von Cadix in Lissabon angekommen. Der bisherige dänische Geschäftsträger Graf v. Luckner hat Portugal mit dem letzten britischen Packetschiffe verlassen.

Spanien.

Die Königin hat am Gründonnerstage die althergebrachte Hoffeierlichkeit der Bedienung zwölf bejahrter Frauen, die gespeist werden, der König gleichzeitig an einem mit zwölf alten und armen Männern besetzten Tische abgehalten. Die Königin trug dabei den als Brautgabe von ihrem Gemahl erhaltenen kostbaren Perlenschmuck. Am Charfreitage, wo alljährlich Begnadigungen stattfinden, hat die Königin diesmal fünf zum Tode Verurtheilte begnadigt.

— Die Gaceta de Madrid vom 4. April enthält das Protokoll einer unter dem Vorsitze der Königin am 30. März über Hrn. Olozaga's von Bayonne vom 27. März datirtes Gesuch um Aufhebung der gegen ihn angeordneten außerordentlichen Maßregeln gehaltenen Sitzung des Ministerraths. Die Königin hatte bereits ihre Bewilligung an dem Rande des Gesuches bemerkt und verordnete im Ministerrathe die Ausfertigung eines entsprechenden, bereits veröffentlichten Decrets. In diesem ist ausgesprochen, daß die Königin, was an ihr sei, zur Versöhnung aller Spanier beizutragen wünsche und ihnen mit dem Beispiele großmüthigen Vergebens und Vergessens vorangehe, daher gegen Männer von keiner Partei Unwillen hegen und nähren wolle. In Folge dessen werde denn Don Salustiano de Olozaga aller und jeder Verantwortung wegen der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen für alle Zeit ledig erklärt und diese königliche Willensmeinung soll dem Senat und dem Congreß eröffnet, Hrn. Olozaga auch sofort der nöthige Paß ertheilt werden, um seiner Pflicht als Deputirter genügen zu können. Das Protokoll ist von sämmtlichen Ministern unterzeichnet, das Decret von Hrn. Pacheco contrasignirt.

Großbritannien.

London, 8. April.

Das Oberkammerherrnamt macht bekannt, daß die Königin am 15. April und am 27. Mai zur Feier ihres Geburtstages (der eigentlich auf den 24. Mai fällt) Drawing Rooms oder großen Gala-Empfang halten werde.

— Für die Sache der Königin von Portugal ist es ein Glück, bemerkt die Times, daß aus den Reihen der Insurgenten kein Führer von überwiegender Fähigkeit und Entschlossenheit hervorgegangen ist. Die Mittelmäßigkeit war auf beiden Seiten dieselbe, der Mangel an Hülfsmitteln gleich und eben so der an Befähigungen, welche jene zuweilen ersetzen. So hat der Hader sich denn hingezogen und vermuthlich wird der Streit weit eher durch Thorheit und Fehlgriffe eines der beiden Theile zu Ende gehen als durch Kraft und nachdrückliches Handeln eines von Beiden. Marschall Saldanha hat offenbar nach der Affaire von Torres Vedras die glückliche Benutzung des errungenen Vortheils nicht bewirkt, und die Insurgenten in Oporto, müde der Erwartung eines Angriffs, welcher nicht erfolgt, scheinen eine Landung bei Lissabon vorzuhaben. Indessen vermuthen wir, daß die schleunige Absendung einer ansehnlichen Abtheilung britischer Marinetruppen von Portsmouth den Willen unserer Regierung ankündigt, den portugiesischen Hof gegen einen Handstreich der Insurgenten sicherzustellen und eine Stellung einzunehmen, welche der Vermittelung des britischen Ministeriums eine bestimmtere Form geben dürfte.

— Aus **Portsmouth** wird gemeldet, daß das Linienschiff St. Vincent, dessen Ausrüstung zum Dienste dort eilig betrieben wird, bereits aus dem Dock herausgelangt ist. Auch die königl. Dampfjacht Victoria and Albert ist in Ausrüstung begriffen. Das neue Bassin für Dampfschiffe, eine glänzende Erweiterung dieses Kriegshafens, schreitet seiner Vollendung rasch entgegen; 1200 Arbeiter sind fortwährend beschäftigt. Die dazu gehörenden Werkstätte werden ein 685 Fuß langes Gebäude einnehmen. Gestern besichtigte der türkische Artilleriegeneral Halil-Pascha und der Capitain Osman-Bey, welcher kürzlich mit einer Anzahl junger Türken angekommen ist, die in England ihre Bildung erhalten sollen, die königl. Marineanstalten und den Hafen.

— Von der Verwaltung der Nationalschuld wird unterm 6. April bekannt gemacht, daß den bestehenden Gesetzen gemäß der vierte Theil des am 5. Jan. 1847 beim Abschlusse des Finanzjahres vorhanden gewesenen wirklichen Ueberschusses von 2,846,307 Pf. St. mit 711,567 Pf. St. zum Rückkaufe von Staatsschuld- und Schatzkammerscheinen nebst den zu gleichen Zwecken durch Schenkung und Stiftung bei der erwähnten Verwaltung vorhandenen Mitteln von 1350 Pf. St. vom 7. April bis 15. Jul. verwendet werden sollen.

— In der Wochenversammlung des Repealvereins zu Dublin am 5. April, die wieder sehr wenig zahlreich war, kam John O'Connell von neuem auf die Aussöhnung mit dem jungen Irland zurück und erklärte, daß er sich nöthigenfalls im Interesse derselben und wenn er ein Hinderniß derselben sein sollte, vom Vereine zurückzuziehen bereit erkläre. An Repealrente kamen 25 Pf. St. ein.

— In **Dublin** ist am 5. April die erste Soyer'sche Suppenanstalt auf der Esplanade vor den Kasernen eröffnet worden. Sie befindet sich in einem dazu errichteten hölzernen Gebäude von 40 Fuß Länge und 30 Fuß Breite, welches einen einzigen Raum umschließt, wo Zubereitung, Vertheilung und Genuß der Suppe vor sich gehen. Ein auf Räder gesetzter Dampfkessel mit Heizung nimmt die Mitte ein, von wo aus durch in Röhren hingeleiteten Dampf die Kochgefäße, die ringsum vertheilt sind, erhitzt werden. Die Empfänger treten von einer Seite in die Anstalt ein und verlassen sie auf der andern, wo ihnen noch eine Bretportion eingehändigt wird. Der Lordlieutenant, Prinz George von Cambridge, der irische Lordkanzler und viele andere angesehene Herren und Ladies nahmen kurz vor Beginn der Vertheilung die Anstalt in Augenschein und kosteten die verschiedenen Suppen. Kaum hatten sie auf ein mit der Glocke gegebenes Zeichen den bereits harrenden Armen Platz gemacht, als diese einige Augenblicke nachher im grellsten Contraste zu der wohlgenährten und glänzenden Versammlung die Stelle derselben einnahmen.

— Die Nachricht vom Untergange des westindischen Postdampfschiffs Tweed (Nr. 102) ist durch das in Southampton angelangte Postdampfschiff Avon leider bestätigt worden; 31 Reisende und 41 Mann von der Bemannung sind dabei umgekommen, 29 Reisende aber und dabei auch ein Deutscher mit Namen F. Probst, sowie 50 von der Mannschaft sind gerettet worden. Das Schiff hatte für 18,000 Pf. St. Quecksilber am Bord. Bei heftigem Nordwind und hoher See stieß der Tweed, welchen die Strömung auf 30 Meilen aus dem Curse getrieben hatte, am 12. Febr. Nachmittags, nachdem die Maschine bereits angehalten worden, auf die Alacrans mit solcher Gewalt, daß die Maschine zerbrach und eine halbe Stunde später nur noch ein Wrack war. Die Schiffbrüchigen mußten fünf Tage und Nächte darauf aushalten, ehe ein nach dem 100 Meilen entfernten Sisal abgesendetes Boot mit 8 M. von dort eine spanische Brigg zu Hülfe schicken konnte, welche die am Leben Gebliebenen abholte.

— Die Abwesenheit des französischen Gesandten Grafen Ste.-Aulaire wird dem Morning Chronicle zufolge nur etwa 14 Tage dauern und am 1. Mai wird von ihm noch das herkömmliche Fest zu Ehren des königlichen Geburtstags gegeben werden. Bald nachher werde jedoch der Graf um eine Audienz bei der Königin ansuchen und dann von seinem Posten nach Frankreich zurückkehren. Man erwartet deshalb, daß seine Gemahlin mit ihm von Paris ankommen werde, um sich ebenfalls bei der königlichen Familie schließlich zu beurlauben.

Frankreich.

Paris, 9. April.

In der Deputirtenkammer fand gestern die Verlesung des Rémusat'schen Vorschlags über die Incompatibilitäten statt und die Begründung desselben ward zum 15. April angesetzt. Hr. Donatien Marquis rügte, daß der seit acht Tagen schon übergebene Gesetzentwurf wegen der Douane noch nicht vertheilt und zur Prüfung in den Bureaux gelangt sei, und verlangte Beschleunigung. Die Kammer votirte den Gesetzentwurf wegen Autorisation der Regierung auf andere zehn Jahre zur Ueberlassung mit Unrecht in Besitz genommener Bodenantheile von Domainen mit 227 gegen 5 Stimmen. Ein Gesetzentwurf über 162,100 Fr. zur Erwerbung mehrer wissenschaftlichen Sammlungen: z. B. zu einem Museum der vergleichenden Anatomie für die medicinische Facultät in Paris 40,000 Fr., für das Cabinet anatomischer Wachspräparate Hrn. Dupont's 20,000 Fr., für eine Conchyliensammlung des Hrn. Reissy 18,000 Fr., für Hrn. Bravard's paläontologische Sammlung der Auvergne 16,000 Fr., für Hrn. Cartet's Sammlung fossiler Knochen aus den Gers-, Oberpyrenäen- und Obergarennedepartements 30,000 Fr. und einige weniger kostbare Acqui-

sitionen, beschäftigte die Kammer während der übrigen Sitzung, konnte aber, weil dieselbe nicht mehr vollständig war, nicht votirt werden.

— Hr. Garnier-Pagès hat ein Amendement zu dem Gesetzentwurf über Autorisation der Bank zur Ausgabe von 250-Fr.-Noten an das Bureau der Deputirtenkammer eingereicht. Dasselbe besagt: 1) Da das Capital der Bank unveräußerlich ist und zu andern als in den Gesetzen und Statuten des Instituts angegebenen Operationen nicht verwendet werden darf, kann es nicht in Staatsrenten angelegt werden. Der Reservefonds bleibt der bisherigen Art der Verwaltung unterworfen. 2) Der Gesammtbetrag der von der Bank ausgegebenen Noten darf in keinem Falle den vierfachen Betrag des Gesellschaftscapitals übersteigen.

— Der Pair Graf de Montguyon ist am 7. April nach langer Krankheit gestorben. Er war Kammerherr bei Napoleon, nahm 1830 als Mitglied der Deputirtenkammer für Beauvais an allen Vorgängen der Julitage Antheil und wurde nachher zum Pair ernannt.

— Nach dem Akhbar von Algier hat der Marschall Bugeaud einen Rückfall seines Unwohlseins erlitten, und seine Abreise nach Frankreich wäre von neuem behindert. Möglich, daß die ungünstigen Aussichten für seine militairischen Colonisationsplane ihn ebenfalls zurückhalten. In Paris erzählte man übrigens seit einigen Tagen, daß der Marschall demnächst werde in die Pairskammer versetzt werden.

** **Paris**, 9. April. Die Zulassung der Nothlüge, sagte Fichte, ist selbst nur eine Nothlüge: ein Satz, der bei unserer auf die Spitze getriebenen Verfeinerung der Civilisation vielleicht geistreicher als richtig ist; hingegen dürfte dieselbe Formel, auf die sogenannte parlamentarische Unverträglichkeit angewendet, den richtigern als geistreichen Satz geben: diese Unverträglichkeit ist mit den obwaltenden Umständen nichts als eine Unverträglichkeit, d. h. so lange das bestehende Wahlsystem aufrechterhalten bleibt, oder vielmehr, so lange die Wahlen in Wahlbezirken und nicht in den Departements vorgenommen werden, ist jeder Vorschlag einer parlamentarischen Reform schlechterdings unmächtig, jenen Uebelstand zu entfernen, den die zahllosen Reformateren, die sich dieses Ziel gesetzt, zu beseitigen die Absicht haben. Diese Behauptung dürfte paradox scheinen, ist aber nichtsdestoweniger mathematisch richtig. Man hält es für einen in der Gegenwart und mehr noch für die Zukunft bedenklichen Uebelstand, daß in der Kammer eine bedeutende Anzahl Deputirter sitzen, die zugleich besoldete Beamte sind, und meint, daß dieselben von vorn herein nicht parlamentarisch unabhängig sein können, da sie rücksichtlich ihrer Beförderung von dem Cabinet abhängen und deswegen leicht das allgemeine Interesse der Nation, das zu vertreten sie in die Kammer geschickt wurden, ihrem persönlichen Interesse hintanzusetzen in Versuchung kommen, um dem Cabinet selbst dann nicht zu mißfallen, wenn dieses ihrer Ueberzeugung nach das allgemeine Wohl des Landes verkennt oder für dessen Wahrung unmächtig und unfähig ist. Die radicale Cur gegen dieses Uebel wäre allerdings, wenn man den Satz aufstellte: Kein Beamter kann zum Deputirten, und kein Deputirter zum Beamten ernannt werden. Eine solche Reform hat noch Niemand beantragt und wird wol Niemand beantragen, aus dem einfachen Grunde, weil die Beamten ein nothwendiges und fruchtbares Element jeder gesetzgebenden Versammlung sind; hierüber ist alle Welt einig. Was man aber durch eine so allgemein ausschließende Regel zu erzielen nicht im Stand ist, schmeichelt man sich durch theilweise Beschränkungen erreichen zu können, beantragt, gewissen Kategorien von Beamten die Wählbarkeit zu entziehen, und glaubt, dazu um so mehr berechtigt zu sein, als dieser Grundsatz bereits in dem gegenwärtigen Wahlsystem aufgestellt ist, es sich also jetzt nur um eine Ausdehnung desselben auf andere Kategorien handelt. Nach den Angaben der Opposition sitzen in der gegenwärtigen Kammer 200 Beamte und darüber; davon gehören nach denselben Angaben etwa 60 zur Opposition und mehr als 140 wären eingefleischte Ministerielle, die unter allen Umständen, in allen Fragen mit dem Cabinete stimmen, gleich viel ob es von Paul oder Peter Geist und Richtung erhalte. Ob diese Zahlen und die daran geknüpfte Behauptung über allen Zweifel erhaben, mag dahingestellt bleiben, da die Richtigkeit oder Unrichtigkeit beider für die vorgesetzte Beweisführung ganz gleichgültig ist. Diese 200 Beamten hätten die Wähler aus z. B. 40 Kategorien gewählt, und um die eine Zahl herabzusetzen, müsse man die andere schmälern, statt 40 also nur 25 oder 20 Kategorien von Beamten als Wähler zulassen.

Nun ist es klar, daß die Wähler ihre guten Gründe haben müssen, die Beamten andern Candidaten vorzuziehen; sei es, weil sie Jene für fähiger halten, die allgemeinen Interessen zu vertreten, oder weil sie, was man ihnen vorwirft, glauben, daß die Stellung der Beamten geeigneter ist, die örtlichen und persönlichen Interessen der Wähler mit Erfolg geltend zu machen. Andere Gründe können den Geschmack der Wähler hier nicht leiten. Werden aber diese Gründe wegfallen, wenn die 40 Kategorien auf 25 oder 20 zusammenschmelzen? Gewiß nicht; im Gegentheil, die Wähler, die ihre Freiheit durch einen solchen gesetzlichen Beschluß beschränkt sähen, würden um so hartnäckiger den Beamten ihre Stimmen geben, nur würden sie die 200 Candidaten anstatt aus 40 aus 25 oder 20 Kategorien herausfuchen. Auf diese Weise würde also nicht die Zahl der Beamten in der Kammer, sondern blos die Zahl der Kategorien, zu denen sie gehören, vermindert; das ist aber nicht der Zweck, den Hr. de Rémusat und seine Vorgänger beabsichtigen. Die parlamentarische Reform, wie sie bisher angestrebt ward, muß also nothwendigerweise ihr Ziel verfehlen und kann nur dann mit Erfolg vorgenommen werden, wenn man im Allgemeinen den Satz aufstellt: in der Deputirtenkammer dürfen nicht mehr als diese oder jene bestimmte Zahl von Beamten sitzen, und jedes Departement, im Verhältnisse zu seiner Bevölkerung, hat das Recht, nur einen oder zwei Beamte zu Deputirten zu wählen. Eine solche Verfügung setzt aber nothwendigerweise die Wahlreform wenigstens insoweit voraus, daß die Deputirten nicht wie nach dem gegenwärtigen Wahlsystem in Wahlbezirken, sondern alle Candidaten eines Departements in Einem und demselben Ort ernannt werden. Alle parlamentarische Reform zu dem vorangestellten Zweck ist also an die angedeutete Wahlreform der Art gebunden, daß, so lange die letztere nicht beschlossen, die erstere mit dem bestehenden Wahlgesetze mindestens eben so unverträglich ist als die Functionen eines Beamten und eines Landesvertreters es nur immer scheinen mögen.

Italien.

* **Rom**, 30. März. Kundige versichern, daß unter allen in neuerer Zeit gegründeten Missionsinstituten der römisch-katholischen Kirche keins so außerordentliche Thätigkeit bei so glücklichem Erfolg entwickelt als das der Rosminianer. Der Abbate Antonio Rosmini, jetzt 46 Jahre alt, gründete es im Jahr 1828 und nannte es ein Istituto della carità, als welches es durch eine Bulle Gregor's XVI. vom 20. Sept. 1839 bestätigt ward. Der Zweck dieser Weltpriester ist Volkserziehung, Mission besonders in protestantischen Ländern, Polemik gegen Glaubensirrthümer der Zeit in und außer der römisch-katholischen Kirche und Assistenz der Pfarrer in der Seelsorge. Außer ihren eignen Planen sind sie überall den Bischöfen zur Verfügung gestellt. In Piemont gründeten sie bereits vier Filiale, ihr Noviziat ist zu Stresa; vor Allem haben sie sich indessen in diesem Augenblick England zum Feld ihrer Thätigkeit erkoren. Unter vielen andern Erziehungsanstalten steht auch Prior-Park unter ihrer Leitung. Der Priester Gentili aus Rom sammelt durch Predigen hiesigen Berichten nach mehr als irgend ein anderer seiner Mitarbeiter Früchte der Bekehrung. Nach einer Predigt, die er im Jahr 1843 vor einem gemischten Glaubenspublicum hielt, sollen 145 Protestanten übergetreten sein; um Weihnachten vorigen Jahres gewann er durch eine Predigt zu Manchester seiner Kirche 69 Nichtkatholiken. Pius IX. sucht dieses Institut aus allen Kräften zu fördern.

— Der Kölnischen Zeitung wird aus **Rom** vom 30. März geschrieben: „Am 28. März fand auch hier der Brotpreise halber ein Volksauflauf statt. Bei 500 Personen, größtentheils Feldarbeiter, versuchten es, einige Bäckerläden im Borgo di S. Pietro zu stürmen, zerstreuten sich aber beim Einschreiten unbedeutender Truppenabtheilungen. — Ein Correspondent der augsburger Allgemeinen Zeitung theilte unterm 8. März mit, mehre Geistliche und Mönche, die gegen den Papst conspirirt hätten, seien verhaftet worden. (Nr. 28.) Die Dominicaner, welche aus dem Kloster S. Maria sopra Minerva verhaftet werden, sollten von Gleichgesinnten aus Neapel aufgereizt sein. Auch werde das Kloster von Araceli als einer der Orte namhaft gemacht, wo solche Verhaftungen stattgehabt. Wir unsererseits können versichern und sind im Stande, unsere Versicherung zu verbürgen, daß auch nicht eine einzige dieser geträumten Verhaftungen vorgefallen ist, und daß die Conspiration mehrer Geistlichen und Mönche höchstens nur in der Phantasie des Correspondenten sich ereignet haben kann."

Turin, 2. April. Nachrichten aus Rom zufolge hat Hr. Rossi um das Exequatur für einen französischen Consularagenten in Ferrara angesucht. Der römische Staatssecretair machte den französischen Gesandten darauf aufmerksam, daß Ferrara keine commerzielle Wichtigkeit besitze, daß die Aufstellung eines französischen Agenten in jener Stadt nur zur Errichtung einer Beobachtungsstation gegen Oesterreich dienen und gegründete Veranlassung zu Argwohn und Mißtrauen geben würde. Graf Rossi möge daher seine Regierung von dieser Idee um so mehr abzubringen suchen, als die Anwesenheit eines französischen Agenten in Ferrara auch Gelegenheit zu Reibungen zwischen den Bewohnern und der Besatzung der dortigen Citadelle geben könnte. Da hiernach die Verwirklichung dieses Ansinnens nicht wahrscheinlich ist, so würde ich die Mittheilung unterlassen haben, wäre nicht der Umstand hinzugetreten, daß man bei dem guten Vernehmen, das gegenwärtig zwischen Frankreich und Oesterreich herrscht, den Verdacht hegte, daß Hr. v. Rossi diesmal ohne Auftrag, auf eigne Faust gehandelt habe. Es wäre nicht das erste Mal, daß er, gestützt auf eine hohe weibliche Protection in Paris, einen solchen Schritt auf eigne Gefahr gewagt hätte, wie es denn bekannt ist, daß Hr. Guizot ihn schon einmal eigens auf Urlaub nach Paris berief, um ihm über gewisse Eigenmächtigkeiten einen derben mündlichen Verweis zu ertheilen. (A. Z.)

Rußland und Polen.

* **Odessa**, 16. März. Die freundschaftlichen Verbindungen zwischen Frankreich und Rußland fangen an, sich auf allen Punkten anzuknüpfen. Das, was man uns aus Trebisond schreibt, beweist deutlich den

Entschluß der französischen Regierung, endlich verstehen zu wollen, daß es besser ist, eine Sache aufzugeben, die den Frieden von Europa nur stören kann, als die Verlegenheiten seiner Verbündeten in dieser Angelegenheit noch zu vergrößern. Es handelt sich hier von Polen, diesem ewigen Streitapfel zwischen Frankreich und den übrigen Continentalmächten. Kürzlich reiste ein Pole, Brezinski, angeblich Schreiner, mit einigen Franzosen von Konstantinopel ab. Er hatte von der französischen Gesandtschaft daselbst sich einen Paß zu verschaffen gewußt, aber die französischen Kaufleute, in deren Dienst er war, konnten den französischen Consul in Trebisond nicht dazu bewegen, den Paß des Polen zu visiren. Hr. Clairembault, der Consul, erwiderte sehr bestimmt, daß er nirgend einen Polen sich der russischen Grenze würde nähern lassen, unter welchem Vorwand es auch sei. Er ließ den Paß zurücknehmen, und als Brezinski auf seinem Verlangen beharrte, wurde er eingeschifft und nach Konstantinopel zurückgebracht. Hr. Clairembault ist Schwiegersohn des frühern französischen Consuls, der in ähnlichen Verhältnissen mit noch größerer Strenge verfuhr, indem er vor nicht gar langer Zeit einen Polen, Albert Urbanski, verhaften ließ und ihn der russischen Behörde auslieferte. Diese wollte sich jedoch nicht mit der Verfolgung desselben befassen und gab ihm die Freiheit, da sie ihn für ein unschädliches Individuum erkannte.

Offenbar ist eine solche Verfahrungsweise die beste Ueberleitung zu einer festen Allianz. Die Unannehmlichkeiten, welche Einzelnen widerfahren, können dabei nicht in Betracht kommen, wenn es sich um das Interesse zweier großen Reiche handelt, und die Franzosen, die sich an so Vieles gewöhnen lernten, werden sehr bald dahin kommen, nicht mehr auf das anarchische Geschrei einer Nation zu achten, die so vortheilhaften Freundschaftsbündnissen im Wege steht und einer großen Politik geopfert werden muß. Selbst die französische Opposition wird sich leicht überreden, daß sie durch ihre Sympathie für ein rettungslos verlorenes Volk nur jene unsinnigen Aufstände befördert, welche den Polen nichts helfen und Europa lediglich in Verwirrung stürzen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die vom 15. März aus **Neuyork** eingetroffenen Nachrichten lassen das Ende des Kriegs mit Mejico nicht so nahe erscheinen, als man den zuletzt erhaltenen Nachrichten nach fast erwarten konnte. Der Präsident erhielt bekanntlich noch vor dem Schlusse des Congresses gewisse Vollmachten und 3 Mill. Doll. im Interesse der anzuknüpfenden Friedensunterhandlungen bewilligt, und man erwartete, daß der neue Generalmajor Benton alsbald zur Ausführung Dessen abgeschickt werden würde. Aus einer veröffentlichten Correspondenz desselben mit dem Präsidenten erhellt aber jetzt, daß am 6. März Hr. Benton an den Präsidenten schrieb, wie er jene Mission nur annehmen könne, wenn er den Oberbefehl der Armee und Vollmacht zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien auf im voraus vom Präsidenten gutgeheißene Grundlagen hin erhalte. Der Präsident antwortete darauf am 9. März, wie Hr. Benton noch zu jung sei, um Oberbefehlshaber zu werden, worauf dieser am nämlichen Tage seine Entlassung einsendete.

— Vom Kriegsschauplatze meldet das Neworleans Bulletin, daß General Taylor Befehl erhalten habe, von Saltillo auf San Luis de Potosi vorzurücken, und am 1. April diese Bewegung beginnen wollte. Er wird 10,000 M. dazu verwenden und soll mit Munition und Transportmitteln wohl versehen sein.

— Nach einem im «New-Orleans-Delta» abgedruckten Schreiben aus **Tampico** hätte Santa Anna mit einem Theile seiner gegen Saltillo vorgerückten Streitkräfte eine Niederlage erlitten. Taylor machte nämlich vor demselben eine rückgängige Bewegung, und der mejicanische General dehnte, in der Absicht, denselben zu umgehen, seine Linie zu weit aus, was Jener rasch benutzte, die feindliche Linie durchbrach und Alles in Verwirrung setzte. Der Verlust der Mejicaner soll größer als bei allen bisherigen Treffen gewesen und General Arista unter den Verwundeten sein. Es fehlt jedoch die Zeitangabe zu diesem Vorgange.

— Aus **Neuorleans** wird vom 2. Febr. an eine madrider Zeitung geschrieben, daß es dort beinahe zu einem Kampfe zwischen gegen Mejico bestimmten Freiwilligen und den in Neuorleans zahlreich ansässigen Spaniern gekommen wäre. Mannschaften von zwei zur Einschiffung dort angelangten Bataillonen insultirten nämlich auf den Straßen Jedermann, den sie Spanisch sprechen hörten, und da unter der Miliz in Neuorleans mehre Compagnien fast ganz aus Mannschaften spanischer Herkunft bestehen, so wollten diese gemeinsam gegen die undisciplinirten Ankömmlinge einschreiten, als auf Betrieb des spanischen Consuls der Gouverneur noch zu rechter Zeit die sofortige Einschiffung der Beleidiger bewirkte.

— Die Insel Lobos, welche dem amerikanischen Heere zum Sammelplatze vor dem Angriff auf Veracruz und Alvarado dienen soll, ist nach einer Mittheilung im Philadelphia North American eine Koralleninsel von etwa zwei Miles Umfang und liegt 12 Miles von der mejicanischen Küste, 60 Miles von Tampico und 130 Miles von Veracruz. Die Insel ist mit Bäumen und Büschen dicht bewachsen und liefert auch Trinkwasser. Die erste Abtheilung der amerikanischen Truppen, welche zu Ende Februar auf der Insel gelandet ist, hat schon bedeutende Hitze zu ertragen gehabt, indeß scheint der Gesundheitszustand auf der Insel gut zu sein.

Mejico.

Aus **Veracruz** wird vom 7. Febr. berichtet, daß man fortwährend große Vertheidigungsanstalten traf. Aus Mejico sagen Nachrichten bis 5. Febr., daß die Geistlichkeit bei ihrem Widerstande gegen die Beschlagnahme der Kirchen- und Klostergüter beharrte und Santa Anna bei dem Congresse die Zurücknahme des unpopulairen Beschlusses angeregt hatte. Wenigstens möge man eine Modification desselben eintreten lassen. Es ist auch ein Gesetzvorschlag eingebracht, welcher den frühern Beschluß aufhebt und die Regierung zur Annahme eines Darlehns von 450,000 Dollars monatlich bis zur Herstellung des Friedens ermächtigt, welche die Geistlichkeit hergeben will. Santa Anna hatte den Kaufleuten in San Luis gehörende Silberbarren in Beschlag genommen und seine persönliche Garantie wegen des Betrages eingesetzt.

Wissenschaft und Kunst.

* **London**, 6. April. Die nachösterliche Hälfte der theatralischen Season scheint sich glänzend zu gestalten. Es trafen dieser Tage die HH. Lablache, Mario und die Damen Jenny Lind, Grisi und Cerbari ein; Mlle. Rosa Chéri und Hr. Rhezevil sind ebenfalls schon angelangt und Mlle. Rachel wird erwartet, indem Hr. Mitchel einen Vertrag mit ihr abgeschlossen haben soll, wonach sie für jeden Abend ihres Auftretens 300 Pf. St. beziehen würde. — Die periodische Literatur und das dramatische Gebiet insbesondere haben durch den erfolgten Tod des Hrn. Leman Rede einen bedauerlichen Verlust erlitten; seine literarische Thätigkeit war gerade nicht ersten Ranges, dennoch aber eine höchst anerkennenswerthe. — Punch läßt sich nicht nehmen, von Zeit zu Zeit den häufigen Besuch des Hofs im französischen Theater zum Ziele seiner Späße machen. So meint er jetzt, man könnte diese ausnehmende Vorliebe Ihr. Maj. wol benutzen, um dem Nationaldrama aufzuhelfen und ihm die königliche Gunst zuzuwenden, wenn die Directionen nur daran gehen und Shakspeare französisch aufführen wollten. Wenn der Kaufmann von Venedig z. B. mit Couplets oder die beiden Edelleute von Verona mit Ballet gegeben, „Was ihr wollt" in 10 Acten und 30 Tableaux gebracht würde, so könnte geholfen werden. Eine solche Umgestaltung müsse eigentlich jetzt englischen dramatischen Künstlern ein Leichtes sein, auf alle Fälle aber würde der große Theaterschneider Alexander Dumas aushelfen mit Bewirkung dieser Verbesserung des alten Willy (William). Der Mühe werth sei es, und wäre es nur der neuen Erscheinung wegen, ihn dann einmal mit dem königl. Wappen und „Auf Verlangen" auf einem englischen Theaterzettel zu sehen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 13. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118 Br., 117½ bezahlt; Sächsisch-Bairsche 86 Br.; Sächsisch-Schlesische 99⅛ Br.; Chemnitz-Riesaer 57¾ Br.; Löbau-Zittauer 59 Br.; Magdeburg-Leipziger 198½ Br., 197½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅛ Br.; Köln-Mindener 91¼ Br.; Altona-Kieler 108½ Br.; Pesther 99⅛ Br.; Dessauer Bankactien 101¾ Br., 101½ G.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 13. April früh 7 Uhr: 2° 16″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 9. April. 2½pc. Int. 58⅜; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 173. London, 7. April. 3pc. Cons. 87¾; Span. act. 24; 3pc. 35¾; Holl. Int. 58½. Paris, 8. April. 5pc. 116. 40; 4pc. 78. 40; Neap. 102; Bankact. 3265. Wien, 10. April. Bkact. 1500; Met. 5pc. 107¾; 4pc. 98; 3pc. 70; 500 Fl. L. 153; 250 Fl. L. 119.

Actien. Amsterdam, 9. April. Rhein. Eisenbahn 105; Holl. Eisenbahngesellschaft 94½. Paris, 8. April. Eis. St. Germ. 970; Versail. r. 340; l. 220; Paris-Orleans 1235; Paris-Rouen 885; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 430; Rouen-Havre 675; Marseille-Avignon 785; Strasburg-Basel 207½; Orleans-Bordeaux 511¼; Orleans-Vierzon 563¾; Nord 630. Wien, 10. April. Nordb. 170; Gloggn. 121½; Mail. 108⅝; Livorn. 92⅝; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 12. April. Seehandlungs-Prämsch. 94⅛, 3½pc. Staatssch. 92¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96⅝ Br., pomm. 94½ Br., schles. 96⅝, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 91⅛, kur- u. neumärk. 96¾ Br.; Louisd. 111⅔, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Prec. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt 110½, Berl.-Hamb. 4pc. 106½, Prior.-Act. 4½pc. 100⅝, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 91⅞ Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., 5pc. 101¼, Berl.-Stett. 108 Br., Cöln-Minden 4pc. 91½, Crak.-Oberschl. 4pc. 78½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alten. 4pc. 108 Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 87⅜, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101⅛, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104⅛ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 85, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86, Thüring. 4pc. 95¾ Br., Zarskoje-Selo 71½ Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berl.-Anh. 99, Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Cöln-Minden 4pc. 91, Magd.-Wittenberge 84⅜, Mail.-Venet. 4pc. 110½ Br., Mecklenburg 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71⅞, Posen-Stargard 4pc. 83⅛ Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 79¼, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99½ Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅜, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¼, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¾, (neue) 4pc. 93¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79 Br., à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅜ Br., Bkcert. Zinsl. 16⅞ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 85¼, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅛, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professer **Wülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

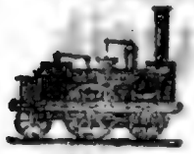
Für Feuerschäden und Verwaltungskosten sind von den Mitgliedern der unterzeichneten Bank auf das Halbjahr vom 1. October 1846 bis 31. März 1847 von 100 Thlr. Versicherungssumme in der ersten Klasse 15 Pfennige, in der zweiten das Doppelte und so fort aufzubringen.

Leipzig, den 10. April 1847.

Direction der Brandversicherungs-Bank für Deutschland.

[1339] Franz Brunner. Prof. Pohl. Dr. Schultze.

Kundmachung.



Fünfte ordentliche General-Versammlung der Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die gefertigte Direction gibt sich die Ehre, den stimmberechtigten Herren Actionairen dieser Unternehmung hiermit bekannt zu machen, daß die fünfte ordentliche General-Versammlung am

Sonntag, den 25. April d. J., um 9 Uhr Morgens,

zu Presburg im Directions-Locale stattfinden wird.

Die in derselben zur Verhandlung kommenden Gegenstände sind folgende:

1) der Bericht über den Stand der Bauten auf den verschiedenen Strecken der Ungarischen Central-Eisenbahn und der betreffenden Gebahrungen während des Verwaltungsjahres 1846, sowie über den Betrieb der Strecke von **Pesth** bis **Waitzen** vom 16. Juli 1846 bis Ende December v. J.;
2) die Vorlage des der Genehmigung der General-Versammlung vorbehaltenen Vertrages zum Bau eines 4 Meilen langen Bahnflügels von **Czegléd** nach **Ketskemét**;
3) die Bestimmung über die verschollen erklärten Actien-Interims-Scheine, auf welche die statutenmäßig festgesetzten Einzahlungen nicht geleistet wurden; endlich
4) die statutenmäßige Wahl eines technischen Directors an die Stelle des aus der Direction getretenen k. k. Hauptmanns Herrn Cornelius Wurmb.

Nach der im October 1846 drei Mal veröffentlichten, in Folge allerhöchster Entschließung eingetretenen Abänderung des §. 16 der Gesellschafts-Statuten sollen fortan zu den General-Versammlungen der Ungarischen Central-Eisenbahn-Gesellschaft und bis zur erfolgten gänzlichen Einzahlung der Actien-Interims-Scheine jene Herren Actionaire einberufen werden, welche 3 Monate vor Abhaltung der General-Versammlung in den Actien-Büchern als Besitzer von 80 Stück Interims-Scheinen eingeschrieben sind und diese auf ihren Namen lautenden 80 Stück Interims-Scheine bei den betreffenden gesellschaftlichen Kassen 3 Wochen vor der General-Versammlung hinterlegen.

In Folge dessen werden alle jene Herren Actionaire, welche diesem statutenmäßigen Erfoderniße behufs Eingangs erwähnter General-Versammlung Genüge zu leisten in dem Falle sind, aufgefodert, diesen Erlag von je 80 Stück Interims-Scheinen bis 4. April 1847 entweder im Directions-Locale zu Presburg, bei der Commerzial-Bank zu Pesth oder bei der gesellschaftlichen Central-Kasse in Wien gefälligst vernehmen zu wollen, und dagegen die entsprechenden Reverse in Empfang zu nehmen.

Außerdem werden den Herren Actionairen die zum Eintritt in die General-Versammlung erfoderlichen Legitimations-Briefe nebst dem Geschäftsbericht und den Rechnungs-Abschlüssen für das abgelaufene Verwaltungsjahr 1846 rechtzeitig überschickt werden.

Presburg, den 15. März 1847.

[924—26] Die Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Cottbus-Schwielochsee-Eisenbahn.

Den geehrten Herren Actionairen unserer Bahn bringen wir hiermit ergebenst in Erinnerung, daß die diesjährige ordentliche General-Versammlung **Mittwoch den 5. Mai** hierselbst stattfinden wird.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß nach §. 22 des Statuts vom 13. März 1845 die Legitimation innerhalb der letzten 8 Tage vor dem Tage der Versammlung bewirkt werden muß. [1346]

Cottbus, den 7. April 1847.

Die Direction.

Local-Veränderung.

Von heute an befindet sich meine

Material-Waaren-, Cigarren- und Fischbein-Handlung

wieder am Markte Nr. 10, Kauf-Halle, Gewölbe rechts vom Eingange, und empfehle ich mich bei dieser höflichen Anzeige meinen geschätzten Abnehmern, sowie dem verehrten hiesigen und auswärtigen Publicum, zu fernerm geneigten Wohlwollen ganz ergebenst.

Leipzig, den 12. April 1847.

[1301—3] **Christian Friedrich Martin.**

☞ Der ehemalige **Kroll**'sche Wintergarten in Breslau mit Inventarium ist vom 1. Sept. d. J. ab an einen soliden cautionsfähigen Pachter anderweitig zu verpachten oder auch verhältnißmäßig billig zu verkaufen. Es ist das größte, schönste und besuchteste Local am Orte; die überaus geräumige, anmuthige und heitere Localität des Wintergartens bedarf nur eines intelligenten Miethers, um die große Frequenz, welche seit einer Reihe von Jahren sich gleich geblieben ist, noch zu steigern. Außer dem Mittwoch- und Sonntag-Abonnement, an welchen Tagen das gebildete Publicum die großartigen Räume in der Regel füllt, ist am Freitag das Concert der Bürger-Ressource, bestehend aus 1800 Mitgliedern nebst deren Familien. Gebäude und Garten haben einen Flächeninhalt von 15 Morgen. Das Nähere beim Eigenthümer Kaufmann **Prætorius,** Neue Schweidnitzer-Straße Nr. 4a in **Breslau.** [1131—32]

J. D. Urner & Co.

aus ***Elberfeld.*** [1349—51]

Seidene, halbseidene und halbwollene Waaren

eigner Fabrik.

Salzgäßchen Nr. 7/408 erste Etage.

Aumann & Breslauer,

Strohwaaren-Fabrikanten

aus ***Breslau*** und ***Florenz,***

empfehlen ihr Lager Borduren-, ital., brüsseler und Bast-Hüte, sowie ital. Strohgeflechte und Borduren. [1249—50]

Grimmaische Straße Nr. 33, 1 Treppe.

Pferde-Auction.

Im Marstall Sr. Hoheit des ältestregierenden Herzogs zu Anhalt-Cöthen sollen 7 Stück Reitpferde den **1. Mai d. J.** meistbietend versteigert werden. Die Listen sind beim Unterzeichneten sowol wie im Marstall einzusehen.

Cöthen, den 11. April 1847.

Das Herzogliche Marstallamt.

[1293—95] **B. v. Bodenhausen.**

Anzeige.

Außer der Fabrikation von Blei-Röhren und Blei-Platten betreiben wir jetzt auch diejenige von **Blei-Folien,** welche wir in ausgezeichneter Qualität und zu äußerst billigem Preise liefern. Bei dem zunehmenden Verbrauch dieser nur etwas über ⅛ Pfd. pr. □Fuß wiegenden Bleiplatten, welche zum Schutze der Tapeten auf feuchten Wänden, sowie zur Verpackung von Thee, Schnupftabak und andern Artikeln Anwendung finden, halten wir uns den geehrten Consumenten unter der Versicherung reeller Bedienung bestens empfohlen.

Odenthal & Leyendecker

[1194—95] in **Köln** a. Rhein.

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler

u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 41 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10¼, Achtel à 5⅛, und verspreche meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erwiesen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer

[1213—16] in **Leipzig,** Petersstraße Nr. 7.

J. A. Henckels

aus **Solingen** und **Berlin,**

Fabrikant

feiner Stahlwaaren.

Stand:

Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 16. [1320—23]

Klein jun., Riesser & Co.,

Etuis- und Portefeuilles-Fabrikanten

aus ***Offenbach a. M.,***

Katharinenstraße Nr. 27, im 2. Stock,

empfehlen zu dieser Messe ihr wohlassortirtes Lager in Leder-Waaren sowie einen neuen Artikel im Rococo-Geschmack. [1156—58]

Hauser & Draemann,

Seidenwaaren-Fabrikanten

aus **Crefeld,**

beziehen diese Jubilate-Messe zum ersten Male mit Lager von Sammeten, schwarzen glatten Seidenstoffen und Herrentüchern, und stehen **Hainstraße Nr. 5,** Parterre-Gewölbe (Joachimsthal). [1338]

Das Engros-Lager
Pariser Nouveautés

ist in **Châles, Echarpes, Fichus, Cravattes, Gilets** ꝛc. reichhaltig assortirt.

[1331—36] **J. H. Meyer,** Leipzig, Rathhaus, Auerbach's Hof gegenüber.

Das Lager der [1233—35]

Parfümerie- und Toilette-Seifen-Fabrik

von **Friedrich Struve,**

sonst Grimmaische Strasse unter den Colonnaden, befindet sich jetzt

Petersstrasse Nr. 16, gegenüber dem Hôtel de Bavière.

Das Uhrenlager vom
C. L. Baumgärtel in Leipzig,

Reichsstraßen-Ecke am Salzgäßchen
Nr. 49, erste Etage,

empfiehlt sich auch für diese Messe als bestens assortirt, und gewährt bei der möglichst niedrigen Fabrikpreisen eine jährliche Garantie. [1268—69]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,
Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1156—82]

Local-Veränderung.
J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1304—9]

Das Lager von [1189—95]

Ludwig & Emil Samson

befindet sich in der bevorstehenden Jubilate-Messe

Reichsstrasse, Ecke vom **Brühl** rechts, 1stes Gewölbe.

Heiraths-Gesuch. [1339]

Ein junger gebildeter Mann, von angenehmem Aeußern, sucht bei einem anständigen Posten eine Lebensgefährtin, welche aber ein baares Vermögen von wenigstens 5—600 Thaler besitzt, von Wohlgestaltung und guten Eigenschaften sein muß, auf diesem Wege, wogegen dieselbe einer feinen Behandlung und der strengsten Verschwiegenheit versichert sein kann. Hierauf Reflectirende können bei portofreien Briefen unter der Chiffre **L. M. K.** poste restante Zwickau das Nähere erfahren.

Lotterie-Anzeige.

In der 5. Klasse 30. Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 1660: 50,000 Thlr.

Nr. 22,409:	1000 Thlr.	Nr.	22,719:	400 Thlr.	
„ 24,186:	1000	„	28,083:	400	„
„ 25,646:	1000	„	6,663:	200	„
„ 28,086:	1000	„	20,389:	200	„
„ 30,030:	1000	„	25,966:	200	„
„ 3,341:	400	„	28,048:	200	„
„ 22,420:	400	„	33,550:	200	„

und 36 Gewinne à 100 Thlr.

Mit Kaufloosen zur 5. Klasse 31. Lotterie, welche den 19. April beginnt, empfiehlt sich mit ½ à 41 Thlr., ¼ à 20½ Thlr., ⅛ à 10¼ Thlr. und 1/16 à 5⅛ Thlr. bestens

J. A. Pöhler,
Leipzig, Böttchergäßchen Nr. 3.

NB. Geehrte Aufträge erbitte ich mir franco, nebst Einsendung des Betrags, und versichere die pünktlichste Bedienung. [1160—65]

Das Lager von [1227—28]

ächtem Eau de Cologne

von

Johann Anton Farina in Cöln

befindet sich in **Leipzig**
bei **Friedrich Fleischer**
Grimmaische Straße 27, Ecke der Nikolaistraße.

Preise pr. Dutzend Flaschen Prima 4 Thaler, Secunda 2⅔ Thaler.

Verkauf im Ganzen und Einzelnen.

S. Meyer
aus **Duisburg**

bezieht zum ersten Mal die Leipziger Messe mit seinen eignen Fabrikaten von **gedruckten Merino-Tüchern** und **Patentknöpfen.** Sein Gewölbe ist im **Böttchergäßchen,** im Hause der Europäischen Börsenhalle. [1273—75]

Zu vermiethen [1270—71]

ist Verhältnisse halber vom Monat Juni d. J. an ein elegant möblirtes, sehr gut gehaltenes Familienlogis in der schönsten Lage Leipzigs mit der Aussicht auf die Promenade. Dasselbe würde sich vorzüglich zum längern Aufenthalt einer fremden Herrschaft eignen. Nähere Auskunft erfolgt auf portofreie directe Anfragen unter der Chiffre **O. R.** Nr. 1847 poste restante Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 14. April. **Die Karlsschüler,** Schauspiel von H. Laube. Franziska, Fräulein **Haase,** als **letzte** Gastrolle.

Donnerstag, 15. April. **Der Maurer und der Schlosser,** komische Oper von Auber.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. August Bischoff in Vegesack mit Frl. Annette v. Uffel in Verden. — Hr. Stadtgerichtsrath Franke in Erfurt mit Frl. Amalie v. Rürleben in Nordhausen. — Hr. v. Katte auf Wust mit Frl. Marie v. Klützow in Dedelow. — Frhr. Theodor Eeler v. Plotho in Berlin mit Frl. Lina Beeg. — Hr. Heinrich Saath in Frankfurt a. O. mit Frl. Pauline Rauschert in Weißenspring. — Hr. Karl Wilhelm Schiffner in Chemnitz mit Frl. Henriette Mülbener in Rettleben.

Getraut: Hr. Thierarzt Karl Böhme in Leipzig mit Frl. Emilie Glintz. — Hr. Dr. Theodor Cramer in Oelzschau mit Frl. Auguste Dolzig aus Leipzig. — Hr. Postrechnungssecretair Robert Enzman in Leipzig mit Frl. Sidonie Brückmann aus Dresden. — Hr. Professor Albert Heydemann in Berlin mit Frl. Clara Bende. — Hr. Karl Louis Ließfeld in Scharnberg mit Frl. Sophie Quilling aus Frankfurt a. M. — Hr. August Prior in Mühlheim mit Frl. A. Wolff.

Geboren: Hrn. Alexander Bahr in Landsberg a. W. ein Sohn. — Hrn. Dr. Chasté in Berlin ein Sohn. — Hrn. Anton Frhrn. v. Gablenz in Dresden ein Sohn. — Hrn. G. W. Haugk in Hamburg eine Tochter. — Hrn. J. F. Hesse in Köln ein Sohn. — Hrn. Organist Heymann in Mittweyda ein Sohn und eine Tochter. — Hrn. Eduard Marquardt in Oberneuland ein Sohn. — Hrn. Rector und Hülfsprediger Menzel in Neumarkt ein Sohn. — Hrn. R. Mierisch in Reudnitz eine Tochter. — Hrn. H. Schlesinger in Berlin eine Tochter. — Hrn. Oberingenieur und Betriebsdirector Wollenhaupt in Ratibor ein Sohn. — Hrn. Land- und Stadtrichter Zeye in Buchholz ein Sohn.

Gestorben: Hr. Kaufmann Werdemar Friedrich Drasdo in Dresden. — Frau Kammerrath Gruner in Leipzig. — Frau Proviantamtscontroleur Mathilde Holty in Stettin. — Frau Pfarrer Friederike Korten in Flamersheim. — Hr. Rentier J. F. Krug in Berlin. — Frau M. J. Weißner in Leipzig. — Hr. Hütteninspector A. F. Meissner in Neustadt-Eberswalde. — Frau M. A. Müller in Montjoie. — Frau Oberconsistorialrath Christiane Natorp in Münster. — Frau Hofprediger Stosch in Berlin. — Hr. Kaufmann Matthias Welker in Schweigern. — Hr. Kaufmann Gustav Heinrich Wittig in Zittau.

(Mit zwei **Beilagen.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 104. (14. April *) 1847.)

Preußen.

Berlin, 11. April. Heute um Mittag fand die Eröffnung des Vereinigten Landtags unter den im (am Schlusse abgedruckten) Programm vorgeschriebenen Feierlichkeiten im Weißen Saale des königlichen Schlosses statt. Der König, schon auf dem zu Fuß zurückgelegten Wege vom Dome zum Schlosse von dem Jubelruf des versammelten Volks begleitet, wurde beim Eintritt in den Weißen Saal von den Ständen mit dreifachem Lebehoch empfangen. Der König hielt, auf dem Throne sitzend, folgende Rede:

Durchlauchtige, edle Fürsten, Grafen und Herren! Liebe getreue Stände von Ritterschaft, Städten und Landgemeinden! Ich heiße Sie aus der Tiefe meines Herzens willkommen am Tage der Vollendung eines großen Werkes meines in Gott ruhenden unvergeßlichen Vaters, König Friedrich Wilhelm's III. glorreichen Andenkens.

Der edle Bau ständischer Freiheiten, dessen acht mächtige Pfeiler der hochselige König tief und unerschütterlich in die Eigenthümlichkeiten seiner Länder gegründet hat, ist heute durch Ihre Vereinigung vollendet. Er hat sein schützendes Dach erhalten. Der König wollte sein Werk selber vollenden, allein leider scheiterte seine Absicht an der gänzlichen Unausführbarkeit der ihm vorgelegten Plane. Daraus sind Uebel entstanden, die sein klarer Blick mit Schmerzen erkannte, vor Allem die Ungewißheit, die manchen edlen Boden dem Unkraut empfänglich machte. Segnen wir aber noch heute das Gewissen des treuen lieben Königs, der eigne, frühe Triumphe verschmähte, um sein Volk vor spätem Verderben zu bewahren, und ehren wir sein Andenken auch in dem Stück, daß wir sein endlich und eben vollendetes Werk nicht gleich durch Neulingshast in Frage stellen. Ich versage im voraus jede Mitwirkung dazu. Lassen wir die Zeit und vor Allem die Erfahrung walten, und vertrauen wir das Werk, wie sichs gebührt, den fördernden bildenden Händen der göttlichen Vorsehung. Seit dem Beginn der provinzialständischen Wirksamkeit habe ich den Mangel von Einheitspunkten unsers ständischen Lebens empfunden und mir die ernste Frage zur gewissenhaften Lösung vorgelegt: wie dem abzuhelfen sei? Meine Entschlüsse darüber sind seit langer Zeit zur Reife gediehen. Gleich nach meinem Regierungsantritt habe ich den ersten Schritt zu ihrer Verwirklichung gethan, durch die Bildung der ständischen Ausschüsse, und bald darauf durch ihre Zusammenberufung. Sie wissen, meine Herren, daß ich die Ausschußtage nunmehr periodisch gemacht und ihnen die freie Bewegung der Provinziallandtage beigelegt habe. Für den gewöhnlichen Lauf der Dinge wird ihre Wirksamkeit den gesuchten Einheitspunkt befriedigend darstellen. Aber das Staatsschuldengesetz vom 17. Jan. 1820 gibt, in seinem unausgeführten Theile, den Ständen Rechte und Pflichten, die weder von Provinzialversammlungen noch von Ausschüssen geübt werden können.

Als Erbe einer ungeschwächten Krone, die ich meinen Nachfolgern ungeschwächt bewahren muß und will, weiß ich mich zwar vollkommen frei von jeder Verpflichtung gegen Nichtausgeführtes, vor Allem gegen Das, vor dessen Ausführung meinen erhabenen Vorgänger sein eigenes wahrhaft landesväterliches Gewissen bewahrt hat. Dies Gesetz ist aber in allen wesentlichen Theilen ausgeführt, ein Rechtsgebäude ist darauf gegründet, Eide sind darauf geschworen, und es hat sich, auch unvollendet wie es ist, durch 27 Jahre als ein weises Gesetz bewährt. Darum bin ich getrosten Muthes, aber mit der ganzen Freiheit der königlichen Machtvollkommenheit an seine ergänzende Vollendung gegangen. Ich bin aber unversöhnlicher Feind jeder Willkürlichkeit und mußte es vor Allem dem Gedanken sein, eine ständische Versammlung künstlich-willkürlich zusammenzusetzen, welche die edle Schöpfung des theuern Königs, die Provinziallandtage, entwerthet hätte. Es war daher seit vielen Jahren mein fester Entschluß, diese gesetzlich gebotene Versammlung nur durch die Vereinigug der Provinziallandtage selbst zu bilden.

Sie ist gebildet. Ich habe ihr alle aus jenem Gesetze fließenden Rechte zuerkannt, und über dieselben hinaus, ja weit hinaus, über alle Verheißungen des hochseligen Königs, auch das Steuerbewilligungsrecht in gewissen nothwendigen Grenzen; ein Recht, meine Herren, dessen Verantwortlichkeit weit schwerer wiegt als die Ehre, die es gibt. Diese wichtige Versammlung wird nun künftig wichtige Abschnitte im Leben unsers Staats bezeichnen, welche in meinem Patente vom 3. Febr. d. J. vorgesehen sind. Treten dieselben ein, so will ich die Landtage jederzeit um meinen Thron vereinigen, das Beste meiner Länder mit ihnen berathen und ihnen zur Uebung ihrer Rechte die Veranlassung bieten. Ich habe mir aber die ausdrückliche Befugniß vorbehalten, auch ohne die gesetzlichen Veranlassungen diese Großversammlungen dann zusammenzuberufen, wenn ich es für gut und nützlich halte, und ich werde es gern und öfter thun, wenn dieser Landtag mir den Beweis gibt, daß ich es könne, ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen.

Mein und meines Vaters freies und treues Volk hat alle die Gesetze, die wir Beide ihm zum Schutze seiner höchsten Interessen gegeben haben, und namentlich die Gesetze vom 3. Febr., mit warmer Dankbarkeit empfangen, und wehe Dem, der ihm seinen Dank verkümmern und ihn gar in Undank verkehren wollte!

Jeder Preuße weiß seit 24 Jahren, daß alle Gesetze, die seine Freiheit und sein Eigenthum betreffen, zuvor mit den Ständen berathen werden. Von dieser Zeit an aber weiß Jedermann im Lande, daß ich, mit alleiniger nothwendig gebotener Ausnahme der Kriegesdrangsale, keine Staatsanleihe abschließen, keine Steuer erhöhen, keine neue Steuer auflegen werde, ohne die freie Zustimmung aller Stände.

Edle Herren und getreue Stände! Ich weiß, daß ich mit diesen Rechten ein kostbares Kleinod der Freiheit Ihren Händen anvertraue, und Sie werden es treu verwalten. Aber ich weiß auch eben so gewiß, daß Manche dies Kleinod verkennen, daß es Vielen nicht genügt. Ein Theil der Presse zum Beispiel fodert von mir und meiner Regierung geradezu Revolution in Kirche und Staat, und von Ihnen, meine Herren, Acte zudringlicher Undankbarkeit, der Ungesetzlichkeit, ja des Ungehorsams. Es sehen auch Viele, und unter ihnen sehr redliche Männer, unser Heil in der Verwandlung des natürlichen Verhältnisses zwischen Fürst und Volk in ein conventionelles Wesen, durch Urkunden verbrieft, durch Eide besiegelt.

Möchte doch das Beispiel des Einen glücklichen Landes, dessen Verfassung die Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohne Gleichen, aber kein Stück Papier gemacht haben, für uns unverloren sein und die Achtung finden, die es verdient. Finden andere Länder auf anderm Wege, als jenes Volk und wir, nämlich auf dem Wege „gemachter und gegebener" Constitutionen, ihr Glück, so müssen und wollen wir ihr Glück aufrichtig und brüderlich mit ihnen preisen. Wir wollen mit gerechtester Bewunderung das erhabene Beispiel betrachten, wenn es einem starken Willen, eiserner Consequenz und hoher Weisheit gelingt, Bedenkliches in diesen Zuständen aufzuhalten, zurückzudrängen, zu beschwichtigen, vor Allem dann, wenn es zum Heile Deutschlands und zur Aufrechthaltung des europäischen Friedens gereicht. Preußen aber, meine Herren, kann diese Zustände nicht ertragen. Fragen Sie mich: warum? so antworte ich: Werfen Sie einen Blick auf die Karte von Europa, auf die Lage unsers Landes, auf unsere Zusammensetzung, folgen Sie den Linien unserer Grenzen, wägen Sie die Macht unserer Nachbarn, vor Allem thun Sie einen geistigen Blick in unsere Geschichte! Es ist Gottes Wohlgefallen gewesen, Preußen durch das Schwert groß zu machen, durch das Schwert des Kriegs nach außen, durch das Schwert des Geistes nach innen. Aber wahrlich nicht des verneinenden Geistes der Zeit, sondern des Geistes der Ordnung und der Zucht. Ich sprech' es aus, meine Herren. Wie im Feldlager ohne die allerdringendste Gefahr und größte Thorheit nur Ein Wille gebieten darf, so können dieses Landes Geschicke, soll es nicht augenblicklich von seiner Höhe fallen, nur von Einem Willen geleitet werden, und beginge der König von Preußen einen Frevel, wenn er von seinen Unterthanen die Folgsamkeit des Knechtes foderte, so würde er wahrlich einen noch viel größern Frevel begehen, wenn er nicht das von ihnen fodern wollte, was die Krone des freien Mannes ist, den Gehorsam um Gottes und des Gewissens willen. Wen etwa die Deutung dieser Worte beunruhigt, den verweise ich nur allein auf die Entwickelung unserer Gesetze seit einem Jahrhundert, auf die ständischen Edicte, endlich auf diese Versammlung und ihre Rechte. Da wird er Beruhigung finden, wenn er will.

Edle Herren und getreuen Stände! Es drängt mich zu der feierlichen Erklärung: daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein conventionelles, constitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unsern Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen. Zwischen uns sei Wahrheit. Von einer Schwäche weiß ich mich gänzlich frei. Ich strebe nicht nach eitler Volksgunst. (Und wer könnte das, der sich durch die Geschichte hat belehren lassen?) Ich strebe allein danach, meine Pflicht nach bestem Wissen und nach meinem Gewissen zu erfüllen und den Dank meines Volkes zu verdienen, sollte er mir auch nimmer zu Theil werden.

Es hat mich oft in den ersten Jahren meiner Regierung Bekümmerniß und Ungeduld angewandelt, daß ich Hindernisse nicht beseitigen konnte, die sich einer frühern Berufung Ihrer Versammlung, Edle Herren und getreue Stände! entgegenstellten. Ich habe Unrecht gehabt. Wir hätten uns gegenseitig um viele Erfahrungen ärmer getroffen; ärmer um Erfahrungen zum Theil köstlicher Art, alle aber, wenn auch nicht immer gut, doch für uns unschätzbar. Jetzt liegen die Erfahrungen von sieben Jahren offen vor uns und Gott wirds geben! nicht umsonst. Das Treiben der Partien auf einer Seite, die Gesinnung meines Volks auf der andern sind jetzt klar und unzweifelhaft. Es ist ein herrliches Vorrecht des königlichen Amts, die Dinge jederzeit und unerschrocken bei ihrem rechten Namen zu nennen. Das werde ich heut als Pflichterfüllung vor Ihnen thun. Jetzt bitte ich Sie, mir einen Augenblick zu folgen, um scharfen Blicks die Lage der Dinge bei uns zu betrachten.

Die Noth, die ganz Europa in den letzten Jahren heimgesucht, ist auch zu uns gedrungen, wenn auch minder schlimm als in andern Ländern. Sie hat uns aber wohlgerüstet gefunden, und ich kann meiner Regierung das eh-

*) Ausgegeben am 12. April Abends.

rende Zeugniß geben, daß sie redlich das Ihre zu ihrer Milderung gethan hat; auch sind Mittel vorhanden, ihr ferner entgegenzutreten, wenn uns Gott mit neuem Miswachse verschont. Hier muß ich aber der Privatwohlthätigkeit gedenken, die sich von neuem unter uns so herrlich, herzerwärmend in dieser Zeit offenbart hat, und ich bringe derselben hier, vor Ihnen, den Zoll meiner Bewunderung und meiner Dankbarkeit dar. Doch gehen wir weiter!

Die Tilgung der Staatsschuld schreitet vor. Die Abgaben sind vermindert, die Finanzen geordnet. Sie bieten mir heut das Glück, den Provinzen zum Behuf ihrer Hülfskassen eine Gabe von 2 Mill. Thlr. anzubieten.

Verwaltung und Rechtspflege sind bei uns so lauter, wie wol kaum in einem andern Lande, bei den Gerichten ist Mündlichkeit und Oeffentlichkeit angebahnt; Straßen, Kanäle, Landesverbesserungen aller Art in früher ungekanntem Maß im Werke; Wissenschaft und Kunst in seltenster Blüte; der Nationalwohlstand im Zunehmen; Handel, Industrie, Gewerbe, wenn auch vor ihren europäischen Schwankungen leider! nicht geschützt, doch für die Verhältnisse befriedigend, väterliche Fürsorge und bestes Wollen gewiß nirgend zu verkennen; die Presse so frei, als es die Bundesgesetze nur irgend gestatten; die Bekenntnißfreiheit unserer alten Glaubens- und Gewissensfreiheit belebend gesellt, und unser gerechter Stolz und starker Schild, mein Heer in Linie und Landwehr unvergleichlich zu nennen.

Mit unsern Nachbarn und den Mächten diesseit und jenseit des Weltmeeres stehen wir im besten Vernehmen, und mit unsern Bundesgenossen, in deren Vereinigung wir einst Deutschland befreiten und von deren gesegneter Eintracht mit uns die Aufrechthaltung des 32jährigen Friedens eines großen Theiles von Europa abhängt, ist das Verhältniß fester und inniger denn je.

Vieles könnte ich noch hinzufügen, geeignet, unsere Knie in Dank gegen Gott zu beugen, aber es sei genug. Denn es reicht vollkommen hin, diesen Dank und eine Zufriedenheit zu begründen, welche trotz mancher gerechter Wünsche, aber bei redlichem Vergleich, als ganz natürlich erscheint. Vor Allem sollte man meinen, müßte die Presse Dankbarkeit und Zufriedenheit allseitig verbreiten; denn ich darf es wohl sagen, daß gerade die Presse mir in besonderm Maß ihren Dank schuldet. Edle Herren und getreue Stände! Ich fodere Ihre deutschen Herzen auf, diesen Dank zu würdigen! Bei aller Anerkennung des ehrenhaften Strebens, die Presse durch einen edeln und gewissen Geist zu heben, ists doch unzweifelhaft, daß in einem Theile derselben ein finsterer Geist des Verderbens herrscht, ein Geist der Auflockerung zum Umsturz und frechster Lüge, schmachvoll für die deutsche Treue und die preußische Ehre. Ich weiß, daß der reine Volkssinn feststeht, doch täuschen wir uns darum ja nicht über die argen Früchte des argen Baumes, die uns unter der Gestalt der Verstimmung, des Mistrauens und trauriger Einschüchterung von Seiten des Liberalismus entgegentreten — und sogar an der Hand noch schlimmerer Erfahrungen, offenen Ungehorsams, geheimer Verschwörung, erklärten Abfalls von Allem, was guten Menschen heilig ist, versuchten Königsmords. Ja, bis in unsere Landeskirchen hinein zeigen sich diese Früchte neben dem zwiefachen Tod in Gleichgültigkeit und Fanatismus. Aber das Kirchliche gehört nicht vor die Stände. Es hat in beiden Confessionen seine rechtmäßigen Organe. Ein Bekenntniß vermag ich doch heute unmöglich zu unterdrücken, eingedenk des entsetzlichen Beginnens, mein Volk um sein heiligstes Kleinod zu betrügen: um den Glauben an seinen und unser Aller göttlichen Heiland, Herrn und König. Dieses Bekenntniß aber lautet: — (und hierbei erhoben sich Se. Maj. und sprachen dieses Bekenntniß stehend und mit erhobener Rechten) — Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Ich wende den getrübten Blick von den Verirrungen Weniger auf das Ganze meines Volkes. Da verklärt er sich in Freudenthränen, da, meine Herren, ist, bei allen schweren Regierungserfahrungen, mein Trost. Mein Volk ist noch das alte, christliche Volk, das biedere, treue, tapfere Volk, das die Schlachten meiner Väter geschlagen hat, und dessen ehrenwerthe Eigenschaften mit der Größe und dem Ruhme des Vaterlandes nur gewachsen sind, das sich einst, wie kein anderes je, in den Tagen der Trübsal mit seinem väterlichen Könige verband und ihn dann gleichsam auf seinen Schultern von Sieg zu Siege trug, ein Volk, meine Herren, oft versucht durch Künste der Verführung, aber immer bewährt gefunden. Auch aus der gewaltigsten dieser Prüfungen wird es rein hervorgehen. Denn schon wird das freche Spiel mit dem Christenthume, der Misbrauch der Religion zu einem Mittel des Umsturzes mehr und mehr in seiner wahren Gestalt als Sacrilegium erkannt und stirbt hin. Auch ist mein felsenfestes Vertrauen auf Volkstreue, als auf das sicherste Löschmittel des Mordbrands, noch immerdar herrlich belohnt worden, von den ältern wie von den jüngern Söhnen unsers preußischen Vaterlandes, selbst da, wo eine andere Sprache als hier geredet wird.

Darum, hören Sie es, edle Herren und getreue Stände, und mög' es durch Sie das ganze Land erfahren: von allen Unwürdigkeiten, denen ich und mein Regiment seit sieben Jahren ausgesetzt gewesen, appellir' ich an mein Volk! Von allen schnöden Erfahrungen, die mir vielleicht noch vorbehalten sind; appellir' ich im voraus an mein Volk! Mein Volk kennt mein Herz, meine Treue und Liebe zu ihm und hängt in Lieb' und Treue an mir: mein Volk will nicht das Mitregieren von Repräsentanten, die Schwächung der Hoheit, die Theilung der Souverainetät, das Brechen der Vollgewalt seiner Könige, die ihm seine Geschichte, seine Freiheit, seinen Wohlstand begründet und seine theuersten Errungenschaften allein schützen können und — sie schützen werden, so Gott gnädig ist, wie bisher. Wissen Sie aber, meine Herren: ich lese die Gesinnungen des Volkes nicht in den grünen Pforten und im Jubelruf des Festes, noch weniger in Lob und Tadel der Presse, oder gar in den bedenklichen, zuweilen verbrecherischen Foderungen gewisser Adressen, wie sie wol an Thron und Stände oder sonst wohin gelangen; ich habe sie aber mit meinen Augen in dem rührenden Dank der Menschen gelesen für kaum verheißene, kaum begonnene Wohlthaten, hier, wo breite Landstriche unter Wasser standen, dort, wo die Menschen kaum vom Hunger genasen; in ihrer schönen Freude, in ihren nassen Augen hab' ich sie gelesen vor drei Jahren bei der Königin und meiner wunderbaren Lebens-Rettung! Da ist Wahrheit — und in meinen Worten ist Wahrheit, wenn ich sage: das ist ein herrliches Volk! und ich fühle ganz das Glück, diesem Volke vorzustehen. Und ihre Herzen werden mich verstehen und mir zustimmen, wenn ich Sie in dieser großen Stunde auf das eindringlichste auffodere: zeigen Sie sich dieses Volkes werth!

Durchlauchtigste Edle Fürsten, Grafen und Herren! Sie werden in der Stellung, die Ihnen mein Gesetz auf dem vereinten Landtag einräumt, meine Absicht erkannt haben, daß dieselbe eine würdige, dem Begriff des deutschen Herrenstandes entsprechende, für das Wohl des Ganzen ersprießliche sei. Ich vertraue Ihnen, daß Sie in dieser Stunde und in diesen Tagen es tief empfinden, was es heißt und was es fodert, die Ersten einer Nation zu sein. Sie werden mein Vertrauen lohnen.

Sie, meine Herren von Ritterschaft, Städten und Landgemeinden, sind, deß bin ich fest überzeugt, durchdrungen von der Wahrheit, daß Sie in dieser Stunde und in diesen Tagen die Ersten Ihrer Stände sind, aber auch darum die Wahrer Ihres alten Ruhmes. Blicken Sie auf diesen Thron. Ihre und meine Väter Viele von Ihnen und von meines Hauses Fürsten und ich selbst haben für seine Erhaltung, seine Rettung, seine Ehre, für das Leben des Vaterlandes gefochten. Gott war mit uns! — Jetzt gilt's einen neuen Kampf, um dieselben hohen Güter, einen friedlichen zwar, aber seine Treffen sind nicht um eines Haares Breite unwichtiger, als es jene im Blachfelde waren. Und Gott wird wieder mit uns sein, denn es gilt den Kampf gegen die bösen Gelüste der Zeit. Ihre Einmüthigkeit mit mir, Ihr thätiges Bekenntniß, mir helfen zu wollen: den Boden des Rechts (den wahren Acker der Könige) immer mehr zu befestigen und zu befruchten, wird aus diesem Landtage eine gewonnene Hauptschlacht wider jenes arge, rechtlose, Deutschland betrübende und entehrende Treiben machen, zu Ihrem und des Vaterlandes Ruhm und zur Befriedigung des Volkes.

Meine Herren von der Ritterschaft, seien Sie, wie vor Alters, so auch jetzt und künftig die Ersten, die dem Banner von Hohenzollern folgen, das in diesen Landen seit bald fünfthalbhundert Jahren aller Ehre vorangeht. Und Sie, meine Herren von den Städten, legen Sie jetzt vor aller Welt ein lebendiges Zeugniß ab, daß die Intelligenz, deren größere Masse zu vertreten Sie stolz sind, bei uns die rechte, die wahre sei, die durch Religion und Sittlichkeit veredelte, durch Königs- und Vaterlandsliebe bestimmte. Und Sie, getreue Vertreter der Landgemeinden, Sie und Ihr Stand sind niemals die Letzten, wenn es gilt: mit Gott für König und Vaterland, sei's im Kriege, sei's im Frieden. Hören Sie die Stimme Ihres Königs, der Ihnen zuruft: Jetzt gilt es wieder!

In meiner Monarchie steht keiner der drei Stände über dem Andern oder unter dem Andern. Sie stehen Alle in gleich wichtigen Rechten und in gleich geltenden Ehren neben einander, ein jeder aber in seinen Schranken, ein jeder in seiner Ordnung. Das ist mögliche und vernünftige Gleichheit, das ist Freiheit!

Edle Herren und getreue Stände!

Noch ein Wort über eine Lebensfrage, ja ich muß sagen über die Lebensfrage zwischen Thron und Ständen. Der hochselige König hat das ständische Wesen nach reiferer Ueberlegung im geschichtlich-deutschen Sinn ins Leben gerufen, und ich habe an seinem Werke allein in diesem Sinne fortgebaut. Durchdringen Sie sich, ich beschwöre Sie, mit dem Geiste dieser uralten Einsetzungen. Sie, meine Herren, sind deutsche Stände im althergebrachten Wortsinne, d. h. vor Allem und wesentlich „Vertreter und Wahrer der eignen Rechte", der Rechte der Stände, deren Vertrauen den beiweitem größten Theil dieser Versammlung entsendet. Nächstdem aber haben Sie die Rechte zu üben, welche Ihnen die Krone zuerkannt hat. Sie haben ferner der Krone den Rath gewissenhaft zu ertheilen, den dieselbe von Ihnen fodert. Endlich steht es Ihnen frei, Bitten und Beschwerden, Ihrem Wirkungskreise, Ihrem Gesichtskreise entnommen, aber nach reiflicher Prüfung, an den Thron zu bringen.

Das sind die Rechte, das die Pflichten germanischer Stände, das Ihr herrlicher Beruf. Das aber ist Ihr Beruf nicht: „Meinungen zu repräsentiren", Zeit- und Schulmeinungen zur Geltung bringen zu sollen. Das ist vollkommen undeutsch und obenein vollkommen unpraktisch für das Wohl des Ganzen, denn es führt nothwendig zu unlösbaren Verwickelungen mit der Krone, welche nach dem Gesetze Gottes und des Landes und nach eigner freier Bestimmung herrschen soll, aber nicht nach dem Willen von Majoritäten regieren kann und darf, wenn „Preußen" nicht bald ein leerer Klang in Europa werden soll! Meine Stellung und Ihren Beruf klar erkennend und fest entschlossen, unter allen Umständen dieser Erkenntniß treu zu handeln, bin ich in Ihre Mitte getreten und habe mit königlichem Freimuth zu Ihnen geredet. Mit derselben Offenheit und als höchsten Beweis meines innigen Vertrauens zu Ihnen, edle Herren und getreue Stände, gebe ich Ihnen hier nun mein königliches Wort, daß ich Sie nicht hierher gerufen haben würde, wenn ich den geringsten Zweifel hegte, daß Sie Ihren Beruf anders deuten wollten und ein Gelüst hätten nach der Rolle sogenannter Volksrepräs-

sentanten. Ich würde es darum nicht gethan haben, weil alsdann nach meiner tiefinnersten Ueberzeugung Thron und Staat gefährdet wären, und weil ich es als meine erste Pflicht erkenne, unter allen Verhältnissen und Schickungen Thron und Staat meiner Regierung zu bewahren, wie sie sind. Ich gedenke der Worte eines königlichen Freundes: „Vertrauen weckt Vertrauen". Das ist wahrlich heute meine schöne Hoffnung. Daß mein Vertrauen zu Ihnen ein sehr großes ist, habe ich Ihnen durch meine Worte bewiesen und mit der That Ihrer Berufung besiegelt. Auch von Ihnen, meine Herren, erwarte Ich Zeugnisse des Vertrauens und in denselben Antwort auf meine Rede durch die That. Ich habe Sie, Gott ist mein Zeuge, als Ihr wahrster, als Ihr bester, als Ihr treuster Freund, berufen, und ich glaube fest, daß unter den Hunderten vor mir nicht Einer ist, der nicht entschlossen wäre, sich in dieser Zeit als meinen Freund zu bewähren. Manche unter Ihnen waren zu Königsberg am 10. September 1840 anwesend, und noch jetzt höre ich den donnergleichen Ton Ihres Eides der Treue, der mir erwärmend durch die Seele drang. Viele von Ihnen haben mir am Huldigungstage meiner deutschen Erblande mit Tausenden ein in meinem Herzen nie verklingendes „Ja" zugerufen, als ich Sie aufforderte: „Mir mit Herz, Geist, Wort und That in Treue und Liebe zu helfen und beizustehen, Preußen zu erhalten wie es ist und wie es bleiben muß, wenn es nicht untergehen soll, und im bedächtigen, aber jugendkräftigen Fortschritt mich nicht zu lassen, noch zu versäumen, aber mit mir auszuhalten durch böse und durch gute Tage." Lösen Sie jetzt Ihr Wort! Erfüllen Sie Alle Ihren theuer geleisteten Eid.

Sie vermögen es schon bei einer Ihrer wichtigsten Berufsübungen, indem Sie echte, aufrichtige Freunde des Thrones und unserer guten Sache in die Ausschüsse wählen, Männer, die es begriffen haben, daß es in dieser Zeit die erste Pflicht der Stände ist, jede gute Gesinnung, jede Treue im Lande durch eignes Beispiel zu beleben und zu heben, dagegen jede Art der vielgestalteten Untreue niederzuschlagen, zu entmuthigen, Männer, meine Herren, die jeder Knechtschaft feind, vor Allem Feinde des schmachvollen Joches sind, welches eine irreleitende Meinung (den Namen der Freisinnigkeit brandmarkend) auf Ihre Hälse legen will. Dieser Wahlact ist ein sehr entscheidender, sehr folgenschwerer Act. Erwägen Sie das mit Ihrem Herzen und wählen Sie mit Ihrem Gewissen!

Bedenken Sie auch, daß die Zeit der Ungewißheit über die Gestaltung des ständischen Wesens vorüber ist. Manches, was die Nachsicht bisher mit dieser Ungewißheit entschuldigen konnte, hat hinfort keine Entschuldigung mehr. Der 3. Februar dieses Jahres hat, wie der 3. Februar 1813, den echten Söhnen des Vaterlandes die Bahn geöffnet, die sie zu wandeln haben. Aber dasselbe unaussprechliche Glück, welches damals meinem ruhmgekrönten Vater zu Theil wurde, ist ja auch heut das meinige, jetzt in diesem Augenblick. Ich rede ja wie Er, zu preußischen, zu deutschen Männerherzen.

Wohlan denn! Durchlauchtige, Edle Fürsten, Grafen und Herren, liebe und getreue Stände von Ritterschaft, Städten und Landgemeinden! Gehen Sie mit Gott an Ihre Arbeit. Sie werden sich (deß bin ich in Hoffnung jetzt gewiß) durch diese ganze wichtige Zeit unsers Beisammenseins, während ganz Europa auf Sie blickt, als echte Preußen zeigen, und künftig durch alle Abstufungen unserer ständischen Versammlungen sich immerdar als echte Preußen bewähren. Dann bleibt auch, glauben Sie mir's, das Eine, was noth thut, nicht aus, nämlich „Gottes Segen, an dem allein Alles gelegen". Er wird sich aus unserer Einmüthigkeit in einem breiten Strome auf dieses und die kommenden Geschlechter und, ich hoff' es, auf das ganze herrliche deutsche Vaterland ergießen, in einem Strome, an dem sich's gut und sicher wohnen läßt, wie an den wohlverwahrten Ufern der segenspendenden, großen Wasser dieser Erde. Und nun noch einmal aus der Fülle meines Herzens Willkommen!!"

Hierauf riefen Se. Majestät die Landtagsmarschälle, den Herrn Fürsten zu Solms und Oberstlieutenant von Rochow, vor den Thron und sprachen zu denselben folgende Worte:

„Erlauchter Fürst zu Solms-Hohen-Solms-Lich! Sie haben meine Bitte erfüllt, ein wichtiges Amt zu übernehmen als Marschall des Herrenstandes und durch dasselbe als Marschall des Vereinigten Landtags, wenn alle Stände vereint sind. Ich spreche Ihnen hiermit angesichts der versammelten Stände meinen Dank aus. Empfangen Sie hiermit das Zeichen Ihrer Würde aus meinen Händen. Gott wolle Ihre Bemühungen segnen!

Herr Adolf von Rochow! Sie haben meine Stimme gehört, als ich Sie aufforderte, das Marschallamt der drei Stände zu übernehmen. Damals leidend, hat nur reiner Patriotismus, reine Liebe zu mir und zum Vaterlande Sie bewegen können, meinem Rufe zu folgen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen. Nehmen Sie das Zeichen des Amts aus meinen Händen und möge Gottes Segen auf Ihren Bemühungen ruhen!"

Hierauf erklärte der Minister des Innern auf Befehl Sr. Maj. des Königs den Landtag für eröffnet und sprach sodann der nunmehrige Landtagsmarschall des Vereinigten Landtages, vor den Thron tretend, folgende Worte:

„Mein gnädigster König und Herr!

Es ist Niemand unter uns, der nicht aufs tiefste ergriffen wäre von der königlichen Kraft der Worte, die Ew. Majestät an uns gerichtet haben, und von der Gewalt des Augenblicks, den wir erleben. Ew. Majestät haben, nach Beendigung eines großartigen Gesetzgebungswerkes, Ihre getreuen Stände um Ihre Person versammelt. Ew. Majestät können der Dankbarkeit Ihres getreuen Volkes in Wahrheit gewiß sein. Wir, die hier versammelten Vertreter aller Klassen des Volkes, wir wollen durch die That Zeugniß ablegen von dieser Dankbarkeit des Volkes; wir wollen treu, kräftig und entschieden Das leisten, was Ew. Majestät von uns zu erwarten berechtigt sind; wir wollen gleich jetzt unsere innigsten Wünsche in den Worten zusammenfassen: Gott segne den König, Gott erhalte den König, der König lebe hoch!" woran die ganze Versammlung in dreimaligem Jubelruf sich anschloß. Der König verließ hierauf die Versammlung. (A. Pr. Z.)

Programm für die feierliche Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags

in Berlin am Sonntage den 11. April 1847.

§. 1. Am Sonntage den 11. April 1847, als an dem zur feierlichen Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags in Berlin bestimmten Tage, Morgens 9 Uhr, begeben sich die Mitglieder des Vereinigten Landtags, mit den ihnen ertheilten Eintrittskarten versehen, zur gottesdienstlichen Feier, die evangelischen Mitglieder in die Hof- und Domkirche, die katholischen Mitglieder in die St.-Hedwigskirche.

§. 2. In der Hof- und Domkirche sind für die Mitglieder des Vereinigten Landtags Plätze in dem Schiffe der Kirche vorbehalten, zu denen sie den Eingang durch das Hauptportal an der Lustgartenseite nehmen. Für die Staatsminister ist eine Chorabtheilung, dem königl. Stuhle gegenüber, bestimmt; die Abtheilung für das diplomatische Corps bleibt für dasselbe reservirt. In der St.-Hedwigskirche sind die Plätze in gleicher Anordnung vorbehalten.

§. 3. Nach beendigtem Gottesdienste begeben sich die Mitglieder des Vereinigten Landtags nach dem königl. Schlosse. Sie nehmen durch das Portal Nr. 5 den Aufgang bei der Wendeltreppe, und versammeln sich: die Mitglieder des Herrenstandes in der Kammer vor dem Weißen Saale, die Mitglieder der drei andern Stände in der Bildergalerie, und die Staatsminister in dem grünen Salon, neben der Bildergalerie. Die Generalität, die wirklichen Geheimräthe, die Räthe erster Klasse, die Mitglieder des Staatsraths, die anwesenden Präsidenten der Landescollegien, die Bischöfe der evangelischen Kirche, die Hof- und Domgeistlichen, der Propst der St.-Hedwigskirche, der Oberbürgermeister und der Vorsteher der Stadtverordneten von Berlin, der Rector der Universität, der vorsitzende Secretair der Akademie der Wissenschaften und der Director der Akademie der Künste haben sich auf dem oben bezeichneten Wege nach dem Weißen Saale begeben und in der ihnen durch die als Ceremonienmeister fungirenden Kammerherren, Grafen v. Saldern-Ahlimb und v. Zastrow, angewiesenen Abtheilung aufgestellt.

§. 4. Die Mitglieder des Standes der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden werden provinzenweise, unter Vortritt ihrer Marschälle, durch den geheimen Oberregierungsrath v. Massow und den geheimen Regierungsrath Frhrn. v. Schleinitz in den Weißen Saal zu den für sie zu den Landtagssitzungen bestimmten Plätzen geführt. Die Marschälle stellen sich dem Throne gegenüber vor den Sitzen ihrer Provinzen auf. Demnächst treten die Mitglieder des Herrenstandes unter gleicher Führung in den Weißen Saal und nehmen die für sie bestimmten Plätze ein. Sodann begeben sich die Staatsminister in den Weißen Saal und treten zur linken Seite des Throns.

§. 5. Für Ihre Maj. die Königin und für Ihre königl. Hoheit die Prinzessin von Preußen, sowie für die Gefolge Allerhöchst und Höchstderselben, sind die obern Hallen im Weißen Saale eingerichtet.

§. 6. Seine königl. Hoheit der Prinz von Preußen und Ihre königl. Hoheiten die großjährigen Prinzen des königl. Hauses haben sich in den Kammern Königs Friedrich I. Maj. versammelt; die Gefolge Höchstderselben in der davorliegenden boisirten Kammer.

§. 7. Für die minderjährigen Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, königliche Hoheiten, mit Höchstihrer Begleitung; für Se. königl. Hoheit den Prinzen August von Württemberg, für Ihre Hoheiten die Herzoge Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und Georg von Mecklenburg-Strelitz, für die Prinzen Woldemar zu Schleswig-Holstein und Johann zu Schleswig-Holstein-Glücksburg Durchlauchten, für Ihre Durchlaucht die Herzogin Sagan-Talleyrand und für die Gräfin v. Kielmansegge, geb. Freiin v. Stein, sowie vom diplomatischen Corps für die Chefs der Missionen und resp. deren einstweilige Stellvertreter, sind in den obern Hallen im Weißen Saale die Sitze reservirt, welche durch den als Ceremonienmeister fungirenden Kammerherrn, Geheimen Legationsrath Freiherrn von Schleinitz, werden näher bezeichnet werden. Der Zugang zu diesen Hallen ist von dem Schloßportale Nr. 4 aus.

§. 8. Nachdem die Versammlung im Weißen Saale geordnet ist, macht Sr. Maj. dem Könige der für den Vereinigten Landtag allerhöchst bestellte Commissar, Staatsminister des Innern v. Bodelschwingh, darüber Meldung. Allerhöchstdieselben erheben sich, unter Vortritt der Hofchargen, gefolgt von den General- und Flügeladjutanten und dem geheimen Cabinetsrathe, nach dem Rittersaale, in welchen inzwischen Se. Königl. Hoh. der Prinz von Preußen und die andern großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, königl. Hoheiten, eingetreten sind. Sobald Se. Maj. in dem Rittersaal angelangt sind, setzt sich der Zug nach dem Weißen Saal in folgender Ordnung in Bewegung: der Hofmarschall Graf Keller; die Hofchargen (die nach dem Patente jüngsten voran); der Obermarschall, Staatsminister Frhr. v. Werther, mit dem Obermarschallsstabe; die Reichsinsignien: unmittelbar vor Sr. Maj. dem Könige das Reichspanier, getragen von dem General der Infanterie Kriegsminister v. Boyen, begleitet von den Generalen à la suite v. Below und v. Forstner; rechts des Paniers die Krone, getragen von dem General der Infanterie Generaladjutanten Frhrn. v. d. Knesebeck; dicht davor der Reichsapfel, getragen von dem General der Infanterie v. Krausneck; links des Paniers das Scepter, getragen von dem General der Infanterie Frhrn. v. Müffling, und vor demselben das Reichsschwert, getragen von dem General der Infanterie Generaladjutanten v. Natzmer. (Die zwei Garde-du-Corpsoffiziere zur Escorte der Reichsinsignien seitwärts derselben.) Se. Maj. der König, Ihre Königl. Hoheiten der Prinz von Preußen und die andern Prinzen des königlichen Hauses; die General- und Flügeladjutanten und der geheime Cabinetsrath Sr. Maj. des Königs, und die Hofstaaten des Prinzen von Preußen und der andern Prinzen königl. Hoheiten.]

§. 9. Bei dem Eintritte Sr. Maj. des Königs in den Weißen Saal hat sich die Versammlung von ihren Sitzen erhoben. Se. Maj. nehmen auf dem Throne Platz. Ihre königl. Hoheiten der Prinz von Preußen und die andern Prinzen des königlichen Hauses treten zur Rechten des Thrones. Der General der Infanterie Kriegsminister v. Boyen hat sich zuvor mit dem Reichspanier rechts, der General der Infanterie v. Natzmer mit dem Reichsschwerte links hinter die Throntabourets gestellt; der General der Infanterie Frhr. v. d. Knesebeck hat die Krone auf das rechts dem Thronsessel zunächst stehende Tabouret, der General der Infanterie Frhr. v. Müffling das Scepter auf das links stehende Tabouret und der General der Infanterie v. Krauseneck den Reichsapfel auf das andere rechts stehende Tabouret gelegt und haben sich auf die nächstfolgende Thronstufe, den Reichsinsignien zur Seite, gestellt. Der königl. Landtagscommissar Staatsminister v. Bodelschwingh ist an die linke Seite des Thrones neben die untere Stufe getreten, die Hofchargen haben sich zu Seiten des Thrones hinter die Prinzen königl. Hoheiten und resp. zu den Staatsministern und die Generalmajors v. Below und v. Forstner rechts neben die untere Thronstufe in Nähe des Reichspaniers gestellt; die beiden Escorte-Offiziere sind zu Seiten des Thrones zurückgetreten; die General- und Flügeladjutanten, der geheime Cabinetsrath, sowie die Gefolge der Prinzen königl. Hoheiten, behalten in dem zwischen dem Eingang und den Sitzen der Mitglieder des Herrenstandes freigelassenen Raume Platz.

§. 10. Nach beendigter Thronrede übergeben Se. Maj. der König den Marschällen, welchen Allerhöchstdieselben den Vorsitz in den Versammlungen zu übertragen beschlossen haben, die Marschallsstäbe als Zeichen ihrer Würde, worauf der Staatsminister v. Bodelschwingh auf allerhöchsten Befehl den Vereinigten Landtag für eröffnet erklärt.

§. 11. Demnächst erheben sich Se. Maj. der König vom Thron und begeben sich im Zug in der oben gedachten Folge nach dem Rittersaal und in Allerhöchstihre Appartements zurück.

§. 12. Mit Ausführung der vorstehenden Anordnungen ist von Sr. Maj. dem Könige der Hofmarschall Graf Keller beauftragt worden. Berlin, 6. April 1847. Auf Sr. Königl. Maj. allergnädigsten Specialbefehl. v. Bodelschwingh."

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Neu entdeckter Stoff zu billiger und guter Brot- und Mehlspeise-Bereitung.

Der seit den letzten Jahren in allen Ländern mehr oder weniger herrschende Mangel, zum Theil durch die Kartoffelkrankheit herbeigeführt, veranlaßte mich, darüber nachzudenken, ob es nicht irgend ein noch unbenutztes Product gebe, welches wenigstens zum Theil einen Ersatz für Brot darböte.

Es mußte nach meiner Meinung ein Product sein, welches überall in großer Menge und billig zu haben ist. Ich untersuchte mehre organische Producte und kam endlich auch auf nachstehend beschriebenes Product, welches beinahe **ganz alle Bestandtheile unseres guten genießbaren Getreides enthält** und wovon im Inlande (im österreichischen Kaiserstaate) allein schon bei 800,000 Centner jährlich zu haben sind, von dem der Centner nicht mehr als 40 bis 50 Kr. C.-M. kostet und 200 Pfd. Brot gibt.

Ich erzeugte bereits vor 1½ Jahren Brot daraus, welches aber einen bittern Geschmack hatte. Dieses Bitter für Harzbitter haltend, glaubte ich, daß es nicht anders als mit Weingeist oder Kalium auszuziehen sei, und gab den Gegenstand der kostspieligen Behandlung wegen damals auf.

Berufsarbeiten und Geschäfte ließen mich erst nach Monaten wieder an weitere Versuche gehen, bis es mir vollkommen gelang, dem Producte auf einfache Weise das Bittere zu benehmen, sodaß ich ein ganz süß schmeckendes Mehl erzeugte und Brot und Klöße, die wohlschmeckend und nahrhaft sind, daraus bereitete. — Da mich kein eigennütziger Zweck leitet und jede Absicht auf Gewinn mir fern liegt, so bringe ich hiermit meine Entdeckung für das Wohl der Armen und der ganzen Menschheit zur öffentlichen Kenntniß, indem ich mich bereit erkläre, genaue Anweisungen für Brotbäckereien im Großen zur Entbitterung des Productes Jedermann unentgeltlich zukommen zu lassen. **Dieses Product** ist:

Rips-Oel-Kuchen,

der in dem Abfalle oder Rückstande beim Pressen des Rips-(Rübsen-)Oeles besteht. Diese Rips-Oel-Kuchen werden nun entweder (zur Brotbereitung im Großen) auf Mehlmühlen wie gewöhnliches Getreide gemahlen, 10 bis 15 Proc. Kleie (die zum Viehfutter sehr gut dient) abgenommen oder im Haus- und kleinern Gebrauche der Küche auf gewöhnlichem Reibeisen gerieben und gesiebt. Um die Bitterkeit aus dem so erhaltenen Mehle zu entfernen, besonders bei größerer Brotbereitung, wird auf folgende einfache Art verfahren: das Mehl wird in ein reines Faß oder in einen Bottich gethan, dann warmes Wasser darauf gegossen; hierauf wird es umgerührt und sodann der Ruhe überlassen, bis sich das Mehl absetzt und auf demselben eine lautere Flüssigkeit (welche das Bittere aufgelöst enthält) erscheint; diese bittere Flüssigkeit wird abgegossen, das Mehl zum zweiten Mal mit lauem Wasser übergossen und wie das erste Mal verfahren; hernach wird das Mehl in Leinwandsäcke mit einer Schaufel gefüllt und durch Auspressen in gewöhnlichen Pressen die Flüssigkeit vollends daraus entfernt; dieses feuchte Mehl wird sodann mit etwas Getreidemehl und aufgegangener Hefe geknetet und wie gewöhnlicher Teig behandelt.

Zur Bereitung im Kleinen wird ein gewöhnlicher Topf zur Hälfte mit dem Mehl angefüllt, laues Wasser darüber gegossen, das Ganze umgerührt und nach einhalb- bis einstündigem Weichen die bittere Flüssigkeit abgegossen, der Satz durch Leinwand geseihet, das feuchte Mehl mit etwas gewöhnlichem Mehle geknetet und Mehlspeise (mit etwas Fett und Salz) oder Brot daraus bereitet.

[1345] **M. M. Pollak**, k. k. priv. Fabrikant in Wien (Stadt, Rothenthurmstraße Nr. 728).

Ausschl. priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Kundmachung.

Die 15. Generalversammlung hat den Beschluß gefaßt, eine 5procentige Anleihe von 5,600,000 Fl. in Prioritäts-Obligationen unter nachstehenden Modalitäten aufzunehmen.

Es werden Obligationen von 1000 Fl., 500 Fl. und 100 Fl. von der Direction d. d. 1. April d. J. ausgestellt, welche durch zehn Jahre von der Unternehmung nicht aufgekündet werden können. Nach diesen zehn Jahren werden jährlich 2½ Proc., also 140,000 Fl., vom Anleihecapital mittels Verlosung zurückbezahlt, dergestalt, daß die gänzliche Tilgung binnen 40 Jahren, also nach 30 Jahren von der Aufnahmsepoche, bewerkstelligt sein muß.

Die a. pr. Kaiser-Ferdinands-Nordbahngesellschaft behält sich aber ausdrücklich vor, nach vorhergegangener sechsmonatlicher Bekanntmachung in der k. k. priv. Wiener-Zeitung und der augsburger Allgemeinen Zeitung auch Verlosungen für größere Beträge vornehmen, oder die Rückzahlung der ganzen Capitalssumme auch noch früher, jedoch nicht vor dem 1. April 1857, bewerkstelligen zu können.

Die Interessen dieser Anleihe werden bis zu deren Tilgung aus den Betriebseinnahmen bestritten und gehen der Actiendividende vor.

Jeder Besitzer von Nordbahn-Actien hat das Recht, für eine ganze Actie 400 Fl. dieser Anleihe beziehen zu können, wenn er dies unter Angabe der Foliennummer und des Namens, auf welchen die Actie ausgestellt ist, bis 15. Mai d. J. schriftlich verlangt, die gewünschten Stücke à 1000 Fl., 500 Fl. oder 100 Fl. angibt und gleichzeitig 5 Proc. der Obligationssumme, d. i. 20 Fl., für jede ganze Actie als Angabe erlegt. Für diese 20 Fl. wird ein Certificat ausgefertigt, und dieselben werden, vom 15. Mai angefangen, mit 5 Proc. verzinst, jedoch erst bei der letzten Ratenzahlung abgerechnet.

Bei nicht pünktlicher Zuhaltung der festgesetzten Ratenzahlungen verliert der Subscribent jedes weitere Bezugsrecht und die Angabe.

Uebrigens bleibt es auch Solchen, die nicht Actionaire sind, unbenommen, sich zur Theilnahme an diesem Anlehen vormerken zu lassen, in welchem Falle man sich unter Beilegung der erwähnten 5 Proc. und Erfüllung der andern vorerwähnten Bedingungen bis 15. Mai d. J. schriftlich bei der Direction melden wolle.

Diejenigen Beträge, die von den Besitzern der Nordbahnactien bis dahin nicht angemeldet worden sind, werden mittels einer verhältnißmäßigen Repartition diesen letztern Subscribenten überlassen werden.

Die erste Rate ist sodann am 15. Jun. d. J. mit 100 Fl.
„ zweite „ „ „ „ 1. Nov. d. J. mit 100 Fl.
„ dritte „ „ „ „ 1. Febr. 1848 mit 100 Fl.

und die vierte Rate mit Einrechnung der Angabe am 1. Mai 1848 ebenfalls mit 100 Fl. nebst den vom 1. April auf den Obligationen haftenden Zinsen zu entrichten.

Bei jeder Ratenzahlung wird gegen Vorweisung des Certificats die betreffende Obligationssumme erfolgt, doch steht es Jedermann frei, vom 15. Jun. d. J. angefangen mehre oder auch alle Raten gegen Empfangnahme der Obligationen und Vergütung der Intercalarzinsen zu erlegen.

Die P. T. Actionaire, sowie andere Parteien, die sich an dieser Anleihe zu betheiligen wünschen, werden eingeladen, ihre Offerte bis längstens 15. Mai d. J. mit der erfoderlichen 5proc. Angabe bei der Hauptcassa im Prater Bahnhof überreichen zu wollen.

Wien, am 1. April 1847. [1342—44]

Von der Direction der a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Leipziger Kunstauction.

Das Verzeichniß von Kupferstichen, Radirungen, Holzschnitten, Werken ꝛc., enthaltend die Doubletten einer fürstlichen und öffentlichen Kunstsammlung und mehre Beiträge von Kunstsammlern, worunter sich eine reiche Sammlung Longhi'scher Blätter befindet, welche den **19. Mai d. J.** zu Leipzig versteigert werden, ist durch jede Buch- und Kunsthandlung und von dem Unterzeichneten zu beziehen.

[1242] **Rudolph Weigel.**

Zwei in Schriften geübte, gut empfohlene **Lithographen** finden sogleich dauerndes Engagement; hierauf Reflectirende erhalten weitere Auskunft durch

George Francke & Ponnaz
[1255—57] in Hessen-Cassel.

Die zweite Auflage
von
Preußen im Januar 1847
und das
Patent vom 3. Februar.
Von
Bülow-Cummerow.

Gr. 8. 341 Seiten. Preis 1 Thlr. 21 Sgr. hat soeben die Presse verlassen. Die bevorstehenden Verhandlungen des vereinigten Landtags wenden die Aufmerksamkeit des Publicums in erhöhtem Maße diesem neuen Werke des berühmten Verfassers zu, in welchem die Lebensfragen der Preußischen Politik erörtert sind.

Berlin, den 3. April 1847.

[1317] **Veit & Comp.**

Zweite Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 104. (14. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Finanzetat.
Handel und Industrie. * Aus Baden. Die Brandschädenvergütungen. Zehntablösung. * Frankfurt a. M. Die spanische Schuld. Ledermesse. * Hannover. Der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. * Mainz. Die Dampfschleppschiffahrt. — Das holländische Münzwesen.
Ankündigungen.

Preußen.

Die Allgemeine Preußische Zeitung vom 13. April veröffentlicht den Haupt-Finanz-Etat für das Jahr 1847:

Einnahme.

1) **Aus der Verwaltung der Domainen:** a) an grundherrlichen Abgaben, an Erbpachten und Erbzinsen 4,057,543 Thlr.; b) an Einnahmen von verpachteten oder auf Administration stehenden Grundstücken und Nutzungen 1,867,203 Thlr., Summe 5,924,716 Thlr. Davon ab: a) an Aufsichts- und Erhebungskosten 258,598 Thlr.; b) an Ausgaben für die gutsherrliche Polizeiverwaltung und an Patronatslasten 111,746 Thlr.; c) an Passivrenten, Competenzen und öffentlichen Abgaben 315,831 Thlr.; d) an Remissionen 14,095 Thlr.; e) an Bau-, Vermessungs-, Separations-, Proceß- und andern ähnlichen Kosten 379,425 Thlr. Summe 1,079,695 Thlr. Ueberschuß 4,845,021 Thlr.

2) **Aus der Verwaltung der Forsten:** a) an Einnahmen aus dem Nutz- und Brennholzverkauf 3,928,934 Thlr.; b) an Jagdnutzungen 109,723 Thlr.; c) an Forstnebennutzungen, einschließlich der Forststraf- und Pfandgelder 487,419 Thlr. Summe 4,526,076 Thlr. Davon ab: a) an Besoldungen der Regierungsforstbeamten und Forstinspectoren 165,125 Thlr.; b) an Forstschutz- und Erhebungskosten und andern Localverwaltungsausgaben 890,654 Thlr.; c) an Holzhauer- und Holzfuhrlöhnen 535,181 Thlr.; d) zu Forstculturen, Vermessungen und Separationen, für Forstwege- und Wasserbauten, an Proceßkosten, sowie an Unterhaltungskosten der Forstdienstgebäude und Forstlehranstalten 603,552 Thlr.; e) an Geldvergütungen für Holzdeputate und an sonstigen auf den Forstgrundstücken haftenden Lasten 27,171 Thlr.; f) zur Ablösung der auf den Forsten haftenden Berechtigungen 200,000 Thlr.; g) an Pensionen und Unterstützungen der Witwen und Waisen executiver Forstbeamten und zu Remunerationen für diese Beamten 81,434 Thlr. Summe 2,503,115 Thlr. Ueberschuß 2,022,961 Thlr. Hiervon und von dem Ueberschusse der Domainen von 4,845,021 Thlr., zusammen 6,867,982 Thlr., geht noch ab: der dem Kronfideicommiß in §. III. der Verordnung vom 17. Jan. 1820 vorbehaltene Revenuenantheil, einschließlich 73,099 Thlr. Agio von 548,240 Thlr. Gold 2,573,099 Thlr. Bleibt Nettoüberschuß aus den Domainen und Forsten . . . . . Thlr. 4,294,883.

3) **Aus den Domainen-Ablösungen und Verkäufen, zur Tilgung der Staatsschulden bestimmt** . . . . . Thlr. 1,000,000.

4) **Aus der Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen:** a) an Ueberschüssen von landesherrlichen Gruben- und Hüttenwerken 818,757 Thlr.; b) desgleichen von landesherrlichen Salinen 185,544 Thlr.; c) an Bergwerksgefällen, Steuern und Sporteln und sonstigen Einnahmen 702,777 Thlr. Summe 1,707,078 Thlr. Davon ab: a) an Besoldungen, Reisekosten und Bureaubedürfnissen der Bergämter 235,288 Thlr.; b) an dergleichen der Oberbergämter 97,640 Thlr.; c) an dergleichen der mit dem Finanzministerium verbundenen Generalverwaltung 67,224 Thlr.; d) zu größern Gruben- und andern Neubauten und zu Meliorationen 180,521 Thlr.; e) zu berg- und hüttenmännischen Versuchen 7200 Thlr.; f) zur Unterhaltung der Bergschulen, Unterstützung der Eleven und zu ähnlichen Ausgaben 19,205 Thlr. Summe 607,078 Thlr. Ueberschuß 1,100,000 Thlr. Dazu: an Ueberschuß aus der Porzellanmanufactur in Berlin 17,218 Thlr. Thlr. 1,117,218.

5) **Aus der Postverwaltung:** a) an Einnahmen von den Reit-, Fahr- und Güter-, Personen-, Schnell-, Cariol- und Botenposten, sowie an Transit- und reservirtem Porto 6,650,000 Thlr.; b) für gestempelte Geld- und Packeteinlieferungsscheine, an Brief- und Zeitungsbestellgeldern, von den Estaffetten- und Extraposten und an sonstigen Einnahmen 552,739 Thlr.; c) an Zeitungsprovisien und von dem Zeitungs- und Gesetzsammlungs-Debitscomptoir 235,261 Thlr. Summe 7,438,000 Thlr. Davon ab: a) an Ausgaben für Beförderung und Begleitung der Posten, für Postwagen, Felleisen ꝛc. und an sonstigen Betriebskosten 4,315,000 Thlr.; b) an Besoldungen, Diäten und Reisekosten und an materiellen Verwaltungskosten 1,705,000 Thlr.; c) an Baukosten, Entschädigungen und Competenzen für acquirirte Grundstücke und Rechte, an Restitutionen und sonstigen Ausgaben 416,200 Thlr. Summe 6,438,600 Thlr. . . . Ueberschuß Thlr. 1,000,000.

6) **Aus der Verwaltung der Lotterie:** a) Antheil zu 12½ Proc. von sämmtlichen Gewinnen, im Betrage von 6,895,000 Thlr. Gold, einschließlich 13⅓ Proc. Agio, 970,792 Thlr.; b) an zufälligen Einnahmen, einschließlich der Gewinne auf die zur Verabfolgung der Freiloose zurückbehaltenen Loose, 53,080 Thlr.; Summe: 1,029,872 Thlr. Davon ab: a) an Einnehmergebühr zu 1½ Proc. von den debitirten Loosen, nach Abzug der Freiloose, 111,860 Thlr.; b) an Besoldungen und sonstigen Verwaltungskosten 33,212 Thlr.; c) an möglichem Verluste für nicht abgesetzte Loose 10,000 Thlr.; Summe: 155,072 Thlr. Ueberschuß Thlr. 874,800.

7) **Aus der Verwaltung der directen Steuern:** A. an Grundsteuer 10,374,237 Thlr. Davon ab: a) an Elementar-Erhebungskosten 118,219 Thlr.; b) an Remissionen 134,979 Thlr. und an Erstattungen (incl. 2268 Thlr. für Lippstadt) 64,681 Thlr., zusammen 199,660 Thlr.; c) an Kosten der Kreiskassen, der Anfertigung der Grundsteuer-Heberollen und an Besoldungen der Steueraufsichts- und Fortschreibungsbeamten sowie der Executeren 265,499 Thlr.; Summe: 583,378 Thlr.; Ueberschuß 9,790,859 Thlr. B. an Klassensteuer 7,348,823 Thlr. Davon ab: a) an Elementar-Erhebungskosten 293,599 Thlr.; b) an Beiträgen zum Departemental-Remissionsfonds in der Rheinprovinz 8820 Thlr. und an Erstattungen für Lippstadt 1884 Thlr., zusammen 10,704 Thlr.; Summe: 304,303 Thlr.; Ueberschuß 7,044,520 Thlr. C. an Gewerbsteuer 2,589,275 Thlr. Davon ab: a) an Elementar-Erhebungskosten 103,908 Thlr.; b) an Erstattungen wegen Lippstadt 780 Thlr.; Summe: 104,688 Thlr.; Ueberschuß 2,484,587 Thlr. Summe an directen Steuern . . . . . Thlr. 19,319,966.

8) **Aus der Verwaltung der indirecten Steuern:** a) an Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben 13,812,403 Thlr.; b) an Uebergangssteuer von vereinsländischem Wein, Most und Taback 203,140 Thlr.; c) an Rübenzuckersteuer 126,450 Thlr.; d) an Niederlage-, Krahn-, Wage-, Blei-, Zettel- und Siegelgeldern 45,815 Thlr.; e) an conventionsmäßigen Schiffahrtsabgaben auf der Elbe, der Weser, dem Rhein und der Mosel 620,164 Thlr. Davon ab: 1) für die Rheinschiffahrtsverwaltung, einschließlich 33,243 Thlr. Rheinschiffahrtsrenten, 41,921 Thlr.; 2) zur Beförderung der Rheinschiffahrt und des Rheinhandels sowie zur Verbesserung der Communicationswege in der Rheinprovinz aus der Nacherhebung des Rheinzolls zu Koblenz 70,400 Thlr., zusammen 112,321 Thlr.; Ueberschuß 507,843 Thlr.; f) an Branntweinsteuer 4,624,850 Thlr.; g) an Braumalzsteuer 1,257,268 Thlr.; h) an Steuer vom inländischen Weinbau 90,855 Thlr.; i) an Steuer vom inländischen Tabacksbau 144,165 Thlr.; k) an Mahlsteuer 1,734,965 Thlr.; l) an Schlachtsteuer 1,371,175 Thlr.; m) an Stempelsteuer 4,251,010 Thlr. Davon ab: 1) für Anschaffung des erforderlichen Stempelmaterials, für Unterhaltung der Maschinen und an Versendungskosten 42,300 Thlr.; 2) an Tantième von defectirten Stempeln und von Erbschaftsstempeln, und an Besoldungen der Beamten des Hauptstempelmagazins und der Hauptkalenderverwaltung 14,016 Thlr. Summe 56,316 Thlr. Ueberschuß 4,194,694 Thlr.; n) an Chausseegeldern 1,330,203 Thlr.; die Erhebungskosten und die auf den Chausseen haftenden Lasten betragen 126,587 Thlr. Ueberschuß 1,203,616 Thlr.; o) an Brück-, Fähr- und Hafengeldern, Strom- und Kanalgefällen 686,214 Thlr.; die Erhebungskosten betragen 20,825 Thlr. Ueberschuß 665,389 Thlr.; p) an Hypotheken- und Gerichtsschreibereigebühren aus dem Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln 161,540 Thlr. Die Honorare und Tantièmen der Hypothekenbewahrer und Gerichtsschreiber betragen 71,623 Thlr., zusammen 89,917 Thlr.; q) verschiedene und außerordentliche Einnahmen, als: Beiträge der Communen zu den Erhebungskosten der Mahl- und Schlachtsteuer, Miethe für Dienstwohnungen ꝛc. 99,612 Thlr., Summe 30,172,157 Thlr. Davon ab an Ausgaben, welche sämmtliche Einnahmezweige der indirecten Steuerverwaltung betreffen, als: a) Gehalte der Beamten bei den Provinzial-Steuerdirectionen, sowie zu Diäten, Reisekosten und Bureaubedürfnissen dieser Behörden 323,865 Thlr.; b) Gehalte der Oberzoll- und Obersteuerinspectoren und Controleure, der Grenz- und Steueraufseher, Gehalte und Tantièmen der Beamten und Unterbedienten bei den Haupt- und Nebenzoll- und Steuerämtern, Bureaubedürfnisse, Diäten und Reisekosten und Pferdeunterhaltungsgelder für diese Aemter, nebst allen übrigen, den Grenzschutz und die Steueraufsicht, ingleichen die Einwirkung auf die Zollerhebung in den Zollvereinsstaaten betreffenden Ausgaben 3,005,958 Thlr.; c) zu größern Bauten und Hauptreparaturen der Steuerdienstgebäude 60,000 Thlr., Summe 3,389,823 Thlr. Bleibt Nettoertrag an directen Steuern Thlr. 26,782,334.

9) **Aus dem Salzmonopol** 7,753,818 Thlr. Davon ab: a) an Ankaufs-, Verpackungs- und Transportkosten des Salzes 2,452,754 Thlr.; b) an persönlichen Ausgaben, Amtskosten der untern Debitsstellen, Magazinarbeitslohn und für gewöhnliche Unterhaltung der Magazin- und Depotgebäude 308,864 Thlr., zusammen 2,761,618 Thlr. Ueberschuß Thlr. 4,992,200.

10) **Aus der Justizverwaltung:** a) an Sporteln, einschließlich der Emolumente der Beamten 3,931,830 Thlr.; b) an Jurisdictionsbeiträgen, Miethe für Dienstwohnungen und sonstigen unmittelbaren Einnahmen 67,771 Thlr.; c) an eignen Einnahmen der Justizofficianten-Witwenkasse 32,614 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 4,032,215.

11) **Aus dem Gewinne der Seehandlung** . . . Thlr. 100,000.

12) **An verschiedenen Einnahmen, als:** a) an eigenen Einnahmen der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Verwaltung, der Verwaltung des Innern, der Militair-Verwaltung und der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, bestehend in Zinsen von Capitalien, Erlös für verkaufte unbrauchbare Effecten ꝛc. 256,350 Thlr.; b) an Censur-Gebühren 2,681 Thlr.; c) an Geldstrafen 53,088 Thlr.; d) an Vermögens-Confiscaten, herrenlosen Erbschaften und Abschoßgefällen 22,543 Thlr.; e) an extraordinairen Pensionsbeiträgen 58,326 Thlr.; f) an Beiträgen der Communal- und Instituten-Fonds zu den Kassen-Verwaltungs-Kosten 8,459 Thlr.; g) an sonstigen zufälligen Einnahmen 118,634 Thlr. Summe 520,081 Thlr.

Summe der Einnahme Thlr. 64,033,697, oder mehr als nach dem Etat von 1844: Thlr. 2,649,248.

Ausgabe.

I. **Für das Staatsschuldenwesen** und zwar: 1) zur Verzinsung der allgemeinen und provinziellen Staatsschulden und zu den laufenden Verwaltungskosten 4,827,127 Thlr.; 2) zur Schuldentilgung 2,351,273 Thlr., zusammen 7,178,400 Thlr.; 3) zur Verzinsung und Tilgung später übernommener Provinzialschulden 40,920 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 7,219,320

II. **Für Passiva der General-Staatskasse:** 1) Entschädigungen für aufgehobene Rechte und Nutzungen 260,422 Thlr.; 2) Zinsen und Amtscautionen 227,060 Thlr.; 3) zur Verzinsung eingezogener Stiftungscapitalien 171,006 Thlr.; 4) zur Verzinsung und Abbürdung temporairer Verschüsse anderer königl. Kassen 513,334 Thlr.; 5) zur Verzinsung und Tilgung der behufs des Chaussee-Neubaues aufgenommenen Capitalien 601,000 Thlr.; 6) Zuschuß an die Civil-Witwenkasse aus der Garantie vom Jahre 1775 369,893 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 2,142,715.

III. **Für die Staats-Verwaltung:** 1) **Für das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.** A. a) Für das Ministerium: an Gehalten und Bureau-Kosten 123,244 Thlr.; b) Dispositions-Fonds zu unvorhergesehenen Ausgaben 8879 Thlr., Summe 132,123 Thlr. B. Für den Cultus: a) Evangelischer: an Besoldungen und Zuschüssen für Geistliche und Kirchen 253,472 Thlr.; Dispositions-Fonds zur Bestreitung von Mehrbedürfnissen der evangelischen Kirche 3450 Thlr., zusammen 256,922 Thlr. b) Katholischer: an Zuschuß zur Ausstattung der Bisthümer und der zu denselben gehörenden Institute 346,046 Thlr.; an Besoldungen und Zuschüssen für Pfarrer und Kirchen 377,269 Thlr., zusammen 723,315 Thlr., Summe für den Cultus 980,237 Thlr. C. Für den öffentlichen Unterricht: a) für die Universitäten und die wissenschaftlichen

Prüfungs-Commissionen 473,781 Thlr.; b) für Akademien, Bibliotheken und andere literarische und Kunstinstitute 156,217 Thlr.; c) für Taubstummen- und Blindenanstalten 14,282 Thlr.; d) zu Stipendien für Studirende, so weit solche unmittelbar aus Staatsfonds erfolgen, 9936 Thlr.; e) an Zuschüssen für Gymnasien 270,097 Thlr.; f) an dergleichen für Schullehrer-Seminarien 101,834 Thlr.; g) für das Elementar-Unterrichtswesen 252,754 Thlr., Summe für den öffentlichen Unterricht 1,278,901 Thlr. D. Gemeinschaftliche Ausgaben für den Cultus und für den öffentlichen Unterricht: a) für die Consistorien und Provinzialschulcollegium und für die geistlichen und Schulräthe bei den Regierungen 210,164 Thlr.; b) zur Verbesserung der äußern Lage des geistlichen und Lehrstandes und zu Steuervergütungen für denselben 199,170 Thlr.; c) zur Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude, soweit solche auf einer rechtlichen Verpflichtung der Staatskasse beruht 143,547 Thlr.; d) zu sonstigen hierher gehörigen Ausgaben 23,852 Thlr.; zusammen 577,033 Thlr.; Summe für den Cultus und Unterricht 2,830,171 Thlr. E. Für das Medicinalwesen: a) für die Provinzialmedicinalcollegien und für die Regierungsmedicinalräthe 36,732 Thlr.; b) für die Kreisphysiker, Kreischirurgen, Departements- und Kreisthierärzte 127,589 Thlr.; c) für Geburtshülfe — an Hebammen, Hebammeninstitute und Hebammenlehrer 29,889 Thlr.; d) Zuschüsse für Hospitäler und Irrenhäuser 72,197 Thlr.; e) für die Thierarzneischule in Berlin 14,600 Thlr.; f) an sonstigen Ausgaben für Sanitäts- und medicinal-polizeiliche Zwecke 23,637 Thlr.; Summe für das Medicinalwesen 304,644 Thlr.; dazu: für den Cultus und Unterricht 2,830,171 Thlr. und für das Ministerium 132,123 Thlr.; Summe . . . . . Thlr. 3,272,938.

2) Für das Ministerium des Innern und für die Generalcommissionen. a) Für das Ministerium: an Besoldungen und Bureaukosten 111,721 Thlr. Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen Ausgaben 14,000 Thlr., zusammen 125,721 Thlr.; b) Gehalte, Fuhrgelder und Bureaukosten der Landräthe, Gehalte der Kreissecretaire und Kreisboten 728,077 Thlr.; c) Polizeiverwaltungskosten in den größern Städten 330,970 Thlr.; d) Besoldung und Bureaukosten der Districtscommissarien im Großherzogthum Posen 54,030 Thlr.; e) für die polizeiliche Aufsicht an den Landesgrenzen und für andere polizeiliche Zwecke, einschließlich für die Censurverwaltung 137,147 Thlr.; f) für Straf- und Besserungsanstalten 522,918 Thlr.; g) für die Landgendarmerie 630,595 Thlr.; h) an Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten 149,300 Thlr.; i) zur Begründung von Damenstiftern und zu einem Pensions- und Unterstützungsfonds für Witwen und verwaiste Töchter höhern Standes 42,467 Thlr.; k) für die Generalcommissionen zur Regulirung der gutsherrlichbäuerlichen Verhältnisse und für das Revisionscollegium für Landesculturſachen 146,290 Thlr.; l) für das Landesökonomiecollegium und zu landwirthschaftlichen Zwecken, als: zur Errichtung landwirthschaftlicher Lehranstalten und Musterwirthschaften, zur Verbesserung der Viehzucht ꝛc. 110,735 Thlr. Summe . . . Thlr. 2,978,250.

3) Für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. a) Für das Ministerium: an persönlichen Ausgaben und Bureaukosten 94,677 Thlr.; b) an Besoldungen des Gesandtschaftspersonals und an Gesandtschaftskosten, Besoldung der Consuln und an Commissionskosten, sowie an Beiträgen zur Bundesmatricular- und Bundeskanzleikasse 527,251 Thlr.; c) zu sonstigen Ausgaben 113,992 Thlr. Summe . . . . . Thlr. 735,920.

4) Für das Kriegsministerium. a) Für das Ministerium: an Gehalten und zu Geschäftsbedürfnissen 202,542 Thlr.; b) für die General-Militairkasse: an Gehalten und zu Geschäftsbedürfnissen 33,176 Thlr.; c) Gehalten und Sold der Truppen und aggregirten Offiziere 9,882,202 Thlr.; d) Gehalte der Generalität 523,371 Thlr.; e) Gehalte der Adjutanten Sr. Majestät des Königs 19,316 Thlr.; f) Gehalte des Generalstabes, einschließlich des Telegraphencorps 157,615 Thlr.; g) Gehalte der Adjutanten der Generalität 57,528 Thlr.; h) Gehalte der Commandanten und Platzmajors 103,466 Thlr.; i) Gehalte des Ingenieurcorps 175,951 Thlr.; k) Gehalte der Artillerieoffiziere in den Plätzen 31,899 Thlr.; l) Gehalte der Etappen-Commandanten 5,257 Thlr.; m) Gehalte der Offiziere der Land-Gendarmerie 56,755 Thlr.; n) zur Naturalverpflegung der Truppen 3,925,871 Thlr.; o) zur Kleidung der Armee 1,449,190 Thlr.; p) für die Servis- und Garnisonverwaltung 2,322,273 Thlr.; q) zur Remonte 440,388 Thlr.; r) für das Artilleriewesen und die Waffen- und Pulverfabrikation einschließlich 472,064 Thlr. extraordinaire Ausgaben für die Einführung der Percussionsgewehre u. Vervollständigung der Reservegarnitur an Gewehren 1,087,665 Thlr.; s) für die Verwaltung der Traindepots 58,327 Thlr.; t) zu Bau- und Unterhaltungskosten der Festungen 331,130 Thlr.; u) für die Militair-Medicinalverwaltung 71,191 Thlr.; v) für die Lazarethverwaltung 501,497 Thlr.; w) für das Invalidenwesen 2,764,268 Thlr.; x) für die Intendanturen 109,853 Thlr.; y) für die Militairgeistlichkeit 40,955 Thlr.; z) für die Militair-Justizverwaltung 78,330 Thlr.; aa) für die Militair-Erziehungs- und Prüfungsanstalten 226,877 Thlr.; bb) an Kinderpflege- und Schulgeldern 56,254 Thlr.; cc) zu Gratificationen für Militairbeamte 6,000 Thlr.; dd) zu Marsch-, Reise- und Vorspannkosten 271,050 Thlr.; ee) zu Gratificationen und außerordentlichen Ausgaben bei den Uebungen 151,800 Thlr.; ff) zur Verpflegung der Rekruten und für die Auffangung der Deserteure 102,260 Thlr.; gg) an verschiedenen Ausgaben 164,592 Thlr.; hh) an Zuschuß für das große Militair-Waisenhaus in Potsdam und dessen Filialanstalten 80,050 Thlr.; ii) an Beitrag zu den Kosten des Baues und der Ausrüstung der Bundesfestungen Ulm und Rastatt bis 1852 jährlich 278,573 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 25,770,502.

5) Für das Justizministerium und das Ministerium der Gesetzrevision. a) Für das Justizministerium: an Gehalten und zu Geschäftsbedürfnissen 87,788 Thlr.; b) Dispositionsfonds desselben zur Uebertragung von Mehrausgaben ꝛc. 18,050 Thlr.; c) für das Ministerium der Gesetzrevision: an Gehalten und zu Geschäftsbedürfnissen 36,670 Thlr.; d) zur baulichen Unterhaltung der Gerichtsgebäude 33,219 Thlr., zusammen 175,677 Thlr.; e) für das Geheime Ober-Tribunal, den rheinischen Revisions- und Cassationshof und für das Ober-Censurgericht: an Gehalten und zu Bureaubedürfnissen 152,320 Thlr.; f) für die Appellations- und Oberlandesgerichte, den Appellationsgerichtshof in Köln und die Landgerichte in der Rheinprovinz: an Besoldungen und zu Geschäftsbedürfnissen 1,731,333 Thlr.; g) für die Untergerichte in sämmtlichen Provinzen: an dergleichen 3,948,974 Thlr.; h) für den Unterhalt der Gefangenen und an sonstigen Criminalkosten 458,552 Thlr.; i) für die Justizofficianten-Witwenkasse 33,030 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 6,499,886.

6) Für das Ministerium des Königlichen Hauses, II. Abtheilung: an Besoldungen und Bureauaufwand . . . . . Thlr. 109,534.

7) Für das Finanzministerium. A. Für die Centralfinanzverwaltung, die Generalverwaltung der Steuern und die Generalstaatskasse: an Besoldungen und Bureauaufwand . . . Thlr. 171,281.

B. Für Handel, Gewerbe und Bauten, ausschließlich der Chausseen: a) an Gehalten und Bureaukosten der Generalverwaltung, der Oberbaudeputation und der technischen Gewerbedeputation 84,672 Thlr.; b) für das Gewerbeinstitut und die Bauschule in Berlin, für die Gewerbeschulen in den Provinzen und zur Förderung allgemeiner Handels- und gewerblicher Zwecke 115,142 Thlr.; c) an Besoldungen und Fuhrkosten des bautechnischen Beamtenpersonals und der Hafen- und Schiffahrtsbeamten in den Provinzen und zur Unterhaltung der Leuchtfeuer 324,046 Thlr.; d) zur Unterhaltung der fiscalischen Wasserwerke, Brücken und Fähren, zu Strom- und Uferbauten, zur Unterhaltung unchaussirter Wege und der Collegienhäuser, sowie für sonstige Baubedürfnisse 899,735 Thlr.; e) zur Unterhaltung der Bezirksstraßen auf dem linken Rheinufer 148,780 Thlr.; f) zur Beförderung des Eisenbahnbaues und an Besoldungen der Beamten für das Eisenbahnbauwesen, nach Abzug von 197 Thlr. Pensionsbeiträgen 1,205,003 Thlr.; Summe: Thlr. 2,777,978.

C. Für die Unterhaltung und den Neubau der Chausseen: a) zur Unterhaltung der vorhandenen 1503 Meilen Chaussee, einschließlich der Besoldung und der Kosten der Bekleidung und Pensionirung des Chaussee-Aufseher- und Wärterpersonals, im Durchschnitt zu 1125 Thlr. für die Meile, 1,690,875 Thlr.; b) zu den Besoldungen, Diäten und Fuhrkosten der Wegebau-Beamten und zur Unterstützung der Hinterbliebenen solcher Beamten und der Chausseewärter 159,451 Thlr.; c) zu neuen Chausseeanlagen 1,000,000 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 2,850,326

8) Für die Verwaltung des Staatsschatzes und der Münzen: an Besoldungen zu Geschäftsbedürfnissen . . . . . Thlr. 26,152

9) Für die übrigen Centralbehörden, als: a) für das Bureau des Staatsministeriums und die erste Abtheilung des Geheimen Civilcabinets 55,120 Thlr.; b) für die zweite Abtheilung des Geheimen Civilcabinets 20,798 Thlr.; c) für das Staats- und Cabinetsarchiv 10,935 Thlr.; d) für die Provinzialarchive 11,447 Thlr.; e) für das Staatssecretariat 24,334 Thlr.; f) für die Ober-Rechnungskammer 122,205 Thlr.; g) für die General-Ordenscommission 20,948 Thlr.; h) für das Handelsamt 24,579 Thlr.; i) für das statistische Bureau 11,397 Thlr.; k) für die Haupt- und Landgestüte, und zwar: Zuschüsse für die Hauptgestüte 25,214 Thlr.; dergleichen für die Landgestüte 106,317 Thlr.; an allgemeinen Verwaltungskosten und an sonstigen Ausgaben zur Beförderung der Pferdezucht 42,819 Thlr., zusammen 174,350 Thlr., Summe . . . . . Thlr. 476,413.

10) Für die Oberpräsidien und Regierungen: a) zu Gehalten und andern persönlichen Ausgaben 1,345,384 Thlr.; b) zu Diäten, Fuhrkosten und Geschäftsbedürfnissen 368,650 Thlr.; c) zu Proceßkosten und andern Verwaltungsausgaben 35,654 Thlr. Summe . . . Thlr. 1,749,688

IV. **An Pensionen, Competenzen, Leibrenten und extraordinairen Gehalten.** 1) Zu Pensionen und Unterstützungen: a) zu Pensionen für emeritirte Civilstaatsdiener 1,000,000 Thlr.; b) zu Pensionen für Witwen und Kinder verstorbener Civilstaatsdiener 70,000 Thlr.; c) zu Pensionen für Geistliche und Lehrer und für deren Hinterbliebene 20,000 Thlr.; d) zu Gnadenpensionen aller Art 50,000 Thlr.; e) zu Pathengeschenken für dürftige Altern bei der Geburt eines siebenten Sohnes und zu sonstigen Unterstützungen 53,600 Thlr. Summe . . . . . Thlr. 1,193,600.

2) An lebenslänglichen Competenzen und Pensionen der Mitglieder aufgehobener geistlicher Corporationen, an Pensionen, welche sich auf den Reichs-Deputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 gründen oder aus frühern Verpflichtungen zu leisten sind . . . Thlr. 1,058,919.

3) An Leibrenten, extraordinairen Gehaltern, Gehalts-Zuschüssen und Wartegeldern . . . . . Thlr. 96,539.

V. **Insgemein:** 1) zur Ablösung von Passiv-Renten 160,130 Thlr.; 2) zu extraordinairen Bedürfnissen, als: zu Strom-, Hafen- und sonstigen Staats-Bauten und zu Landes-Verbesserungen 2,500,000 Thlr.; 3) Dispositions-Fonds zu Gnaden-Bewilligungen aller Art 350,000 Thlr.; 4) Dispositions-Fonds zu Bau-Unterstützungen 100,000 Thlr.; 5) Reserve-Fonds zur Deckung des Mehrbedarfs beim Natural-Verpflegungsfonds der Armee 502,736 Thlr.; 6) zur Uebertragung der Einnahme-Ausfälle 500,000 Thlr.; 7) zu unvorhergesehenen Ausgaben 500,000 Thlr.; 8) zu außerordentlichen Bedürfnissen, insbesondere zu Unterstützungen aus Veranlassung von Landes-Calamitäten ꝛc. 360,000 Thlr.

Summe der Ausgabe Thlr. 64,033,697, oder mehr als nach dem Etat von 1844 Thlr. 2,649,248.

Berichtigungen. Die Allgemeine Preußische Zeitung berichtigt folgende sinnentstellende Druckfehler in der königl. Thronrede (s. die erste Beilage zu heutigem Stück):

S. 913, Sp. 1, Z. 11. v. u. ist zu lesen statt: diese Großversammlungen, diese große Versammlung;

S. 913, Sp. 2, Z. 11 statt: conventionelles Wesen, conventionelles Verhältniß;

Der Satz S. 914, Sp. 1, Z. 39—43 muß lauten: „Ich weiß es, daß der reine Volkssinn feststeht, doch täuschen wir uns darum ja nicht über die argen Früchte des argen Baumes, die uns unter der Gestalt der Verstimmung, des Mistrauens und schmählicher Einschüchterung vor dem Liberalismus entgegentreten und — an der Hand noch schlimmerer Erfahrungen" ꝛc.;

S. 914, Sp. 1, Z. 20 v. u. muß es heißen: „auch aus der gewaltigsten dieser Prüfungen geht es schon rein hervor";

S. 915, Sp. 1, Z. 3 muß es statt: unter allen Verhältnissen und Schickungen Thron und Staat meiner Regierung zu bewahren wie sie sind, heißen: „unter allen Verhältnissen und Schickungen meiner Regierung, Thron und Staat zu bewahren wie sie sind."

* **Aus Baden**, 8. April. Aus einer im Regierungsblatt enthaltenen Ministerialbekanntmachung geht hervor, daß im Jahr 1846 die Brandschädenvergütungen 610,965 Fl. betragen haben, und zwar im Seekreise 200,961 Fl., im Oberrheinkreise 169,469 Fl., im Mittelrheinkreise 130,636 Fl. und im Unterrheinkreise 109,900 Fl. Es sind das höhere Summen als die der letzten Jahre: denn 1845 betrugen die vergüteten Brandschäden nur 382,145 Fl. und 1844 452,868 Fl. Dennoch ist es nicht nöthig geworden, die ordentliche Umlage, wie sie im vorigen Jahre zu erheben war, 8 Kr. von 100 Fl. Gebäudeanschlag, zu erhöhen. Im Gegentheile kommt den Beitragspflichtigen vom jetzigen Jahr an noch der günstige Umstand zu statten, daß die bisher wegen älterer Passivschuld der Feuerversicherungsanstalt alljährlich noch überdem auszuschreiben gewesene außerordentliche Vorlage, 2 Kr. von 100 Fl. Versicherungssumme, nicht mehr nöthig ist, da, wie die Bekanntmachung besagt, sämmtliche ältere Schulden der Anstalt, wovon im vorigen Jahre noch 113,546 Fl. vorhanden waren, nunmehr getilgt sind. — In derselben Nummer des Regierungsblattes befindet sich auch eine Uebersicht des gegenwärtigen Standes der Zehntablösung. Von der Totalsumme aller Zehnten (5781) sind nunmehr bis zum 1. Jan. 1847 4300 abgelöst und betrugen die Ablösungscapitalien 34,233,886 Fl., und die angewiesenen Staatsbeiträge 3,503,714 Fl. Im Ganzen bleiben daher noch 1481 Zehnten abzulösen, sodaß drei Viertel aller Zehnten gänzlich abgelöst sind. In den letzten zwei Jahren sind 627 Zehnten zu 3,941,720 Fl. zur Ablösung gekommen.

* **Frankfurt a. M.**, 11. April. Die Inhaber spanischer Fonds bauen jetzt große Hoffnungen auf die Petition, welche von Seiten der Bevollmächtigten der britischen Gläubiger Spaniens jüngst dem Unterhause (am 8. März) durch Lord G. Bentinck und dem Hause der Lords (am 23. März) durch Lord Brougham zugekommen ist, und deren Antragstellung dahin geht: daß das Parlament die Interessen der Inhaber spanischer Effecten unter seinen Schutz nehme, damit durch Dazwischenkunft der britischen Regierung das von diesen Fondsinhabern erlittene Unrecht wieder gutgemacht werde, sowie auch, daß die Petitionaire mit ihren Beiständen zugelassen werden möchten, um ihre Begehren dem Hause mündlich vorzutragen. Verfaßt ist diese Petition von einem der berühmtesten Rechtsgelehrten Englands, dem Generalprocurator Dodson, im Vereine mit mehren andern der bewährtesten Rechtsbeistände. Wie Handelsbriefe aus London mittheilen, hegt man in der City allgemein die Erwartung, daß die parlamentarischen Debatten, welche demnächst über diese Petition stattfinden sollen, ein der Antragstellung günstiges Ergebniß haben dürften. In der Petition selbst und einem ihr beigefügten Memoire des Comité der britischen Gläubiger Spaniens werden folgende drei Punkte unter Beibringung ausführlicher Darlegungen auseinandergesetzt: 1) Spanien kann bezahlen; 2) Spanien erklärt, bezahlen zu wollen; 3) Spanien kann durch Dazwischenkunft anderer Staaten, vornehmlich Großbritanniens, gezwungen werden, zu bezahlen. Der erste dieser drei Punkte ist die Hauptsache, und zum Beweise dafür, daß Spanien allerdings im Stande sei, zu bezahlen, werden in der That gewichtige Umstände angeführt: Spanien gehöre nicht zu denjenigen Staaten, welche Unzulänglichkeit und Mangel an Hülfsmitteln als Entschuldigung für die Nichterfüllung ihrer Verbindlichkeiten vorschützen könnten; durch eine thätige Verwaltung, welche die Bahn gesetzlichen Fortschreitens einschlagen und gute staatsökonomische Grundsätze befolgen werde, würde Spanien in wenigen Jahren eine der ersten Stellen unter den handeltreibenden und industriellen Nationen Europas einnehmen; selbst jetzt, inmitten der politischen Unruhen und Erschütterungen, hätten sich die Einkünfte des Schatzes seit dem Tode Ferdinand's VII. mehr als verdoppelt; im Jahr 1833 hätten sie 570 Mill. Realen betragen, im Jahr 1846 aber ungefähr 1200 Mill.; weit mehr, als dem Schatze die Einfuhr- und Ausfuhrzölle einbrächten, fließe an Prämien für den Schleichhandel den zahlreichen Contrabandistas-Gesellschaften zu; oft betrügen diese Prämien nicht weniger als 20 Proc.; die spanische Regierung habe nur mit Ernst eine Tarifreform zu bewerkstelligen, um dem soliden Handel und zugleich der Staatskasse unermeßliche Vortheile zuzuwenden; schon im Jahr 1830, als doch das materielle Fortschreiten Spaniens noch weit von seiner gegenwärtigen Höhe entfernt gewesen sei, habe der Minister Pita Pizarro einem Mitgliede des französischen Comité von Inhabern spanischer Fonds geschrieben, daß Spanien Hülfsquellen genug besitze, um seine Schuld abzubezahlen, wenn sie auch noch drei Mal so groß wäre; zudem sei die Summe, welche der spanische Schatz aufzuwenden haben würde, um seine Gläubiger zufrieden zu stellen, keineswegs so erschreckend im Vergleiche mit Dem, was andere Nationen zur Bestreitung ihrer gesetzlichen Schulden aufbringen müßten; die ganze spanische Schuld betrage an Capital 66 Mill. Pf. St. und an rückständigen Zinsen 12 Mill. Pf. St.; nur von 7 Mill. des Schuldcapitals (von den capitalisirten Coupons von 1837 bis 1840) werde ein Zins von 3 Proc. entrichtet; das ganze übrige Capital sei für den Augenblick todt, ohne daß die spanische Regierung je irgendwelche Gründe dafür bekannt gemacht habe, weshalb sie die einen Staatsgläubiger vor den andern bevorzuge.

Der Lederhandel unserer Ostermesse hat ebenso wie das Geschäft in den übrigen commerziellen Zweigen diesmal nur ein unbefriedigendes Resultat ergeben. Bis jetzt hatte man geglaubt, der gegen früher ungünstige Ausgang unserer Ostermesse sei lediglich durch dieselben Ursachen herbeigeführt worden, welche allenthalben im deutschen Vaterlande, so auch in England und Frankreich auf den Handelsverkehr benachtheiligend eingewirkt, nämlich durch die Folgen der Mißärnten der beiden letzten Jahre und durch die Geldklemme, die man den unverhältnißmäßigen Eisenbahnbauten zu verdanken hat. Da war man aber in starkem Irrthume. Das große Journal des Débats, des französischen Ministeriums hocherleuchtetes Organ, weiß die Sache ganz anders zu erklären; es fehle auf der Frankfurter Messe, sagt das Journal in seiner Nummer vom 3. April, nach einer Correspondenz aus Frankfurt, gar sehr an Käufern, und es komme dies zum größten Theile her von der Einverleibung Krakaus in die österreichischen Staaten! Einen größern Bären kann man sich doch wol kaum aufbinden lassen, als es da dem allwissenden und allweisen Journal wieder einmal passirt ist.

* **Hannover**, 2. April. Der neue Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, welcher, an die Stelle des damit für null und nichtig erklärten bisher bestehenden Vertrags vom 20. Mai 1840 tretend, von den beiderseitigen Bevollmächtigten, Geheimrath v. Falcke und Hrn. A. Dudley Mann, bereits am 10. Jun. v. J. zu Hannover geschlossen worden (Nr. 65), ist nunmehr durch die Gesetzsammlung mittels Patents vom 16. März publicirt worden. Die bereits verbreiteten Nachrichten über den Inhalt desselben bestätigen sich durch nähere Einsicht. Jedwede Art von Producten, Manufacten oder Waaren irgend eines fremden Landes, welche zu jeder Zeit in die Vereinigten Staaten in deren eignen Schiffen gesetzlich eingeführt werden darf, soll auch in Schiffen des Königreichs Hannover eingeführt werden dürfen, und keine höhere oder andere Abgabe von dem Tonnengehalt oder der Ladung des Schiffes soll — es mag die Einfuhr in einem nordamerikanischen oder in einem hannoverschen Schiffe geschehen — erhoben werden, und unter gleicher gegenseitiger Zusicherung. Dieselbe gegenseitige Begünstigung gilt in Bezug auf auszuführende oder wieder auszuführende Artikel. Von Schiffen der Vereinigten Staaten soll kein höherer oder anderer Zoll zu Brunshausen oder Stade an der Elbe erhoben werden als von hannoverschen Schiffen selbst, und die amerikanischen Schiffe sind dabei keinen Lasten, Aufenthalt oder sonstigen Unannehmlichkeiten von der hannoverschen Behörde bei der Vorüberfahrt zu unterwerfen, wovon die hannoverschen Schiffe befreit sind oder werden. Nur der Küstenhandel und die Küstenfahrt werden beiderseits den eignen Schiffsgenossen ausschließlich vorbehalten. Die beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens oder des Gewerbfleißes sowie der Fischereien werden bezüglich der Ein- wie der Ausfuhrabgaben denen den meistbegünstigten Nationen gleichgestellt und darf auch kein Verbot derselben erlassen werden, ohne daß dasselbe sich zugleich auf alle andern Mächte und Staaten erstrecke. „Um durch alle zu seiner Verfügung stehenden Mittel die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu vermehren", versteht sich Hannover dazu, die Eingangsabgabe von roher Baumwolle abzuschaffen und auch die bestehenden Durchgangsabgaben von Tabacksblättern und Stengeln in Hogsheads oder Fässern, roher Baumwolle in Ballen oder Säcken, Wallfischthran in Fässern und Tonnen und Reis in Tierces oder halben Tierces aufzuheben. Ferner verpflichtet sich Hannover, keine Weserzölle von den vorerwähnten Artikeln zu erheben, welche nach Häfen oder andern Plätzen innerhalb seines Gebiets an der Weser bestimmt sind oder daselbst gelandet werden, und will außerdem, wenn die an die Weser grenzenden Staaten zu irgend einer Zeit früher oder später sich dazu verstehen, die Abgaben, welche sie von den genannten, nach Häfen oder andern Plätzen innerhalb des hannoverschen Gebiets bestimmten Artikeln erheben, abzuschaffen, dann das Königreich Hannover bereitwillig die Weserzölle für dieselben nach den Häfen und Plätzen in solchen Staaten bestimmten Artikel aufheben. Endlich ist noch hervorzuheben, daß am Schlusse des Vertrags die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, die in den Bestimmungen desselben enthaltenen Vortheile und Privilegien auf einen oder mehre der übrigen Staaten des Deutschen Bundes auszudehnen, welche ihm beizutreten wünschen möchten, vorausgesetzt, daß letztere ähnliche Vergünstigungen, wie sie von Hannover ertheilt sind, den Vereinigten Staaten ertheilen und den nämlichen Bedingungen, Stipulationen und Verpflichtungen nachkommen und sich unterziehen.

* **Mainz**, im April. Unter unsern hiesigen industriellen Instituten steht jetzt die Mainzer Schlepp-Dampfschifffahrt als das brillanteste da. Die endlich stattgehabte Generalversammlung der Actionaire ergab Resultate aus dem jüngsten Rechenschaftsjahr, die erstaunlich sind. Das erste Schleppboot machte 42 Reisen, das zweite 22 Reisen; beide beförderten 611,416 Ctr. Gut und brachten eine Einnahme von 55,000 Fl., sodaß nach Deckung der Jahresbedürfnisse der Gesellschaft eine Dividende von 26 Proc. für die Actionaire übrig blieb. Davon werden 10 Proc. dem Reservefonds überwiesen und 16 Proc. vertheilt. Bedenkt man, daß das ganze Actiencapital dieser Gesellschaft nur 200,000 Fl. beträgt, so wird es Jedem einleuchten, daß der Gewinn von 55,000 Fl. in einem Jahre wahrhaft enorm ist. Zur größern Ausdehnung der Unternehmung bedarf die Gesellschaft noch 200,000 Fl., für welche Summe bekanntlich die Regierung 4 Proc. zu garantiren sich bereitwillig erklärt hat. Die Gesellschaft aber, die jetzt erst die hohe Bedeutung ihres Unternehmens klar einsieht, ist nicht geneigt, noch weitere 200 Actien zu emittiren, sondern sie hat den Beschluß gefaßt, die nöthige Summe selbst zusammenzuschießen und die Zinsgarantie der Regierung nur im Nothfall anzusprechen. — Die zweite selbständige mainzer industrielle Unternehmung, die Mainz-Düsseldorfer Dampfschifffahrt, die viele Jahre lang den harten Kampf mit der riesigen kölnischen Dampfschifffahrt ausgehalten hat, ohne zu unterliegen, freilich bei steter Resignation der Actionaire auf Zinszahlung, ärntet endlich den Lohn ihrer Ausdauer, und wenn der vorige Rechenschaftsbericht schon ein sehr günstiges Resultat gab, so wird der diesmalige noch weit günstiger sein, und den Actionairen wird, wie man mit Sicherheit behauptet, eine Dividende von 10 Proc. gegeben werden können, da jetzt die Zahl der Dampfboote hinreichend ist und keine neuen Schiffe angeschafft zu werden brauchen. Die Actien beider genannten Unternehmungen sind in fortwährendem Steigen begriffen.

Münzwesen. Dem holländischen Münzsysteme liegt fortan nur Silber zu Grunde, die Einheit ist der holländische Gulden, dessen Vielfaches der Reichsthaler = 2½ Fl., und dessen Bruchtheile halbe Gulden = 50 Cents, 25, 10 und 5 Cents sind; außerdem gibt es kupferne Scheidemünze (mit Cents und halben) und goldene Handelsmünzen, nämlich der „goldene Wilhelm" und der Ducat, die beide auch doppelt, der Wilhelm auch halb geschlagen werden können. Die Goldmünzen sollen kein gesetzliches Zahlmittel sein, und später wird man Gelegenheit bieten zur Einziehung der goldenen Stücke von 5 und 10 Fl., die auf 172,584,850 Fl. geschätzt werden. Wann die Einwechselung aller alten Münzen beendet sein wird, ist noch nicht zu bestimmen, es hängt von dem Fortgange der Ummünzung ab, die jetzt zu mehr als 2½ Mill. Fl. monatlich in den groben Silbermünzen gebracht ist; nebenbei wird eine besondere Einrichtung für das Schlagen der kleinern Münzen gemacht, gegen welche dann erst die alten Schillinge und Sechsthalben (= 25 Cents) eingezogen werden können. Die ganze Erneuerung des holländischen Geldes ist wahrhaft ein Riesenwerk. Zur Wiedereinziehung der Münzscheine wird die Regierung nach dem Maß übergehen, als das neue Geld in Umlauf kommt.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Nach erlangter höchster Erlaubniß sollen von dem land- und forstwirthschaftlichen Verein für das Fürstenthum Gera am

16., 17. und 18. September d. J.

eine Ausstellung folgender Gegenstände, als:

1) Vieh und zwar Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine und Hausfedervieh aller Art,
2) Halm-, Hack- und Hülsenfrüchte, Futterkräuter, Oel- und Handelsfrüchte und landwirthschaftliche Sämereien,
3) landwirthschaftliche Geräthe und Maschinen,
4) Erzeugnisse und Geräthe der Forstcultur und der Jagd, und
5) Baum- und Gartenfrüchte, Gemüse, Wurzel-, Zwiebel- und Knollengewächse, Blumen und Zierpflanzen und andere Erzeugnisse der Gartencultur,

in den von der wohllöbl. Schützengesellschaft hier gefälligst überlassenen Localitäten, und dabei zugleich eine Verlesung von land- und forstwirthschaftlichen Erzeugnissen und Geräthschaften sowie eine öffentliche Preisvertheilung für zur Ausstellung gelieferte ausgezeichnete Gegenstände veranstaltet werden.

Nach dem desfalls genehmigten Plane wird

Donnerstag den 16. September d. J.

a) die allgemeine Ausstellung,
b) die Viehausstellung insbesondere, letztere nur an diesem Tage stattfinden, und
c) in dem Schützensalen eine Mittagstafel veranstaltet werden;

Freitag den 17. September d. J.

a) die allgemeine Ausstellung fortgesetzt,
b) Vormittags Vorträge und Berichte gehalten und
c) Nachmittags Proben mit landwirthschaftlichen Geräthen resp. Wettackern veranstaltet werden;

Sonnabend den 18. September d. J.

a) die fortdauernde allgemeine Ausstellung,
b) Vormittags öffentliche Preisvertheilung,
c) Nachmittags Verlosung angekaufter Gegenstände und
d) Abends Ball im Schützensalon stattfinden.

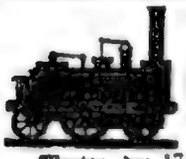
Indem wir uns die Bekanntmachung eines ausführlichen Programms vorbehalten, bringen wir dies vorläufig zur öffentlichen Kenntniß, damit Land- und Forstwirthe und Gärtner sowie solche Gewerke und Maschinenbauer, die sich mit Anfertigung land- und forstwirthschaftlicher sowie Gartengeräthe und Maschinen beschäftigen, in den Stand gesetzt werden, auf Erzielung und Fertigung ausstellungswerther Gegenstände bedacht zu sein, und bemerken dabei, daß für größere neue landwirthschaftliche Maschinen, jedoch nur nach vorheriger an das unterzeichnete Directorium zu richtender Anfrage und Vernehmung, die Transportkosten vergütet werden.

Wir fodern zur Theilnahme auf und bitten die zur Ausstellung zu bringenden Gegenstände bis Ende August bei uns anzumelden, damit die nöthigen Einrichtungen getroffen werden können, sowie wir denn auch die Herren Land- und Forstwirthe, auch Gärtner, welche Freitag den 17. September d. J. Vormittags Vorträge zu halten gesonnen sind, ersuchen, uns davon mit Angabe des Gegenstandes bis Mitte August in Kenntniß zu setzen.

Gera, den 6. April 1847.

Das Directorium des land- und forstwirthschaftlichen Vereins für das Fürstenthum Gera.
Krause.

[1296]



Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Gleises für die 12. Section, in einer Gesammtlänge von 43,268 Fuß, in 4 Loose abgetheilt.

Montag den 17. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocal der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staats-Eisenbahnen zu Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs, zu der Adjudication der Bahnstrecken der 12. Section (abgetheilt in 4 Loose), welche eine Gesammtlänge von 43,268 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 17. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen, und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags angerechnet, vollendet werden.

Veranschlagt sind für diese Sections:

1. Loos. Gemarkung **Schwalheim** und **Rauheim**, für die Länge von 12,194 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises 61,000 Thlr.
2. Loos. Gemarkung **Berkersheim**, für die Länge von 6962 Fuß . . . . . 34,000 „
3. Loos. Gemarkung **Eschersheim** und **Ginnheim**, für die Länge von 13,591 Fuß 67,000 „
4. Loos. Gemarkung **Bockenheim**, für die Länge von 10,521 Fuß . . . . . 23,000 „

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenso wie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Ober-Ingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 6. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.
Rühl.

[1290—92]

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Bei der am gestrigen Tage erfolgten zweiten Auslosung von 10 Prioritäts-Actien sind die Nummern 88. 388. 419. 422. 692. 998. 1293. 1300. 1646 und 1933 gezogen worden. Wir fodern die Inhaber dieser Actien sowie den Besitzer der bereits am 28. April v. J. ausgelosten, bis heute aber noch nicht abgelieferten Prioritäts-Actie Nr. 1099 hierdurch auf, diese Actien gegen Empfang des Nominalwerths am 1. Juli d. J. an unsere Hauptkasse auszuliefern. Da von diesem Tage, und bezüglich der Actie 1099 vom 1. Juli 1846 ab die Verzinsung der ausgelosten Prioritäts-Actien nach §. 9 des ersten Nachtrags zum Gesellschaftsstatut aufhört, so sind die Zinscoupons von da ab mit abzuliefern. Geschieht dies nicht, so wird deren Betrag von dem Capitale gekürzt und zur Einlösung der Coupons verwendet werden. [1340—41]

Breslau, den 7. April 1847.

Directorium.

Interessante Neuigkeit.

Soeben erschien in meinem Verlag und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Histoire
des
Girondins
par
Alphonse Lamartine.

Tom. I. Format Charpentier. Preis 24 Ngr.

Das ganze Werk wird 8 Bände bilden, wovon alle vierzehn Tage regelmäßig ein Band erscheinen wird.

Gleichzeitig erscheint von obigem Werke eine Ausgabe in Einem Bande;

abgetheilt in 8 Lieferungen gr. in 8. à deux colonnes. Preis des vollständigen Werkes 5 Thlr. 10 Ngr.

Leipzig, im April 1847.

[1272] **J. P. Meline.**

In unserm Verlage ist erschienen:

Brunnendiätetik.
Anweisungen
zum zweckmäßigen Gebrauche
der
Gesundbrunnen und Mineralbäder Deutschlands.
Von
Dr. Fr. Aug. von Ammon,
Leibarzt Sr. Maj. des Königs von Sachsen.
Vierte Auflage.

Taschenformat. Gebunden. Preis: 1 Thlr.

Leipzig.

[1267] **Weidmann'sche Buchhandlung.**

Soeben ist bei uns erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Lehrbuch
der
Religionsgeschichte
und
Mythologie
der vorzüglichsten Völker des Alterthums.
Für Lehrer, Studirende
und die obersten Klassen der Gymnasien
verfaßt von Dr. **K. Eckermann.**
Dritter Band. Zweite Abtheilung.
Die Kelten.
gr. 8. Geh. Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

Halle, April 1847.

[1265] **C. A. Schwetschke und Sohn.**

Bei **E. Kummer** in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: [1339]

Lefèbre, R., Französisch-deutsche Conversations-Uebungen. Geh. 20 Ngr.

Verkauf einer Kattunfabrik.

Eine im besten Betriebe stehende Kattunfabrik in einer der größten Städte Baierns ist wegen Gesundheitsverhältnisse des dermaligen Besitzers aus freier Hand zu verkaufen.

Dieselbe besitzt mehr als hinlängliche Wasserkraft, ist mit allen der neuesten Fabrikation angemessenen, nach den bewährtesten Systemen gebauten und von den berühmtesten Ateliers gelieferten Maschinen versehen und ist für den Druck der Wollen-Mousseline sowie für die Bleiche und Appretur weißer Waaren aufs vollständigste und beste eingerichtet. Die ganze Fabrik mit Wohnhaus, Garten, Oekonomiegebäuden und Wiesen umfaßt einen Flächenraum von circa 36 Tagwerk. Darauf Reflectirende wollen sich um nähere Auskunft in portofreien Briefen an Herrn **C. G. Ottens** in Leipzig wenden. [1326]

Donnerstag — Nr. 105. — 15. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Actienverein in Speyer. — Die Militairbrotbäckerei in Dresden. ☓ Leipzig. Erklärung des Hrn. Herloßsohn. * Aus Obersachsen. Die Arbeitslosigkeit und die Schutzzöllner. — Unruhen im Odenwalde. — Landtagswahl in Hersfeld. — Berichtigung aus Kassel. — Die Spielbank zu Wilhelmsbad. ** Aus Holstein. Kirchliche Reibungen. — Steinacker's Hinterbliebene.

Preußen. Berlin. Vorstellung der Stände beim Könige. ✠ Berlin. Das Patent vom 3. Febr. * Berlin. Die Gegner des Patents vom 3. Febr. Die Thronrede. — Rußland, Frankreich und Deutschland.

Oesterreich. Das zweite Husarenregiment. † Carnow. Die Eintheilung Galiziens. Die Bartfrage. Der Nothstand. Brandstiftungen.

Spanien. Vorgänge im Palast. Die Besoldungsrückstände. Hr. Gonzalez Bravo. Die Montemolinisten.

Großbritannien. Die Bank von England. Das junge Irland. Ein irischer Gutsbesitzer. Die Soyer'sche Suppenanstalt. Sammlungen im britischen Westindien für Irland und Schottland. Die Katholiken in Edinburg. Sir Dugald k. Gilmour. Das Postdampfschiff Tweed. Provinzialparlament in Canada. Die Interventien in Portugal. Saldanha. Spanien und Sardinien.

Frankreich. Parlament. Der Gesetzentwurf über den Secundairunterricht. Die unabhängigen Conservativen. Todesurtel. Der Prinz von Joinville. Der Graf von Montemolin.

Schweiz. Die Verfassung von Basel. Tod des Obersten Lelewel.

Italien. Rom. Ministerconsilium. Die schweizer Jesuiten. Rom. Päpstliche Wohlthaten. Turin. Die Waffensendungen nach Spanien. Der österreichisch-sardinische Handelsvertrag. — Prinzessin Luitpold.

Griechenland. Schreiben an den Fürsten v. Metternich. Das englische Geschwader. Kalergis.

Moldau und Walachei. Lukarescht. Der Metropolit. Hr. v. Daschkoff.

Haiti. Präsident Riché stirbt, Soloque sein Nachfolger.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

In **Speyer** ist ein aus den achtbarsten Personen zusammengesetztes Generalcomité zur Bildung eines Actienvereins zusammengetreten, welcher die Mittel zum Ankauf der nöthigen Saatkartoffeln für die dürftigsten Gemeinden aufbringen soll. Der Regierungspräsident, die Regierungsdirectoren und Regierungsräthe stehen an der Spitze dieser Maßnahme. (Fr. J.)

— Die Proviantverwaltung des Militairmagazins in **Dresden** macht unterm 13. April bekannt, daß vom 16. April an und bis zum Eintritt anderweiter Maßregeln täglich 2000 Pfd. Brot von der Beschaffenheit, wie die Mannschaft der Garnison es erhält, in Broten zu 3 Pfd. von der Bäckerei des Magazins gebacken und zu einer dem Marktpreise des Korns entsprechenden Taxe verkauft werden sollen. Der sich etwa ergebende Ueberschuß soll zu einem öffentlichen Zwecke verwendet werden.

☓ **Leipzig**, 13. April. Auf die bekannte, auch in vielen Blättern Norddeutschlands mitgetheilte Aufforderung des k. k. Landesguberniums in Prag, die Auswanderung des Schriftstellers Hrn. Karl Herloßsohn betreffend, veröffentlicht der Betheiligte in seiner hier erscheinenden Zeitschrift „Der Komet" folgende Erklärung:

„Meinen Freunden und Bekannten wie auch dem deutschen Publicum, so weit es sich für einen Schriftsteller interessirt, zur Nachricht, daß ich durch nichts in der Welt die neuerlich erlassene, von zahlreichen Blättern mitgetheilte, steckbriefartige *) — exceptionelle — Aufforderung des k. k. böhmischen Landesguberniums verschuldet habe. Seit 21 Jahren lebe ich in Leipzig, bereits vor 9 Jahren wurde ich von österreichischen Behörden als sächsischer Unterthan, nr. Ausländer erkannt, indem ich mit sächsischen, von den resp. k. k. Consulaten und Gesandtschaften visirten Pässen in Oesterreich gereist bin, ohne irgend einen Anstand, ohne Nachfrage über meine Heimatsangehörigkeit, im Gegentheil, unter Erzeigung mancher wohlwollenden Aufmerksamkeit **). — Betrübt zwar über die nunmehrige grundlose Verfolgung, aber dadurch auch gezwungen, habe ich sofort, so weit Das in meinen Kräften steht, höhern Orts gegen diese auf mir noch unbegreifliche Weise angeregte Maßregel Beschwerde eingelegt, deren Erfolg doch wenigstens dahin lauten wird, daß der erlassenen Citation keine für mich beschimpfende Absicht zu Grunde liegt. Leipzig, den 4. April. 1847.

Dr. C. Herloßsohn."

*) Nach den Corresp. ausw. Bl.: „Androhung von Gefängniß, verschärft durch Fasten!"

**) Die hierauf bezüglichen Papiere: Briefe und Pässe, befinden sich seit mehr als einem Jahre schon in den Händen des gegenwärtigen k. k. Generalconsuls für Sachsen Legationsraths ꝛc. Hrn. v. Hübner, von dem sie mir behufs einer Einsicht abverlangt worden sind.

* **Aus Obersachsen**, 11. April. Wie die chemnitzer Schutzzollpartei den dortigen Freunden der Handelsfreiheit, auch wenn es nur kleine und arme Weber sind, begreiflich machen will: „daß der drückende Nothstand, der auf unserm Gewerbsbetriebe lastet, mit jedem Stück Arbeit, was wir selbst machen könnten, aber vom Ausland anfertigen lassen, nothwendig und naturgemäß (sic!) vermehrt werden müsse" (Nr. 93), gestehen wir nicht begreifen zu können. Hätten sie noch gesagt: daß er mit jedem Stück Arbeit, was zeither im Auslande besorgt worden und nun im Inlande verrichtet würde, vermindert würde. Und auch dann würde die Sache nicht für Schutzzölle sprechen; denn es würde dabei bedingt, daß die Arbeit „naturgemäß" im Inlande besorgt werden „könnte", und dergl. braucht keine Schutzzölle, und ein Mittel zur Abhülfe eines auf Theuerung gewisser Bedürfnisse beruhenden Nothstandes ist es nicht, daß man auch noch andere Bedürfnisse vertheuert.

Eben fällt uns auch ein komischer Artikel der Elberfelder Zeitung in die Hände, der sich ebenfalls über die Arbeitslosigkeit in den Fabriken verbreitet. Der Verfasser desselben sucht im Anfange deren Ursache in den hohen Zöllen der Nachbarstaaten und schlägt dann doch, ohne den Widerspruch zu fühlen, selbst erhöhte Zölle vor, die er keineswegs blos als Retorsien angewendet wissen will, sondern die bleiben sollen, bis „der Cultur- und Industriezustand aller Länder und Völker ein und denselben Höhepunkt erreicht hat". Im Uebrigen enthält der Aufsatz alle die alten Vorurtheile der Unwissenheit und Gedankenlosigkeit von dem Imlandebleiben des Geldes ꝛc. Er will „der einheimischen Industrie", worunter er immer nur die Fabriken und vor allen Dingen die Spinnereien versteht, „den einheimischen Markt erhalten, zugleich aber der Ausführung einheimischer Erzeugnisse ins Ausland Vorschub geleistet wissen", zwei Zwecke, die sich widersprechen und nur durch Freiheit zu versöhnen sind, und führt als Grund an: „daß das baare Geld des Auslandes sich uns zuwende". Dem deutschen Nationalcharakter sei es angeboren, dem Ausländischen auch bei gleichen Preis- und Werthbedingungen den Vorzug zu geben. Das müsse ihm zwangsweise abgewöhnt werden, zumal auch der „Händler" jene Sucht befördere. „England und Oesterreich liefern den Beweis (?), daß ein kräftiger Zollschutz selbständige Moden schafft" (!). England „predigt die Freihandelstheorie nur, um andere Völker zu bethören". Der „kosmopolitische" — der Verfasser meint wahrscheinlich philanthropische — „Einwand, daß eine zu große Erstarkung der Industrie den Mittelstand untergraben und die Capitalien zu leicht in einzelnen Händen anhäufen könne, verdient kaum eine Widerlegung", erfährt auch keine, denn der Verfasser verweist blos auf die Concurrenz der Fabrikanten und darauf, daß es doch besser sei, das Erworbene im Lande zu behalten, wo es dann schon durch Erbschaften vertheilt werde, wie auch der Fabrikant, der [illegible] gehe, schon von selbst für das Wohl seiner Arbeiter sorge. Uebrigens hat Niemand von einer „Erstarkung der Industrie" jenen Nachtheil besorgt, sondern die Besorgniß gilt nur der erkünstelten Auftreibung einzelner Gewerbszweige und ihrer speciellen Organisation. Zum Schlusse wird nochmals versichert, daß die Vermehrung der Spinnereien dem ganzen Lande zum größten Nutzen gereichen würde. Das Alles ist nun schon ein sechs, sieben Jahre daher immer in derselben Weise gepredigt worden und will doch nicht durchschlagen. O verstockte Menschheit!

— Aus **Mannheim** vom 11. April berichtet das dortige Journal: „Gestern war in der Stadt das Gerücht verbreitet, als seien im Odenwalde Brotunruhen ausgebrochen. Es waren deshalb hier einige Vorsichtsmaßregeln getroffen worden."

Die Abendzeitung verbreitet sich über diese Gerüchte etwas näher: „Seit gestern trägt man sich hier mit den Gerüchten über Unruhen, welche in einzelnen Bezirken des badischen Odenwaldes ausgebrochen seien oder doch bevorständen; bald nennt man Boxberg und Mudau, bald Mosbach als den Herd derselben. Die allgemeine Theuerung und Unzufriedenheit mit grundherrlichen Verhältnissen sei die Ursache, und das Benehmen eines Beamten der nächste Anlaß. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß in der Druckerei des hiesigen Morgenblattes bereits vorgestern eine amtliche Proclamation an die dortigen Bewohner in Placatform gedruckt worden sei, worin es heiße: Es sei von böswilliger Seite eine Revolution auf den 12. April angekündigt; die Regierung fodere die Bürger auf, sich ruhig zu verhalten; sie könnten völlig beruhigt sein; sie werde für die öffentliche Sicherheit und Ordnung alle Sorge tragen. Der Regierungsdirecter Schaaff soll sich an Ort und Stelle begeben haben; auch der Abgeordnete Oberamtmann Zauth von Schwetzingen soll in

seinen Wahlbezirk (Buchen ꝛc.) vor einigen Tagen abgereist sein. Wir geben diese Gerüchte, da sie uns theilweise, wie oben bemerkt, mit vieler Bestimmtheit mitgetheilt wurden.

N. S. Soeben erhalten wir Abschrift von einem angeblichen Aufruf, der von den Unzufriedenen oder aber von Ränkeschmieden ausgegangen sei. Er beginnt mit «Brüder und badische Mitbürger» und schließt mit «Freunde des Vaterlandes». Der Tag der Revolution sei auf den 12. April bestimmt; die waffenfähigen Männer und Bursche von den Aemtern Mosbach, Eberbach und Buchen sollten sich an der Spissenheimat zwischen Unterscheidenthal und Balsbach mit Gewehr, Säbel und gerade gemachten Sensen versammeln und jeder Ort seinen Anführer wählen. Nach dieser Mittheilung können wir kaum mehr zweifeln, daß in den genannten Districten, wo neben den allgemeinen politischen und socialen Uebelständen noch Theuerung und Nahrungslosigkeit und andere Uebel in besonderm Maße herrschen sollen, die Bewohner zu gewaltthätigen Excessen verleitet werden sollen. Doch glauben wir, ohne Erfolg. Die betreffende Gegend gehört zwar bekanntlich durchaus nicht zu denjenigen des Landes, wo politischer Fortschritt und lebhafte Theilnahme an den öffentlichen Interessen zu Hause sind; dennoch mögen wir vertrauen, daß man auch dort leicht erkennt, wie nutzlos und der Volkssache verderblich ein derartiger Versuch wäre. Uebrigens scheint die ganze Angelegenheit nicht sehr gefährlicher Art zu sein, da die Regierung bis jetzt keinerlei militairische Vorkehr getroffen hat."

— Aus **Hersfeld** vom 8. April berichtet das Frankfurter Journal: „Heute fand auf dem hiesigen Landgerichte die wegen Versetzung des Landrichters Bechtel vom 22. Febr. bis jetzt verschobene Abgeordnetenwahl für den Nieder-Fuldabezirk, Wahldistrict Hersfeld, statt. Sie fiel auf den von der Regierung aufgestellten, von den wenigsten seiner Wähler selbst aber gekannten Candidaten, Pfarrer Gerhold zu Malsfeld, und zum Stellvertreter wurde Oekonom Gundlach zu Niedernaula ernannt. Die Wahl wird jedoch angefochten werden, hauptsächlich deswegen, weil sie gegen den Sinn der §§. 36 und 37 des Wahlgesetzes vom 16. Febr. 1831 vorgenommen worden ist. Diesen Paragraphen zufolge muß nämlich, wenn die erste Abstimmung für keinen von mehren Vorgeschlagenen eine absolute Stimmenmehrheit, d. h. eine Stimme weiter, als die Hälfte der Stimmen aller Wahlmänner nach deren gesetzlicher Anzahl, ergeben sollte, zu einer zweiten Abstimmung in der Weise der ersten geschritten werden, und wenn auch diese das erfoderliche Resultat nicht liefert, so findet eine weitere Abstimmung statt, allein in der Art, daß die Wähler zum Beispiel zwischen den Zweien, welche unter den Vorgeschlagenen die meisten Stimmen hatten, wählen müssen. Bei der in Rede stehenden Wahl wurde indessen, da die erste Abstimmung sich für keinen der (vielen) Candidaten entschied, mit Uebergehung der zweiten Abstimmung sogleich zu dem Modus der dritten übergesprungen, sodaß also hier die Verletzung einer wesentlichen Bestimmung des Wahlgesetzes vorliegt. Die Wahl wird mithin um so mehr für nichtig erklärt werden, als sich die Stände schon früher in dem Falle befunden haben, sich in dieser Richtung auszusprechen. Zur Wahl des Abgeordneten für unsere Stadt sind erst wenige Vorbereitungen getroffen. Begreiflicherweise sieht derselben das ganze Land mit der größten Spannung entgegen."

— In der Kasselschen Zeitung vom 10. April wird die Nachricht eines Correspondenten des Frankfurter Journals, „die Polizei in Kassel habe alle Blätter, worin der bekannte hochverrätherische Aufruf «zur Vorbereitung» stand, mit Beschlag belegt" (Nr. 101) mit der Versicherung widerlegt, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort sei.

— Der Betrieb der öffentlichen Spielbank zu **Wilhelmsbad** bei Hanau ist an einen neuen Unternehmer concessionirt worden, der nebst Familie bereits eingetroffen ist. Derselbe ist ein Landsmann der Spielbankpächter zu Baden-Baden, Wiesbaden und Homburg, das heißt, ein Franzose, und hat bereits alle Anstalten getroffen, um Wilhelmsbad als Sammelplatz der vergnügungslustigen Welt auf die möglichste Höhe zu bringen. (S. M.)

** **Aus Holstein**, 9. April. Nebst der keineswegs eingeschlafenen politischen fängt auch die kirchliche Bewegung bei uns zu erwachen an. Bekanntlich haben vor zwei Jahren einige junge Theologen eine Monatsschrift gegründet, die der orthodoxen Herrschaft, welche Harms und die Seinigen ausüben, entgegenarbeitet. Redactoren und Mitarbeiter verfallen nun bereits in kirchliche Aechtung, und bei dem großen Einflusse, welchen Harms auf hohe Personen besitzt, ist zu fürchten, daß gegen die freisinnigen Candidaten mit völliger Ausschließung aus der Landeskirche vorgegangen werden dürfte. Schon ist ihnen der Lebensweg, auf welchem protestantische Candidaten ihrem geistlichen Beruf entgegensehen müssen, nämlich der pädagogische, so viel als möglich erschwert, nächstens aber muß die Sache völlig zur Entscheidung kommen, denn einer der Redactoren jener Monatsschrift ist für eine Pfarre präsentirt. Wird ihm die Bestätigung verweigert, so wissen die rationellen Theologen Holsteins, was sie zu erwarten haben, und sie werden dann gezwungen sein, auch ihrerseits von dem blos literarischen Schauplatz ins praktische Leben zu treten. In Altona ist ein Fräulein B., welches Unterricht in einem Erziehungsinstitut gab und deutsch-katholisch wurde, durch einen orthodoxen Geistlichen aus seiner Stelle verdrängt worden. Dagegen hat der Präsident Graf Reventlow einem baptistischen Ehepaare, welches sich weigerte, ein neugeborenes Kind taufen zu lassen, keine Schwierigkeiten gemacht.

— Der Herzog von **Braunschweig** hat für die Hinterbliebenen Steinacker's eine Summe aus dem Klosterfonds angewiesen.

Preußen.

Berlin, 12. April. Heute Mittag 2 Uhr hatten sich die Mitglieder des Vereinigten Landtags in den Paradekammern des königl. Schlosses versammelt, um dem Könige persönlich vorgestellt zu werden. Die Prinzen hatten sich in der Rothen Kammer des Corps de logis Königs Friedrich I., die Mitglieder der Herrencurie und der Hofstaat des Königs in der kleinen Galerie und in dem anstoßenden beistirten Zimmer, die Mitglieder der Curie der drei Stände provinzenweise: a) der Provinz Preußen in der folgenden Rothen Kammer; b) der Provinzen Brandenburg und Pommern in der folgenden sogenannten Brandenburgischen Kammer; c) der Provinzen Schlesien, Posen und Sachsen in dem angrenzenden Rittersaale; d) der Provinz Westfalen in der sogenannten Schwarzen Adlerkammer, und e) der Provinz Rheinlande in der anschließenden Rothen Sammetkammer versammelt. Bald nach 2 Uhr erschien der König und wurden ihm durch den Commissar des Vereinigten Landtags, geheimen Staatsminister v. Bodelschwingh, zunächst die Landtagsmarschälle und durch diese die Mitglieder der Curien einzeln vorgestellt. Bevor der König sich zu der folgenden Provinz wendete, richtete er auch noch an die eben vorgestellten Provinzmitglieder im Allgemeinen eine tief ergreifende Ansprache. Nachdem die Vorstellung beendigt war, begab sich der König mit den Prinzen, den geheimen Staatsministern, den sämmtlichen versammelten Landtagsmitgliedern und den wenigen andern Gästen, welche die Räumlichkeit in der Zahl nur beschränkt zuließ, zur Tafel, die in der Bildergalerie, in deren Seitenkammern und in den Kammern des Corps de logis der verstorbenen Königin Elisabeth servirt war. Während der Tafel brachte der König den Toast auf das theure Vaterland, den Vereinigten Landtag, unter Zufügung des herzlichen Wunsches seines segensreichen Wirkens, aus, welcher Toast an allen Tafeln durch die an ihnen sitzenden geheimen Staatsminister wiederholt und mit Jubel begrüßt wurde, und als hierauf der Landtagsmarschall Fürst zu Solms-Hohen-Solms-Lich, und an den andern Tafeln Landtagsmitglieder der verschiedenen Stände dem König die Gefühle innigen Dankes aussprachen, folgte ihren Worten aus allen Räumen ein schallendes Lebehoch. Nach aufgehobener Tafel trat der König in den Rittersaal zurück, unterhielt sich noch mit vielen der Gäste und entließ erst nach 6 Uhr die Versammlung. (A. Pr. Z.)

/ **Berlin**, 12. April. Der Vereinigte Landtag ist eröffnet. Die Aufgabe, die er zu lösen haben wird, ist nicht leicht; das Vaterland, ganz Europa sehen erwartungs- und vertrauensvoll auf ihn, und er wird sie lösen, diese Aufgabe, er wird sie lösen im Sinne des Königs, im Sinne des Volks, denn hier gilt es ja das Wohl des Vaterlandes, und was ist dem Könige theurer als das Wohl seines Volks, dem er erst vor wenigen Tagen so hohe Beweise seiner Fürsorge gab, was kann den Vertretern des Volks theurer sein als das Wohl ihrer Mitbürger? So können die Vertreter des Volks nur den Wünschen des Königs genügen, wenn sie ihr Wirken auf das Volkswohl richten, sie finden dann immer ein geneigtes Ohr, und so begrüßen wir denn die Deputirten, die sich nicht durch sophistische Einflüsterungen haben irren lassen und einmüthig dem Rufe des Königs freudig gehorchten, ebenfalls mit Freuden. Hierbei sei es uns erlaubt, einen Blick auf das Patent selbst zu werfen, wie dieses sich dem schlichten Sinne darstellt. Man hat das Patent vom 3. Febr. vom staatsrechtlichen, politischen, selbst vom rein juridischen Standpunkt aus beleuchtet, und mancherlei Stimmen erheben sich gegen dasselbe. Wir wollen und können hier jene Gründe nicht einzeln wiedergeben, indessen gehen sie alle darauf hinaus, der Vereinigte Landtag sei nicht competent, Anleihen, erhöhte oder neue Steuern zu verwilligen, dies käme nur Reichsständen zu, die landständische Verfassung sei beschränkt worden. Vorerst ist zu erwägen: welche Absicht hatte der König wol bei Ertheilung des Patents? Sie spricht sich klar und deutlich in dem Eingange des Patents durch die Worte aus: „zugleich aber auch den getreuen Ständen unserer Monarchie diejenige Wirksamkeit zu verleihen, welche, im Einklange mit jenen Rechten und den eigenthümlichen Verhältnissen der Monarchie, dem Vaterland eine gedeihliche Zukunft zu sichern geeignet ist". Solche Worte bedürfen keines Commentars; denn ist es möglich, daß das Patent das Entgegengesetzte bezwecken soll? es wäre thöricht, hierüber noch ein Wort zu verlieren.

Die vereinigten Provinzialstände sollen über Anleihen, Erhöhung von Steuern oder neue Steuern zu beschließen berechtigt sein. Die Gegner sprechen ihnen die Berechtigung hierzu ab und behaupten, dies könnten nur Reichsstände thun. Nun fragt es sich aber, was sind Reichsstände? Vertreter des Volks. Müssen die Mitglieder der Reichsstände unumgänglich auch aus Nichtgrundbesitzern gewählt werden? Wir glauben, daß das Verlangen: Reichsstände müßten aus allen Ständen bestehen, nicht im Sinne des Worts liegt, noch überhaupt ausführbar ist, es kann sich überhaupt eben so gut auf die Wähler als die Wählbaren beziehen. Sind

denn in rein constitutionellen Staaten alle Stände durch Deputirte aus ihrer Mitte vertreten? Dies wird gewiß Niemand behaupten, es ist möglich, aber nur durch Zufall. Aber, wird man einwerfen: die Wähler sind allen Ständen entnommen. Ist dies aber bei unsern Ständen nicht auch der Fall, sind die städtischen Abgeordneten nicht allen Ständen entnommen, senden die Städte nicht Gelehrte, Kaufleute und sonstige Gewerbtreibende in die Ständeversammlung? Wie rechtfertigt sich hiernach der Vorwurf, daß nur der Grundbesitz vertreten sei? In Städten ist jeder Bürger Wähler, wenn auch indirect; er wählt die Communalbehörden, was so viel heißt als in manchen constitutionellen Staaten die Wahlmänner, und diese wählen die Abgeordneten. Wenn der Nichtbürger nicht mitwählt, so liegt die Schuld an ihm, da er sich ja die Qualification zum Wähler leicht verschaffen kann, und ist denn in rein constitutionellen Staaten, z. B. in England, Frankreich, Jedermann Wähler? Die Bestimmung des Wahlmodus war bei Errichtung der Landstände ein Recht der Krone, sie hat es ausgeübt, und die Stände haben jenen Modus angenommen, das Volk hat ihn angenommen, und somit kann ein Einspruch hiergegen nicht aufkommen. Es handelt sich also nur um das Wort „Reichsstände", denn das Wesen derselben besitzen wir; hätte das Patent gesagt: Wir wollen die Abgeordneten der Provinzen zusammenberufen und ihnen während der Dauer der Diät zu Berlin die Benennung „Reichsstände" beilegen, so würde man wol nichts dagegen haben einwenden können, während die jetzige Benennung einen Anstoß geben soll.

Sind die vereinigten Stände competent: Anleihen, neue oder erhöhte Steuern zu verwilligen? Man hat dieses Vorrecht den Reichsständen allein zugesprochen und erklärt: die vereinigten Provinzialstände seien hierzu nicht berechtigt, incompetent. Die Beantwortung obiger Frage hängt davon ab, ob die Provinzialstände überhaupt Vertreter des Volks sind oder nicht; sind sie es, so zerfällt die Competenzfrage in Nichts, sind sie es nicht, so sind sie allerdings nicht competent. Daß die Provinzialstände rechtmäßige und anerkannte Vertreter ihrer Provinzen sind, daran hat wol noch kein Mensch gezweifelt, der schlichte Verstand ergibt aber, daß, wenn dieses unzweifelbar ist, die vereinigten Provinzialstände auch die Vertreter sämmtlicher acht Provinzen oder, was Dasselbe ist, des ganzen Staates sind, und somit müssen sie auch competent sein, die Interessen des ganzen Staats zu vertreten, denn es wäre ein offenbarer Widerspruch, sie einzeln für competent, vereinigt aber für incompetent zu erklären. Endlich ist der Herrenstand ein Anstoß geworden, indem man behauptete, die Krone könne durch ihn jede beliebige Foderung durchsetzen, alles ihr Mißliebige zurückweisen. Vorerst könnte man nur Consequenzen ziehen, wenn man sich die Krone und das Volk als zwei feindliche, einander gegenüberstehende Gewalten, und den Herrenstand als einen käuflichen dächte, der sich zu jedem Zwecke hingäbe; eine so widersinnige Idee wird aber hoffentlich Niemandem einfallen, und dann bedenke man, daß der sogenannte Herrenstand aus lauter großen Grundbesitzern besteht, die jede Steuer in erhöhtem Maße trifft, daß also ein Handeln gegen das eigne Interesse schon an und für sich nicht denkbar ist, abgesehen davon, daß dieser Stand unabhängiger als irgend ein anderer dasteht. Hätte es sich die Krone vorbehalten, den Herrenstand durch Solche, die keinen Grundbesitz haben, durch Beamte, die lediglich von ihr abhängen ꝛc., willkürlich vermehren zu können, so hätte man vielleicht gegen diese Kammer ein Vorurtheil fassen können; aber nun, mit welchem Rechte? Wie steht es in England, dem freiesten Staate, wie in Frankreich mit der Pairskammer? Will da die Regierung die Majorität für Regierungsmaßregeln haben, und befürchtet sie in dieser Kammer eine Niederlage, so ernennt sie Pairs, auf deren Stimmen sie rechnen kann, und kein Mensch bestreitet der Krone dieses Recht, man findet es ganz in der Ordnung. Was behält sich in Preußen die Krone vor? den Herrenstand zu vermehren; aber dies geschieht nur durch Verleihung von Stimmen an große Grundbesitzer, also ein weit unparteiischeres Verfahren als in England und Frankreich. Will man derartige Einwürfe machen, so fällt das ganze in allen Verfassungen größerer Staaten, selbst in Republiken beibehaltene Zweikammersystem über den Haufen, und alle Staaten, die eine erste Kammer besitzen, müßten diese aufheben.

* **Berlin**, 12. April. Es ist ein kleinlicher und beschränkter Gesichtspunkt, welcher das Patent vom 3. Februar nur von der Seite anschaut, wie es sich zu den durch frühere Gesetze angeblich dem Volke verliehenen oder verheißenen Rechten verhalte. Man zwängt und deutelt erst mühsam an jenen Gesetzen herum, legt die Worte nach eignem Geschmacke, nach seinen Wünschen, ohne Rücksicht auf Standpunkt der Zeit und bekannte Richtung des Gesetzgebers aus, übergeht, was den heutigen Absichten dieser Ausleger nicht zusagt, und klammert sich nun an das so Genommene, es für das klarste und unbestreitbarste Recht ansehend, auch gänzlich vergessend, daß es sich hier um den jederzeit widerrufbaren Willen eines unumschränkten Staatsherrschers handelte. Wir können keinerlei Widerspruch zwischen dem Patent und den frühern Gesetzen entdecken; aber fänden sich auch einzelne Abweichungen, so ist aus dem Gesichtspunkte des Staatsmannes und des Patrioten nur zu fragen: wie verhält sich das jetzt Gebotene zu den Verhältnissen und Bedürfnissen des preußischen Staats und Volks? nicht aber der privatrechtliche Gesichtspunkt erworbener Rechte hineinzutragen und zwischen Krone und Volk über ein Mehr oder Minder von Rechten zu mäkeln.

Wie immer man über die Thronrede des Königs (Nr. 104) urtheilen möge, deren Eindruck unverkennbar ein gewaltiger gewesen ist: Das ist gewiß, daß sie beispiellos in der Geschichte dasteht und durch das unmittelbare Wiedergeben der eigensten Gesinnung des Monarchen, durch die geistvolle Kraft und das ethisch-religiöse Pathos, den idealen Schwung, den sie athmet, und durch die unumwundene Offenheit, mit der sie unmittelbar auf die Kernfragen drängt und eine klare Entscheidung fodert, alle jemals gehaltenen Thronreden unendlich hinter sich zurückläßt. So weit man in ihr ein Erklären gegen das constitutionelle System finden mag, meinen wir übrigens: daß es nicht gegen dessen Wesen und Das, was wahrhaft werthvoll und gut an ihm, sondern gegen die falschen Begriffe gerichtet ist, welche der Radicalismus damit zu verbinden getrachtet hat.

— Der Rheinische Beobachter enthält in einem Schreiben aus Berlin folgende bemerkenswerthe Aeußerung über die Interessen deutscher Politik gegenüber von Rußland und Frankreich. Der Artikel geht von dem mehrbesprochenen russischen Rentenkauf aus, berührt vorübergehend die „lautgewordene Ansicht", daß die Maßregel eine „indirecte Demonstration gegen die preußische Verfassung" sein könne, und fährt dann fort, wie folgt: „Deutschland, namentlich Preußen, würde seinen Standpunkt zwischen den beiden großen und kriegerischen Nachbarländern ganz verkennen, wenn es nicht jeden ihrer Schritte aufmerksam verfolgte. Es ist ein gutes Wort: ein König von Preußen darf nicht schlafen; denn das Schicksal hat ihn zum Hüter bestellt, vor Jahrhunderten zum Markgrafen von Brandenburg, nun, nachdem der Jüngling in der strengen Schule des Lebens zum starken Manne gereift, auch zum Markgrafen am Rhein, auf daß er der westlichen Mark ein eben so wackerer Schirmvogt werde als der östlichen. Daß der Rentenkauf des Kaisers mehr ist als blos eine kaufmännische Kornspeculation, bedarf keines Beweises; ob aber die Idee, welche den Kaiser dabei geleitet hat, auf eine nähere oder fernere Zukunft berechnet ist; ob das petersburger Cabinet die Absicht hegt, eine Annäherung zu einem einstigen Bündniß anzubahnen; ob es nur den Argwohn des englischen Volks rege erhalten, ob es nur den pariser Geldmarkt, den Nerv der Julidynastie, in seiner Hand halten; ob es eine günstige Meinung von dem blühenden Zustande der russischen Finanzen verbreiten, oder ob es alles Dieses zusammen erreichen will, Das möchte außer dem Kaiser und seinen vertrautesten Räthen kein Sterblicher errathen können. Wir fassen nur das Eine ins Auge, daß wir Deutsche insgesammt darin eine neue Mahnung zur Eintracht erblicken müssen. Denn so gewiß als 2 Mal 2=4 ist, so gewiß wird früher oder später die Stunde schlagen, wo Russen und Franzosen gleichzeitig (und wenn auch nur im stillen Einverständniß) die Trommel rühren und das beutelustige Auge hier nach der Oder, dort nach dem Rheine wenden. Finden die Feinde alsdann ein brüderlich verbundenes, weder durch religiösen Hader noch durch politische Systemsucht gespaltenes Deutschland, dann können wir getrost jeder Gefahr entgegenschreiten, und wenn nicht der Segen des Friedens schwerer möge in der Wagschale des menschlichen Glücks, so würden wir den Augenblick herbeiwünschen, der dem neuen Deutschland die Bluttaufe gibt und den Wahn zerstört, daß die Eintracht der Deutschen in der Stunde der Noth nur eine Chimäre gutmüthiger Thoren sei."

Oesterreich.

Der Kaiser hat die durch das Ableben des Erzherzogs Palatinus erledigte Regiments-Inhaberstelle des 2. Husarenregiments dem Könige von Hannover verliehen.

† **Tarnow**, 6. April. Bei der Eintheilung des Landes in Ost- und Westgalizien bleibt es. Gouverneur in Krakau ist Graf Deym, Gouverneur in Lemberg der jüngere Graf Stadion. Der Sitz des Vicekönigs kommt in die alte polnische Krönungsstadt; als den ersten Träger dieser Würde bezeichnet man den Erzherzog Albrecht und den Fürsten Windischgrätz. — Die Bartfrage scheint endlich entschieden zu sein, und vom 1. Mai an wird es den Offizieren gestattet sein, sich dieses Gesichtsschmuckes zu bedienen.

Die Noth ist bei uns keineswegs so groß, als man glaubt, allein Niemand will arbeiten; nicht das Leichteste, wie erst etwas Schweres. Hierin, nämlich das beispiellos träge Volk zur Arbeit, zur Thätigkeit für den eignen Beutel zu erziehen, liegt die eigentliche Aufgabe der Regierung. — Brandstiftungen finden in unerhörter Ausdehnung statt. Täglich sieht man die Nacht durch die Feuersäulen von mehren Bränden geröthet.

Spanien.

Die Nachrichten aus **Madrid** reichen bis zum 5. April und bestätigen, daß die Königin angefangen hat, sich der Personen in ihrer nächsten Umgebung zu entledigen, welche bisher eine beschränkende Ueberwachung ihres Willens und ihrer Person ausübten. Die Marquise de Santa Cruz ist als Camerera Major oder erste Ehrendame, Don Pedro Egeña als Palastintendant und Señor Ruvianes als Oberbefehlshaber

der Hellebardierer oder Palastwache entlassen worden. Die Stelle des Letztern hat der Herzog v. Baylen erhalten, und seine Ernennung ist schon in der Gaceta publicirt. Auch der Lieutenant Guisos von den Hellebardierern und Graf v. Cumbres Altas, Kammerherr der Königin, sind verabschiedet worden. Die Minister sollen diese Schritte anempfohlen und die Königin ohne das geringste Zögern dieselben beschlossen haben, was auf ein völliges Einverständniß mit den Ministern schließen ließe. Das Eco del Comercio erzählt außerdem, daß diese entlassenen Personen gleichwol am Tage nachher wie gewöhnlich im Palast erschienen, bis in die Gemächer der Königin gedrungen und sie auf wenig ehrerbietige Weise direct gefragt hätten, ob sie denn wirklich ihre Functionen einzustellen hätten. Die Königin schickte statt aller Antwort nach den Ministern, von welchen der Kriegsminister, General Mazarredo, und der Finanzminister, Hr. Salamanca, alsbald anlangten und die Zudringlichen aus dem Palaste wiesen, indem sie dieselben erinnerten, als einzelne sich auf die Königin Christine beriefen, daß es in Spanien nur Einen Souverain, die Königin Isabella II., gebe, deren Befehle respectirt werden müßten. Graf v. Cumbres Altas und Señor Ruvianes betrugen sich jedoch der Art, daß sie verhaftet wurden. Der Erstere ist sogar nach Valencia gebracht worden. Die Stelle des Palastintendanten, glaubt man, werde Hr. Peña Aguayo erhalten.

— Der Finanzminister soll nach dem Heraldo die Absicht haben, die Besoldungsrückstände vieler frühern Beamten zu capitalisiren und denselben den Zinsengenuß davon zu gewähren. Von demselben Blatte wird die nahe Abberufung des Hrn. Gonzalez Bravo vom Gesandtenposten in Lissabon und dessen Besetzung mit Hrn. Louis Lopez de la Torre-Ayllon gemeldet.

— Der Tiempo erzählt von einem beim Gefe politico von Madrid zur Anzeige gekommenen Plane von Montemolinisten, sich der Postpferde auf der Straße von Madrid nach Aranjuez zu bemächtigen, und daß zur Verhinderung dessen Abtheilungen der Guardas civiles abgeschickt worden wären.

Großbritannien.

London, 9. April.

Die Bank von England hat gestern ihr Disconto auf dreimonatliche Papiere von 4 auf 5 Proc. erhöht, ein Schritt, den nicht früher gethan zu haben ihr von vielen Seiten verdacht worden ist. Der Globe bemerkt dazu, man werde diesen Entschluß der Directoren mit fast allgemeiner Befriedigung vernehmen, da jedenfalls die Bank fortfahren werde, ruhigen und soliden Geschäftshäusern alle mögliche Erleichterung zu gewähren, Papiere von speculativem Charakter aber unter allen Umständen abzuweisen.

— Die Partei des jungen Irland hat am 7. April eine große Versammlung gehalten, in welcher Hr. Smith O'Brien unter Andern eine lange Rede hielt, in der er die Minister für das in Irland herrschende Elend verantwortlich machte, da sie jedes gründliche Mittel der Abhülfe, wie z. B. Lord Bentinck's Eisenbahnbill, zurückwiesen. Hr. Smith O'Brien lehnte zugleich sehr entschieden die Aussöhnung mit dem „alten Irland" ab, welche bekanntlich Hr. J. O'Connell neulich im Repealverein anzubahnen versuchte.

— Ein irischer Gutsbesitzer macht den vielen Anschuldigungen der Pflichtvergessenheit gegenüber, welche von englischen Blättern gegen seinen Stand erhoben worden, ein Beispiel von den Hindernissen bekannt, auf welche irische Gutsherren stoßen, die ihre Pflicht thun wollen. Er habe nämlich jedem Pachter, der unter sechs Acker Land von ihm gepachtet hat, die Aussaat als Vorschuß und außerdem, wenn der Mann sich während der Dauer der Feldarbeit nicht sollte mit den Seinigen ernähren können, auch eine angemessene Geldsumme angeboten, dafür aber nur eine Verschreibung für den Gesammtbetrag gefodert, in welchem der Marktpreis für das Getreide angesetzt werden sollte. Eingelöst sollte diese Verschreibung nach gemachter Aernte werden, indem dieselbe abgeschätzt und der entsprechende Werth davon dem Darleiher zugetheilt würde. Außerdem erklärte der Gutsherr, die Hälfte des dem Pachter verbleibenden Ertrags anstatt der jährlichen Pachtsumme annehmen zu wollen, wenn der Pachter Das der baaren Bezahlung vorziehen sollte. Nur sehr wenige Pächter begehrten aber bis jetzt zu diesen Bedingungen Saatgetreide, und manche sagten geradezu, daß sie keins möchten, da sie es später bezahlen sollten.

— Ueber die Eröffnung der ersten Soyer'schen Suppenanstalt in **Dublin** hat sich in den dortigen Blättern eine Polemik entsponnen. Zwar wird weder die vertheilte Suppe noch die Einrichtung selbst ferner angegriffen, und in dieser Beziehung hätte Hr. Soyer also die bisherige Opposition bekehrt; allein das Freeman's Journal und Evening Packet tadeln es bitter, daß die Eröffnung einen festlichen Anstrich erhalten, daß man Fahnen ausgesteckt, daß die Militairmusik dabei so lustig aufgespielt habe und daß die dabei erschienenen Ladies und Gentlemen in den allerneuesten Frühjahrsmoden aufgetreten wären. Zur Vertheidigung Dessen wird andererseits angeführt, daß Hrn. Soyer nach den vielen Anfechtungen, welche sein Unternehmen im voraus erfahren, Alles daran liegen mußte, Vornehme und Geringe thatsächlich von der Grundlosigkeit dieser Anfechtungen zu überzeugen und deshalb in seiner Anstalt selbst zu versammeln.

— Im britischen Westindien hat die Noth in Irland und Schottland ebenfalls große Theilnahme hervorgerufen und überall wurden sofort Sammlungen zur Unterstützung begonnen; die Colonialassembly von Barbadoes votirte 2000 Pf. St. aus den öffentlichen Mitteln zu demselben Zwecke.

— In **Edinburg** haben die Katholiken am Lothian Road einen Platz zur Aufführung einer großen Kirche angekauft.

— Der Generallieutenant Sir Dugald L. Gilmour ist am 25. März in **Rom** gestorben. Dieser verdiente Offizier hatte über 50 Jahre im Heere gedient.

— Die Times bringt einen ausführlichen, fünf Spalten langen Bericht über den bereits wiederholt erwähnten Schiffbruch des der königl. westindischen Postdampfschiffahrt gehörig gewesenen Dampfschiffes Tweed von 1800 Tonnen und 500 Pferdekraft. Das die Alacrans genannte Riff, wo das Schiff scheiterte, ist ungefähr 15 Miles lang und 12 Miles breit, sowie 65 Miles vom nächsten Punkte der Küste von Yucatan entfernt. Es liegt vollständig unter Wasser, hat jedoch einzelne Stellen, die bei niedriger Ebbe nur 18 Zoll bedeckt sind, zur Flutzeit aber 3 Fuß unter Wasser liegen. Außerdem ist es 4—6 Fuß hoch mit Wasser bedeckt. Es war am 12 Febr. vor 3 Uhr Morgens, als das Schiff, nachdem kurz vorher die Maschine angehalten und Befehl zum Wenden gegeben war, dennoch mit solcher Gewalt auf das Riff stieß, daß wahrscheinlich der Boden sofort eingestoßen wurde, indem die Maschine und der Schornstein einen gewaltigen Ruck aufwärts machten und alsbald wirkungslos wurden. Der Dampf strömte aus, füllte den Maschinenraum und stieg als dichte weiße Wolke aus den Luken empor. Das Schiff wieder flott zu machen, erschien schon jetzt unmöglich, und es wurde befohlen, die Rettungsboote in Stand zu setzen. Das Alles war das Werk von wenigen Minuten. Reisende und Bemannung füllten das Verdeck, viele unbekleidet, wie sie vom Lager aufgeschreckt waren. Ein zweiter Stoß warf das Schiff auf die Seite und im Nu hatten die Wellen den Kutter und die Schaluppe fortgerissen als wenn es Nußschalen wären. Beim nächsten Wogenschwall drehte sich das Schiff etwas und man hörte das Einbrechen der Planken; das Boot von dem einen Ruderhause ward auch mit fortgespült. Alles Das begab sich in sehr dunkler und kalter Nacht. Wo man hinblickte, an den Masten, Luken, Tau- und Segelwerk sah man Menschen sich in Todesangst anklammern und über Alle hinweg flogen Wasser und Schaum des Meeres. Aus dem Raume ertönte Nothgeschrei; es war eine furchtbare, gräßliche Scene, um so gräßlicher, weil Niemand helfen konnte. „Ich fragte um diese Zeit den Capitain, schreibt der Berichterstatter, was zu machen sei? Er erwiderte gelassen: «Aushalten bis es Tag wird; ich hoffe, das Schiff hält so lange zusammen.»" Die zwei letzten Boote, in welche sich eine Menge Menschen geworfen hatten, befahl der Capitain, nicht eher als im letzten Augenblick ins Wasser zu lassen. Daneben wußte noch Niemand, wo das Schiff sich eigentlich befinde. Das Schiff ging inzwischen rasch in Trümmer, für die Boote gewährte die Brandung keine Aussicht zum Entkommen, auch würden sie doch nur Wenige haben fortbringen können, und 150 Menschen fingen an auf Rettung zu verzichten. Als das Schiff sich nach einiger Zeit mitten auseinandergab, sodaß die Maschine frei auf dem Riffe stand, wurden die Boote ins Wasser gelassen. Wenige Augenblicke nachher waren sie mit Allem, was darin lebte, vom Meere verschlungen. Die Rettung der auf dem Riff verbliebenen Menschen war das Auffinden von drei innerhalb des Riffs hängen gebliebenen Booten, deren eins so weit in den Stand gesetzt wurde, um nach dem 100 Miles entfernten Sisal abgehen zu können, um Hülfe zu holen. Am 16. Febr. erst wurden die übrigen 79 Schiffbrüchigen, nachdem sie die ganze Zeit theilweise im Wasser verbracht hatten, erlöst. Mundvorrath und etwas Rum hatten sie glücklich auffischen können; schmerzlich aber entbehrten sie Wasser, bis es gelang, eine Vorrichtung zum Destilliren des Seewassers in Gang zu bringen. Am dritten Tage setzte ein aufgefischtes Packet Zündhölzchen sie auch in den Stand Feuer zu machen und zu kochen.

— Aus **Canada** verlautet, daß muthmaßlich im Mai das Provinzialparlament zusammentreten werde; auch ist von allerlei Wechseln in der Besetzung von hohen Aemtern dort die Rede.

— Es heißt, das hiesige Cabinet, sagt ein Brief aus **London** vom 2. April in der augsburger Allgemeinen Zeitung, habe beschlossen, folgende Anfoderungen an die gegenwärtige Regierung in Lissabon zu stellen: 1) Aufhebung der letzten, seit dem Ausbruche der bekannten Palastrevolution erlassenen inconstitutionellen Decrete; 2) vollständige Amnestie für die politischen Vergehen; 3) unbedingte Rückkehr zur Constitution; 4) Bildung eines neuen gemäßigten Ministeriums. Sollte diesen Anfoderungen in Lissabon nicht Genüge geleistet werden, so sei von englischer Seite zur Herstellung der Ordnung mit Waffengewalt einzuschreiten und sowol die Regierung zu Paris als jene zu Madrid zum gemeinschaftlichen Handeln aufzufodern. Diesem meiner Meinung nach etwas zu vorgreifenden, wenigstens zu kategorischen Verfahren kann ein anderes Specimen von seltsamen Anfoderungen an die Seite gesetzt werden. Es ist ein gleichfalls an die bedrängte Regierung von Lissabon gestelltes Ansinnen

Saldanha's, welches sich auf folgende merkwürdige Punkte bezieht: 1) Wechsel der Minister, und zwar Wechsel im Cabralistischen Sinne; 2) Herbeischaffung eines spanischen Hülfscorps von 10,000 M.; 3) eine Zwangssteuer; 3) Auslieferung der Kronjuwelen und der Juwelen der portugiesischen weiblichen Aristokratie (?) und Verwandlung dieser Juwelen in Geld. (Vgl. Nr. 94.) Sollte diesem Verlangen in Lissabon nicht entsprochen werden, so soll Saldanha entschlossen sein, die Armee und das Land zu verlassen. — Der spanische Geschäftsträger hat unlängst der hiesigen sardinischen Gesandtschaft angekündigt, daß die spanische Regierung gesonnen sei, die commerziellen Verbindungen und jeden Verkehr zwischen Spanien und den Ländern des Königs von Sardinien abzubrechen, wenn die sardinischen Behörden nicht gewillt oder nicht vermögend sein sollten, den Waffen- und Munitionslieferungen Einhalt zu thun, die fortwährend für Rechnung des Grafen von Montemolin und für seine Partei aus den sardinischen Häfen nach den spanischen Küsten am Mittelmeere gemacht werden.

Frankreich.

Paris, 10. April.

Die Pairskammer votirte gestern ein Gesetz über Errichtung eines Militairhospitals in Vichy und beschäftigte sich mit Berichterstattung über Bittschriften. In der Deputirtenkammer wurde mit 219 gegen 23 Stimmen der Credit zum Ankaufe wissenschaftlicher Sammlungen von 162,100 Fr. votirt, sowie außerdem ein Gesetzentwurf über 208,000 Fr., auf welche Summe der verlangte Credit von 441,279 Fr. durch die Kammer modificirt worden war, zu Reparaturen verschiedener öffentlicher, dem Unterrichtswesen dienender Gebäude mit 230 gegen 5 Stimmen angenommen.

— Der Gesetzentwurf über den Secundairunterricht ist vom Könige zum Behufe der Vorlage in den Kammern unterzeichnet worden und wird nach dem Moniteur parisien am 12. April von Hrn. de Salvandy, dem Unterrichtsminister, mit dem Gesetzentwurf über den Primairunterricht gleichzeitig der Deputirtenkammer vorgelegt werden.

— Ein gestern verbreitetes Gerücht von einem Banket der unabhängigen Conservativen, das heute beim Grafen de Castellane stattfinden solle und über 50 Theilnehmer zählen werde, veranlaßt den Commerce, zu berichten, daß der Graf allerdings an diejenigen seiner ehrenwerthen Collegen Einladungen zu einem Diner erlassen habe, welche der conservativen Partei angehörten, ohne sich an die ministerielle Politik gebunden zu haben. Der Graf habe auch circa 50 Einladungen erlassen, von denen jedoch einige abgelehnt worden wären, um den Schein zu vermeiden, als sammle sich eine neue Partei um Hrn. de Castellane als Führer, und es würden ungefähr 30 Gäste gewesen sein, wenn nicht das Ganze in Folge des plötzlichen Todes der Mutter des Hrn. de Castellane verschoben worden wäre. Unter allen Umständen sei jedoch so viel gewiß, daß die Einigkeit der conservativen Partei nicht mehr existire und daß gegen 60 Deputirte, welche zeither stets mit der Majorität gestimmt haben, entschlossen seien, das Cabinet nur in dem Verhältnisse ferner zu unterstützen, als es in die Bahn des Fortschritts einlenkt. Die Abstimmung über die Indetrachtnahme von Hrn. de Rémusat's Vorschlag wegen der Incompatibilitäten werde das Alles deutlicher herausstellen. Die mit jeder allgemeinen Wahl wachsende Zahl von Beamten in der Deputirtenkammer drohe mit ernstlicher Gefährdung für die Nationalvertretung, und die unabhängigen Conservativen würden daher, ohne mit allen Einzelheiten des Vorschlags einverstanden zu sein, für die Indetrachtnahme stimmen.

— Wie gestern die Patrie mittheilte, hat der Ministerrath in drei Sitzungen über die Vollziehung der gegen drei Theilnehmer an den Theuerungstumulten in Buzançais erkannten und in letzter Instanz bestätigten Todesurtel berathen und am Ende für die Vollziehung entschieden. Der Befehl dazu soll bereits aus dem Justizministerium abgegangen sein. Hr. Hebert inaugurirt seine Gelangung ins Cabinet, bemerkt der Commerce mit schneidender Bitterkeit. Mit schmerzlicher Ueberraschung werde das Publicum die Kunde dieser dreifachen Hinrichtungen vernehmen, nachdem kürzlich noch Hr. Guizot die moderne Menschlichkeit des Strafgesetzbuchs gerühmt habe. Die unglücklichen Verurtheilten nennt der Commerce die Producte einer allgemeinen Bethörung, und fragt, wo die moralische Verantwortlichkeit der Einzelnen, die nicht Anstifter, sondern nur Werkzeug gewesen, bei einem unter so schrecklichen Umständen begangenen Verbrechen zu suchen sei? Allein die Menschen, welche Frankreich regierten, befänden sich freilich nicht mehr in Gemeinschaft mit dem moralischen Leben des Volks.

— Der Prinz von Joinville ist am 4. April von Marseille nach Toulon zurückgekehrt.

— Die »Presse« will wissen, daß es dem Grafen von Montemolin eine Anleihe von 5 Mill. Fr. zu negociren gelungen sei, und daß er sich bald in Spanien befinden werde.

Schweiz.

Die Verfassung von Basel ward am 8. April. mit 1448 gegen 179 Stimmen von der souverainen Bürgerschaft angenommen. (N. C.)

— Am 9. April verschied in **Bern** nach einem kurzen Krankenlager der Oberst Lelewel. Die polnische Emigration verliert an diesem Wackern einen ihrer Edeln, Viele einen warmen Freund, und der Canton Bern einen guten Ingenieur. (N. Z.-Z.)

Italien.

Rom, 1. April. Wenn man den Mittheilungen sonst gut unterrichteter Personen Glauben schenken darf, so steht die Veröffentlichung des vom Papste eingesetzten Ministerconsiliums in wenigen Tagen bevor. Man nennt bereits viele Namen von Beamten, die als Secretaire oder Substitute bei den verschiedenen Ministerien eintreten sollen. Außer dieser für das ganze Land wichtigen Einrichtung wird noch ein Staatsrath ernannt, wozu natürlich nach der päpstlichen Constitution nur die Mitglieder des Cardinalcollegiums gewählt werden können, die bis jetzt als Congregationen nach Bedürfniß zusammenberufen wurden. Diese sollen in der Folge ein Mal im Monat regelmäßig, und die Minister jede Woche sich versammeln. Nun ist auch für die Verwaltung des Militairetats eine Commission ernannt, die ihr Gutachten über diesen Zweig dem Staatssecretair einzuliefern hat. Unter den Mitgliedern der Commission bemerken wir die Namen der Fürsten Barberini und Rospigliosi, sowie den Obersten Armandi, der früher zu den Compromittirten gezählt wurde.

Vor mehren Wochen schon versicherte man in wohlunterrichteten Kreisen, der Papst werde die Jesuiten aus der Schweiz zurückrufen, um dem aufgeregten Lande durch diese Maßregel vielleicht die Ruhe wiederzugeben, oder der schweizerischen ultraradicalen Partei damit wenigstens einen Vorwand zu entziehen, der ihr die Sympathie vieler gemäßigten Protestanten und Liberalen bisher gewonnen hatte. Bis zur Stunde ist vom heiligen Stuhl noch kein bestimmter Schritt geschehen. So viel aber scheint sicher, daß Graf Rossi schon vor längerer Zeit die Sache ernstlich angeregt hat und mit der ihm eigenen Gewandtheit und Beharrlichkeit fortwährend betreibt. Kein Gesandter der übrigen Großmächte hat ihn bis jetzt unterstützt, und von anderer Seite legt man seinen Schritten bedeutende Hindernisse in den Weg, wäre es auch nur, um Frankreich keinen zweiten diplomatischen Triumph zu gönnen. Dennoch sollte es uns nicht Wunder nehmen, wenn der Papst auch nach eigenem Wunsch und Willen einen Entschluß ergreifen würde, der vielleicht gute Folgen hat für die Katholiken wie für die Protestanten der Schweiz. (A. Z.)

Rom, 2. April. Der Papst hat vor dem Osterfest aus seinem Privatvermögen für 3000 Scudi Brot für die in Rom befindlichen, durch die Noth der Zeit bedrängten Familien und Personen vertheilen lassen, sodaß Jeder unentgeltlich für 5 Bajocchi Brot erhielt. Für die Provinzen aber hat er zu gleichem Zweck eine weit bedeutendere Summe (man behauptet, über 30,000 Scudi) ebenfalls blos aus seinen Privatmitteln angewiesen. Damit ferner das Brot nicht noch theurer werde, hat er sämmtlichen Bäckern befehlen lassen, auch wenn die Getreidepreise stiegen, das Brot zu dem bisherigen Preise zu verkaufen, indem er den Ueberschuß aus seiner Privatkasse decken werde. Da das Oel, dieses höchst wichtige Bedürfniß, ebenfalls wegen der letzten schlechten Aernte in fortwährendem Steigen begriffen ist, so hat der Papst die ganze darauf ruhende Abgabe aufgehoben. (N. C.)

Turin, 3. April. Der französische Gesandte hat an das hiesige Cabinet energische Vorstellungen gemacht, damit den Waffensendungen nach Spanien für Rechnung der carlistischen Faction in Catalonien ein Ende gemacht werde. Als Rechtstitel zur Stellung dieser Forderung von Seiten Frankreichs hat der Gesandte die innigen Verhältnisse der Freundschaft, welche zwischen dem spanischen und französischen Hofe walten, geltend gemacht. — Wie wir vernehmen, ist die kannte sardinisch-österreichische Handelsdifferenz auf dem Punkte, indirect ihre Lösung zu erhalten. Von Seiten des wiener Cabinets ist nämlich hier der Antrag gestellt worden: alle frühern Differenzpunkte fallen, jede Discussion und Verhandlung darüber aufhören zu lassen, einfach zur Schließung eines neuen Handelsvertrags zu schreiten, und so die commerziellen Beziehungen der beiden Staaten neu zu begründen und festzusetzen. Dieser von Oesterreich aus gestellte Antrag ist von der hiesigen Regierung mit Bereitwilligkeit aufgenommen worden, und es werden demnach in kurzem von beiden Seiten die zur Schließung des Handelstractats nöthigen Commissarien ernannt werden. (A. Z.)

— Die Prinzessin Luitpold ist vollkommen wieder hergestellt; dem Vernehmen nach dürfte dieselbe in Begleitung ihres Gemahls wohl schon binnen Kurzem die Rückreise aus **Florenz** nach Deutschland antreten.

Griechenland.

Laut den letzten Nachrichten aus Griechenland hat Hr. Kolettis auf Befehl des Königs an den österreichischen Staatskanzler ein Schreiben gerichtet, worin dem Fürsten für die in der griechisch-türkischen Differenz ertheilten Rathschläge der Dank des Königs ausgesprochen und an denselben die Bitte gestellt wird, der griechischen Regierung seine heilsamen und weisen Rathschläge immerdar angedeihen zu lassen, ihr nie seinen mächtigen Beistand entziehen zu wollen. — Ein neuer Sturm scheint sich, man weiß nicht, ob zum Verderben Griechenlands oder der Pforte, zusammenzuziehen. Sir E. Lyons, dieser leidenschaftliche Parteimann, erhält nun eine drohende, eine gefährliche Waffe in die

Hand; es ist dies das englische Geschwader, das vor den Hafen des Piräus beordert wird; welchen Gebrauch wird er davon machen? Weiß er nicht, daß das bloße Erscheinen einer in Griechenland für feindselig erachteten Macht an den griechischen Küsten einen allgemeinen Brand erzeugen kann, da die Gährung in den Gemüthern der Griechen dies- und jenseits der Grenze, die durch die letzten Reibungen neu angefachten Hoffnungen der orientalischen Christen geeignet sind, den jetzigen Status quo über den Haufen zu werfen und Alles in Frage zu stellen, was durch den vereinten Einfluß Europas mühsam und mit precairem Erfolg noch zusammengehalten wird? Wir stehen nicht an zu erklären, daß Hr. C. Lyons, Lord Palmerston, England durch diese tiefgreifende Demonstration eine schreckliche Verantwortung auf ihre Häupter laden. Möge es dem guten Genius unserer Zeit, der die Schrecken eines allgemeinen Krieges bis jetzt von Europa abzuwenden wußte, auch diesmal gelingen, den möglicherweise gefährlichen Sturm bei Zeiten noch zu beschwören! Kalergis ist in Zante und bereitet sich zur Ueberfahrt nach Korfu. Eine Menge Flüchtlinge aus der Maina und dem Peloponnes überhaupt umgeben den nach seiner Versicherung unter britischen Auspicien auftretenden Helden. Er will, wenigstens versichert er es, die Brandfackel der Zwietracht nach dem griechischen Continent schleudern und der Welt zeigen, was ein Mann wie er vermöge. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

Bukarescht, 4. März. In der Sitzung unserer Stände am 18. Febr. soll die Generalversammlung von dem Fürsten den gemessenen Befehl erhalten haben, das Gehalt des Metropoliten von 400,000 Piaster auf 200,000 (1 Piaster = 9½ Kr. C.-M.) herabzusetzen. Ein Gleiches soll verhältnißmäßig mit den Bischöfen von Rimnik, Buzeu und Argisch, welche bis jetzt von dem Ertrag ihrer Güter lebten, geschehen und ihre Gehalte in runden Zahlen bestimmt werden. Die Generalversammlung hat diesen Vorschlag ohne Widerrede einstimmig angenommen. Tags darauf fuhr der in seinem Interesse hart betroffene kirchliche Würdenträger zum Fürsten, wahrscheinlich um gegen diese Maßregel in seinem und seiner Mitbrüder Namen zu protestiren. Hierauf verließ der hochwürdige Metropolit augenblicklich Bukarescht und verlegte seinen jetzigen Aufenthalt in ein zwei Stunden von hier entferntes Kloster, Czernika genannt. Dieses Ereigniß erregte das größte Aufsehen und brachte in vielen Gemüthern die größte Bestürzung hervor, denn die Generalversammlung verlor ihren gesetzmäßigen Präsidenten und das Volk seinen Metropoliten, den es als eine persona sacra anzusehen gewohnt ist. Man spricht auch allgemein, daß der Fürst die Generalversammlung noch vor dem 27. März auflösen werde, daß sodann die zwei Bischöfe von Rimnik und Buzeu durch die Bojaren erster Klasse gewählt und der argischer Bischofssitz ganz aufgehoben werden solle. Gestern Abend ist der Fürst mit einer Bedeckung von sechs Mann und gefolgt von seinen Adjutanten in Bukarescht angelangt. Man glaubt, der Fürst sei in Czernika gewesen, um den Metropoliten zur Rückkehr zu bewegen. — Der russische Generalconsul v. Daschkoff, der bekanntlich mit unserer Regierung in sehr gutem Einvernehmen steht, soll mit dem Beginne des Maimonats nach Rußland einberufen und ein anderer Consul an seine Stelle gesetzt werden. (B. Z.)

Haiti.

Von **Haiti** wird der am 28. Febr. erfolgte Tod des sehr beliebten Präsidenten General Riché gemeldet, sowie daß bereits die Wahl seines Nachfolgers in aller Ruhe vor sich gegangen sei. Sie ist auf General Soulouque gefallen, der in seiner Antrittsproclamation die Grundsätze des Betrauerten zu befolgen und die von demselben gehegten Absichten ausführen zu wollen versprochen hat. Die Beerdigung Riché's hatte mit großem Pomp und lebhafter Theilnahme des Volks stattgefunden.

Personalnachrichten.

Diplomatisches Corps. Baiern. Der frühere Minister des Hauses und des Aeußern, Graf v. Bray, ist zum a. G. u. b. M. am russischen Hofe, der bisherige Ministerresident am badischen Hofe Graf v. Waldkirch zum a. G. u. b. M. an demselben Hofe, und der bisherige Legationssecretair bei der Gesandtschaft in Berlin Max Pergler Frhr. v. Perglas zum Ministerresidenten in Athen ernannt worden.

Consuln. Württemberg. Der Kaufmann L. Haug in Antwerpen ist zum Consul daselbst und Hr. G. Rosenbacher in Havre de Grace zum Consul in diesem Seehafen ernannt worden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 14. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnact. 117⅞ Br.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 99 Br.; Chemnitz-Riesaer 57 bezahlt; Löbau-Zittauer 59 Br.; Magdeburg-Leipziger 198½ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111 Br.; Altona-Kieler 108⅛ Br.; Pesther 99⅛ Br.; Dessauer Bankactien 101¾ Br.

Staatspapiere. Amsterdam, 10. April. 2½pc. Int. 58⅞; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 172¾. Frankfurt a. M., 12. April. Oestr. Bkact. 1897 Br.; 250 Fl. L. 119; 500 Fl. L. 153½; Bair. 3½pc. 93¾; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 36⅛; Kurhess. 32. London, 8. April. 3pc. Cons. 87; Span. act. 24⅞; 3pc. 35½; Holl. Int. 58¾. Paris, 9. April. 5pc. 116, 25; 3pc. 78, 20; Bankact. 3260.

Disconto. Amsterdam, 10. April. 4 %. Frankfurt a. M., 12. April. 3½ %.

Actien. Frankfurt a. M., 12. April. Taunusb. 358½; Nordb. 71⅞; Verb. 91¼. Paris, 9. April. Eis. St. Germ. 970; Versail. r. 330; l. 220; Paris-Orleans 1231¼; Paris-Rouen 881½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 428¾; Rouen-Havre 677½; Marseille-Avignon 777½; Strasburg-Basel 206½; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 558¾; Nord 627½. Wien, 11. April. Nordb. 169¼; Gloggn. 121½; Mail. 108¼; Livorn. 92½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 13. April. Seehandl.-Prämsch. 94¾ Br., 3½pc. Staatsch. 92¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96¾ Br., pomm. 94½ Br., schles. 96⅜, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 91¾, kur- u. neumärk. 96¼; Louisd. 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt 110¼, Berl.-Hamb. 4pc. 106¼ Br., Prior.-Act. 4½pc. 96½ Br., Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 91 Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., 5pc. 101 Br., Berl.-Stett. 108 Br., Cöln-Minden 4pc. 90½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91, Kiel-Alton. 4pc. 108 Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 87¾, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 85¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86¼ Br., Thüring. 4pc. 95, Zarskoje-Selo 71½ Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berl.-Anh. 98¼ Br., Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Cöln-Minden 4pc. 90, Magd.-Wittenberge 83½, Mail.-Vened. 4pc. 110½ Br., Mecklenburg 73¼, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71¼ Br., Posen-Stargard 4pc. 83¼ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99 Br., Ung. Centralb. 4pc. 18¾. — Rußl.-engl. Anl. 5pc. 110, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅝, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅜, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¼, (neue) 4pc. 93¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 79 Br., à 300 Fl. 4pc. 95¼ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¾ Br., Bkcert. Zinsl. 16¼ Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅛ Br., Hamb. F.-R.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 85½, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Berichtigung.

Es ist das Gerücht durch mehre Zeitungen verbreitet worden, daß ich mich wegen meiner die Verfassungsangelegenheit betreffenden Schrift auf der Flucht befinde. Für Diejenigen, welche mich nicht persönlich kennen, oder welche nicht im Stande sind, aus einer Schrift den Autor kennen zu lernen, bekenne ich, daß es mir nicht einen Augenblick in den Sinn gekommen, für eine von mir ausgehende Handlung der gesetzlichen Verantwortlichkeit auszuweichen.

Nachdem gedachte Schrift vom 7. bis 14. Februar geschrieben, wurde ich krank und konnte erst einige Zeit später nach Leipzig reisen, um bei der Druckvollendung und Versendung der Schrift zugegen zu sein. Von dort reiste ich, fühlend, daß ich einer Erholung bedürfe, Mitte März über Berlin zu zwei Freunden, Gutsbesitzern in der Provinz Preußen. Bei diesen habe ich auf dem Lande in größter Zurückgezogenheit bis zu dem Augenblicke gelebt, daß mir aus Breslau mitgetheilt wurde, wie in meiner Behausung am 24. März vom Inquisitoriat zu Breslau eine Vorladung zum 25. Nachmittags vorgezeigt worden.

Diese Nachricht erhielt ich am 29. März. Mit der ersten Post ging ein recommandirtes Schreiben von mir an das Inquisitoriat ab, des Inhalts, daß ich der Verfasser jener Schrift, daß ich mich sofort zur Untersuchung vor mein gesetzliches Forum stellen werde, wenn eine solche eingeleitet würde, daß ich aber gegen die Einleitung derselben aus von mir mitgetheilten materiellen und formellen Gründen protestire. Die Antwort würde ich an meinem angegebenen Aufenthaltsorte abwarten. Zwei Tage darauf las ich eine Notiz der Preußischen Allgemeinen Zeitung: wie der Umstand, daß ich mich von Breslau entfernt hätte, genügend entnehmen lasse, was von meiner Schrift zu halten. Ich nehme nicht an, daß diese und ähnliche, durch die Zeitungen gegangene Bemerkungen hämische, sondern nur, daß sie aus Mangel an Beurtheilung entstanden, hielt es aber dennoch für zweckmäßig, derartigen Beurtheilungslosen das Verständniß meiner Schrift dadurch zu erleichtern, daß ich sofort meine Rückreise antrat, auf der ich durch wenige Tage in Berlin die große Reise zu unterbrechen gedachte. Ich habe Letzteres unterwegs aufgegeben, die bedeutende Tour in Einem Zuge zurückgelegt, bei meiner Ankunft am 7. April aber sofort dem betreffenden Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts und dem Herrn Inquisitoriatsdirector meinen Besuch gemacht.

Ich erfuhr nunmehr, daß das Königl. Inquisitoriat bereits auf höhere Anordnung eine Criminal-Untersuchung gegen mich eingeleitet, daß ferner Seitens desselben in Folge Befehls des O.-L.-Gerichts-Präsidenten Herrn Starke, von diesem auf Befehl des Herrn Justizministers meine Verhaftung, wo ich zu betreffen, angeordnet worden, daß ferner Steckbriefe gegen mich erlassen, welche bereits in den Zeitungen für den kommenden Morgen gesetzt waren, durch das Einschreiten meiner Angehörigen und Freunde aber, bei zufällig erhaltener Kenntniß der Maßregel, am späten Abend noch beseitigt wurden.

Zur Zeit enthalte ich mich jeder Beurtheilung dieser Vorgänge.

Ich werde nicht ermangeln, den weitern Verlauf dieser Angelegenheit, die nicht die meinige allein ist, seiner Zeit der Oeffentlichkeit zu übergeben, ergreife aber diese Gelegenheit, um Allen, welche von nah und fern, einzeln und collectiv mir ihren warmen Dank ausgesprochen, als Gegendank zu sagen, daß auch das sicherste Bewußtsein durch solche Theilnahme gekräftigt wird.

Breslau, am 9. April 1847.

[1388] **Heinrich Simon**, Stadtgerichts-Rath a. D.

Ankündigungen.

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Ueber die Wirren der Gegenwart.

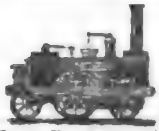
Betrachtungen, den Abgeordneten des Vereinigten Preußischen Landtags gewidmet

von

Emeritus.

Gr. 8. Geh. 8 Ngr.

Leipzig, im April 1847. **F. A. Brockhaus.**



Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Nachdem wir in Folge der in die Allerhöchste Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn-Gesellschaft vom 31. Januar d. J. aufgenommenen Vorschrift, dem Herrn Finanz-Minister die Nothwendigkeit der Einziehung der dritten zehnprocentigen Rate des Actien-Capitals nachgewiesen haben und von dem Herrn Minister mittels Reskripts vom 3. d. M. die Ausschreibung derselben zum 15. bis 31. k. M. genehmigt worden ist, fordern wir die Herren Actionaire unserer Gesellschaft hierdurch auf, in Gemäßheit des §. 12 des Statuts die dritte Rate des Actien-Capitals von 10 Procent auf jede Actie in den Tagen

vom 15. bis 31. Mai d. J.

entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse (Schifferstraße Nr. 1/2) oder bei Herrn S. Herz in Berlin (Dorotheenstraße Nr. 1) während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr einzuzahlen.

Jeder Einzahler hat mit den betreffenden Quittungsbogen zwei nach den laufenden Nummern geordnete, gleichlautende und mit seiner Namensunterschrift versehene Verzeichnisse, zu denen die Formulare an den obengenannten Orten in Empfang genommen werden können, einzureichen. Das eine dieser Verzeichnisse muß auf einen ganzen Bogen geschrieben sein und verbleibt bei den eingelieferten Quittungsbogen; auf dem andern wird die Einlieferung der Quittungsbogen bescheinigt und es können acht Tage später die Quittungsbogen gegen Rückgabe des darüber ertheilten Einlieferungsscheins, dessen Ueberbringer als zur Empfangnahme ermächtigt erachtet wird, da wieder abgeholt werden, wo die Zahlung geleistet ist.

Actionaire, welche binnen der festgesetzten Frist die Zahlung der ausgeschriebenen Rate nicht leisten, haben nach §. 14 des Statuts eine Conventionalstrafe von zehn Procent dieser Rate zum Vortheil der Gesellschaft verwirkt. Erfolgt innerhalb sechs Wochen, nach einer erneuerten Aufforderung, die Zahlung der rückständigen Rate und der Conventionalstrafe nicht, so sind wir berechtigt, die bereits geleisteten Zahlungen als verfallen, sowie das durch die frühern Einzahlungen und durch die ursprüngliche Zeichnung dem Actionair gegebene Anrecht auf den Empfang von Actien für erloschen zu erklären, nichtsdestoweniger aber von dem ursprünglichen Actienzeichner die ausgebliebene Rate nebst Verzugszinsen und die Conventionalstrafe gerichtlich einzuziehen.

Magdeburg, den 10. April 1847.

Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.

[1327—29] **Francke**, Vorsitzender.

Das Königliche Soolbad zu Neusalzwerk bei Preußisch-Minden

wird in diesem Jahre am 16. Mai eröffnet werden. Hinsichts der aus einem 2220 Fuß tiefen Bohrloche in einer Menge von 60 Cubikfuß pr. Minute strömenden, **26½° R. warmen**, an Kohlensäure überreichen, höchst eigenthümlichen Therme und deren außerordentlicher Heilkräfte wird auf eine in der Nicolaischen Buchhandlung zu Berlin soeben erschienene, insbesondere für Aerzte sehr beachtenswerthe Broschüre Bezug genommen. Jede andere Auskunft, namentlich Logis betreffend, wird der Bade-Inspector Lampe auf portofreie Briefe prompt ertheilen.

Bad Neusalzwerk bei **Minden**, im April 1847.

[1277—78] **Die Badeverwaltung.**

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnik**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, **Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1386]

BERLINER ZEITUNGSHALLE.

Ecke der Jäger- und Oberwallstrasse.

Gegen 600 **Zeitschriften** in 14 verschiedenen Sprachen. — **Broschüren** und sonstige literarische **Novitäten.** — **Hülfsbibliothek.** — **Gesellschaftszimmer.** — **Damenzimmer.** — **Rauchzimmer.** — **Conditorei.** — Offen 8½ Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends.

Anschläge im Locale: 10 Sgr. p. □Fuss, 2½ Ngr. pr. Adresskarte monatlich. Insertionen im **Abendblatte:** 1½ Sgr. die Petitzeile; wiederkehrende Anzeigen billiger.

Bureau der Berliner Zeitungshalle.

[1083—86] **Oberwallstraße 12/13.**

Avance für Geschäftsmänner auf dem Continent!

Solide, intelligente Materialisten, Kurz- und Galanterie-Waarenhändler, Buchhändler ꝛc., welche gesonnen sind, einen höchst currenten Artikel, der wenig Raum erfodert, mit lohnendem Netto-Provenu in Commission zu nehmen, belieben sich nach Sicht Dieses franco an die Handlung **Eduard Groß** in **Breslau** zu wenden. [1315—16]

In **Baumgärtner's Buchhandlung** in Leipzig ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Schönheits-Tempel.

Eine Sammlung lieblicher Frauenbilder zur Auswahl für Jung und Alt. Heft I. Claudia. — Euranthe. — Marianne. Gr. 8. In elegantem Umschlag geheftet. Preis 6 Ngr.

Wir beginnen mit diesem Hefte eine Sammlung, welche eine Reihenfolge schöner Frauenköpfe enthalten soll, die durch treffliche Zeichnung und kunstfertigen Stahlstich geeignet ist, dem Auge wohlzugefallen, und die, wenn sie vollständig in einem Bande vereinigt sein wird, dem Beschauer durch Verschiedenheit im Ausdruck, Formen und Darstellung der Köpfe, ein vielfältiges, angenehmes Interesse wiederholt gewähren kann. Wir hoffen, daß sich diesem artigen Unternehmen die Theilnahme von Kunstfreunden recht zahlreich zuwenden wird. [1279]

Im Verlage des Unterzeichneten erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Germania.

Vaterländisches Lesebuch

für die reifere Jugend

von

Dr. Vogel.

Gr. 8. 1 Thlr. 15 Ngr.

Veranlaßt ist dieses Buch durch das Bedürfniß, der Bildung zur wahren Volksthümlichkeit — welche mit gerechter Würdigung der Fremde gar wohl vereinbar ist — in unserer deutschen Jugend einen festen Boden zu bereiten. Der goldene Faden, welcher sich durch dasselbe hindurchzieht, ist daher kein anderer als: Weckung deutscher Gesinnung, ungeheuchelter, klarer, aus der richtigen Erkenntniß hervorgegangener Liebe zum deutschen Vaterlande, welches Gott mit so viel Schönheit geschmückt und durch ein so tüchtiges Volk, durch so viele treffliche Geister verherrlicht hat. Es zerfällt das Buch diesem seinem Zwecke gemäß in drei Hauptabtheilungen: I. Deutsches Land, II. Deutsches Volk, und III. Deutsche Sprache; und wird, recht gebraucht, sowol in der Schule als im Hause mit Segen gebraucht werden.

[1360] **Joh. Ambr. Barth** in Leipzig.

Das Lager von

ächtem chinesischen Thee

Leipzig bei Friedrich Fleischer

Grimmasche Straße 27, Ecke der Nikolaistraße

empfiehlt sich mit nachstehenden, in Staniolbosen zu 1 Pfund verpackten Theesorten:

Caravanen 60 Ngr. **f. Peekoe** 50 Ngr. **Souchong** 30 Ngr. **Pouchon** 32 Ngr. **f. Hyson** 40 Ngr. **Gunpowder** 40 Ngr. [1235—38]

Außer meinen gewöhnlichen Artikeln, als **Siberienne, Düffel, Castorine, Kalmucks** und **Frieswaaren**, habe ich von nun an auch **Filz-Teppiche** aller Art in sehr brillanten Farben und fester Qualität, wie auch **Schuhzeuge** und alle Größen **fertiger Schuhe**, welche zu billigen Preisen empfiehlt

C. Capelle,

aus **Calbe** a. d. Saale, Große Fleischergasse Nr. 16/309.

[1372]

Lehrlings-Gesuch. Das Gürtler- und Bijouteriegeschäft von Eduard Leyckam, Gürtlerobermeister, Lange Straße Nr. 13 in Leipzig, sucht einen Lehrling. [1385]

Das Engros-Lager
Pariser Nouveautés

ist in **Châles, Echarpes, Fichus, Cravattes, Gilets** ꝛc. reichhaltig assortirt.

[1331—36] **J. H. Meyer, Leipzig,** Rathhaus, Auerbach's Hof gegenüber.

Local-Veränderung.
J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38 432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1304—9]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,
Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176—87]

Pfropfen-Lager

en gros & en détail.

Bierpfropfen, 1000 Stück a 1½ und 2½ Thlr.,
Weinpfropfen, von 2½, 3, 4½, 5 und 8 Thlr. pr 1000 Stück

[1373] bei **H. M. Stutzbach** in Leipzig neben dem Schützenhause.

Die **Lampendocht-Fabrik** von **M. C. Mosing** aus Berlin ist am Raschmarkt. [1381—83]

Gesuch. Auf ein Schloß, zwei Stunden von Lüttich, wird ein deutsches Kindermädchen von katholischer Religion gesucht. Es muß gut nähen können und seine Muttersprache richtig sprechen. Sich mit freigemachtem Briefe an Herrn **Grisard,** Platz hinter St.-Paul Nr. 24 zu **Lüttich** zu wenden. [1107—12]

Gebrüder Schloss

aus **Frankfurt a. M.** und **London**

beziehen wiederum die Leipziger Messe mit einem bedeutenden Lager in **englischen** und **ostindischen Foulards, chinesischen Stoffen** und allen Gattungen **englischer Westenzeuge.** [1221—23]

Local: **Katharinenstraße Nr. 7, Ecke des Böttchergäßchens** und vis-à-vis den Herren Frege & Comp.

Bemalte Porzellanplättchen

zu **Broches, Ohrglocken, Ringen, Vorsteknadeln** ꝛc. in allen Sorten bei [1367—70]

J. M. Beyermann

aus **Groß-Breitenbach** am Thüringerwalde.

Erste Budenreihe am Markt Nr. 36.

Das Lager von

Sammet- und Seidenwaaren

eigner Fabrik von

Wilhelm Heymer

in ***Süchteln*** bei ***Crefeld***

befindet sich diese Messe **Brühl Nr. 64, erste Etage** in Kraft's Hofe. [1378—79]

Die bevorstehende Leipziger Oster-Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten

Guhse & Gerlach

aus **Berlin**

und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 2, erste Etage.** [1196—1202]

Local-Veränderung.
Das Cattun-Lager

eigener Fabrik

in 4 1 u. 6 1 ***Möbels*** u 9 s ***Nessel***

von [1359]

A. LEVINSTEIN

aus Berlin

befindet sich von dieser Leipziger Jubilate-Messe an

Catharinenstrasse No. 25,

der Europäischen Börsenhalle (früher Claussig's Kaffeehaus) gegenüber.

Die Pianoforte-Fabrik

von

J. G. Irmler

in Leipzig

(Holzgasse No. 6)

empfiehlt eine Auswahl **Pianofortes** in **Flügel-** und **Tafelform** von verschiedener Construction und **vorzüglicher Güte.** [1312—14]

☞ Bei Versendungen nach

Lübeck und Mecklenburg

erlaube ich mir mein **Speditionsgeschäft** in Erinnerung zu bringen und bemerke dabei, daß die Eisenbahnfracht von Leipzig bis Ludwigslust 22½ Sgr. pr. 100 Pfd. Zollgewicht beträgt; von hier ab nach Lübeck befördere ich die 100 Pfd. Zollgewicht incl. Zölle und hiesigen Unkosten zu 14 Sgr. und nach den verschiedenen Stätten Mecklenburgs zu den bekannten Frachtsätzen.

Ludwigslust, im April 1847.

[1384] **L. H. Pleßmann.**

Grosse Lotterie.

Den 19. April 1847.

Die 5te Klasse der 31. königl. sächs. Staatslotterie zu Leipzig von 30,000 Loosen, **12,000** Gewinnen, wird vom 19. bis 29. April gezogen, und liefert folgende Gewinne: Thlr. **100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 10,000, 10,000,** 4 à 5000, 10 à 2000, 80 à 1000, 120 à 400, 170 à 200, 1000 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr. in Courant.

Aufträge auf ganze, halbe und Viertel-Kauflose nehme ich gegen Uebermachung des Betrages a **41 Thlr.** pro Loos bestens an, und versende ich die Loose bis in die entferntesten Gegenden auf das prompteste.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer junior,

[1387] Comptoir Brühl Nr. 24.

Gesuch. Ein junger Mann, welcher seit einer Reihe von Jahren im Tuchgeschäft gearbeitet, für selbiges die Geschäftsreisen besorgt und die besten Zeugnisse vorzulegen hat, sucht in dieser oder einer ähnlichen Branche ein baldiges Engagement. Es wird gebeten, Adressen unter **L. U.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung niederzulegen. [1374—75]

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 15. April. **Der Maurer und der Schlosser,** komische Oper von Auber.

Freitag, 16. April. **Die Valentine,** Schauspiel von G. Freytag.

Sonnabend, 17. April. **Das Sonntagsräuschchen,** Lustspiel von Meck. — Hierauf: **Doctor und Apotheker,** komische Oper von Dittersdorf.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Nachmittags gegen 4 Uhr erfolgte schwere, aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau, **Marie** geb. **von Holtzendorff,** von einem gesunden und kräftigen Knaben zeige ich, statt besonderer Meldung, hierdurch ganz ergebenst an. [1380]

Langenorla, den 9. April 1847.

Hermann Frhr. v. Beust.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Gustav Jahn in Sandersleben mit Anna Wagler in Heiligenkreuz. — Hr. August Klencke in Großenbaum mit Frl. Julie Wilhelm. — Hr. Adolf Mourgues in Berlin mit Frl. Luise Gesner. — Hr. Musikdirecteur Karl Zabel in Braunschweig mit Frl. Minna Venturini.

Getraut: Hr. Postsecretair Karl Aulig in Berlin mit Frl. Minna Bikko aus Genthin. — Hr. Wilhelm Esser in Dürwiß mit Frl. Elisabeth Esser aus Düren. — Hr. Wilhelm Keilhau in Weicherig mit Frl. Ottilie Nisse aus Rochzahn. Hr. Louis Papen in Berlin mit Frl. Henriette Jurock. — Hr. Christoph Freiherr Stromer v. Reichenbach in Holenstein mit Adelheid Freun v. Haller aus Nürnberg.

Geboren: Hrn. Revierförster C. F. Heydeck in Einsiedel ein Sohn. — Hrn. Dr. Kretschmar in Belzig eine Tochter. — Hrn. Uhrmacher F. H. Leichsenring in Nossen ein Sohn. — Hrn. Revierförsteraffistent Hugo Müller in Zöblitz eine Tochter. — Hrn. Prediger Ruprecht in Müncheberg ein Sohn. — Hrn. Ludwig Schmidt in Dresden ein Sohn. — Hrn. Pfarrer Karl Moritz Wolff in Langenau eine Tochter.

Gestorben: Hr. Cantor Ludwig Karl Beutner in Heroldsberg. — Hr. Domainenrath J. Esser in Anholt. — Hr. Stadtrath Ch. Heinrich Möhling in Schneeberg. — Hr. Organist Karl Sawade in Züllichau. — Hr. Oberstlieutenant Staffehl in Berlin. — Hr. Kreis- und Stadtgerichtsrathsaccessist Christoph Wilhelm Friedrich Karl Freiherr v. Tucher in Nürnberg.

Digitized by Google

Freitag — Nr. 106. — 16. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Spionirsystem in Baiern. ⊙ Leipzig. Brand von Bukarescht. Getreidekauf. — Vorkehrungen gegen den Brotmangel in Dresden. — Revolutionairer Aufruf in Baden. — Verbot der „Eintracht" in Marburg. — Verhaftung in Fulda. Darmstadt. Landtag. — Die Deutsch-Katholiken in Worms. * Weimar. Die Erbgroßherzogin. Dr. Preller. Erdbeben. Getreidetheuerung. Nachtheile der Eisenbahn. — Bischof Heydenreich. — Deutsch-Katholiken in Bingen. * Frankfurt a. M. Ausweisungen. Dr. Lommel. — Das Montagskränzchen. — Die Preßgesetzfrage.

Preußen. v. Berlin. Die Thronrede. * Posen. Stadtrathswahl. Die Petitionen. ⊙ Königsberg. Wohlthätigkeit. — Festlichkeiten. — Feuer in Kaudten.

Portugal. * Lissabon. Der Bürgerkrieg. Die Brotpreise. Die Junta in Oporto. Gesetzcommissien. Aufruf. Entsetzung.

Spanien. Gerüchte von Unruhen in Madrid. Truppencorps an der portugiesischen Grenze. General Narvaez.

Großbritannien. Parlament. Das Morning Chronicle über den spanischen Ministerwechsel. Irische Gewaltthätigkeiten. Versammlung in Manchester zur Verbesserung des Volksunterrichts. Redepont. Der Neger Douglaß. Der Schiffbruch des Tweed. Unfall. Hr. J. Planta stirbt. Baron Bode.

Frankreich. Deputirtenkammer. Fehde zwischen dem Journal des Débats und der «Presse». Baare Geldzuflüsse im Schatze. Die Einfuhr fremden Getreides. Die Blätter über die irischen Zustände. Die Auswanderung über Havre.

Schweiz. Freiburger Opposition. Die Verfassung von Basel. Die genfer Verfassung.

Rußland und Polen. Gesandtschaften.

Türkei. Die griechische Differenz.

Wissenschaft und Kunst. ** Leipzig. Theater.

Handel und Industrie. * Petersburg. Die Geldoperation mit der Bank von Frankreich. * Frankfurt a. M. Die Bank von England. Fondsmarkt. * Leipzig. Börsenbericht. — Zollfrage. Kom. Eisenbahn. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und -Halberstädter Eisenbahn. * Breslau. Wolle. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Ueber das unter dem vorigen Ministerium in **Baiern** waltende Spionirsystem sagt ein Artikel **aus Franken** in der Weser-Zeitung: „Nicht blos das öffentliche, sondern auch das Familienleben, nicht blos die politische, sondern auch die religiöse Gesinnung, der Kirchenbesuch, Beichtgehen ꝛc. wurden zum Gegenstande desselben gemacht, und vor Allem waren es die Beamten, über welche diese Beaufsichtigung bis ins Kleinste herab ausgeübt wurde. Hätte man aber auch dieses System nicht aus den vorhandenen Anzeichen, hätte man es nicht aus seinen Früchten erkannt, hätte noch Jemand über das Dasein desselben Zweifel hegen können, so wären dieselben durch eine Reihe von Briefen der höchsten Staatsbeamten, welche im vorigen Jahre zu Bamberg durch einen Zufall in die Hände des Publicums gelangten, zur Genüge widerlegt worden. Aus ihnen ersah man, daß nicht blos ein wohlorganisirtes geheimes Polizeisystem, dessen Thätigkeit in alle Schichten der Gesellschaft hinabreichte, vorhanden sei, sondern auch, daß eine damals in Bamberg verweilende hohe Person dieser Ueberwachung ebenfalls unterstellt war, indem dem Stadtcommissar der Auftrag gegeben wurde, darüber, mit welchen Personen jener hohe Gast verkehre, wie sich die Stimmung gegen ihn kundgebe ꝛc., Bericht zu erstatten. Der jüngst verstorbene Bibliothekar Jäck, der die meisten dieser Briefe gelesen und viele copiren ließ, äußerte sich ungescheut über den Inhalt derselben, und als er deshalb auf höhern Befehl ins Verhör genommen wurde, wiederholte er mit der größten Offenheit diese seine Aussagen, was zur Folge hatte, daß man ihn von nun an unbehelligt ließ. Unter jenen Schriften befand sich auch ein vertrauliches Circular an die Vorstände der Untergerichte, worin ihnen anbefohlen war, über den Charakter, über die politische und religiöse Gesinnung, über die Familien-, Geschäfts- und Vermögensverhältnisse der in ihren Bezirken neugewählten Abgeordneten zur II. Kammer einen möglichst umständlichen und erschöpfenden Bericht einzusenden. Welche Bedeutung diesem Auftrag unterzulegen war, mußte man hier sehr wohl zu würdigen, wäre man auch später durch traurige Erfahrungen auf dem letzten Landtage darüber nicht zur Genüge belehrt worden. Gewiß, Hr. v. Abel verstand es, die Kenntniß der Privatverhältnisse einzelner Abgeordneten trefflich zu benutzen. Daß das vorige System auch in Bezug auf das Briefgeheimniß nicht eben sehr scrupulös war, wenn es galt, seine Zwecke durchzusetzen, davon zeugt unter Anderm eine im vorigen Jahr auch in den öffentlichen Blättern erwähnte Verordnung, wodurch die Postbeamten ermächtigt wurden, unter Zuziehung eines Zeugen Briefe und Packete zu öffnen, in denen sie verbotene Zeitungen vermutheten."

⊙ **Leipzig**, 15. April. Laut gestern erhaltener Nachricht über Wien aus **Bukarescht** vom 5. April Nachmittags ist daselbst am Tage zuvor gegen Mittag ein bedeutendes **Feuer** ausgebrochen, welches so verheerend um sich griff, daß in dieser Zeit an 1500 Gebäude in Asche gelegt waren, und war man bei Abgang der Nachricht desselben noch nicht Herr geworden. Als vom Feuer eingeäschterte Stadttheile bei Abgang der Estaffette werden bezeichnet: die deutsche, die französische Straße, Tirgu Kukului und Kowatsch. Der Bazar, der die werthvollern Lager beherbergte, war bis dahin vom Feuer noch verschont geblieben.

Wie wir hören, hat unser Stadtrath eine bedeutende Quantität **Roggen** kaufen lassen, um denselben für den Marktpreis sowol an die Stadt- als an die Landbäcker abzugeben, und wird, wenn nöthig, noch mehr beschaffen. Der im December v. J. zusammengetretene Verein fährt fort, allwöchentlich gegen 30,000 Pfd. Brot an unbemittelte Familien gegen einen ermäßigten Preis abzulassen.

— Der Stadtrath und die Stadtpolizeideputation in **Dresden** haben unterm 13. April folgende Bekanntmachung erlassen:

„In Gemäßheit einer Verordnung der hohen königl. Kreisdirection zu Dresden vom 12. April d. J. werden zu möglichster Beseitigung des jetzt wahrzunehmenden **Brotmangels** folgende Bestimmungen getroffen: I. Die polizeiliche Taxe für das Roggenbrot wird bis auf weiteres aufgehoben. II. Die Production und der Verkauf von Roggenbrot wird einem Jeden, abgesehen von zunftmäßiger Erlernung der Bäckerei, auf Anmelden bei dem Stadtrathe gestattet werden, sobald kein besonderes in der Persönlichkeit oder Localität des Betriebs begründetes Bedenken der Gewährung der Concession entgegensteht. III. Der Verkauf des Roggenbrotes auf den Märkten ist, außer an den drei Markttagen, auch an den übrigen Wochentagen gestattet. IV. Stadtbäcker sowol als auch Landbäcker und die übrigen Brotverkäufer haben aber folgende Bestimmungen in Obacht zu nehmen: 1) Jeder Verkäufer hat am Sonnabend der laufenden Woche den Preis, für welchen er während der nächstfolgenden Woche das Roggenbrot verkaufen will, der Stadtpolizeideputation nach dem dieser Bekanntmachung beigefügten Schema, welches in doppelten Exemplaren einzureichen ist, anzuzeigen. Das eine dieser Exemplare wird von der Stadtpolizeidirection dem Verkäufer abgestempelt wieder zurückgegeben und ist während dieser Woche von demselben an seiner Verkaufsstelle auszuhängen. 2) Dieser Preisbestimmung ist festes Gewicht zum Grunde zu legen und der Preis nach dem Pfunde zu berechnen und anzugeben. V. Zu Anfange jeder Woche wird von der Stadtpolizeideputation, auf Grund der bei ihr von den Verkäufern angegebenen Anzeigen, öffentlich bekannt gemacht werden, bei welchem Verkäufer in jedem Stadttheil und auf jedem Markt in den nächsten acht Tagen das wohlfeilste Brot zu haben sei."

— Die Karlsruher Zeitung berichtet vom 11. April: „Nachdem bereits die Flugschriften von Heinzen auf geheimnißvollen Wegen massenhaft im Lande verbreitet worden waren, ist nun, man weiß nicht ob aus derselben Quelle, ein **Aufruf** nachgefolgt, welcher direct auf sein Ziel losgeht. Derselbe fodert mit dürren Worten zum Aufstand und Mord auf, und setzt sogar einen bestimmten Tag des Ausbruchs fest. (Nr. 105.) Es läßt sich schwer erklären, wie man mit einem so abenteuerlichen Aufrufe, der zugleich so unverschleiert den Mord als seinen Zweck bezeichnet, auf Anklang oder Erfolg rechnen mochte; wohl aber ließe sich denken, daß in einer Zeit wie die heutige solche fortgesetzte und planmäßige Aufreizungen, wenn einmal ein Zusammenlauf zu Stande gebracht wäre, zu Excessen gegen das Eigenthum, Angriffen auf die Wohlhabendern, Plünderung von Fruchtspeichern, Brandstiftungen und Dergleichen führen könnten. Für den Fall, daß irgendwo ein solcher Versuch gewagt werden sollte, sind, wie wir vernehmen, alle erfoderlichen Gegenmaßregeln getroffen. Die Behörden sind vorbereitet; man hält die Mittel in Bereitschaft, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten, und wird in vollem Maße davon Gebrauch machen."

— Dem Frankfurter Journal meldet man aus **Marburg** vom 10. April: „Ein **geselliger Verein**, der sich vor kurzem unter dem Namen zur «Eintracht» hier gebildet, wurde von Seiten der hiesigen Polizeidirection strengen Beschränkungen (z. B. sollte er kein Buch oder keine Zeitschrift ohne vorgängige polizeilich eingeholte Erlaubniß anschaffen, niemals politische Zwecke verfolgen dürfen ꝛc.) unterworfen, wovon die Genehmigung der vorgelegten Statuten abhängen sollte. Dies wurde dem Vereine durch Beschluß des Polizeidirectors Wangemann unterm 3. April mitgetheilt. Durch einen weitern Beschluß desselben vom nämlichen Tage wurde jener Verein auf so lange verboten, bis der Polizeidirection nachgewiesen werde, daß die Voraussetzungen bestehender gesetzlicher Bestimmungen den Mitgliedern jenes Vereins nicht vorlägen. Die Vorstandsmitglieder haben bei dem hiesigen Obergerichte wegen rechtswidriger Gewalt gegen den Staatsanwalt Klage eingelegt."

— Aus **Fulda** wurde am 7. April ein Soldat des hasigen Regiments in Begleitung zweier Gendarmen mit Extrapost nach Kassel spedirt. Dem Vernehmen nach soll dieser Soldat Mitwissenschaft an den vor einiger Zeit an mehren Plätzen zu Kassel angeklebten Placaten haben. (Fr. J.)

Darmstadt, 10. April. Nachdem unsere II. Kammer vorgestern noch Art. 104 und 105 des Polizeistrafgesetzentwurfs und hiermit denselben seinem ganzen Inhalte nach erledigt hatte (Nr. 103), ging sie gestern zur Berathung des Gesetzentwurfs, die Einführung des Polizeistrafgesetzes und die Competenz der Polizeigerichte zur Untersuchung und Bestrafung der Polizeiübertretungen betreffend, über. Besonders interessant war dabei, was über Absatz 2 des Art. 3 vorkam. Danach sollten in fortwährender Wirksamkeit bestehen bleiben: „die Bundesbeschlüsse über die Presse". Die Mehrheit des zweiten Ausschusses hatte beantragt, diese Nummer nicht in den Artikel aufzunehmen. Die einzelnen Mitglieder jener Mehrheit waren dabei von ziemlich verschiedenartigen, in den Bericht niedergelegten Beweggründen geleitet worden. Ein Mitglied des Ausschusses der II. Kammer war mit dem Ausschusse der I. Kammer übereinstimmend, welcher auf der Annahme der Nummer ins Gesetz bestehen zu müssen glaubte. Der erste Präsident Hesse bemerkte, es könne eine unfruchtbare Erörterung abgeschnitten werden, wenn der Regierungscommissar zugebe, daß diese Nummer im Gesetze wegbleibe. Der Regierungscommissar zeigte sich damit einverstanden und es schien hiermit, wie schon in mehren frühern Fällen, der Gegenstand erledigt, als der Abg. v. Gagern sich das Wort erbat. Er erwähnte, daß nach öffentlichen Blättern in der Bundesgesetzgebung Aenderungen in der Presse eintreten sollten zu Gunsten deren Freiheit; er sprach von dem im deutschen Volk erstarkten Gemeinsinn und der bevorstehenden Eröffnung des vereinigten preußischen Landtags, auf den er große Hoffnungen zu setzen erklärte. Er schilderte den Widerstreit, in dem sich noch vor kurzem die Liebe zur Freiheit mit dem Bischen Nationalität, was der Nation übrig geblieben sei, habe befinden müssen, und erwartet auch da Besserung, indem jetzt das bisherige Hauptübel: die verschiedenartige staatsrechtliche Grundlage der kleinen und der großen deutschen Staaten, zu verschwinden im Begriffe stehe. Ein näheres Eingehen auf die betreffenden Artikel der Wiener Schlußacte und der großherzogl. hessischen Verfassungsurkunde lieferte dem Redner Material zur Begründung seiner Einwendungen gegen eine Beschränkung der Presse in den deutschen constitutionellen Staaten. Nach noch mehren staatsrechtlichen Ausführungen, entschieden in der Gesinnung, aber im Ausdrucke durchaus gemäßigt und gehalten, erklärte sich der Redner gegen die Aufnahme der Nr. 2 ins Gesetz, als mit Art. 35 der Verfassungsurkunde unverträglich. Bei der Abstimmung wurde die Aufnahme der Nr. 2 des Art. 3 ins Gesetz einstimmig von der II. Kammer abgelehnt. (H. Bl.)

— Aus **Worms** vom 10. April meldet das Mannheimer Journal: „Die Regierung hat an die beiden hiesigen deutsch-katholischen Geistlichen den Befehl erlassen, wenn nicht bis zum 20. April ein einziger Verstand und nur Ein gottesdienstliches Local, also Vereinigung der Gemeinden vorhanden sei, sich Beide ferner aller gottesdienstlichen Handlungen zu enthalten."

— In **Bingen** hat sich am 11. April eine deutsch-katholische Gemeinde auf den Grund des leipziger Bekenntnisses constituirt und sich den übrigen deutsch-katholischen Gemeinden angeschlossen. (Fr. J.)

* **Weimar**, 12. April. Die Erbgroßherzogin ist heute zu einem längern Besuche bei ihren königlichen Aeltern nach dem Haag abgereist. — Die durch das Ableben des geheimen Hofraths Riemer bis jetzt unbesetzt gebliebene Stelle eines Oberbibliothekars bei hiesiger großherzogl. Bibliothek ist dem Dr. Preller, Professer der Archäologie bei der Universität Jena, ertheilt worden, und ist nunmehr zu erwarten, daß durch denselben und durch die jetzt beendigte Vergrößerung des Bibliothekgebäudes in Beziehung auf die Benutzung der Bibliothek viele Wünsche befriedigt werden dürften. — Das Erdbeben, welches nach öffentlichen Blättern am südlichen Theile des Thüringerwaldes verspürt worden, will man auch hier bemerkt haben, und zwar an der Marien- und Brauhausstraße am Abend des 7. April. Da man jedoch in den Steinbrüchen, welche in der Nähe dieser Straßen sich befinden, nichts von einer Erschütterung verspürt hat, so muß die Gewißheit jenes in hiesiger Gegend noch nie bemerkten Phänomens vorerst bezweifelt werden. — Obgleich die Getreidemärkte hier und zu Jena zeither überfüllt gewesen und die Aufkäufer vom Thüringerwald ihr Bedürfniß befriedigen konnten, so scheint doch jetzt der Markt in Jena weniger Zufuhr erhalten zu haben, sodaß daselbst am 10. April der jenaische Scheffel Roggen den enormen Preis von 14 Thlr. erlangt und dadurch bei den Einwohnern keine geringe Besorgniß für die Zukunft erweckt hat; denn da jetzt durch die noch fortdauernden Ferien bei der Universität eine Menge Einwohner den Verdienst entbehren, welcher ihnen von den Studenten zufließt, so sind sie auch nicht im Stande, das theure Brot zu kaufen, und es ist daher heute eine Deputation hier gewesen und hat zur Verhütung zu befürchtender Excesse bei dem morgenden Markttag um Abgabe von Korn aus den Vorräthen der Rentämter gebeten, um die ärmere Klasse mit Brotkorn um einen ermäßigten Preis unterstützen zu können. Dem Vernehmen nach sollen auch vorerst 200 Scheffel Korn und Gerste für einen gegen den Marktpreis von Ende vorigen Monats um 20 Proc. geminderten Preis zugesichert worden sein.

Der durch die Eisenbahn für unsere Stadt befürchtete nachtheilige Einfluß ist nunmehr eingetreten, denn seitdem der Eisenbahnbetrieb jetzt auch auf der Strecke von Erfurt hierher dem öffentlichen Verkehr übergeben worden, passiren die vielen Fremden, wovon die Zahl der zur leipziger Messe Reisenden gewiß 10,000 erreicht, nicht mehr die Stadt, sondern ziehen eine Viertelstunde von derselben vorbei. Auch will man schon den Abzug mancher Lebensmittel nach Halle und Berlin bemerkt haben. Dagegen verlautet von Vortheilen, welche von der Eisenbahn für die Stadt entstanden, vor der Hand weiter nichts als ein wohlfeilerer Transport von Kohlen und Torf, an welches Brennmaterial man sich bei den enormen Holzpreisen hier nun auch zu gewöhnen anfängt.

— Dem Frankfurter Journal wird aus **Wiesbaden** vom 12. April geschrieben: „Unser evangelischer Landesbischof Dr. Heydenreich, ein Greis in den achtziger Jahren, ist gestern Nachmittag bei seinem Ausgang aus der hiesigen Stadtkirche auf eine schreckliche Art seiner goldenen Kette und des Bischofkreuzes beraubt worden. Kaum aus der Kirche getreten, überfiel ihn ein Mann von hinten, riß ihm das Barett vom Kopf und die Kette mit dem Kreuze vom Hals und eilte davon; er wurde jedoch gleich ergriffen und seine Beute ihm abgenommen. Der Bischof aber war kaum in seinem Hause bei der Kirche angekommen, so fiel er ohnmächtig nieder. Wir wollen hoffen, daß der ehrwürdige Greis sich von seinem Schrecken erholen wird. Es stellte sich heraus, daß der Dieb wahnsinnig und erst vor kurzem aus dem Irrenhaus entlassen worden war. Er ist hier im Hospitale vor der Hand untergebracht; es ist ein Bauersmann aus Nordenstadt, einem Dorfe bei Wiesbaden."

* **Frankfurt a. M.**, 13. April. Sicherm Vernehmen nach ist mehren aus andern Staaten gebürtigen Personen, welche in unserer Stadt ihren zeitweiligen Aufenthalt genommen hatten, von Seiten der Polizeibehörde die Eröffnung zugegangen, daß die denselben ausgefertigten Aufenthaltskarten nicht wieder erneuert werden würden. Es ist dies die mildeste Ausweichungsform, deren Anwendung in Betracht der Stellung jener Personen beliebt wurde. Es wurde diese Maßnahme, wie verlautet, durch allzu auffällige und schroffe Betheiligungen an öffentlichen Kundgebungen mißliebiger Art herbeigeführt. — In der gestrigen Versammlung des lichtfreundlichen Montagskränzchens nahm Dr. Lommel (ein geborener Baier), welcher in demselben stets ein so freundliches Entgegenkommen gefunden, Abschied von diesem Kreise. Dr. Lommel wird in den nächsten Wochen Frankfurt verlassen und sich vorerst nach Konstanz begeben, bis das Nöthige zu der von ihm nun projectirten Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika vorbereitet sein wird. Unter den Mitgliedern des Montagskränzchens ist eine Sammlung veranstaltet worden, deren Ertrag dem Dr. Lommel als Beisteuer zu seinen Reisekosten zugestellt werden soll.

— Seit längerer Zeit, berichtet die Leipziger Zeitung aus **Frankfurt a. M.** vom 12. April, lief bekanntlich hier das Gerücht von Verbotsmaßregeln gegen die Versammlungen des Montagskränzchens der lichtfreundlichen Gesellschaft. Diese Gerüchte scheinen in der That nun ihrer Verwirklichung entgegenzugehen, sei es nun durch eigne Entschließung unserer Behörde, welche dem ausschweifenden kirchlichen Treiben ein Ziel stecken will, oder durch, wie behauptet wird, gewichtige Reclamation von außen.

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird vom **Main** unterm 10. April geschrieben: „Die schwankenden Angaben über die in Bezug auf die deutsche Preßgesetzgebung beim Bunde erwarteten Anträge in den öffentlichen Blättern veranlassen mich, Ihnen aus guter Quelle zu berichten, daß allerdings schon in nächster Zukunft die Stellung eines Antrags auf die facultative Einführung des Repressiv- an die Stelle des bisherigen Präventivsystems in den zum Deutschen Bunde gehörenden Staaten bevorsteht. Zu gleicher Zeit wird auch ein Antrag auf vollständige Veröffentlichung der Bundesverhandlungen, welche bisher nur in einigen Fällen und höchstens auszugsweise stattfand, gemacht werden. Nach frühern Unterhandlungen, welche zwischen den beiden Cabineten von Wien und Berlin gepflogen wurden, war bestimmt worden, daß die erste von diesen Motionen von dem preußischen Bundestagsgesandten, die zweite von dem Bundespräsidium ausgehen solle. In der neuesten Zeit ward indessen zwischen diesen zwei Mächten das Uebereinkommen getroffen, daß sowol der Antrag wegen Veröffentlichung der Bundesverhandlungen als auch jener wegen Einführung des Repressivsystems in Preßsachen von dem Präsidium gemacht werden solle. In Oesterreich scheint überhaupt ein bedeutender Umschwung in den Ueberzeugungen über die Vortheile und Nachtheile, welche mit jedem der zwei entgegengesetzten Preßgesetzgebungssysteme verbunden sind, eingetreten zu sein."

Preußen.

* **Berlin**, 13. April. Der König hat gesprochen, und der Landtag ist eröffnet. Es kommt nun auf diesen an, vor Europa zu zeigen, daß das Wort des Monarchen die politische Bekenntnißacte auch des preußischen Volks ist. Mißverständnissen kann dieses königliche Wort wenig-

stens nicht ausgesetzt sein. Wie Alles, was der König bisher gesprochen, ist auch dieses Wort von außerordentlicher, in hohem Grade faßlicher Bestimmtheit. Da sind nirgend Haken und Zangen, nicht einmal ein vorsichtiger Rückbehalt, nicht einmal das wohlfeile Spiel verdeckender Wendungen und sinnreicher Metaphern. Die gekrönten Herren in Europa werden zum höchsten erstaunt sein, einen König zu hören, der kein Geheimniß vor seinem Volke haben will, der sein Volk zum Mitwisser der geheimsten und ernsthaftesten Bezüge seiner Politik macht. Der König hat Recht, wir wollten vielmehr sagen, der König spricht die lauterste Wahrheit, wenn er sein Vertrauen zu seinem Volke als den Mittelpunkt aller seiner Anschauungen, seiner Regierungsmaxime, seines ganzen königlichen Verhaltens so gern darstellt, denn er lüftet vor dem Volke nicht den Vorhang eines Cabinets, sondern er öffnet sein Herz seinem Volke. Wenn ein auf dergestaltige ergreifende Unmittelbarkeit gegründetes Verhältniß zwischen Thron und Volk nicht den Namen eines öffentlichen nationalen Lebens verdient; wenn es in dieser zerfahrenen Zeit, die beinahe nur noch von gegenseitigen politischen Lug- und Trugspielen zu reden weiß, nicht die lebhafteste Hochachtung, die anhaltendste Bewunderung erzeugt; wenn nicht Funken der Begeisterung diesem Verhältniß entsprühen und im Volke die tiefe Flamme der Liebe daran aufs neue geschürt wird: dann wollen wir zugeben: ja, ihr habt Recht; diese Zeit ist zu berechnerisch, zu kaufmännisch, zu bar alles innern, wahrhaft geistigen Lebens, um sich in der einfachen Hoheit und Gewalt tiefgewurzelter Naturgesetze zu begreifen und zu begnügen; nehmt auch das preußische Volk und führt es dem Spieltische des politischen Formalismus zu, damit es lerne, was Hauspolitik, was Cabinetstradition, was Regierungsgeheimniß mitten in allem rühmerischen Lärmen über die gepriesene erdichtete Oeffentlichkeit des modernen Staatswesens ist. Aber so weit sind wir in Preußen wirklich nicht. Wir müssen bekennen, daß, wenn die Merkmale des öffentlichen Lebens darin bestehen, daß der eine Theil vor dem andern sich nur um so sorgfältiger zu verbergen hat; wenn es Oeffentlichkeit ist, daß beide Theile, wenn es hochkommt, mit vorsichtigen Phrasen einander bewerfen, ohne im Grunde auf einander zu hören; wenn die Oeffentlichkeit lediglich auf jener gefundenen Form beruht, nach der beide Theile über Ja und Nein der Gesetzgebung sich zu vereinigen haben: so behalten wir uns unsere Oeffentlichkeit, wo das Volk seinen König ganz, der König sein Volk ganz hört und der rechte Lauf der Gesetzgebung eben dadurch, ohne bindendes Ja und ohne hinderndes Nein vollständig verbürgt und gesichert ist, als unser besseres Eigenthum zurück.

Der König hat das ganze Geheimniß unseres Staatswesens, unserer maligen wie unserer zukünftigen Verfassung in seiner Rede enthüllt. Er hat somit auch über die Gesetze vom 3. Februar gesagt, was die Patrioten sich vorlängst sagten, aber, so lange der königliche Herr nicht gesprochen hatte, als Geheimniß bewahren zu müssen glaubten. Preußen ist ein kriegerischer Staat, auf den Krieg angewiesen, vom Kriege abhängig. Seine ganze Existenz beruht auf der militairischen Zucht seines Volkes, auf jener lebendigen, durchgängigen, rhythmischen Disciplin, die schneller, kräftiger und ineinander greifender Bewegungen nur dann fähig ist, wenn dieses große und intelligente Volk, um den unbeschränkten königlichen Thron geschart, wie ein Heerlager sich um sein Hauptquartier schart; und Preußen, das die Künste des Friedens mit Vorliebe pflegt, hat ein Recht, Europa dies sagen zu dürfen, ohne es kränken zu können, denn Preußen ist kriegerisch im Zwecke seiner Erhaltung, nicht im Zwecke der Eroberung, nicht aus Begier, sondern aus Nothwendigkeit. Was bei andern Völkern die vorübergehende Gefahr des Augenblicks ist, das wird bei uns zu der beständigen Noth unserer Weltstellung; worin jene nur einen Zwischenfall erblicken, darin haben wir unsere harte und herbe spartanische Schickung zu erkennen, zu begreifen, zu ertragen. In dieser Weltstellung unseres Staats gründet denn auch unsere Politik, unser den modernen publicistischen Luftschiffern (die oft gar kein Mitreden haben, weil sie gar nicht Preußen sind) so unangenehmes „specifisches Preußenthum". Ist die Gefahr unsere Schickung, so ist die königliche Dictatur das Gesetz unserer Existenz; ist jene beständig, so ist es auch diese; ist jene angestammt und vererbt — und wer zweifelt daran? — so soll auch diese es sein und, dieweil Gott uns hütet, es bleiben. Das Gesetz seiner Existenz ist das erste Gesetz jedes Staates. Erst also dieses Gesetz; demnächst die übrigen, im strengsten Einklange mit dem Existenzgesetz aufzufindenden, auszusprechenden. Das ist Staatskunst und Volksthum zugleich; das ist alte Weisheit und neue Weisheit, mag sie spartanisch, römisch, militairisch aussehen wie sie will: Jedermann erkennt, daß sie eben so tief republikanisch ist, und ihre ausgeprägten Herbheiten im Grunde lediglich jenen nothwendigen Stoicismus repräsentiren, der die Republik hält und kräftigt.

Mag denn Europa staunen, den absoluten König aus seiner Höhe herab und unmittelbar vor sein Volk treten zu sehen, um diesem offen zu sagen, was die politischen Camarillen mit so angestrengter Aengstlichkeit vor den Völkern verbergen: für den tief Blickenden wird dieses Schauspiel nichts Ueberraschendes haben. Dieses innere geistige Durchwachsensein der Hohenzollern mit ihrem Volke ist alt und gewurzelt, ursprünglich und kräftiglich erwiesen in alten und neuen Geschichten des Landes. Dieses Verständniß ist die Gewohnheit des köstlichsten Erbtheils beider Theile: des gegenseitigen Vertrauens, vielmehr der gegenseitigen Zuversicht. Wie ein gesunder Baum mußte auch dieses Verhältniß eines Tages seine Blüten und Früchte tragen; der Tag mußte kommen, wo das absolut regierte Volk die höchste Huldigung empfing, die noch je einem Volke geworden, indem sein König es am ersten öffentlichen Landtage zum unmittelbaren Mitwisser seiner geheimsten Rathschläge machte. Das ist unsere Oeffentlichkeit, unsere Staatskunst, unser Volksthum, unsere Verfassung. Das ist Odem des alten friedlichen Feldlagers im deutschen Nordlande, anklingend an die erhabensten Sagen der Vorzeit, unverständlich außen, aber verständlich dem preußischen Volke und werth, in jener Entgegnung wiederzutönen, womit die Vertreter dieses kriegerischen und aufgeklärten Volkes ihrem Könige schuldigst zu danken haben. „Ich appellire in allen Stücken an mein Volk." Sehet da die Souverainetät der Intelligenz, wenn Fürst und Volk aus Einem Geist athmen!

* **Posen**, 10. April. Nach mehren mislungenen Versuchen, unter den verschiedenen Elementen, die unsere Communalbehörde umfaßt, zum Zwecke der Wahl eines noch fehlenden Stadtraths eine Einigung zu Stande zu bringen, hat endlich gestern die Wahlschlacht stattgehabt, und der Sieg ist mit geringer Stimmenmajorität dem von der deutschen Fraction aufgestellten Candidaten, Landgerichtsrath Bey, einem eben so tüchtigen Juristen als anerkannt braven Manne, zu Theil geworden. Die polnische Partei hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, ihren Candidaten, den Stadtverordneten Krzyzanowski, einen thätigen und unbedingt fähigen Mann, durchzubringen, und deshalb, wie es heißt, sogar Cartel mit den Juden gemacht; dennoch blieb ihr Candidat mit 2 Stimmen in der Minorität. Die jüdische Fraction, sonst zu der deutschen zählend, nun aber mit den Polen verbunden, scheint für diesmal die Unmöglichkeit eines Wahlsiegs eingesehen und deshalb ihre, jedenfalls nicht aufgegebene Hoffnung auf eine günstigere Zeit verschoben zu haben. Ihr Candidat, Kaufmann Mameoth, seit zwei Jahren Stadtverordneter, hatte daher nur eine Stimme, die er auch wahrscheinlich nicht von einem seiner Glaubensgenossen erhalten. Fassen wir das Resultat der Wahl ganz unparteiisch ins Auge, so können wir uns nur freuen, daß dieselbe so ausgefallen ist.

Bei dieser Gelegenheit muß ich noch erwähnen, daß, wie es hier allgemein heißt, unser Oberbürgermeister, Geheimrath Naumann, vor seinem Abgange zum Vereinigten Landtage nach Berlin der städtischen Deputation erklärt habe: er sei bereit, ihre Petitionen zu den seinigen zu machen, nur in Betreff der Judenemancipation könne er ihrer Ansicht nicht beitreten. Die Stadtverordneten wünschten nämlich nur eine bedingte Emancipation mit Verlegung des Sabbats auf den Sonntag ꝛc., Hr. Naumann ist dagegen entschieden für eine unbedingte Emancipation, als das einzige Mittel, die Juden ihren bisherigen misliebigen Gewohnheiten zu entfremden. Inzwischen deutet Alles darauf hin, daß unsere Regierung schwerlich für eine unbedingte Gleichstellung mit den Christen ist.

δ **Königsberg**, 11. April. Die Noth, die an allen Orten mit so grellen Farben geschildert wird, fällt hier nicht so sehr in die Augen, und von Seiten der braven Einwohner und der Behörden ist alles Mögliche geschehen, ihr zu steuern. Ein einzelner hiesiger Einwohner, der Weinhändler Leschinski, beschenkte allein zu den Feiertagen 150 Arme der Stadt jeden mit einem Pfunde Fleisch, einem Stef Erbsen, einem Brot und einem halben Pfund Salz. Solche Wohlthaten verdienen eine öffentliche Erwähnung, besonders wenn sie von einem Ehrenmanne geschehen, dessen Hand nie müde wird zu geben und bei dem der wahrhaft Arme stets einen mitleidigen und bereitwilligen Helfer findet.

— Am Abend des 12. April ward dem König von etwa 2000 Sängern unter Leitung des Musikdirectors Schneider ein Ständchen gebracht. Er befand sich aber in Potsdam. Am 13. April war große ständische Soirée bei dem Prinzen von Preußen.

— Am 8. April ist der größte und beste Theil der Stadt **Raudten** durch eine Feuersbrunst zerstört worden; 91 Wohnhäuser, 23 Scheunen, 75 Stall- und Hintergebäude wurden ein Raub der Flammen, und wenigstens 180 Familien sind obdachlos.

Portugal.

* **Lissabon**, 31. März. Da das letzte von England gekommene Postdampfschiff keine Briefe von Oporto brachte, obgleich es dort angelegt, so war man hier lange Zeit ohne nähere Nachrichten über die Vorfälle im Norden des Reichs. Gestern kam freilich die englische Fregatte America von Oporto an, doch sind die Nachrichten, welche damit eingelaufen sein sollen, höchst widersprechend. Herzog Saldanha's Hauptquartier soll in Oliveira de Azemeis sein, sowie der General Graf do Cazal, mit Vinhaes vereinigt, sich in Villareal, 15 Meilen von Oporto, befinden soll, aber zu entscheidenden Gefechten mit den Insurgenten war es noch nicht gekommen. Diese letzten Tage circulirte hier das natürlich falsche Gerücht, daß Sa da Bandeira mit 1200 M. aus Oporto in Pederneira, unweit Peniche, zwölf Meilen von hier, sich ausgeschifft habe; dagegen heißt es heute allgemein, daß er gestern mit zwei Dampfern und einem Schooner in unserer Nähe das Cap Rocca passirt habe, wahrscheinlich in der Absicht, an der Küste von Algarbien zu landen. In der Provinz Alemtejo

ist es auch noch nicht zu Resultaten gekommen, Schwalbach kann nicht die Stadt Evora (mit circa 10,000 Einwohnern) bändigen, und hat genug zu thun, diese und die herumstreifenden Guerrillas im Schach zu halten. Die Ministeriellen wollen behaupten, daß die spanische Regierung den königl. Truppen bis fünf Meilen von der Grenze freien Spielraum gegeben habe, dagegen die Insurgenten desarmirt werden sollten; auch würde 6000 M. Erlaubniß gegeben werden, in die Dienste der Königin zu treten. Sogar in Alhandra, vier Meilen nördlich von Lissabon, am Tejo gelegen, sind gestern Unruhen ausgebrochen, weshalb die vorige Nacht alle Corps hier unter den Waffen standen. Soldaten werden fortwährend gepreßt, und was hier war, marschirte größtentheils, sodaß von regulairen Truppen nur einige Hundert Mann Municipalgarde cantonniren.

Da bis jetzt im Verhältnisse nur Kleinigkeiten von amerikanischem Mehl von Liverpool und Gibraltar ankamen, so ist der Preis des Brotes bereits auf 55—60 Reis pr. Pfd. gestiegen, und die Noth unter den ärmern Klassen nimmt täglich zu. In den Provinzen sind viele Felder nicht bestellt worden, also auch in diesem Jahre keine Aernte von ihnen zu erwarten.

Die Junta in Oporto hat alle Besitzer von Wein zwingen wollen oder gezwungen, für die lagernden Partien den Ausfuhrzoll zu bezahlen, als wenn sie wirklich verschifft wären, weshalb ein königl. Decret diese Procedur annullirt. — Eine aus acht größtentheils freigesinnten Mitgliedern bestehende Commission soll einen Gesetzentwurf in Betreff der Preßfreiheit und der Grenzen, worin sich Zeitungen ꝛc. zu halten haben, vorlegen, und eine andere ist mit der Revision der Gesetze hinsichtlich der Deputirtenwahlen beauftragt. — Herzog Saldanha hat an die Offiziere, welche in Oporto unter miguelistischen Chefs dienen, einen Aufruf erlassen, worin er ihnen ihre Patente ꝛc. sichert, falls sie sich ihm bis zum 22. April stellen. — Drei Professoren an der Universität von Coimbra sind wegen Theilnahme am Aufstand ihrer Aemter und Würden entsetzt worden.

Spanien.

Briefliche Berichte aus **Madrid** vom 5. April, die das Journal des Débats mittheilt, wissen durchaus nichts, was einem gestern in Paris verbreitet gewesenen Gerüchte von unruhigen Auftritten in der spanischen Hauptstadt hätte zur Veranlassung gedient haben können. Die Königin war wie gewöhnlich im offenen Wagen durch die Stadt in den Prado gefahren. An der Puerta del Sol wurde sie dabei von zahlreichen Vivas begrüßt. Abends ward ihr ein eben so lebhafter Empfang im Theater, wo ein neues Stück von Don Ventura de la Vega gegeben wurde, der jetzt Privatsecretair der Königin ist.

— Das an der portugiesischen Grenze aufgestellte Truppencorps von 12,000 M. unter General Manuel de la Concha hat Befehl, sich stets zum Einmarsch in Portugal bereit zu halten.

— General Narvaez soll nun doch zum Gesandten in Paris ernannt worden und Hr. Manuel de las Heras zu seinem Secretair bestimmt sein.

Großbritannien.

London, 10. April.

Die Gerüchte von einer frühzeitigen Prorogirung des Parlaments und der unmittelbar darauf zu erwartenden Auflösung desselben erneuern sich. Das Ende der Session wäre danach im Juni zu gewärtigen.

— Das Morning Chronicle macht sich über den Rumor lustig, der in der französischen Presse durch den letzten Cabinetswechsel in Madrid entstanden ist, und weiß nicht, ob es diesen Lärm mehr komisch oder absurd finden soll. Wenn die Franzosen diesen Vorgang als eine Niederlage ansähen, so entstehe die Frage, was nach ihrer Art ein Sieg sein würde. Daß eine Sippschaft Schattenbilder an die Stelle einer andern in die wechselreiche Phantasmagorie des spanischen Cabinets getreten, solle auf englischen Betrieb geschehen sein, und zu Aller Verwunderung solle der gute Hr. Bulwer einen großen Triumph für England errungen haben. Darüber könne man in London und als Engländer freilich sehr heiter werden, „als Spanier aber und in Madrid würden wir, fährt das Morning Chronicle fort, über das rücksichtslose Beiseitesetzen Spaniens und der Spanier in dieser pariser Auffassung der Dinge vermuthlich sehr in den Harnisch gerathen. Paris hätte nicht mehr in Aufregung kommen können, wenn Hr. Guizot quittengelb in der Deputirtenkammer erschienen und eine Cabinetskrisis angekündigt hätte. Man sollte danach glauben, Spanien wäre ein kleines Anhängsel von Frankreich, und weil Hr. Pacheco erklärte, daß er eine rein spanische Politik verfolgen wolle, sei die Integrität des Franzosenreiches in Gefahr. Ei, was wirft man denn nicht lieber sofort die Maske weg und regulirt die spanischen Angelegenheiten geradezu mittels Ordonnanzen und Moniteur?" Das Morning Chronicle verspottet sodann die Wetterfahnenveränderlichkeit der von der Times über spanische Angelegenheiten selbst nur seit dem Austritte Lord Aberdeen's aus dem Cabinet gethanen Aeußerungen. Wenigstens fünf Wechsel von Schwarz in Weiß und umgekehrt glaubt das Morning Chronicle ihm nachweisen zu können. Zugleich wird aber Lord Aberdeen's Politik selbst als eine solche bezeichnet, deren „milder Einfluß" (Worte der Times) allerdings trefflich geeignet war, ihn populair in den Tuilerien zu machen. So lange es nicht, wie jüngst so klar bewiesen gewesen, daß Lord Aberdeen sich habe gröblich hinter das Licht führen lassen, sei man mit dem nichtssagenden Geschwätze von mildem Einfluß allerdings ausgekommen; jetzt aber täusche dergleichen Niemanden mehr.

— Aus **Irland** wird wieder von auffallenden Gewaltthätigkeiten an einzelnen Orten berichtet. Ein Gutsbesitzer Namens Wallplace in der Grafschaft Limerick wurde auf dem Wege nach einem Pachthofe, dessen letzten Inhaber er vor einiger Zeit hat austreiben lassen, von zwei mit Pistolen bewaffneten Männern angefallen und, da er Gegenwehr leistete, niedergeschossen. In Balleycullen bei Glen Bevan hatte ein gewisser P. Hourigan bei den letzten Assisen gegen vier Personen Zeugniß abgelegt, die im November 1846 in sein Haus gedrungen waren und ihn mishandelt hatten. Seitdem wiederholt bedroht und für so gefährdet gehalten, daß sein Haus über Nacht von der Polizei bewacht wurde, drangen am 5. April, als kaum die Polizeisoldaten sich entfernt hatten, drei Bewaffnete in seine Wohnung, und da sie Hourigan nicht fanden, schossen sie seine Frau vor dem Kamine nieder, wo sie mit Kochen beschäftigt war, rissen seinen krank daniederliegenden 18jährigen Sohn aus dem Bette, zwangen ihn, sich am Bettpfosten aufrecht zu erhalten und schossen ihn dann durch den Kopf. In der Stadt Gort zogen am 5. April gegen 1500 Arbeiter umher, die „Blut oder Brot" schrien, und zwar zunächst keine Gewaltthätigkeiten begingen, aber bald von sich hören machten. In der Nacht wurden nämlich 154 Schafe, die in der Nähe des Ortes im Freien waren, getödtet und geraubt.

— In Manchester hat gestern eine große Versammlung über die Pläne der Regierung stattgefunden, zur Verbesserung des Volksunterrichts und des Schulwesens überhaupt erweiterte Anordnung zu treffen. Es wurden mehre dankbar anerkennende und volle Beistimmung aussprechende Resolutionen angenommen.

— Auf dem jüngst von Liverpool nach Neuyork abgegangenen Dampfer Cambria ist der französische Gesandte Graf Redeyont mit abgereist. Der in England seit 19 Monaten verweilende Hr. F. Douglaß, ein Neger, der bei mehren öffentlichen Versammlungen für Beförderung der Aufhebung der Sklaverei als Redner mit aufgetreten ist, hatte sich in London auch einen Platz auf diesem Schiffe gemiethet und dabei ausdrücklich gefragt, ob ihm etwa seiner Farbe wegen Zurücksetzungen zugemuthet werden würden, was bestimmt verneint wurde. In Liverpool kündigte ihm aber der Capitain, als er an Bord ging, und der Agent der Compagnie an, daß man in London unrecht gethan, ihn so zu bescheiden, und daß er nur mitreisen könne, wenn er allein essen, unter die Gesellschaft im Salon sich nicht mischen und die von ihm bereits bezahlte numerirte Kope aufgeben wolle. Da er genöthigt war, nach Amerika abzureisen, fügte er sich in diese Dinge.

— Die Zeitungen enthalten ein Schreiben der beim Schiffbruche des Tweed (Nr. 105) geretteten Reisenden an den Capitain Parsen und die geretteten Offiziere, in welchem sie dem Erstern ihre Theilnahme wegen des Unglücks, das ihn, einen durch 20jährigen Dienst in der königlichen Marine erprobten Seemann, betroffen, und ihren unbegrenzten Dank für seine persönliche Thätigkeit während des schrecklichen Verweilens auf dem Riffe ausdrücken. Capitain Parsen und seine Offiziere, sowie die Reisenden ebenfalls, geben in andern Schreiben dem Capitain der spanischen Brigg Emio, Don Bernardino Camp, das ehrenvollste Zeugniß seiner uneigennützigen und menschenfreundlichen Hülfleistung, die gar nicht ohne Gefahr bei Abholung der Schiffbrüchigen von dem Riffe war. Von Campeachy hat Lloyds Agent Fahrzeuge dahin abgeschickt, um das Quecksilber zu retten, woron Capitain Parsen glaubt, daß es so wie die gegen 800 Pf. St. enthaltende Schiffskasse wenigstens zum großen Theile werde wiedererlangt werden können.

— Auf der Liverpool-Birmingham-Eisenbahn kam am 7. April die Locomotive des um 5 Uhr von London abgegangenen Eilzugs bei Winford von den Schienen, die Verbindung derselben mit dem Tender brach und sie stürzte kopfüber in den Graben. Der Tender wurde stark beschädigt und von den 4 Wagen des Zuges, deren drei mit Reisenden besetzt waren, wurden 2 umgeworfen. Beschädigt wurden dabei nur der Maschinenführer und Heizer; die circa 40 Reisenden kamen mit dem Schreck und einigen Püffen davon.

— Am 5. April ist Hr. Joseph Planta im 60. Jahre seines Alters gestorben. Sein Vater war ein geborener Schweizer und hatte das Amt des Bibliothekars am Britischen Museum; er selbst fungirte früher als Secretair des nachherigen Marquis v. Londonderry auf dem Wiener und Aachener Congresse, später als Unterstaatssecretair im Departement der auswärtigen Angelegenheiten.

— Die Leiche des am 2. Oct. v. J. in **London** gestorbenen Barons Bode, vorzüglich bekannt durch seine gegen die britische Regierung geführten Entschädigungsprocesse wegen in der französischen Revolution von ihm verlorener Güter, ist erst dieser Tage nach dem Eintreffen seines ältesten Sohnes aus Rußland beerdigt worden. Wie das Morning Chro-

nisse sagt, hätten Familienverhältnisse das so mit sich gebracht. Bisher im Sterbehause aufbewahrt, ist die Leiche im Stillen in den Grüften unter der katholischen St. Johns-Kirche beigesetzt worden.

Frankreich.

Paris, 11. April.

Die Deputirtenkammer war in ihrer gestrigen Sitzung, in welcher der oppositionelle Vicepräsident Léon de Malleville den Vorsitz führte, nur mit Bittschriften beschäftigt.

— Zwischen Journal des Débats und «Presse» hat sich eine sehr bittere Fehde über von spanischen und einzelnen französischen Blättern verbreitete Gerüchte entsponnen, daß Graf Bresson von Madrid entfernt worden und Ludwig Philipp oder vielmehr das Ministerium gesonnen sei, in die Verzichtleistung für die Nachkommen des Herzogs von Montpensier auf die Thronfolge in Spanien (oder nur eine Bestätigung ihrer bereits staatsrechtlich bestehenden Ausschließung davon) zu willigen. Auf die sehr anzüglichen Interpellationen der «Presse» erwiderte das Journal des Débats mit höhnischer Bitterkeit, daß es außer den erwähnten Gerüchten nichts Lächerlicheres in der Welt geben dürfte als das Verlangen, Hr. Guizot solle sich herbeilassen, dieselben Lügen zu strafen. Er sei durchaus nicht verbunden, sich lächerlich zu machen, und werde das sicherlich bleiben lassen. Die «Presse» gibt nun den Spott zurück und versichert, sie werde sich wol hüten, dem Journal des Débats das Privilegium der Servilität streitig zu machen, wobei es ihr denn doch sonderbar vorkomme, ernsthaft erklären zu hören, wenn sie Hrn. Guizot wegen der spanischen Angelegenheiten in Schutz nehme, daß das eine Beleidigung seines Charakters sein solle. Einstweilen wolle sie sich das gesagt sein lassen. Uebrigens habe vor wenigen Tagen das vertraute Blatt des Hrn. Guizot es sehr ungewöhnlich angesehen, wenn das spanische Cabinet in einer Zeit geändert werden würde, wo ihm von den Cortes ein unzweideutiges Vertrauensvotum ertheilt worden sei. Jetzt komme dem Journal des Débats das plötzlich gar nicht mehr ungewöhnlich vor. Was sei einfacher, lasse es sich vernehmen, was alltäglicher, ja sogar mehr in Ordnung als ein Ministerwechsel in Spanien? Außerordentlich und beinahe beunruhigend würde nur sein, wenn sich ein Cabinet dort lange behauptete. In der That, bemerkt die «Presse» dazu, das Journal des Débats versteht es, sich zu drehen und zu wenden und man kann von ihm sagen, daß es ungewöhnlich wäre, wenn es zwei Tage nach einander dieselben Ansichten von einer und derselben Sache besäße. Die «Presse» erklärt, daß sie dagegen bei ihrer Ansicht beharre, den Fall des spanischen Cabinets sehr ungewöhnlich zu finden. Und wenn das Ergebniß dieser Vorgänge und des von Hrn. Guizot durch die spanischen Heirathen hervorgerufenen internationalen Wettstreits sein sollte, daß die Progressisten und der britische Einfluß in Spanien ans Ruder kämen, so werde das Ministerium der Verantwortlichkeit, die deshalb auf ihm ruhe und Hr. Guizot weder jetzt noch künftig dem strengen Urtheile der Staatsmänner entgehen, weil er dann durch eigne Schuld sein Ziel verfehlt haben würde. Er bleibe verantwortlich für die Zukunft, die er durch seine Handlungen angebahnt habe.

— Die Gerüchte von dem Mangel an baaren Geldzuflüssen im Schatze scheinen eine Bestätigung dadurch zu erhalten, daß von morgen an der Zinsgenuß von Schatzbons von drei bis vier Monat Verfallzeit auf 4 Proc. jährlich, von sechs bis elf Monat auf 4½ und für zwölf Monat auf 5 Proc. vom Finanzminister erhöht werden ist.

— Das Journal des Débats vertheidigt mit einiger Ausführlichkeit seine Beredsamkeit der zu verlängernden Einfuhr fremden Getreides gegen die Anfechtungen, die sie von der Schutzpartei erlitten habe, und bleibt nachdrücklich bei seiner Ansicht stehen. Ohne irgend Besorgnisse wegen der diesjährigen Aernte in Frankreich erregen zu wollen, erklärt es sich abermals für die Nothwendigkeit, vorausfichtig zu handeln, was um so rathsamer sei, da selbst im Fall einer guten Aernte noch eine Zufuhr erfoderlich sein werde, um den Bedarf zu decken. Dem aber werde, würden die jetzt bis Ende Juli angeordneten Ausnahmegesetze nicht verlängert, die dann wieder eintretenden und den Getreidehandel hemmenden wechselnden und Differentialzölle schnurstracks zuwider wirken. Uebrigens sei das Urtheil der wechselden Getreidezölle ohnehin von der Erfahrung gesprochen.

— Das Journal des Débats bespricht heute die irischen Zustände, denen auch die «Presse» einen Artikel widmet. Der Constitutionnel hat einen langen Aufsatz über den Gesetzentwurf zur Regulirung der medicinischen Studien und die Ausübung der medicinischen Praxis, von dem er hofft, daß er aus der Berathung der Commission der Pairskammer liberaler und praktischer hervorgehen werde, als der Unterrichtsminister Hr. de Salvandy ihn übergeben habe.

— Die Karlsruher Zeitung vom 10. April berichtet: „In Strasburg wurden wir versichert, daß in Havre vor kommendem Juni keine weitern Auswanderer mehr befördert werden können, indem bis dorthin schon alle Schiffe bestellt seien. Wir können diese Nachricht nicht verbürgen, aber es wäre wünschenswerth, aus einer glaubwürdigen Quelle sichere Kunde darüber zu erhalten, um so viele Auswanderer (deren in letzter Zeit ungemein viel über hier kamen) warnen zu können, damit sie nicht, in Havre angelangt, dort Monate lang warten und ihre Mittel aufzehren müßten."

Schweiz.

Der in **Freiburg** erscheinende Narrateur berichtet: „Wir vernehmen, daß sich im Stadtrath eine starke Minderheit wegen der Primairschulen bildet. Fünf Mitglieder dieser Behörde sollen entschlossen sein, ihre Entlassung einzugeben, wenn der Beschluß, diese Schulen den Marienbrüdern zu überliefern, nicht zurückgenommen werde. Eine noch stärkere Opposition fängt an sich unter der Bürgerschaft zu zeigen.

— Der kleine Rath von **Basel** hat die nun angenommene Verfassung (Nr. 105) sowol dem Vorort als sämmtlichen Ständen zugesandt, mit der Bitte, dieselbe unter eidgenössische Garantie zu nehmen.

— Im dritten Rathschlag ist die im zweiten Rathschlag in die Verfassung von **Genf** aufgenommene Bestimmung, wonach die Falliten und Almosengenössigen nicht Großräthe werden konnten, wieder gestrichen werden.

Rußland und Polen.

Der Kaiser hat den seit langen Jahren seiner Gesandtschaft in Berlin für die Militairangelegenheiten beigegebenen General v. Mansurow abberufen und denselben zum Gesandten am Hofe des Königs von Hannover ernannt, sein Gesandter aber, der Frhr. v. Meyendorf, hat die Weisung erhalten, in diesen Tagen von Berlin nach Warschau abzureisen. (H. C.)

Türkei.

Die türkische Staatszeitung vom 28. März sagt: „Das Zerwürfniß zwischen Griechenland und der Pforte ist noch immer nicht ganz beigelegt, und demnach hat Letztere, ihrer Erklärung gemäß, heute die diplomatischen Verbindungen mit dem hiesigen griechischen Geschäftsträger Argyropoulos abgebrochen, ohne jedoch ihm seine Pässe zu übersenden."

Wissenschaft und Kunst.

**Leipzig, 14. April. Um uns einen Ersatz für die Fächer in Aussicht zu stellen, die durch den Abgang der Fräul. Bertha Unzelmann und Gey zur Erledigung kommen, fanden bereits mehre Gastspiele statt. Zuletzt das Auftreten des Fräul. Haase vom magdeburger Stadttheater, die wir in der Zeit zwei Mal, als Olga in einem Raupach'schen Stücke und als Judith in Gutzkow's „Uriel Acosta" auf den Bretern sahen. Die persönliche Erscheinung der Dame ist von hoher und stattlicher Art, das Organ von kräftiger Fülle und geschmeidigem Wohllaut. Wäre Fräul. Haase bei solchen Mitteln noch eine Anfängerin auf dem Theater, sodaß wir ihre Zukunft höher als ihre gegenwärtige Leistung anzuschlagen hätten, dann dürften wir uns nur Glück dazu wünschen, wenn ihr Gastspiel zu einer Anstellung an unserer Bühne führte. Allein für die Foderungen an den Platz, den sie hier einzunehmen hätte, steht ihre Kunst nicht hoch genug, und Das, was wir an ihrem Spiele verändert wissen möchten, wäre weniger durch ein Hinzufügen und Anerlernen zu erreichen als vielmehr zunächst durch ein Hinwegglassen und Vergessen. Fräul. Haase ist mehr gewandt in ihren Darstellungen als fertig darin. Sie gibt theatralisch gepreßte Töne anstatt der natürlich bewegten Sprache der Leidenschaft, sie setzt hier zu scharf auf und nimmt dort die Uebergänge zu schroff. Das ist der Vorwurf, den wir uns nicht verhehlen können, trotz mancher gefälligen Seite ihrer Leistung.

Raupach's vormals sehr beliebtes Trauerspiel: „Isidor und Olga" ging am 9. April unter der jetzigen Bühnenverwaltung zum ersten Mal in Scene. Das Zusammentreffen gewaltherrisch roher Selbstsucht, sklavischen Ingrimms und tiefer Bosheit mit dem zartgefühle männlicher Würde und dem Bewußtsein geistiger Ueberlegenheit gibt den Darstellern mannichfachen Anhalt zu einem ausdrucksvollen und farbenreichen Spiele. Besonders gelang es Hrn. Wagner (Isidor), seiner Partie alle das Interesse und seinem Wesen das ganze Gewicht zu verleihen, dessen es bedarf, um uns von den Mitteln zu überzeugen, mit welchen dieser leibeigne Mann die Liebe der Gräfin zu gewinnen und trotz aller Erniedrigung zu fesseln vermag. Den Ossip gab Hr. Marr in charakteristischer Maske und Haltung. Endlich ist Hrn. Paulmann's Eifer anerkennend zu erwähnen, mit welchem er sich der kleinen Partie des Petrow so tüchtig angenommen hatte, daß er ein fertiges und sprechendes Bild in derselben verführte.

Handel und Industrie.

* Petersburg, 3. April. Die interessante Geldoperation mit der Bank von Frankreich erfährt vielleicht durch die folgenden Mittheilungen noch manche berichtigende Aufklärung hinsichtlich der dabei mitwirkenden Beweggründe und Interessen. Sie beruht zum Theil in den glücklichen Resultaten hierländischer früherer Operationen für unsere Geldverhältnisse, und zur Orientirung darin diene Folgendes: Als im Jahr 1839 das Silber, und accessorisch auch Gold, welche bis dahin eine Waare gewesen, wieder zum gesetzlichen Zahlmittel erhoben wurden — die Bankassignationen zu 3½ R. S. pr. Stück berechnet, welchen Werth der Silberrubel in den zwei vorhergehenden Jahren mit geringen Veränderungen behauptet hatte —, ward verordnet, daß (die Bankkasse bis zu deren allmäliger dereinstiger Einziehung ferner cursirend) zur Erleichterung der Circulation aber eine „Depositokasse" errichtet werden solle, welche gegen eingeliefertes Gold und Silber in Münzen und Barren „Depositoscheine" ausgeben würde, die sogleich wieder auf Verlangen gegen klingende Münze eingewechselt werden könnten. Nachdem durch die Depositokasse ein Theil der Silber- und Goldmasse (über 48 Mill. R. S.), welche die Regierung in Umlauf gebracht hat, eben um den besagten Werth von Bankassignaten festzustellen, eingezogen worden, ward jene Kasse, die ihren temporairen Zweck erfüllt hatte, aufgehoben, und

ihre Scheine gegen diejenigen der an ihrer Stelle geschaffenen „Reichs-Credit-Scheine-Expedition" umgetauscht, welche Scheine durch die in den Gewölben dieser „Expedition" befindlichen Silber- und Goldvorräthe Rubel für Rubel garantirt sind. Es wurde aber und wird noch fortgefahren, gegen „Reichs-Credit-Scheine" so viel Metall aus der Circulation zu ziehen und in den Gewölben als Garantie anzuhäufen, als dieselbe gerade erfodert oder verträgt; wobei es selbstredend ist, daß jeder Inhaber solcher Scheine sie zu jeder Zeit gegen klingende Münze umwechseln kann.

Durch Verordnung vom 1. Jul. 1843 wurde festgestellt, daß die gegen Reichscreditscheine eingezogenen und noch einzuziehenden Bankassignationen, sowie die im Jahr 1841 als Folge so vieler Nothjahre zu Darlehen auf Ländereien creirten 10 Mill. R. S. Leihbank- und Lombardscheine, zu ihrem sechsten Theile durch Hinterlegung von Metallgeld für den Fall, daß welches gefodert würde, garantirt werden sollten; wohl verstanden, außer der allgemeinen Garantie des Staats für deren Werth. Nun stellt sich die Rechnung der Expedition der Reichscreditscheine folgendermaßen:

Cassabestand 1. Jan. 1847	105,667,149 R. S.
Damit soll sie garantiren, zum vollen Werth, Rubel für Rubel, die Creditscheine, welche gegen baare Einlagen und die Depositoscheine emittirt worden: 68,420,811 R. S.	
den sechsten Theil der eingezogenen Bankassignaten und Leihbank- und Lombard-Creditscheine, zusammen 157,746,778 R. S., ...	26,291,129 R. S. = 94,711,940 .
es bleiben also über das garantirende Capital hinaus	10,955,209 R. S.

am 1. Jan. 1847 verfügbar und es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Bonus seitdem noch gewachsen, daher auch vollkommen zur besagten Operation anwendbar war. So viel nur, um zu zeigen, aus welcher Quelle geschöpft werden konnte, wenn auch nicht wirklich geschöpft worden ist. Weiter: die günstige Aernte von 1845, der lebhafte Ausfuhrhandel, die Conjunctur von 1846 und die gesicherte von 1847 haben natürlich den Landeigenthümern die Möglichkeit gegeben, nicht nur ihre Terminzahlungen auf ihre bei den Banken versetzten Güter richtig einzuhalten, sondern es haben sich auch im Allgemeinen die Gesuche um neue Anleihen vermindern müssen, wodurch denn sowol in der Leihbank als im Lombard sich müßige Capitalien haben bilden können, zu geschweigen der Einlagen von Privaten zur Verzinsung, ebenfalls als Folge so günstiger Verhältnisse, die ebenso zu dem erwähnten Geschäfte verfügbar waren. Die Frage also: „Woher hat das verschriene Rußland das Geld nehmen können?" wäre genügend gelöst, ohne daß es nöthig gewesen wäre, der Privatmittel des Kaisers als Landeigenthümers zu erwähnen.

Nun wende ich mich zu der commerziellen Frage, denn eine solche bildet die Operation, die nur äußerlich durch die Art der Verhandlung den politischen Anstrich erhalten, und beziehungsweise auch durch die Motive, die man ihr unterlegt, die ich aber bei Seite lassen will. Mit Hinblick auf jene Eigenschaft sage ich, daß der Kaiser nicht mehr und nicht weniger gethan, als was ein jeder Kaufmann tagtäglich thut, indem er einem guten, soliden Käufer die Möglichkeit erleichtert, von ihm und nicht von andern zu kaufen. Im gegenwärtigen Falle hat also der Kaiser Frankreich in den Stand gesetzt, mit größerer Leichtigkeit, mit geringern Opfern für sich selbst und in einem ausgedehntern Maße seinen Bedarf von Rußland zu beziehen; wobei letzteres einen schönen staatsökonomischen Zweck im Auge haben durfte und mußte, den nämlich, seiner ackerbauenden Bevölkerung und den Landeigenthümern einen größern Absatz ihrer Producte zu sichern.

Börsenbericht. * **Frankfurt a M.**, 13. April. Privatbriefe aus London bringen einen sehr beruhigenden Aufschluß über die abermalige Erhöhung des Discontos der Bank von England. (Nr. 105.) Man hielt diese Maßnahme für nothwendig, um einen allzu bedeutenden Abfluß von Baarmitteln für Getreidespeculationen zu verhindern, um so mehr, da die großen Getreidespeculanten, so lange sie ihre Wechsel bei der Bank discontiren konnten und dadurch die Mittel zu weitern Operationen in die Hand bekamen, mit einem Verkauf ihrer Vorräthe von Cerealien zögerten. Wie man vernimmt, hat aus diesem Grunde die Directien der Bank beschlossen, nicht nur ihren Disconto zu erhöhen, sondern fortan überhaupt die Wechsel derjenigen Individuen, welche in solcher Weise den Getreidehandel zur Getreidespeculation machen, nicht mehr zu discontiren. Man erwartet, daß diese Maßnahme auf ein Weichen der Getreidepreise in England sehr günstig einwirken werde. — Unser Fondsmarkt verkehrte in diesen letzten Tagen in einer sehr flauen Stimmung. Heute nahm er jedoch wieder eine festere Haltung an. Eisenbahnactien und spanische Effecten erfuhren wieder einige Preisbesserung. Der Umsatz war jedoch im Ganzen nicht von Belang.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 15. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnact. 117⅞ Br.; Sächsisch-Baiersche 85⅛ Br.; Sächsisch-Schlesische 98¼ Br.; Chemnitz-Riesaer 56 Br., 55½ und ⅛ bezahlt; Löbau-Zittauer 58 Br.; Magdeburg-Leipziger 198 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¾ Br., 110¼ G.; Altona-Kieler 108 Br.; Pesther 99⅛ Br.; Dessauer Bankactien 101⅛ Br., 101¼ bezahlt und G.

Von der Elbe vom 5. April schreibt die Karlsruher Zeitung: „Dem Vernehmen nach sind von mehren, namentlich süddeutschen Regierungen in Berlin Anträge auf Einberufung einer Zollconferenz zur Revision der im vorigen Jahre gefaßten Beschlüsse gestellt worden. Der Zusammentritt einer solchen wird denn auch im Spätsommer oder im Herbst erfolgen, und es dürfte dabei die Berathung über die Garnzölle einen der Hauptgegenstände bilden."

Eisenbahn. Rom, 3. April. Der Cardinal Gizzi hat unterm 26. März nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Die Schwierigkeiten, welche durch die außergewöhnliche Strenge des vorigen Winters für Sammlung der zum Baue der für die päpstlichen Staaten bereits bewilligten Eisenbahnlinien erfoderlichen Notizen sich ergeben haben, sind Ursache geworden, daß mehre Bauunternehmer um eine Verlängerung der zur Einreichung der respectiven Baupläne festgesetzten Frist angesucht haben. Diesen Ansuchen willfahrend, wird mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 7. Nov. 1846 verordnet: 1) Die in der erwähnten Bekanntmachung vom 7. Nov. 1846 zu Einreichung der sich auf die Eisenbahnen in den päpstlichen Staaten beziehenden Pläne bestimmte Frist von drei Monaten wird bis zum 7. nächstkünftigen Monats Mai verlängert. 2) Unter übrigens gleichen Umständen sollen Diejenigen, welche die Vorschriften der gedachten Bekanntmachung in der darin festgesetzten Frist bereits erfüllt haben, vor allen Denen den Vorzug haben, welche die gegenwärtig verlängerte Frist zur Einreichung benutzen werden." (D. B.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 28. März bis mit 3. April (mit Einschluß von 1122 Personen aus dem Zwischenverkehr) 10,931 Personen.

(Vom 1. Jan. — 3. April: 111,658 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 28. März bis mit 3. April 4,667 Personen.

(Vom 1. Jan. — 3. April: 48,322 Personen.)

Wolle. * **Breslau**, 13. April. Bei dem Herannahen der Wollmärkte wird es unsern Lesern nicht uninteressant sein, etwas über den jetzigen Stand des Wollgeschäfts im Allgemeinen sowie über die muthmaßlichen Aussichten für die nächsten großen Wollmessen zu lesen. Unmittelbar nach dem Frühjahrswollmarkte hatte eine große Anzahl inländischer Fabrikanten, ganz besonders aber englische und hamburger Großhändler, unsern Platz von Zeit zu Zeit besucht, um sowol schlesische und polnische Einschuren als auch vorzugsweise schlesische Lammwollen für die überseeischen Fabriken zu kaufen. Dies dauerte über den Herbstwollmarkt hinaus, bei welchem sich schon eine Erhöhung von einigen Thalern gegen die Junimarktpreise herausstellte. In den Herbst- und Wintermonaten sind wir unausgesetzt von nahen und fernen Käufern besucht worden, und waren deren Ankäufe so bedeutend, daß wir jetzt nicht viel über 3000 Ctr. übrig haben. Dabei ist nicht in Abrede zu stellen, daß auch auf den andern deutschen Handelsplätzen die Wollvorräthe durch bedeutende Verkäufe sehr zusammengeschmelzen sind und man überall nur mit sehr geringem Bestande zu Markte gehen wird. Selbst in England, wo es mit Wolle minder lebhaft geht als auf dem Festlande und wo weit mehr von diesem Artikel vorhanden ist als bei uns, fehlen doch die feinen und hochfeinen Qualitäten und werden noch besser als hier zu Lande bezahlt. Für uns Deutsche ist es interessant, in Erfahrung gebracht zu haben, daß unsere Fabrikation so bedeutend ist, um außergewöhnliche Quantitäten, wie wir sie im Jahr 1846 gehabt, zu consumiren, und ist es wol ausgemacht, daß, wenn wir nicht so hohe Getreidepreise gehabt hätten, Wolle entschieden eine bedeutende Steigerung hätte erfahren müssen, indeß bis jetzt für die alten Vorräthe nur 4—5 Thlr. über die Junimarktpreise gezahlt worden sind. Dies hat jedoch unsere Speculanten nicht gehindert, für die nächste Schur große Unternehmungen einzuleiten und die neuen Wollen mit einem Aufschlage von 6—8 Thlr. pr. Centner über vorjährige Preise zu schließen, welche Operationen allem Anscheine nach ein günstiges Resultat für dieselben haben werden. Denn einestheils fehlt es überall an guten Wollen, anderntheils gibt uns der Stand der Saaten Aussicht auf eine bessere Aernte, und endlich fangen auch die allgemeinen Geldverhältnisse an, sich besser als man geglaubt zu gestalten. Wir können uns demnach der Hoffnung hingeben, daß dieses bedeutende Geschäft in diesem Jahr ein gutes und ersprießliches sein und daß sich die Preise ohne eine überspannte Höhe zu erreichen, zur Zufriedenheit der Producenten und Käufer gestalten werden. Nach unserer Ansicht dürfte die in den meisten Fällen bewilligte Avance von 6—8 Thlr. pr. Centner maßgebend bleiben.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 15. April früh 7 Uhr: 2° 2″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 13. April. Oestr. Bkact. 1897; 250 Fl. L. 119; 500 Fl. L. 153½; Bair. 3½pc. 93¼; Bad. 50 Fl. L. 57½; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛; Kurhess. 32½. London, 9. April. 3pc. Cons. 86⅝; Port. 3pc. 35⅛; Span. act. 25; 3pc. 35¼; Holl. Int. 58¼. Paris, 10. April. 5pc. 116. 20; 3pc. 78. 10; Neap. 102. 10; Bankact. 3260. Wien, 15. April. Bkact. 1584; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 97⅛; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 153; 250 Fl. L. 118½.

Actien. Frankfurt a. M., 13. April. Taunusb. 359½; Nordb. 71⅜; Verb. 91½. Paris, 10. April. Eis. St. Germ. 965; Versail. r. 340; l. 217½; Paris-Orleans 1231¼; Paris-Rouen 863¾; Paris-Strasburg 426¼; Paris-Lyon 427½; Rouen-Havre 672½; Marseille-Avignon 772½; Strasburg-Basel 205; Orleans-Bordeaux 511¼; Orleans-Vierzon 561; Nord 627½. Wien, 15. April. Nordb. 169; Gloggn. 121½; Mail. 108½; Livorn. 92¼; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 14. April. Seehandl.-Prämsch. 94⅛ Br., 3½pc. Staatsch. 92¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96½ Br., pomm. 94½ Br., schles. 96½, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 92, kur- u. neumärk. 96¼; Leuisd. 111½, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anhalt 110½, Berl.-Hamb. 4pc. 105¾, Prior.-Act. 4½pc. 96⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 90 Br., Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101⅛, Berl.-Stett. 107¾ Br., Cöln-Minden 4pc. 90¼, Crak.-Oberschl. 4pc. 78, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 108 Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 87½, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101⅜, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 85¼ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Thüring. 4pc. 95 Br., Zarskoje-Selo 71½ Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 83 Br., Berl.-Anh. 98, Kassel-Lippst. 4pc. 86 Br., Cöln-Minden 4pc. 90, Magd.-Wittenberge 83½, Mail.-Venet. 4pc. 110½ Br., Mecklenburg 73½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71½, Posen-Starg. 4pc. 82½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99 Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅜, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93⅜, (neue) 4pc. 93⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 78½, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅛ Br., Woerr. Binsl. 16⅝, Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½ Br., Staats-Pr.-Anl. 85¼, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Prām.-Anleihe à 36 Fr. 9¾, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Liste

der bei der öffentlichen Ziehung am 12. April 1847 ausgelosten landschaftlichen Obligationen vom Jahre 1830.

Litt. Aaa. zu 1000 Thlr.		Litt. Bbb. zu 500 Thlr.	Litt. Ccc. zu 200 Thaler.		Litt. Ddd. zu 100 Thaler.		Litt. Eee. zu 50 Thaler.		Litt. Fff. zu 25 Thlr.
Nummer.		Nummer.	Nummer.		Nummer.		Nummer.		Nummer.
122	4131	184	74	4282	42	4413	104	4527	64
413	4189	238	76	4295	255	4847	168	4534	318
437	4707	253	249	4460	365	5030	196	4774	355
733	4732	275	266	4486	412	5179	409	4787	388
863	4901	827	306	5046	579	5293	456	4969	747
881	5041	858	589	5148	604	5335	746	5075	1044
906	5274	1132	745	5364	747	5344	764	5544	1046
1038	5698	1505	811	5761	767	5990	833	5622	1221
1286	5725	1519	915	5771	1185	6157	985	5787	1360
1345		1883	1080	5834	1546	6163	1275	5816	1694
1413		1893	1427	5903	1823	6369	1282		1783
1424		2016	1452	6194	1866	6397	1390		1970
1465		2138	1490		2029	6410	1483		2012
1690		2516	1699		2127	6521	1582		2032
1847		2524	1819		2284	6574	1724		
2020		2830	1950		2307	6888	1897		
2065		2956	1955		2402	6898	2398		
2119		3000	2299		2919	7191	2426		
2279		3165	2348		2950	7385	2472		
2412		3279	2618		2991	7526	2767		
2479		3293	2766		3047	7877	3285		
2530		3357	2812		3140	7879	3430		
2745		3441	2837		3206	8095	3636		
2968		3536	3165		3524	8126	3658		
3094		3776	3215		3539	8127	4072		
3283		3826	3379		3660	8369	4107		
3342		3927	3610		3849	8430	4216		
3711			3638		3972	8442	4279		
3753			4002		4238	8578	4362		
4081			4047		4375		4484		

Vorstehend ausgeloste Obligationen werden vom 1. October 1847 an bei der hiesigen Staats-Schulden-Kasse, ingleichen bei der Bezirks-Steuer-Einnahme zu Leipzig bezahlt.

Zugleich fodern wir die Inhaber der nachbemerkten, in frühern Terminen fällig gewordenen, aber bisher unerhoben gebliebenen Obligationen vom Jahre 1830 hierdurch auf, ihre Capitalbeträge ungesäumt in Empfang zu nehmen, als:

- **Litt. Aaa.** Nr. 172, 2141, 3452.
- **Bbb.** = 907, 1813, 2837.
- **Ccc.** = 1101, 1316, 2384, 4836, 4901, 5653
- **Ddd.** = 193, 1374, 1861, 2668, 2901, 2946, 2957, 3123, 4005, 5265, 5384, 5609, 6039, 6610, 7590, 8396.
- **Eee.** = 545, 2490, 3128, 4414, 4479.
- **Fff.** = 657, 1049, 1246

Die nächste öffentliche Ziehung findet den **27. September 1847** statt.

Exemplare gegenwärtiger Ziehungsliste liegen bei sämmtlichen Bezirks-Steuer-Einnahmen zu Jedermanns Einsicht bereit

Dresden, am 12. April 1847.

Der ständische Ausschuß zu Verwaltung der Staats-Schulden-Kasse.

[1389] Hübler. v. Minckwitz. Eisenstuck. Meisel. v. Römer.

Local-Veränderung.

Von heute an befindet sich meine

Material-Waaren-, Cigarren- und Fischbein-Handlung

wieder am Markte Nr. 10, Kauf-Halle, Gewölbe rechts vom Eingange, und empfehle ich mich bei dieser höflichen Anzeige meinen geschätzten Abnehmern, sowie dem verehrten hiesigen und auswärtigen Publicum, zu fernerm geneigten Wohlwollen ganz ergebenst.

Leipzig, den 12. April 1847.

[1301—3] **Christian Friedrich Martin.**

Heilsame Erfindung.

Hümmert's Pollutionsinstrument,

welches, ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen für die Gesundheit herbeizuführen, durchaus keine Pollution zuläßt. Die Wahrheit dieser Aussage ist durch vielfache Erfahrungen bestätigt und durch Zeugnisse von den berühmtesten Aerzten, als vom Herrn Geh. Med.-Rath Prof. Dr. **Dieffenbach in Berlin, von den Herren Prof.** Dr. **Braune,** Prof. Dr. **Credé,** Prof. Dr. **Carus zu Leipzig, Herrn Hofmedicus** Dr. **von Blodau zu Sondershausen** und vielen Andern dargethan, weshalb ich mich jeder weitern Empfehlung enthalte. Für 3 Thlr. Pr. Cour. erhält man Instrument nebst Gebrauchsanweisung während der Messe in Leipzig, Reichsstraße Nr. 55/579 im Uhrengewölbe.

[1405] ***S. K. Friedrich.***

Vorläufige Anzeige.

Dem geehrten hiesigen und auswärtigen Publicum erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich das neue und elegante Gebäude am Alsterdamm und in der Bergstraße übernommen habe und dieses eben so reizend am Alster-Bassin und dem Jungfernstiege belegene wie mit allen möglichen Comforts versehene Etablissement unter dem Namen:

Hôtel Belvedere

Ende dieses Monats zur Aufnahme von reisenden Herrschaften, als auch das damit in Verbindung stehende Café und Restauration zur Benutzung der mich beehrenden Gäste eröffnen werde.

Ergebenst

[1377] ***H. Heuer.***

Um allen Irrthümern vorzubeugen, beehren wir uns hierdurch anzuzeigen, daß die rühmlichst bekannte Uhrenfabrik von

Patek & Czapek in Genf

mit dem 1. Mai 1845 diese Firma in

Patek & Co. in Genf

umgeändert hat und von uns ununterbrochen fortgesetzt wird.

Wir bitten, das uns bisher geschenkte Vertrauen uns auch ferner zu erhalten, und versichern, daß wir durch pünktliche und reelle Besorgung der uns ertheilten Aufträge denselben stets zu entsprechen suchen werden.

[1395—96] ***Patek & Co.,*** Uhrenfabrikanten in Genf.

J. D. Urner & Co.

aus ***Elberfeld.*** [126–54]

Seidene, halbseidene und halbwollene Waaren

eigner Fabrik.

Salzgäßchen Nr. 7/408 erste Etage.

Local-Veränderung.

P. E. Bockmühl

aus **Elberfeld**

hat sein Lager in **Shawls** und **halbseidenen Manufactur-Waaren** eigner Fabrik von dieser Messe an: **Katharinenstrasse Nr. 26,** 1 Treppe hoch, der Europäischen Börsenhalle gegenüber. [1260—62]

Das Lager von

Sammet- und Seidenwaaren

eigner Fabrik von

Wilhelm Heymer

in ***Süchteln*** bei ***Crefeld***

befindet sich diese Messe **Brühl Nr. 64, erste Etage** in Kraft's Hofe. [1378—79]

Gesuch. Ein junger Mann, welcher seit einer Reihe von Jahren im Tuchgeschäft gearbeitet, für selbiges die Geschäftsreisen besorgt und die besten Zeugnisse vorzulegen hat, sucht in dieser oder einer ähnlichen Branche ein baldiges Engagement. Es wird gebeten, Adressen unter **Z. U.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung niederzulegen. [1374—75]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 16. April. **Die Valentine,** Schauspiel von G. Freytag.

Sonnabend, 17. April. **Das Sonntagsräuschchen,** Lustspiel von Meck. — Hierauf: **Doctor und Apotheker,** komische Oper von Dittersdorf.

Digitized by Google

Das Engros-Lager
Pariser Nouveautés

ist in **Châles, Echarpes, Fichus, Cravattes, Gilets** ꝛc. reichhaltig assortirt.

[1331—36] **J. H. Meyer, Leipzig**, Rathhaus, Auerbach's Hof gegenüber.

Local-Veränderung.
J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1304—9]

Waldeck's Tapisserie-Manufactur aus Berlin,

zur Messe am **Markt, Ecke der 7. Budenreihe** vis-à-vis von Ackerlein's Haus,

empfiehlt die neuesten angefangenen und fertigen **Stickereien, Perl- und Häkelarbeiten,** sowie eine Partie **schwarzseidener Taffet-Tücher** zu den billigsten Fabrikpreisen. [1397]

Ein seit langen Jahren in **Berlin** bestehendes, **jede Sicherheit** bietendes **Commissions- und Speditions-Geschäft** wünscht noch einige **Agenturen** oder **Commissions-Lager** für renommirte Häuser zu übernehmen, und wird Herr **G. F. Starke in Leipzig** auf gefällige Anfragen nähere Auskunft ertheilen sowie auch Adressen entgegennehmen. [1391—93]

Die Lampendocht-Fabrik von M. C. Mosing aus Berlin ist am Naschmarkt. [1381—83]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,
Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176—83]

Das Lager von [1189—93]

Ludwig & Emil Samson

befindet sich in der bevorstehenden Jubilate-Messe

Reichsstrasse, Ecke vom **Brühl** rechts, 1stes Gewölbe.

Chemnitz-Riesaer Eisenbahn. [1411]

* Nachdem Baissiers, Fixer und allgemein Uebelwollende die niedrigsten wie die abgeschmacktesten Mittel gewählt haben, den Curs der Actien dieser Bahn in offener Anfeindung zu drücken, tritt in Nr. 102 dieser Zeitung ein Wolf im Schafspelze auf und versucht auch ein Meßgeschäft unter der Firma Hypokrit u. Comp. zu machen. Zur Beruhigung der Actionaire will dieses Ehrenhaus beitragen und sagt zu diesem Zwecke: Den Actionairen, welche sich in Illusionen gefallen, die glauben oder glauben machen wollen, der Staat würde jetzt oder später die Actien pari einlösen (sogar 2procentige Staatsschuldscheine pari dafür geben!) sei unter einer Motivirung, deren Wiederholung und Beleuchtung eine Papierverwüstung wäre, das Glück abzusprechen, ihre kühnen Erwartungen gerechtfertigt zu sehen! Die Einzahlung der letzten 20 Procent sei gesichert, wenn der Curs nicht unter 20 gehe. (O du weiser Daniel!) Und unter diesen und andern schönen Ansichten und verdrehten Auffassungen räth er doch an, die Actien nicht für **ganz werthlos** zu halten. Wenn man aber erwarten muß, sie bald unter 20 zu sehen, und wenn man **zugeben muß,** daß die Actionaire in den nächsten 5, vielleicht 10 Jahren keinerlei Rente (!!) zu gewärtigen haben, wer sollte sich nicht beeilen, seine Actien à tout prix los zu werden? — Werft sie weg, vielleicht liest sie Jemand auf!

Chemnitz-Riesa.

* Als das Project dieser Bahn vor zehn Jahren aufgelegt wurde, waren vier Millionen Thaler Anlagecapital angenommen und aus dem **damals** existirenden, durch amtliche Ermittelungen nachgewiesenen Verkehr 5 Proc. Rente in Aussicht gestellt. **Damals** schlug man sich um die Actien und schwindelte dieselben, selbst bevor eine Bauconcession gegeben war, bis auf 20 Proc. über pari hinauf, obschon Das, was der Bahn den Hauptwerth gibt — die unmittelbare Verbindung mit Berlin, Stettin und Hamburg — noch gar nicht in Frage war oder in der Luft schwebte.

Heute sagt man: weil die Bahn sechs Millionen Thaler kostet — wobei die vor zehn Jahren berechnete Nettoeinnahme von 205,000 Thlr. **ohne Verbindung mit dem Ausland,** ohne die seitdem mindestens **um 10 Proc. gestiegene Bevölkerung,** ohne die bei allen Bahnen vorgekommene **Unterschätzung des Verkehrs** schon 3½ Proc. reichlich vom Anlagecapitale beträgt — sind die Actien nur 57 Proc. werth —!—

Möchte doch jeder Actienbesitzer sich diese einfachen Zahlen einmal vorhalten, damit er, wenn er vielleicht vor 10 Jahren zu 120 Proc. kaufte und damals ein Opfer des ersten Stockjobberbetrugs wurde, nicht heute zum zweiten Male von dieser saubern Gesellschaft abgeschlachtet werde. Er wird dann mit Leichtigkeit hinter der Maske jammernder Familienväter und wohlmeinender Rathgeber Das finden, was dahinter steckt — ein gewöhnliches Gaunergesicht. [1412]

Die bisher von uns unter der Firma **Hammerfeldt und Falck** geführte Societät haben wir aufgelöst.

Unser **A. Falck** hat das Geschäft mit den Activen und Passiven übernommen und wird die

Kurzwaaren- und Pfeifenschlauchfabrik

unter der Firma August Falck in derselben Art fortsetzen.

Berlin, den 13. April 1847.

H. Hammerfeldt.

[1404] ***A. Falck.***

Die Kurzwaaren- und Pfeifen-Schlauch-Fabrik von August Falck,

vormals ***Hammerfeldt & Falck*** aus **Berlin,**

ist diese Messe **Neumarkt Nr. 42** neben den Herren Hammer und Schmidt. [1398—1401]

Klein jun., Riesser & Co.,

Etuis- und Portefeuilles-Fabrikanten

aus ***Offenbach a. M.,***

Katharinenstraße Nr. 27, im 2. Stock,

empfehlen zu dieser Messe ihr wohlassortirtes Lager in Leder-Waaren sowie einen neuen Artikel im Rococo-Geschmack. [1356—58]

Lotterie-Anzeige.

Die Ziehung der fünften und letzten Klasse der 31. K. S. Landes-Lotterie beginnt am 19. und endigt am 30. April d. J.

Unter 30,000 Loosen befinden sich 12,000 sämmtlich den Einsatz übersteigende Gewinne, im Betrage von 1,052,500 Thaler, dabei

1 Gewinn à 100,000 Thaler,
1 „ à 50,000 Thaler,
1 „ à 30,000 Thaler,
1 „ à 20,000 Thaler
u. s. f.

Zu diesem für die Theilnehmer höchst vortheilhaft eingerichteten Spiele empfehle ich mich bestens mit Loosen: Ganze à 41 Thlr., Halbe à 20½, Viertel à 10½, Achtel à 5½, und verspreche meinen geehrten Abnehmern die sorgfältigste Bedienung, sowie bei auswärtigen Bestellungen gleich nach dem Schlusse dieser Lotterie die Zusendung einer Ziehungsliste, nebst den auf ihre Nummern gefallenen Gewinnbeträgen.

Da meine Collecte sich stets eines wirklich glücklichen Erfolges zu erfreuen hatte, wie auch schon in den vorhergegangenen Klassen dieser Lotterie sich erwiesen, so hoffe ich bei der bevorstehenden Ziehung auf ein eben so günstiges Resultat.

Theodor Brauer

[1213—16] in **Leipzig**, Petersstraße Nr. 7.

Concert-Anzeige.

Am Sonntag den 18. April, Vormittag 11 Uhr, wird Karl Schuberth aus St.-Petersburg (erster Violoncellist des Kaisers von Russland) die Ehre haben, im Saale des Gewandhauses ein Morgenconcert zu veranstalten. Das Nähere wird morgen bekannt gemacht werden. [1413]

Vermählungs-Anzeige.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich statt jeder besondern Meldung

Ferdinand von Lochow,
Agnes von Lochow,
geb. **von Schlieben.**

Petkus bei Baruth, den 6. April 1847. [1408]

(Mit einer Beilage.)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 106. (16. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag. ** Berlin. Der Hauptfinanzetat. **Ankündigungen.**

Preußen.

Sitzung des Vereinigten Landtags am 12. April.

Vereinigte Curien.

Landtagsmarschall Fürst zu Solms-Lich: Meine Herren! Eine wichtige und großartige königliche Entschließung hat uns hier vereinigt. Die Form, in welcher diese königliche Entschließung Gestalt gewonnen hat, ist eine so großartige, wie sie vielleicht Niemand unter uns hat erwarten können. Acht Provinzial-Landtage sind in diesem Saale Sr. Majestät des Königs zu einem Vereinigten Landtage versammelt; wir verehren in unserer Versammlung die Prinzen des königlichen Hauses und erkennen hierin eine theure Bürgschaft, daß sie an einer gedeihlichen und segensreichen Entwickelung des ständischen Lebens lebhaften Antheil nehmen werden. An uns ist es nun, des königlichen Vertrauens uns würdig zu beweisen und aus allen Kräften dahin zu streben, daß wir die uns gestellte große und vielleicht auch schwierige Aufgabe rühmlich und würdig lösen. Lassen Sie uns hierzu ein unfehlbares Mittel wählen; dieses Mittel heißt Eintracht, nämlich einmüthiges Trachten nach dem einen Ziele, welches jedem Freunde seines Vaterlandes, jedem Anhänger seines Königs unablässig vorschwebt; es heißt ferner, gegenseitige Anerkennung bei Verschiedenheit der Ansichten. Wenn Beides die Richtschnur unsers Handelns ist, dann dürfen wir nicht zweifeln, daß wir die uns gestellte Aufgabe rühmlich und würdig lösen werden, und dann werden Sie mir auch in dem möglicherweise schwierigen Amte, welches der Wille Sr. Majestät des Königs mir anvertraut hat, diejenige Unterstützung zu Theil werden lassen, um welche ich Sie hierdurch angelegentlichst ersucht haben will.

Zunächst habe ich nun diejenigen Mitglieder zu bezeichnen, welche ich ersuche, die Verwaltung des Secretariats zu übernehmen. (Als solche wurden bezeichnet: der Abg. geheimer Regierungs- und Landrath v. Leipziger, der Abg. Bürgermeister Dittrich, der Abg. Landrath v. Bockum-Dolfs, der Abg. Kuschke, der Abg. Landsyndikus Freiherr von Patow, der Abg. Oberbürgermeister Naumann, der Abg. Freiherr v. Waldbott, der Abg. Landschaftsrath Siegfried.) Ich ersuche die Herren v. Leipziger und Dittrich, ihre Plätze einzunehmen, die übrigen Herren aber, in der Reihenfolge, wie ich sie genannt habe, in der Versehung der Secretariatsgeschäfte zu wechseln.

(Staatsminister von Bodelschwingh übergibt die königlichen Propositionen [Nr. 104], welche der Marschall durch einen der Secretaire verlesen läßt. Die Propositionen werden vorgelesen.)

Staatsminister v. Bodelschwingh: Es ist die Einrichtung getroffen worden, daß sämmtliche Propositionen in Druckschrift erscheinen und bis morgen mit ihren Anlagen in den Händen der Deputirten sein werden.

(Der Landtagsmarschall bezeichnet die Abtheilungen, welche zur Vorberathung der vorgelesenen Propositionen bestimmt sind, durch Aufruf der dazu erwählten Abgeordneten.)

Landtagsmarschall: Der Graf v. Schwerin hat ums Wort gebeten. Er hat das Wort.

Abg. Graf v. Schwerin: Durchlauchtiger Herr Landtagsmarschall! Ich habe mir das Wort erbeten, um an diese hohe Versammlung des Vereinigten Landtags den Antrag zu stellen, in einer an Se. Majestät den König zu richtenden Adresse den Dank auszusprechen für die aus königlicher Machtvollkommenheit hervorgegangene Schöpfung eines allgemeinen ständischen Organs in dem Vereinigten Landtage, wodurch lang gehegte Wünsche der Nation erfüllt sind, sowie für die Zusammenberufung desselben; zugleich aber auch in dieser Adresse die ehrerbietigen Bedenken nicht zurückzuhalten, die sich, von dem Gesichtspunkte des Rechts und der Garantien aus, die durch die frühere Gesetzgebung, namentlich durch das Gesetz vom 17. Jan. 1820, dem Volk und den Staatsgläubigern gewährt —, gegen mehre Bestimmungen des Patents und der Verordnungen vom 3. Febr. aufdrängen müssen. Ich behalte mir vor, bei der Discussion meine Meinung in dieser Beziehung näher zu motiviren, für jetzt bitte ich den Herrn Landtagsmarschall nur, den Antrag, insofern er genügende Unterstützung in der Versammlung findet, einer Commission zu überweisen, mit der Bitte, die Ausarbeitung der Adresse so viel wie möglich zu beschleunigen, damit das erste Wort, das von dieser Versammlung an Se. Majestät den König gerichtet wird, ein Wort des Dankes, nicht minder aber auch der Offenheit und Wahrhaftigkeit sei, wie es einem getreuen Unterthan und einem gewissenhaften Landstand geziemt.

Landtagsmarschall: Bei der vielfachen Unterstützung, die sich bereits ergeben hat, wird es um so leichter sein, Dasjenige klarzustellen, worauf es vor allen Dingen ankommt, nämlich, ob es die Ansicht der großen Mehrheit der Versammlung ist, eine Dankadresse an Se. Majestät den König zu erlassen oder nicht zu erlassen. Es ist dies eine Frage, die wol zur Entscheidung gebracht werden kann, ohne daß dieser Entscheidung eine Discussion vorauszugehen braucht. Wenn also das Wort nicht begehrt wird, so werde ich die Abstimmung in der Weise veranlassen, daß Diejenigen, welche für eine Adresse an Se. Majestät den König stimmen wollen, dies durch Aufstehen zu erkennen geben. (Dies geschieht.) Es ist kein Zweifel vorhanden, daß der Wunsch sich dahin ausgesprochen hat, eine Dankadresse an Se. Majestät den König zu erlassen, und es liegt mir also nichts weiter ob, als diejenigen Mitglieder zu bezeichnen, welche ich ersuche, der Abtheilung zuzutreten, welche sich mit Abfassung dieser Adresse zu beschäftigen haben wird. Diese Abtheilung würde aus folgenden Mitgliedern bestehen (Nennung der Namen).

Die Verhandlungen würden nun so weit erschöpft sein, daß ich die Sitzung der heutigen Vereinigten Versammlung schließen könnte. Es ist indessen noch eine Frage zu stellen, von welcher ich kaum weiß, ob und auf welche Weise ich sie stellen soll. Es ist nämlich in der Geschäftsordnung vorbehalten, daß die Versammlung darüber vernommen werde, ob sie es wünscht, daß ihre Verhandlungen in der Weise durch Stenographen aufgefaßt und demnächst bekannt gemacht werden, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt. Wenn keine Bemerkungen sich erheben, so wird es ohne Abstimmung so angesehen werden können, als ob dies der Wunsch der Versammlung sei. Wird aber die Abstimmung verlangt, so wird sie unmittelbar erfolgen.

(Der Abg. Hansemann erhält das verlangte Wort.)

Abg. Hansemann: Meine Herren, es handelt sich hier um den ersten Act, worin die Geschäftsordnung vollständig zur Anwendung kommt. Diese Veranlassung habe ich geglaubt, nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne die Aufmerksamkeit der Versammlung auf diese Geschäftsordnung zu leiten. Eine Geschäftsordnung muß natürlich für die Versammlung vorhanden sein; eine solche ist gegeben, und es versteht sich, daß wir sie jetzt anwenden. Indeß, es werden Wenige unter Ihnen sein, die nicht in dieser Geschäftsordnung bedeutende Beschränkungen erblickt haben, und so scheint es mir, daß bei diesem ersten Acte der Anwendung der Geschäftsordnung der Wunsch auszusprechen sei, eine Aenderung derselben vorzubereiten. Die Versammlung möge selbst berathen, welche sie wünscht, und mein Antrag geht dahin, daß Se. Durchl. die Versammlung darüber befrage, ob nicht von vorn herein eine Commission zu ernennen sei, welche die wünschenswerthe Aenderung der Geschäftsordnung in den nächsten Tagen prüfe und demnächst Bericht darüber erstatte. Uebrigens schließe ich mich dem Hauptantrage, den Se. Durchl. befürwortet hat, an und zweifle nicht, daß in der Versammlung eine vollständige Uebereinstimmung vorhanden ist. Auch hege ich das Vertrauen, daß von der Befugniß des königl. Commissars eine sehr mäßige Anwendung werde gemacht werden, eine solche, wodurch das Land nicht verhindert wird, vollständig zu erfahren, was hier die Abgeordneten sagen.

Staatsminister v. Bodelschwingh: Ich erlaube mir auf den Schluß dieser Rede zuerst zu antworten, nämlich auf das ausgesprochene Vertrauen, daß die Befugniß, welche das Reglement in Beziehung auf die Veröffentlichung der Verhandlungen in die Hände des Commissars gelegt hat, mit Mäßigung gebraucht werde. Ich gebe Ihnen mein Wort, daß dies im vollsten Maße geschehen wird, und es ist auch der Wunsch Sr. Maj. des Königs, von dieser Gewalt nur dann Gebrauch zu machen, wenn ein extremer Fall dies nöthig macht. Nach diesem Willen werde ich mich richten, und ich werde es um so gewisser thun, als ich hoffe, daß ein solcher extremer Fall nicht vorkommen wird, sodaß ich also nicht in die Lage kommen werde, davon Gebrauch zu machen. Was den zweiten oder den Hauptantrag betrifft, daß eine Commission ernannt werden möge, um das Geschäftsreglement, welches durch die Vollziehung Sr. Maj. des Königs für diese Versammlung Gesetzeskraft hat, zu beurtheilen, so muß ich mich diesem Antrage widersetzen. Es ist der Versammlung vollständige Freiheit gegeben, zu petitioniren, und Jedem, der Wünsche auszusprechen hat, dem steht es frei, sie vorzubringen, und zwar auf dem durch das Gesetz gegebenen Weg, also in Form einer Petition an den Hrn. Landtagsmarschall einzureichen. Jeder andern Weise, die Gesetze Sr. Maj. des Königs einer Kritik zu unterwerfen, muß ich mich von meinem Standpunkt aus von vorn herein widersetzen.

Landtagsmarschall: Der Hr. Minister des Innern hat zum Theil schon Dasjenige gesagt, was ich zu bemerken im Begriffe war. Durch den letzten Paragraphen der Geschäftsordnung ist bereits angedeutet, daß Dasjenige aufgenommen werde, was sich irgend als ein wirkliches Bedürfniß herausstellt. Dies schließt jedoch nicht aus, daß zu rechter Zeit und am rechten Ort Anträge in Bezug auf die Geschäftsordnung gestellt werden. Solche Anträge müssen ihren Weg durch die Abtheilung nehmen, deren Berichterstattung wir abzuwarten haben. Heute ist es nicht an der Zeit, darauf einzugehen, und ich halte zugleich die Frage, die uns eigentlich allein beschäftigt, nämlich die Frage über die Bekanntmachung der Verhandlungen, wie sie durch die Geschäftsordnung vorgesehen ist, für erledigt, nämlich in der Weise, daß die in derselben enthaltene Bestimmung angenommen ist und daß davon Gebrauch gemacht werde.

Abg. v. Beckerath: Nur wenige Worte habe ich der hohen Versammlung vorzutragen; es ist nämlich die Bitte, daß Se. Durchl. über den von meinem Collegen gestellten Antrag, der dahin ging, daß ein Ausschuß ernannt und Bericht erstattet werden möge, die Versammlung befrage, ob er die ordnungsmäßige Unterstützung finde und zur weitern Verhandlung geeignet sei.

Abg. v. Auerswald: So sehr ich die Ansicht des Redners, der zuerst sprach, theile, daß wir Wünsche auf Abänderung der Geschäftsordnung vortragen dürfen; so muß ich dem Landtagscommissar auch vollkommen darin beitreten, daß kein Grund vorliegt, in Bezug auf diesen Antrag von der Geschäftsordnung abzuweichen. Wenn ich daher der Meinung bin, daß Anträge dieser Art schriftlich an den Marschall eingereicht werden müssen, da er sich bereit erklärt hat, daß ein Antrag dieser Art von ihm angenommen werden würde, so stelle ich anheim, dies anzuordnen.

Abg. v. Jakrzewski: Ich bezweifle keineswegs, daß die hier ausgesprochene Ansicht des königl. Commissars im Ganzen richtig ist. Ich würde also für mein Theil abstehen von der Ernennung einer Commission, welcher die Durchsicht und Begutachtung der Geschäftsordnung zu übertragen wäre, so, daß dadurch der Wunsch zur Abänderung derselben ausgesprochen würde; allein ich kann nicht umhin, hier zu äußern, daß es unmöglich ist, dem Wunsche des Hrn. Commissars gemäß nach jenem Paragraphen, so wie er dasteht, hier zu verfahren, und zwar aus dem Grunde, daß er von der Gewalt und Befugniß, die ihm von Sr. Maj. ertheilt worden ist, wenn auch nur den mäßigsten Gebrauch macht. Es handelt sich darum, daß viele Paragraphen nach dieser Verordnung Beschränkungen sind. Meine Herren, es ist nicht zu vergessen, daß die Form, in welcher verhandelt wird, einen entschiedenen Einfluß darauf hat, wie verhandelt wird. Ich glaube eine vollständige Zustimmung von Ihnen zu erhalten, wenn ich die Worte sage, die Jeder von Ihnen sich gedacht hat; denn nicht nur das Volk, welches von uns unbeschränkte Wahrheit verlangt, sondern auch Se. Maj. der König, der sie sogar verlangen muß, würde dabei leiden. Folglich stelle ich meinen Antrag dahin, die Bitte an Se. Maj. zu richten, daß eine Verordnung von der

Digitized by Google

größten Wichtigkeit Sr. Maj. nochmals vorgelegt werden dürfe. Sie ist vorgelegt worden von Beamten, die unsere Wünsche nicht berücksichtigt haben. Sie ist vorgelegt worden von Denen, die nicht kennen, was uns Bedürfniß ist. Deshalb müssen wir zunächst Se. Maj. bitten, uns nicht auf eine Weise in formeller Hinsicht zu beschränken, wodurch es Sr. Maj. unmöglich wird, uns so zu sehen, wie wir wirklich sind. (Bravo!) Meine Herren, weg dieser Zwiespalt, diese Trennung zwischen König und Volk, wie sie vielfach gemacht werden, ich kenne eine solche Trennung nicht! Ich frage Alle, können Sie sich einen König denken ohne Volk?

Landtagsmarschall: Nein, ich muß aber den Redner bitten, beim Gegenstande zu bleiben.

v. Zakrzewski: Sobald diese Trennung nicht stattfindet, muß auch keine Beschränkung stattfinden, und namentlich deshalb nicht, weil, wie wir es fühlen und denken, Se. Majestät der König es auch so erfahren muß. Ich muß diese Anrede an Sie halten und glaube nicht, daß der Schluß der Geschäftsordnung fruchtlos ist. Ich bitte Sie um Verzeihung, wenn ich die Zeit misbrauchen könnte, aber ich mußte diese Worte anführen, weil der erste Paragraph, welchen Se. Durchlaucht zur Abstimmung bringen wollte, eine der wichtigsten Beschränkungen enthält, die uns in unserer Sprache und Freiheit bei der Berathung lähmen würde. Der Paragraph über die Veröffentlichung kann unmöglich so bleiben, wenn Se. Majestät will, daß veröffentlicht wird. Wenn diese Bestimmung fruchtbar werden soll, so trage ich darauf an, daß die Veröffentlichung so erfolge, wie gesprochen wird, damit ein Jeder sich so zu erkennen gebe, wie er ist, damit das Volk wisse, auf wen es für die Zukunft sein Vertrauen setzen kann.

Landtagsmarschall: Ich kann in dieser Sache das Wort nicht weiter gestatten. Es wird der Gegenstand erschöpft sein. Wir können uns nicht anders als in den Grenzen des Gesetzes bewegen, und das Gesetz schreibt vor, daß ein Antrag gestellt werde, daß dieser seinen Weg durch die Abtheilung nehme und späterhin berathen werde.

Abg. Hansemann (vom Platz): Ich bitte meinen Antrag modificiren zu dürfen. (Von dem Rednerstuhl.) Meine Herren, Niemand mehr als ich will stets auf gesetzlichem Boden stehen, und so erkenne ich die Geschäftsordnung als dermalen unsere Verhandlungen leitend an. Wenn ich aber vorhin meinen Antrag gestellt habe, so ist es geschehen, um von vorn herein den Gegenstand zur Sprache zu bringen, so ist es ferner geschehen, weil ich den Gegenstand für dringend erachtet habe und zugleich hoffte, man werde sich der Art, der Form nicht widersetzen, in welcher ich wünsche, daß die Angelegenheit vorgenommen werde. Der Unterschied in der Vernahme dieser Angelegenheit besteht darin, daß, wenn meinem Antrage nachgegeben wird, schon heute eine Commission zu diesem Zwecke von Sr. Durchl. ernannt werden könnte und der Gegenstand als ein dringender zur Sprache kommen würde. Ich erkenne vollkommen an, daß, wenn der königl. Commissar sich dem Antrage widersetzt, er in seinem Recht ist und dem Antrag in dem Falle nicht stattgegeben werden kann. Da aber Vertrauen, das gegenseitige Vertrauen uns leiten soll, so hoffe ich, daß auch der königl. Commissar von seinem Rechte abstrahiren und anerkennen werde, daß es wünschenswerth sei, bald den Gegenstand der Geschäftsordnung im Wege eines beschleunigten Antrags vorzubringen. Mein schließlicher Antrag geht also dahin, aus diesem Grunde den königl. Commissar zu ersuchen, seine Zustimmung zu geben, daß in dieser beschleunigten Weise der Antrag verhandelt und sofort eine Commission ernannt werde.

Landtagsmarschall: Das ist nicht möglich, die Persönlichkeiten sind mir noch nicht bekannt genug, daß ich auf der Stelle eine Commission ernennen könnte. Ich habe durchaus nichts gegen einen beschleunigten Antrag einzuwenden. Ein beschleunigter Antrag wird ein solcher sein, der heute noch in vorgeschriebener Weise eingebracht wird, und dazu ist die Möglichkeit vorhanden. Ich halte den Gegenstand für erschöpft. Wenn sich 24 Mitglieder erheben, so wird die Discussion fortgesetzt werden, im andern Falle nicht.

Abg. Geier: Da die Gnade Sr. Majestät des Königs, der wir unser Hiersein verdanken, dem ständischen Ausbau die Spitze ausgesetzt hat, so ist es ganz unmöglich, daß Se. Majestät der König sofort unsere Geschäftsordnung durch ein Reglement regulirte, das vorher unserer Berathung unterworfen werden konnte. In dem Reglement selbst sind materielle Rechte, Gesetze und Befugnisse der allgemeinen oder Provinzialstände in keiner Weise berührt oder verletzt. Es kommt im Wesentlichen mit dem Geschäftsreglement der Provinzialstände überein. Am Schlusse dieses königlichen Reglements ist gesagt worden, daß des Königs Majestät nicht nur Ergänzungen anzunehmen und einzuführen geruhen wollen, die nöthig sind, sondern sogar solche, die wünschenswerth wären. Es ist ganz unmöglich, daß wir nach den vorhandenen Gesetzen Aenderungen dieser Gesetze anders als auf dem Wege der Petition zu Stande bringen können, und ich bin der Meinung, daß die Sache klar ist. Wenn wir auf diese Weise die Zeit uns verkümmern und verlängern, wo die Sache so offenbar ist, so werden wir innerhalb acht Wochen nicht fertig. Ich glaubte und hoffte, wir würden in sechs Wochen unsere Aufgabe zu Stande bringen. In dieser Weise werden wir sie in drei bis vier Monaten nicht vollbringen können. (Beifall.)

Landtagsmarschall: Der Antrag ging dahin, Dem beizustimmen, daß man sich jetzt mit dem Gegenstande nicht weiter befasse, sondern abwarte, bis der Antrag schriftlich eingebracht wird.

Abg. v. Krasczewski: Ich glaube, daß die ganze Versammlung damit einverstanden ist, daß der Gegenstand erschöpft ist, und stimme mit dem letzten Redner überein. Es kommt auf die Entscheidung, ob die Versammlung eine Veröffentlichung unserer Arbeiten nach §. 24, wie er abgefaßt ist, wünscht oder nicht.

Landtagsmarschall: Wünschen Sie es nicht?

Abg. v. Krasczewski: Nach diesem Paragraphen, nein!

Landtagsmarschall: Es wird also nun beantragt, daß die Versammlung die Bekanntmachung ihrer Verhandlungen in der durch die Geschäftsordnung vorgesehenen Weise nicht beschließe. Ich glaubte vorhin annehmen zu können, daß das Einverständniß der Versammlung in entgegengesetzter Weise ohne Abstimmung anzunehmen sei. Es kommt also jetzt darauf an, ob dem jetzt gestellten Antrage 24 Mitglieder beitreten; dann würde eine vollständige Abstimmung erfolgen. (Der Antragsteller bleibt mit seiner Meinung allein, und der Marschall ist im Begriffe zu schließen.)

Abg. v. Auerswald: Durchlauchtigster Fürst! So bestimmt ich mich erst dafür ausgesprochen habe, daß die Form der Geschäftsordnung erhalten werde, so lange sie nicht auf den Antrag der Versammlung durch des Königs Maj. geändert ist, so muß ich mir erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß hier eine Aeußerung gefallen ist, in Folge deren die Geschäftsordnung sehr leicht auf andere Weise verletzt werden kann. Der Abgeordnete vom Rhein hat einen mündlichen Antrag gestellt und den Hrn. Landtagscommissar ersucht, seine Zustimmung zu geben, daß der Antrag in dieser Weise eingebracht werden dürfe. Nach der Geschäftsordnung steht dies aber nur dem Landtagsmarschall zu. So sehr ich auch entschieden bin, Alles zu thun, daß Keines Recht verkürzt werde, so glaube ich auch, daß der Hr. Landtagscommissar mit mir einverstanden sein wird, wenn ich die Rechte des Landtagsmarschalls, der uns vertritt, gegen die Aeußerung, die gefallen ist, verwahre.

Landtagsmarschall: Die Berathung über diesen Gegenstand ist geschlossen. Die Adreßcommission ist zu ersuchen, sich heute noch mit dem Gegenstande zu beschäftigen, und ich frage, ob die Adresse morgen schon vorgelegt werden kann.

Graf Solms-Baruth: Es ist mir der Auftrag geworden, der Adreßcommission vorzustehen. Ehe die Commission ihr Geschäft anfängt, erlaube ich mir die Frage dahin zu richten, ob es die Absicht der Versammlung ist, daß der Vereinigte Landtag über diese Adresse berathe. Nach §. 14 des königl. Patents vom 3. Februar ist festgesetzt, daß nur in gewissen Beziehungen, in Finanzangelegenheiten, der Vereinigte Landtag gemeinschaftlich berathen soll, und ist hier die Adreßfrage natürlich nicht vorgesehen. Es fragt sich daher, ob es die Ansicht des Landtagsmarschalls ist, daß der Vereinigte Landtag diese Adresse votiren soll.

Landtagsmarschall: Meine Ansicht ist dies allerdings. Se. Maj. der König hat zu der vereinigten Versammlung gesprochen, und es gebührt sich daher auch, wenn das Bedürfniß nach einer Dankadresse gefühlt wird, daß die vereinigte Versammlung Se. Maj. antworte.

Graf Solms-Baruth: Ich habe mir erlaubt nur deshalb zu fragen, um, im Fall Zweifel gehegt würden, mit der Ständeurie nicht in unangenehmen Conflict zu gerathen.

Landtagsmarschall: Es ist ein Einverständniß vorauszusetzen. Also wiederhole ich die Frage, ob es möglich sein wird, morgen die Adresse vorzulegen. In diesem Falle wird die Sitzung auf morgen anberaumt werden.

Graf Solms-Baruth: Ich glaube kaum, daß es möglich sein wird.

Abg. Lensing: Ich muß bemerken, daß wir hier nichts hören können, wenn das Gerassel auf der Straße nicht aufhört!

Landtagsmarschall: Ich glaube im voraus Alles zusichern zu können, was möglicherweise geschehen kann. Ich erkläre die Sitzung, insofern sie eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden Versammlungen gewesen ist, für geschlossen und beraume die nächste auf Mittwoch um 10 Uhr an.

Landtagsmarschall von Rochow: Ich bitte ergebenst die Herren von der Ritterschaft, der Stadt- und Landgemeinde versammelt zu bleiben.

Curie der drei Stände.

Der Landtagsmarschall v. Rochow: Hochverehrteste Herren der Ritterschaft, Stadt- und Landgemeinde! Indem Se. Majestät mich zu Ihrem Marschall ernannt haben, ist mir eine hohe Ehre geworden, es sind mir aber auch bedeutende Verpflichtungen überkommen. Sie bestehen darin, über die Formen, in denen sich unsere Berathungen bewegen werden, zu wachen. Diese Formen liegen uns in der Geschäftsordnung vor. Einige Stimmen haben zwar auf Veränderungen in derselben angetragen, so lange diese aber nicht eingetreten sind, muß die bestehende zur Norm dienen; ich werde mir also erlauben, mit allen Kräften, die ich habe, die Aufrechthaltung derselben zu bewirken.

Je zahlreicher eine Versammlung, je wichtiger ihre Bedeutung ist, desto nothwendiger ist es, daß ihre Verhandlungen mit Lebendigkeit und Würde vorschreiten, und daß die wahren Meinungen der Mehrheit überall mit Klarheit hervortreten. Dies zu ermitteln, ist die schöne Aufgabe, welche mir vorliegt, ich würde aber dazu unvermögend sein, wenn Sie mir Ihren Beistand versagen, wenn Sie mir nicht Ihr Vertrauen gewähren wollen. Um dasselbe zu erlangen, wende ich mich zunächst an Sie, hochverehrte Mitstände der Mark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausitz, deren Marschall zu sein ich auf fünf Landtagen die Ehre, ich muß hinzusetzen: die Freude gehabt habe. Legen Sie für mich Zeugniß ab. Wenn Sie mit unsern Freunden aus den entferntern Provinzen vertraulich zusammentreten, so sagen Sie ihnen, was an mir ist. Sagen Sie ihnen, daß Sie mich bei der Leitung Ihrer Verhandlungen stets offen und aufrichtig, gerecht und unparteiisch gefunden haben. Auf diese Eigenschaften mache ich Anspruch. Es ist die Ausstattung, mit der ich vor Sie hintrete.

Was meine sonstige Befähigung betrifft, so erkenne ich sie selbst als mangelhaft genug an und muß auf Ihre Nachsicht rechnen; ich rechne außerdem auf die Begeisterung, welche mich erfüllt, wenn ich so vor mir eine Auswahl der erleuchtetsten Männer der preußischen Monarchie zu den edelsten Zwecken vereinigt sehe. Dieser erhebende Anblick wird meine Kräfte verdoppeln und wird es mir mit Gottes Hülfe möglich machen, Ihnen so nützlich zu sein, als es mein redlicher und fester Wille ist. (Die Versammlung erhebt sich.) Ich danke Ihnen für dies Zeichen keimenden Vertrauens.

Heute haben wir nun noch einige Formalitäten zu ordnen (Verlesung der Propositionen und Ernennung der Mitglieder, welche dieselben in den Abtheilungen zu berathen haben.)

Jetzt erinnere ich nur noch, daß für etwanige Petitionsanträge eine 14tägige Frist gegeben ist, welche am 25. April, als dem Präclusivtermin, abläuft, daher bitte ich, so bald als möglich die desfallsigen Anträge mir zugehen zu lassen, damit die Abtheilungen zur Vorberathung ernannt werden können.

Es ist schon eines Petitionsantrags erwähnt worden, betreffend die Geschäftsordnung. Wenn ein solcher Antrag von dieser Versammlung ausgehen sollte, so bitte ich, ihn mir zukommen zu lassen, damit ich aus dieser die Abtheilung zur Begutachtung desselben ernennen könne.

Weiter ist nichts zu verhandeln, und ich behalte mir vor, Sie zur nächsten Sitzung einladen zu lassen. (A. P. Z.)

**Berlin, 13. April. Das heutige Blatt der Allg. Pr. Zeitung bringt den vom Könige vollzogenen Hauptfinanzetat für das Jahr 1847 mit sammt den dazu gehörigen Erläuterungen des Finanzministers v. Düesberg. Bei dem Hauptfinanzetat für das Jahr 1847 (Nr. 104) ist im Ganzen die Anordnung des allgemeinen Etats der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1844 beibehalten, darin aber von derselben abgewichen, daß die Einnahmen und Ausgaben mehr detaillirt und im Etat selbst mit den Ergebnissen des Jahres 1844 balancirt sind.

Die Bruttoeinnahme aus der Verwaltung der Domainen beträgt 5,924,716 Thlr., diejenige aus der Verwaltung der Forsten 4,526,076 Thlr. Aus beiden Posten zusammen bleibt nach Abzug aller Kosten für Gehalte, Bauten, Vermessungen, Lasten, Vergütungen u. s. w. eine Nettoeinnahme von 4,294,883 Thlr., während diese Einnahme im Jahre 1844 nur 4,090,163 Thlr. oder 204,720 Thlr. weniger betrug. Aus den Domainenablösungen und Verkäufen, zur Tilgung der Staatsschulden bestimmt, ist, wie in den frühern Jahren, eine Einnahme von 1,000,000 Thlr. zum Ansatz gebracht, eine Summe, die auch bis zum Jahre 1845 incl. wirklich aufgekommen ist. Aus der Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen fließt eine Bruttoeinnahme von 1,707,078 Thlr., während sich die Nettoeinnahme auf 1,117,218 Thlr. oder auf 23 Thlr. geringer stellt als im Jahr 1844. Die Einnahmen dieser Verwaltung bestehen aus zwei wesentlich verschiedenen Arten; nämlich aus dem Ueberschusse, welchen der Betrieb der dem Staat eigenthümlich gehörigen Gruben, Hütten und Salinen abwirft, und aus dem Ertrage des Bergwerkregals an Zehent, Steuern und Sporteln. Beide Arten von Einkünften sind, mit Ausnahme des Ertrags der Salinen, seit dem Jahr 1844 gestiegen, und zwar beträgt die Mehreinnahme von den landesherrlichen Gruben und Hüttenwerken, hauptsächlich in Folge des vermehrten Absatzes der Steinkohlengruben und der gestiegenen Eisenpreise: 90,567 Thlr.; die Mehreinnahme aus dem Bergwerksregal, in Folge lebhaftern Betriebs gewerkschaftlicher Gruben und Hüttenwerke: 97,696 Thlr. Dagegen hat sich die Einnahme von den landesherrlichen Salinen, hauptsächlich in Folge des um 8 Thlr. 27 Sgr. 7½ Pf. pr. Last niedrigern Preises, zu welchem das nach dem Königreiche Sachsen debitirte Salz nach dem Vertrage vom 14. Mai 1845 abgelassen wird, um 89,023 Thlr. vermindert, sodaß die Gesammtmehreinnahme 99,240 Thlr. beträgt, welche Summe gerade durch eine Mehrausgabe für Verwaltungskosten und namentlich Bauten und Meliorationen aufgewogen wird.

Die Postverwaltung liefert eine Bruttoeinnahme von 7,438,000 Thlr., gewährt aber nach Abzug der Kosten nur einen Ueberschuß von 1 Mill. Thlr. Die Einnahme aus diesem Verwaltungszweige war in dem Etat für 1844 auf 1,400,000 Thlr. angenommen und in den Erläuterungen zu demselben bemerkt: daß die in Aussicht genommene Portoermäßigung ohne Zweifel einen bedeutenden Ausfall an den Postrevenuen herbeiführen werde. Die Portoermäßigung für Brief- und Schriftensendungen trat mit dem 1. Oct. 1844 ein. Mit Rücksicht auf den davon besorgten Ausfall wurde der Ertrag der Post in den Etats für 1845 nur auf 700,000 Thlr. angenommen. Derselbe erreichte aber in der Wirklichkeit die Summe von 1,080,268 Thlr., mithin 380,268 Thlr. mehr, weil mit der Herabsetzung des Porto die Zahl der durch die Post beförderten Brief- und Schriftensendungen erheblich gestiegen war. Das Ergebniß des Jahres 1846 steht noch nicht fest, weshalb der Ertrag des Jahres 1845 dem diesjährigen Etat zu Grunde gelegt ist. Der vorige Etat beschränkte sich darauf, den reinen Ueberschuß der Postverwaltung anzugeben. Es hat gegenwärtig angemessen geschienen, die einzelnen Einnahmen und Ausgaben näher ersichtlich zu machen. Es ergibt sich daraus, daß die reine Einnahme noch nicht einmal den siebenten Theil der Bruttoeinnahme beträgt, was daraus erklärlich wird und zugleich dafür den sprechendsten Beweis liefert, daß diese Verwaltung in dem Streben nach Verbesserungen finanziellen Rücksichten kein vorzügliches Gewicht beilegt.

Aus der Verwaltung der Lotterie, deren Bruttoeinnahme 1,029,872 Thlr. beträgt, ergibt sich ein Ueberschuß von 874,800 Thlr., 11,600 Thlr. mehr als im Jahr 1844.

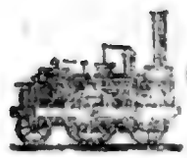
Die Verwaltung der directen Steuern liefert eine Bruttoeinnahme an Grundsteuer von 10,374,237 Thlr.; an Klassensteuer von 7,348,823 Thlr.; an Gewerbsteuer von 2,589,275 Thlr., während die Kosten und Erstattungen bei der ersten 583,378 Thlr., bei der zweiten 304,303 Thlr. und bei der dritten 104,688 Thlr. betragen. Die Summe der directen Steuern ist demnach auf 19,319,966 Thlr. angesetzt. Aus der Verwaltung der indirecten Steuern, deren Gesammtsumme 30,172,157 Thlr. beträgt, während sich die Kosten auf 3,389,829 Thlr. belaufen, bleibt ein Nettoertrag von 26,782,334 Thlr. oder 1,307,256 Thlr. mehr als im Jahr 1844. Aus dem Salzmonopol, dessen Bruttoeinnahme 7,753,818 Thlr. ausmacht, ergibt sich ein Reinertrag von 4,992,200 Thlr. oder 676,900 Thlr. mehr als im Jahr 1844. Aus der Justizverwaltung fließt eine Einnahme von 4,032,215 Thlr. oder 324,960 Thlr. mehr als im Jahr 1844. Aus dem Gewinne der Seehandlung ist, nachdem dieses Handelsinstitut sein früheres Stiftungscapital den Staatsfonds vollständig zurückgewährt hat, gemäß der Cabinetsordre vom 27. Febr. 1846 ein Betrag von 100,000 Thlr. auf den Etat gebracht worden. An verschiedenen Einnahmen, wie Einnahmen der Ministerien, Geldstrafen, herrenlosen Erbschaften ꝛc., sind 520,081 Thlr. oder 173,491 Thlr. mehr angesetzt als 1844. Der Etat schließt die Einnahme ab mit einer Summe von 64,033,697 Thlr. Der Etat für 1844 ergibt eine Einnahme von 57,677,194 Thlr. Dazu die damals außer Ansatz gebliebenen Gerichtssporteln mit 3,707,255 Thlr., macht Gesammteinnahme 61,384,449 Thlr. Mithin beträgt die Mehreinnahme für 1847 2,649,248 Thlr.

Bei der Ausgabe sind für das Staatsschuldenwesen im Ganzen 7,219,320 Thlr., oder 34,600 Thlr. weniger erfoderlich als im Jahre 1844. Für Passiva der Generalstaatskasse an Entschädigungen für aufgehobene Rechte und Nutzungen, an Zinsen für Amtscautionen, Vorschüsse ꝛc. 2,142,715 Thlr. Für die Staatsverwaltung, und zwar 1) das Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten 3,272,938 Thlr., d. h. 152,998 Thlr. mehr als im Jahr 1844. Hiervon kommen auf den evangelischen Cultus 256,922 Thlr., auf den katholischen 723,315 Thlr.; auf den öffentlichen Unterricht 1,278,901 Thlr.; für das Medicinalwesen 304,644 Thlr. 2) Für das Ministerium des Innern und für die Generalcommissionen 2,978,250 Thlr., darunter für die Landgendarmerie 630,595 Thlr.; für Straf- und Besserungsanstalten 522,918 Thlr.; für Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten, so weit dieselben nicht aus Provinzial- oder Communalfonds zu unterhalten, 149,300 Thlr.; für Musterwirthschaften, Verbesserung der Viehzucht ꝛc. 110,735 Thlr. Der Mehrbedarf dieses Ministeriums beträgt gegen 1844 225,594 Thlr. 3) Für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 735,920 Thlr. oder 6616 Thlr. mehr als im Jahr 1844. 4) Für das Kriegsministerium im Ganzen 25,770,502 Thlr., d. h. 1,166,294 Thlr. mehr als im vorigen Etat. Davon kommen indessen 174,824 Thlr. als Einnahme in Abzug, sodaß eine Ausgabenerhöhung von 991,470 Thlr. bleibt. Diese erläutert sich besonders durch Victualienzulagen an die Truppen sowie durch die Mehrausgabe für die Naturalverpflegung derselben 5) Für das Justizministerium und das Ministerium der Gesetzrevision 6,499,886 Thlr., oder 514,693 Thlr. mehr als im letzten Etat. Bereits in den Erläuterungen zu dem Etat für 1844 ist auf die durch Zunahme der Bevölkerung und des Verkehrs bedingte Vermehrung der gerichtlichen Geschäfte hingewiesen. Es haben daher auch in den verwichenen drei Jahren die Mittel zur Besoldung und Remunerirung des Justizpersonals sowie zu sächlichen Ausgaben für sehr viele Gerichte verstärkt werden müssen. Von der durch die Verordnung vom 21. Jul. 1846 eingetretenen Reform des Civilprocesses ist eine Verminderung der Kosten für die Rechtspflege und von der im Werke begriffenen Umgestaltung des Sportelwesens auch eine Ersparniß in diesem Verwaltungszweige zu erwarten. 6) Für das Ministerium des königlichen Hauses zweite Abtheilung: 100,534 Thlr. oder 625 Thlr. mehr als im Jahr 1844. 7) Für das Finanzministerium, und zwar für die Central-Finanzverwaltung 171,281 Thlr. oder 12,628 Thlr. mehr als 1844; für Handel, Gewerbe und Bauten 2,777,978 Thlr. oder 769,061 Thlr. mehr als im letzten Etat. Diese Mehrausgabe wird besonders durch den Eisenbahnfonds herbeigeführt, welcher sich gegen 1844 um 674,420 Thlr. erhöht hat. Ueber diesen Fonds ist bereits in den Erläuterungen zu dem Etat von 1844 bemerkt, daß zur Beförderung von Eisenbahnbauten zuerst für das Jahr 1843 die Summe von 500,000 Thlr. bewilligt und zugleich bestimmt worden ist, daß dieselbe jährlich um denjenigen Betrag verstärkt werden soll, um welchen das etatsmäßige Einkommen aus dem Salzmonopol gegen den Voranschlag von 1843 anwachsen wird. Diese Mehreinnahme, welche nach dem Etat für 1844: 28,300 Thlr. beträgt, ist nach den folgenden Etats allmälig bis auf 705,200 Thlr., mithin gegen 1844 um 676,900 Thlr. gestiegen. Für die Unterhaltung und den Neubau der Chausseen ist der Ansatz 2,850,326 Thlr. oder 643,526 Thlr. mehr als 1844. Darunter 1 Mill. zum Neubau von Chausseen, indem dieser Fonds vom Jahr 1846 ab um 500,000 Thlr. erhöht worden ist. Außerdem hat die Zunahme der chaussirten Staatsstraßen, welche seit dem Jahr 1844 119 Meilen beträgt, sodaß jetzt 1503 Meilen chaussirt sind, die Anstellung neuer Beamten und eine Erhöhung des Fonds zur Unterhaltung der Chausseen nöthig gemacht. 8) Für die Verwaltung des Staatsschatzes und der Münzen beträgt die Ausgabe 26,152 Thlr. oder 10,184 Thlr. mehr als im vorigen Etat. 9) Für die übrigen Centralbehörden, als Bureau des Staatsministeriums, Archiv, Oberrechenkammer, Handelsamt, Gestütsverwaltung ꝛc. 476,413 Thlr. Für die Oberpräsidien und Regierungen: 1,749,688 Thlr. oder 45,199 Thlr. mehr als im vorigen Etat.

Außer den Ausgaben für die Staatsverwaltung sind noch Ausgabeposten angesetzt für Pensionen und Unterstützungen 1,193,600 Thlr. oder 208,073 Thlr. mehr als 1844; ferner an lebenslänglichen Competenzen 1,058,919 Thlr. oder 74,084 weniger als 1844; an Leibrenten, extraordinairen Gehalten, Wartegeldern, Zuschüssen zum Gehalt: 96,539 Thlr. Endlich insgemein zur Ablösung von Passiverenten 100,000 Thlr.; zu extraordinairen Bedürfnissen, als Strom- und Hafenbauten 2,500,000 Thlr.; Dispositionsfonds zu Gnadenbewilligungen 350,000 Thlr., Alles wie 1844. Neu ein Dispositionsfonds zu Bauunterstützungen zu 100,000 Thlr.; ebenso Reservefonds zur Deckung des Mehrbedarfs bei der Naturalverpflegung der Armee von 502,736 Thlr. Zur Uebertragung der Einnahmeausfälle 500,000 Thlr., während 1844 dafür 1 Mill. angesetzt war, Zu unvorhergesehenen Ausgaben 500,000 Thlr., zu außerordentlichen Bedürfnissen namentlich bei Landescalamitäten 360,000 Thlr., wofür der Etat von 1844 1,868,000 Thlr. aussetzte. Die Summe der Ausgabe beträgt sonach wie oben die der Einnahme 64,033,697 Thlr. oder 2,649,248 Thlr. mehr als nach dem Etat vom Jahr 1844.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.



General-Versammlung

der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Zu der

auf Montag den 26. April d. J., Nachmittags 4 Uhr, im Saale des hiesigen Börsenhauses

angesetzten diesjährigen ordentlichen General-Versammlung, in welcher außer den zu veranlassenden Wahlen einiger Mitglieder des Verwaltungs-Raths,

die in der außerordentlichen General-Versammlung vom 10. d. M. gefaßten Beschlüsse über den von der Commission zur Revision des Gesellschaftsstatuts entworfenen Nachtrag zur statutenmäßig (§. 33) erfoderlichen nochmaligen Beschlußnahme vorgelegt werden sollen,

laden wir die geehrten Actionaire der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft, sowie die Inhaber der Interimsquittungen über die zu den Actien B. geleisteten Einzahlungen mit dem Ersuchen ergebenst hiermit ein,

der Bestimmung des §. 28 des Statuts gemäß in den Tagen vom 19. bis 24. April c. einschließlich, Vormittags zwischen 10—12 und Nachmittags zwischen 4—6 Uhr, ihre Actien und resp. Interimsquittungen nebst einem nach der Nummerfolge geordneten, von ihnen unterschriebenen Verzeichnisse derselben in unserer Hauptkasse im Empfangsgebäude am Askanischen Platze Nr. 6 niederzulegen.

Das Verzeichniß wird daselbst zurückbehalten und dagegen eine Bescheinigung über die Stimmenzahl des Inhabers ausgehändigt werden, welche als Einlaßkarte in die Versammlung dient.

Zugleich mit dieser Bescheinigung empfängt jeder Actionair einen Abdruck des oben erwähnten, durch die Beschlüsse vom 10. d. M. resp. genehmigten und modificirten Nachtrages zum Statut, sowie ein Exemplar des Geschäftsberichts pr. 1846.

Die Vertreter stimmberechtigter Actionaire, welche statutenmäßig Mitglieder der Gesellschaft sein müssen, haben ihre beglaubigten Vollmachten ebenfalls in der Hauptkasse niederzulegen.

Nicht erscheinende Actionaire sind den Beschlüssen der anwesenden unterworfen, welche nach §. 33 des Statuts zwar in der Regel durch absolute Stimmenmehrheit gefaßt werden, in Beziehung auf den oben speciell bezeichneten Gegenstand aber eine Mehrheit von ⅔ der Stimmen der Anwesenden erfodern.

Gleichzeitig machen wir auf die Vorschrift des §. 32 des Statuts aufmerksam, nach welcher besondere Anträge einzelner Actionaire spätestens 14 Tage vor der General-Versammlung dem unterzeichneten Vorsitzenden des Verwaltungs-Raths schriftlich mitgetheilt werden müssen, widrigenfalls die Beschlußnahme darüber bis zur nächsten General-Versammlung ausgesetzt werden kann.

Berlin, den 27. März 1847.

Der Verwaltungs-Rath der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft.

[1410] **H. C. Carl**, Vorsitzender.

Eröffnung der Königl. Sächs. priv. Dampfschiffahrt

zwischen

Dresden und Prag über Melnik.

Vom 14. April a. c. an

fahren bis auf Weiteres die beiden neuen, bequem eingerichteten Dampfschiffe

Friedrich August und **Prinz Albert**

Täglich,

mit Ausnahme des Montags, von **Dresden** nach allen Elbstationen bis **Melnik**, und von dort werden die resp. Reisenden mit guten soliden Wagen in 4 Stunden nach **Prag** befördert.

Für gute, streng rechtliche und billige Bewirthung am Bord der Schiffe ist gesorgt.

Aufnahmebureaux in **Dresden**: auf dem Dampfschiffahrts-Comptoir, Töpfergasse Nr. 7; bei Hrn. Karl Fiedler, Schloßgasse Nr. 11, sowie am Bord der Schiffe.

In **Prag**: im Hotel zum Goldenen Engel und im Hotel zum Englischen Hof.

Abfahrt von Dresden früh 6 Uhr.

Dresden, im April 1847.

[1322—24] **Die Direction.**

Im Verlage der Unterzeichneten ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz zu beziehen:

Lehrbuch der Physiologie des Menschen.

Für Aerzte und Studirende. Von Dr. G. Valentin, Professor der Physiologie und vergleichenden Anatomie an der Universität Bern. Mit zahlreichen in den Text eingedruckten Holzschnitten. Zweite umgearbeitete und vermehrte Auflage. 2 Bände. Gr. 8. Feines satinirtes Velinpapier. Geh. Erschienen ist: ersten Bandes erste Hälfte, Preis 2 Thlr.

Der Herr Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, in diesem Lehrbuche nur die Physiologie des Menschen zu behandeln; alles Fremde ist streng ausgeschlossen und eben nur die Darstellung der Thätigkeiten unsers Organismus geliefert worden. Er hält dafür, daß der heutige Standpunkt der Wissenschaft diese Concentration nöthig mache, um nicht durch Mitaufnahme solcher Verzweigungen der Physiologie, welche gewöhnlich neben ihr behandelt werden, allgemeine und vergleichende Anatomie ꝛc., das Feld für den praktischen Arzt und den Studirenden — denn für diese ist sein Werk zunächst bestimmt — zu weit und weniger übersichtlich in der Hauptsache werden zu lassen. Die neue Auflage ist nicht blos vollständig umgearbeitet und mit den neuesten Ergebnissen der Wissenschaft bereichert, sondern enthält auch eine beträchtlich größere Zahl trefflich ausgeführter Holzstiche. Die Berechnungen und Formeln, die sich auf viele Angaben beziehen, sind in besondere Anhänge verwiesen. Der Schluß des ersten Bandes erscheint Ostern, der ganze zweite Band im Laufe dieses Sommers.

Quellenkunde der vergleichenden Anatomie.

Für Naturforscher und Anatomen. Von Dr. F. W. Aßmann, Lehrer der Zootomie in Leipzig. Gr. 8. Velinpap. Geh. Preis 2 Thlr.

Braunschweig, März 1847.

[1337] **Friedrich Vieweg und Sohn.**

Verkauf einer Villa.

Eine moderne **Villa** am Mittelrhein, in der Nähe einer Stadt, mit Weinbergen und Garten versehen und von allen Seiten frei gelegen, ist wegen Familienverhältnisse zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen bei der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1067—69]

Zwei in Schriften geübte, gut empfohlene **Lithographen** finden sogleich dauerndes Engagement; hierauf Reflectirende erhalten weitere Auskunft durch

George Francke & Ponnaz

[1255—57] in Hessen-Cassel.

Ein Handlungscommis, der in einer bedeutenden Stahl- und Kurzwaarenhandlung Berlins gelernt hat, mehre Jahre in einer Stahl- und Neusilberfabrik servirte und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht ein anderweitiges Engagement. **J. A. Henckels** aus Solingen und Berlin, zur Messe Auerbach's Hof Nr. 16, wird darüber nähere Auskunft geben, auch gef. Adressen in Empfang nehmen. [1394]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. August Ackermann in Jauer mit Frl. Henriette Krause in Langenbielau. — Hr. Kaufmann Adolf Bernhardt in Berlin mit Frl. Bertha Glückmann in Posen. — Hr. Richard Grahl in Dresden mit Frl. Therese Keyser in Leipzig. — Hr. Kaufmann Henschel in Breslau mit Frl. Henriette Frankenstein. — Hr. Ernst Hilger in Schönheide mit Frl. Bianca Pusch. — Hr. Justizrath Kammerherr v. Malschitzki in Neustrelitz mit Frl. Hermine v. Lepel in Wieck. — Hr. Eduard Meyh in Oderwitz mit Frl. Henriette Sperling in Markranstädt.

Getraut: Hr. Oberlandsgerichtsassessor Berthold Delbrück in Berlin mit Frl. Laura Henning. — Hr. Karl Merbitz auf Rittergut Eckersdorf mit Frl. Henriette Fehrmann aus Sommsdorf. — Hr. Lehnsrath und Justizamtmann Karl Heinrich Geißler in Wildenfels mit Frl. Therese Röhnick. — Hr. Apotheker Heinrich Zurany in Nerchau mit Frl. Emilie Jagodzinsky. — Hr. Dr. Ernst Schellbach in Neu-Brandenburg mit Frl. Emma Müller. — Hr. Oberlieutenant Joseph Karl Friedrich Schwalb in Nürnberg mit Frl. K. Schmidt.

Geboren: Hrn. Posthalter Arndt in Lübben ein Sohn. — Hrn. Dr. A. D. Brachmann in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Dr. Breßler in Berlin eine Tochter. — Hrn. C. Ebers in Breslau ein Sohn. — Hrn. Hauptmann Hesse in Minden eine Tochter. — Hrn. Ludwig Hüser in Breslau eine Tochter. — Hrn. Julius Jäkel in Dresden ein Sohn. — Hrn. A. du Mesnil in Spandow ein Sohn. — Hrn. Dr. Meyer in Coswig ein Sohn. — Hrn. C. M. Monse in Budissin eine Tochter. — Hrn. Ernst Murjahn in Bremen eine Tochter. — Hrn. Bürgermeister Nethe in Burg eine Tochter. — Hrn. Dr. J. D. Noltenius in Bremen ein Sohn. — Hrn. Lieutenant Konstantin Rohr in Schniebinchen ein Sohn. — Hrn. F. H. Recete in Fähr ein Sohn. — Hrn. Schulvorsteher Schäffer in Berlin ein Sohn. — Hrn. Bürgermeister Schmidt in Wurzen ein Sohn. — Hrn. Dr. S. Stern in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Hr. Procureur Tobie Asser in Amsterdam. — Frau Regierungsassessor M. Bitzer in Ulm. — Hr. Kreisphysikus Dr. Böck in Frankstadt. — Frau Theodore Grzegorzewska in Pförten. — Hr. Berggeschworener Jesus Ehregott Höber in Freiberg. — Hr. Generalmajor Karl Eugen v. Imhoff in Stuttgart. — Hr. Rentier Friedrich Koch in Hülchrath. — Frau Posterpediteur Auguste Koch in Trebbin. — Frau Archidiaconus Sophie Körner in Leipzig. — Frau Gh. Nietschke in Bremen. — Hr. Johann Roßmann in Leipzig. — Hr. Wollwaarenfabrikant Christian Ehrenfried Saupe in Haynichen. — Frau Oberlandesgerichtskassenbuchhalter Weyde in Breslau. — Hr. Cantor Karl Wiesner in Bielitz.

Sonnabend — Nr. 107. — 17. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal ... Insertionsgebühren ... den Raum einer ... 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ν Von der Elbe. Die Gesandten in Griechenland. — Hr. v. Abel. Prof. Heuß. †Dresden. Die Getreidepreise. — Der Aufruhr in Baden. — Die schleswig-holsteinische Ritterschaft. *Weimar. Landtag. — Der Landtag in Meiningen.

Preußen. ×Aus Preussen. Das Kirchengebet. — Soirée beim Prinzen von Preußen. — Handelsgerichte. — Pastor Uhlich. — Hr. Bachem in Koblenz.

Oesterreich. Die türkisch-griechische Differenz. Die deutschen Preßangelegenheiten. — Munkacs und Spielberg. — Moritz Hartmann. — Das Branntweinbrennen. — Einsturz des Schanzenbergs.

Spanien. Die Anleihe des Grafen von Montemolin. General Narvaez. Hr. Egaña.

Großbritannien. Die Stellung des Whigministeriums. Das Erziehungswesen. Rundschreiben des Staatssecretairs des Innern an die Aufseher der Gefängnisse. Der Earl of Desborough. Falsche Gerüchte vom Tode Ludwig Philipp's. Die Bank von England. Die Gemahlin des türkischen Gesandten.

Frankreich. Hr. Hebert. Die Unterstützungen für die Theater. Die Verurtheilten von Buzançais. Algerien. Fürst v. Polignac. Truppen nach Vincennes. Der Insterible nach der Levante. Die atmosphärische Eisenbahn von Paris nach St.-Germain.

Niederlande. Bettler in Antwerpen.

Schweiz. Heinzen.

Italien. Rom. Cardinal Gizzi. — Verhaftungen in Piemont.

Moldau und Walachei. Der Brand in Bukarescht.

Persien. Zustände und Vorschritte.

Nordamerika. Der angebliche Sieg des Generals Taylor.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Leipzig. Concert des Hrn. Karl Schuberth. — Landwirthschaftliche Lehranstalt in Poppelsdorf. — Das neue Brot. — Fiebertinctur. — Facultät der Wissenschaften in Grenoble.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Das russische Papiergeld. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

ν Von der Elbe, 14. April. So wie der christliche Glaube unter dem Namen Himmel in einer überirdischen Welt den Ort bezeichnet, wo den armen christlichen Duldern hienieden die göttliche Belohnung für alle Leiden wird, so scheint jetzt München hier auf Erden der Ort zu sein, wo für alle Die, welche um Griechenland viel und lange haben dulden müssen, die Palmen der königl. Gerechtigkeit und Belohnung winken. Die Zeitungen bringen die Nachricht, daß der König von Baiern die wichtige Stelle eines Bundestagsgesandten zu Frankfurt a. M. — nicht, wie man geglaubt hatte, dem ehemaligen vorletzten Minister des Aeußern, Frhrn. v. Gise, sondern dem derzeitigen Ministerresidenten in Athen, Hrn. v. Gasser, übertragen hat. Wahrlich, wenn man nur etwas mit der neuern Geschichte von Baiern und Griechenland vertraut und mit den Männern bekannt ist, die eine Rolle darin gespielt haben, so sind die jetzigen Vorgänge in München im hohen Grad interessant. Hr. v. Gasser war zu derselben Zeit Gesandter in Griechenland, als die Regentschaft: Graf v. Armansperg, die HH. v. Maurer, v. Heidegg und v. Abel, sich daselbst befand. Auch er war entrüstet über das Verfahren des Grafen v. Armansperg und theilte entschieden die Ansichten der HH. v. Maurer und v. Abel. Als daher Hr. v. Maurer und Hr. v. Abel, wie ich in meinem frühern Artikel (Nr. 87) über diese beiden Herren gedachte, in Folge ihrer Opposition gegen den Grafen v. Armansperg zurückberufen wurden, theilte Hr. v. Gasser ihr Schicksal. Er war seitdem bis voriges Jahr zu München en disponibilité. Ich erinnere mich, wenn ich dieses Wort höre, immer eines Gespräches mit dem Marquis Talaru, der als französischer Gesandter für Madrid mit dem Herzoge von Angoulême bei der damaligen Expedition nach Spanien ging. „Ja, meinte er, als wir einst darüber sprachen, man sollte es nicht glauben, aber als ich später zurückberufen wurde, war ich in den ersten Monaten völlig krank durch die plötzliche Unthätigkeit, in die ich mich versetzt sah; und ich konnte auf mich anwenden, was einst ein Arzt zu einem meiner Freunde in Paris sagte, als dieser ihn fragte, was denn dem abgetretenen Minister fehle, er sehe so leidend aus: «Oh rien, Monsieur, le ministère lui est rentré.»" Ich traf Hrn. v. Gasser noch im Jahr 1841 in München an dieser Krankheit laborirend, sehnsüchtig nach dem lieben Griechenland blickend, dem er, wie Frau v. Gasser, lebhaft noch anhing und wohin sie, mitten in dem Comfort Münchens sich noch mit regem Interesse des schönen Blickes auf die Ebene von Argos von der Höhe des Palamides in Nauplia erinnernd, sich zurücksehnten.

Damals war Graf v. Waldkirch, der später in Dresden Ministerresident war, bairischer Gesandter in Athen. Als ich nach Athen kam, war er auf Urlaub, und man hoffte in Athen, daß es ein ewiger sein würde, denn er war nicht beliebt gewesen; und es ward so, er kehrte nicht zurück. Die bairische Gesandtschaft war damals in Athen drollig vertreten. Ein Handlungscommis, der außer Condition gewesen, war zum Copiren der Depeschen interimistisch angenommen worden. Er war in dieser Beschäftigung ohne eine wirkliche Anstellung geblieben; als nun gar Niemand für die bairische Gesandtschaft da war, mußte das Kind doch einen Namen haben, er erhielt den Titel Legationssecretair, und da das Provisorium länger dauerte, ward der Commis bairischer Geschäftsträger de facto. Es geht Alles. Noch während meiner Anwesenheit kam Graf Bray, der letzte Minister des Auswärtigen in München, der bisher Legationssecretair in Paris gewesen und sich mit der reichen Erbtochter eines vornehmen Hauses in Neapel vermählt hatte, als Gesandter nach Athen. Graf Bray paßte wol besser in die Salons des Faubourg St.-Germain als in das junge, aus dem Freiheitskriege hervorgegangene, gährende Griechenland. Er wurde bald darauf nach Petersburg als Gesandter versetzt, und im vorigen Jahre, eine glänzend schnelle Carrière, Minister des Auswärtigen in München. Hrn. v. Gasser's Stern fing wieder an zu leuchten. Er kam als Ministerresident wieder nach Griechenland. Jetzt ist Graf Bray als Minister des Auswärtigen wieder entlassen, geht nach Petersburg zurück, Hr. v. Maurer ist provisorischer Minister des Auswärtigen und Hr. v. Gasser geht als Bundestagsgesandter nach Frankfurt a. M.

— Wie der Weser-Zeitung aus **München** vom 8. April geschrieben wird, wäre gegen Hrn. v. Abel auch von Turin aus Einsprache geschehen. Prof. Heuß aus Speyer ist an Höfler's Stelle gekommen.

†**Dresden,** 14. April. Während im Ausland und selbst an nicht wenigen Orten des deutschen Vaterlandes die Getreidepreise jetzt in raschem Sinken begriffen sind, ist hiesigen Orts, wie in Leipzig, auffallenderweise gerade das Gegentheil wahrzunehmen. Die Preise steigen, und die Taxe für Brot und andere Backwaaren zeigt von Woche zu Woche ein kleineres Gewicht. Da Zufuhren in Aussicht stehen (für welche die Regierung durch Erlaß der Eldzölle anerkennenswerthe Erleichterung herbeigeführt hat) und der Stand der Wintersaaten freundliche Hoffnungen erweckt, so erscheint jenes Factum in der That fast unbegreiflich. Die Landbäcker, welche die Berechtigung haben, hier an den Wochenmarkttagen mit Brot feilzuhalten, haben mehrfach schon so geringe Quantitäten zugeführt, daß der Bedarf in keiner Weise gedeckt ward, und daß da die Stadtbäcker nicht im Stande sind, der plötzlich vermehrten Nachfrage ausreichend zu genügen, kann nicht Wunder nehmen. Es ist vorgekommen, daß buchstäblich kein Brot zu bekommen war, daß die Bäcker die Verabfolgung von mehr als Einem Brot an denselben Empfänger verweigert haben, ja daß die einzelnen Brote mit einem halben Neugroschen über den Preis bezahlt wurden, um sie nur zu erhalten. Wenn es dabei nirgend zu wirklichen Excessen gekommen ist, so haben wir diesen glücklichen Umstand nur dem guten ruhigen Sinne der Einwohner zu danken, da die Noth der ärmern und selbst der unbegüterten mittlern Stände, die von kleinen Gehalten (ohne Theuerungszulage) oder von dem Ertrag eines nicht umfangreichen und jetzt stockenden Gewerbes leben müssen, um so drückender ist, als auch die Kartoffeln in unerhörtem Preise stehen und selbst Hülsenfrüchte und andere Lebensbedürfnisse einen Aufschlag erfahren. Es ist zwar vor kurzem von Seiten unserer Stadtverordneten der Antrag gestellt worden, die Brotbäcker bei Verlust ihrer Concession zur Herbeiführung einer bestimmten Minimalquantität Brot für jeden Markttag zu verpflichten; indeß läßt sich dadurch eine sofortige Abhülfe des Mangels nicht erzielen, wenn es auch natürlich sehr wünschenswerth ist, daß diesem Antrag entsprochen werde. Bei so bewandten traurigen Verhältnissen ist es freudig zu begrüßen, daß der Stadtrath und die Polizeideputation zu einer Abhülfe sich entschlossen haben, so weit dieselbe durch Verordnung zu erreichen ist. (Die in dieser Beziehung erlassene Bekanntmachung ist schon gestern mitgetheilt worden.) Gleichzeitig hat die Militairbehörde sich veranlaßt gefunden, von übermorgen ab täglich 2000 Pfd. Brot (in Broten zu 3 Pfd.) von der Beschaffenheit, wie es die Garnison erhält, von der Bäckerei des Militairmagazins zum Verkauf an das Publicum zu einem dem Marktpreise des Korns entsprechenden Preise herstellen zu lassen (Nr. 105), und so steht denn zu hoffen, daß wenigstens dem empfindlichsten Mangel endlich abgeholfen sein werde.

— Die Karlsruher Zeitung vom 12. April zeigt an: „In Betreff des gestern erwähnten Revolutionsaufrufs (Nr. 106) vernimmt man aus dem Unterlande, daß einer der Verbreiter des Aufrufs erwischt und in Haft genommen wurde. Die Entdeckung dieser Spur könnte zu Weiterm führen."

— Das Mannheimer Morgenblatt bemerkt zu dem von der Mannheimer Abendzeitung mitgetheilten Bericht und Aufruf in Betreff der Unruhen im badischen Odenwalde: „Der Aufruf, den hier die Abendzeitung veröffentlichte, ist, wie wir aus guter Quelle wissen, echt. Es war nach den vortrefflichen Maßregeln, welche die Regierung getroffen, schwer, noch ein Exemplar des Aufrufs zu erhalten; aber die Abendzeitung scheint bei ihren Connexionen doch Mittel und Wege gefunden zu haben, in den Besitz eines Exemplars zu gelangen. Dieser Aufruf wurde in den Amtsbezirken Buchen, Eberbach, Mosbach, Neudenau und Adelsheim verbreitet. Der Thätigkeit und Umsicht eines Beamten, von dem die Abendzeitung sagt: «das Benehmen eines Beamten sei der nächste Anlaß zu diesem Revolutionsversuche», ist es zunächst zu verdanken, daß dieser heillose Anschlag an das Tageslicht gezogen worden ist. Die hiesige Kreisregierung soll am 9. d. M. schon im Besitz aller Actenstücke gewesen sein, welche den nöthigen Aufschluß über die projectirte Versammlung zu geben im Stande sind. Sie erließ die nöthigen Sicherheitsmaßregeln so schnell, daß am andern Tage schon ruhig der Ausführung des Planes hätte entgegengesehen werden können.

«Bekanntmachung. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge ist ein von sogenannten «Freunden des Vaterlandes» unterzeichneter Aufruf in den Amtsbezirken Adelsheim, Buchen, Eberbach, Mosbach und Neudenau verbreitet worden, worin an die dortige Bevölkerung die Auffoderung ergeht, an einer Revolution Antheil zu nehmen. Es wird darin namentlich zur Vernichtung des Adels, Vertreibung der Fürsten und Juden und Ermordung der Beamten aufgefodert. Als Zeit des Ausbruchs der Revolution ist der 12. April d. J., Vormittags 8 Uhr, bezeichnet und als Versammlungsort die sogenannte Spiesenheumatte zwischen Unterscheidenthal und Balsbach. Obgleich die unterzeichnete Staatsbehörde von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß ein solches frevelhaftes Beginnen bei dem gesetzlichen Sinne der Einwohnerschaft keinen Eingang finden kann, vielmehr mit Abscheu von der Hand gewiesen werden wird, so sieht man sich doch verpflichtet, dieselben unter Hinweisung auf die Gesetze, welche Handlungen der Art, wie sie hier beabsichtigt werden, mit den strengsten Strafen belegen, noch besonders zu warnen und sie zu ermahnen, sich diesem verbrecherischen Treiben fern zu halten. Namentlich fodert man die Einwohner auf, bei dieser verbotenen Volksversammlung nicht zu erscheinen, indem gegen die Erscheinenden unnachsichtlich nach der Strenge der Gesetze verfahren werden wird. Zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung sind übrigens die geeigneten Maßregeln getroffen. Mannheim, 9. April 1847. Großherzogl. Regierung des Unterrheinkreises. Schaaff. vdt. Schwind.»

Dem Vernehmen nach ist gegen einen gewissen Stoll und Consorten bereits der Hochverrathsproceß eingeleitet."

— In Bezug auf die Eingabe des Corps der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft vom 19. Jan. hat der König der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei Folgendes zu erkennen gegeben: „Wir wollen unserer Kanzlei zur weitern Bekanntmachung an die fortwährende Deputation von Prälaten und Ritterschaft der Herzogthümer Schleswig und Holstein hierdurch allerhöchst eröffnet haben, daß wir die allerunterthänigste Eingabe der fortwährenden Deputation von Prälaten und Ritterschaft vom 19. Jan. d. J. mit Rücksicht auf deren Fassung und Inhalt zur Ertheilung einer allerhöchsten Resolution auf dieselbe nicht geeignet befunden haben."

* **Weimar**, 14. April. Am 16. März eröffnete der Landmarschall Frhr. v. Riedesel die 18. Sitzung des Landtags mit einem Vortrag, aus welchem hier, nach den Protokollen, Folgendes mitgetheilt werden soll. Schon seit längerer Zeit und auch während des jetzigen Landtags wären mehre Stimmen über die Verhältnisse der großherzogl. Kammer und der landschaftlichen Kasse zu einander sowie über die schon im Jahr 1821 zwischen Fürst und Land deshalb zu Stande gekommene Verabschiedung laut geworden. Er wolle jetzt die damaligen Verhältnisse etwas näher auseinandersetzen, indem von den Mitgliedern nur noch wenige im Landtage säßen, er aber heute aus demselben zu scheiden im Begriffe stehe. Die erste Veranlassung zu der fraglichen Verabschiedung habe der Landtag im Jahr 1817 erhalten, wo derselbe von dem Bestehen eines jährlichen Deficits der Kammerkasse in Kenntniß gesetzt worden sei. Zugleich sei dem Landtage der Vorschlag gemacht worden, jenem Uebelstande durch die Verschmelzung des Kammer- und landschaftlichen Vermögens zu einem gesammten Staatsvermögen und Zuerkennung einer Civilliste von 300,000 Thlr. für immer zu begegnen. Aus dem von einem Ausschusse gethanen Vortrage habe der Landtag allerdings sich von dem Vorhandensein eines Deficits überzeugt, habe aber Bedenken gefunden, sofort auf jenen Vorschlag einzugehen, jedoch sich zu einer Beihülfe an die Kammerkasse verstanden und sich die weitere Erklärung bis dahin vorbehalten, wo die Finanzlage sowol bei der Kammer als bei der Landschaft ganz genau ermittelt sein werde. Später sei dem Landtag unter Beifügung mehrer in die Sache einschlagenden Rechnungen, Notizen ꝛc. die Mittheilung gemacht worden, daß derselbe sich vorzüglich mit dem Plan einer vollständigen Abgrenzung des Kammer- und Landschaftsvermögens beschäftigen möge. Der Landtag habe sich hierauf überzeugt, daß eine solche Abgrenzung der Verschmelzung des fraglichen Vermögens vorzuziehen sei, was freilich jetzt vielen Tadel erfahren habe. Da zu den gewünschten Arrangements die von dem Finanzministerium gegebenen Nachweisungen nicht hinlänglich waren, so habe der Landtag beschlossen, aus seiner Mitte eine Commission zu ernennen, welche die Finanzlage sowol der großherzogl. Kammer als des Landesvermögens genau prüfen und feststellen solle, und diese Arbeit sei auch 1821 dem Landtage vorgelegt worden, wobei noch zu bemerken, daß bei der Abgrenzung des beiderseitigen Vermögens das Interesse der Landschaftskasse ganz vorzüglich ins Auge gefaßt worden sei. Die getroffene Auseinandersetzung sowie die entworfenen Etats seien höchsten Orts genehmigt worden und das darüber promulgirte Gesetz bis jetzt in Kraft.

Der Staatsminister v. Gersdorf hielt eine kurze Rede, in der er sich hauptsächlich Dem anschloß, was der Landmarschall am Schlusse seiner Rede berührte und zu deduciren suchte, daß die Verwaltung des Kammervermögens schon um deswillen kein Tadel treffen könne, weil sich solche nur innerhalb der Grenzen des bestehenden Gesetzes bewegt habe. Abg. v. Wiedenbrugk: Einiges habe er auf den Vortrag des Landmarschalls, aber viel auf den des Staatsministers v. Gersdorf zu erwidern, und wolle sich darüber in einer spätern Sitzung äußern, wobei er dann auf eine Abänderung des Gesetzes über Trennung des Kammer- und landschaftlichen Vermögens antragen werde.

Da der Landmarschall Frhr. v. Riedesel heute sein Amt niederlegte und auch vor der Hand als Abgeordneter des ersten Standes des eisenacher Kreises aus der Versammlung schied, so nahm derselbe einen eben so herzlichen als rührenden Abschied. Der erste Gehülfe Dr. Kieser antwortete im Namen der Versammlung durch Worte des Dankes dem Scheidenden für dessen 30jährige segensreiche Wirksamkeit. Auch der Regierungscommissar Staatsrath Thon schloß sich diesen Aeußerungen des Dankes im Namen des Großherzogs und des Staatsministeriums an und sprach zugleich den Wunsch aus, daß der Landmarschall nach dem Zurücktreten aus seiner jetzigen Stellung noch lange mit seiner Erfahrung und seiner genauen Kenntniß der Verhältnisse und Bedürfnisse des Landes die von dem Ministerium und von dem Landtage gemeinsam zu verfolgenden Zwecke fördern und unterstützen möge. Unter allgemeiner Rührung der ganzen Versammlung verließ Frhr. v. Riedesel den Saal.

— Aus **Meiningen** vom 11. April berichtet man dem Frankfurter Journal: „Nach beendigter Prüfung und Anerkennung der Deputirtenwahlen und nach erfolgter Wahl des Directoriums und der Ausschüsse ist der am 20. März zusammenberufene Landtag bis zum 3. Mai d. J. vertagt, in welcher Zwischenzeit die Ausschüsse beschäftigt bleiben. Die zur Linderung des allgemeinen Nothstandes zu ergreifenden Maßregeln wurden in geheimer Sitzung verhandelt; officiell ist daher hierüber nichts bekannt geworden. Dem Vernehmen nach sind von dem Herzog aus Domainenmitteln 50,000 Fl. für diesen Zweck bestimmt und auf landesherrliche Proposition vom Landtag 100,000 Fl. aus Landesmitteln zu Vermehrung der Arbeit für die ärmere Klasse sowie zur Anschaffung von Getreide bewilligt."

Preußen.

* **Aus Preussen**, 13. April. Es ist in diesem Blatte bereits bemerkt worden, daß im allgemeinen Kirchengebete während der Dauer unsers Vereinigten Landtags für denselben bei uns gebetet werden soll. Es dürfte Ihre nichtpreußischen Leser interessiren, die bezüglichen Worte jenes Gebets zu wissen, und ich theile sie daher hier mit. Nach den Worten: „Segne uns und alle königlichen Länder," wird eingeschaltet: „Erleuchte und leite mit deinem Geiste die vereinigten Stände des Landes, daß alle ihre Berathungen und Arbeiten in deiner Furcht, in christlicher Eintracht und gewissenhafter Sorgfalt für das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes geschehen. Laß auch ihre Bemühungen dazu dienen, daß Friede und Wohlstand, Zucht und Ordnung, Wahrheit und Gerechtigkeit, Frömmigkeit und Gottesfurcht unter uns und unsern Nachkommen gedeihen und fortdauern mögen, alles ungerechte Wesen aber getilgt und der Sünden und Seufzer des Landes weniger werden." Aus den letztern Worten geht hervor, daß die vereinigten Stände nicht blos in finanzieller Hinsicht thätig sein sollen, sondern daß ihnen eine Mitwirkung bei der Gesetzgebung über materielle und geistige Bedürfnisse der Staatsbürger zustehen werde. Ob die ultramontane Partei am Rhein und im Münsterlande das obige Gebet von ihren Kanzeln ablesen wird, steht dahin. Neulich hatte sie ähnliche von Berlin aus geschickte Gebete nicht angenommen und ein westfälischer Bischof hatte es ausgemacht, daß derartige Gebete nicht vom Staate, sondern von ihm ausgehen und an seine Priester gelangen müßten. So viel steht fest, daß obiges Gebet im Allgemeinen eben so passend ist, als es im Besondern auch von jedem noch so bigoten römischen Priester gehalten werden kann.

— Die bereits erwähnte ständische Soirée bei dem Prinzen von Preußen hat am 13. April Abends in den glänzenden Räumen des Palais des Prinzen stattgefunden. Der König, die Prinzen des Hauses, die fremden Prinzen und die ständischen Deputirten beider Curien waren zugegen. Der König und die hohen Wirthe unterhielten sich vielfach auf

das herablassendste und einnehmendste mit den anwesenden Deputirten. Die Versammlung, zu der auch alle höhern Militairpersonen und Civilbeamten geladen waren, bestand aus etwa 1700 Personen und dauerte bis nach Mitternacht.

— Die 16. Nummer der Gesetzsammlung bringt ein vom 3. April datirtes Gesetz über die Errichtung von Handelsgerichten.

— Aus **Berlin** vom 9. April berichtet die Bremer-Zeitung: „Gegen Uhlich ist die Untersuchung auf Befehl des Königs niedergeschlagen worden und von einer Absetzung des in Magdeburg so beliebten Predigers nicht mehr die Rede. Wie man vernimmt, sind Uhlich auch die ihm polizeilich verbotenen Versammlungen der Gemeindeglieder in seinem Hause wieder gestattet worden."

— Aus **Koblenz** vom 10. April schreibt die Düsseldorfer Zeitung: „Soeben macht hier die Nachricht die Runde, daß die hiesige königl. Regierung unsern Oberbürgermeister Bachem darüber zur Verantwortung aufgefodert habe, daß er nicht nur die von dem Stadtrathsmitgliede Leroy gemachten Propositionen über die dem hiesigen Landtagsabgeordneten bei dem allgemeinen Landtage zu übermachenden Anträge veröffentlicht, sondern daß er sich nicht auch in Gemäßheit des §. 61 der Gemeindeordnung der Berathung darüber von Seiten des Stadtraths widersetzt, vielmehr selbst der Sitzung beigewohnt, auch einen Beschluß darüber habe fassen und letztern in Vollzug setzen lassen."

Oesterreich.

Von der Donau vom 10. April schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Da der Boden der Hauptstadt des türkischen Reichs wegen der so reizbaren Verhältnisse daselbst allerdings wenig geeignet ist, eine gütliche Schlichtung der osmanisch-griechischen Differenz zu fördern, so ist die Verständigung zwischen den fünf Großmächten in dieser wichtigen Zeitangelegenheit, wie verlautet, ihren Repräsentanten in Wien übertragen worden, die sie in wiederholten Conferenzen berathen haben, und wobei es dem österreichischen Cabinet gelungen ist, für seine Vermittelung den besten Willen hier wie in Konstantinopel zu finden. — Zur Zeit sind, sicherm Vernehmen zufolge, Berathungen über die deutschen Preßangelegenheiten in Berlin im Gange, womit die Anwesenheit des k. k. Hofraths der Staatskanzlei Frhrn. v. Werner in Verbindung gesetzt wird."

— **Von der galizischen Grenze** im April schreibt man der Breslauer Zeitung: „Unter den zur fünfjährigen Haft auf der ungarischen Festung Munkacs verurtheilten Offizieren, welche in die große polnische Verschwörung verwickelt waren und schon vor mehren Jahren entdeckt wurden, befindet sich auch ein Lieutenant Namens Auffenberg, dessen Geständnisse klar bezeugen, zu welchen Mitteln die Leiter des Complots zu greifen nicht verschmähten und welch bedeutenden Einfluß in dieser Angelegenheit die Frauen entwickelten. — In der Festung Spielberg bei Brünn wird an einer Erweiterung der Gefängnisse mit großer Energie gearbeitet, denn es soll daselbst für nicht weniger als 800 politische Verbrecher Raum geschafft werden. Das Resultat des gegen die Gefangenen des letzten Aufstandes eingeleiteten Processes scheint dieses beträchtliche Contingent an die Staatsgefängnisse abliefern zu sollen, und um dem nahenden Bedürfnisse zu genügen, wird dem Hauptgebäude des Spielbergs ein neues Stockwerk aufgesetzt."

— Gegen Moritz Hartmann war ein Hochverrathsproceß wegen seiner Dichtung „Kelch und Schwert" eingeleitet worden. Der Berlinischen Zeitung wird jetzt aus **Prag** vom 5. April gemeldet, daß dort die Nachricht aus Wien eingegangen, der Hochverrathsproceß gegen Hartmann sei gänzlich niedergeschlagen worden. Von Instanz zu Instanz sei die Anfrage gegangen, ob ein solcher wegen „Kelch und Schwert" eingeleitet werden solle, bis die höchste Behörde zu Wien eine eigne Commission von sieben Hofräthen zur Entscheidung in dieser Angelegenheit niedergesetzt habe. Drei hätten gegen, drei für Moritz Hartmann gestimmt. Bei der Gleichheit der Stimmen hätte der Präsident den Ausschlag gegeben, indem er für gänzliche Niederschlagung des Processes stimmte.

— In Oesterreich sind, wie dem Schwäbischen Merkur aus **Wien** geschrieben wird, die Grundherren angewiesen worden, einstweilen keine gebrannten Wasser aus Getreide zu erzeugen und dieses vielmehr um billige Preise den Bedürftigen abzulassen.

— Die Pesther Zeitung schreibt aus **Paks**: „Wer unsere Donau bereiste, wird wol das zwischen Paks und dem Dorfe Kömlöd an der Donau hervorragende Gebirge, unter Anderm auch den sogenannten steilen Schanzenberg gekannt haben. Das ganze Gebirge ist mit den herrlichsten Weinreben und Obstbäumen bepflanzt, und der Schanzenberg bot die herrlichste Aussicht auf die jenseitige Gegend der Donau. Dieser Schanzenberg ist nicht mehr. Am 20. März Vormittags trieben die hiesigen Fischer noch unter demselben ihr Fischerhandwerk, und zwischen 11 und 12 Uhr erscholl es: der Schanzenberg ist versunken! Die Ursache dieses schauervollen Phänomens konnte für jetzt noch nicht mit Gewißheit ermittelt werden; es war keine Spur von einem Erdbeben, wahrscheinlicher ist wol, daß die Donau seit Jahrhunderten den Grund des ihr trotzenden Berges unterminirt und so den Einsturz herbeigeführt hat. Der versunkene Berg hat sich dafür aber auch an seiner Gegnerin wie der sterbende Simson an den Philistern gerächt und den Grund der Donau auf mehren Stellen, und zwar wo diese am tiefsten war, aufgewühlt, wodurch Millionen größerer und kleinerer Steine und Fossilien ans Tageslicht gefördert wurden. Der einst steile Berg bildet nun ein von vielen tausend Rissen zerklüftetes Ufer, aus denen viele kleinere Quellen in die Donau sprudelnd sich ergießen, und die zahllosen entwurzelten Weinreben und Obstbäume liegen nun zerstreut auf demselben umher.

Spanien.

Der Heraldo versichert nach zuverlässigen Berichten aus **London**, daß es dem Grafen von Montemolin keineswegs gelungen sei, eine Anleihe sich zu verschaffen (die «Presse» behauptete noch dieser Tage das Gegentheil). Dasselbe Blatt äußert sich misbilligend über die Vivas und den Zuruf: Lang lebe die constitutionelle Königin! mit welchem die Königin wiederholt auf den Straßen, im Theater, sowie bei einem Stiergefecht empfangen wurde, zu welchem sie sich mit ihrem Schwiegervater, dem Infanten Don Francisco de Paula und es scheint ohne die Begleitung ihres Gemahls begeben hatte. Von den Vivas, meint der Heraldo, komme es nur zu leicht zu Beleidigungen von Personen und zu Thätlichkeiten und Blutvergießen. Viel Aufsehen machte in Madrid die Kunde, daß die Königin Christine dahin zurückzukehren im Begriffe stehe und ein am 6. April gehaltener Ministerrath, nach welchem General Don Manuel de la Concha angeblich mit Aufträgen an Christine abreiste, veranlaßte die mannichfaltigsten Gerüchte. Unter andern hieß es, daß der General Vollmacht habe die Rückkehr der Königin nöthigenfalls durch Verhaftung derselben, wenn er sie schon auf spanischem Gebiet antreffen sollte, zu verhindern. — Die Ernennung des Herzogs v. Valencia (Narvaez) zum Botschafter in Paris an Hrn. Martinez de la Rosa's Stelle wird vom 7. April aus Madrid von Neuem versichert. Der Tod eines Sohnes des Herzogs verzögert indessen vielleicht den Antritt der Mission. Der entlassene Palastintendant Egaña macht im Heraldo bekannt, daß die von andern Blättern gegen ihn und sein Benehmen nach dieser Entlassung erhobenen Beschuldigungen (Nr. 105) gänzlich unwahr seien, daß er nie Einfluß auf die Königin ausgeübt und seit dem 30. März dieselbe nicht gesprochen habe, daher der angebliche Auftritt in deren Gemächern eine Unmöglichkeit sei. Er habe dem Befehle der Königin mit der größten Gewissenhaftigkeit gehorcht.

— Die Gaceta de Madrid vom 6. und 7. April bringt abermals verschiedene Ernennungen zu wichtigen Stellen. Der General und Senator Don Laureano Sanz, gewesener Kriegsminister, ist zum ordentlichen Mitgliede des Staatsraths und Vicepräsidenten der Section desselben für die Colonien ernannt worden; die dadurch erledigte Generalcapitainsstelle von Granada ist dem bisherigen Generalcapitain von Andalusien, General Ricardo Shelley, die von Andalusien dem General Juan de la Pezuela ertheilt, endlich der interimistische Generalcapitain von Estremadura, Generalmajor Fernando de Norzagaray, definitiv dazu ernannt worden.

Großbritannien.

London, 11. April.

Die Stellung des dermaligen Whigministeriums im Parlamente, dessen Auflösung aber von Manchen noch im Laufe des Jahres vermuthet wird, erscheint vollkommen gesichert; darum dürfte jedoch in dem neugewählten noch nicht zuversichtlich auf Erneuerung dieser Stellung und deren Behauptung zu zählen und darin ein Grund zu suchen sein, aus welchem die Auflösung minder bestimmt zu erwarten ist. Die Persönlichkeiten, welche hervorragend dabei in Betracht kommen, scheinen das zu bedingen. Es ist von den jetzt an der Spitze der Verwaltung stehenden Führern der modernen Whigs nicht zum ersten Male behauptet worden, daß sie wol die Namen, allein nicht auch die Talente der alten Whigs besitzen, die ein Jahrhundert lang für die constitutionelle Freiheit gegen die Doctrinen vom göttlichen Recht, gegen Absolutismus und geistliche Suprematie wacker gestritten haben, welche auf dem Banner der Tories standen. Der bedeutendste dieser Führer bleibt Lord John Russell, ein Mann von Entschiedenheit, Redlichkeit und vielem politischen Takt, festfußend auf den alten Principien der Whigs, ohne gleichwol bei der gegenwärtigen Spaltung und Verwirrung der gewohnten Parteien damit viel anfangen zu können. Auch Lord Morpeth stammt von einer großen Whigfamilie ab, besitzt Talent und politisches Wissen, hat auch den besten Willen, ist aber noch nicht zu sehr ansehnlichem Einfluß im Parlament und im Lande gelangt. Für die politische Debatte ist Lord Palmerston Meister, die Handelswelt kann sich aber von dem Argwohne gegen die ihm zugeschriebenen kriegslustigen Tendenzen noch immer nicht frei machen. Durch Talent und Rednergabe tragen die HH. Macaulay und Sheil zum Glanze der Partei viel bei. Der Staatssecretair für das Innere, Sir George Grey, und der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, sind ausgezeichnete Verwaltungsmänner, eigentlich aber ist und bleibt wie gesagt Lord J. Russell der einzige von den Führern der Whigs im Unterhause, der wahres Vertrauen im Lande besitzt. Im Oberhause haben die Whigs keinen überwiegend sich geltend machenden Führer, denn der Marquis of Lansdowne ist zwar ein liberaler und einsichtiger, aber mit

Talent wenig begabter Mann, und der Earl Grey, Staatssecretair für die Colonien, Sohn des verstorbenen Premierministers, hat einen zu reizbaren und anmaßlichen Charakter, um trotz seiner Talente sich Einfluß erworben zu haben. Der Earl of Clarendon endlich ist zwar ein gewandter und geschickter, allein angestrengter Thätigkeit nicht zugethaner Mann und gibt sich lieber mit auswärtigen Angelegenheiten als mit dem ihm zugewiesenen Handelsdepartement ab. Die neuern Whigs sind seit Anfang dieses Jahrhunderts mit Ausnahme weniger Jahre drei Jahrzehende nicht im Besitze der Gewalt gewesen; allein in der Opposition waren sie so mächtig, daß die Tories mit Wellington und Peel an der Spitze genöthigt waren, die Lieblingsmaßregel derselben, die Emancipation der Katholiken, durchzuführen. Dieser Schritt spaltete damals die Tories in zwei Fractionen, und die Whigs benutzten das, um ins Ministerium zu kommen; das Verlangen nach einer Verbesserung des Systems der Repräsentation im Parlamente ward das Mittel dazu. Die modernen Whigs traten an die Spitze der Bestrebung für Parlamentsreform, während die alten Whigs als reine Aristokraten der Einmischung des Volks in die Politik entgegen waren, den höhern Klassen das Wahlrecht vorbehalten wollten, und Fox, das letzte Haupt der alten Whigs, der parlamentarischen Reform bestimmt widersprach. Als unter Peel's Leitung die Tories wieder ans Ruder gekommen, führte seine Verwaltung abermals zu Dem, was die Opposition betrieb, zur Aufhebung der Getreidegesetze. Dieser Schritt aber spaltete gleich der Emancipation der Katholiken die Tories von neuem, und ein Theil derselben half den Whigs nun den von ihnen des Verraths bezüchtigten Premier stürzen, denn die Getreidegesetze wurden von den im hergebrachten Vorurtheile befangenen Tories mit der Constitution und der Hochkirche fast identificirt. Den Whigs hat jedoch die von Sir R. Peel bewirkte Aufhebung der Getreidegesetze Gelegenheit zu einem populairen Triumph entrissen, was auch von vielen Tories zu Gunsten Sir R. Peel's anerkannt wird und ihm im neuen Parlament, in das viele Mitglieder gelangen dürften, die nach keiner der beiden Hauptseiten Verpflichtungen eingegangen sind, in Verbindung mit seiner Beredtsamkeit und seinen überwiegenden politischen und finanziellen Talente, und da er das Vertrauen der Handelswelt und eines Theiles der Mittelklasse auch für sich hat, große Vortheile sichern wird.

— Das Vorhaben der Regierung, zur Verbesserung des Erziehungswesens umfängliche Schritte zu thun und noch mehr vorzubereiten, hat eine große, Dem entgegenlaufende Bewegung in den Dissentergemeinden des nördlichen Englands hervorgerufen, welche besorgen, es möchte dem hochkirchlichen Einflusse dadurch eine neue Handhabe geschaffen werden. Wir haben bereits mehrmals von Dissenterdeputationen berichtet, welche mit Gegenvorstellungen bei dem Premierminister erschienen sind. Gegenwärtig werden vielfache Versammlungen von Dissentergemeinden abgehalten, um den Planen der Regierung noch entschiedener entgegenzuarbeiten, die auch dadurch den Argwohn der Dissenter rege gemacht zu haben scheint, daß sie mit der Hochkirche auf sehr guten Fuß zu kommen gewußt hat. Gleichwol trägt die beabsichtigte Maßregel der Regierung keinen ausschließlichen Charakter. Es handelt sich dabei zunächst um Verbesserung der Lage der Schullehrer im Allgemeinen und ohne Unterschied, ob dieselben mit der englischen Kirche oder mit andern christlichen Bekenntnissen in Verbindung stehen. Eine ansehnliche Summe wird dazu dem Comité des Geheimenraths, welches die Unterrichtsangelegenheiten speciell bearbeitet, zur Vergebung an solche Lehrer überwiesen werden, welche gewisse Prüfungen bestehen, und dann jährliche Zuschüsse erhalten sollen, um ihre Einnahmen auf 100—120 Pf. St. zu bringen. Versammlungen im entgegengesetzten Sinn und also zu Gunsten des ministeriellen Planes haben in Manchester (Nr. 106) unter Theilnahme vieler Geistlichen und in York stattgefunden, wo Lord Morpeth, der Oberintendant der Waldungen und Forsten, dabei den Vorsitz führte.

— Da die Deportation männlicher Sträflinge nach Australien aufhören wird, so hat Sir George Grey, Staatssecretair des Innern, ein Rundschreiben an die Aufseher der Gefängnisse erlassen, worin dieselben aufgefodert werden zu berichten, welche Disciplin in den unter ihnen stehenden resp. Grafschafts- oder Ortsgefängnißhäusern eingeführt ist, wie groß im abgelaufenen Jahre die Zahl der gleichzeitig darin verwahrten Gefangenen war und wie viel Gefangene darüber ohne Störung der Hausordnung aufgenommen werden können, indem ein Theil der zur Deportation Verurtheilten künftig auf diese Weise untergebracht werden müsse. Eine Vermehrung des Aufwandes werde ihnen daraus jedoch nicht erwachsen, da durch besondere Bewilligung des Parlaments für den Unterhalt dieser Gefangenen gesorgt sei.

— Der Lordlieutenant von Irland, Earl of Besborough, ist von einem Unwohlsein befallen worden. Eine kurze Erholung von den außerordentlich anstrengenden Geschäften seiner höchst schwierigen Stellung werde ihm nach den Daily News dringend anempfohlen. Nach einem Schreiben aus Dublin im Globe hätten allerdings zwischen dem Lordlieutenant und dem Secretair für Irland, Hrn. Labouchere, Meinungsverschiedenheiten obgewaltet, was die Times (Nr. 103) nicht gelten lassen wollte.

— Ein der Morning Post zugesendetes anonymes Schreiben mit der Nachricht von einem Krankheitsanfalle, welchen der König der Franzosen am 7. April erlitten haben sollte, wirkte ungeachtet der seine Veröffentlichung begleitenden Bemerkung, daß directe Nachrichten aus Paris vom 7. April Abends durchaus nichts von dieser Angabe aus unbekannter Hand wüßten, auch bei der französischen Gesandtschaft keine derartige Meldung eingegangen sei, gestern ungünstig auf die Börse. Die Bank von England beobachtet ein sehr vorsichtiges Verfahren bei ihren Discontirungen und weist alle Papiere ab, wo sie argwohnt, daß das Geld dafür zur Ausfuhr bestimmt sei.

— Der Cheltenham Looker on kommt auf die Anwesenheit der Gemahlin des türkischen Gesandten bei dem letzten Drawingroom der Königin zurück, und wirft die Frage auf, was das Hofmarschallamt wol anfangen würde, wenn ein solcher osmanischer Botschafter, der bekanntlich vier Frauen haben dürfe, einmal mit Frau Botschafterin Eins bis Vier nach Hofe kommen wolle? Bedenken der Art schienen denn auch vorgewaltet zu haben bei den diplomatischen und Hofauteritäten, indem die erwähnte Dame nicht mit den Formalitäten und Ceremonien, die bei Vorstellung der Gemahlin eines fremden Ministers üblich wären, eingeführt worden sei.

Frankreich.

Paris, 12. April.

Der neue Justizminister und Siegelbewahrer Hr. Hebert ist in Pont-Audemer bei der nothwendig gewesenen Neuwahl in die Deputirtenkammer mit 434 gegen 29 Stimmen wiedergewählt worden.

— Die Budgetcommission hat bei der Prüfung der für das Ministerium des Innern gefoderten Credite die den Theatern zu gewährenden Unterstützungen besonderer Erwägung unterworfen. Für das Théâtre français ist eine Erhöhung derselben von 300,000 auf 400,000 Fr. beantragt. Die Commission hat in dieselbe unter der Voraussetzung gewilligt, daß noch vor dem Budgetvotum die für dieses Theater in Bearbeitung sich befindende Reform der Verwaltung desselben vorgelegt werde. Die Subvention für das Odéon oder sogenannte zweite Théâtre français ist von 100,000 auf 60,000 Fr. herabgesetzt. Ueber die 620,000 Fr. für die königl. Akademie der Musik hat ebenfalls eine lebhafte Erörterung stattgefunden.

— Der Cassationshof hat die Berufung des in Quimperlé in die Deputirtenkammer gewählt gewesenen Hrn. Drouillard und der mit ihm wegen Bestechung von Wählern durch den Assisenhof von Maine und Loire verurtheilten Personen (Nr. 99) in allen Punkten verworfen.

— Die «Presse» theilt von den jüngsten Verhandlungen des Comité der Deputirtenkammer über Algerien mit, daß von demselben nach vernommener Kunde von einer beabsichtigten Expedition nach Kabylien der Kriegsminister um Auskunft ersucht worden sei. Dieser habe bejaht, daß auf Marschall Bugeaud's dringendes Verlangen eine solche Expedition gegen den bestimmten Wunsch der Kammer gutgeheißen worden, und ein Schreiben des Marschalls vorgelegt, worin es unter Anderm heiße: „In Kabylien herrscht tiefe Ruhe, und es scheint mir, daß jetzt der passende Augenblick zu einer militairischen Promenade in diesem Gebiete sei.“ Das Comité hielt es bei der Wichtigkeit der Sache für nothwendig, durch einen förmlichen Beschluß gegen dieses sinnlose Vorhaben Verwahrung einzulegen und diesen Beschluß dem Kriegsminister mittheilen zu lassen. Vermuthlich wird des Marschalls erneute Erkrankung die Sache factisch verhindern.

— Die Réforme hatte angezeigt, daß der Sohn des Fürsten v. Polignac um einen Platz in der Pairskammer anhalten wolle, weil er Rechte darauf habe, indem sein Vater vor dem Gesetz über Aufhebung der Erblichkeit bürgerlich todt erklärt worden sei. Die Union monarchique erklärt sich jetzt autorisirt, Dem entschieden zu widersprechen.

— Von Laon sind zehn Batterien Artillerie und von Lafère das dort garnisonirende 6. Artillerieregiment nach **Vincennes** beordert worden.

— Man schreibt vom 6. April aus **Toulon**, daß das Linienschiff Inflexible Befehl erhalten habe, unverzüglich nach der Levante abzusegeln. Man bezweifelt, daß es zu dem Zwecke geschehe, das Linienschiff Triton dort abzulösen, und glaubt, daß es die französische Station in jenen Gewässern, wohin neuerlich britische Kriegsschiffe von Malta abgegangen sind, zu verstärken bestimmt sei.

— Die atmosphärische Eisenbahn nach St.-Germain wird am 14. April eröffnet werden.

Belgien.

In **Antwerpen** wurden am 9. April Abends eine Anzahl Mädchen, die das erste Mal zum Abendmahl gegangen waren, an den Kirchthüren bei ihrem Nachhausegehen von einem Haufen Bettler angefallen, die ihnen die Kleider zerrissen, die Geldbörsen und die reichverzierten, mit silbernen Klappen versehenen Gebetbücher wegnahmen.

Schweiz.

Die Revue de Genève sagt: „Ein genfer Correspondent der augsburger Allgemeinen Zeitung hatte berichtet, Heinzen weile in Genf und vertheile revolutionaire Schriften unter die dortigen deutschen Handwerker, welche den größern Theil der zahlreichen dort lebenden Fremden ausmachen. Daß Heinzen dort weilt, ist Thatsache; denn in der letz-

les Revue de Genève ist eine Erklärung von ihm zu lesen, in der er unter Anderm betheuert, in Genf nicht einen einzigen deutschen Arbeiter zu kennen oder gesprochen zu haben. Die Revue de Genève bezeugt ihrerseits, daß Heinzen dort sehr zurückgezogen lebe, die Gelegenheit abwartend, nach Amerika abzureisen. Mit Bezug auf die deutschen Handwerker bemerkt die Revue de Genève: Es werden deren hier 5—600 sein, was ein kleiner Theil der hier lebenden Fremden ist."

Italien.

Rom, 6. April. Cardinal Gizzi hat wegen fortwährender Kränklichkeit um seine sofortige Entlassung von dem Staatssecretairposten gebeten. Der Papst hat zwar den Antrag zunächst noch abgelehnt, wird aber, wie man mit Bestimmtheit annehmen darf, dennoch dem Willen des Cardinals nachgeben. Daß die Gründe, die den Letztern zu diesem Schritte vermögen, genügend sind, ist gewiß: da es eben seine Gesundheitsumstände ihm unmöglich machen, die pünktliche Treue des zahlreichen Personals mit der unerlaßlich nothwendigen Sorgfalt zu überwachen. Es hat sich in der letzten Zeit namentlich hinlänglich ergeben, daß selbst in dessen Bureau sich noch verkappte Anhänger der zum Glück des Staats gestürzten Partei befinden, welche in der ihnen angewiesenen Sphäre insgeheim das Vertrauen ihres Chefs misbrauchten und diesen dadurch compromittirten. Auch hat Gizzi's Popularität sich in etwas gemindert, da ihm seine fortwährende Kränklichkeit zugleich die Kraft benimmt, das Gute und Treffliche, das er beabsichtigt, auf energische Weise durchzusetzen. Wie sich die Sachen nach Gizzi's Abgange gestalten werden und wer mit diesem höchst wichtigen Posten betraut werden wird, ist für den Augenblick noch unbestimmt. Doch wird Pius IX. mit seiner feinen Menschenkenntniß gewiß eine gute Wahl treffen, zumal da die letztere frei und nicht an gewisse Würden gebunden ist. Ueberaus hoch in seiner Achtung steht der Governatore Grassellini: wir wissen aus sicherer Quelle, daß er denselben unter seiner ganzen Umgebung als den thatkräftigsten, genialsten und von seinen Ideen am innigsten durchdrungenen Mann anerkannt hat. (N. C.)

— Der Kölnischen Zeitung wird aus **Turin** vom 20. März geschrieben: „Es läuft soeben bei der Redaction unter vorstehendem Datum folgende Privatcorrespondenz ein: «Sie werden bereits erfahren haben, daß man in Piemont Verhaftungen vorgenommen hat. Glauben Sie deswegen nicht, daß der König die Bahn des Fortschritts verlassen, die er aufrichtig eingeschlagen hat. Die Verhafteten sind Buchhändler, welche communistische, von Uebertreibungen gegen alle Regierungen angefüllte Flugschriften verbreiteten. Ein italienischer, zu Lausanne wohnender Buchhändler befand sich in demselben Augenblick unter einem falschen Namen zu Turin. Er nahm die Flucht, seinen Reisekoffer im Hotel Feder im Stiche lassend. Die Polizei hat denselben in Beschlag genommen und darin einen merkwürdigen Briefwechsel zwischen der österreichischen Polizei und einem milanesischen, zu Lausanne wohnenden Flüchtlinge Namens Bona entdeckt. Es wurde darin Bona unter Anderm die Weisung ertheilt, die Häupter der gemäßigten Partei in Italien, und namentlich die HH. Balbo, Conta und Azeglio, anzugreifen, mit der Bemerkung, man müsse verhindern, daß Jemand populair genug werde, um zu Einfluß in seinem Lande zu kommen.»"

Moldau und Walachei.

Wiener Zeitungen haben folgende Berichte aus **Bukarescht** vom 5. April: „Gestern, am Ostersonntage um 12 Uhr, brach mitten in Bukarescht, in einem Stadttheile, wo die Straßen eng und die schlecht gebauten, meist noch mit Schindeln gedeckten Häuser nicht durch Höfe und Gartenmauern getrennt, sondern an einander gebaut oder durch hölzerne Buden und Häuschen verbunden sind, Feuer aus. Bei einem heftigen Wind entzündeten sich sogleich auch entferntere Häuser, sodaß bereits um 1 Uhr eine furchtbare Feuermasse, mit dem Winde fortschreitend, durch keine Löschanstalten hätte aufgehalten werden können. Der Hospodar, vom Beginn des Feuers an den gefährlichsten Stellen weilend, mußte die Anstrengungen der Löschmannschaften nur darauf richten, das entfesselte Element wenigstens auf die Richtung des Windes von der dicht mit Häusern besetzten Mitte der Stadt gegen die Grenze derselben zu beschränken, wo die Häuser zwischen Gärten zerstreut stehen. Es gelang, daß an zwei gefährlichen Stellen durch ausdauernde Anstrengungen dem Weitergreifen des Brandes nach mehren Seiten hin Einhalt gethan wurde. Aber groß ist die Verwüstung, welche das Feuer in der Richtung des sturmähnlichen Windes, welcher bis heute Morgen geweht, angerichtet hat. Mit dem Winde legte sich auch die Wuth des Feuers, welches fast keine Nahrung mehr fand, da es an die Grenzen der Stadt gekommen war. Es läßt sich bis jetzt kein Detail berichten. Um aber die Größe des Unglücks anzudeuten, dürfte genügen, daß ein Viertheil der Häuser Bukarescht's (ein Baumeister gibt mehre Tausend Häuser an) niedergebrannt und daß eine Anzahl Menschen verbrannt ist, welche man soeben auf verschiedenen Kirchhöfen begräbt. Die Häuser entzündeten sich so schnell, daß die meisten Betroffenen nur das Leben retten konnten, so der griechische Generalconsul mit Familie. Leider hat der größte Verlust den Handelsstand getroffen, da eine große Zahl von Gewölben und Magazinen mit allen Waaren verloren ging.

In diesem Augenblick, Ostermontag 2 Uhr Nachmittags, rauchen die Trümmer der ungeheuern Brandstätte, und es ist nur zu wünschen, daß nicht ein weiterer Ausbruch des Feuers das große Unglück noch vermehre. Durch die Wendung, welche das Feuer gleich anfangs nahm, wobei es sich dem Agentiegebäude näherte, sah sich der Agent für die Walachei Hr. v. Timoni genöthigt, auf die Sicherheit der Archive und der Kasse bedacht zu sein; durch Abreißung mehrer Häuser wurde aber dieser Seitenrichtung des Feuers glücklich Einhalt gethan. Nicht so glücklich war aber das hiesige Kloster der siebenbürgischen Franziskaner, welches gleich anfangs sammt der Kirche in Zeit von einer Viertelstunde in Feuer aufging, sodaß die PP. Franziskaner durchaus nichts, weder an Kirchen- noch Klostergut retten, sondern sich flüchten mußten, um nicht zu verbrennen, was einem Dienstboten, welcher seine Effecten bergen wollte, widerfahren ist. Auch der katholische Bischof Molajoni hat sein Haus, in welchem derselbe eine Mädchenschule auf seine Kosten errichtet hatte, sammt allen seinen Effecten verloren."

Persien.

Aus **Tauris** schreibt man unterm 29. Jan.: „Wir erfahren, daß der persische Ingenieur Mirza-Dschafer-Khan, welcher in der Eigenschaft eines Geschäftsträgers des Schahs lange Zeit in Konstantinopel war, den Befehl erhalten hat, sich nach Bagdad zu begeben, wo die Lösung der türkisch-persischen Frage seine Gegenwart bald erheischen wird. Man sieht mit Vergnügen, daß persischerseits die Wahl eines Unterhändlers auf einen so aufgeklärten als versöhnlichen Mann gefallen ist. Durch ihre an Europa grenzende Lage ist die Türkei den persischen Ländern in Vielem vorangeeilt; aber eben die zahllosen Verbesserungen, welche in jenem Lande vor sich gehen, haben Persien bewogen, ihm auf der Bahn des Fortschritts, Dank dem aufgeklärten Sinne seines Souverains, zu folgen. Man würde fruchtlos in der Geschichte Persiens eine Epoche seit Nadir-Schah suchen, wo das Wohlergehen dieses Staates größer, wo sein innerer und äußerer Einfluß gewichtiger, wo die denselben bildenden heteregenen Bestandtheile mehr vereinigt, wo die Gewalt mehr centralisirt und wo der störrische Sinn der nomadischen Stämme mehr in Schranken gehalten worden wäre. Die ohnmächtig gewordenen Stämme des Auslandes widmen sich friedlich dem Ackerbaue; die Turkomanen und Beludschen, welche unter der Regierung Feth-Ali-Schah's noch so rührig waren, würden sich nicht getrauen, in das Innere Persiens vorzudringen. Die Beludschen sind machtlos, und die Streifereien der Turkomanen, welche sich auf die Plünderung einiger Dörfer an der äußersten Nordgrenze des Khorasan und Mazanderan beschränken, fallen häufiger zu ihrem Nachtheile als zu ihrer Bereicherung aus; auch werden die von ihnen unlängst erfahrenen Züchtigungen (die ihnen bevorstehenden ungerechnet) ihren kriegerischen und zerstörenden Eifer gewiß abkühlen. Der Handel Persiens ist so blühend als möglich und von allen Hemmungen frei. Alle Waaren ohne Unterschied zahlen bei Ueberschreitung der Landgrenze einen fixen Zoll von 5 Proc. sowie eine äußerst unerhebliche Umlaufsteuer in zwei oder drei Zwischenstationen. Die Sicherheit der Straßen und der dem Handelsstande gewährte Schutz sind bemerkenswerth; ebenso werden die Vorrechte der hier ansässigen Europäer mit großen Rücksichten beachtet. Die Finanzen Persiens sind zwar in einem gedeihlichen Zustande, nur wäre zu wünschen, daß in der Art ihrer Administrirung eine Aenderung geschähe. Die Steuern fließen nämlich nicht wie in andern Staaten in den Staatsschatz zur Bezahlung der Armee und der Beamten; Letztere erhalten in Persien Krondörfer, welche im Lande unter dem Namen «Tujul» (Lehen) bekannt sind, wobei Jene durch Erpressungen kleine Tyrannen der Inwohner werden. Bei diesem Zustande der Dinge hat sich die Regierung nur kleine Hülfsquellen, um zufällige Ausgaben bestreiten zu können, vorbehalten. Diese Einnahmen beschränken sich auf die Einkünfte aus einigen Kronstädten, aus den Geschenken der Kabis an den Schah, aus den verpachteten Zöllen und aus den Geldbußen, welche den irgend einer Veruntreuung öffentlicher Gelder schuldig gewordenen Großen auferlegt werden. Das persische Heer ist nicht mehr jener tapfere, aber undisciplinirte Schwarm, welcher zeitweise gleich den Heuschrecken über ein Land herfiel und es nur verließ, wenn es ganz ausgesaugt war. Gegenwärtig haben die europäische Taktik und Zucht darin Platz gefunden; dasselbe zählt an 60 Bataillone zu je 1000 M., mit Bayonnetgewehren, nach englischer Art exercirend, bewaffnet. Die Artillerie des Schahs ist 300 Belagerungs- und 300 Feldgeschütze stark und liegt nebst Pferdegeschirren, Patronen, Congreveschen Raketen, Kugeln und andern Geschossen im Zeughause von Teheran. Der öffentliche Unterricht hat seit einigen Jahren in Persien Fortschritte gemacht. Eine Menge junger Herren vom Stande hat sich auch auf die französische Sprache gelegt und spricht sie mit Leichtigkeit. Der Schah muntert diesen Wetteifer auf und belohnt die Emsigen dadurch, daß er sie zur Vollendung ihrer Studien, dann zur Ausbildung in den vorgeschriebenen Fächern nach Frankreich sendet. Teheran und Tauris besitzen Buchdruckereien."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die von Neuorleans-Zeitungen gebrachten, allerdings sich selbst als unzuverlässig darstellenden Nachrichten von einem angeblichen Siege General Taylor's in der Nähe von Saltillo über Santa Anna (Nr. 104) werden im North American von Philadelphia bestimmt verneint. General Caß, heißt es dort unterm 12. März, traf von Baltimore ein und hat aus Hrn. Buchanan's eignem Munde vernommen, daß von Taylor Depeschen von spätern Datum als das Treffen stattgehabt haben sollte, eingegangen waren, die kein Wort davon enthielten.

Personalnachrichten.

Todesfälle. Am 11. April starb in München Hofrath Dr. Berger, Universitätsprofessor und Director der Hebammenschule.

Wissenschaft und Kunst.

* Leipzig, 16. April. Am 18. April wird Hr. Karl Schuberth, der ausgezeichnete Violoncellist aus Petersburg, im Saale des Gewandhauses eine musikalische Matinée veranstalten. Das technisch wie geistig höchst durchgebildete glänzende Spiel des Künstlers, welchem bereits im letzten Abonnementconcert hier die lebhafteste Anerkennung zu Theil wurde, steht noch in so frischem Andenken bei uns, daß wir gern die Gelegenheit wahrnehmen, auf den bevorstehenden Kunstgenuß aufmerksam zu machen. Hr. Schuberth wird sowol in fremden als eignen Compositionen — Concert von Romberg, Magio und Mazurka, Nocturno für zwei Violoncellos ꝛc. — die Vielseitigkeit seines Talents darthun. Wir zweifeln nicht, daß er sich neue Lorbern erringen und auch diesmal die Theilnahme finden werde, welche sein Spiel, als das eines Virtuosen ersten Ranges, verdient.

— Aus Wien vom 8. April wird dem Schwäbischen Merkur geschrieben: „Die wohlmeinende Freude, womit einige Journale die Erfindung des hiesigen Chemikers Pellak, wohlfeiles Brot aus den Ueberbleibseln von ausgepreßtem Rapssamen zu backen (Nr. 93), verkündeten, muß leider sehr zusammenschmelzen, da der Genuß solchen Brotes als der Gesundheit nicht zuträglich erkannt und die Bereitung desselben von der Landesregierung untersagt worden ist. — Eine für die leidende Menschheit höchst wohlthätige Erfindung hat der Arzt Dr. Warburger in einer vegetabilischen Tinctur gegen das Wechselfieber gemacht. Er hat damit an über 160 Kranken in den hiesigen Heilanstalten, wie es heißt, gelungene Versuche angestellt."

— Auf dem der Universität Bonn gehörigen Gute Poppelsdorf ist eine höhere landwirthschaftliche Lehranstalt errichtet und die Leitung derselben dem bisherigen Director der land- und forstwissenschaftlichen Akademie zu Tharand Prof. Dr. Schweitzer anvertraut worden.

— In Grenoble ist durch eine königl. Verordnung eine Facultät der Wissenschaften mit Lehrstühlen für Philosophie, Geschichte, alte Literatur, französische und fremde Literatur gegründet worden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 16. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnact. 117⅛ Br.; Sächsisch-Baiersche 85 Br.; Sächsisch-Schlesische 97⅛ Br.; Chemnitz-Riesaer 54½ Br., 54 bezahlt und G; Löbau-Zittauer 57½ Br.; Magdeburg-Leipziger 107⅛ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110⅛ Br., 110 bezahlt und G.; Altona-Kieler 108 Br.; Pesther 99 Br.; Dessauer Bankactien 101⅛ Br.

— Das Journal de St.-Petersbourg berichtigt den Constitutionnel, welcher den Betrag des in Rußland curfirenden Papiergeldes auf 454 Mill. 240,588 R. S. angegeben, während in Wahrheit nur für 269 Mill. 728,368 R. S. Papiergeld circulire.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 16. April früh 7 Uhr: 1° 19″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 12. April. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 172¼. Frankfurt a. M., 14. April. Oestr. Bkact. 1896; 250 Fl. L. 118¼; 500 Fl. L. 153½; Bair. 3½pc. 93¾; Bad. 50 Fl. L. 57¼; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛; Kurhess. 32⅛. Wien, 13. April. Bkact. 1583; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 96¼; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 152½; 250 Fl. L. 118½.

Disconto. Amsterdam, 12. April. 4 %. Frankfurt a. M., 14. April. 3¼ %.

Actien. Frankfurt a. M., 14. April. Taunusb. 360½; Nordb. 71¼; Verb. 91¾. Wien, 13. April. Nordb. 168½; Glogqn. 121½; Mail. 108¼; Livorn. 92; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 15. April. Seehandl.-Prämsch. 94¾ Br., 3½pc. Staatsch. 82⅝, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96½ Br., pomm. 94 Br., schles. 96⅛, 4pc. posensche 101½ Br., neue 3½pc. 92, kur- u. neumärk. 96¼ Br.; Louisd. 111⅛, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anhalt 110½ Br., Berl.-Hamb. 4pc. 104¾, Prior.-Act. 4½pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 90 Br., 5pc. 101 Br., Berl.-Stett. 107⅞ Br., Cöln-Minden 4pc. 90, Crak.-Oberschl. 4pc. 78 Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 108 Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 87⅜, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101, Oberschlesische Litt. A. 4pc. 104 Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 85 Br., Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 85½. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 82½, Berl.-Anh. 98¼ Br., Kassel-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Minden 4pc. 89½, Magd.-Wittenb. 83 Br., Mail.-Bened. 4pc. 110¼ Br., Mecklenburg 73 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70⅞, Posen-Starg. 4pc. 82¾ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98, Ung. Centralb. 4pc. 99 Br. — Ruff.-engl. Anl. 5pc. 110, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81 Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93, (neue) 4pc. 93, Partial à 500 Fl. 4pc. 78½, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅞ Br., Bkcert. Zinsl. 16¾, Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½ Br., Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅝, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½ Br.

Leipziger Börse am 16. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Gl. 8.	2 Mt.	139⅛	—	à 3 % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.	92½	—
Augsburg	k. S.	101¼	—	à 4 % im 14-Thlr.-Fusse kleinere	—	—
pr. 150 Gl. 8.	2 Mt.	—	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—	à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.	93½	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 4 Thlr. F. kleinere	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111¼	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine		
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	à 3⅛ im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.	89	—
Bresl. pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—	20 à 5 Thlr. F. kleinere	—	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅞	—	à 3 % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.	92	—
pr. 100 Fl. in 8. W.	2 Mt.	—	—	à 4 Thlr. F. kleinere	—	—
Hamburg	k. S.	150⅝	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅝	—	v. 500	—	—
London	2 Mt.	—	—	v. 100 u. 25	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 20½	—	" landsch. d°. à 3½	—	—
	k. S.	79⅛	—	" d°. d°. à 3½	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅛	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-P.-Obl. à 3½ %	106½	—
	3 Mt.	79	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	—	89½
Wien pr. 150 Fl.	k. S.	102	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—	K. K. Oestr. Metall. pr. 450 Fl. Conv.		
Augustd. à 5 Thlr. à ⅓ Mk. Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100	—	—	—	à 5 % laufende Zinsen	109⅝	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.				à 4 % laufende Zinsen	98⅝	—
ldem auf 100	—	—	—	à 3 % à 103⅞ im 14-Thlr.-Fusse F.	—	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse auf 100	—	11⅛	—	Actien d. W. B. pr. St. à 103⅞	—	—
Holl. Duc. à 3 Thlr. d°. d°.	—	6⅝	—	Leipzig. Bank-Actien à 250 Thlr. pr. 100	172	—
Kaiserl. d°. d°. d°.	—	6⅝	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Thlr. pr. 100	117¼	—
Preuss. d°. à 65⅓ Aa d°.	—	6⅝	—	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	85	—
Passir d°. d°. à 65⅓ Aa d°.	—	6	—	Sächs.-Schles. d°. pr. 100	97½	—
Conv.-Spec. u. Gld. d°.	—	—	—	Chemn.-Ries. d°. pr. 100	54¼	—
Sovereigns à 10 u. 20 Kr. d°.	—	9⅝	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	57½	—
Gold pr. Mk. fein Köln.	—	—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d°. pr. 100	197⅛	—
Silber d°. d°. d°.	—	—	—			

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Pensions- und Heilanstalt für Geisteskranke.

Seit sieben Jahren als ärztlicher Verstand der Herzogl. Wasserheilanstalt zu Bad-Liebenstein fast ununterbrochen und mit fortwährend günstigem Erfolge **Geisteskranke** behandelnd, ist mir zur ferneren Aufnahme derselben von Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Meiningen das in der Nähe Liebensteins gelegene herrschaftliche Landschloß **Marienthal** gnädigst überlassen und dasselbe unter meiner eignen Verwaltung bereits im vorigen Sommer von meinen Pensionairen bezogen worden. Durch seine gesunde und freundliche Lage sowie durch seine regelmäßige und ansprechende Bauart begünstigt, hat dasselbe alle diejenigen Einrichtungen erhalten, die seine neue Bestimmung nöthig machte, ohne daß ihm dadurch der Eindruck des freien heitern Landaufenthalts benommen worden ist. Die Gesellschaftsräume und die Wohnungen für nicht zerstörungssüchtige Kranke sind durchweg in einer Weise vollständig und elegant ausgestattet, die, weit entfernt an das „Irrenhaus" zu erinnern, selbst den an höhere Lebensbedürfnisse gewöhnten Kranken nichts vermissen läßt. Ihnen entsprechen alle übrigen Verhältnisse der Anstalt. Wie für alles Nöthige zur leiblichen Cur (Bäder verschiedenster Art, gutes reines Trinkwasser, Molkenbereitung, Beschäftigungsmittel ꝛc.) ist für die geistigen Bedürfnisse der Kranken (Lecture, Musik, Spiele ꝛc. und erforderlichenfalls auch geistigen Unterricht) vollständig Sorge getragen worden. — Während im Allgemeinen der Geist der Ordnung und Pünktlichkeit, der Sitte, des Anstandes, der Sittlichkeit und der geregelten Thätigkeit streng und consequent aufrecht erhalten wird, gestattet die im voraus beschränkte Zahl der aufzunehmenden Kranken bei einem ungewöhnlich starken Dienstpersonale, jedem einzelnen Hausgenossen besondere Sorgfalt zuzuwenden und ihm das seiner Individualität nach zulässigste Maß von persönlicher Freiheit zu gewähren. — Dem allmäligen Rücktritte der Convalescenten und Leichtkranken ins Leben wird in jeder geeigneten Weise Vorschub geleistet. Wegen näherer Auskunft wolle man sich gefälligst unter der Adresse: Bad-Liebenstein im Herzogthum Sachsen-Meiningen, an mich wenden.

[1407] Dr. **A. Martiny.**

Eine Villa

in der Nähe von **Dresden,** neu und logeable gebaut, mit besonderer Stallung, Remise, nöthigen Wirthschaftsgebäuden, ausgedehnten Garten-, Park- und Weinanlagen, durch vorzügliche romantische Lage und sonstige örtliche Annehmlichkeiten ausgezeichnet, bin ich zu verkaufen beauftragt. Reellen Käufern (nicht Unterhändlern) ertheile ich auf portofreie Anfrage die umfassendste Auskunft.

Dresden, den 12. April 1847.

[1408—9] Advocat **F. L. Günther.**

Johann Samuel Gerlitz,

Peitschenfabrikant aus Breslau,

bezieht zum ersten Mal diese Messe mit einem großen, aufs vollständigste assortirten Lager von mehr als 150 Arten der beliebtesten Reit-, Jagd-, Kinder-, Hetz-, Hunde- und Wagenpeitschen, sowie auch Reitstöcken zu **auffallend billigen Preisen.** Auch werden Bestellungen auf alle Sorten des betreffenden Peitschen-Lagers angenommen und prompt vom Haus aus ausgeführt. Sein Stand ist am **Markt Nr. 6** zwischen der **Katharinen-** und **Hainstraße.** [1433—35]

Das Engros-Lager
Pariser Nouveautés

ist in **Châles, Echarpes, Fichus, Cravattes, Gilets** ꝛc. reichhaltig assortirt.

[1331—36] **J. H. Meyer,** Leipzig, Rathhaus, Auerbach's Hof gegenüber.

Liste

der bei der öffentlichen Ziehung am 13. April 1847 ausgelosten **Staats-Schulden-Kassenscheine.**

Litt. A. zu 1000 Thaler.	Litt. B. zu 500 Thaler.	Litt. C. zu 200 Thaler.	Litt. D. zu 100 Thaler.	Litt. E. zu 50 Thaler.
Nummer.	Nummer.	Nummer.	Nummer.	Nummer.
260	243	65	8	77
809	457	546	16	114
1049	658	792	1012	127
1111	798	1421	1117	147
1303	924	1437	1465	226
1370	1018	1539	1496	451
1544	1077	1592	1532	872
1663		1922	1982	994
1779		1980	2016	1243
1785		2236	2240	1452
1976		2353	2611	1532
2050		2629	2935	1615
		2777	2995	1830
		2794	3075	2194
		2825	3139	2608
		2857	3309	2682
			3318	2877
			3430	3028
			3444	3259
			3482	3479
				3509
				3582
				3614
				3883

Vorstehend ausgeloste Staats-Schulden-Kassenscheine werden vom **1. October 1847** an bei der hiesigen Staats-Schulden-Kasse, ingleichen bei der Bezirks-Steuer-Einnahme zu Leipzig bezahlt.

Zugleich fordern wir die Inhaber der nachbemerkten, in frühern Terminen fällig gewordenen, aber bisher unerhoben gebliebenen Staats-Schulden-Kassenscheine hierdurch auf, ihre Capitalbeträge ungesäumt in Empfang zu nehmen, als:

Litt. **A.** Nr. 790, 1537.
- **B.** „ 419.
- **C.** „ 175, 1570.
- **D.** „ 500, 608, 669, 672, 712, 1072.
- **E.** „ 20, 126, 558, 559, 731, 781, 1106, 1526, 2391, 2491, 3861

Die nächste öffentliche Ziehung findet den **28. September 1847** statt.

Exemplare gegenwärtiger Ziehungsliste liegen bei sämmtlichen Bezirks-Steuer-Einnahmen des Landes zu Jedermanns Einsicht bereit.

Dresden, am 15. April 1847.

Der ständische Ausschuß zu Verwaltung der Staats-Schulden-Kasse.

[1390] Hübler. v. Minckwitz. Eisenstuck. Meisel. v. Römer.

Friedrichshaller Bitterwasser.

Die diesjährige Füllung und Versendung des **Friedrichshaller Bitterwassers** hat seit dem 15. März begonnen, und es kann jedem Auftrage pünktlich entsprochen werden. Zur schnellern Ausführung aller Bestellungen sind folgende Hauptniederlagen errichtet worden: [1416]

Aachen bei **Johnen Fuss,**
Altona bei **F. Schierholz,**
Augsburg bei **J. C. Redlinger & Co.,**
Bamberg bei **J. L. Kratzer,**
Basel bei **E. Ramsberger,**
Berlin bei **Heyl & Co.,**
Braunschweig bei **H. C. Wantzellus,**
Bremen bei **J. Posteln,**
Cassel bei **H. C. Kümmel,**
Detmold bei **J. H. Wiss,**
Dresden bei **C. G. Klepperbein,**
Frankfurt a. M. bei **J. M. Dressler,**
Gotha bei **G. P. Otto,**
Halle bei **F. A. Hering,**
Hamburg bei **Marck & Co.,**
Hannover bei **F. W. Haase jun.,**
Hildburghausen bei **J. C. Amend,**
Kiel bei **F. Reyher,**
Köln bei **J. M. Ilschert,**
Leipzig bei **Sam. Ritter,**
Magdeburg bei **Ph. Neuschäfer,**
Meißen bei **J. Ed. Springmühl,**
München bei **E. Riederer,**
Naumburg a. S. bei **L. Bartenstein,**
Nordhausen bei **Saalfeld & Stein,**
Nürnberg bei **Joh. Engelhard jun.,**
St. Petersburg beim **Oberhofapotheker von Lorenz,**
Schweinfurt bei **Aths Michal,**
Stettin bei **Ludw. Meske,**
Stuttgart bei **Koppinger,**
Wien bei **Otto Schumann.**

Die **Lampendocht-Fabrik** von **M. C. Mosing** aus Berlin ist am Naschmarkt. [1381—83]

Vorläufige Anzeige.

Dem geehrten hiesigen und auswärtigen Publicum erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich das neue und elegante Gebäude am Alsterdamm und in der Bergstraße übernommen habe und dieses eben so reizend am Alster-Bassin und dem Jungfernstiege belegene wie mit allen möglichen Comforts versehene Etablissement unter dem Namen:

Hôtel Belvedere

Ende dieses Monats zur Aufnahme von reisenden Herrschaften, als auch das damit in Verbindung stehende Café und Restauration zur Benutzung der mich beehrenden Gäste eröffnen werde.

Hamburg, im April 1847.

Ergebenst

[1377] ***H. Heuer.***

Bemalte Porzellanplättchen

zu **Broches, Ohrglocken, Ringen, Vorsteknadeln** ꝛc. in allen Sorten bei [1367—70]

J. M. Beyermann

aus **Groß-Breitenbach** am Thüringerwalde

Erste Budenreihe am Markt Nr. 36.

Gaetano Vaccani,

Klingelzug-Fabrikant

aus Halle a. S.,

hält während der Leipziger Messe Lager der neuesten

Manillahanf-Klingelzüge

Grimmaische- und Reichsstraßen-Ecke in der Bude. [1148—51]

Einkauf von Juwelen und Perlen.

Die angemessensten Preise für Juwelen und Perlen zahlen ***Haller & Rathenau,*** königl. Hoflieferanten und Hofjuweliere aus **Berlin, Brühl im Weissen Ross.** [1421—29]

Das **Strumpf- und Piqué-Waaren-Lager** von

Oelsner & Rahlenbeck

aus ***Hohenstein***

befindet sich von nächster Leipziger Jubilate-Messe an in der **Nikolai-Straße,** im Gasthaus zur Stadt Hamburg parterre, vom Eingang rechts, vorn heraus. [1052—57]

Apothekenverkauf.

Eine mit einem Realprivilegium versehene, neu eingerichtete Apotheke in einer der grossten Städte der preussischen Staaten soll verhältnissmässig sehr billig unter vortheilhaften Bedingungen verkauft werden. Darauf reflectirende Kaufer belieben sich in frankirten Briefen unter der Adresse **E. N. 80** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu wenden. [1421]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 17. April. Das Sonntagsräuschchen, Lustspiel von Meck. — Hierauf: **Doctor und Apotheker,** komische Oper von Dittersdorf.

Digitized by Google

Zur Berichtigung.

Leipzig, den **16.** April **1847.** Der Leipziger General-Anzeiger vom **16.** d. unter Nr. **105** berichtet von dem Brande von Bukarest auch die wirklich unerhörte Lüge, daß die meisten Kaufleute von Bukarest, welche zur Messe nach Leipzig gekommen waren, schleunigst nach Hause gereist seien. Da von uns Bukarester Kaufleuten **Niemand** nach Hause gereist ist, so widerlegen wir hiermit nicht nur diese, sondern auch die ferner in jener Annonce enthaltene grobe Unwahrheit, daß Bukarest bis auf wenige Häuser ein Raub der Flammen geworden sei, und verweisen wir noch auf die Correspondenz der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom **16.** d., Nr. **106**, welche der Wahrheit etwas näher tritt.*)

Im Auftrage der sämmtlichen hier anwesenden Bukarester Kaufleute

Joh. Fr. Dehlschlaeger.

*) Unsere Nachricht wurde uns von zwei hiesigen hochachtbaren Handlungshäusern gleichlautend mitgetheilt. Man vergleiche übrigens die heutigen Nachrichten aus Bukarest unter Moldau und Walachei.

[1413] Die Redaction der Deutschen Allg. Zeitung.

Das Lager von

echtem Eau de Cologne

von Johann Maria Farina in Köln

gegenüber dem Jülichsplatze

befindet sich bei

Friedrich Struve in Leipzig,

sonst Grimmaische Strasse unter den Colonnaden,

jetzt Petersstrasse Nr. 16 gegenüber dem Hôtel de Bavière.

Verkauf im Ganzen und Einzelnen. [1418—20]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Aussig (Teplitz), Leitmeritz, Melnik, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1437]

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1301—9]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,

Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dannhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1175—87]

CONCERT

von

Carl Schuberth,

Solo-Violoncellist des Kaisers von Russland,

im Saale des Gewandhauses

am Sonntage den 18. April

Vormittags um 11 Uhr.

Fantasie über italienische Lieder, für Vioncell componirt und vorgetragen vom Concertgeber.

Duett von Donizetti, gesungen von Fräulein Schwarzbach und Herrn Behr.

Notturno für zwei Violoncells und Piano, componirt und vorgetragen vom Concertgeber.

Pianofortesolo, vorgetragen von Miss Flinn.

Adagio und Mazurka für Violoncell, componirt und vorgetragen vom Concertgeber.

Zwei deutsche Lieder, gesungen von Fräulein Schwarzbach.

Fantasie über schwedische Lieder für Violoncell, componirt von Bernhard Romberg, vorgetragen vom Concertgeber.

Billets à 20 Ngr. sind bei Herren **Fr. Kistner, Fr. Hofmeister** und am Eingange des Saales zu haben. [1436]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kammergerichts-Assessor Bernard in Wittstock mit Frl. Ernestine Besselmann in Könkendorf. — Hr. Secondelieutenant Oskar v. Biela in Poln.-Wartenberg mit Frl. Elfriede Freiin v. Teichmann und Logischen. — Hr. Stadtgerichtssecretair Jenner in Jakobswalde mit Frl. Therese Wegner. — Hr. Pastor Julius Kunze in Kürbitz mit Frl. Mariane v. Feilitzsch. — Hr. Gustav Begler in Bestkow mit Frl. Wilhelmine Neumann. — Hr. Pastor J. H. Schmidt in Rehdingbuch mit Frl. Antoinette Massüe in Bremen.

Getraut: Hr. F. Gustav Fincke in Plauen mit Frl. Ottenie Dietsch. — Hr. Anton Kayser in Jülich mit Frl. Albertine Werner aus Aldenhoven. — Hr. Franz Norrenberg in Köln mit Frl. A. M. Neven. — Hr. Dr. Robert Ringelhardt in Schönheida mit Frl. Emilie Dörffel. — Hr. Pfarrer Johann Welsch in Ballheim mit Frl. Charlotte Hertlein aus Erlangen.

Geboren: Hrn. Karl Fr. Buschendorf in Gera ein Sohn. — Hrn. Inspector Dittmann in Hubertusburg eine Tochter. — Hrn. Justizcommissarius Ebell in Berlin ein Sohn. — Hrn. Kaufmann C. H. Fleischer in Neustadt-Dresden ein Sohn. — Hrn. Gerichtsdirector und Advocat Bernhard Gruner in Rochlitz eine Tochter. — Hrn. Pastor Ad. Hartung in Blankenhain ein Sohn. — Hrn. Hauptsteueramtsassistent und Lieutenant Hentschke in Breslau eine Tochter. — Hrn. Apotheker Hirsch in Waldenburg ein Sohn. — Hrn. W. Lenke in Heinrichsdorf ein Sohn. — Hrn. Louis Mollerus zu Münderoth eine Tochter. — Hrn. v. d. Osten in Jannewitz ein Sohn. — Hrn. Pastor in Leine ein Sohn. — Hrn. Pastor Schmidt in Albrechtshain ein Sohn. — Hrn. Stadtrichter v. Boß in Wilsnack eine Tochter.

Gestorben: Hr. Hauptmann v. Davier in Großsalze. — Hr. Kaufmann Georg Knaus in Breslau. — Hr. Landrath Iwan Alexander v. Meier in Ransen.

Digitized by Google

Sonntag — Nr. 108. — 18. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Uebersicht.

Deutschland. †Aus Norddeutschland. Die Ultramontanen. — Nonnenklöster in Baiern. — Gemeindeöffentlichkeit in Bamberg. — Katholische Colonie im gelobten Lande. — Die Unruhen im Odenwalde. — Hoffmann von Fallersleben. — Dr. Rauschenblatt. — Hr. v. Mohl. Darmstadt. Landtag. *Weimar. Landtag. FHamburg. Auswanderer.

Preußen. (+) Berlin. Die Juden. Volksbücherverlag. Das Wechselrecht. Die Gefängnisse. — Der englisch-preußische Schiffahrtsvertrag. Das Auswanderungswesen. Die Stände. — Die Gräfin Hatzfeldt. — Die Deutsch-Katholiken in Königsberg.

Spanien. Die Cortes. Die Ausdehnung der Amnestie. General Narvaez. General Serrano. Señor Rubianes. Entlassungen von Hofbeamten.

Großbritannien. Parlament. Der Spectator über den Fortschritt des Landes in Politik, Handel und Künsten. Verschwinden eines schottischen Lordlieutenants. Musterherberge.

Frankreich. Parlament. Geschworenenliste. Der Zollgesetzentwurf. Algerien. Die Expedition gegen Kabylien. Unfall. Die Gräfin Bresson. Naturalisirungspatente. **Paris. Das Unterrichtsgesetz. Die Tarifreform. Die Wahlreform. Hr. Thomas.

Schweiz. Unterwaldener Paßwesen. Reformverein in Appenzell-Inner-Rhoden. Die ökonomische Gesellschaft in Genf.

Italien. *Rom. Festlichkeiten. Die Engländer. Prinzessin Albrecht von Preußen. Der Papst. Die Getreideneth.

Rußland und Polen. *Petersburg. Der Kaiser. Der Großfürst-Thronfolger. Kälte.

Griechenland. Französisches Geschwader.

Moldau und Walachei. OLeipzig. Das Feuer in Bukarest.

Türkei. Die griechische Differenz.

Nordamerika. Niederlage der Truppen gegen Santa Anna.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Berlin. Handbuch, den Ständen gewidmet. *Leipzig. Der Hydrarchos.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

† Aus Norddeutschland, 13. April. Wie die ultramontane Presse früher Preußen, Württemberg, Baden und andere deutsche Staatsregierungen mit Schmähungen überhäufte, so thut sie dies jetzt rücksichtlich Baierns, was sie früher glorificirte. Aber zugleich greift sie die liberale Presse deshalb besonders an, daß diese über die Quiescirungen und Versetzungen jener münchener Professoren schweigt, welche die Koryphäen des deutschen Ultramontanismus waren. Welchen Lärm, so rufen die ultramontanen Organe aus, erhoben die liberalen Blätter, wenn Professoren und Beamte ihrer Farbe abgesetzt wurden, und wie stumm bleiben sie bei der Absetzung ihrer Gegner! Wir wollen die Ultraliberalen nicht in Schutz nehmen, denn Inconsequenz ist bekanntlich eben so wie Parteilichkeit ihre schwache Seite. Allein es findet doch ein Unterschied zwischen den in Rede stehenden Absetzungen resp. Versetzungen statt. Die dermalen in Baiern vorgekommenen Veränderungen in der Besetzung gewisser Lehrämter sind in schonender Form und lediglich als eine unvermeidliche Folge des veränderten Regierungssystems vor sich gegangen. Oder soll Baiern zugeben, daß seine akademische Jugend fernerhin im Fanatismus gegen seine akatholischen Mitbürger erzogen und mit den Ideen des Mittelalters erfüllt werde? Etwas Anderes war aber nicht zu erwarten, wenn es die ultramontanen Lehrer auf der Universität zu München beibehielt. Würden diese durch ihren römischen Eifer so berannten Männer die unerfahrene Jugend nicht immer fester an sich gekettet und sie einem liberalen, toleranten Systeme nicht ganz entfremdet haben? Die Herren Ultramontanen sind ja sonst so große Freunde des Absolutismus. Sie haben es vertheidigt, daß der Papst am Rhein und in Frankreich die despotische Einrichtung getroffen hat, daß der Bischof die Pfarrer à la turque auf den Wink absetzen kann; sie haben auch bei der römischen Absetzung der beiden bonner katholischen Professoren kein Wort zu ihrer Vertheidigung gesagt. Warum toben sie denn jetzt so, da die bairische Regierung Einige der ihrigen quiescirt und versetzt? Es ist gar nicht abzusehen, warum über diese ultramontanen Lehrer so viele Klagelieder erschallen sollen, da sie über die katholischen Professoren Braun und Achterfeld in Bonn nicht erschallen sollten. Der liberalen Presse ist es aber vollends nicht zuzumuthen, daß sie Diejenigen vertheidige, welche sie so lange in den historisch-politischen und andern deutsch-römischen Blättern nicht anders als die „revolutionaire, radicale, schlechte Presse“ genannt haben.

— Der Nürnberger Correspondent berichtet aus **München** vom 14. April: „Durch allerhöchste Verordnung vom 23. März d. J., die Ablegung der Gelübde in Nonnenklöstern betreffend, hat der König verfügt, daß 1) vor dem 33. Lebensjahre das ewige Gelübde nie abgelegt werden kann und sich hierin genau an die frühern Ministerialentschließungen zu halten ist; namentlich wird den zu solchen Gelübdeablegungen jedesmal zu ernennenden Commissaren auf das strengste eingeschärft, Zuwiderhandlungen jedesmal sogleich zur Anzeige zu bringen, in welchem Falle ferner auch solche verbotswidrig abgelegte Gelübde als nicht bindend angesehen werden. 2) Kann die Ablegung der weltlichen wie der geistlichen Gelübde nur unter Mitwirkung eines weltlichen königl. Commissars stattfinden, welchem das Recht zusteht, unmittelbar vor der Professablegung mit der Nonne, allein ohne Beisein der Geistlichkeit, eine Unterredung zu pflegen, um sich zu überzeugen, ob nicht Zwang oder Ueberredung mit im Spiele sei; sollte der Commissar sich von dem Vorhandensein eines Zwangs oder der Ueberredung überzeugen, so steht ihm das Recht zu, die Gelübdeablegung augenblicklich zu suspendiren.“

— Dem Vernehmen nach sollen auch bei dem Magistrat und dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten in **Bamberg** Anträge auf Einführung öffentlicher Sitzungen übergeben worden sein. Als Antragsteller nennt man den Magistratsrath Ultsch und den Gemeindebevollmächtigten Georg Schlimmbach. (N. C.)

— Ueber die beabsichtigte Gründung einer deutschen Niederlassung in Griechenland hört man seit der griechisch-türkischen Differenz nichts mehr, dagegen taucht ein anderes Project auf: eine katholische Colonie im gelobten Lande zu begründen. (N. K.)

— Die Mannheimer Abendzeitung vom 13. April meldet: „Die Gerüchte über den Ausbruch von Unruhen in einzelnen Bezirken des badischen Odenwaldes haben sich nicht bestätigt; das Ganze scheint sich darauf zu beschränken, daß der angebliche Aufruf zu einer Revolutionsversammlung auf den 12. April, dessen Abschrift wir im Auszuge mittheilten, und die zur Fahndung und Vorkehr ergriffenen Maßregeln an einzelnen Orten ein ungewöhnliches Aufsehen und damit verbundenes Bewegtsein veranlaßten. Die Gerüchte aber mochten hier um so bedenklicher aufgenommen werden, als man unbestimmte Kunde von einer hier gedruckten Regierungsproclamation erhielt und auch, wie wir jetzt mit Bestimmtheit erfahren, Dragoner- und Infanterieabtheilungen in marschfertigen Zustand gesetzt wurden.“

— Die Oberrheinische Zeitung bringt nachstehenden Bericht aus **Lahr** vom 11. April: „Seit einigen Tagen haben in unserer Gegend polizeiliche Nachforschungen nach einem Flugblatte von K. Heinzen stattgefunden, das in vielen Exemplaren unter dem Landvolke verbreitet worden sein soll; zugleich vernimmt man, daß auf den Dichter Hoffmann von Fallersleben gefahndet werde, der, obgleich man nirgend eine Spur von ihm hat, mit jener Verbreitung in Verbindung gebracht wird.“

— **Aus Offenburg** vom 12. April meldet die Freiburger Zeitung: „Dr. Rauschenblatt, bekannt aus den göttinger Unruhen, der sich in Strasburg aufhielt, wurde, wie wir sreben hören, zu Kehl, während er im Begriffe war, aufrührische Schriften zu vertheilen, festgenommen und in das Amtsgefängniß nach Kork abgeführt.“

— **Aus dem Badischen** wird der Kölnischen Zeitung vom 10. April geschrieben: „Als eine das jetzige Regierungssystem höchst bezeichnende Thatsache erscheint die Berufung des ehemaligen tübinger Professors, des ausgezeichneten Robert v. Mohl, als ordentlichen Professors der Staatswissenschaften nach Heidelberg. Prof. Mohl wird noch eine Reise nach England machen und schon im Sommersemester seine Wirksamkeit als Lehrer beginnen.“

Darmstadt, 11. April. In der gestrigen Sitzung der II. Kammer war hauptsächlicher Gegenstand einer sehr lebhaften Berathung die Frage, wie in Bezug auf Polizeivergehen die Competenz der Gerichte geordnet werden solle. Nach dem Entwurf sollte die Competenz der rheinhessischen Friedensrichter in Polizeisachen den althessischen Stadt- und Landgerichten gleichgesetzt und hiernach die Competenz der erstern zum Nachtheil der Collegialität bedeutend erweitert werden. Zwei Mitglieder des Ausschusses hatten als höchsten Strafbetrag zur Competenz der Einzelrichter 10 Tage Gefängniß und 10 Fl. Geldstrafe, zwei andere 14 Tage Gefängniß und 50 Fl. Geldstrafe vorgeschlagen; Vergehungen, welche unter einen höhern Strafbetrag fallen, sollten an das Kreisgericht kommen. Bei der Berathung sprachen zu Gunsten möglichster Ausdeh-

nung der Gerichtscollegialität und der bisherigen rheinhessischen Einrichtungen die Abgg. Glaubrecht, Wernher, Kilian, v. Gagern, der Gelegenheit nahm, von den vom Großherzog Ludwig I. in der Thronrede von 1820 den Rheinhessen hinsichtlich ihrer gesetzlichen Einrichtungen gegebenen Zusagen zu sprechen, und Brunck. In entgegengesetztem Sinne äußerten sich blos der Abg. Frank und der Regierungscommissar Ministerialrath v. Bechtold, der insbesondere die einzelnen Abgeordneten aus Rheinhessen mit Rücksicht auf frühere Aeußerungen derselben der Inconsequenz beschuldigte, was Anlaß zu einer langen Reihe von Vertheidigungen und Verwahrungen gab. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des ersten Präsidenten Hesse, der acht Tage Gefängniß und 30 Fl. Geldstrafe als höchsten Betrag für die Competenz der Friedensgerichte vorgeschlagen hatte, mit 30 gegen 14 Stimmen angenommen. (H. Bl.)

* **Weimar**, 15. April. Nachdem ausweislich der veröffentlichten Landtagsprotokolle am 17. März in der 19. Sitzung des Landtags die Bestätigung der Wahl des geh. Regierungsraths v. d. Gabelentz zum neuen Landmarschall eingegangen und verlesen worden war, begrüßte der erste Gehülfe Dr. Kieser im Namen des Landtags denselben, worauf der neue Landmarschall sich dem Landtag empfahl und die Verhandlungen nunmehr unter seinem Vorsitz eröffnete. Zuerst hielt der Abg. Henß einen Vortrag über den Begriff und die Bestrafung der Kirchenfalsa, nämlich hinsichtlich des Falles, wo bei dem Aufgebote die Braut sich als Jungfrau habe proclamiren lassen, später aber ihre Defloration bekannt geworden. Da die Kirchenbußen aus guten Gründen längst abgeschafft seien, das Stuprum aber jetzt nicht mehr bestraft werde, so trage er darauf an, ein milderes Verfahren eintreten zu lassen. Es entspann sich eine längere Discussion, wobei sich sehr verschiedene Ansichten kundgaben, und es wurde endlich der Antrag durch Stimmenmehrheit verworfen und dagegen der Vorschlag des Abg. v. Wiedenbrugk, daß es nämlich bei der bestehenden Legislation bewenden möge, wonach Geistliche nicht befugt seien, über einen anticipirten Beischlaf Fragen zu stellen, jedoch es immer ein Ehrenprädicat bleibe, auf Verlangen als Jungfrau und Junggesell aufgeboten zu werden, inwiefern aber in einer desfallsigen vorgekommenen unrichtigen Angabe eine Unwahrheit liege, nach der bestehenden Gesetzgebung zu entscheiden sei, mit starker Majorität angenommen.

Der Abg. Henß ging sodann zu einem Vortrag über, in welchem er auf die Aufhebung der Holzabwurfsgelder um deswillen antrug, weil diese der Polizeikasse zugewiesen worden, während doch die Stadtpolizei selbst dem Stadtmagistrat entnommen sei. Da er sich dabei der Aeußerung bediente: dem Stärkern habe sich die Stadt fügen müssen, so trug der landesherrliche Commissar darauf an, den Abg. Henß zur Ordnung zu verweisen, weil die Staatsregierung keine Gewalt übe, sondern innerhalb der gesetzlichen Grenzen handle. Da der Abg. Henß die gerügte Aeußerung nicht zurücknahm, so verwies der Landmarschall den Abg. Henß zur Ordnung, weil nicht angeführt worden, daß von Seiten der Stadt wegen Aufdringung der Rechtsweg betreten worden sei.

Der Abg. Hagenbruch ging hierauf zu einem Vortrag über den Zustand moralischer und finanzieller Gesunkenheit im eisenacher Oberlande über, welcher nicht allein in dem jetzigen Nothstande, sondern auch in einer durch die seit längerer Zeit dort herrschende Stockung aller Gewerbe entstandenen Verarmung zu suchen sei, und schlug im Auftrage des Ausschusses Folgendes vor: erstlich daß die Staatsregierung fortfahren möge, auf dem bereits eingeschlagenen Wege zu Verminderung der Noth beizutragen und dazu den Reservefonds zu verwenden; ferner, daß bei Entwerfung des Etats auf die allermöglichste Ersparniß gedacht und dadurch der Reservefonds verstärkt, endlich daß der Wunsch einer gleichmäßigen Betheiligung von Seiten großherzogl. Kammer bei der Unterstützung gewerblicher Unternehmungen ausgesprochen werden möge. Was den ersten Punkt anlangt, so fand der Abg. Martini es bedenklich, wenn der Reservefonds ausschließlich nur für Einen Landestheil verwendet werden sollte. Der Landmarschall hingegen behauptete, daß die Staatsregierung in der Disposition über den Reservefonds nicht beschränkt werden könne, und so wurde dieser Vorschlag einstimmig genehmigt.

Auf den zweiten Vorschlag wurde von dem Landtag erwähnt, daß es eines besondern Antrags nicht bedürfe, weil bei der Prüfung des Ausgabebudgets von selbst darauf werde Rücksicht genommen werden. Den dritten Vorschlag betreffend, so beschloß der Landtag, daß der darin ausgesprochene Wunsch der höchsten Behörde zur Berücksichtigung empfohlen werden solle.

Nach der Tagesordnung kam der Vortrag des Abg. Schindler an die Reihe und enthielt die Beschwerde, daß bei der Steuervertheilung oft willkürlich und gesetzwidrig verfahren werde, indem die beiden Grundprincipien, daß alle Staatsbürger dabei je nach ihrer Leistungsfähigkeit betroffen werden, und daß die ausgemittelten Beträge jedes Ortes dazu durch Steuervertheiler, welche aus der Mitte der Steuerpflichtigen erwählt sind, nicht aber durch die Ortsobrigkeiten, denen nur die Leitung, Prüfung und Revision der Einschätzung obliege, umgelegt werden sollen, nicht eingehalten würden. Nachdem der Abgeordnete diese Beschwerde näher entwickelt hatte, stellte er den Antrag, daß der Landtag dahin wirken möge, daß das Gesetz aufrecht erhalten und den Willkürlichkeiten entgegengewirkt werde. Der Abg. Knüpfer schloß sich Vorstehendem an, indem er zugleich durch mehre Beispiele darzuthun suchte, wie sehr jene Beschwerde gegründet sei. Der großherzogl. Commissar Finanzrath Schumann widersprach Dem, daß sich eine Abänderung der bestehenden Verordnungen nöthig mache; die vorgeschriebene Procedur bei der Steuervertheilung biete keine Schwierigkeiten dar, sei vielmehr ganz einfach, es könne daher weder willkürlich noch gesetzwidrig verfahren werden. Abg. Rebling: Es scheine ihm, als ob die erhobenen Beschwerden darin ihren Grund hätten, daß die Vorschriften, wie die Einkommensteuer vertheilt werden solle, nicht ganz genau und faßlich wären und daher die Localsteuercommissionen zu Irrthümern veranlaßten. Staatsminister v. Gersdorf wollte dies nicht in Abrede stellen; es sei daher auch bereits das Landschaftscollegium beauftragt worden, eine populair erläuternde Zusammenstellung zu geben. Von dem Landtage wurde einstimmig beschlossen, auf eine umfassende Instruction für die Steuervertheiler anzutragen.

F **Hamburg**, 12. April. Bei Abgang des Dampfschiffes von Magdeburg am 11. April hatte ich Gelegenheit, einige Auswanderer zu sprechen, welche mit demselben nach Hamburg reisten. Ihr Anblick, ich gestehe es offen, hat einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, hauptsächlich der vielen kleinen Kinder wegen, welche kaum der Mutterbrust entwachsen waren. Welchem Schicksal und welchen Beschwerden werden dieselben bei einer langen Seereise und nachher ausgesetzt sein! Die zweite Kajüte war ganz überfüllt damit (80 erwachsene Personen ohne die Kinder), kein Platz zum Stehen, noch weniger zum Sitzen war zu haben. Das Geschrei und der Jubel dieser Kleinen stach grell ab gegen das ernste Aussehen der Erwachsenen. Der größere Theil, nicht unbemittelt, sah getrost in die Zukunft, obgleich sie noch nicht wußten, wohin sie sich in Amerika wenden sollten, sondern erst gewisse Auskunft von dem Deutschen Verein in Neuyork zu erlangen hofften. Der Großvater von einigen Kindern aus Allstedt im Großherzogthum Weimar klagte lediglich über die vielen und hohen Abgaben, die oft in veränderter Gestalt von derselben Sache gefodert und bezahlt werden müßten, wollten sie sich nicht der Pfändung ihrer Wirthschaft aussetzen. Er gestand selbst ein, daß der Boden in seiner Heimat fruchtbar sei, die Aussaat reichliche Früchte brächte; nur die hohen nicht mehr zu erschwingenden Abgaben hätten ihn zur Auswanderung veranlaßt und würden noch viele Andere dazu treiben. „Habe ich auch nicht die hiesige Bequemlichkeit, sagte er, so brauche ich doch nur wenige Abgaben zu geben und weiß für wen ich arbeite." Sind diese Klagen gegründet, und wenn dies, wann werden sie verstummen?

Preußen.

(+) **Berlin**, 15. April. Wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir melden, daß eine gesetzliche Aenderung in den Verhältnissen der Juden zu den übrigen Unterthanen der Monarchie bevorsteht. Zwar wird von keiner allgemeinen Emancipation der preußischen Juden die Rede sein, und sie werden nach wie vor von allen obrigkeitlichen Aemtern ausgeschlossen bleiben, aber die Hindernisse, welche ihrer Berufung zu Professoren an den Universitäten ꝛc. bis jetzt im Wege stehen, sollen aufgehoben werden. Jedenfalls würde ein solches Gesetz mit allgemeiner Freude begrüßt werden. Daß hier in allen localen Beziehungen die jüdische Bewohnerschaft Berlins schon immer als ein integrirender Theil der Bevölkerung angesehen wird, davon könnten die verschiedensten Beispiele beigebracht werden; von den 2600 Thlr. z. B., welche in diesem Winter die beiden zum Besten der Armen veranstalteten Bälle eingebracht haben, ist eine verhältnißmäßige Summe der hiesigen Judenschaft ausgezahlt worden. Der Bau der neuen Synagoge ist allerdings auf einige Schwierigkeiten gestoßen. Die Gemeinde hatte nämlich unter Vorbehalt einen Platz für die Erbauung derselben angekauft, der Bau derselben an diesem Orte soll aber bei dem Könige keine Genehmigung gefunden haben, weil die Nähe der Garnisonkirche für den Gottesdienst in beiden Gebäuden Störungen verursachen könnte. Wie man weiter hört, wäre die Gemeinde auf das Köpnicker-Feld hingewiesen, und man wollte ihr, falls sie dort baue, erlauben, daß die Fronte der Synagoge sich nach der Straße zukehre, was sonst den Juden in Preußen nicht erlaubt wird; allein die Gemeinde will nicht auf diesen Vorschlag eingehen, da die Gegend des Köpnicker-Feldes allzu weit vom Mittelpunkte der Stadt entfernt sei.

Von den hiesigen Buchhändlern Simion und Springer ist ein Circular ausgegeben worden, worin sie an Capitalisten die Auffoderung richten, eine Summe von 20,000 Thlr. zusammenzubringen, damit durch diese Summe ein Volksbücherverlag im Großen eingerichtet werden könne. Es scheint also ein Actienunternehmen beabsichtigt zu sein. Der Volksbibliothekenverein, welcher auf Anregung des Lehrers F. Schmidt zu Stande kam, ist bekanntlich an der Nichtgenehmigung der Behörde gescheitert; daß aber eine Organisation der Volkslecture nach gesunden Principien bei uns noth thut, wird wol nicht in Abrede gestellt werden können. Das Colporteurwesen hat bei uns eine widerliche Richtung und Ausdehnung erhalten, und die Lecture, welche die Colporteure verbreiten, ist immer weit mehr auf die Speculation eines Einzelnen als auf das wahrhafte und wesentliche Interesse des Volks berechnet.

Die Berathungen über das neue Wechselrecht für Preußen sol-

len so weit vorgeschritten sein, daß die Bekanntmachung desselben nicht mehr allzu lange wird auf sich warten lassen. Wie wir hören, wäre es in 20 Paragraphen zusammengedrängt worden, und unsere Gesetzgebung hätte sich hier also von dem Princip der Kürze und Bündigkeit recht erfreulich durchdringen lassen. Nach dem neuen Wechselrechte würde jeder majorenne Unterthan als wechselfähig anerkannt werden, während bis jetzt in Preußen die Wechselbefähigung nur an bestimmte Klassen geknüpft ist. Durch die Erlassung eines solchen Gesetzes würde sehr wahrscheinlich auch dem bei uns so tief gesunkenen Personalcredit eine nicht unwesentliche Unterstützung gewährt werden.

Die berliner Hausvoigteigefängnisse sind gegenwärtig, nach den »Beiträgen«, in einem so hohen Grade mit Gefangenen angefüllt, daß in ihnen kaum noch ein leerer Raum vorhanden ist. Meistens sind es solche Gefangene, welche in politische Untersuchungen verwickelt sind. Namentlich befinden sich darunter viele junge Polen, sogar Gymnasiasten, welche bei der letzten polnischen Coalition betheiligt sind. Um die Ausbildung dieser jungen Leute durch die Haft nicht zu unterbrechen, ist jetzt in der Hausvoigtei eine vollständige Schule eingerichtet, in welcher dieselben von einem hiesigen Gymnasiallehrer in den Hauptzweigen der Wissenschaft unterrichtet werden. Auch eine vollständig eingerichtete Kirche befindet sich in der Hausvoigtei. Die Lage der dortigen Gefangenen ist eine ungleich günstigere als die der Bewohner des neuen Zellengefängnisses in Moabit.

— Der Weser-Zeitung schreibt man aus **Berlin** vom 12. April: „Obgleich die Landtagsangelegenheiten die öffentliche Aufmerksamkeit völlig absorbiren, so müssen wir doch heute schon der nun wirklich erfolgten Kündigung des englisch-preußischen Handels- und Schifffahrtsvertrags vom 2. März 1841 gedenken. So groß auch die Schwierigkeiten für eine desfallsige Einigung unter den Zollvereinsstaaten dadurch zu werden drohten, daß die Frage wegen des Zuckerzolls von mehren der süddeutschen Staaten in den Vordergrund gerückt wurde, so haben dieselben doch die bestimmte Fassung des Entschlusses nicht zu hindern vermocht, den Vertrag in seiner gegenwärtigen Form und Fassung mit dem Schlusse des gegenwärtigen Jahres wirklich ablaufen zu lassen. Die hierfür nothwendig werdende Kündigung, die bekanntlich vor dem 30. Jun. geschehen mußte, ist, wie wir aus der zuverlässigsten Quelle versichern hören, in diesen Tagen bereits wirklich erfolgt und die darüber lautende Depesche in vergangener Woche nach London abgegangen. Auch der Erlaß gesetzlicher Bestimmungen, durch welche das Auswanderungswesen innerhalb des preußischen Staats geregelt und in engere Grenzen zurückgeführt werden soll, dürfte in naher Zeit bevorstehen. — Die Stände haben in dem Mielentz'schen Saale den Mittelpunkt ihrer Vereinigung gefunden. Bisher war es den Ständemitgliedern erlaubt, Gäste mitzubringen. Jetzt ist diese Erlaubniß aufgehoben worden, und die Stände werden ganz unter sich verkehren können. Gewiß ist es nun von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Abgeordneten sich unter einander kennen lernen, und jene Ausschließung der Gäste scheint namentlich dadurch hervorgerufen zu sein, daß man auch den Schein vermeiden will, als ob äußern Einflüssen irgendwie Raum gegeben werde.“

— Aus **Köln** vom 13. April schreibt die Rhein- und Moselzeitung: „Laut dem heute verkündeten Spruche ist die Verleumdungsfrage gegen die Gräfin Hatzfeld und Lasalle (Nr. 102) abgewiesen worden, weil die Verbreitung nicht hinlänglich bewiesen sei. Eine der Klägerinnen soll jedoch gegen das Urtel appelliren wollen.“

— In **Königsberg** ward am 13. April die Denksäule eingeweiht, welche die deutsch-katholische Gemeinde daselbst zum Tage ihrer zweiten Stiftungsfeier auf ihrem Kirchhof errichtet hat.

Spanien.

Man schreibt vom 8. April aus **Madrid**, daß die Cortes erst am 12. April ihre Verhandlungen wieder aufnehmen werden. In einer Sitzung des Ministerraths soll, nicht ohne vorhergegangenes Einvernehmen mit den Cortesabgeordneten Cortina, Madoz und Mendizabal, also der progressistischen Partei, eine Ausdehnung der Amnestie beschlossen worden sein, welche den seit 1843 verbannten progressistischen Generalen ihre Grade ꝛc. wiedergeben und Rodil, Linage, Santa Cruz, Ruiz, Ametller und Andern die Rückkehr gestatten würde. Der Siegesherzog Espartero würde ebenfalls, jedoch erst in einiger Zeit, die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten.

— Die Ernennung des Herzogs v. Valencia (Narvaez) zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris an die Stelle von Martinez de la Rosa, sowie die von Don Luis Lopez de la Torre Apllon zum Gesandten in Lissabon an Hrn. Gonzalez Bravo's Stelle wird durch die in der Gaceta vom 8. April enthaltenen königl. Decrete darüber bestätigt. Hrn. Martinez de la Rosa soll der Gesandtposten in Rom angeboten, von ihm aber abgelehnt worden sein; Gonzalez Bravo ist zum Mitgliede des Staatsraths ernannt worden. General Serrano begibt sich nach Andalusien, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, und wird dort das Ergebniß des nun beim obersten Kriegs- und Admiralitätsgerichtshofe gegen ihn anhängigen Processes abwarten. Die Gerüchte von dem Zwecke der Sendung des Generals Manuel de la Concha nach Paris (Zurückhaltung der Königin Christine) fingen an sich zu verlieren, und es hieß, daß er der portugiesischen Angelegenheiten wegen dahin gehe. Der entlassene Commandant der Hellebardiere, Señor Rubianes, protestirt jetzt gleich Hrn. España gegen die Erzählung von den Auftritten (Nr. 105), zu denen er im Palaste Ursache gegeben haben solle. Zu den Entlassungen von Hofbeamten ist noch die des Einführers der Gesandten Hrn. D'Arana, Desselben, der den Prinzen von Montpensier und seine Gemahlin von Madrid nach Frankreich begleitete, gekommen.

Großbritannien.

London, 12. April.

Das Unterhaus hält heute seine erste Sitzung nach Ostern; das Oberhaus tritt erst am 15. April zusammen.

— Die diesmalige Osterwoche, schreibt der Spectator, wird durch Dreierlei ausgezeichnet, was Zeugniß ablegt für den Fortschritt des Landes in Politik, Handel und Künsten. Sie bringt dem Hause der Lords sein neues Local in dem prächtigen Palaste von Westminster, dem londoner Publicum eine zweite italienische Oper und dem Handelsverkehr der Nation einen neuen Hafen im Mersey: die Eröffnung der großen Docks von Birkenhead. In andern Beziehungen ist Ostern diesmal ziemlich still. Die Dauer der Parlamentssitzung ist immer eine Zeit, zu welcher die Dinge und Geschäfte einen localen Anstrich bekommen; in diesem Jahr aber ist die Natur der Geschäfte und Dinge der Art, daß sie sofort ihr Interesse verlieren, wenn sie aufhören, London und das Reich zu betreffen. Der große Gegenstand der Parlamentsdebatten, Irland, ist nicht für Kirchthurmpolitiker geeignet; Parteistreitigkeiten gibt es nicht, die im Lande fortzuführen und durch die Guerrillofehden öffentlicher Versammlungen zu unterstützen wären. Die einzige Frage zur Belebung der politischen Unterhaltung ist noch der Erziehungsplan der Minister. Doch auch diese Angelegenheit verfehlt aus mehr als einem Grunde, das Interesse wahrhaft in Anspruch zu nehmen. Es ist kein eigentlicher Streit darüber, Niemand wehrt sich. Die dagegen unternommene Agitation ist mechanischer Natur und von einem zwar zahlreichen und einflußreichen Theile des Volks, den Dissentern, angeregt, der aber keine Majorität bildet und weder eine ausgezeichnet intellectuelle noch in der Gesellschaft hohe Stellung inne hat. Der Führer bei dieser Agitation zu sein ist so wenig lockend für den Ehrgeiz, daß sich Niemand gefunden zu haben scheint, diesen Posten Hrn. Edward Baines jun. streitig zu machen. Seine literarische Stellung hat auch nichts dabei gewonnen, daß er merkwürdig genug darzuthun versucht hat, es fehle nicht an Unterricht für das Volk.

— Daily News spricht von zwei Briefen aus **Schottland**, welche Außerordentliches melden. Der Lordlieutenant einer schottischen Grafschaft, ein Pair von Schottland, sei nämlich plötzlich verschwunden; er habe eine Menge von Wechseln in Umlauf gesetzt, welche die Unterschriften seines Sohnes und anderer Anverwandten trügen, und diese Unterschriften wären abgeläugnet worden. Es heiße, daß ansehnliche Summen, für die Armen bestimmt, bei dem Ruin dieses Lordlieutenants verloren gingen.

— In dem von Handwerkern und Arbeitern fast ausschließlich bewohnten londoner Stadttheile St. Giles ist mit einem Aufwande von 6000 Pf. St. eine Musterherberge für die arbeitenden Klassen erbaut worden. Entspricht sie den davon gehegten Erwartungen, so sollen nach demselben Plane noch mehre aufgeführt werden, deren jede für die Nacht 100 Arbeiter aufnehmen kann, und wo für ein Schlafgeld von 4 Pence Jeder eine gesonderte Schlafstelle und ein gutes Bett erhalten wird, und Alle gemeinsam einen Saal, eine Küche, Waschzimmer und sonstige Bequemlichkeiten benutzen können.

Frankreich.

Paris, 13. April.

Die Pairskammer war gestern nur kurze Zeit versammelt. Es gingen Berichte über bereits vorliegende und die neuerdings von der Deputirtenkammer votirten Gesetzentwürfe ein. Das Gesetz über 420,000 Fr. zu Straßenbauten im südlichen Frankreich wurde in seinen Artikeln angenommen, konnte aber wegen Unvollzähligkeit der Kammer nicht votirt werden. Der Marquis de Boissy, welcher durch seine Geschwätzigkeit und sein oft sehr unparlamentarisches Verhalten der Kammer so viel zu schaffen macht, hatte einen Antrag auf Erlaubniß eingereicht, den Kriegsminister wegen gewisser außerordentlich harter Bestrafungen von Soldaten in Algerien interpelliren zu dürfen. Auf die in der Geschäftsordnung begründete Frage des Präsidenten: ob zwei edle Pairs den Antrag unterstützen wollten? erfolgte keine Aeußerung. Auch als Hr. Pasquier nochmals fragte: Antwortet gar Niemand? schwieg Alles still; als er aber dann erklärte, daß der Antrag keine Unterstützung gefunden habe, lachte die Kammer.

— Die Deputirtenkammer schritt durch das Loos zur monatlichen Erneuerung ihrer Abtheilungen. Der Unterrichtsminister Hr. de Salvandy übergab den erwarteten Gesetzentwurf über den Primairunterricht, und bemerkte nur dazu, daß derselbe eine Menge von Bestimmungen über Anstellung, Befugnisse und Ruhegehalte der Lehrer enthalte, sowie den aus 36 Artikeln bestehenden Gesetzentwurf über den Secundair-

Digitized by Google

unterricht. Auf der Tagesordnung war die Berathung des Gesetzentwurfs über die Zurückgabe der von den Eisenbahncompagnien hinterlegten Cautionen, welche danach in zehntheiligen Raten in dem Maß erfolgen soll, als sie nachweisen, daß sie für wenigstens das Doppelte des Betrags einer solchen Rate Arbeiten ausgeführt oder Grund und Boden erworben und wirklich bezahlt haben. Die letzte Rate wird jedoch nicht eher zurückgegeben, als bis die betreffende Bahnlinie vollständig in Betrieb gesetzt worden ist. Die Absicht des Gesetzes ist, den Compagnien durch diese theilweise früher ausbedungene Zurückgabe der Cautionen, welche sie für Erfüllung der ihnen ertheilten Concessionen erlegt haben, diese Erfüllung zu erleichtern. Hr. Larabit widersetzte sich einer solchen Entfernung von den ausdrücklich durch die Unternehmergesellschaften eingegangenen Bedingungen, welche nur zu weiterm Abgehen davon führen, den Gesellschaften wenig helfen und sie, außer der Unbequemlichkeit für den Staatsschatz, mit jeder solchen theilweisen Rückzahlung der nothwendigen Einwirkung der Regierung mehr und mehr entziehen werde. Auch Hr. Lherbette sprach sich gegen Concessionen an die Eisenbahngesellschaften aus, zu denen Pairs, Deputirte, Beamte, Capitalisten gehörten und die durch ihre Manoeuvres leicht Besorgnisse unter dem Publicum verbreiten könnten, wie sie es denn auch thäten, wenn sie die Curse drücken wollten. Dasselbe sei von neuerlichen Vorstellungen und Drohungen einzelner Compagnien zu halten, sich von den übernommenen Unternehmungen lossagen zu wollen; sie müßten jedenfalls zur Erfüllung ihrer vertragsmäßig übernommenen Pflichten angehalten werden, und er fodere das Ministerium auf, sich zu erklären, ob das vorliegende Gesetz etwa der Anfang zu einer Reihe weiterer Concessionen sein solle? Der Minister der Bauten, Hr. Dumon, versetzte, daß schon bei der Adreßverhandlung von diesem längst vorbereiteten Gesetze die Rede gewesen, daß es also nicht als eine Folge der neuern Zumuthungen anzusehen sei. Ueber die letztere habe er sich noch nicht mit seinen Collegen in Vernehmen gesetzt. Das vorliegende Gesetz sei darum ungefährlich, weil es die Rückgabe der Cautionsgelder an vorhergegangene größere Verwendungen der Compagnien knüpfe. Hr. Lherbette wies in Antwort dessen darauf hin, daß der Minister über die weitern Absichten der Regierung rücksichtlich der Eisenbahncompagnien nichts ausgesprochen habe, und erklärte, daß von ihm und seinen Freunden jederzeit Widerstand gegen weitere Concessionen erfolgen werde. Hr. Garnier-Pagès fragte den Finanzminister, wo er Geld zu den Rückzahlungen der Cautionen hernehmen wolle, da man soeben, jedenfalls wegen Leere der Staatskasse, die Zinsen von Schatzbons erhöht habe. Der Finanzminister entgegnete, daß im öffentlichen Interesse die gesicherte Vollendung der Eisenbahnen liege. Allerdings würde die Suspendirung ihres Fortbaues und selbst der Staatsbauten erfolgen müssen, wenn es das Interesse des Schatzes erfodere. So weit aber sei es noch nicht. Die Baarschaft im Schatze sei seit dem 1. April wieder in stetem Wachsen, und die Zinserhöhung auf zwölfmonatliche Schatzbons habe zum Zwecke, möglichst wenig Schatzbons mit Verfallzeit in der Aernte, d. h. nach sechs Monaten, auszugeben, sondern diese Darlehen auf längere Zeit zu stellen, weil noch Niemand Gewißheit über den Ausfall der Aernte haben könne. Hr. B. Fould warf dem Minister vor, daß er am 6. März versicherte, er besitze 45 Mill. in seiner Kasse und bei der Bank und seit Anfang März fließe täglich 1 Mill. zu. Vor einigen Tagen aber habe das Guthaben der Regierung bei der Bank nur 5 Mill. betragen, und dem Syndikate der Wechselagenten, welches gesetzlich 3 Mill. stets dispenibel halten müsse, habe man insinuirt, ihr durch Anlegen 1 Mill. in Schatzbons zu Hülfe zu kommen. Das sei schmählich. (Ruf zur Ordnung!) Das einzige Mittel, aus der Verlegenheit zu kommen, scheine eine Anleihe. Der Finanzminister wiederholte, daß er durch Erhöhung der Zinsen von Schatzbons, zumal bei der in England von der Bank erfolgten Erhöhung des Zinsfußes, etwas Zweckmäßiges gethan zu haben glaube, und was eine Anleihe anlange, dieselbe für die nächste Zeit nicht nothwendig ansehe. Auch würde ihm darin ein Nachbarland immer zuvor gekommen sein, wo man eine Anleihe am Montag beschließe und am Donnerstag zu Stande bringe. Sich im voraus Vollmacht zu einer Anleihe geben zu lassen, halte er nicht gut für einen Minister, und habe selbst erfahren, wie dann jeder Schritt, jene Aeußerung desselben überwacht und ausgelegt werde. Scheine ihm der Augenblick für eine Anleihe gekommen, so werde er nach Einholung der Befehle des Königs den erforderlichen Gesetzentwurf vorlegen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 215 gegen 27 Stimmen angenommen.

— Von Hrn. Cremieux ist in der Deputirtenkammer ein Vorschlag eingereicht worden, welcher die bisher von den Präfecten abgefaßte Liste der Geschworenen künftig von einer Commission von Mitgliedern der Generalräthe der Departements zusammengestellt wissen will.

— Das Journal des Débats nennt den Zollgesetzentwurf, welcher am 31. März der Deputirtenkammer vorgelegt worden ist, an sich zwar einen bescheidenen, aber bezeichnenden Schritt in der Richtung des Freihandels. Die dadurch im Zollwesen angebahnten Reformen wären nämlich nicht bedeutend, allein doch im Sinne der Freiheit. Es wird nämlich das Einfuhrverbot für eine Anzahl unwichtiger Artikel aufgehoben, wie gemahlene Cichorie, bearbeiteter Bergkrystall, gestoßene Kurkumei, nicht besonders im Tarif aufgeführte Branntweine, für Haargespinnste aus Ziegen-, Kalb- und Hundehaar, Ranking in fremden Schiffen (der bisher nur unter französischer Flagge eingebracht werden konnte), mehre untergeordnete chemische Fabrikate, Haartücher, die nicht speciell tarifirt sind, Kaschmir von nicht europäischer Fabrikation, indirect anlangende, nichteuropäische Seidengewebe (die bisher nur direct eingeführt werden konnten) und einige andere Artikel. An die Stelle des Verbots tritt ein hoher Zoll. Auf mehre unwichtige Artikel werden die Zollsätze herabgesetzt und von 298 werden die Zölle aufgehoben. Es sind freilich bis auf etwa 16—20 lauter geringe Sachen, und auch nur 113 erhalten ganz freien Eingang; bei den andern ist er an Bedingungen, z. B. nur zu Lande, oder nur in französischen Schiffen und selbst nur aus gewissen Ländern und Regionen, wie nur östlich vom Cap oder westlich vom Cap Horn, zugegeben. Die Unbedeutendheit der 298 Artikel erhellt daraus, daß 1845 die ganze Zolleinnahme dafür 3,884,880 Fr. war. Endlich wird als Specialbegünstigung der Rhederei und dem Schiffbau die freie Einfuhr ihres Eisen-, Kupfer-, Zink- und Hanfbedarfs unter der Bedingung des Nachweises vom Verbrauche gewährt; Ketten, Segeltuch und Seil- und Tauwerk sind jedoch nicht mit freigegeben. Im Ganzen betrachtet, gibt das Journal des Débats zu, und von der Rhederei abgesehen, berühre diese Zollreform weder Eisen, Stahl, Kohlen, kein einziges wichtiges Rohproduct, keine Lebensmitteleinfuhr, auch nicht die gewöhnlichen Bekleidungsstoffe und Gebrauchsgegenstände irgend einer Art. Die Befreiung, welche die Frucht desselben sein werde, werde also eine unendlich bemessene sein. Gleichwol heiße es den Gesetzentwurf doch als gutes Vorzeichen willkommen.

— In der Deputirtenkammer erzählte man gestern von unangenehmen Berichten, welche die Regierung aus Algerien erhalten habe und zufolge denen Ab-el-Kader wieder offensiv aufgetreten und 4 Tagereisen südlich von Maskara erschienen sei, auch mehre Stämme bereits an sich gezogen habe. Das Journal des Débats bestätigt das und sagt, daß der Emir in die Gebiete jenseit der Salzlachen südlich von Maskara gegen die Stämme der kleinen Wüste und die Ortschaften in den Oasen dort ausgezogen sei. Französische Truppen haben schon wiederholt diese Gegenden durchzogen, und in Kurzem sollte wieder eine Expedition in zwei Colonnen dahin abgehen, um die Unterwerfung der Stämme entschiedener zu organisiren, was der Emir verhindern und die Bevölkerung nach Marokko wegführen zu wollen scheint. Von Oran war General Arbouville schon am 31. März nach Tlemecen gegangen, um sich mit acht Bataillonen und sieben Escadrons nach der Grenze zu begeben. Die Generale Cavaignac und Renault sollten mit ihren Colonnen südlich davon exeriren und namentlich die Hamianes Garabes, welche allein die französische Autorität noch nicht anerkennen, zur Unterwerfung bringen.

— Wie der Siècle meldet, hat der Kriegsminister den ihm vom Comité der Deputirtenkammer für die Algerien betreffenden Angelegenheiten überschickten Beschluß gegen die Expedition nach Kabylien (Nr. 107) als unconstitutionell und illegal zurückgegeben, indem der König allein den obersten Befehl über die Armee besitze.

— Auf der Eisenbahn von Rouen war vorgestern Abend der Frachtzug von Batignolles an der Station Rouen angelangt und hielt nur wegen Lösung der Fahrbillets für weiter mitfahrende Reisende, als eine aus dem Maschinenhause kommende Locomotive an die hintersten Wagen anfuhr, wodurch drei Personen nicht bedenklich beschädigt wurden. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer erwähnt Hr. Grandin des Unglücksfalls als viel bedeutender. Die Minister hatten noch keine Berichte.

— Die Gräfin Bresson, Gattin des französischen Botschafters in Madrid, ist mit ihrem kleinen Sohne, der bekanntlich zum Herzoge von Santa Isabell von der Königin von Spanien ernannt worden ist, in Paris angekommen.

— Gestern wurden die Patente über Naturalisirung des Hrn. Muñoz, Herzogs von Rianzara, unter dem Titel: Herzogs von Montmoro, beim königlichen Gerichtshofe einregistrirt.

**Paris, 13. April. Hr. de Salvandy hat endlich das lange erwartete Gesetz über den mittlern Unterricht gestern in der Kammer verlesen. Aus dem Eindrucke, den dasselbe auf die Versammlung hervorgebracht, läßt sich schließen, daß der Minister sich nicht wenig Mühe gegeben, die in dieser Frage entgegenstehenden Interessen oder vielmehr deren Vertreter zu befriedigen, aber es vielleicht eben deswegen mit beiden verderben hat. Den Einen hat er, wie verlautet, zu viel von ihren Vorrechten genommen, den Andern nicht genug gegeben, und so wurde der Entwurf auf der einen Seite so wenig als auf der andern mit Befriedigung angehört. Das war so ziemlich vorauszusehen, ist aber noch kein Grund für den Unbefangenen, die Gefühle des Constitutionnel zu theilen, der von vorn herein jedem Vorschlag entgegentreten wird, der nicht eine genaue Copie des vor drei Jahren von Hrn. Thiers abgefaßten Berichts über das in der Pairskammer angenommene Gesetz wäre; um das Werk des Hrn. de Salvandy zu würdigen, ist es jedenfalls billig, es mit Aufmerksamkeit zu lesen, daher wir dessen Druck abwarten wollen. Einen ähnlichen Eindruck dürfte der vor 14 Tagen vorgelegte Gesetzentwurf einer Tarifreform hervorbringen. Die Anhänger einer solchen Maßregel sind nichts weniger als zufrieden damit, daß der Handelsminister mit so schüch-

ferner Hand das Tabernakel des Prohibitivsystems angetastet, während die Zeloten der alleinseligmachenden Nationalkirche im Handel mit frommer Scheu das Kreuz schlagen bei dem Gedanken, daß ein französischer Minister es wage, die Schranken zu öffnen, die das Heiligthum des Nationalhandels bisher gesichert haben. Wie wenig aber auch die Freunde der Toleranz im Austausche der natürlichen und Kunsterzeugnisse zwischen den Völkern mit dem schüchternen Versuche der Regierung zufrieden sein mögen, können sie doch natürlich nicht umhin, denselben zu unterstützen und den guten Willen der Verwaltung anzuerkennen, da mit dem betreffenden Gesetzentwurfe wenigstens das Princip der Prohibition zerstört und der erste Glaubensartikel der Handelsfreiheit aufgestellt wird. Es fragt sich nur, ob letzterm schon in diesem Jahre die Sanction bevorsteht, mit andern Worten, ob in der laufenden Session das Gesetz, wie es eingereicht wurde, zur Erledigung gelangen werde: eine Frage, die zu verneinen weit mehr Gründe, als sie zu bejahen, vorhanden sind. Die Session ist bereits so weit vorgeschritten, die Verwaltung scheint so wenig den Muth ihrer Ueberzeugung zu haben und der Widerstand gegen den Versuch einer Tarifreform wird auf der Seite Derjenigen, die in der Aufrechthaltung des Prohibitivsystems die erste und unerläßliche Bedingung der französischen Industrie sehen, so groß sein, daß die Minister wahrscheinlich bei dem zweifelhaften Ausgang eines entscheidenden Kampfes es vorziehen werden, entweder das ganze Gesetz oder wenigstens jenen Theil desselben, der sich mit der Tarifreform befaßt, vertagen und blos über die Genehmigung der beiden darin enthaltenen Handelsverträge abstimmen zu lassen.

Das Cabinet scheint der Haltung der conservativen Progressisten nicht sicher und war geneigt, über die Grenzen, die Hr. Guizot seinem Programm der innern Politik in der Rede gegen die Wahlreform vorgezeichnet, hinauszugehen. Um sich in dieser Hinsicht zu verständigen, wurde vor einigen Tagen ein Ministerrath unter dem Vorsitze des Königs abgehalten, in welchem Hr. Guizot, unterstützt vom Siegelbewahrer und dem Finanzminister, den Antrag stellte, der progressistischen Fraction zwar keine weitern Zugeständnisse in der neuen Politik zu machen, jedoch bei dem nächsten Anlasse (wahrscheinlich in der nächsten Erörterung über die parlamentarische Reform) ein Zugeständniß für die Zukunft in Aussicht zu stellen. Die Regierung, meinte er, könne sich ohne Gefahr anheischig machen, vor Ablauf der gegenwärtigen Legislatur den sogenannten Capacitäten das Wahlrecht zu verleihen. Außer den genannten Ministern sprach Niemand für diesen Antrag, hingegen äußerte sich der König sehr lebhaft dagegen. Es wäre immer, meinte Ludwig Philipp, eine bedenkliche Sache für eine Regierung, Verpflichtungen einzugehen, die zu halten unvorhergesehene Umstände vielleicht unmöglich machen. Man habe dann nicht nur gegen die neuen Hindernisse, sondern auch gegen die Mahnung an das Versprochene zu kämpfen, in eine solche Lage dürfe man sich ohne Noth nicht versetzen, und diese Noth stelle sich jetzt nicht heraus. Ueberdies, und hierauf legte der König durch Ton und Gebehrde großes Gewicht, „sei er von der Nation nicht berufen worden, um auf dem Wege der Revolution fortzuschreiten, sondern um ihr einen Damm zu setzen, um Das zu erhalten, was durch sie erobert wurde; er werde daher nie in einen politischen Fortschritt willigen, und das um so weniger, als er dadurch seinem Nachfolger die Gelegenheit entzöge, auf den Grund des Errungenen ohne Gefahr fortzuschreiten, wenn ja ein solcher Fortschritt als zweckmäßig und nothwendig sich herausstellen sollte". Ludwig Philipp gab diese Erklärung in so bestimmter und entschiedener Weise ab, daß keiner der Minister dagegen eine Einwendung erhob und hiermit der Ministerrath zu Ende war.

Mit diesen Zeilen kreuzt sich wahrscheinlich ein Bericht aus Berlin von höherer Bedeutung, den Hr. Thomas über die Eröffnung des preußischen Allgemeinen Landtags dem Journal des Débats geschickt. Dieser Publicist, dessen ich in einer meiner letzten Mittheilungen erwähnte, ward von dem genannten Blatte nach Berlin gesendet, um über die Physiognomie des Allgemeinen Landtags wie über dessen Leistungen zu berichten. Wenn der kümmerliche Zustand der französischen Presse keinem andern Blatte erlaubte, einen Literaten nach der Hauptstadt eines benachbarten Reichs, das jetzt in eine neue Phase eintritt, die zu beobachten für Frankreich von nicht geringem Interesse sein muß, abzusenden, so zeigt das Journal des Débats, daß es, abgesehen von seiner Tendenz, die man theilen oder verwerfen kann, noch immer an der Spitze der Tagespresse stehe. Hr. Thomas hat, wie gesagt, ziemlich genaue Kenntnisse von den Verhältnissen und Zuständen Deutschlands und überdies Unbefangenheit genug, sich in dieselben hineinzudenken und mit den Bestrebungen mitzufühlen, so lange die einen wie die andern Frankreichs Interessen nicht entgegen sind, denn am Ende ist Hr. Thomas Franzose wie ein Anderer, was man ihm wol nicht verdenken kann, unter so bewandten Eigenschaften aber noch immer der geeignetste Berichterstatter, den das Journal des Débats nach Berlin schicken konnte.

Schweiz.

Einem jungen, gegenwärtig in Bern sich aufhaltenden Angehörigen des Cantons **Unterwalden** ward vor kurzem der verlangte Paß zur Reise nach Amerika vom Polizeidirector Durrer in Stanz unter folgenden Gründen verweigert: „Cantonsangehörigen, die in einem Lande sich aufhalten, wo Freihorden geworben werden, können keine Pässe ertheilt werden, und da der Petent als am Freischarenzuge betheiligt bekannt sei, so wäre es besser, wenn dieser nach Hause kommen, die durch das Gesetz ausgesprochene Strafe aushalten und dem in Gefahr stehenden Vaterlande mit Kraft beistehen würde, als dasselbe in diesem kritischen Zeitpunkte so schnöde zu verlassen und in fremde Länder zu wandern, wo weder Kirche noch Religion existire und ein Gemisch von Leuten bei einander lebe, das seinen Grundsätzen nach dem Communismus huldige, für gute Katholiken das allergrößte Verderben sei und im Allgemeinen zum Untergange der Menschheit führen müsse." (Bern. Verf.-Frd.)

— In **Appenzell Inner-Rhoden** haben sich, wie die Appenzeller Zeitung berichtet, mehre dem zeitgemäßen Fortschritte huldigende Männer zu einem Vereine zusammengethan, um eine Verfassungsrevision einzuleiten. Zunächst wäre nichts weniger als die Revision des Wahlsystems beantragt, sodaß nicht mehr, wie bisher, nach Rhoden, wozu nur gewisse Geschlechter gehören, sondern nach Bezirken oder Gemeinden die Wahlen der Behörden zu treffen seien, zu welchem Zwecke das Land in solche politisch eingetheilt werden soll. Das sogenannte Rhodengut würde indeß wie bisher als Corporationsgut der betreffenden Geschlechter betrachtet; dieselbe Bewandtniß hätte es mit den allgemeinen Fonds und den gemeinen Wesen. Der unternehmende Verein war im Begriffe, seine diesfälligen Vorschläge dem am 18. März versammelten Verfassungsrathe (der einen neuen Entwurf eines Erbgesetzes vor die nächste Landesgemeinde bringt) einzureichen; doch wurde ihm insinuirt, daß dieselben vorerst der Vorberathungscommission zur Begutachtung unterstellt werden müssen. Der Verein soll nun beabsichtigen, einer im Laufe dieses Sommers abzuhaltenden außerordentlichen Landsgemeinde seine Anträge vorzulegen.

— Die ökonomische Gesellschaft in **Genf** hat unter die Mitglieder des großen Raths eine Erklärung vertheilen lassen, worin das Verlangen ausgesprochen wird, der Titel der Verfassung, der diese Gesellschaft betreffe, solle nicht dem ganzen Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, sondern allein den alten Genfern, d. h. denjenigen Genfern, welche laut dem Beschluß von 1798 bei Stiftung der Gesellschaft als Bürger Genfs anzusehen sind.

Italien.

* **Rom**, 5. April. Regen und Hagelschlag konnten viele Tausende gestern nicht zurückhalten, nach Beendigung der geistlichen Functionen in der Peterskirche, wo Pius IX. selbst die solenne Messe celebrirte, sich zwischen den Säulengängen Bernini's auf dem geräumigen Platze vor der Basilica um den Obelisk zu scharen und unter freiem Himmel, nach langem Drängen und vielen Drangsalen, auszuharren, bis von dem Altan der Kirchenvorhalle der päpstliche Segen über sie gesprochen ward. Die Illumination der großen Kuppel der Peterskirche hatte gestern Abend wegen ungünstigen Wetters nicht jenen Feenzauber wie sonst; wir hoffen, daß die Girandola auf der Engelsburg, für deren Aufbau diesmal durch freiwillige Beiträge reicher Römer die dreifache Summe, als die von der Regierung dazu ausgesetzte, beträgt, gegen den Wunsch des Papstes, zusammengebracht ward, diesen Abend ein desto brillanteres Schauspiel bieten werde. — Ueberall sieht man die Dienerschaft reicher Engländer beschäftigt, die Reisewagen zu mustern und in Stand setzen zu lassen; denn für den Engländer ist nun einmal aus Herkommen nach Ostern in Rom kein Bleibens mehr. Man zieht in die Thäler der Schweiz, nach den wohlfeilen, comfortablen Bagni di Lucca oder südlich in die Badeorte auf der Küste des Mittelmeers und den neapolitanischen Inseln. Viele Hundert derselben hält ein mit außerordentlichem Pomp vorbereitetes Nationalvergnügen, das auf die drei nächstfolgenden Tage angesetzt ist, noch auf eine kurze Frist in unsern Mauern zurück, sonst wären sie schon in dieser Nacht, unmittelbar nach dem Abbrennen der Girandola, auf gut englisch davongeeilt. Das nationale Vergnügen besteht in neun großen Pferderennen mit italienischer und englischer Race an der Salarischen Straße. Die Siegespreise sind außerordentlich hoch, da jeder englische Theilnehmer zehn bis zwölf Napoleonsd'or beisteuert und die Zahl der Beisteuernden sich auf 800 beläuft. — Auch die Prinzessin Albrecht von Preußen wird noch in dieser Woche unsere Stadt verlassen und sich nach Neapel begeben. In der preußischen Gesandtschaftskapelle auf dem Capitol nahm die Prinzessin mit ihrem Hofstaat diesen Vormittag an der Feier des heiligen Abendmahls Theil.

Der Volksenthusiasmus wächst für Pius IX. je länger je mehr. Und in der That ist diese Volksgunst, wenn für irgend einen, so gewiß für diesen außerordentlichen Mann ein Tribut, eine Pflicht der Dankbarkeit und Achtung für sein edles Wollen und Thun und seinen hochherzigen Charakter. Seit einer Woche hatte er den armen Handwerkern die Patentabgabe, wo sie nicht mehr als jährlich 3 Thlr. betrug, für die Zukunft erlassen; eine außerordentlich große Menge von Betten und Kleidungsstücken, die er aus eignen Mitteln angeschafft, wurden in den letzten Tagen mit Brotspenden verbunden an die arbeitslosen Armen der Stadt vertheilt; eine bedeutende, durch freiwillige Beiträge der Einwohnerschaft der Riene del Borgo, in welcher der Vatican liegt, den Pius IX. in den letzten Tagen wegen der Nähe der Peterskirche bewohnte, zusammengebrachte Geldsumme zur Veranstaltung von Ehrenfesten für das Lan-

desoberhaupt ersuchte er den Nothleidenden zu geben, wie es denn auch geschah; am 2. April Abends erschien er unerwartet mit aller Einfachheit in dem großen Hospiz Trinità dei Pelegrini und wusch vor der anwesenden großen Menge mit sichtlicher Demuth einem aus Preußen hierher gepilgerten Priester, dem Heilande zur Nachahmung, die Füße und beschenkte ihn reichlich. Aber auch strenges Gericht ward in den letzten Tagen von Pius IX. über mehre Kornwucherer gehalten, durch deren Machinationen in mehren Gegenden des Kirchenstaats die Armuth dem Hungertod entgegengetrieben ward. Zwei dieser Herren, der Baron Gratioli und Signor Testi (Bruder des Cardinals gleiches Namens und Schatzmeisters Gregor's XVI.), der Erstere aus einem Bäcker zu einem Millionair heraufgekommen, der Andere ein reicher Mann durch seinen einst hier allmächtigen Bruder, hätten nach der Meinung des Volks vielleicht härter bestraft werden müssen; denn der Papst hat in seiner Gnade nur befohlen, daß sie die ungeheuern insgeheim seit Jahren aufgespeicherten Getreidevorräthe für die Hälfte des Marktpreises dem Volke käuflich zu überlassen haben. Alle römischen Principi und Nobili, unter ihnen vorzüglich die Fürsten Borghese und Aldobrandini, bringen den betrübten Zeitumständen in ihren Feudalbesitzungen die bedeutendsten Geldopfer, um die Extreme der Noth unter ihren zinspflichtigen Einsassen zu vermeiden.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 10. April. Schon seit einigen Tagen sehen wir den Kaiser, über dessen mehrtägiges Unwohlsein mein Schreiben vom 30. März Ihnen Meldung that (Nr. 100), sich wieder im Freien ergehen und dürfen seine Genesung für begründet halten. — Der Großfürst-Thronfolger und seine Familie verfügten sich gestern zur Residenz nach Zarskoe-Selo, woselbst seine Gemahlin in den nächsten Tagen ihrer Entbindung entgegensieht.

Wir werden fortdauernd trotz der vorgerückten Jahreszeit von einer empfindlichen Kälte berührt. Sie steigt in der Regel am Morgen und Abend noch auf 8—10 °. Alle unsere Gewässer sind mit dickem Eis überzogen, worauf man fortwährend Fußgänger und Fahrende sieht.

Griechenland.

Ancona, 8. April. Plötzlich verbreitet sich hier das Gerücht, daß auch ein französisches Geschwader nach dem Piräus unter Segel sei, von dem Prinzen von Joinville selbst befehligt. Es ist ein unverbürgtes Gerücht, dem man kaum Glauben beimessen kann. Ein französisches und ein englisches Geschwader, einander gegenüberstehend und jedes eine andere Sache beschützend und vertheidigend! Das erstere noch dazu einem jungen, lebhaften Anführer anvertraut, dessen Gesinnungen ohnehin bekannt sind! Unmöglich läßt sich dies von der umsichtigen Politik des jetzigen pariser Cabinets erwarten. Ich glaube daher, daß auf dieses Gerücht wenig Gewicht zu legen ist. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

○ **Leipzig**, 17. April. Briefe aus Bukarescht vom 6. April melden, daß die Feuersbrunst eine dem Bazar gegenüber liegende Kirche ergriffen hatte, in deren Gewölben einige 100 Ctr. (?) Pulver, Privatvorräthe damit handelnder Kaufleute, aufbewahrt wurden. Sobald das bekannt ward, wollte Niemand mehr zum Löschen Hand anlegen, und durch die erfolgende Explosion wurde auch der steinerne und mit eisernen Thoren geschlossene Bazar mit seinen Lagern und den hinein geretteten Sachen die Beute der Flammen.

Türkei.

Wir erhalten, sagt die augsburger Allgemeine Zeitung, eine neue Post aus **Konstantinopel** vom 30. März. Sie bringt wenig Beruhigendes. Trotz der nach Wien gegangenen versöhnlich lautenden Noten war das der griechischen Regierung gegebene Ultimatum weder zurückgenommen noch modificirt worden. Die Nachricht vom Nahen des nach dem Piräus bestimmten englischen Geschwaders sowie vom Zusammenziehen starker türkischer Truppenabtheilungen gegen die griechischen Grenzen zu, von verdoppelter Thätigkeit im Arsenale von Konstantinopel, von mächtigen Intriguen gegen den versöhnlichen Großvezier setzte Alles in Alarm. Der französische Gesandte stellte seinen Collegen die dringende Lage der Dinge vor und trug darauf an, daß in der Person eines europäischen Souverains ein Schiedsrichter bestellt werde. Der österreichische und preußische Gesandte traten bei; der russische und der englische erwiderten, sie müßten deshalb Instructionen erwarten. Reschid-Pascha lehnte den Antrag ganz ab: wenn auch alle europäischen Mächte ihr entgegenträten, müßte die Pforte thun, was sie ihrer Pflicht schuldig sei. Alles ließ befürchten, daß man am Vorabend eines Bruches stehe. Mit dem 1. April hörten die diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und der Pforte auf! (Nr. 106.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachrichten aus **Neuyork** vom 16. März sprechen abermals von einem Treffen bei Saltillo, zwischen Santa Anna und Taylor, in dem aber die Amerikaner geschlagen worden sein sollen. Die Nachricht soll am 14. März Morgens in Washington eingetroffen sein.

Personalnachrichten.

Orden. Kurhessen. Orden vom goldenen Löwen, Ritterkreuz: der königl. sächsische Oberlieutenant v. Craushaar. — Oesterreich. Leopoldorden, Commandeurkreuz: der Geheimrath Albert Graf v. Festetits; Ritterkreuz: der Oberst Johann v. Kisfaludy, der Rath und Stabsarzt Joseph Würtler. — Preussen. Rother Adlerorden, 2. Kl. mit Eichenlaub: der Ober- und geh. Regierungsrath Rackelmann in Danzig; 3. Kl.: der bairische Kammerherr und Legationssecretair Frhr. Pergler v. Perglas; 4. Kl.: der Notar Cremer in Blankenheim; Krone zum Militairverdienstorden: der österreichische Feldmarschallieutenant und wirkl. Kämmerer Graf v. Schlotheim in Wien. — Sachsen-Ernestinischer Hausorden, Ritterkreuz: der Professor der Rechte in Bonn Dr. Perthes.

Wissenschaft und Kunst.

* **Berlin**, 16. April. Ein hier bei K. Reimarus (Gropius'sche Buch- und Kunsthandlung) erschienenes „Handbuch der zum hohen Vereinigten Landtage berufenen Mitglieder" gewidmet und überreicht, wird gewiß vielen derselben zur Orientirung in dieser weitläufigen Residenz sehr willkommen sein. Es enthält zuvörderst das königliche Haus nebst dem Hofstaate desselben; sodann die Personalien der verschiedenen Ministerien, ferner die über das Handelsamt, das statistische Bureau, das Kammergericht, das Stadtgericht, das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg, den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin, gibt hierauf einen Grundriß des Sitzungssaals im Weißen Saale und mit diesem die Namen der Mitglieder des Vereinigten Landtags nebst den Wohnungen derselben in Berlin, und im Anhange eine Uebersicht der vorzüglichsten Sehenswürdigkeiten der Residenz, welchem Allen sich noch ein Plan von Berlin anschließt.

* **Leipzig**, 17. April. Sehr erfreulich ist es, daß es durch die Liberalität des Stadtraths, welcher das Local der Stadtbibliothek bewilligte, möglich geworden ist, auch Leipzig die jedenfalls merkwürdigste Schaustellung zu verschaffen, welche die Zeit nur immer darbieten kann. Vom 18. April bis 12. Mai nämlich wird Dr. Koch das von ihm im Frühjahre 1845 in Alabama entdeckte riesige antediluvianische Meerungeheuer, den Hydrarchos Harlani, ein zwischen Eidechse und Schlange in der Mitte stehendes Geschöpf, die größte bis jetzt entdeckte Creatur der Vorwelt, dessen Gerippe über 100 Fuß lang ist und auf einen Umfang des lebenden Thieres von 27—30 Fuß schließen läßt, auch hier zeigen, und gewiß konnte dem hiesigen und Meßpublicum nichts Merkwürdigeres geboten werden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 17. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnact. 117 Br.; Sächsisch-Baiersche 85 Br.; Sächsisch-Schlesische 97½ Br.; Chemnitz-Riesaer 53 bezahlt; Löbau-Zittauer 55 bezahlt; Magdeburg-Leipziger 196 G; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ Br.; Altona-Kieler 108 Br.; Pesther 98¼ G.; Dessauer Bankactien 100⅜ Br., 100⅛ bezahlt.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 17. April früh 7 Uhr: 1° 15″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 13. April. 2½pc. Int. 58⅜; Russ. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 172¼. Frankfurt a. M., 15. April. Oestr. Bkact. 1892 Br.; 250 Fl. L. 118⅛ Br.; 500 Fl. L. 153¼ Br.; Bair. 3½pc. 93¾; Bad. 50 Fl. L. 37¼ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25¼; Sard. 36⅛; Kurhess. 32½. London, 10. April. 3pc. Cons. 85⅝; Span. act. 24¾; 3pc. 35⅝; pass. 5⅜; ausg. 16¼; Holl. Int. 58½. Paris, 12. April. 5pc. 115. 65; 4pc. 77. 65; Neap. 102; Bankact. 3245. Wien, 14. April. Bkact. 1582; Met. 5pc. 107¼; 4pc. 96⅛; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 152½; 250 Fl. L. 118¼.

Disconto. Amsterdam, 13. April. 4 %. Frankfurt a. M., 15. April. 3¼ %.

Actien. Frankfurt a. M., 15. April. Taunusb. 350; Nordb. 71⅝; Verb. 91¼. Paris, 12. April. Versail. r. 330; l. 210; Paris-Orleans 1220; Paris-Rouen 875; Paris-Strasburg 426¼; Paris-Lyon 428⅜; Rouen-Havre 607½; Marseille-Avignon 772½; Strasburg-Basel 193¾; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Vierzon 560; Nord 621¼. Wien, 14. April. Nordb. 169½; Gloggn. 121½; Mail. 108⅛; Livorn. 91⅝; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 16. April. Seehandl.-Prämsch. 94¼ Br., 3½pc. Staatssch. 92⅝, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅜, ostpr. 96 Br., pomm. 93¾ Br., schles. 96¼, 4pc. posensche 101⅞ Br., neue 3½pc. 92 Br., kur- u. neumärk. 96; Louisdor 111⅞, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anhalt 110 Br., Berl.-Hamb. 4pc. 104½ Br., Prior.-Act. 4½pc. 96, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90 Br., 5pc. 101 Br., Berl.-Stett. 107 Br., Cöln-Minden 4pc. 88⅛, Crak.-Oberschl. 4pc. 77½ Br., Düsseld.-Elberf. Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107½ Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 86, Prior.-Act. 4pc. 91¼ Br., 5pc. 101, Oberschlesische Litt. A. 4pc. 104 Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 84 Br., Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Thüring. 4pc. 93, Wilhelms-Bahn 4pc. 83. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 81¼, Berg.-Märk. 4pc. 81 Br., Berl.-Anh. 96 Br., Cöln-Minden 4pc. 88¾, Magd.-Wittenb. 81½, Mail.-Venet. 4pc. 110 Br., Mecklenburg 72½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70½, Posen-Starg. 4pc. 82, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98 Br., Ung. Centralb. 4pc. 98 Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅛ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 92⅞ Br., (neue) 4pc. 92½ Br., Partial à 300 Fl. 4pc. 78⅝ Br., à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bkcert. Zinsl. 16⅞ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85, Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼, Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅜, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Ganz was Neues für Herren, welche sich selbst rasiren.

Um einem verehrten Publicum auch ein Mittel zu verschaffen, das dickschneidige und feinschartige Rasirmesser unmittelbar in erwünschten Zustand zu setzen, ist es mir nach vielfachen Versuchen endlich gelungen, durch Zusammensetzung mineralischer Substanzen einen einfachen Apparat unter der Benennung **Mineral-Abzieher** anzufertigen.

Die Art und Weise des Abziehens mittels Gebrauchsanweisung ist für Jeden sehr leicht, und in wenigen Minuten ist nicht nur der erwünschte Erfolg erzweckt, sondern auch noch erscheint die ganze Schneide polirt, ein Beweis, daß das Messer im geringsten nicht irritirt worden. Die Preise sind à 16 und 10 Ngr., für Engros-Käufer ein annehmbarer Rabatt.

Gleichzeitig erlaube ich mir, meine genugsam als höchst zweckmäßig anerkannten chemischen Streichriemen zu empfehlen.

Mein Stand ist wie gewöhnlich in Koch's Hof.

[1422] **J. P. Goldschmidt** aus Berlin.

Hiermit beehre ich mich, einem geehrten Publicum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich **heute** meine

Conditorei und Café

im v. Haugk'schen Hause, Ecke vom Königs- und Roßplatz,

eröffne, und wiederhole zugleich die Bitte, mir auch in diesem Local das Vertrauen zu schenken, dessen ich mich in meinem frühern **(Grimmaische Straße)** zu erfreuen hatte. [1455]

Leipzig, am 18. April 1847. **F. C. Braun.**

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, meinen hiesigen und auswärtigen Geschäftsfreunden ergebenst anzuzeigen, daß ich, nach dem am 23. v. M. erfolgten Ableben meines seligen Vaters, die von ihm seit länger als 50 Jahren, und in Gemeinschaft mit mir seit 23 Jahren geführte:

Rauchwaaren-Handlung en gros

unter der Firma

J. Marasse & Sohn

unter derselben Firma, mit denselben Mitteln und denselben Grundsätzen wie bisher fortführen werde.

Ich werde mich bemühen, durch prompte Bedienung und reelle Handlungsweise das Vertrauen meiner geehrten Geschäftsfreunde mir zu erhalten und noch mehr zu befestigen.

Berlin, den 29. März 1847.

Hochachtungsvoll

[1088—90] **Moritz Marasse.**

Zu **Mittelsteine** in der Grafschaft Glatz, in bevölkertster, schönster und fruchtbarster Gegend Niederschlesiens, unweit der böhmischen Grenze, wird ein Bauplatz zu einem Fabrikgeschäft im Großen an dem so reichhaltigen Wasser, genannt die Steine, welche durch zuströmende warme Quellen nur sehr selten zufriert, offerirt. Bei 850 Schritt Kanal weise ich 8 Fuß Fall bei 2½ Fuß Wehrhöhe, bei 1400 Schritt Kanal dagegen 11 Fuß Fall bei 3 Fuß Wehrhöhe nach; die Baumaterialien sind an Ort und Stelle von dem Dominio selbst wohlfeil und gut zu haben.

Zahlungsfähige und intelligente Speculanten, aber nur diese, werden eingeladen, sich deshalb zu melden, und dies unter meiner Unterschriftsadresse.

Mittelsteine bei Glatz, den 30. März 1847.

[1114—16] **Theodor Freiherr von Lüttwitz.**

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,

Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1135—37]

J. D. Urner & Co.

aus **Elberfeld.** [1319—34]

Seidene, halbseidene und halbwollene Waaren

eigner Fabrik.

Salzgäßchen Nr. 2/108 erste Etage.

Dr. med. C. Lincke

zeigt hierdurch an, daß er zu ärztlicher Consultation für **Augen-** und **Ohrenkranke** sowie für **Stammelnde** täglich Morgens von 8 bis 10 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr in seiner Wohnung **Brühl Nr. 17** zu treffen ist. [1140—42]

Rothgerberei-Verkauf.

Endesunterzeichneter beabsichtigt, seine in der Residenzstadt **Dessau** in der Leipziger-Straße daselbst unter Nr. 42 belegene **Lohgerberei** zu verkaufen. Dieselbe besteht in einem sehr räumlichen **Wohnhause,** einem sehr großen Hintergebäude mit vier über einander liegenden Böden zur Borke und Trocknen der Leder, Lohkuchengerüste, acht Gruben, zwölf Farben, zwei Kälge, nebst andern Hintergebäuden und einem Garten. Reelle Käufer wollen sich in frankirten Briefen an mich wenden.

[1442—44] **C. Herrklotz.**

Musikalien-Verkauf

Leipzig, Preußergäßchen Nr. 5, beim Antiquar **Jänich.** [1430—32]

Fabrik-Lager

privilegirter Gardinen- und Meubels-Stoffe

von

Julius Helfer,

Ecke des Brühls No. 89 und Theaterplatzes.

Diese von mir erfundenen und fabricirten Stoffe besitzen den Glanz der Seide, die Weichheit des Nulls, die Echtheit und Reinheit der Glasfarben, und bedürfen **nie** der Wäsche. [1447—49]

In Frankfurt a. M. ist in meinem Hause

Judenstraße Nr. 7

ein großes Meßgewölbe nebst Comptoir, Stuben ꝛc., welches die Herren Milde & Co. aus Breslau 14 Jahre inne hatten, zur nächsten Margarethen- und folgenden Messen zu vermiethen, gleichzeitig auch die Verkaufslocale von den Herren Heß, Ruben & Co. aus Hamburg. Hierauf Reflectirende belieben sich an mich direct zu wenden.

[1451—53] **E. Fersenheim.**

Die bevorstehende Leipziger Oster-Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten

Guhse & Gerlach

aus **Berlin**

und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 2, erste Etage.** [1196—1202]

Um allen Irrthümern vorzubeugen, beehren wir uns hierdurch anzuzeigen, daß die rühmlichst bekannte Uhrenfabrik von

Patek & Czapek in Genf

mit dem 1. Mai 1845 diese Firma in

Patek & Co. in Genf

umgeändert hat und von uns ununterbrochen fortgesetzt wird.

Wir bitten, das uns bisher geschenkte Vertrauen uns auch ferner zu erhalten, und versichern, daß wir durch pünktliche und reelle Besorgung der uns ertheilten Aufträge denselben stets zu entsprechen suchen werden.

Patek & Co.,

[1395—96] Uhrenfabrikanten in Genf.

Hauser & Draemann

aus **Crefeld,**

Seidenwaaren-Fabrikanten,

besuchen diese Messe zum ersten Male mit einem gut assortirten Lager von Taffet, Serge, Satin de chine, Schirmstoff, Sammet ꝛc. und versichern bei schöner Waare billige Preise.

Das Lager befindet sich **Hainstraße Nr. 5** bei Herrn W. Helbig aus Berlin. [1439]

Johann Samuel Gerlitz,

Peitschenfabrikant aus Breslau,

bezieht zum ersten Mal diese Messe mit einem großen, aufs vollständigste assortirten Lager von mehr als 150 Arten der beliebtesten Reit-, Jagd-, Kinder-, Hetz-, Hunde- und Wagenpeitschen, sowie auch Reitstöcken zu **auffallend billigen Preisen.** Auch werden Bestellungen auf alle Sorten des betreffenden Peitschen-Lagers angenommen und prompt vom Haus aus ausgeführt. Sein Stand ist am **Markt Nr. 6** zwischen der **Katharinen-** und **Hainstraße.** [1433—35]

Klein jun., Riesser & Co.,

Etuis- und Portefeuilles-Fabrikanten

aus **Offenbach a. M.,**

Katharinenstraße Nr. 27, im 2. Stock,

empfehlen zu dieser Messe ihr wohlassortirtes Lager in Leder-Waaren sowie einen neuen Artikel im Rococo-Geschmack. [1356—58]

Die Kurzwaaren- und Pfeifen-Schlauch-Fabrik von August Falck,

vormals **Hammerfeldt & Falck**

aus **Berlin,**

ist diese Messe **Neumarkt Nr. 42** neben den Herren Hammer und Schmidt. [1298—1483]

Theater der Stadt Leipzig.

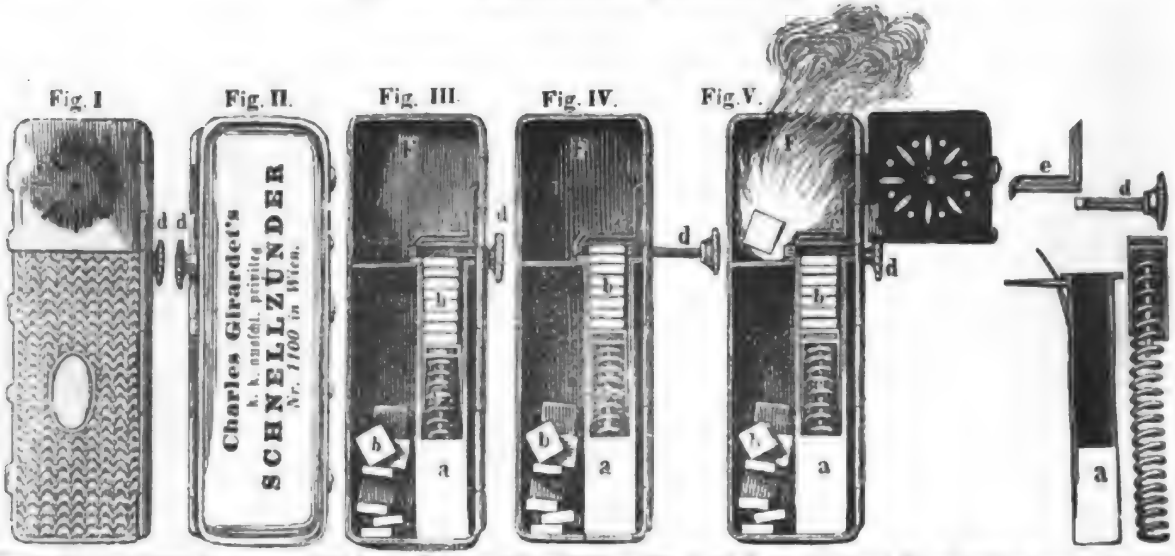
Sonntag, 18. April. **Uriel Acosta,** Trauerspiel von C. Gutzkow.

Montag, 19. April. Zum ersten Male: **Der Bankrottirer,** Schauspiel in 2 Acten von Aug. Hanke. — Hierauf zum ersten Male: **Die Maskerade im Dachstübchen,** Schwank in 1 Act von Cullenzner.

Dienstag, 20. April. **Die Valentine,** Schauspiel von G. Freytag.

Charles Girardet's

neu erfundener Schnellzünder, welcher in Oesterreich, Frankreich, England, Belgien und Holland ausschließend patentirt ist.



Dieses neu erfundene Feuerzeug, welches in der Größe der obigen Abbildung Fig. I. und II. und das einzige ist, mit welchem man in freier Luft und selbst nassem Wetter Cigarren und Tabackspfeifen anzünden und seiner Sicherheit wegen selbst an feuergefährlichen Orten brauchen kann, besteht aus einer metallenen Büchse, an welcher sich ein Knopf befindet, der herausgezogen und schnell wieder hineingedrückt wird, worauf im selben Augenblicke ein glühendes Stück Schwamm unter dem oben befindlichen Gitter erscheint; selbes wird nun geöffnet, um in dem Reservoir die Cigarre anzuzünden oder den Brennstoff in die Pfeife zu leeren.

Die Friction geschieht in folgender Weise:

Im Innern dieser Büchse befindet sich ein Kanal a, in welchen die Stückchen Schwämme b eingelegt werden; diese drücken sich durch die Kraft der Feder c an den Schieber d, siehe Fig. III. Wird nun der Schieber herausgezogen, so treten die eingelegten Stücke Schwämme an dessen Stelle, siehe Fig. IV.; wenn also der Schieber wieder vorgeschoben wird, so drückt er das im Wege stehende Stückchen Schwamm an dem kleinen Messer e vorüber, erhält von diesem einen Schnitt, entzündet sich sogleich und fällt brennend in das Reservoir f, siehe Fig. V.

Beim Gebrauche ist die kleine Maschine stets rein zu halten; man schiebt nämlich den Schieber d zurück, worauf sich der Kanal a mit der Feder c leicht herausnehmen läßt, da diese Bestandtheile nur eingelegt sind, und bürstet dann die Büchse trocken aus.

Haupt-Depot in Leipzig

im Wiener Kurzwaaren- und Stutzuhren-Lager von

MARTIN & BAUER aus Wien

im Salzgäßchen neben der Börse. [1457—58]

Das Engros-Lager

Pariser Nouveautés

ist in **Châles, Echarpes, Fichus, Cravattes, Gilets** ꝛc. reichhaltig assortirt.

[1331—36] **J. H. Meyer, Leipzig,** Rathhaus, Auerbach's Hof gegenüber.

Der Deutsche Phönix,

Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. Main

(Grundcapital 5½ Millionen Gulden),

übernimmt Versicherungen auf Güter und Waaren während des Transports zu Lande (derselbe mag pr. Eisenbahn oder pr. Fuhre geschehen), gegen alle Elementarschäden zu äußerst billigen Prämien.

Leipzig, im April 1847.

[1438] Der General-Agent für das Königreich Sachsen
Philipp Mainont. Poststraße Nr. 14.

Cirque-Equestre von E. Renz

auf dem Königsplatze.

Sonntag den 18. April erste große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur. Kassenöffnung 5½, Anfang 6½ Uhr.

Die Vorstellungen werden gegeben mit Manoeuvres, Quadrillen, Grotesk- und Force-Touren auf gesattelten und ungesattelten Pferden, plastischen und mimischen Darstellungen, Vorführung dressirter Pferde und komischen Intermezzos, worin sich die beiden Komiker Herr **Gualitz** und Mons. **Charles** ganz besonders auszeichnen werden.

[1439] **Ernst Renz,** Director.

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 108. (18. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Die Verwaltung des Staatsschatzes.
Handel und Industrie. Der Handel mit Transkaukasien.
Ankündigungen.

Preußen.

Die Allgemeine Preußische Zeitung veröffentlicht folgende Denkschrift über die Verwaltung des Staatsschatzes für die Zeit von 1840 bis 1846:

Bei Regulirung und definitiver Feststellung des gesammten Staatshaushalts wurde durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 17. Jan. 1820 bestimmt, daß Ersparnisse, welche im Laufe der Administration ermittelt werden, sowie auch, nach vorheriger Deckung der Restausgaben, die Resteinnahmen bis Ende 1819 nebst allen dem Staate zugehörenden Beständen der Hauptkassen in baaren Geldern oder Effecten, ferner die für den Staatshaushalt entbehrlichen Mehreinnahmen bei der laufenden Verwaltung gesammelt und mit noch andern zufälligen Einnahmen zur Bildung eines Staatsschatzes abgeliefert werden sollen.

Zu diesen zufälligen Einnahmen gehören nach der weitern Allerhöchsten Bestimmung vom 17. Juni 1826 der Erlös aus der Veräußerung oder Erbverpachtung solcher Besitzungen und Anlagen des Staats, die nicht unter den Domainen begriffen, der Domainenverwaltung nicht beigelegt und mit ihren Nutzungen dem Tilgungs- und Verzinsungsfonds der Staatsschulden nicht überwiesen sind, z. B. Hütten-, Hammer-, Gruben- und Salzwerke, gewerbliche Anlagen, Gebäude aller Art, die nicht zu den Wohn- und Wirthschaftsgebäuden auf den Domainen zu zählen sind, als Militairgebäude, Gebäude der Steuerverwaltung, Collegienhäuser u. s. w., insofern der Erlös aus dem Verkaufe nicht den Verwaltungsbehörden behufs anderer an die Stelle der veräußerten tretenden Einrichtungen verbleiben muß; ferner der Entgelt aus Ablösungen von Prästationen, die zu den obengenannten, nicht unter den Domainen begriffenen Staatsgütern, oder aus einem andern als dem demanial-grundherrlichen Rechtstitel gegen den Staat zu leisten sind, z. B. die Verbindlichkeit, eine Fabrikanstalt fortdauernd zu erhalten, und dergleichen mehr; endlich die zurückzuzahlenden Darlehen und Vorschüsse, welche aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse an Communen oder Privatpersonen gegeben sind.

Die aus solchen zufälligen Einnahmen aufgekommenen Gelder sind seitdem auf das sorgfältigste gesammelt und in den Staatsschatz niedergelegt worden.

Die vornehmlichste Bestimmung des Staatsschatzes ist, wie sie es auch unter den vorangegangenen Regierungen stets war: die Streitfähigkeit der preußischen Monarchie gegen Angriffe von außen, ihre politische Macht inmitten von Staaten, die ihr an Größe und Bevölkerung weit überlegen sind, zu erhöhen und die Mittel stets zur Hand zu haben, um mit ihren Heeren wo möglich überall zuerst auf dem Kampfplatz sein zu können, ohne in einem solchen Augenblicke das Volk sogleich mit der vollen erdrückenden Last beschweren zu müssen, welche sonst mit einer Kriegsbereitung verbunden sein würde. Der Weisheit und Vorsorge der preußischen Regenten, einen solchen Kriegsschatz, so viel die Zeitverhältnisse es nur immer gestatten wollten, in Bereitschaft zu haben, zu erhalten und zu mehren, verdanken wir zum großen Theil die glorreiche Geschichte unseres Vaterlandes und seine heutige Größe mit, wenn in dieser Geschichte auch zu unserem unvergänglichen Stolz sich Momente verherrlicht haben; wo die höchste Begeisterung des Volks Alles, was an materiellen Mitteln gebrach, ersetzte und so weit überbot, wie der Geist höher ist als Geld und Silber. Stimmungen wie die des Jahres 1813 stehen aber in der Völkergeschichte nicht wie gewöhnliche Erscheinungen da; auch die unsrige war um theuern Preis erkauft. Und möchten wir auch stündlich auf die Erneuerungen desselben Geistesaufschwunges mit Zuversicht bauen, immerhin bleibt es für die preußische Monarchie ein unerläßliches Gebot und für seine Herrscher eine väterliche Pflicht, die Tage des Friedens zu nutzen, um auf die des Krieges voraus bedacht zu sein und die geordnete Finanzverwaltung des Landes zu einem Pfeiler mehr für die politische Größe und Kraft des Vaterlandes durch Erlangung und Erhaltung eines Kriegsschatzes zu machen.

Von dieser großen Pflicht ist Se. Maj. der König vom Tage seiner Thronbesteigung eben so tief und ernst wie seine glorreichen Vorfahren durchdrungen gewesen. Allerhöchstderselbe hat bei seinem Regierungsantritt den Staatsschatz in einem Zustande vorgefunden, den er nach langen Jahren der Erschöpfung nach den außererordentlichsten Anstrengungen der Nation — und nach den beinahe einer vollständigen Rüstung gleichkommenden Ausgaben für Kriegsvorbereitungen in den Jahren 1830 und 1831 nur durch die weiseste Ökonomie und unausgesetzte Vorsorge Sr. Maj. des hochseligen Königs wieder zu erlangen vermochte, und seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs Maj. ist derselbe, wie die nachstehenden Nachweise ergeben, um mehr als 7½ Mill. gemehrt worden. Es ist Grundsatz und Vorschrift bei der Verwaltung des Staatsschatzes, daß seine Bestände — wie es seine Bestimmung fodert, stets baar in gemünztem Gelde vorhanden sein sollen. Eine Ausnahme hiervon machen nur zwei Summen, von 1,673,773 Thlr. und von 1,972,875 Thlr., welche auf speciellen Allerhöchsten Befehl in Staatsschuldscheinen von der Generalstaatskasse abgeliefert und vom Staatsschatz angenommen werden mußten, weil die Verhältnisse des Geldmarkts ihren Ankauf nöthig gemacht hatten. Die letzte dieser Summen ist im Jahre 1845 eingezahlt worden, die erstere schon unter der Regierung des hochseligen Königs Maj. Die Zinsen von beiden fließen wieder zum Staatsschatz.

Ein zweiter Grundsatz bei der Verwaltung des Staatsschatzes ist der, daß aus demselben keine Ausgabe irgend einer Art anders als für den oben bezeichneten Zweck der Kriegsrüstung geleistet werden darf. Wenn daher aus leicht begreiflichen politischen Rücksichten derjenige Bestand des Staatsschatzes, welchen des jetzt regierenden Königs Maj. bei Allerhöchstihrer Thronbesteigung vorfanden — als zur Übersicht des Haushalts Sr. Maj. ohnedies nicht mehr gehörend — hier Allerhöchstem Befehl zufolge, sich nicht mit verzeichnet findet, so findet dagegen um so mehr die amtliche Erklärung hier ihren Platz, daß während der ganzen Regierungszeit Sr. Maj. sowol jener vorgefundene Bestand als auch die seitdem hinzugekommenen Summen, mit alleiniger Ausnahme der weiter unten erwähnten Summe von 20,439 Thlr., ganz unversehrt geblieben und unvermindert in dem Staatsschatze baar und in den vorgenannten Staatspapieren vorhanden sind.

Die seit 1. Jul. 1840 bis letzten Dec. 1846 zum Staatsschatz hinzugekommenen Summen sind aus nachstehenden Quellen geflossen: 1) Ueberschüsse der Finanzverwaltung 6,423,232 Thlr.; 2) aus den Beständen aufgelöster und noch bestehender Kassen und Fonds 75,613 Thlr. 26 Sgr. 1 Pf.; 3) an eingezogenen Activcapitalien 340,325 Thlr. 11 Sgr. 4 Pf.; 4) an Zinsen 404,893 Thlr. 3 Sgr. 1 Pf.; 5) für verkaufte Staatsgrundstücke, welche nicht zu den Domainen gehören, 99,117 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf.; 6) aus der Ablösung von Prästationen 95,300 Thlr. 22 Sgr. 7 Pf. 7) an verschiedenen kleinen Einnahmen 6818 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf., zusammen 7,645,400 Thlr. 18 Sgr. 2 Pf. Davon ist nur eine Summe von 20,439 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. wieder verausgabt worden, welche bei den Fonds behufs der Abrechnung mit fremden Staaten wegen der Ansprüche für Truppenverpflegung im Bestande verblieben, und im Jahre 1824 zum Staatsschatz abgeliefert war, nächstdem aber reclamirt wurde und im Jahre 1846 erstattet werden mußte. Es beträgt mithin die reine Vermehrung des Staatsschatzes in der Zeit vom 1. Jul. 1840 bis 31. Dec. 1846 7,624,961 Thlr. 10 Sgr. 11 Pf. Berlin, am 6. April 1847. v. Thile.

Denkschrift über die Verwaltung der bei der Rendantur des Staatsschatzes vorhandenen Nebenfonds für die Zeit von 1840 bis 1846.

Bei der Rendantur des Staatsschatzes werden ganz abgesondert vom Staatsschatze noch folgende Fonds verwaltet:

I. Der Hülfsfonds zur Realisation von Kassenanweisungen.

Bei der Schatzverwaltung befand sich bis zum Jahre 1828 eine Summe von 6 Mill. Thalern in Staatsschuldscheinen, welche zur Deckung der noch rückständigen Anfoderungen an den Staat bestimmt war und zu diesem Behufe hätte gegen baar Geld umgesetzt oder zum Tagescurse in Zahlung gegeben werden müssen.

Da zu jener Zeit eine Vermehrung der bis dahin nur 11,242,317 Thlr. betragenden Kassenanweisungen vom Handelsstande wiederholentlich und dringend nachgesucht worden war und auch, nach dem diesfälligen Berichte des Finanzministers, die Summe der Kassenanweisungen bei dem damaligen Umfange des Verkehrs für die Bedürfnisse des Publicums und zur Berichtigung des gesetzlichen Theiles der Abgaben in Kassenanweisungen nicht mehr ausreichend war, so beschlossen des hochseligen Königs Maj., die beantragte Vermehrung dieses Circulationsmittels gegen Einziehung verzinslicher Staatspapiere nachzugeben, und bestimmten mittels Allerhöchster Cabinetsordre vom 22. April 1827, daß 6 Mill. Thaler Staatspapiere bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden deponirt, außer Curs gesetzt und dafür eine gleiche Summe in Kassenanweisungen ausgefertigt werden solle. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden wurde angewiesen, die bei ihr deponirten und außer Curs gesetzten Staatspapiere nur gegen Zurücklieferung einer gleichen Summe in Kassenanweisungen und nach erfolgter Vernichtung derselben wieder in Curs zu setzen und zurückzuliefern. Die zu dieser Deposition benutzten Staatspapiere waren jene obenerwähnten, der Schatzverwaltung gehörigen 6 Mill. Thlr. Staatsschuldscheine.

Die Zinsen von diesem Capitale werden nicht zum Staatsschatze eingezogen, vielmehr erhielten solche zunächst die Bestimmung, einen von allen übrigen Kassen und Fonds abgesonderten baaren Reservefonds für die Realisation der Kassenanweisungen zu bilden.

Nachdem dieser Reservefonds bis zu einer Summe von 4 Mill. Thalern angewachsen war, welche zu dem angegebenen Behuf als vollständig genügend erscheint und neben den gewöhnlichen Realisationsmitteln vollkommen dafür Gewähr leistet, daß die Realisation der Kassenanweisungen auch in Fällen eines außerordentlich starken Begehrs keinen Augenblick unterbrochen werden darf, hat jene Zinseneinnahme die Bestimmung erhalten, daß daraus Wohlthätigkeitszwecke befördert, z. B. Krankenanstalten und milde Stiftungen gegründet oder unterstützt werden sollen ꝛc., wozu die in dem laufenden Finanzetat ausgesetzten Fonds überall nicht ausreichen. Die Kosten der Errichtung eines Normalkrankenhauses in Berlin für 350 Kranke sind zum großen Theil aus diesem Fonds bereits bestritten worden, und die Kosten der Ausstattung oder Unterhaltung dieser wohlthätigen Anstalt werden theilweise gleichfalls daraus bestritten werden.

Die Resultate der Verwaltung des Fonds sind folgende: Es wurden an Staatsschuldscheinen deponirt: a) 4 Mill. Thlr., von denen die Zinsen seit 1. Jan. 1828, b) 2 Mill. Thlr., von denen die Zinsen seit 1. Jul. 1828 eingingen. Die Zinseneinnahme betrug mithin von 4 Mill. pr. 1. Jan. 1828/1. Jan. 1829 à 4 Prec. 160,000 Thlr., von 2 Mill. pr. 1. Jul. 1828/1. Jan. 1829 à 4 Prec. 40,000 Thlr., zusammen 200,000 Thlr.; von 6 Mill. pr. 1. Jan. 1829/1. Jan. 1843, 14 Jahre à 4 Prec., 3,360,000 Thlr. Vom 1. Jan. 1843 ab wurden die Zinsen der Staatsschuldscheine von 4 Prec. auf 3½ Proc. herabgesetzt. Es gingen dabei an Convertirungsprämie à 2 Proc. ein 120,000 Thlr., und weitere Zinsen pr. 1843—46, 4 Jahre 3½ Prec., 840,000 Thlr., überhaupt 4,520,000 Thlr. Davon sind 1) als Hülfsfonds behufs der Realisation von Kassenanweisungen abgesondert vorhanden, wie vorher angegeben, 4 Mill. Thlr.; 2) zu mildthätigen Zwecken verwendet 220,344 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf.; 3) im Bestande zu gleichem Behufe vorhanden 299,655 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf., sind 4,520,000 Thlr.

Nachrichtlich ist hier zu erwähnen, daß seit dem Abschluß pr. 1846 aus dem Bestande der 4 Mill. Thlr. auf allerhöchsten Befehl Eine Million Thaler zum Ankaufe von Getreidevorräthen vorschußweise verwendet worden ist, um der Gefahr einer wachsenden Theuerung vor der nächsten Aernte zu begegnen. Dieser Vorschuß wird nach dem Wiederverkaufe der gedachten Vorräthe zurückerstattet werden.

II. Der Landwehr-Pferdegelder-Vergütigungs-Fonds.

Mittels Allerhöchster Cabinetsordre vom 30. Mai 1820 an den Minister des Innern hatten des hochseligen Königs Majestät bestimmt, daß die

Vergütigungsgelder für die an die Liniencavalerie abgelieferten Pferde der demobil gemachten Landwehr dem Schatzministerium zur abgesonderten Verwaltung überwiesen werden sollten, um diese Gelder dereinst bei einer künftigen anderweiten Mobilmachung der Armee, nebst den aufgekommenen Zinsen, den betheiligten Provinzen und Kreisen pro rata ihrer Antheile zu gute zu rechnen. Zu dem Ende sollten für die bei diesem Fonds aufkommenden baaren Gelder Staatsschuldscheine angekauft und die Zinsen davon immer wieder zum Ankaufe von Staatsschuldscheinen verwendet werden, sodaß der Fonds sich durch Zins von Zins vermehre, und zwar für jede der betheiligten Provinzen nach Maßgabe ihres Antheils besonders, zu welchem Behufe für jede derselben ein eignes Conto angelegt wurde.

Diese Antheile betrugen, bei deren Ueberweisung an die Schatzverwaltung: 1) für den Regierungsbezirk Köslin 130 Thlr., 2) für den Regierungsbez. Königsberg 3,770 Thlr., 3) für den Regierungsbez. Liegnitz 845 Thlr., 4) für die Rheinprovinz 66,142 Thlr. 7 Sgr., zusammen 71,187 Thlr. 7 Sgr. Durch günstige Conjuncturen für den Ankauf von Staatsschuldscheinen, sowie durch jedesmal prompte Capitalisirung der eingegangenen Zinsen hat sich der Fonds in dem Maße vermehrt, daß am 1. Januar 1847 in Staatsschuldscheinen vorhanden waren: 1) für den Regierungsbezirk Köslin 525 Thlr., 2) für den Regierungsbez. Königsberg 16,950 Thlr., 3) für den Regierungsbez. Liegnitz 3,750 Thlr., 4) für die Rheinprovinz 303,200 Thlr., zusammen 324,425 Thlr., wonach mithin der Fonds in den 26 Jahren seiner kostenfreien Verwaltung beinahe bis auf das Fünffache seines ursprünglichen Betrages angewachsen ist.

Die Verwaltung des Fonds wird in gleicher Art fortgesetzt, doch kann dessen Vermehrung in so günstiger Progression wie bisher fernerhin nicht mehr vorschreiten, weil in Folge der inzwischen erfolgten Reduction der Zinsen der Staatsschuldscheine von 4 Proc. auf 3½ Proc. weniger Zinsen eingehen und in Beziehung auf den Antheil der Rheinprovinz des Königs Majestät auf die diesfällige Petition der Provinzialstände der Rheinprovinz, mittels Landtagsabschiedes vom 7. November 1841, genehmigt haben, daß von den aus jenem Capitalsantheile aufkommenden Zinsen die Summe von 6000 Thlr. jährlich als eine Beihülfe zu den Kosten für die behufs der jährlichen Landwehrübungen zu stellenden Pferde verwendet werden könne und nur der dann noch verbleibende Ueberrest jener Zinsen nach wie vor zur Vergrößerung des Stammcapitals bestimmt bleiben solle.

III. Der aus den früher in den Jahren 1835—43 abgelieferten extraordinairen Postüberschüssen gebildete, nächstdem definitiv geschlossene Depositalfonds.

Mittels allerhöchster Cabinetsordre vom 25. Jan. 1835 bestimmten des hochseligen Königs Majestät, daß diejenigen zufälligen Mehreinnahmen der Postverwaltung, welche über die etatsmäßig aufzubringende Summe hinaus eingehen möchten, nachdem von diesen außeretatsmäßigen Einnahmen noch die Summe von 200,000 Thlr. gleichfalls zum currenten Staatshaushalt abgeliefert sein würde, zu einem besondern Fonds gesammelt, bei der Rendantur des Staatsschatzes verwaltet und durch zinsbare Belegung bei der Bank möglichst vermehrt werden sollten. Diesem Fonds ward die Bestimmung gegeben, daraus Zahlungen für solche Gegenstände aus dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft wie auch zu außerordentlichen kirchlichen Zwecken zu leisten, auf welche nicht im voraus gerechnet sei und wozu die in dem currenten Staatshaushalt ausgesetzten Fonds nicht zureichend sein würden.

Der Fonds hatte ultimo April 1840 außer einem für die Errichtung der Reiterstatue König Friedrich's II. bereits angewiesenen Depositalfonds von 200,000 Thlr. einen Bestand von 307,155 Thlr. 2 Sgr. 4 Pf., dazu traten an fernern Postmehrüberschüssen pr. 1840 158,495 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf., pr. 1841 35,113 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf., pr. 1842 42,568 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf., = 236,177 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf. Summa 543,332 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf. Hiermit hörte nach allerhöchstem Befehl die weitere Ablieferung solcher Mehreinnahmen gänzlich auf. An Zinsen durch Belegung der noch nicht abgehobenen und im Bestande verbliebenen Gelder gingen noch ein 21,632 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf., zusammen 564,965 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf. Daraus sind gezahlt und angewiesen: a) für Kunstzwecke 365,266 Thlr., b) für wissenschaftliche Gegenstände 61,899 Thlr., c) zu kirchlichen Zwecken einschließlich des unten bemerkten Depositums sub 2 136,881 Thlr., zusammen 564,046 Thlr. Bleibt ein Rest von 919 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf.

Der Fonds ist mithin, da derselbe seit dem Jahre 1843 keine Einnahmequellen weiter hat, gänzlich geschlossen, und es bestehen von den darauf angewiesenen, aber noch nicht definitiv verausgabten Geldern nur noch die beiden Depositа: 1) das vorerwähnte Depositum zur Bestreitung der Kosten der in der Ausführung begriffenen Reiterstatue König Friedrich's II. Für diesen Zweck waren ursprünglich 200,000 Thlr. bestimmt. Davon sind inzwischen bereits 91,201 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. gezahlt, und bleibt mithin Rest 108,798 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf.; außerdem sind an Zinsen aus der stets sorgfältigen Belegung der disponibeln Gelder aufgekommen 25,190 Thlr. und zu diesem Depositum geschlagen worden, um davon und mit dem oben nachgewiesenen Bestande von 919 Thlr. 13 Sgr. 3 Pf. die Mehrkosten zu decken, welche wegen des vergrößerten Plans, nach welchem das Kunstwerk ausgeführt wird, gegen den ursprünglichen Anschlag entstehen werden. 2) Ein Depositum zur Dotation des Bisthums Jerusalem. Nach dem mit der Krone England getroffenen Uebereinkommen ist der zur Dotation für das Bisthum zu Jerusalem auf Preußen fallende Antheil in zinstragenden Papieren, nämlich: in 85,000 Thlr. märkischen Pfandbriefen und 35,000 Thlr. in Staatsschuldscheinen angelegt worden. Die Zinsen sind dazu bestimmt, den von Preußen zu gewährenden Antheil zur Sustentation des Bischofs von Jerusalem zu decken, bis das Dotationscapital eventuell in Ländereien angelegt sein wird.

IV. Der Dispositionsfonds Sr. Maj. des Königs bei der Rendantur des Staatsschatzes.

Seit dem Jahr 1824 wurden von des hochseligen Königs Majestät aus disponibeln Mitteln nach und nach 875,375 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. mit Einschluß von 622,300 Thlr. in Staatsschuldscheinen der Rendantur des Staatsschatzes zur besondern Verwaltung mit der Bestimmung überwiesen, daß daraus theils Gutsbesitzern, welche in Folge der Kriegsereignisse in ihren Vermögensverhältnissen zurückgekommen waren, theils besonders ausgezeichneten verdienstvollen Offizieren in der Armee, theils andern Grundbesitzern, welche in Folge außerordentlicher Unglücksfälle: Brand, Ueberschwemmung ꝛc. unverschuldet in ähnliche hülfsbedürftige Lage gekommen waren, theils auch Witwen und Waisen im Felde gebliebener oder in Folge ihrer Wunden nächstdem gestorbener Krieger, entweder durch Darlehen zum Theil zinsfrei, zum Theil gegen ganz geringe Zinsen und mäßige Erstattungsraten, auch unter Umständen durch Gnadengeschenke unterstützt und wo möglich vor dem Ruine bewahrt werden sollten. Da des Königs Majestät sich die Disposition über diesen Fonds für jeden einzelnen Fall vorbehalten hatten, so wurde derselbe Dispositionsfonds Sr. Maj. des Königs benannt. Die daraus gewährten Darlehen sind theils gegen hypothekarische Eintragung, welche bei den vorher angegebenen Verhältnissen eine völlig genügende Sicherheit nicht gewähren konnte, theils gegen einfache Schuldverschreibungen auf persönliches Vertrauen bewilligt und die durch Zinszahlungen und Capitalserstattungen eingehenden Gelder wiederum zu gleichen Zwecken verwendet worden. Das Vermögen des Fonds bestand am 1. Jul. 1840 in ausstehenden Forderungen, mit Einschluß von 7805 Thlr. 2 Sgr. Zinsresten und einem Bestande von 48,075 Thlr. in Staatsschuldscheinen, zusammen in 807,463 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf.; darauf sind wieder eingegangen, demnächst aber als neue Darlehen und Vorschüsse wiederum bewilligt worden vom 1. Jul. 1840 bis Ult. December 1846 255,020 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf., wodurch der Vermögenszustand des Fonds nicht geändert wird.

An Zinsen, welche mithin eine Vermehrung des Fonds bilden, sind eingegangen 82,455 Thlr. 2 Sgr. 4 Pf. und an Mehr verbliebenen Zinsresten treten hinzu 595 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. = 83,050 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf., sind 890,513 Thlr. 15 Sgr. 9 Pf.; dagegen hat sich die Vermögenssubstanz des Fonds in demselben Zeitraume vermindert: 1) an definitiv gezahlten Gnadengeschenken, Unterstützungen und Pensionen um 107,604 Thlr. 18 Sgr., 2) an irreziblen und ausgefallenen Foderungen um 145,281 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf., zusammen um 252,886 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf. Es stellt sich mithin das vorhandene Vermögen des Fonds am Schlusse der Rechnung pr. 1846 auf die Summe von 637,627 Thlr. 5 Sgr. 5 Pf., welche mit Einschluß von 38,825 Thlr. Staatsschuldscheinen lediglich in ausstehenden Darlehen und Vorschüssen von der oben angegebenen Art besteht. Neue Unterstützungen daraus können mithin nur nach Maßgabe der wieder eingehenden Gelder gewährt werden. Am 1. Jul. 1840 hatte das Vermögen des Fonds, wie vorher angegeben, 807,463 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf. betragen. Es hat sich der Fonds daher durch die vorstehend näher angegebenen Leistungen in den sieben Jahren 1840 bis ult. 1846 um 169,836 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf. vermindert. Berlin, am 6. April 1847. v. Thile."

Handel und Industrie.

Der in Tiflis erscheinende Kawkas enthält nachstehende Bekanntmachung: „Wir haben den Auftrag, unsere Leser mit einem wichtigen, für den Handel hiesiger Gegend gewiß folgenreichen Unternehmen bekannt zu machen. Von dem Wunsche geleitet, dem Handelsverkehre Rußlands mit Transkaukasien eine mehr gesicherte Basis zu geben, haben sich nämlich mehre bedeutende russische Fabrikanten zu einer Gesellschaft vereinigt, und zwar in der Absicht, Transkaukasien mit Erzeugnissen der russischen Industrie und das zu mäßigen Preisen zu versorgen, und demnach beschlossen, an mehren Punkten des Landes Waarendepots zu gründen. Fürs Erste wird Tiflis eine dergleichen Niederlage erhalten und später, nach Maßgabe des sich ergebenden Bedürfnisses, auch andere bedeutendere Handelsorte Transkaukasiens. Zu diesem Unternehmen ist die allerhöchste Einwilligung bereits erfolgt und die Namen der Begründer desselben: der HH. Malzow, Depeschkin, Baranow, Jutschkow, Procherow, Tschetwerikow, Ufatschew und Anderer sichern ihm den Erfolg, wie sie auch die Solidität des Geschäfts garantiren. Es ist nicht nur der eigne Vortheil, der diese Herren in dieser Angelegenheit leitet; der löbliche Wunsch, zwischen Transkaukasien und dem Mittelpunkte Rußlands Handelsbeziehungen anzuknüpfen, hat auch Theil daran. Die Begründer des Unternehmens beabsichtigen, gleich jetzt beim Beginne des Frühlings leichte und preishaltige Waaren nach Tiflis zu schaffen; mehr voluminöse und weniger kostbare Gegenstände sollen sodann im März zu Wasser auf den Don über Rostow und weiter über Kertsch, oder über Astrachan und Baku nachkommen. Dergestalt werden noch vor der Zeit, wo die hiesigen Kaufleute zum Besuche der nischnij-nowgorodschen Messe sich auf den Weg machen, bereits solche Waaren hier am Platze sein, zu deren Ankauf sie die genannte Messe besuchen, sodaß unser Handelsstand Zeit und Kosten sparen und an Ort und Stelle sich mit den Gegenständen seines Bedarfs versorgen kann. Das sind aber noch nicht alle Vortheile, die den Kaufleuten Transkaukasiens aus diesem Unternehmen erwachsen werden. Die Handelsgesellschaft hat nicht nur den Verkauf russischer Industrieerzeugnisse im Auge, sie gedenkt auch transkaukasische Erzeugnisse einzutauschen oder zu kaufen, und wenn die Handelsberührungen zwischen den russischen und den transkaukasischen Kaufleuten erst lebhafter werden, auch mancherlei technische Fingerzeige den hiesigen Producenten zu geben, durch deren Benutzung Letztere sich einen raschern und vortheilhaftern Absatz ihrer Erzeugnisse werden sichern können. Zu diesem Ende hat der Präsident der moskauischen Abtheilung des Manufacturraths vorerst dem Statthalter im Kaukasus eine Abhandlung über die Seidenindustrie zustellen lassen, und Baron Meyendorf beabsichtigt sodann, später Mittheilungen über die Cultur der Baumwolle, des Krapps, des Tabacks und anderer für die inländische Industrie brauchbarer Culturgegenstände folgen zu lassen. Die Mittheilung solcher die Vervollkommnung der Production bezweckenden Anweisungen wird zweifelsohne bei den hiesigen Producenten den gewünschten Erfolg haben, und das um so eher, wenn damit zugleich die Aussicht zu einem gewinnreichern Absatze sich öffnet. Es wäre, um diese Absicht recht bald zu verwirklichen, gut, wenn die hiesigen Kaufleute zu der Zeit, wo die Bevollmächtigten der neu gestifteten Handelsgesellschaft hier eintreffen, Proben von transkaukasischen Erzeugnissen, die in den im Innern des Reichs gelegenen Gouvernements möglicherweise Absatz finden, in Bereitschaft halten würden."

Verantwortliche Redaction: Professor Bulau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Ausschl. priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Kundmachung.

Die 15. Generalversammlung hat den Beschluß gefaßt, eine 5procentige Anleihe von 5,600,000 Fl. in Prioritäts-Obligationen unter nachstehenden Modalitäten aufzunehmen.

Es werden Obligationen von 1000 Fl., 500 Fl. und 100 Fl. von der Direction d. d. 1. April d. J. ausgestellt, welche durch zehn Jahre von der Unternehmung nicht aufgekündet werden können. Nach diesen zehn Jahren werden jährlich 2½ Prec., also 140,000 Fl., vom Anlehencapital mittels Verlosung zurückbezahlt, dergestalt, daß die gänzliche Tilgung binnen 40 Jahren, also nach 50 Jahren von der Aufnahmsepoche, bewerkstelligt sein muß.

Die a. pr. Kaiser-Ferdinands-Nordbahngesellschaft behält sich aber ausdrücklich vor, nach vorhergegangener sechsmonatlicher Bekanntmachung in der k. k. priv. Wiener-Zeitung und der augsburger Allgemeinen Zeitung auch Verlosungen für größere Beträge vornehmen, oder die Rückzahlung der ganzen Capitalssumme auch noch früher, jedoch nicht vor dem 1. April 1857, bewerkstelligen zu können.

Die Interessen dieser Anleihe werden bis zu deren Tilgung aus den Betriebseinnahmen bestritten und gehen der Actiendividende vor.

Jeder Besitzer von Nordbahn-Actien hat das Recht, für eine ganze Actie 400 Fl. dieser Anleihe beziehen zu können, wenn er dies unter Angabe der Folionummer und des Namens, auf welchen die Actie ausgestellt ist, bis 15. Mai d. J. schriftlich verlangt, die gewünschten Stücke a 1000 Fl., 500 Fl. oder 100 Fl. angibt und gleichzeitig 5 Prec. der Obligationssumme, d. i. 20 Fl., für jede ganze Actie als Angabe erlegt. Für diese 20 Fl. wird ein Certificat ausgefertigt, und dieselben werden, vom 15. Mai angefangen, mit 5 Proc. verzinst, jedoch erst bei der letzten Ratenzahlung abgerechnet.

Bei nicht pünktlicher Zuhaltung der festgesetzten Ratenzahlungen verliert der Subscribent jedes weitere Bezugsrecht und die Angabe.

Uebrigens bleibt es auch Solchen, die nicht Actionaire sind, unbenommen, sich zur Theilnahme an diesem Anlehen vormerken zu lassen, in welchem Falle man sich unter Beilegung der erwähnten 5 Proc. und Erfüllung der andern vorerwähnten Bedingungen bis 15. Mai d. J. schriftlich bei der Direction melden wolle.

Diejenigen Beträge, die von den Besitzern der Nordbahnactien bis dahin nicht angemeldet worden sind, werden mittels einer verhältnißmäßigen Repartition diesen letztern Subscribenten überlassen werden.

Die erste Rate ist sodann am 15. Jun. d. J. mit 100 Fl.
„ zweite „ „ „ „ 1. Nov. d. J. mit 100 Fl.
„ dritte „ „ „ „ 1. Febr. 1848 mit 100 Fl.

und die vierte Rate mit Einrechnung der Angabe am 1. Mai 1848 ebenfalls mit 100 Fl. nebst den vom 1. April auf den Obligationen haftenden Zinsen zu entrichten.

Bei jeder Ratenzahlung wird gegen Vorweisung des Certificats die betreffende Obligationssumme erfolgt, doch steht es Jedermann frei, vom 15. Jun. d. J. angefangen mehre oder auch alle Raten gegen Empfangnahme der Obligationen und Vergütung der Intercalarzinsen zu erlegen.

Die P. T. Actionaire, sowie andere Parteien, die sich an dieser Anleihe zu betheiligen wünschen, werden eingeladen, ihre Offerte bis längstens 15. Mai d. J. mit der erforderlichen 5proc. Angabe bei der Hauptcassa im Prater Bahnhof überreichen zu wollen. [1342—44]

Wien, am 1. April 1847.

Von der Direction der a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahn.

Die diesjährige regelmäßige General-Versammlung der Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahn-Gesellschaft, in welcher zugleich über **die nothwendig gewordene Vermehrung des Anlagecapitals** Beschluß gefaßt werden soll, findet am Mittwoch den 21. April, Nachmittags 2 Uhr, im Bahnhofsrestaurationsgebäude zu Cöthen statt. Die Actionaire werden hierdurch mit Hinweisung auf §. 78 der Gesellschafts-Statuten zu derselben mit dem Bemerken eingeladen, daß die Deponirung der mit einem nach den Nummern geordneten Verzeichnisse versehenen Actien in dem Bureau der Gesellschaft in Cöthen oder bei den Herren **Hirschfeld & Wolff** in Berlin in den Tagen vom 6. bis 14. April c., Vormittags von 9 bis 1 Uhr, geschehen kann. Die hierfür entgegenzunehmenden, von der Direction vollzogenen Bescheinigungen dienen als Legitimationskarten beim Eintritt in die Versammlung, und werden gegen Rückgabe dieser Bescheinigungen die Actien vom 22. April bis 19. Mai c. den Besitzern wieder ausgehändigt. Diejenigen Actionaire, welche es vorziehen, die Actien in ihrem Besitz zu behalten, können dieselben ebenfalls an obengenannten Orten zu der angegebenen Zeit gegen Uebergabe eines nach den Nummern geordneten Verzeichnisses anmelden und vorzeigen, und erhalten sodann gleichfalls eine als Einlaßkarte zur Versammlung dienende Bescheinigung, mit welcher jedoch dieselben Actien beim Eintritt in die General-Versammlung wieder vorgezeigt werden müssen. Actionairen, die sich nicht auf eine der beiden angegebenen Arten legitimirt haben, ist der Eintritt in die Versammlung statutenmäßig nicht gestattet.

Berlin, den 22. März 1847.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahn-Gesellschaft.
Henoch.

[996—98]

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***

am 15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

nach ***Quebeck***

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

Rob. M. Sloman in Hamburg.

[1454]

In **Baumgärtner's Buchhandlung** zu Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Meine Erfahrungen im Gebiete der allgemeinen und speciellen Pflanzen-Cultur.

Von **Dr. Carl Sprengel,**

Königl. Preuß. Oekonomierathe, Ritter, Director der Landbau-Akademie zu Regenwalde u. s. w.

Erster Band. Gr. 8. Brosch. Preis 1 Thlr. [1281] 15 Ngr.

In unserm Verlag ist soeben erschienen:

Geschichte der französischen Revolution bis auf die Stiftung der Republik.

Von

F. C. Dahlmann.

Zweite durchgesehene Auflage.

Mit dem Bildnisse Mirabeau's.

In engl. Einband. 2 Thlr. 7½ Ngr.

Leipzig, April 1847.

[1364] **Weidmann'sche Buchhandlung.**

Bei **Fr. Schulthess** in Zürich ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Der Staatshaushalt der schweizerischen Eidsgenossenschaft und ihrer einzelnen Republiken.

Dargestellt von

J. H. Hottinger,

erstem zürcherischen Staatsschreiber.

8. Br. 54 Kr. oder 17 Ngr. [1371]

Bei **C. F. Winter**, akadem. Verlagshandlung in Heidelberg, ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: [1362]

Pfeufer, Christian, Das Obermayer'sche Besserungssystem in den Strafanstalten zu Kaiserslautern und München, mit Bemerkung über die körperliche Züchtigung. 12. Geh. Preis 12 Ngr. oder 40 Kr.

Renning, Ueber die Verhinderung des Mangels an Brotgetreide, insbesondere durch öffentliche Magazinirung.
(Abdruck aus Rau und Hanssen Archiv der polit. Oekonomie.)
8. Geh. Preis 5 Ngr. oder 18 Kr.

Vorschläge zur Verbesserung der preußischen Steuergesetzgebung vom Jahre 1820.
(Abdruck aus Rau und Hanssen Archiv der polit. Oekonomie.)
8. Geh. Preis 5 Ngr. oder 18 Kr.

Soeben ist bei uns erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der religiöse Wahnsinn

erläutert durch Krankengeschichten.

Ein Beitrag

zur Geschichte der religiösen Wirren der Gegenwart.

Von

Dr. **Karl Wilhelm Ideler,**

Professor der Medicin und Lehrer der psychiatrischen Klinik an der Friedrich-Wilhelms-Universität, dirigirendem Arzte der Irrenabtheilung an der Charité, mehrer gelehrten Gesellschaften Mitgliede und Correspondenten.

Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 5 Ngr.

Halle, April 1847.

[1266] **C. A. Schwetschke und Sohn.**

Soeben erschien im Verlage von **Im. Tr. Wöller** in Leipzig (Reichsstr. 17.) von nachstehendem, für den gebildeten Gärtner wie für jeden Blumenfreund gleich nützlichem Werke, dessen überaus grosse Brauchbarkeit sich nun seit einer langen Reihe von Jahren bewährt hat, abermals eine höchst zeitgemässe neue Umarbeitung.

— ***die 5te vermehrte Auflage.*** —

welche in **jeder Buchhandlung des In- und Auslandes vorräthig** ist:

Der praktische Blumengärtner.

Vollständiges, alphabetisch-geordnetes **Handbuch der Blumenzucht.**

Für Gärtner, Gartenfreunde und überhaupt alle Diejenigen, welche die beliebtesten und schönsten Zierpflanzen im Freien, in Gewächshäusern oder Zimmern auf die beste und leichteste Weise cultiviren wollen. Mit einem Blumengarten-Kalender und Register über die lateinischen Synonymen und deutschen Eigennamen.

Von **Heinrich Gruner.**

Mit Berücksichtigung der neuesten, geprüften Erfahrungen aufs Neue gänzlich umgearbeitet von

Carl Friedrich Förster.

Fünfte vielfach vermehrte Auflage.

(Eleg. geheftet in Umschlag.) Preis 1 Thlr. 15 Ngr. oder 5gr. oder 12 gGr. = 2 Fl. 15 Kr. C.-M.

Dieses rühmlichst bekannte und vielbenutzte Werk, welches auf ausgezeichnet praktische Weise streng wissenschaftliche Gründlichkeit mit der allgemeinfaßlichsten Deutlichkeit in sich vereinigt, enthält einen wahren Schatz von wohlgeprüften, langjährigen Erfahrungen und hat sich deshalb eine der ersten Stellen in dieser Literatur erwerben, was wol auch der Umstand am deutlichsten bewirft, daß hiervon in einer an ähnlichen Büchern so reichen Zeit schon wieder eine neue — die 5te — Auflage nöthig wird.

Von demselben Verfasser erschienen früher im Verlage von **Im. Tr. Wöller** in **Leipzig** nachstehende als vorzüglich anerkannte Schriften, welche sich den obengenannten anschliessen:

Der unterweisende Monatsgärtner (Anweisung zu sämmtlichen Verrichtungen im Gemüse-, Obst-, Wein-, Blumen- und Hopfengarten, sowie bei der Gemüse-, Frucht- und Blumentreiberei, nach den Monaten geordnet.) Von **H. Gruner.** ***4te umgearbeitete Auflage von C. F. Förster.*** Preis 22½ Sgr. = 18 gGr. = 1 Fl. 8 Kr. C.-M.

Die Gärtnerei in ihrem höchsten Ertrage durch grosstmögliche Vereinfachung. (Umfassendes Handbuch der gesammten Gartnerei.) Von **C. F. Förster.** Mit einer Figurentafel. Preis 1 Thlr. 7½ Sgr. oder 6 gGr. = 1 Fl. 54 Kr. C.-M.

Handbuch der Cacteenkunde in ihrem ganzen Umfange von **C. F. Förster.** Preis 2 Thlr. = 3 Fl. C.-M.

Das erste vollständige Handbuch der Cacteenkunde, und nach dem Urtheile des ersten Cacteenkundigen — des Fürsten Salm-Dyk — die gründlichste und vollständigste Anleitung, die er irgend gefunden habe. [1361]

Von der **„Expedition des Klosters"** in Leipzig wurde soeben an alle Buchhandlungen versendet:

Die Sage vom Faust

bis zum Erscheinen des ersten Volksbuches, mit Literatur und Vergleichung aller folgenden;

Faust auf der Volksbühne,

in den Puppen- oder Marionettenspielen.

Zauberbibliothek des Magiers:

I. Die Jenaische Christnachts-Tragödie.
II. Doctor Fausten's dreifacher Höllenzwang.
III. Wahrhafter Jesuiten-Höllenzwang.
IV. D. Faustus vierfacher Höllenzwang.
V. Fausti Höllenzwang, oder Miracul-, Kunst- und Wunderbuch.
VI. D. J. Fausti dreifacher Höllenzwang. Andere Ausgabe.
VII. Tabellae Rabellinae, Geister-Commando.
VIII. D. J. Fausti schwarzer Rabe.
IX. Doctor Faust's großer und gewaltiger Meergeist.
X. Fausti Praxis magica.
XI. Faust's dreifacher Höllenzwang. Aelteste Ausgabe.

☞ Mit 46, theilweise illuminirten, Kunstblättern, und mit Holzschnitten, Zaubercharakteren u. s. w.

(Zugleich dritter Band von dem Werke: **„Doctor Johann Faust"**).

Von **J. Scheible.**

Preis des 1200 Seiten starken Bandes 3⅓ Thaler.

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Durch alle Buchhandlungen ist von **F. A. Brockhaus** in Leipzig zu beziehen:

Chronik der Preussischen Verfassungsfrage.

Gr. 8. Geh. 6 Ngr. [1456]

Ergebenste Anzeige.

Indem ich den vielen hohen Gönnern und geehrten Freunden meines Hauses den innigsten Dank für das mir seit langen Jahren geschenkte gütige Vertrauen abstatte, beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen, daß ich vom heutigen Tage ab das **Hôtel de Rome** Herrn **Adolph Mühling** verpachtet habe. Mit der ergebensten Bitte, das mir bisher bewiesene Wohlwollen auch auf meinen Nachfolger, der es zu verdienen sich bestreben wird, übertragen zu wollen, verbinde ich den innigen Wunsch, daß auch mir und meiner Familie ein freundliches Andenken bewahrt werden möchte.

Berlin, den 1. April 1847.

Saust.

Mit Bezugnahme auf vorstehende Anzeige werde ich unermüdlich danach streben, mir Wohlwollen und Vertrauen bei einem hochgeschätzten Publicum zu erwerben und dauernd zu bewahren.

[1376] ***Adolph Mühling,***
Pachter des Hôtel de Rome unter den Linden.

Speditions-Anzeige.

Da die Eröffnung der Thüringischen Eisenbahn nun auch bis hier erfolgt und dadurch der directe Frachtverkehr zwischen **Erfurt, Halle, Leipzig, Magdeburg, Berlin** ꝛc. hergestellt ist, so empfehlen wir unser **Speditions-Geschäft** angelegentlich und versichern die prompteste Beförderung der Güter gegen eine billige Provision.

Da wir nicht allein durch die von uns errichteten regelmäßigen Fuhren nach **Nürnberg, Würzburg, Frankfurt a. M.** ꝛc., sondern auch durch eine starke Concurrenz von Fuhrwerken überhaupt, welche unser Platz bietet, im Stande sind, die pr. Eisenbahn ankommenden, an uns adressirten Güter nach allen Richtungen schnell und billig zu verladen, so hoffen wir, jede Zusendung nach Wunsch besorgen zu können, und bitten um gefällige Zuwendungen.

Erfurt, im April 1847.

[1258—59] ***Mester & Schulze.***

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. v. Viela in P.-Wartenberg mit Frl. Elfriede v. Teichmann. — Hr. Justizassessor Engelbrecht in Ujest mit Frl. Rudolphine Wiebmer in Bitschin — Hr. Dr. Gradenwitz in Lüben mit Frl. Thekla Feigenblatt in Breslau. — Hr. Hermann Hederich in Weida mit Frl. Minna Peter in Remda. — Hr. Kaufmann J. G. Melcher in Peitz mit Frl. Ulrike Ulrich. — Hr. Bernhard Neugebauer in Langenbielau mit Frl. Mathilde Franke in Striegau. — Hr. Spertelecentroleur Hermann Julius Springer in Oberwiesenthal mit Frl. Adeline Franziska Ficker. — Hr. F. Zander in Rezeband mit Frl. Louise Müller.

Getraut: Hr. Professor Dr. Hugo Hälschner in Bonn mit Frl. Ottilie Marcus. — Hr. Julius Hopf in Leipzig mit Frl. Louise Kersten. — Hr. Polizeisecretair Gustav v. Lillieström in Charlottenburg mit Frl. Johanne v. Wohlgemuth. — Hr. Gutsbesitzer F. W. Lindner in Stahmeln mit Frl. Amalie Rühl aus Plösen. — Hr. Advocat und Gerichtsdirector Alexander v. Mücke in Bautzen mit Frl. Anna Edle v. Querfurth. — Hr. Pfarrer Oswald Schmidt in Schönfeld mit Frl. Emma Rose aus Wilschdorf. — Hr. Eduard Schreiber in Strehla mit Frl. Marie Hering aus Pirna. — Hr. Kaufmann Eduard Straube in Buchholz mit Frl. Auguste Apel. — Hr. Lieutenant Alexander v. Winterfeld in Danzig mit Frl. Leontine v. Sommerfeld.

Geboren: Hrn. Heinrich Albert in Reichenbachein Sohn. — Hrn. C. G. Clodius in Bremen eine Tochter. — Hrn. Archidiakonus Heinr. Wilh. Eger in Pirna eine Tochter. — Hrn. August Held in Berlin ein Sohn. — Hrn. A. H. Hirsch in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Robert Kast in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Kaufmann Rudolf de Neve in Berlin ein Sohn. — Hrn. Pastor J. Fr. A. Steiniger in Langenhennersdorf eine Tochter. — Hrn. Eduard Trögel in Schleiz eine Tochter. — Hrn. Apotheker R. Wittcke in Garz ein Sohn.

Gestorben: Hr. Dr. Ernst Antonin Bauer in Neukirchen. — Hr. Major Erhardt Wilhelm v. Kunheim in Juditten. — Frau Hauptsteueramtsrevisor Meißner in Leipzig. — Hr. Landrath P. E. Müllensiefen in Krengeldanz.

Montag — Nr. 109. — 19. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Uebersicht.

Deutschland. Die bairischen Gesetzbücher. — Biertaxzulage für das Militair in Baiern. ⚹ Dresden. Die Theuerung. * Leipzig. Der Schifffahrtsvertrag. — Die Vorgänge im Odenwalde. — Verhaftungen in Kassel. * Frankfurt a. M. Der Bundestag.

Preußen. Berlin. Landtag. * Posen. Die Thronrede. Der Polenproceß. * Köln. Die Thronrede. Der Rheinische Beobachter. Auswanderungen. — Publication eines Bundestagsbeschlusses.

Oesterreich. Feuer in Lemberg. Erzherzog Stephan. Hr. Szabo.

Spanien. General Serrano's Ehrenrettung. Oberst Gandara. Prim. Graf v. Cumbres Altas. Die Herzogin von Montpensier. Die Sendung des Generals Concha nach Paris.

Großbritannien. Unterhaus. Der Nothstand in Irland. Die öffentlichen Arbeiten in Irland. Capitain Graham. Der Tweed. Gute Geschäfte der Times mit der schleswig-holsteinischen Frage.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Ausgabe von Banknoten. Der Gesetzentwurf über den Secundairunterricht. General Concha. Daniel O'Connell in Lyon. Freisprechung. Bildsäule Bessières' in Frayssac. * Paris. Das Unterrichtsgesetz. Das Capitel von St.-Denis.

Italien. Rom. Entlassungen. Die Fleischer.

Griechenland. Athen. Der Bruch mit der Pforte. Die englische Flotille. Der Kronprinz von Baiern. Der Finanzminister. Reibungen in der Maina. Die deutsche Colonisation.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. Die königl. sächsische Staatsanleihe. * Leipzig. Generalversammlung der Leipziger Bank. — Die Beamten der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. * Leipzig. Meßbericht. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Das neueste **bairische** Regierungsblatt enthält folgende Bekanntmachung, die **Bearbeitung neuer Gesetzbücher** betreffend:

„Ludwig, von Gottes Gnaden ꝛc. Zur Beschleunigung der von uns schon vor längerer Zeit allergnädigst angeordneten Bearbeitung neuer Gesetzbücher finden wir uns bewogen, die Verordnung vom 10. März 1844 außer Wirksamkeit zu setzen und, auf so lange wir nicht anders verfügen, zu verordnen was folgt: Art. 1. Die in jener Verordnung vom 10. März 1844 angeordnete Gesetzcommission ist aufgehoben. Dieselbe hat jedoch die bereits begonnene Berathung über das Strafgesetzbuch zu beendigen. Art. 2. Die Gesetzgebung ist wieder mit unserm Justizministerium vereinigt. Außer den dabei zu verwendenden Justizministerialräthen sind unserm Justizministerium zu dem Ende noch beigegeben: die Oberappellationsräthe Meliter, Ringelmann und Kleinschrod, dann Hofrath und Professor v. Bayer. München, den 6. April 1847."

— Der König von Baiern hat verfügt, daß für jene Garnisonen, in deren Besatzungsorten der Schenkpreis des Sommerbiers über 6 Kr. 2 Pf. sich erhebt, für die Zeitdauer vom 1. Mai bis 30. Sept. der Mannschaft vom ersten Unteroffizier abwärts eine **Biertaxzulage** (2 Pf. pr. Tag) verabreicht werde.

⚹ **Dresden**, 17. April. Eine anhaltende **Theuerung**, die während eines langen Winters und eines so spät eintretenden Frühjahrs von Woche zu Woche gestiegen, hat neben einer fast gänzlich mißrathenen Kartoffelärnte alle Erzeugnisse des Landbaues zu einer solchen Höhe des Preises getrieben, daß der arme Handarbeiter, der unbemittelte Geschäftsmann kaum noch im Stand ist, seine Familie, ohne der öffentlichen Mildthätigkeit zur Last zu fallen, zu erhalten, und selbst die hiesigen Hülfsvereine sind fast erschöpft durch die Masse, welche, um Unterstützung flehend, sich täglich meldet. Die Höhe der Getreidepreise, der Scheffel Roggen zu 7 Thlr. 15—20 Ngr., während die hiesige bisher bestandene Brottaxe unsere Bäcker nöthigte, den Scheffen Roggen zu 6 Thlr. 22 Ngr. zu verbacken, hatte in den letztverflossenen Tagen einen solchen Brotmangel in Dresden hervorgerufen, daß kein Tag verging, an welchem nicht tumultuarische Auftritte an den Bäckerläden stattfanden, und die arbeitende Klasse, welche so wie viele hiesige Haushaltungen ihr Brot gewöhnlich von den in der Stadt Markt haltenden Dorfbäckern bezogen, hatte sich, da diese mit einer geringern Quantität an den bestimmten Markttagen hier eintrafen, genöthigt gesehen, die Läden unserer Stadtbäcker zu belagern, um ihren Bedarf nun von diesen zu beziehen. Natürlich wurde dadurch der Vorrath der letztern trotz täglichen mehrmaligen Backens erschöpft, und Mancher mußte, ohne für sein mühsam erworbenes Geld Brot für sich und seine Familie erhalten zu haben, den Laden verlassen, in bitterm Grolle Drohungen gegen die Bäcker ausstoßend, während diese in der letztern Zeit die empfindlichsten Nachtheile durch die immer höher steigenden Preise des Getreides erlitten und über kurz oder lang mancher unserer hiesigen Bäcker gezwungen sein wird, sich für insolvent zu erklären. Die immer höher steigende Noth veranlaßte daher, auf Vorstellung der hiesigen Bäckerinnung, nach vorhergegangener Besprechung mit unserm Stadtrathe, das Ministerium des Innern, hier schnelle Abhülfe eines Uebelstandes zu treffen, durch welchen der vorhandene Brotmangel entstanden und noch längere Zeit fortgewährt haben würde, die hier bisher bestandene Brottaxe aufzuheben und das Brotbacken Jedem, welcher es betreiben will und dessen Localität es erlaubt, zu gestatten.

Merkwürdigerweise sehen Viele in dieser Maßregel einen Nachtheil und glauben sich der Willkür der Bäcker preisgegeben, das Brot so klein zu backen als es jenen beliebt; allein erstens ist diese Maßregel nur eine provisorische, zweitens ist es nicht das kleine Brot, welches zu Erbitterung der hungernden Menge und zu tumultuarischen Auftritten führt, sondern der Mangel an Brot, welcher nun, da die Bäcker an keine für sie nachtheilige Taxe mehr gebunden sind, beseitigt ist, und drittens wird die Aufsicht der hiesigen Polizeibehörde und die Controle, welche das Volk selbst über die Bäcker führt und der Oeffentlichkeit übergibt, schon dafür sorgen, die Letztern zu nöthigen, ein gutes und im Verhältniß zum Preise stehendes Brot zu backen. Dazu kommt noch die von Seiten des Kriegsministeriums getroffene Maßregel (Nr. 105).

Die Vorsorge, welche das Ministerium des Innern getroffen, um die Noth der armen Klassen der Bewohner Sachsens zu lindern, hat sich über alle Theile des Landes erstreckt und alle betreffende Behörden haben Unterstützungsgelder zum Ankaufe von Lebensmitteln für die Bedürftigen ihrer Distrikte erhalten; eben so sind mit dem Eintritte des Frühjahrs Vorkehrungen getroffen, um durch Angriff von Chausseebauten im Erzgebirge und Voigtlande den arbeitslosen Armen Beschäftigung und Verdienst zu geben, und gewiß werden unsere Consulate im Auslande die gemessensten Befehle haben, zeitig genug vortheilhafte Ankäufe von Getreide für Sachsen zu machen, sobald, was der Himmel verhüten möge, eine ähnliche Mißärnte uns treffen sollte.

* **Leipzig**, 17. April. Der Artikel der augsburger Allgemeinen Zeitung vom 13. April, worin die neulich mitgetheilte Denkschrift (Nr. 95) in Betreff des **Schiffahrtsvertrages** beleuchtet werden soll, ist eine bloße Wiederholung der alten Behauptungen des Mercantilsystems. Es ist in der That zu verwundern, daß ein verständiger Mensch, im Jahre 1847, noch immer die ungereimte Meinung festhalten will: Deutschland werde durch das jährliche Einbringen einer bestimmten Anzahl englischer Waaren beeinträchtigt, als wenn Deutschland nicht gleichfalls nach England einen entsprechenden Werth an eignen Erzeugnissen ausführte. (Und, setzen wir hinzu, als wenn etwas darauf ankäme, ob die Ausfuhr gerade in dasselbe Land erfolgt, aus welchem die Einfuhr kommt, und als ob irgend ein Unterrichteter auf die sogenannte Handelsbilanz [vergl. Nr. 99] noch den mindesten Werth legen könnte! D. Red.) Wer nur irgend mit der Nationalökonomie bekannt ist, weiß auch, daß es für irgendwelches Land gänzlich unmöglich ist, den Handel eines andern in dem von dem Mercantilsystem angenommenen Sinne zu monopolisiren. Bei jedem Handelsgeschäft müssen zwei Theile sein und auf die Dauer die Einfuhren in jedes Land durch die Ausfuhren aus ihm gedeckt werden. Welthandel ist Tauschhandel, und Geld ist Waare. Was das zu bedeuten habe, ist zu Anfang dieses Jahres in einem größern Artikel der hiesigen Illustrirten Zeitung sehr erschöpfend und populair auseinandergesetzt worden. Das englische Monopol existirt nur in den Köpfen der Mercantilisten, hat aber factisch niemals bestanden, noch besteht es wirklich.

Aber, sagt der weise Mann von Augsburg, diese englischen Waaren sind nicht direct in den Zollverein eingebracht worden, sondern kamen über die Niederlande und die Hansestädte, zumeist in englischen Schiffen, sodaß der Zollverein die Vortheile einbüßt, welche seine Schiffahrt von einem so beträchtlichen Handel hätte ärnten können. (Ein Widerspruch freilich gegen die sonstigen augsburger Tendenzen, diesen Handel ganz auszuschließen.) Um diesen Vortheil zu ärnten, soll, so meint er, zwischen dem Zollverein und den Küstenstaaten ein Bündniß geschlossen werden, was nicht geschehen kann, so lange der Vertrag von 1841 in Kraft bleibt.

Man meint damit die Einführung des von dem preußischen Handelsamte empfohlenen Differentialzollsystems. Nun wollen wir uns hier nicht auf die Frage einlassen, ob Deutschland durch ein System von Differentialzöllen Nutzen ziehen könne — Dr. Kosegarten hat sie schon 1846 in einem sehr gründlichen Aufsatze der Neuen Jahrbücher der Geschichte und Politik verneint —, wir wollen einfach bemerken, daß, wenn der Vertrag von 1841 dem Zollverein nicht alle davon erwarteten Vortheile gebracht, die Schuld in keiner Weise an Großbritannien gelegen hat. Nicht die englische Regierung hat jenen Vertrag vorgeschlagen; sie war vom Anfang an gleichgültig bei der Sache. Der Gedanke rührt von den Zollvereinsstaaten her, welche damals in London der preußische Minister v. Bülow vertrat, und wir haben Grund zu glauben, daß das englische Cabinet gegenwärtig nicht im entferntesten nach einer Erneuerung des Vertrags begierig ist.

Es mag wahr sein, daß wenig preußische Schiffe den Vertrag benutzt haben, um Frachten von der Elbe und Weser nach England und dessen Colonien zu führen; aber das ist eine reine Sache der Concurrenz zwischen der hanseatischen und preußischen Schiffahrt, und dies wird durch kein Differentialzollsystem geändert werden. England ist in dem Vertrage hinsichtlich der Einfuhr von Zucker und Reis anscheinend begünstigt worden, aber dieser Vortheil hat sich rein illusorisch erwiesen, indem wenig oder gar kein Zucker und Reis von britischen Besitzungen in die preußischen Ostseehäfen, auf welche allein der Vertrag von 1841 anwendbar ist, eingeführt werden. Wir stimmen der augsburger Allgemeinen Zeitung darin bei, daß England seinen Tarif hauptsächlich zur Förderung englischer Interessen geändert hat. Der Vorgang Englands kann für die deutschen Regierungen nur in dem Sinne als ein Motiv dienen, daß er beweist, daß gemäßigte Zölle in Wahrheit im Interesse aller Nationen sind, und daß die Wohlfahrt der Consumenten, unter welchen die Gesammtheit des Gemeinwesens begriffen ist, den Sonderinteressen jeder Art vorzuziehen bleibt. Nach diesen Grundsätzen handelte die englische Regierung bei Aufhebung der alten Getreidegesetze, trotz der darauf gegründeten, gewiß sehr wichtigen und einflußreichen Interessen; die deutschen Regierungen werden hoffentlich den ausschweifenden Foderungen der Schutz-, vielmehr Theuerungszöllner, dasselbe Unwesen auf andern Gebieten erst noch einzuführen, widerstehen, nicht aus irgend einer Rücksicht auf fremde Cabinete, sondern einfach, weil hohe Zölle unabwendbar nachtheilig für die Interessen des Volks sind.

— Aus **Mosbach** vom 12. April schreibt man der Mannheimer Abendzeitung: „Ich theile Ihnen mit, daß bis jetzt in unserer Stadt die öffentliche Ruhe und Sicherheit in keiner Weise gestört wurde. Dagegen ist nicht zu läugnen, daß in vielen Orten des Odenwaldes wegen der überaus großen Armuth und Nahrungslosigkeit eine bedenkliche Stimmung herrscht, welche anfängt, sich in Drohbriefen u. dgl. Luft zu machen. So soll heute wieder in einem benachbarten Ort am Rathhaus ein Placat gefunden worden sein, worin gedroht wurde, «zu plündern, zu sengen und zu brennen, wenn die Armen nicht auf kräftigere Weise unterstützt werden». Ferner sollen die Bauern in manchen Orten das Vorhaben geäußert haben, mit Gewalt das Verführen der noch vorhandenen Früchte auf den Markt zu verhindern. Der Hauptherd der Vorbereitungen zu den befürchteten Unruhen scheint übrigens im Amte Buchen zu sein, von wo aber bis jetzt keine Nachrichten über Zusammenrottungen eingelaufen sind."

— Aus **Kassel** vom 13. April meldet man dem Frankfurter Journal: „Am Morgen des 8. April in aller Frühe sind drei hiesige Bürger, ein Posamentirer, ein Buchdrucker und ein Barbier, verhaftet worden; den Grund der Verhaftung kennt man noch nicht."

* **Frankfurt a. M.**, 16 April. Die Rückkehr des Bundespräsidialgesandten Grafen v. Münch-Bellinghausen von Wien nach Frankfurt, welche in der zweiten Hälfte des gegenwärtigen Monats stattfinden sollte, ist dem Vernehmen nach neuerdings wieder auf einige Zeit verschoben worden; sie würde, wie es heißt, jedenfalls erst nach der Wiederankunft des Hrn. v. Werner (Nr. 102) von Berlin in der österreichischen Hauptstadt erfolgen, da die Sendung, mit welcher dieser Diplomat gegenwärtig bei der preußischen Regierung betraut ist, sich auf mehre wichtige Gegenstände beziehe, die nach der Wiederaufnahme der Präsidialfunctionen durch den Grafen v. Münch-Bellinghausen im Kreise der Bundesversammlung von Seiten Preußens in Anregung gebracht werden sollen. Daß die Fragen, um die es sich hier handelt, eine Erleichterung des auf der Presse lastenden Druckes und die Wiedereinführung einer Veröffentlichung von Auszügen aus den Protokollen der Bundesversammlung betreffen, wird vielfach behauptet. Doch tragen die nähern Angaben, welche man hier und da in Bezug auf diese Gegenstände vernimmt, allzu sehr das Gepräge der Conjecturenmacherei. So viel aber kann als gewiß angenommen werden, daß man da, wo man auf der Bahn besonnenen Fortschrittes so entschieden vorgeht, diesen Geist auch auf die allgemeinen deutschen Verhältnisse zu übertragen bemüht sein wird.

Preußen.

Berlin, 17. April. Sitzung des Vereinigten Landtags am 15. April. Curie der drei Stände. Landtagsmarschall: Es ist eine Petition eingegangen, welche die beschleunigte Abänderung des Geschäftsreglements für den Vereinigten Landtag wünscht. Ich werde einen Ausschuß ernennen, welcher die Vorberathung vorzunehmen hat. Es wird dies die vierte Abtheilung sein. Außerdem sind noch drei Petitionen eingegangen. Die erste, vom Abg. Landrath v. Jabeck, betrifft Vorschläge zur Abwehr der durch den Mißwachs des vorigen Jahres zu erwartenden Noth. Die zweite von demselben Abgeordneten: Verleihung einer Uniform an die Vaterlandsvertheidiger der Jahre 1813—15. Die dritte von dem Abg. Oberlandesgerichtsrath Welter zu Münster: Ausdehnung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Proceßverfahrens in der ganzen Monarchie. Sollten noch einige Herren Petitionen bei sich haben, so bin ich bereit, sie anzunehmen. (Keine Meldung.) Ich schließe die heutige Sitzung und behalte mir vor, zur folgenden Sitzung ergebenst einzuladen. (A. P. Z.)

— Die Uebertragung der stenographischen Aufzeichnungen über die Verhandlungen in den am 15. und 16. April abgehaltenen Sitzungen des Vereinigten Landtags erfodert vorläufig noch so viel Zeit, daß wir außer Stande sind, den Bericht über diese Verhandlungen, die wir in aller Vollständigkeit zu geben beabsichtigen, heute schon erscheinen zu lassen. (A. P. Z.)

* **Posen**, 16. April. Wie wol überall in der Monarchie, sind jetzt unsere Blicke vorzugsweise auf den Vereinigten Landtag gerichtet, von dem man sich recht Ersprießliches verspricht. Die königliche Rede hat hier große Sensation gemacht und in allen Kreisen die Ueberzeugung befestigt, daß unser Monarch nicht nur ein Mann von wahrhaft königlicher Gesinnung, sondern auch von königlichem Willen sei: ein vir tenax propositi. Unter den Deputirten der hiesigen Provinz sind mehre höchst begabte Männer, von denen man hier annimmt, daß sie sich zu hervorragenden Potenzen auf dem Landtag erheben werden. — Aus Berlin wollen unsere Polen die Nachricht glaubwürdig erhalten haben, daß der große Proceß nun doch noch ungleich früher beginnen werde, als man zuletzt geglaubt, nämlich jedenfalls schon im Monat Juni. Auch will man bestimmt wissen, daß die Zahl Derer, denen wirklich der Proceß gemacht wird, nicht über 250—270 stark sein werde. Daß der 11. April ohne Verkündigung einer umfassenden Amnestie vorübergegangen, hat Niemanden mehr in Verwunderung gesetzt, denn in den letzten Wochen haben unsere sanguinischen Polen selbst nicht mehr an die Emanation einer solchen Amnestie zu dieser Zeit geglaubt. Das Ganze war also wieder nichts als eine dreiste Conjectur.

* **Köln**, 15. April. Die Thronrede, womit unser König den ersten Vereinigten Landtag in Berlin eröffnete, hat hier wie gewiß überall in der Monarchie nicht geringen Eindruck gemacht und in mehrfacher Beziehung überrascht. Hier war man, nebenbei gesagt, sehr darüber erstaunt, daß der Rheinische Beobachter, während doch die inländische Presse durch das Landtagsreglement und durch specielle Censurverfügungen ausdrücklich auf die Allgemeine Preußische Zeitung als alleinige Quelle für die Berichte über den Vereinigten Landtag verwiesen wurde, im Stande war, die Rede des Königs früher zu liefern, als sie selbst vr. Estaffette durch die Allgemeine Preußische Zeitung hierher gelangen konnte. Man muß annehmen, daß aus besonderer Quelle eine Abschrift der Thronrede dem Rheinischen Beobachter zugeschickt wurde, was denn zur Folge hatte, daß der Wortlaut derselben, wie sie die Allgemeine Preußische Zeitung bringt, von seiner Version an nicht weniger als zehn Stellen abweicht.

Seither fanden aus unserer Stadt nur Auswanderungen einzelner Personen oder Familien, wiewol nicht gerade selten, nach Amerika statt; jetzt haben aber 30—40 Familien, an deren Spitze ein früherer Kaufmann steht und unter denen einige ziemlich bemittelt sind, den Entschluß gefaßt, im nächsten Monate gemeinsam dahin auszuwandern, wozu sie bereits alle nöthigen Vorkehrungen getroffen. Da hier auf der einen Seite stets sehr theuer zu leben ist, und auf der andern fast alle Geschäfte und Gewerbe durch übermäßige Concurrenz leiden, so kann dieser Entschluß nicht eben sonderlich auffallen. Auch sind bereits für nächstes Jahr ähnliche Auswanderungspläne in der Vorbereitung begriffen.

— Die Nr. 17 der Gesetzsammlung bringt ein Patent, worin die von der Bundesversammlung am 14. Jun. 1832 getroffene Vereinigung über den Sinn des §. 7 des Bundestagsbeschlusses vom 20. Sept. 1819, wonach „die Anwendung der Landesgesetze auf die durch die Presse begangenen Verbrechen oder Vergehen durch die Bundesgesetze keinerlei Beschränkung unterworfen ist", auch für die preußischen Staaten publicirt und verordnet wird, daß künftig danach verfahren werden soll.

Oesterreich.

Aus **Lemberg** vom 7. April schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „Am Ostersonntage zwischen neun und zehn Uhr Abends ertönte plötzlich die Feuerglocke. Bei dem Scheine zweier brennender Häuser, der sein grasses Licht an allen höhern Gebäuden der Stadt widerspiegelte, sodaß man auf den ersten Blick meinen konnte: die Stadt brenne an allen vier Ecken, eilten die Truppenmassen, welche namentlich an diesen Tagen zur Aufrechthaltung der Ruhe Tag und Nacht in Waffen bleiben mußten, ihren Stationsplätzen zu und besetzten die ärarialischen Gebäude, und binnen 20 Minuten war die Stadt in eine Art von Belagerungsstand versetzt. Neben dem Rufe des Thürmers hörte man das

Heranrasseln der schweren Geschütze, die, stets in Bereitschaft gehalten, die Bemannung mit brennenden Lunten hinter sich, am Holz- und am Ringplatz, beim Rothen Kloster und auf andern größern Plätzen aufgestellt wurden; zwischen durch sprengten Chevauxlegers und Husaren dem Schauplatz des Brandes zu, der, schnell um sich greifend, für das nahegelegene k. k. Proviantbackhaus, wo Massen von Heu, Mehl und Getreide aufgespeichert sind, das Aergste befürchten ließ. Eine peinliche Stunde verging. Nach ihrem Verlauf gelang es der Thätigkeit der Löschenden, den Brand zu bemeistern, von dem zur Zeit noch nicht ermittelt werden konnte, wie er entstanden. Bald nach Mitternacht lagerte die gewohnte Stille in allen Straßen. Einzelne Reibereien zwischen dem Militair und dem Pöbel abgerechnet fielen in diesem Tumulte, der einem großen Theile der Bevölkerung namenlosen Schrecken einjagte, durchaus keine Excesse vor und auch jene wurden mehr durch irgend ein Mißverständniß als absichtliche Widersetzlichkeit veranlaßt. Das Feuer war in einem Stalle ausgebrochen. So viel zur Feststellung der Wahrheit und um lügenhaften Gerüchten zu begegnen, an denen es nicht fehlen dürfte, denn die Gemüther sind ziemlich aufgeregt."

— Aus **Pesth** im April berichtet die Kölnische Zeitung: „Es verbreitet sich hier allgemein das Gerücht, daß die mit dem Erzherzoge Stephan zu Wien gepflogenen Unterhandlungen wegen Dotirung und Instruction der in Aussicht gestellten Palatinalwürde nicht zu einem befriedigenden Ende geführt hätten und somit die Wahl des Erzherzogs mehr als jemals zweifelhaft erscheine: ein Gerücht, das wir indeß als übertrieben betrachten müssen, wenn auch Manches an jener angeblichen Uneinigkeit in politischen und finanziellen Dingen wahr sein sollte. — Der nach Nordamerika entflohene ehemalige Director der ungarischen Handelsgesellschaft, Hr. Szabo, hat aus Neuyork ein Schreiben eingesendet, worin er den Hergang seines Sturzes erzählt und Rechnung ablegt über die den ihm verwalteten Gelder, deren Ersatz er zugleich anbietet."

Spanien.

Die Königin hat Befehl gegeben, das Verfahren gegen den General Serrano einzustellen, und erklärt, daß seine Ehre und sein Ruf durch das Geschehene in keiner Weise gelitten haben sollen. Von der „Union" wird vermeint, daß Espartero's Adjutant, Oberst Gandara, zum Sargento Mayor von Madrid ernannt werden und daß dem General Prim die Generalcapitainsstelle in Navarra zugedacht sei. Dem aus seinem Hofamt entlassenen Grafen v. Cumbres Altas ist sein 30,000 Realen betragendes Gehalt gelassen und die gegen ihn verfügte Verweisung nach einer Festung aufgehoben worden.

— Der Heraldo vom 9. April will aus **Paris** fast officielle Mittheilungen über die Schwangerschaft der Herzogin von Montpensier erhalten haben und bestimmt wissen, daß ihre gegen Ende des Herbstes vorauszusehende Niederkunft auf jeden Fall in Frankreich werde abgewartet werden. Der Heraldo kommt zugleich auf die Mission des Generals Concha nach Paris zurück und behauptet von neuem, dieselbe beziehe sich auf die besorgte Rückkehr der Königin-Mutter.

Großbritannien.

London, 13. April.

Im Unterhause, das gestern seine Sitzungen wieder aufnahm, wurde der an des verstorbenen Mitglieds William Astell Stelle für Bedfordshire gewählte Lord C. Russell vereidet. Lord Georg Bentinck übergab Bittschriften zu Gunsten der Zehnstundenbill. Der Premierminister zeigte an, daß er eine Bill zur Bestrafung des Vagabundirens in Irland einbringen wolle. Als der Antrag auf Verwandlung in ein Bewilligungscomité von Lord J. Russell gestellt wurde, brachten Sir Howard Douglas und General Evans eine Reihe verschiedener, einzelne Theile der Militairverwaltung betreffender Beschwerden zur Sprache, die zu langen Erörterungen führten, ehe das Haus zu den Geldbewilligungen gelangen konnte.

— Die Nachrichten aus **Dublin** vom 9. April lassen in Bezug auf den Nothstand, den am schwersten heimgesuchten District Skibbereen und trübe Berichte vom Umsichgreifen des Fiebers aus der Grafschaft Cork ausgenommen, wenigstens keine Verschlimmerung annehmen. In Kinsale war wieder ein Aufsichtsbeamter, Capitain Drury von der königl. Marine, an der Seuche gestorben. Ueber die Bestellung der Felder mit Getreide lauten die Meldungen meist günstig; die Wintersaaten standen gut; vom Kartoffelbau schienen viele kleine Pächter ganz abzusehen. Ueber das Aufgehen der gelegten Kartoffel theilt der Cork Reporter mit, daß man sie seit vielen Jahren nicht so kräftig habe treiben sehen. Aus Tipperary fehlt es leider nicht an Berichten von Gewaltthätigkeiten; so wurde unter Andern ein Haus angezündet und der Bewohner desselben mit seiner Tochter umgebracht und beraubt.

— In der am 6. März endigenden Woche wurden bei öffentlichen Arbeiten in **Irland** 734,792 Personen, in der am 3. April beendigten nur noch 525,518 Personen beschäftigt.

— In **Plymouth** langte am 8. April die glasgower Barke James Campbell von 300 Tonnen an, welche seit 31 Tagen mit Ladung nach Batavia und Singapur von Liverpool abgesegelt war. Ihr in Eisen gelegter Capitain Graham wurde in seiner Kajüte gefangen gehalten, deren Schlüssel vom Schiffszimmermann verwahrt wurde und deren Thür ein Matrose mit blanker Waffe bewachte. Man kannte noch nicht die Ursache dieses auffallenden Vorgangs.

— Ein Artikel der Times über den Untergang des Postdampfschiffes Tweed an der mejicanischen Küste läßt zwar dem Muth und der Umsicht des Capitains und der Officiere desselben Gerechtigkeit widerfahren; es bleibe jedoch, heißt es weiter, das weite Abkommen des Schiffes von seinem Curse, wodurch das Unglück herbeigeführt ward, jedenfalls sehr auffällig, und eine strenge Untersuchung, ob dieselbe nicht durch Unterlassung gebotener Vorsicht mit verschuldet worden, müsse daher im Interesse des Publicums gefodert werden.

— Der Times bringt die schleswig-holsteinische Frage viel dänisches Geld ein. Sie enthält abermals aus dänischen Pamphlets 2½ Spalten lange Auszüge, denen vorangeschickt ist, daß rücksichtlich Schleswigs kein unbefangener Beurtheiler mehr im Zweifel über das volle Recht der dänischen Ansprüche sein könne. Diesmal steht der Artikel wenigstens an dem Orte, wo die Reclamen oder bezahlten, aber maskirten Inserate ihren Platz haben, nämlich ganz am Schlusse des Textes und nachdem ihm bereits ein Avertissement, die Liste der Gouverneure und Directoren der Bank von England, vorangegangen ist, was auch ihn vollständig als Avertissement charakterisirt. Daß diese Inserate, und zumal in der Times, die dänische Sache nicht besser zu machen im Stande sind, als sie ist, weiß man vielleicht nur in Kopenhagen nicht. Komisch genug beginnt die dem betreffenden Artikel in der Times folgende nächste Spalte mit der Rubrik: Wanted-several assistants etc.

Frankreich.

Paris, 14. April.

Die Deputirtenkammer war gestern mit Berathung des Gesetzentwurfs zur Ermächtigung der Bank von Frankreich beschäftigt, Noten zu 250 Fr. als kleinsten Betrag auszugeben. Ein Amendement verlangt diesen Betrag auf 100 Fr. herabzusetzen. Hr. Clapier erklärte, daß die Bank diesen Vorschlag als ein verderbliches Geschenk ablehne. Herabsetzung des Betrags, zu welchem Noten ausgegeben werden können, heiße das in Umlauf befindliche Geld vermindern und in die Kasse der Bank leiten. Die Bank brauche das aber nicht. Im Jahr 1841 habe sie durchschnittlich 279 Mill. in den Kassen und 8 Mill. baar mehr als Noten in Umlauf gehabt. Im Jahr 1845 sei dieses Verhältniß 279 und 289 Mill. Noten Umlauf gewesen, 1846 habe es 202 und 311 Mill. oder 109 Mill. mehr im Umlaufe betragen als der Baarvorrath. Er sehe keinen Grund, weshalb für 1847 und weiter eine Vermehrung der Baarzuflüsse zur Bank bewirkt werden solle, und spreche sich gegen den Gesetzentwurf aus, von welchem er eine Entziehung von 30—40 Mill. baares Geld aus der Circulation besorgt. Im Jahr 1855 erlösche das Privilegium der Bank, und dann werde die Zeit sein, wo man an eine neue Constituirung der Creditverhältnisse in Frankreich nach reiflicher Erwägung gehen könne. Hr. Benoit Fould begann mit einer Rechtfertigung der Geschäftsführung der Bank gegen den Vorwurf, sie habe nicht genug für Erleichterung des Handels gethan. Sodann ging er auf eine Zusammenstellung darüber ein, wie viel baares Geld Frankreich besitze. Von 1795—1802 wären 106 Mill. in Silber, von 1803—1847 zusammen 4969 Mill. Fr., davon 11 Mill. in Geld, ausgemünzt worden. Alles Silbergeld seit 1795 betrage also 3975 Mill. Fr. Allein wie viel davon sei noch im Lande? er rechne circa noch 3000 Mill.; das Geld sei ziemlich verschwunden. In Paris würden nicht 20,000 Fr. in Geld ohne große Mühe und eine starke Prämie zu finden sein. Algerien und das Ausland hätten das Geld weggezogen. In Spanien, Amerika, Oceanien seien der Franc und der halbe Franc currente Münze; Italien, die Schweiz, Belgien besäßen enorme Summen davon, die er mit den Sendungen nach Algier auf 1150 Mill. anschlage. Hr. Fould erklärte sich für Herabsetzung des Betrags der kleinsten Noten auf 100 Fr., als ohne Gefahr, der Circulation nützlich. Wenn indessen furchtsame Leute die Gesammtsumme der neuen Noten etwa auf 25—30 Mill. limitiren wollten, so werde er sich damit einverstanden erklären. Die allgemeine Berathung wurde auf heute vertagt.

— Die Zeitungen besprechen heute vorzugsweise die gestrige Debatte der Deputirtenkammer über die Ausgabe von Banknoten zu 250 oder nur 100 Fr., und das Journal des Debats erklärt sich dabei entschieden für die von 100 Fr.

— Das Journal des Debats theilt die zehn volle Spalten einnehmenden Motive zu dem 2½ Spalten umfassenden Gesetzentwurfe über die Freiheit des Secundairunterrichts mit, der sechs Titel und 36 Paragraphen enthält. Es kann danach jeder Franzose, welcher 27 Jahre zurückgelegt hat und in vorgeschriebener Weise Bachelier ès Lettres, beziehentlich auch der mathematischen und Naturwissenschaften ist, sowie keiner unautorisirten religiösen Körperschaft angehört, endlich von den verbietenden Bestimmungen des Gesetzes über den Primairunterricht vom 28. Juni 1833, sowie

von denen unter 1—8 im §. 42 des Strafgesetzbuchs nicht betroffen wird, unter Einholung der vorgeschriebenen Concession die Leitung einer Anstalt für den Secundairunterricht führen. Um als Lehrer in diesem Gebiete zu wirken, muß man 18 Jahre alt, Bachelier ès Lettres oder ein früherer Zögling der polytechnischen Schule, außerdem beziehentlich auch Bachelier der Mathematik und Naturwissenschaften, Licentiat der Philosophie und mathematischen Wissenschaften sein und darf ebenfalls keiner unautorisirten religiösen Körperschaft angehören. Die Beaufsichtigung dieser Unterrichtsanstalten wird vom Minister des Unterrichts durch die Recteren der Akademie, die Präfecten, die Unterpräfecten der Arrondissements, die Maires der Gemeinden ausgeübt; was den Religionsunterricht anlangt, so sind der Bischof der Diöcese, der Pfarrgeistliche und das betreffende Consistorium mit dessen Beaufsichtigung betraut.

— Der General Manuel de la Concha ist in Paris angekommen und hat durch den spanischen Geschäftsträger bei der Königin Christine um eine Audienz ansuchen lassen. Diese ließ ihm erwidern, wenn er als Privatmann komme, werde sie ihn Abends 8 Uhr bei sich sehen und er werde sehr angenehm sein; sollte er jedoch Aufträge an sie haben, so werde sie ihn am folgenden Tage um 12 Uhr, jedoch nur in Gegenwart des spanischen Geschäftsträgers, empfangen. Der General verneinte alsbald, daß er Aufträge an die Königin Christine habe, der er nur seine persönliche Achtung und Ergebenheit zu bezeigen wünsche.

— Die Ankunft Daniel O'Connell's in Lyon ist erst am 11. April erfolgt; er wollte dort einige Tage rasten. Das Journal des Débats berichtigt in Bezug auf denselben die Angabe eines irischen Blattes, daß Dr. Chomel vom Könige der Franzosen und mehren Mitgliedern der königlichen Familie beauftragt gewesen sei, ihm deren Theilnahme während seiner Anwesenheit in Paris auszudrücken. Das Journal des Débats erklärt, autorisirt zu sein, das als gänzlich grundlos zu bezeichnen.

— Vor den Assisen der Seine stand gestern ein Mädchen, das im vorigen October in einem Anfalle von Eifersucht einem Manne, mit dem sie seit vier Jahren lebte und der jetzt eine Andere heirathen wollte, einen Stich versetzt und dann sich selbst zum Fenster hinausgestürzt hatte. Beide schwer verwundet, wurden geheilt, und da außer dem Verwundeten kein anderer Zeuge auftrat, dieser aber erklärte, daß er sich nicht mehr der Umstände erinnere, und wenn er von der Angeklagten gestochen worden wäre, so müsse das von ihr in einem Anfalle von Wahnsinn geschehen sein, sprachen die Geschworenen Nichtschuldig und sie ward entlassen.

— In Frapssac, dem Geburtsorte des Marschalls Bessieres, Herzogs v. Istrien, wurde am 5. April die ihm dort errichtete Bildsäule feierlich enthüllt. Ueber 20,000 Menschen sollen dazu versammelt gewesen sein.

y **Paris**, 14. April. Die zu erwartende Vorlage des Gesetzentwurfs über den Secundairunterricht hatte ehegestern auf die Galerien und vorbehaltenen Plätze der Deputirtenkammer ein zahlreiches Publicum, darunter viele Geistliche und mehre Pairs, geführt. Die rasche Vorlesung der Artikel ohne die Motive ließ zwar von dem eine große Menge Bestimmungen enthaltenden Entwurfe keine rechte Uebersicht in der Schnelligkeit gewinnen, gleichwol machte sich nach derselben und im Conferenzsaale die lebhafteste Unzufriedenheit der Bevorworter vollständiger Unterrichtsfreiheit Luft. Die eifrigsten waren die ultrakatholischen, und der legitimistische Deputirte Hr. de Quatrebarbe äußerte z. B. gegen den Unterrichtsminister de Salvandy: „Unser Entwurf ist blos eine Fortsetzung von Voltaire's Verschwörung gegen das Christenthum.“ Günstigere Ansichten waren bei der Mehrheit wahrzunehmen; an heftigen Angriffen wird es aber von jener Seite bei der Debatte gewiß nicht fehlen. Diese Schwierigkeiten werden jedoch nicht die einzigen sein, welche der Gesetzentwurf erlebt. Schon im Ministerrath ist er sehr großen begegnet, indem Hrn. de Salvandy's Ansichten auf lebhaften Einspruch stießen und in Folge dessen fast von einem Rücktritte die Rede war. Die Sache regelte sich am Ende durch Concessionen von beiden Seiten und durch Aenderungen, an denen Hr. Guizot großen Antheil gehabt haben soll. — Die von den Pairs über den Gesetzentwurf wegen Herstellung des Capitels von St.-Denis ernannte Commission hat ihren Berichterstatter heute noch nicht ernannt. Das Ministerium wünscht, Graf Portalis solle es werden. Früher schon habe ich auseinandergesetzt, weshalb der Erzbischof von Paris dem Gesetzentwurf entgegen ist, der seine übelwollenden Bestrebungen und seine Opposition gegen die Regierung zu neutralisiren droht, die ihn zu Dem gemacht hat, was er ist. Es hat dieser Prälat diese Vorlage in seinem Journale, dem Univers religieux, mit ausnehmender Heftigkeit angreifen, und seit die Pairskammer mit derselben beschäftigt ist, gedruckte Bemerkungen darüber an die Kammer vertheilen lassen, die mir vorliegen und die auffallendsten Dinge enthalten. Derselbe Erzbischof, welcher mit Entrüstung die organischen Artikel des Concordats von 1802 verwarf und die Aufhebung derselben energisch verlangte, steift sich jetzt auf diese Artikel, um einem Gesetze Widerstand zu leisten, welches das Capitel von St.-Denis der erzbischöflichen Jurisdiction entziehen soll. Die merkwürdigste Stelle in dieser Denkschrift schien mir die zu sein, wo Hr. Affre den Absichten des Papstes eine Auslegung, würdig jener durch Pascal unsterblich gemachten Jesuitenlisten gibt. Gregor XVI. gab die das Capitel von St.-Denis betreffende Bulle auf Ludwig Philipp's Verlangen, und der Erzbischof erläutert des Papstes Absicht dabei, als aus der Bulle klar hervorgehend, dahin, daß in derselben erkannt sei: wie dem Wunsche des Königs nachgebend und um das Ansehen des Capitels zu mehren, er dasselbe unmittelbar unter den heiligen Stuhl stelle. Jedermann sehe also, daß es sich hierbei um keinen Act handle, welchen der Papst gewünscht habe. Es erhöre derselbe einen Wunsch, gewähre eine Gunst und wem? der Regierung, d. h. den drei Gewalten, die Herren über Ablehnung oder Zugeständniß sind. Diesen Charakter der Bulle dürften Katholiken nicht aus den Augen lassen, wie es denn mancherlei Acte des heiligen Stuhles gebe, die in ähnlichem Sinne erfolgten, und welche die Päpste nicht nur ohne Verdruß, sondern mit Freuden würden haben abgewiesen sehen. Wenn die Regierung, nachdem sie von Pius VII. die Entsetzung von Bischöfen, welche sich um die Kirche verdient gemacht, von Leo XII. die Anweisung der Bischöfe, von ihrem Widerstande gegen die Verordnungen von 1828 abzustehen, und von Gregor XVI. verlangte, daß er die Jesuiten auffordere sich zu zerstreuen, und wenn die Regierung dann andern Sinnes geworden, ganz das Entgegengesetzte verlangen wollte, sei wahrscheinlich, daß der heilige Stuhl sich leicht darüber trösten würde. Sehr naiv kommt weiterhin der Herr Erzbischof darauf, zu bemerken, wenn man denn nun durchaus eine Ausnahmestellung für das Capitel haben wolle, so sei anzunehmen, daß es mit den Wünschen des heiligen Vaters übereinstimme, wenn der Titel eines Primicier von St.-Denis auf ewige Zeiten mit dem des Erzbischofs von Paris vereinigt werde. Der geistlichen Opposition und der ihr sich anschließenden einzelner Kammermitglieder ungeachtet, erwartet man die Annahme des Gesetzentwurfs, da beide Kammern die liberale Bedeutung desselben nicht verkennen, sowie die Nothwendigkeit begreifen, der Feindseligkeit der Bischöfe eine Schranke zu setzen. Dem Könige schreibt man die Aeußerung zu: „Ich wünschte mich nur 10 Minuten von der Rednerbühne der Deputirtenkammer vernehmen lassen zu können, und das Gesetz würde durch Acclamation votirt werden.“

Italien.

Rom, 8. April. Die in meinem letzten Brief (Nr. 107) angedeuteten geheimen Machinationen einiger Substituten in der Staatssecretarie, welche zum Theil als Grund des Gizzi'schen Gesuchs um Entlassung anzusehen sind, haben die Folge gehabt, daß ein großer Theil des in diesem Bureaux angestellten Personals sofort entlassen und durch tüchtige, durchgehends vollkommen vertrauenswürdige Leute ersetzt werden wird. Es hatte sich bereits das Gerücht verbreitet, es werde Cardinal Baluffi Gizzi's Nachfolger sein, aber mit Unrecht; vielmehr behält Gizzi vorläufig seinen Posten. — Drei oder vier unter den hiesigen reichen Fleischern hatten sich seit einer Reihe von Jahren angemaßt, zur Osterzeit die sämmtlichen zum Schlachten bestimmten Lämmer von den Hirten aus der Campagna, natürlich zu einem höchst billigen Preis, einzukaufen und sie alsdann mit einem höchst wucherischen Vortheil an das Publicum wieder abzulassen. Da sie erfahren, daß Pius IX., von diesem Unwesen unterrichtet, demselben durch eine strenge Verordnung zu steuern willens sei, schlossen sie schnell ihre Contracte mit den Hirten ab. Allein der Papst erklärte augenblicklich alle diese Contracte für null und nichtig, befahl, alle bereits abgelieferten Lämmer den Verkäufern unverzüglich zurückzugeben, gab den Kauf und Verkauf derselben frei und setzte für jedes Umgehen seines Befehls oder Festhalten an den annullirten Contracten fünfjährige Galeerenstrafe fest. (N. C.)

Griechenland.

Athen, 4. April. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß nach Ablauf der von der Pforte festgesetzten 30tägigen Frist in der That aller diplomatische Verkehr zwischen den beiden Staaten aufgehoben worden ist. (Nr. 108.) Dem griechischen Geschäftsträger Argyropoulos ist sein Creditiv zurückgestellt worden, und er bleibt nur als Generalconsul zur Führung der laufenden Geschäfte in den Handelsbeziehungen in Konstantinopel. Wie lange auch nur dies dauern wird, läßt sich ermessen, wenn man vernimmt, daß der Pascha von Kydonia bereits den dortigen griechischen Consul zu sich berufen und ihm angedeutet hat, daß er nicht nur seine Functionen einzustellen, sondern auch mit allen jenen Griechen, welche mit griechischen Pässen in Kydonia leben, das Land zu verlassen habe. Würde eine solche Maßregel in der ganzen Türkei durchgeführt, so würden wir das Trauerspiel erleben, daß die Türkei ihren ganzen Handel selbst mit roher Faust zerstörte, der zum größten Theil sich in den Händen der Griechen befindet, die nicht als Rajas (türkische Unterthanen), sondern als Griechen mit griechischen Pässen dort leben, und die Schuldlosen nöthigte, auf griechischen Boden überzusiedeln oder wieder Rajas zu werden. Weit entfernt, daß die griechisch-türkische Angelegenheit sich entscheide, läßt sich nur Das mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß die Gewitterwolken, die sich von allen Seiten zusammenziehen, kaum mehr in ein leichtes Gewölk sich auflösen werden. Möchte Europa bedenken, wie höchst gefährlich es ist, dem Griechen die Ueberzeugung aufzudringen, daß er unter den europäischen Völkern der Proletarier sei, der am wenigsten, der nichts zu verlieren habe! — Am 31. März langte die seit

Wochen vorausgesagte englische Flotille, bestehend aus drei Linienschiffen und einer Fregatte, im Hafen von Piräus an, mit 2400 M. Landungstruppen am Bord. — Der Kronprinz von Baiern befindet sich noch in Athen und wird, wie man hört, erst nach den Osterfeiertagen von hier abreisen. — Die von der Opposition in der Kammer beantragte Anklage des Finanzministers Ponirepoulos wurde mit einer Stimmenmehrheit von 60 gegen 49 Stimmen als unbegründet verworfen. Dieser für den Minister günstige Entscheid hat die Folge, daß derselbe einstweilen in den Geschäften bleibt; aber die allgemeine Ueberzeugung von der Unfähigkeit und der Verdacht großartigen Eigennutzes sind deswegen in nichts geändert, und das Ministerium Kolettis wird in wenigen Tagen genöthigt sein, ihn aus eignem Antriebe zu entfernen. — Den Nachrichten aus Maina zufolge ist zwischen den Parteien Mauromichalis und Tzanetaki ein blutiger Streit ausgebrochen, der bei den bevorstehenden Deputirtenwahlen leicht in einen allgemeinen Kampf übergehen kann. Auch aus Messenien wird berichtet, daß in Mantinea bei Gelegenheit der Bürgermeisterwahlen einige Menschen ums Leben gekommen sind. — Das Project der deutschen Colonisation ist vollkommen eingeschlafen. Der bairische Hauptmann der Artillerie Hüß, welcher mit der Idee hierher kam, auf gar keine Schwierigkeiten zu stoßen, sitzt ruhig in Nauplia und überläßt in Athen den Colonisationsgesetzentwurf seinem unabänderlichen Schicksale. Die Kammer hat das Dotationsgesetz und den Rest der Budgets noch vorzunehmen, und wird wahrscheinlich nicht damit fertig, bis die neuen Wahlen beginnen. Wird sie sich nun vollends mit dem Plan einer deutschen Colonisation beschäftigen, während sie jede Stunde ihrer Auflösung entgegensehen muß? (N. C.)

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden, 3. Kl. mit der Schleife: der Professor an der Universität zu Genua Dr. Viviani; 3. Kl.: der großherzogl. sachsen-weimarische Major a. D. und Commissar für die Direction der Thüringischen Eisenbahn Dr. Batsch in Erfurt; 4. Kl.: der Oberingenieur und Betriebsdirector der Thüringischen Eisenbahngesellschaft Mons in Erfurt; der Professor der Medicin an der Universität Gießen Dr. Philipp Phöbus.

Standeserhöhungen. Baiern. Der Geheimrath v. Oberkamp, früher Gesandter am Bundestag, ist in den Freiherrnstand erhoben worden.

Todesfälle. Am 15. April starb in Homburg der landgräfl. hessische dirigirende wirkl. Geheimrath und Kammerherr Karl Bernhard v. Ibell. — Der Admiral O'Gilvie ist am 7. April in Petersburg gestorben.

Handel und Industrie.

Die Leipziger Bank zeigt unterm 18. April erhaltenem Auftrage zufolge an, daß die Annahme von Volleinzahlungen und Subscriptionen zur neuen 4proc. Staatsanleihe für den leipziger Platz geschlossen ist.

Banken. * Leipzig, 18. April. Am 16. April fand hier die Generalversammlung der Leipziger Bank statt, in der der Kramermeister Poppe als Director derselben folgenden Vortrag hielt:

„Hochgeehrteste Herren! Wir haben uns erlaubt, Sie heute zu der statutenmäßig vorgeschriebenen Generalversammlung einzuladen, um Ihnen die Resultate der Bankverwaltung mitzutheilen, die sich nach Beendigung des achten Rechnungsjahres ergeben haben. Verstatten Sie uns, Sie zuvörderst auf die bereits in Ihren Händen sich befindende Jahresrechnung und Bilanz zu verweisen, welche der geehrte Gesellschaftsausschuß bis auf Ihre definitive Erklärung bereits genehmigt hat, und hieran im Allgemeinen die Bemerkung zu knüpfen, daß die Ihnen hierdurch vorgeführten Ergebnisse gewiß als in jeder Hinsicht genügende zu bezeichnen sind. Um Ihnen vor Allem eine Darstellung über die Wirksamkeit der Bank im verwichenen Jahre zu geben, haben wir Ihnen vorzuführen, daß der Umsatz auf den verschiedenen Contis wie folgt war: a) auf Pfandconto 1,940,157 Thlr. 24 Ngr., b) Disconto-Wechselconto 5,842,853 Thlr. 24 Ngr., c) Contocorrent-Wechselconto 406,596 Thlr. 1 Ngr., d) auswärtige Wechselconto 1,965,155 Thlr. 13 Ngr. 3 Pf., e) Contocorrent-Conto 4,662,357 Thlr. 15 Ngr. 8 Pf., f) Contocorrent-Conto gegen hypothekarische Sicherheit 223,600 Thlr. 19 Ngr. 2 Pf., g) Contantendepots-Conto 436,215 Thlr., wozu die Prolongationen der Pfänder mit 4,678,435 Thlr. kommen, was eine Totalsumme von 20,041,371 Thlr. 7 Ngr. 3 Pf. ergibt, wodurch sich zwar gegen das siebente Rechnungsjahr ein Minderumsatz von 2,060,706 Thlr. 7 Ngr. 8 Pf. herausstellt, ohne indeß einen nachtheiligen Einfluß auf die Erträge der betreffenden Conti herbeizuführen, wie wir dies durch nachstehende Darstellung näher beleuchten werden.

Was vorerst das Pfandconto betrifft, so werden Sie bemerken, daß der Umsatz sich um 481,859 Thlr. 10 Ngr. vermindert, dagegen der Ertrag desselben um 1913 Thlr. 14 Ngr. 3 Pf. erhöht hat, wozu der Grund lediglich darin zu finden ist, daß die Pfandgeber im letzten Jahre mehr wie je ihre Darlehen auf viel längere Zeit als sonst erhielten, da die Geldverhältnisse eine solche Erleichterung ihnen wünschenswerth machten. Wir wollen indeß hierbei nicht verschweigen, daß der Ertrag dieses Contes sicher noch etwas größer gewesen sein würde, hätten wir es den Interessen der Bank für angemessen gefunden, eine noch größere Summe, als bereits dazu verwendet worden ist, gegen Niederlegung von ausländischen Eisenbahnactien und unter einer Werthsannahme, die uns für bedenklich erschien, auszuleihen, und dabei ein System verlassen wollen, was sich bisher als richtig bewährt hat, nicht allein für die Bank selbst, sondern auch für Alle, die bei dieser Frage mit derselben in Berührung kommen. Denn trotz des großen Geldbedarfs, welcher sich im verwichenen Jahre Monate lang auch in Sachsen bemerkbar machte, und bei dem starken Sinken der Curse vieler uns übergebener Pfänder sind wir jedoch nie genöthigt gewesen, auf ganze oder theilweise Rückzahlung der Vorschüsse oder auf Nachzahlungen zu dringen, um uns dafür sicherzustellen, daß es der Bank nicht an Mitteln fehle, ihre Wirksamkeit ungestört zu entfalten oder solche vor etwanigen Capitalverlusten zu schützen.

Diese Erfahrungen dürften somit von neuem die Grundsätze rechtfertigen, die wir in dieser Beziehung angenommen haben und die wir, gewiß in Ihrem Sinne, nur dann verlassen werden, wenn veränderte Verhältnisse uns dazu bestimmen sollten. Während wir aber, wie oben erwähnt, Bedenken getragen haben, auf Pfänder entschieden größere Summen als bisher auszuleihen, haben wir es eben so sehr für unsere Pflicht gehalten, kein Geschäft abzulehnen, was der Bank in mäßigen Summen proponirt wurde, woher es kommt, daß im letzten Jahre 270 Pfandposten mehr als im vorhergehenden eingingen, wobei sich 81 Posten von 80 à 100 Thlr., 111 Posten von 100 à 500 Thlr., 64 Posten von 500 à 1000 Thlr. und 14 Posten von 1000 à 5000 Thlr. befinden, ein Ergebniß, welches deutlich zeigt, wie sehr von Jahr zu Jahr das Publicum zunimmt, was nicht zum eigentlichen Geschäftsverkehre gehörend, den seinigen mit der Bank gern unterhält.

Im Gegensatze zu dem über das Pfandconto Gesagten haben wir über das Disconto-Wechselconto zu berichten, denn während dieses einen vermehrten Umsatz von 615,791 Thlr. 1 Ngr. ergibt, welche in 2170 Stück Wechseln und Anweisungen mehr als im vorigen Jahre bei der Bank eingingen, ist der jetzige Ertrag gegen den frühern um 684 Thlr. 26 Ngr. 4 Pf. zurückgeblieben: ein Ausfall, der durch einen so starken Zinsenvortrag ins neue Jahr, wie diesmal, wol nicht sehr zu beachten sein dürfte. Wie schon bei ähnlicher Veranlassung Ihnen vorgeführt, erachten wir das Discontogeschäft als das wichtigste der Bankverwaltung und widmen diesem alle die Sorgfalt, welche es nach unserm Dafürhalten verdient, um es allmälig immer noch größerer Bedeutung zuzuführen als die ist, welche es bereits bei uns erlangt hat. Wir werden uns in dieser Voraussetzung sicherlich nicht täuschen, da wol selten ein derartiges Institut allen Denen, welche bei der Bank discontiren wollen, mit solcher Bereitwilligkeit entgegenkommt als das unserige, sobald nur nach unserm Dafürhalten die nöthige Sicherstellung dabei gewährt wird. Wir haben und werden es nie verweigern, Appoints auf die kleinsten Summen ausgestellt und sehr häufig nur noch wenige Tage laufend, zu discontiren, was Beides bei andern Banken gewissen Beschränkungen unterliegt. Daher kommt es aber auch, daß, was den Durchschnittsbetrag der eingegangenen Wechsel und Anweisungen betrifft, dieser von Jahr zu Jahr herabgeht, und während solcher im verwichenen Rechnungsjahre sich auf 683 Thlr. pr. Appoint stellt, war dieser im vorhergehenden Jahre noch 781 Thlr. pr. Appoint. Nach unserer Meinung liegt in diesem Geschäft und in der Art, wie wir solches durchführen, die bewegende Kraft unsers Instituts, die Kraft, welche mit dazu beigetragen hat, demselben die Stellung einzuräumen, welche es, wie wir uns schmeicheln, im In- und Ausland auf eine höchst ehrenhafte Weise einnimmt.

Wir dürfen indeß auch hierbei nicht unerwähnt lassen, daß, um Das zu erreichen, was bereits für die Ausdehnung des Discontogeschäfts der Bank geschehen ist und noch ferner geschehen wird, das bisher befolgte System festzuhalten sein dürfte, nämlich, daß bankfähige Disconten niemals zurückzuweisen und die Feststellung des Disconto nicht lediglich danach zu normiren, wie solcher von andern Discounteurs in Zeiten größern Geldbedarfs gefodert und von den Geldsuchenden mit Leichtigkeit gewährt wird. Diese Ansicht ist auch die des geehrten Gesellschaftsausschusses, welcher mit uns fühlt, daß in diesem Verfahren eine vermehrte Bürgschaft für die immer größer werdende Wirksamkeit der Bank zu finden ist. — Zu dem auswärtigen Wechselconto übergehend, so haben wir Ihnen hierbei nur abermals zu eröffnen, was wir Ihnen schon früher bei ähnlicher Veranlassung sagten. Wir erachten dieses Geschäft nur als ein solches, welchem wir erst dann unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, wenn unsere Fonds auf andere Weise nicht zinsbar anzulegen sind oder die Aussicht vorhanden ist, durch dereinstige Verwerthung unsers Portefeuille auf auswärtige Plätze uns Contanten zuzuführen, in Zeiten, wo dieselben für die vermehrte Ausgabe unserer Noten besonders wünschenswerth sind. Es wird Ihnen gewiß nicht unlieb gewesen sein, zu bemerken, daß am Schlusse des achten Rechnungsjahres unsere Baarvorräthe die Summe von beinahe 3½ Mill. Thlr. betragen haben, auf deren Vermehrung noch unausgesetzt hingewirkt wird, wie dieses zum Theil schon aus den Kassenumsätzen hervorgeht, welche im letzten Jahre 27,331,485 Thlr. 7 Ngr. 2 Pf. und 3,845,179 Thlr. 28 Ngr. 6. 5 Pf. mehr als das Jahr vorher betragen haben.

Der Gewinn an auswärtigen Wechseln beträgt 15,571 Thlr. 9 Ngr. 3 Pf. und somit 887 Thlr. 23 Ngr. 7 Pf. weniger, als der letzte Abschluß ergab, ein Resultat, für welches sich keine sichern Normen finden lassen, da es auch hier nicht auf die Größe des Umsatzes, sondern mehr darauf ankommt, wie lange die fremden Devisen in unserm Portefeuille ruhten, was bei den stets so gesuchten preußischen Valuten meistens nur auf kurze Zeit geschah, da derartige längere Sichten selten in sehr namhaften Summen eingingen. Wenden wir uns nun zuletzt zu dem Conto-Corrent-Conto, so haben sich die Umsätze auf demselben um 1,990,073 Thlr. 6 Ngr. 3 Pf. vermindert, und dessenungeachtet ist der Reinertrag dieser Branche um 9976 Thlr. 7 Ngr. 8 Pf. größer als voriges Jahr und würde noch etwas günstiger sein, wären wir nicht durch den Werth des Geldes im Allgemeinen veranlaßt genöthigt gewesen, den Creditoren auf diesem Conto hin und wieder etwas höhere Zinsen als früher zu bewilligen. Das Ihnen soeben angegebene Resultat ergibt sich aber vorzüglich dadurch, daß die gemachten Darlehen länger als sonst in den Händen Derer blieben, die solche contrahirten, eine Erscheinung, die uns nur willkommen sein konnte, da dessenungeachtet dadurch die Kraft nicht gelähmt worden ist, welche der Verkehr von der Bank zu fodern berechtigt war.

Was die übrigen Posten im Credit unseres Abschlusses betrifft, so werden Sie finden, das dieselben gegen den vorhergehenden nicht wesentlich von einander abweichen; nur die Position für Zinsen und Gewinn an Leipziger Bankaktien, die in der letzten Rechnung mit 6496 Thlr. aufgeführt war, erscheint diesmal nur mit 917 Thlr. 3 Ngr. Da der Curs unserer Actien, welcher ultimo Februar 1846 185% notirt wurde, jetzt nur mit 176% angenommen werden konnte, und hätten wir nicht zu früherm noch billigern Curs noch eine kleine Anzahl Actien hinzugekauft, so würde sich auf diesem Conto sogar Verlust anstatt Gewinn ergeben haben. Wir sind indeß nie gemeint, auf den Curs der Bankactien einzuwirken, da sich solcher nach unserm Dafürhalten stets danach normiren wird, wie entweder der Werth des Geldes von Zeit zu Zeit sich feststellt und dadurch die besten Sicherheiten hinsichtlich deren Werthschätzung günstig oder nachtheilig berührt, oder

in welcher Weise die sich ergebende sowie die später zu erwartende Bankrente aufgefaßt wird. — Das Resultat unsers letzten Abschlusses liegt Ihnen vor, und wird die von uns proponirte Vertheilung wie bereits von dem Ausschusse auch von Ihnen genehmigt, so ergibt sich, daß auch die Bank von ihrem Actien-Capital von 1,500,000 Thlr. einen Reingewinn von 122,901 Thlr. 22 Ngr. 7 Pf. oder circa 8¼% erzielt hat, was Sie mit uns gewiß als erfreulich bezeichnen werden. Von dem ebenerwähnten Reinertrage fließen abermals 20,904 Thlr. 22 Ngr. 7 Pf. dem Reservefonds zu, welcher dadurch die Höhe von 86,250 Thlr. 1 Ngr. 7 Pf. erreicht und uns die angenehme Aussicht gewährt, daß wir bei dem fernern Gedeihen unsers Instituts in 4 Jahren zuversichtlich dahin gelangen werden, den statutenmäßig vorgeschriebenen Reservefonds erreicht und das Recht erlangt zu haben, die Totalsumme des jährlichen Gewinns an die geehrten Actionaire vertheilen zu können. — Wir fühlen uns noch verpflichtet, Ihnen einige Mittheilungen über die Ausgaben der Bankverwaltung zu machen, die nur bei der Position für Provision, Courtage ꝛc. an auswärtige Häuser gewährt, eine sehr wesentliche Abminderung erfahren haben. Alle übrigen, als Besoldungen und Remunerationen, Localmiethe, Abgaben und dergleichen, sind diesmal summarisch um 1185 Thlr. 4 Ngr. 3 Pf. größer, als solche in der vorhergehenden Rechnung betrugen; die gewonnene Ausdehnung des Geschäfts rechtfertigt gewiß diesen Aufwand, welcher zum Theil auch dadurch herbeigeführt worden ist, daß wir mehren unserer Beamten eine pecuniaire Anerkennung für ihre bisherigen Leistungen gewährten und es hier mit vielem Vergnügen aussprechen, daß wir allen Angestellten der Bank das Zeugniß größter Pflichttreue und eines rühmlichen Fleißes ertheilen können.

Nächstdem hat die Creation von Banknoten, welche in diesem Jahre für die Summe von 1,950,000 Thlrn. geschehen ist, eine Ausgabe von 1765 Thlrn. 25 Gr. erfodert, obschon wir das Papier hierzu sowie für eine noch entschieden größere Summe von früher besitzen und auch damals in Rechnung brachten. Diese Ausgabe wird sich in der allernächsten Zeit in gleichem Umfange wol nicht wiederholen, so sehr dieses auch in anderer Beziehung uns nur willkommen sein könnte, da Sie schon jetzt mit Vergnügen bemerkt haben werden, in welcher Ausdehnung die Circulation unserer Banknoten zunimmt, indem sie sich weit über die Grenzen unsers Vaterlandes verbreiten und überall die sichere Geltung finden, welche sie basirt auf die große Masse baar vorhandener Austauschmittel und sonstiger sicherer Realitäten, gewiß in jeder Hinsicht verdienen und diese Beurtheilung auch bei unserer hohen Staatsregierung gefunden haben. Es wird Ihnen daher gewiß eben so interessant als erfreulich sein, zu erfahren, daß die Ausgabe unserer Noten am 14. Oct. v. J. die Höhe von 5,187,000 Thlr. erreichte, während im Jahre vorher das Maximum der Circulation die Summe von 3,806,000 Thlr. nicht überstieg. Wir sind Ihnen in Bezug auf unsere Rechnungsablegung noch die Mittheilung schuldig, daß wir wiederum jene 2000 Thlr. in Vortrag gebracht haben, die im letzten Rechnungsjahre wegen etwanigen Verlustes an einem Disconto- und einem Pfandgeschäft zurückgestellt wurden, da beide Sachen noch nicht geordnet werden konnten. In dem eben beendigten Jahre sind wir zu unserer Freude von jedem derartigen Verluste verschont geblieben und hoffen, daß es unsern Bemühungen gelingen wird, solchen auch fernerhin von der Bank abzuwenden.

Bevor wir unsern Bericht schließen, haben wir noch die Pflicht zu erfüllen, der hohen Staatsregierung für die mannichfachen Beweise ehrenvollen Vertrauens zu danken, welche uns auch in diesem Jahre von derselben zu Theil worden sind. Unser Streben wird stets dahin gerichtet sein, uns solches zu erhalten und zugleich dadurch auch dankend den wohlwollenden Gesinnungen zu begegnen, welche der königl. Commissar Hr. Kreisdirector v. Broizem unserm Institut unausgesetzt angedeihen läßt. Wir haben Sie nunmehr zu bitten, uns mit Ihren etwanigen Bemerkungen zu dem Ihnen vorgelegten Rechnungsabschluß entgegenzukommen, um hierauf die Fragen zu stellen: 1) Ob die Versammlung die vorgelegte Bilanz genehmige und den geehrten Gesellschaftsausschuß ermächtige, die Justification zu vollziehen? 2) Ob dieselbe zu der von dem Gesellschaftsausschuß und dem Directorium vorgeschlagenen Vertheilung des reinen Gewinns des achten Rechnungsjahrs mit 20,904 Thlr. 22 Ngr. 7 Pf à 25% auf Reservefondsconto nach §. 111 der Statuten, 57,000 Thlr. Dividende à 9½ Thlr. per Actie, 1254 Thlr. 8 Ngr. 5 Pf. Gratification à 2% von 62,714 Thlr. 8 Ngr. 1 Pf. an den vollziehenden Director, 4390 Thlr. desgl. à 7% an die sechs verwaltenden Directoren, 60 Thlr. 29 Ngr. 6 Pf. als Ausgleichung vorzutragen, zusammen 83,619 Thlr. 8 Pf., ihre Genehmigung ertheile? Hiernächst ersuchen wir Sie, die Wahl von vier neuen Ausschußmitgliedern an die Stelle der ausscheidenden Hrn. Handlungsdeputirten Georg Wilhelm Münning, Hrn. Stadtrath Dr. Robert Julius Bollsack, Hrn. Karl Lampe und Hrn. Stadtältesten Friedrich Böhlmann, welche jedoch sofort wieder gewählt werden können, zu bewirken und Ihre Stimmzettel dem Hrn. Advocat Kretzschmann zu übergeben, welcher nach der Generalversammlung das Resultat dieser Wahl dem Gesellschaftsausschuß durch uns mittheilen wird.

Ehe wir die gegenwärtige Versammlung schließen, bitten wir Sie noch, das darüber aufgenommene Protokoll zu vernehmen und sich mit uns in dem Wunsche zu vereinen, daß der Himmel auch fernerhin die Bank in seinen Schutz nehmen möge. Mit diesem und mit der Fortdauer des Vertrauens und Wohlwollens, was Sie uns bisher gönnten, wird es uns sicherlich gelingen, das unserer Mühewaltung anvertraute Institut noch nützlicher zu machen, als es bereits geschehen ist. Nach diesem Ziele zu streben und solchem mit jedem Jahre in noch befriedigenderer Weise näher zu kommen, ist die Aufgabe, die wir uns gestellt und zu deren Lösung wir Alles aufbieten werden."

Eisenbahn. Dem Vernehmen nach haben die Vorstände der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn in Erwägung der harten Zeiten sämmtlichen Beamten, die 300 Thlr. Gehalt und darunter beziehen, auf vier Monate, nämlich für April, Mai, Juni und Juli d. J., eine Gehaltszulage von 10 Proc. bewilligt.

Fruchtpreise. Leipzig, 15. April. Weizen 9 Thlr. 20 Ngr., Roggen 9 Thlr.; Gerste 6 Thlr. 7½ Ngr.; Hafer 3 Thlr. 7½ Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. Leisnig, 10. April. Weizen 8 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 7 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 15 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 15 Ngr. **Zwickau,** 13. April. Weizen 10 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 10 Thlr. 15 Ngr.; Gerste 8 Thlr. 15 Ngr.; Hafer 2 Thlr. 24 Ngr. **Berlin,** 15. April. Weizen 4 Thlr. 7 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 2½ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 24 Sgr.; Hafer 2 Thlr.; Kartoffeln 1 Thlr. 15 Sgr. **Breslau,** 15. April. Weizen 3 Thlr. 25 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 11½ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 19 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 15 Sgr. **Halle,** 13. April. Weizen 4 Thlr. 12 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 5 Sgr.; Gerste 3 Thlr. 5 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 23 Sgr.

Oel. * Leipzig, 17. April. Bei mattem Geschäftsgange behauptet Rüböl doch eine feste Haltung und ist unter 10½ Thlr. nicht käuflich zu erhalten. Spätere Termine pr. Herbst bedingen 11⅛—¾ Thlr. Die meisten Federungen sind 11½ Thlr.; Leinöl, etwas knapper als seither, kostet 12½ Thlr.

Meßbericht. * Leipzig, 17. April. Die Geschäfte in dieser Woche gingen sehr langsam, wie in Folge der großen Theuerung der Nahrungsmittel und des langen Winters zu erwarten war. Eine andere nachtheilige Einwirkung kommt unserer Messe von Seiten Bukareschts, mit welchem Platze wir in sehr bedeutender Verbindung stehen, die vielleicht diesmal sehr gehindert sein wird. Der Vorrath an Leder ist sehr groß, allein der Umsatz wegen Mangel an Käufern unbedeutend und zu schlechten Preisen. In Tuch waren gute Qualitäten sehr gesucht und erhielten gute Preise. Sehr erfreulich ist es zu bemerken, daß das Geschäft darin nach Nordamerika mehr und mehr zunimmt. Es wurde für diese Bestimmung viel mehr gesucht als vorhanden war, daher schöne Aufträge, Ende Mai zu liefern, gegeben worden sind. Schweizer und Italiener sind wenige da. Die Meldauer beginnen erst zu kaufen.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 102.)

a) Im Januar 1847.

31) **Magdeburg-Halberstadt:** 17,831 Personen, 93,661½ Ctr.	12,865 Thlr.	20½ Sgr.
32) **Magdeburg-Leipzig:** 35,586 Personen, 147,890¼ Ctr.	48,131	15⅝

b) Im Februar 1847.

29) **Berlin-Anhaltische:** 14,497 Pers., 86,511 Ctr.	38,465	—

c) Im März 1847.

8) **Bairische Staatsbahnen:** 57,002 Personen, 166,736 Ctr. 70 Pfd.	36,640	22½
9) **Berlin-Hamburg:** 37,432 Personen	82,713	27½
10) **Berlin-Stettin-Stargard:** 23,853 Personen, 132,536 Ctr.	39,148	3¼
11) **Cöln-Minden:** 49,020 Personen	17,819	2⅛
12a) **Linz-Budweis:** 451 Personen, 62,356 Ctr. 64 Pfd.	17,149	⅛
12b) **Linz-Gmunden:** 7809 Pers., 101,491 Ctr. 5 Pfd.	16,585	6
13a) **Wien-Gloggnitz:** 45,963 Pers., 187,222 Ctr. 95 Pfd.	49,200	1
13b) **Wien-Bruck:** 11,471 Personen, 29,084 Ctr. 30 Pfd.	5793	⅛
14) **Württembergische Staatsbahn:** 86,149 Pers.	9220	10¾

(Vom Januar und Februar fehlen außer der Main-Neckar-Bahn noch die Anhalt-Köthen-Bernburger und die braunschweigischen Bahnen, vom Februar außerdem drei Bahnen.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 16. April früh 7 Uhr: 1° 16″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 16. April. Oestr. Bkact. 1091 Br.; 250 Fl. L. 118¾ Br.; 500 Fl. L. 153½ Br.; Bair. 3½pc. 93½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br., 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 36½, Kurhess. 32. Paris, 13. April. 5pc. 115, 80; 4pc. 77, 95; Neap. 102, 25. Bankact. 3240. Wien, 15. April. Bkact. 1581, Met 5pc. 107½, 4pc. 96⅞, 3pc. 69, 500 Fl. L. 152½; 250 Fl. L. 118.

Actien. Frankfurt a. M., 16. April. Taunusb. 358½, Nordb. 71, Verb. 91¾. Paris, 13. April. Verfail. r. 330, l. 215; Paris-Orleans 1222½; Paris-Rouen 880; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 431½, Rouen-Havre 668½, Marseille-Avignon 770, Strasburg-Basel 192½; Orleans-Bordeaux 510, Orleans-Vierzon 560, Nord 623¾. Wien, 15. April. Nordb. 168½. Gloggn. 121½, Mail. 108½, Livorn. 91½; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 17. April. Seehandl.-Prämsch. 94⅛ Br., 3½pc. Staatsich. 92⅝, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96 Br., pomm. 93½ Br., schles. 96½, 4pc. posensche 101⅛ Br., neue 3½pc. 91⅞, kur u. neumärk. 96 Br., kousber 111½, Friedrichsd. 113½, Disconto 4⅛ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anhalt 110, Berl.-Hamb. 4pc. 105¾, Prior.-Act. 4½pc. 96, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88½, Prior.-Act. 4pc. 90⅜, 5pc. 101, Berl.-Stett. 106½, Cöln-Minden 4pc. 89½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107½ Br., Niederschles. 86, Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., 5pc. 101 Br., Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 84½, Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Thüring. 4pc. 93. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 81½, Berg.-Märk. 4pc. 81, Berl.-Anh. 95½, Cöln-Minden 4pc. 89⅛, Magd.-Wittenb. 82½, Mecklenburg 72, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70⅞, Posen-Starg. 4pc. 82, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98 Br., Ung. Centralb. 4pc. 98½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81 Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 92¾, (neue) 4pc. 92¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 78⅝, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bkcert. Zinsl. 10½ Br., Litt. B 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F. A., St.-Anl. 3½pc. 85, Staats-Pr.-Anl 85⅛ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Präm.-Anleihe à 36 Fr. 9⅝, Neue Bad. Anl à 35 Fl. 20½.

Verantwortliche Redaction: Professor **Hülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen

Stettin und Kronstadt

(St.-Petersburg).

Die beiden großen eisernen Post-Dampfschiffe „**Preußischer Adler**" und „**Wladimir**", jedes mit Maschinen von 300 Pferde-Kraft versehen und zur bequemen Aufnahme von mehr als 100 Passagieren sowie zur Beförderung einer bedeutenden Güter-Ladung eingerichtet, werden in diesem Jahre eine regelmäßige **wöchentliche** Verbindung zwischen **Stettin** resp. **Swinemünde** und **Kronstadt** (St.-Petersburg) unterhalten.

Das neue Post-Dampfschiff „Preußischer Adler" wird gegen Ende des laufenden Monats aus England erwartet, und soll hiernach die Eröffnung der Verbindung **den 15. Mai** neuen Stils stattfinden, an welchem Tage der „**Preußische Adler**" zum ersten Male von **Stettin** und der „**Wladimir**" zum ersten Male von **Kronstadt** abgefertigt werden wird. Von gedachtem Tage **bis zum Schlusse der Fahrten** wird jeden Sonnabend ein Dampfschiff

aus Stettin: Mittags, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin, und

aus Kronstadt: Abends

abgehen und bei günstiger Fahrt die Ankunft in **Stettin** sowol als in **Kronstadt Dienstag** Abend stattfinden.

Das Passagegeld für die Reise von **Stettin** oder **Swinemünde** bis St.-Petersburg beträgt:

für eine Person auf dem 1. Platze	52	Thlr.	Preuß. Cour.
„ „ „ „ „ 2. „	40	„	„ „
„ „ „ „ „ 3. „	23½	„	„ „
für eine Privat-Cajüte zu 4 Personen	273	„	„ „
„ „ „ „ 3 „	205	„	„ „
„ „ „ „ 2 „	136⅔	„	„ „

In diesen Beträgen ist die Beköstigung, mit Ausnahme des Weins, einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte.

Jeder Passagier auf dem ersten Platz oder in den Privat-Cajüten kann 16 Cubikfuß, auf dem zweiten Platz 12 Cubikfuß und auf dem dritten Platz 6 Cubikfuß Rhein. an Gepäck frei mit sich führen. Kinder, welche die Hälfte des Passagegeldes zahlen, haben auch nur die Hälfte des Gepäckmaßes frei. Für das Uebermaß sind 12 Sgr. pr. Cubikfuß Rhein. zu entrichten.

Das Gepäck der Passagiere darf nur aus Reise-Effecten bestehen. Waaren müssen besonders verpackt und als Frachtgut aufgegeben werden.

Die Anmeldung zur Reise erfolgt in **Stettin** bei dem Post-Dampfschiffahrts-Agenten Herrn **D. Witte**, welcher auch die Güter-Expedition besorgt. In **Swinemünde** werden die Reisenden von der dortigen Königlichen Post-Verwaltung angenommen, welcher auch die Abfertigung der Güter obliegt.

Die Pässe der nach Rußland reisenden Personen müssen das Visa der in dem Vaterlande oder Wohnorte des Passagiers befindlichen Kaiserlich Russischen Gesandtschaft oder des Consulats haben. Auch müssen diese Pässe **vor** Lösung des Passagierbillets in **Stettin** dem dortigen Kaiserlich Russischen Consul vorgezeigt werden. Die in Swinemünde zutretenden Reisenden haben vor Lösung des Passagierbillets ihre Pässe dem dortigen Kaiserlich Russischen Viceconsul vorzuzeigen.

Der Tarif für Wagen und Pferde sowie für Güter und Contanten, ingleichen die Fahrtordnung der Schiffe ist aus den öffentlich aushängenden Ankündigungen zu ersehen.

Berlin, den 12. April 1847.

[1414—16] **General-Post-Amt.**

Eröffnung der Königl. Sächs. priv. Dampfschiffahrt

zwischen

Dresden und Prag über Melnik.

Vom 14. April a. c. an

fahren bis auf Weiteres die beiden neuen, bequem eingerichteten Dampfschiffe

Friedrich August und **Prinz Albert**

Täglich.

mit Ausnahme des Montags, von **Dresden** nach allen Elbstationen bis **Melnik**, und von dort werden die resp. Reisenden mit guten soliden Wagen in 4 Stunden nach **Prag** befördert.

Für gute, streng rechtliche und billige Bewirthung am Bord der Schiffe ist gesorgt.

Aufnahmebureaux in **Dresden**: auf dem Dampfschiffahrts-Comptoir, Töpfergasse Nr. 7; bei Hrn. Karl Fiedler, Schloßgasse Nr. 11, sowie am Bord der Schiffe.

In **Prag**: im Hotel zum Goldenen Engel und im Hotel zum Englischen Hof.

Abfahrt von Dresden früh 6 Uhr.

Dresden, im April 1847.

[1322—24] **Die Direction.**

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld**,

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1473—75]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,

Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammhirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176—81]

In unserm Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig: [1479]

A Guide to English conversation.

Anleitung zur englischen Conversation, nebst kurzen grammatikalischen Anmerkungen für Schulen und zum Selbstunterricht und einem „Kleinen Wegweiser auf dem Gebiete der englischen Literatur"

von

James Ralph,

Lehrer der englischen Sprache in Dresden.

12. Geh. 12 Ngr.

Ein praktischer Leitfaden, der den Schüler in den Stand setzt, in kurzer Zeit über gewöhnliche Dinge geläufig zu sprechen.

Für den Unterricht im Französischen und Italienischen erschienen vor kurzem in unserm Verlage:

Italienische Sprachlehre nach Bergani's Methode. Von J. A. E. Imandt. 8. Geh. 22½ Ngr.

Deutsche und französische Gespräche, mit französischer und deutscher Interlinear-Uebersetzung, zum Gebrauche beider Nationen. Von **B. Lütgen**, Professor der deutschen Sprache in Paris. 8. Geh. 12 Ngr.

Anleitung zur Erlernung der französischen Sprache nach der Hamilton'schen Methode. Nebst einer Anweisung zum Unterricht nach dieser Methode von **D. von Steyber.** In vier Abtheilungen. 16. Geh. 1 Thlr.

Le Magasin des enfants par Mad. ***Leprince de Beaumont.*** Revu et augmenté par Mad. ***Eugénie Foa.*** Nouv. édition. In-8. 25 Ngr.

Leipzig, im April 1847.

Brockhaus & Avenarius.

Künstliche Zähne

werden von mir einzeln und in Garnituren, meistentheils nicht nur **ohne Schmerzen eingesetzt,** sondern auch ohne alle nachfolgende Geschwulst und Leiden mancherlei Art, die sich so häufig nach dieser Operation einzustellen pflegen. Von der Wahrheit dieser meiner Versicherung wird sich ein jeder Zahnpatient, welcher mir sein Vertrauen schenkt, auf eben so eclatante Weise überzeugen, wie dies schon bei vielen Zweifelnden zu meiner großen Genugthuung der Fall war.

S. Gutmann, Zahnarzt,

Leipzig, Hainstraße Nr. 1, Küstner's Haus, zweite Etage.

[1446]

Johann Samuel Gerlitz,

Peitschenfabrikant aus Breslau,

bezieht zum ersten Mal diese Messe mit einem großen, aufs vollständigste assortirten Lager von mehr als 150 Arten der beliebtesten Reit-, Jagd-, Kinder-, Hetz-, Hunde- und Wagenpeitschen, sowie auch Reitstöcken zu **auffallend billigen Preisen.** Auch werden Bestellungen auf alle Sorten des betreffenden Peitschen-Lagers angenommen und prompt vom Haus aus ausgeführt. Sein Stand ist am **Markt Nr. 6** zwischen der **Katharinen-** und **Hainstraße.** [1433—35]

Censurfrei!

In **Leipzig** ist soeben erschienen

Mola

oder

Tanz und Weltgeschichte.

Eine spanisch-deutsche Erzählung.

21 Bogen à 1⅔ Thlr.

Diese **censurfreie** Schrift, welche die Abenteuer einer geschichtlich gewordenen Tänzerin auf sehr pikante und getreue Weise erzählt, dürfte die Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch nehmen. [1477]

Eine Partie [1464—65]

englische leinene Drells

soll 20 Procent unterm Fabrikpreise verkauft werden

bei **Ferdinand Schultze,**
Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 37/578.

C. W. Frommelt

empfiehlt seine Etablissements in [1347—48]

Löbau und Bautzen

zu geneigter Berücksichtigung bei **Speditionen.**

Bei **Ph. Reclam** jun. in Leipzig ist erschienen:

Wollvlonlez.

Preis 5 Ngr. [1460—61]

Einkauf von Juwelen und Perlen.

Die angemessensten Preise für Juwelen und Perlen zahlen **Haller & Rathenau,** königl. Hoflieferanten und Hofjuweliere aus **Berlin. Brühl im Weissen Ross.** [1424—29]

Interessante Neuigkeit.

Bei **Ign. Jackowitz** in Leipzig erschien soeben und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen vorräthig:

Hamburg
im
Berliner Guckkasten.
Frei nach der Natur
von
Professor Rante.

Mit einem colorirten Titelkupfer von Th. Hosemann.
8. Elegant geh. im Umschlag. Velinp.
[1415] Preis: ⅞ Thlr.

Das Engros-Lager
Pariser Nouveautés

ist in **Châles, Echarpes, Fichus, Cravattes, Gilets** ꝛc. reichhaltig assortirt.

[1331—36] **J. H. Meyer, Leipzig,** Rathhaus, Auerbach's Hof gegenüber.

Das Lager von

echtem Eau de Cologne

von Johann Maria Farina in Köln

gegenüber dem Jülichsplatze

befindet sich bei

Friedrich Struve in Leipzig,

sonst Grimmaische Strasse unter den Colonnaden,

jetzt Petersstrasse Nr. 16 gegenüber dem Hôtel de Bavière.

Verkauf im Ganzen und Einzelnen. [1418—29]

Lager von Freiberger Spielkarten

en gros und en détail bei ***Adalbert Hawsky*** sonst ***C. Schubert,***
[1470] Leipzig, Grimmaische Strasse No. 14.

Badeanstalt in Eilsen.

Am 1. Juni d. J. wird die Badeanstalt in **Eilsen** eröffnet und am 5. September wieder geschlossen werden. Man wolle sich daher wegen Logisbestellungen in portofreien Briefen an die unterzeichnete Behörde wenden. Aerztliche Anfragen werden die beiden Brunnenärzte, Herr Geheime Hofrath Dr. v. Möller in Minden und Herr Hofrath Dr. Weiß dahier beantworten.

Die **Molkenanstalt,** die im vorigen Jahre bereits eine erweiterte Einrichtung erhalten hat, wird auch in diesem Sommer wieder eingerichtet, und durch den neuerbauten Pavillon, welcher für die diesjährige Curzeit bereits zur Benutzung eingegeben werden wird, wird den gesellschaftlichen Vereinigungen mehr Ausdehnung und überhaupt den sozialen Verhältnissen größere Aisance gegeben werden können.

[1450] Das Brunnen-Commissariat.
Rath **Tischbein.**

Ein seit langen Jahren in **Berlin** bestehendes, **jede Sicherheit** bietendes **Commissions-** und **Speditions-Geschäft** wünscht noch einige **Agenturen** oder **Commissions-Lager** für renommirte Häuser zu übernehmen, und wird Herr **G. F. Starke** in **Leipzig** auf gefällige Anfragen nähere Auskunft ertheilen sowie auch Adressen entgegennehmen. [1391—93]

Bemalte Porzellanplättchen

zu **Broches, Ohrglocken, Ringen, Vorsteckknadeln** ꝛc. in allen Sorten bei [1361—70]

J. M. Beyermann

aus **Groß-Breitenbach** am Thüringerwalde.
Erste Budenreihe am Markt Nr. 36.

Aecht aromatisches [1262—83]

Brüsseler Waschwasser

(eau cosmétique aromatique de Bruxelles)

bei

J. G. Graeser,
Reichsstrasse Nr. 50, 3. Etage.

Die gegenwärtige Leipziger Oster Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten

Guhse & Gerlach

aus **Berlin**

und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 2, erste Etage.** [1196—202]

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 19. April. Zweite Gastvorstellung des Krystall-Acrobaten. — Vorher zum ersten Male: **Der Bankrottirer,** Schauspiel in 2 Akten von Aug. Haake; und zum ersten Male: **Die Maskerade im Dachstübchen,** Schwank in 1 Act von C. Meirner.

Dienstag, 20. April. **Die Valentine,** Schauspiel von G. Freytag.

Anerbieten. [1462]

Ein Candidat der Rechte aus Baiern, der in Leipzig seine Studien zu vollenden wünscht, sucht einige Stunden der Erziehung von Kindern gebildeter Familien widmen zu können. Derselbe ist im Erziehungsfache wissenschaftlich gebildet, besitzt langjährige Erfahrung und die ausgezeichnetsten Empfehlungen. Nähere Anfragen besorgt unter der Adresse **Dr. F. M.** die Expedition der Deutschen Allg. Zeitung.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Alexander Dzialoszynski in Kempen mit Frl. F. Schneider in Breslau.

Getraut: Hr. Gustav Bouillon in Berlin mit Frl. Lina Busch in Altona. — Hr. Gottfried Engels in Aiteburg mit Frl. E. Odenkirchen aus Köln. — Hr. Dr. Riedel in Berlin mit Frl. Bertha Schauß.

Geboren: Hrn. Prediger Boye in Falkenstein eine Tochter. — Hrn. J. G. Claren in Köln ein Sohn. — Hrn. Gutsbesitzer L. Döhn in Friedrichshof ein Sohn. — Hrn. Landbaumeister Drewitz in Breslau ein Sohn. — Hrn. Concertmeister Leopold Ganz in Berlin ein Sohn. — Hrn. Fr. Wm. Grunow in Leipzig eine Tochter. — Hrn. A. Hrnzik in Königshütte eine Tochter. — Hrn. Apotheker Meridies in Medzibor eine Tochter. — Hrn. Gerichtsrath Wilhelm Panse in Freiburg a. U. ein Sohn. — Hrn. Schuchardt in Luckau ein Sohn. — Hrn. C. Bilain in Hasenheide ein Sohn. — Hrn. Pastor Wilde in Ueckermünde eine Tochter.

Gestorben: Frau Premierlieutenant Sophie v. Priesen in Gubrau. — Hr. F. W. Frankenhoff in Köln. — Hr. Controleur Girau in Potsdam. — Hr. Fr. Jacob in Berlin. — Hr. Alexander Lambateur in Berlin. — Frau Wilhelmine Molitor in Berlin. — Frau Sophie Henriette Bouilier in Berlin. — Hr. Dr. Sigmund Teuffel in Karlsruhe.

Digitized by Google

Dienstag — Nr. 110. — 20. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. † Aus Süddeutschland. Die orientalische Frage. = München. Frhr. v. Schrenk. ⊙ Leipzig. Brotpreise in Dresden und Leipzig. * Aus dem Erzgebirge. Schnee. Die Aernte. Das Erdbeben. * Frankfurt a. M. Das Turnerfest. Hr. Dowiat. Dr. Lommel. Das Montagskränzchen.

Preußen. (+) Berlin. Die Baugesellschaft. Das Oberrevisionsgericht. z Königsberg. Gustav-Adolf Verein. Der Festungsbau. Die Schiffahrt. * Posen. Die Babonski'schen Seelenmessen. Das polnische Gymnasium. — Statistik von Berlin.

Oesterreich. ⊙ Pesth. Das protestantische Schulsystem.

Spanien. Die Königin Isabella. Die Times über die Camarilla.

Großbritannien. Unterhaus. Die Ausgabe für Erziehung und wissenschaftliche Zwecke. Repealverein. Viscount Torrington. Hr. Brooke. Feuersgefahr in der Guildhall. Die eingeborenen Truppen in Britisch-Ostindien. Die Eisenzölle in Frankreich.

Frankreich. Die Zeitungen. Neuwahl in den Bureaux der Deputirtenkammer. Anschwellen der Seine. Die Dampfpacketverbindung zwischen Havre und Neuyork. Prinz Oskar von Schweden. Kaiser Nikolaus. Montmorot. Hr. Olozaga. ⊙ Paris. Die auswärtigen Beziehungen. Die Titularfrage. Eisenbahn.

Italien. * Rom. Cardinal Ciacci. Ein Retter des Papstes. z Rom. Die Türkei und der Papst.

Rußland und Polen. * Von der Warthe. Fürst Paskewitsch. Die Russificirung. Der Kaiser. Der Nothstand.

Venezuela. Aufstand in Caracas.

Moldau und Walachei. ⊙ Leipzig. Das Feuer in Bukarescht. ⊙ Bukarescht. Das Feuer.

Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Concert. * Köln. Das niederrheinische Musikfest. * Rom. Bartolini. Der Congreß der Scienziati. Passica. — Die Vorlesungen des Collége de France. — Spanische Schauspieler in Paris.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. * Berlin. Die Berlin-Hamburger Eisenbahn. — Frequenz der Leipzig-Dresdner, Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

† Aus Süddeutschland, 16. April. Während wir uns in mancherlei innerm Wirrsal umhertreiben und über oft kleinliche Dinge erhitzen, drängt eine große Frage zur Entscheidung, welche, wenn sie hervorbricht, Krisen, Stellungen, Ereignisse erzwingen, Zustände anbahnen mag, welche tausend Berechnungen und Pläne durchkreuzen werden und auch ganz außer dem Bereiche der von Tag zu Tag lebenden demokratischen und bureaukratischen Politik liegen: die orientalische. Die verblendeten Türken, so lange mühsam von diplomatischer Vorsicht hingefristet, mit unbegriffenen, nur in der Schlaffheit, nicht in der Gesinnung wurzelnden und keine Gesinnung schaffenden Reformen kokettirend, rennen, selbst den weisesten Rath nicht achtend, in ihr eignes Verderben und erzwingen den Ausgang, vor welchem sie zu bewahren man sich so lange abgemüht hat. Wird wenigstens diesmal Europa sich der politischen Einsicht würdig zeigen, deren es sich berühmt und für die es so viele Schulen durchgemacht hat? Wird man große Dinge zu begründen wissen, ohne über kleinliche Nebenzwecke zu hadern und das Beste zu verabsäumen, zu verderben? Wird man die schönsten Länder der Erde der Bildung und Gesittung, dem Christenthum gewinnen und in ihnen den kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft aufbauen? Gebe es Gott!

= München, 16. April. Der Präsident der Regierung von Oberpfalz und Regensburg, Frhr. v. Schrenk, bekanntlich als Justizminister Mitunterzeichner des vielbesprochenen Memorandums, ist zuverlässigem Vernehmen nach seiner nur erst vor wenigen Wochen erfolgten Anstellung wieder entbunden worden, ohne daß irgend etwas Bestimmtes darüber verlautet, aus welcher Veranlassung es geschehen, oder ob demselben vom Könige vielleicht ein anderer Wirkungskreis zugedacht ist.

⊙ Leipzig, 19. April. In den Dresdener Tagblättern macht die Stadtpolizeideputation die Namen derjenigen Bäcker bekannt, welche vom 18. April ab die wohlfeilsten Preise für das feine und das hausbackene Roggenbrot bestimmt haben. Hiernach käme feines Roggenbrot 17 Pf. das Pfund, hausbackenes Roggenbrot 14 Pf. das Pfund zu stehen. Nach der neuesten vom Rathe unserer Stadt geordneten Preis- und Gewichtsbestimmung erhalten wir vom 18. April an für 20 Pfennige 30½ Loth Kernbrot, und für denselben Preis ebensoviel reines Roggenbrot.

* Aus dem Erzgebirge, 18. April. Unser Erzgebirge ist seit gestern wiederum theilweise selbst in tiefen Schnee vergraben. Das wäre allerdings an sich in unsern klimatischen Verhältnissen und Erfahrungen weder etwas ganz Ungewöhnliches noch auch so Nachtheiliges und Besorgniß Erregendes, wenn es nicht mit Zuständen zusammenträfe, deren Aufhören so dringend wünschenswerth erscheinen muß und deren längere Dauer leicht von tief eingreifenden, ja wol von unübersehbaren Folgen sein könnte. Denn unläugbar machen jene Zustände zu ihrer Abhülfe Zweierlei unbedingt erforderlich: eine zeitige und eine gute Aernte. Die erstere ist bereits, zumal für das höhere Erzgebirge, nicht mehr möglich, wenigstens nicht ohne einen außerordentlichen Verlauf der Witterungsverhältnisse. Daher sind alle nur möglichen Mittel um so mehr und um so länger in Anspruch zu nehmen, damit die Bevölkerung bis zur Aernte sich erhalten kann. Und welche Mittel und Anstrengungen dazu gehören, vermag nur Derjenige richtig zu beurtheilen, der mit der Versorgung der dürftigen Bewohner eines Orts beauftragt ist oder sie wenigstens in der Nähe zu beobachten Gelegenheit hat. Wir wollen aber nicht bezweifeln, daß es den Anstrengungen der öffentlichen und Privatthätigkeit gelingen werde, der dringendsten Noth abzuhelfen und uns vor irländischen Scenen zu bewahren. Allein wie dann, wenn die verspätete Aernte den Hoffnungen und Bedürfnissen nicht entsprechen oder wol gar eine Mißernte eintreten sollte? Dann wird man erst recht klar erkennen — mit einer Schilderung der möglichen Folgen wollen wir Niemanden beunruhigen —, wie thöricht es war, ein unbedingtes und fast blindes Vertrauen auf den Status quo zu setzen und die lauten Warnungen der Einzelnen überhört zu haben. Die beiweitem überwiegende Mehrzahl unserer Generation hat noch kein allgemeines größeres Unglück der Art erlebt; sie hat sich zum Theil in Folge dieses Glückes zu dem an Vermessenheit grenzenden Glauben verleiten lassen, daß menschliche Thätigkeit, Intelligenz und Kunstmittel stark genug seien, um der Gewalt der Natur und dem Strome der Ereignisse und deren Entwickelungen trotzen zu können: so eifrig auch die Gegenwart die Geschichte studiren mag, scheint sie doch gerade übersehen zu haben, daß die warnende Stimme der Vergangenheit auch an sie gerichtet gewesen ist und es sein mußte. Zwar haben es nicht Alle unterlassen, ihre Stimme dafür zu erheben — uns selbst drängten Beschäftigungen und Beobachtungen in die Reihen Derer, die sie erhoben — daß man sich nicht, geblendet von der Gegenwart, durch das hinter ihr Verborgene möge überraschen lassen; es ist das Befürchtete gekommen. Aber faßt man auch den Muth, wie es sich denn geziemt, nicht im voraus zu verzweifeln, zu hoffen, daß die Aernte eine günstige sein werde: zugestehen wird man müssen, daß die Folgen des gegenwärtigen Misgeschicks noch lange nachwirken werden; besonders sind die Geldmittel in großen Strömen in ganz andere Kanäle geleitet worden, als berechnet war; und was das in unserer Zeit zu bedeuten habe, ist dem Zeit- und Sachkenner gewiß kein Geheimniß. Das Gute aber möchte die jetzige Erfahrung haben, daß man einen richtigern Maßstab an menschliche Kraft und Weisheit zu legen geneigt sein wird. Uebrigens verdienen die Bemühungen der Regierung, der Communen und der Einzelnen, die Noth zu mildern, auch bei uns die vollste Anerkennung. Bemerken wollen wir noch, daß in unserm Erzgebirge die Wintersaaten einen erfreulichen Anblick gewähren. — Das Erdbeben, was jüngst das Thüringerland erschütterte, will man auch in Schneeberg und Freiberg wahrgenommen haben.

* Frankfurt a. M., 16. April. Auf dem allgemeinen deutschen Turnerfeste, welches in Heilbronn stattgefunden, war Frankfurt als der Ort bezeichnet worden, wo in diesem Jahre das nächste Fest dieser Art abgehalten werden solle. Auf das Gesuch, welches der hiesige Turnerverein an den Senat gerichtet, um die Erlaubniß zur Veranstaltung einer solchen Zusammenkunft zu erlangen, ist nicht, wie es in einigen Blättern geheißen, eine abschlägige Antwort erfolgt. Es hat der Senat indessen in Berücksichtigung localer Verhältnisse, welchen Rechnung getragen werden mußte, die diesfällige Erlaubniß an mehre Bedingungen geknüpft, wie z. B. daß bei diesem Feste keine öffentlichen Reden gehalten und keine gemeinschaftlichen Aufzüge der verschiedenen Turnergenossenschaften durch die Stadt vorgenommen würden. Das Festcomité soll dagegen der Ansicht sein, daß in diesen Bedingungen Beschränkungen enthalten seien, die der Zusammenkunft jede höhere Weihe entzögen, und daß man unter diesen Umständen darauf verzichten müßte, das Turnerfest in Frankfurt zu begehen.

In der letzten Versammlung des Montagskränzchens hielt Hr. Dowiat, welcher Ende voriger Woche auf seiner Missionsreise von Danzig über London und Paris hier angekommen, einen Vortrag, der insbesondere dahin

ging, unsere protestantischen Lichtfreunde zu einer Nachahmung des Beispiels ihrer offenbacher Meinungsgenossen, die zu der deutsch-katholischen Gemeinde übergetreten, anzufeuern. Es dürfte jedoch eine solche Aufforderung nur wenig Eingang finden. — Die Sammlung von Unterstützungsbeiträgen unter den Mitgliedern des Montagskränzchens für den von hier ausgewiesenen Dr. Lommel hat bereits eine Summe von 600 Fl. ergeben. — Abermals ist ein Gerücht von einer auf Requisition der Bundesversammlung bevorstehenden Schließung des Montagskränzchens in Umlauf gesetzt. Doch soll es auch diesmal wieder in dieser Ausdehnung auf irrigen Angaben beruhen; es hätte nicht ein Antrag auf Schließung dieses Vereins stattgefunden, sondern nur eine Vorstellung des Gesandten eines größern deutschen Bundesstaates an den Repräsentanten Frankfurts über allzu kühnes Auftreten dieser Reformgenossenschaft, und es würde sich auch nicht um eine Schließung, sondern nur um eine gewisse Beschränkung dieses Vereins handeln.

Preußen.

(+) **Berlin**, 17. April. Es scheint, als ob die „Berliner gemeinnützige Baugesellschaft" zu Stande gebracht werden solle, wenigstens regen sich außerordentlich anerkennungswerthe Bemühungen für diesen wichtigen Gegenstand. Die Ideen der Baugesellschaft wurden früher in einer Schrift des königl. Landbaumeisters Hoffmann mitgetheilt, und jetzt ist der Plan und der Aufruf zur Bildung einer solchen Gesellschaft erschienen. Wir heben daraus besonders die folgende Stelle hervor: „Zuvörderst wird bei Erbauung von Häusern für den kleinern Handwerker u. darauf Bedacht zu nehmen sein, ihm den jetzt vielfach ganz fehlenden, für einen ordentlichen und vorsorglich geführten Haushalt nothwendigen Belaß an Keller und Bodenraum zu gewähren, wodurch die Aufbewahrung von Wintervorräthen möglich gemacht wird. Werden Gebäude von größerm Umfange oder mehre neben einander aufgeführt, so wird zugleich die Bildung von Spargenossengesellschaften unter den Hausbewohnern zur Beschaffung von Wintervorräthen wesentlich erleichtert. Die wohlthätigen Folgen solcher Vereinigungen haben sich bereits verdiente Anerkennung geschafft. Außerdem soll mit dem Bewohnen der Gesellschaftshäuser eine Wohnungssparkasse verbunden werden, um die Reichen durch die Aussicht auf den sichern Erwerb eines von Jahr zu Jahr wachsenden Capitals zur pünktlichen Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufzufedern. Demnächst sind Statuten entworfen, für welche die erfoderliche Staatsgenehmigung eingeholt werden wird, sobald die Ausführung des Unternehmens durch genügende Theilnahme sichergestellt ist. Der Beschlußnahme der Gesellschaft muß es überlassen bleiben, in welchen Stadtgegenden mit dem Baue von Häusern vorgegangen, in welcher Art nach den angegebenen Gesichtspunkten die Einrichtungen getroffen werden sollen. Es scheint räthlich, mit Unternehmungen verschiedener Art vorzugehen, um nach mehren Seiten hin Erfahrungen zu sammeln, beispielsweise Wohnungen mit und ohne Belaß zu Schlafstellen (zu Vermiethung an unverheirathete Personen) einzurichten, im letztern Falle jedoch stets unter Herstellung gesonderter Räume nebst gesonderten Zugängen. Es kann später vielleicht auch für solche Wohnungen vor den Thoren der Stadt gesorgt werden, womit ein kleiner Ackerbesitz verbunden ist, damit die Bewohner sich ihren Bedarf an Früchten und Gemüsen selbst zu erbauen vermögen. Wenn dergleichen kleine Häuser mit möglichst geringen Kosten erbaut werden, so liegt die Absicht nahe, den Miethern der Gesellschaftshäuser, welche eine längere Reihe von Jahren darin gewohnt haben, jene Häuser für die in der Wohnungssparkasse erworbenen Capitalien zu überlassen. Schließlich ist zu bemerken, daß die Direction der Aachen-Münchner-Feuerversicherungsgesellschaft in dankenswerther Weise aus ihren zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke bestimmten Ueberschüssen vorläufig ein Capital von 1000 Thlr. zur Beförderung des Unternehmens überwiesen hat."

Auf die von dem ehemaligen evangelischen Prediger Wislicenus zu Halle geführte Beschwerde über die von Seiten des Censors erfolgte Versagung der Druckerlaubniß für einen zur Aufnahme in die Monatsschrift «Kirchliche Reform» bestimmten Aufsatz: „Die wahre innere und äußere Freiheit und der Weg zu ihrer Verwirklichung", hat das Oberrevisionsgericht für Recht erkannt, daß die Beschwerde als unbegründet zu verwerfen sei, weil der Aufsatz „auf Umsturzung aller bestehenden socialen Verhältnisse, vor Allem der staatsrechtlichen Verfassungen jeder Art gerichtet ist, die Voraussetzungen aber, welche sich darin concentriren, daß die positive Religion ein Hinderniß sei für die Errichtung eines vollkommenen menschlichen Zustandes, mit den Hauptgrundsätzen der Religion im Allgemeinen und des christlichen Glaubens insbesondere in Widerspruch stehen". Ebenso ist Wislicenus mit einem andern Aufsatze: „Skizzen der von Hrn. Ronge zu Hamburg gehaltenen Rede", zurückgewiesen worden, weil darin Stellen vorkommen, „die nicht nur die katholische Kirche, das Papstthum und einzelne katholisch-kirchliche Lehren und Einrichtungen schmähen und herabwürdigen, sondern auch gehässige und aufregende Bemerkungen über die bestehenden Zustände enthalten und gleichzeitig auf Verunglimpfung und Verdächtigung der Regierungen abzielen".

ƨ **Königsberg**, 16. April. Dr. Rupp und Dr. Motherby sind in der vorgestrigen Versammlung des hiesigen Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung zu Abgesandten nach Darmstadt gewählt worden; ihre beiden Stellvertreter sind Prof. Dr. Meyer und Hr. Detroit. — Der Festungsbau wird in diesem Jahre mit weniger Kraftaufwand betrieben werden, von 240 anfänglich engagirten Maurergesellen sind nur 60 beibehalten worden; wie man hört, sollen die vorhandenen Fonds zum Baue der östlichen Eisenbahn verwendet werden. Für den Handel eröffnen sich die günstigsten Aussichten, da Nachrichten aus Pillau es wiederholt bestätigen, daß dort eine große Menge von Schiffen eingelaufen sind, deren Hierhergelangen nur durch das Eis, mit dem das Haff zum Theil noch bedeckt ist, verhindert wird. Durch diese Anhäufung von Schiffen und Menschen sind die Preise der Lebensmittel auch in Pillau sehr gestiegen. Uebrigens ist der Pregel bereits mit einem Mastenwalde von Flußkähnen bedeckt, die der Ladung harren oder derselben sich entledigen.

* **Posen**, 16. April. Die Untersuchungen in Betreff der ungehörigen Babynskischen Seelenmessen sind nicht resultatlos bis in die neueste Zeit fortgeführt worden. Daß die Herren Geistlichen sich klug aus der Affaire zu ziehen gewußt, wird allgemein angenommen; dagegen haben die jungen Damen, welche sich zu der unpassenden, widerwärtigen Demonstration herbeigelassen, dafür büßen müssen. Alle nicht der Stadt durch Geburt angehörigen sind aus derselben verwiesen worden, und aus der königl. Luisenschule sind sämmtliche Schülerinnen, die das höchst anstößige Lied gesungen haben, ohne Unterschied entfernt worden. Dieses Loos hat noch in den letzten Tagen ein junges Mädchen deutscher Abkunft getroffen, das, von einer polnischen Dame unterstützt, dieser zu Gefallen eine Rolle bei dem unziemlichen Drama mit übernommen hatte. Das junge Mädchen hatte vor der Polizei die Wahrheit unverhohlen eingestanden und war dafür bereits von ihren polnischen Colleginnen als Verrätherin stigmatisirt worden. — Das hiesige katholische oder polnische Gymnasium ist jetzt dergestalt überfüllt, daß unser Oberpräsident bekannt gemacht hat, daß nur in den beiden obersten Klassen neue Schüler aufgenommen werden können. Und dennoch erhalten wir, aller diesfälligen Vorbereitungen ungeachtet, immer noch keine Realschule!

— In **Berlin** leben, nach Ausweis der vorjährigen Zählung, nahe an 420,000 Menschen. Die Civilbevölkerung war zu Anfang Decembers v. J. 389,395 Seelen; das Militair bestand aus 13,720, oder, mit Einschluß von 5474 Angehörigen und Dienstleuten zusammen aus 19,194 Personen; die Zahl der sich täglich hier aufhaltenden Fremden ist durchschnittlich 10,000. Dies Alles zusammen gibt 418,589 Seelen. Am Schlusse des Jahres 1843 hatte Berlin eine Civil- und Militairbevölkerung von 365,495 Seelen; die dreijährige Vermehrung beträgt demnach 43,094 Seelen, oder jährlich 14,365, täglich 39. Seit dem Jahr 1843 ist die Bevölkerung Berlins um fast 11¼ Proc., jährlich um fast 4 Proc. angewachsen, während sie in Preußen überhaupt ungefähr um 1½ Proc. jährlich zunimmt. Seit dem Jahr 1825, also in 21 Jahren, hat sich die Bevölkerung Berlins verdoppelt. Berlin allein enthält 1/11 oder mehr als 18½ Proc. der Bevölkerung der Provinz Brandenburg, und 1/44 oder fast 2½ Proc. der Bevölkerung von ganz Preußen. Es steht gegenwärtig schon auf gleichem Range mit Petersburg und Wien und wird sie bald hinter sich lassen. (B. Z.)

Oesterreich.

o **Pesth**, 8. April. Jüngst wurde in dieser Zeitung das protestantische Schulsystem besprochen (Nr. 93), welches 1841 zu Záp-Ugrócz unter dem Vorsitze des Generalinspectors der evangelischen Kirchen und Schulen Ungarns, des Grafen Záy, und bei Mitwirkung der ersten literarischen Notabilitäten ausgearbeitet wurde und erfolgreich ins Leben trat. Der edle Graf hat sich dadurch ein neues Denkmal in der Geschichte seines Vaterlandes gesetzt, auch schon deshalb, indem durch das neue Schulsystem an die Stelle der lateinischen die magyarische als Lehrsprache sanctionirt wurde. In allen geistigen und materiellen Unternehmungen des edlen Grafen trug dessen muthvolle, unermüdete Ausdauer den Sieg davon, nur in Bezug auf die durch denselben angeregte und im Princip bereits angenommene Union der beiden evangelischen Confessionen im Bereich Ungarns scheint ihm die Siegespalme erst noch in nebeliger Ferne zu winken. Es gilt hier einen schweren Kampf mit den riesigen Widersachern, mit dem Panslawismus, Obscurantismus und Servilismus, die bald einzeln, bald vereint sich dem Wirken des Grafen mächtig entgegen thürmen. Doch ein jeder warmer Vaterlandsfreund hofft mit Zuversicht, daß mit Gottes Hülfe auch hier der endliche Sieg für den edlen Grafen sein werde.

Spanien.

Die Königin Isabella, bemerkt ein Correspondent der Times, ist ungefähr 1½ Zoll größer als ihr Gemahl, Don Francisco de Asis, der eine sehr bescheidene Figur spielt, wenn sie an seinem Arm einher geht.

— Alle respectablen Bewohner Madrids, wird der Times von daher geschrieben, betrachten mit freudiger Befriedigung die harten Schläge, welche die stattgehabten Entlassungen von Palastbeamten der Camarilla versetzten, von welcher die Königin gleichsam gefangen gehalten wurde, und die jedes Wort, jeden Wunsch derselben überwachte und an ihr Haupt, die Königin Christine, berichtete. Zum ersten Male seit der unglücklichen Rückkehr der Letztern im Jahr 1844 nach der Hauptstadt ist jetzt Königin Isabella mit enthusiastischem Jubel öffentlich begrüßt worden, wo sie sich

zeigte. Peinlich ist es inmitten dieses Jubels, das trübe Antlitz des Oheims der Königin, des Infanten Don Francisco de Paula, anzusehen, auf welchem sich der Kummer über die, das Wenigste zu sagen, unerfreulichen Beziehungen abspiegelt, welche, wie kein Geheimniß ist, zwischen der Königin und ihrem Gemahl obwalten.

Großbritannien.

London, 14. April.

Das Unterhaus faßte gestern auf Antrag von Lord Morpeth, Oberintendant der Forsten und Waldungen, den Beschluß, alle vorliegenden Privatbills über Verbesserungen und gesundheitspolizeiliche Anträge, sowie über die Begräbnißplätze in Städten bis zum 1. Mai auszusetzen. Die Regierung hat bekanntlich eine allgemeine Bill über diese Verhältnisse eingebracht. Von Dissentergemeinden gingen eine Anzahl Bittschriften gegen die Plane zur Verbesserung des Schulwesens ein, insofern die Regierung dieselbe bewirken will. Hr. Walpole erhielt Erlaubniß zum Einbringen einer Bill zur Verbesserung der Gesetze über Registrirung der Wähler von Parlamentsgliedern. Der Antrag auf die Einbringung einer Bill, welche das Offenhalten der Bierhäuser in den Grafschaften bis zwölf Uhr Nachts, wie in London, gestatten sollte, ward nach dagegen vom Minister des Innern erhobenem Widerspruche mit 77 gegen 4 Stimmen verworfen. Die Bill über Anordnungen in Irland wegen der ausgebrochenen Fieberseuche (irische Fieberbill), wurde zum dritten Mal verlesen und passirte. Das Haus vertagte sich schon vor 7 Uhr.

— Die unter dem Titel „Gemischter Aufwand" im Ausgabebudget für 1847 zu Erziehungs- und wissenschaftlichen Zwecken angesetzten Summen machen zusammen 349,943 Pf. St. aus; sie waren 1846 nur 325,908 und 1845 blos 300,218 Pf. St. Die Vertheilung derselben ist folgende: 100,000 Pf. St. zu Unterrichtszwecken in Großbritannien und 100,000 Pf. St. zu dergleichen in Irland; 6500 Pf. St. für die Zeichnenschulen, 2006 Pf. St. für Universitätsprofessoren und 4536 Pf. St. für die londoner, 7480 Pf. St. für die schottischen Universitäten; 300 Pf. St. für die königl. Akademie in Irland, 300 Pf. St. für die königl. Hibernische Akademie, 6000 Pf. St. für die königl. Dublin Society, 2600 Pf. St. für die belfaster Akademie, 48,518 Pf. St. für das Britische Museum sowie 47,959 Pf. St. für die Gebäude und 3152 Pf. St. für Erwerbungen desselben; 5537 Pf. St. für die Nationalgemäldegalerie, 8916 Pf. St. für das geologische Museum, 4094 Pf. St. zu wissenschaftlichen Arbeiten und Versuchen, 2000 Pf. St. zur Vollendung des Nelsondenkmals.

— Die wöchentliche Versammlung des Repealvereins war am 12. April sehr gering besucht, und ein Berichterstatter nennt dieselbe „den erbärmlichen Rest einer verlöschenden Faction". Die eingezahlte Repealrente betrug 20 Pf. St.

— In der Albion Taverne wurde vorgestern dem Viscount Torrington, welcher demnächst nach Ceylon abreisen wird, um die ihm übertragene Gouverneursstelle dort anzutreten, ein Abschiedsdiner gegeben.

— Der sogenannte Radscha von Sawarrack, Hr. Brooke, ist von der Regierung zum Generalconsul und Commissar bei dem Sultan und den unabhängigen Häuptlingen von Borneo ernannt worden.

— Die Guildhall in **London** war dieser Tage in großer Feuersgefahr. In dem zur Aufbewahrung von Holz und Kohlen dienenden großen Raume, der unter dem Gange, welcher die Verbindung der Gerichtssäle mit der Halle bildet und zum Theil unter der Bibliothek liegt, wurde bei der Runde der nächtlichen Wache ein Brand entdeckt, der die erwähnten Locale und auch das Archiv in die größte Gefahr gebracht haben würde, wenn er nicht im Beginne noch glücklich gelöscht worden wäre. Die Ursache der Entstehung, ob sie Selbstentzündung der Kohlen, Ueberhitzung einer Heizungsröhre oder was sonst gewesen, ist nicht ermittelt; nur Das steht fest, daß seit 24 Stunden Niemand den Kohlen- und Holzraum betreten hatte.

— Die eingeborenen Truppen in Britisch-Ostindien zählten nach dem Parlamente vorgelegten Listen kürzlich noch 235,684 M., Europäer im Dienste der Ostindischen Compagnie waren 11,115 M., was zusammen 246,799 M. gibt, außer 27,000 M. im Dienste der Königin. Bei den letztern befanden sich neun Generale, bei den 246,000 M. der Ostindischen Compagnie aber nur zehn. Hr. Hume wünschte deshalb in der ehegestrigen Unterhausverhandlung, daß die Offiziere bei den Truppen der Compagnie auf bessern Fuß gestellt werden möchten.

— Wenn das Privatinteresse nicht genügend in Bewegung gekommen ist in Frankreich, um die Freihandelsschlacht auszufechten und die Rechte des Volks in Masse gegen das Monopol zu vertreten, so wird es nicht unrecht sein, zu hoffen, daß die mit dem Bau und Betriebe der großen Eisenbahnlinien beschäftigten Compagnien durch ihre Interessen und Pflichten werden angetrieben werden, der ihnen und mittels derselben dem Publicum auferlegten enormen Besteuerung zum alleinigen Vortheile der Eisenproducenten in Frankreich sich zu widersetzen. Ein glücklicher Umstand ist, daß die größten Eisenbahnverbraucher sich in der Kammer und im Lande in einer Lage befinden, welche ihnen mehr Erfahrung und Macht gibt als andern Privatpersonen, um über diese Frage ins Reine zu kommen und sie aufzuhellen. Wir sehen nicht, wie 18—20 Hohofenbesitzer sollen 18—20 Eisenbahngesellschaften widerstehen können. Für den britischen Eisenhandel ist übrigens jetzt und wol noch lange eine Herabsetzung der Zölle in Frankreich vermuthlich gleichgültig, da die Preise jetzt so hoch, der Bedarf so groß für Eisenbahnen in der ganzen Welt und so wenig vorauszusehen ist, daß es hier für Niemanden von Belang sein kann, den französischen Markt zu versehen.

Frankreich.

Paris, 15. April.

Aus den erst beim Schlusse der Zeitung eintreffenden pariser Blättern ersehen wir, daß die Deputirtenkammer gestern die allgemeine Berathung des Gesetzentwurfs über Ausgabe von 250-Fr.-Noten durch die Bank noch nicht beendigt hat. Der Finanzminister erklärte, daß er bis zu 200 Fr. herabgehen wolle. Die Begründung von Hrn. de Rémusat's Vorschlag über die Incompatibilitäten wurde bis zum 18. April verschoben. Von den Zeitungen wird abermals die Frage verhandelt, ob die Ausgabe von 250- oder 100-Fr.-Noten von den Kammern votirt werden solle. Die Thronrede bei Eröffnung des Vereinigten Landtags in Berlin war am 15. April Vormittags in Paris eingetroffen, und konnte daher von keinem Morgenblatte mitgetheilt werden. Auch Galignani's Messenger sieht sich durch den Umfang derselben genöthigt, damit bis morgen zu warten.

— Bei der monatlichen Neuwahl der Vorsitzenden und Secretaire der Abtheilungen oder Bureaux der Deputirtenkammer wurden mit Ausnahmen der 2. Abtheilung nur conservative Deputirte gewählt. In der 2. Abtheilung ist Odilon-Barrot Vorsitzender und Graf de Falloux Secretair.

— Die Seine war gestern so angeschwellen, daß die Schiffahrt unterbrochen ist, alle Ausladeplätze in Paris fast gänzlich unter Wasser sind und man in Rouen besorgte, der Strom möchte die Quais überfluten, auf und an denen gerade eine Menge von Gütern aufgestapelt ist.

— In **Cherbourg** wird emsig an der Ausrüstung der Dampfschiffe Darien und Ulua gearbeitet, welche vom Staate der Gesellschaft Hereut und de Handel zu der neuen Dampfpacketbootverbindung zwischen Havre und Newyork geliehen werden; das erste derselben soll am 1. Mai abgehen. Beide haben Maschinen von 450 Pferdekräften, deren jede 650 Tonnen wiegt. Diese Maschinen sind französisches Fabrikat und haben 800,000 Fr. jede gekostet, während die Maschine des Gomer von derselben Kraft in England gemacht ist, nur 45 Tonnen wiegt und blos 450,000 Fr. gekostet hat.

— Aus **Toulon** wird vom 9. April die Ankunft des schwedischen Geschäftsträgers aus Paris und des schwedischen Generalconsuls von Marseille gemeldet, welche den Prinzen Oskar begrüßen wollen, der mit einem kleinen schwedischen Geschwader in diesen Tagen dort erwartet wird.

— Die «Presse», das einzige die russische Allianz herauspustende Blatt in Paris, hat angeblich die Nachricht von Petersburg erhalten, daß Kaiser Nikolaus nach Einsetzung des Großfürsten Michael als Vicekönig in Warschau nach Stuttgart und von da nach Paris kommen werde. Ob Letzteres nur incognito, sei noch ungewiß. In Petersburg sei große Freude über diese Aussichten. Für die polnischen Sympathien hat die «Presse» auch einen Trost. Man glaube nämlich an eine sehr umfassende Rückkehrserlaubniß für die polnische Emigration, die sich an den Antritt des großfürstl. Vicekönigs knüpfen dürfte. Die «Presse» scheint leichtgläubige Leser vorauszusetzen. Der National läßt sich über diese Nachrichten der «Presse» in etwas anderm Tone vernehmen. „Gott sei gelobt! äußert derselbe, die Ansicht der «Presse» ist nicht die von Frankreich. Wir haben unsere Sympathien nicht mit den Renten der Bank verkauft. Des Kaisers Nikolaus Erscheinen in Paris würde eine Beleidigung für unsere Gefühle, unsere Ideen sein. Es wäre übrigens nicht der erste Kaiser von Rußland, der nach Paris käme. Der zuletzt da war, hieß Alexander, und als er uns besuchte, war Frankreich von Fremden überzogen. Das Volk hat die in den Champs élysées biwakirenden Kosacken noch nicht vergessen, und des Kaisers Anblick würde allen Haß und Abscheu von damals wieder erwecken. (Vgl. den Brief von der Warthe.)

— Montmorot, woren Hr. Augustin Ferdinand Muñoz, geb. zu Tarancon am 4. Mai 1808, den Titel eines französischen Herzogs von Ludwig Philipp dieser Tage verliehen erhielt, ist ein kleiner Flecken in der Nähe der Salzgruben von Dieuze, welche der Königin Christine gehören. Der herkömmlich vor dem königl. Gerichtshof, in dessen Bezirk ein mit französischen Adelstiteln Neubeliehener sich aufhält, abzulegende Eid ist dem neuen Herzog erlassen werden.

— Hr. Olozaga ist auf der Reise von Paris nach Madrid am 9. April durch Bayonne gekommen.

o **Paris**, 15. April. Wenn es auch in Spanien den Anschein hat, als bereite man sich, des französischen Einflusses gänzlich ledig zu werden, und auf der ganzen Halbinsel, als solle eine Tripelallianz mit Ausschluß von Frankreich an die Stelle der Quadrupelallianz treten; obgleich ferner an-

zunehmen sein dürfte, daß in Griechenland das Ministerium Kolettis nicht durch französischen Einfluß, sondern durch Rußland und Oesterreich noch aufrecht erhalten werde und daß in Konstantinopel trotz der scheinbaren russischen Freundschaft von derselben Seite der französische Einfluß systematisch unterminirt und die Aufnahme des Bey von Tunis in Paris in frischem Andenken erhalten werde, möchten doch im Allgemeinen die auswärtigen Beziehungen Frankreichs noch so ziemlich dieselben wie vor zwei Monaten sein und in keinem wesentlich gespanntern Zustande sich befinden. Das Cabinet scheint indessen zu besorgen, daß dieselben schwieriger werden könnten, wenn man nicht dazu thue, Dem vorzubeugen. Das ist es, was Hrn. Guizot augenblicklich vorzugsweise beschäftigt. Je weniger mit Ausnahme einzelner Verwaltungspartien im Innern nach seiner Ansicht Reformen erfoderlich sind, um so mehr theilt er die ebenfalls von den progressiven Conservativen gehegten Meinungen von der Nothwendigkeit, den auswärtigen Verhältnissen einen neuen Antrieb zu geben. Bei der zur Zeit bestehenden Unmöglichkeit, zu einer ausschließlichen Allianz mit Großbritannien zurückzukehren, und da Rußlands anscheinendes Entgegenkommen so wenig aufrichtig wie uneigennützig sein dürfte, scheint man seine Blicke auf Deutschland und speciell auf Preußen zu richten, dessen, wie man hier glaubt, ernstlich eingeschlagene constitutionelle Richtung nicht der einzige Beweggrund dazu sein dürfte. Hr. Guizot hofft, die progressistischen Conservativen auf diese Weise befriedigend zu stimmen und im Sinne der Interessen des Landes wie der öffentlichen Meinung zu handeln. Daher ist ernstlich von der Ablösung des Marquis v. Dalmatien in Berlin durch einen Diplomaten von minder zweifelhaftem Talente die Rede, und man nennt dazu Hrn. de Barante. Wer dann nach Petersburg geschickt werden würde, ist noch zu erwarten, da man ziemliche Gewißheit besitzt, Graf Bresson dürfte dort nicht sehr angenehm befunden werden. Man scheint ihn nach Neapel senden zu wollen. Um die Botschafterstelle in Madrid bewirbt sich der Bruder des Ministers des Innern, derzeit Präfect im Süden. Im Uebrigen scheint man die Dinge in Spanien vorläufig abwarten zu wollen.

Die zwei wichtigen Fragen über die erfolgte oder nicht erfolgte Erhebung des verstorbenen Justizministers Martin in den Grafenstand und die Titulirung der Minister mit Excellenz sind dem spottenden National zufolge beide auf einmal gelöst worden. Der Sohn des verstorbenen Ministers habe nämlich seinen Freunden und Bekannten Karten geschickt, auf denen zu lesen sei: „Graf Ernst Martin, Secretair für die Culten bei Sr. Exc. Monseigneur dem Minister der Justiz und der Culten.“ — Der Municipalrath von Paris hat sich für die Anlage einer Eisenbahn nach Nogent sur Marne günstig ausgesprochen.

Italien.

* **Rom**, 5. April. Unter den in letzter Woche erfolgten Ernennungen erwähne ich als die wichtigste die des Cardinals Luigi Ciacci zum Legaten der Stadt und Provinz Ferrara. Bekanntlich ist der genannte Würdenträger im Cardinalcollegium jener Wenigen einer, welche Alles daran zu setzen entschieden sind, daß die Principien des Fortschritts in diesem Lande Form und Leben gewinnen.

Zu Ende des vorigen Monats ward unter den in den Straßen Roms sich umhertreibenden Müßigen von den Carabinieri auch ein gebückt am Stabe schleichender Alter aufgegriffen, um aus der Hauptstadt in seine Heimat geschafft zu werden. Man brachte ihn auf die Polizei, wo er gewaltig gegen seine Fortschaffung aus Rom protestirte und folgende Erklärung abgab: „Ich heiße Domenico di Ubaldo Guidi, bin gebürtig aus Mondolfo und traf hier vor einigen Tagen aus Fano ein, um den Papst zu sprechen. Ich stand in meiner Jugend bei einer adeligen Familie in dienstlichen Verhältnissen. Diese Familie pflegte im Sommer ein Campagna-Casino vor der Stadt zu beziehen. In Dienstgeschäften entfernte ich mich einst nach einem tiefen an den Ufern sumpfigen Graben zu, wohin mir ein Söhnchen meines Herrn mit Namen Giovanni lustig nachgesprungen kam. Der Knabe sah mit vielem Vergnügen die Fischchen auf dem Grunde, fing an mit der Hand im Wasser zu spielen, um sie zu fangen, glitt aus und wurde von den Wellen des Wassers bedeckt, während ich fern war. Ich erblickte den Knaben nicht mehr, eilte voll Angst dahin, wo ich ihn verlassen und er nun dem Ertrinken nahe war. Ich zog den Knaben ans Land und rettete ihm so das Leben. Dieser Giovanni ist heute durch wunderbare Fügung der Vorsehung Papst Pius IX., den zu sehen und zu sprechen ich aus so weiter Ferne zu Fuß nach Rom kam, ob er mir vielleicht am Ende meines Lebens jene That in meiner Armuth vergelten wolle.“ Die Polizei berichtete diese Aussage sogleich an den Papst, welcher sich des Vorfalls aus seiner Jugend noch sehr wohl erinnerte, gestern vor acht Tagen den Alten zu sich nach dem Quirinal beschied und ihn reichlich beschenkte. Er sendete ihn darauf mit einem Handschreiben an seine Verwandten nach Sinigaglia, denen Mittel überwiesen wurden, ihn und seine Tochter bis an ihr Lebensende zu verpflegen.

ɔ **Rom**, 4. April. Ihre guten Landsleute an der Donau und am Rheine werden sich allerdings über dem bevorstehenden Bündnisse zwischen der türkischen Großherrlichkeit und der römischen Heiligkeit mehrfach bekreuzen; allein sie mögen sich beruhigen. Die Religion spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle; den Verhandlungen zwischen der Türkei und dem Papste liegen politische Combinationen zu Grunde. Wie bei allen solchen Gelegenheiten will der Türke und der Römer gewinnen, und da heißt es: Herrndienst geht vor Gottesdienst. Der Sultan, nur durch die Gnade der getheilten europäischen Interessen noch auf dem Thron erhalten, durch Rußland besonders mittels der griechischen Religion eines so großen Theils seiner Unterthanen bedroht, sucht gegen dieses Bedrängniß ein Gegengewicht. Er will daher die Rußland ergebenen und immer zum Aufstande bereiten Griechen durch seine katholischen Unterthanen im Schach halten. Deshalb und um diese für sein Interesse zu entflammen, wendet er sich an den Papst. Der Letztere ergreift, wie dies auch seine Pflicht ist, jede Gelegenheit, seine geistlichen Unterthanen, wo sie sich auch befinden mögen, zu unterstützen. Unmöglich kann er daher die Annäherung des Großtürken von sich weisen, wenn sie ihm auch die heiligen Canones verbieten und dieselbe in Ihrem römischen Deutschland einen fast apoplektischen Eindruck macht. Werden sich aber am Ende beide Theile verrechnen? Das kann geschehen, wie es ja schon oft den erfahrensten Diplomaten begegnet ist. Fast möchten wir es fürchten; denn einestheils ist die Anzahl der Katholiken in der europäischen und asiatischen Türkei im Verhältniß zu den griechischen Christen zu gering, anderntheils sind die erstern auch ganz von einander getrennt. Ein Haupttheil wohnt im Norden und Westen der europäischen, der andere im Südosten der asiatischen Türkei. Beide können daher wenig für den Sulten und gegen die Griechen wirken. Der Großtürke wird also von seiner Verbindung mit dem Papste wenig Nutzen ziehen; eher ist dies für Rom zu hoffen, denn jede Erleichterung des Katholicismus in einem so großen Reiche wie das türkische ist für Rom ein Gewinn. Daher müssen die guten römischen Deutschen ihrem hiesigen Herrn eine solche Anomalie schon nachsehen. Sie müssen sich auch auf ähnliche gefaßt machen; denn auch mit den Erzketzern, den Engländern, steht der Papst auf sehr freundlichem Fuße. Wo diese Meerwölfe irgend etwas von liberalen Ideen wittern, sind sie sogleich bei der Hand. Kaum schien es daher, als wenn die politischen Reformen des Papstes hier und da an katholischen Höfen Widerspruch fänden, als auch schon die Engländer bei der Hand waren, um den Papst zu unterstützen. Dies ist übrigens nichts Neues. Als der gottlose Napoleon 1809 den Papst entthronte, conspirirten die Cardinäle auch sogleich mit den englischen Kreuzern, und Pius VII. stand auf dem Punkte, sich durch die ketzerischen Engländer entführen zu lassen, als die katholischen Franzosen durch Escalade des päpstlichen Schlosses diesem ganz canonwidrigen Entwurf und seiner Ausführung zuvorkamen. Die guten römischen Deutschen dürfen sich daher, da nichts Neues unter der Sonne geschieht, nicht wundern, wenn sie ihren Herrn mit Türken und Ketzern im Bunde, mit treukatholischen Regierungen dagegen in Spannung sehen. Möchten sie daraus lernen, daß es unter solchen Umständen auch nichts so Erschreckliches ist, wenn ihre protestantischen Regierungen mit dem Papste bisweilen in Conflict kamen und noch kommen werden.

Rußland und Polen.

* **Von der Warthe**, 15. April. Das am 6. April ganz unerwartet erfolgte Wiedereintreffen des Fürsten Paskewitsch in Warschau widerlegt am besten alle Gerüchte, welche über die Abberufung desselben von seinem Statthalterposten in jüngster Zeit sich verbreitet hatten. Der Fürst wird in seinem hohen Amte, wenigstens vor der Hand, verbleiben, und überhaupt stehen Fundamentalveränderungen in der Verfassung Polens für die nächste Zeit nicht in Aussicht. Das ist die gegenwärtig herrschende Ansicht in der polnischen Hauptstadt, und Niemand ist dadurch mehr zufriedengestellt als die polnische haute-volée, welche plötzlich eben so sehr von der Unparteilichkeit, Milde und Leutseligkeit des Fürsten-Statthalters begeistert ist, als sie früher in ihm den russischen Zwingherrn haßte. Wie fast überall, so liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte: Fürst Paskewitsch ist durch und durch Russe und liebt als Solcher die Polen nicht, dabei ist er aber ein braver und gerechter Mann, der das Gesetz mit so viel Milde als zulässig walten läßt und absichtlich Niemanden beeinträchtigt. Daneben ist er prachtliebend und gibt dem Gewerbstande Warschaus viel zu verdienen, weshalb er auch unter der geringern Volksklasse viele eifrige Anhänger zählt. In seinen glänzenden Cirkeln geht es freilich anders her, als dies im westlichen Europa der Fall ist: der Wirth ist zugleich in jedem Augenblick der Gebieter, auf den alle Blicke gerichtet sind; wenn er bei Tafel spricht, so wagt Niemand zu essen, sondern Jeder sieht ihn unverwandt an und greift erst wieder zur Gabel, wenn der Fürst die seinige bereits in Bewegung gesetzt hat. Dieser allein spricht auch laut, alle übrigen Anwesenden wagen nur zu zischeln. Ist er im Ballet oder auf einem Privatballe, so darf Niemand vor ihm das Haus verlassen; kein Wagen wagt vorzufahren, so lange der Fürst sich noch nicht entfernt hat, und Anderes mehr. Das ist russisch und würde uns unerträglich vorkommen; aber der Pole ist ein geschmeidiger Sklave, der sich eben so leicht unterwirft als er den gebietenden Herrn spielt; ja dem eine solche orientalische Ueber- und Unterordnung sehr zusagt. Daraus erklären sich auch die dermaligen Panegyriken auf den Statthalter, an dem jetzt Alles um so wünschenswerther erscheint, als in jüngster Zeit sich die Nachricht verbreitet hatte, das Königreich Polen werde während der Anwesenheit des Monarchen in zwei große Gouvernements mit Generalgouverneurs an der Spitze umgewandelt werden.

Es ist in der That auffällig, daß in derselben Zeit, wo deutsche Zeitungen die Polen über die unfehlbar bevorstehende Ernennung des Großfürsten Michael zum Vicekönig von Polen jubeln ließen, die Bewohner des beregten Landes selbst eine Vernichtung ihrer Selbständigkeit und die Einverleibung des Königreichs in den großen Kaiserstaat mehr als je zuvor fürchteten. Es wird aber vorläufig Alles beim Alten bleiben, was jedoch die fortgesetzte Consequenz in Russificirung des Landes nicht ausschließt. Viel bleibt dem Gouvernement freilich in dieser Beziehung nicht mehr zu thun übrig, sofern es von dem Bestreben, die große Volksmasse für die griechische Religion zu gewinnen, abstrahirt hat. Wenn die russische Regierung nur mehr befähigte Civilbeamten in ihrer Mitte hätte, sodaß sie der Polen entbehren könnte; aber dies ist bis jetzt keineswegs der Fall, weshalb das Gouvernement sich andauernd gezwungen sieht, die Mehrzahl der Aemter im Königreich polnischen Händen anzuvertrauen. Darin liegt zugleich ein Grund zur Hinneigung vieler Polen zu den Russen, weil sie ihrer Ueberlegenheit über diese sich bewußt sind, während sie recht wohl erkennen, daß sie an Ordnungsliebe und Arbeitskraft den Deutschen weit nachstehen, weshalb sie auch durchgehends die Germanisirung weit mehr fürchten als die Russificirung, über die sie freilich laut genug schreien, deren Ausführung sie aber dennoch nicht für möglich halten.

In Warschau war übrigens bei Abgang der letzten Nachrichten Alles mit Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers, den man binnen acht Tagen in Begleitung des Großfürsten Michael erwartete, sowie der Gemahlin des Letztern, die mit ihrer Tochter am 18. oder 19. April dort eintreffen sollte, beschäftigt. Man sprach zwar noch immer viel von wichtigen neuen Regierungsmaßregeln, die demnächst ins Leben treten sollten, glaubte aber, daß dieselben sich lediglich auf eine Umgestaltung der Grenzverhältnisse, die zu vielen Wirrsalen Anlaß gaben, beziehen würden. Uebrigens haben sich die Nachrichten von der großen Noth und dem Getreidemangel in Polen als sehr übertrieben herausgestellt, indem ein wirklicher Mangel, dem aber bereits durch Regierungsmaßnahmen abgeholfen worden, nur in einigen Kreisen sich gezeigt hat; im Allgemeinen sind Getreide und Kartoffeln zur Genüge vorhanden, und der momentane Mangel war nur künstlich durch wucherische Aufkäufer herbeigeführt. Die Witterung war der Vegetation günstig und die Wintersaaten erweckten durchweg die freudigsten Hoffnungen. An der großen Eisenbahn hatten die Arbeiten mit verdoppelten Kräften begonnen, wodurch der nothleidenden Arbeiterklasse Gelegenheit zum Verdienste gegeben war; auch die Tuchfabriken und Zuckersiedereien entwickelten eine große Thätigkeit.

Moldau und Walachei.

0 **Leipzig**, 19. April. In bukarester Briefen vom 5. und 6. April mit sehr ausführlichen Berichten über das Brandunglück in Bukarescht wird versichert, daß das niedergebrannte Terrain größer ist, als die ganze Stadt Leipzig einnimmt, und obgleich der Verlust jener bedeutenden Handelsstadt ein außerordentlicher und im Allgemeinen sehr großer ist, so ist doch auf der andern Seite auch gewiß, daß die seitherigen Berichte über die Verluste des betheiligten Handelsstandes nicht unbedeutend übertrieben waren, und daß gerade der Stadttheil verschont blieb, welcher die Engros-Waarenlager birgt, während die ganze Nachbarschaft ringsum in Asche gelegt wurde. Man kann dieses nächst Gottes allmächtiger Hülfe und den außerordentlichen Anstrengungen des Hospodars an der Spitze von 2000 Mann disciplinirter Rettungsmannschaften, auch den besser beschaffenen Magazinen zuschreiben, welche dem furchtbaren Elemente Widerstand leisteten. Die abgebrannten kleinern Handlungen haben zwar schwere Verluste erlitten, indessen zur Hälfte mindestens viele ihre Bücher geborgen, sodaß die empfindlichste Rückwirkung die kleinern unbemittelten Hausbewohner trifft, welche freilich Alles verloren haben und ganz auf die Unterstützung ihrer Nebenmenschen angewiesen sind, weil bekanntlich in den Donaufürstenthümern keine Assecuranzgesellschaften bestehen. Das Feuer wurde vom heftigen Sturme reißend schnell verbreitet; die Entstehung ist in Kürze folgende:

Nach altherkömmlicher Sitte wird am ersten Osterfeiertage von den vornehmen Leuten mit Flinten und Pistolen geschossen. Ein junger Bojar schoß in der Französischen Gasse zum Fenster hinaus, entzündete dabei die Draperie des Fensters, und da wie gesagt der Sturm so heftig war, konnte man leider des Feuers nicht mehr Herr werden und es verbreitete sich mit Blitzesschnelle nach der linken Seite der Französischen Gasse, nahm dann die Deutsche Gasse rechts und links mit allen Häusern und Magazinen hinweg, spaltete sich von hier aus in zwei Richtungen, nahm die eine nach der Leipziger Gasse, verzehrte daselbst die rechte Seite bis auf wenige Häuser und hätte die k. k. österreichische Agentie erreichen müssen, wenn nicht, wie oben schon bemerkt, der Fürst mit unerhörter Energie seine Mannschaft auf diesem Punkt concentrirte, wodurch außer der Agentie ein noch sehr werthvolles Terrain dem Feuer entrissen wurde.

Die zweite Richtung nahm das Feuer von der linken Seite der Französischen Gasse nach Curta Vertia (alte Schloßgasse) und vernichtete daselbst alle Gebäude linker Hand bis zur Leipziger Gasse, sämmtliche Gehöfte in diesen Zwischenräumen, namentlich Kovatferia und Zarzarohsic (Frucht- und Gemüsemarkt) und dehnte sich dann rechter Hand aus, und zwar bis St.-Johann auf Podu Beilik und links durch die Wechslergasse nach den Bojandsic (Färber), wo auch das Franziskanerkloster in Asche gelegt wurde. Von hier theilte das Feuer sich wiederum rechts gegen das Kloster St.-Georg, welches mit allen Magazinen und Gewölben, die sich in- und außerhalb desselben befanden, abbrannte, wobei sogar das unerhört fest gebaute, ganz massive und gewölbte Hanu-Kiritza (Bazar) mit den daneben gelegenen Hanu-Filaret und Papaseglu (Bazar) vernichtet wurde (hier allein fanden fünf Menschen ihren Tod, worunter auch der Secretair des griechischen Generalconsulats, Ballotos), in welcher Gegend namentlich die Specereihändler ihre Depots hatten, und links von St.-Georg äscherte das Feuer Tirgo, Kukuln, Skaunell-Bichi (Märkte nd Straßen) bis zum Zollamte total ein. Von hier aus wendete sich das Feuer gegen Tirgo d'Afara und vernichtete Alles, was es auf diesem Wege fand. Auf einer andern Seite des französischen Klosters vereinigte sich dieses Feuer aus der Richtung von St.-Georg, und ging nun vereint durch die Stadtviertel Stella, Santa-Vinera, Udrikan, Lucats, Tschausch, Radu, St.-Stephan, Vergulu, bis ans Ende der Stadt und ergriff auch einige Häuser des dem Baron Sina in Wien gehörigen Landgutes Dudesti.

Auf der linken Seite der Leipziger Gasse befinden sich die meisten Magazine und werthvollsten Lager der Juweliere und Ausschnitter, sowie der Hanu-Tepsandsic daneben und Hanu-Ton dahinter (Bazars der Grossisten), welche sämmtlich vom Feuer verschont geblieben sind. Nach den eingegangenen Nachrichten kann man mit Sicherheit annehmen, daß aus der Brandstätte selbst beinahe die Hälfte der vorhandenen Waarenvorräthe gerettet wurde, dessenungeachtet wird von den hier anwesenden bukarester Kaufleuten der Schaden an Gebäuden, Waaren und Hausgeräth auf 30 Mill. Thlr. veranschlagt, da auch 14 Kirchen und Klöster und circa 4000 Häuser eingeäschert wurden. Noch wird hinzugefügt, daß Bukarescht circa 18,000 Häuser mit 125,000 Einwohnern zählt.

0 **Bukarescht**, 6. April. Die hiesige Deutsche Zeitung gibt folgendes Extrablatt: „Bukarescht, Ostersonntag 4. April Abends 9 Uhr. Bukarescht brennt. Zwischen 12 und 1 Uhr Mittags kam das Feuer aus und jetzt irren mehr als 10,000 Menschen obdachlos umher. Wenigstens 1000 Häuser sind schon abgebrannt und brennen noch. Der Wind heult einem Orkane gleich. Die Hoffnung, daß es mit Sonnenuntergang ruhig werden würde, hat sich nicht erfüllt. Das rasende Element ist noch nicht gesättigt und entfesselt verschlingt es seine Opfer, wohin der Sturm es peitscht. Wenn Mitternacht nicht Windstille bringt oder wenn der Wind umspringt, werden auch wir vielleicht diese Zeilen nicht können drucken lassen. Ein Theil der Lipskanie ist schon von den Flammen verzehrt; es ist dies die Straße, wo die die leipziger Messe besuchenden Kaufleute feil haben und einen Theil des Orients mit den Luxusartikeln des Occidents versehen. Millionen sind nur hier allein verloren, was anderwärts? Der regierende Fürst ist seit neun Stunden zu Pferde, und überall da, wo die Gefahr am größten, ist er ordnend und schaffend. Die Behörden und vor Allen der Aga (Chef der Polizei) J. Mano sind rastlos thätig und machen, von diesem schönen Beispiel angefeuert, unglaubliche Anstrengungen. Was vermag aber der schwache Mensch gegen das starke Element! 5. April früh 6 Uhr: Um Mitternacht ließ der Sturm nach und die Gefahr, daß die ganze ungeheure Stadt abbrennen würde, ist vorüber. Bis jetzt weiß man von sechs Menschenleben, die es gekostet, unter denen sich ein Kind befindet. Zehn bis zwölf Kirchen sind ganz und gar niedergebrannt, die erste war die katholische. Das Elend ist gräßlich! Es ist ein hamburger Brand!"

Venezuela.

Von **Caracas** wird unterm 7. März berichtet, daß General Monagas kaum zum Präsidenten erhoben war, als ein Aufstand unter Anführung Ranjel's ausbrach. Da jedoch die Insurgenten von etwa 3000 M. unter tüchtigen Befehlshabern umstellt sind, erwartete man baldige Unterdrückung des Unternehmens. Die Gegenwart des Generals Zamora ward dieser Erwartung günstig betrachtet.

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 19. April. Das gestern Vormittag im Saale des Gewandhauses stattgehabte, bereits in Nr. 107 erwähnte Concert des Violoncellisten Karl Schuberth rechtfertigte den wohlbegründeten Ruf des Künstlers aufs vollkommenste. Noch frisch unter dem Eindrucke stehend, den sein in jeder Hinsicht vortreffliches Spiel hervorbrachte, anerkennen wir in ihm einen der Meister seines Instruments, gleich ausgezeichnet durch vollendete Technik als durch seelenvollen, tief innerlichen Vortrag. Von eignen Compositionen, die diesmal weit glücklicher gewählt waren als im letzten Abonnementconcert, wo wir zuerst die Bekanntschaft des Künstlers machten, spielte der Concertgeber Phantasien über italienische Lieder sowie Adagio und Mazurka, außerdem Franz Schubert's „Ave Maria" für Violoncello und Pianoforte eingerichtet, und Bernhard Romberg's Phantasie über schwedische Lieder. Der Vortrag der beiden letztgenannten Werke war die Krone seiner Leistungen; enthusiastischer Beifall wurde dem Künstler nach jedesmaligem Auftreten zu Theil. — Ein Duett von Donizetti, gesungen von Fräul Schwarzbach und Hrn. Behr, ein Pianofortestück von Thalberg, vorgetr.

gen von Miß Flinn, und zwei von Fräul. Schwarzbach gesungene Lieder vervollständigten das Concertprogramm.

*Köln, 15. April. Das 29. niederrheinische Musikfest wird während der bevorstehenden Pfingsttage in unserer Stadt gefeiert, und der städtische Kapellmeister Dorn hat die Leitung übernommen. Am ersten Tage werden der „Messias" von Händel und eine eigens für das diesjährige Musikfest componirte Symphonie von Onslow, am zweiten Tage die Symphonie Nr. 7 von Beethoven, der 114. Psalm von Mendelssohn-Bartholdy, die Ouverture des „Freischütz" und der zweite Act der Spontinischen Oper „Olympia" zur Aufführung gelangen. Die HH. Onslow und Generalmusikdirector Spontini sind vom Festcomité zur Dirigirung ihrer obengenannten Werke eingeladen worden, und man hofft, daß wenigstens einer von Beiden der Einladung entsprechen werde. Jenny Lind hat wegen anderweitiger Verpflichtungen die Betheiligung an dem Feste ablehnen müssen. Auffallend erscheint es manchen Musikfreunden, daß das Festcomité für den zweiten Tag die allbekannte und so oft gehörte Ouverture des Freischütz und den zweiten Act einer Oper, welche einst in Berlin nur durch ihre geräuschvolle Musik und durch Decorationenprunk Aufsehen machte, in sein Programm aufgenommen hat. Es dürfte überhaupt wol sehr zweifelhaft sein, ob sich Acte einer Oper zur Aufführung bei Musikfesten eignen.

*Rom, den 30. März. Der berühmteste der jetzt lebenden italienischen Bildhauer, Bartolini, ist seit einigen Tagen von Florenz, wo er lebt, zu uns herübergekommen, um dem Papste seine Verehrung zu bezeugen. Er hatte bei ihm dieser Tage eine Audienz und erhielt auf seine Bitte die Erlaubniß, das geistvolle Gesicht Pius' IX. modelliren und in Marmor ausführen zu dürfen. Die ausgezeichnetsten hiesigen Bildhauer und Maler conterfeieten es bereits und zum Theil mit großer Meisterschaft und vielem Glücke. — Die italienischen Journale wünschen, daß Folgendes zur Kenntniß der Gelehrten des Auslandes gelangen möchte. Der neunte Congreß der Scienziati soll in diesem Jahre zu Venedig stattfinden und am 13. September Vormittags eröffnet werden. Präsident wird der Graf Giovannelli, seine Assessoren Graf Priuli und Cavaliere Pateccapa sein. Der bekannte Geolog Paffini ist zum Generalsecretair der Versammlung bestellt. Paffini beabsichtigte vor Kurzem nach Venedig zu verlassen, um anderswo sein Leben zu beschließen. Um indessen diesen großen Verlust zu vermeiden, ereirte die Regierung einen eignen Posten für ihn, nämlich den eines Custoden des Palastes der Dogen, gab ihm eine ansehnliche Pension und Wohnung in dem genannten Gebäude, in welchem er seine bedeutenden geologischen Sammlungen auslegen könne. Paffini hat für diese außerordentliche Auszeichnung seine reichen Sammlungen dem Istituto Veneto zum Geschenk gemacht.

— Das Programm der Vorlesungen des Collége de France ist im Moniteur erschienen. Sie beginnen am 12. April. Hr. Julius Mohl, der neue Professor des Persischen, liest über Firdusi's Buch der Könige; Hr. Moritz Meyer über die komischen Dichtungen der Römer im Vergleiche mit dem modernen Lustspiele; Hr. Philarete Chasles über deutsche Dichtkunst nach Goethe und über das Nibelungenlied. Statt des Hrn. Adam Mickiewicz liest Hr. Cyprien Robert über die Literaturgeschichte der Slawen im Mittelalter, und statt des Hrn. Edgar Quinet Hr. Damas-Hinard über die Geschichte des spanischen Theaters und über den Don Quixotte. Das übrige Programm ist so ziemlich dasselbe geblieben.

— In Paris ist eine spanische Schauspielertruppe angekommen, die am 15. April zuerst vor dem Hof und am 17. April im italienischen Theater spielen wird.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 19. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br.; Sächsisch-Baiersche 85⅛ Br., 85 G.; Sächsisch-Schlesische 97⅛ G.; Chemnitz-Riesaer 55—56⅛ bezahlt und G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 197⅛ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110⅛ Br.; Köln-Mindener 89⅛ G.; Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 71 G.; Altona-Kieler 107¾ Br.; Pesther 99 Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br.

Eisenbahn. *Berlin, 17. April. Zu bewundern ist es, daß bei der gegenwärtigen Eisenbahn-Actienkrisis, wo der Curs der bestrentirenden Eisenbahnactien, als der Berlin-Anhaltischen, der Stettiner ꝛc., fast täglich mehr heruntergeht und bereits im Verhältniß ihrer Erträgnisse einen unnatürlichen Standpunkt erreicht hat, sich die Berlin-Hamburger Actien fortwährend auf ihrem hohen, weit über deren Werth stehenden Curse durch auf allerlei Art getriebene Börsenmachinationen, als durch Aufkauf, Einsperren u. dergl. m., behaupten. Daß die bisher gelieferten Betriebsresultate sowie die in Aussicht stehenden hierzu nicht die Veranlassung sein können, wird nachstehende Berechnung beweisen. Das Actiencapital der Berlin-Hamburger Eisenbahn besteht aus 8 Mill. Thlr. Stammactien und 5 Mill. Thlr. 4½proc. Prioritätsactien. Sollen die Stammactien 4 Proc. pr. Anno erhalten, so gehören hierzu 320,000 Thlr.; die Zinsen der Anleihe à 4½ Proc. betragen 225,000 Thlr., Amortisation ½ Proc. jährlich 25,000 Thlr., Reservefonds ½ Proc. von 8 Mill. Thlr. Actien 40,000 Thlr.: der jährliche Reinertrag muß sich also auf 610,000 Thlr. belaufen. Nimmt sie nun jede Woche selbst 20,000 Thlr. netto ein, so macht dies 1 Mill. Thlr. Einnahme pr. Jahr. Nach dem bisherigen Ergebniß aber entsteht die Einnahme zu drei Vierteln aus dem Gütertransport. Bei den so äußerst geringen Frachtsätzen dieser Bahn dürften aber nach der Versicherung aller Sachverständigen die Betriebskosten mindestens 80 Proc. betragen, da sie bei andern ebenfalls langen Bahnen und doppelt so hoher Fracht für Güter allein doch 60 Proc. ausmachen. Ist also die jährliche Einnahme für Güter 750,000 Thlr. und zieht man davon 80 Proc. für Betriebskosten ab, so bleibt davon nur eine Netteeinnahme von 150,000 Thlr. Für Personentransport gehen jährlich ein höchstens 250,000 Thlr.; legen wir jedoch, um die Sommerfrequenz und sonstige Zuflüsse zu anticipiren, noch 100,000 Thlr. zu, also zusammen 350,000 Thlr.; davon betragen die Betriebskosten mindestens 30 Proc., folglich bleibt nur eine Nettoeinnahme von 250,000 Thlr. oder zusammen pr. Jahr netto 400,000 Thlr. Einnahme. Zuvörderst sind hiervon die Zinsen der Anleihe von 5 Mill. Thlr. à 4½ Proc., die Amortisation und der Reservefonds abzuziehen mit 290,000 Thlr., es verbleiben alsdann zur Verzinsung für die 8 Mill. Thlr. Stammactien noch 105,000 Thlr., was etwas über 1⅓ Proc. pr. Anno ist. Zu berücksichtigen ist auch, daß von der bisherigen wöchentlichen Bruttoeinnahme von circa 16—18,000 Thlr. für dänische Zölle circa 1500 Thlr. abzurechnen sind, was pr. Jahr circa 75,000 Thlr. oder nahe 1 Proc. des Actiencapitals beträgt. Die zum 1. Mai d. J. eröffnet werdende Linie von Harburg ununterbrochen bis Leipzig, welche viel kürzer ist und auch niedrigere Frachtsätze stellt, wird der Berlin-Hamburger Bahn großen Abbruch thun. Es wird dann schwerlich Woche für Woche bei 20,000 Thlr. Einnahme bleiben und obiges schlechte Resultat daher noch bedeutend verstärkt werden; auch werden die kürzlich aufgenommenen 5 Mill. Thlr. zur Vollendung des zweiten Gleises nicht ausreichen und daher eine fernere Anleihe gemacht werden müssen. Woher kommt nun aber dieses Mißverhältniß in den Coursen, da man trotz dieser schlechten Aussichten für Berlin-Hamburger Actien 105 bezahlt, und dagegen Anhaltische, welche 8 Proc., und Stettiner, die 5⅓ Proc. Rente geben, nur mit Mühe zu 110⅛, resp. 106⅛ an der Börse verkaufen kann?

Eisenbahn. Es scheint gewiß, daß vom 21. Mai an auf der Eisenbahn zwischen Brüssel und Köln Nachtzüge stattfinden werden, und zwar in Verbindung mit der Ankunft und Abfahrt der Bahnzüge von und nach Paris. Der Bahnzug von Köln nach Brüssel würde Abends 10 Uhr abgehen, um des Nachts zwischen 2 und 3 Uhr in Verviers einzutreffen und in Brüssel noch vor der Abfahrt des ersten Morgenzuges nach Paris anzukommen. Die Abfahrt des ersten Morgenzuges von Paris nach Brüssel würde mit dem Abgange des Nachtzuges von Brüssel nach Köln zusammentreffen. (K. Z.)

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 11. bis 17. April 1847:

11,102 Personen	10,772 Thlr.	12 Ngr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht	7,274 .	5 . — .
und magdeburger Antheil	18,046 .	17 . — .

(Vom 1. Jan. — 17. April 67,367 Personen, Einnahme 136,819 Thlr. 4⅛ Ngr.)

Eisenbahn. Magdeburg-Leipziger Bahnfrequenz. Vom 4. bis mit 10. April (mit Einschluß von 1633 Personen aus dem Zwischenverkehr) 14,758 Personen.

(Vom 1. Jan. — 10. April: 135,616 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-Halberstädter Bahnfrequenz. Vom 4. bis mit 10. April 6,459 Personen.

(Vom 1. Jan. — 10. April: 54,981 Personen.)

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Erste Ziehung am 19. April. 5000 Thlr.: Nr. 20,872; 2000 Thlr.: Nrn. 12,475 und 24,494; 1000 Thlr.: Nrn. 1386, 7872, 10,127, 13,133, 18,746, 21,173, 22,937, 27,558, 28,557 und 34,490. (Nächste Ziehung am 20. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 19. April früh 7 Uhr: 2° 7″ über 0.

Staatspapiere. Wien, 16. April. Bkact. 1580; Met. 5pc. 107¼; 4pc. 90; 3pc. 68; 500 Fl. L. 152½; 250 Fl. L. 118.

Actien. Wien, 16. April. Nordb. 167¾; Gloggn. 120⅜; Mail. 108⅛; Livorn. 91; Pesth. 98⅛.

Leipziger Börse am 19. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	—
pr. 250 Fl. L.	2 Mt.	139⅜	—
Augsburg	k. S.	101⅛	—
pr. 150 Fl. L.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	110⅛	—
Ldsr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breel. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99¾
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	150⅛	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	—	150⅜
London	2 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	—	6. 20¼
	k. S.	79⅛	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79¼	—
	3 Mt.	79	—
Wien pr. 150 Fl.	k. S.	—	102
Conv. 20 Kr.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Augustd. à 5 Thlr. à ⅛ Mk.			
Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100		—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.			
idem . . . . . auf 100		—	—
Ausl. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . . auf 100			11⅛
Holl. Duc. à 3 Thlr.	d°.	—	6⅛
Kaiserl. d°.	d°.	—	6⅛
Breel. d°. à 65⅛ Aa	d°.	—	6⅛
Passir d°. d°. à 65 Aa	d°.	—	6
Conv.-Spec.- u. Gld.	d°.	—	—
idem 10 u. 20 Kr.	d°.	2⅛	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—
Silber d°. d°. d°.		—	—

Staatspapiere, Actien exclus. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere *)			
à 3 % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	98⅛	—
à 3 % im 14-Thlr.-Fusse	v. 100 u. 25 Thlr.	—	—
à 3 % F.	kleinere	—	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe			
à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	93	—
à 3 % F.	kleinere	—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine			
à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	89	—
à 3 % F.	kleinere	—	—
Leipziger Stadt-Obligationen			
à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	98	—
à 3 % F.	kleinere	—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %			
	v. 500	—	—
	v. 100 u. 25	—	—
„ lausitzer d°.	à 3½	—	—
„ d°. d°	à 3¼	—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-Prior.-Obl.			
à 3½ %		106	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine			
à 3½ % in Pr. Crt. pr. 100		—	94⅛
Hamb. Feuer-C.-Anl à 3½ %, (300 Mk. B. = 150 Thlr.)		—	—
K. K. Oestr. Metall. pr. 150 Fl. Conv.			
à 5 %	laufende Zinsen	102⅜	—
à 4 %	laufende Zinsen	88⅛	—
à 3 %	im 14-Thlr.-Fusse F	—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr.	pr. 100	172	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr.	pr. 100	117	—
Sächs.-Bair. d°.	pr. 100	—	85
Sächs.-Schles. d°	pr. 100	—	97⅛
Chemn.-Ries. d°.	pr. 100	—	56½
Löbau-Zitt. d°.	pr. 100	57	—
Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d°	pr. 100	197⅛	—

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung
zwischen
Stettin, Swinemünde und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff **„Geiser"** wird auch in diesem Jahre eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Die Abfertigung desselben erfolgt:

aus Stettin — **aus Kopenhagen**
vom 6. April bis 28. Mai
Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags,
vom 31. Mai bis 28. August
Mittwoch / Sonnabend { 12 Uhr Mittags, — Montag / Donnerstag { Nachmittags,
vom 31. August bis zum Schlusse der Fahrten
Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den ersten Platz 10 Thlr., für den zweiten Platz 6 Thlr., für den dritten Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8½ Thlr., 5½ Thlr. und 2½ Thlr. Preuß. Cour. Kinder und Familien genießen eine Moderation. Wagen und Pferde sowie Güter und Contanten werden für die vorjährigen Frachtsätze befördert. [90.]

Berlin, den 12. April 1847. **General-Post-Amt.**

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [1494]

Moritz Goldschmidt aus Frankfurt a. M.,
Bijouterie-Fabrikant,

Reichsstrasse Nr. 33 im Dammkirsch.

Hält auch Lager der neuesten **Pariser** und **Genfer Bijouterien.** [1176–82]

J. A. Henckels

aus **Solingen** und **Berlin.**

Fabrikant
feiner **Stahlwaaren.**
Stand:
Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 16. [1494–95]

Für Kaufleute, Fabrikanten, Provisions-Reisende und Agenten.

Ein Fabrikant am Rhein, dessen Muster nicht voluminös und dessen Geschäfte wenig zeitraubend sind, wünscht den Verkauf seines Fabrikats, welches überall gangbar ist, gegen Vergütung einer bedeutenden Provision, Kaufleuten, Reisenden und Agenten zu übertragen, die regelmäßig folgende Länder oder einen Theil davon besuchen: Rußland, Schweden, England, Italien, Schweiz, Hannover, Spanien, Portugal, Polen und den österreichischen Kaiserstaat.

In genannten Staaten, mit Ausnahme der drei letzten, hat derselbe seine festen Abnehmer, da sie durch seine eigenen Reisenden besucht werden.

Reflectirende wollen sich unter Angabe ihrer Reiseroute und Mittheilung der nöthigen Renseignements mittels frankirter Briefe unter **A. B. Nr. 15** an die Expedition der Deutschen Allgem. Zeitung wenden und dabei angeben, wo eine Antwort auch später sie treffen wird, indem vielleicht in Leipzig selbst solche nicht erfolgen kann. [1490–92]

Vermiethung.

In **Stieglitzens Hof am Markt**

ist auf der rechten Seite im Hof ein großes trockenes Local zu Johanni oder Michaeli zu vermiethen; der Hausmann **Kotz** wird nähere Auskunft darüber geben. [1481–84]

Verkauf.
Ein Terpodion

von dem Erfinder dieses Instrumentes Joh. David Buschmann **selbst** gebaut (welches neu 70 Friedrichsdor gekostet), soll jetzt für Rechnung des Eigenthümers billig verkauft werden und steht zur gefälligen Besichtigung im

Pianoforte-Magazin von Ernst Grosse

in **Leipzig**, Ecke der Grimmaischen und Universitätsstraße Nr. 1. [1476]

Gesuch. Ein unverheiratheter **Kunstgärtner** von gesetzten Jahren, der bis jetzt noch in Diensten steht, sucht Verhältnisse halber ein weiteres Unterkommen. Außer der eigentlichen Gärtnerei hat er sich vorzüglich mit Obstbaumzucht beschäftigt, ist auch fähig, die Beaufsichtigung eines Jagdrevieres zu übernehmen.

Adressen erbittet er unter dem Namen des Kaffeehaus-Besitzers **Lange** in Gordewitz bei Leipzig. [1489]

Gesucht wird ein junger gebildeter Mann, der das Nivelliren, Vermessen und Zeichnen gründlich versteht und befähigt ist, darin Unterricht zu ertheilen. [1482]

Offerten werden unter der Chiffre **M. C. No. 100** poste restante Leipzig portofrei erbeten.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 20. April. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag.

Mittwoch, 21. April. Dritte Gastvorstellung des Kroll'schen Acrobaten. — Vorher: **Die beiden Schützen**, komische Oper von G. A. Lortzing.

Donnerstag, 22. April. **Die Karlsschüler**, Schauspiel von H. Laube.

Dr. med. C. Lincke

zeigt hierdurch an, daß er zu ärztlicher Consultation für **Augen-** und **Ohrenkranke** sowie für **Stammelnde** täglich Morgens von 8 bis 10 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr in seiner Wohnung **Brühl Nr. 17** zu treffen ist. [1440–42]

Das Lager von [1227–28]

ächtem Eau de Cologne

von

Johann Anton Farina in **Cöln**
befindet sich in **Leipzig**
bei **Friedrich Fleischer**
Grimmaische Straße 27, Ecke der Nikolaistraße.
Preise pr. Dutzend Flaschen Prima 4 Thaler, Secunda 2⅔ Thaler.
Verkauf im Ganzen und Einzelnen.

Die Pianoforte-Fabrik
von
J. G. Irmler
in Leipzig
(Holzgasse No. 6)

empfiehlt eine Auswahl **Pianofortes** in **Flügel-** und **Tafelform** von verschiedener Construction und **vorzüglicher Güte.** [1311–14]

Eine Partie [1464–65]

englische leinene Drells
soll 20 Procent unterm Fabrikpreise verkauft werden

bei ***Ferdinand Schultze.***
Leipzig, Grimmasche Straße Nr. 37/578.

Beyer & Co.
Steingut-Fabrik
bei **Nossen,**

Probelager von seinem weißen und decorirten **Steingut,** Grimmaische Straße Nr. 24. [1487–89]

Die Kurzwaaren- und Pfeifen-Schlauch-Fabrik von **August Falck,**

vormals ***Hammerfeldt & Falck***
aus **Berlin,**
ist diese Messe **Neumarkt Nr. 12** neben den Herren Hammer und Schmidt. [1398–1403]

Ziegler & Reisse
aus ***Ruhla,***
Nikolaistraße Nr. 54,

empfehlen ihre Fabrikate in bester Auswahl, als: **wollene Webe- und Strickgarne** in allen Sorten, **bedruckte Filzschuhe, Reitdecken** ꝛc., dito **schafwollene Matten zu Bettdecken** ꝛc., welche wegen ihrer größern Dauer und Wärme den baumwollenen Matten jedenfalls vorzuziehen sind, zu anerkannt billigen Preisen. [1486]

Musikalien-Verkauf

Leipzig, Preußergäßchen Nr. 5, beim Antiquar **Jänich.** [1430–32]

Erd- und Himmelsgloben

franco Packung zu Fabrikpreisen, bei ***Adalbert Hawsky*** sonst ***Carl Schubert,***
Leipzig, Grimmaische Strasse No. 14.
[1470]

Die Kollalith-, Steinpapp-Waaren- und Goldleisten-Fabrik von *Methlow & Comp.* in Berlin Neue Schönhäuserstraße Nr. 16; in Leipzig: Barfußgäßchen Nr. 7 eine Treppe im Erker.

Digitized by Google

Hiermit beehre ich mich, einem geehrten Publicum die ergebene Anzeige zu machen, daß ich **heute** meine

Conditorei und Café

im v. Haugk'schen Hause, Ecke vom Königs- und Roßplatz,

eröffne, und wiederhole zugleich die Bitte, mir auch in diesem Local das Vertrauen zu schenken, dessen ich mich in meinem frühern **(Grimmaische Straße)** zu erfreuen hatte. [1499]

Leipzig, am 18. April 1847. **F. C. Braun.**

Friedr. Eduard Schneider, sonst Joh. Benj. Böttcher,

Hainstrasse Nr. 3/340 in Leipzig,

empfiehlt sein vollständig sortirtes Lager von Englischen, Französischen, Iserlohner, Solinger, Nürnberger und andern kurzen Waaren zu den billigsten Preisen, als:

alle Arten Bronzebeschläge, Capitäler, Rosetten, Schlüsselschilder, Meubles- und Gardinenverzierungen, Glockenzüge, Wandhaken, Schraubknöpfe und Ringe, Knopfnägel, Bildernägel, Polsternägel, Tisch- und Bettrollen, Reisszeuge, Zirkel, messingene Leisten, Tisch-, Feder-, Taschen- und Rasirmesser, Scheeren, Lichtputzen, Compositionslöffel, Leuchter, Einsatzgewichte, Mörser, Schlittenschellen, Schnallen, Geschirr-Rosetten u. dgl.; sowie englische Feilen, Hobeleisen und alle Arten Werkzeuge für Holz- und Metallarbeiter. Alle Sorten Haus-, Stuben-, Riegel- und Vorlegeschlösser, Bänder, Schubriegel und viele zum Bauwesen erfoderliche Gegenstände. Steirische Futterklingen, Sensen, Sicheln, Feilen und Schuhmachercörter. Wiener Bimsstein, Kalk in Flaschen, Instrumentkapseln, Stegstifte, Claviersaiten und verschiedene Gegenstände für Instrumentbauer. Stiefeleisen, Stifte, Schrauben, alle Arten Baunägel und jede Grösse von Schraubstöcken, Ambose, Sperrhörner, Wagebalken und passauer Schmelztiegel. Alle Sorten englischer Stahl, nebst vielen andern Artikeln [1468—69]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Apotheker Robert Friedemann in Greitzsch mit Frl. Alwine Pöschel in Zeitz.

Getraut: Hr. Adolf Bräuer in Chemnitz mit Frl. Elise Pfeiffer. — Hr. Theodor Knoll in Düren mit Frl. Eleonore Schmitz in Köln. — Hr. Wilhelm Mehnert in Weissenburg mit Frl. Emilie Wagner aus Eibenstock.

Geboren: Hrn. Dr. Karl Lebrecht Albanus in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Eduard Flemming in Altenburg ein Sohn. — Hrn. Oberlandesgerichtsassessor Karl Baron v. Gruttschreiber in Ratibor ein Sohn. — Hrn. F. W. Hempel in Roßwein eine Tochter. — Hrn. Premierlieutenant v. Hugo in Liegnitz ein Sohn. — Hrn. Franz Neuhaus in Köln eine Tochter. — Hrn. Anton v. Schlieben auf Niederfriedersdorf ein Sohn. — Hrn. Postmeister P. v. Schleinitz in Adorf eine Tochter. — Hrn. Oberlieutenant Rudolf v. Schönberg in Dresden ein Sohn. — Hrn. Professor Dr. Sommerbrodt in Liegnitz ein Sohn.

Gestorben: Hr. Staatsrath Frhr. Gremp v. Freudenstein in Wien. — Hr. Hofrath Dr. Kallin in Kirchheim unter Teck. — Frau Accisinspector Ch. H. Leicht in Borna. — Hr. Schullehrer Meier in Mergelstetten. — Hr. Landesältester und Stiftsprepst Iwan Alexander v. Meier in Ranfen.

Bitte an unsere Mitbürger.

Bukarest, welches mit Leipzig in so inniger Verbindung steht, hat ein schweres Unglück betroffen; es ist so total niedergebrannt, daß man den ungefähren Schaden leider auf circa 25 Millionen Thaler veranschlagen muß, was für die schwer heimgesuchte Stadt um so fühlbarer wird, als bekanntlich in der Walachei keine Assecuranz-Compagnien bestehen, wodurch der Verlust in seinem ganzen Umfange und weit schrecklicher empfunden wird, als es bei dem schwer geprüften Hamburg im Jahre 1842 der Fall war.

Leipzig befand sich damals mit seinen Unterstützungen in der vordersten Reihe aller Städte und wird seine Theilnahme gewiß auch Bukarest nicht entziehen, weshalb wir die Bitte auszusprechen wagen:

unsere Mitbürger und vorzüglich der geehrte Handelsstand wollen auch bei diesem großen Unglück, das an **20,000** Menschen ihrer ganzen Habe beraubte und obdachlos machte, ihre so oft bewährte menschenfreundliche Hülfe nicht versagen.

Wir sind gern bereit, jede, auch die kleinste Gabe in Empfang zu nehmen und an das sich in Bukarest gebildete Hülfscomité auf unsere Kosten zu befördern.

Leipzig, den 18. April 1847.

Hammer & Schmidt. G. & E. Gumpel. P. Schunck & Co.
[1496—98] **Hermann Samson. Joh. Fr. Oehlschlaeger.**

Bitte für Bukarest.

Ein ungeheures Unglück hat Bukarest betroffen! Eine vom Sturm schnell weiter getragene Feuersbrunst vernichtete einen beträchtlichen Theil dieser Handelsstadt und die Habe vieler Tausend Bewohner.

Dieses beklagenswerthe Ereigniß ist an und für sich schon ein harter Schlag für die Stadt, aber auch dessen weitere Folgen dürften um so empfindlicher sein, wenn eine Unterbrechung der sonst so gesegneten Handelsverhältnisse dieses Stapelplatzes für die östlichen Länder daraus hervorginge.

Rasche Hülfe thut hier noth, und obwol die Mildthätigkeit aller Menschenfreunde wol nie so vielseitig beansprucht wurde als in jetziger schwerer Zeit, so wagen wir doch in Hinblick auf die Größe des Unglücks sowol unsere Mitbürger als auch den die hiesigen Messen besuchenden auswärtigen Handelsstand um Beiträge zur Linderung der großen Noth zu bitten, hoffend, daß die vielfachen Beziehungen, in denen Beide direct und indirect zu der schwer heimgesuchten Stadt stehen, unsere Dringlichkeit genügend rechtfertigen werden.

Mit Vertrauen auf Gott und gute Menschen sehen wir einer geneigten Berücksichtigung unsers Gesuchs entgegen und werden für richtige Beförderung der uns anvertrauten Mittel Sorge tragen, sowie deren zweckmäßige Verwendung nach Kräften zu fördern suchen.

Leipzig, Ostermesse 1847.

R. Behrens & Söhne. Gebrüder Felix. Frege & Co. H. B. Oppenheimer.
[1485] **Constantin Pappa. S. G. Schletter. G. Theochar & Sohn.**

Cirque-Equestre von E. Renz

auf dem Königsplatze.

Dienstag den 20. April, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Ein ungarisches Husaren-Manoeuvre, geritten von den Damen Mad. Renz, Mad. Jacques, Mad. Tourniaire, Dem. Ablin, Dem. Nany, Mad. Charles. — Der Schellentanz, ausgeführt von dem Schulpferde Flora. — Le Jokey Anglais, dargestellt durch Herrn G. Felsenmeier. — Les petits Cercles par Mons. Tourniaire. — Kraft-Production auf drei Pferden von E. Renz, L. Tourniaire und G. Felsenmeier. — Der Araber und sein treues Roß, mimisch-plastische Darstellung.

Kassen-Eröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Billets zum ersten und zweiten Range sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hotel de Prusse zu haben.

[1500] **E. Renz**, Director.

(Mit einer Beilage.)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 110. (20. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Berlin. Landtag.
Denkschrift, die Ausführung des Eisenbahnnetzes in Preußen betreffend.
Die Herstellung einer directen Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und Neuyork.
Personalnachrichten.

Preußen.

Berlin, 19. April. Nach einer längern Verhandlung über den Sinn des über Adresse und Dankadresse gefaßten Beschlusses und den ersten Bericht der Allgemeinen Preußischen Zeitung darüber (Nr. 104) erhielt der Abg. v. Beckerath das Wort, welcher beauftragt war, die Adresse an Se. Maj. zu entwerfen, und trug folgenden Entwurf vor:

Ew. königl. Maj. haben seit allerhöchst Ihrem Regierungsantritt auf eine edle Entfaltung des Nationallebens unablässig hingewirkt, und dankbar erfreut sich das Land des Segens, den eine lebendigere Theilnahme des Volks an den öffentlichen Angelegenheiten gewährt. Eine neue, höhere Stufe hat sich dieser Theilnahme erschlossen. Das Bedürfniß eines ständischen, der Einheit des Staats förderlichen Gesammtorgans erkennend, geruhten Ew. königl. Maj., die Stände aller Provinzen zu einem Vereinigten Landtage zu berufen. Ew. Maj. haben aus freiem, wahrhaft königlichem Entschluß einen großen Schritt gethan, und wir erfüllen eine erste heilige Pflicht, indem wir in unwandelbarer Anhänglichkeit an Ew. königl. Maj. Person und Haus den Dank eines treuen Volks am Throne niederlegen.

Durch den hohen Geist seiner Fürsten und die Kraft der Volksgesinnung ward das Vaterland emporgehoben, und sein ferneres Gedeihen beruht auf dieser Gemeinsamkeit; sie hat sich darin neu bewährt, daß Ew. königl. Maj. in dem allerhöchsten Patente vom 3. Febr. d. J. die Absicht kundgaben, fortzubauen auf den von des hochseligen Königs Majestät erlassenen Gesetzen, an welchen das Volk als an dem wohlerworbenen Erbe seiner Kampfestreue hängt.

*Nachdem Ew. königl. Maj. den in dem Gesetze vom 5. Jun. 1823 ausgedrückten Vorbehalt verwirklicht und der Versammlung, welche in jenem Gesetz eine allgemeine ständische, in demjenigen vom 17. Jan. 1820 eine reichsständische Versammlung genannt wird, den Namen des Vereinigten Landtags beigelegt haben, sind dadurch dem letztern die in dem angeführten und in den frühern Gesetzen begründeten Rechte erworben.

†Die Verordnung vom 17. Jan. 1820 verpflichtet die Staatsschulden-Verwaltungsbehörde, der reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung zu legen und gewährt ihr dadurch die Lebensbedingung einer gedeihlichen Wirksamkeit, die periodische Einberufung. Dasselbe Gesetz knüpft an die Mitgarantie der reichsständischen Versammlung nicht nur Anleihen, für welche das Gesammtvermögen des Staats zur Sicherheit bestellt wird oder welche zu Friedenszwecken dienen, sondern jedes neue Darlehn, welches aufzunehmen der Staat zu seiner Erhaltung oder zur Förderung des allgemeinen Besten in die Nothwendigkeit kommen möchte. Sodann ist die Garantie von Staatsschulden wesentlich bedingt durch eine genaue Kenntniß der Finanzlage des Landes und durch den Bestand des Staatsvermögens, aus welchem letztern Grund auch die Mitwirkung der Stände bei Verfügungen über die Domainen, welche über die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 hinausgehen, einen Theil ihres Rechtsgebiets bildet. Ferner bestimmt das Gesetz vom 5. Jun. 1823, daß, so lange keine allgemeinen ständischen Versammlungen stattfinden, auch die Entwürfe zu allgemeinen Gesetzen den Provinzialständen vorgelegt werden sollen, welche Bestimmung jedoch nunmehr durch die Errichtung des Vereinigten Landtags ihre Erledigung gefunden hat, sodaß der Beirath des letztern zu allen allgemeinen Gesetzen, welche Veränderungen in Personen und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, erfoderlich ist und durch das Gutachten der Provinziallandtage und der vereinigten Ausschüsse nicht ersetzt werden kann.

Allergnädigster König und Herr! Das Wort unseres königlichen Gebieters, auch wenn es schmerzlich berührt, als treue Unterthanen ehrend und eines Eingehens auf die Thronrede in Ehrfurcht uns enthaltend, gedenken wir nur des Ausspruchs Ew. Maj., daß das Staatsschuldengesetz vom 17. Jan. 1820 in seinem unausgeführten Theile den Ständen Rechte und Pflichten gibt, die weder von Provinzialversammlungen noch von Ausschüssen geübt werden können. Auch wir vermögen nicht anzuerkennen, daß der Vereinigte Landtag in den ihm als reichsständische Versammlung zustehenden Functionen durch andere ständische Körperschaften rechtsgültig vertreten und daß bei der Aufnahme von Anleihen durch Zuziehung solcher Körperschaften die Mitgarantie des Vereinigten Landtags ersetzt werden kann.†

Gehorsam dem Rufe Ew. Maj. und im Begriff, unsere Wirksamkeit zu beginnen, fühlen wir uns in unserm Gewissen gedrungen, zur Wahrung der ständischen Rechte die gegenwärtige ehrfurchtsvolle Erklärung am Throne niederzulegen und *vertrauensvoll richtet sich unser Blick auf den hochherzigen Fürsten, der uns in seiner Weisheit um sich versammelte, damit die Macht der Krone mit der gedeihlichen Wirksamkeit der Stände auf unerschütterlichem Boden sich verbinde. Ew. königl. Maj. selbst haben das Recht als diesen Boden bezeichnet und das fürstliche Wort gesprochen: «Zwischen uns sei Wahrheit!» Wir leben der freudigen Zuversicht, daß auf solchen Grundlagen der Bau der vaterländischen Zukunft immer schöner sich erheben werde. Dann ist die Macht der Krone fest begründet, denn sie wurzelt in dem sittlichen Bewußtsein der Nation; dann ist dem preußischen Volke ein vor den socialen Gefahren der Gegenwart gesicherter Entwickelungsgang gewährt; unter den Segnungen einer kräftigen monarchischen Regierung wird es der Güter eines freien, öffentlichen, alle Klassen des Volkes erhebenden Staatslebens theilhaftig werden, und in Liebe und Treue, geschart um seinen königlichen Führer, der großen Bestimmung entgegengehen, zu welcher die Vorsehung den preußischen Staat und mit ihm das gesammte deutsche Vaterland berufen hat. In tiefster Ehrfurcht Ew. königl. Maj. allerunterthänigst treugehorsamste: Die zum Vereinigten Landtag versammelten Stände.

Zu diesem Entwurfe schlägt der geheime Staatsminister Graf v. Arnim nach längern Verhandlungen folgende Abänderung vor, wonach die zwischen *—* gestellten Sätze in obigem Entwurf ausfallen sollten:

„Zu Ew. königl. Maj. hegen wir das Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben es nicht als einen Mangel an Dankbarkeit betrachten werden, wenn wir im Lauf unserer Verhandlungen auf diejenigen Punkte der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. näher eingehen, in welchen Viele unter uns die volle Uebereinstimmung mit den ältern Gesetzen vermissen. Denn, damit Ew. königl. Maj. getreue Stände dem Thron eine wahrhafte Stütze sein, damit wir Ew. königl. Maj. wirksam mithelfen können zum Heil und Gedeihen unsers theuern Vaterlandes, muß in Denen, die wir vertreten, die Ueberzeugung leben, daß uns, wie die Ehre und die Kraft der Krone, so auch die uns von unsern Königen verliehenen ständischen Rechte theuer sind, daß wir beide als unschätzbare Kleinode bewahren und pflegen.

Sollte der Landtag durch seine Berathungen, sollten Ew. königl. Maj. durch seine ehrfurchtsvoll vorzutragenden Gründe sich von dem Vorhandensein solcher Abweichungen zwischen den ältern und den gegenwärtigen Gesetzen überzeugen, so zweifeln wir nicht, daß Ew. königl. Maj. Weisheit und Gerechtigkeit die Wege erwählen werde, welche zu ihrer Ausgleichung in einer mit der Wohlfahrt Preußens vereinbaren Weise führen, der Wohlfahrt, die auf der Stärke des monarchischen Princips und auf einem sichern und geordneten ständischen Rechtsboden beruht."

Nach noch länger fortgesetzter Debatte schlägt Hr. v. Auerswald statt der zwischen †—† stehenden Stelle folgende vor, in welcher Gestalt dann die Adresse angenommen wird:

Zu Ew. königl. Maj. hegen wir das Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben es nicht als einen Mangel an Dankbarkeit betrachten werden, wenn wir im Lauf unserer Verhandlungen auf diejenigen Punkte der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. näher eingehen, in welchen Viele unter uns die volle Uebereinstimmung mit den ältern Gesetzen vermissen. Denn, damit Ew. königl. Maj. getreue Stände dem Thron eine wahrhafte Stütze sein, damit wir Ew. königl. Maj. wirksam mithelfen können zum Heil und Gedeihen unsers theuern Vaterlandes, muß in Denen, die wir vertreten, die Ueberzeugung leben, daß uns — wie die Ehre und die Kraft der Krone — so auch die uns von unsern Königen verliehenen ständischen Rechte theuer sind, daß wir beide als unschätzbare Kleinode bewahren und pflegen.

Sollte der Landtag durch seine Berathungen, sollten Ew. königl. Maj. durch seine ehrfurchtsvoll vorzutragenden Gründe sich von dem Vorhandensein solcher Abweichungen zwischen den ältern und den gegenwärtigen Gesetzen überzeugen, so zweifeln wir nicht, daß Ew. königl. Maj. Weisheit und Gerechtigkeit die Wege erwählen werde, welche zu ihrer Ausgleichung in einer mit der Wohlfahrt Preußens vereinbaren Weise führen, der Wohlfahrt, die auf der Stärke des monarchischen Princips und auf einem sichern und geordneten ständischen Rechtsboden beruht. (A. P. Z.)

Denkschrift, die Ausführung des Eisenbahnnetzes in Preussen betreffend.

Die dem Vereinigten Landtage von Seiten des Finanzministers v. Düesberg übergebene Denkschrift, die Ausführung des Eisenbahnnetzes in Preußen betreffend, welche die Allgemeine Preußische Zeitung vom 17. April vollständig mittheilt, bezieht sich auf die Denkschrift vom October 1842, welche der Berathung der vereinigten ständischen Ausschüsse zum Grunde gelegt wurde, in welcher zur Herstellung des gedachten Eisenbahnnetzes insbesondere folgende Bahnlinien im Anschluß an die schon vollendeten oder gesicherten in Aussicht genommen wurden: 1) von der hannoverschen Grenze bei Minden nach Köln; 2) von Halle durch Thüringen in der Richtung nach dem Mittelrhein; 3) von Berlin nach Danzig und Königsberg; 4) von Frankfurt nach Breslau und von Oppeln zur österreichischen Grenze; 5) eine Bahn zur Verbindung von Posen mit den nach Preußen und durch Schlesien führenden Linien, außer welchen später noch 6) die sogenannte Bergisch-Märkische Bahn von Elberfeld nach Dortmund und 7) die Rheinische Eisenbahn von Köln nach der belgischen Grenze zu einer pecuniairen Unterstützung von Seiten des Staats geeignet befunden wurden. Alle diese Bahnen, mit alleiniger Ausnahme der unter 3. genannten, werden oder wurden durch Actiengesellschaften gebaut, und zwar sind sie theils bereits vollendet (Nr. 4 und 7), theils im Bau begriffen und, soviel die unter 1. und 2. genannten betrifft, ihrer Vollendung sehr nahe; von den betreffenden acht Eisenbahngesellschaften aber wird nur die Cosel-Oderberger vom Staate weder durch Betheiligung am Actiencapital noch durch Zinsgarantie (da beides nicht nöthig war) unterstützt. Hinsichtlich der unter 5. genannten Bahn ist jedoch zu bemerken, daß dieselbe nur theilweise, nämlich durch die Bahn von Stargard (in Pommern) nach Posen, in der Ausführung begriffen ist; was die Fortführung der Bahn nach Schlesien betrifft, so sind zwar sowol von Posen als von Breslau aus vorbereitende Ermittelungen behufs der Ausführung einer Bahn von Posen nach Breslau mit einer Seitenbahn von Lissa nach Glogau, zum Anschluß an die niederschlesische Zweigbahn, vorgenommen worden. Doch darf zur Zeit auf Ausführung dieser Bahnlinie durch Privatmittel nicht gerechnet werden. Demnach bleibt nur die unter 3. genannte Bahn von Berlin nach Königsberg und nach Danzig übrig, deren Ausführung erst zu sichern ist und den Hauptgegenstand der vorliegenden Denkschrift bildet. Hinsichtlich der Richtung der Bahn ist nach reiflicher Erwägung die Linie von Frankfurt a. d. O. über Küstrin, von da in der Richtung auf Landsberg, Driesen, Schneidemühl, Bromberg nach Dirschau, von dort über Marienburg, Elbing, Mühlhausen, Braunsberg nach Königsberg mit einer Zweigbahn von Dirschau nach Danzig, zur Ausführung bestimmt worden, vorbehaltlich der dereinstigen Ausführung ei-

ner directen Bahn von Berlin nach Küstrin. Die Kosten sind im Ganzen auf 32,751,593 Thlr. veranschlagt, wofür außer den großen Brücken über die Weichsel und Nogat bei Dirschau und Marienburg, die auch für den allgemeinen Verkehr wichtig sind, und außer den zugleich im Landescultur-interesse segensreichen Deich- und Stromregulirungen, die mit jenen in Verbindung stehen, im Ganzen 79,92 Meilen Eisenbahn neu gebaut würden. Von jener Summe kommen 1,000,000 Thlr. auf die Bahn von Frankfurt a. d. O. nach Küstrin, 4 Meilen lang, 14,848,034 Thlr. auf die 49,25 Meilen lange Strecke von Küstrin nach Dirschau; 5,939,201 Thlr. auf die Strecke von Dirschau nach Königsberg, 21,54 Meilen lang, jedoch ohne die Kosten der gedachten Brücken; 5,656,027 Thlr. auf die Brücken bei Dirschau und Marienburg über die Weichsel und Nogat, und 3,178,331 Thlr. auf die damit zusammenhängenden Strom- und Deichregulirungen. Die Ausführung der letztern sowie jener Brücken ist wegen ihrer Aufhältlichkeit unerwartet der Verhandlungen über die Ausführung der Bahn selbst, bereits eingeleitet worden und im Jahr 1857 ist ihre Vollendung zu erwarten. Die Länge des Weges würde hiernach von Berlin nach Königsberg 86, von Berlin nach Danzig 68¼, von Königsberg nach Danzig 26 Meilen betragen. Bei dem Bau einer directen Bahn von Berlin nach Küstrin, 11,25 Meilen lang, mit einem Aufwande von 2,774,326 Thlr., würden sich die Kosten auf 33,925,919 Thlr. stellen, dagegen 84¼ Meilen neu gebaut und die Wege von Berlin nach Königsberg und Danzig um etwa 2¼ Meilen abgekürzt werden. In Betreff der Ausführung dieser großen preußischen Eisenbahn haben vorläufige Verhandlungen mit einem zusammengetretenen Vereine stattgefunden, wobei das Actiencapital auf 32 Mill. Thlr. angenommen war, und außer einer ansehnlichen Betheiligung des Staats für die eine Hälfte desselben eine Zinsgarantie von 3½ Proc., für die andere ein prioritätischer Zinsgenuß von 4 Proc. eingeräumt werden sollte, aber bei dem eingetretenen ungünstigen Stande des Geldmarktes haben sie nicht weiter verfolgt werden können. Für jetzt wie für die nächste Zukunft muß alle Hoffnung aufgegeben werden, diese Eisenbahn im Wege der Privatunternehmung nach jener Grundlage ins Leben zu rufen; es entsteht daher die Frage: ob es sich nicht empfehle, die gedachte Bahn ganz für Rechnung des Staats in Ausführung zu bringen? welche die Denkschrift aus überwiegenden Gründen bejahen zu müssen glaubt. Zur Erreichung dieses Zweckes lassen sich zweierlei Wege bezeichnen: eine allmälige langsame Ausführung nach Maßgabe der dazu disponiblen Mittel des Eisenbahnfonds und etwaniger sonstiger Fonds, und die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel mittels einer Anleihe, deren Verzinsung und Amortisation aus dem Eisenbahnfonds zu bewirken wären. Im erstern Falle würde die Bahn erst in etwa 18 Jahren, im letztern in spätestens 9 Jahren zu vollenden sein, und da die Beschaffung der Geldmittel durch eine Anleihe ohne eine Vermehrung der Steuerlast und ohne anderweite Belastung der Staatskasse blos durch eine für eine mäßige Reihe von Jahren vorzunehmende Umsetzung einer schon vorhandenen Rente in Capital erfolgen würde, wie sich aus dem Nachstehenden ergeben wird, so erscheint der letztere Vorschlag unbedingt als der empfehlenswertheste.

Die in Gemäßheit der Cabinetsordre vom 22. Nov. 1842 zur Beförderung des Eisenbahnbaues ausgesetzten Geldmittel bestehen 1) in einem Capitalfonds von 6 Mill. Thlr., 2) in einem laufenden jährlichen Fonds, welcher vom Jahr 1843 an etatsmäßig mit 500,000 Thlr. ausgebracht wird und sich um den Betrag der Mehrüberschüsse aus der Salzdebitsverwaltung gegen den Voranschlag von 1843 erhöht, bis er auf das Maximum von jährlich 2 Mill. Thlr. gebracht sein wird. Dieser Fonds betrug 1843 500,000, 1844: 528,300, 1845: 629,500, 1846: 1,021,100, zusammen 2,678,900 Thlr. Für 1847 beträgt er 1,305,300 Thlr. Der erstgedachte Fonds, dem auch die Zinsen der ihm angehörigen Effecten ꝛc. zufließen, ist bestimmt, die Mittel zur Capitalbetheiligung zu gewähren. Diese ist bis jetzt bei folgenden Bahnen übernommen worden: Cöln-Mindener mit 1,860,000, Niederschlesisch-Märkische mit 1,437,500, Oberschlesische mit 343,000, Stargard-Posener mit 714,300, Bergisch-Märkische mit 1 Mill., zusammen mit 5,354,800 Thlr.; die Betheiligung des Staats bei der Thüringischen Bahn im Belaufe von 810,000 Thlr. kommt hier nicht in Betracht, da dieselbe aus einem Legate des verstorbenen Königs gedeckt wird. Der laufende jährliche Fonds ist wesentlich dazu bestimmt, die Mittel zur Leistung der Zuschüsse zu gewähren, welche in Folge der bei mehren Eisenbahnen übernommenen Zinsgarantie der Staatskasse zur Last fallen möchten. Eine solche Garantie ist bis jetzt bei fünf Bahnen (der Cöln-Mindener für 13 Mill., der Niederschlesisch-Märkischen für 10 Mill., der Oberschlesischen für 2,400,000, der Stargard-Posener für 5 Mill., der Rheinischen für 1,250,000 Thlr., überall zu 3½ Proc.) zum jährlichen Betrage von 1,107,750 Thlr. übernommen worden. Bis jetzt ist der Fall eines zu leistenden Zuschusses noch nicht eingetreten, daher konnten die Bestände des laufenden Fonds nach Abzug der laufenden Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zur Verstärkung des Capitalfonds verwendet werden.

Aus dem letztern wurden bis Ende 1846 bezahlt 3,831,442 Thlr. an Capitalbetheiligung; außerdem wurde der gedachte Fonds dazu benutzt, um den vorzugsweise zur Beförderung geeigneten Eisenbahnunternehmungen durch Abnahme oder Ankauf eines Theiles der dafür ausgegebenen Effecten zu Hülfe zu kommen, sowie auch aus demselben 483,000 Thlr. für die Brückenbauten bei Dirschau und Marienburg und 430,000 Thlr. für den vorläufigen Beginn der Arbeiten und die Grunderwerbungen zwischen Marienburg, Elbing und Braunsberg vorschußweise entnommen worden sind. Ohne Mitberechnung dieser 913,000 Thlr., welche aus den für die Berlin-Königsberger Bahn disponibel zu machenden Fonds zu erstatten sind, bestand der Capitalfonds am 1. Jan. 1847 in 4,440,250 Thlr. in zinstragenden Effecten; an Capitalbetheiligung blieben aber nach jenem Tage noch 1,472,000 Thlr. einzuzahlen.

Von dem zur Beförderung des Eisenbahnbaues ausgesetzten jährlichen Fonds von 2 Mill. Thlr. als Maximum blieben nach Abzug des auf 1,107,750 Thlr. sich belaufenden Gesammtbetrags der übernommenen Zinsgarantie noch 892,250 Thlr. disponibel, welche Summe bei einem Zinssatze von 3½ Proc. ein Capital von 25,492,857 Thlr., zu 4 Proc. aber eins von 22,306,250 Thlr. verzinsen würde, also keinenfalls ausreichend ist, die Zinsen des gesammten Anlagecapitals für die Preußische Ostbahn zu decken. Indessen ließe sich der beabsichtigte Zweck im Wesentlichen auch schon durch eine vorläufige Beschränkung des Projects erreichen, wenn nämlich der Bau der gegen 18 Meilen langen Strecke von Frankfurt über Küstrin bis in die Gegend von Driesen, wo die projectirte Preußische Bahn von der Stargard-Posener Bahn gekreuzt wird, vorerst noch ausgesetzt bleibt und nur von Driesen in östlicher Richtung ausgebaut wird. Dadurch reduciren sich die zu deckenden Anlagekosten auf 26,590,000 Thlr.; eine zusammenhängende Eisenbahnverbindung von Berlin mit Königsberg und Danzig wird aber dann ebenfalls (über Stettin und Stargard, mit Benutzung der Stargard-Posener Bahnstrecke von Stargard bis Driesen, 11,8 Meilen lang) erreicht, und zwar ist dieser Weg nur um 5,25 Meilen länger als der über Frankfurt. (Der Weg von Berlin nach Königsberg beträgt dann 91,31, der von Berlin nach Danzig 74,43, der von Berlin nach Posen 45 Meilen.) Da die disponibeln 892,250 Thlr. zu 4 Proc. ein Capital von 22,306,250 Thlr. verzinsen, und der Sicherheit wegen dieser Zinsfuß in Aussicht genommen werden muß, so bleiben 4,283,750 Thlr. ungedeckt, die der Capital-Eisenbahnfonds decken würde.

Die allmälige Tilgung der Anleihe wird sich aus den Ersparnissen bewerkstelligen lassen, welche bei dem laufenden Eisenbahnfonds mit Sicherheit zu erwarten sind, da die in Folge der Zinsgarantie wirklich zu leistenden Zuschüsse jedenfalls sehr beträchtlich hinter dem Betrage von 1,107,750 Thlr. zurückbleiben werden. Dieselben Ersparnisse, die sich für die ersten zehn Jahre von 1847—56 incl. nach Wahrscheinlichkeitsannahmen auf 6,710,000 Thlr. berechnen lassen, würden auch ein sehr erwünschtes Mittel darbieten, um andern Eisenbahnunternehmungen, deren Ausführung von Wichtigkeit ist, zu Hülfe zu kommen. Dies sind namentlich folgende: von Posen nach Breslau; von der kurhessischen Grenze über Paderborn, Lippstadt, Soest nach Hamm (Cöln-Minden-Thüringische Verbindungsbahn); von Münster nach der hannoverschen Grenze zum Anschluß an eine von Emden kommende Bahn und in Verbindung mit einer Bahn von der holländischen Grenze (resp. der Oberyssel'schen Bahn) über Rheina, Ibbenbühren und Osnabrück nach Löhne bis zur Cöln-Mindener Bahn; eine vier Meilen lange Verbindungsbahn von der pfälzischen Ludwigsbahn (Ludwigshafen-Bexbach) über Saarbrücken bis zur französischen Bahn über Metz nach Paris, welche ihrer geringen Ausdehnung ungeachtet in mehren Hinsichten sehr wichtig ist und, wenn die schwebenden Unterhandlungen wegen Herstellung der Bahn durch eine Privatgesellschaft mit Staatsbetheiligung nicht bald zum Ziele führen sollten, gleichfalls für Rechnung des Staats auszuführen sein dürfte, was schon wegen der in Betracht kommenden militairischen Interessen sowie im fiscalischen Interesse der Bergverwaltung wünschenswerth erscheint; endlich von Frankfurt oder Berlin über Küstrin nach Driesen.

Die Herstellung einer directen Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und Neuyork.

Die preußische Regierung — heißt es in einer Circularnote derselben — hat sich in den Erwartungen nicht getäuscht, welche dieselbe veranlaßten, gegen Ende des vorigen Jahres den Regierungen des Zollvereins eine ausführliche vertrauliche Mittheilung über das in der Vorbereitung sich befindende Unternehmen einer regelmäßigen Dampfschiffahrtsverbindung zwischen Bremen und Neuyork zu machen. In allen Theilen Deutschlands hat die Bedeutung, welche dieses Unternehmen für den überseeischen Verkehr und die commerzielle Entwickelung Deutschlands gewinnen kann, lebhafte Anerkennung gefunden, und fast allgemein hat die Theilnahme für das Zustandekommen des Unternehmens auch ihren Ausdruck durch die That gefunden. Es dürfte erwünscht sein, eine nähere Benachrichtigung über die weitere Entwickelung der Angelegenheit und deren gegenwärtigen Stand zu erhalten; die nachfolgenden Bemerkungen sind daher bestimmt, eine allgemeine Uebersicht der Sache zu gewähren. Von den Regierungen des Zollvereins haben sich außer der preußischen Regierung, deren Betheiligung bei dem Unternehmen sich auf die Summe von 100,000 Dollars beläuft, die nachstehend benannten zu ähnlichen Darlehen für den gedachten Zweck entschlossen: 1) die königlich sächsische mit 20,000, 2) die großherzogl. hessische mit 6000 Dollars, 3) die Regierungen des thüringischen Vereins, und zwar: a) die großherzoglich sächsische mit 4500 Dollars, b) die herzogl. sachs.-koburg-gothaische mit 1000, c) die herz. sachs.-meiningensche mit 1000, d) die herz. sachsen-altenburgische mit 800, e) die fürstl. schwarzburg-rudelstädtische mit 300, f) die fürstl. schwarzburg-sondershausensche mit 400, g) die fürstl. reußischen jüngerer Linie mit 500, zusammen mit 3500 Doll., 4) die herzoglich nassauische mit 2600, 5) von Seiten der freien Stadt Frankfurt endlich ist eine Betheiligung mit 10,000 Doll. zugesichert. Summe 144,100 Doll. Von den nicht zum Zollvereine gehörenden Staaten sind außer den 100,000 Doll. der Stadt Bremen von Seiten des Königreichs Hannover 25,000, und von Seiten des Großherzogthums Oldenburg 10,000 Doll. bewilligt worden, sodaß also bis jetzt überhaupt 279,100 Doll. von deutschen Regierungen für das Unternehmen hergegeben werden.

Dieses erste Zusammenwirken deutscher Regierungen, der Mehrzahl der Regierungen des Zollvereins mit denjenigen des Steuervereins und der freien und Hansestadt Bremen, für einen gemeinsam deutschen commerziellen Zweck, diese Verbindung zwischen den Seeschiffahrt treibenden deutschen Staaten und deutschen Binnenstaaten, um mit vereinten Kräften einem der Gesammtheit förderlichen Ziele zuzustreben, darf mit um so größerer Freude begrüßt werden, als es, weit über den nächsten Zweck hinaus, die schönsten Hoffnungen für die Zukunft zu erwecken geeignet ist und von politischer Bedeutung erscheint. Für das in Rede stehende Unternehmen beginnen die erfreulichen Folgen schon jetzt sich zu zeigen.

Was zunächst Bremen betrifft, so haben die übrigen sich betheiligenden Regierungen nicht ermangelt, der Umsicht und praktischen Geschäftskenntniß der dortigen Leiter der auf das Unternehmen bezüglichen Geschäfte das gleiche Vertrauen zu erweisen, wie preußischerseits geschehen ist. So weit die betreffenden Regierungen sich nicht an die preußische Vermittelung gewendet haben, um ihre Geldbewilligungen ganz an den für den Beitrag Preußens gegebenen Bedingungen Theil nehmen zu lassen, sind dieselben Bremen gegenüber in ein ähnliches Verhältniß wie Preußen getreten, sodaß das ganze Geldgeschäft durch Bremen vermittelt wird. Wenn schon überhaupt es dort mit lebhafter Genugthuung anerkannt worden ist, daß zu einem Unterneh-

men, bei dessen Zustandekommen Bremen allerdings ganz zunächst interessirt ist, im übrigen Deutschland so bereitwillig die Hand geboten worden ist, so haben jene übereinstimmenden Beweise des allgemeinen Vertrauens zu der bremischen Regierung Dem noch ein wesentliches Moment hinzugefügt. Diese Regierung hat keinen Anstand genommen, solches in officiellen Mittheilungen an die preußische Regierung mit besonderem Dank anzuerkennen, und es ist hiermit ein erfreulicher Grund zu einer fernern vielversprechenden Annäherung gelegt.

Auch in Nordamerika hat nach den vorliegenden Berichten die Nachricht von einer Betheiligung deutscher Regierungen an dem fraglichen Unternehmen nicht verfehlt, nicht nur bei dem Publicum, sondern auch bei der Regierung einen bedeutenden und sehr günstigen Eindruck zu machen. Weit entfernt, daß die deutsche Betheiligung etwa ungünstig auf den Credit des Unternehmens eingewirkt hätte (was man von mancher Seite besorgt hatte), wird das volle Gegentheil versichert. Sowol bei den in den Vereinigten Staaten wohnenden Deutschen als bei den Amerikanern selbst hat nach dem Zeugnisse des bremischen Abgeordneten, Hrn. ꝛc. Gevekoht, „die zeitgemäße und liberale Beihülfe der deutschen Staaten einen höchst vortheilhaften Eindruck gemacht und dem Unternehmen in seinem Fortbestehen für Deutschland eine große Sicherheit gewährt.“ Die vorläufige Vertheilung der von Preußen und Bremen bewilligten Anleihegelder unter etwa 40 Häuser in Neuyork, Philadelphia und Baltimore hat das Interesse für das Unternehmen sehr belebt, und das letztere gewinnt, wie auch der bremische Consul Oelrichs in Neuyork bestätigt, täglich neue Fürsprecher. Dieselbe günstige Stimmung macht nach den vorliegenden Nachrichten sich auch bei der Regierung der Vereinigten Staaten geltend; man betrachtet dieses Hand in Handgehen deutscher Staaten bei einer Gouvernementsmaßregel der Vereinigten Staaten als sehr schmeichelhaft und zugleich als ein sehr wesentliches Annäherungsmittel. Sowol der Minister-Staatssecretair, Hr. Buchanan, als der Generalpostmeister der Vereinigten Staaten haben sich gegen Hrn. ꝛc. Gevekoht in diesem Sinn ausgesprochen und ihre Freude über jene Betheiligung der deutschen Regierungen bezeigt. Auch der Präsident Polk hat sich sehr freundlich und auf eine, sein Interesse an den deutschen Beziehungen und an dem Zustandekommen der Dampfschiffverbindung bekundende Weise gegen Hrn. Gevekoht geäußert. Der Letztere bemerkt in dieser Beziehung in seinem neuesten Bericht an den Bürgermeister Smidt vom 20. Januar d. J. wörtlich: „Deutschland steht hier jetzt vortrefflich; es hat in Gewinnung der guten Meinung in der letzten Zeit Riesenschritte gemacht. Hoffentlich benutzt es den gebotenen günstigen Moment zum einträchtigen Handeln. Die andern europäischen Mächte fangen an, aufmerksam und eifersüchtig auf die hiesige Hinneigung zu Deutschland zu werden.“ Man wird in der Hoffnung nicht zu weit gehen, wenn man annimmt, daß die in Vorstehendem bezeichnete Stimmung sich noch bedeutend erhöhen wird. Bei der Erstattung jenes Berichts war in Amerika noch nicht mehr über die Betheiligung deutscher Regierungen an dem fraglichen Unternehmen bekannt, als daß von Preußen und Bremen je 100,000 Doll. bewilligt seien, und daß von Frankfurt wahrscheinlich 10,000 Doll. zum gleichen Zwecke hergegeben würden. Die Nachricht, welchen Anklang die Sache ferner in Deutschland vom nationalen Gesichtspunkte aus gefunden hat, daß nicht nur von den näher betheiligten Regierungen, sondern auch von Binnenstaaten, die ohne unmittelbares Interesse dabei sind, in echt föderativer Gesinnung für den gemeinsamen nationalen Zweck Geldmittel bewilligt worden sind, wird jenen ersten Eindruck gewiß wesentlich verstärken, um so mehr, als der Zollverein und der Steuerverein hier durch die That bekunden, daß es sich für beide Vereine Amerika gegenüber um gemeinschaftliche Interessen handelt, daß beide in Eintracht dasselbe Ziel zu erreichen bemüht sein wollen.

Was die geschäftliche Lage des in Rede stehenden Unternehmens anlangt, so lauten die eingegangenen Berichte im Wesentlichen durchaus befriedigend. Die Abtretung des Contracts des ursprünglichen Entrepreneurs Edward Mills mit dem Generalpostmeister der Vereinigten Staaten ist an die Ocean Steam-Navigation-Company in rechtsverbindlicher Weise bewirkt worden. Die früher angeregten Bedenken gegen die Ausführbarkeit des Darleihegeschäfts an amerikanische Häuser behufs Zeichnung von Actien, unter Gewährung von Sicherheit durch Verpfändung und Niederlegung der Actien bei dem dazu bestellten Bevollmächtigten, sind erledigt. An Actien waren zu Ende Januar d. J. für 441,900 Doll. gezeichnet; doch war damals, wie oben bemerkt, über die Geldbewilligungen von Seiten der übrigen deutschen Staaten außer denjenigen Preußens und Bremens noch nichts Bestimmtes bekannt, und es treten daher diese Bewilligungen einiger Summe hinzu. Das erste für das Unternehmen gebaute Dampfschiff, der Washington, ist am 30. Jan. d. J. in Neuyork vom Stapel gelaufen und entspricht nach dem Urtheile vieler Sachkundigen allen Erwartungen. Insbesondere hat auch der von dem Gouvernement zur Beaufsichtigung des Baues bestellte Marineoffizier mit der Ausführung desselben seine volle Zufriedenheit bezeigt. Ueber den Bau des zweiten Schiffs und der Maschinen für dasselbe ist der Vertrag abgeschlossen, und die Arbeit bereits in Angriff genommen. Das Schiff sowol als die Maschinen werden von denselben Personen geliefert, welche sich bei dem Bau des ersten Schiffs nun bereits bewährt haben. Man hofft, den Washington am 1. Mai d. J. zum ersten Mal abgehen lassen zu können. Nach dem Contracte sollte das erste Dampfschiff zwar eigentlich schon am 1. März d. J. zur Fahrt bereit sein; allein es sind von dem Generalpostmeister bereits beruhigende Versicherungen darüber ertheilt worden, daß der Compagnie aus dieser Verzögerung keine Nachtheile entstehen sollen. Wegen der von dem Congreß zu ertheilenden Ratification des Contracts zwischen Edwards Mills und dem Generalpostmeister hatte derselbe nämlich vier Monate hindurch dem Congresse vorgelegen, welcher Zeitraum verloren ging, bevor nähere Schritte zur Ausführung des Unternehmens gemacht werden konnten. Diese ohne Schuld des Unternehmers versäumte Frist soll jetzt der Gesellschaft zu gute kommen.

Auch in anderer Beziehung schreitet die Vorbereitung des Unternehmens stetig fort. Die Ocean-Steam-Navigation-Company hat bereits begonnen, durch ihre Agenten in Bremen und in Bremerhaven versorgliche Anstalten zur Verproviantirung ihrer Dampfschiffe und zur Versorgung derselben mit Kohlen zu treffen. Tüchtige Capitaine, sowol für den Washington als für das in Bau genommene zweite Schiff, sind ebenfalls schon engagirt. Als ein erfreulicher Umstand und als ein Beweis dafür, wie von allen Seiten danach gestrebt wird, dem Unternehmen einen möglichst günstigen Erfolg zu sichern, verdient es auch der Erwähnung, daß der Erbauer der Maschinen des ersten Schiffs sich entschlossen hat, die erste Reise desselben mitzumachen, um die Maschine unter seine specielle Aufsicht zu nehmen und sich von deren Tüchtigkeit zu überzeugen. Die Bemühungen des Hrn. ꝛc. Gevekoht und des Consuls Oelrichs (von denen der Letztere bekanntlich Mitglied der Direction ist und als Chairman des Finanzcomité fungirt) sind fortgesetzt und mit bestem Erfolge darauf gerichtet, die innere Organisation der Gesellschaft mehr und mehr zu befestigen, und namentlich die Direction durchweg aus vollkommen geeigneten Männern zusammenzusetzen. Beide sprechen die Ueberzeugung aus, daß amerikanische Energie und Thätigkeit in Verbindung mit deutscher Gründlichkeit und Ausdauer das Unternehmen ganz nach Wunsch ausführen werden. Ob und inwieweit diese Hoffnung sich erfüllt, erscheint nach der jetzigen Lage der Sache hauptsächlich davon abhängig, ob es gelingen wird, bei den jetzigen ungünstigen Verhältnissen die erfoderlichen Geldmittel zusammenzubringen. Möchte in dieser Beziehung die von so vielen deutschen Regierungen bethätigte Theilnahme von recht nachhaltiger Wirkung sich zeigen! Ist das Unternehmen einmal begründet, so ist nicht zu besorgen, daß dasselbe in der Zukunft wieder aufgegeben werden möchte. Die von demselben zu hoffende innigere Verknüpfung Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Belebung und Ausdehnung ihrer beiderseitigen Beziehungen werden die beste Garantie für die Dauer einer raschen und sichern Verbindung bieten, welche letztere, je länger sie besteht, desto mehr zu einem beiderseitigen Bedürfnisse sich gestalten wird.

Personalnachrichten.

Mitglieder des Vereinigten Landtags in Preußen:

I. Stand der Fürsten, Grafen und Herren.

A. Provinz Preußen. 1) Kammerherr Graf zu Dohna-Schlobitten, 2) Graf zu Dohna-Schlodien, 3) Kammerherr Graf zu Dohna-Lauck, 4) Graf zu Dohna-Reichertswalde, als Besitzer der die Grafschaft Dohna bildenden Familien-Fideicommisse; 5) Graf Otto v. Keiserling, wegen der Grafschaft Rautenburg.

B. Provinz Brandenburg. 6) Das Domcapitel zu Brandenburg, vertreten durch den Kammerherrn und Domcapitular Hrn. v. Brandt; 7) Graf zu Solms-Baruth; 8) Graf zu Solms-Sonnenwalde; 9) Graf v. Brühl, wegen der Standesherrschaft Pförten; 10) Fürst zu Lynar, wegen der Standesherrschaft Drehna; 11) Graf v. Houwald, wegen der Standesherrschaft Staupitz; 12) Kammerherr Graf zu Lynar, wegen der Standesherrschaft Lübbenau; 13) Prinz v. Schönaich-Carolath, wegen der Standesherrschaft Amtitz; 14) Oberstlieutenant a. D. Graf v. Hardenberg, wegen Neu-Hardenberg; 15) Geheime Staatsminister Graf v. Arnim, wegen des Majorats Boitzenburg; 6) Graf v. Redern, wegen des Majorats Goerlsdorf, Lanke und Schwante.

C. Provinz Pommern. 17) Fürst zu Putbus.

D. Provinz Schlesien. 18) Herzog v. Braunschweig, wegen des Fürstenthums Oels, vertreten durch den Kammerdirector v. Keltsch zu Oels; 19) Fürst v. Liechtenstein, wegen des Fürstenthums Jägerndorf und Troppau, preußischen Antheils, vertreten durch den Geheimen Regierungsrath v. Ziethen zu Breslau; 20) Frau Herzogin Dorothea v. Talleyrand, Herzogin zu Sagan, wegen des Fürstenthums Sagan, vertreten durch den Kammerherrn und Schloßhauptmann von Breslau, Grafen v. Schaffgotsch auf Maiwaldau; 21) Fürst v. Hatzfeld, wegen des Fürstenthums Trachenberg, vertreten durch den Grafen Alexander v. Sierstorpff auf Guhlau; 22) Fürst v. Carolath-Beuthen, wegen des Fürstenthums Carolath; 23) Prinz Victor zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Herzog zu Ratibor, wegen des Herzogthums Ratibor; 24) Herzog v. Anhalt-Köthen, wegen des Fürstenthums Pleß, vertreten durch den Rittergutsbesitzer v. Hochberg auf Mokrau; 25) Erberblandmundschenk Graf Henckel von Donnersmarck, wegen der Standesherrschaft Ober-Beuthen; 26) Prinz Biron v. Curland, wegen der Standesherrschaft Wartenburg; 27) Erboberkämmerer Graf v. Maltzahn, wegen der Standesherrschaft Militsch; 28) Erblandpostmeister Graf v. Reichenbach-Goschütz, wegen der Standesherrschaft Goschütz; 29) Prinz Friedrich der Niederlande, wegen der Standesherrschaft Muskau; 30) Erblandhofmeister Graf v. Schaffgotsch, wegen der Standesherrschaft Kienast; 31) Graf v. Hochberg-Fürstenstein, wegen der Standesherrschaft Fürstenstein; 32) Herzog v. Württemberg, wegen des Majorats Karlsruhe; 33) Fürst v. Hohenlohe-Ingelfingen, wegen der Herrschaften Koschentin, Beronewo und Harbaltewitz und Landsberg; 34) Graf zu Stolberg-Wernigerode, wegen der Majoratsherrschaft Peterswaldau; 35) Fürst v. Lichnowsky, wegen der Majoratsbesitzungen Kuchelna, Grabowka und Krzizanowitz; 36) Graf v. Sandretzky, wegen des langenbielauschen Majorats; 37) Graf v. Oppersdorf, wegen Ober-Glogau; 38) Graf v. Althan, wegen des Majorats Mittelwalde; 39) Graf York v. Wartenburg, wegen der Majoratsherrschaft Klein-Oels; 40) Graf v. Dyhrn, wegen der Fideicommißbesitzungen Resewitz, Mühlwitz und Gelbitz; 41) Graf v. Burghauß, wegen des Majorats Laasan.

E. Provinz Posen. 42) Fürst v. Thurn und Taxis, wegen des Fürstenthums Krotoszyn, vertreten durch den Freiherrn v. Massenbach auf Bialokosz; 43) Fürst Sulkowsky, wegen des Familienmajorats Reisen; 44) Fürst Wilhelm Radziwill, 45) Fürst Bogislav Radziwill, wegen der Grafschaft Przygodzice; 46) Graf Athanasius Raczynski.

F. Provinz Sachsen. 47) Das Domcapitel zu Merseburg, vertreten durch den Regierungspräsidenten Dompropst Hrn. v. Krosigk zu Merseburg; 48) das Domcapitel zu Naumburg, vertreten durch den Erbtruchseß Geh. Reg.-Rath und Domdechant v. Krosigk zu Naumburg; 49) Graf zu Stolberg-Wernigerode. Bei Verhinderung durch seinen Sohn Botho vertreten; 50) Graf zu Stolberg-Stolberg; 51) Graf zu Stolberg-Roßla; 52) Herzog zu Anhalt-Dessau, wegen des Amtes Walternienburg, vertreten durch den Hofjägermeister und Kammerherrn Grafen zu Solms auf Rösa; 53) Vicehofjägermeister Graf von

der Asseburg-Falkenstein, wegen des Falkenstein-Reisdorfschen Familien-Fideicommisses.

G. Provinz Westfalen. 54) Herzog v. Aremberg; 55) Fürst zu Salm-Salm; 56) Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, vertreten durch den Regierungspräsidenten Grafen v. Itzenplitz zu Arnsberg; 57) Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Wittgenstein; 58) Fürst v. Bentheim-Tecklenburg; 59) Fürst v. Bentheim-Steinfurt; 60) Fürst v. Salm-Horstmar; 61) Fürst zu Rheina-Wolbeck, Graf v. Lannoy, vertreten durch den Baurath v. Quast auf Radensleben; 62) Herzog v. Croy-Dülmen; 63) Freiherr v. Stein (jetzt dessen Erben), vertreten durch den Geheimen Legationsrath, Kammerherrn Grafen v. Kielmansegge; 64) Graf v. Westphalen; 65) Graf v. Landsberg-Gehmen.

H. Rhein-Provinz. 66) Fürst zu Solms-Braunfels, vertreten durch den Prinzen Alexander zu Solms-Braunfels nach der Eröffnung des Vereinigten Landtages, zu welcher der Fürst persönlich erscheint; 67) Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich; 68) Fürst zu Wied; 69) Graf v. Hatzfeld-Kinsweiler; 70) Fürst zu Salm-Reifferscheid-Dyk.

II. Stand der Ritterschaft.

A. Provinz Preußen. 1) Hr. v. Brünneck, Oberburggraf und Provinzial-Landtagsmarschall, zu Belschwitz, Kreis Rosenberg; 2) Graf Finckenstein, Obermarschall und Stellvertreter des Provinzial-Landtagsmarschalls, zu Jäskendorf, Kreis Mohrungen; 3) Hr. Donalitius, Rittergutsbesitzer, zu Grauden, Kreis Ragnit; 4) Rittergutsbesitzer Sperber, zu Gerskullen, Kreis Ragnit; 5) Landschaftsrath Reimer, zu Milchbude, Kreis Tilsit; 6) Rittergutsbesitzer Hensche, zu Pogrimmen, Kreis Darkehmen; 7) Landschaftsdirector Graf zu Dohna, zu Wesselshöfen, Kreis Heiligenbeil; 8) Rittmeister a. D. v. Saucken, zu Tarputschen, Kreis Darkehmen; 9) Rittergutsbesitzer v. Saucken, zu Julienfelde, Kreis Darkehmen; 10) Amtsrath v. Schön, zu Blumberg, Kreis Gumbinnen; 11) Rittergutsbesitzer v. Kannewurf, zu Waitkowen, Kreis Lyck; 12) Rittergutsbesitzer Käsewurm, zu Kopicken, Kreis Lyck; 13) Amtmann Thiel, zu Ranten, Kreis Lötzen; 14) Rittergutsbesitzer v. Lyszka, zu Ribben, Kreis Sensburg; 15) Landrath v. Bardeleben, zu Rodems, Kreis Fischhausen; 16) Commerzienrath Jachmann, zu Trutenau, Kreis Königsberg; 17) Rittmeister a. D. v. Kall, zu Tengen, Kreis Heiligenbeil; 18) Rittergutsbesitzer Bannasch, zu Perkau, Kreis Friedland; 19) Lieutenant a. D. Thiel, zu Wangetten, Kreis Rastenburg; 20) Kammerherr und Landrath Graf zu Eulenburg, zu Prassen, Kreis Rastenburg; 21) Rittergutsbesitzer Meyhöfer, zu Budwallen, Kreis Labiau; 22) Landschaftsrath v. Arnim, zu Koppershagen, Kreis Wehlau; 23) Generallandschaftsrath v. Kunheim, zu Spanden, Kreis Preußisch-Holland; 24) Landrath v. Lavergne-Peguilhen, zu Grabowo, Kreis Neidenburg; 25) Major und Landrath v. Fabeck, zu Jablonken, Kreis Ortelsburg; 26) Landschaftsrath Kunkel, zu Groß-Maraunen, Kreis Allenstein; 27) Landrath v. Lavergne-Peguilhen, zu Kunzkeim, Kreis Rössel; 28) Generallandschaftsrath v. Auerswald, zu Plauthen, Kreis Rosenberg; 29) Landrath Blindow, zu Pelleß, Kreis Berent; 30) Landrath v. Kleist, zu Rheinfeld, Kreis Carthaus; 31) Landschaftsdirector v. Gralath, zu Sullmin, Landkreis Danzig; 32) Landschaftsdeputirter v. Donimierski, zu Buchwalde, Kreis Stuhm; 33) Landrath v. Platen, zu Tillau, Kreis Neustadt; 34) Rittergutsbesitzer du Bois, zu Luckorzin, Kreis Preußisch-Stargardt; 35) Rittergutsbesitzer Hoof, zu Rondsen, Kreis Graudenz; 36) Rittergutsbesitzer Wehr, zu Kensau, Kreis Conitz; 37) Landrath v. Zychlinski, zu Stranz, Kreis Deutsch-Crone; 38) Generalmajor v. Prondzinski, zu Gozkau, Kreis Schlochau; 39) Rittergutsbesitzer Stadtmiller, zu Jakobkau, Kreis Graudenz; 40) Rittergutsbesitzer v. Beringe, zu Cielanta, Kreis Strasburg; 41) Rittergutsbesitzer v. Kossowski, zu Gajewo, Kreis Strasburg; 42) Landschaftsdeputirter v. Gordon, zu Laskowitz, Kreis Schwetz; 43) Rittergutsbesitzer v. Kalckstein, zu Pluskowenz, Kreis Thorn; 44) 45)

B. Provinz Brandenburg. 46) Oberstlieutenant a. D., Hofmarschall und Provinziallandtagsmarschall v. Rochow, zu Stülpe, Kreis Luckenwalde; 47) Vertreter des Provinziallandtagsmarschalls Graf zu Solms-Baruth, zu Baruth; 48) Landrath von der Schulenburg, zu Salzwedel, Propstei; 49) Landrath a. D. v. Knoblauch, zu Osterholz in der Altmark; 50) Geh. Regierungsrath v. Werdeck, zu Berlin; 51) Deichhauptmann v. Bismark, zu Briest in der Altmark; 52) Hauptritterschafts- und Landarmendirector v. Rohr, zu Berlin; 53) königl. Kammerherr v. Jena, zu Nettelbeck in der Priegnitz; 54) Ritterschaftsrath und Kreisdeputirter v. Katte, zu Roskow, im Osthavelländischen Kreise; 55) Hauptritterschaftsdirector, Regierungs- und Landesökonomierath Baron v. Monteton, zu Berlin; 56) Major und Landrath v. Schenkendorff, zu Wulckow, Kreis Ruppin; 57) Kreisdeputirter und Ritterschaftsrath v. Bredow, zu Wölsickendorf, Kreis Ober-Barnim; 58) Major a. D. und Kreisdeputirter v. Veltheim, zu Schönfließ; 59) Der wirkliche Geh. Rath v. Massow, zu Berlin; 60) Ritterschaftsrath und Kreisdeputirter Graf v. Häseler, zu Blankenfelde, Kreis Teltow; 61) Oberregierungsrath Baron v. Brucken, genannt v. Fock, zu Potsdam; 62) Landrath v. Löschebrand, zu Beeskow; 63) Oberpräsident v. Meding, zu Potsdam; 64) Rittergutsbesitzer v. Oppen, zu Fredersdorf, Kreis Belzig; 65) Oberstlieutenant a. D. und Kreisdeputirter v. Arnim, zu Criewen in der Ukermark; 66) Kammergerichtsrath a. D. v. Winterfeld, zu Menkin in der Ukermark; 67) Kreisjustizrath Bredow, zu Dramburg; 68) Königl. Kammerherr v. Brandt, zu Lauchstedt; 69) Ritterschaftsrath v. Witte, zu Falkenwalde; 70) Lieutenant a. D. v. Waldow und Reitzenstein, zu Reitzenstein; 71) Kreisdeputirter und Landesältester Mandel, zu Wallmersdorf; 72) Rittergutsbesitzer v. Scholten, zu Plau; 73) Landrath v. Poncet, zu Spremberg; 74) Landsyndikus des Markgrafthums Niederlausitz, Geh. Regierungsrath Frhr. v. Platow, zu Lübben; 75) Landrath Frhr. v. Manteuffel, zu Luckau; 76) wirklicher Geh. Oberregierungsrath und Director im Ministerium des Innern Frhr. v. Manteuffel, zu Berlin; 77) Regierungsrath, Landrath v. Carlsburg, zu Schönaich, Kreis Guben.

C. Provinz Pommern. 78) Oberst a. D. und Provinziallandtagsmarschall Graf v. Bismark-Bolen, zu Karlsburg, Kreis Greifswald; 79) Geh. Reg.-Rath, Landrath und Vertreter des Provinziallandtagsmarschalls v. Schöning, zu Stargard; 80) Regierungsrath a. D. v. Dycke, zu Losentitz, Kreis Rügen; 81) Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinischer Kammerherr v. Gadow, zu Drechow, Kr. Franzburg; 82) Rittergutsbesitzer v. Hagenow, zu Langenfelde, Kreis Grimmen; 83) Landrath Graf v. Schwerin, zu Anklam; 84) Rittergutsbesitzer v. Heyden, zu Cartelow, Kreis Demmin; 85) Landrath v. Puttkammer zu Stettin; 86) Rittergutsbesitzer v. Hiller, zu Großmokratz, Kreis Usedom-Wollin; 87) Rittergutsbesitzer v. Flemming, zu Bassenthin, Kreis Kamin; 88) Landrath und Rittergutsbesitzer v. Bismark, zu Jarchlin, Kreis Naugard; 89) Landschaftsrath v. Hagen, zu Premslam, Kreis Regenwalde; 90) Landrath v. d. Osten, zu Wigmütz b., Kreis Regenwalde; 91) Kreisdeputirter und Rittmeister a. D. Asch, zu Rüggenhagen, Kreis Saatzig; 92) Landrath und Landschaftsdirector v. d. Marwitz, zu Greifenberg; 93) Premierlieutenant a. D. v. Thadden, zu Trieglaff, Kreis Greiffenberg; 94) Landrath, Major und Kammerherr Baron v. Steinäcker, zu Greifenhagen; 95) Rittergutsbesitzer Bauck, zu Kleinpopplow, Kreis Belgard; 96) Rittergutsbesitzer v. Puttkammer, zu Neuenfeld b., Kreis Rummelsburg; 97) Landrath a. D. v. Gerlach, zu Parsow, Fürstenthumer Kreis; 98) Landschaftsrath v. Weiher, zu Vietzig, Kreis Lauenburg-Bütow; 99) Rittergutsbesitzer v. Arnim, zu Heinrichsdorf, Kreis Neustettin; 100) Landrath v. Kleist, zu Nemitz, Kreis Schlawe; 101) Rittergutsbesitzer v. Gottberg, zu Mahnwitz, Kreis Stolp.

D. Provinz Posen. 102) Frhr. Hiller v. Gärtringen, Kammerherr und Provinziallandtagsmarschall, zu Betsche, Kreis Meseritz; 103) Graf Heliodor Skorzewski, Kammerherr und Stellvertreter des Provinziallandtagsmarschalls, zu Prochnowo, Kreis Chodziesen; 104) Rittergutsbesitzer Symforian v. Wegierski, zu Wegry, Kreis Adelnau; 105) Rittergutsbesitzer v. Reiche, zu Rosbisek, Kreis Birnbaum; 106) Andreas v. Niegolewski, ehemaliger polnischer Oberst, zu Niegolewo, Kreis Buck; 107) Generallandschaftsdirector Alexander v. Brodowski, zu Geiersdorf, Kreis Fraustadt; 108) Rittergutsbesitzer Julian v. Zaraczewski, zu Gluchowo, Kreis Kosten; 109) Rittergutsbesitzer Gustav v. Potworowski, zu Gola, Kreis Kröben; 110) Rittergutsbesitzer Graf Theodor Mycielski, zu Chocieszewice, Kreis Kröben; 111) Generallandschaftsrath Joseph v. Kurcewski, zu Kowalewo, Kreis Pleschen; 112) Rittergutsbesitzer v. Treskow, zu Radojewo, Kreis Posen; 113) Provinziallandschaftsrath Graf Adolf Bninski, zu Emachowo, Kreis Samter; 114) Provinziallandschaftsrath Nikol. v. Psarski, zu Doruchow, Kreis Schildberg; 115) Generallandschaftsrath Camill v. Zakrzewski, zu Meszewczyn, Kreis Schrimm; 116) Rittergutsbesitzer Eduard v. Poninski, zu Tulce, Kreis Schroda; 117) Rittergutsbesitzer Ignaz v. Skorzewski, zu Rekla, Kreis Schroda; 118) Rittergutsbesitzer Fellmann, zu Jankowo, Kreis Mogilno; 119) Rittergutsbesitzer August v. Miszewski, zu Modliszewo, Kreis Gnesen; 120) Rittergutsbesitzer und Dr. philos. Anton v. Kraszewski, zu Tarkowo, Kreis Inowraclaw; 121) Rittergutsbesitzer Graf Arnold Skorzewski, zu Lubostron, Kreis Schubin; 122) Legationsrath a. D. Küpfer, zu Czapez, Kreis Wirsitz; 123) Regierungsrath a. D. Pantaleon Schumann, zu Kujawski, Kreis Wongrowiec.

E. Provinz Schlesien. 124) Generalmajor und Provinziallandtagsmarschall Fürst Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen, zu Koschentin; 125) Landesältester und Vertreter des Provinziallandtagsmarschalls Graf v. Loeben, zu Nieder-Rudelsdorf, Kreis Lauban; 126) Kreisdeputirter und Landesältester v. Kessel, zu Zeisdorf, Kreis Sprottau; 127) Rittergutsbesitzer Neumann, zu Sprottischdorf, Kreis Sprottau; 128) Kreisdeputirter Matthis, zu Druse, Kreis Glogau; 129) Oberlandesgerichtsrath Baron v. Rothkirch-Trach, zu Baersdorf, Kreis Goldberg-Hainau; 130) Landesältester v. Wille, zu Hochkirch, Kreis Liegnitz; 131) Landrath Graf v. Frankenberg, zu Warthau, Kreis Bunzlau; 132) Rittmeister und Landesältester v. Mutius, zu Börnchen, Kreis Volkenhain; 133) Major und Landschaftsdirector Frhr. v. Zedlitz-Neukirch, zu Tieshartmannsdorf, Kreis Schönau; 134) Landesältester Baron v. Tschammer, zu Dromsdorf, Kreis Striegau; 135) Geheimer Oberbergrath Steinbeck, zu Muhrau, Kreis Striegau; 136) Landrath Frhr. v. Czettritz, zu Kolbnitz, Kreis Jauer; 137) Creditinstitutdirector Baron v. Gaffron, zu Kunern, Kreis Münsterberg; 138) Landrath und Landschaftsdirector Graf v. Strachwitz, zu Peterwitz, Kreis Frankenstein; 139) Landschaftsdirector Graf v. Stosch, zu Manze, Kreis Rimptsch; 140) Major a. D. v. Stegmann, Kreis Rimptsch; 141) Rittergutsbesitzer Graf v. Saurma-Jeltsch, zu Jeltsch, Kreis Ohlau; 142) Landrath v. Prittwitz, zu Schmoltschütz, Kreis Oels; 143) Rittergutsbesitzer v. Raven, zu Pestelwitz, Kreis Oels; 144) Landesältester Baron v. Diebitsch, zu Groß-Wierschwitz, Kreis Guhrau; 145) Landrath Baron v. Wechmar, zu Zedlitz, Kreis Steinau; 146) Generallandschaftsrepräsentant Graf Pückler v. Gröditz, zu Regau, Kreis Falkenberg; 147) Rittergutsbesitzer Graf v. Strachwitz, zu Proschlitz, Kreis Creutzburg; 148) der wirkliche Geheimrath Graf v. Renard, zu Groß-Strehlitz; 149) Landrath Graf v. Strachwitz, zu Kaminietz, Kreis Tost-Gleiwitz; 150) Landrath Baron v. Durant, zu Baranowitz, Kreis Rybnick; 151) Premierlieutenant und Landesältester v. Wrochem, zu Brzesnitz, Kreis Ratibor; 152) Kammerherr und Landschaftsdirector v. Gilgenheimb, zu Franzdorf, Kreis Neisse; 153) Landrath und Landesältester Frhr. v. Seherr-Thoß, zu Kujau, Kreis Neustadt; 154) Kammerherr Graf v. Hoverden, zu Herzogswaldau, Greis Grottkau; 155) Landrath v. Uechtritz, zu Nieder-Heidersdorf, Kreis Lauban; 156) Landrath und Landschaftsdirector v. Ohneforge, zu Bremenhain, Kreis Rothenburg; 157) Kreisdeputirter v. Haugwitz, zu Mengelsdorf, Kreis Görlitz; 158) Oberstlieutenant v. L'Estocq, zu Ober-Girbigsdorf, Kreis Görlitz; 159) Rittergutsbesitzer Fürst Heinrich LXXIV. von Reuß-Köstritz, zu Jänkendorf, Kreis Rothenburg.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Mittwoch — Nr. 111. — 21. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht

Deutschland. = München. Frhr. Zurhein. Beförderungen. Der Nothstand. Gerüchte. München. Frhr. v. Gärtner. ⊙ Leipzig. Die Getreidetheuerung. — Ausbruch der natürlichen Blattern in Ulm. — Die Unruhen im Odenwalde. — Das badische Schützenwesen. — Die Verhaftungen in Kassel. — Die Bürgerschaft in Bremen.

Preußen. ⊻ Berlin. Die Verfassung. Das Petitionsrecht. ** Berlin. Die Stenographen. — Eindruck der Thronrede. — Confessionswechsel.

Oesterreich. Wien. Arbeiterunruhen in Prag. Die Offiziere und der Thierquälerverein. ⊙ Wien. Die Hauptstadt. Die Provinzen. Das Eisenbahnpolizeigesetz.

Portugal. Nachrichten aus Oporto. Vergleichsgerichte.

Spanien. Der Senat. Der Gemahl der Königin. Hr. Misley. Espartero. Der Proceß gegen Serrano. Handels- und Ackerbaurath.

Großbritannien. Das Unterhaus. Die Königin und Prinz Albert. Die Bankbill. Zufluchtshäuser in London. Subscription für die Hinterlassenen der auf dem Tweed Verunglückten. Die Nationalbelehnung für Cobden.

Frankreich. Die Deputirtenkammer. Die Zeitungen. Die Hinrichtung der Verurtheilten von Buzançais. Die indirecten Steuern. Der Herzog v. Broglie. Hr. Wheaton. Abd-el-Kader.

Belgien. Getreidehalle.

Schweiz. Das Zuchthaus in Bern. Das Armengesetz.

Dänemark. Verfassungsentwurf.

Moldau und Walachei. Das Feuer. — Schluß der Ständeversammlung.

Nordamerika. Die Aernte.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. (*) Berlin. Theater. ** Leipzig. Theater.

Handel und Industrie. Dresden. Die Staatsanleihe. Aus Franken. Der Zollverein. * Leipzig. Börsenbericht. Aus Schlesien. Die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn. Zürich. Eisenbahntunnel. — Die Eisenbahn von München nach Triest. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 16. April. Unser Minister der Finanzen und des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Frhr. v. Zu-Rhein, wird morgen oder übermorgen eine vierzehntägige Urlaubsreise nach Regensburg antreten, wo er bekanntlich früher Präsident war und jetzt noch seine häuslichen Einrichtungen zu treffen hat. Ein seit etwa acht Tagen in Umlauf gekommenes Gerücht, nach welchem derselbe wegen Geschäftsüberbürdung das eine seiner Portefeuilles sollte abzutreten wünschen, muß auf irgend einem Misverständnisse beruhen. Nicht das Mindeste spricht dafür, daß dasselbe begründet sei. Zu den neuesten durch den Minister Frhrn. v. Zurhein vollzogenen Entschließungen des Königs bezüglich der Ausfüllung verschiedener Lücken im Lehrerstande der Universität gehört die Ernennung des bisherigen Privatdocenten Dr. Prantl, eines höchst tüchtigen jungen Gelehrten, zum außerordentlichen Professor der Philologie. Ebenso ist unsers berühmten Hofraths Buchner Sohn vom Privatdocenten zum außerordentlichen Professor befördert und dadurch der medicinischen Facultät ein wahres Geschenk gemacht worden.

Oeffentliche und Privatberichte schildern die in verschiedenen Landestheilen, wo die jüngste Aernte eine unzureichende gewesen ist, so also vorzugsweise im Oberfränkischen, herrschende Noth als im raschen Steigen begriffen. Unmittelbare Befehle des Königs ordnen die kräftigsten Hülfsmaßregeln an, von denen einer besondern Erwähnung zu verdienen scheint, daß der Regierung in Baireuth auch 100,000 Fl. vorgeschossen worden sind, um auswärts Getreide und Kartoffeln aufzukaufen. Nicht genug beklagen kann man unter diesen Umständen, daß die günstigere Jahreszeit diesmal gar so lange auf sich warten läßt. Wir selbst haben gestern und in der verwichenen Nacht wieder einen schuhhohen Schnee erhalten. Da müssen denn Tausende von Arbeitern unbeschäftigt bleiben, die außerdem ihr tägliches Brot reichlich verdienen könnten. — In rheinischen Blättern ist schon wieder zu lesen, daß der 1. Mai, oder die Zeit der erfolgten Rückkehr unserer Studenten aus den Ferien, allem Vermuthen nach wieder Zeuge von Straßenscandalen werden dürfte. An Wirthhausspectakeln fehlt es während der völkereireichen und bierclassischen Zeit des Salvator- und Backbieres bei uns bekanntlich nie; meint demnach der fragliche Prophet derartige Scandale, dann wird er vielleicht seine Vorausverkündigung wahr werden sehen. Will er aber mit dem Märchen des Wiederauftauchens des Gespenstes vom 1. März erschrecken, dann dürfte er klüger geschwiegen haben; denn nirgend hört man Unterrichtete von vorhandenen Merkmalen und Anzeichen reden, aus denen sich auf eine Wiederholung jener bedauerlichen Excesse schließen ließe.

München, 17. März. Soeben erfahren wir, daß Oberbaurath v. Gärtner plötzlich schwer erkrankt ist.

⊙ **Leipzig**, 20. April. Unser Ministerium des Innern erläßt unterm 19. April folgende Bekanntmachung:

„Seit kurzem hat sich auf der Mehrzahl der inländischen Getreidemärkte eine verminderte Zufuhr bemerkbar gemacht und diese eine plötzliche, hier und da eine sehr beträchtliche Steigerung der Getreidepreise, namentlich des Roggens, zur Folge gehabt. Beruht nun die letztere, wie unten gezeigt werden wird, auf unabänderlichen Verhältnissen und wird sie daher mit Geduld ertragen werden müssen, so darf es doch nicht befremden, wenn sich über diesen Stand der Dinge eine Beunruhigung der Gemüther kund gibt, die leicht ein größeres Uebel werden könnte als die Ursache, durch die sie hervorgerufen worden ist, dafern ihr nicht in Zeiten entgegengewirkt würde. Um dies aber mit Erfolg zu thun, bieten sich nur zwei Mittel dar: 1) Klarheit über den eigentlichen Grund des dermaligen Zustandes zu gewähren, damit Jedermann sich überzeuge: in menschlicher Macht liege es nicht, die Noth zu beseitigen, sondern nur sie zu mildern und würdig zu ertragen; 2) kräftiges und besonnenes Handeln von Seiten aller Behörden und Hülfsvereine, aber auch von Seiten der Einzelnen, damit das Volk Vertrauen fasse und behalte, aber auch Jeder selbst thätig wirke, nicht nur auf Andere sich verlasse.

Zu 1. Wer aufmerksam den Weg verfolgt hat, welchen der Getreidehandel in Sachsen in der Regel nimmt, und damit den Gang vergleicht, den er seit der vorigen Aernte genommen hat, wird sich überzeugen, daß die jetzige Krisis in demselben eine durchaus natürliche, durch die Verhältnisse nothwendig bedingte ist. Nach gewöhnlicher Annahme bedarf Sachsen jährlich einer Zufuhr von mehr als einer Million Dresdner Scheffel, wozu Böhmen nicht ganz die Hälfte zu liefern pflegt. Wenn nun in diesem Jahre zum Theil mit in Folge des erhöhten Ausgangszolls die Zufuhr aus Böhmen erschwert war, so ist sie elbaufwärts und an der gesammten übrigen Grenze noch geringer gewesen. Dennoch hielten sich geraume Zeit hindurch die Preise in Sachsen so niedrig wie nirgend sonst, weil die Producenten des Landes, ein Steigen der Preise nicht erwartend, rasch und viel verkauften. Allein eben weil die Preise so niedrig waren im Verhältnisse zum Auslande, ging das Getreide im Gebiete der Saale, Elbe und Oder seewärts, die Zufuhr nach Sachsen hörte fast auf, selbst die eröffnete Schiffahrt konnte nicht helfen, denn die Preise in den Seehäfen standen höher als auf den sächsischen Märkten. Nur ein Herabgehen der Preise dort oder ein Steigen derselben hier konnte jene Richtung des Verkehrs ändern. War nun Ersteres nicht möglich, so lange England, Frankreich, Holland und die Rheingegend noch Bedürfnisse hatten, so ließ sich die Hülfe nur von einem Umspringen der bisherigen Preisverhältnisse erwarten. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint daher die nunmehr auch bei uns eingetretene Preissteigerung wenn auch unbezweifelt als ein Uebel, doch aber als ein nothwendiges und als das naturgemäße Mittel, um dem inländischen Markte diejenigen Zufuhren aus dem Auslande zuzuwenden, deren derselbe nach den einmal gegebenen Verhältnissen nicht entbehren kann, die er aber freilich unter keinen andern Bedingungen, als es die allgemeinen Conjuncturen des Handels eben mit sich bringen, sich nachhaltig gesichert zu sehen hoffen darf. Die vorhandene Noth, so weit sie Folge der Theuerung ist, wird und muß übrigens ihre Heilmittel in sich selbst tragen, sie wird namentlich dahin führen, daß an Lebensmitteln möglichst gespart wird, daß auch die Producenten, die bisher, um für schlimmere Zeiten und für ihre nächste Umgebung nicht entblößt zu sein, mit ihren Vorräthen zurückgehalten, diese, durch den hohen Preis veranlaßt, in sicherer Hoffnung auf Zufuhr von außen und gewiß auch aus Menschenpflicht nunmehro nach und nach zu Markte bringen, daß die Händler auf unsere Märkte eilen, weil sie hier höhere Preise zu bekommen wissen als in den Seehäfen, und so werden in Folge einer natürlichen Wechselwirkung die hohen Preise, über die man natürlich jetzt klagt, sich ausgleichen, ja sich jetzt als ein sicheres Vorbeugungsmittel gegen größere künftige Noth bewähren.

Zu 2. Das unterzeichnete Ministerium hat die ganze Wichtigkeit der Sache nie aus dem Auge verloren, es hat vom ersten Augenblicke der beginnenden Bedrängniß für Getreide aus dem Auslande, für Mehl, Kartoffeln und trockene Gemüse, so weit es möglich war und ohne dadurch, wie wol hier und da behauptet wird, den Preis im Inlande zu steigern, gesorgt, aber nicht, um die Zufuhr von außen zu ersetzen, nicht, um die Behörden ihrer amtlichen, die Hülfsvereine ihrer freiwillig übernommenen Pflichten zu entbinden, sondern um da, wo wirkliche Armuth es erfodert, kräftig helfen zu können; es sind ansehnliche Geldmittel angewiesen worden zum Ankaufe von Samenkartoffeln und zur Unterstützung der Bedrängten; für außerordentliche Gelegenheit zur Arbeit an Eisenbahnen und Straßenbauten für Die, die arbeiten wollen, ist gesorgt und wird, sobald die günstigere Witterung es gestattet, noch weiter gesorgt werden. Es sind Verkehrserleichterungen aller Art, so weit sie zulässig waren, eingetreten, und wenn auch nicht Allen und nicht überall gleichmäßig und sofort geholfen werden konnte, so sind doch die bisherigen allseitigen Bemühungen nicht ohne segensreichen Erfolg geblieben. Das Ministerium wird fortfahren, in diesem Sinne zu wirken, möge es darin auch ferner von den Behörden, den Hülfsvereinen, den Einzelnen kräftig unterstützt werden. Möge Jeder daran denken, daß es in Zeiten der Noth doppelte Pflicht ist, zu helfen, und daß das Bewußtsein, sei-

ner Pflicht genügt zu haben, mehr werth ist als schnöder Gewinn auf Kosten der Bedrängten."

Zu den weitern Maßregeln zur Abwendung der Noth gehört auch eine Bekanntmachung der Zoll- und Steuerdirection vom 17. April, wonach auf der sächsisch-böhmischen Grenzlinie von Oberwiesenthal bis zur bairischen Grenze a) magere Ochsen zu dem ermäßigten Zollsatze von 1 Thlr. 10 Ngr., b) Zuchtstiere und Kühe zu dem ermäßigten Zollsatze von 1 Thlr. und c) Jungvieh zu dem ermäßigten Zollsatze von 20 Ngr. vom Stück eingelassen werden sollen.

Unser Hülfsverein macht jetzt bekannt, daß er seit dem 8. Dec. v. J. bis zum 17. April in drei wöchentlichen Verkaufstagen auf 2303 Karten an eben so viele Familien 669,731½ Pfd. Brot à Pfund 1 Ngr. (also gegen 43,000 Pfd. Brot wöchentlich, statt, wie in Nr. 106 gesagt war, 30,000 Pfd.); sodann 18,240 Kannen Hirse, 12,980 Kannen Erbsen, 5568½ Kanne Linsen und 16,571 Metzen Kartoffeln verkauft hat.

Ein Vergleich mit unsern Brotpreisen vor 10 Jahren mag noch hier Platz finden. Im Januar 1837 weg ein Dreiling 15 Loth und erhielt man für 10 Ngr. 16 Pfd. reines Roggenbrot. Wie wir hören, ist heute der Scheffel Roggen um 2 Thlr. abgeschlagen.

— In **Ulm** ist seit dem 14. April der Ausbruch der natürlichen Blattern amtlich angezeigt. Die Kranken wurden sogleich ins Spital gebracht. Auch wurden alle Personen unter 30 Jahren zu einer abermaligen Impfung aufgefodert.

— Die Karlsruher Zeitung vom 15. April berichtet: „Die Nachrichten einiger Blätter, welche von wirklich ausgebrochenen Unruhen im Odenwalde sprechen, sind ungegründet; der gesunde Sinn des Volks und die vorgekehrten Sicherheitsmaßregeln kamen jedem Versuche zuvor. Was die Untersuchung gegen Stoll betrifft, so soll dieselbe auf die Spur geführt haben, daß mehrfache Aufforderungen zum Erscheinen auf dem angesagten Sammelplatze mit der Bemerkung geschahen, daß es nur auf das Ausplündern einiger vermöglichern Bürger abgesehen sei. Hierin lag, wie man richtig voraussah, sowol die Gefahr als die Schutzpflicht für einen Ueberraschungsfall; um ein anderes Resultat hätte es sich jedenfalls nicht handeln können."

— Nach der Mannheimer Abendzeitung ist Hoffmann von Fallersleben (Nr. 108) ruhig in Heidelberg.

— Die Rundschau schreibt: „Am Ostermontage waren Abgeordnete von zwölf Schützengesellschaften in **Offenburg** versammelt, um zu einer Organisation des Schützenwesens in Baden (Nr. 94) den Grund zu legen. Es waren 740 Schützen, in deren Namen und Auftrag verhandelt wurde."

— Aus **Kassel** vom 16. April schreibt das Frankfurter Journal: „Die von Fulda aus berichtete Verhaftung und Transportirung eines dortigen Soldaten nach Kassel (Nr. 106) steht mit der Verhaftung mehrer hiesigen Bürger (Nr. 109) im Zusammenhange; dieselben waren, dem Vernehmen nach, wegen Mitwissenschaft in Betreff des unlängst am Palais angehefteten verbrecherischen Placats denuncirt, jedoch nach einigen Tagen wieder freigelassen worden, da sich die Denunciation als grundlos herausgestellt hatte."

— Aus **Bremen** vom 17. April berichtet die Weser-Zeitung: „In der gestrigen Versammlung der Bürgerschaft wurde von dieser die Erörterung des diesjährigen Budgets durch Genehmigung der Ansätze desselben beendigt. Die darauf bis Abends spät verwendete Zeit gestattete nicht mehr, noch zu der Berathung zweier vorgelegten wichtigen Berichte überzugehen, von denen einer Vorschläge und technische Begutachtungen, die Anlegung eines zweiten Docks zu Bremerhaven betreffend, nebst den dazu gehörigen Kostenberechnungen, der andere ein Gutachten über das zweckmäßigste Verfahren zur Anschaffung der für die vorliegenden außerordentlichen Bauanlagen erfoderlichen Geldmittel enthielt. Der Senat sicherte die baldige Eröffnung einer anderweitigen Gelegenheit zur Erörterung dieser Gegenstände zu."

Preußen.

ψ **Berlin**, 17. April. Während die theoretischen Beleuchtungen der Verfassung vom 3. Febr. allgemach zurückweichen und seltener werden, tritt diese selbst desto mehr in ihre praktische Beleuchtung und entzieht sie die Ohren den geheimen Einflüsterungen, um das Auge für die gültigere Zeugenschaft der Thatsachen zu schärfen. Augenscheinlich beruhte das Geheimniß des neuen Gesetzes auf der Aufgabe, eine Staatsform zu finden, durch welche das dem preußischen Staate unentbehrliche, streng monarchische Princip aufrecht erhalten, dem Volke aber Raum und Mittel gegeben würden, seine Wünsche und Bedürfnisse in einem ihre vollkommene Beachtung sichernden Umfange vor dem königl. Thron vertreten zu können. Das Volk sollte nicht mehr unthätiger Zuschauer der Dinge sein, sondern mitreden und mithandeln. Der König sollte der höchste Gesetzgeber bleiben, aber nicht ein solcher Gesetzgeber, der aus absolutem Gutbefinden, sondern vielmehr ein solcher, der aus den vorgetragenen und wohlerkannten Wünschen seines Volks sich entschlösse. Dies ist das Geheimniß unserer Verfassung, und die Zukunft wird lehren, ob sie nicht den wahrhaftern Constitutionalismus getroffen und ausgedrückt habe; ob nicht darin überhaupt eine allgemeinere, nothwendige Geschichtsform zur Erscheinung und Anerkennung gekommen, in welche manches in nutzlosen Kämpfen abgehetzte und erschöpfte Land eines Tages mit derselben freien Uebereinstimmung zurückkehren dürfte, womit Europa aus allen Revolutionen wenigstens zu seiner monarchischen, ihm ureignen Tradition noch jederzeit zurückgekehrt ist. Die junge Verfassungsform Preußens steht wenigstens auf dem reellen Scheitelpunkte der europäischen Entwickelung. Sie verhält sich streng in der gegebenen Mitte, die eben so fern von dem alten Absolutismus der Throne als von dem neuen der Volkssouverainetät ist, welche beide eine wahrhafte höchste Einheit des Staats- und Volkswillens nie zu gewähren vermochten. Aus diesem Grunde schwinden denn auch alle gegen die junge Verfassung vorgebrachten Bedenken; man muß in Ansehung ihrer sich ganz auf die Erfahrung verlassen. Man muß abwarten, ob und wiefern Thron und Volk in der gegebenen Stellung sich einander zu ergreifen vermögen, denn das gegenseitige Begreifen reicht auf dieser Grundlage nicht mehr zu und würde früher oder später zum Tode, mit Einem Worte zu dem alten Mechanismus, dem man soeben entschlüpfte, nothwendig zurückführen. In der gegenwärtigen Lage kommt es von Seiten des Volks auf Vertrauen, von Seiten des Throns auf die richtige Einsicht an, und wenn diese durch unverdientes Mistrauen nicht beirrt und eingeschüchtert wird, so ist kein Grund vorhanden, zu besorgen, daß irgend ein Wunsch, irgend ein Bedürfniß des Volks zu spät befriedigt werden könnte, mag das Petitionsrecht bis an den Himmel reichen oder zwischen Moosgewächsen auf der Erdrinde hinschleichen. Denn es ist eben das Eigenthümliche dieser Verfassungsform und ihr ein nicht hoch genug anzuschlagender Vorzug, daß auch die Minorität das Recht behält, von dem Throne gehört und vernommen zu werden, kurz, daß nicht die trügerischen Ergebnisse einer tausend Zufälligkeiten erliegenden Abstimmung, sondern die Verhandlungen als solche, die pure Debatte als solche mit allen ihren Gründen und Scheingründen zur ganzen ungetheilten Erwägung einer über ihr stehenden unabhängigen Macht gelangt, gleich viel, ob sie in den einzelnen Fällen die Formulirung der wirklichen Petition erreichte oder ob nicht. Nichts ist daher alberner als jenes Zetergeschrei, welches manche Publicisten von dem beschränkten Standpunkte der Juristerei und einer gänzlichen politischen Anschauungslosigkeit aus gegen die Beschwerungen des ständischen Petitionsrechts, insbesondere jedoch gegen die eigenthümliche Betheiligung der Herrencurie an demselben erhoben haben; denn die Petition verbürgt auf der Grundlage dieser Verfassung an und für sich noch rein gar nichts: das ganze Punctum dieser Verfassung liegt vielmehr in der gewichtreichen Anerkennung, welche die Debatte als solche unterschiedlos und unausschließlich nach allen ihren Wendungen und Auflagen hin vor dem höchsten Gesetzgeber finden soll, und so wird es oft geschehen, daß die Debatte wirksamer wird als der Antrag und die Petition; daß selbst eine in beiden Curien unterlegene Petition, ohne also an den höchsten Gesetzgeber gelangt zu sein, dennoch durch denselben siegt, weil er eben nicht Zahlen und Köpfe, sondern Gründe wiegt. Bei der unbedingten Freiheit des königlichen Throns ist alle Tage möglich, was wir eben in diesen Tagen auch wieder sahen, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes zu schnellen Erfüllungen gelangen, mag die ständische Stimme sich darüber erklärt haben wie sie wolle. Das Toleranzedict, die Oeffentlichkeit der Rechtspflege, die Einführung von Handelsgerichten, die höchst ausgedehnte Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen: Das Alles sind Acte und Thatsachen, die unter den Augen des Landtags soeben vorgingen und ihn gebieterisch nöthigen, in die wahre lebensvolle Eigenthümlichkeit der jungen Verfassung, kurz von dem theoretischen Narretheiding, dem es meist so ungeheuerlich an jedem kunstgerechten Standpunkt in der Politik mangelt, auf diejenige praktische Beleuchtung zu blicken, womit die junge Verfassung sich bereits selbst umgibt und auch künftig sich zu umgeben fortfahren wird, weil es ihr Geist und Salz ist, daß die unbeschränkt gebliebene königliche Vollgewalt eben dies thun könne, eben dies thun solle.

** **Berlin**, 18. April. Mit gespannter Erwartung hatten wir in diesen Tagen den Veröffentlichungen der Allgemeinen Preußischen Zeitung über die am 15. und 16. April stattgehabten Verhandlungen des Vereinigten Landtags entgegengesehen, ohne daß unserer leicht erklärlichen Ungeduld eine Befriedigung zu Theil geworden. Einen vorläufigen Aufschluß über den Grund dieser peinlichen Verzögerung gab die Allgemeine Preußische Zeitung in der Mittheilung (Nr. 109) an, daß die Uebertragung der stenographischen Aufzeichnungen zu viel Zeit erfodere, um die Berichte über die genannten Sitzungen in der beabsichtigten Vollständigkeit sofort zu geben. Wie wir jetzt von zuverlässiger Seite her vernehmen, liegt die Schuld der Verzögerung allerdings an den Stenographen, und zwar in noch beiweitem höherm Grad, als es schonend in der erwähnten Erklärung angedeutet ist. Es stellt sich nämlich heraus, daß die behufs der wörtlichen Aufzeichnung der Verhandlungen angenommenen Stenographen sich als durchaus unfähig zu dem ihnen gewordenen wichtigen Auftrag erwiesen, indem ihnen die erfoderliche Gewandtheit in der Ausübung ihrer Kunst abgeht. Unter diesen Umständen ist den Secretairen des Landtags die schwierige und höchst verwickelte Arbeit zugefallen, aus den zum Theil sehr lückenhaften Stenographien und ihren eignen Aufzeichnungen die

Verhandlungen in ihrer Integrität herzustellen, und diese mühevolle Arbeit war es eben, welche die Veröffentlichung der sehr umfangreichen Sitzungsprotokolle verzögert hatte. Um in Zukunft diesem und ähnlichen Uebelständen abzuhelfen, sollen mehre von den jetzt beim Landtage beschäftigten Stenographen entlassen werden, während dem Vernehmen nach schon gestern ein Beauftragter nach Dresden gereist ist, um geübtere Schnellschreiber für die ständischen Versammlungen zu engagiren.

— Der Berlinischen Zeitung wird aus **Posen** von dem Eindrucke Mittheilung gemacht, den die Thronrede dort hervorgebracht hat. Ein wohlhabender Herr, dessen Name aber verschwiegen bleiben solle, habe nämlich dem Oberpräsidenten 300 Thlr. zur Disposition für die Armen gestellt, und eine Summe von 100 Thlr. sei dem Polizeipräsidenten zu gleich wohlthätigem Zweck übermacht worden. Wie verlaute, solle die letzterwähnte Gabe sogar von einem Polen herrühren.

— Dem Frankfurter Journal berichtet man aus **Köln** vom 12. April: „Ein Priester unserer Erzdiöcese, dem Vernehmen nach früher ein Schützling und Freund des Prof. Dieringer in Bonn, auf dessen Rath er auch die Ethik des in neuester Zeit kirchlich suspect gewordenen Gioberti übersetzt und herausgegeben haben soll, ist kürzlich in Elberfeld zur evangelischen Kirche übergetreten."

Oesterreich.

Wien, 15. April. Die allgemein herrschende Noth hat nunmehr in Prag den Ausbruch von Arbeiterunruhen veranlaßt. Die zusammengerotteten Haufen mußten durch Herbeiziehung von Militair auseinandergesprengt werden. — Mehre Offiziere hatten sich in den von dem Dichter Castelli gestifteten Verein gegen Thierquälerei einschreiben lassen. Ein hochkriegsräthlicher Befehl hat dieselben nunmehr angewiesen, sich augenblicklich von dem Vereine loszusagen. (N. C.)

⊙**Wien**, 16. April. Keine welterschütternden Ereignisse, keine das europäische Staatensystem reformirenden Combinationen, keine gemüthaufregenden Processe, keine zur Bewunderung herausfodernden Verbrechen, keine Hungerstatistik, keinen Brotkrieg — nichts von alle Dem kann ich Ihnen von hier berichten. Wien ist keine Hauptstadt in diesem Sinne, nicht das Herz, das Hochdruckwerk des Reiches, dessen leiseste Schwingung dieses ebenso in schwankende Bewegung, wie sein geringstes Stocken es in starren Stillstand versetzen kann; diese Stadt ist eher das Zifferblatt, an dem das Uhrwerk Oesterreichs seinen regelmäßigen Gang anzeigt. — Die Kartoffelkrankheit, dieses erschreckende Symptom jener dünnen und schlaffen Fäden, an denen unsere vielgerühmten Staatenzustände, unsere verallgemeinte Civilisation hängen, hat hier bei uns keine so tiefgehenden Umwälzungen hervorgebracht wie im übrigen Europa. Zwar ist leider in vielen Provinzen der Monarchie die Theuerung sehr groß, aber noch sind nicht und werden hoffentlich nie und nirgend jene Verhältnisse eintreten, wo eine Klasse der Gesellschaft, eine ganze Bevölkerung periodisch ihrer Subsistenzmittel beraubt sein muß. Von der Verwaltung werden überall zweckmäßige Anstalten zur Linderung der Noth getroffen; in Ungarn haben sich diesmal die Comitate darin vorzüglich ausgezeichnet *), und hier in der Hauptstadt sind durch lobenswerthe Vorkehrungen hinlängliche Vorräthe angeschafft und eine verhältnißmäßige Billigkeit erzielt worden. — Die niederösterreichischen Stände haben auf dem vor kurzem abgehaltenen Landtage weisen Verbesserungen den Weg angebahnt, wodurch der verfassungsmäßige Einfluß des vierten Standes wieder hergestellt und die Lasten des Volkes erleichtert werden dürften. — In Böhmen ist seit der Anwesenheit des Erzherzogs Stephan der Verwaltung ein neuer Impuls gegeben worden, und die weisen Anordnungen des erlauchten Landeschefs werden noch in den Händen seines bald zu erwartenden Nachfolgers segensreich wirken. — Für Galizien und seinen neu hinzugefügten Landestheil erwartet man in kurzem die Veröffentlichung einer neuen Organisation, wodurch die Verwaltung dieses ausgedehnten Landes erleichtert und seiner Wohlfahrt eine dauernde Grundlage gegeben werden soll. — In Krakau hat sich die öffentliche Stimmung dem neuen Zustande bereits angeschlossen; die dortige altberühmte Universität, welche vor kurzem von unserm ausgezeichneten Endlicher inspicirt wurde, soll eine großartige Gestalt erhalten, und andere umfassende Einrichtungen stehen für diese Stadt in nächster Zukunft zu gewärtigen.

In Ungarn herrscht gegenwärtig eine politische Windstille; Alles harrt mit erwartungsvoller Spannung der Dinge, welche der nächste Reichstag bringen wird, und man darf, ohne Prophet sein zu wollen und ohne Uebertreibung, sagen, daß dies der wichtigste und folgenreichste Landtag sein wird, den die constitutionelle Geschichte dieses Landes aufzuweisen hat. Die Parteien beschäftigen sich einstweilen mit Aufstellung ihrer Programme, und welch unpraktisches Unternehmen dies auch in einem Lande sein mag, wo so viel Positives und Unaufschiebliches zu thun ist, so liefert es doch den erfreulichen Beweis, daß die Nation in ihrem innern Bewußtsein erkannt hat, daß jede durchgreifende Reform nur von der Regierung ausgehen kann, und daß jede starre Opposition verderblich sei. — Der siebenbürgische Landtag beschäftigt sich noch immer mit dem Gesetzvorschlag über Regelung der Bauernverhältnisse, und die langen, erschöpfenden Verhandlungen lassen bald ein befriedigendes Resultat erwarten, dessen unvermeidliche Nothwendigkeit Jedermann einsieht.

Für unser Eisenbahnwesen, das in diesem Jahre eine wahrhaft großartige Entwickelung nehmen wird, ist dieser Tage ein zeitgemäßes Polizeigesetz erschienen. Diese umfassende, in alle Einzelheiten des Betriebs der Schienenwege eingehende Verordnung zeichnet sich auf das vortrefflichste durch eine strenge Sorgfalt für das Leben, die Sicherheit und die Bequemlichkeit der Reisenden aus. Einiges Bedenken zu erregen geeignet wären nach meiner Ansicht nur die Paragraphen 6 und 42 dieses im Uebrigen trefflichen Gesetzes. In dem erstern wird verordnet, daß jede Erhöhung des Fahrpreises 14 Tage vorher dem Publicum angezeigt werden soll; es wird aber mit keiner Sylbe erwähnt, wem eigentlich die Bestimmung der Fahrpreise zustehen soll. Hieraus könnte gefolgert werden, daß es der Willkür der Privatgesellschaften überlassen sei, die Fahrpreise festzusetzen, welches aber, vorzüglich die etwanige Erhöhung schon bestehender Preise, nach dem Urtheile der ausgezeichnetsten Staatsökonomen, den obersten Staatsgewalten ausschließlich und allein überlassen bleiben muß. Der Paragraph 42 hingegen, welcher bestimmt, daß „wörtliche (und thätliche) Beleidigungen gegen Angestellte der Eisenbahnen, insofern sie sich eben in der Ausübung ihres Dienstes befinden, als schwere Polizeiübertretungen gegen öffentliche Anstalten zu behandeln seien", könnte leicht zu endlosen Mißverständnissen, besonders aber zu einer ungebührlichen Ueberhebung des Betriebspersonals gegenüber dem Publicum führen, dessen eigentlicher Diener und Untergebener es im Grunde doch nur ist.

Portugal.

Aus **Oporto** hat man Berichte vom 8. April, wo die Lage der Dinge dort immer noch die frühere war. Obgleich die Blockade des Douro durch eine Fregatte, eine Corvette, zwei Briggs und durch einen Dampfer aufrecht erhalten wird, war doch ein Fahrzeug mit Waffen und Munition eingelaufen und ein Kutter mit gleicher Ladung für Sa da Bandeira abgesegelt, der bei Lagos an der Südküste und östlich vom Cap St.-Vincent gelandet und auf dem Marsche nach Evora ist, um sich mit dem Grafen Mello zu vereinigen. Seine Truppen werden jetzt nur auf 900 M. geschätzt. Der spanische Oberst Buenego war wieder im Hauptquartiere Saldanha's, und die Gerüchte von einem Vergleiche tauchten mit erneuter Bestimmtheit auf. Das Dampfschiff der Insurgenten, Porto, war in Gibraltar nicht zugelassen worden und nach Tanger gegangen, um Kohlen zu kaufen.

Spanien.

Der Senat hielt am 10. April eine kurze Sitzung, in welcher demselben Mittheilungen über verschiedene jüngste Regierungsacte, z. B. die Ernennung des Don F. R. Bahamonde, die Hrn. Olozaga ertheilte Erlaubniß, nach Madrid zu kommen, die Niederschlagung des Verfahrens gegen den General Serrano, gemacht wurden. Der frühere Ministerpräsident Marquis de Miraflores nahm über den letztern Fall das Wort und erinnerte an die vor kurzem erst vom Senat erlangte Zustimmung zu dem gerichtlichen Vorschreiten gegen den General und an dessen bei derselben Gelegenheit dem Senat übersendete Vorstellung, in welcher er seinen Zweifel aussprach, ob er mit Hintansetzung seiner Pflichten als Senator den Auftrag der Regierung (eine Inspicirung der Truppen in Navarra und den baskischen Provinzen) annehmen dürfe oder nicht. Diese Principienfrage habe, wie er glaube, der Senat zu lösen sich nicht berufen gefühlt, und darum die Erlaubniß zu dem Verfahren gegen den General gegeben. Der gegenwärtige Kriegsminister General Mazarredo, welcher als Senator mit für diese Erlaubniß gestimmt, habe die vorliegende Mittheilung unterzeichnet, und es frage sich daher, ob damit künftig im Senate sitzenden Militairs freigegeben sei, in ähnlichen Fällen zwischen den Befehlen der Regierung und ihren Pflichten als Senatoren zu wählen. Der Ministerpräsident Pacheco versetzte, daß diese Frage gar nicht Gegenstand der Erwägung im Ministerrathe gewesen sei, und er daher nur eine persönliche Meinung darüber aussprechen könne. Er glaube nun allerdings, daß ein solches Mitglied des Senats, so lange der Senat noch nicht seine Zustimmung zu den betreffenden Befehlen der Regierung gegeben, das Recht habe, zu wählen. Die Aufhebung des Verfahrens gegen den General Serrano entscheide in der Frage noch nichts; das werde überhaupt nur durch ein Gesetz erfolgen können, welches das Ministerium vorzulegen beabsichtige.

— Während der Heraldo die angeblichen Angriffe der progressistischen Blätter auf den Gemahl der Königin beklagt, insinuirt der Tiempo, das Ministerium beabsichtige, eine Bewilligung von Einkünften für ihn, die zur würdigen Behauptung seines hohen Ranges hinreichten, von den Cortes zu fodern. Das Eco del Comercio ist dagegen der Meinung, daß die Domainen des königlichen Hauses bei angemessener Verwaltung noch manche Million mehr jährlich einzubringen vermöchten. Dieses Blatt enthält auch ein wunderliches Schreiben des Hrn. Misley, welcher aus Spanien verwiesen wurde, weil er den Infanten Don Enrique zu dem Ver-

*) Eine Sammlung, welche die hochsinnige Gräfin Apponyi (Gemahlin des ungarischen Hofkanzlers) hier in Wien für die Nothleidenden in Ungarn veranstaltete, brachte in wenigen Tagen 17,000 Fl. ein.

mählungsplane mit der Schwester der Gräfin Castellar bewogen haben soll, an den König, worin er demselben anräth, sein Vertrauen auf seinen Vater und seinen Bruder zu setzen. Ein Abendblatt erzählt, daß Espartero nach einem Ministerrathe zum Senator ernannt und folglich in allen seinen Würden und Titeln bestätigt worden sei.

— Wie aus den Zeitungen erhellt, ist die Niederschlagung des Processes gegen General Serrano auf Antrag des Fiscals bei dem betreffenden Gerichte vor Anhörung der Aussagung und Vertheidigung desselben erfolgt.

— Ein königl. Decret vom 9. April gründet einen zum Ministerium des Handels, des Ackerbaues und Unterrichts gehörigen Handels- und Ackerbaurath, der unter dem Vorsitze des betreffenden Ministers aus einem von der Königin ernannten Vicepräsidenten, dem Generaldirector des Handels und 14 Mitglieder bestehen soll, von denen 12 der Minister des Handels und zwei der Finanzminister vorzuschlagen hat. Die Functionen dieses Rathes sind, dem Minister gutachtlich über von demselben vorgelegte Fragen zu berichten, und werden als Ehrenamt ohne Gehalt ausgeübt. Zum Vicepräsidenten ist Don Gaspar, Marquis von Remisa ernannt worden.

Großbritannien.

London, 15. April.

Das Unterhaus war gestern, am Mittwoch, von 12 Uhr an versammelt. Nachdem eine Menge Bittschriften für und wider die auf der Tagesordnung stehende Bill zur Aufhebung mehrer noch in Gesetzeskraft bestehenden Beschränkungen der Katholiken übergeben waren, beantragte Sir R. H. Inglis die Aussetzung der vorzunehmenden Comitéberathung der Bill bis über sechs Monate, was Hr. C. Law unterstützte. Die Mitglieder Plumptre, Spooner, Finch, Newdegate, Goulburn, Estcourt sprachen gegen, der Earl of Surrey, Lord H. Vane, Hr. Shiel, Lord J. Manners, Sir J. Easthope, F. Collett für die Bill. Auch der Minister des Innern, Sir G. Grey, erklärte, daß er keineswegs allen Clauseln der vorliegenden Bill beistimme, allein die Comitéberathung nicht hindern wolle, weil er das Princip der Bill anerkenne. Bei der Abstimmung wurde das Amendement von Sir R. H. Inglis mit 158 gegen 119 Stimmen angenommen und also die Bill verworfen.

— Die Königin und Prinz Albert besuchten vorgestern das italienische Theater und haben gestern das neue Oberhaus in Augenschein genommen, wo heute die Lords ihre vor Ostern vertagten Sitzungen wieder aufnehmen werden.

— Der Standard von gestern Abend erwähnt eines Gerüchts von einer Deputation der Directoren der englischen Bank, die bei dem Kanzler der Schatzkammer gewesen sei, um auf Suspension der Bankbill Sir Robert Peel's anzutragen. Diese wurde 1844 vom Parlamente angenommen und die wesentlichste Bestimmung derselben ist, daß die vorher dem Ermessen der Bank unter der einzigen Bedingung der allseitigen Einlösung gegen Gold anheim gestellte Ausgabe von Banknoten auf ein im Verhältniß zu ihrem Grundcapitale und zu den Depositen und Baarvorräthen der Bank stehendes Maß beschränkt würde.

— Am 12. April wurden die während der rauhen Jahreszeit geöffneten drei Zufluchtshäuser des Vereins zur nächtlichen Unterbringung obdachloser Armen geschlossen, und aus dem vom Comité erstatteten Berichte geht hervor, daß seit der Eröffnung am 24. Dec. 130,000 Männer, Weiber und Kinder an den Wohlthaten derselben Theil nahmen und daß mehr als 300,000 Speiserationen unter dieselben vertheilt wurden.

— In **Southampton** ist für die Witwen und Waisen der auf dem Dampfboote Tweed verunglückten Personen eine Subscription eröffnet worden.

— Zu den 100,000 Pf. St. als Nationaldelohnung für Hrn. Cobden sind bis jetzt 60,692 Pf. St. Beiträge eingegangen, und wird der Fonds allem Anscheine nach hinter der Summe von 100,000 Pf. St., die man aufzubringen gedachte, um Hrn. Cobden seine Bemühungen für den freien Handel großartig zu vergelten, zurückbleiben, woran die Bedrängniß der Gegenwart vielen Antheil hat. Jedenfalls ist aber die schon zusammengebrachte Summe eine achtbare Ehrengabe.

Frankreich.

Paris, 16. April.

Die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer war abermals dem Gesetzentwurfe über Ermächtigung der Bank von Frankreich zur Ausgabe von 250-Francs-Noten gewidmet. Die Debatte drehte sich um die Frage, ob der Betrag, wie die Regierung eingewilligt hat, auf 200 Fr., oder im Sinn eines Amendements Hrn. Léon Faucher's auf 100 Fr. herabgesetzt werden solle. Das Amendement wurde nach kurzer Verhandlung verworfen, und endlich der einzige Artikel des Gesetzentwurfs in der von der Commission beantragten Fassung: „Der Betrag der kleinsten, von der Bank von Frankreich und ihren Comptoiren sowie von den concessionirten Banken in den Departements auszugebenden Noten ist auf 200 Fr. ermäßigt", von der Kammer, jedoch vorbehaltlich eines Amendements des Hrn. Lestiboudois angenommen, welches die concessionirten Banken betrifft und heute debattirt werden soll. Hr. Léon Faucher berief sich bei Vertheidigung seines Amendements hauptsächlich mit auf das Beispiel von Belgien, wo 100-Francs-Noten ohne irgend einen der Nachtheile cursiren, welche man für Frankreich von ihrer Ausgabe vorhersagte. Auch wären dort im Jahr 1839 während der durch mangelhafte Verfassung der belgischen Banken herbeigeführten Krisis nur wenige dieser 100-Francs-Noten zur Einlösung vorgewiesen worden, und sie hätten keineswegs die Verlegenheiten bewirkt, die der Finanzminister davon befürchte. Als eigenthümlich hebt ein Blatt im Betreff dieser Angelegenheit hervor, daß 1840, als wie jetzt auch von Ermächtigung der Bank zur Ausgabe von Noten unter 500 Fr. die Rede war, alle die Einwendungen, die heute gegen die 100-Francs-Noten gemacht werden, gegen die von 250 Fr. aufgestellt worden sind, welche die Kammer denn auch verwarf; heute erklärt sie sich für die Annahme der von 200 Fr., und vermuthlich wird Dasselbe über kurz oder lang auch zu Gunsten der Noten von 100 Francs geschehen.

— Vierundzwanzig Stunden nach dem Eintreffen der Thronrede bei Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags in Preußen finden wir dieselbe noch in keinem der großen Morgenblätter der französischen Hauptstadt, und nur in Galignani's Messenger. Das Journal des Débats hat jedoch einen vorläufigen Artikel über das Patent, betreffend die Bildung neuer Religionsgesellschaften in Preußen und die gewährte Oeffentlichkeit bei den nach dem Gesetze vom 17. Jul. 1846 zu führenden Untersuchungen sowie in Civilprocessen und über den Vereinigten Landtag, in welchem es unter Anderm heißt, daß dem Verleiher des Patents vom 3. Febr. so nahe stehende Personen, daß sie wol die Ansicht desselben zu kennen vermöchten, nicht anständen, zu erzählen, er habe damit etwas zu natürlicher, von innen heraus sich lebendig gestaltender Entwickelung geben und alles Ueberzeitigen der Dinge allerdings vermeiden wollen.

— Die drei als Hauptschuldige an den zu **Buzançais** stattgehabten Getreidetumulten und der dabei vorgefallenen Ermordung eines Menschen zum Tode Verurtheilten sind am 12. April hingerichtet worden. Vier Regimenter sollen kaum genügend gewesen sein, die um das Schaffot zusammengeströmte Masse Volks in Schranken zu halten, berichtete gestern der Commerce, hinzufügend: „Der Minister der Justiz und Cultus inaugurirt seine Verwaltung auf traurige Weise. Die Stimme der Presse, der Menschlichkeit und Milde, ja der besonnene Rath gewöhnlichster Klugheit sind von ihm nicht beachtet worden." Vom National wird ebenfalls der Vorwurf übermäßiger Strenge in einem Fall ausgesprochen, wo die eigne Nachlässigkeit und mangelnde Fürsorge der Regierung schuld an dem ausgebrochenen Tumulte gewesen sei. Es darf jedoch in dieser traurigen Angelegenheit nicht übersehen werden, daß die Jury, welche das Schuldig gegen die Angeklagten aussprach, dies nicht unter der Bemerkung, daß mildernde Umstände vorhanden waren, gethan hat, also nichts zur Erhaltung des Lebens der am Morde betheiligt Gewesenen beitragen wollte. Die Begnadigung wurde dadurch alleinige Sache des Königs, und es möchte unter den obwaltenden Umständen der Regierung als Pflicht erschienen sein, dem Rechte seinen Lauf zu lassen, wozu denn auch die lange Erwägung des Falles im Ministerrathe führte. Recht klar stellt sich aber dabei die Mangelhaftigkeit der französischen Criminalgesetze heraus, welche den Spruch der Geschworenen über die Verhöre von Capitalverbrechen zu einer Art Glücksspiel machen und heute durch einen Spruch von „Schuldig unter mildernden Umständen" das Leben eines Menschen, welcher einen grausamen Mord begangen, verschont bleiben', morgen aber Todesurtel läßt vollstrecken sehen für einen Mord, der ohne allen Vorbedacht und in der blinden Aufregung der Unwissenheit begangen wurde. Unmöglich ist es, bemerkt Galignani's Messenger, nicht etwas von Bedauern über die Vollziehung von Todesstrafen in einem solchen Falle zu empfinden, wenn zehn Mal verbrecherischeren Verbrechern durch die Sprüche anderer Jury's das Leben erhalten wird. Der Siècle erhebt noch Zweifel über die Vollziehung jener Todesstrafen in Buzançais und glaubt nicht, daß sie am 12. April stattgefunden haben können. Der National versichert heute, daß die Hinrichtungen am 15. oder 16. bestimmt erfolgen würden.

— Der Moniteur veröffentlicht den Ertrag der indirecten Steuern im ersten Vierteljahre von 1847, welcher zusammen 194,274,000 Fr. oder 4,155,000 weniger als 1846 in derselben Zeit ausmacht, gegen 1845 aber noch ein Mehr von 9,435,000 Fr. darstellt. Mit dem Ertrag von 1846 verglichen ergibt sich eine Verminderung der Gebühren von Einregistrirungen von 1,700,000, der Getreidezölle von 4,300 000, bei andern Zöllen von 507,000, auf verschiedene Posten 1,007,000 Fr., dagegen eine Mehreinnahme von 2,800,000 auf Colonial- und fremde Zucker und von 1,200,000 Fr. auf verschiedene Gegenstände.

— Einer Angabe des National zufolge wäre der Herzog v. Broglie mit ziemlicher Gewißheit zum Nachfolger des Grafen de Ste.-Aulaire in London ernannt.

— Der frühere Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, Hr. Wheaton, ist gestern von Paris nach Havre abgereist, um sich dort mit seiner Familie nach Amerika einzuschiffen.

— Das Erscheinen Abd-el-Kader's bei den Hamianos Garabas (Nr. 108) wird unterm 10. April aus Algier bestätigt. Die Generale Cavaignac und Renault eilten den bedrohten Gegenden zu Hülfe. Der Kabylenhäuptling und frühere Khalifa des Emirs, Si-Achmed-ben-Salem, ist am 8. April in Algier angelangt und vom Marschall Bugeaud solenn empfangen worden. Der Marschall war immer noch nicht ganz hergestellt und verhindert, seine Wohnung zu verlassen.

Belgien.

Aus **Brüssel** heißt es, das Ministerium wolle in allen großen Städten Getreidehallen anlegen lassen, wo der Landbau und Handel ihr Getreide gegen eine geringe Vergütung deponiren könnten.

Schweiz.

Der Zuchthausdirector in **Bern** hat sich in Folge Ueberfüllung des Zuchthauses genöthigt gesehen, sich mit Strafnachlaßgesuchen an den großen Rath zu wenden. — In der Sitzung des großen Raths am 13. April entschied man für Eintreten auf den Entwurf des Armengesetzes, nachdem Regierungsrath Schneider einen geschichtlichen Ueberblick gegeben und die Ursachen der Verarmung und die Nothwendigkeit einer Reorganisation erörtert hatte.

Dänemark.

Nachrichten aus **Kopenhagen** in einer dänischen Zeitung melden, daß der Staatsminister Oersted mit dem Entwurf einer Verfassungsurkunde, dem das Zweikammersystem zum Grunde liege, beauftragt sei. Nach Dem, was bisher geschehen, ist es freilich möglich, daß der dänische Staatsminister auch für die Herzogthümer verwendet wird, obwol derselbe vor einigen Jahren äußerte, daß er die diesseitigen Verhältnisse nicht hinreichend kenne. (Brem. Z.)

Moldau und Walachei.

Berichte aus **Bukarescht** vom 6. April melden: „Obschon das Feuer an verschiedenen Orten der großen Brandstätte wieder aufflammte, so ist glücklicherweise bisher kein weiterer Ausbruch erfolgt, und Beruhigung ist größtentheils an die Stelle der Angst getreten. In der Nacht vom 5. auf den 6. April waren die ganze Lösch- und Polizeimannschaft sowie die nöthigen Wasserführer an den gefährlichsten Stellen vertheilt, um nöthigenfalls Hülfe leisten zu können. Die größte Gefahr kann als vorübergegangen betrachtet werden, wenn nicht menschliche Bosheit ein neues Unglück anrichtet, denn heute sind Brandleger von der Polizei auf der That ertappt worden. Die Folgen dieses Unglücks lassen sich noch nicht ermessen. Nach einer Zählung der Regierung sind 1798 Häuser verbrannt. Die größere Hälfte davon wäre wol richtiger als Häuschen und Hütten bezeichnet, aber die andere, wenn auch geringere Hälfte, bestand aus ordentlichen stockhohen Wohnhäusern, darunter viele im Vergleiche große Bauwerke. So sind z. B. die sogenannten Hane nur mit einer Nummer bezeichnet, enthalten aber Wohnungen für 20—50 Parteien und 50—100 Buden und Magazine; Kirchen sind 13 abgebrannt, und bisher weiß man von 13 verunglückten Menschen."

— Die bukareschter Deutsche Zeitung vom 1. April meldet aus **Bukarescht** vom 29. März: „Die diesjährige Ständeversammlung, welche durch Einigkeit und Vertrauen in dem kurzen Zeitraume von drei Monaten und elf Tagen Unglaubliches geleistet und, durch Reichhaltigkeit und hohe folgenreiche Bedeutung der verhandelten und erledigten Fragen gleich ausgezeichnet, ein glänzendes Resultat ihrer Thätigkeit und Weisheit geliefert hat, diese erhabene Versammlung ist am 11. (23.) März nach Beendigung der für die diesjährige Session bestimmten Arbeiten mittels Rescripts des Fürsten vom genannten Tage geschlossen worden. Mit Enthusiasmus und lebhaftem Dankgefühle wurde dieses in Auftrage des Fürsten von dem Staatssecretair des Aeußern abgelesene fürstliche Rescript von der Versammlung angehört, welche sofort mit aus Einem Mund erschallendem Ruf: «Hoch lebe Se. Durchlaucht der Fürst!» den Sitzungssaal verließ. Das Rescript lautet:

Wir Georg Demeter Bibesco, Woiewod, von Gottes Gnaden Fürst der ganzen Walachei. An die löbliche Landtagsversammlung. Nachdem die Arbeiten beendigt sind, welche für die diesjährige Session bestimmt waren, erklären wir, in Gemäßheit des Art. 60 des organischen Reglements, die gegenwärtigen Landtagsversammlungen für geschlossen. Bei diesem Anlasse können wir es uns nicht versagen, der löblichen Versammlung und insbesondere ihrem Präsidenten, Sr. Eminenz dem Hrn. Metropoliten, unsere besondere Zufriedenheit und unsern Dank für die Ruhe, Schicklichkeit und weise Ueberlegung zu erkennen zu geben, welche sie bei allen ihren Verhandlungen dargelegt hat. Wenn die löbliche Versammlung nebst dem Ausdrucke dieser unserer persönlichen Gefühle auch die öffentliche Meinung vernommen haben wird, so wird sie sich überzeugen, daß sie auch jenen viel süßern Lohn einer allgemeinen Liebe und Hochachtung errungen hat, welchen wir derselben bei Eröffnung der Sitzungen geweissagt haben. Die diesjährige Session wird in den Jahrbüchern unserer Geschichte unvergeßlich dastehen, und nebst den angenehmen Erinnerungen, welche sie bei Jenen zurücklaßt, die Theil an ihren Arbeiten genommen haben, wird sie zugleich allen wahren Freunden des Vaterlandes ein erhebendes Beispiel und Muster Dessen sein, was zu erlangen ist und welche Früchte sich erzielen lassen, wenn der gute Wille und die Gemüther Aller sich zu Einem und demselben Zwecke, dem des allgemeinen Wohls, vereinigen. Wir zweifeln daher nicht, daß die löbliche Versammlung auch künftig auf der schönen Bahn, die sie betreten, fortwandeln werde, auf welcher sie uns stets voranschreitend und bereit finden wird, ihr die Hand zu bieten, um an dem Aufblühen und an der Befestigung der Wohlfahrt unsers geliebten Vaterlandes mitzuarbeiten."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Kölnische Zeitung enthält folgende interessante Notiz über die Aernte und deren Ertrag in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahr 1846: 760 Mill. Pfd. Baumwolle im Werthe von 83,150,000 Doll.; 97,741,500 Pfd. Reis, 3,786,483 Doll.; 179,528,800 Scheffel Hafer, 70,567,410 Doll.; 5,676,600 Scheffel Gerste, 3,434,343 Doll.; 29,892,500 Scheffel Roggen, 23,403,612 Doll.; 227,202,800 Scheffel Weizen, 221,011,891 Doll.; 859,666,900 Scheffel Mais, 614,871,826 Doll.; dies gibt im Ganzen eine Summe von 1,020,225,565 Doll., den Dollar zu 1 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. berechnet, und liegen die Marktpreise vom 1. Dec. 1846 dieser Zusammenstellung zum Grunde.

Personalnachrichten.

Souveraine. Neapel und Sicilien. Der König der Belgier hat dem Könige beider Sicilien das große Band des Leopoldsordens übersendet.

Orden. Belgien. Leopoldsorden, großes Band: der hannoversche Gesandte in Brüssel Graf v. Kielmansegge; ohne Band: der französische Schriftsteller Scribe. — Preussen. Rother Adlerorden, 4. Kl.: der Regimentsarzt Dr. Franz in Berlin.

Militair. Preussen. Der zeitherige zweite Commandant von Köln, Generallieutenant v. d. Lundt, ist mit Verleihung des Sterns zum rothen Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub in den Ruhestand versetzt worden.

Wissenschaft und Kunst.

(*) Berlin, 18. April. Gestern brachte das königl. Theater zum ersten Mal das auch bei uns längst erwartete Trauerspiel Gutzkow's: „Uriel Acosta", zwar nicht mit dem außergewöhnlichen Beifall des Publicums, welchen das vielbesprochene Stück auf andern deutschen Bühnen nach den Berichten der Tagesblätter davongetragen, aber doch immer mit einer sehr ehrenden und auszeichnenden Theilnahme, welche besonders durch das treffliche Spiel des Hrn. Hendrichs erweckt wurde, der die Rolle des Uriel Acosta mit Kraft und Leben, und soweit es die in sich widerspruchsvolle und quälerische Natur dieser Aufgabe verstattete, auch mit innerer Wahrheit zur Darstellung brachte.

** Leipzig, 20. April. Das Publicum scheint ein Vorbewußtsein von der harten Geduldprobe gehabt zu haben, die das zweiactige Lebensbild von Aug. Haake: „Der Banquerottirer", über die Zuschauer verhängen würde, denn es war sehr sparsam zu dessen Darstellung erschienen. Ein landflüchtiger Banquerottirer, der nach 25 Jahren in die Heimat zurückkehrt, um seine Schulden mit den darauf gelegten Zinsen der Versäumniß zu bezahlen, mag im Leben, und namentlich für die betheiligten Gläubiger, eine äußerst willkommene Erscheinung sein. Aber dramatisirt nimmt sich eben diese Erscheinung weniger gut aus, wie mir Jedermann bezeugen wird, welcher der gestrigen Theateraufführung beiwohnte. Der Verfasser war während einiger frühern Jahre Unternehmer der breslauer Bühne und ist als ein guter Charakterdarsteller in der Theaterwelt noch jetzt wohl berufen. Aber sein Stück läßt auch die Vorzüge der theatralischen Schmiegsamkeit und einer geschickten Scenirung vermissen, womit Schauspieler, die als Autoren für die Bühne auftreten, ihre Erzeugnisse in der Regel auszustatten verstehen. „Der Banquerottirer" vermochte sich daher in Leipzig keinen Credit zu erwerben.

Auch das zweite der gestrigen Stücke war eine Neuigkeit: „Die Maskerade im Dachstübchen", Schwank in 1. Act aus dem Französischen von C. Meirner. Dies kleine Spiel bringt mit leichten Mitteln eine ergötzliche Unterhaltung zuwege und ward mit dankbarer Anerkenntniß gegen den deutschen Bearbeiter aufgenommen, der zugleich die Hauptrolle, den Kanzleiassistenten Kindler, darstellte. Ein gutmüthiger, seinen Vorgesetzten und allen seinen Bekannten mit Freuden und Aufopferung dienstfertiger Mensch, erwartet seine verlobte Braut in seiner Wohnung, um mit ihr den Jahrestag der gegenseitigen Bekanntschaft in zärtlicher Häuslichkeit zu feiern. Dennoch läßt er sich bereden, einem jungen Springinsfeld von Accessisten eben diese Wohnung zuvor zur Annahme eines weniger unverfänglichen Stelldicheins für eine Weile abzutreten. Dies aber bringt den gefälligen Mann in eine grimmige Verwickelung mit allerlei Personen und Verhältnissen, in Folge deren er nach der Reihe seinen Schreiberposten, seine Braut und seine Wohnung verliert. Zum Glück klären sich alle Mißverständnisse so rasch und so sehr zu Gunsten Kindler's auf, daß der erlebte Sturm schließlich zur Beförderung und Verheirathung des bedrängten Assistenten dient. Die Partie des Kindler ist, wie erwähnt, die Haupttragkraft des Stücks. Wo sie einen Vertreter findet, dem natürliche Laune und komisches Wesen so lebhaft wie Hrn. Meirner zu Gebote stehen, wird „Die Maskerade im Dachstübchen" auch anderwärts eine gefällige Gabe sein.

Daß die Direction zu diesen beiden Stücken auch noch das Auftreten eines sogenannten Krystall-Akrobaten fügte, war ein kostspieliger Ueberfluß, denn Niemand sucht dergleichen Schaugebungen im Theater, wie auch der gestrige Besuch des Hauses bewies. Luftspringende, seiltanzende und andere Zuthaten machen nur gegen die Aufführungen mißtrauisch, denen sie zugesellt werden, und lassen die Plätze veröden, anstatt sie zu füllen.

Handel und Industrie.

Dresden, 19. April. Die neue 4proc. Staatsanleihe von 10 Mill. Thlr. ist bereits zum Schlusse gebracht. Ein nicht unbeträchtlicher Theil davon ist gegen sofortige Volleinzahlung abgesetzt worden. Viele andere Abnehmer haben die vorerst von ihnen bewirkte Subscriptien durch alsbaldige

Nachzahlung der Erfüllungsbeträge immittelst vollständig erledigt. Demnach befindet sich beinahe bis zur Höhe der Hälfte der ganzen Anleihesumme der entsprechende Gegenwerth bereits in den Kassen. In Staatseffecten sind bis jetzt nur ungefähr 1½ Mill. Thlr. eingegangen.

Aus Franken, 14. April. Zwischen **München** und **Berlin** haben in der letztern Zeit lebhafte Verhandlungen in Angelegenheiten des **Zollvereins** stattgefunden. Es wird mit großer Bestimmtheit versichert, daß die bairische Regierung nach dem ausdrücklichen Willen des Königs sich nicht blos für die Kündigung des englischen Handelsvertrags, sondern auch für Einführung eines Differentialzollsystems mit Herabsetzung der Zölle auf Colonialwaaren für diejenigen überseeischen Länder, welche unsere Industrie-Erzeugnisse unter günstigen Bedingungen zulassen, ausgesprochen habe. Auch in Betreff der Zwischölle haben neue Unterhandlungen stattgefunden, und es ist zu diesem Behuf sowie zur Erledigung mehrer anderer dringenden Vereinsangelegenheiten von den süddeutschen Staaten die Einberufung einer Conferenz beantragt worden. Dagegen soll man von preußischer Seite den Wunsch ausgedrückt haben, wegen der dringenden Geschäfte des Vereinigten Landtags die Zollvereinsfragen in diesem Jahre wo möglich auf dem Wege der Correspondenz abgemacht zu sehen. Wir wissen nicht, ob diese Nachricht gegründet ist, eine Thatsache aber scheint es zu sein, daß bis jetzt über die Conferenz noch kein fester Entschluß gefaßt worden ist. Jedenfalls wird sie, wenn eine solche beliebt werden wird, nicht vor dem Monat September stattfinden. (B.-Z.)

Börsenbericht. **Leipzig**, 20. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G., 85½ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 97½ G.; Chemnitz-Riesaer 59, 58½ bezahlt und Br., 58 G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 197½ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br., 110 G.; Köln-Mindener 90¾ Br., 90½ G.; Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 71⅛ G.; Altona-Kieler 107½ Br., 107¼ G.; Pesther 98¾ G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100⅛ bezahlt; Preußische Bankactien 106 B.

Eisenbahn. **Aus Schlesien**, 11. April. Am 7. April Nachmittags 5 Uhr erschien im Bahnhofe zu Oderberg die erste Locomotive der Ferdinands-Nordbahn, welche mehre Mitglieder des Directoriums herbeiführte. Es hielten dieselben hierauf mit den Directoren der preußischen Wilhelmsbahn zuerst in Oderberg und dann in Ratibor eine Conferenz. Für den Mai steht nun die wichtige Verbindung beider Bahnen — die der Nord- und Ostsee mit dem Adriatischen Meere — in Aussicht, was man vor nicht gar langer Zeit von der österreichischen Handelspolitik so bald noch nicht glaubte erwarten zu dürfen. Auch die erste Zweiglinie der Oberschlesischen Bahn von Brieg nach Neisse, welche mehr nordwestlich eine Communication mit dem österreichischen Schlesien erleichtert, wird binnen kurzem in Betrieb gesetzt werden. (A. Z.)

Eisenbahn. **Zürich**, 17. April. Gestern Abend langte von Baden die Nachricht hier an, daß der **Tunnel** durchbrochen sei und daß die Arbeiter, von beiden Seiten zu einander gelangend, sich jubelnd begrüßt haben.

— **Aus Baiern** vom 13. April schreibt man der Karlsruher Zeitung: „Vor einigen Tagen ist der bekannte staatsökonomische Schriftsteller, Ministerialrath Herrmann, nach Wien abgereist, um im Auftrage der bairischen Regierung die Unterhandlung in Betreff der Richtung der **Eisenbahn von München nach Triest** zu führen. Da österreichischerseits erst neuerlich wiederholte Untersuchungen über die Terrainverhältnisse vorgenommen worden sind, so glaubt man, daß diese Angelegenheit demnächst zur Entscheidung kommen werde; sei es nun, daß man sich entschließt, die Bahn von Salzburg aus über Wien oder aber direct nach Triest zu führen. Ministerialrath Herrmann soll außerdem noch Aufträge haben, welche sich auf die Regulirung von **Postangelegenheiten** und der **Schiffahrtsverhältnisse auf der Donau** beziehen."

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Zweite Ziehung am 20. April. 5000 Thlr.: Nr. 3204; 1000 Thlr.: Nrn. 8351, 10,872, 14,629, 17,231, 21,553, 24,962, 25,411, 28,632 und 28,851. (Nächste Ziehung am 22. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 20. April früh 7 Uhr: 2° 20″ über 0.

Staatspapiere. **Wien**, 17. April. Bkact. 1580; Met. 5pc. 106⅞; 4pc. 96⅛; 3pc. 68; 500 Fl. L. 152½; 250 Fl. L. 118.

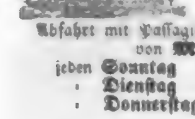
Actien. **Wien**, 17. April. Nordb. 165; Gloggn. 120½; Mail. 108; Livorn. 90¼; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 19. April. Seehandl.-Prämsch. 94⅜, 3½pc. Staatsch. 92⅞, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅛ Br., ostpr. 95¼ Br., pomm. 93½, schles. 96¾, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 91⅝, kur- u. neumärk. 95⅛; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anh. 109⅛, Berl.-Hamb. 4pc. 106½, Prior.-Act. 4½pc. 96¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88⅛, Prior.-Act. 4pc. 90¼, 5pc. 101, Berl.-Stett 107⅞, Cöln-Minden 4pc. 90¼, Crak.-Oberschl. 4pc. 78, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107½ Br., Niederschles. 87⅛, Prior.-Act. 4pc. 90⅛, 5pc. 101¼, Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 85, Prior.-Stamm 4pc. 90 Br., Prior.-Act. 4pc. 90⅜ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 85½, Thüring. 4pc. 93¾, Wilhelms-Bahn 4pc. 85½. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 82, Berg.-Märk. 4pc. 82½, Berl.-Anh. 96½, Cöln-Minden 4pc. 90½, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Bened. 4pc. 110, Mecklenburg 72½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71, Pos.-Starg. 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98 Br., Ung. Centralb. 4pc. 98⅞. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 109¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81 Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 92⅞, (neue) 4pc. 92¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 78¾, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93, Bkeert. Zinsl. 16⅞ Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅛ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9¾, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅛ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.



Dampfschiffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat April a. c.

Abfahrt mit Passagieren und Gütern

von **Magdeburg**		von **Hamburg**	
jeden **Sonntag**	Nachmittags 3 Uhr.	jeden **Montag**	Abends 6 Uhr.
„ **Dienstag**		„ **Mittwoch**	
„ **Donnerstag**		„ **Sonnabend**	

Schleppschiffe

jeden **Sonntag** und **Donnerstag**. jeden **Sonntag** und **Mittwoch**.

Indem wir unsere Schiffe zur gefälligen Benutzung hiermit empfehlen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß wir unsere **Passagepreise bedeutend ermäßigten**, und zahlt:

1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** excl. Bett I. Cajüte 4½ Thlr., II. Cajüte 3 Thlr.;
1 „ „ **Hamburg** nach **Magdeburg** „ „ I. „ 3½ „ II. „ 2 „
1 „ „ **Magdeburg** nach **Hamburg** u. zurück oder vice versa 6 „ II. „ 3½ „

Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte vorstehender Passagepreise für die einfache Reise.

Für die Entnahme von Billets in **Leipzig** zur Fahrt über **Magdeburg** nach **Hamburg** gelten folgende Preise:

1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn II. Wagenklasse bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 15 Ngr.;
1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn III. Wagenklasse bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 4 Thlr. 5 Ngr.

von **Hamburg** nach **Leipzig**:

1 Person I. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 5 Thlr. 15 Ngr.,
1 Person II. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 3 Thlr. 5 Ngr.;

von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg** und zurück oder vice versa:

1 Person II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 10 Thlr. 10 Ngr.,
1 Person III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 10 Ngr.

Nähere Auskunft und Billets ertheilen in **Leipzig** Herr **Ferd. Gernau**, Grimmasche Straße Nr. 15, Fürstenhaus, und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft.

Magdeburg, im März 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
[1038—41] **Holtzapfel.**

Der 16. Rechnungs-Abschluß

der Königl. Sächsischen confirmirten

Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig

für das Jahr 1846 enthält sowol für die geehrten Mitglieder der Anstalt als auch für das gesammte Publicum mannichfache interessante Mittheilungen, und ich lade Jedermann ein, selbigen bei mir unentgeltlich in Empfang zu nehmen.

Im Jahre 1846 gingen 311 Anmeldungen zur Versicherung mit 558,900 Thlrn. ein und es konnten davon 405 mit 406,900 Thlrn. berücksichtigt werden. 90 Personen mit 108,700 Thlrn. schieden durch den Tod, 63 aber mit 91,300 Thlrn. durch Aufgabe oder Ablauf der Versicherungen aus der Gesellschaft, am Jahresschluß aber verblieben 4263 Mitglieder, welche den Ihrigen dereinst eine Erbschaft von 5,095,400 Thlrn. hinterlassen werden. Nach Bestreitung der Ausgaben ist das Gesellschaftsvermögen auf 766,813 Thlr. gestiegen, wovon bereits 748,672 Thlr. zinstragend angelegt sind.

Ich benutze die Gelegenheit, mich ferner meinen geehrten Mitbürgern zur Annahme und Besorgung von Versicherungs-Anträgen zu empfehlen.

Robert Oettel.
[1504] Agent der Gesellschaft in Görlitz.

Eine Villa

in der Nähe von **Dresden**, neu und logeable gebaut, mit besonderer Stallung, Remise, nöthigen Wirthschaftsgebäuden, ausgedehnten Garten-, Park- und Weinanlagen, durch vorzügliche romantische Lage und sonstige örtliche Annehmlichkeiten ausgezeichnet, bin ich zu verkaufen beauftragt. Reellen Käufern (nicht Unterhändlern) ertheile ich auf portofreie Anfrage die umfassendste Auskunft.

Dresden, den 12. April 1847.
[1408—9] Advocat **F. L. Günte.**

Das Lager von

echtem Eau de Cologne

von Johann Maria Farina in Köln

gegenüber dem Jülichsplatze

befindet sich bei

Friedrich Struve in Leipzig,

sonst Grimmaische Strasse unter den Colonnaden,

jetzt Petersstrasse Nr. 16 gegenüber dem Hôtel de Bavière.

Verkauf im Ganzen und Einzelnen. [1418—20]

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1473—75]

Die gegenwärtige Leipziger Oster-Messe beziehen zum ersten Male mit ihrem Lager fertiger **Silberwaaren** die Silberwaaren-Fabrikanten

Guhse & Gerlach

aus **Berlin**

und haben ihren Stand **Reichsstraße Nr. 2, erste Etage.** [1196—1202]

J. D. Urner & Co.

aus *Elberfeld.* [1348—54]

Seidene, halbseidene und halbwollene Waaren

eigner Fabrik.

Salzgäßchen Nr. 7/408 erste Etage.

Fabrik-Lager

privilegirter Gardinen- und Meubels-Stoffe

von

Julius Helfer,

Ecke des Brühls No. 89 und Theaterplatzes.

Diese von mir erfundenen und fabricirten Stoffe besitzen den Glanz der Seide, die Weichheit des Mulls, die Echtheit und Reinheit der Glasfarben, und bedürfen **nie** der Wäsche. [1447—49]

F. August Behrens jun.

in *Magdeburg*

(Logis in Leipzig, vom 20. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 193 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—20]

Nathan Marcus Oppenheim,

Juwelier aus Frankfurt a. M.,

Nikolaistrasse Nr. 22,

kauft **Juwelen, Antiquitäten** und **alte Spitzen.** [1509—14]

Loesener & Schoch

aus *Magdeburg*

sind auch für die Dauer dieser Messe hier anwesend in ihrem gewöhnlichen Locale im **Fürstenhaus, Grimmaische Straße Nr. 15,** erste Etage. [1168—71]

Beyer & Co.

Steingut-Fabrik

bei **Nossen,**

Probelager von feinem weißen und decorirten **Steingut,** Grimmaische Straße Nr. 24. [1497—98]

Einkauf von Juwelen und Perlen.

Die angemessensten Preise für Juwelen und Perlen zahlen ***Haller & Rathenau,*** königl. Hoflieferanten und Hofjuweliere aus **Berlin, Brühl im Weissen Ross.** [1424—29]

In Frankfurt a. M. ist in meinem Hause

Judenstraße Nr. 7

ein großes Meßgewölbe nebst Comptoir, Stuben ꝛc., welches die Herren Milde & Co. aus Breslau 14 Jahre inne hatten, zur nächsten Margarethen- und folgenden Messen zu vermiethen, gleichzeitig auch die Verkaufslocale von den Herren Heß, Ruben & Co. aus Hamburg. Hierauf Reflectirende belieben sich an mich direct zu wenden.

[1451—53] ***E. Fersenheim.***

Ein seit langen Jahren in **Berlin** bestehendes, **jede Sicherheit** bietendes **Commissions-** und **Speditions-Geschäft** wünscht noch einige **Agenturen** oder **Commissions-Lager** für renommirte Häuser zu übernehmen, und wird Herr **G. F. Starke** in **Leipzig** auf gefällige Anfragen nähere Auskunft ertheilen sowie auch Adressen entgegennehmen. [1391—93]

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Mittwoch den 21. April, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Grand tableau original mit vier dazu dressirten Pferden. — Der Vollbluthengst Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Pas de deux par Mons. et Mad. Tourniaire. — Der Römer mit seinen 6 Pferden, dargestellt durch E. Renz. — Contredanse française, geritten von vier Herren und vier Damen.

Kassen-Eröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr. Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hotel de Prusse zu haben.

[1527] ***E. Renz,*** Director.

Von mir zuerst eingeführte

geruchlose Appartements-Aufsätze

neuester und solider Construction empfiehlt bestens zu geneigten Aufträgen

[1505—6] ***Jakob Kaesen,***

Friedrich-Wilhelms-Straße in Cöln a. R.

Agentur-Gesuch. Ein seit mehren Jahren in Cöln ansässiger junger Kaufmann, der mit gutem Erfolg einige Häuser in Holland und England als Agent vertritt, wünscht für ein renommirtes Haus in Stettin die Agentur zu erhalten. Gefällige franco Offerten erbittet man sub **G. Nr. 20** poste restante Cöln. [1507]

Gesuch. Ein junger Russe von 18 Jahren, welcher geläufig Deutsch spricht, sucht ein Unterkommen in einem Gasthof. Nähere Auskunft geben **Habel & Oertge,** Stadt Rom in Leipzig. [1508]

Gesuch. Ein gebildetes Mädchen von zwanzig Jahren aus anständiger Familie wünscht bei einer Dame als Gesellschafterin oder in einem soliden Geschäfte placirt zu werden. Frankirte Offerten werden unter der Chiffre **E. P.** poste restante Leipzig erbeten. [1515]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 21. April. Dritte Gastvorstellung des Krystall-Acrobaten. — Vorher: **Die beiden Schützen,** komische Oper von G. A. Lorzing.

Donnerstag, 22. April. **Die Karlsschüler,** Schauspiel von H. Laube.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Administrator Karl John zu Amt Sorge mit Frl. Clara Würk in Gnasow. — Hr. Lederfabrikant Rudolf Köpner in Spandau mit Frl. Pauline Schöth in Berlin. — Hr. Kaufmann Theodor Petsch in Berlin mit Frl. Linna Stemler. — Hr. Lieutenant Baron Richard v. Renz in Breslau mit Frl. Ida v. Rosenberg-Lipinsky. — Hr. Oberlandesgerichtsrath Georg Friedrich Steffen in Königsberg mit Frl. Aline Kostrzewa. — Hr. Kaufmann F. W. Nebel in Berlin mit Frl. Auguste Weber.

Getraut: Hr. Schullehrer Gustav Friedrich Ackermann in Sorgau mit Frl. Hulda Bertha Beschorner aus Marienberg. — Hr. Dr. Julius Clarus in Leipzig mit Frl. Selma v. Saß. — Hr. Lieutenant Emil Fontanes in Minkewsky mit Frl. Auguste Fontanes aus Glatz. — Hr. Ferdinand v. Lochow in Petkus mit Frl. Agnes v. Schlieben aus Rackith. — Hr. Lieutenant Hermann Seeger in Colberg mit Frl. Bertha Friederich aus Dallmir. — Hr. Ferdinand Siegert in Köln mit Frl. Christiane Primaffin.

Geboren: Hrn. Friedrich Julius Crusius in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Albert Graff in Andernach ein Sohn. — Hrn. Advocat Eduard Haubold in Leipzig ein Sohn. — Hrn. H. Kanter in Berlin eine Tochter. — Hrn. Pastor M. Kunad in Cutritzsch ein Sohn. — Hrn. Georg Freiherrn v. Massenbach in Berlin ein Sohn. — Hrn. Louis Wolf in Löbschütz eine Tochter.

Gestorben: Hr. Kaufmann und Stadtrath W. G. Beckmann in Breslau. — Frl. Henriette v. Borcke in Berlin. — Hr. Amtmann Rudolf Born in Cottbus. — Frau Buchhändler Friederike Wilhelmine Herold in Hamburg. — Frau Eugenie L'Huillier in Köln. — Frau Cäcilie Kalau v. Hoven in Berlin. — Hr. Kaufmann J. G. Kiesel in Breslau. — Hr. Kaufmann F. W. Knoblauch in Breslau. — Frau Sophie Eleonore Kühn in Zittau. — Hr. François Prevot in Berlin. — Frau Bürgermeister Stockmann in Dresden.

K. K. priv. Azienda Assicuratrice in Triest.

Der unterzeichnete Hauptagent der Gesellschaft übernimmt für dieselbe

Versicherungen gegen Feuer- und Wassergefahr auf Gütertransporte aller Art

zu äußerst billigen Prämien, und ertheilt sowol Policen über einzelne Versendungen, als Generalpolicen auf längere Zeit nach Maßgabe des gratis zu erhaltenden Prospects. [1501—3]

Leipzig. ***Franz Jünger***, Hauptagent für das Königreich Sachsen ꝛc., Grimmaische Straße Nr. 31.

Oeser's rühmlichst bekanntes Uhrmacheröl

empfiehlt ***Adalbert Hawsky*** sonst ***Carl Schubert,***

[1472] Leipzig, Grimmaische Strasse No. 14.

Bitte an unsere Mitbürger.

Bukarest, welches mit Leipzig in so inniger Verbindung steht, hat ein schweres Unglück betroffen; es ist so total niedergebrannt, daß man den ungefähren Schaden leider auf circa 25 Millionen Thaler veranschlagen muß, was für die schwer heimgesuchte Stadt um so fühlbarer wird, als bekanntlich in der Walachei keine Assecuranz-Compagnien bestehen, wodurch der Verlust in seinem ganzen Umfange und weit schrecklicher empfunden wird, als es bei dem schwer geprüften Hamburg im Jahre 1842 der Fall war.

Leipzig befand sich damals mit seinen Unterstützungen in der vordersten Reihe aller Städte und wird seine Theilnahme gewiß auch Bukarest nicht entziehen, weshalb wir die Bitte auszusprechen wagen:

unsere Mitbürger und vorzüglich der geehrte Handelsstand wollen auch bei diesem großen Unglück, das an 20,000 Menschen ihrer ganzen Habe beraubte und obdachlos machte, ihre so oft bewährte menschenfreundliche Hülfe nicht versagen.

Wir sind gern bereit, jede, auch die kleinste Gabe in Empfang zu nehmen und an das sich in Bukarest gebildete Hülfscomité auf unsere Kosten zu befördern.

Leipzig, den 18. April 1847.

Hammer & Schmidt. G. & E. Gumpel. P. Schunck & Co.

[1496—98] **Hermann Samson. Joh. Fr. Oehlschlaeger.**

Chemnitz-Riesaer Eisenbahn.

Die Erhöhung des Anlagecapitals für die Chemnitz-Riesaer Eisenbahn von vier auf sechs Millionen Thaler, welche die Vollendung des Baues und die Verzinsung des Actiencapitals während der Bauzeit nothwendig macht, hat einen großen Theil der Actionaire über die Rentabilität des Unternehmens besorgt gemacht. Wir fühlen die Verpflichtung, den Gesellschaftsmitgliedern jede Auskunft zu geben, welche dazu beitragen kann, ein Urtheil über den von der Bahn zu erwartenden Ertrag sich zu bilden, nachdem die Anlagekosten sich verändert haben, um so mehr, als seit der ersten Aufstellung der Verkehrsverhältnisse ein Zeitraum von zehn Jahren verflossen, und diese vielleicht nur noch in den Händen weniger Actionaire ist. Nachstehendes bitten wir zugleich als Antwort auf mehre an uns gerichtete Anfragen entgegenzunehmen.

Bei Berechnung der muthmaßlichen Frequenz einer Bahn muß man

a) den bestehenden Verkehr auf der betreffenden Route zur Grundlage nehmen,

b) die Steigerung desselben als Folge des durch die Eisenbahn erleichterten Transports nach analogen Verhältnissen abschätzen, dabei aber

c) prüfen, ob der bestehende Verkehr seiner Natur nach einer ebenmäßigen Vermehrung fähig sei.

Dies gilt hauptsächlich von der Personenfrequenz, während man sich bei Abschätzung des Gütertransports, um sicher zu gehen, nur an den bestehenden Frachtverkehr zu halten hat, weil die Güter, welche in Folge der Verminderung der Transportkosten überhaupt erst zur Verfrachtung auf weitern Strecken kommen, fast außer aller Berechnung liegen, obschon diese z. B. bei der Leipzig-Dresdner Eisenbahn einen namhaften Theil der Güterfracht ausmachen.

Hiervon ausgehend und auf die neuern Unterlagen fußend, welche wir über die Verkehrsverhältnisse der an der Bahnlinie gelegenen Ortschaften während der Bauzeit einzusammeln Gelegenheit hatten, erwarten wir für die Bahn

1) eine der Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn wenigstens gleichkommende Anzahl von Passanten,

2) mindestens 2,000,000 Centner Güterfracht auf die ganze Linie.

Das Comité der Leipzig-Dresdner Eisenbahn wies im Jahre 1834 44,800 Passanten auf dem Wege zwischen Leipzig und Dresden nach; die Verkehrsabschätzung für die Chemnitz-Riesaer Bahn im Jahre 1836, welche zwei Straßenzüge nach den beiden Hauptstücken des Landes auf einer Linie vereinigt, 48,532 Passanten, und zwar 17,885 zwischen Chemnitz und Leipzig und 30,647 zwischen Chemnitz und Dresden.

Die Leipzig-Dresdner Bahn, durch welche die unsrige mit andern Hauptbahnen in Verbindung tritt, hat im Jahre 1846, 488,000 Passanten gehabt.

Daß die Chemnitz-Riesaer Bahn eine ebenmäßige Steigerung des Verkehrs zur Folge haben werde, dafür spricht:

1) die Natur dieses Verkehrs, denn an der Bahn liegt eine größtentheils gewerbtreibende Bevölkerung, welche, außer den Messen und Märkten, überhaupt mehr Veranlassung zum Reisen hat;

2) die Erfahrung, daß (nach postamtlichen Nachweisen) nur allein die Personenfrequenz der Posten auf den betroffenen Routen seit der ersten Verkehrsabschätzung um das Sechsfache gewachsen ist.

Bei der Ermittelung des unserer Bahn zufallenden Gütertransports wurden im Jahre 1836 1,278,000 Centner Fracht auf die ganze Linie angenommen.

Wenn wir jetzt eine Vermehrung bis auf 2,000,000 Centner abschätzen, so begründet sich diese Annahme auf das Wachsthum der Bevölkerung (die Einwohnerzahl von Chemnitz hat sich in 10 Jahren um 50 Procent circa vermehrt), der Consumtion, des Verbrauchs von Rohstoffen und der Fabrikation. Einige wenige Artikel, über welche wir Zahlennachweise bis jetzt erlangen konnten, stellen folgenden Unterschied gegen die frühere Annahme auf:

	1836		1846	
Baumwolle	100,000	Centner,	155,000	Centner,
engl. Garne	15,000	"	25,000	"
Farbewaaren	10,000	"	60,000	"
Holzwaaren	12,000	"	25,000	"
Eisen	7000	"	60,000	"
Breter	64,000	"	125,000	"
Salz	30,000	"	50,000	"
Summa	238,000	Centner,	500,000	Centner.

Hier hat sich allein bei sieben einzelnen Artikeln der Güterverkehr verdoppelt.

Der unserer Bahn zufallende, vergleichsweise zu andern Bahnen sehr große Güterverkehr erklärt sich durch den Umstand:

a) daß ein großer Theil der Güter die Bahn zwei Mal, als Rohstoff eingehend, als Fabrikat ausgehend, passirt;

b) daß die Bahn von der Concurrenz anderer Schienenwege und der Elbe vermöge ihrer Richtung nicht beeinträchtigt wird.

Bei dem angenommenen Quantum von 2,000,000 Centner ist auf die Zuführung neuer Artikel in Folge des verwohlfeilerten Transports keine Rücksicht genommen. Unter diese gehört z. B. die Steinkohle aus den Werken des Plauenschen Grundes, welche schon jetzt auf einer großen Strecke der Chemnitz-Riesaer Bahnlinie von der Elbe ab verfahren wird und sich, einschließlich des Eisenbahntransports nach Chemnitz, auf 11 Ngr. pro Scheffel calculirt, während die Zwickauer Steinkohle hier 15 Ngr. pro Scheffel kostet.

Der muthmaßliche Ertrag unserer Bahn läßt sich hiernach berechnen auf

230,000 Thlr. Personengeld für 9 Meilen nach 380,000 Thlr. Personengeld der Leipzig-Dresdner Eisenbahn im Jahre 1846 für 15½ Meilen,

300,000 Thlr. Güterfracht von 2,000,000 Centner zu 5 Pf. pro Meile und Centner,

530,000 Thlr. brutto, reducirt auf

286,000 Thlr. netto nach Abzug von 45% Betriebskosten. (Dieser Satz ist um 6% höher, als nach den neuesten Erfahrungen bei einer andern Bahn, welche analoge Steigungsverhältnisse und Betriebsmittel hat, sich herausstellt.) Demnach würden bei 6,000,000 Thlr. Anlagecapital,

4 Thlr. 23 Ngr. jährliche Dividende pro Actie von 100 Thlr.

auffallen. Die wegen der Verzinsung des Actiencapitals während der Bauzeit angeregten Zweifel finden ihre Widerlegung durch die klare Bestimmung des §. 17 unserer Statuten.

Chemnitz, den 19. April 1847.

Directorium der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn-Gesellschaft.

[1531] Otto v. Hake.

(**Mit einer Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 111. (21. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag.
Personalnachrichten.
Handel und Industrie. Dresden. Die Chemnitz-Riesaer und die Löbau-Zittauer Eisenbahn.
Ankündigungen.

Preußen.

Berlin, 15. April. In der heutigen Sitzung der vereinigten Curie des Vereinigten Landtags sprach nach dem Vortrage des Adreßentwurfs (Nr. 110)

der königl. Commissar: In dem Entwurfe, welchen Ihre Commissien vorgelegt hat, findet sich ein bedeutender Passus, welcher mir die Pflicht auferlegt, Aufklärungen zu geben, die theils rechtlicher, theils factischer Art sind. Ich glaube diese Aufklärungen nicht allein in meinem, sondern auch im Namen aller Räthe der Krone geben zu müssen, welche Se. Maj. der König berufen hatte, ihm bei Vollendung seines großen legislatorischen Werks beizustehen. Ich meine denjenigen Theil des Adreßentwurfs, welcher eine Verwahrung gegen vermeintlich verletzte Rechte enthält. Ich bekenne, daß die Räthe der Krone die Frage, ob eine noch nicht geschaffene Körperschaft andere Rechte besitzen könne als diejenigen, welche aus den Gesetzen hervorgehen, welche sie ins Leben gerufen, nicht erwogen, weil sie niemals zur Sprache gekommen ist. Ich bemerke weiter, daß die Räthe der Krone die Frage: ob der Gesetzgeber verpflichtet sei, in Beziehung auf den nicht ausgeführten Theil älterer Gesetze bei dem neuen Werke sich genau und buchstäblich an die Andeutungen der alten Gesetze zu halten, gleichfalls unerwogen gelassen. Wir sind aber auch nicht in dem Falle gewesen, diese Frage erörtern zu müssen, weil wir der Ueberzeugung waren, daß es räthlich und nützlich sei, die Andeutungen des frühern Gesetzgebers in dem neuen Werke auf das treueste und vollständigste zu erfüllen. In dieser Voraussicht, in dieser Absicht haben wir Sr. Maj. dem Könige unsern Rath ertheilt; und als meine Collegen und ich die Gesetze contrasignirten, haben wir Alle, einschließlich Desjenigen unter uns, welcher bereits bei Abfassung des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 thätigen Antheil genommen, und einschließlich der drei Herren Justizminister die pflichtmäßige Ueberzeugung aussprechen können, daß keine Verletzung der frühern Versprechungen irgendwie in dem neuen Gesetz enthalten sei. Diese Zusicherung haben wir Sr. Maj. pflichtmäßig unserm Eide gemäß gemacht. Die hohe Versammlung wird es gerecht finden, wenn wir uns überrascht fühlen, jetzt in diesem Entwurfe mit einem Male eine Reihe von Punkten aufgestellt zu finden, wodurch die hohe Versammlung eine Verletzung des bestehenden Rechtszustandes in demselben zu finden glaubt.

Ich gehe auf die einzelnen Punkte über. Die Ausführung des unvollendeten Theiles des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 mußte ein Hauptgegenstand der neuen Gesetzgebung sein, sie ist deshalb in allen Instanzen auf das allergenaueste, reiflichste und beste erwogen. Dabei kam natürlich zunächst die Bedeutung der Worte dieses Gesetzes in Frage, welche besagen, daß nur unter Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung neue Darlehen aufgenommen werden können. Es fragte sich: was heißt Zuziehung und Mitgarantie? ist Zuziehung gleichbedeutend mit Einwilligung? Zuziehung und Einwilligung sind gewiß sehr verschiedene Begriffe. Zuziehung involvirt nichts weiter als Kenntnißnahme und Mitwirkung. Einwilligung involvirt nothwendig ein Vete. Man konnte weiter fragen: Ist unter Zuziehung und Mitgarantie eine Einwilligung verstanden? Dann würde nun aber bejahenden Falles die weitere Frage aufgestellt werden müssen: warum ist dann nicht einfach das Wort Einwilligung, Zustimmung gewählt? Zur Schlichtung dieser Zweifel hätte man rathen können, in das neue Gesetz genau und pünktlich die Worte des ältern Gesetzes aufzunehmen. Einmal wäre dadurch aber die Ungewißheit der Gegenwart nur auf die künftige Praxis hinausgeschoben, andererseits überhob uns ein ausdrücklicher Befehl des Königs eines jeden Bedenkens, indem Se. Maj. zu befehlen geruhten, daß das neue Gesetz deutlich und unumwunden die Regel aussprechen solle, daß zu neuen Darlehen die Zustimmung der Ständeversammlung nothwendig sei, mit andern Worten, daß keine Schulden ohne Zustimmung der Stände gemacht werden könnten. Aber eine Ausnahme war nöthig. Es wird keiner großen Ausführung bedürfen, um die hohe Versammlung zu überzeugen, daß in Kriegsfällen durch feindliche Invasionen ein Zustand herbeigeführt werden kann, wo es unmöglich ist, daß eine reichsständische Versammlung, sie bestehe aus 600 oder 400 Personen, oder aus welcher größern Zahl immer, vorher zusammenberufen werden kann, um die Geldmittel zu beschaffen, von welchen vielleicht die Existenz des Vaterlandes abhängt. Es ist eben so wenig zu bezweifeln, daß kostbare Rüstungen unerläßlich nöthig werden können, die nicht durch Zusammenberufung einer solchen Versammlung zu einem europäischen Geheimniß gemacht werden dürfen. Deshalb war es unerläßlich, wenn das Gesetz nicht in einer Weise eingeführt werden sollte, die dem Vaterlande Verderben brächte, daß ein Modus aufgefunden wurde, um in diesem Falle das Gesetz mit dem Wohle des Vaterlandes in Einklang zu bringen. Diesen glaubt das Staatsministerium gefunden zu haben in dem Auswege, den Sie Alle kennen, der in dem Gesetz vom 3. Febr. d. J. enthalten ist. Es ist darin ein sehr enger Ausschuß der hohen Versammlung constituirt; es ist bestimmt genau nach dem Worte des Gesetzes, daß dieser in solchen Nothfällen zugezogen werden soll, und daß auf diese Weise die ihn constituirende große ständische Versammlung eine Mitwirkung erhalte. Es ist aber keineswegs darin gesagt, daß dieser enge Ausschuß die Zustimmung der großen Versammlung ergänzen solle, denn sonst würde das Wort Zustimmung auch in diesem Falle gebraucht worden sein; sondern es ist nur gesagt, daß dieser enge Ausschuß (der Deputation für das Staatsschuldenwesen) zugezogen werden soll, damit er Kenntniß erhalte, so von der Nothwendigkeit des Darlehns wie von der ökonomischen Beschaffung desselben, und in der großen Ständeversammlung, die berufen werden soll, sobald die Umstände es gestatten, damit die Regierung Rechenschaft gebe über Nothwendigkeit und Verwendung des Darlehns, das Organ sei, Zeugniß abzulegen über die Art, wie die Regierung gehandelt. In diesem Sinne ist dieser Institution gedacht. Es ist allerdings nur die Zuziehung durch eine sehr kleine Corporation vorgeschrieben, allein dies war nöthig, weil mit einer großen Corporation in einem solchen Falle nicht zu verhandeln wäre. Auf diese Weise ist dem Befehl Sr. Maj. des Königs genügt, es ist in dem Falle das Gesetz vom Jahre 1820 auf das breiteste zu Gunsten der Stände erklärt, wo es ohne Gefahr für das Vaterland geschehen konnte; wo dies aber ohne Gefährdung nicht geschehen konnte, da mußte allerdings die engste Interpretation eintreten, aber auch diese blieb in Uebereinstimmung mit dem Gesetze. Keiner, dem ein preußisches Herz im Busen schlägt, kann eine Ausführung des Gesetzes wünschen, die das Vaterland in Gefahr bringen möchte, und wenn ich sage, Keiner, dem ein preußisches Herz im Busen schlägt, so heißt das: Keiner in dieser Versammlung. Wenn aber die hohe Versammlung einen andern, bessern Weg zu bezeichnen vermag, welcher, vereinbar mit unsern Institutionen, das Gesetz vom 17. Jan. 1820 mit dem Gesetz vom 3. Febr. d. J. in Uebereinstimmung bringt, ohne das Vaterland zu gefährden, so kann ich im voraus die Versicherung geben, daß die Regierung ihn mit Freuden betreten wird, denn dazu haben Se. Maj. Sie berufen, daß ihm guter Rath zu Theil werden möge; es muß aber, ich wiederhole es, ein Rath sein, der vereinbar ist mit unsern Institutionen und vereinbar mit der Wohlfahrt des Vaterlandes.

Die zweite Ausstellung, die gemacht worden ist, ist die, daß die Zustimmung der ständischen Versammlung für solche Darlehen erfolgen solle, für welche das gesammte Eigenthum des Staates verpfändet ist. Ich muß es bekennen, daß erst, nachdem das Gesetz längst vollzogen war, ich aus Pamphleten und Zeitungen den bösen Sinn entnommen habe, den man diesen Worten unterlegen könnte. Ich habe auch in außerpreußischen Zeitungen gefunden, daß es nichts weiter bedürfe, als daß eine einzige Domaine ausgenommen sei von der Verpfändung, um jedes Darlehn ohne ständische Zustimmung zu contrahiren. Ich glaube nicht, daß Jemand von Sr. Maj. dem König oder seiner Regierung eine so üble Meinung haben könne, daß man sich hinter einen so schlechten Kunstgriff verstecken und die ständischen Rechte verkümmern wolle. In unsern Sinn ist es, das betheure ich, nicht gekommen. Es sind im neuen Gesetze genau die Worte des §. 3 des Gesetzes vom Jahr 1820 gebraucht, worin es heißt: „die Darlehen, wofür sämmtliche Staatseinnahmen verpfändet sind"; — sie stehen aber allerdings in einem etwas andern Zusammenhange, sodaß sie die neue Fassung nicht völlig rechtfertigen, und ich gebe es zu, daß eine so schlimme Interpretation des neuen Gesetzes möglich sei; aber noch einmal, sie ist nie in unsern Sinn gekommen. Die Sache ist vielmehr die: Zwischen Verwaltungsschulden und eigentlichen Staatsanleihen besteht ein wesentlicher Unterschied. Unsere Finanzverwaltung ist vielleicht die einzige größerer Staaten, welche keine schwebende Schuld hat; wir bezahlen unsere Ausgaben aus wirklich vorhandenem Gelde, so ist es von der Weisheit des hochseligen Königs Majestät eingerichtet und fortgeführt. Aber auch bei der vorsichtigsten Verwaltung ist es möglich, daß Fälle vorkommen, wo mäßige Geldsummen zur Bestreitung augenblicklichen Bedürfnisses für kurze Zeit angeliehen werden müssen: das nennt man Verwaltungsschulden. Wenn also beispielsweise im Monat Februar eine Million fehlt, von der man weiß, daß sie im März abgetragen werden kann, so würde ohne eine solche oder ähnliche Clausel nach den Bestimmungen des Gesetzes der Finanzminister, wenn man sie verbotenus und strictissime nehmen wollte, die große Ständeversammlung befragen müssen (Sie werden mir die Beantwortung der Frage erlassen, ob dies wünschenswerth, ob es zulässig sei). Vor dieser Nothwendigkeit sollte die Clausel des Gesetzes schützen können. Einen andern Sinn sollte sie nicht haben. Möchte aber die hohe Ständeversammlung eine bessere Garantie für diese Interpretation verlangen, als mein Wort geben kann, so mache ich mich verbindlich, daß Se. Maj. der König solche auf eine Weise geben werde, die jeden Zweifel umstößt.

Ich komme jetzt auf die Bemerkung über die Domainen, die in dem Adreßentwurfe steht. Ich bekenne, daß ich sie nicht ganz verstehe. Weder im Gesetze vom Jahr 1815, wenn man überhaupt dahin zurückgehen will, noch in dem vom Jahr 1820 oder 1823 sind einer künftigen reichsständischen Versammlung in Beziehung auf Domainen besondere Rechte zugesichert worden, und im Gesetz vom 3. Febr. 1847 sind die Verhältnisse der Domainen nicht im leisesten verändert. Alle rechtlichen Beziehungen, welche in Ansehung auf Verwaltung, Verwendung und Veräußerung der Domainen bestehen, sind durch dieses Gesetz nicht durch einen Hauch berührt; wenn also die Gesetze von 1815, 1820 und 1823 den künftigen Ständen keine besondern Rechte in Bezug auf Domainen verheißen, wenn das neue Gesetz die Domainen gar nicht berührt, so weiß ich nicht, woher ein Recht entnommen werden könnte, noch wie es gekränkt sein sollte. Glaubt die hohe Ständeversammlung, daß sie nach ihrer jetzigen Stellung einen besondern Einfluß auf die Domainenverwaltung haben müsse, so würde dies einen Antrag, eine Bitte veranlassen können; aber wegen eines solchen erst zu formirenden Antrags kann man doch keine Verwahrung einlegen. Es ist möglich, daß ich die Stelle des Adreßentwurfs nicht richtig verstanden habe, aber ich kann ihr keine andere Deutung geben.

Ich erwähne jetzt des vierten Verwahrungspunktes, welcher aus dem Gesetz vom Jahre 1823 entnommen ist. Dieses bestimmt, daß, so lange keine allgemeine Stände-Versammlungen da sind, die Provinzialstände allgemeine Gesetze berathen sollen; es bestimmt ferner: „wann eine Zusammenberufung der allgemeinen Stände erfoderlich sein wird, und wie sie dann aus den Provinzialständen hervorgehen sollen, darüber bleiben uns die weitern Bestimmungen vorbehalten." Nach diesen Bestimmungen war, wenn Se. Maj. auch jedes Wort für sich verbindlich hielten, für sie keine weitere Verpflichtung vorhanden, als die allgemeine Ständevertretung aus den Provinziallandtagen zu berufen, sobald sie es für nöthig hielten. Wie sie daraus hervorgehen sollte, war der allerhöchsten Weisheit vorbehalten. Der König konnte, wie er es gethan, die Provinziallandtage in ihrer Gesammtheit berufen, er konnte aber auch jede beliebige Fraction aus ihnen entnehmen, ohne daß Jemand behaupten könnte, das Gesetz sei verletzt. Er hat Sie, meine Herren, in die große Versammlung berufen und hat ihr den vollen Genuß nicht nur der verheißenen Attributionen der künftigen Reichs-

stände, sondern auch weit darüber hinaus Rechte gegeben, welche niemals verheißen waren. In keiner frühern Verheißung war von einem Steuerbewilligungsrechte, immer nur von ständischen Berathungen die Rede. Ebenso ist in keiner von dem Petitionsrechte gesprochen, beide wichtige Rechte haben Se. Maj. der Versammlung aus freier Entschließung beigelegt. Allerhöchstdieselben haben aber für erforderlich gehalten, diejenigen Theile der Functionen der Centralversammlung, welche sich nach ihrer Ansicht und derjenigen der Räthe der Krone in einer so großen Versammlung schwer bewältigen lassen, der Regel nach einer aus ihr hervorgehenden kleinern Versammlung zu übertragen. Se. Maj. der König wären in ihrem vollen Rechte gewesen, wenn sie diese kleine Versammlung für eine reichsständische erklärt und sie in den Vollgenuß derjenigen Rechte eingesetzt hätten, welche der großen Versammlung beigelegt ist. Kennte aber der kleinern Versammlung (den Ausschüssen) das Ganze gegeben werden, so kann in der concurrirenden Verleihung eines Theiles dieser Rechte keine Rechtsverletzung liegen. Es handelt sich hier nur von einer Nützlichkeitsfrage, von keiner Frage des Rechts. Ist aber dies anerkannt, so erledigt sich auch die angeregte Frage über die Periodicität dahin, daß eine Centralversammlung vorhanden ist, welche in regelmäßig wiederkehrenden Perioden die durch das Gesetz vom Jahr 1820 der Hauptverwaltung der Staatsschulden vorgeschriebene Rechnungslegung abzunehmen hat. Weiter verlangt das Gesetz nichts, und in Beziehung auf den Rechtspunkt ist dieses daher erfüllt. Ob diese Art der Erfüllung die beste sei, davon handelt es sich hier nicht, denn die Frage der Nützlichkeit liegt nicht vor. Eben so wenig aber kann ich eine Rechtsverletzung in der Bestimmung zugestehen, daß die Provinzialstände auch fortan in einzelnen Ausnahmefällen über allgemeine Gesetze sollen berathen können. Das Gesetz vom 5. Jun. 1823 sagt: „So lange keine allgemeine Ständeversammlung gebildet ist, sollen die Provinzialstände das Recht haben, auch über allgemeine Landesgesetze zu beschließen." Daraus folgt doch nach der gesunden Logik nur, daß, nachdem eine gemeinsame Ständeversammlung geschaffen ist, die Provinzialstände keinen Anspruch mehr darauf haben. Ob aber Se. Maj. der König das concurrirende Recht lassen wollte oder nicht, das war ein Recht der freien Entschließung, wie es nur eins geben kann. Hiermit ist die Reihe der Verwahrungspunkte beschlossen.

Ich glaube, meine und meiner Collegen Ansicht, daß kein bestehendes Gesetz irgendwie verletzt sei, genügend nachgewiesen zu haben. Sollte aber die hohe Versammlung, sollten einzelne Glieder derselben dadurch nicht überzeugt sein, glauben dieselben, Rechte aus andern Gesetzen ableiten zu können, als wodurch die jetzige Ständeversammlung ins Leben gerufen ist, so steht es selbstredend frei, die Bedenken im gesetzmäßigen Wege, d. h. im Wege der Petition oder der Beschwerde, an den Thron zu bringen und Se. Maj. um Abhülfe zu bitten. Dies wäre nach meiner Ueberzeugung der gesetzmäßige Weg; ob Sie diesen Weg einschlagen oder Ihre Wünsche durch eine Verwahrung in der Adresse niederlegen wollen, das muß ich Ihrem Ermessen überlassen, da mir, wie ich Eingangs erwähnt, keine Einmischung zustand, wohl aber die Pflicht der Aufklärung oblag.

Hierauf vertheidigte der Abg. v. Beckerath den Adreßentwurf, indem er besonders geltend machte, daß unter „Mitgarantie" nur Zustimmung zu verstehen sein könne, die in Betreff der Anleihen in Aussicht gestellte Verständigung bestens acceptirte, den die Domainen betreffenden Punkt in Schutz nahm, hauptsächlich aber gegen eine Theilung der reichsständischen Versammlung in drei verschiedene Corporationen und zu Gunsten einer periodischen Versammlung des Vereinigten Landtags zur Abnahme der jährlichen Staatsschuldenrechnung sprach, mit einem feurigen, den Aufschwung der Zukunft feiernden Erguße schließend. Der Landtagskommissar hielt ihm entgegen, daß zwar eine jährliche Ablegung der Rechnung, nicht aber eine jährliche Abnahme derselben zugesichert sei, und man wegen einer so einfachen Rechnungssache doch nicht alljährlich den ganzen Vereinigten Landtag berufen könne. Hr. Camphausen hätte den ersten Theil des Entwurfs stärker und feuriger gefaßt gewünscht, und vertheidigte dann den zweiten hauptsächlich aus Zweckmäßigkeitsgründen. Fürst Lichnowsky erklärte, warum man nicht eine bloße Dankadresse gemacht habe. Man sei dem Könige vor Allem Wahrheit schuldig. Diese Stelle fand Beifall, während eine frühere, worin er von der „Würde der Herren-Curie" sprach, ein Murren erregte, empfahl aber gemessene Formen und wünschte, unter dem Beifalle der Versammlung, den „Schmerz" aus der Adresse hinweg und statt der „Wahrung" Vertrauen.

Graf Arnim sprach sich in langer Rede zunächst darüber aus, daß eine Verwahrung nicht nöthig sei, weil sie im Rechte nichts ändern könne und dieses auch ohne sie in Kraft bleibe, verbreitete sich über die wichtigsten Rechtsfragen und zeigte, wie streitig sie jedenfalls seien, welche ruhige, bedachte Erwägung sie nöthig machten, rieth, den Gang der Reformen beizubehalten, der Preußen groß gemacht, und hob die beiden wesentlichen Grundlagen, auf welchen Preußen ruhe, hervor: Stärke des monarchischen Princips und sicherer, geordneter ständischer Rechtsboden. Er rieth daher, die Rechtsfragen weiterer Berathung vorzubehalten. Fände der Landtag dabei in der That den behaupteten Mißklang zwischen den ältern und den gegenwärtigen Verordnungen, so werde der König, wenn er durch Gründe überzeugt werde, Wege finden, diese Lücken auszugleichen. Es erhoben sich so viele Mitglieder zur Unterstützung seines Amendements (Nr. 110), daß der Marschall abstimmen lassen wollte, allein auf vielseitigen, namentlich durch Abg. Hansemann vertretenen Widerspruch ward weitere Berathung beschlossen.

Der Abg. Frhr. v. Vincke erhielt nun das Wort und erklärte sich gegen jede Adresse. Er fand sie weder nöthig noch passend. Ohne übrigens allen Einwendungen gegen die neuen Gesetze im Betreff der Rechtspunkte beizustimmen, erklärte er sich doch für einige sehr entschieden und verbreitete sich namentlich über die Anleihen, welche er in allen Fällen an die Zustimmung des Vereinigten Landtags gebunden wissen wollte. Er erinnerte an Maria Theresia auf dem ungarischen Reichstage. Er wollte, daß die Minister im Nothfall auf ihre Gefahr handeln und auf eine spätere Indemnitybill rechnen sollten. Er wollte eine einfache Erklärung, daß die durch die frühern Gesetze verbürgten Rechte durch die widersprechenden Bestimmungen der neuen Gesetze nicht aufgehoben seien und es ohne ständische Zustimmung nicht werden könnten. Hier wurde er vom Landtagsmarschall unterbrochen, weil sein Vorschlag ein neuer Antrag sei, folglich schriftlich einzureichen gewesen wäre, die Frage, ob eine Adresse eingereicht werden solle, auch schon abgemacht sei.

Der Landtagskommissar erwiderte auch nur kürzlich, was denn die Kaiserin Maria Theresia gemacht haben würde, wenn Friedrich II. auch Ungarn besetzt gehabt hätte und bemerkte, daß in Preußen nur das Staatsoberhaupt Schulden machen könne, nicht die Minister. Abg. Gier erklärte das Patent vom 3. Febr. für gesetz- und verfassungsmäßig und daß es überall dieselbe Meinung gefunden habe. Der Abg. Mevissen sprach sich besonders für regelmäßige Versammlungen, gegen die Punkte in Betreff der Kriegsanleihen und für erweitertes Petitionsrecht aus. Er stimmte dem ursprünglichen Adreßentwurf in allen Punkten bei. Viele Mitglieder verlangten sofortige Abstimmung; andere widersprachen; Graf Arnim wünschte, daß sein Amendement (Nr. 110) gedruckt und vertheilt würde, und die Abstimmung entschied für die Fortsetzung der Verhandlung, die nun auf den 16. April vertagt wurde. (A. Pr. Z.)

Personalnachrichten.

Mitglieder des Vereinigten Landtags in Preußen:
II. Stand der Ritterschaft.
(Vergl. Nr. 110.)

F. Provinz Sachsen. 160) Kammerherr und Provinziallandtagsmarschall Graf v. Zech-Burkersrode, zu Bündorf, Kreis Merseburg; 161) Erbtruchseß, geheimer Regierungsrath und Domdechant, Vertreter des Provinziallandtagsmarschalls, v. Krosigk, zu Naumburg; 162) Landrath v. Münchhausen, zu Cölleda, Kreis Eckartsberga; 163) Kreisverordneter Garke, zu Wittgendorf, Kreis Zeitz; 164) Kammerherr und Landrath v. Breitenbauch, zu Ludwigshof, Kreis Ziegenrück; 165) Kammerherr und Landrath v. Helldorf, zu St.-Ulrich, Kreis Querfurt; 166) Landrath v. Münchhausen, zu Straußfurth, Kreis Weißensee; 167) Kammerherr Graf v. Helldorff, zu Wolmirstedt, Kreis Eckartsberga; 168) Kammerherr und Generalfeuersocietätsdirecter v. Helldorf zu Bedra, Kreis Querfurt; 169) Kammerherr v. Bodenhausen, zu Burgkemnitz, Kreis Bitterfeld; 170) Geheimer Regierungs- und Landrath v. Leipziger, zu Bitterfeld; 171) Kammerherr und Kreisdeputirter v. Lattreff, zu Klicken bei Koswig; 172) Erbtruchseß v. Gräveniz, zu Quetz, Kreis Bitterfeld; 173) Lieutenant a. D. v. Stammer, zu Kamitz, Kreis Torgau; 174) Regierungs- und Forstrath v. Wedell, zu Merseburg; 175) Landrath v. Kressenbrock, zu Helmsdorf, mansfelder Seekreis; 176) Landrath Frhr. v. Friesen, zu Rammelburg, mansfelder Gebirgskreis; 177) Staatsminister Graf v. Wintzingerode, zu Schloß Bodenstein, Kreis Worbis; 178) Landrath Frhr. v. Wingerode-Knorr, zu Mühlhausen; 179) Landrath v. Byla, zu Nordhausen; 180) Landrath v. Hanstein, zu Heiligenstadt; 181) Oberpräsident v. Bonin, zu Magdeburg; 182) Deichhauptmann und Premierlieutenant a. D. v. Brauchitsch, zu Scharteuke, Kreis II. Jerichow; 183) Kreisdeputirter v. Schierstedt, zu Dahlen, Kreis I. Jerichow; 184) Major a. D. Graf v. Gneisenau, zu Semmerschenburg; 185) Landrath v. Veltheim, zu Veltheimsburg, Kreis Neuhaldensleben; 186) Rittergutsbesitzer v. Rathusius, zu Hundisburg, Kreis Neuhaldensleben; 187) Kammerherr Graf v. d. Asseburg, zu Reindorf, Kreis Oschersleben; 188) Majoratsbesitzer Baron v. Minnigerode, zu Braunschweig; 189) Landrath v. Gutstedt, zu Dardesheim, Kreis Halberstadt.

G. Provinz Westfalen. 190) Provinziallandtagsmarschall Graf v. Landsberg-Gehmen, zu Vehlen; 191) Regierungsvicepräsident und Vertreter des Provinziallandtagsmarschalls Frhr. v. Bodelschwingh, zu Münster; 192) Landrath v. Borries, zu Herford; 193) königl. baierscher Kammerherr Frhr. v. Belv-Jungkenn, zu Hüffe; 194) Regierungsvicepräsident Frhr. v. Wolff-Metternich, zu Potsdam; 195) Rittergutsbesitzer Graf v. Mengersen, zu Rehder; 196) Rittergutsbesitzer Graf D. v. Bocholz-Asseburg, zu Heinhäuserhof; 197) königl. sächsischer Kammerherr Frhr. v. Schorlemer, zu Heringhausen; 198) Rittergutsbesitzer Graf v. Bocholz, zu Alme; 199) Landrath Frhr. v. Lilien, zu Echthausen (Arnsberg); 200) Rittergutsbesitzer Frhr. v. Lilien-Borg, zu Werl; 201) Landrath v. Bockum-Dolffs, zu Soest; 202) Landrath v. Holzbrink, zu Odenthal (Altena); 203) Landrath Frhr. v. Vincke, zu Hagen; 204) Erbkämmerer Graf v. Galen, zu Assen; 205) Kammerherr und Erbmarschall Graf v. Merveldt, zu Lembeck; 206) Landrath Graf v. Merveldt, zu Beckum; 207) Rittergutsbesitzer Frhr. v. Landsberg-Steinfurt, zu Drensteinfurt; 208) Rittergutsbesitzer Graf Clem. v. Korff, gen. v. Schmising, zu Tatenhausen; 209) Erbschenk Frhr. C. C. v. Twickel, zu Lüttingboff; 210) Rittergutsbesitzer v. Romberg, zu Buldern.

H. Rhein-Provinz. 211) Provinziallandtagsmarschall Fürst zu Solms-Lich und Hohen-Solms, zu Lich; 212) Vertreter des Provinziallandtagsmarschalls Fürst zu Salm-Reifferscheid-Dyk, zu Dyk; 213) Landrath Graf Clemens v. Boos-Waldeck, zu Koblenz; 214) Landrath a. D. v. Haw, zu Trier; 215) Rittergutsbesitzer Graf v. Fürstenberg, zu Stammheim, Kreis Mülheim; 216) Landgerichtsassessor v. Mylius, zu Düsseldorf; 217) Director der Akademie v. Schadow, zu Düsseldorf; 218) Rittergutsbesitzer Frhr. Karl v. Nordeck, zu Hemmerich, Kreis Bonn; 219) Rittergutsbesitzer Frhr. Gerhard v. Carnap, zu Bornheim, Kreis Bonn; 220) Oberforstmeister v. Steffens, zu Aachen; 221) Rittergutsbesitzer Graf v. Hönsbröch, zu Haus Haag, Kreis Geldern; 222) Rittergutsbesitzer Graf v. Loë, zu Wissen, Kreis Geldern; 223) Rittergutsbesitzer Frhr. v. Elz-Rübenach, zu Wahn, Kreis Mülheim; 224) Provinzialfeuersocietätsdirecter Frhr. v. Waldbott-Bornheim, zu Koblenz; 225) Landrath v. Cöls, zu Aachen; 226) Rittergutsbesitzer Frhr. v. Nyvenheim, zu Kaldenhausen, Kreis Crefeld; 227) Rittergutsbesitzer Peter v. Rath, zu Lauersfort, Kreis Geldern; 228) Rittergutsbesitzer Frhr. v. Wüllenweber, zu Müllendank, Kreis Gladbach; 229) Rittergutsbesitzer Graf v. Nesselrode-Ehreshoven, zu Düsseldorf; 230) Rittergutsbesitzer Graf v. Hompesch-Rurig, zu Rurig, Kreis Erkelenz; 231) geh. Regierungsrath und Landrath Everhard v. Hymmen, zu Benn; 232) geh. Commerzienrath Diergardt, zu Viersen, Kreis Gladbach; 233) Rittergutsbesitzer Frhr. v. Nyvsch, zu Wankel, Kreis Geldern, 234) Landrath Frhr. v. Hilgers, zu Neuwied; 235) Kaufmann Balth. Herberz, zu Uerdingen, Kreis Krefeld; 236) Notar Jos. Gormans, zu Erkelenz; 237) Landrath Frhr. v. Gudenau, zu Grevenbroich.

III. Stand der Städte.

A. Provinz Preußen. 1) Kaufmann und Stadtverordnetenvorsteher Wenghöfer zu Gumbinnen; 2) Commerzienrath Wächter zu Tilsit; 3) Rathsherr und Apotheker Schlenther zu Insterburg; 4) Kaufmann Pultke zu Barten; 5) Rathmann Dembowski zu Angerburg; 6) Bürgermeister Sperling, 7) Kaufmann Heinrich, 8) Professor Dulk zu Königsberg; 9) Commerzienrath Frenzel-Beyme zu Memel; 10) Rathsherr Schlattel zu Braunsberg; 11) Bürgermeister Schlewe zu Riesenburg; 12) Bürgermeister Mongrowius zu Passenheim; 13) Bürgermeister Urra zu Wormditt; 14) Bürgermeister Marr zu Heilsberg; 15) Bürgermeister Meyhöfer zu Labiau; 16) Stadtrath v. Franzius, 17) Commerzienrath Abegg, 18) Kaufmann Jebens zu Danzig; 19) Bürgermeister Krause, 20) Commerzienrath Grunau zu Elbing; 21) Kaufmann Weese zu Thorn; 22) Kaufmann Weise zu Graudenz; 23) Stadtverordnetenvorsteher Plagemann zu Marienburg; 24) Bürgermeister Gadegast zu Kulm; 25) Bürgermeister Schmidt zu Dirschau; 26) Bürgermeister Denck zu Löbau; 27) Kaufmann Mertens zu Tuchel; 28) Rathmann Dahlström zu Pr.-Friedland.

B. Provinz Brandenburg. 29) Stadtsyndikus und Kammergerichtsassessor Moewes, 30) Kaufmann und Stadtverordneter Schauß, 31) Geh. Finanzrath und Kaufmann, Stadtältester Knoblauch zu Berlin; 32) Kaufmann und Stadtrath Hammer zu Brandenburg; 33) Bürgermeister und Syndikus Stöpel zu Potsdam; 34) Bürgermeister v. Bennigsen-Förder zu Salzwedel; 35) Oekonom und Stadtverordneter Gericke zu Perleberg; 36) Kaufmann und Stadtrath Linau zu Frankfurt a. d. O.; 37) Criminalrath und Oberbürgermeister Grabow zu Prenzlau; 38) Brauereigner und Rathmann Beuster zu Neu-Ruppin; 39) Apotheker und Stadtverordneter Lohse zu Gardelegen; 40) Bürgermeister Stämmler zu Wilsnack; 41) Bürgermeister Dr. Zimmermann zu Spandow; 42) Bürgermeister, Hauptmann a. D. Junker zu Bernau; 43) Bürgermeister Farthöfer zu Fürstenwalde; 44) Rathsherr und Bäckermeister Waldmann zu Königsberg i. d. N.; 45) Polizeidirector a. D. und Holzhändler Mehls zu Landsberg a. d. W.; 46) Bürgermeister Zimmermann zu Friedeberg; 47) Rathsherr Hübler zu Kottbus; 48) Apotheker Anwandter zu Kalau; 49) Bürgermeister Neumann zu Lübben; 50) Fabrikbesitzer Offermann zu Sorau; 51) Kaufmann und Stadtverordneter Winzler zu Lübbenau.

C. Provinz Pommern. 52) Zweiter Bürgermeister Fabricius zu Stralsund; 53) Bürgermeister und Justizrath Dr. Ziemssen zu Greifswald; 54) Bürgermeister Dom zu Barth; 55) Bürgermeister Ockel zu Tribsees; 56) Apotheker und Medicinalassessor Ritter zu Stettin; 57) Rathsmaurermeister Arndt zu Anklam; 58) Kaufmann und Rathsherr Jahnke zu Swinemünde; 59) Kaufmann und Rathmann Petschow zu Ueckermünde; 60) Particulier und unbesoldeter Rathsherr Kuß zu Stargardt; 61) Bürgermeister Kuschke zu Kolberg; 62) Bürgermeister Stägemann zu Wangerin; 63) Apotheker Wilm zu Belgard; 64) Commerzienrath Grunau zu Stolp; 65) Stadtsyndikus Kuschke zu Treptow a. d. R.; 66) Kaufmann Krüger zu Greifenhagen; 67) Kaufmann und Mühlenbesitzer Tenzin zu Lauenburg.

D. Provinz Posen. 68) Kaufmann Grätz zu Posen; 69) geh. Regierungsrath und Oberbürgermeister Naumann zu Posen; 70) Kaufmann Appelbaum zu Bromberg; 71) Kaufmann Cleemann zu Fraustadt; 72) Kaufmann Baensch zu Lissa; 73) Apotheker Kugler zu Gnesen; 74) Bürgermeister Brown zu Meseritz; 75) Apotheker Hausleutner zu Rawicz; 76) Seifensieder Kluge zu Schwersenz; 77) Schänker Pendzynski zu Schrimm; 78) Bürgermeister Paternowski zu Debrzyka, Kreis Krotoschin; 79) Kaufmann Rückert zu Bojanowo, Kreis Kröben; 80) Posterpedient Jäckel zu Wollstein, Kreis Bomst; 81) Bürgermeister Steirowitz zu Exin, Kreis Schubin; 82) Bürgermeister Jiolkowski zu Mieścisko, Kreis Wongrowitz; 83) Kämmerer Urban zu Inowraclaw.

E. Provinz Schlesien. 84) Maurermeister Tschocke, 85) Kaufmann Milde und 86) Holzhändler Siebig zu Breslau; 87) Apotheker Werner zu Brieg; 88) Kaufmann Germershausen zu Glogau; 89) Bürgermeister Krüger zu Grünberg; 90) Medicinalassessor und Rathsherr Bornemann zu Liegnitz; 91) Kaufmann Karker zu Neisse; 92) Apotheker Sommerbrodt zu Schweidnitz; 93) Kaufmann Moschner zu Glatz; 94) Porzellanfabrikant Ungerer zu Hirschberg; 95) Particulier Richter zu Jauer; 96) Kaufmann Schneider zu Bunzlau; 97) Kaufmann und Kämmerer Richter zu Oppeln; 98) Landsyndikus Sattig und 99) Rathsherr Prüfer zu Görlitz; 100) Stadtsyndikus Reitsch zu Lauban; 101) Bürgermeister Facilides zu Neusalz; 102) Kämmerer Scholz zu Hainau; 103) Kaufmann Wiggert zu Greifenberg; 104) Kaufmann Hayn zu Waldenburg; 105) Bürgermeister Dittrich zu Reinerz; 106) Bürgermeister Fiebig zu Kanth; 107) Bürgermeister Bauch zu Herrnstadt; 108) Kaufmann Döring zu Oels; 109) Apotheker Lehmann zu Creutzburg; 110) Bürgermeister und Justitiar Hirsch zu Landsberg; 111) Apotheker Fritze zu Rybnik; 112) königl. Justizrath Wodiczka zu Bauerwitz; 113) Bürgermeister Engau zu Wittichenau.

F. Provinz Sachsen. 114) Kaufmann Bellandt zu Erfurt; 115) Bürgermeister Rasch zu Naumburg; 116) Oekonom und Brauherr Kerl zu Langensalza; 117) Magistratsassessor und Apotheker Lindner zu Weißenfels; 118) Hüttenbesitzer Schilling zu Suhl; 119) Bürgermeister und Justitiar Schier zu Freiburg; 120) Bürgermeister Diethold zu Sömmerda; 121) Kaufmann Giese zu Wittenberg; 122) Kaufmann und Fabrikant Keferstein zu Merseburg; 123) Oekonom Zeising zu Brehna; 124) Geheimer Regierungsrath und Oberbürgermeister Bertram zu Halle; 125) Bürgermeister Kersten zu Hettstedt; 126) Bürgermeister Gier zu Mühlhausen; 127) Fabrikant und Stadtrath Ramsthal zu Nordhausen; 128) Bürgermeister Tölle zu Bleicherode; 129) Medicinalrath Michaelis zu Magdeburg; 130) Kaufmann Coqui zu Magdeburg; 131) Bürgermeister Schneider zu Schönebeck; 132) Ziegeleibesitzer Schulze zu Wanzleben; 133) Kaufmann Uthemann zu Sandau; 134) Justizcommissar Heyer zu Halberstadt; 135) Oekonom und Brennereibesitzer Schmidt zu Quedlinburg; 136) Bürgermeister Douglas zu Aschersleben; 137) Kaufmann Müller zu Wegeleben.

G. Provinz Westfalen. 138) Kaufmann und Rathsmann v. Pogrell zu Minden; 139) Kaufmann Delius zu Bielefeld; 140) Amtmann Pölmahn zu Blotho; 141) Kaufmann Barre zu Lübbecke; 142) Gastwirth Oppermann zu Hörter; 143) Ackerbürger und Rathsherr Larenz zu Beverungen; 144) Lederfabrikant und Rathsherr Holzklau zu Siegen; 145) Oberlandesgerichtssecretair Wortmann zu Hamm; 146) Justizcommissar und Notar Plange zu Attendorn; 147) Kaufmann Schmöle zu Iserlohn; 148) geh. Bergrath und Magistratsmitglied Brassert zu Dortmund; 149) Kaufmann Epping zu Lippstadt; 150) Bürgermeister Sternenberg zu Schwelm; 151) Kaufmann Gries zu Neuenrade; 152) Bankier und Stadtrath v. Olfers zu Münster; 153) Oberlandesgerichtsrath und Stadtrath Welter zu Münster; 154) Goldarbeiter Böltink zu Bocholt; 155) Kaufmann Illigens zu Beckum; 156) Apotheker Krauthausen zu Koesfeld; 157) Rathsherr Essewich zu Dülmen.

H. Rheinprovinz. 158) Präsident der Dampfschiffahrtsgesellschaft Merkens zu Köln; 159) Präsident der Handelskammer Camphausen zu Köln; 160) Kaufmann Hansemann zu Aachen; 161) Commerzienrath und Präsident der Handelskammer Baum zu Düsseldorf; 162) Kaufmann Kaspers zu Koblenz; 163) Stadtrath Mohr zu Trier; 164) Handelsgerichtspräsident v. d. Heydt zu Elberfeld; 165) Kaufmann v. Eynern zu Barmen; 166) Bankier v. Beckerath zu Krefeld; 167) Kaufmann Brust zu Boppard; 168) Gutsbesitzer Dahmen zu Ahrweiler; 169) Fabrikant Reichardt zu Neuwied; 170) Großhändler Röchling zu St.-Johann; 171) Gutsbesitzer Funk zu Saarburg; 172) Commerzienrath Hüffer zu Eupen; 173) Commerzienrath Schöller zu Düren; 174) Kaufmann Flemming zu Geilenkirchen; 175) Gutsbesitzer Biesing zu Bonn; 176) Bürgermeister Budde zu Neustadt, Kreis Gummersbach; 177) Kaufmann Conze zu Langenberg, Kreis Elberfeld; 178) Kaufmann Scheidt zu Kettwig, Kreis Duisburg; 179) Kaufmann Müller zu Wesel; 180) Kaufmann Mevissen zu Dulken, Kreis Kempen; 181) Handelskammerpräsident Kirberg zu Lennep; 182) Kaufmann Kollmann zu Meyer, Kreis Solingen.

(Schluß folgt.)

Handel und Industrie.

Eisenbahn. *Dresden, 18. April. Erst jetzt sind die Beschlüsse, welche die beiden Kammern in Betreff der Chemnitz-Riesaer und der Löbau-Zittauer Eisenbahn in geheimen Sitzungen gefaßt haben, durch nachträgliche Veröffentlichung bekannt geworden. Hinsichtlich der Petition des Directoriums und des Vorsitzenden des Ausschusses der Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft an die Ständeversammlung, dieselbe wolle dem in seiner Entwickelung gefährdeten Unternehmen zu Hülfe kommen und bei der hohen Staatsregierung diejenigen Maßregeln in Antrag bringen, welche ihr am geeignetsten erscheinen, jedem nachtheiligen Aufenthalte des Fortbaues vorzubeugen und eine gedeihliche Vollendung der Bahn zu sichern, beschlossen beide Kammern: „dem Gesuche der Petenten keine Folge zu geben, die hohe Staatsregierung aber zu ermächtigen: 1) für den Fall, daß die Gesellschaft eine Prioritätsanleihe contrahire, sich dabei in gleichem Verhältnisse wie bei dem Actiencapital und mit gleichen Rechten wie die übrigen Prioritätsgläubiger zu betheiligen, oder 2) für den Fall, daß die Gesellschaft das noch erfoderliche Baucapital aus eignen Kräften aufzubringen beschließen sollte, nach Maßgabe der auf die sämmtlichen übrigen Actien erfolgten Einzahlungen, diese auch auf die im Regierungsbesitze befindlichen Actien gleichfalls zu leisten; 3) im Falle die pecuniairen Kräfte des Chemnitz-Riesaer Eisenbahnunternehmens nach allseitig erfolgter Einzahlung des Actiencapitals erschöpft wären, eine Prioritätsanleihe oder eine Nachzahlung auf die Actien von der Gesellschaft aber nicht zu Stande zu bringen sein würde, derselben einen Vorschuß bis zu dem Betrage von 300,000 Thlr. zu gewähren, unter den Bedingungen: a) daß dieser Vorschuß als erste Hypothek auf der Bahn hafte, b) daß derselbe mit Vier vom Hundert alljährlich verzinst, und c) in keinem Falle zu Verzinsung der Actien verwendet werde, vielmehr d) nur dazu diene, die Sectionen 1, 2 und 3 zu vollenden und gegenwärtig schon begonnene Kunstbaue vor Einsturz und Verfall zu sichern, e) daß dieser Vorschuß nach einjähriger Kündigung und jedenfalls beim Zustandekommen einer Anleihe oder von Nachzahlungen auf das Actiencapital durch die Gesellschaft an den Staat zurückgezahlt werde."

Hinsichtlich der an die II. Kammer gerichteten Petition des Ausschusses der Löbau-Zittauer Eisenbahngesellschaft aber, welche dahin ging, „die zweite Kammer wolle ein von der Generalversammlung der Actionaire der Löbau-Zittauer Eisenbahngesellschaft an die hohe Staatsregierung gerichtetes Gesuch in Bezug einer Anleihe von 500,000 Thlr. durch Aufbringung von 20,000 Stück Prioritätsactien unterstützen und sich für die vom Staate zu übernehmende Garantie der neu zu creirenden Prioritätsactien wohlwollend aussprechen und dadurch die Beendigung des Werkes bewirken, ohne deshalb eine wirkliche Ausgabe zu veranlassen," beschloß die II. Kammer auf Antrag ihrer Deputation, „das Gesuch der Petenten nicht zu berücksichtigen, jedoch zur I. Kammer abzugeben und im Vereine mit dieser die hohe Staatsregierung zu ermächtigen, im Fall eine Prioritätsanleihe oder eine Nachzahlung auf die Actien selbst von der Gesellschaft beschlossen werde, sich in gleichem Verhältniß und unter gleichen Bedingungen wie bei der Chemnitz-Riesaer Bahn zu betheiligen, sowie für den Fall, daß die Anleihe oder Nachzahlung nicht zu Stande käme, unter denselben Voraussetzungen und Bedingungen und zu demselben Zwecke, wie bei der erstgedachten Binnenbahn von der Deputation beantragt wird, der Gesellschaft einen Vorschuß von 75,000 Thlr. zu gewähren." Die I. Kammer hatte anfangs mit einer Majorität von einer Stimme (18 gegen 17 Stimmen) das Gutachten der Minorität ihrer Deputation angenommen, welches das Gesuch der Petenten bevorwortete, ist aber im Vereinigungsverfahren dem Beschlusse der II. Kammer einstimmig beigetreten. — Zwei Petitionen des zittauer Gewerbevereins und der Stadtverordneten daselbst um Verwendung bei der hohen Staatsregierung, daß, wenn auch nicht sofort eine Eisenbahn von Reichenberg nach Zittau ins Leben gerufen werden könne, doch wegen Sicherung dieser Bahnlinie bei der Krone Oesterreich die baldigsten Schritte gethan und ein Staatsvertrag in dieser Beziehung erwirkt werden möge, wurden der Staatsregierung zur Berücksichtigung empfohlen.

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Bericht

über die

Verlagsunternehmungen für 1847

von

F. A. Brockhaus in Leipzig.

Die mit * bezeichneten Artikel werden bestimmt im Laufe des Jahres fertig; von den übrigen ist das Erscheinen ungewiss.

I. An Zeitschriften erscheint für 1847:

*1. **Deutsche Allgemeine Zeitung.** Verantwortliche Redaction: Professor **F. Bülau.** Jahrgang 1847. Täglich mit Einschluß der Sonn- und Festtage eine Nummer von 1 Bogen. Hoch 4. Pränumerationspreis vierteljährlich 2 Thlr.

Wird Abends für den folgenden Tag ausgegeben. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr. Besondere Anzeigen werden nicht beigelegt.

*2. **Blätter für literarische Unterhaltung.** Herausgeber: **H. Brockhaus.** Jahrgang 1847. Täglich eine Nummer. Gr. 4. 12 Thlr.

Wird Freitags ausgegeben, kann aber auch in Monatsheften bezogen werden.

*3. **Isis.** Encyklopädische Zeitschrift, vorzüglich für Naturgeschichte, vergleichende Anatomie und Physiologie. Herausgegeben von **Oken.** Jahrgang 1847. 12 Hefte. Mit Kupfern. (Zürich.) Gr. 4. 8 Thlr.

Zu den unter Nr. 2 und 3 genannten Zeitschriften erscheint ein

Literarischer Anzeiger,

für literarische Ankündigungen aller Art bestimmt. Für die Zeile oder deren Raum werden 2½ Ngr. berechnet. Gegen Vergütung von 3 Thlrn. werden besondere Anzeigen u. dgl. den **Blättern für literarische Unterhaltung**, und gegen Vergütung von 1 Thlr. 15 Ngr. der **Isis** beigelegt oder beigeheftet.

*4. **Landwirthschaftliche Dorfzeitung.** Herausgegeben unter Mitwirkung einer Gesellschaft praktischer Land-, Haus- und Forstwirthe von **William Löbe.** Mit einem Beiblatte: **Gemeinnütziges Unterhaltungsblatt für Stadt und Land.** Jahrgang 1847. 52 Nummern. 4. Preis des Jahrgangs 20 Ngr.

Wird Freitags ausgegeben.

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr. Besondere Anzeigen u. dgl. werden gegen eine Vergütung von ½ Thlr. für das Tausend beigelegt.

*5. **Neue Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung.** Im Auftrage der Universität zu Jena redigirt von Geh. Hofrath Prof. Dr. **F. Hand**, als Geschäftsführer; Kirchenrath Prof. Dr. **J. K. E. Schwarz**, Hof- und Justizrath Prof. Dr. **A. L. J. Michelsen**, Geh. Hofrath Prof. Dr. **D. G. Kieser**, Prof. Dr. **K. Snell**, als Specialredactoren. Jahrgang 1847. 312 Nummern. Gr. 4. 12 Thlr.

Wird Freitags ausgegeben, kann aber auch in Monatsheften bezogen werden.

Anzeigen werden mit 1½ Ngr. für den Raum einer Zeile und besondere Beilagen u. dgl. mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

*6. **Das Pfennig-Magazin für Belehrung und Unterhaltung.** Neue Folge. Fünfter Jahrgang. 1847. 52 Nummern. Nr. 209—260. Mit vielen Abbild. Schmal gr. 4. 2 Thlr.

Wird wöchentlich und monatlich ausgegeben. In das **Pfennig-Magazin** werden Ankündigungen aller Art aufgenommen. Für die Zeile oder deren Raum werden 4 Ngr. berechnet, besondere Anzeigen u. dgl. gegen Vergütung von ¼ Thlr. für das Tausend beigelegt.

Der erste bis zehnte Jahrgang des **Pfennig-Magazin** kosten zusammengenommen statt 19 Thlr. 15 Ngr. im herabgesetzten Preise nur 10 Thlr.; der erste bis fünfte Jahrgang 5 Thlr., der sechste bis zehnte Jahrgang 6 Thlr., einzelne Jahrgänge 1 Thlr. 10 Ngr. Der Neuen Folge erster bis vierter Jahrgang (1843—46) kosten jeder 2 Thlr.

Ebenfalls im Preise herabgesetzt sind folgende Schriften:

Pfennig-Magazin für Kinder. Fünf Bände. Früher 5 Thlr. Jetzt 2 Thlr. 15 Ngr. Einzelne Jahrgänge 20 Ngr.

Sonntags-Magazin. Drei Bände. Früher 6 Thlr. Jetzt 2 Thlr.

National-Magazin. Ein Band. Früher 2 Thlr. Jetzt 20 Ngr.

Jetztere vier Bände zusammengenommen nur 2 Thlr.

*7. **Leipziger Repertorium der deutschen und ausländischen Literatur.** Unter Mitwirkung der Universität Leipzig herausgegeben von Hofrath und Oberbibliothekar Dr. **E. G. Gersdorf.** Jahrgang 1847. 52 Hefte. Gr. 8. 12 Thlr.

Erscheint in wöchentlichen Heften von 2½ Bogen und wird Freitags ausgegeben.

Dieser Zeitschrift ist ein

Bibliographischer Anzeiger,

für literarische Anzeigen aller Art bestimmt, beigegeben und Ankündigungen in demselben werden für die Zeile oder deren Raum mit 2 Ngr. berechnet, besondere Anzeigen gegen Vergütung von 1 Thlr. 15 Ngr. beigelegt.

*8. **Rhea.** Zeitschrift für die gesammte Ornithologie. Im Verein mit ornithologischen Freunden herausgegeben von Dr. **F. A. L. Thienemann.** In zwanglosen Heften. Mit Abbildungen. Gr. 8. Jedes Heft 1 Thlr. 10 Ngr.

Das erste Heft erschien 1846. Auf den Umschlagen werden Inserate abgedruckt und 1½ Ngr. für den Raum einer Zeile berechnet; für besondere Beilagen ist 1 Thlr. 15 Ngr. zu vergüten.

*9. **Deutsches Volksblatt.** Eine Monatschrift für das Volk und seine Freunde. Dritter Jahrgang. 1847. 12 Hefte. Gr. 8. 1 Thlr.

Erscheint von 1847 an unter einer neuen Redaction und in monatlichen Heften von 3—4 Bogen. Die Insertionsgebühren betragen für den Raum einer Zeile 2 Ngr., besondere Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

*10. **Zeitschrift** für historische Theologie. In Verbindung mit der von C. F. Illgen gegründeten historisch-theologischen Gesellschaft zu Leipzig herausgegeben von Dr. **Ch. W. Niedner.** Jahrgang 1847. 4 Hefte. Gr. 8. 4 Thlr.

Inserate auf den Umschlägen werden für die Zeile mit 1½ Ngr., besondere Beilagen mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

II. An Fortsetzungen erscheint:

*11. **Analekten für Frauenkrankheiten,** oder Sammlung der vorzüglichsten Abhandlungen Monographien, Preisschriften, Dissertationen und Notizen des In- und Auslandes über die Krankheiten des Weibes und über die Zustände der Schwangerschaft und des Wochenbettes. Herausgegeben von einem Vereine praktischer Ärzte. Siebenten Bandes erstes Heft und folgende. Gr. 8. Jedes Heft 20 Ngr.

Der erste bis sechste Band, jeder in 4 Heften (1837—46), kosten 11 Thlr.

*12. **Bericht vom Jahre 1847** an die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft zu Erforschung vaterländischer Sprache und Alterthümer in Leipzig. Herausgegeben von **K. A. Else.** Gr. 8. Geh. 2 Ngr.

Die Berichte vom Jahre 1835—46 haben gleichen Preis.

*13. **Ausgewählte Bibliothek der Classiker des Auslandes.** Mit biographisch-literarischen Einleitungen. Siebenundfunfzigster Band und folgende. Gr. 12. Geh.

Die erschienenen Bände dieser Sammlung sind unter folgenden Titeln zu erhalten:

I. II. **Bremer**, Die Nachbarn. Vierte Auflage. 20 Ngr. — III. **Gomez**, Jagd de Bazire, übersetzt von **Müller.** 20 Ngr. — IV. **Temme**, Das neue Leben, übersetzt von **Förster.** 20 Ngr. — V. **Bremer**, Die Töchter des Präsidenten. Vierte Auflage. 10 Ngr. — VI. VII. **Bremer**, Nina. Zweite Auflage. 20 Ngr. — VIII. IX. **Bremer**, Das Haus. Vierte Auflage. 20 Ngr. — X. **Bremer**, Die Familie H. Zweite Auflage. 10 Ngr. — XI. **Prevost d'Exiles**, Geschichte der Manon Lescaut, übersetzt von **Müller.** 10 Ngr. — XII. XIII. **Dante**, spanische Gedichte, übersetzt und erklärt von **Kannegießer** und **Mitte.** Zweite Auflage. 2 Thlr. 12 Ngr. — XIV. **Tasso**, Der erlöste Sion, übersetzt von **Kreis.** 1 Thlr. 2 Ngr. — XV. **Bremer**, Kleinere Erzählungen. 10 Ngr. — XVI **Bremer**, Streit und Friede. Zweite Auflage. 10 Ngr. — XVII. **Voltaire**, Die Henriade, übersetzt von **Schröder.** 1 Thlr. — XVIII. **Calvo III.**, Schauspiele, übersetzt von **Eichel.** 1 Thlr. 6 Ngr. — XIX. **Bjoerna Vitalis**, Gedichte, übersetzt von **Kannegießer.** 20 Ngr. — XX—XXII. **Boccaccio**, Dekameron, übersetzt von **Mitte.** Zweite Auflage. 2 Thlr. 15 Ngr. — XXIII—XXV. **Dante**, Die göttliche Komödie, übersetzt von **Kannegießer.** Vierte Auflage. 2 Thlr. 15 Ngr. — XXVI. **Ouida**, Eine dramatische Novelle. Aus dem Spanischen übersetzt von **Dulon.** 1 Thlr. 6 Ngr. — XXVII. XXVIII. **Tamadwa Khatta's** Märchensammlung, übersetzt von **Brockhaus.** 1 Thlr. 10 Ngr. — XXIX. XXX. **Bremer**, Ein Tagebuch. 20 Ngr. — XXXI. XXXII. **Tasso**, Lyrische Gedichte, übersetzt von **Förster.** Zweite Auflage. 1 Thlr. 15 Ngr. — XXXIII. **Hitopadesa.** Aus dem Sanskrit übersetzt von **Müller.** 20 Ngr. — XXXIV. XXXV. **Jubische Gedichte.** In deutschen Nachbildungen von **Geibel.** 1 Thlr. — XXXVI. XXXVII. **Calderon**, Schauspiele, übersetzt von **Mitte.** 1 Thlr. — XXXIX. XL. **Dante's** prosaische Schriften. Mit Auswahl der Vita nuova. Uebersetzt von **Kannegießer.** 2 Thlr. — XLI. XLII. **Bremer.** In Dalekarlien. 20 Ngr. — XLIII. LIII. **Cue.** Der ewige Jude. 3 Thlr. 10 Ngr. — LIV. LV. **Machiavelli's** Florentinische Geschichten, übersetzt von **Remmert.** 3 Thlr. — LVI. **Sadi's** Rosengarten, übersetzt von **Graf.** 1 Thlr. 6 Ngr.

*14. **Conversations-Lexikon. Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände.** Neunte, verbesserte und sehr vermehrte Original-Auflage. Vollständig in 15 Bänden oder 120 Heften. Neunundachtzigstes Heft und folgende. Gr. 8.

Diese neunte Auflage erscheint in 15 Bänden oder 120 Heften zu dem Preise von 5 Ngr. für das **Heft** in der Ausgabe auf Maschinenpapier; der **Band** kostet 1 Thlr. 10 Ngr., auf Schreibpapier 2 Thlr., auf Velinpapier 3 Thlr.

Auf den Umschlägen der einzelnen Hefte werden Ankündigungen abgedruckt, und der Raum einer Zeile wird mit 10 Ngr. berechnet.

*15. **Conversations-Lexikon.** — Neunte Auflage. Neue Ausgabe. In 240 Wochen-Lieferungen. Fünfundsechzigste Lieferung und folgende. Gr. 8. Jede Lieferung 2½ Ngr.

*16. **Systematischer Bilder-Atlas zum Conversations-Lexikon.** — **Encyklopädie der Wissenschaften und Künste.** — 500 in Stahl gestochene Blätter in Quart mit Darstellungen aus sämmtlichen Naturwissenschaften, aus der Geographie, der Völkerkunde des Alterthums, des Mittelalters und der Gegenwart, dem Kriegs- und Seewesen, der Denkmale der Baukunst aller Zeiten und Völker, der Religion und Mythologie des classischen und nichtclassischen Alterthums, der zeichnenden und bildenden Künste, der allgemeinen Technologie ꝛc. Nebst einem erläuternden Text. Entworfen und herausgegeben von **J. G. Heck.** Vollständig in 120 Lieferungen. Einundsiebzigste Lieferung und folgende. Jede Lieferung 6 Ngr.

*17. **Dieffenbach (J. F.), Die operative Chirurgie.** In zwei Bänden. Zweiter Band, oder siebentes Heft und folgende. Gr. 8. Jedes Heft 1 Thlr.

Der erste Band, (erst 1—6 (1845)), kostet 6 Thlr. Das erste Heft des zweiten Bandes ist bereits ausgegeben.

*18. **Encyklopädie der medicinischen Wissenschaften,** methodisch bearbeitet von einem Vereine von Ärzten, unter Redaction des Dr. **A. Moser.** Zweite Abtheilung dritter Band, vierte Abtheilung und folgende. Gr. 12. Geh.

Von dieser Encyklopädie sind bereits erschienen:

I. Handbuch der topographischen Anatomie, mit besonderer Berücksichtigung der chirurgischen Anatomie, zum Gebrauch für Ärzte und Studirende. Von L. Roehmann. 1844. 3 Thlr.

II. Handbuch der speciellen Pathologie und Therapie. Von L. Posner. Erster und zweiter Band 1845—46. 4 Thlr. 12 Ngr.

Der erste Band (1845, 2 Thlr.) enthält den ersten Theil der acuten Krankheiten, der zweite Band (1846, 2 Thlr. 12 Ngr.) den ersten Theil der chronischen Krankheiten.

III. Die medicinische Diagnostik und Semiotik, oder die Lehre von der Erforschung und der Bedeutung der Krankheitserscheinungen bei den innern Krankheiten des Menschen. Bearbeitet von A. Moser. 1845. 2 Thlr.

*19. **Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und Künste** in alphabetischer Folge von genannten Schriftstellern bearbeitet und herausgegeben von **J. S. Ersch** und **J. G. Gruber.** Mit Kupfern und Karten. Gr. 4. Cart.

Jeder Theil im Pränumerationspreis auf gutem Druckpapier 3 Thlr. 20 Ngr., auf feinem Velinpapier 5 Thlr., auf extrafeinem Velinpapier im größten Quartformat mit breitem Rande (Velinpapierausgabe) 15 Thlr.

Erste Section, A—G, herausgegeben von J. S. Ersch. Fünfundvierzigster Theil und folgende.

Zweite Section, H—N, herausgegeben von J. G. Hoffmann. Sechsundzwanzigster Theil und folgende.

Dritte Section, O—Z, herausgegeben von M. H. C. Meier. Dreiundzwanzigster Theil und folgende.

Den früheren Abonnenten, denen eine Reihe von Theilen fehlt, und Denjenigen, die als Abonnenten auf das ganze Werk neu eintreten wollen, werden die billigsten Bedingungen gestellt.

20. **Ennemoser (J.), Geschichte des thierischen Magnetismus.** Zweite, ganz umgearbeitete Auflage. Zweiter Theil. Gr. 8.

Der erste Theil unter dem Titel: „Geschichte der Magie", erschien 1844 und kostet 2 Thlr. 15 Ngr.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 112. — 22. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ⊙Leipzig. Unruhen in Eisleben. ⊙Chemnitz. Schutzzöllnerpolemik. †Hannover. Landtag. Die Predigtamtscandidaten. — Fürsorge für Bockenem. — Heinzen. — Verbotene Jubelfeier in Kassel. — Untersuchung in Fulda. Die Theuerung. — Maueranschlag in Weimar. Die Theuerung. — Wiesbaden. Landtag.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Ueberreichung der Adresse. Stimmungen. Steuererlaß. *Berlin. Die Adreßdebatte. (+)Berlin. Der Nothstand. Die Gerichtsöffentlichkeit. Die Amnestie. Die Armenschulbibliotheken. *Aus der Provinz Sachsen. Der Pastoralverein. Hr. Uhlich. Kirchensammlung. — Hr. v. Bayen. — Die Stände. — Das Pferdefleisch.

Oesterreich. *Grätz. Die Zehnten.

Spanien. Die Sendung Concha's. General Serrano.

Großbritannien. Parlament. Drawingroom der Königin. Bittschrift zu Gunsten der Schulplane der Regierung. Neue Straße. Die Times über den preußischen Landtag. Linienschiffe von Malta nach Athen.

Frankreich. Parlament. Der Douanengesetzentwurf. Die Zeitungen. Aufforderungen zu Gewaltthätigkeiten. Die Seine. Der Prinz von Joinville. Hr. Carné. Der Herzog v. Broglie Gesandter in London. Die Hinrichtungen in Buzançais. **Paris. Die Bank.

Belgien. Placate in Brügge.

Schweiz. Der genfer Verfassungsentwurf.

Griechenland. Die Kammern. Heerschau. Depeschen. Fremde Schiffe.

Türkei. ⊙Konstantinopel. Die Tscherkessen.

Nordamerika. Der Krieg mit Mexico.

Mexico. Der Krieg.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

⊙**Leipzig**, 21. April. Berichte aus Eisleben melden, daß dort ein arger Ausbruch am 19. April stattgefunden, der durch sehr drückende Noth hervorgerufen worden sei. Mißhandeln von Getreidemäklern, gewaltsame Ausräumung von Kellern und Getreideböden sind verübt worden und sogar der bewaffneten Macht soll der empörte Haufe entgegengetreten sein. Näheres erwartet man.

⊙**Chemnitz**, 20. April. In der Denkschrift der chemnitzer Gewerbtreibenden wird nachgewiesen, daß bereits im Jahr 1843 die Zollvereinsstaaten einen Tribut von 11½ Mill. Thlr. für Arbeitslöhne in nur einigen angeführten Halbfabrikaten an das Ausland zahlten, und daraus geschlossen, daß es kein Wunder sei, wenn die Verarmung dadurch immer mehr zunehme, und daß, versteht sich allemal, höhere Besteuerung der ausländischen Arbeit das einzige Mittel sei, eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen. Man hätte, um die Besorgniß der öffentlichen Meinung in noch höherm Grade zu erregen, und da es nur darum zu thun war, etwas Plausibles vorzubringen, noch viel mehr daraus schließen können. Warum hat man nicht auch daraus gefolgert, daß, da im Jahr 1839 die Masse des in den Vereinsstaaten cirkulirenden Geldes zu 200 Mill. Thlr. angenommen wurde, wir, wenn jährlich 20 Mill. Thlr. als Tribut ans Ausland gezahlt werden, prime Januar 1850 keinen rothen Heller mehr im Lande haben? Die jetzige Geldnoth hätte diese Folgerung ganz gelegen unterstützt, und es hätten sich gutmüthige Seelen genug gefunden, auch diesen Euklid'schen Beweis zu glauben. Die Denkschrift sagt ferner, daß, wenn das sämmtliche in den Zollverein eingeführte baumwollene Garn bei uns auch gesponnen würde, demselben 6,300,000 Thlr. erhalten würden; und das Spindelinteresse gibt vor, dadurch mindestens 70—80,000 Arbeiter in bessere Verhältnisse zu bringen, unter schmeichelhafter hauptsächlicher Berücksichtigung der Glattweber. So lockend nun auch diese Aussicht für uns ist und so edel und gutgemeint es auch von unsern Beglückern sein mag, so können wir ihnen, so gern wir möchten, keinen Glauben beimessen. Wenn jetzt Jemand müßig ginge, man gar nichts verdiente, so hätte dies wol seine Richtigkeit; die bestehenden Verhältnisse ändern es aber ganz gewaltig. Nehmen wir einmal an, daß von den 70,000 zu beglückenden Arbeitern jeder jetzt inclusive des Fabrikations- und Handelsgewinnes, directen und indirecten Verdienstes nach allen Richtungen (wie ebenfalls beim angenommenen Spinnlohne von 4 Ngr.), die ganz niedrige Summe von 80 Thlr. jährlich verdient, so beträgt dies 5,600,000 Thlr., rechnen wir dazu Ausfuhrprämien von 80,000 Ctr. à 5 Thlr. — 400,000 Thlr., dadurch vermehrte Regiekosten 100,000 Thlr., welche durch die Steuerpflichtigen anderweit aufgebracht werden müssen, so lösen sich die 6,300,000 Thlr., welche man dem Lande zu erhalten vorgibt, bereits fast in Wohlgefallen auf, der andern übrigen Nachtheile der Zölle und Ausfuhrprämien, welche nicht gut zu berechnen sind, gar nicht zu gedenken. Und selbst zugegeben, es sollte sich augenblicklich ein kleiner Vortheil zu Gunsten der Spinnerei herausstellen, wie viel Interessen würden direct und wie viel andere durch das Umsatteln der Arbeiter indirect beleidigt? Müßte es nicht den größten Schaden bringen, jetzt, wo alle Capitalien bereits genützt und aufs Höchste angespannt sind, denselben eine veränderte Richtung zu geben? Und dann, wenn der Erstarkungsproceß der Spinnerei vorüber ist, die Zölle, wie in Aussicht gestellt, aufgehoben werden können, wie nun dann, wenn wie jetzt in England das Spinnlohn auf 8—10 Pfennige (statt 4 Ngr.) pr. Pfund in den gangbarsten Sorten herabfällt, wird dann nicht das ganze künstliche Gebäude rettungslos zusammenprasseln und die darin beschäftigten Arbeiter in das entsetzlichste Elend bringen?

Doch das aufgeklärtere Spindelinteresse weiß des Alles, es weiß aber auch, daß sich die Spinnerei aus naheliegenden Gründen nie bis zur vollen Production in quantitativer und qualitativer Hinsicht erheben wird, es weiß auch, daß es dann, wenn der Staat durch höhere Zölle Spinnereien hervorgerufen hat, ihn mit Recht um Schutz der darauf gewendeten Capitalien anrufen kann, denn was ist wol natürlicher, als daß der Vater, welcher seinen Kindern das Leben gegeben hat, sie auch schützen und erhalten muß!

†**Hannover**, 19. April. Die Schädlichkeit unserer allzu langen Landtagsdiäten hat sich noch jedes Mal, aber bei keiner so evident erwiesen als bei der gegenwärtigen. Man wirft es der Opposition als einen Fehler vor, daß sie seit Ostern das Feld geräumt hat; aber davon abgesehen, daß sie in der Ueberzeugung wegblieb, ihr Wiederkehren würde an dem endlichen Schicksale der Gewerbe- und Proceßordnung und der andern großen Gesetze nichts mehr ändern, muß doch Jeder zugeben, daß eine Ausdauer für die öffentlichen Angelegenheiten, wie diese Diät sie verlangt, mit den Pflichten für Haus und Geschäft völlig unvereinbar ist. Staats- und Gemeindebeamte, die während der Ausübung ihrer ständischen Function von ihren sonstigen Diensten entbunden werden, können ihr wol genügen, wenn sie nicht physisch und psychisch der Ueberanstrengung einer länger als einjährigen Diät erliegen. Diese Diät begann am 24. Febr. v. J.; sie wurde zwar während der zweiten Hälfte des August und für die Monate September und October unterbrochen, damit war aber nur den Grundbesitzern die nothwendigste Frist zur Besprechung ihrer Privatangelegenheiten eingeräumt; Kaufleuten, Gewerbtreibenden und Advocaten war wenig damit geholfen, da die Pause gerade in die geschäftsstille Zeit fiel und nicht länger währte, als um etwa den Geschäftsfaden wieder aufzunehmen und ihn dann gleich wieder fallen lassen zu müssen. Gewiß war die Umwandlung der frühern alljährlichen Diäten in jährliche übel berechnet, und sie hat sich bis jetzt sehr übel bewährt. Denn was bei der Ermüdung und dem endlichen Ueberdruß am ständischen Wirken herauskommt, sehen wir wieder am jetzigen Ausgange dieser Diät, die nahe an ihrem sechsten Jahresviertel steht und mehr als einen guten und dienlichen Beschluß wieder zu Boden fallen läßt, der in den Tagen besserer Rüstigkeit gefaßt war. Was dabei herauskommt, haben wir erfahren an dem Verluste gerade der besten und tüchtigsten Volksabgeordneten, die im Laufe des Landtags resigniren mußten, und es sicher nicht gethan hätten, wenn ihr häuslicher Beruf ihr Bleiben irgend gestattet hätte.

In der theologischen Welt macht eine neuere Verfügung des hiesigen Consistoriums Aufsehen, wonach die Verpflichtung der Predigtamtscandidaten auf die Symbole aus der bisher üblichen bedingten in eine unbedingte verwandelt ist. Bei der Mehrzahl unserer Candidaten wird man damit kaum auf harten Widerstand stoßen; bei einigen doch. Es ist aber sicher nicht weise, ohne Noth die Reibungen zu vermehren, die ohnehin das kirchliche Leben der Gegenwart so sehr erschüttern, und wir begreifen diese Maßregel des hiesigen Consistoriums um so weniger, da man von seinem neuen Chef eher alles Andere vermuthen zu dürfen meinte als reagirende Versuche, die doch nur Versuche bleiben werden.

— Die **hannoversche** II. Kammer hat am 16. April beschlossen, die durch eine Feuersbrunst gänzlich verheerte Stadt Bockenem (Nr. 104) der besondern Rücksicht der Regierung zu empfehlen, und zu dem Ende die früher schon zur Linderung des Nothstandes bewilligte Summe von 100,000 Thlr. für den Fall, daß damit nicht auszureichen wäre, auf 125,000 Thlr. zu erhöhen. (H. Bl.)

— Die Mannheimer Abendzeitung vom 17. April enthält eine Zuschrift von Heinzen, worin derselbe in Abrede stellt, daß er Verfasser oder Verbreiter des bekannten Revolutionsrecepts sei, und anzeigt, daß er mit der Redaction der augsburger Allgemeinen Zeitung, welche dies in einem Artikel aus Genf behauptet hatte, in Privatcorrespondenz getreten sei.

— Nach der augsburger Allgemeinen Zeitung sollte in **Kassel** die hundertjährige Jubelfeier der Thätigkeit des dortigen Oberappellationsgerichts begangen werden, es wurde aber höchsten Orts die Erlaubniß dazu versagt.

— Gegen den Gymnasiallehrer Dr. Volkmar in **Fulda**, bekannt durch seine Bestrebungen zu Gunsten der deutsch-katholischen Sache, ist auf Befehl des Ministeriums des Innern eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet worden; dieselbe wird von dem Mitgliede der Gymnasialverwaltungscommission, dem geheimen Regierungsrathe Gößmann geführt. — Von Staats wegen werden nunmehr die Gemeinden in Kurhessen zur Angabe der benöthigten Quantitäten von Samenfrüchten aufgefodert; leider aber finden sich keine Vorräthe vor, um allen den Foderungen genügen zu können." (Fr. J.)

— Dem Frankfurter Journal schreibt man aus **Weimar** vom 16. April: „Heute Morgen soll ein mit Drohungen angefüllter Maueranschlag gefunden worden sein, welchen man, noch bevor sein Inhalt bekannt geworden, sogleich abgerissen und dem Rath übergeben habe. Zur Abhülfe der Noth sind hier schon mehrfache Schritte geschehen. Erst jetzt wieder soll die großherzogl. Kammer 50,000 Thlr. und der Landtag aus der Landschaftskasse 30,000 Thlr. bewilligt und einen Beamten der Landesdirection beauftragt haben, für diese Summen Getreide einzukaufen. Auch soll nächstens eine Revision der im Lande vorhandenen Getreidevorräthe stattfinden, um Gewißheit zu erhalten, ob dieselben bis zur nächsten Aernte noch ausreichend seien. Nach einer oberflächlichen Berechnung bedarf das Großherzogthum bis dahin noch ungefähr 200,000 Scheffel Roggen."

Wiesbaden, 15. April. Das erste Heft der gedruckten Protokolle der I. Kammer unserer Landstände, in welchem die Berichte über deren Sitzungen am 22., 24. und 26. März abgedruckt sind, enthält als Anlagen mehre sehr wichtige Gesetzvorlagen, wie z. B. einen Gesetzvorschlag über ein zur Sicherung des Grundeigenthums, einschließlich des Hypothekenrechts, zu erlassendes Gesetz; einen Gesetzvorschlag über Wechselproceß und Wechselrecht; einen Gesetzvorschlag über Einführung gleichen Maßes und Gewichts im Herzogthum; einen Gesetzvorschlag wegen Errichtung eines Landjägercorps als Sicherheitspolizeimannschaft an die Stelle der bisherigen Reserve, II. Classe ꝛc. Zur Prüfung dieser Gesetzvorschläge sind bereits Commissionen erwählt. Sehr zweckmäßig ist, daß sie jetzt schon, vor deren Berathung in der II. Kammer, der Oeffentlichkeit übergeben sind. — Zum Präsidenten der Herrenbank hat der Herzog den Grafen von Walderdorff auch für die diesjährige Sessionszeit erwählt. — In der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 29. März wurde der schon erwähnte Antrag auf Unterstützung der Volksschullehrer wegen der gegenwärtig herrschenden Theuerung berathen. Die von der Regierung hierzu aus Staatsmitteln stipulirten 12,000 Fl. sollen unverweilt ausgetheilt und umsichtig vertheilt werden. Dabei wird bemerkt, daß die Regierung auch die bemittelten Gemeinden aufgefodert habe, ihre Meinungen über die Hülfsbedürftigkeit der Lehrer und die nöthigen Zuschüsse abzugeben. Einstimmig beschlossen auch die Abgeordneten, in Erwägung des gegenwärtigen Nothstandes, die Regierung um Abstellung aller Frohndienste bei den für dieses Jahr in Aussicht gestellten Neubauten von Landstraßen zu ersuchen. Für die nächsten Sitzungen (die Kammer wurde am oben bemerkten Tage auf 2 Wochen vertagt) wurden mehre neue Anträge: 1) über die Prüfung der Handwerker, 2) über die Gemeindeverwaltungs-Ordnung und 3) über die Oeffentlichkeit der ständischen Sitzungen angekündigt. (F. J.)

Preußen.

Berlin, 20. April. In der Sitzung des Vereinigten Landtags am 16. April, worüber die speciellen Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung noch nicht vollständig vorliegen, weshalb wir auch nur einen kurzen Auszug aus diesen geben, uns vorbehaltend, auf die gesammte Verhandlung beider Tage nochmals zurückzukommen, sprach zuerst der Abg. Milde und bat zuvörderst, sich ganz auf den parlamentarischen Boden zu stellen und „von der Krone nur objectiv" zu sprechen. Er beklagte, daß man die Fragen habe zur „Beute der Juristen" werden lassen und nicht ganz einfach gesagt habe: „auf Grund der Gesetze von 1815, 1820 und 1823 berufen Wir Unsere getreuen Stände und übertragen ihnen die Functionen des im Gesetz vom 17. Jan. 1820 vorgesehenen reichsständischen Körpers". Er erklärte sich für den ursprünglichen Entwurf und fand das Amendement verflachend. Eroberungskriege seien nicht mehr möglich. Die Absicht des Verfassungswerks finde er höchst weise, die Ausführung nicht befriedigend. Nur den Ausdruck des Schmerzes wünsche er aus dem ersten Entwurf weg. Graf Renard sprach, um eine möglichst einmüthige Adresse zu erhalten, für das Amendement des Grafen Arnim. Der Fürst zu Wied trat Dem bei, wünschte aber, die periodische Wiederkehr der Versammlung beantragt zu sehen. Der Abg. Ganze begann eine heftige Ergießung gegen die schlechte Presse, ward aber unterbrochen, weil er ablas. Dann sprach der Abg. Naumann und vertheidigte in längerer Rede auf das entschiedenste die Gesetzgebung vom 3. Febr.; nur in Betreff derjenigen Staatsgläubiger, die auf das Gesetz vom 17. Jan. 1820 begründete Rechte hätten, fand er Bedenken möglich, worauf der königliche Commissar erwiderte, daß deren Rechte nicht um ein Haar breit beschränkt seien. Hr. Naumann sprach sich für das Amendement aus.

** **Berlin**, 20. April (2½ Uhr Nachmittags). Die mit Ueberreichung der Antwortsadresse des Vereinigten Landtags (die mit 498 gegen 107 Stimmen angenommen war) beauftragte Deputation hat sich heute Vormittag auf das königl. Schloß begeben und ist von dem König empfangen worden. Dem Vernehmen nach wird in diesen Tagen noch eine fernere königl. Proposition zur Berathung vor den Vereinigten Landtag gelangen, nämlich in Betreff der Feststellung und Regulirung der Verhältnisse der Juden. Die Spannung und Aufregung, welche sich in den ersten Tagen des Beisammenseins des Vereinigten Landtags in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung in hohem Grade der Gemüther bemächtigt hatte, fängt allmälig an, einer ruhigern Betrachtung und einer unbefangenern Prüfung der Dinge nachzugeben. Namentlich wird uns versichert, daß diese Rückwirkung einer leidenschaftslosern Stimmung auch auf viele Landtagsmitglieder ihres Einflusses nicht verfehle und wesentlich dazu beitrage, anfangs in etwas zu schroffem Licht aufgefaßte Gegensätze zu mildern und das centrifugale Streben mancher Richtungen mehr auf den Mittelpunkt der wirklich wesentlichen und heilsamen Kernfragen zurückzulenken.

Nach Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg bleibt die Erhebung der Mahlsteuer einstweilen und bis zum 1. Aug. ausgesetzt, und soll die Klassensteuer für die unterste Kopfsteuerstufe während des Mai, Juni und Juli außer Hebung bleiben.

* **Berlin**, 19. April. Die Abstimmung in der Adreßsache hat den sehr erfreulichen Sinn, daß man, statt ohne weiteres sich auf die blos von Einer Seite aus behaupteten Rechte zu steifen und von da aus den Rechtsstand gefährdende Proteste zu schleudern, das ganze Verhältniß dem Wege ruhiger Erwägung und Verständigung überläßt. Die Regierung ist in der so wohlwollenden Rede des Ministers v. Bodelschwingh (Nr. 111) Dem entgegengekommen, und es läßt sich jetzt mit Zuversicht erwarten, daß über alle etwa noch streitigen Punkte, soweit sie eben jetzt ihre Erledigung fodern, ein billiger Vergleich gewonnen werden wird. Im Uebrigen sind allerdings manche Inconsequenzen in den politischen Einwendungen gegen die jetzige Einrichtung, die wir keineswegs für eine vollkommene ausgeben wollen, nicht zu verkennen. Man wundert sich, daß der Vereinigung sämmtlicher Provinzialstände die Rechte einer nach der frühern Absicht nur „aus" ihnen zu bildenden Versammlung übertragen seien; aber ist das nicht eine Klage über ein Zuviel statt über ein Zuwenig der Erfüllung? Man findet dieses große Institut nicht recht zweckmäßig für die Aufgabe der Reichsstände, und will es doch jährlich einberufen wissen! Man hätte eine kleinere, „aus" den Provinzialständen gebildete Versammlung vorgezogen, und eifert doch gegen die vereinigten Ausschüsse, welche den früher in Aussicht gestellten am nächsten kommen.

(+) **Berlin**, 19. April. Die Bäckerei des Vereins für die Armen hat nun seit fünf Monaten, auch bei den höchsten Getreidepreisen, circa 30,000 Arme täglich mit 4¾ Pfd. Brot für 5 Sgr. versehen. Aber durch die neuesten unerhörten Preise (der Wispel Roggen ist hier mit 100 Thlr. bezahlt worden) sieht diese Anstalt sich leider genöthigt, ¾ Pfd. weniger, also nur 4 Pfd., zu geben. Schon seit vier Wochen hat der Verein, da er sehnlichst wünschte, sein begonnenes Gewicht beizubehalten, täglich 50 Thlr., also in Summa 1600 Thlr., zusetzen müssen. Seit über eine Woche aber, wo die Preise so sehr stiegen, setzt derselbe täglich über 100 Thlr. zu, was ohne den gänzlichen Untergang des Unternehmens nicht mehr möglich ist, um so mehr, da die Bewohner Berlins durch die große Noth dieses Winters dermaßen in Anspruch genommen sind, daß selbst dieser Verein, der sich einer so großen Theilnahme des Publicums zu erfreuen hatte, in neuester Zeit nur sehr spärlich unterstützt wurde. Dazu kommt noch, daß der Magistrat am 1. April mit der Vertheilung von Brotmarken aufgehört hat und seit dem 15. April auch die Vertheilung von Suppen aufhörte. Alles wendet sich daher jetzt an den Verein, aber seine Mittel machen es durchaus nicht möglich, daß er mehr als 30,000 Arme täglich mit wohlfeilem Brot unterstützen kann. Ueberall, sagt er selbst, hört man jetzt, die Noth könne doch nicht mehr so groß sein, der Frost sei vorüber, die Leute hätten ja wieder Arbeit u. s. w. Man bedenkt aber dabei nicht, daß durch die große Noth dieses Winters in gleichem Grade Geldnoth eingetreten ist und gegen frühere Jahre vielleicht nicht der hundertste Theil von Bauten und sonstigen Unternehmungen stattgefunden hat, mithin viele Tausende ohne Arbeit bleiben. Dabei ist seit Aufhören des Frostes, wo sonst alle Preise sinken, der Roggen um 20 bis 30 Thlr. pro Wispel und so im Verhältnisse sind andere Gegenstände des nothwendigen Lebensunterhaltes gestiegen. Der Verein sieht sich deshalb noch einmal veranlaßt, die Privatwohlthätigkeit der wohlhabenden

Berliner in Anspruch zu nehmen, und dieselbe wird, wie man voraussehen kann, wol nicht auf sich warten lassen.

Seitdem das neue Gesetz wegen der unbedingten Oeffentlichkeit publicirt ist, bemerkt man in den Sälen des Criminalgerichts, wo die zweite und die fünfte Abtheilung Sitzung halten, eine Anzahl von Personen, welche nicht dem Justizamt angehören, wenn auch nicht gerade ein starker Andrang zu bemerken ist. Jedenfalls wird sich jetzt ziemlich unabweislich das Bedürfniß wenigstens Eines größern Sitzungssaals herausstellen, und es ist nach einer Mittheilung im Publicisten auch bereits begonnen, einen solchen aus den ehemaligen Registraturzimmern des Criminalgerichts herzustellen, und zwar mit solcher Schnelle, daß die erste Abtheilung bereits am 9. April ihre Sitzung in diesem neuen Saale halten wird.

Das Gerücht, daß eine Amnestie für politische Verbrecher bevorstehe, hat sich hier in Berlin außerordentlich weit verbreitet; inwiefern es gegründet oder nicht gegründet ist, können wir allerdings weder vermuthen noch angeben. Auf die Entscheidung des Dronke'schen Processes ist man hier, wo der Angeklagte viele Bekannte und Freunde hat, sehr gespannt; der Dr. Meyen sitzt noch immer in den Gefängnissen der Hausvoigtei und sieht seinem Urtel in zweiter Instanz entgegen.

Unsere und auswärtige Journale haben gemeldet, daß die Angelegenheit der Armenschul-Bibliotheken in Berlin durch eine Verfügung des königl. Schulcollegiums zu Grunde gegangen sei. Wie unbegründet diese Behauptung aber ist, mag durch die betreffende Verfügung des königl. Schulcollegiums selbst bewiesen werden. Sie lautet wie folgt:

„Wiewol durch den Bericht der Schuldeputation vom 31. Jul. v. J. und dessen Beilage die Bedenken nicht beseitigt werden, zu denen der in den hiesigen Zeitungen erlassene Aufruf zur Gründung von Volksbibliotheken Gelegenheit gegeben hat, so finden wir doch dagegen nichts zu erinnern, wenn die in der Verhandlung vom 31. Jul. v. J. genannten Männer sich dahin vereinigen wollen, die hiesigen Armenschulen mit nützlichen, für die Jugend geeigneten Schriften zu versorgen. Wir müssen dabei jedoch die Bedingungen stellen: 1) daß der Verein dieser Männer keine unmittelbare Einwirkung weder auf die Schulen noch auf den die Lesebibliothek beaufsichtigenden Lehrer in Anspruch nehme, sondern sich darauf beschränke, von der zweckmäßigen Verwendung der von ihm angeschafften Bücher durch Vermittelung der Schuldeputation Kenntniß zu nehmen; 2) daß daher der Verein die von ihm angeschafften Bücher nicht den Schulen noch deren Lehrern unmittelbar, sondern der Schuldeputation überweise, welche deren Vertheilung an die einzelnen Schulen, unter Berücksichtigung der etwa von dem Verein ausgesprochenen Wünsche, zu bewirken hat; 3) daß die Schuldeputation von dem Inhalte der Bücher Kenntniß nehme und die Vertheilung ungeeigneter Schriften, welche derselben etwa möchten überwiesen werden, ablehne; 4) daß die Schuldeputation hinsichtlich der Benutzung der Bücher von Seiten der Schulen eine angemessene Anordnung treffe und sich von Zeit zu Zeit durch specielle Revisionen überzeuge, daß weder bei der Verwaltung der Lesebibliotheken Mißbräuche sich einschleichen noch das Lesen unterhaltender Schriften dem häuslichen Fleiß und der Beschäftigung der Schüler mit Bibel und Gesangbuch, als den eigentlichen christlichen Volksschriften, Eintrag thue. Eines förmlichen, von der betreffenden Staatsbehörde zu bestätigenden Statuts für den Verein scheint es uns nicht zu bedürfen. Berlin, 28. Febr. 1847. Königl. Schulcollegium."

Es ist also dem Vereine keineswegs die Möglichkeit seiner Existenz abgeschnitten worden, sondern er wird dieselbe, allerdings unter Begrenzungen, finden können. Daß er sich jeder Controle entziehen dürfte, wo, wie bei uns, das Schulwesen so speciell organisirt ist und von oben herunter verwaltet wird, dürfte nicht leicht angenommen werden.

* **Aus der Provinz Sachsen**, 18. April. Bei dem jetzigen Zustande unserer kirchlichen Verhältnisse ist es besonders interessant, die Bewegungen der Orthodoxie zu verfolgen, die sich unter der Geistlichkeit immer mehr wieder geltend macht. Ihr stehendes Heer ist der „Pastoralverein der Provinz Sachsen", welcher sein Feldlager in Gnadau aufgeschlagen hat, wo er am 14. April eine Versammlung hielt. Die Versammlungen dieses Vereins sind älter als die der protestantischen Freunde, ja, sie haben dieselben ausdrücklich hervorgerufen, und zwar in der Weise, daß die erste Versammlung der protestantischen Freunde acht Tage später als die erste Versammlung der Orthodoxen ebenfalls in Gnadau gehalten wurde. Während aber die Versammlungen der Lichtfreunde anfangs nur von Geistlichen und erst später auch von Laien besucht wurden, so nahmen an denen der Orthodoxen zuerst namentlich die gnadauer Herrnhuter lebhaften Antheil, später aber, nachdem die Versammlungen der protestantischen Freunde verboten waren, wurde ihre Fortsetzung nur unter der Bedingung, daß Laien ausgeschlossen würden, gestattet. Jetzt erst nahm der Verein, welcher sich bis dahin „kirchlicher Centralverein" nannte, den Namen „Pastoralverein" an, und jetzt zeigte er auch einen unverhofften Aufschwung. Bis zur Beseitigung der lichtfreundlichen Versammlungen nämlich hatte die Regierung an allen theologischen Versammlungen gleichsam nur das demagogische Element ins Auge gefaßt und die Versammlungen als solche weder auf der einen noch auf der andern Seite begünstigt; jetzt aber erschien in Gnadau der Generalsuperintendent Möller, welcher sich bis dahin bei den religiösen Bewegungen so sehr neutral verhalten hatte, daß die Lichtfreunde ihn zum Theil für sich aufs günstigste gestimmt glaubten. Hr. Möller war am 14. April zum zweiten Mal in Gnadau. Nach seinem ersten dortigen Besuch am 22. Sept. 1846 hatte er in einem Rundschreiben die Geistlichen der Provinz von seiner Mitgliedschaft bei dem Pastoralverein in Kenntniß gesetzt und sich aufs günstigste über denselben ausgesprochen. Der Zudrang hatte sich daher diesmal ganz außerordentlich vermehrt; man schätzte die Anwesenden auf 3—400, von denen, wenn auch selbst schweizerische, schottische und französische Geistliche unter ihnen waren, doch natürlich die Prediger aus der Provinz Sachsen die Mehrzahl bildeten. Bedenkt man nun, daß nicht etwa ein bloßes Besuchen, sondern eine förmliche Mitgliedschaft dieser Versammlungen stattfindet, daß man hier einen förmlichen Verein vor sich hat, der durch die Kirchliche Monatschrift für die Provinz Sachsen auch literarisch vertreten wird, und daß eine der Anzahl nach ganz entsprechende Gegenpartei in der Provinz vertheilt ist, welche sich zwar nicht versammelt, aber doch auch vorhanden ist, so kann man leicht den ungeheuern Umfang berechnen, in dem sich die kirchlichen Bewegungen bei uns geltend machen.

Die diesmalige Versammlung in Gnadau beschäftigte sich fast schon den ganzen 13. April mit Vorberathungen. Am 13. April Abends waren die meisten Mitglieder bereits zugegen. Auch diesmal wurde die Abendbetstunde der Herrnhuter von einem der anwesenden Geistlichen, dem Pastor Rochol aus Ottersleben, gehalten und von den Mitgliedern des Pastoralvereins besucht. Sodann las der Director desselben, Pastor Westermeier aus Biere, die Correspondenz vor, welche zwischen ihm und der Regierung darüber stattgefunden hatte, daß bei der letzten Zusammenkunft eine Anzahl von Laien zugegen gewesen. Professor Tholuck, welcher mit dem Professor Julius Müller aus Halle gekommen war, hielt hierauf einen Vortrag über seine Reise nach England. Der Pastor Harnisch aus Elbey, früher Seminardirector in Weißenfels, machte dann den Antrag, daß die gerade an jenem Tag in der Magdeburger Zeitung erschienene Thronrede feierlich vorgelesen werde; und obgleich sie von den meisten Anwesenden schon unterwegs gelesen worden war, so verfehlte doch namentlich die Stelle: „Ich und mein Haus wir wollen dem Herrn dienen" (Josua, Cap. 24, V. 15) des Eindrucks auf diese Versammlung nicht: man sah in manchen Augen Thränen glänzen und es wurde dem König ein dreimaliges Lebehoch gebracht.

Die Hauptversammlung am 14. April eröffnete der Generalsuperintendent Möller mit einer Rede. Da man wußte, daß sie einen mehr erbaulichen Charakter tragen würde, so baten die gnadauer Herrnhuter um die Erlaubniß, zugegen sein zu dürfen, welche ihnen von dem Redner nach einigem Bedenken ertheilt wurde. Als sich die Herrnhuter wieder entfernt hatten, trat der Pastor Pistorius, der bekannte Gegner des Pastors König, auf; er hatte Thesen über die Augsburgische Confession gestellt, denen gegenüber schon in der vorigen Versammlung Kämpfe aus Magdeburg, der literarische Widersacher Uhlich's, freiere Ansichten geltend machte. Die Debatten über die Augsburgische Confession, an welchen sich auch die HH. Tholuck, Müller und Möller betheiligten, waren auch diesmal wieder der Hauptgegenstand der Verhandlungen.

Auf der Mittwochsversammlung in Gnadau verbreitete sich die Nachricht, der Pastor Uhlich in Magdeburg habe an Ostern von der Kanzel gesagt: er habe zwar schon öfter erklärt, daß Christus nicht auferstanden sei, wolle es indessen jetzt auch an diesem Ort erklären. Man wollte darin die Absicht sehen, die Regierung zu einer Absetzung, welche jetzt in Uhlich's Plane liege, zu nöthigen. Elfhundert Familien nämlich seien in Magdeburg bereit, aus der evangelischen Kirche auszuscheiden und zu den Deutsch-Katholiken überzutreten, bei denen Uhlich erster, der bisherige Geistliche aber, Hr. Ritzschke, zweiter Prediger werden solle. Das Aprilheft der kirchlichen Monatschrift sagt, der gemeine Mann, welcher von den Vorgängen in Magdeburg höre, erblicke in ihnen schon Vorzeichen von einem nahen Religionskriege; und er habe insofern wol Recht, als auf eine Ausgleichung dieser Differenzen durch Ueberzeugung oder durch Vermittelungen nicht mehr zu rechnen sei. Es sei kein anderer Weg übrig als „Scheidung und Trennung Dessen, was nimmermehr in Wahrheit mit einander vereint bestehen kann".

Unter den Gästen, welche in Gnadau anwesend waren, befand sich auch ein Geistlicher aus dem Rudelstädtischen, welcher, bei einer Familie von zehn Kindern und einem Gehalte von 280 Thlr., eine Reise durch Deutschland unternommen hat, um für den Neubau der Kirche in seinem Orte zu sammeln, die den Einsturz droht. Erst wenn der Geistliche eine bestimmte Summe, die von seinen Gemeindegliedern nicht aufgebracht werden kann (irren wir nicht, 2000 Fl.) zu diesem Zwecke nachzuweisen im Stande ist, wird die Regierung den Anfang des Neubaues gestatten. Er sammelt nun Subscribenten auf ein Werk, in dem er vom religiösen Gesichtspunkt aus seine jetzige Reise beschreiben will und dessen Reinertrag den Fonds für den Bau seiner Kirche bilden soll.

— Die Berlinische Zeitung vom 20. April meldet aus **Berlin**: „Die Stadt Lötzen in Ostpreußen, woselbst die neuen Festungsanlagen ausgeführt worden sind, durch deren nähere Benennungen der König dem Kriegsminister General der Infanterie v. Boyen ein so schönes Anerkenntniß der Verdienste desselben ausgedrückt hat (Nr. 19), hat von diesem Umstand Anlaß genommen, dem berühmten Feldherrn und Staatsmann das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen. Der Ehrenbürgerbrief ist demselben durch eine Deputation des hiesigen Magistrats, an den sich der Magistrat zu Lötzen deshalb gewendet hatte, überreicht worden. Die Deputation be-

stand aus den Stadträthen Seger und Appelius. Der Minister drückte seine Freude über dieses Zeichen ehrender Anerkennung auf das herzlichste und lebhafteste aus."

— Aus **Berlin** vom 16. April schreibt man der Weser-Zeitung: „Im Hotel de France hierselbst finden jetzt regelmäßige Zusammenkünfte der oppositionellen landständischen Richtung statt, die Ostpreußen haben das Vorgewicht in diesen Versammlungen. Dr. Jacoby bewegt sich in denselben, ebenso Heinrich Simon, welcher jetzt von Breslau hierher zurückgekehrt ist. Gestern zeigten sich daselbst auch die Häupter der schleswig-holsteinischen Partei, denn Beseler, Claussen und Tiedemann sind jetzt hier in Berlin angekommen, um auch für ihre schleswig-holsteinische Sache auf die Stände Preußens zu wirken. Es scheint uns hier eine ziemliche Verkennung unserer Verhältnisse sich geltend zu machen, denn der Vereinigte Landtag hat in Wahrheit so viel mit speciell preußischen Dingen zu thun, daß für andere Zustände, mögen sie sonst auch noch so wichtig sein, wenig oder gar nichts erwartet werden kann."

— Der Vorstand des Berliner Vereins gegen Thierquälerei nimmt von der herrschenden Theuerung Veranlassung, den Genuß des Pferdefleisches, dessen Verbreitung als ein gesundes Nahrungsmittel so verdienstvoll als nützlich sei, zu empfehlen und einzuführen. Bei der bedeutenden Anzahl von wegen schwerer äußerer Verletzung alljährlich zu tödtenden Pferden werde der Preis des Fleisches sehr gering sein und etwa auf 1 bis 1¼ Sgr. das Pfund zu stehen kommen. Die Ausführung des Planes stehe in baldiger Aussicht, und es solle nur zuvor noch durch ein gemeinschaftliches Mahl der Mitglieder, wobei die einzelnen Gerichte ausdrücklich nur aus Pferdefleisch bestehen sollen, jedes Vorurtheil, das dort noch angetroffen werde, beseitigt und zugleich die Genießbarkeit des Fleisches bewahrheitet werden.

Oesterreich.

* **Grätz**, 8. April. Unsers Wissens beziehen sich die in Betreff des Zehnten in Unter- und Obersteiermark entstandenen Reibungen nur auf jene Zehntanforderungen, bei welchen die Herrschaften indebite oder zu viel beziehen und sich über die Zehntabnahme nicht rechtlich auszuweisen vermögen. Auf vielen unterthänigen Gründen lastet der willkürliche Gebrauch, außer den Garbenzehnten auch einen ungewöhnlichen Sackzehnten zu erheben, der denn für gewisse Zeitperioden und bei Mißjahren eine solche Ueberlastung des unterthänigen Grundes ist, daß ein Besitzer solchen Grundes zuweilen in die Lage kommt, Mühe und Aufwand nicht für sich, sondern lediglich für den Obereigenthümer gemacht zu haben. Bei dem Garbenzehnt leidet bei Elementarereignissen und mislichen Umständen die Herrschaft mit dem Besitzer den Schaden zugleich mit, was billig und recht ist; bei dem Sackzehnt, welchen listige Herrschaften einzuführen wußten, trägt der unterthänige Besitzer die ganze Last, die ihm auch bei den mislichsten Umständen bleibt und auch dann zu tragen aufgebürdet wird, wenn die Elementarereignisse für mehre Jahre das Erträgniß des Grundstücks vernichten. Noch begründeter erscheint die Klage in jenen Fällen, wo die zehntpflichtigen Felder durch Elementarereignisse völlig unbrauchbar oder durch Hochwasser weggetragen werden, und der Sackzehnt von der Herrschaft von jenen nicht mehr vorhandenen Feldgründen noch mit Strenge eingetrieben wird. Daß also die Erhebung des Garben- und noch mehr des Sackzehnts zu vielerlei Misbräuchen und Uebelständen Veranlassung gibt, unterliegt keinem Zweifel, und es wäre zu wünschen, daß alle Herrschaften dem Beispiele, was der Erzherzog Johann in einer nicht genug zu lobenden Weise auf seiner Herrschaft Stainz in Untersteiermark gegeben hat, nachfolgen und den Unterthanen gestatten möchten, auf ewige Zeiten von allen Lasten und Abgaben an die Herrschaft sich loszukaufen und zu emancipiren.

An die Zehntconflicte reihen sich die Laudemialrückforderungen hinsichtlich solcher Ländereien, die von den Dominien indebite erhoben waren und nun zurückverlangt werden. Besser gesinnte Dominien erstatten die indebite erhobenen Laudemien im Stillen, freilich ohne Zinsen und oft in mindern Beträgen an die Unterthanen zurück; hartherzige Dominien benutzen ihre Stellung, die armen Unterthanen einzuschüchtern und sie dadurch dahin zu bringen, daß sie freiwillig auf ihr Recht verzichten. Mehr aufgeklärte und von den untern, vielleicht mit ihrem Chef oder Dominium unzufriedenen Beamten unterstützte Unterthanen laufen und harren so lange in ihrem begonnenen Streite aus, bis sie ihre Sache durchgesetzt haben und die Kreisämter die Herrschaften zur Rückzahlung anhalten. Der Ablösung der Frohndienste widerstreben die Dominialverwaltungen nach Möglichkeit. Indeß ist es doch erfreulich, daß man immer mehr bemüht ist, den Intentionen unserer Regierung gemäß von allen Seiten her den Unterthan über seine Rechtsverhältnisse aufzuklären, und daß sich jetzt Licht über Beziehungen verbreitet, welche noch vor kurzem im ängstlichsten Dunkel gehalten wurden, ja deren Beleuchtung für Verbrechen galt.

Spanien.

Das Journal des Débats theilt nach der madrider Correspondenz vom 11. April mit, daß nach bei der spanischen Regierung eingelaufenen bestimmten Nachrichten über die nicht nach Spanien, sondern nach Neapel beabsichtigte Reise der Königin Christine dem General Manuel de la Concha der Befehl nachgeschickt worden sei, in Bayonne Halt zu machen. Dieser Befehl erreichte aber den General nicht, der daher nach Paris gegangen und dort wahrscheinlich über die wahren Zwecke der Königin-Mutter ins Reine gekommen sein werde. General Serrano hat Madrid am 11. April in einem offenen Wagen verlassen.

Großbritannien.

London, 16. April.

Das Oberhaus war gestern zum ersten Mal im neuen Parlamentshause versammelt, beschäftigte sich aber nur mit Annahme von Bittschriften und Geschäften ohne allgemeinen Belang. — Im Unterhause beantragte Lord Ingestre ein Specialcomité zur Erörterung der Belohnung, welche Capitain Dickinson und seine Leute dadurch verdienten, daß sie von den mit der Fregatte Thetis 1830 am Cap Frio gesunkenen 164,000 Pf. St. und andern werthvollen Sachen 157,000 Pf. St. mit Gefahr ihres Lebens und durch 14monatliche Arbeit aus 30 Klafter Wasser wieder zu Tage gebracht hätten. Capitain Pechell unterstützte den Antrag und beklagte das Verfahren, was die Admiralität gegen den Capitain Dickinson in dieser Sache beobachtete. Dieselbe war übrigens schon zwei Mal vor competenten Gerichten und das oberste Admiralitätsgericht hatte dem Capitain und seinen Leuten 17,000, der Admiralität 13,000 und 12,000 Pf. St. für Unkosten zuerkannt. Mit diesen Rettungsgeldern nicht zufrieden, appellirte der Betheiligte an den Geheimenrath, von welchem dem Capitain Dickinson noch 12,000 Pf. St. zugesprochen wurden. Die beiden andern Posten wurden bestätigt. Die der Admiralität zugesprochenen 13,000 Pf. St. waren nämlich für Benutzung des dem Capitain zu seinem Unternehmen nöthigen Schiffes. Nach einigen Debatten und nachdem sich Lord J. Russell gegen den Antrag ausgesprochen hatte, wurde derselbe mit 52 gegen 32 Stimmen abgewiesen. Der Premierminister erhielt sodann Erlaubniß, eine Bill zur Bestrafung des Vagabundirens für Irland einzubringen, die zum ersten Male verlesen wurde. Der Antrag des Hrn. Hindley auf Niedersetzung eines Comité zur Untersuchung des Betreibens von Geschäften am Sonntage in London wurde nach einer langen Besprechung mit 51 gegen 19 Stimmen bewilligt. Vom Kriegssecretair wurde die dritte Lesung der Werbebill für das Heer beantragt und vom Hause nach einer kurzen Debatte mit 91 gegen 42 Stimmen in der vom Kriegssecretair angegebenen Art bewilligt, sodaß die Bill in zwei Theile getheilt und jetzt der erste, die Bestimmungen über Anwerbung auf eine bestimmte kürzere Dienstzeit enthaltend, angenommen werden ist und das Haus passirt hat, während der andere einstweilen ruhen soll.

— Bei dem gestrigen Drawingroom der Königin im St. Jamespalast erschien der Gesandte der Pforte, Fürst Kallimaki, abermals mit seiner Gemahlin, wie das Court Circular aufzählt; da jedoch derselbe einer Fanariotenfamilie angehört, so liegt darin durchaus nichts Ungewöhnliches, und die vom Cheltenham Looker en jüngst deshalb erhobenen Bedenken (Nr. 103) sind daher nur scherzhaft zu nehmen.

— In **Sheffield** hat der Stadtrath nach langen Verhandlungen mit 28 gegen 10 Stimmen eine Bittschrift an das Unterhaus zu Gunsten der Schul- und Erziehungspläne der Regierung beschlossen.

— Gestern wurde der Anfang mit Abtragen der Häuser in Tothillstreet, Deanstreet und der Almonry gemacht, welche beseitigt werden müssen, um die neue Straße vom Buckinghampalaste nach den neuen Parlamentshäusern zu öffnen.

— Die Times enthält einen Bericht über die Eröffnung des Vereinigten Landtags in Berlin und die Thronrede, die sie durch Expressen erhalten hat. Sie widmet dem wichtigen Ereigniß auch einen leitenden Artikel, auf den wir morgen zurückkommen.

— Am 26. März sind die Linienschiffe Rodney, Vanguard und Albion von Malta nach dem Hafen von Athen abgesegelt.

Frankreich.

Paris, 17. April.

In der Pairskammer übergab der Kriegsminister Moline de St.-Yen gestern den von der Deputirtenkammer bereits votirten Creditgesetzentwurf über eine halbe Million Francs zur Unterstützung der Gendarmerie in den Departements; der ebenfalls von der andern Kammer schon angenommene Gesetzentwurf, verschiedene Credite zu Straßenbauten zwischen Marseille und Lyon sowie im Departement der Rhonemündungen betreffend, wurde mit 112 gegen 10 Stimmen votirt. Die Berathung des Gesetzentwurfs über die zwischen Havre und Neuyork zu etablirende regelmäßige Dampfschiffverbindung endigte mit der Annahme desselben durch 107 gegen 7 Stimmen. Der Gesetzentwurf über Verausgabung von 1,037,386 Fr. für Ausrüstung von drei Dampfschiffen, welche im Kanal, an der Straße von Gibraltar und im Bosporus aufgestellt werden sind, um bei ungünstigem Winde nach französischen Häfen bestimmte Getreideschiffe durch diese Straßen zu dugsiren, wurde in den Artikeln gutgeheißen, konnte aber wegen Unvollzähligkeit der Kammer nicht votirt werden.

In der Deputirtenkammer legte Hr. Peyronnet den Comitébericht über den Gesetzentwurf wegen der Gelder zu geheimen Ausgaben

auf dem Bureau nieder. Der Justizminister Hebert leistete als wiedergewähltes Kammermitglied den Eid. Bei Fortsetzung der Berathung des Gesetzvorschlags über Ausgabe von 250- oder wie in der letzten Sitzung angenommen werden, 200-Francs-Noten durch die Bank beantragte Hr. Lestiboudois das vorbehaltene Amendement zu Gunsten der concessionirten Banken in den Departements. Während nämlich der Bank von Frankreich als kleinste Noten die von 500 Fr. auszugeben gestattet war, konnten jene welche zu 250 Fr. ausgeben. Ebenso beantragte er, daß jetzt den Departementalbanken die Ausgabe von 100-Francs-Noten erlaubt werde, um die gegenseitige Stellung beider Institute unverändert zu erhalten. Der Berichterstatter der Commission, Hr. Benoist, sowie der Finanzminister widersetzten sich jedoch dem Amendement, das verworfen und in Folge dessen sodann beschlossen wurde, daß auch die Departementalbanken keine Noten unter 200 Fr. ausgeben dürfen. Es lagen nun noch einige Zusatzanträge vor, von welchen zwei auf Vermehrung des Effectivcapitals der Bank bis 150 Mill. der eine, auf 90 Mill. der andere, lauteten und beide verworfen wurden. Hr. Garnier-Pagès zog sein Amendement, ein Verbot der Anlegung des Bankfonds in Effecten betreffend, zurück. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 243 gegen 17 Stimmen im Ganzen angenommen.

— Die Abtheilungen der Deputirtenkammer waren in den letzten Tagen mit allgemeiner Prüfung des vorliegenden Douanengesetzentwurfs und Ernennung der Commission beschäftigt, welche den Bericht darüber zu erstatten hat. Acht Abtheilungen haben bereits ihre Wahl getroffen, und sechs von diesen acht Gewählten sind mehr oder minder Anhänger des Schutzsystems, für das sich auch der von der 5. Abtheilung ernannte Hr. Thiers entschieden aussprach.

— Die Zeitungen enthalten heute endlich die Thronrede bei Eröffnung des Vereinigten Landtags in Preußen. Das Journal des Débats enthält sich noch jeder eignen Betrachtung über dieses Actenstück, das es nur mit einigen Angaben aus deutschen Blättern über den Eindruck begleitet, den dasselbe unmittelbar in Berlin hervorgebracht habe. Der Constitutionnel und die «Presse», der Commerc, der Siècle und die Union monarchique bringen dagegen ausführliche Besprechungen, und das letztere Blatt ist unbefangen genug, zu erklären, daß man sehr irren würde, die königliche Rede nach den in Frankreich und England vom constitutionellen und repräsentativen Systeme geltenden Vorstellungen zu beurtheilen, indem die Zustände in Preußen auf diesem Gebiete mit denen jener zwei Länder keine Analogie besäßen. Unbedachte Uebereilung sei nirgend gefährlicher als bei solchen Fortbildungen, die gewisser Zeit zur Reife nothwendig bedürften und nur dann sichere Vortheile mit sich brächten, was der erleuchtete König von Preußen wohl erwogen habe. Der Siècle sieht in der Thronrede eine Kriegserklärung gegen geschriebene Verfassungen; die «Presse» meint am Schluß ihres langen Artikels über die „das Interesse anhaltend fesselnde" Rede, daß es sich nun frage, was die Stände in der Adresse darauf sagen würden. Der Constitutionnel hebt die Hinweisung auf die enger und fester als je bestehenden Beziehungen mit jenen Verbündeten hervor, mit welchen einst Deutschland freigemacht wurde, und meint, das wären ernste Symptome der Gesinnung von Europa gegen Frankreich.

— Vorgestern Abend gegen 8 Uhr war der Carrouselplatz auf einmal wie mit einem Regen runder Papierstückchen von der Größe eines Thalers bedeckt, auf welchen gedruckte Aufforderungen zu Gewaltthätigkeiten und Aufruhr zu lesen waren. Früher schon wurden in dem Faubourg St.-Antoine ähnliche mit den Worten: „Laßt uns brennen und zerstören, bis wir eine gerechte Vertheilung des Brotes und seines Ertrags erlangen" u. dgl. m. gefunden. Eine Menge Polizeiagenten mußten auf dem Carrouselplatz diese Aussaat auflesen.

— Die Seine ist fortwährend angewachsen und hat um diese Jahreszeit seit 1836 keine solche Höhe erreicht. Alle Ausladeplätze und Keller an beiden Flußufern, die des Stadthauses eingeschlossen, sind überflutet und voll Wasser; an den Pfeilern des Pont du Carrousel reicht die Flut bis an die Capitäle und auch von denen des Pont des Arts ist fast nichts mehr sichtbar.

— Von **Toulon** wird gemeldet, daß der Prinz v. Joinville am 11. April mit den Linienschiffen Souverain, Jena und Jupiter, man glaubte zunächst nach den Hyèren, abgesegelt war. Die zweite Division des Geschwaders unter Admiral Trehouart lag noch ruhig auf der Rhede.

— Der kürzlich mit einer Anstellung im auswärtigen Ministerium bedachte Deputirte Hr. Carné ist in Quimper wiedergewählt worden. Bei der für Quimperlé nach Annullirung der Wahl des Hrn. Drouillard, der wegen Bestechung von Wählern verurtheilt worden ist, nöthigen neuen Wahl erhielt dennoch Hr. Drouillard 74 Stimmen und der Unterstaatssecretair im Marineministerium, Hr. Jobelin, siegte nur mit 76 Stimmen über ihn.

— Das Journal des Débats meldet ebenfalls, daß die Ernennung des Herzogs v. Broglie zum Gesandten in London gewiß zu sein scheine.

— Die Hinrichtung der drei zum Tode verurtheilten Theilnehmer an dem Getreidetumulte zu **Buzençais** und dem dabei vorgefallenen Morde wird heute als vollstreckt gemeldet.

****Paris**, 16. April. Nach langem Widerstande hat die Bank von Frankreich sich endlich dazu verstanden, und zwar nicht etwa aus Ueberzeugung, sondern im Drange der Umstände, Noten von geringerm Werth als 1000 und 500 Fr. auszugeben, und die Regierung ersucht, den Kammern einen Entwurf vorzulegen, wodurch sie ermächtigt werde, Noten von 250 Fr. in Umlauf zu setzen. Der Finanzminister meinte, die Bank dürfte in dieser Bewegung ein Schrittchen weiter gehen und ohne Gefahr Noten von 200 Fr., wie man hier zu Lande sagt, ausschneiden. Noch kühnere Geister als Hr. Lacave-Laplagne, die durch das Journal des Débats gar nicht schlecht vertreten sind, meinen sogar, es wäre weder für die Bank noch für die Erhaltung der baaren Münze in Frankreich irgend eine Gefahr vorhanden, wenn Bankbillets von 100 Fr. dem Handel jene Erleichterung gewährten, die man mit Recht davon erwarten kann. Da nun eine dieser Reformen seit lange als allgemein wünschenswerth anerkannt wird, sollte man glauben, daß die Debatte über das vorgelegte Gesetz, die am 13. April begonnen, sich um keine andern Fragen drehe als: Soll die Bank von nun an nebst den bereits gesetzlichen Noten noch Noten von 250 oder 200 oder 100 Fr. auszugeben berechtigt werden? Dem ist aber nicht so, und die eigentliche Debatte dreht sich vielmehr um die Frage: Soll die Bank von Frankreich überhaupt das Recht erhalten, Noten unter 500 Fr. in den Verkehr zu setzen? Dieser Punkt tritt allerdings nicht in den bedeutenden Vorträgen, die bisher für oder gegen oder über das Gesetz gehalten worden, hervor und wird noch weniger in den Journalen, welche die Erörterung besprechen, hervorgehoben, er liegt aber nichtsdestoweniger der ganzen Discussion zu Grunde und wird über das Schicksal des Gesetzes bei der Abstimmung vorzugsweise den Ausschlag geben. Wer aber, dürfte man fragen, mag sich gegen breitere Grundlagen der Thätigkeit eines Instituts wie die Bank von Frankreich erheben; sind es etwa reine Theoretiker oder stellt sich hier, wie allen Angelegenheiten von allgemeinem Interesse, diesem ein besonderes entgegen? Jene wie diese treten der beantragten Reform entschieden entgegen. Zu den Erstern gehören vorzugsweise jene beschränkten und kurzsichtigen Geister, die Frankreich für das Eldorado der Welt halten und glauben, es habe so unerschöpfliche Hülfsquellen jeder Art, daß es sich selbst genügen könne, daher keiner Berührung mit andern Nationen bedürfe, und jedenfalls einen Verkehr mit dem Auslande vermeiden müsse, in welchem man nicht von vorn herein arithmetisch nachweisen könne, daß Frankreich dabei gewinnen werde. Im Handel ist ihnen das herrschende Schutzsystem der Gipfel aller Staatsweisheit, in den Finanzen schaudern sie vor der Möglichkeit zurück, daß einige Tausend 500 Francsstücke über die Grenzen gehen könnten. Nicht minder mächtig als diese patriotischen Helden, die sich zu Hause verschanzen, sträuben sich die kleinern Banken in den Provinzen gegen die Berechtigung, welche die Bank von Frankreich in Anspruch nimmt. Ist es dieser einmal, so sagen sie, erlaubt, Noten unter 500 Fr. auszugeben, dann ist es um uns geschehen, die pariser Billette überschwemmen dann unser Gebiet, unsere Märkte, und wir haben dann nichts Besseres zu thun als unsere Notenboutiken zu schließen.

Daß diese Besorgnisse, wenn auch nicht ganz aus der Luft gegriffen, doch nicht wenig überspannt sind, bedarf kaum nachgewiesen zu werden; allein wären sie eben so unwiderlegbar gegründet, als sie es nicht sind, so würde daraus nur folgen, daß die Provinzialbanken überflüssig werden können, sobald die Bank von Frankreich ihre Wirksamkeit dem allgemeinen Interesse der Industrie und des Handels gemäß entfaltet. Die Frage würde dann auf ein anderes Gebiet hinübergespielt, und es würde sich darum handeln, ob es rathsam sei, daß ein Land von großem Umfange mit einer Bevölkerung von einigen 30 Millionen Menschen die ganze Bewegung seines Verkehrs einem einzigen Institut anvertraue. So gestellt hängt die Beantwortung der Frage von der Organisation einer solchen Bank ab, und ohne in eine tiefere Erörterung dieses umfassenden Gegenstandes einzugehen, wollen wir blos bemerken, daß die bestehenden Grundlagen der Bank von Frankreich keine hinlänglichen Bürgschaften gegen die Bedenken und Gefahren bieten, die ein solches ausschließliches Vorrecht in kritischen Momenten nach sich ziehen könnte. Doch bei dem vorgelegten Gesetze handelt es sich so wenig als bei dessen Folgen um eine solche Frage, um die Frage von Sein und Nichtsein der Provinzialbanken. Die Aufgabe der letztern wie jeder andern Bank ist vorzugsweise der Discento und nicht blos die Schöpfung von Scheinen, welche die Metallmünze vertreten; das Recht der ersten Bank von Frankreich aber, Noten unter 500 Fr. auszugeben, kann und wird jene vorzugsweise Sendung der kleinern Banken nicht im mindesten beeinträchtigen oder lähmen und sie nur in der Ausgabe von Noten verkürzen, was den betreffenden Gesellschaften nicht munden mag, aber keineswegs dem Verkehr in den Provinzen entgegen ist, eben so wenig aber das Fortbestehen jener gefährden kann.

Belgien.

In **Brügge** sind in der Nacht zum 12. April eine Menge Placate höchst aufrührischen und drohenden Inhalts an verschiedenen Punkten der Stadt angeschlagen und in vielen Häusern unter den Thüren hindurchgeschoben worden. Diese Anschläge fodern das Volk auf, sich zu einer bestimmten Stunde auf dem Marktplatze zu versammeln und ver-

einigt Maßregeln zu ergreifen, durch die dem täglich sich vergrößernden Elende sofort abgeholfen werde ꝛc. In Folge Dessen sind die strengsten Vorsichtsmaßregeln von Seiten des Militairs und der Polizei zur Verhinderung eines etwanigen Aufstandsversuchs getroffen worden.

Schweiz.

Die dritte Berathung des Verfassungsentwurfs von **Genf** schreitet rasch vorwärts. Die wenigen Abänderungen, die noch vorgenommen werden, sind meistens im Sinne des Präsidenten der provisorischen Regierung. Das Alter zum Eintritt in den Staatsrath, das bei der zweiten Berathung auf 30 Jahre festgesetzt war, wurde auf 27 Jahre heruntergesetzt. Sodann wurde noch bestimmt, daß der Staatsrath und der große Rath nicht das gleiche Jahr in Erneuerung fallen sollen, sondern alternirend je das andere Jahr. (N. Z. Z.)

Griechenland.

Der Moniteur grec meldet aus **Athen** vom 29. März: „In der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 22. März ist das Ausgabebudget der Ministerien des Cultus und des öffentlichen Unterrichts mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden. In den Sitzungen vom 23. bis zum 28. März wurde der Gesetzentwurf über die Cerealien lebhaft erörtert, bei welcher Gelegenheit alle von der Opposition über angebliche absichtliche Verzögerungen in der Vorlage des Gesetzes und über Ungesetzlichkeiten gegen das Ministerium vorgebrachten Beschwerden der Reihe nach durch Hrn. Korphiotakis siegreich widerlegt wurden. In der Sitzung am 29. März dauerten die Verhandlungen darüber fort. — Der König und der Kronprinz von Baiern haben am 25. März über die Besatzungstruppen von Athen Musterung gehalten. — Am 26. März ist der Adjutant des Königs von Baiern Graf Hunoltstein mit Depeschen an den Kronprinzen hier eingetroffen. — Nachrichten aus dem Piräus vom 2. April melden, daß gleichzeitig mit den drei englischen Linienschiffen (Nr. 109) eine neapolitanische Kriegscorvette daselbst angekommen war. Man erwartete ebenfalls die französische Escadre unter dem Commando des Prinzen von Joinville."

Türkei.

o **Konstantinopel**, 5. April. Die Ufer des Schwarzen Meeres sind durch die russischen Schiffe blockirt. Mit den Tscherkessen soll ein furchtbarer Kampf stattgefunden haben, und kein Tscherkesse kann hier einen Paß bei der russischen Gesandtschaft erhalten. Wir erfahren noch in diesem Augenblicke, daß die russische Festung Sacha bei Subachi von den Ubychen angegriffen und genommen worden ist. Die edle Familie der Barzeki stand an der Spitze der Angreifer, welche bedeutende Beute gemacht haben. Es ist noch unmöglich, den Verlust der Tscherkessen dabei festzustellen; er muß aber bedeutend sein; was die Russen betrifft, so mußten alle über die Klinge springen. Der Aufstand in Tscherkessien schreitet trotz aller Anstrengungen des Generals Woronzoff vorwärts, welcher den Tscherkessen die vortheilhaftesten Anerbietungen macht. Die Russen sind auf dieser Seite des Kaukasus in fortwährender Bedrängniß.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Kurz nach einander sind aus verschiedenen Häfen der Union Nachrichten und Blätter vom 20. bis 31. März eingegangen. Die erstern sprechen übereinstimmend von einer Niederlage und von Verlusten der Truppen unter Taylor, die letzten berichten einen Vortheil, wo nicht einen Sieg desselben. Wir lassen die Mittheilungen der Reihe nach folgen. Der Baltimore Sun vom 20. März meldet die aus Brazos Santiago vom 5. März nach Neuorleans gelangte Kunde einer bei Agua Nueva (wo Taylor vorwärts von Saltillo mit circa 5000 M. noch am 13. Febr. im Lager stand) gegen Santa Anna gelieferten Schlacht, in Folge deren Taylor durch Saltillo bis in den Ricenadapaß auf dem Wege nach Monterey getrieben wurde und dabei 2000, die Mejicaner 4000 M. verloren haben sollen. Den Letztern fielen angeblich große Munitions- und Lebensmitteltransporte in die Hände. Das Vorige im Allgemeinen bestätigend, theilt der Boston Messenger vom 25. März aus dem New Orleans Bulletin die von Brazos Santiago erhaltene Nachricht von Taylor's mit Verlust von sechs Kanonen bewirktem Rückzuge nach Monterey mit, die im Ricenadapasse zurückgelassen werden mußten. Monterey liegt bereits am nördlichen Ufer des Rio del Tigre, über welchen Taylor also zurückgetrieben wäre, und ist 25—30 deutsche Meilen von Agua Nueva in westlicher Richtung entfernt. Santa Anna soll gewaltig überlegene Streitkräfte besitzen und bereits im Rücken von Monterey nach Linares und Matamoras, wo alle Bewohner aufgefodert worden waren, die Waffen zur Vertheidigung des Platzes zu ergreifen, sowie nach der Mündung des Rio Grande ansehnliche Corps abgeschickt haben. In Brazos Santiago war nach neuyorker Blättern vom 23. März ebenfalls eine solche Auffederung erlassen und das Kriegsrecht proclamirt worden. General Taylor hatte nach Camargo und allen Depots Befehl erlassen, daß alle Absendungen von Militairbedarf und Lebensmitteln eingestellt werden sollten.

— Die Matameras Flag vom 3. März bringt noch das Obige bestätigende Nachrichten, erwähnt des Verlustes eines Trainzuges von 126 Wagen und 186 Maulthieren und daß General Taylor am 22. Febr. bei Agua Nueva, 22 Miles westlich von Saltillo, angegriffen, nach Saltillo zurückgedrängt und von da nach Zerstörung der nicht transportabeln Vorräthe bis in den Ricenadapaß zurückgegangen sei, wo er sich gehalten habe.

— Mit dem am 15. April in Liverpool angelangten Dampfschiffe Hibernia, welches Neuyork am 31. März verließ, ist dagegen die Nachricht von einer am 22. und 23. Febr. bei **Buenavista**, 6 Miles westlich von Saltillo, vorgefallenen Schlacht zwischen Taylor mit 5000 und Santa Anna mit 15,000 M. eingetroffen, in welcher der Letztere 4000 und Taylor, der ohne Befehl von General Scott die Mejicaner angegriffen, 700 M. verloren haben soll. Santa Anna sei in Folge dessen bis Agua Nueva, 10 Miles weit, zurückgegangen (wo aber nach den letzten Nachrichten Taylor vorher lagern sollte). Dasselbe berichtet der New Orleans Picayune vom 23. März und theilt zugleich einen aus dem Lager bei Buenavista vom 23. Febr. datirten, angeblichen Bericht Santa Anna's über diesen Kampf mit, worin Taylor's Streitkräfte auf 8—9000 M. mit 26 Kanonen und sein Verlust mit 2000 M. angegeben werden. Derselbe habe drei Kanonen und zwei Fahnen verloren und sei aus fünf Stellungen geworfen, jedoch nicht vollständig geschlagen worden. Den Rückzug nach Agua Nueva habe er nur aus Mangel an Proviant machen müssen, da die Armee kein Körnchen Reis, kein Biscuit mehr besessen habe. Die mancherlei Widersprüche in diesen Berichten und das Wahre, was ihnen zum Grunde liegt, werden jedenfalls erst officielle Berichte vom Kriegsschauplatz aufklären.

Mejico.

Ein mejicanisches Blatt, El Republicano, meldet von Santa Anna, daß er am 2. Febr. mit 2100 M. gegen Taylor von San Luis aufgebrochen sei, die zwar nicht in bester Verfassung, allein kampflustig und der Nationalsache treu wären. Vom New Orleans Picayune wird nach mejicanischen Blättern die am 9. Febr. in Veracruz erfolgte Ankunft des Hrn. Atocha berichtet, welcher Depeschen an die Regierung von Mejico aus Washington überbringe, die Friedensunterhandlungen betreffen sollen. Gerüchte sprachen von einem Anerbieten von 15 Mill. Doll., wenn man eine Grenzlinie von der Mündung des Rio Grande in gerader Richtung zum Stillen Meer, also Neumejico, Obercalifornien, Coahuha, Chihuahua, Neuleon, Sonora und Theile von Durango und Sinalda einschließend, den Vereinigten Staaten zugestehen wolle. Indessen wird das wol eine grobe Uebertreibung sein.

— Die Charleston-Zeitungen vom 16. März enthalten allerlei mejicanische Nachrichten (aus **Veracruz** angeblich bis zum 7. März), in denen bis jetzt indessen weder von einem Angriff auf die Stadt noch von einer Räumung derselben die Rede ist.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 21. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br., 116½ bezahlt und G.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 98 G.; Chemnitz-Riesaer 58¼, ⅜ bis 59 bezahlt und G.; Löbau-Zittauer 57 G.; Magdeburg-Leipziger 197 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90½ Br.; Altona-Kieler 107⅝ Br., 107¼ G.; Pesther 98⅜ G.; Dessauer Bankactien 100½ Br., 100⅛ bezahlt; Preußische Bankactien 106 Br.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 21. April früh 7 Uhr: 3° über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 16. April. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 105¼; 4½pc. Handelsg. 173⅞. Frankfurt a. M., 19. April. Oestr. Bkact. 1894; 250 Fl. L. 118¼ Br.; 500 Fl. L. 153¼; Bair. 3½pc. 90⅜; Bad. 50 Fl. L. 57⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74⅛ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36; Kurhess. 32⅛. London, 15. April. 3pc. Cons. 87; Port. 3pc. 35; Span. act. 25½; 3pc. 36½; Holl. Int. 58½. Paris, 16. April. 5pc. 115. 65; 3pc. 78; Neap. 102. 25; Bankact. 3270.

Disconto. Amsterdam, 16. April. 4 %. Frankfurt a. M., 19. April. 3¾ %.

Actien. Amsterdam, 16. April. Rhein. Eisenbahn 105. Frankfurt a. M., 19. April. Taunusb. 358¾; Nordb. 70¾; Berb. 90⅞. Paris, 15. April. Versail. L. 215; Paris-Orleans 1222½; Paris-Rouen 887½; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 430; Rouen-Havre 670; Marseille-Avignon 771¼; Strasburg-Basel 100; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Vierzon 502½; Nord 623¾. Wien, 18. April. Nordb. 164½; Gloggn. 120¾; Mail. 108; Livorn. 90¼; Pesth. 98.

Berliner Börse, 20. April. Seehandl.-Prämiensch. 95, 3½pc. Staatssch. 93, 3½pc. Pfandbr. westpreuß. 93¼ Br., ostpr. 95⅛ Br., pomm. 93½, schles. 96½, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 91¾, kur- u. neumärk. 95½; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anh. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 106½, Prior.-Act. 4½pc. 96¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88½, Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101, Berl.-Stett. 107½, Cöln-Minden 4pc. 90, Grak.-Oberschl. 4pc. 77, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107 Br., Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 90¼, 5pc. 101¼, Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103⅛ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 84½, Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 86½. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 82⅛, Berg.-Märk. 4pc. 82¼, Berl.-Anh. 96½, Cöln-Minden 4pc. 90, Magd.-Wittenb. 82¾, Mail.-Bened. 4pc. 110⅛ Br., Mecklenburg 72½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70¾, Pos.-Starg. 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98¼, Ung. Centralb. 4pc. 99. — Russ. engl. Anl. 5pc. 109¾, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾ Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 92¾, (neue) 4pc. 92¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 78¾, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93, Bkrest. Einl. 16¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-Anl. 85¼ Br., Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9⅜, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Da die nachverzeichneten am 1. April 1845 fällig gewesenen Zinsabschnitte von den Schuldbriefen aus der geschlossenen Anleihe der Herzogl. Kammer allhier,

Lit. C. Nr. 198,
Lit. D. Nr. 74, 75 und 76,
Lit. E. Nr. 59,

bis zum 1. April d. J. bei der Kammerhauptkasse zur Zahlung nicht präsentirt worden sind, so werden dieselben in Gemäßheit des Art. 11 der sub Nr. 170 der Gesetzsammlung für das Herzogthum Gotha publicirten landesherrlichen Verordnung vom 11. August 1837 hierdurch für erloschen erklärt.

Gotha, den 14. April 1847.

[1529] **Herzoglich Sächsische Kammer.**
v. Szymborski.

DRAMATISCHE WERKE
VON

HEINRICH LAUBE.

LEIPZIG, VERLAG VON J. J. WEBER.

1. Band.
Monaldeschi oder die Abenteurer
Tragodie in 5 Acten.

2. Band.
Rococo oder die alten Herren.
Lustspiel in 5 Acten.

3. Band.
Die Bernsteinhexe.
Tragodie in 5 Acten.

4. Band.
Struensee und die Deutschen in Dänemark.
Tragodie in 5 Acten.

5. Band.
Gottsched und Gellert.
Lustspiel in 5 Acten.

6. Band.
Die Karlsschüler.
Schauspiel in 5 Acten.

Preis eines jeden Bandes 1 Thaler.

Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angrenzenden Länder. [1463]

Von der **„Expedition des Klosters"** in **Leipzig** wurde an alle Buchhandlungen versendet, aus dem Gebiete der alten Literatur:

Flagellum Salutis,
oder Heilung durch Schläge
in allerhand schweren Krankheiten. Von **K. F. Paullini.**
(Nach der Ausgabe von 1698.)

Wunderbare Kuren durch Musik.
Von F. E. Niedten.

Durch den Hauch junger Mädchen
Lebensverlängerung bis auf 115 Jahre.
Von M. D. J. H. Cohausen.
(Gedruckt in der alten Knaben Buchdruckerei 1753.)

Preis des mit zwei Abbildungen geschmückten Bandes, welcher diese drei Abhandlungen umfaßt: 16 Sgr.

K. F. Paullini's
Heilsame Dreck-Apotheke,
wie nämlich
mit Koth und Urin die meisten Krankheiten und Schäden glücklich geheilet worden.
(Nach der vollständigsten Auflage von 1714.)
Zwei Bände, à 16 Sgr.

Zu haben in allen Buchhandlungen. [1365]

Pferde-Auction.

Im Marstall Sr. Hoheit des ältestregierenden Herzogs zu Anhalt-Cöthen sollen 7 Stück Reitpferde den **1. Mai d. J.** meistbietend versteigert werden. Die Listen sind beim Unterzeichneten sowol wie im Marstall einzusehen.

Cöthen, den 11. April 1847.

Das Herzogliche Marstallamt.
[1293—95] **B. v. Bodenhausen.**

Altona-Kieler Eisenbahn.

Die fällige Dividende wird ausgezahlt bei [1532]
Dufour Gebr. & Co.

Für Kaufleute, Fabrikanten, Provisions-Reisende und Agenten.

Ein Fabrikant am Rhein, dessen Muster nicht voluminös und dessen Geschäfte wenig zeitraubend sind, wünscht den Verkauf seines Fabrikats, welches überall gangbar ist, gegen Vergütung einer bedeutenden Provision, Kaufleuten, Reisenden und Agenten zu übertragen, die regelmäßig folgende Länder oder einen Theil davon besuchen: Rußland, Schweden, England, Italien, Schweiz, Hannover, Spanien, Portugal, Polen und den österreichischen Kaiserstaat.

In genannten Staaten, mit Ausnahme der drei letzten, hat derselbe seine festen Abnehmer, da sie durch seine eignen Reisenden besucht werden.

Reflectirende wollen sich unter Angabe ihrer Reiseroute und Mittheilung der nöthigen Renseignements mittels frankirter Briefe unter **A. B. Nr. 15** an die Expedition der Deutschen Allgem. Zeitung wenden und dabei angeben, wo eine Antwort auch später sie treffen wird, indem vielleicht in Leipzig selbst solche nicht erfolgen kann. [1490—92]

J. A. Henckels

aus **Solingen** und **Berlin**,
Fabrikant
feiner **Stahlwaaren.**

Stand:
Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 16. [1494—95]

F. August Behrens jun.

in ***Magdeburg***
(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 100 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Die Kurzwaaren- und Pfeifen-Schlauch-Fabrik von **August Falck,**

vormals ***Hammerfeldt & Falck***
aus **Berlin,**
ist diese Messe **Neumarkt Nr. 42** neben den Herren Hammer und Schmidt. [1398—1403]

Messlocal in Frankfurt a. d. O.

Ein geräumiger **Laden** nebst Zubehör ist zur Benutzung während der Messe im **Freihause** am Markte zu vermiethen.

Die Herren **J. A. Meyer & Comp.** aus Berlin, sowie die Herren **L. Behrens & Söhne** aus Hamburg haben in demselben Hause ihre Verkaufslocale. [1540]

Näheres beim Wirth zu **Frankfurt a. d. O.**

Digitized by Google

Zur Leipziger Ostermesse

[1534—35]

empfehlen **F. Danckert & Comp.** in Leipzig,

Ausschnitt-, Seiden-, Manufactur- und Modewaaren-Handlung,

ein ganz neu und reich assortirtes **Lager** in allen **Artikeln** für jetzige **Saison.**

Grimmaische Straße Nr. 36. **F. Danckert & Comp.**

Bedeutender Nachlaß-Verkauf!

Von den Erben eines jüngst verstorbenen Leinen- und Tischzeug-Fabrikanten, welche das Geschäft nicht fortführen konnen (indem die Theilung schon den 15. k. M. geschehen muß), müssen nachstehende Waaren bis auf das letzte Stück, wo noch nicht der **Garnpreis** berechnet wird, verkauft werden. Demnach wird verkauft im engros und détail:

Beweise der Hauptartikel:

Schwere Creas-Leinen 60 Ellen zu 4⅓ — 5 Thlr.;
„ feine Brabanter-Leinen, 70 Ellen von 5⅓ — 9 Thlr., ⅞ **breit;**
„ Zittauer- und Greifenberger-Leinen, 70 Ellen zu 7, 8, 10 und 12 Thlr.;
„ Herrnhuter-Leinen, 100 Ellen für 7⅓ — 9 Thlr.;
„ Oberhemden-Leinen, 70 Ellen zu 13 — 17¼ Thlr.

Diese Leinen werden 6, 8 — 15 Thlr. unter dem wahren Fabrikpreise weggegeben.

Schwere **Handtücherdrelle** bis zu den feinsten in Damast à Elle von 10 Pf. an. **Tischtücher in den schönsten Dessins** 2½, 3, 4 und 6 Ellen lang, schwerster Qualität, das Viertelduzend zu 27 Ngr. bis 4⅔ Thlr. Feine Tischservietten, 12 Stück für 1⅓ — 2⅔ Thlr. Tisch- und Kommodendecken in **Damast** à Stück von **10 Ngr.** an. **Leinwand** in Ellen sind schon die Elle zu 2½ Ngr. **Doppelte Atlas-Damast-Gedecke mit 12 und 6 Servietten** à **2½, 3, 5, 6, 8 — 16 Thlr.** Feinste **Damentaschentücher,** 12 Stück für 15 Ngr. bis 6 Thlr.

Nachstehende **Manufacturgegenstände** mußten wir von unserm Gläubiger für unser eignes Fabrikat annehmen; wir erlassen daher selbige bedeutend unter der Hälfte des Kostenpreises, als: eine Partie **neuesten Sommerbuckskin** in Hell und Dunkel, à Elle 6, 7½ — 10 Ngr. Eine große Auswahl nach der neuesten Mode angefertigter **Sommerbuckskin-Beinkleider,** à 1⅓ Thlr., wo Niemand im Stande ist den bloßen Stoff dafür zu kaufen. Neueste **Westenstoffe** in den beliebtesten Dessins, à Stück 15, 20 und 25 Ngr., 1 — 1⅓ Thlr.; geringere Gattungen zu 7½ — 10 Ngr. **Große, schwere, schwarzseidene Halstücher,** à Stück **22½ Ngr., 1, 1¼, 1⅓** und **1½ Thlr.** Weiße und rothe Bettdecken, Fadenleinen und Bettzeug erstaunend billig. NB. Wiederverkäufer und Abnehmer von mehren Partien einen angemessenen Rabatt. **Aufträge von außerhalb** mit beigefügtem Betrage werden prompt und reell ausgeführt. Verkaufs-Local:

Ritterstraße Nr. 13 parterre, 2. Haus vom Ritterplatz.

Conditions-Gesuch.

Ein Mann von gesetzten Jahren, welcher seit mehren Jahren in verschiedenen Branchen als Ein- und Verkäufer, Reisender und auf dem Comptoir, in achtbaren angesehenen Manufactur- und Fabrik-Geschäften servirt hat und mit den besten Attesten seiner frühern Principale versehen ist, wünscht wo möglich in einer angesehenen Spitzen-Fabrik, worin er seit einer Reihe von Jahren gearbeitet hat, oder in einem Manufacturgeschäft ein Engagement unter annehmbaren Bedingungen. Die respectiven Häuser, welche ein solches Subject wünschen, werden höflichst ersucht, die diesfallsigen Briefe franco unter Litt. **C. H.** an Herrn **Ed. Härtel,** im Hause des Herrn Ferdinand Gruner in Leipzig, zu adressiren. [1533]

Engros-Lager von Cigarren.

Unsere aus **Havana** importirten **Cigarren** empfehlen wir zu 18 — 100 Thlr. pr. Mille.

[1538] **Schuchard & Plaulitz,**
Leipzig, Markt- und Petersstraßen-Ecke Nr. 161.

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 22. April. **Die Karlsschüler,** Schauspiel von H. Laube.

Freitag, 23. April. **Uriel Acosta,** Trauerspiel von Gutzkow.

Sonnabend, 24. April. **Die Belagerung von Solothurn,** geschichtlich romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Apotheker Oskar Brachvogel in Zielenzig mit Frl. Clara Bockshammer. — Hr. Actuar Hermann Ewald Richter in Neusalza mit Frl. Laura Luise Börner in Zwenkau.

Getraut: Hr. Moritz Hennigk in Eilenburg mit Frl. Linna Fleck aus Rühren. — Hr. Regierungsassessor Max Keßler in Koburg mit Frl. Agnes v. Schultes. — Hr. Pastor Matthäi in Gersdorf mit Frl. Adelheid Runge in Bremberg.

Geboren: Hrn. Generalpostamtssecretair E. Fritze in Berlin ein Sohn.

Gestorben: Hr. Oberkirchenrath v. Bäuerlen in Rottenburg. — Frau Wilhelmine v. Gontard in Sangerhausen. — Frau Senator F. K. Jantzen in Danzig. — Hr. Major v. Legat in Magdeburg. — Hr. Bürgermeister J. K. Meyer in Weißenburg. — Frau Hauptmann v. Trescow in Potsdam. — Hr. Privatier G. B. Uz in Nürnberg. — Frau A. M. Wagner in Rothenburg.

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Donnerstag den 22. April, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Le manoeuvre d'une cavalerie à la Turque. — Schul-, Spring- und Appertirpferde werden sich heute besonders auszeichnen. Der Vollbluthengst Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Das Springpferd Minerva wird verschiedene Höhen und Breiten, durch mehre Fässer und zum Schlusse über ein Pferd springen. — Das Schulpferd Soliman als Bataillepferd wird die schwierigsten Appertirstücke ausführen und zuletzt einen Walzer tanzen. — Die Schellen- und Wagen-Promenade des Schulpferdes Flora. — Morison als Gastronom oder fleischfressendes Pferd. — La course au New-York ou les deux Lords dans le manege allemand par Mons. Schumann et Hintz.

Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

Um dem vielseitigen an mich ergangenen brieflichen und mündlichen Wunsche des verehrten Publicums nachzukommen, so ist von heute an die Kassenöffnung um 6½ Uhr und der Anfang der Vorstellung um 7½ Uhr.

1527] **E. Renz,** Director.

Bitte an unsere Mitbürger.

Bukarest, welches mit Leipzig in so inniger Verbindung steht, hat ein schweres Unglück betroffen; es ist so total niedergebrannt, daß man den ungefähren Schaden leider auf circa 25 Millionen Thaler veranschlagen muß, was für die schwer heimgesuchte Stadt um so fühlbarer wird, als bekanntlich in der Walachei keine Assecuranz-Compagnien bestehen, wodurch der Verlust in seinem ganzen Umfange und weit schrecklicher empfunden wird, als es bei dem schwer geprüften Hamburg im Jahre 1842 der Fall war.

Leipzig befand sich damals mit seinen Unterstützungen in der vordersten Reihe aller Städte und wird seine Theilnahme gewiß auch Bukarest nicht entziehen, weshalb wir die Bitte auszusprechen wagen:

unsere Mitbürger und vorzüglich der geehrte Handelsstand wollen auch bei diesem großen Unglück, das an **20,000** Menschen ihrer ganzen Habe beraubte und obdachlos machte, ihre so oft bewährte menschenfreundliche Hülfe nicht versagen.

Wir sind gern bereit, jede, auch die kleinste Gabe in Empfang zu nehmen und an das sich in Bukarest gebildete Hülfscomité auf unsere Kosten zu befördern.

Leipzig, den 18. April 1847.

Hammer & Schmidt. G. & E. Gumpel. P. Schunck & Co.
Hermann Samson. Joh. Fr. Oehlschlaeger.

[1496—98]

Zittau. Zu den Actien Lit. B. der Löbau-Zittauer Eisenbahn sind von Nicht-Actionairs bereits erhebliche Anmeldungen erfolgt, die freilich nur insoweit zu berücksichtigen sein werden, als die Actionairs von ihrer Befugniß zur Entnahme von Actien Lit. B. keinen Gebrauch machen sollten. Es sind jedoch in letzterer Beziehung die befriedigendsten Aussichten vorhanden, sodaß das Unternehmen mit Ruhe seiner Vollendung im Laufe dieses Jahres entgegensieht. [1528]

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 112. (22. April 1847.)

Ueberblick.

Gesetz über die Errichtung von Handelsgerichten in Preußen betreffend.
Personalnachrichten.
Handel und Industrie. Aus Siebenbürgen. Eisenbahn
Ankündigungen.

Gesetz, die Errichtung von Handelsgerichten in Preussen betreffend.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen über die Errichtung von Handelsgerichten für diejenigen Theile unserer Monarchie, in welchen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung Gesetzeskraft haben, auf den Antrag unsers Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten unseres Staatsraths, was folgt:

§. 1. I. Errichtung der Handelsgerichte. An jedem Orte, wo wegen eines bedeutenden Handels- oder Schiffahrtsverkehrs ein Bedürfniß zu einem Handelsgericht obwaltet, soll, wenn die dortige Kaufmannschaft oder Handelskammer darauf anträgt, ein solches Gericht, nach Einholung unserer besondern Genehmigung, errichtet werden. §. 2. Auch die Commerz- und Admiralitätscollegien zu Königsberg und Danzig, sowie die für Handelssachen bestehenden Gerichtsdeputationen zu Stettin, Elbing und Memel sollen, wenn die dortigen Kaufmannschaften darauf antragen, zu Handelsgerichten umgestaltet werden. §. 3. Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung der Handelsgerichte werden aus Staatsmitteln bestritten; die Beschaffung und Unterhaltung der für ein solches Gericht erforderlichen Geschäftsräume, wo dieselben in dem Ortsgerichtsgebäude nicht gewährt werden können, liegt jedoch dem Handelsstande des Bezirks ob, für welchen das Handelsgericht bestimmt ist.

§. 4. II. Organisation der Handelsgerichte. Das Handelsgericht ist für die ihm überwiesenen Rechtsangelegenheiten (§§. 18—20) Gericht erster Instanz; und zunächst dem Landesjustizcollegium untergeordnet. Auch eximirte Personen sind dem Handelsgericht unterworfen. §. 5. Jedes Handelsgericht besteht aus einem rechtsverständigen Director nebst zweien rechtsverständigen Mitgliedern und mindestens vier Mitgliedern, welche dem Handelsstande angehören. §. 6. Der Director des Handelsgerichts wird in Verhinderungsfällen durch das älteste rechtsverständige Mitglied vertreten. Die Vertretung der übrigen rechtsverständigen Mitglieder erfolgt durch ein für alle Mal dazu ernannte Mitglieder des Ortsgerichts. Ist die Reihefolge, in der dieselben zuzuziehen sind, bei der Ernennung nicht bestimmt, so bleibt die Auswahl unter ihnen dem Dirigenten des Ortsgerichts überlassen. Für die Mitglieder aus dem Handelsstande wird eine gleiche Anzahl von Vertretern bestellt, und durch die Ernennung der Einzelnen zum ersten, zweiten ꝛc. Stellvertreter die Reihefolge bestimmt, in welcher dieselben in Verhinderungsfällen eintreten sollen. §. 7. Der Director und die rechtsverständigen Mitglieder eines Handelsgerichts bedürfen derselben Qualification, welche der Director und die Mitglieder des Ortsgerichts besitzen müssen. Ihre Anstellung sowie die der Subaltern- und Unterbeamten erfolgt in derselben Weise wie die der Beamten des Ortsgerichts. §. 8. Die Mitglieder aus dem Handelsstande und deren Stellvertreter müssen zur Uebernahme eines obrigkeitlichen Amtes überhaupt geeignet, mindestens dreißig Jahre alt sein und seit fünf Jahren selbständig Handel treiben oder solchen früher mindestens fünf Jahre lang selbständig betrieben haben und nicht etwa zur Zeit ein anderes Gewerbe betreiben. §. 9. Die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder und deren Stellvertreter werden durch die angesehensten Handeltreibenden des Bezirks, für den das Handelsgericht bestimmt ist, erwählt. Die Wähler, deren Zahl nicht weniger als 25 und nicht mehr als 60 betragen darf, ernennt die Regierung. Zur Gültigkeit der Wahl, welche für jede Stelle besonders erfolgen muß, ist die absolute Stimmenmehrheit der in dem Termin anwesenden Wähler erforderlich. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit, so ist der Wahlact zu wiederholen; stellt sich auch bei der zweiten Abstimmung eine absolute Mehrheit nicht heraus, so sind diejenigen beiden Candidaten, welche in der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. §. 10. Die Wahlhandlung wird durch einen von der Regierung zu ernennenden Commissar geleitet. Die Regierung theilt das Wahlprotokoll mit den Erinnerungen, welche sie etwa dagegen zu machen hat, dem Landesjustizcollegium mit, welches, wenn die Wahl vorschriftsmäßig geschehen ist und die Gewählten gehörig qualificirt sind, bei dem Justizminister deren Bestätigung nachsucht und, sobald solche erfolgt ist, die Vereidigung und Einführung derselben veranlaßt. §. 11. Die Amtsdauer der Mitglieder aus dem Handelsstande und ihrer Stellvertreter wird auf sechs Jahre bestimmt; doch soll der Wechsel derselben nicht mit Einem Male, sondern nach und nach in gleichen Zeitabschnitten erfolgen, und zu dem Ende von den zuerst Erwählten ein Theil schon während der ersten sechs Jahre ausscheiden. Die nähern Bestimmungen über diesen Wechsel der Mitglieder bei den einzelnen Handelsgerichten bleiben den Reglements für dieselben vorbehalten. Die Ausscheidenden können wiedererwählt werden. §. 12. Scheidet ein dem Handelsstande angehörendes Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so tritt für die übrige Dauer dieser Zeit ein Stellvertreter ein (s. 6). §. 13. Die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder haben während der Dauer ihres Amts, in Beziehung auf dasselbe, die Rechte und Pflichten richterlicher Beamten; die Suspension vom Amte und die Entfernung aus demselben tritt daher bei einem solchen Handelsrichter in denselben Fällen ein, in welchen sie bei andern richterlichen Beamten stattfindet, außerdem aber auch alsdann: 1) wenn über sein Vermögen Concurs eröffnet ist; 2) wenn er sich für zahlungsunfähig erklärt hat; 3) wenn ihm durch einen Beschluß der Stadtverordneten oder durch richterliches Urtel das Bürgerrecht entzogen ist; 4) wenn ihm die kaufmännische Corporation oder die Handelskammer durch einen Beschluß suspendirt oder ausgeschlossen hat; 5) wenn er durch richterliches Urtel der kaufmännischen Rechte verlustig erklärt ist. In diesen Fällen (Nr. 1 bis 5) ist der Director des Handelsgerichts befugt, dem zu Suspendirenden die Ausübung des Amts vorläufig zu untersagen; er muß aber hiervon sofort dem Landesjustizcollegium Bericht erstatten. §. 14. Die Mitglieder aus dem Handelsstande verwalten ihr Amt als ein unbesoldetes Ehrenamt; die durch Erledigung einzelner Aufträge veranlaßten baaren Auslagen werden ihnen erstattet. §. 15. Die Vorschriften des §. 285, Titel 11, Theil I. und der §§. 1939 und 2364, Titel 8, Theil II. des Allgemeinen Landrechts sollen auf die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder der Handelsgerichte keine Anwendung finden; diese Beamten sind aber gleich allen andern Richtern verpflichtet, sich in den Rechtssachen, bei deren Entscheidung sie ein persönliches Interesse haben, jeder Mitwirkung zu enthalten. §. 16. An den Beschlüssen des Handelsgerichts nehmen die Mitglieder aus dem Handelsstande, gleich den rechtsverständigen Mitgliedern, mit unbeschränktem Stimmrecht Theil. §. 17. Die für einzelne Zweige des Handels- und Schiffahrtsverkehrs etwa noch besonders erforderlichen Sachverständigen werden vom Handelsgericht ernannt und können ein für alle Mal vereidigt werden.

§. 18. III. Competenz der Handelsgerichte. Zur Competenz der Handelsgerichte gehören alle Streitigkeiten aus Handelsgeschäften, welche zwischen Handeltreibenden geschlossen sind. §. 19. Den Handelsgerichten werden ferner, ohne Unterschied ob die Parteien Handeltreibende sind oder nicht, die Streitigkeiten aus folgenden Rechtsverhältnissen überwiesen: 1) aus Verträgen über Bodmerei und im Nothhafen contrahirte Schulden; 2) aus Schiffs-, Bodmerei-, Fracht- und Waarenversicherungen gegen Wassers- oder Feuersgefahr; 3) aus Verträgen über Erbauung, Reparatur, Ausrüstung, Erwerb, Verpfändung oder Miethung von Seeschiffen und allen andern zur Frachtschiffahrt bestimmten Schiffsgefäßen; 4) aus dem Verhältniß der Schiffsrheder, des Schiffers und der Schiffsmannschaft zu einander; 5) aus allen Frachtgeschäften im Handelsverkehr bei Sendungen zu Wasser oder zu Lande, desgleichen bei Seeschiffen aus dem Verhältnisse des Rheders und des Schiffers zu den Schiffspassagieren; 6) über Ansprüche auf Bergegelder, Vergütungen an Havarei- oder Seeschäden, wegen An- oder Ueberseelns, Antreibens und Stoßens der Seeschiffe und aller andern zur Frachtschiffahrt bestimmten Schiffsgefäße; 7) aus Societätsverträgen zu Handels-, Fabrik-, Manufacturunternehmungen, während der Dauer und bei oder nach Auflösung der Societät; 8) über das Recht zur Führung einer bestimmten Handelsfirma; 9) aus dem Verhältnisse der Handeltreibenden zu ihren Agenten, Factoren, Disponenten, Gehülfen und Lehrlingen; ferner 10) Klagen gegen Agenten, Factoren oder Disponenten aus Handelsgeschäften, welche sie in dieser Eigenschaft geschlossen haben, sowie gegen Handlungsdiener oder Lehrlinge aus Handelsgeschäften, die von denselben für ihren Principal vorgenommen sind; 11) Klagen, welche gegen Mäkler, Dispacheurs, Schiffsabrechner, Güterbestätiger, desgleichen gegen Wäger, Messer, Braker, Schauer, Stauer und überhaupt alle Diejenigen, welche die Quantität oder Qualität von Waaren oder deren richtige Verpackung öffentlich zu beglaubigen haben, aus den Berufsgeschäften dieser Personen angestellt werden; 12) Klagen aus rechtskräftigen Handelsgerichtserkenntnissen. §. 20. Vor die Handelsgerichte gehören ferner: 1) die öffentlichen Aufgebote a) gestrandeter oder seetriftiger Güter; b) verlorener Schiffsurkunden; c) unbekannter Gläubiger von Societäts- oder andern kaufmännischen Handlungen, sowie von solchen Actiengesellschaften, welche auf Gewerbe- oder Handelsunternehmungen gerichtet sind; 2) die Ausführung der, entweder von den Handelsgerichten selbst oder von andern Gerichten verfügten Arreste auf Seeschiffe und andere zur Frachtschiffahrt bestimmten Schiffsgefäße; auf deren Ladung, sowie auf die Person, die auf dem Schiffe befindlichen Effecten und die Heuer des Schiffes und der Schiffsmannschaft; 3) die Generalmoratoriensachen der Handeltreibenden; 4) die Verhandlungen und Entscheidungen über die von Handeltreibenden nachgesuchten Rechtswohlthaten der Güterabtretung und der Competenz; 5) die Concurs- und erbschaftlichen Liquidationsprocesse über das Vermögen und den Nachlaß Handeltreibender; 6) die Concursprocesse über Seeschiffe; 7) die Subhastationen von Schiffen. §. 21. Aus einem Handelsgeschäfte, welches zwischen einem Handeltreibenden und einer dem Handelsstande nicht angehörenden Person geschlossen ist, kann der Handeltreibende auch bei dem Handelsgericht belangt werden. §. 22. Den Handeltreibenden (§§. 18—21) werden diejenigen Actiengesellschaften gleichgeachtet, welche auf Gewerb- oder Handelsunternehmungen gerichtet sind. §. 23. Zwischen den Handelsgerichten und anderen Gerichten ist eine freiwillige Prorogation des Gerichtsstandes zulässig. Die Vorschrift des §. 161, Tit. 2, Theil I. der Allgemeinen Gerichtsordnung findet demnach auf sie keine Anwendung. §. 24. Bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche auf den Handels- und Schiffahrtsverkehr Bezug haben, hängt es von der Wahl der Interessenten ab, ob sie dieselben bei dem Handelsgericht, oder bei einem andern Gericht, oder so weit dies zulässig ist, bei einem Notar vornehmen wollen. Ausschließlich vor die Handelsgerichte gehören jedoch die nicht streitigen Strandungs-, Havarei- und Nothhavelungssachen, sowie die Ausfertigung der Schiffspässe, Beylbriefe, Certificate, Seeprotests und Verklarungen der Schiffsleute.

§. 25. IV. Verfahren bei den Handelsgerichten. Die Handelsgerichte haben bei ihrem Verfahren dieselben Vorschriften zu befolgen, welche für die ordentlichen Gerichte verbindend sind, namentlich auch die Verordnung über das Verfahren in Civilprocessen vom 21. Juli 1846, jedoch unter Beachtung der nachstehenden besondern Bestimmungen. §. 26. Die Handelsgerichte haben sich die Ermittelung von Vergleichen zur besondern Aufgabe zu machen. Sie sind befugt, in jeder Lage des Processes, auf den Antrag einer Partei oder auch von Amts wegen, die Parteien zum Versuch einer gütlichen Beilegung des Streits vor eine Commission des Gerichts zu verweisen. §. 27. Die Handelsgerichte sind ermächtigt, eximirte Personen unmittelbar als Zeugen vorzuladen und durch die gesetzlichen Zwangsmittel zum Erscheinen anzuhalten. §. 28. Hat der Verklagte einen Theil der Forderung anerkannt, so ist hierüber sofort die Agnitionsresolution abzufassen und der Proceß nur wegen des bestrittenen Theiles fortzusetzen. §. 29. In denjenigen Fällen, in welchen nach allgemeinen Vorschriften Erkenntnisse ungeachtet der dagegen eingelegten Rechtsmittel vollstreckt werden können, sind auch die Erkenntnisse der Handelsgerichte vollstreckbar. Aber auch in

Digitized by Google

allen übrigen Fällen sind die Erkenntnisse der Handelsgerichte, ungeachtet der dagegen etwa zulässigen Rechtsmittel, in der Art sogleich vollstreckbar, daß auf den Antrag des Klägers und, nachdem derselbe eine von dem Gerichte zu bestimmende Caution bestellt hat, der Verklagte durch Execution, mit Ausschluß des Personalarrests, angehalten werden muß, nach seiner Wahl entweder dem ergangenen Urtheile Genüge zu leisten oder die streitige Sache oder Summe zum gerichtlichen Gewahrsam zu geben, oder eine vom Gericht festzusetzende Caution in baarem Gelde, geldwerthen Papieren oder sichern Hypotheken zu bestellen. Der Werth der Papiere wird hierbei nach dem Börsencurse am Tage der Deposition berechnet und die Sicherheit der Hypotheken nach den Vorschriften der §§. 17—20, Tit. 47, Thl. I. Allg. Gerichtsordnung beurtheilt. Das Handelsgericht kann die von dem Kläger bestellte Caution herabsetzen, wenn der Verklagte dem Erkenntnisse auf andere Art als durch Zahlung einstweilen genügt hat. §. 30. Werden in Folge einer durch das Handelsgericht verfügten Execution Interventionsansprüche erhoben, die nicht aus Handelsverhältnissen entsprungen sind, so ist das Handelsgericht befugt, das Verfahren über diese Ansprüche an das ordentliche Gericht zu verweisen. §. 31. Zur Gültigkeit eines handelsgerichtlichen Erkenntnisses ist die Theilnahme von mindestens drei Richtern in allen Fällen, namentlich auch in Bagatellsachen, erforderlich. §. 32. Wer als kaufmännisches Mitglied eines Handelsgerichts bestellt werden kann (§. 8.), soll vor dem Handelsgerichte als Bevollmächtigter außerhalb des Gerichtsorts wohnender Parteien zugelassen werden; er darf aber für diese Vertretung keine Gebühren, sondern nur die Vergütung baarer Auslagen fodern. §. 33. Soweit vorstehend nicht etwas Anderes bestimmt worden ist, kommen in den den Handelsgerichten überwiesenen Rechtsangelegenheiten die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung. Urkundlich unter unserer Höchstigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Berlin, 3. April 1847. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Frhr. v. Müffling. v. Savigny. Uhden. v. Dütesberg.

Personalnachrichten.

Mitglieder des Vereinigten Landtags in Preußen:
(Vergl. Nr. 111.)

IV. Stand der Landgemeinden.

A. Provinz Preußen. 1) Hofrath Morgen zu Klemmenhof, Kreis Memel; 2) Hr. Greger zu Nassenthal, Kreis Niederung; 3) Hr. Meyhöfer, zu Schakummen, Kreis Stallupönen; 4) Landschaftsrath Brämer zu Ernsberg, Kreis Gumbinnen; 5) Hr. Schumann zu Rataywalla, Kreis Sensburg; 6) Hr. Haasenwinkel zu Faulbruch, Kreis Johannisburg; 7) Landschaftsrath Siegfried zu Kirschnehmen, Kreis Fischhausen; 8) Landschaftsrath Sackseu zu Karschau, Kreis Königsberg; 9) Landschaftsrath Jordahn zu Rödtkeim, Kreis Gerdauen; 10) Hr. Forstreuter zu Groß-Baum, Kreis Labiau; 11) Amtmann Born zu Krappen, Kreis Pr.-Holland; 12) Hr. Nickel zu Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg; 13) Hr. Grunwald zu Schafsberg, Kreis Braunsberg; 14) Hr. Schulz zu Schilla, Kreis Allenstein; 14) Hr. Riebold zu Kanitzken, Kreis Marienwerder; 16) Hr. Mincley zu Eichwalde, Kreis Marienburg; 17) Hr. Harder zu Grzymalla, Kreis Stuhm; 18) Hr. Wessel zu Stüblau, Kreis Danzig; 19) Hr. Schönlein zu Neckau, Kreis Neustadt; 20) Hr. Timm zu Blankwitt, Kreis Flatow; 21) Hr. Schulz zu Schwetz, Kreis Graudenz; 22) Hr. Hein zu Kommerau, Kreis Schwetz.

B. Provinz Brandenburg. 23) Schulze Süttmann zu Mellin; 24) Schulze Nethe zu Dahlen in der Altmark; 25) Kreisschulze Heuer zu Sadenbeck; 26) Erbschulzengutsbesitzer und Kreisschulze Dansmann zu Dorotz; 27) Lehnschulze Oßdorf zu Schönow; 28) Lehnschulze Schultze zu Götz; 29) Gutsbesitzer Krohn zu Werben; 30) Freigutsbesitzer Rösler zu Niederfinow; 31) Lehnschulze Böning zu Schwächenwalde; 32) Erbzinsgutsbesitzer Verein zu Louisenruh; 33) Kruggutsbesitzer Dolz zu Klein-Beuche; 34) Gerichtsschulze und Bauergutsbesitzer Müller zu Dreskau, Kreis Serau.

C. Provinz Pommern. 35) Schulze Bahl zu Lubmin; 36) Gutsbesitzer Scheven zu Schönhof; 37) Gutsbesitzer Michaelis zu Rechow; 38) Schulze und Bauer Lemke zu Medow; 39) Freischulze Kundler zu Weltersdorf; 40) Erbpächter v. Schmidt zu Schellin; 41) Schulze Behling zu Panckniu; 42) Freischulze Müller zu Massenwitz.

D. Provinz Posen. 43) Grundbesitzer Michael Sadomski zu Lisiny, Kreis Schildberg; 44) Grundbesitzer Meißner zu Käzlin, Kreis Birnbaum; 45) Freigutsbesitzer Stanislaus Przygodzki zu Widzieżewo, Kreis Birnbaum; 46) Freigutsbesitzer Jordan zu Chomecice, Kreis Posen; 47) Ackerwirth Dräger II. zu Czmen, Kreis Schrimm; 48) Freischulz Stark zu Bialosliwe, Kreis Wirsitz; 49) Freischulz König zu Reske, Kreis Czarnikau; 50) Ackerwirth Krause zu Chalupske, Kreis Mogilno.

E. Provinz Schlesien. 51) Gerichtsschulz Krause zu Wachsdorf, Kreis Sagan; 52) Gerichtsschulz Röhricht zu Leisersdorf, Kreis Goldberg; 53) Erb- und Gerichtsschulz Thomas zu Groß-Lädwitz, Kreis Liegnitz; 54) Erbschulz Meyer zu Klein-Helmsdorf, Kreis Schönau; 55) Erbscholtiseibesitzer Göllner zu Seifrodau, Kreis Schweidnitz; 56) Erbgerichtsschulz Berndt zu Gallenau, Kreis Frankenstein; 57) Erbscholtiseibesitzer Bleyer zu Domslau, Kreis Breslau; 58) Erbscholtiseibesitzer Winkler zu Domnitz, Kreis Wohlau; 59) Freigutsbesitzer Scupin zu Groß-Ellguth, Kreis Oels; 60) Erb- und Gerichtsscholz Freitag zu Schönwald, Kreis Creutzburg; 61) Erbscholtiseibesitzer Cochlovius zu Ketschanowitz, Kreis Rosenberg; 62) Erbscholtiseibesitzer Hein zu Körnitz, Kreis Ratibor; 63) Erbscholtiseibesitzer Allnoch zu Beigwitz, Kreis Neisse; 64) Erbscholtiseibesitzer Wallitzek zu Kastenthal, Kreis Kosel; 65) Kreisrichter Schäfer zu Markersdorf, Kreis Görlitz; 66) Erblehnrichter Protze zu Nieder-Seiffersdorf, Kreis Rothenburg.

F. Provinz Sachsen. 67) Schultheiß Giesler zu Trochtelborn, Kreis Erfurt; 68) Ortsrichter Becker zu Pausche, Kreis Weißenfels; 69) Ortsschulze Schmidt zu Borgau, Kreis Eckartsberga; 70) Gutsbesitzer Pesold zu Dobian, Kreis Ziegenrück; 71) Erblehnrichter Eule zu Dehna, Kreis Schweinitz; 72) Gutsbesitzer Seltmann zu Rodden, Kreis Merseburg; 73) Ortsrichter Hanisch zu Arzberg, Kreis Torgau; 74) Ackergutsbesitzer Dorenberg zu Hohenstedt, mansfelder Seekreis; 75) Ortsschulze Batteroth zu Klein-Bartleff, Kreis Werbis; 76) Gutsbesitzer Lorenz zu Geismar, Kreis Heiligenstadt; 77) Hofbesitzer Zachau zu Barleben, Kreis Wolmirstedt; 78) Ortsschulze Mewes zu Groß-Wulkow, Kreis II. Jerichow; 79) Ortsschulze Hartmann zu Langenstein, Kreis Halberstadt.

G. Provinz Westfalen. 80) Ackersmann und Ortsvorsteher Meyer zu Südhemmern, Kreis Minden; 81) Ackersmann Hustedt zu Haldem, Kreis Lübbecke; 82) Ackerswirth Meyer zu Spradow, Kreis Herford; 83) Landwirth und Gemeindevorsteher Kamp zu Oesterwede; 84) Gemeindevorsteher Schulze zu Elsen; 85) Gemeindevorsteher Derenthal zu Körbecke; 86) Oekonom und Hammerbesitzer Deimel zu Elleringhausen; 87) Landwirth, Gewerke ꝛc. H. Krämer zu Hilchenbach; 88) Landwirth, Gastwirth ꝛc. Bergenthal zu Warstein; 89) Amtmann und Gutsbesitzer Schulze-Dellwig zu Dellwig; 90) Landwirth Schmidt zu Sodingen; 91) Gutsbesitzer und Fabrikant P. Brüninghaus zu Brüninghausen; 92) Gutsbesitzer W. Berger zu Bommern, Kreis Hagen; 93) Landwirth R. Wulf zu Lotte, Kreis Tecklenburg; 94) Landwirth Linnenbrink zu Beckum; 95) Amtmann v. Burmühlen zu Hohenholte; 96) Landwirth Schulte-Hobeling zu Ascheberg, Kreis Lüdinghausen; 97) Landwirth, vormaliger Regierungsrath, Bracht zu Dillenburg, Kreis Recklinghausen; 98) Landwirth Büning zu Wesecke; 99) Landwirth Schulte F. Höping zu Darfeld.

H. Rhein-Provinz. 100) Bürgermeister Beemelmanns zu Prümmern, Kreis Geilenkirchen; 101) Steuereinnehmer Jörissen zu Millen, Kreis Heinsberg; 102) beigeordneter Bürgermeister und Gutsbesitzer Jungbluth zu Jülich; 103) Gutsbesitzer Minderjahn zu Cornelymünster; 104) Gutsbesitzer de Galhan zu Wallerfangen, Kreis Saarlouis; 105) Gutsbesitzer Graach zu Zeltingen, Kreis Berncastel; 106) Commerzienrath Kayser zu Trier; 107) Gutsbesitzer Reinhard Sohn zu Olken, Kreis Saarburg; 108) Gutsbesitzer Boch Sohn zu Mettlach, Kreis Merzig; 109) Gutsbesitzer Raffauf zu Welken; 110) Steuereinnehmer Rech zu Langenlonsheim; 111) Gutsbesitzer Stedtmann zu Besselich; 112) Schultheiß Lang zu Hörnsheim, Kreis Wetzlar; 113) Gutsbesitzer Zunderer zu Kleeburg, Kreis Mayen; 114) Gutsbesitzer Grühn jun. zu Gemünden, Kreis Simmern; 115) Gutsbesitzer Häger zu Obl, Kreis Gummersbach; 116) Bürgermeister Schult zu Gleffen, Kreis Bergheim; 117) Gutsbesitzer Fasbinder zu Dünwald, Kreis Mülheim; 118) Gutsbesitzer König zu Kloster, Kreis Gummersbach; 119) Kanonikus und Gutsbesitzer Lensing zu Emmerich, Kreis Rees; 120) Gutsbesitzer van der Loë zu Uedem, Kreis Cleve; 121) Bürgermeister Seulen zu Veerst, Kreis Kempen; 122) Gutsbesitzer Uellenberg zu Niederheidt, Kreis Düsseldorf; 123) Gutsbesitzer Aldenhoven zu Jons, Kreis Neuß; 124) Gutsbesitzer Rombei zu Louisenburg, Kreis Geldern.

Handel und Industrie.

Eisenbahn. *Aus Siebenbürgen, 7. April. In große Bewegung hat der Plan, das Land mit einer Eisenbahn zu versehen, alle Klassen der Einwohner versetzt, welche darin eine große Zukunft sehen; denn bis jetzt hatten die hiesigen reichen Erzeugnisse keinen Absatz, und bei dem höchst gebirgigen Lande dachte man kaum an die Möglichkeit einer Eisenbahn. Es ist übrigens ein großer Gedanke, welcher auf den Verkehr nach dem Orient den größten Einfluß haben wird; denn es handelt sich um nichts Geringeres als darum, die Eisenbahn, welche jetzt schon von Wien nach Pesth und von da nach Szolnok an der Theiß in Arbeit ist, über Arad, Hermannstadt und Kronstadt nach den an der Donau belegenen walachischen Häfen zu Ibrail oder Braila fortzusetzen. Dann können englische Dampfschiffe von Alexandrien bis Braila unmittelbar gehen, von hier ginge der Kurier mit den ostindischen Briefen über Kronstadt, Pesth, Wien, Prag, Dresden, Leipzig nach Hamburg; oder von Wien nach Köln und Ostende. Darum zögert Oesterreich mit Recht, den Anschluß der Eisenbahn bei Oderberg zu vollenden, damit die Verbindung zwischen Triest über Breslau nach Stettin und Hamburg nicht zu Stande komme. Denn auf diese Weise behält Oesterreich allen Handel des Mittelmeers von Triest über Prag, und eben so aus dem Orient über Lemberg und auf der Donau, den des Schwarzen Meeres ebenfalls über Prag, indem Preußen ganz rechts liegen gelassen wird. Darum ist auch die Erwerbung von Krakau für Oesterreich um so wichtiger, indem man gewiß dafür sorgen wird, daß der Handel von Krakau nicht über Schlesien, sondern über Treppau nach Prag und dann nach Hamburg gehen wird. Einige Zeit schien es, als wenn man die Fortsetzung der Eisenbahn von Bochnia nach Lemberg und Czernowitz wünschte, um durch die Moldau nach Galacz den Welthandel aus dem Orient nach dem Westen zu leiten, und schon machte Rußland Anstalten, um die Eisenbahn von Petersburg über Moskau und von Warschau nach Odessa zu leiten, um die europäische Handelsstraße nach dem Oriente zu erhalten, und es würde darauf angekommen sein, ob die Bahn früher über Odessa oder Galacz fertig geworden wäre. Allein diese neue Combination hat auf einmal die wichtigste und kürzeste Linie getroffen; sie sichert Oesterreich den Besitz der längsten Eisenbahn in Europa, und nur ein sehr kleiner Theil hängt von der Walachei ab. Freilich wird Rußland damit eben nicht sehr zufrieden sein; allein wenn es auch in der Walachei Schwierigkeiten machen wird, kann es doch seiner eignen Ehre wegen vor dem ganzen Europa nicht hindernd auftreten. Hier im Lande gibt es keine große Capitalien, um sich bei diesen Uebernahmen zu betheiligen; doch hat man sehr gute Hoffnungen, da man hört, daß sich Engländer und der Bankier Sina dafür interessiren. Denn zu der ungarischen Eisenbahncompagnie hat man kein großes Vertrauen, der liebenswürdige ungarische Nationalcharakter zeigt überall den besten Willen; aber es fehlt Ordnung und Ausdauer, sodaß kein Verlaß auf diese Herren ist. Am reichsten ist die bedeutende Handels- und Gewerbsstadt Kronstadt, welche sich bei diesem Unternehmen am meisten betheiligen wird, obwol dasselbe am wichtigsten für den ackerbautreibenden Theil der Einwohnerschaft ist.

Verantwortliche Redaction: Professer Wülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Edictal-Citation.

Franz Joseph Schmidt, geboren den 11. Juli 1776 zu Birnsberg, verließ um das Jahr 1796 seine Heimat als Zimmergeselle und soll in Kriegsdienste getreten sein.

Seit dieser Zeit ließ derselbe nichts mehr von sich hören. Der Stand seines Vermögens kann zur Zeit nicht mit Verlässigkeit angegeben werden; bemerkt wird nur, daß sich dasselbe nach dem letzten Ausweise auf 440 Fl. 22½ Kr. belief.

Da nun gedachter Schmidt bereits das 70. Lebensjahr überschritten hat, so wird derselbe oder seine zurückgelassenen unbekannten Erben auf Antrag einiger Verwandten und seines Curators hiermit aufgefodert, sich binnen 9 Monaten und längstens in dem auf

Donnerstag den 28. October 1847, Vormittags 9 Uhr,

anstehenden Termine bei dem königl. Landgerichte persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls Schmidt für todt erklärt und sein Vermögen den sich legitimirenden nächsten Erben ohne Caution ausgehändigt werden würde.

Ansbach, den 6. Januar 1847.

Königl. Landgericht.
Freiherr von Buirette.

[191—93]

Ungarische Central-Eisenbahn.
Kundmachung.

In Folge des §. 5 der allerhöchst sanctionirten Gesellschafts-Statuten der Ungarischen Central-Eisenbahn werden nachverzeichnete Sechzig-Sieben Stück Interims-Partial-Scheine, auf welche ungeachtet der in den öffentlichen Blättern drei Mal erlassenen Auffederungen d. d. 22. October 1846 und 14. Februar l. J. die am 2. Jänner 1847 fällig gewesene 10procentige Einzahlung bis zum 27. März d. J., als dem bestimmten Präclusiv-Termin, nicht geleistet worden ist, in den Büchern der Gesellschaft gestrichen, als null und nichtig erklärt, und die auf selben bereits haftende Einzahlung von 50 Procent ohne Weiteres als Eigenthum der Gesellschaft unter Vorbehalt der ihr zustehenden Rechte eingezogen:

Nr. 1578, 2068, 2259, 6046, 6047, 6757, 7853, 24825, 31764 bis 31768, 31843, 39398 bis 39403, 39409, 44025, 44167 bis 44184, 44199, 47054, 49142, 50750, 54509 bis 54511, 59536, 67001, 70581 bis 70584, 70988, 70989, 71125 bis 71127, 71422 bis 71429 und 71754.

Für diese 67 Nummern werden neue Interims-Partial-Scheine ausgefertigt, über welche die nächste ordnungsmäßige Generalversammlung zu verfügen haben wird.

Presburg, den 16. April 1847.

[1536—37] **Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.**

Ausschl. priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.
Kundmachung.

Die 15. Generalversammlung hat den Beschluß gefaßt, eine 5procentige Anleihe von 5,600,000 Fl. in Prioritäts-Obligationen unter nachstehenden Modalitäten aufzunehmen.

Es werden Obligationen von 1000 Fl., 500 Fl. und 100 Fl. von der Direction d. d. 1. April d. J. ausgestellt, welche durch zehn Jahre von der Unternehmung nicht aufgekündet werden können. Nach diesen zehn Jahren werden jährlich 2½ Prec., also 140,000 Fl., vom Anleihecapital mittels Verlosung zurückbezahlt, dergestalt, daß die gänzliche Tilgung binnen 40 Jahren, also nach 50 Jahren von der Aufnahmsepoche, bewerkstelligt sein muß.

Die a. pr. Kaiser-Ferdinands-Nordbahngesellschaft behält sich aber ausdrücklich vor, nach vorhergegangener sechsmonatlicher Bekanntmachung in der k. k. priv. Wiener-Zeitung und der augsburger Allgemeinen Zeitung auch Verlosungen für größere Beträge vornehmen, oder die Rückzahlung der ganzen Capitalssumme auch noch früher, jedoch nicht vor dem 1. April 1857, bewerkstelligen zu können.

Die Interessen dieser Anleihe werden bis zu deren Tilgung aus den Betriebseinnahmen bestritten und gehen der Actiendividende vor.

Jeder Besitzer von Nordbahn-Actien hat das Recht, für eine ganze Actie 400 Fl. dieser Anleihe beziehen zu können, wenn er dies unter Angabe der Folienummer und des Namens, auf welchen die Actie ausgestellt ist, bis 15. Mai d. J. schriftlich verlangt, die gewünschten Stücke a 1000 Fl., 500 Fl. oder 100 Fl. angibt und gleichzeitig 5 Proc. der Obligationssumme, d. i. 20 Fl., für jede ganze Actie als Angabe erlegt. Für diese 20 Fl. wird ein Certificat ausgefertigt, und dieselben werden, vom 15. Mai angefangen, mit 5 Prec. verzinst, jedoch erst bei der letzten Ratenzahlung abgerechnet.

Bei nicht pünktlicher Zuhaltung der festgesetzten Ratenzahlungen verliert der Subscribent jedes weitere Bezugsrecht und die Angabe.

Uebrigens bleibt es auch Solchen, die nicht Actionaire sind, unbenommen, sich zur Theilnahme an diesem Anlehen vormerken zu lassen, in welchem Falle man sich unter Beilegung der erwähnten 5 Proc. und Erfüllung der andern vorerwähnten Bedingungen bis 15. Mai d. J. schriftlich bei der Direction melden wolle.

Diejenigen Beträge, die von den Besitzern der Nordbahnactien bis dahin nicht angemeldet worden sind, werden mittels einer verhältnißmäßigen Repartition diesen letztern Subscribenten überlassen werden.

Die erste Rate ist sodann am 15. Jun. d. J. mit 100 Fl.
„ zweite „ „ „ „ 1. Nov. d. J. mit 100 Fl.
„ dritte „ „ „ „ 1. Febr. 1848 mit 100 Fl.

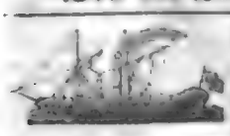
und die vierte Rate mit Einrechnung der Angabe am 1. Mai 1848 ebenfalls mit 100 Fl. nebst den vom 1. April auf den Obligationen haftenden Zinsen zu entrichten.

Bei jeder Ratenzahlung wird gegen Vorweisung des Certificats die betreffende Obligationssumme erfolgt, doch steht es Jedermann frei, vom 15. Jun. d. J. angefangen mehre oder auch alle Raten gegen Empfangnahme der Obligationen und Vergütung der Intercalarzinsen zu erlegen.

Die P. T. Actionaire, sowie andere Parteien, die sich an dieser Anleihe zu betheiligen wünschen, werden eingeladen, ihre Offerte bis längstens 15. Mai d. J. mit der erfoderlichen spec. Angabe bei der Hauptcassa im Prater Pavillon überreichen zu wollen.

Wien, am 1. April 1847. [1342—44]

Von der Direction der a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Aussig** (Teplitz), **Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1357]

☞ In **Baumgärtner's Buchhandlung** zu **Leipzig** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das Auswanderungsbuch

oder Führer und Rathgeber bei der Auswanderung nach Nordamerika und Texas, in Bezug auf Ueberfahrt, Ankunft und Ansiedelung, nebst einer vollständigen Schilderung des geographischen, politischen und geselligen Zustandes jener Länder und genauer Erörterung aller bei der Auswanderung zu berücksichtigenden Punkte. Größtentheils nach eigner Auffassung während eines zweijährigen Aufenthalts in Amerika. Herausgegeben von **Moritz Beyer**, vormaligem Oekonomie-Inspector und Professer der Landwirthschaft. Zweite, unveränderte Auflage. Mit einem Holzschnitt. 8. Brosch. 15 Ngr. [1280]

Τοῦ ἁγίου Εἱρηναίου ἐπισκόπου Λουγδούνου
Ἔλεγχος καὶ ἀνατροπὴ τῆς ψευδωνύμου γνώσεως βιβλία πέντε. SANCTI IRENAEI Episcopi Lugdunensis et Martyris detectionis et eversionis falso cognominatae agnitionis sive contra omnes haereses Libri quinque. Accedunt tum omnia hucusque a Halloixio, Pfaffio, Angelo Majo, Cramero aliis praesertim ex Catenis MSS. eruta et edita tum inedita fragmenta.

Textum Graecum et Latinum nova Codicum MSS. Batavorum et Germanorum collatione emendavit, lectionis varietatem primum integram notavit; ex annotationibus et observationibus editis Nic. Gallasii, Billii, Frontonis Ducaei, Fr. Feu-ardentii, Grabii et Massueti et ineditis Francisci Junii optimas elegit suasque insuper adjecit; locupletissimis glossariis et indicibus hanc editionem illustravit et uberiora prolegomena addidit

Adolphus Stieren,
Theologiae Licentiatus et Phil. Doctor, in litterarum universitate Jenensi theologiam privatim docens, Societatis historicae Lipsiensis sodalis ordinarius.

Zu dieser neuen Ausgabe benutzte der Herausgeber außer dem von ihm selbst verglichenen berühmten Codex Vossianus noch zwei Manuscripte, mit welchem Erfolg, darüber gibt des Herausgebers eben erschienene Abhandlung: De Codice Vossiano seu Burelliano nähere Auskunft. Der griechische Text des Irenaeus ist nach einer unbenutzten Handschrift des Epiphanius sorgfältig revidirt. Außerdem sind unedirte Observationen von Franciscus Junius benutzt. Indem ich auf die bedeutenden Verbesserungen dieser neuen Ausgabe hinweise, habe ich dabei den besondern Zweck vor Augen, die Gelehrten vor dem Ankauf eines bloßen Textabdrucks nach den bisherigen, den heutigen Bedürfnissen durchaus nicht mehr genügenden Ausgaben zu warnen.

Der Druck dieser vortrefflichen Ausgabe schreitet rasch vor, und wird das Aeußere durch getreue Facsimile von Manuscripten u. s. w. allen Anforderungen entsprechen. Bestellungen nehmen bereits alle Buchhandlungen an.

Leipzig, am 6. April 1847.

[1363] **T. O. Weigel.**

Im Verlage von **G. P. Aderholz** in **Breslau** ist soeben erschienen:

Votum
in der Preußischen Verfassungs-Angelegenheit,

abgegeben von

H. Gräff,
Justizrathe, der Zeit Vorsteher der Breslauer Stadtverordneten.

[1445] 8. 5½ Bg. Geh. Preis 6 Sgr.

Bei **Ph. Reclam** jun. in Leipzig ist erschienen:

Wollvlonlez.

Preis 5 Ngr. [1460—61]

Bericht

über die

Verlagsunternehmungen für 1847

von

F. A. Brockhaus in Leipzig.

Die mit * bezeichneten Artikel werden bestimmt im Laufe des Jahres fertig; von den übrigen ist das Erscheinen ungewiss.

(Der Anfang befindet sich in Nr. 111.)

*21. **Günsburg (F.), Studien zur speciellen Pathologie.** Zweiter Band. — A. u. d. T.: Die pathologische Gewebelehre. Zweiter Band: Die krankhaften Formveränderungen in den Geweben und Organen des menschlichen Körpers. Gr. 8. Geh.

Der erste Band führt den Titel: Die pathologische Gewebelehre. Erster Band: Die Krankheitsproducte nach ihrer Entwickelung, Zusammensetzung und Lagerung in den Geweben des menschlichen Körpers. Mit 3 lithographirten Tafeln. Gr. 8. 1845. 1 Thlr. 15 Ngr.

*22. **Heinsius (W.), Allgemeines Bücher-Lexikon**, oder alphabetisches Verzeichniß aller von 1700 bis zu Ende 1841 erschienenen Bücher, welche in Deutschland und in den durch Sprache und Literatur damit verwandten Ländern gedruckt worden sind. Neunter Band, welcher die von 1835 bis Ende 1841 erschienenen Bücher und die Berichtigungen früherer Erscheinungen enthält. Herausgegeben von D. A. Schulz. Zehnte Lieferung und folgende. Gr. 4. Jede Lieferung auf Druckp. 25 Ngr., auf Schreibp. 1 Thlr. 6 Ngr.

Die erste bis neunte Lieferung (1843—46) kosten auf Druckpap. 7 Thlr. 15 Ngr., auf Schreibpap. 10 Thlr. 24 Ngr.

*23. **Heinsius (W.), Allgemeines Bücher-Lexikon** ꝛc. Zehnter Band, welcher die von 1842 bis Ende 1846 erschienenen Bücher und die Berichtigungen früherer Erscheinungen enthält. Herausgegeben von **J. P. Thun.** Erste Lieferung und folgende. Gr. 8. Jede Lieferung auf Druckp. 25 Ngr., auf Schreibp. 1 Thlr. 6 Ngr.

Der erste bis zehnte Band von **Heinsius' Bücher-Lexikon** kosten zusammengenommen im herabgesetzten Preise 20 Thlr.; auch sind einzelne Bände zu verhältnißmäßig billigerm Preise zu haben. Der achte Band, herausgegeben von D. A. Schulz, welcher die von 1828 bis Ende 1834 erschienenen Bücher enthält, kostet auf Druckpapier 10 Thlr. 15 Ngr., auf Schreibpapier 12 Thlr. 20 Ngr.

24. **Holzhausen (F. A.), Der Protestantismus in seiner geschichtlichen Entstehung, Begründung und Fortbildung.** In drei Bänden. Zweiter und dritter Band. Gr. 8. Geh.

Der erste Band (1846) kostet 2 Thlr.

*25. **Jürgens (K.), Luther's Leben.** Erste Abtheilung: Luther von seiner Geburt bis zum Ablaßstreite. 1483—1517. In drei Bänden. Dritter Band. Gr. 8. Geh.

Der erste und zweite Band (1846) kosten jeder 2 Thlr. 15 Ngr.

26. **Kratzmann (E.), Die neuere Medicin in Frankreich.** Nach Theorie und Praxis. Mit vergleichenden Blicken auf Deutschland. In zwei Abtheilungen. Zweite Abtheilung. Gr. 8. Geh.

Die erste Abtheilung (1846) kostet 1 Thlr. 10 Ngr.

27. **Loebell (J. W.), Weltgeschichte in Umrissen und Ausführungen.** Zweiter Band und folgende. Gr. 8.

Der erste Band (1846) kostet 2 Thlr.

28. **Noback (K.), Lehrbuch der Waarenkunde.** In zwei Bänden. Drittes Heft und folgende. Gr. 8. Jedes Heft 15 Ngr.

Das erste und zweite Heft (1842) kosten 1 Thlr.

*29. **Der neue Pitaval.** Eine Sammlung der interessantesten Criminalgeschichten aller Länder aus älterer und neuerer Zeit. Herausgegeben von **J. E. Hitzig** und **W. Häring (W. Alexis).** Elfter Theil und folgende. Gr. 12. Geh.

Der erste Theil kostet 1 Thlr. 24 Ngr., der zweite bis zehnte Theil jeder 2 Thlr.

*30. **Pölitz (K. H. L.), Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit.** Mit geschichtlichen Einleitungen und Erläuterungen. Vierter Band, herausgegeben von **F. Bülau.** Zwei Abtheilungen. Gr. 8.

Der erste bis dritte Band (1833) kosten 9 Thlr. 10 Ngr.

*31. **Posner (L.), Handbuch der Pathologie und Therapie.** In drei Bänden. Dritter Band. Gr. 12. Geh.

Der erste Band: „Acute Krankheiten" (1845) kostet 2 Thlr., der zweite Band: „Chronische Krankheiten. Erster Theil." (1846) 2 Thlr. 12 Ngr.

32. **Puchelt (F. A. B.), Das Venensystem in seinen krankhaften Verhältnissen.** Zweite, ganz umgearbeitete Auflage. In drei Theilen. Dritter Theil. Gr. 8.

Der erste Theil (1843) kostet 1 Thlr. 12 Ngr., der zweite Theil (1844) 2 Thlr. 15 Ngr.

33. **Raumer (F. von), Geschichte Europas seit dem Ende des 15. Jahrhunderts.** Achter Band. Gr. 8. Auf gutem Druckpapier und extrafeinem Velinpapier.

Der erste bis siebente Band (1832—43) kosten auf Druckpapier 20 Thlr. 12 Ngr., auf Velinpapier 40 Thlr. 25 Ngr.

Außer diesem Werke sind auch folgende größere Schriften des Verfassers ebendaselbst erschienen:

Briefe aus Paris zur Erläuterung der Geschichte des 16. und 17. Jahrhunderts. Zwei Theile. Mit 8 lithographirten Tafeln. Gr. 12. 1831. 4 Thlr. 15 Ngr.

Ueber die geschichtliche Entwickelung der Begriffe von Recht, Staat und Politik. Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage. Gr. 8. 1832. 1 Thlr. 6 Ngr.

Geschichte der Hohenstaufen und ihrer Zeit. Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage. Sechs Bände. Gr. 8. 1841—42. 12 Thlr.; auf feinem Maschinenvelinpapier 24 Thlr. — Die Kupfer und Karten der ersten Auflage besonders 2 Thlr.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zwei Bände. Mit einer Karte der Vereinigten Staaten. Gr. 12. 1845. 3 Thlr.

Vgl. Nr. 77 und 78.

*34. **Recueil manuel et pratique de traités**, conventions et autres actes diplomatiques sur lesquels sont établis les relations et les rapports existant aujourd'hui entre les divers Etats souverains du globe, depuis l'année 1760 jusqu'à l'époque actuelle. Par le baron **Ch. de Martens** et le baron **F. de Cussy.** En cinq volumes. Vol. cinquième. In-8. Geh.

Der erste und zweite Band (1846) kosten 4 Thlr. 16 Ngr., der dritte und vierte Band (1846) 6 Thlr.

Von Ch. de Martens erschien ferner in demselben Verlage:

Guide diplomatique. 2 vols. In-8. 1832. 4 Thlr. 15 Ngr.

Causes célèbres du droit des gens. 2 vols. In-8. 1827. 4 Thlr. 15 Ngr.

Nouvelles causes célèbres du droit des gens. 2 vols. In-8. 1843. 3 Thlr. 10 Ngr.

Ebenso von F. de Cussy:

Dictionnaire ou Manuel-lexique du Diplomate et du Consul. In-12. 1846. 3 Thlr.

*35. **Nellstab (L.), Gesammelte Schriften.** Neue Folge. Fünfter Band und folgende. Gr. 12. Geh.

Die erste Folge erschien in zwölf Bänden 1843—44 und kostet 12 Thlr.; dieselbe enthält: 1—12. Dritte Auflage. — Segen und romantische Erzählungen. — Kunstnovellen. — Novellen. — Auswahl aus der Ritterbildergalerie. — Vermischtes. — Vermischte Schriften. — Dramatische Werke. — Gedichte.

Der neuen Folge erster bis vierter Band (1846, 4 Thlr.) enthält: Iglau und Paris im Jahre 1830. Zweite Auflage. — Erzählungen.

*36. **Nuth (E.), Geschichte der italienischen Poesie.** Zweiter Theil. Gr. 8.

Der erste Theil (1844) kostet 2 Thlr. 24 Ngr.

37. **Snell (K.), Einleitung in die Differential- und Integralrechnung.** Zweiter Theil. Gr. 8. Geh.

Der erste Theil: Vom ersten Differentialquotienten. Mit 3 lithographirten Tafeln. 1846. 1 Thlr. 20 Ngr.

Von dem Verfasser erschien 1841 in demselben Verlage: Lehrbuch der Geometrie. Mit 6 lithographirten Tafeln. Gr. 8. 1 Thlr. 5 Ngr.

*38. **Stickel (J. G.), Handbuch zur morgenländischen Münzkunde.** Zweites Heft und folgende. Gr. 4.

Das erste Heft erschien unter dem Titel:

Das Grossherzogliche Orientalische Münzcabinet zu Jena, beschrieben und erläutert. Erstes Heft: Omaijaden- und Abbasiden-Münzen. Mit 1 lithographirten Tafel. Gr. 4. 1845. 2 Thlr.

*39. **Historisches Taschenbuch.** Herausgegeben von **F. von Raumer.** Neue Folge. Neunter Jahrgang. Gr. 12. Cart.

Die erste Folge des **Historischen Taschenbuch** besteht aus zehn Jahrgängen (1830—39), und kostet im herabgesetzten Preise zusammengenommen 10 Thlr., der erste bis fünfte Jahrgang 5 Thlr., der sechste bis zehnte Jahrgang 5 Thlr., einzelne Jahrgänge 1 Thlr. 10 Ngr. Der erste, dritte und vierte Jahrgang der Neuen Folge (1840, 1842, 1843) kosten jeder 2 Thlr., der zweite, fünfte bis achte Jahrgang (1841, 1844—47) jeder 2 Thlr. 15 Ngr.

*40. **Vollständiges Taschenbuch der Münz-, Maass- und Gewichtsverhältnisse**, der Staatspapiere, des Wechsel- und Bankwesens und der Usanzen aller Länder und Handelsplätze. Nach den Bedürfnissen der Gegenwart bearbeitet von **Ch. Noback** und **F. Noback.** Zehntes Heft. Gr. 8. Preis eines Heftes 15 Ngr.

Das erste bis neunte Heft (1841—46) kosten 4 Thlr. 15 Ngr.; das zehnte Heft wird den Schluß des Werkes enthalten.

41. **Tesche (W.), Bilder aus Schlesien.** In Novellen gefaßt. Zweiter Theil. Gr. 12. Geh.

Der erste Theil: „Die Rose von der Pierwa", erschien 1846 und kostet 1 Thlr. 12 Ngr.

*42. **Thienemann (F. A. L.), Die Fortpflanzungsgeschichte der gesammten Vögel** nach dem gegenwärtigen Standpunkte der Wissenschaft, mit Abbild. d. bekannten Kier. Mit 100 colorirten Tafeln. In zehn Heften. Drittes Heft und folgende. Gr. 4.

Das erste Heft (Strausse und Hühnerarten) erschien 1845, das zweite Heft (Klugvögel, Kletzvögel, Raubvögel, Singvögel) 1846; jedes Heft kostet 4 Thlr.

*43. **Das Land Tirol und der Tirolerkrieg von 1809.** — A. u. d. T.: **Geschichte Andreas Hofer's**, Sandwirths aus Passeyr, Oberanführers der Tiroler im Kriege von 1809. Durchgehends aus Originalpapieren, aus den militairischen Operationsplanen, sowie aus den Papieren des Freiherrn von Hormayr, Hofer's, Speckbacher's, Wörndle's, Eisenstecken's, Enzmesser's, Sieberer's, Aschbacher's, Wallner's, der Gebrüder Thalguter, des Kapuziners Joachim Haspinger's und vieler Anderer. Zweite, durchaus umgearbeitete und sehr vermehrte Auflage. Dritter Theil. Gr. 8. Geh.

Der erste und zweite Theil (1845) kosten 4 Thlr. 12 Ngr.

*44. **Urania.** Taschenbuch auf das Jahr 1848. Neue Folge. Zehnter Jahrgang. Mit einem Bildnisse. 8. Cart.

Von frühern Jahrgängen der **Urania** sind nur noch einzelne Exemplare von 1831, 1836—38 vorräthig, die im herabgesetzten Preise zu 12 Ngr. der Jahrgang abgelassen werden. Der erste und zweite Jahrgang der Neuen Folge (1839 und 1840) kosten jeder 1 Thlr. 15 Ngr., der dritte bis sechste Jahrgang (1841—44) jeder 1 Thlr. 20 Ngr., der siebente und achte Jahrgang (1845 und 1846) jeder 2 Thlr., der neunte Jahrgang (1847) 2 Thlr. 15 Ngr.

*45. **Volks-Bibliothek.** Dritter Band und folgende. Gr. 8. Geh.

Die erschienenen Bände dieser **Volks-Bibliothek** enthalten:

I. Joachim Nettelbeck, Bürger zu Kolberg. Eine Lebensbeschreibung von ihm selbst aufgezeichnet, und herausgegeben von J. Ch. L. Haken. Mit Nettelbeck's Bildniß und einem Plane der Umgegend von Kolberg. Zweite Auflage. 1845. 1 Thlr.

II. Der alte Heim. Leben und Wirken Georg Ludwig Heim's, königl. preußischen Geheimen-Raths und Doctors der Arzneiwissenschaft. Aus hinterlassenen Briefen und Tagebüchern herausgegeben von C. B. Kessler. Zweite, mit Zusätzen vermehrte Auflage. Mit Heim's Bildniß. 1846. 1 Thlr.

III. Die Sprichwörter und sprichwörtlichen Redensarten der Deutschen. Nebst den Redensarten der deutschen Zechbrüder und aller Praktik Großmutter, d. i. der Sprichwörter ewigem Wetter-Kalender. Gesammelt und mit vielen schönen Versen, Sprüchen und Lesefrüchten in ein Buch versetzt von W. Körte. Neue Ausgabe. 1 Thlr.

*46. **Waagen (G. F.), Kunstwerke und Künstler in Deutschland.** Dritter Theil und folgende. Gr. 12. Geh.

Der erste Theil: „Kunstwerke und Künstler im Erzgebirge und in Franken" (1843), kostet 1 Thlr. 15 Ngr.; der zweite Theil: „Kunstwerke und Künstler in Baiern, Schwaben, Basel, dem Elsaß und der Rheinfalz" (1845) hat denselben Preis.

III. An neuen Auflagen und Neuigkeiten erscheint:

47. **Benfey (T.), Vollständige Sanskrit-Grammatik**, nebst Chrestomathie und Wörterbuch. Zwei Abtheilungen. Gr. 8. Geh.

Von dem Verfasser erschien im Jahre 1844 ebendaselbst: Ueber das Verhältniss der ägyptischen Sprache zum semitischen Sprachstamm. Gr. 8. 2 Thlr.

Vgl. Nr. 80.

*48. **Carus (K. G.), System der Physiologie.** Zweite, völlig umgearbeitete und sehr vermehrte Auflage. Zwei Bände. Mit Abbildungen. Gr. 8.

Das Werk ist aus dem Verlage von **A. Weichardt** in Leipzig in den meinigen übergegangen und erscheint jetzt in der zweiten Auflage in zwei Bänden oder sechs Heften, deren erstes bald zu erwarten ist.

*49. **Clemens der Vierzehnte.** Ein Lebens- und Charakterbild. Gr. 12. Geh. 12 Ngr.

(Fortsetzung folgt.)

Freitag — Nr. 113. — 23. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer [illegible] 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. = München. Die Theuerung. Griechenland. — Auswärtige Beziehungen Baierns. — Prof. Phillips. — Prinz Luitpold. — Das Ritterfest. Hr. v. Gärtner. Die Lagergebühren. * Dresden. Der Nothstand. — Das Bisthum Rottenburg. — Erklärung des Hrn. Stoll. — Rauschenblatt. — Die Deutsch-Katholiken in Wiesbaden. † Detmold. Landtagsabschied.

Preußen. Berlin. Landtag. * * Berlin. Unordnungen auf den Marktplätzen. † Aus Westpreussen. Katholische Kirche in Marienwerder. γ Aus Preussen. Das Strafverfahren gegen Beamte. — Anreden des Königs. — Die Freiheit der ständischen Berathungen. — Das Judengesetz. Der Gemeinderath in Crefeld. — Unruhen in Landsberg a. d. W. — Das Dampfboot Irrwisch.

Oesterreich. Erzherzog Maximilian von Este. Graf Stadion. Der Graf v. Meran. — Das Erzbisthum Mailand.

Spanien. Die Cortes. Auftritte in Madrid. General Serrano.

Großbritannien. Parlament. Die Bank von England. Untergang des Dampfschiffs Grana Ulle. Die Times über die Eröffnung des Landtags in Preußen.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen über den preußischen Vereinigten Landtag und die Thronrede. Verhaftung des französischen Consuls in Monterey. Neue Fregatte. Die Pferderennen am Sonntag. * * Paris. Die conservativen Progressisten.

Schweiz. Freilassungen in Freiburg. — Der conservative Verein in Yverdon.

Italien. Die Municipalverfassung in Rom und das Militairwesen.

Türkei. Der Sultan.

Nordamerika. Der Krieg.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 18. April. Jetzt haben wir in Folge eines zweitägigen und um diese Jahreszeit gewiß beispiellosen Schneefalles wieder förmliche Schlittenbahn, denn in der verwichenen Nacht hat es auch scharf gefroren. Alle Straßen sind so unwegsam geworden, daß gestern und zum Theil schon vorgestern sämmtliche Postencurse wieder in die größte Unordnung gerathen sind, ja heute bis zur Mittagsstunde fast ganz fehlen. Dies möchte nun noch hingehen, was aber das Empfindlichste und Bedauerlichste ist, sind die übeln Einwirkungen auf den gestrigen Getreidemarkt, auf welchem alle Preise theils wegen geringer Zufuhr, theils in Folge allerlei unbegründeter Gerüchte über den schlimmen Stand der Saaten wieder enorm in die Höhe getrieben wurden. Zugleich kann nicht außer Acht gelassen werden, daß durch diese Wiederkehr des Winters allein in München vielleicht 4—6000 Menschen aus den untern Klassen momentan wieder beschäftigungslos geworden sind, was keine Kleinigkeit ist. Unter diesen Umständen kann es nicht befremden, daß man die Ueberängstlichen sich selbst wieder mit unnöthigen Sorgen aller Art plagen sieht, während es schon der gegründeten genug zu geben scheint. Der 1. Mai ist vor der Thür und mit ihm eine abermals höhere Biertaxe, und daß es an Leichtsinnigen und Niederträchtigen nicht ganz fehlen dürfte, die, entweder ohne an die möglichen Folgen zu denken oder in böswilliger Berechnung dieser, im Volke schüren und wühlen, ist man allerdings auch anzunehmen berechtigt. Aber feste Bürgschaften für das ruhige Vorübergehen des 1. Mai und der ganzen gegenwärtigen Prüfungszeit liegen in den achtbaren Gesinnungen weit des größten Theiles der Bevölkerung und in den Vorsichtsmaßregeln der Regierung gegen üblen Willen, wo und von welcher Seite sich solcher auch kundgeben möchte.

Die neuesten Nachrichten aus Athen sind so spärlich und so wenig befriedigend, daß man sich nicht genug darüber wundern kann. An hochtrabenden Redensarten über die Nähe des Triumphzuges der griechischen Heldenjugend nach Konstantinopel fehlt es freilich nicht, beste mehr aber an sonstigen Nachweisen und Erwägungen über Das, was im schlimmsten Falle doch zunächst noth thun dürfte, also z. B. über die Mittel, mit denen man etwa jenes schöne Heer schnell wieder bilden könnte, an dessen Zertrümmerung und Zersprengung man ursprünglich nach dem dringenden Rath und Verlangen des englischen Gesandten ging, und dessen letzte, aber immer noch achtbare Reste man im Septemberconstitutionsrausche durch zuchtlose Fustanellenbanden ersetzt hat. Uebrigens wird es freilich, Dessen sind wir gewiß, zum Kampfe weder an der Nordgrenze noch sonst wo kommen, es müßten denn englisches Geld und griechischer Patriotismus zunächst den Bürgerkrieg im Innern des Landes anfachen, und davor wird die Einsicht aller Aeltern das junge Königreich trotz der Moreotischen Anfänge hoffentlich doch bewahren.

— Prinz Luitpold ist mit seiner Gemahlin am 12. April von **Florenz** nach München abgereist.

— Aus **München** vom 19. April schreibt der Nürnberger Correspondent: „Auf allerhöchsten Befehl wird das Georgi-Ritterfest am 24. April nicht stattfinden. — Im Befinden des Directors v. Gärtner ist gestern und heute einige Besserung eingetreten. — Der König hat die Lagergebühren auf sämmtlichen Hallen aufgehoben."

— **Von der Isar** vom 13. April heißt es in der Weser-Zeitung: „Wie man weiß, wurde kurz nach dem Sturze des Ministeriums Abel eine Collectivnote über die geschehenen Ministerveränderungen allen befreundeten Höfen übersendet. Indessen sind von allen Seiten die Erwiderungen auf dieselbe eingelaufen, Oesterreich allein soll noch im Rückstande sein. Der Ton dieser Erwiderungen ist, wie man vernimmt, durchgehends, so weit eben die diplomatische Sprache eine entschiedene Färbung gestattet, ein für das neue Ministerium höchst befriedigender. Nicht wenig hat die Entgegnung des römischen Stuhls überrascht, welche wider Erwarten nicht undeutlich ein Wohlgefallen an den eingetretenen Veränderungen beurkunden soll. Wenn diese Nachricht, die in gut unterrichteten Kreisen als Factum gilt, wirklich wahr ist, so können wir uns der Vermuthung nicht erwehren, daß der bekanntlich eminente Einfluß des höchst geschmeidigen Vertreters einer westlichen Großmacht am römischen Hof auf die Haltung dieses Erwiderungsschreibens mit eingewirkt haben möge. Denn daß eine gegenseitige Annäherung des bairischen und französischen Cabinets, schon bedingt durch die gegenwärtige Lage der Dinge in Griechenland, in letzterer Zeit stattgefunden hat, scheint außer Zweifel. — Prof. Phillips hat bekanntlich, um die ihm verliehene Stelle als Regierungsrath in Landshut nicht annehmen zu müssen, beim König um seine Entlassung aus dem Staatsdienst angehalten. Wie dem Rheinischen Beobachter geschrieben wird, habe der König auf die bezügliche Eingabe des Hrn. Phillips eigenhändig die Worte geschrieben: «Mit Vergnügen gewähre ich diese Entlassung.»"

* **Dresden**, 20. April. Auch in unser gesegnetes Vaterland brechen die allgemeinen Drangsale in wachsenden Schritten sich Bahnen, und welcher Art diese Drangsale, zeigt gegenwärtig ein Blick auf den ungewöhnlichen Nothstand in der Residenz, wo die sonst mit Lebensmitteln aller Art überfüllten Marktplätze einer Grabstätte gleichen, denn grüne Kräuter und Blumen sind die einzigen hervorragenden Producte, welche darauf wahrzunehmen, während alle andern Lebensbedürfnisse wenn auch nicht ganz zu vermissen, doch einer Theuerung anheimgefallen sind, wie wir sie in den letzten drei Decennien nicht gekannt; diese rasche Steigerung aller Victualien, namentlich der Kartoffeln und Hülsenfrüchte, findet wol zunächst in dem nicht ausreichenden Brotbedarf und den übermäßig hohen Preisen desselben, ihren Ursprung. Im Laufe der vorigen Woche, wo die Getreidepreise sich steigerten, sah man fortwährend die Bäckerläden von Käufern belagert, welche nicht befriedigt werden konnten; die mit Brot gefüllten Wagen der Landbäcker, welche drei Mal wöchentlich nach der Stadt geführt werden, wurden förmlich erstürmt, und das theuer bezahlte Brot wurde wie eine schwer errungene Beute betrachtet. Dem schon wirklich vorhandenen oder möglichen Mangel zu begegnen, trat das Kriegsdepartement vermittelnd ein. (Nr. 105.) Am 16. April und den darauf folgenden Tagen fand der Verkauf vor der Hauptwache in Neustadt-Dresden statt, die Frühstunden von 7—10 Uhr waren dazu bestimmt, aber schon in der ersten Viertelstunde der genannten Zeit waren die 2000 Pfd. des von der Militairbäckerei gelieferten Brotes in einem unglaublichen Menschenandrang, wo begreiflicherweise das Recht des Stärkern sich Geltung schaffte, verkauft und Hunderte von Kaufhoffenden kehrten unbefriedigt zurück. Der prüfende Blick auf die beträchtliche Zahl der Consumenten und deren Identität kann den Menschenfreund nicht ermuthigen; weder Speculanten noch müßige Zuschauer füllten den weiten Platz, es waren meist Bewohner aus den entferntern Stadttheilen, Greise, Kinder, vorzugsweise Tagarbeiter, aus deren Anblick die Beglaubigung wirklichen Bedürfnisses sprach. Um Vorkommnissen wie bei dem ersten Verkaufe, wo es bei dem großen Menschenandrange nicht ohne heftige und nachwirkende Contusionen abgegan-

gen, vorzubeugen, zeigte später die betheiligte Behörde an, daß der Brotverkauf in dem Hofraume des Gouvernementsgebäudes stattfinden solle.

— Dem Domcapitel in **Rottenburg** wurde durch ein Schreiben des Cardinals Gizzi eröffnet, daß der Papst sich aus dringenden Gründen (gravibus ita exigentibus rationibus) bewogen gefunden habe, die am 8. Jan. v. J. von dem Domcapitel vollzogene Wahl eines neuen Bischofs zu verwerfen und ungültig zu erklären. Uebrigens ist in dem angeführten Erlasse weder in Beziehung auf das Formelle der Wahl irgend einer jener dringenden Gründe ausgedrückt, noch in demselben irgend eine Beziehung auf die Person des Erwählten enthalten, sondern der ganze übrige Inhalt beschränkt sich darauf, dem Domcapitel eine neue freie Wahl eines Bischofs zu gestatten und deren Vornahme innerhalb drei Monaten anzuordnen. (A. Z.)

— Auf den jüngst vom Mannheimer Morgenblatte mitgetheilten Artikel, worin ein gewisser Stoll als bei den angeblichen Aufruhrversuchen im badischen Odenwalde als stark betheiligt genannt war (Nr. 111), ist von demselben in mannheimer Blättern folgende Erklärung erfolgt:

„Auf die Einrückung in die Abendzeitung vom 12. April antworte ich meines Theils, da mein Name genannt steht: daß an dem ganzen Lärmen wegen Aufruhr von Mosbach, Mudau, Buchen, Adelsheim, Borberg nicht eine Sylbe wahr und die Einrückung eine wahre Verleumdung ist und gestraft zu werden verdient. Wer es auch sei, der solche Dummheiten mit Nennung von Namen einrücken ließ, steht vor der Welt als öffentlicher Verleumder und in meinen Augen als schlechter Mann und selbst als Unruhstifter da. Es gibt zwar noch viele Stolls ich für meine Person, auf den sogleich der Argwohn in hiesiger Gegend fiel, kann mit hellen Augen Jedem ins Gesicht sehen und fürchte durchaus keine Untersuchung, da mir solche Schlechtigkeiten zum Ekel sind und ich mit schlechten Menschen nie Umgang machte. Mosbach, am 16. April 1847. Konrad Stoll, Rector."

— Es bestätigt sich nach der Mainzer Zeitung, daß Dr. Rauschenblatt auf badischem Gebiete verhaftet worden ist (Nr. 108); doch sei nicht im entferntesten daran zu denken, daß derselbe an Hannover werde ausgeliefert werden.

— Aus **Wiesbaden** vom 18. April meldet man dem Frankfurter Journal: „In unserer deutsch-katholischen Gemeinde herrscht in Folge eines Regierungsbeschlusses gegenwärtig große Freude. Wieder ist von Seiten des Staats ein Schritt näher zur Anerkennung gethan. Man hat nämlich dem Geistlichen gestattet, den Kindern der Gemeinde in der hiesigen Stadtschule Religionsunterricht ertheilen zu dürfen, was bisher gänzlich unterbleiben mußte, die Confirmanden ausgenommen, welche im Hause des Geistlichen unterrichtet wurden. Beim heutigen Gottesdienste verkündigte Pfarrer Keilmann, daß morgen der Unterricht seinen Anfang nehmen werde."

† **Detmold**, 18. April. Gestern waren die Landstände hierher zusammenberufen, um den Landtagsabschied anzuhören, der ihnen denn auch in nicht eben gnädiger Weise ertheilt ist, was man sofort aus den Worten entnehmen wird, womit die Antwort auf die Verweigerung der zweiten Sublevationsgelder schließt. Sie lauteten wie folgt: „Werden wir in die unangenehme Nothwendigkeit gesetzt sein, damit die Landesverwaltung ihren geregelten Fortgang behalte, entsprechende Maßregeln zu ergreifen, selbst wenn dadurch die bestehenden Verhältnisse getrübt und manche Interessen verletzt werden sollten, wovon wir im voraus die Verantwortlichkeit von uns abwälzen." Hinsichtlich der von den Ständen nicht bewilligten und auf die Kammerkasse verwiesenen 2600 Thlr. für das Oberappellationsgericht in Wolfenbüttel ist bemerkt, daß die Regierung nichtsdestoweniger auf die Landkasse Assignationen ertheilen werde; ebenso werde sie den auf den Voranschlag gebrachten und nicht zugestandenen Posten zu 800 Thlr. für das Gymnasium (der früher einmal als Pension bewilligt war) auf die Landkasse anweisen. Von der Trennungsfrage sehe man sich wiederholt genöthigt, wegen der exorbitanten Foderung der Landstände abzubrechen. Und fast alle landständischen Anträge sind abgelehnt worden. Ueber das Votum negativum werde man außer dem Landtage in keiner Weise auf weitere Verhandlungen eingehen; der Antrag aber, die Landkassenordnung und das darin vorgeschriebene Landkasse-Administrationscollegium wieder ins Leben treten zu lassen, indem jene bis 1805 gesetzlich bestanden habe und den Landständen alle Rechte zugesichert waren, die sie vor 1805 gehabt, ist für antiquirt erklärt.

Die Stände sind durch diesen Abschied nicht wenig betroffen, und wenngleich sie erkennen, daß mit den wegen Verweigerung der zweiten Sublevation angedrohten Maßregeln nur eine Erhöhung der Holzpreise von Seiten der Kammer gemeint sein wird, so können sie doch nicht umhin, in manchen andern der oben angegebenen Aeußerungen, besonders in der Antiquirung der Landkassenordnung, eine Gefährdung der landständischen Verfassung zu erblicken. Der Ausschuß scheint deshalb auch zur Sicherung der letztern zunächst zu energischen Protestationen bereit, und haben wir, im Falle die Regierung nicht einlenken sollte, einem Kampfe entgegenzusehen, der für unser Land folgenreich sein kann.

Preußen.

Berlin, 21. April. Am 16. April sprach in der Sitzung des Vereinigten Landtags noch der Abg. Hansemann zuvörderst den Dank an das Ministerium aus, daß es die Verantwortlichkeit für die vorgelegten Erlasse übernommen habe, vertheidigte im Uebrigen hauptsächlich den ursprünglichen Adreßentwurf. Er gäbe mit größerer Entschiedenheit einen Rechtsboden; er stelle die Sache sicherer dar. Es sei nöthig, den Geist der Nation zu stärken. Die Gefahr vor Rußland und Frankreich mache die dortigen Grenzprovinzen dem politischen Fortschritte so zugethan. Sie wollten nicht russisch, nicht französisch werden, sie wollten Deutsche, Preußen bleiben, aber das öffentliche Recht entwickeln. Im Uebrigen sprach er sich für eine starke Aristokratie, als Gegengewicht gegen freie demokratische Bewegung, aus. Conservativ sein sei die Aufgabe. Eine Klage desselben über Mistrauen von Seiten der königlichen Räthe gab dem Prinzen von Preußen Anlaß zu einem entschiedenen Widerspruch gegen diesen Argwohn. Der Landtagscommissar berichtigte ferner, daß die Minister verantwortlich seien für Alles, was sie thäten, nicht für Das, was der König als Souverain beschließe und befehle. Dann entwickelte der Abg. v. Auerswald die Gründe seines Aenderungsvorschlags. (Nr. 110.) Der Graf v. Arnim vertheidigte den seinigen und mahnte dringend und warm zur Einigkeit. Der Abg. Beckerath vertheidigte nochmals seinen ursprünglichen Entwurf, nur den Wegfall der Stelle, die den Eindruck der Thronrede schildere, zugebend. Nach längerer Verhandlung über die Frageſtellung, wobei Graf Arnim selbst beantragte, das Auerswald'sche Amendement zuerst zur Abstimmung zu bringen, wurde zuerst über das Arnim'sche gestimmt und dasselbe mit 303 gegen 290 Stimmen abgeworfen. Graf Arnim sprach seinen Wunsch aus, daß die Frage so gestellt werde, daß Die, welche für sein Amendement gestimmt hätten, sich in dem des Abg. v. Auerswald wiederfänden, und dies wurde mit 484 gegen 107 Stimmen angenommen. (A. Pr. Z.)

** **Berlin**, 21. April. Auf dem Belle-Alliance-Platz, dem Gendarmen- und dem Molkenmarkt haben am heutigen Markttage Unordnungen stattgefunden, indem mehre Leute aus den untern Volksklassen, aufgeregt durch die hohen Foderungen der Höker für die Kartoffeln, zu Eigenmächtigkeiten verleitet wurden, den Kram einzelner Höker angriffen und die Kartoffelvorräthe derselben über den Platz zerstreuten. Am ernstlichsten waren die Auftritte auf dem Molkenmarkt, wo größere Scharen Volks versammelt waren. Hier wurden auch von mehren Wagen, die dem Gewühl zu entgehen suchten, die Stränge abgeschnitten. Müssen wir derartige Vorfälle auch beklagen, so ist den berliner Hökern eine solche Lehre immer einmal zu wünschen und wird hoffentlich nicht fruchtlos gegeben sein. Die Unverschämtheit der Höker in ihren Preisaufschlägen sowie in ihren Listen und Schlichen, das arme Volk auszubeuten, übersteigt alle Grenzen der Billigkeit. Des Beispiels wegen führen wir an, daß gestern ein großer Kahn mit Kartoffeln an der Friedrichsbrücke anlangte, der seine Waare für neun und zehn Dreier die Metze an das kauflustige Publicum abließ. Kaum erhielten mehre Höker von der Ankunft des Kahns Nachricht, als sie herzueilten und die ganze Ladung à 3 Sgr. die Metze für sich in Beschlag nahmen. Heute wurden auf dem Markte durchweg 3½, 4, ja sogar 5 Sgr. für die Metze Kartoffeln gefodert. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, wenn die hungernden Menschen erbittert werden und thätliche Rache an ihren Bedrückern nehmen.

Wie die Privatwohlthätigkeit hier und an andern Orten unablässig bemüht ist, bei dem wachsenden Nothstande das Loos der Armen zu erleichtern, so läßt auf der andern Seite die Staatsregierung umfassende Maßregeln ins Leben treten, welche darauf berechnet sind, den Dürftigen wohlfeilere Nahrungsmittel zu verschaffen. Wir haben gestern schon berichtet, daß die Klassensteuer für die unterste Steuerstufe während der drei Monate Mai, Juni und Juli nicht erhoben werden und daß die Erhebung der Mahlsteuer einstweilen bis zum 1. Aug. d. J. ausgesetzt werden soll. In Betreff der letztern Maßregel wollen wir wünschen, daß der durch dieselbe gewährte Vortheil namentlich den Armen zu gute kommen möge und nicht an den Fingern der Bäcker kleben bleibe. Die hiesigen Bäcker verstehen so ihr Interesse ganz ausgezeichnet; jeder Thaler, den der Wispel Getreide heraufgeht, ist an der kleinsten Quantität Gebäck zu verspüren. Es wäre in der That ganz angemessen, wenn man diese Herren einmal mit Liedke'schen Brotberechnungen vertraut machte.

Außer den eben genannten Maßregeln zum Besten der Armen hat die Staatsregierung noch dadurch eine Abhülfe gegen den Nothstand geschaffen, daß sie für 1 Mill. Thlr. Roggen im Auslande hat aufkaufen lassen. Das für dieses Geld erworbene Quantum soll zu billigern Preisen den Bäckern übergeben und dadurch dem Wucher der Speculanten entgegengearbeitet werden. Wie wir hören, beabsichtigt man höhern Orts besonders nach denjenigen Gegenden des Landes hin größere Getreidelieferungen zu werfen, wo es der Speculation wirklich gelungen, unverhältnißmäßig hohe Preissätze dauernd zu machen.

† **Aus Westpreussen**, 18. April. Der jetzt beginnende Bau einer römisch-katholischen Kirche in Marienwerder ist von eigenthümlichen Umständen begleitet. Bereits seit langer Zeit wurde dieser Bau von der katholischen Geistlichkeit als ein dringendes Bedürfniß dargestellt und wegen dessen Befriedigung schon vor ungefähr 20 Jahren

Anträge an den Staat gerichtet, der auch eine nicht unbeträchtliche Summe als Beihülfe zusicherte. Die noch fehlenden Gelder wollten aber aus den geistlichen Kassen niemals liquid werden, und wahrscheinlich wäre das ganze Project auf sich beruhen geblieben, wenn nicht die Ronge-Czerski'schen Ereignisse auch hier ihre Wirkung geäußert und der betreffenden Geistlichkeit einen lebhaftern Impuls zur Ausführung des Baues gegeben hätten. Schnell sind nun die Mittel beschafft worden; eine Menge Baumaterial bedeckt den künftigen Kirchenplatz, und schon in den nächsten Tagen soll die Grundsteinlegung vor sich gehen. Besonders merkwürdig erscheint hierbei, daß Marienwerder früher schon eine nur sehr kleine katholische Gemeinde gehabt hat, deren Zahl jetzt noch weit unbedeutender geworden ist, da die meisten dortigen Katholiken sich seit 2 Jahren von der päpstlichen Herrschaft losgesagt und der deutsch-katholischen Reform angeschlossen haben. Dennoch wird die neue römisch-katholische Kirche gebaut, und ohne Zweifel hoffen die Unternehmer hiervon ein Wiederaufblühen des alleinseligmachenden Glaubens in Stadt und Umgegend von Marienwerder.

Aus Preussen, 19. April. Das Gesetz vom 29. März 1844 betreffend das Strafverfahren gegen Beamte enthält die Bestimmung, daß die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung gegen einen Beamten, welcher bei Ausübung seines Amtes sich gegen einen andern der Injurie schuldig gemacht hat, nicht ohne weiteres geschehen soll; vielmehr kann der Beleidiger erst nach erfolgter Einwilligung der ihm vorgesetzten Verwaltungsbehörde zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden. So wenigstens ist bis jetzt der §. 7 des erwähnten Gesetzes verstanden worden; neuerlich hat sich jedoch das Ministerium bewogen gefunden, wie aus dem Ministerialblatt zu ersehen ist, jene Gesetzesstelle dahin zu interpretiren, daß bei Ueberschreitung der Dienstbefugnisse eines Beamten durch Ehrenkränkung, die Einwilligung der vorgesetzten Dienstbehörde zur Einleitung und Aburtelung der Sache im Wege der gerichtlichen Untersuchung nicht erfoderlich ist.

— Die Kölnische Zeitung enthält die Anreden, welche der König bei der Vorstellung der Landtagsmitglieder vor dem Diner am 12. April in jedem Zimmer nach Begrüßung der Einzelnen an die gesammte Provinz gerichtet:

1) An die Preußen: „Eure Provinz trägt in doppelter Beziehung den Namen Preußen. Ihr seid die Stammlande der Monarchie, die Lande, in denen meine Väter stets Treue und Liebe gefunden haben. Eurer Wirken auf dem Vereinten Landtage wird den Andern ein Vorbild sein. Was ihr thut, ist von doppelter Bedeutung. Wenn ihr die Krone stützt, so ist sie unerschütterlich, wenn ihr an dem Throne rüttelt, so ist er gefährdet. Auf euch fällt alle Verantwortlichkeit; mein Vertrauen zu euch ist ungeschwächt, ihr werdet es bewähren." 2) An die Pommern: „Die Pommern haben stets mit rühmenswerther Treue an ihrem Herzoge gehangen und gehalten. Auch jetzt in diesem entscheidenden Augenblicke werdet ihr der alten Sitte treu bleiben. Wenn ihr guten Rath bedürft, wenn ihr unschlüssig seid, so verweise ich euch auf meinen lieben Freund und Bruder, euern Herzog und Statthalter, den Prinzen von Preußen." 3) An die Posener: „Eure Provinz hat mir und euch viel Schmerz bereitet; viel Wehe, was ich nicht habe abwenden können. Größeres Leid steht noch bevor. Von euch wird es abhängen, mir die Möglichkeit zu gewähren, die Thränen so Vieler der Eurigen zu trocknen." 4) An die Brandenburger: „Eure Provinz ist das Herz der Monarchie; sie steht auch meinem Herzen nahe. Zwischen uns ist das althergestammte Verhältniß noch nie getrübt worden. Ihr waret stets meine lieben guten Landeskinder. Ich bin gewiß, ihr seid auch diesmal die Alten." 5) An die Schlesier: Eure Provinz ist eine Perle, ein kostbares Kleinod in meiner Krone. Eure Provinz ist größer und reicher als manches Königreich. Ihr legt ein schweres Gewicht in die Wagschale. Ich vertraue, ihr werdet den rechten Weg wählen." 6) An die Sachsen: „Ihr Sachsen habt mir noch nie Kummer gemacht, ihr waret stets treu und ergeben, ihr werdet auch diesmal euch so beweisen." 7) An die Westfalen: „Eure Provinz ist stolz darauf, den reinsten und edelsten der deutschen Stämme zu bilden; die edelste Ureigenheit der Deutschen ist die Treue. Ich hoffe, ihr werdet mir beweisen, daß ihr die echten Kinder eurer Väter seid." 8) An die Rheinländer: „Nun zu euch, meine lieben Rheinländer! ein herzliches Wort. Ihr wisset es lange, ich bin gern unter euch, ihr steht meinem Herzen am nächsten. Auf euch rechne ich ganz besonders bei dem bevorstehenden großen Werke. Alle eure bisherigen Verhandlungen zeugen von einem parlamentarischen Takte, von einem hohen unbestechlichen Gefühle für Schicklichkeit. Ihr seid in der politischen Bildung meinen übrigen Staaten vorausgeeilt. Ich rechne fest auf euch, ihr werdet ihnen mit gutem Beispiele den rechten Weg zeigen. Mein ganzes Herz hängt am Rheine, bei euch bin ich zu Hause. Ich bin fest überzeugt, ihr werdet meinem Vertrauen entsprechen."

— Der Kölnischen Zeitung meldet ein Correspondent aus Berlin: „Als ein Beleg, wie sehr es die Absicht des Königs sei, den ständischen Berathungen in ihren verschiedensten Formen die vollkommenste Freiheit zu gestatten, spricht man hier viel von einer Cabinetsordre, die er mit Bezug hierauf erlassen habe und in welcher er auf das bestimmteste aussprechen soll, wie es sein fester Wille sei, daß die Freiheit der Deputirten, namentlich auch bei ihren Privatberathungen, in keinerlei Weise beeinträchtigt, es ihnen vielmehr gestattet werde, zu denselben wen sie auch immer wollten, zuzuziehen. Daß dieses Letztere aber wirklich geschehe und daß es keineswegs hier an Männern fehlt, die, ohne Deputirte zu sein, doch einen wesentlichen Einfluß auf den Gang der Berathungen ausüben, brauchen wir wol kaum besonders hervorzuheben, wollen indessen dennoch hinzufügen, daß die Hauptstimmführer der liberalen Oppositionspartei aus den verschiedensten Theilen des Landes wirklich hier anwesend sind und in dem lebhaftesten Verkehre mit den Deputirten leben."

— Das der Herrencurie vorgelegte neue Judengesetz soll nächst den Anordnungen über die Cultusverhältnisse auch die Bestimmung enthalten, daß die Juden Lehrerstellen an den Universitäten, jedoch nur in der medicinischen Facultät und für das Fach der mathematischen und physikalischen Disciplinen, ingleichen Subalternstellen, mit denen keine obrigkeitliche Gewalt verbunden ist, erhalten können. Die Anordnung der Criminalordnung, welcher gemäß Juden in Criminalfällen, wo ein größeres Strafmaß als sechswöchentliche Gefängnißstrafe oder 50 Thlr. Geldbuße zu erwarten ist, ein Zeugniß rechtsgültig nicht ablegen können, wird aufgehoben; auch sollen sie zu Schiedsmännern gewählt werden, jedoch nur dann Vergleiche abschließen können, wenn beide Parteien Juden sind. (Köln. Z.)

— Nach dem Vorgang einiger andern Städte der Monarchie hatte auch der Gemeinderath in **Crefeld** den ständischen Abgeordneten der Stadt eine Anzahl Aufträge eingehändigt. Es ist demselben jetzt ein Erlaß des königl. Oberpräsidiums an die Regierung in Düsseldorf mitgetheilt, worin sich dasselbe dahin ausspricht, daß es die Gemeinderäthe zwar für berechtigt halte, dem provinzialständischen Abgeordneten Aufträge zu ertheilen, jedoch nur solche, welche die Gemeindeverwaltung betreffen. Ueber andere Angelegenheiten habe der Gemeinderath nur dann zu berathen, wenn solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen Fällen durch Verfügung der Regierung an ihn verwiesen seien. Es bestehe aber kein Gesetz, wodurch den Gemeinderäthen das Recht verliehen werden, den provinzialständischen Abgeordneten in andern als Gemeindeangelegenheiten Aufträge zu ertheilen, und es könne insbesondere nicht anerkannt werden, daß ein solches Recht durch §. 42 des Gesetzes vom 27. März 1824 oder durch den allerhöchsten Landtagsabschied vom 27. Dec. 1845 ad Nr. 23 begründet werde. (Rh. B.)

— Der Berliner Zeitungshalle meldet man aus **Landsberg** an der Warthe vom 20. April: „Wir hatten gestern Gelegenheit, den gänzlichen Mangel an Linientruppen in unserer Stadt, die unter 11,000 Einwohnern mindestens 4000 zählt, welche zu der arbeitenden Klasse gehören, tief zu empfinden. Am Nachmittage kamen viele Männer und Frauen in Masse zusammen und erwarteten, daß der Besitzer des Gutes Roßwiese Kartoffeln durch die Stadt auf seine Besitzung schicke, in welchem Falle sie sich derselben bemächtigt hätten. Es wurde sogleich durch eine Estaffette anempfohlen, keine Kartoffeln nach Roßwiese zu schicken. Inzwischen hatte sich die Menge noch bedeutend vermehrt. Man wollte nach dem Gute selbst hinausmarschiren, allein es war bereits Abends und man begnügte sich damit, einen Speicher durch Zertrümmerung der Thüren und Schlösser zu öffnen, eine Chaine zu bilden und sich in Reihe und Glied die dort befindlichen Kartoffeln anzueignen. Außer 50 Wispeln derselben wurden noch einige Wispel Wicken weggenommen. Die Polizei konnte sich nicht ins Mittel legen, weil ihre Kräfte zu beschränkt sind und nicht durch Militair unterstützt wurden. Unser Bürgermeister suchte durch Worte und durch das Versprechen, daß von Seiten des Magistrats die Kartoffeln mit 1 Sgr. pr. Metze verkauft werden sollten, die Aufrührer zu beschwichtigen. Erst um 11 Uhr ging die Menge singend und schreiend nach Hause. Heute, am 20. April, wurden die Höker auf dem Markte vom Pöbel geplündert und die Kartoffelwagen, die vom Lande kamen, umgestürzt. Die Bürger werden sich um 4 Uhr versammeln, um einen energischen Entschluß zu fassen. Gott weiß, was uns der Abend bringt und die nächsten Tage, wenn nicht schleunig Militair einrückt. Gelingt es inzwischen dem Pöbel, einen Spiritusspeicher zu erbrechen, so bleibt kein Stein auf dem andern."

— Am 12. April ward das eiserne Dampfboot Irrwisch auf der Fahrt von Memel nach Tilsit beim Durchbrechen des Eises im Haff dermaßen beschädigt, daß es in Brand gerieth und mit der ganzen Ladung sank, nachdem noch mit großer Mühe Schiffsmannschaft und Passagiere gerettet waren.

Oesterreich.

Aus **Wien** vom 12. April schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Der Erzherzog Maximilian von Oesterreich-Este, Bruder des durch seine Verwaltung Galiziens bekannten Erzherzogs Ferdinand, ist auf seinem Schlosse Ebenzweier am Gmündner-See so gefährlich erkrankt, daß der Kaiser seinen Leibarzt dahin abgeschickt hat. — Es wiederholt sich das Gerücht, daß nicht der jetzige außerordentliche Hofcommissar in Galizien, Graf Stadion, Gouverneur in Lemberg werden solle, sondern vielmehr der Bruder desselben, dem sein Gouverneurposten in Triest durch gewisse Vorfälle verleidet worden sei, und für den sich auch die zugesagte Stelle eines zweiten Präsidenten der k. k. allgemeinen Hofkammer nicht zu verwirklichen scheine. In dem angedeuteten Falle würde der Hofrath v. Radherny von der k. k. Hofkanzlei als Gouverneur nach dem Küstenland abgehen. — Erzherzog Johann betreibt seit einiger Zeit die Erhebung seines Sohnes, des Grafen v. Meran, in den Fürstenstand mit großem Eifer und hat wegen dieser Angelegenheit schon mehrfache Besprechungen mit dem Staatskanzler gehabt."

— Der Bischof von Cremona, Bartolommeo Romilli, ist durch kaiserl. Entschluß vom 10. April zum Erzbischof von Mailand ernannt worden.

Spanien.

Der Congreß nahm am 12. April seine Verhandlungen wieder auf. Hr. Pidal interpellirte das Ministerium über die unten näher erwähnten Vorfälle am 11. April und glaubte, daß gewisse Schritte desselben dazu beigetragen hätten, sie hervorzurufen. Der Minister des Innern, Hr. Benavides, wies ihn jedoch scharf ab und versicherte, daß bereits alle Anstifter des Auftritts in den Händen der Gerichte wären und daß nichts Aehnliches wieder vorkommen werde. Die Sache gab zu einer weitläufigen Conversation zwischen Hrn. Pidal und dem Minister Anlaß. Der Senat war heute mit dem Gesetzentwurf über Autorisation der Regierung zur Forterhebung der Steuern bis Ende Juni beschäftigt.

— Die Gaceta de Madrid vom 12. April enthält einen Erlaß des Justizministers Bahamonde an den Fiscal bei dem Bezirksgerichte von Madrid, worin derselbe aufgefodert wird, an competenter Stelle eine Untersuchung gegen Diejenigen einzuleiten, welche am Nachmittage des vorigen Tages, einem Sonntag, auf den öffentlichen Plätzen der Residenz sich schmählicherweise unterfangen haben, subversive Rufe zu gleicher Zeit zu erheben, wo ein erlauchter Name jubelnd gefeiert worden sei. Die Königin habe in Folge dessen befohlen, die Wiederholung derartiger Excesse mit aller Strenge zu verhindern. Ueber die in diesem Erlasse bezeichneten Vorfälle schreibt man aus Madrid, daß, als am Sonntag Nachmittag die Königin, die Zügel selbst führend, in Gesellschaft ihrer Schwägerin, der Infantin Josephe, nach dem Prado fuhr, ein Mensch die Pferde anhielt und rief: „Es lebe die Freiheit!" Die Königin antwortete: „Ja, die Freiheit! Aber lassen Sie mir auch die Freiheit, meine Spazierfahrt fortzusetzen." Auf der Heimfahrt der Königin nahmen die lauten Aeußerungen, die man aus mehren Volkshaufen vernahm, einen ernstern und bedeutsamern Charakter an; man hörte den Ruf: „Tod den Moderados! Tod dem König! Es lebe die Nationalgarde!" In der Straße der Platerias war das Gedränge so stark, daß dem Wagen der Königin die Guardias civiles (Gendarmen) Bahn machen mußten. Hier fiel aus einem Haufen ein Schuß, der einen Polizeiagenten verwundete. Hier und da wurde auch gerufen: „Es lebe Espartero!" Eine Anzahl Personen wurden verhaftet, unter welchen man die HH. Aviraneta und Francisco Chico nennt. Am 12. April besorgte man ähnliche Scenen; allein die Behörde hatte ihre Maßnahmen getroffen. Die Königin wird fortan nicht mehr ohne Escorte den Palast verlassen; sie wohnte am 12. April einem Stiergefechte bei und erschien am Abend im Theater, wo keinerlei Demonstration stattfand. In Madrid herrscht vollkommene Ruhe.

— General Serrano soll sich nach Arjanilla, seinem Geburtsorte, begeben haben, um sich dort einige Zeit aufzuhalten und seine durch die neuerlichen Ereignisse angegriffene Gesundheit wieder herzustellen; dann werde er wieder nach Madrid zurückkehren, wo ihm eine wichtige militairische Function zugedacht sei.

Großbritannien.

London, 17. April.

Die Sitzung des Oberhauses war gestern wieder eine kurze. Die vom Unterhause heraufgelangte Bill über die verkürzte Anwerbung für das Heer (Werbebill) wurde zum ersten Male verlesen. — Im Unterhause wurden viele Bittschriften für und wider die neuen Schulpläne der Regierung übergeben. Auf eine Anfrage erklärte Lord J. Russell, daß dem Capitain der spanischen Brigg, welche den aus dem Schiffbruche des Dampfers Tweed Geretteten so unerigennützige und entschlossene Hülfe geleistet habe, die große Zufriedenheit der Königin ausgedrückt und eine Anerkennung von 500 Pf. St. beigefügt werden soll. Die dritte Lesung der neuen Armenbill für Irland, welche auf der Tagsordnung stand, veranlaßte eine sehr lange Debatte der gewöhnlichen Art über irische Fragen und endigte damit, daß die Bill passirte. Auch die Bill über Ertheilung von Vorschüssen aus Staatsmitteln an irische Grundbesitzer zu Verbesserungsanlagen auf ihren Gütern wurde zum dritten Male gelesen und passirte.

— Im Unterhause richtete ehegestern Hr. Spooner die Frage an den Premierminister, ob die Regierung die Hindernisse zu beseitigen gedenke, welche jetzt den Juden verbieten im Unterhause zu sitzen, und ob noch in dieser Session eine wenigstens dahin führende Maßregel eingebracht werden würde. Lord J. Russell versetzte, daß speciell im Interesse der Juden keine Bill beabsichtigt werde, allein wenn eine allgemeine Maßregel zur Aufhebung gewisser Eidesformeln eingebracht werden sollte, so könne einen Theil davon auch die Berücksichtigung der darin enthaltenen Worte ausmachen, welche Juden von Bekleidung gewisser Aemter und vom Sitzen im Parlament abhielten. In dieser Session habe er durchaus nicht vor, eine solche Maßregel einzubringen, verneine aber keineswegs, daß er es später thun dürfte. Eine andere Anfrage, das Schulwesen betreffend, erhob Sir James Graham: Bei einer öffentlichen Versammlung habe nämlich ein Geistlicher erklärt, daß die Regierung versichere, sie werde keiner Schule Unterstützung gewähren, wo die autorisirte (also protestantische) Bibelübersetzung nicht gebraucht werde. Er wünsche nun zu wissen, ob Dem so sei. Lord J. Russell entgegnete, daß seit 1839 allerdings diese Bedingung bei Unterstützungen festgehalten worden sei, daß aber die Regierung sich keineswegs gebunden glaube, deshalb katholischen Schulen Unterstützung unbedingt zu verweigern. Die Sache erfodere freilich eine sehr reifliche Erwägung, und es werde dabei besonders auf die Leitung und Einrichtung der katholischen Schulen ankommen.

— Die Bank von England hat gestern durch Anschlag angezeigt, daß das Minimum des Disconto auf 3 Proc. gestellt sei. Die Weglassung der sonst üblichen und noch im letzten Anschlage gebrauchten Worte: „Für Wechsel, die nicht über 95 Tage zu laufen haben" deutet die Absicht der Bankdirectoren an, sich die Annahme oder Zurückweisung der zum Discontiren angebotenen Wechsel unbedingt vorzubehalten, was offenbar zu dem Zwecke geschieht, durch Beschränkung ihrer Operationen der Ausfuhr des Goldes ein Hinderniß in den Weg legen zu können.

— Die Zeitungen berichten schon wieder den Untergang eines Dampfschiffes, des Grana Uile, das zwischen Liverpool und Drogheda fuhr und am 13. April des Morgens auf der Hälfte Wegs nach Drogheda verbrannt ist. Von etwa 80 Menschen an Bord sind nur gegen 40 durch ein hinzukommendes Fischerboot gerettet worden, alle Uebrigen aber mit dem Capitain umgekommen.

— Die Gemächer Friedrich's des Großen haben nie eine großartigere Scene, einen denkwürdigern Vorgang gesehen, schreibt die Times, als die feierliche Eröffnung des Vereinigten Landtags von Preußen durch König Friedrich Wilhelm IV. am 11. April. Der Ceremonie, welche absichtlich auf den gewöhnlich zum Dienste des Herrn bestimmten Tag der Woche anberaumt ward, ging der Gottesdienst beider Kirchen voraus, bestimmt, diesen neuen Vertrag zwischen dem Souverain und der preußischen Nation zu weihen und, fast hätten wir gesagt, zu heiligen. Der Hof und die Repräsentanten des Reichs schienen sich bei dem Allen in den gemeinsamen Gefühlen und Gesinnungen ehrenhafter Hoffnung und hingebender Vaterlandsliebe zu vereinen, gleich fern von dem Lärm des populairen Enthusiasmus und von steifem Hofprunke. Die Anordnungen für die Placirung der verschiedenen Abtheilungen der nunmehr den Namen „Vereinigter Landtag" führenden Versammlung waren genau getroffen, und die Thronrede ward im großen Weißen Saale des alten Palastes vor den gesammten Ständen, dem königl. Hause, dem diplomatischen Corps und Allem gehalten, was zum Erhabensten des Reichs gehört. Wohl durfte bei einer solchen Gelegenheit die conventionelle Sprache politischer Erklärungen bei Seite gelassen werden, und es konnte in Nichts der königlichen Würde Eintrag thun, den Empfindungen und Bewegungen mit mehr als gewöhnlicher Wärme Ausdruck zu geben, welche der Tag ganz natürlich hervorrief. Der König von Preußen trat Angesicht zu Angesicht vor sein Volk, die Zusagen von seiner eignen Krönung zu erneuern, das lange verzögerte Versprechen der Krone zu erfüllen und die Pforten zur Halle constitutioneller Freiheit seinen Unterthanen zu öffnen. Bei aller unserer Erfahrung von der Unsicherheit menschlicher Erwartungen und der Wandelbarkeit menschlicher Institutionen ist es doch unmöglich, nicht in etwas den Enthusiasmus zu theilen, welcher die merkwürdige Versammlung durchdrang, nicht die ernsten Wünsche wiederklingen zu lassen, die für das Gelingen dieses Unternehmens dargebracht wurden. Wie schon einmal von uns erwähnt ward, ist es das erste Mal in der Geschichte, daß der absolute Souverain einer großen Nation eine völlig freie, unerzwungene Huldigung dem Princip constitutioneller Regierung dargebracht hat unter keinerlei Zwang oder Antrieb als dem seiner eignen hochherzigen Gesinnung, seines Vertrauens in die Stimmung seines Volkes und seiner erleuchteten Berücksichtigung der öffentlichen Meinung, welche sich durch alle Schranken despotischer Gewalt hindurch unwiderstehlich fühlbar gemacht hat. Kein Mensch kann einen Augenblick zweifeln, daß die Beweggründe, welche den König von Preußen bestimmten, seinem Thron Ehre bringen, und wir erwarten mit Zuversicht, daß die Ergebnisse dieser Schritte seiner Regierung bleibenden Ruhm verleihen werden. Freiwillig auch hat der König unmittelbar vor dem Zusammentritt des Landtags mehre der wichtigsten Gesetze erlassen. Er hat den Grundsatz vollständiger religiöser Freiheit für alle Sekten proclamirt, hat die Oeffentlichkeit des Verfahrens bei den Civil- und Criminalgerichten gewährt. Die Geschäftsordnung für den Vereinigten Landtag ist zugleich in einem liberalen Geiste abgefaßt, ähnlicher den Gebräuchen unsers Parlaments als denen der französischen Kammern. Unter so günstigen Auspicien beginnt diese Session der ersten repräsentativen Versammlung des preußischen Volks und wir hoffen herzlich, daß die Resultate ihrer Berathungen so weise, bemessen und gerecht sein mögen, um den Grund dauernder Ordnungen zu legen, den politischen Charakter Deutschlands zu dem hohen Standpunkte seiner intellectuellen Kraft zu erheben und die patriotischen Anstrengungen des Königs von Preußen durch die bleibende Dankbarkeit seines Volkes zu belohnen.

Frankreich.

Paris, 18. April.

Die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer war wie gewöhnlich am Sonnabend der Berichterstattung über Petitionen gewidmet. Eine derselben von Hrn. L'Hulier in Bigorre betraf die der Familie Bonaparte

zu ertheilende Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich, die Herstellung von Napoleon's Brustbild auf den Ordenszeichen der Ehrenlegion, und die Wiederbeilegung der Benennung Napoleon für die Hauptstadt des Departements der Vendée. Der Antrag, rücksichtlich des ersten Punktes des Bittgesuchs zur Tagesordnung überzugehen, sowie über die beiden andern ebenfalls diesen Weg einzuschlagen, ward von der Kammer nur für den ersten angenommen. Wegen der beiden andern beschloß dieselbe die Verweisung an den Präsidenten des Ministeriums und den Minister des Innern.

— Die französischen Zeitungen haben bekanntlich für die Beurtheilung der nationalen und politischen Verhältnisse anderer Völker und Reiche, zumal Europas, selten einen andern Standpunkt, ein anderes Maß, als das nach Ludwig's XIV. L'état c'est moi formulirte: Le monde c'est la France. Dieses ist es denn auch, welches mit wenig Ausnahme bei Besprechung der neuesten Vorgänge in Preußen, der Eröffnung des Vereinigten Landtags und der Thronrede bei derselben von ihnen angelegt wird. Es ist daher schon anerkennenswerth am Constitutionnel, wenn er nach Vergleichung des in Berlin eröffneten Vereinigten Landtags mit der Versammlung der französischen Generalstände von 1789 und der beide Vorgänge begleitenden Umstände bemerkt: diese Aehnlichkeit wäre gleichwol mehr scheinbar als wirklich vorhanden, und zwischen den beiden Nationen und den Zuständen der beiden Epochen beständen sehr gründliche Verschiedenheiten. Dessenungeachtet möchte, fährt jedoch der Constitutionnel weiterhin fort, jene Aehnlichkeit einen lebhaften Eindruck auf den König von Preußen gemacht haben, und seine Thronrede scheine vollständig von der Abneigung vor den französischen Principien und der schrecklichen Erinnerung an die constituirende Versammlung und Ludwig XVI. eingegeben. Auf die mit den französischen Ideen vom natürlichen Rechte, von politischen Rechten und Freiheit in so starkem Widerspruche stehenden, in der Thronrede ausgesprochenen Theorien will „begreiflicherweise" der Constitutionnel sich nicht einlassen und lieber dem König und dem von ihm regierten Volk auf jedem Schritt in der Richtung der Freiheit folgen, den Aeußerungen ihrer großmüthigen und patriotischen Gesinnungen, auch wenn sie exclusive sind, Beifall zollen. „An der Ertheilung des Steuerbewilligungsrechts, der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, der Freiheit der Gewissen und Gestattung der Civilehe mindert es nichts, möchten es Ergebnisse historischen Rechts oder unfreiwillige Einwirkungen der von der französischen Revolution über die Welt verbreiteten großen Grundsätze sein. Es wohnt Dem die Richtung auf die Freiheit inne, und wir vergeben dem König, in seiner Rede weniger gerecht gegen Frankreich zu sein, als er es, nach mehren seiner Handlungen zu urtheilen, gegen sein Land sein will."

— In Havre ist ein Handelsschiff mit Nachrichten vom 1. Oct. aus **Monterey** in Californien eingelaufen, welche bestätigen, daß der französische Consul dort, wie früher schon erwähnt worden ist, auf Befehl des Commodore des Geschwaders der Vereinigten Staaten verhaftet worden sei.

— In **Brest** wurde am 14. April eine Fregatte von 50 Kanonen, die Nemesis, vom Stapel gelassen; Tags darauf sollte dasselbe mit dem Linienschiffe von 100 Kanonen, le Tage, geschehen.

— Die Times hatte in einem Hauptartikel die Theilnahme mehrer Engländer an einem bei Paris am Sonntage gehaltenen Pferderennen scharf getadelt. Das Journal des Débats nimmt sich der Sache jetzt an und erklärt, daß es in Frankreich keine Entweihung des Sonntags sei, einem Pferderennen beizuwohnen.

** **Paris**, 18. April. In einer meiner letzten Mittheilungen berichtete ich von einem jüngst abgehaltenen Ministerrathe (Nr. 108), worin die Frage verhandelt ward, welche Stellung das Cabinet den conservativen Progressisten gegenüber anzunehmen habe, um einer Trennung derselben von der Majorität allen Anlaß von vorn herein zu entziehen. Der hierzu von Hrn. Guizot gestellte Antrag scheiterte an dem Widerstande des unveränderlichen Gedankens, und die Fortdauer des Status quo wurde wenn auch nicht ausdrücklich, doch stillschweigend beschlossen. Dem leitenden Minister munden jedoch, wie es scheint, die Niederlagen im Ministerrath eben so wenig als im Parlament, daher er von dem König an die Männer des Fortschritts seiner Partei appellirt, für die er in den Tuilerien vergebens das Wort geführt. In seinem Organ, der Revue nouvelle, wird das mißlungene Streben des Ministers zwar nichts weniger als in klaren Worten besprochen, für die Eingeweihten aber verständlich genug angedeutet. „Damit ein Cabinet die Angelegenheiten seiner Partei mit Erfolg betreibe, darf die Partei selbst nicht darauf verzichten, sie wahrzunehmen. Hilf dir, und das Ministerium wird dir helfen." Dieser Aufruf ist, wie mich dünkt, deutlich genug, um von Denen, die das Vorgefallene kennen, hinlänglich verstanden zu werden. Den Aufsatz, dem ich die angeführten Worte entnehme, bespreche ich nicht nur darum, weil er meine frühere Mittheilung bestätigt, sondern vorzugsweise darum, weil er eine Fortsetzung des in der Revue nouvelle vom 1. April erschienenen Artikels über die conservativen Progressisten ist. Wie dieser die letzten parlamentarischen Vorgänge und den Vorschlag des Hrn. Duvergier de Hauranne zum Ausgangspunkte der Besprechung nahm, so lehnt sich der gegenwärtige Aufsatz an den Vorschlag des Hrn. de Rémusat an. Wir übergehen, was der Verfasser von der parlamentarischen Reform sagt, da es genau mit den hierüber in der Vorberathung von Hrn. Guizot ausgesprochenen Ansichten übereinstimmt, und wenden uns sofort an den eigentlichen Gegenstand des Aufsatzes, welcher der conservativen Partei und besonders den beweglichen und fortschreitenden Elementen derselben ihre Richtung vorzuzeichnen beabsichtigt.

„Die conservative Partei, meint der im Namen des Hrn. Guizot sprechende Verfasser, hat im Parlament keine Niederlage mehr zu besorgen; wenn sie aber nicht in ihrem Schooße und in den allgemeinen Angelegenheiten des Landes Leben, neue Elemente der Regsamkeit und Thätigkeit fände, könnte ihr Werk vollendet, ihre Sendung vollbracht scheinen; die conservative Partei darf in keiner passiven Haltung verharren, sie darf sich in kein verschanztes Lager einschließen und auf Vertheidigung sich beschränken, weil die Feinde, die hier angreifen, noch stark genug sind, um sie zu besiegen. Allein eine Partei, die ihre Kräfte nicht gebrauchen kann, verliert sie am Ende. Es ist daher nothwendig, daß die conservative Partei in sich und in ihrer Umgebung neue Elemente der Thätigkeit suche. Wo kann sie dieselben finden?" Hierauf antwortet der Artikel, es gebe nur ein dreifaches Gebiet, auf welchem Parteien ihre Kraft entfalten können: die äußern Angelegenheiten und im Kreise der innern Angelegenheiten politische Reformen und praktische Verbesserungen. Aeußere Fragen bieten nach der Meinung des Verfassers einer gesunden und kräftigen Partei, besonders in Zeiten des Friedens, keinen geeigneten Gegenstand, woran die conservative Partei ihre Kräfte messen und üben dürfe. Sie könne von der Opposition auf dieses Gebiet hingezogen werden, müsse sich dann nur vertheidigen, nicht aber thätig eingreifen (?). In den innern Angelegenheiten seien die politischen Reformen ebenfalls ein der Opposition vorzugsweise eigenthümlicher Kampfplatz. Auch hier müsse die conservative Partei sich eher vertheidigen als selbstthätig auftreten, der Bewegung eher folgen oder weichen, als den Anstoß dazu geben. Es gibt also, immer nach der Ansicht des Verfassers oder besser des Hrn. Guizot, nur Ein Gebiet, das der administrativen Reformen und der praktischen Verbesserungen, zu welchen die conservative Partei den Anstoß geben, die Initiative ergreifen, in welchem das politische Leben einer regsamen und mächtigen Partei den nöthigen Nahrungsstoff finden kann.

„Die Frage, fährt der Aufsatz fort, welche die gegenwärtige Lage und die Zukunft der conservativen Partei in dieser Legislatur beherrscht, ist also die: Wird die conservative Partei selbst das Feld ihrer Thätigkeit wählen und entschieden den Kampf und das politische Leben dahin versetzen, oder aber wird sie, mit einer passiven Rolle sich begnügend, den Kampf nur dann annehmen, wenn sie ihre Gegner herausfodern werden, und wird sie ewig sich darauf beschränken, der Opposition auf ihr Gebiet zu folgen? Die Bewegung, welche im Schooße der conservativen Partei vorgeht, beantwortet zur Genüge die Frage. Eine große Anzahl ihrer Mitglieder, vielleicht eine viel größere, als man gemeinhin voraussetzt, fühlt mit Unruhe die Verlegenheiten, welche die conservative Partei heraufbeschwören würde durch Unthätigkeit und Unbeweglichkeit. Die Gefahren des Müßiggangs in der Politik (oisiveté politique) sind verschiedener Art; sie können in den Angelegenheiten, in der Kammer, im Lande sich herausstellen."

Der Verfasser entwickelt nun sehr ausführlich diese dreifache Gefahr, deutet hinsichtlich der ersten auf die im verflossenen Jahre begangenen Versehen und Mißgriffe, hinsichtlich der zweiten auf die bereits erwähnten parlamentarischen Vorfälle der letztern Zeit, welche die conservative Partei zu spalten drohten, und bemerkt hinsichtlich der dritten unter Anderm: „Eine lebenskräftige und rührige Partei muß fortwährend neue Interessen hervorrufen sowie die vorhandenen beständig im Flusse halten und durch ihre Ideen nicht nur, sondern durch ihr Personal sich ohne Unterlaß verjüngen. Sie verdiente nicht mehr und verlöre bald die Leitung der Dinge, wenn sie die Leitung der Geister vernachlässigen würde. Eine Partei aber kann nur auf Eine Weise die Geister gewinnen und lenken: wenn sie sie beschäftigt und durch große Werke mit sich fortreißt.... Was uns betrifft, so hat uns der Sieg in den letzten Wahlen vor Allem darum gefreut, weil wir hofften, das politische Leben Frankreichs werde die geregelte und fruchtbringende Richtung administrativer Fortschritte und wahrhafter Verbesserungen nehmen. Wir hofften und hoffen es noch immer, daß endlich die krankhaften Vorurtheile, die in dem Lande noch so viele Gemüther in Wahn und Unklarheit verharren lassen, von neuen und gesunden Ideen hinweggescheuert werden. In unsern Augen schöpfen die alten, dem Systeme, welches die conservative Partei gegründet und aufrechterhalten hat, feindlichen Parteien die ihnen noch übrigbleibende Kraft aus den trägen, an überkommenen Ansichten hängenden Geistesgewohnheiten, die verschwinden müssen, sobald die conservative Partei aus der Periode des Widerstandes durch etwas Großes in die Periode des selbständigen Handelns treten würde. In unsern Augen hält sonach jeder Tag mehr, den die conservative Partei mit Zaudern verbringt, den regelmäßigen Fortschritt der Geister auf oder verschlimmert vielmehr die geistigen und sittlichen Krankheiten, an denen die Gesellschaft leidet."

Der Verfasser deutet dann auf die vielen Werke hin, welche in der letztern Zeit über die Revolution von 1789 erschienen, und meint, daß die Geister mit den Ideen dieser Epoche nur darum sich befassen, weil sie in der Gegenwart mit keiner großen Idee, mit keinem großen Werke beschäftigt werden. Er fürchtet zwar nicht, daß diese Rückkehr zu den Thaten und Ideen des Convents der Julirevolution gefährlich werden könne, glaubt aber doch, es wäre an der Zeit, die Gemüther von der Vergangenheit ab- und der Gegenwart wie der Zukunft zuzuwenden, und schließt damit: „Das sind die Betrachtungen, welche die Männer beseelen, die in und außer der Kammer dem politischen Leben der conservativen Partei mehr Thätigkeit und Entschiedenheit geben möchten. Wir theilen dieselben vollkommen, die Zukunft der conservativen Partei hängt an diesen Gedanken und Bestrebungen. Wir wissen nicht, wann die erwähnte Stunde des selbständigen Handelns schlagen wird, aber Das wissen wir, daß, wenn die Ereignisse gebieterisch verlangen werden, was die Klugheit schon heute räth, die conservative Partei, Dank der wachsamen Thätigkeit, die sich in ihren Reihen kundgibt, schlagfertig sein wird."

Schweiz.

In **Freiburg** sind mehre politische Verhaftete in Freiheit gesetzt worden. — Zu **Yverdon** ist der conservative Verein laut Beschluß des Staatsraths von Waadt aufgehoben.

Italien.

Aus **Venedig** im April heißt es in der Kölnischen Zeitung: „Aus Rom vernimmt man, daß die neue Municipalverfassung der Stadt hundert Räthe gibt, wovon 33 dem Adel, 33 den bürgerlichen Gewerben und 34 dem Handelsstande angehören sollen. Auch die wegen Reorganisation des Militairwesens niedergesetzte Commission will tüchtig aufräumen im Schutt und Moder alter Misbräuche, welche alles Leben zu überwuchern und zu ersticken drohten; bis jetzt konnte der fähigste Kopf, sobald er niedern Herkommens war und kein Vermögen besaß, in den Reihen der päpstlichen Soldaten nicht mehr als Corporal werden, und die kenntnißlosesten Tröpfe bekleideten Offizierstellen, weil sie Geld genug hatten, sich dieselben zu kaufen. Das soll nun anders werden."

Türkei.

Der Sultan hat zu der in Konstantinopel stattfindenden Sammlung für die Irländer 1000 Pf. St. beigesteuert.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die heute vorliegenden Briefe und ausführlichern Berichte vom 31. März aus **Neuyork** geben über die zwischen den Truppen unter General Taylor und Santa Anna's Armee vorgefallenen Kämpfe keine genauere Auskunft, als gestern mitgetheilt werden konnte. Nach mehren übereinstimmenden Angaben scheint Taylor allerdings bis zu dem Riconadapasse zurückgedrängt gewesen, nachher aber wieder bis Saltillo vorgedrungen zu sein. Die Verbindungen im Rücken seiner Stellung sind durch mejicanische Streifcorps unterbrochen. In Neuyork verbreitete Gerüchte von dem Uebergange von Veracruz und S. Juan de Ulloa fanden dort keinen Glauben. Der Angriff sollte angeblich erst nach dem 10. März stattfinden. In Santa Fé sollen alle Amerikaner, der Gouverneur und seine Offiziere bei einem Aufstande der Bevölkerung niedergemacht worden sein.

Personalnachrichten.

Vermählungen. In Donaueschingen fand am 15. April die Vermählung des Prinzen Hugo von Hohenlohe-Oehringen (geb. am 27. Mai 1816) mit der Prinzessin Pauline von Fürstenberg (geb. am 11. Jun. 1829) statt.

Beamte. Preussen. Der bisherige Gesandte bei der osmanischen Pforte geh. Legationsrath von Le Coq ist zum Mitgliede des Staatsraths ernannt worden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 22. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117⅛ G., 118 bezahlt; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85 G.; Sächsisch-Schlesische 98¾ Br., 98½ bezahlt; Chemnitz-Riesaer 60—60¾ bezahlt, Ende 60¼ G.; Löbau-Zittauer 58½ Br., 58 G.; Magdeburg-Leipziger 197 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90½ Br.; Thüringer 94 G.; Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 71⅛ G.; Altona-Kieler 107⅝ Br., 107⅛ G.; Pesther 99 Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br.; Preußische Bankactien 106 Br.

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Dritte Ziehung am 22. April. 5000 Thlr.: Nr. 13,849; 2000 Thlr.: Nr. 29,933; 1000 Thlr.: Nr. 31,233. (Nächste Ziehung am 23. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 22. April früh 7 Uhr: 2° 16″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 17. April. 2½pc. Int. 58¹¹/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 105¼; 4½pc. Handelsg. 173. Frankfurt a. M., 20. April. Oestr. Bfact. 1894; 250 Fl. L. 118⅛ Br.; 500 Fl. L. 153⅛ Br.; Bair. 3½pc. 98½; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36⅛; Kurhess. 32⅛. London, 16. April. 3pc. Cons. 87; Port. 3pc. 34¾; Span. act. 25½; 3pc. 36½; Holl. Int. 58½. Wien, 19. April. Bfact. 1578; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 96⅛; 3pc. 68; 500 Fl. L. 152½; 250 Fl. L. 118.

Actien. Frankfurt a. M., 20. April. Taunusb. 358¾; Nordb. 71¼; Verb. 91⅛. Wien, 19. April. Nordb. 166¾; Gloggn. 121¼; Mail. 118⅛; Livorn. 90½; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 21. April. Seehandl.-Prämiensch. 95¼, 3½pc. Staatssch. 83, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½ Br., ostpr. 95½ Br., pomm. 93½ Br., schles. 96½, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 91⅜, kur- u. neumärk. 95½; Louisdor 111⅚, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anh. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 106¾, Prior.-Act. 4½pc. 96¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101¼, Berl.-Stett. 107⅛ Br., Cöln-Minden 4pc. 90½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107¼, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 90¼, 5pc. 101½, Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 84¼, Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90⅛ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 84¾, Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 86½, Zarskoje-Selo 70 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 82, Berg.-Märk. 4pc. 82⅝, Berl.-Anh. 96½, Cöln-Minden 4pc. 89¼, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Bened. 4pc. 110⅛ Br., Mecklenburg 72½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 82¼, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98⅛ Br., Ung. Centralb. 4pc. 98¾. — Ausl.-engl. Anl. 5pc. 109¾, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93, (neue) 4pc. 92½, Partial à 500 Fl. 4pc. 78¾, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93¼, Bkcert. Zinsl. 10¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅛ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅜, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bekanntmachung,

die Ertheilung eines Privilegiums auf einen eigenthümlichen Aufwinde-Regulator für Mule-Feinspinnmaschinen betreffend.

Auf Sr. Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl ist dem Maschinenfabrikanten **Richard Hartmann** in Chemnitz auf dessen Ansuchen und in Folge der darauf stattgefundenen Erörterung auf die ausschließliche Anfertigung des von ihm construirten, durch die bei dem Ministerium des Innern niedergelegte Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen eigenthümlichen Aufwinde-Regulators für Mule-Feinspinnmaschinen zur Baumwoll-, Kamm- und Streichgarn-Spinnerei ein Privilegium auf fünf hinter einander folgende Jahre, vom heutigen Tage an gerechnet, mit der Wirkung, daß Niemand diesen Aufwinde-Regulator ohne vorher erlangte Zustimmung des Privilegieninhabers anzufertigen befugt ist, für den Bereich des Königreichs Sachsen, jedoch nur unter der Bedingung ertheilt worden, daß das Privilegium dann als erloschen zu betrachten sein würde, wenn die bleibende Ausführung und Anwendung der Erfindung in hiesigen Landen nicht binnen Jahresfrist nachgewiesen sein wird. Auch ist bei Bewilligung des Privilegiums die Neuheit und Eigenthumlichkeit der Erfindung im Sinne §. 1 der laut der Bekanntmachung vom 31. Juli 1843 in den Zollvereinsstaaten bei Ertheilung von Erfindungspatenten oder Privilegien zu beobachtenden Grundsätze ausdrücklich vorausgesetzt worden.

Das Ministerium des Innern macht Solches hierauf zur allgemeinen Wissenschaft und Nachahmung hierdurch bekannt.

Dresden, den 7. April 1847.

Ministerium des Innern.
von Falkenstein.

[1560—62] Demuth.

K. K. priv. Azienda Assicuratrice in Triest.

Der unterzeichnete Hauptagent der Gesellschaft übernimmt für dieselbe

Versicherungen gegen Feuer- und Wassergefahr auf Gütertransporte aller Art

zu äußerst billigen Prämien, und ertheilt sowol Policen über einzelne Versendungen, als Generalpolicen auf längere Zeit nach Maßgabe des gratis zu erhaltenden Prospects.

[1501—3]

Leipzig. ***Franz Jünger,*** Hauptagent für das Königreich Sachsen ꝛc., Grimmaische Straße Nr. 31.

Bekanntmachung.

Die **neue Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft** beehrt sich, beim Beginn der Versicherungsperiode das landwirthschaftliche Publicum darauf aufmerksam zu machen, daß sie gegen feste Prämie, wobei durchaus keine Nachzahlung stattfinden kann, die Versicherung der Feldfrüchte gegen Hagelschaden übernimmt und den Verlust durch Hagelschlag, der den bei ihr Versicherten trifft, gleich nach erfolgter Feststellung baar vergütet.

Der Sicherungsfonds, mit welchem die Gesellschaft **in diesem** Jahre für ihre Verbindlichkeiten haftet, besteht aus dem vollständigen Stammcapital von 500,000 Thlr., wozu noch die einzunehmenden Prämien kommen.

Im Königreiche Sachsen sind bei nachgenannten Agenten die Höhe der Prämiensätze zu erfahren und die erfoderlichen Antragsformulare sowie Verfassungsurkunden zu haben:

in **Leipzig** bei Herrn **Eduard Hercher**;
„ **Annaberg** „ „ **König**;
„ **Burgstädt** „ „ **Hermann Voigtländer Tetzner**;
„ **Colditz** „ „ **F. Assum**;
„ **Döbeln** „ „ **H. A. Gebhardt**;
„ **Dresden** „ „ **G. Haage Junior**;
„ **Freiberg** „ „ **J. G. A. Schumann**;
„ **Geithayn** „ „ **Carl Friedr. Niedner**;
„ **Grimma** „ „ **Albert Ritter**;
„ **Leißnig** „ „ **F. G. Illing**;
„ **Lommatzsch** „ „ **H. A. Stark**;
„ **Meißen** „ „ **Adolph Ziesler**;
„ **Mittweida** „ „ **A. L. Seydel**;
„ **Oschatz** „ „ **Joh. Gottl. Feist**;
„ **Pegau** „ „ **G. F. Grimmer**;
„ **Plauen** „ „ **Gustav Cramer**;
„ **Riesa** „ „ **Traug. Oettler**;
„ **Rochlitz** „ „ **Fr. Zwicker**;
„ **Waldheim** „ „ **A. Hauschild**;
„ **Wilsdruf** „ „ Lieutenant **G. M. Kämpffe**;
„ **Wurzen** „ „ **Georg Leberecht Voigtländer**;
„ **Zwickau** „ „ **Louis Mosebach**.

Durch Herrn Lieutenant *Ohle* in Görlitz;

in **Pulsnitz** bei Herrn K. Postverwalter **C. E. Otto Neese**;
„ **Bischofswerda** „ „ **Friedr. Wagner**;
„ **Bautzen** „ „ **M. A. Flanderka**;
„ **Löbau** „ „ Rittergutsbesitzer und Buchdruckereibesitzer **Hohlfeld**;
„ **Camenz** „ „ **Hugo Pachali**.

Berlin, im April 1847. [1556]

Direction der Neuen Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft.

Zur preußischen Verfassungsfrage.

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Zur Eröffnung
des
ersten vereinigten Landtages.
Ansichten und Wünsche von einem Preußen.

Gr. 8. 1847. Geheftet. 5 Sgr.

Der großen Mehrzahl aller mit Herz und Kopf ihrem Vaterlande treu anhängenden Preußen wird obige Schrift eine sehr willkommene, wohlthuende Erscheinung sein, und um so mehr, als sie überzeugend darthut: wie die große Verfassungsangelegenheit nicht auf dem dürren Felde des abstracten, juristischen Begriffs, sondern auf dem fruchtbaren, lebenskräftigen Boden der, das wahre Wohl des Vaterlandes erstrebenden Ideen und der dieselben läuternden geschichtlichen Erfahrungen zur Entscheidung gebracht werden müsse.

[1355] Buchhandlung **Josef Max & Comp.** in **Breslau.**

Vente d'une riche collection d'Histoire naturelle.

Cette belle collection, qui comprend environ huit cent cinquante minéraux, deux cent soixante coquilles, quatre cent cinquante fossiles, cent trente-sept numéros pour la zoologie, quatre-vingt-quatre pour la physique, renferme en outre plusieurs objets rares et curieux, tant sous le rapport du fini du travail que sous celui du prix de la matière, tels qu'un superbe calice en cristal du Brésil ayant la dureté du diamant, du cabinet du prince Charles; des pierres fines, des médailles anciennes en argent, des antiquités, des bas-reliefs en albâtre et en marbre.

Provenant en très-grande partie de la vente du cabinet de feu le prince Charles, ancien gouverneur des Pays-Bas, dont M. Steenmetsers, savant amateur de Bruxelles, acheta le plus grand nombre des échantillons (en 1781), cette collection a été successivement augmentée pendant cinquante années par des recherches et des explorations activement continuées.

Tous ces objets ont été conservés avec le plus grand soin. On y *remarque* encore *intactes*, un grand nombre d'étiquettes d'échantillons précieux provenant de la classification du cabinet de feu le prince Charles.

Les gouvernements, les universités, les colléges, les amateurs d'histoire naturelle trouveront dans cette collection des échantillons d'un grand prix, dont quelques-uns sont peut-être uniques dans leur genre.

Le souvenir du prince éclairé et protecteur des sciences naturelles, qui fit l'acquisition d'un grand nombre de ces objets, en rehausse encore le prix.

La vente aura lieu à Bruxelles, le 26 avril 1847, à l'établissement de M^r. **Louis de Man**, rue Fossé-aux-Loups, 50, où l'on peut se procurer le catalogue. [1530]

Lehrlings-Gesuch. Eine **deutsche Buchhandlung im Auslande** sucht einen mit guten Schulkenntnissen ausgerüsteten **Lehrling**, dem Gelegenheit geboten wird, auch den **französischen** und **englischen** Buchhandel kennen zu lernen. Derselbe muß jedoch der französischen Sprache mächtig sein. Nähere Auskunft ertheilt Herr **W^m. Engelmann**, Buchhändler in Leipzig. [1516]

Bei **Carl F. Klemann** in **Berlin** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Denkschrift
über die Erhebung Preußens zu einer
See-, Colonial- und Weltmacht ersten Ranges.

Dem ersten Vereinigten Landtag überreicht von
H. v. d. Oelsnitz.

Schreibpapier. Broschirt. 7½ Ngr.

Nicht etwa einen schönen Traum erzählt diese Denkschrift, sondern sie behandelt mit praktischem Sinn und wissenschaftlichem Ernst eine deutsch-nationale Lebensfrage, welche, ihrer Schale nach, in neuester Zeit oft genug belächelt worden ist, während man ihren Kern zu prüfen bisher verschmäht hat. [1573]

Hydrarchos.
Beschreibung des Hydrarchos

(Missurium Theristokaulodon oder Missuri-Leviathan), die vermuthete Lebensart desselben und indianische Traditionen über den Ort, wo es gefunden ist; Vergleichungen des Wallfisch, des Krokodil und des Hydrarchos mit dem Leviathan, wie solcher im 41. Capitel des Hiob beschrieben wird. Von **Albert Koch.** (Mit einer Abbildung des Hydrarchos.)

Gr. 8. Preis 5 Ngr.

Magdeburg, bei **Emil Baensch** und in allen Buchhandlungen Leipzigs, wie ganz Deutschlands.

Das Aufsehen, welches das jetzt hier von Herrn Koch gezeigte Skelett des Hydrarchos macht, wird durch diese Schrift vermehrt, welche Alles enthält, was überhaupt in Betreff dieses urweltlichen Riesenthieres wissenswerth ist, weshalb sie von hoher Bedeutung wird. [1572]

Versteigerung eines Fabrikanwesens mit bedeutender Wasserkraft in Augsburg.

Ein ganz nahe vor der Stadt liegendes
Fabrik- und Bleichgut,

aus **Haupt-** und **Nebengebäuden**, mit großen sich stets gleichbleibenden Wasserkräften bestehend, in bestbaulichem Zustand, dann Wiesen und Obstbäumen, nebst zwei großen mit einander verbundenen Fabrikgebäuden in der Stadt, werden Sonnabend den 1. Mai mit allen zu einer Bleiche und Hand- und Maschinendruckerei erfoderlichen, im besten Zustande befindlichen Utensilien, Maschinen u. s. w. Familienverhältnisse wegen versteigert. Die Versteigerung beginnt Vormittags 10 Uhr mit dem Gutscompler vor dem Jacoberthore, auf dem man, bei Benutzung des ganzen Wassers, eine Baumwollenspinnerei mit circa 24,000 Spindeln, eine großartige amerikanische Mühle, eine Maschinenfabrik, kurz, jedes Fabrikunternehmen, das bedeutende Wasserkräfte und große Räumlichkeiten erfodert, errichten kann. Der Zuschlag erfolgt bei Erzielung eines annehmbaren Preises sogleich. Um vorläufige Auskunft kann man sich in frankirten Briefen direct, oder auch persönlich an Dr. **J. G. Dingler sen.** in Augsburg wenden. [1557]

Broches-Platten

in ganz **feiner Porzellan-Malerei** im Gewölbe des Herrn Ofenfabrikanten **Kreller** aus Freiberg, Koch's Hof in Leipzig. [1571]

Bemalte Porzellanplättchen

zu **Broches, Ohrglocken, Ringen, Vorsteknadeln** ꝛc. in allen Sorten bei [1567—70]

J. M. Beyermann
aus **Groß-Breitenbach** am Thüringerwalde.
Erste Budenreihe am Markt Nr. 36.

Imperial-Pflaumen in Cartons

empfehlen [1563—64]

Hentschel & Pinckert.

Neuigkeit von Ad. Brennglas.

Bei **Ign. Jackowitz** in Leipzig erschien soeben als Fortsetzung und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben:

Berlin wie es ist und — trinkt.

Von

Ad. Brennglas.

XXVI. Heft: **„Verein der Habenichtse für sittliche Bildung der höhern Stände."**

Mit einem colorirten Titelkupfer von Th. Hosemann.

8. Elegant geh. im Umschlag. Velinp. Preis ⅓ Thlr.

Die neueste originelle Arbeit des berühmten Verfassers. [1417]

F. August Behrens jun.

in **Magdeburg**

(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfärbig zu gleicher Zeit, liefern 193 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Höchst gereinigte

Cocos-Nuss-Oel-Soda-Seife

aus der

Fabrik von Friedrich Struve in Leipzig,

jetzt Petersstrasse Nr. 16 vis-à-vis Hôtel de Bavière.

Bei einem Versuche mit dieser Compositon wird man bald die Ueberzeugung erlangen, daß diese Seife von der unter demselben Namen gewöhnlich angebotenen auf das Entschiedenste abweicht. Während jene durch ihre ätzenden Bestandtheile Ausschläge hervorruft, säubert diese die Haut, öffnet die Poren und gibt die angenehme Geschmeidigkeit, welche einer schönen Haut so nothwendig ist.

[1568—70] ***Friedrich Struve***, Inhaber der Preis-Medaille.

Zur Leipziger Ostermesse

[1534—35]

empfehlen **F. Danckert & Comp.** in Leipzig,

Ausschnitt-, Seiden-, Manufactur- und Modewaaren-Handlung,

ein ganz neu und reich assortirtes **Lager** in allen **Artikeln** für jetzige **Saison.**

Grimmaische Straße Nr. 36. **F. Danckert & Comp.**

Noch nicht da gewesen!

Für Liebhaber von Antiquitäten, nur auf kurze Zeit

Verkauf-Ausstellung

einer Sammlung antiker Meubles und sonstiger Seltenheiten von alterthümlichem Kunstwerthe.

[1509] **Local Neue Industrie-Halle, Burgstrasse zum Weissen Adler, erste Etage.**

Das Neueste der Messe.

Rasiren ein Genuss

mit

Savon de Seville.

Diese ausgezeichnet gute Rasirseife findet man nur bei

Friedrich Struve,

[1565—67] Inhaber der Preis-Medaille

jetzt Petersstrasse Nr. 16, vis-à-vis Hôtel de Bavière.

Local-Veränderung.

J. G. Heimendahl Söhne

aus **Elberfeld,**

Fabrikanten in seidenen, halbseidenen und halbwollenen Waaren,

halten ihr Lager von dieser Leipziger Messe an:

Reichsstrasse Nr. 38/432, 1ste Etage,

im Hause neben Herren **Ziegler & Hausmann.** [1473—75]

Cirque-Equestre

von **E. Renz** auf dem Königsplatze.

Freitag den 23. April, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Ein Herren- und Damen-Manoeuvre, geritten von den Damen Mad. Renz, Mad. Jaques, Dem. Rany, Mad. Tourniaire und den Herren E. Renz, Felsenmeier, Schumann, Tourniaire. — Der Wettkampf der Gymnasten, ausgeführt vom sämmtlichen Herren-Personal. — La poste royale avec neufs chevaux par Mons. Renz. — Le houssard sauvage de la Hongrie par Mons. Felsenmeier.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind, von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

Um dem vielseitigen brieflichen wie mündlichen an mich ergangenen Wunsche des verehrten Publicums nachzukommen, so ist jetzt die Kassenöffnung um 6½ Uhr und der Anfang der Vorstellung um 7½ Uhr.

[1501] ***E. Renz***, Director.

Nathan Marcus Oppenheim,

Juwelier aus Frankfurt a. M.,

Nikolaistrasse Nr. 22,

kauft **Juwelen, Antiquitäten** und **alte Spitzen.** [1569—14

Einkauf von Juwelen und Perlen.

Die angemessensten Preise für Juwelen und Perlen zahlen ***Haller & Rathenau***, königl. Hoflieferanten und Hofjuweliere aus **Berlin, Brühl im Weissen Ross.** [1424—29

H. G. Grote

aus **Ronsdorf** bei **Elberfeld,**

Brühl Nr. 15, erste Etage,

empfiehlt sein Lager von [1484—89]

Sammetbändern, seidenen Taffetbändern, Besatzbändern, Kothbändern und von diversen **Besatzkordeln** u. s. w.

Ein Portefeuille von hellbraunem Leder, 3theilig, innen von Carmoisin-Seide und mit dem Namen „J. Sternberg" versehen und außer mehren Meßnotizen circa 10 Thlr. Geld enthaltend, ist heute abhanden gekommen. Der Geldbetrag wird dem Finder gegen Abgabe der Brieftasche bei Herrn **Gustard Nachfolger** — am Naschmarkt — zugesichert. Leipzig, den 22. April 1847. [1574]

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 113. (23. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag.
Brotsurrogate.
Handel und Industrie. * Frankfurt a. M. Die Inhaber spanischer Fonds.
Ankündigungen.

Preußen.

Aus den nunmehr vollständig vorliegenden Verhandlungen des Vereinigten Landtags in den Sitzungen am 15. und 16. April über die Adresse an den König geben wir in Nachstehendem einen ausführlichen Auszug:

Bei der Eröffnung der Sitzung am 15. April im Vereinigter Curie ward nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung vom Abg. v. Bockum-Dolffs (Landrath in Soest) Zweifel darüber erhoben, ob die Fragestellung von einer Adresse oder von einer Dankadresse gesprochen. Nachdem letzterer Ausdruck vom Secretair v. Leipziger (geh. Regierungsrath und Landrath in Bitterfeld) als der im Protokoll gebrauchte erklärt worden war, bemerkte v. Bockum-Dolffs weiter, daß der Graf v. Schwerin den Antrag gestellt: Es möge an den König eine Adresse eingereicht werden, in welcher der schuldige Dank auszusprechen sei und in welcher zugleich sich auftringende Bedenken niedergelegt würden. Demnächst sei auch die Frage zugelassen worden, ob die Berathung einer Adresse statthaben solle; von einer Dankadresse sei bei der Fragstellung nicht die Rede gewesen. Den hierauf erfolgenden Entgegnungen des Marschalls und des Secretairs v. Leipziger stellte v. Bockum-Dolffs abermals entgegen, daß die Frage nur aufgestellt worden sei, ob eine Adresse in Berathung genommen werden solle; erst nachdem diese Frage aufgestellt gewesen, habe der Marschall erklärt, es werde somit eine Dankadresse in Berathung genommen werden, erst hinterdrein also habe der Marschall das Wort Dank hinzugefügt. Der Marschall erklärte, daß nach der Geschäftsordnung Verhandlungen über das Protokoll der vorigen Sitzung in dem Protokolle der gegenwärtigen keinen Platz fänden, und ersuchte darauf den Abg. v. Beckerath (Bankier in Crefeld), den Adressentwurf vorzulesen, dessen Wortlaut in Nr. 110 zu lesen ist. Nach Verlesung der Adresse hielt der königl. Commissar den in Nr. 111 mitgetheilten ausführlichen Vortrag, dem der Abg. v. Beckerath erwiderte: Punkt für Punkt dem Vortrage des königl. Commissars folgend, lege er den Gedanken dar, von welchem der Ausschuß bei Abfassung des Entwurfs geleitet worden sei. Habe der Minister die Frage, inwiefern die Krone sich gegen den nicht ausgeführten Theil des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 verbindlich machte, unerörtert gelassen, so habe auch er darauf nur mit dem Hinweis auf die vom verewigten König in dem Gesetze selbst ausgesprochene Erklärung zu entgegnen, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes unwiderruflich seien. Ferner, wenn der Minister den Sinn des Wortes „Mitgarantie" in Frage gestellt, so müsse er erklären, daß Mitgarantie unmöglich etwas Anderes heißen könne als „Zustimmung", da, wenn die Stände zum Garantiren einer Anleihe aufgefodert würden, es von ihnen abhinge, diese Garantie zu leisten oder abzulehnen, und in dem erstern Falle gäben sie ihre Zustimmung, im letztern verweigerten sie dieselbe. Weiter müsse er auf den großen Vortheil hinweisen, den das Zusammenwirken der Regierung mit den Ständen habe. Durch vorherige Berathung mit den Ständen würden, wo wichtige Entscheidungen zu treffen seien, beklagenswerthe Fälle, wie eben einer vorliege, vermieden werden können. Die Stände hätten, ihren Committenten gegenüber, die Pflicht, das Recht des Landes so lange zu wahren, bis dem neuen Gesetze gegenüber dieses Recht durch die Gesetzgebung selbst wieder hergestellt sei. Dasselbe treffe den Punkt, nach welchem nur diejenigen Anleihen an die Mitgarantie der Stände geknüpft seien, für die das gesammte Staatsvermögen zur Sicherheit gestellt werde. Auch die Ansicht des Ausschusses in Beziehung auf die Domainen entwickelte er weiter. Bei der Mitgarantie von Anleihen, bei der Zustimmung zu Handlungen, welche den Staat belasten, komme es wesentlich auf den Bestand des Staatsvermögens, auf die Masse, auf den Ertrag der vorhandenen Domainen an. Die Verpflichtung, welche die Stände bei der Mitgarantie von Anleihen übernähmen, hänge also mit einem bestimmten Zustand aufs innigste zusammen. Werde dieser Zustand, der die Bedingung ihres Handelns bilde, ohne ihre Mitwirkung alterirt, so sei die Voraussetzung, unter welcher sie die Anleihe bewilligten, aufgehoben. Eine Mitgarantie von Anleihen, die Betheiligung an der Vermehrung der Staatsschuld stehe in dem innigsten Zusammenhange mit dem activen Staatsvermögen, und es müßten mithin die Stände, wenn sie dem Land eine Verpflichtung auferlegen sollten, auch versichert sein, daß die vorhandenen Activa, aus welchen doch theilweise die Mittel zur Verzinsung und allmäligen Ablösung flössen, in demselben Zustande verbleiben, in dem sie sich bei der Handlung der Stände befunden.

Uebergehend nun zu der Stelle in der Rede des königl. Commissars, daß die Krone in dem Gesetz vom 5. Juni sich ausdrücklich vorbehalten habe, die allgemeine Ständeversammlung in der der Krone angemessen scheinenden Weise aus den Provinzialständen hervorgehen zu lassen, gab der Abg. v. Beckerath dieses Recht der Krone als unbestritten zu; wenn aber darauf hingedeutet worden sei, daß die nach den frühern Gesetzen zu bildende reichsständische Versammlung durch die Gesetze vom 3. Febr. 1847 gleichsam in die verschiedenen Körperschaften getheilt werden, so müsse er der Zulässigkeit dieser Eintheilung widersprechen. Denn einmal sei der Begriff einer reichsständischen Versammlung ein einheitlicher untheilbarer, dann aber habe es nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, eine solche Theilung zu bewirken. Es heiße in dem Patente vom 3. Febr.: „Dem Vereinigten Landtag und in dessen Vertretung dem vereinigten Ausschuß übertragen wir ꝛc." Also sei auch nach dem Ausspruche des Gesetzgebers selbst der Vereinigte Landtag allein als die in den frühern Gesetzen vorgesehene reichsständische Versammlung anzusehen. Der Landtagscommissar habe darauf hingedeutet, daß in dem angeführten frühern Gesetze ein Anspruch auf das Petitionsrecht nicht begründet, aber dennoch dem Vereinigten Landtage, resp. den vereinigten Ausschüssen, das Petitionsrecht zuerkannt sei. „Meine Herren, das Petitionsrecht ist ein Recht, ohne welches die Existenz einer Landesvertretung nicht gedacht werden kann. Nicht allein aber als Vernunftanspruch, sondern auch als ein aus dem positiven Gesetze herzuleitender Rechtsanspruch steht dem Landtage das Petitionsrecht zur Seite. Die Bundesakte sichert allen deutschen Staaten eine landständische Verfassung zu, von einer landständischen Verfassung ist das Petitionsrecht unzertrennlich, und es würde nicht schwer werden, darzuthun, daß es von keiner deutschen Verfassung jemals ausgeschlossen war." Was die Vorlage der allgemeinen Gesetzentwürfe an die Provinziallandtage betreffe, so habe es nicht in der Absicht des Ausschusses gelegen, der Krone das Recht zu bestreiten, von den Provinziallandtagen Beirath auch zu den allgemeinen Gesetzen zu verlangen. Die Absicht sei aber dahin gerichtet gewesen, auszudrücken, daß, nachdem eine allgemeine Ständeversammlung errichtet sei, diese Versammlung auch der Centralpunkt der Mitwirkung des Volks bei der Gesetzgebung sei. Man habe erkannt, daß, wenn diejenigen Entwürfe, die den ganzen Staat, die allgemeinen Landesinteressen betreffen, nicht regelmäßig von dem einen zur Landesvertretung berufenen Körper berathen würden, wenn vielmehr diese Entwürfe bald dem Vereinigten Landtage, bald dem vereinigten Ausschuß, bald den Provinzialständen zur Berathung vorgelegt würden, alsdann nicht nur Dasjenige fehle, was der Begriff einer landständischen Verfassung erfodere, sondern auch eine geordnete Mitwirkung des Volks bei der Gesetzgebung nicht stattfinde. Auf dieser geordneten Mitwirkung aber beruhe der Segen, den eine landständische Verfassung gewähre, und er trete erst ein, wenn eine regelmäßige periodische Einberufung der Ständeversammlung festgestellt sei. Das Gesetz vom 17. Jan. 1820 sage mit einfachen und unzweideutigen Worten, daß die Staatsschulden-Verwaltungsbehörde der reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung abzulegen verpflichtet sei. Das Recht des Vereinigten Landtags, in seiner Eigenschaft als reichsständische Versammlung alljährlich einberufen zu werden, gehe unzweifelhaft aus dieser Bestimmung hervor. Eine andere Frage sei diejenige der Zweckmäßigkeit. Wenngleich die periodische Einberufung erforderlich sei, so könne zugegeben werden, daß hinsichtlich des Zwischenraums abweichende Meinungen bestehen. Seine Ueberzeugung von dem Rechte aber sei durch die Bemerkungen des Landtagscommissars nicht erschüttert worden. Zwar solle der vereinigte Ausschuß periodisch versammelt werden, allein, wie er bereits angedeutet, der vereinigte Ausschuß sei nicht die reichsständische Versammlung, sondern nur eine ohne ihre Zustimmung angeordnete Vertretung derselben. Der provinzialständische Charakter des vereinigten Ausschusses, wie ihn das Gesetz, durch welches er in das Dasein gerufen wurde, festgestellt habe, mache es unmöglich, ihn als eine reichsständische Versammlung anzusehen. Aus dem Gesetze vom 21. Jun. 1842, die Vereinigten Ausschüsse betreffend, gehe hervor, daß die vereinigten Ausschüsse nur zur Ergänzung der provinzialständischen Wirksamkeit geschaffen und ein provinzialständisches Institut seien. Er könne für diese Ansicht noch eine Autorität anführen, die Niemand in der Versammlung bestreiten werde. Der siebente rheinische Landtag habe darauf angetragen gehabt, daß dem vereinigten Ausschusse reichsständische Functionen verliehen werden möchten. In dem Landtagsabschiede vom 30. Dec. 1843 sei darauf folgender allerhöchster Bescheid ergangen: „Den das Wesen der preußischen Verfassung verkennenden Anträgen unserer treuen Stände, deren Sinn es ist, die Ausschüsse der Landtage in Reichsstände zu verwandeln, müssen wir unsere Genehmigung versagen."

Zum Schlusse sprach der Abgeordnete: „Der Adreßausschuß, meine Herren, hielt es nach seiner innigsten Ueberzeugung für nothwendig, in der Adresse, die gegen Se. Maj. den Dank für die Einberufung ausspricht, die Rechte, welche dem Lande nach der frühern Gesetzgebung zustehen, mit welchen aber die Gesetze vom 3. Febr. d. J. sich nicht im Einklange befinden, darzulegen und in ehrfurchtsvollen Formen zu verwahren. Er war davon durchdrungen, daß der gegenwärtige Augenblick eine aufrichtige und freimüthige Darlegung der moralischen Lage des Landes verlange, daß eine solche Darlegung nicht weniger durch die Pflicht gegen unsere Committenten als durch die Pflicht gegen die Krone geboten sei. Die Rechte, welche die frühern Gesetze dem Lande gewähren, sind sein edelster Besitz, und daß dieselben ungeschmälert erhalten bleiben, ist ein nicht nur durch das geschriebene Gesetz begründeter, sondern auch von dem höhern Gesetze der Sittlichkeit getragener Anspruch. Diesen Anspruch zu erheben, im Interesse der Krone sowol als des Volks, im Interesse des Volks, das sich nicht weniger als die Monarchie auf die Geschichte, auf die glorreichsten Thaten nationaler Erhebung berufen kann, ihn zu erheben mit dem entschlossenen Ernste, der in einem entscheidenden Augenblicke die Seele des Handelnden erfüllen muß, ihn zu erheben endlich mit der tiefen Ehrfurcht gegen die Krone, mit der loyalen Gesinnung, zu der wir uns ja mit Kopf und Herz bekennen, das ist die Aufgabe dieser Versammlung. Jeden von uns durchdringt das Bewußtsein ihrer Bedeutung, Jeder von uns fühlt sich klein vor der Größe des Werks, an dem mitzuarbeiten die Vorsehung ihn berufen hat. Was mußte nicht geschehen, ehe es dahin kam, daß die edlen Stämme, die das preußische Königsscepter regiert, in einem gemeinsamen Organe zu lebensvoller Einheit sich verbinden konnten! Das ruhmvolle Preußen des vorigen Jahrhunderts mußte erliegen im Zusammenstoße mit einer fremden, von neuer Weltentwickelung getragenen Macht, dann mußten welthistorische Schlachten geschlagen, unermeßliche Opfer gebracht werden, ehe die Freiheit nach außen und mit ihr der Raum zur innern freien Entwickelung errungen war. Tausende treuer deutscher Herzen verbluteten auf dem Felde des Siegs, viele andere rangen Jahre lang mit dem Schmerze getäuschter Hoffnungen, und endlich ist es vergönnt, dem Ziele näher zu treten, für das jene Edlen begeistert in den Tod gingen. Der Gedanke eines verjüngten, in Freiheit und Selbständigkeit sich entfaltenden Volkslebens in Preußen, der Gedanke einer höhern Einigung und nationalen Kräftigung des gesammten deutschen Vaterlandes, aufs neue hat er die Gemüther ergriffen, und diese Versammlung ist berufen, dahin zu wirken, daß er eine Wahrheit werde. Sie kann diesen Beruf nur erfüllen, wenn sie von demselben Geiste geleitet wird, der in der Zeit des Befreiungskrieges so Großes vollführte, von dem Geiste der Treue, der Wahrhaftigkeit, der Einigkeit. Treue gegen das Fürstenhaus, das, unter den Dynastien Europas die herrlichste, unsern Königsthron ziert, Treue gegen das Volk, das seine theuersten Rechte unserer Obhut anver-

Digitized by Google

traute, das sei der glänzende Schild dieser Versammlung, den auch nicht das leiseste Wölkchen trübe! Wahrhaftigkeit ziere unser Thun, Wahrhaftigkeit, wie der Deutsche sie versteht, der den Grundcharakter seines Volks verläugnet, wenn er seine Ueberzeugung rücksichtsvoll verhüllt, wenn er nicht vor König und Volk der ganzen vollen Wahrheit Zeugniß gibt. Einigkeit endlich, sie war in jener glänzenden Epoche unserer Geschichte die Mutter großer Thaten; die heilige Liebe zum Vaterlande, die alle Herzen durchflammte, sie verband die deutschen Stämme aufs neue zu einem einigen Brudervolke; als die Westfalen in ihren gesegneten Feldern, die Rheinländer an den Ufern ihres herrlichen Stromes mit Jubel die Pommern, die Preußen und die tapfern Bewohner der andern Provinzen als ihre Befreier begrüßten, da wob sich zwischen den entlegensten Theilen des Reichs ein unzerstörbares Band, und von jenen Tagen an wuchs das Verlangen nach einer innigen Gemeinschaft, nach einer Bahn zu einem einheitlichen politischen Entwickelungsgange. Sie ist geöffnet diese Bahn; der erste Schritt, mit dem wir sie betreten, sei eine Verbrüderung der Provinzen zu einem großen, von Vaterlandsliebe getragenen Ganzen; wie meine Stimme hinüberdringt über die Scheidung, die in diesem Saal die Provinzen von einander trennt, so mögen auch innerlich alle provinziellen Schranken fallen, hier, wo es die große Sache des Vaterlandes, wo es die Ehre und die Wohlfahrt unsers Volkes gilt! Und so pulsire in dieser Versammlung das einheitliche Leben der Nation, hier sei der Herzschlag eines neuen verjüngten Preußens, eines Preußens, daß der Welt aufs neue das Beispiel geben wird, daß die Monarchie in der Freiheit und die Freiheit in der Monarchie eine Stütze findet, eines Preußens, das, umgeben von den Sympathien der deutschen Bruderstaaten, das deutsche Volk zu der Stelle hinanführen wird, die ihm unter den Culturvölkern der Erde gebührt!"

Der Landtagscommissar fühlte sich dieser Rede gegenüber zu einigen factischen Berichtigungen veranlaßt, zu welchen ihn seine Stellung zwinge. Es sei im Entwurfe der Dankadresse nicht die Rede von alljährlicher Wiederkehr der reichsständischen Versammlungen, sondern nur überhaupt von der aus dem Umstande, daß die Hauptverwaltung der Staatsschulden der Reichsversammlung Rechnung ablegen solle, gefolgerten Nothwendigkeit periodischer Wiederkehr. Der Berichterstatter habe aber aus dem Paragraphen des Gesetzes für die Hauptverwaltung der Staatsschulden, wonach alljährlich Rechnung gelegt werden solle, gefolgert, daß die sogenannte reichsständische Versammlung sich alljährlich versammeln solle. Diese Folgerung sei aber aus dem Paragraphen nicht zu machen, in welchem wol gesagt sei, daß die Hauptverwaltung der Staatsschulden zwar alle Jahre der reichsständischen Versammlung Rechnung zu legen habe, in welchem aber nicht auch stehe, daß die Versammlung alle Jahre die Rechnung auch abzunehmen habe. Nach dem Gedanken der Regierung solle es bei dem Definitivum genau bleiben, wie es seither bei dem durch das Gesetz vom Jahre 1820 vorgeschriebenen Provisorium gehalten worden. Jetzt treten für den Staatsrath der Vereinigte Landtag oder die vereinigten Ausschüsse ein, der Ausschuß des Staatsraths aber werde durch die Deputation für das Staatsschuldenwesen ersetzt. Und selbst wenn auch aus andern Gründen die Centralversammlung alle Jahre vereinigt würde, werde doch die eigentliche Abnahme der Rechnung nur durch einen sehr kleinen Ausschuß bewirkt werden können. Die Staatsschuld sei, mit geringen Ausnahmen, in Staatsschuldscheine consolidirt, und für ein so einfaches Geschäft brauche wol eine so große oder auch nur die mittlere Versammlung nicht berufen zu werden.

Ein zweiter Einwand gegen die Legalität der Attributionen der vereinigten ständischen Ausschüsse sei aus den ältern Gesetzen über die Ausschüsse entnommen; der jetzige vereinigte Ausschuß sei aber rechtlich eine ganz andere Corporation, und nur die Personen seien im Wesentlichen dieselben. Durch Creirung des Vereinigten Landtags habe der König das Gesetz vom 5. Jun. 1823 erfüllt, das Provisorium aufgehoben und demselben die vorbehaltenen Rechte der Centralversammlung gegeben, und der Gesetzgeber habe mit allem Fug und mit voller Consequenz einen Theil dieser Befugnisse auf die vereinigten Ausschüsse übertragen können. Der Commissar müsse daher die von dem vorigen Redner versuchte Berufung auf Gesetze, welche für eine rechtlich ganz andere, wenngleich den Personen nach ähnliche Körperschaft gegeben seien, als völlig unzutreffend zurückweisen.

Nach dem Landtagscommissar sprach der Abg. v. Camphausen (Präsident der Handelskammer in Köln) zur Motivirung seiner Zustimmung zu dem Adreßentwurf. Er fodert Achtung und Ehre einer jeden Meinung. Es sei groß, was Preußens Monarch seit seiner Thronbesteigung für die Entwickelung seines Volks gethan; groß, wenn man die Zustände von sonst und jetzt vergleiche. Manches habe sich wol im Volke selbst entwickelt, aber immer habe der Einfluß, der sich vom Throne herab geltend gemacht, einen großen Antheil daran genommen. Vor Allem sei die freiere Bewegung der Presse dem Könige beizumessen, und so stimme er denn dem ersten Theile der Adresse vollständig bei, die er nur in stärkern Ausdrücken abgefaßt zu sehen gewünscht hätte. Den zweiten Theil des Entwurfs anlangend, habe er über den Begriff der Souverainetät oder Machtvollkommenheit zwei Bemerkungen zu machen. Wenn nach dem theoretischen Begriffe der Souverainetät dieselbe bis an die Grenze des Möglichen gehe, so folge daraus noch nicht, daß ihre praktische Ausübung durch den Monarchen allein ebenfalls bis an die Grenze des Möglichen gehe, und indem die Souverainetät gewisse bedingende Formen für ihre Ausübung feststelle, die anderswo oder der Theorie nach eine Beschränkung der Machtvollkommenheit genannt würde, könne sie gerade durch diese Formen anstatt zu einer Beschränkung, zu einer Vermehrung der königl. Macht gelangen.

Eine zweite Bemerkung sei, daß die Machtvollkommenheit sich in jeder ihrer Handlungen offenbare, daß sie für jede ihrer Handlungen dieselbe Ehrfurcht, denselben Gehorsam zu fodern habe; daß der Gehorsam, den sie dem Souverain schulden, identisch ein und derselbe sei, den sie dem in Gesetzen ausgesprochenen Willen des Herrschers schulden. Hier sei eine der Grenzen, über welche keine Macht hinausgehe: die Grenze des Möglichen. Unmöglich sei es, zu gleicher Zeit zwei Gesetze zu erlassen, welche im Widerspruche mit einander stehen. Die Uebereinstimmung der Gesetze sei zur Erhaltung der Souverainetät unbedingt erfoderlich; anderntheils aber könne die Ehrfurcht gegen den Souverain durch die Berufung auf ein nicht gesetzlich erhobenes, in Kraft bestehendes Gesetz nimmermehr verletzt werden. Er gebe zu, daß bei den Verordnungen vom 3. Febr. der Wortlaut der Gesetze nicht allein bestimmend sein könne; nur sei dann zu verlangen, daß nicht in dem einen Falle das ältere Gesetz, in dem andern die Zweckmäßigkeit angerufen werde, sondern in allen Fällen das eine oder die andere. Die Ansicht des königl. Commissars, daß durch den Uebergang des Berathungsrechts allgemeiner Gesetze auf den Vereinigten Landtag unbenommen sei, auch den Provinzialständen dieses Recht zu belassen, finde er nicht für richtig. Nur Einer Körperschaft könne das Recht der Berathung allgemeiner Gesetze zustehen, und eben so wenig stehe hinsichtlich der jährlichen Versammlung der Reichsstände der Buchstabe des Gesetzes dem Adreßentwurf entgegen; denn man könne einer Versammlung nur dann Rechnung legen, wenn sie versammelt sei.

Werde zu Gunsten einzelner Bestimmungen der Verordnungen vom 3. Febr. die Zweckmäßigkeit derselben hervorgehoben, so müsse auch zu Gunsten und als Grund der Berufung auf die Gesetze die etwanige Unzweckmäßigkeit jener Verordnungen geltend gemacht werden dürfen. So halte er nicht für richtig die mangelnde Einheit der ständischen Vertretung; nicht für zweckmäßig die fehlende Bestimmung periodischer Berufung; nicht für zweckmäßig die Art der Zusammensetzung des Herrenstandes und die zugleich fehlende Berücksichtigung provinzieller Vertheilung; nicht für zweckmäßig ferner die Schwierigkeit der Ausbildung der Verfassung; nicht für zweckmäßig die Beschränkung der Petitionen auf innere Angelegenheiten und ihre Beschränkung durch die erfoderte Stimmenzahl. Auch die Einfoderung abgefoderter Gutachten und die Mittheilung der Ansicht der Minorität bei der Berathung von Gesetzen halte er nicht für zweckmäßig, denn diese Einfoderung widerspreche dem Zwecke des Vereinigten Landtags, welcher nur der sein könne, zu erfahren, was derselbe als Corporation, als eine ganz ungetheilte Körperschaft über Gesetzvorschläge urtheile. Und endlich halte er nicht für zweckmäßig, daß dem Vereinigten Landtage keine Einwirkung auf seine eigne Geschäftsordnung noch auf die Ernennung des Landtagsmarschalls eingeräumt sei. Indem er übrigens sich für den Entwurf der Adresse ausspreche, habe er dafür noch ein besonderes Motiv anzuführen; wie man nämlich auch die Art der Repräsentation, die sie hier ausübten, sich vorstellen möge, unter jeder Voraussetzung bleibe unangreifbar fest stehen, daß die Meisten von ihnen in Folge einer Wahl hier erschienen und daß Diejenigen, welche sie gewählt, nicht nur das Recht zur Wahl hatten, sondern auch das Recht, zu verlangen, daß die von ihnen Gewählten ihre ständischen Befugnisse ausüben und auf keine der ihnen zustehenden ständischen Befugnisse verzichten.

Fürst Lichnowsky (auf Schloß Krzyzanowitz bei Ratibor), der nächstfolgende Redner, breitete sich in seinem Vortrage über die Adresse und ihre Redaction vom Standpunkte der Herrencurie aus. Der §. 14 der auf das Patent vom 3. Febr. folgenden ersten Verordnung bestimme, daß die Herrencurie nur in zwei Fällen: bei Einführung neuer oder erhöhter Steuern und bei Aufnahme neuer Anleihen mit den drei Ständen zusammenzutreten habe. Es habe sich daher bei vielen von dem Stande der Herrencurie Zweifel über ihre Stellung während der Debatte und Abstimmung über die Adresse erhoben, ob es der Würde der Herrencurie angemessen sei, einer Berathung beizuwohnen, aus der ein Appelliren an den eben erwähnten Paragraphen sie entfernen könnte. Zur Lösung dieses Zweifels haben sie sich an den Landtagsmarschall gewendet, und es sei ihnen erwidert worden, daß die Herrencurie bei Berathung und Abfassung einer Dankadresse mit den drei Ständen in vereinigter Versammlung zu votiren habe. Mehre von ihnen haben sich einer bloßen Dankadresse ebenso widersetzt, wie sie sich einer Adresse widersetzen würden, die nur Protestationen enthalten sollte. Eine reine Dankadresse ohne Wunsch, ohne Blick in die Zukunft könnte dem König, der sie richte, das Volk, das sie beobachte, zu dem Glauben verleiten: als würden alle Wünsche erfüllt werden; und Dem sei doch nicht so. Aber auf der andern Seite würde es auch ein Frevel sein, nicht zuerst schuldige Worte des Dankes, der Verehrung und der Liebe dem königlichen Gesetzgeber auszusprechen, der durch seine große Gabe den ersten Stein, den Grundstein zum festen Gebäude der Verfassung auf Jahrhunderte gelegt. Königliche Gesetzgeber seien seltene Geschenke der Vorsehung; aber durchdrungen von dieser Wahrheit müßten sie auch bei der Ueberzeugung fest beharren, daß der königliche Gesetzgeber sein Werk vollenden werde. Daher seien sie dem König Wahrheit schuldig. Es sei Lüge, dem Könige zu sagen, daß sein Volk nichts mehr wünsche; aber vor Allem müsse es ihr Streben sein, den königlichen Gesetzgeber nicht durch die Form zu verletzen, und er beschwöre die Versammelten, wenn sie auch Alles sagten, was sie auf dem Herzen hätten, es in Formen zu hüllen, die dem Zweck einer Verständigung näher führten, ohne deshalb ihrer Unabhängigkeit zu schaden. Ein Blick auf ein altfreies und stammverwandtes Volk, das seine siegreichen Banner über alle Meer entfalte, möge ihnen zum Vorbilde dienen. Nun könne er mit Freuden bekennen, daß er dieses Maß, diese Formen in dem vorliegenden Adreßentwurfe gefunden, und nur zwei Stellen darin seien es, die ihm einer Modification zu bedürfen schienen. Es sei die Hinweisung auf die Ihrenrede und das Wort Wahrung. Gewiß, Viele seien von einzelnen Stellen der Ihrenrede schmerzlich berührt worden, aber warum dem königlichen Herrn in ihrem ersten parlamentarischen Acte Dinge sagen, die ihn verletzen müßten, ohne zur Darlegung, zur Verdeutlichung ihrer Wünsche, ihrer Bedenken etwas beizutragen. Berühre man die letztern und übergehe die erstern? Als der König sie berufen, habe er ihnen Freude, nicht Schmerz bieten wollen; möchten auch sie den König nicht verletzen; „weg also mit dem Worte Schmerz!" An dem Worte „Wahrung" setze er aus, daß es ihm hier den Inbegriff von Mistrauen, Zweifel, Opposition in einem Sinne mit sich verbinde, den sie gewiß nicht hinein legen wollten. Sei es ihnen um Verständigung ehrlich und wahrhaft zu thun, so wähle man das schöne Wort „Vertrauen". „Wir vertrauen dem königlichen Worte! Wir vertrauen, daß keins unserer alten Rechte geschmälert ist! Wir vertrauen, daß Se. Maj. geruhen werde, uns — nicht neben die Krone, sondern neben seine Räthe in regelmäßig wiederkehrenden Perioden zu berufen, die uns gestatten werden, die Noth und die Bedürfnisse des Volks, die Wünsche und Bitten vor die Stufen des Throns zu bringen, mit der Sicherheit der Abhülfe, die nur feste, nicht schwankende Zustände geben können. Wir vertrauen endlich hauptsächlich und vor Allem, daß Se. Maj. unser großer König in diesen unsern wahren und ehrfurchtsvollen Worten keine eitle Sucht nach Opposition oder Popularität, sondern die offene Darstellung eines Zustandes sehen wird, den es von uns gewissenlos wäre, in dieser Halle verschweigen oder beschönigen zu wollen." (Fortsetzung folgt.)

Brotsurrogate.

+ **Leipzig**, im April. Von allen Seiten bemüht man sich, Brotsurrogate aufzufinden, einestheils um dadurch dem vermeintlichen Mangel an Brotgetreide abzuhelfen, anderntheils um billigere Brotpreise herbeizuführen. So hat man denn bereits zur Brotbereitung entdeckt und empfohlen: Malzteig, Oelkuchen, Quecken, Eicheln, Hagebutten, Kürbisse, Rüben ꝛc. Sollen wir aber unsere Meinung über diese Brotsurrogat aussprechen, so geht dieselbe dahin, daß mit denselben der Menschheit zu Zeiten, wo kein eigentlicher Mangel an Brotgetreide stattfindet, durchaus nicht gedient ist, einestheils weil diese Surrogate nur in sehr geringer Menge vorkommen, anderntheils weil sie weit weniger nährend sind als das reine Getreidebrot, der billigere Preis der Brotsurrogate mithin auch nur ein eingebildeter sein kann. Wir behaupten aber, daß ein Mangel an Brotgetreide durchaus nicht stattfinde, und sind mit dieser unserer Behauptung im Rechte. Es besitzen nämlich noch gar manche Landwirthe nicht ganz unansehnliche Vorräthe von Brotgetreide, die sie aber nicht aus wucherischen Absichten, sondern allein aus dem Grunde zurückhalten, weil sie sich erst von der Gestaltung der neuen Aernte überzeugen wollen. Läßt diese mit Zuversicht ein gutes Resultat hoffen, dann kommen jene Vorräthe sicher auf den Markt, und dann ist noch vor der Aernte ein ansehnliches Sinken der Preise mit Gewißheit zu erwarten. Abgesehen aber auch selbst davon, und zugestanden, daß Mangel an Brotgetreide vorhanden, so läßt es sich immer noch nicht rechtfertigen, daß man mit einer gewissen Sucht nach Stoffen zur Brotbereitung fischt, die wol ein gutes Viehfutter, aber eine geringe Menschenkost gewähren, während man Stoffe, die sich recht wohl zur Brotbereitung eignen und ein billigeres Brot herstellen lassen, als Viehfutter verwendet. Wir meinen das Schwarzmehl und die Kleie. Wollte man Beides, die Kleie nochmals durch die Mühle gelassen, um sie feiner zu gestalten, zur Brotbereitung benutzen, so würde dies von bedeutendem Einflusse nicht nur auf die Ersparniß von Brotgetreide, sondern auch auf die Brotpreise sein, indem dann aus einer bestimmten Menge Getreide um so viel mehr Brot bereitet werden könnte und würde. Daß man auf diesen Ausweg nicht schon längst gekommen, ist um so unbegreiflicher, als selbst das zum Theil aus Kleie bestehende Brot weit schmack- und nahrhafter ist und sich weit länger schmackhaft erhält als das weiße Brot, das weit weniger schmack- und nahrhaft ist, indem die Weiße des Brotes gewöhnlich zum Nachtheil der Verzehrer durch Alaun bewirkt wird. Das gröbere Mehl, aus dem das schwärzere Brot bereitet wird, enthält alle Stoffe, welche zur Ernährung der verschiedenen Theile des Körpers wesentlich nöthig sind. Einige dieser Stoffe werden von dem Müller hinweggeschafft, sodaß feines Mehl, statt besser als das gröbere zu sein, am mindesten nahrhaft und auch am schwersten zu verdauen ist. Es kann deshalb nur wünschenswerth sein, daß bei den jetzigen hohen Getreidepreisen auch das schwarze Mehl und die Kleie mit verbacken werden, weil das so bereitete Brot schmack- und nahrhafter, gesünder und wohlfeiler ist als das weiße Brot. Sollten sich die Bäcker nicht von selbst dazu verstehen, so sollten sie jedenfalls von den Verwaltungsbehörden angehalten werden, neben dem weißen Brot auch schwarzes zu backen. Wenn auch kein Freund von solchen Zwangsmaßregeln, so rechtfertigen sich dieselben in Zeiten solcher Noth durchaus und um so mehr, als sie unter den gegebenen Umständen das einzige Mittel gewähren, der gesammten Einwohnerschaft billigeres Brot zu liefern.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 18. April. In unserm neulichen Schreiben (Nr. 104) theilten wir aus der Petition und dem Memoire, die von dem Comité von britischen Inhabern spanischer Fonds an beide Häuser des Parlaments Großbritanniens gerichtet worden, einen Auszug der darin enthaltenen Angaben mit, durch welche man darzuthun sucht, daß Spanien allerdings zureichende Hülfsquellen besitze, um die ihm gesetzlich obliegenden, factisch aber von ihm so schnöde vernachlässigten Zahlungsverbindlichkeiten gegen seine Gläubiger zu erfüllen. Spanien kann nicht blos bezahlen, es verspricht auch zu bezahlen. Letzterer Punkt ist zur Genüge bekannt; in allen Thronreden der Königin Isabella, in vielfachen Erklärungen, welche von allen Finanzministern, die in Madrid seit dem Staatsbankrott auf einander gefolgt, gegeben worden sind, findet sich die feierliche Zusage, daß Spanien seinen Gläubigern gerecht werden wolle. Freilich behält sich Spanien die Wahl des Augenblicks, wann, und die Wahl der Art und Weise vor, wie und in welchem Grad es seine Gläubiger befriedigen oder doch sich mit ihnen abfinden werde. Allein, kann Spanien nicht gezwungen werden, seinen finanziellen Verpflichtungen seinen auswärtigen Gläubigern gegenüber nachzukommen? Diese Frage wird in jenen Documenten ausführlich abgehandelt. Ebenso allen Credit erschütternd wie allen Rechtsgrundsätzen widerstreitend wäre die Meinung, daß die Gläubiger eines souverainen Staats sich jede Beeinträchtigung, welche ihnen aufzubürden dem Schuldner behagen könnte, geduldig müßten gefallen lassen, und daß kein Mittel bestände, um den Schuldner zur Leistung seiner Verbindlichkeiten anzuhalten; mit andern Worten, daß ein Inhaber öffentlicher Fonds außer das Gesetz gestellt sei, nach welchem in allen civilisirten Ländern das Eigenthum des Schuldners haften muß für dessen Verpflichtungen. Das Ungereimte einer solchen Meinung springt in die Augen, wenn man bedenkt, daß eine Geldanleihe, welche ein Souverain, im Kreise seiner constitutionellen Befugniß oder nach seinem gesetzlichen Hoheitsrechte handelnd, abschließt, zugleich den doppelten Charakter eines Gesetzes und eines Contracts hat, sodaß es nicht zu vertheidigen wäre, einem solchen Acte weniger Rechtskraft zuzuerkennen als einer gewöhnlichen bürgerlichen Verbindlichkeit. Das Einzige, was jener unhaltbaren Meinung einigen Schein gibt, ist der Umstand, daß die gewöhnliche bürgerliche Procedur im Allgemeinen dem Inhaber öffentlicher Fonds keinen Titel an die Hand geben kann, welchen er gegen einen auswärtigen Souverain zum Vollzuge bringen könnte. Ein auswärtiger Souverain ist der bürgerlichen Jurisdiction des Richters seines Gläubigers nicht unterworfen und braucht das Urtel desselben nicht zu respectiren. In einigen Ländern könnte jedoch wol ein solches Urtel zu erlangen sein, welches gegen die Güter zu executiren wäre, die der auswärtige Souverain in dem Lande, wo das Urtel Rechtsgültigkeit hat, besitzt; dies sind indessen seltene Ausnahmen. Allein wo die bürgerlichen Rechtsmittel fehlen, da muß gerade deshalb das Völkerrecht angerufen werden, da treten diejenigen Zwangsmittel ein, welche von Souverainen gegen einen Souverain angewendet werden können. Es ist dem Mangel eines allgemeinen internationalen Rechts und der Unvollständigkeit der Tractate zuzuschreiben, daß diese Zwangsmittel (Embargo, Blockade, Besitznahme von Plätzen, Schiffen oder Gütern und Geldern) einen Kriegsstand im Gefolge haben. Nichtsdestoweniger ist es indessen gewiß, daß der Souverain, welcher die Rechte fremder Unterthanen verletzt, sich diesen Zwangsmitteln aussetzt; daß durch eine solche Verletzung ein justus casus belli gegeben ist. Grotius De jure b. et p. 3. 2. 2. Vattel Dr. des gens 2. 4. §. 244. de Martens, Dr. des gens I. 110: „Lorsque l'état a recours à de violentes opérations de finances tendant à se soustraire à l'obligation naturelle de satisfaire à ses engagemens, cette violation du droit de propriété peut autoriser les nations étrangères à épouser à cet égard la cause de leurs sujets et à employer, pour les protéger, tous les moyens qu'accorde le droit des gens dans les cas de lésion de nation à nation. Quant aux dettes pécuniaires que l'état contracte vis-à-vis des particuliers, l'étranger, quoique autorisé à demander d'être égalisé aux creanciers naturels du pays, ne l'est pas à demander de leur être préféré; cependant, *il est des cas où des opérations de finances seraient si évidemment contraires aux règles de la justice, qu'une nation étrangère serait autorisée à écouter les plaintes de ses sujets et à avoir recours aux représailles pour mettre ses sujets à couvert de telles mesures vexatoires.*"

In diesem Paragraphen ist die Rede von ungerechten Maßnahmen, von welchen sowol inländische wie fremde Gläubiger getroffen würden. Um wie viel mehr findet nun der Ausspruch dieses Paragraphen Anwendung bei solchen Staaten, die wie Spanien eine willkürliche Unterscheidung machen zwischen inländischen und ausländischen Gläubigern. Auch fehlt es in der Geschichte keineswegs an Beispielen, daß Zwangsmaßregeln oder Repressalien wirklich in Anwendung gebracht oder angedroht worden wären, um einen Souverain zur Entrichtung von Schulden und Zahlungsverbindlichkeiten gegen ausländische Gläubiger zu veranlassen. Im Jahre 1745 eroberte Friedrich der Große Schlesien und verweigerte die Bezahlung der Interessen einer vom Kaiser Karl VI. contrahirten Anleihe, für welche die Domainen in diesem Lande verpfändet waren; durch Repressalien und Anhalten von Schiffen erlangte aber England die Erfüllung jener Verbindlichkeit. Zur Zeit der Tractate von 1814 und 1815 mußte Frankreich es sich gefallen lassen, daß es bei der Schadloshaltung fremder Staaten auch zur Entrichtung der schuldigen Summen für die unbezahlt gebliebenen Lieferungen, welche von Unterthanen dieser letztern den französischen Heeren gemacht worden waren, angehalten wurde. Im Jahre 1840 ließ die britische Regierung den Regierungen von Venezuela und Neugranada erklären, daß man denselben nicht gestatten werde, die ungerechte Behandlung der britischen Inhaber von Fonds dieser Staaten noch ferner fortzusetzen, und daß in letzterm Falle die britische Regierung sich genöthigt sehen werde, zwischen beiden (den Schuldnern und den Gläubigern) factisch zu interveniren zur Wahrung der Rechte der britischen Unterthanen. Und noch in ganz frischem Andenken ist die Affaire des Hrn. Pritchard, eines Privatmannes ohne diplomatischen Charakter; dieser erhob Beschwerde über ein von den französischen Befehlshabern zu Papeiti ihm zugefügtes Unrecht, für welches kein bürgerliches Gericht ihm eine Schadloshaltung zuerkannt haben würde (nämlich über eine achttägige Gefangenschaft für ein Vergehen, dessen er nicht schuldig war), und dennoch wurde für ihn von der britischen Regierung bei der französischen eine Entschädigung von 1800 Pf. St. bedungen und erlangt, auf die Gefahr hin, den europäischen Frieden durch einen Zusammenstoß zwischen England und Frankreich zu stören. Um wie weit größere Interessen als in allen diesen Fällen handelt es sich bei dem beispiellos ungerechten Verfahren Spaniens gegen seine auswärtigen Gläubiger! Und wirklich könnte England nur auf den Beifall der übrigen Nationen rechnen, wenn es für die Sache der unglücklichen Staatsgläubiger Spaniens in die Schranken träte, und sicher würde keine Regierung, wie eng auch mit dem spanischen Cabinet verbunden, dieses unterstützen dürfen in einem Widerstand gegen so gerechten Zwang. Allein die Inhaber spanischer Fonds, durch ihre Comités und deren Bevollmächtigte repräsentirt, sind weit davon entfernt, Krieg und Blutvergießen für die Aufrechthaltung ihrer Rechte als wünschenswerth zu betrachten. Vorerst mögen, so wünschen sie, andere Mittel angewendet werden, ernste Vorstellungen, Drohungen, Unterbrechung diplomatischer Beziehungen, und es könnte mit Gewißheit erwartet werden, daß schon die Anwendung dieser Mittel den Staatsgläubigern Spaniens endlich zu ihrem guten Rechte verhelfen würde.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.

Leipziger Repertorium

der deutschen und ausländischen Literatur.

Herausgegeben von **E. G. Gersdorf.**

1847. Gr. 8. 12 Thlr. [1575]

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 2—3 Bogen. Insertionsgebühren in dem dieser Zeitschrift beigegebenen „Bibliographischen Anzeiger" für den Raum einer Zeile 2 Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

März. Heft 10—13.

Inhalt: Literaturgeschichte. *Adrian*, Mittheilungen aus Handschriften und seltenen Druckwerken. — *Kurz und Weissenbach*, Beiträge zur Geschichte und Literatur. 1. Bd. 1. und 2 Hft. — *Valery*, Correspondance inédite *de Mabillon* et *Montfaucon* etc. — **Medicin und Chirurgie.** *Dietl*, Anatomische Klinik der Gehirnkrankheiten. — *Ruvert, Gerold, Graevell. Münchmeyer*, Ueber die Reform des deutschen Medicinalwesens. — *Blaäser*, Die Magenerweichung der Säuglinge. — *Engel*, Anleitung zur Beurtheilung des Leichenbefundes. — *Erdmann*, Aus der ärztlichen Praxis. — *Iranchick*, Die organische Verengerung der Harnröhre. — *Mayer*, Ueber das Nichtauffinden der Harnsteine nach gemachtem Steinschnitte. — *Süre*, Om Lithotritien. — **Naturwissenschaften.** *Chaudoir* et *Hochkuth*, Carabiques et Hydrocanthares. — **Staatswissenschaften.** *de Mentch*, Manuel pratique du Consulat. — **Morgenländische Literatur.** *Bechaji bar Josef*, System der Moral. — *Moses Maimonides*, Ueber die Einheit. — *Saadja Fajjumi*, Glaubenslehre und Philosophie. — *Seijid Scherif*, Definitiones; ed. *Flügel.* — **Classische Alterthumskunde.** Flavii *Philostrati* opera; ed. *Kayser.* Pars III. — *Xenophontis* Hiero; ed. *Breitenbach.* — *Eichstädt, Schneider, Stallbaum*, Ueber den Gebrauch des Lateinischen auf Universitäten und Gymnasien. — **Länder- und Völkerkunde.** *Barsiem*, A. Peest into Töorkisthän. — *Dutton*, South-Australia and its mines. — *Stokes*, Discoveries in Australia. — **Geschichte.** *Droysen*, Vorlesungen über die Freiheitskriege. 2. Th. — *Lorbell*, Weltgeschichte in Umrissen und Ausführungen. 1. Bd. — *Madden*, The United Irishmen — *Sötti*, Gregor VII.

Leipzig, im April 1847. **F. A. Brockhaus.**

BERLINER ZEITUNGSHALLE.

Ecke der Jäger- und Oberwallstrasse.

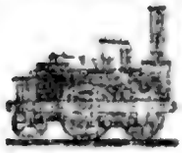
Gegen 600 **Zeitschriften** in 14 verschiedenen Sprachen. — **Broschüren** und sonstige literarische **Novitäten.** — **Hülfsbibliothek.** — **Gesellschaftszimmer.** — **Damenzimmer.** — **Rauchzimmer.** — **Conditorei.** — Offen 8½ Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends.

Anschläge im Locale: 10 Sgr. p. □Fuss. 2½ Ngr. pr. Adresskarte monatlich. Insertionen im **Abendblatte:** 1¼ Sgr. die Petitzeile; wiederkehrende Anzeigen billiger.

Bureau der Berliner Zeitungshalle,
Oberwallstraße 12.13.

[1683—99]

Oberschlesische Eisenbahn.



Das Königl. Ministerium der Finanzen hat in Betracht der Betriebsergebnisse der Oberschlesischen Eisenbahn für das Jahr 1846, welche beinahe 3½ Procent des Stammactien-Capitals gewähren, den Beschluß des Verwaltungsrathes, mit dem Betriebsjahre 1847 die Vertheilung der Dividenden beginnen zu lassen, genehmigt. In Folge dessen treten vom 1. Januar d. J. ab an die Stelle von vier Procent Zinsen:

1) **der garantirte Zinsbetrag** von Drei und Einem halben Procent,
2) **die Dividende,** so weit sie 3½ Procent übersteigt.

Die 3½-procentigen Zinsen werden am 1. Juli d. J. und 2. Januar k. J., die Dividende pro 1847 aber im April k. J. den Bestimmungen des Statuts gemäß berichtigt werden.

Breslau, den 16. April 1847.

[1558—59] **Das Directorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

In Frankfurt a. O. ist in meinem Hause

Judenstraße Nr. 3

ein großes Meßgewölbe nebst Comptoir, Stuben ꝛc., welches die Herren Milde & Co. aus Breslau 14 Jahre inne hatten, zur nächsten Margarethen- und folgenden Messen zu vermiethen, gleichzeitig auch die Verkaufslocale von den Herren Heß, Ruben & Co. aus Hamburg. Hierauf Reflectirende belieben sich an mich direct zu wenden.

[1451—53] ***E. Fersenheim.***

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 23. April. **Uriel Acosta,** Trauerspiel von Gutzkow.

Sonnabend, 24. April. **Die Belagerung von Solothurn,** geschichtlich romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Moritz Mütze in Grimma mit Fr. Ch. Milcner in Schönberg. — Hr. Lieutenant v. Schon in Steip mit Frl. Luise Wilde. — Hr. Calculator Ernst Schulz in Stettin mit Frl. Auguste Bartelt in Massow. — Hr. Kaufmann F. W. Schulze in Friesack mit Frl. Emilie Holz in Kyritz. — Hr. Kaufmann Theodor Schreiber in Wettin mit Frl. Amalie Frank in Greitschütz.

Getraut: Hr. Dr. B. Cassel in Köln mit Frl. Johanne Flechtheim. — Hr. Kaufmann J. Nickel in Wittenberge mit Frl. Lisette Gründler aus Grantikow.

Geboren: Hrn. P. W. Aubin in Berlin eine Tochter. — Hrn. J. B. Beckers in Entenfang ein Sohn. — Hrn. E. Blase in Oldenhau eine Tochter. — Hrn. Hauptmann v. Brause in Cüstrin eine Tochter. — Hrn. Moritz Friedheim in Berlin eine Tochter. — Hrn. A. Hesse in Berlin eine Tochter. — Hrn. Emil Kindt in Strausberg eine Tochter. — Hrn. Theobald Lüderitz in Stettin eine Tochter. — Hrn. Paschke in Wittmannsdorf ein Sohn. — Hrn. Rentmeister Rechtern in Achim eine Tochter. — Hrn. G. C. Schünemann in Bremen ein Sohn. — Hrn. Apotheker R. Wendler in Alt-Landsberg eine Tochter. — Hrn. Cantor Baar in Bernau eine Tochter. — Hrn. Louis Zschinschky in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Hr. Dr. Otto Bachmann in Leipzig. — Hr. Prediger C. F. Baltzer in Berlin. — Hr. Steuerinspector Beyer in Elbing. — Hr. Buchdruckereifactor Friedrich Hartmann in Budissin. — Frau Prediger Auguste Hentsch in Treplin. — Hr. A. B. Kerb in Dresden. — Hr. Johann Friedrich Lahmann in Bremen. — Hr. J. A. F. Pilling in Leipzig. — Hr. Lieutenant O. F. E. v. Schack in Fürstenwalde. — Hr. Prediger Leberecht Ludwig Spendelin in Kyritz.

Eisenbahn. * Wien, 31. März. In Nr. 51 der Magdeburger Zeitung d. d. Berlin 2. März d. J. befindet sich ein Aufsatz, die Verbindungsfahrten der Eisenbahnen von Wien bis Hamburg über Breslau und Berlin betreffend, welcher sich zwar für den ersten Augenblick recht gut liest, für Denjenigen aber ganz werthlos und voreilig erscheint, welcher jene Tour selbst zurückgelegt hat. Es wird aus Folgendem erhellen, daß mein Urtheil noch sehr mild abgefaßt ist, wenn ich jene berliner Annonce voreilig nenne. Ich reiste am 8. März auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn von Berlin nach Breslau, und muß gestehen, nicht ohne geheimen Schauder nach Dem, was bereits auf dieser eminösen Bahn vorgegangen war und bekanntlich zu einer noch obschwebenden Untersuchung von Seiten des Staats geführt hat. Bis Kohlfurt ging die Fahrt so erträglich, obgleich die Ankunft daselbst um eine Stunde zu spät erfolgte; von hier aus bewährte die Bahn ihr wohlverdientes Renommé, denn schon auf der nächsten Station ergaben sich unverkennbare Spuren von Kraftlosigkeit der Locomotive, was zwar auf dieser Bahn nichts Auffallendes ist, indem ihre Maschinen sämmtlich schlecht sind, was aber diesmal den ganzen Personenzug in große Gefahr bringen konnte, denn anstatt eine frisch geheizte Locomotive zu beordern, quälte sich der Locomotivführer, aus Furcht, 5 Thlr. Strafe zahlen zu müssen, wenn er das Signal zur Absendung einer andern Maschine geben lasse, von Station zu Station und endlich bis hinter Lissa, wo auf hohem Damm eine so starke Curve stattfindet, daß die Maschine, völlig erschöpft, dermaßen feststaß, daß wir nicht vor noch rückwärts konnten; dabei war es total finster geworden und ein fürchterliches Wetter eingetreten, und die Angst sämmtlicher Passagiere wurde dadurch aufs höchste gesteigert, daß weder Signallaternen zu sehen waren noch in Lissa bekannt war, daß wir festsaßen, während der zweite Personenzug von Berlin jeden Augenblick erwartet wurde, welcher uns bei der Dunkelheit in Grund und Boden fahren konnte. Das Schimpfen der Männer, das Schreien der Frauen über die Fahrlässigkeit des Locomotivführers und des Zugführers bewirkte endlich die Absendung eines Boten nach Lissa, um jenes gefürchtete Zusammentreffen zu verhindern, und nachdem allerlei Anstrengungen gemacht worden, den Zug wieder flott zu machen, kamen wir endlich statt 4½ Uhr um 9 Uhr Abends nach Breslau.

Man wird fragen, was hat diese Erzählung, wobei man freilich nicht kalt bleiben kann, mit jener Annonce in der Magdeburger Zeitung zu thun? Ich kann hierauf zur Antwort geben: So lange die Niederschlesisch-Märkische Bahn ihre jetzige Verwaltung und das Heer unnützer, ich möchte sagen, zum Theil völlig untauglicher Beamten beibehält, wird eine ungestörte Verbindung von Hamburg bis Wien bei dem ohnehin noch fehlenden Anschluß von Oderberg an die Ferdinands-Nordbahn unerreichbar, und jene Annonce als unzeitige Geburt zu betrachten sein, da auch, wie ich in Breslau hörte, in Betreff des Güterverkehrs so schlecht gesorgt sein soll, daß Güter von Berlin bis Breslau sehr häufig 18—20 Tage unterwegs sind und eine ziemliche Portion Processe hervorgerufen haben, worüber man sich nicht wundern kann, wenn man sieht, wie dieser wichtige Geschäftszweig durch Verpachtung in fremde Hände gelegt ist, statt, wie auf allen Bahnen, von der Direction selbst verwaltet zu werden. Hätte jener berliner Correspondent abgewartet, auf welche Weise sich der Verkehr des seiner Zeit fertigen Eisenbahnnetzes compensiren wird, so würde er leicht herausfinden, daß die Bahn zwischen Prag und Dresden bald vollendet ist, und es dann keinem vernünftigen Menschen einfallen dürfte, von Wien über Breslau nach Hamburg zu reisen, indem, abgesehen von der interessantern Tour über Prag-Dresden-Leipzig, dieselbe um zwölf deutsche Meilen näher ist.

Sonnabend — Nr. 114. — 24. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Hannover. Vertagung der Ständeversammlung. — Die Freiburger Zeitung über die Revolutionspläne. — Dr. Rauschenblatt. — Sammlung für Steinacker's Hinterbliebene. ** Aus Holstein. Uebertritt zum Deutsch-Katholicismus. Preßpolizei. — Die Verfassung in Gotha.

Preußen. Berlin. Vereinigter Landtag. *Berlin. Die Adreßverhandlung. (+)Berlin. Die Marktpreise. **Berlin. Erneuerte unruhige Auftritte. Die Mahlsteuer. †Halle. Unruhen. zKönigsberg. Adresse. Hr. Kuhnke. Hr. Rasche. — Die holsteinischen Deputirten. — Die Unruhen in Landsberg und Eisleben. — Unruhen in Osterode. — Die Bischofswahl in Münster. — Hr. v. Schön. — Verhaftung des Hrn. Vogler.

Portugal. Der Bürgerkrieg. Das britische Einschreiten.

Spanien. Die Vorgänge am 11. April. Anordnungen in Bezug auf diese Vorgänge. Brandschatzung in Balaguer.

Großbritannien. Die Times über die spanischen Verhältnisse. Die Verbesserung des Schulwesens. Schiffbruch. Die Dampfjacht Fairy.

Frankreich. Die Zeitungen. Die Angelegenheit von Algerien. Bu-Maza. Loire und Seine. Uebungslager. Prinz Oskar von Schweden. General Concha. O'Connell in Lyon. Tumult in Comines. Die spanischen Schauspieler.

Belgien. *Brüssel. Kammerverhandlungen.

Schweiz. Die Schützengesellschaft in Luzern.

Moldau und Walachei. ()Bukarest. Hülfsmaßregeln.

Türkei. ()Konstantinopel. Bestechlichkeit. Risa-Pascha. Die Walachei. Die Handelsstraße nach Persien.

Nordamerika. Das Dampfschiff Washington. Das Einwanderungsgesetz. Die Colonie in Texas. Dr. Seidensticker.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Major v. Burgsdorff. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

†Hannover, 21. April. Die Kammern sind heute Nachmittag vertagt worden. Zwar geht mit dieser Session die dritte ordentliche Diät zu Ende, doch bleibt dem Könige das Recht, bis zum 2. Dec. diese Stände nochmals zu einer außerordentlichen Diät einzuberufen, was indessen ohne die äußerste Nothwendigkeit sicher nicht geschehen wird. Zusammenfassende Landtagsabschiede sind hier nicht Sitte. Gleichwol ist auf eine der ständischen Foderungen heute schon in einem vom Könige selbst unterzeichneten Schreiben der Bescheid erfolgt. Der König versagt darin ein für allemal dem ständischen Verlangen nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit seine Genehmigung. Diese königl. Erklärung spricht sich zugleich über die gegenseitigen königlichen und ständischen Rechte aus. Näheres findet man in unsern amtlichen Publicationen.

— Die Freiburger Zeitung sagt in einem längern gehaltvollen Artikel, nachdem sie vorher Auszüge aus einer der zahlreichen revolutionairen Flugschriften Heinzen's mitgetheilt: „Ich habe nichts hinzuzusetzen. Wer so aller Gewissenhaftigkeit und Moral sich entschlägt, wer so jede Mordbrennerei nicht blos erlaubt, sondern ausdrücklich predigt, nur damit das Unterste zu oberst gekehrt werde, der hat bei allen Menschen, die auch nur einen Funken Verstand und Gewissen besitzen, sich selbst gerichtet. Was die erträumte «deutsche Republik» anlangt, so weiß Jeder, der seiner fünf Sinne mächtig ist, daß dieselbe, selbst wenn es einzelnen Fanatikern gelingen sollte, momentan da und dort die öffentliche Ruhe zu stören, geradezu in die Reihe der Hirngespinnste gehört, deren Verwirklichung nur Derjenige sich einbilden kann, welcher etwa für das Irrenhaus reif ist. Und wollte man selbst einen Augenblick das Unmögliche für möglich und einen Tollhausgedanken für realisirbar halten, was dann? Was wäre eine solche deutsche Föderativ- oder Bundesrepublik? Es wäre kein Nordamerika (denn dort sind alle betreffenden Bedingungen anderer Art als bei uns), sondern eine Schweiz in vergrößertem Maßstabe. Nichts Anderes. Welcher Vernünftige aber und welcher Vaterlandsfreund könnte die Zustände eines Landes herbeiwünschen wollen, welches durch seine ewigen Bürgerkriege, Revolutionen, Wühlereien, Parteiungen, durch seine Freischaren und Jesuiten, durch seinen religiösen und politischen Despotismus, durch die grausame Verfolgung aller Andersdenkenden, durch seine sociälen und sonstigen Uebelstände aller Art so verkommen ist wie kaum ein anderes Land in Europa, und welches vielleicht längst schon eine Beute seiner Nachbarn geworden wäre, wenn ihre Eifersucht die Theilung bisher zugelassen hätte? Und Dergleichen will man Deutschland anbieten? Deutschland in der jetzigen Regsamkeit aller gesitteten Kräfte, Deutschland in dem besten Zuge des nationalen Wiederaufblühens, Deutschland, an dessen Grenzen zwei mächtige und raubgierige Nachbarn lauern? Fürwahr, nur der Fieberwahn kann solche Pläne erzeugen! Und doch gibt es Menschen, die dies nicht einsehen. Was aber soll man dazu sagen, wenn Männer, die für Freiheit, Licht, Recht, Fortschritt streiten wollen, einem Menschen die Hand reichen, der sich nicht scheut, sich offen zum Grundsatze: «Der Zweck heiligt die Mittel», zu bekennen, der unser Vaterland durch Blut und Mord der Anarchie entgegenführen und über Deutschland Ereignisse heraufbeschwören möchte, die es allen Wechselfällen der Revolutionen preisgeben, es zersplittern, es auf lange Zeiten zurückwerfen und selbst in seiner Existenz bedrohen könnten? Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß sämmtliche Regierungen Deutschlands von den verbrecherischen Absichten, wie sie die Revolutionspropaganda hegt und betreibt, aufs genaueste unterrichtet sind und ihnen mit allem Nachdrucke begegnen werden. Daß sie dabei auf alle Freunde des Vaterlandes und der Ordnung rechnen können, dessen sind sie gewiß."

— Zu der Nachricht, daß Dr. Rauschenblatt wegen Verbreitung von Flugschriften in Kehl verhaftet worden (Nr. 108) bemerkt der Strasburger «Unparteiische»: „Die Aufschlüsse, welche uns die Freunde des Dr. Rauschenblatt gegeben haben, lassen uns annehmen, daß die Angabe nicht ganz richtig sei. Es ist nicht erwiesen, daß Dr. Rauschenblatt, gerade als er aufrührische Schriften vertheilte, verhaftet wurde; er soll in Kork nicht in Haft sitzen, sondern auf Ehrenwort sich in dieser Stadt befinden, mit Erlaubniß, hinzugehen, wohin es ihm beliebt." Man versichere übrigens, daß der Präfect des Niederrheins Hrn. Rauschenblatt reclamirt habe.

— Die «Rundschau» enthält einen Aufruf, d. d. Mannheim, 12. April 1847, und unterzeichnet von den HH. v. Itzstein, v. Sciron, Bassermann, Mathy, Dr. Eller, worin sich die Genannten bereit erklären, für die unversorgten Kinder des verstorbenen Karl Steinacker, Präsidenten der braunschweigischen Ständeversammlung auf den beiden letzten Landtagen, Ehrengaben in Empfang zu nehmen.

** Aus Holstein, 19. April. Was ich neulich (Nr. 105) über das Regewerden einer kirchlichen Bewegung bei uns geschrieben, fängt bereits an sich thatsächlich zu bestätigen. Einer der tüchtigsten Mitarbeiter unserer rationalistisch reformatorischen Monatsschrift, Candidat G. C. Weigelt, ist zum Deutschkatholicismus übergetreten, der erste Theologe in unsern streng lutherischen und nordisch kühlern Landen. Jener theologischen Zeitschrift droht übrigens ein baldiges Verbot, wie denn überhaupt die Presse bei uns unter einer Strenge schmachtet wie kaum irgendwo anders im lieben Deutschland. Unsere deutschgesinnten Landesblätter werden systematisch ruinirt; die hamburger Journale sind durch das Schicksal der getödteten «Neuen Zeitung» noch furchtsamer gemacht, als sie es von Natur oder Unnatur aus waren, und die Verbreitung anderer Zeitungen ist bei uns durch strenge Verweigerung der Postversendung gehindert. Mit größter Strenge wird auch der Buchhandel bewacht und unsere Buchhändler, die ohnehin niemals Waghälse gewesen, werden durch scharfe Drehungen ganz und gar um allen Unternehmungsgeist gebracht. So wurde eben jetzt das deutsche Lesebuch: „Geschichtsbilder aus Schleswig-Holstein," von Schufelka, so streng verboten, daß jedem Buchhändler, der auch nur ein Exemplar dieses Volksbuchs verkaufen würde, mit sofortiger Schließung seines Geschäfts gedroht ist. Auch soll dem Vernehmen nach gegen den Verfasser beim hamburger Senat Klage geführt worden sein. Zum Glück ist die Volksüberzeugung bei uns so allgemein erkräftigt, daß alle Strenge gegen die Presse zu spät kommt. Wo Bauern, Bürger und Adel so einig und die öffentlichen Vertreter dieser Stände so tüchtig und muthig sind wie bei uns, da wirkt das lebendige Wort, wenn auch dem geschriebenen der Eingang gänzlich gesperrt werden könnte, was glücklicherweise doch auch nicht möglich ist.

— Aus Gotha vom 9. April schreibt die Dorfzeitung: „Gestern ist dem Herzog eine von der hiesigen Einwohnerschaft ausgegangene, mit zahlreichen Unterschriften versehene Bittschrift, in welcher um zeitgemäße Umgestaltung der veralteten, auf die mittelalterlichen Ständeverhältnisse begründeten Landesverfassung gebeten wird, durch eine Deputation der Bittsteller übergeben worden. Ob nun aber das übrige Land außer Gotha und ob namentlich der noch gar nicht vertretene Bauernstand, wel-

cher bei einer Veränderung vorzugsweise interessirt ist, schlafe (wie neulich ein Correspondent der Dorfzeitung meinte), wird die Zukunft lehren müssen. Wir sehen dem Resultate dieses Schrittes mit Erwartung und mit um so größerer Hoffnung entgegen, als sich unser Landesherr nach seinen bekannten Gesinnungen mit dem Plane zur Umgestaltung der Verfassung jedenfalls seit längerer Zeit ernstlich beschäftigt hat."

Preußen.

Berlin, 22. April. Die Sitzung des Vereinigten Landtags am 20. April betraf nur formell Geschäftliches. Die Adresse sollte von den acht Marschällen, zwei Secretairen und dem Referenten unterzeichnet werden. Dann hielt die Curie der drei Stände besondere Sitzung, wobei es sich besonders darum handelte, einige Petitionen, namentlich den Nothstand betreffende, zu besonderer Beschleunigung zu empfehlen. Dabei erklärte der Landtagscommissar Minister v. Bodelschwingh: „Es ist vorher bemerkt worden, wie die Geschäftsordnung vorschreibt, daß keine Petitionen oder Beschwerden eher zur Erledigung kommen könnten, bevor nicht die königl. Propositionen erledigt seien. Eine solche Verordnung besteht nicht, sondern es ist nur vorgeschrieben, daß die allerhöchsten Propositionen den Vorrang haben sollen, damit ist aber nicht gemeint, daß erst alle Propositionen erledigt sein müssen, ehe die Petitionen an die Reihe kommen, vielmehr können diese, wenn sie zum Plenarbeschlusse vorbereitet sind, während keine Proposition sich in diesem Stadio befindet, unbedenklich sofort abgemacht werden. Auch versteht es sich, daß von Seiten des Gouvernements nicht das mindeste Hinderniß gegeben werden wird, solche Petitionen, welche ihrer Natur nach der Beschleunigung bedürfen, den nicht eiligen Propositionen voranzustellen. Dies habe ich zur Beruhigung und zur Vermeidung von Mißverständnissen erklären wollen."

Ferner wurden folgende Petitionen angezeigt: Vom Abg. Bürgermeister Hirsch aus Landsberg: Antrag, betreffend die Verstärkung der Curie des Herrenstandes; von demselben: Antrag auf Reform des ständischen Wahlgesetzes für die Städte; vom Abg. Bürgermeister Budde: Antrag auf Erlaß einer allgemeinen Wiesenordnung; von demselben: Antrag auf Erlassung der diesjährigen Landwehrübung; vom Abg. v. Brodowsky: Antrag auf Zulassung des Tertulliar v. Kozerowsky, als Vertreter des Ritterstandes im Kreise Wirsitz zum Vereinigten Landtage; vom Abgeordneten v. Gottberg: Antrag, betreffend die bürgerliche Gleichstellung der Juden im preußischen Staate; vom Abg. Werner: Antrag auf Gleichstellung der Juden mit ihren christlichen Mitbürgern in bürgerlichen und politischen Rechten; vom Abg. Bürgermeister Facilides: Antrag, betreffend die Abstellung der leichtsinnigen Niederlassung; vom Abg. Seltmann: Antrag auf Erlaß eines Theiles der Abgaben und Zinsen der bestehenden alten Mühlen; von demselben: Antrag auf gleichmäßige Besteuerung des Grundeigenthums; vom Abg. Krohn und mehren Andern: Antrag auf Abänderung der gesetzmäßigen Bestimmungen, auf welchen die Wählbarkeit aus dem Stande der Landgemeinden zu Kreistagsmitgliedern beruht; vom Abg. Tschocke: Antrag, betreffend die Einberufung des Grafen v. Reichenbach zu Vereinigten Landtage; vom Abg. Krüger: Antrag auf vermehrte Vertretung der Stadt- und Landgemeinden; von demselben: Antrag auf Abänderung der Bestimmungen der §§. 19 und 27 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845; von demselben: Antrag auf Einführung der Preßfreiheit; vom Abg. Sommerbrodt: Antrag auf Erweiterung der allerhöchsten Cabinetsordre vom 19. April 1844, betreffend die Veröffentlichung der Stadtverordnetenberathungen; vom Abg. Krüger: Antrag auf Umarbeitung des Stempelgesetzes vom 7. März 1822; von demselben: Antrag auf Aufhebung des Postzwanges; vom Abg. Bürgermeister Dittrich: Antrag, betreffend die Eidesnorm und Verminderung der richterlichen Eide; von demselben: Antrag, betreffend das Gesetz vom 3. Febr. 1845 wegen neuer Ansiedelung; von demselben: Antrag, betreffend die allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845; von demselben: Antrag auf Oeffentlichkeit aller ständischen Versammlungen; von dem Abg. Schultze-Delwich: Antrag auf Aufhebung der §§. 2 und 3 der Verordnung vom 13. Jul. 1829, betreffend die Unablöslichkeit der aus dem Kirchen- und Schulverbande herrührenden Leistungen; vom Abg. König und andern Abgg. der Landgemeinden: Antrag auf Errichtung eines Creditinstituts für Ackerbesitzer im Stande der Landgemeinden; vom Abg. Aldenhoven: Antrag auf verschiedene Abänderungen im Geschäftsreglement. Endlich ward ein Gutachten über den Antrag des Abg. Hansemann auf Verlängerung der vierzehntägigen Frist für Einbringung von Petitionen um 14 Tage vorgelegt, was eine solche Verlängerung um acht Tage bevorwortete. (A. Pr. Z.)

* **Berlin**, 21. April. In der großen Majorität, welche sich für den Auerswald'schen Aenderungsvorschlag zur Adresse ergeben hat, findet sich die große überwiegende Mehrzahl Derer vereinigt, die in der Cardinaltugend der Mäßigung ihren Leitstern und ihre Verbindung, in starrer, eigensinniger Unbedingtheit die größte Gefahr finden. Die meisten, vielleicht alle von Denen, welche für den Vorschlag des Grafen v. Arnim, dessen Rede mit Recht in der Weser-Zeitung als wahrhaft staatsmännisch und als ein Glanzpunkt der ganzen Verhandlungen gepriesen wurde, gestimmt hatten, haben auch für das Endergebniß gestimmt, und ihnen traten dann Die bei, welche eben nur etwas mehr von dem ursprünglichen Entwurf gerettet wünschten, als jener Vorschlag davon übrig ließ. Die Minorität hat sich aus Denen gebildet, welche den ursprünglichen Entwurf, und aus Denen, welche nur den Arnim'schen Vorschlag oder am liebsten gar keine Adresse wollten, also aus den beiden entgegengesetzten Extremen. Auch unter diesen mag die Zahl der Schroffen und Unbedingten sehr gering sein. Man hat wol Grund zu hoffen, daß dieser freudige Ausgang ein günstiges Vorzeichen des ganzen Landtags sein, daß dieser dem Beispiele der Generalsynode folgen und den Beweis geben werde, wie gewiß echter Freisinn mit Besonnenheit und Pflichttreue, mit der den organischen Zusammenhang aller Fragen und aller vielumschlungenen Seiten unsers Lebens, die Wirkungen der Worte und Thaten wohl erwägenden Weisheit innig gepaart ist, wie weder für Reaction noch für Revolution, oder was zu ihr führt, eine Stelle ist in dem heutigen Preußen, und daß Preußen seine neuen politischen Errungenschaften nicht zur Auflösung, sondern zur Befestigung brauchen wird.

(+) **Berlin**, 21. April. Am heutigen Tage fanden auf den verschiedenen großen Plätzen unserer Residenzstadt die Wochenmärkte in der gewöhnlichen Weise statt und es versammelten sich dazu, wie immer, viele Tausende von Menschen. Schon seit längerer Zeit hatte die Theuerung der nothwendigsten Nahrungsmittel auf diesen Wochenmärkten die Veranlassung zu vereinzelten tumultuarischen Auftritten gegeben, heute erhielten sie einen ausgedehnten Charakter. (Nr. 113.) Von den Bauern wurden 5 Sgr. für die Metze Kartoffeln gefodert, dies war die Hauptursache der großen Volkserbitterung, und daran knüpfte sich dann die berliner Frivolität und die Brutalität. Auf allen Wochenmärkten Berlins sind heute Scenen der Volksgewaltsamkeit vorgekommen, am ärgsten ging es aber her auf dem Molkenmarkte, unmittelbar vor dem Polizei-Präsidial-Gebäude, der Stadtvoigtei, und ich bin Augenzeuge dieser Auftritte gewesen. Das Volk begann mit seinen Gewaltthätigkeiten gegen einige Kartoffelverkäufer, es wurden denselben die Kartoffelsäcke zerschnitten und der Inhalt über die Erde zerstreut. Anfangs bemühte sich die Polizei, die Ordnung herzustellen, aber bald steigerten sich die Massen auf viele Tausende, Männer und Weiber, und es mußte der Polizei bedenklich erscheinen, hier direct einzuschreiten. Das Volk trieb sein gewaltthätiges Wesen jetzt so lange, bis der ganze Markt geplündert, verschüttet und aufgehoben war, und mehre Stunden trieben sich die großen Haufen von einer Seite nach der andern, um hier zu vollenden, was sie dort angefangen hatten. Als die dichtesten Haufen sich bereits verlaufen hatten, sind von der Polizei noch verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden. Wenn das Volk auf solche gewaltthätige Weise seiner Erbitterung über die hohen Preise aller Nahrungsmittel Luft machen will, so muß doch Jeder einsehen, daß so durchaus nicht geholfen werden kann; wenn die Bauern noch auf den berliner Märkten die Plünderung fürchten müssen, so werden sie immer mehr ausbleiben, und die Preise der Nahrungsmittel können so nur noch gesteigert werden.

** **Berlin**, 22. April. Die auf den gestrigen Wochenmärkten entstandenen unruhigen Auftritte haben sich im Verlaufe des gestrigen Nachmittags und Abends in mehren Stadttheilen wiederholt. In der Charlottenstraße wurden einem Bäcker, welcher einer vom Gendarmenmarkte flüchtigen Hökerin Aufnahme gewährt hatte, die Fenster eingeschlagen. Dasselbe ist in der Jerusalemerstraße geschehen. In der Grünstraße ist der Laden eines Hökers verwüstet und alle Vorräthe zertreten oder auf die Straße verschüttet. Auf dem Schloßplatze hat der Muthwille der Straßenbuben sich an den Laternen vergriffen und einige Laternenscheiben eingeworfen. Doch sind an allen betreffenden Orten rechtzeitig Polizeimannschaften erschienen und haben weiterm Unfuge gesteuert. Auch nach gänzlicher Herstellung der Ordnung sind Sicherheitsmaßregeln in Wirksamkeit geblieben. Starke Militairpatrouillen durchzogen noch ganz spät am Abend mehre Straßen. Die einstweilige Aufhebung der Mahlsteuer hat auf die niedere Bevölkerung den besten Eindruck hervorgebracht. Ganz natürlich wendet sich aber jetzt das Verlangen des Volks an die Bäcker und fodert die reelle Gewährung des Steuererlasses in vermehrtem Gewichte des Brotes. Einige der gestrigen Demonstrationen vor Bäckerläden sollen sehr deutliche Zeichen dieses Verlangens kundgegeben haben. Es ist in der Menge geäußert worden: der König wolle dem armen Volk etwas zukommen lassen und habe zu dessen Erleichterung die Steuer aufgehoben; wo denn das größere Brot sei, was die Bäcker jetzt geben müßten, da sie sich bisher bei ihren kleinen Broten häufig mit dem Mahlsteueraufschlag entschuldigt hätten? Was Referent, ziemlich vertraut mit den Liebke'schen Gewichts- und Preisberechnungen des Brotes, nie zu vermuthen gewagt, daß nämlich die Aufhebung der Mahlsteuer bedeutend auf die Gewichtsvermehrung des Brotes wirken würde, ist dennoch eingetroffen. Ganz augenscheinlich ist das Gebäck, was derselbe heute gesehen, größer als dasjenige, was ihm gestern zu Gesichte kam.

** **Berlin**, 22. April, Nachmittag halb 4 Uhr. Zur Vervollständigung meines Berichts von heute Morgen über die gestern begonnenen und zum Theil auch heute wiederholten Eigenmächtigkeiten und Gewaltthaten der niedern Volksklasse, vorzüglich gegen die Bäckerläden, muß ich noch Folgendes melden. Die unruhigen Auftritte von gestern Abend hatten einen umfassendern und ernstern Charakter, als es von mir bei dem

Mangel an detaillirten und erschöpfenden Nachrichten angegeben worden. Nicht blos in der Grünstraße, der Charlottenstraße, auf dem Schloßplatz und in der Jerusalemerstraße wurden von Seiten der Menge Excesse begangen, sondern namentlich auch auf dem Dönhofsplatz, in der Leipzigerstraße, Friedrichsstraße, Behrenstraße und unter den Linden. Die Menge drang in mehre Bäckerläden ein, wo die Vorräthe zum Theil von den Eigenthümern freiwillig preisgegeben, zum Thril mit Gewalt fortgenommen oder zerstört wurden. Unter den Linden waren vornehmlich auch die großen glänzenden Conditorläden der Zerstörungswuth des Pöbels ausgesetzt; es wurden Fenster zertrümmert, Laternen eingeworfen und aus einem Laden sogar das Geschirr und ein Theil der Kasse genommen. Bei der Unzulänglichkeit der Polizeimannschaften, dem gewaltthätigen Treiben Einhalt zu thun, mußte Militair requirirt werden. Starke Cavalleriepiquets begaben sich in die Behrenstraße, unter die Linden, auf den Dönhofsplatz und trieben die Massen aus einander. Es wurden mehre Verhaftungen vorgenommen und gegen 10 Uhr war die Ordnung wiederhergestellt. Starke Patrouillen durchzogen noch in der Nacht die Straßen.

Um der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse für den heutigen Tag vorzubeugen, haben der Gouverneur und der Polizeipräsident der Hauptstadt heute Morgen eine in zahlreichen Exemplaren an den Straßenecken zu lesende Bekanntmachung erlassen, worin das Zusammentreten größerer Menschenhaufen bei Strafe sofortiger Verhaftung und Einsperrung verboten wird. Zugleich werden alle Dienstherren angewiesen, ihr Hausgesinde, Lehrburschen und Gesellen beim Eintritt der Dunkelheit möglichst zu Hause zu halten. Trotz dieser Warnung und der in Folge derselben zu erwartenden geschärften Maßregeln haben sich heute die Gewaltthätigkeiten gegen Bäckerläden in mehren Stadttheilen wiederholt. Von einzelnen Volkshaufen ist namentlich in der Roßstraße, in der Dorotheenstraße und am Alexanderplatz in mehre Läden eingedrungen und die Besitzer, wo sie nicht freiwillig ihre Vorräthe preisgaben, sogar zum Theil gemishandelt worden. Die Polizei ist in der größten Thätigkeit, um dem Unfuge zu steuern. Militairmannschaften sind unsers Wissens im Laufe des heutigen Tages nicht aufgeboten; doch werden mit Eintritt des Abends starke Patrouillen die Straßen durchziehen. Von den Theilnehmern an den heutigen Auftritten sind eine große Zahl verhaftet. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, so sind es auch hier die müßigen Schreier und Straßenbuben, welche den meisten Unfug anstiften.

†**Halle**, 22. April. Wie vor wenigen Tagen in Eisleben, so hat gestern ein arger Tumult in Merseburg stattgefunden, heute haben in Halle ernstliche Unordnungen Platz gegriffen, und soeben geht uns die Nachricht über Unruhen in der Hauptstadt zu. Von Merseburg hört man, daß am gestrigen Markttage das Haus des Kaufmanns F. gänzlich demolirt worden ist, auch seine Vorräthe und Kassenbücher zerstört sind, weil derselbe durch ungehörige Fruchtaufkäufe den Unwillen des Volks auf sich gezogen. Die Nachricht davon hatte sich schnell hier verbreitet und mag wol ein gutes Theil dazu beigetragen haben, die heutige Krisis herbeizuführen. Denn so müssen wir bezeichnen, was hier vorgefallen ist; die untern Klassen haben hier wie allererten furchtbar unter dem Nothstande des Winters gelitten, obgleich von Seiten der Stadt sehr viel geschehen ist zur Abhülfe, vorzüglich in der letztern Zeit. Das heutige Wochenblatt gibt Rechenschaft davon, indem es die Einstellung der Landwehrübungen, die Suspendirung der Mahl- und Kopfsteuer, den Aufkauf von Getreide von Seiten des Staats und der Stadt aufzählt. Vielleicht hätte ein früheres kräftiges Einschreiten stattfinden können und wir hätten uns diese Krisis erspart. Auf dem heutigen Wochenmarkte fanden nämlich die Armen die Preise zu hoch, fingen an Waaren zu zerstören und aufs schnellste flüchteten die Bürger ihre Habe nach Hause und schlossen die Läden. Welchen lächerlichen Eindruck und welche schädliche Folgen diese feige Flucht hervorbringen mußte, liegt auf der Hand. Bald durchzogen Haufen wüthender Weiber und schreiender Kinder die Straßen, stürmten die Läden der Bäcker und nahmen allen Vorrath weg. Von da ging es zu den Getreidehändlern, welche in ängstlicher Hast sich verschlossen oder in schwächlicher Nachgiebigkeit unter das lange vernachlässigte Volk Geld warfen. Die Polizei fand jes gerathen, durch Austheilen von Brot die Haufen zu beschwichtigen. Das requirirte Militair besetzte sodann die bedrängten Häuser und den Markt und soll sogar vom Bajonnet Gebrauch gemacht haben. Man fürchtet sehr für die Nacht; doch soll Militair aus Magdeburg requirirt sein und der Magistrat hat im Verein mit dem Commandeur der Stadt eine Warnungsanzeige erlassen. Die Stadtverordneten rathschlagen auf dem Rathhause, und die Bürger sind durch Furcht und Schreck bewogen worden, auch in öffentlicher Versammlung an Mittel der Abhülfe zu denken.

△ **Königsberg**, 20. April. Die religiösen Wirren zunächst haben eine Adresse, von 600 hiesigen Bürgern unterzeichnet, ins Leben gerufen, die freilich an das geistliche Ministerium gerichtet, worin aber der Wunsch ausgesprochen ist, daß dieselbe auch zu den Händen des Königs gelange. Die Unterzeichner erklären sich entschieden gegen das Rütteln an dem Jahrhunderte hindurch errichteten Religionsgebäude, und legen zugleich Versicherungen ungeschwächter Treue und Anhänglichkeit an den Stufen des Thrones nieder. Endlich sprechen sie sich dahin aus, daß so wie sie noch Tausende der hiesigen Einwohner bächten, deren Namen nicht mit unterzeichnet wären. — Ein emeritirter Pfarrer aus Wolfsdorf, Hr. Kuhnke, will auf seine alten Tage noch zum Deutsch-Katholicismus übertreten; sonderbarerweise ist derselbe der Verfasser einer vor ein paar Jahren erschienenen politischen Broschüre, betitelt: „Anti-Jacoby". — Candidat Rasche, einer der Apostel Rupp's, hat die zweite Predigerstelle in der sogenannten freien Gemeinde abgelehnt und soll die Absicht haben, sich dem Lehrfache zu widmen, da für seine Thätigkeit von der Kanzel herab wol keine Aussichten vorhanden sind. Ob er mit diesem Schritte sich von Rupp gänzlich losgesagt, weiß man nicht.

— In Betreff der Anwesenheit der HH. Beseler und Clauſſen in **Berlin** (Nr. 112), heißt es in der Weser-Zeitung, daß der Grund, der dieselben dahin geführt hat, in der von ihnen vertretenen Angelegenheit Schleswig-Holsteins liege, indem sie versuchen wollen, ob es ihnen nicht gelingen sollte, durch Vermittelung eines der Deputirten diese Angelegenheit auch in der preußischen Ständeversammlung in einem gleichen Sinne, wie dies in andern Ständeversammlungen bereits der Fall gewesen, zur Sprache und Berathung zu bringen. Man verhehle es sich in den deutschen Landen der dänischen Monarchie keinen Augenblick, daß ein Ausspruch der preußischen Ständeversammlung auch in dieser Sache weit schwerer wiegen müsse als der jeder andern, und deshalb seien denn auch die genannten beiden Herren selbst nach Berlin gekommen, um nach dieser Seite thätig zu sein.

— In **Landsberg** a. d. W. (Nr. 113) haben die Bürger am 20. April beschlossen, in vier Patrouillen à 40 Mann die Stadt zu durchziehen, zur Ruhe zu ermahnen und nöthigenfalls die Widersetzlichen zu verhaften. Abends rückte Militair von Küstrin ein und am 21. April wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die Aufruhracte verlesen.

— Ueber die unruhigen Auftritte in **Eisleben** (Nr. 112) erfährt man, daß, als am 19. April ein Aufkäufer 9 Wispel Getreide verladen wollte, sich das Volk zu Tausenden zusammengerottet, den bereits geladenen Wagen erbeutet, darauf das ganze Magazin erbrochen und geplündert, und zuletzt noch bei mehren Bürgern die Kartoffelkeller ausgeräumt habe. Das Militair kam zu spät, um diese Plünderungen ganz zu verhüten. Nur bei einem Bürger kam der Major Wolff der Plünderung zuvor; das Gedränge wurde dort aber immer größer und es wurde endlich mit Steinen geworfen und der Major und mehre Offiziere verwundet. Die Husaren hieben jetzt ein, allein der Major ließ sofort wieder zum Sammeln blasen. Bei dem Einhauen wurden 20 Menschen mehr oder weniger verwundet. Die Menge ging aber nicht aus einander und blieb bis gegen 5 Uhr Abends dem Militair gegenüber. (L. Z.)

— In dem ostpreußischen Städtchen **Osterode**, in der Gegend von Masuren belegen, ist es zu sehr ernstlichen tumultuarischen Auftritten gekommen, die erst durch das Einschreiten von Militair und Gendarmerie haben beseitigt werden können. Veranlassung zu der Revolte gab die in jener Gegend noch immer sehr stark herrschende Auswanderungslust, durch welche sich Landleute und Handwerker fortwährend großen Hoffnungen hingeben und von einzelnen schändlichen Individuen darin bestärkt werden. (B. Z.)

— Aus **Münster** vom 17. April schreibt die Barmer Zeitung: „Am 25. April sollen in allen Kirchen unserer Diöcese für die bevorstehende Bischofswahl Gebete gehalten werden. Der Adel hat sieben Candidaten zu präsentiren, die bereits genannt werden; es befindet sich darunter Graf Smiesing, ehemaliger Husarenmajor, der die niedere Weihe bereits erhalten hat, ferner v. Ketteler, ehemaliger Husarenlieutenant. Am meisten Aussicht indeß hat der Ehrendomherr, Landdechant Schönbrod; auch zählt man unter den Candidaten den Propst Brinkmann in Berlin."

— Der Staatsminister v. Schön hat das bestimmte Verlangen an den Oberburggrafen v. Brünneck gestellt, seine ihm überreichte Denkschrift über die Patente vom 3. Febr. dem Könige vorzulegen. (Brem. Z.)

— Großes Aufsehn erregt in **Brüssel** die Verhaftung des dasigen Buchhändlers C. G. Vogler durch die Polizei in Aachen. Hr. Vogler hatte sich, ehe er seine Reise nach Deutschland zur leipziger Buchhändlermesse antrat, von der preußischen Gesandtschaft in Brüssel seinen Paß visiren lassen. Der Verhaftete ist ein dänischer Unterthan, und der Gesandte seines Landes bei der belgischen Regierung soll sofort an seinen Collegen in Berlin berichtet haben, damit dieser schleunig die energischsten Schritte thue, um die Freilassung des Gefangenen zu bewirken. (Fr. J.)

Portugal.

Aus **Oporto** wird der Times unterm 8. April geschrieben, daß der Bürgerkrieg auf dem zeitherigen freundschaftlichen Fuße fortdauere und kein verdrießlicher Schuß abgefeuert werde, ausgenommen etwa vom Schlosse Foz, wo dann aber jede Kugel unabänderlich ins Wasser falle und nie treffe. Saldanha thue nichts, und die Junta der Insurgenten desgleichen. Beide Theile feierten den Geburtstag der Königin am 4. April mit gleichen Ehren; Saldanha gab seinen Offizieren in Oliveira de Azemas ein Bankett und die Junta den ihrigen in einer der reizenden Quintas am Douro. Auf welcher Seite die Gesundheit der Königin aufrichtiger ausgebracht wurde, müsse dahingestellt bleiben, da der eine

Theil in ihrem Dienst unthätig verharre und der andere gegen ihre Autorität die Waffen trage. Der Correspondent gibt dann als seine Meinung, daß der gegenwärtige Bürgerkrieg von der Anwesenheit der britischen Kriegsschiffe im Tajo und Douro eher verlängert als verkürzt werde, indem dieselben dort dem Hofe, hier den Insurgentenführern im schlimmsten Fall einen sichern Zufluchtsort gewähren würden. Daher ließen es beide Theile auf das Aeußerste ankommen, allein ohne sich irgend anzustrengen, ein Aeußerstes herbeizuführen.

— Die Nachrichten, welche aus **Lissabon** von 10. April eingetroffen sind, melden das von den Ministern Grafen Tojal und Don Manuel de Portugal beim britischen Gesandten Sir Hamilton Seymour angebrachte Gesuch um den Schutz der Königin und Regierung durch Landung von britischen Truppen, im Falle, wie besorgt werde, ein Volksaufstand in Lissabon ausbrechen und dieselben gefährden sollte. Sir Hamilton soll bereitwillig der königlichen Familie jeden Beistand der britischen Streitkräfte zu ihrer persönlichen Sicherheit zugesagt, zugleich aber bemerkt haben, daß dieselben nicht gegen etwanige Bewegungen verwendet werden könnten, welche die Dynastie nicht bedrohten und nur auf Aenderung im Verwaltungssysteme gerichtet wären. Viceadmiral Parker hat alle Offiziere des Geschwaders an Bord gerufen, das im Tejo 3 Linienschiffe, 1 Fregatte und 1 Dampfschiff zählt. Die Besorgnisse der portugiesischen Regierung wurden durch die unter Sa da Bandeira, der von der Junta zum Befehlshaber südlich vom Tejo ernannt ist, am 31. März bei Faro (was noch weiter östlich als das in den letzten Berichten (Nr. 111) als Landungspunkt bezeichnete Lagos liegt) bewirkte Landung mit 1500 M. so plötzlich gesteigert, mit denen er am 4. April auf Evora marschiren wollte, während die Insurgenten unter dem Grafen Mello in der Richtung von Aldegalla und St. Ubes gegen den Tejo vergingen. Die königl. Truppen in St. Ubes waren schon auf Azeitao zurückgewichen; von den Freiwilligen von St. Ubes waren viele mit den Waffen davon gegangen. Was aus den andern Truppen der Königin in Alemtejo geworden ist, wußte man nicht. Die Insurgenten haben jetzt 5000 M. dort.

Spanien.

In Folge des gestern mitgetheilten Erlasses des Justizministers hat der Gefe politico von Madrid am 13. April angeordnet, daß Ansammlung von ungewöhnlich zahlreichen Volkshaufen in den Straßen und auf den Plätzen der Residenz nicht geduldet werden könne, daß Vivas und Beifallsrufe, auch für die Königin und die Verfassung, und überhaupt alle Ausrufungen in den Straßen, bei Stiergefechten und in den Theatern verboten sind und Dawiderhandelnde, sowie wer durch Umschwärmen des Wagens der Königin denselben aufhalten helfe, sofort verhaftet werden solle. Die ungeheure Mehrzahl des Volkes sei zwar von patriotischem Enthusiasmus für die Königin erfüllt, einzelne Uebelwollende benutzten aber die geräuschvollen Aeußerungen desselben, aufrührisches Geschrei hören zu lassen, wodurch Besorgnisse rege gemacht würden.

— Der Heraldo vom 13. April erzählt noch von den Vorfällen am 11. April, welche zu den obigen Anordnungen Veranlassung gegeben haben, daß Abends nach der Rückkehr der Königin in den Palast an der Puerta del Sol der Lärm und die Unordnung so arg geworden sei, daß die bewaffnete Macht einschreiten mußte. In der Carrera de San Geronimo geschah ein Gleiches, und in der Calle de la Montera sangen einzelne Truppe von Leuten, die aus den Wirthshäusern vor den Thoren heimkehrten, die Riegohymne. Für seine Leser in der Provinz fügt indessen der Heraldo hinzu, daß sie aus dem Allen durchaus nicht Ursache zu Besorgnissen schöpfen möchten, und daß Alles einig sei, diesen Straßenlärm zu verurtheilen. Nach dem Eco del Comercio wurde der Wagen der Königin am Cybelenbrunnen angehalten und ihr dort durch Hrn. Fuentes ein Blumenstrauß und auf Atlas gedruckte Verse im Namen des liberalen und constitutionellen Volkes und der Freunde der nationalen Unabhängigkeit überreicht. Bei Ueberreichung dieser Huldigung ließ derselbe zugleich eine Anzahl Tauben fliegen, von denen die Königin eine erhaschte und ihrem sie begleitenden Oheim und Schwiegervater, dem Infanten Don Francisco de Paula, übergab. Das Eco del Comercio gibt ebenfalls zu, daß Polizei und Gendarmen später die Volkshaufen auseinandergetrieben hätten und daß einige Verwundungen vorgekommen wären.

— Das in Barcelona herauskommende Fomento vom 11. April berichtet, daß der Insurgentenführer Tuerto de Rotera am 7. April in die Stadt Balaguer mit 30 M. eingebrochen sei und aus den öffentlichen Kassen gegen 3000 Realen geraubt habe, mit denen er nach einigen Stunden davonzog.

Großbritannien.

London, 18. April.

Es scheint fast, schreibt die Times über die Vorgänge in Madrid beim letzten Ministerwechsel, als wenn die Regierung der Königin Isabella II. erst gestern begonnen hätte und als ob alle der Hader, die Intriguen, die Schreckensherrschaft, der abwechselnde Militairdespotismus und die bürgerlichen Convulsionen der letztern Jahre von Denen über das Land gebrachte Uebel gewesen wären, welche das Ansehen der Königin so lange ausübten, daß sie sich zur Usurpation ihrer Gewalt berechtigt glaubten. Bei den schwierigen und gefährlichen Umständen, in welche die Königin gebracht war, verzweifelten Diejenigen in Europa, welche ihr am meisten Gutes wünschten, Energie und Geschick genug bei ihr anzutreffen, um den ihren Pfad umgebenden Schlingen zu entgehen. Offenbar ist es ein Theil der Plane ihrer unnatürlichen Erzieher und falschen Räthe gewesen, sie von Allem fern zu halten, was ihren Geist entwickeln, ihren Charakter ausbilden konnte, und sie vielmehr vor Europa und bei ihren eignen Unterthanen als der zu ihrer Stellung erforderlichen Eigenschaften ermangelnd erscheinen zu lassen und auf Lebenszeit von Andern abhängig zu erhalten. Das Unrecht aber, was sie von einem Haufen verrätherischer Hausbeamter, geleitet durch Christine und bezahlt von Frankreich, zu erleiden hatte, hat eine frühe Entschlossenheit und eine richtige Beurtheilung ihrer Lage bei ihr hervorgerufen. Von der Stunde an, wo sie frei um sich blicken konnte und wußte, daß sie Gebieterin im Palaste, Königin ihres Volkes sei, scheint es ihr weder an Geist noch an Verstand gefehlt zu haben, ihre Macht anzuwenden und die Saiten der Loyalität in den Herzen der Unterthanen zu rühren. Die letzten Wochen haben ihr gelehrt, daß die Stärke einer constitutionellen Königin nicht sowol innerhalb der Gemächer zu suchen sei, welche von der Bigoterie und dem Tiefsinne ihrer Verfahren so oft verdunkelt oder von den Ränken und Intriguen einheimischer und fremder Intriganten verunziert worden sind, als im Sonnenscheine des hellen Tags und der Oeffentlichkeit. Vollständiger hätte der Wechsel nicht sein können, wenn irgend ein böser Zauber aufgehoben und eine jener Prinzessinnen der Romantik aus einem verwünschten Zustande zu Glück und Macht hergestellt worden wäre. Das neue spanische Cabinet ist offenbar entschlossen, den vorauszusetzenden Bemühungen Christinens entgegenzutreten, ihren Einfluß am Hof Isabella's II. wiederzugewinnen, und verabscheut und geringgeschätzt, wie Christine jetzt auf der ganzen Halbinsel ist, sollte es uns gar nicht wundern, wenn der französische Hof aufhörte, sie als ein nutzbares Werkzeug in Spanien zu betrachten, nachdem sein großer Zweck in der Montpensier'schen Heirath durch sie erlangt worden ist.

— Der londoner Gemeinderath hat nun auch Resolutionen zu Gunsten der Maßregeln der Regierung für Verbesserung des Schulwesens angenommen, und wird Bittschriften im Sinne derselben beim Parlement einreichen.

— Die Unglücksfälle der Packetschiffe wiederholen sich jetzt in außerordentlicher Weise. In Liverpool erhielt man am 16. April von Wexford die Nachricht, daß das neuyorker Packetschiff Rochester auf der Nordspitze der Blackbank gescheitert sei und wahrscheinlich total zu Grunde gehen werde. Die Reisenden und die Mannschaft waren gerettet worden.

— Die wohlbekannte königl. Dampfjacht Fairy legte am 16. April einen Beweis ihrer außerordentlichen Schnelligkeit ab. In Portsmouth wurde nämlich an jenem Tage, bald nach fünf Uhr Morgens, ein Kriegsdampfer gesehen, der von Osten her sich Spithead näherte. Um sieben Uhr erkannte man, daß er die portugiesische Flagge führe. Das Schiff nahm ohne bei Spithead anzuhalten, die Richtung nach Cowes und wendete sich nachher westlich, indem es seine ganze Schnelligkeit aufbot. Dies erschien um so mehr verdächtig, als wegen zwei desertirter portugiesischer Dampfschiffe Befehl vorliegt, sie betreffenden Falles anzuhalten. Da kein anderes Dampfschiff im Hafen war als die Fairy, so ging Commandeur Crispin mit einem kleinen Commando Marinesoldaten an Bord und setzte dem Portugiesen nach, der zwei Stunden Zeit und die Entfernung von Portsmouth bis Cowes voraus hatte. Dennoch holte die Fairy das Schiff ein, welches sich als ein für den Dienst der Königin von Portugal gemiethetes auswies.

Frankreich.

Paris, 19. April.

Der Vereinigte Landtag in Berlin liefert heute durch seine Verhandlungen und deren Besprechung den Haupttheil des Stoffes, mit welchem das Journal des Debats seine Spalten gefüllt hat. Es theilt dasselbe die Verhandlungen in der Sitzung der vereinigten Curien am 12. April mit und gibt dann sein Votum über die Thronrede, mit welchem es noch zurück war. Dem Journal des Débats ist dieselbe, vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet, zu ungewöhnlich vorgekommen, als daß es nicht hätte weitere Mittheilungen darüber abwarten wollen, und diese lassen ihm, wie es sagt, keinen Zweifel mehr, sondern bestätigen seine trüben Vorgefühle. Der Landtag beginne seine Arbeit unter der verdrießlichsten Eindrücken, und es frage sich, ob er sein Werk fortsetzen oder ob es vor der Zeit zerstört werden würde. Das Journal des Débats behält sich übrigens das weitere Zurückkommen auf die Thronrede vor, die es freilich gar nicht in dem politischen Formelkram unterzubringen wissen wird, und fragt noch schließlich: Gibt es und kann es eine wirkliche Constitution ohne eine authentische Charte geben? Auch die «Presse» bespricht diese Verhältnisse und das Patent vom 3. Febr. und kommt dabei zu dem Schlusse, wenn das letztere die Wünsche der Nation befriedige, welche dadurch in größerm oder geringerm Grade zum politischen Leben aufgerufen werde, so werde sie (die Presse) auch sich gezwungen sehen, damit zufrieden zu sein.

An die Mitglieder der Deputirtenkammer ist ein allgemeiner Bericht über die Finanzverwaltung von 1846 vertheilt worden, dem auch eine Uebersicht der allgemeinen Einnahmen und Jahresausgaben seit 1830 beigegeben ist. Im Jahre 1830 betrugen die ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen 1,031,796,054 Fr. und die Gesammtausgaben 1,095,142,115 Fr.; die Einnahmen von 1846 waren 1,422,034,586 und die Ausgaben 1,606,399,449 Fr. Seit 1840 haben die Ausgaben stets die Einnahmen überstiegen.

— Das mit der Berichterstattung über die Algerien betreffenden Angelegenheiten beauftragte Comité der Deputirtenkammer hat sich gegen den Gesetzentwurf über Bewilligung von 3 Mill. zur Ansiedelung von Soldaten nach zurückgelegter Dienstzeit ausgesprochen.

— Auf außerordentlichem Wege aus **Algier** eingetroffene Nachrichten melden die Gefangennehmung des gefürchteten Scherifs Bu-Maza durch den Obersten de St.-Arnauld. Bu-Maza war es, welcher im Daharagebirge jenen Aufstand anstiftete, der 1845 sich über ganz Algerien verbreitete und in dem Abd-el-Kader nur noch die zweite Rolle spielte. Dem Letztern war er übrigens als Nebenbuhler so unbequem wie den Franzosen. Nach langem Umherirren bei den Stämmen im Süden war der Scherif zu den Kabylen im Daharagebirge zurückgekehrt, wo man seiner habhaft wurde.

— Die Besorgnisse vor einer abermaligen Loireüberschwemmung, welche das rasche Steigen dieses Flusses in den letzten Tagen hervorrief, sind durch das eingetretene Sinken der Gewässer beseitigt. Die Rhone und die hochangeschwollene Seine sind ebenfalls im Fallen begriffen.

— Einer Bestimmung des Kriegsministers zufolge soll dieses Jahr im Arondethale bei Compiegne ein Uebungslager stattfinden, welches die Herzoge von Nemours und von Aumale commandiren werden.

— Die schwedische Fregatte Eugenia und die Brigg Lordetgen unter dem Commando des Prinzen Oskar von Schweden sind am 13. April Nachts von Genua auf der Rhede von Toulon angelangt. Beim Vorübersegeln an den Hyèren wechselte dieselben mit dem dort noch verweilenden Geschwader des Prinzen von Joinville Salutschüsse. Prinz Oskar wird erst am 18. April landen, weil er fünf Tage Quarantaine zu halten hat, indem vergessen wurde, die erfoderlichen Gesundheitspässe mitzubringen.

— Der General Don Manuel Concha hat die Rückreise von Paris nach Madrid angetreten, nachdem er, wie das «Portefeuille» schreibt, seiner Sendung bei der Königin Christine sich entledigt, deren Reise nach Spanien definitiv aufgeschoben ist. Die Ankunft des zum Gesandten am französischen Hof ernannten Herzogs v. Valencia (Narvaez) scheint ebenfalls vertagt zu sein. Beide Nachrichten würden nach der Art, wie das «Portefeuille» sie mittheilt, in Beziehung zu einander stehen.

— Die Gazette de Lyon vom 16. April erzählt von einer ärztlichen Berathung, welche dort wegen O'Connell und ob seine Erschöpfung ihm die Weiterreise gestatte, gehalten worden, gibt aber nicht an, wie dieselbe ausgefallen sei.

— In **Comines** im Norddepartement hat die beabsichtigte Herabsetzung der Löhne in einer Bandfabrik zu einem Tumulte geführt, der zunächst gegen Hrn. Reumaur Villers gerichtet war, an dessen Hause sämmtliche Fenster zertrümmert und sonstiger Schaden angerichtet wurde.

— Im Théâtre italien haben gestern die Vorstellungen der spanischen Schauspieler begonnen. Die Königin Christine befand sich anfangs in ihrer Loge an der Bühne, aus der sie aber durch den Herzog von Montpensier nach der königl. Loge geführt wurde, wo sich ihre Tochter, die Gemahlin des Herzogs, befand. Letztere war ganz nach spanischer Mode gekleidet und trug ein Rosakleid mit schwarzen Spitzen breit garnirt, eine Rose im Haar und sehr große Ohrgehänge.

Belgien.

* **Brüssel**, 18. April. Nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten, die am 12. April stattfand, wurden, mit Ausnahme desjenigen der öffentlichen Arbeiten, sämmtliche Budgets für das Jahr 1848 (im Belaufe von 99,912,000 Fr.) vom Finanzminister vorgelegt, und hierauf die Discussion des diesjährigen Budgets der öffentlichen Arbeiten vorgenommen. Dem Minister de Bavay wurde wegen seiner Saumseligkeit, gewisse längst beschlossene Staatsarbeiten auszuführen, besonders mit Rücksicht auf den dermaligen Nothstand, hart zu Leibe gegangen; einzelne Mitglieder, wie Hr. de Tornaco, scheuten sich nicht, demselben eine gänzliche Untauglichkeit vorzuwerfen; die HH. Verhaegen und Jenet sprachen mit Entrüstung über das Verfahren, das bei einer neulichen Adjudication einer Eisenbahnstrecke vom Minister befolgt worden. Trotz der Schwierigkeit, sich rein zu waschen, zeigte Hr. de Bavay einen festen Muth, strich seine Verwaltung mit den schönsten Farben heraus, versprach die zahlreichen Beschwerden, die von allen Seiten einliefen, zu berücksichtigen, und suchte die einzelnen Vorwürfe zu beseitigen. Daß die brüsseler Nordstation noch unvollendet sei, sei ein ganz unstatthafter Anklagepunkt; seit 40 Jahren sehe der Louvre seiner Vollendung entgegen. Eine lange Debatte veranlaßten die Maasarbeiten; Hr. Delfosse, Abgeordneter von Lüttich, drang darauf, daß die seit 25 Jahren gemachten Studien, um die Maasschifffahrt ihrer vielen Hindernisse zu entledigen und die alljährlichen Ueberschwemmungen der Maasgegenden zu verhüten, endlich zu einem Resultate gedeihen, daß die von allen Ministern der öffentlichen Arbeiten eingegangenen Verbindlichkeiten einmal sich bestätigen möchten, und stellte den Antrag, daß der außerordentliche Credit von 200,000 Fr. verdoppelt werde, um die Arbeiten sogleich auf einem großen Fuße beginnen zu können. Dieser in Form eines Amendements gestellte Antrag ging, trotz der Einwendungen des Finanzministers, der die pecuniairen Schwierigkeiten des Augenblicks hervorhob, mit einer Majorität von einer Stimme zum großen Jubel der Maasbewohner durch. Gestern erlitt der Minister abermals eine Niederlage, indem trotz seines Einspruchs ein an sich unbedeutender Artikel angenommen wurde, und mußte dazu noch herbe Rügen über die Unordnung, welche das Brücken- und Straßenpersonal darbiete, von Mitgliedern der Linken wie der Rechten vernehmen. Hr. Rogier erhob sich namentlich gegen die Verfügung des Ministers des Innern, wonach ein Staatsingenieur als Vorstand einer anonymen Societät zur Urbarmachung der Campine die Bestätigung erhielt, obgleich kurz vorher der Minister der öffentlichen Arbeiten in Betreff eines andern Beschlusses, dem gemäß die Staatsingenieure für ihre Erfindungen kein Patent zu lösen befugt sind, ausgesprochen hatte, daß die Staatsdiener ihre Zeit und ihre Studien dem Staate zuzuwenden haben. Die Regierung habe hier eine Inconsequenz begangen, die von schlimmer Einwirkung auf die Staatsdiener sein müsse. Hr. de Bavay entgegnete, er sei der Ernennung des Ingenieurs Kummer fremd geblieben; der Minister des Innern, Graf de Theux, entschuldigte sich durch die ganz exceptionelle Stellung dieses Staatsdieners, der übrigens durch Annahme der Direction der besagten Gesellschaft die Interessen des Staatsdienstes in keiner Weise verletze. Hr. Rogier ergab sich nicht, und erklärte, daß, wofern der Minister seinen Beschluß nicht zurücknehme, er einen Antrag dahin stellen werde, daß den Ingenieurs des Brücken- und Straßenbaues untersagt werde, sich direct oder indirect bei anonymen Gesellschaften zu betheiligen, die ihre Industrie auf solchen Gebieten auszuführen hätten, auf denen dieselben ebenfalls öffentliche Dienste zu versehen hätten.

Schweiz.

Der Regierungsrath von **Luzern** hat die Schützengesellschaft dieser Stadt, deren große Mehrzahl aus liberalen Mitgliedern bestand, förmlich aufgehoben.

Moldau und Walachei.

o **Bukarescht**, 10. April. Nachdem für unsere schwer heimgesuchte Stadt alle Gefahr fast vorüber ist, beeile ich mich Ihnen zu berichten, welche außerordentliche Menschenliebe und Sorge um das Wohl seiner Unterthanen unser Fürst bei Gelegenheit dieses bedauernswerthen Ereignisses an den Tag gelegt hat. Von 2 Uhr an war er am Tage des Unglücks während der ganzen Zeit des Brandes an der Spitze der Hülfeleistenden, und mit allen Kräften wie der letzte seiner Untergebenen bemüht, dem Fortschreiten des verzehrenden Elements hindernd in den Weg zu treten. Ebenso haben die meisten der übrigen Edlen an jenem Tage ein wahrhaft lobenswerthes Benehmen gezeigt. Am andern Tag wurde ein außerordentlicher Staatsrath zusammenberufen, in welchem Folgendes beschlossen wurde: 1) müssen die Klöster am Orte ein Drittel, die Metropolis und das Bisthum ein Viertel, die auswärtigen Klöster ein Fünftel ihrer Einkünfte opfern. 2) Hat der Fürst selbst 10,000 Dukaten dargebracht und alle Beamten werden verbindlich gemacht, auf einen vollen Monatsgehalt Verzicht zu leisten; diejenigen, bei welchen er noch nicht 300 Grossie beträgt, bezahlen so lange den zehnten Theil, bis ein Monatsgehalt voll ist. Aus dem Handels- und Handwerkerstand sind 18 Männer gewählt worden, welche beauftragt sind, den Schaden an Waaren und Gebäuden abzuschätzen, damit die Regierung in den Stand gesetzt werde, die gänzlich Verarmten sowie auch die blos theilweise Abgebrannten zu entschädigen. Unter dem Hülfsverein befinden sich die angesehensten Leute aus dem Adel, dem Handelsstande und den Zünften, und in 3 Tagen sind bei demselben 2½ Mill. Grossie (nahe an 300,000 Thlr.) eingegangen. Ein anderer Verein von Adeligen hat sich noch außerdem gebildet — von denen mehre sehr namhafte Summen beigesteuert haben —, um bei allen den zahlreichen Adeligen von Haus zu Haus zu sammeln. Von der Regierung werden die Klöster verpflichtet, alle ihre Gebäude (ein großer Theil der Magazine, Gewölbe und Niederlagen ist Eigenthum der Klöster) binnen sechs Monaten fest und gut, in einstöckigen Gebäuden und geraden Straßen, wieder aufzubauen. Auch sind sie bereit, Gelder zu niedrigen Zinsen auszuleihen. Allen Behörden und Unterbehörden ist befohlen, Beiträge im ganzen Lande einzusammeln und an den Sultan ist eine Bitte ergangen, die einjährige Abgabe zu erlassen. Kurz die Regierung hat kräftige und durchgreifende Mittel ergriffen, um das Unglück so viel als möglich zu vermindern, und der Fürst hat einen tüchtigen und edeln Charakter gezeigt. Außerdem sind noch in der Stadt selbst alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung getroffen worden; Niemand z. B. darf nach zehn Uhr auf der Straße sein.

Türkei.

o **Konstantinopel**, 5. April. Eine ärgerliche Geschichte bildet jetzt das Tagsgespräch dahier. Nach dem Tode des Bischofs von Wana meldeten sich zwei Bewerber zu diesen Würden. Der Eine richtete sein Gesuch an Hamid-Bey, der Andere an Rifaat-Pascha. Jener bot 50,000, Dieser 100,000 Piaster. Die Patrone, gelockt durch solche Versprechungen, wendeten sich an den Patriarchen, und Jeder empfahl seinen Clienten. Der Patriarch aber, entweder mit den Patronen oder mit den Clienten unzufrieden, brachte die Sache in offener Synode zur Sprache; sie machte Lärm und wird Rifaat-Pascha, wahrscheinlich auch Hamid-Bey seine Stelle kosten. Denn die türkische Regierung ist jetzt sehr eifrig gegen derartige Misbräuche und möchte gern ihre Verwaltung in bessere Ordnung bringen und namentlich gegen auswärtige Bestechung sichern. Rifaat-Pascha wird abgesetzt oder zu einer Gesandtschaft verwendet werden. — Inzwischen gewinnt Rifa-Pascha, der Minister, der am eifrigsten das rein türkische Interesse vertrat, wieder an Einfluß, wie es denn natürlich ist, daß der Sultan einen so geschickten und ergebenen Diener nicht gern entbehren mag. Durch seinen Einfluß sind seine eifrigsten Anhänger, Rustem-Pascha und Zaraid-Mustafa, wieder in Gnaden gekommen.

Die Moldau und Walachei empfinden jetzt den russischen Druck am meisten. Leider ist der Hospodar Bibesco ein schwacher Mann, der Alles thut, um das gegen ihn eine Zeit lang entstandene russische Mistrauen zu tilgen, und sich zu dem Ende neuerdings mit der dem russischen Interesse ergebenen Familie Obrenovich verbündet hat. — Bekanntlich beschäftigt sich die Pforte mit der Errichtung einer Handelsstraße nach Persien. Die russische Regierung, die sich anschickt, die Türkei nach und nach zu verschlingen, indem sie sie an allen Punkten angreift, möchte gern den Weg von Trebisond ablenken und über Redut-Kaleh leiten, von wo die Russen eine recht gute Straße nach Persien angelegt haben.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus **Neuyork** vom 31. März schreibt man der Weser-Zeitung: „Der Abfahrtstag des Dampfschiffs Washington für seine erste Reise nach Bremen ist abermals um vier Wochen ausgesetzt und vom 1. Mai auf den 1. Jun. verlegt worden. Es war unmöglich, das gigantische Schiff bis zum ursprünglich anberaumten Termine vollkommen seefertig zu machen, da man entschlossen war, nicht eher abzusegeln, bis nicht Alles durchaus in vollständigster Ordnung sei. Der Washington wird seine Rückreise von der Weser am 25. Jun. antreten. — Das wichtige, vom Congreß erlassene Einwanderergesetz wird am 31. Mai in Kraft treten, für alle Schiffe nämlich, welche von Häfen diesseit des Caps der guten Hoffnung hier einlaufen. Der Termin ist auffallend kurz genommen und wird drüben manche Verlegenheiten verursachen. — Auch die Legislatur des Staats Neuyork in Albany beschäftigt sich mit einem Einwanderungsgesetze. Am 29. März fand hier eine öffentliche zahlreiche Versammlung statt, welche ein Comité erwählte, um für die Beschleunigung dieser Bill zu wirken, und zwar in der Gestalt, daß von jedem Einwanderer ein Kopfgeld von 1 Doll. erhoben und der Ertrag dieser Taxe einen besondern zur Unterstützung armer Einwanderer zu verwendenden Fonds bilden solle. Nur für arbeitsunfähige und siechе Individuen soll Bürgschaft gefodert werden. — Auch die deutsche Adelscolonie in Texas scheint von den constitutionellen Fortschritten im alten Deutschland etwas mit zu verspüren. Aus Neubraunfels, bekanntlich dem Hauptplatze dieser Colonie, enthält der Anzeiger des Westens ein Schreiben vom 6. Jan. 1847, welches von einer übrigens glücklich überstandenen Krisis dieser neuen Ansiedelung Bericht gibt. Durch Hrn. Henry Fischer, einen der Herren, welche mit dem Vereine den bekannten Vertrag wegen Ueberlassung ihres Grants gemacht haben, wurde unter den Emigranten bekannt, daß, wenn der Verein die Ländereien im Grant nicht vor Ende August 1847 vermessen hätte, das Recht des Vereins auf den Grant erloschen sei. Diese Nachricht brachte die Emigranten in Besorgniß. Sie versammelten sich in Masse, zogen vor das Vereinsbeamtenhaus und stellten durch ein Comité eine Reihe von Foderungen an Hrn. v. Meusebach, den Director der Colonie, wodurch den Ansiedlern eine Art Verfassung und die „Wahrung ihrer Rechte“ zugesichert wurde. Hr. v. Meusebach mußte sich verpflichten, die Vermessungen im Grant schnellstens vornehmen zu lassen und den Besitzern von Stadt- und Landlots hinreichende Sicherheit für ihren Besitz zu geben. Ferner sollte Hrn. Fischer Einsicht in die Contracte und einem von den Emigranten ernannten Comité die Wahrung ihrer Interessen gestattet werden. Weiter foderte man von Hrn. v. Meusebach authentische Erklärungen über mehre specielle Angelegenheiten: ob der Prinz Solms den bei der Stadt Neubraunfels gelegenen Wald vom Verein erkauft, der Stadt geschenkt oder blos die Nutznießung zugesagt habe u. Endlich solle Hr. v. Meusebach seinen früher dem Vereine gemachten Antrag, seine Stelle niederzulegen, jetzt auf den Antrag der Emigranten wiederholen. Alle diese Artikel (datirt vom 31. Dec. 1846), fügt der Anzeiger des Westens hinzu, unterzeichnete Hr. v. Meusebach. Wie man eine Hand umwendet, meint der Correspondent, hätte man Hrn. v. Meusebach gelyncht, hätten die Vernünftigern nicht zurückgehalten. Glücklicherweise ist aber noch Alles friedlich abgelaufen, und direct aus Neubraunfels kommende spätere Briefe bringen die erfreuliche Kunde, daß dieser Platz zunehmend aufblüht, seitdem die Bewohner unabhängiger dastehen und sich mehr mit den Amerikanern mischen. — Dr. Seidensticker hat, gezwungen durch manche Unannehmlichkeiten seiner Stellung, die Redaction des Philadelphier Demokraten mit der Nummer vom 23. März aufgegeben.“

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 23. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 120 bezahlt und G.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 98 G.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 G.; Löbau-Zittauer 59 Br., 58 G.; Magdeburg-Leipziger 197½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 89½ Br., 89 bezahlt; Altona-Kieler 107¾ Br., 107¼ G.; Pesther 99 Br.; Dessauer Bankactien 100¼ Br., 100 bezahlt und G.

Eisenbahn. Bei der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn soll, nachdem bekanntlich der frühere Director Schill als Director der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn abberufen worden ist, der seitherige Regierungsrath v. Burgsdorff zu Leipzig von Seiten der Regierung in das Directorium eintreten. (Dr. J.)

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Vierte Ziehung am 23. April. 50,000 Thlr.: Nr. 30,698; 1000 Thlr.: Nrn. 2936, 7106, 8862, 10,758, 11,479, 11,803, 11,940, 13,746, 17,153, 20,573, 24,022, 26,341, 32,638 und 35,729. (Nächste Ziehung am 26. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 23. April früh 7 Uhr: 2° 14″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 19. April. 2½pc. Int. 58⅛; Russ. 5pc. Hope 105¼; 4½pc. Handelsg. 172¾. Frankfurt a. M., 21. April. Oestr. Bkact. 1898; 250 Fl. L. 118⅜; 500 Fl. L. 153¼; Bair. 3½pc. 98½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25; Sard. 36; Kurhess. 32¼. London, 17. April. 3pc. Cons. 86⅞; Port. 3pc. 35; Span. act. 25⅛; 3pc. 30⅜; Holl. Int. 58½. Wien, 20. April. Bkact. 1577; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 97¼; 3pc. 68; 500 Fl. L. 153; 250 Fl. L. 118¼.

Actien. Frankfurt a. M., 21. April. Taunusb. 359; Nordb. 71½; Berb. 91½. Wien, 20. April. Nordb. 166½; Gloggn. 121½; Mail. 108¾; Livorn. 90½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 22. April. Seehandl.-Prämsch. 95½ Br., 3½pc. Staatsch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 92¼ Br., ostpr. 93½ Br., pomm. 93¾ Br., schles. 96⅛, 4pc. posensche 101½, neue 3½pc. 91⅜ Br., kur- u. neumärk. 95; Louisdor 111⅛, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92 Br., Berl.-Anh. 110 Br., Berl.-Hamb. 4pc. 106¾, Prior.-Act. 4½pc. 96¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101¼ Br., Berl.-Stett. 107¼ Br., Cöln-Minden 4pc. 89⅝, Crak.-Oberschl. 4pc. 76, Düsseld.-Elberf. Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107¼, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101¼, Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103⅛ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 84¼ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾, Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 84 Br., Zarskoje-Selo 70 Br. — Quittungsbogen: Aachen-Mastr. 81½, Berg.-Märk. 4pc. 81, Berl.-Anh. 96⅛, Cöln-Minden 4pc. 89¼, Magd.-Wittenb. 82⅓, Mail.-Bened. 4pc. 110¾ Br., Mecklenburg 72½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70⅞ Br., Pos.-Starg. 4pc. 82½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98⅛ Br., Ung. Centralb. 4pc. 99 Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾ Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 92¾, (neue) 4pc. 92¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93¼, Bkeert. Zinsl. 16⅝, Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85½ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31⅛, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅛, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½ Br.

Leipziger Börse am 23. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.			Königl. Sächs. Staats-Papiere *)			
pr. 250 Fl. S.	2 Mt.	139⅝	—	à 3 % im 14 Thlr. F. v. 1000 u. 500 Thlr.		90⅛	—
Augsburg	k. S.	102⅜	—	à 4 % im 14 Thlr. F. kleinere		—	—
pr. 150 Cr. S.	2 Mt.	—	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe			
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 3½ % im 14 Thlr. F. v. 1000 u. 500 Thlr.		91⅛	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 4 % im 14 Thlr. F. kleinere		—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111⅜	—	Königl. Preuss. Bremer Credit			
Leor. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	Kassenscheine			
Breal. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 3½ % im 14 Thlr. F. v. 1000 u. 500 Thlr.		99	—
pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 4 % im 14 Thlr. F. kleinere		—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—	Leipziger Stadt-Obligationen			
pr. 100 Fl. in 24 X.	2 Mt.	—	—	à 3½ % im 14 Thlr. F. v. 1000 u. 500 Thlr.		91	—
Hamburg	k. S.	—	150⅜	à 4 % im 14 Thlr. F. kleinere		—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	—	150⅜	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %			
London	2 Mt.			à 500 Thlr.		—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 21⅛	—	à 100 u. 25		—	—
	k. S.	—	—	dto. landsch. dto. à 3½ %		—	—
Paris pr. 300 Frcs	2 Mt.	79⅝	—	dto. dto. à 3½ %		—	—
	3 Mt.	79	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-Obl. à 3½ %		103⅝	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	103⅛	—	St.-Prämien-Sch.-Schein			
Cour. 20 kr.	2 Mt.	—	—	à 3½ % in Pr. Crt. pr. 100		—	99⅛
				Bamb. Ferner-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)		—	—
				K. K. Oestr. Metall. pr. 100 fl. Conv.			
Augsund. à 5 Thlr. à ½ Mk.				à 5%		100	—
Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100		—	—	à 4% laufende Zinsen		98	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—	à 3½% in 14 Thlr. F.		—	—
idem . . . . . auf 100			—	à 3%			
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . . auf 100		—	11⅛	Actien d. W.-B. pr. St. à 100 Thlr.			
Holl. Duc. à 3 Thlr. „ d°.		—	0⅝	Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr. pr. 100		—	172
Kaiserl. d°. d°.		—	0⅝	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Thlr. pr. 100		—	120
Breal. d°. à 65⅓ Aa „ d°		—	0⅝	Sächs.-Bair. d° pr. 100		—	85⅛
Passir d°. d°. à 65 Aa d°.		—	6	Sächs.-Schles. d° pr. 100		—	98
Conv.-Spec. u. Gld. d°.		—	—	Chemn.-Ries. d°. pr. 100		—	59
neue 10 u. 20 Kr. d°.		3⅝	—	Leipz.-Lnst. d°. pr. 100		—	98
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div.			
Silber d°. d°. d°.		—	—	Sch. d° pr. 100		—	197⅛

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Unsern Geschäftsfreunden beehren wir uns die Anzeige zu machen, daß der im Jahre 1840 erfolgte Gesellschaftsbeschluß, unser Geschäft zu liquidiren, in der am 17. v. M. in Leipzig gehaltenen Generalversammlung einstimmig widerrufen, und die Fortsetzung unsers Geschäftsbetriebes beschlossen worden ist.

Wir empfehlen daher unsere Maschinen für Streich-, Kammgarn- und Baumwollen-Spinnerei, die Schönherr'schen patentirten Webstühle, unsere für jeden Modellguß eingerichtete Gießerei und Cylinderwerkstatt, und werden wir jeden Auftrag mit gewohnter Promptheit und Accuratesse ausführen.

Sämmtliche Mitglieder unserer Gesellschaft aber haben wir zu benachrichtigen, daß Herr **Wilhelm Gross** in Leipzig aus unserm Ausschusse freiwillig ausgeschieden ist, und daß Herr **Bethmann-Lähne** daselbst in Folge vorgängiger Wahl die Stelle eines Ausschußmitgliedes bei unserer Gesellschaft angenommen hat.

Chemnitz, den 20. April 1847.

Directorium der Sächsischen Maschinen-Bau-Compagnie.

[1614—15] Dr. **Friederici** sen. auf Gaschwitz. **H. Wolfram.**

Leinen- und Baumwollengewebe-Commissionslager-Gesuch.

Solide sächsische und schlesische Leinen; Creas-Handtücher-, Tischgedecke-, Servietten- und Schneidezeuge; Barchent, Federleinen und diverse andere baumwollene Stoffe werden von einem Handlungshause en gros und en détail, in einer lebhaften Residenzstadt der sächsischen Fürstenthümer in Commission zu nehmen gesucht. Der seit einem halben Jahrhundert unter dem besten Rufe bestehende schwunghafte Betrieb dieses Hauses wird keinen Zweifel über Vertrauen zu demselben zulassen. Bezügliche portofreie Offerten, unter Chiffre L. S., befördert die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1633]

Bedeutender Nachlaß-Verkauf!

Von den Erben eines jüngst verstorbenen Leinen- und Tischzeug-Fabrikanten, welche das Geschäft nicht fortführen können (indem die Theilung schon den 15. k. M. geschehen muß), müssen nachstehende Waaren bis auf das letzte Stück, wo noch nicht der **Garnpreis** berechnet wird, verkauft werden. Demnach wird verkauft im engros und detail:

Beweise der Hauptartikel:

Schwere Creas-Leinen 60 Ellen zu 4½ — 5 Thlr.;
" feine Brabanter-Leinen, 70 Ellen von 5½ — 9 Thlr., ¼ breit;
" Zittauer- und Greifenberger-Leinen, 70 Ellen zu 7, 8, 10 und 12 Thlr.;
" Herrnhuter-Leinen, 100 Ellen für 7½ — 9 Thlr.;
" Oberhemden-Leinen, 70 Ellen zu 13 — 17½ Thlr.

Diese Leinen werden 6, 8 — 15 Thlr. unter dem wahren Fabrikpreise weggegeben.

Schwere **Handtücherdrelle** bis zu den feinsten in Damast a Elle von 10 Pf. an. **Tischtücher in den schönsten Dessins** 2½, 3, 4 und 6 Ellen lang, schwerster Qualität, das Viertelduzend zu 27 Ngr. bis 4⅔ Thlr. Feine Tischservietten, 12 Stück für 1⅓ — 2⅔ Thlr. Tisch- und Kommodendecken in **Damast** a Stück von **10 Ngr.** an. **Leinwand** in Ellen sind schon die Elle zu 2½ Ngr. **Doppelte Atlas-Damast-Gedecke mit 12 und 6 Servietten** à 2⅔, 3, 5, 6, 8 — 16 Thlr. Feinste **Damentaschentücher**, 12 Stück für 15 Ngr. bis 6 Thlr.

Nachstehende **Manufacturgegenstände** mußten wir von unserm Gläubiger für unser eignes Fabrikat annehmen; wir erlassen daher solche bedeutend unter der Hälfte des Kostenpreises, als: eine Partie **neuesten Sommerbuckskin** in Hell und Dunkel, a Elle 6, 7½ — 10 Ngr. Eine große Auswahl nach der neuesten Mode angefertigter **Sommerbuckskin-Beinkleider**, à 1⅔ Thlr., wo Niemand im Stande ist den bloßen Stoff dafür zu kaufen. Neueste **Westenstoffe** in den beliebtesten Dessins, à Stück 15, 20 und 25 Ngr., 1 — 1½ Thlr.; geringere Gattungen zu 7½ — 10 Ngr. **Große, schwere, schwarzseidene Halstücher**, à Stück **22½ Ngr., 1, 1⅙, 1¼** und **1½ Thlr.** Weiße und rothe Bettdecken, Fadenleinen und Bettzeug erstaunend billig. NB. Wiederverkäufer und Abnehmer von mehren Partien einen angemessenen Rabatt. **Aufträge von außerhalb** mit beigefügtem Betrage werden prompt und reell ausgeführt. Verkaufs-Local:

Ritterstraße Nr. 13 parterre, 2. Haus vom Ritterplatz.

Friedr. Eduard Schneider, sonst Joh. Benj. Böttcher,

Hainstrasse Nr. 2/340 in Leipzig.

empfiehlt sein vollständig sortirtes Lager von Englischen, Französischen, Iserlohner, Solinger, Nürnberger und andern kurzen Waaren zu den billigsten Preisen, als:

alle Arten Bronzebeschläge, Capitäler, Rosetten, Schlüsselschilder, Meubles- und Gardinenverzierungen, Glockenzüge, Wandhaken, Schraubknöpfe und Ringe, Knopfnägel, Bildernägel, Polsternägel, Tisch- und Bettrollen, Reißzeuge, Zirkel, messingene Leisten, Tisch-, Feder-, Taschen- und Rasirmesser, Scheeren, Lichtputzen, Compositionslöffel, Leuchter, Einsatzgewichte, Mörser, Schlittenschellen, Schnallen, Geschirr-Rosetten u. dgl.; sowie englische Feilen, Hobeleisen und alle Arten Werkzeuge für Holz- und Metallarbeiter. Alle Sorten Haus-, Stuben-, Riegel- und Vorlegeschlösser, Bänder, Schubriegel und viele zum Bauwesen erforderliche Gegenstände. Steirische Futterklingen, Sensen, Sicheln, Feilen und Schuhmacherwerkzeug. Wiener Bimsstein, Kalk in Flaschen, Instrumentkapseln, Stegstifte, Claviersaiten und verschiedene Gegenstände für Instrumentbauer. Stiefeleisen, Stifte, Schrauben, alle Arten Baunägel und jede Größe von Schraubstöcken, Ambose, Sperrhörner, Wagebalken und passauer Schmelztiegel. Alle Sorten englischer Stahl, nebst vielen andern Artikeln. [1468—69]

Contra Simon.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Sind die zum vereinigten Landtag einberufenen Stände competent?

Ein

Beitrag zur Lösung

der

ständischen Frage

von

R. v. Bardeleben.

Preis 3 Ngr.

Leipzig, den 23. April 1847.

[1577—79] ***Wilhelm Jurany.***

Bei **E. Keil & Comp.** in Leipzig ist erschienen:

Die

Preußische Verfassung

und

die Stimmen der Oeffentlichkeit.

Eine Sammlung der wichtigsten

nicht preußischen

Journalartikel.

Geh. 10 Ngr.

Wir empfehlen diese Schrift allen Denjenigen, welche ein wahres und kräftiges Wort über die preußische Verfassung hören wollen. [1480]

Das Lager des vorzüglichsten, reinsten und bouquetreichsten

Eau de Cologne triple à Dutzend 4 Thlr.

befindet sich bei

Joh. Ernst Weigel.

[1598—1600] Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Porzellan-Schmelz-Farben aus der Fabrik der Herren Geltner & Comp. in Schneeberg empfiehlt zu den Fabrikpreisen

Friedrich Eduard Schneider,

[1467] Leipzig, Hainstraße Nr. 2.

Die hier anwesenden HH. Actionaire der

Deutschen Elsenbahn-Schienen-Compagnie

können die neueste Mittheilung des Directoriums in Empfang nehmen bei dem Agenten

Joh. Ernst Weigel.

[1691—2] Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig.

Echt römische Saiten

in allen Stärken in frischer haltbarer Qualität empfehlen **Gebrüder Holzschuher** aus **Schleiz**, Leipzig, Markt, 1ste innere Reihe.

Ein- und Verkauf von Edelsteinen und Perlen

bei ***H. Marcus Oppenheimer & Kirchberg***, Juweliere aus Frankfurt am Main, **Brühl Nr. 70/454**, der Reichsstraße über. [1624—29]

Die Kurzwaaren- und Pfeifen-Schlauch-Fabrik von August Falck,

vormals ***Hammerfeldt & Falck*** aus **Berlin,**

ist diese Messe **Neumarkt Nr. 42** neben den Herren Hammer und Schmidt. [1388—1407]

Imperial-Pflaumen in Cartons

empfehlen [1563—64]

Hentschel & Pinckert.

Leipzig, den 24. April 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 199.

Inhalt: Preußens Eintritt in die Reihe der constitutionellen Staaten. — Die deutsche Preßfrage. — Wochenschau. — Die Auswanderung nach Australien. — Eisenbahnchronik. — Wie kann Leipzig seine Bedeutung als Meß- und Handelsplatz bewahren? — Verlegung der Weinreben in der Champagne. — Der Milzbrand beim Rindvieh. — Landwirthschaftlicher Centralcongreß in Paris. — Landwirthschaftliche Gesellschaft in Rom. — Dorfgespräche. — Kleinkinderbewahranstalten. — Die Schweizer-Gesellschaft zu Leipzig. — Bilder aus dem Leben: Der Traum eines Gourman. — Vorsicht ist zu allen Dingen nütze. — Schach. — Rebus.

Abbildungen: Portrait Sr. Majestät König Friedrich Wilhelm's IV. von Preußen. — Das königl. Schloß in Berlin. — Die Domkirche in Berlin. — Die katholische Hedwigskirche in Berlin. — Hobarttown auf Vandiemensland. — Landschaft auf Vandiemensland. — Ein Auswandererschiff. — Das Mitteldeck eines Auswandererschiffs. — Plan der Verbindungsbahn des sächsisch-baierischen Bahnhofs mit dem leipzig-dresdener und leipzig-magdeburger Bahnhofe. — Die neue Waarenhalle zu Basel. — Die Handelsbörse zu Newyork. — Der Traum eines Gourmand. — Vorsicht ist zu allen Dingen nutze. — Schach. — Rebus.

Preis 5 Ngr.

Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen.

Leipzig, J. J. Weber. [1637]

Die **Schuhfabrik** von **H. A. Gottschalk** aus Erfurt hat ihren Stand wie früher, **Auerbach's Hof**, Gewölbe Nr. 14. [1612—13]

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Sonnabend den 24. April, außerordentlich große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Die Vorstellung beginnt mit einer Contredanse française, geritten von vier Herren und vier Damen. — Verschiedene neue Productionen der höhern Reitkunst. — Zum Beschluß der Vorstellung zum ersten Male:

Graf Polowsky oder die Verbannung Mazeppa's,

große historische Pantomime aus der politischen Geschichte, mit Evolutionen und Gefechten zu Fuß und zu Pferde.

Personen.

Graf Polowsky	Hr. Schumann.	Chef der Kosacken	Hr. Henry.
Gräfin Polowska	Mad. Renz.	Kosacken	Hr. Hermann.
Mazeppa, Page des Grafen	E. Renz.		Hr. Pierre.
Malucha, Vertrauter des Grafen	Hr. Felsenmeier.		Hr. Quality.
Polowsky,	Hr. Tourniaire.		Hr. Charles.
Miskolowsky, Jäger	Hr. Weber.		Hr. Victor.
Seterowitz,	Hr. Alexander	Diener und Gefolge des Grafen.	

Zum Schluß der Pantomime wird das Pferd Mazeppa's auf einer Bahre durch 26 Mann im Triumph bei bengalischer Flammenbeleuchtung herumgetragen. Die Zwischenpausen werden die Komiker Herren Quality und Charles auf das angenehmste auszufüllen suchen.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

[1591] ***E. Renz***, Director.

Gute Platina-Bündschwämme empfehlen **Gebrüder Holzschuher** aus **Schleiz**, Leipzig, Markt, 1ste innere Reihe.

Musikalien-Verkauf

Leipzig, Preußergäßchen Nr. 5, beim Antiquar **Jänich.** [1430—32]

J. D. Urner & Co.

aus ***Elberfeld.*** [1340—51]

Seidene, halbseidene und halbwollene Waaren

eigner Fabrik.

Salzgäßchen Nr. 7/408 erste Etage.

F. August Behrens jun.

in ***Magdeburg***

(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Linniren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 100 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von verschiedener Länge in Einem Zuge. [1517—26]

Zu **Consignationen, Expedition, Incasso, Agentur- und Commissions-Geschäften** halte ich meine Adresse bestens empfohlen.

[1592—97] **Joh. Ernst Weigel,**

Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Argentanblech und Draht in allen Nummern aus der Fabrik der Herren Geitner & Comp. in Schneeberg empfiehlt

[1466] **Friedrich Eduard Schneider,**

Leipzig, Hainstraße Nr. 2.

Sonntag den 25. April, Vormittags 11 Uhr,

CONCERT

zum Besten der Armen

im Saale des Gewandhauses

zu Leipzig.

In diesem Concerte, für welches Herr Musikdirector Gade die Direction, Fraul. Schwarzbach und die Herren Behr, Cossmann, David und Pasqué ihre Mitwirkung zuzusagen die Güte gehabt haben, werden folgende Musikstücke zur Ausführung kommen.

Erster Theil:

1) Ouverture zum „Freischütz" von C. M. v. Weber. — 2) Duett aus „Belisario" von Donizetti, gesungen von Fraulein Schwarzbach und Herrn Behr. — 3) Trio für Pianoforte, Violine und Violoncell von L. v. Beethoven, vorgetragen von den Herren Breunung, Concertmeister David und Cossmann. — 4) Duett aus der „Vestalin" von Spontini, gesungen von den Herren Pasqué und Behr. — 5) Phantasie für Violoncello über ein Thema von Fr. Schubert, von Servais, vorgetragen von Herrn Cossmann.

Zweiter Theil:

Symphonie von L. van Beethoven, Nr. 7. A-dur.

Eintrittsbillets zu 20 Ngr. sind in der Musikhandlung des Herrn **Fr. Kistner** am Naschmarkt und beim Kastellan im Hofe des Gewandhauses, Sperrsitzmarken zu 5 Ngr. nur in der **Kistner**'schen Musikhandlung zu bekommen. [1636]

Leipzig, den 22. April 1847.

Die Concert-Direction.

Bitte für Bukarest.

Ein großes Unglück hat Bukarest betroffen! Eine vom Sturm schnell weiter getragene Feuersbrunst vernichtete einen beträchtlichen Theil dieser Handelsstadt und die Habe vieler Tausend Bewohner.

Dieses beklagenswerthe Ereigniß ist an und für sich schon ein harter Schlag für die Stadt, aber auch dessen weitere Folgen dürften um so empfindlicher sein, wenn eine Unterbrechung der sonst so gesegneten Handelsverhältnisse dieses Stapelplatzes für die östlichen Länder daraus hervorginge.

Rasche Hülfe thut hier noth, und obwol die Mildthätigkeit aller Menschenfreunde wol nie so vielseitig beansprucht wurde als in jetziger schwerer Zeit, so wagen wir doch in Hinblick auf die Größe des Unglücks sowol unsere Mitbürger als auch den die hiesigen Messen besuchenden auswärtigen Handelsstand um Beiträge zur Linderung der großen Noth zu bitten, hoffend, daß die vielfachen Beziehungen, in denen Beide direct und indirect zu der schwer heimgesuchten Stadt stehen, unsere Dringlichkeit genügend rechtfertigen werden.

Mit Vertrauen auf Gott und gute Menschen sehen wir einer geneigten Berücksichtigung unsers Gesuchs entgegen und werden für richtige Beförderung der uns anvertrauten Mittel Sorge tragen, sowie deren zweckmäßige Verwendung nach Kräften zu fördern suchen.

Leipzig, Ostermesse 1847.

L. Behrens & Söhne. Gebrüder Felix. Frege & Co. H. B. Oppenheimer. Constantin Pappa. S. G. Schletter. G. Theochar & Sohn.

[1634]

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 114. (24. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag.
Handel und Industrie. *Aus Sachsen. Der Postverein.
Ankündigungen.

Preußen.

Nach dem Vortrage des Fürsten v. Lichnowsky (Nr. 113) in der Sitzung des Vereinigten Landtags am 15. April ergriff der geh. Staatsminister Graf v. Arnim das Wort und sprach:

„Durchlauchtigster Marschall! Das Wort des Redners, den wir soeben vernommen, welches mir den meisten Anklang in der Versammlung zu finden schien, war das: «Wir wollen Wahrheit, klare Wahrheit sagen!» dem schließe ich mich aus voller Seele an; aber ich füge hinzu, wir wollen auch gewissenhaft nur Das sagen, was wir als genaue Wahrheit erkennen. Die Adresse, welche uns vorliegt, zerfällt, wie ich sie auffasse, in drei wesentliche Theile. Der erste Theil umschließt die beiden ersten Alinea und enthält den Dank an Se. Maj.; der zweite Theil enthält eine Erklärung, welche, wie der Schluß lautet, dienen soll, die ständischen Rechte zu wahren; der dritte knüpft daran Aussichten auf die weitere Entwickelung des Baues, der vor uns liegt, und auf die Einigkeit in seiner Fortentwickelung zwischen Sr. Maj. und seinem Volk. In Bezug auf den ersten Theil beseelt uns vor Allem das gleiche Gefühl, nicht allein, daß der Dank ausgesprochen werden müsse, sondern daß er auch so warm ausgesprochen werde als möglich. Es ist von einem Redner geäußert worden, daß ihm die Worte nicht warm, nicht lebhaft genug erscheinen. Indessen ehre ich die Fassung, die die einmal gewählte Commission dem Danke gegeben hat, und hege die Ueberzeugung, daß Se. Maj. das wahre Gefühl eines tiefen Dankes erkennen werde. Ich wende mich also zum zweiten Theile, von dem ich allerdings bemerke, daß er mir aus verschiedenen Gründen, die ich zu erörtern genöthigt bin, große Bedenken erregt, daß ich ihm nicht in seinem ganzen Umfange beitreten kann. Zu dem dritten Theile, welcher den Schluß der Adresse berührt, bemerke ich, wie mir hier nichts enthalten zu sein scheint, was in der Versammlung Bedenken erregen könnte, sich ihm anzuschließen. Ich komme also auf den zweiten Theil der Erklärung des Berichts, die Wahrung der ständischen Rechte, zurück und bitte für diesen Theil die hohe Versammlung, meinen Erörterungen folgen zu wollen.

Ich halte die Art der Verwahrung, wie sie vorliegt, für eine specielle Aufführung derjenigen Rechte, welche aus den frühern ständischen Gesetzen hergeleitet werden. Eine solche Aufführung dieser Rechte halte ich nicht für nöthig. Ich glaube, daß sich derselbe Zweck auf einem andern Weg erreichen lasse, den ich später vorzuschlagen mir die Ehre geben werde. Ich halte aber auch diese Ausführung, wie wir sie hier vorliegen haben, nicht für vollständig genügend begründet, nicht für reif genug, um Sr. Maj. als Ausdruck des ganzen Vereinigten Landtags vorgetragen zu werden; ich halte sie endlich drittens, ich sage es offen, für schädlich in dieser gegenwärtigen Form. Daß sie nicht nöthig sei, erlaube ich mir dadurch zu unterstützen, daß ich die Frage stelle, ob, wenn in voriger Sitzung die Frage der Adresse verneint worden wäre und der Landtag sich entschieden hätte, keine Adresse an Se. Maj. zu richten, ob deshalb wol die Rechte der ständischen Versammlung irgendwie verändert worden wären. Ich glaube, nein. Ich glaube, daß, wenn das Bewußtsein oder die Ansicht in den Mitgliedern des Landtags lebte, daß zwischen den ältern Gesetzen und den Verordnungen vom 3. Febr. d. J. Verschiedenheiten stattfinden, die ihre Rechte verletzen, diese Ansicht eben so frei und mit gleicher Wirkung hätte ausgesprochen werden können, es hätte eine Adresse erlassen werden mögen oder nicht. Ich gehe weiter. Wenn nun eine reine Dankadresse votirt worden wäre, die nichts von diesen Erklärungen enthalten, wie hätte daraus gefolgert werden können, daß die Stände sich ihrer Rechte begeben wollten? hätte diese Dankadresse eine formelle Acceptation, die jede weitere Erörterung abgeschnitten hätte, gegeben? ich glaube, nein. Wir haben hier nicht mit kleinen Rechten und Regeln des Privatverkehrs, sondern wir haben es mit Deutung großartiger politischer Ideen zu thun, und ich bin überzeugt von unserm König und Herrn, daß er sich nicht verschanzen wird hinter kleinen Rechtsbehelfen, und so möge auch die Versammlung sich nicht daran klammern. Deshalb erachte ich eine Verwahrung in dieser Form nicht für nöthig. Ich bemerke aber auch, daß ich sie nicht für vollständig begründet, nicht genügend vorbereitet, nicht für reif zum Beschlusse halte, um als Ansicht und Ausspruch des Vereinigten Landtags hingestellt zu werden, und das müßte sie sein, wenn sie die Wahrheit und nicht mehr als die unbestrittene Wahrheit sein sollte. Es können Gefühle in der Versammlung sich bewegen, es können Ansichten darin obwalten, von denen man nach einer vorläufigen Austauschung und Besprechung wol sagen kann, Dieses oder Jenes müsse Ansicht der Versammlung sein; aber um Sr. Maj. dem Könige zu sagen, es ist die Ansicht der Versammlung in gesetzlicher Weise, dazu gehört die auf einem besonnenen gesetzlichen Wege gewonnene Ueberzeugung. Betrachten wir den Theil der Adresse, von dem ich sprach, so finden wir, daß sie eine Aufzählung gewisser Bestimmungen ständischer Gesetze früherer Zeit enthält und daran Folgerungen knüpft; er sagt zunächst, daß die jährliche Rechnungslegung, welche den Reichsständen zugesichert ist, ihre periodische Einberufung verlangt. Ihre periodische Einberufung ist, ich erkläre es offen, auch mein Wunsch und meine Ansicht. Wenn eine reichsständische Versammlung wohlthätig wirken soll, muß sie periodisch wiederkehren. Aber, meine Herren, ich ehre auch die Meinung Derjenigen, welche diese Ansicht nicht theilen, und ist denn die Frage schon entschieden, ob der gesammte Vereinigte Landtag diese Ansicht in der Weise theile, wie sie nach meiner Angabe maßgebend sein soll? Noch vielmehr könnte die Frage zweifelhaft sein, ob denn aus der periodischen Zusammenberufung der Reichsstände zur Rechnungslegung etwas Weiteres folge als eben die Abnahme der Rechnung, und wenn man also auf diesen Punkt ein solches Gewicht legen will, um sie als Verwahrung einzulegen, so muß man sich auch auf die andere Seite stellen, auf welcher gesagt werden kann: «Dann könnt ihr auch nichts weiter verlangen, als blos für die Rechnungslegung versammelt zu sein.» Ich muß erklären, daß ich nicht für solche Deuteleien bin, aber man darf auch zur Verwahrung und Clausulirung aus ältern Gesetzen nicht Folgerungen herleiten, die darüber hinausgehen. Es ist ferner der Punkt wegen der Domainen berührt worden; ich beziehe mich darauf, daß in der Versammlung sich die eine Ansicht über Auslegung der Bestimmung, im Ministerium die andere Ansicht geltend gemacht hat, und ich frage, ob wir vorbereitet genug sind, um darüber unsere Ansicht Sr. Maj. dem Könige vorlegen zu können. Ich habe zwar eine Ansicht darüber, aber sie ist noch nicht befestigt genug, daß ich sie dem Landtag empfehlen könnte, dazu bedarf es auch Erörterungen, Entwickelungen, Debatten und Beschlußnahme. Keins von alle Dem ist geschehen. Es ist ferner gesagt, daß, weil den Provinziallandtagen, so lange keine allgemeinen Ständeversammlungen bestehen, die allgemeinen Gesetze vorgelegt werden sollen, so dürften ihnen, nachdem diese bestehen, keine allgemeinen Gesetze mehr vorgelegt werden. Ich wiederhole es, ich ehre die Ansicht, die dies folgert, ich kann ihr aber nicht folgen, sie geht zu weit; denn es findet sich eine Bestimmung, die da sagt: «So lange keine allgemeine ständische Versammlung besteht, dürfen die Provinziallandtage verlangen, daß nicht ohne ihre Berathung ein allgemeines Gesetz gegeben werde»; daraus ist nicht zu folgern, daß, wenn sie besteht, nun auch dergleichen Gesetze den Provinziallandtagen nicht mehr zum definitiven Rathe vorgelegt werden können. Ich glaube wenigstens einen Theil der Versammlung für diese Ansicht in Anspruch nehmen zu können, und das genügt, um zu zeigen, daß die entgegengesetzte Ansicht nicht als Ansicht des Landtags mit Recht Sr. Maj. dem Könige vorgelegt werden kann; viertens ist gesagt, daß der Vereinigte Landtag in dem ihm als reichsständischer Versammlung übertragenen Functionen durch andere ständische Körperschaften rechtskräftig nicht vertreten werden könne; ich glaube mich der Zustimmung der hohen Versammlung fast versichert halten zu dürfen, wenn ich behaupte, daß hierin die Adresse zu weit geht, wenn sie dem Vereinigten Landtage ein Recht beschränkt, welches ich ihm zu vindiciren mich verpflichtet halte. Ich glaube, daß, wenn der Landtag in seiner Machtvollkommenheit einem Theil desselben irgend eine Function speciell überträgt, dieser unbedingt mit Vollmacht versehen ist, zu handeln an Stelle seines Machtgebers, und ich zweifle nicht, daß im Laufe der Jahre der Landtag wol in die Lage kommen kann und wird, Einzelnen aus seiner Mitte Vollmachten zu ertheilen, die nicht für den ganzen Umfang seiner Rechte, sondern für einzelne Rechte gelten. Wenn gegenwärtig, noch auf den dritten Punkt kommend, ich die Adresse in dieser Fassung für schädlich erkenne, so muß ich bemerken, daß, wenn die Versammlung meiner Ansicht beitreten sollte, daß die Beschlüsse noch nicht vollkommen reif seien, daß die Folgerungen sich noch nicht als eine unumstößliche Ansicht des Vereinigten Landtags ergeben haben, daß es dann gewiß schädlich ist, nicht vollkommen reife Ansichten in die Adresse an Se. Maj. aufzunehmen, und ich komme auf die Frage zurück: halten wir es für möglich, diese Beschlüsse im Laufe der Adreßdebatte zur Reife zu bringen? Müßten nicht alle diese Punkte der allersorgfältigsten Erwägung unterliegen? Welche Zeit würde es erfodern, um diese Fragen, deren äußerste Spitzen heute blos berührt worden sind, bei denen schon die verschiedensten Differenzen zwischen den Ansichten der Stände und denen der Regierung sich geltend gemacht haben, die sich hier nur in allgemeinen Grundzügen bewegt haben: welche Zeit würde es erfodern, diese Fragen zu erörtern und zu der Reife zu bringen, die sie bedürfen, um hier niedergelegt werden zu können; ich kenne keinen Weg, der dahin führen könnte. Schädlich nenne ich aber auch Das, was vielleicht unter andern Umständen nur überflüssig genannt werden könnte. Ich habe mir zu zeigen erlaubt, weshalb ich diese Art von Wahrung nicht für nöthig und, weil sie nicht nöthig, nach meiner Meinung für überflüssig halte, darum halte ich sie im vorliegenden Falle für schädlich; denn es gilt hier nicht die Regel, daß Ueberflüssiges nicht schade, sondern in der ersten Ansprache der Stände an Se. Maj. ist gewiß Alles, was darin überflüssig, nicht dahin gehörig; und es schadet dem Charakter dieser Ansprache, es schadet dem Eindrucke, den sie auf das Volk machen soll. Zweifelt einer von Ihnen, meine Herren, an der Wichtigkeit dieses Actes, an der Wichtigkeit dieses Documents? Die Thronrede hat gewiß die Aufmerksamkeit von Preußen, von Deutschland, von Europa auf sich gelenkt; aber wird nicht unsere erste Ansprache an Se. Maj. den König auch die Aufmerksamkeit von Preußen, Deutschland und Europa auf sich lenken; glauben Sie nicht, daß Alle jetzt schon gespannt harren, wie die Stände sich äußern werden, und fühlen wir nicht, daß, wenn es sich handelt von Preußens Fortschritt, Alles, Alles darauf ankommt, ihn zu sichern? Glauben Sie nicht, daß Diejenigen, die ihn wünschen, seine Freunde, innigst bekümmert werden würden über Alles, was in Frage gestellt wird, und Diejenigen, die ihn nicht wünschen, sich freuen würden, wenn die Stände etwas thäten, was ihn in Frage stellt? Ich glaube gewiß, daß Dem so ist; und ich glaube ferner, daß Sie durch eine Verwahrung der Art, wie sie hier liegt, allerdings diesen Weg in Frage stellen.

Siebenundzwanzig Jahre seit dem Gesetze, das heute so oft genannt wurde, sind verflossen, ehe die Könige Preußens sich darüber entschieden, welches die Form der reichsständischen Verfassung sein soll, welche Form die der Vertretung? Sieben Jahre hat unser jetzt regierender Herr gebraucht, um darüber mit sich und seinen Räthen zum Ziel zu gelangen. Um Alles in der Welt wollen wir nicht wünschen, daß dieses schwer und langsam erreichte Ziel wieder in Frage gestellt werde. Wem es aber darum Ernst ist (und, weiß Gott, mir ist es Ernst darum, obgleich ich an der Fassung nicht Theil genommen habe), der stelle es nicht in Frage: indem er in demselben Augenblick an seine Gewährung die Bedingung der Verwahrungen knüpft, die mit den ausdrücklichen Worten bezeichnet sind, daß zwischen Dem, was gewährt ist, und Dem, was die Stände für nöthig halten, noch Lücken sind. Liegt denn darin nicht eine nur bedingte Annahme? Ich habe gesagt und wiederhole es, ich glaube nicht, daß die Regierung an kleine Rechtsbehelfe sich klammert, ich hoffe nicht, daß die ständische Versammlung an solchen Rechtsbehelfen hält, aber halten Sie es für nöthig, durch verclausulirte, speciell gefaßte Verwahrung sich zu sichern? Mit welchem Rechte verlangen Sie von der Krone, daß sie Das bestehen lassen soll, was sie gab, wäh-

rend sie nicht als rechtsbeständig betrachten soll, was Sie nicht als rechtsverbindlich gelten lassen wollen?

Die Verhandlungen werden lehren, ob irgendwo die Rechte im Verhältniß zu frühern Gesetzen beeinträchtigt sind; die Verhandlungen werden lehren, was der Vereinigte Landtag für nöthig hält, sobald er die Mittel zur Ausfüllung der Lücke, die er erkannt, reiflich erwogen hat; wir haben in der heutigen Sitzung vernommen, daß des Königs Majestät hierzu nicht abgeneigt sei. Wir haben auch ohnedies das Vertrauen, daß Se. Maj. auf geeignete Weise die Lücken auszufüllen bereit sein werde, wenn ihm die Vorschläge dazu gemacht werden. Darum wünsche ich und bitte dringend, stellen wir nicht das in Frage, was wir Alle zu erhalten wünschen, und verkennen wir es nicht, daß wir es in Frage stellen, indem wir uns in dieser Weise verwahren. Aber, meine Herren, selbst abgesehen von diesem Rechtspunkte, der in der Adresse nur eben die eigne Stellung, nicht aber die Stellung Dessen im Auge hat, der auch Rechte in dieser Beziehung besitzt, und der eben deshalb sich veranlaßt finden könnte, was er hochherzig gegeben hat, wieder in Frage zu stellen. Bedenken wir, daß wir auch Gefühle zu ehren haben, daß es in der Adresse sich nicht davon handelt, Gegenstände materieller Art zur Sprache zu bringen, sondern nur Gefühle der Versammlung gegen Se. Maj. auszusprechen, und diese Gefühle werden nicht ausgesprochen in diesem Saale von Mund zu Mund, von Mund zu Ohr, nein, sie werden ausgesprochen vor Europa, und da behaupte ich, wenn einst die Geschichte die ständische Versammlung richten wird, so wird sie eine Versammlung hochstellen, die sich selbst hochstellte durch weise Mäßigung in solchem Augenblicke. Noch Eins, blicken wir auf Preußens Verfassung, sie unterschreidet sich wesentlich von der anderer Nationen. Diese haben sich fortgebildet in ihren Zuständen, in einzelnen Perioden durch Umwälzungen, Preußen aber hat sich fortgebildet durch Reformen; Preußen hat den großen Vorzug, daß es alle die traurigen Erfahrungen, die von jener Art des Fortschritts begleitet sind, nicht durchzumachen gebraucht hat, sondern es ist auf dem Wege der Reform zu Dem gekommen, was es besitzt, und auf diesem Wege wollen wir weiter gehen, und auch unser königlicher Herr ist gesinnt, auf demselben weiter zu gehen; damit er das aber könne, muß er frei gehen auf dem Wege, wie es einem Monarchen geziemt. Denn eine Gabe, die nicht aus freiem Herzen gegeben wird, sie möchte an sich gut sein, aber sie trägt keine guten Früchte. Ihm mit aller Lebendigkeit und Aufrichtigkeit zu sagen, was wir wünschen, das wollen wir, aber, meine Herren, in der Adresse auf diese Weise ausgesprochen, ist es nicht ein Wunsch, sondern ein Fußen auf ein Recht. Der König kann dann nur sagen, entweder: Die Stände haben Recht, oder: Ich; und wenn er die Rechte der Stände anerkennt, so würde er nicht so frei erscheinen, wie ich glaube, daß es wünschenswerth ist. Also bleiben wir auf dem Gange, der Preußen groß gemacht hat, es ist der Gang, der etwas langsamer, aber um so sicherer zum Ziele führt.

Wenn ich mir nun noch einen Blick erlauben darf auf Diejenigen, denen wir Rechenschaft zu geben haben von unsern Handlungen, so weiß ich, daß gerade dieser Blick Vielen von Ihnen die Frage stellt, ob eine solche Wahrung der Rechte nöthig sei. Ich ehre diese Ansicht; aber, meine Herren, werden nicht auch diejenigen Committenten, an die Sie in diesem Augenblicke denken, von Ihnen erwarten, daß Sie alle die Rücksichten nehmen, die genommen werden müssen, um dem Werke, auf dem wir fortbauen wollen, vollständige Sicherheit zu verschaffen? Würden dieselben Committenten uns nicht anklagen, wenn wir durch ein Zuweitgehen diese Sicherheit gefährdet hätten; blicken wir nicht allein darauf, daß sie mit Freuden eingehen auf die erregten Bedenken, ob dieses oder jenes Recht gewährt ist, sondern blicken wir auch darauf, daß eine Verwahrung der Rechte in einer Weise, die Se. Maj. dem Könige schmerzlich sein muß, von vorn herein das Verhältniß trübt, auf dessen Bestehen wir unsere besten Hoffnungen und unser bestes Vertrauen setzen müssen. Aus diesen Gründen schlage ich vor, zu der vorliegenden Adresse ein Amendement in Erwägung zu ziehen, welches mit Genehmigung des Marschalls Ihnen vorzutragen ich mir die Ehre geben werde.

Von der Stelle, wo es heißt: «nachdem Ew. Majestät ꝛc.», bis zu der Stelle: «an den Thron niederzulegen», würde ich vorschlagen, folgende Erklärung zu setzen: (Liest das in Nr. 110 mitgetheilte Amendement vor.)

Dies ist der Vorschlag, den ich an die Stelle jener ausführlichern Auseinandersetzung zu setzen bitte. Ich wage ihn mit kurzen Worten näher zu begründen. Derselbe entfernt ein Wort, was schon von einem frühern geehrten Redner als ein solches angedeutet ist, welches die Gefühle wiedergeben soll, die die Thronrede auf den Landtag gemacht hat; ich glaube nicht, daß es in der Beschlußnahme der Versammlung lag, dies in die Adresse zu legen. Abgesehen von diesem formellen Grunde, appellire ich an Das, was der letzte Redner sagte, der sich so gefühlvoll äußerte: Ich nehme diesen Punkt als erledigt an. Es tritt in dem Amendement ferner an die Stelle specieller Aufführung der Folgerungen aus ältern Gesetzen die allgemeine Andeutung an Se. Maj., daß unter uns Männer sind, welche im Patent die volle Uebereinstimmung mit den Gesetzen vermissen, deren Ansichten ich ehre. Aber es ist meine Ansicht, daß die allgemeine Andeutung dem Zwecke genügt, den die Versammlung haben kann, und dieser Zweck kann kein anderer sein, als Se. Maj. vorzubereiten, daß derartige Punkte noch zur Erörterung kommen werden, sodaß man nicht sagen kann, wenn künftig Punkte in dieser Art erörtert werden, es falle auf, daß die Stände ihren Dank ausgesprochen und kein Wort erwähnt haben, daß in dem neuen Gesetze Dinge enthalten sind, die bei einem Theile der Mitglieder Bedenken erregen. Wenn ich hoffe, daß ein Theil der Versammlung eine Befriedigung finden wird, dergleichen zu sagen, so halte ich -schen deshalb für rathsam, es zu thun. Findet man einen bessern Ausweg an dieser Stelle, so ist das eine Sache der Ansicht. Aber das Wesentliche ist nur diese Erklärung, diese Andeutung, und ich weiß sie nicht anders zu geben.

Es ist dadurch noch nicht entschieden über alle Folgerungen. Die Ansicht der Einzelnen über dieselben kann nicht angenommen werden, ehe sie nicht die Stadien der reiflichen Prüfung durchlaufen hat. Wir können also nichts weiter sagen, als daß Mitglieder im Landtage vorhanden sind, «welche die volle Ueberzeugung des Patents mit den ältern Gesetzen vermissen», etwas Weiteres zu sagen weiß ich nicht, und etwas Anderes können wir auch für jetzt noch nicht sagen. Es ist ferner gesagt, daß uns die ständischen Rechte theuer sind, daß wir sie bewahren und pflegen werden, und dies hat uns der König selbst empfohlen. Dies können und müssen wir sagen, und wir werden unsern Committenten gerecht werden, wenn wir sagen, wie wir diese unschätzbaren Kleinodien wahren und pflegen werden. Wir deuten ferner an, daß, wenn der Vereinigte Landtag durch seine Berathung zu der Ueberzeugung kommt, daß solche Abweichungen zwischen den ältern und den gegenwärtigen Verordnungen bestehen, wie sie erwähnt sind, und wenn Se. Maj. durch die Gründe des Landtags, von welchen in der Adresse nicht die Rede sein kann, davon überzeugt werden und es sich darum handelt, diese Lücken auszugleichen, daß dann die Weisheit und Gerechtigkeit des Königs Wege finden wird, die zur Ausgleichung führen. Der Herr Landtagscommissar hat uns heute darin bestärkt, und (erlauben Sie mir zum ersten und letzten Male von meiner Person zu reden) ich habe die Ehre gehabt, 20 Jahre dem Staat unter dem hochseligen und dem jetzt regierenden Könige zu dienen und drei Jahre zu den Räthen unsers jetzt regierenden Königs Majestät zu gehören, und ich müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß der König nicht die aufrichtigste und freudigste Theilnahme an der ständischen Entwickelung gefunden und nicht geneigt wäre, Das, was auf rechtlichem Boden gewünscht worden, mit wahrhaft königlichem Willen zu erfüllen. Nicht als früherer Diener der Krone, nicht als Bürger allein, sondern als unabhängiger preußischer Landstand, der nicht allein die Rechte des Einen, sondern auch die Rechte des Andern ehrt, als solcher habe ich es für nöthig gehalten, die beiden wesentlichen Grundlagen, auf welchen Preußen ruht, hervorzuheben. Sie sind: die Stärke des monarchischen Princips und ein sicherer und geordneter ständischer Rechtsboden und, wenn die Erklärung niedergelegt wird, ist Alles gethan, um die Rechte der Stände zu wahren, und wer dann kommen und sagen wollte: ihr habt euch nicht vorgesehen, nicht genug verwahrt, der würde nicht im Rathe des Königs sitzen, weil der König solchen nicht hineinberufen würde, der würde nicht in dieser Versammlung sitzen, weil er unsere Achtung nicht haben könnte.

Wenn die Versammlung sich meiner Ansicht anschließt, wie ich dringend wünsche, nicht um einen Funken persönlicher Eitelkeit, sondern weil ich, so weit ich Se. Majestät und das Volk kenne, glaube, daß dies der Weg zum Frieden, zum Heile ist, wenn er angenommen werden sollte, so würde der Schluß der Adresse sich an mein Amendement mit der Veränderung eines einzigen Wortes anschließen können, welches nicht in materieller Beziehung, sondern lediglich des Klanges wegen von mir vorgeschlagen wird, um eine Wiederholung des Worts «Boden» zu vermeiden."

Eine Stimme aus den rheinischen Ständen: Ich bitte das vorgeschlagene Amendement noch einmal vorzulesen. Minister Graf v. Arnim: Ich erlaube mir, die Dankadresse so vorzulesen, wie sie im Ganzen lauten würde. Dies geschieht. Hierauf wollte der Marschall zur Abstimmung schreiten lassen, und es erhoben sich die meisten Mitglieder zustimmend. Andererseits ward dagegen jedoch Widerspruch erhoben, und der Abg. Hansemann ersuchte den Marschall, einen so wichtigen Vorschlag nicht ohne Discussion zur Abstimmung zu bringen und ein Amendement durch Acclamation und Ueberraschung zu einem Beschlusse zu bringen. Der Marschall entgegnete, er trage kein Bedenken, der weitern Berathung Raum zu geben, wenn dies von mehr als 24 Mitgliedern gewünscht werde, und als sich darauf mehr als diese Anzahl erhoben hatten, erhielt der Abg. v. Vincke das Wort.

(Fortsetzung folgt.)

Handel und Industrie.

Postwesen. * Aus Sachsen, 19. April. In einer im Rheinischen Beobachter enthaltenen und auch in andere Zeitungen übergegangenen Correspondenz aus Münster heißt es: „Der für die Zollvereinsstaaten beabsichtigte Postverband dürfte wol an der Differenz der Posteinnahme der verschiedenen Vereinsstaaten scheitern, denn während z. B. der Postertrag in Sachsen 4,27 Sgr. pr. Kopf beträgt, beträgt derselbe in Baden nur 3,72, Braunschweig 3,38, Preußen 2,72, Hannover eben so viel, Kurhessen 2, Baiern 1,78, Oesterreich 1,12, Württemberg 0,75, Großherzogthum Hessen 0,52 und in Nassau gar nur 0,27 Sgr." Wir unsererseits können aber in der Verschiedenheit der Posterträgnisse ein Hinderniß an dem Zustandekommen einer deutschen Postvereinigung nicht erblicken und halten in Uebereinstimmung mit dem Verfasser jener Abhandlung, aus welcher die obigen Zahlen entnommen sind und welche in dem ersten Hefte der vom königl. sächsischen Ober-Postamtssecretair Hüttner zu Leipzig herausgegebenen „Beiträge zur Kenntniß des deutschen Postwesens" enthalten ist (Nr. 33), diese Zusammenstellung nur für geeignet, die freilich sehr oberflächliche Meinung Derer ins rechte Licht zu stellen, die bei einem künftigen deutschen Postvereine, den sie überhaupt nach dem Vorbilde des Zollvereins eingerichtet wissen wollen, die Posteinkünfte, gleich den Zolleinkünften, nach der Kopfzahl der Staatenbevölkerung zur Vertheilung zu bringen, vorschlagen. Ueberhaupt dürften bei einem Postverein in dieser Beziehung andere Rücksichten zu nehmen sein als bei dem Zollvereine, weil bei dem Postwesen außer den Administrationskosten, die auch die Zollverwaltung beansprucht, überdem noch Betriebskosten vorkommen, die beiweitem den größten Theil der Bruttoeinkünfte absorbiren. Es lassen sich vielmehr, nach unserer Ansicht, die Posteinkünfte auf ganz andere und sehr verschiedene Weise vertheilen. Wir machen hierbei nur darauf aufmerksam, daß entweder jeder Staat abgehend oder ankommend das ganze Porto beziehen kann, oder dasselbe zwischen dem Abgangs- und Bestimmungsorte der Postsendungen zur Hälfte oder zu andern Theilen getheilt wird, oder die zu durchlaufende Entfernung zur Norm der Vertheilung des Postgeldes unter die verschiedenen Staaten dient. Aus diesem Grunde glauben wir deshalb annehmen zu können, daß an der Differenz der Posteinnahme in den deutschen Staaten die in Aussicht gestellte Postvereinigung keineswegs scheitern werde.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Bericht

über die

Verlagsunternehmungen für 1847

von

F. A. Brockhaus in Leipzig.

Die mit * bezeichneten Artikel werden bestimmt im Laufe des Jahres fertig; von den übrigen ist das Erscheinen ungewisser.

(Der Anfang und die Fortsetzung befinden sich in Nr. 111 und 112.)

50. **Denkmäler der Kunst des Mittelalters im südlichen Italien.** Gezeichnet von Anton Hallmann, Saverio Cavallari u. A. Herausgegeben und erklärt von **H. W. Schulz.** 150—160 Tafeln in Folio, nebst einem erläuternden Text in Quart.

Es sind bereits eine große Anzahl Tafeln zu diesem Werke im Stich beendigt, und der Herr Herausgeber hat aufs neue das baldige Erscheinen des ersten Heftes zugesichert.

*51. **Diogena.** Roman von **Iduna Gräfin P.. P..** Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 6 Ngr.

*52. **Düringsfeld (Ida von), Margarethe von Valois und ihre Zeit.** Memoiren-Roman. Drei Theile. Gr. 12. Geh.

*53. **Evangelium Palatinum ineditum** sive Reliquiae textus evangeliorum latini ante Hieronymum versi ex codice palatino purpureo quarti vel quinti p. Chr. Saeculi nunc primum eruit atque edidit **Const. Tischendorf.** Gr. 4. Cart. 18 Thlr.

Das Evangelium palatinum ineditum enthält den lateinischen Evangelientext, wie er sich in einer Handschrift, aus dem 4. oder 5. Jahrhundert stammend, unlängst vorgefunden hat. Die Eigenthümlichkeiten dieses Textes bezeichnet Hr. Tischendorf als sehr groß, und stellt denselben den merkwürdigsten und wichtigsten Documenten für den neutestamentlichen Text zur Seite. Das Original befindet sich in der k. k. Bibliothek zu Wien und war bis jetzt ohne alle Bearbeitung geblieben. Die Ausstattung des Werks ist der Wichtigkeit desselben entsprechend.

Eine ausführliche Anzeige hierüber ist in allen Buchhandlungen gratis zu erhalten. Vgl. Nr. 95.

*54. **Gagern (H. C. E., Freiherr von), Civilisation.** Wohnung, Arbeit und Eigenthum, oder: Die Familie. Gr. 8. Geh.

Dieses Werk ist zugleich als eine Fortsetzung von des Verfassers „**Resultate der Sittengeschichte**" (ersten bis sechsten Band, Stuttgart 1822—37) zu betrachten.

Von dem Verfasser erschien bereits daselbst:
Kritik des Völkerrechts. Mit praktischer Anwendung auf unsere Zeit. Gr. 8. 1840. 1 Thlr. 25 Ngr.
Der zweite Pariser Frieden. Zwei Theile. — X. u. d. T.: Mein Antheil an der Politik. V. Zwei Abtheilungen. Gr. 8. 1844. 3 Thlr. 15 Ngr.

*55. **Gerstäcker (F.), Der deutschen Auswanderer Fahrten und Schicksale.** Mit einer Karte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

*56. **Giebel (C.), Fauna der Urwelt,** mit steter Berücksichtigung der lebenden Thiere umfassend dargestellt. In vier Bänden. Gr. 8.

Nach dem Plane des Verfassers wird der erste Band dieses wichtigen Werkes die **Wirbelthiere** (Säugethiere, Vögel, Amphibien und Fische), der zweite Band die **Gliederthiere** (Insecten, Spinnen, Krebse und Würmer), der dritte und vierte Band die **Bauchthiere** (Mollusca, Cephalophora, Acephala, Rotiferen, Polypen und Infusorien) enthalten. Der erste Band ist unter der Presse.

57. **Grässe (J. G. T.), Wörterbuch der gesammten Mythologie aller bekannten Völker der Erde,** nach den Originalquellen bearbeitet, mit den wichtigsten Beweisstellen und mit Uebersichten der wichtigsten Religionssysteme versehen. In Heften. Gr. 8.

58. **Bibliographisches Handbuch der philosophischen Literatur der Deutschen** seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis auf die neueste Zeit. Nach **J. S. Ersch** in systematischer Ordnung bearbeitet und mit den nöthigen Registern versehen von **Ch. A. Geissler.** Dritte Auflage. Gr. 8.

In demselben Verlage erschien:
Bibliographisches Handbuch der philologischen Literatur der Deutschen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts etc. Nach *S. J. Ersch* bearbeitet von *Ch. A. Geissler.* Dritte Auflage. 1845. 3 Thlr.

In ähnlicher Weise werden auch die andern Zweige der Literatur nach *Ersch's* „Handbuch" neu bearbeitet und bis auf die neueste Zeit fortgeführt erscheinen.

Die zweite Ausgabe von *Ersch's* „Handbuch" (4 Bände in 8 Abtheilungen, 1822 bis 1840) kostet im herabgesetzten Preise auf Druckpapier 4 Thlr., auf Schreibpapier 6 Thlr., auf Schreibpapier in 4. 8 Thlr. Die einzelnen Abtheilungen werden zu nachstehenden ebenfalls ermäßigten Preisen erlassen:
Philologie, Philosophie und Pädagogik. 1822. 16 Ngr. — Theologie. 1822. 16 Ngr. — Jurisprudenz und Politik. 1823. 16 Ngr. — Medicin. 1822. 16 Ngr. — Mathematik, Natur- und Gewerbskunde. 1823. 1 Thlr. 10 Ngr. — Geschichte und deren Hülfswissenschaften. 1827. 1 Thlr. — Vermischte Schriften. 1837. 8 Ngr. — Schöne Künste. 1840. 1 Thlr.

*59. **Herculano (A.), Eurich, der Priester der Gothen.** Nach dem Portugiesischen von **G. Heine.** Gr. 12. Geh.

60. **Jester (F. E.), Ueber die kleine Jagd,** zum Gebrauche angehender Jagdliebhaber. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage. Vier Theile. Mit Kupfern. Gr. 8.

61. **Jörg (J. Ch. G.), Zehn Gebote der Diätetik,** oder ebenso viele dem Menschen vom Schöpfer auferlegte Pflichten. Gr. 8. Geh.

*62. **Kaltschmidt (Jak. H.), Neuestes und vollständigstes Fremdwörterbuch,** zur Erklärung aller aus fremden Sprachen entlehnten Wörter und Ausdrücke, welche in den Künsten und Wissenschaften, im Handel und Verkehr vorkommen, nebst einem Anhange von Eigennamen, mit Bezeichnung der Aussprache bearbeitet. Zweite Auflage. (In 8 Heften.) Gr. 8. 2 Thlr. 4 Ngr.

Cartonnirte Exemplare werden unter besonderer Berechnung des Einbandes geliefert.

*63. **Körte (W.), Die Sprichwörter und sprichwörtlichen Redensarten der Deutschen.** Nebst den Redensarten der deutschen Zechbrüder und aller Praktik Großmutter, d. i. der Sprichwörter ewigen Wetter-Kalender. Gesammelt und mit vielen schönen Versen, Sprüchen und Historien in ein Buch verfaßt. Neue Ausgabe. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

*64. **Die Einverleibung von Krakau** und die Unterzeichner der Schlußacte des Wiener Congresses. Eine publicistische Erörterung. Herausgegeben von **F. Bülau.** Gr. 8. Geh. 6 Ngr.

*65. **Die Kurmark Brandenburg,** ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar vor dem Ausbruch des französischen Krieges im October 1806. Von einem ehemaligen höhern Staatsbeamten. Mit 14 Beilagen. Gr. 8. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Der Verfasser dieses Werkes (Oberpräsident von Bassewitz) liefert in demselben nicht nur eine vollständige, hauptsächlich aus amtlichen Quellen geschöpfte historisch-statistische Darstellung der Verhältnisse dieser Provinz unmittelbar vor den preußischen Kriegen mit Napoleon, sondern zugleich eine zuverlässige Materialiensammlung und einen Leitfaden für einen großen Abschnitt in der preußischen Staatsgeschichte, sodaß dasselbe als ein treuer Spiegel zur Vergleichung zwischen Sonst und Jetzt den Behörden wie Einwohnern der Provinz zum Geschäftsgebrauch und zur Erinnerung erwünscht sein dürfte.

66. **Mandl (L.), Handbuch der allgemeinen Anatomie,** angewendet auf die Physiologie und Pathologie. Nebst einer Einleitung über den Gebrauch des Mikroskops. Deutsche, nach dem französischen Original vom Verfasser besorgte, mit vielen Zusätzen versehene Ausgabe. Zwei Bände. Mit 10 Kupfertafeln. Gr. 8.

*67. **Massaloup (J. V.), Logarithmisch-trigonometrische Hülfstafeln.** Ein zur Horizontal-Projection gemessener Längen auf schiefen Ebenen, sowie vorzugsweise zum Gebrauch bei nivellistischen Arbeiten und beim Markscheiden unentbehrliches Handbuch für Geometer, Ingenieure, Markscheider, Wasserbau- und Chausseebeamte. Gr. 8. Geh.

68. **Naumann (K. F.), Handbuch der Geognosie.** Zwei Bände. Mit 20 Tafeln und mehren in den Text eingedruckten Holzschnitten. Gr. 8. Geh.

Von demselben Verfasser erschien bereits daselbst:
Lehrbuch der reinen und angewandten Krystallographie. Zwei Bände. Mit 39 Kupfertafeln. Gr. 8. 1830. 7 Thlr.

69. **Novellenschatz der Italiener.** In einer Auswahl übersetzt von **A. Keller.** Drei Theile. Gr. 12. Geh.

*70. **Oertel (F. M.), Genealogische Tafeln zur Staatengeschichte der germanischen und slawischen Völker im 19. Jahrhunderte.** Nebst einer genealogisch-statistischen Einleitung. Mit einem bis zu Ende 1846 fortgeführten Nachtrage. Quer 8. Cart. 1 Thlr. 15 Ngr.

*71. ——— **Die Jahre 1845 und 1846.** Erster Nachtrag zu den Genealogischen Tafeln des 19. Jahrhunderts. Quer 8. Cart. 16 Ngr.

Wie jetzt durch diesen Ersten Nachtrag, so wird auch für die Zukunft dieses Werk durch jährliche Nachträge stets vollständig erhalten werden.

72. **Passavant (J. D.), L'oeuvre de Raphael d'Urbin,** ou catalogue raisonné des ouvrages de ce maitre, précédé d'une notice sur sa vie. In-8. Broch.

Von dem Verfasser erschien bereits ebendaselbst:
Rafael von Urbino und sein Vater Giovanni Santi. Zwei Bände. Gr. 8. Mit 10 Abbildungen in einem Atlas in Grossfolio. 1839. Velinpapier 18 Thlr.; Pracht-Ausgabe (mit Kupfern auf chinesischem Papier) 30 Thlr.

In der Ausgabe auf Velinpapier werden sowol der Text als auch die Abbildungen dieses Werks einzeln erlassen: der Text kostet acht 8 Thlr., der Atlas 10 Thlr.

*73. **Pfeiffer (L.), Monographia familiae Heliceorum.** Gr. 8. In Heften.

*74. **Platon's Werke.** Aus dem Griechischen übersetzt von **K. Steinhart** und **H. Müller.** In sechs Bänden. Erster Band und folgende. Gr. 8. Geh.

Das Werk wird durch eine allgemeine Einleitung über das Leben und die Werke Platon's eingeführt und jedem einzelnen Dialoge noch eine besondere Einleitung vorangeschickt werden.

Durch H. Müller erschien bereits daselbst:
Die Lustspiele des Aristophanes. Drei Bände. 1843—46. 5 Thlr. 12 Ngr.

*75. **Prescott (W. Henry), Geschichte der Eroberung von Peru.** Aus dem Englischen übersetzt. Zwei Bände. Gr. 8. Geh.

Von W. H. Prescott erschien bereits in demselben Verlage:
Geschichte Ferdinand's und Isabella's der Katholischen von Spanien. Aus dem Englischen übersetzt. Zwei Bände. Gr. 8. 1843. 6 Thlr.
Geschichte der Eroberung von Mexico mit einer einleitenden Uebersicht des frühern mexicanischen Bildungszustandes und dem Leben des Eroberers Hernando Cortez. Aus dem Englischen übersetzt. Zwei Bände. Mit 2 lithographirten Tafeln. Gr. 8. 1845. 6 Thlr.

*76. **Pritzel (G. A.), Thesaurus litteraturae botanicae** omnium gentium inde a rerum botanicarum initiis ad nostra usque tempora quindecim millia opera recensens curavit. In Heften. Gr. 4. Erstes Heft und folgende.

Das erste Heft dieses wichtigen bibliographischen Werkes ist bereits im Druck beendigt.

*77. **Raumer (F. von), Vorlesungen über die alte Geschichte.** Zweite verbesserte Auflage. Zwei Bände. Gr. 8. Geh.

*78. **Raumer (F. von), Rede zur Gedächtnißfeier König Friedrich's II.,** gehalten am 28. Januar 1847 in der königl. preuß. Akademie der Wissenschaften. Erste und zweite Ausgabe. Gr. 12. Geh. 4 Ngr.

Ebendaselbst erschien von F. v. Raumer:
Rede zur Gedächtnißfeier König Friedrich's II., gehalten am 28. Januar 1843 in der königl. preußischen Akademie der Wissenschaften. Gr. 12. 1843. 6 Ngr.
Vortrag zur Gedächtnißfeier König Friedrich Wilhelm's III., gehalten am 3. August 1843 in der Universität zu Berlin. Gr. 12. 1843. 3 Ngr.

*79. **Ross (Gst.), Handbuch der chirurgischen Anatomie.** Gr. 8. Geh.

Die erste Abtheilung: „Chirurgische Anatomie der Extremitäten", ist bereits ausgegeben und kostet 20 Ngr.

*80. **Sâma-Veda.** Die Hymnen des Sâma-Veda, im Original, mit der Accentuation der Handschriften, herausgegeben, ins Deutsche übersetzt, mit kritischen und exegetischen Anmerkungen, die Varianten des Rig-Veda und Mittheilungen aus den Commentaren des Sâjanâtscharja zum Rig-Veda und des Mahîdhara zum Jadschur-Veda enthaltend, begleitet und mit einem Glossar versehen von **T. Benfey.** Gr. 8. Geh.

(Fortsetzung folgt.)

Bad Nenndorf in Kurhessen.

Die an so verschiedenen Bädern und Curmitteln reiche Anstalt zu Nenndorf, welche neben den rühmlichst bekannten Schwefelwasser-Gas- und Schlammbädern in neuerer Zeit durch eine Soolquelle auch reine Soolbäder und die so sehr wirksamen, mit Schwefelwasser gemischten Soolbäder erhalten hat, und welche durch eine, ebenwol auf Staatskosten betrieben werdende **Molken-Anstalt** erweitert worden ist, wird auch in diesem Jahr am 1. Juni eröffnet. Anfragen in ärztlicher Beziehung sind an die beiden Herren Brunnen-Aerzte Dr. **Grandidier** und Dr. **Cordemann**, und die Wohnungs- sowie die Schwefelwasser-Bestellungen sind an den Castellan **Dimme** zu Nenndorf zu richten.

Durch die Eisenbahn-Verbindungen bis Hannover und die baldige Vollendung der Eisenbahn von Hannover nach Preußisch-Minden, an welcher letztern das Bad einen Bahnhof erhält, ist dieser Curort von den ersten Städten Norddeutschlands aus nunmehr in kürzester Zeit zu erreichen.

Kassel, im März 1847.

Kurfürstliche Brunnen-Direction des Bades Nenndorf.
Hanstein. Knorr.

[1245—46]

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entfernt sein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittereske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein **großes Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reuniens, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847.

[1540—53]

Von mir zuerst eingeführte
geruchlose Appartements-Aufsätze
neuester und solider Construction empfiehlt bestens zu geneigten Aufträgen
[1505—6] **Jakob Kaesen,**
Friedrich-Wilhelms-Straße in **Cöln a. R.**

Vermiethung.

In **Stieglitzens Hof am Markt** ist auf der rechten Seite im Hof ein großes trockenes Local zu Johanni oder Michaeli zu vermiethen; der Hausmann **Kötz** wird nähere Auskunft darüber geben. [1483—84]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 24. April. **Die Belagerung von Solothurn,** geschichtlich romantische Oper in 3 Acten von F. Brandenburg.

Sonntag, 25. April. **Die Valentine,** Schauspiel von G. Freytag.

Montag, 26. April. **Undine,** romantische komische Oper von G. A. Lorzing.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. C. Gabrielli in Berlin mit Fr. Ida d'Heureuse. — Hr. Buchhändler J. L. Goldberger in Tarnowitz mit Frl. Nanny Poppelauer in Preiskretscham. — Hr. W. Schwieger in Berlin mit Frl Auguste Hoffmann.

Getraut: Hr. Friedrich Albrecht in Borna mit Frau Henriette Küchenmeister. — Hr. Premierlieutenant H. v. Bülow in Berlin mit Frl. Rosa v. Schlieben. — Hr. Gustav Gastell in Leipzig mit Frl. Friederike Wir. — Hr. Hospitalpfarrer Gottfried Macher in Hof mit Frl. Luise Laubmann. — Hr. Pfarrer Otto Wilisch in Cotta mit Frl. Agnes Lincke aus Budissin. — Hr. Dr. Wunsch in Pegau mit Frl. Lina Pitterlin.

Geboren: Hrn. H. Boes in Werringen eine Tochter. — Hrn. Premierlieutenant v. Briren in Kosel ein Sohn. — Hrn. Kreisphysikus Dr. Dolezius in Wittenberg eine Tochter. — Hrn. Karl Hermann Gerber in Altenburg eine Tochter. — Hrn. Kammergerichtsassessor Grange in Fehrbellin ein Sohn. — Hrn. Traugott Louis Guthmann in Dresden ein Sohn. — Hrn. Hofadvocat und Gerichtsdirecter P. F. Keil in Altenburg ein Sohn. — Hrn. W. Köppelmann in Lippstadt eine Tochter. — Hrn. Advocat Karl Langbein in Wurzen ein Sohn. — Hrn. Lehrer Hermann Löw in Radeberg ein Sohn. — Hrn. Amtsactuar Lorenz in Zwickau ein Sohn. — Hrn. Lieutenant Br. v. Puttkammer in Berlin ein Sohn. — Hrn. Baumeister Scheffer in Berlin eine Tochter. — Hrn. C. Tietz in Berlin ein Sohn.

Gestorben: Hr. Hauptmann Karl Aumer in Dresden. — Frau geb. Rechnungsrevisor Karoline André in Potsdam. — Hr. Rentier Karl Avianus in Berlin. — Frau Charlotte Wilhelmine Blume in Lobstädt. — Frau Pastor Amalie Hensel in Scheidelwitz. — Frau Hofrath Eleonore Helmreich in Nürnberg. — Frau Bürgermeister Dorothee Metzler in Oederan. — Frau geh. Conferenzrath Gräfin v. Moltke in Altona. — Frau Major Henriette v. Rhein in Breslau. — Hr. Dekan M. August Scholl in Herrenberg.

Brotbereitung.

* Jena, 21. April. Die gesteigerten Preise der Lebensmittel im Allgemeinen und namentlich der Getreidearten mußten nothwendigerweise, um einigermaßen der Noth Minderbemittelter vorzubeugen, Surrogate in das Leben rufen, wodurch eine Ersparniß des Getreides erzielt und dadurch zugleich ein wohlfeileres Brot erhalten wurde. In dieser Weise sind denn auch bereits in Wien Versuche mit den Rückständen von ausgepreßtem Rapssamen gemacht worden, eine Erfindung, die jedoch wieder auf sich beruhen mußte, da, wie ein Artikel von Wien (s. die Preußische Handels-Zeitung vom 15. April) berichtet: der Genuß solchen Brotes als der Gesundheit nicht zuträglich erkannt wurde und die Bereitung desselben von der Landesregierung untersagt worden ist. Ferner hat man Gelegenheit genommen, eine Wohlfeilheit des Brotes dadurch zu erzielen, daß zu dem Roggen das überbleibende Malz beim Bierbrauen gemischt und im trockenen Zustande vermahlen wird. Durch die hohe Bedeutung dieses Gegenstandes wurde ich ebenfalls veranlaßt, meine Aufmerksamkeit dieser Sache zu widmen und hinsichtlich dessen Versuche anzustellen, von denen ich mir hier vorläufig Folgendes hervorzuheben erlaube: Um ein wohlfeiles und zugleich nahrhaftes Brot zu bereiten, wende ich weiße oder gelbe Runkelrüben an (die rothe kann auch angewendet werden, doch steht sie hinsichtlich ihrer Güte jenen nach), schäle sie, zerschneide solche in dünne Scheiben und trockne (das Trocknen geschieht in einem mäßig geheizten Backofen, kann auch im Großen auf englischen Darren geschehen) sie so lange, bis sie sich zu einem mäßig gröblichen Pulver stoßen lassen, dasselbe wird dann abgesiebt (im Großen können sie auch durch Mühlen zerkleinert werden), mit der gleichen Gewichtsmenge Roggenmehl vermischt und entweder mit Hefe oder Sauerteig und etwas warmem Wasser wie gewöhnlich zu Brot verbacken. Um einigermaßen den süßen Geschmack der Runkelrübe einzuhüllen, wird dem Teig etwas Kochsalz und gröblich gestoßener Kümmel zugesetzt. Auf diese Weise gelang es mir heute, ein kräftiges, gutschmeckendes Brot zu erhalten. In den nächsten Nummern werde ich über anderweitige Versuche weiter Bericht erstatten, glaube aber vorläufig aussprechen zu können, daß die Anwendung der Runkelrüben und die Cultur derselben um so mehr Aufmerksamkeit verdient, als sie weniger wie die Kartoffel Mißernten, Krankheiten und Abnormitäten ausgesetzt ist.

Dr. Wilibald Artus,
außerordentl. Professor an der Universität Jena.

[1632]

Sonntag — Nr. 115. — 25. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. * * Leipzig. Die orientalische Frage. — Prof. Morstadt in Heidelberg. — Stoll in Mudau. — Duell bei Freiburg. Verhaftung in Grafenhausen. — Die Untersuchung in Kassel. — Das Branntweinbrennen in Kurhessen. * Weimar. Der Nothstand. * * Hamburg. Project einer hanseatischen Universität.

Preußen. Berlin. Vereinigter Landtag. (+) Berlin. Die Marktunruhen. Die Armenpflege. * * Berlin. Die Marktunruhen. — Der Erlaß der Mahlsteuer. — Die Landwehr. — Unruhen in Stolpe. — Die Adresse. — Hr. v. Bodelschwingh.

Oesterreich. Hr. Prokesch v. Osten. Verhaftungen in Mailand. Das preußische Religionspatent.

Spanien. Die Cortes. Die Amnestirung Espartero's. Die Montemolinistischen Umtriebe. Generalcapitain Pavia.

Großbritannien. Die Times über das Einschreiten in Portugal. Das Morning Chronicle über den Krieg der Vereinigten Staaten mit Mexico. Das Dampfschiff Granuz Baile.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Hr. Guilbert. Der Herzog v. Glücksberg. Gestörte Vorlesung. Verurtheilung auf Entschädigung. Don Enrique. * * Paris. Der Rémusat'sche Antrag.

Schweiz. Der Stadtrath von Freiburg. — Dr. Zeller.

Italien. Rom. Der Infant Don Enrique.

Türkei. Der Getreidehandel. Erdbeben. Die Griechen. Die Kriegsfrage. Konstantinopel. Tunis. Uebertritt zum Protestantismus.

Ostindien. Die Zustände im Pendschab und in Scinde. Akbar-Khan stirbt.

Aegypten. Krieg mit Abyssinien.

Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Concert. * * Leipzig. Die Kunstreiter.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

* * **Leipzig**, 23. April. In Nr. 110 wird in einem Artikel aus Süddeutschland der Wunsch ausgesprochen, es möge sich Europa bei der immer näher rückenden Lösung der orientalischen Frage der politischen Einsicht würdig zeigen, deren es sich rühmte und für die es so viele Schulen durchgemacht habe; man möge es sich angelegen sein lassen, große Dinge zu begründen, ohne über kleinliche Nebenzwecke zu hadern und das Beste zu verabsäumen und zu verderben; man möge nicht unterlassen, die schönsten Länder der Erde der Bildung, Gesittung und dem Christenthume zu gewinnen, um in ihnen den kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft aufzubauen. Gewiß werden Alle, die hierbei eine richtige Einsicht haben und durch nichts sich blenden lassen, diesen Wunsch theilen, weil er eben so vernünftig als human und christlich ist, und weil ihn auch eine gesunde und erleuchtete Politik empfiehlt; aber eben so gewiß werden nur Wenige von Denen, die diesen Wunsch theilen, dessen Erfüllung zu hoffen wagen. Man täusche sich nicht muthwillig über die Weisheit unserer Diplomatie und über die Klugheit unserer heutigen Politik! Sie würde, statt an die insaniens sapientia des römischen Dichters zu erinnern, vielleicht wirklich als Weisheit und Klugheit namentlich bei der Lösung jener überaus wichtigen Frage erscheinen, wenn nicht eben auch unsere heutige Politik unter dem verderblichen Einflusse der großen Krankheit unserer Zeit stände, welche, wie der Geist der Lüge, Alles vergiftet, — wenn nicht auch sie von dem Einflusse des materiellen Egoismus abhängig wäre, der unsere Zeit im Kleinen und im Großen beherrscht und selbst etwas wahrhaft Großes in der politischen Welt nicht aufkommen läßt. Wie kleinlich-eigennützig statt großartig-unbefangen unsere heutige Politik ist und verfährt, das hat man, wenn man es nur sonst hat sehen wollen, an der bisherigen Behandlung der griechischen Frage, wenigstens im Allgemeinen und der Hauptrichtung sowie den wesentlichen Erfolgen nach sehen können; und es ist um so weniger Hoffnung, daß man die orientalische Frage, mit der die griechische so genau zusammenhängt, wenn sie nicht mit ihr Eine und dieselbe ist, in einem weniger kleinlichen und eigennützigen Sinn auffassen und behandeln werde als die griechische, je mehr bei der orientalischen Frage in materieller Hinsicht für gewisse Mächte zu gewinnen ist. Man wird sie also, statt den Gegenstand in einem großartigen Sinne theils aus dem reineuropäischen Gesichtspunkte, theils aus dem des Christenthums und der Humanität aufzufassen und zu behandeln, nach klugen Krämerberechnungen eines territorialen Egoismus und dem Calcul einer engherzigen Politik ausbeuten. Es bleibt hierbei nur Ein Trost übrig, und das ist der: daß gerade in unserer Alles so klug berechnenden Zeit der Zufall, ein blinder Gefährte, ein Zusammentreffen unbedeutender und unvorhergesehener Umstände die klügsten Berechnungen einer falschen Politik zu Schanden macht, die strafende Nemesis neben ihrem Rächeramte zugleich die Sorge für die verkannten Interessen sinkender oder gesunkener Reiche und Nationen übernimmt. Exoriare!

— Aus **Heidelberg** vom 20. April schreibt die Mannheimer Abendzeitung: „Großes Aufsehen erregt unter den hiesigen Studirenden ein amtlicher Anschlag am Schwarzen Brete. Der Universitätscurator Dahmen läßt nämlich den Rechtsbeflissenen eine Warnung zugehen, durch welche er sie abmahnt, das «Civilproceßtheoreticum und Practicum» des Professors Morstadt zu hören. Weder Theoreticum noch Practicum Morstadt's, heißt es in dem Anschlage, werde bei der Staatsprüfung als Vorlesung gelten! Die Warnung ist erfolgt auf den Grund eines Justizministerialrescripts und eines Beschlusses des Ministeriums des Innern. Man ist über diesen sonderbaren Anschlag allgemein erstaunt und weiß nicht, aus welchen Ursachen man denselben ableiten soll. Viele bringen ihn in Zusammenhang mit frühern Vorgängen an unserer Hochschule, die noch frisch im Gedächtnisse Aller sind. Andere Ursachen sind auch kaum wohl denkbar. In der ersten Vorlesung hat sich Morstadt bereits über diese Warnung ausgelassen. Er deutete darauf hin, daß sie trüben Quellen entflossen sei und nicht etwa ihren Grund habe in wirklicher Geringhaltung seiner Vorträge. Die Ministerialräthe selbst seien seine Schüler! Er hoffe daher, daß der ganze Beschluß wieder rückgängig gemacht werden könne; versprechen wolle er es nicht."

— Das **mannheimer** Morgenblatt entgegnet auf die Erklärung des Rectors Stoll in Mosbach (Nr. 113), der „gewisse" Stoll, von dessen Verhaftung es berichtet habe, sei der Seifensieder Stoll von Mudau, Sohn des vormaligen Rectors; der ganze Odenwald wisse, daß gegen jenen seinen Sohn der Hochverrathsproceß eingeleitet sei.

— Die Oberrheinische Zeitung erzählt aus **Freiburg** vom 20. April: „Gestern hatte an der Grenze hiesiger Stadtgemarkung zwischen einem kürzlich vom Militair entlassenen Subalternoffizier und einem Literaten, nach vorausgegangenen Verbal- und Realinjurien, anläßlich eines Wortstreites, ein Zweikampf auf Pistolen statt, wobei der Literat eine lebensgefährliche Brustwunde erhielt. — In **Grafenhausen** wurde am 20. April der Engelwirth Joh. Nep. Winkler wegen Hochverraths verhaftet und gefänglich an das Bezirksamt abgeführt."

— Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß die angeblichen Entdeckungen über geheime Verbindungen und über die Verfertiger der seiner Zeit zu **Kassel** angehefteten Placate, welche ein in Fulda in Arrest befindlicher und nach Kassel gebrachter Rekrut (Nr. 106) machen zu können vorgegeben hat, bloße Erfindungen dieses Menschen gewesen sind. In Folge dieses Ergebnisses sind alle zu Kassel Verhafteten sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

— Sicherm Vernehmen zufolge ist das Branntweinbrennen in **Kurhessen** auf weitere drei Monate untersagt worden.

* **Weimar**, 21. April. Die große Noth, welche sich in ganz Deutschland kundgegeben, hat sich nun auch hier und in der Umgegend bemerklich gemacht, denn die Getreidepreise sind seit 8 Tagen fast um ein Drittel gestiegen; zwar ist auf unsern Wochenmärkten ein Mangel nicht zu verspüren gewesen, allein die Ausfuhr nach dem Thüringerwalde war zu stark, als daß nicht Besorgniß für die Zukunft hätte entstehen sollen. Diese Besorgniß wurde noch dadurch vermehrt, daß sich Gerüchte verbreiteten, es würden von hiesigen Spediteurs große Quantitäten von Lebensmitteln aufgekauft und ins Ausland versendet, welche Gerüchte sich jedoch durchaus als grundlos erwiesen und eine Untersuchung gegen die Verbreiter derselben zur Folge gehabt haben. In einem öffentlichen Blatt ist in einem Artikel aus Weimar sogar der Umstand, daß kürzlich einige Brände in umliegenden Dörfern stattgehabt und in hiesiger Stadt innerhalb vier Tagen in Einem und demselben Hause zwei Mal Feuer entstanden, dazu benutzt worden, um darauf hinzudeuten, als ob diese Brände nicht durch Zufall, sondern als Folge großer Unzufriedenheit veranlaßt wären; dies ist aber keineswegs der Fall, denn die Untersuchung hat ergeben, daß jene Brände auf den Dörfern nicht nur unbedeutend, sondern auch durch Verwahrlosung entstanden waren, und die beiden Fälle in hiesiger Stadt waren von der Art, daß ein großer Theil der hiesigen Einwohner erst am folgenden Tage davon Kenntniß erhielt. Durch Ankauf von Getreide im Ausland und durch die von mehren Domainenpächtern zur Disposition

der Landesdirection gestellten bedeutenden Getreidevorräthe scheint man vor Mangel gesichert zu sein.

** **Hamburg**, 21. April. Alles Ernstes wird jetzt hier von der Errichtung einer hanseatischen Universität gesprochen und schon melden sich in öffentlichen Blättern einzelne Bürger mit namhaften Geldbeiträgen. Der Gedanke nun, daß die vier freien Städte oder doch die drei Hansestädte eine sogenannte Landesuniversität hätten, ist an sich nicht verwerflich, und es könnten auf diese Art die deutschen Freistädte noch manche Schuld abtragen, die sie, besonders wenn man sie mit den italienischen Bürgerrepubliken vergleicht, durch Vernachlässigung der Wissenschaften auf sich geladen; aber die ernsten Fragen drängen sich auf: gibt es nicht weit dringendere Aufgaben in der Volksbildung, und ist überhaupt jetzt die Zeit zur Bildung neuer Universitäten? Ersprießlich wäre es freilich, wenn die deutsche Wissenschaft in einer der freien Städte eine Freistätte fände, allein um dies zu erreichen, müßte die Universität in Bremen und nicht in Hamburg gegründet werden. — In der preußischen Verfassungsfrage ist die hamburger Censur strenger als die berliner! Daher fristet die ganze hiesige Journalistik ein sehr kümmerliches Dasein, und es erfreuen sich dieses Zustandes nur diejenigen Scribenten, die ihre Gedankenarmuth hinter der Censur verstecken.

Preußen.

Berlin, 23. April. In der Sitzung der Vereinigten Curien am 20. April sprach zuerst Abg. Hansemann zu Gunsten einer längern Frist zur Einreichung der Petitionen und ward vom Abg. Naumann unterstützt, während die Abgg. v. Arnim-Heinrichsdorf und v. Byla dagegen sprachen. Dann ward sehr lange über die Fragstellung gestritten, und als die Frage erfolgte, blieb das Resultat so ungewiß, da eine Unklarheit über den Sinn derselben entstanden war, daß nun, wieder nach längerer Verhandlung, die Frage erneuert werden mußte, und zwar, in Folge eines von dem Abg. Hansemann gemachten Vermittelungsvorschlages, in der Weise: den König zu bitten, eine Verlängerung der zur Einbringung von Petitionen bestimmten Frist eintreten zu lassen, die Bestimmung dieser Frist aber dem allerhöchsten Willen anheimzustellen. Mehr als zwei Drittel sprachen sich dafür aus. Der Abg. Camphausen wollte eine Anfrage an den Landtagscommissar richten, ward aber von diesem bedeutet, daß er sich auf keine improvisirten Antworten einlassen könne, sondern bitten müsse, daß die an ihn zu richtenden Fragen, wie die Geschäftsordnung vorschreibe, vorher angemeldet würden. Hr. v. Auerswald erkannte die Vorschrift des §. 26 der letztern als einschlagend an, bezweifelte aber, daß sich das auf alle und jede Fragen beziehe; worauf der Landtagscommissar sich bereit erklärte, die Verhandlungen thunlichst zu erleichtern, aber darauf aufmerksam machte, daß er hier, wo ein Redner sich besonders das Wort erbeten und die Tribune betreten habe, eine feierliche, bedeutungsvolle Frage habe erwarten müssen. Der Platz mache keinen Unterschied, meinte der Abg. Mohr, und die Abgg. v. Bardeleben und Aldenhoven behaupteten, daß nur der Landtagsmarschall die Frage hätte inhibiren können. Hr. Camphausen erklärte sich aber beruhigt, ohne das Princip zuzugeben.

Die Sitzung der Herrencurie am 20. April eröffnete der Landtagsmarschall mit folgender Anrede:

„Durchlauchtigste Prinzen, hochgeehrte Herren! Die ersten Worte, welche ich an Sie zu richten habe, sollen in der angelegentlichen Bitte um Ihre allerseitige, mir so wünschenswerthe Unterstützung bestehen. Ich würde Sie auch um Ihr Vertrauen bitten, wenn ich nicht wüßte, daß Vertrauen nicht erbeten werden kann, sondern erworben und verdient werden muß. An den ersten Zusammentritt des Vereinigten Landtags knüpft sich die Hoffnung, daß die von Sr. Maj. dem König angeordnete Theilung in zwei Versammlungen gedeihliche Früchte tragen möge. Daß diese Hoffnung in Erfüllung gehe, liegt in der Hand beider Versammlungen. Möge deshalb beiden Versammlungen ein Gedanke fern bleiben, welcher leicht geeignet ist, einer von beiden Versammlungen, gleich viel welcher, und dann fortwuchernd durch die Kraft des Gegensatzes auch der andern sich zu bemächtigen, nämlich der falsche Gedanke, daß die Interessen des Bestehenden in der ersten, die Interessen der Bewegung dagegen in der andern Versammlung ihre natürliche, nothwendige und grundsätzliche Vertretung fänden. Ich nenne diesen Gedanken falsch, weil ja Heilsames nur dann zu erwarten ist, wenn beide Interessen aufgehen in der Liebe zum Guten, über welches man sich verständigen muß, und wenn folglich das Streben, bei dem Guten zu beharren, und das Streben, das Gute zu ergreifen, in beiden Versammlungen gleichmäßig vertreten ist. Möge die erhabenste That, das unvergänglichste Werk Sr. Maj. des Königs von keiner Seite durch derartige Auffassungen gestört und getrübt werden, und möge es uns Allen vergönnt sein, zu einer segensreichen Entwickelung dieses Werks nach Kräften beizutragen."

Hierauf bezeichnete derselbe den Grafen York v. Wartenburg und den Dompropst v. Kreßigk zu Secretairen. Dann erwiderte der Prinz von Preußen: „Die Worte des Fürsten Landtagsmarschalls entsprechen vollkommen der Absicht, welche Se. Maj. der König bei Formation des Landtags in zwei gesonderte Abtheilungen hegten. Die vier Stände des Vereinigten Landtags haben alle ein und dasselbe Interesse, das Wohl des Königs und des Vaterlandes. In beiden Curien können und werden diese Interessen das gemeinsame Ziel sein. Sollten jedoch Anträge kommen, die nicht das Wohl des Königs und des Vaterlandes bezwecken, so wird sich eine Fraction in beiden Versammlungen bilden, um die Interessen des Throns zu wahren, und daß diese in dieser Versammlung ihre Hauptstütze finden werden, scheint mir Gewißheit."

Es wurden dann Abtheilungen ernannt und die Sitzordnung nach dem Loose beschlossen. Ueber die Frage, ob man sich der Stenographen bedienen solle, verbreitete sich Fürst Lichnowsky mit näherm Eingehen auf das stenographische Geschäft und Erklärung der in Frankreich, England und Belgien üblichen Methode, erklärte sich auch weiterhin für die allervollständigste und unbedingteste Veröffentlichung aller Verhandlungen. Der Prinz von Preußen erklärte sich ebendafür als Regel, wollte aber die allerwärts üblichen nothwendigen Ausnahmen gewahrt wissen. Graf Itzenplitz sprach gegen jede Ausnahme. Die Zuziehung der Stenographen sowie die vollständigste Veröffentlichung der Verhandlungen unter §. 24 des Reglements ward einstimmig beschlossen. (A. Pr. Z.)

(+) **Berlin**, 22. April. Berlin sieht heute ganz ungewöhnlich tumultuarisch aus. Diesen Morgen begannen gleich wieder die gestern Nacht geendigten Volkstumulte, sie hatten einen weit heftigern Charakter angenommen, und in allen Theilen der Stadt, als ob hier eine Verabredung stattgefunden hätte, sind die Bäckerläden von den Haufen gestürmt und geplündert worden. Namentlich arg war es in der Mittagsstunde, wo sich alle Arbeiter auf der Straße herumtrieben. Die meisten Läden sind heute geschlossen worden, und es herrscht keine geringe Bestürzung, da man fürchtet, daß die Tumulte sich wiederholen und steigern werden, namentlich heute Abend. Man sieht überall starke Militairpatrouillen, aber die Verwüstungen und Plünderungen der Bäckerläden sind von heute Morgen an bis jetzt, wo ich diesen Brief schreibe (Nachmittags 4 Uhr), in den verschiedensten Theilen Berlins unausgesetzt fortgegangen. Daß das Volk durch seine gewaltthätigen Ausbrüche nichts in dem theuern Preise der Lebensmittel ändert, ist klar, wo möglich werden dieselben dadurch noch steigen, denn die Bäcker fürchten sich und werden vielfach kein Brot mehr backen, ebenso werden viele Leute vom Lande nach den gestrigen Excessen die berliner Märkte vermeiden.

(+) **Berlin**, 23. April. Seit meinem gestrigen Briefe haben die tumultuarischen Auftritte hierselbst ihre höchste Höhe, aber aller Wahrscheinlichkeit nach auch ihr Ende erreicht. Die Brutalität und Frivolität der Haufen steigerte sich seit gestern Morgen auf eine sehr bedenkliche Weise, man plünderte nicht blos mehr die Bäckerläden, sondern auch die Schlächterläden, man gab sich einer reinen Zerstörungslust hin. So sahen wir, wie eine Porzellanhandlung, ein Cigarrenladen ꝛc. vollständig ausgeräumt wurden. Erst gestern Nachmittag waren dem Militair entschiedene Instructionen für sein Einschreiten zugekommen, und alsbald sah man überall Pikets und Schwadronen von Uhlanen und Kürassieren, welche die Plätze besetzten und die Straßen zu säubern suchten. In den Stunden gegen Abend hatte der Tumult sich in der Königsstadt, namentlich in der belebten, engen Königsstraße und den sie durchschneidenden Straßen concentrirt, unabsehbare Menschenhaufen hatten sich hier gesammelt, den Anfang hatte wieder die Plünderung eines Bäckerladens gemacht. Die Cavalerie durchritt die Straßen in der ganzen Breite, und so suchte man die Massen fortzutreiben, welche sich aber stets wieder sammelten. In den Seitenstraßen suchten die Haufen sich durch eine unvollkommene Art von Barrikaden gegen die Verfolgung der Kürassiere zu schützen, es schlug aber fehl, sie wurden daran mit Nachdruck verhindert. Die Infanterie zog mit gefälltem Bayonnet die Straßen entlang, die Cavalerie operirte hauptsächlich mit den Pferden. Es war ein Bangen erweckendes Schauspiel, Verhaftungen und Verwundungen sind in Menge vorgekommen. Mehre Gendarmen sind sehr gefährlich verwundet, mehre Uhlanen stürzten in der Königsstraße; andererseits wurden aber auch gegen die Massen Säbel und Bayonnet gebraucht, und es sind verschiedene solcher Verwundeten in die Charité gebracht worden. Das Militair entwickelte übrigens dem wüsten Treiben der Haufen gegenüber einen sehr entschiedenen Nachdruck, namentlich die Kürassiere, wo sie erschienen. Die Nacht hindurch patrouillirten Schwadronen und Compagnien durch die ganze Stadt, gestern Abend stand auch der ganze Schloßhof voll Militair.

Es ist zu hoffen, daß die Ruhe jetzt vollkommen wiederhergestellt ist; jedenfalls haben die Bürgerschaft und die Regierung sehr entschiedene Maßregeln zur Herstellung der Ruhe und zur Beschützung des Eigenthums getroffen. So groß die Noth des Augenblicks allerdings auch ist, so mag sie doch wol von den Haufen, welche sich gestern an die Plünderung gemacht hatten, nicht am stärksten empfunden werden; am meisten leidet gewiß unser kleines Bürgerthum, welches immer den Schein des Anstandes, die Ruhe und die Rechtlichkeit aufrecht erhalten möchte. Viele Bäcker haben heute ihre Läden nicht wieder öffnen wollen, sie sind aber doch dazu durch die ausdrückliche Erklärung des Polizeipräsidiums, daß sie auf jeden Schutz zu rechnen hätten, meistens bewogen worden; es ist dies ein wahres Glück. Die Wochenmärkte werden jetzt auch durch strenge militairische Maßregeln geschützt werden. Heute Morgen ist auf den Märkten die Metze Kartoffeln zu dem jetzt billigen Preise von 2½ Sgr. verkauft worden, aber die Kartoffelvorräthe sind bereits aufgezehrt; wir hören indeß, daß jetzt große Quantitäten Reis billig verkauft werden sollen, um der Noth des Augenblicks wenigstens einigermaßen zu genügen. Die Zahl der Verhafteten soll sich übrigens bereits auf 175 belaufen.

Folgende Data über die Thätigkeit der berliner Armenverwaltung im vergangenen Winter mögen einiges Interesse in Anspruch nehmen können. Im vorigen Winter wurden vom 15. Dec. 1845 bis 15. März 1846 täglich 3000 Portionen Suppe verabreicht, auch in diesem Winter wurde mit der Portionenzahl, jedoch schon am 15. Nov. v. J. begonnen und damit bis zum 31. Dec. v. J. fortgefahren. Von da ab stiegerte sich die täglich verabreichte Portionenzahl folgendermaßen: vom 1. bis 10. Jan. 4700, vom 11. bis 31. Jan. 5100, vom 1. bis 15. Febr. 6300, vom 16. Febr. bis 15. April 6900 Portionen täglich. Ueberhaupt sind in diesem Winter 796,700 Portionen vertheilt worden, im vorigen nur 273,500, im letzten Winter also 523,200 Portionen Suppe mehr als im vorigen. Im vorjährigen Winter konnten die eignen Einnahmen der Armenspeisungsanstalt ausreichen; das ist jetzt natürlich beiweitem nicht möglich gewesen. Brotmarken wurden in diesem Winter zum ersten Male vertheilt, man begann damit am 25. Jan. und fuhr fort bis zum 4. April, es wurden täglich über 6000 Marken ausgegeben, im Ganzen über 425,000 Stück. Brennholz wurde vertheilt im vorjährigen Winter 321, in diesem 416 Haufen, im Werth etwa 11,650 Thlr. Man sieht, welche große Anstrengungen gemacht worden sind, aber auch diese scheitern an einem allgemeinen Uebel, an der Natur des Proletariats.

** **Berlin**, 23. April. Der gestrige Abend ist, wie nach den getroffenen Sicherheitsmaßregeln vorauszusehen war, ohne Störung der Ruhe vorübergegangen. Schon von 6 Uhr ab durchzogen starke Patrouillen von Infanterie und Cavalerie die Straßen und hinderten nach Umständen das Zusammentreten größerer Menschenhaufen. Trotzdem war das Leben auf den Straßen sehr bewegt. Besonders in der Königsstraße, auf dem Schloßplatz und auf dem Alexanderplatze waren große Massen versammelt, die aber zum beiweitem größten Theil aus Neugierigen bestanden. Die Passage für Wagen war an diesen Stellen fast ganz gehemmt, dagegen wurde den Cavalleriepatrouillen sehr bereitwillig Raum gegeben, vorüberzuziehen. Zu eigentlichen Excessen, abgerechnet das Geschrei der Straßenbuben, kam es nicht ferner, und gegen 10 Uhr verlief sich die Menge, sodaß die Straßen völlig leer wurden.

Dagegen sind auch noch am Nachmittage des gestrigen Tags einzelne Fälle von Eigenmächtigkeiten gegen Bäckerläden und von sonst verübtem Unfug vorgekommen. Mehre Pöbelhaufen durchzogen bald diese bald jene Straße und sprachen bei den Bäckern der Reihe nach vor. Die Letztern gaben meist freiwillig die im Laden befindlichen Brotvorräthe preis, die unter die Menge vertheilt wurden, worauf diese sich ruhig weiter begab, um bei dem nächsten Bäcker in gleicher Weise vorzusprechen. Da sich dieses Treiben an zahlreichen Stellen der Stadt wiederholte und gleichzeitig an vielen Punkten stattfand, so war es der Polizei nicht möglich, an allen Orten gleichzeitig den bedrängten Bäckern hülfreich beizuspringen, zumal auch keine eigentlichen Tumulte stattfanden, welche vorwiegend die Aufmerksamkeit der Wachmannschaften erregt hätten, indem meistens die Bäcker in gütlichem Abkommen ihr Brot hergaben, und der Haufe in der Regel schon den Laden verlassen hatte und unter Vereinzelung seiner Mitglieder weiter gezogen war, ehe die an andern Punkten beschäftigten Polizeioffizianten anlangen konnten. Bei alle Dem hatte die Stadt selbst das ruhigste Ansehen. Von den Excessen des vergangenen Abends war schon am Morgen fast keine Spur mehr vorhanden; die Scheiben der Fenster und Laternen waren wieder eingesetzt, die Bäcker und Conditoren, die nach einmal ausgestandener Brandschatzung keinen zweiten Angriff zu besorgen hatten, standen wie immer in ihren wohlaufgeputzten Läden und trieben ihr Geschäft weiter, als sei gar nichts vorgefallen. Nur jeweilen sah man in einer Nebenstraße einen Haufen zusammentreten, der nach Empfangnahme von Brot sich wieder zerstreute.

— Die Communalbehörden von **Berlin** haben, wie die dortigen Zeitungen berichten, über die Maßregeln berathen, welche wegen der erfolgten Suspension der Mahlsteuer von Seiten der städtischen Verwaltung zu nehmen sein möchten. Der Verlust, welchen die städtischen Kassen hierdurch erleiden, beträgt beinahe 100,000 Thlr. und ist diese Summe unter den jetzigen Zeitumständen und bei den außerordentlichen Aufwendungen für die Armenpflege nicht zu entbehren. Die Stadt wird sich daher veranlaßt sehen, entweder bei den Staatsbehörden eine Erstattung zu beantragen oder die Genehmigung nachzusuchen, daß in diesem Jahre die, nach dem Staatsschulden-Tilgungsplane ausgeworfene Amortisationssumme nicht getilgt werde. — Die Uebung der Landwehrcavalerie soll in diesem Jahre ganz ausfallen, die der Landwehrinfanterie bis nach der Aernte ausgesetzt werden, nach deren Ausfall sich die weitere Bestimmung richten wird.

— Ein Correspondent der Weser-Zeitung schreibt derselben aus **Berlin** vom 19. April: „Wir glauben es bereits als gewiß mittheilen zu dürfen, daß in dem vorgestern über diese Angelegenheit abgehaltenen Conseil der Entschluß gefaßt worden, die Adresse nicht unbeantwortet zu lassen, und sind wir recht unterrichtet, so wird diese Antwort in dem Sinne gehalten sein, daß der König die Stände auf die Verordnungen vom 3. Febr. als auf die alleinige für ihre Thätigkeit maßgebende rechtliche Basis zurückweisen, es dabei aber den Ständen unbenommen lassen wird, ihre hierauf bezüglichen Bitten an den Thron gelangen zu lassen. Wenn nun aber bereits die Worte des Ministers v. Bodelschwingh als Landtagscommissar mannichfach geeignet sind, den Ständen eine gewisse Beruhigung in Bezug auf die von ihnen verletzt geglaubten Rechte zu gewähren, und wenn er namentlich bestimmt die Hoffnung bereits ausspricht, daß der König begründete Bedenken gern berücksichtigen werde, so glaubt man hierfür auch noch einen fernern Grund in einer Aeußerung des genannten Herrn finden zu können, die er privatim zu mehren der Deputirten gethan haben soll und die wir etwa in folgende Worte zusammenfassen hörten: «Retten Sie nur die Form, dem Wesen nach sprechen Sie Ihre Ansicht immerhin frei aus, denn der König ist keineswegs abgeneigt, weiter zu gehen, wenn Sie ihm durch Ihr Verhalten das Vertrauen einflößen, daß er es kann und darf.»"

— Aus **Stolp** schreibt man den Stettiner Börsen-Nachrichten, daß die dortigen Kaufleute, um Insulten zu entgehen, keine Getreideeinkäufe zu machen wagen. Das Durchprügeln eines Schiffers, der für seinen Bedarf einen Scheffel Kartoffeln vom Markte gekauft hatte, war der Anfang von Excessen, welche mit der Plünderung eines Speichers sich fortsetzten, vom Militair zwar für diesen Tag unterdrückt wurden, aber am Tage darauf aufs neue begannen.

Oesterreich.

Der Nürnberger Kurier meldet aus **Wien** vom 16. April: „Nach einem umlaufenden Gerüchte soll unser bisheriger Gesandter in Athen, Prokesch v. Osten, den Internuntius v. Stürmer in seinem Posten in Konstantinopel ersetzen. — Die neuesten Privatbriefe aus Mailand sprechen von einigen Verhaftungen, die dort wegen politischer Umtriebe stattgefunden haben sollen. Die betreffenden Individuen gehören der höhern Klasse der Gesellschaft an. — Das größte Aufsehen erregte hier das neueste preußische Gesetz in Religionsangelegenheiten. In allen Gasthäusern wurde gestern und vorgestern die Wiener Zeitung, welche die königl. Edicte enthielt, von den Anwesenden so zu sagen verschlungen."

Spanien.

Die madrider Blätter vom 14. April bringen Berichte über die am Tage zuvor stattgehabten Sitzungen der Cortes. Im Senat ist der Gesetzentwurf zur Ermächtigung der Regierung, die Steuern bis Ende Juni fortzuerheben, mit 72 gegen 14 Stimmen angenommen worden. Der Principe de Anglona interpellirte das Ministerium über die Maßregeln, die es genommen habe, um dem Befehle, keine Ausrufungen und auch keine Vivas auf öffentlichen Plätzen, im Theater und bei ähnlichen Gelegenheiten hören zu lassen, Achtung zu verschaffen. Am 15. April hat nämlich die Königin abermals einem Stiergefechte beigewohnt. Da indessen Patrouillen in den Straßen umherzogen und vor dem Platze des Stiergefechts Infanterie, Küraffiere und berittene Gendarmen aufmarschirt standen, so ging alles außerhalb schweigend ab. Im Innern des Schauplatzes aber bewegte das Volk sich mit der dort hergebrachten Freiheit, enthielt sich jedoch anfangs der verpönten Ausrufungen. Dagegen entfaltete ein voransitzender Patriot von Zeit zu Zeit einen kolossalen Fächer, worauf „Es lebe die constitutionelle Königin!" in ellengroßen Buchstaben zu lesen war. Dieser Scherz wurde mit lautem Jubel begrüßt und beständig „Der Fächer! der Fächer!" gerufen. Als aber die Königin in ihrer Loge erschien, erscholl, trotz des Verbots der Ruf: „Es lebe die Königin! Es lebe die Nationalunabhängigkeit!" von allen Seiten. Der Minister des Innern, Hr. Benavides, erwiderte dem Principe, daß die Regierung sehr wohl Kenntniß davon habe, daß im Circus des Stiergefechts die Verordnung des Gese politico durch Vivatrufen übertreten worden sei. Sträfliche Rufe wären durchaus nicht vorgekommen. Der Principe de Anglona und alle HH. Senatoren würden nun aber anerkennen, wie schwierig es am Tage des Erlasses jener Anordnung selbst sei, dieselbe unter einer so unzähligen Masse aufrecht zu erhalten, wie wünschenswerth das auch sein möge. Auf eine Anfrage des Grafen v. Vigo, ob die Regierung von einer Sendung von 2000 M. englischer Truppen nach dem Tejo etwas wisse, gab Hr. Benavides nur zur Antwort, daß möglicherweise der nicht anwesende Minister des Auswärtigen davon unterrichtet sein könne, daß aber dem gesammten Cabinet noch keine Eröffnung deshalb gemacht worden sei. Im Congresse nahm Don Salustio Olozaga seinen Platz ein. Der Commissionsbericht über den Gesetzvorschlag, die Regierung zur Aushebung von 50,000 M. von den Altersklassen 1846 und 1847 erfoderlichen Falles zu ermächtigen, wurde vorgetragen.

— Das Ministerium hat nach Angabe der Zeitungen über die Amnestirung Espartero's noch keinen Beschluß gefaßt, und die drei conservativen Mitglieder desselben sollen einem solchen Schritte bestimmt entgegen sein.

— Vom 13. April wird aus **Barcelona** geschrieben: „Mit allen Montemolinistischen Umtrieben soll es ein Ende und Tristany den Schauplatz derselben in Catalonien verlassen haben, was man dem Verfallen der englischen Regierung allein danken zu müssen glaubt. Sodann wird vom Generalcapitain Pavia gemeldet, daß er seine Entlassung eingegeben habe, weil er die Hand zu den Gewaltthätigkeiten der barceloneser Moderados nicht bieten möge.

Großbritannien.

London, 19. April.

Wie wir hören, schreibt die Times, geschahen die jüngsten Absendungen von Marinetruppen nach dem Tejo nur zu dem Zwecke, die Besatzung der dort stationirenden Kriegsschiffe auf den vollen Etat zu bringen. Direct in den portugiesischen Bürgerkrieg sich einzumischen, für eine Seite Partei zu nehmen, war offenbar nie die Absicht der britischen Regierung. Einleuchtend ist außerdem, daß Portugals Interesse sowie das seiner Verbündeten gebietend fodern, den Streit nicht zum Aeußersten kommen zu lassen, sondern auf eine gemäßigte Art zu vergleichen. Zugleich aber stehen die Foderungen des Hofes und die Hoffnungen der Insurgenten jetzt so schroff einander entgegen, daß es eine Sache der größten Schwierigkeit ist, dem Erstern die Nothwendigkeit, nachzugeben, den Andern die Pflicht, sich loyal zu fügen, begreiflich zu machen. Wenn daher eine fremde Macht bei innern Streitigkeiten in einem Staat ein schlimmer Bundesgenosse ist, weil jede Partei, auf deren Seite sie tritt, dadurch decreditirt wird, so ist sie doch als bloßer Vermittler höchst geeignet, den Parteien unbefangener begreiflich zu machen, was sie einander schuldig sind. Und derartige Ansichten scheinen die Cabinete von London und Madrid im Betreff der gegenwärtigen Verhältnisse Portugals geleitet und es scheint ihnen darin auch die französische Regierung beigepflichtet zu haben, wie wir glauben. Höchst unwahrscheinlich ist und würde nicht weniger unpolitisch sein, daß durch directes militairisches Eingreifen die Insurgenten mit einem Male zu Paaren getrieben und gezwungen werden sollten, dem Hofe sich zu unterwerfen. Andererseits würde auch der Hof wohlthun, zu bedenken, daß der passive Beistand des britischen Geschwaders ihm vermuthlich eine Niederlage ersparte und die Gelegenheit sicherte, auf gute Bedingungen hin zu unterhandeln. Sollte die Königin so übel berathen sein, alle Zugeständnisse, während dergleichen noch möglich sind, zu verweigern, und auf ein entschiedeneres Eingreifen zu ihren Gunsten nach Erschöpfung aller andern Aussichten auf Erfolg zu zählen, so besorgen wir, sie werde bitter, obgleich durch eigne Schuld getäuscht. Bei dermaliger Sachlage ist es nicht unwahrscheinlich, wenn der Hof bei Verwerfung der ihm von seinen Verbündeten empfohlenen Ausgleichung beharrt, daß diesen keine andere Verpflichtung zu erfüllen bleibt, als ihn sicher von Portugals Küsten zu geleiten. Zuversichtlich erwarten wir jedoch, in kurzem aller Besorgniß wegen dieser beklagenswerthen Alternative überhoben zu sein.

— Das Morning Chronicle resumirt als Ergebniß der zur Zeit noch etwas confusen Berichte über die kriegerischen Vorfälle zwischen den Truppen der Vereinigten Staaten unter General Taylor und den Mejicanern unter Santa Anna (Nr. 112), wie aus dem Umstande, daß General Taylor von Buenavista bis Monterey zurückgegangen und hier erst die Mejicaner wieder zurückgeschlagen habe, deutlich hervorgehe, daß die Vereinigten Staaten keinen besonders entscheidenden Triumph beanspruchen könnten. Taylor habe einen gelungenen Rückzug vor einem überlegenen Feinde nach einem Punkte bewerkstelligt, wo er sich bis zur Ankunft von Verstärkungen halten zu können glaubte; Das und mehr nicht sei das Resultat der letzten Operationen. Daß Santa Anna, wie dem Morning Chronicle neuerdings aus Philadelphia geschrieben wird, befohlen habe, Vera Cruz zu räumen und S. Juan de Ulloa sich selbst zu überlassen, mit den aus der Stadt abziehenden Truppen aber 23 Miles davon, bei Puerta de Nacional eine beobachtende Stellung einzunehmen, wird das Klügste genannt, was der mejicanische Feldherr habe thun können. Nach einem zwölfmonatlichen Kriege, vielem Blutvergießen und großen Ausgaben werde aber Niemand die von den Vereinigten Staaten errungenen Vortheile über Mejico als den Erwartungen der Kriegspartei entsprechend bezeichnen wollen. Auch der Globe äußert sich ungünstig über den Stand des Kriegs und vermag aus den bisherigen Berichten über die letzten Kämpfe bei Saltillo nur die Zurückweisung der Eindringlinge herauszulesen. Unangefochten wieder nach Camargo und dort über den Rio Grande del Norte zu kommen, um daselbst auf streitigem Gebiete sich zu behaupten, aus dessen gewaltsamer Occupation der Krieg hervorging, erscheine den amerikanischen Berichten zufolge Dasjenige, was der amerikanische Befehlshaber jetzt mehr wünsche als auszuführen hoffe. Sollten spätere Berichte diese Ansicht bestätigen, so dürften leicht die Führer von Präsident Polk's Partei noch eifriger werden, dem Kriege ein Ende zu machen, als sie es waren ihn anzufangen.

— Das auf der Ueberfahrt nach Drogheda verbrannte Dampfschiff Granua Uaile (Nr. 113) war am 13. April Abends von Liverpool ausgelaufen. Am 14. April Morgens, als es bei Holyhead vorübergekommen war, entdeckte man Feuer im Kohlenraume, allem Vermuthen nach durch Selbstentzündung entstanden. Der Capitain setzte dessenungeachtet seinen Curs fort, weil er den Brand bald dämpfen zu können glaubte. Das gelang aber nicht. Ein Boot, das ausgesetzt wurde, schlug durch die sich hineindrängende Menge um, und über 30 Personen mögen dabei ertrunken sein. Durch ein Fischerfahrzeug von Kingsend wurden 69 Personen von dem brennenden Schiffe gerettet, dessen Capitain dasselbe nicht eher als im letzten Augenblicke verlassen wollte. Endlich sprang er mit einem Schwimmgürtel ins Meer, wurde auch später aufgefischt, war aber todt.

Frankreich.

Paris, 20. April.

Beide Kammern hatten gestern Sitzung. Von der Pairskammer wurde der Gesetzentwurf über den Credit zur Aufstellung dreier Dampfschiffe, welche mit Getreide beladene Schiffe bugsiren sollen, mit 111 gegen 5 Stimmen angenommen. In der Deputirtenkammer übergab der Marineminister einen Gesetzentwurf, der die Uebertragung eines für 1846 votirten, aber unbenutzt gebliebenen Credits auf das Budget von 1847 verlangt. Der Handelsminister Hr. Cunin-Gridaine legte einen Gesetzentwurf über Verlängerung des Privilegiums der Bank von Bordeaux bis 1868 vor. Hr. de Rémusat entwickelte dann seinen Vorschlag über die Unvereinbarkeit gewisser Aemter mit der Bekleidung von Deputirtenstellen (Incompatibilitäten). Er wies dabei auf England hin, wo nach der Revolution von 1688 selbst die Minister vom Unterhaus ausgeschlossen werden sollten, was freilich zu weit gehen heiße. Jetzt wären dort 170 amtliche Functionen unverträglich mit der Stelle eines Parlamentsgliedes, und von 658 Mitgliedern des Unterhauses wären nur 115 Angestellte, 71 nämlich in Heer und Flotte und 34 im Civilstaatsdienst. Bei erfolgendem Eintritte von Deputirten in den Staatsdienst hielt er den Grundsatz der nothwendigen Neuwahl, welcher zu einer Zeit allgemein aufgestellt wurde, wo nur 134 Beamte unter 430 Kammermitgliedern gewesen wären, für unzulänglich, wenn es, wie jetzt, unter 459 Deputirten 200 gäbe, die Beamte wären. Die Krone übe ihren überredenden Einfluß, den sie nun einmal besitze, viel zu sehr aus, und dem Misbrauche müsse abgeholfen werden. Im Interesse der Regierung und Kammer werde es sein, wenn sein Vorschlag zur Inbetrachtnahme gelange. Nach dem Antragsteller sprach nur der Minister des Innern, Hr. Duchatel, welcher die Analogie zwischen Frankreich und England nicht als begründet anerkannte, weil es in Frankreich öffentliche Behörden und Stellungen gebe, wie den Staatsrath, Rechnungshof, Cassationshof, die ganze Magistratur, von denen man in England nichts wisse. Die Zahl der Angestellten sei ferner in der Kammer nicht 200, sondern nur 190. Außerdem dürften pensionirte Stabsoffiziere und Mitglieder des Staatsraths, die nur Ehrenämter bekleideten, auch nicht als Beamte gezählt werden; eben so wenig Mitglieder des Instituts. Hr. Rémusat habe also eine zu hohe Zahl angenommen. Wirkliche Beamte zähle die Kammer nur 172. Der Minister erklärte im weitern Verlaufe seiner Rede, daß das Cabinet, wenn es bei irgend einer Gelegenheit bemerke, daß ihm die Macht zur Erfüllung seiner Pflicht fehle, sofort abtreten werde, und foderte schließlich die Kammer auf, den Vorschlag nicht in Betracht zu ziehen. (Vergl. den Brief aus Paris.)

— Die Zeitungen haben heute zum Hauptthema ihrer Besprechungen die gestrige Kammerverhandlung und die so oft durchgesprochene Frage von den Incompatibilitäten gewählt. Nichts Neues wird dabei vorgebracht.

— Für die durch den Tod des Hrn. Martin du Nord erledigte Deputirtenstelle für Marchiennes, ist wieder ein Conservativer, Hr. Guilbert, mit 180 gegen 1 Stimme gewählt worden.

— Von der Unien monarchique wurde gestern als sehr bestimmt behauptet, daß der Herzog v. Glücksberg an der Spitze der französischen Gesandtschaft in Madrid bleiben werde. Der Siècle glaubt heute diese Angabe ungenau nennen zu können, indem im Gegentheil Hr. Guizot auf Andringen des Herzogs v. Broglie dem Grafen Bresson Befehl ertheilt haben solle, nach Madrid zurückzukehren.

— Als gestern Hr. Damas-Hinard als Stellvertreter des Hrn. Edgar Quinet am Collège de France seine Vorlesung über die Literaturgeschichte des südlichen Europa eröffnen wollte, wurde er durch den Lärm im Hörsaale daran verhindert und trotz seiner Erklärung, die er an die Tafel schrieb, weil er Gehör sich nicht verschaffen konnte, daß Hr. Quinet selbst ihn zum Ersatzmann gewählt und ersucht habe, die Vorlesungen zu halten, da man ihm Papierkugeln u. dergl. an den Kopf warf, aus dem Saale vertrieben.

— Die Maschinen- und Locomotivenbauanstalt von Schneider und Comp. in Creuzot ist vom pariser Handelsgerichte wegen nicht in vertragsmäßiger Zeit bewirkter Lieferung von zehn Locomotiven für die Direction der Nordbahn zu 113,900 Fr. Entschädigung und in die Kosten, sowie zu 100 Fr. weiterer Entschädigung für jeden Tag größerer Verspätung vom 1. Mai an verurtheilt worden.

— Die Gazette du Midi vom 16. April schreibt aus **Rom**, daß der Infant Don Enrique beim Papst um eine Audienz angehalten, dieser aber ihn durch den spanischen Gesandten vorgestellt zu sehen wünschte. Da Letzterer nun beanspruchte, bei jeder Audienz anwesend zu sein, die der Infant haben werde, erklärte dieser, wie er bei Unterhaltungen über Gewissensangelegenheiten mit dem Papste Zeugen nicht dulden könne. Er werde sich daher bei erster öffentlichen Gelegenheit demselben selbst bekannt machen. (Siehe Rom.)

** **Paris**, 20. April. Die Erörterung über den Antrag des Hrn. de Rémusat hat gestern begonnen und wird wol nicht eher als in einigen Tagen damit enden, daß er, sowie sein Vorläufer, der Antrag

des Hrn. Duvergier de Hauranne, mit starker Majorität abgewiesen wird. Derselbe hat einen doppelten Zweck: zuvörderst gewisse Beamten von der Kammer auszuschließen, weil deren Amt an und für sich mit dem eines Deputirten unverträglich sei, wie z. B. die Adjutanten des Königs oder der königlichen Prinzen, die Intendanten der Civilliste ꝛc., mit Einem Wort, Alle, die in den Tuilerien — um nicht zu sagen, am Hofe, der, wie das Journal des Débats versichert, seit 1830 ein reines Gedankending ist — irgend eine Stelle bekleiden. Der andere Zweck der parlamentarischen Reform ist, gewisse Kategorien von Staatsbeamten aus der Kammer auszuschließen, nicht weil deren Amt an sich mit der Würde und der Sendung eines Volksvertreters unverträglich wäre, sondern weil man durch diese Beschränkung der wählbaren Beamtenkategorien die große Zahl der Beamten in der Kammer zu vermindern hofft. Wir haben diesen zweiten Zweck bereits ins Auge gefaßt und nachgewiesen, daß er mit dem herrschenden Wahlsystem unerreichbar, unverträglich ist. Wir haben gezeigt, daß, so lange die Zahl der Staatsbeamten, welche in die Kammer Zutritt haben, von vorn herein nicht begrenzt und demgemäß das Wahlsystem verändert ist, der beabsichtigte Zweck unerreichbar bleibt, da mit der Verminderung der wählbaren Beamten nicht zugleich die guten Gründe wegfallen, welche die Wähler bestimmen, derlei Candidaten den übrigen vorzuziehen und sie, falls die von Hrn. de Rémusat beantragte Maßregel Gesetzeskraft erhielte, aus einer kleinen Zahl Kategorien eben so viel Beamten wählen würden, als sie bis jetzt aus der größern Anzahl von Kategorien gewählt haben. Wie wenig mit irgend einer die Freiheit der Wähler beschränkenden Gesetzbestimmung die Vorliebe der Wähler für die Beamten wegfallen werde, beweist die vor einigen Tagen vollbrachte Wahl des Hrn. Delangle in Cosne (Departement de la Nièvre). Im Jahr 1842 trat Hr. Delangle als Candidat der Opposition in Cosne auf und fiel durch. Bei den letzten Wahlen steckte Hr. Delangle, vielleicht im Vorgefühle, daß die Stelle des Hrn. Martin du Nord und dadurch die des Hrn. Hebert frei werde, sein Oppositionspregramm sowie seine Empfehlung des Hrn. Odilon-Barrot von 1842 in die Tasche, stellte sich abermals in die Schranken des Wahlbezirks von Cosne und wurde gewählt, wenn auch mit geringer Majorität. Da er neulich zum ersten Staatsanwalt des königl. Gerichtshofs von Paris ernannt wurde, mußte er sich einer neuen Wahl unterziehen. Die Oppositionspresse vergaß nicht, gleich bei seiner Ernennung ein allgemeines Hallo aufzuwerfen und den Wählern von Cosne ins Gedächtniß zu rufen, wie Hr. Delangle vor fünf Jahren sich für allerlei politische Reformen anheischig gemacht und keine Beförderung anzunehmen versprochen; wie er nun bereits gegen die Inbetrachtnahme der vorgeschlagnen Wahlreform gestimmt und jetzt der Nachfolger des Hrn. Hebert geworden. Das sollten sich die ehrenwerthen Wähler von Cosne gesagt sein lassen und Hrn. Delangle die verdiente Lection geben. Dieses Lied sang die Oppositionspresse während vier Wochen nach allen Tonleitern und rechnete mit Gewißheit auf die Niederlage des Verräthers an der Linken und am linken Centrum, bis vorgestern ihr der Telegraph meldete, daß Hr. Delangle, der neue Staatsanwalt, mit größerer Mehrheit als vor acht Monaten wieder ernannt worden. So wenig der Lärm in den Oppositionsblättern gegen die erneuerte Wahl des Hrn. Delangle etwas vermocht hat, so wenig würde die gesetzliche Ausschließung gewisser Beamtenkategorien die Anzahl der Beamten in der Kammer vermindern.

Nicht viel besser verhält es sich mit dem ersten Theile der parlamentarischen Reform. Wenn es von vorn herein wahr wäre, daß ein Adjutant des Königs, oder der Prinzen, oder sonst ein Beamter des königl. Hauses zum Landesvertreter moralisch ungeeignet sei, so wäre es allerdings leicht, die Maxime gesetzlich aufzustellen, kein solcher Beamter dürfe in die Kammer berufen werden. Allein sehen wir diesen Grundsatz etwas näher an, so stellt sich heraus, daß man damit zwar den formellen, keineswegs aber den wirklichen Zweck erreichen kann. Denn so wenig man a priori behauptet oder behaupten kann, daß ein Staatsbeamter moralisch unfähig ist, Deputirter zu sein, eben so wenig kann man dies von einem Beamten der königlichen Familie behaupten. Den Einen wie den Andern hält man durch seine Stellung, Jenen zum Ministerium, Diesen zum Staatsoberhaupt, in Gefahr, eher den Ansichten der Regierung und des Königs als seiner eignen Ueberzeugung gemäß zu handeln. Dieser Gefahr will man ihn entziehen, indem man ihn aus der Kammer ausschließt. Da aber die Wähler dort wie hier ihre Gründe haben, warum sie einen Beamten des königl. Hauses ernennen, und diese guten Gründe nicht wegfallen, wenn man ihnen das Recht nimmt, ihn zu ernennen, werden sie natürlicherweise an dessen Stelle einen Mann wählen, der zwar kein officielles Amt am Hof, ich will sagen, im königl. Hause bekleidet, dem König aber so nahe steht, beim Könige den Einfluß hat, der sie bestimmt, den Adjutanten, Intendanten ꝛc. zu wählen. Die officiellen Beamten der königlichen Familie werden also aus der Kammer entfernt werden, an ihre Stelle aber Männer treten, die ohne diesen Charakter denselben Einfluß haben, denselben Gefahren der Abhängigkeit oder Befangenheit unterliegen, und so wird man den beabsichtigten Zweck nur formell, nicht wesentlich erreichen.

Der Antrag des Hrn. de Rémusat hat einen dritten Theil, der wie die beiden ersten vom Grundsatze der Verdächtigung ausgeht: Kein Deputirter soll im Laufe seines Mandats und einige Jahre später ein Amt erhalten oder im Amte befördert werden. Bekäme eine solche Bestimmung Gesetzeskraft, so würde dadurch ein Scandal wie die Beförderung des Hrn. Delangle, der seinen Wählern versprochen hat, sich mit der Stelle eines Generaladvocaten am Cassationshofe zu begnügen, allerdings vermieden. Ob aber daraus nicht ein größeres Uebel entstehen würde, ist eine andere Frage. Die erste Bedingung einer guten Verwaltung ist, den Fähigsten die erledigten Stellen anzuvertrauen. Nun kann es sehr leicht geschehen, daß gerade die Fähigsten bei Erledigung einer Stelle sich in der Deputirtenkammer befinden. Sie deswegen zu übergehen, würde der Verwaltung mehr schaden als dem Parlamente nützen. Von welcher Seite man also das Machwerk des Hrn. de Rémusat betrachtet, bietet es nicht den geringsten Anhaltepunkt zu einer vernünftigen, gesetzlichen Verfügung.

Schweiz.

Laut einer Correspondenz des Verfassungsfreundes hat der Staatsrath von **Freiburg** beschlossen, zwei an der murtener Schule angestellte Lehrer, Sieber (ein Züricher) und Blatter (ein Berner) wegen Theilnahme an den Januarunruhen abzuberufen. Man will das Urtel der Gerichte nicht abwarten.

— Professor Dr. Zeller in **Bern** hat seine Vorlesungen bereits begonnen und erfreut sich einer ausgezeichneten Theilnahme. Namentlich wird sein klarer und anregender Vortrag gerühmt. (Bern. Ztg.)

Italien.

Rom, 13. April. Vor einigen Tagen kam der spanische Infant Don Enrique hier an. Seine Audienz bei dem Papste wird, wie man heute vernimmt, eine verhängnißvolle Geschichte, zumal jetzt, wo die eingeleiteten Unterhandlungen mit Spanien so leicht dadurch getrübt werden können. Der Infant verlangt nichts Geringeres als den Segen des Papstes zu seiner Verbindung mit Doña Elena von Castellar, die mit ihrem Vater zugleich mit dem Infanten hier eingetroffen. Dieser Segen ward ihm von mehren Bischöfen, die er auf seinem Wege hierher darum gebeten, verweigert, da sie nicht dazu befugt seien. Der Papst aber als Kirchenoberhaupt und erster Vicar kann ihm denselben nach dem Kirchenrechte nicht vorenthalten, wenn er sich mit seiner Verlobten vor ihm auf die Kniee wirft und mit lauter Stimme erklärt: „Heiliger Vater, wir sind Mann und Frau". Man hofft, er werde den Vorstellungen des Papstes gegen solchen Schritt Gehör geben und den väterlichen Ermahnungen folgen. — Auf die öffentlichen Schreiben von Orioli und d'Azeglio über das neue Preßgesetz (Nr. 92) hat nun ein Ungenannter in einer Schrift beiden Herren, besonders aber dem Marchese, Charakterlosigkeit vorgeworfen. Man sieht, Beide sind unsern Liberalen nicht mehr liberal genug! (A. Z.)

Türkei.

Das Journal de Constantinople meldet aus **Konstantinopel** vom 7. April: „Es ist unmöglich, sich einen Begriff von der Thätigkeit zu machen, welche der Cerealienhandel hier entwickelt. Die seit zehn Tagen wehenden Südwinde haben nach Konstantinopel eine außerordentlich große Anzahl von Schiffen geführt, welche zur Einnahme von Getreide theils nach den verschiedenen türkischen Häfen, theils nach der Donau und nach den Häfen von Südrußland ziehen. Man hat berechnet, daß kürzlich innerhalb drei Tagen 1080 Schiffe, welche sämmtlich sichere Ladung zugesagt erhielten, die Dardanellen nordwärts passirt haben. — Am 17. März um 1 Uhr Nachmittags ist auf der Insel Metelin ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt worden. Man hat häufig bemerkt, daß, wenn die Mineralwasserquellen der Insel versiegen, Erderschütterungen im Anzuge sind, welche Erscheinung sich auch diesmal bewährte. — Nachdem seit dem 1. April alle diplomatischen Verbindungen zwischen der Pforte und Griechenland abgebrochen sind und der griechische Geschäftsträger in Folge einer Mittheilung des Divans die Wappen seiner Regierung von seiner Wohnung und seinem Hotel abgenommen hat, werden alle hellenischen Unterthanen rücksichtlich der Expedition der Schiffsfermane, der Handelsangelegenheiten ꝛc. sich an den Zollamtsdirector Muchtar-Bey wenden müssen. Die Pforte hat keine Maßregeln ergriffen, welche die in diesem Reiche wohnenden griechischen Unterthanen belästigen oder ihren Handel gefährden könnten. Es sind vielmehr dem Muchtar-Bey bestimmte Instructionen ertheilt worden, damit er die Abfertigung der Geschäfte hellenischer Unterthanen mit der größten Sorgfalt überwache."

Konstantinopel, 7. April. Am letzten Tage des im Ultimatum gesetzten Termins theilte die Pforte den Repräsentanten der fünf Großmächte ein Memorandum mit, das ein Resumé der ganzen Differenz gibt. Dem Seriasker von Rumelien wurde Weisung ertheilt, an der griechischen Grenze ein Beobachtungsheer aufzustellen. Nach Salonichi wurden türkische Kriegsschiffe gesendet; das türkische Kriegsdampfboot Wesilei-Tidscharet lief am 6. April von hier aus mit der Bestimmung nach dem Mittelmeer. Auch die österreichische Corvette Cesarea soll nach Athen gehen. Die Minister der Pforte sind, wie es heißt, der Mehrzahl nach ganz für Krieg; Reschid-Pascha fast allein soll nicht der Meinung sein, daß die Pforte zuerst zum Angriffe schreiten sollte. — Auch in Betreff des Bey von Tunis hegt die Pforte ernstlich Kriegsgedanken.

Sie soll auf keinen Rath mehr hören wollen, alle fremde Einmischung in dieser Sache sich verbeten haben und willens sein, nöthigenfalls selbst mit Waffengewalt, was sie ihr Recht nennt, dem Bey gegenüber geltend zu machen. Heute geht auf dem Dampfer Erekli Rhagud-Pascha nach Tripolis ab. Dasselbe Boot soll sehr wichtige Depeschen nach Tunis zu überbringen haben. — In Antab bei Aleppo sollen gegen 600 Armenier und Griechen zum Protestantismus übergetreten sein. (A. Z.)

Ostindien.

Auf telegraphischem Wege war in Paris das Eintreffen der sogenannten Ueberlandpost vom 14. März aus **Bombay** in Marseille bekannt. Sie bringt die beruhigendsten Nachrichten aus dem Pendschab, wo Alles Fortdauer von Ruhe und Ordnung versprach, sowie aus Scinde, wo die Gesundheitsverhältnisse sich fortwährend besserten. In Gamsur und dem Gebiete des Nizam herrschte jedoch der bisherige unruhige Zustand noch immer. Es wird der Tod von Akhbar-Khan, Sohn des Dost Mohammed-Khan, gemeldet.

Aegypten.

Zwischen Mohammed-Ali und Oubie, einem der mächtigsten Fürsten Abyssiniens, soll ein Krieg dem Ausbruche nahe sein. Remer, einer der Generale Oubie's, hatte den Befehl erhalten, ins Sennaar einzufallen.

Wissenschaft und Kunst.

* Leipzig, 24. April. Der Abend des Meßsonntags wird durch einen sehr schönen Kunstgenuß bezeichnet werden. Der ausgezeichnete Componist und Orgelvirtuos Professor Kloss in Wittenberg, im Begriff, eine Kunstreise nach England anzutreten, wird eine große musikalische Aufführung in der Paulinerkirche geben und darin theils seine eigne Kunst auf dem Meisterwerke der neuen Orgel entfalten, theils, unterstützt von den trefflichsten Kräften unserer Stadt, höchst anziehende Gesangstücke, von Frauenchören ausgeführt, darbieten; namentlich die von Mendelssohn-Bartholdy für die Nonnen auf Trinità de Monti componirte Motette und Franz Schubert's 23sten Psalm. Ein Theil des Ertrags ist einem wohlthätigen Zwecke bestimmt.

** Leipzig, 24. April. Unter den Schaugebungen gegenwärtiger Messe zieht der Bereitercircus des Herrn E. Renz auf dem Königsplatze, und mit Recht, die Theilnahme des Publicums auf sich. Mit Recht sagen wir, denn gerade das Kostbarste und Wesentlichste einer solchen Truppe, die Pferde, die uns Herr Renz vorführt, sind von einer Schönheit und in einer Auswahl vorhanden, wie wir so viele ausgezeichnete und trefflich angelernte Thiere selten auf Ein Mal bei einem ähnlichen Unternehmen vereinigt sahen.

Was das ausführende Personal anlangt, so beruht dessen starke Seite besonders auf dem männlichen Theile der Gesellschaft. Durch kräftige Führung und feste Haltung zu Rosse thun sich hervor: Herr Renz, der Director der Truppe, die Herren Tourniaire und Felsenmeyer. Geschmeidige Anmuth des Körperbaues und gefällige Bewegung zeigt unter Anderm auch ein Neger, Herr Max. Von der ergötzlichsten Leistung aber sind die Komiker. Von den Damen der Gesellschaft traten bis jetzt noch nicht alle Mitglieder auf. Im Gegensatz zu der theuern Erhaltung eines so umfänglichen Unternehmens in jetziger Zeit sind die Eintrittspreise sehr billig gestellt.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 24. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 120 Br.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 98 G.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 58½ Br., 58 G.; Magdeburg-Leipziger 198 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90 Br.; Thüringer 94 Br.; Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 71 G.; Altona-Kieler 107½ Br., 107¼ G.; Pesther 99¼ Br.; Dessauer Bankactien 100½ Br., 100 G.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 24. April früh 7 Uhr: 2° 14″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 20. April. 2½pc. Int. 58½; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 172¾. Frankfurt a. M., 22. April. Oestr. Bkact. 1896; 250 Fl. L. 118⅛; 500 Fl. L. 153½ Br.; Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25; Sard. 36½; Kurhess. 32½. Paris, 19. April. 5pc. 115. 60; 3pc. 77. 95; Neap. 102. 25; Bankact. 3270. Wien, 21. April. Bkact. 1576; Met. 5pc. 107½; 4pc. 97½; 3pc. 68½; 500 Fl. L. 153; 250 Fl. L. 118.

Disconto. Amsterdam, 20. April. 4 %. Frankfurt a. M., 22. April. 3¾ %.

Actien. Amsterdam, 20. April. Rhein. Eisenbahn 105. Frankfurt a. M., 22. April. Taunusb. 359; Nordb. 71½; Verb. 91⅝. Paris, 19. April. Versail. r. 330; l. 215; Paris-Orleans 1228½; Paris-Rouen 917½; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 680; Marseille-Avignon 768¾; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 506½; Orleans-Vierzon 562½; Nord 625. Wien, 21. April. Nordb. 167½; Gloggn. 122; Mail. 108⅝; Livorn. 90½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 23. April. Seehandl.-Prämiensch. 95¼, 3½pc. Staatssch. 92¾, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 92½, ostpr. 95½ Br, pomm. 93½, schles. 96½, 4pc. posensche 101½, neue 3½pc. 91¼, kur- u. neumärk. 95; Louisdor 111½, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 91½, Berl.-Anh. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 106½, Prior.-Act. 4½pc. 90⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101¼ Br., Berl.-Stett. 107, Cöln-Minden 4pc. 90, Crak.-Oberschl. 4pc. 70¾, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107¼, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 90¾, 5pc. 101½ Br., Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103¾ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Rhein. 84½ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 85½, Thüring. 4pc. 93¾, Wilh.-Bahn 4pc. 85, Zarskoje-Selo 70 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82 Br., Berg.-Märk. 4pc. 82, Berl.-Anh. 96½, Cöln-Minden 4pc. 89¾, Magd.-Wittenb. 83, Mail.-Venedig 4pc. 110 Br., Mecklenburg 74¼, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70¾, Pos.-Starg. 4pc. 82¾, Prinz-Wilhelmsbahn (St.-B.) 4pc. 75, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 97½, Ung. Centralb. 4pc. 99. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92 Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅝, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¼, (neue) 4pc. 93¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93½, Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 84½, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bekanntmachung,

die Ertheilung eines Privilegiums auf einen eigenthümlichen Aufwinde-Regulator für Mule-Feinspinnmaschinen betreffend.

Auf Sr. Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl ist dem Maschinenfabrikanten **Richard Hartmann** in Chemnitz auf dessen Ansuchen und in Folge der darauf stattgefundenen Erörterung auf die ausschließliche Anfertigung des von ihm construirten, durch die bei dem Ministerium des Innern niedergelegte Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen eigenthümlichen Aufwinde-Regulators für Mule-Feinspinnmaschinen zur Baumwoll-, Kamm- und Streichgarn-Spinnerei ein Privilegium auf fünf hinter einander folgende Jahre, vom heutigen Tage an gerechnet, mit der Wirkung, daß Niemand diesen Aufwinde-Regulator ohne vorher erlangte Zustimmung des Privilegieninhabers anzufertigen befugt ist, für den Bereich des Königreichs Sachsen, jedoch nur unter der Bedingung ertheilt worden, daß das Privilegium dann als erloschen zu betrachten sein würde, wenn die bleibende Ausführung und Anwendung der Erfindung in hiesigen Landen nicht binnen Jahresfrist nachgewiesen sein wird. Auch ist bei Bewilligung des Privilegiums die Neuheit und Eigenthumlichkeit der Erfindung im Sinne §. 1 der laut der Bekanntmachung vom 31. Juli 1843 in den Zollvereinsstaaten bei Ertheilung von Erfindungspatenten oder Privilegien zu beobachtenden Grundsätze ausdrücklich vorausgesetzt worden.

Das Ministerium des Innern macht Solches hierauf zur allgemeinen Wissenschaft und Nachahmung hierdurch bekannt.

Dresden, den 7. April 1847.

Ministerium des Innern.
von Falkenstein.

[1560—62] Demuth.

Das Wiesenbad bei Annaberg,

durch seinen Gehalt an freiem kohlensaurem Natrum und andern Salzen bei einer Temperatur von 21 Grad Wärme nach Reaumur bekannt, hat sich seit Jahrhunderten, wo es stets im Gebrauch war, als nervenstärkend und besonders gegen Gicht, Flechten und andere Hautübel, Bleichsucht und Schwächen beim zartern Geschlecht, sowie gegen Skropheln und Englische Krankheit vielfältig erprobt, und wird in diesem Jahre wiederum am 1. Mai zum Gebrauch eröffnet.

Die milde und höchst romantische Lage in einem lieblichen Thale am Zschopauflusse, die durchführende Chaussee und Poststraße, die an Abwechselung so reiche Umgegend, ebenso anziehend für den Freund der Natur und Botanik als wohlthätig erheiternd für den Curgast und Besuchenden, sind anerkannte Vorzüge dieses Bades. Die Badewirthschaft, sowol für Curgäste als Besuchende und Uebernachtende eingerichtet, mit billiger Bedienung bereit, nimmt auch Bestellungen auf Wohnungen für längere Zeit in allen drei Logirhäusern an, wenn man die Güte haben will, sich mündlich oder schriftlich unter ihrer Adresse an dieselbe zu wenden. [1630]

Die Bade-Direction.

In meinem Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Geschichtsbilder
aus
Schleswig-Holstein.

Ein deutsches Lesebuch
von
Franz Schuselka.
Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 10 Ngr.

Leipzig, im April 1847.

[1664] **F. A. Brockhaus.**

Den Herren Fabrikanten, Kaufleuten etc. zu gütiger Beachtung.

Ein geübter **Correspondent und Contorist**, zugleich auch guter **Verkäufer**, besonders im Kurzwaarenfache vielseitig erfahren, thätig und von strengrechtlichem und zuversichtlichem Charakter, wünscht womöglich einen Posten am Comptoir oder als Geschäftsführer, Factor, Secretair etc. Auch würde derselbe gern geneigt sein, auf seine Firma und Kramerrechte als Kaufmann in Leipzig eine Commandite oder Commissionslager von respectiven Fabrikanten zu übernehmen, wozu ihm genügende Empfehlungen und erfoderlichen Falles angemessenen Garantien von den achtbarsten Männern werden. Geneigte Anerbieten wolle man gütigst unter der Bezeichnung **H. A. G.** an die Herren **Heintz & Haußner** in Leipzig gelangen lassen. [1650]

Patek & Comp.,
Fabricants d'Horlogerie à Genève,

sont arrivés à la foire de Leipzig avec un bel assortiment de montres de leur manufacture, qui sont toutes répassées en second, complètement réglées, et chacune est accompagnée d'une garantie écrite. — Ils se chargent de l'exécution de toutes les commandes en horlogerie avec les combinaisons et avec les ornemens tels qu'on peut désirer. [1651—53]

Leur depôt à Leipzig est Petersstrasse № 38 au 1er Etage.

Das Neueste der Messe.
Basiren ein Genuss
mit
Savon de Seville.

Diese ausgezeichnet gute Rasirseife findet man nur bei

Friedrich Struve,
Inhaber der Preis-Medaille,
jetzt Petersstrasse Nr. 16, vis-à-vis Hôtel de Bavière.

[1565—67]

Die Schuhfabrik von H. A. Gottschalk aus Erfurt hat ihren Stand wie früher, Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 14. [1612—13]

B. Henriques
aus **Copenhagen.**

Königl. dän. privil. Antiquitäten-, Kunst- und Juwelenhändler,

Brühl Nr. 64, erster Hof links, 2. Etage,

empfiehlt sich während dieser Messe mit Ein- und Verkauf von **Juwelen, orientalischen und Landperlen, Edelsteinen aller Art, Antiquitäten und Kunstsachen** in Gold und Silber, Emaille, Porzellan, Elfenbein, Perlmutter, Speckstein etc., Ethnographen, **echten alten Spitzen** etc.

Roher Bernstein, Platina in Münzen und Abfall, sowie gute alte **Meerschaumköpfe** werden daselbst gekauft. [1631]

Das Muster-Lager der **Cigarren-Fabrik** von **H. Ohlsen & Co.** in Bremen, **zu den niedrigsten Bremer Platzpreisen,** befindet sich bei

Joh. Ernst Weigel.

[1603—5] Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig.

Fabrik-Lager
privilegirter Gardinen- und Meubels-Stoffe
von
Julius Helfer,
Ecke des Brühls No. 89 und Theaterplatzes

Diese von mir erfundenen und fabricirten Stoffe besitzen den Glanz der Seide, die Weichheit des Mulls, die Echtheit und Reinheit der Glasfarben, und bedürfen **nie** der Wäsche. [1447—49]

Mess-Local-Vermiethung.

Ein in der besten Meßlage, zu ebener Erde, befindliches Gewölbe ist für nächste Michaelis- und folgende Messen zu vermiethen. Näheres in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1655—57]

Gute Platina-Zündschwämme
empfehlen **Gebrüder Holzschuher**
aus Schleiz, Leipzig, Markt, 1ste innere Reihe.

H. G. Grote
aus **Ronsdorf** bei **Elberfeld,**
Brühl Nr. 15, erste Etage,

empfiehlt sein Lager von [1641-49]

Sammetbändern, seidenen Taffetbändern, Besatzbändern, Lothbändern und von diversen **Besatzkordeln** u. s. w.

Einkauf von Juwelen und Perlen.

Die angemessensten Preise für Juwelen und Perlen zahlen ***Haller & Rathenau***, königl. Hoflieferanten und Hofjuweliere aus **Berlin, Brühl im Weissen Ross.** [1424—29]

Nathan Marcus Oppenheim,
Juwelier aus Frankfurt a. M.,
Nikolaistrasse Nr. 22,

kauft **Juwelen, Antiquitäten** und **alte Spitzen.** [1509—14]

Echt römische Saiten

in allen Stärken in frischer haltbarer Qualität empfehlen **Gebrüder Holzschuher**
aus **Schleiz,** Leipzig, Markt, 1ste innere Reihe.

Das Augustusbad
bei Radeberg
im Königreiche Sachsen,

durch seinen Gehalt an Eisenoxyd, schwefel- und salzsauren Salzen, kohlensaurem Gas etc., nervenstärkend und besonders gegen gewisse Uebel beim zarteren Geschlecht im besten Rufe stehend, wird

am 1. Mai

eröffnet. Bäder in Zink- und Holzwannen, auch als Douche-, Moorschlamm- und Sitzbäder gebraucht, haben die ganze Curzeit hindurch dieselben festen Preise. Die Wohnungen, verschieden nach Größe und Einrichtung, mit oder ohne Betten, stehen vom 15. Juni bis 15. August in höherm Preise als vorher und nachher. Deren Vermiethung besorgt Herr Inspector Sperco hierselbst. Desselben Schrift „Das Augustusbad etc.", mit medicinisch-praktischen Zusätzen des Herrn Hofraths Dr. Flemming in Dresden und des Herrn Badearztes Kuntzsch sen. in Radeberg (Bautzen, Gustav Schlüssel, 1846) ist den hierher Reisenden zu empfehlen, um mit den hiesigen Verhältnissen im voraus bekannt zu werden. Eine Beschreibung des Curortes vom Herrn Geheimen Medicinalrathe Dr. Choulant nebst neuesten Analysen der Quellen vom Dirigenten der Struve'schen Mineralwasseranstalt zu Dresden, Herrn Chemiker Stein, wird nächstens (Dresden bei Adler und Dietze) erscheinen. Von den Quellen wird auf Bestellung versendet. Auch sind die gebräuchlichsten fremden Mineralwässer vorräthig.

Dr. med. ***Klose,***
[1645—46] Besitzer des Augustus-Bades.

Benachrichtigung für Auswanderer,

Ein hier heute eingetroffenes **neues** Gesetz der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betreff der Ausschiffung von Passagieren beschränkt diese dermaßen, daß sie einem **Verbot der Einwanderung** gleich zu achten! **So lange dieses Gesetz bestehen wird,** ist demnach eine Beförderung von Passagieren nach Amerika in der bisherigen Weise nicht zu ermöglichen, und finden wir uns daher veranlaßt, alle von uns ertheilten Aufträge zur Annahme von Passagieren hierdurch zu widerrufen und aufzuheben, sowie wir die Auswanderungslustigen warnen, sich nicht ohne specielle Aufforderung nach hier zu begeben. [1640]

Bremen, den 20. April 1847.

Lüdering & Comp.

Künstliche Zähne werden von mir einzeln und in Garnituren meistentheils nicht nur **ohne Schmerzen** eingesetzt, sondern auch ohne alle nachfolgende Geschwulst und Leiden mancherlei Art, die sich so häufig nach diesen Operationen einzustellen pflegen. Von der Wahrheit dieser meiner Versicherung wird sich ein jeder Zahnpatient, welcher mir sein Vertrauen schenkt, auf ebenso eclatante Weise überzeugen, wie dies schon bei vielen Zweifelnden zu meiner großen Genugthuung der Fall war.

Leipzig, Ostermesse 1847.

S. Gutmann, Zahnarzt,
[1658—59] Hainstraße Nr. 1, 2. Etage.

F. August Behrens jun.
in ***Magdeburg***
(Logis in Leipzig, vom 20. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher etc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 193 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

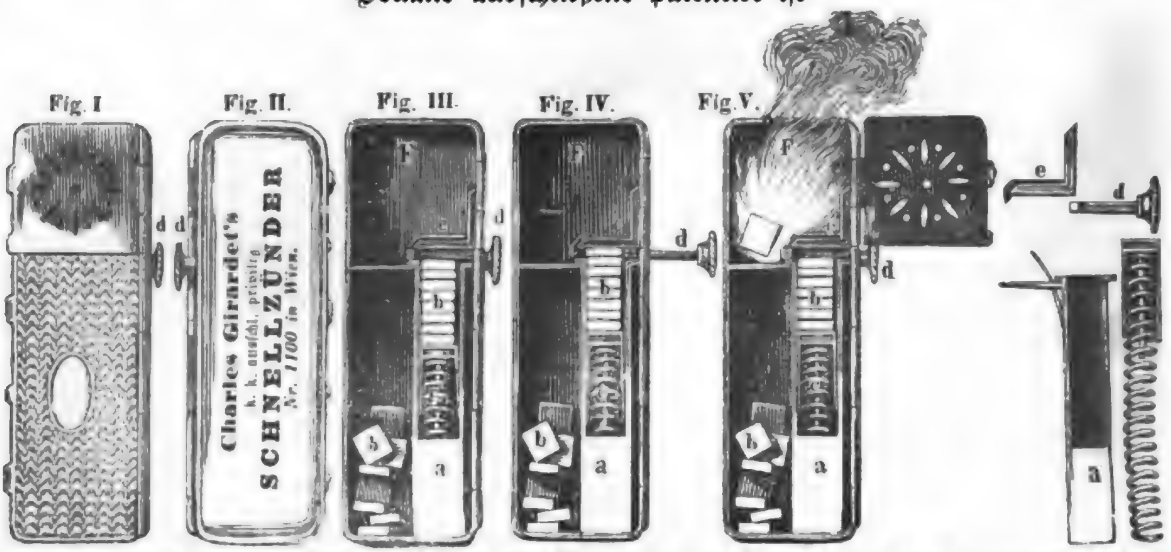
Eine Directrice

ganz tüchtig in ihren Leistungen, wird unter den angenehmsten Bedingungen fürs Ausland gesucht durch

Samuel Pflugradt
[1639] in Leipzig.

Charles Girardet's

neu erfundener Schnellzünder, welcher in Oesterreich, Frankreich, England, Belgien und Holland ausschließend patentirt ist.



Dieses neu erfundene Feuerzeug, welches in der Größe der obigen Abbildung Fig. I. und II. und das einzige ist, mit welchem man in freier Luft und selbst nassem Wetter Cigarren und Tabackspfeifen anzünden und seiner Sicherheit wegen selbst an feuergefährlichen Orten brauchen kann, besteht aus einer metallenen Büchse, an welcher sich ein Knopf befindet, der herausgezogen und schnell wieder hineingedrückt wird, worauf im selben Augenblicke ein glühendes Stück Schwamm unter dem oben befindlichen Gitter erscheint; selbes wird nun geöffnet, um in dem Reservoir die Cigarre anzuzünden oder den Brennstoff in die Pfeife zu leeren.

Die Friction geschieht in folgender Weise:

Im Innern dieser Büchse befindet sich ein Kanal a, in welchen die Stückchen Schwämme b eingelegt werden; diese drücken sich durch die Kraft der Feder e an den Schieber d, siehe Fig. III. Wird nun der Schieber herausgezogen, so treten die eingelegten Stücke Schwämme an dessen Stelle, siehe Fig. IV.; wenn also der Schieber wieder vorgeschoben wird, so trucket er das im Wege stehende Stückchen Schwamm an dem kleinen Messer e vorüber, erhält von diesem einen Schnitt, entzündet sich sogleich und fällt brennend in das Reservoir f, siehe Fig. V.

Beim Gebrauche ist die kleine Maschine stets rein zu halten; man schiebt nämlich den Schieber d zurück, worauf sich der Kanal a mit der Feder e leicht herausnehmen läßt, da diese Bestandtheile nur eingelegt sind, und bürstet dann die Büchse trocken aus.

Haupt-Depot in Leipzig

im Wiener Kurzwaaren- und Stutzuhren-Lager von

MARTIN & BAUER aus Wien

im Salzgäßchen neben der Börse. [1457—58]

Höchst gereinigte

Cocos-Nuss-Oel-Soda-Seife

aus der

Fabrik von Friedrich Struve in Leipzig,

jetzt Petersstrasse Nr. 16 vis-à-vis Hôtel de Bavière.

Bei einem Versuche mit dieser Composition wird man bald die Ueberzeugung erlangen, daß diese Seife von der unter demselben Namen gewöhnlich angebotenen auf das Entschiedenste abweicht. Während jene durch ihre ätzenden Bestandtheile Ausschläge hervorruft, säubert diese die Haut, öffnet die Poren und gibt die angenehme Geschmeidigkeit, welche einer schönen Haut so nothwendig ist.

[1568—70] **Friedrich Struve**, Inhaber der Preis-Medaille.

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Sonntag den 25. April, zwei große brillante Vorstellungen der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Programm der 1. Vorstellung, Anfang 4 Uhr.

Ein ungarisches Husaren-Manoeuvre, geritten von den Damen Mad. Renz, Mad. Felsenmeier, Mad. Jaques, Mad. Tourniaire, Dem. Adlime und Dem. Rany. — Der Vollbluthengst Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Der Afrikaner Max Zezome wird sich besonders auszeichnen.

Zum Beschluß der 1. Vorstellung:

Mons. Buton et Paskuron ou les deux voyageurs malheureux, une scène comique par Mons. Charles et Hintz.

Programm der 2ten Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.

Griechisches Manoeuvre, geritten von drei Herren mit neun Pferden. — Les jeux romains avec six chevaux par Mons. Renz. — Das Springpferd Minerva, arabisches Pferd, wird verschiedene Höhen und Breiten springen und zum Schluß den Sprung über mehre Pferde ausführen. — Der Araber und sein treues Pferd, ausgeführt von den meisten Mitgliedern der Gesellschaft.

Kassenöffnung der 1. Vorstellung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung der 2. Vorstellung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

[1591] **E. Renz**, Director.

Local-Vermiethung.

Das in den letzten Jahren von den Herren Bodemer & Comp. aus Eilenburg inne gehabte Gewölbe, Schmalzstraße Nr. 13, im Hause des Herrn C. H. Neumann in **Frankfurt a. d. O.** ist von nächster Margarethen-Messe ab zu vermiethen. [1654]

Nähere Auskunft darüber ertheilt Herr **J. C. Kühlhorn** in **Leipzig**, Nikolaistraße Nr. 54.

Bekanntmachung.

Es werden noch einige Knaben für ein Pensionat (in Dresden) unter den annehmlichsten Bedingungen in Bezug auf Unterricht, Pflege und Bildung baldigst gesucht. Das Nähere werden auf frankirte Anfragen mittheilen: der Hausgeistliche **Dittrich** zu Waldheim, der Oberlehrer Dr. **Koechly** und Bibliothekar Dr. **Petzholdt** zu Dresden, und der Pastor M. Jacobi zu Borack bei Mühlberg. [1616—17]

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 115. (25. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag.
Griechenland. Actenstücke in der griechisch-türkischen Differenz.
Ankündigungen.

Preußen.

Bei der Fortsetzung der Berathung über die Adresse (Nr. 110) hatte der Abg. Frhr. v. Vincke (Landrath in Hagen) das Wort, der die vom vorigen Redner (v. Arnim) berührten drei Punkte: daß der König in seinen Entschließungen frei sein müsse, daß die Stände den Rechten ihrer Committenten Sicherheit gewähren müßten und daß beide Zwecke mit weiser Mäßigung in der Form verbunden werden müßten, unbedingt annahm, aber erklärte, daß er damit zu ganz andern Schlüssen gelange als der Redner vor ihm. Er erkläre sich gegen jede Adresse, die der König gar nicht erwarte, und möchte die Versammlung nicht gern in den Verdacht der Zudringlichkeit bringen, wenn sie sich, sei es mit Dank, sei es mit einer Bitte, dem Throne nahe. Ebenso vermisse er ein Herkommen in den Provinzen, in Westfalen wenigstens haben nie Adressen bestanden; dort habe man sich immer nur an den Kern gehalten, nicht an die Schale, und stets ganz bestimmt gesagt, was man wolle. Halte man ihm Beispiele von constitutionellen Staaten entgegen, so frage er, ob sie sich etwa in einem constitutionellen Staate erblickten? Er wenigstens sehe keinen Schatten davon. Weder mit Lob noch mit Tadel solle man sich also dem König in einer Adresse nahen.

Uebergehend zu den Entgegnungen des Vertreters der Krone auf die in der Adresse behaupteten Rechtsverletzungen erinnere er dagegen an die Verheißungen des verstorbenen Königs. Zwar vermöge er sich nicht zu allen einzelnen Behauptungen der Adresse zu bekennen, aber einverstanden sei er mit derselben in Betreff des Gesetzes vom 17. Jan. 1820, in welchem völlig klaren Gesetze gesagt sei, daß künftig kein Staatsschuldschein ohne Zuziehung und Mitgarantie der vereinigten Reichsstände creirt werden könne. Einverstanden sei er ferner mit der Adresse, wenn darin die periodische Zusammenberufung der allgemeinen Stände als ein Recht beansprucht werde, weil im §. 13 des Gesetzes von 17. Jan. 1820 ausdrücklich bestimmt worden, daß die Staatsschuldenverwaltung verpflichtet sei, der künftigen reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung abzulegen; denn damit sei zugleich das alljährliche Zusammentreten der Reichsstände bestimmt ausgesprochen, und es könne nicht davon die Rede sein, ob die Bestimmung zweckmäßig oder nothwendig sei. Er erblicke in dem neuern Gesetze daher eine Verletzung wohlhergebrachter Rechte.

Wenn der Minister gesagt habe, daß man im Fall eines Kriegs den Landtag unmöglich so schnell zusammenberufen könne, um die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, so sei Dem zu entgegnen, daß man bei dem raschen Fortschreiten der Eisenbahnanlagen bald in der Lage sein werde, sich aus allen Provinzen in acht Tagen in Berlin versammeln zu können. Er sei der Meinung, daß gerade im Fall eines Kriegs die Zusammenberufung der allgemeinen Stände am nothwendigsten sei, und erinnere an ein erhabenes Beispiel aus der Geschichte, das Erscheinen Marien Theresiens vor der ungarischen Magnatenversammlung, als Friedrich der Große Böhmen und Mähren besetzt hatte. Damals habe der ungarische Patriotismus das Haus Oesterreich gerettet, und sie wollten von ihrem Patriotismus das Haus Oesterreich gerettet, und sie wollten von ihrem Patriotismus keine geringere Meinung haben. Und selbst den Fall angenommen, daß die Berufung des Landtags wirklich unmöglich sei, so deute er auf die Uebung in dem glücklichen Lande hin, dessen Verfassung die Jahrhunderte und eine Erbweisheit ohne Gleichen gemacht haben, wo sich die Minister nicht scheuten, in einem solchen dringenden Falle für die Rettung des Vaterlandes ihren Kopf aufs Spiel zu setzen und dann nachträglich von den Volksvertretern eine Indemnitybill zu begehren.

Endlich wies der Abgeordnete noch auf die Folgen hin, welche die Ausführung der in Rede stehenden Maßregel nach sich ziehen werde, auf die Gefährdung des Credits des Staats, und führte diese Ansicht weiter aus. Freilich, ganz creditlos würde der Staat nicht werden; auch Espartero und seine Gegner hätten Darlehen erhalten und es habe immer europäische Juden gegeben, welche selbst den Republiken jenseit des Meeres bereitwillig ihr Geld gewährt hätten. Habe aber die Mitgarantie der Stände für den Gläubiger einen Werth, so werde, sei sie nicht ertheilt, Der, welcher das Geld hergebe, sich eine größere Risicoprämie oder einen höhern Zinsfuß bedingen müssen und sie Alle müßten dann die größern Zinsen aus ihrem Beutel zahlen. Weit größer jedoch als die materiellen scheinen ihm die immateriellen Folgen zu sein, der bedenkliche Zustand nämlich, daß durch die neuen Gesetze die Existenz aller ständischen Rechte gewissermaßen in Frage gestellt sei. Der Monarch sei nicht befugt, die Rechte der Stände aufzuheben. Die ältern hier einschlagenden Gesetze gehörten aber zu den verfassungsmäßigen Grundgesetzen, und in dieser Ueberzeugung verlange er die ausdrückliche Zustimmung, nicht allein den Beirath der Stände zur Aenderung jener Gesetze. Auch komme hinzu, daß für diejenigen Provinzen, die dem Staate erst später hinzugetreten seien, durch die Besitzergreifungspatente bestimmt worden sei, daß der verewigte König sie der Verfassung anschließen wolle, die er seinen gesammten Staaten verleihen wolle, für sie sei daher ein vertragsmäßiger Rechtszustand begründet. Sie hätten ihren Theil des Vertrags seither als treue Unterthanen erfüllt und dürften erwarten, daß der Vertrag auch andererseits erfüllt werde. Ihre ständischen Freiheiten und ihre gesammte Verfassung bildeten gleichsam ein eisernes Inventar, was wol vermehrt werden könne, wovon aber kein Stück verloren gehen dürfe ohne die Zustimmung aller Miteigenthümer, und in diesem Sinne, glaube er, dürften die Stände ihr Mitwirkungsrecht in Anspruch nehmen. Nur sei es die Frage, in welcher Form sie ihre Rechte verwahren sollten, und hier sei es der Ansicht, daß sie weder in der Form des Adreßentwurfs noch in der des Amendements geschehen könne, wodurch sie sich erst die Erlaubniß zur Wahrung ihrer Rechte erbäten. Die Rechte aber, die sie bereits besäßen, könnten sie sich nicht erst erbitten, sondern es handle sich um die einfache Erklärung, daß sie diese ihnen durch die frühern Gesetze verbürgten Rechte nach hätten, daß die erwähnten Bestimmungen der frühern Gesetze durch die widersprechenden Bestimmungen der neuern Gesetze nicht aufgehoben worden seien, und daß jene Gesetze nicht aufgehoben oder abgeändert werden könnten außer mit ausdrücklicher Zustimmung der verfassungsmäßig berufenen Stände. Und diese Erklärung bringe er hiermit der Versammlung in Vorschlag; sie sei klar, denn sie sage bestimmt was sie wolle; sie sei farblos, denn sie stehe nicht auf dem Boden der politischen Parteien, sondern auf dem Boden des Rechts; sie sei einfach, denn sie hülle sich nicht in schöne Redensarten, sondern erscheine in der nackten Gestalt der Wahrheit und entspreche den Verpflichtungen der Stände gegen ihre Committenten, denen sie beweise, daß sie ihre Rechte kennen und ihnen ungeschwächt erhalten wollten, wie sie andererseits den Pflichten gegen die Staatsgläubiger entspreche, denen sie sage, daß die Stände ohne ihre Zustimmung contrahirte Schulden nicht anerkennten. Neben einer solchen Verwahrung halte er aber eine Dankadresse für unmöglich.

Der Redner wollte zum Schlusse noch einen sehr wichtigen Punkt berühren, ward aber von dem Landtagsmarschall unterbrochen, der ihm erklärte, daß er auf den Weg, den der Abgeordnete eingeschlagen, in keinem Fall eingehen könne. Der Redner habe keinen neuen Vorschlag gemacht, der unter die Bestimmung der Geschäftsordnung falle; er habe nur vorgeschlagen, Das heute umzustoßen, was gestern beschlossen worden sei. Die Versammlung könne jetzt nicht beschließen, eine Adresse zu erlassen, nachdem sie vorher eine zu erlassen beschlossen habe.

Abg. v. Vincke erklärte, daß er am Tage vorher dem Landtagsmarschall habe seine Aufwartung machen wollen, denselben aber nicht getroffen, und deshalb seinen Vortrag vollständig schriftlich übergeben und darauf angetragen habe, daß dieser statt der Adresse von der Versammlung angenommen würde; er habe somit der Geschäftsordnung genügt.

Der Landtagsmarschall gab zu, daß er eine schriftliche Erklärung erhalten; es sei aber nur ein schriftlicher Antrag gewesen, daß die Versammlung umstoßen möge, was sie früher beschlossen; Dem könne er sich weder anschließen noch auch eine Debatte darüber verstatten; und als der Abg. v. Vincke erwiderte, die Frage so verstanden zu haben, ob ein Adreßentwurf in Berathung genommen werden solle, und daß demnach jeder andere Vorschlag noch gestattet sei, erklärte der Landtagsmarschall auch Das für eine abgemachte Sache und meinte, nachdem Abg. v. Vincke an die Kammer appellirt hatte, ihn in seinem Rechte zu schützen, die Versammlung könne nach seiner Ueberzeugung gar nicht einmal den Wunsch haben, daß er sie zu einer Abstimmung darüber veranlassen möge, ob sie, was sie gestern beschlossen, heute zurücknehmen wolle.

Hierauf erhob sich der Landtagscommissar, der in dieser Frage ein Wort reden zu müssen glaubte. Er erklärte den Antrag des Abg. v. Vincke, keine Adresse zu geben, für unzulässig, nachdem eine Adresse mit großer Majorität beschlossen worden sei. Ferner habe der Abgeordnete einen Antrag zu entwickeln begonnen, wonach gewisse Verwahrungen ins Protokoll niedergelegt werden sollten. Dieser neue Gegenstand habe aber nichts mit der Adreßdebatte zu thun. Zwar habe der Abgeordnete erklärt, daß er einen solchen Antrag schriftlich dem Landtagsmarschall übergeben habe; hätte aber ein solcher Antrag heute zur Berathung kommen sollen, so müßte er, nach Vorschrift des Reglements, zuvor dem Landtagscommissar mitgetheilt werden; dies sei nicht geschehen, und so müsse er entschieden widersprechen, daß diesem Antrage weitere Folge gegeben werde. Die Debatte sei außer dem Reglement, er ersuche daher den Landtagsmarschall dringend, diesen Vortrag abzubrechen.

Der Abg. v. Vincke nahm Dem entgegen das Recht, das seiner Person zukomme, in Anspruch; er sei den Formen der Geschäftsordnung gefolgt. Es wäre Sache des Landtagsmarschalls gewesen, seinen Antrag zuvor dem königl. Commissar mitzutheilen; seine, des Abgeordneten, Sache sei es nicht, wenn Jener ihn nicht communicirt habe.

Der Landtagsmarschall ersuchte den Redner darauf, seinen Platz wieder einzunehmen, Abg. v. Vincke erwiderte jedoch, wenn die Versammlung dafür sei, werde er in der Entwickelung seines Amendements fortfahren; er verläßt aber doch seinen Platz, da ihn die Versammlung nicht unterstützt, nachdem der Landtagsmarschall ausdrücklich erklärt, selbst wenn die Versammlung es wünschen sollte, würde er eine derartige Abstimmung nicht veranlassen können.

Nachdem der Abgeordnete v. Vincke abgetreten war, erklärte der Landtagscommissar, daß er sich der Antwort auf die in dem letzten Theile des Vortrags des Abgeordneten enthaltenen Angriffe über die Legalität der ständischen Gesetze überhoben glaubte. Er erachte diesen ganzen Vortrag, als wäre er nicht gehört. Nur auf einen Punkt in dem frühern Theile des Vortrags sehe er sich genöthigt zu antworten. Der Redner habe sich auf den berühmten Fall der Kaiserin Maria Theresia berufen. Nun erkläre er, daß weder in dem Gesetze noch in seiner Erklärung behauptet sei, der König werde, wenn er eine Anleihe im Kriege zu machen genöthigt sein sollte, die Stände nicht berufen. Vielmehr habe er oft den König sagen hören: In Fällen des Kriegs werde ich vor Allem die Stände zusammenberufen. Wenn sich der Redner auf das Beispiel Maria Theresia's berufen, so frage er ihn: ob die Kaiserin wol auch nach Presburg gegangen sein würde, wenn der große König damals außer Böhmen und Mähren auch Ungarn besetzt gehabt habe. Was den zweiten Punkt anlange, wo der Redner dem Minister gerathen habe, sie sollten ihre Köpfe daran setzen, wenn sie im Kriege Anleihen zu machen hätten, und dann vor die Versammlung hintreten und sagen: Köpft uns oder bewilligt die gemachten Schulden! so sage er, dieser Fall passe nicht auf sie. Die preußischen Minister könnten keine Schulden machen, sondern nur das Staatsoberhaupt. Das sei der Unterschied, und es werde doch wol Niemand sagen, der König solle es nur wagen, solche Anleihen zu contrahiren, und dann den Ständen sagen — doch er bitte, ihm den Schluß zu erlassen.

Der Abg. v. Auerswald (Generallandschaftsrath in Plauthen) fragt in Beziehung auf die Aeußerung des Landtagscommissars, er betrachte die Worte des Abg. v. Vincke als nicht gehört, ob dies der Geschäftsordnung entsprechend sei. Seines Erachtens sei die Erklärung des Abgeordneten gültig zu Protokoll gekommen, und es stehe Jedem von ihnen das Recht zu, sich auf die-

selbe zu beziehen und ihr beizutreten. Der Landtagsmarschall entgegnete dann, es sei ganz außer Zweifel, daß die Aeußerung des letzten Redners jetzt schon einen Theil des Protokolls bilde, und der Landtagscommissar meinte, er habe nichts dawider, daß die Stenographen Alles niederschrieben, was sie hörten, und er fände keine Veranlassung, sich der Veröffentlichung ihrer Notizen zu widersetzen. Eben so wenig habe er gegen die Aufnahme der Verhandlung über die Anträge des Redners in das Protokoll etwas zu erinnern, und somit wären wol die Bedenken des letzten Redners gehoben. Daß er gesagt, er habe die Worte des Abg. v. Bincke nicht gehört, solle nur so viel heißen, er betrachte sie in seiner Eigenschaft als königl. Commissar als nicht vorhanden und finde sich nicht veranlaßt, darauf einzugehen.

Der Landtagsmarschall erklärte endlich noch: die Sache sei nicht so wichtig, um die Discussion noch weiter zu unterbrechen, und ließ in der Debatte fortfahren. Es las demnach der Abg. Giesseler (Schultheiß in Tröchtelborn) einige Worte ab, aus denen hervorging, daß er in die Adresse weder Vorbehalte noch Rechtsverwahrungen haben wolle. Er vertraue fest, von einem Monarchen, welcher zu den Vertretern des Volks spreche: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen", daß von einem solchen Königshause auch für die Zukunft Alles, was dem Lande Glück und Segen bringen könne, zu erwarten sei.

Abg. Gier (Bürgermeister in Mühlhausen) hielt das Ständepatent vom 3. Febr. für gesetz- und verfassungsmäßig; er begreife die Angriffe Derjenigen nicht, die von einer Incompetenz sprächen. Man müsse dem Könige innigen Dank sagen, daß er einen Anfang gemacht mit landständischer Wirksamkeit, und er wünsche aufrichtig, daß eine geregelte Benutzung derselben vorgenommen werde und eine periodische Zusammenberufung der Stände stattfinden möge. Das Gesetz über die Darlehen betreffend sei es unmöglich, daß während eines Krieges die Zusammenberufung der allgemeinen Landstände vorgenommen werde, denn es könne sich ja der Fall ergeben, daß eine ganze Provinz bereits von Feinden besetzt sei. Aber auch alle deutschen Verfassungen haben dieselben Bestimmungen, und wenn der König ihnen nicht vorausgegangen wäre, und die Stände würden gefragt, ob sie solche Ausnahmen bewilligen wollten, so würden sie sie gewiß völlig und praktisch verwilligen. In Bezug auf das Besteuerungsrecht, das ihnen in einem Maße wie früher nie zugesagt sei, betreffe die Ausnahme nur die Zölle und die indirecten Abgaben, und da sei er gleichfalls der Meinung, daß der König auch hier freie Hand haben müsse. Nur wünsche er, daß so bald als thunlich der ständische Beirath oder ein Congreß von Fabrikanten, Kaufleuten ꝛc. bei der Berathung über die indirecten Steuern gehört werden möchte. Er schließe sich dem Vorschlage an, dem Könige Dank zu sagen und das Vertrauen und die Zuversicht in Betreff derjenigen Wünsche und Bitten auszusprechen, welche über das ständische Patent und das Verfassungsgesetz in dieser Versammlung auf gesetzlichem Wege beschlossen werden möchten.

Hierauf hatte der Abg. Mevissen (Kaufmann in Dulken) das Wort. Die Redner vor ihm hätten zum Theil den Modus, die Zweckmäßigkeit des Adreßentwurfs in Frage gestellt, theils habe sich eine Differenz in Bezug auf die rechtliche Begründung der in dem Adreßentwurfe niedergelegten speciellen Verwahrung entwickelt. Was den Modus betrifft und die Zweckmäßigkeit, so, glaube er, seien sie es dem Lande schuldig, nichts zu verschweigen und gleich beim Beginn dieser Verhandlungen sich klar und bestimmt auszusprechen. Sie seien Offenheit und Wahrheit der Krone schuldig, die sie berufen, um durch sie den Willen des Landes zu erfahren. Das Ziel, welches der König und sein Volk verfolgen, sei dasselbe; die Rechtsbasis, die durch die Organe der Krone und durch die einzelnen Mitglieder der Stände hier anerkannt worden, sei ebenfalls dieselbe. Der König habe die volle rechtliche Gültigkeit des ältern Gesetzes von 1820 zur Unterlage des neuen Gesetzes gemacht und die Räthe der Krone beauftragt, auf dieser Grundlage ein neues Gesetz zu entwerfen. Die Räthe der Krone haben diesem Auftrage nach ihrer Ueberzeugung entsprochen. Der königl. Commissar habe ausgeführt, daß nach dem Gesetze von 1820 nur die Verpflichtung bestehe, jährlich einer reichsständischen Versammlung Rechnung zu legen, und daß diese Rechnungslage eben so gut, ja besser von einer Deputation als von der ganzen Versammlung entgegengenommen werden könne. Bei der Würdigung jenes Gesetzes von 1820 komme es nicht allein auf den Buchstaben, sondern auf den Buchstaben verbunden mit dem Geiste des Gesetzes an. Der Buchstabe jenes Gesetzes stelle ganz unangreifbar fest, daß jährlich eine reichsständische Versammlung zusammentreten solle, der Geist dieses Buchstabens sei nur dann zu ermitteln, wenn man zurückgehe auf die Zeit, wo das Gesetz gegeben wurde. Dem Gesetze von 1820 sei die während mehr als zehn Jahren unablässig wiederholte Erklärung Preußens vorausgegangen, daß eine reichsständische Verfassung gegeben werden sollte; ihm sei 1815 die officielle Erklärung Preußens auf dem Wiener Congreß, ihm sei die feierliche Verheißung vom 22. Mai 1815 vorausgegangen. Damals, im Jahr 1820, sei bei allen Staatsmännern die Ansicht vorherrschend gewesen, daß, wenn in diesem Lande Reichsstände berufen werden sollten, diese Reichsstände auch dauernd und fest begründet werden müßten. Dauernd und fest seien die Reichsstände aber nur dann begründet, wenn sie jährlich wiederkehrende Functionen regelmäßig ausüben. Das Gesetz vom Jahr 1820 habe sich freilich darauf beschränkt, nur der Rechnungslegung an die Reichsstände zu gedenken. Aber diese eine Function schließe alle übrigen in sich. Die rechtsgültige Aufnahme von Anleihen angehend, haben sie von dem königl. Commissar gehört, daß es nöthig sei, Beschränkungen des in dem Gesetze vom 17. Jan. 1820 den Ständen eingeräumten unbeschränkten Rechts der Mitgarantie eintreten zu lassen, weil in Kriegsfällen die Stände nicht zusammenberufen werden könnten, sobald durch eine Invasion des Feindes einzelne Provinzen besetzt wären. Aber was hindere denn die Krone in solchem Fall, aus den Provinzen, die noch nicht genommen sind, die Stände zusammenzuberufen? Gerade in solchen Fällen vor Allem werden die Stände herbeieilen, sich im Mittelpunkte der Monarchie um den König versammeln und die Macht der Krone durch ihre Mitwirkung und Umgebung stärken.

Ferner sei von einer Seite behauptet worden, daß das Gesetz vom 5. Jun. 1823, nach dem Wortlaute des Adreßentwurfs, als jede Berathung anderer ständischen Organe ausschließend gedacht werde. Ein solcher Ausschluß sei von Niemandem in diesem Saale beabsichtigt worden; es habe nicht die Befugniß der Krone bestritten werden sollen, ständische Organe zu jeder Zeit nach Belieben der Krone zu vernehmen. Etwas Anderes aber sei das Recht eines ständischen Organs, ausschließlich gehört zu werden, und etwas Anderes das Recht eines solchen Organs, bei allen allgemeinen Gesetzen, zu allen Zeiten gehört zu werden, wenn auch vorher schon andere ständische Körper gehört worden sein möchten. Durch das Gesetz vom 22. Mai 1815 werde den künftigen Reichsständen das Recht beigelegt, bei allen allgemeinen Gesetzen gehört zu werden, und in dem Augenblicke, wo Reichsstände zusammenberufen werden, seien sie in den Besitz dieses Rechts eingetreten. Wenn auch andere ständische Organe vernommen werden möchten, so bleibe ihnen doch stets das Recht, neben diesen Organen gehört zu werden.

Weiter habe der königl. Commissar erklärt, daß in den Verordnungen vom 3. Febr. dem Vereinigten Landtag eingeräumte Steuerbewilligungsrecht gehe weit über die frühern Verheißungen hinaus. Die Rheinländer könnten dies nicht anerkennen. In dem Besitzergreifungspatent vom 5. April 1815 sei den Rheinländern das Recht der Zuziehung bei Regulirung und Feststellung aller Steuern zugesichert. Wenn auch über die Deutung dieser Worte Zweifel obwalten, wenn es fraglich sein könnte, ob dadurch ein Recht der Zustimmung feststehe, Zweifel, die er für nicht begründet erachte, so stehe doch das Recht der ständischen Mitwirkung bei allen Steuern ohne irgend eine Ausnahme fest. Das seien die Punkte des Widerspruchs, die sich in der bisherigen Discussion dargeboten haben. Es bleibe ihm nur noch ein Differenzpunkt zu erwähnen übrig, das unbeschränkte Recht der Petition. Wenn in Preußen das ständische Organ der Einheit, was bisher fehlte, ernstlich neu begründet werden solle, so glaube er, daß dann das Minimum aller ständischen Rechte, das Recht der Petition, nicht in Frage gestellt, nicht durch kleinliche Beschränkungen verkümmert werden dürfe. Siebenundzwanzig Jahre habe das Volk die Erfüllung des Gesetzes vom Jahr 1820, 32 Jahre die Erfüllung des Gesetzes vom 22. Mai 1815 mit Zuversicht, mit Vertrauen erwartet. Der König habe erklärt, daß unabwendbare Hindernisse die frühere Erfüllung dieser Verheißungen verhindert haben; das Volk habe durch sein Vertrauen, durch seine Ruhe diese Hindernisse gewürdigt, aber heute seien sie geheben, heute sei eine reichsständische Verfassung endlich begründet, heute stelle das Volk mit Recht die Forderung an seine Vertreter, daß diese Versammlung dazu beitrage, daß eine starke Verfassung dauernd begründet werde. Eine solche könne aber nur dann begründet werden, wenn König und Volk in der Ansicht über die wesentlichen Elemente einer solchen Verfassung vollkommen einig seien. Diese Versammlung habe die schöne Aufgabe, die getrübte Unmittelbarkeit zwischen dem König und seinem Volke wiederherzustellen. Es werde daher zu untersuchen sein, was nach dem Rechtsbewußtsein des Volkes als unentbehrlich für die reichsständische Verfassung dieses Landes betrachtet werde.

Einen andern, noch stärkern Grund zur Rechtfertigung der in der Adresse niedergelegten Verwahrung finde er darin, daß nach dem allgemeinen Volksbewußtsein diese Rechte, die in den ältern Gesetzen gegeben seien, das Minimum der Rechte bildeten, die die Landstände überall haben, ohne welche Reichsstände als wahrhaft lebendig gar nicht gedacht werden könnten. Das Rechtsbewußtsein im Volke habe sich jahrelang an diese in den ältern Gesetzen begründeten Rechte angeklammert, es habe vertrauensvoll dem Augenblick entgegengesehen, wo diese Rechte verwirklicht werden würden, weil das Volk gewußt, daß bei ungeschwächter Rechtsbeständigkeit des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 dieser Augenblick endlich, wenn auch spät, kommen müßte. Möchten sie sich die Frage stellen, ob dann, wenn alle diese Rechte, die sie in Anspruch nehmen, ihnen eingeräumt werden, die Verfassung Preußens mit der Verfassung anderer constitutioneller Länder auf gleicher Stufe stehen werde! Man täusche sich darüber nicht, es bestehen auch dann noch die allererheblichsten Unterschiede, die, er gebe es zu, zum Theil durch die eigenthümliche Lage des Landes gerechtfertigt sein mögen. Er wolle für jetzt nicht in das Gebiet der Wünsche, die durch diese Differenz begründet werden können, hinüberschweifen, weil er für eine Adresse das Wort genommen habe, die nicht Bitten an den Stufen des Thrones niederlegen wolle, sondern für eine Adresse, die sich darauf beschränke, bestehendes Recht ehrfurchtsvoll zu wahren.

In der Discussion sei hin und wieder die Ansicht laut geworden, als ob durch das in Anspruch nehmen eines Minimums ständischer Rechte bereits der Macht und dem Ansehen der Krone Abbruch geschehen, als ob das monarchische Princip in Gefahr gerathen könne. Er glaube, Jeder von ihnen werde gern seine Ueberzeugung dahin aussprechen, daß er die Monarchie, und zwar eine starke und kräftige Monarchie wolle; die Ueberzeugung, daß ohne ein mächtiges Centrum die gedeihliche Entwickelung des Vaterlandes nicht gesichert erscheine. Aber eine Divergenz der Meinungen bestehe darin, wie diese Einheit der Monarchie, das Königthum, für alle Fälle stark und mächtig zu erhalten sei. Das Patent vom 3. Febr. und die Verordnungen, die in dessen Folge erlassen seien, sollen den langst beabsichtigten Ausbau ständischer Freiheit zum Abschluß bringen. Wenn aber dieser Bau wahrhaft zu einem Abschluß gebracht werden solle, so müsse er Alles enthalten, was das Volk, seinem heutigen Rechtsbewußtsein nach, für unumgänglich nothwendig erachte. Solle die lebensvolle Einheit zwischen Fürst und Volk wieder hergestellt werden, so dürfen in dem Bau der ständischen Verfassung keine dem heutigen Rechtsbewußtsein des Volks widersprechende Lücken bleiben. Er glaube, daß, wie weit auch die Meinungen in diesem Saale auseinandergehen, sie darin alle übereinstimmen, daß ohne Periodicität, ohne feste jährliche Zusammenberufung diese Versammlung nur ein Kind des Zufalls sei, was die ihm zugedachte Stelle im Staatsleben nun und nimmermehr einnehmen könne. Es sei freilich in den Verordnungen vom 3. Febr. die Contrahirung von Anleihen und die Bewilligung von Steuern an die Zustimmung der Reichsstände geknüpft, aber bei der Lage des Landes dürfen sie sich über der Hoffnung hingeben, daß derartige Fälle, die nach den Verordnungen vom 3. Febr. einzig und allein der Krone die Verpflichtung auferlegen, die Reichsstände zu berufen, in geraumer Zeit gar nicht eintreten werden.

Von diesen beiden Fällen abgesehen, sei keine Bestimmung in dem Gesetz enthalten, welche irgend eine Verpflichtung in sich schlösse, den Vereinigten Landtag zu berufen. Das Fundament des Vereinigten Landtags sei ein durchaus schwankendes, ein gänzlich unsicheres, so lange die periodische Berufung nicht durch das Gesetz fest und bestimmt, ganz frei von allem Belieben, vorgesehen sei. Ein fester Rechtszustand in der Verfassungsfrage sei für die Krone eben so dringend, ja noch dringender geboten wie für das Volk, und er könne nur herbeigeführt werden, wenn die gerechten Forderun-

gen anerkannt werden, die in dem verbrieften Rechte wie in dem Bedürfnisse des Landes aufs tiefste begründet seien. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß er der Adresse seine volle Zustimmung gebe und nur noch im Namen der Rheinländer die Erklärung hinzufüge, daß nach dem Besitzergreifungspatent vom 5. April 1815 bei allen Steuern den Ständen ein Recht der Mitwirkung zustehe. Er erfülle diese Pflicht um so lieber, als er glaube, daß die Versammlung dem Willen eines hochsinnigen Königs nur dann entsprechen werde, wenn sie überall ohne Rückhalt die ganze Wahrheit sage, und von dieser Wahrheit, die sie beseele, in ihrem ersten Act ein feierliches Zeugniß ablege.

Nach dieser Rede dringen mehre Stimmen auf Schluß der Debatte, der Abg. Hansemann trägt auf Vertagung derselben an, und nachdem noch Graf v. Arnim erinnert hatte, daß die Versammlung nicht eher über die vorgeschlagene Adresse beschließen möge, als bis sie sich vollständig über dieselbe geprüft habe, entschied sich dieselbe für Vertagung der Debatte auf die nächste Sitzung. (Fortsetzung folgt.) (A. P. Z.)

Griechenland.

Zur Vervollständigung der diplomatischen Correspondenz über das griechisch-türkische Zerwürfniß theilt die augsburger Allgemeine Zeitung noch zwei der neuesten Actenstücke mit:

„I) Note Ali-Efendi's, Ministers der auswärtigen Angelegenheiten der Pforte, an Hrn. Argyropoulos, königl. griechischen Geschäftsträger in Konstantinopel. Mein Herr! Das Ereigniß, welches das gute Einvernehmen zwischen der griechischen Regierung und der hohen Pforte störte, lastet mit seinen unvermeidlichen Folgen noch auf beiden Staaten. Wir haben vergebens gehofft, daß die so gerechten Foderungen, die wir gestellt, ohne Zögern angenommen würden. Se. Maj. der König von Griechenland hat wirklich an Se. Maj. den Sultan, meinen erhabenen Herrn, ein Schreiben voll von Freundschaftsversicherungen gerichtet, welches dieser Monarch mit Vergnügen empfangen hat, und welche Se. kaiserl. Maj. entgegnen wird in einem Schreiben an Se. Maj. den König von Griechenland. Aber diese Privatcorrespondenz ändert in nichts die Lage der Angelegenheiten, die wir zu verhandeln haben. Der Gesandte des Sultans, öffentlich beleidigt, hat eine öffentliche Genugthuung zu erhalten. Weit entfernt, ihm dieselbe zu gewähren, hat man ihn gezwungen, seine Pässe zu verlangen und hierher zurückzukehren. Wäre dieser Fall nicht geeignet, den Klagegründen hinzugefügt zu werden, welche wir geltend gemacht haben? In dem Schreiben, welches der Ministerpräsident Sr. Maj. des Königs von Griechenland an mich zu richten die Güte hatte, erklärt derselbe, daß es ihm unmöglich sei, eine Genugthuung zu geben. Er wird, wir haben die volle Ueberzeugung, nicht auf dieser Erklärung beharren. Die hohe Einsicht des Hrn. Kolettis und die Versicherungen, die er uns jederzeit gegeben hat über seinen Wunsch, die Beziehungen einer guten Nachbarschaft zwischen den beiden Staaten aufrecht zu erhalten, lassen uns hoffen, daß er auch diesmal es nicht verweigern werde, auf Das zu achten, was sie zu ändern gewiß nicht verfehlen könnte. Er kennt die freundschaftlichen Gesinnungen des Sultans in Beziehung auf Griechenland; ebenso, daß der Gedanke der Mäßigung, der alle Jene beseelt, welche die Ehre haben, im gegenwärtigen Augenblick im Rathe des Sultans zu sitzen, der vorherrschende ist, aber er weiß auch, daß jedes Ding sein Maß und Ziel hat, und daß wir dieses nicht überschreiten dürfen, ohne unsere heiligsten Pflichten zu verletzen. Ich habe daher die Ehre, Ihnen, mein Herr, auf Befehl Sr. Maj. des Sultans zu erklären, daß, wenn nach einem Monate vom Datum des gegenwärtigen Schreibens die Angelegenheiten unglücklicherweise noch auf demselben Punkte ständen wie bisher, und wenn Hr. Mussurus nach seiner Zurückkunft nach Athen keinen Besuch des Hrn. Kolettis erhalten hätte mit dem Ausdrucke des Bedauerns der Regierung Sr. Maj. des Königs von Griechenland, wir uns in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt sähen, die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten als gänzlich abgebrochen zu betrachten, und daher aufhören würden, Sie als Geschäftsträger anzuerkennen, welches auch unsere persönliche Hochachtung wäre. Empfangen Sie ꝛc. Konstantinopel, 28. Febr. 1847. Ali."

„II. Depesche des Hrn. Kolettis, Ministerpräsidenten und Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, an Hrn. Argyropoulos, königl. griechischen Geschäftsträger in Konstantinopel. Athen, 10. März. Ich habe Ihr Schreiben vom 1. März und die beigefügte Abschrift der Note, die Ihnen durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Maj. des Sultans zugesendet worden, erhalten. Se. Exc. Ali-Efendi sagt in dieser Note: «Daß das Schreiben Sr. Maj. des Königs von Griechenland ebenso wie die Antwort Sr. Maj. des Sultans nur aus dem Gesichtspunkt einer Privatcorrespondenz beurtheilt werden könnte und nichts ändere in der Lage der Dinge, die wir zu verhandeln haben.» Dies ist durchaus nicht und kann auch nicht die Idee des Königs und seiner Regierung sein. Das königl. Schreiben, das für Se. Maj. eine Gelegenheit war, seine persönlichen Gefühle auszudrücken, hatte zum Zweck, ein unangenehmes Ereigniß und seine Ursachen zu erklären in ihrer ganzen Bedeutung der großen Interessen der beiden Kronen. Der König glaubte, daß ein offener loyaler Schritt der würdigste, der wirksamste Hebel wäre, um diplomatische Schwierigkeiten zu heben. Sie begreifen, daß ein solcher Fall keine weitere Discussion zuläßt; ich bin einzig und allein beauftragt, seine ganze Wichtigkeit festzuhalten in dem Gedanken, welcher dem Schreiben des Königs, meines erlauchten Gebieters, zum Grunde liegt. «Weit entfernt, sagt die Note weiter, dem Gesandten des Sultans die Genugthuung angedeihen zu lassen, deren er nöthig hat, hat man ihn gezwungen, seine Pässe zu nehmen und hierher zurückzukehren.» Ich kann nicht umhin, einer solchen Behauptung, die durch kein Wort und keine Handlung gerechtfertigt wird, entgegenzutreten. Es ist gerade das Gegentheil, was stattgefunden, als die Regierung Sr. Maj. des Königs dem Gesandten Sr. Maj. des Sultans das Schreiben mittheilte, welches ich die Ehre hatte am 13. Febr. an Se. Exc. Ali-Efendi zu übermachen. «Ehe ich schließe, sagte ich in jener Note, habe ich noch beizufügen, daß dieses Schreiben dem Gesandten der Türkei mitgetheilt worden ist.» Wir haben dem Gesandten der Türkei sein Benehmen nicht vorzuschreiben, und wir machen uns nicht zu Richtern über das Maß der Freiheit, die ihm seine Instructionen lassen, allein mußte ihm nicht die Mittheilung einer Note, welche einen hohen Schritt ankündigte, die Idee erregen, ehe er seine Pässe verlangte, deren Ausfertigung so lange verzögert wurde, als es die Schicklichkeit erlaubte, die letzten Entschließungen seiner Regierung in Athen abzuwarten? Ich habe daher das Recht und die Pflicht, auf die bestimmteste Weise in Abrede zu stellen, daß der Gesandte des Sultans genöthigt worden sei, seine Pässe zu verlangen und Athen zu verlassen. Ich komme nun zu dem wiederholten Ansinnen einer Genugthuung, die in der Note, welche Sie mir gesendet haben, enthalten ist. Se. Exc. Ali-Efendi beruft sich mit Recht auf meine Gesinnung, und daß ich von je her betheuert habe, wie sehr ich wünsche, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Nachbarstaaten aufrecht zu erhalten. Ich hoffe, Gott werde es nie gestatten, daß ich mich in den wahren Interessen meines Landes irre, und ich behaupte, daß mir nichts so sehr am Herzen liegt, als nicht blos die friedlichen, sondern die wohlwollenden Beziehungen mit der Türkei zu erhalten. Um einen solchen Zweck zu erreichen, muß man Bürgschaften geben? Die griechische Regierung hielt es immer für ihre Pflicht, nichts zu vernachlässigen, damit das Einverständniß der beiden Länder fortdauernd ihren gemeinschaftlichen Interessen diene, allein sie ist auch überzeugt, daß es ganz den Zweck verkennen hieße, den man sich von einer wie von der andern Seite mit gleichem Vertrauen vorgesetzt hat, wenn man zu etwas seine Zustimmung ertheilte, was die Billigkeit nicht fodert. Wir haben die von uns verlangte Genugthuung nicht leichtsinnigerweise verweigert, und jetzt noch, nach reiflicher Ueberlegung, müssen wir aufs neue behaupten, daß nichts sie rechtfertigen würde. Niemals würden wir zugeben, daß eine Beleidigung stattgefunden habe, sei es gegen die Regierung Sr. Maj. des Sultans oder gegen seinen Repräsentanten. Was die Rückkehr des Hrn. Mussurus nach Athen betrifft, so kennen Sie die Gründe, die sie unmöglich machen; sie sind nicht blos enthalten in der Correspondenz, welche das gegenwärtige Ereigniß veranlaßte. Die griechische Regierung in ihrem Geiste des Friedens und der Verträglichkeit hat darauf Verzicht leisten müssen, die Verbindungen mit einem Agenten aufrecht zu erhalten, der dieselben immer so schwierig machte, oft auf eine Weise, die unverträglich mit seiner Würde war; sie wieder anknüpfen, wäre gewiß, ich scheue mich nicht es zu sagen, das sicherste Mittel, diese Schwierigkeiten unheilbar zu machen. Wenn nun in Anbetracht Dessen die Regierung des Königs es mit Leidwesen erkennen müßte, daß sie die Vorschläge, die ihr gemacht wurden, nicht annehmen könne, und auch in diesem Augenblicke, wo sie erneuert werden, nicht anzunehmen im Stande sei, so sucht sie mit nicht minderer Sorgfalt und einem ganz andern Gefühle die Mittel auf, durch welche sie frei und offen die Versöhnlichkeit an den Tag legen kann, von welcher sie durchdrungen ist. Sie sind daher beauftragt, zu sagen, daß die Regierung des Königs bereit ist, bei der hohen Pforte einen Gesandten zu ernennen, dessen erste Pflicht es sein soll, das Bedauern auszudrücken, welches die hellenische Regierung darüber empfindet, daß ungünstige Umstände eine vorübergehende Beeinträchtigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten herbeigeführt hätten. Sie sind ferner ermächtigt, der hohen Pforte mitzutheilen, daß, wenn dieselbe einen Gesandten nach Athen schicken möchte, welcher wirklich ihre Gesinnungen und Absichten verträte, derselbe vom König aufgenommen werden würde, wie der Repräsentant des Sultans immer aufgenommen werden ist; daß er sogleich bei seinem ersten Erscheinen von der griechischen Regierung die lebhaftesten Beweise ihres Wunsches erhalten würde, von diesem Ereignisse selbst ein den sich von Tag zu Tag mehr verbindenden Interessen entsprechendes inniges Verhältniß ausgehen zu lassen. Möchte die hohe Pforte auf einen solchen Vorschlag eingehen, um sogleich den unumstößlichsten Beweis der Gesinnungen zu erhalten, welche ihn eingegeben haben. Sie werden Sr. Exc. Ali-Efendi diese Note vorlesen und eine Abschrift davon mittheilen. Empfangen Sie ꝛc. Kolettis."

Verantwortliche Redaction: Professer **Bülau.**

Druck und Verlag von F. A. **Brockhaus** in Leipzig.

Ankündigungen.

Durch alle Buchhandlungen und Postämter sind zu beziehen:

I. Minerva von Dr. Fr. Bran.

Inhalt des ersten Bandes 1847 (221. Band): Aus den Erinnerungen des Grafen Henkel von Donnersmark. — Publicist. Bemerkungen einiger wichtigen Fragen der Gegenwart. — Notizen zur Tagesgeschichte. — Der Sternenhimmel. — Die Religion unserer Urväter. — Der Zustand Irlands. — Neueste Dichter (Alfr. Meißner). — Ueber einige pädagog. Probleme der Gegenwart. — Aus dem Gebiete der Naturphilosophie (Wesen und Eigenthümlichkeiten der nächtlichen Thiere). — Sind feste Plätze für heutige Kriegsführung nöthig? Erster Brief. — Die Trockenlegung des Haarlemer Meeres. — Das Patent vom 3. Februar u. s. w.

II. Miscellen aus der neuesten ausländischen Literatur.

[1539] Jena, **Bran**'sche Buchhandlung.

In Frankfurt a. O. ist in meinem Hause

Judenstraße Nr. 7

ein großes Meßgewölbe nebst Comptoir, Stuben ꝛc., welches die Herren Milde & Co. aus Breslau 11 Jahre inne hatten, zur nächsten Margarethen- und folgenden Messen zu vermiethen, gleichzeitig auch die Verkaufslocale von den Herren Heß, Ruben & Co. aus Hamburg. Hierauf Reflectirende belieben sich an mich direct zu wenden.

[1451—53] ***E. Fersenheim.***

[160]

Neue

Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung.

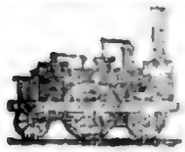
Jahrgang 1847. Gr. 4. 12 Thlr.

Wöchentlich erscheinen sechs Nummern. Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Zeile 1½ Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

März.

Inhalt: **C. Peter:** Collectivanzeige mehrer Schriften über Gymnasialwesen, von *Köchly*, *Droysen*, *A.* und *Stallbaum*. — **K. Hase:** Collectivanzeige der auf die deutsch-katholische Literatur bezüglichen Schriften, von *M. R.*, *Laurent. Sonst*, *A. Gastorowski* u. A. — **Kienlen:** Das Wesen des christlichen Glaubens. Vom Standpunkte des Glaubens dargestellt von *W. M. L. de Wette*. — **E. Schwarz:** Der deutsche Protestantismus, seine Vergangenheit und seine heutigen Lebensfragen. — **W. Henzen:** De Lavinio et Laurentibus Lavinatibus commentatio epigraphica. Scripsit *A. W. Zumptius*. — **Choulant:** ΣΥΝΟΨΙΣ ΠΕΡΙ ΣΦΥΓΜΩΝ. Traité sur le pouls, par *Ch. Daremberg* — **Karl v. Kaltenborn:** Dictionnaire ou Manuel-lexique du Diplomate et du Consul. Par le Baron *F. de Cussy*. — **A. C. J. Schmid:** Praktische Erörterungen aus dem gesammten Gebiete der Rechtswissenschaft u. s. w., von *A. F. Gett*. — **Ernst Reinhold:** 1) Der Gottmensch im Reflex des 19. Jahrhunderts, von *E. G. S. Kleinpaul*. 2) *Schelling's* Vorwort zu: Nachgelassene Schriften von H. Steffens. — **W. Danzel:** 1) Allgemeine Aesthetik in akademischen Lehrvorträgen von *F. Thiersch*. 2) System der Aesthetik von *A. Kahlert*. 3) Ueber den Begriff der Schönheit von *H. Lotze*. — **K. Koch:** Familiarum regni vegetabilis Synopses monographicae, curante *M. J. Roemer*. — **Bippart:** Trojas Ursprung, Blüte, Untergang und Wiedergeburt in Latium, von *E. Rückert*. — **Gustav Suckow:** Elemente der Mineralogie, von *K. F. Naumann*. — **Wüstemann:** Das herzogliche Kunstcabinet zu Gotha, von *A. Bube*. — **Frequenz der deutschen Universitäten im Winterhalbjahre 1846—47; Gelehrte Gesellschaften; Beförderungen und Ehrenbezeigungen; Literarische u. a. Nachrichten; Miscellen; Nekrolog.**

Leipzig, im April 1847. ***F. A. Brockhaus.***



Oberschlesische Eisenbahn.

In Gemäßheit §. 24 des Statuts laden wir die Herren Actionaire zu der **auf den 18. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr,** im Locale der hiesigen Börse anberaumten diesjährigen ordentlichen **General-Versammlung** ergebenst ein.

Außer den §. 24 des Statuts bezeichneten Angelegenheiten werden nachfolgende Gegenstände zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden:

1) Abänderung der Organisation der Gesellschaftsvorstände, der Art der Wahl derselben, sowie Gewährung und Feststellung einer Remuneration an die Mitglieder des Directorii;
2) für den Fall der Beschließung der ad 1 erwähnten Abänderung, die Vereinbarung über einen dieselbe enthaltenden Nachtrag zum Gesellschaftsstatut und Vernahme der durch diese Abänderung bedingten Wahlen;
3) Gewährung einer Beihülfe für den Pensions- und Unterstützungsfonds der Beamten der Gesellschaft aus dem Vermögen der Gesellschaft, sowie Feststellung der Art und Höhe dieser Beihülfe.

Diejenigen der Herren Actionaire, welche dieser General-Versammlung beiwohnen wollen, haben in Gemäßheit des §. 29 des Gesellschaftsstatuts spätestens am 11. Mai im Centralbureau der Gesellschaft auf dem hiesigen Bahnhofe ihre Actien zu produciren oder deren am dritten Orte erfolgte Niederlegung glaubhaft nachzuweisen, und zugleich ein doppeltes Verzeichniß der Nummern derselben zu übergeben, von denen das eine zurückbleibt, das andere mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmenzahl versehen als Einlaßkarte dient.

Breslau, den 19. April 1847. [1621—22]

Der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***

am 15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

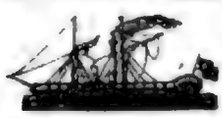
nach ***Quebeck***

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[1661] ***Rob. M. Sloman*** in Hamburg.



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz, Melnick, Obristwd** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1635]

Die Vorzüge **Eisenachs**, als künftigen Endpunkte der **Thüringischen Eisenbahn**, veranlassen mich, hier ein

Commissions-, Speditions- und Incasso-Geschäft

zu gründen und dessen Leitung unter der Firma von **Rosztok & Co.** meinem ältesten Sohne **August Ludwig Albert Rosztok** zu übertragen.

Von Ende nächsten Monats an unmittelbar verbunden mit allen Eisenbahnen des deutschen Ostens und Nordens bis zum Meere, bietet unser Ort diesen Ländern wie dem Süden und Westen als Speditions- und selbst als Stapelplatz für Producte, zu schnellen und billigen Verladungen nach allen Richtungen hin Vortheile, die kein anderer in gleichem Grade vereint.

Geneigte Aufträge werde ich mit eben so reger Sorgfalt als möglichst billig vollziehen und auf Depots gangbarer Producte gern angemessene Vorschüsse leisten.

Eisenach, im April 1847.

[1581—83] ***Albert Rosztok.***

Contra Simon.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Sind die zum vereinigten Landtag einberufenen Stände competent?

Ein

Beitrag zur Lösung

der

ständischen Frage

von

R. v. Bardeleben.

Preis 3 Ngr.

Leipzig, den 23. April 1847.

[1577—79] ***Wilhelm Jurany.***

Soeben erschien und ist in allen leipziger Buchhandlungen zu haben:

Naturgeschichte der Leipziger Messe

und

Lebensbilder aus Leipzig.

Mit einem sehr schönen Titelkupfer.

Preis 5 Ngr.

Inhalt: Naturgeschichte der Leipziger Messe.
Was ist ein Tartüffe?
Den Leipziger Nachtwächtern.
Leipziger Blumenjungen.
Der Mann des Jahrhunderts.
Der letzte Patient.
[1638] Leipziger Dienstmädchen u. s. w.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 25. April. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag.

Montag, 26. April. **Undine**, romantisch-komische Oper von G. A. Lorking.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Karl Deibel in Hanau mit Frl. Marie Gerlach in Leipzig. — Hr. Kaufmann Wilhelm Grahl in Berlin mit Frl. Friederike Ollmann. — Hr. Pastor O. F. Paul in Kreinitz mit Frl. Auguste Hevme in Lorenzkirchen. — Hr. Joh. Prince-Smith in Berlin mit Frl. Auguste Sommerbrodt.

Getraut: Hr. Lieutenant Rudolf Koblitz in Berlin mit Frl. Wilhelmine v. Wedell.

Geboren: Hrn. W. Siecke in Berlin ein Sohn. — Hrn. August Ulrich in Annaberg ein Sohn. — Hrn. Lieutenant v. Böhn in Schievelbein eine Tochter.

Gestorben: Frau Emilie Bruns in Leipzig. — Hr. Dr. Rausch in Spandau. — Hr. Oberamtmann Fritz Schuberth in Eichgrund. — Hr. Kaufmann Franz Sterner in Reichenbach. — Hr. geh. Registrator K. J. A. Störke, genannt Döfing in Berlin.

Montag — Nr. 116. — 26. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. Dahlmann's Politik. =München. Der König. Tod des Hrn. v. Gärtner. †Hannover. Die königlichen Schreiben an die Stände. — Das Duell bei Freiburg. — Der Graf v. Isenburg-Wächtersbach. — Der Bentinck'sche Erbfolgestreit. **Hamburg. Auswanderer. Ständchen.

Preußen. Berlin. Vereinigter Landtag. Königliche Antworten. — Die Ruhe. Maßregel. *Berlin. Hr. v. Bodelschwing. Das Journal des Débats. Die Unruhen. Der Radicalismus. *Posen. Oberst Lelewel. Brandstiftungen. Der Landtag. — Die Opposition. — Die Bischofswahl in Münster. — Hr. Wangenmüller.

Portugal. Die Unterhandlungen wegen der Abtretung von Goa. *Lissabon. Der Bürgerkrieg. Der Brotpreis.

Spanien. Der Congreß. Der König. Stellen. Hr. Olozaga. Die Witwe von Palafox.

Großbritannien. Parlament. Die Auflösung des Parlaments. Lebensmittelzufuhr. Unfälle auf Eisenbahnen. Der Earl of Besborough. Nachrichten vom Vorgebirge der guten Hoffnung.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Geschworenenlisten. Der Prinz von Joinville. Prinz Friedrich von Dänemark. Die Herzogin von Rianzares. *Paris. Das Tarif- und Secundairunterrichtsgesetz. Der Herzog v. Broglie.

Belgien. *Brüssel. Auswanderer. Tagesvorfälle.

Italien. *Rom. Die Censur. — Cardinal Gizzi.

Rußland und Polen. *Petersburg. General Chrapowizky. Stürme. Die Jagd.

Moldau und Walachei. Hülfsmaßregeln in Bukarescht.

Nordamerika. Aufruf für Deutschland. Neue Staaten. Gebiete. Erstatteter Zoll.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. Fruchtpreise. *Leipzig. Oel. *Leipzig. Meßbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 23. April. Endlich ist die zweite Ausgabe der seit Jahren vergriffenen Politik von **Dahlmann** erschienen, und es mag dies bei der großen Verbreitung, welche der gefeierte Name des Verfassers diesem Werke verspricht, und der reichen Fülle echter politischer Einsicht, die es in sich faßt, wol als ein Ereigniß betrachtet werden, und zwar als ein glückliches. Auf den tüchtigsten Grundlagen ruhend, mit richtigem Blicke die rechten Stand- und Gesichtspunkte erfassend und festhaltend, gedankenreich, ergreifend, charaktervoll, bildet das Werk ein schönes organisches Ganzes, dürfte besonders in den das allgemeine Staatswesen, die Staatsformen und Staatsverfassung betreffenden Theilen fast unangreifbar sein und faßt einen Reichthum tiefer, treffender Staatsgedanken in sich. Heben wir hier und heute nur eine Stelle hervor, die so recht zur Zeit trifft, die Worte nämlich, mit welchen Dahlmann seine gedrängte Uebersicht der Staatstheorien beschließt. Er sagt hier: „Der Politik bleibt die würdige Aufgabe, mit einem durch die Vergleichung der Zeitalter gestärkten Blicke die nothwendigen Neubildungen von den Neuerungen zu unterscheiden, welche unerfüllbar sei's der Muthwille, sei's der Unmuth erfindet. Fast überall im Welttheile bildet ein weit verbreiteter, stets an Gleichartigkeit wachsender Mittelstand den Kern der Bevölkerung; er hat das Wissen der alten Geistlichkeit, das Vermögen des alten Adels zugleich mit seinen Waffen in sich aufgenommen. Ihn hat jede Regierung vornehmlich zu beachten, denn in ihm ruht gegenwärtig der Schwerpunkt des Staats, der ganze Körper folgt seiner Bewegung. Will dieser Mittelstand sich als Masse geltend machen, so hat er die Macht, die ein Jeder hat, sich selbst umzubringen, sich in einen bildungs- und vermögenslosen Pöbel zu verwandeln. Strebt er einsichtig nach schützenden Einrichtungen, so mögen seine Mitglieder bedenken, daß nichts schützt, als was über uns steht, als was feststeht, erhaben über dem wechselnden Wollen der Einzelnen, als was zugleich beschränkt. Lassen seine Mitglieder der gemessenen Fortbildung Raum, so kommt es in Betracht des Endresultats fertan wenig darauf an, ob diese emsiger auf dem Wege der Verwaltung oder der Verfassung vorschreitet; denn beide bilden keine Parallelen, es kommt der Punkt, auf welchem sie unfehlbar zusammenlaufen, um nicht wieder auseinander zu weichen. Mithin wird der Zustand der öffentlichen und Privatsitte allein entscheiden, ob eine Freiheitsentwickelung stattfinden wird. Die Fertigkeit, die ältesten Sünden auf die neueste Art zu thun, ist die Kunst nicht, die zum Ziele führt."

=**München**, 22. April. Wie unsere Localblätter bereits gemeldet haben, wird das für den 24. April (St.-Georg) angekündigte Ritterfest, zu welchem auch der morgen erwartete Prinz Luitpold eingeladen war, nicht stattfinden, da die Aerzte dem König abgerathen haben, demselben in Person beizuwohnen. Anfänglich hieß es, im Befinden des Königs sei eine nicht unbedeutende Verschlimmerung eingetreten, Dem ist jedoch, genauer Erkundigung zufolge, nicht so, sondern es ist lediglich der andauernd unfreundlichen Witterung beizumessen, daß die Aerzte dem Könige rathen, sein Zimmer noch länger zu hüten. — Während unsere Zeitungen heute noch von einer Besserung in dem schweren Krankheitszustand des Oberbauraths v. Gärtner reden, ist derselbe leider schon gestern gegen Abend gestorben. Seine Familie hatte dem unersetzlichen Verluste gegenüber, welchen sie zu erleiden hat, wenigstens den Trost einer fast beispiellosen Theilnahme. Die Wohnung des Leidenden ward vom frühen Morgen bis zur spätesten Abendstunde im vollsten Sinne des Worts nicht leer von Personen, die entweder selbst kamen oder geschickt wurden, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen.

†**Hannover**, 23. April. Die gestrige Nummer der Hannoverschen Zeitung enthält einen vorläufigen Bericht über die sehr merkwürdige letzte Landtagssitzung, der mir Gelegenheit gibt, meine vorgestrige Mittheilung in einigen Punkten zu vervollständigen. Die Verhandlung mit den Ständen führt der Cabinetsminister; während der ganzen verflossenen Diät kam nur eine einzige königliche Botschaft an die Kammern, die Bewilligung der Westbahn betreffend. Es scheint also, daß nur noch in ganz besondern Fällen der König selbst zu den Ständen reden will (im Anfange seiner Regierung that er dies regelmäßig), und dem Antrag auf Oeffentlichkeit des Landtags muß folglich eine große Bedeutung beigelegt sein, denn der König beantwortet ihn selbst. Sein Schreiben führt die Gründe vollständig auf, die ihn abgehalten haben, den Antrag zu genehmigen. Der König gibt zu — und wie hätte er als englischer Prinz anders gekonnt! — daß in constitutionellen Staaten solche Oeffentlichkeit nicht entbehrt werden könne; aber er gibt nicht zu, daß wir ein constitutioneller Staat seien. Er spricht auf das bestimmteste aus, niemals den Grundsatz anerkennen zu wollen, daß bei uns lediglich ständische Majoritäten den Gang der Regierung bestimmen könnten, und meint nun, wo dieser Grundsatz fehle, fehle das Grundprincip der Constitution. Auch Zweckmäßigkeitsgründe werden angeführt, die gegen Zulassung der Oeffentlichkeit sprächen: Oeffentlichkeit würde die Folge haben, daß die ständischen Verhandlungen sich noch mehr in die Breite zögen und folglich die Unterthanen mit noch größern Ausgaben (für Diäten ꝛc.) belastet würden.

Von zwei andern Antwortschreiben, die, wie Sie aus der Zeitung ersehen, vom Cabinet gestern an die Kammern ergingen, mag eins, wiewol sehr charakteristisch und bedeutsam für hiesige Verhältnisse, doch unerwähnt bleiben, weil die II. Kammer den Anlaß dazu halb vertraulich behandelt hat und eine Verdeutlichung des Zusammenhangs schwierig sein würde. Das andere betrifft den mit großer Einstimmigkeit in beiden Kammern gefaßten Beschluß: dem Ministerium die Ausnahmen vom allgemeinen Verbot öffentlicher Spielbanken nicht zu gestatten. Das Cabinet behauptet, daß das unzweifelhafte königliche Recht zu solchen Ausnahmen durch einen ständischen Beschluß nicht abgeändert werden könne, und fügt hinzu, daß es auch trotz des ständischen Beschlusses nicht aufgehoben werden würde. Daneben wird bemerkt, daß öffentliche Spielbanken auch besser seien wie geheime, und was sich sonst zur Vertheidigung des Spieles sagen läßt. Dieser Beschluß der Kammern stand in dem Gesetze selbst, wie jene es genehmigt hatten. Die Regierung hätte verfassungsmäßig das Gesetz mit dem Beschluß oder gar nicht annehmen müssen. Sie will das Gesetz aber publiciren und hat deshalb im letzten Augenblicke vor der Versammlung das Verfahren wiederholt, das sie in einem ähnlichen Falle schon früher einmal mit Erfolg benutzt hat.

— Das Duell in **Freiburg** (Nr. 115) fand zwischen dem Literaten Dr. E. J. Braun und dem vormaligen Lieutenant Gottreu statt, in welchem Ersterer durch einen Schuß so gefährlich verwundet wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Sein Gegner soll sich bei Breisach über den Rhein geflüchtet haben. (K. Z.)

— In **Kassel** hat die Kunde, daß der Graf v. Isenburg-Wächtersbach seinen bisherigen Vertreter, Major Bähr, quittirt und statt dessen den bekannten freisinnigen Deputirten der Ritterschaft v. Baumbach-Kirchheim für die nächste Ständeversammlung beauftragt habe, großes Aufsehen erregt. (H. C.)

— Aus **Oldenburg** vom 21. April berichtet die Weser-Zeitung: „Schon gestern trug man sich hier mit dem Gerücht einer bevorstehenden Erledigung des Bentinck'schen Erbfolgestreits, doch waren die Data zu unbestimmt für eine weitere Mittheilung. Nach heute eingezogenen Erkundigungen an den besten Quellen ergibt sich nun, daß in den letzten Tagen Noten von mehren deutschen Höfen sowie auch von England eingelaufen, welche auf die Bekanntmachung des noch immer nicht von unserer Regierung publicirten Bundesbeschlusses in der Bentinck'schen Angelegenheit und folgeweise auf die Einsetzung des Grafen Karl Bentinck in den Besitz des streitigen Nachlasses des Reichsgrafen Wilhelm Gustav Friedrich Bentinck dringen. Als Termin der Ausführung sei der 23. April festgesetzt, und auf das dem Bundestage zustehende Recht, im Falle der Weigerung Execution ins Land zu legen, hingewiesen worden. Selbst Baiern, Württemberg, Baden, Hessen, welche früher auf Seiten Oldenburgs waren, haben sich jetzt der Majorität angeschlossen und Notificationen im gleichen Sinn erlassen. Oesterreich allein hat die Milde seiner vermittelnden Politik auch hier nicht verläugnet, indem es einen vorherigen Vergleichsversuch empfiehlt, des Inhalts, daß der jetzige Besitzer Graf Gustav Bentinck das Gut Gareens erhalte als Fideicommiß für sich und seine Erben; außerdem möchte ihm noch eine geldliche Entschädigung von 100,000 Thlr. zuerkannt werden. In Folge dieser Aufforderung glaubt man hier täglich der Bekanntmachung des Bundestagsbeschlusses entgegensehen zu können."

** **Hamburg**, 22. April. Vor einigen Tagen verließen drei große Schiffe mit Auswanderern den hiesigen Hafen. Eins derselben, St.-Pauli genannt, geht nach Texas und hat mehre Juristen, Mediciner und Oekonomen am Bord. Auffallend ist es, daß diese Männer, die in Texas eine Colonie gründen wollen, keine Frauen mit sich führen. Da verstehen es die gemeinen Auswanderer besser, sie ziehen mit Weib und Kind fort und nehmen daher ihre Heimat mit sich. Der unlängst angeregte Gedanke, hier in Hamburg einen Centralverein für Auswanderung zu gründen, scheint keinen Anklang zu finden. Ueberhaupt betrachtet Deutschland die jährlich zunehmende Auswanderung noch immer mit einer wahrhaft tadelnswerthen Gleichgültigkeit. Daß die Regierungen nichts für die Auswanderer thun, darf uns nicht wundern. Den betroffenen Regierungen kann das Wegziehen der Landeskinder nicht angenehm sein, ja kann ihnen leicht als ein Vorwurf erscheinen. Für die Regierungen ferner sind die Ausgewanderten in der That verloren, aber für das deutsche Volk sollen sie nicht verloren sein. Daher muß das Volk etwas für sie thun, für die deutschen Brüder, die jenseit des Oceans ein neues Deutschland gründen sollen. Ausgiebig geholfen werden kann aber nur durch recht weit verbreitete Volksvereine.

Die schleswig-holsteinischen Männer Beseler, Tiedemann und Claussen erhielten hier von dem schleswig-holsteinischen Verein ein Ständchen, bei welchem Prof. Wurm eine sehr kräftige Standrede hielt. Die Rechtsfrage der deutschen Herzogthümer ist nicht in Vergessenheit gerathen, wie neulich öffentlich verdächtigt worden; daß sie aber nicht mehr von Harfenistinnen und Bänkelsängern auf allen Straßen abgeleiert wird, kann ihr nur nützlich sein.

Preußen.

Berlin, 24. April. (Sitzung der vereinigten Curien am 23. April.) Der Landtagsmarschall: Zu den Mittheilungen, die ich der Versammlung zu machen habe, gehört zuvörderst die königliche Antwort auf die von der Versammlung beschlossene Adresse. Die Antwort lautet folgendermaßen:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten Ständen unsern gnädigen Gruß. Wir haben mit Befriedigung den Ausdruck des Dankes und Vertrauens vernommen, welchen unsere getreuen Stände in der Adresse vom 20. d. M. niedergelegt haben, und mit noch größerer Befriedigung daraus ersehen, wie dieselben ihre Aufgabe darin erkennen, in einer auf dem Rechtsboden begründeten innigen Vereinigung der Krone mit den Ständen für eine segensreiche Entfaltung der vaterländischen Zukunft zu wirken. Darin erkennen auch wir ihren schönen Beruf. Wenn unsere getreuen Stände gleichzeitig wegen des Umstandes, daß viele Mitglieder derselben die völlige Uebereinstimmung der ältern und neuern ständischen Gesetzgebung zu vermissen glauben, eine Wahrung der ständischen Rechte in die Adresse niedergelegt haben, so wollen wir zwar diese Aeußerung nicht einem Mißtrauen in unsern königlichen Willen beimessen, alle wohlerworbenen Rechte selbst zu wahren und zu schirmen; dennoch aber erfordert die nie zu trübende Wahrheit und Offenheit zwischen uns, unsern Ständen und unserm Volke eine unzweideutige Erwiderung. Wir haben, als wir das Patent und die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. aus freiem Entschluß und königlicher Machtvollkommenheit erließen, die ständischen Verheißungen unsers in Gott ruhenden Königs und Vaters Majestät nicht nur nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt, sondern auch unsern getreuen Ständen darüber hinausgehende wesentliche Rechte verliehen; soweit jene Verheißungen einer Auslegung und Ergänzung bedurften, haben wir diese in dem Sinne gegeben, wie wir solche mit den Institutionen und der Wohlfahrt des Vaterlandes allein vereinbar hielten. Deshalb vermögen wir für den durch unsere Gesetzgebung vom 3. Febr. d. J. ins Leben gerufenen Vereinigten Landtag keine andern Berechtigungen anzuerkennen als diejenigen, welche demselben durch diese Gesetzgebung beigelegt sind oder künftig von uns im verfassungsmäßigen Wege beigelegt werden möchten. Unsere getreuen Stände dürfen bei Ausübung dieser Rechte sich unsers kräftigsten Schutzes versichert halten, wogegen wir auch zu ihnen das feste Vertrauen hegen, daß sie sich nur innerhalb derselben bewegen und ihre denselben entsprechenden Pflichten erfüllen werden.

Die Gesetzgebung vom 3. Febr. d. J. ist in ihren Grundlagen unantastbar; wir betrachten sie aber deshalb nicht als abgeschlossen, vielmehr als bildungsfähig. Darum haben wir unsern getreuen Ständen selbst den Weg eröffnet, die darauf bezüglichen Anträge uns vorzulegen, und wir werden solche, wenn sie an uns gelangen, genau prüfen und gern insoweit gewähren, als wir dies mit den unveräußerlichen Rechten der Krone und der Wohlfahrt des Landes für vereinbar halten. Auf diesem verfassungsmäßigen Wege können zugleich alle Zweifel ihre Erledigung finden, die etwa über den wahren Sinn dieser Gesetzgebung obwalten möchten.

Auch wollen wir, da den von dem ersten Vereinigten Landtage ausgehenden Anträgen und Wünschen der vorgedachten Art die Grundlage reiflicher Erfahrung fehlen würde, für diesen Zweck aber, nach Vorschrift des §. 12 der ersten Verordnung vom 3. Febr. d. J., die Thätigkeit des Vereinigten Landtages erforderlich ist, unsern getreuen Ständen hiermit gern die Zusicherung ertheilen, daß wir dieselben das nächste Mal innerhalb der durch §. 2 der zweiten Verordnung vom 3. Febr. d. J. für die periodische Zusammenberufung centralständischer Versammlungen vorgesehenen Frist von vier Jahren, auch wenn keine durch das Gesetz selbst gebotene Veranlassung dazu vorliegen sollte, vollzählig um uns versammeln werden, damit die Früchte besserer Erfahrung nicht unbenutzt bleiben.

Uebrigens bleiben wir unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Gegeben Berlin, den 22 April 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. v. Boyen. Mühler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg."

Landtagsmarschall: Eine weitere Mittheilung, welche ich der Versammlung zu machen habe, bezieht sich auf die Antwort Sr. Maj. des Königs auf die von beiden Curien an Se. Maj. gerichtete Bitte um Verlängerung des zur Einbringung von Anträgen festgesetzten Termins. Sie lautet:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten Ständen unsern gnädigen Gruß. Da wir aus dem Gesuche vom gestrigen Tage entnommen haben, daß unsere getreuen Stände eine Verlängerung der für die Einbringung von Bitten und Beschwerden durch den §. 26 der Geschäftsordnung vom 9. April d. J. vorgeschriebenen Frist wünschen, so wollen wir solche hierdurch bis zum Sonnabend den 1. Mai d. J. in Gnaden gewähren. Uebrigens bleiben wir unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Berlin, den 23. April 1847. Friedrich Wilhelm."

Landtagsmarschall: Gegenstände weiterer Verhandlung liegen nicht vor; es kann auch in dem gegenwärtigen Augenblick nicht angezeigt werden, wann die nächste Sitzung beider Curien stattfinden kann. Ich habe mir vorzubehalten, dies in einer spätern Zeit bekannt zu machen, und schließe die Sitzung. (A. Pr. Z.)

Berlin, 24. April. Weder im Verlaufe des gestrigen Nachmittags und der verflossenen Nacht, noch heute ist die öffentliche Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt irgendwie gestört worden. Dies gilt namentlich auch von den heutigen Märkten, deren Verkehr besonders lebhaft war. Die Zufuhren waren bedeutend, und es hat in keiner Art eine Störung des Marktverkehrs stattgefunden. — Das Amtsblatt der Regierung zu Potsdam enthält nachstehende Bekanntmachung: „Nach dem dermaligen Stande der Getreidepreise, deren wesentliche Ermäßigung bis zur nächsten Aernte kaum zu hoffen steht, soll nunmehr auch in der diesseitigen Provinz die zollfreie Einfuhr für Reis, und zwar bis Ende September dieses Jahres, gestattet sein." (A. Pr. Z.)

*Berlin, 23. April. Auf die hier anwesenden schleswig-holsteinischen Deputirten muß die wahrhaft freisinnige Erklärung des Ministers v. Bodelschwingh in der Sitzung der drei Stände am 20. April (Nr. 114) einen sehr eigenthümlichen Eindruck gemacht haben; denn bekanntlich war das eben der Fall, welcher das Auseinandergehen der vorigen schleswigschen Ständeversammlung verursachte, daß der dortige Landtagscommissar gerade das Gegentheil von dem hiesigen that und, auf den Buchstaben gestützt, alle Berathung von Petitionen vor Erledigung der königlichen Propositionen untersagte. Das Verhalten, was hier beobachtet worden, gibt uns von neuem den erfreulichen Beweis, daß unsere Regierung bereit ist, bei Handhabung der ständischen Gesetze mit echter Liberalität zu Werke zu gehen und keineswegs ihr Recht auf die Spitze zu stellen. Man kann fragen, was besser sei, eine sehr liberal klingende Verfassung, wie z. B. die, allerdings sehr überschätzte kurhessische, die aber unfreisinnig gehandhabt und durch beengende Auslegung zur Täuschung gemacht wird, oder eine solche, die weniger Ansprüche gibt, aber durch ihre Ausübung den vernünftigen Zweck einer Verfassung mit Vollständigkeit verwirklicht? Es wird nun darauf ankommen, daß man auch von Seiten der Opposition nicht auf die Bahn der Chicane, der schroffen, unbilligen Einseitigkeit und Buchstabenklauberei eingeht, welche anderwärts einzelne wohlmeinende Regierungen fast genöthigt hat, sich mit denselben Waffen zu vertheidigen, mit denen sie angegriffen worden.

Wenn das Journal des Débats fragt, ob eine Constitution denkbar sei ohne authentische Charte (Nr. 114), so muß es ganz und gar nicht an England gedacht haben. Auch hätte es schon deshalb schweigen sollen, damit es sich die Gegenfrage erspart hätte, was eine „authentische Charte" heiße, die nach siebzehn Jahren noch immer keine Wahrheit ist? Man denke nur an den Artikel 69, der noch immer nicht vollständig ausgeführt ist, ungeachtet er in ganz bestimmter Weise und als eine gesetzliche Verfassung, nicht als ein bloßer Regierungsvertrag wie die Bundesacte,

gewisse Dinge in Aussicht stellte. Dann könnte auch gefragt werden, durch welche Mittel es in Frankreich möglich geworden sei, neben dieser „authentischen Charte" zu regieren.

Die hiesigen Theuerungsunruhen mögen recht wohl erklärlich sein, sind aber immerhin höchst betrübender Art, beweisen recht die in den untern Volksschichten lauernde Brutalität und die dringende Nothwendigkeit, in solcher Gesellschaft die Zügel in recht starker Hand zu halten und die Rechte und Pflichten des Staats mit unnachsichtlicher Energie zu handhaben. Sicherheit der Person und des Eigenthums gegen Gewaltthat ist doch das Erste, was der Bürger vom Staate verlangen kann. Es ist jetzt wenig Gefahr in unsern Staaten, daß dieselbe von eben gefährdet werde, und wo es in einzelnen Fällen zu geschehen droht, ist Beistand und Rechtshülfe überall bereit. Soll man nachsichtiger gegen gleiche Vorkommnisse sein, die vom Pöbel ausgehen und gegen welche weniger Schutz im Momente der Gefahr bereit ist? Sollen wir Lynchverfahren und rohe Selbsthülfe sich aus den amerikanischen Wäldern in die Hauptstädte unserer civilisirten Staaten verpflanzen sehen? Hoffentlich wird nun die Ueberzeugung auch in dem Tiers Parti, dem die Gefahr nun auf den Leib rückt, immer stärker werden, wie gefährlich es ist, irgend etwas geschehen zu lassen, was das heilsame Ansehen der Gesetze und gesetzlichen Autoritäten zu schwächen droht.

Da unser Landtag es dem Radicalismus nicht zu Danke macht, so kommt dieser schon wieder auf sein gewöhnliches Manoeuvre. So lange er Hoffnungen hatte, waren diese Stände die lautere Stimme des Volks, hatte der König aus ihren Aussprüchen zu lernen, wie das Volk eigentlich fühle und denke. Jetzt aber belehrt uns die Bremer Zeitung, wie wir aus der Hamburger Börsenhalle sehen, daß der Landtag dieses Volk nicht, selbst den Bodenbesitz völlig ungenügend vertrete. Man sieht, die Urtheile dieser Herren drehen sich, wie man eine Hand umdreht. Das Wahre aber ist, daß die Radicalen unter dem Volke sich selbst verstehen und nur da eine Vertretung des Volks anerkennen, wo sie vertreten sind, oder wo ihren Zwecken gedient wird.

* **Posen**, 22. April. Bekanntlich ist der Oberst Lelewel unlängst in der Schweiz gestorben. (Nr. 105.) Wenn Blätter, die im Innern von Deutschland herauskommen, den Verstorbenen mit dem berühmten polnischen Gelehrten und Revolutionschef Joachim Lelewel, der in guter Gesundheit in Brüssel lebt, identificiren, so mag man das hingehen lassen; wenn aber Zeitungen, die an der Grenze Polens erscheinen und deren Redactionen mit den polnischen Zuständen und Personalitäten vertraut sein sollten, sich solche Verwechselungen zu Schulden kommen lassen, so ist das freilich etwas stark. Die hiesige polnische Zeitung enthält folgenden, wörtlich aus dem Polnischen übersetzten Artikel, durch den sie sich für die vielfachen unbegründeten Angriffe der Breslauer Zeitung rächt: „Die Breslauer Zeitung liefert ihren Lesern einen Aufsatz, welcher in vollem Maße geeignet ist, den wohlunterrichteten Leser zum Lachen zu reizen. (Nun folgt der Breslauer Artikel, worin behauptet wird, der bekannte polnische Gelehrte Joachim Lelewel, Professor und Oberst, ein Ostpreuße von Geburt und eigentlich Löllhöffel geheißen, sei in der Schweiz gestorben.) Zum Schlusse heißt es dann: „Der in Rede stehende Aufsatz ist mit einer solchen Bestimmtheit abgefaßt, daß man glauben sollte, sein Verfasser lebe mit allen Lelewels in dem freundschaftlichsten Vernehmen. Der verstorbene Oberst Johann Löllhöffel wird darin identificirt mit dem vormaligen Mitgliede des Nationalgouvernements Joachim Lelewel, welcher zur Zeit in Brüssel lebt und ein classisches Werk unter dem Titel: «Polen im Mittelalter» dermalen hier in Posen herausgibt. Die Familie Lelewel ist eine altpolnische Familie und in Masowien von frühester Zeit her bekannt, sie besitzt auch aus alter Zeit einen eignen Palast in Warschau, dessen Abbildung sogar in Zaneni Rizzi's Atlas vom Jahre 1772 aufgenommen ist; und nun erhalten wir aus der Breslauer Zeitung plötzlich den überraschenden Aufschluß, daß Joachim Lelewel nichts mehr und nichts weniger als ein verkappter Löllhöffel ist! Es zeugt doch wol von grenzenloser Leichtfertigkeit, solche Absurditäten von einem Manne zu erzählen, welcher an der Spitze von Millionen (!) gestanden und der zu den berühmtern Schriftstellern Europas — wenngleich derselbe nicht in deutscher Sprache geschrieben hat — gezählt wird. Und eben diese Breslauer Zeitung erlaubt sich die schärfsten Angriffe auf die Franzosen, wenn diese einmal in Beziehung auf Deutschland Blößen geben; und sie wohnt hart an der Grenze Polens und will in der Gegenwart immer für die Hauptquelle der dieses Land betreffenden Nachrichten gelten!"

Seit einigen Wochen legen wir uns hier jeden Abend mit Angst und Besorgniß schlafen, denn fast allnächtlich werden wir durch den dumpfen Ruf der Feuerposaune geweckt. Es scheint in unserer Stadt und Gegend eine Brandstifterbande zu hausen, der unsere Polizei aller Wachsamkeit ungeachtet noch nicht hat auf die Spur kommen können. Bald brennt es in der Stadt, bald in den Vorstädten, sodaß der Verdacht der Brandlegung gerechtfertigt erscheint. Bis jetzt ist es der musterhaften Einrichtung unserer Lösch- und Rettungsvereine, unter Leitung unsers unermüdlich thätigen Polizeipräsidenten, noch immer gelungen, des verheerenden Elements bald Herr zu werden und ein Umsichgreifen desselben zu verhüten; aber wer steht uns dafür, daß dies auch ferner gelingen werde? Die Besorgniß des Publicums ist um so größer, als man von Diebstählen, die bei den Bränden verübt worden, bisher wenig hört, weshalb man der Vermuthung Raum gibt, diese Brandstiftungen haben nur den Zweck, die öffentliche Ruhe zu stören. — Wie jetzt wol durchweg in unserm Staate, spricht man bei uns fast von nichts als von den Landtagsverhandlungen, die hier große Ueberraschungen veranlaßt haben, denn daß die Debatten so lebhaft werden und eine solche Wendung nehmen würden, hat sich hier Niemand träumen lassen. Wenn nur die versöhnenden Elemente überall durchdringen, damit kein unheilbarer Riß in die Versammlung komme!

— Der Weser-Zeitung wird aus **Berlin** vom 20. April geschrieben: „Gestern Abend soll von einer Reunion entschiedener Landtagsabgeordneten berathen worden sein, was unter den eventuellen Aussichten, daß der Inhalt der Adresse von Seiten der Krone vollständig reprobirt würde, geschehen könne und müsse, um der in der Adresse so leise wie möglich ausgesprochenen Wahrung der ständischen Rechte ein stärkeres Gewicht hinzuzufügen. Man soll, wie verlautet, bei dieser Berathung zu einer Declaration der ständischen Rechte übereingekommen sein, und den Beschluß gefaßt haben, dieselbe spätestens am nächsten Freitage, also am 23. d. M., dem Landtagsmarschall des Vereinigten Landtags zu übermachen. Bei diesem entschiedenen Schritte kommt es hauptsächlich darauf an, wie viele der Abgeordneten sich entschließen werden, demselben Folge zu leisten. Wie man nach den Resultaten der Adreßdebatten und der Stimmung des Vereinigten Landtags, die sich dabei offenbart hat, zu schließen berechtigt ist, dürfte die Zahl dieser Deputirten kaum 100 erreichen, gewiß aber nicht darüber hinausreichen. Was dieselben, nachdem sie diesen Schritt gethan, weiter zu thun entschlossen sind, ob sie den Versammlungen des Vereinigten Landtags auch später beiwohnen werden, um bei jeder wichtigen Frage von neuem ihren Protest auszusprechen, darüber scheint bis jetzt selbst unter ihnen noch kein bestimmter Entschluß festzustehen."

— Die Düsseldorfer Zeitung schreibt aus **Münster** vom 17. April: „Gestern ist der geh. Oberregierungsrath Aulike aus Berlin hier angekommen, um, wie aus glaubwürdigen Quellen verlautet, nicht nur mit dem Domcapitel das Nöthige zur Eröffnung einer Bischofswahl zu besprechen, sondern hauptsächlich der hiesigen Akademie wegen. So wie die Wahl eines Bischofs auf keinen Geistlichen der münsterschen Diöcese, hingegen auf einige Ausländer, auf Männer von wissenschaftlichem Rufe, gerichtet sein soll, so soll auch die Regierung beabsichtigen, einige ausländische Professoren an die hiesige Akademie zu berufen, um den Wirkungskreis derselben zu erweitern und zu kräftigen."

— Der Düsseldorfer Zeitung wird aus **Krefeld** berichtet, der Prediger der dortigen Deutsch-Katholiken, M. Wangenmüller, stehe im Begriffe, zur römisch-katholischen Kirche wieder zurückzukehren. Er habe deshalb bereits die Stadt verlassen, um nach Linz zum Bischof Ziegler zu reisen, den er persönlich kenne, und durch dessen Beihülfe er sich wieder mit der römisch-katholischen Kirche auszusöhnen gedenke.

Portugal.

† **Lissabon**, 9. April. So viel wir heute aus guter Quelle berichten können, sieht der lissaboner politische Himmel sehr bewölkt aus, aber man wird das gewohnt, da es die ewige Wiederholung ist. Vom Herzog Saldanha und seinen sowie seiner Gegner Heldenthaten im Norden des Reichs verlautet wenig oder nichts Gewisses, denn die Leute lügen zu Gunsten der Partei, welcher sie angehören. Sa da Bandeira landete bei Lagos in Algarbien mit 1000—1200 M., welche er auf zwei Dampfschiffen von Oporto brachte, und treibt in der Nähe sein Wesen. Das englische Dampfschiff Black Cat brachte Waffen für die Insurgenten von Liverpool, fand aber einige Hindernisse, nach Oporto auszuclariren, weshalb es nach Gibraltar bestimmt wurde, sie dort auslud, gleich darauf wieder einnahm und nach Oporto brachte, wo sie richtig in Empfang genommen worden sind. Auch das portugiesische Dampfschiff Porto kam nach Gibraltar (ehe es nach Tanger ging, um daselbst Kohlen einzunehmen), und der portugiesische Consul konnte es nicht mit Beschlag belegen, da es nicht der Krone gehört, sondern Privateigenthum ist, obgleich der revolutionairen Junta in Oporto gehorchend. Wäre es der Dampfer Mindelho gewesen, welcher portugiesisches Staatseigenthum ist, so hätte der portugiesische Consul vielleicht etwas ausrichten können. Die Gefahr für die königl. Partei ist uns eben etwas näher gekommen, denn der Graf de Mello rückte mit 2500 M. Infanterie, worunter freilich wenig Linientruppen, 260 Pferden und sechs Stück Geschütz aus Evora, war am 4. April in Montemor und befindet sich jetzt in Vendas Novas und Azeitao in der Provinz Alemtejo, circa sechs Meilen von Lissabon entfernt, auf der andern Seite des Flusses. Heute Abend erfährt man, daß der zu den Insurgenten in Evora gehörende Guerrillachef Galamba in Setubal eingerückt ist, auch soll es zwischen den beiden Parteien im Süden zu einem Gefechte gekommen sein, mit Verlust von 250 M. von Seiten der königl. Truppen, und wie es heißt, desertirte ein Cavalleriedetachement von 40 M. von Palmella, geradeüber von Lissa-

bon, zu den Insurgenten nach Setubal. Die Regierung thut ihr Bestes, dem Sturme zu begegnen; alle Barken sind angewiesen, hierher zu kommen, eine Kriegsbrigg und Kanonenboote sind den Tejo hinauf beordert, um möglicherweise den Uebergang über den Fluß zu verhindern oder zu erschweren; ob es hilft, muß die Folge lehren, und zwar in wenigen Tagen.

Der Brotpreis ist leider auf 55—60 Reis = 3 Ngr. pr. Pfund gestiegen und drückt die ärmern Klassen, unter denen der Hungertod bereits hier und da vorkommt. Auf dem Lande suchen die Armen Kräuter zusammen, welche ihnen Krankheiten und Vielen einen schnellen Tod verursachen. Ein königl. Decret vom 6. April erlaubt zwar bis Ende Juni dieses Jahres die freie Einfuhr aller Art fremden Getreides und Mehl in Lissabon, aber damit ist doch dem Mangel nicht abgeholfen, obgleich Grund zu der Erwartung ist, daß das Brot bald im Preise fallen werde.

— Wie der Courrier français wissen will, hätte eine von zwei englischen Agenten zu Lissabon über die Abtretung Goas an Großbritannien gepflogene Unterhandlung zu dem Resultate geführt, daß man England diese Besitzung anscheinend blos zum Pfande für eine Anleihe von 7 Mill. gebe, und da man wol nie im Stande sein werde, diese Summe zurückzuerstatten, so folge von selbst, daß England im Besitze bleiben werde.

Spanien.

Der Congreß hat vom 14. bis 16. April allein Sitzungen gehalten, in denen er sich mit verschiedenen formellen Angelegenheiten, dabei auch mit der Wahl eines dritten Vicepräsidenten an die Stelle des Finanzministers gewordenen Hrn. Salamanca beschäftigte, die auf den Abg. Reynoso, einen Conservativen und Candidaten des Ministeriums, fiel, für den auch die Progressisten stimmten und der bei der zweiten Abstimmung mit 111 gegen 98 Stimmen siegte. Gegenstand der Berathungen waren mehre Amendements zu dem Gesetzentwurf über die regelmäßige Aushebung von 25,000 M. zur Ergänzung des Heeres. Am 16. April wurde mit mehren Gesetzentwürfen auch der versprochene über die Presse vom Ministerium vorgelegt. Man betrachtet denselben als günstig. Preßvergehen gegen den Souverain werden darin zur Aburtelung dem Senate, gewöhnliche politische Preßvergehen aber Geschworenengerichten, persönliche Beleidigungen den gewöhnlichen Gerichten zugewiesen.

— Gerüchte aus dem Palaste reden von dem Vorhaben des Königs, von den Cortes deren Zustimmung zu einer Reise ins Ausland verlangen zu wollen. Die Königin soll ihre Einwilligung bereits verweigert haben. Der neue Palastintendant Hr. Peña Aguayo ist zum Mitgliede des Senats, General Ros de Olano zum Gouverneur von Madrid ernannt worden. Die Königin hat Hrn. Olozaga, der ihr persönlich für die erhaltene Erlaubniß zur Rückkehr nach Madrid zu danken wünschte, sehr gütig empfangen.

— Die Witwe des vor kurzem verstorbenen Palafox, Herzogs v. Saragossa, hat sich mit einer Bittschrift an die Regierung gewendet, in welcher sie ihren gänzlichen Mangel an Mitteln vorstellt und um Auszahlung der dem berühmten Vertheidiger von Saragossa bei seinem Tode schuldigen Gehaltreste für beinahe sieben Jahre ansucht. Der Finanzminister ließ ihr den Betrag für sechs Monate einstweilen aushändigen.

Großbritannien.

London, 20. April.

Im Oberhause richtete Lord Brougham gestern bei der Uebergabe von Dissenterbittschriften gegen die Maßregeln der Regierung zur Verbesserung des Schulwesens, an den Geheimenrathspräsidenten, Marquis of Lansdowne, eine Anfrage, wie es mit Unterstützungsgesuchen für katholische Schulen gehalten werden würde. Der Marquis erwiderte, daß an den Gebrauch einer andern als der autorisirten Bibelübersetzung in den Schulen nie gedacht worden sei und daß man auf solche Ansuchen von Katholiken antworten werde, wie bei Erwägung derselben die Einrichtung der Schule in Betracht komme. Lord Brougham äußerte noch, daß keine Schule Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten sollte, in der nicht Unterricht in der heil. Schrift ertheilt werde, woraus für Niemanden Nachtheil sich ergebe. Lord Beaumont erklärte sich mit Wärme dafür, daß wo möglich die Jugend beider Bekenntnisse, die Protestanten und die Katholiken, unter Einem Dach und von denselben Lehrern gebildet werden möchten, was den dieselben spaltenden Sektengeist allmälig beseitigt werde. Wenn man aber an dem ausschließlichen Gebrauche jener Bibelübersetzung festhalte, müsse eine Separaterziehung stattfinden. Der Marquis of Lansdowne hielt unter den obwaltenden Verhältnissen einen solchen gemeinsamen Schulunterricht, wie höchst wünschenswerth er auch sei, noch für unmöglich. Hinsichtlich der seit 1839 geltenden Annahme, unter der Benennung: die heil. Schrift, ausschließlich die autorisirte Uebersetzung zu verstehen, erklärte er noch, daß ohne die Zustimmung des Parlaments darin keine Aenderung erfolgen werde. Bei den alljährlich zu verlangenden Geldbewilligungen für die öffentlichen Unterrichtszwecke werde demselben jedesmal volle Vorlage der Bedingungen gemacht werden, unter welchen die Verwendung der Gelder statthaben solle, sodaß das Parlament jährlich seine Entschließungen darüber treffen könne. Die neue Armenbill für Irland und die Bill über Vorschüsse an irische Grundbesitzer zu Verbesserungsanlagen auf ihren Gütern wurden zum ersten Male verlesen. Der Marquis v. Westmeath erhob noch eine Interpellation über die Hinrichtung einer Frau in Bury St. Edmunds, die ihren Mann vergiftet hatte, und die mit einer den Tod der Unglücklichen auf barbarische Weise erschwerenden Ungeschicklichkeit erfolgt sei, sodaß die Tausende der Zuschauer ihre Entrüstung durch den Ruf von Mord! eine Schande! ꝛc. kundgegeben hätten. Der Marquis of Lansdowne kannte die Sache bisher nur aus den Zeitungen, versprach aber nach eingegangenen Berichten sofort eine Untersuchung zu veranlassen.

Im Unterhause wurde die Annahme von Gesuchen um die Erlaubniß zur Einbringung von Eisenbahnbills auf die Zeit bis zum 3. Mai mit Ausnahme solcher Fälle beschränkt, wo ein nachgewiesener Aufenthalt im Eisenbahncomité der Bill zu gute komme. Der Sprecher legte die auf Befehl des Hauses angefertigte Tabelle über die Kosten von Privatbills auf die Tafel. Sie wurde zum Drucke beordert. An der Tagesordnung war die Constituirung des Hauses als Bewilligungscomité, zunächst über die für Unterrichtszwecke von der Regierung verlangten Summen. Das Vorspiel dazu bildete die Uebergabe einer Unzahl von Bittschriften für und wider die neuen Maßregeln der Minister zur Hebung des Volksunterrichts. Eine davon, die der Minister des Innern Sir G. Grey übergeben wollte und die von den Geistlichen und Aeltesten der Synode zu Glasgow und der Gemeinde der freien schottischen Kirche herrührte, erklärte volle Uebereinstimmung mit dem Vorhaben, den Volksunterricht zu heben, allein eben so vollen Widerspruch gegen die dazu vorgeschlagenen Maßregeln; Sir G. Grey referirte diesen Inhalt mit dem Bemerken, daß er darum ersucht worden sei für den Fall der Abweisung der Bittschrift, die nämlich bei der nothwendig gewesenen Eile der Absendung ohne Unterschriften sei. In Folge dessen erklärte denn auch der Sprecher, daß sie nicht angenommen werden könne. Auf eine Anfrage von Sir B. Hall, ob die Regierung den Wesleyanern im Betreff ihrer Schulen wirklich gewisse Zugeständnisse, daß sie z. B. ihren Katechismus anwenden und nur Wesleyaner zu Schulinspectoren haben sollten, gemacht habe? entgegnete Lord J. Russell, daß die Regierung nur in dem Falle gewesen sei, auf Anfragen über den Sinn Auskunft zu geben, in welchem sie zu handeln gedenke, und ob die autorisirte Bibelübersetzung in den Schulen gebraucht werden müsse. Die vom Parlament anerkannten Geheimerathsbeschlüsse vom 3. Dec. 1839 bestimmten nun bekanntlich, daß täglich ein Abschnitt aus derselben gelesen werden solle, was auch in den Schulen des Nationalerziehungsvereins und britischen und auswärtigen Schulvereins geschehe, deren Schulen daher auch Anspruch auf Unterstützungen hätten. Seines Wissens, fuhr Lord J. Russell fort, habe keine ausschließlich katholische Schule bisher Beihülfe aus Staatsmitteln genossen. Es sei diese Frage eine sehr schwierige, und von den jetzt für Unterrichtszwecke verlangten 100,000 Pf. St. solle daher auch nichts an katholische Schulen verwendet, diese Angelegenheit vielmehr später besonders erörtert werden. Sehr energisch sprach sich der Minister im Fortgange seiner Rede gegen die Einwürfe aus, in welchen eine solche nur von Jahr zu Jahr an verantwortliche Minister, die keinen Augenblick länger am Ruder bleiben könnten, als Souverain und Parlament mit ihnen einverstanden wären, in welchen eine solche Bewilligung zu Unterrichtszwecken eine unconstitutionelle genannt worden sei. Die Unbefangenheit des Hauses werde solche Entstellungen zu würdigen wissen. Die Sorge für den Volksunterricht habe bekanntlich bis vor kurzem weder der Regierung noch der Kirche des Landes obgelegen, sondern sei gänzlich dem freien Willen überlassen worden. Im Jahr 1784 veranstaltete zuerst Hr. Raikes Subscriptionen zur Gründung von Sonntagsschulen, zu Anfange des Jahrhunderts wurden nach Ankunft Hrn. Lancaster's einzig durch Privatbestrebungen der britische und auswärtige Schulverein ohne alle Regierungsbeihülfe gestiftet, eben so die spätern Schulen des Nationalvereins. Erst 1832 wurden ungefähr 20,000 Pf. St. zur Beförderung des Unterrichts der arbeitenden Klassen bewilligt und den letzten beiden Vereinen antheilig dazu übergeben, von welchen der erstere hochkirchliche und alle möglichen Dissentermitglieder zähle. So sei es bis 1839 geblieben, wo eine Abtheilung im Geheimenrathe für das Unterrichtswesen gebildet wurde, die fortan die Verwilligung der zu diesen Zwecken bewilligten Gelder über sich haben sollte. Er erinnert an den großen Widerspruch, welchem diese Anordnung begegnete. Die Bewilligungen wuchsen seitdem, bis 100,000 Pf. St. im Jahr 1845 vom Parlament gutgeheißen wurden. Die jetzigen Minister hätten nun zum ersten Mal eine ins Einzelne gehende Vorlage über die Verwendung derselben gegeben. Besonders gelegen sei an Verbesserung der Schulinspectionen und deren Zahl solle also vermehrt werden. In den Lancasterschulen sollen Freistellen für befähigte Knaben errichtet werden, um dieselben längere Zeit selbst den Unterricht genießen lassen und desto tüchtiger zum gegenseitigen Unterrichte machen zu können. Ferner soll das Einkommen von durch Prüfungen als tüchtig erwiesenen Schullehrern verbessert werden; denn, erklärte der Minister: „Es war stets meine Ueberzeugung, daß man das Schulwesen hier zu Lande nimmer wirksam heben könne, bevor die Lage und die Aussichten der Schullehrer verbessert sein würden.“ Für Errichtung von Normalschulen wurden ebenfalls Gelder ausgeworfen. Kein Geschäft sei wichtiger, bemerkte Lord J. Russell weiter, als das des Unterrichts der Ju-

gend und der arbeitenden Klassen, und kein Unterschied größer als der zwischen einem unbrauchbaren, nachlässigen und zwischen einem thätigen und eifrigen Lehrer. Er verbreitete sich dann noch über specielle bisherige Verhältnisse des Schulbesuchs und der Grade der Volksbildung, auf die wir zurückkommen. Hr. Duncombe beantragte als Amendement zu dem Antrag auf die Comitébildung, daß vor aller und jeder Bewilligung ein Specialcomité zur Prüfung der Maßregeln, ihrer Kostspieligkeit und ob dieselben nicht die bürgerliche und Gewissensfreiheit und die constitutionelle Wirksamkeit des Parlaments beeinträchtigen und den Einfluß der Krone ungebührlich erweitern, niedergesetzt werde. Der Viscount Duncan unterstützte das Amendement, aber die Debatte darüber wurde von gestern auf heute vertagt, wo sie ebenfalls nicht zu Ende kam.

— Der Manchester Guardian will auf gewichtige Autorität hin wissen, daß die Gerüchte von frühzeitiger Auflösung des Parlaments begründet wären und daß man dieselbe um die Mitte des Juni erwarten dürfe. Im October würden beide Häuser nach den allgemeinen Wahlen auf eine kurze Zeit zusammentreten.

— Das Limerick Chronicle meldet, daß im Hafen von Limerick binnen drei Tagen 16 Schiffe aus Amerika und aus dem Mittelländischen Meere mit Lebensmitteln eingetroffen waren und daß in derselben Zeit 33, sämmtlich mit Auswanderern nach Amerika an Bord, den dortigen Hafen verlassen haben.

— Nach amtlichen Berichten haben im vorigen Jahr auf 40 englischen Eisenbahnlinien 144 Unfälle stattgefunden, wobei 81 Personen getödtet und 154 verwundet wurden. Darunter waren 40 Fälle, in denen die Schuld des Unglücks den verletzten Individuen allein zuzuschreiben ist.

— Dubliner Nachrichten vom 17. April melden noch keine Besserung in dem Unwohlsein des Lordlieutenants Carl of Besborough. Die Gerüchte vom bevorstehenden Rücktritte des Secretairs für Irland, Hrn. Labouchere, erhielten sich, und man nannte schon Hrn. More O'Ferrall, welcher im Ministerium Melbourne Secretair bei der Admiralität und 1841 kurze Zeit im Schatzamte war, sowie zu den Gründern der katholischen Association gehörte und seit 1830 für die irische Grafschaft Kildare im Unterhause sitzt, als seinen Nachfolger.

— Die St.-Helenazeitung von Ende Februar hat Nachrichten bis 12. Febr. vom **Vorgebirge der guten Hoffnung**. Sir Henry Pottinger, der neue Gouverneur, war eifrig mit den öffentlichen Angelegenheiten der Colonie beschäftigt. Die Kriegsdampfsloop Thunderbolt war an der Mündung der Algoabai gescheitert, und man suchte vom Material derselben so viel als möglich noch zu retten.

Frankreich.

Paris, 21. April.

Die Deputirtenkammer hatte gestern über die Zulassung des in Quimperlé neugewählten Abgeordneten Jubelin zu entscheiden. Es ist derselbe an die Stelle des Hrn. Drouillard ernannt, der durch Urtel der Assisen, bestätigt vom Cassationshofe, der Bestechung bei den Wahlen schuldig und zur Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte unfähig erklärt wurde. Zwei Tage schwankte bei der Wahl Hrn. Jubelin's die Mehrheit zwischen ihm und Hrn. Drouillard; am dritten wurde das Urtel des Cassationshofs gegen Letztern bekannt und nun erst erhielt Jener die Majorität. Gegen dieselbe ward jedoch auch Protest erhoben, weil unter den Wählern 3—4 gleich Hrn. Drouillard nicht mehr stimmberechtigte Personen sich befunden, Hr. Drouillard überhaupt nicht als Mitbewerber habe auftreten sollen. Die Kammer sprach indessen die Zulassung aus. Die Debatte über die Inbetrachtnahme von Hrn. de Rémusat's Antrag wegen der Incompatibilitäten wurde dann durch Hrn. St.-Marc Girardin wieder aufgenommen, der für die Inbetrachtnahme unter dem Vorbehalt einiger Aenderungen in den einzelnen Bestimmungen sich aussprach. Hr. Desmousseaux de Givré, welcher zu den progressiven Conservativen zählt, machte seine Zustimmung zur Inbetrachtnahme von dem sonderbaren Verlangen abhängig, Hr. de Rémusat solle den Vorschlag dahin modificiren, daß alle jetzt in der Kammer sitzenden Beamten noch wählbar bleiben und die ausschließenden Bestimmungen nur auf neugewählte Deputirte Anwendung haben sollten. Bei anhaltender Unaufmerksamkeit der Kammer gaben die HH. Combarel de Leyval und Marie ihre Ansichten für, die HH. Salveton und Mathon de Fogères gegen die Inbetrachtnahme zu erkennen und die Debatte ward dann auf Hrn. Odilon-Barrot's Antrag auf heute vertagt, wo man die Abstimmung erwartet.

— Die von Hrn. Crémieux bei der Deputirtenkammer eingereichte Proposition, bei der Aufstellung der jährlichen Liste der Geschworenen einige Mitglieder der Generalräthe des Departements zuzuziehen, weil jetzt die Anfertigung dieser Listen im Verdachte der Parteilichkeit stehe, sowie daß nur eine Mehrheit von $^2/_3$ der Geschworenen ein Schuldig definitiv aussprechen könne, ist von sieben Bureaux der Kammer nicht zum öffentlichen Vortrage gutgeheißen worden und daher zu Boden gefallen.

— Man schreibt vom 17. April aus **Toulon**, daß eine telegraphische Depesche mit dem Befehl an den Prinzen von Joinville eingegangen sei, mit seiner Schiffsabtheilung nach Toulon zurückzukehren. Als Anlaß dazu betrachtete man die Anwesenheit des Prinzen Oskar von Schweden; für die schwedischen Kriegsschiffe ist ebenfalls durch den Telegraphen angeordnet worden, sie sofort der Quarantaine zu entlassen.

— Das Journal des Débats zeigt heute die erfolgte Ankunft des Prinzen Friedrich von Dänemark in Paris an.

— Die Frau Herzogin von Rianzares, Königin Christine, soll in nicht ferner Zeit ihrer Niederkunft entgegensehen, was die sechste seit ihrer Verbindung mit Hrn. Muñoz sein würde.

* **Paris**, 20. April. In den Abtheilungen der Deputirtenkammer unterlagen dermalen zwei wichtige Gesetzentwürfe, der über die Modificationen des Tarifs und der über den Secundairunterricht der Prüfung. Die für die Berichterstattung über den ersten ernannte Commission besteht in der Majorität aus Protectionisten, und einer der entschiedensten davon ist Hr. Thiers, welcher sich auf diese Weise mit der Fraction der conservativen Partei in Verbindung erhält, die dem Fortschritt unhold ist. Er rechnet auf diesem Wege sich eine Majorität zu bereiten, wenn er wieder ans Ruder kommt. Die Modificationen, welche der Gesetzentwurf im Tarife vorschlägt, sind an sich von geringem Belang, gewähren aber Hoffnungen für die Freiheit des Verkehrs. Die zur Berichterstattung über den Gesetzentwurf wegen des Secundairunterrichts ernannte Commission hat eine demselben günstige Mehrheit, dessen etwas confuse Redaction übrigens Niemand ohne Vorbehalt annimmt. — Die Ernennung des Herzogs v. Broglie zum Gesandten in London ist noch nicht gewiß. Der edle Pair ist ein vertrauter und steter Rathgeber von Hrn. Guizot, hat in England schon Erfolge erlangt, vermittelte namentlich die Abänderung des Vertrags über das Durchsuchungsrecht und steht an der Spitze des Vereins für Aufhebung der Sklaverei. Er hat auch Ansichten und die Weise britischer Staatsmänner, allein nicht die milden und graziösen Formen des Grafen Ste.-Aulaire, sondern etwas Hochfahrendes, Gebieterisches, was ihm von Ludwig Philipp den Scherznamen Victor I. eingebracht hat. Ein anderes Hinderniß bildet seine Rede in der Kammer zu Gunsten der Politik Frankreichs und der Handlungen Hrn. Guizots in den spanischen Angelegenheiten.

Belgien.

* **Brüssel**, 20. April. Die antwerpener Handelskammer hat eine Commission niedergesetzt, um ihr über einen ihr vorgelegten Bericht in Betreff der Errichtung einer regelmäßigen Dampfschiffahrt zwischen Antwerpen und Neuyork Bericht zu erstatten. Gestern sind von ersterer Stadt vier Schiffe mit 500 Auswanderern abgesegelt. Von sonstigen Vorfällen erwähne ich noch: die Errichtung eines Musée royal d'armures, d'antiquités et d'artillerie, unter der Leitung des Grafen Beaufort und der Aufsicht des Akademikers Schayes; die Freilassung des bekannten Publicisten Van de Casteele; den Tod des Generalgenerals Dutillseul; die Einstandsaudienz des neuernannten sardinischen Ministers Grafen Lupi de Mentalto; endlich die bei Gelegenheit des Geburtstags unsers Kronprinzen geschehene Armeepromotion, in Folge deren die Obersten Duroy und v. Wittert zu Generalen vorgerückt sind. In Aussicht werden gestellt: vom 21. Mai an regelmäßige Nachtbahnzüge zwischen Brüssel und Köln; ferner das Auftreten des von Lüttich abgehenden Kanzelredners Lacordaire (Eintritt zehn Francs), endlich die Errichtung eines zoologischen Gartens in der Hauptstadt.

Italien.

* **Rom**, 12. April. Unsere neueste in drei Tagen einen Monat alte Censurpraxis wird je länger je mehr ein Institut, in das sich sowol seine Vertreter als das Publicum nur mit großer Mühe finden können. Versteht sich, nur in die Paragraphen, welche die politische Presse angehen, da die Censurverordnungen für die literarischen Productionen auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaft dieselben geblieben, die sie seit 22 Jahren gewesen sind. In Rom ist in den letzten drei Monaten vielleicht mehr über politische Zeitfragen geschrieben und gedruckt worden als in den letzten drei Jahren des vorigen Pontificats. Um mehr als zwei Dutzend sind seit drei Monaten die Tagesblätter unserer Stadt vermehrt worden, fast alle ihrem Titel nach für literarisch-artistische Tendenzen; allein die Schreiblust unserer Publicisten läßt sie nicht bei der Stange bleiben. Aus dem Gebiete der Kunst und Literatur wird fleißig in das Gebiet der Politik hinübergestreift, und zwar da am meisten, wo man es am wenigsten erwartet. Das Wohlbehagen, im Kirchenstaate nun in einer weit freiern Atmosphäre seinen Gedanken durch Sprache und Schrift Luft machen zu können als in jedem andern Staate der Apenninischen Halbinsel ohne Ausnahme, veranlaßte besonders die jüngern unserer Schriftsteller in diesen Tagen zu manchem scharfen Sarkasmus auf die Engherzigkeit der benachbarten italienischen Regierungen in Dingen der Presse. Dies hat aufs neue jenseitige Klagen vor den Papst gebracht. Er aber kann und wird das junge Censuredict gewiß nicht jetzt schon durch Modificationen in demjenigen Theile beschränken, der die Ausweitung der Verordnung in ihrer liberalen Interpretation und Anwendung durch die Censurbehörde bestehen läßt. Wenn dessenungeachtet heute Morgen mehre am ersten Tage jeder Woche erscheinende römische Journale von der Censurpolizei zurückgehalten wurden, weil sie Sir R. Peel's ehrenvolle Bemerkungen über den Charakter Pius' IX. und seine reformatorischen Bestrebungen, verbunden mit verächtlichen Seitenblicken auf andere italienische

Regierungen, aus der Times in ihr mütterliches Italienisch übersetzt mittheilten, so findet das Publicum dergleichen wol nicht ganz mit Unrecht gegen die neuen Statuten und beschwert sich über die Kleinmüthigkeit der obersten Censurbehörde. Aber gegen Pius IX. und für ihn hat es nur freundliche Worte. „Er thut, sagen die Römer, und wird thun, was er kann. Aber er selbst sagte uns ja in seiner Predigt in der Kirche Sant' Andrea della Valle, daß eine eiserne Hand auf ihm drückend laste, und er wisse nicht, ob ihm jene Hand die Ausführung aller seiner Pläne gestatten werde. Schicken wir uns also in eine Zeit, wo die Gewalt Derer da draußen Pius IX. auch gegen seinen Willen bindet."

— Aus **Rom** vom 12. April schreibt man der Augsburger Postzeitung: „Daß Cardinal Gizzi Staatssecretair bleibt, ist nunmehr als entschieden anzunehmen, da der Papst seinen als Bedingung ausgesprochenen Willen genehmigt und eine durchgreifende Veränderung des in der Segretaria angestellten höhern Personals verfügt hat."

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 14. April. Der General-Kriegsgouverneur der Residenz, General der Infanterie Chrapowizky, Mitglied des Reichsraths und des Ministercomité, ist hier vorgestern gestorben, in Folge heftiger Erkältung, die sich derselbe in der vorigen Woche während der Osterfesttage zugezogen. Derselbe hat nur kurze Zeit seiner hohen Charge vorstehen können, da er erst im Juli 1846 seinem Vorgänger, dem General Kawelin, in derselben folgte.

Officielle Berichte melden, daß während des 27. und 28. Febr. d. J. so heftige Nordoststürme längs der Donauströmung durch die türkischen Provinzen wütheten, daß die ganze Sulinamündung mit Wasserfluten auf 1¼ Arschin Höhe bedeckt ward, wodurch viele verwüstende Zerstörungen in derselben angerichtet wurden. — Der Kaiser hat den Privaten die Ausübung der Jagd in allen systematisch geordneten Kronforsten, die dem Reichsdomainenministerium unterliegen, bei strenger Strafe verboten. Contravenienten unterliegen Geldstrafen. Arme, die sie nicht entrichten können, verlieren ihre Gewehre und Hunde, die zum Besten des Kronintereſſe verkauft werden.

Moldau und Walachei.

Unter den weitern in **Bukarescht** ergriffenen Maßregeln (Nr. 114) sind noch folgende zu bemerken. Die Erhöhung des Preises der Baumaterialien sowie des Arbeitslohns ist verboten worden. Die Ablieferung von allen fremden geretteten Gegenständen binnen vier Tagen an die Behörden wird angeordnet, nach welchem Termin der Besitzer solcher Gegenstände in Strafe verfällt. Wegen der vorgekommenen eingestandenen Brandlegungen nach dem Feuer ist eine Art Standrecht publicirt worden, wonach solche Missethäter sogleich abgeurtheilt und am Orte des Verbrechens selbst hingerichtet werden sollen. Ungeachtet des gefallenen vielen Regens rauchen die Trümmer noch, und Alles ist beschäftigt, aus dem Schutte die edeln und unedlen Metalle aufzusuchen. Eine große Anzahl Menschen ist zur Aufräumung des Schuttes in den Gassen verwendet, und die Circulation durch die Brandstelle zum Theil wieder hergestellt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus **Washington** vom 29. März schreibt man der Weser-Zeitung: „In einer einflußreichen westlichen deutschen Zeitung (dem «Westboten», zu Columbus, Ohio) ist auch ein Aufruf zur Abhülfe der Noth in Deutschland durch die Deutschen in Amerika gemacht worden. — Auch eine Taufe hat der Congreß vollzogen, nämlich die Aufnahme der jungen Staaten Iowa und Wisconsin in die Gemeinschaft der „ursprünglichen dreizehn" Sterne, womit sich deren gegenwärtige Anzahl auf 30 erhebt. — Bei der Organisation einer Territorialregierung für Oregon sowie für das neu zu errichtende Nordwestgebiet Minesota ist es geblieben. — Für Rückerstattung vertragswidrig unter dem Tarif von 1842 erhobener Abgaben sind an Preußen 25,100 und an Lübeck, Bremen und Hamburg 5000 Dollars bewilligt."

Personalnachrichten.

Souveraine. Preussen. Prinz Friedrich Karl erhielt vom Könige von Hannover das Großkreuz des Guelphenordens.

Orden. Hannover. Guelphenorden, Ritterkreuz: der preußische Major v. Roon; 4. Kl.: die preußischen Lieutenants Graf Bismark-Bohlen und v. Brauchitsch. — Kirchenstaat. Gregererden, Ritterkreuz: der Bankier Moriz Ullmann v. Szitány in Wien. — Preussen. Rother Adlerorden 3. Kl.: der geh. Hofrath Dr. Heim in Berlin; 4. Kl.: der Polizeicommissar Mielisch in Berlin, der Premierlieutenant v. Richthofen in Berlin. — Königreich Sachsen. Civilverdienstorden, Ritterkreuz: der geh. Finanzrath Welf v. Ehrenstein.

Beamte. Oesterreich. Der Hofrath der ungarischen Hofkanzlei Karl v. Czillich ist zum Director des Bureau der Staatskanzlei ernannt worden.

Handel und Industrie.

Fruchtpreise. Leipzig, 22. April. Weizen 9 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 7½ Ngr.; Hafer 3 Thlr. 12½ Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. **Leisnig**, 17. April. Weizen 10 Thlr.; Roggen 10 Thlr.; Gerste 8 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 15 Ngr. **Roßwein**, 20. April. Weizen 11 Thlr.; Roggen 10 Thlr. 15 Ngr.; Gerste 9 Thlr. **Zwickau**, 20. April. Weizen 10 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 8 Thlr. 15 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 20 Ngr. **Berlin**, 22. April. Weizen 4 Thlr. 21 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 7 Sgr.; Gerste 3 Thlr.; Hafer 2 Thlr. 6 Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 22½ Sgr. **Breslau**, 22. April. Weizen 4 Thlr. 7½ Sgr.; Roggen 3 Thlr. 23 Sgr.; Gerste 2 Thlr. 24 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 18 Sgr. **Halle**, 20. April. Weizen 4 Thlr. 22½ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 16½ Sgr.; Gerste 3 Thlr. 12½ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 28¾ Sgr.

Oel. * **Leipzig**, 24. April. Der Geschäftsgang in Rüböl blieb auch in dieser Woche matt; es war keine Frage nach dem Artikel, doch finden auch fast keine Anerbietungen statt. Die Börse schloß heute 10¾ Thlr. zu haben, 10⅞ Thlr. bezahlt. Für Herbsttermine bleibt 11¾ Thlr. gefodert, 11⅛—¼ Thlr. geboten.

Meßbericht. * **Leipzig**, 24. April. Die Geschäfte haben in dieser Woche keine bessere Wendung genommen. Den Bukareschtern ist neuer Credit zugestanden worden, ohne von ihnen zu verlangen, die verfallenden Posten jetzt zu bezahlen. Alle übrigen Käufer übereilen sich fortwährend mit ihren Einkäufen nicht. Einige sächsische Fabrikanten werden mit der Messe wol nicht ganz unzufrieden sein, der größte Theil derselben dürfte aber Opfer gebracht haben, um sein Lager zu verringern und seine Arbeiter während des Sommers beschäftigen zu können. In Einzelheiten läßt sich bei einem so langsamen Gange der Geschäfte noch gar nicht eingehen. Der Verkauf von Leder ist ganz schlecht gegangen zu Preisen 10—15 Proc. unter denen der vorigen Messe, und blieb davon sehr viel übrig. Die feinen Qualitäten Tuch waren fortwährend gesucht, die geringen aber vernachlässigt. Der Rauchwaarenhandel ist bis jetzt noch ohne alles Leben.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 11. bis mit 17. April (mit Einschluß von 1135 Personen aus dem Zwischenverkehr) 23,287 Personen.

(Vom 1. Jan. — 17. April: 159,783 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 11. bis mit 17. April 5,903 Personen.

(Vom 1. Jan. — 17. April: 60,884 Personen.)

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 109.)

Im März 1847.

15)	**Berlin-Potsdam-Magdeburg**: 38,335 Pers., 65,666 Ctr. 77 Pfd.	38,366 Thlr.	8	Sgr.
16)	**Bonn-Cöln**: 39,162 Personen	8173 "	4⅓	"
17)	**Hannoversche Staatsbahn**: 27,829 Pers., 146,420 Ctr.	22,264 "	5⅓	"
18)	**Leipzig-Dresden**: 28,428 Pers., 108,536 Ctr.	37,776 "	18½	"
19)	**Thüringische**: 28,573 Personen	15,403 "	—	"

(Vom Januar fehlen noch 3, vom Februar 6 Bahnen. — Die Jahresberichte sind bisher von folgenden Bahnen eingegangen: Breslau-Schweidnitz-Freiburg, Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, Leipzig-Dresden, Nürnberg-Fürth.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 25. April früh 7 Uhr: 2° 20″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 21. April. 2½pc. Int. 58⅜; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 23. April. Oestr. Bkact. 1896; 250 Fl. L. 118½; 500 Fl. L. 153¼ Br.; Bair. 3½pc. 92¼ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74¼ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 36; Kurhess. 32¼. London, 19. April. 3pc. Cons. 87⅛; Port. 3pc. 34½; Span. act. 25½; 3pc. 36⅜; Holl. Int. 58½. Paris, 20. April. 5pc. 115. 60; 3pc. 78; Neap. 102. 35; Bankact. 3205. Wien, 22. April. Bkact. 1577; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 97⅛; 3pc. 68½; 500 Fl. L. 153; 250 Fl. L. 118.

Disconto. Amsterdam, 21. April. 4 %. Frankfurt a. M., 23. April. 3¾ %.

Actien. Amsterdam, 21. April. Rhein. Eisenbahn 105. Frankfurt a. M., 23. April. Taunusb. 358¾; Nordb. 71⅛; Berb. 91½. Paris, 20. April. Versail. r. 330; l. 215; Paris-Orleans 1232½; Paris-Rouen 928¾; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 430; Rouen-Havre 680; Marseille-Avignon 775; Strasburg-Basel 191¼; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Bierzon 563¾; Nord 626¼. Wien, 22. April. Nordb. 168¾; Gloggn. 123; Mail. 108½; Livorn. 90¾; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 24. April. Seehandl.-Prämiensch. 95⅛ Br., 3½pc. Staatssch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 92¼, ostpr. 95½ Br., pomm. 93½ Br., schles. 96⅛, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 92, kur- u. neumärk. 95¼; Louisdor 111⅛, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 96¼ Br., Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88½, Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101⅛, Berl.-Stett. 107½, Cöln-Minden 4pc. 90⅛, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107¼, Niederschles. 86¾, Prior.-Act. 4pc. 90¾, 5pc. 101⅛ Br., Oberschlesische Litt. A. 4pc. 103⅛ Br., Litt. B. 4pc. 95⅜, Rhein. 84¼ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Thüring. 4pc. 93⅜, Wilh.-Bahn 4pc. 85, Zarskoje-Selo 69½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81¼, Berg.-Märk. 4pc. 82, Berl.-Anh. 97½, Cöln-Minden 4pc. 89¾, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Vened. 4pc. 110¼ Br., Mecklenburg 74, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70⅜, Pos.-Starg. 4pc. 82¾, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 97½, Ung. Centralb. 4pc. 98⅞. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93⅛, (neue) 4pc. 93½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93½, Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅛ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staats-Pr.-Anl. 85 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅜, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Bekanntmachung,
die neuen Preußischen Banknoten zu 500 Thaler betreffend.

In weiterm Verfolg unserer Bekanntmachung vom 10. October v. J. bringen wir, nach Vorschrift der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 16. Juli 1846 (G. S. Nr. 2727), die Beschreibung der neuen Preußischen Banknoten zu 500 Thlr., welche, mit unserm Controlstempel versehen, heute an die Preußische Bank abgeliefert worden sind, nachstehend mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die nach §. 29 der Bankordnung vom 5. October v. J. für jetzt auszugebenden, von uns gestempelten 15,000,000 Thlr. Banknoten in

8,000,000	Thlr.	zu 25	Thlr.
4,000,000	„	„ 50	„
2,500,000	„	„ 100	„
und 500,000	„	„ 500	„

bestehen. Berlin, den 21. April 1847.

Königliche Immediat-Commission zur Controlirung der Banknoten.
Costenoble. H. C. Carl. Rohlwes.

Beschreibung der neuen Preußischen Banknoten zu 500 Thalern.

Die neuen Preußischen Banknoten zu 500 Thlr. sind 6 Zoll breit und 4⅓ Zoll hoch, und bestehen aus weißem Papier mit den nachstehend beschriebenen

Wasserzeichen:

1) in der Mitte, die dunkel gehaltene und hell eingefaßte Werthbezeichnung

500,

welche
2) von einem Bogenstücke, enthaltend in lateinischen Initialen

„Preussische Banknote"

und einigen Bogenverzierungen, Alles hell, eingeschlossen wird;
3) unten in beiden Ecken, die gleichmäßig getheilte Jahreszahl

18 46.

ebenfalls hell.

A. Die Schauseite

zeigt:
1) oben in der Mitte, das rechts und links von Ranken- und Blätterverzierungen begrenzte mittlere Königliche Wappen mit dem gekrönten Helm, der Ordenskette und den beiden wilden Männern mit Fahnen, im Hermelinmantel mit der **Krone**;
2) zwischen den ebengedachten Verzierungen, zwei Leisten, deren eine links die Inschrift ***„Preussische"***, die andere rechts die Inschrift ***„Banknote"*** in verzierter lateinischer Cursivschrift auf liniirtem Grund enthält;
3) unten: einen verzierten Sockel mit der Strafandrohung in deutscher Diamantschrift auf liniirtem Grunde;
und über dem Sockel, dessen beide Ecken Wächtern mit Helm und Schwert zum Sitz dienen:
4) eine Figuren-Gruppe, welche den Bankverkehr bildlich darstellt;
5) zu beiden Seiten: Ranken- und Blätterverzierungen, zwischen denen kleine Knaben sich befinden, von welchen die beiden untern, nach der Figuren-Gruppe blickend, auf verzierten Kreisen ruhen, innerhalb deren der heraldische Adler mit der Umschrift:

„Haupt-Bank-Directorium 1846"

in lateinischen Initialen angebracht ist, die beiden obern aber verzierte Kreise stützen, mit der Werthbezeichnung

500
Thaler

und den Umschriften
links: ***„Billet de la Banque de Prusse"***
rechts: ***„Prussian Banknote"***
in lateinischen Initialen.
6) In der Mitte unter dem Königlichen Wappen befindet sich der Text der überall mit dem Buchstaben **A.** und einer laufenden Nummer bezeichneten Banknoten, nämlich

A. (laufende Nummer)

Fünf Hundert Thaler

zahlt die Haupt-Bank-Kasse in Berlin

ohne Legitimations-Prüfung dem Einlieferer dieser Banknote, welche bei allen Staats-Kassen statt baaren Geldes und Kassen-Anweisungen in Zahlung angenommen wird.

Berlin, den 31. Juli 1846.

Haupt-Bank-Directorium.

gez.: von Lamprecht. **Witt. Reichenbach. Meyen.**

Ausgefertigt (Unterschrift des Bankbeamten.)

7) **Gefärbt** sind:
a) das Königliche Wappen, sämmtliche Verzierungen und die Figuren-Gruppe: **hellviolet,**
b) die Bezeichnung: ***Preussische Banknote*** in der obern Verzierung (Nr. 2) **dunkelviolet,**
c) die Schrift und die Zahlen der Kreise in den vier Ecken: **hellroth,**
d) der Text der Banknoten und die Strafandrohung: **schwarz.**

B. Die Kehrseite

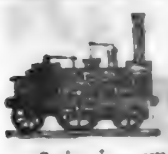
zeigt:
1) ein Netz von Schneckenlinien, welche von dem Mittelpunkte ausgehende Strahlen bilden, in **meergrüner** Farbe;
2) auf dem Anfangspunkte dieser Strahlen, den Controlstempel der Königlichen Immediat-Commission zur Controlirung der Banknoten, bestehend
a) aus dem geprägten heraldischen Adler in **karmoisinrothem** Grunde,
b) der Umschrift: K. Immed.-Comm. z. Contr. d. Banknoten, in lateinischen Initialen;
c) einem darunter angebrachten Bande mit der Inschrift:

„Cab. Ordre v. 16. Juli 1846."

in lateinischen Initialen, und
d) einer darunter befindlichen verzierten Leiste, enthaltend die Unterschriften der Mitglieder der gedachten Commission:

Costenoble. H. C. Carl. Rohlwes.

Alles in **karmoisinrother** Druckfarbe. [1623]



Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den allgemeinen Nothstand werden von heute an Transporte von **Korn, Weizen, Mehl, Brot, Erbsen, Linsen, Graupen, Grütze** und **Kartoffeln** und andern Lebensmitteln, welche von Behörden, Communen und Hülfsvereinen zur Abhülfe des Mangels versendet und als zu diesem Zwecke bestimmt bezeichnet werden, auf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn für die Hälfte des Tarifsatzes C. befördert.

Leipzig, am 24. April 1847.

Directorium der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1665—66]

Bekanntmachung.

Unsern Geschäftsfreunden beehren wir uns die Anzeige zu machen, daß der im Jahre 1840 erfolgte Gesellschaftsbeschluß, unser Geschäft zu liquidiren, in der am 17. v. M. in Leipzig gehaltenen Generalversammlung einstimmig widerrufen, und die Fortsetzung unsers Geschäftsbetriebes beschlossen worden ist.

Wir empfehlen daher unsere Maschinen für Streich-, Kammgarn- und Baumwollen-Spinnerei, die Schönherr'schen patentirten Webstühle, unsere für jeden Modellguß eingerichtete Gießerei und Cylinderwerkstatt, und werden wir jeden Auftrag mit gewohnter Promptheit und Accuratesse ausführen.

Sämmtliche Mitglieder unserer Gesellschaft aber haben wir zu benachrichtigen, daß Herr **Wilhelm Gross** in Leipzig aus unserm Ausschusse freiwillig ausgeschieden ist, und daß Herr **Bethmann-Lähne** daselbst in Folge vorgängiger Wahl die Stelle eines Ausschußmitgliedes bei unserer Gesellschaft angenommen hat.

Chemnitz, den 20. April 1847.

Directorium der Sächsischen Maschinen-Bau-Compagnie.

[1614—15] Dr. **Friederici** sen. auf Gaschwitz. **H. Wolfram.**

Patek & Comp.,

Fabricants d'Horlogerie à Genève,

sont arrivés à la foire de Leipzig avec un bel assortiment de montres de leur manufacture, qui sont toutes répassées en second, complétement réglées, et chacune est accompagnée d'une garantie écrite. — Ils se chargent de l'exécution de toutes les commandes en horlogerie avec les combinaisons et avec les ornemens tels qu'on peut désirer. [1651—53]

Leur depôt à Leipzig est Petersstrasse № 38 au 1er Etage.

H. G. Grote

aus **Ronsdorf** bei Elberfeld,

Brühl Nr. 15, erste Etage,

empfiehlt sein Lager von [1584-89]

Sammetbändern, seidenen Taffetbändern, Besatzbändern, Lothbändern und von diversen Besatzkordeln u. s. w.

Loesener & Schoch

aus ***Magdeburg***

sind auch für die Dauer dieser Messe hier anwesend in ihrem gewöhnlichen Locale im **Fürstenhaus, Grimmaische Straße Nr. 15,** erste Etage. [1168—71]

Klein jun., Riesser & Co.,

Etuis- und Portefeuilles-Fabrikanten

aus ***Offenbach a. M.,***

Katharinenstraße Nr. 27, im 2. Stock,

empfehlen zu dieser Messe ihr wohlassortirtes Lager in Leder-Waaren sowie einen neuen Artikel im Rococo-Geschmack. [1356—58]

Echt römische Saiten

in allen Stärken in frischer haltbarer Qualität empfehlen **Gebrüder Holzschuher**

aus **Schleiz**, Leipzig, Markt, 1ste innere Reihe.

Die Kurzwaaren- und Pfeifen-Schlauch-Fabrik von August Falck,

vormals ***Hammerfeldt & Falck***

aus **Berlin,**

ist diese Messe **Neumarkt Nr. 42** neben den Herren Hammer und Schmidt. [1398—1403]

Mess-Local-Vermiethung.

Ein in der besten Meßlage, zu ebener Erde, befindliches Gewölbe ist für nächste Michaelis- und folgende Messen zu vermiethen. Näheres in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1655—57]

Gesucht wird für ein hiesiges Geschäft wegen plötzlich eingetretener Umstände **ein Buchhalter,** welcher auch die Correspondenz mit zu besorgen hat, von nicht zu jungen Jahren. Diejenigen, die auf diese Vacanz reflectiren, sollen das Nähere über ihre Leistungen und Zeugnisse ihrer übrigen guten moralischen Eigenschaften unter der Adresse **A. Z. Nr. 3.** poste restante Leipzig franco niederlegen. [1681]

Bekanntmachung.

Ein in der Nähe von **Dresden** in der bekannten reizend situirten Niederlößnitzer Flur, daher höchst angenehm gelegenes, mit den edelsten Rebensorten bepflanztes, in vier completen Winzereien bestehendes, sich gut rentirendes Weinbergsgrundstück, auf welchem im vorigen Jahre 57 Faß (à 6 Eimer) zur Hälfte rother und zur andern Hälfte blanker Wein erbaut worden, und zu dem außer den daher befindlichen gut gehaltenen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden nebst zwei Pressen und übrigen Utensilien, auch 13 Acker kiefernen Hochwald gehören, soll nebst den bemerkten gut gepflegten Weinvorräthen unter billigen Bedingungen fortan aus freier Hand verkauft werden.

Von dem Herrn Besitzer ist der Unterzeichnete beauftragt mit Kauflustigen in nähere Unterhandlung zu treten, denselben das Erforderliche allenthalben nachzuweisen und die Kaufsbedingungen zu eröffnen, wozu man hierdurch ergebenst einladet.

Dresden, am 21. April 1847.

Friedrich Schumann,

[1667] Obersteuer-Controleur,
Stiftsstraße Nr. 8.

Echte Regalia und **Imperiales-Cigarren,** das Feinste der Art à 100 und 120 Thlr. pr. Mille empfehlen **Schuchard & Planitz,** Leipzig, am Markt. [1680]

GESUCH. Ein wohlerzogener und körperlich gesunder Knabe aus der hiesigen Umgegend, der mit guten Schulkenntnissen ausgerüstet ist und **für dessen weitere Ausbildung ich Sorge tragen würde,** kann in meiner Musikalien- und Instrumentenhandlung Beschäftigung finden.

Besondere Rücksicht wird auf Solche genommen werden, denen nicht nur eine gute Handschrift zu eigen, sondern auch das Zeugniss ihrer Fähigkeit und ihres bisherigen sittlichen Verhaltens von Seiten ihrer Lehrer beizubringen möglich ist.

Anmeldungen täglich von 1—2 Uhr.

[1662] ***C. A. Klemm,***

Leipzig, Neumarkt, Hohe Lilie Nr. 14.

F. August Behrens jun.

in ***Magdeburg***

(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Linir-Maschinen

zum Liniren der Contebücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 193 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Ein- und Verkauf von Edelsteinen und Perlen

bei ***H. Marcus Oppenheimer & Kirchberg,*** Juweliere aus Frankfurt am Main, **Bruhl Nr. 70/454,** der Reichsstraße über. [1624—29]

Das Lager des vorzüglichsten, reinsten und bouquetreichsten

Eau de Cologne triple

à Dutzend 4 Thlr.

befindet sich bei

Joh. Ernst Weigel,

[1598—1600] Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Auf vielseitiges Verlangen heute Montag den 26. April:

Graf Pulowsky oder die Verbannung Mazeppa's,

große historische Pantomime aus der politischen Geschichte, mit Evolutionen zu Fuß und zu Pferde. Die Amazone, geritten von Mad. Tourniaire auf dem Pferde Sultan.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

[1682] ***E. Renz,*** Director.

Höchst gereinigte

Cocos-Nuss-Oel-Soda-Seife

aus der

Fabrik von Friedrich Struve in Leipzig,

jetzt Petersstrasse Nr. 16 vis-à-vis Hôtel de Bavière.

Bei einem Versuche mit dieser Composition wird man bald die Ueberzeugung erlangen, daß diese Seife von der unter demselben Namen gewöhnlich angebotenen auf das Entschiedenste abweicht. Während jene durch ihre ätzenden Bestandtheile Ausschläge hervorruft, säubert diese die Haut, öffnet die Poren und gibt die angenehme Geschmeidigkeit, welche einer schönen Haut so nothwendig ist.

[1568—70] ***Friedrich Struve,*** Inhaber der Preis-Medaille.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 116. (26. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag.
Ankündigungen.

Preußen.

Bevor in der Sitzung der Vereinigten Curien am 16. April in der Berathung der Adresse (Nr. 115) fortgefahren wurde, erbat sich der Abg. v. Vincke das Wort in Betreff der Geschäftsordnung. Der Landtagsmarschall meinte jedoch, es sei gewiß der Wunsch der Versammlung, in der gestern abgebrochenen Debatte fortzufahren, wobei es auch trotz mehrfach erhobener Gegenrede blieb, nachdem noch auf die Aeußerung eines Redners der Landtagsmarschall erklärt hatte, er wünsche, daß man sich im Reden nach der Versammlung, nicht nach ihm hinwende, wozu er auch schon mehre Redner aufgefordert habe. Der Landtagscommissar erklärte noch, es sei bei der Entwerfung der Geschäftsordnung keineswegs die Absicht gewesen, daß die Reden der Abgeordneten factisch, er müsse sagen körperlich, an den Landtagsmarschall gerichtet würden, sondern die Anrede solle sich vielmehr theoretisch an denselben wenden, damit verhindert werde, daß die Redner an einzelne Mitglieder der Versammlung ihre Worte richten. Der Redner könne sich daher unbedenklich gleichmäßig an die ganze Versammlung wenden.

Hierauf kam der Abg. Milde (Kaufmann in Breslau) zum Vortrag, wobei er, ohne sich anmaßen zu wollen, der Versammlung Lehren zu geben, nicht billigte, daß die Person des Königs, wie es bisher geschehen, in die Discussion gezogen werde, indem sie auf diese Weise mehr und mehr den Boden verlören, ihr freies Wort geltend zu machen. Sie sollten von der Krone nur objectiv sprechen. Auf den Adreßentwurf eingehend, sei zu erwägen, ob die Patentgesetzgebung vom 3. Februar eine solche sei, welche nicht im Widerspruch mit frühern Gesetzgebungen sich befinde. Mit Bedauern gestehe er, daß diese Angelegenheit eine Beute der Juristen geworden sei, daß Einer dafür, der Andere dagegen gesprochen habe und somit in Bezug auf dieselbe Rechtsunsicherheit Platz gefunden. Nach seiner Ueberzeugung hätte man ganz einfach sagen sollen: Auf Grund der Gesetze von den Jahren 1815, 1820 und 1823 berufen wir unsere getreuen Stände und übertragen ihnen die Functionen des im Gesetz vom 17. Januar 1820 vorgesehenen reichsständischen Körpers. Auf diese Weise wäre Alles abgeschnitten gewesen, was materiell aufgeregt und materiell geschadet habe. Bezüglich auf die Gesetzgebung vom 3. Februar liege der materielle Fehler darin, daß aus einer großen Versammlung eine kleine ernannt und ihr die Rechte der großen übertragen seien. In der Adresse, zu deren Commissaren er gehört habe, finde er Alles ausgesprochen, was sie als treue Unterthanen der Krone gegenüber aussprechen mußten. Das Amendement, welches von einem Mitgliede der Fürstenbank ausgegangen sei, scheine ihm den materiellen Mangel zu haben, daß es die Gesinnung der Versammlung verflacht zusammenbringe in sehr zarten, milden Phrasen, die einer andern Deutung unterworfen sein könnten, als die Versammlung in der Majorität ausspreche. Aus Artigkeit der Krone etwas zu verschweigen, wovon er sich später sagen müßte: Du hast in jener Zeit nicht als treuer Unterthan gehandelt und ich möchte mich vor mir selbst aufhängen, daß ich zu jener Zeit nicht gesagt habe, ich habe Dies oder Jenes verschwiegen — vermöge er unter keinen Umständen. Sei nun gestern vom königl. Commissar gesagt worden, daß diese kleine Commission alle die Rechte überkommen habe, welche die Gesetze der allgemeinen Ständeversammlung involviren, also die Mitgarantie der Staatsschulden, und habe der Commissar darauf hingewiesen, daß bei einer so großen Versammlung eine Zusammenberufung unmöglich sei, so müsse er das bei der heutigen europäischen Constellation vollkommen negiren. Es sei in diesem Augenblick nicht mehr möglich, Eroberungspläne, wohl aber Vertheidigungspläne zu machen. Werde das Volk angegriffen, so werden sie, die Stände, sich um den König scharen und sie, 600 Männer, werden eine Armee sein, die Ersten, die Gut und Blut dem König opfern, und dann trete der Moment ein, wo der König sie brauchen werde. Sei nun jene angedeutete Politik heute nicht mehr möglich, wer unter ihnen möge wol einzelnen Körperschaften das Recht übertragen wollen, nachdem der König sie, die Stände, zum Organ erkoren habe, das ihm in allen großen ständischen Angelegenheiten zur Seite stehen solle; wer von ihnen würde dieses köstliche Vorrecht nicht für sich wahren wollen, um in einer solchen ernsten Zeit dem König treu zu sein, ihm die Beweise zu geben, wie es ihnen mit der Vaterlandsliebe ums Herz sei?

Als er die Gesetzgebung vom 3. Februar zuerst gesehen, habe er sich gefragt: ist sie eine solche, die dem Volk allseitige Befriedigung geben wird? Er habe leider Nein sagen müssen. Darin aber habe er die allerhöchste Weisheit der Krone erblickt, daß man in Friedenszeiten ein Werk zu befestigen suchen wolle, welches ein neues in der ständischen Entwickelung sei, soweit die ständische Entwickelung ihr Land umfasse, das Werk der ständischen Thätigkeit zu corporiren und in den Zeiten des Friedens zu beginnen. In den Provinziallandtagen sei ihm oft gesagt worden, daß die Gesetzgebung von 1807—1814 eine der Noth abgedrungene sei; das habe ihn tief geschmerzt. Das Lösen jeden Zwanges, dieses Palladium, habe sie stark gemacht, als sie im Jahre 1813 aufgestanden seien. Wolle man durch die Gesetzgebung vom 3. Februar einen nationalen preußischen Volkssinn erwecken, so sei er frühzeitig dazu bereit, seine Hand dazu zu geben, weil das der Krone die größte Garantie geben müsse, möchten die Zeiten kommen wie sie wollten. Durch diese Gesetzgebung aber werde man diesen Zweck nicht erreichen, und dieses Nein hätten sie in der Adresse niederlegen und der Krone Gelegenheit geben müssen, die ständische Institution auf die Basis zu bringen, von der ein gedeihliches Zusammenwirken zu erwarten sei. Von Dem, was er ausgesprochen, finde er in dem Amendement nichts, und die Krone könne dadurch nur in Zweifel über die Gesinnung der ganzen Majorität kommen. Demnach halte er sich an den ersten Entwurf der Adresse, der positiv ausspreche, was sie wünschen, und es sei gewiß eine große Majorität dafür zu erwarten, wenn man nur den Ausdruck des Schmerzes darin weglassen wollte.

Zur Erwiderung auf die Aeußerung des Abg. Milde, daß der königl. Commissar behauptet habe, die Versammlung sei durch das Gesetz gebunden, einem kleinen Ausschuß aus ihrer Mitte (der Deputation für das Staatsschuldenwesen) alle Rechte, welche sie selbst besitze, also auch das Recht der Mitgarantie, zu übertragen, äußerte der Landtagscommissar, daß er dies nirgend behauptet habe. Der Deputation solle nichts übertragen werden als Das, was das Gesetz vorschreibe, das Recht der Zuziehung bei Contrahirung der Landesschulden, die in Zeiten der Noth gemacht werden, wo die Versammlung, der Sicherheit des Vaterlandes wegen, nicht berufen werden könne.

Der Abg. Milde verwies hierauf auf den §. 6, in welchem ganz wörtlich stehe, daß dieser ständischen Deputation auch alle diejenigen Rechte in Zeiten eines Kriegs übertragen werden sollen, die der ganzen Versammlung übertragen seien. In §. 6 sei die Mitgarantie angezogen; eine solche werde man von ihnen verlangen. Fänden das aber die Rathgeber der Krone nicht, so sei er für seinen Theil sehr erfreut.

Der Landtagscommissar erwiderte: im §. 6 sei nicht davon die Rede, daß die Versammlung ihr Recht auf die Staatsschuldendeputation übertragen solle, sondern der Gesetzgeber habe bestimmt, daß die unter dieser Form aufgenommenen Darlehen dieselbe Sicherheit haben sollen wie alle übrigen; von der Versammlung sei nicht verlangt, daß sie das Recht der Mitgarantie übertragen solle. Die lediglich unter Zuziehung der Staatsschuldendeputation aufgenommenen Darlehen genießen die volle Sicherheit, und es sei nur unrichtig, daß die Versammlung dieses Recht auf die Deputation übertragen solle, welches Recht ihr nicht die Versammlung, sondern der königl. Gesetzgeber gegeben habe.

Graf v. Renard (wirkl. Geheimrath auf Groß-Strehlitz) kann sich das Wohl des Vaterlandes eben so gut unter einer absoluten Herrschaft (die Erfahrung seines ganzen Lebens bürge für diese Wahrheit) wie unter der staatlichen Form einer Verfassung gesichert denken. Für gefährdet aber halte er das Wohl des Vaterlandes, wenn sich die staatliche Form nicht in voller Eintracht zwischen Volk und Fürst entwickele und gestalte. Er sei überhaupt gegen jede Adresse gestimmt; denn wenn keine Adresse votirt werde, bedürfe es auch keiner Verwahrung, ohne welche ohnedies der Rechtsboden der Versammlung nie entweichen könne; und er habe auch die Besorgniß gehegt, daß entweder gar keine Majorität, oder doch nur eine sehr geringe, sich mit dem Tenor irgend einer Adresse einverstanden erklären werde. Der Redner fügte hinzu, der königl. Erlaß sei gegeben, er sei eine historische Thatsache, und keiner menschlichen Macht sei es möglich, ihn aus den Annalen der Geschichte zu streichen. Nichts in der Welt könne stehen bleiben, denn das sei naturwidrig. Alles Bestehende strebe nach Rundung, nach Vollendung; aber durch Uebereilung könne nichts gefördert werden. Was der Natur gemäß sei, werde schon kommen, zu rechter Zeit und zu rechter Stunde. In Bezug auf ihre Wünsche sei die Versammlung gewiß um kein Haar breit von einander verschieden; wohl aber über die Mittel und Wege, wie sie zum Ziele gelangen sollten. Ueber diese Mittel und Wege könne man sich sehr leicht irren, und diese Betrachtung möge sie Alle veranlassen, daß Jeder von seiner Subjectivität so viel aufgebe, daß sie zu einer möglichst einstimmigen Adresse gelangten. Im Interesse der Allgemeinheit opfere er gern seine eignen Ansichten, und er fodere die Versammlung auf, seinem Beispiele zu folgen zum Heile des Vaterlandes.

Fürst zu Wied, der nach dem Grafen v. Renard die Rednerbühne einnahm, stimmte dem Amendement des Grafen v. Arnim bei. Mit ganzer Ueberzeugung trete er dem Danke für ein freies königliches Geschenk bei; doch dürften Bedenken und Zweifel diesen Eindruck des Vertrauens nicht stören. Nur Das wünsche er in der Adresse, den König zu bitten, in ernste Erwägung zu ziehen, ob eine periodische Wiederkehr der Versammlung nicht stattfinden könne.

Abg. Dittrich (Bürgermeister in Reinerz) erklärt sich für das Amendement, und das aus dem Grunde der Einheit, weil er hoffe, daß die Einheit durch das Amendement zu Stande kommen könne. Gegen eine Aeußerung des königl. Commissars habe er Einwendung zu machen. Der Punkt der Verordnung vom 3. Febr., daß eine Deputation von acht Mitgliedern einer Macht übertragen werden solle, die, wie ihm scheine, nur von der ganzen Versammlung ausgeübt werden dürfe, mache ihn zweifelhaft. Ferner bestimme die Verordnung, daß von der Deputation nur fünf Mitglieder versammelt sein dürfen. Der königl. Commissar habe nun zwar den §. 6 nicht so interpretirt, er müsse aber erklären, daß er ihn nicht anders interpretiren könne, als daß er zur Zeit des Kriegs dieselbe Macht habe als zur Zeit des Friedens. Unter Mitgarantie verstehe er Bürgschaft, Bürgschaft aber setze Prüfung des Darlehns voraus, und er könne nicht durchfühlen, warum nicht die Provinzen bei Kriegsfällen zusammenberufen werden können, die vom Kriege nicht betroffen seien.

Hierauf beginnt der Abg. Bonze (Kaufmann in Langenberg) einen Vortrag. Zu seiner großen Freude sei seine Besorgniß, es möchten Anträge bedeutender Art auf Abänderungen in dem vorliegenden Adreßentwurf sich kundgeben, gehoben. Es sei schmerzlich empfunden worden, daß die Thronrede der vielfach geäußerten Hoffnung auf Erweiterung der in dem Patente vom 3. Febr. enthaltenen Zugeständnisse keinen Raum gegeben, und wenn er selbst und mit ihm der größte Theil seiner Committenten sich genügen lasse, so seien doch Andere in dieser Beziehung anders gestellt und er ehre jede abweichende Meinung, so lange sie auf dem Grunde einer echt patriotischen Gesinnung ruhe. Was er aber tief beklagen müsse, das sei der schlechte Dienst, den ihnen die schlechte Presse geleistet, als sie das Volk der Unzufriedenheit mit dem Gegebenen verdächtigte, in Wahrheit aber bemüht gewesen sei, eine solche selbst anzuregen. Er habe kaum seinen Ohren getraut, als er die Aeußerung vernommen habe: „Die Erlassung des Patents vom 3. Febr. haben wir der bestehenden Aufregung im Volke zu verdanken.“ Wo sei denn Aufregung im Volke? Regung sei da, Aufregung

finde er nur unter den Männern des Sturmschrittes, unter den Meistern im Niederreißen —

Hier ward der Abg. Genze mit dem Bemerken unterbrochen, daß er, reglementswidrig, seine Worte ablese, und er schloß, als ihn der Landtagsmarschall aufforderte, die Absicht seines Vortrages in der Kürze mitzutheilen, mit der Erklärung, er habe die Absicht, auszusprechen, daß er mit dem Amendement zur Adresse ganz einverstanden sei und wünsche, daß eine große Majorität dafür sein möge.

Abg. Naumann (Oberbürgermeister in Posen) begann seinen Vortrag mit der Mahnung, wenn man dem Könige Dank sagen wolle, so möge dieser Dank nicht blos ein vom Herzen dictirter sein, sondern er müsse zugleich seine Bestätigung im Verständnisse Dessen finden, was sie erhalten hätten. Auch zu der Verwahrung stimme er, nur möge sie zeigen, daß sie reiflich überlegt haben, weshalb sie sich verwahrten, daß sie sich bewußt seien, sie verwahrten sich wegen ihrer Rechte. Wolle man danken, so müsse man prüfen, was man erhalten. Man müsse sagen: was haben wir, und was hatten wir? In dem Gesetze vom 22. Mai 1815 hatten wir das Versprechen einer Reichsversammlung mit der Zusicherung, durch diese reichsständische Versammlung berathen zu lassen die allgemeinen Gesetze mit Einschluß der Steuern. Das Gesetz vom 17. Jan. 1820 habe gesagt: der Staat hat Schulden; für diese Schulden garantirt das ganze Staatsvermögen; zur Sicherheit der Gläubiger soll kein Darlehn mehr aufgenommen werden, es sei denn das Bedürfniß vorhanden; darüber soll die reichsständische Versammlung befragt werden; sie soll mitgarantiren. Dann sei das Gesetz vom 5. Jun. 1823 gekommen, das, fortbauend auf die Verheißungen vom 22. Mai 1815, ihnen die Provinzialstände gegeben und eine allgemeine landständische Versammlung verheißen habe. Diese letzte Versammlung habe bis zum heutigen Tage nicht bestanden, und es frage sich, ob die Verordnung vom 3. Febr. gegeben habe, was versprochen gewesen. Diese Frage beantworte er mit Ja! Alle Kriterien, die man von einer solchen Versammlung verlangen könne, seien vorhanden. Die zweite Frage, auf die er kommen müsse, sei die: welche Einwendungen sind erhoben worden gegen die neuen Gesetze? Man habe eingewendet, die Verordnungen vom 3. Febr. seien gegeben worden, ohne die Provinziallandtage darüber zu hören. Er halte den Einwand für nichtig. Das organische Gesetz vom 5. Jun. 1823 behalte dem König die Entschließung vor, wann und wie die reichsständische Versammlung oder, wie sie dort genannt sei, die allgemeinen Landstände aus den Provinziallandtagen hervorgehen sollen, und es sei vorher bestimmt, was Alles zur Cognition der Landtage kommen solle. Ein anderer Einwand sei, daß die Verordnungen vom 3. Febr. nicht berathen seien in dem Staatsrath. Dieser Einwand falle in sich zusammen. Der Staatsrath sei eine königliche Behörde. Der König könne von seiner Behörde verlangen die Begutachtung, aber er könne dies auch unterlassen. Wer ein Bedenken dabei finden sollte, dem rufe er zurück, daß das Gesetz vom 5. Jun. 1823 dem Staatsrath auch nicht vorgelegt worden sei, eben so wenig das Gesetz vom 17. Jan. 1820. Man habe drittens gesagt: Die Verordnung gebe den Ständen so ausgedehnte Rechte, und doch habe man keine Wahlen veranlaßt, man habe den Landtag aus den Provinzialständen zusammenberufen und nicht bedacht, daß diese so untergeordneter Natur seien, daß das Interesse geschwunden wäre, daß man auf die Wahlen kein Gewicht mehr lege, daß Männer, die vielleicht Beruf in sich fühlen, die Landtagsabgeordnete sein sollten, sich zurückgezogen haben. Gegen diesen Einwand erwidere er: der König habe im Gesetz vom 5. Jun. 1823 das Wann und Wie sich vorbehalten. Auf das „Wann" mußte jeder Wähler vorbereitet sein, mußte glauben, der König würde das Versprechen erfüllen, was früher ertheilt worden sei. Den Grund lasse er nicht gelten. Ueber die Zweckmäßigkeit wolle er kein Wort verlieren, aus dem Grunde, weil es unzulässig war, neue Wahlen zu veranstalten. Die Gesetze vom Jahre 1823 sagen gleichlautend für alle Provinzen: Die Landtagsabgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt. Nirgend sei vorbehalten, einen Landtag aufzulösen, nirgend das Recht, das Jeder erworben hat, zu schmälern durch eine Auflösung des Landtags. Er hätte es für eine Verletzung des Rechts der einzelnen Deputirten gehalten. Man habe endlich auch noch gesagt, Reichsstände müßten das Steuerbewilligungsrecht haben. Die Nothwendigkeit dieser Prärogative könne er nicht anerkennen; doch das Recht sei gegeben, und er schweige. Man habe gemeint, es sei den ständischen Rechten zu nahe getreten worden durch eine Bestimmung in den Verordnungen über das Steuerbewilligungsrecht. Es sei da gesagt, die Verfügung in Beziehung auf Steuern und über die Einkünfte und Verwendung der Domainen bleibe der Krone frei vorbehalten. Man habe daraus gefolgert, man wolle die Domainen dem Staatseigenthum entziehen. Es sei schon bemerkt worden, diese Absicht liege nicht vor. Eine Verletzung der ständischen Rechte finde er darum nicht in diesen Bestimmnngen, weil den Provinziallandtagen keine Rechte gegeben worden seien, über die Verwendung der Domainen Rath zu ertheilen oder gar Dispositionen zu treffen. Das Gesetz habe es nicht gegeben, nicht genommen. Er finde daher keine Verletzung darin.

Endlich habe man gesagt, der Vereinigte Landtag sei nicht legitimirt. In einer Beziehung möchte er sagen: Ja. Er sei nach einer Richtung hin nicht legitimirt. Wenn er nicht legitimirt sei, so könnte es ein Anderer sein. Die Verordnung müßte ihm Rechte geben, die schon ein Anderer habe. Es frage sich, ob solche Bestimmungen da seien. Das Gesetz vom 17. Jan. 1820 stelle allerdings noch einen andern Berechtigten hin, der sagen könne: „Aendere mir das Gesetz nicht." Das seien die Gläubiger des Staats; darum halte er dieses Gesetz für ein Noli me tangere. Er komme zur Frage: Sind durch die Prärogativen, die dieser Versammlung eingeräumt sind, die Rechte, welche früher die Stände hatten, irgendwie gekränkt worden? Was hätten sie für Rechte gehabt? Die Provinziallandtage hatten das Recht, die Provinzialgesetze zu berathen. Das Recht sei ihnen unverkürzt geblieben. Sie hatten die Berathung der allgemeinen Gesetze, insofern sie sich auf das Eigenthums- und Personenrecht, mit Einschluß der Besteuerung, beziehen, so lange keine reichsständische Versammlung berufen werden wird. Sie sei zusammengerufen. Mit diesem Augenblicke höre diese Prärogative auf.

Das Gesetz vom 5. Jun. 1823 habe ihnen ferner das Recht der Bitte und Beschwerde, hervorgegangen aus dem provinziellen Bedürfniß und der Bedrückung einzelner Individuen, übertragen. Auch das Recht sei nicht genommen. Endlich hätten die Provinziallandtage noch das Recht gehabt, ihre Communalangelegenheiten zu verwalten. Das sei unangetastet geblieben. Das Gesetz vom 17. Jan. 1820 sei das, was positive Rechte eingeräumt hätte. Das Gesetz sei, seinem Erachten nach, nicht vollständig erfüllt; er wolle sich darüber weiter erklären. Das Gesetz vom 17. Jan. 1820 sage: wenn das Bedürfniß der Aufnahme einer neuen Schuld eintritt, so soll dies nicht anders geschehen, als unter Zuziehung und Mitgarantie der Reichsstände. Das sei in dem Art. 2 gesagt worden. In dem Art. 3. heiße es: Für diese Schulden soll das Gesammtvermögen der Staats haften, und da nimmt das Gesetz Bezug auf den ersten Artikel, der die gesammte Staatsschuld auf 180 Mill. feststellt. Was die Verordnung vom 3. Febr. d. J. betreffe, so sei darin gesagt, die Schulden sollen nicht anders aufgenommen werden, als unter Zustimmung der Stände (deutlicher ausgedrückt: als „unter Zuziehung"); aber es mache einen Zwischensatz und sage: es sollen künftig Schulden, „für welche das Gesammtvermögen des Staats haften soll", nicht anders als unter Zuziehung und Mitgarantie des Vereinigten Landtags aufgenommen werden. Er gestehe, da bleibe die Verordnung vom 3. Febr. zurück hinter dem Gesetze vom 17. Jan. 1820. Was sei aber die Folge dieses Zurückbleibens? Sie hätten gestern aus dem Munde des königl. Commissars gehört, es sei nicht die Absicht gewesen, den Ständen irgendwie ihre Gerechtsame zu kränken; es habe aber nöthig geschienen, Bestimmungen zu treffen in Betreff des Staatsschuldenwesens, welche es der Verwaltung möglich machen, Schulden für das gewöhnliche Bedürfniß, die sich durch currente Einnahmen wieder ersetzen, zu contrahiren, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen, ohne in die Nothwendigkeit zu kommen, die reichsständische Versammlung zu berufen. Er müsse bekennen, daß, wollte man das Gesetz ändern, man die Stände hätte fragen müssen. Habe man sie nicht gefragt, so seien ihre Rechte ungekränkt geblieben, d. h. er halte dafür, daß, wenn heute der Staat in die Nothwendigkeit kommen sollte, eine Schuld zu contrahiren, für welche das gesammte Vermögen des Staats nicht haften solle, er doch der Verpflichtung nicht bar sei, die Stände zu hören. Sei diese hohe Versammlung nicht die Ständeversammlung, die für solche Darlehen die Mitgarantie geben soll, ja, so existire sie noch nicht, dann habe sie die Prärogative nicht. Aber es bestehe auch keine zweite, die diese Prärogative hätte, und der Staat würde sich in der Unmöglichkeit befinden, ein solches Darlehen aufzunehmen. Er wolle nicht sagen, daß die Staatsregierung durch jene Gesetzesvorschriften nicht in manche Verlegenheit kommen könnte. Solle sie gehoben werden, dann müsse die Versammlung ihre Zustimmung zur Aenderung von Vorrechten geben, die das Gesetz vom 17. Jan. 1820 ihr zugelegt habe. Dies sei seine Meinung in Beziehung auf das Contrahiren von Schulden in Friedenszeit. In Beziehung auf Kriegszeiten könnten die Bestimmungen vom 3. Febr. 1847 die Bestimmungen vom 17. Jan. 1820 auch nicht ändern. Das letztangezogene Gesetz mache keinen Unterschied zwischen Schulden in Kriegs- und Friedenszeiten; zu beiden sei die reichsständische Zustimmung und Mitgarantie eine Bedingung. Auch hier werde in Kriegszeiten die ständische Deputation für das Schuldenwesen nicht eintreten können für die reichsständische Versammlung. Man sehe die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen als eine Deputation des Vereinigten Landtags an. Er könne sie als eine solche nicht anerkennen, und es sei von Seiten des königl. Commissars schon erinnert worden, daß es eine selbständige Deputation sei, eine selbständige Institution, eine reichsständische Institution, mit besondern Prärogativen. Diese Prärogative könnten weiter gehen, als diese Gesetzgebung sie gebe; er glaube aber, sie seien schon zu weit ausgedehnt für eine Deputation von acht Mitgliedern. Das Zustimmungsrecht sei nach der Interpretation, wie sie sie gehört hätten, dieser Deputation nicht gegeben worden, sondern nur die Prärogative: sie könne verlangen, zugezogen zu werden.

Er glaube gezeigt zu haben, daß durch die Institutionen des Vereinigten Landtags, des ständischen Ausschusses und der Deputation für das Staatsschuldenwesen die Rechte nicht gekränkt worden seien. Ob Wünsche gekränkt worden, das sei eine Frage, die hier nicht her gehöre. Doch er habe noch Eins, die Steuerbewilligung, vergessen. Die Steuerbewilligung habe den Ständen nicht zugestanden; es sei in ihr dem Vereinigten Landtag etwas Neues gegeben worden, etwas Neues, was ihnen zur Aussprechung des Dankes Veranlassung gebe. Auch hier könnte eine Beeinträchtigung gefunden werden, denn die allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen in Personen und Eigenthumsrechten und den Steuern zum Gegenstande haben, sollen von den Provinziallandtagen berathen werden. Die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. sprächen von dieser Berathung nicht mehr, sie sagten aber: in Kriegszeiten habe die Krone das Recht, ohne Beirath außerordentliche Steuern zu erheben. Auch hier, glaube er, müsse den Ständen das Recht aus der frühern Gesetzgebung vorbehalten bleiben.

Schließlich gab der Abgeordnete sein Votum für Annahme der Adresse mit dem Danke, wie ihn der Entwurf der Commission, mit dem Vorbehalte, wie ihn das Amendement ausgesprochen habe.

Der Landtagscommissar erwiderte auf diesen Vortrag, es sei hier zum ersten Male die Rede gewesen von den Staatsgläubigern, und bemerkt worden, daß in dieser Beziehung das Gesetz ein Noli me tangere sein müsse. Er sei hiermit, soweit es sich um die Staatsgläubiger handle, welche bis zu diesem Augenblicke vorhanden seien, völlig einverstanden, sei aber auch der Meinung, daß durch das Gesetz vom 3. Febr. d. J. ihre Rechte nicht um ein Haar breit beschränkt seien. Wenn es sich aber um künftige Staatsgläubiger handele, so haben diese keine Rechte aus dem Gesetze vom 17. Jan. 1820 zu schöpfen, sondern lediglich aus dem Gesetze vom 3. Febr. d. J.; wogegen der Abg. Naumann noch bemerkte, was er gesagt, habe sich auch nur auf die Gläubiger, welche bei den 180 Mill. betheiligt, bezogen, auf künftige Schulden nicht. (A. Pr. Z.)

(Schluß folgt.)

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

○ **Chemnitz**, 23. April. In Nr. 99 dieser Zeitung behauptet, wir wir erst kürzlich erfahren, der Verfasser einer von hier ausgegangenen Denkschrift über den Tarif des Zollvereins, 1) daß dieselbe von dem gesammten sächsischen Gewerbstand ausgegangen sei, während sie doch nur von dem Hrn. Verfasser und einigen (113) ihm gleichgesinnten Kaufleuten und Fabrikanten ausgegangen, welche bei den darin empfohlenen Maßregeln mittelbar oder unmittelbar betheiligt sind, namentlich meist für die Ausfuhr arbeiten lassen. Die Unterzeichner der Gegenpetition, welche größtentheils dem eigentlich arbeitenden Theile der betreffenden Gewerbzweige angehören, werden sonach ihrer großen Anzahl ungeachtet, weil sie zufällig anderer Meinung sind als der Hr. Verfasser, von diesem nicht zu dem gesammten sächsischen Gewerbstande gerechnet. 2) Ferner soll diese Gegenpetition mit ängstlicher Heimlichkeit vor allen etwanigen Gegnern verborgen worden sein. Es kann aber dem Hrn. Verfasser versichert werden, daß die Unterzeichner der Gegenpetition nicht besonders ängstlicher Natur sind, zumal sie sich des Schutzes der Gesetze ebenso zu erfreuen haben wie die Gegner, die Patrimonialjustiz der Fabrikaristokratie aber in Sachsen zur Zeit noch nicht eingeführt ist. Die Unterzeichner der Gegenpetition lieben die Heimlichkeit eben so wenig als der Hr. Verfasser, darum ist die Petition von den gesetzlichen Vertretern der hiesigen Weber- und Strumpfwirkerinnung, denen man gerade bei der vorliegenden Frage, wo es sich nur um eine künstliche Vertheuerung ihres Arbeitsmaterials handelt, ein Urtheil zutrauen darf, in mehren zahlreich besuchten Conferenzen berathen worden, in denen sogar einige Gegner, welche sich bereits für die Denkschrift erklärt hatten, Widerspruch erhoben. Bei einer Sache, von welcher mehre Tausende unterrichtet sind, kann übrigens wol von Heimlichkeit nicht die Rede sein, wenn auch nicht gerade die Lärmposaune laut geworden ist. Die Foderung, daß die Gegenpetition vor ihrer Einreichung an die Behörden hätte veröffentlicht oder wol gar erst den Gegnern vorgelegt werden sollen, ist zu origineller Art, als daß hierüber etwas zu sagen wäre. Die Denkschrift ist von dem Hrn. Verfasser vor ihrer Ueberreichung an die betreffenden Instanzen doch wol auch nicht veröffentlicht worden, auch hat der Hr. Verfasser bei Entwerfung derselben seine Gegner nicht zu Rathe gezogen. 3) Endlich fodert der Hr. Verfasser die Stimmführer seiner Gegner zu Veröffentlichung der Gegenpetition auf, bezeichnet dieselbe aber zum voraus und ohne sie gelesen und geprüft zu haben, so lange als eine Trugphrase, bis sie veröffentlicht sein werde. Die Art dieser Herausfoderung läßt aber deutlich erkennen, daß die Leidenschaftlichkeit dem beabsichtigten Wettkampfe nicht fremd bleiben und der Sache selbst eher schaden als nützen werde. Die Unterzeichner der fraglichen Gegenpetition scheuen ehrlichen Kampf mit gleichen Waffen nicht, wünschen aber ihren Mitbürgern das unerfreuliche Bild sich widerstreitender Interessen zu ersparen und begnügen sich deshalb vor der Hand damit, der entscheidenden hohen Behörde den Gegenstand des Streits auch einmal von ihrem Standpunkt aus gezeichnet zu haben, werden sich auch nur durch ihre eigne Ueberzeugung bestimmen lassen, ob und wann sie ihre Gegenpetition der öffentlichen Beurtheilung überlassen wollen oder nicht, in ein öffentliches Gezänk aber sich niemals einlassen. **Die Stimmführer der Unterzeichner der Gegenpetition.**

Ankündigungen.

Oberschlesische Eisenbahn.

Das Königl. Ministerium der Finanzen hat in Betracht der Betriebsergebnisse der Oberschlesischen Eisenbahn für das Jahr 1846, welche beinahe 5⅓ Procent des Stammactien-Capitals gewähren, den Beschluß des Verwaltungsrathes, mit dem Betriebsjahre 1847 die Vertheilung der Dividenden beginnen zu lassen, genehmigt. In Folge dessen treten vom 1. Januar d. J. ab an die Stelle von vier Procent Zinsen:

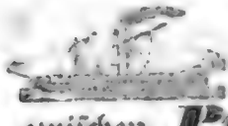
1) **der garantirte Zinsbetrag** von Drei und Einem halben Procent,
2) **die Dividende,** so weit sie 3½ Procent übersteigt.

Die 3½-procentigen Zinsen werden am 1. Juli d. J. und 2. Januar k. J., die Dividende pro 1847 aber im April k. J. den Bestimmungen des Statuts gemäß berichtigt werden.

Breslau, den 16. April 1847.

[1558—59] **Das Directorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

Bekanntmachung.



Post-Dampfschifffahrt zwischen Preussen und Schweden.

Die Seepost-Verbindung zwischen **Preußen** und **Schweden** mittels Dampfschiffe wird in diesem Jahre in folgender Weise stattfinden.

I. Zwischen Stralsund und Ystadt:

wöchentlich **zwei Mal** mittels der Dampfschiffe **„Königin Elisabeth"** und **„Svenska Lejonet"**.

Abgang aus Stralsund:
Sonntag, Donnerstag } Mittags

Ankunft in Ystadt:
Montag, Freitag } früh;

nach Ankunft der Schnellpost von Passow (Berlin).

Abgang aus Ystadt:
Montag, Freitag } Abends,

Ankunft in Stralsund:
Dienstag, Sonnabend } Vormittags,

zum Anschluß an die Schnellpost nach Passow (Berlin).

II. Zwischen Stettin und Ystadt:

wöchentlich **ein Mal** mittels der Dampfschiffe „Königin Elisabeth" und „Sverige".

Abgang aus Stettin:
Donnerstag Mittags
nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin,

Ankunft in Ystadt:
Freitag Morgens
zum Anschluß an das Lübecker Dampfschiff nach Stockholm.

Abgang aus Ystadt:
Sonnabend Vormittags
nach Ankunft des Dampfschiffes aus Stockholm.

Ankunft in Stettin:
Sonntag Morgens
zum Anschluß an den Eisenbahnzug nach Berlin.

Die Fahrten zwischen **Stralsund** und **Ystadt** werden dergestalt beginnen, daß die erste Abfertigung **von** Stralsund **Donnerstag den 29. April** und **von** Ystadt **Freitag den 30. April** erfolgt.

Von Ystadt nach Stettin wird das erste Dampfschiff **Sonnabend** den 1. Mai und **von Stettin nach Ystadt Donnerstag** den 6. Mai abgefertigt.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stralsund und Ystadt** für den 1. Platz 6 Thlr., für den 2. Platz 3 Thlr., und für den 3. Platz 1½ Thlr. Preuß. Courant; **zwischen Stettin und Ystadt** für den 1. Platz 10 Thlr., für den 2. Platz 6 Thlr. und für den 3. Platz 3 Thlr. Preuß. Courant; zwischen **Swinemünde und Ystadt** für den 1. Platz 8 Thlr., für den 2. Platz 4½ Thlr. und für den 3. Platz 2½ Thlr. Preuß. Courant. Kinder und Familien genießen eine Moderation.

Der Schluß der diesjährigen Post-Dampfschifffahrten zwischen Preußen und Schweden findet in der Weise statt, daß das Dampfschiff „Königin Elisabeth" **am Montag den 25. October** zum letzten Male **von Ystadt nach Stralsund**, das Dampfschiff „Sverige" aber schon am **Donnerstag den 30. September** zum letzten Male von **Stettin nach Ystadt** abgeht.

Berlin, den 22. April 1847.

[1673—75] **General-Post-Amt.**

Für Kaufleute, Fabrikanten, Provisions-Reisende und Agenten.

Ein Fabrikant am Rhein, dessen Muster nicht voluminös und dessen Geschäfte wenig zeitraubend sind, wünscht den Verkauf seines Fabrikats, welches überall gangbar ist, gegen Vergütung einer bedeutenden Provision, Kaufleuten, Reisenden und Agenten zu übertragen, die regelmäßig folgende Länder oder einen Theil davon besuchen: Rußland, Schweden, England, Italien, Schweiz, Hannover, Spanien, Portugal, Polen und den österreichischen Kaiserstaat.

In genannten Staaten, mit Ausnahme der drei letzten, hat derselbe seine festen Abnehmer, da sie durch seine eignen Reisenden besucht werden.

Reflectirende wollen sich unter Angabe ihrer Reiseroute und Mittheilung der nöthigen Renseignements mittels frankirter Briefe unter **A. B. Nr. 15** an die Expedition der Deutschen Allgem. Zeitung wenden und dabei angeben, wo eine Antwort auch später sie treffen wird, indem vielleicht in Leipzig selbst solche nicht erfolgen kann. [1150—52]

Rothgerberei-Verkauf.

Endesunterzeichneter beabsichtigt, seine in der Residenzstadt **Dessau** in der Leipziger-Straße daselbst unter Nr. 42 belegene **Lohgerberei** zu verkaufen. Dieselbe besteht in einem sehr räumlichen Wohnhause, einem sehr großen Hintergebäude mit vier über einander liegenden Böden zur Borke und Trocknen der Leder, Lohkuchengerüste, acht Gruben, zwölf Farben, zwei Kälge, nebst andern Hintergebäuden und einem Garten. Reelle Käufer wollen sich in frankirten Briefen an mich wenden.

[1442—44] ***C. Herrklotz.***

Für **Berlin** und die Provinzen **Pommern, Preußen, Posen** und **Schlesien** empfiehlt sich zu **Incassos, Commissionen** und **Speditionen** ergebenst **C. H. Schaeffer** in Berlin.

[1541—44]

Compagnon-Gesuch.

Für eine **Tuchfabrik**, welche, durch Wasserkraft getrieben und mit Allem, was zu einem großartigen und zweckmäßigen Betrieb gehört, vollkommen und vollständig ausgerüstet, seit langer Zeit bestehend, sich einer großen Renommée erfreut, und deren nachzuweisender Reingewinn auch verhältnißmäßig großen Anforderungen hinlängliche Befriedigung gewährt, wird, um sich noch mehr als bisher ins Modefach zu werfen, ein Associé mit einer Einlage von 12—16,000 Thlr. gesucht. Dabei wäre wünschenswerth, daß derselbe die kaufmännische Leitung des Geschäfts übernähme. Genaigte Anfragen bittet man an **C. F. L. Köhler** in **Zwickau** zu richten, wo nähere Mittheilungen erfolgen werden. [1668—69]

Bericht

über die

Verlagsunternehmungen für 1847

von

F. A. Brockhaus in Leipzig.

Die mit * bezeichneten Artikel werden bestimmt im Laufe des Jahres fertig; von den übrigen ist das Erscheinen ungewisser.

(Der Anfang und die Fortsetzung befinden sich in Nr. 111, 112 und 114.)

81. **Schmid (R.), Die Gesetze der Angelsachsen.** In der Ursprache mit Uebersetzung, Erläuterungen und einem antiquarischen Glossar. Zweite verbesserte Auflage. Gr. 8.

Von der ersten Auflage dieses Werkes, den Text nebst Uebersetzung enthaltend (1832), sind noch Exemplare zu dem Preise von 2 Thlr. 8 Ngr. zu erhalten.

*82. **Schmidt (A. C. J.), Handbuch des in Deutschland in der Gegenwart wirklich geltenden gemeinen bürgerlichen Rechts.** Acht Bände. Gr. 8. Geh.

*83. **Schubert (F.), Handbuch der Forstchemie.** Zwei Bände. Mit Abbildungen. Gr. 8. Geh.

*84. **Schuselka (F.), Geschichtsbilder aus Schleswig-Holstein.** Ein deutsches Lesebuch. Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 10 Ngr.

Ebendaselbst ist erschienen:
Briefe Joseph's des Zweiten. Dritte Auflage, zeitgemäß eingeleitet und erklärt von Fr. Schuselka. 8. 1846. 1 Thlr. 15 Ngr.

*85. **Staël (A. G. von), Delphine.** Aus dem Französischen übersetzt von **F. Gleich.** Mit einer Einleitung. Zweite Auflage. Drei Theile. Gr. 12. Geh.

*86. **Sternberg (A. von), Berühmte deutsche Frauen des 18. Jahrhunderts.** Zwei Theile. Gr. 12. Geh.

Von dem Verfasser erschien bereits daselbst:
Fortunet. Ein Feenmärchen. Zwei Theile. 8. 1838. 3 Thlr. 22 Ngr.
Der Missionair. Ein Roman. Zwei Theile. Gr. 12. 1842. 3 Thlr.

*87. **Die symbolischen Bücher der reformirten Kirche,** übersetzt und mit einer Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von **E. Gf. Adf. Böckel.** Gr. 8.

Diese Sammlung wird im Aeußern ganz mit der in demselben Verlage erschienenen „Concordia. Die symbolischen Bücher der evangelisch-lutherischen Kirche, mit Einleitungen herausgegeben von F. A. Koethe" (1830. 1 Thlr. 15 Ngr.) übereinstimmen.

*88. **Talvj, Geschichte der Colonisation von Neu-England.** Von der ersten Niederlassung daselbst im Jahre 1607 bis zur Einführung der Provinzialverfassung von Massachusetts im Jahre 1692. Nach den Quellen bearbeitet. Gr. 8. Geh.

Von der Verfasserin (Therese Amalie Luise Robinson, geb. von Jakob) erschien bereits in demselben Verlage:
Versuch einer geschichtlichen Charakteristik der Volkslieder germanischer Nationen mit einer Uebersicht der Lieder außereuropäischer Völkerschaften. Gr. 8. 1840. 3 Thlr. 15 Ngr.
Die Unächtheit der Lieder Ossian's und des Macpherson'schen Ossian's insbesondere. Gr. 8. 20 Ngr.

*89. **Vollständiges englisch-deutsches und deutsch-englisches Taschenwörterbuch.** Nach den besten Quellen und anerkanntesten Autoritäten bearbeitet von **L. Albert.** — A. u. d. T.: Complete English-German and German-English Dictionary. Compiled on the best and most celebrated authorities. 16. Geh.

Dieses Taschenwörterbuch der englischen Sprache schließt sich im Aeußern an das von **J. H. Kaltschmidt** bearbeitete französisch-deutsche und deutsch-französische Taschenwörterbuch an, das 1843 in zweiter Auflage zu dem Preise von 24 Ngr. in demselben Verlage erschien.

*90. **Tasso's (Torquato) Befreites Jerusalem.** Uebersetzt von **A. F. K. Streckfuß.** Vierte verbesserte Auflage. Zwei Theile. Gr. 12. Geh.

Von der ersten Auflage dieses Werks mit gegenüberstehendem italienischen Originaltext (2 Bände, 1822) sind fortwährend Exemplare zu dem herabgesetzten Preise von 22 Ngr. zu erhalten.

In demselben Verlage ist ferner erschienen:
Tasso's (Torquato) Auserlesene lyrische Gedichte. Aus dem Italienischen übersetzt von K. Förster. Mit einer Einleitung: „Ueber Torquato Tasso als lyrischen Dichter." Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Zwei Theile. Gr. 12. 1844. 1 Thlr. 15 Ngr.

91. **Taufkirchen-Guglburg (Gräfin), Die Schwestern von Savoyen.** Gr. 12. Geh.

Von der Verfasserin erschien bereits daselbst:
Die Schwärmerin. Erzählung. Gr. 12. 1845. 1 Thlr. 12 Ngr.

*92. **Taylor (H.), Philipp von Artevelde.** Ein dramatisches Gedicht. Aus dem Englischen von **A. Heimann.** 8. Geh.

*93. **Ungarische Zustände.** Gr. 8. Geh.

*94. **Die preußische Verfassung vom 3. Februar 1847.** Nebst einem Anhange. Gr. 8. Geh. 4 Ngr.

Der Anhang enthält die in den Patente und den Verordnungen vom 3. Febr. 1847 allgemein Gesetze, den Artikel der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" vom 5. Febr. und das Patent vom 8. Febr. wegen Einberufung des vereinigten Landtags.

95. **Vetus Testamentum graece juxta LXX interpretes.** Textum ad editionem Vaticano-Romanam accuratissime edidit, argumenta et locos Ni Ti parallelos notavit, lectiones variantes omnes codicum vetustissimorum Alexandrini, Ephraemi Syri, Friderico-Augustani subjunxit, commentationem isagogicam praemisit **Const. Tischendorf.** Gr. 8. Geh.

Indem diese Ausgabe sich streng an den ältesten vaticanisch-römischen Text anschließt und doch zugleich sämmtliche Lesarten der drei (nebst dem Codex Vaticanus) ältesten und wichtigsten Urkunden für den alttestamentlichen griechischen Text in einem fortlaufenden Apparate darbietet, soll sie ebenso den praktischen wie den streng wissenschaftlichen Forderungen entsprechen und einem fühlbaren Bedürfnisse abhelfen.

Das Nähere wird später in einer besondern Anzeige bekannt gemacht werden.

96. **Veinticinco Comedias de Lope Felix de Vega Carpio,** con su vida y notas criticas, escogidas y ordenadas por D. Eligo Baron de **Münch-Bellinghausen** y D. **Fernando José Wolf.** Gr. 12. Geh.

*97. **Von einem deutschen Soldaten.** Gr. 12. Geh.

*98. **Voigts (F.), Novellen.** Erster bis dritter Theil. Gr. 12. Geh.

*99. **Wahrheit und Dichtung in russischen Novellen.** Uebersetzt von **W. Wolfsohn.** Mit biographisch-literarischen Einleitungen. Erster Theil und folgende. Gr. 12. Geh.

*100. **Werder (Bertha von), Altes Lieben, neues Hoffen.** Roman. Gr. 12. Geh.

*101. **Westermann (C. A.), Die antiken und die christlichen Basiliken,** nach ihrer Entstehung, Ausbildung und Beziehung zueinander dargestellt. Mit 7 lithographirten Tafeln. Gr. 4. Geh.

In diesem Werke liefert der Verfasser eine ausführliche und durchgeführte Bearbeitung seiner von der Académie royale des sciences, des lettres et des beaux-arts de Belgique gekrönten Preisschrift: „De Basilicis libri tres", von welcher Exemplare ebenfalls durch den Verleger der deutschen Ausgabe zu beziehen sind.

☞ Durch alle Buchhandlungen ist der **Verlags-Katalog** von **F. A. Brockhaus** in Leipzig, durch einen vierten Nachtrag bis zum Schlusse des Jahres 1846 fortgeführt, gratis zu erhalten.

Jeden Donnerstag wird ausgegeben:

Banckwitz's
Illustrirtes Wochenblatt für 1847.

(Fortsetzung von dessen „Illustrirten Monatsblättern".)

Jährlich 52 Nummern in Folio, schön ausgestattet, mit mehr als 600 ausgezeichneten Illustrationen.

Vierteljährlich ein vorzüglich gearbeitetes Extrablatt gratis.

Preis:
Jährlich: 3 Thlr.
= 4 Fl. 30 Kr. Conv.
= 5 Fl. 24 Kr. Rh.
Halbj.: 1½ Thlr.
= 2 Fl. 15 Kr. Conv.
= 2 Fl. 42 Kr. Rh.
Viertelj.: ¾ Thlr.
= 1 Fl. 8 Kr. Conv.
= 1 Fl. 21 Kr. Rh.
Einzelne Nummern à 2½ Ngr.

Neue Bestellungen auf das **2. Quartal, April—Juni,** werden in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes, Zeitungsexpeditionen und Postämtern angenommen, durch welche auch jederzeit **Probenummern gratis** zu erhalten sind.

Es verdient diese Wochenschrift sowol ihres außerordentlich billigen Preises als des mannichfaltigen Inhaltes und der großen Anzahl ausgezeichneter Illustrationen (in jeder Nr. deren 10—15) bei höchst eleganter Ausstattung, allgemein empfohlen und verbreitet zu werden.

Ankündigungen aller Art finden auf dem Umschlage jeder Nummer, die 3spaltige Petitzeile oder Raum à 2 Ngr., Aufnahme.

[1555] **Renger'sche Buchhandlung in Leipzig.**

Zu **Confignationen, Spedition, Incasso, Agentur- und Commissions-Geschäften** halte ich meine Adresse bestens empfohlen.

[1592—97] **Joh. Ernst Weigel,**
Leipzig, Grimmasche Straße Nr. 33.

Gute Platina-Bündschwämme empfehlen **Gebrüder Holzschuher** aus **Schleiz,** Leipzig, Markt, 1ste innere Reihe.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr Steuereinnehmer Brelow in Templin mit Frl. Bertha Köhrsen. — Hr. Dr. Filenius in Greifswald mit Frl Ottony v. Rodbertus. — Hr. Justizcommissar Wilhelm Sturm in Driesen mit Frl. Friederike Weygoldt.

Getraut: Hr. Pastor Robert Matthäi in Hermsdorf mit Frl. Adelheid Runge aus Bromberg. — Hr. August Mauritz in Uerdingen mit Frl. Elisabeth Mauritz aus Rymegen.

Geboren: Hrn. Major v. Bercke in Frankfurt a. d. O. ein Sohn. — Hrn. Karl Erdmann in Jülich ein Sohn. — Hrn. G. Kempe in Dramburg ein Sohn. — Hrn. Studienlehrer Karl Knoll in Kirchheimbolanden ein Sohn. — Hrn. Karl Röthing in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Ferdinand Schultze in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Assessor Schultze in Conitz ein Sohn. — Hrn. Artillerielieutenant Albert Zehler in Würzburg eine Tochter.

Gestorben: Frau Regierungssecretair Karoline Adam in Frankfurt a. d. O. — Frau Stadtrath Dietrich in Berlin. — Frau Rittergutsbesitzer Hedwig Friebag in Breslau. — Frau Stadtälteste S. E. Hönsch in Breslau. — Frau B. Keil in Schweidnitz. — Hr. Kaufmann Johann Fr. Lange in Leipzig. — Hr. Oberstlieutenant Freihere v. Massenbach in Stuttgart. — Frau Secretair Sußdorf in Ulm.

Dienstag — Nr. 117. — 27. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. = München. Die Getreidetheuerung. — Prinz Luitpold. + Aus Sachsen. Die Ernteaussichten. — Raubmord bei Ellwangen. Darmstadt. Landtag. — Preßpolizei in Schleswig-Holstein. * Frankfurt a. M. Die communistischen Vereine. Die Brotpreise.

Preußen. Berlin. Vereinigter Landtag. * Berlin. Graf Arnim. Die Bureaukratie. * Halle. Die Unruhen. * Eilenburg. Excesse. Stettin. Unruhen. * Aus der Provinz Sachsen. Die Statuten des Pastoralvereins. — Excommunication des Fürsten v. Hatzfeld.

Portugal. * Lissabon. Gnadenact. Interventien. Ausfuhrverbot.

Spanien. Ausweisung aus Madrid.

Großbritannien. Parlament. Die Erziehungspläne. Die irische Noth. Die Villa im Richmond Park. Tod des Oberlieutenants Walter Scott. Viscount of Arbuthnot. Nachrichten aus Jamaica und vom Cap, Baarsendung nach Nordamerika.

Frankreich. Parlament. Das Briefporto Instructionen für den Gesandten in Lissabon. Geschenk des Königs an Lord Holland. = Paris. Das Capitel von St.-Denis. Der Vorschlag Hrn. de Rémusat's.

Belgien. Mißhandlung von Auswanderern in Antwerpen.

Schweiz. Die politischen Gefangenen in Freiburg.

Italien. * Rom. Geheimes Consistorium. Hr. Cobden. General Silvana. Rom. Don Enrique. Verd. Cardinal Ferretti. Der Getreidehandel.

Griechenland. Der Finanzminister. Fest.

Türkei. Die griechisch-türkische Differenz.

Haiti. Der neue Präsident. Die Kammer.

Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Orgelconcert. — Die Universität Krakau.

Handel und Industrie. Die Ablösungen und Gemeinheitstheilungen in Sachsen. * Frankfurt a. M. Die spanische dreiprocentige Schuld. * Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. * Gotha. Versicherungen. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 22. April. Zu den vielen Gerüchten, welche dazu dienen, die ohnehin vorherrschende Sorge vor einer noch bevorstehenden schweren Prüfungszeit in Folge der allzu hohen Getreidepreise zu vermehren, gehört auch das von einem bereits erlassenen Verbot der Getreideausfuhr aus der österreichischen Monarchie. Bis jetzt ist zwar über ein solches irgend eine offizielle Nachricht nicht bekannt geworden; aber nach Privatbriefen, deren Inhalt Bekräftigung durch die Zeitungsberichte über Straßenexcesse in Prag und in andern Städten in Folge der Brottheuerung erhält, scheint allerdings daran kaum gezweifelt werden zu können. Aber auch wenn Dem so sein sollte, was immerhin wegen der dadurch gegebenen neuen Veranlassung zur Ausdehnung der wucherischen Getreidespeculation bedauernswerth für Baiern sein müßte, steht wol unzweifelhaft fest, daß unsere Regierung darüber genügend unterrichtet ist, daß im Falle fortan bis aufs äußerste beschränkter Ausfuhr die in Baiern noch vorhandenen Getreidevorräthe bis zum Wiedereintritt der Aernte den eignen Bedarf vollständig decken werden. Inzwischen geschieht Alles, was nur möglich ist, theils um weiterm Steigen der Preise entgegenzutreten, theils um die Armen vor unerträglicher Noth sicher zu stellen. Brotaustheilungen und eine Verdoppelung der ohnehin schon bestehenden Suppenanstalten sind in dieser Beziehung zunächst zu erwähnen, dann aber besonders die magistratische Einrichtung, nach welcher jeder sich anmeldende Arbeiter sofort bei öffentlichen städtischen Bauunternehmungen Beschäftigung erhält. Hand in Hand mit diesen Abwehrmaßregeln gehen andere, die nicht minder zur Beruhigung des Publicums gereichen, obschon zu hoffen steht, daß die Gerüchte, welche zu ihrer Ergreifung vielleicht zunächst mitgewirkt haben, sich gewiß nicht bestätigen werden. So sind z. B. die Beurlaubten der Regimenter unserer Garnison aus der nächsten Umgegend auf übermorgen einberufen worden, dem Vernehmen nach für den Fall, daß die Maitage, wo ein höherer Bierpreis eintritt, etwa von Excessen des durstigen Pöbels begleitet sein sollten.

— In **München** sind am 23. April der Prinz und die Prinzessin Luitpold wieder eingetroffen. Aus Anlaß dieser Rückkehr war an diesem Tage bei der Königin Familientafel, an welcher die sämmtlichen in München anwesenden Glieder der königlichen Familie Theil nahmen.

+ **Aus Sachsen**, 26. April. Vor kurzem wurde in dieser Zeitung aus dem Erzgebirge geklagt, daß die unfreundliche Witterung eine späte Aernte zur Folge haben werde. Wollten wir dies auch zugeben, so müssen wir aber doch dagegen protestiren, daß eine etwas spätere Aernte Nachtheile in Betreff der Nahrungsverhältnisse in ihrem Gefolge haben werde. Gerade das Gegentheil findet statt, und man sollte über die bisherige Witterung und über die Wirkung derselben auf die im Felde stehende Aernte nicht klagen, sondern vielmehr frohlocken, weil eben diese Witterung die sicherste Bürgschaft einer guten Aernte ist. Und um diesen Preis können wir uns schon eine selbst um 14 Tage später als in andern Jahren eintretende Aernte gefallen lassen, obschon bis jetzt noch gar nicht feststeht, daß die Aernte später fallen werde als in Normaljahren, da warme und feuchte Witterung das Zurückgebliebene bald wieder nachholen kann. In gegenwärtiger trauriger Zeit halten wir es für Pflicht, diese Angelegenheit in Betracht zu ziehen, um durch unbegründete Klagen über eine späte Aernte nicht noch größere Mißstimmung unter dem Volke hervorzurufen. Wir wiederholen, daß eine selbst um 14 Tage verspätete Aernte zu keinen Klagen, sondern nur zu frohen Hoffnungen Veranlassung geben kann. Die Vergangenheit lehrt zur Genüge, welchen Nachtheil ein sehr frühzeitiges Frühjahr, eine vorfrühe Vegetation, ein übereiltes Wachsthum der Pflanzenwelt und in Folge alles Dessen eine sehr frühzeitige Aernte bringt. In frischem Andenken steht in dieser Beziehung noch das Jahr 1846, wo man über das zeitige Frühjahr, über die zeitige Aernte frohlockte, während sie eine sehr knappe Aernte und enorme Preise der Lebensmittel im Gefolge hatten. Eine sehr frühzeitige Aernte bringt niemals Segen, denn sie setzt ein übereiltes Wachsthum der Saaten voraus, und eine Folge davon ist wieder, daß die Pflanzen zu allerhand Krankheiten (wie im vorigen Jahre der Roggen zu dem Roste, die Kartoffeln zum Faulen) geneigt werden, oder daß doch wenigstens eine unvollkommene Körnerbildung stattfindet. Die bisherige unregelmäßige Witterung war der Pflanzenwelt nur sehr günstig. Sie hatte zur Folge, daß eine Menge schädlicher Thiere zu Grunde gingen, daß die Saaten langsam wachsen und erstarken konnten, und daß sie in Folge dessen später eintretenden ungünstigen Witterungseinflüssen (die Ursache der meisten Pflanzenkrankheiten) um so besser zu widerstehen vermögen. Es bietet daher dieses Jahr Aussichten auf eine reiche Aernte dar.

— Aus **Ellwangen** vom 21. April meldet der Schwäbische Merkur: „Heute früh wurde auf drei hiesige Bürger, welche auf der dinkelsbühler Schranne einkaufen wollten, eine Stunde von hier von zwei Burschen, welche sich im nebenliegenden durchforsteten Hochholz versteckt hatten, geschossen. In kurzer Zeit fielen nicht weniger als sieben Schüsse, von welchen ein Bürger sogleich todt niedergestreckt, der andere schwer, der Dritte aber leicht verwundet wurde. Es wurde augenblicklich eine allgemeine Streife veranstaltet, und es verbreitet sich hier das Gerücht, daß man zwei verdächtige Subjecte eingefangen habe, die aus Deuffstetten und bereits mit Pässen zur Auswanderung nach Nordamerika versehen sind."

Darmstadt, 22. April. Heute war in unserer II. Kammer außer dem Erlasse der I. Kammer über den Antrag des Frhrn. v. Gagern (des Vaters), die Regulirung der bürgerlichen Rechte der Juden betreffend, und dem Antrage des Abg. Köster wegen Aufhebung, beziehungsweise Abänderung einiger civilprocessualischer Bestimmungen in Betreff der Juden, auch ein von der Regierung proponirter Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Art. 7, 8, 9, 10 und 11 des kaiserl. französischen Decrets vom 17. März 1808 wegen Foderung von Juden an Christen, zur Berathung ausgesetzt. Principiell entspann sich eine interessante Discussion über die Frage, ob eine allgemeine Emancipation der Juden wünschenswerth sei. Der Ausschuß hatte mit Darlegung der Gründe mit Nein geantwortet oder wollte solche doch blos auf den bessern Theil derselben ausgedehnt wissen. Ueber diesen das Princip betreffenden Theil Folgendes: Abg. Otto erklärte sich gegen den Ausschuß, indem er einzelne von diesem angeführte Gründe zu widerlegen suchte, z. B.: daß die Religion schuld sei an der Absonderung, daß die Juden des Staatsbürgerrechts nicht fähig wären wegen geringer Bildung ꝛc. Unsere Vorfahren seien an dem Meisten, was man den Juden zur Last lege, selbst schuld: machen wir's besser! Man habe die Juden zur Absonderung gezwungen durch Verfolgung, Geringschätzung, Verachtung. Nach weiterer Ausführung seiner aufgestellten Behauptungen machte er den Antrag, die Staatsregierung um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wodurch die bisherigen Ausnahmegesetze in Betreff der Juden aufgehoben und Letztere in den politischen Rechten mit den andern Staatsbürgern gleichgestellt würden. Der erste Präsident Hesse präcisirte

den Antrag, und Abg. Kilian stellte ein Amendement. Abg. Seitz unterstützte mit vieler Lebhaftigkeit den Otto'schen Antrag, führte weitläufig aus, wie sich nicht die Juden von den Christen, sondern diese von jenen absonderten, verbreitete sich über den Ausschußbericht und bekämpfte ihn. Man solle eine Thür öffnen an der Mauer, welche die Christen zur Sonderung gezogen; eine Brücke schlagen über die Kluft, von der Intoleranz erzeugt. Abg. Graf Lehrbach machte besonders auf die geistigen Anlagen der Juden aufmerksam und auf den Eifer und die Liebe, womit sie betrieben, was sie unternähmen. Von dem so entstehenden günstigen Erfolge kämen oft Neid und Furcht vor Präponderanz der Juden in den Staatsverhältnissen, und das seien nicht die geringsten Stimmen gegen die Judenemancipation, die der Redner für einen Act der Gerechtigkeit hielt. Abg. Glaubrecht sprach sich, indem er auf seine frühern Bemühungen hierfür Bezug nahm, für volle und baldigste Emancipation aus. Es sei dies eine Consequenz des Princips der religiösen Freiheit. Zu den früher aufgeführten Gründen gegen den Ausschußbericht brachte er aus der Rabbineradresse an die badischen Stände vom Jahr 1845 schlagende Stellen bei. Abg. Schmitthenner sprach gegen Seitz und den Otto'schen Antrag, berührte seine schriftstellerische Thätigkeit in vorliegendem Felde, warnte die Kammer vor Uebereilung und erklärte sich für den Bericht des Ausschusses, den er sehr gelungen nannte. Emancipation des bessern Theiles der Juden sei zu wünschen, die, eine große Schmarotzerpflanze, die Völker umgäben; die Schacherjuden seien ein Vampyr, welcher der gewerbtreibenden Klasse das Blut aussauge. Der Regierungscommissär v. Kuder sprach ganz im Sinne des Ausschußberichts und der Bekräftigung desselben durch Schmitthenner; er ward unterstützt von Abg. Ramspeck. Abg. Franck (v. R.) machte besonders auf das gesetztreue Element bei den Juden aufmerksam; dadurch würden manche Uebergriffe beseitigt, die als von christlichen Beamten geschehen in der Kammer neuerdings seien gerügt worden. (Explicationen des Regierungscommissärs und des ersten Präsidenten.) Abg. Brunck sprach für den Otto'schen Antrag; er wisse nicht, wie Schmitthenner gegen Emancipation sein könne, da er doch für Gültigkeit der Ehen zwischen Juden und Christen gewesen. Ein nicht emancipirter Mann und eine emancipirte Frau, oder umgekehrt, welch Unding! Nach kurzer Erwiderung des Abg. Grafen Lehrbach gegen den Regierungscommissär verließ die Kammer die Principienfrage, um auf den Gesetzentwurf überzugehen. (H. Bl.)

— Die Bremer-Zeitung theilt mit, daß ihr Vertrieb durch die Buchhandlungen der Herzogthümer Schleswig und Holstein nun auch verboten sei, nachdem schon seit kurzem die Versendung durch die Post nicht mehr gestattet war.

* **Frankfurt a. M.**, 24. April. In unserm Amtsblatte wird heute der von der deutschen Bundesversammlung am 6. Aug. 1846 gefaßte Beschluß veröffentlicht: daß communistische Vereine als unter die Bestimmungen des §. 2 der Beschlüsse vom 5. Jul. 1832 ausdrücklich zu subsumiren angesehen werden, wobei sich von selbst verstehe, daß die Urheber, Häupter und Theilnehmer solcher Vereine, soweit dieselben hochverrätherische Zwecke verfolgen, in allen Bundesstaaten die Strafe des Hochverraths nach Maßgabe der bestehenden Landesgesetze zu gewärtigen haben sollen. In letzterer Zeit waren, wie man versichert, auf verschiedenen Punkten zum Vorschein gekommene Symptome wiederholter Versuche auswärtiger communistischer Vereine, eine Propaganda für ihre verderblichen, gemeinschädlichen Lehren auch in deutschen Staaten wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, Gegenstand von Verhandlungen im Kreise der Bundesversammlung; es stände zwar die Verfügung neuer Maßnahmen nicht bevor, da die in diesem Betreff schon bestehenden Bundesvorschriften als zureichend befunden worden; doch hätte man sich über eine erneuerte Anempfehlung strenger Ueberwachung jener Umtriebe und Versuche sowie einer genauen Anwendung der diesfälligen Bundesbeschlüsse vereinbart.

Die Brotpreise sind in unserer Stadt (es werden von der Behörde den Bäckern gewisse Quantitäten Brotfrüchte zu billigem Preise verabfolgt) merklich niedriger als in den an unser Gebiet angrenzenden Staaten; hier kostet der sechspfündige Laib Brot 30 Kr., während in den Nachbarorten das Pfund Brot auf 6 Kr. und noch höher kommt. Die Folge davon ist ein außerordentlicher Zudrang von außen, sodaß unsere Bäcker häufig nicht im Stande sind, ihre eignen Kunden zu befriedigen. Das Polizeiamt hat nun eine Aufnahme des wirklichen Brotbedarfs der hiesigen Einwohnerschaft verfügt, um sodann eine nachhaltige Abhülfe gegen jenen Mißstand zu treffen, der in den letzten Tagen zu öffentlichen Scandalen an mehren Bäckerläden Veranlassung gab.

Preußen.

Berlin, 25. April. In der Sitzung der Herren-Curie am 22. April ward zuvörderst auf Anfrage des Grafen v. Burghauß vom Landtagsmarschall erklärt, daß die Secretaire in ihren Protokollen nur den Inhalt, nicht den Wortlaut der Verhandlungen wiederzugeben hätten. Vom Fürsten Lichnowsky war ein Antrag eingereicht, daß Mitglieder der einen Curie den Verhandlungen der andern sollten beiwohnen dürfen. Dem Antrage des Abg. Hansemann wegen Verlängerung der Petitionsfrist (Nr. 115) ward einstimmig beigetreten. Nun ward noch Einiges über die Veröffentlichung der Protokolle im Sinn ihrer vollständigsten Mittheilung und über die Frage, ob Petitionen zurückgezogen werden könnten, gesprochen, über Letzteres aber kein Beschluß gefaßt. (A. Pr. Z.)

* **Berlin**, 24. April. Daß sich die Franzosen nicht in unser politisches Leben finden können, ist wol natürlich, zumal sie dasselbe schwerlich mit der Achtsamkeit und dem Verständniß des Einzelnen verfolgen, was ihnen den Beweis geben könnte, wie hier der bei ihnen beliebte Maßstab nirgend recht passen will. Einen solchen könnte ihnen z. B. in recht schlagender Weise das Verhalten des Grafen v. Arnim bei der Adreßdebatte geben, wenn sie sich erinnerten, daß das ein abgetretener Minister ist, der bei den neuen Gesetzen nicht zu Rathe gezogen worden, nicht mit allen Einzelheiten derselben einverstanden, zu dem gegenwärtigen Cabinet außer unmittelbarer Beziehung steht, und wenn sie nun bemerken, daß dieser, zwar keineswegs als ein Organ des Ministeriums, sondern in ganz selbständiger Weise, aber im Sinn und Geiste der Regierung, zur Vermittelung und Verständigung wirkt. Sie könnten daran sehen, daß wir es hier nicht mit Verwaltungen und Cabineten, sondern mit einem System zu thun haben; nicht mit Parteien und deren Kämpfen, sondern mit der Einheit des staatlichen Gesichtspunktes; nicht mit Männern, die um den Besitz der Macht ringen, sondern mit Ueberzeugungen, welche der Sache gewidmet sind. Das ist ein Hauptcharakter des deutschen Staats, daß er offen und in fester Ausprägung darstellt, was nirgend ganz mangeln kann, was man anderwärts mehr zu erschleichen und zu verhüllen sucht: ein selbständiger Regierungsorganismus, der dem Zweck alles Staatswesens gewidmet und von ihm durchdrungen und beherrscht ist. Nicht daß diese Partei oder jene im Staate herrsche, sondern daß der Staat herrsche und gedeihe und seine Pflicht thue, das ist hier das Ziel und der Leitstern, und wenn der Beamtenstand mehr als jeder andere geneigt ist, dieses Ziel zu erfassen und zu seinem Lebensberufe zu machen, so ist er, wo er es thut, dafür zu preisen. Von Bureaukratie, als den Charakter unsers Staatswesens bezeichnend, kann eigentlich nur die Gedankenlosigkeit oder Unkenntniß reden, und daß dieser Ausdruck, der bekanntlich nur das Verwalten durch Einzelbeamte im Gegensatze zu der Collegialverwaltung bedeutet, so gäng und gäbe geworden, beweist, was für Menschen an der Entwickelung und Färbung unserer öffentlichen Meinung arbeiten. Die Bureaukratie ist in Frankreich zu suchen und ist dort dem Windhauche des Parteistrebens und der Intriguen des Ehrgeizes und der Gewinnsucht preisgegeben, nicht auf einen zum Besten des Gemeinwohls erfaßten Beruf gestellt und durch ihn geweiht und gehoben.

* **Halle**, 24. April. Seit dem Auflauf am 22. April ist die Ruhe in hiesiger Stadt in keiner Weise gestört worden. Das Einschreiten der Polizei, die Maßregeln des Magistrats, die Unterstützung des hier garnisonirenden Bataillons und die sofortige Bildung einer bedeutenden Anzahl von Schutzcommissionen aus der Mitte unserer Bürgerschaft schreckten die Tumultuanten von einer Wiederholung ihrer Unternehmungen ab. Am 22. April durchzogen den Nachmittag, den Abend und die Nacht starke Patrouillen von Bürgern und Soldaten die Stadt, und nur am Abend nach 10 Uhr fand noch ein Zusammenstoß auf dem Markte statt. Hier waren nämlich die in bedeutender Anzahl versammelten Tumultuanten zwar den hin und herziehenden Patrouillen gewichen, hatten sie aber stets mit Geschrei und Lachen verfolgt; auf die Ermahnung der Bürger, auseinanderzugehen, leisteten sie aber eben so wenig Folge und nöthigten daher dieselben, von ihren Stöcken Gebrauch zu machen. Dies geschah denn auch in so nachdrücklicher und erfolgreicher Weise, daß der Platz schnell gereinigt war und mehre der Gezüchtigten, Neugierige, die trotz der obrigkeitlichen Bekanntmachung nicht daheim geblieben waren, versicherten, noch nie solche Schläge empfangen zu haben. Am folgenden Tage begannen die Verhaftungen, und es sind bereits über 60 Tumultuanten eingesperrt worden. Uebrigens waren dieselben fast nur Frauen und junge Menschen; „wüthende Frauen", wie es in einem Artikel aus Halle in dieser Zeitung (Nr. 114) hieß, waren nur wenige wahrzunehmen, wohl aber lachten und jubelten sie. So habe ich dies unter Anderm gesehen, als ein Haufe dieser Zerlumpten ohne weiteres in das Haus eines Kaufmanns einfiel und da wegnahm was ihm gerade gefiel, bis das Haus geschlossen werden konnte und das verständige Zureden eines Gendarmen den Haufen entfernte. An Requisition eines Bataillons aus Magdeburg ist nicht gedacht worden; die ordentliche, tüchtige Einwohnerschaft besaß schon in sich Kraft genug, um die Unruhestifter zu Paaren zu treiben. Das zeigte sich auch bei allen Bäckern, die Entschlossenheit genug besaßen, ihre Häuser zu schließen und die Haufen vor denselben toben zu lassen, oder durch ernste Worte der Menge zu imponiren verstanden. Auch war wol weniger Furcht und Schrecken in der Stadt verbreitet, als Verdruß und Betrübniß über die Undankbarkeit dieser Tumultuanten, denen öffentlich und von Privatleuten so reiche Unterstützung zu Theil geworden ist, und deren Zustand gerade in diesen Tagen durch mehre königl. Verordnungen, wie durch die Aufhebung der Mahlsteuer bis zum 1. Aug., bedeutend verbessert worden ist. Der heutige Wochenmarkt war von Verkäufern wie gewöhnlich besucht und erlitt nicht die geringste Störung.

Digitized by Google

*Eilenburg, 25. April. In der Nacht des 24. April brannten hier drei Häuser ab; man sagt, das Feuer sei angelegt gewesen. Gestern den ganzen Tag sowie noch in die Nacht hinein ward hier arg gehaust. Drei der angesehensten Männer hat man förmlich geplündert, auf dem Markte hat das Volk das Getraide und andere Lebensmittel in Beschlag genommen und nach willkürlichen Preisen verkauft.

*Stettin, 24. April. Auch in unserer Stadt sind heute Morgen Unordnungen und Gewaltthätigkeiten gegen Productenverkäufer in Folge jener nur allzu verbreiteten Verblendung des Volks, welche die Preissteigerung einzelnen Personen zuschreibt, während ihr doch nur natürliche Ursachen zu Grunde liegen, vorgefallen. Zur Herstellung der Ruhe sind bedeutende Militairkräfte entfaltet worden, und während wir dies schreiben (Mittags 12 Uhr), wird Generalmarsch geschlagen. Es ist zu hoffen, daß damit dieser Tumult, der epidemisch jetzt durch Norddeutschland zu gehen scheint, sein Ende finden und die Productenverkäufer, denen der Schutz der Behörde und aller Gebildeten zur Seite steht, künftig mit Insulten verschont bleiben werden und daher mit Sicherheit zur Stadt kommen können. Zu den angeführten Vorsichtsmaßregeln ist jetzt noch ein Verbot von Seiten des Magistrats gegen alles Zusammenrottiren und Gruppenbilden auf der Straße sowie die Einberufung einer Schutzwache aus der Mitte der Bürger, die schon im Jahr 1831 mit gutem Erfolge zur Anwendung kam, hinzugetreten. Ebenso sollen die Bürger und Gewerbtreibenden auf ihre Untergebenen Acht haben, um sie möglichst von aller Theilnahme an den Unruhen zurückzuhalten. (Von zuverlässiger Seite wird uns mitgetheilt, daß ein Einschreiten der bewaffneten Macht nöthig ward, wobei vier Personen getödtet wurden. D. Red.) (B. N.)

*Aus der Provinz Sachsen, 19. April. Wir theilen hier die Statuten des Pastoralvereins (Nr. 112), welcher bis jetzt dem Publicum noch wenig bekannt ist, mit:

„§. 1. Es ist in der Provinz Sachsen ein Verein evangelischer Geistlicher zusammengetreten unter dem Namen Pastoralverein in der Provinz Sachsen. §. 2. Zweck des Vereins ist gegenseitige Stärkung der Glieder im Glauben und Förderung des evangelisch-kirchlichen Sinnes und Lebens überhaupt. §. 3. Zu diesem Zwecke beabsichtigt der Verein theils die in der Provinz schon bestehenden Localpredigervereine, theils die noch zu bildenden zu einer Einheit zu verbinden. §. 4. Der Verein bekennt sich freudig sowol zum formalen Principe der evangelischen Kirche, nämlich der Lehre der heiligen Schrift als höchster und entscheidender Autorität in Glaubenssachen, wie auch zu dem materialen, der Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben an Christum, Gottes eingeborenen Sohn, den Heiland der Welt, und weiß sich dadurch in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Bekenntnißschriften der christlichen Kirche, insbesondere der Augsburgischen Confession. §. 5. Mitglieder des Vereins sind Alle, die auf diesem Grunde sich zu dem §. 2 genannten Zwecke dem Verein anschließen, mögen sie in unserer Provinz oder außer derselben, im Inland oder Auslande wohnen. (§. 6 handelt von den Aemtern des Vereins.) §. 7. Der Ausschuß, der sich zur Berathung über die Vereinsangelegenheiten von Zeit zu Zeit versammelt, wird sich besonders die Bildung von Zweigvereinen angelegen sein lassen. Diese haben von ihrer Wirksamkeit dem Vorstande die nöthigen Mittheilungen zu machen. (§. 8 bestimmt Zeit und Ort der Vereinsversammlungen.) §. 9. Diese Versammlungen sind dazu bestimmt, die Zwecke des Vereins betreffende Propositionen gemeinsam zu berathen und eventuell geeignete Maßregeln zu beschließen. Jedoch bleibt es jedem Mitglied unbenommen, falls er sich nicht von der Zweckmäßigkeit der erwähnten Maßregel zu überzeugen vermag, sich von der Ausführung derselben auszuschließen, ohne daß er deshalb aufhören müßte, Mitglied des Vereins zu sein."

— Der Fürst v. Hatzfeld hat sich, nachdem er die kirchlichen Dispense (die ihm früher bei einer ähnlichen Gelegenheit ertheilt worden) zur Vermählung mit einer geschiedenen Protestantin diesmal nicht zu erlangen vermocht, am 6. April d. J. mit derselben nach evangelischem Ritus trauen lassen. Darauf hat der Fürstbischof von Breslau am folgenden Tage nachstehende Excommunicationssentenz gegen ihn erlassen, welche die Augsburger Postzeitung mittheilt:

„Melchior ꝛc. Mit tiefem Schmerze sehen wir uns genöthigt, die uns anvertraute kirchliche Strafgewalt auf einen Fall anzuwenden, bei welchem Alles zusammentrifft, um ihn so reich als nur möglich an Betrübniß wie an Aergerniß zu machen. Es ist dies die öffentliche Wiederverheirathung unseres Diöcesanen, des Hrn. Fürsten Hermann v. Hatzfeld auf Trachenberg Durchlaucht, mit der evangelischen verwitweten Frau v. Buch, geborenen v. Rimptsch, und zwar ungeachtet des mit seiner noch lebenden ersten Gemahlin, der Frau Fürstin Mathilde, geborenen Gräfin von Reichenbach, fortbestehenden, von der katholischen Kirche förmlich convalidirten, also nach katholischer Lehre unauflöslichen Ehebündnisses. Das Betrübende und Aergernißvolle dieser die Glaubens- wie die Sittenlehre der katholischen Kirche gleich schwer verletzenden Freveltat wird noch vermehrt und gesteigert, nicht blos durch die hohe Stellung, welche der Herr Fürst durch Geburt, Rang und Besitz einnimmt, und welche sein böses Beispiel um so verderblicher und verführischer macht; sondern auch durch die wiederaufgeweckte Erinnerung an das frühere vieljährige Aergerniß, welches erst vor fünf Jahren durch die gedachte kirchliche Convalidirung seiner ersten Ehe beseitigt ward; dann durch den Undank, womit der Fürst, im Widerspruche mit seinen damaligen heiligen Versicherungen, jene vom apostolischen Stuhle dringend erflehte und damals von ihm als die größte Wohlthat für sich und seine Familie betrachtete Rechtsgewährung nun vergilt. Es steigert sich das Aergerniß durch den Umstand, daß der genannte Fürst in den letzten Jahren sich, selbstberufen, an die Spitze der Katholiken dieser Provinz gestellt und sich als den eifrigsten Vertreter der katholischen Kirche gebahrt hat, die er nun durch die Verachtung ihrer heiligsten Gesetze mit Schmach und Hohn bedeckt; es wird endlich das Maß des Aergernisses noch dadurch gehäuft, daß der Mann, der so treulos an seiner Kirche handelt, erst im vorigen Jahre von dem hochseligen Oberhaupte derselben, wiederum mit den heiligsten Betheurungen seiner lebenslänglichen Dankbarkeit und Treue, den höchsten päpstlichen Ehrenorden erlangt hat, der also nun auf der Brust Dessen glänzt, welcher der Kirche und ihrer Autorität vor aller Welt verächtlich den Rücken wendet und ihre Gebote mit Füßen tritt. Diese Jedermann einleuchtenden erschwerenden Umstände nöthigen uns, wie gesagt, die Gesetze und das Ansehen der Kirche in einem so weltkundigen Uebertretungsfalle mit Kraft zu handhaben, um so mehr, als es ohnehin heutzutage eine der geläufigen Lästerungen gegen die Kirche ist, daß sie ihre Strenge den Großen und Mächtigen gegenüber klug und nachsichtig zu mildern wisse. Es nöthigt uns ferner zur ernsten Beahndung dieses Falles die von dem Anhange des Fürsten schon vorlängst in Umlauf gesetzte und von Ununterrichteten vielfach geglaubte falsche Nachricht, daß er für sein gutes Geld gewiß die Dispense zur Eingehung einer zweiten (polygamischen!) Ehe erlangen werde und sie schon so gut wie in Händen habe, da man für Geld am rechten Ort Alles erhalten könne: eine Lästerung, die durch unser Schweigen nur zu leicht fernern Glauben finden könnte, deren thatsächliche Widerlegung uns daher pflichtmäßig obliegt. Unter solchen vielfach erschwerenden Umständen also und in Betracht: daß die erste rechtmäßige Gemahlin des Fürsten noch lebt, derselbe also durch die Eingehung einer zweiten Ehe sich des kirchlichen Delicts der Pologamie und des frevelhaften thatsächlichen Widerspruchs gegen die feierlich ausgesprochene Lehre und Vorschrift des Kirchenraths von Trident (Sess. 24, can. 2 et 7 de Sacramento matrim.) schuldig gemacht, und im Hinblick auf die Breven Papst Pius' VII. an den Erzbischof von Mainz vom 8. Oct. 1803 und Gregor's XVI. vom 27. Mai 1832 an die Bischöfe Baierns, welche beide Breven die Ehen von ledigen Katholiken mit geschiedenen Protestanten als durchaus verwerflich (adulterina connubia) und schonungsloser Ahndung würdig bezeichnen, was um so viel mehr von dem noch größern Frevel der Wiederverheirathung eines geschiedenen Katholiken gilt; in Betracht endlich, daß unsere mehrmalige, so freundliche als ernste, selbst peremtorische Mahnung und Warnung von dem Herrn Fürsten unbeachtet geblieben: in Betracht alles Dessen excommuniciren wir hiermit kraft unsers bischöflichen Amts in Gemäßheit der heiligen Canones den genannten Fürsten Hermann v. Hatzfeld als einen öffentlichen und hartnäckigen Verächter und Uebertreter der Lehren und Gesetze der Kirche, schließen ihn aus von der Gemeinschaft der Gläubigen und verhängen über ihn den Bann der Kirche mit allen seinen gesetzlichen Folgen, im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen. Gegeben in unserer bischöflichen Residenz Breslau am Ostermittwoch, 7. April 1847. (Gez.) Melchior."

Portugal.

*Lissabon, 9. April. Nach altem Gebrauch ertheilte die Königin in der Charwoche für von 26 Individuen verübte Verbrechen aller Art, worunter selbst eine von einer Witwe und ihren beiden Töchtern begangene Vergiftung, Begnadigung oder Strafverminderung.

Es heißt jetzt, daß England, Frankreich und Spanien damit umgehen, dem Scandal hier zu Lande ein Ende zu machen, damit Portugal nicht ganz ruinirt und unnützes Blutvergießen vermieden werde; aber die Intervention dürfte, wie gewöhnlich, zu spät kommen. Alle vernünftigen Leute erwarten freilich in Lissabon den Ausbruch einer kleinen Revolution, d. h. sobald man die anrückenden Insurgenten vor sich sieht; doch wird es nicht hitzig in den Straßen hergehen, da die Engländer von der hier ankernden Flotte sich dann ausschiffen und englisches und anderes Eigenthum beschützen werden. Die Königin stellte kürzlich den englischen Admiral Sir William Parker zur Rede, warum er die Flüchtlinge aller Art aufnehme, worauf sie die Antwort bekam, daß er seine Instructionen zu befolgen habe und auch ihr Schutz angedeihen lassen würde, falls sie desselben bedürfte. — Seit gestern dürfen keine Waaren mehr nach der Provinz Algarbien versendet werden.

Spanien.

Die zwei Personen, welche in Folge der sträflichen Auftritte am 11. April, die den allgemeinen Jubel zu Ehren der Königin störten (Nr. 113), aus Madrid entfernt worden sind, waren beide frühere Polizeibeamte. Don Francisco Chico war Gefe politico von Madrid während der Vermählungsfeierlichkeiten und soll sich viel Mühe damals gegeben haben, den französischen Prinzen einen bessern Empfang zu bereiten, als ihnen zu Theil wurde. Man hat ihn jetzt als angeblichen Anstifter jener ärgerlichen Vorfälle am 11. April verhaftet, seine Papiere durchsucht und ihn nach dem Schlosse von Almeira geschickt. Gleiches Loos hatte der als geheimer Kundschafter und Polizeiagent übelberüchtigte Arianeta, welcher nach Alicante gebracht worden ist. Dagegen wurden die meisten von den außerdem bei jenen Demonstrationen verhafteten Personen wieder entlassen.

Großbritannien.

London, 21. April.

Das neue Oberhaus war gestern zum ersten Mal der Schauplatz eines jener parlamentarischen Scharmützel, zu denen Lord Brougham's polternde Expectorationen dann und wann Veranlassung geben. Die vom Colonialsecretair Carl Grey beantragte dritte Lesung der Bill gegen Meuterei im Heere und von ihm dabei ertheilte Auskunft, daß in Ostindien bei Verurtheilung von Soldaten zur Transportation an die Stelle dieser Strafe nicht Gefängniß treten solle, faßte nämlich Lord Brougham auf und legte eine vehemente Verwahrung gegen die neue Doctrin der Re-

gierung ein, sich das Recht anzumaßen, sie könne die Strafgesetze des Landes ändern. Allzu unerhört sei es, anzunehmen, wenn ein Richter einen Schuldigen zu 14 Jahren Transportation verurtheile, daß die Regierung ihn dafür eben so lange solle einsperren lassen können. Ohne eine Parlamentsacte könne die Transportation nicht suspendirt werden, und wenn er den Comitébericht über die Strafgesetzgebung einbringen werde, da werde auch das Haus sehen, daß die 34 Richter der drei Königreiche darüber einverstanden wären. Er werde es dann für seine Pflicht halten, die ganze Frage dem Hause vorzulegen. Earl Grey hielt dem Eifernden ein, daß er gegen ein selbstgeschaffenes Gespenst losgegangen sei und kein Mensch für die Regierung das Recht zur Abänderung des Strafgesetzes verlangt habe. Die Frage, welche vorliege, betreffe die Transportation von Militairsträflingen, und der edle und gelehrte Lord habe nur die Gelegenheit vom Zaume gebrochen, um sich über Transportation auszusprechen. Keine andere Veranlassung könne er zu der Rede des edlen und gelehrten Lords auffinden als dessen verwaltende Neigung, rechtzeitig und unzeitig, mit Grund und ohne Grund, ob der Aufmerksamkeit des Hauses werth oder unwerth, unter allen Umständen und bei jeglicher Gelegenheit sich reden zu hören. Lord Brougham versetzte unter Anderm, daß er in diesem Falle leider an einem Orte rede, wo es nicht leicht sei, die eigne oder eines Andern Stimme zu vernehmen, und als der Earl of Suffolk jetzt zur Ordnung rief, ertheilte der disputirlustige Brougham eine dahin gehende Lection, daß sämmtliche edle Lords, ihn selbst natürlich ausgenommen, die Gewohnheit hätten, ein halbes Dutzend Mal das Wort zu nehmen, obgleich keine Frage dem Hause vorliege. Nachdem er noch dem Earl Grey einige lordschaftliche Anzüglichkeiten gesagt, erfolgte die dritte Lesung der fraglichen Bill. Die Bill gegen Meuterei auf der Flotte wurde ebenfalls zum dritten Male gelesen. Die vom Marquis of Westmeath beantragte zweite Lesung einer Bill zu wirksamem Schutze gegen Schaden an Feld und Fluren in Irland unterblieb, weil der Marquis, da bereits den von ihm beantragten Bestimmungen gleiche gesetzlich bestehen, die Bill zurücknahm.

Das Unterhaus erhielt abermals eine Menge von Bittschriften über die auf der Tagesordnung stehende Frage wegen des Volksunterrichts und setzte dann die ehegestern vertagte Debatte über das Duncombe'sche Amendement zu Lord J. Russell's Antrage: das Haus möge sich in einen Bewilligungsausschuß für Unterrichtszwecke verwandeln, fort. Hr. Ewart, der katholische Earl of Surrey, unter besonderer Hinweisung, daß ihn die Ausschließung der Katholiken von der zu bewilligenden Unterstützung nicht daran hindern könne und daß er wenigstens der Erziehung Andersgläubiger nicht hinderlich sein wolle, Hr. Seymer, Lord Sandon, P. Borthwick sprachen sich zu Gunsten, Sir C. Napier, Hr. Aglionby, Gisborne, Bright und Hindley gegen die Maßregeln der Regierung aus, für welche der Generalintendant der Forsten Lord Morpeth und der Staatssecretair des Innern Sir G. Grey im Laufe der Verhandlung das Wort ergriffen. Auf Hrn. W. Clay's Antrag wurde die Debatte, bei der neue Argumente nicht auftraten, bis zum 23. April vertagt.

— Lord John Russell kam bei Aufzählung und daran geknüpfter Abweisung der Einwürfe gegen die Beförderung des Volksunterrichts durch die Regierung und aus Staatsmitteln auch auf den, daß bereits duech freiwillige Einrichtungen so dafür gesorgt und vorgesehen sei, daß die Beihülfe des Parlaments überflüssig werde. Leider stelle sich aber die Sache ganz anders heraus, wie er unter Anderm mit der Aufstellung des Dr. Vaughan, den er gleichwol auch unter den Gegnern der Regierungsmaßregel finde, belegte. Dieser führe an, daß von der Bevölkerung zwischen 3—15 Jahren in den größern und kleinen Städten Englands durchschnittlich noch nicht der dritte Theil täglich in der Schule gefunden würde, und ebenfalls nicht mehr genössen dies den Unterricht in Sonntagsschulen. Der übrige, weit das Drittel dieser Bevölkerung übersteigende Theil sei ohne allen und jeden Unterricht. Die Angabe mehrer Geistlichen der Hochkirche, welche über denselben Gegenstand geschrieben haben, bewiesen nicht minder, daß der Zustand des Volksunterrichts ausnehmend mangelhaft sei. In Zahlen ergebe sich, daß von der in Rede stehenden, zu 3,600,000 Köpfen angenommenen Bevölkerung von England und Schottland anderthalb Millionen durchaus keine Art von Schule beträten. Bei der Registrirung der Verehelichungen habe sich ferner ergeben, daß von 100 Männern 40 nicht ihren Namen schreiben und 30 unter 100 nicht lesen können. Das sei doch ein erschreckendes Verhältniß, wenn man bedenke, daß die Schulen der Lancaster- und Nationalvereine circa 40 Jahre beständen und im freiwilligen Weg Alles aufgeboten worden sei, der Unwissenheit entgegenzuarbeiten. Dreijährige Beobachtung des Kaplans der prestoner Correctionsanstalt ergäben, daß er in diesem Zeitraume 1733 Männer und jüngere Personen männlichen Geschlechts, 387 Frauen und Mädchen dort kennen lernte, die keine Sylbe lesen konnten und 1301 Männer und Knaben sowie 287 Frauen und Mädchen, welche den Namen des regierenden Souverains nicht kannten; 1290 und 293 derselben Kategorien waren so unbefähigt für religiöse und moralische Unterweisung, daß von Tugend, Laster, Unrecht und Heiligkeit mit ihnen sprechen so gut wie in fremden Zungen mit ihnen reden war, 1120 und 256 kannten den Namen Christus nicht und wußten kein Gebet zu Gott zu sprechen.

— Aus **Dublin** wird vom 19. April gemeldet, daß sich ein dort verbreitetes Gerücht von Einstellung aller öffentlichen Arbeiten am 1. Mai thatsächlich falsch erweise, indem mehre neue Proclamationen zur Veranstaltung von Barenialversammlungen erlassen worden waren, welche solche Arbeiten betreffen. — Der Repealverein hielt am 19. April seine wöchentliche, spärlich besuchte Zusammenkunft, bei der 34 Pf. St. Repealrente eingingen. — In einzelnen Orten der Grafschaft Cork waren tumultuarische Auftritte vorgefallen; auch in Tuam und Banagher in Kingscountry hatten hungernde Arbeiter dergleichen veranlaßt, ohne daß es jedoch zu besondern Gewaltthätigkeiten gekommen wäre. — In den westlichen Theilen des Landes raffen Fieber und Ruhr, auch unter den bessern Klassen, viele Menschen weg.

— Die von dem verstorbenen Grafen von Erroll bewohnt gewesene königl. Villa im Richmond Park ist von der Königin dem Premierminister Lord J. Russell auf Lebenszeit zur Verfügung gestellt worden.

— Das Morning Chronicle meldet den Tod des ältesten und einzig noch lebenden Sohnes des berühmten Verfassers des „Waverley", des Oberstlieutenants im 15. Husarenregimente Sir Walter Scott v. Abbotsford, geb. 1801, der auf der Rückkehr von Madras auf dem Vorgebirge der guten Hoffnung an der Ruhr gestorben ist. Mit ihm erlischt die Baronie, das Gut Abbotsford aber fällt an den einzigen Enkel W. Scott's, den Cornet Walter Scott Lockhart im 16. Uhlanenregiment, einzigen Sohn des Herausgebers des Quarterly Review.

— Es wird jetzt gemeldet, daß der schottische Lordlieutenant, welcher zerrütteter Vermögensumstände halber sich entfernt hat (Nr. 108), der schottische Repräsentatiopair, Viscount of Arbuthnot, geboren 1778, Lordlieutenant von Kincardineshire ist. Er gehört zu den terpistischen Mitgliedern des Oberhauses.

— Mit dem westindischen Postdampfschiffe Thames sind Nachrichten aus **Jamaica** vom 25. März und von den andern westindischen Inseln eingetroffen, die im Allgemeinen günstig lauten. In Jamaica war die Einführung einer Besteuerung alles Einkommens über 100 Pf. St. jährlich, die dem versammelten Colonialrathe vorlag und die zweite Lesung nur durch die den Ausschlag gebende Stimme des Vorsitzenden oder Sprechers erlangt hatte, der Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die neuesten Erleichterungen des Zuckerverbrauchs im Mutterlande wurden mit großer Befriedigung vernommen und erregten große Hoffnungen.

— Vom **Cap** wird unterm 13. Febr. berichtet, daß der Gouverneur Sir H. Pottinger sich nach Port Elisabeth und von da nach der nordöstlichen Grenze begeben habe. Aus Port Natal waren Berichte vom 23. Jan. eingetroffen, die bis auf eine unbedeutende Streitigkeit mit einem kleinen Häuptlinge Namens Tobo günstig lauten. Man hofft Natal zu einem Freihafen erklärt zu sehen.

— Das dieser Tage von Liverpool nach Nordamerika abgegangene Postdampfschiff Caledonia hat 525,000 Pf. St. baar mitgenommen.

Frankreich.

Paris, 22. April.

Beide Kammern hielten gestern öffentliche Sitzungen, in der Pairskammer kam indessen nichts von Belang vor. Die Deputirtenkammer setzte die Debatte über die Inbetrachtnahme des Rémusat'schen Vorschlags wegen der Incompatibilitäten fort. Für dieselbe sprachen die HH. Paillet und Billault, welcher die progressiven Conservativen besonders aufforderte, ihre Stimmen dafür zu geben, was dann Hr. de Castellane auch zusagte, jedoch mit dem Vorbehalte, daß sie mit dem Vorschlage, wie er sei, nicht ganz einverstanden sein könnten. Hr. de Larnac erklärte sich gegen die Inbetrachtnahme, und der Justizminister Hr. Hebert, zuletzt Hr. Guizot, nahmen gegen dieselbe noch das Wort. Der Letztere sprach jedoch dabei aus, daß diese Frage jedenfalls noch von dieser Legislatur, nur nicht jetzt, im ersten Jahre nach der Wahl, in Erwägung gezogen werden würde, indem er für die Regierung das Recht ansprach, den rechten Zeitpunkt für solche Fragen zu wählen. Jetzt sei dieser nicht, und darum sowie weil der Vorschlag selbst nichts tauge, bekämpfe er denselben. Die Inbetrachtnahme wurde dann mit 219 gegen 170, also mit 49 Stimmen abgelehnt.

— Das Comité der Deputirtenkammer, welches über den Glais Bizoin'schen Vorschlag zur Einführung eines gleichmäßigen Briefporto zu berichten hat, ist dahin einverstanden, daß künftig in ganz Frankreich ein unter 7½ Grammen schwerer Brief 20 Cent., unter 10 Grammen 30 Cent., unter 20 Grammen 40 Cent., von da für je 10 Grammen 20 Cent. mehr bezahle. Das Stadtporto in Paris soll 15, in andern Städten 10 Cent. betragen.

— Dem von Cherbourg ehegestern nach China abgesegelten Hrn. Forth-Rouen, der an der Spitze der französischen Mission dort stehen wird, sind neue Instructionen für Hrn. de Varennes in Lissabon mitgegeben worden, die er demselben im Vorbeischiffen abgeben soll.

— Der König hat Lord Holland mit einer prächtigen Porzellanvase von Sèvres beschenkt, die auf der einen Seite das Haus in Twickenham zeigt, wo Ludwig Philipp während seines Aufenthalts in England den Vater des Lords, mit welchem er stets in freundschaftlicher Berührung

blieb, häufig bei sich gesehen hat. Auf der andern Seite sind die Tuilerien dargestellt. Der König hat vor einiger Zeit von Lord Holland ein Portrait von dessen Vater nach Leslie angenommen.

ψ **Paris**, 21. April. Das Interesse an den öffentlichen und parlamentarischen Angelegenheiten wird lebhafter und thätiger. Von der Pairskammer ist Graf Portalis zum Berichterstatter über den Gesetzentwurf wegen des Capitels von St.-Denis ernannt worden, was dem Wunsche der Regierung entspricht. Hr. Portalis vereinigt als ein religiöser und an den Grundsätzen der gallicanischen Kirche festhaltender, conservativer, aber liberaler Mann, der als früherer Minister und Mitglied der Magistratur mit den Geschäften vertraut ist, die erfoderlichen Eigenschaften, um einem Gesetzentwurfe den Sieg zu verschaffen, auf welchen der König so viel Gewicht legt. Die Deputirtenkammer wurde mehre Tage durch Hrn. de Remusat's Vorschlag wegen der Aemter beschäftigt, deren Bekleidung mit Uebernahme einer Deputirtenstelle unverträglich sein und künftig so erklärt werden sollte. Das zur Begründung des schon mehrmals gestellten Antrags Vorgebrachte war nicht neu; allein die dabei eingehaltene Mäßigung war bemerkenswerth und unerwartet. Hr. de Remusat mag gefühlt haben, daß man die Majorität schonen müsse, wenn man ein günstiges Votum von ihr wünsche. Der unmittelbar nach Hrn. de Remusat das Wort ergreifende Minister des Innern, Hr. Duchatel, behandelte den Antrag ganz wie Hr. Guizot den des Hrn. Duvergier de Hauranne über Wahlreform, als ein Parteimanoeuvre, das auf einen Ministerwechsel oder auf eine veränderte Zusammensetzung der Majorität dadurch hinauslaufen solle, daß ein Theil derselben als von der Incompatibilität getroffen, zum Austritt aus der Kammer genöthigt werde. Er wendete sich damit hauptsächlich an die progressisten Conservativen, die meist geneigt scheinen, für Inbetrachtnahme des Vorschlags zu stimmen, ohne deshalb damit mehr sagen zu wollen, als daß etwas in dieser Frage geschehen müsse. Denn von allen Seiten wird zugestanden, daß rücksichtlich der Achtung der Kammer wie der Stärke der Regierung und der guten Verwaltung des Landes von Wichtigkeit sei, keine unbemessene Zunahme der Beamten unter den Mitgliedern der Deputirtenkammer, wo ihre Zahl jetzt schon sehr groß sei, eintreten zu lassen. Von der Opposition wird bei ihrem Kampfe gegen dieses Uebergewicht der ganze Beamtenstand in der Unabhängigkeit und Rechtlichkeit seiner Absichten und Gesinnung gröblich angefochten. Die Conservativen dürften nun zwar einem so ungerechten und nachtheiligen Verfahren, das den Organen der Regierung den Makel der Servilität und Corruption in Masse aufdrücken will, nicht sich beigesellen; allein sie können zwei Gesichtspunkte für einen guten Gesetzentwurf zugeben, was auch Viele von ihnen thun, die nämlich, daß 1) viele Beamte mit der Bevölkerung ihres amtlichen Wirkungskreises in einer zu nahen Berührung stehen und auf die Localverhältnisse einen zu starken Einfluß haben, daher wenigstens für diesen Bezirk nicht wählbar sein sollten. Schon durch das Gesetz von 1831 wurde das für die königl. Procuratoren, für die Generale bestimmt, und der Kreis dieser bedingten Incompatibilitäten könnte ohne Bedenken erweitert werden. 2) Der Dienst verlangt ferner gebieterisch die persönliche Anwesenheit einer Anzahl von Beamten in ihrem Wirkungskreise, deren Abwesenheit davon durch sechs Monate im Jahre der Verwaltung zum Nachtheile gereichte; der öffentliche Nutzen würde hier gegen die Uebernahme von Deputirtenstellen neben ihren Aemtern sprechen und ihre Ausschließung von der Wählbarkeit durchaus keine Beargwehnung der Loyalität ihrer Gesinnung einbegreifen. Da indessen der Vorschlag Hrn. de Remusat's gestern für diese Session abermals abgelehnt worden ist, so bleibt die parlamentarische Verhandlung jener Gesichtspunkte auch diesmal ausgesetzt. — Bei der zu erwartenden Berathung des Gesetzentwurfs über die Freiheit des Secundairunterrichts werden wir Hrn. Thiers die Ideen der kaiserl. Universität, Hrn. Odilon-Barrot die einer großen Freiheit vertreten sehen, welches Letztere auch von den Legitimisten und der klerikalischen Partei geschehen wird. Dem Systeme der unbegrenzten Freiheit soll angeblich auch Hr. de Cormenin mit einer Flugschrift zu Hülfe kommen wollen. Dieser famose Schriftsteller, der ein großer Freund der Paradoxen ist, hat auch schon die Sache der Jesuiten vertreten, was gar nicht ohne Einfluß bei den Hindernissen war, welche seine Wiederwahl in die Deputirtenkammer gefunden hat.

Belgien.

Nach dem Journal du Commerce d'Anvers haben in **Antwerpen** die Accisebeamten einem großen Haufen eben auf der Eisenbahn ankommender Auswanderer, die einige Vorräthe zum Abendessen bei sich trugen, dieselben unbarmherzig abgenommen, ja der Pöbel versammelte sich um die armen Leute, schalt sie und warf sie mit Steinen, sodaß ein Knabe bedenklich am Kopfe verwundet wurde, den dann die Uebrigen weinend umgaben. Solche Erinnerungen der Gastfreiheit und des Schutzes lassen die Auswanderer in dem civilisirten Europa zurück.

Schweiz.

Die in **Freiburg** auf freien Fuß gesetzten politischen Gefangenen (Nr. 113) mußten Jeder eine Caution von 3000 Fr. hinterlegen.

Italien.

* **Rom**, 12. April. Pius IX. berief das Cardinalcollegium am 12. April Morgens nach dem Quirinal zu einem geheimen Consistorium zusammen. In Rücksicht auf die bedrängliche Finanzlage des Kirchenstaats, welchem die Besoldung der höchsten geistlichen Würdenträger schon jetzt außerordentlich schwer fällt, sind keine Prälaten mit dem Cardinalspurpur bekleidet worden. Von den Acten des Consistoriums ist bis jetzt Folgendes zu unserer Kenntniß gekommen. Der im letzten Consistorium creirte Cardinal Marini ward als Titular der alten Kirche San Nicolo in Carcere präconisirt. Hierauf ernannte der Papst für Oesterreich, Sardinien, Toscana, den Kirchenstaat, Neapel und Frankreich elf Erzbischöfe und Bischöfe. Hierauf ertheilte der Papst den geistlichen Vorstehern der Metropolitankirchen von Camerino, von Udine, von Aix und Le Puy das erzbischöfliche Pallium. Dem Erzbischofe von Rodi und Bischofe von Malta ward Monsignore Sant adjungirt.

Der bekannte Vertreter der Handelsfreiheit Sir Richard Cobden kehrte vor einigen Tagen von Neapel hierher zurück und ward wie bei seiner ersten Anwesenheit von den römischen Großen wie von den Männern des Volks aufs schmeichelhafteste fetirt. Er reiste diesen Morgen von hier nach Florenz, von wo er sich später nach Bologna begeben wird, um den commerziellen Status quo der Romagna an Ort und Stelle näher kennen zu lernen, und zu erwägen, was für dessen Aufhülfe möglicherweise jetzt und künftig geschehen könne.

In diesen Tagen verstarb hier der General der päpstlichen Truppen Filippo Siloani, ein Militair aus der Veteranenschule Kaiser Napoleon's.

Rom, 15. April. In meinem letzten Schreiben sagte ich, daß der Papst nach dem Kirchengesetze die eheliche Verbindung des Infanten Don Enrique mit Doña Elena v. Castellar zu vollziehen genöthigt sein dürfte. (Nr. 115.) Nun vernimmt man, daß der Papst eine Erklärung abgegeben, welche in diesen Tagen veröffentlicht werden soll, worin diese Frage erörtert wird, sodaß wir wol bald der Verheirathung des Paares entgegensehen können. Schwerlich wird man sich gedulden, eine Antwort aus Madrid abzuwarten, wie der spanische Geschäftsträger Hr. Castillo vorgeschlagen, der sich durch diesen Vorgang in nicht geringe Verlegenheit versetzt sieht. — Aus Faenza berichtet man, daß der Pfarrer jener Vorstadt am hellen Tage durch Meuchelmörder überfallen und durch Messerstiche zu Boden gestreckt worden sei. Diese Rachehandlung war ihm lange vorher förmlich angezeigt. Man kann nun gewärtig sein, daß seine Anhänger blutige Vergeltung an den Liberalen üben. Auch in Ancona sind mehre Verwundungen vorgekommen. — Der Cardinal Ferretti, Legat von Urbino und Pesaro, hat, nachdem man seinen Anordnungen in Betreff des freien Verkehrs aller Getreidearten in Fano förmlich Trotz geboten, sich zu Pferde an der Spitze von einigen Hundert Soldaten und zwei Kanonen dahin begeben, was den Unruhestiftern so imponirte, daß sie keinen weitern Versuch machten, die Versendungen zu verhindern. Monsignore Rusconi, außerordentlicher Delegat von Ancona, hat dagegen befohlen, daß alle Versendungen des Getreides von einem Orte zum andern förmlich verboten und die Vorräthe als Eigenthum der Regierung zu betrachten seien, die, wenn sie davon bedürfe, den Preis bestimmen werde. Dieses Eingreifen in die Rechte des Privateigenthums hat zu Klagen Anlaß gegeben und große Mißstimmung bei den Eigenthümern hervorgerufen. (A. Z.)

Griechenland.

Nach Briefen aus **Athen** vom 11. April hatte der Finanzminister Poniropulos, der neulich von der Kammer mit einer nicht bedeutenden Mehrheit von einer schweren Anklage seiner Verwaltung freigesprochen worden war (Nr. 109), seine Entlassung eingereicht. Das Fest der Erhebung des griechischen Volks vom türkischen Joche war wie gewöhnlich am Denkmale Karaiskakis gefeiert worden, in erhöhter Begeisterung, mit feurigen Reden, die den Turken verkündeten, daß die Hellenen jetzt so furchtlos als im Befreiungskampfe den Barbarenscharen einen blutigen Empfang bereiten würden. König Otto und sein Bruder wohnten dem Feste bei. (A. Z.)

Türkei.

Aus **Triest** vom 14. April schreibt man dem Mannheimer Journal: „Die Nachrichten, die wir aus Athen und Konstantinopel erhalten, lauten sehr beunruhigend. Die türkische Regierung sendet Truppen nach der griechischen Grenze. In den Arsenalen herrschte eine ungewöhnliche Thätigkeit, und die Ausrüstung und Bewaffnung von Schiffen wurde mit einem Eifer betrieben, als wäre der Krieg bereits ausgebrochen. Unter den Türken sowol wie unter den Griechen herrscht eine unbeschreibliche Aufregung; Jene, von fanatischem Eifer ergriffen, verlangen ins Feld geführt zu werden, um die griechischen Provinzen wieder zu unterjochen; diese träumen dagegen bereits von der Eroberung Konstantinopels und Wiedererhöhung des Kreuzes auf der Hagia Sophia. Es kann nicht fehlen, daß die längere Fortdauer dieses Zustandes endlich zu den schwersten Conflicten und selbst gegen den Willen der Regierungen zu einem Kampfe führen muß, dessen Ausgang sich nicht absehen läßt. Bereits ist es in den türkischen Grenzprovinzen zu Reibungen zwischen Türken und Rajas gekommen, und es sollen eine Anzahl griechischer Familien sich zu ihrer Sicherheit auf den griechischen Boden geflüchtet haben. Die Folgen solcher Ereignisse lassen sich schwer bemessen, jedenfalls ist bereits jetzt der gegenseitige Nationalhaß in seiner ganzen Stärke wieder erwacht und den rohen zügellosen Leidenschaften

für lange Zeit wieder ein weites Feld eröffnet. Die englische Politik hat es aber nicht anders gewollt. Ob sie auch die Früchte davon ärnten wird, ist freilich noch sehr zu bezweifeln, denn wenn nicht Alles trügt, werden diese am Ende doch den Russen zufallen. Nachschrift. Soeben kommt mir noch ein Schreiben zu, worin die Hoffnung ausgedrückt ist, daß es den vereinigten Bemühungen des österreichischen und französischen Botschafters gelingen werde, eine befriedigende Lösung der griechisch-türkischen Zerwürfnisse herbeizuführen. In Athen glaubte man allgemein, daß Kolettis zurücktreten werde, weil nur auf diese Weise den unerbittlichen Anfederungen Englands Genüge geschehen könne. Die Anwesenheit der englischen Kriegsschiffe im Piräus hatte die englische Partei so ermuthigt, daß sie kecker als je das Haupt erhob. Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge schienen neue große Verwirrungen in Griechenland kaum vermeidlich."

Haïti.

Von **Haïti** melden Berichte bis zum 12. März, daß die Republik fortdauernder Ruhe sich erfreute. Die auf General Soulouque gefallene Wahl zum Präsidenten an des verstorbenen Riché Stelle fand um so mehr die allgemeine Zustimmung, als derselbe die beliebten und tüchtigen Räthe seines Vorgängers beibehalten hatte. Die Kammern waren am 11. März zusammengetreten und hatten der von der Regierung ausgesprochenen Absicht sich angeschlossen, alles Mögliche zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen Frankreich zu thun.

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 26. April. Professor Klose gab gestern in den erleuchteten Räumen der Paulinerkirche ein Orgelconcert für mildthätige Zwecke. Wir hörten von ihm vortragen: Fuge von Händel, Phantasie über ein italienisches Volkslied von Corelli, die B-A-C-H-Fuge von Sebast. Bach und eine Phantasie und Variationen über ein englisches Thema von Rink. Eine Sopranarie mit obligater Orgelbegleitung vom Concertgeber wurde von Frl. Simon vorgetragen. Eine Anzahl Damen aus der Singakademie hatte sich vereinigt zur Ausführung einiger Frauenchöre von F. Mendelssohn-Bartholdy und Franz Schubert.

— Aus **Krakau** vom 20. April schreibt man der Schlesischen Zeitung: „Seit einigen Tagen hält sich hier Professor Endlicher aus Wien auf, um die hiesige Universität zu organisiren oder wenigstens zu reorganisiren. Man spricht davon, daß unter Anderm mehre Professuren gegründet werden sollen, vor Allem eine Professur der deutschen Sprache und Literatur, wobei nur zu wünschen wäre, daß dieser so wichtige Lehrstuhl einem in jeder Beziehung tüchtigen Mann überwiesen werden möchte, woran indeß nicht zu zweifeln."

Handel und Industrie.

Einer Uebersicht über die von der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen im Königreich Sachsen bewirkten Auseinandersetzungen zufolge waren bis zum Schlusse des Jahres 1846 überhaupt 10,547 Ablösungen anhängig geworden, von welchen 9042 ganz erledigt wurden, sodaß 1041 als materiell bereits beendigt zu betrachten sind, da 738 schon in Receßentwürfe gebracht und 303 bis zum Receßentwurfe gediehen waren. Der Stand der Landrentenbank ist gegenwärtig, nach dreizehnjährigem Bestehen derselben, folgender. Es sind in diesem Zeitraum 125,150 einzelne Jahresrenten im Gesammtbetrage von 441,570 Thlr. überwiesen worden, was einen Capitalwerth von 11,039,271 Thlr. ausmacht, auf welche letztere Summe jedoch von den Rentenpflichtigen 156,384 Thlr. baar abbezahlt sind, sodaß der Betrag des Rentencapitals bis auf 10,884,886 Thlr. und der Betrag der Jahresrenten um 6175 Thlr. bis auf 435,395 Thlr. vermindert worden ist. Den Cedenten ist das der Bank durch Ueberweisung der Renten cedirte Capital obiger 11,039,271 Thlr. mit 10,885,900 Thlr. in Rentenbriefen und 153,371 Thlr. durch Baarzahlung gewährt worden. Von dem Betrage der creirten Rentenbriefe aber wurden nach vorausgegangener Auslosung 378,000 Thlr. abgezahlt und dadurch die Rentenbriefschuld auf den Betrag von 10,507,900 Thlr. herabgesetzt, deren Verzinsung jährlich 350,263 Thlr. in Anspruch nehmen würde, wenn die Schuld selbst unvermindert bliebe. Es kommen aber im laufenden Jahr anderweit 100,000 Thlr. in halbjährlichen Raten von 50,000 Thlr. zur Abzahlung, und es ist demnach der durch den Zuwachs der abgeworfenen Zinsen sich im progressiven Verhältniß vermehrende Tilgungsfonds von ursprünglich ⅔ Proc. bereits bis nahe an 1 Proc. angewachsen. Nach Abzug der zu Gunsten der Rentenpflichtigen stipulirten normalmäßigen Abzüge, welche auf die vergangenen 13 Jahre 375,210 Thlr. betragen, berechnet sich das dermalige Activrentencapital von 10,884,886 Thlr. auf einen Effectivwerth von 10,509,675 Thlr.

* **Frankfurt a. M.**, 24. April. An unserm Fondsmarkt hat die Nachricht, daß in Folge der Projecte des Hrn. Salamanca der spanischen dreiprocentigen Schuld eine Vermehrung bevorstehe, ungünstig auf den Stand dieses Effects eingewirkt, welches seit gestern um ½ Proc. gewichen.

Börsenbericht. **Leipzig**, 26. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119½ Br.; Sächsisch Baiersche 86 Br., 85½ bezahlt und G.; Sächsisch-Schlesische 98 G.; Chemnitz-Riesaer 59½—60 bezahlt und G., 60½ Br.; Löbau-Zittauer 58 G.; Magdeburg-Leipziger 198½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90 Br.; Thüringer 93¾ G.; Altona-Kieler 107¾ Br., 107¼ G.; Pesther 99⅛ Br.; Dessauer Bankactien 100½ Br., 100⅛ G.; Preußische Bankactien 106 G.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 18. bis 24. April 1847:

12,721 Personen	10,007	Thlr. 20	Ngr. 5 Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht und magdeburger Antheil	6,032	„ 11	„ 5 „
	16,040	„ 2	„ — „

(Vom 1. Jan. — 24. April 169,128 Personen, Einnahme 152,450 Thlr. 6½ Ngr.)

Versicherungen. * **Gotha**, 22. April. Der Rechnungsabschluß der hiesigen Lebensversicherungsbank für 1846 ist beendigt und liegt nebst dem dazu abgefaßten Rechenschaftsberichte den Ausschüssen der Versicherten zur Prüfung und Bestätigung vor. Sobald diese erfolgt ist, wird er durch den Druck veröffentlicht. Es kann vorläufig daraus mitgetheilt werden, daß die Ergebnisse des vorigen Jahres sehr befriedigend waren, und zwar ebensowol in Absicht der abermaligen beträchtlichen Erweiterung des Versicherungsgeschäfts als der mäßigen Sterblichkeit unter den Versicherten. Die drückenden Verhältnisse, welche in Folge der zunehmenden Theuerung der ersten Lebensbedürfnisse in einem großen Theile Deutschlands herrschten, sind auf den glücklichen Fortgang der Bankgeschäfte ohne nachtheiligen Einfluß geblieben; ja die Zahl der der Bank beigetretenen neuen Mitglieder war größer als in einem der letztverflossenen Jahre, sie betrug 1096 Personen, welche zusammen eine Summe von 1,648,500 Thlr. auf ihr Leben versichern ließen. In Folge dieses reichlichen Zugangs stieg, nach Abzug des Abgangs, der Versicherungsbestand bis zum Jahresschluß auf 14,126 Versicherte mit 22,464,200 Thlr. Versicherungssumme. Die Einnahme war um 45,478 Thlr. größer als im vorausgegangenen Jahr und belief sich auf 971,877 Thlr., worunter 159,835 Thlr. für Zinsen begriffen sind. Die Ausgabe war um 28,260 Thlr. kleiner als 1845, und betrug 544,824 Thlr. Die überschießenden 430,053 Thlr. wachsen dem Bankfonds zu und erheben denselben auf 4,742,116 Thlr. Die Zahl der zu vergütenden Sterbefälle beschränkte sich auf 221, die Summe der dadurch zahlbar gewordenen Capitale auf 353,900 Thlr. Da nach der auf Grund der Sterblichkeitsliste angestellten Wahrscheinlichkeitsberechnung eine Ausgabe von 421,986 Thlr. für 257 Sterbefälle zu erwarten war, so fand eine Minderausgabe von 68,086 Thlr. statt. So groß war die Differenz noch in keinem Jahre! Wie in mehren der frühern Jahre, so ist auch 1846 die Sterblichkeit in den höhern Altersklassen verhältnißmäßig weniger günstig gewesen als in den niedern, und die Sterblichkeit unter den Frauen (2,22 Proc.) abermals ungünstiger als unter den Männern (1,53 Proc.). Unter dem obigen Bankfonds sind 3,514,388 Thlr. für eigentliche Reserve, über deren Natur und Zweck im Berichte nähere Erläuterung ertheilt wird, und 882,246 Thlr. als Bestand des zur Dividendenvertheilung bestimmten Sicherheitsfonds enthalten. Der reine Ueberschuß des Jahres 1846 beträgt 242,162 Thlr. und entspricht unter den sonstigen Voraussetzungen einer Dividende von 30 Proc. Der Bankfonds wird auf folgende Weise gewährt: Kassenbestand 19,973 Thlr., Ausleihungen 4,448,716 Thlr., Vorschüsse auf Policen 65,281 Thlr., Guthaben an Zinsen 45,923 Thlr., verzinsliches Guthaben bei Bankiers und Creditanstalten 75,135 Thlr., Guthaben bei den Agenten 85,712 Thlr., Rest der Begründungsschuld 1375 Thlr. Der Durchschnittszinsfuß, zu welchem die Bankcapitale ausgeliehen sind, stieg in Folge der andauernd günstigen Conjuncturen auf dem Geldmarkte von 3,71 Proc. auf 3,75 Proc.

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Fünfte Ziehung am 26. April. 10,000 Thlr.: Nr. 33,057; 2000 Thlr: Nr. 6876; 1000 Thlr.: Nrn. 2721, 7129, 13,742, 13,984, 16,441, 21,039, 22,579, 22,652 und 24,947. (Nächste Ziehung am 27. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 26. April früh 7 Uhr: 2° 18″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 24. April. Oestr. Bkact. 1896; 250 Fl. L. 118⅛; 500 Fl. L. 153¼ Br.; Bair. 3½pc. 92⅝ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74⅛ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 36; Kurhess. 32⅛. Wien, 23. April. Bkact. 1578; Met. 5pc. 107¼; 4pc. 97¼; 3pc. 69; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 117¾.

Actien. Frankfurt a. M., 24. April. Taunusb. 358½; Nordb. 71; Verb. 91½. Wien, 23. April. Nordb. 167; Gloggn. 122½; Mail. 108¼; Livorn. 90¼; Pesth. 98¼.

Leipziger Börse am 26. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam pr. 250 Fl. L.	k. S.	—	—
	2 Mt.	100⅛	—
Augsburg pr. 150 Fl.	k. S.	99½	—
	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr. Pr. Crt.	k. S.	—	99⅛
	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr. Ladr. à 5 Thlr.	k. S.	111½	—
	7 Mt.	—	—
Breslau pr. 100 Thlr. Pr. Crt.	k. S.	—	99⅛
	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M. pr. 100 Fl. in 8. W.	k. S.	56⅛	—
	2 Mt.	—	—
Hamburg pr. 300 Mk. Bco.	k. S.	150⅛	—
	2 Mt.	149⅛	—
London pr. 1 Pfd. St.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	6. 21½	—
Paris pr. 300 Frcs.	k. S.	—	—
	2 Mt.	79⅛	—
	3 Mt.	79	—
Wien pr. 150 Fl. Conv. 20 Kr.	k. S.	—	103⅛
	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

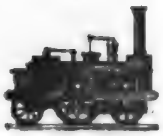
Augusd. à 5 Thlr. à ⅔ Mk.		—	—
Br. u. à 21 K. 8 C. auf 100 Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—
idem	auf 100	—	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . .	auf 100	—	11⅛
Holl. Dec. à 3 Thlr.	„	—	6⅛
Kaiserl. d°.	d°. „	—	6⅛
Preuss. d°. à 65⅞ As	„ d°.	—	6⅛
Passir d°. d°. à 65 As	d°.	—	6
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—
idem 10 u. 20 Kr.	d°.	2⅛	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—
Silber	d°. d°.	—	—

Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere *) à 3 % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	—	91¼
	100 Thlr. F. Kleinere . . .	—	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	—	91¼
	100 Thlr. F. Kleinere . . .	—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine à 3 % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	89	—
	20 u. F. Kleinere . . .	—	—
Leipziger Stadt-Obligationen à 3 % im 14-Thlr.-Fusse	v. 1000 u. 500 Thlr.	91	—
	100 Thlr. F. Kleinere . . .	—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %	v. 500 . . .	—	—
	v. 100 u. 25 . . .	—	—
„ landsaxer d°. à 3½		—	—
„ d°. d°. à 3½		—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-Pr.-Obl. à 3½ %		105⅛	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100		—	92½
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)		—	—
K. K. Oestr. Metall. pr. 150 Fl. Conv.		—	—
à 5 % laufende Zinsen		103	—
à 4 % laufende Zinsen		98	—
à 3 % à 103⅓ im 14-Thlr.-F.		—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr.	pr. 100	132	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr.	pr. 100	119⅛	—
Sächs.-Bair. d°.	pr. 100	—	85½
Sächs.-Schles. d°	pr. 100	—	98
Chemn.-Ries. d°.	pr. 100	—	60
Löbau-Zitt. d°.	pr. 100	—	58
Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d°	pr. 100	—	198½

*) I. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Ankündigungen.



Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den allgemeinen Nothstand werden von heute an Transporte von **Korn, Weizen, Mehl, Brot, Erbsen, Linsen, Graupen, Grütze** und **Kartoffeln** und andern Lebensmitteln, welche von Behörden, Communen und Hülfsvereinen zur Abhülfe des Mangels versendet und als zu diesem Zwecke bestimmt bezeichnet werden, auf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn für die Hälfte des Tarifsatzes C. befördert.

Leipzig, am 24. April 1847.

Directorium der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1665—66]

Post-Dampfschiffahrt
zwischen
NEWYORK und BREMEN.

Das ausgezeichnet schöne, neue amerikanische Post-Dampfschiff
Washington, Capt. **Hewitt**,
groß 2200 Tons, wird am **1. Juni** seine Fahrt von **Newyork** nach **Bremen** antreten, am **25. Juni** von der Weser nach Newyork zurückkehren und auf der Rückreise Southampton in England anlaufen.

Die Passage-Preise sind:

In der ersten Cajüte: von Bremen nach Newyork 150 Dollars,
ditto von Bremen nach Southampton 5 Pf. St.
In der zweiten Cajüte: von Bremen nach Newyork 60 Dollars,
ditto von Bremen nach Southampton 3 Pf. St.
Beköstigung eingeschlossen, mit Ausnahme von Wein.

Die Güter-Fracht ist festgesetzt:

Von Bremen nach Newyork auf fünf und zwanzig Dollars und 5 Procent Primage für die Tonne von 40 Cubikfuß, für gewöhnliche Kaufmannsgüter, und auf fünf und dreißig Dollars und 5 Procent Primage für Seidenwaaren und ähnliche kostbare Waaren.

Für Specie ½ Procent.

Für Packete mit Proben fünf Dollars, auch wird kein Connoissement für weniger Fracht als fünf Dollars gezeichnet. — Die Passagepreise und Frachtsätze von Southampton nach Newyork sind dem Vorstehenden gleich.

Das Passagegeld wird bei Belegung der Plätze entrichtet.

Alle Briefe und Documente für Amerika sind durch das Stadtpostamt in Bremen zu befördern.

Die Anmeldungen von Passagieren und Frachtgütern geschieht in portofreien Briefen bei der
Administration der Ocean-Steam-Navigation-Company in Bremen.
C. A. Heineken & Comp., Obernstraße Nr. 22.

Von obiger Ankündigung sind Abdrücke auf dünnem Papier unentgeltlich an unserm Comptoir zu bekommen.

C. A. H. & Co.

Unter Bezug auf die heutige Bekanntmachung der *Ocean-Steam-Navigation-Company* empfehle ich mich als Spediteur der Güter, sowie auch zur Besorgung der Assecuranz ꝛc. mit der Versicherung prompter und billiger Bedienung. [1641—41]

Bremen, den 22. April 1847.

J. H. Bachmann.

Jede Woche erscheint:

Humoristisch-satyrische Zeitschrift
mit Illustrationen.

Preis des Jahrganges von 52 Nrn. (à 1—2 Bogen) mit 4—500 Illustrationen **(Original-Karikaturen** und **Bilderwitze)**, 5⅓ Thlr. = 8 Fl. Conv. = 9 Fl. 36 Kr. Rhein.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsexpeditionen und Postämter an, durch welche auch fortwährend **Probe-Nummern gratis** zu erhalten sind.

Insertionsgebühren für die gespaltene Zeile oder Raum 2 Ngr.

[1554] **Renger'sche Buchhandlung in Leipzig.**

Soeben ist bei uns erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Praktische Arzneimittellehre für Thierärzte

von **Dr. Carl Heinr. Hertwig,**
Prof. an der Königlichen Thierarzneischule zu Berlin.
Dritte, sehr vermehrte und verbesserte Auflage. [1580]
49 Bogen grösstes Octav. Compress 4 Thlr.

Berlin, Ostern 1847. ***Veit & Comp.***

[1681—86]

Wir erlauben uns, die geehrten Herren, welche sich bei Versendungen von Gütern über hier unserer Dampf- und Schleppschiffe bedienen, darauf aufmerksam zu machen, daß wir durch den, mit den beiden Assecuranz-Compagnien **„Agrippina"** zu Köln und **„Preuß-National-Versicherungs-Gesellschaft"** zu Stettin abgeschlossenen Contract im Stande sind, wenn die Versicherung der Waaren bei diesen Gesellschaften aufgegeben wird, für 50 Thlr. per Centner Werth **keine Prämie** und für den überschießenden Werth **nur ½ pro Mille** zu berechnen, sodaß wir z. B. bei einem Werthe von 200 Thlr. per Centner nur 2½ Sgr. Prämie im Ganzen in Ansatz bringen.

Herr **Ferd. Gernau** in **Leipzig**, Grimmaische Straße Nr. **15**, Fürstenhaus, wohnend, wird gern gewünschte nähere Auskunft hierüber noch ertheilen, und ist bei demselben unser diesjähriger Frachttarif gratis zu erhalten.

Magdeburg, den 18. April 1847.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
Holtzapfel.

Im Verlage von **Otto Klemm** in **Leipzig** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Morgengruß
an
die Preußen.
Sechs Gedichte
von
Karl Knoern.
Brosch. Preis 7½ Ngr. [1679]

Contra Simon.

Soeben erschien in meinem Verlage:

Sind die zum vereinigten Landtag einberufenen Stände competent?

Ein
Beitrag zur Lösung
der
ständischen Frage
von
R. v. Bardeleben.
Preis 3 Ngr.

Leipzig, den 23. April 1847.

[1577—79] ***Wilhelm Jurany.***

Bei **Ignaz Ed. Schaida** in **Preßburg** ist in Commission erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben

Ueber
Ungarns Zustände.
Von
Bárándy.

1847. Gr. 8. 200 Seiten stark, auf milchweißes Papier mit neuen scharfen Lettern gedruckt und in netten Umschlag broschirt. Preis 1 Fl. C.-M. = 24 Sgr. [1680—88]

Digitized by Google

Bekanntmachung,

die Ertheilung eines Privilegiums auf einen eigenthümlichen Aufwinde-Regulator für Mule-Feinspinnmaschinen betreffend.

Auf Sr. Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl ist dem Maschinenfabrikanten **Richard Hartmann** in Chemnitz auf dessen Ansuchen und in Folge der darauf stattgefundenen Erörterung auf die ausschließliche Anfertigung des von ihm construirten, durch die bei dem Ministerium des Innern niedergelegte Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen eigenthümlichen Aufwinde-Regulators für Mule-Feinspinnmaschinen zur Baumwoll-, Kamm- und Streichgarn-Spinnerei ein Privilegium auf fünf hinter einander folgende Jahre, vom heutigen Tage an gerechnet, mit der Wirkung, daß Niemand diesen Aufwinde-Regulator ohne vorher erlangte Zustimmung des Privilegieninhabers anzufertigen befugt ist, für den Bereich des Königreichs Sachsen, jedoch nur unter der Bedingung ertheilt worden, daß das Privilegium dann als erloschen zu betrachten sein würde, wenn die bleibende Ausführung und Anwendung der Erfindung in hiesigen Landen nicht binnen Jahresfrist nachgewiesen sein wird. Auch ist bei Bewilligung des Privilegiums die Neuheit und Eigenthümlichkeit der Erfindung im Sinne §. 1 der laut der Bekanntmachung vom 31. Juli 1843 in den Zollvereinsstaaten bei Ertheilung von Erfindungspatenten oder Privilegien zu beobachtenden Grundsätze ausdrücklich vorausgesetzt worden.

Das Ministerium des Innern macht Solches hierauf zur allgemeinen Wissenschaft und Nachahmung hierdurch bekannt

Dresden, den 7. April 1847

Ministerium des Innern.
von Falkenstein.

[1562—62] Demuth.

K. K. priv. Azienda Assicuratrice in Triest.

Der unterzeichnete Hauptagent der Gesellschaft übernimmt für dieselbe

Versicherungen gegen Feuer- und Wassergefahr auf Gütertransporte aller Art

zu äußerst billigen Prämien, und ertheilt sowol Policen über einzelne Versendungen, als Generalpolicen auf längere Zeit nach Maßgabe des gratis zu erhaltenden Prospects. [1501—3]

Leipzig. ***Franz Jünger***, Hauptagent für das Königreich Sachsen ꝛc., Grimmaische Straße Nr. 31.

Das Neueste der Messe.

Rasiren ein Genuss

mit

Savon de Seville.

Diese ausgezeichnet gute Rasirseife findet man nur bei

Friedrich Struve,

[1565—67] Inhaber der Preis-Medaille,

jetzt Petersstrasse Nr. 16, vis-à-vis Hôtel de Bavière.

Erd- und Himmelsgloben

franco Packung zu Fabrikpreisen bei ***Adalbert Harsky,***

[1684—85] sonst **Carl Schubert.** Leipzig, Grimmasche Strasse Nr. 14.

Gesuch. Ein Dr. phil. jüdischer Religion, der im Hebräischen, in neuern und alten Sprachen gründlich unterrichten kann, sucht am hiesigen Ort eine **Hauslehrerstelle.** Das Nähere in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Am Donnerstag den 6. Mai, Morgens 10 Uhr, soll auf der Herrlichkeit in der Heiligen Geist-Scheune in Hamburg eine frisch angekommene Partie ungebleichtes 3/4 **Leinen-Maschinengarn**, bestehend in circa 3000 Bündel Nr. 25, 28, 30, 35, 40, 50, 60, sowie circa 1500 Pfd. dunkelblauer **Zwirn** Nr. 25, 30, 35, 40, in Banco per Auction verkauft werden durch den Makler [1683]

A. C. Paulsen.

Chemnitz-Riesa.

Schon Mancher hat aus Bläßigkeit
In **Chemnitzern** sein Geld verloren.
Doch wenn die Herren Directoren,
Wie man vernommen weit und breit,
Bemüher sind sich selber abzukaufen,
O dann, Gefährten, ist es Zeit,
Die höchste Zeit — — davon zu laufen.

O. W.,
[1692] **Chemnitzer Actionair.**

F. August Behrens jun.

in ***Magdeburg***

(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 192 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 27. April. **Die Stumme von Portici**, große Oper mit Tanz in 5 Acten nach Scribe und Delavigne, vom Freiherrn von Lichtenstein. Musik von Auber.

Mittwoch, 28. April. **Die Karlsschüler**, Schauspiel von H. Laube.

Donnerstag, 29. April. **Erste Gastrolle der Königl. Sächs. Hof-Opernsängerin Frau *Schröder-Devrient:* Die Montecchi und Capuleti**, große Oper von Bellini. Romeo, Frau **Schröder-Devrient.**

Cirque-Equestre

von **E. Renz** auf dem Königsplatze.

Dienstag den 27. April, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Othello, der Mohr von Venedig, dargestellt durch den Afrikaner Max Jezome. — Kraft-Productionen von E. Renz, Herrn G. Felsenmeier und L. Tourniaire.

Zum zweiten Male: große Productionen des Mstr. Amodio Neupert, Mitglied des Ashley-Theaters zu London. — Grand tableau original, mit vier dazu dressirten Pferden. — Contredanse française, geritten von vier Herren und vier Damen.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

Um Irrungen zu vermeiden, erlaube ich mir ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß mein rund gebauter Circus mit einer Flagge, worauf sich ein Pferd befindet, versehen und hinter der viereckigen Bude auf dem Königsplatze ist.

[1682] ***E. Renz***, Director.

H. G. Grote

aus **Ronsdorf** bei **Elberfeld,**

Brühl Nr. 15, erste Etage,

empfiehlt sein Lager von [1564—66]

Sammetbändern, seidenen Taffetbändern, Besatzbändern, Kothbändern und von diversen **Besatzkordeln** u. s. w.

Nathan Marcus Oppenheim,

Juwelier aus Frankfurt a. M.,

Nikolaistrasse Nr. 22,

kauft **Juwelen, Antiquitäten** und **alte Spitzen.** [1509—14]

Einkauf von Juwelen und Perlen.

Die angemessensten Preise für Juwelen und Perlen zahlen ***Haller & Rathenau***, königl. Hoflieferanten und Hofjuweliere aus **Berlin, Brühl im Weissen Ross.** [1424—29]

Mess-Local-Vermiethung.

Ein in der besten Meßlage, zu ebener Erde, befindliches Gewölbe ist für nächste Michaelis- und folgende Messen zu vermiethen. Näheres in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1655—57]

In Frankfurt a. O. ist in meinem Hause

Judenstraße Nr. 7

ein großes Meßgewölbe nebst Comptoir, Stuben ꝛc., welches die Herren Milde & Co. aus Breslau 14 Jahre inne hatten, zur nächsten Margarethen- und folgenden Messen zu vermiethen, gleichzeitig auch die Verkaufslocale von den Herren Heß, Ruben & Co. aus Hamburg. Hierauf Reflectirende belieben sich an mich direct zu wenden.

[1451—53] ***E. Fersenheim.***

Bekanntmachung.

Es werden noch einige Knaben für ein Pensionat (in Dresden) unter den annehmlichsten Bedingungen in Bezug auf Unterricht, Pflege und Bildung baldigst gesucht. Das Nähere werden auf frankirte Anfragen mittheilen: der Hausgeistliche **Dittrich** zu Waldheim, der Oberlehrer Dr. **Koechly** und Bibliothekar Dr. **Petzholdt** zu Dresden, und der Pastor M. Jacobi zu Borna bei Mühlberg. [1618—17]

(Mit einer Beilage.)

Ueberblick.

Preußen. Der Vereinigte Landtag.
Handel und Industrie. *Aus Dalmatien. Die Aernte. Nothstand. Bergbau. Fischfang. *Posen. Die Aernte. Der Blutegelhandel. *Bonn. Generalversammlung der Bonn-Kölner Eisenbahngesellschaft.
Ankündigungen.

Preußen.

Bei Fortsetzung der Berathung über die Adresse in der Sitzung am 16. April (Nr. 116) sagte Abg. Hansemann zuvörderst dem Landtagscommissar Dank dafür, daß derselbe die Verantwortlichkeit des Ministeriums für alle den Ständen vorgelegten Erlasse der Krone ausgesprochen. Die Lage des Ministeriums sei eine eigenthümliche, es habe gewiß geglaubt, der Erlaß vom 3. Febr. habe das Land befriedigt, und das sei doch nicht geschehen. Nur sehr wenige Redner hätten sich unbedingt für Alles mit Lob ausgesprochen, sonst sei der Unterschied nur darin, daß der Eine verwahren wolle, was er für Rechtens halte, der andere in Form von Wünschen die verschiedenen Ansichten ausspreche. Seine Ueberzeugung sei, daß die von der Commission vorgelegte Adresse mit Weglassung des Passus vom Schmerze der Fortbildung der Verfassung im Sinne der großen Majorität der Versammlung kein Hinderniß entgegenstelle. Der große Unterschied zwischen dem Amendement und dem Entwurf der Commission bestehe darin. Während der Entwurf der Adresse es bestimmt erkläre, daß die gegenwärtige Versammlung sich, wenn sie auch nicht so genannt sei, doch dem Wesen nach als eine reichsständische betrachte, daß mithin alle auf diese lautenden Rechte mittels der Geschäftsordnung dieser Versammlung auf sie übergegangen seien, sei in dem Amendement des Grafen v. Arnim nichts, wenigstens nichts Deutliches von dieser sehr deutlichen Erklärung enthalten. Ferner hebe der Entwurf mehre Punkte hervor, wofür er vorhandene Rechte in Anspruch nehme und wahre. In dem Amendement sei aber eine solche Wahrung von Rechten nicht einmal in allgemeinen Ausdrücken vorhanden. Es werde blos gesagt, daß Mancher unter der Versammlung Zweifel hätte an der Uebereinstimmung des Gesetzes vom 3. Febr. mit den frühern Gesetzen, und es werde dann weiter aus Gründen der Zweckmäßigkeit angedeutet, man wolle später auf diese Angelegenheit zurückkommen, und die Voraussetzung ausgedrückt, wenn man in der weitern Berathung nur erst einmal zu der Ueberzeugung der Nichtübereinstimmung des Gesetzes vom 3. Febr. mit den frühern kommen werde, so werde der König wol auch diese Dissidenzen, diese Unterschiede durch neue Anordnungen wegräumen. Dagegen sei das eine Bitte in glänzender Form, aber keine Verwahrung. Der Entwurf der Adresse stelle sich bestimmt auf den Grund der frühern Gesetze, er erkläre: die Versammlung sei die reichsständische Versammlung und als solche gehen die frühern Rechte auf sie über. Das sei der Unterschied, und bei der Abstimmung möge Jeder sein Gewissen wohl prüfen. Es handle sich darum, ob das lebendige Gefühl des Rechts in der Versammlung lebe, oder ob sie nur von Vertrauen, von Gnade leben wolle. Er achte und verehre den König, aber als freier Mann gestehe er: Recht, das sei der Boden der Vaterlandsliebe. Ein weiterer Unterschied zwischen dem Entwurf und dem Amendement sei der, daß sie freimüthig, aber ehrfurchtsvoll Wahrheit reden. Dadurch bewähre die Nation ihre Würdigkeit zur Ausbildung der ständischen Verfassung, die der Herrscher ihr zugedenke. Das, was er jetzt gesagt, gehe den Unterschied im Sinne der zuerst vorgeschlagenen Adresse und des Amendements an; er wolle nur sagen, weshalb er aus weitern zweckmäßigen Gründen das Amendement bekämpfe und die Adresse mit der von ihm angedeuteten Aenderung angenommen zu sehen wünsche. Ein neues Amendement aber sei es nicht, was er wolle. Die Ungewißheit, die Unklarheit, der Umstand, daß man ändern könne nach Gründen der Zweckmäßigkeit, selbst schnell ändern könne, das sei der große Fehler der bisherigen Gesetzgebung über Rechte der Stände. So hätten sie denn in Preußen eine sehr wandelbare Verfassung, weil die Ansichten seit 1815—1847 vielseitig gewechselt. Diese Wandelbarkeit der Verfassung halte er für ein Unglück für die Nation so gut wie für die Stärke des Throns. Sie müßten in dem vorgelegten Entwurf erklären: Wir sind die reichsständische Versammlung, wie die Gesetze sie vorgeschlagen haben, und so folge denn daraus von selbst, daß alsdann ein Vertrag mit der Krone über Dasjenige, was etwa abzuändern sei, künftig stattfinden werde. So kämen sie auf den festen Boden der Unwandelbarkeit der Verfassung, und es würde das Mißtrauen beseitigt, was vielfältig sich eingeschlichen. Dem Lande wie dem Thron seien sie Wahrheit schuldig, und er spreche es unumwunden aus, das Vertrauen, was früher stattgefunden, sei nicht mehr in gleichem Maße für die Regierung vorhanden. Andere möchten Anderes beobachten, möchten es auch sagen. Daß es so sei, das sei gerade aus diesen Verordnungen in Verbindung mit der Geschäftsordnung entstanden; diese Actenstücke seien, indem sie die ständischen Rechte vielseitig beschränken, mit Mißtrauen von den Räthen der Krone geschrieben, mit Mißtrauen dagegen, daß die Stände eben ihre Rechte mißbrauchen würden. Weiter halte er die Adresse der Commission für die beste deswegen, weil sie nur wenige Rechte positiv verwahre, und weil, wenn sie das nicht thäten, sie den Ansichten der Nation nicht entsprechen würden. Sie sollten ruhig abwarten, was weiter von der Krone geschehen werde, aber diese wenigen Rechte, die wollten sie wahren.

Die Kraft der Nation werde auf zweierlei Weise erweckt: durch große Umbildungen, das sei der eine Weg. Diesen Weg habe Deutschland durchgemacht zu Anfang dieses Jahrhunderts bis 1812 u. 1813, und man möge seine Mängel freiwillig anerkennen und eingestehen, daß es zehnjähriger Bedrückung von Seiten Fremder bedurft hätte, bis die Nation ganz aufgestanden. Der zweite Weg sei der, auf welchem die civilisirten Nationen zu wandeln hätten. Durch das Rechtsgefühl werde die Kraft der Nationalität geweckt; dies sei es, was überall beleben müsse, und ihre Aufgabe sei es zuerst, daß sie, die nach der Verordnung vom 3. Febr. nicht zu stark hingestellt seien, sich stärkten, selbst als Vertreter der Nation. Daß sie in einer Verwahrung von Rechten sprächen, das sei der erste Grund der Zweckmäßigkeit. Habe die Thronrede auf Gefahren von Seiten des Auslandes hingewiesen, so spreche er unumwunden aus: Preußen sei allerdings in einer unter gewissen Eventualitäten bedenklichen Lage; es habe zwei mächtige Nationen zu Nachbarn; auf der einen Seite eine Nation, die danach ringe, mit eiserner Consequenz eine große Nationalität von vielen Millionen zu begründen und deren Eroberungen seit hundert Jahren ungeheuer gewesen seien. Am entgegengesetzten Ende stehe ihm aber eine eben so große Gefahr, wenn auch in anderer Form, bevor. Nun das sei es gerade, was er hervorheben wolle, daß das Rechtsgefühl, wenn es die ganze Nation beleben, sie stark erheben, sie kräftigen werde, und daß es da kein besseres Mittel gebe als das, um die Nation dahin auszubilden, wohin sie kommen müsse, wenn sie in Eintracht mit den übrigen deutschen Stämmen sich mächtig durch solche Gefahren erheben solle. Was sei die Ursache, weshalb vom Rheinland, von dem äußersten Westen und von der andern Seite von Osten her das Bedürfniß der Entwickelung des öffentlichen Rechts am stärksten erfodert werde? Den Grund wolle er ihnen sagen: die östlichen wollten nicht russisch, und die westlichen wollten nicht französisch werden. Deutsche, Preußen wollten sie bleiben, aber das öffentliche Recht entwickeln.

Zum Schlusse müsse er noch Folgendes sagen. Seit Jahren habe er die Ueberzeugung geäußert, daß für Preußens Verfassung eine auf alte Geschlechter gegründete Aristokratie einen wesentlichen Theil der Verfassung einnehmen möge; denn auf der einen Seite seien die neuen Elemente der socialen Verhältnisse vollkommen demokratischer Natur, auf der andern Seite wolle er daher ein stolzes, auf sein Recht kräftiges Haus haben, was die alten Geschlechter vertreten und die Rechte verwahren: die Rechte der Krone, wenn die Demokratie zu weit gehen wolle, die Rechte des Volks, wenn die Räthe der Krone Erlasse vorschlagen, wodurch die frühern Rechte des Volks gekränkt würden. Conservativ sein also, das sei nach seiner Ueberzeugung die Hauptaufgabe; das bestehe aber darin, daß man wahre was man habe, und besonders die Rechte.

Hierauf erhob sich der Prinz von Preußen. Es sei gesagt worden, die vorliegenden Verordnungen seien aus dem Mistrauen der Räthe des Königs hervorgegangen. Er sei vermöge seiner Geburt der erste Unterthan des Königs, vermöge des Vertrauens des Königs sein erster Rathgeber. Als solcher gebe er die heilige Versicherung, daß kein Mistrauen einen von ihnen beschlichen habe, als diese Verordnungen berathen worden seien. Aber eine Voraussicht haben sie gehabt, daß die Verordnungen, die zum Besten des Vaterlandes gegeben worden, Freiheiten und Rechte der Stände niemals auf Unkosten der Rechte und Freiheiten der Krone gewähren sollten.

Der Landtagscommissar hielt der Aeußerung des Abg. Hansemann entgegen, daß er nicht wisse, aus welchem seiner Worte die Schlußfolge gezogen werden könne, das Ministerium, die Räthe der Krone hätten sich für verantwortlich erklärt. Er wisse aber, daß sie sich allerdings für verantwortlich hielten für alles Das, was sie thäten, vor Gott, dem König und vor ihrem Gewissen. Für Das aber, was der König als Souverain beschließe und befehle, dafür seien sie nicht verantwortlich.

Nach einer Debatte, die sich hierauf über den Fortgang der Verhandlung zwischen mehren Abgeordneten und dem Landtagsmarschall entspann, erhielt der Abgeordnete von Auerswald (Generallandschaftsrath auf Plauthen) das Wort, der für den Theil des Inhalts der Adresse zu sprechen sich beschränken wollte, den er für wesentlich und unerläßlich halte. Es seien vernehmlich drei Punkte des Adreßentwurfs angegriffen worden. Es sei dies zuvörderst die Aufführung specieller Bedenken, sodann die Erwähnung einer schmerzlichen Berührung durch die Thronrede und endlich der Ausdruck zur Wahrung ständischer Rechte. Den ersten Punkt anlangend sei er bereit, sich jedem andern Wege zur Erreichung des Zweckes anzuschließen. Um was es sich aber bei ihm handle, das sei, offen und ehrerbietig ausgesprochen, wie er sein Gewissen verletzt fühle dadurch, daß er in Voraussetzung einer Uebereinstimmung von Gesetzen handeln, mit bewußter Theilnahme seine Mitwirkung eintreten lassen solle, während er jene Uebereinstimmung nicht zu erkennen vermöge. Zur zweiten angegriffenen Stelle der Adresse übergehend glaube auch er jetzt, die Erwähnung des Schmerzes für beseitigt halten zu dürfen. Doch müsse er, damit Diejenigen, welche diesen Ausdruck wählten, nicht verkannt würden, bemerken, daß die von einem andern Redner vorgeschlagene Aenderung wol einen andern, aber sicherlich keinen stärkern Ausdruck des Vertrauens enthalte als die Worte der Adresse. Das Wort Wahrung endlich betreffend, könne er bei allem Nachdenken darüber nichts irgend Bedenkliches darin entdecken. Man möge nur der Stelle der Thronrede gedenken, in der sie ausdrücklich Vertreter und Wahrer ihrer Rechte genannt würden. Nun denn, ein Wahrer seines Rechts, ein solcher, den sein König selbst dafür erkenne, werde sich wol unbedenklich des Wortes Wahrung bedienen dürfen. Der Redner trägt zuletzt auf Einschaltung des bereits in Nr. 110 mitgetheilten Amendements an.

Graf v. Arnim verwahrte sich hierauf zunächst gegen den indirecten Vorwurf eines Redners, daß man die Person des Königs in die Debatte einmische, und fragte, ob nicht die Commissien in ihrem Entwurf die Worte der Thronrede zum Gegenstande der Beleuchtung gemacht und so erst den König in die Debatte hineingebracht habe. Wenn derselbe Redner den Vorwurf seines Gewissens fürchte, wenn er nicht alle Verwahrung niederlege, die in dem Entwurfe enthalten sei, und später Vorwürfe über vergebene Rechte fürchte, so frage er, ob er aber auch gegen die Verwürfe gesichert sei, wenn er, um ängstlich die Rechte zu verclausuliren, Zwiespalt zwischen König und Volk, zwischen König und Ständen erregt habe. Ob Die ihrer Sache wol einen Dienst thäten, wenn sie bei dem ersten Schritt, den Preußens Stände thun, indem sie ihre Gefühle ihrem König sagten, irgendwie die Einheit und den guten Einklang in Frage stellten? Derselbe Redner habe gesagt: er wolle um den König stehen, wenn es gelte, durch Kriegführung das Land zu vertheidigen. Nun, das wollten sie Alle. Die Frage sei aber: ob es verboten sei, den Weg zu bezeichnen, um dem König die Mittel zu geben, wenn er sie nicht rufen könne. Er wünsche von Herzen, daß, wenn ein Gewitter am politischen Horizont heraufzieht, der König auch die Möglichkeit habe, alle seine Stände um sich zu berufen, und er sei überzeugt, dies würde einen Eindruck machen gleich einer gewonnenen Schlacht. Aber er finde in der Voraussicht des Falles, daß die Einberufung Aller nicht möglich, keinen Angriff auf ihre Rechte, dessen Zurückweisung er für nöthig halte. Wer da sage: Ich kann den Ausschuß nicht vertreten, der möge Recht haben

in seinem Sinne; er solle sich aber nicht der Berathung entziehen, denn durch dieselbe werde sich erst zeigen, was die wahre Ansicht sei, indem sie durch die Läuterung des Landtags gegangen. Der Redner habe auch verlangt, dem Könige solle die Wahrheit nicht verschwiegen werden; er habe verlangt, es sollen keine ständischen Rechte vergeben werden; er glaube, hierin trete ihm Jeder bei. Die Frage sei aber: Wird denn durch das Amendement die Wahrheit nicht gesagt? werden ständische Rechte vergeben? Er überlasse dies wiederum lediglich der Entscheidung der Versammlung. Ob denn der Redner glaube, daß er nicht gesonnen sei, dem Könige die Wahrheit zu sagen; ob er sich so gezeigt habe, als ob er zu leicht umginge mit ständischen Rechten?

Das Amendement, sei gesagt worden, erkenne nicht genug an, daß sie Rechte hätten; die Adresse erkenne dies an. Ja, wenn die Adresse nichts weiter thäte, als zu sagen, daß sie gewisse Rechte hätten, daß also Das und Das in dem Gesetze vom 5. Jun. 1823 stehe, so wäre darin nichts Unrichtiges, nichts Vergreifendes, sie würde dann nur etwas Unnützes sagen. Aber er habe gestern schon ausgeführt, die Adresse sage nicht: Blos gewisse Rechte sind geschrieben im Gesetze, sondern sie folgere Rechte aus dem Gesetz, und das sei etwas, was für die Adresse zu weit gehe. Die Folgerung der Rechte werde Gegenstand der Berathung sein. Ein anderer Redner habe ausgeführt, daß die Aenderung der Verfassung höchst bedenklich sei, wenn sie nur von Räthen der Krone begutachtet wäre. Für ihre Zukunft scheine in dieser Behauptung kein Grund zur Besorgniß zu liegen. Denn während das Gesetz vom Jahr 1823 den einzigen Punkt, wie die Reichsstände aus den Provinzialständen hervorgehen sollen, der landesväterlichen Fürsorge vorbehalte, so sei, nachdem der König hierüber entschieden, nach den Worten des Gesetzes vom 3. Febr. keine Veränderung der ständischen Verfassung mehr möglich als mit dem Beirath der Stände. Der Fall könne also nicht mehr vorkommen, daß ohne Beirath der Stände Aenderungen hervorgehen können, und noch mehr, gerade für diesen Zweck sei unter allen Umständen der Beirath des ganzen Vereinigten Landtags in Anspruch genommen und als Bedingung gestellt. Ob sie bei denjenigen Umwandlungen, die die ständische Verfassung im Laufe der Zeit erfahren könnten, vom Vertrauen beseelt sein wollten oder nicht, darauf sage er nur, habe die Versammlung bereits entschieden, als ein Redner das Wort „Vertrauen" auf die Regierung in Zweifel gezogen. Er halte es für höchst bedenklich, sein eignes Vertrauen zur Ansicht des Landtags zu machen. Die Kreise, in denen sich der Einzelne bewege, und wären sie noch so weit, seien immer noch viel zu klein, um hier einen Ausspruch darüber zu fällen, was 16 Mill. über dieses Vertrauen denken, und so Gott wolle, würden diese 16 Mill. in ungeheurer Majorität das Vertrauen bewahren, welches auch sie hier nicht wollten erschüttern lassen. Er glaube, im Amendement liegt nichts weiter als logische Entwickelung Dessen, was sich als nöthig und richtig Jedem darstelle. Der letzte Redner habe gesagt, daß seine Bedenken, die er in seinem ständischen Gewissen habe, ihn in die Lage setzen, nicht eher zu weichen, bis er die Ueberzeugung habe, daß den ständischen Rechten nicht zu nahe getreten sei. Wolle er denn aber seine Meinung als unumstößlich hinstellen und sich nicht zuvor der weitern Verhandlung hingeben, um jene Ueberzeugung dadurch vielleicht zu gewinnen? Erkennten sie denn nicht, daß sie sonst im voraus etwas aufgäben, von dem sie wünschten, daß es möglich sei? Er gebe zu, daß ein Wort von einem Andern besser vorgeschlagen werden könnte, als von ihm, aber in diesem Augenblicke sollten sie nicht um ein armseliges Wort markten. Das Wort habe noch nicht Großes erbaut, sondern nur der wahre Sinn, der hinter ihm lag; aber es habe schon oft in der Weltgeschichte Großes zerstört. Er bitte, sie möchten nicht auf dieses oder jenes einzelne Wort bestehen.

Abg. v. Beckerath machte zuvörderst auf ein Misverständniß aufmerksam, welches bei Erörterung des Entwurfs von einer Seite her sich ergeben habe. Mehre Redner haben eine Stelle in der Adresse so genommen, als drücke dieselbe aus, daß nunmehr, nach Errichtung des Vereinigten Landtags, von Seiten der Krone den Provinzialständen keine allgemeinen Gesetzentwürfe mehr vorgelegt werden könnten. Das sei aber nicht in der Adresse enthalten. Es heiße vielmehr darin, daß, nachdem nunmehr ein allgemeinständisches Organ, wie es in der frühern Gesetzgebung vorgesehen war, geschaffen, der Beirath dieses Organs zu allgemeinen Gesetzentwürfen nicht mehr durch das Gutachten der Provinzialstände ersetzt werden könne. Keineswegs aber habe es in der Absicht gelegen, auszusprechen, daß irgend ein Hinderniß der Krone entgegenstehe, wenn sie für angemessen erachte, neben dem Beirathe der Reichsstände das Gutachten einzelner Provinzialstände einzuholen. Es sei getadelt worden, daß ausgesprochen sei, der Vereinigte Landtag könne in seinen reichsständischen Functionen von andern Körperschaften nicht rechtsgültig vertreten werden; man bemerke, dies gehe zu weit, indem ja wol Verhältnisse eintreten könnten, die es dem Vereinigten Landtag genehm machten, in gewissen Functionen durch eine andere ständische Körperschaft sich vertreten zu lassen. Dies werde keineswegs durch den Passus der Adresse ausgeschlossen. Wenn sie festhielten, daß die reichsständische Versammlung ein selbständiger Körper sei, so liege darin schon implicite, daß ihr nichts entgegenstehe, sich in Folge eignen Beschlusses vertreten zu lassen, das heiße, auf Grund ihrer Zustimmung zu einer desfallsigen Proposition der Krone durch eine andere ständische Körperschaft vertreten zu werden. Es sei von dem Mitgliede des Herrenstandes, welches das Amendement gestellt, gesagt worden, daß der Entwurf der Commission die Krone in die Alternative setze, entweder sofort den Ständen Recht zu geben oder ihnen dasselbe abzusprechen. Er glaube, daß dies eine irrige Auffassung sei. Er halte es im Gegentheil für einen der wesentlichsten Vorzüge des Entwurfs, daß er die Krone gar nicht in den Fall bringe, sich sofort auszusprechen, und gerade deshalb sei diese Form von der Commission gewählt worden, weil sie die zarteste, die rücksichtsvollste sei. Es sei der Weg empfohlen worden, durch Petitionen die Bedenken zu äußern. Ganz abgesehen von den andern Gründen, aus welchen hierauf von seiner Seite nicht eingegangen werden könne, erlaube er sich zu bemerken, daß gerade dadurch Das herbeigeführt werden würde, was der Antragsteller vermieden wissen wolle, nämlich, daß die Krone in die Lage gebracht werde, sich sofort zu erklären. Wie die Adresse gefaßt sei, so sei darin nur eine einfache Erwähnung und Wahrung derjenigen Rechte enthalten, die dem Land aus der frühern Gesetzgebung zustehen, ohne daß auf diese Darlegung eine sofort zu gewährende Forderung gegründet werde. Der Vereinigte Landtag habe nicht das Recht der periodischen Einberufung, und da er dieses Recht nicht habe, so stehe nichts entgegen, die Möglichkeit anzunehmen, daß er nicht mehr einberufen werde. Werde also der Vereinigte Landtag nicht wieder einberufen, so sei dem Volk jeder Weg abgeschnitten, seine Bitten und Wünsche in Betreff der staatlichen Entwickelung an den Thron gelangen zu lassen. Sie hätten nicht nur den Weg der Reform betreten, sie hätten auch schon eine Strecke zurückgelegt. Daß dies geschehen, das haben sie allerdings, wie in der Adresse ausgedrückt, der von dem Throne herab ergangenen Anregung zu danken; sie haben es aber auch zu danken der mitwirkenden Thätigkeit des Volks, die sich durch die gesetzmäßigen Organe, durch die Provinziallandtage, bis dahin in fortwährenden Bitten und Anträgen auf Fortbildung unsers öffentlichen Lebens kundgegeben habe. Diese mitwirkende Thätigkeit zu erhalten und zu sichern, sie nicht von einem einseitigen, wenn auch von dem wohlwollendsten Ermessen abhängig zu machen, das sei einer der Gesichtspunkte mehr, die der Adresse zum Grunde liegen. Was das Amendement des Mitgliedes der Herrencurie betreffe, so finde er es nicht freimüthig, denn es verläugne das Bewußtsein des Volks und dieser Versammlung; es stelle Dinge in Zweifel, die seit Jahrzehnden abgemachte Fragen seien. Er finde das Amendement auch nicht parlamentarisch! Was würden sie sagen, wenn sie vom englischen Parlamente hörten, es sei von diesem eine Mittheilung an die Krone ergangen, worin es heiße, daß manche Mitglieder dieser oder jener Meinung wären, daß das Parlament sich noch nicht überzeugt habe, daß es aber suchen wolle, sich zu überzeugen, und daß, nachdem diese Ueberzeugung sich gebildet haben werde, Petitionen an die Krone gerichtet werden würden. Endlich finde er das Amendement nachtheilig, weil es vor der Krone einen Schleier werfe über das Herz des Volks, weil es dazu beitragen könnte, die Krone irre zu leiten über die innere Lage und über die Stimmung des Landes. Das Amendement entspreche nicht der Wahrheit, er verwerfe es und bestehe auf dem Entwurf der Commission, einverstanden damit, daß die Stelle, welche den Eindruck der Thronrede schildere, daraus wegbleibe.

Nach einigen hierauf erhobenen Debatten über die Förmlichkeit der Abstimmung ward zu derselben geschritten, und es wurde, wie bereits in Nr. 110 berichtet, die Adresse mit dem Amendement des Abg. v. Auerswald mit 484 gegen 107 Stimmen angenommen. Die Adresse lautet nun vollständig so:

„Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Ew. königl. Majestät haben seit Allerhöchstihrem Regierungsantritt auf eine edle Entfaltung des Nationallebens unablässig hingewirkt und dankbar erfreut sich das Land des Segens, den eine lebendigere Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten gewährt. Eine neue höhere Stufe hat sich dieser Theilnahme erschlossen; das Bedürfniß eines ständischen, der Einheit des Staats förderlichen Gesammtorgans erkennend, geruhten Ew. königl. Majestät, die Stände aller Provinzen zu einem Vereinigten Landtage zu berufen. Ew. Majestät haben aus freiem, wahrhaft königlichem Entschluß einen großen Schritt gethan, und wir erfüllen eine erste heilige Pflicht, indem wir in unwandelbarer Anhänglichkeit an Ew. königl. Majestät Person und Haus den Dank eines treuen Volks am Throne niederlegen. Durch den hohen Geist seiner Fürsten und die Kraft der Volksgesinnung ward das Vaterland emporgehoben; auch sein ferneres Gedeihen beruht auf dieser Gemeinsamkeit. Sie hat sich darin neu bewährt, daß Ew. königl. Majestät in dem allerhöchsten Patente vom 3. Febr. d. J. die Absicht kund gaben, fortzubauen auf den von des hochseligen Königs Majestät erlassenen Gesetzen, an welchen das Volk als an dem wohlerworbenen Erbe seiner Kampfestreue hängt. Nachdem Ew. königl. Majestät den in dem Gesetze vom 5. Jun. 1823 ausgedrückten Vorbehalt verwirklicht und der Versammlung, welche in jenem Gesetz eine allgemeine ständische, in demjenigen vom 17. Jan. 1820 eine reichsständische Versammlung genannt wird, den Namen des Vereinigten Landtags beigelegt haben, sind dadurch dem letztern die in dem angeführten und in den frühern Gesetzen begründeten Rechte erworben. Zu Ew. königl. Majestät hegen wir das Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben es nicht als einen Mangel an Dankbarkeit betrachten werden, wenn wir im Lauf unserer Verhandlungen auf diejenigen Punkte der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. näher eingehen, in welchen Viele unter uns die volle Uebereinstimmung mit den ältern Gesetzen vermissen. Denn damit Ew. königl. Majestät getreue Stände dem Thron eine wahrhafte Stütze sein, damit wir Ew. königl. Majestät wirksam mithelfen können zum Heil und Gedeihen unsers theuren Vaterlandes, muß in Denen, die wir vertreten, die Ueberzeugung leben, daß uns — wie die Ehre und die Kraft der Krone — so auch die uns von unsern Königen verliehenen ständischen Rechte theuer sind, daß wir beide als unschätzbare Kleinode bewahren und pflegen. Sollte der Landtag durch seine Berathungen, sollten Ew. königl. Majestät durch seine ehrfurchtsvoll vorzutragenden Gründe sich von dem Vorhandensein solcher Abweichungen zwischen den ältern und den gegenwärtigen Gesetzen überzeugen, so zweifeln wir nicht, daß Ew. königl. Majestät Weisheit und Gerechtigkeit die Wege erwählen werde, welche zu ihrer Ausgleichung in einer mit der Wohlfahrt Preußens vereinbaren Weise führen, der Wohlfahrt, die auf der Stärke des monarchischen Princips und auf einem sichern und geordneten ständischen Rechtsboden beruht. Gehorsam dem Rufe Ew. Majestät und im Begriff, unsere Wirksamkeit zu beginnen, fühlen wir uns in unserm Gewissen gedrungen, zur Wahrung der ständischen Rechte die gegenwärtige ehrfurchtsvolle Erklärung am Throne niederzulegen, und vertrauensvoll richtet sich unser Blick auf den hochherzigen Fürsten, der uns in seiner Weisheit um sich versammelte, damit die Macht der Krone mit der gedeihlichen Wirksamkeit der Stände auf unerschütterlichem Grunde sich verbinde. Ew. königl. Majestät selbst haben das Recht als diesen Boden bezeichnet und das fürstliche Wort gesprochen: „Zwischen uns sei Wahrheit!" Wir leben der freudigen Zuversicht, daß auf solchen Grundlagen der Bau der vaterländischen Zukunft immer schöner sich erheben werde. Dann ist die Macht der Krone fest begründet, denn sie wurzelt in dem sittlichen Bewußtsein der Nation; dann ist dem preußischen Volk ein vor den socialen Gefahren der Gegenwart gesicherter Entwickelungsgang gewährt; unter den Segnungen einer kräftigen monarchischen Regierung wird es der Güter eines freien, öffentlichen, alle Klassen des Volks erhebenden Staatslebens theilhaftig werden und, in Liebe und Treue geschart um seinen königlichen Führer, der großen Bestimmung entgegengehen, zu welcher die Vorsehung den preußischen Staat und mit ihm das gesammte deutsche Vaterland berufen hat. In tiefster Ehrfurcht Ew. königl. Majestät allerunterthänig treugehorsamste die zum Vereinigten Landtag versammelten Stände." (A. Pr. Z.)

Handel und Industrie.

* **Aus Dalmatien**, im April. Die in Prag erscheinenden „Oekonomischen Neuigkeiten“ bringen einen sehr interessanten Bericht aus Spalato, den wir auszugsweise in Folgendem geben: „War schon die Aernte des Jahres 1845 eine mittelmäßige, so war die des Jahres 1846 noch weit unter mittelmäßig. Die Aernte der sogenannten kleinen Getreidearten (Mais, Hirse, Sirk) verunglückte gänzlich, sowol am Meer als in den Gebirgsgegenden. Der gegen Ende August in reichlicher Menge gefallene Regen hat dem Wein und den Baumfrüchten sehr geschadet. Die Trauben faulten an den Reben, und dies hatte zur Folge, daß die Weinlese weit hinter den gehegten Erwartungen geblieben ist. Die Feigen, welche vor dem Eintritte der Regenzeit abgepflückt und getrocknet wurden, fielen vortrefflich aus, die nachherigen aber waren wässerig, und da sie im Freien getrocknet werden müssen, verfaulten viele. Die Olivenärnte variirte. In der Gegend von Spalato fiel sie spärlich aus, ergiebiger hingegen in andern Gegenden, wie z. B. auf der Insel Brazza, in Makarska ꝛc. Jedoch hatte der viele Regen die nachtheilige Folge, daß die Frucht zu wässerig ausfiel und gegen sonst zu wenig Fett enthält. Allgemein rechnet man hier 40 Bariciati Oliven auf 1 venet. Barilla reines Oel. Heuer aber mußte man, um eine Barilla Baumöl zu erhalten, wenigstens 60 Bariciati Oliven auspressen, und dennoch enthält das heurige Oel viele Wassertheile und macht daher einen starken Bodensatz. Dessenungeachtet sind die Preise des Baumöls gegen die Getreidepreise nur unmerklich gestiegen. Die Kartoffelärnte ist zwar quantitativ nicht gänzlich mißrathen, allein qualitativ ist sie eine der schlechtesten, da der größte Theil der Kartoffeln an der Faulkrankheit leidet. Die Landwirthe aber sagen, daß die eigentliche Kartoffelkrankheit hier noch nicht bekannt sei und das Faulen und Wässerigsein der Frucht nur von dem vielen Regen herkomme. Die Mandelärnte gab auch ein klägliches Resultat. Aber nicht nur den Baumfrüchten hat der viele Regen im Herbst und Winter geschadet, er hat noch allerlei anderes Unheil gestiftet. Die Flüsse, welche in Dalmatien nicht eingedämmt sind, überströmten die Ufer und ergossen sich in die Ebenen und in die Thäler und vernichteten die Wintersaaten. Im Gebirge gibt es Localitäten, wo der Regen nicht nur die zwei und drei Mal wiederholten Aussaaten, sondern zuletzt sogar das Erdreich weggeschwemmt hat. Demnach war das Jahr 1846 für Dalmatien ein sehr trauriges, und zwar mehr der Zukunft als der Gegenwart wegen. Viele Morlacken-Familien sind bereits in das benachbarte Kroatien, auch nach Slawonien und in die Türkei ausgewandert. Im Kreise Cattaro hatte die Noth unter den Gebirgsbewohnern einen solchen Grad erreicht, daß sich kleine Banden zusammenrotteten und die Berge herabstiegen, um am Meere friedliche Einwohner zu plündern, wo sie dann ihren Raub nach Montenegro schleppten, da sie ihn dort sicherer wissen als auf dem diesseitigen Gebiete. Daß dies nur im geheimen Einverständnisse mit den benachbarten Montenegrinern geschehen konnte, versteht sich von selbst. Die Regierung hat Linientruppen und Panduren dahin geschickt, und seitdem hört man nichts von Räubereien. Der Wladika von Montenegro soll seinem ausgedungenen Bergvolke von Triest aus zwei Schiffsladungen Getreide haben zuführen lassen. Man hat übrigens in Deutschland keinen Begriff, wie arm und elend die Gebirgsbewohner Dalmatiens selbst bei ergiebigen Aernten leben, und dann erst bei schlechten! Wenn man ihre elenden Troglodyten-Wohnungen sieht und rings herum das wüste, steinigte Land, wo man nur hier und da eine cultivirte Stelle erblickt, so begreift man nicht, wie und wovon die armen Leute eigentlich leben. Selbst das Trinkwasser müssen sie im Sommer mehre Stunden weit herholen. Im Winter nöthigt sie die strenge Kälte, zuweilen Tage lang am Feuer zu liegen, weil sie sonst gar kein anderes Schutzmittel gegen die Kälte haben. Wer wissen will, wie äußerst wenig der Mensch bedarf, um zu leben, der komme nach Dalmatien und beschaue die Wohnungen der armen Morlacken-Familien. Die Fremden, welche Dalmatien bereisen, sehen gewöhnlich vom Lande wenig mehr als die Küstenorte oder wol gar nur die Städte, wo das Lloydsche Dampfschiff stationirt, daher sie auch nur den bessern Theil des Landes kennen lernen und von der innern Beschaffenheit desselben und seiner Bewohner so viel wie nichts wissen.

Dalmatien ist vielleicht die einzige Provinz der Monarchie, in welcher der Wohlstand seiner Bewohner keine Fortschritte gemacht hat. Nur Zara macht eine Ausnahme, was sich auch leicht erklären läßt. Zara ist der Sitz der höchsten Landesbehörden, und es wimmelt da von Beamten und Militairs aller Grade, die alle ihr Geld dort verzehren, welches größtentheils in die Kassen der Grundbesitzer, Handels- und Gewerbsleute fließt. In Zara ist die Wohlhabenheit und der Luxus offenbar im Fortschreiten, und die Stadt selbst verschönert sich mit jedem Jahre. Nicht so ist es aber in andern Städten und Orten des Landes. Man hatte geglaubt, daß durch die Zulassung der türkischen Karavane in einigen Küstenstädten der Handelsverkehr belebt und daß insbesondere dadurch dem gesunkenen Wohlstande von Spalato ausgeholfen werde, allein bisher ist der Erfolg völlig Null. Man schreibt dies jetzt dem Umstande zu, daß die türkischen Karavanen gewöhnlich ohne Rückladung zurückkehren müssen, weil ihnen nicht gestattet wird, Seesalz zu kaufen, was zu den Zeiten der Venetianer erlaubt war, und weil die Bosniaken von den Dalmatiern sonst nichts brauchen, indem sie alles Uebrige selbst besitzen und Letztern obendrein von ihrem Ueberflusse mittheilen könnten, wie dies in der That mit Getreide, Schlachtvieh, Schiffstheer ꝛc. geschieht. Aber angenommen, daß man den Türken gestattete, als Rückfracht Salz zu nehmen, so würde die einstige Lebhaftigkeit des Handelsverkehrs doch nicht wieder zurückkehren, denn die Zeiten haben sich jetzt ganz anders gestaltet. Der Handel hat sich mehr ausgebildet, und die Bosniaken beziehen ihre Bedürfnisse an Colonial-, Manufactur- und andern Waaren aus ganz andern Quellen als ehemals.

Mit der Ausbeutung des reichen Kohlenlagers bei Dernis geht es sehr lau, wahrscheinlich weil der Absatz zu gering ist. Dieser wird sich erst dann heben, wenn die Staatseisenbahn von Triest nach Wien und von Venedig nach Mailand in Betrieb kommen wird. Dagegen betreibt die Gewerkschaft die Asphalterzeugung mit immer größerer Thätigkeit. Es sind jetzt drei Asphaltlager im Betriebe, nämlich jenes von Sorir auf der Insel Brazza, jenes bei Porto Mandeler und das dritte auf dem Festlande am Fuße des Mastaro Gebirgs. Das Hauptdepot für die Asphaltbereitung und dessen Vertrieb ist in Venedig. Bekanntlich ist Bosnien ein an Metallreichthum gesegnetes Land. Was die Einwohner davon erzählen, grenzt ans Fabelhafte. Unter der ungarischen Herrschaft waren mehr Bergwerke im Betriebe, welche aber mit dem Einfalle der Türken in Verfall geriethen. Der jetzige Vezier von Bosnien ermunterte die Einwohner, die Metallschätze aufzusuchen, und gestattete Privatpersonen die Bearbeitung derselben gegen das Drittel ihres Ertrags. Er ließ auch einen deutschen Montanisticker kommen, aber die Einwohner sahen seine Erscheinung ungern, aus Furcht, daß sie darunter leiden würden, und sie täuschten sich nicht; denn sie mußten sich auf die bezeichneten Punkte begeben, dort mit Spaten und Hacke arbeiten, ohne Lohn zu empfangen, wie dies bei öffentlichen Bauten in der Türkei gewöhnlich geschieht. Dies scheint die Ursache zu sein, weshalb die Absicht des Vezirs bisher keinen Erfolg hatte.

Mit dem Fischfange ging es in dem abgelaufenen Jahre schlecht, und das ist auch ein großes Uebel, weil sich so viele Menschen, besonders auf den Inseln, davon nähren. Mit wenigen Ausnahmen sind die vom Fischfange lebenden Familien arm. Die Instandhaltung ihrer Boote, Netze ꝛc. erfodert Auslagen, die ihre Geldkräfte übersteigen. Sie machen daher in der Hoffnung auf einen ergiebigen Fang Schulden, welche sie bei geringer Ausbeute nicht tilgen können. Aus diesem Allen geht hervor, daß das abgelaufene Jahr für die Dalmatier ein trauriges war. Die Regierung hat eine Sammlung mildthätiger Beiträge in der Provinz eingeleitet, allein das wird wenig helfen, denn der Bedürftigen sind zu viele, und die Zahl Derjenigen, welche geben können und wollen, viel zu gering.

* **Posen**, im April. Aus allen Gegenden unsers Großherzogthums gehen uns die erfreulichsten Nachrichten über den gedeihlichen Stand der Wintersaaten zu, die den Landmann, falls nicht verderbliche Witterungswechsel eintreten, zur Hoffnung auf eine recht ergiebige Aernte berechtigen. — Unter den in unserer Provinz blühenden Erwerbszweigen verdient einer seiner Eigenthümlichkeit wegen wol einer besondern Erwähnung. Es ist der Blutegelhandel, der in dem Städchen Rackwitz betrieben wird. Dieser kleine Ort gibt den Marktpreis der Blutegel für Hamburg und London an, denn die rackwitzer Kaufleute halten dort Teiche und versorgen diese stets mit zureichendem Vorrath. Sie beziehen die Blutegel aus dem südlichen Rußland, Galizien, Ungarn, der Moldau und Walachei, von woher sie im verflossenen Jahre etwa 3 Mill. Stück haben kommen lassen. Der Einkaufspreis betrug für das Tausend durchschnittlich 20 Thlr. Hiervon sind über eine Mill. Blutegel in den rackwitzer Teichen verblieben und nahe an 2 Mill. nach Hamburg und England versandt worden, wo sie durchschnittlich mit 50 Thlr. pr. Tausend bezahlt worden sind.

Eisenbahn. * Bonn, 20. April. In der heute hier abgehaltenen Generalversammlung der Actionaire der Bonn-Kölner Eisenbahngesellschaft wurde den Actionairen der Jahresbericht über die Resultate des Betriebsjahrs 1846 von der Direction vorgelegt. Ich entnehme demselben nachstehende Angaben von allgemeinerm Interesse: „Die Ergebnisse des Betriebs im Jahr 1846 bestätigen die in der vorjährigen Generalversammlung von uns (der Direction) ausgesprochenen Erwartungen; sie haben gezeigt, daß auch ohne besondere Feste und Feierlichkeiten im Bereiche der Bahn ein Resultat erzielt werden kann, das billigen Anfoderungen der Actionaire zu entsprechen im Stande ist. Die Betriebsausgaben, welche im Jahr 1845 noch 43 Proc. der Betriebseinnahmen in Anspruch nahmen, betrugen im Jahr 1846 nur 39 Proc. der Einnahmen. Diese haben sich um 82,6 Thlr. vermehrt, die Ausgaben um 2640 Thlr. vermindert, obschon die Frequenz der Bahn gestiegen ist. Der Betrieb erlitt keine Störung, ausgenommen am 19. Dec., wo die Züge durch die zusammengewehten Schneemassen so aufgehalten wurden, daß der größere Theil der Fahrten an diesem Tag ausfallen mußte. In der Nacht vom 28. zum 29. Jul. wurden die Werkstattgebäude auf dem Bonner Bahnhofe durch einen Brand theils eingeäschert, theils beschädigt, was auch von dem darin befindlichen Betriebsmaterial gilt. Alles war aber zum vollen Werthe versichert, und der unmittelbare Schaden wurde daher durch die Entschädigungssummen gedeckt. Von andern Unglücksfällen blieb die Bahn verschont, und von den seit ihrer Eröffnung (15. Febr. 1844) beförderten fast zwei Millionen Passagieren hatte keiner einen Unfall zu beklagen. Die Einnahmen haben sowol für Personenbeförderung als für Gütertransport, Ueberfracht ꝛc. eine Vermehrung erfahren. Mit 1845 verglichen wurden für eine Mehrbeförderung von 32,137 Personen 4372 Thlr. mehr eingenommen; die Mehreinnahme für Gütertransport ꝛc. betrug 3489 Thlr. Die Gesammteinnahme des Jahres 1846 belief sich auf 133,212 Thlr. und überstieg also jene von 1845, welche 129,930 Thlr. betrug, nicht unbedeutend. Die tägliche Durchschnittseinnahme stellt sich zu 378⅔ Thlr. heraus, und die stärkste Frequenz an Einem Tage (am Pfingstmontage) auf 8048 Personen. Im Ganzen wurden während des Jahres 1846 660,066 Personen befördert; im Juni war der Personenverkehr am stärksten, im Januar am schwächsten. Wegen der herrschenden Theuerung wurde den Bahnwärtern und gleichgestellten Beamten, welche Familienväter sind, je nach der Stärke ihrer Familie eine Zulage gewährt. Die Gesammtausgaben für den Betrieb des Jahres betrugen nur 54,116 Thlr., sodaß demnach, diese von der Gesammteinnahme abgerechnet, ein reiner Ertrag von 84,096 Thlr. sich herausstellt. Bis zum Schlusse des Jahres 1846 beliefen sich die Gesammtausgaben für die Bahn an Baucapital auf 856,444 und an Betriebscapital auf 245,445, im Ganzen also auf 1,102,890 Thlr. Nach dem vorjährigen Berichte betrug die zur Vollendung der ganzen Bahnanlage (an Bau- und Betriebscapital) muthmaßlich erfoderliche Summe 1,166,500 Thlr., sodaß daher noch 63,609 Thlr. zu verausgaben bleiben würden. Die eben angegebene Bedarfssumme wird theils durch das Actiencapital im Gesammtbetrage von 1,051,200 Thlr, theils durch den Erlös gedeckt, welchen der Verkauf des der Gesellschaft zugehörigen und nicht benutzten Grundeigenthums in Köln und Bonn nach einem sehr mäßigen Anschlag aufbringen wird.“

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

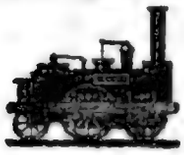
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1635]



Oberschlesische Eisenbahn.

In Gemäßheit §. 24 des Statuts laden wir die Herren Actionaire zu der **auf den 12. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr,** im Locale der hiesigen Börse anberaumten diesjährigen ordentlichen **General-Versammlung** ergebenst ein.

Außer den §. 24 des Statuts bezeichneten Angelegenheiten werden nachfolgende Gegenstände zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden:

1) Abänderung der Organisation der Gesellschaftsvorstände, der Art der Wahl derselben, sowie Gewährung und Feststellung einer Remuneration an die Mitglieder des Directorii;
2) für den Fall der Beschließung der ad 1 erwähnten Abänderung, die Vereinbarung über einen dieselbe enthaltenden Nachtrag zum Gesellschaftsstatut und Vornahme der durch diese Abänderung bedingten Wahlen;
3) Gewährung einer Beihülfe für den Pensions- und Unterstützungsfonds der Beamten der Gesellschaft aus dem Vermögen der Gesellschaft, sowie Feststellung der Art und Höhe dieser Beihülfe.

Diejenigen der Herren Actionaire, welche dieser General-Versammlung beiwohnen wollen, haben in Gemäßheit des §. 29 des Gesellschaftsstatuts spätestens am 11. Mai im Centralbureau der Gesellschaft auf dem hiesigen Bahnhofe ihre Actien zu produciren oder deren am dritten Orte erfolgte Niederlegung glaubhaft nachzuweisen, und zugleich ein doppeltes Verzeichniß der Nummern derselben zu übergeben, von denen das eine zurückbleibt, das andere mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmenzahl versehen als Einlaßkarte dient. [1621—22]

Breslau, den 19. April 1847.

Der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

134 Anschläge

von **Herrschaften** und **Rittergütern** liegen für **Selbstkäufer** in den Morgenstunden von 8—11 Uhr zur Einsicht **gratis** bereit.

Central-Bureau in Berlin,
(1545) Spandauerstraße Nr. 60.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Pfarrsubstitut Fritsche in Wintersdorf mit Frl. Anna Gruner in Breitenhain. — Hr. Apotheker Heinrich Hems in Tetenbull mit Frl. Marie Schwertz in Chemnitz.

Getraut: Hr. Wilhelm August Günther in Lößnitz mit Frl. Amalie Wilhelmine Weller. — Hr. Julius Spangenberg auf Lehngericht Reichenhain mit Frl. Anna Schnuphase. — Hr. Diakonus Eduard Thiele in Strehla mit Frl. Alwine Schultze.

Geboren: Hrn. Apotheker Hermann Albrecht in Chemnitz eine Tochter. — Hrn. Pastor Ernst August Bauer in Wilsdruff eine Tochter. — Hrn. Dr. Alexander Beyer in Ronneburg eine Tochter. — Hrn. W. Krebs in Bremen ein Sohn. — Hrn. Moritz Rake in Obersteinbach ein Sohn. — Hrn. W. Pansa in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. August Schneider in Bautzen eine Tochter. — Hrn. Lehrer Karl Walther in Mühltroff zwei Söhne.

Gestorben: Hr. G. Helm in Bautzen. — Hr. Johann Friedrich Klett in Nürnberg.

Im Verlage von *Brockhaus & Avenarius* in Leipzig werden im Laufe des Jahres 1847 folgende Werke erscheinen:

1. **Annali** dell' Instituto di corrispondenza archeologica. Vol. XVIII. (1846.) In-8. — **Bulletino** dell' Instituto di corrispondenza archeologica pel' anno 1846. In-8. — **Monumenti inediti** dell' Instituto di corrispondenza archeologica pel' anno 1846. Folio. (Roma.) Pränumerations-Preis dieses Jahrgangs 14 Thlr.

Diese artistisch und wissenschaftlich werthvollen Schriften des Instituts für archeologische Correspondenz in Rom beginnen mit dem Jahre 1829 und können complet à 18 Thlr. per Jahrgang geliefert werden. Der Jahrgang 1845 wird noch zum Pränumerationspreise von 14 Thlr. gegeben.

2. **Illustrirte Zeitung für die Jugend.** Herausgegeben unter Mitwirkung der beliebtesten Jugendschriftsteller von **Julius Rell.** Zweiter Jahrgang. Wöchentlich eine Nummer von einem Bogen in schmal gr. 4. Mit vielen Abbildungen. Preis des Jahrgangs 2 Thlr.; ein Quartal 15 Ngr.; ein einzelnes Monatsheft 6 Ngr.

Probenummern sind durch alle Buchhandlungen und Postämter zu erhalten, ebenso vollständige Exemplare des ersten Jahrgangs, geh. à 2 Thlr., elegant geb. à 2 Thlr. 8 Ngr. Inserate werden mit 2 Ngr. die Zeile berechnet und besondere Anzeigen gegen Vergütung von 1 Thlr. für das Tausend beigelegt.

3. **Zeitschrift der Deutschen morgenländischen Gesellschaft**, herausgegeben von den Geschäftsführern. Erster Jahrgang. Gr. 8. Geh. Preis eines Jahrgangs für Nichtmitglieder der Gesellschaft 2 Thlr. 20 Ngr.

Diese Zeitschrift erscheint jährlich in 4 Heften; das erste Heft des Jahrgangs 1846 ist bereits erschienen. Inserate werden auf den Umschlägen abgedruckt und für den Raum einer Zeile mit 2 Ngr., besondere Anzeigen mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

4. **Ahn (F.), Nouvelle méthode pratique et facile pour apprendre la langue allemande.** Premier Cours. *Seconde* édition, entièrement refondue. 8. Geh. 8 Ngr.

Auch der zweite Cursus wird binnen kurzem erscheinen.

5. **Benfey (Th.), Die persischen Keilinschriften** mit Uebersetzung und Glossar. Lex.-8. Geh. 1 Thlr. 5 Ngr.

6. **Bibliotheca philologico-germanica**, oder Verzeichniß der sowol in älterer als in neuerer Zeit, insbesondere aber vom Jahre 1800 an, in Deutschland erschienenen, dem Gesammtgebiete der deutschen Sprachwissenschaft angehörenden Schriften. Mit einem vollständigen Materienregister. Gr. 8. Geh.

7. **Bibliothek der neuesten ausländischen Literatur in Uebersetzungen.** (Geschichte, Politik, Interessen der Gegenwart, Reisen, Romane.) Gr. 12. Geh.

Wir haben zunächst für diese Sammlung L. Blanc's „Geschichte der französischen Revolution" und A. de Lamartine's „Geschichte der Girondisten" bestimmt.

8. **Bibliothèque choisie de la littérature française.** 8. Geh.

Diese Sammlung wird eine Auswahl der vorzüglichern Werke der französischen Literatur älterer, neuerer und neuester Zeit enthalten. Erschienen sind bis jetzt:

Sand, Indiana. Edition autorisée par l'auteur. 1 vol. 20 Ngr. — *Molière*, Oeuvres choisies. 2 vols. 1 Thlr. 15 Ngr. — *Thiers*, Histoire de la Révolution française. 6 vols. 6 Thlr.

Correctheit, elegante Ausstattung und billiger Preis machen diese Ausgaben allen Freunden der französischen Literatur empfehlenswerth.

Durch gleichmäßige Ausstattung schließen sich an die Bibliothèque choisie an:

Dumas, La Dame de Monsoreau. 6 vols. 3 Thlr.

———, Mémoires d'un médecin. 1. 1 à 5. 2 Thlr. 15 Ngr.

Féval, Le fils du diable. 8 vols. 4 Thlr.

Beaumont (Mad. *Leprince de*), Le magasin des enfants. 25 Ngr.

Soulolan, Histoire de la captivité de Ste. Hélène. Avec le masque de l'Empereur. 1 Thlr. 4 Ngr.

9. **Blanc (Louis), Histoire de la révolution française.** Tome premier. Origines et causes de la révolution. 8. Geh. 1 Thlr.

10. ———————, **Geschichte der französischen Revolution.** Aus dem Französischen. Erster Band. Allgemeine und besondere Ursachen der Revolution. 8. Geh. 1 Thlr. 7½ Ngr.

Das vollständige Werk wird 10 Bände umfassen, deren jeder in fünf Lieferungen ausgegeben wird.

11. **Byron, Tales.** 2 vols. Elegante Miniaturausgabe. Geh.

12. **Le Cancionero de Juan Alfonso de Baena.** Collection d'anciens troubadours espagnols inédits, publiée par M. **Francisque Michel**, professeur de littérature étrangère à la faculté des lettres à Bordeaux. Avec un glossaire. Deux vols. Gr. 12. Geh.

13. **Dumas (Alexandre), Mémoires d'un médecin.** Tome sixième et suiv. 8. Geh.

Die bisher erschienenen 5 Bände enthalten Illes, was von diesem Roman bis jetzt veröffentlicht ist.

Von demselben Verfasser erschien in unserm Verlage:

La Dame de Monsoreau. 6 vols. In-8. 3 Thlr.

14. **Emy (A. R.), Lehrbuch der gesammten Zimmerkunst.** Aus dem Französischen von **L. Hoffmann**, Baumeister in Berlin. Zwei Bände, zusammen 80 Bogen Text in Lexikon-8, mit einem Atlas von 157 Tafeln in Großfolio. Geh.

Das Ganze wird in acht Lieferungen erscheinen; jede Lieferung, Text und Atlas, kostet im Subscriptionspreise 3 Thlr., das vollständige Werk wird also auf 24 Thlr. zu stehen kommen. Prospecte und Probelieferungen des Atlas sind in allen Buchhandlungen zu bekommen.

15. **Die Fabrikation des Roh- und Gusseisens.** Von **Flachat, Barrault** und **J. Petiet.** In einer Reihe von Abbildungen mit erklärendem Texte. Aus dem Französischen. Enthaltend einen Atlas von 96 Tafeln in Grossfolio. Text in 4. In drei Lieferungen. Subscriptionspreis einer Lieferung, Text und Atlas, 9 Thlr.

16. **Fahrten und Abenteuer des Herrn Steckelbein.** Eine wunderbare und ergötzliche Historie in Bildern und Versen für die liebe Jugend. Quer 4. Geh.

Die Bilder sind Töpffer's „Histoire de Mr. Crepin-gamme" entlehnt.

17. **Die Frauen der Bibel.** In Bildern mit erläuterndem Texte. Erste Abtheilung: Frauen des Alten Testaments, in zwanzig Lieferungen, jede einen Stahlstich mit Text enthaltend. Vierzehnte Lieferung und folgende. Schmal gr. 4. Subscriptionspreis einer Lieferung 8 Ngr.

Die zweite Abtheilung: „Frauen des Neuen Testaments", wird später erscheinen.

18. **Praktische Grammatik der französischen Sprache**, nach Robertson's Methode von **P. Brée** und **A. Reclam.** Gr. 8. Geh.

19. **Jahresbericht der Deutschen morgenländischen Gesellschaft** für das Jahr 1846. Gr. 8. Geh.

Der erste Jahrgang (1845) kostet 20 Ngr.

20. **Jerrold (Douglas, Herausgeber des „Punch"), Eine Chronik von Kleefeld**, nebst einigen Nachrichten von dem Einsiedler von Sattheim. Aus dem Englischen. Mit dem Bildnisse des Einsiedlers. 8. Geh. 24 Ngr.

21. **Lamartine (A. de), Histoire des Girondins.** Huit vols. In-8. Geh.

22. ———————————, **Geschichte der Girondisten.** Aus dem Französischen. Acht Bände. 8. Geh.

23. **Lieder für unsere Kleinen aus alter und neuer Zeit.** Mit Illustrationen von **Ludwig Richter.** Kl. 8. Velinpapier. Geh.

24. **Longet (F. A.), Anatomie und Physiologie des Nervensystems** des Menschen und der Wirbelthiere, mit pathologischen Beobachtungen und Versuchen an höheren Thieren ausgestattet. **Eine von dem Französischen Institut gekrönte Preisschrift.** Aus dem Französischen übersetzt und mit den Ergebnissen deutscher, englischer und französischer Forschungen aus den letzten Jahren bis auf die Gegenwart ergänzt und vervollständigt von **Dr. J. A. Hein.** Mit lithographirten Tafeln. Zwei Bände. Gr. 8. Geh.

Beide Bände werden in etwa 12 Lieferungen von 8 Bogen erscheinen und jede Lieferung 22½ Ngr. kosten.

(Schluß folgt.)

Mittwoch — Nr. 118. — 28. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. §Aus Deutschland. Baierns Aufschwung. — Der Ausgangszoll. Prof. Phillips. Dresden. Bekanntmachung. — Marktexcesse in Dresden. — Hülfsverein in Meissen. †Hannover. Das Schreiben des Königs. — Civilgesetzentwurf in Württemberg. — Dr. Pfizer. — Die Rekruten in Fulda. **Aus dem Grossherzogthum Hessen. Verbot des Branntweinbrennens aus Kartoffeln. §Gotha. Gesetz in Betreff des Grundeigenthums. **Bremen. Die Auswanderer. Der preußische Landtag.

Preußen. Berlin. Landtag. ψBerlin. Die Adresse. Der Frhr. v. Bodelschwingh. *Posen. Die Getreidepreise. Die polnischen Deputirten. Der Kaiser von Rußland. Die Annäherung Rußlands an Frankreich. Berlin. Unruhen. Hülfsmaßregeln. — Die Vorgänge in Stettin. — Fürst Hatzfeld.

Spanien. Congreß. General Roncali.

Großbritannien. Unterhaus. Ultrahochkirchenmänner. Lord Torrington. Nachrichten vom Cap. Der Thunderbolt. Kulies. Mehlpreise auf den westindischen Inseln. Die Zuckerärnte.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Das Journal des Débats über die Abstimmung über den Rémusat'schen Vorschlag. Die progressiven Conservativen. Die Kohlengrubenarbeiter von St.-Etienne. Hr. Vernes. Hr. Quinet. Revue. **Paris. Der Rémusat'sche Antrag.

Schweiz. Dr. W. Snell.

Italien. *Rom. Statistisches von Sardinien. — Der Nuntius für Konstantinopel. Der Cardinal Micara.

Rußland und Polen. *Petersburg. Strafurtel.

Ostindien. Die neueste Ueberlandpost.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Fruchtpreise. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

§Aus Deutschland, 20. April. In Frankreich hat man die Einverleibung Krakaus benutzt, um nebst andern kleinen deutschen Staaten auch Baiern zu schrecken. Das war, von der gänzlichen Verschiedenheit des Rechtsverhältnisses noch abgesehen, ein Anachronismus; wie sich denn die Franzosen, wenn sie an Deutschland denken, gern um 40 Jahre zurück verrechnen. Aber sie haben es nicht mehr mit dem alten Deutschland, mit dem alten Baiern und auch nicht mehr mit dem alten Oesterreich zu thun; wenigstens in der Beziehung gewiß nicht, in welcher die Franzosen so gern an die für sie gute alte Zeit denken. Deutlicher gesprochen, die Verhältnisse stehen jetzt so: das heutige Oesterreich denkt nicht mehr an eine Verkleinerung oder gar Verschlingung Baierns; das heutige Deutschland würde auch eine solche nicht zulassen, das heutige und künftige Baiern braucht sich also zum Schutze seiner politischen Existenz nicht mehr nach fremder Hülfe umzusehen. Aber auch abgesehen hiervon steht Baiern für sich gegenwärtig ganz anders da als zu den Zeiten, wo es durch beklagenswerthe Zustände zu einem beständigen Schwanken zwischen dem Reich und dem Reichsfeind verführt war. Baiern ist jetzt groß und stark genug, um als selbständige Macht aufzutreten und sich als solche nicht etwa blos im Deutschen Bunde, sondern selbst auf dem Schauplatze der großen Weltpolitik geltend zu machen. Es ist in der That unpassend, wenn dem annoch herrschenden Sprachgebrauche nach Baiern zu den sogenannten kleinen deutschen Bundesstaaten gerechnet wird. Baiern ist in der That kein kleiner Staat. Was seinem Gebiet an Quadratmeilen fehlt, das ersetzt die abgeschlossene Arrondirung und die unerschöpfliche Fruchtbarkeit, und was der Bevölkerung an Zahl mangelt, das ist dreifach ersetzt durch den reinen unvermischten (?) Urstamm und durch die besondere Kraft und Gesundheit der Bevölkerung. Baiern kann sich zu einer selbständigen Weltthätigkeit befreien, sobald es sein eignes Bewußtsein entfesselt, d. h. selbständig und frei sein will. Von dem Augenblick an wird Baierns befreiter Wille auch die mächtige Unterstützung der allgemeinen öffentlichen Meinung erhalten. Der Mangel dieser Zuneigung des öffentlichen Urtheils war bisher die Schwäche Baierns, und wie sehr darunter das ganze Deutschland litt, das wird durch den Gegensatz erst klar werden, wenn ein geistig belebtes Baiern freithätig für Deutschland wirken wird. Wo Baiern durch seine frühere Abgeschlossenheit nicht gehindert war, für die deutschen Interessen kräftig das Wort zu führen, da hat Deutschland den gewichtigen und wohlthätigen Einfluß Baierns gefühlt, wie zuletzt noch in der schleswig-holsteinischen Nationalsache. Deutschland hofft für die Zukunft noch viele ähnliche Willensäußerungen von Baiern.

— Aus **München** vom 23. April erfährt die augsburger Allgemeine Zeitung: „Wie man vernimmt, haben die Regierungen von Baiern und Württemberg den Ausgangszoll gegen Frankreich und die Schweiz von Getreide, Mehl und Brot auf 50 Proc. erhöht. — Professor Phillips, der nach Berlin und Breslau abgereist ist, soll, öffentlichen Blättern zufolge, bald nach München zurückkehren wollen, um seine Thätigkeit an den Historisch-politischen Blättern wieder aufzunehmen."

Dresden, 22. April. Die Ministerien des Innern und der Justiz, v. Falkenstein und v. Carlowitz, haben folgende Bekanntmachung unter heutigem Datum erlassen:

„Mehrfachen Anzeigen zufolge sind schon seit einiger Zeit nicht allein auswärts, sondern auch in Sachsen häufig aufrührische Druckschriften auf verschiedene Art, durch Auswerfen in den Straßen und Häusern, unbestellte Zusendung an Einzelne, oft mit der Aufforderung zu weiterer Vertheilung, Anbietung durch Hausirer oder sogenannte Colporteurs ꝛc., verbreitet worden. Muß auch deren Inhalt von jedem Verständigen sofort als nichtswürdig und verbrecherisch erkannt werden, so sind doch die darin enthaltenen gefährlichen Grundsätze oft in solcher Weise dargestellt, daß minder Einsichtsvolle leicht davon befangen und irre geleitet werden könnten. Liegt es nun im Interesse der Einzelnen wie des Ganzen, diesem überhand nehmenden verbrecherischen und nach Maßgabe der Bestimmungen des Criminalgesetzbuchs strafbaren Treiben zu steuern, und reichen gleichwol hierzu, der Verschmitztheit gegenüber, welche dabei angewendet zu pflegt, die gewöhnlichen Mittel nicht aus, so haben sich die unterzeichneten Ministerien bewogen gefunden, hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen: «daß Demjenigen, welcher zur Entdeckung und Ueberführung der Verbreiter solcher aufrührischer Schriften dergestalt mitwirkt, daß mit Erfolg zu einer Criminaluntersuchung zu gelangen ist, insofern er nicht ohnehin eine amtliche Verpflichtung zu dieser Mitwirkung hat, eine außerordentliche Belohnung von 20 bis 100 Thlr. zu Theil werden soll.» Uebrigens ist von der Pflichtmäßigkeit der Behörden aller Kategorien zu erwarten, daß sie auch ihrerseits fortwährend dieser wichtigen Angelegenheit ihre ernsteste Aufmerksamkeit widmen und eintretenden Falls den Gesetzen gemäß zu verfahren unvergessen sein werden."

Dresden, 26. April. Auch hier ist es heute früh wegen der Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu ernstlichen Thätlichkeiten gekommen. Eine Bauerfrau, welche das Mäßchen Kartoffeln für 12 Pf. verkaufte, foderte in Folge des starken Andranges bald 15 Pf. dafür, soll sich aber auch damit noch nicht begnügt, sondern zuletzt sogar 2 Ngr. verlangt haben. Dies hatte denn bald die Nachfragenden so aufgereizt, daß heftiger Zank entstand; und als gar die Frau ihren Knecht beauftragte, zusammenzupacken, um den Markt zu verlassen, fiel die gereizte Menge theils über die Kartoffeln her, mit denen jene geworfen wurde, theils schlug man auch auf sie ein. Um die gefährlichsten Mishandlungen zu verhüten, mußte sie im Rathhause in Schutz genommen werden. Auch andere Thätlichkeiten erzählt man sich, welche durch enorme Foderungen und aufreizende Aeußerungen der Verkäufer veranlaßt sein sollen.

Durch die Bestimmung einer am 21. April in Meißen gehaltenen Versammlung hat sich dort ein Hülfsverein gebildet, welcher den Zweck hat, die zur thunlichsten Erleichterung des eingetretenen Nothstandes erforderlichen Maßregeln mit Unterstützung mildthätiger Gaben aufs schleunigste zu ergreifen. Der Verein wird an Unbemittelte Brot zu vier Fünfteln des Tarpreises verkaufen und sucht zu weiterer Verwendung Aufkäufe von Kartoffeln und Hülsenfrüchten zu machen. (D. L.)

†**Hannover**, 25. April. Erst jetzt, nachdem die hiesige Morgenzeitung damit vorausgegangen, bin ich im Stande, Ihnen das bereits besprochene Schreiben des Königs an die Stände (Nr. 116) vollständig mitzutheilen, worin derselbe die verlangte Herstellung der Landtagsöffentlichkeit abschlägt. Die Gründe, aus denen dies geschieht, hat zwar bei der frühern Berathung Hr. v. Schele schon vollständig vorgetragen; allein im Munde des Monarchen selbst gewinnen sie doch ein so ganz anderes Ansehen, ein so viel stärkeres Gewicht, daß wir dieses Königsschreiben zu den denkwürdigen Actenstücken aus der Regierung Ernst August's zählen und es deshalb vollständig hier einreihen wollen:

„Ernst August ꝛc. Wir hegen die, auf langjähriger eigner Erfahrung und auf fortwährender Wahrnehmung beruhende Ueberzeugung: daß von der Nützlichkeit öffentlicher ständischer oder parlamentarischer Verhandlungen nur in sogenannten constitutionellen Staaten die Rede sein kann, in denen den Organen des Volkes eine wesentliche Theilnahme an der Regierung eingeräumt wird, in denen die monarchische Gewalt durch Verantwortlichkeit der Minister gegen die Stände eine Theilung erlitten hat, in denen endlich das Regierungssystem von den wechselnden Majoritäten der Kam-

mern abhängig ist: ein Zustand, der den Grundgesetzen des deutschen Bundes nicht entspricht und in dem wir jede Garantie des dauernden Glückes der Völker vermissen; daß dagegen diese Oeffentlichkeit offenbar nicht geeignet ist für die Landstände unseres Königreichs, deren auf den Grund des Artikels 57 der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 verfassungsmäßig geregelte Befugniß, unter Festhaltung der Einheit der landesherrlichen Staatsgewalt, sich auf die zuständige Mitwirkung an der Ausübung bestimmter Rechte beschränkt, deren Mitglieder weder von ihren Wählern Instructionen annehmen dürfen, noch ihnen für ihre ständische Thätigkeit verantwortlich sind, denen mithin der Charakter einer die vorbemerkten positiven Grenzen überschreitenden allgemeinen Volksvertretung nicht beigelegt ist; daß der von öffentlichen Discussionen nicht zu trennende vergrößerte Zeitaufwand die durch bisherige langwierige Commissions- und Sitzungsverhandlungen ohnehin schon auf unsern Unterthanen lastenden erheblichen Kosten ohne allen wahren Nutzen bedeutend vermehren würde; daß diese Oeffentlichkeit, auf der einen Seite dazu geeignet, die heilsame Mitwirkung wohldenkender und erfahrener, aber der Rede minder mächtiger Mitglieder zu lähmen, auf der andern Seite verderblich dazu gemisbraucht werden kann, unter dem Schutze der landständischen Unantastbarkeit achtbare Stellungen und Persönlichkeiten böswillig herabzuwürdigen, unerreichbare Wünsche zu erwecken, durch unstatthafte Anfoderungen das Vertrauen in unsere Regierung zu untergraben, eine erkünstelte öffentliche Meinung zu bilden, den Samen der Unruhe und der Unzufriedenheit mit dem Bestehenden im Volk auszustreuen, mit Einem Worte, die Massen aufzuregen und zu verblenden: Uebel, die eine gediegene Berichtigung von Irrthümern durch Organe der Regierung wol bis zu einem gewissen Grade mildern kann, aber welche zu tilgen sie in dem Kampfe mit den Leidenschaften sicherlich nicht vermag; daß endlich eben diese Oeffentlichkeit den Keim der unsere Unterthanen bedrohenden schweren Gefahr einer Erschütterung und Zerrüttung des zwischen unserer Regierung und unsern getreuen Landständen rechtlich bestehenden Verhältnisses unfehlbar in sich tragen würde. Wir haben demnach, nach reiflicher Prüfung und in gewissenhafter Erwägung der uns obliegenden landesväterlichen Pflichten, unabänderlich beschlossen, eine Oeffentlichkeit der Sitzungen der Kammern unserer getreuen Landstände niemals zu gestatten. Indem wir das Vorstehende unsern getreuen Ständen in Beziehung auf den Vortrag vom 14. Dec. v. J. zu erkennen geben, verbleiben wir denselben mit geneigt und gnädigstem Willen stets beigethan. Hannover, 21. April 1847. (Gez.) Ernst August. v. Falcke."

— Aus **Stuttgart** vom 22. April berichtet die Karlsruher Zeitung, daß der Director des Civilsenats im königl. Obertribunal, v. Harpprecht, den Auftrag erhalten habe, ein neues Gesetz über Civilverfahren mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit auszuarbeiten, und zwar in einer Frist, welche die Vorlegung desselben an dem mit Ende dieses oder Anfang des nächsten Jahres zu eröffnenden ordentlichen Landtage möglich mache.

— Die städtischen Collegien von **Stuttgart** haben einstimmig beschlossen, dem Dr. Paul Pfizer das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen. (Frankf. J.)

— Aus **Fulda** wird im Frankfurter Journal über die Behandlung der neu eingezogenen Rekruten auf den Exercirplätzen der Stadt geklagt, welche die größte Misbilligung der Vorübergehenden errege. Man hoffe aber, daß diesen Mishandlungen eine Grenze gesetzt werde.

****Aus dem Grossherzogthum Hessen,** 24. April. In Berücksichtigung des täglich höher steigenden Preises der Kartoffeln und des fortwährend sichtbarer werdenden Mangels derselben, welcher selbst in Beziehung auf die Aussaat von nachtheiligen Folgen zu werden droht, wird im ganzen Großherzogthume durch eine in diesen Tagen erschienene Ministerialbekanntmachung die Anwendung der Kartoffeln zum Brennen von Branntwein vom 1. Mai an ohne alle und jede Ausnahme verboten, bei Vermeidung einer Strafe von zehn bis hundert Gulden für jeden Zuwiderhandelnden.

***Gotha,** 24. April. Unsere Gesetzsammlung enthält in ihrer neuesten Nummer eine „nach angehörtem ständischen Beirath" erlassene landesherrliche Verordnung (vom 26. Febr.), deren Bestimmungen darauf abzielen, alle zu weit gehende Theilung und Zersplitterung des Grundbesitzes zu verhüten sowie die Zusammenlegung von Grundstücken zu befördern. Die baldige Publication dieses wichtigen Gesetzes war schon im vorigjährigen Landtagsabschiede den Ständen zugesagt.

****Bremen,** 23. April. Je näher die gute Jahreszeit rückt, deste größer wird die Zahl der Auswanderer; sie kommen auf den oberländischen Dampfschiffen zu Hunderten und machen durch ihre große Menge oft die Lebensmittel selten. Die Gasthäuser in der Neustadt, wo sie sich bei billiger Behandlung in mancher Hinsicht sehr behelfen müssen, sind voll von ihnen; sie schlafen auf dem Boden auf Streh, waschen sich des Morgens aus Eimern und Ein Handtuch muß für die ganze Gesellschaft hinreichen. Ihre Verpflegung durch den Rheder beginnt erst bei der Einschiffung auf die Weserkähne, wobei sich sehr malerische Scenen darbieten. Am Strande lagern die Güter, die Koffer und Kästen in Masse gehäuft; zwischen und auf ihnen die behütenden Auswanderer mit ernsten und heitern Gesichtern, die Zeit in Gesprächen hinbringend, alle in Reisekleidern, einige mit einer Flinte über die Schulter oder leichte Geräthschaften in den Händen, Männer, Weiber, Kinder durch einander geschart, Hunde unter der Menge; nach dem Kahn selbst ist ein langes Bret meistens mit einem Geländer hinübergeschlagen, damit die mit dem Wasser nicht vertrauten und deshalb ängstlichen Leute um so besser auf demselben gehen können. Wenn nun die Personen und ihre Effecten in den Kahn gebracht sind, dessen Inneres dann einen bunten Knäuel von Menschen enthält, geht es von der Stadt nach Bremerhaven oder Brake in die Seeschiffe. Unter den Auswanderern trifft man jedes Alter, manchmal höchst Bejahrte, die Amerika nur sehen, um dort zu sterben, oder auch unterwegs den Strapazen der Seereise erliegen. Fast alle Hinübergehenden wollen Ackerbau treiben, wenige nur, um ein Handwerk auszuüben, in den Städten bleiben, woselbst jetzt Näherinnen und Putzmacherinnen ungemein gesucht sind. Nachgerade werden die Auswanderer hier etwas Gewöhnliches, das im täglichen Leben vorkommen muß, und es nimmt schon Wunder, wenn man einmal keine auf den Straßen sieht. Das neue amerikanische Gesetz, welches für die Passagiere einen bestimmten Raum festsetzt, kann in seiner jetzigen für die Rheder ungünstigen Auslegung diese wol besorgt machen; doch hofft man, daß es der Thätigkeit unserer Consuln gelingt, eine vortheilhaftere Erklärung desselben zu bewirken. Nach dem Urtheil Sachverständiger wird nämlich der Platz für den Einzelnen zu groß angenommen, und der Erwerbszweig der Ueberschiffung würde bedeutend hierunter leiden. So müssen die Preise für den Transport unbedingt steigen; das Gesetz scheint den politischen Zweck zu haben: die Einfuhr von Gesindel zu verhüten.

Der Eindruck des preußischen Landtags ist hier kein bedeutender, wo mercantilische Interessen allen übrigen und namentlich der auswärtigen Politik vorgehen. Im Allgemeinen bestimmen die hiesigen Zeitungen das Urtheil; Einige stehen über den Parteien und betrachten die Dinge mit ruhigem Blick.

Preußen.

Berlin, 26. April. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 23. April wurde zuerst eine achte Abtheilung ernannt und in einigen andern Abtheilungen Veränderung getroffen. Dann erklärte der Landtagscommissar, mit der Bemerkung, daß er sich vorher mit seinen Collegen verständigt, in Betreff der Interpellationen Folgendes: „Wenn im Laufe der Debatte über Gegenstände, welche zur Tagesordnung gehören, Fragen an den königl. Commissar oder einen Departementsminister gerichtet werden, über die wir auf der Stelle wegen Kenntniß des Details Auskunft zu geben im Stande sind, so werden wir jederzeit diese Beantwortung gern geben, um der Versammlung gegenüber das Bestreben zu beweisen, die Verhandlungen so viel möglich zu erleichtern und abzukürzen, welches Letztere für besonders nothwendig erachtet werden wird. Wenn aber an uns Fragen gestellt werden sollten, die nicht zur Debatte und nicht zur Tagesordnung gehören, sondern als ganz neue Gegenstände zu betrachten sind, so müssen wir bitten, uns damit auf dieser Stelle zu verschonen, weil wir sie nicht beantworten zu dürfen glauben. Für diesen Fall hat das Reglement vorgesehen. Die Herren, welche Auskunft zu erhalten wünschen, werden die Güte haben, sich an den Landtagsmarschall zu wenden, und dieser wird die Auskunft von dem königl. Commissar erfodern, wo sie sodann so schnell als möglich und so vollständig als zulässig ist gegeben werden wird. Sollten Mitglieder der hohen Versammlung sich noch außer der Sitzung an die Minister wenden wollen, so werden wir, soweit es die Zeit gestattet, auch in dieser Beziehung uns bereitwillig zeigen, um auch ihnen Das zu gewähren, was sie auf diesem Wege wünschen." Der Abg. Milde hatte sich schon vorgenommen gehabt, denselben Gegenstand zur Sprache zu bringen, erklärte sich mit dem jetzt Mitgetheilten zufrieden, wünschte aber, daß der königl. Commissar das Gesagte dahin erläutern möge, daß, wenn derselbe oder ein anderer Staatsminister 24 Stunden vorher von der Interpellation von Seiten eines Mitgliedes in Kenntniß gesetzt worden sei, er die Güte habe, sich darauf zu declariren, möge die Antwort eine bejahende oder verneinende sein, je nachdem es das Interesse der Krone erfodere. Der Landtagscommissar erwiderte: „Ich glaube im Wesentlichen mich auf Das beziehen zu können, was ich gesagt habe, und ich kann im Augenblicke zu einem weitern Versprechen nicht übergehen. Daß wir zu jeder Auskunft gern bereit sind, welche dazu dienen kann, den Beweis zu liefern, daß der König und seine Regierung Alles gern aufbieten, das wahre Bedürfniß des Landes so schnell als es geschehen kann zu befriedigen, diese Versicherung kann ich hier wiederholen. Wir stehen überdies in dieser Beziehung auf einem guten Standpunkt hier, weil ich in Wahrheit versichern kann, daß unsere Regierung ein gutes Gewissen, deshalb keine Frage zu scheuen hat und vor keiner Antwort zurückzutreten braucht. Aber die Gebräuche, die Jahrhunderte in England festgesetzt haben, sind bei uns ganz neu. Wir bilden uns nicht ein, dieselbe Gewandtheit zu haben wie ein englisches Ministerium, welches unter parlamentarischen Formen und Verhandlungen aufgewachsen ist. Deshalb glaube ich, daß die hohe Versammlung mit Dem, was ich bisher erklärt habe, sich vorläufig wird begnügen können. (Bravorufe aus der Mitte der Versammlung.) Sollte aber noch ein anderer Wunsch laut werden, so bitte ich ihn da anzubringen, wo über die Abänderung des Geschäftsreglements verhandelt wird. Wenn er dort zur Sprache kommt, so werde ich mich dann weiter zu erklären im Stande sein als in diesem Augenblicke." Auf eine nachmalige Erläuterungsfrage des Abg. Camphausen sagte er: „Wendet sich ein Mitglied der hohen Versammlung privatim an einen Minister, und dieser antwortet ihm, so ist diese Antwort sein Eigenthum. Wendet sich aber ein Mit

glied durch den Hrn. Landtagsmarschall an einen Minister, so ist die Antwort ein Eigenthum der hohen Ständeversammlung, und wie sie weiter benutzt werden soll, dies hängt lediglich von dem Hrn. Landtagsmarschall ab. Ich hoffe, daß diese Antwort genügen wird." (Aus der Mitte der Versammlung mehrfaches Bravorufen.) Noch wünschte der Abg. Gier öftere Sitzungen. (A. Pr. Z.)

* **Berlin**, 25. April. Die Adreßverhandlungen sind geschlossen, und es lohnt sich nun wol, auf die Adresse zurückzublicken. Sie ist wichtig, weil es die Gesetzgebung vom 3. Febr. ist. Jene Wichtigkeit zwar, die man für diesen parlamentarischen Act aus der bekannten Vorstellung entnimmt, daß die Adresse der Ausdruck des Landes und die Stimme des Volks sei, können wir derselben in keiner Weise zugestehen und werden es niemals. Wir erkennen in dieser Vorstellungsweise vielmehr eine jener vielen Täuschungen, womit jedes Vertretungssystem, mag es organisirt sein wie es wolle, nothwendig behaftet sein wird; aber die hier in Rede stehende Adresse ist wichtig als Actenstück zur innern Geschichte des preußischen Staats. Das monarchische Princip hat durch dieselbe gesiegt. Es ist in seiner Integrität vielmehr aufs neue bestätigt und geheiligt worden, und zwar von Seiten einer Macht, die man als den beflissenen glücklichen Concurrenten der monarchischen Staatsgewalt zu betrachten sich gewöhnt hat. Es ist dies ein Erfolg, den wir voraussagten und von dem Europa als von einem gewaltigen Zeichen der Zeit Kenntniß zu nehmen hat. Die Verhältnisse in Preußen sind stärker und dauerhafter, als man außen geglaubt hat. Der gegebene Staatsorganismus ist im Bewußtsein und Vertrauen des Volks viel tiefer bewurzelt und viel befestigter, als es dem einen und dem andern der über Bureaukratismus schreienden Lärmer vielleicht geschienen. Der politische Rationalismus endlich, dieser kaufmännische Divisor der Staatskraft wie der Kräfte des Volks, hat eine Niederlage erlitten, die er sich weder auf diesem Schauplatze noch in diesem unerhörten Umfange vermuthet haben mag. Ohne alle und jede Ausnahme stellten sich bei Verhandlung der Adresse die debattirenden Mitglieder auf den Boden der vorhandenen ständischen Gesetzgebung und ihrer doch so scharf ausgeprägten Eigenthümlichkeiten, die unserer Verfassung ihre Stelle zwischen dem constitutionellen und dem absoluten System als einer dritten selbstgearteten politischen Form anweisen. Weder jenes noch dieses hat eine Repräsentation oder auch nur einen Ausdruck, ein mattes Hereinklingen in dieser erleuchteten Versammlung, deren Mitglieder statt auf eine ungewisse öffentliche Meinung auf ihr Gewissen sich berufen, finden können. Vollends ein Constitutionsverlangen ist auf keiner Seite hervorgetreten, und eben Das, wir wiederholen es, ist jenes bedeutsame Zeichen der Zeit, die nach fester Gestaltung ihres politischen Urtheils, nach klarer Einfachheit der innern Staatsbezüge und ihrer Organisationen zu ringen anfängt. Die Stände Preußens wollen berathende Stände bleiben. Sie wünschen diese Berathung einflußreicher zu machen, lediglich eine Aenderung der einen und der andern Bestimmung des Gesetzes vom 3. Febr., aber sie wünschen selbst diese Aenderungen nur, sofern und soweit sie dabei auf frühere ständischen Gesetze des Staats zurückgehen, auf solche sich stützen zu können glauben. Das ist der Sinn ihrer durchaus loyalen Adresse; und der Souverain, für den die während der Verhandlung vorgetragenen Gründe auf seiner freien Stellung eine gleiche Wichtigkeit wie die formulirten Anträge selbst haben, da für ihn durch keine Majorität irgend ein guter Grund ausgeschlossen und erdrückt werden kann, wird unbezweifelt mit Rücksicht auf beide Momente und aus Rücksicht auf beide beschließen.

Einigermaßen aufgefallen ist es dagegen, daß der von einem bedenklichen Leiden noch kaum genesene Staatsminister Frhr. v. Bodelschwingh in seiner schwierigen Stellung als königlicher Landtagscommissar von Seiten der Ministerbank in keinerlei Weise unterstützt wurde, selbst nicht von Seiten der Justizminister, obwol derselben drei sind und obwol der Frhr. v. Bodelschwingh auf dieselben sich berief.

* **Posen**, 24. April. Auch bei uns sind die Getreidepreise, namentlich der des Roggens, plötzlich wieder auf eine bedenkliche Weise in die Höhe gegangen, ohne daß irgend Jemand einen zureichenden Grund für diese Erscheinung anzugeben vermöchte, indem nach allgemeiner Ansicht ein Mangel an Cerealien und Kartoffeln nicht vorhanden ist, wir überdies seit einigen Tagen das schönste Frühlingswetter haben und die kräftig emporwachsenden Saaten eine reichliche Aernte versprechen. Auf den letzten Märkten wurde das polnische Viertel Roggen (acht Viertel sind gleich neun berliner Scheffeln) mit 4½ Thlr. bezahlt und die Kartoffeln mit 1⅔ Thlr. Unter solchen Umständen ist die Aufhebung der Mahlsteuer an der zunehmenden Größe des Roggenbrots nicht wahrzunehmen. Hier ist man der Meinung, daß die dermalige Höhe und die bedeutenden Fluctuationen der Cerealienpreise nur dadurch hervorgebracht werden, daß die Speculation sich der gesammten Vorräthe bemächtigt hat und nun vorzugsweise dahin arbeitet, keine Gewißheit darüber aufkommen zu lassen, ob zureichende Vorräthe aufgespeichert sind oder nicht. Sollte nicht bald eine Aenderung eintreten, so können schlimme Folgen nicht ausbleiben, indem die große Volksmasse nicht mehr im Stande ist, die tägliche Nahrung zu erwerben. Es kommt dazu, daß eine reiche Quelle für die hiesige Arbeiterklasse, die bisherige Baumuth, seit der letzten revolutionairen Bewegung gänzlich verstopft ist; es sollen für diesen Sommer durchaus gar keine Neubauten in Aussicht stehen, was begreiflich wird, wenn man bedenkt, daß seit etwa anderthalb Jahren der Häuserwerth um 30—40 Proc. gefallen ist. Inzwischen würde unsere Stadt sich schnell wieder heben, wenn unsere Communalbehörden sich entschließen wollten, mit aller Kraft an der Herstellung eines städtischen Hypothekeninstituts zu arbeiten. Die Zeit des Schlendrians ist vorüber, und die bekannte lange Bank führt nur zum Verderben; aber die Zahl Derer, denen der Zopf noch immer hinten hängt, ist gar zu groß!

Den Nachrichten aus Berlin zufolge soll es unsern polnischen Deputirten doch curios vorkommen, daß sie dort so ganz in der Masse verschwimmen und von provinziellen Sonderinteressen nirgend die Rede ist. Sie sind gewohnt, sich überall in die ersten Reihen zu stellen und ihre specifisch polnischen Angelegenheiten überall zur Hauptsache zu machen; nun aber hören sie trotz aller Opposition nur von dem Wohle Preußens, von preußischem Patriotismus und preußischer Kraft, und werden dadurch zu der Erkenntniß gebracht, daß sie nur das Glied eines organischen Ganzen sind und als solches keine abgesonderte Selbständigkeit beanspruchen können. Hoffentlich wird davon eine gute Rückwirkung nicht ausbleiben.

Die Reise des Kaisers Nikolaus von Petersburg nach Warschau soll, wie aus Polen gemeldet wird, durch ein leichtes Unwohlsein des Monarchen um eine Woche verschoben worden sein. Ueber die bekannte Finanzoperation des Kaisers in Paris hegt man hier eine andere Ansicht, als bisher in den öffentlichen Blättern ausgesprochen worden ist: an eine entente cordiale mit Frankreich glaubt Niemand, auch dürfte eine solche schwerlich in den Absichten des Autokraten, dem die französischen Zustände nur Grauen erregen können, liegen; vielmehr meint man, daß die neuesten politischen Ereignisse in Preußen das russische Cabinet, das liberale Ideen weit mehr als Armeen fürchtet, dergestalt in Besorgniß versetzt haben, daß man durch das Schreckbild einer russisch-französischen Allianz Preußen von der so erfolgreich betretenen Bahn organischer Entwickelung rasch zurückzubringen und in das System des Absolutismus zurückzuschrauben versuchen wolle. Gewiß wird Preußen durch ein solches Schibboleth sich nicht beirren lassen, zumal man bei einigem Nachdenken leicht die Ueberzeugung gewinnt, daß es Rußland mit der neuen Allianz unmöglich Ernst sein könne. Wahrscheinlich hat das petersburger Cabinet auch noch die Nebenabsicht, die lauten Schreier an der Seine, die sich zu Patronen der polnischen Sache aufgeworfen haben und die der russischen Politik doch insofern etwas unbequem werden, als sie die Aufregung in der polnischen Nation wach erhalten, zum Schweigen zu bringen. Dies wird ihm gelingen, denn den Franzosen kostet dieses Opfer ja nicht viel; als Ersatz gewinnen sie ja die Freundschaft des großen nordischen Autokraten, womit sie, trotz ihres zur Schau getragenen Republikanismus, in ihrer maßlosen Eitelkeit sich brüsten werden. Hat dann der Kaiser Absichten auf Polen und will namentlich das Königreich recht eng und innig mit dem großen Kaiserstaate verbinden, nun so wird der Proceß recht still vorübergehen!

Berlin, 25. April. Am 23. April Abends fanden in der Prenzlauer-Straße und Neuen Königsstraße noch einige Unruhen und Unordnungen statt; besonders hatten in der Prenzlauer-Straße mehre muthwillige Buben mit Steinen gegen Laternen und Fenster geworfen und die vorüberziehenden Soldaten geneckt. Als diese sich hierauf gegen sie wendeten, flüchteten sich die Unruhestifter in ein Haus, dessen Thür von innen verschlossen oder verrammelt wurde, und bald darauf zeigten sich mehre der Aufrührer an den Fenstern des Hauses und fuhren selbst von dort aus fort, auf das Militair zu schimpfen; die Soldaten stießen nun die Hausthür mit Kolben ein und nahmen die Unruhestifter in Verhaft. Zur schleunigen Untersuchung der in den Tagen vom 21., 22. und 23. April als Unruhestifter verhafteten Personen sind vom Kammergericht drei Untersuchungsrichter in Verbindung mit mehren zur Hülfleistung bestimmten Referendarien und den nöthigen Unterbeamten ernannt worden. Die Zahl der verhafteten Personen beläuft sich auf 215.

Aus guter Quelle erfährt man, daß ein Verbot des Verbrauchs der Kartoffeln für die Brennereien bereits ins Leben getreten sein würde, wenn nicht noch die Zustimmung der Zollvereinsregierungen nöthig wäre, zu deren schleuniger Einholung alle Einleitungen getroffen sein sollen. Ebenso versichert man, daß ein Verbot der Ausfuhr von Kartoffeln und Getreide in den nächsten Tagen zu erwarten sei; auch soll beabsichtigt werden, eine gewisse Expropriation der übermäßigen Getreide- und Kartoffelvorräthe, wo solche sich noch vorfinden sollten, eintreten zu lassen und bei ungebührlichem Zurückhalten gegen das Verbot die Bestimmungen des Strafrechts wegen der Confiscation anzuwenden. Man sieht auch hieraus wieder, daß die Regierung eifrig bemüht ist, der steigenden Noth kräftig entgegenzutreten. (B. Z.)

— Aus **Stettin** vom 24. April heißt es in der Allgemeinen Preußischen Zeitung: „Erst nachdem Generalmarsch geschlagen war, die Truppen die bedrohten Orte umstellten und in Patrouillen die Straßen durchzogen, und nachdem mehre der ärgsten Tumultuanten verhaftet waren,

gelang es, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen. Ein Aufruhrmandat ist seitdem überall angeschlagen, die Bürger, an ihren weißen Binden um den Arm kenntlich, sind als Schutzwachen zusammengetreten, das Militair ist mit scharfen Patronen versehen, und so hoffen wir, daß es dem vereinten Streben des Militairs und Civils gelingen werde, uns vor weitern Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu bewahren;" und vom 25. April früh: „Die oben ausgesprochene Hoffnung ist bis jetzt in Erfüllung gegangen, es haben gestern Abend zwar noch mehre Verhaftungen, aber keine weitern Excesse stattgefunden."

— Fürst Hatzfeld ist zwar excommunicirt worden (Nr. 117), wird jedoch nicht zu einer andern Confession übertreten, da er dann seines Majorats verlustig gehen würde. (A. Z.)

Spanien.

Dem Congresse ist vom Finanzminister Salamanca ein Gesetzentwurf übergeben worden, der dazu führen soll, wie es in der Einleitung dazu heißt, den Nationalcredit auf die 3proc. Staatsschuld, deren Zinsenzahlung gesichert sei, neu zu begründen. Es sollen nämlich mit Ausnahme der Quecksilbergruben von Almaden, der Waffenfabriken und der Güter, die der Welt- und Klostergeistlichkeit gehört haben, alle dem Staate gehörenden unbeweglichen Besitzungen nebst den erledigten Commenden der Ritterorden zu Nationalgütern erklärt und verkauft werden. Als Angebot für den Verkaufspreis soll der fünffache Jahresertrag zu betrachten, die Bezahlung aber mit 40 Proc. sofort und mit je 20 Proc. in drei Jahresraten durchaus in 3proc. Schuldpapieren zu leisten sein. In derselben Valuta kann auch die Ablösung aller auf den betreffenden Besitzungen haftenden Renten und Lasten an den Staat bewirkt werden. Sämmtliche auf diese Weise eingehenden 3proc. Schuldverschreibungen werden der Amortisationskasse überwiesen. Ferner sollen die den Städten und Ortschaften zugehörigen Gemeindegrundstücke oder Propios ebenfalls zum Verkauf gebracht, der Kaufschilling in gleicher Weise erlegt und die dafür erhaltenen Staatspapiere als unveräußerliche Renten den Ortsbehörden in Verwahrung gegeben werden. Ein anderer Gesetzentwurf will die Liquidirung aller vom 1. Jan. 1835 bis 30. Jun. 1846 unbefriedigt bleibenden Forderungen an den Schatz und die Ausgleichung derselben durch 3proc. Schuldverschreibungen in drei näher bezeichneten Terminen bewirkt wissen. Endlich ist durch königl. Decret vom 16. April eine Commission aus elf Personen niedergesetzt und der ehemalige Finanzminister unter Ferdinand VII. Don Luis Lopez Ballesteros zum Präsidenten, Don Manuel Bertran de Lis y Rives zum Secretair derselben ernannt worden, welche sich mit den verschiedenen Klassen einheimischer und fremder Staatsgläubiger in Vernehmen setzen und einen Entwurf zu einer mit dem gegenwärtigen Finanzzustande des Landes zu vereinbarenden Regulirung des Schuldenwesens ausarbeiten soll. Die letztere Maßregel scheint zunächst darauf abgesehen, Zeit zu gewinnen.

— An die Stelle des abgetretenen Generalcapitains von Galicien Villalonga ist der General Roncali ernannt worden.

Großbritannien.

London, 22. April.

Gestern, als am Mittwoch, hielt das Oberhaus wie gewöhnlich keine Sitzung, und das Unterhaus trat um 12 Uhr zusammen. Das Hauptgeschäft desselben war der Bericht über die Comitéberathung der ursprünglich Lord Ashley'schen, jetzt durch Hrn. Fielden betriebenen Factoreibill, durch welche die Arbeitszeit für Frauen und Arbeiter bis 18 Jahre in den Fabriken auf zehn Stunden täglich begrenzt werden soll, daher sie gewöhnlich Zehnstundenbill heißt. Das Ministerium hat diese Maßregel bekanntlich als eine offene Frage behandelt und während einzelne Mitglieder desselben dagegen sich aussprachen, trat Lord J. Russell, der Premierminister, dem Grundsatze der Bill bei, wünschte aber die Arbeitszeit auf elf Stunden bestimmt zu sehen. In der Comitéberathung wurde Das jedoch verworfen und die Zehnstundenclausel beibehalten. Hr. Fielden beantragte also gestern die Annahme des Berichts über diese Bill, und dazu Hr. Hume ein Amendement, die Aussetzung bis über sechs Monate, d. h. die Verwerfung der Bill. Der Letztere erwartete großen Nachtheil vom Durchgehen einer solchen Maßregel, indem die von den amerikanischen Fabriken ausgehende Concurrenz bereits für die englische so drückend sei, daß es fast Wahnsinn heißen könne, dieser Bill beizustimmen. Hr. Brown unterstützte das Amendement. Mehre Redner erneuten ihren Einspruch gegen die Maßregel und führten besonders mit an, daß durch Begrenzung der Arbeitszeit der Kinder auch die aller andern erwachsenen Arbeiter begrenzt werde, weil die Erstern in den Fabriken nicht zu entbehren wären (rechtzeitige Ablösung der jüngern Arbeiter würde da schon helfen). Da mehre Mitglieder Lord J. Russell aufgefodert hatten, nachdem die elfstündige Arbeitszeit nicht angenommen worden, nun sich dagegen zu erklären, so sprach derselbe in der Kürze aus, wie er allerdings bei Annahme der elf Stunden die Maßregel für weit sicherer gehalten haben würde, indem in Yorkshire mit dieser Arbeitszeit bereits umfängliche Erfahrungen vorlägen, die günstig wären. Für die zehn Stunden seien dieselben noch nicht vorhanden. Bedaure er nun deshalb die Entschließung des Hauses, so könne ihn doch dieselbe nicht bewegen, gegen diese Maßregel zu stimmen, da eine so große Mehrheit für die zehn Stunden gewesen und anzunehmen sei, die Ansicht des Parlaments habe sich dadurch genugsam ausgesprochen. Bei der Abstimmung wurde das Hume'sche Amendement mit 104 gegen 46 Stimmen verworfen. Nachdem noch einige Amendements theils von den Antragstellern zurückgenommen, theils verworfen worden waren, welche Modificationen der zehnstündigen Arbeitszeit bezweckten, wurde der Bericht angenommen und die dritte Lesung der Bill vorläufig zum 23. April angesetzt. Das Haus sollte dann zur Comitéberathung der Strafgefängnißbill für die Flotte schreiten; ehe es aber dazu kam, fand eine Besprechung der Lage der Seeleute im königl. Dienste statt, die Hr. Williams im Vergleiche mit der Behandlung der Leute in der Landarmee als ausnahmsweise hart und barbarisch bezeichnete. Kürzlich erst sei in Portsmouth ein Marinesoldat, der seinen Sergeanten geschlagen hatte, verurtheilt worden, am Ende der Raae gehenkt zu werden, während nicht lange vorher ein gleiches Vergehen an einem Soldaten der Garde mit zwölf Monaten Gefängniß bestraft wurde. Das erstere Urtel sei zwar in siebenjährige Transportation gemildert worden, spreche aber darum nicht weniger für die Ungleichheit in beiden Dienstverhältnissen. Das Haus möge eine Acte nicht gutheißen, welche gestatte, daß ein Seemann ohne kriegsrechtliches Urtel auf 28 Tage eingesperrt werden könne. Der Admiralitätssecretair machte dagegen geltend, daß bereits an Abstellung der Uebelstände eifrig gedacht worden. Diese Bill bezwecke nur, an die Stelle von Körperstrafen in mehren Fällen Gefängnißstrafe treten zu lassen. So unerläßlich einige strenge Maßregeln für Erhaltung der Disciplin wären, so sorgfältig überwache die Admiralität die Handhabung derselben. Die vorliegende Bill vermehre in keiner Art die Strafgewalt der Capitaine und gestatte ihnen nur die Verhängung gewisser Gefängnißstrafen statt der Körperstrafen ohne vorheriges kriegsrechtliches Verfahren. Capitain Pechell sprach seine Erwartung aus, daß diese Strafen in einiger Zeit ganz unnöthig werden würden, während die Macht, sie zu verhängen, unerläßlich sei zur Erhaltung der Mannszucht am Bord. Er habe zur Zeit der großen Meuterei auf der Flotte vor Toulon gedient und sich bei der damaligen schlechten Behandlung der Leute nur darüber gewundert, daß sie dieselbe so geduldig ertrügen, keineswegs, daß sie sich empörten. Jetzt werde der Seemann ganz anders behandelt, und bei angemessener Fürsorge der Offiziere würden solche Dinge sich nicht mehr ereignen. Sir C. Napier brachte die bessere Behandlung der Leute auf den Schiffen der Vereinigten Staaten zur Sprache, daher 40—50,000 britische Matrosen darauf dienten, und daß man an bessern Sold für die Seeleute denken müsse. Nach einigen andern Bemerkungen für und wider passirte die Bill schließlich die Comitéberathung.

— In Exeter und Lymbstone ließen Ultrahochkirchenmänner auf die Nachricht von der Verwerfung der von Hrn. Watson eingebrachten Bill zur Beseitigung der noch bestehenden Beschränkungen der Katholiken (Nr. 111) im Unterhause aus Freuden die Glocken läuten.

— Der neue Gouverneur von Ceylon, Lord Torrington, ist am 20. April mit dem Postdampfschiffe Oriental von Southampton nach Malta und Alexandrien abgereist. Die Actionaire der Southwestern-Eisenbahn haben ihm noch als Anerkennung seiner Verdienste als Director und sonst um diese Bahn ein Silbergeschirr von 3000 Guineen Werth zum Geschenk gemacht.

— Der durch Sir H. Pottinger abgelöste Gouverneur des **Cap**, Sir Peregrine Maitland, ist von da mit dem Wellesley zurückgekehrt. Die mitgebrachten Capzeitungen reichen bis 20. Febr. Das Verunglücken des Dampfkriegsschooners Thunderbolt in der Algoabai wird bestätigt. Das Schiff ist 1841 in Portsmouth gebaut, hält 1055 Tonnen, hat Maschinen von 280 Pferdekräften und ist seit 1842 von England abwesend. Bei der Unterdrückung des Sklavenhandels hat es sich einen guten Namen gemacht. Der Thunderbolt stieß an ein Riff unter Wasser und erhielt einen solchen Leck, daß es nöthig wurde, so schleunig wie möglich auf den Strand zu laufen. Die letzten Nachrichten gaben noch einige Hoffnung, das von allen schweren Gegenständen am Bord erleichterte Schiff wieder flott zu bekommen, wenn man im Stande wäre, den Leck zu verschließen. Die Feindseligkeiten mit den Kaffern scheinen so vollständig noch nicht beendet, als zu wünschen wäre, und die gänzliche Herstellung des Friedens dürfte nach Ansicht wohlunterrichteter Personen noch einige Zeit auf sich warten lassen.

— Der Gouverneur von **Trinidad** hat die Einwanderung von Kulis bis auf weiteres suspendirt und seine Ursachen dazu dem Staatssecretair für die Colonien dargelegt. Auf allen westindischen Inseln standen Mehl und Getreide wegen der aus den Vereinigten Staaten nach Europa gemachten Versendungen so hoch im Preise wie in England. Die Zuckerärnte in Westindien ist im besten Gange und gibt einen ungewöhnlichen Ertrag.

Frankreich.

Paris, 23. April.

Die Pairskammer war gestern mit allgemeiner Berathung des Gesetzentwurfs über Beseitigung von Mißbräuchen bei der Stellvertretung im Heere beschäftigt. Gegenwärtig befinden sich in der französischen Ar-

mee nicht weniger als 112,000 Stellvertreter, aus denen gewöhnlich die Unteroffiziere genommen werden. Der Gesetzentwurf wurde mehrseitig darum angegriffen, weil er die bisher sofort zu bewirkende Bezahlung des Einstandsgeldes, an welchem dem Stellvertreter doch liegen müsse, in Ratenzahlungen verwandeln und in die Länge ziehen wolle. Man fand sehr ungeeignet, das bisherige, erfahrungsmäßig erprobte System zu ändern.

In der Deputirtenkammer war gestern der Gesetzentwurf über die Gelder zu geheimen Ausgaben auf der Tagesordnung, die Berathung unterblieb aber wegen Unwohlsein des Ministers des Innern, Grafen Duchatel. Da mehre Amendements zu dem zunächst auf der Tagesordnung stehenden Bewässerungsgesetz übergeben wurden, die erst von der Commission berathen werden mußten, so hätte der dann in der Reihe folgende Gesetzentwurf über 450,000 Fr. zu Militairpensionen vorgenommen werden können, wenn nicht die Abwesenheit des Kriegsministers, der in der Pairskammer zurückgehalten war, auch Das verhindert hätte. Nach einigem Hin- und Herreden sah die Kammer sich also ohne Vorlage zur Berathung, und einige Mitglieder äußerten ihr Bedauern über diese Vergeudung der Zeit. Endlich ließ man die Deputirten Pascalis und Lapère ihre zu dem Bewässerungsgesetz übergebenen und an die Commission überwiesenen Amendements im voraus begründen und vertagte sich um 5 Uhr.

— Die Zeitungen besprechen heute zum Theil die Vorgänge in Preußen, so z. B. das Journal des Débats, und in zweiter Reihe die in Griechenland; der Constitutionnel hat die Unterrichtsangelegenheiten in Frankreich und Großbritannien, die «Presse» die Dringlichkeit der Fortführung der Eisenbahnbauten zum Thema genommen.

— Wenn die Verwerfung des Rémusat'chen Vorschlags wegen der Incompatibilitäten wol von allen Parteien der Deputirtenkammer erwartet wurde, scheint doch den Conservativen die Majorität von nur 49 Stimmen für die Regierung eine kleine Ueberraschung gewesen zu sein. Das Journal des Débats bekennt selbst, daß diese Majorität viel, viel geringer als die gegen den Wahlreformvorschlag des Hrn. Duvergier de Hauranne sei (die gerade das Doppelte, 98 Stimmen, war). Es fügt indessen schlau hinzu, wie es gar nicht mehr erwartet habe und sehr zufrieden damit sei. Denn wenigstens habe man sich diesmal offen gemessen; die angeblichen Columbusse der conservativen Partei, welche die alte Welt satt hätten und nach der neuen suchten, hätten ihrer Phantasie freien Lauf gelassen bei der Abstimmung. Dabei aber hätten sie denn auch sehen können, daß das Ministerium und die arme Majorität dahinter in völliger Verfassung sei, sie entbehren zu können. Die jungen conservativen Premiers wären eben so gefährlich gar nicht, als sie selbst zu fürchten schienen. Die «Presse» weist dagegen sehr bedeutsam auf das Schwinden der Majorität von 98 um die Hälfte binnen Monatsfrist hin. Das sei denn doch ein in Erwägung zu nehmender Punkt, zumal nachdem vorher noch Hr. Guizot die Inbetrachtnahme der Frage während der Dauer dieser Legislatur zugesagt gehabt habe. Er scheine nur eine Frist von ein bis zwei Jahren gewünscht zu haben. Diese Concession im letzten Augenblicke, welche so grell mit dem Tone contrastire, welchen man vor einigen Tagen noch anstimmte, habe nämlich verschiedene Mitglieder bewogen, bis dahin ihre günstigen Stimmen der Frage vorzubehalten. Außerdem fehle es nicht an ängstlichen Leuten, welche einen Ministerwechsel nicht bei einer Frage herbeiführen helfen wollten, die ihnen von untergeordnetem Rang erscheine. Drittens endlich dürfe man nicht vergessen, daß unter den 219 Stimmen gegen die Inbetrachtnahme wenigstens die von 100 Beamten waren, deren Privatinteressen in Betracht kamen. Die Incompatibilitäten verwarfen die Inbetrachtnahme der Incompatibilitäten.

— Wie im Conferenzsaale der Deputirtenkammer erzählt wurde, beabsichtigen mehre von den progressiven Conservativen, welche angesichts des Ministers des Innern nicht für den Rémusat'schen Vorschlag wegen der Incompatibilitäten zu stimmen wagten, ihre unabhängige Gesinnung nachträglich durch einen eignen Schritt zu bethätigen. In den nächsten Tagen werde nämlich eine Proposition von ihnen an die Kammer gelangen, welche Beamten, die Deputirtenstellen annehmen, für die Dauer jeder Session die Gehalte zu kürzen anträgt.

— Von **St.-Etienne** soll die Nachricht eingegangen sein, daß zu besorgen sei, die Arbeiter in den Kohlengruben der dortigen Gegend würden in Masse die Arbeit einstellen.

— Das nach Petersburg wegen Regulirung des russischen Ankaufs französischer Renten gesendete Mitglied des Directoriums der Bank von Frankreich, Hr. Vernes, ist in Paris wieder eingetroffen.

— Hr. E. Quinet erklärt in einem Schreiben an die Zeitungen sowol seinen Collegen am Collège de France wie der studirenden Jugend, daß er nie aufgehört habe, gegen die ministerielle Maßregel zu protestiren, welche ihm seine Vorlesungen unmöglich mache. Nachdem er auf alle Weise die Unterrichtsfreiheit vertheidigt, habe er indessen und damit nicht Gelegenheit geboten werde, einen Stellvertreter für ihn zu ernennen, Hrn. Damas-Hinard selbst als solchen vorgestellt, und so müsse er um so mehr die diesem durch Charakter und Verdienst ausgezeichneten Manne jüngst widerfahrene Beleidigung (Nr. 115) bitter beklagen.

— Der König hielt gestern, begleitet von den Herzogen von Nemours, von Aumale und von Montpensier, Alexander von Württemberg und dem Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Glücksburg (statt dessen chegestern das Journal des Débats irrthümlich die Ankunft des Prinzen Friedrich von Dänemark anzeigte), Revue über die Municipalgarde zu Fuß und zu Pferde, die Sapeurs, Pompiers und vier Infanterie-, ein Uhlanen-, ein Husarenregiment und zwei Batterien Artillerie. Die Truppen waren im Tuilerienhof, auf dem Carrouselplatz und dem Quai vom Pont-Royal bis Pont du Carrousel aufgestellt. Der König ritt alle sechs Linien Infanterie, die drei Linien Reiterei und die Fronte der Artillerie entlang und blieb dann vor dem Pavillon de l'Horloge halten, um die Truppen defiliren zu lassen, welche demnächst andere Garnisonen beziehen. Vorher vertheilte er mehre Kreuze der Ehrenlegion.

** **Paris**, 22. April. Die Wendung, welche die gestrige Debatte über die Unverträglichkeiten genommen, und die verhältnißmäßig geringe Majorität, womit der Antrag des Hrn. de Rémusat beseitigt wurde, hat in und außerhalb der Kammer allgemein überrascht, denn läugnen läßt es sich nicht, daß in diesem Ergebniß abermals eine Schlappe für die Regierung liegt. Einige vierzig Progressisten haben mit der Opposition gestimmt, obgleich mehre derselben, namentlich derselbe Hr. de Castellane, der gestern das Signal zur Trennung von der Majorität gab, zur Zeit der Vorberathung in den Bureaux erklärt hatten, sie würden gegen die Inbetrachtnahme des Vorschlags stimmen. Das unerwartete Ergebniß ist um so bedeutsamer, als das Journal des Débats nicht sich, wohl aber Andere zu täuschen sucht, wenn es behauptet, die Mehrheit von 49, welche die Unverträglichkeiten verwerfen haben, gehören der unbeweglichen conservativen Partei an. Es ist im Gegentheil Thatsache, daß unter den 49 sich noch einige zwanzig befanden, die zu den Progressisten zählen, mit diesen aber nicht gestimmt haben, weil sie, wie Hr. Desmousseaux de Givré, der eigentliche Gründer der progressistischen Partei, am Anfang einer Legislatur es nicht für rathsam halten, eine Reform vorzunehmen, die, wenn auch nicht nothwendiger-, doch schicklicherweise eine Kammerauflösung nach sich zöge. Die gestrige Abstimmung hat somit eine zweifache Spaltung, beide allerdings blos vorübergehend, darum aber nicht minder bedenklich, herausgestellt: zuvörderst eine Spaltung in der progressistischen Partei und dann eine in der Majorität. Beide sind, wie gesagt, bedenklich, mehr aber noch beklagenswerth darum, daß sie auf Veranlassung eines an sich abgeschmackten Vorschlags vollbracht wurden. In deutschen constitutionellen Staaten kämpft man seit vielen Jahren dafür, den Staatsbeamten einen von den Wählern allein abhängigen Zutritt in die gesetzgebende Versammlung zu verschaffen; hier verfolgt man seit zehn Jahren mit unbegreiflicher Beharrlichkeit das entgegengesetzte Ziel und will den Beamten so viel als möglich die Theilnahme an der Gesetzgebung beschränken. Wir haben bereits die Unhaltbarkeit des verworfenen Antrags nachgewiesen, werden daher keiner Entwickelung bedürfen, um herauszustellen, daß die parlamentarische Reform, wie sie Hr. de Rémusat abgefaßt hatte, nicht werth war, daß sie eine Spaltung der Majorität, noch weniger die Spaltung einer kaum gebildeten strebsamen Partei zur Folge habe, die ihre Kräfte für dringendere zweckmäßige Verbesserungen zusammenhalten und sparen sollte. In der ganzen Discussion hat sich kein vernünftiger Grundsatz über jene Frage Bahn gebrochen, man müßte denn jene Ansicht des bereits erwähnten Hrn. de Castellane ausnehmen, der es für räthlich hält, daß die Beamten nicht in demselben Wahlbezirke wählbar seien, worin sie ihren amtlichen Wirkungskreis haben. Dieser Grundsatz ist billig, ist vernünftig; ob er die Zahl der Beamten in der Kammer vermindern würde, ist vielleicht zweifelhaft, jedenfalls aber gleichgültig.

Allein wie wünschenswerth es auch sein mag, diesem Princip Gesetzkraft zu geben, so hat es doch keine solche Eile damit, daß der eben genannte Deputirte von Murat (Departement du Cantal) und seine politischen Freunde deswegen in Bausch und Bogen für die Inbetrachtnahme eines Vorschlags stimmen, worin jener Grundsatz nicht aufgestellt ist. Hr. de Castellane würde jedenfalls zweckmäßiger gehandelt haben, wenn er unter dem Vorbehalte, vor Ende der Legislatur einen Antrag auf die Grundlage seines Princips einzubringen, gegen den Vorschlag des Hrn. de Rémusat gestimmt hätte. Wenn das Verfahren der einigen vierzig conservativen Progressisten überhaupt einen Sinn hat, müßte man annehmen, daß sie damit über die Regierung hinaus zielen wollten, und ihre Demonstration weniger gegen diese als gegen den unveränderlichen Gedanken gerichtet war, der von vorn herein ein absolutes, „Nie" aller und jeder politischen Reform in einem vor kurzem abgehaltenen Ministerrathe entgegengesetzt. Gegen eine solche Absicht ließe sich nichts einwenden, als daß sie nicht klar und bestimmt, besonders nicht kräftig genug ist, da einige zwanzig Progressisten sich ihr nicht angeschlossen, um höhern Orts begriffen und gewürdigt zu werden.

Schweiz.

Von der Limmat heißt es im Frankfurter Journal über die Angelegenheit des Professors Dr. Wilh. Snell in Bern: „Der große Rath hat keineswegs, wie allerdings der Regierungsrath wünschte, die frühere Abberufung des Professors (unter der vorigen Regierung) bestätigt, son-

dern nur beschlossen: die Cassirung der Abberufung und die Wiederanstellung desselben gehören in das Ressort der Regierung, und er könne darüber nicht beschließen; allein es müsse anerkannt werden, daß dem Verfolgten Unrecht geschehen, weshalb der Regierungsrath angewiesen sei, ihm jedenfalls Satisfaction und eine volle Entschädigung zu geben, worüber dem Professor der Recurs an die Gerichte offen stehe. Die Verhandlungen über diese Entschädigung sind noch nicht beendigt; die Regierung hat übrigens die Nichtwiederanstellung des Beeinträchtigten beschlossen."

Italien.

*Rom, 12. April. Die sardinische Regierung setzte im Jahr 1841 eine Commission behufs der Anfertigung einer möglichst genauen Statistik der Insel Sardinien nieder. Diese hat den ersten Band ihrer Arbeit eben veröffentlicht. Aus ihm ersieht man, daß die Bevölkerung der Insel Sardinien in diesem Augenblicke bis auf 543,207 Köpfe gestiegen, die in 129,152 Familien vertheilt sind und 113,681 Häuser bewohnen. In Sardinien hat man auffallenderweise bemerkt, daß dort im Gegensatze zu den übrigen Ländern Europas die weibliche Bevölkerung von der männlichen an Zahl übertroffen wird, da erstere 267,422 Seelen, die zweite hingegen 275,785 beträgt. Auffallen möchte auch, daß sich unter dieser Bevölkerung 8930 Wittwer und 29,013 Wittwen finden. Von Fremden finden sich auf der Insel 5423 Personen männlichen und 943 weiblichen Geschlechts. Nur 34 Nichtkatholiken zählt man. Auf jede geographische Quadratmeile kommen 1788 Bewohner. Sardinien hat 367 Communen. Seine volkreichsten Städte sind Cagliari mit 30,063, Sassari mit 22,883 und Alghero mit 8716 Einwohnern. Ums Jahr 1700 war die Insel nur von 261,674 Menschen bewohnt.

Rom, 17. April. In der anfangs dieser Woche gehaltenen Congregation der Cardinäle war der hauptsächliche Gegenstand der Verhandlung die Wahl eines Nuntius für Konstantinopel. Sämmtliche Stimmen des Collegiums hätten sich für den Bischof Monsignore Alduini (aus Genua stammend) vereinigt, hätte nicht der Cardinal Lambruschini einen andern Candidaten vorgeschlagen. Die Entscheidung erwartet man vom Ausspruche des Papstes. — Der Cardinal Micara, General des Kapuzinerordens, ist so bedenklich krank, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. (N. C.)

Rußland und Polen.

*Petersburg, 14. April. Die letzten Tage haben hier mehre strenge Strafurtel an Militairen von hohem Range, die sich sehr sträflicher Handlungen schuldig gemacht hatten, verhängen sehen. Ein höchster Tagsbefehl vom 7. April sagt in dieser Beziehung: „Der Chef vom Corps der innern Wache, Generallieutenant Trischatny, früher die ganze Reserve-Infanterie im Reiche befehligend, hatte in dem Theile dieses Truppencommandos, der dem kaukasischen Armeecorps attachirt ist, mehren bedeutenden Misbräuchen und Unordnungen Zugang gestattet, in Folge welcher eine sehr große Zahl subalterner Krieger starben. Der Kaiser, von diesen unstatthaften Vorgängen in Kenntniß gesetzt, autorisirte den General Trischatny, an Ort und Stelle Untersuchungen anzustellen und ihm über die sich ergebenden Resultate Bericht zu erstatten. Der General berichtete aber dem Kaiser die Thatumstände ganz anders, als sie sich in der Wirklichkeit verhielten." Wegen dieses strafwürdigen Verfahrens wird derselbe nun durch beregten höchsten Tagsbefehl verurtheilt, als Arrestant vor eine besondere kriegsgerichtliche Commission in Untersuchung gestellt zu werden. Dieselbe ist aus Personen gebildet, welche alle, in hiesiger Residenz anwesend, die volle Generalswürde bekleiden. Der die gedachte Reserve-Infanteriedivision des kaukasischen Armeecorps unter dem Oberbefehle des vorgedachten Trischatny befehligende Generallieutenant Dobrüschin hatte an diesen gerügten Misbräuchen seines Chefs unmittelbar Theil genommen und den wahren Thatbestand bei mehren stattgehabten Revuen und Untersuchungen nicht aufgedeckt. Beregter Tagsbefehl entsetzt ihn dafür seiner Charge und stellt ihn gleichfalls als Arrestanten in kriegsgerichtliche Untersuchung. Gleichen Strafbestimmungen unterliegen die Brigade- und Halbbrigadechefs in jener mehrerwähnten Division: der Oberst Maksimowitsch, der Oberstlieutenant Milowsky, die bereits des Dienstes entlassenen Obersten Gorbunow und Botschmanow. Ein höchster Tagesbefehl vom 5. April befiehlt die Einverleibung der kaukasischen Reserve-Infanteriedivision in das 6. Infanteriecorps.

Ostindien.

Die nun eingetroffenen Zeitungen aus Bombay vom 15. März bestätigen in allen Stücken die vorläufig vom Inhalte der neuesten Ueberlandpost gegebenen Mittheilungen. (Nr. 115.) In Lahore scheinen Festlichkeiten und Wohlleben an die Stelle von Intriguen und Blutvergießen getreten zu sein. Die im Hazarehbezirk entstandenen Unruhen sind beseitigt und Lieutenant Lumsden kann seine Sikhsverbündeten dabei nicht genug loben. Sir C. Napier, Gouverneur von Scinde, ist von Hyderabad nach Kurachie zurückgekehrt. Die nach Afghanistan abgegangene Mission zur Abholung von 1842 her dort zurückgebliebener gefangener britischer Unterthanen, ist meist mit Kindern und Sepoys und Dienern englischer Offiziere zurückgekommen, zu deren Befreiung ihr von Kabul aus aller wünschenswerthe Beistand geleistet wurde. Der Generalgouverneur von Britisch-Ostindien verweilte fortwährend in den nordwestlichen Provinzen. Die im letzten Kriege von den Sikhs erbeuteten 250 Kanonen waren in Kalkutta angelangt. Ihr Transport dahin soll 25,000 Pf. St. gekostet haben. Der bisherige Oberbefehlshaber der Truppen in Bombay, Sir Thomas M'Mahon, ist nach England abgereist (er ist in Frankreich schon eingetroffen). Bis zum Eintreffen seines Nachfolgers Sir W. Cotten hat General Morse das Commando. Eine in Bombay eröffnete Sammlung für die nothleidenden Irländer und Schotten hatte bereits 3000 Pf. St. eingetragen, wozu der mit der britischen Ritterwürde bekleidete reiche Sir Dschamsetji Dschidschibhoy allein 500 Pf. St. beisteuerte.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 27. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119½ Br., 119 bezahlt; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 98½ G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ à ⅝ bezahlt, 59¼ G.; Löbau-Zittauer 58 Br.; Magdeburg-Leipziger 198⅓ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90 Br.; Thüringer 94 Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107 G.; Pesther 99¼ Br.; Dessauer Bankactien 100⅛ G.

Fruchtpreise. In zwölf der bedeutendsten preußischen Marktstädte stellten sich im Durchschnitt die Fruchtpreise im März (vgl. den Februar in Nr. 93) wie folgt: Weizen $102^{9}/_{12}$, Roggen $74^{1}/_{12}$, Gerste $58^{7}/_{12}$, Hafer $34^{6}/_{12}$ Sgr. der Scheffel. In fünf posenschen Städten $99^{6}/_{12}$, $87^{10}/_{12}$, $70^{3}/_{12}$, $42^{2}/_{12}$; in neun brandenburgischen und pommerschen Städten $103^{9}/_{12}$, $85^{11}/_{12}$, $63^{4}/_{12}$, $44^{2}/_{12}$; in elf schlesischen Städten $97^{7}/_{12}$, $85^{11}/_{12}$, $70^{4}/_{12}$, $40^{8}/_{12}$; in acht sächsischen Städten $112^{11}/_{12}$, $96^{7}/_{12}$, $76^{4}/_{12}$, $45^{7}/_{12}$; in vier westfälischen Städten $134^{5}/_{12}$, $115^{4}/_{12}$, $82^{5}/_{12}$, $50^{9}/_{12}$; in vierzehn rheinischen Städten $149^{11}/_{12}$, $123^{4}/_{12}$, $93^{6}/_{12}$, 46 Sgr. der Scheffel Getreide in der eben angegebenen Ordnung der Fruchtarten.

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Sechste Ziehung am 27. April. 100,000 Thlr.: Nr. 34,143; 30,000 Thlr.: Nr. 17,886; 2000 Thlr.: Nrn. 20,499 und 27,401; 1000 Thlr.: Nrn. 681, 1544, 8052, 12,549, 19,896, 22,816 und 31,051. (Nächste Ziehung am 28. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 27. April früh 7 Uhr: 2° 11″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 23. April. 2½pc. Int. 58⅞; Rußl. 5pc. Hope 105⅛; 4½pc. Handelsg. 173¼. London, 21. April. 3pc. Conf. 87⅛; Span. act. 25⅛; Holl. Int. 59. Paris, 23. April. 5pc. 116; 3pc. 78. 10; Neap. 102. 50; Bankact. 3260. Wien, 24. April. Bkact. 1578; Met. 5pc. 107¼; 4pc. 97¼; 3pc. 68⅜; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 117¾.

Actien. Paris, 23. April. Eis. St. Germ. 947½; Versail. r. 340; Paris-Orleans 1237½; Paris-Rouen 940; Paris-Strasburg 431⅛; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 680; Marseille-Avignon 781¼; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 597½; Nord 631¼. Wien, 24. April. Nordb. 160¼; Glogg. 122¼; Mail. 108¼; Livorn. 90½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 26. April. Seehandl.-Prämiensch. 95¼ Br., 3½pc. Staatsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 92¼, ostpr. 95½ Br., pomm. 93½ Br., schles. 96¼, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 92, kur- u. neumärk. 95¼; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88½, Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101½, Berl.-Stett. 107½, Cöln-Minden 4pc. 90, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107¼, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101½, Zweigb. 4pc. 58, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 96, Rhein. 84½ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Thüring. 4pc. 94 Br., Barskoje-Selo 69½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 31⅛, Berg.-Märk. 4pc. 82 Br., Berl.-Anh. 97½, Cöln-Minden 4pc. 89½, Magd.-Wittenb. 82⅓, Mail.-Bened. 4pc. 110 Br., Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 83 Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 97⅓, Ung. Centralb. 4pc. 89. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¼, (neue) 4pc. 93⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95 Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93½, Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅓ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staats-Pr.-Anl. 85 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31¼, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Chemnitz-Riesa betreffend.

*Das Directorium der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn hat unterm 19. April eine so übertriebene Berechnung des muthmaßlichen Ertrags dieser Bahn in den Zeitungen veröffentlicht, daß es für den Sachkundigen fast Pflicht ist, dieselbe öffentlich zu beleuchten, je größere Verluste für das Publicum durch das blinde Vertrauen in die früher aufgestellten Berechnungen und Anschläge erwachsen sind.

Bei 6 Millionen Anlagecapital eine Rente von 4 Thlr. 23 Ngr. von jedem Hundert Thaler zu berechnen ist nur dann möglich, wenn man mit dem Directorium den Personenverkehr auf dieser Zweigbahn dem einer der lebhaftesten Hauptbahnen Deutschlands, der Leipzig-Dresdner, gleichstellen, den Ertrag aus dem Frachtverkehr weit höher und die Betriebskosten weit niedriger berechnen will. Das Directorium bezieht sich auf die im Jahre

1836 angestellten Erörterungen, nach welchen die Zahl der Passanten auf der Chaussee von Chemnitz nach Leipzig auf 17,885, von Chemnitz nach Dresden auf 30,617 angegeben worden ist, während das Comité der Leipzig-Dresdner-Eisenbahn 44,800 Passanten zwischen Dresden und Leipzig nachgewiesen habe.

Schon die notorische Thatsache, daß der Verkehr zwischen Chemnitz und Leipzig weit lebhafter ist als zwischen Chemnitz und Dresden, weist das Mangelhafte dieser Erörterung nach. Natürlich beabsichtigen nicht der sechste Theil von Denjenigen, welche von Chemnitz aus die erste Hebestelle auf der Chaussee nach Dresden oder Leipzig, wo die Passanten gezählt wurden, passiren, nach den letztern Städten selbst zu reisen, der Zwischenverkehr nach Oederan, Freiberg u. s. w., auf der andern Seite nach Penig, in das Schönburgische, ist der weit bedeutendere, und dieser Zwischenverkehr entgeht der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn ganz, während der Zwischenverkehr zwischen Chemnitz, Waldheim und Döbeln nur sehr unbedeutend sein kann. Dagegen hat sich die Zahl der Passanten um alle Reisende, die von Zwickau über Chemnitz nach Dresden und umgekehrt reisten, in Folge der Eröffnung der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn vermindert, sowie um alle Diejenigen, welche früher über Chemnitz nach Leipzig reisten, jetzt aber die Baiersche Bahn benutzen. Die geringe Anzahl Personen, welche später direct von Berlin nach Chemnitz reisen werden kann diesen Ausfall nicht im entferntesten ersetzen.

Allein gesetzt auch, die Riesaer Bahn könnte auf eine so große Anzahl Personen rechnen, so wäre dies doch nur bei einer sehr bedeutenden Herabsetzung der Fahrlöhne möglich.

Sollten nach der Annahme des Directoriums die Fahrpreise der Leipzig-Dresdner Eisenbahn für die Riesaer gelten, so würde die Reise von Leipzig nach Chemnitz in II. Klasse 2 Thlr. 22 Ngr. kosten, während die Post Personen für 2 Thlr. 5 Ngr. 8 Pf., für 1 Thlr. 29 Ngr. und für 1 Thlr. 25 Ngr. befördert, in III. Klasse 1 Thlr. 24 Ngr., während Fahrgelegenheiten zu 1 Thlr. sich darbieten. Wer wird 2 Thlr. 8 Ngr. zahlen, um in II. Klasse nach Chemnitz von Dresden zu fahren, wobei er das Fortkommen nach und von den Bahnhöfen besonders zu bezahlen hat, wenn er mit der Personenpost für 2 Thlr. 2 Ngr. 2 Pf., mit der gewöhnlichen Post weit billiger fahren kann? Die Fahrt auf dem langen Umwege der Eisenbahn bietet weder einen entsprechenden Zeitgewinn noch andere Annehmlichkeiten, und jeder Geschäftsmann wird es vorziehen, in der Nacht mit der Post zu fahren. Ein Platz III. Klasse steht in gar keinem Verhältnisse zu den Fahrpreisen, welche der Reisende jetzt bei Benutzung der zahlreichen Privatfahrgelegenheiten zahlt. Die große Mehrzahl der Geschäftsreisenden wird ohnedies, um Tharand, Freiberg und Oederan, sowie von Leipzig aus Borna, Penig und die Umgebungen besuchen zu können, die alte Straße benutzen.

Erfolgt daher nicht eine sehr bedeutende Herabsetzung der Fahrpreise, so ist auf eine erhebliche Benutzung der Bahn nicht zu rechnen. Eine Ermäßigung um ⅓ der auf der Leipzig-Dresdner gültigen ohnedies hohen Preise würde immer noch die Post und andere Fahrgelegenheiten wohlfeiler erscheinen lassen und daher nicht genügen, wenn nicht die Directien der letztern Bahn, wie wahrscheinlich ist, ebenfalls gewisse Ermäßigungen für die von der Riesaer Bahn übertretenden Reisenden bewilligte. Sonach würde von der, nach Abzug der Betriebskosten verbleibenden Nettoeinnahme aus dem Personenverkehr die Summe von 73,333 Thlr. 10 Ngr. zu kürzen sein.

Die Behauptung, daß an der Riesaer Bahn eine größtentheils gewerbtreibende Bevölkerung wohne, ist, von der Stadt Chemnitz abgesehen, völlig ungegründet, wie ein Blick auf die Karte und jedes Handbuch über die Geographie Sachsens lehrt; die Bevölkerung ist vielmehr vorzugsweise ackerbauend. Die Herabsetzung der Fahrpreise hat zwar überall im Lande eine erhöhte Benutzung der Postanstalt zur Folge gehabt, allein so lange nicht amtliche Nachweise vorliegen, muß unbedingt bestritten werden, daß die Zahl der die Post zwischen Chemnitz und Dresden benutzenden Personen seit Eröffnung der Baierschen Bahn nach Zwickau sechsfach höher sei als im Jahr 1836.

Ist mit hoher Wahrscheinlichkeit bei Vergleichung der Personenfrequenz anderer deutschen Eisenbahnen anzunehmen, daß die der Riesaer weit hinter der der Leipzig-Dresdner zurückbleiben, dieselbe kaum zur Hälfte erreichen werde, wie wenige Jahre des Betriebs nachweisen werden, so ist die Berechnung des Directoriums hinsichtlich der Centnerzahl der zu befördernden Güter und der dafür zu erwartenden Frachtlöhne noch weit übertriebener.

Jeder Unbefangene mag selbst urtheilen. Das Directorium rechnet auf die Meile 222,222 Centner, während auf den durch ihre große Güterfrequenz ausgezeichneten Bahnen, der Altona-Kieler nur 115,000, der Berlin-Stettiner 57,000, der Breslau-Freiburger 127,000, der Magdeburg-Leipziger 107,000, der österreichischen Südbahn 52,000, der Olmütz-Prager 40,000, der Ferdinands-Nordbahn 75,000, der Leipzig-Dresdner nur 79,000 Centner auf die Meile kommen. Keine dieser Bahnen, mit Ausnahme der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, welche ziemlich 5 Mal so lang ist, aber auch zu dem gewerblichen Mittelpunkt und der Hauptstadt der großen österreichischen Monarchie führt, hat überhaupt so viele Centner jährlich befördert, als das Directorium für seine kleine Zweigbahn beansprucht.

Gewiß ist es das Aeußerste, wenn man denselben Frachtverkehr auf der Riesaer Bahn annimmt, wie durchschnittlich auf sieben durch ihren großen Frachtverkehr ausgezeichneten Hauptbahnen stattfindet: der Altona-Kieler, der Berlin-Anhalter, der Berlin-Stettiner, der Breslau-Freiburger, der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, der Leipzig-Dresdner und der Oberschlesischen. Diese sieben Bahnen mit einer Gesammtlänge von ungefähr 150 Meilen haben 1846 überhaupt 10,717,665 Centner befördert, also durchschnittlich auf die Meile 71,451 Centner; das Chemnitzer Directorium ist so bescheiden, für seine Zweigbahn das **Dreifache**, 222,222 Centner auf die Meile, zu erwarten!

Nimmt man denselben Frachtverkehr an wie auf diesen sieben Hauptbahnen, so würden statt 2,000,000 Ctr. nur 643,059 Ctr. auf der Riesaer Bahn befördert werden, und da auf diesen Bahnen der Centner auf jede Meile nur 2,79 Pf. Bruttoeinnahme gewährt, statt nach der Hoffnung des Chemnitzer Directoriums 5 Pf., so vermindert sich die zu erwartende Einnahme aller Wahrscheinlichkeit nach von 300,000 Thlr. auf 54,064 Thlr.

Eine wahrhaft lächerliche, den bisherigen Erfahrungen auf den obengenannten Bahnen widerstreitende Annahme ist es, von jedem Centner Frachtgut, welches zur Bahn gebracht wird, 5 Pf. auf jede Meile in die Bruttoeinnahme zu stellen.

Statt dieser 5 Pf. auf die Meile ergeben sich bei der Altona-Kieler 1⅕ Pf., bei der Badischen 2½ Pf., bei der Stettiner 2⅗ Pf., bei der Breslau-Freiburger (welche wegen ihrer größern Kürze die analogsten Verhältnisse darbietet) 2⅕ Pf., bei der Ferdinands-Nordbahn 2⅓ Pf.

Auch für Kaufmannsgüter sind 9 Ngr. für den Centner von Leipzig nach Chemnitz zu viel, da jetzt schon die Frachtfuhrleute für diesen Preis verladen und dabei das Gut ins Haus bringen.

Hinsichtlich der Baumwolle und der Twiste ist ferner zu erwähnen, daß dieselben größerntheils, wenn sie auch jetzt Chemnitz passiren, nicht für diese Stadt, sondern für die theilweise ziemlich weit davon entfernten Spinnereien bestimmt sind, und daher auch den Frachtfuhrleuten ferner bleiben werden. Ein Theil der von Leipzig früher über Chemnitz gehenden Güter wird endlich jetzt auf der Baierschen Bahn verführt.

Auf der Leipzig-Dresdner Bahn betragen die Betriebskosten über 50 Proc. der Bruttoeinnahme, und da das Directorium der Riesaer Bahn die Sache nicht besser verstehen wird als das Leipzig-Dresdner Directorium, die Kohlen nicht billiger zu haben, die Steigungsverhältnisse aber ungünstiger sind, ist die Annahme von 50 Proc. gewiß die günstigste, die man gestatten kann. Bei der größern Mehrzahl der deutschen Eisenbahnen betragen die Betriebskosten mehr als 50 Proc. der Bruttoeinnahme, und sie werden sich später eher höher stellen, da nach 6 bis 8 Jahren die alljährliche neue Anschaffung des Zehntels der vorhandenen Locomotiven und Wagen statt der unbrauchbar werdenden natürlich zu dem Betriebsaufwande gehört.

Nimmt man aber sogar an, daß die Personenfrequenz dieselbe sein werde wie auf der Leipzig-Dresdner, der Frachtverkehr durchschnittlich so groß wie auf den erwähnten sieben Hauptbahnen — eine Annahme, die offenbar viel zu hoch ist — so würde als Einnahme der Chemnitz-Riesaer Bahn zu erwarten sein:

220,000	Thlr.	— Ngr.	aus dem Personenverkehr,
54,064	„	— „	von 643,000 Centner, die auf die Bahn kommen, durchschnittlich auf die Meile 2⁷⁹/₁₀₀ Pf., auf 9 Meilen also 2 Ngr. 5⅕ Pf.
274,064	Thlr.	— Ngr.	Bruttoeinnahme. Hiervon
		137,032 Thlr. — Ngr.	Betriebskosten nur zu 50 Proc. gerechnet,
		73,333 Thlr. 10 Ngr.	als Betrag des ⅕, um welches die Personenfuhrlöhne im Verhältniß zu denen der Leipzig-Dresdner Bahn zu ermäßigen sind,
210,365	Thlr.	10 Ngr.	
63,698	Thlr.	20 Ngr.	Nettobestand. Hiervon sind zu bestreiten
105,000	„	— „	Zinsen und Tilgungsfonds der Anleihe, die daher nur gedeckt werden, wenn man den Frachtverkehr 2½ Mal so hoch annimmt als auf obigen sieben Hauptbahnen.

Das Directorium hat, um 4 Thlr. 23 Ngr. vom Hundert Reinertrag herausrechnen zu können, nicht darauf Rücksicht genommen: 1) daß die aufzunehmenden 2,000,000 mit 5% zu verzinsen sein werden, 2) daß wenigstens ein halb Procent zum Tilgungsfonds zu bestimmen, 3) daß statutenmäßig ein Reservefonds zu bilden ist.

Anlangend die künftige Verzinsung der Actien während des Baues, so würden wenigstens die noch aufzunehmenden 2,000,000 dazu nicht hinreichen, sowie überhaupt bei Abfassung der Statuten an eine so bedeutende Ueberschreitung des Baucapitals nicht gedacht worden ist. Auch wäre die Verzinsung nur möglich, wenn die Anleihe bald zu Stande käme, ohne daß der von den Ständen bewilligte Vorschuß von 300,000 Thlr. in Anspruch genommen wird, da der letztere nur gewährt wird, wenn

„die pecuniairen Kräfte des Chemnitz-Riesaer Eisenbahnunternehmens nach allseitig erfolgter Einzahlung des Actiencapitals erschöpft wären",

und nur unter der Bedingung, „daß dieser Vorschuß in keinem Falle zur Verzinsung der Actien verwendet wird".

Vor dem 15. Juli 1849 ist die Eröffnung der ganzen Bahn nicht zu hoffen. Sollte nun auch die völlige Herstellung der Bahn nebst Betriebsmitteln für 5,700,000 Thlr, wie das Directorium hofft, zu bewirken sein, so würden, vorausgesetzt, die Anleihe von 2,000,000 Thlr. käme jetzt zu Stande, zur Verzinsung während der Bauzeit 300,000 Thlr. übrig sein. Hiervon sind am 15. Juli 1847 bereits verausgabt 160,000 Thlr., es würden daher nur übrig bleiben 140,000 Thlr. zur Bestreitung folgender Zinsenbeträge:

320,000	Thlr.	zweijährige vierprocentige Zinsen von 4,000,000 Stammactien auf 2 Jahr bis 15. Juli 1849,
200,000	„	fünfprocentige Zinsen von den aufzunehmenden 2,000,000 auf 2 Jahr,
10,000	„	als ⅕ Proc. Tilgungsfonds auf die 2 Millionen auf 2 Jahr,
530,000	Thlr.	Betrag.

Wie das Directorium diese Summe mit 140,000 Thlr. bestreiten will, ist nicht abzusehen. Etwanige Zinsersparnisse der Anleihe, da diese wahrscheinlich nicht auf einmal eingehen wird, dürften von dem Betrage der Spesen der Anleihe weit überstiegen werden, und etwanige Streckenfahrten kaum die Kosten decken.

Wenn endlich das Directorium dresdner Kohlen für 11 Ngr. den Centner nach Chemnitz zu schaffen hofft, so läßt dies auf die Genauigkeit der übrigen Angaben schließen. Gute dresdner Kohle — nur solche trägt die Kosten eines weiten Transports — kostet in Riesa 13 Ngr. Die dresdner Kohle kann aber in Chemnitz mit der zwickauer nicht concurriren, und wie jetzt auf der Leipzig-Dresdner Bahn, wird man auch auf der Chemnitz-Riesaer zwickauer Cokes künftig brennen.

Die Auskunft, welche das Directorium über die zukünftige Einträglichkeit der Bahn ertheilt hat, erscheint daher keineswegs für die Actionaire beruhigend. [1700]

Zu **Consignationen, Spedition, Incasso, Agentur- und Commissions-Geschäften** halte ich meine Adresse bestens empfohlen.
[1582—97] **Joh. Ernst Weigel,** Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Patek & Comp.,

Fabricants d'Horlogerie à Genève,

sont arrivés à la foire de Leipzig avec un bel assortiment de montres de leur manufacture, qui sont toutes répassees en second, complétement réglees, et chacune est accompagnée d'une garantie écrite. — Ils se chargent de l'execution de toutes les commandes en horlogerie avec les combinaisons et avec les ornemens tels qu'on peut désirer. [1651—53]

Leur depôt à Leipzig est Petersstrasse № 38 au 1er Etage.

Bedeutender Nachlaß-Verkauf!

Von den Erben eines jüngst verstorbenen Leinen- und Tischzeug-Fabrikanten, welche das Geschäft nicht fortführen können (indem die Theilung schon den 8. Mai geschehen muß), müssen nachstehende Waaren bis auf das letzte Stück, wo noch nicht der **Garnpreis** berechnet wird, verkauft werden. Demnach wird verkauft im engros und detail:

Beweise der Hauptartikel: [1701—702]

Schwere Creas-Leinen 60 Ellen zu 4½ — 5 Thlr.;
" feine Brabanter-Leinen, 70 Ellen von 5½ — 9 Thlr., ⅞ **breit;**
" Zittauer- und Greifenberger-Leinen, 70 Ellen zu 7, 8, 10 und 12 Thlr.;
" Herrnhuter-Leinen, 100 Ellen für 7½ — 9 Thlr.;
" Oberhemden-Leinen, 70 Ellen zu 13 — 17¼ Thlr.

Diese Leinen werden 6, 8 — 15 Thlr. unter dem wahren Fabrikpreise weggegeben.

Schwere **Handtücherdrelle** bis zu den feinsten in Damast à Elle von 10 Pf. an. **Tischtücher in den schönsten Dessins** 2½, 3, 4 und 6 Ellen lang, schwerster Qualität, das Viertelduzend zu 27 Ngr. bis 4⅔ Thlr. Feine Tischservietten, 12 Stück für 1⅓ — 2⅔ Thlr. Tisch- und Kommodendecken in **Damast** à Stück von **10 Ngr.** an. **Leinwand** in Ellen sind schon die Elle zu 2½ Ngr. **Doppelte Atlas-Damast-Gedecke mit 12 und 6 Servietten** à **2½, 3, 5, 6, 8 — 16 Thlr.** Feinste **Damentaschentücher,** 12 Stück für 15 Ngr. bis 6 Thlr.

Nachstehende **Manufacturgegenstände** mußten wir von unserm Gläubiger für unser eignes Fabrikat annehmen; wir erlassen daher selbige bedeutend unter der Hälfte des Kostenpreises, als: eine Partie **neuesten Sommerbuckskin** in Hell und Dunkel, à Elle 6, 7½ — 10 Ngr. Eine große Auswahl nach der neuesten Mode angefertigter **Sommerbuckskin-Beinkleider,** à 1½ Thlr., wo Niemand im Stande ist den bloßen Stoff dafür zu kaufen. Neueste **Westenstoffe** in den beliebtesten Dessins, à Stück 15, 20 und 25 Ngr., 1 — 1½ Thlr.; geringere Gattungen zu 7½ — 10 Ngr. **Große, schwere, schwarzseidene Halstücher,** à Stück **22½ Ngr., 1, 1⅓, 1⅔** und **1⅔ Thlr.** Weiße und rothe Bettdecken, Federleinen und echte Herrnhuter Bettzeuge à Elle 2½ Ngr. NB. Wiederverkäufer und Abnehmer von mehren Partien einen angemessenen Rabatt. **Aufträge von außerhalb** mit beigefügtem Betrage werden prompt und reell ausgeführt. Verkaufs-Local:

Ritterstraße Nr. 13 parterre, 2. Haus vom Ritterplatz.

Frische Holsteiner Austern

[1703]
erhielt **Friedr. Wilh. Krause** in Leipzig, Markt Nr. 2/386.

Das Muster-Lager der **Cigarren-Fabrik** von **H. Ohlsen & Co.** in Bremen, **zu den niedrigsten Bremer Platzpreisen,** befindet sich bei

Joh. Ernst Weigel.
[1603—5] Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig.

Zu vermiethen [1270—71]
ist Verhältnisse halber vom Monat Juni d. J. an ein elegant meublirtes, sehr gut gehaltenes Familienlogis in der schönsten Lage Leipzigs mit der Aussicht auf die Promenade. Dasselbe würde sich vorzüglich zum längern Aufenthalt einer fremden Herrschaft eignen. Nähere Auskunft erfolgt auf portofreie directe Anfragen unter der Chiffre **O. B.** Nr. 1847 poste restante Leipzig.

Ein- und Verkauf von Edelsteinen und Perlen
bei **H. Marcus Oppenheimer & Kirchberg,** Juweliere aus Frankfurt am Main, **Brühl Nr. 70/454,** der Reichsstraße über. [1624—29]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 28. April. **Die Karlsschüler,** Schauspiel von H. Laube.

Donnerstag, 29. April. **Die beiden Schützen,** komische Oper von Lorzing.

Nachricht. Das angekündigte Gastspiel der Frau Schröder-Devrient kann nicht stattfinden, da die General-Intendanz des kön. Hoftheaters zu Dresden ihr unerwartet den Urlaub dazu verweigert hat.

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Mittwoch den 28. April **zwei** große Vorstellungen der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Die erste Vorstellung eröffnet der Wettkampf der Gymnasten, ausgeführt von sämmtlichem Herrenpersonal. — Die vier Jahreszeiten, allegorische Verwandlungsscene, dargestellt von Herrn Rudolf. — Le bandit italien par E. Renz. — Ein Herren- und Damenmanoeuvre, geritten von vier Herren und vier Damen. — Zweite Vorstellung: Die drei reitlustigen Eleven, ausgeführt von den Herren Rudolf, Felsenmeier und Hinz. — Herr Rudolf wird sich heute besonders auszeichnen und auf ungesatteltem Pferde mit Körben an den Füßen über mehre Gegenstände springen. — Zum Schluß: Das Fest der Postillone.

Kassenöffnung der ersten Vorstellung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung der zweiten Vorstellung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.
[1704] **E. Renz,** Director.

F. August Behrens jun.

in **Magdeburg**
(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Linirr-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 193 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

H. G. Grote

aus **Ronsdorf** bei **Elberfeld,**
Brühl Nr. 15, erste Etage,
empfiehlt sein Lager von [1581-9]

Sammetbändern, seidenen Taffetbändern, Besatzbändern, Lothbändern und von diversen **Besatzkordeln** u. s. w.

Schuchard & Planitz,
Leipzig am Markt, unterm Café national,
empfehlen ihre aus **Havana importirten Cigarren** à 18 — 100 Thlr., Bremer und Hamburger Fabrikat à 6 — 20 Thlr. pr. Mille, sowie **amerikanische, russische, türkische, ungarische** und **holländische Rauchtabacke** in **Original**-Packungen und 12 Sorten **Pariser Tabacke zu reellen,** aber **festen** Preisen. [1698]

Für **Berlin** und die Provinzen **Pommern, Preußen, Posen** und **Schlesien** empfiehlt sich zu **Incassos, Commissionen** und **Speditionen** ergebenst **C. H. Schaeffer**
[1541—44] in Berlin.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau **Selma,** geb. **Vogt,** von einem gesunden Mädchen, beehrt sich statt besonderer Meldung hierdurch anzuzeigen [1697]

August Seltler.

Leipzig, den 26. April 1847.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Hermann Boy in Schneeberg mit Frl. Natalie Härtel. — Hr. Kaufmann Karl Kruff in Brandenburg mit Frl. Luise Dosch. — Hr. geh. Postamtsregistrator Gustav Matthias in Berlin mit Frl. Florentine Schulze in Alt-Ruppin. — Hr. Prof. Max. Robert Preßler in Tharand mit Frl. Anna Henschel in Dresden.

Getraut: Hr. Kaufmann J. Kolbe in Stargard mit Frl. Luise Schreiber aus Berlin. — Hr. Karl Meyer in Chemnitz mit Frl. Ida Franziska Schmidt aus Dresden. — Hr. Karl Möller in Schweinfurt mit Frl. Margarethe Krug. — Hr. Franz Naumann in Dresden mit Frl. Amalie Esche aus Loschwitz.

Geboren: Hrn. F. W. Büscher in Neustadt-Eberswalde eine Tochter. — Hrn. Ad. Buff in Frankfurt a. O. ein Sohn. — Hrn. C. A. Hillerns in Bremen ein Sohn. — Hrn. J. W. Jacobsohn in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Frd. Christ. Kerkow in Leipzig ein Sohn. — Hrn. H. Lehmann in Berlin ein Sohn. — Hrn. Herm. Mütter in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Hr. Generallieutenant Benkendorf v. Hindenburg in Dresden. — Hr. J. A. Eckstein in Nürnberg. — Frau Marie Flemming in Altenburg. — Frau Rector Luise Wilhelmine Hammer in Oschatz. — Frau Major v. Heyn in Neu-Ruppin. — Hr. Lehrer Georg Andreas Hübscher in Uchenhofen. — Hr. Major v. Sohr in Stargard. — Hr. Major v. Wiedebach in Wohle. — Frau Major v. Wildermeth in Berlin.

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 119. — 29. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Dresden. Bekanntmachung die Getreidetheuerung betreffend. Verbot des Branntweinbrennens. *Hannover. Das Judengesetz. — Hr. Lederer. Prof. Bayrhoffer. — Getreideinventur im Großherzogthum Hessen. *Weimar. Das Erdbeben. Röhr. Unterstützungsmaßregel. — Nassauer Landtag. **Bremen. Die oldenburgische Verfassungsfrage. Die Auswanderer.

Preußen. *Berlin. Die politische Bildung. Der Landtag. (+)Berlin. Deutsch-katholische Synode. Die französische Presse. — Gesetzentwurf. Strafurtel. — Exzesse in Eilenburg. — Exzesse in Strausberg. — Die hinterpommerschen Brüche.

Oesterreich. Der stanislauer Kreis. Die Trennung Galiziens.

Großbritannien. Parlament. Die Rheder. Espartero krank.

Frankreich. Parlament. Hr. Cunin-Gridaine. Der Schatz. Nothmaßregeln in Rouen. Prinz Ludwig Napoleon. O'Connell. Capitain Bechamiel. Unglücksfall. Otaheiti. **Paris. Die Progressisten.

Italien. Hirtenbrief zu Gunsten Irlands.

Rußland und Polen. *Petersburg. Großfürst Michael. Die Grippe. Die auswärts studirenden Russen. Das Eis. Livland.

Griechenland. Athen. Osterfeier. Exceß. Hr. Pacifico.

Moldau und Walachei. Standrecht in Bukarescht.

Türkei. Konstantinopel. Der Krieg gegen die Kurden.

Nordamerika. Die Gefechte bei Saltillo. Die Landung bei Veracruz.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Berlin. Eisenbahn. *Weimar. Eisenbahn. — Eisenbahncurs von Berlin nach Wien. Vom Rhein. Postwesen. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Dresden, 27. April. Unterm 25. April hat das Ministerium des Innern folgende Bekanntmachung, die Getreidetheuerung betreffend, erlassen:

„Die hohen Preise des Getreides und mancher andern unentbehrlichen Lebensmittel haben in den letztvergangenen Tagen in mehren Städten des benachbarten Auslandes Veranlassung zu unruhigen Bewegungen und Ausbrüchen roher Gewaltthätigkeit gegeben, durch welche die öffentliche Ordnung gestört, ja selbst das Privateigenthum angegriffen worden ist. Wohl lastet der Druck der Zeit schwer auf einem großen Theil unserer Bevölkerung; aber Jeder, welcher Klasse er auch angehöre, muß es einsehen, daß ein Uebel, nicht herbeigeführt durch menschliche Willkür, nicht abwendbar durch menschliche Vorsicht, ja, in solchem Umfange nicht einmal vorauszusehen durch menschlichen Scharfblick, sondern hervorgegangen aus einem Zusammentreffen ungünstiger, fast über ganz Europa verbreiteter Witterungseinflüsse, durch gewaltthätiges Eingreifen in den Gang der Verhältnisse nicht gemildert, wohl aber verschlimmert, ja bis zu einer in ihren traurigen Folgen nicht zu berechnenden Höhe gesteigert werden kann. Der Sinn für Recht, Gesetz und Ordnung, tief begründet im sächsischen Volk und gekräftigt durch die Verfassung, gibt dafür Bürgschaft, daß auch in dieser Zeit der Noth bei uns der öffentliche Rechtszustand ungefährdet bleiben, daß Jeder Recht und Eigenthum des Andern ehren und heilig halten werde. Nicht also eine Besorgniß, eine Mahnung nur möchte das unterzeichnete Ministerium aussprechen, wenn es dringend vor Abwegen warnt wie die oben bezeichneten; wenn es jeden Einzelnen auffedert, vorsichtig zu sein in Wort, in Rath und That, damit nicht die Spannung erhöht, die Unruhe der Gemüther vermehrt und so die Noth vergrößert werde.

Die Regierung, unterstützt von der Thätigkeit und Pflichttreue aller Behörden und vieler Einzelnen, ist unablässig bemüht, Hülfe zu bieten, wo Hülfe noth thut, dem Lande jede irgend erreichbare Hülfsquelle aufzuschließen und so mittelbar und unmittelbar für Beschaffung des Bedürfnisses, so weit sie es vermag, zu sorgen; aber erfolglos müßte Alles sein, wenn die gesetzliche Ordnung verletzt, wenn Handel und Wandel in seinen gewohnten Bahnen gestört, wenn der Producent und Gewerbsmann auf unsern Märkten in seiner Person und in seinem Eigenthum sich gefährdet glauben und daher von deren Besuch sich zurückgeschreckt sehen müßte. Es gibt in der Zeit der Noth keine bessere Hülfe als: Selbstbeherrschung, gefaßtes Ertragen der gebotenen Entbehrungen, umsichtige und besonnene Benutzung der in der Nähe und Ferne sich darbietenden Hülfsquellen, ganz besonders aber gewissenhaftes, bis ins Kleinste haushälterisches Gebahren mit den verhandenen Lebensmitteln aller Art; endlich: ein thätiges, allem Eigennutz fremdes Verhalten der Vermögenden und Besitzenden gegenüber ihren minderbegünstigten Mitbürgern. Von allen Behörden seines Ressorts und jedem einzelnen Mitgliede derselben endlich fodert und erwartet das Ministerium, daß sie von früh bis spät auf ihren Posten sein, überall, wo es nöthig ist, helfend, verständigend, rathend eingreifen, ihren Mitbürgern mit dem Beispiel fester, besonnener Haltung vorangehen, endlich aber ebenso jedes widerrechtliche, betrügerische Gebahren wie jeden Versuch gewaltsamer Selbsthülfe mit dem ganzen Nachdrucke des Gesetzes und Hintansetzung jeder persönlichen Rücksicht zu begegnen wissen werden."

Durch Verordnung des Finanzministers und des Ministers des Innern vom 27. April ist, vorläufig vom 1. Mai ab bis mit Ende October d. J., das Brennen des Branntweins aus Getreide oder Kartoffeln verboten, mit der Bestimmung jedoch, daß die für den April bereits angemeldeten, aber erst im Mai zur Abbrennung gelangenden Einmaischungen nicht gehindert werden.

*Hannover, 24. April. Das erste aus der nun vertagten Ständeversammlung hervorgegangene Gesetz, was publicirt wird, ist das über die Rechtsverhältnisse der Juden, wodurch das allgemeine desfällige Gesetz vom 30. Septbr. 1842 ergänzt wird. Dasselbe erklärt die bekannten reichsgesetzlichen Bestimmungen, wonach Juden Foderungen an Christen nicht auf andere Christen übertragen und Verträge mit Christen nur vor der Obrigkeit der letztern errichten dürfen, für ferner unanwendbar; es legt dem Zeugnisse eines Juden gleiche Kraft mit dem eines Christen und den jüdischen Handelsbüchern gleiche Glaubwürdigkeit bei; es gestattet den Juden, ein Haus mit 1½ Morgen Landes zu erwerben, verbietet nur den Erwerb von mehr als Einem Hause und von mehr als 1½ Morgen Landes, obwol auch hier Dispensationsertheilung vorbehalten wird. Am Schluß enthält das Gesetz auch die allgemeine Bestimmung, daß die aus dem Schutzverhältnisse der Juden folgenden, nach dem Gesetze von 1842 einstweilen beibehaltenen Leistungen vom 1. Juli jetzigen Jahres an gegen Entschädigung der Berechtigten aus der Generalsteuerkasse wegfallen sollen. Damit sind denn endlich jene fast in allen deutschen Staaten schon längst antiquirten Rechtssätze auch in Hannover gefallen. Dessenungeachtet bleibt aber hier immer noch Vieles zu thun übrig, um den Juden zu der bürgerlichen Gleichstellung zu verhelfen, welche ihnen in einigen Staaten zu Theil geworden ist.

— Das Frankfurter Journal schreibt aus **Marburg** vom 24. April: „Bekanntlich wurde gegen den hiesigen Bierbauer Lederer, Mitglied des Stadtraths und der letzten kurhessischen Ständeversammlung, wegen einiger Aeußerungen desselben bei einem zum Andenken Luther's veranstalteten Festessen, eine Anklage auf Gotteslästerung gerichtet. Von dieser Anklage ist jetzt Lederer durch Urtel des hiesigen Obergerichts völlig freigesprochen worden. — Die Untersuchung gegen einige andere sogenannte Lichtfreunde ist noch nicht völlig geschlossen, jedoch ihrem Ende nahe. Professor Bayrhoffer ist unter Anderm auch über die von demselben am 28. Jul. 1845 in der akademischen Aula gehaltene Rede vernommen worden, welche bereits Gegenstand und Grund einer Ordnungsstrafe war."

— Aus dem **Großherzogthum Hessen** meldet das Frankfurter Journal vom 25. April: „Auf höchste Verfügung sind gestern in allen Gemeinden des Großherzogthums die Frucht- und Mehlcommissionen amtlich aufgenommen worden. Es haben sich zu diesem Zwecke die Bürgermeister oder Beigeordneten nebst einem oder zwei Gemeinderäthen, unter Beistand der Ortspolizei, zu allen Producenten, Frucht- und Mehlhändlern, Bäckern ꝛc. begeben, bei denselben genaue Einsicht von ihren Vorräthen genommen und den Betrag derselben aufgezeichnet."

*Weimar, 25. April. Wenn man alle die verschiedenen Beobachtungen mit einander vergleicht, welche am 8. April hier gemacht worden sind, so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß das Erdbeben, welches an jenem Abend in Hildburghausen, Suhl, Günthersfelde und andern Orten bemerkt worden, sich auch bis hierher erstreckt hat, vorzüglich im südwestlichen Theile der Stadt. In der jetzigen Zeit der Noth ist ein solches Ereigniß um so unangenehmer, als dadurch die Blicke in die Zukunft noch trüber werden, als sie bereits sind, denn in der Zeit der Noth ist eine unbedeutende Sache hinreichend, die Furcht zu vergrößern.

Das noch immer fortdauernde Uebelbefinden unsers hochverdienten Oberconsistorial-Vicepräsidenten Dr. Röhr fängt an, lebhafte Besorgnisse einzuflößen; demselben war gerathen worden, sich einige Zeit an einem andern Ort aufzuhalten, weil vielleicht die veränderte Luft einen günstigen Einfluß auf seine Gesundheit ausüben könne; er war daher nach Gotha gereist, kam aber am 21. April wieder zurück, und sein Aufenthalt in Gotha soll sein Uebel verschlimmert haben.

Wenn dem Frankfurter Journal von hier aus mitgetheilt worden, daß zur Unterstützung des Landes bei den noch immer steigenden Getreidepreisen von der großherzogl. Kammer 50,000 Thlr. und von

dem Landtage 30,000 Thlr. aus der Landschaftskasse angewiesen worden, so ist das Journal sehr falsch berichtet, denn nur der Landtag hat 50,000 Thlr. aus der Landschaftskasse angewiesen, aber von einer Unterstützung aus der Kammerkasse ist niemals die Rede gewesen; obwol zugestanden werden muß, daß hin und wieder an einzelne Landestheile, wo eben die Noth am höchsten gestiegen war, z. B. ins eisenacher Oberland und ins Amt Ilmenau, wo der hohe Schnee alle Arbeit in den Forsten unmöglich machte, von der Kammer Unterstützungen an Getreide und Geld gesendet worden sind. Erwähnt muß aber auch werden, daß von mehren Privatpersonen größere und kleinere Quantitäten Getreide unter sehr billigen Bedingungen zur Disposition der Behörden gestellt worden sind. Endlich ist zur Nachahmung für andere Orte bemerkenswerth, daß mehre Dorfschaften beschlossen haben, die noch vor Eintritt der Aernte fallenden Kirchweihfeste entweder gar nicht zu begehen oder die Feier derselben bis nach der Aernte zu verschieben, um in der jetzigen Zeit der Bedrängniß möglichst die Veranlassung zu unnöthigen Schmausereien und anderm Aufwande zu verhindern. Im Widerspruche mit dieser löblichen Maßregel steht es, daß in dem Wochenblatte die Bewohner der Stadt und Umgegend von zehn verschiedenen Dörfern zum Besuch ihrer Tanzböden eingeladen worden sind.

— Die im Druck erschienene 4. Nummer der Verhandlungen der Landesabgeordnetenversammlung in **Nassau** bringt die Berichte über deren Sitzungen am 14. und 15. April. Der Abg. Höchst sprach in der Sitzung am 14. April in Bezug auf die Verwilligung einer Theuerungszulage für die Elementarlehrer, da er während der Ferien erfahren habe, daß bei den herzogl. Aemtern noch nichts darauf Bezügliches angekommen, also in der Sache noch nichts geschehen sei, den Wunsch aus, die Regierung dringend zu ersuchen, das Nöthige alsbald an die herzogl. Aemter zu erlassen, daß diese die Verwilligungen von Theuerungszulagen bei den bemittelten Gemeinden veranlassen möchten. Diesem Wunsche schloß sich der Abg. Senfft an. Der geh. Regierungsrath Gießé gab die Versicherung, daß allerdings bei einzelnen Aemtern die beabsichtigte Verfügung erlassen sei. Der Abg. Höchst wiederholte dann seinen Antrag, man möchte die von der Regierung verlangten Credite für außerordentliche Chaussee- und dergleichen Zwecke, um der ärmern Klasse Verdienst zu verschaffen, zur Abstimmung bringen. Der Nothstand sei in manchen Gegenden des Landes größer, als man sich anderwärts vorstelle. Auch fügte er den Wunsch bei, daß, wenn die Credite verwilligt seien, die Arbeiten auch rasch beginnen möchten, damit nicht, wie es oft der Fall sei, durch Verzögerung der nöthigen Verfügungen zum Beginn der Arbeit die Zeit verstreiche, und der Nothstand größer werde. Präsident Otto bemerkte hierauf, daß dieser Gegenstand demnächst zur Berathung und Beschlußnahme komme. In dieser Sitzung ward auch mit 19 Stimmen dahin entschieden, daß der Antrag des Abg. Fußinger, „bei der Regierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs zu beantragen, welcher den Gemeinden eine den jetzigen Zeitverhältnissen angepaßte, selbständigere Gemeindeverfassung einräume", zur weitern Erörterung gebracht werde. Zu diesem Behufe ward ein Ausschuß von fünf Mitgliedern erwählt. Der Antrag des Abg. Hergenhahn: Die Regierung möge ihre Zustimmung dazu ertheilen, folgende Bestimmung in die Geschäftsordnung aufzunehmen: „Die Sitzungen der Landesdeputirtenversammlung sind öffentlich. Den Zuhörern ist jede Aeußerung von Beifall oder Misbilligung untersagt. Sie sind überdies verbunden, auf Einladung des Präsidenten den Sitzungssaal zu verlassen, sobald ein Viertheil der anwesenden Mitglieder die Berathung und Abstimmung in geheimer Sitzung verlangt, oder die landesherrlichen Herren Commissare eine Mittheilung in geheimer Sitzung machen zu wollen erklären", ward von der Versammlung mit 19 Stimmen zur weitern Erörterung angenommen. — In der folgenden Sitzung machte Geheimrath Vollpracht eine Mittheilung über die Maßregeln und Anordnungen, die von der Regierung bisher ergriffen worden sind und noch weiter für nothwendig erachtet werden, um dem unter der unbemittelten Einwohnerklasse in Folge der ungewöhnlichen Theuerung der Lebensmittel herrschenden Nothstande wirksam zu begegnen. Diese Mittheilung erregte eine solche Befriedigung in der Versammlung, daß dieselbe auf Antrag des Präsidenten Otto beschloß, dem Herzoge den Dank der Versammlung für die dem Lande mit eignen Opfern erwiesene Wohlthat durch eine Deputation aus ihrer Mitte darzubringen.

** **Bremen**, 24. April. Die „Neuen oldenburgischen Blätter" berichten, daß der Stadtrath von Oldenburg mit einer Mehrheit von 11 gegen 1 Stimme beschlossen hat, bei dem Großherzog auf Beschleunigung der Einführung der ständischen Verfassung anzutragen. Der Stadtmagistrat hat sich diesem Antrag angeschlossen. Wie wir richtig vermuthet haben, in der Verfassungsangelegenheit folgt nunmehr Bewegung auf Bewegung; die früher trägen Elemente, einmal aus ihrer Ruhe gebracht, wogen hin und her und streben nach einer neuen Verbindung. Ohne Zweifel hat Preußens Vorgang einen bedeutenden Anstoß gegeben, wie sich um so weniger läugnen läßt, als man in Oldenburg die vaterländische Politik ganz besonders genau zu verfolgen pflegt. — Das neue amerikanische Gesetz mit seinen Bestimmungen größerer Räume für die Auswanderer auf den Schiffen erregt hier natürlich unter den Rhedern große Sensation. Sie gedenken indessen es umgehen zu können, indem sie Jene, die meistens nach dem Norden der Vereinigten Staaten wollen, nach Quebek im englischen Canada übersetzen.

Preußen.

* **Berlin**, 26. April. Gedankenlos und kindisch ist es, die politische Bildung nach dem Grade des Oppositionsgeistes und der demokratisch-radicalen Tendenzen messen zu wollen, wie wir jetzt in mehren Zeitungen solche Classificationen unserer Provinzen lesen müssen, worin Preußen am weitesten in der politischen Bildung gediehen sein soll, dem dann die Rheinlande folgten, hierauf etwa Schlesien und Westfalen, nämlich nur Die von dort, die zum Oppositionsmachen geneigt sind, und dann Pommern, Posen, Brandenburg, Sachsen. Politische Bildung setzt doch vor allen Dingen Erfahrung und deren Beachtung und Benutzung, setzt Besonnenheit, Maß, setzt Verständniß der Rechte, Zustände, Institutionen, setzt die Einsicht in die Bedeutung der Gegengewichte, der zügelnden, ordnenden, mäßigenden Einflüsse voraus. Politische Roheit bezeichnet es: blind und einseitig nur nach einem Ziele zu rennen und alles Bedingende und Gemessene zu verachten, die Wirklichkeit zu ignoriren, Menschen und Dinge so vorauszusetzen wie man sie wünscht; politische Bildung kommt von solcher Schroffheit und Unbedingtheit zurück, lernt den Werth der Begrenzung und Befestigung schätzen und erkennt das Leben. Aber manche Leute halten unbedingt nur Die für politisch gebildet, die gerade so denken wie sie, oder wenigstens sich von ihnen leiten lassen, oder ihnen zu Danke handeln.

Einzelne auswärtige Zeitungen ergötzen uns mit allerlei Nebenberichten über die Vorgänge auf unserm Landtage. Diese Berichte verdienen keinen Glauben. Theils widerspricht ihr Inhalt alle Dem, was mit dem Anstandsgefühl und der Pflichttreue selbst des exaltirtesten Ständemitgliedes zutrauen müssen, der doch gewiß nicht seine Unzufriedenheit mit irgend etwas durch Fußstampfen u. dgl. zu erkennen geben wird; theils kann Niemand etwas von jenen Vorgängen wissen als die Ständemitglieder, und von diesen wird doch Keiner solche Nebenberichte in fremde Zeitungen spediren. Ferner berichten uns jene Zeitungen von den Nebensitzungen einer angeblichen Opposition. Die „ungefähr Hundert", welche sich über eine Declaration ständischer Gesetze, d. h. über ein von ihnen dem König und dem Lande zu gebendes Gesetz, verabredet haben sollten (Nr. 116), sind aber nach neuern Berichten bereits auf 80 zusammengeschmolzen, welche sich nicht einmal hätten einigen können, sondern erst, wie auf dem Wiener Congreß, einen Ausschuß der Achte niedergesetzt hätten. Die Herren, die so sehr auf die in frühern Gesetzen begründeten Rechte pochen und dabei ganz vergessen, wem die Auslegung der Gesetze zusteht, möchten wir wol fragen, wie viel denn von diesen „Rechten" vor dem 3. Februar in Uebung und anerkannter Kraft war, und ob nicht ein ins Leben gesetztes und unbestrittenes Recht, selbst wenn es kleiner wäre, besser ist als ein schlummerndes und bestrittenes. Endlich wollen wir gern sehen, ob die Herren, die so viel Gewicht auf die Majorität und die Pflicht, sich dieser zu unterwerfen, legen, diesem Grundsatz in allen Fällen treu bleiben werden.

(+) **Berlin**, 26. April. Es soll nun noch im Laufe dieses Sommers hier in Berlin eine zweite deutsch-katholische Synode zusammenberufen werden. Es haben namentlich in letzterer Zeit so viele Verwickelungen auf dem Gebiete des Deutsch-Katholicismus stattgefunden, daß eine Erledigung derselben sehr gewünscht werden muß. Mannichfach wird hier geglaubt, daß auch von den „freien Gemeinden" eine Beschickung dieser Generalsynode stattfinden werde, doch glauben wir nicht, daß die Harmonie der „Freien" und der „Deutsch-Katholiken" so weit gediehen ist. Das neue Patent über die Bildung neuer Religionsgesellschaften wird auf den Charakter der deutsch-katholischen Generalsynode einen wesentlichen Einfluß ausüben müssen. — Die Artikel, welche zur Zeit von der französischen Presse über die Eröffnung des hiesigen Vereinigten Landtags gebracht wurden, sind durchschnittlich oratorisch, theils dürftig, theils unrichtig. Es hat seine vollkommene Richtigkeit, daß mehre große pariser Blätter besondere Correspondenten für die Zeit des Landtags nach Berlin gesendet haben, aber gerade darin zeigt sich etwas französische Anmaßung, gerade darin begründet sich ein faux pas. Es kommen diese pariser Referenten nach Berlin, ohne der deutschen Sprache ordentlich mächtig zu sein, ohne die deutschen, ohne die speciell preußischen Verhältnisse gründlich zu kennen, und doch wollen sie urtheilen über Gegenstände, welche eine so umfassende Detailkenntniß des deutschen Lebens und der politischen Zustände Preußens verlangen, sie kommen mit ihrem französischen Schematismus, mit ihrer pariser Manier und streichen dann deutsche Entwickelungen durch die französische Schablone. Dadurch verändert sich Wesentliches, darin begründen sich große Schwächen, Lücken und Unrichtigkeiten der pariser Referate. Die großen pariser Blätter hätten mit weit geringern Kosten weit besser für ihr Interesse sorgen können, hätten sie mit tüchtigen hiesigen Referenten sich verständigt und die Berichte derselben in Paris ins Französische übertragen lassen. Aber Frankreich muß seine Emissare senden!

— Die Allgemeine Preußische Zeitung enthält den Entwurf einer Verordnung, betreffend die Ausschließung bescholtener Personen von ständi-

schen Versammlungen, nebst einer Denkschrift dazu. — Das Kammergericht hat bereits am 27. April in öffentlicher Sitzung gegen mehre Tumultuanten erkannt.

— Die Excesse in **Eilenburg** (Nr. 117) sollen einem Berichte der Leipziger Zeitung zufolge ihre nächste Veranlassung in dem dort ausgebrochenen Feuer gefunden haben, welches ein Haus in Asche legte, worin Getreide aufgespeichert war, was theils verbrannte, theils dem zusammengelaufenen Volk in die Hände fiel und somit in diesem die Lust zu fernern Gewaltthätigkeiten erweckte. Am Sonnabendsmarkte folgten darauf arge Gewaltthätigkeiten. Den Kornverkäufern wurden die Vorräthe weggerissen und sie selbst gemishandelt, den Butter- und Eierverkäuferinnen die Körbe umgestürzt und der Inhalt theils vernichtet, theils den Händlern ins Gesicht geworfen. Bei mehren Einwohnern nahm man darauf eine förmliche Plünderung vor und wendete sich zuletzt zu einem Gutsbesitzer in der Leipziger Vorstadt, wo der Haufe in die Stuben drang, die Meubles zertrümmerte, alle Vorräthe forttrug und zuletzt in den gut versehenen Kellern sich gütlich that. Die Rädelsführer seien bereits verhaftet.

— Auch bei uns, schreibt man der Berlinischen Zeitung aus **Strausberg** vom 24. Oct., steigert sich die Noth immer mehr, die Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse stehen denen der Residenz wenig nach und erhöhen sich mit jedem Tage. Am heutigen Wochenmarkte versammelte sich das Volk um die spärlich zu Markte kommenden Nahrungsmittel scharenweise, Landleute wurden gemishandelt und gezwungen, ihre Consumtibilien zu einem der Volksmasse beliebigen Preise zu verkaufen, wozu sie sich, um den größten Excessen zu entgehen, auch bequemten. Von allen Seiten äußerte sich die tiefste, durch Noth entstandene Erbitterung, die sehr leicht zu lebensgefährlichen Tumulten hätte führen können, wenn eine Anzahl angesehener Bürger des Orts nicht so kräftig auf wohlmeinende Art die Stelle einer uns fehlenden hinreichenden Obrigkeitsgewalt vertreten hätte. Bei den Bäckern ist wegen eignen Mangels an Getreide öfters gar kein Brot vorhanden, viele Ackerwirthe und Landleute halten mit dem Verkauf ihrer Vorräthe in der Hoffnung noch höherer Preise zurück. Noch vor Abgang der Post, heute Abend 10 Uhr, sind neue Unruhen ausgebrochen, die jedoch durch Bürgerpatrouillen und Hülfe des zur Bewachung des Landarmenhauses anwesenden Militaircommandos zum Theil beseitigt sind. Auch Verhaftungen sind vorgekommen.

— Sicherm Vernehmen nach sind bereits zur Urbarmachung der hinterpommerschen Brüche, auf denen man Armencolonien nach dem Muster der holländischen anzulegen gedenkt, 100,000 Thlr. angewiesen worden. (Rhein. B.)

Oesterreich.

Von der galizischen Grenze vom 17. April schreibt der Nürnberger Kurier: „Im stanislauer Kreise herrscht fortwährend große Aufregung und die Hälfte der dort stationirten Truppen ist Tag und Nacht im Dienst, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. — Eben eingehenden Nachrichten aus Lemberg vom 16. und aus Krakau vom 17. April zufolge war dort endlich die Publication über die Trennung der Verwaltungen Ost- und Westgaliziens erfolgt. Lemberg bleibt als Hauptstadt die Residenz eines Civilgouverneurs, wie es hieß des Grafen Stadion, und in Krakau wird ein Regierungspräsident, dessen Stelle einstweilen der Hofcommissar Graf Deym vertritt, seinen Sitz erhalten."

Großbritannien.

London, 23. April.

Im Oberhause beantragte gestern der irische Repräsentativpair Marquis of Westmeath, daß die Drucker der Times und des Sun wegen entstellter Berichterstattung seiner Aeußerungen am 20. April bei Bevorwortung der (von ihm schließlich zurückgezogenen) Bill zum Schutz irischen Grundeigenthums, vor die Barre des Hauses gefodert werden sollten. Der Marquis fand es besonders anstößig, daß in der Times steht, er habe sich darüber beklagt, daß sein Antrag lächerlich gefunden worden sei, während er nur über die Art sich beschwert habe, in welcher der Lordkanzler ihm antwortete (der den Marquis aber wirklich mit Spott abfertigte). Bei aller Hochachtung vor demselben müsse er nochmals bedauern, daß ein Lordkanzler eine Bill, ohne auf den Inhalt sich einzulassen, dadurch zu beseitigen unternommen, daß er sie den Lords lächerlich zu machen versuchte (der Marquis holte sonach gestern nach, was er am 20. April gethan zu haben vermeint). Uebrigens stelle er seinen Antrag nicht aus persönlichen Motiven, sondern glaube ihn in seiner Eigenschaft als Repräsentativpair stellen zu müssen. Auf die Bemerkung des Lordkanzlers, daß zwei besondere Anträge erfoderlich wären, stellte der Marquis zuerst den auf Vorladung des Druckers der Times. Lord Brougham nahm sodann das Wort, und indem er, wenn der edle Marquis wirklich Ursache zur Beschwerde habe, demselben jederzeit darin beitreten zu wollen erklärte, daß der Urheber entstellter Berichte dafür Tadel erleide, empfahl er ihm doch unter Berufung auf sein Verhalten und seine Erfahrung bei solchen Vorkommnissen seit 37 Jahren und in beiden Häusern, wo möglich nutzloses Einschreiten in der Art Fällen zu unterlassen. Es sei keine Frage, daß die Lords alle Fremde von der Gegenwart bei ihren Verhandlungen ausschließen könnten; allein eben so wenig zweifelhaft sei, daß die Anwesenheit derselben in Folge einer Art zugestandener Privilegienbruches stattfinde. Sodann sei zu erwägen, daß die über die Verhandlungen des Hauses öffentlich berichtenden Personen nicht 99 Mal unter 100, sondern 999 Mal in 1000 Fällen das in einer Weise thäten, die nur auf die redlichsten Motive schließen lasse. Ihre Berichte wären Beweise eben so ausgezeichneter Geschicklichkeit wie bemerkenswerther Unparteilichkeit. Er gebe daher dem edlen Marquis zu erwägen, ob er es nicht bei der bewirkten Aeußerung über die von ihm beklagte Entstellung bewenden lassen wolle. Niemals sei für das Oberhaus oder für das andere Haus etwas Gutes dabei herausgekommen, wenn man sich unnöthigerweise in Streit mit einem Theile der Presse eingelassen habe. Er selbst habe lange Zeit unter einer Entstellung durch die Presse zu leiden gehabt und erfahren, daß, je öfter er dagegen aufgetreten, dieselbe um so öfter wiederholt worden sei. Einmal habe man nämlich von ihm berichtet, daß die Tagespresse der bestmögliche öffentliche Lehrer sei und Hr. Cobbett habe nachher bei aller Gelegenheit die Zeitungspresse „Henry Brougham's bestmöglichsten öffentlichen Lehrer" genannt. Das sei ihm aber gar nicht eingefallen: vielmehr habe er ausgesprochen, daß die Presse überhaupt diese Stelle vertreten könne, und die Zeitungspresse auch, wenn sie ihre Pflicht in allen Fällen unparteilich, sonder Furcht und einseitiger Gunst und ohne Verleumdung erfülle. Er habe das ferner gerade bei einem Injurienprocesse gegen eine Zeitung ausgesprochen. Der edle Marquis möge endlich in Betracht ziehen, daß dermalen die Berichterstatter mit besondern Schwierigkeiten bei dem neuen Hause zu kämpfen hätten, wo die Sprecher so gut noch nicht zu hören wären, als es in kurzem der Fall sein werde. (Hört!) Auch der Marquis of Lansdowne, Präsident des Geheimenraths, sprach zu Gunsten der Zeitungen und bemerkte, daß nicht von Haus aus angenommen werden könne, ein entstellter Bericht sei das absichtlich. Daher wäre der gewöhnliche Weg, daß edle Lords in solchen Fällen die entstellten Aeußerungen bezeichneten und berichtigten, um dadurch auch dem Berichterstatter Gelegenheit zur Berichtigung zu geben. Der Lordkanzler erklärte noch, daß seine Aeußerungen am 20. April der Bill und keineswegs der Persönlichkeit des edlen Marquis gegolten hätten, der sodann seinen Antrag nicht weiter verfolgte. Lord Brougham's neue Bankrott- und Insolvenzbill wurde pro forma zur Comiteberathung gelassen, dann aber an ein Specialcomité überwiesen. Die irische Fieberbill passirte das Comité, und die dritte Lesung derselben ward auf heute angesetzt.

Im Unterhause wünschte Hr. G. Hope Auskunft über die künftig, wie er vernommen, zu bewirkte Transportation militairischer Sträflinge aus Ostindien nach dem Vorgebirge der guten Hoffnung, ob dahin auch von andern Orten Sträflinge geschickt und wer dort die Kosten der Unterhaltung für dieselben zu tragen habe? Der Undersecretair für die Colonien, Hr. Hawes, erwiderte, daß in das am Cap bestehende Depot für Sträflinge künftig die Sträflinge von Mauritius abgeliefert und daselbst unter die Befehle der Colonialbehörden gestellt werden sollen, während ihre Unterhaltungskosten aus dem Schatze bestritten werden, wie das auch an andern Orten geschehen. Auf eine Anfrage Hrn. Hume's, ob die Regierung in gegenwärtiger Session keine Aenderung in den für den freien Handel so höchst nachtheiligen Einfuhrzöllen vorschlagen werde, erklärte Lord J. Russell, daß keine derartige Maßregel von der Regierung beabsichtigt sei. Hr. Hume versetzte darauf, daß er am 3. Mai seine Anfrage wiederholen welle, wo der Schatzkanzler hoffentlich anwesend sein und bis wohin die Regierung sich wol die Sache bedacht haben werde. Der Premierminister bemerkte dagegen, daß er eigentlich erwartet hätte, seine Antwort würde dem ehrenwerthen Mitgliede für Montrose genügt haben. Die verlagte Debatte über das Bewilligungscomité zu Unterrichtszwecken wurde dann von Hrn. Clay wieder aufgenommen, der sich nicht gegen das Princip der Fürsorge des Staats für die Volkserziehung, sondern gegen die Art erklärte, in der die Sache vor das Haus gebracht worden sei, indem dadurch die Prüfung der Einzelheiten der Maßregel ausgeschlossen werde. Indem er den Whigs von 1847 entgegentrete, bleibe er blos bei dem Grundsatze der Whigs von 1839, indem, wenn früher vom Parlamente Bewilligungen zu Unterrichtszwecken geschahen, dieselben zur Verwendung durch zwei Vereine, den Nationalverein unter hochkirchlichem, den britischen und auswärtigen Schulverein unter wesentlichem Einflusse von Dissentern geschehen wären, die eben so wenig unter sich als mit der Regierung in Verbindung standen, also unabhängig waren. Jetzt aber sollten nicht blos 100,000 Pf. St. zu solchem Zwecke, sondern zugleich ein umfänglicher Plan zum Unterrichte des Volks unter Oberleitung der Regierung gutgeheißen werden. Mit demselben werde es, wie der Archidiakonus von Middlesex richtig bemerkte, zum Besten der Kirche hinausgehen, allein keineswegs auf die Dauer. Vielmehr würde am Ende weder Kirche noch Volk Vortheil davon haben. Es werde diese Maßregel zu einer geistigen Unterordnung führen, unverträglich mit der männlichen Selbständigkeit, welche zu nähren die Pflicht einer freien Regierung sei. Eine ziemliche Reihe von Mitgliedern nahmen noch für und wider das Wort, und Hr. Hume äußerte dabei sehr ungewohnt aus seinem nur Sparsamkeit empfehlenden Munde, daß es

ihm auf 500,000 Pf. St. anstatt elende 100,000 nicht ankommen würde, wenn die Regierung nur hätte weiter gehen und sofort einen Unterrichtsplan vorlegen wollen. Lord J. Russell resumirte endlich die Debatte und hob besonders hervor, daß außer von Hrn. Bright von keiner Seite die Maxime aufgestellt worden sei, der Staat habe kein Recht, das Volk zu bilden. Hrn. Duncombe's Antrag auf ein Specialcomité über die Unterrichtsangelegenheit, sagte er, laufe also, wenn er angenommen würde, auf einen Tadel der Minister hinaus, weil sie darauf ausgingen, der Masse des Volks Unterricht zu verschaffen. Gegen Sir J. Graham, welcher der Regierung die Ausschließung der Katholiken von dem Mitgenusse der jetzigen Bewilligungen vorwarf, bemerkte er, daß derselbe 1839 selbst für deren Ausschließung gestimmt und dieselbe (als Minister des Innern) sechs Jahre lang aufrecht erhalten habe. Jetzt aber sei vom Unterrichtscomité des Geheimenraths den Wesleyanern wie den Katholiken erklärt worden, daß später für die katholischen Schulen eine Bewilligung beantragt werden solle. Die vorliegende Frage aber durch Hinzufügung eines solchen Antrags gefährden, würde, wie die Verhandlungen bewiesen, bei der großen Meinungsverschiedenheit darüber sehr unrecht gewesen sein. Auch Sir R. Peel erklärte sich für den Minister. Wenn er noch glauben könnte, sagte er, daß die Verbesserung des Volksunterrichts ohne Einmischung des Staats besser gefördert werde, so würde er dem Grundsatze der freiwilligen Fürsorge das Wort reden. Allein derselbe habe sich als unzureichend erwiesen, und daraus ergebe sich die Nothwendigkeit für den Staat einzuschreiten, bei der Unzulänglichkeit der jetzigen Schulen und Lehrer, deren Verbesserung unternommen zu haben er den Ministern zu großem Ruhm anrechne. Das Duncombe'sche Amendement wurde schließlich mit 372 gegen 47 Stimmen verworfen.

Im Oberhause wurde heute die Bill über den neuen Rumzoll zum zweiten Male verlesen; im Unterhaus erfolgte nach einer abermaligen Debatte über die Unterrichtsfrage und nachdem ein Amendement des Hrn. Clay mit 210 gegen 74 Stimmen abgelehnt wurde, welches bei Unterstützung der Schulen auf religiöse Bekenntnisse keinerlei Rücksicht genommen wissen wollte, die Constituirung des Hauses zum Bewilligungscomité und die Votirung der verlangten 100,000 Pf. St. zur Beförderung des Volksunterrichts.

— Das Gesetz und die Ausführungsverordnung der Vereinigten Staaten über die Beförderung von Auswanderern (Nr. 80) hat natürlich auch bei den englischen Rhedern nicht geringe Unzufriedenheit erregt, zumal die Auswanderung stärker als je ist, indem die Auswanderer von Liverpool zu Tausenden an einem Tag expedirt werden. Dort hat daher am 21. April eine Versammlung von Rhedern stattgehabt, in welcher eine Deputation an Lord Palmerston abzusenden beschlossen wurde, damit derselbe einen Aufschub für den Eintritt der neuen Verfügung über den 31. Mai hinaus erwirke, weil sonst die Ausführung aller jetzt schon abgeschlossenen Verträge zur Beförderung von Auswanderern dadurch benachtheiligt werden müsse. Im Uebrigen herrschte in jener Versammlung die Ansicht, daß die amerikanische Verordnung nur zum Vortheil Englands und seiner Rhederei dienen werde, da sie die Auswanderung nothwendigerweise nach Canada lenken und man natürlich die britischen Schiffe dann vorzugsweise benutzen werde.

— Privatbriefe aus London sprechen von gefährlicher Erkrankung des Herzogs v. Victoria, General Espartero.

Frankreich.

Paris, 24. April.

Die Pairskammer setzte gestern die Berathung des Gesetzentwurfs über die Stellvertretung im Heere fort und kam mit Votirung der Artikel bis zum siebenten; nur zwei sind noch übrig. Die gestrige, vom Fürsten von der Moskwa gemachte Angabe, daß in der französischen Armee jetzt 112,000 Stellvertreter wären, ist nach der Versicherung des Kriegsministers auf 11,000 zu berichtigen. In der Deputirtenkammer wurde die Berathung des Gesetzentwurfs über die Bewässerungsanlagen fortgesetzt und zu Ende gebracht; die Votirung des ganzen Gesetzes mußte wegen Unvollzähligkeit der Kammer unterbleiben.

— Einige Blätter wiederholen, daß die Rede vom Rücktritte des Handelsministers Cunin-Gridaine gehe.

— Die «Presse» meldet, daß der Schatz, dessen Guthaben bei der Bank kürzlich auf 4 Mill. geschmolzen war, wieder 25 Mill. auf seinem Conto habe und daß auch der Baarvorrath der Bank sehr vermehrt sei.

— Der Municipalrath von **Rouen** hat in Betracht der großen Noth, welche auf den arbeitenden Klassen lastet, und da täglich in den Fabriken die Entlassung von Arbeitern zunimmt, den Beschluß gefaßt, daß am 1. Mai so wenig wie am 29. Jul. in diesem Jahre die üblichen Volksfestlichkeiten begangen, die dazu im städtischen Budget ausgesetzten 10,000 Fr. aber ausschließlich zur Unterstützung der Armen verwendet werden sollen.

— Prinz Ludwig Napoleon weist in einem Schreiben an die Zeitungen die am 17. April bei Berathung einer Petition um Aufhebung des Verbots der Rückkehr der Familie Bonaparte von Hrn. Lecoulteux erhobene Beschuldigung zurück, daß er die 1836 bei seiner großmüthigen Freilassung übernommenen feierlichen Verpflichtungen gebrochen habe. Dieselbe Verleumdung habe auch Hr. Capefigue im IX. Theile seiner Geschichte Europas erzählt. Er habe aber 1836 durchaus nichts versprochen und man habe auch nichts von ihm verlangt, weil man nichts würde erhalten haben und er einer feierlichen Aburtheilung vor der Freiheit den Vorzug gegeben haben würde, wenn man mit ihm hätte unterhandeln wollen.

— Aus **Lyon** wird vom 21. April geschrieben, daß sich mit der eingetretenen günstigern Witterung auch Dan. O'Connell's Befinden gebessert habe und derselbe am folgenden Tage nach Valence abreisen wolle, um über Avignon und Arles, an welchen beiden Orten übernachtet werden solle, Marseille zu erreichen.

— Die Patrie meldete gestern Abend, daß Capitain Béchamiel, Commandant des Geschwaders von Algerien, von Paris abgereist sei, um während der bestimmt beschlossenen Expedition nach Kabylien das Commando zu übernehmen.

— Vorgestern nach 9 Uhr Vormittags erschreckte die Bewohner der Rue Cequenard und Umgegend ein Knall, ähnlich dem gleichzeitigen Abfeuern mehrer Geschütze, auf welchen ein Hagel von Ziegelsteinen und andern Trümmern folgte. In der Maschinenbauwerkstätte des Hrn. Stolz war der Kessel einer Dampfmaschine gesprungen und die Explosion hatte das ganze Maschinenhaus zerstört, einzelne Dachsteine sogar auf 100 Schritte weit fortgeschleudert. Glücklicherweise wurde nur eine Person dabei leicht verletzt.

— Die «Presse» hat Nachrichten aus **Otaheiti** vom 9. Jan., nach welchen sich die Eingeborenen dem neuen französischen Gouverneur bald nach dessen Ankunft unterworfen hätten; es herrsche daselbst nun Frieden und gute Eintracht; doch weigere sich die Königin Pomaré trotz der edelmüthigen Anerbietungen des neuen Gouverneurs noch immer, ihren Aufenthalt auf der Insel Raiatea zu verlassen und nach Otaheiti zurückzukehren.

** **Paris**, 24. April. Das Unbegreifliche beim Votum vom 21. April (Nr. 117) fängt an begreiflich zu werden, und wenn ich gut unterrichtet bin, was ich zu glauben alle Ursache habe, da von dem Nachstehenden ein bei der Intrigue Betheiligter mich in Kenntniß gesetzt hat, war die Trennung jener Progressisten von der Majorität nichts mehr und nichts weniger als die erste in die Festung des Cabinets geschossene Bresche, eine Festung, die man künftiges Jahr mit Sturm zu nehmen bereits den Plan entworfen hat. Die Progressisten sind zwar noch keine Partei, denn um diesen Namen zu verdienen, ist es nicht hinreichend, daß eine gewisse Anzahl von Gleichgesinnten und Gleichgestimmten in einem verabredeten Falle Ja oder Nein sage; um eine wirkliche Partei in einer Versammlung zu bilden, ist es auch nicht hinreichend, für diese oder jene Idee, noch ehe man sie recht gefaßt und begriffen, eine größere oder geringere Neigung zu fühlen; um eine Partei in einer politischen Versammlung zu bilden, muß man gewisse bestimmte Grundsätze voran- und deren Verwirklichung als erstes und letztes Ziel hinstellen und das Streben für dieses der Leitung Eines Mannes anvertrauen, der durch hervorragende moralische und geistige Fähigkeiten den Anstrengungen der Einzelnen Kraft und Einheit gibt. Diese beiden Bedingungen gehen den Progressisten noch ganz ab, sie haben weder bestimmte Principe als Fahne noch einen hervorragenden Mann als Anführer; wie zahlreich sie daher auch sein mögen, sie sind noch immer keine Partei in des Wortes wahrem Sinne. Das aber, scheint es, ist in ihren Augen kein Hinderniß, nicht etwa nach einem oder dem andern Portefeuille, sondern nach der ganzen Gewalt zu streben. Sie gehen alles Ernstes damit um, Hrn. Guizot nicht nur zu stürzen, sondern auch zu ersetzen. Hr. de Malleville auf der einen, Hr. de Castellane auf der andern Seite sind die Urheber, die bewegenden Kräfte dieses Planes. Beide arbeiten darauf hin, die Fraction Billault-Dufaure, zum Theil auch das linke Centrum mit den Progressisten zu verbinden. Die Grundlagen dieses Bundes sind, daß Hr. Duvergier de Hauranne auf den Grundsatz seines Generals: „Der König herrscht, doch regiert nicht", und auf einige unbrauchbare und unzeitige Bestandtheile seiner Wahlreform verzichte, wenn er diese dem künftigen Landtage vorlegen werde; ebenso daß Hr. de Rémusat in seinem Vorschlage der parlamentarischen Reform die Beamten des königl. Hauses begnadige. Nach diesen Zugeständnissen von Seiten der bezeichneten Opposition sollen die Progressisten mit der Fraction Billault-Dufaure und einem Theile des linken Centrums nur Eine Partei ausmachen, wenn die beiden erwähnten Reformen wieder zur Erörterung kommen, für dieselben stimmen und so das Cabinet stürzen. Die neue Verwaltung würde aus den Mitgliedern dieser Coalition zusammengesetzt und hätte ungefähr folgende Namen aufzuweisen: Rémusat, Billault, Dufaure, General Schneider, St.-Marc Girardin, Castellane, Blanqui, Mackau und — Lamartine. Letzterer hat mit dieser Intrigue nichts zu thun, ahnt vielleicht noch nichts davon; wenn sie jedoch gelingt, wünscht und hofft man, ihn für die neue Verwaltung als Redner und nebenbei als Minister des Aeußern zu gewinnen. Das der Plan.

Sehen wir jetzt, wie weit er bereits vorgeschritten, welche fernere Aussichten des Gelingens er hat, und welche Dauer das etwa gelungene Werk bieten würde. Gegen dreißig Progressisten haben am 21. April

Digitized by Google

mit Hrn. de Rémusat gestimmt, zehn haben sich des Stimmens absichtlich enthalten, die übrigen 21 haben entweder noch zu viel gesunden Menschenverstand oder zu wenig persönlichen Ehrgeiz, um diesen Umtrieben sich anschließen. Es fragt sich nun, ob am Ende auch diese den unausgesetzten Einflüsterungen der HH. de Malleville und de Castellane weichen werden. Wir zweifeln daran, denn es widerstrebt uns, anzunehmen, daß unter 61 Mitgliedern früh oder spät nicht Einer sich finden sollte, der den Plan des Hrn. de Malleville nicht durchschaute. Der ehemalige Secretair im Cabinet des Hrn. Thiers arbeitet auf kein anderes Ziel hin, als den Ministerpräsidenten vom 1. März wieder ans Ruder zu bringen. Gelänge es jener Coalition, die gegenwärtige Verwaltung zu stürzen, dann würde sich das erwähnte neue Cabinet mit Hrn. de Lamartine keine drei Monate halten, und ohne ihn höchstens so lange, als das Ministerium vom 12. Mai, mit dem es eine auffallend geistige Verwandtschaft hätte, zu seiner Zeit gedauert hat. In beiden Fällen würde ihm Hr. Thiers nachfolgen, worauf Hr. de Malleville eigentlich hinsteuert.

Ich habe oben zu erwähnen vergessen, daß es zum Plane der Verbündeten gehört, Hrn. Guizot nach seinem Sturz als Gesandten nach Berlin zu schicken, um so einen gefährlichen Gegner in der Kammer los zu werden. Es ist jedoch eben so wenig wahrscheinlich, daß sich Hr. Guizot auf diese Weise entfernen lasse, als daß Hr. de Lamartine sich dazu hergebe, diese Intriganten, die beiweitem mehr Ehrgeiz als Talent haben, durch die Kraft und den Glanz seines Wortes zu schützen.

Italien.

Ein Hirtenbrief des Papstes zu Gunsten der armen Irländer, vom 25. März datirt, wurde am 17. April in 30,000 Exemplaren an alle Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe versendet. Nach Vorgängen aus alten und neuen Zeiten handelt es sich nicht blos um Spendung geistlicher Wohlthaten, sondern um Ausübung der Pflicht christlicher Mildthätigkeit gegen ein bedrängtes christliches Volk. Gleich auf die erste Nachricht von der Hungersnoth in Irland hatte der Papst sowol öffentliche Gebete in den römischen Kirchen verordnet als Geistlichkeit und Volk zu Almosen ermahnt, und das theils von ihm selbst beigesteuerte, theils in Rom gesammelte Geld an die irischen Erzbischöfe zur Vertheilung übermacht. Da inzwischen täglich die betrübendsten Berichte von dem fortdauernden, ja eher noch wachsenden Elende dem Papste zukommen, so hat derselbe, zumal im Betreff der unwandelbaren Anhänglichkeit des irischen Klerus und Volks an den apostolischen Stuhl sowie ihrer in den schwierigsten Zeiten bewährten Standhaftigkeit im Bekenntniß der katholischen Religion, auch der Verdienste des irischen Klerus um Ausbreitung derselben, drei Bettage ausgeschrieben, um den barmherzigen Gott anzurufen, daß er das irische Volk aus so großer Noth befreien, auch ein solches Unglück von den übrigen Ländern Europas abwenden möge. Den Gläubigen, welche diesen Gebeten beiwohnen, sind zur Aufmunterung Indulgenzen zugesichert; die Bischöfe aber werden aufgefodert, das Volk zu reichlichem Almosen für die Irländer zu ermahnen, eingedenk des Wortes des heil. Ambrosius, daß die „Schönheit des Reichthums nicht in weltlicher Herrlichkeit, sondern in der Ernährung der Armen bestehe". (A. Z.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. April. Der Großfürst Michael verließ uns am 17. April, um sich nach Warschau zu begeben, woselbst er eine Zusammenkunft mit seiner Gemahlin und Tochter haben wird, ehe Beide ihre Reise nach Italien antreten. (Sie sind am 21. April in Warschau eingetroffen.)

Seit einigen Wochen herrscht hier die Grippe, diesmal endemisch auftretend, so allgemein, daß fast keine Familie ist, die nicht einen oder einige Kranke zählt. Bei mehren Individuen artet sie in bösartige Fieber aus und wird tödtlich.

Die augsburger Allgemeine Zeitung sagt in ihrer Nummer vom 5. April: „Nach Meldung der preußischen Zeitungen sind mehre an der königsberger Universität studirende junge Russen, namentlich Kur- und Livländer, von ihrer Regierung zurückberufen worden. Auch hört man, daß Rußland seinen den Wissenschaften sich widmenden Landeskindern nicht mehr gestatten werde, ihre Studien auf auswärtigen Universitäten zu machen." (Nr. 95.) Dieser Nachricht können wir als einer völlig falschen widersprechen. Bis jetzt hat die Regierung nie einen Befehl in dieser Beziehung erlassen; im Gegentheil sendet sie fast jährlich junge Leute von ihren Universitäten, die sich an diesen durch besondern wissenschaftlichen Fleiß auszeichnen, zur höhern Vervollkommnung ihrer Studien auf auswärtige Lehranstalten; andere dieser Kategorie angehörend befreit sie von Erlegung der gesetzlichen Reisepaßsteuer. Es gilt in dieser Beziehung bis jetzt noch immer ohne Abänderung das frühere Gesetz: „Jeder russische Unterthan ohne Ausnahme kann eine auswärtige Universität frequentiren, nur muß er zuvor seine Studien auf einer inländischen absolvirt haben, wenn er für den Staatsdienst sich qualificiren will."

Seit einigen Tagen wird bei immer zunehmender Wärmetemperatur die Eisdecke unsers Newastroms immer lockerer, weswegen das Befahren desselben bereits untersagt ist. Bis zum Beginne dieses Monats war die See vor Riga noch sehr fest. So weit man sie übersehen konnte, bedeckten sie noch große Eismassen. — Der Bau der griechischen Kirchen hat in der Provinz Livland seinen Fortgang. — Die rigasche Kaufmannschaft hat nach dem Beispiele der hiesigen eine namhafte Unterstützungssumme zur Abhülfe der allgemeinen Noth, von der die Irländer jetzt so schrecklich heimgesucht werden, beigesteuert. — Die englische Gemeinde in Riga, bei den starken Handelsverbindungen, die diese Stadt mit England unterhält, sehr zahlreich, beabsichtigt ein eignes Gotteshaus für sich zu errichten, das ihr bisher noch abging.

Griechenland.

Athen, 11. April. Auf die Stimmung der Gemüther in der Hauptstadt läßt die heurige Osterfeier schließen. Obgleich ein Mann durch einen unglücklichen Zufall das Leben verlor und die Polizei das Schießen verbot, war gleichwol, so lange ich mir denken kann, das allgemeine Feuern nie so lebhaft gewesen. Die gesammte Bevölkerung schien Schießübungen abzuhalten. Beim Treiber'schen Hause steht eine kleine Kirche, wo, seit die Juden den Leichnam des Patriarchen gekauft und in den Straßen von Konstantinopel umhergeschleift, es Brauch ist, den Judas Ischarioth am Ostersonntage Nachmittags 4 Uhr aufzuhängen und zu verbrennen. Gegenüber im Blachutzischen Hause wohnt der ehemalige portugiesische Consul Pacifico, israelitischen Glaubens, der, um das ihn verletzende Schauspiel nicht mit anzusehen, die Polizei bezahlt haben soll, damit es unterbleibe. Das zahlreich versammelte Volk aus den untersten Klassen, besonders Kärrner und eine Menge Straßenjungen, den Gamins von Paris an Keckheit zu vergleichen, wurde unruhig, als das gewohnte Schaustück unterblieb, das man heuer um so weniger entbehren wollte, als die Drohungen der Pforte den grausamen Tod des Patriarchen ins Gedächtniß riefen. Mit Geschrei und Prügeln verlangte es vom Glöckner die Judaspuppe, und erpreßte ihm durch Mißhandlung das Geständniß des Vergefallenen. Nun riefen Stimmen: Holt den Juden selbst! Der Pöbelhaufe eilte mit Steinen bewaffnet an das Haus des ehemaligen Consuls, demolirte Thüren, Läden, Fenster, zerschlug den Hausrath und warf die Stücke auf die Straße. Alles Dies war das Werk einiger Minuten. Einige aus ihrer nahen Kaserne herbeigeeilte Trainsoldaten und die gewöhnlichen Patrouillen retteten die Familie und zerstreuten den Pöbel. Diebe von Profession indeß, wenn sie nicht den ganzen Vorfall veranlaßt, hatten ihn wenigstens benutzt, Hrn. Pacifico zu berauben, der an Geld, Juwelen und Papieren einen Verlust von 100,000 Drachmen berechnet. Er wird entschädigt werden. Allein man kann sich vorstellen, zu welchen Excessen das Volk sich würde hinreißen lassen, wenn Hr. Mussurus im Triumphe nach Athen zurückkehrte. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

Am 8. April ward in **Bukarescht** auf Befehl des Fürsten Standrecht publicirt. (Nr. 116.) Am 7. April versuchte man, in der Kirche Slatar Feuer anzulegen, um die Stadt neuerdings großer Gefahr auszusetzen. Die Thäterin, eine Zigeunerin, ist auf der That ertappt worden. Sie war 18 Jahre alt und von blühendem Gesicht. Am 9. April wurde sie mit Ruthen gepeitscht und am 10. April am Galgen aufgeknüpft. (B. N.)

Türkei.

Konstantinopel, 7. April. Seit dem Abbruche des diplomatischen Verkehrs zwischen der Pforte und Griechenland ist das Hauptaugenmerk des Divans durch die Anstalten in Anspruch genommen, die jetzt, wie es scheint allen Ernstes, zur Bewältigung Bederkhan-Beys getroffen werden. Osman-Pascha in Harput (Harberut), Chaireddin-Pascha, Statthalter von Diarbekr, und Omer-Pascha, der Albanesenbesieger, werden gegen den blutdürstigen Kurdenhäuptling gesendet, der allen Warnungen, Abmahnungen und Drohungen der Pforte hohnlachend erst vor kurzem wieder einen Priester der Nestorianer hinschlachten ließ. Eine Abtheilung der gegen ihn bestimmten regelmäßigen Truppen wurde am 2. April auf einem englischen Dampfboote von hier nach Samsun geschifft. Der Pascha von Bagdad hat seine durch einige Jahre mißlungenen Versuche, unter den Kurden Truppen auszuheben, endlich insofern mit Erfolg gekrönt gesehen, als es ihm, wie Bagdader Briefe erzählen, gelungen ist, eine Anzahl Kurden nach Bagdad zu bringen, aus welchen dort ein Bataillon gebildet, aber dann von ihm selbst bis auf weitern Befehl wieder beurlaubt wurde. Unter den Drusen und Türken des Libanon sollen auch nächstens Truppen ausgehoben werden. Daß die Pforte dies beabsichtige, ist wol lange bekannt, nicht aber, wie sie ihre Absicht durchführen will. „Die Drusen, so sagte neulich einer ihrer Stimmführer, werden sich nie anderwärts als in ihren heimischen Bergen zum Kriegsdienste brauchen lassen. Lieber, als in der Fremde zu kriegen, wehren wir uns gegen die Türken selbst!" (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Vom General Taylor sind endlich Depeschen über die Gefechte vom 22. und 23. Febr. bei Saltillo und über die nächstfolgenden Ereignisse eingegangen. Die erste datirt vom Schlachtfelde Buenavista vom 24. Febr. und meldet, daß er am 20. erfahren habe, Santa Anna sei mit großer Macht bei Encarnacion, 30 Miles von Agua Nueva, angekommen. Er habe daher am 21. sein Lager dort abgebrochen, um eine starke Stellung bei Buenavista, 7 Miles südlich von Saltillo, zu bezie-

hen. Dort sei am 22. Morgens Santa Anna erschienen und habe ihm die Aufforderung zugehen lassen, sich unbedingt zu ergeben, da er von 20,000 M. umringt und keine Möglichkeit mehr vorhanden sei zu entkommen, und er außerdem unfehlbar mit seinen Truppen zusammengehauen werde. Taylor antwortete ganz kurz, daß er Santa Anna's Begehren ablehne. Es sei darauf am 23. den ganzen Tag mit Erbitterung gefochten und der Feind endlich auf allen Punkten zurückgeschlagen worden. Mit Anbruch der Nacht trat Santa Anna den Rückzug nach dem 12 Miles entfernten Agua Nueva an, von wo derselbe, wie General Taylor aus Agua Nueva vom 1. März meldet, am 27. Febr. weiter nach San Luis zurückgegangen ist. Das ganze Truppencorps der Amerikaner war kaum 5400 M. stark. Den Verlust der Mexicaner am 23. gibt Taylor auf 1500 bis 2000 an Todten und Verwundeten und 2000 bis 3000 Deserteurs, den der Amerikaner auf 264 Todte, 450 Verwundete und 26 Vermißte an. Bestätigt wird, daß General Urrea mit vieler Reiterei die Verbindungen im Rücken Taylor's abgeschnitten habe.

— Von **Neuyork** melden Berichte vom 3. April, daß die Nachricht von der am 9. und 10. März durch General Scott bewirkten Landung von 12,000 M. bei Veracruz eingegangen war. Die Landung wurde an der westlich von Sacrificios liegenden Küste ohne Widerstand bewirkt. Der Viren, der Spitfire und fünf Kanonenboote waren zur Deckung derselben aufgestellt. General Worth besetzte zuerst die Küste und nahe liegenden Anhöhen, und am 10. März folgte General Scott mit dem Reste der Truppen und marschirte sogleich auf Veracruz, das an der Landseite blockirt wurde und dessen Wasserversorgung auch schon abgeschnitten sein soll. Zwei vorliegende Redouten nahm General Worth mit einem Verluste von angeblich nur 7 Mann. In Philadelphia ging am 3. April das Gerücht, daß Veracruz selbst mit großem Verluste genommen worden sei. Vom Castell S. Juan de Ulloa wurden die amerikanischen Kriegsschiffe beschossen, was die Dampfer Viren und Spitfire, jedoch ohne Wirkung erwiderten. Das Castell soll nur auf vier Wochen verproviantirt sein.

Personalnachrichten.

Orden. Baden. Hausorden der Treue und Großkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: Fürst Hugo von Hohenlohe-Oehringen. — Braunschweig. Orden Heinrich's des Löwen, Commandeurkreuz: der preußische Oberstlieutenant v. Stern-Gwiazdowski. — **Preussen.** Stern zum rothen Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der Generalmajor v. Blumen, der Generallieutenant Baron Kellermeister v. d. Lund; 2. Kl. mit Eichenlaub: der Oberregierungsrath Grüel in Magdeburg; 4. Kl.: der Regierungsrath Wilke in Prenzlau.

Beamte. Königreich **Sachsen.** Dem Oberhofmarschall K. L. Ch. v. Reitzenstein ist die nachgesuchte Dienstentlassung bewilligt und der Hausorden der Rautenkrone verliehen, das Oberhofmarschallamt dem Hofmarschall Georg Rudolf v. Gersdorff, die Verwaltung der Oberkammerherrnfunction dem wirkl. Geheimrath und Kämmerer Gottlob Heinrich v. Minckwitz übertragen worden.

Ehrenbezeigungen. Die Stadt **Regensburg** hat dem Verweser des Ministeriums der Finanzen und des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Frhrn. v. Zu-Rhein, ihr Ehrenbürgerrecht verliehen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 28. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85⅝ G.; Sächsisch-Schlesische 98⅜ G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ G., 59¾ bezahlt; Löbau-Zittauer 58 Br.; Magdeburg-Leipziger 196¾ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90 Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107 bezahlt und G.; Pesther 99 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. *Berlin, 27. April. Gestern fand die Generalversammlung der Anhaltbahn statt, eines der consolidirtesten Unternehmen dieser Gattung. Die Versammlung wurde durch einen kurzen Vortrag des geh. Commerzienraths Carl über die Lage der Bahn eröffnet. Es ergab sich, daß dieselbe, obwol sie durch die Concurrenz mit der Berlin-Potsdam-Magdeburger einen harten Stoß erlitten, doch eine sehr günstige sei. Demnächst wurden ein Verwaltungsrath und zwei Stellvertreter gewählt und hierauf die schon in der letzten außerordentlichen Generalversammlung berathene Abänderung des Statuts einstimmig bestätigt. Auf Anregung einiger Actionaire kam rücksichtlich des Bahnbaues nach Riesa die Frage zur Sprache, ob man sich auch dabei durch Verträge mit der Leipzig-Dresdner Gesellschaft gegen unbillige Forderungen gesichert habe. Die Antwort ging dahin, daß die Verhandlungen noch obschwebten, und bei dem gleichmäßigen Interesse beider Bahnen um einen möglichst geordneten und bequemen Verkehr, die einzelnen Punkte, über die noch Differenzen obschwebten, hoffentlich bald beseitigt sein würden, um so gewisser, als es der dringende Wunsch, ja die unerläßliche Foderung der beiden betreffenden Staatsbehörden sei, daß die Bahn zur directen Verbindung Dresdens und Berlins nunmehr in unverzögerter Weise zu Stande komme. Die fernere Discussion drehte sich um die Einrichtung der Fahrpläne. Die der Thüringer Bahn wurden als höchst unzweckmäßig von einem der Actionaire in heftigern Ausdrücken angegriffen, als in solcher Versammlung vorkommen sollten, zumal da kein Mitglied der Thüringer Direction zugegen war, um deren Maßregeln zu vertheidigen. Ein Theil der Vorwürfe schien wirklich unbegründet. Jedenfalls hatten die Anhaltische und Magdeburger Direction es wol nicht zu verantworten, daß bei den dringlichen Unterhandlungen, die mit der Thüringer-Bahn gepflogen sind, diese sich dennoch nicht vorzugsweise nach dem Interesse der Anschlußbahnen, sondern zunächst nach ihrem eignen gerichtet hat.

Am 29. April findet die Generalversammlung der Märkisch-Niederschlesischen Bahn statt. Auf dieser wird es harte Kämpfe setzen, da zu vollem Ausbau der Bahn, durchweg zweitem Gleise, Betriebsmitteln, Locomotivschuppen ꝛc. noch 6,800,000 Thlr. erforderlich sind. Noch ist gar nicht abzusehen, wie dieses Geld beschafft werden wird, da eine Creirung von abermaligen Prioritätsactien unmöglich ist und die Neuschaffung von Stammactien den Staat in zu weit ausgedehnte Verpflichtungen bringen würde. Ein Vorschlag in unsern heutigen Zeitungen, wonach für die Summe neue Stammactien creirt, und diese deponirt, dafür aber Papiergeld ausgegeben werden solle, das man mit den Zinsen amortisiren will, dürfte bei unsern Grundsätzen über die Ausgabe von Papiergeld keinenfalls die höchste Genehmigung erhalten.

Eisenbahn. *Weimar, 24. April. Seitdem der öffentliche Betrieb mit der Eisenbahn von hier auch nach Erfurt hergestellt ist, findet ein lebhafter Verkehr sowol von Personen als mit Gütern statt, aber eben so vermehren sich auch die Klagen der Reisenden über den unpünktlichen Abgang und die Ankunft der Bahnzüge, was wahrscheinlich seinen Grund in dem Umstande hat, daß bis jetzt auf der ganzen Linie bis Halle nur ein Gleis gelegt ist und daher die Züge auf den Bahnhöfen und Anhalteorten oft lange auf die Ankunft der entgegenkommenden Züge warten müssen.

Eisenbahn. Nach einer Bekanntmachung des preußischen Generalpostamts wird vom 1. Mai ab auf der Eisenbahnroute von Berlin über Breslau und Oderberg nach Wien ein täglich durchgehender Dampfwagenzug stattfinden, der von Berlin um 10¾ Uhr Abends abgeht, in Breslau um 11¼—12 Uhr Mittags, in Oderberg um 6¼—8 Uhr Abends und in Wien um 7 Uhr früh ankommt (diese Tour demnach in 32¼ Stunde macht). Von Wien geht er um 7½ Uhr Abends ab, kommt in Oderberg um 6¾—8¼ Uhr früh, in Breslau um 3—4 Uhr Nachmittags und in Berlin um 5 Uhr früh an; braucht demnach 33½ Stunde. An diesen Zug schließt sich in Berlin ein Dampfwagenzug aus und nach Hamburg sowie aus und nach Stettin an.

Postwesen. Vom Rhein, 22. April. Auf Antrag eines kleinern deutschen Staats, der in Betreff der Zeitungsproduction einer der ergiebigsten ist, soll bei den übrigen deutschen Staaten die Erwirkung einer Ermäßigung des Zeitungsportos im Werke sein. Der Antrag soll dahin lauten, daß keine Post für die Beförderung von Zeitungen vom Verlagsorte bis zum Bestimmungsorte mehr als 15 Sgr. quartaliter Postaufschlag berechnen dürfe. Für die kleinern Zeitungen müsse sogar eine bedeutend größere Ermäßigung eintreten, sodaß deren Beförderung pr. Post quartaliter nicht 5 Sgr. betragen dürfe. Würde dieser Vorschlag angenommen, so würden die Zeitungen überall denselben Preis haben. Auch soll nun endlich der Zwang aufhören, daß Reisende, die mit Schnell- oder Extrapost angekommen sind, sich nicht durch Hauderer weiter befördern lassen können, wenn sie nicht mindestens 24 Stunden still gelegen haben. (Köln. Z.)

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Siebente Ziehung am 28. April. 5000 Thlr.: Nr. 14,043; 2000 Thlr.: Nr. 5265; 1000 Thlr.: Nrn. 723, 7053, 10,115, 10,961, 13,533, 14,496, 15,132, 20,585, 21,962, 28,651, 31,259 und 32,678. (Nächste Ziehung am 29. April.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 28. April früh 7 Uhr: 2° 8″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 24. April. 2½pc. Int. 58⅝; Rußl. 5pc. Hope 105¼; 4½pc. Handelsg. 173⅛. Frankfurt a. M., 28. April. Oestr. Bkact. 1899; 250 Fl. L. 118⅜; 500 Fl. L. 153½ Br.; Bair. 3½pc. 92⅝ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25; Sard. 36⅛; Kurhess. 32. London, 22. April. 3pc. Cons. 87; Span. act. 24¾; Holl. Int. 58½. Paris, 24. April. 5pc. 115. 70; 77. 85; Bankact. 3260.

Disconto. Amsterdam, 24. April. 4 %. Frankfurt a. M., 28. April. 3¾ %.

Actien. Frankfurt a. M., 28. April. Taunusb. 358½; Nordb. 70¾; Verb. 91¼. Paris, 24. April. Ei. St. Germ. 947½; Versail. l. 222½; Paris-Orleans 1230; Paris-Rouen 927½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 431¼; Rouen-Havre 673¼; Marseille-Avignon 770; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 587½; Nord 625. Wien, 25. April. Nordb. 166½; Gloggn. 122½; Mail. 108⅜; Livorn. 90½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 27. April. Seehandl.-Prämiensch. 95⅛, 3½pc. Staatsch. 93⅛, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 92¼, ostpr. 95½, pomm. 93⅞, schles. 96½, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 92, kur- u. neumärk. 95; Louisdor 111½, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — **Voll eingezahlte Actien:** Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92¼, Berl.-Anhalt. 110 Br., Berl.-Hamb. 4pc. 107¼, Prior.-Act. 4½pc. 96¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101¼, Berl.-Stettr. 107¼, Cöln-Minden 4pc. 89¾, Crak.-Oberschl. 4pc. 76¾ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alten. 4pc. 107¼, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101¼, Zweigb. 4pc. 58, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 90, Rhein. 84, Prior.-Stamm 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 85. **Quittungsbogen:** Nach.-Mastr. 81¼, Berg.-Märk. 4pc. 82 Br., Berl.-Anh. 97, Cöln-Minden 4pc. 89¼, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Vened. 4pc. 110 Br., Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70, Pos.-Starg. 4pc. 82¾ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 97½, Ung. Centralb. 4pc. 98¾. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92¼, Poln. Schatzbl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93⅞, (neue) 4pc. 93⅝, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93¾, Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅓ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 84½, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9½, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾ Br.

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Dampfschiffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat April a. c.

Abfahrt mit Passagieren und Gütern

von Magdeburg		von Hamburg	
jeden Sonntag	Nachmittags 3 Uhr.	jeden Montag	Abends 6 Uhr.
„ Dienstag		„ Mittwoch	
„ Donnerstag		„ Sonnabend	

Schleppschiffe

jeden Sonntag und Donnerstag, jeden Sonntag und Mittwoch.

Indem wir unsere Schiffe zur gefälligen Benutzung hiermit empfehlen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß wir unsere **Passagepreise bedeutend ermäßigten**, und zahlt:

1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** excl. Bett I. Cajüte 4½ Thlr., II. Cajüte 3 Thlr.;
1 „ „ **Hamburg** nach **Magdeburg** „ „ I. „ 3½ „ II. „ 2 „
1 „ „ **Magdeburg** nach **Hamburg** u. zurück oder vice versa 6 „ II. „ 3½ „

Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte vorstehender Passagepreise für die einfache Reise.

Für die Entnahme von Billets in **Leipzig** zur Fahrt über **Magdeburg** nach **Hamburg** gelten folgende Preise:

1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn II. Wagenklasse bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 15 Ngr.;
1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn III. Wagenklasse bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 4 Thlr. 5 Ngr.

von **Hamburg** nach **Leipzig**:

1 Person I. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 5 Thlr. 15 Ngr.,
1 Person II. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 3 Thlr. 5 Ngr.;

von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg** und zurück oder vice versa:

1 Person II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 10 Thlr. 10 Ngr.,
1 Person III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 10 Ngr.

Nähere Auskunft und Billets ertheilen in **Leipzig** Herr **Ferd. Gernau**, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft.

Magdeburg, im März 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
Holtzapfel.

[1038—41]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**“ und „**Germania**“ fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [1722]

Bekanntmachung.

Königlich Hannoversche Eisenbahnen.

Am 1. Mai wird die Eisenbahn von **Celle** bis **Harburg** dem Betriebe übergeben, und gehen von diesem Tage an bis auf weitere Bekanntmachung auf den Hannoverschen Bahnen täglich folgende Dampfwagenzüge:

von **Hannover** . . .	5 Uhr	— Min.	Morg.	nach	Braunschweig (Erfurt, Berlin, Dresden, Reichenbach).
	9 „	10 „	„	„	Braunschweig, Hildesheim und Harburg.
	11 „	30 „	„	„	Braunschweig, Hildesheim und Celle (Berlin, Leipzig).
	3 „	20 „	Nachm.	„	Braunschweig, Hildesheim und Harburg.
	8 „	— „	Abends	„	Hildesheim und Celle (Uebernachtung).
von **Braunschweig**	8 „	15 „	Morg.	„	Hannover, Hildesheim und Harburg (von Berlin Abends vorher).
	12 „	20 „	Mitt.	„	Hannover.
	2 „	30 „	Nachm.	„	Hannover, Hildesheim und Harburg (von Leipzig und Berlin).
	7 „	15 „	Abends	„	Hannover, Hildesheim und Celle (von Berlin, Dresden, Reichenbach und Erfurt).
von **Hildesheim** . .	8 „	45 „	Morg.	„	Hannover, Braunschweig und Harburg.
	11 „	5 „	Morg.	„	Hannover, Braunschweig und Celle (Berlin, Leipzig).
	2 „	30 „	Nachm.	„	Hannover, Braunschweig und Harburg.
	7 „	40 „	Abends	„	Hannover und Celle (Uebernachtung).
von **Harburg**	7 „	30 „	Morg.	„	Hannover, Braunschweig und Hildesheim (Berlin, Leipzig).
	4 „	— „	Nachm.	„	Hannover und Hildesheim.
	6 „	10 „	Abends	„	Uelzen (Uebernachtung).
von **Uelzen**	6 „	— „	Morg.	„	Hannover, Braunschweig und Hildesheim.
von **Celle**	4 „	45 „	„	„	Harburg.
	3 „	5 „	Nachm.	„	Hannover, Braunschweig und Hildesheim.

Uebrigens wird auf die ausführlichen Fahrpläne verwiesen, welche auf allen Bahnhöfen angeheftet und käuflich zu haben sind.

Hannover, den 24. April 1847.

Königlich Hannoversche Eisenbahn-Direction.
Hartmann.

[1689]

4—5 Millionen ausfortirte Tuchscheer-Karden liegen bei **E. F. Schultze** in Halle, Große Steinstraße Nr. 179, zum Verkauf. [1717]

Pferde-Auction.

Im Marstall Sr. Hoheit des ältestregierenden Herzogs zu Anhalt-Cöthen sollen 7 Stück Reitpferde den **1. Mai d. J.** meistbietend versteigert werden. Die Listen sind beim Unterzeichneten sowol wie im Marstall einzusehen.

Cöthen, den 11. April 1847.

Das Herzogliche Marstallamt.
[1293 95] **B. v. Bodenhausen.**

Das Augustusbad bei Radeberg im Königreiche Sachsen,

durch seinen Gehalt an Eisenoxyd, schwefel- und salzsauren Salzen, kohlensaurem Gas ꝛc., nervenstärkend und besonders gegen gewisse Uebel beim zarteren Geschlecht im besten Rufe stehend, wird **am 1. Mai** eröffnet. Bäder in Zink- und Holzwannen, auch als Douche-, Meerschlamm- und Sitzbäder gebraucht, haben die ganze Curzeit hindurch dieselben festen Preise. Die Wohnungen, verschieden nach Größe und Einrichtung, mit oder ohne Betten, stehen vom 15. Juni bis 15. August in höherm Preise als vorher und nachher. Deren Vermiethung besorgt Herr Inspector **Sperco** hierselbst. Desselben Schrift „Das Augustusbad ꝛc.“, mit medicinisch-praktischen Zusätzen des Herrn Hofraths Dr. Flemming in Dresden und des Herrn Badearztes Kuntzsch sen. in Radeberg (Bautzen, Gustav Schlüssel, 1846) ist den hierher Reisenden zu empfehlen, um mit den hiesigen Verhältnissen im voraus bekannt zu werden. Eine Beschreibung des Curortes vom Herrn Geheimen Medicinalrathe Dr. Choulant nebst neuesten Analysen der Quellen vom Dirigenten der Struve'schen Mineralwasseranstalt zu Dresden, Herrn Chemiker Stein, wird nächstens (Dresden bei Adler und Dietze) erscheinen. Von den Quellen wird auf Bestellung versendet. Auch sind die gebräuchlichsten fremden Mineralwässer vorräthig.

Dr. med. **Klose**,
[1045—46] Besitzer des Augustus-Bades.

C. W. Frommelt

empfiehlt seine Etablissements in [1347—48]

Löbau und Bautzen

zu geneigter Berücksichtigung bei **Speditionen**.

F. August Behrens jun.

in **Magdeburg**

(Lagis in Leipzig, vom 20. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 193 Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in Einem Zuge. [1317—26]

H. G. Grote

aus **Ronsdorf** bei Elberfeld,

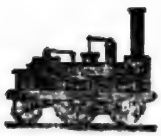
Brühl Nr. 15, erste Etage,

empfiehlt sein Lager von [1364—69]

Sammetbändern, seidenen Taffetbändern, Besatzbändern, Lothbändern und von diversen Besatzkordeln u. s. w.

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 29. April. **Die beiden Schützen**, komische Oper von Lortzing.



Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Extrafahrten

zwischen **Leipzig** und **Dresden.**

Vom 2. Mai an bis auf Weiteres wird **jeden Sonn- und Feiertag Morgens um 5 Uhr** ein Extrazug gleichzeitig von **Leipzig** und **Dresden** abgehen und **denselben Tag Abends um 7 Uhr** zurückkehren.

Die Extrabillets zu diesen Zügen werden auf und nach allen Stationen ausgegeben und kosten die bekannte Taxe der Postzüge, **sind aber für die Hin- und Herreise gültig.** Ein Billet ist gültig für zwei Kinder unter 12 Jahren.

Die Billets werden einzeln und in jeder Anzahl Tags zuvor und am Morgen der Abfahrt von 4 Uhr an bis 5 Minuten vor der Abfahrt an Jedermann ausgegeben. Auch sind Tags zuvor Billets für geschlossene Coupés Ister und IIter Klasse zu 6 Personen und für Wagen IIIter Klasse zu 36 Personen, jedoch nur in **Leipzig** und **Dresden**, zu haben.

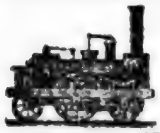
Ausnahmsweise und bis auf Weiteres können auch Diejenigen, welche über Nacht bleiben wollen, auf dasselbe Extrabillet am **nächsten Morgen** mit dem **ersten Zuge früh um 6 Uhr** zurückkehren. **Auf Extrabillets kann jedoch durchaus kein Gepäck mitgenommen werden.**

Dagegen werden mit diesen Extrazügen auch Reisende mit Gepäck befördert, wozu das gewöhnliche Billet wie zu den Postzügen zu lösen ist.

Leipzig, den 26. April 1847.

Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1713—14]



Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Gleises für die 12. Section, in einer Gesammtlänge von 43,268 Fuß, in 4 Loose abgetheilt.

Montag den 17. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocal der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staats-Eisenbahnen zu Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs, zu der Adjudication der Bahnstrecken der 12. Section (abgetheilt in 4 Loose), welche eine Gesammtlänge von 43,268 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 17. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen, und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags angerechnet, vollendet werden.

Veranschlagt sind für diese Section:

1. Loos. Gemarkung **Schwalheim** und **Nauheim**, für die Länge von 12,194 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises 61,000 Thlr.
2. Loos. Gemarkung **Berkersheim**, für die Länge von 6962 Fuß . . . . . 34,000 „
3. Loos. Gemarkung **Eschersheim** und **Ginnheim**, für die Länge von 13,591 Fuß 67,000 „
4. Loos. Gemarkung **Bockenheim**, für die Länge von 10,521 Fuß . . . . . 23,000 „

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenso wie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Ober-Ingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 6. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.
Rühl.

[1290—92]

Leinen- und Baumwollengewebe-Commissionslager-Gesuch.

Solide sächsische und schlesische Leinen; Creas-Handtücher-, Tischgedecke-, Servietten- und Schneidezeuge; Barchent, Federleinen und diverse andere baumwollene Stoffe werden von einem Handlungshause en gros und en détail, in einer lebhaften Residenzstadt der sächsischen Fürstenthümer in Commission zu nehmen gesucht. Der seit einem halben Jahrhundert unter dem besten Rufe bestehende schwunghafte Betrieb dieses Hauses wird keinen Zweifel über Vertrauen zu demselben zulassen. Bezügliche portofreie Offerten, unter Chiffre L. S., befördert die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1723]

Cirque-Equestre

von **E. Renz** auf dem Königsplatze.

Zum Benefiz des Komikers Herrn Qualitz.

Donnerstag, den 29. April außerordentlich große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Les exercices à la ridelle par Mons. Qualitz. — Rückwärts-Evolutionen von Mons. Pierre. — Der indianische Jongleur, dargestellt durch Herrn Schumann. — Zum ersten Male: Der Wettlauf im Sack, komische Scene von Herrn Qualitz. — Pas de guirlande, ausgeführt von Dem. Elise. — Le cheval, dressé par Mons. Renz. — Der Afrikaner Max Zezome wird sich heute besonders auszeichnen und mit dem Grand cours endigen. — *La chaise, dressée par Mons. Qualitz.* — Die improvisirte Cavalerie, commandirt von dem Komiker Herrn Qualitz. — Sämmtliche Reiter und Reiterinnen der Gesellschaft werden sich heute in ihren Kunstübungen produciren.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

E. Renz, Director.

Zu meinem heutigen Benefiz erlaube ich mir ein verehrtes Publikum ganz ergebenst einzuladen und werde Alles aufbieten, um meinen werthen Gönnern einen genußreichen Abend zu verschaffen.

[1724] **W. Qualitz**, Komiker.

Pension für Kinder und Knaben.

Ein Arzt im Königreiche Sachsen, der in einer gesunden, schönen Gegend, nicht zu fern einer größern Stadt wohnt und einen namhaften Theil seines Lebens darauf verwendet hat, das Leben — die körperliche und geistige Entwickelung — des Kindes in allen Richtungen zu studiren, ist gern bereit, einige Kinder und Knaben, und namentlich auch solche zarterer und schwächlicherer Natur, in Pension zu nehmen und ganz deren physische Pflege und geistige Ausbildung zu leiten. Auch könnte außer jeder andern zulässigen Erholung musikalischer Unterricht damit vereinigt werden.

Gütige Auskunft ertheilen auf frankirte Anfragen die Herren Professoren Dr. **Cerutti** und Dr. **Lindner** sen. in Leipzig. [1706]

Verkauf. Ein reales **Handlungsrecht** nebst **Haus** ist in **München** zu verkaufen. Zur Uebernahme und vortheilhaftem Betriebe ist ein Capital von 30,000 Fl. erforderlich. Diese Acquisition würde sich besonders für einen israelitischen Handelsherrn eignen. Das Nähere durch Herrn **T. O. Weigel** in Leipzig, Königsstraße Nr. 23.

Ein Reisender

sucht provisionsweise noch für eine Fabrik oder Engrosgeschäft Muster mit auf die Reise zu nehmen, und werden gefällige Mittheilungen unter **A. B. C. # 10** poste restante Leipzig erbeten. [1715]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann S. B. Boggis in Sheffield mit Frl. Emma Riel in Berlin. — Hr. Dr. Hermann Fischer in Gesundbrunnen bei Berlin mit Frl. Mathilde Thiele. — Hr. Advocat Alexander Kind in Leipzig mit Frl. Luise Anger in Erfurt. — Hr. Volkmar Kunze in Oschatz mit Frl. Christiane Voigtländer in Roßwein. — Hr. Victor Trinius in Leipzig mit Frl. Rosamunde Platzmann.

Getraut: Hr. Commerzienrath Friedrich Förster in Grünberg mit Frl. Albertine v. Hahn. — Hr. Eduard Koch in Annaberg mit Frl. Hermine Fischer. — Hr. Rudolf Korn in Halle mit Frl. Jakobine Fürstenberg. — Hr. Karl Möller in Schweinfurt mit Frl. Margarethe Krug. — Hr. Premierlieutenant Gustav Baron v. Zschüschen in Koblenz mit Frl. Adele Frank.

Geboren: Hrn. Hermann Enzmann in Chemnitz eine Tochter. — Hrn. Elion Kühn in Berlin eine Tochter. — Hrn. Adolf Roßbach in Dresden eine Tochter. — Hrn. Prediger Rust in Brandshagen ein Sohn. — Hrn. Gustav Schwendy in Berlin eine Tochter. — Hrn. Hofrath L. Tiling in Heinrichau ein Sohn.

Gestorben: Frau Oberlehrer Victorie Braun in Gmünd. — Hr. J. M. Deusel in Weißenburg. — Frau Revierförster Luise Hordt in Unterweisenbach. — Hr. Kammerherr und Major Karl v. Jasmund in Dresden. — Hr. D. Liebe in Perleberg. — Frau Oberförster Paschke in Lübben. — Hr. Dr. Joh. Karl Pienitz in Pirna. — Hr. Rentier G. Prawitz in Strausberg. — Hr. Kaufmann Christian Ernst Rechenberger in Annaberg. — Hr. Schullehrer Renz in Gmünd. — Frau Emma Wild in Plötzberg.

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 119. (29. April 1847.)

Ueberblick.

Die österreichischen Diplomaten in Griechenland und der Türkei.
Wissenschaft und Kunst. Aus Siebenbürgen. Die Zeitschriften in Kronstadt.
Ankündigungen.

Die österreichischen Diplomaten in Griechenland und der Türkei.

V Von der Elbe, 26. April. In der Differenz, die jetzt zwischen der Pforte und der griechischen Regierung stattfindet, hatten sich die sämmtlichen Gesandten der Großmächte in Konstantinopel, mit einziger Ausnahme des französischen Gesandten, unbedingt für die Ansicht der Pforte dahin ausgesprochen, daß die griechische Regierung der türkischen eine Genugthuung zu geben schuldig sei. Kurz darauf brachten die Zeitungen die Nachricht, daß von Wien aus sowol an den österreichischen Gesandten in Konstantinopel als nach Athen Instructionen ergangen wären, die gegen diese Ansicht des österreichischen Gesandten lauteten und im Gegentheil der griechischen Regierung günstig seien. Diese Nachricht mußte Manchem wol überraschend kommen und namentlich für Diejenigen befremdend sein, welche die Verhältnisse nicht näher kennen, die in der diplomatischen Vertretung Oesterreichs im Orient stattfinden.

Man hat gewiß nicht ohne Grund vermuthet, daß diese neuerlichen Instructionen, die dem österreichischen Gesandten in Konstantinopel ein anderes Verfahren vorschreiben, mit der Anwesenheit des Frhrn. v. Prokesch, österreichischen Gesandten in Athen, zusammenhängen, der sich damals in Wien aufhielt und erst ausgangs März von da abgereist ist, um auf seinen Posten zurückzukehren. Ein bekannter Artikel der augsburger Allgemeinen Zeitung sprach jenen Zusammenhang unumwunden aus.

Diese Wendung, die der türkisch-griechischen Frage hierdurch von Wien aus gegeben worden ist und die nicht ohne den wichtigsten Einfluß auf die Sache bleiben kann, gewinnt aber ein besonderes Interesse, wenn man die Verhältnisse ins Auge faßt, die zwischen den verschiedenen Repräsentanten Oesterreichs im Oriente stattfinden. Oesterreich hat im Orient überhaupt drei höhere diplomatische Stationen: Konstantinopel, Athen und Alexandrien; in Konstantinopel und Athen außerordentliche Gesandte und in Alexandrien einen Generalconsul, der aber vollkommen wie ein Gesandter zu betrachten ist, da die Generalconsuln der Großmächte in Alexandrien ihrer Stellung nach ganz den Gesandten gleichen und nur dem Namen nach davon verschieden sind, weil bei dem Vicekönig als Vasallen der Pforte keine wirklichen Gesandten accreditirt werden können. Nichts ist verschiedener als die drei Repräsentanten, die Oesterreich an diesen drei verschiedenen Orten hat, und wenn man die einzelnen Persönlichkeiten ins Auge faßt, würde man nicht glauben, daß sie einer und derselben Macht angehörten. Sie sind verschieden von einander in jeder Beziehung, in Geburt, Anlagen, Ansichten und Entwickelungen, und zwischen ihnen selbst findet durchaus keine Uebereinstimmung statt. Es liegt hier eine sehr feine, früher auch in Venedig geübte Staatskunst zu Grunde, indem die österreichische Regierung in den so ganz verschiedenen Persönlichkeiten ihrer drei Repräsentanten im Orient gewiß ein sehr gutes Mittel hat, sich aus diesen ihren verschiedenartigen Berichten das wahre Bild der dortigen Zustände zusammenzustellen.

Während Oesterreich in seiner höhern Beamtenwelt überhaupt und namentlich in der diplomatischen Carrière in den höhern Posten an dem Grundsatze festhält, daß nur Personen aus den ältern adeligen Familien solche bekleiden können, hat es in Athen und Alexandrien Repräsentanten von bürgerlicher Geburt, die nur sich selbst ihren Weg verdanken. In Konstantinopel ist bekanntlich Graf Stürmer Internuntius oder außerordentlicher Gesandter, in Athen Frhr. v. Prokesch bevollmächtigter Minister, und in Alexandrien Hr. v. Laurin Generalconsul. Graf Stürmer, der erst vor einigen Jahren in den Grafenstand erhoben wurde, ist der Sohn des Frhrn. v. Stürmer, der ebenfalls in Konstantinopel österreichischer Internuntius war, wo auch der jetzige Graf Stürmer im Jahre 1788 geboren wurde. Er wurde zu Wien in der sogenannten orientalischen Akademie erzogen, wo bekanntlich die jungen Leute gebildet werden, die künftig dem Staat im Oriente dienen sollen. Er kam dem zufolge auch später als Dolmetscher nach Konstantinopel unter der Leitung seines Vaters, ward nachher bei verschiedenen diplomatischen Geschäften dem Fürsten v. Schwarzenberg beigegeben und verbrachte als österreichischer Commissar bei Napoleon zwei Jahre auf der Insel St.-Helena. Nachdem er darauf als außerordentlicher Gesandter in Rio Janeiro gewesen war, kam er 1834 als Internuntius nach Konstantinopel, wo er bis jetzt ununterbrochen geblieben ist. Er ist kränklich, im hohen Grade nervös, bänglich, unentschlossen und ganz geeignet für eine Politik des Gehenlassens, Zauderns, Hinziehens und Abwartens.

Frhr. v. Prokesch ist bürgerlicher Abkunft, 1795 zu Grätz geboren. Er wurde erst später geadelt mit dem Namen Ritter v. Osten in Bezug auf seine Thätigkeit im Orient, und ist vor wenig Jahren in den Freiherrnstand erhoben worden. Er trat 1813 in das Heer, indem er den Feldzug bis zum Ende mitfocht, wurde darauf Professor der Mathematik an der Cadettenschule zu Olmütz und kam 1818 als Adjutant zum Feldmarschall Fürsten v. Schwarzenberg, bei welchem er bis zum Tode desselben in Leipzig verweilte. Er machte sich durch mehre militairische Schriften bekannt und gab nach dem Tode des Feldmarschalls dessen Leben heraus. Im Jahr 1823, als er Hauptmann geworden war, reiste er, um die griechische Sache in der Nähe zu betrachten, mit Erlaubniß der Regierung in den Orient, wo er sich in Griechenland, Kleinasien und Konstantinopel aufhielt. Er wurde hierauf im Jahr 1825 von der Regierung mit mehren Geschäften in der Levante beauftragt und 1827 zum Chef des Generalstabs der österreichischen Flotille daselbst ernannt. Er lernte von 1823—29 Kleinasien, Griechenland, Palästina, Syrien und Aegypten genau kennen, wurde namentlich mit den griechischen Verhältnissen und Persönlichkeiten sehr bekannt und zeichnete sich vorzüglich durch sein thätiges Auftreten gegen die Seeräuber, bei der Auswechselung der ägyptischen und griechischen Gefangenen und durch seine Verhandlungen mit dem Pascha von St.-Jean d'Acre vortheilhaft aus. Nach der Beendigung des griechischen Freiheitskriegs wurde er als Major in die österreichische Marine zurückberufen und durch die Adelswürde belohnt. Im Jahr 1831 ging er als Chef des Generalstabs mit dem österreichischen Heere nach Bologna und 1832 zur Gesandtschaft nach Rom, im folgenden Jahr aber nach Aegypten, um zur Beilegung der Differenzen zwischen der Pforte und Aegypten mitzuwirken. Im Jahr 1834 ward er zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim König Otto von Griechenland ernannt. Sein vielfacher Aufenthalt im Orient ist ihm die Veranlassung zu mehren Schriften über denselben gewesen. So erschienen von ihm: „Erinnerungen aus Aegypten und Kleinasien"; „Das Land zwischen den Katarakten des Nils", „Die Reise in das heilige Land"; eine Sammlung von Dichtungen aus dem Morgenlande; „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen aus dem Orient". In Allem spricht sich ein sehr poetischer Sinn aus, der auch auf die Darstellung übergeht, ein für alles Große und Edle warmes Gefühl mit energischer Freimüthigkeit. Die verschiedenen Schriften enthalten ebensowol antiquarische Forschungen als Schilderungen der jetzigen Zustände und Personen. Die Schriften sind sehr ausführlich gehalten, beurkunden einen großen Fleiß und besondere Genauigkeit, gewähren daher allen Denen, die jene Länder selbst besuchen, einen sehr getreuen Wegweiser, und ich erinnere mich dankbar des Nutzens, den mir diese Schriften im Oriente brachten, und des hohen Interesses, das mir die letztgedachte Schrift bot, als ich auf dem Schlachtfelde von Troja jenen Theil der Schrift zu meinem Wegweiser hatte, wo Hr. v. Prokesch, der Ilias Schritt für Schritt folgend, nachweist, wie genau sie dem Boden von Troja angepaßt, und wie in Homer's örtlichen Angaben nichts unwahr oder willkürlich sei.

Hr. v. Prokesch verbindet zwei Eigenschaften, die man sonst selten vereinigt findet: große Ausdauer und Fleiß und ein höchst poetisches Gemüth. Man muß seine Tagebücher sehen, wie fleißig und sauber sie geschrieben sind, so als wenn es Copien wären mit Zeichnungen und Messungen im Text, und die Offiziere hören, die mit ihm auf jenen Expeditionen im Oriente gewesen sind, wie unablässig er, wenn sie sich der Erholung von den Strapazen hingegeben, mit Aufzeichnung alles Wissenswerthen beschäftigt gewesen, um zu begreifen, wie er jenen reichen Stoff, der in allen seinen Schriften sich behandelt findet, hat bewältigen können. Er ist poetisch, feurig, dabei tief wissenschaftlich gebildet, ja gelehrt in den verschiedensten Fächern, vielredend; er docirt gern, er war ja früher selbst einmal Professor. Ich habe ihn immer sehr gern viel sprechen gehört. Warum sollte man es nicht von Jemandem, der gut und geistreich spricht und viel gesehen und erfahren hat? Vielschreiben — nicht umsonst ist er ein Freund und Schüler der Karoline Pichler gewesen — ist wol auch jetzt noch eine Eigenschaft von ihm, und wenn er auch seit seiner jetzigen Stellung nichts mehr veröffentlicht hat, so tragen doch sowol seine Depeschen als seine Mittheilungen, die er von Zeit zu Zeit der augsburger Allgemeinen Zeitung zugehen läßt, Zeugniß davon.

Nach diesem langen Aufenthalt im Oriente, seiner großen Vorliebe und vielseitigen Beschäftigungen mit demselben sieht man von selbst ein, daß Hr. v. Prokesch ganz der Mann ist, den Orient zu kennen. Er ist einer von den wenigen Gesandten in Griechenland, die das Land aus eigner Anschauung kennen. Der englische Gesandte, Sir Edmund Lyons, war zwar auch bereits früher in Griechenland (man erinnere sich, daß er der Capitain derjenigen Fregatte war, auf der König Otto nach Griechenland überschiffte), allein er hat, wie alle solche Schiffscapitaine, die nur an einzelne Stationen gewiesen sind, durchaus nie diese nähere Kenntniß des Landes sich erwerben können, wie sie Hr. v. Prokesch in seinem vielfachen Bereisen des Innern des Landes erlernt hat. Von den frühern Collegen des Hrn. v. Prokesch in Griechenland war kein einziger, der sich mit den innern Zuständen des Landes bekannt gemacht hätte. Der preußische, Baron Brassier, hatte höchstens ein Mal einen flüchtigen Ausflug auf seine Besitzungen in Euböa gemacht, Hr. de Lagrenée, der spätere fran-

Digitized by Google

zösische Gesandte in China, wußte von dem Innern Griechenlands durch eigne Anschauung nichts, als was er auf einer kleinen Excursion nach Nauplia, die im Ganzen drei Tage gedauert, gesehen hatte. Die Herren Gesandten entschuldigen sich stets damit, daß sie sich wegen der Posttage nicht von Athen auf längere Zeit entfernen könnten; allein diese Post fand mit Abgang des Dampfbootes nur alle 14 Tage statt.

Hat man nur unsere europäischen Verhältnisse im Auge, wo man von der Hauptstadt ganz bequem den Charakter des übrigen Landes erfassen und kennen lernen kann, so muß diese Rüge ziemlich überflüssig erscheinen; allein in Griechenland ist es nicht wie in den übrigen Theilen von Europa. Dort gibt die Hauptstadt kein Bild von den innern Zuständen des Landes, und wer Griechenland nach Athen beurtheilen wollte, würde sich tausendfach täuschen. Von den jetzigen Gesandten ist der französische, Hr. de Piscatory, auch mit dem Zustande des Landes durch eigne Anschauung etwas näher bekannt, indem er noch als Deputirter eine Reise durch Griechenland unternommen hatte.

Hr. v. Laurin, Generalconsul in Alexandrien, ist ebenfalls bürgerlicher Geburt. Sein „von" ist nur Folge des ihm verliehenen Ordens der eisernen Krone, der den persönlichen Adel gibt. Er steht im Ausgange der funfziger Jahre. Er ist ein trefflicher Geschäftsmann, ein durchaus praktischer und verständiger Mann, der mit regem Sinn und Auge die Sachen klar und nüchtern nimmt wie sie sind. Hr. v. Laurin war, ehe er nach Aegypten kam, Generalconsul in Palermo, genoß dort einer ausgezeichneten Achtung überhaupt und eines großen Einflusses auf den Gouverneur, bei dem er in besonderer Gunst war, und man erzählte mir noch nach seinem Abgange von Palermo von der großen Achtung, in der er im Allgemeinen dort gestanden, sodaß sich oft Angehörige anderer Nationen nicht an ihren Generalconsul, sondern an Hrn. v. Laurin gewendet hatten, um eine Sache, die sie schon längst vergeblich betrieben, durch ihn zu erlangen.

Ich habe nicht genau erfahren können, warum er diese angenehme Stellung aufgegeben; jedenfalls hörte ich es in Palermo eben sowol in seinem als im allgemeinen Interesse bedauern. Er hielt sich nachher einige Zeit in Neapel auf und wurde von da nach Alexandrien versetzt. Er steht bei dem Vicekönig in großem Respect; es ist der Respect, den die Furcht eingibt, indem Hr. v. Laurin zu verschiedenen Malen auf das energischeste ohne allen Hehl dem Vicekönig seine entgegenstehenden Ansichten ausgesprochen hat.

Ich war selbst bei einer Audienz des Vicekönigs Zeuge eines solchen Vorgangs. So war es auch bei Gelegenheit der ägyptischen Frage, als Hr. v. Laurin von den Ansichten Oesterreichs, gegenüber dem Vicekönig, sprach, als ihn der Vicekönig höhnisch fragte: wie viel denn Oesterreich Fregatten habe? und Hr. v. Laurin ihm zur Antwort gab: daß Oesterreich hinlängliche Transportschiffe habe, um in wenig Tagen 10,000 Oesterreicher an die Küste von Aegypten zu führen, die in kürzester Zeit seine ganze ägyptische Armee zu Paaren treiben würden".

Er gehörte früher zu der Gesandtschaft in Athen und hatte daher seine Berichte über Aegypten an Hrn. v. Prokesch einzuschicken. Da nun aber diese beiden Herren in ihren Ansichten über Aegypten auch direct sich gegenüberstanden, indem Hr. v. Prokesch über Mohammed-Ali und Aegypten ungefähr dachte wie der Fürst Pückler und in Aegypten ein Land sah, unbezwingbar an Größe und voll sich entwickelnden Reichthums, während Hr. v. Laurin schon lange vor der Katastrophe des syrisch-ägyptischen Feldzugs die Nichtigkeit und Leerheit der ägyptischen Macht fortwährend dargelegt hatte, so hat es Hr. v. Laurin endlich dahin gebracht, anstatt der Gesandtschaft in Athen, der Gesandtschaft in Konstantinopel untergeordnet zu werden und dieser seine Berichte einzusenden.

Hr. v. Prokesch war früher von dem Fürsten v. Metternich sehr begünstigt, was sich eine Zeit lang gemindert haben soll, während er jetzt wieder sich in dieser Gunst gehoben zu haben scheint. Man erzählt, ich weiß nicht mit welchem Rechte, daß die Aufmerksamkeit des Fürsten vorzüglich dadurch auf Hrn. v. Prokesch gerichtet worden sei, daß in einer Conferenz wegen Ausbruch der polnischen Revolution, zu der Hr. v. Prokesch gezogen worden war, und wie die meisten Stimmen sich dahin vereinigt hatten, daß man sofort Truppen nach den österreichisch-polnischen Provinzen schicken müsse, Hr. v. Prokesch ausgerufen habe: „Nicht nach Polen, nach Italien müssen Truppen geschickt werden!" Hr. v. Prokesch war seit vorigem Sommer auf Urlaub von seinem Posten in Athen abwesend und hat nach einem Aufenthalte von mehr als einem Monat in Wien eine Reise über Berlin, Hamburg, London und Paris gemacht, von der zurückgekehrt er bis Ende März sich in Wien aufgehalten hat, und daher sich auch noch daselbst befand, als die Nachrichten von der Differenz zwischen der Pforte und Griechenland eintrafen. Daß diese Reise nach London und Paris nicht ohne specielle Beziehung auf die Verhältnisse Griechenlands gewesen ist, unterliegt wol keinem Zweifel.

Es ist eben so gewiß, daß an den jetzigen für Griechenland günstigen Instructionen seine Anwesenheit daselbst und sein Gutachten manchen Antheil hat. Man könnte glauben, aus diesen Rathschlägen ließe sich auf eine besondere Vorliebe des Hrn. v. Prokesch für Griechenland schließen; dies ist aber nicht der Fall; Hr. v. Prokesch liebt die Griechen nicht. Seine frühere Bekanntschaft mit denselben während des Unabhängigkeitskriegs hat ihm keine Vorliebe für dieselben beigebracht, ja er erklärt in seinen Denkwürdigkeiten geradezu, daß die Griechen zur Freiheit und Selbstregierung durchaus nicht reif seien. Er zieht die Türken weit vor. Eben so wenig ist Hr. v. Prokesch, als guter Oesterreicher, ein Anhänger des constitutionellen Systems, und er war daher stets gegen die Einführung einer Constitution; allein er kennt aus eigner Anschauung recht gut, wie es in Griechenland und in der ganzen Türkei unter den Griechen, gegenüber der Pforte, aussieht, und daß es nur eines einzigen Funkens bedarf, um dieses allgemeine Kriegsgefühl gegen die Pforte zu hellen Flammen anzufachen, die nicht so leicht wieder gestillt werden möchten. Er hält eben so wenig das Kolettis'sche Ministerium für das tüchtigste in Griechenland, und weiß recht gut, daß die Kolettis'sche Partei nicht gerade die der Capacitäten ist, die bekanntlich stets eigentlich die russische Partei in Griechenland bildeten. Allein die Kolettis'sche Partei ist die nationale und das Ministerium das der Majorität, und bei allem Widerwillen gegen constitutionelle Regierung hat er doch zu viel Einsehen und Takt, um nicht ein Ministerium, das unbedingt das der Majorität und Nationalität ist, aus voller Ueberzeugung und offen zu unterstützen.

Ein früherer Versuch des Hrn. v. Prokesch, Oesterreich auf diese Weise in den griechischen Angelegenheiten wieder einen größern Einfluß zu verschaffen, mislang. Die jetzige Gelegenheit dürfte besser gewählt sein; denn es ist keinem Zweifel unterworfen, daß das jetzige Einschreiten Oesterreichs zu Gunsten Griechenlands, gegenüber der Pforte, nicht nur bei der Pforte von Einfluß sein muß, sondern auch für den Einfluß Frankreichs auf die griechischen Verhältnisse, gegenüber den wühlerischen Bestrebungen Englands, ein bedeutendes Gewicht in die Wagschale legen muß. Diesmal haben Graf Stürmer und Hr. v. Prokesch ihre Naturen getauscht; die Rathschläge Prokesch's sind viel mehr ruhiger, conservativer, beschwichtigender, ja, ich möchte sagen, österreichischer, als das Andringen Stürmer's auf Satisfaction von Seiten Griechenlands.

Stellt man die obenbezeichneten Persönlichkeiten des Grafen Stürmer und des Frhrn. v. Prokesch zusammen, so drängt sich wol von selbst der Gedanke auf, daß diese beiden in jeder Beziehung so ganz verschiedenen Männer nicht ein besonderes Band harmonischer Uebereinstimmung und inniger Freundschaft verbinden kann, um so mehr, da Hr. v. Prokesch schon seit längerer Zeit auf den Gesandtschaftsposten in Konstantinopel aspirirt, ebensowol wegen der höhern Stellung, die dieser gewährt, als wegen des höhern Gehalts, der damit verbunden ist, denn er selbst besitzt eben so wenig Vermögen als seine Gemahlin, eine Tochter des Hofraths v. Kiesewetter in Wien. Uebrigens sieht man aus dieser jetzigen türkisch-griechischen Streitfrage wieder einmal von neuem, an wie wenig die orientalische Frage hängt und wie plötzlich mit Einem Male etwas geschehen kann, was über Nacht englische und russische Kriegsschiffe in den Bosporus bringt.

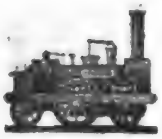
Wissenschaft und Kunst.

* **Aus Siebenbürgen**, im April. Kronstadt ist ein sehr bedeutender Ort, schon deshalb, weil er, nahe der türkischen Grenze, sich durch seine deutsche Cultur auszeichnet. Zum Beweise darf man nur die hier erscheinenden Zeitschriften anführen. Zuvörderst erscheint eine politische Zeitschrift unter dem Titel: Siebenbürger Wochenblatt, welche sich aber meistens mit einheimischen Gegenständen befaßt, da Siebenbürgen ein constitutionelles Land ist, und besonders bei dem gut organisirten Gemeindewesen der hiesigen Sachsen viel öffentlicher Sinn herrscht und der Bürger hier an den öffentlichen Angelegenheiten mehr Theil nimmt, als dies mitunter in Deutschland der Fall ist. Ein mehr encyklopädisches Blatt, aber auch mit vorherrschender Tendenz für das Inland, ist der Satellit, das Beiblatt des vorgenannten. Eine dritte deutsche Zeitschrift erscheint unter dem Titel: Blätter für Geist, Gemüth und Vaterlandskunde, welche ein bloßes Unterhaltungsblatt ist, berechnet für den im Ganzen hier ziemlich bemittelten deutschen Gewerbsstand. Diese drei deutschen Zeitschriften werden meist von einem sehr tüchtigen und fleißigen Literaten redigirt, dem als Schriftsteller rühmlich bekannten Hrn. Anton Kurz, der jetzt „Neue Fundgruben der siebenbürgischen Geschichte" herausgibt, eine Fortsetzung der vor ein paar Jahren von dem ausgezeichneten Geschichtsforscher Grafen Joseph v. Kemeny herausgegebenen „Fundgruben". Die Zeitschrift für die siebenbürgische Geschichte, ebenfalls von Hrn. A. Kurz redigirt, erfreut sich mit Recht des allgemeinen Beifalls und ist in der gelehrten Welt hinreichend bekannt. Ferner erscheint in Kronstadt in walachischer Sprache die Gazeta de Transilvania für die hier lebenden 200,000 Romanen, auch wird sie viel in der Moldau und Walachei gelesen. Endlich erscheint daselbst auch eine sechste Zeitschrift unter dem Titel: Foaie, ebenfalls in romanischer Sprache, für Unterhaltung und Literatur. Diese beiden letztern werden von Hrn. Georg Baritz sehr gut redigirt. Verleger aller dieser deutschen und walachischen Zeitschriften ist der aus Frankfurt a. M. gebürtige Johann Gött, welcher hier vier neue Pressen in Gang gebracht hat; er bedient sich der schönsten neuen Lettern und die Ausstattung der gedachten Zeitschriften läßt nichts zu wünschen übrig. Dieser unternehmende Mann gibt jetzt eine Urkundensammlung des Senators Trausch heraus, eines um die Geschichte seines Vaterlandes sehr verdienten Mannes. Es ist erfreulich, zu sehen, wie zwei Meilen von der türkischen Grenze die deutschen Einwanderer seit beinahe 800 Jahren, ungeachtet aller oft gewaltsamen Trennung, dem deutschen Wesen treu geblieben sind.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google



Fahrplan

für die regelmäßigen Dampfwagenzüge
auf der

Berlin-Hamburger Eisenbahn.

Vom 1. Mai 1847 ab bis auf Weiteres.

Richtung nach Hamburg.

Abgang von	1. Erster Personenzug nach Hamburg.	2. Zweiter Personenzug nach Hamburg.	3. Zwischenzug v. Berlin nach Wittenberge, v. Wittenberge nach Hamburg.	4. Güterzug nach Hamburg.
Berlin	7 U. Morg.	2½ U. Nchm.	5½ U. Nchm.	6 U. Morg.
Spandau	7⅛ „ „	2⅝ „ „	5⅞ „ „	6⅝ „ „
Nauen	7¾ „ „	3 „ „	6¼ „ „	7 „ „
Paulinenaue	8 „ „	3⅜ „ „	6½ U. Abds.	7⅜ „ „
Friesack	8⅓ „ „	3¾ „ „	7⅛ „ „	8⅛ „ „
Neustadt a. D.	9 „ „	4 „ „	7⅝ „ „	9⅛ „ „
Jernitz	9⅓ „ „	4⅓ „ „	7⅞ „ „	9⅝ „ „
Glöwen	9⅝ „ „	5 „ „	8¼ „ „	10 „ „
Wilsnack	10 „ „	5⅛ „ „	8¾ „ „	10½ „ „
			Ank. in Wittb. 9⅞ à ¾	
			Abgang	
Wittenberge	10½ „ „	5½ „ „	6½ U. Morg.	12½ U. Nchm.
Grabow	11½ „ „	6½ U. Abds.	7⅛ „ „	1⅝ „ „
Ludwigslust	11⅝ „ „	6¾ „ „	7⅝ „ „	1¾ „ „
Hagenow	12 U. Mitt.	7⅛ „ „	8 „ „	2⅛ „ „
Brahlsdorf	12⅛ U. Nchm.	8 „ „	8⅛ „ „	3½ „ „
Boitzenburg	12⅝ „ „	8⅛ „ „	9⅛ „ „	4 „ „
Büchen	1¼ „ „	8¾ „ „	9⅜ „ „	4½ „ „
Schwarzenbeck	1⅝ „ „	9⅛ „ „	9¾ „ „	5⅛ „ „
Friedrichsruh	1⅞ „ „	9⅜ „ „	10¼ „ „	6 „ „
Reinbeck	2 „ „	9⅝ „ „	10⅛ „ „	6¼ U. Abds.
Bergedorf	2⅛ „ „	10 „ „	10⅜ „ „	6⅝ „ „
Ankunft in Hamburg	3 à 3¼ Uhr Nachmittags.	10⅓ à 11 U. Abends.	11 à 11½ U. Morgens.	6¾ à 7⅛ U. Abends.

Richtung nach Berlin.

Abgang von	5. Erster Personenzug nach Berlin.	6. Zweiter Personenzug nach Berlin.	7. Zwischenzug v. Hamb. nach Wittenberge, v. Wittenberge nach Berlin.	8. Güterzug nach Berlin.
Hamburg	7⅛ U. Morg.	12 U. Mitt.	4½ U. Nachm.	6 U. Morg.
Bergedorf	7⅝ „ „	12½ U. Nachm.	4⅞ „ „	6½ „ „
Reinbeck	8 „ „	12⅝ „ „	5 „ „	6⅝ „ „
Friedrichsruh	8¼ „ „	12⅞ „ „	5⅜ „ „	6⅞ „ „
Schwarzenbeck	8⅝ „ „	1 „ „	5½ „ „	7 „ „
Büchen	9 „ „	1¼ „ „	5⅞ „ „	7½ „ „
Boitzenburg	9⅝ „ „	1⅝ „ „	6½ U. Abds.	8 „ „
Brahlsdorf	9⅞ „ „	2 „ „	6⅞ „ „	9 „ „
Hagenow	10⅞ „ „	2⅞ „ „	7⅛ „ „	9½ „ „
Ludwigslust	11 „ „	3⅜ „ „	8 „ „	10⅛ „ „
Grabow	11⅞ „ „	3⅞ „ „	8⅝ „ „	10½ „ „
			Ank. in Wittb. 9¼ à 9½	
			Abgang	
Wittenberge	12⅛ U. Nchm.	4⅜ „ „	6½ U. Morg.	12½ U. Nachm.
Wilsnack	1 „ „	4⅞ „ „	6¾ „ „	1 „ „
Glöwen	1¼ „ „	5⅜ „ „	7 „ „	1⅜ „ „
Jernitz	1⅞ „ „	5¾ „ „	7½ „ „	2 „ „
Neustadt a. D.	2 „ „	6 U. Abds.	8 „ „	2⅜ „ „
Friesack	2⅜ „ „	6⅜ „ „	8¾ „ „	2⅝ „ „
Paulinenaue	2⅝ „ „	6⅝ „ „	9 „ „	3⅛ „ „
Nauen	3 „ „	7⅛ „ „	9⅜ „ „	4⅛ „ „
Spandau	3⅝ „ „	7⅞ „ „	10 „ „	6 U. Abds.
Ankunft in Berlin	4 à 4½ U. Nachmittags.	8¼ à 8½ U. Abends.	10¼ à 10½ U. Morgens	6½ à 7 Uhr Abends.

Bemerkungen.

Mit den Personenzügen werden auch Eilgüter, Equipagen und Pferde zu dem erhöhten Tarife befördert.

Bei den Zwischenzügen findet, außer der Personenbeförderung in allen drei Wagenklassen, auch die Mitnahme von Gütern und Viehtransporten zu niedrigen Preisen statt.

Die Güterzüge Nr. 4 und 8 sind ausschließlich nur zum Transport von Gütern und Vieh bestimmt, ohne Beförderung von Personen.

Etwanige Extra- oder Localzüge werden an den betreffenden Orten besonders bekannt gemacht werden.

Der Personenzug Nr. 1 von Berlin abgehend, steht mit dem Personenzuge von Wien, welcher auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn jeden Morgen um 5 Uhr in Berlin eintrifft, in unmittelbarer Verbindung und schließt sich von Altona aus dem Personenzuge nach Kiel an.

Der Personenzug Nr. 2 gewährt den von Stettin, Frankfurt a. d. O., Magdeburg und Leipzig in Berlin angekommenen Reisenden Gelegenheit, noch an demselben Tage Hamburg zu erreichen.

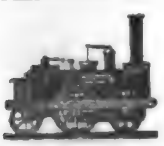
Der Personenzug Nr. 5 vermittelt die Verbindung zwischen Hamburg und resp. Stettin, Frankfurt a. d. O. und Magdeburg.

Der Personenzug Nr. 6 nimmt die von Kiel gekommenen Reisenden auf und stellt durch den Anschluß an den um 11 Uhr Abends von Berlin abgehenden Personenzug auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn die unmittelbare Verbindung mit Wien her.

Den Personen- und Zwischenzügen schließen sich in Hagenow die regelmäßigen Züge der Mecklenburgischen Eisenbahn laut besonderm Fahrplan an.

Berlin und Hamburg, im April 1847.

[1718—19] Die Direction der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft.



Fahrordnung

auf der a. pr. **Kaiser-Ferdinands-Nordbahn** in Verbindung mit der **Nördlichen k. k. Staatsbahn** vom 1. Mai 1847.

Von Wien nach Brünn, Olmütz, Leipnik, Prag

Personenzüge	um 6 Uhr früh und „ 7½ „ Abends;	
Lastzug:	„ 6½ „ früh.	

Von Prag nach Olmütz, Leipnik, Brünn und Wien

Personenzüge	um 9 Uhr früh, „ 4½ „ Nachmittags;	
Lastzug:	„ 6½ „ Abends.	

Die Bestimmungen über den Verkehr der Personen-, gemischten und Lastzüge auf der a. pr. Kaiser Ferdinands Nordbahn und der Nördlichen k. k. Staatsbahn, sowie auch die Preistarife für die Personen- und Waarenbeförderung, dann der Gebühren für Reisegepäck, Eilgüter, Equipagen, Pferde und Hunde, sind in den diesfälligen, auf allen Stationen dieser beiden Bahnen angeschlagenen Kundmachungen zu ersehen, und die Preistarife um 3 Kr. C.-Mze. per Stück zu erhalten.

[1705—7] Von der Direction der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Digitized by Google

Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.

Tägliche Dampfwagen-Fahrten

für die Zeit vom 1. Mai bis zum 15. October 1847.

I. Cours von Magdeburg nach Halberstadt.

Züge von	Zeit der Abfahrt: Magdeburg	Langenweddingen.	Hadmersleben.	Gr. Oschersleben	Ankunft in Halberstadt
1. Güterzug mit Personen-Beförderung.	4 Uhr Morgens.	4½ Uhr Morgens.	5 Uhr Morgens.	5½ Uhr Morgens.	6¼ Uhr Morgens.
1. Personenzug.	10¾ „ „	11 „ „	11⅓ „ „	12 „ Mittags.	12⅛ „ Mittags.
2. Personenzug.	3 „ Nachmittags.	3¼ „ Nachmittags.	3⅝ „ Nachmittags.	4¼ „ Nachmittags.	5 „ Nachmittags.
2. Güterzug mit Personen-Beförderung.	6½ „ Abends.	7 „ Abends.	7½ „ Abends.	8 „ Abends.	8¾ „ Abends.

II. Cours von Halberstadt nach Magdeburg.

Züge von	Zeit der Abfahrt: Halberstadt	Gr. Oschersleben	Hadmersleben	Langenweddingen	Ankunft in Magdeburg
1. Güterzug mit Personen-Beförderung.	7 Uhr Morgens.	8 Uhr Morgens.	8 Uhr 5 Min. Morg.	8⅛ Uhr Morgens.	9¼ Uhr Morgens.
1. Personenzug.	8⅝ „ „	9¼ „ „	9 „ 50 „ „	10¼ „ „	10¾ „ „
2. Personenzug.	3½ „ Nachmittags.	4¼ „ Nachmittags.	4 „ 20 „ Nachm.	4⅞ „ Nachmittags.	5¼ „ Nachmittags.
2. Güterzug mit Personen-Beförderung.	7 „ Abends.	8 „ Abends.	8 „ 5 „ Abends.	8⅛ „ Abends.	9¼ „ Abends.

Anschlüsse:

Abfahrt von **Gr. Oschersleben**

¼5 Uhr 40 Min. nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und **Harburg.**
12 „ nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und **Harburg.**
4½ „ nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und mit Uebernachtung in **Uelzen** nach **Harburg.**

Anschlüsse:

Abfahrt von

Gr. Oschersleben	Magdeburg
	10 Uhr nach **Berlin** über **Potsdam.**
10 Uhr nach **Braunschweig.** 12 Uhr nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und **Harburg.**	11½ Uhr nach **Leipzig** und **Dresden.** 12 Uhr nach **Berlin** über **Potsdam.**
4½ Uhr nach **Braunschweig, Harzburg. Hildesheim, Hannover** und mit Uebernachtung in **Uelzen** nach **Harburg.**	6 Uhr nach **Leipzig.** 6½ Uhr nach **Berlin** über **Potsdam.**

Bemerkungen:

1) Die Güterzüge, mit Ausnahme des um 4 Uhr Morgens aus **Magdeburg** abgehenden, halten, außer auf den im Fahrplan bezeichneten Stationen, bei den Anhaltepunkten: **bei dem Uebergange an der Leipziger Chaussee, Blumenberg, Crottorf** und **Nienhagen** an, um Passagiere abzusetzen und, soweit Platz vorhanden ist, aufzunehmen.
Der um 4 Uhr Morgens aus **Magdeburg** abgehende Güterzug hält, außer auf den im Fahrplan bezeichneten Stationen, nur bei den Anhaltepunkten: **Blumenberg, Crottorf** und **Nienhagen** an.
Die Personenzüge halten, außer auf den im Fahrplan bezeichneten Stationen, nur bei **Nienhagen** an.

2) Zwischen den Städten **Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Halberstadt, Braunschweig, Hannover, Celle** und **Harburg** findet in den betreffenden Richtungen ein directer Billet-Verkauf und eine directe Gepäck-Expedirung statt.

Magdeburg, den 15. April 1847.

Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Verwaltung.
Defoy.

[1790—21]

1084

Freitag — Nr. 120. — 30. April 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Ueberblick.

Deutschland. Unruhen in Nürnberg. — Sächsische Verordnung in Betreff des Brotverkaufs. — Dr. Rauschenblatt. *Kassel. Der Nothstand.
Preußen. **Berlin. Die Petitionen. Die Gefangenenhäuser. Die Ruhestörer. OVom Rhein. Der Vereinigte Landtag. Das ultramontane Element. Die Auswanderung. *Posen. Die Auswanderung. Die Altlutheraner. *Elbing. Das Gesetz über die Competenzconflicte. Die freie evangelische Gemeinde in Königsberg. Die Mosquiteküste. — Cabinetsordre gegen die Verkäuferei. — Der König an die Rheinländer. — Hr. v. Beckerath. — Dr. Meyen. — Kirchenbau in Köln.
Oesterreich. Die orientalische Frage. — Galizische Gubernien.
Portugal. Die Intervention. Der Bürgerkrieg.
Spanien. Die Misstimmung zwischen dem König und der Königin.
Großbritannien. Parlament. Fieber in Irland. Verminderung des Flachsbaues in Irland. Neue Straße in London.
Frankreich. Parlament. Die Abstimmung über den Rémusat'schen Vorschlag. Der National. Der Prinz Oskar von Schweden. Die Fregatte Cléopatre. Die Kabylen des Dschurdschuragebirges.
Schweiz. Die genfer Verfassung. — St.-Benedictpfennige. — Die österreichische Regierung und Luzern.
Italien. Rom. Die Nationalgarde. Die Basilianerinnen. Denkmal für Gregor XVI. — Die sardinische Regierung und Genf.
Griechenland. Der König. Die Zustände.
Türkei. OKonstantinopel. Die griechischen Municipalräthe. Rüstungen.
China. Absetzung des Gouverneurs von Kanton. Opiumschiffe. Fallissements. Handel.
Nordamerika. Der Krieg mit Mexico. Das Geschwader vor S. Juan de Ulloa und Veracruz.
Personalnachrichten.
Handel und Industrie. *Gotha. Paßkartentaxen. *Leipzig. Börsenbericht. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe.
Ankündigungen.

Deutschland.

Nürnberg, 27. April. Gestern Nacht war unsere Stadt der Schauplatz eben so bedauerlicher als strafwürdiger Auftritte. Schon seit mehren Tagen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß einem hiesigen Bürger, ehemaligem Mühlenbesitzer und nunmehrigen Privatier Schlee, am gestrigen Abend eine Katzenmusik gebracht werden würde, weil er, man weiß nicht wie, in den Verdacht des Getreidewuchers gekommen war. Diese unbestimmten Gerüchte mochten ihn veranlaßt haben, schon vor zwei Tagen öffentlich bekannt zu machen, daß er nur eine unbedeutende Quantität Getreide besitze, und daß er dieselbe, sobald sie angekommen, zur Schranne bringen und verkaufen lassen würde, und dadurch einen Abschlag der Preise zu erzielen hoffe. Eine zweite von ihm in gestern Abend ausgegebenen Blättern erlassene Bekanntmachung benannte die Zahl der Scheffel Getreide, die er besitze (300 Scheffel Korn und 100 Scheffel Weizen) und bot Demjenigen eine Belohnung von 25 Fl., welcher ihm den Erfinder und Verbreiter des Gerüchts bezeichne, daß er sich mit Getreidewucher abgebe. Gerade diese Bekanntmachungen waren es indeß, welche die allgemeinste Aufmerksamkeit des Publicums erregten, und so geschah es denn, daß gestern schon zeitig am Abend eine Menge Neugieriger vor dem Hause des gedachten Hrn. Schlee promenirte, um die angesagte Demonstration mit anzusehen. Das Geschlossensein der Fenster an diesem Hause, welches überhaupt ganz verlassen schien, trug nicht wenig zur Bestätigung der Gerüchte bei, daß eine solche erfolgen würde. Immer mehr füllte sich die „Insel Schütt“, auf welcher das Schlee'sche Haus steht, mit Neugierigen und Zuschauern, darunter sicherlich beinahe zwei Drittel dem weiblichen Geschlecht angehörig. Das Hin- und Herwogen einer bedeutenden, sich immer mehrenden Volksmasse erregte die Aufmerksamkeit der ohnedies schon gewarnten Polizeimannschaft, welche zur Entfernung vom Platz und zum ruhigen Auseinandergehen ermahnte, als plötzlich, wie man uns berichtet, meist von Lehrburschen und sonstigen Jungen ein Hagel von Steinen auf das Schlee'sche Haus flog. Der erste Bürgermeister der Stadt, Dr. Binder, kam nun in Begleitung mehrer Magistratspersonen auf die Schütt, sprach die versammelte Menge an, setzte ihr das Ungeeignete ihres Benehmens aus einander und foderte zum ruhigen Auseinandergehen auf, darauf hinweisend, daß der Magistrat Alles aufbieten werde, den dermaligen Uebelständen abzuhelfen, und Schlee ja selbst die Hand hierzu geboten habe. Seine Anrede wurde mit Vivats begrüßt, allein der Steinregen hörte nicht auf, die Menschenmenge vermehrte sich mit jedem Augenblicke so, daß sich endlich der Magistrat veranlaßt sah, militairische Hülfe zu requiriren, um die Schütt zu säubern und das Schlee'sche Haus vor weiterer Verwüstung zu bewahren; denn bereits waren einige der Läden durchgeworfen.

Wie wir hören, waren die Soldaten des hiesigen Infanterieregiments bereits in den Kasernen consignirt, die Pferde der Cavalerie seit Nachmittags gesattelt, und nachdem sich der um 9 Uhr stattfindende Zapfenstreich in Generalmarsch verwandelt hatte, wurden sogleich alle Wachen der Stadt verstärkt, und Abtheilungen der Cavalerie sprengten dem Platze des Tumults zu, denen dann auch bald Infanteriecolonnen folgten. Trotzdem konnte der Volkshaufen nicht bewogen werden, auseinanderzugehen, und das fortgesetzte Schlagen des Generalmarsches rief nun auch die Landwehr auf ihre Alarmplätze, von wo sie gleichfalls gegen die Schütt anrückte. Alle Bemühungen der Behörde, das Volk zum Verlassen des Platzes zu vermögen, blieben fruchtlos, worauf die Cavalerie das Schlee'sche Haus umstellte und nun die ganze Schütt durch forcirte Chocs räumte. Bei der zum Katharinengraben führenden Brücke, wo zum Bau der Wiß'schen Nadelfabrik Bausteine liegen, setzte sich jedoch die Masse des Volks zur Wehr, und hier empfing die einreitende Cavalerie ein Steinregen, der sie zum Umkehren zwang. Auch wurden Steine vor und auf die Brücke gewälzt, um das wiederholte Einreiten zu verhindern. Von allen Seiten ertönte Pfeifen, Schreien und das Klingen der eingeworfenen Laternengläser. Der Stadtcommissar Lenz, welcher wiederholt versuchte, die Masse zu beruhigen, wurde durch einen Steinwurf am Kopfe verletzt, und ebenso die Cavalerie fortwährend mit Steinwürfen verfolgt, bis eine Abtheilung die verbarrikadirte Stelle im Rücken angriff, worauf sich ein großer Theil der Volksmasse zerstreute, um in die Binder- und Langegasse zu ziehen und dort zweien mit Getreide handelnden Bürgern die Fenster einzuwerfen, worauf, nachdem abermals Generalmarsch durch die Straßen der Stadt geschlagen war, auch diese Häuser besetzt wurden. Gegen Mitternacht hatte sich die Volksmasse zerstreut, und es konnte das Militair zurückgezogen werden. Zu rühmen ist, daß sämmtliches Militair, welches so sehr durch Steinwürfe gereizt wurde, sowie sämmtliche Behörden, mit größter Mäßigung und Vorsicht verfuhren, sodaß nur unbedeutende Verletzungen sich ergeben haben. Bei dem letzten Choc der Cavalerie wurden 31 Personen verhaftet. (N. C.)

— Das königl. **sächsische** Ministerium des Innern hat unterm 24. April eine Verordnung an sämmtliche Polizeibehörden erlassen, das Verbot des Verkaufs neubackenen Brotes betreffend.

— Die Karlsruher Zeitung meldet, daß Dr. Rauschenblatt (Nr. 114) in Gemäßheit ergangenen Erkenntnisses des Hofgerichts zu Rastatt als unbelastet in Freiheit gesetzt worden sei.

*__Kassel__, 25. April. Man hatte sich der Hoffnung hingegeben, daß die Wiedereröffnung der Weserschiffahrt uns Zufuhren aus Bremen bringen werde, was ein Sinken der Getreidepreise zur Folge haben würde. Aber diese Erwartung ist leider nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr sind die Preise aller Lebensmittel, insbesondere des Weizens, des Roggens und des Hafers, fortwährend im Steigen, und schon haben sie eine so exorbitante Höhe erreicht wie in dem Hungerjahr 1817 traurigen Andenkens. Dazu kommt bei der fortdauernd rauhen Witterung, welche dem Wachsthume des Getreides hinderlich ist, die trübe Aussicht auf eine späte Aernte in diesem Jahr, und es ist kaum abzusehen, wie in dem Zeitraume von vier Monaten, die wenigstens bis zur nächsten Aernte verfließen werden, Mittel zur Abhülfe des herrschenden Brotmangels geschafft werden mögen. Dieser ist zwar bis jetzt hier in Kassel viel weniger empfindlich gewesen als auf dem platten Land; aber die Bäckertaxen haben von neuem erhöht werden müssen, und dessenungeachtet ist das Brot manchmal so rar gewesen, daß es für Alle, welche nicht zu den gewöhnlichen Kunden der hiesigen Bäcker gehörten, als eine Gunst betrachtet wurde, in den Bäckerläden Brot zu bekommen. Die beständige Nachfrage nach Brot in hiesiger Stadt wird noch dadurch vermehrt, daß die Landbewohner in der ganzen Umgegend nach Kassel strömen, um das ihnen mangelnde Brot einzukaufen. Am übelsten sind in diesem Augenblicke die Unternehmer von Eisenbahnarbeiten daran, um den zahlreichen Taglöhnern, die sie beschäftigen, Brot zu verschaffen. In den Dörfern ist keins zu finden, und es hat sich zugetragen, daß 600 Arbeiter, die bei einem Brückenbau über die Fulda und einem Viaduct für die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn in einer Entfernung von drei Stunden Wegs von Kassel sich in Thätigkeit befanden, eine Woche lang ohne Brot gewesen sind und bei ihrer angestrengten Arbeit nichts

hatten, als Kartoffeln mit Salz. Die allgemeine Noth stellt sich gegenwärtig besonders deshalb viel größer dar als bei der Mißärnte im Jahr 1817, weil man damals noch nichts von der Kartoffelkrankheit wußte und in jener Zeit der Ueberfluß an Kartoffeln bei dem Mangel an Brotfrüchten auszuhelfen vermochte, was jetzt unglücklicherweise nicht der Fall ist. Daß bei der großen Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die Verbrechen in der jetzigen Zeit auf eine eben so betrübende als erschreckliche Weise zunehmen, ist leicht begreiflich. Alle Gefängnisse sind überfüllt, und die Untersuchungs- und Strafgerichte haben beständig so vollauf zu thun, daß sie nicht wissen, wie sie fertig werden sollen. Täglich sieht man eine Menge Nothleidender aus den Dorfschaften und Flecken viele Stunden Weges nach der Stadt kommen, um die Mildthätigkeit der hiesigen Einwohner und die christliche Barmherzigkeit in Anspruch zu nehmen, und in manchen Häusern wird stets Brot in Bereitschaft gehalten, das ihnen gereicht wird, um ihren Hunger zu stillen. Hülflose kleine Kinder vom platten Lande, die den Ausdruck des furchtbarsten Elends und eines der Verhungerung nahen Zustandes darbieten, sieht man vor den Thoren der Stadt und auf den Straßen die Vorübergehenden wehmüthig um ein Almosen anflehen. Die Bettelei ist zwar polizeilich verboten, aber es wäre grausam, unter den jetzigen Umständen mit Strenge über die Aufrechthaltung dieses Verbots zu wachen, und wo wollte auch die Polizei mit den vielen Bettlern hin? Manche hatten bisher geglaubt, daß der Grund der großen Theuerung der Brotfrüchte und Kartoffeln nicht in einem etwa vorhandenen wirklichen Mangel, sondern zu einem großen Theil darin zu suchen sei, daß die Oekonomen oft in Erwartung noch höherer Preise unterließen, die von ihnen aufgespeicherten Vorräthe auf den Markt zu bringen. Es war dies jedoch eine irrige Voraussetzung. Im Gegentheil haben die wohlhabenden Landwirthe, welche überflüssige Vorräthe besaßen, ohne des Geldes bedürftig zu sein, es meist doch für rathsam gehalten, sich derselben zu entledigen, statt sie aufzubewahren. Denn in der jetzigen Zeit des allgemeinen Nothstandes ist die Aufbewahrung von Getreide und Kartoffeln höchst gefährlich für den Eigenthümer, da er dadurch leicht in den Verdacht des Wuchers kommen kann und alsdann weder gegen Plünderung noch gegen Brandstiftung sicher sein würde. Da die äußerste Noth nach einem alten Sprüchworte kein Gebot kennt, so sind in der jetzigen Zeit nicht einmal die bereits gepflanzten Kartoffeln vor Diebstahl sicher. An mehren Orten, selbst in der Umgegend von Kassel, hat es sich zugetragen, was man früher nie erlebt hat, daß die Kartoffeln aus den Feldern wieder ausgegraben worden sind.

Neulich gab es hier einen Pöbelauflauf vor einem Bäckerladen, weil der Bäcker erklärt hatte, er könne kein Brot an Andere ablassen als an seine Kunden, indem das von ihm gebackene kaum für diese zureiche. Die Polizei legte sich indessen ins Mittel, und der Bäcker wurde genöthigt, alles Brot, was er im Laden hatte, zu verkaufen. Ein mit Brot beladener Wagen, der für eine Militairkaserne bestimmt war, wurde von den Arbeitern einer Fabrik, die kein Brot hatten, auf der Straße angehalten und der Führer gezwungen, das Geld für das in seinem Wagen befindliche Brot anzunehmen, welches die Arbeiter dann sogleich unter sich vertheilten. Ein fremder Unternehmer der Bauten für eine Section der Eisenbahn hat angezeigt, daß er mit der Gefahr bedroht sei, von seinen geschicktesten Arbeitern und Maurern, die er aus Sachsen habe kommen lassen, verlassen zu werden, indem es nicht möglich sei, den täglichen Brotbedarf zu deren Lebensunterhalt für noch so viel Geld in der ganzen Gegend umher anzuschaffen, er sich alsdann aber außer Stande befinden werde, das übernommene Werk in der contractmäßig festgesetzten Frist zur Beendigung zu bringen. Man scheint hier in Kassel bei der steigenden Brotheuerung Unruhen zu besorgen, und es sind darum außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen. In diesen Tagen ist auch die Wache in den Kasernen des Militairs mit einem Tambour versehen worden, um nöthigenfalls Alarm schlagen zu können. Durch eine polizeiliche Verfügung ist zugleich sämmtlichen hiesigen Bäckern bei 5 Thlr. Strafe verboten worden, Brot außerhalb der Stadt zu verkaufen. Den Bäckern der umliegenden Dörfer ist blos gestattet, Brot in der Stadt einzukaufen, wenn sie Zeugnisse ihrer Ortsobrigkeiten beibringen, daß sie kein Getreide besitzen, um es mahlen zu lassen. Da der Brotmangel auf dem Lande noch viel größer ist als in der Stadt, so kann es nicht fehlen, daß die Landbewohner bei dieser neuen Anordnung sehr leiden werden

Preußen.

** Berlin, 28. April. Die heutige Allgemeine Preußische Zeitung bringt ein Verzeichniß von 102 Petitionen, welche in der Einen Sitzung der Curie der drei Stände am 23. April den betreffenden Abtheilungen überwiesen worden sind. Diese Petitionsanträge, von denen verhältnißmäßig nur sehr wenige die gleichen Gegenstände berühren, erstrecken sich über alle Zweige der Staatsverwaltung und Gesetzgebung, und sollten dieselben alle durchgehen und von Seiten des Monarchen Berücksichtigung finden, so würden die öffentlichen Zustände in Preußen eine totale Umwandlung erfahren müssen. Indessen befinden sich alle diese Anträge noch im ersten Stadium der Vorberathung, und hier entsteht zunächst die Frage: wie soll der Vereinigte Landtag den massenhaften Stoff bewältigen, der ihm theils schon geboten, theils noch in Aussicht gestellt ist? Werden schon die Abtheilungen eine Anzahl von Petitionen bei Seite legen, oder werden sie Muße, Ausdauer und Sachkenntniß genug haben, alle hier in Anregung gebrachten Fragen gründlich zu erörtern und mit einem umsichtig motivirten Gutachten dem Landtage zur Berathung vorzulegen? Wird der Vereinigte Landtag, wir sagen nicht in zwei Monaten, sondern in zwei Vierteljahren mit seinen Geschäften zu Ende kommen, wenn er alle durch die Petitionen bereits zur Sprache gebrachten und noch zur Sprache zu bringenden Gegenstände in erschöpfender Behandlung erledigen will? Man nehme aus dem letztern Bedenken kein Argument für die Nothwendigkeit einer jährlichen Wiederkehr der allgemeinen ständischen Versammlungen, denn es kann nicht im Interesse einer wahrhaft patriotischen, auf das Wohl des Landes bedachten Versammlung liegen, alljährlich hauptsächlich zu dem Ende einberufen zu werden: um nach den Privatansichten dieses oder jenes Einzelnen aus ihrer Mitte die wichtigsten Gesetze, die wirksamsten Einrichtungen des Landes in Frage stellen zu lassen; Wochen lang sich damit abzumühen, den Grund oder Ungrund der einzelnen Anträge ans Licht zu ziehen; den ruhigen und geordneten Gang der Verwaltung dadurch zu stören und zu hemmen, daß die Verwaltungschefs ihren dringenden Berufsgeschäften zum großen Theil entzogen werden, um sich auf die ständischen Berathungen vorzubereiten und auf tausend Fragen aus allen Gebieten des Staatslebens tausend gründliche, nach allen Seiten erwogene Antworten in Bereitschaft zu halten. Wir haben seither so viele Klagen über die Beschränkungen des Petitionsrechts in Preußen vernehmen müssen, und es ist uns dagegen unaufhörlich die unbedingte Petitionsfreiheit in England und Frankreich als Muster vorgeführt worden. Schon die Zahl der bei dem Vereinigten Landtag eingebrachten Petitionen könnte in etwas diese Klagen herabstimmen; noch mehr aber die gewissenhafte Berücksichtigung, welche den Petitionen von Seiten des Landtags zu Theil wird. Allerdings besteht in Frankreich unbedingte Petitionsfreiheit, und es ist keine Zwei-Drittel-Majorität erforderlich, um die Anträge zur Kenntniß des Gouvernements zu bringen. Dieselben werden ganz einfach durch die Post der Kammer zugestellt; die Kammer geht über die Anträge entweder zur Tagesordnung über oder verweist sie zur Berücksichtigung an die betreffenden Minister; die Minister nehmen die Petitionen entgegen, und damit ist das Petitionswesen abgemacht. Ganz vor kurzem kam in der französischen Deputirtenkammer die Rede darauf: es sei doch wünschenswerth, daß die Minister auf die Petitionen beschieden oder wenigstens einen Nachweis über das Schicksal der Petitionen gäben. Der Minister des Innern entgegnete: er und seine Collegen seien nicht im Stande, jedem einzelnen Antragsteller ausführlichen Bescheid über alle wichtigen, tiefeingreifenden Fragen zu ertheilen, die in den Petitionen zur Sprache gebracht werden; „wenn wir keinen Gesetzentwurf über den betreffenden Gegenstand einbringen, so liegt darin die Auskunft über das Schicksal der Petition.“ Die Kammer begnügte sich mit dieser Antwort. Nicht viel anders ist es in England. Im englischen Parlament besteht die Regel, daß Anträge — wie in Preußen — nur durch Mitglieder des Hauses eingebracht werden dürfen. Der Antragsteller liest seinen Antrag vor; das in der Regel dem Redner wenig Aufmerksamkeit schenkende Haus entscheidet, ob zur Tagesordnung übergegangen oder der Antrag an eine Commission zur Vorbereitung überwiesen werden soll, während bei unserm Landtage alle Petitionen ohne Ausnahme den Abtheilungen zur Erwägung und Begutachtung überwiesen werden.

Diese letztere Bestimmung gibt unserer Ueberzeugung nach Anlaß zu übermäßiger Aufwendung von Zeit und von Kräften, wie denn überhaupt allem Anschein nach bei dem ersten Vereinigten Landtage das Petitionswesen eine Ausdehnung gewinnen wird, welche der Gründlichkeit der Berathungen nicht förderlich sein kann. Viele der eingebrachten Petitionen scheinen uns geradezu überflüssig; z. B. alle diejenigen, welche auf Beschleunigung von schon in den letzten Stadien der Berathung begriffenen Gesetzen gerichtet sind; ebenso diejenigen, welche eine Ausdehnung des öffentlichen und mündlichen Strafverfahrens beantragen, da mit dessen Einführung bereits begonnen ist und die Verwaltung gewiß nichts eifriger betreibt, als die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, welche sich der weitern Einführung aller Orten entgegenstellen. Besonders überflüssig und gewiß ohne alle Aussicht auf Erfolg erscheint uns aber der Antrag um Aufhebung des Gesetzes vom 17. Jul. 1846 und Einführung von Geschworenengerichten. Ein Gesetz, welches sich während der kurzen Zeit seines Bestehens als so heilsam bewiesen, dessen Ausdehnung auf die übrigen Provinzen so vielseitig gewünscht wird, welches bisher nur Vorzüge gezeigt und namentlich im Vergleich mit Geschworenengerichten kühn die Probe bestehen kann, aufheben zu sollen, dieße doch dem Gesetzgeber etwas viel zugemuthet. Die ganze Folge des Antrags kann nur eine lange, umfangreiche Debatte über die Vorzüge von gelehrten Richtern oder Geschworenen sein, mit welcher gar nichts für die Sache gewonnen, wohl aber viel Zeit nutzlos verloren wird.

Was uns schließlich noch bei dem gedachten Verzeichniß von Petitionen als bemerkenswerth aufgestoßen, ist die große Anzahl von Anträgen, welche von einzelnen Landtagsmitgliedern eingebracht worden. So

Digitized by Google

der Gerichtsschulz Krause aus Schlesien vier Petitionen eingebracht; der Bürgermeister Zimmermann aus Friedeberg deren acht; der Apotheker Ritter aus Stettin deren dreizehn. Bedenken wir, daß diese Petitionen sich zum Theil über die weitreichendsten und wichtigsten Fragen der Gesetzgebung erstrecken, und daß die Antragsteller in die Lage kommen, dieselben zu entwickeln und den mit ihrem Ressort vertrauten Beamten und andern sachkundigen Landtagsmitgliedern gegenüber zu vertreten, so können wir nur unsere Bewunderung darüber aussprechen, daß der Vereinigte Landtag Männer von so gründlicher, vielseitiger und umfassender Bildung in sich vereinigt, die es auf sich nehmen, sich an die Spitze einer ganzen Anzahl großer Fragen zu stellen.

Bei dem starken Zuwachs, welchen die hiesigen bürgerlichen Gefangnenhäuser durch die in den letzten Tagen vorgenommene Verhaftung von über 200 Ruhestörern zu ihrer bisherigen Bewohnerschaft erhalten, sind alle in denselben befindlichen Räume in solchem Maße in Anspruch genommen worden, daß eine große Zahl der Gefangenen in das Militairarresthaus in der Lindenstraße abgeliefert werden mußte. Die Aufforderung des Staatsanwalts Wentzel an alle wohlgesinnten Einwohner, zur Feststellung der Schuld der einzelnen Ruhestörer durch authentisches Zeugniß beizutragen, findet sich jetzt an allen Straßenecken angeschlagen. Dem Vernehmen nach begeben sich eine große Anzahl hiesiger Einwohner täglich in das Criminalgericht, um die Inhaftirten zu recognosciren und ihre Zeugnisse abzulegen.

o **Vom Rhein**, 21. April. Die Verhandlungen des Vereinigten Landtags in Berlin, welche in der Rheinprovinz mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt werden, haben in diesem Augenblicke die Aufmerksamkeit von den Vorgängen in Baiern abgeleitet. Dieses Interesse bekundet auf eine unzweideutige Weise den Fortschritt der Rheinländer in der politischen Bildung, welche sie weniger ihren westlichen Nachbarn als ihrem eignen regen Sinn und der allgemeiner verbreiteten Bildung verdanken. Ueber die Resultate des Vereinigten Landtags gibt es natürlicherweise noch eine große Verschiedenheit der Meinungen und Aussichten, nur so viel ist jetzt aus dem Ganzen zu ersehen, daß die Vereinigung der Deputirten in Berlin eine größere Einheit der Ansichten, Meinungen und Bestrebungen der sehr verschiedenen Provinzen des preußischen Staatskörpers hervorbringen und daß die provinziellen Eigenthümlichkeiten und Sonderbestrebungen in den allgemeinen preußischen sich verlieren und auflösen werden. Hätte der Vereinigte Landtag auch keine andern Resultate als diese Annäherung und gegenseitige Verständigung der Provinzen, so würde seine Versammlung doch in hohem Grade lohnend sein. Während aber in Berlin das ultramontane Element unter den Ständen seine Vertretung und eventualiter auch den festen Boden verloren, während das Schiff des Ultramontanismus in Baiern von seinem Anker abgerissen worden, machen sich die Bestrebungen der allezeit Rührigen anderweitig geltend, und die in dem bairischen Sturme Schiffbruch gelitten, suchen das Verlorene anderswo wieder zu gewinnen. Insbesondere ist ihre Aufmerksamkeit auf die Rheinprovinz gerichtet, und die Nachricht, daß Hr. v. Geissel in Rom ein neues Breve gegen den Hermesianischen Klerus, der am Rhein immer noch sehr einflußreich ist, zu erwirken strebe, ist wahrscheinlich nicht zufällig mit den Ereignissen in Baiern zusammengetroffen. Sollten diese Schritte zum Ziele führen, so würden sie neue Verwickelungen herbeiführen und wahrscheinlich dem Ultramontanismus am Rhein einen völligen Sieg verschaffen, der um so wirksamer wäre, je größer die Macht ist, die er in seinem unmittelbaren Anschluß an Belgien gewinnen würde. Die Opposition, welche in Hrn. v. Geissel einen ruhigen, aber consequenten Vertreter hat, verfolgt fortwährend ihre Plane und schreitet um so mehr vor, je mehr Concessionen ihr gemacht werden. Außer den Collisionen bei der Anstellung der Pfarrer, wobei Hr. von Geissel die Foderung und Rechte der Regierung dadurch unwirksam macht, daß er die Pfarrer blos provisorisch anstellt, hat sich ein neuer Conflict herausgestellt, indem Hr. v. Geissel das Recht in Anspruch nimmt, die Religionslehrer selbst anzustellen, und das Ernennungsrecht der Regierung streitig macht.

Die Auswanderung, besonders in den Eifelgegenden, nimmt in einem unglaublichen Grade zu. In einzelnen Dörfern finden sich oft 20—30 Personen zusammen, welche ihr Glück in der neuen Welt suchen. Der Boden verliert dadurch bedeutend an Werth, und die Gelder, welche die Auswanderer mitnehmen, vermehren die ohnehin drückende Geldnoth.

* **Posen**, 25. April. Wenn in dicht bevölkerten Ländern, wo der Boden die zahlreichen Einwohner nicht zu ernähren vermag und Hunderttausende derselben sich den Gewerben zuwenden müssen, eine Auswanderungssucht in Folge industrieller Krisen eintritt, so ist das erklärlich, denn Jeder sucht dem Hunger so gut zu entrinnen wie er nur kann; wenn aber in Provinzen wie unser Großherzogthum, welches nur etwa 2100 Einwohner auf der geographischen Quadratmeile zählt, und wo noch eine Million ackerbauender Hände reichliche Beschäftigung fänden, diese Zeitkrankheit Eingang findet, so ist dies ein bedenkliches Zeichen, das Zeugniß gibt von der krankhaften Richtung des lebenden Geschlechts, mit dem Bestehenden aus irgend einem Grunde unzufrieden zu sein. Bei uns sind es die protestantischen Dissidenten, die, seit es den englischen Missionaren verstattet worden, ihre angebliche Judenbekehrungswerkstätte hier aufzuschlagen, sich dergestalt vermehrt haben, daß jetzt aller Orten sogenannte Altlutheraner anzutreffen sind. Schon seit längerer Zeit sind bekanntlich ihre religiösen Angelegenheiten geordnet, und das neue Toleranzedict verleiht ihnen jedenfalls so viel Rechte, als sie zur Zeit nur beanspruchen können; dennoch ist ein großer Theil nicht zufriedengestellt. In unserer Stadt haben sie sich vor einigen Jahren eine eigne kleine Kirche erbaut, an die ein Geistlicher aus Strasburg im Elsaß, Hr. Oster, berufen wurde, sodaß der Gemeinde kein religiöses Bedürfniß mehr zu befriedigen übrig blieb; nichtsdestoweniger haben sich an 700 Köpfe in unserer Provinz vereinigt, um ihre Heimat und Europa zu verlassen und in Südaustralien, in der Gegend von Adelaide, ein neues Vaterland zu suchen. Die Contracte sind abgeschlossen und zu Anfang Juli zieht die Karavane unter Anführung des Predigers Oster, der seine hiesige Stelle aufgibt und mit Frau und drei unerwachsenen Kindern sich ihr anschließt, nach Bremen, wo die Einschiffung stattfinden wird. Die Leute sind nur zum Theil arm, zum Theil dagegen recht bemittelt, sodaß sie Hrn. Oster hinreichende Subsistenzmittel haben zusichern können; auch ist Nahrungslosigkeit nicht der Grund ihres Entschlusses, denn daß sie in der neuen Welt ihre Kräfte dem Ackerbau zuwenden müssen, wissen sie, und wenn sie dazu sich entschließen wollten, so fanden sie hier in der Nähe die beste Gelegenheit dazu. Bisher pflegten nur alljährlich eine große Anzahl armer Juden von hier nach den nordamerikanischen Freistaaten auszuwandern, aber lediglich aus Speculation, denn bei ihrer Sparsamkeit, Nüchternheit und Schlauheit erwerben sie dort in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit so viel baares Geld, daß sie davon hier ein sogenanntes Geschäft begründen können; die wenigsten bleiben dort.

* **Elbing**, 24. April. Unter den Gesetzen, welche uns die letzte Zeit in schneller Folge gebracht hat, ist das über die Competenzconflicte nicht das unwichtigste; es ist eine wesentliche Ergänzung des preußischen Rechtszustandes. Bisher war es dem administrativen Ermessen überlassen, anhängige Streitsachen den Gerichten in zweifelhaften Fällen zu entziehen, wie z. B. bei der elbinger Territorialangelegenheit, in welcher das Oberlandesgericht zu Marienwerder die Klage gegen den Fiscus angenommen hatte. Welche Mißstimmung das damalige Verbot der Fortsetzung des Processes hervorbrachte, ist bekannt; ein derartiges Einschreiten ist nun nicht mehr möglich, wenigstens genügt jetzt nicht mehr ein ministerielles Rescript, um den Lauf des Rechts zu unterbrechen. Nach dem Gesetze vom 8. April wird die Entscheidung der Competenzconflicte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden einer aus bleibenden Mitgliedern zu bildenden Behörde übertragen, welche unter dem Titel „Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflicte" bestehen soll: aus dem Präsidenten des Staatsraths, aus dem Staatssecretair und neun andern Mitgliedern des Staatsraths, von denen fünf Justizbeamte, die übrigen vier aber Verwaltungsbeamte sein müssen. Die Mitglieder werden vom König auf den Vorschlag des Präsidenten des Staatsraths ernannt und die Erkenntnisse dieses Gerichtshofs müssen mit den Entscheidungsgründen ausgefertigt werden.

Die freie evangelische Gemeinde zu Königsberg hat gegenwärtig vier Prediger: Rupp, Rasche, Ender und Herrendörfer. Daß zu dieser Gemeinde nur 546 Seelen gehörten, ist ein Irrthum; sie umfaßt 423 Namen mit 1353 Seelen. — In unserer Provinz sind wieder Briefe von der Mosquitoküste eingetroffen, deren Absender sich im Allgemeinen zufrieden mit ihren dortigen Zuständen aussprechen, aber die Uneinigkeit beklagen, welche unter den meisten Mitgliedern der Auswanderergesellschaft eingerissen ist.

— Die Nr. 18 der Gesetzsammlung enthält folgende Cabinetsordre: „Da sich bei der gegenwärtigen ungewöhnlichen Theuerung der Lebensmittel mehrfach das Bedürfniß kundgegeben hat, einer künstlichen Steigerung der Preise durch angemessene Beschränkung der Vorkäuferei auf den Wochenmärkten entgegenzuwirken, so will ich auf Ihren Bericht vom 13. d. M. hiermit festsetzen, daß in denjenigen Städten, wo eine beschränkende Einrichtung dieser Art nach Maßgabe des §. 70 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 nicht bereits besteht und ein diesfälliges Bedürfniß nach dem Ermessen der Ortsbehörde vorhanden ist, letztere ermächtigt sein soll, für die nächste Zeit und bis zum 1. Oct. d. J. eine Anordnung zu treffen, wonach auf den Wochenmärkten den Zwischenhändlern und Wiederverkäufern der Einkauf von Lebensmitteln erst von 11 Uhr Vormittags ab gestattet wird. Sie haben den Magistrat zu Minden auf die hierbei zurückfolgende Vorstellung vom 2. Febr. d. J. hiernach zu bescheiden und diesen meinen Befehl schleunigst durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen. Berlin, den 23. April 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An die Staatsminister v. Bodelschwingh und v. Düesberg."

— Die Worte, welche der König bei der Vorstellung der Abgeordneten an die Rheinländer gerichtet hat (Nr. 113), sollen nach der Rhein- und Moselzeitung also gelautet haben: „Die Rheinprovinz ist der geographischen Lage nach die entfernteste von allen meinen Provinzen, meinem Herzen steht sie so nahe wie jede andere. Daß ich stets gern in ihrer Mitte geweilt habe, wissen Sie; daß ich mich freue, sie bald wieder zu besuchen, kann ich Sie versichern. Die Rheinländer haben bei jeder Gelegenheit richtigen parlamentarischen Takt und Schicklichkeit bewiesen, und ich bin überzeugt, daß, wie ich Sie jetzt in Freude willkommen geheißen, ich Sie auch, natürlich getrübt durch die Wehmuth des Abschiedes, mit Freudigkeit und voller Vertrauen entlassen werde."

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Köln** folgender Beitrag zur Biographie des Abg. v. Beckerath, Verfassers des Adreßentwurfs, mitgetheilt: „Hr. v. Beckerath stammt aus Krefeld, und Krefeld stand, zum Fürstenthume Mörs gehörig, bekanntlich schon früh unter preußischem Scepter. Die Tradition der mennonitischen Familie verlieh ihm einen Patriotismus, der mit reifern Jahren in den Foderungen der Zeit Verständniß und Begründung erhielt. Sein Vater ist Gerichtsvollzieher und konnte ihm an Ausbildung nur geben, was mäßige Mittel vermögen. Dem Kaufmannsstande gewidmet, wurde er früh mit der Leitung eines Bankiergeschäfts betraut, in welchem er Fleiß und Umsicht erprobte. Die Mußestunden schöner Literatur zuwendend, gewann er ein seltenes Talent der Form in Rede und Schrift voll Verstand und Gemüth. Im Jahre 1840 gründete er sich ein eignes Geschäft und wurde zum Abgeordneten seiner Vaterstadt gewählt. Was er in dieser Function bisher geleistet, bekunden die Annalen des siebenten und achten rheinischen Landtags; das Weitere wird die Zukunft zeigen. Hr. v. Beckerath ist ein Mann von 40—45 Jahren."

— Dem Dr. Ed. Meyen ist am 22. April in Gegenwart seines Vertheidigers das Urtel zweiter Instanz eröffnet worden; dasselbe hat die Bestätigung des ersten verurtheilenden Erkenntnisses (Nr. 64) ausgesprochen.

— Aus **Köln** vom 24. April meldet das Frankfurter Journal: „Da der vom Könige geschenkte Platz zur Errichtung einer evangelischen Kirche (Nr. 90) nun wieder zu andern Zwecken zurückgenommen ist, steht die erwünschte zweite evangelische Pfarrkirche mit Beibehaltung der erstern in Hoffnung; auch steht zu erwarten, daß der Zwirner'sche Plan, der das Vertrauen der ganzen Gemeinde besaß, nun für diese Gemeinde zur Ausführung kommt."

Oesterreich.

Von der Donau vom 22. April schreibt der Nürnberger Kurier: „Die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel vom 11. April sind so ernster Natur, daß man die größten Besorgnisse für Erhaltung der bisherigen friedlichen Verhältnisse im Orient hegen muß. Lord Palmerston's Repräsentant scheint Alles aufzubieten, um vererst Reschid-Pascha zu stürzen, sodann die alte fanatische Partei der Meslemin ans Ruder zu bringen und endlich die äußersten Maßregeln gegen Griechenland zu veranlassen. Man schreibt aus Konstantinopel, daß die Mehrzahl der Türken schon fest der Meinung sei, im Vereine mit England Eroberungen zu machen. (!) Alle diese Berichte scheinen den österreichischen Hof zu einigen militairischen Demonstrationen längs der ganzen türkischen Grenze veranlaßt zu haben. Nach verläßlichen Angaben waren die sämmtlichen österreichischen Grenzregimenter, von Dalmatien angefangen bis an die Grenze der Bukowina, auf den Kriegsfuß gesetzt, und ihre Gewehre müssen auf das schnellste mit Percussionsschlössern versehen werden."

— Der bisherige Gouverneur des österreichischen Küstenlandes, Franz Graf v. Stadion, ist durch eine allerhöchste Resolution vom 21. April zum Gouverneur von Lemberg ernannt, und der galizische Gubernialpräsident, Frhr. v. Krieg, auf eignes Verlangen in den Ruhestand versetzt worden. (A. Z.)

Portugal.

Das Journal des Débats theilt aus **Lissabon** vom 12. April mit, daß die Königin von Portugal auf Grund des Quadrupelvertrags die Intervention von Frankreich, England und Spanien angesprochen habe und die drei betreffenden Regierungen sich beeifert hätten, dieselbe ihres wirksamen Beistandes zu versichern. Die Königin wolle den Insurgenten eine vollständige Amnestie, die Herstellung der Carta und Einberufung der Cortes sowie Bildung eines aus gemäßigten Männern beider Parteien bestehenden Ministeriums gewähren. Ein Theil der Besatzung zweier britischen Kriegsschiffe und einer französischen Brigg sowie einer spanischen Corvette, die im Tejo lagen, war gelandet worden, um für die Sicherheit der Königin und königlichen Familie und der ernstlich bedrohten Sicherheit Lissabons zu wachen, wo übrigens die Ruhe nicht gestört worden war, da fast alle Unzufriedenen sich längst zu den Insurgenten begeben haben. Am 11. April war das britische Dampfschiff Siden mit britischen Marinetruppen eingetroffen. Das Linienschiff Canopus hatte sich vor den Commerzplatz gelegt. Es war viel von der Abreise des Rathes Dietz die Rede; der Vicomte de Carreira wurde als Nachfolger desselben in der Stelle als Erzieher des Kronprinzen und seiner Geschwister genannt. Am 12. April waren die Insurgenten unter dem Grafen Melle im Besitze des linken Tejoufers; sie hatten Setubal und Palmella inne, von wo General Abreu vertrieben worden war, der nun das eine halbe Stunde von Lissabon entfernte feste Almala am rechten Ufer des Tejo besetzt hielt, wo sich die königl. Truppen leicht halten können. In Setubal hatte sich am 11. April Sa da Bandeira mit dem Grafen Melle vereinigt. An Saldanha soll die Regierung Befehl erlassen haben, zum Schutze der Hauptstadt herbeizueilen. Man bezweifelte übrigens nicht, daß die Insurgenten sich in die Vorschläge der Königin fügen würden. Viertausend Mann spanischer Truppen hatten Befehl erhalten, nach der portugiesischen Grenze aufzubrechen.

Spanien.

Die Nachrichten vom 19. April aus **Madrid** führen als einen Beweis, daß die vielbesprochene Misstimmung zwischen der Königin und ihrem Gemahl fast beseitigt scheine, den Umstand an, daß der König an diesem Tage den Wagen der Königin während ihrer Spazierfahrt zu Pferde begleitet habe. Die neuen Minister waren zum ersten Male vom Könige empfangen worden und sollen eine wohlwollende Aufnahme gefunden haben. Das Gerücht bezeichnete fortwährend den Marquis de Girona als für den Gesandtenposten in Rom ausersehen, nachdem Hr. Martinez de la Rosa denselben abgelehnt haben soll.

Großbritannien.

London, 24. April.

Im neuen Oberhause fand gestern zum ersten Male die feierliche Ertheilung der königlichen Zustimmung zu den beiden Häusern angenommenen Bills durch dazu ernannte königliche Specialcommissare statt, was eine große Anzahl von vornehmen Ladies ins Haus gelockt hatte, für welche links vom Throne Plätze angewiesen waren. Der Lordkanzler, der Marquis of Clanricarde und Earl of Minto erschienen als königl. Commissare in ihren Scharlachroben, und nachdem sie auf dem sogenannten Wollsacke vor dem Throne Platz genommen hatten, wurde der Ceremonienmeister mit dem schwarzen Stabe abgesendet, um die Gemeinen an die Barre der Lords zur Anhörung der königl. Botschaft zu laden. Der Sprecher erschien alsbald in sehr zahlreicher Begleitung von Unterhausmitgliedern und vernahm die königliche Zustimmung zu der Bewilligung von 18 Mill. Schatzkammerscheinen, den Bills gegen Meuterei im Heere und auf der Flotte, sowie einigen andern und mehren Privatbills. Im Verlaufe der folgenden Verhandlungen des Hauses erklärte der Geheimerathspräsident, Marquis of Lansdowne, hinsichtlich der vom Marquis of Westmeath über die angeblich bei Hinrichtung einer eingeständigen Giftmörderin in Bury St. Edmunds jüngst vorgekommenen grausamen Behandlung derselben (Nr. 116), daß beglaubigten Nachrichten darüber zu Folge jene Angaben glücklicherweise ganz grundlos wären. Lord Stanley übergab eine Anzahl Bittschriften gegen die Rumzollbill, deren zweite Lesung auf der Tagesordnung stand; es befanden sich dabei welche vom Mayor und der Corporation von Dublin und von den gesammten Branntweinbrennereien in London, deren es daselbst nur acht gibt. Diese geringe Zahl wird durch die gesetzlichen Schwierigkeiten bewirkt, welche für dieses Gewerbe bestehen und ein sehr großes Betriebscapital unerläßlich machen. Die Bedeutung dieser acht Brennereien ist deshalb sehr groß und sie zahlen des Jahres allein 3½ Pf. St. von den 6 Mill. Pf. St. Accise für Spirituosen, die im Vereinigten Königreich eingenommen und wo jährlich 1,300,000 Quarter Getreide dazu consumirt werden. Auch Lord Monteagle übergab von irischen Branntweinbrennern eine Bittschrift, welche die Bill an ein Specialcomité verwiesen zu sehen wünschte. Der Earl of Clarenden, Präsident des Handelsamtes, beantragte sodann die zweite Lesung der Bill zur Verminderung der Zölle auf Rum, welche Maßregel gegen Ende der vorigen Session vom Schatzkanzler im Unterhause versprochen worden war. Der frühere Differenzialzoll auf Rum aus den Colonien ward von 1½ Schill. im vorigen Jahr auf 1 Schill. gemindert und soll jetzt auf 9 Pence die Gallone herabgesetzt werden. Der Herzog of Montrose beantragte dazu als Amendement im Interesse der Landlords, daß die Bill an ein Specialcomité verwiesen werden solle, was jedoch am Ende der Debatte mit 57 gegen 48 Stimmen abgelehnt und die Bill darauf zum zweiten Male verlesen wurde.

— Im Unterhause richtete Sir O. L. Evans eine Anfrage an die Minister, welchen Erfolg ihre Intercession bei der portugiesischen Regierung zu Gunsten der trotz einer mit dem Marschall Saldanha abgeschlossenen ehrenvollen Convention angeblich nach Angola geschickten, bei Torres Vedras gefangen genommenen Insurgentenoffiziere und Soldaten gehabt habe? Lord J. Russell erwiderte, daß jene Gefangenen anfangs nach Lissabon und, da ein Anschlag zu ihrer Befreiung entdeckt worden, angeblich nach Madeira und Angola gebracht worden wären. Die britische Regierung habe kräftige Vorstellungen deshalb gemacht, allein seit zehn Tagen sei von Lissabon keine Nachricht eingegangen. Die Hauptverhandlung des Abends war über die Constituirung des Gesammtcomité zu Bewilligung von 100,000 Pf. St. für Beförderung des Volksunterrichts, welche schließlich, wie gestern schon berichtet, bewilligt worden sind.

— Die Nachrichten aus Irland lauten fortwährend sehr betrübend über die Ausbreitung des Typhus auch unter den höhern Ständen. Der sehr begüterte Vater des Unterhausmitgliedes W. H. Gregory war demselben ebenfalls erlegen und der auf die Nachricht von dessen Erkrankung von London herbeigeeilte Sohn fand nur noch die Pflicht der Beerdigung zu erfüllen, als er anlangte. Es darf indessen bei aller außerordentlichen Ausbreitung von Fieber und Typhus durch Einwirkung der herrschenden Noth nicht ganz vergessen werden, daß beide Krankheiten auch in bessern Zeiten in Irland beständig heimisch und im April und Mai alle Jahre, wenn auch beiweitem nicht im jetzigen Grade, sehr häufig vorkommen.

— Unter den ungünstigen Folgen der gegenwärtigen Theuerung in Irland wird auch die Verminderung des Flachsanbaues mit aufgeführt, dessen Jahresertrag man auf 2 Mill. Pf. St. schätzte. Die hohen Weizenpreise haben einen Theil der Flachsproducenten bewogen, dem Weizen den Vorzug zu geben, obgleich für den Ertrag der künftigen Aernte, da in Amerika eine ungewöhnlich große vorbereitet und für die Zuführung an jede mögliche Erleichterung schon gedacht wird, nichts weniger als den jetzigen Getreidepreisen nur ähnliche in Aussicht stehen.

— Im Kirchspiele St. Pauls Coventgarden wird eine neue Straße von Leicestersquare nach Kingstreet geöffnet; zu den Kosten dieser Anlage hat der Herzog v. Bedford bereits 10,000 Pf. St. hergegeben und jetzt noch 3000 Pf. St., welche außerdem von den Kirchspielsbewohnern würden aufgebracht werden müssen, dazu überwiesen.

Frankreich.

Paris, 25. April.

Die Pairskammer ernannte gestern durch das Loos die große Deputation zur Beglückwünschung des Königs an seinem Namenstage. Die Debatte über die letzten Paragraphen des Gesetzentwurfes über die Stellvertretung im Heere kam nicht zu Ende und ward auf den 26. April vertagt. — In der Deputirtenkammer wurde ein Vorschlag der HH. D'Angeville und Lafarelle wegen der Bewässerungsanlagen mit 152 gegen 82 Stimmen angenommen. Nachdem sodann Hr. de Quatrebarbes den von ihm und den Deputirten V. Clappier und de Falleux eingebrachten Vorschlag zur Abänderung der Gesetzgebung über die Vicinalwege entwickelt hatte, lehnte die Kammer die Inbetrachtnahme desselben nach kurzer Debatte ab und ging zur Berathung von Bittschriften über, welchen die Sonnabendssitzung vorzugsweise gewidmet ist. Von der Bittschriftencommission wurde die Verweisung mehrer Petitionen aus Paris und einigen Departements um Aufhebung der Sklaverei in den französischen Colonien an den Ministerpräsidenten und dem Marineminister beantragt, indem zwar das Gesetz über die facultative Loskaufung der Sklaven von 1845 gute Früchte getragen habe, allein nur als eine die völlige Emancipation vorbereitende Maßregel angesehen werden könne. Hr. Jollivet, ein Colonialdelegirter, hielt dagegen ein, daß in der Pairskammer dieselben Bittschriften übergeben wurden und der Antrag, über dieselben zur Tagesordnung zu gehen, gestellt, auch vom Marineminister lebhaft unterstützt sowie angenommen worden sei. Zwischen ihm und Hrn. Lherbette, der ihm vorwarf, daß er als bezahlter Fürsprecher der Colonisten auftrete, kam es darüber zu einer kleinen Scene, welcher der Präsident ein Ende machen mußte. Hr. de Lasteyrie führte mehre Beispiele an, wie das Gesetz von 1845 in wichtigen Bestimmungen in den Colonien umgangen werde, und die Kammer beschloß endlich unter lebhafter Bewegung die Abstimmung über den Commissionsantrag auf den 26. April zu verschieben. Erst jetzt bestieg der Marine- und Colonialminister noch die Rednerbühne, um die gewissenhafte Aufrechterhaltung jenes Gesetzes durch die Regierung zu versichern und die Kammer zu bitten, wenn sie nicht der Aufhebung der Sklaverei und Wirksamkeit jenes Gesetzes selbst hinderlich werden wolle, zur Tagesordnung überzugehen. Die Kammer blieb indessen bei der Vertagung der Abstimmung stehen, da Hr. Ledru-Rollin ankündigte, daß er noch wichtigere Beschwerden in dieser Sache als Hr. de Lasteyrie zur Sprache zu bringen habe.

— Die Statistik der Abstimmung über den Rémusat'schen Vorschlag wegen der Incompatibilitäten in der Deputirtenkammer ergibt, daß unter den 219 Stimmen dawider die von 129 Beamten, unter den 170 Stimmen für den Vorschlag nur die von 34 Beamten waren. Daraus folgt, daß von Deputirten, welche nicht Beamte sind, 136 für den Vorschlag und 90 gegen denselben stimmten und daß derselbe also unter diesem Theile der Kammer eine Mehrheit von 46 Stimmen hatte. Von 70 anwesenden Deputirten sind nur 29 Beamte.

— Wie der National anzeigt, ist ihm der Eingang in Spanien verboten worden.

— Aus **Toulon** wird vom 20. April berichtet, daß die vom Prinzen Oskar von Schweden commandirte Fregatte Eugenie und die Brigg Nordenskeld, unter Auswechselung der üblichen Salutschüsse mit dem Linienschiffe Friedland abgesegelt waren. Der Prinz v. Joinville befand sich mit der ersten Division seines Geschwaders im Golfe Juan; es hatten in den letzten Tagen häufige Mittheilungen aus Paris eingegangener telegraphischer Depeschen durch Dampfschiffe an denselben stattgefunden.

— Die Fregatte Cléopatre, mit dem die französische Station in den chinesischen Gewässern befehligenden Admiral Cécile, ist am 13. Febr. vor Macao eingetroffen, wo die Fregatte Gloire mit dem Capitain Lapierre, welcher den Admiral ablösen soll, und die Corvette Victorieuse sie erwarteten.

— Das Journal des Débats theilt aus **Algerien** mit, daß die Unterwerfung der Kabylen des Dschurdschuragebirges vollständig geordnet sei. Die Bergbewohner erkennen an, Frankreich unterthan und tributpflichtig zu sein, und werden zwei Mal im Jahr ihren Tribut in Algier erlegen. Kein Feind Frankreichs soll ferner Aufnahme bei ihnen finden; und Europäer sollen auf den durch die Stämme und ihre Häuptlinge überwachten Straßen ungefährdet einherziehen können. Der Generalgouverneur hat dagegen und so lange diese Bedingungen eingehalten werden, versprochen, daß französische Truppen nicht nach Kabylien kommen sollen. Das Journal des Débats frohlockt zugleich, daß nun jene große Expedition nach Kabylien und die darüber zwischen der Budgetcommission und dem Kriegsministerium entstandene verderbliche Meinungsverschiedenheit beseitigt sei. Das der französischen Botmäßigkeit hiernach unterworfene große Gebiet bildet ein Dreieck, dessen Basis am Mittelmeere liegt und von Dellys bis Bugia reicht; sein Scheitelpunkt ist Setif, das von den beiden genannten und seinen natürlichen Hafenplätzen seit 15 Jahren abgeschnitten war und seine Zufuhren über Konstantine erhielt. Das hört nun auf und von Bugia ist bereits ein französischer Transport durch Kabylien nach Setif abgefertigt worden und dort glücklich angelangt. Diese bisher dem Handelsverkehre verschlossene Richtung ist demselben nun geöffnet; die reichen Eisengruben der Dschurdschura sind zugänglich geworden. Das Journal des Débats hält zugleich dem Marschall Bugeaud, der nun auch nach dem Ruhme des Friedensstifters und Coloniengründers strebe, eine Lobrede und glaubt, daß für die Zukunft Algeriens ein großer Schritt gethan worden sei.

Schweiz.

Die ganze Verfassung von **Genf** ist mit 50 gegen 14 Stimmen angenommen worden. In die letzten Artikel der Verfassung wurden noch die Verheißungen aufgenommen, eine Versorgungsanstalt für alte Leute und ein Zeughaus in St.-Gervais zu errichten.

— Im Canton und Stadt **Luzern** werden jetzt sogenannte St.-Benedictpfennige in Masse ausgegeben, und die Gläubigen strömen herbei, sie zu empfangen. Die gedruckte Anweisung, welche zu den Pfennigen gegeben wird, und in die sie sich eingewickelt befinden, lautet: „Wirkungen des St.-Benedictpfennings. Aus dem Buche: «Waffen des Glaubens.» 1) Dienen sie wider alle Zauberei und Nachstellungen des Satans; 2) verhindern sie den bösen Leuten allen Zutritt an die Orte; 3) behüten sie vor dergleichen Unheil das Vieh; 4) machen sie, daß man sicher den Butter rühren kann; 5) beruhigen sie die besessenen Personen; 6) widerstehen sie allem Betrug und Verblendung des Satans und seiner Gehülfen; 7) helfen sie wider die Anfechtungen; 8) vertreiben sie die verzweifelnden Gedanken und schädlichen Gesinnungen." (N. Z. Z.)

— Die österreichische Regierung hat dem Stande Luzern in einem äußerst huldvollen Schreiben angezeigt, daß sie den fünf Cantonen der innern Schweiz, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug, besondere Begünstigungen bezüglich der Frucht- und Lebensmittelbeziehungen aus der Lombardei einräumen werde. Die Regierung von Luzern hat sofort die Cantone der Urschweiz hiervon in Kenntniß gesetzt und denselben das huldvolle Schreiben der kaiserl. Regierung mitgetheilt, welches einen neuen thatsächlichen Beweis des Wohlwollens des österreichischen Cabinets für die innere Schweiz in sich trägt. (A. Z.)

Italien.

Rom, 15. April. Mit größter Spannung sieht man der Veröffentlichung eines Edicts entgegen, welches die Errichtung einer Nationalgarde verordnet. Man spricht von 100,000 M. Indessen sollen die meisten Cardinäle sich sehr heftig gegen einen solchen Schritt erklärt haben, da eine allgemeine Volksbewaffnung nur zu blutigen Auftritten führen dürfte und den in mehren Provinzen bereits bestehenden Ungehorsam gegen die Gesetze in gänzliche Gesetzlosigkeit verwandeln könnte. Dieses in der That keineswegs grundlose Bedenken hat die Veröffentlichung des Edicts denn auch wol noch verzögern müssen. — Der großen Zahl der hier bereits bestehenden Frauenklöster scheint binnen kurzem eine Vermehrung bevorzustehen. Der Papst soll nämlich seine Einwilligung zur Errichtung eines Klosters der Basilianerinnen ertheilt haben, zu dessen Leitung die vor mehr als zwei Jahren so allgemein besprochene Schwester Macryna Mieczyslawska, gewesene Oberin des Klosters in Minsk, die von Einigen als eine Betrügerin ausgeschrien worden, während Andere eine standhafte Glaubensbekennerin in ihr sahen, bestimmt ist. Dieser Umstand dürfte denn doch wol hinreichend sein, einigen Aufschluß darüber zu ertheilen, welche von beiden Meinungen die richtige sei. — Das heil. Collegium hat beschlossen, dem Papste Gregor XVI. ein Monument auf gemeinschaftliche Kosten in der Peterskirche errichten zu lassen. Bereits hat die Akademie von San Luca eine Einladung zum Concurs erlassen. (Köln. Z.)

— Aus **Savoyen** vom 18. April schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Gleich beim genfer Aufstand am 7. Oct. v. J. wurde der turiner Hof bedenklich, und es war die Rede davon, einen Militaircordon an der genfer Grenze zu ziehen. Diese Vorsichtsmaßregel unterblieb jedoch, als nach dem Umsturze der Regierung Alles ruhig blieb und die aus der Emeute hervorgegangene provisorische Verwaltung wenigstens fürs erste den Nachbarn keine große Besorgniß einflößte, auch ihnen die

beruhigendsten Versicherungen gab. Ein unbeschränkter Fremdenzufluß in Genf, der nach den Aeußerungen des Regierungsorgans der Centralpunkt aller demokratischen Experimente und republikanischen Bewegungen in Europa, der Herd französischer, polnischer, deutscher und italienischer Aufstände werden sollte, mußte die Unruhe der Nachbarn erneuern, denn es kamen in dem radicalen Genf eine Menge in Aufwiegelung wohlerfahrener und nach Aufstand lüsterner Leute aus jenen Ländern zusammen, beriethen sich mit einander und begannen nach ihrer Heimat hinzuwirken. Wie im Februar 1834 sollte von hier aus Savoyen, Piemont und Oberitalien insurgirt und revolutionirt werden. Zu diesem Zwecke wurde unlängst auf heimliche Weise von Genf über das Bornes und Annecy eine große Kiste nach Turin spedirt, dort aber von der Mauth geöffnet. Sie enthielt Proclamationen an die Einwohner Oberitaliens zu Insurrection, Fürsten- und Königsmord, Plünderung ꝛc. ganz im Style der bekannten deutschen Aufrufe, der «Vorbereitung» und ähnlicher Schriften. Unsere Regierung ist dadurch schnell von ihrem Vertrauen auf Genf und Waadt zurückgekommen und hat die bei dieser heimlichen Sendung in Annecy compromittirten Leute verhaften lassen, um die Spur dieses Versuchs nach unten und oben zu verfolgen. Seit den officiellen Schritten der sardinischen Regierung ist man in Genf aufmerksamer auf die dortigen Fremden geworden und hat sie neuerdings der alten Paßordnung unterworfen."

Griechenland.

Nach der augsburger Allgemeinen Zeitung lauten die Nachrichten, welche der am 24. April von seiner Sendung nach Athen zurückgekehrte Major v. Hunelstein gebracht, sehr beruhigend. Der König Otto und der Kronprinz von Baiern befanden sich bei seiner Abreise im besten Wohlsein. Auf dringendes Begehren seines königlichen Bruders werde Letzterer bis Ende April in Athen verweilen und dann über Neapel seine Rückreise antreten. Der Zustand der Dinge in Griechenland sei ruhig, wenn auch die demnächst beginnenden Wahlen wieder große Bewegung ins Land bringen würden. Kalergis befinde sich noch immer in Zante und verfüge seit seiner Rückkehr aus London über große Summen Geldes, was in Griechenland um so mehr auffalle, als man dort den Zustand seiner eignen Finanzen genau kenne.

Türkei.

○ **Konstantinopel**, 5. April. Der Plan, der weltlichen Macht des griechischen Klerus Municipalräthe zu substituiren, hat eine äußerste Bewegung im Schooße des Patriarchats erzeugt. Und doch waren es eben die hier herrschenden Streitereien und Nebenbuhlerschaften, welche die Pforte zu dieser Maßregel bestimmten, die sehr folgenreich werden kann, namentlich da Rußlands Einfluß auf die Griechen hauptsächlich durch das Medium des Klerus ging. Mit Hülfe Rußlands ist der Lagoseti dahin gekommen, jetzt einen fast ausschließlichen Einfluß im Patriarchat zu üben. Mit Schrecken sahen Vogorides, der moldauische Agent, Missioni und Lazaraki, der Schwager des griechischen Gesandten, das große Uebergewicht des Lagoseti. Da faßte die Pforte den Gedanken, einen Municipalrath aus den einflußreichsten Personen zusammenzusetzen, der die weltlichen Angelegenheiten der Griechen und ihres Klerus besorgen solle, und Vogorides selbst wurde zur Ausführung dieses Entwurfs bestimmt. Hier nun zeigte sich abermals die gewohnte Geschicklichkeit der russischen Diplomatie, welche die Augen vor keinem Umstande verschließt, der ihr dienen kann. Der russische Gesandte fing erst an, den Patriarchen hitzig und mit Eclat zu vertheidigen, dann gab er allmälig den Wünschen der Pforte nach. Beides war wohl berechnet, und wenn die Pforte nicht ihre Maßregeln sehr klug ergreift, so wird sich der russische Einfluß auf ihre griechischen Unterthanen verdoppeln, statt abzunehmen. Indem Rußland sich mit Wärme des Patriarchats annahm, stellte es sich als den einzigen Vertheidiger des griechischen Klerus dar und erwarb dessen Beifall; indem es die neuen Behörden, die natürlich mit der bestehenden und gesetzlichen Autorität in Streit gerathen werden, errichten ließ, rechnet es darauf, sie noch leichter als den Klerus nach seinen Wünschen leiten zu können und seinen Einfluß nur noch zu erweitern.

China.

Nachrichten aus **China** vom 1. März im Journal des Débats melden die Absetzung des Gouverneurs der Provinz Kanton, Huang, welcher mit Keying an der Unterhandlung aller Verträge mit Fremden so großen Antheil hatte. Da er nicht auf der Stelle seine Functionen aufgab, wurde er am 18. Febr. unter Escorte wie ein Verbrecher nach Peking abgeführt. Alle Europäer und auch Keying sehen seine Entfernung mit dem lebhaftesten Bedauern. In dem Hafen Dschimu, an der Küste von Fokien, der jedoch dem europäischen Handel nicht geöffnet ist, sind zwei verbotenen Opiumhandel treibende englische Schiffe, Omega und Caroline, nächtlich überfallen und nach Niedermachung eines Theiles der Bemannung völlig ausgeplündert worden. Die Schiffe sind dann nach Hongkong zurückgekommen. Der erlittene Schaden wird auf 160,000 schwere Piaster, ¼ Mill. Thlr., geschätzt und trifft zwei Handelshäuser. In Kanton hatten am Anfange des Jahres, wo die Chinesen regelmäßig alle Geschäfte zum Abschluß und zur Regulirung bringen, zwei große chinesische Kaufleute fallirt. Nach den Hongkong-Zeitungen haben im vorigen Jahre 45 englische Schiffe in den Hafen Amoy für 167,935 Pf. St. Waaren importirt und für 8436 Pf. St. ausgeführt; nach Kanton haben 182 englische Schiffe und 100 Fahrzeuge von Hongkong für 2,213,116 Pf. St. Waaren aller Art gebracht und für 3,332,021 Pf. St. Exporten eingeladen. Für die andern, den europäischen Handel offenen Häfen sind die Listen, die ausschließlich den englischen Verkehr umfassen, noch nicht bekannt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nach der Times gingen die Berichte von **Veracruz** bis 20. März, wo noch nichts Entscheidendes von dem Belagerungscorps der Vereinigten Staaten vorgenommen worden war. Im New York Courier and Enquirer werden einige nähere Mittheilungen über die Einschließung jenes Platzes auf der Landseite gegeben. General Worth führte bei Bewirkung derselben am 10. März die vordersten Truppen, sprengte eine mexikanische Reiterabtheilung und nahm zwei auf der linken Flanke der Stadt gelegene Redouten mit Sturm, wobei er 17 Todte und Verwundete hatte. Die zweite und dritte Colonne wurden von den Generalen Patterson und Twiggs geführt; auf der Verbindungsstraße nach dem Innern nahm General Pillow seine Stellung. Am 11. März wurde die Einschließung noch enger bewirkt und die Wasserleitung besetzt; mit größter Anstrengung wurden Batterien und Befestigungen aufgeführt, die Landung der schweren Geschütze aber war durch den herrschenden starken Nordwind am 13. April noch nicht möglich gewesen.

— Eine Zeitung von Yucatan zählt als das vor S. Juan de Ulloa und Veracruz befindliche Geschwader der Vereinigten Staaten auf: die Fregatten Cumberland, Raritan und Potomac von 44, John Adams, St.-Mary und Albany von 20, den Porpoise von 10 Kanonen, ferner die Dampfer Princeton und Mississippi von 10, Relief von 6, Spitfire und Viren von 3 sehr schweren Geschützen und 3 Kanonen- oder Bombenschiffe.

Personalnachrichten.

Geburten. Die Gemahlin des Erbgrafen Adolf Friedrich zu Castell ward am 18. April zu Rüdenhausen von einem Sohn entbunden.

Orden. Kirchenstaat. Gregorerorden, Commandeurkreuz: der Bürgermeister Nelleſſen in Aachen. — Preussen. Rother Adlerorden 4. Kl.: der Oberstlieutenant z. D. Leſſmann. Johanniterorden: der schwarzburg-sondershausensche Oberhofmeister Baron v. Bendeleben-Uckermann.

Handel und Industrie.

* Gotha, 26. April. Dem Paßkartenrayon ist nun auch unser Herzogthum einverleibt worden und werden dem zufolge die desfallsigen in den übrigen zu dem Rayon gehörigen Staaten geltenden Bestimmungen über die Paßlegitimationen für Eisenbahnreisende hier ebenfalls in Kraft treten, sobald die Eisenbahn in Betrieb gesetzt wird.

Börsenbericht. * Leipzig, 29. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118½ G.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 98¾ G., 99¼ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 à 60½ bezahlt und G., 61 Br.; Löbau-Zittauer 57½ Br.; Magdeburg-Leipziger 199½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 99½ Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107 bezahlt; Pesther 99¼ Br.; Dessauer Bankactien 100½ Br., 100 G.

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Achte Ziehung am 29. April. 2000 Thlr.: Nr. 26,459; 1000 Thlr.: Nrn. 3243, 4632, 9067, 9754, 12,353, 15,324, 19,458, 22,084, 22,160, 23,779, 28,873 und 35,765. (Letzte Ziehung am 30. April.)

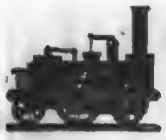
Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 29. April früh 7 Uhr: 2° 3″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 27. April. Oestr. Bact. 1808; 250 Fl. L. 118⅜; 500 Fl. L. 153; Bair. 3½pc. 92⅝ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25; Sard. 36⅛; Kurhess. 32. Wien, 26. April. Bact. 1585; Met. 5pc. 107⅜; 4pc. 97¼; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 117⅞.

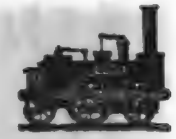
Actien. Frankfurt a. M., 27. April. Taunusb. 358; Nordb. 70½; Verb. 90⅞. Wien, 26. April. Nordb. 165½; Gloggn. 122; Mail. 108⅛; Livorn. 90½; Pestb. 98.

Verantwortliche Redaction: Professor Wülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.



Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.



Tägliche Dampfwagen-Fahrten
für die Zeit vom 1. Mai bis zum 15. October 1847.

I. Cours von Magdeburg nach Halberstadt.

Züge von	Zeit der Abfahrt: Magdeburg	Langenweddingen.	Hadmersleben.	Gr. Oschersleben	Ankunft in Halberstadt
1. Güterzug mit Personen-Beförderung.	4 Uhr Morgens.	4½ Uhr Morgens.	5 Uhr Morgens.	5½ Uhr Morgens.	6½ Uhr Morgens.
1. Personenzug.	10½ „ „	11 „ „	11½ „ „	12 „ Mittags.	12½ „ Mittags.
2. Personenzug.	3 „ Nachmittags.	3½ „ Nachmittags.	3¾ „ Nachmittags.	4½ „ Nachmittags.	5 „ Nachmittags.
2. Güterzug mit Personen-Beförderung.	6½ „ Abends.	7 „ Abends.	7½ „ Abends.	8 „ Abends.	8¾ „ Abends.

Anschlüsse:

Abfahrt von **Gr. Oschersleben**

- 5 Uhr 40 Min. nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und **Harburg.**
- 12 „ nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und **Harburg.**
- 4½ „ nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und mit Uebernachtung in **Uelzen** nach **Harburg.**

II. Cours von Halberstadt nach Magdeburg.

Züge von	Zeit der Abfahrt: Halberstadt	Gr. Oschersleben	Hadmersleben	Langenweddingen	Ankunft in Magdeburg
1. Güterzug mit Personen-Beförderung.	7 Uhr Morgens.	8 Uhr Morgens	8 Uhr 5 Min. Morg.	8½ Uhr Morgens	9¼ Uhr Morgens.
1. Personenzug.	8¾ „ „	9¾ „ „	9 „ 50 „ „	10¼ „ „	10¾ „ „
2. Personenzug.	3¾ „ Nachmittags.	4¼ „ Nachmittags.	4 „ 20 „ Nachm.	4¾ „ Nachmittags.	5½ „ Nachmittags.
2. Güterzug mit Personen-Beförderung.	7 „ Abends.	8 „ Abends.	8 „ 5 „ Abends.	8½ „ Abends.	9¼ „ Abends

Anschlüsse:

Abfahrt von

Gr. Oschersleben	Magdeburg
	10 Uhr nach **Berlin** über **Potsdam.**
10 Uhr nach **Braunschweig.** 12 Uhr nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und **Harburg.**	11½ Uhr nach **Leipzig** und **Dresden.** 12 Uhr nach **Berlin** über **Potsdam.**
4½ Uhr nach **Braunschweig, Harzburg, Hildesheim, Hannover** und mit Uebernachtung in **Uelzen** nach **Harburg.**	6 Uhr nach **Leipzig.** 6¼ Uhr nach **Berlin** über **Potsdam.**

Bemerkungen:

1) Die Güterzüge, mit Ausnahme des um 4 Uhr Morgens aus **Magdeburg** abgehenden, halten, außer auf den im Fahrplan bezeichneten Stationen, bei den Anhaltepunkten: **bei dem Uebergange an der Leipziger Chaussee, Blumenberg, Crottorf** und **Mienhagen** an, um Passagiere abzusetzen und, soweit Platz vorhanden ist, aufzunehmen.
Der um 4 Uhr Morgens aus **Magdeburg** abgehende Güterzug hält, außer auf den im Fahrplan bezeichneten Stationen, nur bei den Anhaltepunkten **Blumenberg, Crottorf** und **Mienhagen** an.
Die Personenzüge halten, außer auf den im Fahrplan bezeichneten Stationen, nur bei **Mienhagen** an.

2) Zwischen den Städten **Berlin, Potsdam, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Halberstadt, Braunschweig, Hannover, Celle** und **Harburg** findet in den betreffenden Richtungen ein direkter Billet-Verkauf und eine direkte Gepäck-Expedirung statt.

Magdeburg, den 15. April 1847.

Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Verwaltung.
Defoy.

[1720—21]

1091

Fahrordnung

auf der a. pr. **Kaiser-Ferdinands-Nordbahn** in Verbindung mit der **Nördlichen k. k. Staatsbahn** vom 1. Mai 1847.

Von Wien nach Brünn, Olmütz, Leipnik, Prag	**Von Prag** nach Olmütz, Leipnik, Brünn und Wien
Personenzüge { um 6 Uhr früh und „ 7½ „ Abends;	Personenzüge { um 9 Uhr früh, „ 4½ „ Nachmittags;
Lastzug: „ 6½ „ früh.	Lastzug: „ 6 „ Abends.

Die Bestimmungen über den Verkehr der Personen-, gemischten und Lastzüge auf der a. pr. Kaiser Ferdinands Nordbahn und der Nördlichen k. k. Staatsbahn, sowie auch die Preistarife für die Personen- und Waarenbeförderung, dann der Gebühren für Reisegepäck, Eilgüter, Hauptwagen, Pferde und Hunde, sind in den diesfälligen, auf allen Stationen dieser beiden Bahnen angeschlagenen Kundmachungen zu ersehen, und die Preistarife um 3 Kr. C.-Mze. per Stück zu erhalten.

[1705—7] **Von der Direction der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.**

Bedeutender Nachlaß-Verkauf!

Von den Erben eines jüngst verstorbenen Leinen- und Tischzeug-Fabrikanten, welche das Geschäft nicht fortführen können (indem die Theilung schon den 8. Mai geschehen muß), müssen nachstehende Waaren bis auf das letzte Stück, wo noch nicht der **Garnpreis** berechnet wird, verkauft werden. Demnach wird verkauft im engros und detail:

Beweise der Hauptartikel: [1701—702]

Schwere Creas-Leinen 60 Ellen zu 4½ — 5 Thlr.;
„ feine Brabanter-Leinen, 70 Ellen von 5½ — 9 Thlr., ⅞ **breit**;
„ Zittauer- und Greifenberger-Leinen, 70 Ellen zu 7, 8, 10 und 12 Thlr.;
„ Herrnhuter-Leinen, 100 Ellen für 7½ — 9 Thlr.;
„ Oberhemden-Leinen, 70 Ellen zu 13 — 17½ Thlr.

Diese Leinen werden 6, 8 — 15 Thlr. unter dem wahren Fabrikpreise weggegeben.

Schwere **Handtücherdrelle** bis zu den feinsten in Damast à Elle von 16 Pf. an. **Tischtücher in den schönsten Dessins** 2½, 3, 4 und 6 Ellen lang, schwerster Qualität, das Viertelhundert zu 27 Ngr. bis 4⅔ Thlr. Feine Tischservietten, 12 Stück für 1⅙ — 2½ Thlr. Tisch- und Kommodendecken in **Damast** à Stück von **10 Ngr.** an. **Leinwand** in Ellen sind schon die Elle zu 2½ Ngr. **Doppelte Atlas-Damast-Gedecke mit 12 und 6 Servietten** à **2½, 3, 5, 6, 8 — 16 Thlr.** Feinste **Damentaschentücher**, 12 Stück für 15 Ngr. bis 6 Thlr.

Nachstehende **Manufacturgegenstände** mußten wir von unserm Gläubiger für unser eignes Fabrikat annehmen; wir erlassen daher selbige bedeutend unter der Hälfte des Kostenpreises, als: eine Partie **neuesten Sommerbuckskin** in Hell und Dunkel, à Elle 6, 7½ — 10 Ngr. Eine große Auswahl nach der neuesten Mode angefertigter **Sommerbuckskin-Beinkleider**, à 1½ Thlr., wo Niemand im Stande ist den blosen Stoff dafür zu kaufen. Neueste **Westenstoffe** in den beliebtesten Dessins, à Stück 15, 20 und 25 Ngr., 1 — 1½ Thlr.; geringere Gattungen zu 7½ — 10 Ngr. **Große, schwere, schwarzseidene Halstücher**, à Stück **22½ Ngr., 1, 1⅙, 1½** und **1¾ Thlr.** Weiße und rothe Bettdecken, Federleinen und echte Herrnhuter Bettzeuge à Elle 2½ Ngr. NB. Wiederverkäufer und Abnehmer von mehren Partien einen angemessenen Rabatt. **Aufträge von außerhalb** mit beigefügtem Betrage werden prompt und reell ausgeführt. Verkaufs-Local:

Ritterstraße Nr. 13 parterre, 2. Haus vom Ritterplatz.

Erd- und Himmelsgloben

franco Packung zu Fabrikpreisen bei **Adalbert Harsky,**

[1684—85] sonst **Carl Schubert**, Leipzig, Grimmaische Strasse Nr. 14.

Die

Kaltwasser-Heilanstalt zu Ilmenau

wird mit dem 1. Mai wieder eröffnet. Anmeldungen erbittet sich

der Comité des Bade-Vereins.

Ilmenau, den 25. April 1847. [1716]

Zu **Consignationen, Spedition, Incasso, Agentur- und Commissions-Geschäften** halte ich meine Adresse bestens empfehlen.

[1592—97] **Joh. Ernst Weigel,**
Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Cirque-Equestre

von **E. Renz** auf dem Königsplatze.

Freitag, den 30. April, große Productionen des Mstr. **Amodio Neupert**, Mitglied des Ashley-Theaters zu London.

Le manoeuvre d'une cavalerie à la Turque. — Schul-, Spring- und Apportirpferde werden sich heute besonders auszeichnen. Der Vollbluthengst Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Das Springpferd Minerva wird verschiedene Höhen und Breiten, durch mehre Fässer und zum Schlusse über ein Pferd springen. — Das Schulpferd Soliman als Bataillepferd wird die schwierigsten Apportirstücke ausführen und zuletzt einen Walzer tanzen. — Die Schellen- und Wagen-Promenade des Schulpferdes Flora. — Morison als Gastronom oder fleischfressendes Pferd. — La course au New-York ou les deux Lords dans le manege allemand par Mons. Schumann et Hintz.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr. Billets zum 1. und 2. Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr beim Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

E. Renz, Director. [1728]

F. August Behrens jun.

in **Magdeburg**

(Lagis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 1 Ries Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Wollmarkt in Oedenburg.

Von dem Magistrate der k. Freistadt Oedenburg in Ungarn wird im Verfolge einer bereits im verflossenen Jahre 1846 mittels der Wiener, Berliner, Leipziger und Augsburger Zeitungen ergangenen vorläufigen Kundmachung, hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht: daß nach dem der k. Freistadt Oedenburg verliehenen k. Privilegium auf einen daselbst jährlich abzuhaltenden Wollmarkt, der erste derlei Wollmarkt heuer vom 10. bis letzten Juli daselbst abgehalten werden wird.

Oedenburg, am 15. März 1847. [1711]

Anzeige.

Ein erfahrener, gesetzter Mann, der mit der **Papierfabrikation** seit Jahren in den größten Fabriken sich technisch beschäftigte, dabei den ganzen Verkehr leitete, kann für ein derartiges ausgedehntes Geschäft gewonnen werden, wenn demselben ein dauerndes Engagement garantirt werden kann. Franco Erfragungen dieserhalb befördert die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1740]

Associé-Gesuch.

Für ein in blühendem Aufschwunge befindliches Fabrikgeschäft, welches eine der ergiebigsten, der Mode nicht unterworfenen Branchen bearbeitet und in einem der Hauptplätze Sachsens seinen Sitz hat, wird die Aufnahme eines Theilnehmers beabsichtigt, der seine Wirksamkeit vornehmlich dem Comptoirgeschäft widmen, womöglich von Zeit zu Zeit kleine Reisen unternehmen und ein Capital von circa 20,000 Thlr. einlegen könnte. Unter der Chiffre **H. T. 1.** poste restante franco Leipzig, werden Anträge entgegengenommen. [1743—44]

Gesuch. Ein Dr. phil. jüdischer Religion, der im Hebräischen, in neuern und alten Sprachen gründlich unterrichten kann, sucht am hiesigen Ort eine **Hauslehrerstelle.** Das Nähere in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Todes-Anzeige.

Am 18. dieses Monats starb zu Gransee am Schlagflusse mein Ehemann, der Königl. Preuß. Lieutenant von der Cavalerie a. D., **Oskar Friedrich Emil von Schack**, welches ich unsern beiderseitigen Verwandten und Freunden unter Verbittung der Condolenz hierdurch ergebenst anzeige.

Fürstenwalde, den 20. April 1847.

Florentine, verwitwete **von Schack**, früher verwitwete **Marschall von Bieberstein.**

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 120. (30. April 1847.)

Ueberblick.

Preußen. (+) Berlin. Das Landesökonomiecollegium über den Betrag der Aernte. ⊙ Berlin. Ein schlesischer Güterkauf.
Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Die Versammlung der Realschulmänner. * Breslau. Preisfragen. — Luftschiffahrt. — Die Literary Fund Society in London.
Ankündigungen.

Preußen.

(+) **Berlin**, im April. Aus den jährlichen Berichten, welche das königl. Landes-Oekonomiecollegium von den landwirthschaftlichen Vereinen der Monarchie erhält, ist von dieser Behörde ein Bericht an den Minister des Innern, den Ausfall der letzten Aernte betreffend, zusammengestellt worden. Dieser Bericht erlangt eine außerordentliche Wichtigkeit für die richtige Beurtheilung des gegenwärtigen Nothstandes in der Monarchie, und die Tabellen, worin sich seine Resultate zusammendrängen, erscheinen nicht als die vielleicht einseitigen Angaben einzelner Individuen, sondern als die wohlerwogenen und mehrfach geprüften Urtheile ganzer Vereine von Männern, die mit den Zuständen bekannt und einen weitern Kreis zu übersehen im Stande sind. Sie sind mitgetheilt in dem neu erschienenen Hefte der „Annalen der Landwirthschaft in den königl. preußischen Staaten", welche von dem Präsidium des Landes-Oekonomiecollegiums herausgegeben und von dem Generalsecretair desselben, Dr. Alex. v. Lengerke, redigirt werden; es ergibt sich aus ihnen ein statistisches und officielles Resultat, daß, wie in den meisten europäischen Ländern, so auch in Preußen die Aernte außerordentlich ungünstig gewesen ist. Namentlich kann ein sehr bedeutender Ausfall in den beiden Hauptnahrungsmitteln des Volks, dem Roggen und den Kartoffeln, nicht in Abrede gestellt werden; nach der mitgetheilten Tabelle würde sich derselbe beim Roggen auf 41, bei den Kartoffeln sogar auf 47 Proc. belaufen.

Nach den Angaben unserer Statistiker soll der Bedarf an Roggen für den Kopf der Bevölkerung auf etwa 3 Scheffel angenommen werden können, es muß dies als Minimum in Ansatz gebracht werden. Für 16 Mill. Einwohner würden mithin erforderlich sein mindestens 48 Mill. Scheffel Roggen. Wenn nun für sonstigen wirthschaftlichen Verbrauch 5 Mill., zur Ausfuhr etwa 2 Mill. und zum Saatkorn 11 Mill. Scheffel gerechnet werden, so beläuft sich im Ganzen der Bedarf des Landes auf 66 Mill. Scheffel. Insofern nun der Ertrag einer gewöhnlichen Aernte als diesem Bedürfnisse gleichkommend angesehen werden sollte, würde ein Ausfall von 41 Proc. 27,060,000 Scheffel betragen, und es würden mithin nur 38,940,000 Scheffel Roggen und nach Abzug des Saatkorns mit 11 Mill. Scheffel im Ganzen nur 27,940,000 Scheffel Roggen oder in runder Summe 28 Mill. für die Consumtion übrig bleiben und mithin allein für die Verzehrung der Bevölkerung ein Ausfall von 30 Mill. Scheffel sich ergeben.

Wenn es sich in der That so verhielte, so wäre die Aussicht bis zur nächsten Aernte ohne Zweifel eine sehr beunruhigende. Indessen hält das Landes-Oekonomiecollegium sich für berechtigt, den Stand der Dinge für weniger ungünstig zu halten, und zwar aus folgenden Gründen. Zuerst stellt sich der Gesammtdurchschnitt des Ertrags an Roggen höher, wenn man bei der für jede einzelne Provinz angegebenen Zahl auch die Verhältnißzahl des Flächeninhalts mit in Rechnung stellt. Es erhöht sich dann der Gesammtertrag auf 0,612, und es vermindert sich mithin der Ausfall auf 0,388. Statt 41 sind also nur 38,8 Proc. zu berechnen. Außerdem aber darf unbedenklich angenommen werden, daß eine in der ganzen Monarchie gleichmäßig erfolgende Mittelärnte den berechneten Bedarf von 66 Mill. Scheffel mindestens um ein Zehntel übersteigen würde und also unbedenklich auf 72,600,000 Scheffel veranschlagt werden kann. Von dieser Quantität würden also auch die fehlenden 38,8 Proc. und zwar mit 28,168,800 in Abzug zu bringen und mithin noch 44,431,200 Scheffel Roggen als der wirkliche Ertrag zu veranschlagen sein. Wie und was aber auch das königl. Landes-Oekonomiecollegium noch ferner heranrechnet, immer fehlen, selbst nach dieser sehr modificirten Rechnung, noch blos für den Mundbedarf der Bevölkerung an 3 Mill. Scheffel Roggen, oder das Brot für 23 Tage, ungerechnet diejenige Quantität, welche zu sonstigem wirthschaftlichen Gebrauche verwendet zu werden pflegt und nach dem Auslande verführt wird. Dafür müssen in mindester Annahme 4 Mill. Scheffel Roggen in Ansatz gebracht werden, und es stellt sich also schließlich das ganze Deficit auf 7 Mill. Scheffel Roggen heraus, welches möglicherweise durch eine verspätete Aernte noch beträchtlich vermehrt werden könnte, da der stündliche Bedarf an Roggen in der ganzen Monarchie sich auf 5480 Scheffel beläuft. Das Landes-Oekonomiecollegium sagt zu diesem Resultate Folgendes: „Wir möchten gern zweifeln, ob unsere Rechnung eine richtige sei, und wünschen aufrichtig, daß sie es nicht sein möge; aber nach den uns vorliegenden Berichten, gegen deren Glaubwürdigkeit wir keine Bedenken hegen können, nach der darin herrschenden Uebereinstimmung und nach der bedeutenden Anzahl derselben bleibt uns nur übrig, dasjenige Resultat unserer Berechnung, welches wir hier gehorsamst vorzutragen haben, für ein solches zu halten, welches die Vermuthung für sich hat, von der Wahrheit nicht allzu weit entfernt zu sein; und wir haben es daher für Pflicht halten müssen, unsere Ansicht von der Lage der Dinge, wie sie sich uns aufgedrängt hat, vor Ew. Exc. ehrerbietigst auszusprechen. Indessen sind wir auch im Stande, Erwägungen hinzuzufügen, welche das Bedenkliche der Aussichten wenigstens in Beziehung auf das Brotkorn einigermaßen zu mildern im Stande sein dürften."

Es sind nach dem Landes-Oekonomiecollegium nämlich vorzugsweise die Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg, Minden, Arnsberg, Münster, Düsseldorf, Aachen und Köln, in welchen der Roggen den schlechtesten Ertrag geliefert hat; hier beträgt der Ausfall im Durchschnitt ganz nahe 52 Proc. In diesen Landstrichen wohnt eine Bevölkerung von (in runder Zahl) 4,600,000 Menschen, deren jährlicher Bedarf an Roggen also sich auf 13,800,000 Scheffel beläuft. Angenommen, daß dieser Bedarf in gewöhnlichen Jahren dort wirklich erbaut wird, so würde der diesjährige Ausfall von 52 Proc. betragen 7,176,000 oder in runder Summe 7 Mill. Scheffel; also gerade diejenige Quantität, welche als der in der ganzen Monarchie zu besorgende Ausfall veranschlagt worden ist. Gerade in jenen Gegenden aber haben Weizen, Gerste und namentlich die Kartoffeln eine befriedigende, der Buchweizen sogar eine sehr gute Aernte geliefert; außerdem sind sie die wohlhabendern, gewerbfleißigern und dem Verkehr wie der Zufuhr am meisten geöffneten Landstriche der Monarchie.

Besonders traurig sieht es nun aber um den Ausfall der Kartoffeln, und zwar vornehmlich in den Provinzen Preußen, Pommern und Posen aus. Die Tabelle des Landes-Oekonomiecollegiums weist nach, daß in den 9 Regierungsbezirken jener 3 Provinzen das Durchschnittserträgniß noch nicht 36 Proc. einer gewöhnlichen Aernte erreichte und der Ausfall also mehr als 64 Proc. beträgt. Jene Provinzen enthalten eine Bevölkerung von 4,947,000 Menschen. Wenn man nun das Minimum des Bedarfs für menschliche Nahrung auch nur auf 8 Scheffel Kartoffeln für den Kopf veranschlagt, so bedarf die Bevölkerung doch jährlich 39,576,000 Scheffel blos zum Verzehr, außerdem aber noch zum landwirthschaftlichen Bedarf, zur Branntweinbrennerei, zur Aussaat ꝛc. in jenen drei östlichen Provinzen — wie das Landes-Oekonomiecollegium berechnet — in runder Zahl 47,000,000 Scheffel, wodurch der Bedarf im Ganzen auf 86,576,000 Scheffel gebracht wird. Nun sind aber von diesem Bedarfsquantum nur 36 Proc. oder 31,165,000 Scheffel überhaupt geärntet worden, es bleibt folglich nicht allein zu sonstigem wirthschaftlichen Gebrauch und zur Aussaat nichts übrig, sondern es fehlt auch noch für den bloßen Mundbedarf die beträchtliche Quantität von 8,411,000 Scheffel, und mit Einschluß der Aussaat, die für jene Gegenden mit 13,116,000 Scheffel berechnet werden muß, von 21,527,000 Scheffel Kartoffeln.

Wenn man nun erwägt, daß in jenen Provinzen ein beträchtlicher Theil der Fläche, in Pommern und Posen sogar der größere, aus großen Domainen, Besitzungen oder Rittergütern besteht, auf denen der Kartoffelbau zur Verfütterung und vorzugsweise zur Branntweinbrennerei in größerm Maßstabe betrieben wird, und daß hier von dem so beträchtlich verminderten Betrage doch so viel nur immer möglich zur wirthschaftlichen Verwendung, insonderheit zur Brennerei, genutzt wird, so steigert sich dadurch natürlich der Ausfall an dem Consumtionsquantum noch erheblich.

Schließlich entnehmen wir noch folgende Stellen aus dem Berichte des Landes-Oekonomiecollegiums: „Es genügt für unsern Zweck, unsere Ueberzeugung begründet zu haben, daß in den genannten drei östlichen Provinzen in dem allgemeinsten und unentbehrlichsten Nahrungsmittel des Volks eine so bedeutende Mißärnte stattgefunden hat, daß im Ganzen ein wirklicher Mangel, in einzelnen Districten ein wahrer Nothstand um so mehr zu befürchten ist, als auch von allen Seiten neben dem Ausfall in der Quantität noch über schlechtere Beschaffenheit und geringern Nahrungsgehalt der diesjährigen Kartoffeln geklagt wird. Uns sind Gegenden genannt worden, wo die ganze Aernte schon verzehrt ist (Ende Januar) oder doch nächstens verzehrt sein wird." Selbst Zufuhren, meint das Collegium, können den Bewohnern jener ärmern Gegenden keine Erleichterung bringen, „da selbst ein mäßiger Preis von ihnen nicht aufgebracht werden könnte". „Für diese Armen hilft es auch nichts, daß der Ersatz für die mangelnden Kartoffeln in Brotgetreide, Hülsenfrüchten, Graupen und Grütze wirklich vorhanden ist, ihnen mangeln alle Mittel, um diese theurern Lebensmittel sich zu verschaffen." Und endlich heißt es: „Bei solcher Bewandtniß der Dinge muß man darauf gefaßt sein, daß nicht blos allenthalben in den untern Schichten der Bevölkerung die Theuerung aller Nahrungsmittel recht drückend wird empfunden, sondern auch, namentlich in den östlichen Provinzen, strichweise gewisse Klassen von wahrem Mangel werden heimgesucht werden. Dies ist das Bild der Zustände im Lande, wie es sich aus den uns vorliegenden Nachrichten zusammenstellen läßt. Wir verfehlen nicht, dasselbe Ew. Exc. ganz gehorsamst vorzulegen. Hochdenselben liegen umfassendere, amtliche Berichte vor, indessen bezweifeln wir, daß sie im Wesentlichen den unsern widersprechen werden."

Digitized by Google

0 **Berlin**, 26. April. Verschiedene deutsche Zeitungen und unter diesen vornehmlich die Weser-Zeitung haben ihrer Zeit über einen von höchsten Personen in Schlesien vorgenommenen Güterkauf so irrige Nachrichten verbreitet, daß es einmal an der Zeit sein dürfte, dieselben gründlich zu widerlegen, zumal da böser Wille und kleinlicher Neid aus diesen irrigen Facten die kränkendsten Folgerungen gezogen hat. Besteht doch gerade darin der Hauptvorzug der Presse, daß sie gleich der Lanze des Achilleus die Wunden wieder heilen kann, welche sie geschlagen. Vor etwa zwei Jahren wurden den gedachten höchsten Personen die im Rybnicker und Plesser Kreise Oberschlesiens belegenen pattowitzer und orzescher Güter von deren Besitzer, dem Hrn. v. Winkler, für das prinzliche Fideicommiß zum Kaufe angetragen. Derselbe hohe Herr, der jüngst durch die uneigennützigste Unterstützung einer kostspieligen Expedition zur Erforschung eines zur deutschen Colonisation geeigneten transatlantischen Landes den Beweis großartiger Auffassung der Zeitbedürfnisse gegeben hatte, faßte auch diesen Vorschlag mit Interesse auf, denn es handelte sich bei diesem Ankaufe nicht blos darum, dem darin angelegten Capitale einen höhern Zinsfuß zu verschaffen, sondern gleichzeitig dem Land-, Berg- und Hüttenbau in jener armen Gegend einen neuen Aufschwung zu geben und somit Tausenden Nahrung und Wohlstand zu verschaffen. Daß eine andere höchste Person sofort auf diese Ansicht einging, bedarf nur für Den der Erwähnung, der da nicht weiß, mit welchem constanten Eifer dieselbe jede Gelegenheit ergreift, die natürliche Landesindustrie zu fördern, d. h. diejenige, welche das im Lande befindliche oder erzeugte Rohmaterial zur Verarbeitung benutzt und uns hierdurch wahrhaft vom Ausland unabhängig macht und erhält.

Leider ergab sich nun aber alsbald eine große Meinungsverschiedenheit zwischen diesen höchsten und andern hochgestellten Personen. Jene gingen von der echt fürstlichen Ueberzeugung aus, daß es sicherlich nicht des verewigten Testators Absicht gewesen sein könne, das gedachte Fideicommiß dergestalt sich selbst zum Zwecke zu machen, daß es todt in Staatspapieren daliegen und nur den Usufructuarien die Zinsen bringen solle, sondern daß es gleichzeitig auch das allgemeine Landeswohl fördern könne und müsse; diese dagegen hatten als gewissenhafte Staatsdiener nur ihre nächste Verpflichtung vor Augen und opponirten jeder derartigen Benutzung. Da man hiernach, wie leicht erklärlich, den Anschlägen des Verkäufers keinerlei Vertrauen schenken wollte, übertrug man die Taxe höher stehenden Staatsbeamten und zwar solchen Männern, denen nicht allein die Provinz, sondern das ganze Land in Bezug auf Sachkenntniß und Ehrenhaftigkeit der Gesinnung die unbedingteste Anerkenntniß zollt. Hiernach stellte sich der Werth (den Ertrag mit 5 Proc. capitalisirt) nach dem Revisionsanschlage des königl. Domainen- und Regierungsrathes Gebauer wie folgt: 1) bei der Landwirthschaft, nach der Taxe des berühmten Schriftstellers und königl. Creditinstitutsdirectors Block auf 117,668 Thlr.; 2) bei den Forsten nach der Taxe des königl. Oberforstmeisters Maron auf 91,428 Thlr.; 3) bei den Kohlengruben nach dem Anschlage des königl. Oberbergmeisters Krug v. Nidda auf 160,000 Thlr.; 4) bei den Eisensteinen nach dem Anschlage desselben auf 60,000 Thlr.; 5) bei den Eisenhütten nach dem Gutachten des königl. Hütteninspectors Eck (bei einem Gewinne von 7½ Sgr. am Centner Roh- und 12½ Sgr. am Centner Stabeisen) auf 260,836 Thlr.; in Summa auf 689,932 Thlr. Zu bemerken ist noch, daß der Director des Bergamts von Oberschlesien, der allgeehrte geh. Bergrath Thürnagel, dem Gutachten ad 3, 4 und 5 unbedingt beitrat, und daß der zu größerer Sicherheit noch befragte ausgezeichnete Director der Laurahütte, Hr. Naglo, eine beiweitem höhere Summe abschätzte.

Da diesem Allen ungeachtet der Ankauf für das prinzliche Fideicommiß verweigert wurde, zumal da einer der hohen Participienten sich veranlaßt sah, seinen Dissens einzulegen, so wurde der Kauf unmittelbar für jene beiden obgedachten höchsten Herren und zwar zum nachstehenden Preis und auf nachstehende Weise abgeschlossen. Die Kaufsumme von 630,000 Thlr. wurde wie folgt bezahlt: 1) Hr. v. Winkler übernahm Staatsschuldscheine al pari, dies ergibt à 6 Proc. einen Unterschied von 37,800 Thlr.; 2) ferner verpflichtete er sich, einen Wasserhaltungsmaschinenschacht abzuteufen und eine Maschine zu bauen 24,000 Thlr.; 3) baute er auf der Mariahütte einen zweiten Hohofen und setzte denselben in Betrieb 6000 Thlr.; 4) übergab er in Gleiwitz lagernde Eisenerze 3000 Thlr.; 5) übernahm er den Werthstempel, den sonst der Käufer zu tragen pflegt, mit 3150 Thlr., welche 74,000 Thlr. noch vom Kaufpreise abgehen, sodaß dieser sich effectiv auf 556,000 Thlr. feststellt, mithin über 130,000 Thlr. weniger beträgt als die eigne Taxe der Käufer. Nebenbei bemerke ich nur noch, daß die vor drei Jahren, mithin bei weit geringern Eisenpreisen aufgenommene Taxe des Oberberghauptmanns Grafen v. Beust 537,000 Thlr. betrug; welches sehr natürlich ist, wenn man bedenkt, daß die Hüttenwerke aus vier Hohöfen und einem Doppelheizfeuer bestehen, die jährlich 70,000 Ctr. Roh- und 2000 Ctr. Stabeisen produciren können. Besser als alle diese Berechnungen hat jedoch der Erfolg gerichtet. Zum Glück nämlich für die ganze jetzt in Folge der großen Regsamkeit kaum wieder zu erkennende Gegend erkauften wie schon gedacht jene hohen Personen für sich die fraglichen Güter, indem sie das Geld mit einer jährlichen Amortisation von 4 Procent aus dem Fideicommisse entlehnten. Das diesjährige Resultat ist nun aber der Art, daß nicht allein diese Amortisation von 4 Proc., sondern außer ihr noch 5 Proc. Zinsen aus den Erträgen abgeführt werden. Wenngleich in keiner Beziehung hierbei betheiligt, hielt Verfasser Dieses dennoch eine solche actenmäßige Aufhellung der Sachlage für seine Pflicht, weil Dummheit, Neid und Schlechtigkeit diese Angelegenheit um die Wette ausgebeutet und ebensowol die eben so noble als einsichtige Handlungsweise der Käufer als die Ehrenhaftigkeit und den unbefleckten Ruf des Verkäufers anzutasten gewagt haben.

Wissenschaft und Kunst.

† **Leipzig**, 29. April. Sicherm Vernehmen nach hat der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha seine Genehmigung ertheilt, daß die Versammlung der Realschulmänner dieses Jahr in Gotha gehalten werde, wie es in Mainz wunschweise ausgesprochen wurde. Als Versammlungszeit sind die Tage vom 28. Sept. bis 1. Oct. incl. bestimmt, zum Ordner aber ist der wackere Director des dortigen Realgymnasiums, Hr. Leoff, gewählt worden. Möge das Werk, welches man in Meißen (1845) unter den glücklichsten Auspicien begonnen und in Mainz (1846) so schön und folgerecht fortgesetzt hat, in Gotha wieder um einen Schritt weiter gefördert, die Idee der Realschule immer mehr geläutert und deren würdige Realisirung nach allen Seiten hin gefördert werden!

• **Breslau**, 26. April. Das Präsidium der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur hat beschlossen, durch Aufstellung von Preisfragen zur Bearbeitung von wissenschaftlichen Gegenständen Veranlassung zu geben, die, abgesehen von allgemeinem literarischen Interesse, besonders für die Provinz von Bedeutung sind, dessenungeachtet aber bis jetzt noch keine Berücksichtigung fanden. Zunächst werden folgende drei zur Beantwortung übergeben: 1) Eine dem gegenwärtigen Zustande der Naturwissenschaften, insbesondere der Chemie und Geologie sowie der Medicin entsprechende Beschreibung sämmtlicher schlesischer Mineralquellen, nebst Angabe ihrer zweckmäßigen therapeutischen Anwendung. 2) Eine den neuern Fortschritten der Wissenschaft entsprechende, allgemein faßliche und möglichst praktische Anweisung zur Obstbaumzucht, mit besonderer Berücksichtigung der klimatischen und örtlichen Verhältnisse Schlesiens. 3) Eine geschichtliche Darstellung der Entwickelung, welche der Handel Schlesiens von dem Eintritte der preußischen Herrschaft an bis auf unsere Tage gehabt hat (1740–1840). Keine Antwort kann angenommen werden, welche von dem Verfasser eigenhändig geschrieben ist, weil hieraus nur zu leicht auf die Person desselben geschlossen werden kann. Die einzureichenden Beantwortungen müssen in deutscher Sprache abgefaßt, deutlich geschrieben und von einem versiegelten Zettel begleitet sein, der innerhalb den Namen des Verfassers enthält, außerhalb mit einem Motto versehen ist. Als Einsendungstermin für Preisfragen überhaupt gilt stets der 1. August. Später eingeschickte werden unerö̈ffnet alsbald zurückgegeben. Näher wird für die erste bestimmt der 1. Aug. 1849, für die zweite der 1. Aug. 1848, für die dritte der 1. Aug. 1849. Als Preisrichter fungiren die Mitglieder des Präsidiums, die sich natürlich hierdurch von der Concurrenz ausschließen, aber sich auch verpflichten, erst nach Einziehung eines Gutachtens einer von ihnen ernannten Commission von Sachverständigen über Ertheilung oder Verweigerung des Preises zu entscheiden. Der Ehrenpreis der Gesellschaft beträgt für entsprechende Beantwortung jeder der angeführten Fragen außer der silbernen Medaille derselben noch 20 Friedrichsdor. Er wird preiswürdigen Abhandlungen ertheilt nach Eröffnung der Zettel an dem jedesmaligen Stiftungstage der Gesellschaft, also am 17. Dec. 1848/49, an welchem Tag auch künftig nur die neuen Preisfragen gestellt werden sollen. Das Eigenthumsrecht bleibt dem Verfasser der gekrönten Abhandlung, jedoch ist sie innerhalb Jahresfrist dem Drucke zu übergeben, widrigenfalls das Manuscript Eigenthum der Gesellschaft wird. Das motivirte Gutachten des Präsidiums wird bei erfolgter Publication dem Werke vorgedruckt.

— In Folge des neuen, bekanntlich von dem Dr. van Hecke in **Brüssel** erfundenen Systems der Luftschiffahrt hat sich, nachdem die belgische Regierung dem Erfinder durch Ueberlassung eines geeigneten Locals im Bahnhof zu Mecheln eine Unterstützung gewährt hat, in Brüssel eine Actiengesellschaft mit einem Capital von 2 Mill. Fr. zu dem Zwecke gebildet, um 1) Reisende, Waaren und Briefe durch die Luft zu befördern, 2) wissenschaftliche und strategische Forschungen anzustellen, und 3) das Erfindungsprivilegium an geeignete Personen oder Gesellschaften zu verkaufen. Die Actionaire sollten anfänglich nur 10 Procent zur Anstellung eines Versuchs einzahlen und zur Nachzahlung der weitern 90 Procent nicht verhalten sein, wenn die öffentliche Probeleistung nicht zu ihrer vollen Befriedigung ausfiele.

— Die Literary Fund Society in **London** hielt neulich ihre Jahresversammlung. Aus dem in derselben erstatteten Berichte geht hervor, daß der Verein im vorigen Jahre zur Unterstützung nothleidender Schriftsteller oder ihrer Witwen und Waisen 1407 Pf. St. verausgabt hat.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.

Edictal-Citation.

Christoph Rodeck, genannt **Schlott**, hat im Jahre 1803 seinen Geburtsort **Silbach**, um in Sachsen zu handeln, verlassen; **Adam Singelstein** aus **Niedersfeld** hat früher im Holländischen gehandelt und soll dann als Soldat den Feldzug des Kaisers Napoleon nach Rußland mitgemacht haben; **Johann Georg Fobbe** hat seinen Wohnort **Medebach** am 7. October 1834 verlassen, um nach Amerika auszuwandern. Alle drei Personen haben seit den angegebenen Zeitpunkten keine zuverlässige Nachricht ihres Lebens von sich gegeben. Auf den Antrag mehrer muthmaßlicher Erben derselben werden sie und ihre etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmer aufgefodert, sich in dem auf

den 25. Februar 1848, Morgens 10 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle anberaumten Termine oder vorher bei dem unterzeichneten Gerichte schriftlich oder persönlich zu melden und daselbst weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls der Christoph Rodeck, Adam Singelstein und Johann Georg Fobbe für todt erklärt und ihr Vermögen den dann bekannten Erben ausgeantwortet werden wird.

Medebach, den 3. April 1847.

[1618—20] **Königlich Preußisches Land- und Stadtgericht.**

Oeffentliche Vorladung.

Ueber das Vermögen des heimlich nach Amerika ausgewanderten Zeugschmiedemeisters **Mann** hierselbst ist unterm heutigen Tage Concurs erkannt, weshalb alle Diejenigen, welche an denselben Foderungen haben, hiermit edictaliter citirt werden, solche in dem auf

den 8. Juni d. J.

angesetzten Liquidationstermine Morgens 10 Uhr, vor unterzeichnetem Gerichte anzumelden und so viel als thunlich zu bescheinigen, widrigenfalls dieselben mit solchen werden präcludirt werden.

Gegeben **Braunschweig**, den 14. April 1847.

Herzogliches Kreisgericht.
Wirk.

[1647—49]

Vorladung.

In der Rechtssache des Kaufmanns **Wilhelm Peel** in **Amsterdam**, Klägers, gegen den Postmeister **A. A. Oeser** in **Penig** (Königreichs Sachsen), Beklagten, Ausstreichung eines Pfandbuchseintrags betreffend, hat der Anwalt des Klägers zur Klagebegründung vorgetragen:

Der Kläger habe am 24. Juli 1846 in zweiter und letzter gerichtlicher Zwangsversteigerung das vormals Philipp Baum'sche, in hiesiger Gemarkung gelegene Gut um 37,600 Fl. versteigert und den Kaufschilling in Gemäßheit der Verweisung des Vollstreckungsbeamten bereits bezahlt.

Auf dieses Gut sei noch ein Pfandrecht des Beklagten, Theil 14, Fol. 170, Nr. 149 des hiesigen Unterpfandbuchs eingetragen, kraft eines Urtheils, welches von der diesseitigen Gerichtsbehörde zu Gunsten des Beklagten wegen einer Foderung von 3218 Fl. 15½ Kr. nebst Zins vom 15. November 1839 gegen Philipp Baum am 23. November 1839 erlassen worden sei.

Diese Foderung des Beklagten sei, wegen Unzulänglichkeit des Erlöses, bei der Verweisung der Gläubiger durchgefallen; dessenungeachtet das Pfandrecht zufolge Proc. Ordn. §. 1056, L. R. S. 2157 fg. erloschen, und der Strich von diesseitiger Stelle zu befehlen.

Darauf wird das Begehren gestützt, rechtlich zu erkennen, daß das obgedachte Pfandrecht für erloschen zu erklären und im Pfandbuche zu streichen sei, unter Verfällung des Beklagten in die Kosten.

Nachdem die Zustellung dieser Klage in der Heimat verweigert worden ist, so wird der Beklagte nunmehr auf dem Wege der Oeffentlichkeit aufgefodert,

sich binnen 4 Wochen auf die Klage diesseits vernehmen zu lassen, widrigenfalls die vorgetragenen Thatsachen für zugestanden und alle Einreden für versäumt erklärt würden.

Zugleich hat der Beklagte zur Empfangnahme von Versäumungserkenntnissen und andern Verfügungen, welche der Partei selbst oder in deren Wohnsitz zu behändigen sind, einen dahier wohnhaften Gewalthaber aufzustellen und namhaft zu machen, widrigenfalls ein solcher Insinuationsmandatar auf seine, des Beklagten, Gefahr und Kosten von hier aus ernannt werden würde.

Baden, den 17. April 1847.

Grossherzogl. badisches Bezirks-Amt.
Bilharz. Wagen.

[1670—72]

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***

am 15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

nach ***Quebeck***

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[1661] ***Rob. M. Sloman*** in Hamburg.

In der **Arnoldischen Buchhandlung** in **Dresden** und **Leipzig** ist erschienen:

J. J. Berzelius,
Lehrbuch der Chemie.

Fünfte umgearbeitete Original-Auflage.

Erster bis vierter Band.

Mit eingedruckten Holzschnitten, 2 Kupfertafeln und einem besondern Abdruck der Atomgewichtstafeln.

Gr. 8. Brosch. Prän.-Preis 20 Thlr.

Diese neue Auflage eines classischen Werkes, deren erste drei Bände die unorganische Chemie vollständig enthalten, schreitet ihrer Vollendung rasch entgegen. [1734]

Bei **Ignaz Rd. Schaida** in **Presburg** ist in Commission erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ueber
Ungarns Zustände.

Von

Bárándy.

1847. Gr. 8. 200 Seiten stark, auf milchweißes Papier mit neuen scharfen Lettern gedruckt und in netten Umschlag broschirt. Preis 1 Fl. C.-M. = 24 Sgr. [1686—88]

Soeben erschien bei mir:

Mein Verhältniß zur Reformgenossenschaft
und
mein Abgang von Berlin.

Zur Charakteristik der neuesten Bestrebungen

von

Dr. Salomon Friedländer.

Geheftet. Preis 7½ Ngr.

Leipzig, am 27. April 1847.

[1731—33] ***Wilhelm Jurany.***

Soeben ist erschienen:

Staatshandbuch
für das Königreich Sachsen
für 1847.

Unter Genehmigung der Staatsregierung herausgegeben vom

Directorium des statistischen Vereins.

Leipzig, **Friedrich Fleischer.**

Preis 1 Thlr. 10 Ngr. [1730—37]

Nathan Marcus Oppenheim,
Juwelier aus Frankfurt a. M.,
Nikolaistrasse Nr. 22,

kauft **Juwelen, Antiquitäten** und **alte Spitzen.** [1509—14]

Das Lager des vorzüglichsten, reinsten und bouquetreichsten

Eau de Cologne triple
à Dutzend 4 Thlr.

befindet sich bei

Joh. Ernst Weigel,

[1598—1600] Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Ein- und Verkauf von Edelsteinen und Perlen

bei ***H. Marcus Oppenheimer & Kirchberg,*** Juweliere aus Frankfurt am Main, **Bruhl Nr. 70/454**, der Reichsstraße über. [1624—29]

Compagnon-Gesuch.

Für eine **Tuchfabrik**, welche, durch Wasserkraft getrieben und mit Allem, was zu einem großartigen und zweckmäßigen Betrieb gehört, vollkommen und vollständig ausgerüstet, seit langer Zeit bestehend, sich einer großen Renommée erfreut, und deren nachzuweisender Reingewinn auch verhältnißmäßig großen Anforderungen hinlängliche Befriedigung gewährt, wird, um sich noch mehr als bisher ins Modefach zu werfen, ein Associé mit einer Einlage von 12—16,000 Thlr. gesucht. Dabei wäre wünschenswerth, daß derselbe die kaufmännische Leitung des Geschäfts übernähme. Geneigte Anfragen bittet man an **C. F. L. Köhler** in **Zwickau** zu richten, wo nähere Mittheilungen erfolgen werden. [1668—69]

Im Verlage von *Brockhaus & Avenarius* in Leipzig
werden im Laufe des Jahres 1847 folgende Werke erscheinen:

(Der Anfang befindet sich in Nr. 117.)

25. **Mahâbhârata**, in kritischer, vollständiger Uebersetzung von **Theodor Goldstücker**. Vier Theile, jeder aus zwei Bänden bestehend. Gr. 4. Geh. Subscriptionspreis einer Lieferung von 20 Bogen 2 Thlr. 7½ Ngr.
Ausführliche Prospecte, mit Druckproben, dieses ebenso wichtigen als umfangreichen Unternehmens sind in allen Buchhandlungen zu bekommen.
Der Druck wird zu Ostern d. J. beginnen.

26. **Maistre (Xavier de), Oeuvres complètes.** In-8. Geh.
Enthaltend: Voyage autour de ma chambre. Expédition nocturne. Le lépreux de la cité d'Aoste. Les prisonniers du Caucase. La jeune Sibérienne.

27. **Mirza Mohammed Ibrahim**, Grammatik der lebenden persischen Sprache. Aus dem Englischen übersetzt, zum Theil umgearbeitet und mit Anmerkungen versehen von Prof. Dr. **H. L. Fleischer**. Gr. 8. Geh. 3 Thlr.

28. **Raffelsperger (Franz), Allgemeines geographisches Lexikon des östreichischen Kaiserstaates.** (In einer alphabetischen Reihenfolge.) Nach amtlichen Quellen und den besten vaterländischen Hilfswerken, von einer Gesellschaft Geographen und Postmänner. Zweiundzwanzigstes Heft und folgende. (Wien.) Gr. 8. Preis des Heftes 20 Ngr.

29. **Ralph (J.), A guide to English conversation.** — Anleitung zur englischen Conversation nebst kurzen grammatikalischen Anmerkungen für Schulen und zum Selbstunterrichte, und einem kleinen Wegweiser auf dem Gebiete der englischen Literatur. 12. Geh. 12 Ngr.

30. **Neue Shakspeare-Galerie. — Die Frauen und Mädchen in Shakspeare's dramatischen Werken.** In 45 Lieferungen, jede einen Stahlstich mit Text enthaltend. Mit einer Einleitung. Elfte Lieferung und folgende. Schmal gr. 4. Subscriptionspreis einer Lieferung 8 Ngr.

31. **Thiers (A.), Histoire de la révolution française.** Nouvelle édition. Tome sixième et dernier. 8. Geh. Preis jedes Bandes 1 Thlr.

32. **Töpffer (R.), Gesammelte Schriften.** Novellen, Romane, Reisen. Vollständige deutsche Ausgabe. In etwa zwölf Bändchen. 8. Geh. Preis des ersten Bändchens 15 Ngr.
Diese Gesammtausgabe wird umfassen:
Genfer Novellen; Wanderungen im Zickzack, Fettentessen durch die Schweiz und Oberitalien; Das Pfarrhaus, ein Roman in Briefen; Rosa und Gertrud, eine Novelle. — Eine biographisch-kritische Einleitung, sowie ein Portrait des Verfassers werden dem letzten Bande beigegeben werden.

33. ——————, **Die Bibliothek meines Oheims.** Eine Genfer Novelle. Vollständige deutsche Ausgabe, mit 137 Bildern in Holzschnitt, von der Hand des Verfassers. 16. Elegant geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

34. ——————, **Genfer Novellen.** Deutsche Ausgabe, mit Illustrationen. Lex.-8. Geh.

35. ——————, **Wahrhaftige Geschichte des Herrn Cryptogame**, in Bildern. Quer 4. Geh.

36. **Unterhaltende Belehrungen zur Förderung allgemeiner Bildung.** Zwei Bände in 100 Lieferungen. Mit Abbildungen. Preis einer Lieferung 2 Ngr.
Jede Lieferung wird eine Abhandlung enthalten, die ein in sich abgeschlossenes Ganzes bildet. Die tüchtigsten Männer vom Fach haben ihre Theilnahme für die Bearbeitung dieses gemeinnützigen Unternehmens zugesagt.
Ein ausführlicher Prospect ist in allen Buchhandlungen zu haben; die ersten Lieferungen werden binnen kurzem erscheinen.

37. **Waldow (A.), Die wichtigsten Synonymen der französischen Sprache** nach **Girault, Beauzée** und **Roubaud** erklärt und mit Beispielen aus classischen Autoren versehen. Ein nothwendiges Hülfsbuch für Zöglinge höherer Lehranstalten. 8. Geh.

38. **Wheaton (Henri), Eléments du droit international.** Deux vols. In-8. Geh.
Der Verfasser ist außer durch andere Schriften bereits bekannt durch seine „Histoire des progrès du droit des gens" (2 Bände), die 1836 in zweiter Auflage bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschien.

39. **Zalesskiego (Bohdana), Duch od Stepu.** Elegante Miniaturausgabe. 16. Geh. und cart.
In gleicher typographischer Ausstattung wie A. Mickiewicz' „Konrad Wallenrod" (1846, 15 Ngr.).

Zu gefälliger Beachtung!

Ein bedeutendes Lager von Werken der ausländischen Literatur, namentlich der *französischen*, *englischen* und *italienischen*, sowie die vielseitigsten Verbindungen mit dem Auslande setzen uns in den Stand, alle uns ertheilten Aufträge zu den billigsten Preisen mit möglichster Schnelligkeit auszuführen; wir empfehlen uns daher Allen, die Bedarf davon haben, und sind stets bereit, nähere Auskunft über unsere Bedingungen u. s. w. zu ertheilen.

Ferner machen wir auf folgende **Kataloge** aufmerksam, welche wir vor einiger Zeit ausgaben, und die durch alle Buchhandlungen gratis zu erhalten sind:

Verzeichniß einer Sammlung älterer und neuerer Werke in französischer, englischer ꝛc. Sprache, welche zu bedeutend herabgesetzten Preisen von uns zu beziehen sind. (Nr. 3, Juli 1845.)

Catalogue d'ouvrages de littérature, beaux-arts, grands ouvrages à figures etc. à un rabais considérable. (Juin 1845.)

Allen Freunden ausländischer Literatur können diese Verzeichnisse, als an guten Werken sehr reichhaltig, mit Recht empfohlen werden.

Brockhaus & Avenarius.

Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Nachdem wir in Folge der in die Allerhöchste Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn-Gesellschaft vom 31. Januar d. J. aufgenommenen Vorschrift, dem Herrn Finanz-Minister die Nothwendigkeit der Einziehung der dritten zehnprocentigen Rate des Actien-Capitals nachgewiesen haben und von dem Herrn Minister mittels Rescripts vom 3. d. M. die Ausschreibung derselben zum 15. bis 31. k. M. genehmigt worden ist, fodern wir die Herren Actionaire unserer Gesellschaft hierdurch auf, in Gemäßheit des §. 12 des Statuts die dritte Rate des Actien-Capitals von 10 Procent auf jede Actie in den Tagen

vom 15. bis 31. Mai d. J.

entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse (Schifferstraße Nr. 1/2) oder bei Herrn S. Herz in Berlin (Dorotheenstraße Nr. 1) während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr einzuzahlen.

Jeder Einzahler hat mit den betreffenden Quittungsbogen zwei nach den laufenden Nummern geordnete, gleichlautende und mit seiner Namensunterschrift versehene Verzeichnisse, zu denen die Formulare an den obengenannten Orten in Empfang genommen werden können, einzureichen. Das eine dieser Verzeichnisse muß auf einen ganzen Bogen geschrieben sein und verbleibt bei den eingelieferten Quittungsbogen; auf dem andern wird die Einlieferung der Quittungsbogen bescheinigt und es können acht Tage später die Quittungsbogen gegen Rückgabe des darüber ertheilten Einlieferungsscheins, dessen Ueberbringer als zur Empfangnahme ermächtigt erachtet wird, da wieder abgeholt werden, wo die Zahlung geleistet ist.

Actionaire, welche binnen der festgesetzten Frist die Zahlung der ausgeschriebenen Rate nicht leisten, haben nach §. 14 des Statuts eine Conventionalstrafe von zehn Procent dieser Rate zum Vortheil der Gesellschaft verwirkt. Erfolgt innerhalb sechs Wochen, nach einer erneuerten Aufforderung, die Zahlung der rückständigen Rate und der Conventionalstrafe nicht, so sind wir berechtigt, die bereits geleisteten Zahlungen als verfallen, sowie das durch die frühern Einzahlungen und durch die ursprüngliche Zeichnung dem Actionair gegebene Anrecht auf den Empfang von Actien für erloschen zu erklären, nichtsdestoweniger aber von dem ursprünglichen Actienzeichner die ausgebliebene Rate nebst Verzugszinsen und die Conventionalstrafe gerichtlich einzuziehen.

Magdeburg, den 10. April 1847.

Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.
[1327—29] **Francke**, Vorsitzender.

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Zu der in den General-Versammlungen unserer Gesellschaft vom 4. Nov. v. J. und 10. März d. J. beschlossenen Umwandlung von 2500 Quittungsbogen B zur Riesaer Zweigbahn in 2500 Stück Berlin-Anhaltische Stammactien Lit. B. ist die allerhöchste Genehmigung nunmehr erfolgt.

Die Ausgabe dieser 2500 Stück Stammactien Lit. B. wird

vom 1. Mai bis 15. Juni d. J.

in den Geschäftsstunden jeden Wochentages in unserer Hauptkasse (Askanischer Platz Nr. 6) geschehen.

Auf jede vorgelegte sechs Stück Quittungsbogen B. 3. Einzahlung werden fünf Stück abgestempelt und zurückgegeben; der sechste wird einbehalten und dafür gegen Zuzahlung von 110 Thlr. nebst 4% Zinsen seit 1. Januar d. J. (worauf die Zinsen von 90 Thlr. Einzahlung seit 1. August v. J. bis ultimo December pr. mit 1⅓ Thlr. gutgerechnet werden) wird eine Stammactie Lit. B. über 200 Thlr. mit Dividendenscheinen vom 1. Januar d. J. ab, ausgehändigt.

Mit dem 15. Juni d. J. wird das Umwandlungsgeschäft geschlossen.

Berlin, den 24. April 1847.

Die Direction.
[1725—27] v. Cronstein, Vorsitzender.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 30. April. **Uriel Acosta**, Trauerspiel in 5 Acten von Karl Gutzkow.

Sonnabend, 1. Mai. **Des Teufels Antheil**, romantisch-komische Oper in 3 Acten. Musik von Auber.

Sonntag, 2. Mai. Zum ersten Male: **Drei Könige und drei Damen**, Lustspiel in 3 Acten, nach dem Französischen von H. Börnstein. — Hierauf: **Die Maskerade im Dachstübchen**, Schwank in 1 Act von C. Meixner.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Karl Hecker in Glauchau mit Frl. Rosalie Seifert. — Hr. Fabrikant Oskar Kürzel in Crimmitschau mit Frl. Laura Hager in Altenburg. — Hr. Karl Moritz in Rosenberg mit Frl. Katharina Magera. — Hr. J. F. G. Zenker in Kleinwolmsdorf mit Frl. Clara Mathilde Hübner.

Getraut: Hr. Rudolf Hennig in Breslau mit Frl. Anna Leicht. — Hr. Apotheker Alex. Hennig in Bernstadt mit Frl. Amalie Neumann. — Hr. Louis Koch in Bunzlau mit Frl. Pauline Kosog in Giersdorf.

Geboren: Hrn. Karl Ahrenholz in Asendorf eine Tochter. — Hrn. Gustav Brunner in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Advocat Paul Grohmann in Dresden eine Tochter. — Hrn. Heinrich Hennig in Ronneburg eine Tochter. — Hrn. L. E. Rathusius in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Oberamtmann Plathner in Schmiedeberg eine Tochter. — Hrn. Dr. F. Röber in Königsbrück eine Tochter. — Hrn. Wilhelm Steyer in Lüttewitz eine Tochter. — Hrn. Ludwig Wiethoff in Breslau ein Sohn.

Gestorben: Frau J. E. Dachsell in Kalkreuth. — Hr. Oberlandesgerichtsreferendar Wilhelm Franz in Breslau. — Hr. C. Gabriel in Eslohe. — Hr. Schullehrer Andreas Günther in Neukirchen. — Hr. G. Ch. Hammon in Nürnberg. — Frau Kaufmann Hilliger in Breslau. — Frau Regierungssecretair S. F. König aus Breslau in Lindewiese. — Hr. Kreisamtssecretair Jakob van Knyck in Geldern. — Hr. Schulvorsteher Alb. Rumpe in Breslau. — Hr. Corrector August Schmidt in Leipzig. — Hr. J. J. Sittmann in Köln.

Sonnabend — Nr. 121. — 1. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. Maßregeln in Nürnberg. *Von der badischen Grenze. Deutsch-Katholiken. — Die holsteinische Ritterschaft. *Weimar. Landtag. — Der braunschweigische Finanzetat. — Die Stände von Anhalt. — Der Kurfürst von Hessen

Preußen. Berlin. Landtag. ψ Berlin. Die königliche Antwort. Die vereinigten Ausschüsse. *Posen. Der Polenproceß. — Verwundete Soldaten. — Hr. Dronke. — Die Bisthumssache in Münster. — Dr. Detroit. Die freie Gemeinde. Der Tumult in Osterode.

Oesterreich. Die griechisch-türkische Differenz.

Spanien. Der Congreß. Die Intervention in Portugal. Kriegsgericht.

Großbritannien. Das neue Armengesetz. Geschenk für die Königin. Die Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums unter den Juden. Die Sträflinge in Woolwich sammeln für die Irländer. Bischof Shirley. Pair Montagu. Der liverpooler Hafenverkehr. Unterseeische Telegraphenverbindung.

Frankreich. Die progressiven Conservativen. Die Zolleinnahme. Das Geschenk des Prinzen von Joinville. O'Connell. ψ Paris. Das Ministerium und die progressiven Conservativen. Die Organe der Letztern in der der Presse. Großfürst Konstantin. Die Botschafter in London und Madrid. Die portugiesische Intervention.

Niederlande. Rechtsstreit. — Der Sultan von Madura. Feuer in Boengo.

Schweiz. Der große Rath von Bern.

Rußland und Polen. Strafgesetzbuch in Polen.

Türkei. ◊ Konstantinopel. Die griechische Differenz und die Diplomatie. Tunis. Schafik-Bey. Die Polen im russischen Dienste.

Nordamerika. Die Häfen von Mejico und Californien.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

Nürnberg, 28. April. Dank den kräftigen Maßregeln der Behörden ist die Ruhe in unserer Stadt seit vorgestern Abend nicht ferner gestört worden. Bereits gestern Nachmittag erschien eine Bekanntmachung des königl. Stadtcommissariats und des Magistrats, wodurch die für den Augenblick nöthig erscheinenden exceptionellen Anordnungen getroffen wurden. Diese in den Nachmittagsstunden an den Straßenecken angeheftete und in vielen Exemplaren vertheilte Bekanntmachung hatte den gewünschten Erfolg. Es war zwar in den ersten Abendstunden etwas lebhafter als gewöhnlich in den Straßen, namentlich vor der Hauptwache, welche stark mit Militair besetzt war und zu welcher der Zugang später durch die Landwehr gesperrt wurde; indeß fiel keinerlei Ruhestörung vor, und bald nach 10 Uhr war es bereits so völlig still auf den Straßen, daß die Landwehr kurz nach 11 Uhr entlassen werden konnte. (N. C.)

*Von der badischen Grenze, 26. April. Ich kehre soeben von Stockach zurück, wo gestern unter Leitung des Pfarrers Albrecht aus Ulm der dritte deutsch-katholische Gottesdienst stattfand. Wer je darüber in Zweifel war, ob die Gesinnungen des badischen Oberlandes mehr für oder gegen die deutsch-katholische Sache seien, der konnte sich heute überzeugen, daß die Sympathie dafür ungemein groß, ja vielleicht größer als im Norden ist. Trotz des äußerst ungünstigen Wetters war in Stockach eine außerordentliche Menschenmenge versammelt; das Dorf Wahlwies, dessen früherer Pfarrer, Hr. Früh, heute öffentlich in Stockach übertreten wollte, schien seine gesammte Einwohnerschaft hergesendet zu haben, und aus dem fünf Stunden entfernten Möskirch kamen zwölf mit Leuten aus allen Ständen dicht besetzte Wagen angefahren. Der Gottesdienst fand im Saale des Rathhauses statt und war so zahlreich besucht, daß während und nach demselben Erkrankungen vorkamen; eine Menge Menschen, die in dem beengten Raume des Saales keinen Platz gefunden, hatten sich von außen an die Fenster angeklammert und horchten lautlos den gediegenen Worten des Predigers. Der günstige Eindruck auf sämmtliche Zuhörer war unverkennbar. Pfarrer Früh, der hier und in der ganzen Umgegend für einen Ehrenmann gilt, bestieg nach der Abendmahlfeier des Hrn. Albrecht die Kanzel und motivirte seinen Uebertritt zum Deutsch-Katholicismus auf eine so überzeugende Weise, daß unmittelbar nachher Mehre seinem Beispiele folgten. Pfarrer Früh wird wahrscheinlich für die drei oberländischen Gemeinden Prediger bleiben.

— Aus **Kiel** vom 22. April berichtet die Weser-Zeitung: „Die Antwort auf die ritterschaftliche Adresse (Nr. 107) hat in der Ritterschaft den Muth, das begonnene Werk fortzusetzen, keineswegs niedergedrückt, ich kann mit Bestimmtheit die Nachricht geben, daß die Ritterschaft die Sache nicht ruhen lassen wird. In den nächsten Tagen wird hier eine Versammlung in dieser Beziehung stattfinden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Ritterschaft die einleitenden Schritte thun wird, um die Sache vor ein Forum zu bringen, welchem auch der König von Dänemark Beachtung schuldig ist.“

*Weimar, 25. April. In der zwanzigsten Sitzung des Landtags am 18. März trug, nach Ausweis der bis jetzt veröffentlichten Landtagsprotokolle, der Abg. v. Mannsbach darauf an, daß die vorgeschriebene Abwesenheit der großherzogl. Commissare bei den Abstimmungen im Landtage künftig unterbleiben solle, weil durch eine solche Entfernung der Gang der Geschäfte ohne Noth nur verzögert würde. Mehre Mitglieder glaubten, daß dieser Antrag dann füglich mit verhandelt werden könne, wenn die Oeffentlichkeit der Landtagssitzungen zum Vortrag käme; Andere hingegen fanden ihn zur sofortigen Entschließung geeignet. Die Mehrzahl erklärte sich für das Erstere. Hierauf trug der Abg. Lairitz den Bericht des Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, die Form und Wirkungen der Eheverlöbnisse betreffend, vor. Dieses Gesetz hat den Zweck, die im Großherzogthum über diesen Gegenstand bestehenden verschiedenartigen Gewohnheiten, Einrichtungen und Verordnungen in ein für das ganze Großherzogthum geltendes Gesetz umzuschaffen und dadurch mehr Klarheit und Conformität zu bewirken. Da die Berathung in dieser Sitzung nicht beendigt werden konnte, so wurde sie am 19. März in der einundzwanzigsten Sitzung fortgesetzt und der Gesetzentwurf mit den zu den einzelnen Artikeln beschlossenen Abänderungen, Modificationen und Zusätzen einstimmig angenommen.

Der Referent (Abg. v. Mannsbach) kam nunmehr auf die in der elften Sitzung unerledigt gebliebene Berathung über eine Abänderung des Heimatsgesetzes rücksichtlich der Ritterguts-Häusler zurück, worüber sich abermals eine längere Discussion entspann, welche dadurch erledigt wurde, daß durch Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt wurde, der Landtag wolle sich nochmals für eine Abänderung des Heimatsgesetzes höchsten Orts verwenden. Derselbe Referent setzte sodann seinen Vortrag über mehre in der Intercessionalschrift enthaltene Punkte und die hierauf eingegangenen höchsten Decrete fort, von welchen aber hier nur des 38. Punktes erwähnt werden soll, weil derselbe einen Gegenstand von hoher Wichtigkeit betrifft, nämlich ein Mittel aufzufinden, durch welches die Gemeinden gegen die Last, für die Erhaltung verarmter Gemeindeglieder zu sorgen, beschützt werden könnten; weil die deshalb bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu Abwendungen jener Nachtheile durchaus nicht auslangend befunden worden. Man wünschte besonders eine Sicherung dagegen, daß nicht Einzelne sich durch offenbare Verschwendung ruinirten und dann den Gemeinden zur Last fielen. Der Abg. Karst meinte, daß die Gemeinden es zwar nicht hätten fehlen lassen, bei den Behörden um Handhabung der bestehenden Verordnung nachzusuchen; allein in den meisten Fällen ohne Erfolg, denn die Behörden hätten ihren Beistand verweigert, weil, um Jemanden zum Verschwender zu erklären, die Verwandten des Individuums darauf antragen müßten. Und es komme selten zu einer Prodigalitätserklärung; daher sehr Viele ihr Vermögen verschwendeten und endlich dem Heimatsbezirke zur Last fielen.

Da die Erörterung über diesen Gegenstand in dieser Sitzung nicht zu Ende gebracht werden konnte, so wurde sie am 22. März in der dreiundzwanzigsten Sitzung fortgesetzt. Der Vorschlag des Ausschusses ging dahin, daß um Vorlage eines für das ganze Großherzogthum geltenden Gesetzes gebeten werden solle, nach welchem leichtsinnige Verschwender unter Vormundschaft gestellt werden könnten. Abg. v. Wiedenbrugk glaubte, daß die bestehenden Gesetze zu dem Zwecke ausreichten; weitere Bestimmungen könnten leicht die Freiheit und Selbständigkeit der Staatsbürger gefährden. Nach längerer Discussion, an welcher auch der Staatsminister v. Watzdorf Theil genommen, welcher ebenfalls ein neues Gesetz nicht für nöthig hielt, wurde endlich durch starke Majorität der Beschluß gefaßt: daß der Staatsregierung empfohlen werden solle, mit Rücksicht auf die bestehende Gesetzgebung und die immittelst gemachten Erfahrungen ein neues Gesetz zu entwerfen, um dem fraglichen Uebelstand in der einen oder andern Weise abzuhelfen, namentlich aber auch dabei zu erwägen, ob den Gemeinden bei herannahender Verarmung eines Heimatsangehörigen, welche sich auf merkliche Weise offenbart, die Befugniß einzuräumen sei, die Beschlagnahme eines Theiles des Vermögens desselben zur eignen Sicherstellung und zur Sicherstellung seiner Familie zu beantragen.

Digitized by Google

Am 23. März in der vierundzwanzigsten Sitzung trug der Abg. Steinberger den Gesetzentwurf über die Verpfändung von Gewerbsberechtigungen vor, wodurch das frühere Gesetz über das Recht von Faustpfändern und Hypotheken, nach welchem nur unbewegliche Körper, Sachen oder Rechte an selbigen Gegenstand des Unterpfandes sein können, insofern abgeändert werden soll, daß auch solche Gewerbsberechtigungen, die weder an den Besitz eines Grundstücks noch an die Person eines bestimmten Berechtigten gebunden sind, verpfändet werden könnten. Nachdem die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes nach und nach durchgegangen und discutirt worden waren, wurden sie mit einigen Abänderungen und Zusätzen und somit das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Der Abg. Karst hielt hierauf einen Vortrag, in welchem er die Nothwendigkeit darzuthun suchte, daß, da zeither die meisten Vorschläge zur Verbesserung des Gemeindewohls nur die beiden ersten Stände im Auge gehabt, es doch Zeit sei, daß auch der dritte Stand, der der Bauern, an die Reihe komme und auch diesem es erleichtert würde, den möglichsten Vortheil aus seiner Wirthschaft zu ziehen; dies sei aber jetzt, da mit die Volksmenge, nicht aber Grund und Boden wachse, da die in Zeit der Noth auferlegten hohen Abgaben eher gesteigert als gemindert würden und da endlich die Benutzung des Bodens noch so vielen Hindernissen unterworfen sei, nicht möglich. Um nun einen bessern Zustand herbeizuführen, trage er darauf an, daß eine Ablösung der Erbzinsen und der Schaftriftgerechtigkeiten befördert und der hohe Preis des Salzes bedeutend gemindert werde. Abg. Rebling war zwar mit den Motiven des Antrags einverstanden, bemerkte aber, daß die in solchen enthaltenen Wünsche durch einige dem Landtage zur Berathung vorgelegte Gesetzentwürfe erledigt werden dürften. Man beschloß einstimmig, den Karst'schen Antrag an den betreffenden Ausschuß abzugeben.

Nachdem noch eine Localsache verhandelt worden, hielt der Abg. Gerlach einen Vortrag über die Nothwendigkeit, Mittel und Wege zur Aufhülfe des Bauernstandes aufzufinden. Nachdem derselbe eine höchst traurige Schilderung von dem Zustand entworfen hatte, in welchem sich der Bauernstand nicht nur in seiner Gegend, sondern im ganzen Großherzogthume befinde, gab derselbe als Grund desselben Folgendes an: die Zerstückelung des Grund und Bodens, die vermehrten Lebensbedürfnisse, die geringe Intelligenz des Bauernstandes und die nachtheiligen Folgen des Branntweintrinkens, die unverhältnißmäßig starken Abgaben; auch müsse in Anschlag gebracht werden, daß, während für die Städte viel und mancherlei zu deren Aufhülfe geschehe, das platte Land von allen diesen Vortheilen ganz ausgeschlossen und sich selbst überlassen bleibe. Als Mittel den Bauernstand zu heben wird vorgeschlagen, daß für größere Intelligenz desselben gesorgt werden möge; es sei zwar in dieser Beziehung schon Manches geschehen, allein dies reiche nicht aus und der Zweck könnte vollständig nur erreicht werden, wenn auf den Dörfern Fortbildungsschulen errichtet würden; ferner sei eine gleichmäßige Vertheilung der Abgaben nöthig; weil notorisch die größere oder geringere Fruchtbarkeit der verschiedenen Gegenden des Landes bei Aufstellung des Abgabesystems zu wenig Berücksichtigung gefunden habe. So fänden auch neben den an den Staat zu entrichtenden Abgaben, Feudallasten, z. B. Erbzinsen ꝛc., ingleichen Gemeindelasten statt. Obwol nun ein Entwurf zu dem Gesetze über die Ablösung grundherrlicher Rechte dem Landtage zur Prüfung vorliege, so enthalte dasselbe doch Bestimmungen, welche weniger zur Abhülfe des Drucks als vielmehr zur Verstärkung desselben dienen könnten. Auch dieser Vortrag ward an den betreffenden Ausschuß verwiesen.

— Aus **Braunschweig** vom 22. April enthält die Weser-Zeitung Folgendes über den Finanzetat: „Die dem Ausschusse der Ständeversammlung übergebene Vergleichung der im Jahre 1846 wirklich stattgefundenen Einnahme und Ausgabe unsers Landes mit den Anschlägen des für jenes Jahr aufgestellten Etats ist durchaus günstig, indem sich, abgesehen von den Eisenbahnen, eine Mehreinnahme von 58,202 Thlr. und, einschließlich eines der Betriebskasse überwiesenen Ueberschusses von 15,000 Thlr. an jenen, sogar von 73,202 Thlr. ergibt. Am bedeutendsten war der Ueberschuß bei dem Kammergute, während bei diesem Posten vor einigen Jahren sich ein solcher Ausfall vorfand, daß dadurch vorzüglich geradezu ein Deficit in der Staatskasse entstand. Die Stempelsteuer und die Gerichtssporteln haben einen Mehrertrag von 5146 und 1322 Thlr. ergeben, die Posten von 5000 Thlr. Der Nettoüberschuß von den Posten war veranschlagt zu jährlich 14,000 Thlr. für die Jahre 1834/1836, 25,000 Thlr. für 1837/1839, 24,500 Thlr. für 1840/1842, 28,900 Thlr. für 1843/1845, 33,333 Thlr. für 1846/1848, und das Jahr 1846 hat schon eine wirkliche Einnahme von 38,333 Thlr. ergeben. Ein verhältnißmäßig bedeutender Ausfall ergibt sich an den Gewölbe- und Boutikengeldern (in den Messen), welche, zu 3350 Thlr. veranschlagt, nur 2500 Thlr. ergeben haben. In den Jahren 1834 bis 1836 waren diese Auskünfte zu ungefähr 5500 Thlr. jährlich veranschlagt, sie sind also jetzt um mehr als die Hälfte gesunken, und dies gibt einen Maßstab für das Sinken unserer Messen überhaupt, namentlich der Miethen für die Meßlocale, welche wiederum auf die Preise der Grundstücke den größten Einfluß haben. Der Antheil an dem Aufkommen für gemeinschaftliche Abgaben aus der Zollvereinskasse war zu 443,751 Thlr. veranschlagt, hat aber nur 441,108 Thlr. 16 Gr. betragen. Bei den Ausgaben ist in mehren Positionen der Etat überschritten, im Ganzen um 21,685 Thlr., dagegen sind bei andern 22,065 Thlr. erspart, worunter am Extraordinair 18,529 Thlr. Sehr erfreulich ist es, daß beim Militairetat die Anschläge genau eingehalten sind. Zahlreiche Beurlaubungen, namentlich der Cavalerie, haben dies möglich gemacht, während sonst bei den so sehr gestiegenen Preisen des Getreides und der Fourage es kaum möglich gewesen wäre. Dem Ausschusse ist auch der Etat für das Jahr 1847 von der Regierung übergeben, und derselbe wird in einer nächsten Sitzung über Das berathen, was der Regierung zu erwidern ist, indem bekanntlich der Etat für die ganze Finanzperiode zwischen dieser und den Ständen vereinbart ist."

— Aus **Bernburg** vom 26. April wird der Berlinischen Zeitung berichtet, die anhaltische Land- und Ritterschaft, gestützt auf ihr gutes altes Recht und aufgemuntert durch das Beispiel und den moralischen Rückhalt an Preußen, sei bei dem Senior des Hauses Anhalt, dem Herzoge von Köthen, dringend um die Erlaubniß einer mehrtägigen Zusammentretung eingekommen, und diese, nachdem jene erfolgt, werde in der Mitte des Monats Mai wirklich stattfinden. Der hauptsächliche Gegenstand der Berathung werde zunächst sein über die Mittel und Wege, durch welche die Landschaft ihre alte rechtlich begründete Mitwirkung bei dem Staatsschulden- und Steuerwesen wieder erlangen dürfte, sowie über mehre andere sehr wichtige Gegenstände.

— Der in **Frankfurt a. M.** residirende **Kurfürst von Hessen** hat eine große Quantität Kartoffelsamen aus Amerika kommen lassen, der in Kurhessen auf geeignete Weise nun an die Landwirthe vertheilt wird. (B. Z.)

Preußen.

Berlin, 30. April. In der Sitzung der Curie der drei Stände vom 27. April wurden wieder 53 Petitionen, darunter 18 von dem Abg. Hirsch aus Landsberg eingereichte Petitionen den Abtheilungen überwiesen und mehre Abtheilungen verstärkt. Auf Antrag des Abg. v. Breitenbauch wurde bestimmt, daß die Sprecher vor ihrer Rede ihre Namen nennen sollten. Dann begann eine noch nicht zum Schlusse geführte Verhandlung über ein die jetzigen Nothstände betreffendes Gutachten. In diesem hatte die sechste Abtheilung von den mancherlei einschlagenden Petitionen und Vorschlägen in ihrer Mehrheit nur zwei beevorwortet: nämlich zuerst das Verbot der Ausfuhr von Kartoffeln nach Ländern, die nicht zum Zollverein gehören. Eine Minorität war gegen alle Ausfuhrverbote. Dann das Verbot des Branntweinbrennens aus Kartoffeln, was auch eine Minorität gegen sich hatte. Ueber erstern Punkt ward die Verhandlung eröffnet und erklärte sich zuerst der Finanzminister v. Düesberg im Allgemeinen einverstanden, ohne großen praktischen Erfolg zu erwarten. Der Abg. Grunau aus Elbing sprach sich in ähnlichem Sinne und gegen jede weitere Beschränkung des Handels aus. Der Abg. Gadegast sprach gegen Ausfuhrverbote und für Hülfscapitalien und Wegebaue; der Abg. Naumann gegen Ausfuhrverbote. Der Landtagscommissar erwähnte, daß eben jetzt nicht unbedeutende Versendungen nach einer benachbarten Seestadt im Werke sein sollten, weshalb die Sache doch nicht so unbedeutend erscheine. Der Abg. Winzler wünschte, daß die Seehandlung die durch den Steuererlaß ausgegebene Million zur Herabdrückung der Preise benutzt hätte, was den Landtagscommissar zu einer Entgegnung veranlaßte. Die Abgg. Wächter und Sperling sprachen gegen Ausfuhrverbote, und Letzterer bezweifelte sogar die Competenz des Landtags, weil es sich nicht um alle Provinzen handle, wogegen der Landtagscommissar remonstrirte. Der Abgeordnete Gier wollte im Nothfall, besonders wegen der kurhessischen Zustände und Maßregeln, auch die Getreideausfuhr verboten wissen, wogegen sich der Finanzminister unter Anführung eingegangener Berichte erklärte. Der Abg. v. Fabeck bemerkte, daß die Aufhebung der Mahlsteuer möglich gemacht habe, mehr Weizenbrot zu backen. Abg. v. Auerswald erklärte sich für das Gutachten; ebenso die Abgg. Schauß, Graf Schwerin, Meyssen. Eine Rede des Abg. Giese, der für Verbot der Getreideausfuhr war, erschien Vielen so lang, daß die Allgemeine Preußische Zeitung selbst Getrommel anmerkt. Abg. Rausch stimmte dem vorigen Redner bei, Abg. v. Heyden gegen alle Ausfuhrverbote. Abg. Jebens hob hervor, daß Verbot der Getreideausfuhr auch Aufhörung der Zufuhr nach sich ziehen werde. Abg. Müller aus Wegeleben war für das Gutachten. Ebenso der Abg. Diergardt, der auch über mangelhafte Grenzaufsicht klagte, was der Generaldirector der Steuern in Abrede stellte. (A. P. Z.)

ψ **Berlin**, 28. April. Der König hat vorgezogen, auf die Adresse des Vereinigten Landtags ausgeführte Antwort schon jetzt zu ertheilen (Nr. 116), und diese Antwort ist nicht wenig erheblich. Die Stände können daraus entnehmen, daß es mit der durch den §. 12 der Verordnung I. bei Aenderungen der ständischen Verfassung ihnen zugesicherten Mitwirkung dem Gesetzgeber wie dem Gesetz selbst ein aufrichtiger Ernst war. Sie haben diese Mitwirkung nicht allein schon jetzt und in unmittelbarer Nähe des 3. Febr. angetreten, sondern sie sehen auch bereits Erfolge derselben. Unter den letztern ist die in der königlichen Antwort gegebene Zusicherung, daß der Vereinigte Landtag innerhalb der Frist von vier Jahren

aufs neue einberufen werden soll, mit Rücksicht auf Grund und Zusammenhang der Gesetzgebung vom 3. Febr. unbezweifelt als der entschiedenste zu betrachten; und über den dabei leitend gewordenen Gesichtspunkt kann eine Ungewißheit um so weniger entstehen, als er durch andere diese königliche Versicherung begleitende Momente genügend erklärt wird. Bekanntlich war die Einberufung des Vereinigten Landtags durch das Gesetz vom 3. Febr. an keine bestimmte, regelmäßige Wiederkehr geknüpft worden. Diese nun wird ihm durch die königliche Antwort zwar auch jetzt noch nicht bewilligt; aber der Umstand, daß seine nächste Berufung innerhalb des Zeitraums von vier Jahren ihm zugesagt wurde, daß dies ferner der nämliche Zeitraum ist, den das Gesetz in Betracht der Einberufung des vereinigten ständischen Ausschusses festgesetzt hatte, daß endlich die betreffende Zusicherung von der ausdrücklichen Erklärung begleitet wurde, selbst für den Fall, daß kein Grund dafür vorhanden wäre, solle der Landtag in jener Zeit dennoch berufen werden, macht es fast wahrscheinlich, daß die Gesetzgebung vom 3. Febr. durch die ständische Debatte einem bedeutsamen Umschwunge bereits genähert wurde; und die in der königlichen Erwiderung zumal nicht vermiedene ausdrückliche Berufung auf den §. 2 der Verordnung II. will, wie uns dünkt, vollends keinen Zweifel darüber gestatten, auf welcher Seite der Verfassung jener Umschwung zuerst praktisch hervortreten werde. Wir betrachten, um es mit Einem Worte zu sagen, das Institut des vereinigten ständischen Ausschusses durch diese königliche Antwort für so gut als aufgehoben; für so gut als aufgehoben, sagen wir, und bitten richtig verstanden zu werden, da wir damit nur den wirksamen Eintritt einer neuen Anschauung in die hinsichtlich des vereinigten ständischen Ausschusses von Seiten der Krone bis hierher unterhaltenen Theorien bezeichnen wollen. Wäre Dem aber so, dann beglückwünschen wir die Staatsregierung und die Stände zugleich. Das Institut des ständischen Ausschusses beruht auf dem Gedankengange einer Politik, der es, so lange die allgemeinen Stände nicht einberufen worden waren, an der nothwendigen Bewahrheitung fehlen mußte. Würde dieses Institut zumal aus den durch die Verordnung vom 21. Jun. 1842 ihm eingeräumten Befugnissen geprüft, so schien selbst die Ansicht nicht einmal gerechtfertigt, daß es bestimmt sei, von dem ständischen Particularismus in den ständischen Universalismus der Monarchie allmälig hinüberzuführen. Seine ganze Idee schien auf den rein diätetischen Zweck zurückzuleiten, die Berührung der Staatsregierung mit stärkern ständischen Einflüssen zu vermeiden. Darin allein verrieth es eine politische Eigenthümlichkeit, und diese war es denn auch wol, welche den Gesetzgeber veranlaßte, das Institut, allerdings modificirt, auch noch in die Verfassung vom 3. Febr. mit hinüberzunehmen und selbst jetzt noch nicht ausdrücklich aufzuheben.

Die diätetischen Zwecke sind aber ewige, die, wenn nicht heute und bei vier Jahren, doch eben so leicht bei acht oder sechzehn Jahren ꝛc. um so dringender hervortreten und ihr eigenthümliches Organ sich erfodern können. Dann ist es allemal gut, wenn dieses Organ nicht erst gefunden zu werden braucht, wenn es bereits vorhanden ist, und nur aus diesem Grunde hat wol der vereinigte Ausschuß seine alte Gesetzesstellung beibehalten. Von dem Vereinigten Landtag und seiner Haltung wird es aber abhängen, ob jener Fall noch jemals eintreten, ob also das dem vereinigten ständischen Ausschusse zugesicherte Vorrecht der periodischen Einberufung von nun an auf den Landtag selbst übergehen und bei diesem bewahrt werden, ob überhaupt der Ausschuß eine andere als durchaus unthätige Existenz ferner noch behalten soll. Mag der Landtag dieses günstige, ihm so früh gewordene Wahrzeichen sich zur Richtschnur seines Weges dienen lassen, mag er erkennen, daß es bei der offenen und zugänglichen Willfährigkeit des Monarchen lediglich auf ihn selbst, auf seine Mäßigung, seine Vorsicht, sein ziemendes Vertrauen ankommt, ob die ständische Verfassung des Vaterlandes, wozu sie doch die ganze innere Veranlagung hat, zu lebendiger Wahrheit werden und das ständische Organ zu imposantem Einflusse gedeihen soll. Eins hat der Landtag bereits jetzt erprobt, daß es nämlich falsche Zuflüsterungen schlimmer Freunde waren, die ihm sagten, er sei nur berufen, zu gewähren, nicht auch Gewährungen davonzutragen; er solle nur vernehmen, nicht auch selbst vernommen werden. Als er ungeachtet der vielen Wünsche, die viele Jahre in der Stille aufgespeichert hatten, den meisterhaften Bestrebungen jener unwürdigen und zudringlichen Freunde nicht folgte; als er die Tiraden der Coterie nüchtern abwog gegen das Zeugniß der offenen Ehrlichkeit und sich für das Banner der letztern entschied; als er in loyaler Haltung zu verharren sich entschloß: eben da kam ihm im Sonnenlichte der bereits zugestandenen Oeffentlichkeit die noch gewichtigere Zusage seiner Wiederberufung gleichsam freiwillig entgegen. Mag er daraus entnehmen, daß reeller und mächtiger Ernst darin wohnt, wenn der Monarch „Vertrauen" fodert, und daß jedes Verkennen der wahren Bedeutung und Tiefe dieses einfachen Wörtchens leicht die andere Seite dieses königlichen Ernstes hervorkehren könnte. In diesem traurigen Falle würde er sich wenigstens nicht einbilden können, dem Land einen Dienst geleistet und bei dem denkenden Theile der Nation sich beliebt gemacht zu haben. Patriotischen Männern steht keine Gefahr näher als die, von dem Patriotismus in die bloße Pruderie des Patriotismus zu fallen. Für diesen so leicht möglichen als tief erniedrigenden Fehltritt, der das Heiligste zur Caricatur macht, soll der wahre Patriot daher ein stets wachsames und besonders geschärftes Auge sich bewahren.

* **Posen**, 27. April. Daß es mit dem Beginn des großen Polenprocesses jetzt Ernst werde, leidet nach manchen Erscheinungen in der jüngsten Zeit keinen Zweifel mehr. Neuerdings sind wieder mehre auf freien Fuß gestellte junge Polen aus Berlin hier eingetroffen. Auch der Lieutenant v. S., dessen Verhaftung im vorigen Frühjahr so viel Aufsehen erregte und den die Fama damals sehr verschuldet erscheinen ließ, ist vom Kammergerichte nicht in Anklagezustand versetzt worden und bereits hier eingetroffen. Dagegen haben neuerdings auch wieder einige politische Verhaftungen stattgefunden und Andere, z. B. der Dr. R., sind, nach Untersuchung ihrer Papiere, von der Polizei, wie verlautet auf Requisition des Kammergerichts, vernommen worden.

— Die Spenersche Zeitung meldet aus amtlicher Quelle, daß in Berlin während der drei Tage des Tumults bis zum 23. April 8 Officiere, 74 Soldaten und 10 Gendarmen verwundet worden seien.

— Aus Koblenz vom 24. April meldet die Rhein- und Mosel-Zeitung: „In der Untersuchungssache gegen Dronke wurde heute das Urtel nach den Anträgen der Staatsbehörde ausgesprochen und Dronke wegen aller ihm zur Last gelegten Vergehen zu einer zweijährigen Gefängnißstrafe verurtheilt. Dronke hat sogleich Appell gegen das Urtel angezeigt, und so wird dann die Sache in einiger Zeit noch einmal vor der Zuchtpolizei-Appellkammer hier vorkommen."

— Die Berlinische Zeitung widerspricht der Angabe der Düsseldorfer Zeitung über den Zweck des Aufenthalts des geh. Oberregierungsraths Aulike in Münster. (Nr. 116.) Es könne versichert werden, daß er einen Auftrag nicht erhalten habe, mit dem Domcapitel wegen der Bischofswahl zu verhandeln, und daß sein Aufenthalt in Münster sich in keiner Weise auf die dortige Akademie beziehe.

— Aus Königsberg vom 26. April wird geschrieben: „Der suspendirte Prediger Detroit hat sich nun entschlossen, mit 30 seiner Anhänger auf Grund des von ihm aufgestellten Glaubensbekenntnisses eine neue Religionsgesellschaft zu gründen. — In der freien Gemeinde ist durch Wahl der Mitglieder zweien unter den ihr beigetretenen Candidaten das Amt und die Würde des Geistlichen in dieser Religionsgesellschaft übertragen. Man ist dabei von der Hoffnung geleitet worden, daß bald auch in andern Städten sich freie Gemeinden bilden würden; um dem dann vielleicht eintretenden Mangel an Geistlichen vorzubeugen, soll die vorgenannte Maßnahme getroffen sein. — Zur Untersuchung über den Tumult in Osterode (Nr. 114) ist eine Commission des hiesigen Inquisitoriats abgegangen."

Oesterreich.

„Wenn die letzten Nachrichten aus Konstantinopel (Nr. 120), schreibt der Nürnberger Kurier aus Wien vom 23. April, in Betreff der griechischen Differenzen mit der Pforte sehr beunruhigend lauteten, so sind dagegen, wie man aus sehr gut unterrichteter Quelle weiß, die Nachrichten aus London um so befriedigender. Lord Palmerston hat sich nach diesen seit vier Tagen hier eingetroffenen Berichten den Ansichten des österreichischen und preußischen Hofs vollkommen angeschlossen und sich bereit erklärt, in Konstantinopel dahin zu wirken, daß ein Conflict zwischen Griechenland und der Pforte, der die Ruhe des ganzen Orients in größte Gefahr gebracht hätte, vermieden wird. Man versichert, der hiesige englische Botschafter, Lord Ponsonby, habe nach erhaltener Mittheilung dieser günstigen Ansicht des englischen Ministeriums einen Kurier mit dieser Nachricht nach Konstantinopel geschickt. Die Sinnesänderung des Lords Palmerston möchte wol in der immer offener zu Tage tretenden Annäherung Rußlands an Frankreich zu suchen sein."

Spanien.

Der Congreß war am 19. April mit Ernennung der Commissionen über die neuerdings vorgelegten Gesetzentwürfe wegen Liquidirung der rückständigen Foderungen an den Schatz und den Verkauf von Nationalgütern beschäftigt. Gegen den letztern traten bei dieser Gelegenheit die HH. Carramolino und Mon auf. Der Finanzminister Salamanca vertheidigte den Gesetzentwurf nachdrücklich und versprach sich davon die Abstellung sehr vieler Mißbräuche. Die am Ende gewählte Commission von sieben Mitgliedern zählt jedoch nur zwei entschieden für den Entwurf gestimmte, und man betrachtet diese Wahl als eine Schlappe für das Ministerium. Auch für den erstern Gesetzentwurf zeigte sich keine günstige Stimmung, und die Moderados scheinen beide ausersehen zu haben, um sich mit dem Ministerium wieder einmal zu messen. Unter diesen Umständen fehlt es in dem an Erfindung von Gerüchten reichen Madrid nicht an Solchen, welche Hrn. Salamanca's Rücktritt, ja den des ganzen Ministeriums Pacheco schon in Aussicht stellen und an dessen statt ein Ministerium Olozaga verkünden. Am 20. April berieth der Congreß den Gesetzentwurf über Bildung von Actiengesellschaften.

— Die Zeitungen vom 20. April aus Madrid bestätigen die Nachricht von der bewaffneten Intervention der Theilnehmer an der Quadrupelallianz in Portugal, nachdem der portugiesische Gesandte Graf

Digitized by Google

v. Thomar an die spanische Regierung deshalb ein officielles Verlangen gestellt hatte. 4000 M. spanische Truppen unter dem Befehle des von Paris zurückgekehrten Generals Don Manuel de la Concha wurden nach der portugiesischen Grenze beordert, und auch von Madrid sind zwei Bataillone, eine Batterie Artillerie und zwei Genieecompagnien in dieser Richtung abmarschirt, zunächst nur, um die nach der Grenze gegangenen Truppen in den Garnisonen derselben zu ersetzen. Die progressistischen Blätter äußern sich über diese Intervention ungünstig. Der zum Generalcapitain von Galicien ausersehen gewesene General Rontali hat diesen Posten nicht angenommen, zu welchem nun General Vigo bestimmt ist.

— Aus **Girona** wird vom 17. April berichtet, daß dort ein Carlistenanführer, Penitent von Finistra genannt, in Folge kriegsgerichtlicher Verurtheilung einen Tag nach seiner Verhaftung und wenige Stunden nach dem Urtelsspruche erschossen worden ist.

Großbritannien.

London, 25. April.

Die Times hält das neue Armengesetz für Irland noch nicht für geborgen. Im Unterhause habe die Macht der öffentlichen Meinung und die Aussicht auf eine nahe allgemeine Wahl ein Votum zwar verhütet, das jeder Wählerkreis übel aufgenommen und jedes Mitglied bereut haben würde. Allein unter den Pairs, wo die Verantwortlichkeit der Repräsentation unbekannt sei und die Befürchtungen neuer Wahlen nur entfernten Einfluß besitzen, sei es nicht unwahrscheinlich, daß ein Versuch, die Maßregel zu nichte zu machen, gelinge, und gemacht werde er ganz gewiß. Zwar erwartet die Times nicht, daß die Bill durch directen, entschlossenen Widerstand werde abgelehnt werden. Denn selbst die ihrem Grundsatz am feindseligsten Gestimmten wie Die, welche deren Anordnungen am meisten fürchten, würden kaum wagen, einen Weg einzuschlagen, welcher einen Aufschrei durch das ganze Land zur Folge haben und damit gerade die Calamität beschleunigen würde, die sie so ängstlich vermeiden möchten. Wie in andern Fällen werde man eine minder kühne, aber schlauere Taktik statt dessen beobachten, und weil es gewagt wäre, den Gegenstand senatorischer Ungunst zu erdrosseln, werde man ihn zu schwächen und frühzeitige Hinfälligkeit einzuimpfen streben, sodaß er von innen heraus eher als durch äußere Gewalt umkommen müsse. Lord Stanley soll das Amendement gegen Unterstützung arbeitsfähiger Armer außerhalb der Armenhäuser, das im Unterhause beinahe durchgegangen wäre (Nr. 84) und gegen welche Bestimmung die Agitation der irischen Landlords hauptsächlich gerichtet ist, erneuen wollen, und im Oberhause dürfte dasselbe durchgebracht werden. Damit aber werde das Schicksal der Bill eben so sicher besiegelt sein, als wenn sie im Ganzen verworfen worden wäre. Diejenigen, welche sich Lord Stanley's und Lord Monteagle's zu ihren Zwecken bedienten, würden sich jedoch nicht lange ihres Triumphes freuen können; denn mit Hrn. S. Crawford zu reden: „Es würden keine Pachtgelder mehr gezahlt werden, und wirkliche Confiscation werde aus der absoluten Armuth des Volks folgen. Der Pauperismus des Volks werde den der Landlords bewirken und mehren.“ Zu einem solchen Stande der Dinge, bemerkt die Times, führt die punische Politik der Landlordsfaction.

— Eine Anzahl britischer und eingeborener Frauen in den vornehmsten Handelsstädten der Vereinigten Staaten haben eine besonders künstliche und kostbare Kopfbedeckung zum Geschenke für die Königin von Großbritannien gemeinschaftlich gearbeitet und bereits an dieselbe abgeschickt.

— Bei der jüngst gehaltenen Jahresversammlung der britischen Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums unter den Juden ergab sich, daß die Jahresbeiträge 589 Pf. St., die aus andern Quellen erhaltenen und zur Disposition gewesenen Gesammtmittel 2286 Pf. St. oder 500 Pf. St. mehr als voriges Jahr betragen haben. Uebrig davon waren nur 30 Pf. St., eine dem Zwecke der Gesellschaft so wenig entsprechende Summe, daß dieselbe, wie der Bericht im Morning Chronicle sagt, ernstlich ihre Freunde um Beihülfe angehen müsse.

— Auf den Gefangenenschiffen zu **Woolwich** baten die Sträflinge dieser Tage um die Erlaubniß, zu den Sammlungen für die armen Irländer ihr Scherflein beizusteuern; sie ward ihnen ertheilt und ihr Beitrag in ganzen und halben Pennies ergab 17 Schill., welche von dem Aufseher dem dasigen Hülfscomité eingeschickt wurden.

— Der vor kurzem erst angestellte Bischof von Sodor und Man, Dr. W. A. Shirley, ist mit Tode abgegangen.

— Der irische Pair Edward Robinson Montagu, Lord Rokeby, geb. 1787, Schwager des frühern Schatzkanzlers Goulburn, ist in Neapel gestorben. Titel und Güter erbt sein Bruder, Oberst Montagu von der schottischen Fuseliergarde.

— Der Liverpool Standard bemerkt, daß die Tonnenzahl der Ein- und Ausfuhr des liverpooler Hafens endlich höher als die in der Themse gestiegen sei.

— Ein Hr. A. Barnard von St. Helier hat Lord J. Russell einen Plan zur Herstellung einer unterseeischen Telegraphenverbindung zwischen Southampton und den Kanalinseln vorgelegt, wobei nur eine Drahtleitung in Anwendung kommen soll.

Frankreich.

Paris, 26. April.

Die unabhängigen oder progressiven Conservativen werden einer Bemerkung im Commerce zufolge bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Gelder zu geheimen Ausgaben keine Demonstration gegen das Cabinet unternehmen. Ihre Stellung als eine Partei, welche die Majorität regeneriren will, ohne sich von ihr zu trennen, gebiete ihnen, die Haltung für das Bessere lebhaft bewegter Freunde gegen das Ministerium bei einer Vertrauensfrage nicht zu verlassen. Einzelne und z. B. die HH. de Castellane, Emile de Girardin, Sallandrouze u. A. dürften indessen schwerlich unterlassen, von neuem ihre Ansichten geltend zu machen; die Partei werde sich ihnen jedoch nicht anschließen, und so dürfte über die geheimen Gelder das Cabinet die große Mehrheit des Anfangs der Session sich erneuern sehen.

— Die vom Moniteur gegebene Uebersicht der Zolleinnahme im ersten Viertel dieses Jahres von den Haupteinfuhrgegenständen weist eine Einnahme von 32,969,595 Fr. nach, was um 3,252,482 Fr. weniger als 1846 und um 1,308,847 Fr. weniger als 1845 ist.

— Aus **Toulon** wird vom 22. April berichtet, daß die dringendsten Befehle an die noch im Hafen befindlichen, zum Geschwader des Prinzen von Joinville gehörenden Kriegsschiffe eingetroffen waren, ihre Ausrüstung zu vollenden und zu der bei den Hyèren verweilenden ersten Division des Prinzen zu stoßen. Der Ocean war dahin abgegangen, die Dampffregatte Descartes und die kürzlich erst von den Antillen angelangte Fregatte Psyche sowie das Linienschiff Friedland, Flaggenschiff des Admirals Tréhouart, folgen alsbald. Am 10. Mai wollte der Prinz mit fünf Linienschiffen und drei Fregatten in See gehen.

— Daniel O'Connell ist in Begleitung eines seiner Söhne, seines Kaplans, eines Arztes und eines Dieners auf dem Dampfschiffe von Lyon nach Valence abgereist. Er wird im südlichen Frankreich so lange verweilen, bis er zur Reise nach Rom sich hinlänglich erholt hat. Sein Aussehen wird als sehr hinfällig beschrieben, und die so ausdrucksvollen Züge des Agitators sollen in fast lebloser Kälte umgestaltet sein.

♀ **Paris**, 26. April. Debatte und Votum der Deputirtenkammer über Hrn. de Rémusat's Proposition über die Incompatibilitäten besitzen nicht sowol wegen der Frage selbst als wegen des Fortschritts große Wichtigkeit, welcher in der Stellung des Ministeriums gegenüber der dissentirenden Fraction der Conservativen sich ergeben hat. Zwei Minister, die HH. Duchatel und Hebert, hatten sich entschieden gegen alle Reform erklärt und die Inbetrachtnahme der Proposition so gut wie zu einer Cabinetsfrage gemacht. Die dadurch herausgeforderten progressiven Conservativen gaben nun durch Hrn. de Castellane zu erkennen, daß in dem Falle, wo das Ministerium gar nichts zugestehen und nicht einmal andeuten wolle, wann die debattirte Frage geeigneter zur Verhandlung kommen könne, sie für die sofortige Inbetrachtnahme stimmen würden, mit dem Vorbehalte jedoch von gewissen Modificationen an dem Rémusat'schen Entwurfe. Die unmittelbar vor dem Votum von Hrn. Guizot mit Gewandtheit abgegebene Zusage, daß die Zeit der dermaligen Legislatur nicht ohne eine Erwägung jener Frage vorübergehen solle, zog jedoch wieder eine Anzahl Stimmen auf die ministerielle Seite, und es ergab sich für diese eine Mehrheit von 50 Stimmen. Die Anzahl der Conservativen, welche für Hrn. de Rémusat stimmten, schätzt man auf dreißig, und daraus erhellt, daß auch im äußersten Falle, wenn alle Conservativen gegen die Minister gestimmt hätten, diesen noch eine mehr als hinreichende Mehrheit geblieben wäre. Bei einer die conservative Politik direct betreffenden Frage würde außerdem jede Opposition von conservativer Seite aufhören, und da das Cabinet dies weiß, so fühlt es sich gesichert. Allein es weiß auch, daß eine Spaltung in der Mehrheit stets ihre Gefahren hat, daß dieselbe sich verstärken und eine dritte Partei dadurch entstehen könne, welche den Ausschlag bald auf diese, bald auf jene Seite, je nach ihren Wünschen, Intriguen oder ihrem Ehrgeize, zu geben im Stande sein würde. Die Progressiven, bis jetzt nur eine Gruppirung, suchen an ihre Bedeutung glauben zu machen. Sie haben aber noch nicht die Handhabe finden können, um dem Ministerium eine stärkere Initiative und mehr reformirende Thätigkeit einzuhauchen, und die zwei Fragen, bei denen sie gegen dasselbe stimmten, waren eben so übel gewählt, als es zu gleichem Behuf Erneuerung eines Vorschlags sein würde, den Hr. Gauguier vor einigen Jahren machte und der auf Verkürzung der Gehalte von in der Kammer sitzenden Beamten während der Dauer der Session hinausginge. Das Wochenblatt Le Portefeuille soll zum Organe der Progressiven ausersehen sein. Dieses anfänglich vom Ministerium des Auswärtigen patronisirte Blatt ist in Folge einiger compromittirenden Indiscretionen desavouirt worden. Es näherte sich dann der Politik des Grafen Molé, folgte hierauf so ziemlich dem Zufall und trachtete eine Leitung, vor Allem aber Geld zu erhalten, um bestehen zu können. Greifen die Progressiven zu, so retten sie es von einem unvermeidlichen Tode. Auf die Revue nouvelle haben sie ebenfalls ihre Blicke gerichtet. Dieses Blatt steht aber in Beziehungen zu Hrn. Guizot, erscheint auch nur alle 14 Tage und bringt mehr literarische als politische Artikel, daher es seine Stimme nicht oft genug für eine nach Verbreitung trachtende Ansicht würde vernehmen lassen. Bei den alten

Conservativen wird nicht minder das Verlangen nach einem anerkannten Organ ihrer Politik empfunden. Die zu Rußland übergegangene oft oppositionelle «Presse» kann ihnen nicht mehr dienen; Globe und Epoque sind auf eine erbärmliche und scandalöse Art gefallen. Es wurde also ein neues Blatt erfoderlich, und man beschäftigt sich mit Herstellung eines solchen trotz der Schwierigkeiten eines so kostspieligen Unternehmens. Mit dem Journal des Débats begnügt man sich nicht, weil dieses einflußreiche Blatt seine Ansichten mehr aufdringt als sich von der Partei leiten läßt.

An dem seit einiger Zeit aufgekommenen Gerüchte von einer Reise des Kaisers Nikolaus nach Paris ist nie etwas gewesen; wahrscheinlich ist, daß der Großfürst Konstantin an der deutschen Grenze mit einem oder zwei französischen Prinzen zusammentreffen und nach Fortsetzung seiner Reise durch Holland und England in Brest und Cherbourg einsprechen wird. — Für London ist noch immer kein Botschafter definitiv ernannt. Man unterhandelt, damit der Herzog v. Broglie, der von Lord Palmerston nicht gern gesehen ist, keinen zu unfreundlichen Empfang bei der Königin Victoria finde. Nach Madrid scheint Hr. de Beis le Comte, Gesandter in der Schweiz, jetzt sicher bestimmt zu sein. — Man kennt jetzt mit Zuverlässigkeit den Zweck der Sendung des Generals Manuel de la Concha nach Paris. Alles, was davon in Betreff der Königin Christine und der Verhinderung ihrer Rückkehr erzählt wurde, ist rein gefabelt. General de la Concha kam einzig zur Verständigung mit der französischen Regierung über die Intervention in Portugal, die also auch nicht mit Ausschluß Frankreichs und Hintansetzung des Quadrupelvertrags von England und Spanien allein, sondern im Vereine mit Frankreich stattfindet.

Niederlande.

Vor dem hohen Rath im Haag ward vor kurzem eine merkwürdige Rechtsfrage verhandelt. Eine Sklavin in der Colonie Surinam, durch Testament ihres Herrn freigelassen, war, ehe ihr die gewöhnlichen amtlichen Freiheitsbriefe ausgestellt wurden, in dieser Zwischenzeit niedergekommen. Die Frage ist: Folgt das so geborene Kind seiner Mutter in die Freiheit oder bleibt es der Sklave und das Eigenthum des Erbhalters, wie dieser im vorliegenden Falle grausam gefodert und der Gerichtshof von Surinam auch zu seinen Gunsten entschieden hatte? Die Mutter beruft sich auf ihre Freiheit beim Gebären sowie auf ein altes, doch viel verclausulirtes Verbot, Kinder verkaufsweise von den Aeltern zu trennen, was Beides die Gegenpartei bestreitet. Der hohe Rath wird den Spruch erst am 29. April fällen. (Allg. Ztg.)

— Nach Berichten aus Batavia vom 28. Febr. ist der Sultan von Madura, Tjekro-adi-Ningrat, am 27. Jan. zu Bangkallang gestorben, wo er 32 Jahre lang regierte und der niederländischen Regierung stets die Treue bewahrte. — In Bocngo in der Residentschaft Samarang sind am 9. Jan. 200 Gebäude abgebrannt.

Schweiz.

Die Sitzungen des großen Raths in Bern sind auf den 24. Mai verschoben, nachdem noch die Berathung der definitiven Redaction des Steuergesetzes stattgefunden, welche mit Genehmigung des Gesetzes endigte.

Rußland und Polen.

An den Statthalter des Königreichs Polen ist ein kaiserl. Ukas ergangen, mittels dessen die Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs für das Königreich anbefohlen wird, welches, nach angeordneter Durchsicht des bisher gültigen, aus dem Jahr 1818 herrührenden, als eine Verbesserung dieses frühern Gesetzbuchs entworfen worden ist. Es hat dabei der Zweck obgewaltet, die Strafgesetze im Königreich Polen in ihren Hauptgrundsätzen möglichst mit denen des Kaiserreichs in Uebereinstimmung zu bringen, den Einwohnern des Königreichs vollkommene Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten, ihnen dabei aber ihre eigenthümlichen Rechte zu sichern und die in diesem Lande bestehenden örtlichen Gesetze und Vorschriften zu erhalten. (Warsch. Bl.)

Türkei.

O Konstantinopel, 9. April. Der Zwist zwischen der Türkei und dem Königreiche Griechenland ist sehr bedauerlich und kann der Pforte einen viel schwerern Schlag zufügen, als man gemeinhin anzunehmen scheint. Ihr Ansehen würde darunter leiden; denn man ist sich des ganzen Zaubers gar nicht bewußt, den selbst der Anschein einer solchen Geltung auf die jungen Völker des Morgenlandes ausübt. In diesem Umstande liegt das Geheimniß der Haltung und der Sprache, welche das türkische Cabinet in dieser Angelegenheit Griechenland gegenüber angenommen hat. Es weiß, daß, wollte es sich demüthigen, es sich auf die Schilderhebung in Bosnien und in Bulgarien, die Rußland geheimerweise anzuschüren sucht, gefaßt machen müßte. Aus keinem andern Grund, als zu solchen Aufständen anzutreiben, mag Hr. Waschtjenko, russischer Agent in Adrianopel, bei seiner Ankunft dort sich erdreistet haben, von Rustem-Pascha in seinem eignen Wagen den griechischen Agenten mitzunehmen. Dies war eine gefährliche Drohung für die Türken. Es muß deshalb wiederholt werden, daß Hr. v. Stürmer, indem er unter den gegenwärtigen Umständen die Pforte unterstützt, Beifall verdient; aber auf der andern Seite darf man ihm einen gewissen Mangel an Offenheit gegen die französische Botschaft zum Vorwurfe machen, da er sie bei dem Divan in Mißcredit zu bringen trachtet. Es ist richtig, daß die französische Diplomatie in Unkenntniß über den Einfluß einer moralischen Demonstration und aus Mangel an Festigkeit Jedermann mit sich spielen läßt. Angesichts der großen Interessen jedoch, die in diesem Augenblick im Orient verhandelt werden, sollte Hr. v. Stürmer den schwachen Bourquenay unterstützen und auf den rechten Weg zu bringen suchen. Statt dessen trachtet der österreichische Botschafter, den Divan gegen die französische Diplomatie aufzubringen, und liegt ihm fortwährend mit der Aufnahme in den Ohren, welche Ludwig Philipp dem Bey von Tunis bei dessen Anwesenheit in Frankreich hat angedeihen lassen. Die Schwäche des Hrn. de Bourquenay, die geringe politische Moralität Ludwig Philipp's: Alles trägt dazu bei, die Pforte dem westlichen Europa zu entfremden und ihr Ohr Frankreich nachtheiligen Einflüsterungen geneigt zu machen.

Wir vernehmen ferner, daß Hr. v. Stürmer sich Mühe gibt, in Bezug auf die Aufnahme des Bey von Tunis noch eine andere Macht auftreten zu lassen, England nämlich, was jedenfalls die Erkältung zwischen den beiden constitutionellen Monarchien noch vermehren und in Folge dessen den ehrgeizigen Entwürfen Rußlands Vorschub leisten würde. Die Türken lassen sich durch das der Bank von Frankreich vom russischen Kaiser gemachte Darlehn ganz und gar keine Angst einjagen. Sie erblicken in dieser Finanzmaßregel nur Gefahr für die Dynastie Ludwig Philipp's und erfreuen sich darob. — Die türkische Regierung hat kürzlich Schafik-Bey nach Bosnien mit dem Auftrag abgeschickt, die öffentliche Stimmung und den Zustand der Dinge in jener Provinz auszukundschaften. Unter den gegenwärtigen Umständen ist dieser Auftrag von der größten Wichtigkeit. Unglücklicherweise ist Schafik-Bey wenig geeignet, seiner Aufgabe zu genügen; er wird es machen wie gewöhnliche Leute seines Schlages: er wird versuchen, sich zu bereichern, und auf diese Weise wird die Türkei selbst in die Verlegenheiten gerathen, denen sie mittels eines gewandtern, kräftigern und gewissenhaftern Bevollmächtigten hätte entgehen können; sie hätte selbst Bosnien den Ränken Rußlands für immer entreißen und sich der Kräfte bemächtigen können, die sich leicht gegen sie kehren möchten. Es muß bemerkt werden, daß, so lange Risa-Pascha Minister war, die Wahl zu solchen Aufträgen immer mit Vorsicht und Urtheil vorgenommen wurde; Reschid-Pascha steht in dieser Hinsicht weit unter seinem Vorgänger.

Die russische Botschaft hier sucht man mit Polen zu füllen. Ist es Zufall, ist es Berechnung? Aber Rußland gibt nichts dem Zufalle preis, es glaubt die Pforte zu überzeugen, daß eine große Anzahl Polen in seinem Interesse steht, man würdigt sie in ihren eignen Augen und in den Augen Europas herab. Aber Verräther gibt es überall, und der Erfolg dieses diplomatischen Kniffs ist wenig wahrscheinlich. Rußland verfolgt seinen Zweck mit Ausdauer; seinem Späherauge entgeht selbst der geringfügigste Umstand nicht. Es zieht aus jeder Verwickelung, in die sich die andere Diplomatie verflicht, Vortheil, um seinen Einfluß zu mehren. Durch kühnes Hervortreten gewinnt es die der Türkei unterworfenen Völkerschaften, zugleich benimmt es sich als Schutzmacht gegen die Türkei, indem es dem Divan in gewissen Fällen seine Unterstützung angedeihen läßt. Die Griechen in der Türkei begreifen dieses Verfahren und harren still der ersten Lesung des neuen Konstantin. Der Slave mag sich von dem Panslawismus hinreißen lassen: Rußland will nichts als Eroberungen machen.

Frankreich ist in der halbherzigsten und ungeschicktesten Weise in dieser Hauptstadt vertreten; es möchte fast scheinen, daß jeder französische Agent mehr seinen Platz als die Interessen seines Landes im Auge halte. Sie sind furchtsam, schwankend, werden hintergangen, jagen den Türken selbst Angst ein und bringen sich immer mehr um alle Geltung. Was England betrifft, so ist es wahrscheinlich im Stande, sich fester zu stellen, aber es gibt sich nicht die Mühe, die orientalische Frage, die Bestandtheile des türkischen Reichs und die fremden Interessen, die sich dort herum streiten, tiefer zu durchforschen. Aus Unkenntniß des Terrains, auf welchem es zu handeln gilt, ermangeln seine Berechnungen der Richtigkeit und der Bestimmtheit.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Man schreibt aus Neuyork vom 3. April, daß demnächst ein Erlaß des Schatzdepartements der Vereinigten Staaten erscheinen solle, welcher die Häfen von Mejico und Californien, die jetzt oder künftig im Besitze der Union sein würden, unter gewissen Bedingungen dem Handel aller Nationen öffnen werde. Auf die Waareneinfuhr daselbst sollen die jetzt für amerikanische Häfen geltenden Vorschriften Anwendung finden. Ein Tarif sei bereits entworfen und der Ertrag soll zunächst zur Bezahlung der Kriegsausgaben verwendet werden. Wie man hört, erwartete man, daß das Einkommen aus dieser Quelle größer sein werde als die Einnahme, welche eine Steuer auf Thee und Kaffee in den Vereinigten Staaten abgeworfen hätte.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 30. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118½ G.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 99 G.; Chemnitz-Riesaer 60½ — ½ bezahlt, 60 G.; Löbau-Zittauer 56½ bezahlt; Magdeburg-Leipziger 200 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90½ Br.; Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 70¼ G.; Altona-Kieler 107½ Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100 G.

Lotterie. Hauptgewinne der 31. K. S. Landeslotterie, 5. Kl. Neunte Ziehung am 30. April. 20,000 Thlr.: Nr. 21,567; 10,000 Thlr.: Nr. 5570; 2000 Thlr.: Nrn. 8720, 16,935; 1000 Thlr.: Nrn. 7112, 10,829, 12,535, 22,767, 29,358 und 34,116. (Einzige Ziehung erster Klasse im 32. Spiel am 14. Jun.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 30. April früh 7 Uhr: 2″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 26. April. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 104⅝; 4½pc. Handelsg. 172½. Frankfurt a. M., 28. April. Oestr. Bkact. 1897; 250 Fl. 2. 118¾; 500 Fl. 2. 153; Bair. 3½pc. 92¼ Br.; Bad. 50 Fl. 2. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. 2. 74½ Br.; 25 Fl. 2. 27½; Nass. 25 Fl. 2. 25; Sard. 36½; Kurhess. 32. London, 24. April. 3pc. Cons. 86⅛; Port. 3pc. 34; Span. act. 24½; 3pc. 35½; Holl. Int. 58½. Wien, 27. April. Bkact. 1586; Met. 5pc. 107½; 4pc. 97; 3pc. 69½; 500 Fl. 2. 153¾; 250 Fl. 2. 117⅞.

Disconto. Amsterdam, 26. April. 4 %. Frankfurt a. M., 28. April. 3½ %.

Actien. Amsterdam, 26. April. Holl. Eisenbahngesellschaft 92. Frankfurt a. M., 28. April. Taunusb. 358½; Nordb. 70⅝; Berb. 90⅞. Wien, 27. April. Nordb. 166¼; Gloggn. 122; Mail. 108⅛. Livorn. 88; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 29. April. Seehandl.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatssch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 92½, ostpreuß. 95¼, pomm. 93⅞, schles. 96½, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 92, kur- u. neumärk. 95; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 96⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 88⅛, Prior.-Act. 4pc. 90⅛, 5pc. 101⅛, Berl.-Stett. 107⅛, Cöln-Minden 4pc. 90, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107, Niederschles. 86⅞, Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101⅛, Zweigb. 4pc. 59, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103⅛ Br., Litt. B 4pc. 96⅛, Rhein. 84¼ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¼ Br., Thüring. 4pc. 93¾, Wilh.-Bahn 4pc. 86. Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81½, Berg.-Märk. 4pc. 82 Br., Berl.-Anh. 98½, Cöln-Minden 4pc. 89⅝, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Vened. 4pc. 110½ Br., Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70¼, Pos.-Starg. 4pc. 82¾ Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 78½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98, Ung. Centralb. 4pc. 69. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅛, Poln. Schazobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¾ Br., (neue) 4pc. 93¼ Br., Partial a 500 Fl. 4pc. 79, a 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93⅛, Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 300 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½ Br., Staats-Pr.-Anl. 84¾, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31¼, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9½, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Leipziger Börse am 30. April 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	—
pr. 250 Gl. d.	2 Mt.	139⅝	—
Augsburg	k. S.	103⅜	—
pr. 150 Gl. d.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅞
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111⅝	—
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breal pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅞
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M. pr. 100 Fl. in 8 W.	k. S.	56¼	—
	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	—	150⅝
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	—	149⅞
London	3 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	—	6. 22
	k. S.	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅝	—
	3 Mt.	79	—
Wien pr. 150 a. Conv. 20 Kr.	k. S.	—	103¾
	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats Papiere *)	à 3 % im 14-Thlr.-F.	—	99⅝
	à 3 % v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
	à 3 % kleinere	—	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe	à 3½ % im 14-Thlr.-F.	—	98
	à 3½ % v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
	à 3½ % kleinere	—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine	à 3 % im 14-Thlr.-F.	89	—
	à 3 % v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
	à 3 % kleinere	91	—
Leipziger Stadt-Obligationen	à 3½ % im 14-Thlr.-F.	—	—
	à 3½ % v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
	à 3½ % kleinere	—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %	v. 500 -	—	—
	v. 100 u. 25	—	—
„ lausitzer d° à 3½ %		—	—
„ d° d° à 3½ %		—	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-P.-Obl. à 3½ %		105½	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100		—	99⅛
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B = 450 Thlr.)		—	—
K. K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv.		—	—
à 5 % laufende Zinsen		—	—
à 4 % à 103⅜, im 14 Thlr. F.		—	—
à 3 %		—	—
Actien d. W.-B. pr. St. à 100 Thlr.		—	—
Leipzig. Bank Actien à 500 Thlr. pr. 100		172	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien pr. 100		119	—
Sächs.-Bair. d° pr. 100		—	85⅛
Sächs.-Schles. d° pr. 100		—	99
Chemn.-Riesa d° pr. 100		—	80
Löbau-Zittau d° pr. 100		—	56¼
Magdeb.-Leipz. d° incl. Div. Sch. d° pr. 100		—	200

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Bekanntmachung.

Im Monat Mai des Jahres 1837 waren aus einem von den Gebrüdern **Johann Gottlieb** und **Johann Christian Bergner** aus Rüdersdorf, Altenburgischen Antheils, im Auftrage der Frachter **Kubaseck** und **Löwenthal** zu Wien für das Handlungshaus **Moritz Königswarter** daselbst zum Transport nach Hamburg an das Handlungshaus **Lieben-Königswarter** daselbst übernommenen, auf dem Frachtwagen des erstgenannten Bergner verladenen Geldfasse sämmtliche in demselben enthalten gewesene Goldmünzen zu dem Gesammtwerthe von 46,366 Fl. 2 Kr. oder 30,910 Thlr. 16 Gr. 2 Kr. Conv., auf der Tour zwischen dem Königl. Sächs. Grenzzollamte Hellendorf und dem Dorfe Neustaaken bei Spandau abhanden gekommen. Da die wegen des hierunter begangenen Verbrechens wider die Gebrüder Bergner, welche der That in hohem Grade verdächtig, aber nicht geständig waren, sofort eingeleitete Untersuchung im Laufe mehrer Jahre ein befriedigendes Resultat nicht ergeben hatte, so wurde von dem Herzoglichen Kreisamte zu Eisenberg, als der wider Johann Gottlieb Bergner zuständigen Untersuchungsbehörde, in Folge diesfalls demselben höhern Orts ertheilter Ermächtigung unter dem 23. Februar 1841 eine öffentliche Bekanntmachung erlassen und in selbiger

1) Demjenigen, welcher so viele und in natürlichem Zusammenhange stehende Anzeigungen beizubringen vermöge, daß der Urheber des Verbrechens zum Geständniß gebracht oder überführt oder auch die Mitschuldigen desselben erlangt werden könnten, eine Belohnung von 100 Thlr., hiernächst aber
2) Demjenigen, durch dessen Angaben die Wiedererlangung irgend eines Betrages des entwendeten Goldes ermöglicht werde, eine Belohnung von 5 bis 10 Proc., je nach der Größe des wiedererlangten Betrages, zugesichert.

In neuerer Zeit ist nun nicht nur von den Gebrüdern Bergner das Geständniß der Urheberschaft des Verbrechens abgelegt, sondern auch der bei weitem größte Theil des entfremdeten Goldes wiedererlangt worden und somit, nach nunmehr anderweit in erster Instanz erfolgtem Verspruche der Sache, der Fall eingetreten, daß über die Austheilung der zugesicherten Belohnungen Entschließung gefaßt werden konnte. Nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen erscheint nun zwar lediglich der Goldarbeiter **Alexander Albertus** zu Eisenberg als Derjenige, welcher alle Bedingungen der Belohnungszusicherung erfüllt hat, und es ist auch derselbe, nachdem er um Zutheilung der fraglichen Prämien eingekommen ist, von dem, hierzu beziehentlich von dem Damnificaten, welcher die eine jener Belohnungen verwilligt hat, autorisirten Herzoglichen Geheimen Ministerium hier zur Zeit als der allein Perceptionsberechtigte anerkannt, zugleich jedoch für angemessen befunden worden, zuvörderst alle Diejenigen, welche etwa bessere oder gleiche Rechte, wie genannter Albertus, hierauf ansprechen zu können glauben, zur Anmeldung und Bescheinigung dieser Rechte bei dem unterzeichneten Landes-Justiz-Collegium binnen einer zu setzenden geeigneten Frist, unter der Verwarnung, daß sonst bei definitiver Schlußfassung in der Sache dieselben unbeachtet bleiben, öffentlich auffodern zu lassen.

Demgemäß werden alle Diejenigen, welche auf die in Frage befangenen Belohnungen rechtsbegründete Ansprüche zu haben glauben, hiermit aufgefodert, solche binnen zwei Monaten vom ersten Mai dieses Jahres an gerechnet, bei dem unterzeichneten Landes-Justiz-Collegium anzubringen, auszuführen und zu bescheinigen, widrigenfalls auf selbige bei der nach Ablauf dieser Frist zu fassenden Endentschließung zum Nachtheile des von dem Goldarbeiter Albertus geltend gemachten Anspruchs einige Rücksicht nicht genommen werden wird.

Altenburg, den 23. April 1847.

Herzogl. Sächs. Landes-Justiz-Collegium daselbst.
C. von der Becke.

[1743—42]

Fahrordnung

auf der a. pr. **Kaiser-Ferdinands-Nordbahn** in Verbindung mit der **Nördlichen k. k. Staatsbahn** vom 1. Mai 1847.

Von Wien nach Brünn, Olmütz, Leipnik, Prag	**Von Prag** nach Olmütz, Leipnik, Brünn und Wien
Personenzüge { um 6 Uhr früh und „ 7¼ „ Abends;	Personenzüge { um 9 Uhr früh, „ 4¾ „ Nachmittags;
Lastzug: „ 6¼ „ früh.	Lastzug: „ 6¼ „ Abends.

Die Bestimmungen über den Verkehr der Personen-, gemischten und Lastzüge auf der a. pr. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der Nördlichen k. k. Staatsbahn, sowie auch die Preistarife für die Personen- und Waarenbeförderung, dann der Gebühren für Reisegepäck, Eilgüter, Equipagen, Pferde und Hunde, sind in den diesfälligen, auf allen Stationen dieser beiden Bahnen angeschlagenen Kundmachungen zu ersehen, und die Preistarife um 3 Kr. C.-Mze. per Stück zu erhalten.

[1705—7]

Von der Direction der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

Digitized by Google

Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Extrafahrten

zwischen Leipzig und Dresden.

Vom 2. Mai an bis auf Weiteres wird **jeden Sonn- und Feiertag Morgens um 5 Uhr** ein Extrazug gleichzeitig von **Leipzig** und **Dresden** abgehen und **denselben Tag Abends um 7 Uhr** zurückkehren.

Die Extrabillets zu diesen Zügen werden auf und nach allen Stationen ausgegeben und kosten die bekannte Taxe der Postzüge, **sind aber für die Hin- und Herreise gültig.** Ein Billet ist gültig für zwei Kinder unter 12 Jahren.

Die Billets werden einzeln und in jeder Anzahl Tags zuvor und am Morgen der Abfahrt von 4 Uhr an bis 5 Minuten vor der Abfahrt an Jedermann ausgegeben. Auch sind Tags zuvor Billets für geschlossene Coupés Ister und Ister Klasse zu 6 Personen und für Wagen IIter Klasse zu 36 Personen, jedoch nur in **Leipzig** und **Dresden**, zu haben.

Ausnahmsweise und bis auf Weiteres können auch Diejenigen, welche über Nacht bleiben wollen, auf dasselbe Extrabillet am **nächsten Morgen** mit dem **ersten Zuge früh um 6 Uhr** zurückkehren. **Auf Extrabillets kann jedoch durchaus kein Gepäck mitgenommen werden.**

Dagegen werden mit diesen Extrazügen auch Reisende mit Gepäck befördert, wozu das gewöhnliche Billet wie zu den Postzügen zu lösen ist.

Leipzig, den 26. April 1847.

Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1713—14)

Ungarische Central-Eisenbahn.

Kundmachung.

In Folge des §. 5 der allerhöchst sanctionirten Gesellschafts-Statuten der Ungarischen Central-Eisenbahn werden nachverzeichnete Sechzig-Sieben Stück Interims-Partial-Scheine, auf welche ungeachtet der in den öffentlichen Blättern drei Mal erlassenen Aufforderungen d. d. 22. October 1846 und 14. Februar l. J. die am 2. Jänner 1847 fällig gewesene 10procentige Einzahlung bis zum 27. März d. J., als dem bestimmten Präclusiv-Termin, nicht geleistet worden ist, in den Büchern der Gesellschaft gestrichen, als null und nichtig erklärt, und die auf selben bereits haftende Einzahlung von 50 Procent ohne Weiteres als Eigenthum der Gesellschaft unter Vorbehalt der ihr zustehenden Rechte eingezogen:

Nr. 1578, 2068, 2239, 6046, 6047, 6757, 7653, 24825, 31764 bis 31768, 31843, 39398 bis 39403, 39409, 44025, 44167 bis 44184, 44199, 47054, 49142, 50750, 54509 bis 54511, 59536, 67001, 70581 bis 70584, 70988, 70989, 71125 bis 71127, 71422 bis 71429 und 71754.

Für diese 67 Nummern werden neue Interims-Partial-Scheine ausgefertigt, über welche die nächste ordnungsmäßige Generalversammlung zu verfügen haben wird.

Pressburg, den 16. April 1847.

[1536—37] Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Leipzig, den 1. Mai 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 200.

Inhalt: Ursachen und Abhülfe der Massenarmuth. Tagesgeschichte: Die Leipziger Messe. — Wochenschau. — Persien. — Wissenschaftliche Nachrichten: Ueber die bei Thorda in Siebenbürgen aufgefundene Sphynx und deren Inschrift. — Literaturbericht. — Der Frühling. — Musik: Wechselgesang. Gedicht in altbayrischer Mundart, von Pangkofer, Musik von Joh. Friedrich. — Volksleben: Das Fest des deutsch-vlämischen Sängerbundes zu Gent. — Handelsnachrichten: Vereinte Weserdampfschifffahrt. — Gewerbenachrichten: Bericht über die dritte allgemeine österreichische Gewerbeausstellung zu Wien 1845. — Gemeinnützliche Nachrichten: Kaffee, Thee und Chocolade I. — Dorfgespräche IX: Bewahranstalten auf dem Lande. — Mannichfaltigkeiten: Meteorologische Beobachtungen zu Leipzig, März 1847. — Modebericht. — Der Kristallakrobat Amodio Neupert. — Nösselsprunggedicht. — Schach. — Rebus.

Abbildungen: Die Restauration zum Hotel de Pologne in der städtischen Reitbahn zu Leipzig. — Aufzug des Schahs nach der großen Moschee zu Ispahan. — Innerer Hof der großen Moschee zu Ispahan. — Der Thron Feth-Ali-Schah's zu Teheran. — Mohammed, Schah von Persien. — Der Thronsaal zu Teheran. — Der Frühling, gezeichnet von W. Harvey. — Wechselgesang, von Pangkofer. — Morgenkaffee der Vornehmen. — Morgenkaffee armer Leute. — Morgenkaffee in der Hausmannsstube. — Morgenkaffee im Kaffeehause. — Pariser Mode. — Der Kristallakrobat Amodio Neupert. — Nösselsprunggedicht. — Schach-Aufgabe. — Rebus Nr. 168.

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern) 2 Thlr.

Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen.

Leipzig, J. J. Weber. [1709]

K. K. priv. Dampfschifffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1722]

Der Lampendocht-Fabrikant M. C. Mosing aus Berlin

will sich hiermit den Herren Lampenfabrikanten und Händlern zur gefälligen Prüfung seines Fabrikats empfohlen haben. Stand am Naschmarkt, im Durchgange nahe der Börse. [1754—56]

Lithograph-Gesuch.

In der Steindruckerei von **F. Wilhelms** in Görlitz kann ein tüchtiger **Schrift-Lithograph** dauernde Condition erhalten. Näheres ist daselbst durch portofreie Proben und Briefe zu erfragen. [1763—64]

Soeben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Eine feste Burg ist unser Gott!

Gedicht

von

Heinrich Grahl.

Preis 4 Ngr. [1730]

Robert Friese in Leipzig.

Wenn ein **französischer Gelehrter**, der der deutschen Sprache völlig mächtig, geneigt wäre, gegen ein nicht zu hohes Honorar eine elegante Uebersetzung eines wissenschaftlichen Buches über Volkszustände Rußlands zu übernehmen, so bittet man um portofreie Adresse, abzugeben beim Buchhändler **Danz** in **Berlin** auf der Spittelbrücke. Man bittet zugleich die Honorar-Bedingungen und eine Probe einer Uebersetzung, wozu man etwa ein paar Blätter des I. Cap. von Blasius' Reisen in Rußland vorschlägt, hinzuzufügen.

Un littérateur français connaissant à fond la langue allemande, et qui voudrait pour un prix modéré se charger de la traduction d'un ouvrage allemand sur les rapports sociaux et politiques de la Russie, peut donner son adresse au libraire **Danz**, près du Spittelbrücke à Berlin. On prie en même temps de faire connaître les conditions pecuniaires et d'envoyer pour essai traduction d'une ou de deux pages du 1er chap. du Voyage de Mr. Blasius en Russie. [1745]

Die hier anwesenden HH. Actionaire der

Deutschen Eisenbahn-Schienen-Compagnie

können die neueste Mittheilung des Directoriums in Empfang nehmen bei dem Agenten

Joh. Ernst Weigel,

[1691—2] Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig.

Eine gebildete Dame, Engländerin, aus London gebürtig, welche mehre Jahre in einer der ersten Familien Sachsens engagirt war und mit den besten Empfehlungen versehen ist, sucht zum Monat Juni als Erzieherin oder Gesellschaftsdame eine ähnliche Stelle.

Um nähere Auskunft bittet man sich zu wenden an Madame **Dillon, Dresden**, Kleine Packhofstraße Nr. 3 erste Etage. [1751]

Offerte. Ein im Tuch-, Manufactur- und Seidenwaarengeschäfte gebildeter junger Kaufmann, von angenehmem Aeußern, wünscht eine Anstellung als **Reisender** für ein solides Haus, und könnte nach Befinden mit einem kleinen Capital sich betheiligen oder Sicherstellung gewähren. Hierauf Reflectirende wollen ihre Adressen gefälligst unter der Chiffre **H. L. # 10.** poste restante Leipzig franco niederlegen. [1752]

Digitized by Google

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber und der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das ruhmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags. Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847.

[1546—53]

Das Königliche Soolbad zu Neusalzwerk bei Preußisch-Minden

wird in diesem Jahre am 16. Mai eröffnet werden. Hinsichts der aus einem 2220 Fuß tiefen Bohrloche in einer Menge von 69 Cubikfuß pr. Minute strömenden, **26½° R. warmen,** an Kohlensäure überreichen, höchst eigenthümlichen Therme und deren außerordentlicher Heilkräfte wird auf eine in der Nicolaischen Buchhandlung zu Berlin soeben erschienene, insbesondere für Aerzte sehr beachtenswerthe Broschüre Bezug genommen. Jede andere Auskunft, namentlich Logis betreffend, wird der Bade-Inspector Lampe auf portofreie Briefe prompt ertheilen.

Bad Neusalzwerk bei **Minden,** im April 1847.

[1277—78] **Die Badeverwaltung.**

Für **Berlin** und die Provinzen **Pommern, Preußen, Posen** und **Schlesien** empfiehlt sich zu **Incassos, Commissionen** und **Speditionen** ergebenst

C. H. Schaeffer
in Berlin.

[1541—44]

Das Muster-Lager der **Cigarren-Fabrik** von **H. Ohlsen & Co.** in Bremen, zu den **niedrigsten Bremer Platzpreisen,** befindet sich bei

Joh. Ernst Weigel.

[1003 5] Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig.

Cirque-Equestre
von E. Renz auf dem Königsplatze.

Sonnabend den 1. Mai große außerordentliche Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Fra Diavolo, oder: **Das Gasthaus zu Terracina.**

Große Pantomime in 16 Scenen, mit Gefechten und Tänzen zu Pferde und zu Fuß.

Personen:

Fra Diavolo, Anführer einer Räuberbande, unter dem Namen Marquis St.-Marco . E. Renz.	Matthee, Gastwirth zu Terracina Hr. Rudolph.
Lord Cokburne, ein reisender Engländer Hr. Hinz.	Zerline, dessen Tochter . . . . . Mad. Tourniaire.
Pamella, seine Gemahlin . . . . . Mad. Renz.	Giacomo, Räuber . . . . . Hr. Alexander.
Lorenzo, römischer Dragoner-Officier Hr. Schumann.	Peppo, Räuber . . . . . Hr. Jean.
	Mehre Räuber, Landleute, Gäste und Dragoner.

Vorher: Neue Productionen der höhern Reitkunst von sämmtlichen Mitgliedern der Gesellschaft.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

E. Renz, Director.

Nordseebad
der
Insel Helgoland.

Auch in diesem Jahre wird die hiesige bekannte Seebad-Anstalt am 15. Juni eröffnet und mit dem 1. October geschlossen werden. Wie in den frühern Jahren unterhalten sichere und bequeme Dampfschiffe die Verbindung zwischen Helgoland und Hamburg (wöchentlich wenigstens 3 Mal), zwischen Helgoland und Bremen und zwischen Helgoland und den benachbarten Nordseebädern, worüber die Herren Schiffsrheder das Nähere zeitig bekannt machen werden. Bestellungen auf Logis ꝛc. führt die unterzeichnete Direction aus, sowie der Badearzt, Herr Dr. von Aschen, ärztliche Auskunft auf Anfragen bereitwilligst geben wird.

Helgoland, im April 1847. [1746—48]

Die Direction des Seebades.

F. August Behrens jun.
in **Magdeburg**

(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher ꝛc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 1 Ries Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 1. Mai. **Des Teufels Antheil,** romantisch komische Oper in 3 Acten. Musik von Auber.

Sonntag, 2. Mai. Zum ersten Male: **Drei Könige und drei Damen,** Lustspiel in 3 Acten, nach dem Französischen von H. Börnstein. — Hierauf: **Die Maskerade im Dachstübchen,** Schwank in 1 Act von C. Meirner.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Friedrich Krause in Delitzsch mit Frl. Auguste Kühne. — Hr. Dr. Moritz Lippmann in Remse mit Frl. Clara Funcke in Zerbst. — Hr. Louis Schibelowski in Magdeburg mit Frl. Johanne Lorenz. — Hr. Kreisthierarzt Hermann Seer in Eckersdorf mit Frl. Adelheid Stein. — Hr. Pastor Moritz Theodor Strödel in Burgstädt mit Frl. Karoline Kirchner in Reichenbach.

Getraut: Hr. Julius Bachmann in Fuchshain mit Frl. Amalie Kaiser. — Hr. Diakonus Ernst Graupner in Döbeln mit Frl. Marie Hahmann. — Hr. Robert Pfennigwert in Bautzen mit Frl. Auguste Fellfel aus Weißenstein. — Hr. Dr. D. H. Sanders in Strelitz mit Frl. Ida Koner. — Hr. Friedrich Schade in Sebnitz mit Frl. Wilhelmine Binbach. — Hr. Justitiar Eugen Schaubert in Breslau mit Frl. Helene v. Windheim. — Hr. Eduard Schmidt in Torgau mit Frl. Julie Muschert aus Uebigau. — Hr. Dr. H. H. Schulze in Neuzelle mit Frl. Therese Nickel aus Fürstenwalde. — Hr. Michael v. Stachowitsch in Berlin mit Frl. Johanne Wangemann.

Geboren: Hrn. A. E. Dufresne in Berlin ein Sohn. — Hrn. A. Hagens in Bremen eine Tochter. — Hrn. Ingenieurhauptmann Tschierschky in Breslau eine Tochter. — Hrn. Amtshauptmann Rudolf v. Welck in Zwickau ein Sohn.

Gestorben: Hr. Kaufmann Friedrich Wilhelm Böttcher in Berlin. — Hr. Rathsmaurermeister Brückner in Löbau. — Hr. Karl Christoffers in Berlin. — Frau Amtmann Gutheke in Spandow. — Hr. Amtsrath Hollin in Neu-Brandenburg. — Hr. Oberamtsrichter Hoß in Stuttgart. — Hr. Regierungsassessor Hermann Kirsten in Trier. — Hr. Karl Leistner in Großpöhla. — Frau Oberlehrer Christiane Sophie Müller in Borna. — Hr. Regierungssecretair Wampold Petersen in Merseburg. — Hr. Kaufmann J. Karl Reisig in Stuttgart. — Frl. Emma Gräfin v. Schwerin in Berlin. — Freifrau Gertrude v. Thielmann in Zülpich. — Frau Rentière Marie Luise Zrethen in Berlin.

Digitized by Google

Sonntag — Nr. 122. — 2. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. Schreiben des Papstes an den König von Baiern. — Truppen in Nürnberg. ** Aus Schleswig-Holstein. Das Verfassungsgerücht. — Die Deutsch-Katholiken in Frankfurt a. M.

Preußen. Berlin. Landtag. (+) Berlin. Oeffentlicher Preßproceß. Dr. Meyen. Die Tumultuanten. Z Königsberg. Die Theuerung. * Posen. Die Mahlsteuer. Die Unruhen. — Die Stände.

Oesterreich. Studententumult in Salzburg. — Der galizische Aufstand. Die Jesuiten. — Arbeiterunruhen. ⊙ Wien. Erzherzog Karl.

Portugal. Die Insurgenten bedrohen Lissabon. Wechsel des Ministeriums. Landung englischer Truppen. Sa da Bandeira in Lissabon.

Spanien. Der Senat. Hr. Olozaga. General Serrano.

Großbritannien. Das Morning Chronicle über die Bewilligung zu Unterrichtszwecken. Die Noth in Irland. Das junge Irland. Feier des Jahrestages von Shakspeare's Geburt. Die Bank von England.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. General Perret. Bu-Maza. ** Paris. Die conservativen Progressisten. Der deutsche Hülfsverein.

Belgien. Die Wahllisten. Proceß in Betreff der Auswanderer.

Italien. Don Enrique.

Schweden und Norwegen. * Stockholm. Der Hof. Das Repräsentationscomité.

Türkei. Rüstungen.

Wissenschaft und Kunst. Berlin. Die Tantième bei der königl. Bühne.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. * Berlin. Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Aus **München** vom 28. April berichtet der Nürnberger Correspondent: „Mit Gewißheit erzählt man sich, daß der Papst in einem an den König gerichteten Schreiben erst jüngst zu dem eingetretenen Wechsel in unserm Vaterland auf das verbindlichste Glück wünschend und billigend sich geäußert habe." (N. C.)

— In **Nürnberg** traf am 28. April auf Requisition der Behörden der Stadt eine Escadron Chevauxlegers des Regiments Taxis aus Ansbach ein, um die aus nur zwei Escadrons bestehende Cavalerie der Besatzung in dem gegenwärtig sehr anstrengenden Dienste zu unterstützen. (N. C.)

** Aus Schleswig-Holstein, 25. April. Mehre Blätter haben die Nachricht verbreitet, die dänische Regierung beabsichtige, die Ständeversammlungen der Herzogthümer und des Königreichs, jede für sich, auf drei Tage zusammenzuberufen, damit jede Ständeversammlung aus ihrer Mitte einen Ausschuß von sieben Mitgliedern erwähle, der in Kopenhagen an einer gemeinsamen Berathung über die Verfassungsangelegenheit Theil nehmen solle. Wenn wir nicht irren, hat ein dänisches Blatt, wir meinen die Kjöbenhavnspost, diese Idee gleich nach dem Erscheinen der preußischen Verordnungen vom 3. Febr. angeregt. Auch ist dieselbe nicht neu, denn schon im Jahr 1844, noch bevor der bekannte Ussing'sche Antrag in der roeskilder Ständeversammlung gestellt wurde, trug die jütische Ständeversammlung darauf an: daß alle vier Ständeversammlungen so bald wie möglich einberufen werden möchten, um Delegirte aus ihrer Mitte zu erwählen, die im Vereine mit von der Regierung zu ernennenden Mitgliedern einen Vorschlag zur Aufrechthaltung der Staatseinheit und Entwickelung der ständischen Institution ausarbeiten könnten. Diese Idee, mit Hülfe einer gemeinsamen Verfassung für das Königreich und die Herzogthümer die sogenannte Staatseinheit zu bewahren und zu befestigen, ist in den dänischen Ständeversammlungen und in der dänischen Presse zu wiederholten Malen geäußert worden, und sehr wahrscheinlich ist es, daß dieselbe aufs neue viele Anhänger in Dänemark findet und man daher von dort aus die Meinung zu verbreiten sucht, die Regierung beabsichtige, einen solchen Plan zur Ausführung zu bringen. Dies Letztere halten wir indessen für sehr unwahrscheinlich, weil eine solche Maßregel theils gegen die ständischen Gesetze streiten, theils erfolglos sein würde. Das allgemeine Gesetz vom 28. Mai 1831 und das Gesetz vom 15. Mai 1834 wegen Regulirung der ständischen Verhältnisse in den Herzogthümern sind die Grundlage, auf welcher die gegenwärtige ständische Institution beruht. Nach den Bestimmungen dieser Gesetze können dieselben weder im Ganzen noch im Einzelnen ohne vorausgegangene Berathung mit den Ständen abgeändert werden. Die Rechte und Pflichten der Ständeversammlungen und deren Mitglieder sind in diesen Gesetzen bestimmt und festgesetzt, und der Regierung steht nicht das Recht zu, den Mitgliedern der Ständeversammlungen Pflichten aufzuerlegen, die jene beiden Gesetze nicht kennen. Eine ganz neue Verpflichtung aber, von welcher in jenen Gesetzen durchaus nichts enthalten ist, würde es sein, wollte die Regierung den Ständeversammlungen befehlen, Delegirte zu erwählen, die nach Kopenhagen reisen sollten, um daselbst im Vereine mit Delegirten der dänischen Ständeversammlungen einen Verfassungsentwurf für das Königreich und die Herzogthümer zu berathen. So lange die erwähnten Gesetze nicht aufgehoben sind, sondern in voller Kraft bestehen, sind sie eben so sehr für die Regierung als für die Mitglieder der Ständeversammlungen bindend, und ein Befehl zur Wahl von Delegirten würde daher offenbar eine Verletzung jener Gesetze sein. Auch würde eine solche Maßregel wahrscheinlich ganz erfolglos bleiben, denn die Ständeversammlungen der Herzogthümer würden sich doch wol kaum darauf einlassen, einen derartigen Ausschuß zu wählen, zu dessen Wahl sie kein Gesetz verpflichtet.

Bedenkt man, auf welche verschiedene Weise in Itzehoe und Schleswig im Jahr 1842 der Vorschlag wegen Einrichtung der ständischen Ausschüsse abgelehnt wurde; bedenkt man ferner Alles, was seit der Zeit in den dänischen Ständeversammlungen vorgefallen ist; bedenkt man endlich die letzten Vorgänge in der holsteinischen und der schleswigschen Ständeversammlung und den Antrag der letztern auf eine schleswig-holsteinische Verfassung und auf Schleswigs Aufnahme in den Deutschen Bund, so braucht man kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Ständeversammlungen der Herzogthümer unzweifelhaft eine derartige Zumuthung mit Entschiedenheit von sich ablehnen werden. Was könnte auch wol die Ständeversammlungen der Herzogthümer bewegen, mit Beiseitesetzung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften jenen Ausschuß zu wählen? Doch nicht etwa irgend eine Vorliebe für die sogenannte dänische Staatseinheit, oder der Wunsch, mit Dänemark zusammen eine Verfassung zu erhalten? Allerdings ist der Wunsch, eine Verfassung zu erhalten, in den Herzogthümern groß und allgemein; er beschränkt sich aber auf eine Verfassung für Schleswig und Holstein, in welcher die erforderlichen Garantien für die Aufrechthaltung der Selbständigkeit und Nationalität der Herzogthümer wie deren grundgesetzliche Verbindung mit einander enthalten sein müssen. Eine solche Verfassung würde aber schwerlich das Resultat der Berathungen jener Ausschüsse in Kopenhagen werden; vielmehr würden diese wol nur dazu dienen sollen, unsere Verhältnisse den dänischen anzupassen, womit uns nicht gedient sein kann. Noch in der letzten viborger Ständeversammlung hat der Regierungscommissar erklärt, das dänische Königsgesetz sei unabänderlich. Wie kann man unter solchen Umständen glauben, die Regierung beabsichtige, dasselbe aufzuheben? Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde dennoch eine constitutionelle Verbindung der Herzogthümer mit dem Königreiche unausführbar sein, weil die Verhältnisse, die Rechte, die Nationalität und die Sympathien diesseit und jenseit der Belte durchaus verschieden sind. Eine solche constitutionelle Verbindung würde wahrscheinlich nur eine reiche Quelle zu fortwährenden Reibungen und Zerwürfnissen werden und dadurch von vorn herein den Keim ihrer eignen Auflösung in sich tragen. Es bedarf wahrlich keines sehr großen Scharfsinnes, dies einzusehen, und um so weniger kann man den Eingangs erwähnten Gerüchten Glauben beimessen.

— Das Frankfurter Journal sagt aus **Frankfurt a. M.** vom 28. April: „Wir sind im Stand, über die Berechtigung des hiesigen deutsch-katholischen Pfarrers zu amtlichen Verrichtungen Näheres mitzutheilen. Er ist ermächtigt: 1) bei Beerdigungen unter seinen Glaubensgenossen mitzuwirken; 2) Taufhandlungen gültig vorzunehmen, wenn a) die Aeltern des Täuflings Angehörige von Frankfurt sind oder doch ihren dauernden Wohnsitz dahier haben, b) der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde angehören, oder c) insofern nur der Vater deutsch-katholisch ist, wenn das Einverständniß der Mutter in glaubhafter Form vorliegt; 3) Trauungen gültig vorzunehmen, wenn beide Brautleute a) Angehörige von Frankfurt und b) Mitglieder der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde sind. Er darf 4) die betreffenden Aufgebote der Gemeinde verkündigen. Aber gesetzlich gültig muß das Aufgebot geschehen, a) wenn beide Brautleute deutsch-katholisch sind, durch das Intelligenzblatt, b) wenn ein Theil römisch-katholisch oder evangelisch-protestantisch ist, in

der Kirche dieses Theiles." Die Erlaubniß zu Haustaufen und die bei Trauungen nöthigen Voruntersuchungen und Ermächtigungen sind bei dem jüngern Bürgermeisteramte zu erwirken, aber für eine gemischte Ehe bei der gemischten Kirchen- und Schulcommission."

Preußen.

Berlin, 30. April. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 27. April (Nr. 121) sprach weiter der Abg. Milde für ein Ausfuhrverbot aller Cerealien. Abg. Moewes hielt die Noth theils für natürlich, theils für künstlich; gegen die letztere genügten die schon bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Abg. Schlattel empfahl das altbackene Brot, war aber gegen alle Ausfuhrverbote. Abg. v. Schelten war für das Gutachten; nur komme die Maßregel zu spät, wogegen der Landtagscommissar die Regierung vertheidigte und durch seine Aeußerungen, namentlich auch in Betreff der Mahlsteuer, vielen Beifall hervorrief. Abg. Siegfried stimmte für freien Verkehr; Abg. Dorenberg, ein Landmann, für das Gutachten; ebenso die Abgg. Tschocke und Heyer. Dann unterstützten fast alle Mitglieder den Antrag auf Abstimmung. Es kam aber noch ein unterstütztes Amendement zur Sprache, das Ausfuhrverbot der Kartoffeln auf alle Provinzen auszudehnen, und das Gutachten wurde in dieser Erweiterung mit größter Majorität angenommen. Dann machte der Abg. v. Leipziger noch das Amendement, auch die Getreideausfuhr zu verbieten. Dagegen erklärten sich zuvörderst der Landtagscommissar mit Bezug auf das Interesse des Handels und die Gefahr der Retorsien. Auch der Generaldirector der Steuern machte darauf aufmerksam, daß die Getreideausfuhr hauptsächlich in Zollvereinsstaaten gehe und namentlich aus der Provinz Sachsen, auf die man sich besonders bezogen. Wenn die Getreideausfuhr verboten werde, so verliere Sachsen die Zufuhr von Böhmen. Wolle man dem Erzgebirge diese abschneiden? Auch der Abg. Hansemann sprach gegen das Ausfuhrverbot, wünschte aber Erwägung, ob nicht die an der Rheingrenze bereits bestehende Erschwerung der Ausfuhr auf die ganze westliche Grenze ausgedehnt werden solle. Der Finanzminister verbreitete sich über die Gründe, aus denen das noch nicht geschehen sei, bemerkte aber, daß es noch nicht aufgegeben wäre. Die Ausdehnung des Verbots auf das Getreide ward mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso der Antrag des Abg. Werner, auch die Ausfuhr des Kartoffelmehls zu verbieten. Dann ging man zu der Frage über das Verbot des Branntweinbrennens über. Der Finanzminister sprach dafür, zumal auch andere Staaten zur gleichen Maßregel geneigt wären. Dagegen sprach zuerst der Graf v. Gneisenau mit Rücksicht auf das Interesse der Landwirthschaft und weil es das Opfer für das Ganze auf einige Wenige lege. Die Abgg. Dittrich und v. Massow sprachen dafür. Der Abg. Grunau fürchtete, die Maßregel werde weit weniger helfen als schaden. Abg. Küpfer dafür; Abg. v. Werdeck dagegen, oder wenigstens für Entschädigung der Betroffenen. Abg. Mehls dafür. Der Generalsteuerdirector Kühne wünschte Ausdehnung des Verbots auch auf das Brennen aus Korn. Abg. v. Bardeleben dagegen, so viel die Kartoffeln, nicht aber soviel das Getreide anlange. Der Landtagscommissar vertheidigte die Maßregel. Der Abg. v. Brünneck sprach, unter vielem Murren, dagegen. Endlich ward der Antrag auf ein Verbot des Branntweinbrennens aus Kartoffeln und Getreide mit überwiegender Mehrheit angenommen, der auf Entschädigung ohne Unterstützung gelassen. Der Abg. v. Gräbenitz wollte Sonderung in Theile, mit Rücksicht auf das Interesse der Ritterschaft, worauf entgegnet ward, daß nur vom Stande der Branntweinbrenner die Rede sein könne, und der Antrag keinerlei Zustimmung erhielt. Anträge auf Verbot des Aufkaufs, auf Zwangsverkauf, auf Abgabenerlaß von Reis, Fleisch und Butter, auf freie Verabreichung von Kochsalz, auf Erlaß der Klassensteuer fanden keine Unterstützung. (A. P. Z.)

(+) **Berlin**, 29. April. Vorgestern hat auf dem berliner Criminalgerichte die erste Gerichtssitzung stattgefunden, in welcher ein sogenanntes Preßvergehen öffentlich verhandelt wurde. Als Angeklagter erschien der hiesige Buchhändler Hr. Julius Springer. Derselbe hatte über eine von einem heidelberger Professor zu Karlsruhe herausgegebene Schrift, in welcher das Verbot ganzer Verlagsfirmen vom rechtlichen Standpunkte behandelt wird, in dem in Leipzig erscheinenden Börsenblatt für den deutschen Buchhandel mit seiner Namensunterschrift eine empfehlende Anzeige erscheinen lassen. Die Anzeige behandelte durchaus allgemein das Verbot ganzer Verlagsfirmen. Hr. Springer bezeichnete solche Verbote als Acte der „Willkürschaft" und nur mit Gesetzen übereinstimmend, welche sich auf die „seidene Schnur" und „Sibirien" stützen möchten. Der Staatsanwalt wollte darin einen „frechen, unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze" finden und beantragte das für ein solches Verbrechen mildeste Strafmaß von sechs Monaten Gefängniß. Hr. Springer hatte einen tüchtigen Juristen, den Advocatanwalt Leopold Volckmar, zur Seite, er hob aber auch in seiner Selbstvertheidigung die wesentlichen Punkte sehr gut hervor. Erstens erklärte er, daß sein Artikel unter Censur eines deutschen Staats erschienen sei und daß er deshalb nach der Bundespreßgesetzgebung die Unverantwortlichkeit beanspruchen müsse; zweitens bemerkte er, daß der landrechtliche §. 151 „frecher unehrerbietiger Tadel" hier gar keine Anwendung finden könne, denn er habe das Verbot ganzer Verlagsfirmen durchaus allgemein behandelt, nirgend in seinem Artikel auf Preußen hingewiesen, noch weniger preußische Landesgesetze frech und unehrerbietig getadelt. Dagegen suchte der Staatsanwalt geltend zu machen, daß der Angeklagte speciell Preußen gemeint haben müsse, weil die Schrift, welche er empfohlen, sich ganz besonders mit dem Verbote ganzer Verlagsfirmen in Preußen beschäftigt habe. Aus der Bundespreßgesetzgebung wollte der Staatsanwalt die Verantwortlichkeit des Schriftstellers für unter irgend deutscher Censur erschienene Schriften nicht bestimmt entwickelt sehen, und es mußte hier von ihm speciell die preußische Declaration vom 8. April d. J. als eine authentische Erklärung des §. 7 des Bundespreßgesetzes von 1819 zur Sprache gebracht werden. Der Vertheidiger Hr. Leopold Volckmar wollte die letztere nicht als Interpretation eines durchaus klaren, keiner Erklärung bedürftigen Rechtsparagraphen betrachtet wissen, sondern durchaus als ein ganz neues Gesetz, in welcher Beziehung er nun ihre Gültigkeit zu bestreiten suchte. Die lebhafte Verhandlung des Processes, in welcher die wichtigsten Fragen der deutschen Preßgesetzgebung zur Sprache kommen mußten, nahm das zahlreich versammelte Publicum sehr in Anspruch, sie dauerte von 11 Uhr Morgens bis gegen 5 Uhr Nachmittags. Endlich, nachdem die Richter sich für eine längere Berathung zurückgezogen hatten und wieder eingetreten waren, wurde von ihnen die völlige Freisprechung des Buchhändlers Julius Springer verkündigt und mit Gründen motivirt. Unter diesen Gründen war der besonders wesentlich, daß hier der „freche unehrerbietige Tadel der Landesgesetze" keine begründete Voraussetzung habe, da Hr. Springer das Verbot ganzer Verlagsfirmen ganz im Allgemeinen behandelt habe und da auch noch in andern deutschen Ländern als Preußen das Verbot ganzer Verlagsfirmen angeordnet worden. Eine Berufung auf die Bundespreßgesetze hielt übrigens der Gerichtshof nicht motivirt, da der Deutsche Bund auf einem Vertrage der einzelnen deutschen Regierungen beruhe und die Unterthanen der einzelnen Länder sich nicht auf Bundesgesetze berufen könnten, falls diese Bundesgesetze nicht auch Landesgesetze wären oder mit ausdrücklichen Landesgesetzen nicht im Einklange ständen. Den Einwand des Vertheidigers gegen die Declaration vom 8. April d. J. wollte der Gerichtshof ferner nicht gelten lassen. Die Gesetzgebung sei in Preußen das ausschließliche Recht des Königs. Der König sei nicht an die Berathung des Staatsraths oder der Provinzialstände gebunden, sondern lasse dieselbe nur da eintreten, wo ihm dieselbe zweckdienlich erscheine. — Welch ein Umschwung in unserm politischen Leben vorgeht, das zeigt die unbedingte Oeffentlichkeit bei dieser Verhandlung, in der die wichtigsten Dinge zur Sprache gebracht werden mußten, in der die Principienfragen der deutschen Censur und Presse zur Erörterung kommen mußten.

Der Dr. Meyen hat an das Kammergericht das Gesuch gerichtet, daß ihm die stettiner Festung als Aufenthaltsort zugewiesen werden möge, und verweilt bis dahin noch in den Gefängnissen der hiesigen Hausvoigtei. Sein Gesundheitszustand ist außerordentlich zerrüttet, und von allen verhafteten Schriftstellern möchte auf Meyen die Festungshaft den bedenklichsten geistigen und körperlichen Einfluß äußern.

Gegen drei unserer Tumultuanten ist schon gestern das richterliche Urtel ausgesprochen worden; der Eine wurde zu sechs Wochen, der Andere zu sechs Wochen und 15 Hieben, eine Frau zu drei Monaten Strafarbeit verurtheilt.

ɔ **Königsberg**, 28. April. Die hier von den berliner Unruhen eingegangenen Nachrichten haben einen panischen Schrecken unter den Bürgern verbreitet, denn auch hier begann bereits die arbeitende Klasse darüber zu murren, daß so viel Getreide ausgeführt würde, da die Leute fürchteten, selbst später darunter leiden zu müssen. Der Polizeipräsident hat aber die geeigneten und möglichen Schritte gethan, die Besorgnisse zu zerstreuen, und wir dürften vor ähnlichen Excessen bewahrt werden, denn Diejenigen, deren Brutalität am meisten zu fürchten ist, unsere sogenannten Sackträger, haben durch die Befrachtung der Schiffe einen reichen Verdienst. Allerdings sind wir auch jetzt noch nicht ganz von Besorgnissen frei, da schon am jüngst verflossenen Sonnabend Brand und Drohbriefe ausgestreut gefunden wurden, in denen man den Kaufleuten droht, ihre Speicher zu plündern und anzuzünden. Auch in Pillau ist der Mangel an Getreide so weit gediehen, daß die Leute dort nicht einmal für Geld Getreide bekommen können und laut geäußert haben, sie würden das erste Schiff, das von Königsberg mit Getreide kommend den Hafen passirte, mit Beschlag belegen und den Capitain zwingen, ihnen für gutes Geld Getreide zu überlassen.

* **Posen**, 27. April. Der Wegfall der diesjährigen Landwehrübungen wird gewiß von der ganzen Provinz mit dem wärmsten Dank aufgenommen werden. Weniger dürfte die Suspendirung der Mahlsteuer ihrer wohlwollenden Absicht entsprechen, denn obwol die Steuer nun schon seit mehr denn einer Woche nicht mehr entrichtet wird, so ist doch an der Größe und dem Gewichte des Brotes nicht die geringste Zunahme wahrzunehmen; entweder ziehen demnach die Bäcker allein den ganzen Vortheil von dieser lediglich zu Gunsten der ärmern Volksklasse getroffenen Einrichtung, oder es ist bei der Höhe und den Schwankungen der Getreidepreise in der That nicht möglich, den Erlaß der im Verhältnisse zu let-

terer nicht eben bedeutenden Steuer durch Vergrößerung des Gebäcks sichtbar zu machen. Für unsere Comman ist dies aber eine höchst bedenkliche Sache, denn durch den allerhöchsten Erlaß verliert sie den Communalzuschlag von 50 Proc., also bis zum August jedenfalls 12,000 Thlr., die bei der Armuth unsers Stadtärars nun durch Auflegung einer directen Steuer von den Bürgern, die ohnehin großentheils die Abgaben kaum zu erschwingen im Stande sind, aufgebracht werden müssen. Man sieht an diesem Beispiele recht augenfällig, wie Das, was in der Theorie wie ein Axiom erscheint, in der Praxis sich oft ganz anders stellt. — Die an so vielen Orten in Folge von Marktkrawallen hervorgerufenen Volksunruhen haben ihren Weg glücklicherweise noch nicht bis zu uns gefunden, und wir hoffen auch, davon befreit zu bleiben, denn hier könnte die Sache leicht eine schlimmere Wendung nehmen als anderswo, weil wir noch immer unter dem Martialgesetze stehen und jede Aufregung hier nicht ohne politische Einmischung bleibt.

— Bei verschiedenen Mitgliedern unsers Vereinigten Landtags, sagt die Berlinische Zeitung vom 30. April, soll eine Verwendung zu Gunsten der Aufrechthaltung der deutschen Nationalität in Schleswig und Holstein, sowie in den russischen Ostseeprovinzen, ingleichen eine Verwendung zu Gunsten der von Lübeck durch das dänische Gebiet beabsichtigten Eisenbahnverbindung lebhaft zur Sprache gekommen sein. Man soll dabei in Erwägung gezogen haben, daß, wenn auch die Patente vom 3. Febr. die Wirksamkeit des Vereinigten Landtags nur auf allgemeine innere Landesangelegenheiten beschränkten, die Aufrechthaltung der deutschen Nationalität in jenen Ländern und der Wohlstand Lübecks doch so wesentlich mit dem Wohle Preußens zusammenhängen, daß die Berechtigung zu einer Verwendung im Wege der Bitte nicht abgeschnitten werden könne.

Oesterreich.

Einem Schreiben aus **Salzburg** entnehmen wir Folgendes: „Am 19. April, dem Geburtstage des Kaisers, an welchem große Parade des Militairs stattfand, ließ während des Rückmarsches der Truppen in ihre Kasernen ein Cavalerielieutenant, Graf Kr., sich es beikommen, in Folge eines Wortwechsels drei Mal mit blankem Säbel nach einem Studenten der salzburger Facultät zu hauen, sodaß Letzterer zusammenstürzte. Anfänglich war die ganze versammelte Menge bestürzt; aber als der verwundete Student gezeigt wurde, hieß es: «Studenten heraus!» Ein Polizeicommissar konnte dem Toben nicht Einhalt thun, Alles stürzte dem Kr. nach, der sich inzwischen durch mehre Durchhäuser in seine Wohnung geflüchtet hatte. Den ganzen Tag blieb das Haus blockirt, trotz der Mahnungen des Kreishauptmanns und der Professoren; gegen Abend jedoch wendete sich der große Haufe von mehren Tausend Personen gegen die Hauptwache, da es hieß, Kr. habe sich über die Dächer dorthin geflüchtet. Die Wache trat unters Gewehr, der Offizier ließ laden; das Geschrei wurde immer ärger, bis der commandirende General erschien, welcher Genugthuung versprach, worauf nach und nach die Menge sich verlief. Mittlerweile war Kr. in Sicherheit, zugleich aber auch auf die Festung gebracht worden; eine Untersuchung ist gegen ihn eingeleitet." (N. C.)

— Der Nürnberger Correspondent erfährt aus **Wien** vom 26. April: „So traurig es ist, dies sagen zu müssen, so wahr ist es doch, daß aus den jetzt hier zur Beurtheilung und Schlußfassung vorliegenden Criminaluntersuchungsacten bezüglich des galizischen Aufstandes mit unwiderlegbarer Gewißheit hervorgeht, daß die Anwendung von Gift und Dolch als Hülfsmittel in der That beabsichtigt wurde, und zwar in weit größerm Umfange, als die öffentliche Meinung bisher zu glauben geneigt war. Die Regierung würde nur zu ihrem Vortheile handeln, wenn sie sich entschlösse, einen Theil der Acten öffentlich bekannt zu machen. — Es ist nunmehr entschieden, daß den Jesuiten der Aufenthalt zu Prag nicht gestattet werden wird. Der Verfasser eines jesuitenfeindlichen Pamphlets, Namens Arnold, findet sich dort noch vorläufig in Haft. Auch war ein Gesuch gegen die Zulassung dieses Ordens im Umlauf; dies ist nunmehr durch die weise Entschließung der Regierung von selbst erledigt."

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung zufolge haben sich die vom Nürnberger Correspondenten erwähnten Arbeiterunruhen in Prag (Nr. 111) darauf beschränkt, daß Arbeiterhaufen in der Vorstadt Karolinenthal Coalitionen und Unruhen versuchen wollten, jedoch durch das ernste Einschreiten des dortigen Amtmanns ohne polizeiliche und militairische Hülfe daran verhindert wurden. Dagegen sollen in der Stadt Kommotau (an der sächsischen Grenze, dem zweiten Hauptgetreidemarkte Böhmens) ernsthafte Getreideunruhen ausgebrochen sein, bei denen indeß gleichfalls die Wiederherstellung der Ordnung gelang, ohne daß das unter die Waffen gerufene Militair einschreiten mußte.

⊙ **Wien**, 28. April. Der allverehrte Erzherzog Karl ist seit vorgestern an einer Entzündung des Rippenfells erkrankt. Die Veröffentlichung des ersten Bulletins in der heutigen Wiener Zeitung hat die innigste Theilnahme bei allen Bewohnern der Residenz erregt; heute aber ist in dem Zustande des hohen Kranken eine bedeutende Erleichterung eingetreten, und man darf sich der freudigen Hoffnung hingeben, daß derselbe wie vor einiger Zeit bald von seinem Uebelbefinden hergestellt sein wird.

Portugal.

Die Times meldet in einer zweiten Auflage von heute: „Wir haben soeben die wichtige Nachricht erhalten, daß Graf Mello mit dem Heere der Insurgenten am linken Tejoufer angelangt war und Lissabon bedrohte. Die Königin hat in einen Wechsel des Ministeriums gewilligt. Britische Seeleute sind zum Schutze der Königin gelandet."

— Das Ceo del Comercio vom 22. April spricht von einem in Madrid eingetroffenen Kurier mit der Nachricht, daß die Truppen unter Sa da Bandeira in Lissabon eingezogen wären. Vielleicht ist das nur eine Folge der Vereinbarung, welche zwischen der Königin und den Insurgenten stattgefunden haben dürfte.

Spanien.

Im Senat ging am 21. April eine Mittheilung des Herzogs v. Valencia ein, worin derselbe anzeigte, daß er den Sitzungen nicht ferner beiwohnen könne, weil er zum Gesandten in Paris ernannt sei. Der Ministerpräsident Pacheco übergab den versprochenen Gesetzentwurf, zu welchem der Vorgang mit dem General und Senator Serrano Veranlassung gegeben hat. Es kann danach jeder Senator von der Regierung zu Civil- oder Militairdienstleistungen berufen werden, und sollte er die Uebernahme derselben mit seinen politischen Pflichten nicht vereinbar halten, so erhält der Senat die Entscheidung. Ist diese gegen das betreffende Senatsmitglied ausgefallen und würde dasselbe dessenungeachtet der Regierung nicht Folge leisten, so tritt gerichtliches Verfahren gegen dasselbe ein. Vom Marquis de Miraflores wurde die Niedersetzung eines Specialcomité beantragt, welches einen Gesetzentwurf zur Ausführung von §. 19 der Constitution entwerfen soll, der dem Senate die Processe gegen Minister und andere in Anklagestand versetzte hohe Staatsbeamte zuweist. Der Antrag soll in nächster Sitzung in Betracht genommen werden.

— Hr. Olozaga ist ein zweites Mal von der Königin empfangen worden und soll eine sehr huldreiche Aufnahme erfahren haben. General Serrano war am 20. April in Madrid wieder angekommen. Vielleicht war Beides der Anlaß zu einem Gerüchte von einem Ministerium Olozaga, dem die HH. Serrano und Cortina angehören würden.

Großbritannien.

London, 26. April.

Das Morning Chronicle gibt von Zeit zu Zeit seine Unzufriedenheit mit Lord John Russell's allzu bemessenem Verfahren zu erkennen und äußert in dieser Beziehung jetzt über die Debatte bei Bewilligung der 100,000 Pf. St. zu Unterrichtszwecken im Unterhause, daß der Premierminister sich während derselben schwerlich werde haben der Ueberzeugung entschlagen können, wie er durch Ausschließung der Katholiken von dieser Bewilligung einen großen politischen Irrthum begangen und sich eine schöne Gelegenheit habe entschlüpfen lassen, seine eignen Grundsätze zu bewähren. Sir James Graham habe ihn in Proclamirung der Principien wahrer Toleranz übertroffen. Auch der Spectator hebt hervor, daß der allgemeine Charakter der Debatte zu Gunsten der Katholiken gewesen sei. Sir R. Peel habe, ohne gegen das Ministerium aufgetreten zu sein, das er vielmehr mit seinem ganzen Einfluß unterstützte, ebenfalls auf das Unpolitische und Ungerechte der fortdauernden Ausschließung der Katholiken von jenen Vortheilen hingewiesen. Uebrigens bezeichnet der Spectator die Maßregel als eine wahre Verbesserung der bestehenden Einführung neuer Grundsätze. Die Maschinerie, durch welche das Unterrichtscomité des Geheimenrathes wirke, werde dadurch wesentlich verbessert und erweitert, namentlich indem besser für gute Lehrer gesorgt sei, und die sociale Stellung der Letztern werde dadurch zweckmäßig gehoben werden.

— Die Nachrichten aus **Irland** bleiben im Ganzen so traurig wie bisher. Noth und Seuchen decimiren die unglücklichen Bewohner, namentlich in einzelnen Gegenden, nach wie vor, obgleich die Preise der Lebensmittel und besonders des Mais herabgegangen sind. Das junge Irland hielt in der Musikhalle zu Dublin am 22. April wieder eine Versammlung, bei der aber weder Hr. S. O'Brien noch ein anderes Unterhausmitglied zugegen war. Amerika wurde gepriesen, die Anstellungshascher des alten Irlands und die Politik der Whigs wurden arg mitgenommen; auch ward in einzelnen Reden der physischen Gewalt gedacht, und zwischen einigen Personen, die verschiedener Meinung waren, kam sie sogar zu praktischer Anwendung.

— In Stratford upon Aven wurde am 24. April der Jahrestag von Shakspeare's Geburt hergebrachterweise festlich begangen, wobei übrigens von äußern Festzeichen nur Glockengeläute und ein ausgestecktes Panier wahrzunehmen waren. Auswärtige hatten sich in geringerer Anzahl als sonst eingestellt. In der am Vormittag gehaltenen Sitzung des Shakspeare-Club kam die Frage wegen des Ankaufs von Shakspeare's Geburtshause zur Erörterung. Da nach dem letzten Willen des frühern Besitzers das alte baufällige Haus nach dem Tode seiner Witwe verkauft werden soll und letzterer im vorigen Herbst erfolgt ist, so könnte es kommen, daß das alte Haus in Hände käme, die es zum Abbruche bestimmten. Im November wurde deshalb vom Vorsitzenden des Clubs dem Oberintendanten der Waldungen und Forsten, Lord Morpeth, diese Lage der

Sache mitgetheilt und zur Erwägung gegeben, ob nicht eine so allgemein interessante Localität wo möglich unter die Protection der Regierung genommen werden sollte. Lord Morpeth erwiderte jedoch unter großem Danke für die Mittheilung, daß die Mitglieder der Regierung der Ansicht wären, wie die Erwerbung eines so interessanten Besitzes im Ganzen doch mehr Sache der Nation als der Regierung sei. Der Vorstand des Clubs hat seitdem die Sache mehrfach erwogen, und da die dermaligen Eigenthümer durchaus den Weg der Versteigerung einschlagen wollen, so ist beschlossen worden, für jetzt keine öffentlichen Schritte in dieser Angelegenheit zu thun.

— Der Citypartikel der Times äußert sich sehr unfreundlich über die Bank von England, die zufolge des letzten Nachweises über ihren Betrieb offenbar auf einen Punkt gekommen sei, wo sie weder Gutes noch Uebles thun könne. Zur Erfüllung von 14 Mill. Verbindlichkeiten habe sie nur 3 Mill. disponibel. Nach unbemessenem Verfahren zu einer Zeit, wo Vorsicht am räthlichsten gewesen, sehe sie sich in hülfloser Lage, nun ihr Beistand am meisten verlangt werde. Da nicht zweifelhaft sei, daß ihre Depositen in Zeiten, wo Gelder 6—10 Proc. werth seien, rasch zurückgezogen werden, so bleibe auch keine Aussicht, daß sie wenigstens vor einigen Wochen eine einflußreichere Haltung wieder erlangen könne. Der Zinsfuß werde also jetzt von den Häusern in Lombardstreet nach dem wahren Verhältnisse von Nachfrage und Vorrath bestimmt werden, und möge die Bank in ihren Anzeigen von 5 oder 6 Proc. sprechen, so werde das gleichgültig sein, da sie kein Geld zum Ausleihen haben könne. Das sei eine gar unangenehme Situation, allein da es im ganzen Lande nicht Eine Privat- oder Actienbank gebe, der nicht grauen würde, solche Abschlüsse veröffentlichen zu müssen wie die Bank von England während der letzten drei Monate, so werde kaum Jemand verneinen, daß diese Demüthigung eine zu starke sei.

Frankreich.

Paris, 27. April.

In der Pairskammer wurde gestern die Berathung des Gesetzentwurfs über die Stellvertretung im Heere fortgesetzt, allein noch nicht beendigt. Der Finanzminister übergab den von der Deputirtenkammer votirten Gesetzentwurf über Ausgabe von 200-Francs-Noten durch die Bank von Frankreich. In der Deputirtenkammer wurde die große Deputation zur Beglückwünschung des Königs an seinem Namenstag ernannt. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf über 500,000 Fr. zur Unterstützung von Zollbeamten auf dem Bureau nieder. Auf der Tagesordnung war die Fortsetzung der Debatte über einige Petitionen um beschleunigte Aufhebung der Sklaverei in den Colonien. Der Antrag der Commission war auf Verweisung an den Ministerpräsidenten und Marineminister, wogegen sich in der vorigen Sitzung der Letztere ausgesprochen hatte. Hr. Lacrosse erklärte sich zunächst für die Verweisung, Hr. Levasseur aber rühmte die Wirksamkeit des Gesetzes vom Juli 1845, gegen das er ursprünglich gestimmt habe. Ganz im entgegengesetzten Sinne äußerte sich Hr. Ledru-Rollin, insofern nämlich jenes keineswegs seinem Geist und Zwecke gemäß, die Aufhebung der Sklaverei durch transitorische Mittel zu bewirken, gehandhabt werde. Der Gouverneur von Martinique erkläre laut den gezwungenen Loskauf für ein übles Ding und habe kürzlich noch einem Bankett beigewohnt, das einem Pflanzer gegeben wurde, der wegen Grausamkeiten gegen Neger angeklagt war und freigesprochen wurde. Eine Vorbedingung der Freilassung sei die Vorbereitung der Sklaven dazu durch Unterricht, den man ihnen aber nicht ertheilen lasse. Die Kammer wisse, auf welche Weise 4½ Mill. Fr. zum Unterrichte von zwölf Negerkindern ausgegeben worden seien. Die Geistlichkeit auch sei der Emancipation nicht hold, und im Seminare von Saint-Esprit gebildet lehre sie, daß Sklaverei eine geheiligte Sache sei. Geistliche besäßen selbst Sklaven und ließen sie geißeln und züchtigen. Mit der Magistratur in den Colonien sei es nicht besser. Als man 1845 in der Kammer 400,000 Fr. zur Unterstützung der Loskaufung von Negern votirte, sei es Niemandem zweifelhaft gewesen, daß davon nichts auf laut Art. 47 des Colonialgesetzes freie Sklaven verwendet werden könne. Nun bestimmt aber dieser Artikel, daß die Frau nicht vom Manne getrennt werden darf und mit ihm die Freiheit erlangt. Eben so wenig dürfen Kinder von der Mutter getrennt werden. Obgleich diese Gesetze durch Urtheile des Cassationshofs feststänben, habe man doch die Sache als streitig betrachtet und auch Geld für solche an sich freigewordene Sklaven gezahlt. In den Antillen wurden von 744 Individuen 168 so ungesetzlich behandelt. Von der fortdauernden Barbarei der Behandlung gab Hr. Ledru-Rollin als Thatsachen, daß eine alte Mutter an Händen und Füßen gebunden 29 Peitschenhiebe bekommen und ihr eigner Sohn gezwungen worden sei, sie festzuhalten. Ein Aufseher brachte einen Sklaven um; sein Herr zog ihm den Preis am Lohne ab und vor Gericht ward er freigesprochen. Ein Anderer, der eine im fünften Monat guter Hoffnung gewesene Sklavin peitschen ließ, was ihre zu frühe Niederkunft verursachte, ward nur zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Einem Negerknaben, den ein Pflanzer in Verdacht hatte einen Ochsen vergiftet zu haben, ließ derselbe den Kopf des gefallenen Thieres am Halse befestigen, wo er bleiben sollte, bis er verfault sein werde. Der Knabe starb natürlich vorher. (Mehre Stimmen: Unmöglich!) Die Thatsache ist durch einen braven Offizier urkundlich bezeugt. Man wollte ihn darauf aus der Colonie entfernen, und da er keinen Urlaub annahm, schickte man ihn nach Frankreich, wo er auf Halbsold gesetzt wurde. Auf erfolgte Anzeige bei Gericht geschah nichts. Nachdem Hr. Ledru-Rollin geendet hatte, wollte Hr. Jollivet zur Vertheidigung der Colonisten auftreten und nannte unter großen Lärm in der Kammer das Angeführte infame Verleumdung. Jener versicherte, es wären Alles gerichtlich feststehende Thatsachen. Während mehre Sprecher nicht Gehör finden konnten, trat endlich Hr. Dupin auf und motivirte den Antrag, die Bittschriften auch an den Siegelbewahrer zu verweisen. Vergeblich suchte der Marineminister das abzuwenden, und die Kammer beschloß endlich einhellig die Verweisung an den Ministerpräsidenten, den Justiz- und den Colonialminister.

— Die Oppositionsblätter legen der gestrigen Abstimmung über die Bittschrift um Aufhebung der Sklaverei in der Deputirtenkammer kaum so viel Gewicht bei als die „Presse“, welche dieselbe geradezu für eine Schlappe des Cabinets erklärt. Das Journal des Débats hat wieder einen Artikel für die verlängerte Oeffnung der französischen Häfen für freie Getreideeinfuhr.

— General Perrot ist an die Stelle des Generals Aupick Platzcommandant von Paris geworden.

— Bu-Maza ist in Toulon eingetroffen und wird von dem Director der arabischen Angelegenheiten in Orleansville, Capitain Richard, nach Paris begleitet. Wie das Journal des Débats nach dem Moniteur algérien mittheilt, ist dieser Scherif keineswegs gefangen worden, sondern hat sich, auf den Krieg gegen die übermächtigen Waffen der Franzosen verzichtend, freiwillig überliefert. Als er vor dem Obersten St.-Arnaud erschien, sagte er: „Du bist derjenige unter den Franzosen, gegen welchen ich am häufigsten gefochten habe, und Dir wollte ich mich ergeben.“ Bu-Maza, der kaum 25 Jahre alt ist, behauptet fortwährend eine auffallend würdevolle Haltung, und sein Ansehen bei den Eingeborenen hat durch sein Unglück so wenig gelitten, daß während der Reise von Orleansville nach Tenez die Araber sich um ihn drängten, um sein Pferd oder seinen Burnus zu küssen. In Algier waren einige arabische Häuptlinge aus der Provinz Oran eingetroffen, welche einen Besuch in Frankreich machen wollen. Abd-el-Kader war auf die Nachricht von Annäherung französischer Truppen von Hamianos Garabas (Nr. 108) wieder zu seiner Deira auf marokkanisches Gebiet zurückgekehrt.

.** Paris, 27. April. Das Ergebniß der letzten parlamentarischen Schlacht, wiewol es keine absolute, sondern blos eine relative Niederlage des Cabinets war, scheint den leitenden Minister zu beunruhigen, und da ihm die Intrigue nicht fremd geblieben, welche einen Theil der conservativen Progressisten ihm entfremdet, hat er sich, wie versichert wird, bereits in Bewegung gesetzt, um den Feldzug zu durchkreuzen, den Hr. de Malleville gegen ihn begonnen. Mit klaren Worten, Hr. Guizot ist unmittelbar mit Hrn. de Castellane in Unterhandlungen getreten und hat ihm erklärt, daß er für seine Person nichts weniger als eine systematische Abneigung gegen politische Reformen habe und in praktischen und administrativen Verbesserungen noch weiter zu gehen wünsche als irgend ein Mitglied der jungen Conservativen. In der Wahl- und parlamentarischen Reform sei er geneigt, so weit zu gehen, als er als Haupt der conservativen Partei gehen dürfe, am Anfang einer Legislatur jedoch könnten derlei Vorschläge nicht mit Nutzen erörtert werden, er nehme, was diesen Punkt betreffe, keinen Anstand, sich anheischig zu machen, vor Ende dieser Legislatur einen Gesetzentwurf den Kammern vorzulegen, welcher den Capacitäten das Wahlrecht verleihen, und einen andern Gesetzentwurf, der den Staatsbeamten die Wählbarkeit in dem Bezirke, wo sie ihr Amt üben, entziehen würde. Hr. de Castellane fragte den Minister, ob er für diese Zugeständnisse auch im Namen seiner Collegen sich anheischig mache, worauf Hr. Guizot erwiderte, er möge es nicht verhehlen, daß mehre seiner Collegen und weit entschiedener noch eine hohe Person aller und jeder politischen Reform entgegen seien, dieser Widerstand aber werde ihn nicht bestimmen, es zu einer offenen Spaltung der conservativen Partei, zu deren Organisation er so viel beigetragen, kommen zu lassen, und wenn es sein müßte, würde er es vorziehen, sich von seinen Collegen zu trennen und seine Entlassung einzureichen, als einen Bruch in der conservativen Partei etwa zu beschleunigen. Seine Rede in Lisieux in einem Augenblicke, wo sie über die Wahlen nichts entscheiden konnte, die letzten Aufsätze in der Revue nouvelle, denen er nicht fremd geblieben, mögen den Progressisten eine hinlängliche Bürgschaft sein, daß er sich nicht darum für die besprochenen Reformen erkläre, weil seine Verwaltung früher oder später die Majorität zu verlieren in Gefahr sei, sondern weil er jede Zersplitterung der gouvernementalen Kräfte für ein Unglück halte, das wol Ministerkrisen, keineswegs aber irgend eine wünschenswerthe Reform herbeiführen könne. Er habe, wie man ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen werde, nicht gewartet, bis die Progressisten die Fahne des Fortschritts erhoben, er sei ihnen in Lisieux zuvorgekommen und fest entschlossen, diesem Programme treu zu bleiben, nur müsse man von ihm nicht fodern, Reformen in diesem oder im künftigen Jahr anzufassen, die erst in drei Jahren an der Zeit sein würden, und andere zu vertagen, die man

Digitized by Google

sofort anfassen sollte. Dies und Aehnliches wurde hin und wider gesprochen und soll auf Hrn. de Castellane eine günstige Stimmung hervorgebracht haben.

Gestern Abend fand die vierte allgemeine Versammlung des deutschen Hülfsvereins statt und war zahlreicher als je. Einundachtzig Mitglieder waren theils persönlich anwesend, theils vertreten, eine Zahl, die in den allerdings noch jungen Annalen dieses Instituts eine Erscheinung ist, die ich immerhin eine erfreuliche nennen will, wiewol ich nicht dafür einstehen möchte, daß eine gesteigerte lebhafte Theilnahme an dem Zweck und Gedeihen der Gesellschaft der ausschließliche Beweggrund war, der die Anwesenden in die Versammlung geführt hat. Wie Dem nun sein mag, war diese große Anzahl nicht das einzige Außerordentliche an der Sache, und bekam durch die Anwesenheit mehrer Mitglieder des deutschen diplomatischen Corps und ihrer Beamten einen bisher ebenfalls ungewöhnlichen Charakter. Wie bekannt, werden die jährlich Beitragenden im Monat April einberufen, um den Bericht des Verwaltungsausschusses entgegenzunehmen, über etwanige Verwaltungsvorschläge zu berathen und einen neuen Ausschuß (die Mitglieder des alten können wieder gewählt werden) von 25 Mitgliedern und aus diesen zwei Präsidenten und vier Vicepräsidenten zu ernennen. Auf die Ergebnisse des Berichts werde ich in einer nächsten Mittheilung zurückkommen; Vorschläge von Belang wurden diesmal nicht berathen, und so hätte ich einstweilen nur über die Wahlen zu berichten, die gestern nicht ohne eine Art von verstecktem Kampfe vorgenommen wurden, dem man auf einem andern Wahlplatz einen andern Namen gäbe. Zwei Parteien standen sich hier schroff gegenüber: die eine hatte für die Wahl der Präsidenten nur das Gedeihen des Vereins im Auge und glaubte die beiden Vertreter der deutschen Großmächte oder einen derselben und den seit drei Jahren um den Verein vielverdienten abtretenden Präsidenten, Hrn. v. Wendland, bairischen Legationsrath, an die Spitze eines echt deutschen Instituts berufen zu müssen. Die andere Partei hingegen scheint mehr eine reine Personenfrage aus der Wahl gemacht zu haben, und manoeuvrirte in einer negativen Richtung, um einen der Candidaten auszuschließen, aus Gründen, die ich nicht verrathen will. Sie vertheilte daher ihre Stimmen auf Drei, wodurch sie nothwendigerweise ihren Zweck verfehlen mußte und das Ergebniß ihren Gegnern, die zwar in ihren Ansichten gespalten, im entscheidenden Augenblick aber vereint handelten, in die Hände spielten. Auf diese Weise wurden Graf Appony mit 80 und Baron Wendland mit 64 Stimmen zu Präsidenten ernannt. Die vier abtretenden Vicepräsidenten, die HH. Kuhn, Dr. Cohn, Thurneisen und Breul, sowie die meisten Mitglieder des abtretenden Ausschusses, die HH. Henschel, Dr. Haller, Klinkhardt, Karpeles, Wehrle, Spachmann, Scholler, Rheinwald, Seuffert, Immerwahr, v. Behn, v. Schweizer ꝛc. wurden wiedergewählt.

Belgien.

Die liberalen Vereine in Belgien haben es sich angelegen sein lassen, die Wahllisten zu revidiren, und es stellt sich heraus, daß auf dem platten Lande Hunderte von Steuerpflichtigen, welche gar nicht wahlberechtigt waren, weil sie den erforderlichen Census nicht bezahlten, auf die Listen eingetragen waren und seither das Wahlrecht ausgeübt hatten. In einem einzigen flandrischen Dorfe bewirkte ein flandrischer Verein, daß von 22 Wählern 14 als unberechtigt gestrichen wurden. (Köln. Z.)

— In **Antwerpen** hatten sich in Folge des neuen amerikanischen Passagiergesetzes zwischen Auswanderer-Expedienten und mehren Schiffscapitainen Conflicte erhoben, indem die Letztern ohne Rücksicht auf vorher eingegangene Contracte sich weigerten, mehr als die von jenem Gesetze bestimmte Kopfzahl an Bord zu nehmen. Diese Weigerung ward Gegenstand mehrer Klagen vor dem dasigen Handelsgericht. Am 25. April hat das genannte Tribunal sein Erkenntniß gefällt und die Capitaine zur Ausführung ihrer Contracte condemnirt. Die Motivirung des Urtels stützt sich darauf: 1) daß bis jetzt von den diplomatischen Vertretern der Vereinigten Staaten keinerlei amtliche Anzeige des in Rede stehenden Passagiergesetzes eingegangen sei, und 2) daß der für die Ausführung desselben Gesetzes anberaumte Termin (der 31. Mai) nicht dahin zu interpretiren sei, als beziehe er sich auf die Ankunft der Schiffe in den Vereinigten Staaten, sondern vielmehr auf den Zeitpunkt der Einschiffung der Emigranten in Europa.

Italien.

Der Infant Don Enrique von Spanien, welcher bekanntlich jetzt in **Rom** verweilt, hat an den Herausgeber des Diario di Roma unterm 12. April folgendes Schreiben gerichtet:

„Da meine Ankunft in dieser Hauptstadt zu mannichfaltigen Commentaren Anlaß gibt und andererseits mir sonderlich daran liegt, daß die Ursache meiner Herreise nicht schlecht gedeutet werde, so sehe ich mich, obwol ungern, gemüßigt, mit der mir eigenthümlichen Freimüthigkeit den ausschließend religiösen Gegenstand meiner Reise anzugeben. Vorausgesetzt die ausdrückliche und förmliche Erlaubniß meiner erhabenen Gebieterin und Cousine sowie des Königs, meines Bruders, und die Ermächtigung meines verehrten Vaters und Herrn, habe ich mit der Doña Elena de Castellar y Shelo Fernandez v. Cordova, Tochter Ihrer Excellenzen des Grafen und der Gräfin Castellar de Villanueva y do Carlet, die Civilehe geschlossen, wie dies aus meinem Verlöbnißcontracte hervorgeht, dessen Inhalt von den öffentlichen Blättern bereits angegeben worden ist. Zu meiner vollständigen Vermählung fehlt nur noch die Sanction der heiligen katholischen apostolischen römischen Kirche, zu welcher ich als Spanier gehöre, und die ich bisher aus politischen Gründen, wegen meiner eventuellen Ansprüche auf die spanische Erbfolge, nicht erwirken konnte. Der Zweck meiner Ankunft in der Hauptstadt der katholischen Welt ist demnach eben kein anderer, als demüthig vom würdigen Nachfolger des heiligen Petrus den heiligen Segen zu erflehen, welcher meinem unzertrennlichen Bund abgeht und den nur Se. Heiligkeit freiständig ertheilen kann, wenn man in christlicher Demuth zu seinen Füßen ihn erbittet. Mein Herz öffnet sich im voraus der Hoffnung, dem obersten Hirten und gemeinsamen Vater aller Katholiken Gelegenheit zu geben, an mir die beneidenswerthesten Acte seiner hohen Präregative auszuüben, dadurch, daß er mir und meiner Braut die christlichen Tröstungen dieses Lebens wird gewähren und die verlorene Ruhe wiederschenken wollen, und so in unserer Seele rein und ungetrübt den Glauben jener katholischen Moralität bewahrend, die wir von Jugend auf eingesogen haben. Wenn nun zuletzt das Resultat des Zwecks meiner Herreise allgemein bekannt geworden sein wird, mögen sich alle Jene enttäuscht finden, die mir ungeachtet meiner Aufrichtigkeit andere Absichten unterlegen sollten. Indem ich Sie ersuche, den Inhalt dieses meines Schreibens in die nächste Nummer des Diario di Roma einzurücken, ermangle ich nicht, mit besonderer Achtung mich zu unterzeichnen."

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm**, 21. April. In der Mitte des vorigen Monats stattete der König nebst seinen beiden ältern Söhnen einen Besuch in Upsala ab, wohnte verschiedenen Vorlesungen bei und verweilte dort drei Tage. Der jüngere Sohn, Prinz Gustav, hielt sich daselbst noch gegen 14 Tage länger auf. Dieser Letztere hat die Musik zu einem scherzhaften Vaudeville: „Die weiße Frau zu Drottningholm", theils arrangirt, theils selbst componirt, welches Stück zuerst auf dem königl. Schloß und dann, und zwar in diesen Tagen, öffentlich gegeben wurde. Zu Ende Mai gedenkt der König sich nach Schonen zu begeben, um den dort stattfindenden Waffenübungen beizuwohnen, sowie seinen von einer Seereise nach Aegypten und der Levante zurückkehrenden Sohn, Prinzen Oskar, zu empfangen. Der König von Dänemark wird auch herüberkommen und, wie man behauptet, selbst Stockholm besuchen. Anfangs Juli werden der König und die Königin nach Norwegen gehen, um sich in Drontheim krönen zu lassen, wozu jetzt das dortige Stiftsamtmannshaus in Stand gesetzt wird und Meubles aus Hamburg bestellt sind.

Im März löste sich das Repräsentationscomité auf, wird aber im Mai von neuem zusammentreten, um seine Erörterungen durchzugehen und dem Drucke zu übergeben. Bis das Werk an das Tageslicht getreten, wollen wir alle Bemerkungen darüber zurückhalten; so viel aber können wir doch schon sagen, daß man allerseits sehr misvergnügt mit dem in der Hauptsache bekannten Ergebniß ist, besonders damit, daß die Mitglieder des Oberhauses zum dritten Theile vom König ernannt werden, übrigens aber an keine weitern Qualificationen gebunden sein sollen. Die Mehrzahl in dem Comité selbst ist nicht weniger mit ihrer Arbeit unzufrieden. Man nimmt als ausgemacht an, daß der Vorschlag, falls er nicht kräftig von der Regierung unterstützt wird, was doch sehr unwahrscheinlich ist, auf dem nächsten im November d. J. stattfindenden Reichstage von allen vier, oder wenigstens von drei Ständen verworfen werden wird.

Türkei.

Briefe aus **Konstantinopel** vom 14. April bringen das Gerücht, daß einige türkische Kriegsschiffe nach dem Piräus beordert seien, und auch Admiral Parker mit seinem Geschwader sich dahin begeben solle. (A. Z.)

Wissenschaft und Kunst.

Berlin, 30. April. Die Generalintendantur der königl. Schauspiele macht unterm 29. April bekannt, daß sie in Bezug auf die seit dem 19. März 1844 bei der königl. Bühne eingeführte Honorirung der Dichter und Componisten, wobei sie sich in ihrer frühern Bekanntmachung das Recht vorbehalten, die darin enthaltenen Bestimmungen nach drei Jahren zu verändern oder gänzlich erlöschen zu lassen, Folgendes zur öffentlichen Kenntniß bringe: „Um die Autoren der im Schauspielhause sowie im Opernhause zu gebenden Stücke in ein ausgleichendes Verhältniß zu bringen, treten vom 10. März d. J. an bis auf weiteres im Betreff der im Opernhause zu gebenden Stücke nachfolgende, das Reglement vom 10. März (Nr. 79 im Jahrg. 1844) abändernde Bestimmungen ein: a) Wenn ein Stück daselbst den Abend ausfüllt, erhält der Verfasser 7 Proc. statt bisher 10 Proc. b) Wenn ein Stück den größern Theil des Abends ausfüllt, somit als Hauptstück zu betrachten ist, zu dem nur noch ein Vor- oder Nachspiel zu geben ist, so wird für das Hauptstück 4½ anstatt 6 Proc. und für das Vor- oder Nachspiel wie bisher 1½ Proc. bezahlt. c) Werden an Einem Abend zwei Stücke gegeben, wovon jedes ungefähr die Hälfte des Abends ausfüllt und keins als Vor- oder Nachspiel zu betrachten ist, so wird für jedes der beiden Stücke 3 Proc. statt 4½ Proc. gezahlt. d) Werden endlich drei Stücke an einem Abend gegeben, so wird für jedes derselben 2 Proc. statt 3 Proc. gezahlt. Was die im Opern- oder Schauspielhause zu gebenden musikalischen Werke anlangt, so werden die Componisten nicht, wie dies seit Einführung des Autorenantheils geschehen, nur zwei Drittel und der Dichter des Textes ein Drittel dieses Antheils, sondern der Componist wird unverkürzt den ganzen Antheil nach den ebenerwähnten Bestimmungen erhalten, wogegen es nun die Sache des Letztern bleibt, den Text selbst zu honoriren, und wird jede etwanige Anforderung, welche deshalb bei der Generalintendantur gemacht werden sollte, als unstatthaft betrachtet werden."

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 1. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118½ G.; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½ G.; Sächsisch-Schlesische 99 G.; Chemnitz-Riesaer 60½, 60, 59⅞, 59½, 59 verkauft, Ende 59¾ Br., 59⅜ G.; Löbau-Zittauer 56⅓ G.; Magdeburg-Leipziger 200½ Br., 200 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90 Br.; Altona-Kieler 107¼ Br.; Pesther 99 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. * **Berlin**, 30. April. Die so gefürchtete Generalversammlung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn hat einen über Erwarten ruhigen und glücklichen Verlauf gehabt, obwol die Debatten sehr ernst und lebhaft waren und die Versammlung sechs Stunden, von 4—

10 Uhr Abends, dauerte. Die Lage der Bahn ist die. Einmal sind ihr jetzt vom Staate Nachtzüge auferlegt, deren Kosten sich auf 80,000 Thlr. jährlich belaufen, die aber sehr wenig Erträgniß liefern und außerdem den Zwischenverkehr sehr unbequem machen werden. Gegen diese Nachtzüge protestirte die Versammlung; da sie aber statutenmäßig durch das als Mitcontrahent bei der Bahn betheiligte Finanzministerium dazu angehalten werden kann, so übte sie als Contremine ein ihr zustehendes Recht, die Wahl der Betriebsmittel, aus, und beschloß, vom 1. Jul. ab nur Pferde zum Betriebe zu verwenden, wenn ihr nicht bis dahin eine Entschädigung zugesichert würde. Der zweite wichtige Punkt war die Beschaffung eines höchst bedeutenden, noch fehlenden Capitals von 6,700,000 Thlr. Davon strich die Versammlung sogleich 2 Mill. Thlr., indem sie die Legung eines zweiten Gleises auf der ganzen Bahn verwarf, dagegen eins von 24 Meilen votirte, wozu einschließlich der nöthigen Erweiterung der Baulichkeiten und Betriebsmittel noch ein Capital von 4,700,000 Thlr. gehören würde. Diese sollen, nach einem sehr sinnreichen, auch beifälligst acceptirten Plane des Directors der Bahn, Bankiers Henoch, in neu zu creirenden Stammactien mit garantirten 3½ Proc. Zinsen beschafft, damit sie aber al pari untergebracht, ihnen noch auf 25 Jahre ein Coupon von 1 Proc. Verzugszinsen (also eine 1procentige 25jährige Rente) beigegeben werden, die ganz selbständig im Ganzen oder partiell verkäuflich ist. Dadurch erhielte man also ein Papier, dem auf 25 Jahre 4½ Proc. garantirt sind, und das noch eine Hoffnung auf eine Superdividende hat. Allein um die Garantie dieser 3½ Proc. steht es schlecht, da der Finanzminister durch den Staatscommissar und Vorsitzenden der Direction, Hrn. v. Maassen, erklären ließ, er könne keine Garantie über die ursprünglichen 10 Mill. Stammactien übernehmen. Doch das Statut scheint dem Ministerium als Mitcontrahent an der Bahn die Verpflichtung dazu aufzuerlegen. Diese Ansicht wurde wenigstens von dem Rechtsconsulenten der Gesellschaft, Justizrath Geppert, getheilt und von mehren Juristen in der Direction bekräftigt. So beschloß denn die Gesellschaft die Beschaffung des Capitals auf die genannte Weise, indem sie die Mittel, das Finanzministerium rechtlich zur Garantie der 3½ Proc. zu nöthigen, in Händen zu haben glaube. Der ganze Conflict ist freilich ein sehr unangenehmer, geht aber aus der Lage der Dinge hervor. Denn wenn sich das Ministerium der Garantie weigern sollte, so bliebe ihm nichts übrig, als die Bahn auf eigne Rechnung zu übernehmen, alle Prioritäts- und Stammactionaire zu befriedigen und dann weiter zu verwalten. Das würde aber noch unendlich größere Geldopfer fodern. Wir tadeln also die Beschlüsse nicht, doch wäre zu wünschen gewesen, man hätte sie nicht in so schroffe Formen gefaßt.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 1. Mai früh 7 Uhr: 2° 3″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 29. April. Oeste. Metall. 1808, 250 Fl. 2. 118⅛ Br.; 500 Fl. 2. 153; Bair. 3½ pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. 2. 57 Br.; Darmst. 50 Fl. 2. 74½ Br.; 25 Fl. 2. 27½; Nass. 25 Fl. 2. 25½; Sard. 36½; Kurhess. 32. Paris, 26. April. 5pc. 115. 75, 3pc. 77. 50; Neap. 109. 50; Bankact. 3255. Wien, 28. April. Pfact. 1580; Met. 5pc. 107⅞; 4pc. 97; 3pc. 69½; 500 Fl. 2. 153½; 250 Fl. 2. 117½.

Actien. Frankfurt a. M., 29. April. Taunusb. 356½; Nassau. 70; Verb. 90⅞. Paris, 26. April. Eis. St. Germ. 945, Versail. r. 357½; l. 220; Paris-Orleans 1231½; Paris-Rouen 928¾; Paris-Strasburg 420; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 670, Marseille-Avignon 470. Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 515, Orleans-Vierzon 585, Nord 622½. Wien, 28. April. Nordb. 165; Gloggn. 121¾; Mail. 108½; Livorn. 88; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 30. April. Sethandl.-Prämiensch. 95⅛ Br., 3½ pc. Staatssch. 92⅞, 3½ pc. Pfandb. westpreuß. 92½, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 93⅞, schles. 96½, 4pc. posensche 101¼, neue 3½ pc. 92, kur- u. neumärk. 95⅞; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½ pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89¼, Prior.-Act. 4pc. 90½, 5pc. 101¼, Berl.-Stett. 107½, Cöln-Minden 4pc. 90, Frak.-Oberschl. 4pc. 76½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 94 Br., Kiel-Alton. 4pc. 107¼ Br., Niederschles. 86¼, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, 5pc. 101½, Zweigb. 4pc. 90, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103, Litt. B. 4pc. 96, Rhein. 84⅛, Prior.-Stamm 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Thüring. 4pc. 93¼, Wilh.-Bahn 4pc. 85⅝. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81, Berg.-Märk. 4pc. 81¼, Berl.-Anh. 98¾, Kass.-Lippst. 4pc. 84⅛ Br., Cöln-Minden 4pc. 89⅜, Magdb.-Wittenb. 82½, Mail.-Bened. 4pc. 110½ Br., Mecklenburg 74 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 82⅛, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 98, Ung. Centralb. 4pc. 99. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92¼, Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 79⅜, à 300 Fl. 4pc. 95½ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93½, Bkerr. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 300 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½ pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 84¼, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31¾, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professer **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen

Stettin und **Kronstadt**

(St.-Petersburg).

Die beiden großen eisernen Post-Dampfschiffe **„Preußischer Adler"** und **„Wladimir"**, jedes mit Maschinen von 310 Pferde Kraft versehen und zur bequemen Aufnahme von mehr als 100 Passagieren sowie zur Beförderung einer bedeutenden Güter-Ladung eingerichtet, werden in diesem Jahre eine regelmäßige **wöchentliche** Verbindung zwischen **Stettin** resp **Swinemünde** und **Kronstadt** (St.-Petersburg) unterhalten.

Das neue Post-Dampfschiff „Preußischer Adler" wird gegen Ende des laufenden Monats aus England erwartet, und soll hiernach die Eröffnung der Verbindung **den 15. Mai** neuen Styls stattfinden, an welchem Tage der **„Preußische Adler"** zum ersten Male von **Stettin** und der **„Wladimir"** zum ersten Male von **Kronstadt** abgefertigt werden wird. Von gedachtem Tage **bis zum Schlusse der Fahrten** wird jeden Sonnabend ein Dampfschiff

aus Stettin: Mittags, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von **Berlin**, und **aus Kronstadt: Abends**

abgehen und bei günstiger Fahrt die Ankunft in **Stettin** sowol als in **Kronstadt Dienstag** Abend stattfinden.

Das Passagegeld für die Reise von **Stettin** oder **Swinemünde** bis **St.-Petersburg** beträgt:

für eine Person auf dem 1. Platze 62 Thlr. Preuß. Cour.
„ „ „ „ „ 2. „ 40 „ „ „
„ „ „ „ „ 3. „ 23⅓ „ „ „
für eine Privat-Cajüte zu 4 Personen 273 „ „ „
„ „ „ „ 3 „ 205 „ „ „
„ „ „ „ 2 „ 136⅔ „ „ „

In diesen Beträgen ist die Beköstigung, mit Ausnahme des Weins, einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte.

Jeder Passagier auf dem ersten Platz oder in den Privat-Cajüten kann 16 Cubikfuß, auf dem zweiten Platz 12 Cubikfuß und auf dem dritten Platz 6 Cubikfuß Rhein. an Gepäck frei mit sich führen. Kinder, welche die Hälfte des Passagegeldes zahlen, haben auch nur die Hälfte des Gepäckmaßes frei. Für das Uebermaß sind 12 Sgr. pr. Cubikfuß Rhein. zu entrichten.

Das Gepäck der Passagiere darf nur aus Reise-Effecten bestehen. Waaren müssen besonders verpackt und als Frachtgut aufgegeben werden.

Die **Anmeldung zur Reise** erfolgt in **Stettin** bei dem Post-Dampfschiffahrts-Agenten Herrn D. Witte, welcher auch die Güter-Expedition besorgt. In **Swinemünde** werden die Reisenden von der dortigen Königlichen Post-Verwaltung angenommen, welcher auch die Abfertigung der Güter obliegt.

Die Pässe der nach Rußland reisenden Personen müssen das Visa der in dem Vaterlande oder Wohnorte des Passagiers befindlichen Kaiserlich Russischen Gesandtschaft oder des Consulats haben. Auch müssen diese Pässe **vor** Lösung des Passagierbillets in Stettin dem dortigen Kaiserlich Russischen Consul vorgezeigt werden. Die in Swinemünde zutretenden Reisenden haben vor Lösung des Passagierbillets ihre Pässe dem dortigen Kaiserlich Russischen Viceconsul vorzuzeigen.

Der Tarif für Wagen und Pferde sowie für Güter und Contanten, ingleichen die Fahrtordnung der Schiffe ist aus den öffentlich aushängenden Ankündigungen zu ersehen.

Berlin, den 12. April 1847.

[1414—16] **General-Post-Amt.**

Höchst interessantes Schriftchen über den Vereinigten Landtag in Preussen!

In unserm Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Ueber
das preußische
Verfassungs-Patent
vom 3. Februar 1847.
Von [1758]
Dr. Friedrich Saß.
Gr. 8. 1847. Geh. Preis 4 Ngr.
Baron von Blomberg's
Verlagsbuchhandlung zu Schkeuditz (bei Leipzig).

Bei **Ignaz Rb. Schaiba** in **Presburg** ist in Commission erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ueber
Ungarns Zustände.
Von
Bárándy.

1847. Gr. 8. 200 Seiten stark, auf milchweißes Papier mit neuen scharfen Lettern gedruckt und in netten Umschlag broschirt Preis 1 Fl. C.-M. = 24 Sgr. [1686—88]

Im Verlage von **Otto Klemm** in **Leipzig** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Morgengruß
an
die Preußen.
Sechs Gedichte
von
Karl Knorrn.
Brosch. Preis 7½ Ngr. [1735]

Edictal-Citation.

Demnach gegen den im Jahre 1812 im zweiten Westphälischen Husarenregimente mit nach Rußland marschirten und seitdem verschollenen Soldaten Friedrich Heinrich August Schrader aus Calvörde, geboren am 26. Mai 1789, auf Todeserklärung angetragen und zu diesem Ende den betreffenden Vorschriften der landesherrlichen Verordnung vom 5. Januar 1824 genügt worden, so wird gedachter Friedrich Heinrich August Schrader in Gemäßheit des §. 3 erwähnter Verordnung hierdurch aufgefodert, sich binnen einem Jahre und spätestens im Termine

den 13. Januar 1848

Morgens 10 Uhr, vor unterzeichnetem Gerichte zu stellen, widrigenfalls gegen ihn die Todeserklärung ausgesprochen und dieser zufolge über sein Vermögen und seine übrigen Zuständigkeiten den Rechten gemäß verfügt werden wird. Zugleich wird ein Jeder, welcher Nachrichten über den Verschollenen ertheilen kann, ersucht, solche dem unterzeichneten Gerichte mitzutheilen.

Endlich werden auch alle Diejenigen, welche Erb- oder sonstige Ansprüche an das Vermögen des Abwesenden zu haben vermeinen, hierdurch aufgefodert, solche in dem vorbemerkten Termine bei Strafe des Ausschlusses mit denselben anzumelden und thunlichst klar zu machen.

Decretum Helmstedt, den 19. December 1846.

Herzogl. Kreis-Gericht.

[5685—87] *F. J. v. Heinemann.*

Oeffentliche Vorladung.

1) Die unbekannten Erben sowie deren etwanige Erben oder nächste Verwandte der am 16. Juli 1843 zu Rochau verstorbenen Witwe des Gänsehirten **Peter Lütke**, Katharine Dorothee, geb. Hildebrandt, werden hierdurch aufgefodert, in dem auf

den 11. November d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Deputirten, Land- und Stadtgerichts-Rath Eisenhart, im hiesigen Land- und Stadtgerichtsgebäude angesetzten Termine zu erscheinen und ihre Legitimation zu bewirken, widrigenfalls sie werden präcludirt werden, der Nachlaß dem sich meldenden rechtmäßigen Erben verabfolgt werden wird, und der nach erfolgter Präclusion sich etwa erst meldende nähere oder gleich nahe Erbe alle seine Handlungen und Verfügungen anzuerkennen und zu übernehmen schuldig, von ihm weder Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Nutzungen zu fodern berechtigt, sondern sich lediglich mit Dem, was alsdann noch von der Erbschaft vorhanden wäre, zu begnügen verbunden sein soll; im Falle aber sich kein Erbe meldet, der Nachlaß als ein herrenloses Gut dem Königl. Fiscus zugesprochen werden wird.

Vor oder spätestens in eben demselben Termine haben sich:

2) der am 16. April 1810 zu Tangermünde geborene **Johann Friedrich Rethfeld**, ein Sohn des dort verstorbenen Schuhmachermeisters Johann Georg Friedrich Rethfeld und seiner Ehefrau Dorothee Sophie, geb. Reising, welcher in seinem 6. Lebensjahre in der Elbe ertrunken sein soll,

3) der am 8. October 1770 zu Tangermünde geborene, zu Arneburg wohnhaft gewesene Schiffsarbeiter **Christian Friedrich Neumann**, ein Sohn des Arbeitsmanns Johann Joachim Neumann und seiner Ehefrau Johanne, geb. Mittelstraß, welcher am 6. December 1829 in der Elbe ertrunken sein soll, und

4) der am 23. October 1785 zu Magdeburg geborene Schuhmachermeister **Georg Gottlieb Anton Böhme** aus Stendal, ein Sohn des Bürgers und Schuhmachermeisters Johann Christian Böhme und seiner Ehefrau Marie Charlotte, geb. Wilke, welcher auf einer Reise von Magdeburg nach Stendal in den ersten Tagen des Monats November 1835 verschollen ist,

oder die von denselben etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmer, schriftlich oder persönlich zu melden und weitere Anweisung zu erwarten, widrigenfalls die unter 2 bis 4 aufgeführten Verschollenen für todt erklärt und ihr Nachlaß ihren rechtmäßigen Erben, geeignetenfalls dem Königl. Fiscus zugesprochen werden wird.

Stendal, den 12. Januar 1847.

[288—90] **Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.**

Die Sächsische Fluss-Assecuranz-Compagnie zu Leipzig

hat ihren achtzehnten Rechenschaftsbericht pro 1846 abgelegt, und das unterzeichnete Directorium bringt hiermit zu allgemeiner Kenntniß, daß auf jede Actie (von 166⅔ Thlr. baarem Einschuß) außer 6⅔ Thlr. Zinsen, eine

Dividende von 27 Thaler

auszutheilen, der Reservefonds pro Actie auf nahe an 87 Thlr. angewachsen ist, und überdem eine

Rückprämie von 38 Procent

an alle Diejenigen zur Auszahlung gelangt, welche im Jahre 1846 Güter bei der Compagnie in Segelschiffen oder in Dampfschiffen mit ⅛ Procent Prämie versicherten.

Jene 27 Thlr. pro Actie können auf dem Comptoir der Anstalt hier oder bei Herrn **Carl Mitzschner** in Dresden erhoben werden, wohingegen die Rückprämie von 38 Procent diejenigen unserer Bevollmächtigten gewähren werden, bei welchen die Versicherung geschlossen, resp. bei den Versicherungen von Hamburg nach Sachsen da, wo die Prämie dafür gezahlt worden ist.

Mit dem 31. December d. J. erlöschen jedoch alle Ansprüche an die Rückprämie.

Durch verfassungsmäßige Wahl ist der aus dem Directorium geschiedene Herr J. Büchel in dasselbe wiederum eingetreten.

Dem kaufmännischen Publicum empfehlen wir unser vaterländisches Institut zu recht häufiger Benutzung, **wozu es nur der bestimmten Aufgabe an die Verlader der Waaren bedarf, dieselben unter** sächsischer Assecuranz zu versichern.

Leipzig, im April 1847. [1759—61]

Das Directorium der Sächsischen Fluß-Assecuranz-Compagnie.

Eben erschienen **neu** in der **Hinrichs**'schen Buchhandlung in Leipzig:

Cohen, Dr. **Gottfr.**, Grundzüge der parlamentarischen Verfassung Englands. Gr. 8. Geh. ⅓ Thlr.

Harleß, Predigt am Palmsonntage 1847: Wann haben wir Christum bei uns? Gr. 8. Geh. 3 Ngr.

Johannsen, Die Anfänge des Symbolzwanges unter den deutschen Protestanten. Geschichtlich dargestellt. Gr. 8. (28½ Bogen.) Geh. 2½ Thlr.

M'Crie, Geschichte der Reformation in Italien und Graubunden. Wohlfeile Ausgabe. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

Schaller, Prof. **Jul.**, Darstellung und Kritik der Philosophie Ludw. Feuerbach's. Gr. 8. Geh. 1 Thlr. [1693]

Im Verlage von **Jm. Fr. Wöller** in Leipzig erschien und kann durch jede **Buchhandlung des In- und Auslandes** bezogen werden:

Dr. C. Caspari's Taschenbuch der Frühlings- und Sommerkuren,

oder gründliche Anleitung für Jedermann zur richtigen Auswahl und zum zweckmäßigsten Gebrauche der **Kräutersaft-, Milch-, Molken- und Kaltwasserkuren, der natürlichen und künstlichen Gesundbrunnen und Mineralbäder Deutschlands und angrenzender Länder**, sowie zum passendsten diätetischen Verhalten vor, während und nach denselben, um durch ihre ausgezeichneten Heilwirkungen das verlorene körperliche und geistige Wohlsein vollkommen wieder zu befestigen. **Besonders als Rathgeber für**

Badereisende und für Kaltwasserheilanstalten Besuchende

bearbeitet von **Dr. Jul. Ad. Meissner**, prakt. Arzte.

Vierte verbesserte Auflage.

252 höchst compr. Seiten; geh. und in Umschlag (**Leipzig**, Verlag von **Jm. Fr. Wöller.**) Preis 25 Ngr. od. 2 Sgr. = 1 Fl. 30 Kr. Rh.

Dieses Taschenbuch ist nun seit einer Reihe von 22 Jahren in wiederholten Auflagen unter Aerzten und Laien verbreitet, und verdankt diese günstige Aufnahme der ausgezeichnet praktischen Art und Weise, wie der Verfasser seine Aufgabe gelöst hat. Noch bedeutender ist die Brauchbarkeit durch diese neue ganz zeitgemäße Bearbeitung erhöht werden, welche deshalb auch von bedeutenden Männern auf das wärmste empfohlen worden ist. [1749]

Fabrik-Verkauf.

Eine schön und vortheilhaft eingerichtete, sich im Betriebe befindende Fabrik, in der Provinz Brandenburg belegen, von currenten, der Mode nicht unterworfenen Artikeln, welche, mit den nöthigen Mitteln betrieben, einen Ertrag von 15 bis 18 Proc. vom Anlagecapital gewährt, soll mit den dazu gehörigen Gebäuden verkauft werden. [1729]

Die zum technischen Betriebe der Fabrik erforderlichen Arbeiter sowie der die Fabrik leitende Meister sind vorhanden, sodaß die Erwerbung dieser Fabrik sich für einen oder zwei sich verbindende Kaufleute vorzüglich eignet. Hierauf reflectirende Käufer, aber nur solche, welche die angegebenen Mittel besitzen, werden ersucht, ihre Adressen sub **D. 34.** im Königl. Intelligenz-Comptoir in Berlin abzugeben.

Heiraths-Gesuch.

Ein Kaufmann sucht, aus Mangel an anderer passender Gelegenheit, auf diesem Wege eine seinen Wünschen entsprechende Lebensgefährtin. Dieselbe soll in den zwanziger Jahren sein und mit einem angenehmen Aeußern, gutem Charakter und Bildung häusliches Wesen und ein dem seinigen annäherndes Vermögen von mindestens 5000 Thalern verbinden. Man beliebe auf diesen Antrag Bezug habende Anerbieten unter den Buchstaben **J. R.** poste-restante Leipzig einzusenden und sich der vollsten Verschwiegenheit versichert zu halten. [1773]

Gesuch. Ein junger Mann, der durch Aufgabe des Geschäfts seine Stelle verloren hat und von seinem bisherigen Principal aufs beste empfohlen wird, sucht baldmöglichst in einem Engros-Geschäft, gleich viel ob hier oder auswärts, ein anderweitiges Engagement. Derselbe ist mit der Buchführung und allen Comptoirarbeiten vertraut und der englischen und französischen Sprache ziemlich mächtig. Die geehrten Herren, welche auf diese Offerte reflectiren, werden gebeten, ihre Adresse unter der Chiffre **A. N.** auf hiesigem Post-Amte niederzulegen. [1774]

In meinem Verlag ist soeben erschienen:

Die Kurmark Brandenburg,

ihr Zustand und ihre Verwaltung

unmittelbar vor dem Ausbruch des französischen Krieges im October 1806.

Von einem ehemaligen höhern Staatsbeamten.

Gr. 8. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Ein ehemaliger höherer Staatsbeamter **(Oberpräsident von Bassewitz)** liefert in diesem Werke nicht nur eine vollständige, hauptsächlich aus amtlichen Quellen geschöpfte, historisch-statistische Darstellung der Verhältnisse, wie sie in der Kurmark, im Mittelpunkte der preußischen Monarchie, in Bezug auf Verfassung, Verwaltung und andere Zustände, unmittelbar vor den preußischen Kriegen mit Napoleon bestanden, sondern zugleich eine zuverlässige **Materialien-Sammlung** und einen **Leitfaden** für einen großen Abschnitt der preußischen Staatengeschichte. Als **Vermächtniß des Verfassers an die Provinz, für die er während dieser ganzen Periode thätig war,** und der auch nach seinem Zurücktritt aus dem Staatsdienst seine Liebe und seine Kräfte zugewandt bleiben, als ein treuer Spiegel zur Vergleichung zwischen Sonst und Jetzt, dürfte das Buch den Behörden und Einwohnern der Provinz zum Geschäftsgebrauch und zur Erinnerung erwünscht sein und auch für preußische Staatsmänner, Mitglieder ständischer Versammlungen, Geschichtsforscher und Statistiker einen bleibenden Werth behalten, indem es schon deshalb, weil die Hauptstadt der Provinz zugleich der Centralpunkt der Monarchie ist, nöthig war, die Staatsorganisation im Allgemeinen stets im Auge zu behalten und in ihrer Entwickelung mit zu verfolgen.

Leipzig, im April 1847.

[1779] **F. A. Brockhaus.**

Die Vorzüge **Eisenachs,** als künftigen Endpunktes der **Thüringischen Eisenbahn,** veranlassen mich, hier ein

Commissions-, Speditions- und Incasso-Geschäft

zu gründen und dessen Leitung unter der Firma von **Rosztok & Co.** meinem ältesten Sohne **August Ludwig Albert Rosztok** zu übertragen.

Von Ende nächsten Monats an unmittelbar verbunden mit allen Eisenbahnen des deutschen Ostens und Nordens bis zum Meere, bietet unser Ort diesen Ländern wie dem Süden und Westen als Speditions- und selbst als Stapelplatz für Producte, zu schnellen und billigen Verladungen nach allen Richtungen hin Vortheile, die kein anderer in gleichem Grade vereint.

Geneigte Aufträge werde ich mit regster Sorgfalt vollziehen, auf Depots gangbarer Producte gern angemessene Vorschüsse leisten und um specielle Vortheile zu gewähren, meine Magazine dicht am Bahnhofe errichten.

[1581—83]

Eisenach, im April 1847. **Albert Rosztok.**

Pensions- und Heilanstalt für Geisteskranke.

Seit sieben Jahren als ärztlicher Vorstand der Herzogl. Wasserheilanstalt zu Bad-Liebenstein fast ununterbrochen und mit fortwährend günstigem Erfolge **Geisteskranke** behandelnd, ist mir zur ferneren Aufnahme derselben von Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Meiningen das in der Nähe Liebensteins gelegene herrschaftliche Landschloß **Marienthal** gnädigst überlassen und dasselbe unter meiner eignen Verwaltung bereits im vorigen Sommer von meinen Pensionairen bezogen worden. Durch seine gesunde und freundliche Lage sowie durch seine regelmäßige und ansprechende Bauart begünstigt, hat dasselbe alle diejenigen Einrichtungen erhalten, die seine neue Bestimmung nöthig machte, ohne daß ihm dadurch der Eindruck des freien heitern Landaufenthalts benommen worden ist. Die Gesellschaftsräume und die Wohnungen für nicht zerstörungssüchtige Kranke sind durchweg in einer Weise vollständig und elegant ausgestattet, die, weit entfernt an das „Irrenhaus" zu erinnern, selbst den an höhere Lebensbedürfnisse gewöhnten Kranken nichts vermissen läßt. Ihnen entsprechen alle übrigen Verhältnisse der Anstalt. Wie für alles Nöthige zur leiblichen Cur (Bäder verschiedenster Art, gutes reines Trinkwasser, Melkenbereitung, Beschäftigungsmittel rc.) ist für die geistigen Bedürfnisse der Kranken (Lecture, Musik, Spiele rc. und erforderlichenfalls auch geistigen Unterricht) vollständig Sorge getragen worden. — Während im Allgemeinen der Geist der Ordnung und Pünktlichkeit, der Sitte, des Anstandes, der Sittlichkeit und der geregelten Thätigkeit streng und consequent aufrecht erhalten wird, gestattet die im voraus beschränkte Zahl der aufzunehmenden Kranken bei einem ungewöhnlich starken Dienstpersonale, jedem einzelnen Hausgenossen besondere Sorgfalt zuzuwenden und ihm das seiner Individualität nach zulässigste Maß von persönlicher Freiheit zu gewähren. — Dem allmäligen Rücktritte der Convalescenten und Leichtkranken ins Leben wird in jeder geeigneten Weise Vorschub geleistet. Wegen näherer Auskunft wolle man sich gefälligst unter der Adresse: **Bad-Liebenstein** im Herzogthum Sachsen-Meiningen, an mich wenden.

[1780] Dr. **A. Martiny.**

Der Lampendocht-Fabrikant M. C. Mosing aus Berlin

will sich hiermit den Herren Lampenfabrikanten und Händlern zur gefälligen Prüfung seines Fabrikats empfohlen haben. Stand am Naschmarkt, im Durchgange nahe der Börse.

[1754—56]

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Sonntag den 2. Mai zwei große brillante Vorstellungen der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Contredanse française, geritten von vier Herren und vier Damen. — Les petits cercles par Mons. Tourniaire. — Der Clown mit seiner Großmutter, komische Scene von den Herren Rudolph und Qualitz. — Der schiffbrüchige Matrose, von Herren Felsenmeier. — Graziöse Pas und Stellungen von Dem. Adline. — Der kühne Voltigeur, ausgeführt von Herrn Hinz. — Pas de deux grazieux par Mons. et Mad. Tourniaire. — Les exercices à la ridelle par Mons. Qualitz.

Kassenöffnung der ersten Vorstellung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr.
" " zweiten " 6½ " " 7½ "

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

E. Renz, Director.

Gesuch. Für eine Frau aus guter Familie, im mittlern Lebensalter stehend, wird ein Unterkommen gesucht in einem Hause des höhern Bürgerstandes oder des Adels. Ihren Wünschen gemäß möchte sie Gesellschafterin, Vorleserin, Secretairin einer Dame sein oder zum Schutz und zur Fortbildung erwachsener Töchter beitragen.

Sie würde den Aufenthalt in einer größern Stadt dem in einer kleinern vorziehen, gleichwol aber auch einen ländlichen in einer schönen Gegend des südlichen Deutschlands besonders berücksichtigen.

Sie beansprucht weniger Gehalt als einen gebildeten Umgang und eine humane Begegnung.

Was ihre Herkunft, ihren sittlichen und moralischen Charakter betrifft, so hat sie sich der ehrenvollsten Zeugnisse und zugleich der wärmsten Empfehlungen zu erfreuen. [1769]

Anfragen und Anerbietungen werden franco unter der Chiffre **A—Z** und unter der Adresse des Herrn Buchhändler **Köhler** in Leipzig erbeten.

F. August Behrens jun.

in **Magdeburg**

(Logis in Leipzig, vom 29. April bis 1. Mai: Stadt Dresden) liefert

Liniir-Maschinen

zum Liniiren der Contobücher, Notenlinien, Kinderschreibbücher rc., in größter Vollkommenheit.

Die Maschinen arbeiten mehrfarbig zu gleicher Zeit, liefern 1 Ries Kinderschreibbücher in 2 Stunden und ziehen Linien von **verschiedener** Länge in **Einem** Zuge. [1517—26]

Nathan Marcus Oppenheim,

Juwelier aus Frankfurt a. M.,

Nikolaistrasse Nr. 22,

kauft **Juwelen, Antiquitäten** und **alte Spitzen.** [1509—14]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 2. Mai. Zum ersten Male: **Drei Könige und drei Damen,** Lustspiel in 3 Acten, nach dem Französischen von H. Börnstein. — Hierauf: **Die Maskerade im Dachstübchen,** Schwank in 1 Act von C. Meirner.

Montag, 3. Mai. **Eine Familie,** Schauspiel von Ch. Birch-Pfeiffer.

Dienstag, 4. Mai. **Der Weltumsegler wider Willen,** Posse in 4 Acten von G. Räder.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Louis Hartig in Goslar mit Frl. Marie Gravenhorst. — Hr. Kaufmann Albert Köpcke in Potsdam mit Frl. Pauline Trams. — Hr. Kaufmann A. Leinhaas in Berlin mit Frl. Pauline Timme.

Getraut: Hr. Oberlandesgerichtsassessor Ernst Feldmann in Cottbus mit Frl. Dorethee Thiele. — Hr. Fedor Häpe in Bischofswerda mit Frl. Clara Leuthold. — Hr. Karl Mehlgarten in Rochlitz mit Frl. Clara Hartmann. — Hr. Dr. Bruno Polack in Leipzig mit Frl. Sophie Schmidt. — Hr. Regierungsconducteur Ottomar Wilhelmi in Herzberg mit Frl. Bertha Hoffmann aus Kreischa. — Hr. Schullehrer Emil Zenker in Sörnewitz mit Frl. Karoline Ziebig.

Geboren: Hrn. Pastor C. G. Böhme in Nieder-Glaucha eine Tochter. — Hrn. Friedrich Clemen in Sörnitz ein Sohn. — Hrn. Moritz Graf in Döbeln eine Tochter. — Hrn. S. Hayssen in Bremen ein Sohn. — Hrn. Oberlandesgerichtsrath W. Kaßner in Naumburg ein Sohn. — Hrn. Dr. W. Keller in Berlin ein Sohn. — Hrn. J. Lande in Berlin eine Tochter. — Hrn. Julius Lehmann in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Lieutenant C. v. Plüskow in Halberstadt eine Tochter. — Hrn. Heinrich Sarre in Berlin eine Tochter. — Hrn. Pastor Karl Anton Schluttig in Gelenau ein Sohn. — Hrn. Hermann Wätzin in Bremen eine Tochter.

Gestorben: Hr. Kaufmann J. C. F. Dorn in Berlin. — Hr. Kaufmann J. N. Finckh in Reutlingen. — Hr. Apotheker Karl Wilhelm Franke in Bobersberg. — Hr. Rentier Louis Frick in Berlin. — Frau geb. Registrator Emilie Gallowski in Berlin. — Hr. Diakonus Moritz Jentsch in Luckau. — Hr. Rentier Georg Mittard in Stargard. — Hr. Amtmann August Rabe in Fränkenau. — Hr. Oberamtmann Reinhard in Dom Havelberg. — Hr. Calculator Richard Richter in Dresden.

Montag — Nr. 123. — 3. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Die Presse. — Theuerungspolizei in Baiern. — Unterstützungsmaßregeln in München. — Die Auswanderer aus Oberfranken. †Hannover. Die Theuerung. — Zeichen der Zeit in Ellwangen. — Badische Verordnung in Betreff der Auswanderer. — Der Engelwirth Winkler. — Hr. Wangenmüller. — Petition des Stadtraths von Oldenburg.

Preußen. *Posen. Der Polenproceß. Der Landtag. Die ständische Opposition. Unruhen. — Die Declaration der Rechte. — Arbeiterkrawall in Breslau.

Portugal. Die Insurrection. Die Vermittelungsfrage. *Lissabon. Die Insurrection. Rath Dietz. Baron v. Eschwege. Silva Cabral. Der Brotpreis. Das Conservatorialgericht.

Spanien. Die Certes. Die Königin. Progressisten zu Senatsmitgliedern ernannt. Christine.

Großbritannien. Parlament. Earl of Desborough.

Frankreich. Parlament. Gerüchte. Lord Cowley stirbt.

Schweiz. Die luzerner Benedictpfennige. Appenzell-Außerrhoden.

Italien. *Rom. Energie des Cardinals Ferretti. Rom. Festlichkeiten.

Griechenland. Athen. Hr. v. Prokesch. Die türkisch-griechische Differenz. Die Kurden. Bosnien. Das Ministerium. Die Kammern. Athen. Englische Note. Ancona. Die englische Note.

Nordamerika. Der Krieg mit Mexico.

Mexico. Die Revolution. Santa Anna.

Wissenschaft und Kunst. K. v. Rohl.

Handel und Industrie. Fruchtpreise. *Leipzig. Oel. *Leipzig. Messbericht. — Frequenz deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe.

Ankündigungen.

Deutschland.

Von der Donau vom 28. April meldet der Nürnberger Correspondent: „Es ist unzweifelhaft, daß von Seiten Oesterreichs in der Bundesversammlung ein Antrag in Betreff der Presse gestellt werden wird, welcher derselben Befreiung von den bisherigen Bundesbeschränkungen gewährt, jedoch die Besprechung auswärtiger Bundesangelegenheiten unter Aufsicht stellt. Die allgemeinen Zeitfragen würden somit neben den innern Zuständen rückhaltslos erörtert werden können, wenn die respectiven Regierungen es gestatten. Der Antrag Oesterreichs, dem Preußen gern die Initiative in Bundesangelegenheiten überläßt, wird in dem letztern Staat ein sofortiges Preßgesetz zur Folge haben. Es fragt sich also, ob und inwiefern andere Staaten Preußen folgen werden. Daß Hannover nicht zu ihnen gehören wird, glauben wir versichern zu können. Auch Kurhessens Nachfolge dürfte zweifelhaft sein. Der beabsichtigte Weg wird nur als eine Probe zu betrachten sein, da, im Falle sich Wirren ergeben sollten, zwar kein Rückschritt möglich sein, wohl aber zu einem allgemeinen Preßgesetze geschritten werden dürfte, das in der Absicht Preußens liegt."

— Durch Regierungsverfügung vom 19. April ist in **Baiern** nicht nur das Branntweinbrennen aus Kartoffeln, sondern auch aus Getreide verboten. Von dem Verbote des Aufkaufs von Getreide und Kartoffeln in den Häusern sind nicht nur die Bäcker, Müller und Mehlhändler, sondern auch die Consumenten in Bezug auf ihren eignen Bedarf ausgenommen. Endlich ist nicht die Ausfuhr von Getreide überhaupt verboten (Nr. 118), sondern es heißt, daß kein Getreide über die Grenze der Pfalz (und zwar selbst nicht nach Frankreich gegen Bezahlung des Ausgangszolles) ausgeführt werden solle, welches nicht zuvor auf einem öffentlichen Fruchtmarkte der Pfalz feilgeboten war.

— Der Nürnberger Correspondent schreibt aus **München** vom 29. April: „Unser Magistrat hat zum Brotbacken für arme Schulkinder in einer städtischen Localität eine eigne Brotbäckerei einrichten lassen, die gestern ihre Thätigkeit begonnen hat. Es werden nun jeden andern Tag 1600 Portionen Brot zu ½ Pfd. unentgeltlich an die Kinder vertheilt und hierzu Suppenkarten gegeben, welche letztere auch an erwachsene Arme täglich in großer Zahl, theils unentgeltlich, theils zu 1 Kr., ausgetheilt werden. Gleichzeitig läßt der Magistrat an der Isar einen Kanal herstellen, bei welchem alle Individuum, die nicht irgendwo anders Beschäftigung finden, Arbeit erhalten und des Tags wenigstens 24 Kr. verdienen können."

— Die k. Regierung von Oberfranken erläßt eine Bekanntmachung, die Auswanderungen nach Nordamerika betreffend, des Inhalts, den Auswanderungslustigen zu bemerken, daß vor der Hand und bis zu nähern Bestimmungen des Gesetzes der Vereinigten Staaten von Nordamerika bezüglich der Einwanderungen bekannt sein werden, keine Auswanderungsbewilligungen ertheilt werden. Ebenso sind diejenigen Auswanderer, welche bereits die Bewilligung erhalten haben, aber noch nicht abgereist sind, darauf aufmerksam zu machen, daß sie unter den obwaltenden Verhältnissen nach ihrer Ankunft in dem Einschiffungsorte zur Zeit keine Aussicht auf Beförderung haben, weshalb sie vor leichtsinniger Abreise zu warnen seien.

†**Hannover**, 30. April. Die Theuerung nimmt zu. Der Roggen ist im Laufe der letzten Wochen um ⅓ Thlr. und darüber gestiegen, die Bäcker sind aber an die Monatstaxe gebunden und erleiden Einbuße. Wer erleidet die aber jetzt nicht? Die Bäcker hätten sich deshalb in das Unvermeidliche fügen sollen, das ohnein für sie nur bis zum Ende des Monats dauerte. Sie haben sich statt dessen zu weigern gesucht, die Taxe einzuhalten, sie haben nicht genug Brot liefern können oder wollen, darum hat der Staat einschreiten müssen und die Einführung des Roggenbrotes in die Stadt und die Vorstädte freigegeben. Schlimm mag die Lage mancher Bäcker gewesen sein, wenn, was sie behaupten, wahr ist, daß viele Einwohner in Aussicht auf die höhere Taxe des nächsten Monats Brotvorräthe im voraus ankauften, oder wenn die Bauern ihren Roggen zu hohen Marktpreisen verkauften, um ihn als ausgebackenes Brot billiger wieder einzukaufen. Solche Vorfälle sind aber die unvermeidlichen Begleiter der Noth. Morgen tritt die neue Brottaxe in Geltung, der Arme und Reiche mit Sorge entgegensehen. Doch haben wir hoffentlich keine Excesse zu befürchten, und eigentlicher Mangel ist nicht vorhanden. Aber die volle Achtsamkeit der Behörden muß da sein, um die Speculation in Schranken zu halten, und daß sie vorbeugen, ist durchaus zweckmäßig. Zu den Vorkehrungen gehört der Beschluß des Magistrats, für 1000 Thlr. Bons à 2 gGr. (2⅓ Ngr.) an Bedürftige auszugeben, die dafür das Doppelte an Brot erhalten, wenn sie 2 gGr. ihrerseits hinzulegen. Stiege selbst, was nicht zu erwarten, die Brottaxe auf das Doppelte, so bekommt doch der Aermere sein Brot für den bisherigen Preis. Freilich ist mit 1000 Thlr. nicht weit zu reichen; die Bewilligung ist aber auch nur eine vorläufige. Tröstlich sind unter diesen traurigen Umständen die hoffnungsreichen Aussichten auf die nächste Aernte.

— Aus **Ellwangen** vom 27. April schreibt der Stuttgarter Beobachter: „Hier mehren sich die Zeichen der Zeit. Zu dem jüngst an Fruchthändlern begangenen Raubmorde (Nr. 117) und den an das Kanzleigebäude der Regierung, an die Stiftskirche und das Rathhaus gehefteten Branddriefen kam auch noch der Vorfall, daß eine Versammlung mehrer Bürger unberufen in die Stadtrathssitzung eintrat, um die Ertheilung von Brotfrüchten zu verlangen."

— Das **badische** Regierungsblatt enthält eine vom 23. April datirte landesherrliche Verordnung, die Vermittlung des Transports von Auswanderern nach Amerika betreffend, die außer den nähern Bedingungen, unter denen dieses Geschäft gestattet wird, hauptsächlich feststellt, daß Niemand ohne obrigkeitliche Erlaubniß die Vermittelung des Transports von Auswanderern nach Amerika oder andern überseeischen Ländern gewerbsmäßig betreiben darf, und daß, wer seither dieses Gewerbe ausgeübt hat, binnen acht Tagen, vom Erscheinen der Verordnung im Regierungsblatte an gerechnet, dasselbe aufgeben, oder die obrigkeitliche Erlaubniß dazu nachsuchen muß.

— Mehre Bürger in **Lahr** haben dem Vernehmen nach für den wegen angeschuldigten Hochverraths gefänglich eingezogenen Engelwirth Winkler zu Grafenhausen (Nr. 115) 20,000 Fl. Caution geboten, um seine Freilassung zu erwirken, da sie denselben des angeschuldigten Verbrechens nicht für fähig halten. Das Anerbieten und die Bitte um Freilassung ist jedoch von dem betreffenden Bezirksamte bis jetzt abschlägig beschieden worden. (A. Bdz.)

— Hr. Max Wangenmüller, seitheriger deutsch-katholischer Pfarrer, veröffentlicht im Frankfurter Journal folgende Erklärung aus **Mainz** vom 24. April:

„Soeben lese ich auf meiner Durchreise in Ihrem heutigen Blatt einen Auszug aus der Düsseldorfer Zeitung, worin es heißt: «der deutsch-katholische Prediger Wangenmüller habe Krefeld verlassen, um sich nach Linz zu dem dortigen Bischofe Gregor Ziegler zu begeben und wieder zur römischen Kirche zu treten». (Nr. 116.) Um nun so vielfachen Gerüchten und Irrungen vorzubeugen, erkläre ich hiermit, daß ich allerdings vom Deutsch-Katho-

licismus mich abgewendet habe, aus dem Grunde, weil seine neueste Entwickelung nicht mehr den Grundsätzen entspricht, welche ich mir a priori von demselben gebildet, indem er durch Hinausgehen über sein ursprüngliches Princip selbst nicht mehr Mittelglied zur Verbindung der christlichen Extreme nach meiner Ansicht sein kann. Konnte ich den Deutsch-Katholicismus nicht mehr meiner geistig religiösen Richtung entsprechend finden, so mußte ich als redlicher Mann von demselben mich abwenden! Meine Beweggründe werden nächstens in einer eignen Broschüre entwickelt werden. An allen übrigen Nachrichten über diesen oder jenen Schritt nach Linz, München ꝛc. ist kein wahres Wort; im Gegentheil, ich werde vorerst meinen Sitz in Stuttgart nehmen."

— Die erwähnte Petition des **oldenburger** Stadtraths um eine landständische Verfassung (Nr. 119) lautet nach den Neuen Blättern wie folgt:

„Seit dem Regierungsantritte Ew. königl. Hoh. sind durch die Verordnung wegen Organisation der Landgemeinden sowie durch die Stadtordnungen für Oldenburg und Jever die Gemeindeverhältnisse des Landes in zeitgemäßer Weise geordnet. Die ältere Basis des Gemeinderechts, die Interessentschaft, hat in der politischen Gemeindegenossenschaft der höhern staatsbürgerlichen Basis weichen müssen. Damit sind in Beziehung auf die staatsbürgerliche Stellung die ältern Unterschiede der befreiten und pflichtigen Grundstücke, der freien und pflichtigen Bürger aufgehoben. Mit diesen organischen Gesetzen hat ein neues frisches Gemeindeleben für unser Land begonnen und es wird solches immer mehr segensreiche Früchte bringen. Die zugleich verheißene landständische Verfassung ist dagegen noch nicht eingeführt, indem es vermuthlich in der höchsten Absicht gelegen hat, daß die Gemeinden sich zunächst mit dem neuen Organismus bekannt machen und befreunden sollten. Der unterthänigst unterzeichnete Stadtrath glaubt jedoch, daß anzunehmen ist, daß Solches jetzt geschehen sei, und darf deshalb an Ew. königl. Hoh. die Bitte stellen, die landständische Verfassung bald ins Leben treten lassen zu wollen. Der Stadtrath hat nämlich die feste Ueberzeugung, daß es im wohlverstandenen Interesse des Staats liegt, «wenn bei der Berathung und Beschließung über die wichtigsten Angelegenheiten des Landes eine ständische Mitwirkung stattfindet». Es wird dadurch ein Element in den Staatsorganismus gebracht, dessen Einwirkung nur wohlthätig sein kann. Die Männer nämlich, welche zur Vertretung werden berufen werden, gehören vorzugsweise zu Denen, welche die Lebensverhältnisse von der praktischen Seite kennen zu lernen Gelegenheit haben, mehr als dies bei den Staatsbeamten der Fall ist, deren Zeit durch Studium der Wissenschaft und der Acten so sehr in Anspruch genommen wird, daß sie der praktischen Seite der Dinge weniger ihr Augenmerk zuwenden können. Nur durch das gemeinsame Wirken der Staatsbehörden und der Landesvertretung kann aber das große Ziel der allgemeinen Wohlfahrt erreicht werden. Es sind zwar bei manchen Veranlassungen die Ausschüsse auch außer ihren Gemeindeangelegenheiten um ihr Gutachten gefragt worden. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß dies nicht ausreichen kann; der Ausschuß einer Stadt, eines Amts oder Kirchspiels muß nothwendig zunächst das Interesse seiner Gemeinde, seines Orts vor Augen haben; es fehlt ihm als solchem auch die genaue Bekanntschaft mit den Zuständen des Landes, seine Ansicht muß daher in Beziehung auf allgemeine Landesangelegenheiten nothwendig eine beschränkte bleiben. Die neuere Zeit macht größere Ansprüche an den Staat als die frühere, die allgemeine Sicherheit in Beziehung auf das Ausland erfodert die dauernde Aufstellung eines bedeutenden Heeres, das Bedürfniß einer verbesserten Communication durch Heerstraßen, Eisenbahnen und Kanäle erfodert große Anstrengungen, die Gesetzgebung muß fortwährend in Thätigkeit sein, da die ältern Gesetze, für die frühern Zustände kaum ausreichend, den Zuständen der neuen Zeit in vielen Punkten durchaus nicht mehr entsprechen. Es sind unsere Steuern in neuerer Zeit schon mannichfach modificirt, und es läßt sich nicht bezweifeln, daß die Zukunft noch manche Veränderungen als nothwendig hervorrufen wird. Die Vormundschaftsordnung ist schon von der Gesetzgebung vorbereitet, eine neue Hypothekenordnung wird als ein dringendes Bedürfniß erkannt, ein Expropriationsgesetz, Wechselordnung, Bau- und Gewerbeordnung sind beantragt oder entworfen, die Revision der Landgemeindeordnung sowie der Stadtordnung sind in Arbeit, die Concurrenzverhältnisse des Staats und der Communen zu öffentlichen Verbesserungen sind noch nicht geschieden; das gerichtliche Verfahren in Civil- und Criminalsachen sieht einer zeitgemäßen Umgestaltung entgegen. Vor Allem fehlt aber dem Staatsbürger die Einsicht in die Finanzangelegenheiten des Staats, und es wird allgemein als dringendes Bedürfniß der Zeit erkannt, daß Jeder genaue Kenntniß davon erhalte, eben weil dadurch Mißbräuche und Ungleichheiten, die sich eingeschlichen haben, vom praktischen Gesichtspunkt aus beleuchtet und abgestellt werden können. Der Stadtrath glaubt auch, daß von der überwiegenden Anzahl seiner Mitbürger, soweit von denselben überall eine Kenntnißnahme allgemeiner Angelegenheiten zu erwarten ist, seine Ansicht getheilt wird, sowie sich denn überall wol die öffentliche Meinung aller Gebildeten in Deutschland darüber festgestellt hat, daß eine Repräsentativverfassung eine Nothwendigkeit sei. Der Stadtrath der Stadt Oldenburg glaubt nicht nur diese wahrhafte Volksüberzeugung auszudrücken, sondern hat auch nach reiflicher Erwägung erkannt, daß seine Sorge für die allgemeinen Zwecke des städtischen Vereins eine sehr unvollkommene bleiben müsse, so lange diesem nicht ein Platz im Staatsorganismus im höhern Sinn angewiesen werde. Als Vertreter einer Stadt, welche sich der Huld ihrer Herrscher, und der Ew. königl. Hoheit in vorzüglichem Maße zu erfreuen gehabt hat, hält er es insbesondere für Pflicht der Dankbarkeit, es offen an dem Thron auszusprechen, daß die allgemeine Stimme der Denkenden im Lande die baldige Einführung der verheißenen landständischen Verfassung als eine sittliche und politische Nothwendigkeit bezeichnet. Ew. königl. Hoheit unterthänigster Stadtrath der Stadt Oldenburg. An Se. königl. Hoheit den Großherzog."

Preußen.

Posen, 29. April. Je näher der Termin rückt, wo der große Polenproceß seinen Anfang nehmen soll, desto mehr Gefangene werden entlassen, gegen die man die Anklage hat fallen lassen; wenigstens wird hier fast täglich von Solchen gesprochen, die, auf freien Fuß gestellt, aus Berlin hier eingetroffen seien. — In Betreff des Vereinigten Landtags meinen hier Manche, daß man sich zu viel mit rein formellem Wesen beschäftige; auch sind eine Menge von Petitionen eingegangen, die höchst Unerhebliches zum Gegenstande haben, wie z. B. die Verleihung einer Uniform an die alten Krieger, welche den Feldzug von 1813—15 mitgemacht haben.

Nachschrift vom 29. April Abends. Auch wir haben heute unsern Arbeiterkrawall gehabt. Schon gegen Mittag fanden einige Zusammenrottungen von müßigem Gesindel statt, das sich jedoch mit Toben und lautem Geschrei begnügte; etwas später wurden aber mehre Bäcker geplündert. Nachmittags versuchten die Unruhestifter, großentheils junge Bursche, denen es zum Theil gewiß blos um ein Extravergnügen zu thun war, einige Läden zu erstürmen, jedoch mit geringem Erfolge da die Polizei bereits thätig war und Cavalerie- und Infanteriepatrouillen sich an den bedrohten Punkten zeigten. Unser Polizeipräsident Hr. v. Minutoli begab sich unter die Ruhestörer, und es gelang ihm, sie durch ernste Ermahnungen von Excessen abzuhalten; an die wirklich Dürftigen vertheilte er eine Summe Geldes, sodaß Jeder einen polnischen Gulden (5 Sgr.) erhielt, Allen versprach er für morgen bereits Beschäftigung. Alsbald hielten unser Magistrat und die Stadtverordneten eine gemeinsame Sitzung, worin beschlossen wurde: 1) alle unbeschäftigten Arbeiter von morgen ab gegen ein Taglohn von 9 Sgr. mit Straßen- und Chausseearbeiten zu beschäftigen; 2) mit dem wohlfeilen Brotverkaufe noch bis zum Juli fortzufahren, und zwar von nun an wöchentlich 4000 Fünfsilbergroschenbrote zum Preise von 3½ Sgr. an die arme Volksklasse abzulassen; endlich 3) sofort ein Gesuch an den König abgehen zu lassen, die aufgehobene Mahlsteuer, da die Aufhebung sich hier ohne allen Nutzen erwiesen, wiederherstellen und deren ganzen Betrag bis zum August der Commun überweisen zu wollen, die dadurch in den Stand gesetzt würde, der Noth gründlich und nachhaltig abzuhelfen. Zugleich soll der König gebeten werden, die Festungsarbeiterzahl nicht verringern zu lassen, und außerdem eine Menge zur Zeit unbeschäftigter Hände durch neue Chausseebauten ꝛc. in den Stand zu setzen, sich den Lebensunterhalt selbst zu erwerben. Gegen Abend fingen ganze Schwärme Gesindels wieder an, in den Straßen auf und ab zu wogen, und eben haben sie einige Victualienläden erstürmt und theilweise ausgeplündert. Seit heute Mittag sind alle Kaufläden geschlossen. Unsere Communalbehörden haben sich in Permanenz erklärt; die Polizei ist sehr thätig und zahlreiche Patrouillen durchziehen die Straßen, doch haben sie bis jetzt von der scharfen Waffe noch nicht Gebrauch gemacht. Möchte nur die Nacht ohne grobe Excesse vorübergehen!

— Nach der Bremer Zeitung ist die vielbesprochene „Declaration der Rechte" am 27. April von 97 Deputirten unterzeichnet und dabei dem Entwurfe des Frhrn. v. Vincke, als dem „entschiedenern", vor dem des Hrn. v. Beckerath der Vorzug gegeben worden.

— Aus **Breslau** erzählt der dortige Anzeiger: „Am 26. April versuchte es am hiesigen Ort abermals ein Trupp Arbeiter, die öffentliche Ruhe zu stören. Es mußte bei den Arbeiten am Viehmarkt eine Verminderung der Arbeiterzahl eintreten, weil die erstern sich ihrer Beendigung näherten. Es hatten sich jedoch auf dem Gestellplatze vor dem Oderthor eine Menge Arbeiter eingefunden, welche, von einigen Rädelsführern verleitet, ihre Anstellung bei jenen Arbeiten erzwingen wollten, zu diesem Zwecke nach dem Arbeitsplatze zogen und hier sowol den angestellten Aufseher als auch die beschäftigten Arbeiter selbst erst bedrohten und dann thätlich insultirten. Die Zahl dieser Ruhestörer mochte sich etwa auf 50 belaufen, deren fünf Rädelsführer verhaftet wurden, worauf sich der übrige Trupp augenblicklich zerstreute."

Portugal.

Nachrichten aus **Lissabon** vom 20. April in den englischen Blättern bestätigen, daß das ganze Land südlich vom Tejo von den Truppen der Königin geräumt worden ist; nur General Schwalbach hatte sich mit 600 M. in die Festung Elvas geworfen. Sa da Bandeira war mit 1500 M. am 17. April zu dem Grafen Mello gestoßen und Beide hatten nun 5000 M. ziemlich gut organisirte Infanterie, 9 Kanonen und 300 M. Reiterei unter den Waffen. Die Hauptmacht stand noch bei Setubal; die Höhen von Palmella und das in Vertheidigungsstand gesetzte alte Schloß daselbst waren gut besetzt. Im Gebiete von Coimbra war unter dem Landvolke wieder ein Aufstand ausgebrochen, der sich schon bis Torres Vedras verbreitet hatte. Von den englischen Blättern wird dabei der vom Journal des Débats schon vor einigen Tagen (Nr. 120) gemeldeten gemeinsamen Intervention der drei Mächte auf Anrufen der Königin von Portugal noch nicht erwähnt.

— Dem Morning Herald zufolge suchte am 17. März die portugiesische Regierung bei Lord Palmerston um vertragsmäßige Hülfe nach und begründete dieses Gesuch auf die Behauptung, daß der Aufstand die Restauration Dom Miguel's bezwecke. In der Erwiderung des britischen Cabinets wurde bemerkt, daß Dom Miguel nicht proklamirt und von der Junta von Oporto vielmehr erklärt worden sei, daß sie im Namen der Königin handle. Der Aufstand wäre angeblich auf Wiederherstellung der Constitution gerichtet. Indessen sei England, als alter Verbündeter Portugals bereit in Gemeinschaft mit Spanien seine guten Dienste zur Beendigung

Digitized by Google

des Bürgerkriegs darzuleihen, zu welchem Zwecke die britische Regierung die bekannten Vergleichsvorschläge vorlege. Diese hat nun am 15. April der Staatsrath, von dem aber nur vier Mitglieder anwesend waren, gutgeheißen, unter dem Vorbehalte, daß die Häupter des Aufstandes, namentlich das Antas, Bomfim, Mello und Sa da Bandeira und zehn oder zwölf Andere, von der Amnestie ausgenommen und verbannt werden sollen, und daß die Königin die Cortes erst, nachdem sich die jetzige Gährung gelegt habe, einzuberufen brauche. Der britische Gesandte hatte indessen seine Zustimmung bis auf den Eingang weiterer Instructionen von Seiten Lord Palmerston's zurückgehalten, da die verlangten Modificationen den Vorschlägen den Charakter eines Vergleichs völlig rauben würden. Andererseits verwarfen die Mitglieder des portugiesischen Ministeriums die englischen Vergleichsvorschläge ganz und haben in Folge des Staatsrathsbeschlusses ihre Entlassungen gegeben, welche aber die Königin nicht annahm.

* **Lissabon**, 19. April. In den letzten zehn Tagen sah es hier und in unserer Nähe zwar sehr kriegerisch aus, aber zum Schlagen ist es, wie gewöhnlich, nicht gekommen. Bereits in der Nacht vom 9. auf den 10. April zogen sich die in der Nachbarschaft auf der andern Seite des Tejo befindlichen königl. Truppen, hauptsächlich aus Municipalgarden bestehend, in das Fort von Almada, geradeüber von Lissabon, zurück, wo sie jetzt noch sind. Am 11. April legte sich der englische Kriegsdampfer Polyphemus vor den königl. Palast Necessidades sowie das englische Linienschiff Canopus vor den Börsenplatz. Die Portugiesen stellten zur Aufrechthaltung der Ordnung zwei kleine Kanonen daselbst auf und sendeten zahlreiche Patrouillen aus, sodaß es nicht zu tumultuarischen Auftritten kam, obgleich viele Leute aus den untern Klassen, als am Sonntag, auf den Beinen waren. Dem zweiten Commerzbataillon waren, als verdächtig, die Gewehre vorenthalten worden, und von dem nationalen Artillerieregiment im Fort S. Paulo wurden 64 M. in den Thurm Bugio gesteckt. Am 16. April las man im englischen Consulat angeschlagen, daß der Canopus sich vor den Börsenplatz (auf dem auch das Zollhaus befindlich ist) gelegt habe, um im Nothfalle das Leben und Eigenthum der britischen Unterthanen zu beschützen. Der Königin sind von Seiten des englischen Cabinets Vorschläge zur Pacificirung des Landes gemacht worden, welche sie bis jetzt ausgeschlagen haben soll, da ihr die Bedingungen wahrscheinlich nicht convenirten, obgleich das Diario do Governo sehr deutlich zu verstehen gab, daß man sich auf die Engländer gegen die Insurgenten verlassen könne. Aber mehr noch scheinen die Cartisten auf die nachbarliche Hülfe Spaniens zu rechnen. Zwei spanische Fregatten, die Villa de Bilbao und Isabel II., ankern jetzt im hiesigen Hafen, nehmen sich aber nicht gut neben den englischen Dreideckern aus. Die von Schwalbach, der krank zurückblieb, und dem Baron da Fez commandirte Division, circa 1200 M. Infanterie, 200 Cavalerie und einige Artillerie, kam in den letzten Tagen aus der Provinz Alemtejo hier an, um diese Nacht oder morgen wieder auf die andere Seite des Tejo eingeschifft zu werden, wo Sa da Bandeira und der Graf de Mello circa 6000 M. mit 300 Pferden haben sollen.

Der Graf de Vinhaes, der angekommen ist, soll die königl. Truppen befehligen. Der früher bereits erwähnte Salter commandirt jetzt das der Junta von Oporto gehorchende Dampfschiff Mindello, auf dem er das vierte Jägerregiment von der Insel S. Miguel zu den Insurgenten nach Setubal brachte. Nach gestern von Oporto angekommenen zuverlässigen Nachrichten befindet Saldanha sich fortwährend in Oliveira de Azemeis vor Oporto, ist aber zu schwach, um anzugreifen. In Pennafiel, sechs Meilen von Oporto, steht der alte Povoas mit circa 2000 M. In Oporto sind, ohne die ausgerückten, noch 8000 M. Truppen aller Art, wovon 6000 M. folgen können, ohne daß die Stadt ohne hinreichende Vertheidigung bleibt, welche außerdem jetzt weit stärker befestigt ist als selbst zu Dom Pedro's Zeiten. Geld ist dort im Ueberfluß und auch an Lebensmitteln kein Mangel, denn trotz der Blockade geht viel ein und aus. Die Landbewohner, welche Saldanha rekrutiren will, flüchten lieber nach Oporto, um sich anwerben zu lassen. Das englische Dampfschiff Duke of Cornwall ist von der hiesigen Regierung zu 50 Pf. St. pr. Tag gemiethet und transportirt ihre Truppen, behält aber die englische Flagge bei, da es noch nicht bezahlt sein soll.

Rath Dietz geht endlich morgen früh mit dem Dampfer nach England ab, hoffentlich um nicht wiederzukehren, mit dem Haß aller Parteien belastet. Auch der als Geolog rühmlichst bekannte Ingenieurgeneral in portugiesischen Diensten, Baron v. Eschwege, verläßt dies sein undankbares zweites Vaterland. José Bernardo da Silva Cabral, Bruder des Costa Cabral, erschien hier plötzlich vorgestern aus Cadiz, muß aber, wie es heißt, morgen wieder abreisen. — In Folge der eingetroffenen Zufuhren von Weizen und Mehl ist der Brotpreis im Sinken. Die Municipalität hat Brot und Suppen an die Armen vertheilen lassen. — Man spricht davon, daß die Engländer auf Wiedereinsetzung des Conservadorialgerichts bestehen, hoffentlich schließen die Deutschen sich an.

Spanien.

Die Nachrichten aus **Madrid** gehen bis zum 23. April; die Cortes hatten den Tag vorher keine Sitzung. Vom Finanzminister Salamanca sind dem Ausschusse des Congresses, welcher über den Gesetzentwurf wegen Verkauf von Staatsgütern (Nr. 121) Bericht zu erstatten hat, umfängliche Erläuterungen mitgetheilt worden; auch soll derselbe gewissen Modificationen, welche der Maßregel eine günstigere Aufnahme bereiten würden, seine Zustimmung zu geben sich bereit gezeigt haben. — Die Königin hat die Ernennung von 13 Progressisten zu Mitgliedern des Senats unterzeichnet; es befinden sich dabei die HH. Gonzalez, Lopez, Becerra, Landero, Frias und Pinto. Am 22. April wohnte sie wieder nur in Begleitung ihres Schwiegervaters und Oheims, des Infanten Don Francisco de Paula, und ihrer Schwägerin, der Infantin Josepha, einem Stiergefechte bei. — Mehre Blätter berichten von neuem, daß die Königin Christine sich von Paris nach Italien begeben und dort ihren bleibenden Aufenthalt nehmen werde.

Großbritannien.

London, 27. April.

Im Oberhause beantragte gestern Earl Grey, Staatssecretair für die Colonien, die zweite Lesung der Bill über Verkürzung der Dienstzeit im Heere (Werbebill auf bestimmte Zeit). Viscount Combermere erklärte sich gegen dieselbe, und beantragte die Vertagung bis über sechs Monate. Der Herzog v. Wellington machte zu Gunsten der Maßregel geltend, daß es bisher schon den Dienern der Königin gestattet gewesen sei, Leute auf bestimmte Zeit anzuwerben, und daß die Bill darin nichts Neues aufstelle. Sie werde auch keineswegs den befürchten Nachtheil haben, das Heer seiner alten Soldaten zu berauben; wenigstens sei das seine Ueberzeugung von der Maßregel, wenngleich er nicht so fest wie Earl Grey erwarte, daß eine bessere Klasse von Leuten nun zum Dienste sich stellen werde. Bei den davon zu erwartenden Vortheilen würden sich aber die Soldaten nach Ablauf der ersten Dienstzeit gewiß von neuem anwerben lassen. Der Herzog v. Richmond trat gegen die Bill auf, ebenso der Herzog v. Cleveland, Lord Stanley, der sie eine unweise nannte, und auch Lord Brougham. Der Marquis of Lansdowne und zuletzt Earl Grey nahmen das Wort noch zur Vertheidigung, und bei der Abstimmung ging die zweite Lesung mit 108 gegen 94 Stimmen durch. Anwesende Stimmen waren nur 64 gegen 53; die andern Stimmen wurden in Vollmacht abgegeben. Im Unterhause gab der einzubringende Bericht über die Bewilligung von 100,000 Pf. St. zu Unterrichtszwecken wieder Anlaß zu einer langen Verhandlung, indem Sir W. Molesworth eine Resolution beantragte, daß alle Geheimerathsbeschlüsse oder andere Anordnungen, welche die Katholiken vom Mitgenusse der zu Erziehungszwecken ausgesetzten öffentlichen Gelder ausschlössen, unangemessen wären und abgeändert werden sollten. Lord J. Russell hatte vorher ausdrücklich erklärt, daß die Vorbereitung einer Maßregel, welche die Katholiken in den Mitgenuß setzen werde, schon im Werke sei und daß sie überhaupt nie daran gedacht hätten, dieselben davon auszuschließen. Diese Bewilligungen müßten vielmehr allen Klassen von J. Maj. Unterthanen so nützlich wie möglich gemacht werden. Sir G. Grey, Minister des Innern, verwies auf diese Erklärungen, und Lord H. Vane empfahl deshalb dem Antragsteller, seine Resolution zurückzuziehen. Sir R. Peel äußerte ebenfalls, daß es hiernach nur billig sei, den Ministern Zeit zu gönnen, die Maßregel über Betheiligung der Katholiken an jenen Bewilligungen aus eigner Bewegung vorlegen zu können. Sir R. Inglis war einer der Wenigen, die principiell gegen Sir W. Molesworth's Antrag sich aussprachen, der sich zuletzt bewegen ließ, die Abstimmung zu unterlassen und seine Resolution, wenn es das Haus gestatte, zurückzuziehen. Das gab aber Hr. J. Collett nicht zu, und nach einigen weitern Verhandlungen wurde dieselbe mit 208 gegen 22 Stimmen verworfen und der Bericht gutgeheißen. Das Haus verwandelte sich dann auf Antrag des Schatzkanzlers in ein Gesammtkomité über Eisenbahnen, Häfen und Dämme und beschäftigte sich mit einem Vorschlage der Regierung, 620,000 Pf. St. an drei Eisenbahngesellschaften in Irland in Schatzkammerscheinen darzuleihen, kam jedoch nach lebhafter Verhandlung zu keinem Beschlusse.

— Die Nachrichten über die Gesundheitsumstände des seit einiger Zeit schon sich sehr unwohl fühlenden Earl of Besborough, Lordlieutenants von Irland, verschlimmern sich in bedenklicher Weise.

Frankreich.

Paris, 28. April.

Der Pairskammer wurde gestern vom Unterrichtsminister der von der andern Kammer bereits votirte Gesetzentwurf über verschiedene Credite zum Ankaufe wissenschaftlicher Sammlungen übergeben. Die Berathung des Gesetzes über die Stellvertretung im Heere wurde sodann fortgesetzt und die Sitzung darüber aufgehoben, daß sich bei der Abstimmung über ein Amendement ergab, wie die Kammer nicht vollzählig sei. — Die Deputirtenkammer beschäftigte der Gesetzentwurf über 1 Mill. Fr. zu geheimen Ausgaben für 1847, und Hr. Eberdette eröffnete die allgemeine Berathung desselben, ohne auf die gesammte innere Politik eingehen zu wollen, mit einigen Fragen. Bei dem gänzlichen Mangel an System im Verfahren des Handels- und Ackerbauministers, den Widersprüchen zwischen seinen Worten und Handlungen, der mangelnden Voraussicht in der Lebensmittelfrage möge er sich nicht aufhalten. An den Minister der öffentlichen Arbeiten wolle er sich auch nicht wenden, der so wenig glücklich die Gefahren der Agiotage beim Eisenbahnbau zu vermeiden gewußt und so wenig Festigkeit jetzt besitze, die Unternehmergesellschaften mit Nachdruck zur Erfüllung ihrer Contracte anzuhalten. Auch

Digitized by Google

vom Justizminister wolle er schweigen, weil derselbe noch nichts gethan habe, sowie vom Unterrichtsminister, dessen sterile Fruchtbarkeit in Entwürfen sich erschöpfe, von denen nicht einer lebensfähig zur Welt komme. (Gelächter und Murren.) Der Marineminister sei nicht anwesend; allein gestern habe man sich bei der Sklavenfrage seiner Gegenwart zu erfreuen gehabt und habe wahrnehmen können, mit welcher Festigkeit er an der Spitze einer großen Verwaltungspartie stehe. Von den häufigen Schiffbrüchen, welche die französische Dampfmarine verminderten, werde später die Rede sein. Was den Minister des Innern anlange, den die heutige Discussion am meisten angehe, so lägen Fragen in Masse vor. Warum wären z. B. dem im vorigen Jahre gegebenen Versprechen zuwider die Nationalgarden an vielen Orten nicht organisirt? Wie wolle man die früher verneinte, jetzt durch entstandene Processe unbestrittene dargethane Subvention der wohlmeinenden Journale rechtfertigen? Was habe den Minister bestimmen können, einem Redacteur der Epoque, der dem Theater fremd sei, das Privilegium zu einem lyrischen Theater zu verleihen, was er für 100,000 Fr. an einen wohlbekannten Componisten veräußert habe? Beim Budget werde eine Unterstützung für die komische Oper gefodert, der man gleichzeitig selbst eine derartige Concurrenz bereite. Den Minister des Auswärtigen möchte ich nach den Gründen seiner Ansprüche auf das Vertrauen der Kammer fragen, fuhr Hr. Lherbette fort, ohne daß derselbe sich wegen seines eifrigen Ergreifens von Oesterreichs noch blutiger Hand und der mit Füßen getretenen Wiener Verträge, sondern nur wegen des unglücklichsten Wahrzeichens seiner Politik, wegen der spanischen Heirathen, rechtfertigen soll, die ganz das Gegentheil von Allem zur Folge gehabt, was man sich davon versprochen. Was den Finanzminister anlange und abgesehen von der täuschenden Sicherheit, die er dem Land über seine Finanzlage habe einflößen wollen, so erinnere er an dessen Begünstigung persönlicher Interessen, z. B. an die Anstellung eines jungen Menschen, dem man keine Specialeinnehmerstelle anvertrauen wollte, und der Generaleinnehmer geworden, nachdem er in des Ministers Familie geheirathet. Allerdings sei auch ihm nicht unbekannt, daß nichts so rasch älter mache als eine Heirath. Das Verhältniß des Ministers zu den Generaleinnehmern bezeichnete der Redner ebenfalls als ein wenig würdiges und regelmäßiges, und gedachte ferner, wie der Epoque gestattet worden, ungestempelte Nummern zu versenden, und die «Presse» mit der Erklärung, wie sie dann dasselbe Recht habe, ebenfalls eine Anzahl ungestempelter ausgegeben habe, der Minister aber, der 80,000 Fr. von der Epoque und 36,000 von der «Presse» nicht brauche, mit stolzer Großmuth sie amnestirte. Dem Kriegsminister lasse er gern die Anerkennung seiner wirklichen Verdienste im Felde, allein nachdem er in 24 Stunden um einen militairischen, politischen und administrativen Grad avancirt worden, sei er ziemlich machtlos in seinem Departement. Marschall Bugeaud wolle keine Befehle von ihm annehmen und wenn jener demselben seine Absichten mittheile, so befinde der Minister sich fast in der Lage, für eine solche Artigkeit zu danken. Das Alles aber sei nur von geringem Belang; er habe noch viel Wichtigeres auf dem Herzen und müsse dabei vorausschicken, daß die Constitution in Frankreich nur Eine verantwortungsfreie Person kenne, und daß die derselben am nächsten stehenden jungen Persönlichkeiten keine Gelegenheit vorbeigelassen hätten, um ihre Hingebung an das öffentliche Beste, ihren Eifer daheim und ihren Muth im Felde zu beweisen. Ihnen also könne man das Bekleiden von Stellen nicht zum Vorwurfe machen, die sie nicht bekleiden sollten. Gleichwol hätte eine königl. Verordnung einem derselben kürzlich das Commando der Artillerie der ersten Division übertragen. Einem die Artillerie, dem Andern die Cavalerie, dem Dritten die Infanterie und dem Vierten die Marine, und so sei die bewaffnete Macht des Landes nicht länger in den Händen des Kriegsministers, sondern in denen der Prinzen. Für diese, die Armee und die constitutionelle Zukunft des Landes sei das gleich zu beklagen, indem auf die erstere der Unmuth wegen unbelohnt bleibender Verdienste und etwaniger Ungerechtigkeiten falle, im Heere Ideen von Begünstigungen Platz dadurch griffen und weil die constitutionelle Verantwortlichkeit der Minister dadurch annullirt werde. Fasse man die Dinge zusammen, die desorganisirte Nationalgarde, die Armee in de facto unverantwortlichen Händen, die Hauptstadt von Befestigungen umschlossen und die Corruption mit hochgetragenem Haupt im ganzen Lande herumstolzirend, so habe man die Gegenwart. Wie aber sei es mit der Zukunft? Unerbittlich entrolle die Zeit, sei das Walten der Naturgesetze, und Keinem sei es gegeben, im Strome des Lebens festen Anker zu werfen. Der Gegenwart Aufgabe sei nur, sich Nachfolger zu bereiten. In den höchsten politischen Regionen habe es Jemand gegeben, dessen Verlust man dereinst vielleicht darum um so mehr noch fühlen werde, weil es ihm nicht verliehen war, die Popularität, welche er besaß, zu vererben. Lasse auch jetzt eine feste, vielversprechende Gesundheit Alles hoffen, so komme es doch Staatsmännern zu, an alle Eventualitäten zu denken und zu erwägen, welche Garantien für die legitime Uebertragung einer Krone an ein Kind errichtet werden müßten. Die Einen suchten sie in der in ihren Händen concentrirten materiellen Gewalt und der Alles desorganisirenden und entnervenden Corruption (Beifall von der Linken), Andere, und zu diesen gehörten er und seine Freunde, erblickten mit Schrecken keine respectirten Vermittler zwischen Thron und Volk. Sie glaubten an Grundsätzen festhalten und mit Kraft die Fahne emporheben zu müssen, um welche man einst sich glücklich schätzen werde sich sammeln zu können. In einer solchen Opposition beruhe die Zukunft Frankreichs, und möge der Himmel geben, daß man diese große Wahrheit nicht zu spät begreife. Er werde gegen den Gesetzentwurf votiren. Nicht ohne einige Mühe verschaffte sich der Finanzminister Gehör, um mit nicht vielem Glück eine Rechtfertigung gegen die ihn persönlich betreffenden Angriffe zu geben. Die letzten Kriegsjahre, sagte er, hätten ihn unter den Vaterlandsvertheidigern gefunden. Später sei ihm die weiße Cocarde angeboten worden; er habe sie abgelehnt, weil er darin eine durch Hülfe der Fremden zurückgebrachte Farbe erblickte. Unter der Restauration habe sein Name in der Liste der Verdächtigen gestanden. (Hr. de la Roche-Jacquelein: „Allein Sie haben sich bald eines Andern besonnen.“ Großes Gelächter.) „Ich habe nicht geglaubt, die Regierung für Fehler subalterner Agenten verantwortlich machen zu dürfen und darauf verzichten zu müssen, meinem Vaterlande zu dienen,“ entgegnete Hr. Lacave-Laplagne, hinzufügend, daß er ein Amt angenommen, befördert und endlich vom Vertrauen seiner Mitbürger in die Kammer berufen worden sei. Unverbrüchliche Ueberzeugungen hätten sich in ihm gebildet (Eine Stimme: das ist ein Leichensermon). Der Neffe eines Generals, der bei Waterloo 17 Wunden erhielt, sei es, der ein Mitglied seiner Familie geworden und der eine Generaleinnehmerstelle erhalten habe. Hr. Laffitte habe auch 2 seiner nahen Verwandten so versorgt und Niemand werde es ihm zum Vorwurfe machen. Die Deputirten Desmousseaux de Givré und Mauguin sprachen noch gegen den Gesetzentwurf; Hr. de Lasteyrie brachte die unterbliebene Reorganisation aufgelöster Nationalgarden besonders zur Sprache und der Minister des Innern sagte die nahe Vorlage eines Gesetzentwurfs darüber zu. Nachdem die allgemeine Debatte geschlossen erklärt war, erfolgte rasch die Annahme der Artikel des Gesetzentwurfs und die des Ganzen desselben schließlich mit 220 gegen 56 Stimmen.

— Die Union monarchique bringt regelmäßig eine Portion Vorzimmergerüchte. Heute will sie wissen, die Regierung solle die Nachricht erhalten haben, der Großherzog von Toscana habe die Preßfreiheit in seinen Staaten proclamirt. Ferner sollen in Folge einiger ehegestern bei der Königin Christine eingetroffenen Kuriere zwei Sitzungen des Ministerraths gehalten worden sein, nach denen geheime Agenten mit Depeschen an die französische Gesandtschaft nach Madrid abgingen. Von der Königin Christine sei ebenfalls einer ihrer vertrauten Rathgeber an die Königin Isabella abgeschickt worden. Wir geben diese Dinge nur als Muster des verclaufulirten Geschwätzes der Union monarchique, was ihr täglich eine Menge Blätter nachbeten

— Lord Cowley, der Vorgänger des Marquis of Normanby als Gesandter am französischen Hofe, ist gestern Abend, nachdem er einige Zeit krank gewesen, in Paris gestorben. Er war in zweiter Ehe mit einer Tochter des Marquis of Salisbury vermählt. Im Jahr 1773 geboren, war er vier Jahre jünger als sein 1769 geborener berühmter Bruder, der Herzog v. Wellington. Ins Oberhaus wurde der Verstorbene 1828 versetzt und gehörte dort zu den Gegnern des Melbourne'schen Ministeriums

Schweiz.

Aus **Luzern** berichtet die Neue Zürcher-Zeitung: „Die katholische Zeitung meldet: die Benedictpfennigspeculation (Nr. 120) sei von geistlicher und weltlicher Behörde unterdrückt worden. Die Art und Weise, auf welche die Sache geschah oder getrieben wurde, habe von keiner unterrichteten Seite die Billigung erhalten können.“

— Die Versammlung der souverainen Gemeinde der Landleute von **Appenzell** A. Rh. hat mit großem Mehr das Freischarengesetz verworfen.

Italien.

Rom, 19. April. In den letzten Tagen ereignete sich in Fermo ein Vorfall in der That sehr seltsamer Art, den allein die Intriguen und Mystificationen der Kornmäkler veranlaßten und andererseits entschuldigen können. Im Hafen von Fano, am Adriatischen Meere, waren Fruchtschiffe aus der Türkei angelangt. Der Legat von Fermo Cardinal Ferretti (ein Verwandter Pius' IX.) sandte nach dem Hafen, um mehrere bedeutende Ankäufe für die Proletarier der Stadt und Umgegend, die ihn bestürmten, einleiten zu lassen. Die Verkäufer gaben fälschlich vor, das Korn sei bereits schon verhandelt, und was noch übrig sei, könne nur für den doppelten Preis von gestern abgelassen werden. Cardinal Ferretti, ein Mann von außerordentlich energischem Charakter, ward bei der Nachricht davon entrüstet, rückte mit der zu Fermo stehenden mobilen Militaircolonne von 300 Mann nach Fano und nahm von dort so viel Korn mit sich nach Fermo zurück, als nöthig war, versteht sich gegen Bezahlung, doch nicht des geforderten, sondern eines von dem Cardinal selbst nach Belieben bestimmten billigen Kaufpreises.

Rom, 22. April. Gestern war der Jahrestag der Gründung Roms, und Rom war aufgeregt wie ein wogendes Meer; denn außer dem Tage seines Beginnens im Buche der Geschichte feierte es zugleich das freudige Gedächtniß der durch Pius IX. begründeten Auferstehung und der dadurch bedingten Entwickelung seiner höhern geistigen und volksthümlichen Interessen. Eine aus fast 900 Mitgliedern zusammengetretene Gesellschaft hielt auf den Höhen des Esquilins über den Bädern des Titus unter freiem Himmel ein festliches Mahl, an dem außer andern ausgezeichneten Männern der Marchese Azeglio, die Professoren Orioli und Dragonetti Theil nahmen, welche durch ihre dabei gehaltenen Reden wesentlich beitrugen, die tiefere Bedeutung des Festes für die Gegenwart zur Anschauung zu bringen. Nachmittags waren die zum Schauplatze des Festes führenden Straßen mit zahllosen Menschen bedeckt; Tausende zogen hinaus, um in der Umgebung des benachbarten Coliseums die Feier mit anzusehen. Ein zweites Mahl hielt die Accademia pontificia archeo-

Digitized by Google

legica im Cafe di Pietro Ligorio in den Gärten des Vatican. Man erwartete hier die Ankunft des Papstes selbst. Eine weitere Ausdehnung der Festlichkeiten durch einen Fackelzug mit Fahnen unter Gesang nach dem Capitol und von da nach dem Monte Cavallo, welchen die erstgenannte Gesellschaft beabsichtigte, unterblieb, da man dies höhern Orts nicht wünschte. Doch waren Abends eine Menge Häuser beleuchtet. (A. C.)

Griechenland.

Athen, 15. April. Mit dem letzten Dampfboot aus Triest kam der österreichische Gesandte Hr. v. Prokesch wieder aus Wien hier an. — Die Angelegenheiten Griechenlands sind aus der schwierigen Lage, in der sie sich von je her befunden, durch die Wendung der Dinge in der türkisch-griechischen Angelegenheit in eine wirklich bedenkliche übergetreten. Die Verhältnisse mit der Pforte sind nichts weniger als einer Ausgleichung nahe, ja bei ruhigerm Ueberblick der offenen wie der verdeckten Lage der Dinge läßt sich nicht mehr daran zweifeln, daß sie nicht auf eine der bisher versuchten ähnliche Weise sich lösen werden. Türkische Truppen sind in zahlreichen Colonnen an unserer Grenze aufgestellt, und in den Hafen von Salonichi sollen bereits mehre türkische Kriegsschiffe eingelaufen sein, als sicherer Beweis, daß die Pforte, die jedes eignen Rathes unfähig ist, den Rathschlägen unbedingt Gehör geliehen hat, die ihr von den Feinden Griechenlands und der europäischen Ruhe eingegeben worden. An unsern Grenzen ist es ruhig und still, dagegen erfahren wir von fern, daß die Kurden die Lage der Pforte Griechenland gegenüber benutzt und einen Aufstand erregt haben, um das verhaßte türkische Joch abzuwerfen. Auch in Bosnien sollen Unruhen ausgebrochen sein, welche die Abschüttelung der türkischen Herrschaft bezwecken sollen.

Seit acht Tagen beschäftigt die Ergänzung des Ministeriums auf das lebhafteste alle Gemüther. Dieselbe ist in diesem Augenblicke um so nothwendiger, da auch der Finanzminister Ponsropoulos seine Entlassung eingegeben und erhalten hat, sodaß jetzt sämmtliche Ministerien unter drei Minister vertheilt sind. Wenngleich diese Ergänzung schon längst im Interesse des Landes nothwendig gewesen wäre und von allen Seiten gefodert wurde, so ist gerade sie es wieder, welche unsere Zustände noch verwickelter macht. Sobald die Candidaten der neuen Ministerien bekannt wurden, war eine ungeheure Bewegung unter den Abgeordneten und Senatoren bemerkbar, und die nächsten Abstimmungen werden beweisen, daß alle Jene, welche Hoffnung auf ein Portefeuille hegten, gemeinschaftlich zur Opposition übergehen. Dieses voraussichtliche Ereigniß hat wol das Gerücht begründet, daß die Kammer, die ohnehin ihrem Schlusse nahe ist — obwol wir noch kein Budget haben — aufgelöst werden dürfte.

Die letzten Kammersitzungen waren sehr stürmisch, und der Vorschlag des Ministerpräsidenten, daß ein Gesetzentwurf in der Berathung der Kammer zwei Tage lang vertagt werden sollte, bis der neu ernannte Finanzminister die Vertheidigung übernehmen könnte, wurde mit sechs Stimmen verneint. Die Ministeriellen verließen hierauf den Sitzungssaal; die Zurückgebliebenen aber nahmen ein Protokoll auf, in welchem sie das Benehmen des Präsidenten der Kammer hart tadelten. (N. C.)

Athen, 11. April. Ein außerordentliches englisches Dampfboot überbrachte an den englischen Gesandten in Athen Depeschen, über deren Inhalt zahlreiche Vermuthungen im Umlauf sind, allein wenn mit einiger Gewißheit aus dem Umstande, daß noch nichts ins Publicum gedrungen, geschlossen werden kann, daß die angekommenen Papiere den Erwartungen der englischen Gesandtschaft eben so wenig entsprochen haben, als sie die Wünsche der Opposition befriedigten, so ziehen wir diesen Schluß aus dem Benehmen beider bei andern Gelegenheiten. Jede für die Regierung ungünstige Nachricht wurde mit Feuereifer verbreitet und mit Zusätzen in das Volk geschleudert. Man versichert indessen, daß das Schiff nur eine Depesche an den englischen Gesandten für die griechische Regierung überbracht habe, welche durch ihren ruhigen, versöhnlichen, rathenden Ton auch die Ministeriellen, die auf gewohnte harte, ungerechte Worte vorbereitet waren, täuschte. Die Note soll nur die schwebende Angelegenheit zwischen der Türkei und Griechenland behandeln. Der englische Gesandte ist einstweilen nach Aegina abgereist.

Ancona, 19. April. In den ersten Tagen des April erhielt Hr. Lyons eine neue Depesche aus dem auswärtigen Amt in London, datirt vom 19. März, worin Lord Palmerston den griechisch-türkischen Streit beurtheilt. Der edle Lord gibt, wie es sich von selbst versteht, den Griechen Unrecht, der Pforte Recht in allen Punkten, und beruft sich auf das Urtheil der fünf Repräsentanten der Großmächte zu Konstantinopel. Das Interessanteste dürfte übrigens der Schluß sein, den der britische Staatsmann aus jenen falschen Prämissen zieht. Er besteht in nichts Geringerm als in der Erklärung, daß die politische Garantie, welche die drei Schutzmächte für den Bestand des griechischen Königreichs übernommen haben, auf den gegenwärtigen Fall keine Anwendung finde, weil die griechische Regierung durch ihre eigne Schuld und auf eine aggressive Weise die feindliche Haltung einer fremden Macht (der Pforte nämlich) sich zugezogen habe. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Neuyorker Nachrichten vom 7. April bringen abermals das Gerücht von der Einnahme von Veracruz, mit dem Zusatze, die Amerikaner hätten bei der Erstürmung der Stadt 800 M. verloren; allein die Nachricht soll am 2. April schon in Charleston angekommen sein und die vom 30. März datirten Blätter aus Neuorleans wissen gleichwol nichts davon und melden nur Einiges über die Beschießung der Stadt. Die Belagerten waren durch 800 M. Infanterie, deren Einzug die Amerikaner nicht haben verhindern können, und die Belagerer durch das Dragoneterregiment des Obersten Harney verstärkt worden. General Scott hatte den französischen und spanischen Consuln für den Fall der Erstürmung der Stadt auf ihr Verlangen Sicherheitswachen und zugleich für die Dauer der Belagerung möglichste Schonung des Eigenthums ihrer Landsleute zugesagt. Nach einer Mittheilung aus St.-Louis vom 29. März waren im Thale von Mora in Neumexico 2000 Mexicaner von dem Hauptmann Morris geschlagen und völlig zersprengt worden. Die Ermordung des Gouverneurs Bent nebst 25 seiner Genossen bestätigt sich.

Mexico.

Durch die in Mexico am 26. Febr. ausgebrochene Revolution, welche den Sturz des Vicepräsidenten Gomez Farias herbeiführte, ist Santa Anna zum provisorischen Präsidenten und Oberbefehlshaber des Heeres ernannt und durch den Ehrentitel „wohlverdient um das Vaterland" ausgezeichnet worden. An die Spitze der Civilverwaltung wurde der Präsident des Obertribunals gestellt, dem ein Regierungsrath beigegeben ist. Der Klerus soll Santa Anna als Zeichen seines Vertrauens 200,000 Doll. geschickt haben.

Wissenschaft und Kunst.

Der ehemalige Professer Robert v. Mohl in Tübingen ist zum geh. Hofrath und ordentlichen Professer des Verwaltungsrechts und der damit verwandten Wissenschaften an der Universität Heidelberg ernannt worden.

Handel und Industrie.

Fruchtpreise. **Leipzig**, 29. April. Weizen 9 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 6 Thlr. 25 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 12½ Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. **Leisnig**, 24. April. Weizen 10 Thlr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 8 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 25 Ngr. **Berlin**, 29. April. Weizen 4 Thlr. 21⅞ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 12 Sgr.; Gerste 3 Thlr. 3⅓ Sgr.; Hafer 2 Thlr. 7⅝ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 17½ Sgr. **Breslau**, 27. April. Weizen 4 Thlr. 13 Sgr.; Roggen 3 Thlr. 27½ Sgr.; Gerste 3 Thlr.; Hafer 1 Thlr. 17 Sgr. **Halle**, 29. April. Weizen 4 Thlr. 18⅓ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 16⅓ Sgr.; Gerste 3 Thlr. 12½ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 27½ Sgr.

Oel. *Leipzig, 1. Mai. Bei der steigenden Conjunctur in allen andern Landesproducten bleibt Rüböl in Ausnahme, und es zeigt sich weit eher an Weichen des Preises, welcher heute nur mit 10⅓ Thlr. angenommen werden kann. Auch Termine sind in diesem Verhältnisse billiger wie früher, und nach Verhältniß ¼, ½, ¾ — 1 Thlr. höher als der loco-Preis.

Meßbericht. *Leipzig, 1. Mai. Ueber den Gang der Geschäfte in dieser Woche kann leider eben auch nichts Erfreuliches gesagt werden, und läßt sich von den gegenwärtigen Käufern, den Brodyern, Odessaern rc. noch nichts Bestimmtes melden. Das Tuchgeschäft blieb bis zu Ende schlecht. Von den hergebrachten 160,000—170,000 Stück wurde kaum die Hälfte verkauft, da viele Käufer fehlten und keiner der anwesenden so viel wie gewöhnlich kaufte. Wie schon erwähnt, wurde gute Waare in den Qualitäten zu und über 1 Thlr. pr. Elle zu den Michaelismeßpreisen geräumt, und dürfte selbst mehr davon gekauft worden sein, wenn der Vorrath größer gewesen wäre. Allein auch diesmal war selbst in diesen Qualitäten viel schlechte Waare vorhanden, welche nebst der geringen sehr niedrige Preise erhielt. Die Einkäufer bestanden wie gewöhnlich aus Rheinländern, Hamburgern, Italienern, Schweizern, Dänen und Schweden, denen sich mehre Nordamerikaner zugesellten. Für diese unerwarteten Einkäufer, welche nur ⅔-Tuche bedürfen, war natürlich nicht gesorgt worden, und nahmen daher diese ihre Zuflucht zu den hier gewöhnlichen Sorten. Die hiesigen Kenner des amerikanischen Marktes waren jedoch damit nicht einverstanden und ließen es an Warnungen nicht fehlen, die indessen nichts fruchteten, weil diese Amerikaner schlechterdings gar keine Waarenkenntniß besaßen und sich auf den jetzt lebhaften Stand ihres Marktes verließen, der ihnen auch Das mit Nutzen anbringen lassen werde, was zu einer andern Zeit vielleicht nicht möglich sei. Aber nicht allein unpassende Sorten, sondern auch schlechte Waare kauften sie, wol in der Meinung, daß die deutsche Waare eben so solid im Innern wie auf dem Umschlage sei, woran sie von den Engländern gewöhnt worden sind, was bei uns aber leider keineswegs die Regel ist. Mit diesen Einkäufen wird man also in Amerika nicht zufrieden sein, und müßten sie von fernern bei uns abhalten, wenn nicht glücklicherweise diese Käufer durch hiesige Zwischenhändler ihr ferneres Bedürfen bis Ende Juni und Spätherbst zu liefern hätten bestellen lassen, welches ihnen in solider, hier untersuchter und für ihren Markt passender Waare geliefert werden, und folglich den durch die Meßeinkäufe verursachten übeln Eindruck verwischen wird. Sie kauften 3000 Stück und haben kaum 1000 Stück bestellt. Die Italiener, Schweizer und Rheinländer kennen aus Erfahrung den innern Zustand der meisten auf die Messe gebrachten Tuche, und lassen sie sämmtlich hier untersuchen, allein leider können dies nicht alle Käufer bewerkstelligen, und so wuchert denn diese Unsolidität fort und wirkt auf ihre Urheber schädlich zurück, die außerdem bessere Preise erhalten und mehr verkaufen würden. Für Persien wurden 2000 Stück genommen.

Von den sächsischen Fabrikorten verkaufte Camenz mit einem Abschlage von 1 gGr. pr. Elle gut. Crimmitschau hatte allerdings auch gut, aber auch viel schlecht gearbeitete Buckskins hergebracht, von denen die erstern zu guten, die andern aber zu ganz schlechten Preisen verkauft worden sind. Döbeln ging einen Groschen herab, konnte aber dennoch nicht viel verkaufen. Großenhain erlangte für gute Waare die Michaelismeßpreise, für schlechte

Digitized by Google

aber 3 gGr. weniger. Kirchberger Tuche waren nicht gefragt und erhielt das wenige Verkaufte schlechte Preise. Die gemusterten Stoffe Leißnigs fanden nicht den Anklang wie vorige Messe, und seine Tuche gingen selbst mit einem Abschlage von 1—3 gGr. schlecht. Oschatz hatte die Lage des Geschäfts sogleich begriffen, stellte seine Preise ihr gemäß und räumte daher schnell. Roßwein verkaufte viel von seinem großen Vorrathe. Werdau verkaufte ziemlich, aber zu schlechten Preisen. Von den preußischen Fabrikorten verkaufte Bitterfeld nicht viel, aber zu vorigen Preisen. Burg setzte besonders in Zephyrs viel ab. Cottbus erhielt von den Amerikanern die vorigen Preise für seine blauen und schwarzen Tuche, für die andern Farben aber 2—3 gGr. weniger. Crossen verkaufte gute Waare zu den vorigen Preisen. Finsterwalde hatte mit seiner breiten Waare viel Glück bei den Hamburgern und Amerikanern, erhielt aber zuletzt 2 Thlr. pr. Stück weniger. Forste erlangte die vorigen Preise für seine carrirten Stoffe, konnte aber doch von seinen vielen gemusterten nicht Alles verkaufen, und war damit zuletzt billiger. Grünberg verkaufte von seinen gemusterten und glatten Stoffen nicht viel, obgleich es die letztern 1 Thlr. billiger erließ. Görlitz erlangte für seine gute Waare, von der allerdings nicht viel vorhanden war, die vorigen Preise. Sagan und Sorau verkauften ihre Zephyre in guter breiter Waare zu guten Preisen, die andern aber 1—3 gGr. niedriger. Die Italiener und Amerikaner kauften viel von Sommerfelds guter Waare, die Letztern aber auch dessen schlechte. Spremberg war mit gemusterten und glatten Stoffen sehr versehen, und verkaufte die gutgearbeiteten mit einem Abschlage von ½—1 Thlr. pr. Stück.

Das Ledergeschäft hat seit vielen Jahren auf der hiesigen Messe keine so traurige Rolle gespielt als auf dieser. Im Durchschnitte dürfte kaum mehr als die Hälfte verkauft worden sein, was besonders von Sohlleder zu sagen ist, von dem 17—1800 Bürden vorhanden waren. Prümmer und Siegener erhielten 8—10 Thlr. pr. Ctr. weniger als vorige Michaelismesse, und die übrigen 3—4 Thlr. pr. Ctr. Braunes Kalbleder ward zu 11—12 gGr. und schwarzes zu 10½—11½ gGr. pr. Pfd. verkauft. Dreijährige Ziegenfelle erhielten 15—16 gGr. und Jährlinge 8—9 gGr. pr. Pfd. Hiesige rohe Kalbfelle erlangten 7—8 gGr. und kurische und königsberger ohne Köpfe 11—11½ Rgr. Leichte Kuhhäute fanden keine Abnehmer, schwere aber zu 23 Thlr. pr. Ctr. Leichte Ochsenhäute wurden mit 18—19 Thlr. und schwere mit 20 Thlr. bezahlt.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 116.)

Im März 1847.

20)	**Altona-Kiel:** 25,066 Pers., 201,431 Ctr. 70 Pfd.	31,448 Thlr.	18¾ Sgr.
21)	**Badische Staatsbahn:** 161,435 Personen, 276,729 Ctr. 43 Pfd.	100,930	22½ „
22)	**Düsseldorf-Elberfeld:** 21,205 Personen, 104,018 Ctr.	15,789	6 „
23)	**Glückstadt-Elmshorn:** 5,898 Pers., 14051 Ctr. 27 Pfd.	1,344	6 „
24)	**Niederschlesisch-Märkische:** 38,484 Personen, 110,728 Ctr. 47 Pfd.	95,714	8½ „
25)	**Rendsburg-Neumünster:** 5,330 Personen, 26,656 Ctr. 5 Pfd.	3,805	14½ „
26)	**Rheinische:** 31,827 Pers., 511,538 Ctr.	61,019	16 „

Wasserstand am Pegel der tiefen Elbbrücke am 1. Mai früh 7 Uhr: 2° 3″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 28. April. 2½pc. Int. 58⅛; Russ. 5pc. Hope 104⅛; 4½pc. Handelsg. 172½. Paris, 28. April. 5pc. 115. 80; 3pc. 77. 90, Neap. 102. 50; Bankact. 3260. Wien, 29. April. Bact. 1585; Met. 5pc. 107½; 4pc. 97; 3pc. 69⅞; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 117½.

Actien. Paris, 28. April. Eis. St. Germ. 947½; Versail. r. 337½; l. 215; Paris-Orleans 1232½; Paris-Rouen 926½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 436½; Rouen-Havre 671½; Marseille-Avignon 773½; Strasburg-Basel 193¾; Orleans-Bordeaux 516½; Orleans-Vierzon 582½; Nord 621½. Wien, 29. April. Nordb. 163¼; Glogau. 121½; Mail. 118; Pesth. 87; Pesth. 98.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Neues commerzielles Unternehmen
unter Benennung
General-Agentur-Verein zu Berlin.

Von dem Kaufmann M. Selbis ist eine Flugschrift unter dem Titel: „Prospect eines General-Agentur-Vereins" (Berlin, Stuhr'sche Buchhandlung und in allen andern vorräthig) erschienen und vom Verfasser, als Mitglied des beabsichtigten Unternehmens, vielen Fabrikanten des Inlandes zugehend gemacht worden, die den Zweck haben soll, als Vorläufer des Unternehmens und zugleich als Probe zu dienen, ob die darin ausgesprochene Idee Anklang finden und ob ein solches Unternehmen, wenn es von einer Gesellschaft tüchtiger, betriebsamer und thatkräftiger Kaufleute mit einem Vermögen von 150—200,000 Thlr. durch Association und solidarische Verbindlichkeit (welche, wie wir hören, sich bereits constituirt haben soll) wol die Betheiligung von 50 Fabrikanten in verschiedenen Branchen deutscher und ausländischer Manufacta zu gewärtigen haben wird. Diese kleine Flugschrift hatte sich einer doppelten Anerkennung zu erfreuen, denn einmal haben mehre der bedeutendsten Zeitungen Deutschlands sie wichtig genug zur Beachtung und Referirung gehalten, und dann stimmen sämmtliche Referate, wie z. B. die Berliner Zeitungshalle, Stettiner Ostseeblätter, Breslauer, Königsberger, Aachener, Kölnische und Rheinische Zeitung und noch viele andere Provinzialblätter darin überein, daß die Idee zu diesem Unternehmen nicht nur eine großartige, sondern auch eine gesunde, gediegene und zeitgemäße sei und daß es sehr wünschenswerth sein würde, das Project ins Leben treten zu sehen, um so mehr, da es als Probe gelten könne, was durch Association verschiedener Kräfte, als: Capital, Vertrauen, Thätigkeit, Betriebsamkeit, Verkaufsausstellung von Fabrikaten und Branchen, und Concentrirung in dem beabsichtigten Unternehmen zu einem Gesammt-Assortimentskörper geleistet werden könne, welche Cultivirungsfähigkeit diese Idee in sich trage — und ob das bis zur Entwürdigung jetzt gesteigerte Absatzsystem von Waaren außer den Messen durch Reisende zu umgehen und ihm nach Ansicht des Verfassers nach und nach zu steuern sei.

Der Verfasser hat die Gebrechen des deutschen Handels wie die Lage des deutschen Fabrikanten, die der Zwischenhändler und Detaillisten, wie sie zur Zeit stattfindet und wie sie täglich, sich selbst überlassen, ohne Hülfe und Ausweg, durch die Vollendung des Eisenbahnnetzes immer noch mehr herabsinkt, die ersten Lebenselemente der Staatsökonomie, als Handel und Industrie unterminirt und gleich einem vulkanischen Ausbruch zum allgemeinen Verderben der mittlern und kleinern Klassen, der Industrie- und Handelsstandbeflissenen sich einen Ausweg zu bahnen sucht — höchst interessant und aus dem Leben gegriffen geschildert, und wir müssen bekennen, daß die Idee eine höchst geistreich durchdachte und praktisch ausführbare zu nennen ist, obgleich die Geburt derselben eine höchst schwierige sein dürfte, da nur eine Zahl deutscher Fabrikanten sich selbst der kleinen Mühe der Prüfung einer neuen Idee unterziehen, und darauf nicht früher eingehen, bis sie durch Facta sich überzeugt haben, es auch für viel bequemer und leichter halten, jede neue Idee ohne zu prüfen von vorn herein zu verwerfen, während in andern Ländern, als Frankreich und England, man begierig hinter neuen Ideen und Verbesserungen hinterher ist und den Grundsatz festhält: „Nichts ist schlecht genug, um ungeprüft verworfen zu werden, und nichts gut genug, um es ungeprüft anzunehmen.

So muß in Deutschland durch Concurrenzzwang erst Alles erzwungen werden. Der deutsche Handel und Industrie überläßt sich und namentlich jetzt zur Zeit sich selbst; möge er sich selbst einen Ausweg wählen, ob zur Verbesserung oder noch tiefern Herabsinkung, das möge dahingestellt und gewärtig bleiben. Es zeigt sich eine Erschlaffung der thatkräftigsten Vertreter des Fabrikanten- und Handelsstandes.

Sie greifen zu dem einfachsten Mittel — einen großen Theil ihrer Stühle in den Ruhestand zu versetzen, und bleiben gewärtig der Zeit, die da kommen soll und die bei dem allgemeinen und verschiedenartigsten Zusammentreffen mislicher Umstände und Noth, als Fallissement, Stockung des Absatzes und Stockung im Eingehen der Außenstände, ungeheure Lebensmittelsteuerung, politische und bürgerliche Lebensfragen-Entscheidung, alles Dieses zusammen zu viel Gährungsstoff vereinigt, was sehr bedenklich werden könnte, wenn nicht die Regierungen die Fabrikationsbeflissenen ungesäumt kräftig unterstützen, damit bei dieser großen Noth nicht noch Arbeitslosigkeit hinzukomme und so diesen Gährungsstoff in Zündstoff verwandle, wie einer dieser Stoffe, die Theuerung, es schon zu deutlich bekundet. Andererseits erwartet man von dem Fabrikantenstande, daß er alle Energie des Geistes, der That- und Willenskraft anstrengen werde, um sein Möglichstes dazu beizutragen, daß der Zeitenhorizont nicht noch trüber sich gestalte, namentlich aber, der sich unwillkürlich bemeisternden Erschlaffung Herr werden möge.

Zurückkommend auf das Unternehmen, so wollen wir hier nur in kurzen Worten die Umrisse zusammenstellen und speciell auf die Broschüre verweisen.

Funfzig Filial-Depotlager von Erzeugern deutscher und ausländischer Manufacte in allen Branchen sollen in Berlin, als Anfangs- und Endpunkt fünf Eisenbahnrichtungen in großer, zusammenhängender Localität, einen großartigen Manufacturwaaren-Bazar, einen zusammenhängenden Sortimentskörper bilden, durch Firmen der Erzeuger als Filialdepot und Commissionsgut markirt, die mittlern Kräfte vereinigen und durch diese Ausstellung ihrer Erzeugnisse zum Verkauf, sich im Absatz unterstützen, Käufer heranziehen und so außer den Meßzeiten, in der Zwischenzeit des Consumtionsbedarfes theilhaftig werden, welches durch sieben Filialdepots nach Muster auf den Hauptplätzen Deutschlands, Frankfurt a. M., Köln, München, Hamburg, Breslau, Danzig, Königsberg in Verbindung mit dem Berliner Waarendepot den Fabrikanten Absatz ihrer Fabrikate ohne beträchtliche Spesen verschaffen und Aufträge zusichern soll.

Die Unternehmer tragen die Spesen für eigne Rechnung, nehmen eine kleine Vergütigung für Local, Assecuranz, Aufstellung, Ein- und Verpackung der Waaren in Anspruch, wollen sich nur als Vermittler der Gesammtkörperschaft betrachten, deren Wille ihnen Gesetz sein wird, und nur durch eine mäßige Provision vom Umsatz belohnt werden, je nach dem Artikel und specieller Uebereinkunft, und bieten ihr Vermögen und Credit zur Benutzung und Erleichterung ihren Committenten, die quasi ihre Principale sind, an.

Außerdem unterwerfen sie sich der Revision und gestatten die Einsicht in ihre Bücher, daß sie sich lediglich auf die Provision beschränkt haben; die Verkäufe geschehen unter Firma der betheiligten Consignenten, die Debitores bleiben Debitores der Betheiligten und für eine mäßige Vergütigung tragen sie, wenn es verlangt wird, die Hälfte des Risicos oder sogenannten Delcredere, unterziehen sich der Vermittelung des An- und Verkaufs roher Fabrikationsstoffe und fertiger Waaren, Spedition, Incasso, Domicilirungen, geben Vorschüsse auf fertige Fabrikate, und was sonst noch mehr im Prospecte enthalten ist.

Das Unternehmen soll, wenn ⅔ von 50 Betheiligenden dem Verfasser ihren Beitritt angezeigt haben werden, schon am 15. bis 30. Mai d. J. ins Leben treten.

Wir halten es deshalb für geeignet, jetzt zur Meßzeit, wo der große Theil der Fabrikationsbeflissenen gegenwärtig ist, hierauf aufmerksam zu machen und es ihrer Beachtung und Prüfung anheimzustellen, damit nicht eine uns zusagende und einleuchtende Idee aus Theilnahmlosigkeit in der Geburt erstickt und unausgeführt bleibe. [1791]

Digitized by Google

Das Soolbad Wittekind in Giebichenstein bei Halle an der Saale.

Dieser in unserer vaterländischen Geschichte denkwürdige Soolquell war schon zur Zeit Karl's des Großen bekannt und trägt den Namen des damaligen Besitzers, eines Sohnes des Sachsenkönigs Wittekind, eines Grafen von Wettin. Nach Entdeckung der reichen Salzbrunnen in der Stadt Halle war er im Laufe der Zeit verschollen und verschüttet worden — und wurde durch Nachforschung des jetzigen Besitzers des Grundstücks in seiner, durch die conservirende Kraft der Soole so viele Jahre hindurch völlig unversehrt erhaltenen Zimmerung wieder aufgefunden und nach chemischer Prüfung seiner Bestandtheile und ärztlichem Gutachten zur Anlage eines Soolbades ganz vorzüglich geeignet gefunden. So entstand im vorigen Jahre in dem reizenden und auch in geognostischer Hinsicht merkwürdigen Felsenthale der Saale dieses mit allen Annehmlichkeiten geschmückte Bade-Etablissement.

Obgleich nun das Bad wegen der bedeutenden Baulichkeiten erst anfangs Juli 1846 eröffnet werden konnte, so erfreute es sich doch bei seiner ausgezeichneten Heilkraft und den vielseitigen Begünstigungen, welche ihm seine freundliche Lage und die nahe Universitätsstadt mit ihren reichen ärztlichen Hülfsquellen und Geist und Gemüth ansprechenden Genüssen darbietet, eines so zahlreichen Besuchs, daß in den verflossenen Sommermonaten nach Ausweis der gedruckten Badelisten bereits über 1200 Bäder gegeben wurden.

Nach vielseitig eingegangenen ärztlichen Zeugnissen hat sich die belebende und stärkende Wirkung des Bades auf das Haut-, Knochen- und Nervensystem auf das vortheilhafteste herausgestellt, und es sind dadurch mehre langwierige chronische Hautausschläge, Flechten, skrophulöse Knochengeschwüre, sowie gichtische und rheumatische Leiden und veraltete Lähmungen völlig geheilt worden. Als vorzüglich wichtig hat sich aber zugleich auch der innere Gebrauch dieses Mineralwassers bei langwierigen Unterleibskrankheiten, habitueller Verstopfung, sowie bei Skrophelsucht, Hautkrankheiten u. s. w. erwiesen. — Während die meisten Soolwasser bei einem zum Erbrechen reizenden salzig bittern Geschmack und unleidlichem hepathischen Geruche dem innern Gebrauch widerstreben, liefert die Wittekindsquelle ein so reines erfrischendes Wasser, daß es gern getrunken und selbst in den Wintertagen ärztlich verordnet und versendet werden ist. Ueberhaupt liegt ein wesentlicher Vorzug dieser Quelle in dem Umstande, daß nach der unten mitgetheilten Analyse die Mischung und Saturation der Bestandtheile ihre Anwendung ohne fremdartige Verdünnung in dem reinen Zustande gestattet, wie ihn der belebende Schoos der Erde liefert.

Unter diesen günstigen Umständen hat nun der Unternehmer die Anlage durch Aufführung mehrer, mit allen Erfodernissen und Bequemlichkeiten versehener Gebäude erweitert, welche jetzt 15 elegante Badepiecen enthalten, deren jede ein großes Bassin, zum Theil aus Marmor und Porzellan, nebst Soldouche mit Strahl und Brause zu beliebigem Gebrauch darbietet. Auch stehen zu beliebiger Verordnung an Jod- und Bromgehalt verstärkte Soolbäder, ein Russisches Sooldampfbad und die verschiedenen Vorrichtungen zu nassen und trockenen Schwefelbädern, wie auch zu Gasbädern bereit.

Als neu und die Wirksamkeit des Soolbades ungemein belebend und verstärkend sind sodann nach einer sehr zweckmäßigen und bequemen Construction*) einige Badezellen sowol zur Anschwängerung der Bäder mit strömender Elektricität, als auch zu örtlicher Anwendung in und außer den Bädern, namentlich bei Störungen in der Thätigkeit des Nervensystems, langwierigen rheumatischen Leiden und veralteten Lähmungen und Verhärtungen eingerichtet, wodurch also der ärztlichen Verordnung auch dieses in neuerer Zeit als höchst wirksam anerkannte Agens zu Gebote steht.

Nicht allein, daß das Wasser des Wittekindbrunnens hier an der Quelle getrunken, wird dasselbe auch auswärts versendet. Die Füllung geschieht Ende April in halbmaßhaltige Glasflaschen, welche mit der Etiquette und dem Glasstempel: „Wittekind-Salzbrunnen", versehen sind. In allen größern Städten werden sofort Niederlagen dieses Wassers errichtet und von den Orten, wo dies noch nicht stattfindet, schriftliche Aufträge entgegengenommen und prompt ausgeführt. Die Niederlagen in einem Umkreise von circa 20 Meilen liefern die Flasche zu 4 Sgr. und in weitern Entfernungen zu 4½ Sgr. In dem Bade selbst wird aber während der Badecur der ärztlich verordnete Salzbrunnen zum Trinken unentgeltlich verabreicht. Auch sind alle auswärtigen Mineralwässer zu etwanigen Trinkcuren im Bade zu haben, was hier um so mehr Bequemlichkeit und Annehmlichkeit darbietet, da sowol die bedeckte Colonnade als auch die gegen rauhe Luft geschützten Parkanlagen eine eben so zweckmäßige als freundliche Promenade gewähren.

Zur sorgfältigen Leitung und Ueberwachung der Curen ist ein besonderer, in der Balneotechnik erfahrener Bade-Inspector angestellt worden. Der Betrag einer gewöhnlichen Badecur von 25 Bädern wird mit 7 Thlr., das einzelne Dutzend mit 3½ Thlr. berechnet und bei einer bloßen Trinkcur für Aufwartung u. s. w. 1½ Thlr. entrichtet.

Für hinreichend billige und bequeme Wohnungen für Badegäste, worunter mehre, namentlich die in dem Park des angrenzenden und zugehörigen Königl. Grundstücks, durch die entzückendsten Fernsichten sich auszeichnen, ist sowol in den Gebäuden des Bades wie auch in Giebichenstein und dem ganz nahe gelegenen Tretha gesorgt, und sind diese gut meublirten, für Familien theils mit Küchen versehenen Logis, nach Verhältniß der Lage, Größe und Zahl der Piecen, zu 2½, 3, 4 und 5 Thlr. pro Woche, wie gute neue Feder- und Matratzenbetten in der Anstalt zu den billigsten Preisen zu haben.

Die zu der Anstalt gehörige Wirthschaft hat ein in seinem Fache tüchtiger Mann übernommen, welcher bereits seit mehren Jahren die Restauration eines andern Bades besorgt hat und daher die Wünsche und Bedürfnisse der Badegäste um so besser zu befriedigen im Stande ist. Derselbe wird einen guten Mittagstisch im Abonnement monatlich zu 7 Thlr., und einen noch feinern um einige Thaler mehr einrichten.

Auf diese Weise dürfte wol für sämmtliche Bedürfnisse Derer auf das billigste und beste gesorgt sein, welche das Bad mit ihrem Besuche beehren wollen. Eine vollständige, mit Ansichten illustrirte Beschreibung des Bades gibt die unten*) angeführte Druckschrift. Zur Beantwortung specieller Anfragen erbieten sich außer dem unterzeichneten Besitzer des Bades, die Herren Professor Dr. Steinberg, Dr. Romershausen, Dr. med. Weber und Dr. med. Gräfe, welche auch ferner die Anstalt in wissenschaftlicher und technischer Beziehung unterstützen werden und wovon Letzterer, ganz in der Nähe des Bades wohnend, demselben seine specielle Aufmerksamkeit widmen wird.

Die Eröffnung der diesjährigen Saison wird zwischen Mitte und Ende des Mai stattfinden.

Soolbad Wittekind in Giebichenstein bei Halle a. d. S. 1847.

H. Thiele.

*) Vergl.: Die magnetoelektrische Rotationsmaschine und der Stahlmagnet als Heilmittel. Eine physikalisch-technische Mittheilung von Dr. E. Romershausen. Halle, C. Heynemann. 1847.

Chemische Analyse der Wittekind-Soole.

Ein Pfund zu 16 Unzen (32 Loth) enthält:

4,21 Gran	Schwefelsäure.
151,60 Gran	Chlor (mit Spuren von Jod u. Brom),
5,14 Gran	Kalk = 3,67 Calcium,
2,00 Gran	Magnesia = 1,37 Magnesium,
121,34 Gran	Natron = 81,71 Natrium.

Außerdem geringe Mengen von Kohlensäure, Eisenoxydul und Kali.

Zu Salzen berechnet enthält Ein Pfund:

7,256	schwefelsauren Kalk,
3,138	Chlorcalcium,
232,464	Chlornatrium (mit Spuren von Chlorcalcium),
1,684	Chlormagnesium,
0,905	kohlensaures Eisenoxydul.
250,047 Gran = 3,125 Procent.	

*) Vergl.: Das Soolbad Wittekind in Giebichenstein bei Halle an der Saale. Zweite Auflage. Mit 4 Stahlstichen. Halle, D. Heydel. 1847.

[1762]

Der Brunnen ist auch in Leipzig bei Herrn ***Gotthelf Kühne*** in großen und kleinen Krügen zu haben.

Bad Nenndorf in Kurhessen.

Die an so verschiedenen Bädern und Curmitteln reiche Anstalt zu Nenndorf, welche neben den rühmlichst bekannten Schwefelwasser-Gas- und Schlammbädern in neuerer Zeit durch eine Soolquelle auch reine Soolbäder und die so sehr wirksamen, mit Schwefelwasser gemischten Soolbäder erhalten hat, und welche durch eine, ebenwol auf Staatskosten betrieben werdende **Molken-Anstalt** erweitert worden ist, wird auch in diesem Jahr am 1. Juni eröffnet. Anfragen in ärztlicher Beziehung sind an die beiden Herren Brunnen-Aerzte Dr. **Grandidier** und Dr. **Cordemann**, und die Wohnungs- sowie die Schwefelwasser-Bestellungen sind an den Castellan **Dimme** zu Nenndorf zu richten.

Durch die Eisenbahn-Verbindungen bis Hannover und die baldige Vollendung der Eisenbahn von Hannover nach Preußisch-Minden, an welcher letztern das Bad einen Bahnhof erhält, ist dieser Curort von den ersten Städten Norddeutschlands aus nunmehr in kürzester Zeit zu erreichen.

Kassel, im Mai 1847.

Kurfürstliche Brunnen-Direction des Bades Nenndorf.
Hanstein. Knorr.

[1792—93]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [1794]

Zu **Consignationen, Spedition, Incasso, Agentur- und Commissions-Geschäften** halte ich meine Adresse bestens empfohlen.

Joh. Ernst Weigel,
Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

[1592—97]

Außer den im Monat Mai wöchentlich vier Mal, nämlich Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, von hier abgehenden Passagier-Dampfschiffen, wird auch noch am **Montag den 3. Mai** Nachmittags 3 Uhr ein Extra-Dampfschiff mit Passagieren und Gütern nach **Hamburg** expedirt.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.

[1795] **Holtzapfel.**

Solide Häuser, welche einen zuverlässigen **Agenten** zum Verkaufe couranter Artikel in Stuttgart, Eßlingen, Göppingen und Ludwigsburg suchen, belieben desfallsige Anträge franco an ***G. F. S. Buzorini*** in Stuttgart zu adressiren. [1757]

Niederschlesische Zweigbahn.

Sommerfahrplan vom 1. Mai d. J. ab.

A.	Abfahrt von	Ankunft in	Anschluß nach Berlin		Anschlußzug nach Breslau u. Görlitz		
	Glogau	Hansdorf	Abgang von Hansdorf	Ankunft in Berlin	Abgang von Hansdorf	Ankunft in Breslau	Ankunft in Görlitz
I. Morgens	9 Uhr 40 Min.	12 Uhr	1 U. 8 M. Mitt.	7 U. 33 M. Abds	1 U. 46 M. Mitt.	8 U. 19 M. Abds	3 U. 45 M. Mitt.
II. Mittags (Localzug)	1 Uhr 30 Min.	4 Uhr	Der Localzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni d. J. ab täglich befördert.				
III. Abends	6 Uhr 30 Min.	9 Uhr	10 U. 2 M. Abds	5 U. Morgens	3 U. 24 M. Mrgs	11 U. 15 M. Mrg.	7 U. 30 M. Mrgs

B.	Abfahrt von	Ankunft in	Anschlußzug von Berlin		Anschlußzug von Breslau u. Görlitz		
	Hansdorf	Glogau	Abgang von Berlin	Ankunft in Hansdorf	Abgang von Breslau	Abgang von Görlitz	Ankunft in Hansdorf
I. Morgens	5 Uhr 45 Min.	8 Uhr 10 Min.	10 U. 45 M. Abds	5 U. 14 M. Mrgs	4 U. Mitt.	7 U. 15 M. Abds	9 U. 52 M. Abds
II. Mittags	2 Uhr	4 Uhr 25 Min.	7 U. Mrgs	1 U. 36 M. Mitt.	7 U. Morgens	10 U. 22 M. Mrg	12 U. 58 M. Mitt.
III. Abends (Localzug)	7 Uhr	9 Uhr 25 Min.	Der Localzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni d. J. ab täglich befördert.				

Bemerkungen:

1) Angehalten wird auf den Stationen **Rilbau, Klopschen, Quaritz, Waltersdorf, Sprottau, Buchwald** und **Sagan**.
2) Auf den Hauptstationen unserer Bahn findet ein unmittelbarer Billetverkauf vorläufig nach **Berlin, Frankfurt, Sorau, Görlitz** und **Breslau** statt, und umgekehrt können in **Berlin, Frankfurt, Görlitz** und **Breslau** Billets bis **Glogau**, in **Sorau** aber bis **Sagan** gelöst werden.
3) Einer besondern Uebernahme und Aufgabe des Gepäcks Seitens der Passagiere bei dem Uebergange von einer Bahn auf die andere bedarf es in **Hansdorf** nicht, sondern nur eines Umtausches der Garantieschein.
4) Alle übrigen Bestimmungen ergibt das Betriebsreglement, welches auf allen Stationen für 1 Sgr. zu haben ist.
5) Die Nachtzüge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn schließen in **Berlin** und resp. **Breslau** unmittelbar an die nach **Hamburg** und **Stettin**, resp. **Wien** gehenden und von dort her kommenden Züge an.

Glogau, den 27. April 1847.

[1776—78] **Die Direction der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft.**

Der Lampendocht-Fabrikant M. C. Mosing aus Berlin

will sich hiermit den Herren Lampenfabrikanten und Händlern zur gefälligen Prüfung seines Fabrikats empfohlen haben. Stand am Naschmarkt, im Durchgange nahe der Börse. [1751—56]

Lithograph-Gesuch.

In der Steindruckerei von **F. Wilhelms** in Görlitz kann ein tüchtiger **Schrift-Lithograph** dauernde Condition erhalten. Näheres ist daselbst durch portofreie Proben und Briefe zu erfragen. [1763—64]

Ein- und Verkauf von Edelsteinen und Perlen

bei **H. Marcus Oppenheimer & Kirchberg.** Juweliere aus Frankfurt am Main, **Bruhl Nr. 70 454**, der Reichsstraße über. [1624—29]

Gewölbe-Vermiethung in Frankfurt a. d. O.

Die Hälfte eines geräumigen schönen Gewölbes und Comptoir Stube, in bester Lage am Markt in Frankfurt a. d. O., ist für nächste und folgende Messen zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt Herr **George Illers** in Leipzig. [1782—83]

Gesuch. Ein Dr. phil. jüdischer Religion, der im Hebräischen, in neuern und alten Sprachen gründlich unterrichten kann, sucht am hiesigen Ort eine **Hauslehrerstelle.** Das Nähere in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Verkauf eines Fabrik-Geschäfts.

Ein solides Fabrikgeschäft in Berlin, welches seit 25 Jahren einen ehrenwerthen Ruf erworben, mit einer guten Kundschaft versehen, will der Besitzer wegen vorgerückten Alters verkaufen. Die Fabrik selbst liegt im Weichbilde Berlins, in der Nähe der Hamburger Eisenbahn, und das offene Verkaufslocal in dem besten Theile der Stadt. Von dem Kaufgelde bleibt eine ansehnliche Hypothek auf dem Grundstück stehen. Darauf reflectirende Käufer erhalten hiervon nähere Auskunft in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 3. Mai. **Eine Familie**, Schauspiel von Gh. Birch-Pfeiffer.

Dienstag, 4. Mai. **Der Weltumsegler wider Willen**, Posse in 4 Acten von G. Räder.

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Montag den 3. Mai, außerordentliche Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Ein griechisches Manoeuvre mit neun Pferden. — Die drei betrogenen Liebhaber, komische Pantomime, ausgeführt von sämmtlichen Mitgliedern der Gesellschaft. — Ungarisches Damen-Manoeuvre, geritten von Mad. Renz, Mad. Jaques, Mad. Tourniaire, Dem. Adine, Dem. Nany, Mad. Charles. — Letzte außerordentliche Vorstellung des berühmten Flaschen-Akrobaten Mstr. Amodio Reupert vor seiner Abreise nach Paris.

Näheres der Tageszettel.

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 1 Uhr bei dem Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

[1798] **E. Renz**, Director.

In der **Arnoldischen Buchhandlung** in Dresden und Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Dr. H. G. L. Reichenbach,

Der deutsche Botaniker.

Erster Band:

Das Herbarienbuch.

8. Cart. 2⅓ Thlr.

Zweiter Band:

Flora Saxonica.

Die Flora von Sachsen.

Zweite Ausgabe

mit vollständigem Register der deutschen und lateinischen Namen und ihrer Synonymen.

8. Cart. 2⅓ Thlr. [1750]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Moritz Cohn in Hirschberg mit Frl. Auguste Unger in Erfurt. — Hr. Michael Hahn in Frankenthal mit Frl. Caroline Döring in Leipzig. — Hr. Ferdinand Schulze in Seegel mit Fr. Metha Bartholomäi.

Getraut: Hr. Hauptmann v. Boß in Rodemeuschel mit Frl. Helene v. Boß.

Geboren: Hrn. H. Dienstfertig in Breslau ein Sohn. — Hrn. Pastor Hirche in Rohrstock eine Tochter. — Hrn. Postadministrator Lebius in Kamitz eine Tochter. — Hrn. Lieutenant v. Loos in Stuhm ein Sohn. — Hrn. J. Otten in Bremen ein Sohn. — Hrn. Professor Dr. Semisch in Greifswald ein Sohn. — Hrn. Land- und Stadtgerichtsassessor Speck in Landeshut eine Tochter. — Hrn. Bernhard Wilhelm Wördemann in Bremen ein Sohn.

Gestorben: Hr. Henning Flügge in Berlin. — Hr. Lehrer Joseph Glatzel in Krotoschin. — Hr. August Friedrich Krägelius in Bremen. — Hr. Major v. Sowinski in Breslau.

Dienstaag — Nr. 124. — 4. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. ○Leipzig. Der Hülfsverein. Aufforderung. Der dresdner Hülfsverein. †Hannover. Gesetzgebung. Strafproceß. — Hr. Schell. — Die Lebensmittel in Darmstadt. — Die holsteinische Ritterschaft. Verfolgungen. ♁Gotha. Die Brandsteuer. — Unruhen in Schöningen. Die braunschweigischen Advocaten. — Unruhen in Bernburg. — Die Deutsch-Katholiken in Frankfurt a. M. Bremen. Die Getreideflotte.

Preußen. Berlin. Der Landtag. (+)Berlin. Nothstand. Journal für Landescultur-gesetzgebung. Die Steuerfrage. *Berlin. Das Journal des Débats. — Das Bisthum Münster.

Oesterreich. Erzherzog Karl. — Getreideunruhen in Kommotau. ⊙Wien. Der Kaiser. Die Zeitnoth. Leichtgläubigkeit.

Portugal. Meuterei portugiesischer Schiffe zu Gunsten der Insurrection.

Spanien. Congreß. General de la Concha. Der Enthusiasmus für die Königin.

Großbritannien. Parlament. Das Morning Chronicle über die Abstimmung des Oberhauses über die Kornzollbill. Die Noth der englischen Fabrikbevölkerung. Die Arbeiterzahl in den Baumwollfabriken. Der Repealverein. Der Earl of Besborough. Sir Davidge Gould stirbt.

Frankreich. Parlament. Namenstag des Königs. Hr. Lacave-Laplagne. Der Herzog v. Broglie. Reglement über die schwere Bewaffnung der Dampfer. Tod Hussein-Bey's.

Niederlande. Prinz Friedrich. Freimaurerhaus im Haag.

Schweiz. Hülfscorps für Griechenland.

Italien. Rom. Einberufung von Notabeln. Rom. Ein Emissar. Das Bisthum St.-Gallen.

Türkei. Judenverfolgung.

Nordamerika. Der Krieg mit Mexico.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Leipzig. Professer Tischendorf. *Weimar. Hr. Schuberth.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. — *Köln. Die Colonia. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

○Leipzig, 3. Mai. Unter anerkennendem Hinweis auf die Wirksamkeit unseres Hülfsvereins (derselbe gab vom 8. Dec. v. J. bis zum 30. April d. J. an Brot 742,754 Pfd., an Kartoffeln 16,419½ Metze, an Erbsen 14,850, an Hirse 21,880 und an Linsen 55,682 Kannen zu billigeren Preisen aus und hat sich auch für die Monate Mai und Juni damit fortzufahren entschlossen) und unter Hinweis auf die Unterstützungen der übrigen Wohlthätigkeitsanstalten der Commun hat der Rath unserer Stadt in einer Ansprache an die Bewohner dieselben aufgefodert zu Ruhe und Ordnung, die bisher in Leipzig und in ganz Sachsen noch nicht durch ähnliche Excesse gestört sei, wie sie in Nachbarländern vorgekommen, obwol bei uns die Noth nicht geringer gewesen. Frei von aller und jeder nur entfernt dahin deutenden Besorgniß, als könne irgend ein ähnliches Beginnen den guten Namen, die Ehre und Volksbildung der Stadt ähnlicher Beschimpfung preisgeben, könne er doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß selbst unbedeutende Mißverständnisse mit Denjenigen, die Nahrungsmittel entweder zuführen oder bereiten, leicht Veranlassung zu Streitigkeiten geben könnten, die, geringfügig in ihrem Ursprunge, dennoch oft in bittern Zwist und Hader ausarten, wenn im Augenblick ihrer Entstehung die Dazwischenkunft des Verständigenden und das begütigende Wort des Einsichtsvollen mangeln. Daher müßten hülfreiche That und verständigendes Wort gleichzeitig geschäftig sein, wenn das Ziel erreicht werden solle, am Schlusse dieser Prüfung ausrufen zu dürfen: Eintracht, Bildung, Besonnenheit und Ordnungssinn der Bürger und Bewohner Leipzigs haben auch diesmal über die Gefahren peinlicher Gegenwart den Sieg davongetragen.

Aus **Dresden** wird mitgetheilt, daß der Hülfsverein daselbst, nachdem er vier Monate lang gewirkt, am 30. April sich aufgelöst, da seine Mittel und selbst seine Quellen gänzlich erschöpft seien. Auch stehe daselbst für die Mitte des Monats Mai die Einstellung des Verkaufs des Brotes im Hofe des Commandantenhauses bevor, da die vom Kriegsministerium dazu bestimmte Quantität Korn bis dahin verwendet sein werde. Dagegen beginne mit dem 4. Mai der Verkauf von täglich 3—4000 Pfd. Brot durch den Stadtrath und zu gleicher Zeit der von Kartoffeln, Beides zu ermäßigtem Preise.

†Hannover, 30. April. Das Judengesetz (Nr. 119) ist nicht das erste der mit den Ständen verabschiedeten Gesetze, welches in Geltung tritt. Schon mehre sind während des Landtags publicirt, unter andern das wichtige Gesetz, welches die Aufhebung des Mahl- und Schlachtlicents vom 1. Juli v. J. an verfügt. Die Redaction der größern, namentlich der Gewerbeordnung und der Proceßordnung, wird so viel Zeit erfodern, daß vorerst an ihre Promulgirung wol nicht zu denken ist. Mit der Gewerbeordnung dürfte man ohnehin jetzt nicht kommen, und wird es gewiß nicht eher, als bis die Einflüsse des Nothjahrs sich gemildert oder gänzlich verloren haben. Die Proceßordnung ganz zu verhindern soll der Vicepräsident des Oberappellationsgerichts, Leist, sich persönlich hier viel Mühe gegeben haben; ob mit Erfolg, weiß ich nicht, bezweifle es aber. Eine Reform unsers Criminalverfahrens nach den Wünschen der Stände (Oeffentlichkeit und Mündlichkeit) hat der Vertreter des Justizministeriums in einer der letzten Sitzungen der II. Kammer geradezu als nächst bevorstehend bezeichnet. Dies erinnert mich, den Ausgang des Wilddiebstahlprocesses zu berichten, wovon ich in Nr. 81 berichtet habe. Der Angeklagte Böse, der in erster Instanz von der Instanz entbunden, in der Revisionsinstanz vom Criminalsenate des Oberappellationsgerichts zu zehn Jahren Kettenstrafe verurtheilt war, ist jetzt eben in letzter Instanz mit einem Jahre Strafarbeitshaus belegt. Hoffentlich wird ihm der Justizminister die lange Untersuchung anrechnen und Erlaß der Strafe erwirken.

— Aus **Fulda** vom 29. April schreibt man dem Frankfurter Journal: „Wie bekannt, ist nunmehr seit fast einem Jahre dem Gymnasiallehrer Schell, weil er zum Deutsch-Katholicismus übergetreten war, das Gehalt entzogen und derselbe als aus dem Staatsdienst ausgetreten betrachtet. Hr. Schell hat dagegen bei hiesigem Obergericht ein Mandat auf sofortige Auszahlung des rückständigen und laufenden Gehalts erwirkt. Der Staatsanwalt hatte nach höherer Instruction dagegen die üblichen Einreden vorgebracht; das Obergericht jedoch bestätigte dieses Mandat. Nunmehr hat der Staatsanwalt die Appellation angezeigt, welche jedoch, den bestehenden Gesetzen gemäß, schwerlich die durch ein unbedingtes Mandat verfügte Auszahlung sistiren kann."

— Das Resultat der Aufnahme von Vorräthen von Lebensmitteln im Großherzogthume Hessen (Nr. 119) dürfte, sagt ein Artikel im Frankfurter Journal aus **Darmstadt**, in Bezug auf die Kartoffeln in unserer Nähe zu schließen, ein befriedigendes und beruhigendes sein. In der Stadt Darmstadt (mit 26,300 Einwohnern ohne das Militair) ist nach Abzug derjenigen Quantitäten, welche als nothwendig zu Setzkartoffeln angegeben wurden, ein Unbedeutendes weniger als 8000 Malter Kartoffeln nach den Angaben der Eigenthümer vorhanden. In dem benachbarten Orte Bessungen (etwa 2600 Seelen) wurden 2200 Malter angegeben. In dem Kreise Bensheim, nach der neuesten Zählung etwa 46,000 Einwohner, eben so viele Malter Kartoffeln. Ein noch erfreulicheres Resultat hat vermuthlich der Kreis Großgerau geliefert. Man wird also hoffen können, daß die Vorräthe bis zur nächsten Aernte vollkommen genügen, zumal da gewiß nicht leicht irgendwo weniger angegeben worden als wirklich vorhanden.

— Aus **Kiel** vom 28. April berichtet die Weser-Zeitung: „Die Versammlung der Ritterschaft, von welcher ich vor kurzem meldete (Nr. 121), ist heute hier abgehalten, und die auf die Adresse der Ritterschaft von dem König ertheilte Antwort darin zur Berathung gekommen. Daß die Ritterschaft sich bei der kurzen Abweisung, welche ihre Vorstellung von Seiten der Regierung erfahren, nicht beruhigen könne, darüber herrschte keine Verschiedenheit der Ansichten. Für die Beschlußnahme über die zunächst einzuhaltenden Schritte ist indeß eine zweite Plenarversammlung auf den 5. Mai anberaumt worden, wo dann das Nähere auch über die Verhandlungen der heutigen Versammlung erfolgen wird. — Die Verfolgungen der Regierung gegen solche, die aus ihren patriotischen Gesinnungen kein Hehl gemacht haben, dauern fort. Den Rechtscandidaten z. B., welche die neumünstersche Adresse unterzeichnet haben, werden die Advocatenbestallungen verweigert. Der holsteinische Abgeordnete, Auditeur Brackel, ist von seiner Stelle abgesetzt worden. So sollen die Beamten eingeschüchtert werden."

♁Gotha, 30. April. In Berücksichtigung der jetzigen drückenden Theuerung hat unsere Landesregierung verfügt, daß die erste diesjährige, im Monat Mai fällige, Brandsteuer nicht erhoben werde, es vielmehr, sofern nicht außerordentliche Brandunglücksfälle sich ereignen, für dieses Jahr bei der Erhebung von nur einer, für den September ausgeschriebenen Brandsteuer bewenden solle.

— Die Weser-Zeitung schreibt aus **Braunschweig** vom 28. April: „Wie es scheint, soll auch unser Land nicht von Unruhen, aus der gegen-

wärtigen allgemeinen Noth entspringend, verschont bleiben. In dem 4—5 Meilen von hier entfernten Städchen **Schöningen** sind **Unruhen** ausgebrochen, in deren Folge sofort Militair von hier aus hingeschickt ist. Die Haupturheber sollen die dortigen sehr zahlreichen Weber sein, die überall in der Regel am meisten in solchen Zeiten leiden. Man spricht von Angriffen auf die dortige Domaine. — Eine landesherrliche Verordnung vom 21. April ist erschienen, wodurch die bisher gesetzlich festbestimmte höchste Zahl der Advocaten und Notare auf das gegenwärtige Bedürfniß gemindert wird. Bis dahin, daß die vorhandene Zahl der Advocaten sich nicht bis auf diese Zahl vermindert hat, sollen keine neuen zugelassen werden."

— Die Magdeburger Zeitung berichtet aus **Bernburg** vom 27. April: „Die seit einer langen Reihe von Jahren hier nicht gestörte Ruhe sand gestern eine höchst betrübende Unterbrechung. Es versammelte sich nämlich gegen 9 Uhr Abends eine Masse von Menschen aus den niedrigsten Volksklassen in der Nähe unsers Bahnhofes, wo eine ziemlich bedeutende Quantität Kartoffeln zur Verladung aufgespeichert lag; es wurden sehr bald unter fortwährendem Andrange des Volks bedenkliche Drohungen vernehmbar, während einzelne Steinwürfe fielen. Das auf der Stelle requirirte Militair und die Polizeimannschaften waren nicht im Stande, ein fernerweites Eindringen des aufgeregten Pöbels zu verhindern; die Volksmassen brachen sich Bahn und stürmten im Nu den Bahnhof. Die sämmtlichen hier vorhandenen Kartoffelvorräthe waren binnen wenigen Stunden geräumt und unter Hurrahrufen entführt. Die Exzesse dauerten bis 12 Uhr Nachts, zu welcher Zeit auch nicht eine Kartoffel mehr zu finden war und die Tumultuanten sich ruhig nach Hause verfügten. Nach den bei dieser Gelegenheit von mehren Seiten ausgesprochenen Drohungen wären energische Vorbeugungsmaßregeln sehr erwünscht!"

— Das Presbyterium der **deutsch-katholischen Gemeinde** in **Frankfurt a. M.** hat folgendes Schreiben an den Vorstand der berliner Gemeinde erlassen:

„Es ist ein unzweifelhaftes Zeugniß eurer Liebe zu unserer guten und heiligen Sache, daß ihr euch den beträchtlichen Arbeiten, welche mit der Veranstaltung eines Concils verbunden sind, so bereitwillig unterzieht. Wir bedauern daher um so lebhafter, daß wir einestheils die Nothwendigkeit der Kirchenversammlung nicht einzusehen vermögen, und daß wir anderntheils befürchten, die von euch eingeladene Versammlung werde die Eigenschaften einer allgemeinen schwerlich ansprechen können. Ihr führt zur Rechtfertigung eurer Einladung an, erstens, daß in Leipzig ein Concil für dieses Jahr beschlossen worden, und zweitens, daß in der That mancherlei Verständigung, Ergänzung und Organisirung nothwendig sei. Der erstere Grund ist ein rein formeller und gewährt eine formelle Berechtigung zur Einberufung. Er fällt aber gänzlich hinweg, wenn es an materiellen Gründen fehlt. Ihr glaubt nun, daß deren vorhanden seien; wir können es nicht glauben. Die divergirenden Ansichten, die in der Mitte unserer Kirche ausgesprochen werden, sind ein Zeichen wahren Lebens, nicht eine drohende Gefahr. An den dogmatischen Punkten zu ändern, sei es auch nur an dem Wortlaut, ist nicht rathsam. Die Verfassung der Kirche hat sich von selbst so glücklich ausgebildet, daß man dem richtigen Sinne und Geiste, der sie gebildet, noch ferner vertrauen darf. Den Provinzial- und Kreissynoden eine Autorität von Concils wegen beilegen wollen, welche ihr die Gemeinden bis jetzt nicht freiwillig übertragen haben, wäre durchaus vergebliche Mühe. Es ist die Natur der Freiheit, sich selbst zu beschränken, deswegen mag man echter Freiheit vertrauen. Wir haben keinen Anlaß, uns gegen unsern Willen beschränken zu lassen, und finden auch in einzelnen bedauerlichen Zerwürfnissen noch keinen Grund, sogleich eine äußere zwingende Macht zu erschaffen, um ihnen zu steuern, sondern wir vertrauen der Macht des christlichen Geistes, der uns beseelt. Ueberdies ist dieser ja auch die einzige Macht, die wir besitzen; denn es würde zwar einer Synode sehr leicht sein, zu beschließen und zu befehlen, aber unmöglich, ihre Beschlüsse in Vollzug zu setzen, wenn Der, den sie betreffen, nicht wollte.

Diese Erwägungen lassen uns eine Kirchenversammlung für jetzt als unnöthig erscheinen. Wie sollten wir daher noch dazu ein unserm Haushalte sehr beschwerliches Opfer bringen, sie zu beschicken? Wäre dieses bei dem gegenwärtigen Drucke der Zeiten nicht doppelt zu tadeln? und sollte nicht auch ihr bedenken, ob es zu verantworten sein möchte, um einer nicht unbedingt nothwendigen Versammlung willen den Gemeinden Deutschlands vielleicht einen Gesammtaufwand von mehren Tausend Thalern zu verursachen? Dazu kommen noch einige Zweifel über eure Bestimmung, wo es heißt, ein Geistlicher könne nicht Laiendeputirter sein, überhaupt über die Stellung, die ihr dem Geistlichen neben und gegenüber der Gemeinde zu geben scheint, indem ihr z. B. von Anträgen der Gemeinden und Geistlichen sprecht, als wenn der Geistliche nicht ein Mitglied der Gemeinde wäre, als wenn er ein eignes Interesse für sich auf der Kirchenversammlung wahrzunehmen hätte, als wenn seine Anträge und die der Gemeinde möglicherweise verschieden sein könnten! Wir gestehen, dies nicht zu begreifen. Wie sollte nun in der von euch anberaumten kurzen Frist über solche Punkte, z. B. auch über den, daß ein Deputirter so viele Stimmen als Vollmachten haben soll, eine Erörterung möglich sein? Wir finden auch für die Deputirtenwahlen diese Frist zu kurz. Sollen die Gemeinden des ganzen Vaterlandes möglichst vertreten sein, so müssen Diejenigen, die sich zur Wahl eines Deputirten vereinigen wollen, Zeit zur Berathung haben, damit sie den Mann ihres gemeinschaftlichen Vertrauens zu finden vermögen. Zweckmäßig würden hier die Kreissynoden vermittelnd einwirken können. Wie soll das Alles unter so hundertfachen Anforderungen des Lebens in so kurzer Zeit zu Ende gebracht werden? Zu der Ueberzeugung, daß ein Concil jetzt nicht nöthig, kommt demnach noch die, daß es zu Pfingsten nicht möglich ist, und mithin auch die, daß die Versammlung, falls ihr sie dennoch abhalten würdet, unmöglich das Gepräge einer wohl vorbereiteten und einer wirklich aus allen Theilen Deutschlands unter Zustimmung aller Gemeinden gehaltenen allgemeinen Versammlung haben würde. Wir müssen vielmehr, von dieser Ueberzeugung geleitet, ausdrücklich erklären, daß wir sie als eine solche nicht ansehen können, und daß wir uns enthalten, sie zu beschicken, so lange nicht triftige Gründe unsere Ansicht zu ändern vermögen."

Bremen, 30. April. Die **Getreideflotten**, welche durch widrige Winde so lange im Mittelländischen Meere zurückgehalten wurden, und deren Ausbleiben in den Häfen diesseit der Meerenge von Gibraltar eine so wohl begründete Ungeduld erregte, scheinen jetzt endlich ihren Bestimmungsplätzen bedeutend näher zu kommen. Aus Gibraltar wird berichtet, daß am 8. und 9. April daselbst nicht weniger als 450 Kauffahrteischiffe theils die Meerenge passirten, theils im Ansegeln waren. Von unsern bremischen Odessafahrern sind in diesen Tagen endlich die beiden ersten in Bremerhaven angekommen; die «Post», welche eine Ladung von 350 Last Roggen überbringt, und die heute telegraphirte «G. Duckwitz» mit 180 Last Roggen — dem Bedarfe gegenüber freilich nur noch ein unscheinbares Quantum, aber doch von Denen, für die es bestimmt ist, schmerzlich erwartet. (B.-Z.)

Preußen.

Berlin, 2. Mai. In der Sitzung der **Vereinigten Curien** am 29. April kam die königliche Proposition, die Errichtung von Provinzialhülfskassen betreffend, zur Verhandlung, und der Abg. Hansemann war Referent der Abtheilung. Diese beantragte zuvörderst den lebhaftesten Dank an den König für die von ihm angewiesenen 2,500,000 Thlr. und die Bestimmung zu der von der Regierung bezeichneten Vertheilung des Fonds unter die acht Provinzen; die specielle Verwendung aber sollte durch einen mit dem Minister des Innern verhandelnden ständischen Ausschuß aus 8 Mitgliedern der Herrencurie und 24 der drei Stände erfolgen. Bei der Verhandlung beantragte zuerst der Graf v. Itzenplitz, der Provinz Westfalen, die bereits eine solche Hülfskasse habe, die auf sie kommende Summe ohne weiteres zu überlassen. Der Finanzminister bemerkte darauf, daß die neuen Hülfskassen eine erweiterte Verpflichtung namentlich in Betreff der Sparkassen hätten, folglich der Antrag nur dann beworwortet werden könne, wenn die Provinzialstände von Westfalen in dieser Beziehung einen bindenden Beschluß gefaßt hätten. Dem ward mehrseitig beigestimmt. Weiter beantragte der Abg. v. Diebitsch, wie er selbst sagte, „in augenblicklicher Eingebung seines Gefühls", die 2½ Millionen sofort zum Ankauf von Getreide zu verwenden. Es fand das keine Unterstützung und der Finanzminister bemerkte, daß, was zum letztern Zwecke gebraucht werde, auch ohne Zurückziehung jener Wohlthat beschafft werden würde. Der Abg. Camphausen sprach gegen gewisse, den Provinzialständen bei dieser Verwendung zugedachte Rechte, wie er denn überhaupt nicht für nützlich hielt, den Provinzialständen den Charakter einer verwaltenden Corporation noch mehr zu geben, als schon jetzt geschehen. Gerade das Gegentheil behauptete der Frhr. v. Vincke. Dagegen beantragte dieser, die Krone zu bitten, daß die Vertheilung lediglich nach dem Maßstabe der direkten Steuern erfolgen möchte. Dem widersprach der Abg. v. Auerswald. Der beantragte Dank ward einstimmig beschlossen. Mit großer Majorität ward auch der Vorschlag der Abtheilung in Betreff der Vertheilung angenommen, worauf der Abg. v. Vincke auf Ilio in partes antrug, da die Interessen von Westfalen, Sachsen und Schlesien verletzt seien. Dagegen protestirten für Sachsen der Abg. Gier, für Schlesien Baron Gaffron, während auch die Abgg. Aldenhoven, Möwes und in längerer, zur Einheit mahnender Rede, die mit vielem Beifall aufgenommen ward, v. Beckerath dagegen sprachen. Ihm hielt v. Beckum-Dolffs den Rechtspunkt entgegen. Fürst Radziwill verwahrte die moralischen Provinzialinteressen, die ihm höher ständen als die materiellen. Die, welche er zu vertreten habe, könnten nur auf dem Wege provinzialständischer Freiheit bewahrt werden. Nach längerer Verhandlung über die Form einer Ilio in partes ergab sich, daß sich auch aus Westfalen keine zwei Drittheile dafür fanden. Abg. Camphausen zog seinen Antrag wegen der Verwendungen nach einigen Erläuterungen des Finanzministers zurück. Die übrigen Anträge des Ausschusses wurden mit großer Mehrheit angenommen, in Betreff des Antrags des Grafen v. Itzenplitz, nach längerer Verhandlung, anerkannt, daß es darüber keiner Abstimmung bedürfe. (A. Pr. Z.)

(+) **Berlin**, 1. Mai. Die Anstrengungen, welche von unserer Regierung und unsern Communalbehörden gemacht werden, um wenigstens eine Linderung des großen Nothstandes eintreten zu lassen, verdienen gewiß eine allgemeine Beachtung. Dennoch wird das Verbot des Verbrauchs der Kartoffeln zur Brennerei hier sehr verschieden beurtheilt. Viele billigen es vollkommen, Andere aber, wenn sie es auch an sich billigen, meinen, es hätte bereits im Herbste erfolgen müssen, um eine gehörige Wirkung erzielen zu können; noch Andere aber erwarten überhaupt nichts von diesem Verbote. Sie raisonniren ungefähr so: Durch das Kartoffelverbot zur Brennerei wird die Viehmast, dadurch der Viehstand, also ein wesentlicher Bestandtheil unserer Landwirthschaft verschlechtert, es muß also nicht blos das Fleisch theurer werden, sondern, wenn das Ackervieh verringert wird, muß auch wieder der Ackerbau darunter leiden ꝛc. Ebenso werde die Höhe des Spiritus verschiedene Industriezweige ganz außerordentlich treffen ꝛc. Aber was sollte denn geschehen? Hätte man denn dem Nothstande that- und rathlos zusehen müssen? Hätte man gerade-

Digitized by Google

wegs erklären sollen, es sei nicht zu helfen? Daß dies nicht geschieht und geschehen wird, finden wir außerordentlich natürlich, und wir betrachten daher Alles, was hier gegen den Nothstand geschieht, mit gespannter Aufmerksamkeit und mit wachsendem Interesse, selbst wenn wir die Ueberzeugung haben, daß nur Palliativmittel in Bewegung gesetzt werden können. Der Minister des Innern, Hr. v. Bodelschwingh, hat mit einer Deputation der berliner Abgeordneten sich längere Zeit über den Nothstand unterhalten und die mehrmalige Versicherung gegeben, daß die Regierung Alles und Jedes aufbieten werde, was nur irgendwie in ihren Kräften stehe. Die Seehandlung hat auf den letzten Märkten Getreide zu 105 Thlr. pr. Wispel, also 6—7 Thlr. unter dem Marktpreise, verkauft, und es soll von ihr damit fortgefahren werden; sie kann dies wol auch ohne besondere Schwierigkeit, da sie jenes Getreide, wie in den hiesigen kaufmännischen Kreisen versichert wird, früher zu 76 Thlr. pr. Wispel eingekauft haben soll; übrigens sollen auch, wie man vernimmt, die Magazine des Staats geöffnet werden, und die Seehandlung ist sehr damit beschäftigt, billige und große Zufuhren von auswärts zu beschaffen. Der berliner Magistrat hat mehre 100 Wispel Kartoffeln bei den Gutsbesitzern der Umgegend für 40 Thlr. den Wispel angekauft und sie dann metzenweise, 2½ Sgr. pr. Metze, auf dem hiesigen Markte verkaufen lassen, aber auch die so angeschafften Vorräthe werden nicht lange ausreichen können. Die Communalbehörden haben auch nach der Spener'schen Zeitung eine gemischte Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten ernannt, mit unumschränkter Vollmacht, um die Maßregeln zu treffen, von denen sich eine etwanige Abhülfe des Nothstandes erwarten lasse. Durch diese Deputation ist auch der Verkauf der Metze Kartoffeln für 2½ Sgr. an ärmere Einwohner Berlins auf den hiesigen Märkten angeordnet worden, die Commun hat dabei eine nicht unbedeutende Summe zuzusetzen. Auch die hiesige Kaufmannschaft hat jetzt aus ihrer Mitte eine Commission ernannt und ihr bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt, um dem Nothstande zu wehren und namentlich große Quantitäten Reis anzukaufen, den man als Surrogat der theuern Kartoffel an die Bedürftigen zu verkaufen gedenkt. Mehre Kaufleute haben dieser Commission ihre großen Vorräthe zu dem billigen Einkaufspreise zur Verfügung gestellt; von einem großen Grundbesitzer in der Mark, dem Baron v. Eckardstein, sind der Stadt auch 200 Wispel Kartoffeln zu einem jetzt recht billigen Preis überlassen worden. Ferner vernimmt man, daß einem hiesigen Kaufmannshause von der Seehandlung zwei Dampfschiffe zur Disposition gestellt worden sind, um darin so schnell als möglich große Quantitäten Getreide aus Preußen hierher zu schaffen. So sieht man denn überall eine große Thätigkeit, um dem starken Nothstande wenigstens einige Dämme anzuweisen und mit Aufopferung Palliativmittel entgegenzustellen.

Es soll hier jetzt ein neues Journal für die Landesculturgesetzgebung gegründet und unmittelbar vom Revisionscollegium für Landesculturangelegenheiten herausgegeben werden; aus der Mitte dieser Behörde, unter Vorsitz des Präsidenten geh. Oberregierungsraths Lette, ist auch die Redaction für dieses Unternehmen, dem eine erfreuliche Wirksamkeit versprochen werden kann, zusammengesetzt worden. Das Erscheinen der einzelnen Hefte soll nicht an einen bestimmten Zeitpunkt gebunden sein, jedes Heft soll ungefähr aus acht bis zehn Bogen bestehen. Bei der Wichtigkeit der Landesculturgesetzgebung, dem großen Material und den eingreifenden Folgen, welche mit ihr verbunden sind, wird das Journal nach den verschiedensten Seiten hin sich eine Wichtigkeit und großen Einfluß gewinnen können.

(+) **Berlin**, 2. Mai. Die Frage: Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer und Einführung der Einkommensteuer, beschäftigt jetzt unsere ganze bürgerliche Welt. Nachdem so lange und so viel gegen die Schlacht- und Mahlsteuer geschrieben worden ist und nun endlich von der Regierung die Aufhebung derselben proponirt wird, scheint man sich plötzlich wieder zu bedenken, ob man sie nicht einer Einkommensteuer vorzuziehen habe. Es ist hier ein großes Feld für die Interessen der besitzenden Klassen den proletarischen Massen gegenüber, obgleich wir uns nicht der Illusion hingeben mögen, daß durch die Einführung der Einkommensteuer etwas Wesentliches in den Volkszuständen geändert werden könne. Denn besteuert man das Capital, so wird sich das Capital immer wieder an die Arbeit halten, und die Arbeit des Volks wird am Ende doch wieder die Einkommensteuer zahlen, welche nur scheinbar von dem Capital erlegt worden ist. Wir sehen dies z. B. sehr deutlich an der Miethsteuer in Berlin. Sie ist eine Art von Einkommensteuer, aber der Hausbesitzer weiß den Miethsteuerertrag, welcher ihm zufällt, durchschnittlich durch den erhöhten Wohnungspreis fortwährend auf seine Miether zu wälzen. Vorzuziehen scheint uns allerdings eine Einkommensteuer der Schlacht- und Mahlsteuer, aber sie kann unter den gegebenen Zuständen doch nur als Palliativmittel angesehen werden. Unter den Abgeordneten selbst aber haben sich viele Stimmen gegen die Einkommensteuer ausgesprochen, in der Discussion über die Schlacht- und Mahlsteuer; mehr auf diesem Gebiete der materiellen Interessen als auf dem der abstracten Rechtsfragen wird sich die Stellung des Vereinigten Landtags zum Volke bezeichnen.

* **Berlin**, 1. Mai. Das Journal des Débats hat sich wieder ein Mal ausführlich über die Thronrede unsers Königs ergossen. Von dem zum Theil spöttischen und unschicklichen Tone dieser Besprechung abgesehen, beruht das ganze Raisonnement hauptsächlich darauf, daß die französische Oberflächlichkeit und Beschränktheit sich keinerlei Mäßigung und Beschränkung des Absolutismus denken kann, außer in Form einer „authentischen Charte" und beschließender Stände. Glaubt man im Ernste, der Absolutismus sei in Konstantinopel, in Petersburg, in Wien, in Berlin, in Kopenhagen überall derselbe? Und erkennt man nicht aus den durchgreifenden Verschiedenheiten dieser Staaten die organischen Einflüsse des Lebens, welche, aus den vielseitigsten Quellen entspringend, unendlich höhere Bedeutung üben als alle einzelnen Gesetze und Institute? Dann will das Journal des Débats der Berufung des Königs auf den Vorgang Englands dadurch widersprechen, daß es theils auf die englischen Revolutionen und Bürgerkriege hinweist, theils einige Gesetze nennt, welche für England die Stelle der Charte vertreten sollen. Was die Revolutionen anlangt, so hat erstens Frankreich den Beweis gegeben, daß gegen solche auch Constitutionen und Charten nicht schützen, und zweitens gehören sie dunkeln und gewaltthätigen Zeiten an. Das neuere England hat weit größere Dinge, als worüber ehedem das Blut in Strömen floß, im Wege friedlicher Entwickelung erhalten, und keine Charte würde den Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts verhindert haben. Solche Gesetze aber, wie das Journal des Débats aus England citirt, besitzt Preußen in Menge, darunter manche, um welche Frankreich und selbst England es zu beneiden haben. Wie die englische Verfassung nicht blos im Parlament, sondern in dem ganzen Charakter der Gesetzgebung, Rechtspflege, Staatsverwaltung liegt, so liegt auch die preußische wahrlich nicht blos in den ständischen Gesetzen, sondern in dem Charakter des preußischen Königthums und dem Geist und Sinne des Volks, im Landrecht, in der Verwaltungsorganisation, in Stellung und Wesen des deutschen Beamtenstandes, in der Städteordnung, in dem befreiten Landbau, in dem Unterrichtswesen, in der Heer- und Landwehrverfassung und Aehnlichem. Endlich gesteht jener Artikel im Allgemeinen das Höhere und Ideale in den Anschauungen des Königs und seinen Erwartungen von seinem Volke zu, will sie aber in irgend ein Utopien und Eldorado verweisen. Wenn wir der langen Rede kurzen Sinn mit unverhüllten Worten wiedergeben wollen, er meint: die Menschen sind zu schlecht dazu geworden. Wir vertrauen, das preußische Volk wird diesen Argwohn Lügen strafen und seinem Könige die Tugenden bewähren, die er bei ihm voraussetzt.

— Aus **Münster** vom 27. April sagt die Düsseldorfer Zeitung: „Die sogenannte Verwahl zur Besetzung des hiesigen Bischofssitzes ist heute von dem Domcapitel abgehalten, nachdem vorgestern in allen Kirchen für dieselbe gebetet worden. Ohne das bestimmte Resultat derselben mittheilen zu können, läßt sich dennoch mit größter Wahrscheinlichkeit behaupten, daß unter allen Candidaten der Weihbischof Müller von Trier und der Landdechant Ehrendomherr Schönbrodt zu Kempen die meiste Aussicht haben, ja man meint, daß nur zwischen diesen Beiden die Wahl schwanken würde."

Oesterreich.

Dem am 28. April früh erschienenen Bulletin über das Befinden des Erzherzogs Karl (Nr. 122) zufolge ist derselbe noch am Abende vorher mit den heiligen Sacramenten versehen worden. Das Bulletin vom 29. April erweist keine Besserung in dem Zustande des Kranken.

— Folgendes ist das Nähere über die bereits erwähnten Unruhen in **Kommotau** (Nr. 122), einem der Hauptgetreidemärkte unsers Landes: „Sächsische Aufkäufer waren zahlreich auf dem dortigen Markt erschienen, hatten große Einkäufe gemacht und dadurch ein Steigen der Preise bewirkt. In dem benachbarten Sachsen nämlich war das Korn um fast 1½ Thlr. der sächsische Scheffel theurer, als es bisher in Kommotau auf dem Markte gewesen war, und es war deshalb natürlich, daß diese Preisdifferenz von den Getreidehändlern nicht unbrachtet blieb und somit die kommotauer Marktpreise plötzlich zu einer bisher unerhörten Höhe stiegen. Dies erbitterte das zahlreich auf dem Markte versammelte Volk aus der Umgegend, und es kam deshalb zuerst zu erhitztem Wortwechsel und vereinzelter Prügelei, welche jedoch bald einen ernstern, mehr drohenden Charakter annahm. Es wurden Vorräthe gewaltsam genommen, die Verkäufer, welche höhere Preise foderten, mit Mord und Todtschlag bedroht, die Getreidewagen aber, welche nach Sachsen abfahren wollten, angehalten und theils zurückgebracht, theils geplündert, wobei natürlich Prügelei zwischen Fuhrleuten, Getreidekäufern und dem Volk unausbleiblich war. Jedoch gelang es noch an demselben Tage den Behörden, die Ruhe wieder herzustellen. Das dort liegende Jägerbataillon blieb eine Zeit lang unter Waffen; aber es wurde bis jetzt keine Militairgewalt angewendet. Nur ist die Stimmung des Landvolks in der Umgebung von Kommotau noch stets eine solche, daß kein Fuhrmann es wagen darf, Getreide auszuführen, und es ist in dieser Beziehung noch keineswegs die Sicherheit des Verkehrs für den nächsten kommotauer Wochenmarkt wieder hergestellt. Die Noth, aber auch die Aufregung und Erbitterung des Landvolks ist ganz außerordentlich, und es richten sich überall die Blicke drohend gegen die Getreidemagazine, deren es noch viele gefüllte auf dem Lande geben soll." (A. Z.)

⊙ **Wien**, 28. April. Der Geburtstag des Kaisers, 19. April, wurde von denkenden Vaterlandsfreunden mit aufrichtiger Würdigung je-

ner wahren Fortschritte gefeiert, die in allen Zweigen unserer staatlichen Verhältnisse während der zwölfjährigen Regierung dieses milden Fürsten stattgefunden, auf den gewiß wie auf keinen andern der Vers des alten Dichters Anwendung findet: Qui piger ad poenas princeps, ad praemia velox, quique dolet quoties cogitur esse ferox.

Die günstigen Aernteaussichten, in deren Folge bereits die Getreidepreise überall gewichen sind, lassen eine baldige und erfreuliche Lösung der bedenklichsten Frage der Gegenwart, der Brotfrage, hoffen. Wiewol hier in Wien, wie schon früher angemerkt wurde, keine so krankhaften und grausenerregenden Zeichen der Zeitnoth an den Tag treten wie in andern Hauptstädten, so hat doch die Behörde lebenswerthe Maßregeln zur Unterstützung der ärmern Klassen getroffen, und namentlich hat der hiesige Magistrat zur Beschäftigung der brotlosen Fabrikarbeiter öffentliche Arbeiten veranstaltet. Gleichwie in andern Städten hat aber die letztere Maßnahme auch hier ihrem Zwecke nicht ganz entsprochen. Jede mehr als gewöhnliche Fürsorge für ihre Bedürfnisse von Seiten der Behörden legt die rohere Klasse des Volks nur als ein der Furcht abgetrotztes Zugeständniß aus und nimmt es mit murrender Undankbarkeit, oft mit strafbarer Widersetzlichkeit hin. Auch die auf öffentliche Kosten beschäftigten Arbeiter in Wien betreiben die ihnen zugewiesene Arbeit mit einer Lässigkeit und mit einem Uebermuthe, die bei den zahlreichen Zuschauern das größte Aergerniß erregt. Es ist ein Fluch des Fabrikarbeiters, daß er außer seinem von den Schwankungen der Zeit so sehr abhängigen Erwerbe zu keiner andern Arbeit tauglich ist; der Arm der öffentlichen Gewalten reicht in solchen Fällen nicht aus, wenn er nicht wie in England von den Fabrikeignern selbst oder von andern Privatkräften unterstützt wird. Wenn man die Tausende und abermals Tausende in Anschlag bringt, welche hier Speculation, dort Augendienerei und falschverstandener Ehrgeiz jährlich der nimmer müden Mildthätigkeit der wiener Einwohner zu sogenannten wohlthätigen Zwecken zu entlocken verstehen, so muß man wahrhaftig bedauern, daß solche herrliche Kräfte nicht zu einem edlen und dauernden Zwecke vereinigt werden, wie es z. B. ein Asyl für unverschuldet brotlos gewordene Arbeiter u. dgl. wäre. *) — Seit einigen Tagen wird hier die allgemeine Aufmerksamkeit von einem Gerücht in Anspruch genommen, welches beweist, bis zu welchem Grade leichtgläubig die große Masse einer Hauptstadt sein kann. In einer hiesigen Vorstadt wurde ein junges Mädchen von elf Jahren auf der Straße plötzlich von Blindheit befallen; in dieser Angst erzählt es nun, ein fremder Mann wäre zu ihr hingetreten und nach freundlicher Erkundigung um ihre Aeltern sei er ihr übers Gesicht gefahren, worauf ewige Finsterniß sie umgeben habe. Da sich nun keine Spur äußerer Verletzung auf dem Gesichte des Mädchens zeigte, so erklärten die Aerzte die Erblindung als eine Folge einer von dem Einflusse der Luft herbeigeführten Lähmung des Sehorgans. Das Publicum aber nahm die Erzählung des unglücklichen Kindes als Wahrheit hin und läßt nun durch die Straßen Wiens einen Würgengel ziehen, der alle unbewachten Mädchen mit ägyptischer Blindheit schlägt; ja dieser Wahn hat sogar schon zu tragikomischen Verwechselungen Anlaß gegeben.

Portugal.

Aus **Gibraltar** wird vom 17. April gemeldet, daß die Mannschaften zweier dort vor Anker gegangener portugiesischer Kriegsfahrzeuge, des Serra do Pilar und Conde de Thomar, sich für die Septembristen erklärt haben, und die Capitaine der Fahrzeuge den Beistand der britischen Behörden anrufen mußten, um zu verhindern, daß die beiden Fahrzeuge nach Oporto entführt würden.

Spanien.

Der Congreß war am 25. April allein versammelt und begann die Berathung seiner reformirten Geschäftsordnung, welche die ganze Sitzung in Anspruch nahm. — General Don Manuel de la Concha wurde durch die gefährliche Erkrankung seiner Tochter in Madrid zurückgehalten und zur Zeit noch verhindert, das Commando der nach Portugal bestimmten Truppen anzutreten. Das Gerücht fand übrigens immer mehr Glauben, daß die portugiesischen Wirren ohne bewaffnetes Einschreiten zur Beilegung gelangen würden. — Der Heraldo rühmt die Beharrlichkeit der Behörden, mit der sie die lärmenden Beifallsbezeigungen des Volks beim öffentlichen Erscheinen der Königin zu verhindern wissen, und behauptet, daß dies ganz im Sinne der Königin sei, wie denn dieselbe, als sie sich zum letzten Stiergefechte begeben, das auf einem Umwege gethan habe, um den in den Straßen versammelten Volkshaufen auszuweichen. Die Progressistenblätter klagen dagegen über die dem Enthusiasmus des Volks angelegten Fesseln.

Großbritannien.

London, 28. April.

Aus der gestrigen Verhandlung des Oberhauses ist nur der auf Antrag des Lordkanzlers erfolgten zweiten Verlesung der Bill zur Erleichterung des Verkaufs überschuldeter Familiengüter in Irland zu erwähnen. Im Unterhaus erhielt Sir C. Napier Erlaubniß zum Einbringen einer Bill, welche die Anwerbung für den Seedienst verbessern soll. Der Admiralitätssecretair Hr. Ward widersetzte sich derselben unter dem Bemerken nicht, daß er dieselbe noch nicht zu Gesicht bekommen habe, weshalb er sich aber auch jeder Ansicht darüber enthielt. Dr. Bowring beantragte unter Hinweisung auf die Vortheile eines Decimalmünzsystems eine Adresse an die Königin, in welcher gebeten werden sollte, daß Zwei-Schillingstücke und Zwei-Pencestücke geschlagen werden möchten. Hr. Hume unterstützte den Antrag, der aber vom Antragsteller nach einigen Verhandlungen und nachdem der Schatzkanzler die versuchsweise Ausprägung von Zwei-Schillingmünzen zugesagt hatte, wieder zurückgezogen wurde. Die auf gestern vertagte Debatte über die 620,000 Pf. St. Verschüsse für irische Eisenbahnen wurde bis zum 30. April ausgesetzt. Lord J. Manners brachte dann die griechischen Angelegenheiten zur Sprache, wurde aber bald nach Beginn seiner Darlegung durch den Antrag auf Zählung des Hauses unterbrochen, und da nicht 40 Mitglieder anwesend waren, trat sofortige Vertagung ein.

— Das Morning Chronicle nimmt die Abstimmung im Oberhause über die Kumzollbill, welche in einem Hause von über 100 Pairs nur mit 9 Stimmen Mehrheit der Verweisung an ein Specialcomité entging (Nr. 120), zum Anhalt, um den Wankelmuth des Schatzkanzlers Sir Charles Wood zu verspotten. Dieser hatte bekanntlich den Differentialzoll auf Colonialrum zuerst von 1 Sch. auf 6 Pence herabzusetzen beantragt und nachher dafür 9 Pence angesetzt. Das Morning Chronicle freut sich nun zwar der Annahme der Maßregel, wenngleich dermalen einer anerkannt unbilligen, da die Verzögerung noch verderblicher für die Colonien gewesen sein würde. Indessen sei es nicht zu verwundern, fährt das vorzugsweise für ministeriell gehaltene Blatt fort, wenn die Lords ungewiß geworden wären, wie sie mit jener Maßregel verfahren sollten. Ein Schatzkanzler, der nicht recht zu wissen scheine, was er wolle, müsse sich auch wunderliche Handhabung seiner Vorschläge gefallen lassen. Daß er den, „um gerecht gegen alle Betheiligten zu sein", vorgeschlagenen 6-Pennyzoll plötzlich aus Verlangen nach dem Beifalle „einer Partei" in einen 9-Pennyzoll verwandelte, dabei aber die Gerechtigkeit des niedrigern Satzes fortwährend behauptete, war eine zu offenbare Herausforderung zu genauer Untersuchung der einschlagenden Verhältnisse, daß es nicht Wunder nehmen dürfte, wenn das Haus dieselbe beschlossen hätte. Es erklärte jener Wechsel, daß die Frage an sich eine schwierige sei, daß der Schatzkanzler sich ganz absonderlich übereilt gehabt, und daß er endlich absonderlich fügsam und bereit sei, Jedermanns Ansichten eher als seinen eignen zu folgen. In Erwägung nun des Umstandes, daß die Lords in den letzten Jahren so wenig gewohnt waren, einen Finanzminister in so unentschiedener und sich accommodirender Stimmung vor sich zu haben, sei es denn nur natürlich gewesen, daß sie ernstlich daran dachten, ihn eines Theiles seiner Verantwortlichkeit zu überheben.

— Der Manchester Courier gibt ein sehr trauriges Bild von den nächsten Aussichten der Fabrikbevölkerung dieser „fabricirenden Hauptstadt", woraus unter Anderm hervorgeht, daß von den 382 großen Fabrikestablissements in den sechs vornehmsten Fabrikplätzen nur 126 jetzt in voller Thätigkeit sind, 212 wenig über die Hälfte und 44 gar nicht arbeiten lassen. Von 71,215 Arbeitern, die bei voller Thätigkeit jener Factorien Beschäftigung erhielten, sind nur 34,564 noch ganz, 26,510 sind nur halb, 10,141 gar nicht mehr mit Arbeit versehen. Den noch Beschäftigten droht täglich Herabsetzung der Löhne. Beispiele von dem in Manchester unter der Arbeiterbevölkerung herrschenden Elende, die sich nicht gerade wie die auf allen Straßen jetzt dort zu findenden Bettler Jedermanns Augen aufdrängen, wurden in der jüngsten Jahresversammlung des städtischen Missionsvereins mitgetheilt. In einem Bezirke wohnten in einem Hause mit vier kleinen Zimmern 33 Personen, in einem Hause mit fünf Räumen 41 beisammen, und jetzt sind noch dazu viele davon ohne, noch mehre ohne zureichenden Erwerb. In feuchten Kellerwohnungen fand man zahlreiche Familien, die Kinder fast unbekleidet, kaum einige Lumpen, um sie zum Schlafen über den feuchten Boden zu breiten. Eine Familie hatte binnen acht Tagen nur drei Mahlzeiten halten können. Seuchenartige Krankheiten fangen an, sich zu zeigen. Im Arbeitshause nahm die Sterblichkeit überhand, und es wurden hauptsächlich Personen hingerafft, die vor kaum 2—3 Tagen im Zustande der größten Entblößung und Erschöpfung in diese letzte Zuflucht gelangten. „Das sind keine Schilderungen aus Skibbereen oder einem andern der am schwersten heimgesuchten Bezirke Irlands, bemerkt der Standard dazu, sondern die «fabricirende Metropolis», Manchester ist ihre Heimat. Auch ist dieser Nothstand kein durchaus unvorhergesehener, sondern wurde als Folge der Ueberproduction und gewagten Unternehmungen des Jahres 1845 vorausgesagt. Die Fabrikherren endlich, die vor einigen Jahren sich rühmten, ein Capital zusammengebracht zu haben, hinreichend, das Freilehn des vereinigten Königreichs zu erwerben, und das später noch verdoppelt zu haben behaupteten, dürfen sicher nicht den Einwand der beschränkten Mittel geltend machen wie die irischen Gutsbesitzer. Müssen aber diese die Armen erhalten, die sich ihnen aufdringen, so ist es nur billig, daß die Fabrikherren die andern Armen erhalten, welche sie machen, indem sie dieselben zur Vermehrung ihres Reichthums in ihre Fabriken ziehen."

*) Hat doch, ohne boshafte Absicht sei es gesagt, der vor kurzem ins Leben gerufene Gegen-Thierquälerverein bereits 1250 Mitglieder!

— Ein dem Parlamente vorgelegter Bericht ergibt die Zahl der Arbeiter in den Baumwollfabriken Englands nach den Kategorien unter 13 Jahren 10,723 männliche und 6814 weibliche; zwischen 13 und 18 Jahren 33,814 männliche und 47,944 weibliche; über 18 Jahre 78,783 männliche und 98,950 weibliche; also 123,320 männliche und 153,708 weibliche oder in Summa 277,028 Personen

— Die Wochenversammlungen des Repealvereins wiederholen sich in bedeutungsloser Weise. In der am 26. April kamen 19 Pf. St. Repealrente ein.

— Die Krankheit des Lordlieutenants von Irland, Earl of Besborough, hat nach dubliner Nachrichten vom 26. April eine so üble Wendung genommen, daß seine nächsten Verwandten aus England eiligst herbeigerufen worden sind.

— Der älteste Admiral der rothen Flagge, Sir Davidge Gould, Viceadmiral des Vereinigten Königreichs, der 70 Jahre gedient hatte, ist im 90. Jahr auf seinem Gut in Hertfordshire gestorben.

Frankreich.

Paris, 29. April.

Der Pairskammer ward gestern durch den Kriegsminister im Namen des Ministers der öffentlichen Bauten der von der Deputirtenkammer votirte Gesetzentwurf über ratenweise Zurückgabe der eingelegten Cautionsgelder an die Eisenbahncompagnien übergeben. Die Debatte über die Stellvertretung im Heere wurde dann fortgesetzt und auch gestern noch nicht zu Ende gebracht, indem ein beantragtes Amendement an die Commission verwiesen und die Sitzung vertagt wurde. In der Deputirtenkammer übergab Hr. Berryer zwei Bittschriften von Bewohnern des Libanon, eine von 350 Drusen, die andere von 543 Maroniten, und wollte von dem Unglücke dieser Bevölkerungen sprechen, wurde aber auf Grund des Reglements vom Präsidenten daran verhindert, das nur Angabe der Natur von Bittschriften bei der Uebergabe erlaubt. Hr. Berryer beantragte also die Verweisung an die Commission und die Berichterstattung in kürzester Zeit. Auf der Tagesordnung war die Berathung des Creditgesetzes über 450,000 Fr. Zuschuß zu den Militairpensionen für 1847, dessen Annahme nach kurzer Besprechung einstimmig erfolgte. Sodann folgte der Gesetzentwurf über die Gelder zur Zahlung der Zinsenrate für den französischen Antheil des griechischen Anlehns. Hr. St. Marc Girardin erklärte, daß er in Betracht des vom Comité ausgedrückten Wunsches, unter dermaligen schwierigen Umständen aller der griechischen Regierung möglicherweise Verlegenheiten bereitenden Demonstrationen sich zu enthalten, von seinen beabsichtigten Bemerkungen über die Lage Griechenlands abstehen werde, hielt jedoch dabei dem griechischen Ministerium eine kurze Lobrede. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Guizot, dankte für diese Zurückhaltung, der er sich anschließen werde, und deshalb auf den Beifall der Kammer zählen zu dürfen glaubte. Die Regierung des Königs werde bei ihrer festen Politik in Griechenland und hinsichtlich Griechenlands bleiben und sei gleichzeitig entschlossen, nichts zu äußern, was die schwierige und delicate Lage jenes Landes vermehren könne. Nach einigen Worten der HH. Glais-Bizoin und Larabit wurden die 527,241 Fr. für die am 1. März 1847 verfallenen halbjährlichen Zinsen bewilligt und der Gesetzentwurf mit 237 gegen 1 Stimme angenommen.

— Der Empfang zum Namenstage des Königs am 1. Mai beginnt wieder morgen um 1 Uhr, wo der Erzbischof von Paris mit seiner Geistlichkeit den Reigen der Glückwünschenden eröffnet. Um 8 Uhr Abends folgen die Damen des diplomatischen Corps und eine halbe Stunde später der Staatsrath; am 1. Mai um 11 Uhr sind die Adjutanten und Ordonnanzoffiziere des Königs und der Prinzen an der Reihe, dann folgen die Minister und Marschälle, Mittags die Deputationen der beiden Kammern, des Cassationshofs, des königl. Universitätsraths, des königl. Gerichtshofs, des Instituts, der verschiedenen Präfecten, Maires ꝛc. Um ½3 Uhr bestimmt das Programm die Zeit für die Offiziere der Nationalgarde von Versailles und andern Orten des Seine- und Oisedepartements, des Generalstabs derselben, die Offiziere der Nationalgarde der Bannmeile von Paris und die Offiziere der Besatzung von Paris und Versailles. Um 4 Uhr erscheint das diplomatische Corps. Wie man erzählt, würde der Herzog von Montpensier am Namenstage des Königs zum Generallieutenant befördert werden. Auch dieser Tage gab es mehrfache Familienfeste in den Tuilerien, indem die Königin, geb. 26. April 1782, ihr 66., die Herzogin von Aumale, geb. 26. April 1822, ihr 26. Jahr antrat, die Frau Herzogin von Rianzares am 27. April ihren 42. Geburtstag erlebte und am 28. April der des 1842 geborenen Grafen von Eu, ältesten Sohnes des Herzogs von Nemours, begangen wurde.

— Der Finanzminister Hr. Lacave-Laplagne, soll über sein Verhalten in der Deputirtenkammer bei den Debatten über die Gelder zu geheimen Ausgaben mit seinen Collegen in Differenzen gerathen sein, die seinen Rücktritt erwarten lassen.

— Es heißt, daß der Herzog v. Broglie in den ersten Tagen des Mai nach London gehen und daß ihn sein Sohn, bisher erster Legationssecretair in Rom, dahin begleiten werde.

— Von der Admiralität ist nach vielfachen Versuchen mit Dampfkriegsschiffen der königl. Marine von verschiedenen Größen ein Reglement über die schwere Bewaffnung für die nach Tonnengehalt und Pferdekräften klassificirten und mit Ruderrädern versehenen Dampfer erlassen worden, das zugleich als Anhalt für Dampfschiffe ähnlicher Verhältnisse dient. Ueber die Bewaffnung der Dampfschiffe mit Schrauben wird ein besonderes Reglement erlassen.

— Einer von Mohammed-Ali's jüngsten Söhnen, Huffein-Bey, der als Zögling des ägyptischen Instituts in Paris verweilte, ist ebegestern gestorben.

Niederlande.

Das Amsterdamer Handelsblad wirft bei einer Kritik der preußischen Thronrede die Frage auf: „Unter den Mitgliedern des Vereinigten Landtags nennt die Allgemeine Preußische Zeitung den Prinzen Friedrich der Niederlande. Ist aber Se. königl. Hoh. nach Art. 65 des Grundgesetzes zu einer solchen Stellung ermächtigt?"

— Vom Prinzen Friedrich der Niederlande ist als Großmeister aller niederländischen Freimaurer ein Haus für 50,000 Fl. im Haag angekauft worden, um es zu einem Versammlungsplatze sämmtlicher haager Logen herrichten zu lassen.

Schweiz.

Die Eidgenössische Zeitung sagt: „Es verlautet, daß ein sehr bekannter höherer eidgenössischer Offizier willens sei, im Falle eines Bruches zwischen der Pforte und Griechenland letzterer Macht ein Hülfscorps von nicht weniger als 8000 M. Schweizern zuzuführen. Frankreich würde den Sold garantiren und die Mannschaft je zu 600 M. mittels Kriegsdampfschiffe nach dem Piräus transportiren.".

Italien.

Rom, 23. April. Gestern, als am ersten Tage des 26. Jahrhunderts seit Roms Gründung, hat Pius IX., welchem der Kirchenstaat schon so viel wohlthätige Reformen verdankt, eine neue Maßregel von unberechenbarer Wichtigkeit für den Kirchenstaat und ganz Italien ergriffen. Aus sämmtlichen Provinzen des Kirchenstaates sollen Notabeln einberufen werden, welche nicht blos ihren Rath über bessere Ordnung der Gemeinderäthe und andere Materien ertheilen, sondern auch bei der Verwaltung mitwirken sollen. Das an die Delegaten der Provinzen gerichtete Rundschreiben des Cardinals Gizzi, welches das Ausführlichere über diese neue Anordnung enthält, lautet wie folgt:

„Mitten unter den schweren Sorgen des obersten Pontificats beschäftigt sich Se. Heil. unablässig mit väterlicher Sorgfalt mit den Verbesserungen, welcher die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung bedürfen. Wie viel der heil. Vater bereits zur Erreichung dieses hochwichtigen Zieles gewirkt, braucht nicht in Erinnerung gebracht zu werden. Alle Gutgesinnten, denen das wahre Wohl des Staats theuer ist — und sie bilden sicherlich die immense Mehrzahl der Unterthanen — erkennen dies und sprechen dem wohlthätigen und edelmüthigen Fürsten dafür ihren Dank aus. Se. Heil. wird, auf den göttlichen Beistand vertrauend, fortfahren in dem angenommenen Systeme, das Staatswesen allmälig zu verbessern innerhalb jener Grenzen, welche er in seiner hohen Weisheit sich gesteckt hat, und mit jener Reife des Entschlusses, welche bei diesem Werk erforderlich ist. Einen neuen Beweis dieser wohlthätigen Absichten des heil. Vaters werden Ew. Exc. in der Mittheilung finden, welche ich Ihnen zu machen habe. Ich eröffne Ihnen also, daß Se. Heil., stets von dem Wunsche beseelt, den Gang der Staatsverwaltung auf die befriedigendste Weise zu ordnen, beschlossen hat, aus jeder Provinz einen Mann zu wählen und nach Rom zu berufen, welcher, ausgezeichnet durch seine Stellung in der Gesellschaft, durch Besitz, durch Kenntnisse, die Eigenschaften eines der päpstlichen Regierung ergebenen Unterthanen in sich vereinigt, die öffentliche Achtung genießt und das Vertrauen seiner Mitbürger besitzt. Der heil. Vater beabsichtigt, sich der Mitwirkung dieser Männer in später zu bestimmender Weise sowol zur Beihülfe bei der Staatsverwaltung als in der Art zu bedienen, daß dieselben sich mit besserer Anordnung der Gemeinderäthe und ähnlichen Materien zu beschäftigen haben. Die Männer, welche jetzt und in Zukunft von Sr. Heil. gewählt werden, müssen sich mindestens zwei Jahre in der Hauptstadt aufhalten. Ew. Exc. werden unschwer einsehen, wie wichtig es ist, Männer auszuwählen, welche den Absichten Sr. Heil. vollkommen entsprechen: sie dürfen keine andere Triebfeder haben als das öffentliche Wohl, und kein anderes Ziel sich vorstecken als das allgemeine Beste. Ew. Exc. werden daher ersucht, zwei oder drei solcher Männer aus Ihrer Provinz namhaft zu machen, damit Se. Heil. unter ihnen den bestgeeigneten auswählen kann. Ew. Exc. erleuchteter Eifer, Ihre scharfblickende Thätigkeit und die bereits abgelegten Beweise der Sorgfalt, womit Sie die wohlthätigen Absichten Sr. Heiligkeit zu fördern streben, geben mir die zuversichtliche Erwartung, die allerhöchsten Anordnungen auch in diesem Fall erfüllt zu sehen, wo es sich darum handelt, eine Maßregel vorzubereiten, welche dem Staat und jeder einzelnen Provinz große Vortheile bringen kann. Rom, 19. April 1847. P. Cardinal Gizzi."

Der Inhalt dieses Circulars erregte in Rom einen unermeßlichen Jubel und eine Begeisterung aller Volksklassen, die sich nur fühlen und mitempfinden, aber nicht beschreiben läßt. Am Abend hatte sich eine unsagliche Masse von Männern aus allen Ständen auf der Piazza del Popolo versammelt: ein glänzendes Musikcorps von Militair hatte sich, dazu berufen, eingefunden, und gegen 8 Uhr setzte sich ein Zug von mindestens von 8- bis 10,000 Fackeln unter dem unaufhörlichen Jauchzen: Evviva Pio IX.! Evviva Gizzi! Evviva la municipalità! durch den Corso in Bewegung. Das ganze Circular war mit großen schönen Lettern auf einer gewaltigen Standarte abgeschrieben, welche der allbekannte und allbeliebte Volksfreund Ciceruacchi aus Trastevere trug. Sämmtliche Straßen

Digitized by Google

und Plätze, durch welche der ungeheure Zug sich bewegte, wurden mit einem Male glänzend erleuchtet. Aus allen Fenstern, von allen Loggien herab ein tausendstimmiges Evviva, ein Wehen mit Tüchern, ein Schwenken mit Fahnen! In einigen Casinos im Corso hielt jeder der Herausschauenden eine große brennende Fackel. An mehren Häusern und Läden wurde die Straße durch griechisches Feuer taghell erleuchtet. So zog die ungeheure Masse hinauf nach dem Monte Cavallo, dessen weite Räume die unendliche Volksmenge nicht zu fassen vermochten. Jetzt begann mit einem Male das tausendstimmige Evviva Pio IX.! worauf die Musik, die nebst der gewaltigen Standarte unter der Loggia Platz genommen, einfiel, bis endlich unter unermeßlichem Jubel und Jauchzen der Menge der Papst erschien und den Segen auf die gewohnte rührende Weise ertheilte. Gleichzeitig wurde der ganze Platz durch rothes, weißes und grünes griechisches Feuer magisch erhellt. (N. C.)

Rom, 19. April. Ein gewisser Peloso aus Lucca, ein Abgesandter der revolutionairen Propaganda in London und Paris, ward hier von der Polizei ausgewiesen. Einige 150 junge Leute, die aber nicht Revolutionaire genannt sein wollen, haben diesem Manne das Geleite gegeben. — Schon zu verschiedenen Malen ist die Errichtung des Bisthums St. Gallen besprochen worden. Heute bin ich im Stande, die päpstliche Sanction der definitiven Trennung der vereinten Diöcesen Chur und St. Gallen mitzutheilen. Nachdem einige noch nicht erledigt gewesene Punkte in dieser Angelegenheit ins Reine gebracht waren, ist dem Präsidenten Gmür, der von St. Gallen deshalb hierher geschickt war, die päpstliche Bulle über die selbständige Errichtung der Diöcese von St. Gallen am 14. April feierlichst übergeben worden. Vorgestern hat Hr. Gmür Rom verlassen, nachdem er seine schwierige Aufgabe glücklich zu Ende geführt. Da der neue Bischof von St. Gallen in dem letzten Consistorium nicht präconisirt werden konnte, so vermuthet man, daß der dazu auserkorene Monsignore Mirer, apostolischer Vicar, durch ein Breve auf außergewöhnliche Weise werde präconisirt werden. (A. Z.)

Türkei.

Aus **Beirut** vom 6. April wird von einer Judenverfolgung berichtet, die zu Deir-el-Kamar in Folge des Verschwindens eines Christenknaben begonnen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Um einen Tag neuere Berichte aus **Neuyork** vom 8. April melden nur die vollständig bewirkte Einschließung von Veracruz auf der Landseite, und die Gerüchte von der Einnahme desselben waren also grundlos. Von schwererem Geschütze waren bis jetzt nur zehn Mörser gelandet, da das stürmische Wetter dieses Geschäft sehr erschwerte und auch einem Fahrzeuge mit einer Schwadron Dragoner am Bord den Untergang bereitet hatte. General Scott hatte die Fremden aufgefordert, die Stadt zu verlassen, und viele waren an Bord der Kriegsschiffe gegangen. Von den Bewohnern der Stadt sollen viele für Capitulation stimmen, die Besatzung aber durchaus nichts davon hören wollen. Mehre Bürger sollen erschossen worden sein, weil sie für die Uebergabe des Platzes sich erklärten. Das Feuer aus der Stadt und von S. Juan de Ulloa dauerte fort, that aber wenig Schaden. Zwei französischen Schiffen war es gelungen, die Blockade zu durchbrechen. In Philadelphia ging am 7. April ein Gerücht, daß General Scott geblieben und General Worth verwundet worden sei; indessen maß demselben Niemand Glauben bei. General Taylor's Truppen lagerten, den letzten Berichten zufolge, noch auf dem Schlachtfelde bei Saltillo, er selbst aber war mit 1000 Reitern nach Cerralvo gegangen, um den auf seinen Verbindungslinien sich herumtreibenden General Urrea aufzusuchen, der aber sofort in der Richtung von Victoria abgezogen war. Santa Anna soll im vollen Rückzuge auf San Luis, sein Heer in dem traurigsten Zustande sein. Von Monterey schreibt man, daß dort erzählt werde, Santa Anna habe einen Arm verloren, und daß die mexicanischen Generale Ampudio, Mejia und Ortiga geblieben wären.

Personalnachrichten.

Souveraine. Rußland. Die Gemahlin des Großfürsten Thronfolgers ward in der Nacht zum 23. April von einem Großfürsten entbunden, der in der Taufe den Namen Wladimir erhielt.

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 3. Mai. Der Professor Tischendorf ist von der hagger Gesellschaft pro vindicanda religione christiana zum correspondirenden Mitgliede ernannt worden.

* **Weimar**, 1. Mai. Seit zehn Tagen befindet sich der ausgezeichnete Violoncellist Karl Schuberth aus Petersburg bei uns. Er hat bereits zwei Mal bei Hofe gespielt, ferner im Theater ein Concert gegeben. In der Hauptkirche veranstaltete Schuberth zum Besten der Nothleidenden ein geistliches Concert, das sehr stark besucht worden ist. Der geniale Künstler erregt durch seine ausgezeichneten Leistungen allgemeines Aufsehen, seit Liszt's Anwesenheit hat hierselbst kein Virtuos eine solche glänzende Aufnahme gefunden; er ist vom Hofe reich beschenkt und ausgezeichnet worden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 3 Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118½ G., Sächsisch-Baierische 85½ Br., 85 G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99½ G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br. u. bezahlt; Löbau-Zittauer 50½ G., Magdeburg-Leipziger 200½ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¾ Br., Köln-Mindener 103½ Br., Altona-Kieler 107 Br., 106¾ bezahlt u. G., Pesther 99½ Br., Dessauer Bankactien 100½ Br., 100½ G.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 25. April bis 1. Mai 1847:

9,953 Personen		8,956 Thlr.	20 Ngr. — Pf.
Güter excl. Post und Salzfracht			
und magdeburger Antheil	6,762	17	5
	15,719	7	5

(Vom 1. Jan — 1. Mai 110,881 Personen, Einnahme 109,178 Thlr. 14 Ngr.)

Versicherungen. * Köln, 29. April. Heute hat die Verwaltung der hiesigen Feuerversicherungsgesellschaft Colonia ihren Actionairen über die Geschäfte des vorigen Jahres Bericht erstattet. Diese Gesellschaft hatte während des Jahres 1846 versichert 286 Mill. Thlr., wovon am Schlusse desselben laufend waren 225 Mill. Die Gesammtprämien des Jahres beliefen sich auf 562,000 Thlr., die Brandschäden, nach Abzug der von Rückversicherern vergüteten, auf 203,000 Thlr. Die Capitalreserve und die Reserve für die im laufenden Geschäftsjahre zu Ende gehenden Versicherungen sind zusammen um 116,733 Thlr. vermehrt und betragen nun 274,917 Thlr. Die Actionaire empfangen eine Dividende von 10 Thlr. pr. Actie.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 3. Mai früh 7 Uhr: 2° über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 29. April. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 104⅜; 4½pc. Handelsg. 173. Frankfurt a. M., 1. Mai. Oestr. Bkact. 1899; 250 Fl. L. 1181/4. Br.; 500 Fl. L. 153¼; Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½ Br.; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35½ Kurhess. 32½. Paris, 29. April. 5pc. 115. 90. 3pc. 78. Neap. 102. 50. Bankact. 3260. Wien, 30. April. Bkact. 1583; Met 5pc. 1085⅛; 4pc. 97⅛; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 118.

Metien. Amsterdam, 29. April. Rhein. Eisenbahn 104. Frankfurt a. M., 1. Mai. Taunusb. 358; Nordb. 70¼; Berb. 91⅛. Paris, 29. April. Cie. St. Germ. 945; Versail. r. 337½; l. 215; Paris-Orleans 1233½; Paris-Rouen 932½; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 438½; Rouen-Havre 670. Marseille-Avignon 772½; Strasburg-Basel 1031/4; Orleans-Bordeaux 516½; Orleans-Vierzon 582½; Nord 621½. Wien, 30. April. Nordb. 164½; Gloggn. 122; Mail. 108½; Livorn. 87½; Pesth. 95½.

Berliner Börse, 1. Mai. Verhandl.-Prämiensch. 95⅛, 3½pc. Staatsch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 93⅞, schles. 95⅓, 4pc. posensche 101⅞, neue 3½pc. 92¼, kur- u. neumärk. 95⅛; Louisdor 111⅞, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 108 Br., Prior.-Act. 4½pc. 96½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 90⅜, 5pc. 101½, Berl.-Stett. 107½, Cöln-Minden 4pc. 90½, Crat.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91 Br., Kiel-Altona. 4pc. 107½ Br., Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101½, Zweigb. 4pc. 60, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105½, Litt. B. 4pc. 96, Rhein. 84⅜, Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 86⅛. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81, Berg.-Märk. 4pc. 81½, Berl.-Anh. 98⅜, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 89⅞, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Bened. 4pc. 110⅛ Br., Mecklenburg 74 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 89½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 98½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 93¾, (neue) 4pc. 93¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¼, à 300 Fl. 4pc. 95½ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93½, Bkcert. Einl. 17 Br., Litt. B. 200 Fl. 32⅛ Br., Hamb. F.-A.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 84⅛ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅛, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Leipziger Börse am 3. Mai 1847.

Course im 14 Thaler Fusse.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien etc. excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam k. S.	—	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere		
pr. 250 Fl. 2.	2 Mt.	139¾	à 3 % im } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	91
Augsburg k. S.	102¾	—	10 Thlr. F. } kleinere	—	—
pr. 150 Fl. 2.	2 Mt.	—	" " d° v. 500	—	99½
Berlin pr. 100 Thlr. k. S.		99⅛	Sächs. Landrentenbriefe		
Do. Crt.	2 Mt.	—	à 3½ % im } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	92½
Bremen pr. 100 Thlr. k. S.		111⅜	10 Thlr. F. } kleinere	—	—
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	Königl. Preuss. Bürger-Credit-		
Breal. pr. 100 Thlr. k. S.		99½	Kassenscheine		
Do. Crt.	2 Mt.	—	à 3½ im } v. 1000 u. 500 Thlr.	90	—
Frankfurt a. M. k. S.	56⅝	—	20 à F. } kleinere	—	—
pr. 100 Fl. in 8 W.	2 Mt.	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
Hamburg k. S.	150⅝	—	à 3½ im } v. 1000 u. 500 Thlr.	91	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149½	10 Thlr. F. } kleinere	—	—
London k. S.	2 Mt.	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
pr. 1 Pfd. St.	2 Mt.	6. 22½	} v. 500	—	—
			} v. 100 u. 25	5	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅝	" Ausnahme d° à 3½ %	—	—
	3 Mt.	79	" d° d° à 3½ %	—	—
Wien pr. 150 Fl. k. S.		104½	Leipz.-Dresdn. Eisenb. P. Obl.		
Conv. 20 Kr.	3 Mt.	—	à 3½ %	100¼	—
			K. Preuss. St.-Schuld-Scheine		
			à 3½ % in Pr. Crt. pr. 100	—	92½
			Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ %		
			(300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
			K. K. Oestr. Met. pr. 150 Fl. Conv.		
Augusta. à 5 Thlr. à ½ Mk.			à 5 % } laufende Zinsen	—	—
Br. u. à 24 Kr. 8 G. auf 100	—	—	à 4 % } à 103⅜ im 14 Thlr. F.	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.			à 3 % }	—	—
idem auf 100	—	—	Actien à W. B. pr. St. à 100 Thlr.	—	—
Andr. ausländ. Louisd'or à			Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr.		
5 Thlr. nach geringerem Ausmünzfusse auf 900	—	11⅛	pr. 100	172	—
Holl. Duc. à 2 Thlr. d°	—	6⅞	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien		
Kaiserl. d°. d°. d°	—	10⅞	à 100 Thlr. pr. 100	119	—
Breal. d°. à 65⅝ Aa. d°	—	6⅝	Sächs. Bank d° pr. 100	85½	—
Passir d°. d°. à 65 Aa. d°	—	6	Sächs.-Schles. d° pr. 100	100	—
Conv.-Species u. Gld. d°	—	—	Oesterr. Bkn. d° pr. 100	10	—
idem 10 u. 20 Kr. d°	—	9⅞	Leipz.-Zitt. d° pr. 100	—	99½
Gold pr. Mk. fein Kölln.	—	—	Magdeb.-Leipz. d° incl. Bau-		
Silber d°. d°. d°.	—	—	Zeit d° pr. 100	200½	—

(*) = Staats-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Compagnie Virginienne Guyandot.

Unter diesem Namen hat sich zu Paris unter dem Präsidium höchst achtbarer Männer und unter der Firma: **„Noverre Maupertuis & Comp."** eine Actiengesellschaft gebildet, welche in dem schönen, fruchtbaren Lande zwischen dem 37. und 39. Grade nördlicher Breite, größtentheils im Staate Virginien und der Rest im Staate Kentucky gelegen, 500,000 Acres des schönsten Bodens käuflich erstanden hat, worüber die nöthigen gerichtlichen Acta bereits ausgefertigt sind.

Sie will davon Auswanderern (und macht besonders Deutsche, welche sich nach Amerika überzusiedeln gedenken, auf diese günstige Gelegenheit aufmerksam) zu billigen Preisen wieder ablassen; und zwar den Acre zu 1 Louisdor, 5 Thlr., oder 5 Thlr. 18 Sgr. Pr. Cour., und ist bereit, um den Reflectanten den Ankauf möglichst zu erleichtern, die Kaufsumme in Terminen abtragen zu lassen, wovon ⅓ in Bremen baar und der Rest am Ende des zweiten Jahres nach Ankunft auf Ort und Stelle bezahlt werden soll.

Zum Einschiffungsplatze für Deutschland hat die Gesellschaft Bremen ausersehen, woselbst das unterzeichnete Haus beauftragt ist, Anmeldungen anzunehmen, Schiffe zur billigsten Fracht zu chartern und die Einschiffung nach Baltimore oder Philadelphia zu besorgen, in welchen Städten tüchtige Männer, welche von der Gesellschaft zu diesem Zwecke hinübergesandt sind, die Auswanderer in Empfang nehmen und ihnen ihr Besitzthum anweisen werden. Sie sind daselbst bereits angekommen und vor der Hand damit beschäftigt, provisorische Wohnungen erbauen zu lassen, um bei Ankunft der Auswanderer ihnen ein erstes Unterkommen zu sichern.

Bei dem Ankauf des Territoriums hat es die Gesellschaft an Vor- und Umsicht nicht fehlen lassen und mit der Oertlichkeit vertraute Personen zu Rathe gezogen, und sie ist überzeugt, einen Landstrich gewählt zu haben, der den Anforderungen der Auswanderer gewiß entsprechen wird. Die Alleghany-Gebirge bewahren ihn vor den Wirkungen schädlicher Ostwinde aus dem Atlantischen Ocean, daher man auch im Westen dieser Gebirge von den durch die Hitze erzeugten Fiebern nichts weiß. Die Kette der großen Seen, welche im Norden der Vereinigten Staaten ein Binnenmeer bilden, da sie die eine Hälfte der ganzen Masse süßen Wassers der Erdkugel ausmachen, trägt nicht minder im Verein mit den Strömen, die das Land bewässern, zur Güte des Klimas bei. Der Winter beginnt im December, oft erst gegen Weihnachten, und endet vor Mitte Februar; er ist gelinde, und während der Hälfte seiner Dauer ist das Erdreich nicht einmal gefroren. Die schöne Jahreszeit fängt mit dem April an; die durch frische Brisen, welche täglich aus den unermeßlichen Prairien des Westens herüberwehen, gemäßigte Hitze weicht Mitte August dem schönsten Herbst.

Kurz, das gemäßigte Klima des westlichen Virginien ist gewiß das angenehmste und gesundeste der Vereinigten Staaten, und deutsche Auswanderer leben dort wie in ihrem Vaterlande, und können arbeiten, ohne daß sie sich erst zu akklimatisiren nöthig hätten. Kentucky ist nichts als ein getrennter Theil von Virginien, von Natur sind beide Länder ein und dasselbe.

Das westliche Virginien und Kentucky, in welchem sich besagtes Besitzthum genannter Gesellschaft befindet, gehören zu den Ländern, die den östlichen Theil der Niederung des Mississippi bilden, ihr gehören die besten Landstriche der ganzen Union. Der Boden ruht auf kalkigem Grunde, ist vorzüglich bewässert und von einer unerschöpflichen Fruchtbarkeit. Das zum Ackerbau geeignete Land macht ungefähr ⅔ des ganzen Landstrichs aus. Getreidebau, Tabackpflanzung und Viehzucht sind die drei Hauptzweige landwirthschaftlicher Beschäftigung der Bewohner, nicht allein, weil die Natur und die Beschaffenheit des Bodens dazu günstig sind, sondern auch und besonders weil der Verkauf ihrer Producte gegen baar Geld gemacht wird, und sie überall und zu jeder Zeit Abnehmer finden. Ein Acre Land mit Weizen bebaut, kann dem Landmann 40—50 Dollars aus einer Aernte einbringen, also günstigenfalls 10 Mal so viel, als ihm der Boden kostet.

Der Acre mit Taback bepflanzt, welcher indessen mehr Bearbeitung erfodert, bringt beiweitem mehr ein, und hinsichtlich der Masse der Production behaupten Virginien und Kentucky den ersten Rang in der ganzen Union. Nicht minder brillant steht die Viehzucht da. Schaf-, Hornvieh-, Pferde- und Schweinezucht geben dem Bewohner lohnende Beschäftigung, letztere ist besonders für das Land ein wichtiger Erwerbszweig, und der Handel mit gesalzenem Fleisch bedeutend geworden.

Es gibt außerdem noch eine Menge Producte, zu deren Erzeugung das westliche Virginien und Kentucky sich eignen, obschon sie für diese nur zweiten Ranges sind, und zwar: Hanf, Flachs, Seide, Ahornzucker, Weinbau, Hopfen, Cider, Mais, Kartoffeln und der größte Theil von Gemüsen und Früchten des gemäßigten Klimas von Europa.

Die neue Colonie ist beinahe parallel durchschnitten von dem Guyandot, wovon die Gesellschaft den Namen führt, und dem Sandy, zwei schiffbaren Nebenflüssen des Ohio, außerdem ist sie von vielen andern mehr oder weniger schiffbaren Flüssen bewässert. Der Guyandot und der Sandy haben bei ihrer Mündung in den Ohio eine Breite von 300—400 Fuß. Der Ohio ergießt sich bekanntlich in den Mississippi, auf welchem die Schifffahrt ganz bis nach New-Orleans fortgeht.

Längs des Ohio gibt es eine große Zahl Städte, die eben so viel Märkte für den vortheilhaften Absatz der Landesproducte darbieten. Uebrigens sind auch die Colonisten von der, in so kurzer Zeit zu einer erstaunlichen Bedeutsamkeit herangewachsenen Stadt Cincinnati nicht fern und können in den großen mercantilischen Verkehr derselben durch ihre Producte mit eingreifen. Auch finden sie gerade in dieser Stadt Alles, oder können es sich dort besorgen lassen, was zu ihrem ersten Anfange erforderlich ist.

Sobald sich eine hinreichende Anzahl Auswanderer gemeldet hat, werden die Schiffe in Ladung legen und die Expedition vor sich gehen.

Zu etwanig gewünschten, mehr detaillirten Mittheilungen erbieten sich

Rösing & Comp., und Herr **Ed. Ichon**, Schiffsmakler.

Bremen, im April 1847. [1807]

An alle Buchhandlungen wurde versandt: [1808]

Conversations-Lexikon.

Neunte Auflage. **Hundertunderstes** Heft.

Diese neunte Auflage erscheint in 15 Bänden oder 120 Heften zu dem Preise von 5 Ngr. für das Heft; der **Band** kostet 1 Thlr. 10 Ngr., auf Schreibpapier 2 Thlr., auf Velinpapier 3 Thlr.

Eine **neue Ausgabe** des Werks erscheint in 240 Wochenlieferungen zu dem Preise von 2½ Ngr.; die erste bis neunundsiebzigste Lieferung sind bereits ausgegeben.

Ankündigungen auf den Umschlägen der einzelnen Hefte werden bei einer Auflage von 30,000 Ex. mit 10 Ngr. für den Raum einer Zeile berechnet.

Von dem in meinem Verlage erscheinenden

Bilder-Atlas zum Conversations-Lexikon.

Vollständig 500 Blatt in Quart, in 120 Lieferungen zu dem Preise von 6 Ngr. ist die **erste bis sechsundsiebzigste Lieferung** versandt und in allen Buchhandlungen einzusehen.

Leipzig, am 2. Mai 1847.

F. A. Brockhaus.

Im Verlage von **Graß, Barth & Co.** in **Breslau** und **Oppeln** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Pyrenäen

von

Eugen Baron Vaerst.

2 Bände. 8. Geh. 4 Thlr.

Inhalt: Zueignung. Quellen. Reise nach Marseille. Die Provence. Catalonien. Geschichte von Roussillon. Pau. Die Porenäen. Geschichte von Bearn. Spanien. Die baskischen Provinzen. Die Karlisten. Reise zu den Karlisten. Aufenthalt bei denselben. Heimkehr. [1672]

Für **Berlin** und die Provinzen **Pommern, Preußen, Posen** und **Schlesien** empfiehlt sich zu **Incassos, Commissionen** und **Speditionen** ergebenst **C. H. Schaeffer** in Berlin. [1541—44]

Rothgerberei-Verkauf.

Endesunterzeichneter beabsichtigt, seine in der Residenzstadt **Dessau** in der Leipziger-Straße daselbst unter Nr. 42 belegene **Rothgerberei** zu verkaufen. Dieselbe besteht in einem sehr räumlichen Wohnhause, einem sehr großen Hintergebäude mit vier über einander liegenden Böden zur Werke und Trocknen der Leder, Lohkuchengerüste, acht Gruben, zwölf Farben, zwei Kälge, nebst andern Hintergebäuden und einem Garten. Reelle Käufer wollen sich in frankirten Briefen an mich wenden. [1442—44]

C. Herrklotz.

Künstliche Zähne werden von mir einzeln und in Garnituren meistentheils nicht nur **ohne Schmerzen** eingesetzt, sondern auch ohne alle nachfolgende Geschwulst und Leiden mancherlei Art, die sich so häufig nach diesen Operationen einzustellen pflegen. Von der Wahrheit dieser meiner Versicherung wird sich ein jeder Zahnpatient, welcher mir sein Vertrauen schenkt, auf ebenso eclatante Weise überzeugen, wie dies schon bei vielen Zweifelnden zu meiner großen Genugthuung der Fall war.

Leipzig, Ostermesse 1847.

S. Gutmann, Zahnarzt, [1658—59] Hainstraße Nr. 1, 2. Etage.

Digitized by Google

Durch alle Buchhandlungen Oesterreichs und Deutschlands ist zu beziehen: die früher bei Herrn J. J. Weber erschienene und vom April ab in den Verlag des Unterzeichneten übergegangene

Agronomische Zeitung.

Organ für die Interessen der gesammten Landwirthschaft.

Enthaltend:

Mittheilungen über alle Zweige der Land- und Hauswirthschaft; über Feld- und Wiesen-Cultur, Obstzucht, Wein- und Gartenbau, Viehzucht, Forstwirthschaft; Betrieb und Direction der Wirthschaften, Productenhandel; landwirthschaftliche Technologie, Statistik, Gesetzgebung und Literatur.

Erscheint wie seither in wöchentlichen Nummern von acht Folioseiten mit in den Text gedruckten Abbildungen.

Preis des zweiten Jahrgangs April — December 1847, 6 Thlr. = 9 Fl. C.-Mze. = 10 Fl. 30 Kr. Rhein.

Die Agronomische Zeitung, in derselben hervortretenden Gestalt wie bisher erscheinend, wird unter dem neuen Redacteur (Dr. W. Hamm) jene bestimmte Richtung verfolgen, durch welche sie ein **„Organ für die Interessen der gesammten Landwirthschaft"** im vollen Sinne des Wortes zu werden im Stande sein dürfte.

Es ist in dieser Zeitschrift zugleich ein bestimmter Raum für alle solche Bekanntmachungen reservirt, welche die Herren Landwirthe, Productenhändler, die landwirthschaftlichen Centralbehörden, Vereine und Institute einer möglichst ausgedehnten Veröffentlichung zu übergeben wünschen, und sind dieselben an die unterzeichnete Verlagshandlung zu adressiren. Preis der Petitzeile der Foliospalte 2½ Ngr.

(1790) Leipzig: Verlagshandlung von **Otto Spamer.**

Geraer Steinkohlen-Actienverein.

Die **siebente Einzahlung** auf die Actien des Geraer Steinkohlen-Actienvereins ist mit **zwei und einem halben Thaler für jede Actie** unter den in den Statuten enthaltenen Bestimmungen, in der Zeit vom 31. Mai bis zum 5. Juni d. J. Vormittags von 9 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr bei Herrn Kaufmann **G. Th. Bielitz** hier zu leisten.

Gera, am 30. April 1847.

Das Directorium des Geraer Steinkohlen-Actienvereins.
Krause. Liberti.

[1785]

Publication! Letzte Anzeige.

Der Waaren-Verkauf laut Annonce vom 28. v. M. wird fortgesetzt; und da die Theilung von den Erben schon diesen Sonnabend geschehen muß, und um das ganze Lager total aufzuräumen, sind die Preise nochmals bedeutend heruntergesetzt, als:

Schwere Atlas-Damast-Tafel-Gedecke mit 12 Servietten à 2½, 3, 5, 6 bis 14 Thlr., deren reeller Werth 6, 8, 15—30 Thlr. ist. Creas-Leinen, 60 Ellen von 4 Thlr. an. Feine Zittauer, Greifenberger und Brabanter-Leinen, 70 Ellen zu 5½, 7, 8—12 Thlr. Feinste Oberhemden-Leinen, 70 Ellen zu 13, 15—16½ Thlr., Fabrikpreis ist reell 20, 25 bis 34 Thlr. Schwere **Handtücherdrelle** à Elle von 10 Pf. an. **Tischtücher in den schönsten Dessins,** 2½, 3—6 Ellen lang, schwerster Qualität, das Viertelduzend zu 27 Ngr., 1½, 2, 3—4½ Thlr. Bunte Tisch- und Kommodendecken von 8 Ngr. an. Herrnhuter Bettzeuge **(echtfarbig)** à Elle 2½ Ngr. Leinwand, in Ellen für 2½ Ngr. Feine Tischservietten, 12 Stück für 1½—2½ Thlr. **Taschentücher, 12 Stück 11—15 Ngr. bis 5 Thlr.**

Die Manufactur-Waaren, welche wir von unsern **Gläubiger** annehmen mußten, sind wir gezwungen, für jeden Preis, der nur die Hälfte des Kostenpreises ist, wegzugeben, als: Eine Partie nach der neuesten Mode angefertigte **Sommerbuckskin-Beinkleider,** à Paar zu 1½ Thlr., wo Niemand im Stande ist, den bloßen Stoff dafür zu kaufen. Schweren **Buckskin zu Beinkleidern,** à Elle 6, 7½—9 Ngr. **Große, schwere, seidene und Taffet-Halstücher,** à Stück 22½ Ngr., 1½, 1⅞—1⅞ Thlr., Fabrikpreis ist 1½, 2—3½ Thlr. **Westenstoffe,** in allen Gattungen, als in Seide, Casimir, Krampyn und Schelle à Stück 7½, 10, 15—25 Ngr., 1—1½ Thlr. Weiße und rothe Bettdecken, Shlipse u. A. m. auffallend billig. NB. **Ein sicherer Käufer kann sofort das ganze Lager nebst Zuthaten gegen 50 bis 60 Procent Anzahlung übernehmen.** [1809]

Ritterstraße Nr. 13 parterre, 2. Haus vom Ritterplatz.

Ein tüchtiger Reisender wird für ein hiesiges Manufacturwaarengeschäft zum sofortigen Antritt gesucht. Anmeldungen werden poste restante Leipzig unter der Chiffre A. S. B. erwartet. [1805]

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Dienstag den 4. Mai, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Ein türkisches Cavalerie-Manoeuvre, geritten von acht Reitern. — Die Schellen-Wagen-Promenade des Schulpferdes Flora, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Der Afrikaner Max Zegome wird sich besonders auszeichnen und mit dem großen Cours endigen. — Les jeux de cercles par Mons. Tourniaire. — Der Beulbluthengst Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Zum ersten Male: Komisches Reit-Quodlibet oder der unzusammenhängende Zusammenhang, ausgeführt von mehren Mitgliedern der Gesellschaft.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

[1810] **E. Renz,** Director.

Kunst-Nachricht.

Am 31. Mai d. J. und folgenden Tagen wird in **Hamburg** durch die Makler **A. Kölzow** und **C. Meyer** öffentlich versteigert das von weiland Herrn Ober-Alten **P. F. Röding** hinterlassene bekannte **Kunst-Museum,** bestehend in Kunstsachen Terracotten, Porzellan und Majoliken, Mosaiken, geschnittenen und geschliffenen Steinen, Sculpturen in Bildstein, Alabaster, Marmor, Holz, Perlmutter, Schildkrot, Elfenbein, Bernstein, in Bronzen, getriebenen Silber-Arbeiten ꝛc. ꝛc., ingleichen in ethnographischen Gegenständen: Kleidungsstücken und Schmucksachen, Waffen, Jagd-, Fischerei- und Haus-Geräth, Musik-Instrumenten ꝛc. wilder und civilisirter Völkerschaften, endlich Alterthümern und Curiositäten aller Art, seit Anno 1775 gesammelt, nebst einem Anhange von antikem Silbergeräthe.

Aufträge unterziehen sich die Obengenannten, der Makler **E. Harzen** und die **Heubel**'sche Kunsthandlung in **Hamburg.**

Das gedruckte Verzeichniß ist zu haben in:
Amsterdam durch Herrn **C. J. Roos,** Makler;
Berlin durch die **Besser**'sche Buchhandlung (H. Heitz);
Berlin durch die **Gropius**'sche Buch- und Kunsthandlung (C. Reimarus);
Brüssel durch Herrn **Ch. Muquardt,** Buchhändler;
Frankfurt a. M. durch die **Schmerber**'sche Buchhandlung (H. Keller);
Leipzig durch Herrn **Rudolph Weigel,** Kunsthändler;
London durch Herrn **W. Smith,** Kunsthändler;
München durch die **Literarisch-artistische Anstalt;**
Paris durch Herrn **A. Hauser,** Kunsthändler;
Wien durch Herrn **Artaria & Co.,** Kunsthändler. [1770—71]

Gesuch. Ein wissenschaftlich gebildetes junges Mädchen, die Tochter eines Directors im nördlichen Frankreich, welche als Erzieherin in England gewesen und erst jetzt von dort zurückgekehrt ist, wünscht so bald als möglich eine Stelle als Erzieherin in Deutschland. Außer in den gewöhnlichen Lehrgegenständen ertheilt sie auch Unterricht in der englischen Sprache, in der Musik und im Zeichnen. Der deutschen Sprache ist sie aber erst sehr wenig mächtig. Portofreie Adressen unter **C. O.** nimmt die Expedition des Halle'schen Couriers an.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 4. Mai. **Der Weltumsegler wider Willen,** Posse in 4 Acten von G. Räder.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Theodor Allihn in Glauchau mit Frl. Rosalie Metz. — Hr. Dr. Hermann Köchly in Dresden mit Frl. Anna Saling. — Hr. Rittergutspächter Heinrich Meisel in Großhartmannsdorf mit Frl. Emilie Ufer in Zug. — Hr. Apotheker Gustav Riedel in Berlin mit Frl. Clara Reclam. — Hr. Wilh. Schäfer in Freiberg mit Frl. Charl. Brückner in Niederschöna.

Getraut: Hr. Christian Kropp in Altenburg mit Frl. Laura Gläser. — Hr. Friedrich Kur in Feuchtwangen mit Frl. Friederike Seidelmann. — Hr. Ingenieur Otto Merbach in Waldheim mit Frl. Emma Dürisch aus Chemnitz. — Hr. K. S. Schmidt in Augustusburg mit Frl. J. C. Oeser aus Zschopau.

Geboren: Hrn Fülle in Ratibor eine Tochter. — Hrn. Adolf Höffer in Tannenberg ein Sohn. — Hrn. Albrecht Hesemann in Potsdam eine Tochter. — Hrn. Gustav Linke in Dippoldiswalde eine Tochter. — Hrn. C. Migula in Bruch ein Sohn. — Hrn Kaufmann Ludwig Neumann in Breslau eine Tochter. — Hrn. M. Satt in Nürnberg eine Tochter. — Hrn. Postmeister Stengel in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. Dr. Karl Werner in Mülsen St.-Niclas ein Sohn.

Gestorben: Frau Emma Bringemann in Bremen. — Frau Revierförster Flora Buchner in Spatneck. — Hr. Kaufmann Emil Bussow in Berlin. — Frau Dialenus Ottilie Dona Eggeling in Münchenbernsdorf. — Hr. Hofrath Eichert in Breslau. — Hr. Christian Gad in Breslau. — Frau Dr. J. D. E. Grote in Wegeack. — Hr. Pfarrer L. J. Halbmair in Ortenburg. — Hr. Bürgermeister F. W. Kriege in Lienen. — Hr. Major Louis v. Kuffka in Breslau.

Digitized by Google

Mittwoch — Nr. 125. — 5. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

ZEITUNG 1847

Ueberblick.

Deutschland. = München. Ruhe. Die griechisch-türkische Differenz. — Die bairische Gesetzgebungscommission. — Württembergische Verordnung gegen communistische Vereine. — Baden in Betreff der bremischen Dampfschiffahrt. — Die marburger Bürgergarde. — Gustav-Adolf-Verein in Darmstadt. — Weimarischer Landtagsvorgang. — Getreidezufuhren nach Bremen.

Preußen. Berlin. Der Landtag. — Cabinetsordre. *Posen. Die Unruhen.

Oesterreich. Tod des Erzherzogs Karl. †Wien. Erzherzog Karl. ⊙Wien. Maßregeln in Ungarn und Siebenbürgen. Volksaufwiegler. Agram. — Innsbruck. Die Ständeausschüsse.

Portugal. Die Verwickelung. Rath Dietz. Differenz der Junta von Oporto mit dem englischen Linienschiffe Superbe.

Spanien. Die Königin. Der Congreß. Die Ehe des Infanten Don Enrique. Militairische Beförderungen seit 1843.

Großbritannien. Unterhaus. Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Die Bewilligung für die irischen Eisenbahngesellschaften. Die öffentlichen Arbeiten in Irland. Tod des Unterhausmitgliedes Martin. Der Earl of Desborough. Nachrichten vom Cap.

Frankreich. Deputirtenkammer. Der Gesetzentwurf über den Primairunterricht. Die Zeitungen. Hr. Pasquier. Das brasilische Schiff Restaurador Bahiano. * * Paris. Das Journal des Débats und die Eisenbahnen.

Belgien. Zollfreie Getreideeinfuhr.

Schweiz. Luzerner Strafurtel. Die berner Hochschule.

Italien. *Rom. Die Aernte. Entflohene Verbrecher. — Modenesische Heirath.

Rußland und Polen. Finanzmaßregel.

Griechenland. Das Ministerium. Kalergis.

Türkei. Konstantinopel. Maßregeln gegen Griechenland.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Die Main-Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft. Die spanische Schuld. Börse. *Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

=**München**, 1. Mai. Die letzten Apriltage und ebenso der gestrige ominöse Vorabend zum 1. Mai, als dem Tag, an welchem sich für die Freunde und Verehrer des berühmten Einbock- oder Bockbieres die Pforten aller Trinkhimmel öffnen, sind trotz aller übeln Vorausverkündigungen so ruhig vorübergegangen, daß man glauben sollte, die zahlreichen Kürassierpatrouillen, welche man während derselben zuletzt auch bei Tage durch die Straßen reiten sah, hätten keinen andern Zweck gehabt als eben Uebungen im Patrouillendienst anzustellen. Was von dem vorherrschen sollenden Geiste tiefer Erbitterung und allseitiger Mißstimmung gesprochen und geschrieben wird, einem Geist angeblich, der die Regierung mit schweren Sorgen vor der Zukunft erfüllen soll, gehört durchweg zu den Märchen von Gespenstern, wenn man unter ihm mehr versteht als das öffentliche Bedauern darüber, daß es allen angewendeten Abwehr- und Gegenmitteln bisher noch nicht hat gelingen wollen, die übertrieben hohen Brotpreise herabzudrücken. Daß es an einzelnen Wirthshausrauferien während dieser classischen Bierzeit nicht fehlen wird, ist kaum zu bezweifeln. Daß derartige Vorkommnisse allenfalls auch zu größern Spectakeln führen dürften, ist nichts weniger als unmöglich. Aber alles übrige Gerede von vorherrschender Tumultuir- und Empörungslust, die sich von den untern Klassen der Bevölkerung herauf sogar bis in die Region des Bürgerstandes erstrecken, ja in letzterm geradezu ihre sichersten Stützen haben soll, gehört zu den verleumderischen Uebertreibungen, auf deren Widerlegung einzugehen sich kaum der Mühe lohnen dürfte.

Nach angeblich aus Paris stammenden Angaben soll in der jüngsten Zeit zwischen den Regierungen von Frankreich und England durch das Dazuthun des österreichischen Hofs eine solche Verständigung über die griechisch-türkische Frage herbeigeführt worden sein, daß sie so gut als gelöst angesehen werden dürfte. Wir lassen die Richtigkeit derselben zwar noch dahingestellt sein; so viel aber ist gewiß, daß man hier in den höhern Regionen an einem unkriegerischen Ausgange der Sache noch keinen Augenblick gezweifelt hat, besonders auch darum, weil man eben von der Einsicht und Energie des Hrn. Koletti's vertrauensvoll die Unterdrückung jeder unzeitigen Gewaltthätigkeit von griechischer Seite erwartet.

— Aus **Baiern** schreibt die Karlsruher Zeitung: „Die kürzlich eingetretenen Aenderungen in der Gesetzgebungscommission haben unter Anderm zu dem Beschlusse geführt, daß den abzufassenden Gesetzbüchern sowol in bürgerlichen als peinlichen Rechtssachen volle Mündlichkeit und Oeffentlichkeit sowie bei den letztern das Anklageverfahren zu Grunde gelegt werden soll. Hinsichtlich des Richteramts scheint man die Absicht zu haben, das Geschworenengericht in beschränkter Form, d. h. in der Weise einzuführen, daß ein Theil der Geschworenen aus gelehrten Richtern, der übrige aber aus Laien bestehen würde. Was die Umgestaltung der Gesetzgebungscommission betrifft, so kann man dieselbe nur billigen, da die anerkannte Tüchtigkeit des Mannes, welcher an die Spitze derselben getreten ist, eine Gewährleistung dafür bietet, daß das Werk nicht blos in einem einheitlichen Geist abgefaßt, sondern auch den wahren Bedürfnissen und Wünschen des Landes entsprechen werde."

— In **Württemberg** ist folgende Verordnung, betreffend das Verbot von Vereinen mit communistischer Tendenz, erschienen:

„In Betracht, daß nach mehrfachen amtlichen Erhebungen im Auslande, namentlich in der Schweiz, zahlreiche organisirte Verbindungen bestanden haben und noch bestehen, welche darauf berechnet sind, unter den Mitgliedern eine den bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen feindselige Gesinnung zu verbreiten und Religion und Sittlichkeit zu untergraben; in Betracht, daß viele dieser Vereine sich namentlich die Aufgabe gesetzt haben, den Grundsatz des Privateigenthums zu vernichten und diese Lehre selbst durch gewaltsame Mittel geltend zu machen; in fernerer Erwägung, daß durch das Bestehen dieser Vereine bei dem vielfachen Verkehre wandernder Handwerksgehülfen, welcher namentlich zwischen Württemberg und der Schweiz stattfindet, die öffentliche Ordnung des Staats gefährdet wird; sowie endlich in Betracht, daß manche Arbeiter sich der Gesetzwidrigkeit und Gefährlichkeit dieser Verbindungen nicht bewußt sein mögen oder wenigstens ihre Unkenntniß vorschützen: verordnen wir, nach Anhörung unseres geheimen Raths, wie folgt: §. 1. Die Theilnahme eines Württembergers an einem der unter bestimmten Formen oder Satzungen bestehenden Vereine, welche auf die Verbreitung einer den bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen feindseligen Gesinnung hinarbeiten, mögen dieselben communistische Gesellschaften oder Vereine des jungen Deutschlands heißen oder unter anderm Namen die Zwecke von diesen verfolgen, wird, sofern diese Theilnahme nicht unter die Strafbestimmungen der Art. 140—143 oder des ersten Absatzes des Art. 149 des Strafgesetzbuchs fällt, auf den Grund des zweiten und dritten Absatzes des gedachten Art. 149 verboten, wonach dieselbe an den Stiftern oder Vorstehern mit Kreisgefängniß bis zu einem Jahre, an den übrigen Genossen mit Gefängniß bis zu vier Wochen oder mit Geldbuße von 50 bis 200 Fl. zu ahnden ist. §. 2. Ein Abdruck dieser Verordnung ist jedem Wanderbuche eines Gewerbsgehülfen beizugeben und der Inhalt derselben den wandernden Arbeitern von den Polizeibehörden der Grenzorte besonders bekannt zu machen. Die Aeltern und Pfleger wandernder Handwerksgehülfen werden aufgefodert, ihre Pflegebefohlenen vor dem Eintritt in eine der verbotenen Verbindungen zu warnen. Unsere Ministerien der Justiz und des Innern sind mit der Vollziehung gegenwärtiger Verordnung beauftragt. Stuttgart, den 21. April 1847. (Gez.) Wilhelm. Der Chef des Justizdepartements: Geheimrath v. Prieser. Der Minister des Innern: Schlayer. Auf Befehl des Königs: Für den Staatssecretair, der geheime Legationsrath Maucler."

— **Baden** soll sich nun auch, wie es in der frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung heißt, an der Herstellung einer regelmäßigen directen Dampfschiffahrt zwischen Bremen und Neuyork mit 10,000 Dollars betheiligt haben.

— Der Weser-Zeitung schreibt man aus **Marburg** vom 28. April: „Der hiesigen Bürgergarde wurden dieser Tage diejenigen Paragraphen des Bürgergardengesetzes eingeschärft, nach welchen bei entstehenden Unruhen die Bürgergarde den Requisitionen der Präventivgewalt ungesäumt zu entsprechen und die geeignete Hülfeleistung, welche die Polizei für ihre Zwecke nöthig erachtet, ohne Verzug zu vollziehen hat. Der Nothstand ist auch in unserer Stadt und Gegend sehr drückend."

— In einer am 28. April zu **Darmstadt** gehaltenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung des Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung in Darmstadt und Bessungen wurde gegen 2 Stimmen beschlossen, auf eine Berathung des im vorigen Jahre gestellten Antrags, den §. 2 der Statuten zu Gunsten der „freien Gemeinden" auszulegen, für jetzt nicht einzugehen.

— In einer der letzten Landtagssitzungen, schreibt man dem Frankfurter Journal aus **Weimar** vom 29. April, worüber die Landtagsprotokolle berichten, hat sich ein seltsames Ereigniß zugetragen. Der Tagesordnung gemäß kam eine von der Staatsregierung vorgenommene Finanzoperation zur Berathung, wobei es der großherzogl. Commissar aus mancherlei Gründen für wünschenswerth hielt, daß diese Verhandlung eine geheime bleiben möchte. Diesem Verlangen widersetzte sich aber der Abg. Kling, ein Vertreter des Bauernstandes aus dem eisenachischen Kreis, und trug darauf an, daß auch die Verhandlung über diesen Gegenstand durch die Protokolle veröffentlicht werde. Der von diesem Abgeordneten

gestellte Antrag fand jedoch im Landtage so wenig Anklang, daß der Antragsteller, damit unzufrieden, sofort den Ständesaal verließ, schriftlich sein Ausscheiden erklärte und in seine Heimat zurückreiste.

— Die Weser-Zeitung gibt eine Uebersicht der Anzahl der für **Bremen** bestimmten, nur allein aus dem Schwarzen Meere zu erwartenden Zufuhren von Roggen. Hiernach haben Konstantinopel bereits passirt 17 Schiffe mit 3735 Last (zwei davon mit 510 Last sind schon auf der Weser angekommen). In Odessa sind in Ladung zwei Schiffe, in Eupatoria vier, in Kertsch und Taganrog zwei, zusammen acht Schiffe mit 1365 Last Ladung.

Preußen.

Berlin, 3. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 29. April gab zuerst das Protokoll der vorigen Sitzungen zu einigen Erläuterungen Anlaß, wobei der Abg. v. Gräveniz hervorzuheben bat, daß er selbst keine Brennerei habe. Es wurden ferner mehre Anträge und Petitionen an die Abtheilungen verwiesen. Der Abg. v. Bardeleben brachte die Sache des Grafen v. Reichenbach zur Sprache und empfahl sie zu beschleunigter Erledigung, wobei ihn der Abg. Tschocke unterstützte. Der Abg. Mohr sprach einige Wünsche in Betreff der Localität des Landtags aus. Der Abg. Diergardt brachte die durch den Twistzoll bedrängte Lage der Weber zur Sprache.

In der Sitzung derselben Versammlung am 30. April wurden wieder 36 Petitionen vertheilt. Der Abg. v. Denimierski empfahl beschleunigte Erledigung der auf den Nothstand bezüglichen Anträge. Dann erstattete der Graf v. Stosch das Gutachten der dritten Abtheilung über den Entwurf einer Verordnung, die Ausschließung bescholtener Personen von ständischen Versammlungen betreffend. Das Gutachten erkannte das Bedürfniß eines solchen Entwurfs an, ebenso das zu Grunde gelegte Princip der moralischen Ueberzeugung und der Competenz der betreffenden Versammlungen selbst. Einzelne Ausstellungen, die das Gutachten macht, werden bei der Verhandlung hervortreten. Der Landtagscommissar erkannte die Gründlichkeit des Gutachtens an und bemerkte Einiges über Anlaß und Princip des Entwurfs. Graf v. Galen wollte den Artikel 7, welcher „alle den verstehenden Anordnungen zuwiderlaufende Verschriften" aufhebt, gestrichen wissen, weil in Westfalen bereits eine Einrichtung für diese Angelegenheit bestehe, fand aber keine Unterstützung. Ueber die Bedürfnißfrage sprach zuerst der Abg. Brust mit Bezug auf seinen eignen Fall, daß er nämlich wegen Gewohnheitswuchers angeklagt worden war, deshalb vom Landtag ausgeschlossen, später aber freigesprochen ward. Als er dabei anführte, daß die Seehandlung Roggen, den sie mit 60 Thlr. eingekauft, jetzt mit 100 Thlr. verkaufe, erfolgten Zeichen des Mißfallens. Er trug auf Verwerfung des Entwurfs an.

Der Landtagscommissar erbot sich, alle auf den angezogenen Fall bezüglichen Actenstücke zur Einsicht der Versammlung vorzulegen, appellirte aber im Uebrigen an die Versammlung: „ob wirklich Niemand in recht greller Weise beschalten sein könne, ohne daß er einem gerichtlichen Strafurtel unterlegen habe". Der Abg. Merissen erkannte das Bedürfniß an, wollte aber die Entscheidung über die Ehre eines Menschen nur auf sichere Handlungen, nicht auf die Ueberzeugung einer Versammlung gegründet, auch alle Rücksicht auf die „Standesehre", ferner die Competenz der Gemeinderäthe, die Erschwerung der Rehabilitation und die Suspension der ständischen Rechte während der Untersuchung beseitigt wissen. Er schlug vor, statt des Entwurfs blos den Paragraphen zu setzen: „Als beschelten sind die Personen zu betrachten, welche durch ein Criminalgericht zu einer entehrenden Strafe rechtskräftig verurtheilt sind, und welchen ihre Standesgenossen die Anerkenntniß unbescholtener Ehrenhaftigkeit versagen." Abg. v. Manteuffel vertheidigte den Entwurf; Abg. Aldenhoven dagegen sprach im Sinne des Abg. Merissen. Ebenso v. Beckerath. Er wollte keine Suspension während der Untersuchung und keine Nachwirkung der Gemeinderathsbeschlüsse auf die ständischen Rechte. v. Auerswald gegen das Gesetz, Winzler für dasselbe. Graf v. Schwerin ausführlich zur Vertheidigung des Entwurfs. Hansemann, unter Anderm mit Bezug auf O'Connell, gegen den Entwurf; Abg. Steinbeck sehr warm für denselben. Er erklärte ihn für ein Werk gediegenen deutschen Fortschritts. Staatsminister v. Thile erklärte, die Regierung habe bei Vorlegung des Entwurfs nur die eine Tendenz gehabt: die Ehre der Versammlung der preußischen Stände so hoch zu stellen als möglich. Für den Entwurf v. Wolff-Metternich, gegen ihn v. Bardeleben, für ihn v. Massow und nochmals v. Manteuffel. Dagegen Tschocke und v. Hagenow, welche Beide blos den §. 4 erhalten wissen wollten; v. Brünneck erkannte das Bedürfniß an, bestritt aber Einzelnes; v. Gaffron vertheidigte den Entwurf, Milde bekämpfte ihn, erkannte aber die Tendenz als wohlwollend an und stimmte den rheinischen Ansichten in Betreff der Competenz des Gemeinderathes nicht bei. Einzelne Anführungen desselben in Betreff der Städteordnung und rheinischen Gemeindeordnung veranlaßten den Landtagscommissar zu einer Entgegnung. Justizminister Uhden und Hr. v. Auerswald verhandelten Einiges über die Unabhängigkeit des Richterstandes; v. Prondzinski nahm die militairischen Ehrengerichte in Schutz. Die allgemeine Debatte wurde für beendigt erklärt und der nächsten Sitzung das Einzelne vorbehalten.

— Nr. 19 der Gesetzsammlung enthält folgende **Cabinetsordre**: „Um bei dem fast in allen Theilen der Monarchie sich kundgebenden Nothstand einem Mangel der ersten Lebensbedürfnisse und einer noch weiter steigenden Theuerung derselben vorzubeugen, will ich nach dem Antrage des Vereinigten Landtags hierdurch bestimmen, daß von der Publication meines gegenwärtigen Befehls an 1) das bereits für die westlichen Provinzen theilweise bestehende Ausfuhrverbot der Kartoffeln auf sämmtliche Provinzen der Monarchie dergestalt ausgedehnt werde, daß die Ausfuhr dieser Frucht nach andern Ländern als denjenigen, welche zum Zollvereine gehören, bis zum 1. Nov. d. J. unter den im §. 1 des Zollstrafgesetzes vom 23. Jan. 1838 angedrohten Strafen allgemein verboten ist, auch daß 2) für den ganzen Umfang der Monarchie bis zum 15. Aug. d. J. die Verwendung von Kartoffeln, Getreide aller Art und andern mehligen Stoffen zur Bereitung von Branntwein dergestalt untersagt sein soll, daß von oben bemerktem Zeitpunkt an nur noch die alsdann schon bereitete Maische destillirt werden darf. Sie, der Finanzminister, haben zur Ausführung dieser Bestimmungen ohne Verzug das Erforderliche anzuordnen, zugleich aber darauf zu sehen, daß durch das zu 1 ausgesprochene Verbot weder die Freiheit des innern Verkehrs, einschließlich der Küstenschiffahrt von und nach preußischen Häfen, gehemmt oder erschwert, noch die anderweitige Bewegung des Handels, innerhalb der allgemein gesetzlichen Schranken, über den verwaltenden Zweck hinaus belästigt werde. Dieser mein Befehl ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, am 1. Mai 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm."

• **Posen**, 30. April. Unsere Emeute schien am gestrigen Spätabend noch eine gar bedenkliche Wendung nehmen zu wollen, denn die Scharen der Tumultuanten vermehrten sich mit jedem Augenblick und die wildesten Ausbrüche der Volksroheit schienen um so mehr zu besorgen zu sein, als ein Theil der Meuterer sich offenbar bereits in Branntwein übernommen hatte. Es wurden noch mehre Schenklocale mit Gewalt erstürmt und großentheils ausgeplündert, überall jedoch, wo Polizeibeamte rechtzeitig eintrafen, ließ die Menge sich durch milde Ermahnungen zum Auseinandergehen bewegen; so war Referent selbst Zeuge, wie ein tobender Haufe eben einen Victualienladen erbrochen hatte und in denselben eindrang, aber durch den in Begleitung nur zweier Gendarmen gerade eintreffenden Polizei-Inspector Zillmann blos dadurch von seinem Vorhaben zurückgebracht wurde, daß er sie daran erinnerte, wie sie bisher unbescholtene Leute gewesen, nun aber im Begriffe ständen, ein Verbrechen zu begehen; sie möchten doch davon ablassen, vom morgenden Tage ab solle für Alle gesorgt werden. Hätte der Polizei-Inspector hier Gewalt gebraucht, so würde es unfehlbar zum Blutvergießen gekommen sein; der Erfolg hat somit den Beweis geliefert, daß die vom Polizeipräsidenten v. Minutoli anempfohlene Milde diesmal wenigstens das beste Mittel zum Zwecke gewesen ist. Inzwischen konnte die Polizei nicht auf allen Punkten zugleich sein, und während sie daher hier einen Exceß verhütete, wurde dort einer verübt. Auch eine Anzahl Fensterscheiben wurden bei diesen Aufläufen eingeworfen. Unter den Ausgeplünderten befindet sich auch ein renommirter Wurstfabrikant, ein Franzose Namens Raucher, gegen den die Leute weiter keinen Groll hegten, dessen Delicatessewaaren hier aber sehr berühmt sind, weshalb eine Schar in sein Haus drang, um auch einmal eine feine Mahlzeit zu halten. Seine Waare fand allgemeinen Beifall und im Nu waren alle Würste und sonstigen Delicatessen vertilgt, worauf die Gesättigten höflichst sich empfahlen. Gegen Mitternacht verloren sich die unruhigen Haufen, und jetzt entwickelte die Polizei ihre Thätigkeit, indem sie sich bis dahin über die Rädelsführer Gewißheit verschafft hatte, die nun aus ihren Nachtquartieren abgeholt und zur Haft gebracht wurden, bei welcher Gelegenheit ihnen ein summarischer, aber sehr wirksamer Proceß gemacht worden sein soll.

Heute früh las man an allen Straßenecken Anschläge, worin unter Androhung der härtesten Strafen vor erneuten Emeuteversuchen gewarnt wurde; dieselben verfehlten ihre Wirkung auch nicht, denn anstatt neuen Unfug zu begehen begaben sich die Arbeiter zu Hunderten vor das Polizeipräsidium, wo ihnen auch sämmtlich Beschäftigung zugewiesen wurde. Sie sind seitdem den ganzen Tag ruhig und folgsam bei der Arbeit geblieben. Inzwischen schien das böse Contagium sich auf die Weiber übertragen zu haben, denn da heute gerade Wochenmarkt war, wo Tausende von Frauenzimmern sich des Einkaufs wegen auf dem Sapiehaplatze zu versammeln pflegen, so unternahm es ein Haufe solcher Megären, den ersten besten fremden Bretwagen zu plündern. Schnell war der Verkäufer zur Seite gestoßen, ein paar Weiber bestiegen den Wagen und warfen unter Jubelgeschrei den Umstehenden die Brote zu, sodaß der Vorrath innerhalb weniger Minuten und bevor noch die Polizei herbeieilen konnte vertheilt war. Dieser Vorfall hatte noch die nachtheilige Folge, daß die übrigen Verkäufer alsbald mit ihren Vorräthen den Markt verließen. Uebrigens fehlte es auf demselben nicht an Getreide, und da die Aufkäufer sich nicht zu zeigen wagten, die Bäcker aber einmüthig waren, so fiel der Preis des Roggens alsbald um ½ Thlr. und darüber pr. berliner Scheffel. Als etwas Charakteristisches bei dem eben erwähnten Krawall muß noch bemerkt werden, daß unter den plündernden Weibern drei Damen in seidenen Mänteln, mit Sammet- und Federhüten angethan, wahrgenommen wurden. Welches Zeichen entsetzlicher Versunkenheit! Entweder gibt es hier wirklich Leute, welche zum niedrigsten Pöbel gehören, aber dessenungeachtet in Sammet und Seide einhergehen, oder die Personen, die bisher eine solche Kleidung anzuschaffen vermochten,

sind durch die herrschende Noth schon so heruntergekommen, daß sie sich nicht scheuen, zum Verbrechen ihre Zuflucht zu nehmen. Uebrigens sind im Laufe des heutigen Tages weitere Excesse nicht vorgekommen; doch ziehen noch immer bewaffnete Patrouillen durch unsere Straßen, und die Verkaufslocale von Victualien sind mit Schutzwachen besetzt. Hoffentlich ist alle Gefahr vorüber. Unsere Getreidehändler sollen in der vorigen Nacht große Vorräthe zu Kahn geschafft und auf der Warthe fortgebracht haben.

Oesterreich.

Der Oesterreichische Beobachter meldet aus **Wien** vom 30. April: „Es hat dem Allmächtigen gefallen, Se. kaiserl. königl. Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl, Oheim Sr. Maj. unsers allergnädigsten Kaisers, nach einem kurzen Krankenlager im 76. Jahre seines ruhm- und thatenreichen Lebens aus dieser Zeitlichkeit abzurufen. Se. kaiserl. Hoh. sind heute um 4 Uhr Morgens verschieden. Das allerhöchste Kaiserhaus ist durch diesen eben so schmerzlichen als unerwarteten Todesfall in die tiefste Betrübniß versetzt. Der unersetzliche Verlust, welchen die Monarchie, die Armee und alle Klassen der Bevölkerung durch das Ableben eines durch heldenmüthige Tapferkeit und seltenes Feldherrntalent dem Andenken jedes treuen Unterthanen des Kaiserreichs ewig unvergeßlichen Prinzen erlitten haben, wird nicht blos innerhalb der Grenzen dieses Reiches tief empfunden: der gerechte Schmerz dieses Landes wird in allen Gauen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes in gleicher Wehmuth mitgefühlt werden; denn der hohe Verblichene war nicht nur in schweren Tagen Oesterreichs Retter; er war auch Verfechter für Deutschlands Befreiung."

† **Wien**, 30. April. Soeben erhalte ich die Nachricht von dem Tode unsers Erzherzogs Karl, der diesen Morgen um 4 Uhr verschied. Erzherzog Albrecht ließ vorgestern, als die Krankheit einen gefährlichen Charakter annahm, an seinen Bruder Wilhelm einen Extrazug nach Prag abgehen, der den Weg hin und zurück in 14 Stunden zurücklegte!

⊙ **Wien**, 28. April. In Ungarn, wo die Noth durch Getreidewucher und Mangel an Verdienst einen hohen Grad erreicht hatte, ernannte die königl. Statthalterei zwei besondere königl. Commissare, welche das ganze Land bereisen und überall energische Maßregeln zur Linderung des Elends treffen, und namentlich den Bauern Vorschüsse zum Ankauf von Saatfrüchten geben *). Siebenbürgen hingegen ist durch Gottes Barmherzigkeit von der Noth verschont geblieben und kann sogar von seinem Getreideüberfluß nach Ungarn ausführen. Die Lebensmittelfrage absorbirt jetzt in Ungarn größtentheils sogar die Politik und lehrt die Parteien, wie machtlos sie ohne die Stütze der Staatsgewalt sind. Der moralische Zustand des Landvolks hingegen läßt nichts zu wünschen übrig, und trotz aller Prüfungen des Elends, trotz aller Versuchungen von außen ist, sogar in Oberungarn, wo die Noth am größten, die Ruhe und die öffentliche Ordnung keinen Augenblick von demselben gestört worden. Dies sind die segensreichen Folgen der neuen Gesetze, dies die Früchte jener thatkräftigen Bestrebungen des Adels in letzterer Zeit für das wahre Wohl des Volks! Zwar haben es gewissenlose Volksverführer, dämonische Geister der Zerstörung seit kurzem auch in Ungarn mit Wort und Schrift, mit allen Künsten der Demagogie versucht, die Besitzlosen gegen die Besitzenden, die Niedern gegen die Hohen aufzureizen; aber alle ihre Bemühungen scheiterten an dem gesunden Sinne des Volks und an der Wachsamkeit der öffentlichen Gewalten. So trat vor einiger Zeit unter den im Banate wohnenden Walachen ein gewisser Murgu als Apostel der Plünderung und Umwälzung auf; er demonstrirte diesem in seiner leicht erregbaren Unwissenheit und wilden Begierden furchtbaren Publicum, daß alles Land und alles Eigenthum im Banat den Ureinwohnern, den schon seit Trajan's Zeiten hier angesiedelten Walachen, mit Fug und Recht gehöre, und daß daher alle später eingedrungenen Ungarn, Deutsche und Raizen über die Maresch zurückgejagt werden müßten. Dieser Murgu, Advocat und von Geburt ein Walache, konnte schon früher in Bukarescht wegen einer Verschwörung, in die er sich gegen das Leben des Hospodars eingelassen, dem Strange nur durch die Verwendung des österreichischen Consuls entgehen. Er wurde damals auf ewig aus der Walachei verbannt und auf eignes Verlangen dem krasser Comitate als seiner competenten Behörde ausgeliefert, von dieser aber, da er zu seiner Vertheidigung geltend machte, daß er nur für die Freiheit und für die Unabhängigkeit der Donaufürstenthümer vom russischen Joch conspirirt und überdies gegen die ungarischen Gesetze sich nicht vergangen habe, gänzlich freigesprochen. Aus Dankbarkeit wollte er nun das Landvolk gegen seine milden Richter aufwiegeln; diesmal aber war das krasser Comitat nicht so nachsichtig gegen Murgu's politische Tendenzen: er wurde in Lugos verhaftet und nach gepflogener Untersuchung wegen Hochverraths vor die königl. Tafel in Pesth gestellt. Dieser hohe Gerichtshof verurtheilte Murgu nach dem Wortlaut des Gesetzes zum Tode, und obschon vorauszusehen ist, daß dieses Urtel von der höchsten Instanz gemildert werden wird, so wird dennoch ein für die Gesellschaft so gefährlicher Mensch jedenfalls unschädlich zu machen gesucht werden. Den neuesten Nachrichten aus dem torontaler Comitate zufolge hat ein gewisser Lanesorevics, ehemaliger Dorfnotar, gleichfalls gestrebt, die Einwohner von neun walachischen Ortschaften gegen ihre Grundherrschaft aufzuwiegeln; die Ruhe wurde aber bald, wenn auch nicht ohne Militairhülfe, hergestellt und gegen den Aufrührer eine Untersuchung eingeleitet. Ein anderer Bauerntribun in Ungarn, Michael Stancsics, der so verblendet war, in mehren Broschüren, namentlich in dem in Leipzig erschienenen „Volksbuch" das Landvolk aufzureizen, ja zur Empörung aufzufodern, wurde auf einer Herrschaft des Grafen Kasimir Batthiany in Slawonien, wo er sich verborgen hielt, von einem Beamten der königl. Generalprocuratur verhaftet und nach Ofen abgeführt, wo ihm von der königl. Tafel der Proceß gemacht werden wird. — In Agram, wo gegenwärtig eine Art Waffenruhe zwischen den beiden Parteien herrscht, macht jetzt die Flucht des Secretairs des ungarischen Casinos, eines politischen Zeughauses der ungarisch-kroatischen Partei, mit einer Schuldenlast von 80,000 Fl. großes Aufsehen, und es werden an diesen Vorfall mancherlei politische Combinationen geknüpft.

*) Die Regierung hat außer der frühern Geldhülfe von 200,000 Fl. zu dem letztern Zweck abermals einen Vorschuß von 150,000 Fl. bewilligt.

Innsbruck, 26. April. Heute hielten die Ausschüsse unserer vier Stände, nachdem sie beim feierlichen Hochamt in der Hofkirche die Hülfe des göttlichen Geistes angerufen und das übliche Ceremoniel im Riesensaale vollbracht, ihre erste oder vorbereitende Sitzung im Landhause. (Allg. Z.)

Portugal.

Das Journal des Debats bemerkt heute: „Wir hatten gemeldet, daß in Folge des von der Regierung der Königin von Portugal gestellten Verlangens der Vermittelung, englische Truppen und eine Abtheilung von den französischen Streitkräften auf der Rhede von Lissabon gelandet worden wären, um für die Sicherheit der Person der Königin und der Hauptstadt zu wachen. (Nr. 120.) Diese Nachricht war vorzeitig und ist durch die eingegangenen spätern Berichte keineswegs bestätigt worden. Man weiß nur, daß die Königin den ihr vorgeschlagenen, der Junta (von Oporto) zu machenden Bedingungen beigetreten war. Auch vernehmen wir, daß Hr. Dietz, dessen Anwesenheit in Lissabon eine der Hauptursachen des Bürgerkriegs war, sich eingeschifft hat und sich derzeit in London befindet." Diese Berichtigung des französischen Blattes würde mit den Aeußerungen der englischen Zeitungen und auch der Times übereinstimmen, daß der vorliegende Fall zu der Anrufung der gegen Dom Miguel geschlossenen Quadrupelallianz und also zu Frankreichs Mitteinmischung gar nicht geeignet sei.

— Aus **Oporto** vom 20. April hat die Times die Erzählung einer **Differenz**, die zwischen dem vor der Barre erschienenen britischen Linienschiffe Superbe und der Junta darüber entstanden war, daß aus dem eine Meile nördlich von Foz gelegenen alten Schlosse Gueijo auf dasselbe, wenn auch vergeblich, gefeuert worden war. Es mußte eine vollständige Abbitte geleistet werden.

Spanien.

Die Königin und ihr Gemahl sind am 24. April in Begleitung des Infanten Don Francisco de Paula in einem offenen Wagen ausgefahren und haben nachher gemeinschaftlich die Atochakirche besucht.

— Der Congreß war am 24. April mit Berathung von Bittschriften und der fortgesetzten Discussion seiner Geschäftsordnung bemüht. Ein Amendement des Hrn. Moyano zu derselben, welches besagte: „Alle Reden müssen frei gesprochen werden und keine darf längere Zeit als die Dauer der Sitzung in Anspruch nehmen, welche auf Beschluß des Congresses vertagt werden kann", wurde nach der ersten Abstimmung von 60 gegen 60, bei der zweiten mit 79 gegen 62 Stimmen angenommen.

— Aus **Rom** soll dem Español zufolge die Nachricht eingegangen sein, daß der Papst sich nicht zur Einsegnung der Ehe des Infanten Don Enrique mit der Schwester des Grafen v. Castellar herbeilassen werde.

— Der Español gibt eine Zusammenstellung der militairischen Beförderungen und Ordensverleihungen von 1843—46; es sind in dieser Zeit 241 Generale und 22 Admirale ernannt, 84 Großkreuze vom Orden Karl's III., 128 von dem Isabella's der Katholischen und 13 vom St. Ferdinandsorden verliehen worden.

Großbritannien.

London, 29. April.

Gestern war das Unterhaus, als am Mittwoch, allein versammelt. Nach der zu Anfang der Sitzung gewöhnlichen Annahme von Bittschriften und der Beförderung einiger Privatbills wurde die zweite Lesung der Bill über Bestrafung jugendlicher Verbrecher beantragt, gegen die Hr. Roebuck die Vertagung über sechs Monat vorschlug. Seine Haupteinwürfe waren, daß die Bill die Jury bei der Proceßführung beseitigen, die Richter es in der Hand haben sollten, bei geschlossenen Thüren die Verurtheilung vorzunehmen, und weil ein summarisches Verfahren nach erfolgtem Eingeständniß der Angeklagten dadurch gestattet sein solle. Nach einiger Discussion wurde Hrn. Roebuck's Amendement mit 75 gegen 23 Stimmen verworfen und die zweite Lesung erfolgte. Eine Bill über die Auf-

lage der von Localsteuern noch bisher aus dem Grunde ausgenommenen Häuser, weil die Bewohner derselben zu arm sind, um angemessene Miethen zahlen zu können, die ebenfalls zur zweiten Lesung stand, gegen die sich aber der Minister des Innern erklärte, wurde mit 89 gegen 71 Stimmen verworfen. Ein Mitglied gab unter Anderm an, daß in Liverpool von 40,000 Häusern nicht weniger als 32,000 von jener Besteuerung frei wären, deren Zuziehung nur eine Erhöhung der Miethzinsen zum Nachtheil der Armen und Unbemittelten mit sich bringen werde.

— Lord George Bentinck richtete im Unterhause ehegestern an den Premierminister eine Anfrage wegen der Hindernisse, welche der Einwanderung in den Vereinigten Staaten bereitet werden. Insbesondere wollte er wissen, ob die Regierung von der Annahme von Gesetzen Nachricht erhalten habe, welche von den Capitainen, die Auswanderer nach Neuyork und Massachusetts brächten, Bürgschaften verlangten, daß keiner derselben innerhalb einer gewissen Zeit, angeblich neun bis zehn Jahren, diesen Staaten als Armer zur Last falle. Da derartige Maßregeln die Auswanderung von Irland nach Canada sehr vermehren würden, wünschte er ferner zu vernehmen, ob dort für das Unterkommen einer größern Zahl Einwanderer Fürsorge getroffen worden sei. Lord J. Russell erwiderte, daß er nicht vernommen habe, derartige Gesetze wären in den Vereinigten Staaten von der Legislatur votirt worden. Der Gesandte der Union habe auf Erkundigung versichert, daß in Boston oder Neuyork den englischen Auswanderern die Zulassung nicht verweigert werden könne so wenig wie die Unterstützung, welche die Gesetze dort den Armen zusichern, daß aber rücksichtlich der Schiffseigner eine verschärfte Gesetzgebung im Werke sei. In Canada sei übrigens zwar keine neue Maßregel getroffen, jedoch schon auf eine Vermehrung der Einwanderung Bedacht genommen worden.

— Die Times beharrt bei ihren Ansichten von dem Vorschlage des Schatzkanzlers, 620,000 Pf. St. an drei irische Eisenbahngesellschaften zu leihen (Nr. 123), wogegen alle die Einwendungen vorhanden wären, die wider Lord George Bentinck's großen Anleiheplan für irische Eisenbahnbauten bestanden hätten. Das Princip sei in beiden Fällen ein und dasselbe, nur der Umfang bilde den Unterschied. Uebrigens würden weder die erwähnten drei Eisenbahnen noch irgendwelche andere mit respectablem Vermögen Schwierigkeiten haben, jederzeit Geld auf dem offenen Markte zu finden, wenn sie nur die Bedingungen zu bewilligen bereit wären, die andere Compagnien und alle Geschäftsleute bewilligen müßten; nämlich eine der Sicherheit der Geldanlage entsprechende Verzinsung. Diese werde aber freilich bei den irischen Bahnen vielleicht 15 Proc. betragen, denen jetzt Regierungsgeld mit 5 Proc. zugedacht worden sei.

— Die Zahl der bei öffentlichen Arbeiten in Irland in der am 17. April endigenden Woche beschäftigten Leute war in Allem noch 472,788, und das ausgezahlte Lohn betrug 143,488 Pf. St.

— In **Ballinahinch** ist das Unterhausmitglied für Galway, Hr. Martin, gestorben, der Besitzer eines Gütercomplexes von 60 Miles Länge und 30 Miles Breite war. Seine einzige Tochter verschluckte in der Trostlosigkeit über des Vaters Ableben eine Dosis Gift und folgte ihm fast auf der Stelle nach.

— Die Nachrichten vom 27. April aus **Dublin** lauten etwas besser über die Gesundheitsumstände des Earl of Besborough, der eine ruhige Nacht gehabt hatte. Der Earl steht in seinem 66. Jahre. Von der Evening Post wird auf das bestimmteste versichert, daß alle Gerüchte über bestandene Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Lordlieutenant und dem Secretair für Irland, Hrn. Labouchere, grundlos seien.

— Vom **Cap** wird unterm 27. Febr. gemeldet, daß der neue Gouverneur Sir Henry Pottinger vom übeln Wetter in Port Elisabeth zurückgehalten werde und deshalb die Vereinbarung mit den Kaffernhäuptlingen an der Grenze, welche sich unterworfen hatten, noch nicht weiter gekommen war. Aus dem östlichen Theile der Colonie war eine Adresse mit Klagen über den abgegangenen Gouverneur eingegangen, auf die Sir Henry Pottinger sehr bemessen und für solche Demonstrationen gar nicht ermuthigend geantwortet hatte. Das an der Algoabai gescheiterte Kriegsdampfschiff Thunderbolt war noch nicht wieder flott gemacht worden und galt für verloren.

Frankreich.

Paris, 30. April.

Von der Deputirtenkammer wurde gestern nach Erledigung einiger Gesetzentwürfe von localem Interesse die Discussion über die Supplementarcredite für 1846 und 1847 begonnen. Hr. Fould begann dieselbe mit Hinweisung auf die gefährliche Praxis der Minister, Budgetentwürfe mit Voranschlägen vorzulegen, wo sich Einnahmen und Aufwand ungefähr die Wage halten, während sie die Ueberzeugung besäßen, den sich ergebenden Ausfall unter dem Namen von Supplementar- oder außerordentlichem Credit von der Kammer später und ohne die gründliche Erörterung der Foderungen bewilligt zu erhalten, welche sie beim Budgetcomité erfahren haben würden. Unmöglich dürfe man bei diesem Verfahren beharren, und der Berichterstatter scheine das ebenfalls empfunden zu haben; denn was bleibe bei solchen gemachten Ausgaben übrig als zustimmen? In der nächsten Session wolle er einen Vorschlag einbringen, welcher die Budgetcapitel, auf welche Supplementarcredite eingebracht werden dürfen, wesentlich zu vermindern bezwecke. Diese Supplementargesetzentwürfe wären eine Art zweites Budget geworden und für 1845 und 1846 habe man gegen 100 Mill. darin erlangt. Der Abbé de Genoude folgte Hrn. Fould mit einer Rede, von welcher das Journal des Débats nur erwähnt, sie sei häufig durch Murren und Verweisung auf die vorliegende Frage unterbrochen worden. Sie brachte vielmehr die größte Aufregung in der Kammer hervor. Anstatt der versprochenen Repräsentativregierung, erklärte der Abbé, sei nur eine consultative vorhanden, und die Kammer sei blos ein Anhängsel der Regierung, ein Conseil des Königs, keine Versammlung von Volksvertretern. Oder wolle man etwa, nachdem der Grundsatz der Volkssouverainetät proclamirt worden, behaupten, das heiße nicht mehr, als daß blos 800,000 Bürger an den Angelegenheiten des Landes Theil nehmen dürften? Wo sei denn das Volk, was die Kammer ernannt habe, in der die Beamten so zahlreich wären, daß sie eine Beamtencurie constituirten. Sie redeten von der Volkssouverainetät und hätten nichts gethan, als das Volk aller seiner Rechte zu entkleiden. Wer die Neuerungen des Fortschrittes zurückweise, setze sich den Neuerungen aus, die keine Fortschritte sind. Der Redner wurde vielfach unterbrochen, mehrmals zur Ordnung gerufen, weil er die Kammer angreife, ließ sich aber nicht zum Schweigen bringen. Nach ihm begann die Discussion der Artikel über die Supplementarcredite für 1846, wovon zunächst der Abschnitt für das auswärtige Ministerium auf Hrn. Guizot's Verlangen ausgesetzt blieb. Die des Justiz- und Cultusministeriums, das des Innern, der öffentlichen Arbeiten, des Handels und Ackerbaues betreffenden wurden angenommen; über die für das Kriegsministerium kam es zu Bemerkungen wegen der in Rochefort und Paris bei der Magazinverwaltung entdeckten groben Unterschleife sowie wegen der Möglichkeit, daß die in Algerien mit 3000 Fr. jährlich beim Proviantwesen angestellten Personen nach fünf bis sechs Jahren mit einem Vermögen von 150—200,000 Fr. sich zurückziehen könnten, und noch einiger ähnlichen Dinge, worauf die Ansätze bewilligt und die Sitzung vertagt wurde.

— In den Bureaux der Deputirtenkammer wurde gestern vor Ernennung der Prüfungscommission für den Gesetzentwurf über den Primairunterricht dieser der gewöhnlichen Erörterung unterworfen. Das Gesetz von 1833 erleidet dadurch wesentliche Modificationen. Die circa 33,000 Lehrer an den Primairschulen der Gemeinden sollen dadurch methodischer classificirt, die Municipalräthe insofern beschränkt werden bei deren Anstellung, als sie hinfüro für jede Stelle des Bezirkscomité zwei Candidaten vorzuschlagen haben, die für die zweite und dritte Klasse nur aus den Lehrern der unmittelbar vorhergehenden genommen werden dürfen. Für Elementarschulen sollen 600 Fr., für höhere 900 Fr. als niedrigstes Jahrgehalt bestimmt werden; an den Gemeindeschulen in Paris sind die Gehaltsansätze 1500—2000 Fr.; allein der Minister will die Anwendung dieser Gehaltsbestimmungen für die betreffenden Schullehrer, wodurch dem Budget 4,427,367 Fr. Mehrbedarf aufgebürdet wird, auf bessere Zeiten verschoben bleiben lassen. Einwendungen wurden hauptsächlich vom politischen Gesichtspunkte gegen die neue Beschränkung der Gemeindeverwaltung und dagegen erhoben, daß aus den Lehrern an den Primairschulen eine neue Klasse öffentlicher Beamten gemacht werden solle; auch ward das erleichterte Eindringen geistlicher Körperschaften in die Primairschulen befürchtet.

— Der gestrige, mit „Nichts, nichts und abermals nichts" überschriebene Artikel der «Presse» gegen das Ministerium und besonders gegen Hrn. Guizot wird heute von mehren Blättern erwähnt und stellenweise mitgetheilt. Der Commerce meint, die Regierung sei heftiger noch niemals angegriffen worden. Das Journal des Débats schweigt noch darüber und beschäftigt sich, gleich der «Presse» und mehren andern Morgenzeitungen, mit den Verhandlungen des preußischen Vereinigten Landtags.

— Der Sohn des unlängst gestorbenen ersten Chirurgen des Königs, Baron Pasquier, bisher nur königl. Chirurg, hat die Stelle seines Vaters erhalten, und Dr. Alphonse Pasquier, zweiter Regimentschirurg beim fünften Artillerieregiment, ist an Jenes Stelle zum Chirurgen des Königs ernannt worden.

— Vom Staatsrath ist die im August 1845 vom französischen Kreuzer Malouine bewirkte Beschlagnahme des brasilischen Schiffes Restaurador Bahiano, das des Sklavenhandels beschuldigt war, jetzt als ungerechtfertigt erklärt worden.

Paris, 30. April. Nachdem im Journal des Débats während der Kammerferien des vorigen Jahres die Tarifreform, die Postreform und die Herabsetzung der Salzsteuer die stets wiederkehrenden Gegenstände seiner leitenden Artikel blieben, kündigte das ministerielle Blatt ungefähr vierzehn Tage vor Eröffnung der Kammern an, daß alle diese Fragen in Folge der Mißärnte und der Ueberschwemmungen auf dem beginnenden Landtage nicht zur Erörterung kommen können, und die einzige wichtige Angelegenheit, womit das Parlament in diesem Jahre sich zu befassen haben werde, die Ausführung der auf dem Papiere befindlichen Eisenbahnen sei. In der That, nimmt man das bereits angenommene Bankgesetz aus, so hat dieses Blatt keinem Gesetzvorschlage, sei es daß er von der Regierung, sei es daß er von der Kammer ausgegangen, eine er-

wähnenswerthe Aufmerksamkeit geschenkt, und ist somit seinem Programm für die Thätigkeit der neuen Legislatur in dieser Session ziemlich treu geblieben. Diesem Programm zufolge hatte es schon mehre Aufsätze über die noch nicht oder kaum angegriffenen Eisenbahnen, und bemüht sich in seinen frühern wie im heutigen Artikel über diesen Gegenstand nachzuweisen, daß die betreffenden Gesellschaften unter der Last der schweren Bedingungen, die man ihnen aufgelegt, zu Grunde gehen und andererseits die Linien, deren Bau sie übernommen, unausgeführt bleiben müssen. Von seinem Gesichts- oder besser Standpunkt aus ist das Raisonnement des Journal des Débats unumstößlich. Ihr könnt, sagt es ungefähr, die Compagnien freilich zwingen, den dem Staate gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, und falls sie dies nicht wollen oder zu thun nicht im Stande sind — das Journal des Débats glaubt das Letztere —, dann habt ihr das Recht, ihr Cautionscapital einzuziehen und mit den von ihnen für die eine oder andere Linie bereits gemachten Ausgaben einer neuen Compagnie ein Geschenk zu machen. Allein, fährt das ministerielle Organ fort, abgesehen davon, daß ein solches Verfahren gar nicht im Einklange mit der Nachsicht und Milde wäre, welche die Julirevolution von je her gegen Diejenigen gezeigt, die mit dem Staatsschatz oder richtiger auf den Staatsschatz speculirt haben, abgesehen davon, daß diese Strenge der Julirevolution schlecht stehe und eine bedenkliche Neuerung wäre, würdet ihr damit doch den eigentlichen Zweck nicht erreichen; denn, folgert das Blatt weiter, die 10 Millionen, die z. B. die Compagnie der Eisenbahn von Paris nach Lyon verausgabt und die einer neuen Compagnie zu gute kommen, werden doch nicht hinreichen, eine solche zu finden. Trotz eines solchen Vorschusses würde keine Gesellschaft die lästigen Bedingungen annehmen, die das Gesetz von 1845 im Lastenhefte (cahier des charges) dieser Bahn aufstellt. Und wüßten überdies die Bankiers, daß der Staat sie für einen Rechnungsfehler von 100 Millionen verantwortlich machen will, dann würden sie es wol bleiben lassen, sich derlei Gefahren auszusetzen.

Wie gesagt, vom Standpunkte des Journal des Débats aus, das ohne Compagnien sich keine Eisenbahnen mehr denken kann, sind diese Thesen und die Schlußfolgerung, die sich daraus von selbst ergibt, unwiderleglich; allein von einem andern Gesichtspunkte sind sie nichts weniger als haltbar. Das Gesetz von 1842 hat wol den Grundsatz aufgestellt: alle Eisenbahnen werden durch vereinte Mitwirkung des Staats und der Compagnien ausgeführt; wenn nun eine Compagnie ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht halten kann oder will, so folgt daraus nicht, daß sie der Staat dieser Verpflichtungen entbinden muß, sondern daß die Regierung die noch nicht oder zum Theil begonnene Linie auf eigne Rechnung weiter baue und die Gesellschaft alle Nachtheile und Verluste trage, denen sie sich freiwillig ausgesetzt. Und liegt es wirklich in ihrer Natur, in ihrer Bestimmung, die Geldaristokratie mit Nachsicht und Milde zu behandeln, dann mag die Juliregierung, indem sie den Fortbau der angegriffenen Linien übernimmt, den Compagnien ihre gemachten Ausgaben zurückerstatten. Ueber diese Grenze hinaus darf billigerweise weder Nachsicht noch Milde gegen die höchst ehrenwerthen Geldmänner gehen, auf dieser Grenze aber gelangt man für die begonnenen wie für die blos auf dem Papiere gezeichneten Linien zu einem andern als dem gangbaren Systeme: zum Bau der Eisenbahnen auf Staatskosten. Für ein solches System hat das Journal des Débats ehemals viel Geschmack gehabt, denselben aber seit dem Jahr 1842 ganz aufgegeben. Wohl hat der Staat in dem Augenblicke nichts weniger als überflüssige Capitalien, um derlei Bauten zu unternehmen; allein da er wahrscheinlicherweise auch ohne dieselben zu einer Anleihe sich veranlaßt sehen wird, so ist es so ziemlich gleichgültig, ob dieselbe 3—400 Millionen größer oder kleiner sei. Mehr als Eine Linie, die von Paris nach Avignon, ist auszuführen nicht dringend, und zu dieser die erwähnte Summe hinreichend. Daß eine Bahn, vom Staate gebaut und verwaltet, nur sehr günstig auf die Verwaltung der übrigen Bahnen wirken müßte, bedarf wol nicht weiter ausgeführt zu werden. Allein wie vernünftig, wie billig und zweckmäßig zugleich dieser Uebergang aus einem System in das andere sein mag, so kann man doch auf jeden andern als auf diesen Ausweg in der wirklichen oder vorgeblichen Verlegenheit gefaßt sein.

Belgien.

Der Minister des Innern hat am 29. April der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach alle Arten Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln ꝛc. bis zum 1. Oct. 1847 zollfrei eingeführt werden dürfen.

Schweiz.

Das Criminalgericht von **Luzern** hat abermals zwölf flüchtige Theilnehmer am Freischarenzuge verurtheilt. Bis jetzt sind 735 Strafurtel wegen politischer Verbrechen durch das Criminalgericht erlassen worden. Dazu gesellen sich circa 70 Urtel des Kriegsgerichts.

— Dem Nürnberger Correspondenten werden **aus der Schweiz** vom 27. April aus durchaus zuverlässiger Quelle folgende Daten über die projectirte neue Gestaltung der Hochschule in Bern mitgetheilt. Der Plan geht dahin, die Erfodernisse zum Eintritt in die Universität auf Kenntniß der deutschen und französischen Sprache, etwas Geschichte und Geographie und etwas Arithmetik zu beschränken. Die Maturitätsprüfungen werden gänzlich abgeschafft. Die Studenten sollen unter die Tutel einzelner Professoren, die ihr wissenschaftliches und sittliches Leben zu überwachen haben, gestellt werden. Jeder Student kann sich seinen Patron selbst wählen. Jeder Professor darf aber nicht weniger als sechs Clienten haben. Die vier Facultäten werden künftig in sieben getheilt werden. Die einzelnen Facultäten werden nicht mehr direct mit dem Director der Erziehung correspondiren dürfen, sondern auch ihre particularsten Angelegenheiten müssen, um vor den Director zu gelangen, vom gesammten Senate verhandelt werden. Die Senatssitzungen werden unbedingt öffentlich sein; auch den Studenten ist der Zutritt gestattet. Zwischen den Director der Erziehung und den Senat wird eine sogenannte „Schulcommission" gestellt, welche „den Senat und die Facultät zu überwachen hat". Diese Commission soll theilweise aus Professoren bestehen, die also ihre eignen Herren Collegen zu beaufsichtigen haben.

Italien.

***Rom**, 19. April. Die Hoffnungen auf eine gute Aernte wurden für dieses Jahr in unsern Gegenden während der verflossenen Woche mit den Keimen der jungen Frühlingsvegetation durch heftige Stürme, ungewöhnliche Kälte, Regen und Hagelschlag geknickt, und die heiter geglaubte Zukunft hat sich somit für die Aussicht vieler Tausende aufs neue umwölkt. In der latinischen Ebene setzte das Unwetter besonders den blühenden Fruchtbäumen zu, während in den nahen Gebirgen die sprossenden Reben mehr als man fürchtete gelitten haben. So hören wir aus Velletri (der etwa 6 deutsche Meilen von hier auf dem Wege nach Neapel entlegene Ort verhandelt jährlich über eine Million Thaler der besten Rothweine), daß die Rebenpflanzungen gerade der fruchtbarsten Hügel der ganzen Umgegend dergestalt rasirt sind, daß man kaum noch die Spur der Blätter und Fruchtknospen aufzufinden vermag, die Verwüstungen mit Einem Worte allgemeiner und größer waren als im Jahre 1843. Die Nahrungsmittelnoth hat sich in unserer Stadt und ihren nächsten Umgebungen, für den Augenblick wenigstens, in eine unter den gegebenen Umständen erträgliche Theuerung verwandelt, da aus Konstantinopel bedeutende Getreideladungen durch anconitanische Schiffe meist über Civitavecchia fort und fort zu uns gelangen. Dagegen leiden noch immer mehre nordöstliche Gegenden des Kirchenstaats an Getreidemangel, weil ihre ärmern Einwohner die von den Verkäufern gestellten Preise nicht bezahlen können oder wollen.

Bei nächtlicher Stunde entsprangen aus dem römischen Hauptgefängnisse Carceri Nuovi sechs Verbrecher; sie hatten aus den ihnen zum Lager dienenden zerschnittenen Strohsäcken Stricke gedreht, an denen sie sich von einer ziemlichen Höhe herab auf die Straße niederließen, während die Schildwache durch den herabrauschenden Regen in Schlaf gesunken war.

— Der Messagere Modenese schreibt: „Mit Vergnügen können wir die zwischen dem Erzherzoge Ferdinand Karl Victor (geb. 20. Jul. 1821), Bruder unsers regierenden Souverains, und zwischen der Erzherzogin Franzisca Maria Elisabeth (geb. 17. Jan. 1831), Tochter weil. Erzherzogs Joseph, Palatins von Ungarn, bereits festgesetzte Vermählung zur öffentlichen Kenntniß bringen. Die Vermählungsfeier ist auf den nächstkommenden Herbst festgesetzt."

Rußland und Polen.

Der hamburger Börsenhalle wird aus **Petersburg** vom 20. April geschrieben: „Gestern erschien ein Ukas, wonach 30 Mill. Rub. S. von den baar vorräthigen Geldern in Fonds von gutem Credit angelegt werden sollen, um solche Gelder wieder nutzbringend zu machen, was hier allgemein als eine sehr vernünftige Maßregel erkannt wird. Der Vortheil einer solchen Operation soll zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden."

Griechenland.

Nach auf außerordentlichem Weg aus **Athen** vom 19. April eingetroffenen Nachrichten ist durch königl. Ordonnanz vom 18. April das Ministerium Kolettis vervollständigt worden und nunmehr in folgender Weise zusammengesetzt: Rigas Palamides, Präsident der Abgeordnetenkammer, Minister des Innern; Koryphiotakis, Abgeordneter von Sparta, Finanzminister (an die Stelle des Hrn. Poniropoulos); Konstantin Kolokotronis, Abgeordneter von Karitena, Justizminister; Glaraklis, Senator, Minister des Cultus und öffentlichen Unterrichts; Bulgaris, Senator, Marineminister (an die Stelle des Admirals Kanaris); Kolettis, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Conseilpräsident; Heneral Tzavellas, Kriegsminister.

— Ein Schreiben aus **Athen** vom 18. April in der augsburger Allgemeinen Zeitung sagt über Kalergis: „Die gegen den Thron selbst gerichteten Intriguen des in London so gefeierten Septemberhelden Kalergis werden nach und nach bekannt. Er soll sich dort wirklich für einen wichtigen Mann geltend gemacht und Aufmunterungen jeder Art empfangen haben. Dafür soll ihm die Bedingung auferlegt worden sein, für keinen russischen Prinzen zu wirken. Einstweilen sitzt er in Zante und sammelt die paar unzufriedenen Maurokordatisten, die sich freiwillig verbannten, um als Verfolgte die gegen die Regierung verbreiteten Lügen zu bekräftigen."

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Ancona: „Die Anwesenheit des griechischen Generals Kalergis auf der Insel Zante mußte in Folge der Rolle, welche derselbe in Griechenland gespielt, seiner directen Ankunft aus England und des Zusammenströmens hellenischer Parteigänger um so mehr Aufsehen auf den Jonischen Inseln sowol als auf den gegenüberliegenden griechischen und türkischen Gebieten erregen, als dieselbe mit der Kunde des nahe bevorstehenden Erscheinens englischer Kriegsschiffe auf der Rhede des Piräus zusammentraf. Bald wurde es auch deutlich, daß Kalergis' Ankunft einem politischen Zwecke nicht fremd war. Sendungen Vertrauter nach dem Festlande fanden ununterbrochen statt, und die laute Sprache der hellenischen Ankömmlinge bewies, daß der Zweck ihres Erscheinens in der Nähe Griechenlands eine Umwälzung in demselben auf dem Wege der nahe bevorstehenden Wahlen zum hellenischen Parlamente sei. Die Hoffnungen der Flüchtlinge scheinen indessen im Abnehmen zu sein. Der erwartete Bruch zwischen der Regierung zu Athen und der Pforte ist nicht eingetreten; militairische Bewegungen finden von keiner Seite statt, und selbst die englischen Schiffe liegen ruhig an der Küste vor Anker. Auch beginnen sich bereits Aeußerungen der fremden Gäste auf Zante in einem Sinne Luft zu machen, welcher auf getäuschte Hoffnungen hindeutet. Im Innern der hellenischen Staaten herrscht vollkommene Ruhe, ungeachtet der aufregenden Sprache der unter fremdem Einflusse stehenden Blätter, welche die Regierung in allen Richtungen verunglimpften."

Türkei.

Konstantinopel, 14. April. Nebst der einfachen Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zu Griechenland werden in kurzem, wenn die Bemühungen der wahren Freunde Griechenlands zu keinem günstigen Ergebnisse gelangen, weitere Maßregeln vom Divan ausgehen, die theils bloße Gehässigkeit, theils aber auch entschiedene Feindseligkeit gegen die Griechen zum Grunde haben. Diese sind: eine strengere Handhabung des Verbots, welches den Griechen die Betreibung einiger Gewerbe untersagt, die durch die Gesetze den Türken vorbehalten sind. Dies droht, eine nicht unbedeutende Anzahl von griechischen Gewerbsleuten erwerblos zu machen. Ferner: Sperrung der beiden Meerengen für die griechische Handelsmarine, eine Maßregel, die dem griechischen Handel einen empfindlichen Stoß beibringen würde. Endlich: Zusendung der Pässe an den hiesigen griechischen Geschäftsträger, Hrn. Argyropoulos. Reschid-Pascha, der nun wieder ganz Türke geworden, besprach die Sache vor einigen Tagen mit Hrn. Wellesley in einer längern Conferenz. Der britische Repräsentant widerrieth sowol die Sperrung der Meerengen als die Rücksendung der Pässe, wenigstens für den Augenblick, und machte den Großvezier darauf aufmerksam, daß es der gegenwärtigen Lage am angemessensten sein dürfte, jeden weitern Schritt bis auf das Eintreffen der von den fünf Großmächten erwarteten Erwiderung auf das Memorandum der Pforte zu vertagen. (A. Z.)

Handel und Industrie.

* Frankfurt a. M., 2. Mai. Die unlängst stattgehabte erste Abrechnung der hier domiciliirten Main-Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft, deren Dienst sich von den Niederlanden bis an den Main erstreckt, hat ein überaus günstiges Resultat nachgewiesen. Das Betriebscapital beträgt 516,000 Fl. Die Einnahmen beliefen sich auf mehr als 200,000 Fl., sodaß nach Abzug der laufenden Kosten, des statutenmäßigen Betrags für den Reservefonds und der erforderlichen Summe für Reparaturen, eine Summe von mehr als 100,000 Fl. zur Dividendevertheilung bestimmt werden konnte. Die Dividende macht etwa 23 Proc. Zur größern Ausdehnung des Geschäfts sollen noch mehre neue Schiffe angeschafft werden. — Nach einer Mittheilung aus London hat das dortige Comité von Inhabern spanischer Fonds, in Folge eines ihm mitgetheilten Schreibens des spanischen Finanzministers Salamanca, Hrn. J. Henderson beauftragt, den Sitzungen der von dem genannten Minister niedergesetzten Commission zur Regelung der Staatsschuld beizuwohnen und dem Comité fortlaufenden erforderlichen Bericht zu erstatten. — Die allgemeine Direction der spanischen Amortisationskasse hat, wie Briefe aus Madrid berichten, daselbst bekannt gemacht, daß sie am 31. Mai mit der Entgegennahme von Obligationen der inländischen 3procentigen Schuld zum Behufe des Umtausches gegen neue Stücke beginnen werde. — In unserer Effectensocietät war es heute ziemlich lebhaft und die Notirungen schlossen (um halb 2 Uhr) etwas höher. Spanische inländische 3proc. Rente 20⅜, Verbacher Eisenbahnactien 91⅛, Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien 70½, Taunuseisenbahnactien blieben dagegen niedriger, nämlich auf 357, da die Aprileinnahme um etwa 3000 Fl. weniger betragen hat als in demselben Monate des vorigen Jahres.

Börsenbericht. * Leipzig, 4. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118⅝ G.; Sächsisch-Bairische 85⅛ Br., 85¼ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ bezahlt und G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200⅛ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110⅛ Br.; Litt. B. 99⅜ G.; Köln-Mindener per Ult. 90 G.; Thüringer 94 G.; Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 70⅛ G.; Altona-Kieler 107½ Br., 106⅝ bezahlt; Pesther 99½ G.; Dessauer Bankactien 100⅜ Br., 100⅛ G.

Wasserstand am Pegel der tiefen Elbbrücke am 4. Mai früh 7 Uhr: 6° 13″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 30. April. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 104¾, 4½pc. Handels. 172¾. London, 28. April. 3pc. Cons. 86⅜; Port. 3pc. 34; Span. act. 23⅛; 3pc. 34⅞; Holl. Int. 58½. Paris, 30. April. 5pc. 115. 90; 3pc. 78; Bankact. 3255. Wien, 1. Mai. Bkact. 1580; Met. 5pc. 107½; 4pc. 97⅛; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 117⅛.

Actien. Paris, 30. April. Eis. St. Germ. 942½; Versail. r. 337½; Paris-Orleans 1231¼; Paris-Rouen 938½; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 436½; Rouen-Havre 670; Marseille-Avignon 771½; Strasburg-Basel 183¾; Orleans-Bordeaux 515, Orleans-Vierzon 583½; Nord 630. Wien, 1. Mai. Nordb. 167; Gloggn. 123; Mail. 109½; Livorn. 88½; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 3. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½ Br., 3½pc. Staatssch. 92⅞, 3½pc. Pfandbr. westpreuß. 93⅛, ostpreuß. 95½ Br., posen. 94, schles. 96½, 4pc. posensche 101½, neue 3½pc. 92, kur- und neumärk. 95⅛ Br.; Louisdor 111⅞, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109⅝, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 98⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 90⅝, 5pc. 101⅝, Berl.-Stett. 107⅛ Br., Cöln-Minden 4pc. 90⅛, Crak.-Oberschl. 4pc. 76, Düss.-Elberf. 5pc. 106, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altona. 4pc. 107½ Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 86⅛, Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101½, Zweigb. 4pc. 61¾, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾ Br., Litt. B. 4pc. 96½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 79, Rhein. 85, Prior.-Stamm 4pc. 89¾ Br., Prior.-Act. 4pc. 90⅝ Br., Thüring. 4pc. 84, Wilh.-Bahn 4pc. 85¼, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81, Berg.-Märk. 4pc. 81¼, Berl.-Anh. 98⅜, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90, Magd.-Wittenb. 82¼, Mail.-Bened. 4pc. 110½, Mecklenburg 74 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 83 Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 99½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92¾, Poln. Schatzobl. 4pc. 80½, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 95⅛ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93½, Bkcert. Zinsl. 10½ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 84¼, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 31¾, Gard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9½, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Geleises für die 10. Section, in einer Gesammtlänge von 35,085 Fuß, in zwei Loose abgetheilt.

Mittwoch den 26. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocale der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staats-Eisenbahnen zu Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs zu der Adjudication der Bahnstrecken der 10. Section (abgetheilt in zwei Loose), welche eine Gesammtlänge von 35,085 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 26. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags an gerechnet, vollendet werden. Veranschlagt sind für diese Section:

Erstes Loos: Feldmark Marburg, für die Länge von 18,225 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises . . . . . 53,000 Thlr.

Zweites Loos: Feldmarken Cappel, Gisselberg und Niederweimar, für die Länge von 16,860 Fuß . . . . . 102,000 Thlr.

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenso wie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Oberingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 30. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.

[1819—21] **Ruhl.**

In meinem Verlage ist neu erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Handbuch der chirurgischen Anatomie

von

Dr. *Gustav Ross.*

Erste Abtheilung:

Chirurgische Anatomie der Extremitäten.

Gr. 8. Geh. 20 Ngr.

Leipzig, im Mai 1847.

(1830) **F. A. Brockhaus.**

Für Staatsärzte, Polizeibeamte, Thierärzte und Oekonomen

zur Nachricht, daß von Dr. **K. F. W. Junke's Handbuch der speciellen Pathologie und Therapie** der größern nutzbaren Hausthiere u. s. w. soeben in der **zweiten Auflage** auch des ersten Bandes zweite Lieferung erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben ist. Preis der ersten Lieferung 1 Thlr. und der zweiten Lieferung 27 Ngr. in Median-Octav, brosch.

Digitized by Google

Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Geleises für die 11. Section, in einer Gesammtlänge von 28,315 kasseler Fuß, in zwei Loose abgetheilt.

Donnerstag den 27. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocale der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staatseisenbahnen in Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs zu der Adjudication der Bahnstrecken der 11. Section (abgetheilt in zwei Loose), welche eine Gesammtlänge von 28,315 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 27. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags an gerechnet, vollendet werden. Veranschlagt sind für diese Section:

Erstes Loos: Feldmark Wenkebach und Niedervalgern, für die Länge von 12,860 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises . . . . . 14,400 Thlr.

Zweites Loos: Feldmark Fronhausen, für die Länge von 15,455 Fuß . . . . . 39,000 Thlr.

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebensowie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Ober-Ingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 30. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Eisenbahnen.
[1816—18] **Ruhl.**

Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.

Die nach §. 24 des Statuts der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft jährlich abzuhaltende **Generalversammlung** der Actionaire wird auf

Freitag den 28. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, im Bahnhofsgebäude zu Gr.-Oschersleben

hierdurch einberufen. In derselben wird:

1) der Geschäftsbericht des Directoriums vorgetragen;
2) die Rechnung für das Verwaltungsjahr 1846 vorgelegt und ein gedruckter Rechnungsabschluß an die Actionaire vertheilt;
3) zur Wahl neuer Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter geschritten;
4) behufs Schlichtung der unter den Actionairen entstandenen Differenz über die Gültigkeit des in der Generalversammlung vom 20. Mai v. J. gefaßten Beschlusses, wegen Ueberlassung der Nutzung der Bahn und deren Einnahmen auf ewige Zeiten an die Berlin-Potsdam-Magdeburger Gesellschaft, gegen eine unveränderliche 5procentige Rente, resp. Schuldscheine der Gesellschaft, in Folge §. 73 des Statuts, das schiedsrichterliche Verfahren vorbereitet, eventuell zur Wahl der Schiedsrichter geschritten; endlich
5) über die von stimmberechtigten Actionairen etwa anzubringenden Anträge abgestimmt werden.

Theilnahmsberechtigte Actionaire (§. 25 des Statuts), welche an dieser Generalversammlung Theil nehmen wollen, haben sich nach §. 27 des Statuts, der Bestimmung des Directoriums gemäß,

am 27. Mai d. J., in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr,
oder in den Nachmittagsstunden von 3 bis 6 Uhr,
in Magdeburg, im Geschäftslocale der Gesellschaft, am Brückthore;
in Halberstadt, auf dem Rathhause, beim Stadtrath **Köhler**;
in Braunschweig auf dem Rathhause, beim Stadtrath **Hinke**

zu melden und durch Vorzeigung von fünf oder mehr Gesellschafts-Actien zu legitimiren, und erhält hierauf jeder eine Eintrittskarte, auf welcher die Zahl der ihm gebührenden Stimmen vermerkt ist. Frühere oder spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Wer für einen Actionair als dessen Bevollmächtigter eine Einlaßkarte lösen will, hat sich dazu durch Vollmacht, deren Unterschrift dem Beamten des Directoriums bekannt, eventuell durch eine Behörde oder einen Beamten mit öffentlichem Siegel beglaubigt ist, zu legitimiren. Bevollmächtigte können zur Generalversammlung nach §. 25 des Statuts nur zugelassen werden, wenn sie selbst stimmfähige Actionaire sind und als solche eine auf ihren Namen lautende Eintrittskarte erhalten haben. Sie haben außerdem eine Eintrittskarte ihres Machtgebers und eine schriftliche Vollmacht desselben zu produciren. Es darf jedoch Niemand in der Eigenschaft als Bevollmächtigter mehr als 20 Stimmen abgeben.

Actionaire, welche einen Gegenstand in der Generalversammlung zum Vortrage bringen wollen, müssen ihr Vorhaben, unter ausführlicher Angabe der Motive, mindestens 10 Tage vor der Versammlung dem unterzeichneten Vorsitzenden schriftlich anzeigen.

Die verfassungsmäßigen Beschlüsse der bevorstehenden Generalversammlung, zu welcher die stimmfähigen Actionaire der Bahn hierdurch eingeladen werden, haben nach §. 25 des Statuts, ohne Rücksicht auf die Anzahl der erscheinenden Actionaire, für alle Actionaire verbindende Kraft, insonderheit wird demnächst in Ansehung der vorstehend unter Nr. 4 bezeichneten Differenz, nach dem Resultate des zu gewärtigenden schiedsrichterlichen Spruches verfahren werden.

Halberstadt, den 29. April 1847.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Magdeburg-Halberstadter Eisenbahn-Gesellschaft.
[1797] (Ges.) **Krüger.**

Chemnitz-Riesaer Eisenbahn.

Neunte Einzahlung.

Die neunte Einzahlung von 10 Thlr. auf jede Actie der Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft wird hiermit ausgeschrieben. Dieselbe ist vom

1. Mai 1847

ab bis zum

15. Mai 1847, Abends 7 Uhr,

im Bureau der Gesellschaft in Chemnitz zu leisten, und zwar mit

9 Thlr. 6 Ngr. baar und
— „ 24 „ durch Zurechnung der Zinsen für die eingezahlten 80 Thlr. vom 16. Februar bis 15. Mai 1847

bei Vermeidung der durch die Statuten festgesetzten Conventionalstrafe von 10 Procent der Einzahlungssumme (1 Thlr.) unter Rückgabe der vom 15. Februar 1847 datirten Interimsactien, welche gegen neue dergleichen, auf den Gesammtbetrag der Einzahlung von 90 Thlr. lautende eingetauscht werden.

Chemnitz, den 1. März 1847. [1786]

Directorium der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn-Gesellschaft.

Im Verlage von **Gustav Brauns** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Beiträge zur Kenntniss des deutschen Postwesens.

Herausgegeben von

G. F. Hüttner,

k. sächs. Ober-Postamts-Secretair zu Leipzig.

1. Heft. [1812]

12 Bogen. 8. Ladenpreis ⅔ Thlr.

Bei **A. Förstner** in Berlin ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die medicinische Anwendung der Aetherdämpfe.

Von

Dr. J. Bergson.

Mit 1 Holzschnitt. Gr. 8. VI und 133 S. Br. 18 Sgr.

Klinische und anatomisch-pathologische Untersuchungen über die wichtigsten Krankheiten des kindlichen Alters

von

F. L. Legendre.

Deutsch von Dr. **W. Oppermann.**

Gr. 8. X u. 230 S. Br. 1 Thlr.

Grundriß der Physik.

Als Leitfaden zum Gebrauch für den Unterricht bearbeitet von [1753]

Dr. W. A. Rüst.

Mit Holzschnitten. Gr. 8. Br. 132 S. 18 Sgr.

Soeben erschien bei mir:

Mein Verhältniß zur Reformgenossenschaft und mein Abgang von Berlin.

Zur Charakteristik der neuesten Bestrebungen

von

Dr. Salomon Friedländer.

Geheftet. Preis 7½ Ngr.

Leipzig, am 27. April 1847.

[1731—33] **Wilhelm Jurany.**

Gewölbe-Vermiethung in Frankfurt a. d. O.

Die Hälfte eines geräumigen schönen Gewölbes und Comptoir-Stube, in bester Lage am Markt in Frankfurt a. d. O., ist für nächste und folgende Messen zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt Herr **George Illers** in Leipzig. [1782—83]

Associé-Gesuch.

Für ein in blühendem Aufschwunge befindliches Fabrikgeschäft, welches eine der ergiebigsten, der Mode nicht unterworfenen Branchen bearbeitet und in einem der Hauptplätze Sachsens seinen Sitz hat, wird die Aufnahme eines Theilnehmers beabsichtigt, der seine Wirksamkeit vornehmlich dem Comptoirgeschäft widmen, womöglich von Zeit zu Zeit kleine Reisen unternehmen und ein Capital von circa 20,000 Thlr. einlegen könnte. Unter der Chiffre **H. T. 1**, poste restante franco Leipzig, werden Anträge entgegengenommen. [1743—44]

Die Trinkanstalten für künstliche Mineralwässer in Dresden und Leipzig werden

den 31. Mai eröffnet,

den 11. September geschlossen werden

[1800]

und folgende Wässer darbieten:

den Sprudel, Neu-, Mühl- und Theresienbrunnen von Karlsbad; den Kesselbrunnen und das Krähnchen von Ems; die Grande-Grille von Vichy; den Kreuz- und Ferdinandsbrunnen von Marienbad; den Franzens- und Salzbrunnen von Eger; den Schlesischen Salzbrunnen; den Ragozi von Kissingen; die Elisabethquelle von Kreuznach; den Trinkbrunnen von Driburg; den Hauptbrunnen von Pyrmont; den Pouhon von Spaa; den Stadtbrunnen von Wildungen; die Adelheidsquelle von Heilbrunnen; den Narzan von Kislawodsk am Kaukasus; den Brunnen von Wildegg im Aargau und von Homburg vor der Höhe. Ebenso wird warmer Kreuzbrunnen von 32° Réaum. bereit gehalten werden.

Für Kranke, welche ein Mineralwasser mit Milch oder süssen Molken trinken sollen, sind die nöthigen Vorkehrungen getroffen worden.

Uebrigens werden, ausser den oben erwähnten Wässern, auch zum Versenden stets bereit gehalten: die Wässer von Karlsbad, mit Inbegriff des Schlossbrunnens, sowie von Ems und Vichy, von Selters, Bilin, Geilnau, Fachingen, Wildungen, Gudowa, Nenndorf, die Bitterwässer von Saidschitz, Püllna und Friedrichshall, Sodawasser, Magnesiawasser, Natrokrene und kohlensaures Bitterwasser von Dr. Meyer.

Die sämmtlichen hier genannten Mineralwässer sind auch an den Badeorten Kösen und Lauchstädt zu haben, und es ist daselbst Einrichtung getroffen, dieselben nach den Temperaturgraden ihrer Quellen verabfolgen zu können.

Dresden, den 29. April 1847.

Dr. ***Struve.***

Mineralbad und Molkencur-Anstalt zu Bad Liebenstein

(im Herzogthum Sachsen-Meiningen).

Das hiesige Mineralbad, das durch die im vorigen Jahr erbohrte neue Quelle, deren Analyse bereits veröffentlicht ist, eine wesentliche Verbesserung erfahren hat, wird in diesem Jahre am 30. Mai eröffnet. Am genannten Tage findet auch die Eröffnung der Molkencur-Anstalt statt. Die Molke wird aus Ziegenmilch mittels Lab und doppelter Scheidung bereitet, in geeigneten Fällen kann sie recht zweckmäßig mit dem Mineralwasser vermischt angewendet werden.

Wegen näherer Auskunft kann man sich an die unterzeichnete Stelle oder direct an den Brunnenarzt Dr. Döbner wenden, dem auch die ärztliche Leitung und Controle der Molken-Anstalt übertragen ist. Wie früher, so ist auch in diesem Jahre wieder dafür Sorge getragen, daß bei dem Curpachter mehre Sorten Mineralwasser als Ragozi, Selterser-, Emser-, Saidschitzer- und Friedrichshaller-Wasser, stets vorräthig zu haben sind. [1811]

Liebenstein, den 1. Mai 1847.

Die Herzogliche Bade-Direction.

Dampfschiffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat Mai:

von **Magdeburg**		von **Hamburg**	
Sonntags, **Dienstags,** **Donnerstags,** **Freitags,**	Nachmittags 3 Uhr.	**Sonntags,** **Dienstags,** **Donnerstags,** **Sonnabends,**	Abends 6 Uhr.

Außerdem werden wöchentlich noch zwei Schleppschiffe expedirt und zwar:

von **Magdeburg:** **Sonntags** und **Donnerstags,**

von **Hamburg:** **Sonntags** und **Mittwochs.**

NB. Bücher rangiren von jetzt an in der zweiten Klasse unsers Frachttarifs.

Ermäßigte Fahrpreise:

1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** excl. Bett I. Cajüte 4⅓ Thlr., II. Cajüte 3 Thlr.
1 „ „ **Hamburg** „ **Magdeburg** „ „ I. „ 3⅓ „ II. „ 2 „
1 „ „ **Magdeburg** „ **Hamburg** u. zurück oder v. v. I. „ 6 „ II. „ 3⅓ „

Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte vorstehender Passagepreise für die einfache Reise von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg.**

1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn II. Wagenklasse bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 15 Ngr.;

1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn III. Wagenklasse bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 4 Thlr. 5 Ngr.;

von **Hamburg** nach **Leipzig:**

1 Person I. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 5 Thlr. 15 Ngr.,

1 Person II. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 3 Thlr. 5 Ngr.;

von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg** und zurück oder vice versa

1 Person II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und I Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 10 Thlr. 10 Ngr.,

1 Person III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 10 Ngr.

Es ertheilen nähere Auskunft und Billets in **Leipzig** Herr **Ferd. Sernau,** Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Compagnie.

Magdeburg, im Mai 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.

[1831—32] **Holtzapfel.**

Cirque-Equestre

von E. Renz auf dem Königsplatze.

Mittwoch den 5. Mai, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Contredanse française, geritten von vier Herren und vier Damen. — Production des kleinen sechsjährigen Traugott. — Le chevalier et la Sylphide par Mons. et Mad. Tournaire. — Les petits cercles par Mons. Tournaire. — Das holländische Trautchenspringen, ausgeführt von Mad. Renz. — Die vier Jahreszeiten, allegorische Verwandlungsscene, dargestellt von Herrn Rudolph. — Der Vollbluthengst Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Le cours rapide par Mons. Pelsenmeier.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

[1810] **E. Renz,** Director.

Alexisbad.

Die diesjährige Bade- und Trinkcur im Alexisbade wird mit dem 1. Juni beginnen, und sind von da ab die Stahl-, Soel-, Regen- und Douchebäder in den verschiedenen Formen zu haben; auch ist dafür Sorge getragen, daß zu jeder Zeit frisch bereitete Ziegenmolken verabreicht werden können. Durch vorjährige Aufführung einiger Neubauten ist dem fortherigen Mangel an Logis abgeholfen, und findet in den Monaten Juni und August eine Verringerung der Preise für Logis statt.

In ärztlichen Beziehungen wolle man sich an den Badearzt Medicinalrath Dr. **Ziegler** in Ballenstedt, welcher während der Saison im Alexisbade wohnt, wenden, und Logisbestellungen bittet man zeitig bei dem Hausverwalter **Münch** in Alexisbad zu machen.

Bernburg, den 26. April 1847.

Herzoglich Anhaltische Kammer.

[1798—99] **v. Braun.**

Bitte.

Durch das große Brandunglück, welches am 8. d. M. unsere ohnedies verarmte Stadt betroffen hat, sind in wenigen Stunden 91 Wohnhäuser, 75 Hintergebäude und Stallungen sowie 23 Scheunen ein Raub der Flammen, an zweihundert Familien obdach- und nahrungslos und bei der gegenwärtig bedrängten Zeit doppelt unglücklich geworden. In diesem Moment des höchsten Nothstandes hiesiger Einwohner wenden wir uns auf öffentlichem Wege an die hochherzigen Bewohner unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes, welche bei jeglichem Unglücke ähnlicher Art sich immer so schön und thätig bewiesen und nach christlicher und deutscher Pflicht den unglücklichen Brüdern beigestanden haben; was auch uns die Hoffnung einflößt, bei denselben ein thätiges Mitgefühl in unserm unaussprechlich großen Unglücke zu finden. Wir erlauben uns, die wohllöblichen Behörden und die hochwürdige Geistlichkeit jedes Ortes mit der freundlichen Bitte anzurufen, sich gefälligst der Einsammlung milder Gaben und deren Einsendung an uns, im Gefühl der Menschenliebe zu unterziehen.

Naudten in Nieder-Schlesien, 27. April 1847.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

[1826]

Agentur-Gesuch

für *Leipzig* u. *Umgegend.*

Ein Kaufmann u. Bürger in Leipzig wünscht für noch ein **renommirtes Haus** od. **Institut** als Agent zu fungiren. — **Schriftl. frank.** Anerbieten. **M.** bez., an Hr. **Apel & Brunner** hier gefäll. z. richten. [1827-28]

Todes-Anzeige.

Nach längerem Leiden verschied am 29. April d. J. früh ½12 Uhr der Kaufmann **Julius Christian Pabst** zu Naumburg a. d. S. in seinem 54sten Lebensjahre, welches Verwandten und Bekannten hierdurch anzeigen

die Hinterbliebenen.

Naumburg und Dresden,
am 2. Mai 1847. [1825]

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 125. (5. Mai 1847.)

Ueberblick.

Der Krieg im Kaukasus.
Deutschland. ◊ Dresden. Die Theuerung.
Ankündigungen.

Der Krieg im Kaukasus.

In einer Zeit, wo die Aufmerksamkeit jedes Staatsmannes sich auf Rußland richtet und die Geschicke dieses Reichs auch die mehrer andern Nationen einzuschließen und selbst auf den Gang der Zeit und des Civilisationslebens einzuwirken scheinen, wird es nicht ohne Interesse für einen ernsten und denkenden Leser sein, die Wirksamkeit dieses jungen Kolosses sowol in seinem Bestreben, sich nach außen zu erweitern, als in seinen Bemühungen für Behauptung des Erworbenen zu beobachten. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten: Rußland arbeitet mit Geschick und Geduld, mittels seiner Diplomatie, daran, Terrain im Orient zu gewinnen, um sich dann festen Fußes gegen die Welt des Westen zu erheben; aber die Kriege, die es gleichzeitig zu führen gezwungen ist, um sich mit Gewalt die auf diplomatischem Wege erworbenen Länder zu verschmelzen, sind wahre krampfhafte Kämpfe des Kolosses, die ihn unablässig auf seinem diplomatischen Eroberungsgange stören und selbst mit innerer Auflösung bedrohen. Der erste etwas geschicktere und energischere Widerstand des Westen, selbst auf rein diplomatischem Gebiete, kann ihm gefährliche Erschütterungen zuziehen.

Unter diesen Umständen erlangt der Kampf in Tscherkessien europäische Wichtigkeit. Gleichwol und obschon er von Jahr zu Jahr in weiterm Umkreise um sich greift, hallt er doch nur in sehr gedämpfter Weise in Europa wider, und die Nachrichten von seinen Wechselgängen wirken, indem sie solchen Raum durchlaufen, nur sehr langsam auf das westliche Publicum ein.

Die Mittheilung, die wir den Lesern darbieten, ist eine gedrängte Uebersicht der Statistik des Landes und gibt deutliche Anschauungen über den Kriegsschauplatz bis 1846; sie ist um so werthvoller, als die russische Regierung vor nicht zu langer Zeit, durch ausdrücklichen Erlaß, jedem Fremden verboten hat, unter was immer für einem Vorwande in dieses Land zu dringen. Der Urheber des Documents hatte es für die russische Regierung gearbeitet, und nur einige Zeilen über Schemil-Bey waren für das europäische Publicum bestimmt. Die gegenwärtigen Verhältnisse der europäischen Staaten sind geeignet, dem kaukasischen Krieg eine neue Bedeutung beizulegen. Rußland fühlt dies sehr wohl, und General Woronzoff erhielt Befehl, so schnell als möglich mit den Stämmen, unter Darbietung vortheilhafter Bedingungen, aufs Reine zu kommen; aber trotz seiner Geschicklichkeit haben sich die Tscherkessen nicht fangen lassen. Die Tribus von Szaßzuk und Mattacz, denen man den Frieden und die Räumung einiger Forts auf ihrem Boden anbot, wiesen das mit folgenden wörtlich mitgetheilten Ausdrücken zurück: „Wir wollen nicht mit euch unterhandeln; wir sind aber recht froh, euch in unserer Nähe zu haben, das erspart uns den Weg, euch am Don zu suchen, um uns Beute zu holen.“ Zwar wurden die Adeligen einiger Stämme durch die Versprechungen Woronzoff's verlockt und übergaben sich ihm zu Tiflis; aber während sie seinem Verlangen, daß sie neutral bleiben sollten, nachgaben, erhob das edle und mächtige Geschlecht von Kierandukk plötzlich das Banner des Aufstandes, zerstörte eine russische Festung und nöthigte die Bevollmächtigten, Tiflis so schnell und heimlich als möglich zu verlassen, um nicht dort gefangen zu werden. Von zwölf Stämmen, aus denen die Tscherkessen bestehen, haben sieben, mit einer Bevölkerung von 160,000 Familien, den Krieg bis heute fortgesetzt; fünf andere beginnen sich zu erheben. Eine Zeit lang richteten diese kriegerischen Völkerschaften ihre Blicke auf das westliche Europa, von dort Hülfe oder doch Ermunterung erwartend. Merkwürdiger Vorgang! Die Halbbarbaren verlangten von der civilisirten Welt, von Deutschland, Frankreich, England, sie der traurigen Aussicht zu entziehen, eines Tages das schreckliche Werkzeug eines neues Eroberungskrieges zu werden. Dieser Hülferuf der Tscherkessen gereichte einen Augenblick zum Vortheile Rußlands. Die Unthätigkeit des Westen machte die Tscherkessen glauben, nur Rußland sei ein Staat mit festem Willen, mit energischer Klugheit, mit bedachter Thatkraft. Sie glaubten damals, dem orientalischen Fatalismus gemäß, es sei ihre Bestimmung, verschlungen zu werden. Heutiges Tages haben sich ihre Ansichten in dieser Beziehung sehr geändert; sie sind sich ihrer eignen Kraft bewußt geworden, rechnen nicht mehr auf fremde Hülfe und fangen an, sich unter einander immer inniger zu verstehen und zu verbinden.

Vielleicht wird die Schrift, die wir im Folgenden mittheilen, den europäischen Staatsmännern und einem denkenden Publicum von einigem Nutzen sein. Wir können noch andere nachfolgen lassen, die sich noch näher auf die dortigen Sitten, die Einzelheiten des Kriegs und die Charaktere der Personen, die dort handeln, beziehen; was dann die Schilderung in in vielfachem Betracht interessanter Weise vervollständigen würde.

Die Grenze des eigentlichen russischen Reichs wird durch die Linie des Kaukasus, deren Zug den für das Gouvernement des Kaukasus bestimmten Verwaltungsbezirk umfaßt, sowol abgetrennt als, wie man sagen kann, beschützt. Dieses scharf vorgerückte Bollwerk, zwischen die Grenzen des alten Rußlands, die neuen Eroberungen und die zweifelhaften Besitzungen eingeschoben, bildet ein Hufeisen, an dessen Basis sich das Land der Kosacken vom Schwarzen Meere lehnt, dessen Spitzen bis ans Kaspische Meer auslaufen. Mit Ausnahme der Kalmückenlager von Kara-Hogay und einiger andern Wanderstämme ist das Land eine Militaircolonie; die seßhaften Einwohner sind fast alle Soldaten, und blos einige Städte, wie Mosdok und Kislar, enthalten gemischte Bevölkerungen. Diese bewaffnete Einwohnerschaft ist fast immer zu Roß und entfaltet eine thätige und unermüdliche Wirksamkeit, wozu sie nicht blos durch das Gefühl ihrer militairischen Pflichten, sondern durch den Selbsterhaltungstrieb für Herd, Familie und Eigenthum bestimmt wird. Die Städte Georgiewsk, Mosdok, Stavropol, Kislar, Alexandrowsk und Sweti-Kwest sind alle befestigt. Stavropol vertheidigt den Kuban von der Seite Tscherkessiens, Georgiewsk die Maika, von der Seite der großen Kabarda, Mosdok den Terek, von der Seite der kleinen Kabarda, und Kislar denselben Fluß nicht weit von seiner Mündung dem nördlichen Daghestan zu. Der erste unter den festen Plätzen ist Georgiewsk, am linken Ufer der Kuma (Gumah nennen sie die Tscherkessen und Kabardier). Diese Stadt liegt auf einer gegen Süd, Nord und Ost ziemlich steilen Anhöhe. Die Wälle bilden ein mit Erde angefülltes Fünfeck; nur gegen Westen, wo der Abhang etwas weniger schroff ist, sind die Werke in Stein aufgeführt oder wenigstens damit bekleidet. Im Uebrigen ist die Stadt nach einem regelmäßigen Plane gebaut, aber die Häuser sind zum größten Theil so dürftig und schlecht, daß sie nur einen kümmerlichen Schutz gegen die Stürme der großen Steppe zu bieten versprechen. Die Umgebungen sind angenehm und keineswegs sumpfig, sodaß die Luft trocken und gesund ist. Man sagt jedoch, daß im Herbste Wechselfieber daselbst herrschen. In Kislar gibt es viele fleißige und wohlhabende, zum Theil, nach der Größe ihrer Wohnungen zu schließen, selbst reiche Armenier. Diese Stadt verdankt ihren Wohlstand zum großen Theil der Fruchtbarkeit ihrer Weinberge, aus denen man einen trefflichen Wein und einen in Geschmack und Güte dem Cognac wenig nachstehenden Liqueur gewinnt. Das Recht des Debits dieser gebrannten Wasser bringt der Regierung jährlich 600,000 Papierrubel, und man behauptet, daß keine russische Bezirksstadt so viel bringe wie Kislar. Mosdok ist eine feste und, weil sie die Straße nach Tiflis deckt und der Abgangspunkt des wöchentlichen Kuriers ist, wichtige Stadt. Sie wurde 1763 auf einem Platze erbaut, welchen Kurgesk Kuthiokin, der Fürst der kleinen Kabarda, den Russen abgetreten. Die Häuser sind meist von Holz oder Lehm und haben blos gegen den hinten befindlichen Hof Fenster, sodaß man von der Straße blos die Mauer und die Thüre sieht. Außer Russen und Armeniern bilden hauptsächlich Kabarden, Tscherkessen, Tataren und Ossäten die Einwohnerschaft dieser Stadt, wohnen aber meist in den Vorstädten. Die russische Post nach Tiflis und dem ganzen Kaukasus geht einmal die Woche an bestimmtem Tag und Stunde von Mosdok, unter einer Escorte von 3—500 (und manchmal mehr) M. Infanterie, ein bis zwei Feldstücken und 100—200 Kosacken ab, welche Geleitschaft nach dem Zustande der Dinge in den zu passirenden Gegenden ab- und zunimmt. Auf der Straße, einem durch die kleine Kabardei gezogenen Streifen, allein zu reisen, kann Niemandem einfallen, und der Reisende, der den Convoi benutzen will, muß sich zur bestimmten Zeit zu Mosdok einfinden oder bis zur nächsten Woche warten; denn besondere Escorten werden nur den im Auftrage der Regierung oder mit Depeschen reisenden Offizieren bewilligt. Wenn die Stunde der Abfahrt kommt, so stellt sich die Truppe in Schlachtordnung vor dem Quartier des Commandanten auf; die Karavane aber sammelt sich erst am Fort Alexandrowska, am rechten Ufer des Terek. Dieser Fluß ist so reißend, daß ihn die Barken nur mittels auf beiden Ufern in Rollen befestigter Seile passiren können. Die Truppe marschirt in offener Colonne, hinter der ersten Abtheilung das oder die Feldstücke, mit stets brennender Lunte, unmittelbar hinter der Artillerie der Kurier der Mallepost, welcher selbst das Pferd mit den Waaren führt, dann die Reisenden und zum Schlusse die zweite Abtheilung der Truppen. Die Kosacken schwärmen kundschaftend vor der Colonne und um ihre Seiten auf und ab, ein guter Theil von ihnen muß auch, wenn man der Station naht, Futter mähen. Man muß sich sehr hüten, sich auch nur einen Augenblick vom Convoi zu entfernen, wenn man nicht Gefahr laufen will, von meuterischen Kabarden oder in den Büschen lauernden Tscherkessen gemeuchelt oder fortgeschleppt zu werden. Folgendes ist die Marschroute von Mosdok nach Tiflis: Von der Schreckschanze von Alexandrowska bis Konstantinowska 40 Werst, von da bis Sambilewska 27, weiter bis Wladikawkas 22, bis Batta 22, bis Dariel-Kasbek 16, von da bis Kelei 16½, bis Kaichawez 16, weiter bis Passanonur 19, von da bis Ananowe 21, bis Duchet 10, von da bis Gastschikal 24 und dann bis Tiflis 26, zusammen 259½ Werst. Von Konstantinowska kommt man 7 Werst lang durch einen dicken Wald von Eichen, Eschen,

Digitized by Google

Pappeln u. Alexandrowska, Konstantinowska und Sambilowska sind Forts oder vielmehr Redouten, welche zum Schutze der Straße inmitten der Kabarden errichtet sind. Bei Wladikawkas erreicht man die Grenze der kleinen Kabardei. Es ist das eine von Natur furchtbar starke Position am Beginne der großen Kette des Kaukasus, aber eben deshalb hat der innere Anblick etwas Schreckendes und Abstoßendes. Das Fort hat, außer einigen Asiaten, nur Linientruppen und Kosacken mit ihren Familien zu Bewohnern; die Häuser sind aus Holz und mit Kalk übertüncht, die Straßen ziemlich breit und gepflastert. Von da überschreitet man den Terek auf einer Holzbrücke, worauf sich die Straße an diesem Flusse hinzieht, bald auf dem, bald auf jenem Ufer. Sieben Werste weiter kommt man bei dem Dorfe Balta über den Gipfel eines Berges, wo sich ein viereckiger steinerner Thurm von sehr alter Bauart, aber noch gut erhalten, befindet. Zwischen Lars und Dariel ist das Thal zwischen zwei Ketten von spitzen Felsen, Schiefer und Kalkstein, eingeschlossen. Der Terek nimmt fast den ganzen Raum dieses Thales ein und stürzt sich mit betäubendem Geräusche hindurch. Der Weg ist hier so eng, daß nur mit Mühe zwei Pferde neben einander gehen können; an Ausweichen ist kein Gedanke. 7 Werst von Lars kommt man an das Fort Dariel, was der Terek von dem alten Schlosse dieses Namens trennt, von welchem wunderbare Geschichten erzählt werden. Wichtiger und sicherer ist, daß man von hier aus die Lage der Pforten des Kaukasus erkennen kann.

Man gelangt nun zum Dorfe Kasbek unter dem Berge dieses Namens, welcher 14,000 Fuß über dem Schwarzen Meere hoch ist. Dorf und Berg heißen in der Landessprache Kimware, erhielten aber ihren jetzigen Namen zu Ehren des Generals Kasbek, der, ein geborener Georgier, mit Auszeichnung in der russischen Armee diente, aber sich im Lande mit einer Kabardin verheirathete. Dem Fort Kasbek gegenüber sieht man auf einer beträchtlichen Höhe eine Kirche mit zwei ziemlich hohen Thürmen. Dieses Gebäude wird der Königin Thamar, die in Georgien von 1171—98 regierte, zugeschrieben und trägt den Namen der heiligen Dreieinigkeit. Von Kasbek bis Kobi ist die Straße besser; sie zieht sich durch ein geräumiges, an einigen Punkten gut angebautes und ziemlich volkreiches Thal. Ueber Dariel hinaus kommt man in das von Georgien abhängige Land der Ossäten und Ingenchen. Die Letztern wohnen auf der linken, die Ossäten auf der rechten Seite der Straße. Das Aeußere dieser Völkerschaften nimmt nicht für sie ein; sie sollen auch träg und herabgekommen sein. Die Straße über die Berge Khustowoi-gora und Guttgora ist furchterregend und gefährlich; indem man auf einem schmalen Streifen zwischen einem hohen Berg und einem Abgrunde von 100 Toisen Tiefe wandert, läßt man zur Rechten das schöne Dorf Militi, was einen wunderschönen Einblick in den Thalgrund eröffnet. Hinter Kaichaver gelangt man, indem man ziemlich tief herabsteigt, zu dem Thale von Aragoi, und an dem ganz verschiedenen Charakter der Gegend sowie an den schlanken Gestalten und den schönen und regelmäßigen Zügen der Bewohner erkennt man leicht, daß man nun in Georgien ist. Hinter Passanonur kommt man in ein enges Thal, das sich in beträchtlicher Länge hinzieht. Auf dieser Wegstrecke bleibt der Fluß Aragoi beständig zur Linken; rechts erheben sich hohe Gebirge, fast gänzlich aus Granit und Schiefer bestehend. Ananun ist eine alte Stadt, auf einer Anhöhe gelegen; außer dem Schlosse hat sie nur etwa 40 Häuser mit 200 Einwohnern. Man bemerkt dort auch einen sehr starken, viereckigen steinernen Thurm. Dicht bei Ananun zeigt sich ein prächtiges Gebäude, was das Lazareth genannt wird, aber nur selten noch dieser Bestimmung dient. Duchet ist ein viereckiges Fort, von vier Thürmen flankirt. Das Land verliert hier allmälig an seiner Schönheit. Gastschikal ist ein kleines Dorf, nur durch seine ungesunde Lage bemerkenswerth. Ich fand fast alle Kosacken des Postens am Fieber daniederliegend. Man kommt jetzt an die Abzweigung der Straßen von Tiflis und von Imeretien. Kontais, der Hauptort letzterer Provinz, liegt 220 Werste weit. Mschet, ehemals Hauptstadt von Georgien, am Zusammenflusse des Kur und des Aragoi, enthält einige Alterthümer, unter denen die Kathedrale hervorzuheben ist, wo die Könige und die Erzbischöfe von Georgien die kirchliche Weihe empfingen. Hier passirt man den Kur und befindet sich bald im Angesichte von Tiflis. Schon bei der Abreise von Wladikawkas vermindert sich die Escorte bedeutend. Von Kaischaver bis Tiflis besteht sie nur noch aus einigen Kosacken.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

0 **Dresden**, 1. Mai. War es jemals heilige Pflicht der Presse, die öffentliche Meinung über die Ereignisse der Zeit aufzuklären und letztere in das wahre Licht zu setzen, so geben uns die gegenwärtigen Tage drückender **Theuerung** die dringendste Mahnung, diese Pflicht zu erfüllen. Wie man vor Zeiten, welche nicht allzu weit hinter den unserigen liegen, gewohnt war, ein über Einzelne oder ganze Gegenden hereinbrechendes Uebel als den Ausfluß dämonischer Gewalten zu betrachten dasselbe einzelnen Menschen oder ganzen Klassen der Bevölkerung, z. B. den Hexen oder gar den Juden zuschrieb und die grausamsten Verfolgungen gegen diese Unglücklichen verhängte, so wälzt man jetzt die Schuld der Theuerung auf Kornhändler und Producenten. Hat nicht hieran auch die Presse einige Mitschuld? Ja, sie trägt einen Theil derselben. Dem durch den Aberwitz des großen Haufens hervorgerufenen Wahnbilde des sogenannten Kornwuchers wird geschmeichelt, dieser Wahn wird genährt, und blindlings wird nachgebetet, was Der oder Jener in seinem unbedachten, Eifer vorbringt. Namentlich sind es eingestreute Bemerkungen bei Erzählungen von Thatsachen oder einzelne ganz unrichtige Auffassungen, welche in den weitverbreitetsten Blättern in Form von Wünschen und kurzen Besprechungen vorgebracht werden, die diesen Köhlerglauben nähren. Seine Anhänger stiften nichts Besseres als die Denuncianten einer Hexe, als die Aufreizer des rohen Haufens gegen die Juden, welche Hunderte zum grauenhaften Tod auf dem Scheiterhaufen führten; die Behörden, welche diesem Volksglauben durch im Sinne desselben gegebene, von ihm stürmisch geforderte Gesetze weitere Nahrung geben wollten, würden nicht besser handeln als die Richter, welche einst unschuldige alte Weiber, weil sie rothe Ränder um die Augen hatten oder die Hexenprobe nicht bestanden, zu diesem Schaudertod in bester Form Rechtens verurtheilten. Wehe Allen, die dieses Feuer schüren. Auf sie fällt eine schwerere Verantwortung als auf den armen Hungernden, der den ihm als Quelle seiner Noth bezeichneten Händler oder den Erzeuger der Früchte, welcher damit haushälterisch umgeht, seines Eigenthums beraubt. Diesen weiß der Arm der strafenden Gerechtigkeit zu finden, und statt sein Elend gemindert zu sehen, wird der Arme doppelt heimgesucht; Jenen, der unbedacht in Schrift oder Wort solchem Wahn genährt hat, vermag nur die höchste Gerechtigkeit aufzufinden und wird ihn dann für das Ueble, was er anstiftete, verantwortlich machen. Denn etwas Anderes ist es, auf Gebrechen der Verwaltung aufmerksam zu machen, etwas Anderes, begangene Unbilden zu rügen, um für jene bessere Principien, für diese Abstellung und Ausgleichung anzubahnen, ja sie mit aller Kraft der Rede, mit dem Donner der öffentlichen Meinung zu fodern, wenn es außerdem nicht gelingen will, der Vernunft und dem Recht Eingang zu verschaffen, im Gegensatze zu dem unbesonnenen Beginnen, die Volksleidenschaft aufzustacheln, die bereits blutende Wunde durch eingeträufeltes Gift zur unheilbaren zu machen.

Diese Wahrheit zu finden, wird freilich nicht immer leicht, allein wer sogar die Mühe scheut, danach zu suchen, der sollte dem Publicum auch die Mühe ersparen, seine ungeprüften Ideen zu lesen. Zu diesen gehört die Ansicht über den Nachtheil des Getreideaufspeicherns und Getreidehandels überhaupt, sowie der Wunsch einer gewaltsamen Einmischung des Staats in dieselben. Die Constitutionelle Staatsbürgerzeitung brachte in einer ihrer letzten Nummer einen kräftigen, lesenswerthen Artikel über die Gefährlichkeit der Staatseinmischung in das Privateigenthum durch gewaltsame Hinwegnahme der Getreidevorräthe. Er war hervorgerufen durch eine in derselben Zeitung aus Werdau als Wunsch ausgesprochene Schlußbemerkung, „daß die Regierung, um nicht das Schlimmste ausbrechen zu sehen, die Getreideböden im Lande revidiren lassen und die größern Oekonomen zwingen werde, einen Theil ihrer Vorräthe zu verkaufen; aber dies müsse bald geschehen, denn daß genug Getreide da sei und nur der Wucher die Theuerung hervorbringe, zeige sich, daß ein Begüterter in hiesiger (werdauer) Umgegend, welcher wenigstens drei Aernten liegen habe, gesagt haben solle, er verkaufe noch nichts, sein Getreide röche nach 14 Thlr. (der Scheffel), und hieran schließt der Berichterstatter die Aeußerung: „und solche Menschen können ihre Brüder verhungern sehen und immer noch gefühllos bleiben? Pfui, der schändlichen wucherischen Speculation!“ Wir heben diesen Satz hervor, dem wir unzählige Parallelstellen aus den meisten Wochen- und Anzeigeblättern des Landes, selbst aus dem Dresdner Anzeiger, hinzufügen könnten, welche alle mehr oder weniger die Kennzeichen oberflächlichster Beurtheilung im Sinne des Volkswahnes an sich tragen.

Die Begriffe über den Getreidehandel können sich nur dann läutern, wenn man die Versorgung eines ganzen Landes in Erwägung zieht. Der Durchschnittsbedarf für jeden Kopf in Deutschland wird auf drei dresdener oder sechs preußische Scheffel aufs Jahr angenommen; dies gibt bei einer Bevölkerung von 40 Mill. Einwohner 240 Mill. preußische oder 120 Mill. sächsische Scheffel aufs Jahr. Müssen wir nun leider in diesem Jahre annehmen, daß dieser Bedarf beiweitem nicht erzeugt ist, daß wol 30 Millionen sächsische Scheffel zu wenig erbaut sind, so ist es ganz natürlich, daß eine so große Nachfrage nach Getreide entstand, daß dessen Preis — das sicherste Merkmal für den Mangel oder Ueberfluß einer Sache — wie der jeder andern Waare, wo der Vorrath der Nachfrage nicht entspricht, sich bedeutend steigern mußte. Ein gleiches Verhältniß fand in Frankreich und England statt, wo die Durchschnittsverzehrungen an Getreide um ⅓ bis ¼ stärker als in Deutschland ist. In beiden Ländern war man aber etwas früher als in Deutschland über den bevorstehenden Getreidemangel klar. Dieser stellte sich nämlich bei uns anfangs weit weniger groß dar als später, wo man sich von dem unverhältnißmäßig geringen Ausdrusche bei ziemlich ertrglichen Garben überzeugte. Nun hatten aber England und Frankreich, letzteres hauptsächlich in Rußland, ersteres in Amerika sich zu approviantiren gesucht, während das mittlere Deutschland seine Hoffnung außer eben diesen Ländern vorzüglich auf Oesterreich setzte. Es gibt nämlich nur drei Möglichkeiten, einen bedeu-

tenden Mindererertrag einer Aernte auszugleichen: 1) alte Vorräthe, 2) Zufuhr von außen, 3) größere Sparsamkeit im Verbrauche. Alte Vorräthe waren nicht vorhanden, was man auch, wie obiger Artikel, von dem Aufspeichern mehrer Aernten sagen möge, da bereits das vorige Jahr, namentlich durch die Mißärnte in Kartoffeln, keinen nennenswerthen Ueberschuß gelassen hatte; denn 1 Million dresdener Scheffel reicht nach Obigem nur auf drei Tage! Zufuhr von außen ist in so großem Maße, abgesehen von der unerschwinglichen Geldsumme von 270 Mill. Thlr. nach jetzigem Preise, kaum zu beschaffen, denn es gehörte zu einer Anfuhr von 30 Mill. dresdner Scheffel nicht weniger als eine Flotte von 15,000 Seeschiffen von dem Gehalte der Schiffe in den deutschen Seehäfen! Daß diese bei den Kräften der deutschen Marine nicht aufzutreiben seien, wird jeder Sachkundige sagen müssen. Daher kann die Zufuhr nur auf einen Theil des fehlenden Bedarfs der Natur der Sache und Verkehrsverhältnisse nach gerichtet sein. Diese nur theilweise Befriedigung muß aber durch die ebendeshalb nie nachlassende Nachfrage ein fortwährendes Hochhalten der Preise hervorbringen. Ebendasselbe trägt aber in sich das Schutzmittel vor noch größerer und allgemeinerer Gefahr, es veranlaßt zu größerer Sparsamkeit in der Consumtion. Denn sehen wir die physische Unmöglichkeit, den Mangel an Körnern durch Zufuhr von außen zu decken, so führt uns letztere, wenn auch unter mancherlei Entbehrungen namentlich der ärmsten Klasse, zu gleichem Ziele. Gesetzt, es erspart die Bevölkerung Deutschlands den sechsten Theil ihrer gewohnten Durchschnittsconsumtion, so erspart sie 20 Mill. dresdner Scheffel oder nach jetzigen Preisen 180 Mill. Thlr. Der Rest von 10 Mill. Scheffel muß freilich mit einem Opfer von 90 Mill. Thlr. vom Auslande erkauft werden.

Welchen Einfluß dies auf die Geldverhältnisse Deutschlands ausüben werde, ist hier nicht Gegenstand der Untersuchung, allein so viel steht fest, daß dieses kleinere Opfer möglich, daß damit Dasjenige erlangt werden könne, was wir brauchen, uns vor Hungersnoth zu schützen. Freilich wird es dabei ohne herbe Entbehrungen bis zur Aernte nicht abgehen, Entbehrungen, welche um so schlimmer sind, als in Sachsen die ärmern Bewohner des Gebirges ihren Bedarf ohnehin auf das niedrigste Maß herabgedrückt haben. Aber da an ein weiteres Abbrechen der nothdürftigsten Nahrung nicht gedacht werden darf, wenn nicht eben Das bereits da sein soll, was man vermeiden will: Hungersnoth, so muß einestheils das Minimum des Bedarfs noch als Norm der Verzehrung beibehalten, andererseits mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hingewirkt werden, daß dieses niedrigste Maß wirklich eintreffe. Da aber die Regierung unmöglich den ganzen fehlenden Betrag aus den ihr zur Disposition stehenden Fonds kaufen, sondern nur eine Erleichterung gewähren kann, so ist die Hauptsache, daß die auswärtigen Händler zum Verkaufe nach Sachsen aufgemuntert werden. Hierzu gehört vor Allem: 1) unangetastete Sicherheit des Eigenthums, 2) ein die auswärtigen Märkte übersteigender, daher anlockender Preis, 3) Freiheit des Handels von allen lästigen Beschwerungen. Für das Zweite sorgt leider der Mangel, ein Mangel, welcher, wenn er künstlich wäre, keine Woche dem Andrange der Verkaufslustigen widerstehen würde. Vielmehr lehrt die Geschichte aller Theuerungen über 200 Jahre zurück, daß stets Miswachs die Veranlassung der Theuerung war. Für Ersteres, die Sicherheit des Eigenthums, durch unerbittliche Strenge gegen die Frevler, so sehr deren Ausübung gerade hier dem Gefühle widerstrebt, sowie für Letzteres durch Freiheit und Aufmunterung des Verkehrs zu sorgen, ist höchste Pflicht der Regierungen und Communalbehörden; sie aber darin zu unterstützen Pflicht jedes Einzelnen. Wohin soll es führen, wenn die Verkäufer von den Märkten durch Mishandlungen zurückgeschreckt werden? Wohin, wenn die Inhaber von Vorräthen an Eigenthum und Leben mit Niederbrennen ihrer Häuser bedroht werden? Nach den Städten fürchten sich die noch besitzenden Producenten den Rest ihrer Vorräthe zu bringen; in ihren Scheunen und Böden sie zu lassen fürchten sie sich ebenfalls. Was bleibt ihnen da übrig, als unsern letzten Nothanker, vielleicht sogar unter dem hiesigen Preis, ins Ausland zu verkaufen? Zwingt ihr übelberichteten Schreier, ihr bethörten Theilnehmer an Excessen sie nicht selbst dazu? Bedenkt, daß diese, wahrlich nicht übergroßen Vorräthe doch irgendwo im Lande vorhanden, daß dazu Böden und Räumlichkeiten da sein müssen und daß die Vertheilung derselben an vielen Orten und auf dem Lande eine doppelt große Wohlthat ist. Nun beschuldigt man aber Diejenigen, welche noch Vorräthe besitzen, der schändlichen, wucherischen Speculation. Es ist wahr, wer auf Vorrath gehalten hat, ist doppelt im Gewinne, dessen Erreichung allerdings gewiß in den meisten Fällen ihn zur Sparsamkeit getrieben, wenigstens da, wo nicht die dem Landmann eigenthümliche Aengstlichkeit dieselbe hervorgerufen hat; allein ein solcher zurückhaltender Landwirth ist zugleich, ihm unbewußt, ein Wohlthäter des Volks. Wollte Gott, die Landbebauer hätten früher weit mehr mit ihrem Getreide zurückgehalten, dann hätten wir anfangs nach der letzten Aernte zwar noch etwas höhere Preise gehabt, für dieselben aber auswärtiges Getreide bekommen und bezahlten nun die weit höhern jetzigen Preise unsern eignen Landleuten, statt daß wir genöthigt sind, dieselben dem Auslande zu bezahlen. In jenem Falle wäre dadurch der inländischen Landwirthschaft ein wirklich bedeutender Gewinn zugefallen, sodaß derselbe seine wohlthätigen Rückwirkungen auf alle Gewerbe nicht verfehlt hätte. Freilich geht dieser Gewinn zum großen Theil aus den Taschen unserer ärmsten Mitbewohner; gesteigerter Arbeitsverdienst durch größere Consumtion der Landbewohner, an Manufacturwaaren hätte ihn aber wieder nach und nach in die Hand des Arbeiters zurückgeführt. Geschieht dies auch bei gegenwärtiger Sachlage nur in geringerm Maße, so ist die unläugbare Thatsache eines größern Verdienens bei der Landbauindustrie doch auch geeignet, der Gewerbsindustrie eine bessere Zukunft zu bereiten. Die Gegenwart lastet aber schwer und drückend auf derselben. Deshalb sind die eingeschlagenen Wege der Staatsregierungen, namentlich die Befreiung des Reises vom Vereinszoll und das Verbieten des Branntweinbrennens bis zur nächsten Aernte, nächst der unmittelbaren Unterstützung durch das im Auslande gekaufte Getreide, mit größtem Dank anzuerkennen. Ob im letzten Monate vor der Aernte bei fortdauernder Theuerung ein Oeffnen der inländischen Getreidevorräthe als Zwangsmaßregel eintreten könne, muß ihrer reiflichsten Erwägung überlassen bleiben. Jetzt aber würde dieselbe, abgesehen von ihrer Bedenklichkeit rücksichtlich des Eigenthumsrechts, auch klugheitswidrig sein, da ein unfehlbar nur gewaltsam herbeigeführtes Herunterdrücken der Preise, bei gänzlichem Aufräumen der Vorräthe, unzweifelhaft die größte Noth in der letzten Zeit vor der Aernte herbeiführen müßte, wie wir oben zeigten. Hüte sich daher Jeder, sowol auf eine solche verderbliche Maßregel hinzudrängen als auch die noch verderblichere Aufregung des Volks in diesem Sinne zu veranlassen, welche dann bei Nichtgewährung des ihm selbst nachtheiligen Begehrens zu so bedauerlichen Excessen führt, wie wir die Beispiele in Nachbarländern gesehen haben. Möge der gesunde Sinn unserer braven Sachsen sie vor einer traurigen Nachahmung derselben behüten! M. v. B.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung

zwischen

Stettin, Swinemünde und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff „**Geiser**" wird auch in diesem Jahre eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Die Abfertigung desselben erfolgt:

aus Stettin		aus Kopenhagen
vom 6. April bis 28. Mai		
Freitag 12 Uhr Mittags,		Dienstag Nachmittags,
vom 31. Mai bis 28. August		
Mittwoch / Sonnabend	12 Uhr Mittags,	Montag / Donnerstag, Nachmittags,
vom 31. August bis zum Schlusse der Fahrten		
Freitag 12 Uhr Mittags,		Dienstag Nachmittags.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den ersten Platz 10 Thlr., für den zweiten Platz 6 Thlr., für den dritten Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8⅓ Thlr., 5⅓ Thlr. und 2⅔ Thlr. Preuß. Cour. Kinder und Familien genießen eine Moderation. Wagen und Pferde sowie Güter und Contanten werden für die vorjährigen Frachtsätze befördert. [1803]

Berlin, den 12. April 1847.

General-Post-Amt.

Soeben ist eine für die preußische Verfassungsfrage **höchst wichtige** Schrift von dem bekannten Volksvertreter Hofrath C. Welcker erschienen, welche den Titel führt:

Grundgesetz und Grundvertrag.

Grundlagen zur Beurtheilung

der

Preußischen Verfassungsfrage

von

Carl Welcker.

(Aus dem Staatslexikon besonders abgedruckt.)

Altona. Gr. 8. Bei **Joh. Fr. Hammerich.** Geh. 12 Ngr.

und in allen Buchhandlungen Deutschlands zu haben ist. [1768]

[1806]

Neuigkeiten und Fortsetzungen,

versendet von

F. A. Brockhaus in Leipzig im Jahre 1847.

№ I. Januar, Februar und März.

1. **Blätter für literarische Unterhaltung.** (Herausgeber **H. Brockhaus.**) Jahrgang 1847. Täglich eine Nummer. Gr. 4. 12 Thlr.

Wird Freitags ausgegeben, kann aber auch in Monatheften bezogen werden.

Zu dieser und der unter Nr. 11 genannten Zeitschrift erscheint ein

Literarischer Anzeiger,

für literarische Ankündigungen aller Art bestimmt. Für die gespaltene Zeile oder deren Raum werden 2½ Ngr. berechnet.

Gegen Vergütung von 3 Thlrn. werden **besondere Anzeigen** u. dgl. den Blättern für literarische Unterhaltung, und gegen Vergütung von 4 Thlr. 15 Ngr. der Isis beigelegt oder beigeheftet.

2. **Clemens der Vierzehnte.** Ein Lebens- und Charakterbild. Gr. 12. Geh. 12 Ngr.

3. **Conversations-Lexikon. — Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände.** Neunte, verbesserte und sehr vermehrte Original-Auflage. Vollständig in 15 Bänden oder 120 Heften. Zwölfter Band, oder neunundachtzigstes bis sechsundneunzigstes Heft. Gr. 8. Jedes Heft 5 Ngr.

Diese neunte Auflage erscheint in 15 Bänden oder 120 Heften zu dem Preise von 5 Ngr. für das Heft in der Ausgabe auf Maschinenpapier; der Band kostet 1 Thlr. 10 Ngr., auf Schreibpapier 2 Thlr., auf Velinpapier 3 Thlr.

Alle Buchhandlungen liefern das Werk zu diesen Preisen und bewilligen auf 12 Exemplare 1 Freiexemplar.

Auf den Umschlägen der einzelnen Hefte werden Ankündigungen abgedruckt, und der Raum einer Zeile wird mit 10 Ngr. berechnet.

4. ——— Neue Ausgabe in 240 Wochenlieferungen. Fünfundsechzigste bis vierundsiebzigste Lieferung. Gr. 8. Jede Lieferung 2½ Ngr.

5. ——— **Systematischer Bilder-Atlas zum Conversations-Lexikon. — Ikonographische Encyklopädie der Wissenschaften und Künste.** — 500 in Stahl gestochene Blätter in Quart mit Darstellungen aus sämmtlichen Naturwissenschaften, aus der Geographie, der Völkerkunde des Alterthums, des Mittelalters und der Gegenwart, dem Kriegs- und Seewesen, der Denkmale der Baukunst aller Zeiten und Völker, der Religion und Mythologie des classischen und nichtclassischen Alterthums, der zeichnenden und bildenden Künste, der allgemeinen Technologie ꝛc. Nebst einem erläuternden Text. Entworfen und herausgegeben von **J. G. Heck.** Vollständig in 120 Lieferungen. Einundsiebzigste bis vierundsiebzigste Lieferung. Gr. 4. Jede Lieferung 6 Ngr.

6. ***Dieffenbach (J. F.), Die operative Chirurgie.*** In zwei Bänden. Siebentes, oder zweiten Bandes erstes Heft. Gr. 8. Jedes Heft 1 Thlr.

Der erste Band, Heft 1—6 (1844—46) kostet 6 Thlr.

7. **Diogena.** Roman von **Ida Gräfin H.. H..** Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 6 Ngr.

8. **Landwirthschaftliche Dorfzeitung.** Herausgegeben unter Mitwirkung einer Gesellschaft praktischer Land-, Haus- und Forstwirthe von **William Löbe.** Mit einem Beiblatte: **Gemeinnütziges Unterhaltungsblatt für Stadt und Land.** Jahrgang 1847. 52 Nummern. 4. Preis des Jahrganges 20 Ngr.

Wird Freitags ausgegeben.

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr. **Besondere Anzeigen** u. dgl. werden gegen eine Vergütung von ½ Thlr. für das Tausend beigelegt.

9. **Evangelium Palatinum ineditum** sive Reliquiae textus evangeliorum latini ante Hieronymum versi ex codice palatino purpureo, quarti vel quinti p. Chr. Saeculi nunc primum eruit atque edidit **Constantinus Tischendorf.** Gr. 4. Cart. 18 Thlr.

Das Evangelium Palatinum ineditum enthält den lateinischen Evangelientext, wie er sich in einer Handschrift, aus dem 4. oder 5. Jahrhundert stammend, unlängst vorgefunden hat. Die Eigenthümlichkeiten dieses Textes bezeichnet Dr. **Tischendorf** als sehr groß, und stellt denselben den merkwürdigsten und wichtigsten Documenten für den neutestamentlichen Text zur Seite. Das Original befindet sich in der k. k. Bibliothek zu Wien und war bis jetzt ohne alle Beachtung geblieben. Die Ausstattung des Werks ist der Wichtigkeit desselben entsprechend.

Eine ausführliche Anzeige ist in allen Buchhandlungen gratis zu erhalten.

10. **Gerstäcker (F.), Der deutschen Auswanderer Fahrten und Schicksale.** Mit einer Karte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

11. **Isis.** Encyklopädische Zeitschrift, vorzüglich für Naturgeschichte, vergleichende Anatomie und Physiologie. Herausgegeben von **Oken.** Jahrgang 1847. 12 Hefte. Mit Kupfern. (Zürich.) Gr. 4. 8 Thlr.

Vergl. Nr. 1.

12. **Kaltschmidt (J. H.), Neuestes und vollständigstes Fremdwörterbuch,** zur Erklärung aller aus fremden Sprachen entlehnten Wörter und Ausdrücke, welche in den Künsten und Wissenschaften, im Handel und Verkehr vorkommen, nebst einem Anhange von Eigennamen, mit Bezeichnung der Aussprache bearbeitet. Zweite Auflage. In acht Heften. Erstes und zweites Heft. Gr. 8. Jedes Heft 8 Ngr.

Cartonnirte Exemplare des vollständigen Werkes werden unter besonderer Berechnung des Einbandes geliefert.

13. **Körte (W.), Die Sprichwörter und sprichwörtlichen Redensarten der Deutschen.** Nebst den Redensarten der deutschen Zechbrüder und aller Praktik Großmutter, d. i. der Sprichwörter ewigem Wetter-Kalender. Gesammelt und mit vielen schönen Versen, Sprüchen und Historien in ein Buch verfaßt. Neue Ausgabe. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

15. **Neue Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung.** Im Auftrage der Universität zu Jena redigirt von Geh. Hofrath Prof. Dr. **F. Hand,** als Geschäftsführer; Geh. Kirchenrath Prof. Dr. **K. A. Hase,** Hof- und Justizrath Prof. Dr. **A. L. J. Michelsen,** Geh. Hofrath Prof. Dr. **Dt. G. Kieser,** Prof. Dr. **K. Snell,** als Specialredactoren. Jahrgang 1847. 312 Nummern. Gr. 4. 12 Thlr.

Wird Freitags ausgegeben, kann aber auch in Monatheften bezogen werden.

Anzeigen werden mit 1½ Ngr. für den Raum einer gespaltenen Zeile und **besondere** Beilagen u. dgl. mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

16. ***Oertel (F. M.), Genealogische Tafeln zur Staatengeschichte der germanischen und slawischen Völker im 19. Jahrhunderte.*** Nebst einer genealogisch-statistischen Einleitung. Mit einem bis zu Ende 1846 fortgeführten Nachtrage. Quer-8. Cart. 1 Thlr. 15 Ngr.

17. ——— **Die Jahre 1845 und 1846.** Erster Nachtrag zu den genealogischen Tafeln des 19. Jahrhunderts. Quer 8. Cart. 16 Ngr.

Wie jetzt durch diesen ersten Nachtrag, so wird auch für die Zukunft dieses Werk durch jährliche Nachträge stets vollständig erhalten werden.

(Fortsetzung folgt.)

In der **Creutz**'schen Buchhandlung zu Magdeburg erschienen und durch alle Buchhandlungen zu bekommen sind:

Uhlich's Predigten, 1846.

Preis 2 Thlr. netto, gebunden 2⅓ Thlr.

Inhalt: 1—4. Zum Christenthum leiten uns die große Regsamkeit unserer Zeit, die besten Gedanken unserer Zeit, die Bedürfnisse des Herzens und das Bedürfniß der Ruhe. 5. Jesus des Menschen Sohn. 6. Jesus, Gottes Sohn. 7. Es ist Alles eitel. 8. Freiheit. 9. Von der Demuth. 10. Von der christlichen Gerechtigkeit. 11. Von der christlichen Liebe. 12. Ueber den Verkehr mit Gott. 13. Vom Reiche Gottes. 14. Vom Gebet. 15. Die Kennzeichen des Christenthums. 16. Luther's Todtenfeier, 18. Februar. 17. Das Heil des Christenthums. 18. Zeugnisse über Christum. 19. Jesus in Gethsemane. 20. Die Ruhe des reinen Bewußtseins. 21. Christlicher Muth. 22. Jesus am Kreuz. 23. Die Confirmationshandlung am Palmsonntage. 24. Beicht- und Abendmahls-Rede am Gründonnerstage. 25. Der Tod Jesu. 26. Der Christen Hoffnung, gegründet auf das Wesen Gottes. 27. Unsere Hoffnung, begründet im Wesen des Menschen. 28. Der Jünger Johannes. 29. Paulus. 30. Jacobus und Petrus. 31. Bessere dich! 32. Die erste Christengemeinde. 33. Von der Bibel. 34. Vom Himmel. 35. Ein Ueberblick der Geschichte der christlichen Kirche. 36. Vom Heiligen Geist. 37. Von der christlichen Kirche. 38. Von Vater, Sohn und Geist. 39. Gott. 40. Mein Gott. 41. Von der Sünde. 42. Reisepredigt. 43. Ich bin ein armer, elender, sündiger Mensch! 44. Von der Vergebung der Sünden. 45. Von der Besserung. 46. Die Welt. 47. Vom Verdienst der guten Werke. 48. Von Gottes Strafen. 49. Glaube und Werke. 50. Wisset ihr nicht, weß Geistes Kinder ihr seid? 51. Jesus in Bethanien. 52. Vom christlichen Gesinde. 53. Vom christlichen Bürgersinn. 54. Die christliche Ehe. 55. Am Erntedankfeste. 56. Christliche Kinderzucht. 57. Gedächtnißpredigt auf einen entschlafenen Amtsbruder, also eine Predigt an Prediger. 58. Ueber das Verhältniß der Kinder zu den Aeltern. 59. Am Reformationsfeste: Im Christenthum gilt neben einander Altes und Neues. 60. Das Verhältniß der Herrschaften zu den Dienstboten. 61. Vom Luxus. 62. Von unsern Lieben in der andern Welt. [1712]

Für Apotheker und Kaufleute.

Ein seit mehren Jahren bestehendes höchst rentables, für Apotheker sich eignendes Fabrikgeschäft kann gegen 3—4000 Thlr. Anzahlung sofort verkauft werden. Adressen werden franco sub **M. B.** poste restante Berlin erbeten. [1801—2]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. August Uncke in Mittweida mit Frl. Anna Georgi in Wernsdorf. — Hr. Wilhelm Seyß in Zöbigker mit Frl. Ottilie Solbrig in Leipzig. — Hr. Lieutenant Julius Schulz in Berlin mit Frl. Henriette Thilo. — Hr. Lieutenant Adolf Supprian auf Kunzendorf mit Frl. Franziska Jänike in Muskau.

Getraut: Hr. Theodor Cramer-Klett in Nürnberg mit Frl. Emilie Klett. — Hr. H. Pensel in Ludwigsstadt mit Frl. W. Grünbeck. — Hr. Karl Schildbach in Sebnitz mit Frau Friederike Teichler. — Hr. Pastor Friedrich Eduard Winter in Schwarzenberg mit Frl. O. E. Kindermann aus Bischopau. — Hr. F. L. Zenker in Dresden mit Frl. Célestine Constanze Schroth.

Geboren: Hrn. Baumeister F. Dörnerd in Woldenberg eine Tochter. — Hrn. F. Grützner in Festenberg ein Sohn. — Hrn. Oberförster Haas in Gierdorf eine Tochter. — Hrn. Regierungsbuchhalter Rauer in Breslau eine Tochter. — Hrn. Obersteuercontroleur Albert Seydel in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. Oberförster Heinrich Steeger in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Ph. Wagner in Bremen eine Tochter.

Gestorben: Hr. Stadtgerichtssecretair Johann Mehler in Patschkau. — Frau J. F. M. Posand in Hof. — Hr. Kaufmann Alfred Schmid in Plauen. — Hr. Organist Karl Adolf Schmidt in Triptis. — Hr. Rittmeister a. D. und Domherr Bernhard Karl v. Tettenborn in Tilleda. — Hr. Gasthofsbesitzer Karl G. Winkler in Budissin.

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 126. — 6. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. = **München.** Der König. Verhaftungen. — Die Israeliten in **Baiern.** *__Aus dem Erzgebirge.__ Die Aernte. Die Theuerung. *__Ulm.__ Unruhen. *__Meiningen.__ Maßregeln in Betreff des Nothstandes. *__Braunschweig.__ Die Advocaten.

Preußen. **Berlin.** Der Landtag. *__Posen.__ Jüdischer Religionslehrer. Fürst Hatzfeld. — Die Zollconferenz. Excesse in **Swinemünde.** — Feuer in **Garz.**

Portugal. General Cazal. Vermutheter Aufstand in Coimbra. Die aufrührischen Schiffe.

Spanien. Einberufung der beurlaubten Soldaten. Treffen mit den Montemolinisten.

Großbritannien. Parlament. General Harry Smith. Die Gräfin v. Mornington. Der Earl of Bessborough. Der Herzog v. Argyll stirbt. Die Times. Canada. Der Verkehr mit Madagaskar.

Frankreich. Deputirtenkammer. Der Namenstag des Königs. Die Zeitungen. Hr. Lacave-Laplagne. Das Journal des Débats über die Bedeutung des Vereinigten Landtags in Preußen. Verleihungen der Ehrenlegion. Bu-Maza.

Niederlande. Die Generalstaaten.

Italien. *__Rom.__ Festlichkeiten. Der Papst. Die Verordnung für Irland.

Rußland und Polen. *__Petersburg.__ Tod des Geheimraths Woludiankv. **Petersburg.** Das Eis.

Türkei. Abreise des griechischen Geschäftsträgers.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. *__Leipzig.__ Börsenbericht. *__London.__ Börsenbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und -Halberstädter Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 2. Mai. Als vorgestern Abends der **König** (seit seinem mehrwöchentlichen Unwohlsein zum ersten Male wieder) mit der Königin in seiner Loge im Theater erschien, wurde derselbe von dem sehr zahlreich versammelten Publicum mit einem so enthusiastischen Lebehoch begrüßt, daß es diesmal auch der keckſten Verleumdung schwerlich gelingen wird, die öffentliche Freude darüber zu trüben. Der König war sichtbar ergriffen, und erst später sah man ihn sich wieder in der gewohnten Heiterkeit mit seiner erlauchten Gemahlin unterhalten. — Wie der gestrige Morgen, so ist auch der Abend ohne die mindeste Ruhestörung vorübergegangen. Nach dem Rheine zu wird freilich die Nachricht ergehen, daß zahlreiche **Verhaftungen** stattgefunden hätten und daß ohne die Aufbietung der imposantesten militairischen Kräfte die angekündigte neue Auflage der Straßenexcesse vom 1. und 2. März gewiß nicht unterblieben wäre. Allerdings dankt ganz München der Regierung für die getroffenen polizeilichen und militairischen Vorsichtsmaßregeln; aber zu Tumult mit politischem Charakter wäre es höchst wahrscheinlich auch ohne dieselben nicht gekommen. Der vorgestern Nachmittag und gestern den ganzen Tag über zur Polizei gebrachten und dort sogleich wieder entlassenen Individuen sollen im Ganzen 18 sein, sämmtlich festgenommen wegen begangener Roheiten im Zustande des Bockbierrausches, und alle zusammen ein sehr unansehnliches Häufchen von Helden des Hauptbocktags gegen sonst. Das Getränk an sich ist fürs erste sehr theuer, ferner war gestern das Wetter abscheulich, und endlich hat die Roheit und Brutalität im Volke doch gegen ehedem in anerkennenswerthem Grad abgenommen. Wer daran zweifelt (und es werden dies in consequentiam ihrer Ansichten alle Diejenigen, welche der Tagesparole über das totaloerdummte Baiern huldigen), den verweisen wir auf das Jetzt und Sonst bezüglich unserer Roßmärkte, Kirchweihen und anderer Volksfeste dieſer Art. Auch heute ist der dabei herrschende Ton ein nichts weniger als feiner; aber jene meist blutig endenden Scenen fast viehischer Völlerei, die weiland geradezu regelmäßig waren, sind zur Ehre der Gegenwart doch höchst selten geworden.

— Das Edict vom 10. Jul. 1813, die **Verhältnisse der Israeliten** in **Baiern** betreffend, soll einer Revision unterworfen **werden.** (R. K.)

*__Aus dem Erzgebirge__, 3. Mai. Indem wir dem +-Correspondenten aus Sachsen (Nr. 117) nur im Vorbeigehen auf seine Bemerkungen gegen unsern letzten Bericht über erzgebirgische Zustände erwidern, daß wir aus einer späten **Aernte** gar keinen Schluß auf ihre Ergiebigkeit oder Unergiebigkeit gezogen, sondern es nur beklagt haben, daß die verlängerte Zwischenzeit zwischen dem Jetzt und der Aernte um des herrschenden Mangels und der drückenden Noth willen sehr beunruhigend erscheine — können wir denn schon jetzt von der nächsten Aernte, und sollte sie auch beispiellos günstig ausfallen, leben? müssen wir uns nicht unbedingt mit dem Wenigen begnügen, was wir etwa noch an Vorräthen besitzen, und mit Dem, was uns theuer genug zugeführt wird? — so können wir nicht umhin, es rühmend hervorzuheben, daß das sächsische Volk überhaupt und der Erzgebirger insbesondere trotz des Bedrängnisses, trotz des verführischen Beispiels in Nachbarstaaten, und trotz der hier und da versuchten Verführung den Weg der Gesetzlichkeit fast keinen Augenblick verlassen hat: tiefe Wurzeln muß also der Sinn für Ordnung im Staat und die Ueberzeugung, daß Besonnenheit, Ruhe und Gottvertrauen bessere Mittel seien zur Linderung und Ertragung der Noth als Zerstörungswuth und Rachsucht, im Herzen des Volks geschlagen haben. Es verdient diese Erscheinung auf dem Gebiete unſers Volkslebens eben so gut eine öffentliche Anerkennung, als in vorkommenden Fällen seine Mängel und Gebrechen, und mit Recht, öffentlich verkündigt und gerügt zu werden pflegen. Und freuen wir uns dieſer Wahrnehmung: denn jeder Volksaufruhr unterhöhlt allemal mehr oder minder den Boden der Gesellschaftsverfassung, und darf er sich zumal einer Errungenschaft rühmen, so stempelt er diese nur zu leicht zur förmlichen Berechtigung, in ähnlichen Fällen Aehnliches zu versuchen. Und wie dünn auch in Deutschland die Fäden noch sein mögen, durch welche das Proletariat mit politischen Ansichten und Bestrebungen zusammenhängt, sie werden gewiß jedesmal stärker und fester, so oft die Proletarier ihre Kräfte versuchen und sie zu messen Gelegenheit nehmen. Wir sind nun zwar keineswegs noch aus allen Nöthen heraus, noch immer sind Opfer erforderlich, noch immer müssen insbesondere die Behörden ihre Thätigkeit und Aufmerksamkeit wach erhalten und nach den verschiedensten Seiten hin richten; aber der Hoffnung dürfen wir uns bereits überlassen, daß der entscheidende und gefährlichſte Moment vorüber sei: die Getreidepreise sind auch bei uns im Sinken begriffen, und die Beschaffung von Lebensmitteln fängt wieder an, in das Gleichgewicht mit der Nachfrage und dem Bedarfe zu treten. Wie bedeutend aber die Opfer sind, welche die Theuerung in Anspruch nimmt, mag z. B. der Umstand beweisen, daß die Bergleute der freiberger Reſier allein wöchentlich 2000 Thlr. als Brotzulage erhalten. Außerdem werden dieſelben sowie der männliche Theil ihrer Familien durch Nebenverdienst auf den Gruben vielfach unterstützt. Und zum Glück befindet sich der Bergbau desſelben Reviers in einem gedeihlichen Zustande, sodaß die außerordentlichen Ausgaben ohne Störung für das Ganze getragen werden können.

Allein es gibt kein Unglück in der Welt ohne wenigstens einige Elemente des Guten, so schwer sie auch oft für das kurzsichtige Auge des Menschen erkenndar sein mögen. So manche Frage des Staatslebens, die man vielleicht bereits für gelöst, für beseitigt noch vor kurzer Zeit erklären zu können glaubte, ist wieder aufgenommen und einer neuen Prüfung unterworfen oder doch als eine solche erkannt worden, die nicht unerörtert bleiben dürfe. Die Gegner des Magazinsystems haben z. B. wenigstens Das zugestehen müssen, daß die Frage insofern eine neue Seite darbiete, als der Fall nicht blos denkbar, sondern in Wirklichkeit eingetreten ist, daß für alles Geld der nöthige Getreidebedarf nicht hat sofort beschafft werden können. Muß nicht ein solcher extremer Fall in Rücksicht genommen werden? Ferner hat die Frage zu einer gründlichen Erörterung aufgefodert: stehen unſere Fortschritte in der durch die Mechanik erzielten Verbindung der Länder unter einander und die Erzeugnisse der allerdings fortgeschrittenen Agricultur in einem Verhältnisse zur Bevölkerungszunahme, daß man für die Zukunft keine Besorgnisse zu hegen brauche? Die soeben gemachte Erfahrung scheint dies in der That zu verneinen. Außerdem wird die Uebervölkerungsfrage lebhafter und ernstlicher als je besprochen. Bietet aber nicht selbst unſer Erzgebirge, lassen sich achtbare Stimmen vernehmen, noch Strecken dar, die nur der thätigen Hand und des Capitals harren, um noch Hunderten von Menschen Unterkommen und Nahrung zu geben? Ist ferner der rationelle Betrieb des Ackerbaues in unſern Bauernstand tief genug eingedrungen? Selbst erfahrene Männer bezweifeln es. Soll der Kartoffelbau aus ökonomischen und diätetischen Gründen beschränkt und das dadurch freigewordene Fruchtfeld für andere und zwar bessere Erzeugnisse bestimmt werden? Die Stimmen sind getheilt, weil die Sache viel tiefer eingreift, als ein flüchtiger Blick

Digitized by Google

zu gewähren vermag. Genug: der Staatsmann, der Oekonom, der gebildete Menschenfreund haben aus der Gegenwart einen Stoff zum Nachdenken, aber auch eine Aufforderung zu umsichtigem und entschlossenem Handeln erhalten, wie dies nur in einer Zeit sein kann, die unleugbar mit einer vielfach ganz neuen Zukunft schwanger geht.

* **Ulm**, 1. Mai. Unsere Stadt war heute einige Stunden lang der Schauplatz tumultuarischer Excesse. Der über die immer höher steigenden Kartoffelpreise erbitterte Pöbel (ich sage absichtlich nicht Volk, da bei den später zu erzählenden Auftritten nur der niedere Theil der Bevölkerung, aber nur sehr wenige Bürger betheiligt waren) stellte heute auf dem Markte selbst die Taxe, und als die verkaufenden Bauern hierauf nicht eingehen wollten, nahm man ihnen ihre Vorräthe gewaltsam weg und vertheilte sie unter die Anwesenden. Hierauf zog eine große Menschenmenge unter das Kornhaus und hatte auch hier bald Jemanden gefunden, an dem sie ihre Wuth auslassen konnte. Der Kunstmüller Wieland zur Langmühle hatte hier eben einen ganzen Wagen Frucht gekauft, und zwar, wie man wissen wollte, zu einem Preise, der die ohnehin hohe Foderung des Verkäufers noch überstieg. Dies empörte die Umstehenden so, daß sie ihn vom Wagen herabrissen, arg mishandelten, vor sein Haus rückten und dieses zu demoliren anfingen. Die Landjäger und Polizei waren zwar sofort zur Stelle, allein sie vermochten der immer größer werdenden schreienden und pfeifenden Menge nicht zu steuern, die inzwischen sämmtliche Fenster eingeschlagen hatte, durch diese in das Haus eingedrungen war und inwendig Alles zertrümmerte. Eine zahllose Menge mit Mehl gefüllter Säcke wurden von den Wüthenden theils heimgetragen, theils ausgeschüttet, die Kassenvorräthe geplündert und auf die Straße, die Handlungsbücher und Briefe zerrissen und in das vordringende Wasser geworfen. Die Wuth der Tumultuanten war so groß, daß sie sogar die Oefen einschlugen, die Fußböden aufrissen und stückweise aus den Fensteröffnungen schleuderten. Das anrückende Militair konnte der Wuth keinen Einhalt thun, es wurde sogar mit einem Steinhagel empfangen und mit abgerissenen Latten, Stangen ꝛc. nach der kleinen Abtheilung geschlagen. Am verwegensten zeigten sich bei diesen Scenen Weiber, welche auch bei der Mehlplünderung am thätigsten gewesen waren. Ich habe eine Megäre mit zerzaustem Haare gesehen, welche, obschon sie über und über mit Kleie und Mehl beschüttet war, doch vier oder fünf Mal wieder durch das Comptoirfenster einstieg und neue Diebstähle verübte. Nach einer halben Stunde etwa kam die Cavalerie angerückt und säuberte den Platz zum Theil; doch kann man nicht behaupten, daß durch ihr Erscheinen der Tumult beendet worden wäre, die Excedenten zogen vielmehr aus eignem Antriebe von dem Hause des Kunstmüllers fort vor die Bierwirthschaft und Brauerei „Zum jungen Hanfen", dessen Besitzer von den Armen in wegwerfenden Worten gesprochen haben sollte, und fingen an, dessen Baulichkeiten ebenfalls zu demoliren. In einem Nu waren die Fenster und Kreuzstöcke der untern Etage zertrümmert und die wüthende Menge in die innern Räume eingedrungen; Alles, was sie hier vorfand, wurde von ihr zerschlagen oder fortgeschleppt, und während eine Anzahl Tumultuanten in die prächtig meublirten obern Gemächer drang und dort ebenfalls mit der wildesten Bestialität Alles in Stücken schlug und zu den Fenstern herauswarf, wurde von den Andern vor dem Hause eine Wagenbarricade aufgeschlagen, sodaß die Reiterei gehindert war, hier mit Erfolg zu agiren. Die Cavalerie mußte zwar während des Auf- und Abreitens ihre Gewehre laden, doch hat sie keinen Gebrauch davon gemacht, auch wurde nur von Einzelnen sehr selten, und zwar nur dann mit flacher Klinge eingehauen, wenn es die Nothwehr erfoderte. Eine Abtheilung Infanterie stieg deshalb durch die Fenster in den Schauplatz der Verwüstung ein, verhinderte nicht ohne Schwierigkeiten weitere Verwüstungen und verhaftete einige der Wildesten. Aus dem Hause wurden aber immer noch volle Bierfässer weggetragen und aus dem obern Stock die Meubles geschleudert, durch deren Fall manche Verwundungen vorgekommen sein mögen. Einen Bäckergesellen, dem das Blut aus einer klaffenden Kopfwunde drang, sah ich ohnmächtig in ein Nachbarhaus tragen, und ein Lieutenant eilte ebenfalls in ein Haus, um sich dort von Blut zu reinigen; ein Steinwurf soll ihm die Wange zerschmettert haben. Nachdem noch eine Menge Verhaftungen vorgenommen, viele Verhaftete aber auch wieder sammt ihren geraubten Schätzen von Andern befreit worden waren, wurde endlich die Ruhe gegen 2 Uhr wieder ziemlich hergestellt.

Festungsbauarbeiter sah man nur wenige unter den Tumultuanten, doch ist man nicht ohne Besorgniß, daß sich mit dem Eintritt ihrer Feierstunde, 6 Uhr, die Auftritte wiederholen könnten. Inzwischen sind alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Stadtschultheiß Schuster, dessen Thätigkeit man dieselbe Gerechtigkeit widerfahren läßt wie dem schonenden Benehmen des Militairs, hat die Bürgerschaft vor das Rathhaus kommen lassen und sie da um Unterstützung seiner Anordnungen gebeten. In diesem Augenblicke, 5 Uhr, durchziehen Militair- und Bürgergardepatrouillen zu Fuß und Pferd die Straßen, auf den öffentlichen Plätzen stehen ebenfalls Reiterabtheilungen und Linientruppen, die demolirten Häuser sind dicht mit Militair besetzt und die Wachen verdoppelt. Die gleichen Sicherheitsmaßregeln sind für die Nacht angeordnet, und eine stadtschultheißamtliche Bekanntmachung verordnet soeben, daß heute Abend die Polizeistunde mit 10 Uhr eintritt und mit dem Schlage 10 Uhr alle Wirthshäuser zu schließen sind. Ferner wird unter Hinweisung auf die gesetzlichen Strafen das Zusammenstehen von mehr als acht bis zehn Personen auf den Straßen verboten, und sollen Zuwiderhandelnde entfernt und verhaftet werden.

* **Ulm**, 2. Mai. Es lagert heute eine so sonntägliche Ruhe über unserer Stadt, daß man entfernt nicht daran erinnert wird, wie sie gestern noch der traurige Schauplatz der ärgsten Gräuelscenen gewesen ist. Zwar werden die Straßen in diesem Augenblick immer noch von Patrouillen mit gezogenen Säbeln durchzogen, allein das kann in einer Garnisonstadt, in welcher außer den zu dem Festungsbau commandirten fremden Offizieren ꝛc. gegen drittehalbtausend Mann liegen, nicht auffallen, und mit Freude berichte ich: die Ruhe ist seit gestern Abend nicht wieder gestört worden. Hr. J. G. Wieland zur Langmühle hat der heutigen Ulmer Schnellpost ein Extrablatt beilegen lassen, worin er eine Correspondenz mit dem Stadtrathe veröffentlicht, wonach er schon vor dem Ausbruche der Unruhen sich erboten hat, seine Mühle zum unentgeltlichen Mahlen von 1000 Simri städtischer Früchte herzugeben. Auf der Schranne scheint er sich unvorsichtig geäußert zu haben, war auch gewarnt worden, sie nicht zu besuchen. Hr. Frick zum Jungen Hansen ist sehr zu beklagen. Seine Bierstube gilt für einen Sammelplatz der Honoratioren, und er soll deshalb Tags vorher einigen Schanzern, die einen Trunk bei ihm nehmen wollten, das Bier verweigert, auch vor Jahr und Tag einmal eine unpassende Aeußerung gethan haben, die ihm aber gar nicht ähnlich sieht und in die er in keinem Falle den bösen Sinn hineinlegen wollte, welchen die aufgeregte Menge ihm unterstellte. Wie Dem aber auch sei, die Volksjustiz untersucht nicht lange, und Hr. Frick hat seine Unvorsichtigkeit sehr hart gebüßt. Das Herz blutete Einem bei diesem gräßlichen Anblicke; in der untern Etage des erst unlängst renovirten Hauses soll dem Wortlaute nach Alles zertrümmert und weggeschleppt worden sein. Sogar der Herd und sämmtliche Küchengeschirre waren zerschlagen. Die Meuterer waren durch das Hinterhaus eingedrungen, und ehe man vorn nur ahnte, daß Jemand darin sei, war bereits kein Stuhl mehr ganz. Im Wieland'schen Hause hatten die Demolanten ebenfalls einen Herd zerstört, den großen Kessel mit Mehl gefüllt und unter dem rohen Gelächter der Zuschauer fortgetragen. So arg übrigens auch die Verwüstung in beiden Häusern, mit Bestimmtheit darf man annehmen, daß der Betrag des Gestohlenen noch größer ist. Anerkennenswerth war die Schonung der Nachbarhäuser, deren Besitzern gewissermaßen von Seiten der Tumultuanten Sicherheit „garantirt" wurde.

* **Meiningen**, 3. Mai. Der Herzog hat für nothwendig anerkannt, daß für die gegen den steigenden Nothstand zu ergreifenden Maßregeln ein einfacherer und schleunigerer Geschäftsgang gehandhabt werde, und deshalb eine besondere „Abtheilung des Landesministeriums für die zu lindernde des Nothstandes zu ergreifenden Maßregeln" organisirt, welche unter des Herzogs unmittelbarem Vorsitze das Geeignete berathen und beschließen wird. Alle Behörden und Staatsgenossen sind dieser Abtheilung ungesäumte Folge zu leisten schuldig, und deren Verfügungen sind an keinen Instanzenzug gebunden, ebenso wie Alles an sie unmittelbar gelangt. Die neue, interimistische Behörde hat bereits ihre Wirksamkeit damit angetreten, daß sie unterm 30. April im Regierungsblatt eine Bekanntmachung erlassen hat, womit einestheils Rechenschaft über Das, was von Seiten der Staatsregierung zu Abwendung des Nothstandes bisher bereits geschehen (100,000 Fl. wurden aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt, außerdem 50,000 Fl. vom Herzog aus der Domainenkasse verwilligt, für Anlegung von Kornmagazinen wurde durch Aufkäufe Sorge getragen ꝛc.), andererseits aber auch eine klare und offene und die hin und wieder gehegten zu trüben Aussichten auf die nächste Zukunft beseitigende Darstellung der jetzigen Lage der Dinge gegeben wird.

Heben wir einige desfallsige Stellen heraus, weil sie den gegenwärtigen Zustand so schildern, wie er wol fast in allen andern Ländern Deutschlands ebenfalls vorhanden ist. „Die plötzliche Steigerung der Fruchtpreise in der letzten Zeit zu einer seit dem Jahr 1816 nicht gekannten Höhe, sagt die Bekanntmachung, hat, wie in ganz Deutschland, so auch im Herzogthume die bange Besorgniß erregt, daß die Theuerung bis zur nächsten Aernte noch immer mehr zunehmen und zuletzt in einen wirklichen Mangel an den unerläßlichsten Erfodernissen für den Lebensbedarf übergehen werde. Die ununterbrochene Verbindung, in welche sich die Staatsregierung nicht nur mit den Marktorten in dem benachbarten Thüringen und Franken, sondern auch mit den entferntern größern Handelsplätzen, wie Halle, Magdeburg, Stettin, Bremen und Rotterdam, gesetzt hat, berechtigt jedoch schon jetzt zu der zuverlässigen Annahme, daß die Besorgnisse in jener Ausdehnung übertrieben sind, und das unnatürliche Aufschlagen der Fruchtpreise vielmehr nur das vorübergehende Ergebniß des unerwartet eingetretenen Witterungswechsels war. Nachdem die Witterung wieder milde geworden und die Saaten sich überall in dem erwünschtesten Stand erhalten haben; nachdem ferner die Wiedereröffnung der Schiffahrt die Häfen den bedeutenden überseeischen Getreidezufuhren zugänglich gemacht, hat auch das Mistrauen, welches die vorhande-

Digitized by Google

nen Vorräthe von den Märkten zurückhielt, wieder zu schwinden angefangen. In Folge dessen sind nicht nur die benachbarten Märkte an den letzten Markttagen wieder reichlich befahren gewesen, sondern, was noch beruhigender ist, es sind auch die Preisnotirungen für Zeitkäufe auf den entferntern größern Handelsplätzen erheblich gefallen, und zwar in steigender Progression, je später die Lieferungen erfolgen. Darf auch sonach die Besorgniß vor zunehmender Theuerung oder vor dem Eintritt eines wirklichen Mangels an den nöthigen Brotfrüchten vertrauensvoll aufgegeben werden, so ist doch andererseits auch nicht zu erwarten, daß das Sinken der Fruchtpreise vor der Aernte bis zu einem Grad eintreten werde, welcher die Sorge für die unter dem Drucke der Theuerung leidenden ärmern Volksklassen ausschließen könnte."

* **Braunschweig**, 3. Mai. Die in dieser Zeitung (Nr. 124) bereits erwähnte Verordnung in Betreff einer Verminderung der dermaligen Normalzahl der Advocaten und Notare hat einen sehr erfreulichen Grund. Es macht nämlich die Staatsregierung in jener Verordnung vom 21. April bekannt, es habe sich in der neuern Zeit, namentlich in Folge der Ablösungs- und Gemeinheitstheilungs-Gesetzgebung, die Zahl der Civilprocesse erheblich vermindert. Wünschen wir einem deutschen Staate, der eine solche Wahrnehmung zu machen Gelegenheit hat, in einer Zeit, wo fast überall gerechte Klagen über bedeutende Vermehrung der Processe zu führen Ursache ist, Glück!

Preußen.

Berlin, 4. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 1. Mai wurde, nach einigen Bemerkungen über das Protokoll, der königliche Bescheid auf die ständischen Anträge in Betreff der Kartoffelausfuhr und des Branntweinbrennens verlesen, wobei sich alle Anwesenden erhoben. Es wurden 27 neue Petitionen vertheilt. Als dann zur Verhandlung des vorliegenden Gesetzentwurfs übergegangen ward, machte zuerst der Abg. v. Bonin ein Amendement in Betreff der Ueberschrift des Gesetzes, das auch Unterstützung fand, auf Antrag des Abg. v. Auerswald aber ausgesetzt ward, bis man über den Inhalt des Gesetzes sich geeinigt habe. In Betreff des Abschnitts 1a und b des Entwurfs erklärte der Justizminister Uhden, daß die Verwaltung gegen die im Gutachten vorgeschlagene Aenderung nicht viel zu erinnern habe. Der Abg. v. Bonin wünschte eine andere Anordnung des Gesetzes, der auch der Landtagscommissar beistimmte. Abg. v. Donimierski sprach gegen die von der Regierung nicht beabsichtigte, von der Abtheilung aber beantragte Beiziehung des Falles, wo Jemand im Civilprocesse zu Ableistung eines nothwendigen Eides für unfähig erklärt worden.

Abg. Camphausen sprach, in allen den Fällen, wo er auch nur leise andeutete, die Regierung könne in den Verdacht kommen, eine Einwirkung auf die Wahlen auszuüben, von Murren unterbrochen, gegen die Beiziehung politischer Vergehen, ferner dafür, daß Begnadigung auch die Bescholtenheit aufhebe, bei welchem letztern Punkt er erinnert wurde, daß derselbe erst später vorkommen könne. Der Landtagscommissar entgegnete ihm Einiges. Nachdem verschiedene kürzere Erörterungen über Einzelheiten stattgefunden, wurde zuerst über den Antrag des Abg. Camphausen, aus Art. I. die politischen Verbrechen auszuschließen und in Position III. zu verweisen, abgestimmt, wobei eine Stimme ausrief: „Habe ich recht verstanden, so sollen in Zukunft Hochverräther in unsere Versammlung kommen", und als der Abg. Camphausen gegen diese Auslegung protestirte, der Abg. Graf v. Merveldt erwiderte: der Vorschlag könne nicht anders verstanden werden, indem Hochverräther ebenfalls zu Denjenigen gehörten, welche politische Verbrechen begangen hätten. Der Antrag ward abgelehnt. Dann kam desselben Abgeordneten Antrag in Betreff der Begnadigung zur Sprache, ward aber, nach einer Erörterung des Landtagscommissars, wonach die Begnadigung allerdings die Unfähigkeit aufhebe, die Wiederzulassung zu den ständischen Rechten aber nach dem Gesetzentwurfe selbst von dem Antrage der Versammlung abhängig gemacht sei, und nachdem er auf Verlangen erklärte, daß eine die Sache deutlicher ausdrückende Aenderung kein Bedenken habe, zurückgezogen. Dann begann die Verhandlung über das gestern erwähnte Amendement des Abg. Meviſſen, welches zuerst vom Grafen v. Merveldt bekämpft wurde. (A. Pr. Z.)

* **Posen**, 2. Mai. Als wesentlicher Fortschritt in der Bildung unserer zahlreichen Juden muß die Anstellung eines jüdischen Religionslehrers am hiesigen Friedrich-Wilhelms-Gymnasium betrachtet werden. Da Posen 10,000 Juden zählt — die größte israelitische Gemeinde in Preußen, ja sogar in Deutschland, da selbst die prager nicht so stark ist —, so darf man sich nicht wundern, daß unter den 400 Schülern dieses Gymnasiums sich 100 Israeliten befinden, die bisher auf der Anstalt selbst gar keinen Religionsunterricht empfingen, sondern außerhalb derselben — der Eine bei einem Schwarzen, der ihn mit unfruchtbarem talmudischen Mysticismus vollpfropfte, der Andere bei einem Weißen, der das Wesen der Religion vom Beiwerke zu unterscheiden wußte. Dadurch war es bei uns dahin gekommen, daß von eigentlich religiösem Sinne bei einem großen Theil unserer Israeliten gar nicht mehr die Rede war, sondern aller Gottesdienst in einem starren Festhalten an althergebrachten Formen bestand. Der Oberrabbiner hat nicht bedeutenden und selbst der Mystiker Pleßner nur sehr geringen Einfluß. Unter solchen Umständen muß man es als eine wahre Wohlthat für unsere jüdische Bevölkerung begrüßen, daß der Director des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, Kießling, einen eignen, wissenschaftlich durchgebildeten Religionslehrer in der Person des Dr. Sachs angestellt hat, damit die israelitischen Schüler der Anstalt einen angemessenen Religionsunterricht erhalten. Dr. Sachs gehört natürlich nicht zu den Schwarzen, und diese Fraction ist daher mit dieser neuen Einrichtung wenig zufrieden; auch konnten die Aeltern oder Vormünder der Zöglinge nicht gezwungen werden, letztere in den Religionsunterricht des Dr. Sachs, der auch bei der königl. Luisenschule angestellt ist, zu schicken, es mußte dies vielmehr Sache der freien Entschließung bleiben. Daß daher bei den Juden stark intriguirt worden, um die neue Einrichtung nicht aufkommen zu lassen, ist begreiflich; um so erfreulicher ist es aber auch, daß von den hundert jüdischen Zöglingen des Gymnasiums bereits funfzig an dem erst seit etwa 14 Tagen bestehenden neuen Unterrichte Theil nehmen. Wir bezeichnen diesen Fortschritt in der Entwickelung unserer Juden als ein höchst folgenreiches Moment und erwarten davon mehr und bessere Früchte als von vielen andern Einrichtungen der Neuzeit, deren Wirksamkeit an dem Starrsinn unserer Israeliten nur zu häufig brechen mußte.

In Betreff des von dem Fürstbischof von Breslau über den Fürsten v. Hatzfeld ausgesprochenen Bannes (Nr. 117) sind die Ultramontanen höchlich erfreut, daß die schlesische Kirche einmal wieder ein so kräftiges Lebenszeichen von sich gibt. Uebrigens heißt es hier, der Fürst sei sogleich nach Rom gereist, um die Rücknahme des Kirchenbannes vom Papste selbst zu erwirken.

— Aus sehr glaubwürdiger Quelle vernehmen wir, sagt die Elberfelder Zeitung, daß von Seiten Preußens an die andern Zollvereinsregierungen vor wenigen Wochen die Eröffnung gemacht worden ist, daß kein Steff zu einer Zollconferenz für 1847 dermalen vorliege.

— Nachrichten aus **Swinemünde** zufolge haben daselbst wegen der hohen Preise der Kartoffeln und anderer Lebensmittel tumultuarische Auftritte und Excesse stattgefunden, in Folge deren am 29. April die 8. Compagnie des 9. Infanterieregiments mit den Dampfbooten Der Regenbogen und Maria Thereſia schleunigst von Stettin nach Swinemünde befördert wurde.

— In **Garz** ist das königl. Fouragemagazin (worin sich an 140 Wispel Hafer befanden), sowie sämmtliche vor dem Schwedter Thore belegenen Scheunen (man spricht von nahe an 200) in der Nacht zum 29. April niedergebrannt. Man vermuthet absichtliche Brandstiftung.

Portugal.

Aus **Oporto** vom 22. April theilt der Standard nach dem daselbst erscheinenden Ceo popular mit, daß offiziellen Nachrichten zufolge General Cazal mit den unter ihm stehenden Truppen der Königin die Provinz Tras os Montes verlassen habe, die also nebst Entre Douro e Minho bis auf die Städte Chaves, Valenca und das halbausgehungerte Viana nun der Junta gleichsam überlassen sei. In Coimbra wurde ein Aufstand erwartet, der Saldanha, weil auf seiner Verbindungslinie mit Lissabon, möglicherweise Verlegenheiten bereiten würde.

— Es war ein portugiesischer Kutter und ein Mistic von der Küstenwache, die sich zuerst vor den an der Küste von Algarbien erscheinenden Dampfern der Insurgenten nach Gibraltar geflüchtet hatten und deren Mannschaft dann dort am 15. April sich für die Insurrection erklären wollten. (Nr. 124.) Auf Anrufen der Capitaine derselben schickte aber der britische Dampfer Virago seine bewaffneten Boote zu Hülfe, welche beide Fahrzeuge unter die britischen Batterien herbeiholten und neben der Virago festlegten. Die portugiesische Küste ist durch die Abwesenheit dieser Schiffe jetzt dort völlig für die Ein- und Ausfuhr offen.

Spanien.

Die bis 26. April reichenden Berichte aus **Madrid** enthalten außer der Einberufung der beurlaubten Soldaten und Offiziere bis 15. Mai und der vom Kriegsminister angeordneten Verweigerung demnächstiger Beurlaubungen nichts Bemerkenswerthes.

— Von **Barcelona** wird von einem bei Basella unweit Solsona am 25. April stattgehabten Zusammentreffen königl. Truppen mit einer Abtheilung Montemolinisten geschrieben, von der 23 M. gefangen und 12 M. getödtet wurden. Bei Serdanolas hatte sich Aehnliches begeben und es waren von da mehre Gefangene nach Berga gebracht worden.

Großbritannien.

London, 30. April.

Im Oberhause übergab Lord Brougham gestern eine Bittschrift der vereinigten Kirchspielbehörden von Liverpool, welche die große Last durch den Zudrang irischer Armen vorstellte, deren nach amtlicher Ermittelung seit Anfang December 150,000, wie aber mit gutem Grund anzunehmen sei 180,000, nach Liverpool gekommen, und davon 100,000 in großer Entblößung dort zurückgeblieben wären. Es fehle nicht an bedenklichen Erkrankungen unter denselben, und das Einreißen ansteckender Krankheiten sei zu besorgen. Die Bittsteller sprachen die Hoffnung aus, ein irisches Armengesetz alsbald angenommen zu sehen, welches auch dem Zudrang irischer Armer nach England Einhalt thun werde, versprachen

sich aber keine Erleichterung von dem im Unterhause kürzlich durchgegangenen irischen Armengesetze. Lord Brougham knüpfte daran die Anfrage, ob die Regierung nicht einen Schritt zur Abänderung der Bankacte von 1844 thun wolle, welcher ein großer Theil der bestehenden Schwierigkeiten des Geldmarktes zugeschrieben wird. In den Fabrikbezirken würden dieselben sehr hart empfunden und behinderten sogar die Ausführung wichtiger Aufträge für Amerika. Der Marquis of Lansdowne erwiderte, daß die Bedrängniß der Fabrikgegenden in die ernsteste Erwägung gezogen worden, die Regierung aber nicht geneigt sei, einen Schritt der Art zu thun, wie Lord Brougham andeute. Lord Ashburton erwähnte noch, daß Personen, die den höchsten Credit besäßen, doch 12 und 13 Proc. gestern hätten bei Discontirungen bewilligen müssen. Vom Marquis of Lansdowne wurde dann die zweite Lesung der irischen Armenbill beantragt. Er bevorwortete dieselbe durch einen Ueberblick der socialen und materiellen Verhältnisse Irlands, eines Landes mit sehr dichter Bevölkerung und doch bisher nur höchst geringen Quellen, vielleicht den geringsten unter allen Ländern der civilisirten Welt zu ihrem Unterhalt. Besonders verbreitete er sich auch über den in der Bill aufgenommenen Grundsatz der an arbeitsbefähigte Dürftige unter gewissen Bedingungen außerhalb der Arbeitshäuser zu gewährenden Unterstützung. Diese kann nämlich von der Verwaltung eines Armenbezirks immer nur auf zwei Monate bewilligt werden, und bedarf dann der Erneuerung, wenn sie fortgesetzt werden soll. Kein Armengesetz werde übrigens im Stande sein, die in Irland tief eingewurzelten Uebel allein zu heben, wohl aber vermöge eine zweckmäßige Maßnahme der Art viel dazu beizutragen, daß der Charakter und die Gewohnheiten der Bevölkerung anders würden und daß ihr Unterhalt mehr vom Erwerb als von dem Anbau der Kartoffeln abhänge. Zu einer solchen Regenerirung sei jedoch nicht minder ein anderes Verhalten vieler Grundbesitzer als das bisherige nothwendig. Der Earl of Clancarty beantragte die Vertagung der Bill bis über sechs Monate, wovon der Earl of St. Germans abrieth und von der richtigen Ausführung der Maßregel große Wohlthaten auch für die Landlords erwartete. Der Earl of Monteagle erklärte, daß er unter allen Umständen die Unterstützung Arbeitsfähiger außerhalb der Armenhäuser und die Auswanderungsfrage bei der Comitéberathung zur Sprache bringen werde. Für die Bill sprach der Earl of Clanricarde; der Erzbischof von Dublin nannte sie ein sehr gefährliches Experiment. Lord Stanley stimmte im Letzten bei, äußerte sich aber dahin, daß nach der, wie er höre, beabsichtigten Zurückziehung des Amendements, von ihm keine ausführliche Darlegung, keine Einwendung für jetzt erwartet werden dürfe. Nachdem noch Lord Brougham und der Earl of Desart das Wort genommen, wurde die zweite Lesung ohne Theilung gestellt.

Im Unterhause wurde auf eine Anfrage durch dem Secretair für Irland, Hr. Labouchere, bestätigt, daß der Jamestown, eine Fregatte der Vereinigten Staaten, seine Kanonen ꝛc. gelandet und von der Unionsregierung hergeliehen worden sei, um eine Ladung Lebensmittel, zu der in Boston und andern Orten von Neuengland die Ankaufsmittel im Betrage von 100,000 Doll. zusammengebracht worden, nach Irland als Gabe zur Unterstützung der Nothleidenden zu transportiren. Der Jamestown sei bereits nach Amerika zurückgekehrt; es werde aber schon eine zweite solcher Ladung von daher unterwegs sein (deren Eintreffen in Cork die heutigen Berichte ebenfalls melden). Das Haus gab seinen lauten Beifall zu erkennen. Dr. Bowring beantragte mehre Resolutionen, welche auf Verbesserung des Rechnungswesens und der Buchführung bei der Finanzverwaltung abzielen. Dr. Bowring wies unter Anderm aus den dem Hause vorgelegten Rechnungen nach, daß in dem am 5. Jan. beendigten Jahre über 6 Mill. von den verschiedenen Einnahmestellen wieder ausgegeben worden sind, ohne vorher in die Hände des Schatzamtes gekommen zu sein, ebenso daß 909,610 Pf. St. aus von Parlamentsbewilligungen unabhängigen Quellen eingenommen würden und ohne die Controle des Hauses hätte ausgegeben werden können. Die französische Finanzrechnungsführung stellte er weit über die complicirtere in England, wollte, daß jede Einnahmestelle jährlich ihren Voranschlag für ihren Bedarf einreichen und dieser dem Parlamente mit vorgelegt werden solle. Er nahm seine Anträge jedoch nach einiger Besprechung, und da der Schatzkanzler die Erwartung aussprach, man werde den einzelnen Departements wol Zeit gönnen, die in mehren bereits durchgeführten Verbesserungen nachzuahmen, wieder zurück. Von Hrn. Hume ward eine Untersuchung der Schiffbauangelegenheiten in der königl. Marine seit 1832 beantragt, in welche Zeit auf Bauen und Reparaturen von Kriegsschiffen 22 Mill. verwendet und davon ein großer Theil buchstäblich weggeworfen worden sei, indem die erhaltenen Schiffe gerechten Anforderungen nicht entsprochen und manche fünf bis sechs Mal hätten total umgeändert werden müssen. In der Handelsflotte komme das nicht vor, und er müsse die verschiedenen Verwaltungen der Admiralität dafür verantwortlich machen. Hr. Hume wollte ein Comité des Hauses mit der Untersuchung beauftragt wissen, sich aber auch mit einer Commission der Regierung zufrieden geben. Viscount Ingestre unterstützte den Antrag, von welchem der Admiralitätssecretair Hr. Ward aber keinen Nutzen erwartete, da begangene Irrthümer nicht dadurch gut gemacht, zu begehenden aber bereits eben so gut durch das eingesetzte Comité vorgebeugt sei, welches alle Pläne zu Schiffbauten vor der Annahme derselben durch die Admiralität gutgeheißen haben müsse. Sir J. Graham sprach ebenfalls gegen Hrn. Hume; Sir C. Napier meinte, daß schon vor 1832 die erwähnte Verschleuderung der öffentlichen Gelder eingerissen sei. Schließlich wurde Hrn. Hume's Antrag mit 66 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Heute waren die Verhandlungen im Oberhause nicht von langer Dauer und ohne bemerkenswerthe Vorgänge. Im Unterhause wurde die am 26. April vertagte Debatte wegen Bildung eines Gesammtcomité über Eisenbahnen, Dämme und Häfen über die vom Schatzkanzler beantragten 620,000 Pf. St. zu Darlehen für drei irische Eisenbahnen fortgesetzt. Hr. Roebuck stellte dagegen den Antrag auf Tagesordnung, weil dieses Darlehen ganz so nachtheilig wie das von Lord G. Bentinck früher beantragte von 16 Mill. sein und dabei nicht einmal Arbeit für große Massen der Bevölkerung, sondern nur für höchstens 15,000 Menschen vermitteln würde. Das Haus beschloß jedoch mit 203 gegen 14 Stimmen ins Comité zu gehen. Der Schatzkanzler Sir Charles Wood beantragte darin mehre Resolutionen über Bewilligung von 620,000 Pf. St. zu dem obigen Darlehn, 10,000 Pf. St. zur Verbesserung der Schiffbarkeit des obern Shannon und 40,000 Pf. St. zur Verbesserung von Häfen und Landungsplätzen für die Fischerei, welche Summen aus der 8-Mill.-Anleihe bestritten werden sollen. Er gab zu diesen Anträgen Erläuterungen der ministeriellen Politik in Irland, erklärte unter Anderm, daß der Plan wegen Urbarmachung wüster Ländereien von der Regierung für jetzt aufgegeben worden, und also die Mittel, die man dazu bedurft hätte, weiter verfügbar blieben. Ueber die an öffentlichen Arbeiten beschäftigten Leute sagte er, daß ihre Zahl nach dem 1. Mai nicht über 280,000 betragen werde, und gab über die Bestellung der Felder in Irland sehr beruhigende Versicherungen. Auch über die Lage des Geldmarktes verbreitete er sich und nannte die in den letzten Tagen entstandenen großen Besorgnisse grundlose. Die Lage der Bank habe seit ihrem letzten Wochenberichte sich gebessert und sie könne schon den Geschäften wieder größere Erleichterung gewähren. Die Curse wären jetzt in Europa überall zu Gunsten von England, und von Amerika werde das Verlangen nach Gold so ansehnlich nicht sein, als man besorgte. Sei nun im Ganzen Vorsicht und Behutsamkeit fortwährend wesentlich nöthig, so habe man andererseits durchaus nicht Ursache zu übermäßigen Befürchtungen, wie sie vielfach laut geworden wären. Die Sitzung dauerte bei Abgang des Berichts noch fort.

— In **Southampton** langte gestern das der Halbinsel- und Oriental-Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörende Dampfpacketschiff Ripon aus dem Mittelmeere mit dem Sieger von Aliwal, General Sir Harry Smith, an. Sofort wurden alle Glocken geläutet, und als das Schiff ins Dock einfuhr, ward eine Salve von der Platformbatterie zu Ehren des Generals abgefeuert, dessen Landung beizuwohnen Tausende von Menschen zusammenströmten. Der Mayor und sämmtliche Gemeindebehörden empfingen ihn am Kai und geleiteten ihn nach dem Bureau der Deckcompagnie, wo sie ihm eine Beglückwünschungsadresse überreichten.

— Vor dem Polizeigericht in Marlboroughstreet erschien gestern Helena, seit 1828 vermählte Gräfin v. Mornington, eine Verwandte des Herzogs v. Wellington, um eidlich zu erhärten, daß sie in einer so mittellosen Lage sich befinde, um die Unterstützung des Kirchspiels ansprechen zu müssen. Dieses soll dadurch in den Stand gesetzt werden, in üblicher Weise gegen den Earl wegen unterlassener Fürsorge für seine Gemahlin zu verfahren. Nachdem die Zeugen vernommen und die Gräfin zitternd den verlangten Eid geleistet hatte, erließ der Richter, da der Fall als ein dringender angesehen wurde, zunächst eine Aufforderung an den Earl, den Stammhalter des Hauses Wellesley und Neffen des Herzogs v. Wellington, sich zu stellen, deren Nichtbeachtung sofort ein Befehl folgen würde: „den Leib des Earl alsbald vor die unterzeichnete Behörde zu bringen". Wenn die Sache nicht dringend gewesen wäre, würde eine Klage bei den Consistorialgerichten der einzuschlagende Weg gewesen sein.

— Die Nachrichten vom Befinden des Earl of Besborough, Lordlieutenants von Irland, gehen bis zum 28. April Nachmittags 4 Uhr und lauten wieder im höchsten Grad ungünstig. Das zuletzt ausgelegte Bulletin besagte: „Se. Exc. befindet sich fortwährend in einem sehr bedenklichen Zustande." Heute erzählte man in London, daß der Lordlieutenant von Irland seiner schweren Erkrankung wegen — er soll an Brustwassersucht leiden — seine Entlassung eingereicht habe, und daß der Marquis v. Clanricarde, dermalen Generalpostmeister ebenfalls ein großer und in Irland populairer Grundbesitzer, zu seinem Nachfolger ausersehen sei.

— Der Herzog v. Argyll, geb. 1777, erblichter Oberhofmeister in Schottland und Erbsheriff in Argyllshire, ist auf Inverary Castle mit Tod abgegangen. Er hat in jungen Jahren unter dem Herzoge v. York und Sir Ralph Abercromby im Heere gedient, repräsentirte gegen 20 Jahre die Grafschaft Argyll im Unterhause und erbte 1839 den herzoglichen Titel ꝛc. von seinem Bruder. Freund wissenschaftlicher Bestrebungen überhaupt, hatte er für Chemie und Mechanik besondere Vorliebe. Als Herzog v. Argyll war er schottischer Pair und hätte also nur durch

Wahl als Repräsentativpair im Hause der Lords sitzen können, dem er jedoch als Inhaber einer britischen Pairie unter dem Titel Lord Sundridge und Hamilton außerdem angehörte. Er war drei Mal vermählt, hinterläßt aber nur einen Sohn, den bisherigen Marquis of Lorn, als Erben seiner Titel und Güter.

— Die Doppelbeilage der Times vom 28. April enthielt 2062 Ankündigungen und Inserate, wovon die Abgabe à 1½ Schill. allein 154 Pf. St. 13 Schill. ausmacht. Die Brighton Gazette schlägt die tägliche Auflage der Times auf 25,000 Exemplare an, wozu letztere anmerkt, daß diese Annahme um einige Tausende zu gering genommen sei.

— Aus **Halifax**, woher die Mittheilungen bis 10. April gehen, wird vom Globe mitgetheilt, daß der Gouverneur von Canada Lord Elgin mit den Führern der französischen Partei wegen ihres Beitritts zur Bildung eines conservativen Colonialministeriums in Verbindung getreten sei, daß dieselbe aber erst mit ihren Freunden in Obercanada sich hätte deshalb verständigen wollen.

— Von **Mauritius** wird über die Aussichten der Wiederaufnahme des Verkehrs mit Madagaskar gemeldet, daß noch immer alle daselbst befindlichen Europäer auf das schärfste überwacht würden und daß ein Beamter der Königin, welcher sich der Herstellung des Handels mit den Europäern (vermuthlich Engländer oder Franzosen, da die Beziehungen mit den Holländern fortbestehen) günstig zeigte, zum Feuertode verurtheilt worden sei.

Frankreich.

Paris, 1. Mai.

Die Deputirtenkammer war gestern mit Fortsetzung der Berathung des Gesetzentwurfs über die Supplementar- und außerordentlichen Credite für 1846 und 1847 beschäftigt. Es kamen die für das Marineministerium an die Reihe und wurden nach einiger Besprechung von Specialitäten gut geheißen. Auch die für das Finanzministerium wurden angenommen. Auf die Frage, weshalb die Postbeförderung auf einigen Eisenbahnen mehr als auf gewöhnlichen Straßen koste, gab der Finanzminister zur Auskunft, daß die Regierung den betreffenden Compagnien nicht wie den später concessionirten Bedingungen deshalb gemacht und deshalb mehr zu zahlen habe. Die Supplementarcredite für das auswärtige Ministerium wurden abermals zurückgestellt, und man ging zu den außerordentlichen Crediten von 1846 über, wobei die Verhandlung bis zum 3. Mai vertagt wurde.

— Sämmtliche Tambours und Musiker der Nationalgarde der Seine und der Garnison von Paris waren gestern Mittag im Tuilerienhof aufmarschirt, um den König zu seinem Namenstag in der That geräuschvoll zu beglückwünschen. Als derselbe mit der Königin, den Prinzessinnen und der vorgestern in den Tuilerien angekommenen Großherzogin von Mecklenburg um 1 Uhr auf dem Balcon erschien, wirbelten 800 Trommeln auf ein Mal los. Die Musik spielte nachher mehre Stücke, darunter die Marseillaise und Parisienne. Man rühmt des Königs gutes Aussehen.

— Die «Presse» setzt ihre Angriffe auf das Cabinet und insbesondere auf Hrn. Guizot heute fort. Die Zusage des Letztern vor den Wahlen in Lisieux, daß die conservative Politik allein den Fortschritt gewähren werde, sagt die «Presse», und die ganze damalige Rede müsse entweder die eines Charlatans gewesen sein, was man nicht annehmen dürfe und sie nicht glauben wolle, oder der Ausdruck Fortschritt im Munde des Ministers des Auswärtigen müsse durch das „Nichts, nichts und abermals nichts" des Hrn. Desmousseaux de Givré unrichtig verdolmetscht worden sein. Zwischen Beidem müsse man wählen, man müsse protestiren oder schweigend eingestehen. Wenn aber Worte wie die des Hrn. Desmousseaux de Givré, der einer von der ministeriellen Majorität, einer von den Adreßcommissaren, Requêtenmeister beim auswärtigen Ministerium sei, wenn dieses „Nichts, nichts und abermals nichts" auf der Tribune erklungen wäre, ohne Widerspruch zu erfahren, so käme das daher, weil es Worte gebe, welche treffend und energisch Jedermanns Gedanken resumirten und eine ganze Situation deutlich vor Augen brächten. Das Journal des Débats hat einen langen Artikel über die Verhandlungen des britischen Unterhauses hinsichtlich der Bewilligung zu Unterrichtszwecken; die andern Zeitungen enthalten nichts von Belang.

— Die Gerüchte vom nahen Ausscheiden des Finanzministers Lacave-Laplagne erhalten sich. Er wird dann, wie ihm zugesagt worden, seine frühere Stellung als Conseiller maitre am Rechnungshofe wieder erhalten. Die Wahl seines Nachfolgers soll zwischen Hrn. Hippolyte Passy, welcher im Ministerium Soult vom 12. Mai 1839 bereits College der HH. Duchatel und Cunin-Gridaine war, dem seit Jahren regelmäßig zum Berichterstatter über das Budget ernannten Hrn. Bignon und dem Präsidenten am Rechnungshofe, Marquis d'Audiffret und Pair von Frankreich schwanken, der Erstere jedoch die meiste Aussicht haben. Nach dem National bewerbe man sich schon 48 Stunden dringend um seine Annahme des Ministeriums.

— Das Journal des Débats brachte gestern einen Artikel über die Verhandlungen (speciell die Adreßberathung) und die Bedeutung des Vereinigten Landtags in Preußen, welcher als Vorläufer einer verständigern Auffassung deutscher Zustände an der Seine begrüßt zu werden verdient; vorausgesetzt, daß man dort diese verständigere Betrachtungsweise nicht wieder aufgibt. Das französische Gouvernementsblatt sieht sich nämlich mit Einem Male genöthigt, in dem Vereinigten Landtag ein Organ für den Ausdruck der öffentlichen Meinung in Preußen und Deutschland anzuerkennen, wie es an Bedeutung hier noch nicht vorhanden war. Nicht allein an der Oberflächlichkeit französischer Betrachtungsweise habe es gelegen, wenn man sich in Frankreich bisher über deutsche Fragen sehr täuschen konnte. Deutschland habe selbst zu wenig über sich gesagt. Die Presse habe den von der Censur ihr angehängten Argwohn ermangelnder Aufrichtigkeit gegen sich, und hätten auch die Stände in den kleinern constitutionellen Staaten sich der Tribune tüchtig bedient, so sei das doch weder weit genug vernommen worden noch sei ihre Stellung sonst hoch genug, um die Ideen einer großen Nation in der Gesammtheit zu repräsentiren. Die eigentlichen Ansichten von 30 Millionen Anwohner einer der beträchtlichsten Grenzen Frankreichs wären ihm so nur allzu lange ein verschlossenes Buch gewesen, und unmöglich sei, die damit verknüpften Inconvenienzen für Frankreichs auswärtige Beziehungen zu verkennen. „Hätten wir Deutschland besser gekannt, würde es weniger leicht gewesen sein, es gegen uns einzunehmen, und Deutschland würde uns heute besser kennen (über welches Letztere das Journal des Débats erlauben wird, wenn man seine Ansicht weniger theilt). Die Verhandlungen des preußischen Parlaments tragen sicherlich dazu bei, alle Verhältnisse aufzuhellen, und an welcherlei vorsichtige Bedingungen die Ausübung dieses Rechts geknüpft sein mag, von diesem Gesichtspunkt aus wenigstens kann man sagen, daß der König von Preußen, wenn er bei Berufung desselben nicht Alles gethan, was man für die Förderung der wirklichen Freiheiten thun konnte, doch viel gethan hat für Befestigung des europäischen Friedens. Er hat dem deutschen Geiste gestattet, am hellen Tag aufzutreten, und durch die Art, wie das der deutsche Geist gethan, muß er, indem er selbst das Wort führte, Alle entmuthigt oder discreditirt haben, die für ihn zu sprechen beanspruchten. Die von Interesse oder Leidenschaft getriebenen Fürsprecher sind jetzt beseitigt, und es ist Aussicht da zu versöhnlicher Ausgleichung der Parteien." Ueberrascht von der bei dieser ersten großen Versammlung bereits bewiesenen parlamentarischen Erfahrung, erkennt das Journal des Débats an, daß die Provinzialstände eine Art politischer Bildungsschulen gewesen sind, und daß weit mehr geeignete Männer vorhanden sind, als erwartet wurde. Namentlich von der Rheinprovinz gelte das, und besonderer Nachdruck wird darauf gelegt, daß man nun endlich aus ihrem eignen Munde wisse, wie weit ihre politischen Ansichten, wie weit ihre nationalen Gesinnungen gingen. Man habe bei den Liberalen des Rheinlandes im Hintergrunde republikanische Gelüste und die Foderung des allgemeinen Stimmrechts vermuthen zu müssen geglaubt. Jetzt sei unverhohlen dargethan, daß sie in verständiger Hingebung an monarchische Institutionen stets nur nach den Bürgschaften einer constitutionellen Gesellschaft verlangten. Ebenso habe man bei ihnen eine besondere Neigung nur zu lange vorausgesetzt, Frankreich die Hände zu bieten. Wer etwa noch bei dieser Einbildung beharre, möge aus ihrer Mitte erklären hören, wie die Männer vom Rheine so wenig Franzosen wie die von Königsberg Russen sein mögen, sondern Preußen und Deutsche bleiben wollen. Es sind insbesondere die Reden der Abgg. Mevissen und Hansemann, auf welche das Journal des Débats deshalb verweist und schließlich bemerkt: „Wir begreifen den Zauber gewisser Erinnerungen, aber wir begreifen nicht, wie sie für immer sich zwischen die Völker stellen können, um für die gerechtesten, die lebhaftesten Wünsche loyaler Annäherung als Schranke zu dienen. Wir wiederholen, der König Friedrich Wilhelm wird viel gethan haben für den Frieden von Europa, indem er Deutschland sich endlich frei aussprechen läßt."

— Der Moniteur enthält eine große Anzahl von Verleihungen und Beförderungen der Ehrenlegion; unter den Empfängern sind die Componisten Félicien David und Adolphe Adam, die Schriftsteller Jul. Landeau, Jul. Lacroix, M. Masson und Charles Lafond. Auch der Senior der Stenographen, Hr. Breton, ist Mitglied der Ehrenlegion geworden.

— Der Sud de Marseille meldet vom 28. April, daß Bu-Maza nicht nach Paris, sondern zunächst nach Chateau Pomerei in den Pyrenäen gebracht werde, das ihm zum Aufenthalt angewiesen sei.

Niederlande.

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus **dem Haag** vom 30. April: „Hr. Hoffmann hatte vor Anfang der Osterferien seinen Collegen der II. Kammer der Generalstaaten angekündigt, er wolle gleich nach den Ferien den Antrag stellen, daß die Kammer sich mit einer Beschwerdeschrift an den König wende, um gegen die durch den Vertrag mit Belgien der Verfassung zugefügten Verletzungen zu protestiren. Dieser Antrag ist nun auch wirklich in der Sitzung am 27. April erfolgt. Der Vorsitzende glaubte denselben durch Anberaumung einer nahen Sitzung zur Discussion unterdrücken zu können, allein die Kammer ist darauf nicht eingegangen, sondern hat den Antrag zur Berathung mit 22 gegen 17 Stimmen an die Abtheilungen versendet."

Italien.

***Rom**, 22. April. Die ersten Tage der laufenden Woche vergingen uns unter Festvorbereitungen auf gestern, den 2598. Geburts-

tag der ewigen Stadt. Wie sonst versammelte sich das sabinische Patriziat zu einer feierlichen Adunanz, und alle literarischen wie artistischen Institute sahen gestern ihre Mitglieder bei einander, durch Festpoesie und Prunkreden den Gründungstag Roms zu ehren. Bis hierher geschah, was in dieser Beziehung hier alle Jahre geschieht. Eine außerordentliche Zuthat zu dem Fest aber war ein Bankett, das 800 römische Patrioten (man würde diese Männer im vorigen Pontificat Liberale, auch wol Demagogen genannt haben wegen ihrer bekannten politischen Gesinnungen oder Schriften) in den weiten malerischen Ruinen der Thermen des Kaisers Titus unweit des Kolosseums unter einander veranstaltet hatten. Azeglio, Orioli und Sterbini, die drei in diesem Augenblicke hier genanntesten und einflußreichsten Volksmänner, waren nach Versicherung eines Mitanwesenden die begeistertsten Sprecher und Lobredner Pius' IX. Nach einigen freien Debatten und Ausstellungen über das neue Censurgesetz waren, bis die sinkende Sonne zum Aufbruche mahnte, des Papstes preiswürdige Eigenschaften und Absichten für die Regeneration seines Landes sowie treffende Vergliche zwischen ihm und dem Erbauer des Festlocals, den seine Zeitgenossen deliciae generis humani nannten, aber auch scharfe Ausfälle auf Nero, dessen goldenes halbzerstörtes Haus dem Titus als Unterbau seiner glänzenden Bäder dienen mußte, sowie andererseits auf Den, dessen morsche und halbruinirte Staatseinrichtungen von dem neuen Papste zu Fundamenten für sein frisches Gebäude umgestaltet sind, ein unerschöpflicher Gegenstand der Unterhaltung für die Festgenossen. Dabei soll es vorzüglich Massimo Azeglio an versöhnlichen und berichtigenden Worten über Das, was die Römer zuversichtlich von Pius IX. erwarten dürfen, sowie andererseits über Das nicht haben fehlen lassen, was sie im Rausch ihres Enthusiasmus ohne alle positive Prämissen in Träumen des Beliebens sich und Andern vorgegaukelt haben. Gewiß, eine sehr zeit- und ortgemäße Rede. Denn Pius IX. ist keineswegs Das, was Viele aus ihm machen. Er ist, um es kurz zu sagen, ein überaus wohlwollender Mann, dessen feurigster Wunsch das Glück seiner Unterthanen ist. Weil nun aber ein Volk nicht beglückt werden kann ohne Freiheit, so bemüht er sich, seinem Volk in den Reformen der Institute des Kirchenstaats die Basis einer freiern Existenz zu erschaffen. Dabei will er in Allem, was er thut, zeigen, daß er seiner Zeit angehört und sie versteht. Daß Pius IX. aber ein specifisches Interesse für diese oder jene das Bestehende anfechtende oder gar Umsturz drohende Richtung unserer Tage habe oder je haben werde, das können nur Die glauben und Andere glauben machen, welche sich und Andere zu mystificiren verstehen.

Es waren schon mehre Tausend Exemplare des ausführlichen apostolischen Rundschreibens (Nr. 119) an die betreffenden geistlichen Oberbehörden abgegangen, als der Papst befahl, mit der Epistola encyclica zugleich noch ein besonderes vom Präfecten der Congregation der Bischöfe und Ordensgeistlichkeit Cardinal Ostini an jene Behörden gerichtetes dringendes Schreiben wegen der in der ganzen katholischen Christenheit für die Irländer zu veranstaltenden Geldcollecte auszufertigen.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 20. April. Vor einigen Tagen starb hier im hohen Alter der Staatssecretair Geheimrath Boludiansky, seit vielen Jahren die Arbeiten unserer permanent bestehenden Gesetzcommission leitend. Unter der Oberleitung des Grafen Speransky war er hier viele Jahre das Hauptorgan bei der Redaction unsers jetzt geltenden Reichscodex, an dessen nachfolgenden Supplementbänden er unermüdet thätig bis an seinen Tod fortarbeitete.

Petersburg, 27. April. Nach officiellen, aus Schlüsselburg eingegangenen Nachrichten war am rechten Ufer des Ladogasees, vom Austritte der Newa an gerechnet, oberhalb auf einer Strecke von 5 Werst das Eis geschwunden; sonst lag auf dem See die Eisdecke noch überall unbeweglich. Die Newa war von dem bezeichneten Punkt abwärts auf 5 Werst eisfrei.

Türkei.

Berichten aus **Konstantinopel** vom 21. April zufolge hat der bisherige griechische Geschäftsträger bei der Pforte Hr. Agyropoulos von seiner Regierung den Auftrag erhalten, seine Pässe zu verlangen. Er steht demnach auf dem Punkte, die Hauptstadt zu verlassen.

Personalnachrichten.

Orden. Baiern. Ludwigsorden, Ehrenkreuz: der Generalsecretair des Ministeriums des Innern Geheimrath Franz v. Kobell. — Kurhessen. Hausorden vom goldenen Löwen, Commandeurkreuz: der österreichische Hofrath und Kanzleidirector der vereinigten Hofkanzlei Franz Ritter v. Radherny. — Niederlande. Orden der Eichenkrone 3. Kl.: der österreichische Kammervirtuos Sigmund Thalberg.

Todesfälle. Am 23. April starb in Rom Cardinal Polidori im 69. Lebensjahre. — Aus Stockholm vom 27. April wird der Tod des Professors Erik Gustav Geijer in Upsala gemeldet.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 5. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118¾ G.; Sächsisch-Baiersche 85¾ Br.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99½ G.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 bezahlt; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200¼ Br., 199¾ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90½ G.; Altona-Kieler 107¼ Br.; Pesther 100 Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br.

Börsenbericht. * **London**, 30. April. Die Nachricht aus Petersburg, daß ein Ukas über Anlegung von 30 Mill. R. S. (120 Mill. Fr.) in auswärtigen Fonds erlassen worden ist (Nr. 125), hat gestern schon an der Börse eine Verbesserung der Consols um ½ Proc. zur Folge gehabt, indem Consols von 86½ auf 86¾ gegen baar sich hoben. Heute war der Fondsmarkt noch belebter durch die erfolgten Ankäufe angesehener Makler und die vom Gliede als zuverlässig bezeichnete Nachricht, daß für einige Mill. Pf. St. jenes russischen Geldes britische Effecten erworben werden sollten. Es trat eine allgemeine steigende Tendenz der Curse ein und Consols schlossen mit 87¼ bis ⅜ gegen baar und 87½ pr. Mai. Eine auf heute angesetzte Versammlung von Bankiers und Kaufleuten, welche die Lage des Geldmarktes in Erwägung ziehen sollte, ist deshalb unterblieben. Die hiesigen Inhaber spanischer Effecten haben Hrn. Henderson bevollmächtigt, ihre Interessen bei der in Madrid niedergesetzten Commission zur Regulirung der Schuld zu vertreten.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 18. bis mit 24. April (mit Einschluß von 1076 Personen aus dem Zwischenverkehr) 17,974 Personen.

(Vom 1. Jan. — 24. April: 177,677 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 18. bis mit 24. April 4,654 Personen.

(Vom 1. Jan. — 24. April: 65,538 Personen.)

Wasserstand am Pegel der tiefen Elbbrücke am 5. Mai früh 7 Uhr: 6° über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 1. Mai. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 104½; 4½pc. Handelsg. 172½. Frankfurt a. M., 3. Mai. Oestr. Bact. 1896; 250 Fl. L. 118¼; 500 Fl. L. 153⅛; Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 57½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35; Kurhess. 32½. London, 29. April. 3pc. Cons. 86⅞; Port. 3pc. 34½; Span. 4pc. 34⅝; Holl. Int. 58⅜.

Actien. Amsterdam, 1. Mai. Rhein. Eisenbahn 104. Frankfurt a. M., 3. Mai. Taunusb. 357; Nordb. 70½; Berb. 91⅛. Wien, 2. Mai. Nordb. 167½; Gloggn. 123; Mail. 110; Livorn. 89; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 4. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½ Br., 3½pc. Staatsch. 92⅝, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93 Br., ostpreuß. 85¼ Br., pomm. 94, schles. 96½, 4pc. posensche 101¼, neue 3½pc. 92, kur- und neumärk. 95⅛ Br.; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109¾, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 97, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90⅞, 5pc. 101⅝, Berl.-Stett. 107½, Cöln-Minden 4pc. 91½, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½, Düss.-Elberf. 5pc. 106, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altona 4pc. 107¼ Br., Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, 5pc. 101⅛, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½, Litt. B. 4pc. 96½, Prinz-Wilhelmb. (St.-B.) 4pc. 89, Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Thüring. 4pc. 94½, Wilh.-Bahn 4pc. 87½, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Nach.-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 82½, Berl.-Anh. 99¼, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90¾, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Bened. 4pc. 111, Mecklenburg 74 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 71½, Pos.-Starg. 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 88½, Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 99½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94 Br., (neue) 4pc. 93⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 95⅛ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bcert. Zinsl. 16¾, Litt. B. 300 Fl. 32½ Br., Hamb. F.-L.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 84½, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 31½, Sard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Leipziger Börse am 5. Mai 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	140⅜	Königl. Sächs. Staats-Papiere ?)		
pr. 250 Fl. à.	2 Mt.	—	139¾	à 3⅓ pc. } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	94½
Augsburg	k. S.	102½	—	à 4 pc. F. } kleinere . . .	—	—
pr. 150 Fl. à.	2 Mt.	—	—	do. do. v. 100	—	100
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3½ pc. im } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	92½
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 4 pc. F. } kleinere . . .	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	114½	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine	—	—
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	à 3⅓ im } v. 1000 u. 500 Thlr.	99	—
Brsal. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 4 pc. F. } kleinere . . .	—	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen à 3½ im } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56½	—	à 4 pc. F. } kleinere . . .	91	—
pr. 100 Fl. in 24 X.	2 Mt.	—	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %	—	—
Hamburg	k. S.	150⅝	—	} v. 500 . . .	—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149¾	—	} v. 100 u. 25	—	—
London	2 Mt.	—	—	do. do. à 3½ %	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22½	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb. P.-Obl. à 3½ %	105	—
Paris pr. 300 Frcs.	k. S.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Crt. pr. 100	—	99½
	2 Mt.	79½	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ %, (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
	3 Mt.	78⅞	—	K. K. Oestr. Met. pr. 150 Fl. Conv.	—	—
Wien pr. 150 Fl.	k. S.	—	103½	à 2½ % laufende Zinsen	—	—
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—	à 5 % } à 100% im 14-Thl.-F.	—	—
Augustd. à 5 Thlr. à ½ Mk.		—	—	Actien d. W. B. pr. St. à 100%	—	—
Bc. u. à 21 X. 8 G. auf 100		—	—	Leipzig. Bank-Actien à Thlr. 250 pr. 100	173	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à Thlr. 100 pr. 100	119	—
ideam . . . . . auf 100		—	—	Sächs.-Bair. do. pr. 100	85½	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerem Ausmünzfusse . . . auf 100		—	11⅝	Sächs.-Schles. do. pr. 100	100	—
Holl. Duc. à 3 Thlr. do.		—	6⅛	Chemn.-Riesa. do. pr. 100	59½	—
Kaiserl. do. do.		—	6½	Löbau-Zitt. do. pr. 100	57	—
Brsl. d. à 5⅓ Ag. do.		—	6¼	Gold pr. Mk. fein Köln.	277	—
Passir do. à 5⅓ Ag. do.		—	6	Silber do. do.	13⅝	—
Conv.-Spec. u. Gld.		—	—	Sächs. Bank-Actien pr. 100	200½	—
idem 10 u. 20 Kr.		—	2¼			

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Chemnitz-Riesa betreffend.

† Der Aufsatz in Nr. 118 der Deutschen Allgemeinen Zeitung, eine Fortsetzung der unter der Firma eines unglücklich gewordenen Familienvaters seither vielfach zu Markte gebrachten Zeitungsartikel, trägt so sehr das Gepräge der Börsenmachination, daß eigentlich jedes Wort der Erwiderung als ein nutzloses erscheint. Die jüngste Vergangenheit hat aber gelehrt, daß solche Operationen ihren Zweck nicht verfehlen, daß dadurch niedrige Coursnotizen zeitweilig erlangt, und diejenigen Actionaire in die Falle der Firer gelockt werden, die entweder zur Bestreitung der Einzahlungen einen Theil ihrer Actien verkaufen müssen, oder die ihre Actien endlich wegwerfen, weil sie sich einer weitern, wenn auch imaginairen Entwerthung nicht aussetzen wollen, und weil ihnen die Mittel fehlen, sich selbst ein Urtheil über den Werth des Unternehmens zu bilden. Dieses traurige Loos trifft vorzugsweise Privatleute, die eigentlichen soliden Actionaire, welche entfernt von der Börse keine Ahnung davon haben, durch welche Mittel und unter welchen Einflüssen der Curs notirt wird, und den ihnen zu Gesicht kommenden Curszettel als den einzigen Werthmesser ihres Eigenthums wohl oder übel annehmen müssen.

Die Direction der Bahn kann durch ihre neuliche Bekanntmachung vernünftigerweise keinen andern Zweck gehabt haben, als die Actionaire zur Prüfung des Werthes ihrer Bahn aufzufordern und dadurch das Treiben der geldhungrigen Baissseurs wenigstens in etwas unschädlicher zu machen. Da die Direction Das, was sie geben konnte, auf officiellem Wege gegeben hat, so liegt darin schon hinreichender Grund, an der Wahrscheinlichkeit des Gesagten weniger zu zweifeln als an der Richtigkeit der, fast durchgehends auf Unwahrheit gegründeten und auf Täuschung angelegten Scheinberechnungen eines Anonymus.

Ist Einsender dieses, obschon vom Beginne des Unternehmens Actionair der Bahn, in Folge solcher Betrachtungen durch den Artikel in Nr. 118 auf keine Weise beunruhigt worden, so hat er es doch aus den, Eingangs gedachten Gründen der Mühe werth gehalten, die gegen die Directorialbekanntmachung aufgestellten Anklagepunkte näher zu prüfen, und theilt in Folgendem seinen Mitgesellschaftern das Resultat dieser Prüfung mit:

I. Die Annahme, daß unsere Bahn so viel Personen bekommt wie Leipzig-Dresden, soll falsch sein, weil a) der Verkehr Chemnitz-Leipzig größer ist als Chemnitz-Dresden, und man doch 1836 das Gegentheil annahm, b) die Personen an der ersten Hebestelle vor Chemnitz gezählt wurden, und c) die Sächsisch-Baiersche Bahn seitdem den dresdner Verkehr weggenommen habe.

Die Postregister von 1836 weisen circa 50 Procent mehr Verkehr mit Dresden als mit Leipzig nach, und verdienen mehr Glauben als der „Sachverständige" in Nr. 118. Seit Eröffnung der Sächsisch-Baierschen Bahn, wodurch die Fahrzeit von Chemnitz nach Leipzig über Altenburg auf 7—7½ Stunden reducirt wurde, ist der Verkehr nach Leipzig aber bedeutend gestiegen und kommt jetzt dem dresdner Verkehr gleich. Letzterer hat dagegen in gleicher Weise zugenommen, denn es gehen seitdem neben den vielen Lohnkutschern täglich drei Personenposten von Chemnitz nach Dresden. Der Personenverkehr am Postamte Chemnitz hat sich seit 1834 nicht um das Sechsfache, sondern um das Siebenfache vermehrt, wovon sich Einsender durch Einsicht der Postregister überzeugt hat und worüber der gefällige Chef des Postamts gern Auskunft ertheilt. Die Passanten an der ersten Hebestelle vor Chemnitz sind 1836 nicht sämmtlich in Rechnung gebracht, vielmehr ist der Verkehr von Chemnitz nach den nächsten Stationen mit Hülfe der, von den entfernter liegenden Hebestellen gegebenen Nachweise abgezogen worden, wie Jedermann in dem Berichte des Comité vom März 1837 S. 6 und 7 nachlesen kann. Anzunehmen, daß der Verkehr von Chemnitz nach Penig und Oederan bedeutender sei als nach Leipzig und Dresden, ist mindestens lächerlich. Nach den neuesten Erörterungen reisen auf der künftigen Bahnlinie jetzt circa 52,000 Personen: anzunehmen, daß diese nicht dieselbe, wahrscheinlich größere Bahnfrequenz hervorrufen sollen wie die 44,000, welche vor der Bahnerbauung zwischen Leipzig und Dresden reisten, ist abgeschmackt. Endlich weiß Jedermann aus der von dem „Sachverständigen" citirten Landkarte, daß die Gewerbsbevölkerung von Annaberg, Stollberg, Zschopau, Hohnstein, Chemnitz, Frankenberg, Mittweida u. s. w. am Anfange der Bahn wohnt und die ganze Linie zu durchfahren hat, um mit ihren Verkaufsartikeln auf drei leipziger Messen und sechs dresdner Märkte zu kommen, während die Ackerbaugegend erst bei Döbeln, drei Meilen vom Bahnende, beginnt.

II. Wegen des Umweges, den die Bahn nach Leipzig und Dresden macht, soll es nothwendig werden, den seitherigen Beförderungspreisen gegenüber die sämmtlichen Fahrpreise um ⅓ zu ermäßigen, wodurch 73,333 Thlr. 10 Ngr. Ausfall pr. Jahr an der gemachten Aufstellung für Personengelder entstehen.

Der „Sachverständige" wird wissen, daß die größte Personenzahl auf unsern Bahnen aus der Binnenbevölkerung hervorgeht; diese auf Erfahrung gestützte Thatsache verschweigt und entstellt er. Auf der Leipzig-Dresdner Bahn fuhren 1846 123,617 Personen von einem Endpunkte zum andern, der Zwischenverkehr betrug 364,993 Personen, also drei Viertel. Die Bevölkerung an der Bahnlinie ist bei Chemnitz-Riesa 9000, bei Leipzig-Dresden 5000 pr. Meile (siehe die kürzlich erschienene Broschüre: „Die finanzielle Lage der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn"), es muß also bei unserer Bahn dasselbe Verhältniß mindestens eintreten. Der Umweg nach Leipzig und Dresden wird also nur von einem Viertheile der Reisenden gemacht und beträgt dann noch der Ausfall, wenn der erwähnte Rabatt von ⅓ wirklich eintreten müßte, anstatt 73,333 Thlr. 10 Ngr. nur 1/12 der ganzen Einnahme oder 18,333 Thlr. 10 Ngr. Aber auch diese Annahme ist übertrieben: die Post kostet von Chemnitz nach Dresden mit 9 Stunden Fahrzeit 2 Thlr. 2 Ngr. — II. Klasse der Eisenbahn mit 4½ Stunden Fahrzeit ohne Ermäßigung 2 Thlr. 8 Ngr., also nur 1/11 mehr. Die Post von Chemnitz nach Leipzig mit 9 Stunden Fahrzeit 2 Thlr. 6 Ngr. — II. Klasse Eisenbahn ohne Ermäßigung 2 Thlr. 22 Ngr., also nur ⅓ mehr bei 5 Stunden Fahrzeit. Lohnkutscher fahren von Chemnitz nach Dresden von früh 5 bis Abends 7 Uhr für 35 Ngr. — III. Klasse Eisenbahn ohne Ermäßigung 45 Ngr. also nur ⅓ mehr u. s. w.

Theilen nöthigenfalls im eignen beiderseitigen Interesse die Directionen der Chemnitz-Riesaer und Leipzig-Dresdner Eisenbahn diesen Unterschied, so erscheint die höchste Differenz von ⅓ für die Chemnitz-Riesaer Bahn mit 1/9, oder 9166 Thlr. 20 Ngr., wogegen der directe Verkehr aus dem ganzen Erzgebirge nach Berlin als Zuwachs eintritt und sicherlich jenen Ausfall weit überholt, wenn derselbe wirklich stattfinden und der Reisende — wie überall — nicht den, nach dem Fahrgelde zwar ein paar Groschen theurern, wegen Zehrung und Zeitersparniß aber factisch weit wohlfeilern Weg per Eisenbahn vorziehen sollte. Die von dem Sachverständigen citirten Postsätze Chemnitz-Leipzig von 1 Thlr. 29 Ngr. und 1 Thlr. 25 Ngr. beruhen auf Täuschung; ersterer gilt für die 11½ Meilen lange Tour über Mittweida und Rochlitz, letzterer für die Packpost, die nur einen Passagier mitnimmt.

III. Der angenommene Güterverkehr von 2,000,000 Centner für Chemnitz-Riesa soll übertrieben sein, weil sieben andere Bahnen angeblich einen geringern Verkehr haben.

Abgesehen davon, daß über den Verkehr einer Bahn nicht die Gütertransporte anderer Bahnen, sondern die eignen Verkehrsmomente entscheiden, ist die Art und Weise, wie der Sachverständige den Verkehr dieser Bahnen gegenüber der unserigen aufstellt, eine auf hinterlistige Täuschung berechnete. Er reducirt den Verkehr auf Eine Meile, indem er die verfrachtete Centnerzahl durch die Meilenzahl der Bahn dividirt, und hat sich, um den Verkehr dieser Bahnen recht klein erscheinen zu lassen, größtentheils recht lange Bahnen zu seinem Exempel ausgesucht. Sonach hätte von zwei Bahnen, welche beide 2 Mill. Centner befördern, deren eine aber 20 Meilen, die andere nur 10 Meilen lang ist, erstere nur 100,000, letztere dagegen 200,000 Ctr. per Meile Verkehr, während in Wahrheit die Frequenz beider Bahnen gleich ist. Will man den Güterverkehr einer Bahn richtig auf eine Meile reduciren, so multiplicirt man bekanntlich die beförderten Centner durch die Meilenzahl. Nach den Zahlenangaben des Sachverständigen, falls diese richtiger sind als der Modus seiner Proportionen, hat z. B. Altona-Kiel 115,000 Ctr. auf 14 Meilen = 22,540,000 Ctr. auf die Meile; Magdeburg-Leipzig 107,000 Ctr. auf 16 Meilen = 27,392,000 Ctr. auf die Meile; Kaiser-Ferdinands-Nordbahn 75,000 Ctr. auf 35 Meilen = 92,875,000 Ctr. auf die Meile; Leipzig-Dresden nach dem Berichte von 1846 15,337,543 Ctr. auf eine Meile; Chemnitz-Riesa wäre demnach nicht höher, sondern niedriger als diese Bahnen, mit Ausnahme Leipzig-Dresden, abgeschätzt, nämlich mit 2 Mill. Ctr. auf 9 Meilen oder 18 Mill. Ctr. auf eine Meile. Dieses Exempel allein beweist, wie der Sachverständige die Sachen versteht oder vielmehr verdreht! — Daß übrigens Chemnitz-Riesa mehr Güter haben muß als Leipzig-Dresden, findet Jeder erklärlich, der begreifen will. Leipzig und Dresden bekommen alle ihre Consumtibilien nicht auf der Bahn, ersteres erhält sie auf der Magdeburger Bahn, letzteres auf der Elbe. Unserer Bahn dagegen fallen alle Consumtionsartikel der Adjacenten und des ganzen Gebirges zu; keine andere Bahnlinie, keine Elbe kann uns das Gut wegnehmen. Alle Fabrikationsartikel kommen auf der Bahn als Rohstoff herein und gehen fertig, also in doppelter Frequenz, wieder aus; Leipzig-Dresden sieht diese massenhaften Artikel so gut wie gar nicht und wird sie nach dem Anschluß unserer Bahn erst kennen lernen. Die Annahme von nur 643,059 Ctr. für Chemnitz-Riesa ist schon deshalb ein Unsinn, weil die sieben im Directorialbericht erwähnten Artikel für sich allein bereits nahe dieser Summe erscheinen, der wichtigsten Bahnartikel wie Baumwollwaaren, sächsische Garne, Colonialwaaren u. gar nicht zu gedenken.

IV. Der für die Güter der Chemnitz-Riesaer Bahn angenommene Frachtsatz von 5 Pfennigen pr. Meile soll viel zu hoch sein, weil genannte sieben Bahnen billiger fahren.

Es ist abermals mehr als lächerlich, den Frachtsatz, welchen eine Bahn nehmen kann, nach andern Schienenwegen bestimmen und die Beispiele noch überdies aus dem entferntesten Auslande holen zu wollen. Kiel-Altona z. B. muß seinen Transport der Seeconcurrenz abgewinnen, Stettin-Berlin nimmt seine Haupttransporte auf den Zwischenstationen ein. Eine Bahn, welche durchs Gebirge führt, hat ihren hohen Anlagekosten gegenüber unbedingt den Vorzug höherer Frachtpreise, denn der concurrirende Transport pr. Achse über die hohen Gebirgskämme ist auch theurer. Während der „Sachverständige" die Verhältnisse der Leipzig-Dresdner Bahn allenthalben als Mittel benutzt, um wo möglich Chemnitz-Riesaer Actien mit 50 Procent zu sinken, verläßt er hier diesen Modus, weil dadurch der Fuchs aus dem Loche gejagt werden würde. Leipzig-Dresden nahm 1846 (s. Geschäftsbericht Fol. 3) für 15,337,543 Ctr. pr. Meile 273,914 Thlr. 6 Ngr. 2 Pf. oder im Durchschnitte 5½ Pf. pr. Meile ein. Frachtgüter Taxe B. wurden, in gleichem Quantum, wie Producte mit 7 Pf. pr. Meile, selbst Producte mit 3½ Pf. pr. Meile befördert. Alle Güter, welche Chemnitz-Riesa bekommt, gehen von Hamburg oder Stettin uns zu. Ueber Hamburg-Berlin und Jüterbogk-Riesa beträgt der Schienenweg von Hamburg nach Chemnitz 65 Meilen; selbst wenn alle diese Bahnen 5 Pf. pr. Meile nehmen, während Hamburg-Berlin seiner Lage wegen bekanntlich weit billiger fährt, kostet der Centner von Hamburg nach Chemnitz nicht über 32 Ngr. 5 Pf., Chemnitz-Riesa, welches zuletzt diesen Verkehr aufnimmt, würde selbst theurer als 5 Pfennige fahren können, ohne ein Loth zu verlieren, denn es hat keinerlei Concurrenz zu bestehen und kann es der Magdeburg-Leipziger Bahn, der Elbe, der Hamburg-Berliner und Anhaltischen Zweigbahn überlassen, sich durch niedrige Fahrpreise darum zu streiten, wer ihr in Riesa die Güter zuführen soll.

V. Die Annahme der Betriebskosten mit 45 Procent soll zu niedrig sein, weil Leipzig-Dresden 50 Procent hat.

Wer de facto ein „Sachverständiger" ist, weiß allein, daß Leipzig-Dresden trotz der Vorzüglichkeit seiner Verwaltung höhere Betriebskosten

haben muß als die übrigen sächsischen Bahnen. Sein schwacher Oberbau, seine hölzernen Brücken, seine vor zehn Jahren erbauten Maschinen, welche weit mehr Brennmaterial consumiren als die heutige Construction, sind die natürlichen Ursachen dieses Uebelstandes. Einsender erwartet mit den Worten des Sachverständigen, daß es die Direction seiner Zeit eben so gut verstehen wird zu verwalten, wie das Directorium der Sächs.-Bairischen Bahn. Diese Bahn hat nach einer authentischen Auskunft, die sich Jedermann ohne Mühe verschaffen kann, in 1846 39 Procent Betriebskosten gehabt. Der Unterschied des Cokepreises beträgt gegenüber Chemnitz nach genauer Berechnung, die sich ein Sachverständiger selbst machen kann, 1 Procent, es wird die Chemnitz-Riesaer Bahn also höchst wahrscheinlich mit 40 Procent auskommen. Sie hat durchgehends einen gleich starken Oberbau, dieselben Steigungsverhältnisse und bekommt Betriebsmittel, mit allen Erfoderniſſen versehen, welche die neueste Erfahrung für Ersparniß beim Betriebe an die Hand gibt. Sie hat nur massive Brücken, während selbst die Baiersche Bahn noch einen fünf Meilen langen schwachen Oberbau und hölzerne Viaducte kostspielig unterhalten muß.

VI. Die Kosten der Anleihe zu 5 Procent, der Tilgungs- und Reservefonds seien absichtlich vergessen worden abzuziehen.

Der Zweck der Bekanntmachung kann, wie schon erwähnt, kein anderer sein, als die moralische Ueberzeugung auszusprechen, wie viel man einzunehmen hofft. Was davon an den Reservefonds gehört, weiß sich jeder Actionair nach dem Statut selbst abzuziehen. Kosten und Tilgung der Anleihe zu berechnen, wäre voreilig und nutzlos gewesen, weil sie noch nicht contrahirt, noch nicht einmal publicirt ist, und man dermalen beides nicht kennt. Es ist leicht zu wissen, daß — falls 5 Procent den Prioritäten gegeben werden müssen — die Rententare anstatt 4 Thlr. 23 Ngr. nur 4 Thlr. 19 Ngr. 5 Pf. auskommt, während bei einer Anleihe zu 4 Procent, wie sie nach dem im Augenblicke vorliegenden Plane in Aussicht stehen soll, 5 Thlr. 4 Ngr. 5 Pf. Rente erscheinen.

VII. Die Verzinsung während der Bauzeit soll einen Ausfall an den 6 Mill. herbeiführen.

Die diesfallsige Aufstellung ist schon deshalb unsicher, weil mit Bestimmtheit die Bahneröffnung auf Mitte 1849 fixirt wird, während Einsender hofft, daß bei günstigen Verhältnissen bis Ende 1848 die Bahn vollendet werden kann. Abgesehen hiervon sind die Zahlen falsch und verdreht, wie folgende Berechnung nachweist:

Die Zinsen betragen bis ultimo December 1846	86,000	Thlr.
bis medio Juli 1847 noch	74,000	"
von medio Juli 1847 bis Ende 1848	240,000	"
Die Durchschnittshälfte von 2,000,000 Thlr. auf 1½ Jahr à 4 Proc.	60,000	"
Summa	460,000	Thlr.
Ab vereinnahmte Zinsen	25,000	"
Bleibt	435,000	Thlr.
Angenommen sind im Anschlage	370,000	"
Es fehlen	65,000	Thlr.

welche durch den Gewinn an den verkauften Gesellschaftsactien und Grundstücken (s. letzten Geschäftsbericht) bereits zu zwei Drittheilen gedeckt sind, sodaß circa 20,000 Thlr. Defizit blieben, wenn die Streckenfahrten nichts eintragen.

Schließlich nur noch ein Wort über die Bemerkung, daß „blindes Vertrauen in die frühern Anschläge und Berechnungen die Actionaire getäuscht habe". Einsender war Mitglied des frühern Comité und hält dafür, daß der frühere Anschlag von 4 Mill. der gewissenhafteste gewesen ist, der für eine Eisenbahn den Actionairen je gegeben wurde. Dem damaligen Comité ist die Schuld nicht beizumessen, daß

a) das Unternehmen durch eine 10jährige Verzögerung um 800,000 Thlr. vertheuert wurde, denn früher kostete der Arbeiter 10, jetzt 15 Ngr.;
b) daß die Verbreiterung der Dammkrone um 2 Ellen später vorgeschrieben wurde und . . . . . 260,000 " kostet;
c) daß die Verzinsung des Actiencapitals mit . . . . . 435,000 "

dann auch noch dazu kam, alſo . . . . . 1,495,000 Thlr.

Mehraufwand entstand, den Niemand ahnen konnte.

Den Einwurf zu widerlegen, daß Baumwolle und Twiste fernerhin nicht nach Chemnitz verfahren, sondern direct an die Spinnereien gehen würden — während „Twiste" in den Spinnereien fabricirt, also von dort zugeführt, Baumwollen nach den Spinnereien in Frachtladungen nie verfahren wurden noch überhaupt werden können — hält Einsender, der Keckheit solcher Angabe gegenüber, für überflüssig.

Fabrikkohle, wie sie in Dresden unter Dampfmaschinen und bei der Kalkbereitung in Ostrau gebrannt wird und den Massentransport bildet, kostet ab Riesa 6⅔ Ngr., jede abweichende Angabe erklärt Einsender für eine Unwahrheit.

Möge jeder Actionair der Chemnitz-Riesaer Bahn auf seiner Hut sein, damit er nicht die Beute reißender Wölfe in Schafspelzen werde! [1856]

Einladung zur General-Versammlung der Actionaire der deutschen Buchhändlerbörse.

Die Herren Actionaire der deutschen Buchhändlerbörse und insbesondere die in Leipzig anwesenden werden hierdurch, nach Vorschrift des Actienvertrags vom 30. April 1834, ergebenst eingeladen, der nächsten

Freitag am 7. Mai d. J., Mittags 12 Uhr,

im kleinen Saale der Buchhändlerbörse abzuhaltenden Generalversammlung beizuwohnen.

Die auf der Tagesordnung befindlichen Verhandlungsgegenstände bestehen:

1) in der Entgegennahme und beziehentlich Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Verwaltungsausschusses auf das Jahr 1846/47;
2) in dem Vortrag und der Festsetzung des Haushaltungsplanes auf das Verwaltungsjahr 1847/48;
3) in der Wahl zweier Mitglieder des Revisionsausschusses, an der Stelle des Herrn **Friedrich Fleischer** und des unterzeichneten **E. S. Mittler**, welche nach der Reihenfolge des Eintrittes ausscheiden; endlich
4) in der Auslosung der in der Ostermesse 1848 zur Rückzahlung gelangenden Actien.

Nur die persönlich erscheinenden Actionaire sind statutenmäßig zur Theilnahme an den Verhandlungen sowie zur Stimmführung berechtigt, und haben sich Diejenigen, welche dem Revisionsausschuß nicht persönlich als Actionaire bekannt sind, durch Vorzeigung ihrer Actien zu legitimiren.

Leipzig, den 3. Mai 1847.

Der Revisionsausschuss der Actionaire der deutschen Buchhändlerbörse.

[1840] **E. S. Mittler**, der Zeit Vorsitzender.

Für Apotheker und Kaufleute.

Ein seit mehren Jahren bestehendes höchst rentables, für Apotheker sich eignendes Fabrikgeschäft kann gegen 3—4000 Thlr. Anzahlung sofort verkauft werden. Adressen werden franco sub **M. B.** poste restante Berlin erbeten. [1801—2]

Ein tüchtiger Reisender wird für ein hiesiges Manufacturwaarengeschäft zum sofortigen Antritt gesucht. Anmeldungen werden poste restante Leipzig unter der Chiffre A. & B. erwartet. [1857]

Den geehrten vielen Bewerbern um die Stelle eines Buchhalters und Correspondenten unter der Chiffre **A. Z. Nr. 3.** diene hiermit zur Nachricht, daß die Wahl dafür getroffen ist.

Cirque-Equestre
von **E. Renz** auf dem Königsplatze.

Donnerstag den 6. Mai, große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

Ein Herren- und Damenmanoeuvre, geritten von den Herren E. Renz, Hinz, Felsenmeier, Rudolph und von Mad. Renz, Felsenmeier, Jaques und Dem. Adline. — Das Springpferd Minerva, arabisches Pferd, wird heute verschiedene Höhen und Breiten springen, und zum Schluß den Sprung über mehre Pferde ausführen. — Türken und Griechen, oder das Zusammentreffen zweier Freunde nach der Schlacht bei Navarin, große equestrische Scene zu Fuß und zu Pferde. — Zum Schlusse der Vorstellung: Grand Steeple Chase, ausgeführt von mehren Herren und Damen der Gesellschaft.

Kasseneröffnung 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Oberkellner im Hôtel de Prusse zu haben.

[1858] **E. Renz**, Director.

Wir erlauben uns, die geehrten Herren, welche sich bei Versendungen von Gütern über hier unserer Dampf- und Schleppschiffe bedienen, darauf aufmerksam zu machen, daß wir durch den, mit den beiden Assecuranz-Compagnien „**Agrippina**" zu Köln und „**Preuß-National-Versicherungs-Gesellschaft**" zu Stettin abgeschlossenen Contract im Stande sind, wenn die Versicherung der Waaren bei diesen Gesellschaften aufgegeben wird, für 50 Thlr. per Centner Werth **keine Prämie** und für den überschießenden Werth **nur ½ pro Mille** zu berechnen, sodaß wir z. B. bei einem Werthe von 200 Thlr. per Centner nur 2½ Sgr. Prämie im Ganzen in Ansatz bringen.

Herr **Ferd. Gernau** in **Leipzig**, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, wohnend, wird gern gewünschte nähere Auskunft hierüber noch ertheilen, und ist bei demselben unser diesjähriger Frachttarif gratis zu erhalten.

Magdeburg, den 18. April 1847.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschifffahrts-Compagnie.

[1665—96] **Holtzapfel.**

(Mit einer **Beilage.**)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 126. (6. Mai 1847.)

Ueberblick.

Der Krieg im Kaukasus.
Preußen. ○Berlin. Die Rede des Abgeordneten Conze.
Wissenschaft und Kunst. (*) Berlin. Rötscher's Jahrbücher für dramatische Kunst und Literatur. Hr. v. Küstner.
Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Die Höchst-Sodener Eisenbahn. Die bremer Schiffsrheder.
Ankündigungen.

Der Krieg im Kaukasus.

(Fortsetzung aus Nr. 125.)

Die große und kleine Kabardei werden durch den Terek in seinem von Süd nach Nord gerichteten Laufe getrennt, während sie den Terek und die Mulka im Norden und die große Kette des Kaukasus im Süden haben. Ihre Bewohner unterscheiden sich in Sitten, Zügen, Sprache und Kleidung wenig von den Tscherkessen; es ist ein sehr schönes Geschlecht. Die Männer sind schlank und gut gebaut, breit an Brust und Schultern, meist von Mittelgröße. Ihre Frauen geben an Schönheit dem schönsten tscherkessischen oder kaukasischen Blute nichts nach. Bis zum 15. Jahrhunderte waren alle Kabarden wie die Tscherkessen Christen. Ihre Geschichte ist sehr dunkel und in verworrene Sagen gehüllt, sodaß es schwer zu ergründen ist, wann und wie sie das Christenthum mit dem Islam vertauschten. Ihr Land ist nie unterworfen worden, so wenig wie die tscherkessischen Völkerschaften, mit denen sie grenzen und oft vermischt worden sind; so blieb es, wie das obere Tscherkessien, eine terra incognita, selbst für die Russen. Die Kabarden sind ein kriegerisches Volk und verwegene Freibeuter; auch haben die nördlich vom Terek, der Mulka und dem Kuban gelegenen Landschaften viel von ihren Raubzügen zu leiden, die sie oft bis an das linke Ufer der Kuma ausdehnen, besonders bevor die kaukasische Linie errichtet war. Es hat sich aus Obigem ergeben, daß die Russen ihre Verbindung zwischen dieser und Georgien nur mittels eines gedeckten Wegs, der in geradem Zuge durch ein feindliches Land geht, unter dem Schutze von Kanonen und Bayonneten bewerkstelligen konnten. Und das ist in der That der precaire Zustand ihrer Herrschaft in diesem weiten, auf Karten und in Verträgen als russisches bezeichneten Gebiete zwischen dem Kuban, der Mulka und dem Terek nördlich, und der großen Kette des Kaukasus südlich, die sich vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meere zieht und die kaukasischen Besitzungen gewissermaßen abschneidet. Selbst die russischen Angaben schätzen die muselmännische Bevölkerung jener Gegenden auf 1,200,000 Seelen, und die ist jetzt im Aufstande. Bedenkt man, daß hier, vom Jüngling bis zum Greis, alles Männliche die Waffen trägt, so ist es leicht zu berechnen, daß die Russen es hier mit einem Feinde zu thun haben, der, wo ihn das Land unterstützt, gar furchtbar ist.

Ich erwähnte schon, daß das eigentliche Tscherkessien niemals, außer an Küstenstrichen und nur theilweise, unterjocht worden ist, und selbst die Russen, die es fast nur als Gefangene gesehen haben, es sehr wenig kennen. Nicht Dasselbe findet mit den östlichen Theilen der kleinen Kabardei statt, welche durch den General Alexis Petrowitsch Jermoloff fast gänzlich unterworfen und durch die weise und kräftige Verwaltung dieses erfahrenen Befehlshabers auch so erhalten wurde. Zum Unglücke für die russische Regierung und den Ruhm ihrer Heere bewirkte eine Hofintrigue seine Abberufung und Entlassung, bevor er sein Werk auch durch Bezwingung der noch unbesiegten und jederzeit gegen die Russen feindlichen westlichen Völkerschaften hatte vollenden können. Sein Sturz gab aber auch das Signal zu einem sich immer erweiternden, endlich allgemeinen Abfalle der bis dahin unterworfenen östlichen Bezirke. Nimmt man auf die einzelnen Thatsachen Rücksicht, so wird man die nächste Ursache dieser einander folgenden Aufstände nicht so sehr in der Unfähigkeit oder Schroffheit der Nachfolger Jermoloff's, noch in dem Auftreten Kazi-Mullah's und Schemil's, sondern hauptsächlich in den Anmaßungen suchen, welche sich die höhern russischen Offiziere ungestraft gegen die Häupter der Stämme und sonstige Einwohner erlauben. So kam es, daß die von Jermoloff 1818 bezwungenen Tscherkessen, deren Unterwerfung er durch Erbauung der Forts von Grozwaga und Umakan-Jussuff befestigt hatte, sich erhoben. Während der bedrückenden Verwaltung des Generals Pullo wurde der Sultan von Jelissui, seit der Eroberung einer der treuesten Verbündeten Rußlands und selbst General in dessen Diensten, durch die wiederholten Beleidigungen, die er von Seiten eines neuen Gouverneurs zu erfahren hatte, erbittert, seit 1840 aufs äußerste getrieben, entfaltete plötzlich im Sommer 1844 die Fahne des Aufstandes, ist Todfeind der Russen geworden und bewährt sich als einen der feurigsten Kämpfer der Freiheit. Seit einigen Jahren ist Tscherkessien vergleichungsweise ruhig, und der eigentliche Kriegsschauplatz concentrirt sich zwischen dem Terek und dem Sumur, in Gegenden, die ich jetzt kürzlich nach russischen Nachrichten beschreiben will, von der Tschetschina beginnend, wo der Kampf eben am heftigsten ist.

Die Tschetschina, nördlich vom Terek, östlich vom Gebiete des Kumakan und einem Theile von Lesghistan, südlich von den lesghischen Bergen und westlich von der kleinen Kabardei begrenzt, wird durch den Fluß Sundja in die große und kleine Tschetschina getheilt. Die Quellen der Sundja liegen bei dem Fort Nasszum im Gebiete der Ingonchen. Verstärkt durch die Gießbäche, die sich von den Schneegipfeln des Kaukasus herabstürzen, bricht sie sich erst ihren Weg nach Norden, wendet sich dann östlich, durchschneidet die Tschetschina und ergießt sich nicht weit von Anin-Hadji-Jourt in den Terek, der, das Land der Kumuken nordwestlich begrenzend, bei Bissutschi in das Kaspische Meer stürzt. In die Sundja fallen hauptsächlich der Argun, der Aunage und die Assa. Durch diese und andere Verstärkungen erhält die Sundja solche Tiefe und Kraft, daß man, besonders weiter herab, sie nur auf Brücken und Fähren passirt, während alle andern Flüsse der Tschetschina von Pferden und oft auch von Menschen durchschritten werden. Der großen Menge von Flüssen und Bächen mag aber die Tschetschina ihre üppige Vegetation und die Gesundheit ihres Klimas verdanken. Obgleich die Ausläufer der Kette des Kaukasus sich bis in den Norden der Tschetschina verlieren und dieser Bezirk auch noch von Osten nach Westen durch zwei parallele Gebirgsarme durchschnitten wird, ist er doch großentheils Flachland, und selbst die Gebirgsgegenden sind nicht steil. In der That sind auch die vielen Wege, welche das Land durchfurchen, vergleichungsweise sehr brauchbar, selbst für Wagen. Das Land ist von solcher Fruchtbarkeit, daß die Schmarotzerpflanzen Alles umwuchern und sich oft wie fast undurchdringliche Mauern erheben: zum Hinterhalte sehr gelegen. Wild von aller Art ist im Ueberfluß da: Hirsche, Rehe, Hasen, Rebhühner, Fasanen, wilde Enten ꝛc. Aber auch Wölfe, Schakals, Bären, Füchse finden sich genug in den Bergen. Cerealien aller Art gedeihen in den Thälern und auf den Hochebenen. Der Weinstock erreicht hier kolossale Ausdehnung, und der Mais eine solche Höhe, daß ein Reiter sich unter ihm verbergen kann. Auch der Graswuchs ist sehr üppig, weshalb die Viehzucht eine Hauptquelle des Wohlstandes des Landes ist. Doch betreiben die Einwohner auch den Ackerbau eifrig, der freilich noch in sehr rohem Zustand ist, abgesehen davon, daß der Waffenruf nur zu oft die friedlichen Feldarbeiten unterbricht. Mit Zurechnung einiger von der Tschetschina abhängigen Küstenstämme schätzen die Russen die Bevölkerung dieser Provinz auf etwa 100,000 Einwohner.

Die Tschetschenzen wohnen in Dörfern, die zum Theil sehr groß sind. Die Häuser haben platte Dächer und sind bald von Lehm, bald von mit Lehm getünchten Aesten, bald von Zimmerholz oder Stein. Ihre Kost besteht zumeist in Hirse, Mais und andern zu Brei gekochten Cerealien, auch in Schöpsfleisch, Schafkäse ꝛc. Wein trinken sie nicht, entschädigen sich aber durch desto mehr Branntwein. Ursprünglich ein Küstenvolk, sind sie sunnitische Mohammedaner. Ihre Vorsteher sind die Starschini, die sie selbst in jedem Dorf erwählen. Die Männer sind im Allgemeinen gut gebaut, haben eine vortheilhafte Haltung und viel körperliche Gewandtheit. Sie tragen das tscherkessische Costume und die Reize ihrer Frauen werden durch das Malerische und Vielfarbige ihrer Kleidungen sehr gehoben. Sie tragen gelbe Babuschen, weite Beinkleider von rother Seide, eine enge Tunica, welche alle Umrisse ihrer feinen und gut gebauten Gestalt hervorhebt, und darüber eine seidene Weste. Die Arme tragen kunstvoll gearbeitete silberne Armreife. Die Haare fallen in üppiger Fülle auf den Nacken; das Gesicht ist gewöhnlich frei, das Haupt mit einem großen, nach hinten fallenden Tuche geschmückt. Fette Körper sind in diesem Lande bei beiden Geschlechtern sehr selten. Landbau und Viehzucht machen im Frieden die Hauptbeschäftigung aus. Doch fabriciren sie auch Waffen, Shawls und Burkas, letztere eine Art Filzmäntel mit langem Haar nach außen.

Die Kumuken stammen von turkomanischen Stämmen, die man unter dem Namen von Tataren in Armenien und an den Küsten des Kaspischen Meeres trifft. Ihr Land wird westlich von der Tschetschina, nördlich von den Horden am Kislar, östlich vom Kaspischen Meer und südlich von den Bezirken von Auch, Salatan und Schamkhal-Tarkhu begrenzt, von welchem letztern es der Fluß Sulak scheidet. Es ist ein zusammenhängendes und gut bewässertes, folglich auch sehr fruchtbares Land. Der Hauptreichthum der Einwohner besteht aber in ihren unzähligen Heerden von Rindern und Schafen. Sonst bringen Boden und Gewerbe ungefähr Dasselbe wie in der Tschetschina. Der Hauptort des Landes ist Andreï, und dort haben die Russen das Fort Wnezapnaia erbaut. Ehedem war Andreï ein Hauptstapelplatz des Handels und macht auch noch jetzt viel Handelsgeschäfte mit den Gebirgsbewohnern. Bei seiner Nähe am Kaspischen Meere kann sich dieser Platz alle Artikel des russischen Handels verschaffen, wie man denn auch französische Weine, Rheinweine, Porter ꝛc. daselbst trifft. Die Einwohner sind sehr gewerbsam. Die Kumuken haben sich im Allgemeinen den Russen ergeben gezeigt und werden von Fürsten regiert, die der Kaiser sich durch hohen Rang in der Armee, durch Orden und Pensionen zu gewinnen gewußt hat. Un-

Digitized by Google

ter ihnen zeichnete sich die Familie des Fürsten Ghazi zu Anderi und die von Mussa-Hassum zu Tasche-kitschan aus. Das Haupt der Letztern war russischer Generalmajor und hatte großen Einfluß auf die Nachbarstämme. Sein ältester Sohn hat lange in der kaiserlichen Garde gedient, war durch den berühmten Bestucheff (den Dichter Marlinski) erzogen worden und gilt in Petersburg für einen ausgezeichneten Mann, wie er denn außer einigen orientalischen Sprachen Russisch und Französisch elegant und fertig spricht und schreibt. Er hat sich, wenn auch nicht mit sonderlichem Erfolge, bemüht, sein Volk den Wohlthaten der Civilisation zugänglich zu machen. Die Zahl der Kumuken wird, mit Einschluß der Nogais, von den Russen auf 20,000 geschätzt.

Die Bewohner des Gebiets von Tarkhun sind gleichen Ursprungs mit den Kumuken und werden von dem Schamkhal-Abu-Musselim-Khan regiert, der noch kürzlich russischer Generallieutenant war. Dieses Gebiet wird nordwestlich von dem Lande der Kumuken, östlich vom Kaspischen Meere, südlich von den lesghischen Bezirken, Koissubu und Dargo, von dem Khanat von Mekktuli und dem Kreise Derbend begrenzt. Das Land ist meist flach, sehr bebaut und hat schöne Weiden. Therku, die Residenz des Schamkhal, ist eine ansehnliche Stadt, eine halbe Meile vom Meere gelegen. Sie liegt fast auf dem Gipfel eines unfruchtbaren Gebirges, was ihr ein schauerliches Ansehen gibt und sie zu einem mehr als unangenehmen Aufenthalte macht, da man keinen Schritt thun kann, ohne zu klettern, und die Höhe des Gebirges erklimmen muß, um zu den obersten Theilen der Stadt zu gelangen. Das den übrigen gleichende Fort Nikoweji befindet sich in einer äußerst starken Position und ist nach dem Montalembert'schen System gebaut, mit Vertheidigungswinkeln, aber ohne Gräben. Ein Uebelstand, der die Besatzung in den hier zu Lande sehr häufigen Fällen des Abgeschnittenseins sehr belästigen muß, ist es aber, daß sie kein Trinkwasser hat, sodaß die hydraulische Maschine, die es aus der Stadt heraufleitet, fast immer in Bewegung ist. Das Fort ist von den Russen nicht blos zur Beherrschung der Stadt und des Landes, sondern auch zum Schutze der Transporte nach Daghestan erbaut worden. Aber der wichtigste Punkt im Gebiete von Schamkhal, auch in den Kriegsberichten der Armee des Kaukasus oft erwähnt, ist Timur-Khan-Tschura, von den Russen 1832—33 erbaut und 1844 neu befestigt, mit einer Vorstadt, einer Militaircolonie und einem Hospital, welches gegen 5000 Kranke, wenn auch in solcher Zahl schwerlich sehr bequem, fassen kann. Die Bewohner des Landes, an Zahl ungefähr 60,000, sind sunnitische Mohammedaner.

Lesghistan ist ein Gebirgsland in vollem Sinne des Wortes, kahle Felsen, von tiefen Spalten und schauerlichen Abgründen unterbrochen, bieten den Einwohnern nur höchst kärglichen Raum zum Anbau, und der Mangel an Weiden läßt auch nur sehr wenig Viehstand aufkommen. Aber wie der menschliche Geist sich kühnen und schwierigen Unternehmungen hingibt, so haben auch die Lesghier durch Fleiß und Ausdauer ihrem undankbaren Boden den Segen des Ackerbaues abgewonnen, wäre er auch in scheinbar unzugänglichen Lagerstätten vergraben. Ich spreche von den staunenswerthen Gärten der Lesghier, die wegen ihrer eben so sinnreichen Anlagen besonders Erwähnung verdienen. Es sind schmale Terrassen, sorgfältig mit steinernen Mauern eingefaßt und so angelegt, daß sie sehr leicht durch künstliche, von nahen Quellen und Bächen gefüllte Kanäle bewässert werden können. Diese mit eben so viel Sorgfalt als Geschick bebauten Terrassen sind mit Weinstöcken und Obstbäumen eingefaßt und mit Mais bepflanzt, der in diesen Gegenden die Stelle aller andern Brotfrüchte vertritt. Der größte Reichthum der Lesghier besteht in ihren Gärten, die ihnen Brot, Holz, köstliche Früchte und allen Lebensbedarf eines äußerst mäßigen Volks liefern. Man sieht mit wahrem Erstaunen, welche Geschicklichkeit und Kunst ein in sonstigen Gebräuchen so barbarisches Volk anzuwenden gewußt hat, um die unwirthlichen Felsen seines Landes in blühende Gärten umzuwandeln. Da das Land der Lesghier jederzeit den Verwüstungen des Krieges ausgesetzt gewesen ist, so haben sich seine Einwohner, zu besserer Vertheidigung, in großen Gemeinschaften zusammengethan, die sich oft auf mehre Tausende von Seelen erheben. Die Dörfer liegen meist in schwer zugänglichen Plätzen, die, schon durch ihre natürliche Lage geschützt, mit wenig Kunst bald zu Festungen gemacht worden sind. Die Häuser sind von Stein, mehre Stock hoch, eins an das andere geschlossen, und bilden Inseln oder amphitheatralische Gruppen, die mit starken Mauern und Thürmen umgeben sind. Vertheidigt von ihren kriegerischen Bewohnern, deren wilde Tapferkeit und geschickte Waffenführung bekannt genug sind, wird jedes Haus eine Citadelle und jeder Fuß breit Landes, den die Russen besetzen, trieft von ihrem Blut und wird von ihren Leichen bedeckt. (Schluß folgt.)

Preußen.

oBerlin, im April. Aus den officiell mitgetheilten Verhandlungen in der Sitzung des Vereinigten Landtags am 16. April ist es bekannt, daß der Vortrag des Abgeordneten Conze aus Langenberg in der Rheinprovinz unterbrochen wurde. Nach den glaubwürdigsten Berichten hatte sich derselbe, nicht wissend noch erwartend, daß die Adreßfrage von beiden Curien gemeinsam würde verhandelt werden, am 13. April zu dem Marschall der drei Stände, Oberstlieutenant v. Rochow, begeben und diesem erklärt, wie er sich gedrungen fühle, an den Debatten über jene Frage Theil zu nehmen, jedoch es nicht wagen dürfe, ohne ein bei sich führendes Concept aufzutreten, weil körperliche mit häufigem Schwindel verbundene Zustände ihn der Gefahr preisgäben, den Faden zu verlieren, wo es sich um eine Principienfrage handle, und die Beschränkung auf einen ganz kurz gefaßten Vortrag unmöglich sei. Der Landtagsmarschall habe darauf erwidert: „daß sich die Praxis wol milder gestalten werde als der Buchstabe der Verordnung im Reglement für den Geschäftsgang es vorschreibt, nach welchem ein Verlesen schriftlich abgefaßter Reden nicht zulässig ist. Insofern ein wirkliches Verlesen gemieden und die rhetorische Form beibehalten werde, dürfte kein Bedenken dabei obwalten". Der Abgeordnete Conze war nun um so mehr beruhigt, weil in der ersten Sitzung am 15. April, wo jene Frage verhandelt wurde, ein anderer Abgeordneter bei wirklichem Verlesen kein Hinderniß erfahren hatte, und er sogar als Lesender unter den officiell veröffentlichten Landtagsverhandlungen aufgeführt steht. In der zweiten Sitzung am folgenden Tage begann der Abg. Conze seine Rede, welche er declamirend vortrug. Bei dem Passus angekommen, wo es heißt: „Unter den Vorkämpfern für Volksrechte und Freiheit, die aber nur Keinem das Recht und die Freiheit einräumen, andern als ihren Theorien zu huldigen", ließen sich erst ein paar und dann mehre Stimmen vernehmen mit dem Zurufe: „Der Redner liest ab" ꝛc. Folgendes enthält die Rede in ihrem Zusammenhange, wie sie gedruckt und vor Eröffnung der nächstfolgenden Sitzung allen Mitgliedern der vereinigten Stände übergeben worden ist:

„Die Besorgniß, welche mich gestern bewog, um das Wort zu bitten, die Besorgniß nämlich: es möchten Anträge betrübender Art auf Abänderungen in dem vorliegenden Adreßentwurfe sich kundgeben, ist zu meiner Freude gehoben, und wenn mir demnach nur noch übrig bliebe, mein eignes Votum zu motiviren, so mag es doch auch jetzt noch nicht ungeeignet sein, auf die Stimmung zurückzukommen, die jene Besorgniß hervorgerufen hat. Die königliche Thronrede hat vielfach geäußerten Hoffnungen auf Erweiterung der in dem Patente vom 3. Febr. enthaltenen Zugeständnisse, wenigstens für die nächste Zukunft, keinen Raum gegeben, und das wurde von Vielen schmerzlich empfunden. Wenn ich selbst und mit mir der größte Theil meiner Committenten uns genügen lassen, wenn wir mit ehrfurchtsvollem Danke die königliche Gabe empfangen haben und der Zuversicht leben, daß das etwa noch Mangelnde nach gereifter Erfahrung, vielleicht schon in naher Zukunft wird dargereicht werden, dann sind doch Andere in dieser Beziehung anders gestellt, und ich ehre hier jede abweichende Meinung, so lange sie auf dem Grund einer echt patriotischen Gesinnung ruht. Das Einzige, was ich tief beklagen muß, das ist der schlechte Dienst, den uns die schlechte Presse geleistet, als sie unser Volk der Unzufriedenheit mit dem Gegebenen verdächtigte, in Wahrheit aber nur bemüht war, eine solche selbst anzuregen und zu verbreiten. Wie es um Meinungen über Volksstimmungen gestellt ist, das habe ich in diesen Tagen erfahren müssen, als von mir und vielen meiner Mitdeputirten der Ausspruch vernommen wurde: «Die Erlassung des Patents vom 3. Febr. haben wir der bestehenden Aufregung im Volke zu verdanken». Kaum habe ich meinen Ohren getraut und mich gefragt: wo ist denn die Aufregung im Volke? Regung, ja, die ist vorhanden. Es regt sich, und das kann nicht ausbleiben in einer Zeit wie die gegenwärtige, unter den Männern der Intelligenz und des besonnenen Fortschritts, und ich freue mich, schon in den wenigen Tagen unsers Zusammenseins die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß nicht nur unsere Rheinprovinz, sondern daß alle Provinzen unserer Monarchie solche Männer in nicht geringer Zahl hierher gesendet haben. Aufregung, die finde ich nur unter den Männern nicht des Fort-, sondern des Sturmschritts, unter den Meistern im Niederreißen, die Alles können, aber nur nicht aufbauen; unter den Vorkämpfern für Volksrechte und Freiheit, die aber nur Keinem das Recht und die Freiheit einräumen, andern als ihren Theorien zu huldigen, die von dem Dasein eines andern gesunden Kerns im Volke nichts wissen, nicht ahnen, daß der friedsame, verständige Bürger und der in unserm Staate schon wohlunterrichtete Landmann mit praktischem Sinne das Wohl und das Wehe des Landes ungleich richtiger als sie zu wägen und zu messen weiß: sie fühlen sich nur berufen, diese Unmündigen zu bevormunden, denn das laut gepriesene, mündig gewordene Volk ist Niemand als sie selbst, und der bekannte Wahlspruch eines Monarchen des siebzehnten Jahrhunderts: «L'état c'est moi», erleidet bei ihnen nur die kleine Aenderung in das «l'état ce sont nous!» Was der gesunde Kern im Volke, so weit ich ihn kenne, wünscht und hofft, das ist ein vermittelndes, alle Provinzen umfassendes Glied zwischen dem Herrscher und seinen Unterthanen, dargestellt nicht durch Einen Stand, der sich in seiner Pflicht und Berufstreue dem Throne näher gestellt fühlt als dem Volke, sondern durch Stände, wie sie geschichtlich auf vaterländischem Boden erwachsen sind: Gleichheit vor dem Gesetze; gleichmäßiges Auflegen aller Lasten nach dem Maße der Leistungsfähigkeit wie für die Staats- eben so für die Communalbedürfnisse; in Beziehung auf Steuern und Staatsschulden Zugeständnisse, wie sie des hochseligen Königs Majestät in Aussicht gestellt hat; Einheit und Uebereinstimmung in allen Hauptelementen der Staatsverwaltung, sodaß keine Provinz, keine Stadt, kein Dorf sagen dürfe: es sei durch besondere Institutionen bevorzugt vor andern oder benachtheiligt, und dann stets offenen Zugang zum Throne für solche, die Wohlfahrt des Volks berathende Stände.

Was der gesunde Kern im Volke, so weit ich ihn kenne, aber nicht will, das ist die in unsern Tagen viel gepriesene Theilung der gesetzgebenden Gewalt in zwei Mächte, die in stetem Kampfe der Parteien um die Obermacht wider einander streiten, wo im Ringen nach diesem Ziele der Zweck jedes Mittel, auch das verpönteste, heiligt, wo selten nur ein Regierungssystem auf dem Wege der Erfahrung eine reife Frucht treiben kann, wo der Sieger die Stelle des Besiegten einnimmt, mit der gewissen Voraussicht, daß auch er geknechtet unter dem Lotterspiele der Zahlen zufälliger Majoritäten bald einem glücklichern Kämpfer den Platz wieder räumen muß, und so im steten

Wiederkehren der Parteikämpfe die heiligen Bande der Liebe und des Vertrauens gelöst werden, die den Regenten und sein Volk unauflöslich verbinden sollen. Daß ein Solches uns nicht zu Theil werde, dafür wird — wir dürfen es mit Zuversicht erwarten — Gott und unser König sorgen. Ob Das, was unsere ständische Verfassung noch zu wünschen übrig läßt, uns wird zu Theil werden? Diese Frage dürfen wir der Weisheit unsers erleuchteten Monarchen mit zuversichtlichem Vertrauen anheimstellen. Die Aufregungen unter den sich so nennenden Volksfreunden, deren ich vorhin gedacht habe, sind ja nicht neu, sie bewegen sich schon durch ein ganzes Menschenalter hindurch, und ohne sie würden gegebene Zusagen unbezweifelt früher und vollständiger in Erfüllung gegangen sein, denn sie haben Zugeständnisse nicht gefördert, sondern, leider! wol gehemmt. Wenn unser in Gott ruhender König Friedrich Wilhelm III. jede Neuerung in der Staatsverfassung in einer viel bewegten Zeit schwerer wog, als Vielen unter den Männern des Fortschritts gefallen hat, dann war das die That eines Monarchen, in dessen Brust ein Vaterherz geschlagen hat, das die Wohlfahrt der Unterthanen mit einer Liebe umfaßte, wie sie die Geschichte der Völker nur selten aufzuweisen hat, und wenn der Erbe seiner Krone und seiner Tugenden nur in den Fußstapfen eines solchen Vaters wandeln und nur in seinem Geiste das angefangene Werk der Verfassung fortführen und vollenden will, dann gebührt es uns, auch die geringere Gabe mit ehrfurchtsvollem Dank anzunehmen und der größern, wenn sie uns frommen kann, vertrauensvoll zu warten.

Wäre die Vollmacht der Stände in dem Patent vom 3. Febr. nicht erweitert (und sie ist es in höchst wichtigen Fragen des Staatslebens), dann sollten wir schon die Vereinigung an und für sich selbst als ein Ereigniß von großer Bedeutung freudig begrüßen, denn in ihr ist mindestens eine Aussicht auf Anbahnung der uns so sehr mangelnden organischen Einheit in allen Elementen des innern Staatslebens gegeben. Richten wir den Blick auf den Organismus unsers Kriegsheeres und sehen, wie in ihm die Macht der Einheit und der Uebereinstimmung sich kundgibt, wie diese Factoren alles Vollkommenere es herangebildet haben zu einem Musterheere, selbst andern Staaten ein Vorbild zur Nachahmung, uns aber ein mächtiger Damm zum Schutz und Schirm gegen jede Gefahr nach außen, und richten wir dann nun auch einen Blick nach innen, in das Räderwerk, das Getriebe unsers Staatsorganismus: welch ein Contrast! welch eine Schwerfälligkeit der Bewegung durch Vielheit statt Einheit, durch Mannichfaltigkeit statt Uebereinstimmung in der Form wie im Geiste der Rechtspflege und der Verwaltung. Acht Provinzen und vielleicht eben so viele Verschiedenheiten! Es ist ein ungewöhnlicher Fall, daß ich selbst eine Stadt bewohne, die sich durch die Eigenthümlichkeit auszeichnet, zweien Provinzen anzugehören; ein durchfließender Bach scheidet Rheinland und Westfalen, und da lebt nun tagtäglich vor meinen Augen unter zwei verbrüderten Volksstämmen, die mit gleicher Liebe ihrem König und Herrn zugethan sind, eine Geschiedenheit in der Verfassung, wie unter weit von einander geschiedenen Völkern, die nur eine gemeinsame Sprache haben, und diese Geschiedenheit bedingt eine Verschiedenheit im Tragen der Lasten für Communalbedürfnisse, die an das Unglaubliche grenzt. Auf rheinländischer Seite, wo diese Bedürfnisse fast die ganze Summe sämmtlicher directen Staatssteuern erreicht haben, eine schwer zu tragende Bürde, und auf westfälischer Seite, wo der Stadttheil eine Landgemeinde in dem betreffenden Amte bildet, ein so Geringes, daß es kaum noch den Namen einer Steuer verdient. Das ist nun freilich zum Theil ein geschichtlich so Gewordenes, aber beklagen muß ich es dennoch, daß unsere Provinziallandtage, wie sie bis jetzt bestanden, diese Geschiedenheit nur genährt und gefördert haben. Solche Mißklänge aber müssen verschwinden, und darum ist es an der Zeit, daß wir zusammen tragen Alle das Beste, was wir haben, zum Bau eines großen, gemeinsamen organischen Ganzen. Nicht nivelliren sollen wir, wo das lieb gewordene Besondere ohne Mißklang bestehen kann, aber gleichmäßige Gesetze wie gleichmäßige Rechte gegenüber gleichmäßigen Pflichten, Das ist das Ziel, das wir erstreben können und sollen und das unsere Nachkommen segnen werden, wenn es erreicht ist.

Darum wollen denn auch wir den erlauchten Geber und die Gabe segnen, die dazu führen kann! Auf uns blickt nun hoffnungsvoll unser preußisches, ja unser ganzes deutsches Vaterland, und wenn, wie der König unser Herr es selbst sagt, die Völker Europas achten auf das Thun und Beschließen dieser Versammlung, dann um so mehr noch beschwöre ich Sie, lassen Sie uns handeln, wie der geliebte Monarch es von uns fodern darf, als die würdigen Söhne ruhmreicher Väter, die es gewußt haben, wie stark die Liebe macht, die Fürst und Volk verbindet, die es erfahren haben, daß in Eintracht und nie wankendem Vertrauen aus dem Kleinsten das Größte erwächst, während in Zwietracht das Größte zu Schanden wird. Großes Vertrauen hat der König seinem Volke bewiesen, und so lassen Sie uns dem bewährten Wort entsprechen: «Vertrauen weckt Vertrauen.»

Den verehrten Männern, die mit der Abfassung des Entwurfs für die Adresse beauftragt waren, bezeuge ich meinen Dank für die würdige Weise, in der sie dem in sie gesetzten Vertrauen entsprochen haben. Nur eine einzige Aenderung in Beziehung auf die ausgesprochene «Wahrung der ständischen Rechte», nämlich statt derselben einen Ausdruck unbedingten Vertrauens, wollte ich mir erlauben zu beantragen. Dieser Mühe bin ich nun überhoben, und mit Freuden werde ich der von einem verehrten Mitgliede aus dem Herrenstande vorgeschlagenen Fassung beitreten. Möge die so amendirte Adresse von einer großen Majorität angenommen werden und möge diese Annahme die Losung sein zu einem einmüthigen thatkräftigen Zusammenwirken, belebt und gehoben durch den Geist, der auf dem Throne das Bekenntniß ablegt: «Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen.» Ja, auch wir, die wir hier versammelt sind, haben ein gemeinsames Haus, das ist unser Vaterland, und in diesem Hause ist uns insbesondere ein Gottesdienst befohlen, in dem wir uns Alle einmüthig vereinen können und sollen, wenn auch verschiedene religiöse Bekenntnisse und Ueberzeugungen uns trennen, und Das ist der Dienst am Altare des Vaterlandes, auf dem wir die heilige Flamme der Liebe schüren und nähren sollen, der Liebe zum Könige, die da Eins ist mit der Liebe zum Vaterlande. Thun wir das treu, thun wir es im Aufblick auf denselben Herrn, dem unser König dienen will, auf den Herrn, der uns gesagt hat, daß wir recht frei werden sollen, wenn er selbst uns frei macht, dann mögen auch Stürme über uns hereinbrechen, wir werden dann nicht verzagen, denn dann ist — Gott mit uns!"

Wissenschaft und Kunst.

(*) Berlin, 3. Mai. Von den längst erwarteten „Jahrbüchern für dramatische Kunst und Literatur", herausgegeben vom Professor H. Th. Rötscher (Berlin), liegt das soeben erschienene erste Heft in einer innerlich reichhaltigen und äußerlich ungemein würdigen Ausstattung vor uns. Wenn wir auch von diesem gewiß sehr anerkennenswerthen Versuche, für die Bühneninteressen eine neue geistige und wissenschaftliche Instanz an dem höher gefaßten Begriffe der Kunst selbst zu begründen, noch nicht gleich eine durchgreifende Reform des deutschen Theaterwesens erwarten wollen, so glauben wir doch aus dem im ersten Hefte Geleisteten mit Gewißheit zu erkennen, daß das Unternehmen viel dazu beitragen wird, eine höhere und würdigere Anschauung von der großen Aufgabe der Bühne zu verbreiten, um namentlich auf die fast immer von so precairen Händen geführte Theaterkritik einen veredelnden und erweiternden Einfluß zu äußern. Das erste Heft dieser Jahrbücher enthält drei, zum Theil seinen dramaturgischen Standpunkt näher feststellende Mittheilungen des Herausgebers selbst (darunter auch einige bisher ungedruckte Briefe Seydelmann's); einen Aufsatz von Theodor Mundt: über den Ursprung der modernen Bühne; Bemerkungen von Friedrich Hebbel über den Styl des Dramas; über die dramatische Literatur der Franzosen, von Dr. Bamberg aus Paris; einzelne Bühnenkritiken von Dr. Melchior Meyr, Rosenkranz in Königsberg, Henrik Herz in Kopenhagen u. A.

Die Kämpfe um die Generalintendantur der königl. Bühne, die neuerdings durch mehrfache und absichtliche Gerüchte in den öffentlichen Blättern genährt worden, scheinen jetzt endlich zu ihrer definitiven Beilegung gelangt zu sein, wenigstens ist aus denselben der gegenwärtige Generalintendant Hr. v. Küstner abermals siegreich hervorgegangen und kann jetzt, wie es scheint, in seiner Stellung für dauernd befestigt angesehen werden. Es hat sich nämlich jetzt officiell herausgestellt, daß die Gerüchte, welche den Grafen Luccheſini (der vor einiger Zeit als Reisemarschall des Prinzen Karl nach Italien abgegangen) zur Uebernahme der Generalintendantur bezeichneten, aller und jeder Begründung entbehren, und daß auch eine solche Intention höhern Orts niemals obgewaltet hat. Der von mehren Seiten her betriebene Plan, die hiesige Theaterleitung wiederum in Form einer Hofcharge zu gestalten, scheint also jetzt abermals gescheitert, was die Freunde der Bühne und ihrer höhern Zukunft nur gutheißen können.

Handel und Industrie.

* Frankfurt a. M., 1. Mai. Am 27. April hatte eine Generalversammlung der Actionaire der Höchst-Sodener Eisenbahn statt, um definitive Beschlußnahme über die Einrichtung des Fahrdienstes und über die Fahrpreise zu fassen. Der Verwaltungsrath der Taunuseisenbahn hat mit jener Gesellschaft die Vereinbarung getroffen, daß er die Beförderung der Passagiere und Güter auf der an diese Eisenbahn sich anschließenden Höchst-Sodener Eisenbahn gegen entsprechende Vergütung übernimmt. Es ist diese Vereinbarung vorerst nur auf die Dauer der Sommersaison bestimmt. Der regelmäßige Dienst auf der Höchst-Sodener Eisenbahn beginnt am nächsten 15. Mai. Die Fahrpreise auf dieser nur eine Strecke von einer Stunde durchschneidenden Eisenbahn sind ganz die nämlichen wie auf dem zwei Wegstunden durchschneidenden frankfurt-höchster Tracte der Taunuseisenbahn; es soll also für Eine Wegstunde auf der gewöhnlichen Wagenklasse ein Preis von 12 Kr. bezahlt werden: ein Preis, der bis jetzt unsers Wissens ganz beispiellos ist. Die Höchst-Sodener Bahn ist nicht blos eine Luxus- und Vergnügungsbahn, sondern bildet auch einen Verkehrsweg zwischen unsern Maingegenden und einem großen Theile des Taunusgebirges. Es hat also jene Bestimmung mit Recht großes Erstaunen erregt, um so mehr, da den Unternehmern der Höchst-Sodener Eisenbahn wichtige Concessionen für die Ausbeutung der sodener Heilquellen gemacht worden sind.

Die Bekanntmachung mehrer bremer Schiffsrheder, welche, auf das neue, die Verschiffung von Auswanderern betreffende Gesetz der Vereinigten-Staaten-Regierung Bezug nehmend, ihre Agenten anweisen, nicht nur ihre Aufträge zur Engagirung von Passagieren als erloschen zu betrachten, sondern auch die bereits abgeschlossenen Contracte wieder aufzuheben und das eingezahlte Handgeld zur Verfügung der Passagiere zu stellen, hat, wie natürlich, ungemeines Aufsehen im südwestlichen Deutschland gemacht, wo gegenwärtig noch mehre Tausende solcher Contracte bestehen. Jene Schiffsrheder glauben ihr höchst seltsames Verfahren dadurch rechtfertigen zu können, daß unter die Contractsbestimmungen auch die Bedingung aufgenommen sei, die Passagiere seien verpflichtet, in jeder Hinsicht die auf Einwanderung Bezug habenden Gesetze der Vereinigten Staaten zu erfüllen. Die Passagiere werden es aber sicher nicht sein, welche die Erfüllung jenes neuen Gesetzes verweigern würden; denn dasselbe ist lediglich in ihrem Interesse erlassen und trifft Verkehrungen dafür, daß die Einwandererschiffe nicht mehr wie seither über alle Gebühr vollgepfropft werden dürfen. Jenen Rhedern wird also die von ihnen versuchte einseitige Auflösung rechtsgültig abgeschlossener Contracte nicht gelingen können; ist es ihnen nach dem neuen Gesetze nicht mehr möglich, so viel Passagiere wie seither auf Einem Schiffe unterzubringen, so haben sie als Speculanten die Nachtheile davon zu tragen, nicht aber die Passagiere. Wie wir vernehmen, sind die Regierungen der betreffenden deutschen Staaten bereits um Beschützung der Auswanderer in deren Contractsrechten angegangen worden. Eine schnelle, wirksame Abhülfe thut noth, denn viele Tausende von Auswanderern sehen sich von den größten Nachtheilen, von der peinlichsten Lage bedroht.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg**. Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg**, deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs**, der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle**, wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet**, das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847. [1546—53]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Aussig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1849]

Franz Simon von Friz in Botzen

übernimmt Güter von und nach **Italien**, hauptsächlich nach allen Plätzen **Unter-Italiens**, zu den billigsten Frachtsätzen:

von **Botzen** nach **Nürnberg** mit Eilfuhre in 9 Tagen für Seide und Strohgeflechte,	Augsb. C. Fl.	4. —	Kr. p.	Wiener Ctr.
" gewöhnliche Waaren	"	3. 20	"	"
" dito in 14 Liefertagen	"	2. 54	"	"
von **Botzen** nach **Mailand** in 10—12 Liefertagen	"	1. 24	"	"
von **Botzen** nach **Venedig**	"	1. 20	"	"
von **Mailand** nach **Botzen**	"	1. 40	"	"
von **Venedig** nach **Botzen**	"	1. 36	"	"

inclusive aller Spesen, Zölle und bei einzelnen Colli die Brief-Porti apart.

Die Zusendungen werden in verständener Fracht erveten durch die Herren **L. Kalb, J. C. Cnopf, August Toussaint** in Nürnberg, **Valentin Rosa** in Venedig und **Gebrüder Barinetti** in Mailand.

Die Assecuranz der Güter wird auf Verlangen billigst besorgt. [763—65]

Zu **Consignationen, Spedition, Incasso, Agentur- und Commissions-Geschäften** halte ich meine Adresse bestens empfohlen.

Joh. Ernst Weigel,
[1592—97] Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 33.

Eine **russische Partial-Obligation** von 300 Fl., Serie Nr. 2498, laufende Nummer 124,877, ist abhanden gekommen. Wer selbige **Brühl Nr. 6/360**, zwei Treppen nachweist, erhält eine angemessene Belohnung. Vor dem Ankaufe derselben wird gewarnt, da alle Maßregeln getroffen sind, solche anzuhalten. [1848]

Die [1833—35]

Molken- und Bad-Anstalt
Kreuth
im bairischen Alpengebirge wird am 1. Juni eröffnet.

Es werden, wie bisher, **Schwefel-, Sool-** und **Molkenbäder, Ziegenmolke** und **frische Pflanzensäfte** verabreicht, und bestehen für alle Bedürfnisse fixirte Preise. Die gedruckten Satzungen sind bei der Anstalt gratis zu haben. Bestellungen beliebe man **bei Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Carl von Baiern Güter-Administration Tegernsee** zu machen.

In unserm Verlage ist soeben erschienen:

Grammatik
der lebenden
persischen Sprache
von
Mirza Mohammed Ibrahim,
Professor des Arabischen und Persischen am East-India-College zu Hallesbury.

Aus dem Englischen übersetzt, zum Theil umgearbeitet und mit Anmerkungen versehen von

Dr. **H. L. Fleischer,**
ord. Professor der morgenl. Sprachen an der Universität Leipzig.

Diese mit Anmerkungen bereicherte und typographisch schön ausgestattete Ausgabe dieser sehr praktischen Grammatik wird Allen, welche sich mit den morgenländischen Sprachen beschäftigen, höchst willkommen sein. Freunde dieser Studien machen wir bei dieser Gelegenheit auf unser **Lager orientalischer Werke** aufmerksam, von denen mehre sich auf dem Umschlage vorstehender Grammatik angezeigt finden.

Leipzig, im April 1847. [1850]

Brockhaus & Avenarius.

Ein- und Verkauf von Edelsteinen und Perlen

bei ***H. Marcus Oppenheimer & Kirchberg,*** Juweliere aus Frankfurt am Main, **Brühl Nr. 70/454**, der Reichsstraße über. [1624—29]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. August Fischer in Havelberg mit Frl. Wilhelmine Lemme in Berlin. — Hr. Wilhelm Heller in Greiz mit Frl. Therese Berg. — Hr. Dr. Friedrich Kuchenmeister in Zittau mit Frl. Clara Kämmel. — Hr. Apotheker A. Schweiger in Danzig mit Frl. Marie Dodenhoff. — Hr. Lieutenant und Rittergutsbesitzer August Tietz auf Alt-Tschau mit Frl. Emma Holland in Sagan.

Getraut: Hr. H. J. Hansen in Köln mit Frl. Bella Schönefeld. — Hr. Buchhändler A. Heinz in Potsdam mit Frl. Fr. Gause aus Berlin. — Hr. Prediger Jedermann in Mittenwalde mit Frl. Marie Berg aus Berlin. — Hr. Hauptmann Kayser in Schenkenberg mit Frl. Sidonie Witte. — Hr. Lehrer Hermann Raumann in Leipzig mit Frl. Angelika Hausding aus Borna. — Hr. F. P. Röder in Köln mit Frl. Jenny Schönefeld.

Geboren: Hrn. Prediger Albert in Neustadt-Eberswalde eine Tochter. — Hrn. Major F. W. Diederich in Berlin ein Sohn. — Hrn. Baumeister Dörnert in Woldenberg eine Tochter. — Hrn. Julius Friese in Berlin eine Tochter. — Hrn. Kaufmann F. Gold in Berlin ein Sohn. — Hrn. Kreisjustizrath Granier in Grünberg ein Sohn.

Gestorben: Frau Rittergutsbesitzer Therese v. Borcke in Giesenbrügge. — Frau Charlotte v. Bornstedt in Quedlinburg. — Hr. Kaufmann Adolf Eduard Felix in Eilenburg. — Hr. Oberamtsregierungsadvocat Senator Heinrich Gottlob Gräbe in Camenz. — Frau Kaufmann Hutten in Kirchheim u. T. — Hr. K. H. Jäger in Düben. — Hr. Kaufmann Julius Jost in Berlin.

Freitag — Nr. 127. — 7. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Das Mediatconsistorium in Thurnau. Exresse in München. Studentenverbindung. ⚹ Dresden. Die Theuerung. Vereine. Brücken. Kirchhof. * Ulm. Unruhen. — Verbot des Lottos. — Sicherheitsmaßregel in Fulda. Nothstand. Die Bäcker. Die Eisenbahnarbeiter. † Detmold. Jubelfest. * Frankfurt a. M. Baden und die Schweiz.

Preußen. Berlin. Der Landtag. * Berlin. Die Times. Die Opposition. Eine Schrift.

Oesterreich. Das Stempelgesetz in Krakau.

Spanien. Congreß. Die Moderados im Congreß. Das königliche Ehepaar.

Großbritannien. Unterhaus. Das Befinden des Lordlieutenants.

Frankreich. Das Namensfest des Königs. Die Rede des Königs. Der Hof. Anleihe. Die legitimistischen Blätter. Communistische Umtriebe. Gottesdienst in deutscher Sprache. Ordenshäuser. Das Kriegsdampfschiff Caraibe. Gerüchte aus Athen. Bu-Maza. Die Leiche Hussein-Bey's. * * Paris. Festtage.

Belgien. * Brüssel. Kammerdebatte.

Niederlande. Bußtag.

Italien. Rom. Der Papst.

Moldau und Walachei. Der Brand in Bukarescht.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. * Frankfurt a. M. Die russischen Finanzoperationen. * Leipzig. Börsenbericht. * Leipzig. Geschäftsbericht der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn. — Eröffnung der Eisenbahnstrecke Löbau-Reichenbach. — Eröffnung der Harburg-Hannoverschen Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Aus **München** vom 3. Mai schreibt der Nürnberger Correspondent: „Das zu Thurnau bestehende protestantische Mediatconsistorium wird, sicherm Vernehmen nach, von dem Grafen v. Giech an den Staat abgetreten und die betreffenden Pfarreien dann dem Bezirke des Consistoriums in Baireuth einverleibt werden. Daß der Graf v. Giech dermalen sein Mediatconsistorium an den Staat abtritt, zeigt zur Genüge, welches hohe Vertrauen er, der kräftige Verkämpfer für die verfassungsmäßigen Rechte der Protestanten in Baiern, in confessioneller Beziehung in unsere jetzige Staatsverwaltung setzt. — Ueber einige am letzten Sonnabend im Bockkeller vorgefallene Ungebührlichkeiten (Nr. 126) diene zur Verhinderung falscher Gerüchte zur Nachricht, daß dieselben von einer Anzahl Studenten veranlaßt wurden, die sich in der That auf eine höchst anstößige Weise benahmen, sodaß energisch eingeschritten werden mußte und fünf Studenten verhaftet wurden. Auch noch mehre Personen kamen zur Haft und wurden gleich den Erstern mit polizeilichen Arreststrafen belegt. Die Studenten gehören übrigens wieder, wie wir Das in diesem Jahre schon einmal wahrnehmen mußten, einer sehr niedern Klasse von Musensöhnen an, und wir haben hier abermals ein Beispiel, welche Folgen die bisherige Verwahrlosung mehrer unserer lateinischen Schulen und Gymnasien hatte. — Der König hat zu den vier hier bestehenden Studentenverbindungen eine fünfte, die Isaria, genehmigt und hierdurch sowie durch die Verfügung, daß Studirende der philosophischen Curse wieder den Verbindungen angehören dürfen, den letztern einen neuen erfreulichen Beweis seines Vertrauens gegeben."

⚹ **Dresden**, 5. Mai. Endlich ist es Frühling geworden, und mit dem frischen Grün der aufgebrochenen Knospen, mit der rings um uns her sich festlich schmückenden Natur dringt auch in das von Furcht und Bangen erfüllte Menschenherz frischer Muth und frohe Hoffnung ein. Obgleich die auf alle Verhältnisse so nachtheilig wirkende Theuerung noch vorhanden, obgleich der Roggen noch immer der Scheffel zu 8 Thlr. gekauft, und das Pfund Brot nach Aufhebung der Taxe das feine Roggenbrot zu 1 Ngr. 7—8 Pf., das hausbackene zu 1 Ngr. 4—5 Pf. verkauft wird, so fehlt es doch wenigstens nicht an Lebensmitteln aller Art, und Dank dem Bestreben der Regierung, der Thätigkeit unserer Hülfsvereine, wir haben hier bis jetzt, außer einem unbedeutenden Auflauf auf hiesigem Altmarkte, wo eine Bauersfrau, welche mit dem Verkaufe ihrer Kartoffeln das Mäßchen von 12 Pf. bis auf 2 Ngr. steigerte, ihre Waare von der aufgereizten Volksmenge in Angriff genommen und sich selbst damit bewerfen sah, während die Polizei so schnell als möglich die Betheiligte vor weiterer Mißhandlung in Sicherheit zu bringen suchte, nichts von Excessen oder ähnlichen traurigen Scenen erlebt, wie sie außerhalb Sachsens so häufig stattgefunden. Die Verordnung, wodurch das Brennen des Branntweins aus Getreide und Kartoffeln vorläufig vom 1. Mai bis zum letzten October dieses Jahres untersagt worden ist, hat zwar bei den Rittergutsbesitzern, Oekonomen und allen sonstigen Branntweinbrennern Veranlassung zu vielfachen Klagen über sogenannte Gewerbsbeeinträchtigung gegeben, allein die Klagen einiger Hunderte werden durch den Dank einer Bevölkerung von circa 1,700,000 Menschen in den Hintergrund gedrängt, und gewiß ist von Seiten der Regierung die möglichste Rücksicht genommen worden, um die dadurch Betheiligten so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, indem der zur Einstellung der Brennereien gewählte Termin hinreichend kund gab, daß nur die Pflicht für das allgemeine Wohl des Volkes und der herrschende Nothstand die Regierung nöthigte, nicht länger mit einer Maßregel zurückzuhalten, deren in Kraft Treten schon weit früher gewünscht worden war.

Was unser Residenzleben in seiner geistigen Thätigkeit betrifft, so findet nach wie vor die Bildung und Entwickelung in neu begründeten und schon bestehenden Vereinen nach allen Richtungen hin statt. Turn-, Gymnasial- und Communalgardenvereine halten ihre Versammlungen und Berathungen, während Vorschläge zu Begründung neuer Handelsvereine, zu Errichtung einer Getreidebörse für Dresden u. dergl. mehr in öffentlichen Blättern wieder auftauchen und spurlos verschwinden, dagegen alle der öffentlichen Milde gewidmete Stiftungen, unter diesen auch das neu begründete Asyl für taubstumme Mädchen, sowie andere dergleichen Anstalten sich des unerschöpflichen Wohlthätigkeitssinnes unserer Mitbürger erfreuen. — Schon längst sind nun beide Brücken, deren Bau die Communication auf der Plauenschen und Räcknitzer Straße so lange hemmte, vollendet und beide sind Bauwerke von meisterhafter Ausführung und einfach schöner Construction geworden, deren Erbauer, der junge Architekt Bode, sich dadurch namhaft berühmt gemacht hat. Nach dieser Gegend hin breitet täglich sich die starke Frequenz Dresdens immer mehr und mehr aus, von früh bis in die Nacht bedeckt Fuhrwerk aller Art diese beiden Straßen, unter welchen die Bahn der Sächsisch-Böhmischen Eisenbahn sich hinzieht; neue Straßen entstehen auf theuer erkaufter Feldfläche und bald wird ein neues Stadtviertel die früher hier üppig prangenden Saaten verdrängt haben. Daß aber in diese mit jedem Tage immer mehr Leben gewinnende Gegend der Kirchhof der Annenparochie verlegt wird, da auf dem alten Todtenacker dieser Kirche kein Raum mehr ist, dies ist etwas, was unerklärlich scheint, leider aber wahr, denn der Kauf ist bereits mit den betreffenden Besitzern der Felder unweit des Feldschlößchens, nach der Räcknitzer Straße zu, abgeschlossen.

* **Ulm**, 3. Mai. Obgleich der gestrige Tag ohne besondern Exceß vorüberging, so war er doch eigentlich sehr bewegt. Der Umstand, daß es Sonntag war, veranlaßte schon an und für sich eine größere Strömung der neugierigen Menge, die nicht satt wurde, die Ruinen der zerstörten Häuser zu beschauen, und dazu die zahlreichen Abtheilungen von Reiterei, Infanterie, Schützen und Bürgergarde, die in starken Zügen, so wie die ganze Nacht hindurch, auch den ganzen Tag über in allen Straßen patrouillirten: alles Das hätte schon von selbst eine lebhafte Bewegung hervorgerufen. Es kamen aber auch noch besonders bewegende Umstände dazu. Um die vierte Nachmittagsstunde hieß es plötzlich, daß es auf der „Breite" Unfug gäbe, und in Schnelligkeit rückte eine Abtheilung Reiterei an den Ort, an welchem es in der That laut geworden war. Das Ganze endete aber mit der Verhaftung eines Schreinergesellen, der Streit und Prügelei veranlaßt hatte. Man kann sich jedoch denken, welche Besorgniß diese im Grund unbedeutende Sache in der jetzigen gespannten und besorgten Stimmung hervorgerufen hat. Aengstlicher wurde man aber gegen Abend hin, wo sich mit einem Mal der Ruf verbreitete, daß auf der „Breite" Feuer ausgebrochen sei. Alsogleich wurden alle Straßen gesperrt und Jedermann mußte sich nach Hause begeben. Doch bald erwies sich das Ganze als ein blinder Lärm, worauf man sich wieder auf das Patrouilliren beschränkte, wobei auch die Kaminfeger, vollständig mit ihren Werkzeugen gerüstet, zu sehen waren. Um 7 Uhr war auf dem Museum Kriegsrath und die Polizeistunde war wieder für 10 Uhr bestimmt. Nachmittags wurde durch Ausruf aufgefodert, alles bei der Demolirung der Häuser Entwendete zurückzustellen, und wirklich soll schon Einiges zurückgebracht worden sein.

Nachschrift. In dem benachbartem Orte **Söflingen** hat es heute Nacht gebrannt. Auch wurden daselbst einem Milchhändler von Weibern die Fenster eingeworfen. Eben erging der Befehl, sämmtliche Rekruten einrücken zu lassen.

— Auf sämmtlichen Bauposten der Bundesfeste **Ulm** wurde von Seiten der Festungsbaudirection der Befehl gegeben, wonach jedem Arbeiter das seither sehr schwunghaft betriebene bairische **Lottospiel** bei Dienstentlassung untersagt ist. Die Entlassung erstreckt sich sogar auf die Mitwisser, sofern dieselben die Anzeige unterlassen haben. (S. M.)

— Dem Frankfurter Journal theilt man aus **Fulda** vom 2. Mai mit: „Heute Nachmittag sind aus hiesiger Garnison 40 M. unter Anführung eines Lieutenants nach dem Amt Eiterfeld aufgebrochen, um, wenn sich die dortigen Bauern abermals der **Ablieferung der Früchte** aus dem Rentboden zu Fürstneck widersetzen sollten, mit Waffengewalt einzuschreiten. Da diese Früchte für den Bedarf des hiesigen Militairs bestimmt sind, so ist die vorerwähnte Anordnung auf Befehl des Kriegsministeriums geschehen; die Civilbehörden haben keine officielle Benachrichtigung davon erhalten. — Dieser Tage wurde in einem Garten der hiesigen Stadt ein ungefähr 15 Jahre altes Mädchen vom Land aufgefunden, welches dem **Verhungern** ziemlich nahe war; es wurde in das Landkrankenhaus gebracht. Im Kreise Hünfeld sollen wirklich bereits zwei Personen aus Hunger zu Grunde gegangen sein. — Den hiesigen **Bäckern** ist von einem Handelshause dahier die Offerte von hinreichendem Getreide das Malter Kern (großes Gemäß) zu 31 Fl. gemacht, von den Bäckern aber nicht angenommen worden." Aus **Kassel** wird demselben Journal geschrieben, daß, als die Kunde von einer abermaligen Erhöhung des Brotpreises am dasigen Bahnhofbau anlangte, sofort die **Arbeiter** ihre Beschäftigung einstellten und erhöhtes Lohn verlangten. Die Arbeiter erhielten die Zusicherung, vorläufig 1 Sgr. Zulage zu erhalten. Später ward dann weiter festgesetzt, daß die Arbeiter für die vorige Woche 1 Sgr. und für die Zukunft 2 Sgr. für den Tag mehr erhalten sollen, als ihnen bisher bewilligt worden.

† **Detmold**, 3. Mai. Mit Vergnügen berichte ich von einem Feste, welches hier vorige Woche zu Ehren eines Mannes gefeiert wurde, dem unser Land zu vielfachem Dank verbunden ist. Am 28. April war nämlich das 50jährige Amtsjubiläum des geheimen Oberregierungsraths **Petri**, der sich durch unerschrockenen und treuen Beistand zur Zeit der Fürstin Pauline in jenen gefahrvollen Kriegszeiten, später durch Ausarbeitung werthvoller Gesetze, durch umsichtige Leitung eines Musterbaues und neuerdings durch kraftvolles Einschreiten gegen die Bestrebungen der Finsterlinge sehr verdient gemacht hat und als Sinnbild der Geradheit und Rechtschaffenheit vorleuchtet. An diesem Tage war seine Wohnung der Sammelplatz von Beamten und Bürgerdeputationen aus dem ganzen Lande. Der Fürst gab ein ausgezeichnetes Diner, und die Liedertafeln feierten ihn durch Gesänge am Morgen und am Abend. Ueberall sprach sich die freudigste Theilnahme aus. Bei dem Festessen, welches am 1. Mai stattfand, und an welchem eine große Anzahl des hiesigen gebildeten Publicums Theil nahm, kam unter andern ein Trinkspruch darauf vor, daß der Himmel den Jubilar noch lange in seiner schönen Jugendkraft erhalten wolle, und können wir hier nur aus voller Seele einstimmen.

* **Frankfurt a. M.**, 4. Mai. Der londoner Morning Advertiser sagt in seiner Nummer vom 29. April, er sei im Stande, auf den Grund zuverlässiger Benachrichtigungen mitzutheilen, daß die **Intervention des Deutschen Bundes in dem Großherzogthume Baden** ein Ereigniß sei, welches von einem Augenblicke zum andern erwartet werden könne; Oesterreich und Preußen hätten in der Bundesversammlung erklärt, daß die badische Regierung nicht stark genug sei, um die Complote und Verschwörungen zu unterdrücken, die auf ihrem Gebiet angezettelt würden, um die Ruhe der Schweiz und Italiens zu stören. Jene zuverlässigen Benachrichtigungen, auf welche sich das genannte londoner Blatt beruft, beruhen offenbar auf einer gewaltigen Mystification und gleichzeitig auf einer Unkenntniß der Verhältnisse, die ans Kolossale grenzt. Die Berichterstatter des Morning Advertiser hätten, wenn es ihnen darum zu thun gewesen wäre, die Wahrheit in Erfahrung zu bringen und mitzutheilen, von dem gewöhnlichsten politischen Kannengießer vernehmen können, daß seither und jetzt nicht in dem Großherzogthume Baden, sondern in den ultraradicalen Cantonen der Schweiz der Boden sich befindet, wo Complote gegen die Ruhe der Nachbarstaaten angezettelt werden, und daß gerade das Großherzogthum Baden es ist, gegen welches revolutionaire Umtriebe der gehässigsten Art, auf schweizerischem Boden entworfen und ins Werk gesetzt, in der jüngsten Zeit gerichtet waren. Wenn, was nicht unwahrscheinlich ist, diplomatische Erörterungen stattgefunden haben, um eine Sicherstellung gegen fernere revolutionaire Umtriebe zu bewerkstelligen, so betrafen sie ohne Zweifel nur Maßnahmen, durch welche die schweizerischen Regierungen veranlaßt werden dürften, den propagandistischen Wühlereien, die in einigen Theilen der Eidgenossenschaft sich einer nachsichtigen Duldung erfreuen, in wirksamer Weise ein Ende zu machen. Mit dieser Deutung stimmt auch überein, was der Morning Advertiser selbst der oben angeführten Mittheilung noch beifügt, nämlich: Oesterreich habe seine Absicht kundgegeben, nöthigenfalls in der Schweiz zu interveniren; Graf Apponyi habe Hrn. Guizot eine Note zugestellt, worin angefragt werde, welches in diesem Betreff die Ansichten der französischen Regierung seien; Hr. Guizot habe darauf erklärt, daß Frankreich das Gewicht der ihm dargelegten Gründe durchaus anerkenne, und daß es bereit sei, mit Oesterreich zu cooperiren, sobald der Augenblick zu handeln gekommen sein würde. Aehnliche Andeutungen sind in letzterer Zeit zu wiederholten Malen von mehren Seiten gegeben worden; und die nächste Zukunft muß zeigen, ob dieser letztere Theil der Mittheilung des Morning Advertiser mehr Grund habe als der erste.

Preußen.

Berlin, 5. Mai. In der Sitzung der **Curie der drei Stände** am 1. Mai wurde, nach den gestern berichteten Verhandlungen, das Amendement des Abg. Meviſſen, wonach zur Ausschließung von den ständischen Rechten außer der Verurtheilung zu einer entehrenden Strafe auch noch das Urtheil der Standesgenossen nöthig sein sollte, nachdem es von dem Landtagscommissar und den Abgg. v. Leipziger und Naumann bekämpft worden war, mit großer Mehrheit verworfen. Auch der Antrag der Abtheilung, statt der Worte: „durch ein Criminalgericht", zu setzen: „durch ein rechtskräftiges Urtheil", ging nicht durch. Ein vom Abg. Sperling zu Nr. 2 des Entwurfs vorgeschlagener Zusatz, wonach nur die Ausschließung von Verwaltung „aller" Aemter unfähig machen soll, ward angenommen. Dann kamen die Ehrengerichte zur Sprache, in welcher Beziehung der Kriegsminister v. Boyen sich zuerst in längerer Rede aussprach. Abg. Delius trug auf Verwerfung des betreffenden Passus an, Abg. v. Lavergne-Peguilhen wollte solche ehrengerichtliche Erkenntnisse, welche nicht eine aus ehrloser Gesinnung hervorgegangene Handlung beträfen, den ständischen Versammlungen zur Bestätigung vorgelegt wissen, der Abg. v. Werdeck wollte eine Veränderung in der Anordnung, wodurch die Wirkung der ehrengerichtlichen Urtheile von diesen selbst abhängig gemacht werden sollte; Abg. v. Massow wollte wenigstens die Verweigerung des Zweikampfes ausgeschlossen wissen, wogegen der Kriegsminister sprach.

Abg. v. Wedell vertheidigte den Entwurf, Abg. v. Beckerath sprach gegen das Duell, während v. Gaffron, wie vorher der Kriegsminister, diesen Conflict durch Austritt des Offiziers aus dem Dienste gelöst wissen wollte. Die Abgg. Dittrich, v. Auerswald, v. Saucken gegen diesen Passus des Entwurfs, v. Raven dafür. Frhr. v. Vincke sprach zuerst gegen die rheinischen Sprecher für die verschiedene Standesehre und das Duell, dann aber gegen die betreffende Wirkung ehrengerichtlicher Erkenntnisse; wogegen der Landtagscommissar und der Kriegsminister zur Vertheidigung des Entwurfs und des Verfahrens der Ehrengerichte sprachen, der Erstere übrigens einige Modificationen und nähere Unterscheidungen der Fälle für statthaft erklärte. Nach längerer Verhandlung über die Fragstellung wurde über den betreffenden Passus des Entwurfs erst durch Aufheben und Sitzenbleiben, dann durch Namensaufruf abgestimmt, wobei sich 265 gegen 205 Stimmen für den Wegfall erklärten, weshalb, da die Mehrheit nicht zwei Drittel betrug, die Gründe der Majorität wie der Minorität in den Bericht aufzunehmen sind. (A. Pr. Z.)

* **Berlin**, 4. Mai. Die Times fand es neulich höchst sonderbar und verkehrt, daß unser **Landtag** bei der Adresse den umgekehrten Weg von dem in allen (?) constitutionellen Staaten üblichen Verfahren eingeschlagen habe. Hier werde nämlich die Adresse von der Regierungsseite entworfen und beantragt und die Opposition mache sich durch Amendements geltend; bei uns sei umgekehrt die Adresse von der Opposition beantragt und entworfen und von den Anhängern der Regierung amendirt worden. Wir übergehen, was in den ganzen Ausdrücken von Opposition und Anhängern der Regierung auf unsere Verhältnisse nicht passend ist. Aber obwol auch in jener Form ein Sinn liegt, so ist sich doch die Times dessen nicht bewußt gewesen, sonst hätte sie die Sache nicht tadeln können, und unter diesen Umständen ist es sehr beschränkt, die Nachahmung auch solcher Formen verlangen zu wollen. Die Sache selbst hat ihren Sinn. In England schlägt die Regierungspartei im Parlamente die Adresse vor. Diese Partei besteht nicht aus den Anhängern der Regierung, sondern aus Denen, welche selbst die Regierung bilden. Die Majorität im Parlamente herrscht auch in der Regierung und so mag das an sich höchst wunderliche Schauspiel erklärt werden, daß die Minister in der Thronrede das Parlament anreden und in der Adresse sich selbst die Antwort darauf geben. Der Gegenkampf kann natürlich nur von der Opposition, also von der Minorität ausgehen, und ist nur an Reden fruchtbar, wenn nicht die Minorität zur Majorität wird und ihrerseits in die Regierung tritt. Wo dagegen, wie bei uns, die Regierung eine selbständige Gewalt ist, welche nicht den Gesichtspunkt dieser und jener Partei, sondern den des Staats zu vertreten hat, da ist auch die Ständeversammlung nicht der Sammelplatz einer herrschenden Partei, sondern der Schutzredner des Volks vor der Regierung und bestimmt, die im innern Volksleben gewonnenen Erfahrungen und Gesichtspunkte mit den staatlichen Ansprüchen zu vergleichen. Hier ist es ganz in der Ordnung, daß die Antwort von einer andern Seite ausgeht als von der, welche die Frage that, und hier wird immer eine gewisse Verschiedenheit der Auffassungen obwalten können, deren Ausgleichung eben Aufgabe des

Landtags ist. Denn natürlich darf jene Verschiedenheit nicht in systematische Opposition ausarten. Daß man freilich häufig die Opposition für Liberalismus hält und diesen nur im Widerstreite gegen die Regierung sucht, hat sich schon oft erwiesen.

Wer den Landtagsverhandlungen ins Einzelne gefolgt ist, der wird bemerkt haben, wie der Abg. v. Brünneck, bekanntlich ein naher Vertrauter des Hrn. v. Schön und von ihm, wie die Zeitungen sagten, mit Ueberreichung einer Denkschrift über die ständischen Gesetze beauftragt, sich unter manchem Murren der Versammlung gegen das Verbot des Branntweinbrennens aussprach, wie dann Frhr. v. Vincke, der Entwerfer der vielbesprochenen Declaration der Rechte, bei der Frage über Vertheilung einer königlichen Wohlthat auf Ito in partes antrug. (Nr. 124.) Wer den Charakter unserer Adelsopposition kennt, wundert sich nicht. Hervorzuheben ist auch die Wahrung des polnischen Standpunktes durch den Fürsten Radziwill. (Nr. 124.) Die rheinischen Abgeordneten zeichnen sich, auch auf der Oppositionsseite, im Ganzen durch Milde und Besonnenheit aus, haben daher auch eher Aussicht, etwas auszurichten, als die ostpreußischen. Unter diesen wirkt v. Auerswald mit dem meisten Takt und hat uns bei mehren neuern Gelegenheiten weit mehr angesprochen als in seiner zugespitzten und durch Kälte und Bitterkeit unangenehm berührenden Rede bei der Adreßverhandlung. Die Art von hämischer und spitzfindiger Opposition, wie sie etwa 1842 und 1843 sich in der Presse laut machte und freilich nie im Volke war, ist heute völlig ruinirt; sie mag einzelne Malcontente kitzeln, im Volke zieht sie sich nur Unwillen zu.

Die nun glücklich überwundenen Unruhen hier, ohne allen politischen Charakter und nur durch materielle Interessen und Proletarierroheit erzeugt, bilden einen sehr bekräftigenden Commentar zu der Schrift eines Emeritus: „Ueber die Wirren der Gegenwart". Hier wurde, vor jenen Ereignissen, deutlich und kräftig hervorgehoben, von woher eigentlich die bedenklichsten Wirren stammen und von welcher Seite aus also das Heilmittel zu suchen sei.

Oesterreich.

Einer in **Krakau** am 1. Mai veröffentlichten Kundmachung zufolge bleibt das in Krakau und dessen Gebiet zur Zeit geltende Stempelgesetz vom Jahr 1833 noch fernerhin bis zu dem Zeitpunkt in Wirksamkeit, in welchem die österreichische Justizverfassung und die österreichischen Justizgesetze in Krakau in Kraft treten werden.

Spanien.

Im Congresse richtete am 26. April der Abgeordnete Hurtado die Frage an die Minister, wann dieselben das Budget vorlegen würden. Alle Ministerien während der Dauer der jetzigen Legislatur hätten versprochen, dasselbe in möglichst kürzester Zeit zu thun, allein bereits wären vier Monate vom Jahre verstrichen, und es sei noch nicht geschehen. Der Ministerpräsident Pacheco verwies auf die kurze Zeit, die seit Antritt des jetzigen Cabinets verflossen sei, und versprach, das Budget solle binnen acht Tagen vorgelegt werden. Der Abgeordnete Molano gab noch seinen Vorsatz zu erkennen, dem Ministerium, so lange die Budgetvorlage nicht geschehen sei, bei allen und jeder Frage aufs äußerste entgegenzutreten. Der Congreß setzte dann die Berathung seiner revidirten Geschäftsordnung fort.

— Die Congreßmitglieder von der Partei der Moderados haben eine Versammlung gehalten, in der zwar nur 70 anwesend waren, deren Beschlüssen aber noch 20 beigetreten sind. Das Ministerium würde danach systematische Opposition von dieser Seite bei keiner Maßregel zu befahren haben, welche den Principien der Moderados entspricht. Der Gesetzentwurf über den Verkauf der Gemeindeliegenschaften oder Propios wurde jedoch als ein solcher bezeichnet, der bekämpft werden müsse.

— Nach einer Mittheilung in der Allgemeinen Preußischen Zeitung erscheint das Verhältniß des königlichen Ehepaars noch eigenthümlicher als bisher. Der König nämlich, der sich als Gatte nicht weniger als in der von ihm in Anspruch genommenen politischen Stellung zurückgesetzt fühlte, hielt sich schon vor der Abreise der Königin Christine von allem Verkehre mit seiner Gattin wie von jeder sichtbaren Einmischung in die Staatsgeschäfte entfernt. Gewisse Rathgeber, die an dem Benehmen der jungen Königin Anstoß nehmen wollten, lenkten den König in eine Bahn, die zu einem förmlichen Bruche zu führen und ihn zum Werkzeug einer jedes sichern Anhalts entbehrenden Partei zu machen drohte. Das Ministerium Pacheco erkannte die Nothwendigkeit der Entfernung dieser Rathgeber des Königs, und diejenigen Personen, welche als Beamte der Regierung gehorchen mußten und einen von dieser nicht gebilligten Einfluß auf den König ausübten, wurden aus seiner Nähe entfernt und ihm selbst die Bedingungen vorgelegt, unter denen die Königin in die Wiederherstellung der frühern Eintracht einwilligen zu wollen ankündigte. Als aber der König diese Bedingungen verwarf, ertheilte seine Gemahlin den Befehl, ihre Haushaltung von der seinigen völlig zu trennen und seine Meubles in die Gemächer, welche der Herzog von Montpensier bewohnt hatte, bringen zu lassen. Darauf fühlte der König, sei es aus freiem Entschlusse, sei es in Folge perfider Zuflüsterungen, sich bewogen, von seiner Gemahlin eine Audienz zu erbitten, sie kniefällig seiner Reue zu versichern, und um sie von der Aufrichtigkeit derselben zu überzeugen, ihr den Wunsch darzulegen, daß sie den General Serrano zu seinem Adjutanten ernennen möchte. Gerade die Darlegung dieses Wunsches soll das Zartgefühl der Königin am tiefsten verletzt haben. Sie erwiderte dem König, er bedürfe keiner Adjutanten, da er sich nie mit Militairangelegenheiten beschäftige. Uebrigens gestattete sie ihm, sie auf ihren Spazierfahrten zu begleiten. Als aber der König Gebrauch von dieser Erlaubniß machen wollte, wurde ihm nicht, wie früher, ein Sitz neben seiner Gemahlin, sondern ein dem ihrigen folgendes Cabriolet angewiesen. Er fühlte sich aufs neue verletzt und zog sich noch mehr zurück, während die Königin jeden Abend ohne ihn im Theater erschien. Nur als die Königin am 24. April nach Atocha fuhr, befand der König sich in demselben Wagen, jedoch nicht wie früherhin an ihrer Seite, sondern ihr gegenüber neben seiner Schwester.

Großbritannien.

London, 1. Mai.

Nachdem im Unterhause gestern, wie unsere vorige Nummer bereits mittheilen konnte, der Schatzkanzler im Gesammtcomité auf Bewilligung von 620,000 Pf. St. zu Darlehen an drei irische Eisenbahnen angetragen (welche Summe aus der Anleihe der 8 Mill. bestritten werden soll) und weiter 10,000 und 40,000 Pf. St. für Verbesserung des Flußbettes des obern Shannon und zu Fischereihäfen verlangt hatte (welche 50,000 Pf. St. durch Aufdeckung der in voriger Session erfolgten allgemeinen Bewilligung einer gleichen Summe zu gemeinnützigen Anlagen in Irland, zu denen die Unternehmer die Hälfte aus eignen Mitteln auslegen, gedeckt werden soll), sprach Hr. Goulburn seine Befriedigung über die günstigern Mittheilungen aus, welche der Schatzkanzler zugleich hinsichtlich der Verbesserung des Geldmarktes gemacht hatte. Allein Umsicht werde deshalb nicht der Bank, sondern auch der Regierung anzuempfehlen sein. Mit großer Besorgniß betrachte er alle Schritte, welche die Staatskasse mehr belasteten und so müsse er daher auch die Anleihe an die irische Eisenbahn ansehen. Für den Antrag der Regierung sprachen die Mitglieder Franch, Gore, W. Cellett und Caxley. Der Letztere brachte jedoch die Lage der Industrie noch zur Sprache und bürdete die Schuld der dieselben drückenden Verlegenheiten hauptsächlich Sir R. Peel's englischer Bankbill von 1844 auf. Diese habe in allen drei Punkten, die sie garantiren solle, sich verfehlt erwiesen und weder den Credit des Notenausgabedepartements der Bank von England unverletzt erhalten, noch deren Stabilität vermehrt oder das Land vor jenen Schwankungen des Geldmarktes bewahrt, denen es früher ausgesetzt war. Der Schatzkanzler hätte das System, nach welchem die Bank dirigirt werde, und nicht die Bank selbst tadeln sollen, ein solches System aber dürfe nicht länger geduldet werden. Sir W. Clay nahm das System wieder in Schutz und behauptete, dasselbe habe eine heilsame Beschränkung der Speculationswuth bewirkt, wodurch der Handelsstand besser als je im Stande sei, über die jetzigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Hr. Roebuck beantragte im Sinne seines frühern Amendements gegen die Comitébildung die Verwerfung des ministeriellen Antrags. Hr. Osborne lenkte die Aufmerksamkeit auf die Arbeiterbevölkerung Irlands und wie wenig diese Bewilligung derselben helfen werde. Dann kam er auf das neue Armengesetz und berechnete, daß 4,752,000 Pf. St. nach demselben jährlich in Irland für die Armen würden aufgebracht werden müssen, das Land aber dabei verarmen werde, wenn die Minister nicht andere Auswege in Bereitschaft hätten, um Irlands Ueberfluß an Arbeitskräften zu verwerthen. Hr. Spooner griff die Bankacte von 1844 und die frühere von 1819 gleichmäßig an, durch welche die Baarzahlung hergestellt und die Ausgabe von 1 Pf.-Noten aufgehoben wurde. Nach seiner Annahme sei England bereits mit 8 Mill. Pf. St. bei der Handelsbilanz mit dem Auslande im Nachtheil. Auch er wollte den Bankdirectoren keine und nur dem Systeme die Schuld der Verlegenheit beimessen. Unter Anderm erwähnte er auch, daß dem Vernehmen nach der Kaiser von Rußland jetzt für 2 Mill. britische Fonds gekauft haben solle. Man brauche nicht übertrieben mistrauisch zu sein, um darin etwas Auffallendes und mehr als ein bloßes Geldgeschäft zu sehen. Man wisse, daß der Kaiser seit langer Zeit große Massen baaren Geldes aufhäufe, während er seine Unterthanen zwinge, ihre Geschäfte in Papierrubeln abzumachen, und der Gedanke liege gar nicht fern, daß er es seinem Interesse gemäß halten könne, Frankreich, England und Holland zum bedeutenden Belaufe zu seinen Schuldnern zu machen, um sie erforderlichenfalls in finanzielle Verlegenheiten zu stürzen und der kostspieligern und weniger sichern Werkzeuge, welche Heer und Flotte darbieten, entbehren zu können. Hr. J. O'Connell erklärte sich für den ministeriellen Vorschlag und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung den Plan wegen Urbarmachung der wüstliegenden Ländereien in Irland aufgegeben habe. Hierauf trat Sir R. Peel sehr entschieden gegen den ministeriellen Plan auf und suchte nachzuweisen, daß derselbe nicht nur denselben Einwendungen unterliege wie der vom Hause verworfene Bentinck'sche Plan, sondern in mehren Punkten noch nachtheiliger sei als dieser, daß aber abgesehen davon die gegenwärtigen Umstände den Kanzler der Schatzkammer auf das dringendste auffodern, alle seine Mittel zusammenzuhalten, damit

er nicht genöthigt werde, zu einer Anleihe bei der Bank zu schreiten, und daß daher jetzt nicht die Zeit sei, Vorschüsse an Eisenbahnen zu machen. Sir R. Peel vertheidigte dann die Bankbill von 1844 und klagte die Bank mangelnder Voraussicht an, indem sie im August v. J. schon sich auf die jetzigen Verhältnisse hätte vorbereiten sollen. Auch Lord J. Russell vertheidigte die Bankacte und widerlegte außerdem Sir R. Peel's Einwendungen gegen die Bewilligung der ministeriellen Anträge. Nachdem noch Hr. Hume gegen, Lord G. Bentinck für dieselben gesprochen hatte, wurde die Anleihe an die irischen Eisenbahnen mit 208 gegen 75 Stimmen gutgeheißen und auch die 10,000 Pf. St. bewilligt.

— Die Nachrichten vom 29. April aus **Dublin** lauten über das Befinden des Lordlieutenants von Irland noch ebenso bedenklich wie die gestrigen.

Frankreich.

Paris, 2. Mai.

Das Namensfest des Königs ist in Paris gestern mit den herkömmlichen Feierlichkeiten und Festlichkeiten begangen worden. Von 7 bis 10 Uhr früh war Messe in allen katholischen Kirchen und Gottesdienst in der protestantischen Kirche sowie in den Synagogen. In den 12 Mairien von Paris wurden an Dürftige Unterstützungen vertheilt. Von 11 Uhr bis gegen Abend dauerte der Empfang in den Tuilerien, und um 7½ Uhr erschienen der König und die königl. Familie auf dem Balcon des Pavillon de l'Horloge, womit das eine Stunde dauernde Concert begann. Die Volksbelustigungen sind jährlich dieselben, und so wiederholten sich die zwei Theatre des Carré Marigny, wo militairische Pantomimen unter freiem Himmel aufgeführt wurden, zum Tanz aufspielende Musikchöre, Kletterstangen, die beiden zu gleicher Zeit abgebrannten Feuerwerke auf dem Quai d'Orsay und an der Barrière du Trône auch dieses Jahr. Das lustigste Volk der Welt gibt seiner Fröhlichkeit einen recht betrübten Ausdruck, bemerkt dazu Theophile Gautier im Feuilleton der «Presse». Das Wetter war günstig.

— Bei dem Empfange des diplomatischen Corps am Namenstage des Königs führte der päpstliche Nuntius das Wort. Auf die Anrede des Hrn. Sauzet, Präsidenten der Deputirtenkammer, erwiderte der König: „Es war mir sehr schmerzlich, die Bedrängnisse der arbeitenden Klassen mit anzusehen, deren Sie erwähnten. Eine große Beruhigung deshalb habe ich jedoch in den ihnen so freigebig zugetheilten Unterstützungen gefunden und muß ihnen ausdrücken, wie sehr mich dieselben gerührt haben. Wir haben Ursache, zu hoffen, daß diese Leiden ihrem Ende sich nähern. Ein großes Beispiel wird davon zurückbleiben, daß sie nämlich keine jener politischen Leidenschaften aufgeregt haben, die nur zu oft öffentliche Bedrängnisse noch verbitterten. Die besser aufgeklärte öffentliche Meinung hat erkannt, was bei solchen Bewegungen Alles zu verlieren war, ohne daß auf einen Gewinn dabei zu hoffen nur möglich ist. Dank dem Himmel, daß die glückliche Einigkeit, welche unter uns herrscht, nicht unsere Institutionen zu nennen gestattet: «drei Mächte, die erschreckt vom Band, das sie verknüpfet». Wir sehen heute die drei Mächte in unserer Mitte durch das Vertrauen vereint, das sie gegenseitig einflößen, und stark durch die gegenseitige Unterstützung, welche sie sich leihen, und durch die Gewißheit, daß keine auf Kosten der andern sich erweitern will, daß sie im Gegentheil in dieser Einigkeit, in diesem Vertrauen die ihnen nothwendige Kraft zur freien Ausübung ihrer Rechte und constitutionellen Befugnisse finden. Wir sehen sie frei von aller Eifersucht nur im Streben für die Wahrung der Freiheit, der öffentlichen Sicherheit und des nationalen Gedeihens gegen die Erschütterungen rivalisiren, die menschliche Leidenschaften nur zu oft zu erregen suchen. (Beifall unterbricht den König.) Durch Ihre kräftige Mitwirkung, durch diese so werthvolle Uebereinstimmung ist es mir gegeben gewesen, die Verwirklichung der ersten Worte zu erblicken, welche ich als Generallieutenant des Königreichs an Frankreich richtete: „Die Charte wird künftig eine Wahrheit sein. (Langer und großer Beifall. Lebhaft bewegt trat der König in die Mitte der ihn umdrängenden Deputirten und fuhr fort:) Ich bin von diesen Beifallbezeigungen und Gesinnungen, mit denen Sie mich und meine Familie umfassen, tief ergriffen. Glauben Sie mir, sie gehen direct zu meinem Herzen, und daß ich davon durchdrungen bin." Von neuem erhob sich der Ruf: Es lebe der König!

— Der Hof wird am 9. Mai die Tuilerien verlassen und sich zunächst nach Neuilly begeben.

— Man sieht bei der Budgetdebatte einem Antrage vom Finanzminister wegen Autorisation zu einer Anleihe von 300 Mill. à 3 Proc. entgegen, und hält eine solche Maßregel für unerläßlich, wenn eine neue Ausgabe von Schatzbillets vor Ende des Jahres vermieden werden soll.

— Die reformlustigen Herausgeber legitimistischer Blätter haben mit ihren Freunden vom 8. bis 23. April in Paris Berathungen über die Tagesfragen und ihre Behandlung gepflogen. Indessen ist das Ansehen dieser Partei zu sehr gesunken, als daß derselben durch Aufpflanzen der Reformfahne wieder aufgeholfen werden könnte.

— Am 26. und 27. April standen 26 wegen Betheiligung bei dem Lebensmitteltumult in Tours im November vorigen Jahres und wegen angeblich communistischer Umtriebe Angeklagte vor dem Correctionelgerichte zu Blois. Die Mehrzahl waren Arbeiter, mehre Personen gehörten aber den bemitteltern Ständen an. Unter der Maske eines Gesangvereins sollte eine communistische Verbindung errichtet und gepflegt worden sein. Vom Correctionelgericht zu Tours ward jedoch die Anklage auf die von der Voruntersuchung ermittelten Indicien hin als unstatthaft abgewiesen, auf eingelegte Berufung des öffentlichen Anklägers aber vom Appellhof in Orleans an das von Blois verwiesen. Die Verhandlung führte dahin, daß die Anklage gegen Mehre aufgegeben und Andere der Nachsicht des Gerichtshofes empfohlen wurden, der schließlich einen Angeklagten zu sechs Monat, einen zu drei Monat, acht zu zwei Monat Gefängniß und noch einige zu geringern Strafen verurtheilte.

— Die zahlreichen deutschen Arbeiter der Werkstätten des Faubourg St.-Antoine und der angrenzenden Stadttheile, deren Zahl auf mehr als 60,000 in der «Presse» angegeben wird, und die wegen unzulänglicher Bekanntschaft mit der französischen Sprache zum größern Theile so gut wie ohne Kirche und Gottesdienst sind, haben an den Bischof von Chalceden, Hrn. Bonnamie, ein Gesuch gerichtet, daß ein Gottesdienst in deutscher Sprache für sie eingerichtet werde. Dies ist denn auch provisorisch in der St. Margarethenkirche geschehen; der Bischof hat sich zugleich bei der Behörde von Paris für Errichtung einer deutschen Pfarrkirche verwendet.

— Ende Mai gehen 3 Priester, 8 Brüder und 4 Schwestern von der Congregation Unserer Frau vom heil. Kreuz zu Mans, unter Leitung des Bischofs von Montreal nach Nordamerika ab, um dort in Saint Laurent und Saint Louis de Terrebonne Ordenshäuser zu stiften.

— In **Brest** ist die mit 40 M. von der Bemannung des verunglückten Kriegsdampfschiffes Caraibe besetzte Goelette Europa, ein brasilisches Fahrzeug, angekommen, das am 28. Nov. v. J. südlich von Gabon durch den französischen Dampfer Caiman als des Sklavenhandels verdächtig angehalten und genommen wurde.

— Französische Blätter enthalten Gerüchte aus **Athen**, wonach General Kalergis mit dem Prinzen Ludwig Bonaparte in Verbindung getreten sein und vorhaben soll, in Griechenland eine Umwälzung zu Gunsten desselben zu bewirken, der zur Annahme der griechischen Krone sich bereit erklärt habe und insgeheim von London nach dem Mittelmeere gehen wolle.

— Si Mohammed-Ben-Abdallah, genannt Bu-Maza, der Mann mit der Ziege, hat diesen Beinamen von einer Ziege erhalten, die er an sich gewöhnt hatte und welcher der Aberglaube geheime Gaben zuschrieb. Er ist höchstens 25 Jahre alt, hoch und schlank gewachsen und hat große und schwarze, von einem unheimlichen Feuer belebte Augen. Seine ganze Erscheinung ist eine kräftige, doch ist ihm der linke Arm in Folge einer Verwundung steif geworden.

— Die Leiche des im ägyptischen Institute verstorbenen Sohnes Mohammed-Ali's (Nr. 124) ist bereits auf dem Wege nach Marseille, um dort nach Aegypten eingeschifft zu werden. Bis an die Barrière von Paris wurde sie in feierlichem Zug auf einem mit weißen Tüchern bedeckten Wagen gebracht, neben welchem sämmtliche Zöglinge der Anstalt gingen und dem die beiden Söhne von Ibrahim-Pascha mit dem Bruder des Verstorbenen, einige Adjutanten des Königs, der türkische Botschafter, eine Menge Wagen und eine große Anzahl Neugieriger folgten. An der Barrière übernahmen ein Scheik und zwei Araber den weitern Transport.

** **Paris**, 2. Mai. Trotz aller Rückkehr zu den religiösen Gefühlen, die man seit einigen Jahren hier bemerkt hat, feiern die Pariser doch nur zwei Festtage, wovon der eine, der 1. Mai, nur in zufälliger, der andere, der 29. Jul., in gar keiner Berührung mit der Religion steht. Am Neujahrs- am Oster- und Pfingsttage reichen zwar seit einiger Zeit die Räume der Kirchen nicht hin, um alle die Gläubigen zu fassen, welche die Andacht in das Haus Gottes führt, oder die Gleichgültigen, die dem Drange der Mode nicht widerstehen können, denn die Mode übt in der Religion wie in der Kunst und in der Politik ihre wenn auch stets wechselnde Macht aus; allein an den Sonntagen wie an all diesen Feiertagen verläßt der größere Theil des Volkes seine Arbeit nicht oder nimmt sie nach der Messe wieder auf. Am 1. Mai und 29. Jul. hingegen läßt das Volk schon des Morgens oder spätestens mit dem Glockenschlage zwölf seine Werkstätte, seinen Laden, seinen Kram im Stich und strömt in dichten Massen den Champs élysées, der Barrière du Trône zu oder verirrt sich gar außerhalb der Ringmauern von Paris und feiert im eigentlichen Sinne des Worts von der Arbeit. Gegen Abend ist an diesen beiden Tagen die Stadt wie verödet, an der Stelle der glänzenden und schimmernden Spiegel- und Glasfenster, welche die mannichfachsten und anlockendsten Waaren zur Schau bieten, sieht man Fensterladen, die den sonst festtäglich geschmückten Gassen ein so düsteres Ansehen geben, als hätten sie sich in Trauer gehüllt bei der Nachricht vom Herannahen des Feindes. Diese Flucht aus der Stadt, diese finstere Umwandlung derselben begünstigt der Himmel seit 16 Jahren durch ein schönes Wetter und scheint mit dem Volke der Julirevolution wie mit seiner Dynastie ein Freundschaftsbündniß geschlossen zu haben, das seit 1830 beiweitem nicht so oft getrübt wurde als das herzliche Einverständniß mit England. Wohl erinnert man sich eines 1. Mai, an welchem der Himmel so mis- oder weichgestimmt war, daß er vor Thränen überfloß, doch das waren nur Freudenthränen, denn kaum waren die Wolkendrüsen entladen, als die

Sonne wieder heiter lächelte und sich des Schreckens gemüthlich zu freuen schien, den ihr plötzliches Verschwinden den furchtsamen Kindern hier unten eingejagt hatte. Seitdem, es war das, wenn ich nicht irre, im Jahr 1832, hat sich der Himmel keinen ähnlichen Scherz mehr erlaubt und weder die Spiele in und vor der Stadt, noch das Concert in den Tuilerien, noch das Feuerwerk gestört. Dafür sind denn die guten Pariser dem guten Himmel sehr dankbar und vergessen nebenbei nicht, daraus zu folgern, daß Ludwig Philipp mit dem lieben Gott auf gutem Fuße stehen müsse. Aeltere Leute bemerken allerdings gegen dergleichen Schlüsse, auch unter Napoleon sei ein Volksfest, eine öffentliche Ceremonie von oben herab nie getrübt worden. Ueber diesen Einwurf geht man jedoch leicht weg, und so mag auch ich nicht länger dabei verweilen.

Der gestrige Tag war somit, wie man aus dem Vorstehenden errathen konnte, vertragsmäßig heiter, ja der schönste Tag, den wir seit sechs Wochen hier hatten, obgleich die rauhe, kalte Luft, die uns anwehte, eine Februartoilette uns aufdrang. Nichtsdestoweniger strömte das Volk wie am wärmsten Maitag aus der Stadt und überließ sich den herkömmlichen Spielen und Belustigungen; dem ganzen Schauspiel aber sah man leider nur allzu deutlich an, daß irgend ein Dämon die gewohnte Lust dämpfe und daniederhalte. An der Stelle der sonst zierlichen Buden in den Champs élysées, die von der Höhe des Triumphbogens herab wie ein Dorf im Walde aussahen, standen diesmal schäbige Baracken. Den Speculanten, die an diesen Tummelplätzen auf den Magen und die Kehle, auf die Rasch- und Spielsucht der Massen zählen, scheint es an hinreichenden Capitalien gefehlt zu haben, um ihre Waaren, ihre verschiedenartige Lockspeise der Menge in eleganter Form wie sonst anzubieten. Vielleicht auch besorgten sie, daß die Kauf- und Spiellustigen unter den obwaltenden Umständen nicht Geld genug mitbringen dürften, das eine größere Sorgfalt für äußern Glanz lohnen würde. In der That konnte dem geübten Beobachter nicht entgehen, daß die äußere Erscheinung der Massen diesmal wesentlich von der in frühern Jahren abstach. Das festliche Sonntagskleid vermißte man an den Meisten, und der Kittel behielt eine fast unbeschränkte Herrschaft; ja mitten im Genusse war auf manchem Gesicht eine Art Zwang, die Warnung zu lesen, ob das Geld, das man heute in Lust und Spiel dahinwerfe, nicht morgen zur Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse fehlen werde: mit Einem Worte, der Druck der schweren Zeit, welcher auf den arbeitenden Volksklassen seit sechs Monaten lastet, war im Charakter des gestrigen Volksfestes wenn nicht der hervorstechendste, doch ein dem aufmerksamen Beobachter unübersehbarer Zug. Traurig genug, daß dieser Zug das Einzige ist, wodurch sich die gestrige Feier von ihren Vorgängern auszeichnete.

Belgien.

* **Brüssel**, 2. Mai. So gering auch die politische Bedeutung des gegenwärtigen Ministers der öffentlichen Arbeiten anzuschlagen ist, so schien es doch, als ob er die Sünden aller seiner Collegen zu tragen gehabt hätte. Die fast dreiwöchentliche Verhandlung seines Budgets hat ihn fast täglich eine Niederlage erleiden lassen; ja das Mistrauen in seine Befähigung, das umfassende Departement der Staatsbauten und des Postwesens zu leiten, ging bis zur Verwerfung an sich gerechter und der Annahme würdiger Anträge. Die bitterste Erfahrung mußte Hr. de Baray am 23. April machen, wo nach kurzen hitzigen Debatten für und gegen die Ausführbarkeit oder die Zeitgemäßheit einer directen Eisenbahnverbindung zwischen Brüssel und Gent über Alost, die Kammer trotz des Widerstandes von Seiten der Regierung den mit warmer und unwiderstehlicher Beredtsamkeit vom genter Deputirten, d'Elhoungne, gestellten Antrag, einen Credit von 275,000 Fr. für die ersten Arbeiten der Bahn zu eröffnen, mit 37 gegen 36 Stimmen zur großen Befriedigung der öffentlichen Meinung annahm. Die Debatte wurde um so erbitterter geführt, als der Regierung einestheils Wahlabsichten bei der Verweigerung ihrer Zustimmung, und zwar zu Gunsten einiger durch den Plan mehr oder minder verletzten Districte, untergeschoben wurden, und auf der andern Seite dieselbe durch einen Widerspruch mit sich selbst sich sogar in den Augen ihrer Anhänger eine Blöße gegeben hatte. Zeit wäre es indessen, daß durch eine Verjüngung der Landesrepräsentation den langsam sich fortschleppenden Berathungen der Charakter des Kleinlichen und Gehässigen benommen würde, der natürlicherweise einer durch langen fruchtlosen Zweikampf erschöpften Versammlung anhängen muß. Wir hörten in einer der letzten Sitzungen einen entrüsteten Redner den Grafen de Theux mit dem Schimpfwort eines Lügners belegen! Wie soll da noch Achtung vor der constitutionellen Regierung, von aller Persönlichkeit abstrahirt, im Gemüthe des Volks Wurzel fassen? Das Budget der öffentlichen Arbeiten und die durch die Verhandlung desselben offenbarten Misstände haben noch zwei Anträge veranlaßt, den einen des Hrn. Osy, im Schooße der Kammer eine permanente Commission der öffentlichen Arbeiten niederzusetzen; den andern des Hrn. Rogier, den Beamten der Verwaltung zu untersagen, sich bei Unternehmungen zu betheiligen, die entweder mit den Eisenbahnen oder Kanälen des Staats in Concurrenz treten könnten, oder über die ihnen als Staatsbeamten die Oberaufsicht oder die Direction zusteht. Beide Anträge wurden den Sectionen übergeben. Die Centralsection, die mit dem Gesetzentwurf über eine Postreform beauftragt worden war, hat ihren Bericht durch Hrn. Corswarem eingereicht. Sie trägt auf eine allmälige, graduelle Abänderung des gegenwärtig befolgten Systems an, um dem Staatsschatz nicht eine allzu gefährliche Wunde zu schlagen; genehmigt mit der Regierung die Aufhebung des sogenannten Décime rural (d. h. der 10 Centimen, die für Briefe innerhalb eines Postbureaubezirks zu erlegen sind), die Erniedrigung von 20 zu 10 Centimen des Portos innerhalb eines Cantons, endlich die Herabsetzung auf 50 Centimen des für das ganze Königreich bestehenden Maximums. Ferner hat sie beschlossen, daß, sobald die Nettoeinnahme des Briefportos die Summe von 2,200,000 Fr. (Ergebniß des vergangenen Jahres) überstiegen haben würde, eine allmälige Verminderung des Maximums von 10 zu 10 Centimen eintreten solle, bis zur Erlangung einer allgemeinen Taxe von 1 Décime für das ganze Land. Nach den Berechnungen des Centralausschusses ist dieses Resultat in 13 Jahren erreichbar. Die Geldsendungen sollen künftig nicht mehr in Natura, sondern mittels Anweisungen von Bureau zu Bureau geschehen, und zwar wird die Taxe von 5 auf 2 Procent herabgesetzt. Die englische Einrichtung von Frankirungscachets, die aber hier zu den verschiedensten Preisen ausgegeben werden müssen, wird ebenfalls vorgeschlagen.

Niederlande.

Ein königl. Beschluß hat einen allgemeinen Buß- und Bettag wegen des jetzigen Nothstandes auf den 2. Mai anberaumt.

Italien.

Rom, 26. April. Als der Papst kürzlich der aus acht bis zehn Mitgliedern bestehenden Congregation von Cardinälen (unter denen Lambruschini, Mattei ꝛc. ihren Sitz haben) den Entwurf des Circulars vom 19. April (Nr. 124) vorlegen ließ, um deren Meinung darüber durch die übliche Abstimmung zu vernehmen, fanden sich merkwürdigerweise im Scrutinium lauter schwarze (also gegen dessen Erlassung gegebene) Kugeln. Der Cardinal-Staatssecretair überbrachte dieselben sofort dem Papst und fügte in Beziehung auf das Resultat der Abstimmung den Rath bei, den Erlaß des Circulars vielleicht für jetzt noch aufzuschieben. Pius IX. aber entblößte sein Haupt, deckte mit den Worten: „Nun wohlan, so wollen wir sie alle weiß machen", sein (weißes) Käppchen über dieselben und befahl die augenblickliche Ausfertigung des Edicts. (N. C.)

Moldau und Walachei.

Die bukareschter Deutsche Zeitung vom 8. April enthält folgende Schilderung des dortigen Brandes: „Die dritte Nacht ist vorüber seit dem Tage des Schreckens, und noch immer rauchen die Trümmer und ziehen einen glühenden Streifen während der Stunden der Nacht am dunkeln Horizont. Ruhe ist einigermaßen zurückgekehrt und auf die fieberhafte Aufregung gefolgt, die alle Bewohner dieser Stadt bis in ihr Tiefinnerstes erschütterte. Diese Ruhe setzt uns nun in den Stand, nach und nach die ganze Größe des namenlosen Elends zu ermessen, welches dieser furchtbare Brand angerichtet hat. Das Feuer kam in der französischen Gasse aus, sprang nun hinüber in die deutsche Gasse auf das Dach des Goldenen Löwen, Hotel Konduri (vulgo Pamelachi), eines jener alten Gebäude, welches noch mit Schindeln gedeckt ist, und verbreitete sich dann mit ungeheurer Schnelligkeit, durch die vom Winde getragenen brennenden Schindeln, in die nahegelegenen Stadttheile. Bald stand die katholische Kirche und ihre Umgebung in vollen Flammen, dann die Vorstädte Stella, Vineri, Udrikan, Lukatsch, Stephan und so weiter bis gegen die äußerste Linie. Links, noch in der Stadt, brannte ein Theil der Lipskanie, beide St.-Georg, das alte und neue, mit den ungeheuern Magazinen, bis zur Mauth, der Feuerthurm der rothen Polizeicommission, ein Theil von Tirgu de Afare und der alte Fischplatz bis zum Hause des Grafen Grammont, welches auch abbrannte. Bis heute wissen wir positiv, daß 13 Menschen verbrannt sind. Leider wird es sich wol später ergeben, wenn der Schutt aufgeräumt wird, daß Rauch und Flammen noch mehre Menschenopfer hingerafft haben. Die Zahl der verbrannten Häuser ist nicht 1000, sondern fast das Doppelte, da sie die Ziffer 1750 übersteigt. Wie viel Millionen Dukaten der Verlust beträgt, wagen wir noch nicht, auch nicht approximativ, anzugeben. Daß er ungeheuer, ist gewiß! In dem abgebrannten Theile, der sich keilförmig aus dem Kerne der Stadt, der aber fast ganz verzehrt ist, eine halbe Meile weit bis in die entferntesten Vorstädte erstreckt, befanden sich die Comptoirs, Gewölbe und ungeheuern Waarenvorräthe unserer ersten Bankiers, Geldwechsler und Kaufleute, die fast gar nichts retten konnten, da sie theils in andern Stadttheilen wohnen und hier nur die Geschäftsstunden zubringen, theils wegen des Feiertags keine Leute bekommen konnten. Nicht einmal ihre Bücher haben sie gerettet. Dann wohnten hier, dicht gedrängt, die thätigen, arbeitsamen Handwerker, größtentheils Deutsche und wohlhabende Leute, die ebenfalls Alles verloren haben, da ihr Besitz in Vorräthen, z. B. Nutzhölzern u. dergl., bestand und auch von ihnen die meisten ihre Rechnungsbücher einbüßten. Das Unglaubliche, daß Niemand etwas retten konnte, erklärt sich durch die Schnelligkeit, mit der das Feuer um sich griff, indem es nicht der Reihe nach fortbrannte,

sondern, vom Winde gepeitscht, die eigensinnigsten Sprünge machte, sodaß in der ersten halben Stunde schon mehr als zwanzig Häuser in hellen Flammen standen. Nun wälzten sich die Rauch- und Staubwolken durch alle Gassen und machten es fast unmöglich, etwas zu sehen, und drei Stunden nach dem Ausbruche brannten schon eben so viel Hundert Häuser. Daß Bukarescht nicht ganz ein Raub der Flammen geworden ist, verdanken wir nächst Gott unserm Fürsten, wie jeder Bewohner von Bukarescht uns bezeugen wird, und darum stehe es auch hier mit einfachen, nackten Worten ohne allen Redeschmuck! Unter den abgebrannten Gebäuden befinden sich 13 Kirchen, die Puschkerie (Criminalgefängniß), aus der die Gefangenen unter starker Bedeckung nach der neuen Cavalleriekaserne gebracht wurden, 6 Apotheken, deren Besitzer sämmtlich Deutsche sind, und das Gebäude, wo sich das griechische Generalconsulat befand, dessen Kanzler auch verbrannt ist, jedoch nicht im Amtslocale, sondern in seiner Privatwohnung."

Die Bukarescht'er Zeitung vom 10. April sagt: „Noch dampften auf der weiten Strecke des Brandes die unter den Mauertrümmern fortglühenden Balken und hüllten uns mitunter in Rauchwolken ein, als wir mit einer neuen Feuersgefahr bedroht wurden. Eine Brandstifterin wurde nämlich auf der That ergriffen, als sie Feuer anlegte, um sich an ihrer Herrin für eine erlittene Strafe zu rächen. Die wachsame Polizei bemächtigte sich sogleich dieser Zigeunerin, der Criminaldiean wurde zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen und die Verbrecherin nach dreitägiger Ausstellung auf der Schandbühne zum Tode verurtheilt. Sie steht bereits am Pranger, aber man glaubt, daß das Todesurtel von dem Fürsten in lebenslängliche Zwangsarbeit wird ermäßigt werden. In Folge dessen erschien Tags darauf eine fürstl. Verordnung, der gemäß das Standrecht publicirt wurde. Bei allem Unglück, das uns betroffen, gereicht es uns zum besondern Vergnügen, eine eben so wichtige als erfreuliche Nachricht mittheilen können. Die ist: daß bis heute, am sechsten Tage nach der Feuersbrunst, die gerade da am heftigsten gewüthet hat, wo sich die Comptoirs und Lagerungsplätze ungeheurer Warenvorräthe befanden, kein einziges Bukarescht'er Haus seine Zahlungen eingestellt hat. Es kann nicht fehlen, daß einige kleine Kaufleute fallen werden, deren ganze Habe mit ihrem Gewölbe vernichtet wurde; aber alle größern Häuser, die am Welthandel betheiligt sind, und die Zahl dieser Firmen ist nicht gering, haben erklärt, daß sie ihre Verbindlichkeiten erfüllen werden. Der Verlust mancher Firma beläuft sich in die Millionen Piaster, und es wirft in der That ein schönes Licht auf unsere Handelswelt und ihre Rechtschaffenheit, daß Keiner einen Flecken an seiner Ehre dulden will, sondern lieber den materiellen Verlust leidet. Wir sind aber auch überzeugt, daß durch diesen großen Beweis von Redlichkeit der Credit unserer Handelswelt im Auslande bedeutend wachsen wird."

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 4. Kl.: der Hauptmann v. Boyen; der Regierungsrath Schürmann in Münster. Johanniterorden: Graf Curt v. Pückler-Limpurg. — **Sachsen-Weimar-Eisenach.** Orden vom weißen Falken, Comthurkreuz: der königl. sächsische Ministerresident am russischen Hof Albin Leo v. Seebach.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 4. Mai. Nach handelsbrieflichen Berichten aus London vom 30. April ist das an diesem Tage daselbst eingetretene ansehnliche Steigen der Consols durch Ankäufe beträchtlicher Quantitäten dieses Effects für russische Rechnung veranlaßt worden. Dies und insbesondere die officielle Nachricht, daß auf gutachtlichen Bericht des russischen Reichsrathes der Kaiser Nikolaus einen Belauf von 30 Mill. Silberrubel aus dem Schatze zu Ankäufen in inländischen und fremden Fonds bestimmt hat, auf daß die Zinsen zur Tilgung russischer Schuldeffecten verwendet würden, hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die mit der Bank von Frankreich abgeschlossene Finanzoperation ist, wie man vernimmt, gleichfalls eine Folge jenes wichtigen Beschlusses des Kaisers. Es bestätigt sich nunmehr vollkommen, daß diese Operation, wie man hier gleich anfangs annahm, nicht einen politischen, sondern lediglich einen finanziellen Charakter hatte. Auch in Amsterdam sind nicht geringe Beträge holländischer Fonds für russische Rechnung angekauft worden. Eine politische Bedeutsamkeit muß jener Maßnahme allerdings beigelegt werden; es ist hier ein unzweideutiger Beleg dafür gegeben, daß die allgemeine Friedenslage in Europa alle Bürgschaften langer Dauer habe. In Paris wird man also vorerst die Hoffnung auf eine russisch-französische Allianz wieder aufgeben müssen.

* **Petersburg**, 20. April. Mit bereits erfolgter höchster Bestätigung bildet die hiesige Kaufmannschaft einen Actienverein zur Sicherung des Waarentransports gegen Gefahren auf See- und Landwegen, auf Grundlage eines von ihm dafür besonders entworfenen Reglements. Der Verein begründet sich unter der Firma: die Hoffnung, ein Capital von 2 Mill. R. S. dafür aufstehend, auf 20,000 Actien vertheilt. Dieser ist jetzt der zweite gegen See-Assecuranzgefahren seit kurzem in Rußland sich begründende Verein, die früher in diesem Reiche noch gar nicht bestanden.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 6. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118½ G.; Sächsisch-Baiersche 85½ Br., 85 bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100 bezahlt; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ bezahlt; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200½ Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Litt. B. 99 bezahlt; Köln-Mindener 91 Br., 90½ G.; Thüringer 94¼ G.; Altona-Kieler 107¼ Br., 106¾ G.; Pesther 100 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br.

Eisenbahn. * **Leipzig**, 6. Mai. Der vom 31. März datirte, soeben ausgegebene dritte Geschäftsbericht des Directoriums der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahngesellschaft enthält im Wesentlichen Folgendes. Im Jahr 1846 wurden 10,049,785 Cubikellen Erdmassen bewegt, 76,010 Ellen Planie und 81,356 Ellen Steinbettung hergestellt; im Ganzen waren Ende v. J. 175,788 Ellen oder 13,42 Meilen Planie hergestellt, sodaß von der Gesammtlänge von 13,82 Meilen nur noch 0,4 Meilen fehlen; ferner 148,534 Cubikellen oder 11⅓ Meilen Steinbettung fertig und 25,494,415 Cubikellen Erde bewegt. Die Arbeiterzahl erreichte ihr Maximum (8450) im Mai, ihr Minimum (2280) im December; dazu kamen durchschnittlich 470 (174—663) Pferde. Bis zur reichenbacher Flur incl. sind Erd- und Kunstarbeiten vollendet; auf der preußischen Strecke ging die Genehmigung der Brücken erst im März v. J. ein, dennoch sind deren bereits 32 vollendet, die Vollendung der übrigen 13 und zugleich der Erdarbeiten ist im Juni d. J. zu erwarten. Zur Anlegung einer großen Weiche in der Länge einer Section sind 1000 Tonnen Schienen zu 9 Pf. St. (niedrigster Preis im Jahr 1846) bestellt worden. Mit Anlegung des elektrischen Telegraphen nach dem Fardely'schen System wird fortgefahren, da der angestellte Versuch den Erwartungen entsprochen hat. Mit den Hochbauten auf dem dresdner Bahnhof ist begonnen worden, doch wird dabei auf möglichste Einfachheit gesehen, um eine etwanige künftige Vereinigung der Bahnhöfe möglichst zu erleichtern. Wegen Verbindung des jetzigen Bahnhofes mit dem Leipzig-Dresdner und der künftigen Elbbrücke sind die nöthigen Verabredungen getroffen. Das Stationsgebäude in Görlitz wird für die Niederschlesisch-Märkische und Sächsisch-Schlesische Eisenbahn gemeinschaftlich sein und von der erstgedachten Gesellschaft gebaut. Die letztere zahlt jährlich 580 Thlr. Pacht.

An Betriebsmitteln sind vorhanden 12 Locomotiven, 6 Tender, 23 sechsräderige Personenwagen, 2 Postwagen, 11 bedeckte und 76 offene sowie 45 kleinere Lastwagen; außerdem bestellt 3 Tender und 14 Personenwagen. Von der eignen Cokebereitung will man absehen, dagegen sind mit den Administrationen der freiherrl. v. Burgk'schen und der Potschappler Kohlenwerke Verträge über Cokelieferung abgeschlossen worden. Hinsichtlich des Baucapitals kann nunmehr mit Sicherheit gesagt werden, daß die Bahn, ohne weitere Mittel, vollständig zum großartigen Betrieb ausgerüstet und mit einem Gleise versehen übergeben werden kann. Am 31. Dec. 1846 waren eingenommen 5,477,186⅔ Thlr. und bis auf 19,517 Thlr. 27 Sgr. verausgabt, und zwar: für den Unterbau 1,958,004 Thlr., für Oberbau 966,852 Thlr., für Grundeigenthum, abzüglich der verkauften Parcellen, 449,132 Thlr. (acquirirt sind in Sachsen 751 Acker 31 Quadratruthen, in Preußen 275 Morgen 31 Quadratruthen), für Vorschüsse 1,033,982 Thlr., für Maschinen 170,045 Thlr., für Personen- und Transportwagen 130,067 Thlr., für Actienzinsen (nach Abzug von 75,251 Thlr. an gewonnenen Zinsen) 107,520 Thlr. rc.; das Guthaben in laufenden Rechnungen beträgt 316,906 Thlr. Der Betrieb gab im Jahr 1846 eine Einnahme von 110,028 Thlr. und eine Ausgabe von 52,537 Thlr.; der Ueberschuß ist dem Actienzinsenconto gutgeschrieben worden. Transportirt wurden 152,506 Personen (im Durchschnitt à 4,26 Meilen) und 193,772 Ctr. (im Durchschnitt à 6,35 Meilen); pr. Meile lieferte jede Person 3⅜ Ngr., jeder Centner 5¼ Pfennig Ertrag.

Eisenbahn. Hamburg, 1. Mai. Heute ist mit Eröffnung der Harburg-Hannoverschen Bahn eine wichtige Epoche für unser Fremdenwesen eingetreten. Der von Braunschweig diesen Morgen halb 9 Uhr abgegangene Zug kam um 3 Uhr in Harburg an und noch halb 5 Uhr, so weit er für Hamburg bestimmt war, hatten seine Passagiere den hiesigen Hafen erreicht. (B.-H.)

Eisenbahn. Am 29. April fand auf der Bahnstrecke der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn von Löbau nach Reichenbach die erste Probefahrt statt.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 6. Mai früh 7 Uhr: 4° 3" über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 4. Mai. Oestr. Bkact. 1807; 250 Fl. L. 118⅓; 500 Fl. L. 153⅜; Bair. 3½pc. 92 Br.; Bad. 50 Fl. L. 57⅞ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35; Kurhess. 32⅜. London, 30. April. 3pc. Cons. 87⅞; Port. 3pc. 34; Span. act. 24⅛; 3pc. 35½; Holl. Int. 58⅛. Wien, 3. Mai. Bkact. 1590; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 97¼; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 155; 250 Fl. L. 118½.

Actien. Frankfurt a. M., 4. Mai. Taunusb. 357; Nordb. 70⅝; Berb. 91⅛. Wien, 3. Mai. Nordb. 168¾; Gloggn. 123⅛; Mail. 110¼; Livorn. 90; Pesth. 90.

Berliner Börse, 5. Mai. Gerhandl.-Prämiensch. 95⅛ Br., 3½pc. Staatssch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95¼ Br., pomm. 94, schles. 96½, 4pc. posensche 101¾, neue 3½pc. 92, kur- und neumärk. 95⅛ Br.; Louisd'or 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 107⅞, Prior.-Act. 4½pc. 97⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101½, Berl.-Stett. 107¼, Cöln-Minden 4pc. 91, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 106½, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107¼, Magd.-Halb. 4pc. 113 Br., Niederschles.-märk. 86½, Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101¼, Zweigb. 4pc. 62, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¼, Litt. B. 4pc. 96⅝, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81, Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Thüring. 4pc. 94½, Wilh.-Bahn 4pc. 87½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 83, Berl.-Anh. 99¼, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90⅝, Magd.-Wittenb. 83, Mail.-Vened. 4pc. 112, Mecklenburg 74 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 71¼, Pos.-Starg. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅝, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79⅝, à 300 Fl. 4pc. 95⅛ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 93⅜, Pkcrt. Zinsl. 16⅔, Litt. B. 200 Fl. 31⅓, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 84⅜, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅜ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Amtliche vollständige Ausgabe.

In Berlin im Verlage von Karl Reimarus (Gropius'sche Buch- und Kunsthandlung) erscheint:

Der erste Vereinigte Preußische Landtag in Berlin 1847.

Vollständige Verhandlungen,

herausgegeben

unter Aufsicht des Secretariats des Vereinigten Landtages.

Die Verhandlungen werden in zwei Abtheilungen ausgegeben werden; die erste Abtheilung wird die, den Vereinigten Landtag betreffenden Gesetze, Actenstücke, Protokolle, Gutachten ꝛc., und die zweite den vollständigen Abdruck der stenographirten Verhandlungen des hohen Vereinigten Landtags enthalten.

Um den Erwartungen des Publicums entgegenzukommen, geschieht die Ausgabe in täglichen Lieferungen von 2 Bogen, sodaß beide Abtheilungen gleichzeitig gefördert werden.

Man pränumerirt auf 30 Bogen in größtem Lexikon-Format bei allen Königl. Preuß. Postämtern mit 2 Thalern.

Im Buchhandel erscheint gleichzeitig eine Ausgabe in Heften von 10 Bogen zum Preise von 20 Sgr. pr. Heft.

Berlin, den 29. April 1847.

Karl Reimarus,
Gropius'sche Buch- und Kunsthandlung,
in der Königl. Bauschule Nr. 12.

[1775]

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1819 §. 6 (Gesetz-Sammlung Nr. 549) wird hiermit bekannt gemacht, daß dem Gerichtsdirector **Funcke** zu Meißen der Königl. Preuß. Staatsschuldschein v. J. 1842

Nr. 101,910 Litt. F. über 100 Thlr.

angeblich abhanden gekommen ist.

Es werden daher Diejenigen, welche sich im Besitze des oben bezeichneten Documents befinden, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Controle der Staatspapiere oder dem Herrn ꝛc. Funcke anzuzeigen, widrigenfalls die gerichtliche Amortisation desselben eingeleitet werden wird.

Berlin, den 27. April 1847.

[1851] **Königliche Controle der Staatspapiere.**

Soeben versandten wir und ist in allen Buchhandlungen Deutschlands zu haben:

Capefigue, 1814 und 1815 (Der Wiener Congreß und das heutige Europa), nebst actenmäßiger Darstellung d. k. preuß. Decimation des, seinem Eide treu gebliebenen sächs. Heeres, von einem alten sächs. Veteranen. **Einundzwanzig-Bogenschrift.** 1 Thlr. 15 Ngr.

Ist das Capefigue'sche Originalwerk an sich schon in mehrfacher Hinsicht von politischer und staatswissenschaftlicher Bedeutsamkeit, so steigert sich diese bei der vorliegenden deutschen Ausgabe zu dem höchsten Interesse durch die ihr beigegebene, mit sämmtlichen Actenstücken und Originalbriefen ausgestattete, noch nie gedruckte Geschichte der Decimation des sächs. Heeres in den Jahren 1814 und 1815, in Folge der Eidestreue und Anhänglichkeit desselben an seinen angestammten Herrscher.

Louis Blanc, Geschichte der französischen Revolution. 1ster Bd. 26 Bog. 15 Ngr.

Louis Blanc's geistreiche Behandlung der neuern Geschichte ist bekannt genug; in diesem seinem neuesten Werke zeigt sich dieselbe wieder auf die glänzendste Weise. Die vorliegende Uebersetzung desselben, von welcher trotz ihrer schönen Ausstattung der ganze vollständige Band von nahe an 30 Bogen wenig mehr als eine einzelne Lieferung der andern davon gleichzeitig erscheinenden Concurrenzausgaben kostet, ist sonach nicht nur die beiweitem billigste, da sie noch lange nicht die Hälfte des Preises jeder andern davon angekündigten Bearbeitung kostet, sondern wol auch in jeder andern Hinsicht auf das nachdrücklichste zu empfehlen.

Fr. v. Florencourt, Zeitbilder. 1ster Bd. 1½ Thlr.

Die politischen Artikel dieses trefflichen Publicisten haben bereits in Deutschland eine Anerkennung gewonnen, die uns jeder Anempfehlung dieses seines neuesten Werkes überhebt, das die wichtigsten Zeitfragen eben so geistreich als freimüthig und mit gründlicher Wissenschaftlichkeit lehrreich bespricht.

Talllandier, Neueste Preußische Zustände. 10 Ngr.

Eine geistreiche Schilderung des preußischen Pietismus und seines Einflusses auf das gegenwärtige sociale, wissenschaftliche und politische Leben zunächst in der Residenz, von jenem gegenwärtig gründlichsten Kenner deutscher Zustände, den Frankreich besitzt.

Der Verfassungsfreund, Zeitschrift für Constitutionalismus und conservativen Fortschritt, ein Oppositionsblatt gegen Radicalismus und politische Experimentirlust, herausgegeben von Franz von Florencourt. Wöchentlich 3 Nummern. Preis halbjährlich 1½ Thlr.

Arm und Reich, Geschichte von St. Giles und St. James, von Douglas Jerrold, deutsch von A. Kretzschmar mit vielen Illustrationen. 1ster und 2ter Bd. 1¾ Thlr.

Der geniale Douglas Jerrold, Redacteur der geistreichsten und witzigsten Zeitschrift des Erdbodens, des „Punch" oder Londoner „Charivari", hat die originelle Idee gehabt, die beiden größten äußerlichen Gegensätze im socialen Leben — Arm und Reich — durch eine Personification der einander am schroffsten gegenüberstehenden Stadttheile Londons — St. Giles, der Stätte der bittersten Armuth und Entbehrung und der erschütterndsten moralischen Versunkenheit, und St. James, der Bühne aristokratischen Glanzes und Ueberflusses — darzustellen. Daß ein solches Werk aus der Feder eines solchen Schriftstellers in einer Zeit, wo die socialen Fragen die Aufmerksamkeit aller Denker beschäftigen, das größte Aufsehen erregen muß, liegt in der Natur der Sache, und noch nie, seit dem Erscheinen der ersten Werke von Charles Dickens, hat sich das Interesse des englischen Publicums einer literarischen Erscheinung in so hohem Grade zugewendet wie dieser.

Feldlager und Kaserne, oder die britische Armee wie sie ist. 2 Bde. 2⅔ Thlr.

Eine Schrift, die das höchste Interesse in Anspruch nimmt und über die britischen Heereszustände Aufschlüsse gibt, die auf dem Continente bisher noch gänzlich unbekannt geblieben.

Fischer, Muster-Katechisationen. 4tes und letztes Heft. 7½ Ngr.

Morande, Kritische Beleuchtung des v. Humboldt'schen Kosmos. 15 Ngr.

Diese Schrift, obschon gegen ein Werk gerichtet, dem mit Recht ein europäischer Ruf vorangegangen, verdient die ernsteste Beachtung, da es nichts weniger als eine oberflächliche Beurtheilung, sondern eine gründliche, tiefeingehende Beleuchtung und wohldurchgeführte Widerlegung einzelner, von dem gefeierten Verfasser des Kosmos aufgestellten Ansichten über das Weltsystem und die darin vorherrschenden Naturgesetze enthält.

[1789] **Verlagscomptoir in Grimma.**

Verkauf

eines großartigen herrschaftlichen Etablissements im Thiergarten bei Berlin.

Mein in der schönsten Gegend des Thiergartens zu Berlin, unmittelbar an der besuchtesten Allee, Thiergartenstraße Nr. 22 und 23 belegenes großartiges Etablissement, **Odeum** genannt, bin ich willens, wegen vorgerückten Alters aus freier Hand zu verkaufen. Das geschmackvolle, im modernsten Styl erbaute große Hauptgebäude mit dem sehr geräumigen Saale eignet sich vorzüglich zu einem der freundlichsten Sommersitze für einen reichen Privatmann. Vor und hinter dem Hauptgebäude sind große Gärten, von welchen sich der letztere vornehmlich noch zu einer größern Parkanlage eignet. Ueberdies hat dieser den Vorzug, daß er bis an den neuen Kanal geht. Der ganze Flächeninhalt des Grundstücks, auf welchem drei Gebäude nebst Stallung und Gasthaus sich befinden, enthält sieben Morgen. Die dazu gehörige Gaseinrichtung versorgt 280 Flammen. Unter dem Hauptgebäude sind große gewölbte Keller, in welchen sich die Küchen befinden. Obwol das Etablissement zu einem der beliebtesten und besuchtesten Vergnügungsörter gehört und Jeder, der als solchen es übernehmen will, gewiß sehr seine Rechnung dabei findet, auch leicht das Grundstück zu einer wahrhaft fürstlichen Besitzung umzuwandeln sein würde, ist der Verkaufspreis dennoch sehr billig gestellt. Die Bedingungen sind in **Berlin,** Bischofsstraße Nr. 6 im Bureau des Herrn Justiz-Comm. Kreis-Justizraths **Strass** zu erfahren.

[1822—24] **C. L. Kühne.**

Buchdruckerei-Verkauf.

In Folge Auftrags des hiesigen königl. Land- und Stadtgerichts habe ich zum Verkauf einer erst vor zwei Jahren neu eingerichteten Buchdruckerei, bestehend in einer eisernen Druckpresse nebst Zubehör, einer hölzernen Glättpresse, circa 18 Ctr. der neuesten Zier-, Titel- und Brotschriften, sowie den dazu gehörigen Regalen und Schriftkästen einen Auctions-Termin auf

den 20. Mai d. J. (Donnerstag), Vormittags 9 Uhr,

im Schlossermeister **Anfin**'schen Hause vor dem Halleschen Thore hierselbst anberaumt, wozu ich zahlungsfähige Kaufslustige hierdurch einlade.

Eisleben, den 1. Mai 1847.

Schelkermann,
[1861] gerichtlicher Auctions-Commissar.

Gasthaus-Verkauf.

Der Besitzer eines Gasthauses in einer Provinzialstadt Preußens, mit 16,000 Einwohnern, beabsichtigt Gesundheitsrücksichten halber den Verkauf seines Grundstücks inclusive Inventarium.

Lebhafter Verkehr und sehr annehmbare Verkaufsbedingungen bieten dem Käufer ein anständiges Auskommen. Herr Hotelier **Aug. Heinemann** in Dresden wird die Güte haben, auf Anfragen Näheres mitzutheilen. [1841—42]

Vierteljahrs-Schrift 1847. 2tes Heft.

In Unterzeichnetem ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

das 2te Heft der deutschen

Vierteljahrs-Schrift

für 1847.

April — Juni. Preis jedes Heftes 3 Fl., oder 1 Thlr. 25 Ngr.

Inhalt: Das Ergebniß der Getreideärnten. — Das Recht und die Bedeutung der Staatserbfolge in Schleswig-Holstein. — Die Thätigkeit der deutschen Regierungen gegen Innen. — Die Fürsorge für das Loos der Eisenbahnarbeiter. — Das Volk und seine Freunde. — Die germanischen Bestrebungen in Belgien. — Die Entdeckung des Neptun. — Zur Pathologie und Therapie der Kornteuerungen. — Die Witterungsverhältnisse 1846—47. — Das Volksbewußtsein und die Philosophie. — Die Beachtung des Instincts in Krankheiten. — Kurze Notizen.

Stuttgart und Tübingen, im April 1847.

[1738] **J. G. Cotta'scher Verlag.**

Im Verlage der **Friedrich**'schen Buchhandlung in **Wiesbaden** ist soeben erschienen und an alle Buchhandlungen versendet worden:

Betrachtungen im Dom zu Wetzlar, 18. Juli 1846. 8. 4 Ngr.

Wilhelm, Friedr., Die stehenden Heere in Deutschland in politischer und staatswirthschaftlicher hinsicht. 8. 8 Ngr.

Diese Schrift wird als zeitgemäß das allgemeine Interesse des Publicums, besonders der landständischen Versammlungen in Anspruch nehmen, weil der Verfasser — die jetzigen socialen Zustände Deutschlands fest ins Auge gefaßt — seine Vorschläge und Wünsche auf ausführbare Verbesserungen im Wege der friedlichen Reform beschränkt und diese in bündiger Kürze, mit haltbaren Gründen unterstützt, dargestellt hat.

Ferner erschienen:

Anthes, Die Tonkunst im evangelischen Cultus, mit einer Geschichte der kirchlichen Musik, mit Tafeln. Klein 4. Geh. 2 Thlr.

—— Allgemein faßliche Bemerkungen zur Verbesserung des evangelischen Kirchengesanges. 8. Geh. 4 Ngr.

Diese beiden Schriften sind für die protestantischen Kirchen Nassaus angeschafft worden.

Jahrbücher, Medicinische, für das Herzogthum Nassau. 1—5. Heft. 4 Thlr. 20 Ngr.

Albrecht, Blätter aus Nassau, 1—3. Heft. 18 Ngr.

Schirm, Dr., *The speaking method, or the shortest easiest and surest way to learn the German language.* 8. Englisch geb. 1 Thlr. 10 Ngr.

Schultz, 3 Lutherpredigten. Geh. 3½ Ngr.

Dann erscheinen als Fortsetzung:

Jahrbücher, Medicinische, für das Herzogthum Nassau. 6. Heft. 1 Thlr.

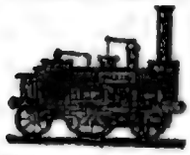
Blätter aus Nassau. 4. Heft. 6 Ngr. [1871]

Bei **J. G. Engelhardt** in Freiberg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Richter, M. E. W., Beschreibung des Königreichs Sachsen, in geographisch-statistisch-topographischer Hinsicht, nebst geschichtlichen Bemerkungen. Zum Gebrauche für Schule und Haus. II. Theil. **Zwickauer Kreisdirectionsbezirk.** 1. Hälfte. (Allgemeines, und Beschreibung der Aemter: **Zwickau, Stollberg, Chemnitz, Frankenberg** mit **Sachsenburg** und **Augustusburg.** 8. Geh. Subscriptionspreis 8 Ngr.

Das Werk schreitet in seiner vollständig neuen, möglichst zuverlässigen, in gedrängter Kürze gehaltenen Bearbeitung ruhig vorwärts und wird dem Freunde des Vaterlandes ein getreues, lebendiges Bild des Landes und seiner Bewohner liefern. Vor Allem aber erhalten die Herren Lehrer damit ohne beschwerenden Kostenaufwand ein in dieser Weise noch nicht vorhandenes Handbuch beim Unterricht in der Vaterlandskunde.

Wir glauben daher mit Recht das verehrliche **pädagogische Publicum** vorzugsweise auf unser Unternehmen aufmerksam machen zu dürfen, und verweisen wegen Fortschritt und Gang des Werks auf das dieser Lieferung beigegebene Vorwort des Hrn. Verfassers. [1844—45]



Kundmachung

an die Herren Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die Herren Actionaire werden hiermit ersucht, die **siebente** statutenmäßige Ratenzahlung pr. zehn Procent mit 25 Fl. C.-Mz. für jeden Interims-Partialschein zu 250 Fl.

am 1. Juli d. J.

bei der Hauptkasse der Unternehmung
in Wien, Obere Bäckerstraße Nr. 752,
in Pesth, bei der Pesther Ungarischen Commerzialbank,
in Berlin, bei den Herren **Hirschfeld & Wolff,**
in Leipzig, bei den Herren **Dufour Gebr. & Comp.**

zu leisten.

Presburg, den 1. Mai 1847.

[1852—54] Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Bei **Robert Friese** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Blüthenstaub.

Poetische Versuche von Richard Longueville. Broschirt. 20 Ngr.

116 frische, gemüthliche Dichtungen eines bekannten Tenoristen. [1813]

Bei **Schlüssel** in Bautzen erschien:

Sperco,

Das Augustusbad bei Radeberg,

mit Anhang von Dr. Flemming und Dr. Kuntzsch. Mit 5 Abb. Br. 15 Ngr.

Bekanntmachung.

Nach dem von Königl. Regierung genehmigten Beschlusse beider Stadtbehörden soll das hierselbst in der Fürstenwallstraße sub Nr. 6 den Einmündungen der Magdeburg-Leipziger und Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn unmittelbar gegenüber belegene, bis jetzt zum Local für die höhere Töchterschule benutzte Grundstück, dessen Flächenraum 146½ Quadratruthen enthält, öffentlich meistbietend und zwar alternativ entweder im Ganzen oder in 3 Parcellen verkauft werden. Hierzu haben wir einen Termin auf

den 7. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr,

auf hiesigem Rathhause angesetzt, zu welchem wir Kauflustige mit dem Bemerken einladen, daß die speciellen Verkaufsbedingungen nebst Taxe und Situationsplan im Termine werden bekannt gemacht und vorgelegt werden, jedoch auch schon vorher in unserer Registratur zur Einsicht bereit liegen.

Magdeburg, den 25. April 1847.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg.
Behrens. [1837]

Pharmaceuten und Handlungs-Commis, welche Stellen suchen, können in Apotheker-, Droguerie-, Fabrik-, Material-, Destillations-, Manufactur-, Comptoir- und sonstigen Geschäften gut placirt werden. Näheres beim Apotheker **Schultz** in Berlin, Neue Friedrichsstrasse Nr. 78a. [1836]

Bei einem großen und gemeinnützigen Etablissement wird einem **gebildeten und erfahrenen Landwirth** eine sehr angenehme, mit einem jährlichen Gehalte von 600 Thlr. verbundene Stelle offerirt. Derselbe muß eine Caution von 4000 Thlr. baar bestellen können, jedoch soll ihm dieselbe mit 5 Procent pro anno verzinst und zu seiner Sicherheit ein Papier von demselben Werth an einem geeigneten Orte deponirt werden.

Schriftliche Meldungen, mit einer kurzen Angabe der bisherigen Verhältnisse, werden unter der Chiffre **v. M.** durch die Expedition der Magdeburger Zeitung befördert. [1860]

Agentur-Gesuch

für *Leipzig* u. *Umgegend.*

Ein Kaufmann u. Bürger in Leipzig wünscht für noch ein **renommirtes Haus** od. **Institut** als Agent zu fungiren. — **Schriftl. frank.** Anerbieten, **M.** bez., an Hrn. **Apel & Brunner** hier gefäll. z. richten. [1837–38]

Bildersaal.

Darstellungen aus den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft und des Lebens.

Erstes Heft.
(Nr. 1—215.)
Großfolio. Geh. 16 Ngr.

Dieser **Bildersaal** enthält eine Auswahl der vorzüglichsten in meinem Besitze befindlichen Holzschnitte und Clichés, von denen zu beigesetzten Preisen **scharfe Abklatsche** zu beziehen sind. Derselbe kann nicht nur als hübsches Bilderbuch empfohlen werden, sondern verdient auch besonders die Aufmerksamkeit der Besitzer von Buchdruckereien. Ein zweites Heft folgt nächstens.

Leipzig, im Mai 1847.

[1872] ***F. A. Brockhaus.***

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 7. Mai. Zum zweiten Male: **Drei Könige und drei Damen,** Lustspiel in 3 Acten, nach dem Französischen von H. Börnstein. — Hierauf: **Wer ißt mit?** Vaudeville von Friedrich.

Sonnabend, 8. Mai. **Das Sonntagsräuschchen,** Lustspiel von Floto. — Hierauf: **Das Intermezzo,** Lustspiel von Kotzebue.

Sonntag, 9. Mai. Neu einstudirt: **Robert der Teufel,** große Oper von Meyerbeer. — **Alice,** Frl. Grunberg, vom Stadttheater zu Aachen, als erste Gastrolle.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 127. (7. Mai 1847.)

Ueberblick.

Preußen. **Berlin. Der Gesetzentwurf über die Ausschließung beschol-tener Personen von den ständischen Versammlungen.
Der Krieg im Kaukasus.
Wissenschaft und Kunst. *Rom. Die Oberecensurbehörde. Abbate Coppi. — Englische Expedition nach dem Nordpol. Druryplane. — Der deutsch-böhmische Sängerbund.
Handel und Industrie. *Aus Waldeck. Die Kartoffelkrankheit. *Aus Württemberg. Ausgangszoll. Krakau. Das Staatsmonopol.
Ankündigungen.

Preußen.

Berlin, 4. Mai. Der Gesetzentwurf über die Ausschließung bescholtener Personen von den ständischen Versammlungen, welcher diesen Augenblick der Berathung des Vereinigten Landtags unterliegt, ist ein neuer Beweis des ernsten Bestrebens der Regierung, die ständischen Rechte und Freiheiten so weit auszudehnen, als dies mit andern Landesinteressen irgend verträglich ist. Derselbe geht von dem Grundsatz aus, daß die Cognition über die Bescholtenheit oder Unbescholtenheit der Ständeglieder dem Urtheil der Stände selbst anheimgegeben werde, und entzieht damit einerseits dem Gouvernement, dessen Organe bisher diese Cognition ausübten, alle Mittel der Einwirkung auf die Ausschließung von Abgeordneten, während er andererseits den schon bei den militairischen Ehrengerichten in Anwendung gekommenen altgermanischen Grundsatz: daß der Angeschuldigte nur von Standesgenossen gerichtet werde, auf breiterer Basis für alle ständischen Vereinigungen ins Leben führt. Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs sind mit dem dargelegten leitenden Grundsatz in vollkommenem Einklange. Daß überhaupt der unbescholtene Ruf als eine unerläßliche Bedingung des Eintritts in irgend eine ständische Versammlung vorausgesetzt wird, ist keine Neuerung, da derselbe schon durch die Gesetze vom 1. Jul. 1823 und vom 27. März als allgemeine Bedingung der Wählbarkeit zum Landtagsabgeordneten für alle Stände aufgestellt war, und da sämmtliche Kreisordnungen die Unbescholtenheit des Rufes zur Ausübung des Stimmrechts auch auf den Kreistagen für erforderlich erklärten, wozu das Gesetz vom 8. Mai 1837 noch hinzufügte: „daß ein Jeder, der nach Maßgabe der frühern Verordnungen wegen Mangels eines unbescholtenen Rufes von der Ausübung der Standschaft ausgeschlossen sei, auch der Ausübung der Gerichtsbarkeit sowie des Patronats verlustig gehen soll". Die Grundsätze, denen der Gesetzgeber in allen diesen Bestimmungen folgte, waren dieselben, welche schon im Jahre 1808 die Bestimmung in die Städteordnung einführten: „daß der Mangel eines unbescholtenen Rufs die Entziehung des Bürgerrechts zur Folge habe". Von diesem Gesichtspunkt aus erklärt §. 1 des Entwurfs diejenigen Personen für bescholten, welche 1) durch ein Criminalgericht zu dem Verluste der Ehrenrechte rechtskräftig verurtheilt oder zur Verwaltung öffentlicher Aemter oder zur Ableistung eines nothwendigen Eides rechtskräftig für unfähig erklärt sind; welche 2) durch ein militairisches Ehrengericht zu einer entehrenden Strafe verurtheilt sind; welche 3) im gesetzlichen Wege vom Bürger- oder Gemeinderecht ausgeschlossen sind; oder welchen 4) ihre Standesgenossen das Anerkenntniß unverletzter Ehrenhaftigkeit versagen. Um die Ehre der preußischen Ständeversammlung vor jedem, auch dem leisesten Makel rein zu bewahren, ist also die Bestimmung getroffen, daß die Unfähigkeit zur Ausübung ständischer Rechte nicht blos da erfolgt, wo in bestimmten staatlichen Formen durch richterlichen Urtheilsspruch der Ausdruck geschmälerter Ehrenhaftigkeit festgestellt ist, sondern nach der Entscheidung der Standesgenossen auch da, wo ehrenrührige Handlungen vorliegen, welche der richterlichen Cognition nicht erreichbar sind.

Nach §. 2 tritt in den unter 1—3 gedachten Fällen die Unfähigkeit zur Ausübung ständischer Rechte, insbesondere zur Theilnahme an den ständischen Versammlungen, ohne weiteres Verfahren ein und wird von dem Vorsitzenden der Versammlung nur angezeigt. Dagegen war es nothwendig, ein Verfahren darüber vorzuschreiben, wenn die Ausschließung auf subjective Ueberzeugung der Standesgenossen von der Bescholtenheit des Rufes gegründet werden soll. Zu diesem Ende ist nach §. 3 der Vorsitzende jeder ständischen Versammlung — also auf dem Kreistage der Landrath, auf dem Communallandtage der Leiter, auf dem Provinziallandtage der Marschall — verpflichtet: Thatsachen, welche nach seinem Dafürhalten die Ehrenhaftigkeit eines Mitgliedes in Zweifel stellen, in der Versammlung zur Sprache zu bringen, um einen Ausspruch der Standesgenossen über das Anerkenntniß verletzter oder unverletzter Ehrenhaftigkeit herbeizuführen. Außerdem ist jedes Mitglied der Versammlung befugt: gegen ein anderes Mitglied bei dem Vorsitzenden den Antrag zu stellen, daß demselben das Anerkenntniß unverletzter Ehrenhaftigkeit versagt werden müsse. Die Versammlung hat in beiden Fällen, nachdem dem Angeschuldigten eine mündliche oder schriftliche Rechtfertigung zugestanden, darüber zu beschließen, ob überhaupt auf die Anklage einzugehen ist; und zwar geht der Vorschlag dahin: daß das Verfahren eintreten muß, sofern nicht zwei Drittel der Anwesenden sich dagegen erklären. Die Versammlung tritt hier gewissermaßen als Anklagekammer auf. „Es könnte möglicherweise als eine Härte betrachtet werden, heißt es in der Denkschrift zu dem Entwurfe, daß für einen Beschluß zu Gunsten des Angeklagten zwei Drittel der Stimmen erforderlich werden, während doch sonst der favor defensionis vorzuwalten pflegt. Allein es kommt dabei in Betracht, daß §. 7 der Kreisordnungen für Schlesien und die westlichen Provinzen schon eine ähnliche Bestimmung enthält, und es ist außerdem noch dafür anzuführen, daß ein Mitglied, welches vielleicht mit einer sehr schwachen Majorität von der Einleitung des Verfahrens befreit werden möchte, doch nicht füglich Mitglied der Versammlung bleiben könnte; daß diesem vielmehr selbst daran gelegen sein müßte, die gravirenden Thatsachen vollständig aufgeklärt und sich vollständig gereinigt zu sehen; daß es ferner sich nicht um den Ausspruch eines Schuldig oder Unschuldig, sondern um Beantwortung der Frage handelt: soll eine ehrenrührige Thatsache, welche der Vorsitzende für wichtig genug hält, um sie in der Versammlung zur Sprache zu bringen, oder welche ein Mitglied der Versammlung als Anklage formell hinzustellen kein Bedenken getragen hat, der Untersuchung völlig entzogen werden? Hiermit ist genügende Garantie gegeben, daß nicht frivole Anklagen eingeleitet werden."**

Sobald der Beschluß, das Verfahren einzuleiten, gefaßt ist, so erhält der Oberpräsident der Provinz, welcher vermöge seiner amtlichen Stellung besonders als Wächter für die richtige Handhabung der ständischen Gesetze in seinem Verwaltungsbezirke zu betrachten ist, davon Anzeige, und fortan läßt er durch einen Justitiar der Regierung den Thatbestand aufnehmen und den Angeklagten über seine Vertheidigungsgründe vernehmen. Die Entscheidung wird hiernächst von der Versammlung derjenigen Wähler gefällt, welche den Angeklagten zur Theilnahme an der ständischen Versammlung gewählt hat, bei welcher er in Anklage gesetzt worden ist. „Die, aus deren Mitte der Gewählte hervorgegangen ist, Die, welche er zu vertreten hat, sind recht eigentlich Diejenigen, welche das nächste Interesse dabei haben, daß er würdig auftrete, daß er die gesetzlichen Bedingungen erfülle. Sie sind überdies am besten geeignet, sein Verhalten, sein Vergehen und den Werth seiner Handlungen zu beurtheilen, denn unter und mit ihnen lebt er; sie theilen seine Auffassung der Verhältnisse; sie haben ihn für besonders geeignet und würdig erachtet, ihre Interessen wahrzunehmen, und sind also vor Allem darüber zu befinden berufen, ob er noch der Mann ihres Vertrauens ist."

Das Princip, daß den Wahlversammlungen die Entscheidung zusteht, ist aber ganz allgemein nicht durchzuführen, nämlich in allen den Fällen nicht, wo die Mitgliedschaft an einer ständischen Versammlung nicht auf Wahl beruht. Dies ist der Fall a) bei Rittergutsbesitzern bezüglich der Kreistage und einiger Communallandtage, und b) bei den Mitgliedern des Herrenstandes. Ist demnach der Antrag auf Ausschließung gegen einen Rittergutsbesitzer als Mitglied einer kreisständischen oder communalständischen Versammlung gerichtet, so entscheidet die zur Wahl des betreffenden ritterschaftlichen Provinziallandtags-Abgeordneten berufene Wahlversammlung. Gehört der Angeschuldigte aber dem Herrenstande, wie solcher durch die Verordnung vom 3. Febr. gebildet worden, an, so behält sich der König für jeden einzelnen Fall die Constituirung eines besondern, aus einem Vorsitzenden und mindestens sechs Mitgliedern bestehenden Ehrengerichtshofs von Standesgenossen vor.

Die nach Verlesung des juristischen Referats aus den Acten, nach Vortrag des Vorsitzenden und nach stattgefundener Berathung durch Stimmenmehrheit getroffene Entscheidung der Wahlversammlung unterliegt in gewissen Fällen der Bestätigung des Standes, welcher auf dem Provinziallandtage den Angeschuldigten vertritt, und zwar, wenn a) es sich um Ausschließung von dem Provinziallandtage handelt; b) der Angeschuldigte binnen vier Wochen, nachdem ihm die Entscheidung insinuirt worden, Einwendungen dagegen bei dem Oberpräsidenten anbringt; c) die Versammlung, welche die Einleitung des Verfahrens beschlossen hat, sich bei dem Ausspruche nicht beruhigen zu wollen erklärt. Werden hierbei neue Thatsachen von Erheblichkeit angeführt, so wird die Instruction unter Leitung eines vom Justizminister dazu bestimmten Obergerichtspräsidenten einem Justizbeamten aufgetragen. Die geschlossenen Acten werden hiernächst dem Provinzial-Landtagsmarschall zugestellt. Dieser ernennt beim nächsten Zusammentreten des Landtags einen Referenten, welcher dem Stande des Angeklagten angehört. Sodann beruft der Landtagsmarschall unter seinem Vorsitze diesen Stand als Ehrengericht zusammen, welches nach Anhörung des Referenten und vorgängiger Berathung durch Stimmenmehrheit die Entscheidung der Wahlversammlung entweder bestätigt oder verwirft. Bei diesem Ausspruche hat es sein Bewenden. Das Urtheil über ein Mitglied des Herrenstandes kann einer Recursentscheidung schon um deshalb nicht unterworfen werden, weil es der Bestätigung des Königs unterliegt.

Der §. 4 des Entwurfs bestimmt: „Wer solchergestalt durch rechtskräftigen Ausspruch aus einer ständischen Versammlung des Inlandes

ausgeschlossen ist, darf überhaupt ständische Rechte nicht mehr ausüben, auch an ständischen Wahlen als Wähler nicht mehr Theil nehmen." Diese Bestimmung folgt nach der Denkschrift aus dem innigen Zusammenhange der ständischen Corporationen unter sich, und die Ausschließung von der Wahlversammlung ist, abgesehen davon, daß es sich dabei auch um die Ausübung ständischer Rechte handelt, um deshalb unvermeidlich, weil der Versammlung nicht zugemuthet werden kann, Jemanden in ihrer Mitte zu dulden, den sie selbst für beschelten erklärt hat. Die Wiederzulassung zur Ausübung ständischer Rechte wird nach §. 5 der König nur auf den Antrag der Versammlung genehmigen, welche die Anklage beschlossen hat. Ein solcher Antrag darf aber nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach der Ausschließung gemacht und nur dann zur Kenntniß des Monarchen gebracht werden, wenn zwei Drittel der Versammlung sich dafür erklären. Nach §. 6 ruhen die ständischen Rechte: 1) in allen den Fällen, in welchen das Bürgerrecht oder Gemeinderecht ruht; 2) wenn eine Curatel- oder Criminaluntersuchung eingeleitet ist; 3) wenn eine ständische Versammlung nach §. 3 den Beschluß gefaßt hat, das Verfahren eintreten zu lassen, bis ein rechtskräftiger Ausspruch erfolgt ist.

Bei den Vorschriften der Städte- und Gemeindeordnungen über das Ruhen des Bürger- und Gemeinderechts würde es nicht zu rechtfertigen sein, wenn Jemand von dem Bürgerrecht auch nur zeitweise ausgeschlossen, während dieser Zeit aber berechtigt wäre, die höhern ständischen Rechte auszuüben. Was etwanige Zweifel über das Ruhen der ständischen Rechte bei Einleitung einer Criminaluntersuchung betrifft, so ist dies eine Analogie der Vorschriften in der revidirten Städteordnung und den Gemeindeordnungen, wo jede Einleitung einer Criminaluntersuchung allezeit das Ruhen der Rechte nach sich zieht. Wenn ferner die ständische Versammlung die gegen ein Mitglied erhobene Anklage für so gewichtig erklärt hat, daß darüber ein förmliches Verfahren stattfinden soll, so kann die vorläufige Ausschließung des solchergestalt zur Untersuchung gezogenen Mitgliedes keinem Bedenken unterliegen. Die in §. 7 ausgesprochene ausdrückliche Aufhebung der diesen Bestimmungen entgegenstehenden Vorschriften schien nothwendig, damit nicht Zweifel darüber entstehen könnten: ob speciellere Vorschriften, namentlich die in den Kreisordnungen enthaltenen, den hier enthaltenen allgemeinen entgegenstehen.

Der Krieg im Kaukasus.

(Schluß aus Nr. 126.)

Das lesghische Gebiet besteht aus folgenden Bezirken, welche eben so viel getrennte Stämme bilden. Salatan hat 6000 Einwohner, sunnitische Mohammedaner. Der Hauptort Tschirkii liegt am Sulak und wurde 1841 unter dem General Golowin, der daselbst ein starkes Fort mit einem Brückenkopf erbauen ließ, genommen und wiedergenommen. Im Jahr 1844 erweiterte man die Festungswerke und ließ den Ort selbst bis auf den Grund niederreißen. Gegen Norden und immer noch an dem Sulak, welcher die Grenze gegen Schamkhal bildet, findet sich auch ein kleines Fort, mit zwei von Mauern umgebenen Blockhäusern. Es dient zur Bedeckung der Flußpassage, welche durch zwei fliegende Brücken vermittelt wird. Salutaire oder Salatan grenzt an das Gebiet von Gumlar und Andi. Seine Bevölkerung gilt für noch nie bezwungen und beläuft sich auf 22,000 Seelen, Todfeinde der Russen.

Keissubu zählt 25,000 Einwohner, von gleich feindlichen Gesinnungen gegen die Russen belebt. Der Hauptort des sehr gebirgigen Bezirks ist Himsi, der Geburtsort zweier berühmter Krieger, Kazi-Mullah's und Schemil-Bey's, und das Grab des Erstern, der auf seiner Bresche fiel. Die Geschicke des Zweiten bedeckt noch der undurchdringliche Schleier der Zukunft. Gegenwärtig hält Schemil-Schah-Efendi die Geschicke aller tscherkessischen Stämme in seinen Händen, und seine Bemühungen sind unablässig darauf gerichtet, den Aufstand in alle mohammedanischen Länder unter russischer Herrschaft zu verbreiten und auch den Frieden zu zerstören, welchen die russische Regierung mit einigen neutralen Stämmen zu unterhalten sucht. Alle Geschicklichkeit des Generals Woronzoff hat die Stimme des Führers von Lesghistan nicht aufhalten können, und Awchasien beginnt sich zu regen und die russischen Festen anzugreifen, die es umgeben und wie in einem Netze halten. Schemil-Bey ist erst 40 Jahre alt, ein Mann unter Mittelgröße; trotz der äußersten Thätigkeit seines Körpers und Geistes beginnt er stark zu werden, was ihn nicht hindert, seine kühnen, unerwarteten Streifzüge zu unternehmen, die zuweilen eine ganze russische Armee in Gefahr bringen oder die Verräther am Glauben und Vaterland zittern machen. Sein Bart ist lang und wie seine Brauen schwarz, sein Gesicht von frischem Teint belebt und ausdrucksvoll. Er umgibt sich gern mit polnischen Offizieren oder mit denen der Tataren von Kasan und Astrachan, die von den Russen übergetreten sind. Er ist fromm und eifrig in den religiösen Uebungen, was er gern den Augen des Volks zeigt, das ihn anbetet. Seine Rede ist immer in jenem Bilderstyle, den wir in allen seinen Proclamationen wiederfinden und der auf die glühende Phantasie der Orientalen einen zauberähnlichen Einfluß übt. Bei einem nüchternen und rastlosen Leben verfährt das Haupt der Tscherkessen streng, zuweilen grausam gegen Alle, welche ihre religiöse Pflicht vergessen, vor Allem aber gegen die Stämme, die ihr Vaterland verrathen. Das haben den Tscherkessen Awchasiens mehrfache Vorgänge erwiesen, während sie ihrerseits jetzt anfangen, einen ernstern Antheil an dem Unabhängigkeitskampfe zu nehmen, und dem General Woronzoff immer steigende Schwierigkeiten bereiten. Keissubu hat seinen Namen von dem Flusse Keissu, der das Land durchströmt und an dessen Ufern die Festungen Himsi (Rutschuk-Kahleh), Balukanu und Urganai liegen, seit 1843 alle in der Gewalt der Aufständischen.

Das Khanat Avarien hat 25,000 Einwohner, Sunniten; der Hauptort Kumruk, Residenz des Khans, ist gegenwärtig nur eine Ruine. Die Avaren gelten für den kriegerischsten Stamm der Lesghier; ihr Land wird von der Natur durch hohe und unzugängliche Gebirge beschirmt, die es von allen Seiten umgeben, während das Innere fruchtbare Thäler, untermischt mit Waldungen, enthält. Die Hauptstraße nach Avarien geht durch das Defilé von Balukanu, was die Forts Maksok und Satansuk vertheidigen, ehedem russische Plätze, jetzt aber in der Gewalt der Insurgenten. Ein anderer Weg geht durch Ghansak, auch ein russisches Fort, dessen sich Schemil-Bey 1843 bemächtigte.

Das Gebiet von Mekhtuli hat 20,000 Einwohner und wird von der Witwe Achmed-Khan's, russischen Generallieutenants, regiert, die unter dem unmittelbaren Schutze dieser Macht das Land während der Minderjährigkeit des Khans von Avarien verwaltet, der in Petersburg erzogen wird, wo man ihn wahrscheinlich als Geißel bewahrt. — Surjia hat 8000 Einwohner; es ist ein zumeist gebirgiges Land, ohne Flüsse, aber von zahlreichen Quellen bewässert. Das etwas kalte Klima ist dem Anbau von Cerealien wie Weizen, Roggen, Gerste ꝛc. günstig, wiewol diese Landbauerzeugnisse für den Bedarf des Landes nur eben zureichen. Da das Holz dort äußerst selten ist, so müssen die Einwohner sich des Terek, welcher aus Schafmist und Blättern bereitet wird, zum Brennen bedienen. Man hält dort viel Vieh und besonders mit Nutzen Schafe. Das Land ist wie die Tschetschina eingerichtet, wird durch einen Kadi verwaltet, und jedes Dorf wählt einen Vorsteher aus seiner Mitte. — Die Gemeinschaft von Dargo besteht aus sechs Stämmen, worunter Akucha die oberste Stelle einnimmt. Die Volkszahl beläuft sich auf 20—25,000; der Boden ist fruchtbar; die Haupterzeugnisse bestehen in verschiedenen Getreidearten; Mais und Reis gedeihen gut, aber Wein und Obstbäume wie im Allgemeinen überhaupt Bäume nur mittelmäßig. 1818 wurden Dargo und Sunjia durch General Jermeloff den Russen unterworfen, behielten aber ihre selbständige Verwaltung unter Kadi-Mohammed, bis sie 1843 aufstanden und seitdem feindlicher gewesen sind als je. — Das obere und untere Kara-Kaitach hat 14,300 Einwohner, zum Theil unterworfen, zum Theil im Aufstande. Das obere wird, unter russischem Schutze, von dem Oberstlieutenant Dschaman-Bey, letztem Sproß der Familie Utschmismi, verwaltet. Das nördliche und südliche Tabassaran standen früher unter der Botmäßigkeit der Maisuni, von denen ein Abkömmling, Ibrahim-Bey, das südliche noch regiert; der Norden ist im Insurrectionsstande. Das Land ist sehr fruchtbar, bringt Seide, Baumwolle, Mais ꝛc. Man rechnet im südlichen Theile 4000 Häuser mit mindestens 12,000 Einwohnern, die Bevölkerungszahl des nördlichen ist unbekannt. — Das Gebiet der Kari-Kumuken wird seit dem Tod Arslan-Bey's von seiner Witwe Khanum-Pami-Halsum-Bikeh verwaltet; aber die Herrschaft dieser Fürstin, der man nur den Titel und eine ihrem Range gemäße Apanage ließ, war nur nominell, das Land in der That aber, unter russischer Hoheit, von Abdulahman-Khan verwaltet. Das Klima ist rauh, aber dem Ackerbau und der Viehzucht günstig. Die Einwohner sind arbeitsam und gewerbfleißig. Sie bereiten sehr festes Tuch, Tuchmäntel und schöne Waffen, treiben auch Silberschmiedearbeit von jeder Art. Ihre Häuser sind fast sämmtlich massiv; die Hauptstadt Kumuk hat ein großes Lazareth. — Das Gebiet von Kutine hat gegen 150,000 Einwohner, welche Jussuf-Bey unter russischer Hoheit regiert. Das Land treibt Ackerbau und reiche Viehzucht, und das Volk ist sehr arbeitsam. Im Hauptorte Konsag war eine große Karavanserai, welche die Russen in ein Hospital verwandelt haben. — Der Stamm der Kubatsch wohnt im Süden, an den Grenzen von Dargo und Kaschuk. Die Einwohner sind wegen ihrer Geschicklichkeit in Verfertigung von Feuergewehren und andern Waffen bekannt, und namentlich haben ihre gezogenen Büchsen einen verdienten Ruf. Sie nennen sich unter einander Teneki und machen auf eine europäische Abstammung Anspruch, wiewohl ihre Züge, Sitten und Gebräuche das in nichts unterstützen. Eifrige Muselmänner, sind sie doch sehr friedlicher Gesinnung.

Die russischen Nachrichten, aus denen wir zum Theil geschöpft haben, gedenken einiger anderer, mehr oder minder bedeutender lesghischer Stämme nicht, worunter ich den Bezirk von Samun und das oben im Vorbeigehen berührte Land des Sultans von Jeli-ssui erwähnen will. Einige der eben beschriebenen Länder verzweigen sich in die weite Strecke des Küstenlandes, das auf Karten und in Berichten als Nord- und Süd-Daghestan vorkommt. Wahrscheinlich deshalb ist in dem statistischen Tableau, das vor uns liegt, von dieser Provinz nicht besonders gehandelt worden, und ich will das durch einen gedrängten Bericht nach denjenigen Notizen zu ersetzen suchen, die ich während meiner Reise von den Grenzen von Gjulan zu denen von Astrachan sammeln konnte. Freilich machen

das Mistrauen und die Wachsamkeit der russischen Behörden in diesen Ländern, wo ihre Herrschaft stets so precair gewesen, derartige Nachforschungen für Jeden, der nicht zu den höhern Civil- und Militairbeamten gehört, sehr gefährlich, und selten haben sie erheblichen Erfolg.

Daghestan grenzt nördlich an den Sulak, westlich an die Tschetschina, das Land der Kari-Kumuken, Lesghistan und andere schon beschriebener Striche, östlich an das Kaspische Meer, südlich an die Provinz Atechgo, deren Hauptort Baku bekanntlich die Grenze der Russen an dieser Küste bildet. Hinter Baku findet man ein ödes und unfruchtbares Land von beträchtlichem Umfang, Arbatski und Asawetsi, sodann isolirte Kosackenstationen inmitten der Steppe. Mehr und mehr gewinnt das Land einen weniger wüsten Anstrich, und in der Ferne zeigen sich Waldungen. Dei-witschi, hundert Meilen von Baku, ist das erste Dorf, das man auf dieser Straße antrifft, und auch das ist eine Kosackenstation, eine Militaircolonie nämlich. Endlich zu Bojut trifft man wieder Eingeborene, und bei ihnen gefälligere Sitten und größere Anmuth als bei den Tataren von Baku. Kuba, der Hauptort dieses Bezirks, ist in der Regel der Sitz eines Militairbefehlshabers und die bedeutendste Stadt, die man auf der Reise von Baku nach Derbend trifft, wiewol sie mehr das Aussehen eines großen Dorfes hat. In einer waldreichen Gegend gelegen, erhält sie durch die sie umgebenden Hügel einen malerischen Anblick. Nicht weit von Kuba und obwol ich mit einem Postpaß und einer Escorte von acht, durch die Militairbehörde gestellten Reitern reiste, mußte ich den Samur, dessen reißender, gießbachähnlicher Lauf die Passage wirklich gefährlich macht, mittels einer Furt passiren. Kuba besteht aus einem muselmännischen Dorfe und einer Redoute, in der sich die Besatzung befindet. Derbend, die Hauptstadt von Daghestan, hat eine imposante und malerische Lage; die unmittelbaren Umgebungen sind mit ungemein großen und besser gearbeiteten Grabsteinen bedeckt, als man sie gewöhnlich in Persien und der Türkei trifft. Alles trägt hier das Gepräge der alten Tatarenherrschaft; am meisten fällt aber die merkwürdige und stolze Lage der Stadt auf, welche sich amphitheatralisch auf der einen Seite des Berges erhebt, und von deren höchstem Punkte, dem Schlosse, wo der Commandant wohnt, man jedes einzelne Haus der ganzen Stadt erblicken kann. Derbend liegt unter 41° 52′ nördl. Br. und bildet ein Parallelogramm von 10,500 Fuß Länge vom Schlosse bis zum Meer. Die Stadt wird von einer doppelten Ringmauer, mit einem Zwischenraume von 100 Toisen, umgeben, welche aus großen Quadern gebaut, wenigstens 5 Toisen hoch und an manchen Stellen 10 Fuß dick ist. Theils runde, theils viereckige Thurme umgeben sie; nur auf die letztern kann man Geschütz stellen, so schmal sind die Werke. Die Festung heißt Mapha-Kaleh und war ehedem die Residenz des Khans, welcher das Land vor der russischen Besitznahme beherrschte. Man sieht noch die Spuren einer alten Ringmauer, die sich bis auf den Gipfel des mit den majestätischen Ruinen einer alten Citadelle gekrümmten Berges erhob. Es geht im Lande eine alte seltsame Sage, daß dieses Schloß zu einer Reihe von Befestigungen gehöre, die sich bis an das Schwarze Meer erstrecke, und die Einwohner behaupten, man sähe die Spuren von Strecke zu Strecke. Die Bevölkerung von Derbend wird auf nicht mehr als 25,000 Einwohner geschätzt, ist aber ehedem ohne Zweifel viel stärker gewesen. Die Straßen sind gepflastert, aber schmutzig; das umgebende Land ist gut bebaut; die Stadt hat keinen Hafen und die Schiffe ankern 1 Werst vom Strande. Die nächste Station über Derbend besteht aus zwei schönen, einander ganz nahen Dörfern. Die Straße galt schon vor dem Aufstande für sehr gefährlich, wegen der Nähe einiger lesghischen Stämme, welche Jermoloff nicht bezwingen konnte. Buynuk ist ein großer Marktflecken von malerischer Lage, wie alle Dörfer in Daghestan. Es liegt auf schönern Hügeln als die von Khiran. Kara-Kudah-Kent ist ein bevölkerter Marktflecken in prachtvoller Lage. Die Straße, die nach Tarku, der Residenz des Schamtschal, führt, ist von Waldungen entblößt. Die Station von Yangh-Yurt, wie das Dorf Kazi Yurt am rechten Ufer des Sulak zeigen nichts Bemerkenswerthes. Am linken Ufer des Sulak ist das Land eine Steppe. Auf der Station Mahmud-Mert residirt ein Häuptling der nogaischen Tataren. Sunnitische Mongolen haben die Steppen bis zum Terek inne, und am linken Ufer dieses Flusses trifft man sie wieder bei Kuma. Diese Tataren wurden von Potemkin und Katharina von den Ufern des polnischen Bug in jene Steppen verpflanzt.

Von Baku bis Arabatschi sind 30, von da bis Arawedzi 60, dann bis Dewitschi 20, weiter bis Bopat 15, von da bis Kuba 35, dann bis Khubawi 18, von da bis Khulak 55, weiter bis Derbend 30, weiter bis Bisch 23, von da bis Kayunghint 25, dann bis Buynuk 35, von da bis Tarku 32, von da bis Ingu-Yurt 40, von da bis Kazi-Yurt 25, weiter bis Mahmud-Mert 35, endlich bis Kislar 30, zusammen von Baku bis Kislar 508 Werst.

Wissenschaft und Kunst.

* Rom, 22. April. Ich meldete bereits, daß die römische Obercensurbehörde außer dem Padre Maestro del Sagro Palazzo noch aus dem Marchese Carlo Antici, dem Professor Cavaliere Salvatore Betti, dem Advocaten Giuseppe Banutelli (drei Säcularen) und dem Abbate Antonio Coppi besteht. Hr. Coppi aber ist ein Abbate von einer höchst umfassenden Gelehrsamkeit und darf sich darin mit jedem Nichtgeistlichen wol messen. Er ist unter Anderm der Fortsetzer von Muratori's Geschichtsannalen und hat das große Verdienst, uns die Agrairverfassung Italiens, insbesondere des Kirchenstaats, in ihren vielfachen socialen und politischen Beziehungen auseinandergesetzt zu haben. Coppi's „Discorsi agrarii" wurden ihres innern Gehalts wegen von vielen Blättern des Auslandes, sehr oft von der frühern Preußischen Staatszeitung, übersetzt mitgetheilt. Wir erwähnen hier von ihnen die bedeutendsten und neuerlichst erschienenen: 1) „Discorso sull' agricultura dell' agro Romano." 2) „Sull' agricultura di Sicilia." 3) Sulle servitù e sulla libera proprietà dei fondi in Italia." 4) „Sopra alcuni stabilimenti e miglioramenti agrari." 5) „Discorso agrario del 1844 e del 1845." 6) „Discorso agrario del 1846 con ideni di Tenua-modella."

— Von Dr. Sir J. Richardson vom Hasler-Hospital in London ist der Plan einer auf dem Landwege zu unternehmenden Expedition nach dem Nordpol der britischen Regierung vorgelegt und von letzterer gebilligt worden, sodaß schon Befehle erlassen sind, um die nöthigen Vorräthe und Reisebedürfnisse aller Art für die Expedition vorzubereiten. — Das jährliche Diner zum Besten des Theater-Unterstützungsfonds von Drurylane fand am 24. April unter dem Vorsitze des Herzogs von Cambridge statt, dem Graf Montemolin zur Rechten saß. Auf den ihm vom Vorsitzenden dargebrachten Toast erwiderte Graf Montemolin mit einer Dankrede, worin er die Hoffnung aussprach, daß es auch einem Verbannten vergönnt sein werde, die trefflichen philanthropischen Institute zu preisen, durch welche England sich vor allen Ländern auszeichne. Die Sammlung für den Fonds brachte fast 700 Pfd. St. ein.

— Der deutsch-vlämische Sängerbund erläßt Einladungen zum zweiten deutsch-vlämischen Sängerfeste, welches am 27. und 28. Jun. in Gent stattfinden wird. Das Programm der Concerte ist folgendes: 1) Bacchuschor Nr. 6 aus Sophokles' Antigone, Doppelchor mit Orchesterbegleitung, vom General-Musikdirector Dr. Mendelssohn-Bartholdy. 2) Meeresstille und glückliche Fahrt, Chor mit Orchesterbegleitung, vom Kapellmeister C. L. Fischer. 3) Chor aus dem Oratorium „David" von Bernhard Klein; mit Orchesterbegleitung. 4) Festcantate von C. Leibl, Domkapellmeister zu Köln; mit Orchesterbegleitung. 5) An das Vaterland: „Dir möcht' ich diese Lieder weihen", von Conradin Kreutzer. 6) Liedesfreiheit: „Frei wie des Adlers mächtiges Gefieder", von Heinrich Marschner. 7) Der Rhein, von Joseph Panny; mit Orchesterbegleitung. 9) An die Künstler, vom General-Musikdirector Dr. Felix Mendelssohn-Bartholdy; mit Orchesterbegleitung. 10) Kriegerfeste vom Kapellmeister C. L. Fischer in Würzburg; neues für dieses Fest besonders componirtes Werk; mit Orchesterbegleitung. 11) Broedergroet, door Eyckens, van Antwerpen. 12) Kyrie eleison, door Emil Beausacq, van Gent. 13) Zang der Gentenaren, door Mengal, van Gent. 14) Ode Sapphica, door Hanssens, van Brussel.

Handel und Industrie.

* Aus Waldeck, 30. April. Unsere Regierung hat sich in Betracht der Möglichkeit, daß in diesem Jahre die in den beiden Vorjahren zum Vorschein gekommene Kartoffelkrankheit auch im laufenden Jahre wieder eintrete und daß es hin und wieder an dem nöthigen Bedarfe der Kartoffeln zum Auspflanzen fehle, veranlaßt gefunden, die gutachtliche Ansicht des landwirthschaftlichen Vereins über etwanige Mittel zu erfodern, den Nachtheilen eines zu besorgenden geringen Ausfalls der Kartoffelärnte zu begegnen. Das von dem landwirthschaftlichen Verein erstattete Gutachten empfiehlt, die Aussaat der Kartoffeln thunlichst zu vermehren und daneben den Anbau der Feldrübe und der sogenannten Wurzel (Carotte) im größern Maße zu betreiben, um ein angemessenes Ersatzmittel für eine etwanige geringe Kartoffelärnte zu erzielen. Wir thun dieser Ansicht Erwähnung, damit sie in weitern Kreisen bekannt und von verschiedenen Seiten einer Prüfung unterzogen, wenn sie sich aber bewähren sollte, auch überall augenblicklich berücksichtigt werde, wo Kartoffelmangel zu befürchten steht.

* Aus Württemberg, im April. Schon im October v. J. begannen die drei süddeutschen Staaten des Zollvereins, Württemberg, Baiern und Baden, vermöge unter sich getroffener Vereinbarung von dem über die Zollvereinsgrenze ausgehenden Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Mühlenfabrikaten einen Ausgangszoll von 25 Procent der mittlern Durchschnittspreise auf Vereinsrechnung zu erheben. Jetzt ist eine neuere Verständigung dieser drei Staaten nöthig geworden, welche sie dahin getroffen haben, daß jener Ausgangszoll fortan auf 50 Procent der mittlern Durchschnittspreise erhöht worden ist, und zwar soll dieser Ausfuhrzoll auch für Brot und Mais oder Welschkorn gelten.

Krakau, 26. April. Eine heute in unserer Zeitung publicirte Kundmachung des Grafen Deym enthält die von der Hofkammer festgesetzten Bestimmungen betreffs der Gegenstände, die dem Staatsmonopol unterliegen. Von heute ab ist es im Gebiete Krakaus verboten, Taback auf irgend eine Art, sei es zum eignen Gebrauch, oder für Rechnung Anderer, oder zum Verbrauche zuzubereiten, oder zu diesem Zweck eine Gewerbsunternehmung einzurichten. Bis Ende April ist es den jetzt zum Handel mit Taback berechtigten Personen noch gestattet, die in ihrem Besitze befindlichen Vorräthe zu verkaufen. Die alsdann unabgesetzten Vorräthe sind den gesetzlichen Abgaben an Zoll- und Licenzgebühren unterworfen. Außerdem darf nur von den dazu ausdrücklich berechtigten Personen vom 1. Mai ab der Verkauf des Tabacks übernommen werden. Privatpersonen dürfen einen sechsmonatlichen Bedarf von Taback unversteuert behalten, Alles, was diesen übersteigt, sind sie jedoch verpflichtet zu versteuern. (S. Z.)

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Vorladung.

In der Rechtssache des Kaufmanns **Wilhelm Poel** in Amsterdam, Klägers, gegen den Postmeister **R. A. Oeser** in Penig (Königreichs Sachsen), Beklagten, Ausstreichung eines Pfandbucheintrags betreffend, hat der Anwalt des Klägers zur Klagebegründung vorgetragen:

Der Kläger habe am 24. Juli 1846 in zweiter und letzter gerichtlicher Zwangsversteigerung das vormals Philipp Baum'sche, in hiesiger Gemarkung gelegene Gut um 37,000 Fl. versteigert und den Kaufschilling in Gemäßheit der Verweisung des Vollstreckungsbeamten bereits bezahlt.

Auf dieses Gut sei noch ein Pfandrecht des Beklagten, Theil 14, Fol. 170', Nr. 139 des hiesigen Unterpfandbuchs eingetragen, kraft eines Urtheils, welches von der diesseitigen Gerichtsbehörde zu Gunsten des Beklagten wegen einer Foderung von 3218 Fl. 15½ Kr. nebst Zins vom 15. November 1839 gegen Philipp Baum am 23. November 1839 erlassen worden sei.

Diese Foderung des Beklagten sei, wegen Unzulänglichkeit des Erlöses, bei der Verweisung der Gläubiger durchgefallen; dessenungeachtet das Pfandrecht zufolge Proc. Ordn. §. 1056, L. R. S. 2157 fg. erloschen, und der Strich von diesseitiger Stelle zu befehlen.

Darauf wird das Begehren gestützt, rechtlich zu erkennen, daß das obgedachte Pfandrecht für erloschen zu erklären und im Pfandbuche zu streichen sei, unter Verfällung des Beklagten in die Kosten.

Nachdem die Zustellung dieser Klage in der Heimat verweigert worden ist, so wird der Beklagte nunmehr auf dem Wege der Oeffentlichkeit aufgefodert,

sich binnen 4 Wochen auf die Klage diesseits vernehmen zu lassen, widrigenfalls die vorgetragenen Thatsachen für zugestanden und alle Einreden für versäumt erklärt würden.

Zugleich hat der Beklagte zur Empfangnahme von Versäumungserkenntnissen und andern Verfügungen, welche der Partei selbst oder in deren Wohnsitz zu behändigen sind, einen dahier wohnhaften Gewalthaber aufzustellen und namhaft zu machen, widrigenfalls ein solcher Insinuationsmandatar auf seine, des Beklagten, Gefahr und Kosten von hier aus ernannt werden würde.

Baden, den 17. April 1847.

Grossherzogl. badisches Bezirks-Amt.
Bilharr. Wagen.

[1670—72]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Lehrer August Bartholdy in Berlin mit Frl. Minna Wagner. — Hr. Oberlandesgerichtsreferendarius Eugen Holder Egger in Marienwerder mit Frl. Clara v. Jagersleben.

Getraut: Hr. G. A. Bräunlich in Stollberg mit Frl. F. E. Kreissig aus Obermiesenthal. — Hr. Joseph Hübner in Zittau mit Frl. Marie Wittmann genannt Pescheck. — Hr. Pfarrer Ferdinand Lösch in Nürnberg mit Frl. Johanne Michaelles. — Hr. Lieutenant Karl v. Schlieben in Reichstädt mit Freiin Adele v. Beust.

Geboren: Hrn. D. Barschall in Berlin ein Sohn. — Hrn. L. F. Bernoully in Berlin ein Sohn. — Hrn. Kaufmann Eduard Brösel in Greiz eine Tochter. — Hrn. G. Keibel in Berlin ein Sohn. — Hrn. Regierungsrath Krug in Berlin eine Tochter. — Hrn. Pfarrer Landmann in Weltewitz eine Tochter.

Gestorben: Hr. J. Ch. W. Fritzsche in Zwickau. — Frau Rentier Gericke in Potsdam. — Frau J. Ch. Heerte in Leipzig. — Frau Hofmühleninspector Auguste Eleonore Lukas in Dresden. — Frau Prediger Luise Ritter in Wustermark. — Hr. Fr. A. Steinhäuser in Chemnitz. — Hr. Ch. M. A. Stendicke in Leipzig. — Frau Chr. Friedr. Uhlich aus Leipzig in Zörbig.

[1806]

Neuigkeiten und Fortsetzungen,

versendet von

F. A. Brockhaus in Leipzig im Jahre 1847.

№ I. Januar, Februar und März.

(Der Anfang befindet sich in Nr. 125.)

19. **Pritzel (G. A.), Thesaurus litteraturae botanicae** omnium gentium inde a rerum botanicarum initiis ad nostra usque tempora quindecim millia opera recensens. Erstes Heft. Gr. 4. 2 Thlr. Auf feinstem Schreib-Velinpapier 3 Thlr.

Ein ausführlicher Prospectus über Plan und Inhalt dieses für die botanische Literatur so wichtigen Werkes ist dem ersten Hefte beigedruckt; in 8 Heften wird dasselbe vollständig sein.

20. **Raumer (F. von), Rede zur Gedächtnißfeier König Friedrich's II.,** gehalten am 28. Januar 1847 in der königl. preuß. Akademie der Wissenschaften. Erste und zweite Ausgabe. Gr. 12. Geh. 4 Ngr.

21. **Reilstab (L.), Gesammelte Schriften.** Neue Folge. Fünfter und sechster Band. Gr. 12. Geh. 2 Thlr.

Die erste Folge erschien in zwölf Bänden 1843—44 und kostet 12 Thlr.; dieselbe enthält: 1812. Dritte Auflage. — Sagen und romantische Erzählungen. — Kunstnovellen. — Novellen. — Auswahl aus der Reisebildergalerie. — Vermischtes. — Vermischte Schriften. — Dramatische Werke. — Gedichte.

Der Neuen Folge erster bis sechster Band (1845—47, 6 Thlr.) enthält: Iduna und Paris im Jahre 1830. Zweite Auflage. — Erzählungen.

22. **Leipziger Repertorium der deutschen und ausländischen Literatur.** Unter Mitwirkung der Universität Leipzig herausgegeben von Hofrath und Oberbibliothekar Dr. **E. Ghf. Gersdorf.** Jahrgang 1847. 52 Hefte. Gr. 8. 12 Thlr.

Erscheint in wöchentlichen Heften von 2¼ Bogen und wird Freitags ausgegeben.

Dieser Zeitschrift ist ein **Bibliographischer Anzeiger**, für literarische Anzeigen aller Art bestimmt, beigegeben, und Ankündigungen in denselben werden für die Zeile oder deren Raum mit 2 Ngr. berechnet, **besondere Anzeigen** u. dgl. gegen Vergütung von 1 Thlr 15 Ngr. beigelegt.

23. **Roos (G.), Handbuch der chirurgischen Anatomie.** Erste Abtheilung: Chirurgische Anatomie der Extremitäten. Gr. 8. Geh. 20 Ngr.

24. **Schuselka (F.), Geschichtsbilder aus Schleswig-Holstein.** Ein deutsches Lesebuch. Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 10 Ngr.

Ebendaselbst ist erschienen:

Briefe Joseph's des Zweiten. Dritte Auflage, zeitgemäß eingeleitet und erklärt von F. Schuselka. 8. 1846. 1 Thlr. 15 Ngr.

25. **Die preußische Verfassung vom 3. Februar 1847.** Nebst einem Anhang. Erster und zweiter Abdruck. Gr. 8. Geh. 4 Ngr.

Der Anhang enthält die in dem Patente und den Verordnungen vom 3. Februar 1847 allegirten Gesetze, den Artikel der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" vom 5. Febr. und das Patent vom 8. Febr. wegen Einberufung des vereinigten Landtags.

26. **Deutsches Volksblatt.** Eine Monatschrift für das Volk und seine Freunde. Dritter Jahrgang. 1847. 12 Hefte. Gr. 8. 1 Thlr.

Erscheint von 1847 an unter einer neuen Redaction und in monatlichen Heften von 3—4 Bogen. Die **Insertionsgebühren** betragen für den Raum einer Zeile 2 Ngr.; **besondere Beilagen** werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

27. **Volks-Bibliothek.** Dritter und vierter Band. Gr. 8. Geh. 2 Thlr.

Die bis jetzt erschienenen Bücher dieser „**Volks-Bibliothek**" enthalten:

I. **Joachim Nettelbeck,** Bürger zu Kolberg. Eine Lebensbeschreibung von ihm selbst aufgezeichnet, und herausgegeben von **J. Ch. L. Haken.** Mit Nettelbeck's Bildniß und einem Plane der Umgegend von Kolberg. Zweite Auflage. 1845. 1 Thlr.

II. **Der alte Heim.** Leben und Wirken Ernst Ludwig Heim's, königlich preußischen Geheimen-Raths und Doctors der Arzneiwissenschaft. Aus hinterlassenen Briefen und Tagebüchern herausgegeben von **G. W. Keßler.** Zweite, mit Zusätzen vermehrte Auflage. Mit Heim's Bildniß. 1846. 1 Thlr.

III. **Die Sprichwörter und sprichwörtlichen Redensarten der Deutschen.** Nebst den Redensarten der deutschen Zechbrüder und aller Praktik Großmutter, d. i. der Sprichwörter ewigem Wetter-Kalender. Gesammelt und mit vielen schönen Versen, Sprüchen und Historien in ein Buch verfaßt von **W. Körte.** 1847. Neue Ausgabe. 1 Thlr.

IV. **Der deutschen Auswanderer Fahrten und Schicksale.** Von **F. Gerstäcker.** Mit einer Karte der Vereinigten Staaten von Nordamerika. 1847. 1 Thlr.

28. **Zeitschrift für historische Theologie.** In Verbindung mit der von C. F. Illgen gegründeten historisch-theologischen Gesellschaft zu Leipzig herausgegeben von Dr. **C. W. Niedner.** Jahrgang 1847. 4 Hefte. Gr. 8. 4 Thlr.

Inserate auf den Umschlägen werden für die Zeile mit 1½ Ngr., **besondere Beilagen** mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

29. **Deutsche Allgemeine Zeitung.** Verantwortliche Redaction: Professor **F. Wülau.** Jahrgang 1847. Täglich mit Einschluß der Sonn- und Festtage eine Nummer von 1 Bogen. Hoch 4. Pränumerationspreis vierteljährlich 2 Thlr.

Wird Abends für den folgenden Tag ausgegeben. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr. Besondere Anzeigen werden nicht beigelegt.

Rafael von Urbino und sein Vater Giovanni Santi. Von *J. D. Passavant.* Zwei Bände. Gr. 8. 1839. Mit 14 Abbild. in einem Atlas in Grossfolio. Velinpap. 18 Thlr, Prachtausgabe (mit Kupfern auf chines. Pap.) 30 Thlr.

Von diesem Werke wird von jetzt ab in der Ausgabe auf Velinpapier

der **Text** *ohne den Atlas zu 8 Thlr.,*
der **Atlas** *ohne den Text zu 10 Thlr.*

einzeln abgelassen. Die Preise des ganzen Werks bleiben unverändert die bisherigen.

Preisherabsetzung.

Nachstehende Schriften meines Verlags, die zusammen eine **vollständige mit mehr als 500 Abbildungen** versehene **kleine Bibliothek zum Studium der Naturwissenschaften** bilden, erlasse ich jetzt zu beigefügten sehr ermäßigten Preisen:

Anleitung zum Selbststudium der Mechanik. Zweite Aufl. (Früher 12 Ngr.) Jetzt 4 Ngr. — **Hydrostatik und Hydraulik.** (8 Ngr.) 4 Ngr. — **Pneumatik.** (8 Ngr.) 4 Ngr. — **Akustik.** (8 Ngr.) 4 Ngr. — **Pyronomik.** Zweite Aufl. (8 Ngr.) 4 Ngr. — **Optik.** Zweite Aufl. (12 Ngr.) 4 Ngr. — **Elektricität, Galvanismus und Magnetismus.** Zweite Aufl. (8 Ngr.) 4 Ngr. — **Mineralogie.** (24 Ngr.) 8 Ngr. — **Krystallographie.** (8 Ngr.) 4 Ngr. — **Geologie.** (26 Ngr.) 8 Ngr. — **Versteinerungskunde.** (15 Ngr.) 8 Ngr. — **Chemie.** (22 Ngr.) 8 Ngr. — **Bergbau und Hüttenkunde.** (15 Ngr.) 8 Ngr. — **Meteorologie.** (12 Ngr.) 4 Ngr. — **Anfangsgründe der Botanik.** Zweite Aufl. (20 Ngr.) 8 Ngr.

Sonnabend — Nr. 128. — 8. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Protestantische Kirche in Eichstadt. Stuttgart. Unruhen. *Ulm. Besorgnisse. Demonstrationen. †Detmold. Der Nothstand.

Preußen. Berlin. Der Landtag. **Berlin. Die Protesterklärung. *Posen. Die Arbeiter. Die Polizei. Die Unruhen. Das Getreide. ††Breslau. Strafurtel. — Excesse.

Oesterreich. Programm der Leichenfeierlichkeit des Erzherzogs Karl. — Theuerungstumult in Eger.

Spanien. Die Parteien im Congreß. Gerüchte von Ministerwechsel. Die spanische Vermittelung in Portugal. Der Geburtstag der Königin Christine.

Großbritannien. Die Times über die Finanzoperation der russischen Regierung. Der Lordlieutenant von Irland. Fieber in Irland. Kartoffelkrankheit. Amerikanische Unterstützung für Irland. Die Gattin des Earl of Mornington.

Frankreich. Der Constitutionnel über das Ministerium. Der preußische Landtag. Die griechisch-türkische Differenz. Banket bei Hrn. Guizot. Der Prinz von Syrakus. Die Königin Isabella. Die königl. Bibliothek in Paris. Die Fregatte Armide. Ordenreichthum. Bu-Maza.

Belgien. *Brüssel. Die städtische Behörde zu Löwen. Hr. de Bavay. Hohe Gäste.

Niederlande. Der König. Die Generalstaaten.

Italien. Fortschritte in Toscana.

Rußland und Polen. †Petersburg. Nachwinter. Getreide.

Griechenland. Rußland in der griechisch-türkischen Differenz.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Höhere Besteuerung der Runkelrüben in den Zollvereinsstaaten. Frankfurt a. M. Die Versicherungsgesellschaft des Deutschen Phönix. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Der König von Baiern hat das Gesuch der protestantischen Filialgemeinde in **Eichstädt** um Bewilligung einer Collecte zur Herstellung einer protestantischen Kirche daselbst genehmigt. Die Sammlung soll im laufenden Monate vollendet und bis zum 25. Mai die Beiträge an den Magistrat von Eichstädt eingesendet werden.

Stuttgart, 4. Mai. Schon seit mehren Tagen hatte man sichere Anzeichen, daß nach dem Beispiele an andern Orten auch hier eine Störung der öffentlichen Ruhe und Eigenthumsberechtigung beabsichtigt sei, welche zunächst ihren Vorwand in der gegenwärtig herrschenden Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse fände und ihren Gegenstand hauptsächlich auf solche Besitzende richten sollte, welche die Meinung als Speculanten auf Preiserhöhung des Getreides bezeichnete. Es hatte sich allgemein das Gerücht verbreitet, daß es am Abend des 3. Mai zunächst auf das Haus des Bäckermeisters Maier in der Hauptstädterstraße abgesehen sei, und es waren in Folge dessen die Truppen der Garnison sowie Abtheilungen der Bürgergarde bereit gehalten, auf den ersten Ruf der gesetzlichen Stelle zur Unterdrückung etwaniger Excesse einzuschreiten. Mit Einbruch der Nacht füllte sich allmälig die gedachte Straße mit zum größern Theil den niedern Volksklassen, Handwerksgesellen, Lehrjungen, Fuhrknechten ꝛc. angehörigen Leuten (zu denen sich wol auch eine große Zahl Neugieriger gesellt haben mochte), deren Absichten alsbald durch Steinwürfe gegen das obengenannte Haus sich kund gaben. Zu derselben Zeit, kurz nach 8 Uhr, erschien die Bürgergarde auf dem Platze und fand auch sogleich Anlaß, thätlich einzuschreiten und die Tumultuanten von weiterm Zerstören abzuhalten. Ihre geringe Stärke würde jedoch mit ihrem guten Willen nimmer gleichen Schritt gehalten haben, allein unmittelbar darauf trafen zu ihrer Unterstützung der Gouverneur der Stadt Generallieutenant Graf Lippe und der Prinz Friedrich von Württemberg an der Spitze von Reiter- und Infanterieabtheilungen ein, und suchten sowol durch Vorstellungen als Warnungen auf die tobende Menge zu wirken und deren Auseinandergehen zu veranlassen. Vergebens! Die Massen wuchsen an, mit ihnen der Lärm der Schreienden und ihre alles Maß übersteigende Verhöhnung der gesetzlichen Organe. Anfänglich beschränkte man sich darauf, durch die inzwischen herbeigerufenen Truppenverstärkungen die Straßen rein zu halten, ohne daß ernstere Maßregeln nöthig befunden worden wären; doch bald schien ein Regen von Steinwürfen, ein aus dem Keller eines sehr achtbaren Bürgers gefallener Schuß und die Errichtung von Barricaden durch ineinandergeschobene Wagen auf den Straßen das Signal zu größern Verwickelungen zu geben. Eine Anzahl Offiziere und Soldaten war bereits von Steinen getroffen, mehre hatten Verletzungen erlitten, und nun war es dringend geboten, der bisher beobachteten Schonung ein Ziel zu setzen, um die Waffengewalt zu Verhütung schwerern Unglücks in Achtung zu erhalten. Die Reiterei war genöthigt, Angriffe mit blanker Waffe zu machen, die Infanterie zerstörte die Barricaden und das kräftige Zusammentreten Beider trieb die zügellosen Scharen vor sich her; doch hier verjagt, ordnete sich der Widerstand schnell wieder an andern Punkten, und leider können wir hierbei nicht verhehlen, daß selbst aus Häusern, vornehmlich in der Markt- und Holzstraße, mit Steinen auf die durchziehenden Truppen geworfen wurde. Um halb 10 Uhr hatte der König sich selbst auf den Schauplatz der Unordnungen verfügt, nicht achtend der Gefahren, die um so eher drohen konnten, als die durch Zertrümmerung vieler Straßenlaternen an manchen Stellen herrschende Dunkelheit ihn nicht erkennen lassen konnte. Der König durchritt, gefolgt von dem Kronprinzen, der Generalität und ihren Adjutanten, alle Straßen, in welchen diese beklagenswerthen Unordnungen stattgefunden hatten, und war zum Theil Zeuge von den hartnäckigen Bestrebungen der Ruhestörer, welche sich erst gegen 11 Uhr Nachts verliefen. Bei der Nesenbachbrücke in der Marktstraße, auf dem Leonhardsplatz und in dessen Seitengassen fanden noch die letzten Anstrengungen derselben statt; an ersterm Punkte sah sich ein Zug Infanterie genöthigt, zu Ueberwältigung eines in großer Nähe des Königs herandrängenden Haufens Feuer zu geben. Die Haltung der Truppen war durchweg eine musterhafte, und es ist eben so sehr ihre Mäßigung als ihre entschiedene Festigkeit zu rühmen, durch welche allein jede Hoffnung auf ein Gelingen ähnlicher verbrecherischer Versuche in ihrer Geburt erstickt und den ruhigen Bewohnern der Stadt Sicherheit der Person und des Eigenthums verbürgt werden kann. Von den Truppen der Garnison waren von jedem Infanterieregiment je ein Bataillon, drei Schwadronen des vierten Reiterregiments, die Leibgarde zu Pferd und die Feldjägerabtheilung unter den Befehlen des Gouverneurs Grafen zur Lippe ausgerückt. Mit Befriedigung haben wir noch anzuführen, daß die ehrenwerthen Bürger der Stadt bei diesen Pöbelexcessen durchaus unbetheiligt blieben. Der Stadtdirector v. Gärtner und der Stadtschultheiß v. Gutbrod, welche Beide über die ganze Dauer der Vorfälle anwesend waren, entfalteten eine eben so umsichtige als rastlose Thätigkeit. Von den Tumultuanten blieb ein Todter, Einige wurden durch Lanzenstiche und Säbelhiebe verwundet. Von dem Militair hatte die Reiterei fünf schwer und sieben leicht Verwundete, die Infanterie vier leicht Verwundete. Einem jeden Angriffe mit blanker Waffe gingen zur Warnung Trompeten- und Trommelsignale voraus, vor dem Feuern fand eine Ankündigung durch dreimalige Trommelwirbel statt. Während des übrigen Theils der Nacht wurde die Ruhe nicht mehr gestört, auch der heutige Markttag scheint ohne neue Excesse vorüberzugehen. Die Truppen sind in ihren Kasernen consignirt und gerüstet. Aus dem benachbarten Ludwigsburg soll eine reitende Batterie und ein Infanteriebataillon beigezogen werden.

In Folge der den unruhigen Auftritten von gestern Abend vorangegangenen Gerüchte hat der König sich bewogen gefunden, die von ihm beabsichtigte Reise nach Baden-Baden nicht anzutreten. (S. M.)

*Ulm, 4. Mai. Die kaum gehobene Besorgniß wäre gestern Abend beinahe aufs neue rege geworden. Nachmittags hatten sich nämlich einige verwegene Bursche aus der Hefe des Volks auf den verschiedenen Sectionen der beim Festungsbau beschäftigten Arbeiter umhergetrieben und diese unter der Vorspiegelung, daß ihr Lohn im Verhältnisse zu ihrer Arbeit zu gering sei, gegen die Festungsbaudirection aufzuwiegeln gesucht. Glücklicherweise scheiterte der elende Plan aber an der Biederkeit der ehrlichen Arbeiter, welche der Direction sofort Anzeige machten. Diese und die städtischen Behörden trafen indeß alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln. Abends gegen 6 Uhr hieß es nun, die Uebelwollenden hätten sich in vermehrter Anzahl in einem Wirthschaftsgarten vor der Stadt postirt, um dort die zu dieser Zeit von ihrer Arbeit heimkehrenden Schanzer von neuem aufzureizen. Alsbald eilten die Behörden mit Polizeimannschaft, Gendarmen und Militair dahin, Thore und Straßen wurden militairisch besetzt, und in der zum Frauenthore führenden Hauptstraße wogte eine zahllose Menschenmenge. Indeß glaubte wol Niemand ernstlich an den Wiederausbruch von Unruhen, zumal man hörte, daß die Festungsbauarbeiter die ihnen Nachmittags wegen ihres ruhigen Verhaltens

von der Direction zuertheilte Belobung freudig aufgenommen hätten. Bald kehrte die Behörde auch wieder zurück, die auf- und niederwogende Menge verlief sich, und alle Besorgniß schwand. Gleichwol blieben auch für die folgende Nacht die Vorsichtsmaßregeln der frühern Tage in vollster Anwendung. Nachmittags wurden mehre Verhaftungen vorgenommen. Von den aus den demolirten Häusern entwendeten Sachen sind sehr viele theils freiwillig, theils in Folge einer geschehenen öffentlichen Aufforderung wieder zurückgebracht worden; wieder andere wurden bei einer angeordneten Haussuchung vorgefunden. Gestern Nachmittag rückte ein Theil der wieder einberufenen Beurlaubten in die Stadt ein, deren Garnison somit um etwa 500 M. vermehrt wird. Die gestern früh von Stuttgart heimgekehrte Deputation brachte die erfreuliche Nachricht mit, daß die Fruchtkästen geöffnet werden sollen. Dies hat überall den beruhigendsten Eindruck gemacht. Einige Getreidehändler wollen ihr „Geschäft unter diesen Umständen" aufgeben; mehre Bierwirthe haben den Preis der württembergischen Maß bereits von 9 auf 8 Kr. herabgesetzt. — In Geislingen sind ebenfalls auf dem letzten Markte Drohungen ausgestoßen worden. In Bibrach wurden vier Bürgern, welche im Verdachte des Wucherhandels stehen, die Fenster eingeworfen. Aehnliche Demonstrationen läßt das Gerücht in Ellwangen, Tübingen und gegen die Kunstmühle in Plochingen geschehen sein.

†**Wetmold**, 3. Mai. Den Druck der allgemeinen Theuerung sucht man in unserm Lande noch fortwährend für die Armuth auf lobenswerthe Art zu erleichtern. In den Gemeinden werden durch Collecten Gelder zusammengebracht, um Brot und Suppen auszutheilen, durch den Bau der Communalwege wird Gelegenheit zu Verdienst gegeben, die größern Gutsbesitzer und Bauern lassen an ihre Tagelöhner und Einlieger wohlfeile Lebensmittel, unter andern auch Kartoffeln ab, die fürstl. Stadtkammer läßt das Pachtkorn von ihren Böden verbacken und Brote zu geringen Preisen (sie nimmt nur 2 Thlr. 15 Sgr. pr. Scheffel) an die mit Bons Versehenen abgeben. Nichtsdestoweniger bleibt der Druck noch recht groß, zumal da es nicht überall Arbeit gibt und die Löhne nur schwach sind (7 Sgr. pr. Mann), auch das Garn kein Geld kostet. Blicke in das Innere dieser Einliegerfamilien, besonders der verschämten auf dem Lande, zeigen oft die traurigsten Gestalten des Elends. Und wenn nicht bald Zufuhren von der See her über Bremen kommen, so würde man auch hier einer schlimmen Zeit entgegengehen, denn auch hier reichen die Vorräthe, mag man nur einen muthmaßlichen Ueberschlag machen oder polizeiliche Nachforschung anstellen, auf nicht lange Zeit mehr aus. Der Scheffel Roggen kostet 4 Thlr. 20 Sgr. Den Mangel durch Verbacken von Rübkuchen und Quecken ersetzen zu wollen, wird man bald als einen gut gemeinten, aber vergeblichen Versuch erkennen. Das Land würde allerdings weit weniger leiden, wenn nicht die Uebervölkerung so groß wäre. Von diesem Uebel überzeugt man sich bei gegenwärtiger Gelegenheit recht augenscheinlich, und kommt man dabei denn wol natürlich auf die Frage, wie dagegen Abhülfe zu verschaffen wäre. Die Auswanderung verspricht eine solche nicht. Es sind zwar mehre Hundert Personen in diesem Frühjahre von hier nach Nordamerika gezogen und noch einige Züge im Begriff abzureisen, sobald sie ihre Angelegenheit mit den Rhedern in Bremen regulirt haben; aber jene Leute hatten eine besondere Veranlassung. Sie gehörten größtentheils der pietistischen Färbung an und waren von einigen Oberführern gewonnen, die ihnen verpredigten, daß in unserm dem Rationalismus huldigenden Lande kein Heil für sie sei, nachdem die fünf Pastoren in dem bekannten Leitfadenstreit unterlagen. Mit ihrem Fortzug ist die pietistische Partei hier so sehr geschwächt, daß ihnen von daher keine neuen Züge folgen werden. Begüterte Leute von anderer Gesinnung scheinen keine große Lust zum Fortziehen zu haben, und die kleinen können nicht weg, weil sie die Ueberfahrt zu bezahlen nicht im Stande sind. Durch Gemeinheitstheilungen ist aber wenig zu helfen, denn alle Gemeinheiten im Lande sind bereits getheilt. Sollte man aber an Zerschlagung von Gütern und größern Bauernhöfen, ja sogar an Austheilung von Forstgrund denken, so wäre vielleicht für 30 Jahre gesorgt, aber nachher — was dann? abgesehen von vielen andern Gründen, die solcher Zerstückelung in kleine Theile entgegenstehen. Es bleibt kein anderes Mittel als die mögliche Hemmung der Ehen der Proletarier, ein höherer Satz von nachzuweisendem Vermögen und das strengste Halten auf diese Nachweisung.

Preußen.

Berlin, 6. Mai. In der Sitzung der Herren-Curie am 30. April ward über die Anträge der andern Curie in Betreff des Ausfuhrverbots von Kartoffeln und der Schließung der Brennereien verhandelt. Die Abtheilung empfahl die Annahme. Man besprach zuerst das Ausfuhrverbot. Der Finanzminister erklärte auch hier die Uebereinstimmung der Regierung. Graf Westphalen sprach dagegen, weil er das Verbot für zwecklos halte und Retorsion von Seiten Hannovers fürchte. Graf Asseburg-Falkenstein sprach dafür und empfahl noch Ermittelung der Vorräthe, verbreitete sich auch über allerlei Hülfsmittel für die Zukunft. Ueber bewirkte Ankäufe gab Minister Rother Auskunft. Fürst Lychnowski fand es der Herren-Curie ganz angemessen, die Anträge mit „der ungeheuersten Acclamation" anzunehmen. Fürst Lynar stimmte bei. Ebenso Graf Solms-Baruth, Dompropst v. Krosigk, Graf zu Lynar, Prinz Friedrich, Senfft v. Pilsach, Graf Zieten; in abweichender, selbst das Vorhandensein der Noth im hinreichend dringenden Grade bezweifelnder Weise sprach sich Graf York aus. In Betreff der vom Grafen Arnim in Anregung gebrachten Beziehungen zum Zollvereine theilte der Geheimrath Kühne die einschlagenden vertragsmäßigen Bestimmungen mit, zugleich aber, daß nur ein Bundesstaat, das Fürstenthum Sondershausen, und zwar auch nur für einen Theil des Landes, gegen Preußen, ohne Beobachtung der Verträge, welche vorherige Benachrichtigung und Einladung zum Beitritte vorschreiben, gesperrt habe, worauf von preußischer Seite Widerruf gefodert worden sei. Der Antrag selbst ward einstimmig angenommen. In Betreff des Verbots des Branntweinbrennens erklärte wieder zuvörderst der Finanzminister den Beitritt. Fürst Lynar sprach dafür. Graf Dohna-Lauck, der zugleich erklärte, daß seine Brennereien schon mit Ende März geschlossen seien, im Allgemeinen auch, empfahl aber möglichst schonende Ausführung der Maßregel, Unterscheidung der Provinzen, allmäligen Uebergang. Dagegen ward vom Finanzminister das Interesse der Beschleunigung geltend gemacht. v. Quast hoffte, die Maßregel würde zum gänzlichen Aufgeben der Brennereien führen. Graf York stimmte der Maßregel bei, wünschte aber wirksamere Mittel. Einer Frage des Prinzen Biron in Betreff der Verzögerung traten der Prinz von Preußen und der Finanzminister entgegen. Graf Sierstorpff wollte im Protokoll erklärt wissen, daß die Curie die Ungerechtigkeit der Maßregel zwar erkenne, aber das Gerechtigkeitsgefühl der Noth zur Opfer bringe. Graf Westphalen war gegen die Maßregel. Fürst Lychnowski und Senfft v. Pilsach dafür. Der Antrag ward gegen nur 2 Stimmen angenommen. — Dann ward noch der die Gegenwart der Mitglieder der einen Curie bei den Verhandlungen der andern betreffende Antrag des Fürsten Lychnowski berathen. Principmäßig sprach nur der Dompropst v. Krosigk dagegen. Wohl aber ergaben sich viele Schwierigkeiten der Oertlichkeit. Doch trat man dem Antrage, wie er von der Abtheilung gefaßt und bevorwortet worden, gegen 3 Stimmen bei. (A. Pr. Z.)

****Berlin**, 5. Mai. Schon seit einiger Zeit sprachen die öffentlichen Blätter von der Absicht einer Anzahl von Landtagsmitgliedern: in Folge der Wendung, welche die Adreßangelegenheit des Vereinigten Landtags, namentlich auch durch die königliche Antwort genommen, eine sogenannte Protesterklärung einzureichen. Dem Vernehmen nach ist gestern in der That eine von ungefähr 120 Abgeordneten unterzeichnete Erklärung, in welcher die in dem Beckerath'schen Adreßentwurf urgirten Punkte von neuem hervorgehoben und erörtert werden, an den Marschall der Ständecurie mit dem Antrag eingereicht worden, dieselbe einer Abtheilung zur gründlichen Erörterung zu überweisen, damit sie in der Curie der drei Stände demnächst zum Beschluß erhoben und im Protokoll niedergelegt werden könne. Es ist uns nicht bekannt, welches Verhalten der betreffende Landtagsmarschall diesem Antrage gegenüber angenommen hat. Unserer Ueberzeugung nach entbehrt der Schritt der Antragsteller aller formellen wie materiellen Berechtigung und findet auf dem Boden unserer ständischen Verfassung gar keinen Haltpunkt noch Eingangspunkt. Der Marschall der Ständecurie kann unmöglich die Eingabe annehmen und dieselbe in der Curie der drei Stände zur Verhandlung bringen, weil die gesammten Adreßverhandlungen, mit denen die Eingabe im genauesten Zusammenhange steht, in den Sitzungen der vereinigten Curien stattgefunden haben, weil die Adresse von beiden Curien gemeinsam beschlossen und an beide gemeinsam auch von dem Könige beantwortet ist. Demnach bleibt dem Marschall der Ständecurie nichts Anderes übrig, als die Antragsteller mit ihrer Eingabe an den Marschall der vereinigten Curien zu verweisen. Daß aber dieser den Antrag entgegennehmen und demselben weitere Folge geben werde, müssen wir bezweifeln.

Die Adresse des Vereinigten Landtags ist mit überwiegender Stimmenmehrheit beschlossen; 485 Mitglieder gegen 107 haben durch Annahme eines Amendements ausdrücklich ausgesprochen: daß sie die in dem ursprünglichen Adreßentwurfe specialisirten, von den Antragstellern in ihrer Eingabe erneuerten und weiter motivirten Rechtsansprüche nicht als unbedingte, feststehende, zur völligen Klarheit der Ueberzeugung entwickelte Rechtsansprüche anerkennen und demgemäß dieselben auch nicht als solche in der Adresse geltend machen können; der Vereinigte Landtag hat also mit Abweisung des ursprünglichen Adreßentwurfs auch die von den Antragstellern von neuem urgirten Punkte in jenem Sinn abgewiesen, und muß es unter solchen Umständen als ein seltsames Unternehmen erscheinen, daß eine verhältnißmäßig geringe Minorität an die Versammlung das Ansinnen stellt, ihrem frühern Beschluß entgegenzuhandeln, so kann namentlich dem Landtagsmarschall als Vorsitzendem der Versammlung nicht zugemuthet werden, einen Antrag zur Verhandlung zu bringen, der auf die Ungültigkeitserklärung eines gültigen Majoritätsbeschlusses gerichtet ist.

Haben aber die Stände in ihrer Gesammtsitzung die specielle Hervorhebung der im ursprünglichen Adreßentwurf urgirten, von den Antragstellern wieder aufgenommenen Punkte abgelehnt, so haben sie sich zu gleicher Zeit ausdrücklich vorbehalten: „im Laufe der Verhandlungen auf diejenigen Punkte in den Verordnungen vom 3. Febr. näher einzugehen, in welchen viele unter den Ständegliedern die volle Uebereinstimmung mit

den ältern Gesetzen vermissen, und haben es der aus den Berathungen zu gewinnenden Ueberzeugung anheimgestellt, ob ihrer Ansicht nach Abweichungen zwischen den ältern und den gegenwärtigen Gesetzen vorhanden seien." Der König erklärt sich in seiner Antwort bereit, die auf Ausbildung der Verfassung gerichteten Anträge entgegenzunehmen und dieselben gern insoweit zu gewähren, als dieselben mit den unveräußerlichen Rechten der Krone und mit dem Wohle des Landes verträglich erscheinen. Auf diesem verfassungsmäßigen Wege können zugleich alle Zweifel ihre Erledigung finden, die etwa über den wahren Sinn der Gesetzgebung obwalten möchten. Mit dieser auf die gesetzlich bestehenden Formen verweisenden Erklärung ist denn auch der verfassungsmäßig einzig zulässige Weg bezeichnet, der den Antragstellern zur Einbringung ihres Antrages offen steht. Sie können den Weg der ordnungsmäßig zu verhandelnden Petition einschlagen und ihre Anträge also zur Sprache bringen, wenn die betreffenden Gegenstände überhaupt in den Curien zur Verhandlung kommen. Daß aber ihre gegenwärtige Eingabe keineswegs den Charakter einer Petition trage, und durchaus nicht bestimmt sei, den verfassungsmäßigen Weg der Petition zu gehen, möchte schon rein formell daraus am deutlichsten einleuchten, daß dieselbe lediglich an die Curie der drei Stände gerichtet ist, nur hier verhandelt werden und nach geschehener Beschlußnahme in das Protokoll niedergelegt werden soll, ohne zur weitern Begutachtung an die Herrencurie und zur schließlichen Bescheidung an den König zu gelangen. Welches das Schicksal der Eingabe sein werde, können wir nicht wissen; aber die Thatsache müssen wir solchem Unternehmen gegenüber aussprechen: daß der Vereinigte Landtag sein Reglement besitzt, um ordnungsmäßig zu verhandeln und keiner Willkür Spielraum zu geben.

*Posen, 4. Mai. In den letzten drei Tagen ist die Ruhe bei uns nicht weiter gestört worden, und wir dürfen der Hoffnung Raum geben, daß die energischen Maßnahmen zur Linderung der Noth unter der niedrigsten Volksklasse es nicht zur Wiederkehr von öffentlichen Unordnungen kommen lassen werden. Unsere städtischen Behörden haben allen Arbeitern, die sich seitdem gemeldet haben, Beschäftigung gegen ein Taglohn von 9 Sgr. gegeben, und es haben in den letzten Tagen zwischen 3—400 Tagarbeiter auf verschiedenen Punkten fleißig und ruhig gearbeitet. Jetzt hat die Eisenbahndirection sich erboten, deren 600 von nun an gegen ein gleiches Taglohn anzustellen, und die hiesigen städtischen Behörden haben sämmtlichen in unserer Stadt heimischen Tagarbeitern in der Nähe der Arbeitsstelle gute mit Planken gedeckte Strohhütten bauen lassen und einen eignen Marketender angestellt, der die Leute zu niedrigen Preisen mit Lebensmitteln versieht, und außerdem erhalten sie Brot zu ermäßigtem Preise, wie ich höre 5½ Pfd. zu 3 Sgr. So ist alles Mögliche für unsere Proletarier gethan, und sie sind, wie verlautet, auch vollkommen zufriedengestellt. So kurz die Dauer der Excesse bei uns auch gewesen ist, so hat es doch nicht an Stimmen gefehlt, die das versöhnende Benehmen unserer Polizei, der allein wir es verdanken, daß bei uns Blutvergießen verhütet worden ist, getadelt und sogar die Meinung ausgesprochen haben, der Polizeipräsident habe durch die Vertheilung von Geld am Vormittage des 29. April die Unruhen des Abends provocirt, weil Böswillige daraus abgenommen, daß man unbegründete Foderungen durch Drohungen und Excesse ertrotzen könne. Hr. v. Minutoli verwahrt sich in der hiesigen Zeitung gegen solche gehässige Ausstellungen und zeigt an, daß er an erwähntem Tage zwar Geld ausgetheilt habe, aber nur an solche Tagarbeiter, welche aller Versuche ungeachtet an jenem Tage keine Arbeit gefunden und weder Geld noch Brot hatten, um den eignen und den Hunger der Ihrigen zu stillen, und welche von ihm nicht Geld, sondern Arbeit begehrten; er habe Allen für den nächsten Tag Arbeit verbürgt und nur den Hungernden für den Augenblick eine kleine Unterstützung verabreicht. Niemand habe es gewagt, ihn zu bedrohen oder etwas von ihm ertrotzen zu wollen, da man von ihm wohl wisse, daß er weder einer Drohung noch der Gewalt nachzugeben gewillt sei. Die allgemeine Stimme der Bürger in unserer Stadt ist auch durchweg für unsern Polizeipräsidenten, da man auch bei dieser Gelegenheit wieder Anlaß gehabt hat, sich von seiner Unerschrockenheit sowie von der Achtung, die er beim Volke genießt, zu überzeugen. Unbewaffnet und ohne Schutz trat er unter die dichtesten Aufrührerhaufen und ermahnte sie ruhig, aber mit ernsten, strafenden Worten zum Auseinandergehen, und foderte sie auf, wenn sie Anliegen hätten, dieselben ihm vorzutragen. Alle nahmen ihre Mützen ab, ließen sofort vom Unfug ab und folgten seiner Ermahnung. In der heutigen hiesigen Zeitung wird mitgetheilt, daß notorisch wohlhabende Personen sich Brotmarken, die doch nur für die Armen bestimmt sind, zu verschaffen gewußt hätten, um das für die Bedürftigen bestimmte Brot zu ermäßigten Preisen für sich und ihre Dienstboten anzukaufen. Dieses schändliche Verfahren wird mit dem härtesten Tadel belegt, und die Stadtvertreter haben beschlossen, die Namen der Individuen, die künftighin solcher unwürdigen Handlungsweise sich schuldig machen sollten, in den Zeitungen zu veröffentlichen.

Uebrigens scheinen die Volkstumulte wie eine ansteckende Krankheit sich fortzupflanzen, denn gestern und heute sind aus einer Menge kleiner Städte in unserer Provinz Nachrichten von dort ausgebrochenen Unruhen eingetroffen. Ueber die Ausdehnung derselben lauten die Berichte verschieden und wol jedenfalls übertrieben. In Gnesen, wo doch ein Bataillon Infanterie steht, sollen die Getreidespeicher geplündert, in Rogasen und Schrimm die Gewölbe der Kaufleute und die Häuser der Juden ausgeplündert worden sein. Aus erstern Orte wurden gestern Abend drei Wagen voll Verhafteter hier eingebracht. Nach dem nur drei Meilen von hier entfernten Städtchen Murowanna-Goslin wurden gestern schleunigst Husaren geschickt, weil dort bei einem Jahrmarkte der Tumult zum Ausbruche gekommen war.

Die Besorgnisse vor Mangel an Brotgetreide sind bei uns nicht groß, da man weiß, daß bei unsern reichern Gutsbesitzern noch große Vorräthe anzutreffen sind, unser Markt daher auch keine Noth leiden werde. Dazu kommt, daß die jüdischen Getreidehändler hier vorsichtig geworden sind und ihre Aufkäufe eingestellt haben, sodaß Bäcker und Müller sich auf den Märkten selbst mit kleinern Quantitäten, je nach ihren Bedürfnissen und Kräften, versorgen können. Die Getreidehändler, die hier große Vorräthe aufgespeichert hatten, um noch höhere Preise abzuwarten, haben dieselben in den letzten Nächten sämmtlich die Warthe hinabgeschifft, um sie vor der Wuth des hiesigen Pöbels in Sicherheit zu bringen.

††Breslau, 4. Mai. Gegen einzelne Tumultuanten vom 22. März ist, wie der gestrige Anzeiger berichtet, bereits das Erkenntniß ergangen. Die schärfste Strafe, auf welche bisher erkannt worden ist, besteht in achtmonatlicher Festungsstrafe. Außerdem wurde ein nicht unbedeutender Theil der bei und in Folge des Tumults vom 22. März Verhafteten im Laufe der Untersuchung aus Mangel an genügenden Beweisen ihrer Schuld von der mit der Untersuchung beauftragten Commission entlassen. Auch bei dieser Untersuchung hat es sich herausgestellt, daß ein Proceß über ein Vergehen, das von der großen Masse verübt ist, sehr schwer zu führen ist und keine dem Vergehen entsprechenden Resultate hervorbringt. Die Gründe, aus denen dies hervorgeht, auseinanderzusetzen, gehört nicht hierher; nur Eins erwähne ich, daß dergleichen Processe an der Unsicherheit und Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen scheitern.

— Einem Bericht aus **Regenwalde** in der Berlinischen Zeitung zufolge haben auch in den Städten Köslin, Lauenburg, Körlin und Wangerin auf den Wochenmärkten und außer denselben Excesse gegen das Privateigenthum stattgefunden. In Körlin hat der Pöbel am 25. April und in Köslin am 27. April die größten Ausschweifungen verübt, die Wohnungen einiger Getreidehändler erstürmt, sie zum Theil demolirt und in Köslin den Laden eines Kaufmanns ausgeplündert. Es hat daher in beiden Städten die bewaffnete Macht einschreiten müssen, doch scheint, wenigstens in Köslin, durch die „scharf geladenen Gewehrsalven" (hoch angeschlagen) Niemand verletzt zu sein. Ebenso hatte am 25. April in Polzin auf dem Wochenmarkt eine Revolte statt, wobei das zum Verkaufe gestellte Getreide zum Theil geraubt, zum Theil verschüttet ward.

Oesterreich.

Der Oesterreichische Beobachter theilt aus **Wien** vom 3. Mai das Programm der Leichenfeierlichkeit bei dem Begräbniß des Erzherzogs Karl mit. „Um halb 8 Uhr Abends werden die Appartements des Erzherzogs Karl eröffnet, und um 8 Uhr findet sodann die Uebertragung der Leiche durch den Augustinergang in die Hofburg-Pfarrkirche statt. Am 4. Mai bleibt die Leiche von 8 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags in der Hofburg-Pfarrkirche öffentlich ausgesetzt. An demselben Tage, um 5 Uhr Nachmittags, erfolgt das feierliche Leichenbegängniß, wozu die sämmtlichen in Wien garnisonirenden Truppen der Infanterie, Cavalerie, Artillerie, das Pionnierscorps, zwei Bataillons vom Infanterieregiment des Erzherzogs und 24 zwölfpfündige Kanonen ausrücken. Nach Beisetzung der Leiche in der kaiserlichen Gruft bei den PP. Kapuzinern rücken sämmtliche Truppen auf die Esplanade zwischen dem Burg- und Franzensthor, um daselbst die gebührenden Salven zu geben. Mittwoch am 5. Mai, Nachmittags um 5 Uhr, sind die Vigilien für den Erzherzog in der Hofburg-Pfarrkirche, und am darauf folgenden Tage Vormittags um 11 Uhr wird in derselben Kirche das feierliche Seelenamt gehalten."

— Der Augsburger Postzeitung zufolge ist am 26. April auch in **Eger** ein Theuerungstumult vorgefallen, indem Viele aus dem niedern Pöbel, meist Weiber, die auswärtigen (bairischen und sächsischen) Käufer, durch deren Angebote die Getreidepreise in die Höhe getrieben wurden, anfielen und mishandelten. Der Lärm zog bald eine noch größere Menge herbei, die mit Steinen warf und die Fremden bis in die Gasthöfe verfolgte, wo die Geräthschaften zertrümmert wurden. Die schnell aufgebotenen Behörden vermochten nur wenig gegen die Tumultuanten. Doch gelang es den meisten Käufern, zu entfliehen, indem sie den Nacheilenden Geld entgegenwarfen. Keinen fremden Wagen mit Getreide ließ man zu den Thoren hinaus, man schnitt die Stränge entzwei und zwang die Wagen zur Umkehr in die Stadt. Bis zum späten Abend dauerte der Lärm. Die Obrigkeit, die Polizei- und Militairmannschaft bemühten sich unausgesetzt, mit aller möglichen Mäßigung und Schonung den Aufruhr zu stillen. In mehren andern Städten Böhmens,

z. B. in Plan, Pilsen, Kommotau (Nr. 124), Klattau, haben ähnliche Unruhen auf den Getreidemärkten stattgefunden.

Spanien.

Gegenwärtig haben 220 Deputirte im Congreß ihren Sitz genommen. Von ihnen gehören 96 der moderirten Opposition, 50 den Progressisten, 66 dem Ministerium an. Die wenigen übrigen Stimmen schwanken. Wenn nun die Progressisten ebenfalls ernstlich anfingen, dem Cabinet Pacheco den Krieg zu erklären, so würde dieses jeder parlamentarischen Stütze ermangeln. Auch der von den Ministern vorgelegte Entwurf eines neuen Preßgesetzes hat die Progressisten mit Unwillen erfüllt.

— Aus **Madrid** werden vom 27. April wieder Gerüchte von einem bevorstehenden Ministerwechsel gemeldet, die in dieser Hauptstadt fast nicht mehr erlöschen. Man nannte den Herzog v. Valencia, der als ernannter Gesandter in Paris seine Entlassung einzugeben entschlossen sei, und den jetzigen Finanzminister Hrn. Salamanca als Diejenigen, welche das neue Cabinet bilden würden. Da nun aber die Hauptquelle des ganzen Gerüchts in der Opposition zu suchen sein dürfte, welche der Gesetzentwurf über den Verkauf der Propios bei den Moderados erfährt, so nimmt es sich eigenthümlich aus, gerade den Urheber dieses Entwurfs, Hrn. Salamanca, als Minister der Zukunft mit bezeichnen zu sehen, zumal General Narvaez noch immer für eine Stütze der Moderados gilt. Ein anderes Gerücht läßt Einleitungen treffen, um Hrn. Gonzalez Bravo ins Ministerium zu bringen. Die «Union», ein Organ der jetzigen Verwaltung, empfiehlt eine Auflösung der Cortes, wenn die Opposition der Moderados zu weit gehen sollte.

— Der Heraldo meldet, daß nach Mittheilung wohlunterrichteter Personen die portugiesische Regierung die spanische Vermittelung abgelehnt und nur die Großbritanniens angenommen habe.

— Der Geburtstag der Königin Christine ist bisher immer mit großem Gepränge gefeiert worden. Diesmal unterblieb auf allerhöchsten Befehl die Feier.

Großbritannien.

London, 2. Mai.

Die Times von gestern äußert über die auf mehre Börsen sich erstreckende neueste Finanzoperation der russischen Regierung: „In der City machte gestern eine russische Nachricht viel Aufsehen und bewirkte ein Steigen der Fondscurse um 1 Proc. Einem Ukas zufolge sollen 30 Mill. Silberrubel von 114 Mill., welche als Grundlage des Papiergeldumlaufs in Rußland angesammelt wurden, zum allmäligen Ankaufe von russischen und fremden Staatspapieren verwendet werden. Von diesem in runder Summe auf 4,750,000 Pf. St. anzuschlagenden Betrage sind schon circa 2 Mill. zum Ankaufe französischer Renten von der Bank von Frankreich ausgegeben worden, etwa 750,000 Pf. St. glaubt man für den niederländischen Geldmarkt und die andern Continentalstaaten bestimmt, und sie sind wol schon dort verwendet, und da man glaubt, daß nur der Zinsertrag zum Ankaufe russischer Effecten bestimmt sei, erwartet man die übrigen 2 Mill. Pf. St. in englischen Fonds angelegt zu sehen. Vermuthungen der Art sind mehr oder weniger seit dem Geschäfte mit der Bank von Frankreich gehegt worden, und da das den vortheilhaften Einfluß hatte, durch Abhalten von bloßen Speculationsverkäufen das Börsenspiel zu beschränken, ist jetzt nur ein mäßiges Steigen eingetreten. Es wird auch der Zweifel gehegt, ob nicht die Abschlüsse über die beabsichtigten Ankäufe bereits erfolgt sind, da es gar zu unwahrscheinlich aussieht, daß man dem Bekanntwerden der Sache solchen directen Einfluß auf dieselbe gestatten werde. Ungewißheit kann darüber nicht walten, daß eine Erleichterung für die Gegenwart aus einer solchen Operation folgen werde. Allein man muß nicht vergessen, daß die Bedingungen, zu denen diese Erleichterung erlangt wird, und der Ankauf von 2 Mill. englischer Stocks vorausgesetzt, in einer jährlichen Dividendenzahlung von circa 70,000 Pf. St. an Rußland mit der Gewißheit bestehen, daß diese Zahlung, wenn sie je aufgehoben werden soll, nur durch Rückkauf der Stocks zu sehr erhöhtem Curse oder durch Zahlung von 100 Pf. St. für jetzt erhaltene 88 Pf. St. möglich sein wird. So hart das ist, könnte man es doch ohne Unwillen betrachten, wenn damit die Gewißheit oder doch die Wahrscheinlichkeit verbunden wäre, daß in Zukunft das Verfahren, wodurch es nöthig wurde, ein Ende habe, und daß wir nach dieser Bußzahlung für unsere frühere Unvorsicht hinfüro einen weisern Weg einschlagen werden."

— Die Nachrichten im Freeman's Journal von Dublin vom 30. April melden über das Befinden des Lordlieutenants, daß dasselbe keine Hoffnung für dessen Erhaltung zu geben scheine. Die Ausbreitung des Fiebers im Lande dauerte fort. In dem zum Arbeitshause in Belfast gehörenden Fieberkrankenhause befanden sich zuletzt 515 Personen. Aus der Kingscounty meldet ein Blatt, daß man dort leider an jungen Kartoffelpflanzen schon die Zeichen der Wiederkehr der Kartoffelkrankheit wahrgenommen habe.

— Der Gesandte der Vereinigten Staaten, Hr. Bancroft, übersendete am 28. April dem Premierminister Lord J. Russell eine Anweisung von 15,000 Doll. mit einem Schreiben, worin er anzeigte, daß diese Summe in einer öffentlichen Versammlung der Bewohner von Neuorleans am 5. Febr. zur bestmöglichen Verwendung bei Erleichterung der Noth in Irland zusammengekommen und ihm dazu vom Mayor und einem Comité in Neuorleans übermittelt worden sei. Da Niemand besser im Stande sei, für Erreichung dieses Zwecks den rechten Weg einzuschlagen, als Lord J. Russell, so bitte er um die Erlaubniß, ihm jene Gelder dazu zur Verfügung stellen zu dürfen. Lord J. Russell erwiderte darauf, wie er mit vielem Vergnügen von der in Neuorleans gehaltenen Versammlung und ihrer freiwilligen Beisteuer von 15,000 Doll. zur Unterstützung Irlands vernommen und die Anweisung über diesen Betrag erhalten habe. „Ich fühle mich durch das mir von Ihnen geschenkte Vertrauen hoch geehrt, fährt der Lord in seinem Schreiben fort. Als der beste Weg, diese glänzende Beisteuer zu verwenden, erscheint mir deren unverzügliche Uebermachung an das Centralunterstützungscomité in Dublin, an dessen Spitze Lord Kildare steht. Ich werde demselben also den Betrag mit einer Abschrift Ihres Schreibens übersenden." Der Lord drückt dann noch das Wohlthuende der in den Vereinigten Staaten für Irland sich bekundenden Theilnahme aus, und sagt, daß die Königin mit der höchsten Befriedigung die Beweise von Edelmuth und Wohlthun einer Nation von gleichem Ursprunge mit der englischen vernommen habe.

— Die Gattin des Earl of Mornington, Neffen des Herzogs v. Wellington, welche in London kürzlich als zufällige Dürftige die Unterstützung des Kirchspiels und den Beistand der Polizei gegen ihren Gatten in Anspruch nehmen mußte (Nr. 126), lebt seit 14 Jahren getrennt von demselben. Der Earl setzte ihr damals 1000 Pf. St. jährlich aus dem Einkommen von seinen Gütern aus, ist aber damit seit fast der ganzen Zeit in Rückstand geblieben, sodaß die Lady 14,000 und wenn sie Zinsenvergütung ansprechen kann, 17,500 Pf. St. zu erhalten haben würde. Vor einiger Zeit war sie krank, und als sich deshalb ihr Wirth in London an den Earl wendete, gab ihm dieser zur Antwort: „Bringt mir ihren Todtenschein, und ich will Alles zahlen, außerdem aber keinen Heller." Von der Familie des Earl wurde die Lady ebenfalls und mit der Erklärung abgewiesen, daß in allen Beziehungen zu Lord Mornington dem Gesetze freier Lauf gelassen werden müsse. Alle verweigerten, sich mit irgend etwas den Earl Angehendem zu befassen.

Frankreich.

Paris, 3. Mai.

Der Constitutionnel will nicht gelten lassen, was Hr. Demousseaux de Givré vom Ministerium gesagt hat, daß es nämlich in gänzlicher Unthätigkeit verharre und sein Programm „Nichts und abermals nichts" sei. Vielmehr habe es seit sieben Jahren gar viel gethan und fahre damit täglich noch fort. Unter seinem Einflusse sei in der Regierung und den öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs eine große, freilich sehr schlechte Veränderung vor sich gegangen. Anfänglich habe das Cabinet des 29. Oct. doch noch eine Politik gehabt, zu der es sich bekannte und für welche es das Land gewinnen wollte. Es habe nach außen beständig Frieden, basirt auf das sogenannte herzliche Einverständniß mit England, gewollt, und im Innern das Uebergewicht der Krone über das Parlament neben ausschließlicher Befriedigung der materiellen Interessen. Das Letztere könne nicht ohne Wahrung der moralischen Interessen einer Nation zum Guten führen und das Fruchtbare und Große in der englischen Allianz, was übrigens mit dem Frieden um jeden Preis nicht verträglich gewesen wäre, habe das Ministerium nicht begriffen. Was aus ihr und dem Frieden um jeden Preis geworden sei, wisse Jedermann. Das Ministerium habe gegen die Dynastie wie gegen das Land gehandelt und indem es ihrem wahren Interesse das übel verstandene Privatinteresse voranfetzte, die Allianz Frankreichs, die Sache der Freiheit und selbst die Sicherheit des Friedens dem Vortheil eines Prinzen aufgeopfert. Der Finanzminister verwalte seine Familienangelegenheiten besser als das Budget, und das Ministerium in der Gesammtheit ruinire seine eigne Politik und wende Europa um, um einen Sohn des Königs zu verheirathen. Man möge daher nicht sagen, das Ministerium thue nichts und wolle nichts thun.

— Das Journal des Débats fährt mit Besprechung der Vorgänge am Vereinigten Landtag in Berlin fort und äußert unter Anderm über die Antwort des Königs von Preußen auf die Adresse: „Man muß dieselbe recht begreifen und für dieselbe der Klugheit und Großherzigkeit des Fürsten danken, gleichzeitig aber noch einmal dem Landtage Glück wünschen, dessen bemessene Haltung Raum für jedes ehrenhafte Abkommen ließ. Dank dieser glücklichen Mäßigung und Dank vor Allem der Reinheit der Absichten, welche das Herz des Königs erfüllen, scheint es jetzt, als solle Preußen ohne zu harte Prüfungen in die große Richtung moderner Freiheiten eintreten. Nichts vermöchte besser jene von uns so gerechterweise gepriesene Geradheit des Charakters ans Licht zu stellen, nichts beweist besser die politische Rechtlichkeit des Souverains als diese loyale Herablassung, mit welcher er seinem jungen Parlamente neue Bedingungen des Bestehens zubilligt. Für einen von der Güte seiner Ideen und von der Reife seiner Plane so überzeugten Geist ist es ein edles Opfer, sie zu modificiren, sobald sie zu hart gegen das allgemeine Gefühl sich

reiben. Intelligente und freie Zugeständnisse sind in ganz anderer Art rühmlich als hartnäckiger Eigensinn. Nicht daß der König in seiner Rede vom 22. April hätte vor den Ständen zurückweichen wollen oder sein Banner verborgen hätte. Niemand dachte daran, ihm so Kleinliches zuzumuthen. Jedermann weiß, wie er denkt, und man erwartete nicht, daß er von einer Rede zur andern das Princip wechseln werde. Man hoffte nur und diese Hoffnung ist nicht getäuscht worden, daß er nach erlangter Ueberzeugung des Einflusses anderer Principien als der seinigen auf ernste Gemüther auch diesen andern einen weitern Spielraum, einen gesicherten Schauplatz sich zu versuchen gewähren würde. Allein, sagt man, die Principfrage ist nicht gelöst. Die Abgeordneten werden in zwei Jahren, in einem vielleicht wieder versammelt werden, keineswegs aber ist bestimmt, daß fortan eine regelmäßig wiederkehrende Berufung für die Versammlung bestehe. Es gibt sogar, wie es scheint, Mitglieder des Landtags, welche, mit der thatsächlichen Lösung sehr zufrieden, gleichwol die Lösung der Principfrage fodern und sluggs alle noch übrige delicate Punkte zwischen Krone und Parlament erledigt wissen wollen. Wir glauben aber nicht, daß das die ganze Wichtigkeit der nun erlangten Gewißheit einer nahen zweiten Versammlung wohl begreifen heiße, wir halten vielmehr dafür, es würde ein Suchen des Streites um des Streites willen sein. Ein beredter Abgeordneter, Hr. Hansemann, richtete die Frage an die Versammlung, ob sie durch Gnade oder durch Recht bestehen wolle. Die Wahrheit ist gleichwol, daß es unter gewissen historischen und politischen Bedingungen ein Moment zwischen beiden einander entgegengesetzten Formen geben kann; nämlich noch nicht das geschriebene und proclamirte Recht, aber auch nicht mehr die bloße Gnade, sondern eine Nothwendigkeit, welche den einen Theil verpflichtet und dem andern zu gute kommt. Es gibt etwas, die Gewalt der Dinge genannt; das große Verdienst Derer, welchen sie Einhalt thut, und Derer, die von ihr vorwärts gedrängt werden, wird immer sein, nicht zu laut zu werden." Das Journal des Débats hätte vielleicht treffender und kürzer diesen staatlichen Proceß als den „organischer Fortbildung" bezeichnen können.

— Das Journal des Débats hatte gestern Mittheilungen aus Konstantinopel vom 17. April, nach denen dort in der Differenz der Pforte mit Griechenland das berliner Cabinet auf die Seite Englands getreten sein und Griechenland auch von Oesterreich keine Unterstützung zu hoffen haben sollte. Lord Palmerston wolle in Athen seine Revanche für die spanischen Heirathen nehmen und man gehe direct der Lage von 1840 (Frankreichs Isolirung wegen der orientalischen Frage) entgegen. Heute bespricht das Journal des Débats diese Correspondenz, glaubt darin die zu Konstantinopel herrschende Ansicht richtig ausgedrückt, hält dieselbe aber für voreilig. Erhalte die Pforte wirklich Ermuthigungen in ihren feindseligen Absichten, so würden diese keineswegs einhellig sein, und es habe Grund anzunehmen, daß Frankreich nicht allein Mäßigung und Besonnenheit anrathe. Die Reorganisation des Ministeriums Kolettis werde Diejenigen, welche auf den Fall desselben gerechnet hätten, erinnern, sich zu bedenken. Mehr als je besitze es das Zutrauen des Königs und der Königin und die nahen Wahlen würden hoffentlich beweisen, daß ihm alle Sympathien der Nation gehörten. Die Franzosen wären ihm gewiß und es sei Grund da, zu glauben, daß gegenwärtig die Repräsentanten von Oesterreich und Preußen in Athen gleiche Gesinnungen zu erkennen geben würden.

— Hr. Guizot gab vorgestern, am Namenstage des Königs, ein Bankett, zu welchem das diplomatische Corps und die in der Hauptstadt anwesenden französischen Gesandten ꝛc. an auswärtigen Höfen sowie die ersten Beamten im auswärtigen Ministerium geladen waren. Links neben Hrn. Guizot saß der österreichische Gesandte, rechts der päpstliche Nuntius, der britische und der türkische Gesandte. Der Herzog v. Broglie, welchen Hr. Guizot ersucht hatte, ihn als Wirth zu unterstützen, hatte die Gesandten von Neapel und Sardinien neben sich.

— Der Prinz von Syracus, Bruder des Königs von Neapel, der in Rom und dann kurze Zeit in Neapel war, ist von dort nach einer Besprechung mit seinem Bruder schleunig nach Marseille abgereist, wo er am 29. April ankam und sogleich nach Paris weiter ging.

— Die Patrie von gestern Abend spricht von eingelaufenen Depeschen des französischen Geschäftsträgers in Madrid, welche von zwei Monate alten Aussichten der Königin Isabella II., Mutter zu werden, berichten sollen.

— Die vom Seinepräfecten angeordnete Commission zur Prüfung und Ermittelung geeigneter Bauplätze und Pläne für die königl. Bibliothek hat den Louvre und den Carrouselplatz als allen andern vorzuziehen bezeichnet.

— In **Toulon** ist die Fregatte Armide von Brest eingetroffen, um zum Geschwader des Prinzen von Joinville zu stoßen.

— Bei der letzten Aufwartung der Nationalgarde der Seine in den Tuilerien machte ein Bataillonscommandant viel Aufsehen, der mit zwölf Ordensdecorationen prangte. Man gab sich, während die Nationalgardeoffiziere in der Galerie des Louvre zu warten hatten, eine Zeit lang Mühe, zu enträthseln, in welchen Regionen, auf welchen Schlachtfeldern, für welche Großthaten dieser Commandant mehr Orden erworben haben könne, als ein Turenne oder Massena besaß. Am Ende kam heraus, daß es nur Hr. Alexander Dumas sei, und aus der ernstlichen Aufmerksamkeit ward nun eine sehr spaßhafte und ergötzliche.

— Der Befehl, den in Marseille angelangten Bu-Maza nach einem Schloß in den Pyrenäen zu bringen, ist zurückgenommen worden und war erlassen, als man nicht wußte, daß der Scherif sich freiwillig unterworfen hat. Er wird nun vorläufig in Marseille bleiben.

Belgien.

* **Brüssel**, 2. Mai. In Folge eines Conflicts zwischen der städtischen Behörde zu Löwen und dem Minister de Theux, den die gemisbilligte Ernennung eines Schöffen veranlaßt hatte, hat der gesammte Schöffen- und Gemeinderath, den Bürgermeister an der Spitze (natürlich mit Ausnahme des neuernannten Schöffen), seine Entlassung eingereicht. Dieser Schritt, der von einer in Löwen besonders auffallenden Energie zeigt, hat in der Stadt die lebendigste Theilnahme erregt. Es sind dies Alles schlimme Vorzeichen für die Zukunft des Cabinets.

Das Gerücht läuft, Hr. de Bavay habe seine Entlassung eingereicht, und beabsichtige, die Stellung des Hrn. Masui, Directors der Eisenbahnverwaltung, zu übernehmen, während Letzterer den zum Minister der öffentlichen Arbeiten designirten Hrn. Rogl als Inspector des Brücken- und Straßenbaucorps ersetzen würde. Hr. de Bavay würde sonach in einigen Tagen die Befehle Desjenigen entgegennehmen, dem er sie heute ertheilt. Welch ein würdevolles Benehmen! Uebrigens steht zu bezweifeln, daß man Hrn. de Bavay als Vorgesetzten der Eisenbahnverwaltung dulden würde, da derselbe gerade dieses Capitels wegen sein Portefeuille abzugeben genöthigt worden wäre.

In den letzten Tagen wurde der hiesige Hof von der spanischen Infantin Franziska Luise nebst ihrem Gemahl, dem Herzoge von Cessa, ferner von der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und vom Fürsten von Leiningen besucht.

Niederlande.

Der König hat nach einem am 1. Mai im **Haag** veröffentlichten Bulletin einige Tage seine Gemächer wegen eines je einen Tag aussetzenden Fiebers nicht verlassen können, dessen Anfälle jedoch nach den am 2. und 3. Mai erfolgten Bekanntmachungen fortwährend in der Abnahme begriffen sind.

— Der II. Kammer der Generalstaaten wurde am 3. Mai eine königl. Botschaft mit einem Gesetzentwurf über Bewilligung einer außerordentlichen Summe für die Wohlthätigkeitsgesellschaft übergeben.

Italien.

Der Felsineo von Bologna schreibt unterm 22. April: „Wenn wir den aus **Toscana** uns zukommenden Nachrichten Glauben beimessen können, so wäre die großherzogl. Regierung nach dem Vorbilde Pius' IX. geneigt, die Bahn des Fortschritts und eines liberalen Systems einzuschlagen. Es scheint, daß sie sich mit zwei wichtigen Gesetzen beschäftigt, das eine, bestimmt, die Censur zu mäßigen, das andere, eine Art Staatsrath für alle wichtigern Angelegenheiten einzuführen."

Rußland und Polen.

† **Petersburg**, 29. April. Seit dem 25. April sind wir wieder in den tiefsten Winter versetzt; Schnee über Schnee, so weit das Auge reicht, und dabei Nachtfröste von 8—10 Grad Kälte. Von dem Ladogasee bis 10 Werst in der Newa war bereits das Wasser offen, und wir glaubten schon, auch bei uns würde die Newa ihre Eisdecke abwerfen, als sich statt dessen ein neuer starker Nachwinter einstellte, der für die Eröffnung der Schiffahrt besonders in diesem Jahre so nachtheilig ist, wo so ungeheure Massen Getreide hier lagern. Das Quantum ist so groß, daß über 500 Schiffe erfoderlich sein werden, um es von hier nach England zu schaffen. Die Flüsse in Kurland und Livland sind von Eis befreit und doch kommt die Post aus Deutschland über 24, ja 36 Stunden später; wahrscheinlich hat auch Ostpreußen von Schneemassen zu leiden.

Griechenland.

Von der russischen Grenze vom 26. April schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Ich kann laut Briefen aus Petersburg, von sehr unterrichteter Hand, die Meldung machen, daß die Voraussetzung, als sei das englische Cabinet in seinem Verfahren gegen Griechenland der Zustimmung Rußlands gewiß oder es habe sich gar dieser Zustimmung im voraus versichert, durchaus nicht auf Wahrheit gegründet ist. Vielmehr soll man in Petersburg die Bedrängung der griechischen Regierung durch die raschen Maßregeln, welche Lord Palmerston ergriff, um die gänzliche Tilgung der Interessenrückstände von der griechischen Schuld zu erzwingen, als etwas vorgreifend betrachten, namentlich aber die Absendung des Geschwaders nach dem Piräus als einen Schritt ansehen, der ohne vorläufige Verständigung mit den zwei andern Schutzmächten kaum hätte unternommen werden sollen. Ein förmliches Zwangsverfahren würde daher als ein einseitiges und willkürliches überall die unbedingteste Mißbilligung erfahren. Lord Palmerston sah sich auch bereits bestimmt, mit größerer Mäßigung, als man erwartet hatte, vorzugehen. Man erfährt, daß von England aus an mehre Continentalmächte in der neuesten Zeit Zusicherungen ergangen seien, daß mit der Absendung jener Schiffe in die griechischen Gewässer durchaus keine feindseligen Absichten in Verbindung ständen, daß dieselbe weiter nichts sei als eine gewöhnliche Verstärkung einer für die gegenwärtigen Verhältnisse zu schwachen Station. Was den zweiten Punkt der orientalischen Verwickelung betrifft, nämlich die griechisch-türkische Differenz, so soll man sich in Rußland den Ideen eines großen deutschen Cabinets angeschlossen haben, und die Ausgleichung dieses Streites und zwar die möglich schnellste Ausgleichung desselben als ein dringendes Bedürfniß betrachten. In diesem

Sinne sollen die Instructionen über die beiden erwähnten Punkte verfaßt sein, welche Anfang April an die russischen Agenten im Ausland ergangen sind."

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 7. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118⅓ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 86 Br., 85½—¾ bezahlt und G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58¾ bezahlt u. G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 G.; Litt. B. 99¼ G.; Köln-Mindener 90¾ G.; Thüringer 94¼ G.; Altona-Kieler 107⅛ Br., 106 G.; Pesther 100¾ G.; Dessauer Bankactien 100¼ Br., 100¼ G.

— Man schreibt aus Berlin unterm 25. April: „Sicherm Vernehmen nach werden vom 1. Sept. d. J. ab die Runkelrüben in den Zollvereinsstaaten mit 3 Thlr. pr. Centner, statt des bisherigen 1 Thlr., besteuert werden: eine Maßregel, die in jeder Hinsicht und Beziehung als gerechtfertigt erscheint und die schon viel früher von den Zollvereinsstaaten hätte verfügt werden müssen, um eine Industrie nicht so auffallend zu begünstigen, deren allgemeiner Nutzen als illusorisch erscheint, während der Nachtheil für den Staatshaushalt, für den Handel sowie für den größern Theil der Staatsangehörigen ziemlich klar nachzuweisen sein dürfte." (B. H.)

Versicherungen. Frankfurt a. M., 2. Mai. Am 28. April hat die Generalversammlung der Actionaire der Feuerversicherungsgesellschaft des Deutschen Phönix stattgefunden. Nach dem erstatteten Berichte haben sich die Feuerversicherungen im verflossenen Jahre wieder um 18,430,000 Fl. und die Prämieneinnahme um 46,708 Fl. gemehrt. Im Jahr 1846 wurden überhaupt für 195,886,322 Fl. Versicherungen gegen Feuersgefahr und für 64,857,433 Fl. Land- und Wassertransportversicherungen gegen 331,385 Fl. Prämien geschlossen. Für die im Jahr 1846 vorgekommenen Brandschäden, 194 an der Zahl, wurden 153,656 Fl. Entschädigungen bezahlt. Nach Abzug aller Ausgaben und der an die Actionaire auf das eingeschossene Capital zu vergütenden Zinsen ergibt sich ein Ueberschuß von 70,429 Fl. Hiervon sind dem Prämienfonds für nicht abgelaufene Versicherungen 10,000 Fl., der Gewinnreserve 33,429 Fl. gutgeschrieben und 33,000 Fl. als Dividende für die Actionaire verwendet worden. Die Gesammtreserven hatten am 31. Dec. 1846 die Summe von 223,193 Fl. erreicht. (Fr. J.)

Wasserstand am Pegel der tiefen Elbbrücke am 7. Mai früh 7 Uhr: 3° 13" über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 3. Mai. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅝; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 5. Mai. Oestr. Bkact. 1897 Br.; 250 Fl. L. 118½; 500 Fl. L. 154¼; Bair. 3½pc. 91⅝; Bad. 50 Fl. L. 57⅜; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 35; Kurhess. 32⅜. London, 1. Mai. 3pc. Cons. 88; Port. 3pc. 34½; Span. 3pc. 35; holl. Int. 58½. Paris, 3. Mai. 5pc. 115. 90; 3pc. 78. 15; Neap. 102. 50; Bankact. 3260. Wien, 4. Mai. Bkact. 1593; Met. 5pc. 107⅜; 4pc. 97½; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 155¼; 250 Fl. L. 149½.

— Bei der am 1. Mai in Wien stattgefundenen zwölften Verlosung der Anleihe vom Jahr 1834 pr. 25 Mill. Fl. sind in den am 1. Febr. d. J. gezogenen 95 Serien auf folgende Nummern Hauptgewinne bis einschließlich 1000 Fl. C.-M. gefallen: Serie 30: Nr. 581 2000 Fl., Nr. 590 1000 Fl.; Serie 83: Nr. 1044 1500 Fl., Nr. 1052 1500 Fl.; Serie 146: Nr. 2014 15,000 Fl.; Serie 276: Nr. 5502 35,000 Fl.; Serie 279: Nr. 5564 1200 Fl.; Serie 295: Nr. 5890 1000 Fl.; Serie 338: Nr. 6745 1100 Fl.; Serie 377: Nr. 7527 2500 Fl.; Serie 393: Nr. 7843 1100 Fl.; Serie 452: Nr. 9026 5000 Fl., Nr. 9040 2000 Fl.; Serie 454: Nr. 9063 1100 Fl., Nr. 9069 3000 Fl., Nr. 9075 2500 Fl.; Serie 468: 9356 1100 Fl.; Serie 504: Nr. 10,066 1200 Fl.; Serie 521: Nr. 10,413 1200 Fl., Nr. 10,416 200,000 Fl.; Serie 544: Nr. 10,865 1100 Fl.; Serie 551: Nr. 11,002 1000 Fl.; Serie 626: Nr. 12,510 1100 Fl., Nr. 12,518 1200 Fl., Nr. 12,520 1500 Fl.; Serie 657: Nr. 13,130 1100 Fl., Nr. 13,140 1000 Fl.; Serie 706: Nr. 14,113 1100 Fl.; Serie 712: Nr. 14,236 1200 Fl.; Serie 836: Nr. 16,701 5000 Fl., Nr. 16,713 1100 Fl.; Serie 892: Nr. 17,828 5000 Fl.; Serie 914: Nr. 18,263 1500 Fl., 18,267 1200 Fl., Nr. 18,275 1000 Fl.; Serie 950: Nr. 18,989 1000 Fl.; Serie 1010: Nr. 20,182 1000 Fl., Nr. 20,199 2500 Fl.; Serie 1016: Nr. 20,303 1000 Fl., Nr. 20,320 3000 Fl.; Serie 1110: Nr. 22,184 1000 Fl., Nr. 22,188 2000 Fl., Nr. 22,200 1000 Fl.; Serie 1125: Nr. 22,485 1200 Fl.; Serie 1160: Nr. 23,187 1000 Fl.; Serie 1306: Nr. 26,103 1500 Fl., Nr. 26,107 1500 Fl.; Serie 1342: Nr. 26,828 1200 Fl., Nr. 26,838 3000 Fl.; Serie 1366: Nr. 27,319 3000 Fl.; Serie 1450: Nr. 28,990 1100 Fl., Nr. 28,994 1000 Fl.; Serie 1655: Nr. 33,066 1200 Fl., Nr. 33,100 1500 Fl.; Serie 1661: Nr. 33,215 12,000 Fl.; Serie 1683: Nr. 33,654 1000 Fl.; Serie 1688: Nr. 33745 1000 Fl., Nr. 33,754 3000 Fl., Nr. 33,760 1000 Fl.; Serie 1773: Nr. 35,449 6000 Fl., Nr. 35,450 1500 Fl.; Serie 1928: Nr. 38,553 2000 Fl.; Serie 1941: Nr. 38,806 5000 Fl.; Serie 1952: Nr. 39,024 10,000 Fl., Nr. 39,026 1100 Fl.; Serie 1960: Nr. 39,191 1000 Fl., Serie 1985: Nr. 39,688 1000 Fl.; Serie 2033: Nr. 40,653 1200 Fl., Nr. 40,656 1100 Fl.; Serie 2123: Nr. 42,450 1100 Fl., Nr. 42,457 7500 Fl.; Serie 2133: Nr. 42,656 1500 Fl.; Serie 2137: Nr. 42,736 1000 Fl.; Serie 2220: Nr. 44,381 1000 Fl.; Serie 2223: Nr. 44,441 1100 Fl., Nr. 44,450 1000 Fl.; Serie 2392: Nr. 47,831 1100 Fl.; Serie 2466: Nr. 49,305 2500 Fl., Nr. 49,307 1500 Fl.

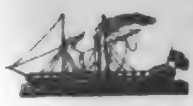
Actien. Amsterdam, 3. Mai. Rhein. Eisenbahn 104. Frankfurt a. M., 5. Mai. Taunusb. 357; Nordb. 71; Verb. 91½. Paris, 3. Mai. Eis. St.-Germ. 937½; Paris-Orleans 1233¾; Paris-Rouen 942½; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 667½; Marseille-Avignon 772½; Strasburg-Basel 192½; Orleans-Bordeaux 515; Orleans-Vierzon 583¾; Nord 620. Wien, 4. Mai. Nordb. 170½; Gloggn. 125; Mail. 111⅞; Livorn. 90¾; Pesth. 99½.

Berliner Börse, 6. Mai. Verhandl.-Prämiensch. 85½, 3½pc. Staatssch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95¾ Br., pomm. 94, schles. 96½, 4pc. posensche 101½, neue 3½pc. 92, kur- und neumärk. 95¼; Louisdor 111⅓, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½, Berl.-Anhalt. 109¾, Berl.-Hamb. 4pc. 107⅛, Prior.-Act. 4½pc. 97½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101¾, Berl.-Stett. 107¼, Cöln-Minden 4pc. 91, Crak.-Oberschl. 4pc. 76⅛, Düsseld.-Elberf. 5pc. 107⅓, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107, Niederschles. 86⅛, Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101⅔, Zweigb. 4pc. 63, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103⅓, Litt. B. 4pc. 96¾, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 81⅓, Rhein. 85⅓, Prior.-Stamm 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 85½, Thüring. 4pc. 94⅓, Wilh.-Bahn 4pc. 87⅓. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82⅛, Berg.-Märk. 4pc. 83 Br., Berl.-Anh. 99⅛, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90⅛, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Venedig 4pc. 114, Mecklenburg 74⅛, Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 71, Pos.-Starg. 4pc. 83½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾, Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80½, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93⅝, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¼, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Zinsl. 16⅔, Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-R.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

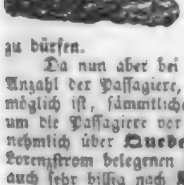
Ankündigungen.



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Aetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnik, Obristwo** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.,** Dresden, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [1877]



Benachrichtigung für Auswanderer nach Nordamerika.

In Bezug auf unsere Anzeige vom 20. v. M. bringen wir hierdurch zur Kunde, daß von Seiten mehrer bei der Schiffahrt nach den Vereinigten Staaten von **Nordamerika** interessirten Regierungen geeignete Vorstellungen in Betreff des neuen Einwanderungsgesetzes bei der Regierung der Vereinigten Staaten geschehen sind, von denen wir glauben, den besten Erfolg erwarten zu dürfen.

Da nun aber bei der durch das neue Gesetz bestimmten außerordentlichen Beschränkung in der Anzahl der Passagiere, welche die Schiffe in Häfen der Vereinigten Staaten einführen dürfen, es nicht möglich ist, sämmtliche sich zur Abreise gerüsteten Auswanderer dahin zu befördern, so werden wir, um die Passagiere vor großem Verlust an Zeit und Kosten zu schützen, die Expedition derselben vermittelst über **Quebek** in Canada vorläufig beschaffen, indem man von dieser an dem großen St.-Lorenzstrom belegenen Hafenstadt eben so schnell und bequem als von **New-York** und außerdem auch sehr billig nach **Buffalo** und weiter nach den westlichen und nördlichen Staaten der **Union** gelangt, und bekanntlich auch die über **New-York** sich einschiffenden Passagiere ihren Weg ebenfalls über **Buffalo** am Eriesee zu nehmen haben.

Wir ersuchen demnach Diejenigen, welche sich nach Quebek einzuschiffen wünschen, sich bei unsern bevollmächtigten Herren Agenten (in Leipzig Herrn **F. A. Lüdner**) oder bei uns anzumelden, um die nähern Bedingungen dann zu erfahren. [1873]

Bremen, am 3. Mai 1847. ***Lüdering & Comp.***

In meinem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Fauna der Vorwelt

mit steter Berücksichtigung der lebenden Thiere.

Monographisch dargestellt

von

Dr. C. G. Giebel.

Ersten Bandes erste Abtheilung.

Die Säugethiere der Vorwelt.

Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 18 Ngr.

Nach dem Plane des Verfassers wird der erste Band dieses Werkes die **Wirbelthiere** (Säugethiere, Vögel, Amphibien und Fische), der zweite Band die **Gliederthiere** (Insecten, Spinnen, Krebse und Würmer), der dritte und vierte Band die **Bauchthiere** (Mollusco, Cephalophora, Acephala, Radiaten, Polypen und Infusorien) enthalten. Jede Abtheilung bildet ein für sich bestehendes Ganzes.

Leipzig, im Mai 1847.

[1872] ***F. A. Brockhaus.***

Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Die geehrten Actionaire der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft werden hierdurch eingeladen, sich

Dienstag den 8. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

im hiesigen Börsenhause zu der im §. 24 des Gesellschaftsstatuts angeordneten **ordentlichen Generalversammlung** einzufinden. In derselben sollen:

I. der Geschäftsbericht des Directoriums vorgetragen;
II. der Rechnungsabschluß über die bisherige Verwaltungszeit ertheilt;
III. die anderweite Wahl der statutengemäß ausscheidenden Mitglieder vorgenommen, und
IV. die unten wörtlich aufgeführten Anträge einzelner Actionaire in Gemäßheit des §. 32 des Statuts, soweit sie sich innerhalb der Grenzen desselben bewegen, zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden.

Jeder Actionair, welcher an dieser Generalversammlung Theil nehmen will, hat am 3., 4. und 5. k. M., Vormittags von 8—12 Uhr, im Bureau der Gesellschaft, Schifferstraße Nr. 1 und 2, die auf seinen Namen lautenden oder ihm gehörig cedirten, gültigen Quittungsbogen niederzulegen und darauf eine Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte in die Generalversammlung dient, zu empfangen, auf welcher die Anzahl der ihm gebührenden Stimmen vermerkt, und ohne welche der Zutritt zu derselben nicht gestattet ist. Es steht indeß auch frei, die Quittungsbogen an jenen Tagen bei dem Bureauvorsteher **Dittmar** nur anzumelden und vorzuweisen, worüber ebenfalls eine als Einlaßkarte dienende Bescheinigung ertheilt werden wird, in diesem Falle sind jedoch dieselben Quittungsbogen beim Eintritt in die Versammlung an den genannten Beamten nochmals vorzuzeigen. Da jedoch hierdurch der Anfang der Generalversammlung möglicherweise sehr aufgehalten werden könnte, so erscheint es wünschenswerth, daß die Herren Actionaire behufs ihrer Legitimation den zuerst angedeuteten Weg der Deposition einschlagen.

Die deponirten Quittungsbogen können am 10., 11. und 12. k. M., Vormittags von 8—12 Uhr gegen Rückgabe der darüber ertheilten Bescheinigung wieder in Empfang genommen werden.

Magdeburg, den 5. Mai 1847.

Der Ausschuss der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.
C. Deneke, Vorsitzender.

Anträge.

A) Der Antrag des Herrn **J. Hirschfeld in Berlin:** mit der Direction der Berlin-Hamburger Eisenbahn darüber in Unterhandlung zu treten, daß sie nach Vollendung des Baues der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn den Betrieb auf derselben übernehme.

B) Die Anträge der Herren **A. H. Heymann, C. L. Frank, H. Jacob und Emil Ebeling in Berlin:**
1) den Bau der Bahn so lange zu sistiren, bis die nächste Generalversammlung anderweitig darüber beschließen wird;
2) die Generalversammlung verlangt das im §. 30 der Statuten vorgesehene gezwungene Ausscheiden von sämmtlichen Mitgliedern des Ausschusses und sofortige neue Wahlen an deren Stelle.

C) Die Anträge des Herrn Oberlandes-Gerichtsraths a. D. **Augustin zu Potsdam:**
1) daß die Generalversammlung in Folge des ihr §. 39 des Statuts vorbehaltenen und auch sonst gesetzlich begründeten Rechts das Verlangen ausspreche, daß sämmtliche Mitglieder des Ausschusses respective deren Stellvertreter ihr Amt sofort niederlegen, und
daß schon in dieser nächsten Generalversammlung zur Wahl neuer Ausschußmitglieder und Stellvertreter für dieselben geschritten werde;
2) daß die Gesellschaft erkläre, die im §. 23 den erst gewählten Geschäftsvorstehern ertheilte Vollmacht habe sich nicht über die Zeit ihrer durch §. 38 bestimmten Amtszeit erstreckt, und es habe im vergangenen Jahre deshalb ⅓ der Ausschußmitglieder ausscheiden müssen;
3) daß der neu zu wählende Gesellschaftsausschuß sofort zur Wahl eines neuen Directorii schreite, und daß unter allen Umständen das Directorium von der Generalversammlung angewiesen werde:
a) die Annullirung der Quittungsbogen, worauf die zweite Einzahlung nicht geleistet worden, aufzuheben;
b) eine neue Aufforderung an die Besitzer der ältern Quittungsbogen zur Leistung der zweiten und dritten Einzahlung zu erlassen;
c) bis dahin, daß diese Einzahlungen geleistet werden, die Gesellschaftsrechte der wirklichen Einzahler, sowie die gegen die Nichteinzahler angestellten Processe zu sistiren;
d) diejenigen Quittungsbogen, auf welche die Einzahlung der Aufforderung ad b zufolge nicht geleistet wird, zu annulliren und an deren Stelle die ersten Zeichner, welche Einzahlungen geleistet haben, als wirkliche Actionaire anzuerkennen, respective diejenigen, welche die Einzahlung nicht leisten, von neuem dazu aufzufordern und gegen sie weiter nach den Statuten zu verfahren;
e) denjenigen Zeichnern, auf deren Actien nachträglich in Folge der Aufforderung ad b Zahlungen eingehen, die geleisteten Zahlungen zurückzugeben, und deren Quittungsbogen zu vernichten;
4) daß ein Beschluß über die durch alle diese Weiterungen entstandenen und noch entstehenden Kosten gefaßt werde. [1867—69]

Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Gleises für die 12. Section, in einer Gesammtlänge von 43,268 Fuß, in 4 Loose abgetheilt.

Montag den 17. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocal der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staats-Eisenbahnen zu Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs, zu der Adjudication der Bahnstrecken der 12. Section (abgetheilt in 4 Loose), welche eine Gesammtlänge von 43,268 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 17. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen, und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags angerechnet, vollendet werden.

Veranschlagt sind für diese Section:

1. Loos. Gemarkung **Schwalheim** und **Nauheim**, für die Länge von 12,194 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises 61,000 Thlr.
2. Loos. Gemarkung **Berkersheim**, für die Länge von 6962 Fuß . . . . . 34,000 "
3. Loos. Gemarkung **Eschersheim** und **Ginnheim**, für die Länge von 13,591 Fuß 67,000 "
4. Loos. Gemarkung **Bockenheim**, für die Länge von 10,521 Fuß . . . . . 23,000 "

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenso wie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Ober-Ingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann. **Kassel**, am 6. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.
[1290—92] **Rühl.**

In **C. Gerold's** Verlagsbuchhandlung in **Wien** ist erschienen:

Jahrbücher der Literatur.

Hundertsechzehnter Band.

1846.
October. November. December.

Inhalt des hundertsechzehnten Bandes.

Art. I. 1) Travels in Luristan and Arabistan. By the Baron C. *A. de Bode*. London, 1845. 2) Bokhara: its Amir and its People. Translated from the Russian of *Khanikoff*. By the Baron Clement A. de Bode. London, 1845. — Art. II. Ulrich, Herzog zu Württemberg. Ein Beitrag zur Geschichte Württembergs und des deutschen Reichs im Zeitalter der Reformation, von Dr. Ludwig Friedrich Heyd. Dritter Band, vollendet und herausgegeben von Dr. Karl Pfaff. Mit dem Bildnisse des Herzogs Christoph. Tübingen, 1844. — Art. III. Kölner Dombriefe, oder Beiträge der altchristlichen Kirchenbaukunst, von J. Kreuser. Berlin, 1844. — Art. IV. Reisen in Dänemark und den Herzogthümern Schleswig und Holstein, von J. G. Kohl. Zwei Bände. Leipzig, 1846. — Art. V. 1) Die Münzen der Herzoge von Alemannien. Von F. Freiherrn v. Pfaffenhofen. Karlsruhe, 1845. 2) Württembergische Münz- und Medaillenkunde von Christian Binder. Stuttgart, 1846. 3) Münzgeschichte des Hauses Hohenlohe, vom dreizehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert. Nach Originalurkunden und Münzen verfaßt von Joseph Albrecht. Stuttgart, 1846. — Art. VI. Schauspiele des Mittelalters. Aus Handschriften herausgegeben und erklärt von F. J. Mone. Zwei Bände. Karlsruhe, 1846.

Inhalt des Anzeige-Blattes Nr. CXVI.

Crónica rimada de las cosas de España desde la muerte del Rey Don Pelayo hasta Don Fernando el Magno, y mas particularmente de las aventuras del Cid. Publicada por primera vez por el señor Don Francisco Michel. — Epigraphische Excurse. Von J. G. Seidl. (Schluß.) — Ueber Goethe's Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten. — Die Gräber bei Oberstaufen am Berge Lupfen. (Zweiter Bericht.) — Register.

Kunst-Nachricht.

Am 31. Mai d. J. und folgenden Tagen wird in **Hamburg** durch die Makler **A. Kölhow** und **C. Meyer** öffentlich versteigert das von weiland Herrn Ober-Alten ***P. F. Röding*** **hinterlassene bekannte Kunst-Museum,** bestehend in Kunstsachen: Terracotten, Porzellan und Majoliken, Mosaiken, geschnittenen und geschliffenen Steinen, Sculpturen in Bildstein, Alabaster, Marmor, Holz, Perlmutter, Schildkrot, Elfenbein, Bernstein, in Bronzen, getriebenen Silber-Arbeiten ꝛc. ꝛc., ingleichen in ethnographischen Gegenständen: Kleidungsstücken und Schmucksachen, Waffen, Jagd-, Fischerei- und Haus-Geräth, Musik-Instrumenten ꝛc. wilder und civilisirter Völkerschaften, endlich Alterthümern und Curiositäten aller Art, seit Anno 1775 gesammelt, nebst einem Anhange von antikem Silbergeräthe.

Aufträge unterziehen sich die Obengenannten, der Makler **C. Harzen** und die **Heubel**'sche Kunsthandlung in **Hamburg**.

Das gedruckte Verzeichniß ist zu haben in:
Amsterdam durch Herrn **C. J. Roos**, Makler;
Berlin durch die **Besser**'sche Buchhandlung (H. Heitz);
Berlin durch die **Gropius**'sche Buch- und Kunsthandlung (C. Reimarus);
Brüssel durch Herrn **Th. Muquardt**, Buchhändler;
Frankfurt a. M. durch die **Schmerber**'sche Buchhandlung (H. Keller);
Leipzig durch Herrn **Rudolph Weigel**, Kunsthändler;
London durch Herrn **Wm. Smith**, Kunsthändler;
München durch die **Literarisch-artistische Anstalt**;
Paris durch Herrn **A. Hauser**, Kunsthändler;
Wien durch Herrn **Artaria & Co.**, Kunsthändler. [1770—71]

Digitized by Google

Leipzig, den 8. Mai 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 201.

Inhalt: Was kann das Volk von den Regierungen fodern? — Tagesgeschichte: Wochenschau. — Der Brand von Bukarescht. — Kirchennachrichten. — Verbrechen und Unglücksfälle. — Landtagsnachrichten: Die Verhandlungen des Vereinigten Landtags in Preußen. — Eisenbahnchronik. — Bäder und Badeleben: Karlsbad. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche X: Ländliche Arbeitsschulen. — Mannichfaltigkeiten: W. Little's doppeltwirkende Schnellpresse. — Sylbenproblem Nr. 2. — Auflösung des Rösselsprunggedichts in Nr. 200.

Abbildungen: Eröffnungsfeier des ersten Vereinigten Landtags im weißen Saale des königl. Schlosses in Berlin. — Ansicht von Bukarescht vom Brandhofe aus. — Plan der Brandstätte in Bukarescht. — Der Brand der St.-Georgenkirche zu Bukarescht. — Die Mitglieder der Herrencurie aus dem königl. Hause (in Preußen). — Karlsbad von der Nordseite. — Die alte und neue Wiese zu Karlsbad. — Der Mühlbrunnen zu Karlsbad. — Der Hirschsprung zu Karlsbad. — W. Little's doppeltwirkende Schnellpresse. — Der Rechen an Little's Schnellpresse.

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern von je 48 Foliospalten) 2 Thlr.
Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen.
Leipzig. J. J. Weber. [1876]

Im Verlage der **Matth. Rieger**'schen Buchhandlung in **Regensburg** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Specielle Beschreibung der

Heilquellen, Mineralbäder und Molkencur-Anstalten des Königreichs Bayern.

Von Dr. **Vincenz Müller** in München.

Mit neun lithographirten Ansichten und einem Stahlstiche.

Zweite Auflage. Eleg. carton. 2 Thlr. 5 Ngr. (2 Thlr. 4 gGr.), oder 3 Fl. 36 Kr.

Aerzte und Leidende aller Art finden hier eine umfassende und gründliche Beschreibung aller Bäder und Heilquellen Bayerns, nach ihren Oertlichkeiten, Einrichtungen und ihren Heilkräften in bestimmt angegebenen Fällen. Dem Bade **Kissingen**, dessen Ruf weit über die Grenzen von Europa hinausreicht, ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, und von den übrigen zahlreichen Curorten in Bayern führen wir für das ärztliche Publicum nur an: **die Adelheidsquelle, Steben, Traunstein, Kreuth, Rosenheim, Gleisweiler, Brückenau, Krumbad, Sennfeld, Orb, Wipfeld, Bocklet, Münchshofen** u. a. m., deren vorzügliche Heilkräfte immer mehr Anerkennung finden. [1859]

Freiwilliger licitatorischer Verkauf eines aus neun Grubenfeldmaasen bestehenden Braunkohlen-Bergwerks und der dabei bestehenden Dampfmahlmühle.

Dieses aus neun großen Grubenfeldmaßen, jedes von 12,544 □Klaftern, bestehende Braunkohlenbergwerk befindet sich in Herrschaft Schwazer Bergamtsbezirke, Leitmeritzer Kreises in Böhmen, an der von der Badestadt Teplitz nach Bilin führenden k. k. Aerarialstraße, beiläufig ¾ Stunden von Teplitz und ½ Stunde von der Stadt Bilin, daher in einer absatzreichen Gegend.

Die Braunkohle dieses Grubenbaues, bei welchem der Bau auf drei Maßen in drei niedergebrachten Schichten im Angriffe liegt, die übrigen Maßen daher noch unbelegt sind, ist von großer Hitzkraft, und ist diese die gesuchteste in dieser Gegend. Auf diesem unter dem Schutzmann Stephani bestehenden Bergbaue befindet sich eben auch hart an der Straße eine Dampfmaschine mit vier Pferdekraft und eine in dem Maschinengebäude errichtete Getreide-Dampfmahlmühle mit einem Gange, bei welcher zu einem zweiten Mahlgange die höhere Bewilligung verliegt.

Dieses schöne und einträgliche Kohlenwerk sammt der in der mühlarmen Gegend bestehenden Dampfmahlmühle, sowie dem Befugnisse zur Errichtung des zweiten Mahlganges, hat die Gewerkschaft, zum Zweck der Ausgleichung der gewerkschaftlichen Verhältnisse unter sich, beschlossen, bei der zufolge Verwilligung des löblichen Schwazer Bergamtes vom 22. April 1847, auf **den 20. Mai 1847** um die 9. Vormittagsstunde auf der Bergamtskanzlei in Schwaz anberaumten Tagfahrt freiwillig gerichtlich zu veräußern, bei welcher der Ausruf um 3500 Fl. C.-M. mit dem Beisatze geschieht, daß dieses Berg- und Mühlenwerk, dem Käufer gegen Erlegung der Hälfte des Erstehungspreises zu Gerichtshanden gleich bei Unterfertigung des Licitationsprotokolls, dann Bezahlung der andern Hälfte mit 5 Proc. Zinsen binnen sechs Monaten vom Licitationstage schuldenfrei überlassen wird.

Es werden sonach die Herren Kauflustigen hiermit geziemend eingeladen, mit Dem, daß die Bedingungen und das bergamtlicher Seits unterm 21. April 1847 aufgenommene Inventar und Belehnungsbücher bei dem löblichen Schwazer Bergamte während der Amtsstunden eingesehen werden können.

Teplitz, am 28. April 1847. [1865—66]

Die Stephani-Braunkohlenzechengewerkschaft im Herrschaft Schwazer Bergamtsbezirke.

Cirque-Equestre

von **E. Renz** auf dem Königsplatze.

Sonnabend den 8. Mai, große **vorletzte Vorstellung** der höhern Reitkunst und Pferdedressur, zum **Benefiz** für den Afrikaner Herrn **Max Zezome.**

Diese Vorstellung wird sich besonders auszeichnen durch Manoeuvres, Grotesk- und Force-Touren auf gesattelten und ungesattelten Pferden, plastische, mimische und komische Darstellungen. — Grand tableau original mit vier dazu dressirten Pferden. — Bouquet d'amour, ausgeführt von der kleinen Ida. — Lee und Numa, atheletische Stellungen, ausgeführt von E. Renz und Herrn Pierre. — Das Vergnügtsein auf dem Montmartre.

Kassenöffnung um 6½ Uhr, Anfang 7½ Uhr.

Ein hochzuverehrendes Publicum erlaube ich mir zu meinem heutigen Benefiz ganz ergebenst einzuladen mit der Versicherung, daß ich mich bemühen werde, den mir so oft gütigst ertheilten Beifall auch in der heutigen Vorstellung durch meine Leistungen zu rechtfertigen. **Max Zezome.**

Bei dem nahen Scheiden von Leipzig halte ich mich verpflichtet, einem hochzuverehrenden Publicum meinen wärmsten und innigsten Dank für die mir und meiner Gesellschaft so reich gespendeten Beweise Ihres Wohlwollens abzustatten, und hege nur noch die ergebene Bitte, diese Theilnahme auch den beiden letzten nächsten Vorstellungen nachfolgen zu lassen; bewahren Sie mir Ihr Andenken und seien Sie überzeugt, daß meine Erinnerung mit dem Scheiden von Leipzig nicht erlöschen wird. Auch bitte ich ein hochverehrtes Publicum, mir das geschenkte Wohlwollen bei meiner einstigen Wiederkehr zu erhalten.

[1878] **E. Renz**, Director.

Anerbieten. Auf eine **Fabrik**, deren Ertragswerth gerichtlich zu 176,000 Thlr. abgeschätzt worden ist, steht nach 76,000 Thlr. eine Foderung von 15,000 Thlr. eingetragen, welche vom 2. Januar 1849 ab in jährlichen Raten von 5000 Thlr. zurückgezahlt werden muß. Der Gläubiger wünscht diese Foderung zu cediren. Nähere Auskunft ertheilt der Justiz-Commissarius **Horch** in Magdeburg. [1862—64]

Gesuch. Eine bewährte, aus dem südlichen Theile des Königreichs Hannover gebürtige **Erzieherin**, welche mehre Jahre hindurch an einer Privatanstalt, später in einer angesehenen Familie mit vorzüglichem Erfolge gewirkt hat, wünscht eine anderweitige Anstellung für ihren Beruf, am liebsten auf dem Lande. Sie kann sofort oder auf Johannis antreten. Weitere Nachricht ertheilt [1847] Pastor **Gehrich** in Goslar.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 8. Mai. **Das Sonntagsräuschchen**, Lustspiel von Floto. — Hierauf: **Das Intermezzo**, Lustspiel von Kotzebue.

Sonntag, 9. Mai. Neu einstudirt: **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. — Alice, Frl. **Grünberg**, vom Stadttheater zu Aachen, als erste Gastrolle.

Montag, 10. Mai. **Erste Sommer-Abonnement-Vorstellung.** Neu einstudirt: **Die Geschwister**, Schauspiel von Goethe. — Hierauf: Neu einstudirt: **Der Heirathsantrag auf Helgoland**, Lustspiel von Schneider. Marianne und Claire, Fräulein **Streit**, vom Stadttheater zu Köln, als Gast.

Dienstag, 11. Mai. **Das Nachtlager in Granada**, romantische Oper von C. Kreutzer. Gabriele, Fräulein **Grünberg**; ein Jäger, Herr **Hervath**, vom k. k. Hof-Opern-Theater in Wien, als Gäste.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. E. **Hamburger** in Inowraclaw mit Frl. Pauline **Neumann**. — Hr. Moritz **Hübel** in Dresden mit Frl. Alma v. **Egidy** in Oberf. — Hr. Ernst **Krackow** in Grimma mit Frl. Henriette **Hanisch** in Leipzig. — Hr. Karl **Rau** in Frankenberg mit Frl. Auguste **Uhlemann**. — Hr. Buchhändler J. W. **Richter** in Großstrehlitz mit Frl. Amalie **Herzfeld**. — Hr. Detlef **Wolf** in Berlin mit Frl. Auguste **Wahlländer**.

Getraut: Hr. Dr. H. Gustav **Behr** in Tanna mit Frl. Hedwig **Weißker** aus Schleiz. — Hr. S. **Haas** in Heinsberg mit Frl. K. **Fleck**. — Hr. Gustav **Koch** in Köln mit Frl. Luise **Cramer**. — Hr. Theodor **Matho** in Eilenburg mit Frl. Julie **Kummer**. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Hugo **Schwarz** in Trachenberg mit Frl. Agnes **Brier** aus Breslau.

Geboren: Hrn. Ludwig **Banck** in Burgkreich ein Sohn. — Hrn. E. v. **Below** in Salchow ein Sohn. — Hrn. Oberförster Edmund **Braun** in Lieberose eine Tochter. — Hrn. K. A. **Dreher** in Breslau ein Sohn. — Hrn. F. D. **Fleck** in Neugeising ein Sohn. — Hrn. Gärtner in **Hermsdorf** eine Tochter. — Hrn. Alexander **Gerischer** in Annaberg eine Tochter. — Hrn. Franz **Gühne** in Siebeneichen ein Sohn. — Hrn. Heinr. **Gumpert** in Breslau eine Tochter. — Hrn. Schichtmeister Ferdinand **Harnisch** in Königshütte eine Tochter. — Hrn. J. G. **Haus** in Köln eine Tochter. — Hrn. Schulmeister Wilhelm **Herzog** in Nischwitz ein Sohn. — Hrn. Linus **Klemm** in Chemnitz eine Tochter. — Hrn. K. Gustav **Leonhardt** in Hainichen eine Tochter.

Gestorben: Frau Franziska v. **Arnold-Ehrenberg** auf Schloß Lasgen. — Frau Professor Marie **Diller** in Meißen. — Hr. Rector August **Fuhrmann** in Stolp. — Frau Dr. **Hauswald** in Dittersbach. — Frau K. van **Hees** in Köln. — Frau Oberstlieutenant Bertha v. **König** in Ratibor. — Hr. Notar und Dr. J. W. **Krüppel** in Zülpich. — Hr. Kaufmann E. **Matthey** in Bremen. — Frau Amtsinspector **Mesenberger** in Guben. — Frau General du **Moulin** in Berlin. — Frau Lehrer A. **Pflaume** in Nitschen. — Hr. Kammermusikus Johann Traugott **Roth** in Dresden. — Frau Cantor J. A. **Rudolph** in Pegau. — Hr. Premierlieutenant Heinrich **Schmidt** in Greifenberg. — Hr. Rentier Johann Friedrich **Schöneberg** in Breslau. — Hr. Kaufmann S. B. **Splittgerber** in Glatz. — Hr. Gerhard v. **Thiebault** in Prag. — Hr. Schul-

Sonntag — Nr. 129. — 9. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. Erzherzog Karl. **Von der sächsischen Grenze. Deutsche Gesinnung. Das Verbot des Branntweinbrennens. Die Theuerung. Stuttgart. Ruhe. Unruhen in Tübingen. — Getreidepolizei in Baden. — Die Ritterschaft in Schleswig-Holstein. — Bischof Laurent. *Frankfurt a. M. Unruhen in Hanau. Der Brotpreis.

Preußen. Berlin. Der Landtag. **Berlin. Landtagsalbum. Die Petitionen. *Posen. Unruhen und Feuer in Rogasen und Kurnik. Militairkommandos. — Urtel in Köln.

Oesterreich. Handschreiben des Kaisers.

Portugal. Ministerwechsel. Das Dampfschiff Royal Tar wird von den Insurgenten genommen.

Spanien. Der Hof. Der Senat. Espartero. General Narvaez. Gesandtschaften.

Großbritannien. Das Darlehn an die irischen Eisenbahnen. Der britische Verein zur Abhülfe der Noth in Irland und Schottland. Der Zoll auf Schiffszwieback. Dubliner Festlichkeit. Der Herzog v. Wellington. Der Lordlieutenant von Irland. Hr. T. Wood. Lord Lurgan.

Frankreich. Parlament. Hr. Sauzet. Bischofsprotestation gegen Salvandy's Unterrichtsgesetzentwurf. Unterstützung in Lyon. O'Connell. Expedition nach der Sahara. Otaheiti. **Paris. Bestechungsproceß. General Cubières.

Schweiz. Großrathswahlen in St.-Gallen.

Italien. *Rom. Der Erbprinz von Monaco. Chinesische Bekehrung. Die Beamten des Staatssecretariats. Der Platz des Pantheons.

Griechenland. Kalergis.

Moldau und Walachei. Anleihe.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Differenz. Blinder Schrecken. — Chausseebau. — Rußland beschützt die Griechen. 0 Konstantinopel. Die griechische Angelegenheit.

Ostindien. Ruhe. Akbar-Khan. Das Pendschab. Scinde. Indusbeschiffung. Die Ausgaben.

Mexico. Die Einschließung von Veracruz.

Brasilien. Der Kaiser. Die Kaiserin. Die Kammern.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Frankfurt a. M. Die Zeitungsportoermäßigung. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 6. Mai. Die deutschen Höfe bezeigen ihre Theilnahme an dem Kummer über den Tod des Erzherzogs Karl durch die gewöhnliche Hoftrauer. Was wird im deutschen Volke, was vor Allem in deutschen Herren geschehen, um den Tod des Helden zu feiern, der den Ruhm der deutschen Waffen, der die Hoffnung der deutschen Patrioten in den bedrängtesten Zeiten aufrecht erhielt, der allein in einer Zeit der Schmach und des Unglücks auch den Feinden noch Achtung und Scheu, den vaterländischen Kriegern Zuversicht und Vertrauen einflößte, der während der ägyptischen Expedition Frankreich an den Rand des Untergangs brachte, der auch in Niederlagen noch Ruhm erwarb, der bei Aspern siegte und noch bei Wagram nicht gebrochen ward und durch sein ganzes Leben ein Freund des Volks, der Wahrheit, der edlen Menschlichkeit und vor Allem des deutschen Vaterlandes war! Oder sollten die Alle schon vor ihm hinüber sein, deren Brust einst höher bei seinem Namen geschlagen? Und sollte Deutschland ein schlechteres Gedächtniß für seine Helden, ein stumpferes Gefühl für seine Volksehre haben, als Frankreich, als England, als selbst Rußland hat?

**Von der sächsischen Grenze, 7. Mai. Eine sehr erfreuliche Erscheinung war es und muß bei allen Achtsamen einen erhebenden Eindruck gemacht haben, daß bei der Verhandlung des preußischen Landtags über das Verbot der Getreideeinfuhr nicht nur keine Stimme laut wurde, welche einen Unterschied zwischen Preußen und dem Zollvereine gemacht hätte, sondern auch der Generaldirector der Steuern, Geheimrath Kühne, jenen Vorschlag ausdrücklich auf den Grund hin angriff, daß dann Böhmen gegen das Königreich Sachsen sperren würde. Ob man denn dem Erzgebirge diese Zufuhr entziehen wolle? fragte er. (Nr. 122.) Das ist nobel und deutschsinnig und darf nicht vergessen werden. Wenn solche Gesinnungen immer allgemeiner und nachhaltiger werden, so ist noch viel zu hoffen für Deutschland.

Das Verbot des Branntweinbrennens überhaupt mag seinen wenigstens moralischen Nutzen haben, ja auf einer gewissen moralischen Nothwendigkeit beruhen. Für jetzt, glauben wir, wird es weder viel helfen noch viel schaden. Wären wir aber sonst nicht von seiner Berechtigung überzeugt, so würden wir uns mit dem Troste des dresdner Z.-Correspondenten (Nr. 127), daß der Schaden nur ein paar Hunderte treffe, der Nutzen an 1,700,000 komme, gerade am wenigsten beruhigen. Es soll nie im Staate die Last zum Besten Aller oder Vieler auf einige Wenige gewälzt werden. Der erste Grundsatz aller gerechten Vertheilung der Staatslasten ist es, daß sich das Opfer, so viel möglich, in verhältnißmäßiger Gleichheit über Alle vertheile. Geht das nicht, so ist es immer noch weit weniger schädlich, wenn Viele die Last tragen und einige Wenige frei bleiben, als umgekehrt. Denn im ersten Falle kann durch die kleinen Opfer der Vielen Großes geleistet werden, ohne daß das Freibleiben der Wenigen die Last der Vielen wesentlich vermehrte. Im zweiten dagegen wird entweder das Opfer, was die Wenigen für die Vielen bringen, ein sehr großes und drückendes, folglich die Ungerechtigkeit doppelt hoch sein, oder wenn es klein und unerheblich ist, so wird es, in seinem Nutzen über so Viele vertheilt, auch so gut wie nichts nützen. Schon aus jenem Rechtsgrunde können wir überhaupt alle die Vorschläge nur entschieden misbilligen, welche der Zeitbedrängniß lediglich auf Kosten der Landwirthe abhelfen wollen. Ein Zwangsverkauf z. B. legte diesen allein die Last auf; ein großer Getreideeinkauf, der die Märkte mit Zufuhren belebt, befriedigt den gleichen Zweck, die Herabdrückung der Preise, vertheilt aber das Opfer über alle Steuerpflichtige, und nur das ist gerecht. Das Gerechte ist stets auch das Gute und Heilsame, und so ist auch das scheinbar directeste, aber ungerechte Mittel, die einseitige Belastung des Landbaues, in seinen Folgen schädlich, weil es den Landbau entmuthigt. In der Theuerung ist nur durch Opfer zu helfen; gegen Theuerung gibt es sichere Mittel nur in größtmöglichem Aufschwunge des Getreidebaues und Getreidehandels.

Noch immer spuken die Vorurtheile von künstlicher Steigerung der Preise durch geflissentliches Zurückhalten großer Vorräthe. Unsere Landleute seien jetzt zu wohlhabend, meint man, und hätten dadurch das Publicum in der Gewalt. Gewiß haben unsere Landleute seit 15 Jahren große Verbesserungen ihrer Lage erfahren, und ihr Wohlstand hat sich wesentlich gehoben, was auch ein großer Segen für das Land ist, ein größerer auch für die Gewerbe, als aus dem Wohlstand irgend einer andern Klasse hervorgehen kann. Die Fälle mögen jetzt seltener sein, wo die Noth den Landmann drängt, sein Getreide bis zum letzten Scheffel zu Markte zu führen, wiewol auf der andern Seite nicht zu vergessen ist, daß auch die Preise des Grundeigenthums und die Pachtzinsen ungemein gesteigert sind und daraus für viele Landwirthe manche Schwierigkeit erwächst. Aber wir wollen es zugeben, daß der bessere Wohlstand vieler Landleute und daß die dem Ausfuhrhandel günstige erleichterte Communication zu einigem Höherhalten der Preise etwas beitragen kann. Daß sie aber nicht an der jetzigen Theuerung schuld sind, liegt am Tage. Wären sie es, wäre der Landbau im Stande, die Preise seiner Erzeugnisse nach Willkür zu bestimmen, warum thäte er es dann nicht alle Jahre, warum that er es nicht in jenen Jahren der äußerst niedrigen Getreidepreise, welche vielleicht ein im Augenblicke weniger schreckendes, in seinen Wirkungen aber nicht geringeres Uebel für den Nationalwohlstand waren als die jetzige Theuerung? Und warum geht diese durch fast alle Länder Europas, mit Ausnahme Rußlands, Skandinaviens und einiger österreichischen Provinzen? Glaubt man, daß der Landmann sich überall in so günstiger Lage befinde wie bei uns? Man darf nach verschiedenen Seiten hin nicht zu weit reisen, um die Sache ganz anders, um sie ganz noch so und schlimmer zu finden, als sie sonst bei uns war. Und doch ist auch dort dieselbe Theuerung.

Diese Theuerung wird vorübergehen; möge sie nur nicht zu rasch vergessen werden; möge man die Erfahrungen, die sie in so manchen Beziehungen geboten hat, sammeln, prüfen, beherzigen und Alles aufbieten, um sowol die Wiederkehr solcher Nothfälle immer seltener zu machen, als auch in ihnen, wenn sie doch kommen, rechtzeitiger Hülfe gewiß zu sein!

**Stuttgart, 5. Mai. Der gestrige Tag und die letzte Nacht sind ruhig vorübergegangen. Schon im Laufe der vorherigen Nacht und gestern Vormittag waren gegen 80 Personen verhaftet worden, und selbst gestern Nachmittag wurden noch Verhaftete eingebracht, Letztere hauptsächlich solche, die sich verdächtige Reden erlaubt haben sollen. Die während der Unruhen Verhafteten sind größtentheils nicht der Stadt angehörige Arbeiter und Gesellen verschiedener Gewerbe und Werkstätten; doch befinden sich auch einige hiesige Bürger und Bürgersöhne unter ihnen. Natürlich werden unter den Verhafteten auch viele sein, die blos durch Neugierde auf den Platz geführt wurden. Leicht möglich können auch unter den Verwundeten solche sein. Bei der Gewehrsalve auf dem Brückchen flog eine Kugel durch den Fensterladen in die dortige Apotheke. Der junge Mann, der dort erschossen wurde, ist ein Schustergeselle aus der Nähe von Frank-

furt. Der gestrige Tag brachte beinahe die ganze Bevölkerung auf die Beine; es war für die immer so ruhige Stadt etwas ganz Unerlebtes, von dem man sich durch Augenschein überzeugen wollte. Zufällig war gerade Wochen- und Fruchtmarkt. Es kamen weniger Landleute, hauptsächlich weit weniger Frucht zur Stadt, als man nach sichern Anzeichen erwarten durfte; doch stiegen die Fruchtpreise nicht. Im Laufe des Vormittags wurde eine Bekanntmachung der Stadtdirection durch die Polizei unter militairischer Begleitung öffentlich verkündet. Den ganzen Tag gingen zahlreiche Patrouillen von Reiterei und Fußvolk durch die Straßen. Nachmittags rückte ein Bataillon Infanterie, das auf der Eisenbahn angekommen war, von Ludwigsburg ein, ebenso eine Abtheilung des ersten Reiterregiments und eine Batterie. Die Kanonen wurden auf dem Schloßplatz aufgefahren, den auch noch weitere Truppen besetzten. Ebenso wurden an den Enden vieler Straßen Abtheilungen Fußvolks aufgestellt und die Kanonen der Hauptwache vorgefahren; die Kanoniere standen bei ihren Stücken. So rückte der Abend und die Nacht heran. Die Menge, die die ungewohnten Anstalten angestaunt hatte, verlief sich nach und nach. Die Bürger, welche unter Führung mehrer Stadträthe und Polizeibeamten sich zur Nachtwache angeboten und denen sich die ältern Turner mit lobenswerther Bereitwilligkeit angeschlossen hatten, traten ihren Wachdienst an und die Nacht ging so ruhig und still vorüber als nur je eine. — Soeben erfahren wir, daß in letzterer Nacht ein Angriff auf die Kunstmühle in Tübingen versucht, aber größtentheils vereitelt wurde. (Sch. M.)

— In **Baden** darf, nach einer Verordnung im neuesten Regierungsblatte, im Allgemeinen, um dem fortwährenden Steigen der Lebensmittel zu steuern, das Getreide nur noch auf öffentlichen Märkten verkauft werden. Gleiches findet auch bei Kartoffeln und Mehl statt. Die Uebertretung dieser Vorschriften wird mit Confiscation der Waare und überdies mit einer Polizeistrafe von 5—100 Fl. getroffen. Eben so ist aller Kauf von Früchten auf dem Halme sowie von noch in der Erde befindlichen Kartoffeln verboten.

— In **Kiel** ist am 5. Mai eine zweite Plenarversammlung der Ritterschaft gehalten worden, die den Beschluß faßte, eine neue Vorstellung an den König zu richten. (B. H.)

— Eine von sämmtlichen Behörden und den angesehensten Bürgern **Luxemburgs** unterzeichnete Bittschrift ist beim König eingereicht worden, um die Abberufung des Hrn. Laurent zu verlangen, „dessen unerträgliche Schroffheit und Unduldsamkeit die Herzen der Unterthanen nur dem König und der Regierung abspänstig machen können, eines Mannes, den die aufgeklärten Regierungen Deutschlands sich beeilt haben, als einen höchst gefährlichen Menschen zu beseitigen".

* **Frankfurt a. M.**, 6. Mai. Es ist hier das Gerücht in Umlauf, daß es in Hanau gestern Abend zu tumultuarischen Auftritten aus Anlaß der Theuerung der Lebensmittel gekommen sei; doch hätten das Anrücken des Militairs und die öffentliche Vertheilung scharfer Patronen an dasselbe hingereicht, die Pöbelmasse, welche durch die Straßen zu lärmen angefangen, zu veranlassen, sich alsbald wieder zu zerstreuen. — Heute hat hier der Brotpreis abermals einen Aufschlag um 2 Kr. erlitten. Der sechspfündige Laib Brot kostet jetzt 32 Kr. Es ist jedoch dieser Preis immer noch weit unter dem Standpunkte, den er an den meisten Orten der uns benachbarten Länder erreicht hat; denn dort ist er auf 42 Kr. und noch höher gestiegen. Durch Verabreichung von Mehl an die Bäcker zu einem billigern als dem Einkaufspreise bringt unsere Staatskasse fortwährend große Opfer.

Preußen.

Berlin, 7. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 4. Mai wurden wieder 69 Petitionen an die Abtheilungen vertheilt; dann ward von mehren Abgeordneten, denen sich der Staatsminister v. Thile anschloß, über sinnentstellende Mängel der stenographischen Mittheilungen geklagt. Unter den eingegangenen Anträgen befand sich auch eine Eingabe des Abg. v. Vincke und (136) Anderer, betreffend die von den vereinigten Curien eingereichte Dankadresse. Der Landtagsmarschall bemerkte, diese sei dem Marschall des Herrenstandes zuzustellen, weil sie zu einer von den vereinigten Curien geführten Verhandlung gehöre. Dagegen sprach Abg. v. Vincke, weil schon die frühere Verhandlung ganz exceptionell gewesen sei. Der Landtagsmarschall, der übrigens den Antrag verlesen ließ, vertheidigte seinen Grundsatz. Abg. v. Auerswald sprach dagegen, weil hier gerade die Specialitäten vorkämen, welche man in den vereinigten Curien wegzulassen beschlossen hätte; in gleicher Tendenz die Abgg. Sperling und Tschocke; dagegen v. Manteuffel I: eine Petition sei es nicht, ein Gutachten auch nicht, es sei eine Anknüpfung an eine frühere Verhandlung. Der Abg. v. Beckerath gehörte nicht zu den Unterzeichnern, meinte aber, der Antrag solle zuerst hier berathen werden. Graf Schwerin, der auch nicht unterzeichnete, war für Verweisung an eine Abtheilung; dagegen Graf Gneisenau; die Abgg. Meyssen und Hansemann für Berathung, Graf Finkenstein dagegen. Abg. Grunau und v. Saucken, welcher nicht unterzeichnet hatte, dem Inhalte aber beitrat, dafür. Der Landtagscommissar verwahrte sich, irgendwo diesen Weg angedeutet zu haben. Der König selbst bezeichne in seiner Botschaft den rechten Weg. Verwahrungen zu Protokoll seien das nicht. Frhr. v. Manteuffel II. wollte die Eingabe den Unterzeichnern zurückgegeben wissen. Das allein sei der gesetzliche Weg. Graf Zech für die Ansicht des Landtagsmarschalls, Frhr. v. Vincke, Milde und v. Beckerath nochmals dagegen, der Abg. Naumann ebenso; der Abg. Steinbeck für gänzliche Ablehnung der Berathung; dagegen Camphausen. Der Landtagsmarschall erklärte, er könne nur die Wahl stellen, das Actenstück an den Marschall der Herrencurie zu senden oder zurückzunehmen. Frhr. v. Vincke erklärte sich dann, unter Protest gegen das Verfahren, für das Erstere.

Man fuhr nun in der Berathung über das Bescholtenheitsgesetz fort. Der Abg. Naumann stellte das Amendement, Nr. 3 zu §. 1, die Nachwirkung der Beschlüsse des Gemeinderaths auf die ständischen Rechte betreffend, auszuschließen. In den Fällen, wo sie am Orte wäre, würde auf anderm Wege Dasselbe erzielt werden. In gleichem Sinne sprachen Frhr. v. Gudenau, v. d. Heydt, dagegen die Abgg. Meewes, Krüger, v. Manteuffel I. und Frhr. v. Manteuffel, dafür der Abg. Lensing. Der Artikel ward mit 302 gegen 203 Stimmen angenommen, womit das Amendement abgelehnt war. Auch der Schluß des Artikels ward angenommen; ebenso §. 2. Zu §. 3 wollte Abg. Hansemann den Antrag auf das Verfahren von dem vierten Theile der Mitglieder einer ständischen Versammlung gemacht, der Abg. Naumann die Verpflichtung des Vorsitzenden beseitigt wissen. Es wurden aber beide Amendements, nach kurzer Verhandlung, zurückgenommen. Bei den folgenden Punkten wurde ein Amendementsantrag der Abtheilung mit großer Mehrheit verworfen, dagegen, nach Antrag des Abg. v. Knoblauch, mit 269 gegen 230 Stimmen beschlossen, statt „⅔ der Anwesenden" zu setzen: „von der Mehrheit". Der Vorschlag der Abtheilung, daß der Angeschuldigte seine Vertheidigung persönlich führen könne, ward einstimmig angenommen. (A. P. Z.)

** **Berlin**, 6. Mai. Es ist schon früher die Rede davon gewesen, daß die Mitglieder des Vereinigten Landtags den auch auf der Generalsynode in Anregung gekommenen und ausgeführten Entschluß gefaßt haben, durch Anlegung eines Landtagsalbums, in welches alle Mitglieder ihre Namen nebst Denksprüchen einzeichnen, sich ein gegenseitiges Andenken an die gemeinsam verlebte Versammlungszeit zu stiften. Dieses Album ist bereits angelegt und soll durch Umdruck vervielfältigt werden. Unter mehren Denksprüchen von Abgeordneten, die uns bekannt geworden, erwähnen wir nur den des Hrn. Merkens, Abgeordneten von Köln, welcher lautet: „Der König ist die Identität des Volks. Aus diesem Grunde gebührt ihm meine Ehrfurcht, meine Liebe und Treue, ja mein Gut und Blut, in so fern er es zum Schutz und Trutz des Volks bedarf. Falls Einem einfallen wollte, dies Bekenntniß in das französische l'état c'est moi zu übersetzen, dann würde ich dem Dolmetscher hart widersprechen."

Unsere vor kurzem (Nr. 120) ausgesprochenen und durch die Fruchtbarkeit der letzten Tage an neuen Anträgen noch vermehrten Bedenken in Betreff des Ueberhandnehmens des Petitionswesens beim Vereinigten Landtage drängen sich allmälig auch der Ständeversammlung selbst auf und machen sich in mancherlei besorgten oder resignanten Meinungsäußerungen vernehmbar. Namentlich wies der Graf Renard in der Sitzung am 1. Mai darauf hin, daß eine einzige Abtheilung, die sechste, bereits über 70 Petitionen zur Begutachtung erhalten habe. „Es dürfte der hohen Versammlung wol nicht erwünscht sein, äußerte der Redner, 70 verschiedene Gutachten zu hören, weil sehr viele Petitionen denselben Gegenstand betreffen. Der sechsten Abtheilung bleibt kein anderer Weg übrig, als mehre Petitionen in Ein Gutachten zusammenzufassen; daß es dann der sechsten Abtheilung gelingen wird, diese 70—80 Petitionen zu berathen und Gutachten darüber abzufassen, glaube und hoffe ich. Ob es aber der hohen Versammlung möglich sein wird, in der von Sr. Maj. gestellten Frist oder auch in einer doppelt verlängerten Frist diese Gutachten zu hören und zu berathen, bezweifle ich." Zu diesem Ausspruche wird schon der Vorsitzende einer einzigen Abtheilung durch die Masse der eingegangenen Anträge gezwungen. Und dasselbe Sachverhältniß wiederholt sich bei allen übrigen Abtheilungen. Unter solchen Umständen sind wir der Ansicht, daß der Vereinigte Landtag schon durch die bei seinem ersten Zusammentreten gemachten Erfahrungen zu der Ueberzeugung gelangen werde, daß das Petitionswesen in der bisherigen Weise und Ausdehnung nicht bestehen bleiben könne. Der Landtag ist doch in der That nicht berufen, in die genauesten Details eingehende Erörterungen über alle Zweige des Staatslebens, alle öffentlichen Institutionen, alle Gegenstände der Gesetzgebung anzustellen; denn die zahllosen Petitionsanträge erstrecken sich in ihrer Gesammtheit so ziemlich über Alles, was nur irgend in den Bereich der Erörterung gezogen werden kann. Sollte aber dennoch der Landtag die ihm zugeschobene umfassende Aufgabe übernehmen wollen und alle durch die Petitionen angeregten Fragen mit der Ruhe, Besonnenheit und Gründlichkeit zu prüfen und zu discutiren beabsichtigen, welche die Gewichtigkeit dieser Fragen in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, so würde er vornächst einen Antrag auf wenigstens zweijährige Permanenz zu stellen haben. Daß eine solche Ausdehnung der Verhandlungen eben so wenig dem Wohle des Staats als dem Wunsche der Abgeordneten entsprechen kann, liegt so klar auf der Hand, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. Ohne Zweifel würde der Vereinigte Landtag ohne weitere Mühe und ohne großen Zeitverlust gleich

von vorn herein hinlängliche Aufklärung über die Bedeutung, die Begründung, die Dringlichkeit und den Grad der Einsicht und des Bewußtseins auf Seiten der Urheber einer großen Zahl von Petitionen erhalten haben, wenn die Antragsteller, statt ihre Anträge durch den Landtagsmarschall zur Begutachtung an die Abtheilungen gelangen zu lassen, genöthigt wären, dieselben sogleich vor voller Versammlung zu entwickeln und zu motiviren.

Bei der schon jetzt eingetretenen Petitionsflut, welche mit den Gewässern ihres überbrausenden Stroms die Zeit, die Geduld und die Kräfte des Vereinigten Landtags zu verschlingen droht, muß es als bemerkenswerth hervorgehoben werden, daß Hr. v. Saucken (Tarputschen) der Meinung ist: das Petitionswesen sei noch zu beschränkt und habe nicht Freiheit genug, sich geltend zu machen. Wenigstens hat derselbe den Landtagsmittheilungen nach kürzlich den Antrag eingebracht: „Das Petitionsrecht der Stände in seiner frühern Ausdehnung ungeschmälert wiederherzustellen.“ Dieser Antrag erscheint uns unberechtigt. Entweder bezieht sich derselbe auf das Petitionsrecht der Stände in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Vereinigten Landtags: dann kann von keiner Wiederherstellung dieses Rechts die Rede sein, weil der Vereinigte Landtag erst durch die Gesetzgebung vom 3. Febr. ins Leben gerufen ist und in ihr allein die Basis seiner Befugnisse findet. Oder der Antrag bezieht sich auf das Petitionsrecht der Stände in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Provinzialversammlungen: dann würde die Wiederherstellung oder vielmehr die neue Verleihung dieses Rechts an die Provinzialstände alle die Uebel wieder zurückführen, die man durch Schöpfung eines ständischen Centralorgans so glücklich beseitigt hat. Die Provinzialstände waren durch das Gesetz vom 5. Jun. 1823 ausdrücklich nur provisorisch bis zu dem Zusammentreten allgemeiner Ständeversammlungen mit den allgemeinen Gesetzberathungen betraut; und gerade aus der Mitte der Provinzialversammlungen ist vielfach der Uebelstand einer Zersplitterung der ständischen Organe in acht getrennte „Reichstage“ als Grund für die Bildung centralständischer Organe geltend gemacht worden. Ein allgemeines Petitionsrecht besaßen die Provinzialversammlungen gesetzlich niemals; factisch wurde die Ausübung desselben zugelassen, weil auch die Regierung mehr und mehr den Mangel eines centralständischen Organs fühlte. Nachdem aber dieser Einheitspunkt jetzt geschaffen, haben auch die allgemeinen Petitionen ihr natürliches und gesetzliches Forum erhalten, und es kann mit dem Gedeihen des ständischen Organismus nicht verträglich sein, statt der jetzt gewonnenen Ruhe und Ordnung die frühere Unordnung und Verwirrung wieder einkehren zu lassen. „Bedenken Sie, sagt der König in der Thronrede, daß die Zeit der Ungewißheit über die Gestaltung des ständischen Wesens vorüber ist. Manches, was die Nachsicht bisher mit der Ungewißheit entschuldigen konnte, hat hinfort keine Entschuldigung mehr.“ Wo aber kein gesetzliches Recht existirte, wie bei dem allgemeinen Petitionswesen der Provinzialstände, da kann auch kein Anspruch auf Wiederherstellung eines Rechts erhoben werden; was dagegen etwanige Wünsche in Betreff der Verleihung eines solchen Rechts an die Provinzialversammlungen betrifft, so glauben wir, daß der Vereinigte Landtag sich nicht zur Unterstützung der Klagen Jener hergeben werde, welche es schmerzlich hervorheben, daß durch die Bildung des Vereinigten Landtags der Nation acht politische Unterrichtsanstalten entzogen seien. Können wir demnach mit dem erwähnten Antrage des preußischen Abgeordneten uns in keiner Beziehung einverstanden erklären, so müssen wir auf der andern Seite doch wieder Hrn. v. Saucken unsere freudigste Anerkennung dafür aussprechen, daß derselbe dem Vernehmen nach die Absicht hegt, mit nächstem den segenversprechenden Antrag auf Erlaß eines Gesetzes zu stellen, durch welches das Aufkaufen bäuerlicher Grundbesitzer durch die großen Gutsherren als ein der Landescultur und dem Volkswohlstande verderblicher, das Menschlichkeitsgefühl verletzender Misbrauch verboten werde.

* **Posen**, 5. Mai Abends. Meine letzte Mittheilung (Nr. 128) muß ich noch durch einige neuere Nachrichten ergänzen. Hier in Posen sind, Dank der Wachsamkeit unserer Behörden, bis jetzt keine weitern Emeuteversuche vorgekommen; aus den kleinern Städten der Provinz aber gehen die betrübendsten Nachrichten ein, denn auch in Pleschen, Ehodziesen und an andern Orten haben tumultuarische Auftritte stattgefunden, bei denen Speicher und Kaufläden geplündert worden sind. In der Stadt Gnesen sind zum zweiten Male Unruhen ausgebrochen, und es sollen dabei arge Excesse verübt worden sein. Die in der Stadt Rogasen zur Haft gebrachten und hierher transportirten Rädelsführer des dortigen Aufstandes mußten das drei Meilen von hier gelegene Städtchen Murowanna-Goslin passiren, wo gerade Jahrmarkt war. Ein schnell zusammengelaufener Volkshaufe machte Anstalt, die Gefangenen zu befreien, was jedoch durch kräftigen Widerstand der Bedeckung und schnellen Transport der Gefangenen verhütet wurde. Indessen war dadurch das Signal zu Unordnungen gegeben, die sich auch sofort in allerlei Ausschweifungen kundgaben. Die Behörden schickten schleunigst eine Estaffette hierher, um militairischen Schutz zu requiriren, worauf sogleich ein starkes Commando Husaren dahin beordert wurde, dem es denn auch gelang, die Meuterer zu bewältigen und die Ordnung herzustellen. Doch scheinen Letztere eine furchtbare Rache genommen zu haben, denn als es Abend geworden war, brach plötzlich, wol unzweifelhaft von ruchlosen Bösewichtern angelegt, Feuer aus, das sich mit solcher Schnelligkeit ausbreitete, daß binnen kurzer Zeit die ganze Stadt in Flammen stand. An Löschen und Rettung war nicht zu denken; die ganze Nacht hindurch wüthete der Brand, und heute früh lag die Stadt bis auf acht Wohnhäuser, die katholische und die evangelische Kirche, sowie die jüdische Synagoge in Asche. Menschenleben sind, so viel man bis jetzt weiß, dabei nicht verloren gegangen. Heute Nachmittag wurde bereits ein Wagen mit vier Gefesselten hier eingebracht, von denen es heißt, daß sie dieser Brandstiftung dringend verdächtig seien. — Soeben geht die Nachricht hier ein, daß die gleichfalls nur drei Meilen von hier gelegene Stadt Kurnik in Flammen stehe; unstreitig ist auch dieser Brand von ruchlosen Tumultuanten angelegt; inzwischen kann ich diese Nachricht noch nicht verbürgen.

Unser Militair ist jetzt außerordentlich in Anspruch genommen, denn aus allen kleinen Städten wird um Schutz gebeten; zahlreiche Commandos sind zu diesem Behufe nach den verschiedensten Richtungen hin bereits entsendet. Vor wenigen Stunden gingen 100 M. Infanterie nach der Stadt Czarnikau ab, wo bei der übermorgen dort stattfindenden großen Procession leicht bedenkliche Unruhen ausbrechen könnten; ein ähnliches Commando ist nach Rogasen entsendet, wo am 8. Mai, dem Stanislaustag, eine große Procession statt hat, bei der sich Tausende aus allen Gegenden einzufinden pflegen. Unser Oberpräsident, Hr. v. Beurmann, der unlängst eine Reise nach seiner Heimat angetreten, um die goldene Hochzeit seiner Aeltern mitzufeiern, hat auf die Nachricht von den hier ausgebrochenen Unruhen sofort die Rückreise angetreten und wird schon heute Abend wieder hier eintreffen. Soeben höre ich, daß von Seiten der Regierung wie von der Commun bedeutende Roggenankäufe angeordnet sind, um einem möglichen Mangel an Brotkorn vorzubeugen. Außerdem ist den Hökern und Aufkäufern der Besuch des Marktes vor 10 Uhr Vormittags untersagt worden. Wegen der in besorglicher Weise sich häufenden Brände sind hier noch zwölf neue Nachtwächter angestellt, und es ist befohlen worden, daß in jedem Hause stets zwei große Tonnen mit Wasser gefüllt bereit stehen müssen.

— In **Köln** standen am 3. Mai drei Bürger — denuncirt, in einem Weinhaus angeblich Schmähschriften ausgegeben, resp. verlesen und verbreitet, und angeklagt, dadurch zu dem Verbrechen der Majestätsbeleidigung durch dasselbe vollendende Handlungen Beihülfe geleistet, wie auch das Verbrechen der Verbreitung aufrührischer Schriften begangen zu haben — vor dem Zuchtpolizeigerichte, dessen Verhandlungen bei geschlossenen Thüren stattfanden. Das Urtel lautete freisprechend. (Köln. Z.)

Oesterreich.

Der Kaiser hat aus Anlaß des Todes des Erzherzogs Karl an den Hofkriegsrathspräsidenten ein Handschreiben erlassen, in welchem verordnet wird: daß die Armee die Trauer um sechs Wochen länger als die Hoftrauer trage; daß die beiden Regimenter, deren Inhaber der Verewigte war, den Namen des Erzherzogs Karl auf ewige Zeiten beizubehalten haben; daß der Degen des Verewigten in die Bewahrung des wiener Zeughauses gestellt werde. Endlich behält sich der Kaiser vor, dem Erzherzog ein Monument setzen zu lassen, welches geeignet sein werde, dessen ruhmvolles Andenken auf die Nachwelt zu übertragen.

Portugal.

Das von Marseille in Havre eingetroffene Dampfschiff Tage hat in **Lissabon** angelegt und dasselbe am 27. April verlassen. Es bringt die Nachricht von einem Wechsel des Ministeriums, und als neue Minister werden vom Journal du Havre aufgeführt: für die auswärtigen Angelegenheiten Hr. Bayard, für das Innere Hr. Proenfe, für die Justiz Hr. Leitao, für die Finanzen und Marine Graf Tejal, und Baron da Ponte da Barca für den Krieg. Am 27. April wurde schweres Geschütz über den Tejo gebracht, um Setubal anzugreifen und die Dampfschiffe der Insurgenten von der dortigen Küste zu vertreiben. Die Königin soll sich übrigens entschlossen haben, der Gegenpartei Bewilligungen zu machen, die Sa da Bandeira in Setubal mitgetheilt, von diesem aber deshalb abgelehnt worden, weil er unter den Befehlen der Junta von Oporto stehe. Das von der Halbinsel- und Orientalischen Dampfschiffahrtscompagnie für angeblich 10,000 Pf. St. angekaufte englische Dampfschiff Royal Tar, welches die portugiesische Regierung hatte bewaffnen lassen, war am 21. April von den Insurgenten genommen worden, indem es mit 10,000 Gewehren und 40,000 Patronen in den Tejo einlaufen wollte. Am 23. April hatte eine von Gibraltar kommende portugiesische Sloop, indem sie vor Setubal vorüberseegeln wollte, dasselbe Schicksal. In Lissabon sah es unter solchen Umständen wenig erfreulich aus. Die Noten der Bank verloren 50 Proc.

Spanien.

Wie man aus **Madrid** schreibt, würde der Hof sich am 5. Mai nach Aranjuez begeben.

— Der Senat war am 28. April versammelt, beschäftigte sich aber nur mit der Entgegennahme des Berichtes über den Gesetzentwurf wegen Aushebung von 25,000 M. für die Armee. Die Zeitungen fangen an über die Langsamkeit zu klagen, mit welcher die Legislatur die vorliegen-

den wichtigen Fragen verhandelt. Eine Deputation hervorragender Progressisten, dabei die HH. Olozaga, Mendizabal und Cordero, hat der Königin aufgewartet und um Ausdehnung der Amnestie auf den Exregenten Espartero angesucht. Sie fand eine sehr huldvolle Aufnahme. Die Königin versicherte, daß ihr nichts erfreulicher sein werde, als die Vereinigung aller Klassen ihrer Unterthanen, daß aber die bewerwertete Angelegenheit nothwendig ihren verantwortlichen Rathgebern vorgelegt werden müsse, welche allein über das Angemessene der Gewährung zu entscheiden hätten. In den nächsten Tagen wollte General Narvaez auf seinen Botschafterposten nach Paris abreisen. Der erste Botschaftssecretair in Paris, Marquis de Benalua, ist zum Geschäftsträger im Haag ernannt worden, und der zweite Botschaftssecretair d'Arnao an dessen Stelle gelangt.

Großbritannien.

London, 3. Mai.

Die Times bemerkt über das vom Unterhause beantragte Darlehen von 620,000 Pf. St. an drei irische Eisenbahnen, es sei dasselbe in der City als eine Sache aufgenommen worden, zu der sich nichts sagen lasse. Das Publicum scheine dasselbe mit der Ueberraschung eines Klägers hinzunehmen, der nach Ausführung seiner Klage und nachdem der Beklagte sich der Vertheidigung begeben, ein abfälliges Urtheil erhalte. Der einzige vom Schatzkanzler geltend gemachte Grund war „die sehr verbesserte" Lage des Geldmarktes, fußend auf den Versicherungen der Bank und seiner eignen Ueberzeugung von den verhältnißmäßig bessern Aussichten. Daß weder dieses noch der so stark betonte Umstand, daß das Geld von einer bereits votirt gewesenen Summe genommen werden solle und keine neue Bewilligung bilde, mit dem Principe der Bewilligung etwas zu thun hat, wird von allen Seiten ausgesprochen, da der Boden, auf welchem diese Summe gewährt worden, in guten und schlimmen Zeiten ein gleich verwerflicher sein würde. Ob das Geld schon votirt war oder erst votirt werden muß, kann von keinem Einfluß für die beliebte neue Verwendung davon sein. Das Uebel ist daher eins der Art, das ertragen sein muß, weil es keine Hülfe dawider gibt, und die alleinige Bürgschaft gegen seine Wiederkehr muß in der Unwahrscheinlichkeit bestehen, daß irgend ein Finanzminister gesonnen sein könne, es mit häufigen Wiederholungen solcher Siege zu wagen.

— Nach dem letzten Berichte des britischen Vereins zur Abhülfe der Noth in Irland und Schottland haben seine bisherigen Einnahmen 386,970 Pf. St. betragen. In Schottland sind davon 63,739, zu Lebensmitteln für Irland 187,675 und zum Ankaufe von Saatgetreide 28,073 Pf. St. verwendet worden, sodaß also noch über 100,000 Pf. St. disponibel in Cassa waren.

— Durch einen Befehl des Schatzamtes ist von Schiffszwieback und andern Sorten Biscuit, insofern sie nicht zu dem feinen Backwerk gehören, der Zoll bis 1 Schill. pr. Centner suspendirt worden.

— In Dublin wird eine öffentliche Festlichkeit zu Ehren der Theilnahme der Bürger der Vereinigten Staaten an der Noth Irlands vorbereitet, bei welcher dem Capitain des zweiten, mit Lebensmitteln als Geschenk für die Dürftigen angelangten amerikanischen Schiffs Victor eine Nationalflagge überreicht werden soll.

— Vorgestern trat der Herzog v. Wellington sein 78. Jahr an. Die für denselben arbeitenden Handwerker hielten zu Ehren des Geburtstags ihres berühmten Kunden im Albion in Aldersgatestreet eine festliche Zusammenkunft.

— Die Nachrichten über das Befinden des Lordlieutenants von Irland vom 1. Mai melden, daß sein Zustand zwar etwas besser, im Wesentlichen aber doch unverändert geblieben sei.

— Der Viceconsul M. T. Hood in Montevideo, Sohn des vom Earl of Aberdeen mit Beilegung der Streitigkeiten im Plata beauftragt gewesenen Hrn. Hood, ist zum Generalconsul in Buenos Ayres ernannt worden.

— Auf Lurgan Castle in der Grafschaft Armagh in Irland ist am 30. April Lord Lurgan, geb. 1795, ein Opfer des Typhus geworden. Er war bis 1830 als Master Brownlow Mitglied des Unterhauses und wurde damals als Baron Lurgan ins Oberhaus versetzt. Der ehrenwerthe Charles Brownlow, sein Sohn, erbt Titel und Güter.

Frankreich.

Paris, 4. Mai.

Die Pairskammer war gestern in ihrer öffentlichen Sitzung abermals mit dem Gesetzentwurf über die Stellvertretung im Heere beschäftigt und vertagte sich wieder, ohne damit zu Stande gekommen zu sein. — In der Deputirtenkammer wurde die Berathung über die Supplementarcredite für 1847 fortgesetzt. Das Capitel für das Ministerium der öffentlichen Bauten kam an die Reihe. Hr. Muret de Bort brachte dabei eine in den Zeitungen enthalten gewesene Angabe des Pairs und Generals Cubières, eine Bestechungsangelegenheit in Beziehung zu einer gesuchten Concession für Kohlen- und Salzgruben zur Sprache (vgl. den Brief aus Paris). Es sei das eine Angelegenheit, zu welcher die Regierung unmöglich schweigen könne. Der Minister Dumon erläuterte zuvörderst das Verfahren bei Ertheilung solcher Concessionen, der zuerst eine amtliche Untersuchung der Verhältnisse, dann Begutachtung des Generalrathes des Bergbaues, dann die Entscheidung des Staatsraths vorhergehe, die fast allezeit den Ausschlag gebe. Bei der in Rede stehenden Sache sei namentlich dieser Weg streng eingehalten worden. Uebrigens habe die Regierung bereits über dieselbe berathen und die gerichtliche Ausmittelung angeordnet. Der Untersecretair des Arbeitsministeriums, Hr. Legrand, verwahrte sich gegen die ihm vom General Cubières in den Mund gelegten Angaben über die Art, wie die Entscheidung über Concessionen zu Grubenanlagen zu Stande komme. Hr. Lherbette verlas sodann die veröffentlichten Schreiben, und der Minister versicherte nochmals, daß ihr Urheber, General Cubières also, als Verleumder werde gerichtlich in Anspruch genommen werden. Hr. Crémieux stellte sodann seinen in voriger Session schon gemachten Antrag von neuem, daß die Kammer beschließen möge, keinem Mitgliede beider Kammern könne gesetzlich eine Concession zu Eisenbahnen oder einem andern Unternehmen zugeschlagen werden, noch könne eines als Director von dergleichen fungiren. Er kam in der Motivirung desselben auf die allenthalben sich einnistende Corruption zurück und erwähnte, wie seit vorigem Jahr in Folge der Betheiligung bei der Eisenbahnspeculation viele öffentliche Aergernisse gegeben worden wären. Zwei Pairs wären an der Börse hingerichtet worden, wie der technische Ausdruck für ruiniren sei, und ein solcher Zustand dürfe sicher nicht fortdauern. Hr. Crémieux übergab seinen Antrag den Bureaux im Laufe der Sitzung. Die Credite für das Ministerium der öffentlichen Bauten wurden bewilligt. Das Capitel der Supplementarcredite für das Kriegsministerium wurde wegen Abwesenheit des Hrn. de St.-Yon ausgesetzt und noch die Berathung der für das Marineministerium begonnen.

— Der Präsident der Deputirtenkammer Hr. Sauzet ist zum Großoffizier der Ehrenlegion befördert worden.

— Der Gazette de Lyon zufolge ist von allen Bischöfen und Erzbischöfen Frankreichs in diesen Tagen eine feierliche Protestation gegen Hrn. de Salvandy's Unterrichtsgesetzentwurf zu erwarten.

— Präfect und Maire von **Lyon** haben alle kostspieligen Feierlichkeiten am 1. Mai, dem Namenstage des Königs, unterlassen und die sonst verausgabten und diesmal ersparten Summen den Armen zugewiesen.

— Daniel O'Connell ist, ohne daß die Reise eine Verschlimmerung seines Krankheitszustandes herbeigeführt, glücklich in Avignon angekommen.

— Die nach der Sahara bestimmte Expedition unter dem General Cavaignac soll nach einer Mittheilung aus Daya vom 10. April in der Semaine aus 6 Bataillons, 7 Escadrons und 2 Gebirgsbatterien, einschließlich von 800 arabischen Reitern gegen 5000 M. bestehen. Sie nimmt für 50 Tage Lebensmittel mit und hat einen Train von 2000 Kameelen und vielen Maulthieren. Ihr folgt von Saida eine zweite Colonne unter General Renaud von 4000 M. Beide sollten am 12. April aufbrechen.

— Es soll bei der Regierung die Nachricht von **Otaheiti** eingegangen sein, daß sich die Königin Pomaré endlich nach Papeiti zurückbegeben habe.

****Paris**, 4. Mai. Die Bestechungsprocesse kommen nachgerade an die Tagesordnung. Kaum ist der famose Proceß in Rochefort vergessen, kaum hat Hr. Drouillard Hrn. Berryer die Beredtsamkeit bezahlt, mit deren Hülfe er gebrandmarkt ward, als in Gueret (Departement de la Creuse) eine ganz ähnliche Geschichte von Kauf und Verkauf der Wähler sich entfaltet. Und als wollten sich die Enthüllungen solcher Scandale überbieten, tritt zu gleicher Zeit ein Hr. Parmentier aus Lure (Departement der obern Saone) auf und macht gegen den General Cubières, Pair de France, ehemaligen Kriegsminister unter dem Ministerium Thiers vom 1. März, eine Civilklage am königl. Gerichtshofe anhängig, aus welcher nebenbei durch eine Reihe vom Beklagten an den Kläger im Jahre 1842 gerichteter Briefe hervorgeht, daß der ehemalige Minister von jenem Hrn. Parmentier zuerst 80, dann 50, endlich 45 Actien gefodert, um durch diese werthvollen Documente einen oder den andern Minister der damaligen (gegenwärtigen) Verwaltung für das bei dieser eingerichte Verlangen zur Ausbeutung der Kohlen- und Salzgruben von Gouhenans günstig zu stimmen. Diese Briefe wurden gestern in der Kammer verlesen und brachten, wie natürlich, eine allgemeine Entrüstung hervor. Der ehemalige Kriegsminister, der sich zur Mittelsperson der Bestechung anbietet, schreibt an Hrn. Parmentier unter Anderm ungefähr Folgendes: „Als wir ehrlichen Leute, Thiers, Cubières, noch in der Verwaltung waren, da war noch zu hoffen, daß die Angelegenheit (bei der er schon mit einem hundertsten Theil betheiligt war) unparteiisch entschieden werde, allein jetzt ist die Regierung in geldgierigen und bestechlichen Händen, Sie und Ihre ehrenwerthe Gesellschaft müssen sich also zur Bestechung bequemen, und ich, ehemaliger Minister, befinde mich in der vortrefflichsten Stellung, das Rad zu schmieren und in Bewegung zu bringen." Dieses Thema ist in einem halben Dutzend Briefe von größerm oder geringerm Umfange, die in kurzen Zwischenräumen auf einander folgen, mit viel Klarheit und Nachdruck durchgeführt, daß die Gesellschaft Parmentier sich endlich entschließt, dem

ehemaligen Minister für einen jeweiligen Minister 45 Actien, die damals einen Werth von 1 Mill. 125,000 Fr. hatten, zur Verfügung zu stellen.

Wie die Sache hier vorliegt, hat sich also, wenn die Briefe nichts als die Wahrheit enthalten, General Cubières der Mitschuld an Bestechung eines öffentlichen Beamten theilhaftig gemacht, oder wenn er Niemanden bestochen hat, was nach den Aufklärungen des Ministers in der Kammer und nach dem Vertheidigungssysteme des Beklagten vor dem Civilgerichte, wiewol nicht gewiß, doch wahrscheinlich ist, hat sich der ehrenwerthe Pair von Frankreich des Betrugs gegen Parmentier und der Verleumdung gegen einen der Minister schuldig gemacht. In beiden Fällen ist er dem Strafgesetze verfallen, und wie Hr. Dumont bereits erklärt und das ministerielle Organ heute wiederholt hat, wird die Regierung Hrn. Cubières bei der Pairskammer auf Verleumdung anklagen. Der ehemalige Kriegsminister, der diese traurige Wahl zwischen Mitschuld an Bestechung und Betrug mit Verleumdung voraussah, hat ein höchst sinnreiches Vertheidigungssystem am k. Gerichtshofe von Paris eingeschlagen; nur Schade, daß man bis jetzt nicht ermittelt hat, ob die Ehre dieses sinnreichen Systems ihm oder seinem Vertheidiger, Hrn. Billault, ursprünglich angehört. Wie man sieht, hat Hr. Cubières, der einen Minister bestochen, wie der Bankier Drouillard, der die Wähler bestochen, einen Deputirten zum Vertheidiger gefunden, und es braucht kaum erwähnt zu werden, daß Hr. Billault wie Hr. Berryer zu den ersten und kräftigsten Schreiern gegen die Corruption gehören. Doch wir thun dem ehrenwerthen General Unrecht, denn wie er oder sein gleich ehrenwerther Anwalt versichert, hat er Niemanden bestochen, hat auch keine einzige Actie zu diesem Zwecke von der Gesellschaft Parmentier erhalten, und die sechs Briefe an den Letztern? Ach, mein Gott! die sind nichts als ein leichtsinniger dummer Streich, zu dem er sich aus bloßer Gefälligkeit für besagten Parmentier, der ihn darum ersucht, hergegeben. Um die Sache besser zu verstehen, lassen wir Hrn. Billault sprechen: „Im Jahr 1842 hatte Hr. Parmentier Hrn. Cubières ersucht, ihm gewisse Briefe zu schreiben, die geeignet wären, nach dem Geist ehemaliger beim Unternehmen Betheiligter einen lebhaften Eindruck hervorzubringen. Hr. Cubières war leichtsinnig genug (von einem ehemaligen Minister allerdings kein kleiner Leichtsinn), den Styl des Hrn. Parmentier zu entlehnen und einige vertrauliche Briefe, wie dieser sie dictirt hatte, zu schreiben. Diese Briefe werden übrigens in einem unterm 17. Nov. 1844 von Parmentier und Cubières unterzeichneten Actenstück erklärt, woraus hervorgeht, zu welchem Zwecke sie Dieser an Jenen gerichtet. Einmal im Besitze dieser Briefe, hatte Hr. Parmentier den tollen Gedanken, sie für Geld zurückkaufen zu lassen." Dieses System ist, wie gesagt, höchst sinnreich, doch ehe wir es vorher beurtheilen, wollen wir abwarten, welche Wirkung es auf die Richter hervorbringen wird, die ihr Urtel auf den 8. Mai verschoben haben. Wie dies auch übrigens ausfallen mag, wird es der bevorstehenden Klage am Pairshofe keinen Einhalt thun, und so haben wir jedenfalls eine cause célèbre zu erwarten.

Schweiz.

Die Großrathswahlen in **St.-Gallen** sind, wenn auch mit unbedeutendem Mehr, zu Gunsten der Liberalen ausgefallen.

Italien.

* **Rom**, 26. April. Der Erbprinz von Monaco (Duca di Valentinois), welcher mit seiner Gemahlin der Osterfeier wegen hierher gekommen war, verließ unsere Stadt in vergangener Woche und begab sich nach dem Norden Italiens zurück. Der Papst empfing ihn wie seine Gemahlin, die der für Monaco hier accreditirte Generalconsul Cavaliere d'Augero begleitete, am Tage vor dem Consistorium in feierlicher Abschiedsaudienz. — Das römische Regierungsblatt vom 13. März brachte die Bekehrung des chinesischen Sultans von Banca zur römisch-katholischen Kirche (Nr. 95) zur Kenntniß des Publicums. In einer seiner letzten Nummern berichtigt es indessen seine frühern Angaben nach einer ihm von einem bei der Bekehrung mit thätig gewesenen Missionar zugesendeten directen Nachricht, von der ich bei dem Interesse dieses Vorkommnisses Folgendes mittheile. Der angebliche Sultan ist, wie der Missionar Benrie in Singapur berichtet, vielmehr nur das nationale Haupt der Chinesen von Banca und Billiton, welche bekanntlich von den Niederländern vielfach abhängen. Er begab sich von Banca zum genannten Missionar, um sich taufen zu lassen. Nach der Taufe ward er gefirmelt und nahm das Nachtmahl. Er ersuchte darauf den Missionar, nach Banca zu kommen, um sein ganzes Haus nebst noch 15 von ihm selbst in der Religion unterrichteten Leuten zu taufen, auch eine von ihm für den christlichen Cultus neu erbaute Kapelle einzuweihen. Der genannte Missionar weiß die Frömmigkeit dieses Chinesenhauptes und seiner Mitbekehrten nicht genug zu rühmen. Da dieses Haupt einen sehr bedeutenden Einfluß auf alle seine Landsleute ausübt, so dürfen wir auf ihn viele Hoffnungen auf eine in Aussicht gestellte Bekehrung des chinesischen Sultans von Banca zur römischen Kirche bauen. Wir ersehen aus dem Briefe des Missionars von Singapur, daß sich neuerlich auf der den Holländern gehörigen Insel Banca, die mit Billiton von ungefähr 40,000 Menschen bewohnt wird, sehr reiche Zinngruben eröffnet haben, und daß die Einwohnerschaft aus den Provinzen Fokien und Kuantong herstammt.

Dem Beamtenpersonal des Staatssecretariats steht eine im Consistorium am 12. April decretirte allgemeine Veränderung sehr nahe bevor. Doch ist officiell darüber noch nichts bekannt geworden. Vor Allem wichtig für unsere Verhältnisse ist die Gewißheit, daß die beiden eigentlichen Geschäftsführer jener obersten Behörde des Kirchenstaats, die Monsignori Santucci und Corboli-Bussi, von ihren Posten abtreten werden. Ersterer soll die Stelle des Monsignore Brunelli, welcher in diesen Tagen als päpstlicher Nuntius nach Madrid abgeht, wenn seine leidende Gesundheit ihn nicht daran hindert, doch nur als Prosegretario der Propaganda (Cardinal Angelo Mai bekleidete früher dasselbe Amt) erhalten, Letzterer das Commissariat von Loretto künftig verwalten. Der jetzige Delegat von Ancona, Monsignore Rusconi, wird den Nachfolger Brunelli's, und der bisherige Chef des Fiscus, Monsignore Morandi, den Monsignore Santucci ersetzen.

Gestern kam eine vom Cardinal Massimo unterzeichnete Verfügung heraus, welche den durch sein großartiges Denkmal des kaiserlichen Roms berühmten Platz des Pantheons von dem unwürdigen Treiben für die Zukunft zu säubern beabsichtigt, welches ihn seit einiger Zeit zum Bedauern der Fremden verunstaltete. Viele Hundert Gemüsehändler fanden sich nämlich schon in aller Frühe des Morgens regelmäßig ein, umlagerten mit ihrem fürchterlichen Marktgeschrei Agrippa's Monument und verpalissadirten es mit Salat, Broccoli, Cicoria, Finocchi, daß dort kein Durchkommen für Fußgänger mehr war und des Monuments Atmosphäre durch faulenden Gemüseabfall verpestet ward. Den von der Rotonda Verjagten ist die geräumige Piazza nuovona für die Zukunft als einziger Markt angewiesen.

Griechenland.

Berichte von den **Jonischen Inseln** bringen die Nachricht, daß Kalergis und Genossen, an dem Gelingen der gegen ihr eignes Vaterland beabsichtigten Attentate verzweifelnd, auf dem Punkte stehen, alle weitern Versuche aufzugeben, und sich in ihrem Aerger dadurch entschädigen, daß sie über ihre Gönner weidlich schimpfen, sich von ihnen verrathen und verlassen nennen und die Rolle des Zuwartens auf bessere Gelegenheit, auf die man sie verweisen soll, als eine beleidigende Ironie verschreien. Es hat sich vielleicht nie auffallender als in diesem Falle gezeigt, daß eine durch die öffentliche Meinung und die Zustimmung der eignen Nation unterstützte Regierung keinen Feind zu fürchten braucht und selbst auf die bedrohlichsten Umtriebe mit Verachtung herabsehen darf. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

Aus **Bukarescht** vom 11. April wird geschrieben, die Regierung wolle wegen einer nach einem gewissen Plane zu erzielenden Stadtverschönerung eine öffentliche Anleihe bei ausländischen Bankiers machen.

Türkei.

Konstantinopel, 21. April. Gestern erhielt der griechische Geschäftsträger, Hr. Argyropoulos, von der Pforte seine Pässe eingehändigt. Er soll mit dem nächsten nach Smyrna abgehenden Dampfboote von hier abreisen. Der von Hrn. Argyropoulos, wie es heißt auf Anrathen des französischen Gesandten, gemachte Versuch, für die Zeit, als die Störung der diplomatischen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern dauern sollte, einen provisorischen Agenten für Griechenland in der Person eines Hrn. Manaris aufzustellen, mislang; der Reis-Efendi war nicht zu bewegen, auf diesen Vorschlag einzugehen. Trotz der scheinbaren Anhäufung immer neuer Schwierigkeiten haben sich nach meiner Ansicht in den letzten Tagen neue Hoffnungsgründe zu einer baldigen Ausgleichung des griechisch-türkischen Streites geltend gemacht. Diese Hoffnungsgründe liegen vorzüglich in der veränderten Haltung des englischen Repräsentanten, welcher jetzt der Pforte die größte Vorsicht und Mäßigung zur Pflicht macht. Die gegen Griechenland gerichteten feindseligen Verfügungen, welche die Pforte zu ergreifen beabsichtigte, von denen eine durch die Abreise des Hrn. Argyropoulos ohnehin wegfällt, sind vorzugsweise auf Hrn. Wellesley's Anrathen verschoben worden, und die Pforte wird in dieser Hinsicht vor dem Eintreffen der Erwiderungen der fünf Großmächte auf ihr Memorandum vom 22. März keine verletzende Verfügung treffen. So sollen wenigstens ihre letzten Erklärungen gelautet haben. Wenn nun nicht zu zweifeln, daß die geringe Nachgiebigkeit, welche die Pforte früher in dieser Angelegenheit zeigte, von der Hoffnung herrührte, daß ihr die mächtige Unterstützung Englands in keinem Fall entstehen würde, so ist die Annahme gerechtfertigt, daß die Pforte, die sich jetzt Griechenland und den friedliebenden Mächten gegenüber allein und verlassen sieht, Veranlassung genug finden muß, von der Strenge ihres Ultimatums nachzulassen. — Am Ostersonntag pflegen die Griechen mit heiligen Gefäßen, Kreuzen und Bildern in feierlicher Procession um ihre Kirchen herumzuziehen. Dieses Jahr waren bei diesem Fest im Hof aller griechischen Kirchen bedeutende Truppenabtheilungen aufgestellt. In einer Kirche in Smyrna gab die Anwesenheit dieser Truppen zufällig zu einer bedeutenden Störung des Festes Anlaß. Gerade während die Procession stattfand, wollte der mit seiner Truppe im Hofe der Kirche stehende türkische Offizier, wie es scheint, irgend eine Bewegung ausführen und comman-

dirte das von europäischen Exercirmeistern erlernte, aber den Griechen unverständliche „Marsch!“ Die Griechen hielten es für ein den Truppen gegebenes Zeichen, über sie herzufallen, warfen eilends Bilder und Gefäße, Kreuz und Fahnen von sich und stoben in einem Augenblicke nach allen Richtungen aus einander. (A. Z.)

Konstantinopel, 17. April. Die Regierung hat zur Hebung des Verkehrs beschlossen, durch das ganze Reich Chausseen anzulegen; eine eigne Kasse ist zu dem Ende errichtet, und es sollen jährlich eine bestimmte Anzahl Meilen fertig werden. Zunächst soll die Chaussee von hier nach Adrianopel in Angriff genommen werden, zu welchem Zwecke ein österreichischer Ingenieur aus Wien berufen ist. Die nächste Straße soll alsdann von Trebisond nach Erzerum geführt werden (W. Z.)

— Nachrichten aus **Konstantinopel** vom 19. April zufolge hatte der dortige russische Botschafter ganz unerwartet die griechischen Unterthanen unter seinen Schutz gestellt und eine diesfallsige Anzeige an das darüber nicht wenig betroffene Pfortenministerium erlassen. Diese Demonstration wird wol den Uebermuth des Divans abkühlen. (N. K.)

0 **Konstantinopel**, 17. April. Die griechische Angelegenheit nimmt in diesem Augenblick alle Thätigkeit des Divans in Anspruch; Fürst v. Metternich ist von der Pforte zum schließlichen Schiedsrichter in dieser Sache ausersehen worden. Kein besserer Beweis, wie sehr der französische Einfluß beim türkischen Cabinet und im Orient überhaupt von Tag zu Tag schwindet. Aber auch den englischen Botschafter hat dieser Entschluß der hohen Pforte überraschen müssen. Um den damit dem englischen Einflusse zugedachten Streich abzuwehren, hat der englische Gesandte alle hiesigen Berichterstatter zu sich einladen lassen und sie dort zu überzeugen gesucht, daß England selbst dem Divan den Rath ertheilt, Oesterreich zum Schiedsrichter zu wählen; während sich annehmen läßt, daß die Sache den britischen Interessen viel Sorge macht. Leider stellt sich auch Rußland in demselben Augenblick auf die Seite der Türkei, wo es den Griechen des Königreichs und sogar der griechischen Bevölkerung des osmanischen Reichs durch herausfodernde Schritte Muth macht. Was Frankreich betrifft, so ist seine Politik in dieser Sache vom Anfang an ungeschickt und zaghaft gewesen. Hr. de Bourqueney verliert bei jeder Verwickelung den Kopf, ängstigt sich um seine Stellung und steckt Jedermann mit seiner Furchtsamkeit an, sobald irgend eine Verlegenheit von Seiten Rußlands erhoben wird. Das russisch-französische Bündniß löst sich von selbst auf, die vier Mächte Rußland, Oesterreich, England und Preußen werden ohne Frankreichs Vermissen über die griechische Angelegenheit entscheiden. Mittlerweile hat das Erscheinen einer englischen Flotte in den griechischen Gewässern unter den Griechen viel Aufsehen gemacht.

Ostindien.

Die vom 1. April aus **Bombay** eingetroffene Ueberlandpost bringt mit Ausnahme des fortdauernd unruhigen Zustandes im Gebiete des Nizam und in den Gumsurbezirken, nur Berichte von der in Ostindien herrschenden Ruhe. Der Generalgouverneur und der Oberbefehlshaber der Truppen waren bei Abgang der Post vermuthlich schon in Simla wieder eingetroffen, um dort während der heißen Jahreszeit zu bleiben. Der Tod von Akbar-Khan in Kabul bestätigt sich. Anfänglich hieß es, daß er am Säuferwahnsinn gestorben sei; allein es hat sich ergeben, daß er nach morgenländischer Weise auf Befehl seines Vaters Dost-Mohammed vergiftet worden ist. Im Pendschab waltete überall Friede und Ruhe, das Vertrauen zur Dauer derselben befestigte sich. Gerüchte von Schritten des britischen Residenten, Durbarversammlungen am Sonntage zu verhindern oder den Bewegungen der Königin und ihres Sohnes Beschränkungen anzulegen, werden als eben so unwahr bezeichnet wie die von einer Feier der Jahrestage der britischen Siege am Sutlebsch in Lahore. Auch die Nachricht von dem Widerstande der Hazari gegen Ghulab-Singh's Herrschaft wird verneint. Vielmehr hätten dieselben gegen die Sikhs der Ebene zu den Waffen gegriffen und sie besiegt. Der Lieutenant Lumsden kam nur dazu, um Frieden stiften zu helfen. Ghulab-Singh scheine überhaupt keineswegs unbeliebter als irgend einer seiner Nachbarhäuptlinge zu sein und habe sich seit der Verbindung mit den Briten bis jetzt ohne Fehl bewiesen. Auf das Verlangen derselben öffnete er die Kerker seiner Staatsgefangenen, gab ungerechterweise eingezogene Ländereien zurück und stellte die Sutties (Witwenverbrennungen) ab. In Scinde war der Gesundheitszustand gut. An der Grenze dieser Provinz finden noch Räubereien statt, doch glaubte man, der räuberischen Banden demnächst habhaft zu werden.

Für die freigegebene Beschiffung des Indus ist es ein übler Umstand, daß bis 3 Fuß tief gehende Schiffe der Sandbänke und Stromschnellen wegen nur sehr beschwerlich fortkommen können. — In den letzten sieben Jahren haben die Ausgaben in Ostindien die Einnahmen um 1½ Mill. Pf. St. jährlich übersteigen, und jetzt kostet Scinde ziemlich allein so viel. Zur Deckung derselben sind die Einkünfte der neuerworbenen Sikhstaaten mit 500,000 Pf. St., die Ersparnisse beim Heere 300,000 Pf. St., vermehrter Opiumzoll 100,000 Pf. St., und Mehreinnahme durch verbesserte Zollcontrole 120,000 Pf. St., sowie die jährlich während der Besetzung des Pendschab von Lahore zu zahlen versprochenen 220,000 Pf. St., zusammen 1,240,000 Pf. St. vorhanden, wobei also immer noch ein Defizit von 210,000 Pf. St. jährlich auszugleichen bleibt. — Im März sind in der Präsidentschaft Bombay zur Unterstützung der nothleidenden Irländer und Schottländer 6500 Pf. St., in Kalkutta bereits 5000 Pf. St., in Madras gegen 2000 Pf. St. beigesteuert worden, und bis Mai werden gewiß 20,000 Pf. St. dazu nach Europa remittirt worden sein.

Mexico.

In der Times wird ein Schreiben vom 12. März aus **Veracruz** mitgetheilt, welches die erfolgte Einschließung der Stadt auf der Landseite durch 10,000 M. unter General Scott bestätigt. Da dieselben aber ohne Zelte sind, so haben die Truppen am Tage von der brennenden Sonne, Nachts durch den kalten Thau viel zu leiden, was in dieser Jahreszeit besonders nachtheilig ist. Die Zelte sollen vergessen und ebenso soll ihr schweres Geschütz meist in Matamoras zurück sein. Bei der Landung der ersten Division wurde die ganze Munition von der Brandung durchnäßt und sie blieb 4 Stunden ohne eine brauchbare Patrone, was ihr theuer hätte zu stehen kommen können, wenn es die Mejicaner benutzt hätten. In Veracruz stehen 2500 M. Infanterie und 600 Reiter, in San Juan de Ulloa 2000 M. erprobte Vertheidiger. Der Briefsteller sieht die Gefahr für den Platz noch gering an und glaubt, der Vortheil sei zur Zeit noch auf Seiten der Mejicaner gewesen. Jedenfalls werde es einen harten Kampf setzen.

Brasilien.

Aus **Rio Janeiro** sind Nachrichten vom 18. März in England eingegangen. Der Kaiser wollte am 20. März auf einer Fregatte nach Santos gehen und auf dem Landwege im April zurückkommen. Die Entbindung der Kaiserin wurde im Juli erwartet und ein Geheimrathsbefehl hatte die desfallsigen Kirchengebete angeordnet. Am 3. Mai sollten die Kammern eröffnet werden und man hielt eine damit verbundene Aenderung des Ministeriums für wahrscheinlich.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 8. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118½ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 86½ Br., 86 bezahlt u. G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ bezahlt; Litt. B. 99½ G.; Köln-Mindener 91 Br., 90½ G.; Thüringer 94½ G.; Altona-Kieler 107½ Br., 107 G.; Pesther 101 Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ bezahlt u. G.

Postwesen. * Frankfurt a. M., 6. Mai. Das Gerücht, schon mit dem nächsten 1. Jul. werde in Folge diesfälliger Unterhandlungen, welche zwischen mehren deutschen Regierungen und der Thurn- und Taxis'schen Post gepflogen worden seien, eine gemeinsame Zeitungsporto-Ermäßigung eintreten, gehört zuverlässigen Mittheilungen nach vorerst noch zu den vielen frommen Wünschen, welche in letzterer Zeit für eine Besserung der deutschen Preßzustände laut geworden sind, und die, wie jenes Gerücht, sehr wahrscheinlich noch gar lange ohne Erfüllung bleiben werden. Wenn auch (aber jedenfalls später als am nächsten 1. Jul.) in einem oder dem andern deutschen Staat eine Ermäßigung des Zeitungsportos eintreten sollte, so wird doch eine Gemeinsamkeit dieser Maßregel zwischen unsern Staaten nur erst dann zu erwarten sein, sobald eine Vereinbarung über die verschiedenen andern Fragen, welche in Bezug auf die Presse in Anregung gebracht worden sind, zu Stande gekommen sein wird. Dieser Zeitpunkt scheint noch sehr in die Ferne gerückt; und alle Anzeichen deuten darauf, daß die so enthusiastisch angekündete Erleichterung der Preßzustände in den deutschen Bundesstaaten wenigstens nicht von der nächsten Zukunft gebracht werden wird.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 8. Mai früh 7 Uhr: 3° 6″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 4. Mai. 2½pc. Int. 58¼; Rußl. 5pc. Hope 104⅛; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 6. Mai. Oestr. Bact. 1897 Br.; 250 Fl. L. 118½; 500 Fl. L. 154¼; Bair. 3½pc. 92 Br.; Bad. 50 Fl. L. 57⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25; Sard. 35; Kurhess. 32½. Paris, 4. Mai. 5pc. 115. 60; 3pc. 78. 5; Neap. 102. 50; Bankact. 3250. Wien, 5. Mai. Bact. 1592; Met. 5pc. 107¼; 4pc. 97⅞; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 155¼; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Frankfurt a. M., 6. Mai. Taunusb. 356½; Nordb. 71½; Verb. 91½. Paris, 4. Mai. Eis. St. Germ. 935; L. 215; Paris-Orleans 1233¾; Paris-Rouen 948¾; Paris-Strasburg 426¼; Paris-Lyon 432½; Rouen-Havre 667½; Marseille-Avignon 767½; Strasburg-Basel 193¾; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 581½; Nord 615. Wien, 5. Mai. Nordb. 171; Gloggn. 124¾; Mail. 112⅞. Livorn. 90½; Pesth. 100½.

Berliner Börse, 7. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatssch. 93½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 94, schles. 96½, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92, kur- und neumärk. 95½ Br.; Louisdor 111⅛. Friedrichsd. 113½. Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½, Berl.-Anhalt. 109⅝, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 97½, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, 5pc. 101½, Berl.-Stett. 107½ Br., Cöln-Minden 4pc. 91¼, Grak.-Oberschl. 4pc. 76⅛ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107½, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107, Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 86½, Prior.-Act. 4pc. 92, 5pc. 102, Zweigb. 4pc. 92, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 96 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 81½, Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 90, Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 85½, Thüring. 4pc. 94½, Wilh.-Bahn 4pc. 87½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82⅛, Berg.-Märk. 4pc. 82½, Berl.-Anh. 99½, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90½, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Bened. 4pc. 114, Mecklenburg 74⅛, Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 71, Pos.-Starg. 4pc. 83½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Herz) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¾, à 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Pfeerd. Einsl. 16¾, Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 84⅞, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅛.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Mineralbrunnen.

Die ersten Sendungen diesjähriger Füllung von **Selters, Kissinger Ragozy, Pillnaer Bitterwasser, Saidschitzer Bitterwasser, Eger Wiesenquelle, Eger Franzensbrunnen, Eger Salzquelle, Adelheidsquelle, Marienbader Kreuzbrunnen, Emser Kessel, Emser Krähnchen, Fachinger, Biliner Sauerbrunnen, Karlsbader Mühl-, Schloss-, Neubrunnen** und **Sprudel** sind bereits bei uns eingetroffen.

Gera, am 1. Mai 1847.

J. C. Maehr's Erben.

[1879]

Ungarische Central-Eisenbahn.
Kundmachung.

In Folge des §. 5 der allerhöchst sanctionirten Gesellschafts-Statuten der Ungarischen Central-Eisenbahn werden nachverzeichnete Sechzig-Sieben Stück Interims-Partial-Scheine, auf welche ungeachtet der in den öffentlichen Blättern drei Mal erlassenen Aufforderungen d. d. 22. October 1846 und 14. Februar l. J. die am 2. Jänner 1847 fällig gewesene 10procentige Einzahlung bis zum 27. März d. J., als dem bestimmten Präclusiv-Termin, nicht geleistet worden ist, in den Büchern der Gesellschaft gestrichen, als null und nichtig erklärt, und die auf selben bereits haftende Einzahlung von 50 Procent ohne Weiteres als Eigenthum der Gesellschaft unter Vorbehalt der ihr zustehenden Rechte eingezogen:

Nr. 1578, 2068, 2239, 6046, 6047, 6757, 7053, 24825, 31764 bis 31768, 31843, 39398 bis 39403, 39409, 44025, 44167 bis 44184, 44199, 47054, 49442, 50759, 54559 bis 54511, 59536, 67001, 70581 bis 70584, 70988, 70989, 71125 bis 71127, 71422 bis 71429 und 71754.

Für diese 67 Nummern werden neue Interims-Partial-Scheine ausgefertigt, über welche die nächste ordnungsmäßige Generalversammlung zu verfügen haben wird.

Pressburg, den 16. April 1847.

[1536—37] Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Dampfschiffahrt
zwischen
Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat **Mai:**

von **Magdeburg:**		von **Hamburg:**	
Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Freitags,	Nachmittags 3 Uhr.	Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends,	Abends 6 Uhr.

Außerdem werden wöchentlich noch zwei Schleppschiffe expedirt, und zwar:

von **Magdeburg: Sonntags** und **Donnerstags,**
„ **Hamburg: Sonntags** und **Mittwochs.**

Nähere Auskunft und Billets zu den bekannten ermäßigten Preisen ertheilen in **Leipzig** Herr **Ferd. Seenau,** Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, und die Passagier-Expeditien der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft.

Magdeburg, im Mai 1847.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.

1893 **Holtzapfel.**

Sechsundzwanzigster Rechnungsabschluß
der
Feuerversicherungsbank für Deutschland
vom Jahre 1846.

Das Ergebniß des 26. Geschäftsjahres der Feuerversicherungsbank f. D. ist ein sehr günstiges. Die Summe der in demselben in Kraft gewesenen Versicherungen ist auf **317,412,331** Thlr. gestiegen, und während mit ihr die Prämieneinnahme sich auf **1,026,820** Thlr. 17 Sgr. erhob, wurden für **441** Brandschäden u. s. w., deren specielles Verzeichniß bei jedem Agenten der Bank eingesehen werden kann, nur **240,602** Thlr. 19 Sgr. verausgabt, und **86,874** Thlr. 8 Sgr. für noch unerledigte oder unermittelte Verluste u. s. w. zurückgestellt.

Beiweitem die Mehrzahl der Feuerschäden, von welchen Mitglieder der Bank betroffen wurden, fand gleich bei ihrem Entstehen rasche Unterdrückung, ohne zu wirklichen Feuersbrünsten sich auszudehnen. Der wachsamen Aufmerksamkeit der Theilnehmer selbst, in welcher der Hauptschutz der Gesellschaft gegen größere Verluste liegt, wird daher das günstige Ergebniß des Rechnungsabschlusses — eine Ersparniß von 65 Procent der Einlagen — vorzugsweise verdankt. Auch die gestiegene Zahl örtlicher Vereine zu geordneter und gesicherter Rettung gefährdeter Gegenstände bei entstandenen Feuersbrünsten ist mit Dank zu erkennen, denn dadurch wird der betrübenden Nothwendigkeit, auch für diebische Entwendungen beim Ausräumen Ersatz leisten zu müssen, am besten vorgebeugt.

Der nachstehende Rechnungsabschluß hat, zu leichterer Uebersicht der Einnahme und Ausgabe, eine etwas veränderte Aufstellung erhalten. Die Verwaltungskosten der Bank waren, ungeachtet der Erweiterung des Geschäfts, im vergangenen Jahre niedriger als im Jahre 1845. Dieselben sind in Beilage C. zur Rechnung speciell nachgewiesen. Wegen des gesunkenen Werthes der Pfandbriefe öffentlicher Creditanstalten und Staatspapiere wurden von dem Werthbetrage der im Besitze der Bank befindlichen Papiere dieser Art, zur Sicherstellung des Bankfonds, trotz unveränderter Zinsrente, 7704 Thlr. 4 Sgr. als Verlust durch das Agio-Conto abgeschrieben.

Im Laufe des Jahres 1846 mußten auch bei allen unverändert zur Erneuerung gekommenen Versicherungen neue, die Bankverfassung von 1845 in Bezug nehmende Nachschußscheine von den Banktheilhabern eingefodert werden. Dafür, daß nunmehr die ältern, hierdurch mit dem Schlusse des Jahres 1846 völlig ungültig gewordenen Nachschußscheine, zur Ersparung von Versendungsarbeit und Porto, von uns vernichtet werden, dürfen wir wol die Zustimmung der Banktheilhaber voraussetzen.

Die Summe der im Depositum der Bank befindlichen Gelder für seit Jahren noch unerhobene Dividenden, sowie von Nachschußguthaben aus 1842, beläuft sich auf **17,370** Thlr. Alle Diejenigen, welche noch irgend einen Anspruch dieser Art an die Bank zu machen haben, werden hierdurch um so dringender aufgefodert, denselben so bald als möglich durch die Agenten geltend zu machen, als mit dem Jahre 1849, nach der Bestimmung vom 3. December 1840 und nach §. 9 und 11 der Verfassung von 1845, die in jeder Versicherungsurkunde ausgesprochene fünfjährige Verjährungszeit der Dividenden u. s. w. zur ersten, dann jährlich fortschreitenden Anwendung kommen wird.

Einnahme.

		Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.
1.	Der Prämienübertrag vom Jahre 1845 betrug laut 25. Rechnungsabschluß	485,326	20		
	Hiervon ab, für nach Abschluß ristornirte oder veränderte Versicherungen, laut Nachweisung A.	324	8		
				485,002	12
2.	Für unermittelt gebliebene Schäden und Kosten wurden (laut Tit. III. der Ausgabe des 25. Rechnungsabschlusses) zurückgestellt	60,658	17		
	Hierzu kommen für ferner eingeklagte Nachschußreste aus dem Jahre 1842, abzüglich der Kosten	544	22		
				61,203	9
3.	Die ganze Prämien-Einnahme im Jahre 1846 beträgt laut Nachweisung A., nach Abzug der Agenturprovisionen			1,026,820	17
4.	Die in diesem Jahre fällig gewordenen Zinsen (von welchen keine Reste vorhanden sind) kommen in Einnahme mit			35,273	16
				1,008,299	24

Ausgabe.

1.	Für Brandschäden, Rettungs- und Ermittelungskosten u. dergl.				
	a) aus dem Jahre 1845 und früher herstammend, laut Nachweisung B*.	18,642	15		
	für Provision der Dividenden-Rückzahlung von 1845	8942	21		
	b) aus dem Jahre 1846, einschließlich 61 Thlr. 8 Sgr. Verlust bei dem Concurs eines Agenten, laut Nachweisung B*.	240,602	19		
2.	Für currente Unkosten laut Nachweisung C.	38,520	12		
3.	Für Agio-Verlust auf die vorräthigen Pfandbriefe und Staatspapiere sind wegen des gesunkenen Cursес derselben, abzüglich des sonstigen Agiogewinnes, abgeschrieben worden	7704	4		
		323,472	11		

		Thlr.	Sgr.	Thlr.	Sgr.
	Uebertrag der Einnahme			1,008,299	24
	Uebertrag der Ausgabe	323,472	11		
	Reserve.				
1.	Für unerledigt oder noch unermittelt gebliebene Schäden, Verluste, Kosten u. s. w. aus 1846 und früheren Jahren, sowie für Provision, mit Berücksichtigung des Bruchs bei der Dividende 86,874 Thlr. 8 Sgr.				
2.	Zur Deckung des Risico der in die künftigen Jahre überlaufenden Versicherungen 524,208 „ 5 „	611,082	13		
				934,554	24
	Es bleibt mithin				
	reiner Ueberschuß			673,745	—
	welcher von der an der Ersparniß dieses Jahres theilnehmenden Summe von 1,036,530 Thlr. 23 Sgr., laut Nachweisung A., eine Dividende von				
	65 Procent				
	gibt. Die Gesammtsumme der im Jahre 1846 in Kraft gewesenen Versicherungscontracte beträgt . . .			317,412,331	—
	die der eingelegten Nachschußbürgschaften			6,057,122	—
	wovon für 1846	4,164,570	—		
	für 1847	1,892,552	—		

Die speciellen Nachweisungen A., B. und C. dieser Rechnung sind bei den Agenten der Bank zur Einsicht der Theilnehmer niedergelegt.

Gotha, den 15. März 1847.

K. Nagel, Bankbevollmächtigter. **J. Arnoldi**, Bankkassirer. **C. A. Scheibner**, Bankbuchhalter. **Becker**, Bankdirector.

Es wird hiermit attestirt:
daß die in diesem 26. Rechnungsabschluß für 1846 aufgeführten:
524,208 Thlr. 5 Sgr. Prämien-Uebertrag auf die Jahre 1847 bis 1853,
86,874 . 8 . zur Abmachung sämmtlicher für 1846 ꝛc. angemeldeten und noch nicht genau ermittelten Schäden, Unkosten und Verluste,
673,745 . — . Ueberschuß vom Jahre 1846,

1,284,827 Thlr. 13 Sgr. — außerdem aber noch:
17,370 . — . } 15,764 Thlr. 23 Sgr. für noch unerhobene deponirte Dividenden aus den frühern Rechnungsabschlüssen,
1605 . 7 . für noch nicht erhobene Nachschuß-Credit-Saldi,

1,302,197 Thlr. 13 Sgr. in Summe, durch disponible Fonds, und zwar in
1,007,877 Thlr. 21 Sgr. auf Grund rechtlichen Gutachtens und mit Genehmigung des Vorstandes verzinslich angelegten Geldern,
137,396 . 6 . Guthaben bei den Herren Agenten und Bankiers,
134,603 . 13 . baarer Kasse und laufenden Wechseln,
21,000 . — . für das Bankgebäude,
1230 . 3 . . . Inventarium,

1,302,197 Thlr. 13 Sgr. Summe wie oben; ferner:
5000 . — . Caution von dem Herrn Bevollmächtigten,
20,000 . — . Caution von dem Herrn Kassirer,

bei der heutigen Revision nachgewiesen, sämmtliche der Bank gehörige Schuldocumente deponirt und in gehöriger Integrität befunden, auch sämmtliche berechnete Ausgaben mit richtigen Quittungen belegt worden sind.

Nach erfolgter genauer Revision der Bestände, Nachrechnung der Bankrechnungsbücher und der Abschlußrechnungen wird diese Rechnung von uns als richtig anerkannt.

Gotha, den 29. März 1847.

Die Bank-Revisionscommission.
Wilhelm Baber aus Erfurt. Chr. Heinr. Wellendorf aus Arnstadt.
C. G. W. Trebsdorf, Specialrevisor.

Den vorstehenden 26. Rechnungsabschluß der Feuerversicherungsbank f. D. erkennen wir, auf den Grund erfolgter Revision, als richtig an und genehmigen dessen Veröffentlichung durch den Druck. Derselbe wird jedem der Herren Banktheilnehmer zugesendet. Zugleich bemerken wir, daß in der heutigen Vorstandsversammlung Herr Hofrath Becker aufs neue für ein Jahr, vom 1. Juli 1847 bis dahin 1848, zum Bankdirector, und Herr Adolph Matthäi zu dessen Stellvertreter erwählt worden ist.

Gotha, am 15. April 1847.

Der Vorstand der Feuerversicherungsbank für Deutschland.
Werneburg, Dirigent.
Benj. Kiesewetter, Vorsteher für Arnstadt.
Wilh. Hoffmann, Vorsteher für Erfurt.
Georg Zichner, Vorsteher für Gotha.

[1892]

Cirque-Equestre
von E. Renz auf dem Königsplatze.

Unwiderruflich heute Sonntag den 9. Mai letzte große Vorstellung der höhern Reitkunst und Pferdedressur.

In dieser letzten Vorstellung werden sich sämmtliche Reiter und Reiterinnen ganz besonders auszeichnen.

Der Tanz auf dem Eisendraht, ausgeführt von E. Renz. — Herr Rudolph wird sich auf einem ungesattelten Pferde auszeichnen und die schwierigsten Gegenstände ausführen. — Der Vollblutheng st Nelson, dressirt und vorgeführt von E. Renz. — Der Afrikaner Max Zeeme wird sich zu Pferde produciren und mit dem großen Cours endigen. — Les petits cercles par Mons. Tourniaire. — Gracieuse Pas-Stellungen, ausgeführt von Mad. Renz. — Mons. Hintz als Voltigeur. — Les exercices à la ridelle par Mons. Qualitz. — Ein türkisches Cavaleriemanoeuvre, geritten von 8 Reitern.

Kassenöffnung um 6½ Uhr, Anfang um 7½ Uhr.

Billets zum ersten und zweiten Rang sind von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Oberkellner im Hotel de Prusse zu haben.

Bei dem nahen Scheiden von Leipzig halte ich mich verpflichtet, einem hochzuverehrenden Publicum meinen wärmsten und innigsten Dank für die mir und meiner Gesellschaft so reich gespendeten Beweise Ihres Wohlwollens abzustatten, und hege nur noch die ergebene Bitte, diese Theilnahme auch bei der unwiderruflich letzten Vorstellung nachfolgen zu lassen; bewahren Sie mir Ihr Andenken und seien Sie überzeugt, daß meine Erinnerung mit dem Scheiden von Leipzig nicht erlöschen wird. Auch bitte ich ein hochverehrtes Publicum, mir das geschenkte Wohlwollen bei meiner einstigen Wiederkehr zu erhalten.

[1888] **E. Renz**, Director.

Vermiethung. Ein großes **Parterrelocal** ist in der Hainstraße außer den Messen zu vermiethen. Näheres zu erfragen **Bärmann's Hof**, erste Etage. [1882—83]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 9. Mai. Neu einstudirt: **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. — Alice, Frl. **Grünberg**, vom Stadttheater zu Aachen, als erste Gastrolle.

Montag, 10. Mai. **Erste Sommer-Abonnement-Vorstellung.** Neu einstudirt: **Die Geschwister**, Schauspiel von Goethe. — Hierauf: Neu einstudirt: **Der Heirathsantrag auf Helgoland**, Lustspiel von Schneider. Marianne und Cläre, Fräulein **Streit**, vom Stadttheater zu Köln, als Gast.

Dienstag, 11. Mai. **Das Nachtlager in Granada**, romantische Oper von C. Kreutzer. Gabriele, Fräulein **Grünberg**; ein Jäger, Herr **Horvath**, vom k. k. Hof-Opern-Theater in Wien, als Gäste.

Das große Badische Staatsanlehen von 14 Millionen Gulden

bietet Gewinne von **Fl. 50,000, 40,000, 35,000, 15,000, 12,000, 10,000, 5000, 4500, 4000, 2000, 1000.** Die nächste Ziehung findet am 31. Mai d. J. statt und empfehle hierzu Originallooſe à Thlr. 21½. Pläne und jede Auskunft gratis.

Julius Stiebel jun.,
Bankier in **Frankfurt a. M.**, Bureau Wollgraben.

Obige Loose werden bis zum 15. Juli 1847 jederzeit à Thlr. 20½ zurückgenommen, daher zur Porto- und Mühesparung die Einrichtung getroffen ist, daß nur die Differenz von 1 Thlr. pr. Loos einzusenden ist. [1889—91]

Gasthaus-Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den geehrten Herren Badereisenden hiermit nochmals anzuzeigen, daß er das, auf einem der schönsten Plätze zwischen Teplitz und Schönau situirte Gasthaus „zum Neptun", bestehend in einer großen Anzahl sehr freundlicher Zimmer, einem großen Speisesalon, mit einem vor demselben befindlichen anmuthigen Blumengarten — bereits seit vorigem Jahre im Besitze hat. Zugleich dankt er höflichst für den ihm zu Theil gewordenen zahlreichen gütigen Besuch während der vorjährigen Badesaisen, und schmeichelt sich, auch dieses Jahr durch eine reelle, schnelle und höfliche Bedienung, durch billige Preise und Güte der Speisen und Getränke sich die Zufriedenheit der geehrten Herren Gäste zu erwerben.

Teplitz, im Mai 1847. [1884—86]

August Fischer,
Besitzer des Gasthauses „Zum Neptun".

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur **Deutschen Allgemeinen Zeitung** Nr. 129. (9. Mai 1847.)

Ueberblick.

Deutschland. ♂ Leipzig. Zur Entgegnung. *Weimar. Landtag.
Preußen. *Von der Spree. Die Staatsanleihen.
Wissenschaft und Kunst. *Dresden. Vorträge von R. Kohl.
Handel und Industrie. *Leipzig. Hüttner's Beiträge zur Kenntniß des deutschen Postwesens. Von der Donau. Finanzwache in Dalmatien.
Ankündigungen.

Deutschland.

♂ **Leipzig**, im Mai. Hr. Dr. Schaffrath nennt uns in seiner Antwort (Nr. 100) auf unsere Bemerkungen über seine staatswirthschaftlichen Vorschläge in der II. Kammer (Nr. 93) einen Bekämpfer des politischen oder socialen Fortschritts oder vielmehr der Freunde desselben. Auf eine solche Aeußerung mußten wir gefaßt sein, denn sie erfolgt stets, wenn man es wagt, den Radicalen nicht ganz beizustimmen, können aber dennoch ihn versichern, daß wir zum socialen Fortschritt mehr als viele Freunde desselben beigetragen haben, was die Redaction dieser Zeitung gewiß bezeugen würde, wenn wir sie darum ersuchten. Er gibt uns ferner Schuld, daß wir, wie alle Bekämpfer des politischen oder socialen Fortschritts, ihm falsche Aeußerungen in den Mund gelegt hätten. Auch diese Beschuldigung war als ein gewöhnliches Hülfsmittel in der Verlegenheit zu erwarten, muß aber von uns auf das bestimmteste zurückgewiesen werden, denn wir haben seine Worte ganz getreu wiedergegeben, und deswegen die Mittheilungen vom Landtag abgewartet, um nicht etwa durch die Berichterstatter der öffentlichen Blätter irre geführt zu werden. Hr. Dr. Schaffrath hat auf dem letzten Landtage wörtlich gesagt, daß die Regierung sich mit der Organisation der Arbeit bekannt zu machen habe. Wir mußten daraus schließen, daß er nicht allein mit dem Wesen der schon vorhandenen, sondern auch mit der von einer gewissen Seite empfohlenen künstlichen bekannt sei, besonders aber diese im Auge habe, weil er sie der Regierung vorführte, die doch zeither genugsam bewiesen hat, daß sie mit der natürlichen sehr bekannt sei. Allein danach zu schließen, daß er seine Zuflucht zu den Handwerker-Associationen am Rhein, zu den Privatverträgen zwischen den Fabrikanten und ihren Arbeitern, besonders aber zum Art. 111 des sächsischen Criminalgesetzbuchs nimmt, wodurch er einen neuen Beweis liefert, daß er Alles und Jedes um die juristische Spindel wickelt, möchten wir annehmen, daß das eigentliche Wesen der natürlichen Organisation der Arbeit sowie die Theorien der Socialisten ihm ganz fremd wären, und er nur vom Hörensagen etwas von ihnen wisse. Er ist zwar bereits in Nr. 104 dieser Zeitung darüber belehrt worden, doch dürfte es nicht überflüssig sein, wenn auch wir von dem unsrigen etwas hinzufügen. Schon das Reformiren auf den Grundlagen und im Einklange mit der natürlichen, auf Naturgesetzen und der Eigengewalt der Verhältnisse beruhenden, also wahrhaft organischen Organisation der Arbeit ist ein Unternehmen, das nicht so leicht und schnell zu Stande zu bringen ist, und muß irgendwo der praktische Gesichtspunkt recht fest ins Auge gefaßt werden, so ist hier eine der größten Schwierigkeiten das richtige Verhältniß des Lohns zur Arbeit; eine andere nicht weniger große ist die seit 50, besonders seit den letzten 25 Jahren bewirkte Umwälzung in der industriellen Arbeit, die Ersetzung der Arbeit der kleinen Werkstätten durch die Maschinenarbeit; eine dritte ist der Einfluß des Auslandes auf uns, das uns zwingt, nicht den besten, sondern einen gegebenen Weg zu gehen. Es gibt deren noch mehr, deren Aufzählung aber hier unterbleiben muß, und schon aus der zuerst angeführten geht hervor, daß, wenn von ihm eine neue Organisation der Arbeit abhängt, diese nie gefunden werden wird. Auf die künstliche ist man zuerst durch den Wunsch gelangt, allen Arbeitern nach Verhältniß ihrer Fähigkeiten, Aufführung ꝛc. glückliche Tage zu schaffen. Wir wünschen sie ihnen sogleich; aber schwerlich wird das Ziel erreicht werden, so lange es sich um eine Arbeit handelt, bei der das Angebot derselben so ungeheuer ist und zu deren Verrichtung so wenig gehört. Die Arbeit wird, wie alle Waare, nach dem Marktpreise bezahlt, der sich nach dem Verhältniß von Nachfrage und Angebot richtet. Will man höhere Lohnsätze erzwingen, so muß man entweder auch den Waaren Zwangspreise sichern, also alle Fabrikate künstlich vertheuern, oder man wird erfahren, daß die Fabrikanten zu Grunde gehen, oder sich aus dem unvortheilhaft gewordenen Geschäfte wegziehen, und dann die Arbeiter in noch größere Noth kommen. In Betreff von andern Punkten will Hr. Dr. Schaffrath die Leser und uns durch die Einschaltung von („zu expertirende") glauben machen, daß er über die Besteuerung der Rohstoffe bei der Ausfuhr gesprochen habe. Dies ist aber nicht der Fall, sondern er hat derselben ohne Beisatz erwähnt, und es mußte von uns angenommen werden, daß er die Einfuhr meine, weil es ungeachtet seines Zweifels augenscheinlich ist, daß ein im Inlande erzeugter Rohstoff in demselben um so viel wohlfeiler sein müsse, als der darauf gelegte Ausfuhrzoll beträgt, wie z. B. die Schafwolle beweist, obgleich es ebenso augenscheinlich ist, daß dadurch dem Erzeuger zu Gunsten des Wollfabrikanten großes Unrecht zugefügt wird.

Wenn Hr. Dr. Schaffrath ferner sagt, unsere Furcht vor dem Einpaschen der Luxusartikel der Reichen beweise theils zu viel für die Freilassung oder Ermäßigung aller Artikel von allen Zöllen, theils nichts für die Gerechtigkeit der Begünstigung der Luxusartikel der Reichen und der zum Theil verhältnißmäßig hohen Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel der Armen, so haben wir darauf zu erwidern, daß wir keineswegs von Freilassung aller Artikel, sondern, wie er, nur von nicht zu hoher Besteuerung der Luxusartikel gesprochen haben, weil sie dann wegen ihres großen Werths in kleinem Raum eingepascht werden würden, welche Behauptung auf die Erfahrung gegründet ist, denn jeder Zoll, der höher als das Paschерlohn ist, veranlaßt den Schmuggel trotz der strengsten Maßregeln. Daß diese Begünstigung gerecht sei, haben wir gar nicht gesagt, sondern nur, daß sie nicht zu vermeiden sei, weil sonst der Zoll umgangen wird, ohne in der Sache selbst etwas zu ändern. Von den hohen Zöllen auf die nothwendigsten Lebensmittel der Armen hat der geehrte Abgeordnete früher gar nicht gesprochen, daher wir nicht wissen, warum er ihrer hier gedenkt. Hieraus geht hervor, daß nicht der Hr. Dr. Schaffrath uns, sondern wir ihm den Vorwurf zu machen haben, uns falsche Aeußerungen in den Mund zu legen.

Da er das Dasein von Banken für capital- und vermögenslose (sagt nicht das eine dieser Beiwörter genau dasselbe wie das andere?) Arbeiter in allerdings noch wenigen Städten behauptet, so wollen wir es zugeben, müssen uns jedoch sehr wundern, daß sie unserer Aufmerksamkeit so ganz und gar entgangen sind. Seine Ansicht, daß in diesem Falle fortwährende Opfer von Seiten des Staats oder der Gemeinden zu bringen wären, hier vollständig zu beleuchten, würde zu weit führen, nur mag bemerkt werden, daß solche Unterstützungen die Speculation auch in diesen Klassen hervorrufen und sie gleichfalls zu weit führen würden, denn hat auch die Entwickelung des Credits ihre Vortheile, so bringt sie doch auch nicht weniger große Misbräuche mit sich. Der Credit ist stets eine Vorausnahme der Zukunft, die leicht unsere Kräfte und die Vorsicht übersteigt und dann verderblich wird, was im gewöhnlichen Gleise vermieden worden sein würde. Für den ersten Augenblick vermehrt und belebt diese Entwickelung des Credits allerdings die Arbeit, allein die falschen Berechnungen, die man dabei so leicht macht, ermangeln nicht, Unglücksfälle und Schließung der Werkstätten herbeizuführen. Dies ist der zweite Grund, welchen wir mit „ernster Amtsmiene" gegen die vom geehrten Abgeordneten gewünschten Creditanstalten geltend zu machen haben.

Daraus, daß wir nicht begreifen, wie man sich von der Nützlichkeit einer Einrichtung, die noch gar nicht oder nur ganz kurze Zeit bestehe, überzeugen könne, folgt keineswegs, daß wir ein Feind aller Wissenschaft und Theorie sind, wohl aber, daß wir auf die Erfahrung einen eben so hohen Werth als auf diese legen, und uns da sicherlich auf dem richtigen Wege befinden. Eben so sonderbar ist es, wenn er uns Gefühl für die Noth der armen Arbeiter ganz abspricht, weil wir nicht mit seinen Vorschlägen einverstanden sind. Der Anfang unsers Artikels, wo wir über das Innungswesen, das Truckſystem und das dringende Bedürfniß eines neuen Systems fabrikpolizeilicher Bestimmungen uns äußern und dabei gewiß sehr warm zu Gunsten der Arbeiter aussprechen, dürfte das Gegentheil beweisen, und ist dem Dr. Schaffrath in seiner Aufregung über unsere Anmaßung, ihn bei einer seiner schwachen Seiten anzugreifen, unfehlbar entgangen.

Wenn er sagt, daß mit uns nicht zu verhandeln sei, weil wir die Voraussetzung und Grundlage aller Verhandlung und alles Streites, die Wissenschaft, Theorie und wenigstens theoretische Vernunft läugneten, eine auf Gründen der Theorie, nicht auf praktischer (gibt es auch eine unpraktische?) Erfahrung ruhende Ueberzeugung nicht begriffen, so hat das Mercantilsystem hinlänglich bewiesen, wohin Theorie ohne Erfahrung führt, daß besonders die Nationalökonomie ohne Erfahrung schlechterdings gar nicht bearbeitet werden kann und diese hier wenigstens allein auf den rechten Weg führt. Aber auch in andern Wissenschaften ist es der Fall, daher Alexander v. Humboldt ganz offen erklärt, daß er nur empirisch verfahre, welchem Grundsatz er es sicher hauptsächlich zu danken hat, daß er Das ist, was er ist.

Es für anmaßend und vergeblich zu erklären, in solchen Zeitungsartikeln über die hochwichtigsten Fragen der Gesellschaft abzusprechen, ist höchst überraschend und neu, da sie doch täglich darin abgehandelt werden. Wie sollen sie denn anders unter das Volk kommen, welchem die „wissenschaftlichen Bücher und Bände" nicht zugänglich sind, und dem doch alle Aufklärung zu verschaffen der Dr. Schaffrath sich unablässig bemüht? Wenn nicht die hochwichtigsten Fragen der Gesellschaft in den Zeitungen abgehandelt werden sollen, warum verlangt man dann für sie die Preßfreiheit? Oder will man dann nur Scandal hineinbringen? Der geehrte Abgeordnete meint ferner, es sei anmaßend von uns, seine nur rhapsodischen Aeußerungen und Andeutungen als eine erschöpfende Abhandlung anzugreifen, worauf wir ihm zu bemerken haben, daß auch wir keineswegs erschöpfend zu Werke gegangen sind, noch von ihm Erschöpfung des Gegenstandes verlangt haben, sondern kürzer in der Beurtheilung als er in seinen Aeußerungen waren, daß ein solches Verfahren ein sehr gewöhnliches, von

Niemandem gemisbilligtes, in der Tagespresse sich täglich wiederholendes und von ihm und seinen Freunden eben auch befolgtes ist. Oder sollte der Hr. Dr. Schaffrath, der Bekämpfer aller Privilegien und Monopole, das Privilegium für sich in Anspruch nehmen, nicht beurtheilt, nicht angegriffen werden zu dürfen? Dann sagen wir ihm, daß jedes öffentlich ausgesprochene Wort ein abgeschossener Pfeil ist, der einmal im Fluge nicht zurück erlangt werden kann und ein Eigenthum des öffentlichen Urtheils geworden ist, mag er abgeschossen worden sein von wem er wolle. Unsere Frage, wo denn die Proletarier und Handarbeiter die Volksvertreter mit wählen? ist unbeantwortet geblieben.

Was endlich sein Geständniß betrifft, daß er kein Nationalökonom sei, so erlauben wir uns, ihm seine häufigen und in der Regel sehr strengen Zurechtweisungen in der Kammer ins Gedächtniß zurückzurufen, wenn ein nicht ganz sattelfester Jurist oder gar ein Nichtjurist sich auf das Feld der Jurisprudenz gewagt hatte, denen er dann unverhohlen sagte, daß sie sich in solche Sachen nicht zu mischen hätten, weil sie nichts davon verständen. Da er sich dies erlaubt hat, so haben auch wir das Recht, ihm zuzurufen: Schuster, bleib' bei deinem Leisten!

*Weimar, 27. April. Am 24. März eröffnete, wie die Protokolle ergeben, der Abg. Dr. Kieser die 25. Sitzung des Landtags mit einem Vortrag über die Thüringische Eisenbahn, indem er zuerst bemerkte, daß die Angelegenheit auf den Landtagen von 1841 und 1844 in vertraulicher Sitzung verhandelt worden, im Jahr 1844 aber ein eigner Ausschuß für diesen Gegenstand gebildet worden sei, welcher in der Zwischenzeit vom Jahr 1844 bis 1847 über alle hier einschlagenden Angelegenheiten sowie über den mit Thurn und Taxis abzuschließenden Postvertrag, verhandeln und beschließen und auf dem gegenwärtigen Landtage das Vergangene berichten sollte. Es sei gelungen, die Bahn von Halle bis Weimar ein Jahr früher, als es nach dem Anschlag hätte geschehen sollen, zum öffentlichen Verkehr herzustellen. Durch diese Beschleunigung des Baues sei eine Ersparniß von 100,000 Thlr. an Zinsen möglich geworden, und wenn auch einige Differenzen mit der Staatsregierung noch nicht ausgeglichen wären, so solle man doch mit derselben nicht so ernstlich rechten, weil dieselbe ihrestheils die Sache zu befördern bemüht gewesen. Graf Werthern-Beichlingen ist der Meinung, daß sich der Landtag mit der Beurtheilung der Tarifsätze nicht befassen, sondern solche der Staatsregierung überlassen solle. Der großherzogl. Commissar geheime Staatsrath Thon bemerkt, daß die Staatsregierung diesen Punkt bereits berücksichtigt und auch eine Verminderung für Sachen von geringem Werth, aber schwerem Gewicht von 5 auf 4 Pfennige pr. Centner und Meile erwirkt habe. Nachdem hierauf eine vertrauliche Besprechung über den in Beziehung auf die Eisenbahn abgeschlossenen Postvertrag stattgefunden, berichtete der Referent über mehre bei dem beauftragten Ausschuß nach dem vorigen Landtag eingegangene Mittheilungen der Staatsregierung, die Eisenbahn betreffend, z. B. die Fortsetzung der Eisenbahn von der obern Maingegend bis zur Wesergegend, sowie das Gesetz über die Bestrafung der Beschädiger an den Eisenbahnanlagen. Letzteres provisorisch erlassene Gesetz wurde vorgelesen und dann von dem Landtage nachträglich die Genehmigung ertheilt, wobei zugleich auch bemerkt wurde, daß die Jugend in den Schulen mit den einzelnen Bestimmungen genau bekannt gemacht und darüber belehrt werden möchte.

Nachdem am 25. März die sechsundzwanzigste Sitzung lediglich einer vertraulichen Besprechung in Eisenbahnangelegenheiten gewidmet worden, wurde am 27. März in der siebenundzwanzigsten Sitzung von dem Landmarschall als Referent des Budgetausschusses vor Beginn seines Vortrags eine Schilderung des Staatshaushalts vorausgeschickt, in welcher er unter Anderm Folgendes bemerkte: Der Credit des Landes könne als ein wohlgeordneter betrachtet werden, denn die neueste Anleihe diene als ein glänzendes Beispiel; dessenungeachtet sei nicht zu läugnen, daß der Ausgabe-Etat sich von einer Finanzperiode zur andern immer mehr gesteigert habe, und auch der jetzige lasse einen Mehrbedarf in vielen Capiteln und nur in wenigen eine Ersparniß erblicken, obschon dem Landschaftscollegium bezeugt werden müsse, daß es sich der größten Ordnung und Sparsamkeit bei der Verwaltung befleißigt habe. Dieser Zustand sei eine Folge der wie in allen Ländern so auch hier sich vermehrenden Ausgaben, und diese habe wieder ihren Grund in der jährlich zunehmenden Bevölkerung, welche im Großherzogthum innerhalb 30 Jahren um das Vierfache gestiegen sei. Auch müsse hierbei der gesunkene Werth des Geldes mit in Anschlag gebracht werden, weil sich dadurch nach einer Reihe von Jahren der Bedarf im Staatshaushalte scheinbar erhöhe; aber es kämen noch andere Ursachen in Betracht, welche den Ausgabe-Etat vergrößerten, z. B. die Steigerung des Pensions-Etats auf das Doppelte; ferner werden für gemeinnützige Anstalten und Institute, wofür im Jahr 1824 14,000 Thlr. im Etat eingesetzt gewesen, jetzt 34,000 Thlr. gefodert; so sei auch der Militair-Etat, welcher im Jahr 1824 101,050 Thlr., im Jahr 1834 sogar nur 99,000 Thlr. gekostet, jetzt auf 144,900 Thlr. gestiegen; endlich sei auch der Ausgabe-Etat für die Landesschuld, welcher im Jahr 1824 178,300 Thlr. betragen, jetzt auf 194,200 Thlr. angewachsen. Zum Theil sei der Landtag an diesem traurigen Ergebniß nicht ganz ohne Schuld. Im Jahr 1821 hätten die Landesschulden 3,586,756 Thlr. betragen, wofür damals ein jährlich wachsender Tilgungsfonds von 20,000 Thlr. bestimmt worden; allein im Jahr 1843 sei, ungeachtet dieser 22 Jahre lang regelmäßig fortgeschrittenen, bis auf 60,000 Thlr. jährlich angewachsenen Amortisation, der Gesammtbetrag der Landesschuld auf 3,764,805 Thlr. gestiegen, welcher Zuwachs an Schulden durch Entschädigung der frühern Steuerfreiheit, durch Ablösung von Passivrenten der Hauptlandschaftskasse an die großherzogl. Kammerkasse, durch außerordentliche Militairbedürfnisse, durch Chausseebauten, durch Wiederergänzung des zu weit geschwundenen Wirthschaftsfonds der Hauptlandschaftskasse in Folge zu geringer Verwilligungen und unvorhergesehener Ueberschreitungen der Etats entstanden sei. Man habe also, um vorübergehende Lasten zu vermeiden, dem Lande schließlich dauernde Lasten von fast gleichem Betrage aufgebürdet, ohne zu bedenken, daß in einem geregelten Staatshaushalte die Gegenwart sich hüten müsse, Wechsel auf die Zukunft auszustellen. Die Erfahrung habe auch gelehrt, welche nachtheilige Folgen daraus entsprängen, wenn durch Illusionen über mögliche Mehrerträgnisse der Etat allzu sehr gespannt werde; denn wenn sich ja Ueberschüsse ergäben, so gingen sie ja dem Lande nicht verloren; dagegen werde ein Ausfall an den vorausberechneten Einnahmen zwar während der laufenden Finanzperiode die Lasten geringer erscheinen lassen, für die Folge aber größere Verlegenheiten bereiten.

Der Landmarschall ging hierauf zur Prüfung des Ausgabe-Etats über, indem er zugleich bemerkte, daß der Ausschuß bei der Prüfung desselben von dem Grundsatz ausgegangen sei, daß keine neuen Steuern aufgelegt werden sollten. Die Besoldungen des Staatsministeriums blieben mit dem frühern Ansatze von 15,338 Thlr. unverändert. Bei dem Etat des Oberappellationsgerichts mit 4614 Thlr. war eine Erhöhung von 69 Thlr. als Beitrag zu der Besoldung für einen nicht akademischen Rath gefodert, und von dem Ausschuß zwar auf Genehmigung angetragen, jedoch zugleich der Wunsch zu erkennen gegeben, daß mehr Conformität in den Competenzverhältnissen dieses Gerichts, ein schnellerer Rechtsgang, eine Verminderung des Personals und somit auch der Kosten herbeigeführt werde. Mehre Abgeordnete stimmten diesem Wunsche bei, und wird zur Begründung desselben unter Anderm angeführt, daß aus dem Herzogthum Meiningen fast eben so viel Sachen dem Oberappellationsgerichte vorgelegt werden als aus den übrigen vier dazu gehörigen Staaten. Da der Staatsminister v. Watzdorf die Erklärung abgegeben, daß die Staatsregierung bereits Einleitung zu der gewünschten Conformität getroffen, und daß solche sich auch auf die Appellationssumme erstrecken solle, wurde der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen. Für die Regierungscollegien zu Weimar und Eisenach waren 23,356 Thlr. gefodert und bewilligt.

Preußen.

*Von der Spree, 4. Mai. Eine der jüngern berlinischen Zeitungen läßt sich über das, wol in kurzem in der Ständeversammlung zur Berathung gelangende Staatsanlehen neuerdings Bedenken und zwar von Paris her mittheilen. Dem pariser Correspondenten dieses Blattes zu glauben, so sind nämlich die dortigen Bankiers um den guten Fortgang des beabsichtigten Anleihegeschäfts nicht wenig in Sorge, seitdem die ständische Adresse versäumt hat, bei dem Könige darauf hinzuwirken, daß der Vereinigte Landtag für die in dem Gesetz vom 17. Jan. 1820 vorgesehene reichsständische Versammlung wirklich erklärt werde. So bleibe, meint jener Pariser (?) nach der Ansicht der französischen Geldmänner immer noch die Besorgniß, daß eines Tags die „wirklichen" Reichsstände hervortreten, um die Handlungen und Beschlüsse der jetzt versammelten zu annulliren. Wir wollen hier nicht erörtern, was wir über die eigentliche Quelle jener sogenannten pariser Correspondenz für unsern Privatgebrauch bereits bei andern Gelegenheiten geurtheilt haben; aber diesmal verräth sie wenigstens, daß ihr Urheber wahrlich keinen pariser Bankier auch nur sah, geschweige denn über das preußische Anleihegeschäft sprechen hörte; und wenn jene Zeitung ihren Correspondenten sofort berichtigt, so muß ihr selbst wol Aehnliches vorgeschwebt, wo nicht selbst aus dindendern Gründen nahe gelegen haben. Kommt es bei der zu machenden Anleihe auf Skrupel an, die der Zukunft und einem unzuerkennenden Ereignißgange entnommen werden dürfen, so läge ja wol jenes andere Bedenken, daß eines Tags nicht blos die unter Mitgarantie der „wirklichen" Reichsstände eingegangenen Staatsverbindlichkeiten, sondern die ganze ständische Gesetzgebung des Staats von einem preußischen Regenten annullirt würde, eben so nahe, wo nicht ungleich näher. Aber es ist auch, wie gesagt, nicht wahr, daß jene abenteuerige Ansicht irgend welchen soliden Ursprung und Zusammenhang mit dem europäischen Geldmarkte hätte. Sie scheint uns ein bloßes Nachbeben jenes fieberhaften Schrillensystems, das deutsche Publicistik sich dergestalt beflissen in den Kopf setzte, daß sie nun die eigne Unwahrheit schon glaubt, ja zu glauben gleichsam verpflichtet ist, seitdem sie auch den äußersten Sprung nicht gescheut und ein homo literatus dem andern keck nacherzählt hat, bereits seien verschiedene Anleiheversuche der preußischen Staatsregierung, mit Hinweis auf das erwähnte Gesetz, von namhaften Häusern „refusirt" worden. Wir glauben, daß, wenn der preußische Staat den öffentlichen Credit jemals beansprucht hätte oder selbst jetzt noch denselben beanspruchte, ihm

derselbe auch und unter allen Vortheilen, die nur irgend einer am europäischen Geldmarkte vorzugsweise begünstigten Macht zugestanden werden, würde bewilligt worden sein und selbst heute noch bewilligt werden würde, möchte das zu gewährende Darlehen unter die Mitgarantie der Stände gestellt werden oder nicht. Gerade die „Geldfürsten" sind es, welche die förmlichen Garantien von den wesentlichen haarscharf zu unterscheiden wissen und einen Anstoß an dem Vorhandensein des Gesetzes von 1820 eben deshalb nicht nehmen. Alle Garantien mögen die Staatsverhältnisse, auf deren Lage es lediglich ankommt, wenn sie unsicher und unbefestigt sind, so wenig sicher machen, als sie eine schlechte Staatsverwaltung verbessern können, und was namentlich die Nationalgarantie anlangt, so hat diese für den Staatsgläubiger keinen höhern Werth als die einfache oder, wenn man will, einseitige der bestehenden Staatsregierung. Eine empfindliche und noch frische Erfahrung hat ohnehin ihr Möglichstes gethan, diese Art der Garantie außer Curs zu setzen, denn die Staatsgläubiger sind durch dieselbe noch nirgend außer den Bereich der Vexationen gestellt worden, die aus unstäten Verhältnissen und der damit verbundenen unregelmäßigen, ungeordneten Finanzwirthschaft herfließen. Die Garantien, welche die Zustände in Bezug auf ihre Dauer und die Verwaltungen in Bezug auf ihre Solidität zu gewähren vermögen, diese sind es, welche dem öffentlichen Credit das Vertrauen einflößen, und in beiden Beziehungen darf wol der preußische Staat sich jedem andern dreist zur Seite stellen.

Die „Geldfürsten", die ja ohnedies das Geld nicht selbst geben, sondern nur das einträglichere Geschäftchen dabei machen, wissen dies auch sehr wohl, sehen aber darum doch jene Literatenweisheit nicht eben ungern, weil ihnen freilich zwei Garantien lieber sind als eine; aber Niemand mehr als sie selbst wäre auch mit dieser einen zufrieden, wenn sie die zweite nicht haben könnten. Die Bestimmungen des Art. II. des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes vom 17. Jan. 1820 sind zumal für das zu machende Staatsanlehen durchaus irrelevant. Einmal stellt sich der preußische Staat dadurch in keinerlei Art von Verbindlichkeit gegenüber seinen künftigen Gläubigern, denn man kann sich einem Subjecte, das noch gar nicht da ist, unmöglich verbindlich machen; dann aber ist den Ständen auch nur eine „Mitgarantie", nicht die Garantie selbst, welche als solche der souveraine Thron sich reservirt hat, in Bezug auf die künftig etwa zu machenden Anlehen eingeräumt worden. Die ständische Mitgarantie ist also rein supplementarisch und von durchaus eventuellem, nicht von principiellem Charakter, weil es in dem Falle, wo die Stände ihre Mitgarantie versagten, wo dann also auch die Krone durch jene Bestimmung sich nicht länger gebunden glauben dürfte, doch lediglich auf den Darlehensgeber ankommen würde, zu entscheiden: ob die Garantie, welche, wie gesagt, auch noch nach dem Gesetze von 1820 die Regierung des souverainen Landesherrn ausschließlich leistet, für die Aufnahme des Darlehns genüge oder ob auch jene supplementarische Mitgarantie der Stände noch hinzutreten solle. Immer aber würde dadurch keine eigentliche Rechtsfrage in das zu schließende Geschäft eingeführt oder für dasselbe aufgestellt, sondern lediglich ein Conjuncturenmotiv angeregt, über das der Darleiher mit vollkommener Sicherheit gegen jeden spätern Rechtseinwand sich zu entschließen hätte, wie er eben wollte. Leider scheint dieses wahrhafte punctum juris des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 noch auf keiner Seite recht zu klarer Anschauung gelangt zu sein, wir meinen aber, daß es diese und den Vortritt überhaupt, der ihm gebührt, schon während der jetzigen Ständeversammlung und zwar aus dem Grunde finden werde, weil es aus allen Rücksichten dringend nothwendig erscheint, daß die ganze Geldfrage unserer Verfassung auf denjenigen festen Boden versetzt werde, dem sie mit Hinblick auf die Zukunft nie zu früh zugeführt werden kann.

Wissenschaft und Kunst.

* Dresden, 4. Mai. Ein zahlreicher Kreis von Freunden der Musik erfreute sich in den letzten Wochen an einer Reihe von Vorträgen, die Hr. R. Kohl im Saale der Stadtverordneten hielt. Mit geistvoller Lebendigkeit entwickelte er in ihnen ein System, das, auf die Uebereinstimmung der musikalischen Verkörperungen des Gedankens mit den plastischen, auf die Analogie der verschiedenen Linien der Plastik mit den verschiedenen musikalischen Formen gegründet, die Möglichkeit bieten sollte, selbst ohne Studium des Generalbasses, einzig mittels der Kenntniß jener Analogie, mittels der naturgemäßen Anwendung dieser Linien, Gedanken, Empfindungen musikalisch auszudrücken. Diese sinnige Idee, hervorgegangen aus dem Gefühle der ursprünglichen Einheit alles Erscheinenden, der Einheit aller Manifestationen des Geistigen im Körperlichen, anklingend schon in den Worten großer Autoritäten (Goethe's, der ein gothisches Bauwerk „versteinerte Musik" nennt; Mozart's, der in einem seiner Briefe sagt, „wie er seine Compositionen im Kopfe fertig mache und sie mit einem Blicke gleichsam wie ein Bild im Geist übersähe"), suchte der begeisterte Lehrer klar zu machen durch genaue Besprechung Dessen, was diese verschiedenen Linien in der Plastik versinnlichen, derjenigen Bewegungen, Richtungen des geistigen Lebens überhaupt, denen sie gemäß sind. Diese Bedeutung genau erkannt, lehrte er bewußtvoll diese Linien anwenden und sie gemäß der Gedanken- oder Empfindungscombination, die den musikalischen Ausdruck verlangt, innerhalb des Notensystems zeichnen, so in den Tonbildern gleichsam die Hauptumrisse des neuen Körpers des Geistigen hinstellend, dem nun freilich durch Einzeichnung der Noten Athem eingehaucht werden muß, damit er Bewegung, Laut, wahres Leben erhalte.

Beweise für die innere Wahrheit der Idee wurde den Zuhörern in Stellen aus den verschiedensten Tonwerken gegeben, und die hingezeichneten Tonbilder, in ihrer Bedeutung vollkommen dem Ausdrucke jener entsprechend, zeigten, wie auch der Genius sich, unbewußt wie immer, an diese plastischen Grundgesetze der Schönheit band. Doch nicht blos analysirend, auch producirend ward die Anwendbarkeit des Systems dargelegt, und die erfreuten Zuhörer konnten die Grundformen lieblicher Tonstücke, meist lyrischer Art, in kürzester Zeit entstehen sehen und bald eben so schnell in Töne verwandeln hören. Ob dieses Linearsystem auch in weiterm Umfang oder nur auf die musikalische Verkörperung einfachster musikalischer Gedanken, ob es nur auf die Production der Melodie oder auch auf die der Harmonie anwendbar sei, muß Zeit, Praxis, muß eine sachverständige Kritik entscheiden; jedenfalls wäre es auch in der Beschränkung ein trefflicher Hebel für die Bereicherung und Läuterung des musikalischen Lebens besonders in der Kinderwelt, unter Denen, die mit ihr sich beschäftigen, denn vor Allem muß es kindlich sinnigen Gemüthern gelingen, Kinderlieder, dem Inhalte gemäß einfach innig, nach diesem Systeme zu componiren. Möchte denn dessen Erfinder oder vielmehr Auffinder, denn alles Wahre ist da und verlangt nur den suchenden, entdeckenden Geist, seine Idee mehr und mehr verfolgen, ausbilden und durch Wort und Schrift zu verbreiten suchen. Hätten diese Vorträge auch Keinen zu musikalischem Schaffen angeregt, konnten sie auch Keinen unmittelbar in einen Musikcomponisten verwandeln, Eins gewiß gaben sie Jedem, und das Beste: das neu belebte erhabene Gefühl der Einfachheit in aller Mannichfaltigkeit der Erscheinungen in Kunst und Leben, der Einfachheit, auf der die Harmonie des Weltalls ruht.

Handel und Industrie.

* Leipzig, 5. Mai. Schneller als erwartet werden konnte ist das zweite Heft der „Beiträge zur Kenntniß des deutschen Postwesens von G. F. Hüttner" (Leipzig, Gust. Brauns) dem ersten gefolgt, hinter welchem es an Interesse und Reichhaltigkeit in keinem Stücke zurückbleibt. Eröffnet wird es mit einer Abhandlung über deutsche Briefportosätze, in welcher der Verfasser mit vielem Glück den Beweis liefert, daß nicht die hohen Briefportosätze es sind, die ein günstiges Posteinkommen bewirken, obschon der Postertrag fast lediglich aus dem Briefporto erwächst. Aus einer von ihm bearbeiteten vergleichenden Zusammenstellung der einfachen Briefportosätze in den größten deutschen Staaten nach den Meilenentfernungen stellt sich folgender Durchschnittsbetrag des einfachen Briefportos für die zehn ersten Entfernungsstufen (mithin bis zu zehn Meilen incl.) heraus: in Sachsen 0,85, in Würtemberg 0,93, in Baiern 0,97, in Baden 1,20, in Preußen 1,25, in Hannover und Braunschweig 1,32, in Oesterreich 2,10 Sgr. Gleichwol ergab sich aus des Herausgebers frühern, im ersten Hefte mitgetheilten, statistischen Untersuchungen, daß in Sachsen der Kopfantheil am Reinertrage des Posteinkommens am größten war. Auf die Entfernungen von 11—20 Meilen ergibt sich folgender Durchschnittsertrag: in Baiern 1,72, in Würtemberg 1,83, in Sachsen 1,85, in Oesterreich 2,10, in Preußen 2,25, in Baden 2,29, in Hannover und Braunschweig 2,82 Sgr. Wichtig ist die Mittheilung des Herausgebers, zu welcher derselbe guten Grund zu haben glaubt, daß allerdings beabsichtigt wird, einen allgemeinen deutschen Congreß zur gegenseitigen Berathung gemeinschaftlicher Maßregeln in Postangelegenheiten in Dresden stattfinden zu lassen.

Von dem übrigen Inhalte des Heftes ist namentlich eine aus amtlichen Quellen geflossene Uebersicht über den Geschäftsverkehr bei den Stadtpostexpeditionen in Leipzig und Dresden interessant. Aus derselben entnehmen wir folgende Angaben für das letzte Jahr. Die mit der Post angekommenen Geldsendungen betrugen im J. 1846 in Leipzig 12,364,813 Thlr., worunter 8,332,789 Thlr. in Papiergeld, 2,445,536 Thlr. in Silber, 1,586,478 Thlr. in Gold (1839 nur 8,727,715 Thlr., worunter nur 1,977,802 Thlr. in Papier, 4,359,293 Thlr. in Silber, 2,390,620 Thlr. in Gold), in Dresden 16,560,028 Thlr., worunter 12,315,296 Thlr. in Papiergeld. Die Anzahl der weiter hergekommenen und durch die Briefträger bestellten Briefe betrug 1846 in Leipzig 1,112,042, wovon 120,240 Adressen und Fascikel, 86,091 Geldbriefe, 10,208 recommandirte Briefe (1839: 677,034 Briefe, seitdem mit jedem Jahre mehr), in Dresden 743,784. Die Anzahl der von den verschiedenen Handelshäusern abgeholten Briefe ꝛc. im Jahre 1846: in Leipzig 188,098, in Dresden 42,697; die Anzahl der Postrestanten resp. 8937 und 10,054. Anzahl der in die Orte des Landpostkreises durch Boten bestellten weiter hergekommenen und Stadtbriefe: in Leipzig resp. 25,292 und 12,217, in Dresden resp. 20,930 und 10,844. In den Briefsammlungen wurden in Leipzig 225,409, in Dresden 221,297 Briefe aufgegeben. An Poststücken sind in Leipzig 118,726 (1839 63,928), in Dresden 81,202 Stück angekommen und von den Adressaten abgeholt worden. Endlich betrug die Zahl sämmtlicher bei den Stadtpostexpeditionen zu behandelnden Briefe ꝛc. in Leipzig 1,608,414, in Dresden 1,075,674. — In Chemnitz, der dritten Stadt Sachsens, sind 1845 an Geldsendungen 2,513,852 Thlr. angekommen und 261,930 Briefe (1826 nur 80,821, 1840 schon 161,354) eingegangen. — Das dritte Heft soll bereits im Juni erscheinen.

Von der Donau, 23. April. Einem Beschlusse der österreichischen allgemeinen Hofkammer zufolge wird die bis jetzt nur in den deutschen, galizischen und lombardisch-venetianischen Provinzen eingeführte Finanzwache nunmehr auch in dem Königreiche Dalmatien mit einigen Modificationen, welche in diesem Lande durch die Verschiedenheit der Gefällseinrichtungen dermalen noch bedingt werden, anstatt der gegenwärtig in dieser Provinz bestehenden provisorischen Gefällsaufsicht in Wirksamkeit gesetzt, und es werden daselbst bereits alle Einleitungen getroffen, daß die Finanzwache in Dalmatien demnächst ins Leben trete. (S. B.)

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Ueberseeische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Directoren: **A. Hérout de Handel & Comp. in Paris.**

Linie zwischen Havre und New-York.

Die vier französischen Dampf-Fregatten:

Christoph Colombus,
Canada,
Darien
und **Ulloa,**

} jede von 450 Pferde Kraft,

sind zur regelmäßigen Beförderung der Depeschen, Passagiere und Güter von **Havre** nach **New-York** und vice versa bestimmt worden.

Die Abfahrt findet in jeder Jahreszeit zwei Mal monatlich sowol von **Havre** als von **New-York** statt.

Der erste Abgangstag wird zwischen den 20. und 30. des Mai fallen, indeß noch näher bestimmt, und die folgenden jedesmal 14 Tage vorab, für Deutschland durch die **Stadt-Aachener Zeitung** bekannt gemacht werden.

Diese Schiffe, unter der Direction der Ingenieure der französischen Staatsmarine gebaut, zeichnen sich durch ihre große Solidität und ihren schnellen Lauf aus.

Die Directoren der Gesellschaft haben nichts verabsäumt, den Reisenden am Bord der Schiffe die comfortabelste Einrichtung, verbunden mit einer reich servirten Tafel, zu bereiten.

Tarif-Auszug.

Dauer der Ueberfahrt circa 14 Tage.

Ueberfahrts-Preis pr. Person (Beköstigung und Wein einbegriffen):
1. Klasse: Frs. 1000. — 2. Klasse: Frs. 500. — 3. Klasse: Frs. 300.
Die Strecke von Aachen bis Havre wird pr. Eisenbahn in 30 Stunden zurückgelegt.

Fracht-Preise (pr. Tonne von 1 Cubik-Meter oder 700 Kilogramme):
1. Klasse: Frs. 160. — 2. Klasse: Frs. 130. — 3. Klasse: Frs. 100. — 4. Klasse: Frs. 70.
Anmeldungen zur Reise und Güterversendungen erfolgen durch

Ulrich Mathée in **Aachen,**

[1875] Special-Agent der Ueberseeischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Paris.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stettin und Kronstadt (St.-Petersburg).

Die beiden großen eisernen Post-Dampfschiffe **„Preußischer Adler"** und **„Wladimir"**, jedes mit Maschinen von 310 Pferde-Kraft versehen und zur bequemen Aufnahme von mehr als 100 Passagieren sowie zur Beförderung einer bedeutenden Güter-Ladung eingerichtet, werden in diesem Jahre eine regelmäßige **wöchentliche** Verbindung zwischen **Stettin** resp. **Swinemünde** und **Kronstadt** (St.-Petersburg) unterhalten.

Das neue Post-Dampfschiff „Preußischer Adler" wird gegen Ende des laufenden Monats aus England erwartet, und soll hiernach die Eröffnung der Verbindung **den 15. Mai** neuen Styls stattfinden, an welchem Tage der **„Preußische Adler"** zum ersten Male von **Stettin** und der **„Wladimir"** zum ersten Male von **Kronstadt** abgefertigt werden wird. Von gedachtem Tage **bis zum Schlusse der Fahrten** wird jeden Sonnabend ein Dampfschiff

aus Stettin: Mittags, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von **Berlin**, und
aus Kronstadt: Abends

abgehen und bei günstiger Fahrt die Ankunft in **Stettin** sowol als in **Kronstadt Dienstag** Abend stattfinden.

Das Passagegeld für die Reise von **Stettin** oder **Swinemünde** bis **St.-Petersburg** beträgt:

für eine Person auf dem	1.	Platze	62	Thlr.	Preuß. Cour.
" " " " "	2.	"	40	"	" "
" " " " "	3.	"	23⅓	"	" "
für eine Privat-Cajüte zu 4	Personen		273	"	" "
" " " "	3	"	205	"	" "
" " " "	2	"	136⅔	"	" "

In diesen Beträgen ist die Beköstigung, mit Ausnahme des Weins, einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte.

Jeder Passagier auf dem ersten Platz oder in den Privat-Cajüten kann 16 Cubikfuß, auf dem zweiten Platz 12 Cubikfuß und auf dem dritten Platz 6 Cubikfuß Rhein. an Gepäck frei mit sich führen. Kinder, welche die Hälfte des Passagegeldes zahlen, haben auch nur die Hälfte des Gepäckmaßes frei. Für das Uebermaß sind 12 Sgr. pr. Cubikfuß Rhein. zu entrichten.

Das Gepäck der Passagiere darf nur aus Reise-Effecten bestehen. Waaren müssen besonders verpackt und als Frachtgut aufgegeben werden.

Die Anmeldung zur Reise erfolgt in **Stettin** bei dem Post-Dampfschiffahrts-Agenten Herrn **D. Witte**, welcher auch die Güter-Expedition besorgt. In **Swinemünde** werden die Reisenden von der dortigen Königlichen Post-Verwaltung angenommen, welcher auch die Abfertigung der Güter obliegt.

Die Pässe der nach Rußland reisenden Personen müssen das Visa der in dem Vaterlande oder Wohnorte des Passagiers befindlichen Kaiserlich Russischen Gesandtschaft oder des Consulats haben. Auch müssen diese Pässe **vor** Lösung des Passagierbillets in Stettin dem dortigen Kaiserlich Russischen Consul vorgezeigt werden. Die in Swinemünde zutretenden Reisenden haben vor Lösung des Passagierbillets ihre Pässe dem dortigen Kaiserlich Russischen Viceconsul vorzuzeigen.

Der Tarif für Wagen und Pferde sowie für Güter und Contanten, ingleichen die Fahrtordnung der Schiffe ist aus den öffentlich aushängenden Ankündigungen zu ersehen.

Berlin, den 12. April 1847.

[1414—16] **General-Post-Amt.**

Bei **L. Levit** in **Bromberg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Reform im Medicinalwesen mit Bezug auf den thierärztlichen Stand in Preußen von La Motte, Departementsthierarzt. 6 Sgr.

In unserm Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig: [1804]

A Guide to English conversation.

Anleitung zur englischen Conversation, nebst kurzen grammatikalischen Anmerkungen für Schulen und zum Selbstunterricht und einem „Kleinen Wegweiser auf dem Gebiete der englischen Literatur"

von

James Ralph.

Lehrer der englischen Sprache in Dresden.

12. Geh. 12 Ngr.

Ein praktischer Leitfaden, der den Schüler in den Stand setzt, in kurzer Zeit über gewöhnliche Dinge geläufig zu sprechen.

Für den Unterricht im Französischen und Italienischen erschienen vor kurzem in unserm Verlage:

Italienische Sprachlehre nach Bergani's Methode. Von J. A. E. Imandt. 8. Geh. 22½ Ngr.

Deutsche und französische Gespräche, mit französischer und deutscher Interlinear-Uebersetzung, zum Gebrauche beider Nationen. Von **B. Lütgen**, Professor der deutschen Sprache in Paris. 8. Geh. 12 Ngr.

Anleitung zur Erlernung der französischen Sprache nach der Hamilton'schen Methode. Nebst einer Anweisung zum Unterricht nach dieser Methode von **D. von Steyber.** In vier Abtheilungen. 16. Geh. 1 Thlr.

Le Magasin des enfants par Mad. ***Leprince de Beaumont.*** Revu et augmenté par Mad. ***Eugénie Foa.*** Nouv. édition. In-8. 25 Ngr.

Leipzig, im April 1847.

Brockhaus & Avenarius.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Wilhelm Guise in Berlin mit Frl. Agnes Baumbach. — Hr. Lieutenant v. Hartwig in Colberg mit Frl. Anna Meyer in Halberstadt. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Stollberg in Colberg mit Frl. Seyffert.

Getraut: Hr. J. G. Bornemann in Berlin mit Frl. Marie Scheidt aus Kettwig. — Hr. Prediger Gustav Carus in Wernigerode mit Frl. Charlotte Senz aus Fürstenwalde. — Hr. H. W. Schmidt in Köln mit Frl. F. C. Epmundi. — Hr. Adolf Schwartz in Köln mit Frl. K. Montz aus Randerath. — Hr. Schulmeister Johann Gottfried Stiehler in Röhrsdorf mit Frl. Auguste Stiehler aus Budissin. — Hr. Amtsactuar Karl Severin Vater in Kahla mit Frl. Elly Jacobs. — Hr. Pastor Georg Woite in Obernigk mit Frl. Julie Ziepult aus Breslau.

Geboren: Hrn. C. Buchholtz in Löwenberg ein Sohn. — Hrn. Oberlandesgerichtsassessor Karger in Cottbus eine Tochter. — Hrn. W. H. Klein in Bonn eine Tochter. — Hrn. H. F. Keyser in Köslin eine Tochter. — Hrn. Dr. Ed. Leyde in Berlin ein Sohn. — Hrn. Kammergerichtssecretair Matthiaß in Berlin eine Tochter. — Hrn. Regierungssecretair Mischalle in Oppeln eine Tochter. — Hrn. Rentmeister Müller in Rothschloß eine Tochter. — Hrn. G. W. Poserin Bremen ein Sohn. — Hrn. H. Purfürst in Leipzig ein Sohn. — Hrn. C. A. Schlegel in Regis eine Tochter. — Hrn. Pastor W. Schulze in Haynau eine Tochter. — Hrn. Criminalgerichtsrath Stahn in Berlin ein Sohn. — Hrn. Gymnasiallehrer Stephan in Breslau eine Tochter. — Hrn. Werner in Türpitz ein Sohn. — Hrn. Theodor Wiede in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. Winterfeldt in Gersdorf eine Tochter. — Hrn. Heinrich Zick in Nürnberg ein Sohn.

Gestorben: Hr. Pfarrer J. Ch. Dürrschedel in Kaltenbrunn. — Frau Justitiar Ernestine Karoline Gangloff in Kehren. — Hr. Dr. Karl Philipp Lasch in Berlin. — Hr. Eisenhüttenrendant B. Lewy in Bankau. — Frau Regierungssecretair Luscher in Breslau. — Hr. Land- und Stadtgerichtsrath Martini in Grüneberg. — Frau Laura v. Schmetau in Breslau.

Montag — Nr. 130. — 10. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Der König von Baiern und der Erzherzog Karl. † Stuttgart. Sicherheitsmaßregeln. — Die Unruhen in Tübingen. — Exceß in Mannheim. — Die Deutsch-Katholiken in Stockach. — Hr. Dowiat. — Hr. v. Baumbach. ** Aus Schleswig-Holstein. Preßverfolgung. — Unterstützungsmaßregeln in Nassau. * Aus den Fürstenthümern Reuss. Militairehrenzeichen.

Preußen. Berlin. Landtag. ◊ Nordhausen. Die freie Gemeinde. Bürgerwache. ♂ Königsberg. Verhaftung. Die Auswanderung. Getreide. Fräulein v. Marra. * Posen. Die Oberpredigerwahl. †† Breslau. Der Rathstand in Oberschlesien. Markttumulte. Feuer. — Pfarrer Licht.

Oesterreich. Graf Dietrichstein über den Erzherzog Karl. — Graf Stadion. — Vergiftungsversuch in Lemberg. — Ueberschwemmung in Prag.

Spanien. Die Intervention in Portugal. Don Enrique. Steuergesetz. Der Herzog von Baylen. Palafox.

Großbritannien. Parlament. Das Unterhaus über Portugal. Griechenland. Der Volksunterricht. Lord Morpeth. Der Marquis of Londonderry gegen die Wechbill. Dr. Wellesley. Viscount of Arbuthnoth. Untergang des Schiffes Ermouth. Der russische Finanzplan.

Frankreich. Parlament. Der Entwurf wegen Stellvertretung im Heere. Die «Presse» über das Ministerium.

Belgien * Brüssel. Gesetzentwürfe. Der Senat. Wahlwesen. — Die Freihandelsassociation.

Schweiz. Die Einkommensteuer in Bern. Wahlhandel. Das Genfer Budget. Entsetzte Lehrer in Freiburg.

Italien. Rom. Die Verhandlungen mit Rußland.

Griechenland. Athen. Die englischen Foderungen. Die Kammer. Französisches Linienschiff.

Türkei. ◊ Konstantinopel. Verfall des französischen Einflusses. Ball des russischen Gesandten.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. * Dresden. Der Cantatemarkt. Der Elbverkehr. * Leipzig. Meßbericht. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Auf die erhaltene Anzeige von dem Tode des Erzherzogs Karl von Oesterreich hat der König von **Baiern** außer der 14tägigen Hoftrauer, um das Andenken an den „Helden Deutschlands" zu ehren, zugleich befohlen, daß die bairische Armee die Trauer in der Art anlege, daß sämmtliche Offiziere und in Offiziersrang stehende Militairbeamte drei Tage lang den Flor am Arme tragen.

† **Stuttgart**, 5. Mai. Nach Eßlingen und Kannstatt ist Militair abgegangen, um die dortigen Staatsfruchtkästen zu schützen. — Der König und der Kronprinz ritten mehre Male durch die Straßen; Ersterer sieht sehr ernst aus und soll streng ahnden wollen; der Thronfolger dagegen unterhielt sich mehre Male leutselig mit den patrouillirenden Militairabtheilungen, indem er sie zur Schonung mahnte. An Vorsichtsmaßregeln fehlt es nicht; die bekannten Bestimmungen über Zusammenrotten auf den Straßen, Schließen der Wirthshäuser ꝛc. sind schon vorgestern erlassen worden, und zu allen Thoren marschiren die zurückbeorderten Beurlaubten ein. — Soeben erhalte ich einen Brief aus Tübingen, der mir in Eile Folgendes meldet: „Vorgestern wurden dort je drei Studenten aus den bestehenden (aber gesetzlich nicht erlaubten) Verbindungen vor das Amt citirt und aufgefodert, bei etwa vorkommenden Ruhestörungen zur Aufrechthaltung der Ordnung mitzuwirken. Glücklich, daß das geschah; denn gestern Abend zeigte sich wirklich ein Trupp Gesindel vor der Kunstmühle des Professors (auch Abgeordneten) Schweikhardt, fing an dieselbe zu demoliren und die gefüllten Mehlsäcke wegzutragen. (Nr. 129.) Die Polizei vermochte gegen die Masse nichts auszurichten. Jetzt rückten 200 Studenten mit Schlägern wohlbewaffnet heran und trieben die Tumultuanten aus einander. Die Erbitterung gegen Schweikhardt war daher entstanden, weil das Gerücht ging, er beabsichtige für 15,000 Fl. Mehl nach Baden auszuführen."

— Nach dem Schwäbischen Merkur haben sich in **Tübingen** die Studirenden, auf Anfoderung des Rectors, militairisch organisirt und eine Schar von 600 M. gebildet, an deren Spitze Prof. Volz steht, während die Professoren Fallati, Hoffmann, Vischer und Wunderlich die Leitung der einzelnen Abtheilungen übernommen haben.

— Aus **Mannheim** vom 6. Mai erzählt das Mannheimer Journal: „Gestern hatten wir eine Andeutung zu einem Brotkrawall; 15—20 halbbetrunkene Burschе zogen nach den Comptoiren angesehener Handelshäuser und foderten mehr oder weniger höflich Geldunterstützungen die ihnen denn auch verabreicht wurden. Die Polizei fand sich indeß doch veranlaßt, einzuschreiten, die Leute zu verhaften und, da eine Menge Neugieriger zusammengelaufen war, die Hauptwache zu verstärken."

— Dem Mannheimer Morgenblatte zufolge wurde der Dissidenten-Reiseprediger Dowiat, der dort kürzlich im Montagsverein und dann in verschiedenen Wirthshäusern Reden hielt, polizeilich aus **Mannheim** gewiesen.

— Aus **Stockach** vom 2. Mai schreibt die Oberrheinische Zeitung: „Der kürzlich zur deutsch-katholischen Kirche übergetretene, frei resignirte Pfarrer Früh zu Wyhlen sollte heute seine Antrittspredigt halten, und es war vorauszusehen, daß eine große Menge Volks sich einfinden werde, als ein Verbot des hiesigen Bezirksbeamten, Oberamtmanns Rieder, erschien, welches an den Vorstand der hiesigen Deutsch-Katholiken gerichtet war und nach welchem demselben verboten wurde, Jemanden anders als wirkliche Deutsch-Katholiken in den Betsaal zu lassen bei Strafe von 15 Fl. und Sperrung des Betsaals; ein gleiches Verbot ging an Pfarrer Früh, nach welchem demselben untersagt wurde, kirchliche Verrichtungen vorzunehmen."

— In Bezug auf die Nachricht, daß der Graf v. Isenburg-Wächtersbach seinen bisherigen Bevollmächtigten am kurhessischen Landtage, Major Bähr, verabschiedet und statt desselben den Hauptmann v. Baumbach-Kirchheim, den bisherigen Vertreter der Ritterschaft am Fuldastrome, zu seinem Bevollmächtigten ausersehen habe (Nr. 116), wird jetzt weiter gemeldet, daß Hr. v. Baumbach aus Rücksichten bestimmt worden sei, den ihm gewordenen Antrag abzulehnen. Der Platz des Grafen werde nun leer bleiben.

** **Aus Schleswig-Holstein**, 4. Mai. Das neue Regierungssystem zeigt sich besonders thätig in Unterdrückung der Presse. Bekanntlich ist dem Itzeheer wie dem Oldesloer Wochenblatt untersagt, über politische Gegenstände Mittheilungen zu machen. Vor kurzem wurden die beiden sonderburger Wochenblätter, von denen das eine in deutscher, das andere in dänischer Sprache erschien, gänzlich unterdrückt. Dasselbe Schicksal hat der Eiderstedter Bote, der in Tönningen erschien, gehabt, und ein gleiches Loos steht allen Blättern der Herzogthümer bevor, die im deutschen Sinne redigirt werden. Die wenigen deutschen Blätter, die noch gegenwärtig über politische Gegenstände sich äußern dürfen, stehen unter einer so strengen Censur, daß dieselben durchaus nichts über unsere innern Verhältnisse aufnehmen dürfen. Nicht einmal ist es gestattet, in diesen Blättern ein Wort gegen die dänische Partei oder die dänische Propaganda zu sagen. Alle Censoren sollen den schärfsten Befehl haben, Alles zu streichen, was gegen diese Partei geäußert werden möchte. Es scheint, daß Hr. v. Scheel glaubt, wenn die Presse den Namen dänische Partei nur nicht nenne, so werde Niemand von der Existenz dieser Partei und von deren fortgehenden Danisirungsversuchen etwas erfahren; alsdann könne dieselbe um so ungestörter fortfahren, im dänischen Sinne zu wirken. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß unsere ganze einheimische Presse gänzlich unterdrückt ist, und daß man uns jedes geistige Vertheidigungsmittel gegen die Angriffe und Uebergriffe der Dänen genommen hat. Je strenger die Censur gegen die deutschen Blätter gehandhabt wird, desto mehr Freiheit gestattet man den Blättern, die im dänischen Interesse schreiben, als der Dannevirke, dem Apenrader Wochenblatt und der Flensburger Zeitung. Diese Blätter können über jeglichen Gegenstand schreiben, und dürfen wen sie wollen mit ihrem Geifer überschütten. Zum Beweise dessen mag Folgendes als Beispiel dienen: Die Dannevirke, die in dänischer Sprache in Hadersleben erscheint und deren Politik besonders darin besteht, ihre politischen Gegner persönlich anzufeinden und niederzureißen, enthielt vor kurzem einen Artikel, in welchem der Herzog von Augustenburg auf eine höchst plumpe Weise angegriffen, der frühere Wahldirector auf Alsen, Amtmann v. Steemann, der Parteilichkeit geziehen und ein anderer Beamter als Spertulant dargestellt wurde. Der Censor wollte diesen Artikel nicht passiren lassen und belegte das Blatt mit Beschlag; der Redacteur der Dannevirke aber, der, wie man behauptet, in sehr intimen Verhältnissen zu Hrn. v. Scheel stehen soll, wendete sich an die schleswig-holsteinische Regierung, und obwol eine Verordnung besteht, die besagt, daß keine gegen einzelne Personen gerichtete, injuriirende Aeußerungen in öffentlichen Blättern aufgenommen werden dürfen, befahl dennoch Hr. v. Scheel dem Censor, jenes Blatt der Dannevirke sogleich wieder freizugeben. Man ersieht hieraus, auf welche Weise der Regierungspräsident die ihm übertragene politische Polizei in Betreff der Presse übt.

— Nach Nr. 5 der landständischen Verhandlungen von Nassau erklärte Geheimrath Vollpracht die Maßnahme herzogl. Landesregierung gegen die Theuerung dahin: 1) 20,000 Malter ausländischen Roggen auf Rechnung der Steuerkasse ankaufen zu lassen und durch successive Verabfolgung um den Einkaufspreis oder darunter an die Gemeinden für die ärmern Klassen durch ermäßigte Brotpreise zu verabfolgen; 2) die auf den Domainenspeichern befindlichen Brotfrüchte zu demselben Zwecke zu reserviren, und zwar zu billigem Preise, der nach höchster Genehmigung auf den Martinipreis gesetzt wurde; 3) das Ausfuhrverbot der Kartoffeln über die Zollgrenze fortbestehen zu lassen; 4) den Verkauf von Kartoffeln an Branntweinbrenner zu verbieten; 5) durch öffentliche Bauten auf Kosten der Landessteuerkasse oder der Gemeindekasse das Elend zu mildern.

* **Aus den Fürstenthümern Reuss**, 7. Mai. Zur Belohnung und zum ehrenvollen Anerkenntnisse treu geleisteter Dienste bei dem gemeinschaftlichen Infanteriebataillon der Fürstenthümer Reuß ist ein Militairehrenzeichen gestiftet worden, welches durch 25jährige treue und untadelhafte Militairdienste erworben wird, im Uebrigen aber auch ehemaligen Offizieren, Unteroffizieren und Gemeinen verliehen werden kann, die in eine andere dienstliche Stellung versetzt worden sind, sobald sie nur vom Eintritt in das Bataillon an gerechnet 25 Jahre lang in landesherrlichem Dienste gestanden und sich fortwährend untadelhaft betragen haben. Dieses Ehrenzeichen besteht in einem goldenen Kreuze für die Offiziere und in einem silbernen Kreuze für die Unteroffiziere und Gemeinen. Das goldene Kreuz enthält auf der einen Seite in der Mitte auf weißem Email die Worte: „Für 25jährige treue Dienste", in goldener Schrift von einem grünen Lorbeerkranz umgeben. Auf der andern Seite enthält dasselbe in Email die goldenen Buchstaben „F. R.". Das silberne Kreuz enthält dieselbe Inschrift erhaben in Silber gearbeitet. Das desfallsige von den regierenden Fürsten gemeinschaftlich erlassene Stiftungspatent vom 20. April schließt mit den Worten: „Je ehrenvoller das Anerkenntniß treuer Dienste ist, welche wir durch Stiftung dieser Auszeichnung unserm Militair zu Theil werden lassen, um so gewisser erwarten wir, daß dasselbe, die Offiziere wie die übrige Mannschaft, darin eine lebendige Aufforderung finden werde, desselben durch ehrenhaftes Verhalten und durch unermüdeten Diensteifer für Fürsten und Vaterland sich würdig zu machen." Wir erinnern daran, daß fast gleichzeitig (Nr. 92) auch in Anhalt-Bernburg ein solches Ehrenzeichen gestiftet wurde, sowie im vorigen Jahre in Mecklenburg und 1844 in Hannover das Ernst-August-Kreuz.

Preußen.

Berlin, 8. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 5. Mai wurden zuerst 43 Petitionen vertheilt. Dann erklärte der Abg. Schumann, indem er zugleich um Erlaubniß bat, das Blatt zu Hülfe nehmen zu dürfen, da seine Muttersprache die polnische sei, daß der Landtagsmarschall eine Petition aus dem Großherzogthum Posen um Aufrechthaltung der polnischen Nationalität und Sprache zurückgewiesen habe, weil sie ein bloßes Provinzialinteresse betreffe. Hr. Schumann behauptete, „ein Gegenstand, welcher die Lebensfrage eines ganzen Volksstammes, eines ganzen Landestheiles betreffe, sei eine innere Angelegenheit des ganzen Staats", und trug auf Verweisung des Antrags an eine Abtheilung an. Der Landtagsmarschall erwiderte: wo die Sache so klar sei, könne eine weitere Berufung nicht stattfinden. Die Abgg. v. Brodowski, v. Krassewski, Frhr. v. Vincke, v. der Heydt, Graf Schwerin, Hansemann sprachen gegen das Recht des Marschalls, v. Werdeck und Graf Renard dafür. Der Abg. v. Niegolewski verbreitete sich über die Frage selbst, welche die Petition betraf, was den Landtagscommissar veranlaßte zu erklären, daß dieser reglementswidrige Angriff ignorirt werden müsse, während die Abgg. Wodiczka und Graf Renard gegen die behauptete Gemeinschaft Oberschlesiens mit der polnischen Sache protestirten. Wir Oberschlesier, rief der Erstere, wollen nur als deutsche Brüder, als Preußen angesehen und behandelt werden. Nach längerer Debatte über die Fragstellung sprach sich die Mehrheit gegen das Verfahren des Landtagsmarschalls in Betreff des Formellen aus, worauf die Sache vom Landtagsmarschall der Entscheidung des Königs anheimgegeben ward. (A. Pr. Z.)

o **Nordhausen**, 6. Mai. Die hiesige freie protestantische Gemeinde gewinnt von Woche zu Woche mehr Mitglieder, und schon steigt die Zahl derselben über 850; das Toleranzedict vom 30. März hat jedoch auf dieses Wachsthum nicht den Einfluß gehabt, den man vielleicht auswärts vermuthet; die Zahl der Mitglieder ist vielmehr von Monat zu Monat in ziemlich gleicher Weise gestiegen, wozu namentlich die seltene, tiefergreifende Beredtsamkeit des durch Geist und Gemüth gleich ausgezeichneten Predigers Baltzer das Meiste beigetragen haben dürfte. Der Letztgenannte ist in den jüngsten Tagen im Auftrage des Landesconsistoriums von dem hiesigen Land- und Stadtgericht wegen anmaßlicher Ausübung geistlicher Amtshandlungen — er hat nämlich zwei Kinder freier Protestanten auf den Wunsch dieser Letztern und der Taufzeugen durch die Taufe in die freie Gemeinde aufgenommen — zur fiscalischen Untersuchung gezogen worden, wobei ihm hoffentlich jenes Edict zu statten kommen wird. — Gestern hat sich auch hier, auf den Wunsch der Regierung, eine Bürgerwache gebildet, da man nach dem Gesetz über Einstellung der Brennereien — worüber unsere beiden Landtagsdeputirten ein der ganzen Stadt unbegreifliches Stillschweigen beobachtet haben — Unruhen zu befürchten scheint. Wahr ist es, daß durch dieses Verbot, welches, abgesehen von seinem nachtheiligen Einfluß auf die Viehzucht und auf die mannichfachen Stockungen im Böttcher-, Müller- und Bäckerhandwerk, wenigstens hier eine nicht unbedeutende Menge Proletarier brotlos macht, leicht Scenen herbeigeführt werden können, die bis jetzt durch aufopfernde Mildthätigkeit der Bürgerschaft (es werden seit Wochen täglich 1800 Pfd. Brot an die Armen unentgeltlich vertheilt) verhindert worden sind. Vielleicht gelingt es dem vielfach bewährten Institut auch hier, seine Trefflichkeit geltend zu machen.

z **Königsberg**, 4. Mai. Aus Stettin erhalten wir eine betrübende Nachricht, die namentlich die Familie eines hiesigen angesehenen Kaufmanns sehr schmerzlich berührt. Ein Mitglied dieser Familie, ein mit Talent begabter, aber leider sehr extravaganter Commis, der hier bei den ersten Bürgerversammlungen schon eine Rolle spielte, ist dort als Aufhetzer des Pöbels verhaftet worden und sieht einer gerichtlichen Untersuchung entgegen. — Der Oberpräsident hat heute einen Erlaß der Oeffentlichkeit übergeben, in dem er erklärt, daß den Auswanderern von der Regierung durchaus keine Unterstützung gewährt würde, und worin er die Gutsbesitzer, Geistlichen und Behörden auffodert, die Leute davor zu warnen, daß sie ihr Eigenthum, in der Hoffnung, auswandern zu können, nicht veräußern. Auch werden die Behörden aufgefodert, auf die Individuen zu vigiliren, die zur Auswanderung verleiten. — Zwei Fahrzeuge, die uns von Polen aus mit Getreide versehen sollten, sind unterwegs an der Grenze bei Kowno leck geworden und gesunken, doch sehen wir täglich dem Eintreffen reicher Getreideladungen von dort her entgegen. — Fräul. v. Marra, die kaiserl. russische Hofsängerin, die hier gastirt, hat am 2. Mai ihren Antheil an der Einnahme, im Betrage von 200 Thlr., den hiesigen Armen zugewendet.

* **Posen**, 5. Mai. Der nun bereits über ein volles Jahr dauernde Streit unserer evangelischen Hauptgemeinde mit dem Cultusminister wegen Wiederbesetzung der hiesigen Oberpredigerstelle hat endlich sein Ende erreicht: das Kirchencollegium hat sich den Anordnungen des Ministers gefügt. Bis jetzt verlangte es bekanntlich durchaus, der Minister solle den von der Gemeinde im März vorigen Jahres gewählten Oberprediger Wentzel in Militsch in Schlesien bestätigen, was derselbe jedoch hartnäckig verweigerte, unter der Androhung, der Gemeinde das Wahlrecht für diesmal zu entziehen, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Termine zu einer neuen Wahl schreiten würde. Diese Androhung scheint gewirkt zu haben, denn heute zeigt der Kirchenvorstand in der Zeitung an, daß, „da von dem Minister die Bestätigung für den zum Oberprediger an unserer Kirche erwählten Candidaten verweigert worden", zu einer neuen Wahl geschritten werden solle.

†† **Breslau**, 6. Mai. Die Noth in Oberschlesien, besonders in dem rechts der Oder gelegenen Theile, hat ihren ersten Grund in der im vorigen Jahre durchaus mißglückten Aernte der Kartoffeln, der Hauptnahrung der dortigen Bewohner. Letztere war so gering ausgefallen, daß sechs der bedeutendsten Branntweinbrennereien schon im vorigen Herbst ihren Betrieb haben gänzlich einstellen müssen. Es ist also für diesen Theil des preußischen Staats von dem erlassenen Kartoffelausfuhrverbote sowie von der Sistirung des Brennereibetriebs nichts mehr zu erwarten. Ueberhaupt würde man sehr irren, wollte man die dort herrschende Theuerung für eine künstliche, durch Speculanten hervorgebrachte ausgeben, wofür man sie meist aus Unkenntniß des Handels und der Volkswirthschaftslehre jetzt fast allgemein auszugeben sich bemüht; in Oberschlesien ist die dortige Noth und Theuerung rein das Resultat des immer mehr sich herausstellenden Mangels an Lebensmitteln. Ein Theil der Bevölkerung nimmt bereits seine Zuflucht zu ganz ungenießbaren, oft ekelhaften Gegenständen, um den wüthenden Hunger zu stillen. So muß jetzt eine Mischung von Haidekornhülsen, die beim Mahlen als durchaus unbrauchbar weggeworfen werden, und Kleie dort ein allgemein eingeführtes Nahrungsmittel abgeben. Die Folgen des Genusses von dergleichen Sachen haben sich bereits herausgestellt, indem in vielen Ortschaften seuchenartige Krankheiten, die meist in einer brandigen Entzündung des Magens und der Eingeweide bestehen und größtentheils mit dem Tod enden, grassiren. Daß auch in diesem Jahre wenigstens die Kartoffelärnte nicht blos in Oberschlesien, sondern auch in den übrigen Theilen Schlesiens sehr dürftig ausfallen wird, läßt sich jetzt schon mit ziemlicher Gewißheit behaupten. Von allen Seiten ertönen Klagen der Gutsbesitzer, daß ihnen die zur Saat auf den Feldern bereits eingelegten Kartoffeln über Nacht wieder ausgegraben werden. Einem Gutsbesitzer in der Nähe von Trebnitz ist dies schon zu wiederholten Malen begegnet, sodaß er jetzt entschlossen ist, den Kartoffelbau für diesen Sommer ganz aufzugeben.

Die Markttumulte tauchen jetzt in mehren Städten Schlesiens auf. So erzählen Reisende aus Glatz, daß daselbst Excesse gegen Personen, die man des Kornwuchers beschuldigte, stattgefunden. Sie sollen sich jedoch nur auf Wegnahme von Lebensmittelvorräthen, auf Aufschneiden der Getreide- und Kartoffelsäcke und muthwilliges Verschleudern des Inhalts derselben beschränken. Obwol Militair zur Wiederherstellung der Ruhe von den Behörden aufgeboten wurde, so sollen dennoch keine Conflicte zwischen

diesem und den Tumultuanten stattgefunden haben. Aus mehren Gegenden Schlesiens laufen Berichte über häufige Feuersbrünste ein, bei denen die absichtliche Brandstiftung nur zu sehr mit Recht vermuthet werden kann. Meistentheils sind dabei auch gefüllte Scheuern und Getreideböden ein Opfer der Flammen geworden. Von aufgefundenen Brand- und Drohbriefen wird aus mehren Orten berichtet. Selbst hier in Breslau sind vor einigen Tagen zwei aufgefunden worden, deren Verfassern die Polizei eifrig nachforscht.

— **Von der Mosel** vom 5. Mai meldet man dem Frankfurter Journal: „Die Deutsch-Katholiken haben den Tod eines ihrer Pfarrer zu beklagen. Pfarrer Licht, früher Pfarrer der deutsch-katholischen Gemeinde in Elberfeld, ist in dem Schooße seiner Familie zu Kesten, unweit Trarbach, mit Tod abgegangen. Licht war 62 Jahre alt."

Oesterreich.

Als am 4. Mai die Leiche des Erzherzogs Karl den Kapuzinern übergeben wurde, in deren Kirche sie bekanntlich beigesetzt wird, richtete Graf Dietrichstein an den Guardian der Kapuziner folgende Worte:

„Empfangen Sie, hochwürdiger Guardian, den Leichnam Sr. kaiserl. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Ludwig von Oesterreich; des ritterlichen Prinzen ohne Furcht und ohne Tadel, dessen hohe Tugenden allgemeine Liebe und Verehrung erweckten, und der unsterblich als heldenmüthiger, ruhmgekrönter Feldherr in den dankbaren Herzen aller Unterthanen des Kaiserreichs und in allen deutschen Herzen immer fortleben wird. Möchte der Nachhall des donnernden Geschützes die höhern Sphären erreichen, in welchen der gottesfürchtige Held für seine geliebte Familie, für das erlauchte Kaiserhaus und für den Ruhm der österreichischen Heere betet; möchte dieser Nachhall dem glorreichen Sieger die Erinnerung an seine glänzenden Waffenthaten und an die treuen tapfern Krieger zurückrufen, welche stets jubelnd seinem Rufe in die Schlachten gefolgt sind. Ich übergebe dieses theure Kleinod Ihrer Obhut."

— Zum Nachfolger des Erzherzogs Stephan in Böhmen ist der Gouverneur von Mähren, Bruder des zum galizischen Gouverneur ernannten Grafen v. Stadion, bereits designirt worden. Er wird sich übrigens nicht eher auf seinen Posten verfügen, als bis der Erzherzog Böhmen verlassen hat, was keineswegs vor dem Ablaufe mehrer Monate geschehen wird. (N. C.)

— Aus **Lemberg** wird neuerdings in Privatbriefen von einem Vergiftungsversuche gegen den nun pensionirten Regierungspräsidenten v. Krieg gesprochen. Es sind deshalb Untersuchungen, die aber zu keinem Resultate führten, eingeleitet worden.

— Aus **Prag** vom 2. Mai schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Der gestrige, den ganzen Tag dauernde Gußregen, der unser gewöhnliches Maifest zu Wasser machte, bewirkte eine Ueberschwemmung, die mancherlei Unglücksfälle zur Folge hatte. Die brausenden Fluten der Moldau rissen heute früh die Militairschwimmschule, die gerade eröffnet werden sollte, mit sich fort, und zwei von zehn darauf befindlichen Soldaten ertranken."

Spanien.

Der englische Gesandte erhielt am 28. April Depeschen aus **Lissabon** vom 23. April, nach deren Inhalte die Königin, nachdem sie die Vermittelung Englands angenommen und die Spaniens zurückgewiesen hatte, am 23. April Schwierigkeiten machte, einige der Bedingungen, welche als Grundlagen der abzuschließenden Uebereinkunft dienen sollten, in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen. Es scheint, daß die Königin dabei von der Absicht Zeit zu gewinnen, geleitet wurde, da der General Baron v. Winhacs mit 3000 M. der Besatzung von Lissabon über den Tejo gegangen war, um die in Setubal, Palmella und der Umgegend befindlichen Rebellen unter Sa da Bandeira, die meistens aus Guerrillas bestanden, anzugreifen. Am 23. April vernahm man in Lissabon ein lebhaftes Flintenfeuer. Es ist indessen zu bezweifeln, daß Sa da Bandeira sich in ein ernstliches Treffen eingelassen habe. Nach Eingang dieser Depeschen begab der englische Gesandte sich zum Ministerpräsidenten, und es scheint, daß Letzterer der Ansicht war, die Königin von Portugal würde sich noch zur Annahme der Dazwischenkunft Spaniens entschließen, sobald Hr. d'Aylon, welcher das von Cadiz abgehende Dampfschiff verfehlt hat, in Lissabon eingetroffen sein und sie von den ihm im Einverständnisse mit Hrn. Bulwer ertheilten Vorschriften unterrichtet haben würde. Hr. Pacheco soll daneben erklärt haben, daß es der englischen Regierung nicht mehr freistehe, für sich allein und ohne Zuziehung des diesseitigen Cabinets in die portugiesischen Angelegenheiten einzuschreiten, seitdem dieses sich mit Jener über eine gemeinschaftliche Thätigkeit dahin verständigt hätte, daß die bewaffnete Dazwischenkunft beider Mächte dann stattfinden sollte, wenn der Versuch einer ausgleichenden Vermittelung mislänge. Der portugiesische Gesandte, Graf v. Thomar, erklärt seinerseits, seine Souverainin wäre bei der frühern Anrufung der spanischen Intervention von der Voraussetzung geleitet worden, daß die spanischen Hülfstruppen nicht als Vermittler, sondern als Verbündete der Königin von Portugal gegen die Rebellen auftreten würden.

— Der Graf de Castellar kam am 28. April mit einer Denkschrift des Infanten Don Enrique aus Rom an, die er der Königin in einer Privataudienz überreichte und dabei sehr gütig aufgenommen worden sein soll. Wie man vernahm, hatte der Papst nicht geradezu verweigert, die Ehe des Infanten einzusegnen, allein einen Aufschub bis zur Beistimmung der Königin beliebt, weil es unter den dermaligen Beziehungen des römischen Stuhles zu Spanien nicht wohlgethan sein würde, in einer solchen Angelegenheit direct den Wünschen der spanischen Regierung zuwider zu handeln.

— Die Gaceta de Madrid publicirt das von den Cortes votirte und von der Königin sanctionirte Gesetz vom 23. April über die Forterhebung der bisherigen Steuern bis Ende Juni d. J.

— Der Herzog v. Baylen hat das Commando der königl. Hellebardierer niedergelegt, nachdem er dasselbe nur sehr kurze Zeit bekleidet, und der bisherige zweite Befehlshaber, Herzog v. San Lorenzo, ist damit beauftragt worden. In seine Stelle rückte der Gouverneur von Madrid, General Ros de Olano.

— Die Königin hat dem Sohne des verstorbenen Palafox, Herzogs v. Saragossa, diesen Titel und die Grandenwürde erster Klasse verliehen.

Großbritannien.

London, 4. Mai.

Das Oberhaus empfing gestern mehre vom Unterhaus angenommene Bills und schritt dann zur dritten Lesung der Bill über Erleichterung des Verkaufs überschuldeter Güter in Irland, welche passirte. Der Earl of Clancarty zeigte an, daß er bei der Comitéberathung der irischen Armenbill mehre Amendements in Bezug auf die außerhalb der Armenhäuser zu gewährende Unterstützung beantragen wolle. Die Werbebill (Bill über verkürzte Dienstzeit im Heere) ging pro forma durch die Comitéberathung und wurde auf des Colonialministers Earl Grey Antrag zum Drucke mit den Amendements beordert. Der Marquis of Westmeath, welcher schon wiederholt in dieser Session die Erfahrung gemacht hat, seine im Interesse der irischen Landlords gestellten Anträge zurückziehen zu müssen, beantragte einige ganz allgemeine Resolutionen über das Verhältniß zwischen Pächtern und Grundherren, hinsichtlich dessen in Irland eine Usurpation bestehe, die fast alle Eigenthumsrechte illusorisch mache. Das Haus schenkte dem Redner fast keine Aufmerksamkeit, und die Gegenvorstellung des Marquis of Lansdowne führte dahin, daß er seine Resolutionen zurückzog.

Die Sitzung des Unterhauses bot gestern vielseitiges Interesse. Auf Befragen eines Mitglieds erklärte Lord Palmerston, daß beim auswärtigen Amte über die angebliche Gefangennehmung und Ermordung eines britischen Unterthanen Namens Graham durch Eingeborene an der afrikanischen Küste keine Nachricht eingelaufen, allein in Folge deshalb ihm zugekommener Mittheilung Befehl gegeben worden sei, darüber Nachforschungen anzustellen. Hr. Borthwick wollte wissen, wie es mit der vom Journal des Débats verkündeten Intervention von England, Frankreich und Spanien in Portugal auf Grund eines Vertrags stehe, den er, da dessen Zwecke sämmlich erfüllt wären, für erloschen halte. Das Journal des Débats habe zwar seine Nachricht später modificirt; allein es sei nöthig, darüber Gewißheit zu erhalten. Verneine der edle Lord die gemeinsame Intervention, so wünsche er zu wissen, wie weit die Instructionen des britischen Gesandten hinsichtlich der Einmischung in Portugal gingen. Lord Palmerston erklärte zuvörderst, daß die Regierung eine Intervention auf Grund der Quadrupleallianz nicht für zulässig halte. Diese Allianz sei wegen einer Successionsfrage geschlossen, die gar nicht vorliege. Was die andere Frage anlange, so werde das Haus ihm die Beantwortung, wie sie gestellt, wol erlassen. Alles was er sagen könne, sei, daß es ausdrücklicher Wunsch der Königin sei, keine angemessenen Bemühungen zur Herbeiführung einer Vereinbarung und Herstellung des Friedens unter den streitenden Parteien in Portugal zu unterlassen. Die dritte Lesung der Zehnstundenbill wurde sodann und dazu von Hrn. Trelawney die Vertagung derselben über sechs Monate, eventuell eine Zusatzclausel beantragt, welche die Dauer der Bill auf drei Jahre beschränken sollte. Das Haus hörte unter wiederholtem Rufen nach Abstimmung Hrn. Grimsditch gegen dieses Amendement, dann Hrn. Labouchere für Herstellung der elfstündigen Bestimmung der Arbeitszeit sprechen. Auch Hr. Hume ließ sich nicht abhalten, noch das Wort für das Amendement zu nehmen, das aber mit 151 gegen 88 Stimmen abgeworfen wurde, worauf die Bill zum dritten Male verlesen ward und unter dem Beifalle des Hauses passirte. Lord J. Manners erneute dann seine Interpellation wegen Griechenlands in Form eines Antrags auf eine Vorlage über alle bis 1. Jan. 1847 von England als Zinsen der griechischen Anleihe bezahlte Summen. Die Beachtung der Vorgänge in Griechenland werde durch in Frankreich unlängst Vorgekommenes nothwendig. Wiederholt habe er zu bedauern, daß er auf die von Frankreich in Griechenland befolgte Politik zurückkommen müsse. Weit entfernt, dem Beispiele Lord Aberdeen's und Englands zu folgen, habe Hr. Guizot am 12. Jan. 1846 erklärt: es gibt noch Verträge, rücksichtlich deren, ich will nicht sagen die Interessen, so doch die Ideen von Frankreich und England nicht dieselben sind. Ihre Politik differirt, ich wünsche nicht auszusprechen ist getheilt. In Griechenland z. B. haben wir in diesem Augenblicke von denen der britischen Regierung abweichende Ansichten. Ich bedauere das, allein es ist so. Das sei vor einem Jahr

ausgesprochen worden und kürzlich habe das über den Gesetzentwurf wegen des Credits zur Zahlung der französischen Rate für die griechische Anleihe berichtende Comité der französischen Deputirtenkammer einhellig ausgesprochen, wie bei der jetzigen, von Frankreich bei den in Griechenland sich begebenden Dingen angenommenen Haltung, die Bewilligung nicht ungewiß sein könne. Die französische Nation müsse dort ihre glorreiche Mission durchführen und man vertraue in dieser Hinsicht der Regierung und zweifle nicht, daß sie zur Erfüllung aller ihr auffliegenden Pflichten bereit sein werde. Das Comité wünsche nur öffentlich seine warme Billigung der bisherigen Politik Frankreichs gegen Griechenland auszusprechen. Mit der Ehre Frankreichs erscheine ihm unverträglich, eine Foderung oder Drohung an Griechenland in einem Augenblicke zu richten, wo Land und Souverain im Einklange mit einem klugen und geschickten Ministerium auf das würdigste den Erwartungen seiner wahren Freunde entsprechen. Lord Manners berief sich auf seine frühere Beleuchtung der Gründe, aus denen ein Ministerium so gerühmt werden könne, an dessen Spitze Hr. Kolettis und der Finanzminister Ponticopoulos standen; der letztere sehr unwürdige Minister habe wenigstens seitdem der öffentlichen Meinung Griechenlands weichen müssen. Er gedachte dann des angeblichen Einflusses, welchen französische Agenten in Athen auf Regierung und Deputirte ausüben sollen, und wollte nur, da Hr. Guizot die Ansichten des Comité der Kammer ausdrücklich gebilligt habe, eine nicht minder entschiedene Billigung der energischen und weisen Politik des britischen Ministers in Athen ausgesprochen sehen, die er mit Freuden durch die Absendung von drei Linienschiffen unterstützt sehe. Er wünsche ein Votum des Hauses zu Gunsten jenes Landes, dessen Freiheit sie geweiht und dessen Unabhängigkeit sie garantirt hätten. Der Earl of Arundel und Surrey unterstützte den Antrag, auf den Lord Palmerston erwiderte, daß er gegen die Vorlage des verlangten Nachweises nichts einzuwenden habe. Vielleicht werde der edle Lord aber die Motion für den heutigen Abend, um die Geschäfte nicht zu behindern, zurücknehmen und später erneuern. Was dessen allgemeine Ansicht von den griechischen Angelegenheiten betreffe, so könne er sich größtentheils damit einverstanden erklären. England, Frankreich und Rußland hätten Griechenlands Unabhängigkeit zu Stande gebracht. Sie hätten dessen monarchische Verfassung seinem Gedeihen zuträglicher als eine republikanische betrachtet, die zu beständigem Parteistreite die Handhaben geboten haben würde; allein bisher, müsse er gestehen, seien die wohlwollenden Absichten der drei Mächte nicht im erwünschten Umfang in Erfüllung gegangen. Leider zu wahr sei, daß die jetzige Regierung in Griechenland von Seiten der Beamten nach einem Systeme des Unterschleifes, von Seiten Derer nach einem der Bestechung geführt werde, die die wahren Repräsentanten der Nation sein sollten. Zu wahr nur sei, daß Handlungen großer Abscheulichkeit von Personen im Dienste der Regierung vorkämen, daß die Tortur auf nicht wieder zu erzählende Weise gegen schuldlose Bewohner des Landes angewendet worden sei, um sie zur Entdeckung der Zufluchtsstätten von Verbrechern oder flüchtigen Rekruten zu zwingen, was unter Anderm auch einem unter britischem Schutze befindlichen Jonier widerfahren sei. Es sei vollkommen wahr und bestätigt durch Bekenntnisse des ehemaligen griechischen Finanzministers selbst, daß die Staatseinkünfte auf ihrem Weg in den Staatsschatz unterschlagen und, selbst wenn sie in den Schatz gelangten, widergesetzlich verwendet würden. Es würde eingestanden, daß die Staatseinnahmen von den Einnehmern unterschlagen worden seien und daß dies auf Befehl des Finanzministers geschah, um den persönlichen Interessen gewisser Volksrepräsentanten dienen zu können. Es sei desgleichen erwiesen, daß Documente, die der legislativen Versammlung zum Nachweis über die Staatseinnahmen vorgelegt wurden, verfälscht worden seien, und es sei eingestanden worden, daß die Verfälschung stattgefunden habe, um den Ueberschuß zu verdecken, der trotz der Unterschleife vorhanden war und auf welchen die drei garantirenden Mächte Anspruch gehabt haben würden. (Hört!) Bei alle Dem glaubte Lord Palmerston, daß die britische Regierung zu einer Einmischung in die innern Angelegenheiten des Landes in keiner Weise berechtigt sei. Wohl aber könne sie verlangen, daß Griechenland den Verpflichtungen nachkomme, welche es mit Bezug auf die griechische Anleihe übernommen, zu deren Verzinsung England von 1843 bis jetzt 200,000 Pf. St. vorgeschossen habe. Wären diese Vorschüsse unzweifelhaft durch die Armuth Griechenlands geboten worden, so würde die britische Nation gewiß keine Einwendung dagegen erhoben haben. Wenn es sich aber ergebe, daß sie unnöthig gewesen, wie er sie denn für unnöthig halte, wenn die britische Nation aufgefodert werde, alljährlich 46,000 Pf. St. zu bezahlen, um ein System des Unterschleifes und der Bestechung in Griechenland aufrecht zu erhalten, das nichts bezweckt, als einer gewissen Klasse von Menschen die Handhabung der Macht zu sichern; dann glaube er, daß es die Pflicht der britischen Regierung werde, darauf zu bestehen, daß die griechische Regierung die Zinsen für ihre Anleihe selbst bezahle! (Hört!) Indeß werde aus Rücksicht auf die mannichfachen Schwierigkeiten, mit welchen Griechenland noch zu kämpfen hat, nur auf die Zahlung des letzten Termins von 23,000 Pf. St. und auf Maßregeln zur Sicherung der künftigen Terminzahlungen zu dringen sein. „Was den von dem Antragsteller erwähnten Conflict der Politik der fremden Mächte in Bezug auf die griechischen Verhältnisse anlangt, so kann ich, so weit England in Betracht kommt, nur erklären, daß wir keinen besondern oder vorherrschenden Einfluß in Griechenland beanspruchen. Es ist mir überhaupt nicht begreiflich, was der Ausdruck «englische», «französische», «russische» Partei in Griechenland bedeuten soll, denn ich weiß nicht, welchen besondern Zweck England, Rußland oder Frankreich in Griechenland zu verfolgen haben könnten. Ich muß andererseits gestehen, daß ich auch nicht begreife, warum Frankreich einen so großen Werth auf die Erhaltung eines Ministeriums in Griechenland setzt, von dem behauptet wird, es sei der Repräsentant französischer Interessen. Alles was wir wünschen, ist, daß Griechenland gut regiert werde, und welche Meinung wir auch von diesem oder jenem griechischen Staatsmann und von dem von ihm befolgten Systeme haben mögen, so werden wir uns nie ein dictatorisches Eingreifen in die innern Angelegenheiten des Landes gestatten." Die Rede Lord Palmerston's fand allgemeinen Beifall und Männer der verschiedensten Parteischattirungen, wie Sir R. H. Inglis, Sir J. Hanmer, Dr. Bowring, Hr. Borthwick und Hr. Hume, erklärten auf das unzweideutigste ihre Zustimmung zu der von Lord Palmerston in Bezug auf Griechenland befolgten Politik und den von ihm in seiner Rede ausgesprochenen Ansichten. Lord John Manners zog dann seinen Antrag zurück. Das Haus nahm hierauf den Bericht über die Bewilligung von 620,000 Pf. St. zu Anleihen an drei irische Eisenbahnen an und gab auf Antrag des Staatssecretairs des Innern Sir G. Grey Erlaubniß zum Einbringen einer Bill, welche die Centralaufsichtsbehörde für das Armengesetz in England verbessern soll.

— Bei der Debatte über die Maßregel der Regierung zur Beförderung des Volksunterrichts ist von den Berichterstattern dem Intendanten der Forsten und Waldungen, Lord Morpeth, eine Aeußerung in den Mund gelegt worden, welche annehmen ließe, die betreffenden Wünsche der Katholiken hätten nie eine bestimmte Form angenommen. Auf schriftliche Vorstellung des ehrenwerthen Charles Langdale, der sich auf eine seit einem Jahre mit verschiedenen Mitgliedern der vorigen und jetzigen Regierung darüber geführte Correspondenz bezieht, hat Lord Morpeth demselben geantwortet, wie er keineswegs glaube, sich in der ihm zugeschriebenen bestimmten Weise deshalb ausgesprochen zu haben, und wie er gern erkläre, daß es ihm um so lieber sein werde, je eher die katholischen Schulen Berücksichtigung und Erfüllung ihrer Ansprüche finden würden.

— Der Marquis of Londonderry hat in seiner Eigenschaft als General und Oberst des 2. Garderegiments an Lord J. Russell ein Schreiben gegen die Bill über Anwerbung auf bestimmte Zeit für die Armee von Paris aus gerichtet, wo er verweilt. Er beschwört denselben, mit einer so übelbedachten Maßregel von Ihr. Maj. glorreicher Armee fern zu bleiben.

— Der noch am Leben befindliche geistliche Bruder des Herzogs v. Wellington und kürzlich verstorbenen Lords Cowley, Dr. Valerian G. Wellesley, befindet sich sehr unwohl in dem Seebaderte St. Leonards und kann der Beisetzung des Lords nicht beiwohnen.

— Der Aberdeen Herald theilt mit, daß die Gläubiger des zahlungsunfähig gewordenen schottischen Pairs, Viscount of Arbuthnoth (Nr. 117), zusammenberufen und denselben sehr verständige und auf sicherer Basis ruhende Vorschläge zu einer Uebereinkunft gemacht worden sind, die ihnen volle Bezahlung gewähren würde. Die Versammlung habe diese, der Familie des Lords sehr zur Ehre gereichenden Vorschläge höchst befriedigend gefunden, und man sei jetzt dabei, sie auszuführen.

— Das Glasgow Chronicle berichtet von dem Untergange des am 24. April von Londonderry mit 168 Auswanderern nach Quebek abgesegelten Schiffes Exmouth, von denen Niemand, von der Bemannung des Schiffs blos drei Matrosen dem Wellengrabe entronnen sind. Von ihnen rühren die vielleicht noch übertriebenen Nachrichten her. Das Schiff wurde am zweiten Tage nach der Abfahrt um Mitternacht vom Sturme mit solcher Gewalt auf die Klippen von Ballanavie an der Westküste von Islay geworfen, daß es zehn Minuten darauf in Trümmer ging. Die drei Matrosen befanden sich im Takelwerk und wurden auf die Klippen hinauf geschleudert, von wo sie ein Tags darauf vorüberkommendes Schiff aufnahm.

— Die Times schreibt, daß in der City gestern Gerüchte gingen, die russische Regierung habe Anstalten getroffen, sofort nach Eröffnung der Schiffahrt die zur Anlage in britischen Fonds bestimmte Summe in Gold nach London zu senden, und daß Schritte wegen der Versicherung geschehen wären. Indessen weiß Niemand von officiellen Mittheilungen darüber. Aus den Fabrikbezirken wird über den Geldmangel außerordentliche Klage erhoben, und aus Manchester schreibt man, daß dort die Geschäfte wie suspendirt sich ausnähmen. Kein Mensch wage zu kaufen, und Spinner wie Fabrikanten müßten die Arbeiten einstellen, wenn es nicht bald besser werde. Dann werde es in Lancashire und Yorkshire in kurzem eben so schlimm oder schlimmer als in Irland aussehen.

Frankreich.

Paris, 5. Mai.

In der Pairskammer nahm gestern Hr. Teste, Bauminister im Jahre 1842, als die Concession zu den Salzgruben ertheilt wurde, über

deren angeblich auf dem Wege der Bestechung erfolgte Erledigung vorgestern in der Deputirtenkammer in Folge veröffentlichter Briefe des Generals Cubières die Rede war (Nr. 129), und welche Sache von der Regierung einer gerichtlichen Untersuchung überwiesen worden ist, das Wort, und gab persönlich Aufklärungen, welche jene Verdächtigungen abwiesen. Der Präsident erklärt unter ehrenvollen Worten für Hrn. Teste, daß, wie die Sache liege, man die angeordnete Untersuchung der Regierung abwarten müsse, um sich darüber hier weiter auszusprechen. Die Kammer setzte die Berathung des Gesetzentwurfs über die Stellvertretung im Heere fort und verwarf denselben am Ende mit 116 gegen 40 Stimmen. In der Deputirtenkammer wurde die Berathung der Supplementarcredite für 1847 fortgesetzt und nach mehrfachen, in die Details eingehenden Besprechungen der Marineverwaltung, das Capitel für das Marineministerium votirt. Dasselbe geschah ohne große Weitläufigkeit mit den Crediten für das Finanzministerium. Auf eine Anfrage erklärte Hr. Lacave-Laplagne, daß er mit Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf über Umprägung der Münzen angelegentlich beschäftigt sei.

— Das Journal des Débats bemerkt über die Verwerfung des Gesetzentwurfs wegen der Stellvertretung im Heere durch die Pairskammer, daß dieser im Laufe der Berathung vielfach verstümmelte und abgeänderte Entwurf keine Bedeutung mehr besessen habe.

— Die »Presse« beginnt heute mit der Versicherung: „Das Ministerium besteht nur noch dem Namen nach. Ministerium und Majorität sind völlig aufgelöst. In der Deputirtenkammer sind es die getreuesten Mitglieder der conservativen Partei, welche demselben am eifrigsten die beklagenswerthen Fehler seiner schlechten Verwaltung vorhalten. Es sind die HH. Benoit Fould und d'Angeville. Gestern wurde in der Pairskammer der Gesetzentwurf über die Stellvertretung im Heere trotz der lebhaften Vertheidigung durch den Siegelbewahrer Hrn. Hebert mit der großen Majorität von 116 gegen 40 Stimmen verworfen, und so hieß es denn am Abend, das Ministerium habe die Unmöglichkeit erkannt, sich zu retten, auch wenn es fünf seiner Mitglieder mit mehr Selbstverläugnung als Großmuth aufopfere, und sich entschlossen, in Masse abzutreten. Wir glauben nicht daran. Wir haben nicht vergessen, was im Laufe der vorigen Legislatur vorging, als die Minister auch in der Minorität blieben und darüber hinweg kamen, indem sie sich von einer Versammlung conservativer Abgeordneter, die in den Salons von Lemardelay gehalten wurde, beschwören ließen, an der Spitze der Angelegenheiten zu bleiben. Wenn es sein muß, wird man eine zweite Vorstellung dieses parlamentarischen Schauspiels zum Benefiz aufführen."

Belgien.

* **Brüssel**, 4. Mai. Der Minister des Innern hat dieser Tage einen Gesetzvorschlag mitgetheilt, dem zufolge die freie Einfuhr der Cerealien bis zum 1. Oct. 1848 verlängert wird. (Nr. 122.) Auch wird in demselben, für das Verwaltungsjahr 1847, ein Supplementarcredit von 300,000 Fr. eröffnet, zum Behufe von Maßregeln, welche der gegenwärtige Nothstand veranlaßt. Dieser Entwurf wurde sofort der Prüfung der Sectionen unterworfen und gestern zur Berathung gezogen. Heute wird die Abstimmung über denselben sowie über das Budget der öffentlichen Arbeiten erfolgen. — Der Senat ist am 28. April zusammengetreten und hat bereits das Gesetz über die Rekrutirung genehmigt. — Von den Wahlvorbereitungen enthalte ich mich Umständliches zu berichten, da noch Alles in chaotischer Verwirrung liegt; doch ist man berechtigt, den Sieg des Liberalismus anzukündigen. Hier in Brüssel sind, in Folge des neuen Gesetzes, zwei Deputirte und, in Folge der gewöhnlichen Erneuerung des Mandats, fünf Senatoren zu wählen. Die beiden liberalen Wahlvereine sind noch immer in Unterhandlungen darüber begriffen, auf welchem Grund und bis zu welchem Grade sie sich ihres Antagonismus entschlagen wollen, um eine gemeinschaftliche Wahlliste aufzustellen. Man vernimmt aus sicherer Quelle, daß der bekannte Dichter und Staatsmann Baron v. Stassart kein neues Mandat mehr anzunehmen und sich von der politischen Laufbahn ganz zurückzuziehen gesonnen ist. Graf H. de Mérode hätte wol einen harten Wahlkampf zu bestehen, wenn ihn nicht der bedenkliche Gesundheitszustand, in dem er sich befindet (man erwartet täglich seinen Tod) von der Candidatenliste ausgeschlossen hätte.

— Die Freihandelsassociation hat auf den 16. Sept. einen Congreß der Nationalökonomen ausgeschrieben, zu dem alle Meinungen ihre Vertreter senden dürfen. Alle Personen, die sich mit den nationalökonomischen Fragen ernstlich beschäftigen, indem sie eine öffentliche oder Privatstellung bekleiden, sind zulässig. Der Congreß wird drei Tage versammelt sein, kann aber längere Berathungen beschließen.

Schweiz.

Der Regierungsrath von **Bern** hat eine erste Vollziehungsverordnung zu dem Gesetze über die Vermögens- und Einkommensteuer, betreffend die Classification der steuerbaren Grundstücke, erlassen.

— Bei Anlaß von Gemeindewahlen wurde in Frégiécourt, im Canton **Bern**, der Adjunct des Maire mit Messerstichen verwundet. Er soll in Folge dieser Verwundungen gestorben und die Thäter sollen entflohen sein.

— Die provisorische Regierung in **Genf** hat das Budget für 1847 folgendermaßen gestellt. Einnahme: 1,265,675 Fr., Ausgabe: 1,267,435 Fr.

— Die zwei vom Erziehungsrath in **Freiburg** entsetzten Lehrer Blatter und Sieber (Nr. 115) sind noch durch polizeiliche Verfügung des Cantons verwiesen worden.

Italien.

Rom, 25. April. Während einige pariser Blätter die Abschließung eines Concordats zwischen Rußland und dem heil. Stuhl in nahe Aussicht stellen, glaube ich aus bester Quelle zu wissen, daß die seit vierzehn Monaten gepflogenen Unterhandlungen zwischen Hrn. v. Butenieff und dem Cardinal Lambruschini, welcher Letztere eigens dazu beauftragt worden war, völlig ins Stocken gerathen sind. Als Ursache davon wird angegeben, daß, während der Bevollmächtigte Rußlands allen Federungen des heil. Stuhls beipflichtete und dieselben vom russischen Cabinet bestätigen und gewährleisten zu lassen versprach, der Kaiser die bekannten Edicte erließ, um seine katholischen Unterthanen zu bewegen, zur griechischen Kirche überzutreten. (Rh. B.)

Griechenland.

Athen, 25. April. Nachdem der englische Gesandte der Regierung eine Note überreicht hatte, des Inhalts, daß die englische Regierung in der türkisch-griechischen Angelegenheit, wenn Griechenland nicht die geforderte Genugthuung gäbe, sich jeder Verpflichtung als Schutzmacht Griechenlands entheben erachte und im Fall eines Bruches mit der Türkei Griechenland sich selbst überlassen müsse, übergab derselbe am 19. April eine weitere Note, in welcher peremtorisch innerhalb zwei Mal 24 Stunden die Zahlung von Englands Antheil an dem von dem ehemaligen Finanzminister in Aussicht gestellten Ueberschusse der Einnahmen des Jahres 1846 verlangt und überdies auf bestimmte Garantien für die in wenigen Monaten zu fordernden Millionen gedrungen wird. Wie man hört, sollen die anwesenden Kriegsschiffe diese Federungen in der Art unterstützen, daß sie je nach dem Ermessen des englischen Gesandten, wenn Griechenland nicht sogleich bezahlen sollte, entweder auf griechische Kauffahrteischiffe Jagd machen und sie im Betrage der geforderten Summe wegnehmen, oder daß die Zollämter von Syra und Patras unter englische Aufsicht genommen und ihre Einnahmen an England abgeliefert werden. Beide Maßregeln wären geeignet, den aufblühenden Handel Griechenlands zu Grunde zu richten. Die Antwort der Regierung ist nicht bekannt, obgleich in den ersten Stunden verlautete, daß das Geld herbeigeschafft werden sollte. Der Termin ist verflossen; noch haben aber die englischen Schiffe im Piräus keine Bewegung gemacht. — Das Gerücht von der Auflösung der Kammer — fünf Tage vor ihrer gesetzlichen Beendigung! — gewinnt immer mehr Consistenz, da in der vorgestrigen Sitzung die Majorität des neuen Ministeriums in einer einzigen Stimme bestand. Gestern hielten die Mitglieder der Opposition, nebst manchen Ueberläufern aus dem ministeriellen Lager — eigens für die vorgestrige Sitzung geworben — eine Versammlung im Locale der Kammer unter einem Alterspräsidenten. Der Beschluß, der ungesetzliche, ist noch nicht bekannt. Da das Ministerium mit Einer Stimme Mehrheit nicht bestehen kann, so hängt es von den nächsten Stunden ab, ob es im Stand ist, sich eine größere Majorität zu verschaffen; wo nicht, so ist die Auflösung der Kammer und die Berufung an das Land die constitutionelle Maßregel, welche zweifelsohne ins Werk gesetzt werden wird. Den Erfolg der Wahlen kann man indessen nicht mit Gewißheit vorhersagen, und da weder das Budget noch das Steuergesetz, an welchem eben jetzt die Majorität des Ministeriums scheiterte, votirt sind, so läßt sich nicht leicht absehen, wie mit der Auflösung der Kammer das Ministerium ohne Geld und Credit bestehen kann. — Das französische Linienschiff Inflexible ist am 17. April im Hafen von Piräus angekommen, und Contreadmiral Turpin, Commandant des Mittelmeergeschwaders, hat seine Admiralsflagge auf demselben aufgepflanzt. (R. C.)

Türkei.

o **Konstantinopel**, 17. April. Ein neuer Beweis des Verfalls, in welchen der französische Einfluß gerathen, erhellt aus folgendem Vorfalle. Hr. Alleon, ein französischer Schützling, war bis auf die letzte Zeit zugleich der Bankier des Sultans und der Pforte. Derselbe hatte auch für die Folge dem türkischen Reiche seine Dienste als Finanzmann gegen eine Entschädigung von 500,000 Piaster angetragen, wobei er jedoch sich nicht anheischig machen wollte, mögliche Verluste zu tragen, die durch irgend ein unvorhergesehenes Ereigniß herbeigeführt werden könnten. Um ihn zu vermögen, die Gefahr für alle möglichen Verluste mit zu übernehmen, bietet ihm die türkische Regierung 1,085,000 Piaster, welches Anerbieten Hr. Alleon annimmt, sodaß der Vertrag in gehöriger Form von türkischer Seite durch Rifaat-Pascha abgeschlossen und unterzeichnet wird. Kurz darauf erbietet sich Hr. Baltazzi, die gleichen Verpflichtungen gegen eine Entschädigung von 1 Mill. Piaster zu übernehmen, und die Pforte schlägt ihm die Sache zu trotz des mit Hrn. Alleon abgeschlossenen und von diesem genehmigten Vertrags. Was dieses Ver-

fahren für Letztern noch verletzender erscheinen ließ, war die Rücksichtslosigkeit, womit die türkische Regierung dabei zu Werke ging. Der französische Gesandte führte zwar Klage über diese Begebenheit, aber man ging von türkischer Seite darüber hin, und Hr. Baltazzi ist gegenwärtig Bankier der Pforte; Hr. Alleon hingegen, der bereits nach Wien seine Ernennung gemeldet, ist nur noch Bankier des Sultans. Die türkische Regierung hegt im Allgemeinen Mistrauen gegen die französische Regierung. Die Aufnahme Riza-Pascha's, das beabsichtigte herzliche Einverständniß mit Rußland und die geringe Thatkraft der französischen Staatskunst im Morgenlande haben dazu beigetragen, diesen Argwohn im Morgenland aufkommen zu lassen. Auch gilt fast unter allen vornehmen Türken der König der Franzosen für einen Charakter, dessen politische Zuverlässigkeit zu wenig Vertrauen einflöße.

Am 15. April hat der Botschafter Rußlands, Hr. v. Ustinoff, hier einen großen Ball gegeben. Weder der Großvezier, noch Said-Pascha, noch Sarim-Pascha haben demselben beigewohnt. Riza-Pascha hat die Einladung rundweg abgeschlagen, obwol ihm der Paß, den er für seinen Schwager nachgesucht, den man ihm aber früher verweigert hatte, zugesendet wurde und obwol der russische Drageman sich in Person in seine Wohnung verfügt hatte, um ihm die Einladung zu überbringen. Der würdige Muselmann fühlte wohl, daß es sich nicht mit seiner Würde vertrage, ein böses Beispiel zu geben und die heuchlerischen Liebkosungen eines Feindes entgegenzunehmen, der auf das Verderben seines Vaterlandes sinnt.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der geh. Justiz- und Oberlandesgerichtsrath Lange in Stettin; 3. Kl.: der mecklenburg-strelitzische Kammerherr und Intendant des Hoftheaters v. Dachröden; 4. Kl.: der Mansionar bei der Metropolitankirche in Gnesen Franz Taillard.

Standeserhöhungen. Niederlande. Der Viceadmiral J. van Heogenheuck Tulleken ist in den Adelstand erhoben worden.

Handel und Industrie.

*Dresden, 8. Mai. In den ersten Tagen dieser Woche fand, und zwar ohne die gefürchteten Unruhen, der Cantatemarkt statt, welcher unter den hier gehaltenen fünf Jahrmärkten zu den bedeutendsten gehört. In allen Artikeln waren reiche Vorräthe vorhanden, die Preise currenter Waaren fast durchgängig denen der letzten Märkte im vorigen Jahre gleich; die Zahl der Verkäufer in keinem Misverhältniß zu den Käufern, und somit der Markt, welchen das schönste Wetter begünstigte, ein befriedigender; berliner Fabrikate wurden als besonders preiswürdig erwähnt. — Auf dem Elbstrome, welcher vor einigen Tagen rasch über die Ufer und wieder zurücktrat, ist ein reger Verkehr wahrzunehmen; ununterbrochen kreuzen schwer befrachtete Kähne, Schiffe, Zillen und Flöße auf- und niederwärts, die Dampfboote, welche alltäglich abfahren und ankommen, sind jederzeit mit Passagieren angefüllt, und die immer benutzten Gondeln zum Ueberfetzen auf das dies- und jenseitige Ufer und zum Gebrauche kleiner Lustfahrten geben ein erfreuliches Bild heitern, lebendigen Bewegens.

Meßbericht. *Leipzig, 8. Mai. Von den vereinsländischen baumwollenen Waaren wurden in der nun beendigten Messe Velvets wenig begehrt, und Plüsch sehr vernachlässigt. Dagegen fanden Cambrics, Mulls und Jaconets guten Absatz, und war alle Ursache vorhanden, um mit dem Verkaufe der Kattune zufrieden zu sein. Stickereien und Barchent fanden sehr beschränkten Abgang. Piqué war etwas mehr als diese gesucht. Der Absatz der wollenen und halbwollenen Waaren kann im Allgemeinen nicht gelobt werden. Beinkleiderstoffe waren gesucht, Mäntelstoffe und Damenkleider dagegen nur mäßig begehrt. Mousselines de laine gingen leidlich, Thibets fanden keinen großen Abgang, und der Begehr nach Buntweberei war schwach zu nennen, mit Ausnahme der Teppiche, welche gesucht wurden. Das Geschäft in Westenstoffen wurde durch die kleinen Verkäufer sehr verdorben, welche um jeden Preis verkauften, um sich Geld zu verschaffen. Tücher wurden nicht sehr begehrt, wiener Shawls dagegen sehr gesucht. Der Absatz der ausländischen baumwollenen, wollenen und halbwollenen Waaren nach dem Zollvereine war nur unbedeutend, nach dem Auslande wol größer, aber doch auch nicht erfreulich.

Die Seidenwaaren hat unter allen Fabrikaten unstreitig das schlimmste Loos getroffen, denn selbst die Gegenstände für den Reichen wurden nicht gesucht. Mit dem Verkauf der Leinenwaaren hatte man Ursache nicht unzufrieden zu sein. Schwarze Spitzen gehörten zu den sehr wenigen Gegenständen, welche sehr gesucht waren, und deren Bedarf durch Nachlieferungen gedeckt werden muß. Weiße dagegen gingen schlecht. Posamentirwaaren wurden vernachlässigt, und nur schöne Muster konnten Absatz veranlassen.

In Hinsicht des Benehmens der Käufer war, wie bereits gemeldet, die deutsche Kundschaft sehr schwach. Gegen zehn Amerikaner kauften Tuch und einige andere Wollenwaaren. Holländer, Hamburger, Lübecker, welche besonders Tuche nicht unbeträchtlich kauften, Dänen, Norweger und Schweden kauften nicht viel weniger als gewöhnlich. Von den Italienern und Schweizern ist schon gesprochen worden. Die Krakauer sind für immer aus der Liste unserer Abkäufer gestrichen. Den Bukareschtern wurde um so weniger neuer Credit verfagt, als sie ohnedem nur wenig kauften. Einige haben ihre verfallenen Posten bezahlt, wegegen die Uebrigen durch das Unglück ihrer Stadt und theils auch ihrer selbst damit bis zu nächster Messe haben vertrösten müssen. Nach der Moldau war der Absatz nicht von Belang. Die großen Getreidegeschäfte in Rußland ließen gute Geschäfte mit Odessa, Berdiczew und Brody erwarten, allein sie waren höchst mittelmäßig, weil theils dort noch viel Waaren lagern, theils die Wirkung des großen Getreideverkaufs von nun an erst hervortreten wird. Die Warschauer kauften wie gewöhnlich, und die Lithauer nicht bedeutend. Das Ganze ins Auge gefaßt, so gibt es zwar einige Verkäufer, die mit den gemachten Geschäften nicht unzufrieden sind, allein sie sowie die, welche kaum die Hälfte deren gewöhnlichen Betrags erreicht haben, bilden nicht die Regel, und dürfte die Annahme, daß der Verkehr der eben beendigten Messe ein Viertel, vielleicht drei Achtel weniger als den einer gewöhnlichen guten Messe betrage, wol die richtigste sein.

Fruchtpreise. Leipzig, 6. Mai. Weizen 9 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 7½ Ngr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 12½ Ngr.; Kartoffeln 3 Thlr. Leisnig, 1. Mai. Weizen 10 Thlr.; Roggen 10 Thlr.; Gerste 8 Thlr. 10 Ngr.; Hafer 4 Thlr. Zwickau, 4. Mai. Weizen 10 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 10 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 8 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 25 Ngr. Berlin, 6. Mai. Weizen 4 Thlr. 15⅞ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 7⅛ Sgr.; Gerste 3 Thlr. 3⅞ Sgr.; Hafer 2 Thlr. 4⅝ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 18¼ Sgr. Breslau, 6. Mai. Weizen 4 Thlr. 17 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 2 Sgr.; Gerste 3 Thlr. 2 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 18 Sgr. Halle, 4. Mai. Weizen 4 Thlr. 21½ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 15 Sgr.; Gerste 3 Thlr. 13⅞ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 28⅞ Sgr.

Oel. *Leipzig, 8. Mai. Das Geschäft in Rüböl blieb entschieden flau bei weichendem Preise, und der Umstand, daß die früher auf Speculation gemachten Einkäufe sämmtlich zu Lager gehen und nicht auf dem Markt erscheinen, vermochte der rückgängigen Bewegung keinen Einhalt zu thun. Lecowaare ist heute zu 10¼ Thlr. notirt, worauf sich auch die meisten Foderungen stellen, doch ist bereits in dieser Woche Mehres zu 10 Thlr. abgegeben worden, wozu auch ferner zu begeben sein dürfte, und sich nur wenig Verkäufer zeigen. Termine haben zwar noch außer Verhältniß höhere Foderung (September bis October 11⅓ Thlr.), werden aber wol dem Rückgange der Lecowaare folgen müssen, da das Misverhältniß zu bedeutend ist. Die Saat steht bei jetziger Witterung ausgezeichnet.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 123.)

a) Im März 1847.

27)	**Berlin-Anhaltische:** 19,719 Personen, 114,343 Ctr.	47,852 Thlr.	— Sgr.
28)	**Oesterreichische Staatsbahnen:**		
	a) Südbahn (Mürzzuschlag-Cilly) 34,281 Personen, 257,838 Ctr. 77 Pfd.	80,088 .	8 .
	b) Nordbahn (Olmütz-Prag) 15,952 Personen, 139,104 Ctr.	57,624 .	28½ .

b) Im April 1847.

1)	**Breslau-Schweidnitz-Freiburg:** 13,966 Pers., 99,066 Ctr. 79 Pfd.	13,046 .	12 .
2)	**Nürnberg-Fürth:** 38,865 Personen	2485 .	28 .
3)	**Oberschlesische:** 33,035 Pers., 125,779 Ctr.	38,825 .	19¼ .
4)	**Taunusbahn:** 49,050 Personen, 26,015 Ctr.	18,757 .	7⅞ .
5)	**Wilhelmsbahn:** 4029 Personen, 19,849 Ctr.	2923 .	½ .

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 9. Mai früh 7 Uhr: 3° 2″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 5. Mai. 2½pc. Int. 57¹³/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 104⅛; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 7. Mai. Oestr. Bkact. 1897; 250 Fl. L. 118⅛; 500 Fl. L. 154⅜; Bair. 3½pc. 92 Br.; Bad. 50 Fl. L. 57⅞ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74⅛; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25; Sard. 35; Kurhess. 32½. London, 3. Mai. 3pc. Cons. 87⅛; Port. 3pc. 34; Span. act. 23¾; 3pc. 35; pass. 5⅛; Holl. Int. 58. Paris, 5. Mai. 5pc. 115. 75; 3pc. 78; Neap. 102. 50; Bankact. 3255. Wien, 6. Mai. Bkact. 1591; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 97½; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 155¼; 250 Fl. L. 119½.

Disconto. Amsterdam, 5. Mai. 4 %. Frankfurt a. M., 7. Mai. 3¼ %.

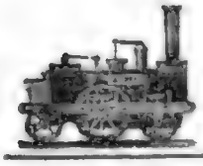
Actien. Amsterdam, 5. Mai. Rhein. Eisenbahn 104. Frankfurt a. M., 7. Mai. Taunusb. 356½; Nordb. 70½; Verb. 91⅛. Paris, 5. Mai. Eis. St.-Germ. 932½; l. 215; Paris-Orleans 1935; Paris-Rouen 943¾; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 666½; Marseille-Avignon 765; Strasburg-Basel 193¾; Orleans-Bordeaux 513¾; Orleans-Vierzon 582½; Nord 611½. Wien, 6. Mai. Nordb. 171; Gloggn. 124½; Mail. 111⅞; Livorn. 89¾; Pesth. 99⅞.

Berliner Börse, 8. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅛, 3½pc. Staatssch. 93⅞, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95¾ Br., pomm. 94½, schles. 96⅛, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92, kur- und neumärk. 95⅛ Br.; Louisdor 111⅞, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4¼. Prec. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½, Berl.-Anhalt. 169¾, Berl.-Hamb. 4pc. 107¾, Prior.-Act. 4½pc. 97¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89¼, Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101⅞ Br., Berl.-Stettin 107¼, Breslau-Freib. 4pc. 99¼, Cöln-Minden 4pc. 90⅞, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107¾, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, Kiel-Alton. 4pc. 107, Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 86¼, Prior.-Act. 4pc. 92 Br. 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾ Br., Litt. B. 4pc. 96¾, Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 81⅛ Br., Rhein. 85¼, Prior.-Stamm 4pc. 90 Br., Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 85½, Thüring. 4pc. 94⅛, Wilh.-Bahn 4pc. 87⅞, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82⅛ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83 Br., Berl.-Anh. 99⅞, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90⅜, Magd.-Wittenb. 82½, Mail.-Vened. 4pc. 113½, Mecklenburg 74¼, Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70¾, Pos.-Starg. 4pc. 83⅜, Rhein.Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100⅜. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92, 2., 3., 4. Anl. (Stieglz) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¼, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Zinsl. 16¾, Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-R.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝.

Verantwortliche Redaction: Professer Wülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.



Ungarische Eisenbahnen.

Ausweis der Personenfrequenz und Einnahme auf der Ungarischen Central-Eisenbahn-Strecke von Pesth nach Waitzen.

	Personen.		Reisegepäck. Eilgut.		Diverse Einnahmen.		Total-Einnahme.	
	Anzahl	Betrag	Pfunde	Betrag	Fl.	Kr.	Fl.	Kr.
Vertrag vom 16. Juli 1846 bis 31. März 1847	181331 Fl.	61902 12	14576 81	3940 26	777 35		66590	13
Vom 1. bis 30. April 1847	23587	7295 29	5938 30	661 14	67 42		8024	25
Summa	204,918	61,197 41	20,515 11	4571 40	845 17		74,614	38

Presburg, den 1. Mai 1847.

[1904] **Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.**

Neue sehr empfehlungswerthe Musikalien,

welche soeben in der **Schlesinger**'schen Buch- und Musikhandlung in Berlin erschienen und durch alle solide Musikhandlungen zu beziehen sind:

Alkan, Marche funèbre Op. 20. ⅔ Th. Vaghezza ⅓ Th. Marche triomphale.] Op. 27. p. Piano 25 Sgr.
— — Partitions pour Piano 6 Nr. Psaume de Marcello, Armide de Gluck, Iphigenie de Gluck, Andante de Haydn à ⅓—⅔ Th.
Beer, Lieder f. Sopran od. Tenor 12½ Sgr. Die Teufelsbrücke u. Ave Maria f. Bass od. Alt ⅔ Th.
Cerrito-Polka, Polonaise v. Musard, Polkaständchen als Polka f. Pfte. 7½ Sgr.
Döhler, Esmeralda, Air napolitain p. Piano. Op. 62. ½ Th.
Fürstenau, Rondino sur Les Mousquetaires de Halevy p. Flûte avec Piano. Op. 140. ¾ Th. p. Flûte seule 10 Sgr.
Gumbert, 2 Lieder aus Italien f. Sopran od. Tenor. Op. 20, dito f. Alt od. Bariton à 12½ Sgr.
Henselt, Ad., Masourka et Polka p. Piano. Op. 13, Nr. 6, à 4 mains à ⅔ Th., f. Orchester 1 Th.
Köhler, 5 Lieder f. Sopran od. Tenor. Op. 5. ⅔ Th.
Kücken, Drei Worte f. Sopran od. Tenor. Op. 42, Nr. 3, f. Alt od. Bariton à 10 Sgr. Die Botschaft f. Alt od. Bariton 17½ Sgr.
Kullak, Vielka od. Ein Feldlager in Schlesien v. Meyerbeer, Grosse Fantasie f. Piano. Op. 30. 1 Th. (leicht arr. 25 Sgr.) Zu 4 Händen. Op. 30 1⅓ Th., dito leicht arr. zu 4 Händ. 25 Sgr.
Liszt, Elégie du Prince Louis de Prusse p. Piano 20 Sgr.
Meyerbeer, Ouverture zu Vielka od. Ein Feldlager in Schlesien f. Piano 25 Sgr., zu 4 Händen v. Klage 1 Th. Marsch f. Piano 10 Sgr.
— — Musik zur Tragödie Struensee (14 Nr.) in Partitur u. f. Orch. Vollständiger Clavierauszug 3 Th. Gr. Polonaise f. Piano 15 Sgr., zu 4 Händen 20 Sgr.
— — Ouverture aus Struensee f. Piano arr. v. Kullak 25 Sgr., zu 4 Händen arr. v. Klage 1 Th.
— — dito f. Orchester. Partitur u. Stimmen 8 Th. Gr. Polonaise in Partitur u. Orchesterstimmen 4⅓ Th.
Reissiger, 4e Trio facile et brillant p. Piano, Violon et Violoncelle. Op. 186. 2¼ Th.
Schaeffer, Polkaständchen und Philister Wohlschmecker, 2 heitere Lieder f. 4 Männerstimmen. Op. 14. Nr. V. 20 Sgr. Polkaständchen f. 1 Singstimme 5 Sgr. Der Schneider von Kyritz f. 1 Singstimme 5 Sgr.
Stern, Gesang der Wasserfrauen f. 3 Frauenstimmen u. Piano. Op. 27. ½ Th.
Thalberg, Nocturne p. Piano à 4 mains. Op. 51, Nr. II. ⅔ Th. Romanza p. Piano à 4 mains 10 Sgr.
C. M. v. Weber, Oberon-Ouverture f. Piano von Liszt 1 Th.
Westmorland, Lord, Torneo-Marsch der K. Preuss. Armee f. Piano 5 Sgr., zu 4 Händen 10 Sgr., f. Harmonie, Orchester à 1⅓ Th. [1887]

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Der deutschen Auswanderer

Fahrten und Schicksale.

Von

Friedrich Gerstäcker.

Mit einer Karte der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

Dieses interessante Werkchen bildet zugleich den **vierten** Band der in meinem Verlage erscheinenden **Volks-Bibliothek**, deren übrige Bände unter besondern Titeln:

I. **Joachim Nettelbeck.** Von Ch. L. Haken. Zweite Auflage. 1845. 1 Thlr.

II. **Der alte Heim.** Von G. W. Kessler. Zweite Auflage. 1846. 1 Thlr.

III. **Die Sprichwörter der Deutschen.** Von W. Körte. Neue Ausgabe. 1847. 1 Thlr.

fortwährend durch alle Buchhandlungen zu beziehen sind.

Leipzig, im Mai 1847.

[1905] **F. A. Brockhaus.**

In meinem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen:

Jahrbücher für dramatische Kunst und Literatur

redigirt vom

Prof. Dr. H. Th. Rötscher.

1stes Heft. 6½ Bogen.

Inhalt:

Vorwort von H. Th. Rötscher.
1. Ueber den Ursprung der modernen Bühne von Th. Mundt. Erster Artikel.
2. Ueber den Styl des Dramas von Friedrich Hebbel aus Wien.
3. Ueber die dramatische Literatur der Franzosen von Dr. Bamberg aus Paris.
4. Wie sich die rohe Empirie gegen die Wissenschaft verhält, dargestellt an dem Entwurf einer praktischen Schauspielerschule von August Lewald. Von H. Th. Rötscher.
5. Mittheilungen mehrer noch ungedruckter Briefe Seydelmann's nebst Erörterungen von H. Th. Rötscher.
6. Kritiken über Berliner Bühnenvorstellungen. Goethe's Faust. Von Dr. Melchior Meyr. La Calomnie, Comédie en 5 actes et en prose du théatre français, par Scribe und ihre Darstellung durch die französische Gesellschaft in Berlin. Von H. Th. Rötscher.
7. Correspondenz-Nachrichten.
   Aus Königsberg. Ueber Dr. Gottschall's Blinde von Alcara und deren erste Aufführung in Königsberg. Ein Brief des Prof. Carl Rosenkranz an den Herausgeber.
   Aus Hamburg von Dr. Carl Töpfer.
   Aus Dresden. Aphorismen über die Dresdener Bühne von Dr. Schladebach.
   Aus Stettin von Fr. D.
   Aus Wien von M. H.
   Aus Kopenhagen von Henrik Herz.

Berlin, im April 1847.

[1814] **Louis Hirschfeld.**

In meinem Verlage erschien soeben:

Das Wesen der christlichen Religion. Von Friedrich II., **König von Preußen.** Als Gegenstück zum neuesten preußischen Religionsedict. 5 Ngr.

Der freie Handel, in staatswirthschaftlicher und industrieller Beziehung. Nach C. Fauvety. 7½ Ngr.

Turntafeln zum Unterricht für Anfänger. Ein Lehr- und Schulbüchlein. 4 Ngr.

Leipzig, den 8. Mai 1847.

[1906] **E. O. Weller.**

Die Kaltwasser-Heilanstalt in Kreischa bei Dresden

[1897] ist auch dieses Jahr mit ihren comfortablen Einrichtungen und ihren reizenden Umgebungen einem geehrten Publicum bestens empfohlen. **F. W. Fähndrich**, Besitzer.

Deutscher Phönix,

Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Grundcapital: 5½ Millionen Gulden.

Diese Gesellschaft bringt hiermit zur Anzeige, daß sie **für das Königreich der Niederlande** (mit Ausnahme von Rotterdam, **wo der bisherige Agent Herr J. Hasselinghuis** nach wie vor für die Gesellschaft in Wirksamkeit bleibt)

Herrn M. Reimann in Arnheim

als Hauptagenten ernannt und denselben ermächtigt hat, Versicherungen von allen Waaren und Gütern während deren **Transport** zu **Wasser** und zu **Lande** zu billigst gestellten Prämien zu übernehmen und die Policen sogleich darüber auszufertigen.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1847.

[1898—99] **Der Director des Deutschen Phönix Löwengard.**

Das mit meinem **Wechselgeschäft** seit einer Reihe von Jahren verbundene **Speditionsgeschäft** erlaube ich mir bei der in diesem Monate stattfindenden Fortsetzung der **Thüringischen Eisenbahn** bis **Gotha**, welche sich in Halle an die Dampfwagenfahrten der **Magdeburg-Leipziger, Berlin-Anhaltischen, Berlin-Hamburger, Stettiner, Braunschweiger und Halberstädter Eisenbahnen** anschließt, erneuert empfohlen zu halten, und werde den mir zu Theil werdenden Aufträgen stets meine besondere Sorgfalt widmen. [1894—96]

Gotha, im Mai 1847. ***H. A. Hopf.***

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiffahrt zwischen Preussen und Schweden.

Die Seepost-Verbindung zwischen **Preußen** und **Schweden** mittels Dampfschiffe wird in diesem Jahre in folgender Weise stattfinden.

I. Zwischen Stralsund und Ystadt:

wöchentlich **zwei Mal** mittels der Dampfschiffe „Königin Elisabeth" und „Svenska Lejonet".

Abgang aus Stralsund: Sonntag / Donnerstag } Mittags

Ankunft in Ystadt: Montag / Freitag } früh;

nach Ankunft der Schnellpost von Passow (Berlin).

Abgang aus Ystadt: Montag / Freitag } Abends,

Ankunft in Stralsund: Dienstag / Sonnabend } Vormittags,

zum Anschluß an die Schnellpost nach Passow (Berlin).

II. Zwischen Stettin und Ystadt:

wöchentlich **ein Mal** mittels der Dampfschiffe „Königin Elisabeth" und „Sverige".

Abgang aus Stettin: Donnerstag Mittags nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin,

Ankunft in Ystadt: Freitag Morgens zum Anschluß an das Lübecker Dampfschiff nach Stockholm.

Abgang aus Ystadt: Sonnabend Vormittags nach Ankunft des Dampfschiffes aus Stockholm.

Ankunft in Stettin: Sonntag Morgens zum Anschluß an den Eisenbahnzug nach Berlin.

Die Fahrten zwischen **Stralsund** und **Ystadt** werden dergestalt beginnen, daß die erste Abfertigung **von** Stralsund **Donnerstag den 29. April** und **von** Ystadt **Freitag den 30. April** erfolgt.

Von Ystadt nach Stettin wird das erste Dampfschiff **Sonnabend** den 1. Mai und **von Stettin nach Ystadt Donnerstag** den 6. Mai abgefertigt.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stralsund und Ystadt** für den 1. Platz 6 Thlr.) für den 2. Platz 3 Thlr., und für den 3. Platz 1½ Thlr. Preuß. Courant; **zwischen Stettin und Ystadt** für den 1. Platz 10 Thlr., für den 2. Platz 6 Thlr. und für den 3. Platz 3 Thlr. Preuß. Courant; zwischen **Swinemünde und Ystadt** für den 1. Platz 8 Thlr., für den 2. Platz 4⅔ Thlr. und für den 3. Platz 2⅓ Thlr. Preuß. Courant. Kinder und Familien genießen eine Moderation.

Der Schluß der diesjährigen Post-Dampfschiffahrten zwischen Preußen und Schweden findet in der Weise statt, daß das Dampfschiff „Königin Elisabeth" **am Montag den 25. October** zum letzten Male **von Ystadt nach Stralsund**, das Dampfschiff „Sverige" aber schon am **Donnerstag den 30. September** zum letzten Male von **Stettin nach Ystadt** abgeht.

Berlin, den 22. April 1847.

[1673—75] **General-Post-Amt.**

Da, durch **irrige** öffentliche Nachrichten verleitet, manche Gemeinden der deutsch- oder christ-katholischen Reform glauben könnten, das auf den 25. c. dahier anberaumte **allgemeine deutsch-katholische Concil** finde nicht statt oder werde verschoben: so halten wir es für unsere Pflicht, öffentlich anzuzeigen, daß die Abhaltung dieses Concils zu jener Zeit **unwiderruflich** feststeht, da ⅔ der eingegangenen Antworten sich beifällig äußern und die Deputirten schon angemeldet haben. Zugleich laden wir diejenigen Gemeinden, welche etwa kein Circular erhalten haben sollten, hiermit öffentlich zur Beschickung ein. Die geehrten Redactionen aller öffentlichen Blätter ersuchen wir, diese Erklärung gefälligst aufzunehmen.

Berlin, den 7. Mai 1847.

Der Vorstand der deutsch-katholischen Gemeinde in Berlin.

Dr. **Dethier**, als stellvertretender Vorsitzender,

[1900] Pfarrer **R. Brauner, Bastide, Franz Reschke**, Pfarrer **Bock.**

Im Verlage der Hofbuchhandlung (**Eduard Leibrock**) in **Braunschweig** erscheint bis zum 15. Juni d. J. vollständig:

Die Principien der Hydrostatik und Hydraulik.

Von

H. Scheffler.

Zwei Bände von circa 52 Bogen. Gr. 8. Feines Velinpapier. Mit über 200 in den Text gedruckten Holzschnitten. In 6 Lieferungen à 8—9 Bogen. Subscript.-Preis à Lieferung ⅔ Thlr. = 1 Fl. 12 Kr. Rh. = 1 Fl. C.-M. = 80 Kop. Silber.

Die erste Lieferung dieses ausgezeichneten Werkes, dessen wissenschaftliche und praktische Bedeutung Männer von Fach nicht verkennen werden, liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht vor. Wie dem Inhalte nach, so auch in der äußern sauberen Ausstattung schließt es sich an das von dem Herrn Verfasser bearbeitete Werk H. Moseley's: „Die mechanischen Principien der Ingenieurkunst und Architektur", an, welches in zwei Bänden mit über 300 in den Text eingedruckten Holzschnitten in demselben Verlage erschienen ist. [1787]

Gasthaus-Verkauf.

Der Besitzer eines Gasthauses in einer Provinzialstadt Preußens, mit 16,000 Einwohnern, beabsichtigt Gesundheitsrücksichten halber den Verkauf seines Grundstücks inclusive Inventarium.

Lebhafter Verkehr und sehr annehmbare Verkaufsbedingungen bieten dem Käufer ein anständiges Auskommen. Herr Hotelier **Aug. Heinemann** in Dresden wird die Güte haben, auf Anfragen Näheres mitzutheilen. [1841—42]

Haus-Verkauf.

Ein in der Mitte hiesiger Altstadt vortheilhaft gelegenes Haus im Werthe von circa 65,000 Thlr. zu verkaufen ist der Unterzeichnete beauftragt.

Dresden, den 8. Mai 1847.

[1902—3] Adv. **Rudolph Eisenstuck.**

Vermiethung. Ein großes **Parterrelocal** ist in der Hainstraße außer den Messen zu vermiethen. Näheres zu erfragen **Bärmann's Hof**, erste Etage. [1882—83]

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 10. Mai. **Erste Sommer-Abonnement-Vorstellung.** Neu einstudirt: **Die Geschwister**, Schauspiel von Goethe. — Hierauf: Neu einstudirt: **Der Heirathsantrag auf Helgoland**, Lustspiel von Schneider. Marianne und Clärc, Fräulein **Streit**, vom Stadttheater zu Köln, als Gast.

Dienstag, 11. Mai. **Das Nachtlager in Granada**, romantische Oper von C. Kreutzer. Gabriele, Fräulein **Grünberg**; ein Jägrr, Herr **Horvath**, vom k. k. Hof-Opern-Theater in Wien, als Gäste.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Moritz Busch in Nürnberg mit Frl. Luise Böheim. — Hr. Kaufmann J. G. Mann in Schweidnitz mit Frl. Karoline Weidenhöfer.

Getraut: Hr. Justizamtssecretair Anton Joseph Maur in Linz mit Frl. Katharine Unkel. — Hr. Wilhelm Volkmuth in Köln mit Frl. Helene Beckers aus Burtscheid.

Geboren: Hrn. Julius Franke in Bremen eine Tochter. — Hrn. W. A. Henning in Breslau eine Tochter. — Hrn. J. B. Oppenheimer in Leipzig eine Tochter.

Gestorben: Hr. Pfarrer J. Bitter in Köln. — Hr. J. B. Firmenich in Köln. — Hr. Kaufmann J. A. Flatau in Posen. — Frau Dekan E. Redenbacher in Pappenheim. — Hr. Kaufmann Karl Friedrich August Schultze in Königs-Wusterhausen. — Hr. Regierungsrath Stosch in Sennenburg. — Frau Steuerrath Karoline Villaret in Halle. — Frau Major Auguste v. Wolf in Freiberg.

Dienstag — Nr. 131. — 11. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. = München. Die griechische Angelegenheit. Ruhe. * Dresden. Die Theuerung. ◊ Leipzig. Steuerausschuß. Die Cantonnements. * Eibenstock. Die Theuerung. ◊ Von der Pleisse. Der Landbau. — Pferdefleisch in Hannover. † Stuttgart. Die Unruhen. — Der Turnverein in Mannheim. — Verhaftete Bettler in Mannheim. * Weimar. Hohe Gäste. Eisenbahn. Der Fruchtmarkt.

Preußen. Berlin. Landtag. * Posen. Die Unruhen. — Die Dronke'sche Sache.

Oesterreich. Von der galizischen Grenze. Zollwesen. Zeitungsverbot. Gerüchte.

Portugal. Die Insurrection. José Cabral. Der spanische Gesandte Aylon.

Großbritannien. Parlament. Die Königin. Der Earl of Desborough. Der Schiffbruch des Ermouth.

Frankreich. Deputirtenkammer. General Cubières. Der Cremieux'sche Vorschlag. Feier bei den Invaliden. Duell. Hr. Eynard. O'Connell. Rio-Maza. Krieg zwischen Brasilien und Buenos Ayres. ♃ Paris. Das Ministerium und die Majorität. Der König.

Belgien. * Brüssel. Baron T'Serclaes. Der Bürgermeister von Löwen. Hr. de Bavay. Der Herzog v. Looz. Pater Lacordaire.

Schweiz. Baron v. Krüdener.

Italien. Rom. Nationalgarde. Festlichkeiten.

Rußland und Polen. * Petersburg. Der Kaiser. Der Winter. Französische Bankbeamte.

Moldau und Walachei. Auskunftsertheilung über die Angelegenheiten in Bukarescht durch das preußische Consulat.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Die Schulsommerferien in Baden. — Lenau. — Jenny Lind in London.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Eröffnung der Eisenbahn von Leipnik bis Oderberg. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 7. Mai. Seit lange hat sich die öffentliche Theilnahme dem Gange der griechischen Angelegenheiten nicht mit solcher Aufmerksamkeit zugewendet als eben jetzt. Briefe von guter Hand, die, vom 25. April datirt, gestern aus Athen hier eingetroffen sind, melden nichts Geringeres, als daß der englische Gesandte Sir Edmund Lyons an die griechische Regierung das kategorische Verlangen gestellt hat, dieselbe habe entweder binnen zwei Tagen die Summe von 200,000 Drachmen als englischen Schuldforderungstheil zu erlegen, oder zu gewärtigen, daß durch die im Piräus anwesenden englischen Kriegsschiffe so viele griechische Handelsschiffe weggenommen würden, als zur Deckung der erwähnten Summe nöthig seien. (Nr. 130.) Die feilen und charakterlosen Oppositionsparteien in Griechenland benutzen natürlich auch dieses Vorkommniß, unter frohlockendem Siegesgeschrei über den endlich nahenden Sturz des kräftigen Ministerpräsidenten, um die öffentliche Mißstimmung bis zu dem Grade zu steigern, daß dem Wiederausbruche des Bürgerkriegs nicht mehr soll vorgebeugt werden können. Kolettis wankt und weicht nicht, scheint es, so lange er sich der Billigung seiner Verfahrungsweise durch den König zu erfreuen hat. Von seinen Freunden in der Kammer dagegen scheint er für den Augenblick ganz verlassen zu sein. Es gab nicht nur keine Majorität mehr (es müßte denn ein Mehr von einer einzigen Stimme als eine solche gelten sollen), sondern die Opposition hatte sich auch unter einem Alterspräsidenten eigenmächtig versammelt, um eine abermalige Klage abzufassen und an den Thron zu bringen, die der letzte Stoß gegen das politische Leben und Wirken des Ministerpräsidenten sein sollte. Eben darum gewärtigte man in Athen bei Abgang der Post, daß am folgenden Tage die Kammer werde aufgelöst werden. Aber welchen neuen Kämpfen und Stürmen wird das Land im Falle der Wahlen ausgesetzt, die um so dringender sind, als noch keine Steuerbewilligung vorliegt? — Hier in München ist fortwährend Alles vollkommen ruhig. Sagen über angeblich neue Anzeichen von Verstimmung oder gar von drohenden Excessen unter einem Theile der Universitätsangehörigen sind zwar in Umlauf gekommen, entbehren aber sicherm Vernehmen nach aller Begründung. Desto peinlicher ist der Eindruck, welchen die Nachrichten über die in so vielen Nachbarländern stattfindenden Theuerungsunruhen hier hervorbringen.

* **Dresden**, 9. Mai. Wenn wir jüngst mit begründetem Zagen auf den Nothstand in der Residenz und die dadurch hervorgerufene trübe Stimmung hinsahen, so dürfen wir jetzt um so getroster vorwärts blicken und können mit erleichtertem Herzen den Frühling bewillkommnen, mit dessen hellem Scheine der alte Segen in unser Elbthal und Beruhigung in die mannichfach erregten sorgenvollen Gemüther eingezogen ist. Ob auch die allgemeinen Drangsale einige Zeit schwer auf der Gesammtheit lasteten, so gaben sie doch nie wie anderwärts Veranlassung zu Acten entzügelten Willens und roher Selbsthülfe; selbst in den Tagen, wo der Ruf „Brot!" von vielen Lippen hallte und die plötzliche hohe Steigerung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse die Befürchtungen für wachsenden Mangel Raum gab, war dennoch unter der Masse ein Geist der Gesittung und Ordnung wahrzunehmen und die Achtung vor dem Gesetz und dem Eigenthumsrechte wurde nur in einigen, kaum der Erwähnung werthen Versuchen verletzt. Das möglichst rasche Eingreifen der Behörden, durch die zu Gebote stehenden Mittel den Drangsalen zu begegnen; einige vielleicht nur temporaire Verordnungen, die Aufhebung der Brottaxe und die Freiheit der Einbringung des Brotes von auswärts haben in ihren ersprießlichen Folgen gezeigt, mit welcher Umsicht und Sorgfalt die Zeitbedürfnisse ins Auge gefaßt werden. Von vielen Orten, namentlich aus der Lausitz, kommen reiche Zufuhren besten Brotes, die Vorräthe der Bäcker sind in den späten Abendstunden noch nicht erschöpft, und was sonst nie der Fall, man sieht auf allen Bäckerläden aufgeschnittenes Brot ausgelegt. Die Concurrenz ist ein wirksamer Hebel, wir haben gegenwärtig kräftiges Gebäck und ermäßigte Preise. In gleicher Weise wie das Kriegsdepartement ist der Stadtrath eingeschritten und hat im Einverständnisse mit den Stadtverordneten eine Communbäckerei errichtet, welche mit heutigem Tag in Wirksamkeit getreten ist; es liefert diese Bäckerei kräftiges, reines Roggenbrot das Gewicht von 3 Pfd. 4 Ngr.; der Verkauf findet täglich Morgens 7 Uhr im Gewandhause statt. Der gemäßigte Brotbedarf hatte sogleich auf die Preise andere Lebensmittel Einfluß, welche fast durchschnittlich sich ermäßigt haben. Der unverwüstliche Wohlthätigkeitssinn der Dresdner hat auch in diesen schweren Zeiten sich von neuem bewährt.

◊ **Leipzig**, 10. Mai. Durch Generalverordnung des Finanzministeriums vom 8. Mai sind die Localeinnehmer für die Gewerbe- und Personalsteuer ermächtigt, bei denjenigen Steuerpflichtigen, welche mit einem Gewerbe- oder beziehentlich Personal-Steuerbeitrage von nicht über einen Thaler jährlich im Ansatz stehen, deren Erwerb aber, dem Zeugnisse der Verwaltungsobrigkeiten oder Gemeinderäthe zufolge, gegenwärtig durch ein Stocken im Gewerbsbetrieb oder Waarenabsatz eine erhebliche Verringerung erleidet, mit Einziehung der für den bevorstehenden Termin (15. Mai) fälligen Gewerbe- und beziehentlich Personalsteuerbeträge zur Zeit Anstand zu nehmen. — Es ist nun, aus Anlaß der Verhältnisse, auch bei uns angeordnet, daß die Herbstcantonnements der sächsischen Truppen für dieses Jahr unterbleiben.

* **Eibenstock**, 7. Mai. Unsere eine Zeit lang sehr bedrohten Zufuhren aus Böhmen, in deren Ermangelung unser Obergebirge gar nicht zu bestehen vermöchte, sind nun glücklich wieder hergestellt. Vor kurzem schickte der Bürgermeister unserer Stadt einen Fuhrmann von hier nach Böhmen, um Samenkartoffeln für die Aermern unserer Bewohnerschaft zu holen. In Begleitung eines andern Fuhrmanns ging dieser ab, kaufte (und es soll in Böhmen noch genug Kartoffeln geben) seinen Bedarf ein und war auf dem Rückweg begriffen, als in Hirschenstand die Wagen von einer Menge Menschen angehalten wurden, voran die Weiber, welche sich über die Fuhrleute hermachten, sie schlugen und ihnen die Kartoffeln abnahmen. Glücklicherweise kamen mehre Grenzjäger hinzu, welche die Bedrohten befreiten. Auch noch andere sächsische Getreidefuhrleute wurden in Böhmen eine Woche lang vom Volke mit Gewalt zurückgehalten, und es wurden nun hiesigerseits dringende Vorstellungen gemacht, die bewirkten, daß über Pilsen 800 M. Militair herangezogen wurde, um die Ausfuhren zu schützen. Dieses Militair wurde aber auf Kosten der Gemeinden verpflegt und die große Last veranlaßte wieder bittende Vorstellungen des Bürgermeisters zu Neudeck, in deren Folge das Militair zurückgezogen, dagegen aber den betreffenden Ortschaften aufgegeben wurde, jede nach Verhältniß eine Anzahl Männer zu stellen, welche den Wagen zur Bedeckung mitgegeben werden müssen. So kam gestern der erste Fuhrmann wieder, dem von Neudeck vier und von Hirschenstand bis zur sächsischen Grenze drei Bauern mitgegeben waren. Wir leiden hier förmlichen Mangel an Brot. Diese Woche war fast zwei Tage lang gar keins zu haben, und bei der heutigen Ausgabe bei den Bäckern war die Polizei achtsam, daß jede Familie nur Ein Brot erhielt. Auch in Karlsfeld gab es vorige Woche drei Tage lang gar kein Brot; Erdäpfel sind schon lange alle. Jeden Tag kam ein Bote mit einem Schreiben an das hiesige Landgericht um Hülfe, und doch war man ihrer hier selbst bedürftig.

o Von der Pleisse, 9. Mai. Es scheint, daß Viele, selbst unter den Staatsmännern, über die Bedeutung des Landbaues gegenüber der Industrie in großen Irrthümern befangen sind und in dem vorzugsweisen Blühen der letztern das alleinige Wohl der Staaten suchen. So wir Nahrung und Kleidung haben, lasset uns genügen! heißt es. Aber Nahrung ist das erste dieser Erfordernisse und wird es bleiben; ein hungerndes Volk ist nicht zu regieren; wird sich keinem Gesetze fügen, und das Fortschreiten der Cultur und der Bildung wird bei ihm geradehin unmöglich. Durch eine Reihe glücklicher Jahre, welche Nahrung im Ueberflusse spendeten, wurde man zu der Meinung verführt, der Landbau sei überall so hoch gestiegen, daß es nie wieder an Nahrungsmitteln fehlen könne. Man übersah, daß im großen Reiche der Natur Alles periodisch wiederkehrt, also auch mindere Erträge. Auch war man über Bedürfniß und Erbau im Unklaren. Der Landmann weiß am besten, daß, wenn er auch alle Sorgfalt, allen Fleiß, alle Erfahrungen der Wissenschaft bei der Bestellung seiner Felder anwendet, er doch einzig und allein von der großen heiligen Kraft der Natur abhängig ist und bleibt und stets sich sagen muß: Mit unserer Macht ist nichts gethan. Weniger klar ist das dem diesem Geschäfte ferner Stehenden. Er kann schwer begreifen, daß nur einige mindere Ertragekörner von allen bebauten Aeckern den ganzen Reinertrag aufheben und bei der gestiegenen Bevölkerung die Nahrungsverhältnisse wesentlich alteriren, da dies Millionen von Scheffeln beträgt.

Die neueste Zeit wird über alles Dies mehr Licht verbreiten, und es werden hoffentlich auch diese Erfahrungen nicht ungenützt gemacht werden. Man wird den Stand der Landwirthe nicht mehr unterschätzen, da sie es sind, die der gesammten Bevölkerung die ersten Bedürfnisse verschaffen müssen, und nächst der allwaltenden Natur von ihrem Fleiß und ihrer Einsicht so manches Wohl und Wehe abhängig ist. Man wird den sparsamen Haushalter, der im reichen Jahre seinen Ueberfluß für minder ergiebige oder gar Mißjahre aufspart, nicht zu verdächtigen suchen; man wird den ausgleichenden Handel und die Speculation mit Getreide nicht anrüchig machen, da Beides fast die einzigen Mittel sind, Calamitäten zu begegnen, übrigens Beides nie ohne Risico geschieht und Verpflichtungen dafür nirgend vorliegen.

Eben so werden sich die hier und da auftauchenden Urtheile über Anbau und Vertheilung des Grundbesitzes berichtigen. So Mancher, der am grünen Tische die Sache abzumachen denkt, glaubt, daß in der größten Vertheilung des Grundbesitzes und in Hacke und Spaten das Elderado der künftigen Generation beruhe. Wer aber vertrauter mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen ist, namentlich in Beziehung auf Staatswirthschaft und Ernährung der Gesammtbevölkerung, dem wird ein grauenhaftes Bild vorschweben, wenn er sich allen Grundbesitz so vertheilt denkt, daß er mit Spaten und Hacke bebaut werden müßte. Man denke sich zu dem bestehenden Proletariate der Fabriken noch das weit größere und weit ärmere dieses Landbaues. Es wird freilich in guten Jahren jeder Besitzer seinen Bedarf erbauen, aber auch nur seinen; wo der für den Städter oder den Unglücklichen herkommen soll, welcher kein solches Stückchen Grundbesitz hat, ist nicht zu ermessen. Und ob auch im günstigsten Jahre die Grundabgaben gezahlt werden können, steht dahin, denn es wird sehr wenig zu verkaufen geben. Wehe aber, wenn ein Mißjahr eintritt, dann hat nicht nur dieser Arme nichts, sondern es haben Alle nichts. Man stelle nie eine Sache auf die äußerste Spitze. Gewiß ist es sehr wohlthätig, wenn der Fabrikarbeiter, der kleine Handwerker einen kleinen Grundbesitz hat, auf welchem er in seinen Freistunden einen Theil seiner Nahrungsmittel erbauen kann; nie aber wird durch die Vertheilung alles Grundbesitzes in so kleine Parcellen das Wohl eines Staats herbeigeführt werden, gewiß aber das Wehe.

— Aus **Hannover** schreibt die dortige Zeitung vom 5. Mai: „Seit dem 17. April ist auch hier versucht worden, das Pferdefleisch als Nahrungsmittel einzuführen. Der Erfolg war so günstig, daß bis heute bereits zehn Pferde geschlachtet und verkauft sind. Es scheint nicht unwichtig, somit etwa 5000 Pfund Speisungsmaterial gewonnen und das bisher gegen Pferdefleisch herrschende Vorurtheil überwunden zu haben."

† **Stuttgart**, 6. Mai. Ruhe und Ordnung sind wiedergekehrt; das von Ludwigsburg eingerückte Bataillon ist wieder dahin abmarschirt und das übrige Militair mit Ausnahme einer kleinen Abtheilung, welche den heutigen Markt überwacht, in die Kasernen consignirt. Mit der eingetretenen Ruhe fängt man aber auch an, sich über die Einzelheiten der verhängnißvollen Nacht zu besinnen, und dabei sind denn Dinge zur Sprache gekommen, welche allerdings geeignet sind, zu erklären, warum einzelne Bürger, welche den Drang der Umstände nicht gehörig würdigen, einen Unmuth gegen das Militair richten, der mit viel mehr Grund gegen die Tumultuanten gerichtet würde. Diese Vorgänge sind denn auch Veranlassung geworden, daß mehre (betheiligte) Bürger eine Beschwerdeschrift aufgesetzt haben, welche die HH. Murschel, Römer und Dr. Rödinger heute Nachmittag dem ständischen Ausschuß einhändigen wollen. Dagegen hat das Militair „in Anerkennung seiner Haltung in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai" eine außerordentliche Zulage zu dem gewöhnlichen Sold erhalten. Auch darf nicht zu bemerken vergessen werden, daß während des Tumults aus Häusern auf das Militair geschossen worden ist und von Dächern Steine und Latten herabgeworfen wurden. Uebrigens hat auch die Bürgergarde ein Belobungsdecret von dem Stadtrathe für den Muth und die Entschlossenheit erhalten, die sie an den Tag gelegt hat. Heute Morgen fand das Begräbniß des in derselben Nacht durch einen Schuß gefallenen Schuhmachergesellen aus Frankfurt a. M. (der einzige Todte, den wir bis jetzt zu beklagen haben) statt, weshalb in allen Straßen, durch welche der Zug führte, Gendarmerie und Polizei aufgestellt war. Die Verhaftungen nehmen ihren Fortgang, und es soll sich bereits, hier mehr noch wie in Ulm, herausstellen, daß das Attentat verabredet war. Viele der Tumultuanten waren vermummt, bei andern fand man bei ihrer Verhaftung Steine in den Taschen.

— In **Mannheim** soll dem Mannheimer Journal zufolge davon die Rede sein, den Turnverein aufzulösen. Zu dieser Maßregel solle die Rede Dowiat's, welche er unlängst auf dem Turnplatze hielt, die Veranlassung gegeben haben.

— Aus **Mannheim** vom 6. Mai schreibt man dem Frankfurter Journal: „Gestern Abend rotteten sich am Rathhaus eine Menge Leute zusammen, als um 5 Uhr solches von 24 M. Soldaten unter dem Commando eines Offiziers bezogen wurde. Die Menge nahm ungeheuer zu, die ganze Straße war wie ein schwarzer Knäuel auf einander gepreßt. Man verhaftete nämlich einen nach dem andern von einer Anzahl Bettler, welche in den Häusern umherzogen, um sich Geld zu verschaffen. Bis Abends brachte man unter stetem Lärmen der Volksmenge vierzehn solcher Individuen ein. Obschon viele Einwohner Angst hatten, die Volksmenge möchte sich zu Excessen verleiten lassen, verlor sich diese doch gegen 11 Uhr Abends völlig."

• **Weimar**, 8. Mai. Gestern trafen der Großherzog von Oldenburg und heute der Großfürst Konstantin, von Altenburg kommend, zu einem Besuch am großherzogl. Hofe hier ein. Ersterer wird mehre Tage hier verweilen, Letzterer hingegen übermorgen seine Rückreise antreten. — Am 10. Mai wird der Verkehr auf der Eisenbahn von Erfurt nach Gotha eröffnet werden, und man glaubt, daß solches auch auf der Strecke von Gotha nach Eisenach am 1. Jun. der Fall sein dürfte, und hofft, daß dann die Frequenz sowol des Personen- als des Gütertransports, welcher zeither unter der Erwartung geblieben, sich bedeutend heben werde. — Bei dem heutigen Fruchtmarkte haben sich die Folgen von dem Verbote des Branntweinbrennens schon gezeigt, denn der Markt war sowol mit Getreide als mit Kartoffeln überfahren, und man sieht nun der Hoffnung entgegen, daß auch die Brotpreise, welche gegen die von Dresden und Leipzig sehr hoch sind, durch Wiedereinführung einer Brottaxe niedriger gestellt werden dürften.

Preußen.

Berlin, 9. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 5. Mai brachte der Abg. v. Beckerath noch zur Sprache, daß die Mittheilung der Zollconferenz-Protokolle erst in Aussicht gestellt, dann aber definitiv abgeschlagen worden sei. Dem rheinischen Landtage seien sie früher mitgetheilt worden. Der Landtagscommissar erklärte die Sache dahin, daß er von dem Finanzminister erfahren habe: diese Protokolle würden als ein Gemeingut aller Vereinsstaaten auch andern Landtagen nicht mitgetheilt, und wenn es geschehen, sei reclamirt worden. Er stellte aber in Abrede, daß die Ablehnung definitiv erfolgt sei, und bezeichnete die Beschwerde als voreilig, wogegen sich v. Beckerath verwahrte. Dann wollte der Abg. v. Saucken dem Landtagscommissar beweisen, daß derselbe den von den Unterzeichnern der bekannten Eingabe eingeschlagenen Weg selbst angerathen habe, und als der Landtagscommissar dagegen erinnerte: der eingeschlagene Weg sei nicht der Weg der Petition, nicht der der Bitte um Aufklärung, nicht der der Verständigung, sondern der der Protestation, so protestirte der Abg. v. Auerswald gegen diesen „dem Antrage beigelegten" Sinn. Der Landtagscommissar wußte einer Schrift, welche gewisse Rechte aufzähle und deren Gültigkeit im Widerspruche zu der neuern Gesetzgebung behaupte, keinen andern Namen zu geben. Der Abg. Milde dagegen nannte sie eine Declaration des Rechtsstandes, der in ihnen lebe und ihnen angehöre. Dagegen nannte sie ein anderer Unterzeichner, Abg. Tschocke, selbst eine „weitere Ausdehnung der Verwahrung, die in der Adresse angedeutet worden sei". Während dieser Reden bestand große Aufregung und ward oft die Tagesordnung verlangt, was den Abg. Tschocke zu der Bemerkung veranlaßte: „Diese vier oder fünf Quadratfuß, wo ich stehe, haben Se. Maj. der König der Redefreiheit gewidmet, und ich muß bitten, diese Redefreiheit nicht zu stören." Unter steigendem Verlangen nach Tagesordnung gab der Landtagsmarschall dem Abg. v. Vincke das Wort. Dieser behauptete, der Landtagscommissar sei zuerst heftig geworden, sei reglementswidrig in das Materielle eingegangen, und die Sache selbst sei zwar nicht im Gesetz, aber auch nicht wider das Gesetz. Der Landtagscommissar erwiderte in Betreff der Heftigkeit: er wolle das auf sich beruhen lassen, da er sich selbst zur Ruhe ermahnt habe. Das Eingehen auf das Materielle anlangend, so sei der Antrag verlesen worden. Dem ward widersprochen, und es ergab sich, daß blos das Begleitschreiben verlesen worden war. Nun so sei, fuhr der

Landtagscommissar fort, doch in der verlesenen Schrift nichts Materielles enthalten gewesen, was nicht schon in Petitionen vorliege. Hinsichtlich des dritten Angriffs bat er um Wiederholung, die aber Frhr. v. Vincke verweigerte. Stürmisches Verlangen vieler Mitglieder nach Tagesordnung, die nun auch eintrat.

Hier ward nun, nach einer längern Verhandlung, in welcher der Abg. v. Saucken unter vielem Beifall aussprach, daß sie zwar von Ständen gewählt seien, aber, eingetreten in diesen Saal, ihren Stand zu vergessen hätten, die Beibehaltung einer zweiten Instanz mit überwiegender Mehrheit, dann aber mit mehr als zwei Dritteln beschlossen, daß der ganze Provinziallandtag diese Instanz bilden solle. Die Entscheidung des Landtags auch bei Berufungen der Wähler wurde von den Abgg. v. Beckerath, Herbertz, Naumann, Camphausen bestritten, aber mit überwiegender Mehrheit angenommen. Das Amendement des Abg. Hansemann, wonach in diesem Fall eine Mehrheit von zwei Dritteln erfoderlich sein sollte, ward verworfen, ebenso zwei des Abg. Merissen, welcher den Verlust der ständischen Rechte auf zehn Jahre beschränken und die Rehabilitation zu jeder Zeit zulassen wollte. Dagegen ward in Betreff des Art. 3 den durch mehre Amendements der Abgg. Hansemann, v. Vincke und Anderer vertretenen Wünschen, daß bei eingeleiteten Untersuchungen die Suspension der ständischen Rechte nicht von selbst eintreten, sondern in die Hände der Versammlung gelegt werden solle, durch Wegfall der Nr. 1 und 2 entsprechen. Zuletzt ward das ganze Gesetz mit den beschlossenen Aenderungen einstimmig angenommen. (A. Pr. Z.)

* **Posen**, 8. Mai. In den kleinen Städten unsers Großherzogthums zeigen sich noch immer Zuckungen der Aufruhrepidemie: bald sind hier Excesse vorgefallen, bald dort; indessen lauten die Nachrichten darüber meist so übertrieben, daß man die Details nicht verbürgen kann und sie darum lieber unerwähnt läßt. Für den heutigen (Stanislaus-) und die nächstfolgenden Tage hegt man mit Grund einige Besorgniß, denn nun beginnen an verschiedenen Orten die großen kirchlichen Processionen, zu denen immer Tausende von Menschen aus naher und ferner Umgegend zusammenzuströmen pflegen, bei welcher Gelegenheit es dann leicht zu tumultuarischen Ausbrüchen kommen kann, zumal ein solcher Haufe dann gewöhnlich fanatisch aufgeregt und immer geneigt ist, seinem Glaubenshasse Luft zu machen. Dürfen doch selbst in ganz ruhigen Zeiten die Juden während der Frohnleichnamsprocession sich kaum auf der Straße zeigen, ohne insultirt zu werden, wie viel mehr ist dies gegenwärtig zu besorgen, wo der rohe Haufe nur zu geneigt ist, die Juden als die Ursache aller herrschenden Calamität anzusehen. Namentlich ist dies in den kleinen Städten der Fall, wo durchweg die bitterste Armuth herrscht und an Wohlhabenden oder Reichen sich in der Regel nur ein oder ein paar Dutzend Israeliten vorfinden, die durch ihren unermüdlichen Speculationseifer sich ein namhaftes Vermögen erworben haben, während die Christen, die ihr Geschäft nach dem alten Schlendrian forttreiben, kaum den Lebensunterhalt verdienen. Aus Vorsicht haben unsere Behörden bereits nach den bedrohten Punkten bedeutende Militaircommandos abgeschickt, deren Anwesenheit hoffentlich alle Emeutegelüste zurückhalten wird. Das Schlimmste bei der Sache ist, daß man bereits an mehren Orten Brandstiftung versucht hat, und wenn auch die Einäscherung von Kurnik (Nr. 129) sich nicht bestätigt hat, so ist doch dafür ein bedeutender Theil der Stadt Opalenica niedergebrannt. Auch in der Stadt Goslin hat es in der vergestrigen Nacht abermals gebrannt, und von den wenigen aus dem allgemeinen Brande stehen gebliebenen Gebäuden ist noch eins eingeäschert. Referent hat sich diese große Brandstätte selbst angesehen; im Ganzen sollen 180—190 Gebäude vom Feuer verzehrt worden sein, und nur höchstens 20 schlechte Häuser sind von der Flamme verschont geblieben. Darunter befinden sich beide Kirchen, die katholische und die evangelische, und die Synagoge, sowie das Posthaus und das herrschaftliche Schloß. In letzterm, das ganz abgesondert liegt, war auch Feuer angelegt, doch gelang es noch rechtzeitig, die Flamme zu unterdrücken. Es sind bereits ein halbes Dutzend Individuen hier eingebracht, welche die öffentliche Stimme als Brandstifter stigmatisirt, doch ist die Beschuldigung, so viel ich weiß, nicht erwiesen. Unsere Proletarier sind jetzt so ziemlich sämmtlich beschäftigt und verdienen bei den Stadtbauten und bei der Eisenbahn ein ganz gutes Taglohn, sodaß sie, zumal ihnen Brot zu sehr ermäßigten Preisen geliefert wird, keinen Mangel leiden. Auffallend ist es, daß man nicht zwei Stimmen hier vernimmt, welche über die Getreidenoth gleicher Ansicht wären: während der Eine behauptet, es seien durchaus keine Vorräthe in der Provinz vorhanden, versichert der Andere, das noch aufgespeicherte Getreide reiche vollkommen bis zur nächsten Aernte, zu der bis jetzt die besten Aussichten vorhanden sind, aus. Manche empfehlen daher den Ankauf von Getreide im Großen, Andere sind dagegen und prophezeien bedeutende Verluste. Gut ist es, daß unser Oberpräsident seit vorgestern wieder hier ist, der nun gewiß im Vereine mit den Communen diejenigen Maßregeln treffen wird, welche die Zeitverhältnisse nothwendig machen.

— In **Koblenz** ward am 6. Mai in der Dronke'schen Sache in zweiter Instanz verhandelt und gegen 8 Uhr Abends das Urtel gesprochen, welches jenes erster Instanz mit der Maßgabe bestätigt, daß statt Gefängnißstrafe Festungsarrest eintritt. (Rh.- u. M.-Z.)

Oesterreich.

* **Von der galizischen Grenze**, 3. Mai. Mit welcher Strenge die Zollgesetze bei der von Seiten des Zollamts angestellten Revision der Waarenvorräthe gehandhabt werden, ersehen wir an einem Falle, der kürzlich in Krakau selbst sich ereignete. Ein dortiger jüdischer Kaufmann hatte nämlich in der Declaration seiner Waarenvorräthe eine bedeutende Quantität Zucker verschwiegen. Bei der zollamtlichen Revision wurde jedoch diese Defraudation entdeckt und der Contravenient nicht nur zur Confiscation des verheimlichten Zuckervorraths, sondern auch zu einer Geldstrafe von 10,000 Fl. verurtheilt. — Im Laufe des Monats April ist in Krakau wie überhaupt in ganz Galizien die polnische Posener Zeitung mit einem Verbote belegt worden. Dieses Verbot ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß sie den größten Theil der in den deutschen Blättern über krakauer und galizische Zustände handelnden Berichte übersetzte und so jene Nachrichten, die sonst wegen des auf den meisten deutschen Zeitungen lastenden Verbots in den österreichischen Staaten keinen Eingang gefunden hätten, dorthin verbreitete.

Die fieberhafte Spannung, die noch immer die Gemüther in Krakau erfüllt, hat daselbst wieder Gerüchte von bevorstehenden Unruhen erzeugt. So hieß es anfangs, an den Osterfeiertagen würde ein Aufstand nicht nur in Krakau, sondern überhaupt in ganz Galizien ausbrechen. Doch die Osterfeiertage gingen ruhig vorüber, und selbst die Behörden legten auf jenes Gerücht so wenig Werth, daß sie nicht einmal die gewöhnlichen militairischen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen für nöthig hielten. Da nun damals nichts geschehen, so hat man den Ausbruch der Revolution auf den 3. Mai verlegt, welcher Tag bekanntlich in der polnischen Geschichte von nicht geringer Bedeutung ist. Aber auch dieser wird aller Wahrscheinlichkeit nach ruhig vorübergehen. Bemerkenswerth ist übrigens der Umstand, daß der Pole sich so fest an die Gedächtnißtage wichtiger Begebenheiten aus der Geschichte seines Vaterlandes anklammert und von diesen irgend eine Aenderung seines jetzigen Looses erwartet. An solchen Tagen ist er auch mehr denn je reizbar und zu Widersetzlichkeiten gegen die Behörden aufgelegt, sodaß Vorsichtsmaßregeln, die von Letztern zur Verhütung möglicher Aufstände getroffen werden, keineswegs unnütz sind. Ob die Regierung für den heutigen Tag dergleichen Anstalten getroffen, ist mir noch nicht bekannt. Doch ist es beinahe als gewiß anzunehmen, wenn man bedenkt, in wie lebhaftem Andenken dieser Tag bei dem galizischen Volk ist, wie sehr er in mehren weitverbreiteten Nationalliedern besungen wird.

Portugal.

Man schreibt aus **Lissabon** vom 27. April, daß Vinhaes mit 3000 M. in die Nähe des von Sa da Bandeira und dem Grafen Mello besetzten Setubal marschirt und daß am 26. April der König, nur von einem Adjutanten und einigen Dragonern begleitet, in das Hauptquartier von Vinhaes sich begeben habe. Das Linienschiff Vasco de Gama, eine aus Brasilien kürzlich zurückgekommene Corvette Iris und das Dampfschiff Conde de Tojal sind ausgelaufen, um die Flotille der Insurgenten vor Setubal anzugreifen. Auch von dem Blockadegeschwader vor Oporto sollen Schiffe dazu herbeigezogen worden sein, und die Regierung scheint mit der Nähe der Gefahr ungewöhnliche Energie bekommen zu haben. Von Lissabon war schweres Geschütz gegen Setubal abgegangen. Am Bord des von den Insurgenten genommenen Dampfschiffes Royal Tar haben sich nur 1200 Gewehre, nicht 10,000 befunden, wie gemeldet wurde. Das Schiff war unzulänglich bewaffnet und theilweise mit englischen Seeleuten bemannt, die natürlich nicht fochten. Seit der König sich ins Hauptquartier begeben hat, will die Königin von Vergleichsvorschlägen mit den Insurgenten nichts mehr hören und scheint abwarten zu wollen, wie die Ereignisse sich vor Setubal gestalten. Der Exminister Jose Cabral, das unpopulairste Mitglied der Verwaltung seines Bruders, ist trotz des Wunsches der Königin, daß er sich entfernen möge, in Lissabon geblieben. Der neue spanische Gesandte Señor Apollen ist in der portugiesischen Hauptstadt eingetroffen.

Großbritannien.

London, 5. Mai.

Im Oberhause wurde gestern durch Lord Feversham in Vertretung des Lord Ellesmere die vom Unterhause angenommene Zehnstundenbill eingebracht und zum ersten Male verlesen. Vom Erzbischof von Dublin wurden Bittschriften aus mehren Orten in der Nähe der irischen Hauptstadt gegen die Annahme einer permanenten Maßregel über die Gewährung von Unterstützungen außerhalb der Armenhäuser übergeben. Vom Earl of Hardwicke wurde an den ersten Lord der Admiralität, Earl of Auckland, die Frage gerichtet, ob die Regierung wieder die Aussendung eines Uebungsgeschwaders in diesem Sommer beabsichtige? Der Earl sprach in seiner Antwort die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde das zu thun. Als Ursache, daß es nicht früher als im Sommer werde geschehen können, führte er die Beschäftigung vieler Dampfschiffe beim

Lebensmitteltransport mit an, indem es nicht räthlich sei, ein Geschwader von Segelschiffen ohne von einer starken Abtheilung von Dampfern begleitet zu sein auszusenden. Ende Juli hoffe er jedoch das Geschwader vereinigt zu sehen, selbst wenn das Geschwader des Mittelmeeres fortwährend verwendet werden müßte wie bisher. Der Earl of Ellenborough bemerkte dazu, daß der vorige Redner auf Verfügbarwerden der bei Lissabon und Athen gewisser Zwecke wegen zurückgehaltenen Schiffe zu hoffen scheine. Ohne Zweifel werde der edle Earl diese Verwendung der Flotte, die ihm vom auswärtigen Amt aufgenöthigt worden, mit ihm beklagen. Sir W. Parker's Anwesenheit im Tejo erscheine ihm völlig nutzlos im Vergleiche mit dem wichtigen Zwecke der Einübung der Flotte. Auch gegen die Anwesenheit der drei Linienschiffe vor Athen sprach er sich aus, die dort als Demonstration erschienen und eine Gegendemonstration von Seiten Frankreichs hervorrufen würden, wo man dann nicht wissen könne, wie weit man auf der einen oder der andern Seite gehen werde. Der Marquis of Lansdowne verwies den Earl of Ellenborough zur Ordnung, weil er allem Brauch entgegen auf die Anfrage eines andern Pairs und ohne ihm davon Nachricht gegeben zu haben, hochwichtige Angelegenheiten der auswärtigen Politik zur Sprache gebracht. Da er indessen keinen Antrag gestellt, werde er ihm nicht auf dieses Gebiet folgen. Was die Verwendung der britischen Seemacht anlange, so könne es keinen höhern Zweck für dieselbe als die Wahrung britischer Interessen in allen Theilen der Welt geben. Sie müsse dazu an Ort und Stelle bereit sein, nicht blos im Kanale kreuzen. In Portugal käme dazu noch die Erfüllung alter und vertragsmäßiger Verbindlichkeiten. Auf eine Anfrage Lord Wharncliffe's versicherte der Marquis of Lansdowne, daß die Regierung von der Bank von England keine den für gewöhnlich erforderlich gewesenen Vorschußbetrag übersteigende Summe gegen Deficiencybills erhoben habe. Das Haus ging dann zur Comiteberathung der Bill über 1½ Mill. Pf. St. zu Darlehen à 6½ Proc. und nicht über 22 Jahre auf alle Arten irischer Grundstücke zu Verbesserungsanlagen über, einer Bill, welcher der Herzog v. Wellington nebst der über Erleichterung des Verkaufs überschuldeter Güter in Irland den größten Beifall zollte und von denen er das nachhaltigste Gute für das Land erwartete. Eins aber müsse er noch dazu wünschen, nämlich das Aufhören der Bezahlung der Arbeit durch den Arbeitern zur Benutzung (Kartoffelanbau) überwiesene Stückchen Land, was er als die Benutzung des Bodens zum Circulationsmittel bezeichnete. Die Auslöhnung in Geld müsse durchgesetzt werden. Die Bill passirte das Comité, von dem ein Zusatz über die Anlegung von Mühlen, wozu Ueberfluß an Wasserkraft in Irland fast allenthalben vorhanden, angenommen und beschlossen worden war, das Amendement des Herzogs v. Wellington rücksichtlich der Auszahlung der Arbeitslöhne auf dem Lande bei Berathung des Comitéberichts vorzunehmen. — Das Unterhaus war nur kurze Zeit versammelt. Eine von J. O'Connell eingebrachte Bill über Ermächtigung der Corporation von Dublin zur Vornahme von Verschönerungen und Verbesserungen wurde beim Antrag auf die zweite Lesung mit 129 gegen 108 Stimmen verworfen. Hr. Ferrand meldete an, daß er bei dem Antrag auf zweite Lesung der Bill über die neue Centraldirection der Armenverwaltung (neue Armengesetzbill) auf Aussetzung bis über sechs Monate antragen werde. Das Haus verhandelte über eine Menge von Dingen ohne besondere Bedeutung und vertagte sich, als bei einer Abstimmung, die Einsetzung eines Ausschusses über die Verlegung des Smithfield (Vieh-) Marktes aus der Hauptstadt betreffend, keine 40 Mitglieder anwesend waren.

— Das Cambridge Chronicle meldet, daß die Königin beabsichtige, diese Universitätsstadt bei Gelegenheit der feierlichen Installirung ihres Gemahls als Kanzler, die am 6. Jun. erfolgen wird, mit einem Besuche zu beehren und zwei Tage daselbst zu verweilen.

— Aus **Dublin** wird vom 3. Mai Abends günstiger über den Zustand des Earl of Besborough berichtet, doch scheint die Besserung nur in dem verminderten Leiden des Kranken und nicht in Beseitigung der bedenklichen Symptome zu bestehen. Unter Denen, welche als seine muthmaßlichen Nachfolger als Lordlieutenant von Irland genannt werden, sind die Earls v. Clanricarde und v. Clarendon sowie Lord Morpeth Diejenigen, welche die meiste Wahrscheinlichkeit der Berücksichtigung besitzen.

— Die Anzahl der von Londonderry mit dem verunglückten Schiff Exmouth am 24. April abgesegelten Auswanderer nach Quebek war 240; die Bemannung des Schiffs zählte 11 M. Von Allen sind nur Drei dem Schiffbruch (Nr. 130) entronnen und die Zahl der Verunglückten ist also noch größer als gemeldet wurde.

Frankreich.

Paris, 6. Mai.

In der Deputirtenkammer kamen gestern bei fortgesetzter Berathung der Supplementar- und außerordentlichen Credite für 1846 und 1847 die für das auswärtige Ministerium und die Posten für Kurier- und Reiseaufwand zur Discussion. Hr. Billault eröffnete dieselbe, erklärte aber, daß er auf das Finanzielle selbst nicht eingehen wolle, da es kläglich genug sei, 150,000 Fr. für diese Bedürfnisse im Budget und jetzt 800,000 Fr. dazu nachverlangt zu sehen. Es erhelle daraus, daß jetzt zur Hauptforderung werde, was sonst die Nebenforderung gewesen sei. Sein Vorhaben sei vielmehr im Gebiete der auswärtigen Politik zu zeigen, was Hr. Desmousseaux auf dem des Innern bewiesen habe, daß nämlich das Ministerium viel Lärmen um Nichts mache. Zuerst griff er die Lagrenée'sche Gesandtschaft nach China als eine nutzlose und verunglückte Unternehmung an. Dann kam er auf die herabgedrückte, ohnmächtige Stellung Frankreichs in Syrien, wo man seit sechs Jahren von eintretender Verbesserung gesprochen. In Griechenland wende sich ebenfalls Alles zum Uebeln, und eine Revolution stehe täglich bevor. Wer sehen wolle, mit welchem Eifer die britischen Agenten daran arbeiteten, der möge die letzten Unterhausverhandlungen (Nr. 130) lesen. Im Plata wäre es vor fünf Jahren Zeit gewesen, dem verderblichen Zaudern ein Ende zu machen; in Spanien schwänden die großen Resultate der Politik immer mehr zusammen, welche zur Billigung derselben verleitet hätten. Hr. Billault gehörte damals zu den von der Opposition als abgefallen Betrachteten, welche jener Billigung beitraten; jetzt kommt er davon zurück, und mit ihm sind Viele in gleichem Falle. Hr. Guizot trat zur Vertheidigung des auswärtigen Departements gegen den Vorwurf auf, daß es viel ausgebe und wenig leiste. Zuvörderst erinnerte er, daß er den Budgetcommissionen beständig das Unzulängliche der Ansätze für den Bedarf außerordentlicher Missionen zu erkennen gegeben habe. Auch sei der jetzige Ansatz für außerordentlichen Aufwand nicht höher als in der Regel gewesen. Im Jahr 1840 habe man über 2 Mill. gebraucht. Rücksichtlich Chinas machte er geltend, daß seit zwei Jahrhunderten Frankreich in China Protector der Christen sei (was aber die Linke nicht zu glauben schien, auch wendete Hr. Thiers wegen 1840 ein, daß bei den 2,800,000 Fr. damals 1,800,000 Fr. Aufwand eines frühern Ministeriums im Plata, 300,000 Fr. für Baukosten des Gesandtschaftshotels in Konstantinopel wären). Daß man ihm Schwäche rücksichtlich Griechenlands vorwerfe, fand Hr. Guizot unerwartet, und hatte geglaubt, man sei einig, von dieser Frage jetzt abzusehen. Die frühere Zustimmung Hrn. Billault's zu der Politik des Cabinets in Spanien benutzte er, um denselben zu ironisiren und dem Gelächter preiszugeben. In Spanien habe man nicht Ursache zu besorgen, es bereite sich dem Interesse Frankreichs Nachtheiliges vor. Nach einigen weitern Reden und Gegenreden der HH. Billault, Guizot, Odilon-Barrot und nachdem ein Antrag, die verlangte Summe um 10,000 Fr. zu kürzen, abgelehnt worden war, erhielten die das auswärtige Departement betreffenden Capitel die Zustimmung der Kammer.

— Das Journal des Débats zeigt an, daß die Pairskammer für heute zur Entgegennahme einer Mittheilung der Regierung zusammenberufen sei und daß dieselbe in einer königl. Ordonnanz bestehe, wodurch die Kammer zum Gerichtshofe constituirt werde, um in der durch General Cubières' veröffentlichte Briefe (Nr. 129) zur Sprache gekommenen Angelegenheit zu erkennen. Andere Blätter bringen Gerüchte über die Art, wie der General sich verhalten werde, und während die einen von einer Denkschrift desselben über jene Vorgänge sprechen, sagt die Démocratie pacifique, daß er einen Versuch gemacht haben solle, sich zu erschießen oder, wie Andere wollten, nach Belgien geflüchtet sei.

— Sämmtliche neun Bureaux der Deputirtenkammer haben die Vorlesung des Crémieux'schen Vorschlags in der Kammer gutgeheißen, wonach Mitgliedern der Legislatur die Bewerbung um Concessionen zu Eisenbahnen u. dergl. und die Bekleidung von Directorstellen dabei verboten werden soll.

— Bei den Invaliden fand gestern die Doppelfeier des 26. Todestages Napoleon's und die der Beisetzung der Ueberreste seiner Palastmarschälle Duroc und Bertrand statt. Das Schiff des Invalidendoms war bis an die ersten Bogen schwarz ausgehangen, das Portal der Kirche mit schwarzem Flor umkleidet und darüber, zwischen den Wappen und Marschallstäben, die Buchstaben DB angebracht. Dieselben Verzierungen waren in der Kirche über den Säulen befestigt, hinter dem Altar war vor schwarzem Hintergrunde ein großes silbernes Kreuz aufgestellt und vor dem Chor erhob sich der zwiefache Katafalk. Im Schiffe der Kirche waren in doppelten Reihen Invaliden mit beflorten Lanzen aufgestellt. Unter den Damen, welche die Galerien der Kirche füllten, bemerkte man die Prinzessin Mathilde v. Montfort und die Herzogin v. Reggio. Man sah gegen 600 alte Soldaten in den Uniformen des Kaiserreichs beisammen. Gegen 1 Uhr, nach Beendigung der kirchlichen Ceremonien, wurden die beiden Särge in die für sie vorbereiteten Grüfte neben denen der Marschälle und Gouverneure des Invalidenhotels beigesetzt, wobei Generallieutenant Baron Fabvier eine kurze Ansprache hielt.

— Der Herzog v. Vicenza wollte in den Jockeyclub aufgenommen sein, wogegen aber ein Legitimist, Hr. de Pommereux, Einsprache erhob und erklärte, daß er für den Sohn eines Mannes nicht stimmen könne, welcher zur Hinrichtung des Herzogs v. Enghien mitwirkte. Die Folge war ein Duell, bei dem Hr. de Pommereux durch einen Degenstich dicht unter dem Herzen lebensgefährlich verwundet worden ist. Der Graf A. v. Noailles macht nach der «Semaine» in dem Faubourg St.-Germain

gleichzeitig durch minder legitimistische Bedenklichkeit Aufsehen. Er wird nämlich die Tochter des Polizeipräfecten der Julimonarchie, des Hrn. Delessert, heirathen.

— Das Journal des Débats theilt mit, daß der bekannte verdienstvolle Freund Griechenlands, Hr. Eynard in Genf, den Zinsenbetrag für das verfallene Halbjahr der griechischen Anleihe, der auf Englands Antheil fallen würde, zur Verfügung der Regierung des Königs Otto gestellt habe, im Fall England auf seiner Reclamation bestehen sollte.

— Daniel O'Connell ist am 2. Mai in Marseille angekommen und hat seine Wohnung im Hotel d'Orient genommen. Sein Befinden hatte sich gebessert.

— Bu-Maza ist nun doch in Begleitung des Capitains Richard in Paris angekommen. Man hat ihm eine Wohnung in den Gebäuden der Militairschule am Marsfelde angewiesen.

— Man will in Havre die Nachricht von einem offenen Bruche zwischen der Argentinischen Republik und Brasilien erhalten haben. Der brasilische Gesandte soll die Republik verlassen haben und der Krieg erklärt worden sein.

* **Paris**, 6. Mai. Die Debatte über die Gelder zu geheimen Ausgaben in der Deputirtenkammer hatte dadurch Bedeutung, daß sie mehr und mehr die gegenseitige Stellung der Minister und der Majorität aufzuhellen beitrug, zu deren Charakterisirung noch andere Merkzeichen sich ergeben. Die beleidigenden Persönlichkeiten in Hrn. Eherdette's Rede (Nr. 123), mit denen er alle Welt überschüttete, haben gerade Niemanden überrascht, da Herunterreißen aller Gewalten und Gegner einen großen Theil des Liberalismus dieses ehrenwerthen Mitgliedes der Linken ausmacht. Ueberraschend aber ist die schwächliche Vertheidigung befunden worden, mit welcher der Minister der Finanzen ihm entgegentrat. Verlegenheit und fast Beschämung empfand man darüber, einen Rathgeber der Krone das Detail seiner Familien- und häuslichen Angelegenheiten auf der Tribune auskramen zu sehen. Auch einige Aeußerungen über 1815 ließ Hr. Lacave-Laplagne mit fallen, in denen man einen Seitenhieb auf Hrn. Guizot sehen zu müssen glaubte. Aber das ist nicht das einzige Zeichen ermangelnder Harmonie unter den Cabinetsmitgliedern. Die Stellung, welche Hr. Desmousseaux de Givré von der Partei der progressiven Conservativen einnimmt, deren Beschwerden er in derselben Kammersitzung mit großem Nachdrucke aufstellte, wird von Personen, die hinter den Coulissen bekannt sind, nicht ohne eigennützige Motive gehalten. Hr. Desmousseaux ist dem auswärtigen Ministerium attachirt und Requêtenmeister im Staatsrathe, hat aber Generalsecretair dieses Ministeriums und dann Staatsrath werden wollen, was ihm verweigert ward; auch zum Abtheilungsdirector machte man ihn nicht, sondern Hrn. de Carné. Diese Umstände können nun zwar der Autorität desselben Eintrag thun, allein seine Aufstellung erlangt Bedeutung durch die Beistimmung eines Theiles der Kammer und die Neuheit dieser aufkommenden Spaltung in der conservativen Partei. Es handelt sich nicht um Abfall von Principien, um eine Art Coalition, in der sich die Ansichten verschmölzen, und der Jeder, wie Hr. Arago sagte, beiträte, indem er seine Fahne in die Tasche steckte. Es sind Conservative, die es auch bleiben wollen, die Resultate der großen Politik seit 1840 aufrecht zu erhalten bezwecken, allein die von der Majorität erlangte Gewalt auch zu Vorschriften im Sinne des allgemeinen Besten anwenden wollen und zur Beförderung von Allem, was als wahrer socialer Fortschritt gelten kann. Und diese Ansichten gewinnen Boden; es würde eine ministerielle Modification oder Verjüngung herbeiführen, deren größte Schwierigkeit sein dürfte, Männer zu finden, die Erfahrung, Entschlossenheit und Befähigung vereinigen, sich im Stande fühlen, den neuen Bedürfnissen ein Genüge zu thun und dabei doch der von Hrn. Guizot und Hrn. Duchatel so tüchtig begründeten und durchgeführten Politik treu zu bleiben.

Auch außerhalb der Kammer gibt dieselbe Tendenz sich kund. Mehre Organe der Majorität erklären sich für die Progressisten. Hr. Emile de Girardin hat ohne Zweifel ehrgeizige Hintergedanken, indem er in seiner «Presse» Opposition macht; Portefeuille und Revue nouvelle sind Stützen und Existenzmittel bei den jungen Conservativen, welche die Nothwendigkeit empfinden, ihre Ideen darzulegen und zu entwickeln. Allein welche Beweggründe die Leiter dieser Blätter auch haben mögen, es folgt daraus nicht weniger, daß sie einer neuen Ansicht Verstärkung gewähren, die dadurch besser in den Stand gesetzt ist, sich Einfluß auf die Majorität zu verschaffen. Außer Zweifel ist jetzt, daß das Cabinet nicht über die Legislatur hinaus ohne Modification seiner Zusammensetzung und seiner Bedingungen für die Majorität gelangen kann. Seine besten Freunde würden es verlassen, wollte es nicht dieses Gesetz der dermaligen Lage anerkennen. Da die jetzige Session die erste dieser Legislatur ist, so ist nicht darauf zu zählen, daß sie die Lösung der großen Fragen sehen werde, die vor die Kammern gekommen sind. Die ersten Monate wurden an die Adreßdebatte gewendet, an die Discussion einiger Vorschläge von Abgeordneten und an die Votirung einiger dringenden Gesetze. Das Ministerium drängte mit den Arbeiten nicht, weil es den Geist der neuen Kammer studirte. Die wichtigen Gesetzentwürfe befinden sich jetzt in den Händen der Commissionen, und es wird in diesem Jahre keiner zur Berathung gelangen. Die über das Zollgesetz nimmt eine Art Enquête vor, hört die vornehmsten Betheiligten der dabei interessirten Industriellen ab und läßt sich auf die kleinlichsten Ermittelungen ein. Kaum der Bericht wird vor dem Schlusse der Session fertig werden. Ebenso geht es mit dem Gesetzentwurf über den öffentlichen Unterricht und bei den Pairs mit dem über die medicinischen Studien und die Ausübung der Medicin. Allein zu Anfang kommender Session werden alle Berichte fertig sein, und diese zweite Session wird daher interessant und arbeitsreich ausfallen. Für diesmal wird man kaum mehr als das Finanzgesetz und wahrscheinlich die freie Einfuhr von Lebensmitteln discutiren, über die man alsbald eine Gesetzvorlage erwartet. — Die Reden des Königs am Namenstage (Nr. 127) haben nichts Bezeichnendes; der 1. Mai hat nur Gelegenheit gegeben, einen Beweis von der Erhaltung der körperlichen und geistigen Kräfte dieses Souverains zu liefern, der gleich der gesammten königlichen Familie mehre Stunden eines angreifenden Ceremoniels durchmachte.

Belgien.

* **Brüssel**, 6. Mai. Baron v. T'Serclaes, Generalsecretair des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, hat als solcher seine ehrenvolle Entlassung erhalten; er fand sein Repräsentantenmandat mit seiner Stellung unverträglich und verdient in dieser Hinsicht unsere vollkommene Achtung. Zu befürchten ist jedoch, daß seine neue Würde durch die nächsten Wahlen wieder verschwinden und er sich plötzlich zum Rentier verurtheilt sehen möchte. — Das letzthin berichtete Entlassungsgesuch des Barons d'Udeken, Bürgermeisters von Löwen, ist vom Könige bestätigt worden. Die Sache erregt großes Aufsehen. — Die neulich aufgekommenen Gerüchte von dem Rücktritte des Ministers de Bavay (Nr. 128) haben sich weder bestätigt noch wiederholt; hierzu mag der Erfolg der zweiten Abstimmung seines Budgets beigetragen haben. — Unter den Candidaturen für die Kammerwahlen, die bereits zur Kenntniß gebracht sind, bemerke ich die des Herzogs v. Looz in Nivelles. Sie wird von den Liberalen eifrig unterstützt; der Herzog wird nicht nur wegen seiner demokratischen Gesinnung, sondern auch als aufgeklärter Mäcen der Künste und Wissenschaften gerühmt.

Pater Lacordaire hat Belgien verlassen, nachdem er noch die hiesige Sablonskirche mit seiner seltenen Beredsamkeit erfüllt hatte. Wer sollte je gedacht haben, daß unter den Verhältnissen, unter welchen wir leben, die Predigt eines Dominikaners nicht nur einen Ertrag von 15,000 Francs an Entreebillets abwerfen, sondern sogar die Sitzung des Parlaments und die Thätigkeit der Beamten unterbrechen und Tausende bereits eine Stunde vor Eröffnung der Kirchenthüren um das Gotteshaus versammeln würde! Die Kirche ist zum Theater geworden; die Triumphzüge des Paters, die Diplome, die ihm zufließen, die bezahlten Plätze, das Queuemachen, der scandalöse Ruf der ungeduldigen Menge: La pièce, la pièce! den ich zu wiederholten Malen vor den geschlossenen Thüren vernommen, sind gewiß nicht geeignet, das Volk zur Buße zu stimmen, für die Interessen der Seele empfänglich zu machen. Auch sagte ein alter Mann, der neben mir stand, ganz triftig: Lacordaire ist ein Advocat gewesen, und ist es noch; nur hat er die Farbe des Rockes verändert und den großen Streit zwischen Kirche und Gesellschaft zu dem seinigen gemacht. Il est l'avocat-général de la religion! So drängt sich das Volk zur Kirche mit demselben Interesse ungefähr wie zu den Assisen.

Schweiz.

Aus **Bern** wird geschrieben, der russische Gesandte Baron v. Krüdener solle von seinem Posten zurückberufen sein. Wer ihn ersetzen werde, sei noch unbekannt.

Italien.

Rom, 30. April. Die allgemeine Einführung der Nationalgarde im ganzen Kirchenstaate ist nunmehr definitiv entschieden, und die dazu ernannten Commissare für die verschiedenen Provinzen reisen bereits ab. Durch diese Einrichtung wird nicht nur eine sehr beträchtliche Minderung der Truppen überhaupt, sondern auch zugleich die Entlassung des kostspieligen Schweizercorps bewirkt werden. — Der Papst hat sich die zu seinen Ehren beabsichtigte Feier des Piustages am 5. Mai verbeten; um aber diesem Tage eine dem Namen und Charakter des Papstes würdige Bedeutung zu geben, hat man den Beschluß gefaßt, daß mehre der Vornehmsten Roms, wie Torlonia, Borghese ꝛc., Almosen in der Stadt in Person einsammeln sollen, welche man an diesem Tage an die Armen vertheilen wird. Um so rührender und ergreifender wird aber der auf den 13. Mai fallende Geburtstag des Papstes von dem für seinen angebeteten Herrscher glühenden Volke in Rom begangen werden. Der Himmelfahrtstag fällt in diesem Jahre auf besagtes Datum, und an diesem Festtage pflegt der Papst des Morgens von seinem Palaste nach S. Giovanni im Lateran zu fahren, um den Functionen in der Kirche beizuwohnen, und gegen Mittag dem zahllos versammelten Volke von dem großen Balcon der Kirche aus den apostolischen Segen zu ertheilen. Vor

seiner Abfahrt vom Quirinal werden sämmtliche Glückwünschende sich auf dem Wege des Zugs versammeln und vom päpstlichen Palaste bis an die Kirche S. Giovanni zwei Reihen bilden. Sowie der Wagen des Papstes erscheint, wirft Jeder mit dem freudigen Wunsche und Zurufe: „Noch hundert Tage wie dieser!“ dem Wagen einen Blumenstrauß zu. (N. C.)

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 28. April. Wir müssen einer von mehren auswärtigen Blättern verbreiteten falschen Nachricht hier förmlich widersprechen, betreffend die Reise des **Kaisers** nach Warschau, um seinen sich jetzt dort mit seiner Gemahlin treffenden Bruder zur Würde eines Vicekönigs von Polen zu erheben; sowie eine spätere Fortsetzung dieser Reise nach Stuttgart und gar nach Paris. Diese Nachricht ist eine reine Erdichtung. Der Kaiser hat vor der Hand keine Reise vor, dürfte vielleicht zur Mitte des Sommers erst ein deutsches Bad, man nennt Kissingen, besuchen, wie er schon vor drei Jahren beabsichtigte, damals aber durch den Tod einer geliebten Tochter verhindert ward, um Heilung gegen ein altes Uebel, ein Leberleiden, zu suchen, von dem er noch in diesen Tagen heimgesucht wurde, jetzt aber zur allgemeinen Freude glücklich wieder genesen ist. Ob die **Kaiserin** uns für den Sommer verlassen werde, ist noch keineswegs bestimmt. Die ganze kaiserliche Familie ist jetzt in hiesiger Residenz versammelt. — Seit dem 25. April hat sich der **Winter** hier mit reichen Schneefällen aufs neue begründet. (Nr. 128.) Wir haben in den Morgen- und Abendstunden unausgesetzt 6 Grad Kälte. Die Newa ist fortdauernd mit einer starken Eisdecke bezogen. Nach den neuesten Nachrichten aus Riga soll in der vergangenen Woche auch die Düna sich ihrer Eisdecke entledigt haben, nachdem schon früher in Folge eines heftigen Südwindes die rigaische Rhede und der Meerbusen vom Eise befreit wurden. Der dortige noch fortgehende Eisgang ist die wahrscheinliche Veranlassung, daß die auswärtigen Posten hierher sich jetzt fast um 30 Stunden verspäten. Mehre Tage vor stattgehabtem Eisgang kreuzten schon mehre ausländische Kauffahrer, alle nach Riga bestimmt, auf der hohen See vor Windau. Für die große Zahl von Fahrzeugen, die in diesem Frühjahr aus den innern Gouvernements größtentheils mit Getreideladungen kommend in Riga erwartet werden, ist zur Erhaltung nöthiger Ordnung eine den gesammten Handelsstand betreffende Polizeiinstruction erschienen, die Käufer und Verkäufer gleich streng verpflichtet.

Vor einigen Tagen traf aus Paris hier der französische Bankdirecteur Hr. **Vernes** ein, begleitet von dem französischen Bankbeamten Rodier. Beide werden wahrscheinlich längere Zeit bis zur gänzlichen Beendigung der bekannten zwischen beiden Regierungen bestehenden Finanzverhandlung hier verweilen.

Moldau und Walachei.

Die Allgemeine Preußische Zeitung schreibt aus **Berlin** vom 9. Mai: „Durch die Folgen des Brandes, welcher kürzlich einen Theil der Stadt **Bukarescht** zerstörte, dürften auch Gewerbtreibende des Zollvereins nachtheilig berühret werden. Sollten daher Betheiligte wünschen, über den Stand der Dinge in Bukarescht oder über die Verhältnisse dort ansässiger Geschäftsfreunde zuverlässige Auskunft zu erlangen, so wird das Königl. Consulat zu Bukarescht oder das königl. Generalconsulat zu Jassy dieselbe auf Ersuchen bereitwillig ertheilen.“

Personalnachrichten.

Souveraine. Preussen. Prinz **Albrecht** (Sohn des Prinzen Albrecht von Preußen) erhielt den Schwarzen Adlerorden und das Patent als Lieutenant im ersten Garderegimente zu Fuß.

Orden. Würtemberg. Orden der württembergischen Krone, Comthurkreuz: der Commandant des ersten Reiterregiments Oberst v. **Spath**.

Wissenschaft und Kunst.

In **Baden** sind jetzt die **Sommerferien** an den **Gelehrtenschulen** und den höhern Bürgerschulen aufgehoben, die Ferien im Herbste dagegen verlängert worden, wie dies auch in den übrigen Ländern Deutschlands der Fall ist.

— In Betreff **Lenau's** und dessen Versetzung nach Wien erhält die augsburger Allgemeine Zeitung von Stuttgart aus bester Quelle die Widerlegung eines Gerüchts, als sollte der Unglückliche in den wiener Narrenthurm versetzt werden; er komme vielmehr dort in eine vortrefflich eingerichtete Privatheilanstalt, die von den ersten Aerzten Wiens unterstützt und beaufsichtigt werde. Lenau's zahlreiche treue Freunde in Wien sowie seine stuttgarter seien damit einverstanden.

— Das **erste Auftreten** von **Jenny Lind** als Alice in „Robert der Teufel“ auf dem Italienischen Theater am 4. Mai in **London** wird von der Times mit einem fast eine ganze Spalte füllenden Berichte gefeiert. Das Haus war übervoll und ward auch außerhalb von der Menge belagert, welche mit einem flüchtigen Blick die Künstlerin zu sehen wünschte, indem sie sich ins Theater begab. Die Königin wohnte der Vorstellung bei. Fräulein Lind wurde bei ihrem Erscheinen mit einem Pränumerandobeifallssturm begrüßt, den der Berichterstatter nur dem Empfange zu vergleichen weiß, welcher Macready nach der Rückkehr aus Amerika bei Eröffnung des Drurylane-Theaters zu Theil wurde. Ueber die Leistungen der Künstlerin heißt es: „Waren die Erwartungen groß, so müssen wir sagen, daß sie mehr als erfüllt wurden. Sie wurde im Laufe des Abends drei Mal gerufen.“

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 10. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118⅓ bezahlt; Sächsisch-Bairische 87 Br., 86½ G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99⅔ G., Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200 G., 200½ bezahlt; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110⅓ Br.; Litt. B. 99½ G.; Köln-Mindener 90⅔ Br.; Altona-Kieler 107⅓ Br., 107 G.; Pesther 100½ Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100½ bezahlt.

Eisenbahn. Am 1. Mai fand die Eröffnung der 12½ Meile langen Eisenbahnstrecke von Leipnik bis **Oderberg** statt, wodurch die den Anschluß an die preußische Friedrich-Wilhelmsbahn nunmehr bewerkstelligende nordöstliche Linie von Wien bis fast an die Odergrenze eine Längenentwickelung von 37½ deutsche Meile erlangt hat. Der in Gemeinschaft mit dem nach Brünn und Olmütz bestimmten Passagiertrain um 6 Uhr Morgens vom Wiener Bahnhof abgegangene Eröffnungszug erreichte Lundenburg um halb 9 Uhr, setzte eine halbe Stunde später die Fahrt fort und traf um 12 Uhr in Prerau ein. Um ¾ auf 1 Uhr trat die Gesellschaft die Weiterfahrt an, erreichte ½ auf 2 Uhr Leipnik und legte sofort die in die Zwischenstationen Weißkirchen, Pohl, Zauchtl, Stauding, Schönbrunn und Ostrau getheilte neue Leipnik-Oderberger Strecke in weniger als drei Stunden zurück. Diese das sogenannte Kuhländchen durchschneidende Bahnstrecke hatte durch ihre örtliche Lage und Bodenbeschaffenheit der technischen Kunst tausendfältige Hindernisse und Schwierigkeiten entgegengestellt, welche hier in wahrhaft großartiger Weise beseigt wurden. So ist nunmehr, bis auf einen sehr kleinen, aber bereits in Angriff genommenen Verbindungstheil an der Staatsgrenze zwischen Schlesien und Preußisch-Oderberg, die Bahn von Wien bis Hamburg und dadurch die für den Nationalverkehr aller daran grenzenden Länder so wichtige Verbindung der Donau mit der Ostsee hergestellt! (D. B.)

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 2. bis 8. Mai 1847:

13,625 Personen	9,136	Thlr. 6	Ngr. 5 Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht und magdeburger Antheil	5,186	„ 8	„ — „
	14,322	„ 14	„ 5 „

(Vom 1. Jan. — 8. Mai 123,196 Personen, Einnahme 189,580 Thlr. 29½ Ngr.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 10. Mai früh 7 Uhr: 2° 22″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 6 Mai. 2½pc. Int. 57⅝; Rußl. 5pc. Hope 104¾; 4½pc. Handelsg. 172⅞. Frankfurt a. M., 8. Mai. Oestr. Bact. 1808; 250 Fl. L. 118¾; 500 Fl. L. 155⅜; Bair. 3½pc. 92 Br.; Bad. 50 Fl. L. 57⅝; Darmst. 50 Fl. L. 74½; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35; Kurhess. 32⅝. London, 4. Mai. 3pc. Cons. 87½; Span. act. 23½; 3pc. 34½; Holl. Int. 57⅞. Wien, 7. Mai. Bact. 1501; Met. 5pc. 107½; 4pc. 97½; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 155½; 250 Fl. L. 119½.

Disconto. Amsterdam, 6. Mai. 4 %. Frankfurt a. M., 8. Mai. 3⅜ %.

Actien. Frankfurt a. M., 8. Mai. Taunusb. 356¼; Nordb. 71; Berb. 91⅛. Wien, 7. Mai. Nordb. 169½; Glogan. 124; Mail. 111; Pavorn. 89¼; Pestb. 99½.

Leipziger Börse am 10. Mai 1847.

Curse im 14-Thaler-Fuße.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	140⅝
pr. 250 Fl. S.	2 Mt.	—	139⅝
Augsburg	k. S.	102⅛	—
pr. 150 Fl. S.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Cour.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111⅜
Louisd. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breslau pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Cour.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M. pr. 100 Fl. in S. W.	k. S.	56⅛	—
	2 Mt.	—	—
Hamburg pr. 300 Mk. Banco	k. S.	—	150⅜
	2 Mt.	—	149⅝
London pr. 1 Pfd. St.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	6. 23½	—
	k. S.	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	—	79⅝
	3 Mt.	—	78⅛
Wien pr. 150 Fl. Conv.-20 Kr.	k. S.	—	104½
	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Kaiserl. Königl. Sächs. Staats-Papiere			
à 3 % im 14-Thlr.-Fuß v. 1000 u. 500 Thlr.		—	92
à 3 % im 14-Thlr.-Fuß kleinere		—	—
dto. dto. v. 500		—	100⅝
Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3½ % im 14-Thlr.-Fuß v. 1000 u. 500 Thlr.		—	93
à 3½ % im 14-Thlr.-Fuß kleinere		—	—
Königl. Preuss. Neuer Credit-Kassenscheine		—	—
à 3⅓ % im 14-Thlr.-Fuß v. 1000 u. 500 Thlr.		99	—
à 3⅓ % im 14-Thlr.-Fuß kleinere		—	—
Leipziger Stadt-Obligationen à 3½ % im 14-Thlr.-Fuß v. 1000 u. 500 Thlr.		91	—
à 3½ % im 14-Thlr.-Fuß kleinere		—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %	v. 500	—	—
	v. 100 u. 25	—	—
dto. Lausitzer dto. à 3½ %		—	—
dto. dto. dto. à 3½ %		—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-Actien à 3½ %		105	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100		—	98⅛
Hamb. Feuer-C. Anl. à 3½ % (300 Mk. B = 150 Thlr.)		—	—
K. K. Oesterr. Met. pr. 150 Fl. Conv. à 5 %		—	—
à 4 % laufende Zinsen à 100 Thlr. im 14-Thlr.-Fuß P.		—	—
à 3½ %		—	—
Actien d. W.-B. pr. St. à 100 Thlr.		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 250 Thlr. pr. 100		179	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 pr. 100		119	—
Sächs.-Bair. dto. pr. 100		—	86⅝
Sächs.-Schles. dto. pr. 100		100	—
Chemn.-Ries. dto. pr. 100		59⅛	—
Löbau-Zitt. dto. pr. 100		57	—
Magdeb.-Leipz. dto. inel. Div. pr. 100		—	200

*) Incl. Stückzinsen bis und Staats-Schulden-Kassen-Scheine.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.

Literatur der Botanik.

In meinem Verlage erscheint und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Thesaurus literaturae botanicae

omnium gentium inde a rerum botanicarum initiis ad nostra usque tempora, quindecim millia opera recensens. Curavit **G. A. Pritzel.**

In acht Lieferungen.

Gr. 4. Jede Lieferung auf feinstem Maschinenpapier 2 Thlr., auf Schreib-Velinpapier 3 Thlr.

Ueber Plan und Inhalt dieses für die botanische Literatur sehr wichtigen Werkes hat sich der Verfasser in einem der ersten Lieferung, welche soeben ausgegeben worden ist, beigedruckten Prospecte ausführlicher ausgesprochen, und die Verlagshandlung hat nur die Bemerkung beizufügen, daß die übrigen Lieferungen in einer ununterbrochenen Folge in regelmäßigen Zwischenräumen erscheinen werden.

Leipzig, im Mai 1847.

[1905] **F. A. Brockhaus.**

Bei **C. W. Leske** in Darmstadt ist vollständig erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Philosophie der Staatsökonomie oder Nothwendigkeit des Elends. Von P. J. Proudhon. Deutsch bearbeitet von Karl Grün. Zwei Bände. Gr. 8. Geheftet. 3 Thlr. 10 Ngr.

Die gewaltige wissenschaftliche und praktische Bedeutung dieser ersten Philosophie der Staatsökonomie wird bereits von allen Seiten anerkannt, und hofft die Verlagshandlung durch obige Bearbeitung das Werk auf die würdigste Weise in unsere heimische Literatur eingebürgert zu haben.

Im Verlage der **Holle**'schen Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung in **Wolfenbüttel** ist erschienen und in allen Buch- und Kunsthandlungen vorräthig:

Kleiner Schulatlas der neuesten Erdkunde

gezeichnet und gravirt im

lithographisch-geographischen Institute von **L. Holle** in Wolfenbüttel.

Enthaltend 8 Karten in Quartfolio, als: 1) Planigloh, 2) Europa, 3) Asien, 4) Afrika, 5) Nordamerika, 6) Südamerika, 7) Australien, 8) Deutschland.

Preis 6 Sgr., oder Ngr.

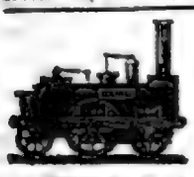
Dieser Atlas dürfte sich besonders zur Einführung in den untern und mittlern Klassen der Volksschulen und in Realschulen eignen, und zeichnet sich durch genaue Berücksichtigung der physikalischen Geographie vor allen andern Schulatlanten sehr vortheilhaft aus. Gleichzeitig erscheint in demselben Verlage ein **vollständiger Schulatlas** in 26 Karten, der in 4 Lieferungen zum Preise von je 5 Sgr. oder Ngr. ausgegeben wird, wovon die 1ste und 2te Lieferung bereits fertig sind. Alle diese Karten sind auch einzeln zum Preise von ½ Sgr. oder Ngr. zu haben. [1880]

Bei **J. G. Engelhardt** in Freiberg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Richter, M. E. W., Beschreibung des Königreichs Sachsen, in geographisch-statistisch-topographischer Hinsicht, nebst geschichtlichen Bemerkungen. Zum Gebrauche für Schule und Haus. II. Theil. **Zwickauer Kreisdirectionsbezirk.** I. Hälfte. (Allgemeines, und Beschreibung der Aemter: **Zwickau, Stollberg, Chemnitz, Frankenberg** mit **Sachsenburg** und **Augustusburg.** 8. Geh. Subscriptionspreis 8 Ngr.

Das Werk schreitet in seiner vollständig neuen, möglichst zuverlässigen, in gedrängter Kürze gehaltenen Bearbeitung ruhig vorwärts und wird dem Freunde des Vaterlandes ein getreues, lebendiges Bild des Landes und seiner Bewohner liefern. Vor Allem aber erhalten die Herren Lehrer damit ohne beschwerenden Kostenaufwand ein in dieser Weise noch nicht vorhandenes Handbuch beim Unterricht in der Vaterlandskunde.

Wir glauben daher mit Recht das verehrliche **pädagogische Publicum** vorzugsweise auf unser Unternehmen aufmerksam machen zu dürfen, und verweisen wegen Fortschritt und Gang des Werks auf das dieser Lieferung beigegebene Vorwort des Hrn. Verfassers. [1844—45]



Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Geleises für die 10. Section, in einer Gesammtlänge von 35,085 Fuß, in zwei Loose abgetheilt.

Mittwoch den 26. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocale der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staats-Eisenbahnen zu Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs zu der Adjudication der Bahnstrecken der 10. Section (abgetheilt in zwei Loose), welche eine Gesammtlänge von 35,085 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 26. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags an gerechnet, vollendet werden. Veranschlagt sind für diese Section:

Erstes Loos: Feldmark Marburg, für die Länge von 18,225 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises . . . . . 53,000 Thlr.

Zweites Loos: Feldmarken Cappel, Gisselberg und Niederweimar, für die Länge von 16,860 Fuß . . . . . 102,000 Thlr.

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenso wie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Oberingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 30. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.

[1819—21] **Ruhl.**

Soeben erschien bei mir:

Mein Verhältniß zur Reformgenossenschaft und mein Abgang von Berlin.

Zur Charakteristik der neuesten Bestrebungen von

Dr. Salomon Friedländer.

Geheftet. Preis 7½ Ngr.

Leipzig, am 27. April 1847.

[1731—33] **Wilhelm Jurany.**

Bei **J. G. Engelhardt** in Freiberg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der Ingenieur.

Zeitschrift für das gesammte Ingenieurwesen.

Herausgeg. von **Bornemann, Brückmann** und **Röting.**

I. Bd. 2tes Heft. Gr. 4. 9 Bogen Text und 5 Tafeln Zeichnungen und 9 Holzschnitte.

Preis 1 Thlr. 20 Ngr. = 2½ Fl. C.-Mze.

Enthält Aufsätze von *Lalanne, Bornemann, Blavier, Lahmeyer, v. Weber, Weisbach, Brückmann, l'Eveille* und Andern.

Aus dem reichhaltigen Inhalt der nunmehr erschienenen beiden Hefte läßt sich die Tendenz des Unternehmens hinlänglich erkennen, sowie aus der beifälligen Aufnahme, deren sich dasselbe bei den deutschen Ingenieuren zu erfreuen hatte, die Anerkennung der Wichtigkeit dieses Organs für das gesammte Ingenieurwesen resultirt. [1843]

Das 3te Heft erscheint zu Johannis d. J.

Verkauf

eines großartigen herrschaftlichen Etablissements im Thiergarten bei Berlin.

Mein in der schönsten Gegend des Thiergartens zu Berlin, unmittelbar an der besuchtesten Allee, Thiergartenstraße Nr. 22 und 23 belegenes großartiges Etablissement, **Odeum** genannt, bin ich willens, wegen vorgerückten Alters aus freier Hand zu verkaufen. Das geschmackvolle, im modernsten Styl erbaute große Hauptgebäude mit dem sehr geräumigen Saale eignet sich vorzüglich zu einem der freundlichsten Sommersitze für einen reichen Privatmann. Vor und hinter dem Hauptgebäude sind große Gärten, von welchen sich der letztere vornehmlich noch zu einer größern Parkanlage eignet. Ueberdies hat dieser den Vorzug, daß er bis an den neuen Kanal geht. Der ganze Flächeninhalt des Grundstücks, auf welchem drei Gebäude nebst Stallung und Gashaus sich befinden, enthält sieben Morgen. Die dazu gehörige Gaseinrichtung versorgt 200 Flammen. Unter dem Hauptgebäude sind große gewölbte Keller, in welchen sich die Küchen befinden. Obwol das Etablissement zu einem der beliebtesten und besuchtesten Vergnügungsörter gehört und Jeder, der als solchen es übernehmen will, gewiß sehr seine Rechnung dabei findet, auch leicht das Grundstück zu einer wahrhaft fürstlichen Besitzung umzuwandeln sein würde, ist der Verkaufspreis dennoch sehr billig gestellt. Die Bedingungen sind in **Berlin,** Bischofsstraße Nr. 6 im Bureau des Herrn Justiz-Comm. Kreis-Justizraths **Strass** zu erfahren.

[1822—24] **C. L. Kühne.**

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 11. Mai. Das Nachtlager in Granada, romantische Oper von C. Kreutzer. Gabriele, Fräulein **Grünberg;** ein Jäger, Herr **Horvath,** vom k. k. Hof-Opern-Theater in Wien, als Gäste.

Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Geleises für die 11. Section, in einer Gesammtlänge von 28,315 kasseler Fuß, in zwei Loose abgetheilt.

Donnerstag den 27. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocale der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staatseisenbahnen in Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs zu der Adjudication der Bahnstrecken der 11. Section (abgetheilt in zwei Loose), welche eine Gesammtlänge von 28,315 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 27. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags an gerechnet, vollendet werden. Veranschlagt sind für diese Section:

Erstes Loos: Feldmark Wenkebach und Niederwalgern, für die Länge von 12,860 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises . . . . . 14,400 Thlr.

Zweites Loos: Feldmark Fronhausen, für die Länge von 15,455 Fuß . . . . . 39,000 Thlr.

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenfalls Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Ober-Ingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 30. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Eisenbahnen.

[1816–18] **Ruhl.**

Freiwilliger licitatorischer Verkauf eines aus neun Grubenfeldmaasen bestehenden Braunkohlen-Bergwerks und der dabei bestehenden Dampfmahlmühle.

Dieses aus neun großen Grubenfeldmaßen, jedes von 12,544 □ Klaftern, bestehende Braunkohlenbergwerk befindet sich in Herrschaft Schwazer Bergamtsbezirke, Leitmeritzer Kreises in Böhmen, an der von der Badestadt Teplitz nach Bilin führenden k. k. Aerarialstraße, beiläufig ¾ Stunden von Teplitz und ½ Stunde von der Stadt Bilin, daher in einer absatzreichen Gegend.

Die Braunkohle dieses Grubenbaues, bei welchem der Bau auf drei Maßen in drei niedergebrachten Schichten im Angriffe liegt, die übrigen Maßen daher noch unbelegt sind, ist von großer Hitzkraft, und ist diese die gesuchteste in dieser Gegend. Auf diesem unter dem Schutzmann Stephani bestehenden Bergbaue befindet sich eben auch hart an der Straße eine Dampfmaschine mit vier Pferdekraft und eine in dem Maschinengebäude errichtete Getreide-Dampfmahlmühle mit einem Gange, bei welcher zu einem zweiten Mahlgange die höhere Bewilligung verliegt.

Dieses schöne und einträgliche Kohlenwerk sammt der in der mühlarmen Gegend bestehenden Dampfmahlmühle, sowie dem Befugnisse zur Errichtung des zweiten Mahlganges, hat die Gewerkschaft, zum Zweck der Auseinandersetzung der gewerkschaftlichen Verhältnisse unter sich, beschlossen, bei der zufolge Verwilligung des löblichen Schwazer Bergamtes vom 22. April 1847, auf **den 20. Mai 1847** um die 9. Vormittagsstunde auf der Bergamtskanzlei in Schwaz anberaumten Tagfahrt freiwillig gerichtlich zu veräußern, bei welcher der Ausruf um 3500 fl. C.-M. mit dem Beisatze geschieht, daß dieses Berg- und Mühlenwerk, dem Käufer gegen Erlegung der Hälfte des Erstehungspreises zu Gerichtshanden gleich bei Unterfertigung des Licitationsprotokolls, dann Bezahlung der andern Hälfte mit 5 Proc. Zinsen binnen sechs Monaten vom Licitationstage schuldenfrei überlassen wird.

Es werden sonach die Herren Kauflustigen hiermit geziemend eingeladen, mit Dem, daß die Bedingungen und das bergamtlicher Seits unterm 21. April 1847 aufgenommene Inventar und Belehnungsbücher bei dem löblichen Schwazer Bergamte während der Amtsstunden eingesehen werden können.

Teplitz, am 28. April 1847. [1865–66]

Die Stephani-Braunkohlenzechengewerkschaft im Herrschaft Schwazer Bergamtsbezirke.

Die Vorzüge **Eisenachs,** als künftigen Endpunktes der **Thüringischen Eisenbahn,** veranlassen mich, hier ein **Commissions-, Speditions- und Incasso-Geschäft** zu gründen und dessen Leitung unter der Firma von **Rosztok & Co.** meinem ältesten Sohne **August Ludwig Albert Rosztok** zu übertragen.

Von Ende nächsten Monats an unmittelbar verbunden mit allen Eisenbahnen des deutschen Ostens und Nordens bis zum Meere, bietet unser Ort diesen Ländern wie dem Süden und Westen als Speditions- und selbst als Stapelplatz für Producte, zu schnellen und billigen Verladungen nach allen Richtungen hin Vortheile, die kein anderer in gleichem Grade vereint.

Geneigte Aufträge werde ich mit regster Sorgfalt vollziehen, auf Depots gangbarer Producte gern angemessene Vorschüsse leisten und um specielle Vortheile zu gewähren, meine Magazine dicht am Bahnhofe errichten. [1581–83]

Eisenach, im April 1847.

Albert Rosztok.

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden,** Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1908]

Die zweite Germanisten-Versammlung

soll **den 27., 28. und 29. September d. J.** zu **Lübeck** stattfinden. Sprachforscher, Historiker und Rechtsgelehrte, welche sie besuchen und den Gegenstand ihrer beabsichtigten Vorträge im voraus angeben wollen, werden aufgefordert, mich davon im Laufe des Juni zu unterrichten, damit ich diese einige Monate vor dem Beginn der Versammlung zur öffentlichen Kunde bringen kann. Die Verhandlungen unserer ersten Zusammenkunft sind in vollem Druck und werden nächstens erscheinen.

Berlin, 25. April 1847.

[1907] **Jacob Grimm.**

Den Manen des Siegers von Aspern.

Wenn das Grosse stirbt,
Jauchzet das Ausland —
Wer um die Palme wirbt,
Mahnt wie ein heil'ges Pfand.
Haus Habsburg hat den höchsten Schmuck verloren,
Den thatenreichen Freund, den sanften edlen Grein.
Der wahren Grösse hätt' es abgeschworen,
Wenn nicht Sein Tod es mahnt, Sein Lorbeer-Rein.
Noch steht um Dich, Du Habe-Burg der Ehre,
Die Fürsten-Schaar in ungeschwächter Kraft;
Dass nicht der Thatendrang der Geister Dich bekehre:
Den teutschen Aar gieb frey aus seiner Haft.

Dem Aberwitze brich die stolzen Schwingen,
Und Männerwerke streue durch die Welt;
Du kannst's — Vertraue Dir! Zu dem Vollbringen
Brauchst Du der Gierde Götzen nicht, das Geld.
Die teutschen Herzen schlugen Dir entgegen,
Wie Seine Truppen folgten Seinem Ruf.
Freut Dich der Zweck, auf! sey verwegen!
Die Angst um Morgen nie das Schönste schuf.

Denn in dem Spiele der Gewohnheit finden
Nur unbewusste Wesen sich zurecht;
An seine Schlüsse muss sich Jeder binden,
Der nicht sich will, als niedrer Triebe Knecht.
Wozu Dein Heer der kühnsten edlen Ritter,
Wozu die Völker alle ziehn in stiller Zucht —
Auf! Reinige die Luft wie ein Gewitter;
Du huldigst nie des Fremden Mode-Sucht.
Wir haben Recht nicht blos von Dir zu hoffen.
Für Deine Grosse, Deinen Männerwerth,
Sank Heer auf Heer von Feindes Wucht getroffen,
Und die Geschichte richtet, wie das Schwerdt,
Was tausend Jahr das Banner hat getragen,
Das uns nur Gott zum Sieges-Zeichen gab —
Die teutsche Treue muss das Schwerste wagen!
Hervor, Du Zeuge aus dem stummen Grab'.

„„Vertraue Dir — Nicht zum Gehorsam mahnen""
„„Lass sie, die Deinen, so Dein eigen sind.""
„„Das Lager brich, lass rauschen Deine Fahnen,""
„„Dein Gott-Vertrau'n nur flattert nie im Wind'.""
Der ernsten Worte ungeprüfte Kette,
Sie wäge nicht mit dem gewohnten Maass';
Die Schranke fällt an Seiner theuern Stätte,
Denn Herrlichstes vergeht vor Gott wie Gras.

F. Freunser.

Drum wähne nicht, dass sich der Löwe krümmt,
Wenn er Untreue seinem Adler hält,
Und über Wettern seine Freude schwimmt,
Im strahlend kehren Sternen-Zelt,
Mag wohl gemein der Flüchtling von ihm denken;
Doch kann's ihn nicht von seinem Ziele lenken:
Denn sein Gepräge muss der Erdball tragen,
Das Licht des Höchsten muss den Geistern tagen.

[1901] **Alexander.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Ernst Nisse in Mertitz mit Frl. Wilhelmine Menzsch in Löbschütz.

Getraut: Hr. Heinrich Cubeus in Görlitz mit Frl. Adolfine Schade aus Hennersdorf. — Hr. Hermann Grahl in Dresden mit Frl. Antonie Seifert aus Cotta. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Robert Koch in Frankenstein mit Frl. Marie v. Buchs aus Hirschberg. — Hr. Oswald Kosche in Pirna mit Frl. Auguste Koch. — Hr. Pastor C. A. H. Ch. Stöckhardt in Tzschelsdorf mit Frl. Henriette Sophie Opel.

Geboren: Hrn. Rector J. G. Barth in Döbeln ein Sohn. — Hrn. A. E. Fischer in Chemnitz eine Tochter. — Hrn. Advocat Walter Gensel in Augustusburg ein Sohn. — Hrn. Hauptmann Geppert in Glogau ein Sohn. — Hrn. Rathsactuar Theodor Golle in Glauchau ein Sohn. — Hrn. Universitätsrichter und Syndikus Hänisch in Greifswald ein Sohn. — Hrn. W. Hermes in Berlin ein Sohn. — Hrn. W. Heuser in Töpplitzwalde eine Tochter. — Hrn. J. F. A. Krah in Neu-Ruppin eine Tochter. — Hrn. W. H. Kummer in Anklam eine Tochter. — Hrn. C. F. W. Methner in Freiburg eine Tochter. — Hrn. Schedlich auf Erbgut Rathen eine Tochter. — Hrn. F. W. Schramm in Berlin ein Sohn. — Hrn. Superintend. Dr. Zapff in Oelsnitz ein Sohn.

Gestorben: Hr. Polizei- und Rathssecretair Karl Albrecht in Zerbst. — Frau Landrentmeister Blaurock in Stettin. — Frau Predigerin Friederike Boestel in Groß-Gottschau. — Frau Ch. D. Göpel in Altenburg. — Frau Kaufmann Adolfine Kothe in Trachenberg. — Hr. Lieutenant Oswald v. Richthofen in Breslau. — Hr. Baumwollenfabrikant Karl Friedrich Sattler in Löbnitz.

Digitized by Google

Mittwoch — Nr. 132. — 12. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Hannover. Gesetz in Betreff der Theuerung. Gustav-Adolf-Verein. **Vom Rhein. Dowiat. — Die Wiedertäufer zu Marburg. — Trauergottesdienst in Mainz. **Aus Schleswig-Holstein. Die Artikel der Times. *Weimar. Verbot des Branntweinbrennens. — Ehrengeschenk in Weimar. *Greiz. Theuerungsmaßregeln. *Frankfurt a. M. Das amerikanische Passagiergesetz. Das Bundespreßgesetz.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die polnische Aristokratie. Die Minorität. ‡Königsberg. Ruhe. Hülfsmaßregeln. — Die Excesse in Pillau. — Der Wochenmarkt in Kosel.

Oesterreich. Das Testament des Erzherzogs Karl. — Die böhmischen Stände. Die Getreideunruhen. Graf Nestitz.

Portugal. Die Insurrection. Die Vermittelung. Das neue Cabinet.

Großbritannien. Unterhaus. Das Morning Chronicle über die Wirksamkeit des Parlaments. Die Bill zur Errichtung einer neuen Centralbehörde zur Oberleitung der Armenpflege. Der Lordlieutenant von Irland. Meuchelmord. Getreidemärkte. Die Deckpassagiere aus Irland. Hr. Lomenoff.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. **Paris. Der Proceß Cubières. Der Vorschuß an Griechenland.

Niederlande. Die Generalstaaten.

Schweiz. Dr. Snell. Preßpolizei in Uri. Verhaftung in Luzern.

Italien. Der Contemporaneo.

Rußland und Polen. *Petersburg. Kriegsgericht. Die Ernte.

Türkei. Die Judenverfolgung.

Nordamerika. Siegesnachrichten. Einnahme von Veracruz. — Feier des Siegs. — Die Chimaya-Indianer in Neumejico erheben sich gegen die Amerikaner.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Der Geldmarkt in London. *Leipzig. Börsenbericht. — Betriebsbericht der Oberschlesischen Eisenbahn. — Züricher Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

†Hannover, 9. Mai. Gestern ist ein Gesetz zur Verminderung der Theuerungsschwierigkeiten publicirt und sofort in Geltung getreten, dessen hauptsächliche Bestimmungen in Folgendem bestehen: Das Branntweinbrennen aus Korn und Kartoffeln wird vom Tage der Verkündigung des Gesetzes an bis zum 15. Aug. bei Strafe von 50 Thlr. und Confiscation des Erzeugnisses verboten. Bei gleicher Strafe und für gleiche Frist wird die Ausfuhr der Kartoffeln in die Staaten, in welchen ein Ausfuhrverbot gegen das hiesige Königreich besteht (Preußen und Kurhessen), untersagt. Brot darf vom Lande in die Stadt eingeführt werden; es bleiben jedoch die Bäcker in den Städten verpflichtet, Brot in hinreichender Menge zu backen und feilzuhalten. Der Licent von Brot und Mehl wird in seinem ganzen Umfange bis zum 15. Aug. d. J. aufgehoben. Die bis zum 1. Aug. d. J. schon erfolgte Aufhebung der Eingangsabgaben von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten wird, unter Ausdehnung auf Mühlenfabrikate außer dem Mehl (Graupen, Grütze, Mais und Maismehl) bis zum 1. Oct. d. J. erstreckt. In Folge dieses Gesetzes sind sofort die Marktpreise ansehnlich gewichen, und man darf hoffen, daß wir die Krisis ohne heftigere Erschütterungen überstehen werden. — Mehre Vorstände hiesiger Gustav-Adolf-Vereine haben unlängst in einer Zusammenkunft über Veränderungen in ihrem organischen Zusammenhang und ihrer innern Einrichtung berathen. Die Göttinger nahmen keinen Antheil. Hauptsächlich handelte es sich um eine neue und richtigere Vertheilung der sieben Stimmen, mit denen Hannover im Gesammtvereine versehen ist. Der hiesige Hauptverein hat danach eine Abänderung seiner Statuten vorgenommen, die jetzt der Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten entgegensehen.

**Vom Rhein, 8. Mai. Dowiat hat Mannheim, wohin er auf seiner Missionsreise unlängst gekommen, wieder verlassen. Seine Entfernung aus dieser Stadt soll einem Gerüchte zufolge, welches sich zu bestätigen scheint, nicht eine freiwillige gewesen sein. (Nr. 130.) Wie es heißt, hätte eine Rede, welche Dowiat in einem Anfluge etwas übermäßiger Begeisterung vor dem Turnvereine in Mannheim gehalten, Veranlassung zu seiner Abreise von dort gegeben. Ueberhaupt wäre im Interesse der Sache des Deutschkatholicismus, für welche zu wirken Dowiat sich berufen fühlt, nur zu wünschen, daß dieser talentvolle Mann diejenige Mäßigung in seinem Benehmen einhielte, die als ein wesentliches Erforderniß seiner Stellung angesehen werden muß.

— Aus **Kassel** vom 7. Mai berichtet das Frankfurter Journal: „Das Erkenntniß des Oberappellationsgerichts in Sachen der Wiedertäufer zu Marburg gegen den Staatsanwalt wegen Untersagung der Religionsübung ist endlich erschienen. Dasselbe weist die Kläger unter Aufhebung der Decrete des Obergerichts zu Marburg mit der Klage ab."

— In **Mainz** ward am 8. Mai ein Trauergottesdienst für den Erzherzog Karl von der österreichischen Besatzung der Bundesfestung begangen.

**Aus Schleswig-Holstein, 4. Mai. Die Times vom 12. April enthielt eine Anzeige der vor kurzem in Altona erschienenen Kritik der bekannten Schrift der neun kieler Professoren über die Successionsverhältnisse. Bei dieser Veranlassung äußert das englische Blatt sich wieder in gewohnter Weise sehr bitter und absprechend über die „vorurtheilsvollen Verfechter der schlecht begründeten deutschen Prätensionen". Das kopenhagener Blatt Fädrelandet, welches einen Auszug aus der Times mittheilt, fügt diesem folgende Bemerkung bei: „Wir brauchen nicht darauf aufmerksam zu machen, daß ein in so starken Ausdrücken von der Times ausgesprochenes Verdammungsurtheil über die schleswig-holsteinischen Behauptungen zur Genüge zeigt, welcher Ansicht intelligente Engländer sind." Fädrelandet irrt aber sehr, wenn es meint, jener in der Times enthaltene Artikel wie alle frühern ähnlichen über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten sei von intelligenten Engländern. Denn in wohlunterrichteten Kreisen ist es kein Geheimniß mehr, daß fast alle frühern Artikel der Times über diesen Gegenstand von der dänischen Gesandtschaft in London oder von Personen herrühren, die mit derselben in näherer Verbindung stehen. Alle frühern Artikel über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten in der Times sind wahrscheinlich von Dänen verfaßt, und namhafte Summen werden genannt, durch welche die Times veranlaßt wurde, jene Artikel aufzunehmen. Vermuthlich ist dies auch der Fall mit dem letzten Artikel der Times gewesen; denn die in diesem besprochene Schrift aus Altona wird wol schwerlich die Aufmerksamkeit der „intelligenten Engländer" auf sich gezogen haben.

*Weimar, 9. Mai. Auch unsere Staatsregierung hat nun die Verwendung von Kartoffeln, Getreide und andern mehligen Stoffen zur Bereitung von Branntwein bis zum 15. Aug. untersagt, sodaß jetzt nur noch die schon bereitete Maische destillirt werden darf.

— In **Weimar** wurde am 3. Mai jedem der beiden Abgeordneten A. Henß und v. Wiedenbrugk von den Bürgern der Stadt als Zeichen dieser Dankbarkeit für die wackere Vertretung auf dem gegenwärtigen Landtag ein goldener Ring, deren jeder mit zwei verschlungenen Lorbeerzweigen verziert war, überreicht. Die zur Anschaffung derselben erfoderliche Summe war durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden. (Fr. J.)

*Greiz, 9. Mai. Wie weit die Besorgniß deutscher Regierungen in Bezug auf den gegenwärtigen Nothstand gehe, ergibt sich aus den zum Theil ganz außergewöhnlichen Maßregeln, zu denen sie zu greifen sich veranlaßt sehen. So hat die hiesige Regierung vor wenigen Tagen eine Verordnung erlassen, zufolge deren erstens bis zum Schlusse des Monats Mai alle Tauben im Lande eingesperrt werden müssen und zweitens das Knochensammeln auf den Feldern bei angemessener Leibesstrafe verboten wird; Letzteres deshalb, weil durch das Knochensammeln den Feldern ein Düngungsstoff entzogen werde und weil dabei sich die Gelegenheit zur Entwendung von Samenkartoffeln darbiete.

*Frankfurt a. M., 8. Mai. Die Regierungen mehrer deutschen Staaten, namentlich die Senate von Bremen und Hamburg, haben dem Vernehmen nach bereits Schritte gethan, um die Regierung von Washington zu einer Zurücknahme oder doch Abänderung des neuen Passagiergesetzes zu vermögen; vor Allem soll dahin gewirkt werden, daß zum wenigsten noch für dieses Jahr der Vollzug dieses Gesetzes suspendirt werde. Auch das Cabinet von St. James wird sich, wie es heißt, diesen Bemühungen anschließen. Es scheint jedoch nur wenig Aussicht dafür vorhanden zu sein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Aenderung ihrer diesfälligen Verfügungen würde bewogen werden können. Das fragliche Gesetz hat zum Zweck, ein weiteres Andrängen von Proletariermassen, die aus den europäischen Ländern den Vereinigten Staaten in nachgerade bedenklichem Grade zuströmen, zu verhüten; hier waltet eine von dem eignen Staatsinteresse gebotene Pflicht vor, der man ja in den europäischen Ländern selbst bekanntlich in weit ausgedehnterm Maß und mit einer oft allzu strengen Aengstlichkeit nachzukommen sich befleißt. Der Umstand, daß es in Zukunft fast nur Leuten des Mittelstandes möglich sein wird, eine neue Heimat in dem ame-

rikanischen Staatengebiete zu suchen, fodert nun um so mehr zu einer ernsten Prüfung der Auswanderungsfrage und zu möglichst baldiger Anwendung solcher Mittel auf, die geeignet sein dürften, so zahlreiche nützliche Kräfte an Menschen sowol wie an Capital dem eignen Vaterlande zu erhalten.

— Der Weser-Zeitung wird unterm 4. Mai vom **Main** über den Entwurf des Bundespreßgesetzes Folgendes geschrieben: „Nach nähern Mittheilungen, welche uns über die beabsichtigte Aenderung der Bundespreßgesetzgebung zugehen, dürften die desfallsigen Vorschläge Oesterreichs und Preußens auf folgenden wesentlichen Grundlagen beruhen. Die bestehenden Bundespreßgesetze werden außer Kraft gesetzt. Es bleibt aber jeder einzelnen Regierung überlassen, ob sie das bisherige Präventivverfahren beibehalten oder ob sie an dessen Stelle durch gesetzliche Bestimmungen das Repressivsystem einführen will. Für diesen Fall aber werden gewisse allgemeine Normen vorgezeichnet, welche die einzelnen Staaten in ihre Gesetzgebung aufzunehmen haben. Diese verlangen in ihren allgemeinen Bestimmungen strenge Strafgesetze für Preßvergehen, Garantien durch bedeutende Cautionen sowie für politische Tagesblätter durch die Concessionen, die in jedem Falle widerruflich sein sollen. Die engern Bestimmungen sind hauptsächlich auf die Beziehungen der einzelnen Bundesstaaten unter sich gerichtet und besonders streng normirt. Es soll dadurch vor Allem auch darauf hingewirkt werden, daß Preßvergehen und Angriffe gegen andere Bundesstaaten nicht ungeahndet begangen werden können, und es soll dem klagenden Theil in letzter Instanz durch den Bund selbst die Genugthuung vorbehalten sein. Auch scheint sich auf der einen Seite noch immer die Meinung geltend zu machen, daß es räthlich sei, in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse die Censur für die politischen Tagesblätter ganz beizubehalten oder im Falle von Uebertretungen für die Schuldigbefundenen sogleich zurückzuführen. Auch in Bezug auf das gerichtliche Verfahren in Preßsachen sollen gewisse Regeln festgesetzt werden."

Preußen.

Berlin, 10. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände verlangte und erwirkte der Abg. Mohr, daß das Wort „Gelächter", womit ein von ihm gestelltes Amendement begleitet worden sein sollte, aus den stenographischen Berichten ausgestrichen werde. Es wurden 81 Anträge an die Abtheilungen gewiesen. Der Marschall verlas seine Eingabe an den König in Betreff der Polenеingabe (Nr. 130) und da er darin gebeten hatte, der König möge selbst ausnahmsweise den Gegenstand, der eine Provinz betreffe, welcher sie Alle das lebhafteste Interesse widmeten, berathen lassen, so erhoben sich viele Mitglieder zum Zeichen des Dankes. Abg. Schauß empfahl, unter Bravos, den Rednern möglichste Kürze. Dann erstattete der Abg. v. Katte das Gutachten der vierten Abtheilung, betreffend die Petitionen der Abgg. Hansemann, Aldenhoven und Milde auf Abänderung des Reglements. Der Landtagscommissar willigte darein, daß das Gutachten nur nach und nach verlesen werde. Eine Stimmenverschiedenheit hatte sich in der Commission ergeben, indem 7 Mitglieder die gesammte Geschäftsordnung in Erwägung ziehen wollten, während 6 die formelle Competenz dazu bezweifelten, weil die Anträge nur auf einzelne Punkte gingen. Letztere Ansicht vertheidigten Graf Gneisenau und v. Massow. Der Landtagscommissar verwahrte sich zwar ausdrücklich gegen die Niedersetzung einer Commission, um königliche Gesetze einer Kritik zu unterwerfen, hatte aber gegen das Verfahren in diesem einzelnen Falle, wo im Betreff der meisten Punkte Petitionen vorlägen, nichts einzuwenden. Abg. v. Brünneck wünschte, daß jene Revision nicht gleich vollendet, sondern die weitere Erfahrung des Landtags benutzt werden möchte. Der Versuch, noch mehr über die Formfrage zu sprechen, erregte, nach der Erklärung des Landtagscommissars, Ungeduld, und man ging zur Sache und besprach zunächst das Interpellationsrecht, wobei der Antrag des Abg. Milde, wonach jeder Abgeordnete das Recht haben sollte, jederzeit über beliebige Gegenstände Fragen an den Landtagscommissar oder an den Departementschef zu stellen, sofern sie 24 Stunden vorher beim Landtagsmarschall angemeldet sind, zuerst zur Sprache kam. Die Abtheilung hatte abfällig begutachtet. Es erklärten sich 324 gegen 168, also nicht ganz zwei Drittel, dafür. Der Antrag des Abg. Baum, daß die königlichen Propositionen einige Zeit vor dem Landtage zur Kenntniß der Mitglieder gebracht werden möchten, ward, da man das dem König überlassen müsse, nicht angenommen. Ein Antrag des Abg. Hansemann auf Mitwirkung des Landtags bei Ernennung des Landtagsmarschalls fiel weg, weil er nicht gegen das Reglement, sondern gegen das Patent vom 3. Febr. gerichtet war.

Ein Vorschlag des Abg. Dulck in Betreff von Mitgliedern, die während des Landtags in Untersuchung kämen, fand nur geringe Beistimmung. Nicht angenommen ward auch ein solcher des Grafen v. Saurma in Betreff von zum Stimmenzählen beizugebenden Gehülfen. Dann handelte es sich um den Antrag, daß die Secretaire von den Ständen jeder Provinz erwählt werden sollten. Dafür sprachen v. d. Heydt, Hansemann, Naumann, v. Beckerath, Sommerbrodt, dagegen v. Byla, Graf Zech, Baron Gaffron, Frhr. v. Waldbott, und er ward mit 339 gegen 159 Stimmen angenommen. In Betreff der beantragten Wahl der Abtheilungen durch die Stände jeder Provinz sprachen die Abgg. Camphausen, Grunau, v. Brünneck dafür, Frhr. v. Vincke, der die Bestimmung des Reglements zweckmäßig fand, und Hansemann dagegen. Da Camphausen gemeint hatte, es komme bei dieser Wahl darauf an, bestimmte Gesinnungen und Meinungen hineinzubringen, so entgegnete Möves, es komme darauf an, in den Abtheilungen die Fähigkeiten und Erfahrungen zu haben, die geeignet sind, die vorliegenden Sachen gründlich zu prüfen und zu bearbeiten. Der Antrag erhielt 305 gegen 193 Stimmen, also nicht zwei Drittel. Dagegen fand ein Amendement des Abg. v. Brünneck, daß bei Bildung der Abtheilungen die Landtagsmarschälle zugezogen werden sollten, sehr zahlreiche Beistimmung. Die von demselben beantragte Bildung der Abtheilungen nach bestimmten Materien erklärte der Landtagscommissar für eine Ergänzung des Reglements, welche die Regierung gewiß berücksichtigen werde. Der Antrag, daß die Wahl des Vorsitzenden von der Abtheilung selbst erfolgen solle, hatte in der Abtheilung keine Unterstützung gefunden, ward aber mit 337 gegen 150 Stimmen angenommen. Dagegen erklärte sich die Mehrheit gegen die Ernennung des Referenten auf demselben Wege. Der Antrag desselben Abgeordneten, daß königl. Beamte nur auf Verlangen einer Abtheilung deren Berathungen beizuwohnen befugt sein sollten, fand keine Unterstützung. Angenommen ward der Antrag des Frhrn. v. Vincke, daß die Antragsteller diesen Berathungen beiwohnen dürften. Ebenso erhielt dessen Antrag, daß der Vorsitzende der Abtheilung den Referenten für den Vortrag in der Plenarversammlung zu erwählen habe, große Mehrheit, gab aber zu einigem Wortwechsel Anlaß, da der Landtagscommissar nachträglich hervorhob, daß er nicht vorher angemeldet und discutirt worden sei. Fast einstimmig ward der Antrag desselben Abgeordneten auf Bestimmungen über eine feste Tagesordnung angenommen. Der Antrag, die Plätze nicht nach Provinzen, sondern nach dem Loose zu vertheilen, fand keine Unterstützung. (A. Pr. Z.)

* **Berlin**, 9. Mai. Wir sind an mancherlei unerbauliche Züge von jener polnischen Aristokratie und Demagogie, die wir in keiner Weise mit dem Grundwesen des edlen Volks verwechseln, gewöhnt. Ebenso ist die Langmuth des deutschen Volks dem Auslande, der Anmaßung fremder Nationen gegenüber oft schon gerügt und in mancherlei Vorgängen nachgewiesen worden. Aber etwas Keckeres ist uns doch kaum vorgekommen, als daß Mitglieder des preußischen Vereinigten Landtags sich inmitten der Repräsentanten des preußischen Volks als Vertreter einer besondern polnischen Nationalität geriren, das große „polnische Nationalinteresse" an dieser Stelle vertreten wollen und sich auf „Verheißungen", auf Rechte berufen, während der große Proceß eben vor der Thür steht, der über die vor Gericht gestellten Theilnehmer an Versuchen gehalten werden soll, die auf Ermordung und Plünderung der Deutschen und auf gewaltsame Losreißung von Preußen, von Deutschland abzielten, in Aufruhr und Empörung gegen König und Land bestanden, während es noch im frischen Gedächtniß ist, wie entschieden die Polen gegen Preußen wie gegen Oesterreich ihre Pflicht und Treue mit Füßen getreten und damit wahrlich das Recht verwirkt haben, sich auf irgend welche „Verheißungen" und „Rechte" zu berufen. Und selbst uns hat es befremdet, daß sich so Wenige in der Versammlung fanden, die der polnischen Keckheit mit deutscher Wahrheit und Kraft entgegengetreten wären, und daß auch, was in dieser Beziehung geschah, nicht entschiedener erfolgte. Handelte es sich bei der „Nationalität", die sie in Schutz nehmen, blos um Sprache und volksthümliche Sitte, wie sie wol da und dort von einzelnen slawischen Stämmen in Deutschland, wie sie von den Basken, den Bretonen in Frankreich gepflegt wird, ohne daß jene Wenden und Celten deshalb schlechtere Deutsche oder Franzosen wären, so ließe sich nichts dagegen sagen; man soll dergleichen nicht systematisch angreifen, sondern der Zeit und eigner Einsicht überlassen, der Bildung den Vorzug vor der Gewohnheit zu schaffen. Aber darum ist es den vornehmen Herren, die längst über die Stufe natürlicher Anhänglichkeit an altes Volksthum hinaus und in die große Gemeinschaft blasirter Weltbildung eingetreten sind, nicht zu thun: für sie (wir reden von der Klasse, nicht von Einzelnen) besteht das große „polnische Nationalinteresse" eben in dem polnischen Staat und darin, daß sie wieder die Herrschaft darin führen, die alten Verwirrungen wieder herstellen und ihre Bauern wieder in der Weise behandeln können, deren angenehme Erinnerungen sich in den galizischen Ereignissen Luft machten. Das wird mancher wackere Mann unter diesen Herren, der jetzt aufrichtig für Vaterland und Menschheit schwärmt, nicht glauben wollen, würde es aber nur zu bald erfahren, wenn die Verhältnisse sich so gestalteten, wie er wünscht. Diese polnische Adelsnation hat sich im Unglücke nicht anders gezeigt als im Glücke: schlau ohne Weisheit, ränkevoll, umtreibend, im höchsten Grad unzuverlässig, verstellungsreich, heute im wildesten Uebermuth aufbrausend, und morgen als echte Jesuitenzöglinge und mit wahrer Katzennatur sich anstellend, als hätten sie kein Wasser getrübt, im Einzelnen vielgewandt und listig, im Großen über Welt und Zustände in gänzlichem Irrthume befangen und in völliger Gleichgültigkeit über die Wahl der Mittel. Eben deshalb fühlen sie auch nicht, daß sie durch ihr Verfahren sich immer mehr um die Theilnahme bringen, die ihrer Sache, nämlich der Sache, die sie vorschützen, die die Besten unter ihnen begeistert, hinter der aber die eigent-

Digitized by Google

lichte häßliche Kehrseite verborgen ist, eine Zukunft versprechen könnte. Der polnische Bürger und Bauer weiß es, wie unendlich er gewonnen hat, daß er nicht mehr dem polnischen Adelsstaate, sondern der volksfreien preußischen Monarchie angehört und unter dem Schutze deutscher Bildung und Gesinnung steht. Er ist treuer Bürger des deutschen Staats, und ob er dabei Polnisch oder Deutsch redet, ist gleichgültig. Die Schwärmer für das alte Polen haben keinerlei Aussicht als im allgemeinen Umsturz, und nur deshalb finden sie bei den Radicalen noch einigen Anhalt, die im gleichen Falle sind. Im Uebrigen ist es sonnenklar, daß ein Antrag einiger Abgeordneten des Großherzogthums Posen im Interesse der polnischen Nationalität und Sprache keine Sache des Vereinigten Landtags, sondern etwas rein Provinzielles ist.

In die Kategorie des Obigen gehört der neue Schwindel der Partei, die durchaus keine Sicherheit und Verständigung, kein vertrauensvolles Zusammenwirken zum Besten des Vaterlandes aufkommen lassen will, daß sie durch das würdige Organ ihres Publicisten in der Hamburger Börsenhalle verkündigen läßt, die Minorität sei zwar nur eine ziemlich kleine Minorität, aber die ungeheure Majorität sei eigentlich ganz derselben Meinung, habe aber nur nicht Klarheit und Entschiedenheit genug dazu. Ob man wol durch solche Complimente die Majorität zu gewinnen sucht? Aber wahr ist es, darin haben die Radicalen eine wunderbare Geschicklichkeit, Niederlagen zu bemänteln, zu beschönigen, und nichts kommt ihnen saurer an als einzugestehen, daß sie geschlagen sind. In ihrer Zähigkeit, in dem immer erneuerten Anbohren, in dem steten Zurückkommen auf den Punkt, auf dem sie hundert Mal gescheitert, aber doch einmal einen Vortheil zu erringen hoffen, und in dem Ausposaunen jedes Sieges, in der Kunst, aus Allem, wobei sie mitgewirkt, einen Sieg der Partei zu machen, liegt ein wichtiges Geheimniß ihrer Taktik.

3 **Königsberg**, 7. Mai. Eine Privatmittheilung in der Berliner Vossischen Zeitung gedenkt unruhiger Auftritte, die am 28. v. M. hier vorgefallen sein sollen, und erwähnt zugleich einiger Verhaftungen, die in Folge derselben vorgekommen seien. Zur Steuer der Wahrheit mag die Erklärung dienen, daß bis zum heutigen Tage auch nicht der geringste Exceß vorgekommen, und daß, wie der amtliche Nachweis ergibt, noch Niemand aus diesem Grunde verhaftet worden ist. Die hiesigen Bäcker sind bei dem Oberpräsidenten mit der Bitte eingekommen, ihnen Getreide aus den königl. Magazinen zu billigerm Preise zu überlassen, damit sie das Brot den Armen billiger und größer liefern können, und es ist nicht zu bezweifeln, daß ihr Gesuch Gewährung finden wird. Die Stadt hat bereits 5- bis 6000 Scheffel Saatkartoffeln für die Armen bestellt, die wiederum zu 1 Thlr. der Scheffel ihnen überlassen werden sollen. Mildthätige Frauen endlich vertheilen theils unentgeltlich Kartoffeln an die Armen, theils überlassen sie ihnen dieselben sehr billig. — Ueber die in Pillau stattgefundenen Excesse (Nr. 122) erfahren wir noch nachträglich, daß die Tumultuanten beschlossen hatten, am 3. Mai sich zu einem reichen Kaufmanne, dem Consul Elsasser, zu begeben, der Speicher voll Getreide hat, und diesem für den Scheffel Roggen 3 Thlr. zu bieten; wenn er ihnen aber dafür das Getreide nicht überließe, sprachen sie den Entschluß aus, es mit Gewalt zu nehmen. Die am 2. Mai bereits erfolgte Ankunft eines Regierungscommissars, der die Rädelsführer und Mitschuldigen sogleich verhaften ließ, machte jedoch der ganzen Bewegung ohne weitere Folgen ein Ende.

— Aus **Kosel** vom 7. Mai schreibt die Schlesische Zeitung: „Auf dem gestrigen Wochenmarkte wurden die Consumtibilien statt gekauft, leider gewaltsam weggenommen. Mehre Verkäufer verloren entweder ganz oder zum Theil ihre Verkaufsproducte. Gegen 30 Individuen wurden festgenommen."

Oesterreich.

Nach der Breslauer Zeitung ist am 2. Mai das Testament des Erzherzogs Karl feierlich eröffnet worden. Erzherzog Albrecht (geb. 3. Aug. 1817) tritt als Erstgeborener das Majoratserbe an und zahlt jedem seiner vier Geschwister (Karl Ferdinand [geb. 29. Jul. 1818], Friedrich [geb. 14. Mai 1821], Wilhelm [geb. 21. April 1827] und Marie Karoline [geb. 10. Sept. 1825]) eine jährliche Apanage von 30,000 Fl., deckt auch alle etwa vorhandenen Schulden derselben.

— Aus **Prag** vom 5. Mai schreibt die augsburger Allgemeine Zeitung: „Vorgestern ward auf dem Landtage beschlossen, daß 52 Mitglieder der ständischen Versammlung nach Wien abgehen sollen, um der Bestattung des Erzherzogs Karl beizuwohnen, als Repräsentanten der Theilnahme unsers Landes, dessen Generalcapitain der Verewigte bekanntlich gewesen ist. In der gestrigen Ständeversammlung ward auch beschlossen, aus der Mitte der Stände eine Deputation zu wählen, welche bei dem Kaiser die Bitte anbringen soll, den Erzherzog Stephan in Böhmen zu belassen. Diese Deputation wird vorläufig bei Erzherzog Stephan selbst anfragen. — Das Todtenamt für den Erzherzog Karl ist auf den 8. Mai festgesetzt. — Die feierliche Eröffnung des Landtags wird erst am 17. Mai stattfinden. — Nach dem pilsener, elbogener und saazer Kreis ist Militairverstärkung verlangt und bewilligt worden, weil man an mehren Orten Getreidekrawalle befürchtet. Der pilsener Kreishauptmann Graf Rothkirch war schon auf dem Wege nach Prag, um als Landstand dem Landtage beizuwohnen, kehrte aber zurück, da ihn eine Estaffette benachrichtigte, daß in seinem Kreis Unruhen ausgebrochen seien. Graf Johann Nostitz, Besitzer der Herrschaft Plan bei Marienbad, ertheilte dem dortigen Oberamte den Befehl, Fremden gar kein herrschaftliches Getreide, den Unterthanen aber so viel zu überlassen, als sie in geringern Quantitäten zum eignen Bedarf für Zehrung und Samennöthig haben, und zwar ohne Baarbezahlung, blos unter der Bedingung, es seiner Zeit in einem günstigen Jahre wieder in natura zurückzustellen."

Portugal.

Aus **Oporto** wird vom 29. April berichtet, daß dort Alles unverändert ruhig sei. Saldanha befand sich nach wie vor in Oliveira, und alle königl. Truppen unter Baron Cazal hatten sich südlich über den Douro zurückgezogen, wo ihr Hauptquartier Lamego war. Indessen war der Weintransport auf dem Douro immer noch von ihnen behindert. Eine Corvette von den königl. Blockadeschiffen, der 8. Juli von 20 Kanonen, war zur Junta übergegangen, die sich auf keine Uebereinkunft mit der Regierung soll einlassen wollen, wenn nicht ihren Truppen die Besetzung von Oporto und Lissabon als Bürgschaft gegen neue Staatsstreiche zugestanden werde.

— Die Times meldet vom 29. April aus **Lissabon**, daß die Königin und die neuen Minister die Vorschläge Lord Palmerston's zur Beilegung des Bürgerkriegs vollständig angenommen haben und eher bereit schienen noch mehr zu bewilligen. Oberst Wylde, der britische Commissar, war im Begriffe nach Setubal abzugehen und den Feindseligkeiten Einhalt zu thun. An dem Erfolge seiner Sendung könne kein Zweifel sein, sobald die Natur seiner Instructionen bekannt sein werde, welche im Falle der verweigerten Annahme von Seiten der Insurgenten ein sofortiges bewaffnetes Einschreiten Großbritanniens zu Gunsten der Königin mit sich brächten. Indessen werde das eine überflüssige Bestimmung sein. Eine vollständige Amnestie werde alle Führer der Parteien und auch die Gefangenen von Torres Vedras alsbald nach Lissabon zurückbringen, die Königin aber sei bereit, zu einem zu vereinbarenden Zeitpunkte die Cortes einzuberufen. Ihre Entschließung war übrigens Folge der erlangten Ueberzeugung, daß Setubal und Oporto nicht genommen werden könnten. Das neue Cabinet besteht aus dem Grafen Tojal, welcher die Finanzen und provisorisch die Marine und die Colonien verwaltet; das Departement des Innern hat Francisco Tavares de Almeida Proença, die Justiz und geistlichen Angelegenheiten Manuel Duarte Leitao, die auswärtigen Angelegenheiten und interimistisch das Kriegsministerium Ildefonso Leopoldo Bayard. Graf Tojal war dasjenige unter den Mitgliedern des abgetretenen Ministeriums, welches von Anfang für die englischen Vorschläge war; Leitao ist ein gemäßigter Septembrist und gibt dem Cabinet eine Art von Coalitionsansehen; Proença ist ein chartistischer Pair ohne große Bedeutung. Zwei Stellen im Cabinet sind also noch zu besetzen.

Großbritannien.

London, 6. Mai.

Das Unterhaus war gestern allein und von Mittag an versammelt. Annahme von Bittschriften und die Beförderung von Privatbills beschäftigten dasselbe zunächst. Die Bill über Entwässerungsanlagen ging durch das Comité, nachdem Lord Lincoln von seinem Antrag auf Ausdehnung derselben auf Schottland abgesehen hatte. Hrn. Walpole's Bill zur Verbesserung der Aufzeichnung der Wähler wurde zum zweiten Male gelesen. Sir H. Halford beantragte die zweite Lesung einer Bill, welche den unsaglich gedrückten Strumpfwirkern einige Erleichterung verschaffen soll. Keine Klasse Gewerbsleute sei solchen Entbehrungen durch Herabdrücken der Löhne und andere Ausbeutung durch Misbräuche unterworfen, wohin von der Bill unter Anderm auch das Verleihen von Strumpfstühlen an die Arbeiter gezählt wird, was auf bedauerliche Bedingungen hin geschehe. Die Debatte über diese Bill ward auf heute vertagt.

— Das Morning Chronicle glaubt, es würde für die Regierung und für das Land weit vortheilhafter gewesen sein, wenn das Parlament am Schlusse der letzten Session aufgelöst worden wäre. Die Folge der Unterlassung dessen sei, daß eine Periode nationaler Schwierigkeiten, welche von den Leitern der Angelegenheiten ungewöhnliche Festigkeit, Entschlossenheit und besonnene weite Voraussicht foderte, von einer durch ein Gefühl von Schwäche so gelähmten und von der angenommenen Nothwendigkeit der Versöhnung widerstrebender Ansichten so beirrten Verwaltung dirigirt wurde, daß dieselbe kaum von Woche zu Woche gewußt zu haben scheine, welche Maßregeln sie zu ergreifen wagen würde. Verzagtheit und ihr natürlicher Begleiter, das Schwanken, habe sich nur zu deutlich bei der Behandlung fast jeder wichtigern Frage geoffenbart. Von der verzögerten Suspendirung der Getreide- und Schiffahrtsgesetze (rücksichtlich der Getreideeinfuhr), die sogar den Tadel von George Bankes (torystischem Unterhausmitgliede für Dorsetshire) und seiner Freunde über ein Freihandelscabinet gebracht, bis zu dem unseligen Irrthume der Ausschließung der Katholiken von den Bewilligungen für Beförderung des Volksunterrichts, die einem Sir J. Graham Anlaß gab, Lord J. Russell eine

Lection über religiöse Freiheit zu lesen, sei eine ganze Reihe von Concessionen und zurückweisenden Beschlüssen vorgekommen, die sämmtlich Zeugniß von der falschen Position einer Verwaltung ohne sichere Majorität hinter sich abgäben. Seit Februar sehe man auch in den Unterhausverhandlungen den Einfluß naher allgemeinen Wahlen, und jetzt sei derselbe so stark, die unbefangene Erwägung jeder Vorlage zu verhindern, die zu einem Stichworte bei den Wahlen benutzt werden könnte. Das Morning Chronicle verspricht sich deshalb wenig Vortheilhaftes von dem Reste der Session. Je früher sie beendet werde, desto besser werde es sein. Ihr Gesammtergebniß werde unbefriedigend sich darstellen; allein es sei ein Fehlgriff gewesen, überhaupt auf eine solche Session sich einzulassen, und der alleinige Weg, Das gut zu machen, sei nun rasche Auflösung und Versammlung des Parlaments zum Herbste. Zugegeben wird, daß die unklare und ganz ungewöhnliche Gestaltung der Parteien eine Entschuldigung für das schwankende Verhalten der Minister sei. Aber auch in dieser Angelegenheit sei nur durch allgemeine Wahlen zur Gewißheit zu gelangen. Brächten dieselben Lord J. Russell eine entschiedene Majorität im Unterhause, so werde er mit der seinem Charakter eignen Bestimmtheit und Entschlossenheit handeln können. Erhalte man dagegen, wie wahrscheinlich, ein in der Art des jetzigen getheiltes Parlament, so werde nur durch eine auf breiterer Basis als jetzt bewirkte Combination von Staatsmännern eine kräftige Verwaltung zu erlangen sein. Das Morning Chronicle glaubt, die öffentliche Meinung sei auf ein solches Ereigniß sehr vorbereitet, und die Mehrheit der Nation würde mit ungetheilter Zufriedenheit Sir R. Peel und Lord J. Russell als Mitglied einer und derselben Verwaltung sehen. Die öffentlichen Vortheile einer solchen Vereinigung hält das Morning Chronicle für so wichtig, daß etwanige persönliche Motive, auch wenn dieselben weniger leicht als es der Fall sei zu beseitigen wären, keinen dieser ausgezeichneten Staatsmänner davon zurückhalten dürfte. Unter allen Umständen aber brauche England eine starke Regierung, da das Staatsschiff schwereres Wetter zu überstehen bekommen werde, als es bisher gesehen habe.

— Die am 3. Mai vom Staatssecretair für das Innere dem Unterhause vorgelegte Bill zur Errichtung einer neuen Centralbehörde zur Oberleitung der Armenpflege (Anwendung des Armengesetzes) in England soll an die Stelle der vor 1842 von Zeit zu Zeit erneuerten und damals auf fünf Jahre verlängerten Armengesetzcommission eine dem Parlament unmittelbar und direct verantwortliche Behörde setzen. Die Krone soll dieselbe ernennen, und sie wird einen Präsidenten (gleich dem Präsidenten des ostindischen Amtes) erhalten, welcher eigentlich verantwortlicher Minister der Armenpflege ist. Mitglieder der Behörde werden der Geheimerathspräsident, der Geheimsiegelbewahrer, einer der drei Staatssecretaire und der Schatzkanzler sein. Es sollen zwei Secretaire angestellt und der Präsident und einer der Secretaire Mitglieder des Parlaments sein können. Bisher mußten allgemeine Anordnungen der Armengesetzcommission 40 Tage vor dem Termine, wo sie anwendbar wurden, dem Staatssecretair für das Innere vorgelegt werden; sie mußten ferner unter der Unterschrift des Präsidenten und Gegenzeichnung des Secretairs, oder unter der von zwei Mitgliedern der Commission ausgefertigt werden. Die neue Behörde braucht für ihre Anordnungen die Unterschriften ihres Präsidenten und zweier Cabinetsminister. Sie erstattet ihre Berichte jährlich an die Krone, und sie werden dem Parlamente vorgelegt. Sie stellt zwölf Inspecteren an, von denen sie in ihren Beaufsichtigungspflichten unterstützt wird. Die ganze Einrichtung wird auf fünf Jahre beantragt, um dann mit Benutzung der gemachten Erfahrungen von neuem zur Erwägung des Parlamens gebracht zu werden.

— Die Nachrichten vom 4. Mai aus **Dublin** über das Befinden des Lordlieutenants lauten wieder schlechter. Aus Clare wird einer von den Irland eigenthümlichen barbarischen Meuchelmorden gemeldet. Ein Mann wurde auf der Landstraße von hinten her erschossen, ihm dann der Schädel eingeschlagen und der Kopf beinahe vom Rumpfe getrennt. Als Ursache vermuthet man die von dem Unglücklichen bewirkte Erwerbung einer im Mai zu Ende gehenden Pachtung. Auch auf eine Magistratsperson wurde in derselben Grafschaft geschossen, jedoch nur das Pferd derselben getroffen. Der Stand der Getreidemärkte wird als durchgängig flau geschildert.

— In Liverpool werden hinfüro aus Irland anlangende Deckpassagiere in der Quarantaine einer Untersuchung unterworfen und die kränklich befundenen in die Lazarethe verwiesen.

— Der russische Gesandte am brasilischen Hofe, Hr. Lomonoffoff, ist von Rio Janeiro in London eingetroffen, von wo er sich in einigen Wochen über Paris nach Petersburg begeben will.

Frankreich.

Paris, 7. Mai.

Die Pairskammer erhielt gestern durch den Justizminister Hrn. Hebert eine königl. Verordnung, welche den Pairsgerichtshof zusammenberuft, um über die Anklagen, welche gegen den Generallieutenant und Pair Despans-Cubières erhoben sind, zu urtheilen. Der General war in der Kammer anwesend, als einer der Secretaire, Graf Daru, die Verordnung verlas, und saß neben demselben auf dem Bureau, da auch er zu den Secretairen der Kammer gehört. Es sind die Art. 179 und 405 des Strafgesetzbuchs, auf die von der Anschuldigung Bezug genommen ist und die Betrug und Schwindelei betreffen. Das bleiche Gesicht des Generals verrieth zwar die gewaltsam niedergehaltene Bewegung, seine Haltung aber blieb kalt und ruhig. Nachdem die Kammer dem Justizminister Act über Empfang der Verordnung gegeben hatte, verlangte General Cubières das Wort und erklärte, wie er, durch langes Unwohlsein von den Sitzungen ferngehalten, mit Ungeduld dem Augenblick entgegengesehen habe, wo er wieder in der Kammer sein konnte. Mit Bedauern sehe er, daß nicht mehr Zeit sei, über die ernste Angelegenheit Aufklärung von der Tribune zu geben, die sie beschäftige, da er Angesichts der eingegangenen Mittheilung die Untersuchung abzuwarten habe. Niemand sei mehr dabei betheiligt als er, daß die Wahrheit an den Tag komme. In diesen Räumen habe diese den Lärm der Leidenschaften nicht zu fürchten; die Kammer werde dieselbe parteilos ermitteln und mit dem größten Vertrauen erwarte er das Resultat ihrer Untersuchungen. Bald darauf verließ der General den Saal. Die Kammer votirte noch mehre Gesetze von örtlichem Belange. In der Deputirtenkammer verlas Hr. Crémieux seinen gestern erwähnten Vorschlag, den Mitgliedern der Legislatur die Theilnahme an Unternehmungen zu verbieten, welche von der Concessionirung der Regierung abhängen. Die Begründung desselben wurde zum 10. Mai auf die Tagesordnung gebracht. Durch Hrn. Guizot wurde ein Gesetzentwurf zur Autorisirung der Stadt Paris, eine Anleihe von 25 Mill. zu einem, 4½ Proc. nicht übersteigenden Zinsfuße zu contrahiren, übergeben. Die Berathung der Supplementar- und außerordentlichen Credite für 1846 und 1847 wurde dann fortgesetzt. Die außerordentlichen Credite des auswärtigen Ministeriums für 1847 waren an der Reihe und 300,000 Fr. zu geheimen Ausgaben, welche sich darunter befinden, gaben Hrn. Bureaux de Puizy Veranlassung, auf Reducirung um 15,000 Fr. anzutragen, was aber nicht angenommen wurde. Man votirte vielmehr diesen und einen ähnlichen Posten zu geheimen Ausgaben für das Kriegsdepartement. Hr. de Beaumont fragte, ob dies Jahr ein Lager bei Compiegne gehalten werden solle, wozu er die Umstände sehr unpassend finde. Der Kriegsminister erklärte, daß noch keinerlei Anordnung wegen eines Lagers bei Compiegne getroffen werden sei. Hr. Dufaure erhob dann bei den für Algerien geforderten Crediten Anlaß über die Ueberschreitung des für die Colonie bestimmten Effectivbestandes von 94,000 M. zu klagen und der Kriegsminister versicherte, es werde im laufenden Jahre keine solche mehr stattfinden. Hr. de Beaumont fragte, was die neuerdings vom Akhbar angekündigte Expedition nach Kabylien bedeute, da unlängst die freiwillige Unterwerfung und ein Uebereinkommen mit den dortigen Stämmen verkündet worden sei, wonach dieselbe von dem Nichteinrücken französischer Truppen in jenen Landstrich abhängig gemacht scheine. (Nr. 120.) Der Kriegsminister nannte in seiner Antwort die erwähnte Expedition eine ganz friedliche Demonstration. Am Morgen erst wären noch Depeschen abgegangen, welche ihr beföhlen, diesen Charakter streng einzuhalten. Dieselbe gehe nach dem südlichen Theile von Kabylien, und später werde er der Kammer mehr davon sagen können. Es kam indessen zu weitern Verhandlungen dieser Angelegenheit, deren Vertheidigung am Ende Hr. Guizot führte und erklärte, der Theil von Kabylien, wohin die Expedition gehe, sei nicht jener, woron hinsichtlich der Uebereinkunft gesprochen worden sei. Auf eine Frage, ob er die Expedition billige, gab er keine Antwort, sondern verwies auf die ministerielle Verantwortlichkeit. Die Gelder wurden dann bewilligt. Eine Summe von 55,676 Fr. zu Ordenszeichen für neue Mitglieder der Ehrenlegion erregte mancherlei Bemerkungen über die zahlreichen Ordensverleihungen, und Hr. de Beaumont beantragte eine Verminderung um 15,000 Fr., die aber abgewiesen und der Posten bewilligt wurde.

— Die gestrige Verhandlung der Deputirtenkammer gibt den Stoff für die heutigen Betrachtungen der Blätter. Das Journal des Débats erklärt dabei seltsamerweise über die Expedition nach Kabylien, daß sie nicht nach dem nördlichen oder südlichen Theile des Gebiets bestimmt sei. Der Kriegsminister hatte den letztern aber als Ziel angegeben. Die «Presse» und die Oppositionsblätter überschütten das Ministerium mit erneuten Angriffen wegen dieser Expedition, die man erst verneinte, dann den Marschall Bugeaud habe vorbereiten und nun, nachdem die Kabylen sich unterworfen, als sogenannte friedliche Demonstration stattfinden lasse.

** **Paris**, 6. Mai. Die Pairskammer wird heute durch eine königl. Ordonnanz aufgefordert werden, sich zum Gerichtshofe zu gestalten und den General Cubières zur Rechtfertigung der im Jahr 1842 an Hrn. Parmentier geschriebenen Briefe zu ziehen. (Nr. 131.) Dem herkömmlichen Verfahren gemäß constituirt sich der Pairshof als solcher nicht früher als einen Tag nach der an ihn dazu ergangenen königl. Einberufung, worauf er bei geschlossenen Thüren aus seiner Mitte eine Untersuchungscommission ernennt, die den Angeklagten zu verhören hat. Diese Commission, an deren Spitze gewöhnlich der Kanzler (Präsident der Pairskammer) steht, erstattet dann über das Ergebniß des gepflogenen Verhörs einen Bericht, den anzuhören der Pairshof von neuem einberufen und dann der Tag festgesetzt wird, an welchem das öffentliche Verhör beginnen soll. Diese Vorarbeiten des Processes werden nothwendigerweise so viel Zeit weg-

nehmen, als die Erledigung der Civilklage Parmentier's gegen Cubières erheischen könnte. Zwar soll schon übermorgen der königl. Gerichtshof über diese Frage sein Urtel sprechen, es ist jedoch wahrscheinlich, daß er noch auf weitere 8 oder 14 Tage den Ausspruch verschiebt. Dies kann indessen, wie ich in meinem letzten Briefe schon bemerkt, keinen wesentlichen Einfluß auf die Criminalklagen vor dem Pairshofe üben; denn mag Hr. v. Cubières vom königl. Gerichtshofe freigesprochen werden oder nicht, die Briefe, die er geschrieben hat, enthalten nichtsdestoweniger entweder eine Verleumdung des ganzen Ministeriums von 1842 und des damaligen Ministers der öffentlichen Bauten insbesondere, oder eine Mitschuld an der Bestechung, die Letzterer jenen Briefen zufolge angenommen hätte. Daß dieser Anklagepunkt wegfallen wird, daß Hr. de Cubières Niemanden bestochen und die 50 Actien, zu 25,000 Fr. die Actie, für sich behalten hat, darüber waltet hier kein Zweifel mehr ob. Die Erklärung, die vorgestern Hr. Teste in der Pairskammer abgegeben, der Umstand, daß der ehemalige Kriegsminister diese Erklärung, welche alle in seinen Briefen behaupteten Thatsachen Lügen straft, voraussehen mußte, und dennoch nicht in der Pairskammer erschien, sowie daß er überhaupt vermeidet, öffentlich zu erscheinen, seitdem seine Briefe Gegenstand des öffentlichen Eigenthums geworden, endlich der Umstand, daß er bereits aus der Liste der Generale gestrichen, ohne die ihm zustehende Einsprache gegen diesen Beschluß zu erheben, das Alles deutet darauf hin, daß dem „ehrenwerthen" Pair die traurige Ehre vorbehalten ist, in der beginnenden Causo célèbre der erste, vielleicht der einzige Held zu sein, und der Präsident am Cassationshofe, Hr. Teste, bei der Sache nicht im entferntesten betheiligt ist. Dies geht überdies aus einem Schreiben Parmentier's an Cubières vom 5. Febr. 1845 hervor, worin Jener Diesen auffodert, ihren Streit gegen eine Einzahlung von 2 Mill. Fr. gütlich abzumachen, und worin es unter Anderm heißt: „Nur unter dem Vorwande der Nothwendigkeit einer Bestechung, woran ich nie geglaubt, woran zu glauben ich nur den Schein angenommen, bei der mich zu betheiligen ich aus Gründen, die Sie wissen, nur scheinen wollte, nur unter diesem Vorwande haben Sie mir ein Zehntheil der Actien (50) entrissen, mit der Absicht, es zu behalten, wiewol Sie dafür keinen Centime ausgegeben hatten; und nur der Gewalt weichend, entschlossen Sie sich, es zurückzugeben, als Sie die obschwebende Gefahr der Enthüllungen einsahen. Wen werden Sie vom Gegentheil überzeugen? Sprechen für mich nicht Thatsachen, Uebereinkommen und Briefwechsel?" Allerdings geht hieraus noch nicht mit voller Gewißheit hervor, daß Cubières 50 Actien erhalten und nach zwei bis drei Jahren zurückzugeben sich genöthigt sah; indessen Parmentier spricht in der angeführten Stelle nicht allein von Thatsachen, sondern auch von Uebereinkommen und Briefwechsel, die für ihn, d. h. für seine behaupteten Thatsachen sprechen, den Empfang und die Rückgabe der 50 Actien also bekräftigen. Parmentier wird ohne Zweifel als Zeuge im Procesſe vor dem Pairshof auftreten und seine Behauptungen durch schriftliche Documente belegen. Aber selbst in dem Falle, daß er das nicht hinreichend zu thun im Stande wäre und das Vertheidigungssystem einige Geltung fände, dem zufolge die Briefe Cubières' nur zu dem Zwecke geschrieben wurden, „um auf einige ehemalige Theilnehmer einen tiefen Eindruck hervorzubringen", würde dadurch die Anklage auf Verleumdung nicht wegfallen. Das Gesetz, welches die Verleumdung verpönt und ahndet, kümmert sich nicht um den Zweck des verbrecherischen Mittels, noch weniger darum, ob das verletzte Individuum in den Augen eines Einzigen oder Mehrer an seiner Ehre beeinträchtigt werde, sondern zuvörderst, ob die That den Charakter des Verbrechens an sich trage — was in den Briefen außer allem Zweifel liegt — und ob sie auf eine Art geübt werde, daß sie zur Kenntniß Vieler oder auch zur allgemeinen Kenntniß hätte gelangen können. Letzteres war aber, durch die vielen Briefe, wie vertraulich sie auch geschrieben sein mochten, nicht nur möglich, sondern auch leicht. Wenn sie erst nach fünf Jahren zur öffentlichen Kenntniß gelangt sind, ist das weder ein Verdienst noch ein Entlastungsgrund, der dem Verleumder zu statten kommen darf.

Von einer Seite, wo man hierüber richtigen Aufschluß zu haben vollkommen in der Fassung ist, wird versichert, die französische Regierung sei bei dem Anerbieten betheiligt, das Hr. Eynard dem Könige von Griechenland gemacht. (Nr. 131.) Auf Veranlassung und unter Bürgschaft derselben sei es nämlich geschehen, daß der edle Griechenfreund sich erboten hat, die 6—700,000 Fr. vorzustrecken, die Griechenland an die englische Regierung zu bezahlen hat. Das französische Cabinet, heißt es ferner, habe längst auf eigne Rechnung diesen Schritt thun wollen, glaubte aber hierin nicht offen und persönlich auftreten zu dürfen, um nicht den Anschein zu geben, als wolle es in Athen einen ausschließlichen und überwiegenden Einfluß erstreben und Englands Politik auch dort durchkreuzen, nachdem es dieselbe jenseit der Pyrenäen bereits durchkreuzt hat. Die Spannung, um recht zu sagen, der Bruch mit Frankreich und England, den die Doppelheirath hervorgebracht, hätte, wie man besorgte, durch ein von der Regierung selbst angebotenes Darlehn nur größer werden können, daher man es vorgezogen habe, denselben Zweck auf nicht-diplomatischem Wege, durch Vermittelung des Hrn. Eynard, zu erreichen. Wie Dem übrigens sein mag, ob Griechenland mit Hülfe der Tuilerien oder blos durch Hülfe eines einzelnen Franzosen aus einer Verlegenheit gezogen wird, von der die perfide Krämerpolitik Albions Vortheil zu ziehen hoffte, immerhin erleidet sie dabei eine Niederlage, die Lord Palmerston schmerzlicher empfinden wird als die vom 10. Oct. in Spanien.

Niederlande.

Aus dem **Haag** vom 5. Mai schreibt die Kölnische Zeitung: „Bekanntlich hatte die Regierung die Generalstaaten um die vorläufige Genehmigung des am 15. Jul. 1841 geschlossenen Handelsvertrags mit Belgien nicht angegangen, und ein Mitglied der Letztern, Hr. Hoffmann, hatte, darin eine Verletzung der Verfassung erblickend, den Antrag gestellt, die II. Kammer möge sich deswegen mit einer Protestadresse an den König wenden. (Nr. 126.) Dieser Antrag ist gestern mit 28 gegen 23 Stimmen zur weitern Berathung an die Abtheilungen verwiesen worden. Eine Niederlage für das Ministerium und ein neuer Beweis, wie sehr die Partei, welche in Holland auf eine Revision der Verfassung dringt, an Kräften zunimmt. Nicht minder beachtenswerth ist der von 17 Mitgliedern der Kammer gemachte Antrag, das Gesetz vom 18. Dec. 1845 in Betreff der freien Getreideeinfuhr bis zum 1. Oct. 1851 zu verlängern. Ferner die in der gestrigen Sitzung vorgelesene, von 100 angesehenen Kaufleuten aus Rotterdam bei der Kammer eingereichte Bittschrift, um auf Abschaffung der Mahlsteuer und die Ersetzung derselben durch eine Einkommensteuer anzutragen. Heute werden die Debatten über die Abschaffung des Getreidegesetzes vom Jahr 1835 anfangen."

— Von der zweiten Kammer der Generalstaaten ist am 6. Mai das an die Stelle des Gesetzes vom 29. Dec. 1835 vorgeschlagene neue über die Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrzölle von Tafelbutter, Getreide und Hülsenfrüchten mit 54 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Art. 8. desselben bestimmt, daß dasselbe in der Session von 1850/51 einer Revision unterworfen werden solle. Tafelbutter gibt von 100 Pfd. Einfuhrzoll 3 Fl., Durchfuhrzoll 10 Cent., Ausfuhr ist frei; die Getreidezölle variiren bei der Einfuhr von 8 Fl. bis 4 Fl. die Last, der Durchfuhrzoll für alle Gattungen ist 50 Cent., die Ausfuhr frei. Bohnen und Hülsenfrüchte geben 6 Fl. die Last Einfuhr-, 50 Cent. Durchfuhrzoll; Ausfuhr ist frei.

Schweiz.

Das Obergericht in **Bern** hat den Dr. W. Snell zum Mitglied der Prüfungscommission für die Fürsprecher gewählt. — In **Uri** sind alle Zeitungen der Censurcommission unterworfen worden. — In **Luzern** wurde am 5. Mai die Magd des Dr. Steiger verhaftet. (N. Z.-Z.)

Italien.

Nach einem in pariser Blättern enthaltenen Schreiben aus **Rom** vom 25. April ist der Contemporaneo, welchem gestattet worden war, in einem Supplemente die am 21. April, dem Jahrestage der Gründung Roms, gehaltenen Reden zu veröffentlichen, auf der Post und an den öffentlichen Orten der Hauptstadt in Beschlag genommen worden. Die Beschlagnahme war, wie es heißt, von dem österreichischen Botschafter verlangt worden, welcher für den Fall einer Weigerung der päpstlichen Regierung drohte, sofort seine Päße zu verlangen.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 28. April. Das durch den höchsten Tagsbefehl vom 7. April über die in hiesiger Festung incarcerirten Generallieutenants Trischatny und Dobrüschin', wie über einige Obersten, die sich, wie früher (Nr. 118) berichtet, so höchst gesetzwidrig in ihren Dienstchargen benommen, verhängte und von den hier anwesenden Generalen höchsten Ranges formirte Kriegsgericht ist vor einigen Tagen, nachdem der General Dobrüschin mit den übrigen Mitbetheiligten aus dem Kaukasus hier eingetroffen, eröffnet worden. Es hält seine Sitzungen im kaiserl. Winterpalais. Der Eröffnung des Gerichts wollte der Kaiser selbst beiwohnen. Mit Spannung sieht man dem gerichtlichen Spruch entgegen und vermuthet, der Kaiser werde ihn zwar in seiner ganzen Strenge bestätigen, aber nach einer kurzen Dauer Milderung eintreten lassen.

Wenn auch die meisten mittlern und Südgouvernements des großen Rußlands im vergangenen Jahre sich einer so gesegneten, ergiebigen Aernte zu erfreuen hatten, daß sie mit ihren Ueberschüssen ganz West- und Süderuropa auszuhelfen vermögen, so wurden doch auch viele Gouvernements im Norden und Westen von großer Mißärnte und werden daher jetzt von fühlbarem Mangel heimgesucht. Auch ganz Ostsibirien soll von diesem Mißgeschicke hart betroffen worden sein. Schon in den Jahren 1844 und 1845 litt es sehr durch totale Mißärnten, wegen welcher die Regierung sich genöthigt sah, Getreidedepots anzulegen. Wenn auch die vorjährige Aernte etwas günstiger ausfiel, so genügt sie dennoch beiweitem nicht zur Bestellung der Felder, zur Tilgung der erfolgten Krondarlehen und zur Consumtion der Bewohner. Ohnedem ist der Ackerbau in diesem Theile Sibiriens sehr geringhaltig. Vorrathsmagazine bestehen nicht. Industrie fehlt ganz. Die Zufuhren werden durch die weite Ausdehnung des Landstrichs und die große Entfernung der menschlichen Wohnsitze ungemein erschwert. Schon im März begannen aufs neue die Kronunterstützungen der Bauern. Den Getreidebedarf für diesen Theil Sibiriens bis zur neuen Aernte gibt man auf weit über 300,000 Tschetwert an. In frühern fruchtbaren Jahren versah das Gouvernement Irkutsk allein den ganzen nordöstlich gelegenen Landstrich bis an und jenseit Chinas Grenze. An 100,000 Tschetwert Korn be-

zogen von hier blos die Goldsandwäschereien im Gouvernement Jenisseisk. Diese, wohin die Bevölkerung aus dem europäischen und asiatischen Rußland mit jedem Jahre sich in immer größern Massen hinzieht, erheischen zu ihrer Consumtion einen eben so großen Kornbedarf als die ganze übrige Bevölkerung Nordsibiriens.

Türkei.

Folgendes ist der wahre Hergang des neulich (Nr. 124) berichteten Vorfalls in **Deir-el-Kamar** (Syrien), welcher eine zweite Auflage der erbaulichen Damaskusgeschichte zu liefern versprach. Am Vorabend des Palmsonntags hatten mehre christliche Knaben einer Procession beigewohnt; einer derselben, ein Kind von vier Jahren, verlief sich von seinen Kameraden und verirrte sich in der Dämmerung in den Gärten und Weinbergen. Als man den Knaben vermißte, wurden andern Tags die Wohnungen und Synagogen der Israeliten unter großem Tumult durchsucht, doch ohne Erfolg. Später fand man den Knaben in einem Weinberge liegen; er gab jedoch, von Hunger, Kälte und Ermüdung erschöpft, bald nachher den Geist auf. Die Wuth der bethörten Menge ward aber dadurch noch nicht beschwichtigt; man brachte die Sache an den Gouverneur. Dieser ließ indessen die Angeschuldigten in Freiheit setzen und ordnete auf Anbringen ihrer Glaubensgenossen eine gerichtliche Untersuchung an. Nächst der Einsicht des Gouverneurs verdankt man es der menschenfreundlichen Vermittelung des britischen Generalconsuls, Obersten Rose, daß der civilisirten Welt nicht aufs neue das Schauspiel einer, des finstersten Mittelalters würdigen Judenverfolgung zum Besten gegeben wurde. (Fr. J.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachrichten vom 16. April aus **Neuyork** melden, daß Veracruz und S. Juan de Ulloa am 29. März an General Scott sich ergeben haben. Die Einschließung von Veracruz war am 13. März vollendet; in der Nacht vom 18. März wurden die Laufgräben eröffnet und am 22. März der Platz zur Uebergabe aufgefodert. Nach erfolgter Ablehnung begann eine Batterie von sieben Mörsern die Bombardirung; am 24. März eröffnete eine zweite aus drei langen 32-Pfündern und drei Pairhans'schen 68-Pfündern, am 24. März eine dritte aus drei Mörsern und vier 24-Pfündern ihr Feuer. Die Stadt litt bedeutend davon, und eine Bresche war geöffnet, als am 26. März früh die Mexicaner Capitulationsanträge machten. Die Generale Worth, Pillow und Oberst Totten wurden zu der Unterhandlung bevollmächtigt, welche am 29. März zur Uebergabe von Stadt und Schloß führte. Die mexicanischen Truppen, 4000 M., zogen aus, streckten die Waffen und sind Kriegsgefangene, jedoch auf ihr Wort in ihre Heimat entlassen worden. Fünf Generale, 60 Oberoffiziere und 270 andere befanden sich unter den Gefangenen. Am Nachmittage des 29. März ward die Unionsflagge mit den Sternen und Streifen in Veracruz und S. Juan de Ulloa aufgezogen und von dem nordamerikanischen Geschwader salutirt. Der Verlust der Mexicaner wird als bedeutend geschildert; die Belagerer geben den ihrigen auf 65 Todte und Verwundete an. Ein herangekommenes mexicanisches Reitercorps unter General Vega wurde von den Belagerungstruppen in die Flucht geschlagen. General Morales weigerte sich zu capituliren, und General Landero unterzeichnete daher die Uebergabe. Erst während des Bombardements wollten die fremden Consuln mit ihren Familien Veracruz verlassen, wurden aber nun zurückgewiesen.

— In **Neuyork** trat nach Eintreffen dieser Siegesbotschaft ein Stillstand der Geschäfte ein. Die Schiffe, die Zeitungsbureaux, alle öffentlichen Gebäude und öffentlichen Plätze wurden mit Flaggen und Fahnen geziert, und es ist bereits ein Comité mit Vorbereitung einer großen Siegesfeier beschäftigt.

— Aus **Neumexico** wird berichtet, daß die Chimapa-Indianer 3000 Krieger stark die Waffen gegen die Amerikaner ergriffen und mit den andern Einwohnern sich vereinigt haben sollen.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 8. Mai. Der Geldmarkt in London ist, wie die neuesten Handelsbriefe von dort mittheilen, neuerdings einer drückenden Krisis verfallen. Die feinsten Wechsel, auf sechs Monate laufend, können nur zu 12 Proc. pro Jahr discontirt werden. Eine abermalige Erhöhung des Discontos von Seiten der Bank von England wird als unvermeidlich dargestellt. Man hatte gehofft, die russische Finanzoperation werde dem londoner Markte neue bedeutende Baarsummen zuführen. Es war aber diese Operation bereits in Paris, London und Amsterdam ausgeführt, bevor der betreffende Erlaß des russischen Kaisers zur öffentlichen Kenntniß gelangte; sie ist mit einem solchen politischen und finanziellen Scharfsinn bewerkstelligt worden, daß sie wol als ein neues Meisterstück der russischen Diplomatie bezeichnet werden kann.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 11. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br., 118⅛ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87⅛ Br. und bezahlt, 87 G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99½ G.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 58¾ G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200¼ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ Br.; Litt. B. 99¾ Br.; Köln-Mindener 90⅛ Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107¼ bezahlt; Pesther 100¼ Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100⅜ G.

Eisenbahn. Nach dem jetzt veröffentlichten Betriebsberichte des Directoriums der Oberschlesischen Eisenbahn betrug im verflossenen Jahre die Gesammteinnahme 520,471 Thlr., wovon auf den Personentransport (388,498 Reisende) 239,999 Thlr., die Nebenerträge 18,397 Thlr., den Gütertransport (1,443,147 Ctr.) 237,611 Thlr., die Pachten, Miethen und fixirten Einnahmen 7437 Thlr., von der Wilhelmsbahngesellschaft für den Koseler Bahnhof 2438 Thlr. und auf extraordinaire Einnahmen 14,587 Thlr. kommen. Die Gesammtausgabe bestand in 288,670 Thlr., von welcher Summe die Unterhaltung der Bahn 74,829 Thlr., der Gebäude 3651 Thlr., der Maschinen 66,739 Thlr., der Wasserkräne ꝛc. 1243 Thlr. und der Wagen 19,793 Thlr., die Besoldungen 94,945 Thlr., der Ersatz der Uniformen 6574 Thlr., die Bureaukosten 1822 Thlr., die allgemeinen Betriebskosten 17,162 Thlr. und die Amortisation der Prioritätsactien 1908 Thlr. in Anspruch nahmen. Mit Abrechnung der zu bezahlen gewesenen Zinsen pr. 143,345 Thlr. bleibt ein Ueberschuß von 48,454 Thlr., wonach mit Berücksichtigung, daß die Bahn von Königshütte bis Myslowitz nur drei Monate im Betriebe gewesen, neben den aufgekommenen Zinsen auf jede Actie pr. 100 Thlr. noch 1 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. an Dividende zu berechnen ist. Der oben nachgewiesene Betriebsüberschuß ist mit den in den Vorjahren gesammelten Ueberschüssen vereinigt worden und besteht nunmehr aus 69,884 Thlr., die den Reservefonds bilden. Die 24 vorhandenen Locomotiven haben 69,595 Meilen und davon nach Abzug der Probefahrten 69,359 Nutzmeilen zurückgelegt, sodaß durchschnittlich 28 Sgr. 10¾ Pf. pr. Nutzmeile zur Verwendung kamen. Im ersten Quartal des Jahres 1847, in welchem noch 10 Locomotiven beschafft werden sollen, haben sich die Dampferzeugungskosten pr. Meile bereits auf 10¼ Sgr. ermäßigt. Der Fuhrpark besteht aus Personenwagen für 1950 Reisende und Güterwagen für 26,440 Ctr. Ladung, daher etatsmäßig noch Personenwagen für 1074 Reisende und Güterwagen für 12,040 Ctr. Ladung zu beschaffen sind. Von den 1846 im Betrieb gewesenen 60 Personen- und 157 Güterwagen wurden zusammen 941,578 Meilen durchlaufen, daher jeder Personenwagen durchschnittlich 3723 und jeder Güterwagen 4574 Meilen zurückgelegt hat. Jeder Zug bestand im Durchschnitt aus 14—15 Wagen und die Gesammtnettolast an Personen und Gütern war gleich 24,374,410 Ctr. auf einer Transportweite von 1 Meile.

Was den Fortbau der noch unvollendeten 400 Ruthen langen Bahnstrecke von Myslowitz bis zur Przemsabrücke an der krakauer Bahn anlangt, so wird gleichzeitig mit der Eröffnung der letztern im Juni oder Juli auch jene fahrbar sein. Die bereits vollständig für den Betrieb eingerichtete Cokeanstalt zu Zabrze wird, da die Amtsgebäude nebst drei Familienhäusern bis zum Herbst im Ausbau beendet sein werden, in dieser Zeit gleichfalls in ihrem ganzen Umfange hergestellt sein. Dasselbe gilt von den auf dem breslauer Bahnhofe noch erforderlichen Steueramts- und Materialien-Depotgebäuden, sowie von den neu anzulegenden Gleisen zur Erleichterung des Kohlen- und Kalkverkehrs einerseits nach der strehlener Chaussee, andererseits über den Kiefersteck nach der Brüderstraße. — Dem Betriebsbericht ist ein Bericht über die Lage des Pensions- und Unterstützungsfonds der Beamten beigegeben. Die Einnahme desselben vom 1. April 1842 bis Ende December v. J. bestand in 14,013 Thlr., von welcher Summe 9772 Thlr. statutenmäßige Beiträge der Mitglieder waren, die Ausgabe in 557 Thlr., wovon 153 Thlr. auf Pensionen und 299 Thlr. auf Unterstützungen in Krankheitsfällen kamen. Zu Ende December v. J. betrug der Bestand 13,456 Thlr.

Eisenbahn. „Gestern Abend, berichtet die Neue Zürcher-Zeitung vom 7. Mai, manoeuvrirte die erste Locomotive auf zürcherischem Boden; es war die Aare, welche mit Tender und Wagen erst langsam die Gleise des Bahnhofs durchzog, dann über die neue Sihlbrücke ging und mit wachsender Geschwindigkeit das Sihlfeld durchlief. Die erste Probefahrt fiel mit Beziehung auf Bahn, Locomotive und Wagen ganz befriedigend aus."

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 11. Mai früh 7 Uhr: 2° 17″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 7. Mai. 2½pc. Int. 57⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅝; 4½pc. Handelsg. 173⅛. Paris, 6. Mai. 5pc. 115. 80; 3pc. 78; Neap. 102. 75; Bankact. 3250. Wien, 8. Mai. Bfact. 1593; Met. 5pc. 107⅛; 4pc. 97½; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 155¼; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Paris, 6. Mai. Paris-Orleans 1236¼; Paris-Rouen 945; Paris-Strasburg 425; Paris-Lyon 432½; Rouen-Havre 607½; Marseille-Avignon 770; Strasburg-Basel 193¾; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 587½; Nord 610. Wien, 8. Mai. Nordb. 170¼; Gloggn. 124⅛; Mail. 111⅛; Livorn. 89⅛; Pesth. 99½.

Berliner Börse, 10. Mai. Sechandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatssch. 93¾, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 94¼, schles. 96½, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92⅛, kur- und neumärk. 95⅛ Br.; Louisdor 111⅞, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109¾, Berl.-Hamb. 4pc. 107½ Br., Prior.-Act. 4½pc. 97½ Br., Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, 5pc. 101¼ Br., Berl.-Stettin 107⅞ Br., Breslau-Freib. 4pc. 99½, Cöln-Minden 4pc. 90½, Crak.-Oberschl. 4pc. 76 Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107⅛ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107, Niederschles. 80, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101¾ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½, Litt. B. 4pc. 97 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81½ Br., Rhein. 85½ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90¾ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86, Thüring. 4pc. 94¼ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81¾, Berg.-Märk. 4pc. 82½, Berl.-Anh. 99¾, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90, Magd.-Wittenb. 82¼ Br., Mail.-Bened. 4pc. 112½, Mecklenburg 74½ Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 83½ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94, (neue) 4pc. 93¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¾ Br, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bkcert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 300 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-Anl. 85, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9½ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Thüringische Eisenbahn.

Fahrplan für die Bahnstrecke von Halle bis Gotha und Eisenach

in Verbindung mit den Dampfwagen-Fahrten auf der

Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn

für die Zeit vom 10. Mai 1847 bis auf weitere Bestimmung.

Tour von Halle nach Eisenach.

Abfahrt von	Züge. I. Güterzug.	II. Personenzug.	III. Personenzug.	IV. Güterzug.
Halle	4½ Uhr Morg.	9 Uhr Vormitt.	2½ Uhr Nachmitt.	6 Uhr Abends
Merseburg	5 „ „	9¾ „ „	2⅔ „ „	6¼ „ „
Corbetha	5¼ „ „	9¾ „ „	2¾ „ „	6¾ „ „
Weißenfels	5¾ „ „	10 „ „	3¼ „ „	7 „ „
Naumburg	6¼ „ „	10¾ „ „	3⅔ „ „	7½ „ „
Kösen	6½ „ „	10½ „ „	3¾ „ „	7¾ „ „
Sulza	6¾ „ „	10¾ „ „	4 „ „	8 „ „
Apolda	7¼ „ „	11¼ „ „	4½ „ „	8½ „ „
Weimar	8 „ „	11¾ „ „	5 „ „	9 „ „
Vieselbach	8¾ „ „	12 „ Mittags	5¼ „ „	9½ „ „
Erfurt	9 „ Vormitt.	12¼ „ „	5¾ „ „	10 „ „
Dietendorf	9½ „ „	1 „ Nachmitt.	6 „ „	—
Gotha	10 „ „	1½ „ „	6½ „ „	—
Fröttstedt	10¼ „ „	1¾ „ „	7 „ Abends	—
Ankunft in Eisenach	11 „ „	2½ „ „	7½ „ „	—

Tour von Eisenach nach Halle.

Abfahrt von	Züge. I. Personenzug.	II. Personenzug.	III. Güterzug.	IV. Personenzug.
Eisenach	—	5½ Uhr Morg.	11 Uhr Vorm.	3¾ Uhr Nachmitt.
Fröttstedt	—	5¾ „ „	11⅓ „ „	4 „ „
Gotha	—	6¼ „ „	12 „ Mittags	4⅓ „ „
Dietendorf	—	6¾ „ „	12½ „ „	5 „ „
Erfurt	3½ Uhr Morg.	7 „ „	1 „ Nachm.	5⅓ „ „
Vieselbach	3⅔ „ „	7¼ „ „	1¼ „ „	5½ „ „
Weimar	3¾ „ „	8 „ „	1⅔ „ „	5¾ „ „
Apolda	4¼ „ „	8¼ „ „	2¼ „ „	6¼ „ „
Sulza	4½ „ „	8¾ „ „	2¾ „ „	6½ „ „
Kösen	4¾ „ „	9 „ Vormitt.	3 „ „	6¾ „ „
Naumburg	5¼ „ „	9¼ „ „	3½ „ „	7¼ „ Abends
Weißenfels	5¾ „ „	10 „ „	4 „ „	7¾ „ „
Corbetha	6 „ „	10¼ „ „	4⅓ „ „	8 „ „
Merseburg	6¼ „ „	10½ „ „	4¾ „ „	8¼ „ „
Ankunft in Halle	6½ „ „	11 „ „	5¼ „ „	8¾ „ „

1207

Bemerkungen. Die Eröffnung von Gotha bis Eisenach wird seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden.

1) Die Eröffnung der Bahn findet am 10. Mai bis **Gotha** statt.
2) Der 1ste um 3½ Uhr Morgens von **Erfurt** abgehende Zug führt die Reisenden von **Halle** mit einem Güterzuge nach **Leipzig** und mit einem Personenzuge nach **Magdeburg** und **Berlin** weiter.
3) Dasselbe gilt von dem 2ten, um 11 Uhr in **Halle** eintreffenden Zuge.
4) Mit dem 3ten Zuge, welcher um 5¼ Uhr in **Halle** eintrifft, können die Reisenden mit Personenzügen nach **Magdeburg**, **Wittenberg**, **Bernburg** und **Leipzig** erreichen.
5) Der letzte um 8¾ Uhr in **Halle** ankommende Zug führt die Reisenden mit einem Güterzuge um 9 Uhr nach **Leipzig** weiter.
6) An den 1sten von **Halle** abgehenden Zug schließt sich keiner der Magdeburg-Leipziger Bahn an.
7) Der 2te Zug, welcher um 9 Uhr von **Halle** abgeht, befördert unmittelbar Personen weiter, welche mit dem 1sten Personenzuge von **Magdeburg** und **Wittenberg** und mit dem 1sten Güterzuge von **Leipzig** in **Halle** eintreffen.
8) Mit dem 3ten um 2½ Uhr von **Halle** abgehenden Zuge werden die Reisenden sofort weiter befördert, die mit dem 2ten Personenzuge von **Magdeburg** und resp. von **Berlin** ꝛc. kommen. Ein unmittelbarer Anschluß von **Leipzig** her findet bei diesem Zuge nicht statt.
9) Dagegen können Reisende, welche mit dem 3ten Personenzuge von **Leipzig** in **Halle** ankommen, mit dem 4ten um 6 Uhr von **Halle** abgehenden Zuge auf der Thüring. Bahn bis **Erfurt** weiter fahren. Einen unmittelbaren Anschluß von **Magdeburg** her hat dieser Zug nicht.
10) Auf den Stationen **Corbetha**, **Vieselbach**, **Dietendorf** und **Fröttstedt** können Billets nur bis zu den je nächsten Stationen gelöst, und kann auch das Gepäck nur bis zu diesen expedirt werden.
11) Mit Ausnahme der sub 10 genannten Stationen und der Station **Sulza**, findet zwischen sämmtlichen Stationen unserer Bahn und den Stätten **Leipzig**, **Magdeburg**, **Cöthen**, **Dessau**, **Wittenberg** und **Berlin** directer Billetverkauf und directe Gepäckexpedition statt, jedoch sind die auf der einen Bahn für die Nachbarbahn gelösten Billets nur für den nächsten Anschlußzug auf dieser gültig.
12) Funfzig Pfund Gepäck kann jeder Passagier frei mit sich führen. Für jede 10 Pfund Uebergewicht werden aber die Sätze bezahlt, welche in den auf den Stationen aushängenden Tarifs angegeben sind.
13) Die Courierpost nach und von **Frankfurt a. M.** schließt sich an den um 10 Uhr Abends in **Erfurt** ankommenden Zug an und trifft Morgens daselbst so ein, daß der erste um 3¼ Uhr nach **Halle**, **Leipzig**, **Berlin** und **Magdeburg** u. s. w. abgehende Zug benutzt werden kann.

[1928—29]

Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Die geehrten Actionaire der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft werden hierdurch eingeladen, sich

Dienstag den 8. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

im hiesigen Börsenhause zu der im §. 24 des Gesellschaftsstatuts angeordneten **ordentlichen Generalversammlung** einzufinden. In derselben sollen:

I. der Geschäftsbericht des Directoriums vorgetragen;
II. der Rechnungsabschluß über die bisherige Verwaltungszeit vertheilt;
III. die anderweite Wahl der statutengemäß ausscheidenden Mitglieder vorgenommen, und
IV. die unten wörtlich aufgeführten Anträge einzelner Actionaire in Gemäßheit des §. 32 des Statuts, soweit sie sich innerhalb der Grenzen desselben bewegen, zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden.

Jeder Actionair, welcher an dieser Generalversammlung Theil nehmen will, hat am 3., 4. und 5. k. M., Vormittags von 8—12 Uhr, im Bureau der Gesellschaft, Schifferstraße Nr. 1 und 2, die auf seinen Namen lautenden oder ihm gehörig cedirten, gültigen Quittungsbogen niederzulegen und darauf eine Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte in die Generalversammlung dient, zu empfangen, auf welcher die Anzahl der ihm gebührenden Stimmen vermerkt, und ohne welche der Zutritt zu derselben nicht gestattet ist. Es steht indeß auch frei, die Quittungsbogen an jenen Tagen bei dem Bureauvorsteher **Dittmar** nur anzumelden und verzuweisen, worüber ebenfalls eine als Einlaßkarte dienende Bescheinigung ertheilt werden wird, in diesem Falle sind jedoch dieselben Quittungsbogen beim Eintritt in die Versammlung an den genannten Beamten nochmals vorzuzeigen. Da jedoch hierdurch der Anfang der Generalversammlung möglicherweise sehr aufgehalten werden könnte, so erscheint es wünschenswerth, daß die Herren Actionaire behufs ihrer Legitimation den zuerst angedeuteten Weg der Deposition einschlagen.

Die deponirten Quittungsbogen können am 10., 11. und 12. k. M., Vormittags von 8—12 Uhr gegen Rückgabe der darüber ertheilten Bescheinigung wieder in Empfang genommen werden.

Magdeburg, den 5. Mai 1847.

Der Ausschuss der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.
C. Deneke, Vorsitzender.

Anträge.

A) Der Antrag des Herrn **J. Hirschfeld in Berlin:** mit der Direction der Berlin-Hamburger Eisenbahn darüber in Unterhandlung zu treten, daß sie nach Vollendung des Baues der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn den Betrieb auf derselben übernehme.

B) Die Anträge der Herren **A. H. Heymann, C. L. Frank, H. Jacob und Emil Ebeling in Berlin:**
1) den Bau der Bahn so lange zu sistiren, bis die nächste Generalversammlung anderweitig darüber beschließen wird;
2) die Generalversammlung verlangt das im §. 39 der Statuten vorgesehene gezwungene Ausscheiden von sämmtlichen Mitgliedern des Ausschusses und sofortige neue Wahlen an deren Stelle.

C) Die Anträge des Herrn Oberlandes-Gerichtsraths a. D. **Augustin zu Potsdam:**
1) daß die Generalversammlung in Folge des ihr §. 39 des Statuts vorbehaltenen und auch sonst gesetzlich begründeten Rechts das Verlangen ausspreche, daß sämmtliche Mitglieder des Ausschusses respective deren Stellvertreter ihr Amt sofort niederlegen, und
daß schon in dieser nächsten Generalversammlung zur Wahl neuer Ausschußmitglieder und Stellvertreter für dieselben geschritten werde;
2) daß die Gesellschaft erkläre, die im §. 23 den erst gewählten Geschäftsvorstehern ertheilte Vollmacht habe sich nicht über die Zeit ihrer durch §. 38 bestimmten Amtszeit erstreckt, und es habe im vergangenen Jahre deshalb ⅓ der Ausschußmitglieder ausscheiden müssen;
3) daß der neu zu wählende Gesellschaftsausschuß sofort zur Wahl eines neuen Directorii schreite, und daß unter allen Umständen das Directorium von der Generalversammlung angewiesen werde:
a) die Annullirung der Quittungsbogen, worauf die zweite Einzahlung nicht geleistet worden, aufzuheben;
b) eine neue Auffoderung an die Besitzer der ältern Quittungsbogen zur Leistung der zweiten und dritten Einzahlung zu erlassen;
c) bis dahin, daß diese Einzahlungen geleistet werden, die Gesellschaftsrechte der wirklichen Einzahler, sowie die gegen die Nichteinzahler angestellten Processe zu sistiren;
d) diejenigen Quittungsbogen, auf welche die Einzahlung der Auffoderung ad b zufolge nicht geleistet wird, zu annulliren und an deren Stelle die ersten Zeichner, welche Einzahlungen geleistet haben, als wirkliche Actionairs anzuerkennen, respective diejenigen, welche die Einzahlung nicht leisten, von neuem dazu aufzufodern und gegen sie weiter nach den Statuten zu verfahren;
e) denjenigen Zeichnern, auf deren Actien nachträglich in Folge der Auffoderung ad b Zahlungen eingehen, die geleisteten Zahlungen zurückzugeben, und deren Quittungsbogen zu vernichten;
4) daß ein Beschluß über die durch alle diese Weiterungen entstandenen und noch entstehenden Kosten gefaßt werde. [1867—69]

Die Sächsische Fluss-Assecuranz-Compagnie zu Leipzig

hat ihren achtzehnten Rechenschaftsbericht pro 1846 abgelegt, und das unterzeichnete Directorium bringt hiermit zu allgemeiner Kenntniß, daß auf jede Actie (von 166⅔ Thlr. baarem Einschuß) außer 6⅔ Thlr. Zinsen, eine

Dividende von 27 Thaler

auszutheilen, der Reservefonds pro Actie auf nahe an 87 Thlr. angewachsen ist, und überdem eine

Rückprämie von 38 Procent

an alle Diejenigen zur Auszahlung gelangt, welche im Jahre 1846 Güter bei der Compagnie in Segelschiffen oder in Dampfschiffen mit ½ Procent Prämie versicherten.

Jene 27 Thlr. pro Actie können auf dem Comptoir der Anstalt hier oder bei Herrn **Carl Mitzschner** in Dresden erhoben werden, wohingegen die Rückprämie von 38 Procent diejenigen unserer Bevollmächtigten gewähren werden, bei welchen die Versicherung geschlossen, resp. bei den Versicherungen von Hamburg nach Sachsen da, wo die Prämie dafür gezahlt worden ist.

Mit dem 31. December d. J. erlöschen jedoch alle Ansprüche an die Rückprämie.

Durch verfassungsmäßige Wahl ist der aus dem Directorium geschiedene Herr **J. Büchel** in dasselbe wiederum eingetreten.

Dem kaufmännischen Publicum empfehlen wir unser vaterländisches Institut zu recht häufiger Benutzung, **wozu es nur der bestimmten Aufgabe an die Verlader der Waaren bedarf, dieselben unter sächsischer Assecuranz zu versichern.**

Leipzig, im April 1847. [1759—61]

Das Directorium der Sächsischen Fluß-Assecuranz-Compagnie.

Gasthaus-Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den geehrten Herren Badereisenden hiermit nochmals anzuzeigen, daß er das, auf einem der schönsten Plätze zwischen Teplitz und Schönau situirte Gasthaus „Zum Neptun", bestehend in einer großen Anzahl sehr freundlicher Zimmer, einem großen Speisesalon, mit einem vor demselben befindlichen anmuthigen Blumengarten — bereits seit vorigem Jahre im Besitze hat. Zugleich dankt er höflichst für den ihm zu Theil gewordenen zahlreichen gütigen Besuch während der verjährigen Badesaisen, und schmeichelt sich, auch dieses Jahr durch eine reelle, schnelle und höfliche Bedienung, durch billige Preise und Güte der Speisen und Getränke sich die Zufriedenheit der geehrten Herren Gäste zu erwerben.

Teplitz, im Mai 1847. [1884—86]

August Fischer,
Besitzer des Gasthauses „Zum Neptun".

Verkaufs-Anzeige.

Das auf der südöstlichen Seite der Stadt **Nordhausen** zu gesellschaftlichen Vergnügungen sehr angenehm gelegene, der Schützencompagnie daselbst gehörige, in sehr gutem baulichen Zustande befindliche Schützenhaus, mit Nebengebäuden, Schießgräben, Garten, Gras- und Obstnutzungen, Kegelbahn und sonstigen Zubehörungen, soll öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Dazu ist der

30. Juni 1847, [1909—11]

Morgens 10 Uhr, im Locale des Schützenhauses angesetzt, und werden Kauflustige eingeladen. Die Verkaufsbedingungen werden vor Beginn der Licitation bekannt gemacht, können aber auch schon vorher sowol beim Justizrath **Maximilian** als beim Schützenhauptmann **E. Spangenberg** zu Nordhausen zu jeder Zeit eingesehen werden.

Ritterguts-Verkauf.

Das den Herren Karl Theodor, Karl Otto und Karl Reinhold Gebrüder Esche zugehörige, im Saal-Eisenberger Kreise des Herzogthums Sachsen-Altenburg höchst romantisch gelegene, von Kahla, Jena und Roda 1½ St., von Neustadt a. d. Orla 3 St., von Weimar 5 St. und vom Anhaltepunkte der Thüringischen Eisenbahn bei Apolda 4 St. entfernte Mannlehnrittergut

Schiebelau

soll erbregulirungshalber nebst Allodien und einem vollständigen lebenden und todten Inventarium

Dienstag den 29. Juni d. J.

von Vormittags 11 Uhr an durch den Unterzeichneten im Wege des Meistgebots, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, verkauft werden. Es gehören dazu circa 4 Acker Gärten, 25 Acker Wiesen, 140 Acker Felder, 182 Acker Holz, 20 Acker Teeden resp. Obstplantagen ꝛc., den Acker zu 300 zehnelligen Quadratruthen gerechnet. Das Nähere ist aus den bei den Herren Gebrüdern Esche zu Schiebelau, sowie bei dem Unterzeichneten ausliegenden Verkaufsbedingungen ersichtlich, von welchen der Letztere gegen Erstattung der Copialien und Postporto auf Verlangen Abschrift ertheilt.

Kauflustige werden ersucht, sich am gedachten Tage auf dem Rittergute Schiebelau einzufinden und ihre Gebote bis Mittag 1 Uhr anzubringen.

Altenburg, den 1. Mai 1847. [1917—19]

Hofadvocat **Karl Hempel.**

Herabgesetzte Preise.

Friedrich der Große und seine Zeit. Von Dr. K. F. Reiche. 12 Lieferungen mit 24 Stahlstichen für 2 Thlr.

Peter der Große und seine Zeit. Von Dr. K. F. Reiche. 7 Lieferungen mit 14 Stahlstichen für 1½ Thlr.,

Verlag von **Ch. E. Kollmann** in Leipzig,

sind zu diesen **Spottpreisen** durch alle Buchhandlungen zu beziehen. [1914]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 12. Mai. **Einen Jux will er sich machen**, Posse mit Gesang von Nestroy. Weinberl, Herr **Berthold** der Jüngere, vom Thaliatheater zu Hamburg, als Gast.

Donnerstag, 13. Mai. **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. Alice, Fräulein Grünberg.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 132. (12. Mai 1847.)

Ueberblick.

Preußen. (+) Berlin. Die Einkommensteuer. Vorschußverein.
Italien. * Rom. Orioli über das Censuredict.
Türkei. ◊ Konstantinopel. Türkische Civilisation. Polizeiwesen. Conscription.
Handel und Industrie. Die Uebereinkunft Rußlands mit der Bank von Frankreich. * Stockholm. Die Aernte. — Die Einnahme des Zollvereins.
Ankündigungen.

Preußen.

(+) **Berlin**, 8. Mai. Wenn die Regierung dem Vereinigten Landtage die Einführung einer Einkommensteuer proponirt, und sich nun in der liberalen Bourgeoisie (man lese die Berliner Blätter), selbst in den liberalen Deputirtenkreisen immer mehr Bedenken gegen die Einführung dieser jüngst noch so viel gepriesenen Steuermethode erheben, so daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Proposition von dem Landtag angenommen werden wird, so thut man hier sehr lehrreiche Blicke in unsere politischen und socialen Verhältnisse. Es ist außerordentlich unerwartet gekommen, daß diese Steuer von Staats wegen in Vorschlag gebracht ist; indessen in den communalen Verhältnissen der Monarchie ist die Einkommensteuer durchaus nicht so neu, wie es in der Regel angenommen wird. So ist z. B. in den Städten Naumburg und Halle die Einkommensteuer schon als Communalsteuer eingeführt und es ist von daher keine Klage darüber zu uns gedrungen. Ueber die Verhältnisse der dortigen Einkommensteuer ist vor längerer Zeit in der naumburger Bürgerversammlung von Hrn. v. Florencourt ein Vortrag gehalten worden, den man auch in einem Hefte der eingegangenen Monatsschrift des Assessors Eberty, «Reform» (Bd. 2, Heft 3) gedruckt nachlesen kann. Die Einkommensteuer, welche jetzt von Staats wegen vorgeschlagen wird, ist also durchaus nicht etwas ganz Neues, sondern bereits in dem preußischen Communalleben vorbereitet. Es heißt in dem §. 56 der Städteordnung vom 19. Nov. 1808: „Die Gemeinde ist verbunden, alles Dasjenige, was zur Befriedigung des öffentlichen Bedürfnisses erfodert wird und aus dem Gemeindeeinkommen nicht bestritten werden kann, auf die Stadteinwohner zu vertheilen und aufzubringen.“ Hierin ist also die Zweckmäßigkeit der Einkommensteuer ausgesprochen, dieselbe ist auch noch in neuester Zeit durch ein Ministerialrescript vom 30. April 1837 anerkannt worden, indem dadurch auch eine Erhebung besonderer Communalsteuern, namentlich eine Einkommensteuer, für zulässig erklärt wurde. Von den Ministerien des Innern, der Polizei und der Finanzen sind ferner durch Circularverfügung vom 9. Nov. 1838 an sämmtliche Regierungen die „Grundzüge eines Gemeinde-Einkommensteuerregulativs“ erlassen worden, doch haben, so viel wir wissen, nur die beiden Communen von Halle und Naumburg davon Gebrauch gemacht.

Diejenigen also, welche behaupten, die Besteuerung des Einkommens erscheine als ein durch und durch neuer Vorschlag, müssen in der innern Entwickelung der preußischen Zustände nicht allzu sehr bewandert sein; das Neue bei der proponirten Einkommensteuer ist nur Das, daß sie aus dem Communalkreis auf den Staatsverband übergeführt, also von Staats wegen eingerichtet werden soll. So viele Gründe nun auch für und gegen die Einkommensteuer angeführt werden, so schlägt doch in den besitzenden Klassen überall die Besorgniß durch, daß sie nur zum Vortheile der proletarischen Massen hoch besteuert werden sollen. Diese Besorgniß wird jedenfalls auch in dem Landtag einen sehr starken Ausdruck finden, aber auch diese Besorgniß scheint eine illusorische zu sein, denn welche Veränderung bei den gesellschaftlichen Zuständen der Gegenwart auch in der Steuererhebung vorgenommen werden wird, am Ende wird jede Steuer auf die Arbeit zurückgeführt werden können. Folgender Satz, welchen Friedrich Saß im sechsten Capitel seines Buches „Berlin in seiner neuesten Zeit“ niedergeschrieben hat, mag hier Beherzigung verdienen: „Es scheint uns eine Illusion zu sein, wenn man auf nichts Anderes als auf eine Veränderung in der Steuererhebung dringt und z. B. die Einführung einer Einkommensteuer verlangt, während die Frage der Steuerverwendung gänzlich unberücksichtigt gelassen wird. Denn wie auch die Regulirung der Steuern stattfinden möchte, so lange die Steuerverwendung nicht zu den besondern Gunsten der besitzlosen Klassen stattfindet, so lange wird, unter dem Gesetze des Privaterwerbs und der Concurrenz für die Arbeiter, keine wirkliche Erleichterung stattfinden. Wider ihren Willen wird ihr Arbeitslohn immer nach dem Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse für ihre physische Existenz normirt werden, und es wird Denen, die über ihnen stehen, immer sehr leicht sein, den ganzen Druck der Besteuerung, welche sie «philanthropisch» scheinbar abgenommen haben, wieder auf die besitzlose, arbeitende Masse zurückzuwälzen.“ Wenn sich nun aber in unsern besitzenden Ständen dessenungeachtet eine so große Agitation gegen die Einkommensteuer kundgibt, so kann man daraus den jedenfalls richtigen Schluß ziehen, daß sie, indem sie ihr Interesse wahren und rechte Egoisten sein wollen, doch nicht ihr Interesse richtig verstehen, denn verständen sie dieses und wären sie Egoisten im vollsten Sinne des Wortes, so würden sie wol gar nichts gegen die Einkommensteuer einzuwenden haben, in dem Bewußtsein, daß es ihnen nicht schwer halten solle, sich den directen Steuerbetrag aus der Arbeit der Proletarier wieder indirect und vielleicht mit Wucherzinsen zu verschaffen. Bis zu solchem Egoismus läßt es aber die deutsche Philanthropie noch nicht kommen, man bleibt Egoist in gewissen «moralischen Grenzen»!

Zu den vielen berliner Wohlthätigkeitsinstituten ist ein neues gekommen, nämlich ein „Vorschußverein“, welcher die polizeiliche Genehmigung erhalten hat. Er will keine religiöse Confessionen ausschließen und heruntergekommenen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden bis zu 50 Thlr. Vorschüsse machen, um ihre gänzliche Verarmung zu verhüten, wenn sie genügende Bürgschaft stellen können. Schon früher ist hier ein ähnlicher Verein mit speciell jüdischer Tendenz gestiftet worden. Das Unternehmen ist zwar ganz löblich, wer aber noch genügende Bürgschaft stellen kann, wird auch ohne einen solchen Verein 50 Thlr. aufbringen.

Italien.

* **Rom**, 26. April. Das Censuredict Cardinal Gizzi's vom 15. März d. J. (Nr. 89) hat die Exaltirten, d. i. dermalen die Masse, nicht befriedigt, man erwartete mehr; indessen scheint die Regierung, was sie gethan, wohl erwogen zu haben, denn sie weiß nur zu gut, daß bei einer auch nur um ein Geringes höher potenzirten Freiheit der Presse hier Alles aus den sehr locker gewordenen Fugen gehen und der Scherz ein Ende nehmen müßte mit Schrecken. Da hat sich nun Professor Orioli, der früher an der Spitze der Agitationsmänner Italiens viele Jahre auf Korfu als Exulant die Physik lehrte, jetzt amnestirt, erhoben, ein Wort der Verständigung zu reden. Er that dies in einem Sendschreiben an einen berühmten Namen derselben Partei: „Sopra l'Editto di Segretaria di Stato del 15 Maggio 1847, lettera del Prof. Francesco Orioli al celebre Signor Marchese Massimo d'Azeglio,“ aus welchem ich folgendes Wesentliche übersetze:

„Da ich über das Edict so viel hin und her reden hörte, so wollte auch ich es in Muße lesen, um mir ein Urtheil darüber zu erlauben. Frei gestanden, ich hielt das sogar für meine Pflicht, damit es nicht scheine, als sei ich in den heimatlichen Bienenstock wieder eingezogen als unnütze Drohne. Was indeß diesen Punkt betrifft, so wissen Alle, daß ich wie einst so auch jetzt noch mein Vaterland heiß liebe, auch keineswegs der Mann bin, in einer Zeit, wo der Meinungskampf freigegeben, aus Herzlosigkeit und Trägheit die Hände feiernd in den Schoos zu legen, sondern daß ich unter Tausenden Einer ohne Prahlerei und Keckheit auf dem Platze zum muthigen Streite gegen den Irrthum mich stellen kann und will, wenn dieser nach meiner Ueberzeugung durch weitern Fortschritt dem öffentlichen Wohle Schaden zu bringen droht. Was sagt nun also nach meiner geringen Einsicht das Edict vom 15. März? Gewiß, es sagt nicht: Nun haben wir Preßfreiheit; die Presse ist nun ohne Zaum und Zügel. Aber welcher Vernünftige hätte auch das erwarten können? Ich wahrlich nicht, und glaube darum kein Narr zu sein; auch Sie nicht, eine Blüte vom Baume der Weisheit. Das Edict will eine Präventivcensur, die unter uns immer war. Trotz alle Dem (Segen über Pius IX., den wahrhaftigen Pontifex Optimus Maximus!) müssen der neuen Verordnung in der Zukunft große Verbesserungen nothwendig folgen. Politik war bei uns noch neulich ein verschlossenes und verbotenes Buch; die Verwaltungsacte der Regierung waren factisch und rechtlich ein unberührbarer Gegenstand der Besprechung. Dagegen sagt heute das Edict: «Bei der großen durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Menge von Schriften, die sich theils oder ausschließlich, direct oder indirect über Politik verbreiten (d. h. bei so vieler factischen Freiheit, deren sich unsere Presse durch landesherrliche Nachsicht zu erfreuen begann), will Se. Heil., daß anständige Preßfreiheit nicht verkümmert werde», d. h. der factischen Freiheit wird die Freiheit durch das Gesetz hinzugarantirt. «Es soll (mit den nachbestimmten Cautelen) erlaubt sein, die Tagsgeschichte sowie die Maßregeln der öffentlichen Verwaltung zu besprechen.» Dem Himmel sei also Dank, denn es ist dies schon etwas, oder vielmehr in dem richtigen Calcul eine sehr mächtige Potenz. Es ist, besinne ich mich recht, noch gar nicht lange her, wo Niemand es sich hätte träumen lassen, noch weniger es zu fodern wagte. Ein wenig Geduld. Wir schreiten weiter und gar nicht wenig auf Einen Schritt. Doch jubeln wir nicht vor der Zeit. Im Edict ist hinzugefügt, man wolle nicht, daß die Freiheit in Willkür ausarte. Ihr Gebrauch ist somit durch die Obliegenheit gebunden, einem Censurrathe zur Bewilligung vorzulegen, was man über jene Materien drucken möchte: eine Einrichtung, die, wenn nicht Neuerung, Manchem als Beibehalten einer gehässigen Vergangenheit vorkommt. Dabei sollten sich die Unzufriedenen doch erinnern, daß wir nicht in England, nicht einmal in Frankreich sind, welches sich auch ein freies Land nennt mit einer Constitution, einer durch Autonomasie so geheißenen Charte, und wo trotz alle Dem die berüchtigten Gesetze vom 19. Sept. 1835 in Kraft stehen, in deren repressiven Elementen weniger Nachsicht als Gefahr ist. Wir leben im Lande des Summus Pontifex, wo, wäre Pius nicht, der Gedanke allein an politische Schriften der Art, wie wir sie nun frank und frei loslassen, ein Unsinn sein würde, der, um es nur andeutend zu bezeichnen, im Kerker abgebüßt werden müßte.

Auch trägt, was man nicht übersehen wolle, der durch das Edict eingesetzte Censurrath mehr als Einen Keim nur zu einer Entwickelung nach vorwärts. Nun ist nicht mehr einziger Censor der Padre Maestro del sagro Palazzo; Vorsitzer mit ihm oder mit dem ihn vertretenden Provinzialpräsidenten sind in einem Collegium auch Andere Räthe geworden. Wir haben die Möglichkeit und das Recht zu appelliren empfangen, werden wir einmal abgewiesen. Die Censoren werden innerhalb bestimmter Zeiträume neu ge-

Digitized by Google

wählt. Es sind auch Laien in die Behörde gekommen und sie vorzüglich durch ihr der Wichtigkeit des Amts entsprechendes Verdienst. Und erlauben wir uns selbst die beleidigende Voraussetzung, daß die erwählten Censoren das Gesetz zu eng, zu streng und willkürlich auslegten, so sollten wir doch, denke ich, darum noch nicht verzweifeln. Denn Gott sei gedankt! wir hörten bis heute noch nichts von Härte, Unbeugsamkeit und Taubheit Pius' IX. gegen alles wahrhaft Billige und Gerechte, daß wir fürchten könnten, ein uns geschehenes und erwiesenes Unrecht würde von ihm unberücksichtigt zurückgewiesen werden. Meinerseits setze ich großes Vertrauen in die Denkungsweise und die unbegrenzte Güte unsers Fürsten und Herrn, die ihm die Hände reichen; viel auch vertraue ich auf unser gereiftes Zeitalter, welches in Dingen der Presse vernünftigere Ansichten verbreitete, die kostbare Früchte gebracht bei Schriftstellern sowol wie bei Denen, welche die Schlüssel der Presse führen. Und aus diesem Grunde besorge ich auch gar nichts wegen Art. 4, Tit. II., welcher den Druck jeder Schrift verbietet, durch welche den Unterthanen die Acte, Formen und Einrichtungen der päpstlichen Regierung direct oder indirect gehässig gemacht oder Factionen unterhalten und Volksbewegungen gegen die Gesetze veranlaßt werden.

Nichts besorge ich. Denn da wir den Geist unsers Regenten erkannt haben, so kann ich mich nicht überzeugen, daß diesen Worten ein anderer Sinn als der des Rechten und Vernünftigen unterliege; jener Sinn, daß die Censoren alles Ernstes und nicht zum Spaße den Druck inhibiren müssen von alle Dem, was evidenterweise und nicht durch gewaltsame und erzwungene Auslegung, vielmehr offen jene Uebel hervorrufen will, gegen welche jener Artikel die Censur waffnet. Ja, ich glaube fest, daß ein anderes Verständniß jenes Artikels von Seiten der Censoren wie von Seiten des Publicums eine Beleidigung wäre gegen die Regierung, deren Worte so auszulegen, daß sie ungerecht erscheinen, weder statthaft noch zweckgemäß ist. Ich glaube ferner, daß, wo Dergleichen von einem Censor zu befürchten stände oder wirklich vollzogen würde, die Schande davon auf ihn allein zurückfallen müßte und nicht auf den Fürsten, welcher auf Ansuchen des dabei Interessirten die wahre Erklärung davon nicht vorenthalten wird. Außerdem ist der Artikel solcher Art, daß er im schlimmsten Falle selbst die Mittel zur Abstellung seines möglichen Misbrauchs an die Hand gibt. Stehe auch immerhin der Censurbehörde das entscheidende Urtheil über die Natur jener Reden zu, so wird sie dieselbe entweder billigen, und somit sind sie frei von jeder Strafe, oder sie wird sie nicht billigen und ihren Druck verhindern; in diesem Falle beugt sie der Unannehmlichkeit der Strafe vor und der Belangung vor dem Tribunale. Ich höre, Art. 5 ist Vielen als zweideutig erschienen, da, wo ohne alle Individualisirung die Veröffentlichung von Reden nicht gesetzlich bestätigter Vereine untersagt ist. Ich kann dies nur in dem Sinne des Conterts von Reden und Versammlungen verstehen, in denen Materien debattirt werden, und in einer Weise, die und wie sie in den voraufgegangenen Artikeln nicht freigegeben ist. Eine andere Interpretation wäre lächerlich. Denn Versammlungen von der Natur, daß sie für ihre Legitimität der Genehmigung entbehren können, sowie schuldlose, in ihnen gehaltene Reden, die Annahme eines Druckverbots gegen diese wäre abgeschmackt.

Ich habe noch des Schmerzes zu gedenken, den Einige aus Art. 1 und 2 desselben Titels empfinden rücksichtlich des durch verhältnißmäßige Caution verantwortlich gemachten Herausgebers und des auf die periodische Presse mit Anzeigen angewendeten Stempelgesetzes. Auch mit diesem Schmerze sympathisire ich nicht. Denn ich sehe, daß der freie Engländer und Franzose mit seinen Journalen diesen Schmerz ohne die geringste Klage erträgt, und zwar einen Schmerz über ungleich größere Summen und über viel drückendere Fiscalität, wenn man es so nennen darf. In Ländern mit Preßfreiheit ist diese Stempeltaxe eine reiche Finanzquelle für die Regierungen zur Erhaltung vieler Ressorts, welche diese Angelegenheit und der Gebrauch der Freiheit andererseits nöthig machen. Können wir, für die der Weg der Abgabenerleichterungen kaum eingeschlagen wurde, dürfen wir hoffen, daß ihre Wohlthaten uns gar nichts kosten sollen? Die Freiheit ist überall theuer und eine Veranlassung von Auflagen im Publicum. Und dabei höre ich mit Freude, daß die Regierung für dieses Jahr die Anwendung des Stempelgesetzes auf die bereits bestehenden Zeitschriften suspendirt hat. Die neuen Herausgeber wollen Geduld haben und sich damit trösten, daß die Abgabe unbedeutend ist; auch die Caution scheint das Doppelte oder Dreifache des Strafmaximums nicht zu übersteigen; die Stempelabgabe (4 Quattrini für den Bogen) ist niedrig und durch Privatübereinkunft vielleicht noch auf ein Geringeres herunterzubringen."

Türkei.

* **Konstantinopel**, im April. Die moderne, große Aufgabe der von französischen und andern Abenteurern direct und indirect bevormundeten und aufgeklärten Türken, die Civilisation, für welche jetzt nicht nur in der Hauptstadt allein, sondern auch in den Hauptstädten der Provinzen recht schön angestrichene dreiterne Gebäude und gut dotirte, zum Haupttheil aus orthodoxen crassen Ignoranten bestehende Lehrer aus dem Stegreife hervorgezaubert werden, während die für Gymnasien und Akademien, mit denen das europäischen Augen zugängliche Land bald bespickt sein dürfte, hinlänglich gebildeten Zöglinge entweder in der Wiege oder noch im Mutterleibe hausen, hat gleichwol ihre höchste Ausbildung bis zu den kleinsten Nuancen in den indirecten Abgaben und der Polizei der Hauptstadt erreicht. Ja, die fortgeschrittene Civilisation ist bereits so weit, außer allen andern sehr reichlichen Abgaben auch die Einkommensteuer mit 3 Proc. auf den Miethzins und damit verbunden eine Menge den Fremden und Miethsmann vorzüglich berührende, Geld kostende Plackereien ins Leben gerufen zu haben. Daß übrigens die ganze Polizei hauptsächlich nur Gelderpressungen für den Staat im Minimum und im Maximum für dessen treue Polizeiverwalter bezweckt und gerade Den am schwersten trifft, der in jedem civilisirten Lande denselben am wenigsten unterworfen ist, während Diejenigen, für welche diese eigentlich sehr nöthig wäre, allen Plackereien entgehen, ist höchst drückend, unzweckmäßig und doch, leider! wahr. Den größten Unannehmlichkeiten aber unterliegt der anständige Reisende, der mit Dampf- oder Segelschiffen angelangt in die schmutzige Herrlichkeit der Meeresbeherrscherin einzugehen sich erkühnt. Vom Schiffe an den Scalen, dem Landungsplatz, angelangt, wird seine Bagage von dem Träger nach der Mauth geschafft, und derselbe muß, wenngleich er keinen Faden Mauthbares bei sich führt, doch dem inspicirenden Mauthdiener, der sich die Mühe nahm, auf unverschämt grobe Weise den Mantelsack und Koffer zu durchsuchen, den ungewünschten und brutalen Dienst mit einem klingenden Geschenke belohnen, wenn er anders ohne großen Zeitverlust und Zank loskommen will. So weit wäre das noch recht, wenn auch nicht billig. Allein der Lastträger, der sich einstweilen für seinen kurzen Weg reichlich belohnen läßt, verweigert es, die von der Mauth nicht weiter beanstandeten Effecten nach einem Gasthause zu bringen, bevor ein von dem Woiwoden Peras oder Galatas, je nach welchem Quartier man zu gehen gedenkt, erlassener Erlaubnißschein vorgezeigt werden kann. Er eilt nun zu der bezeichneten entlegenen Behörde und ist oft genöthigt, eine Stunde, ja wol noch länger in der dunkeln Vorhalle, vor der Thür des schreckenerregenden Gefängnißloches, unter den Schergen zu warten, bevor er, wenn er das Unglück hat noch vor 9 Uhr zu kommen, vor den Schreiber des gewaltigen Polizeimeisters zu gelangen das Glück hat. Von diesem mit Grandezza behandelt, erhält er die Weisung, entweder einen Kanzleischein der resp. Gesandtschaft oder einen Caventen oder den Beherberger erst vorzustellen, sintemal von dem Paß und Teskere entblößt, die auf eine andere Polizeiabtheilung gelangt sind, der arme Reisende nichts zu seiner Rechtfertigung aufzuweisen vermag. Ist es noch zu früh, sich von seiner erst um 11 Uhr sich erschließenden Kanzlei einen Beglaubigungsschein, der ohne den vorenthaltenen Paß nicht leicht ausgefertigt wird, zu verschaffen, hat er keine Kenntniß des Platzes und will er nicht den ganzen Tag seine Effecten jeder Chance auf der Mauth bloßstellen, so kann er nur mittels eines reichlichen Lohnes von einem Polizeikaraß sich die Gnade verschaffen, vor den Bey geführt und von diesem mit dem Polizeidiener nach der Mauth gesendet zu werden, um sich und seine Sachen nach langer Mühe und Opfern nach einem Gasthofe befördern zu lassen. Eine gleiche Procedur erwartet ihn, falls er das Gasthaus oder die Stadt verlassen will. So dem anständigen Reisenden; derjenige hingegen, der seine Effecten selbst zu tragen vermag oder nichts führt als vielleicht die Absicht, das Tragbare sich erst zu verschaffen, bleibt von allen diesen Plackereien verschont. Ebenso sind alle Angestellten der europäischen Diplomatie hiervon befreit, daher dieser Uebelstand wol noch ziemlich lange währen dürfte. Wäre die Maßregel auch dem Zwecke, die Taugenichtse und das zuströmende Gesindel aller Art vollkommen zu beobachten und im Zaume zu halten, entsprechend, so verdiente die schnöde Art, jeden Ankommenden für einen Spitzbuben zu halten, doch noch Rüge und Abhülfe; aber um wie viel drückender muß diese erscheinen, wenn man sieht, daß gerade Diejenigen, für die solche Maßregeln eigentlich nöthig sind, denselben in der Regel entschlüpfen, und es bleibt daher in der That höchst wünschenswerth, wenigstens eine schnellere Expedirung und mehr Höflichkeit eingeführt zu sehen, der höchst lästigen und kostspieligen Prellereien nicht zu gedenken.

Auch die Conscription zeigt die Uebel, die allen türkischen Reformen drohen; führen wir zum Beleg den Erfolg der im Herbste vorigen Jahres in Brussa vorgenommenen Aushebung an. Es waren dort von der zum Lesen bestimmten Zahl bei einem Contingente von 173 M. nur 40 leer ausgegangen. Unter den conscribirten Individuen waren, trotz des strengen großherrlichen Befehls, doch eine gute Anzahl Leute, die längst das dreißigste Jahr zurückgelegt, und sehr viele, die bereits bei der frühern Landwehr, mit häufigem Effectivdienste, fast acht Jahre gestanden hatten. Da nach dem neuen Reglement nach vollbrachtem fünfjährigem Linienbienste noch sieben Jahre Landwehrdienst geleistet werden müssen, so dürfte eine große Anzahl erst weit in den Vierzigen den harrenden Familien und dem häuslichen Leben zurückgegeben werden. Auffallend war es, daß bei einer Bevölkerung der Stadt und des Districtes von wenigstens 30,000 männlichen Seelen nur 213 M., und diese meist über die vorgeschriebenen 35 Jahre alt, zur Losung zugelassen wurden, da es bei einer solchen Volkszahl nicht an jungen unbeweibten Individuen fehlt, das geringe Contingent zu completiren, ohne die vielen Familienväter vom heimatlichen Herd und Erwerbe zu nehmen. Daß diese und die so sehr abnehmende Bevölkerung durch solche Misgriffe ernstlich leiden und die versprochene Milderung der Conscription dadurch nur scheinbar geworden, ist außer Zweifel, und unter solchen Umständen das Hauptbedürfniß des türkischen Staats, die Vermehrung der türkischen Bevölkerung, bedeutend außer Augen gelassen. Wenn nicht die Absicht zu Grunde liegt, vorerst alle noch dienstfähigen Individuen auszuheben, um erst die folgenden Ziehungen mit den jüngern zu beginnen, so läßt sich der gegenwärtige Misbrauch des klaren Befehls nicht begreifen, und es scheint, als dürften die guten Absichten des wohlwollenden Herrschers in ihrer Ausführung, selbst in Bezug auf seine eigne Nation, noch lange ein pium desiderium bleiben.

Handel und Industrie.

Das Journal de St.-Petersbourg vom 1. Mai enthält folgende Erklärung in Betreff der Uebereinkunft mit der Bank von Frankreich: „Von der Summe der 30 Mill. R. S., die zum Ankaufe von Staatspapieren angewiesen, sollen die 50 Mill. Fr. verweggenommen werden, welche die kaiserl. Regierung für die neulich bei der Bank von Frankreich angekauften Renten zu bezahlen hat. Die zu diesem Zweck in Paris abgeschlossene Uebereinkunft hat in der finanziellen und politischen Welt lebhaftes Aufsehen erregt, sie ist von den Zeitungen verschiedentlich ausgelegt worden. Wir wollen die wahre Bedeutung dieser Maßregel auseinandersetzen. Ueberrascht von einer Finanzkrisis, die aus einem Zusammentreffen unglücklicher Umstände entsprang, hatte die Bank von Frankreich, um den dringenden Anforderungen des Handels und der Gewerbe zu begegnen und dieselben nicht der Unterstützung zu berauben, welche sie bei dieser großen und nützlichen Creditanstalt zu finden gewohnt sind, bereits zu verschiedenen Auskunftsmitteln ihre Zuflucht genommen, wie zu einer Anleihe in England und zu einer Erhöhung des Discconto. Diese Maßregeln zeigten sich als unzulänglich, und die Bank hatte daher, um im Stande zu sein, die stets wachsenden Bedürfnisse des Publicums zu befriedigen, die Angemessenheit des Verkaufs eines Theiles der in ihrem Portefeuille befindlichen öffentlichen Fonds, um den Baarvorrath zu vermehren, in Erwägung gezogen. Unter diesen Umständen ließ die kaiserl. Regierung ihr durch Vermittelung unsers Geschäftsträgers in Paris einen für beide Theile gegenseitig vortheilhaften Vorschlag machen, nämlich: zu einem mit beiderseitiger Einwilligung festgesetzten Preise die öffentlichen Fonds, welche die Bank zu verwerthen beabsichtigte, bis zum Belaufe von 50 Mill. Fr. anzukaufen. Die Uebereinkunft wurde unverzüglich zu gegenseitiger Befriedigung abgeschlossen. Sie war vortheilhaft für die Bank, weil sie ihr das Geld, dessen sie bedurfte, von außerhalb verschaffte und sie zugleich des Verlustes überhob, dem sie in Folge des fernern Sinkens des Curses der Staatspapiere an der pariser Börse ausgesetzt gewesen wäre, wo das Erscheinen einer so starken Masse von Fonds unfehlbar eine fortschreitende Verringerung ihres Verkaufspreises bewirkt haben würde. Das Geschäft war für Frankreich von Nutzen, indem es auf so gelegen kommende Weise der Gefahr des Mangels an baarem Geld abhalf, der auf alle Productionsquellen zurückwirkte, indem es die Besorgnisse zerstreute, welche die Handelsbewegungen lähmten; indem es das Vertrauen herstellte und den Curs der Renten zum Steigen brachte. Die französische Regierung, die Bank und die unparteiischen Organe der Presse verfehlten auch nicht, dem Schritte der kaiserl. Regierung den Werth eines Dienstes, eines wohlwollenden Verfahrens gegen Frankreich beizulegen. Eine unter dem Titel Portefeuille erscheinende Zeitschrift, welche die Bedeutung der Uebereinkunft mit eben so viel Scharfblik als Richtigkeit gewürdigt hat, spricht sich, indem sie die glücklichen Folgen anerkennt, welche für Frankreich daraus hervorgegangen sind, folgendermaßen aus: «Diese günstige Lage ist die Frucht des Dienstes, welchen die kaiserl. russische Regierung der Bank geleistet, eines Dienstes, der sich als ein wohlwollendes Verfahren gegen ganz Frankreich erweist. Es wäre ungerecht, es zu verkennen, und wir für unser Theil hatten es für würdiger und edler, laut zu erklären: es ist ein großer Dienst, er muß fruchtbar in seinen Wirkungen sein; nur Unredlichkeit und lächerliche Eitelkeit könnten dies bestreiten.» — Vermöge der innigen Beziehungen, welche zwischen den Hauptmärkten bestehen, die den Credit in Europa regeln, konnte diese Uebereinkunft nicht verfehlen, zugleich einen wohlthätigen Einfluß auf die Finanzlage Englands auszuüben, wo die Geldkrisis sich ebenfalls fühlbar machte. Das Steigen, welches sofort in dem Curse der Fonds an der londoner Börse eintrat, ist ein Dienst, wofür England der kaiserl. Regierung Dank schuldig ist, wie es auch mehre Blätter jenes Landes offen eingestanden haben.

Gehen wir jetzt zu unserm eignen Interesse über und prüfen wir die Vortheile, welche Rußland von dem Ankauf der von der französischen Bank verkauften Fonds zu ziehen berufen ist. Vom rein-fiscalischen Gesichtspunkte betrachtet lag schon ein wesentlicher Vortheil darin, einen Theil der Metallmasse, die unser Reservecapital bildet, in einen Ankauf von vollkommen soliden Renten umzuwandeln: auf die Zahlungsfähigkeit Frankreichs kann auch nicht der Schatten eines Zweifels fallen, und es ist gewiß, daß es keine sichrere Zahlung gibt als die der Staatsschuld dieses Landes. Der kaiserl. Schatz hat den Ankauf dieser Renten in einer Zeit gedrückten Standes und namentlich zu dem sehr niedrigen Preise von 115 Fr. 75 Cent. für die 5proc. bewirkt. In kurzem muß die Rente wieder auf ihren Normalstand gelangen. Noch im vorigen Jahre wurde die 5proc. zu 122 Fr. notirt; sodaß, abgesehen von einem jährlichen Einkommen, das mehr als 2 Mill. Fr. beträgt, und welches Rußland von dieser Anlegung ziehen wird, der kaiserl. Schatz auch die Aussicht hat, diese Renten in der Folge mit einem reinen Gewinn von einigen Mill. auf das in dem Geschäft angelegte Capital wieder verkaufen zu können. Aber ein Gewinn dieser Art hat nur einen ganz untergeordneten Werth im Vergleich zu den Handelsinteressen, welche dieses Geschäft, zu dem wir uns Glück zu wünschen haben, im höchsten Grade begünstigt. Bekanntlich ist Frankreich durch die Getreideneth in die Nothwendigkeit versetzt, gewaltige Massen von Feldfrüchten vom Auslande zu beziehen. Der ziemlich geringe Belauf der französischen Ausfuhr nach Rußland nöthigt Frankreich, fast den ganzen Betrag der Lebensmittel, die es in unsern Häfen holt, in Geld zu bezahlen; baares Geld aber ist es eben, woran es Frankreich fehlt. Dieser Umstand veranlaßt den Handel dieses Landes, seine Geschäfte vorzugsweise nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu richten, die Getreide in Ueberfluß haben, und wo die französische Ausfuhr einen acht oder neun Mal stärkern Werth ausmacht, als sie ihn in Rußland erreicht. Indem nun also die kaiserl. Regierung Frankreich die Bezahlung unsers Getreides durch den Ankauf seiner Renten erleichtert, leitet sie natürlich den Handel dieses Landes nach unsern Häfen im Schwarzen Meer und in der Ostsee zurück und verschafft Rußland einen beträchtlichen Getreideabsatz zu Preisen, die ein außerordentlicher Begehr sehr erhöht hat und wovon unser Ackerbau beträchtlichen Gewinn ziehen wird. So hat die kaiserl. Regierung, indem sie Frankreich zu Hülfe kommt, dessen Geldverlegenheit mehr oder weniger auf die andern Börsen Europas zurückwirkte, zugleich ein sowol für den Schatz wie für den Handel des Kaiserreichs vortheilhaftes Geschäft gemacht. Für Diejenigen, welche in den Finanzumsätzen nicht bewandert sind, wollen wir nur noch bemerken, daß dieses Geschäft keine Barrenmassen aus Rußland entfernen kann. Die Handelsbilanz wird in Betracht der ungeheuern Menge von Getreide, welche wir Frankreich liefern können, nothwendig das baare Geld nach unsern Märkten zurückführen, und so wird es am Ende, nach Abschluß der Rechnungen, sich finden, daß Rußland die bei der Bank von Frankreich gekauften Renten in Getreide bezahlt haben wird. Man hat in Bezug auf die uns beschäftigende Uebereinkunft eine Bemerkung gemacht, die Anschein genug für sich hat, als daß wir sie mit Stillschweigen übergehen könnten. Man hat nämlich behauptet, die kaiserl. Regierung hätte ihre Capitalien gewinnreicher verwenden können, wenn sie ihre eignen Renteninscriptionen aufgekauft hätte, die niedriger als die französischen Fonds stehen und die daher einen höhern Zins auf gleich viel Capital gebracht haben würden. Dieser Einwurf wird sich aber leicht widerlegen lassen. Erstens würde man durch den Aufkauf russischer Fonds an der amsterdamer Börse, wo der größte Theil unserer Anleihen contrahirt ist, den von uns bezeichneten Handelsinteressen keinen Dienst geleistet haben, denn ein Geschäft dieser Art würde die Bewegungen unsers Getreidehandels mit Frankreich nicht im geringsten erleichtert haben; Frankreich hätte dann die Vorräthe, deren es bedarf, lieber aus den Vereinigten Staaten von Amerika bezogen, wo die französischen Erzeugnisse einen umfangreichern und vortheilhaftern Markt finden. Es war dies für Rußland eine weit bedeutendere Rücksicht als einige Tausende von Francs mehr, die der Fiscus an Zins von dem für das Geschäft bestimmten Capital ziehen konnte. Andererseits, wenn man die ganz specielle Bestimmung des zum Ankauf der französischen Renten verwendeten Capitals erwägt, wird man nicht bestreiten, daß es in gewissen Fällen ein wesentlicher Vortheil ist, lieber fremde Staatspapiere als Inscriptionen der Nationalschuld in Reserve zu haben. Wenn man einen Theil der zu Gewährleistung der Sicherheit des Austausches der Creditbillets bestimmten Metallreserve durch einen productiven Werth ersetzt, so kommt es vor Allem darauf an, sich die Möglichkeit zu erhalten, nöthigenfalls diese Valuten leicht in baares Geld umsetzen zu können, ohne die Krisis zu verschlimmern, die zu einer Vermehrung der Baarvorräthe gedrängt hätte. In dieser Hinsicht bieten die fremden Staatspapiere größere Leichtigkeit dar. Erst in dem Augenblicke, wo im Lande eine Finanzkrisis oder ein allgemeiner panischer Schrecken eintritt, können die Reservekassen in die Nothwendigkeit kommen, alle ihre Fonds zu verwerthen, um der Nachfrage nach baarem Gelde zu begegnen; wenn sie dann mit Inscriptionen der Nationalschuld versehen sind, so müssen sie diese gerade in dem Augenblicke verkaufen, wo diese Krisis deren Werth heruntergedrückt haben würde. Die Grenzen dieses Artikels gestatten uns nicht, hier auf die politischen Betrachtungen einzugehen, welche die verschiedenen Organe der Presse und des Parteigeistes an die zwischen der kaiserl. Regierung und der Bank von Frankreich abgeschlossene Uebereinkunft zu knüpfen gesucht haben. Die Einen erblickten darin eine Absicht Rußlands, sich zwischen Frankreich und England zu stellen, um sie noch mehr zu entzweien; die Absicht, in den politischen Verhältnissen der Cabinete von Petersburg und Paris eine Veränderung zu eröffnen. Andere schrieben der kaiserl. Regierung den Rückgedanken zu, sie wolle sich die Möglichkeit bereiten, dem Fondsmarkt von Paris das Gesetz vorzuschreiben, auf diesen Markt mit dem Gewichte von 50 Mill. zu drücken, indem man diese Fondsmasse in einem Augenblicke der Krise dorthin werfen könnte, um die Curse zum Sinken zu bringen; was mit andern Worten so viel hieße, als: Rußland würde Fonds, die es mit 50 Mill. bezahlt, für 40 oder 45 Mill. verkaufen, also einem baaren Verlust von 5 oder 10 Mill. sich unterziehen, blos um Frankreich zu schaden. Wir wollen uns nicht damit aufhalten, alle die verkehrten Meinungen zu erörtern, die in dieser Sache von der Tagespresse verbreitet worden sind. Der gesunde Verstand des Publicums wird sie überdies unfehlbar schon nach ihrem wahren Werthe gewürdigt haben."

* **Stockholm**, im April. Ueberall, mit Ausnahme der Inseln Gothland, Oeland und eines Strichs auf der Westküste, fiel im vorigen Herbste die Aernte sehr reichlich aus, aber die Getreidepreise stehen beinahe eben so hoch als in einem Mißwachsjahre, was dem Landmanne zu außerordentlichem Vortheil gereicht; deshalb haben z. B. die Bauern in Upland wenig Schwierigkeit gehabt, 100,000 Rthlr. von der ihnen im Verjahre bewilligten Anleihe aus der Staatskasse abzutragen. Die Ursache der Preissteigerung ist die Speculation auf den Bedarf des Auslandes. Im vorigen Herbste gingen schon große Getreidequantitäten von Schonen besonders nach Holland und Belgien, noch größere Vorräthe liegen dort sowie in Stockholm zur Verschiffung bereit. Leider wird diese in einer ungewöhnlich späten Jahreszeit stattfinden; war trat in der Mitte des März Thauwetter ein, sodaß die schöne Schlittenbahn verdorben wurde, bald aber kam starker Frost und viel Schnee; jetzt ist derselbe auf den Ebenen geschmolzen, in den Forsten und auf andern schattigen Stellen liegt er aber noch viele Ellen hoch; alle Ströme und Seen sind fest zugefroren und jede Nacht tritt starker Frost ein, was in dieser Jahreszeit im mittlern Schweden eine ganz seltene Erscheinung ist. Die zur Ausfuhr dienenden Holzproducte stehen in eben so hohem Preise wie vorher, und die Aussichten für die Eisenverschiffung scheinen wenigstens nicht schlecht zu sein. Deswegen ist das Landeigenthum, besonders die Eisenwerke, in Wermland und vielleicht auch anderwärts um 15—20 Proc. im Werthe gestiegen; die heutige Zeitung aus dieser Provinz berichtet, daß neulich zwei Bauern, die mit Branntweinhandel sich ein großes Vermögen erworben haben, ein Landgut von 200,000 Rthlr. in einer Auction erstanden; als dabei die Frage wegen Caution entstand, nahm der eine 75,000 Rthlr. hervor und übergab sie auf Abschlag.

— Der Rheinische Beobachter theilt die provisorische Abrechnung über die gemeinschaftliche Einnahme des Deutschen Zollvereins für 1846 mit. Danach betrug die gesammte Bruttoeinnahme 25,746,831 Thlr. Davon kommt auf Preußen 17,930,284 Thlr. Nur Preußen, Sachsen und Frankfurt a. M. haben von ihrer Einnahme herauszuzahlen, das Erstere 3,821,545 Thlr.; alle übrigen Vereinsstaaten empfangen, am meisten Baiern (2,409,697 Thlr.) und Württemberg (1,052,091 Thlr.).

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bad Nenndorf in Kurhessen.

Die an so verschiedenen Bädern und Curmitteln reiche Anstalt zu Nenndorf, welche neben den rühmlichst bekannten Schwefelwasser-Gas- und Schlammbädern in neuerer Zeit durch eine Soolquelle auch reine Soolbäder und die so sehr wirksamen, mit Schwefelwasser gemischten Soolbäder erhalten hat, und welche durch eine, ebenwol auf Staatskosten betriebene werdende **Molken-Anstalt** erweitert worden ist, wird auch in diesem Jahr am 1. Juni eröffnet. Anfragen in ärztlicher Beziehung sind an die beiden Herren Brunnen-Aerzte Dr. **Grandidier** und Dr. **Cordemann**, und die Wohnungs- sowie die Schwefelwasser-Bestellungen sind an den Castellan **Dimme** zu Nenndorf zu richten.

Durch die Eisenbahn-Verbindungen bis Hannover und die baldige Vollendung der Eisenbahn von Hannover nach Preußisch-Minden, an welcher letztern das Bad einen Bahnhof erhält, ist dieser Curort von den ersten Städten Norddeutschlands aus nunmehr in kürzester Zeit zu erreichen.

Kassel, im Mai 1847.

Kurfürstliche Brunnen-Direction des Bades Nenndorf.
Hanstein. Knorr.

[1792—93]

Edictal-Ladung.

Der seit dem Jahre 1820 von hier abwesende vormalige hiesige Bürger und Getreidehändler **Georg Carl Schoch**, geboren am 13. Februar 1792, und, wenn derselbe verstorben sein sollte, dessen etwanige Erben, sowie alle Diejenigen, welche Forderungen an denselben zu haben vermeinen, werden auf Antrag des bestellten Abwesenheitscurators hiermit öffentlich aufgefodert und geladen, in einem der dazu auf

den 12. April d. J.,
den 17. Mai d. J.,
den 21. Juni d. J.

angesetzten Termine auf dem hiesigen Rathhause zu erscheinen, der Erstere, um über sein Leben und seinen jetzigen Aufenthalt Nachricht zu geben, die Letzteren, um die etwanigen Erbansprüche oder sonstige Forderungen anzumelden, auch den in dieser Sache

den 12. Juli d. J.

zu eröffnenden Bescheid anzuhören, wozu dieselben hiermit ebenfalls geladen werden.

Das Nähere ist aus der dem Wochenblatte zu Dessau und der Extrapost hierselbst inserirten Edictal-Ladung zu ersehen. [756—58]

Zerbst, den 28. Februar 1847. **Der Stadtrath hierselbst.**

Oeffentliche Vorladung.

Ueber das Vermögen des heimlich nach Amerika ausgewanderten Zeugschmiedemeisters **Mann** hierselbst ist unterm heutigen Tage Concurs erkannt, weshalb alle Diejenigen, welche an denselben Foderungen haben, hiermit edictaliter citirt werden, solche in dem auf

den 8. Juni d. J.

angesetzten Liquidationstermine Morgens 10 Uhr, vor unterzeichnetem Gerichte anzumelden und so viel als thunlich zu bescheinigen, widrigenfalls dieselben mit solchen werden präcludirt werden.

Gegeben **Braunschweig**, den 14. April 1847.

Herzogliches Kreisgericht.
Wirk.

[1647—49]

Oeffentliche Vorladung.

Auf dem Gute **Falkenstein** in der Neumark und auf dem Gute **Diedersdorf** in der Kurmark Brandenburg hafteten früher zwei von der Marwitz'sche Lehnsstämme, welche nach der Subhastation der Güter zum Depositorio des Königlichen Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. O. gezahlt sind und von denen am 31. März 1845 der erstere 4000 Thlr. (Viertausend Thaler) Courant, der zweite 4090 Thlr. 22 Sgr. 1 Pf. (Viertausendsechshundertneunzig Thaler zweiundzwanzig Sgr. ein Pf.) Courant betrug. Als allein Berechtigte zu diesen Lehnsstämmen treten

1) der Major a. D. **Heinrich Georg Christian August Friedrich von der Marwitz** zu Aschersleben,
2) der Major a. D. **Heinrich Leopold von der Marwitz** zu Köln

auf. In zweien Notariatsacten vom 13. Juni 1846 und 15. Juli 1846 haben sie unter Zustimmung des Sohnes des Ersteren, des Lieutenants im 16. Infanterie-Regimente Hermann Ferdinand Christian Erdmann von der Marwitz zu Köln, die Lehnseigenschaft der genannten beiden Lehnsstämme aufgehoben und sie für freies, dem Lehnsverbande nicht mehr unterworfenes und jedem zur Hälfte auszuzahlendes Allodium erklärt. Nach Vorschrift des Gesetzes vom 15. Februar 1840 werden alle unbekannten Anwärter zu dem

auf den sechsten December 1847, Vormittags 11 Uhr,

im Instructionszimmer des Oberlandesgerichts hierselbst vor unserm Deputirten, Oberlandesgerichts-Referendarius Steinhausen, anstehenden Termine mit der Auffoderung vorgeladen, vor oder in demselben ihre Erklärung über diesen Familienschluß abzugeben, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf des Termins der Ausgebliebene mit seinem Widerspruchsrechte wird präcludirt werden.

Frankfurt a. O., den 9. April 1847

[1920—25] Erster Senat des Königl. Preuss. Oberlandesgerichts.

Alexisbad.

Die diesjährige Bade- und Trinkcur im Alexisbade wird mit dem 1. Juni beginnen, und sind von da ab die Stahl-, Sool-, Regen- und Douchebäder in den verschiedenen Formen zu haben; auch ist dafür Sorge getragen, daß zu jeder Zeit frisch bereitete Ziegenmelken verabreicht werden können. Durch vorjährige Aufführung einiger Neubauten ist dem seitherigen Mangel an Logis abgeholfen, und findet in den Monaten Juni und August eine Verringerung der Preise für Logis statt.

In ärztlichen Beziehungen wolle man sich an den Badearzt Medicinalrath Dr. **Ziegler** in Ballenstedt, welcher während der Saison im Alexisbade wohnt, wenden, und Logisbestellungen bittet man zeitig bei dem Hausverwalter **Münch** in Alexisbad zu machen.

Bernburg, den 26. April 1847.

Herzoglich Anhaltische Kammer.
v. Braun.

[1798—99]

In **neuer Auflage** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Vorlesungen
über die
alte Geschichte
von
Friedrich von Raumer.

Zweite umgearbeitete Auflage.
In zwei Bänden.

Erster Band.
Gr. 8. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Leipzig, im Mai 1847.

[1927] **F. A. Brockhaus.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Karl Buchheim in Oberbobritzsch mit Frl. Auguste Schäfer. — Hr. Lengin Baron v. Haufen auf Groß-Balthausen mit Clementine Freiin v. Zakrzewska auf Sarn.

Getraut: Hr. L. Alexander in Bamberg mit Frl. J. Dessauer. — Hr. Pfarrer J. W. Fuchs in Hallerstein mit Frl. S. Clöter aus Emskirchen. — Hr. F. Mauchart in Weinsberg mit Frl. Pauline Hildt. — Hr. Oberpostamtsofficial S. Weiser in Nürnberg mit Frl. M. Bierlein.

Geboren: Hrn. Heinrich Frey in Crossen ein Sohn. — Hrn. T. Kleinert in Breslau ein Sohn. — Hrn. Apotheker Martin in Kostenblut eine Tochter. — Hrn. Landgerichtsassessor v. Merz in Dinkelsbühl eine Tochter. — Hrn. J. P. Sühling in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. Dr. Hermann Boppel in Coldiz ein Sohn.

Gestorben: Freiin Charlotte v. Gemmingen-Fürfeld in Stuttgart. — Hr. T. G. Härtel in Leipzig. — Frau Eleonore Wilhelmine Hofmann in Zwenkau. — Hr. Regierungsassessor Pankraz Meyer in München. — Hr. M. Pfarrer Johann August Pabst in Striegnitz. — Frau Lisette v. Seutter in Lohr.

° **Leipzig**, 9. Mai. Obgleich es mit vielem Dank anzuerkennen, daß die Direction der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn den Wünschen des Publicums um vermehrte Anhaltepunkte nachgekommen ist, so müssen wir doch offen bekennen, daß mehre dieser Anhaltepunkte ganz unzweckmäßig gewählt sind. Ganz besonders gilt dies aber von dem einen Anhaltepunkte in Gerstenberg unterhalb Altenburg. Zu welchem Zweck man diesen Anhaltepunkt eingerichtet hat, ist nicht wohl einzusehen; dieser Anhaltepunkt ist gänzlich überflüssig, wie dies nun wol auch die Erfahrung gelehrt haben wird, überflüssig aus dem sehr einfachen Grunde, weil gerade an diesem Orte ein Personenverkehr gar nicht stattfindet. Das Directorium mag wol den in Rede stehenden Anhaltepunkt deshalb etablirt haben, weil daselbst die Straße von Lucka vorbeiführt; aber es war leicht vorauszusehen, daß Passagiere von Lucka und Umgegend den Anhaltepunkt Gerstenberg zu ihrem weitern Fortkommen nicht benutzen würden. Weit näher lag es, einen Anhaltepunkt an dem Orte Plottendorf, 1½ Stunde unterhalb Altenburg, zu etabliren, und zwar aus dem Grunde, weil nur einige Minuten entfernt von diesem Dorfe der große, volkreiche Ort Treben, der Mittelpunkt des großen gleichnamigen Kirchspiels, gelegen ist. Auf diesem Anhaltepunkte würde gewiß eine nicht unbeträchtliche Personenbeförderung sowol nach Altenburg als nach Leipzig stattfinden, nicht nur aus dem großen Kirchspiele Treben, sondern auch aus einigen kleinern, in dieser Richtung gelegenen sächsischen Städten. Wenn dagegen eingewendet werden sollte, daß schon ¾ Stunden unterhalb Plottendorf, in dem Orte Breitingen, ein Anhaltepunkt bestehe, so ist dies kein Grund, nicht auch in Plottendorf einen Anhaltepunkt zu errichten, da sich letzterer Ort zum Anhalten in jeder Beziehung weit eher eignet als Breitingen, der Anhaltepunkt hier nöthigenfalls wieder aufgehoben werden könnte, wiewol es auch nicht schaden würde, wenn in Breitingen und Plottendorf Anhaltepunkte bestünden. In Oesterreich ist man in dieser Beziehung nicht so difficil. Auf den dasigen Bahnen wird an jedem größern Dorfe angehalten, und das ist ganz recht, denn das Publicum ist nicht der Eisenbahnen halber, sondern die Eisenbahnen sind des Publicums halber da, und es ist Pflicht der Verwaltungen der Eisenbahnen, billigen Wünschen des Publicums ein geneigtes Ohr zu leihen. Es sollte sich auch das Directorium der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn um so mehr veranlaßt sehen, dem hier ausgesprochenen Wunsche nachzukommen, als es sonst leicht, da das Herzogthum Altenburg seinen Antheil an der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn an Sachsen abgetreten hat, den Anschein gewinnen könnte, als werde nun Altenburg hintangesetzt. [1930]

Donnerstag — Nr. 133. — 13. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis der Anzeigen jährlich ... Thlr. Insertionsgebühren den Raum ... Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Stuttgart. Adressen. *Ulm. Die Deutsch-Katholiken. Sicherheitsmaßregeln. Die Bischofswahl. *Aus Kurhessen. Bundesbeschluß. — Theuerungspolizei in Kurhessen. **Aus dem Grossherzogthum Hessen. Theuerungspolizei. — Auslieferungsvertrag zwischen Schwerin und Frankreich. *Lübeck. Die Eisenbahnfrage. Die Theuerung. *Bremen. Die Theuerung. Die Auswanderung.

Preußen. Berlin. Landtag. *Posen. Die Unruhen. Bekanntmachung. Die Aumultuanten. Witterung. — Mordthat bei Villakowo. — Das diplomatische Corps. Hr. v. Werner. — Langenbielau. Strafurtel.

Spanien. General Narvaez. Die Seemacht im Tejo. Amnestirungen. Die Zeitungen vom 3. Mai. Hr. Martinez de la Rosa.

Großbritannien. Parlament. Die Times über die irische Armenbill. Beamte. Der Earl of Desborough. Repealversammlung in Dublin. Die Wesleyanischen Methodisten. Der literarische Verein der Polenfreunde.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Wahlbestechungsproceß. Duellproceß. Königin Christine. Entweichung aus dem Bagno von Brest. Unglücksfall. ψ Paris. Modification des Cabinets. Austritt von drei Ministern.

Schweiz. Dr. Snell. Freilassung in Luzern. Luzerner Aufruhrkosten.

Italien. *Rom. Cardinal Gizzi. Cardinal Lambruschini. Der Kronprinz von Baiern. General Klicki. Rom. Forli. Hr. Brunelli. Der König von Neapel. Die Kleinkinderbewahranstalten. Die Eisenbahnen.

Rußland und Polen. Landtag in Reval.

Griechenland. Auflösung der Kammer.

Türkei. Konstantinopel. Der griechische Geschäftsträger. Die Frauen. Das österreichische Spital.

Nordamerika. Die neue Anleihe. Die Staatseinnahme. — Aus den amtlichen Berichten des Generals Scott über die Einnahme von Veracruz. — Die Uebergabebedingungen. Angriff auf Alvarado.

Mexico. Santa Anna in Mexico. Die Verschwörung.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Nikolaus Lenau.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Leipzig. Geschäftsbericht der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

†**Stuttgart**, 8. Mai. Eine vom Magistrat dem König übergebene Adresse, dergleichen auch vom ständischen Ausschusse und verschiedenen Städten als Zeichen der Ergebenheit und Loyalität eingegeben worden sind, war von dem Bürgerausschusse nicht gutgeheißen worden, weil darin der Zeitgrist als die Mitursache der überall sich kundgebenden Unruhen bezeichnet wurde. Sie mußte darum in der Stadt in Circulation gesetzt werden.

*__Ulm__, 9. Mai. Auch unsere deutsch-katholische Gemeinde hat gegen die Abhaltung eines Concils in Berlin zu jetziger Zeit Protest eingelegt und ein Schreiben nach dort erlassen. — Gestern waren des Wochenmarktes wegen außerordentliche Maßregeln ergriffen worden, doch ging Alles ruhig vorüber. Das Kornhaus war durch eine ganze Compagnie Soldaten besetzt, ebenso die beiden Märkte. Auch die öffentlichen Gebäude waren sämmtlich militairisch bewacht, und in der Frauenstraße stand eine ganze Schwadron Reiterei. — Wie die hiesige Chronik wissen will, wäre Kirchenrath v. Lipp von dem rottenburger Domcapitel zum Bischof gewählt worden.

*__Aus Kurhessen__, 9. Mai. Aus einer in der neuesten Nummer der Gesetzsammlung bekannt gemachten landesherrlichen Verordnung, womit, wie unlängst in Preußen, der Bundestagsbeschluß vom 14. Jun. 1832 in Bezug auf §. 7 des frühern Beschlusses vom 20. Sept. 1819 auch für unser Land zur Publication gebracht wird, ersehen wir zugleich, daß diese Bekanntmachung in Folge eines neuen, in der Versammlung am 18. März d. J. gefaßten Bundesbeschlusses geschehen ist. Letzterer lautet nämlich besage der Verordnung dahin: „den Bundesbeschluß vom 14. Jun. 1832 in dem Kurstaate zur bundesgesetzlichen Anwendung zu bringen". Aus diesem Wortlaute läßt sich zwar mit Bestimmtheit nicht abnehmen, ob eine gleiche Mahnung auch an andere oder an alle übrigen Bundesstaaten ergangen sei, doch scheint der Umstand, daß Preußen mit der Publication vorausgegangen, auf Letzteres hinzuweisen.

— __Aus Kurhessen__ vom 9. Mai schreibt man dem Frankfurter Journal: „Die kurhessische Staatsregierung läßt alle Vorräthe der Einwohner des Landes unter Abnahme der wahrheitsgemäßen Declaration auf Staatsbürgerpflicht und bei Androhung von Strafe genau ermitteln und alles vorfindliche Getreide, was über den persönlichen Bedarf des Besitzers hinausreicht, expropriiren und nach dem laufenden Marktpreise bezahlen."

**__Aus dem Grossherzogthum Hessen__, 9. Mai. Aus einer soeben bekannt gemachten großherzogl. Verordnung vom 7. Mai ersehen wir das sehr tröstliche Resultat der nun beendigten Aufnahme der sämmtlichen Vorräthe an Getreide, Mehl, Reis, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, daß unser Land im Ganzen noch hinreichende Vorräthe für die nächsten Monate besitzt. Dennoch glaubt die Regierung mit Recht die vorsichtige Gebahrung auch ferner um so weniger vernachlässigen zu dürfen, als sie sowol die gegenwärtigen Zeitverhältnisse überhaupt wie insbesondere die von den Regierungen mehrer Nachbarstaaten wegen des Verkehrs mit Getreide und Kartoffeln getroffenen beschränkenden Maßregeln in Rücksicht zu ziehen und dafür, daß die vorhandenen Vorräthe der Consumtion für das Inland möglichst erhalten werden, Sorge zu tragen hat. Sie gibt deshalb mehre von jenen Rücksichten gebotene vorsorgliche Anordnungen. Namentlich wird, wie kürzlich im Großherzogthume Baden, verordnet, daß Getreide, Mehl und Kartoffeln überall nur auf den bestehenden oder nach Bedarf temporair sofort noch zu errichtenden öffentlichen Märkten verkauft werden und daß auch auf diesen Märkten vor einer bestimmten Zeit (11 Uhr Vormittags) kein Fruchthändler Ankäufe machen darf, wobei zugleich alle Unterhandlung durch Müller untersagt ist. Ferner wird alle Ausfuhr über die Grenze verboten, wenn das auszuführende Getreide oder Mehl nicht zuvor auf einem öffentlichen Markte feilgeboten und dort gekauft worden ist.

— __Mecklenburg-Schwerin__ hat mit der französischen Regierung eine Convention wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern abgeschlossen.

*__Lübeck__, 9. Mai. Die seit längerer Zeit hier gehegte Erwartung, daß die wegen unserer Eisenbahnverbindung obschwebende Differenz mit Dänemark auf gütlichem Wege werde ausgeglichen werden, ist jetzt der Erfüllung bedeutend näher gerückt. Die dänische Regierung hat ihre Einwilligung zu einer Lübeck-Büchener Eisenbahn unter näher festzustellenden Bedingungen ertheilt. Vorgestern ist diese erfreuliche Nachricht hier eingetroffen. Die Redaction der Neuen Lübeckischen Blätter sagt in ihrer heutigen Nummer über die in Kopenhagen gefaßte Entscheidung: „Dem Vernehmen nach geht dieselbe dahin, daß die Durchführung einer Eisenbahn durch das Herzogthum Lauenburg von Lübeck nach Büchen dänischerseits bewilligt wird, jedoch gegen Zugeständnisse Lübecks, welche durch in Kopenhagen zu eröffnende commissarische Verhandlungen festgestellt werden sollen. Worin die Foderungen Dänemarks bestehen, ist zur Zeit nicht bekannt geworden." Mit Spannung sieht man hier natürlich den weitern Mittheilungen über die Natur und den Umfang der von Lübeck zu gewährenden Zugeständnisse entgegen. So viel geht aber doch jedenfalls aus der Entscheidung hervor, daß man, wahrscheinlich in Folge der wiederholten Vorstellungen und Petitionen der lauenburgischen Stände und Städte, in Kopenhagen von der Ansicht zurückgekommen ist, als seien Eisenbahnen von Lübeck durch lauenburgisches Gebiet dem jenseitigen Landesinteresse nachtheilig.

Auch in unserer Gegend hatte sich bei der durch den Mangel an Kartoffeln erhöhten Brotconsumtion der Vorrath an Getreide, namentlich an Roggen, erschöpft; indessen sind schon mehre Schiffe mit Getreide aus russischen und schwedischen Häfen bei uns angekommen, andere werden täglich erwartet, sodaß wir uns für dieses Jahr jeder ernstlichen Besorgniß entschlagen dürfen. Um den niedern und mittlern Ständen bei den schweren Zeiten den Brotankauf zu erleichtern, ist hier vor einigen Wochen ein Verein zusammengetreten, welcher sich den Zweck gesetzt hat, den Bedürftigen durch Ertheilung von Brotkarten die Anschaffung eines achtpfündigen Brotes zu dem Preise von 11 Schill. möglich zu machen. Die zur Erreichung des Zweckes erforderlichen, keineswegs unbeträchtlichen Geldmittel waren in wenigen Tagen durch Privatsubscription zusammengebracht.

**__Bremen__, 8. Mai. Auch hier sind die nothwendigsten Lebensmittel, Brot und Kartoffeln, übermäßig theuer. Es ist wahr, wer arbeiten kann und will, wird jetzt leicht sein Taglohn verdienen, aber reicht das Taglohn auch noch hin, um eine Familie zu sättigen? Das ist eben das Traurigste, daß der Vater selbst im Schweiße seines Angesichts das tägliche Brot nicht mehr verdienen kann und bei aller Plage und Mühe Frau und Kinder nicht mehr zu ernähren weiß. Man hofft, daß der Bürgerconvent die Noth unter den arbeitenden Klassen zum Gegenstande seiner Berathung machen wird. — Die Expedirung von Auswanderern geschieht auch ferner ohne alle Unterbrechung, und namentlich werden eingegangene Contracte aufs gewissenhafteste gehalten.

Digitized by Google

Preußen.

Berlin, 11. Mai. In der Sitzung der Herren-Curie am 8. Mai brachte der Landtagsmarschall zuvörderst die Eingabe der 137 Abgeordneten zur Sprache und fragte nach der Ansicht der Versammlung über Behandlung einer Sache, die sich in keiner durch Gesetz und Geschäftsordnung vorgeschriebenen Form bewege. Nachdem sich namentlich Fürst Lychnowski und in längerer Rede Graf v. Arnim über die Frage ausgesprochen hatten, ward der Antrag des Letztern: „Die Herren Curie ist der Ansicht, daß sie gesetzlich nicht an der Berathung des in Rede stehenden Antrags Theil nehmen könne, daß sie aber dieses ihr Votum nicht so gedeutet wissen wolle, als erkenne sie einer Curie des Landtags das Recht zu, einen Beschluß zu fassen, welcher Theile der Gesetze für nicht zu Recht bestehend erklärt, die dem Vereinigten Landtag, also beiden Curien, als einem unzertrennbaren Ganzen, zur Grundlage dienen", einstimmig angenommen. Hierauf veranlaßte Fürst Lychnowski noch einige Besprechung der Stenographie. Dann ging man zu dem Bescholtenheitsgesetzentwurf über. Referent des Gutachtens war Hr. v. Kelisch. Zu einer lebhaften Verhandlung gab nur die Frage über die Ehrengerichte Anlaß. Die Majorität der Abtheilung hatte für den Entwurf entschieden, und im gleichen Sinne sprachen sich namentlich der Prinz von Preußen: „Eine ständische Versammlung muß, gerade so wie der Offizierstand, den höchsten Grad der Ehrenhaftigkeit ihrer Mitglieder verlangen", Fürst Carolath, Graf Ziethen, Graf Dohna-Reichertswalde, Fürst Radziwill, Prinz Albrecht aus. Dagegen oder doch in vermittelnder Weise sprachen Graf York, Domdechant v. Krosigk, Graf Dyhrn, Fürst Lynar, Graf Arnim, Graf Dohna-Lauck. Der Kriegsminister vertheidigte den Entwurf in mehrfachen, mit interessanter Casuistik belebten Reden, und derselbe ward gegen 15 Stimmen in diesem Punkt angenommen.

Die Curie der drei Stände fuhr am 7. Mai in der Reglementsfrage fort, wobei zuerst der Antrag zur Verhandlung kam, daß eine Zahl von Abgeordneten bestimmt werde, welche zur beschlußfähigen Stärke der Versammlung anwesend sein müsse. Die Abtheilung wollte zwei Drittel angenommen wissen. Frhr. v. Vincke fand die jetzigen Bestimmungen genügend und besser, nämlich daß auf Grund der provinzialständischen Gesetze drei Viertheile aus jeder Provinz anwesend sein müßten. Abg. Dittrich bezweifelte zwar die Anwendbarkeit dieser Bestimmungen, war aber für gar keine Festsetzung. Ebenso die Abgg. Reitsch, dem die Sache überhaupt nur in das Gesetz zu gehören schien, Graf Helldorf, v. Manteuffel II. Im Sinne des Frhrn. v. Vincke sprachen v. Auerswald und Graf Schwerin; im Sinne der Abtheilung Abg. Naumann. Ueber den Ausgang dieser Verhandlung liegt noch kein Bericht in der Allgemeinen Preußischen Zeitung, aus der das Obige ausgezogen ist, vor.

* **Posen**, 10. Mai. Die Nachrichten über beklagenswerthe Ruhestörungen treffen immer häufiger aus den kleinen Städten unserer Provinz hier ein; wo Militair zur Hand gewesen, ist man des Aufruhrs bald Herr geworden, an andern Orten ist es aber zu den ärgsten Excessen gekommen; es scheint in der That, als ob die Emeute-Epidemie ihren Rundlauf durch die ganze Provinz nehmen wolle. Neuerdings ist aus der Stadt Wittkowo die Nachricht eingetroffen, daß eine beträchtliche Schar Tumultuanten daselbst ihren Einzug gehalten und sofort alle wohlhabendern Bürger, insbesondere die Juden, auszuplündern angefangen habe. Die Obrigkeit schickte sogleich in die benachbarte Kreisstadt und ließ Militair requiriren; bevor dies jedoch herangezogen werden konnte, hatten die Aufrührer ihr Vernichtungswerk bereits vollendet und sich mit dem Raube davongemacht. Das Cavalleriecommando setzte ihnen aber nach, und obgleich sie sich zerstreut hatten, gelang es demselben doch, zehn der Rädelsführer gefangen zu nehmen. In den Städten Wreschen und Plesschen ist mit militairischer Gewalt gegen die Ruhestörer vorgegangen, und in einer andern kleinen Stadt haben die Bürger sich sofort selbst bewaffnet und mittels einiger scharfen Schüsse, die ihr Ziel nicht verfehlten, die Tumultuanten auseinandergetrieben. Leider hat die Nachricht sich bestätigt, daß auch die Stadt Opalenica, gleich Murowanna-Goslin, fast gänzlich eingeäschert ist: über 150 Gebäude sind durch die Flammen vernichtet. Jedenfalls ist auch dieses Feuer von Böswichtern angelegt worden. Die Ruhestörungen würden vielleicht keine solche Ausdehnung gewonnen haben, wenn nicht unbegreiflicherweise überall das Gerücht verbreitet gewesen wäre, die Behörden hätten von oben herab Befehl, nirgend mit den Waffen gegen die Aufrührer einzuschreiten. Dieses Gerücht hat unsern commandirenden General und unsern Oberpräsidenten veranlaßt, heute nachstehende Bekanntmachung zu erlassen, die ihre Wirkung um so weniger verfehlen wird, als man an dem Beispiele Babynski's gesehen hat, daß unsere Behörden, wenn es sein muß, mit unnachsichtlicher Strenge verfahren können:

„Aus den Berichten, welche dem unterzeichneten Oberpräsidenten von mehren Seiten über die in einigen Städten der Provinz unter dem Vorwande des herrschenden Nothstandes vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ruhe zugegangen sind, haben wir entnommen, daß sich auf unbegreifliche Weise das Gerücht verbreitet hat, die Behörden seien angewiesen, gegen die Ruhestörer mit Milde zu verfahren, und namentlich gegen dieselben des Gebrauchs der Waffen sich zu enthalten. Wir dürfen wol kaum versichern, daß dieses Gerücht völlig unbegründet ist. Es sind im Gegentheil die Behörden veranlaßt worden, diesem verbrecherischen Treiben mit aller Kraft und Energie entgegenzutreten und, wo dies irgend erforderlich ist, die Mitwirkung der Truppen in Anspruch zu nehmen, welche streng nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren und eintretendenfalls mit Gewalt der Waffen die Ruhe wiederherstellen werden, zu welchem Ende sie mit scharfer Munition versehen sind und sämmtliche Schildwachen geladen haben. Es ist dies um so mehr gerechtfertigt, als sich vielfach gezeigt hat, daß die Tumultuanten keineswegs die wirklich Bedürftigen gewesen sind. Gleichzeitig machen wir auf die Bestimmungen der allerhöchsten Cabinetsordre vom 7. März v. J. aufmerksam, wonach ein Jeder, der bewaffnet im Angriff oder im Widerstande gegen die Obrigkeit getroffen wird, sofort vor ein Kriegsgericht gestellt und mit der Todesstrafe des Erschießens belegt werden soll. Posen, den 8. Mai 1847. Der commandirende General v. Colomb. Der Oberpräsident v. Beurmann."

Noch jeden Augenblick werden hier Tumultuanten eingebracht. Von den hiesigen Tumultuanten sind die gravirtesten, etwa 60 an der Zahl, eingezogen und zur Hälfte bereits dem Criminalgericht überliefert; die andere Hälfte sitzt noch in den Polizeigefängnissen. — Seit acht Tagen hatten wir hier drückend heißes trockenes Wetter, und unsere Landleute äußerten bereits ihre Besorgniß für die kommende Aernte, wenn nicht bald Regen eintrete; ihr Wunsch ist erfüllt, denn heute regnet es den ganzen Tag.

— Aus **Posen** vom 6. Mai wird der Berlinischen Zeitung gemeldet: „In diesen Tagen ward Hr. Napoleon v. Kossutzki aus Modlijewo in der Nähe eines Wirthshauses bei Villatowo erschlagen. Anfangs hieß es, daß der wohlhabende Gutsbesitzer von seinen Bauern in Anwandlung galizisch-bäuerlicher Ideen ermordet sei, doch stellt es sich jetzt heraus, daß die schändliche That mehr aus Rache von zwei Leuten seines Dienstpersonals geschehen ist."

— Aus **Berlin** vom 7. Mai schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „In unserm diplomatischen Corps sind, wie wir vernehmen, folgende Aenderungen beschlossen und bereits durch Cabinetsordre verfügt worden: Der Gesandte in der Schweiz, Graf Lottum, tritt mit dem Charakter eines wirklichen Geheimraths von diesem Posten ab und wird durch Hrn. v. Sydow, bisherigen Gesandten am belgischen Hofe, ersetzt. An des Letztern Stelle tritt Graf Seckendorf, Gesandter in Hannover, und an dessen Stelle hinwiederum der Graf v. Westphalen, Legationsrath und Secretair bei der preußischen Gesandtschaft am wiener Hofe. Der wirkliche Legationsrath v. Schleinitz geht als Gesandter nach Konstantinopel. — Mit dem kaiserl. Hofrath v. Werner soll bei seiner neulichen, zunächst die Angelegenheiten der deutschen Presse betreffenden Anwesenheit in Berlin auch wegen Krakaus Rücksprache gepflogen worden sein. Es sollen, wenn irgend thunlich, Veränderungen in dem österreichischen Zolltarif vorgenommen werden. Hierzu und nicht zu Mehrem soll Hr. v. Werner sich verstanden haben."

— Dem Nürnberger Correspondenten berichtet man aus **Breslau** vom 6. Mai: „Auf die Anzeige des Fabrikanten Dierig, daß er auf einmal 1500 Personen entlassen müsse, hat sich der Oberpräsident eilig nach Langenbielau begeben, um wo möglich Rath zu schaffen. — Ein vom Criminalsenat erlassenes Urtel macht jetzt wegen seiner Fassung außerordentliches Aufsehen. Die Beleidigung der Jungfrau Maria, wegen deren Jemand angeklagt wurde, ist von diesem Gerichtshofe nicht als Beleidigung einer Religionsgesellschaft, sondern direct als Blasphemie geahndet worden."

Spanien.

Aus **Madrid** wird die am 2. Mai erfolgte Abreise des Generals Narvaez nach Paris gemeldet. Es waren Befehle gegeben worden, die spanische Seemacht in dem Tajo zu verstärken. Zufolge der Angabe progressistischer Blätter wären die Generale Rodil und Nogueras von der Königin amnestirt worden. Die Zeitungen vom 3. Mai sind mit schwarzem Rande zum Gedächtnisse der am 2. Mai 1808 bei dem Aufstande gegen die Franzosen gefallenen Patrioten erschienen und enthalten Berichte über die am Tage zuvor begangene Gedächtnißfeier, an die sich patriotische Ergießungen für die Unverletzbarkeit der spanischen Nationalität anschließen. Das Eco del Comercio spricht von der Absicht des Hrn. Martinez de la Rosa, sich nach Paris überzusiedeln.

Großbritannien.

London, 7. Mai.

Im Oberhause wurde gestern von Lord Brougham die schwierige Lage des Geldmarktes abermals zur Sprache gebracht und dabei erwähnt, daß vor einigen Tagen das beste Papier in der City nicht mit 12 und 13 Proc. anzubringen gewesen sei. Seiner Ansicht nach würde es zweckmäßig sein, keine Eisenbahnbill jetzt passiren zu lassen, ohne die Termine für die Einzahlungen zu verlängern und überhaupt nicht über eine gewisse Zahl derselben jährlich zu gestatten. Auch fragte er bei den Mitgliedern der Regierung an, ob ihnen etwas über eine Versammlung der Bankiers und Kaufleute von London bekannt sei. Der Marquis of Lansdowne erwiderte, daß zwischen dem Schatzkanzler und einem sehr respectablen Theile der Kaufleute der City Vernehmungen stattgefunden hätten, er aber nicht vorbereitet sei, darüber Auskunft zu geben. Lord Ashburton, früher als Hr. A. Baring bekannt und eine Zeit lang an der

Spitze des Handelsamtes, schrieb die Schwierigkeiten hauptsächlich mit Sir R. Peel's Bankbill von 1844 zu. Er habe damals schon die Folgen derselben vorausgesagt, welche jetzt, wo die Bank 10 Mill. in ihren Kellern habe, eine plötzliche Hemmung ihrer Operationen, als besäße sie nur 2½ Mill., herbeigeführt hätten. Die Bill besäße zwar die Mannung der frühern und jetzigen Verwaltung und fast aller Autoritäten in solchen Dingen für sich, allein sie sei seiner Meinung nach doch die Anwendung einer übelverstandenen Theorie. Auf der Tagesordnung war die Comitéberathung der irischen Armenbill. Nachdem sich der Earl of Roden dafür ausgesprochen hatte, der Bill nur eine beschränkte Geltung, etwa auf drei Jahre zuzugestehen, beantragte Lord Monteagle, das Haus möge sich entscheiden, ob die Bill eine permanente sein solle. Es komme ihm dabei weniger darauf an, auf wie lange Zeit dieselbe Geltung erlange, was man später bestimmen könne. Lord Abingar unterstützte das Amendement, ebenso Lord Brougham, welcher sich als Gegner der Bill aussprach. Der Earl of Wicklow, welcher ein Amendement angezeigt hat, das die Zeitdauer der Bill bis 1850 limitirt, wollte Lord Monteagle's Amendement ausgesetzt wissen. Der Marquis of Lansdowne wünschte die Frage über die Dauer ebenfalls verschoben, bis die Lords mit der Maßregel selbst zu Stande wären, weil es, da dieselbe eine vollständig neue Einrichtung und die Mitwirkung aller Klassen verlange, sie wirkungslos machen heiße, wenn sie nur eine temporaire werde. Lord Stanley, der Erzbischof von Dublin, der Earl of Rosse, Earl of Fitzwilliam und einige andere Pairs traten dem Amendement bei, gegen welches der Earl of Devon, Marquis of Clanricarde und Earl Grey, Colonialsecretair, sprachen. Letzterer warf dem Lord Monteagle vor, daß er seinen anfänglichen Antrag, die Clauseln blos bis zum 1. Aug. gelten zu lassen, welche Unterstützung außerhalb der Armenhäuser einführen sollen, aufgegeben habe, weil er sich damit direct nicht durchzukommen getraue, daß er aber auf einem Seitenwege jetzt die ganze Maßregel mißlingen zu machen trachte. Bei der Abstimmung wurde Lord Monteagle's Amendement mit 63 gegen 50 Stimmen angenommen, und also gutgeheißen, daß die ganze Bill keine permanente sein solle. Ein Amendement des Earl of Ellenborough, die in der Bill vorgesehene Unterstützung von Frauen mit ehelichen Kindern auf solche mit Kindern im Allgemeinen zu erstrecken, fand am Erzbischof von Dreter und mehren Pairs lebhafte Gegner und wurde einstweilen bis zur Berathung des Berichts ausgesetzt. Ein Amendement Lord Stanley's, welches die Anstellung der Armenpflegebeamten in den verschiedenen Bezirken den Armengesetzcommissaren zugewiesen haben wollte, ward mit 59 gegen 53 Stimmen verworfen und dann die Comitéberathung vertagt.

Im Unterhause ward unter Anderm von Hrn. Hume angezeigt, daß er sich jeder Beförderung der Bill über das Darlehn an irische Eisenbahnen widersetzen werde, so lange nicht bekannt sei, was aus dem irischen Armengesetze geworden sei. Sir W. Verner brachte den Handel und die Einfuhr von Schießgewehren in Irland zur Sprache. Tausend Stück wären in einem Bezirke der Grafschaft Armagh schon in einem Aufstrich verkauft und an einem Markttag einmal 100,000 Pfd. Munition in einer kleinen Stadt derselben abgesetzt worden. Das Doppelte hätte verkauft werden können, wenn es vorhanden gewesen wäre. Von einem Pachter, der sein Pachtgeld bezahlte und davon 2 Pf. St. zur Unterstützung seiner Familie zurückerhielt, führte er an, daß dessen erste Aeußerung war, wie er sich dafür eine gute Flinte anschaffen könne. Aus der Grafschaft Clonmel theilte er ein Schreiben eines Geistlichen mit, daß es jetzt dort gar nichts Seltenes sei, hinter dem Graben am Wege Leute mit Flinten auf dem Rücken zu sehen, und daß man stets ungewiß sei, ob sie auf den Vorübergehenden anschlagen würden oder nicht. In Leitrim hatte die Grandjury den auffallenden Gebrauch von Schießgewehren bei den an die letzten Assisen verwiesenen Verbrechen hervorgehoben. Er führte noch eine Menge anderer Fälle an, geeignet die Aufmerksamkeit der Regierung zu erregen, und beantragte die Vorlage der bei der Regierung über den freien Verkehr mit Schießgewehren eingelaufenen Berichte. Der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, entgegnete, daß die angeführten Umstände, welche zum Theil aus Zeitungsberichten entlehnt wären, ihm sehr übertrieben erscheinen müßten, da sie mit den aus bester Quelle ihm zugegangenen Mittheilungen wesentlich im Widerspruche ständen. Er bezog sich dann auf Berichte des Chefs der Polizeimannschaft in Irland, und diese schilderten das Land freier von politischer Aufregung und geheimen Umtrieben als je. Ferner erinnerte er, daß die sogenannte Whiteboy-Acte gegen Personen, die durch Auftreten mit Waffen ihre Nachbarn ängstigen und schrecken, noch in voller Wirksamkeit sei und daß sich bei Anklagen auf Grund derselben keine Behinderung in der Ausführung des Gesetzes ergeben habe. Die frühern Waffen- (Verbot-) Bills nannte er sämmtlich Fehlgeburten, da keine verhindern konnte, daß Bösewichter sich Schießgewehre verschafften. Die Vorlage wurde bewilligt. Von Hrn. Bright wurde die Niedersetzung eines Comité zur Untersuchung der Fortschritte des Baumwollenanbaues in Ostindien beantragt. Die Fabrikation vor einem Mangel dieses Rohstoffes zu sichern und von Amerika unabhängiger zu machen, ist dabei beabsichtigt. Während der Besprechung des Antrags trat jedoch, da bei Zählung des Hauses 40 Mitglieder nicht anwesend waren, Vertagung ein.

In der heute fortgesetzten Comitéberathung der irischen Armenbill im Oberhause blieb das Ministerium gegen die irischen Landlords abermals mit 73 gegen 54 Stimmen bei der 11. Clausel in der Minorität, welche die Vertheilung der Ausgaben in den Unterabtheilungen der Armenbezirke betrifft. Lord Stanley, unter Andern von Lord Monteagle unterstützt, verlangte die Streichung dieser Clausel, was ungeachtet des Widerspruches der Minister angenommen und die Berathung dann von neuem vertagt wurde. Nach dem Morning Chronicle würde auch diese Niederlage die Minister noch nicht zu entscheidenden Schritten veranlassen; doch deutet das ministerielle Blatt an, daß, wenn das zum 10. Mai angekündigte Amendement Lord Stanley's, die Armensteuer nicht von dem Grundeigenthümer, sondern von dem jeweiligen Inhaber, also den Pächtern ꝛc., zu erheben, durchgehen sollte, eine Auflösung des Parlaments eintreten könnte.

— Die Times erklärt sich auf das stärkste gegen die von Lord Monteagle gestern im Oberhause durchgesetzte beschränkte Dauer der irischen Armenbill, womit es zunächst auf die Clauseln abgesehen ist, welche arbeitsfähigen Armen außerhalb des Armenhauses Unterstützung sichern sollten und die nun blos bis Ende der nächsten Session Geltung erlangen würden, wenn der Wille der irischen Landlords durchgesetzt wird. Die Times fodert das britische Publicum auf, diese unverschämte Verläugnung von Recht und Menschenfreundlichkeit in einer so schweren Zeit nicht zu dulden. Die eigentliche Frage sei jetzt, ob nach wie vor jeder englische Arbeiter eine irische Familie mit erhalten müsse und eine Klasse Menschen, eine einzige geduldet werden solle, die zu Erfüllung der gewöhnlichen Pflichten der Menschlichkeit nicht gebracht werden könne und nur an sich denke, möge aus den übrigen werden, was wolle. Wenn die englischen Arbeiter das nicht zu dulden gesonnen wären, so möchten sie sich darüber in Zeiten erklären, und ehe die amendirte Bill ans Unterhaus zurückgelange.

— Die Morning Post bestimmt den ersten Admiralitätslord, Lord Auckland, zum Nachfolger des Earl of Besborough. Der Kriegssecretair im Ministerium Peel, Sydney Herbert, solle in diesem Falle bei der Admiralität eintreten. Für Sir James Graham, unter Sir R. Peel Staatssecretair für das Innere, stehe die Ernennung zum Generalgouverneur von Ostindien in Aussicht. Auf diese Weise wünsche man die Union der Whigs und Peelites immer enger zu schließen.

— Der Earl of Besborough befand sich nach den vom 5. Mai Abends aus Dublin eingegangenen Nachrichten etwas besser als Tags vorher.

In der Repealversammlung zu Dublin am 4. Mai schlug J. O'Connell für den 6. Mai eine Extraversammlung vor, in welcher eine Dankadresse an das amerikanische Volk wegen seiner thätigen Unterstützung des nothleidenden Irlands berathen und genehmigt werden sollte. Der Vorschlag wurde angenommen und der anwesende Capitain des mit einer Getreide- und Mehlladung, dem Geschenk eines Damencomité zu Neuyork, angelangten amerikanischen Schiffes Victor, Hr. Clarke, dankte für die seinen Landsleuten zugedachte Ehre. Der Geistliche Coghlan aus Mayo schilderte die große Noth im Pfarrsprengel von Kilmoree, wo er angestellt ist, und rügte aufs strengste die Hartherzigkeit zweier Gutsherren, denen fast der ganze dortige Grundbesitz gehöre. Der Eine, Lord Dillon, wohne bei London, der Andere, Hr. Knox, zu Castlerea, und Beide hätten dem Hülfscomité des Kirchspiels in dieser Noth noch keinen Sixpence zukommen lassen. J. O'Connell erklärte sodann, daß Unterhandlungen mit den Jungirländern zur Beseitigung der seitherigen Mißhelligkeiten im Gange seien. Eine Menge Berichte von katholischen Geistlichen, worin sie die Zahl der in ihren Kirchspielen vor Hunger und an Krankheiten Gestorbenen angeben, wurden verlesen. Die Repealrente war 25 Pf. St.

— Die Missionsgesellschaft der Wesleyanischen Methodisten hielt am 4. Mai ihre Jahresversammlung. Der Bericht über die Thätigkeit ihrer Agenten in Irland, auf dem europäischen Festland, in Indien, Australien, Süd- und Westafrika lautete sehr befriedigend. Die Zahl der Missionare der Gesellschaft beträgt 417, ihrer Kirchen und Kapellen 2597, ihrer besoldeten Agenten, Lehrer ꝛc. 771, ihrer unbesoldeten, wie Sonntagsschullehrer ꝛc. 7074, ihrer Kirchenmitglieder 102,330 und ihrer Schulkinder 72,000. Im vorigen Jahre wurden zur Verstärkung der Missionen 25 neue Missionare abgeschickt und die Einnahmen der Gesellschaft betrugen 115,762 Pf. St. (2838 mehr als im Jahr 1845), die Ausgaben 111,534 Pf. St. Die Gesellschaft hat beschlossen, eine Mission nach China auszusenden.

— Der literarische Verein der Polenfreunde hielt am 3. Mai seine 15. Jahresversammlung in den Sufferchambers in Duke'sstreet, der Lord Dudley Stuart präsidirte. Aus dem vorgetragenen langen Berichte erhellte, daß sich 500 polnische Flüchtlinge in Großbritannien befinden, von denen die Hälfte sehr unzulängliche Schulbildung besitzen. Die neuesten, das ehemalige Polen berührenden Ereignisse, dabei die russischen Verfolgungen der Aebtissin von Minsk, die Einverleibung von Krakau und die Beschlagnahme auf die Güter der Fürstin Czartoryski, nebst den betreffenden parlamentarischen Vorkommnissen wurden weitläufig in Be-

Digitized by Google

interung gebracht und zuletzt eine vom Lord Beaumont beantragte Resolution angenommen, daß es in Folge der Einverleibung von Krakau mehr als je gebieterische Pflicht sei, mit allen legitimen Mitteln die Herstellung von ganz Polen zu erstreben.

Frankreich.

Paris, 8. Mai.

Die Pairskammer war gestern in geheimer Sitzung versammelt, um sich nach vorgenommener Erwägung der königl. Verordnung als Gerichtshof zu constituiren. Der dazu vom König ernannte Generalprocurator Delangle und sein Beistand Hr. Glandaz, Generalanwalt, wurden eingeführt. Es waren 211 Pairs anwesend. Dem Generalprocurator wurde Act über sein eingereichtes Requisitorium, die Anklage des Generals Cubières und etwa Betheiligter auf Corruption oder Versuche derselben gegen einen Verwaltungsbeamten und auf Betrug oder versuchten Betrug enthaltend, wie sie aus den in der erwähnten Correspondenz des Generals Cubières enthaltenen Indicien sich darstellt, ertheilt, und die Untersuchung gegen Parmentier und weitere Mitschuldige durch den Kanzler und eine von ihm zu bestimmende Pairscommission angeordnet. Wie es heißt, wird General Cubières durch den Batonnier der pariser Advocaten, Hrn. Baroche, vertheidigt werden.

Die Deputirtenkammer setzte gestern die Berathung der außerordentlichen Creditforderungen für 1846 und 1847 fort. Die für 1846 wurden mit 1,340,176 Fr. angenommen. Bei denen für 1847 wurde eine Verminderung um 24,500 Fr. für die zur Colonialverwaltung angesetzte Summe von der Commission beantragt. Der Marine- und Colonialminister widersetzte sich Dem, weil seine Ansätze durch das neue Gesetz über die Sklavenangelegenheiten bedingt wären, welches ein vermehrtes Personal der Colonialbehörden nothwendig mache, denen neue Pflichten auferlegt werden wären. Hr. Allard bestand auf dem Antrag im Namen der Commission, indem er auf die jüngsten Verhandlungen über die Sklavenfrage in der Kammer Bezug nehmend, erklärte, wie es den Provinzialbehörden nicht an der Beamtenzahl, wohl aber an der Qualität zu fehlen scheine. Nach einigen weitern Verhandlungen wurde trotz Versprechungen des Marineministers, die Colonialverwaltung solle besser werden, die Reduction von der Kammer angenommen, was also einem tadelnden Votum gleichkommt. Bei den Crediten für das Finanzministerium wurden ebenfalls, hier jedoch unter Beitritt des Ministers, 26,000 Fr. gemindert. Die Credite für das Unterrichtsministerium kamen dann an die Reihe, die Kammer wurde jetzt von den über nahe Veränderungen im Cabinet sich verbreitenden Nachrichten sehr zerstreut, kam indessen mit der Berathung der Artikel des Gesetzentwurfs zu Ende, war aber nicht mehr vollzählig, als über das Ganze desselben abgestimmt werden sollte.

— Das Journal des Débats ist heute ohne leitenden Artikel; die Besprechungen der andern Blätter drehen sich alle um das beginnende neue Massacre des Innocents, wie die Aufforderung mehrer Mitglieder des Ministeriums, das jetzt täglich eine Schlappe, bald in der Pairskammer, bald in der Deputirtenkammer, erlebte, sehr treffend bezeichnet worden ist. (Vergl. den Brief aus Paris.)

— Der Assisenhof des Creusedepartements hatte dieser Tage über eine Anklage wegen Wählerbestechung bei Wahlen für den Departementsrath zu urtheilen, die im December 1845 stattgefunden. Im Canton Pontarion traten nämlich Hr. Boutmy in Paris und Hr. Tixier-Lachapelle in Gueret als Candidaten auf, und der Letztere ward nach hartem Wahlkampfe gewählt, seine Wahl jedoch vom Conseil der Präfectur auf den Rath des Ministers des Innern cassirt und nun bei der neuen Wahl im September 1846 Hr. Boutmy ernannt. Dagegen erhobener Protest führte zu einer Untersuchung und ergab durch Hrn. Boutmy vorgenommene, als Wählerbestechung anzusehende Dinge ähnlicher Art, wie Hr. Drouillard sie sich bei der Deputirtenwahl für Quimperlé erlaubt haben soll und wegen denen er verurtheilt worden ist. Hr. Boutmy wurde dagegen am 3. Mai freigesprochen, da die Geschworenen ihn für nichtschuldig erklärten.

— Der königl. Procurator beim Civilgerichtshof des Seinedepartements hat einen Vorführungsbefehl gegen den Herzog v. Vicenza und die Zeugen bei seinem Duell mit Hrn. de Pommereux (Nr. 131) erlassen.

— Die Zeitungen sprechen von der auf übermorgen angesetzten Abreise der Königin Christine nach Neapel.

— Der Courrier du Havre meldet, daß einer der berüchtigtsten Gauner und Verbrecher Frankreichs, Namens Londais, dessen wahre oder erdichtete Abenteuer vielfach nacherzählt worden sind, und der schon mehrmals früherer Verwahrung zu entkommen wußte, jetzt von neuem aus dem Bagno von Brest entwichen sei. Zwei von seinen Genossen, die mit ihm fliehen wollten, sind dabei ertrunken.

— In Cherbourg entzündete sich am Bord der Dampffregatte Gomer am 1. Mai während der Salven zu Ehren des königlichen Namenstags die Ladung einer Kanone, indem sie eingebracht wurde, tödtete einen Kanonier und riß einem zweiten den Arm weg.

ψ **Paris**, 8. Mai. Die Modification in der Zusammensetzung des Cabinets hat begonnen. Der Kriegsminister Moline de St.-Yon, welcher diese Stelle seit dem 10. Nov. 1845 bekleidete, und der Marineminister Baron Mackau haben ihre Entlassung eingereicht. Auch der Finanzminister Hr. Lacave-Laplagne hat seine Functionen eingestellt. Bei ihm scheint indessen der Hergang, von welchem viel die Rede ist, in unangenehmer Weise sich entwickelt zu haben. Wie man aus Hrn. Lacave-Laplagne's eignem Munde wissen will, der sich sehr bewegt darüber äußere, hätte der König die Eingabe seiner Entlassung verlangt. Der Minister habe darauf erwidert, daß die während seiner Amtsverwaltung von ihm getroffenen Maßregeln im Conseil berathen worden wären und er also nur mit seinen Collegen zurücktreten werde. Der König habe ihm dann die Pairswürde und Generalprocuratur am Rechnungshofe angeboten, der Minister aber erwidert, daß er nichts als seine Entlassung würde annehmen können. Marschall Soult habe ihm darauf erklärt, daß er nicht mehr Minister sei und daß man für einen Nachfolger bedacht sein werde. Dieses Verfahren hat den daron Betroffenen tief bewegt, und er verhehlt auch seinen Verdruß darüber keineswegs. In der Deputirtenkammer haben diese Mittheilungen große Aufregung veranlaßt, und Alles fragt, wer die Nachfolger der drei Minister sein werden. In den Reihen der Majorität verbreiten dieselben Unruhe. Für das Kriegsministerium ist vom Marquis de la Place, Pair und Sohn des berühmten Astronomen, die Rede; zum Marineminister bezeichnet man Hrn. de Bussières oder Hrn. Bressen; das Finanzministerium wird Hrn. Dumon, jetzigem Minister der öffentlichen Bauten, zugedacht, in welchem ihm Hr. Bitet oder Muret de Bort folgen würde. Hr. Cunin-Gridaine setzt einen Ehrenpunkt hinein, sein Portefeuille nicht vor dem Ende der Krisis abzugeben, welche der schlechten Aernte von 1846 gefolgt ist.

Schweiz.

Aus **Bern** vom 6. Mai schreibt der dortige «Verfassungsfreund»: „Das Obergericht hat heute die Angelegenheit des Professors Dr. Wilhelm Snell entschieden und das an ihm begangene Unrecht der frühern Regierung dadurch gut gemacht, daß es ihm die ganze Besoldung vom Tage der Abberufung bis zum 1. Jan. 1847 sammt Zins und von diesem Tag an jährlich 2800 Fr., in vierteljährigen Raten zu bezahlen (seine bisherige Besoldung), zugesprochen hat, jedoch mit der Bedingung, daß er verpflichtet ist, eine Professur zu übernehmen, wenn ihm eine solche angetragen wird." — Die Magd des Dr. Steiger (Nr. 132) ist der Haft wieder entlassen.

— Aus einem Berichte des Regierungsraths von **Luzern** ergibt sich, daß die Rechnung über die Aufruhrkosten auf 767,954 Fr. gestellt wurde, auf welche Summe bereits 507,806 Fr. bezahlt wurden.

Italien.

* **Rom**, 30. April. Das Abtreten des Cardinals Gizzi von seinem Posten als Staatssecretair darf man als eins der folgenreichsten Ereignisse in der Geschichte des neuen Pontificats bezeichnen. Doch thun wir das, wenn es erfolgt sein wird; denn bis heute versah Gizzi noch alle Geschäfte eines politischen und geistlichen Kanzlers nach wie vor. Aber was ist der Grund seines Ausscheidens aus dem politischen Governo? Die Gicht — ja freilich die auch, aber vor Allem ein Vorfall, der zwischen ihm und Pius IX. ein Mißverständniß hervorrief, das manche andere noch zur Folge gehabt. Es ist bekannt, daß in Pesaro ein Priester von der Kanzel herab das Volk gegen die neue Regierung aufzuwiegeln versuchte. Nur bei Wenigen der untersten Einwohnerschichten des Orts fanden seine brandstifterischen Phrasen einigen Eingang; die Bessern und Denkendern dagegen wollten ihm zu Leib und hätten ihn gewiß mit Hintansetzung der Tonsurprivilegien körperlich gezüchtigt, wäre der Kleriker nicht den Aufgebrachten durch den Cardinal Ferretti entzogen worden. Dieser wendete sich an Pius IX. und fragte an, was mit dem Individuum anzufangen sei; aber auch die bürgerliche Ortsbehörde wendete sich mit dem Bericht über die Predigt an Gizzi und foderte des Priesters Civildestrafung. Pius IX. schrieb dem Cardinal Ferretti die zweckdienlich scheinenden Verhaltungsbefehle, die dem Cardinal Gizzi mitgetheilt, aber von ihm Unwohlseins halber ungelesen blieben. Vielmehr fertigte er an den Governatore von Pesaro auch seinerseits eine Antwort ab, die ihm das Recht der Bestrafung jenes Priesters durch den weltlichen Arm zusprach, während der Papst in jenem ungelesen gebliebenen Schreiben dem Cardinal Ferretti andere Instructionen ertheilt hatte. Daher entstand in Pesaro eine hartnäckige Collision zwischen geistlichen und weltlichen Behörden, die Pius IX. ihrer Veranlassung wegen sehr mißfallen mußte. Doch reicht dieses Vorkommniß wol schwerlich aus, den letzten Grund der Entschließung Gizzi's, seine Stelle einem Andern einzuräumen, ganz zu erklären. Sein Nachfolger wird Cardinal Baluffi oder Cardinal de Angelis sein.

Die Opposition eines Theiles der Bevölkerung des Kirchenstaats gegen die Maßregeln der neuen Regierung dauert fort und währt ohne Zweifel deshalb so lange, weil sie im Innern des Landes an der hohen Geistlichkeit, wenigstens an einem Theile derselben, und außerhalb des Landes an dem Ueberflusse von Loyalität eines gewissen Landes jenseit der Alpen sehr kräftige Stützen findet. Ob, wie die allgemeine Stimme sagt, und inwieweit unter der erstern auch der Staatssecretair Gregor's XVI. Cardinal Lambruschini zu nennen sei, wollen wir Andern zu entscheiden

Digitized by Google

überlassen, und begnügen uns, das eine sehr leichte Schlußanalyse an die Hand gebende Factum zu melden, daß der Cardinal gestern die allerhöchste Weisung erhalten, sich von Rom in sein Bisthum der Sabina für die nächste Zukunft zu begeben. Wer ihn in den mit Rußlands hiesigen diplomatischen Repräsentanten über die zur Ausgleichung der bestehenden kirchlichen Differenzen noch zu pflegenden Unterhandlungen ersetzen soll, ist noch nicht entschieden. — Der Kronprinz von Baiern befindet sich, eingetroffenen Nachrichten zufolge, bereits auf dem Wege von Neapel nach Rom. Er wird morgen hier erwartet. Wie auf seiner Hinreise nach Palermo, wird der Kronprinz auch jetzt bei seiner Heimkehr für die kurze Frist seines Aufenthalts die Villa Malta auf Monte Pincio bewohnen.

Am 23. April starb hier im 80sten Lebensjahre der polnische General Baron Stanislaus Klicki. Er hatte sich vor kurzem hier häuslich niedergelassen und war ein freundlicher Rathgeber und Helfer seiner auch hier in großer Zahl umherirrenden Landsleute. Es ist bekannt, daß der Verstorbene unter Kaiser Napoleon an dessen blutigsten Kämpfen in Deutschland einen sehr entschiedenen Antheil hatte. — Was man bei der großen Animosität des Publicums gegen den letztverstorbenen Papst kaum hätte erwarten mögen, ist dennoch wahr geworden: die von Gregor XVI. mit dem Cardinalspurpur bekleideten Prälaten haben beschlossen, seinem Andenken in einer der Seitenkapellen der Peterskirche ein kolossales Denkmal aus dem feinsten carrarischen Marmor zu errichten. (Nr. 120.) Pius IX. hat dem Plane natürlich kein Hinderniß in den Weg gelegt. Die Cardinäle haben die päpstliche Akademie von S. Luca ersucht, eine Concurrenz unter den in Rom lebenden Bildhauern ohne Unterschied der Nation für die Ausführung des Werkes zu eröffnen, was sie auch seit gestern gethan hat. Die Cardinäle brachten zur Bestreitung des Kostenaufwandes die Summe von 25,000 Thlr. zusammen und wollen das Denkmal innerhalb drei Jahren vollendet sehen.

Rom, 30. April. Aus Forli sind Berichte eingelaufen, daß die Einwohner jener Stadt und zum Theil aus der Umgegend sich als Nationalgarde bewaffnet haben, um, wie sie vorgeben, die Ausfuhr des Getreides, welches heimlich über die Grenze nach Toscana geschafft wird, zu verhindern. Die Regierung scheint standhaft darauf zu bestehen, so eigenmächtige Handlung unter keinem Vorwande zu dulden. Der außerordentliche Prolegat daselbst, Marchese L. Paolucci di Calboli, welcher schon vor einiger Zeit um seinen Abschied gebeten, hat ihn jetzt erhalten. Der Marchese war bisher der einzige weltliche Beamte, der eine solche Stelle bekleidete. Zu seinem Nachfolger ist Mons. Savelli ernannt, der mit dem gemessensten Befehle versehen ward, die Einwohner zum Gehorsam zurückzuführen. — Am 26. April hat Mons. Brunelli seine Reise über Florenz nach Madrid angetreten. — Der König von Neapel, der eine Inspectionsreise längs der Grenze macht, war am 25. April in dem Städtchen Rieti auf päpstlichem Gebiet eingetroffen, von wo er sich nach Terni begab, um den weltberühmten Wasserfall daselbst zu sehen. Man war hier sehr verwundert, daß er, einmal auf päpstlichem Gebiete, Rom nicht besuchte. — In den letzten Tagen ist ein Rundschreiben an alle Bischöfe abgegangen, welches als eine Antwort zu betrachten ist auf die vielfältigen Anfragen, wie sie sich bei den Kleinkinderbewahranstalten, als einer von Akatholiken ausgegangenen Institution, die nun auch in mehren italienischen Städten eingeführt ist, zu benehmen haben. — Man sagt, mehre Eisenbahngesellschaften hätten sich endlich vereinigt, und die Eisenbahncommission habe gestern Abend dem Papst ihr Gutachten über die eingegangenen Pläne eingereicht. (A. Z.)

Rußland und Polen.

Am 12. April haben in **Reval** die Verhandlungen des Landtags für Esthland begonnen, von denen das Gerücht sagt, daß sie sehr lebhaft seien.

Griechenland.

Nach Briefen aus **Athen** vom 28. April ist die Kammer aufgelöst worden.

Türkei.

Konstantinopel, 28. April. Der griechische Geschäftsträger Argyropoulos hat sich gestern mit seiner Familie und den Beamten der griechischen Gesandtschaft am Bord des französischen Postdampfboots nach dem Piräus eingeschifft. — Die türkische Staatszeitung enthält eine Verfügung, durch die den Frauen die Antritts- und Erbfähigkeit von Ackerlehen, die ihnen bisher benommen war, zugesichert wird. — Das neue im Taksim errichtete österreichische Spital ist ohne Unterlaß der Gegenstand der kaiserl. Regierung. Hr. Karl Hulkä, ehemaliger Handelsmann, der sich lange durch seine menschenfreundlichen Gesinnungen die allgemeine Achtung erworben hatte, ist zum Director desselben ernannt worden; der Dr. Wartbüchler, der seine Studien an der wiener Universität mit glänzendem Erfolge zurückgelegt hat, ist bei diesem Spital als Arzt, und der Abbé Jolob, Deutschordenspriester, als Kaplan angestellt und solchergestalt für das geistige und leibliche Wohl der Kranken gesorgt worden. Am 19. April, dem Geburtstage des Kaisers von Oesterreich, ist die neuerbaute Kapelle des Spitals feierlich eingeweiht worden. (Oest. B.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus **Washington** wird vom 14. April die am Tage zuvor erfolgte Abschließung der neuen Anleihe von 18 Mill. berichtet. Drei Viertel davon hatten Concoran und Riggs daselbst zu ½ über Pari genommen; das Uebrige war in kleinen Posten mit ¼ Proc. und mehr Prämie vergeben. Die Staatseinnahme gestaltet sich so günstig, daß man bis nächsten 1. Dec. auf ein Jahreseinkommen von 30 Mill. zählt; von den Zolleinkünften in den für den Handel geöffneten mejicanischen Häfen glaubt man 15 Mill. im Jahr erwarten zu dürfen.

— Aus den amtlichen Berichten des Generals Scott über seine Operationen gegen Veracruz ergibt sich, daß er seine erste Aufforderung am 22. März gar nicht mit auf S. Juan de Ulloa erstreckt hatte, zu dessen Angriff ihm hinreichendes schweres Geschütz fehlte. General Morales, Commandant von beiden, faßte dieselbe jedoch als auf beide Plätze bezüglich auf. Die Consuln von England, Frankreich, Spanien und Preußen in Veracruz wendeten sich nach Eröffnung der Batterien an General Scott, um Frist für die Neutralen und die Frauen und Kinder von Mejicanern zum Verlassen des Ortes zu erlangen. Der General erwiderte aber, daß ein solcher Waffenstillstand nur auf Verlangen des Commandanten Morales und im Sinne der Anbahnung der Uebergabe gewährt werden könne, und er früher schon die Neutralen vor der drohenden Gefahr gewarnt, also das Seinige gethan habe. Sie hätten bis zum 22. März Zeit gehabt, die Stadt zu verlassen. Auch die Verbindung zwischen neutralen Kriegsschiffen und der Stadt ließ General Scott am 23. März aufheben.

— Die gestern schon kurz erwähnten Bedingungen der Uebergabe von Veracruz und S. Juan de Ulloa sind im Wesentlichen folgende: Die Garnison streckt als Kriegsgefangene die Waffen, zieht mit Kriegsehren aus, wird in die Heimat entlassen und verpflichtet sich, vor erfolgter Auswechselung nicht gegen die Vereinigten Staaten zu dienen. Alles Staatseigenthum geht in den Besitz der Vereinigten Staaten über; das Privateigenthum bleibt unverletzlich, die Religionsübung ungestört und die Offiziere und Soldaten der Garnison erhalten die Erlaubniß, noch fünf Tage in der Stadt zu bleiben, um ihre Privatangelegenheiten zu ordnen. Am 30. März wollte General Scott einen Angriff auf Alvarado unternehmen, dessen Besitz von Wichtigkeit scheint, weil das amerikanische Heer aus der Umgegend seine Zufuhren zu beziehen hat. Die Expedition wird zu Wasser und zu Lande stattfinden. Zugleich werden für das Vorrücken gegen die Hauptstadt Mejico alle Anstalten eiligst getroffen.

Mejico.

Ueber **Tampico** wird aus der Hauptstadt Mejico vom 18. März die daselbst erfolgte Ankunft von Santa Anna gemeldet, sowie daß die gegen Gomez Farias und seine Verwaltung gerichtete Bewegung auf eine der Regierung günstige Weise beigelegt worden sei. Die Häupter derselben, die Generale Pena, Barragan und Salas, sollen erschossen worden sein, was indessen noch sehr der Bestätigung bedarf. Die Ankunft Santa Anna's wurde als der Zeitpunkt erwartet, wo Friedensanträge an die Vereinigten Staaten erfolgen würden.

Personalnachrichten.

Beamte. Oesterreich. Der zweite Präsident bei dem Gubernium in Böhmen Robert Altgraf Salm ist zum Gouverneur im Küstenland ernannt worden.

Todesfälle. Am 9. Mai. starb in Frankfurt a. M. Hofrath C. P. L. Berly, Redacteur der Ober-Post-Amts-Zeitung.

Wissenschaft und Kunst.

Aus **Stuttgart** vom 7. Mai wird in der augsburger Allgemeinen Zeitung erklärt: „Wir unterzeichneten, in das traurige Schicksal des unglücklichen Dichters Nikolaus Lenau verwobenen Freunde desselben finden uns, die Versetzung unsers unglücklichen Freundes nach Wien betreffend, gedrungen, die zahlreichen Verehrer des Dichters über diese ihm bevorstehende Versetzung zu beruhigen. Es ist allerdings seine Uebersiedelung nach einem dritthalbjährigen Aufenthalt in der trefflichen Heilanstalt in Winnenthal beschlossen; aber nicht in das Narrenhaus nach Wien, sondern in die Privatheilanstalt in Döbling, in welcher ihm der entsprechendste Unterhalt für drei Jahre von seinen angesehenen wiener Freunden reichlich garantirt ist, um ihm sein erst in zwei Jahren vollständig flüssiges Capital von 20,000 Fl. Rhein. ungeschwächt zu bewahren. Ein gerichtlich aufgestellter Curator, ein früherer Freund des Unglücklichen, sorgt für ihn brüderlich, und sein Schwager, ein angesehener k. k. Beamter, mit dem der Unglückliche von Jugend an in den vertrautesten Verhältnissen steht, der achtungswürdige Gatte seiner Lieblingsschwester, ist gesendet, seine Uebersiedelung auf die schonendste Weise zu bewerkstelligen. Zu diesem Zwecke nimmt er den bisherigen Wärter in Winnenthal, an dem der Kranke mit großem Vertrauen hängt, zu seiner Begleitung mit nach Döbling, wo derselbe auch künftig um ihn bleiben wird. Unsere herzlichsten Wünsche begleiten ihn. Ueber sein ferneres leibliches Schicksal dürfen seine zahlreichen Verehrer beruhigt sein. Seine nächsten Verwandten, eine Schwester, die ihm über Alles theuer, Freunde wie Graf Auersperg u. A. werden es liebend überwachen. Wir wünschten auch sagen zu können, daß unsere Hoffnung seiner geistigen Wiederherstellung, die noch keineswegs aufzugeben ist, ihn mit Zuversicht begleiten könnte. Nun, er steht in Gottes Hand! Hofrath v. Reinbeck. Frhr. v. Cotta."

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 12. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 119 Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 86¾ G. und 87 bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99½ G.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58¾ G.;

Löbau-Zittauer 57 Br., 56 für Kleinigkeiten zu machen; Magdeburg-Leipziger 200½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Köln-Mindener 90½ Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107½ bezahlt; Pesther 100½ Br.; Dessauer Bankactien 100½ Br., 100½ G.

Eisenbahn. * Leipzig, 11. Mai. Der Geschäftsbericht des Directoriums der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahngesellschaft über das Jahr 1846 übertrifft alle seine Vorgänger an Ausführlichkeit. Befördert wurden im gedachten Jahre 746,324 Personen; in den vorhergehenden Jahren betrug die Frequenz: 1841: 511,564, 1842: 544,782, 1843: 620,626, 1844: 685,953, 1845: 675,619 Personen. In der ersten Wagenklasse hat jedoch die Personenzahl abgenommen; von 100 Reisenden bedienten sich 1,3 Proc. dieser, 19 der zweiten, also fast 80 Proc. der dritten Klasse. Auf den Zwischenverkehr mit den Güterzügen kommen 67,901, auf Militairtransporte und Extrazüge 4081 Personen. Durchschnittlich fuhr jede Person 5,28 Meilen weit und bezahlte 15⅛ Sgr. (1841, 1844 und 1845 fast 16, 1842 sogar 17⅛ Sgr.). An Gütern wurden 1,715,099 Ctr. befördert, worunter 532,873 im gemeinschaftlichen Verkehre mit der Anhalt-Bahn (in den frühern Jahren wurden transportirt: 1841: 570,815, 1842: 891,272, 1843: 1,494,735, 1844: 1,375,421, 1845: 1,373,352 Ctr.). Durchschnittlich kamen auf jeden Centner Frachtgut 10¼ Meilen, Eilgut 9¼ Meilen, sowie auf jeden Centner überhaupt 5⅞ Sgr. Am wichtigsten ist der Güterverkehr zwischen Leipzig und Magdeburg, indem von Magdeburg nach Leipzig 512,424 Ctr. Frachtgüter transportirt wurden, von Leipzig nach Magdeburg hingegen nur 113,528 Ctr. Die Betriebseinnahmen betrugen nach Abzug von 32,323 Thlr. Ab- und Anfuhrgelder von und zu den Bahnhöfen 734,753 Thlr. (1841: 412,502, 1842: 519,216, 1843: 659,338, 1844: 664,431, 1845: 655,283 Thlr.). Davon sind 384,327 Thlr. für Personenverkehr, 298,882 Thlr. für Frachtgüter, 24,875½ Thlr. für Eilgüter, 11,984½ Thlr. für Passagiergepäck, 10,704 Thlr. für Equipagen, 3980 Thlr. für Vieh eingegangen; im Jahr 1845 war die Einnahme für Eilgüter und Equipagen etwas größer. Hierzu kommen jedoch noch 18,124 Thlr. an zufälligen Einnahmen, sodaß sich die ganze Einnahme auf 752,877 Thlr. stellt. Die Ausgabe betrug 473,584 Thlr., nämlich 82,312½ Thlr. Bahnverwaltungskosten, 198,500½ Thlr. an Kosten des Transportbetriebs, 19,467 Thlr. allgemeine Verwaltungskosten, zusammen 300,279½ Thlr. oder noch nicht 40 Proc. Betriebsausgaben; ferner 80,794 Thlr. für Zinsen und Amortisation der Prioritätsactien, 37,829 Thlr. 17½ Sgr. Antheil der Leipzig-Dresdner Compagnie, 54,681 Thlr. außerordentliche Ausgaben. Vom Ueberschusse wurden 14,793 Thlr. dem Reservefonds überwiesen, der am Schlusse des Jahres 1846 eine Höhe von 61,502½ Thlr. erreicht hatte, nachdem daraus 31,291 Thlr. Ausgaben, größtentheils zur Beseitigung mehrer Processe mit Entrepreneurs, bestritten worden; als Dividende wurden 264,500 Thlr. oder 11½ Proc. für jede Stammactie vertheilt, denn wiewol das Gesetz vom 3. Nov. 1838 den Eisenbahngesellschaften keine höhere Nutzung des Anlagecapitals als 10 Proc. gestattet, so hat die Staatsregierung ihre Zustimmung dazu gegeben, das Prioritätsactiencapital von 1,800,000 Thlr. mit zum Anlagecapital zu rechnen, wonach die Dividende möglicherweise bis zu 17¹⁹⁄₃₂ Proc. ansteigen könnte. — Vom ältern Gleise wurden 4133½ Ruthen umgebaut. Die Schneefälle vom 10. bis 25. Dec. verursachten einen Aufwand von 7383 Thlr.; der Umbau der Quaimauer an der magdeburger Strombrücke, welche vom Elbhochwasser unterspült und eingestürzt war, kostete 13,751 Thlr. Von den 20 Locomotiven (von denen vier 8 Jahre, acht 7 Jahre, drei 6 Jahre, zwei 4 Jahre im Dienste sind) wurden 70,697½ Meilen zurückgelegt, worunter 57,090 in planmäßigen Fahrten, 1095 in Extrapersonen-, 6161 in Extragüterzügen, 4778 durch Hülfslocomotiven und 1574 durch leere Locomotiven. Die aus englischen Kohlen gebrannten Cokes kosteten 63,789½ Thlr. Die Transportmittel bestehen außer den 20 Locomotiven (zu denen noch 4 bei Borsig bestellt sind, und 17 Tendern in 107 Personenwagen, 12 Gepäck-, 20 achträderigen und 106 vierräderigen Güterwagen, 4 Viehwagen und 4 Schneepflügen; gemeinschaftlich mit der Anhalt-Bahn besitzt die Gesellschaft noch außerdem 115 Wagen. — Angehängt ist zum ersten Mal eine tabellarische Uebersicht von Baucapital, Transportmitteln, Verkehr, Einnahmen und Ausgaben im Jahr 1846, ferner eine allgemeine Beschreibung der Bahn, eine Nachweisung der Steigungsverhältnisse, geraden Linien und Curven und eine Zusammenstellung der vorhandenen Locomotiven mit Angabe ihrer Dimensionen und sonstigen sie betreffenden Notizen, sodaß dieser Bericht als ein nachahmungswerthes Muster von Genauigkeit und Gründlichkeit aufgestellt zu werden verdient.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 12. Mai früh 7 Uhr: 2° 15″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 8. Mai. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 104⅞; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 10. Mai. Oestr. Bkact. 1899; 250 Fl. L. 119½; 500 Fl. L. 155. Bair. 3½pc. 91⅞; Bad. 50 Fl. L 57⅞ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 74⅝; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35; Kurhess. 32⅝. London, 6. Mai. 3pc. Cons. 87½; Port. 3pc. 35; Span. 3pc. 34; Holl. Int. 57½. Paris, 7. Mai. 5pc. 115. 85; 3pc. 78; Neap. 102. 75; Bankact. 3250.

Actien. Frankfurt a. M., 10. Mai. Taunusb. 357; Nordb. 711; Verb. 91⅝. Paris, 7. Mai. Versail. l. 215, Paris-Orleans 1235; Paris-Rouen 947½; Paris-Strasburg 425; Paris-Lyon 431½; Rouen-Havre 663¾; Marseille-Avignon 767½; Strasburg-Basel 193¾; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 590; Nord 608¾. Wien, 9. Mai. Nordb. 170; Gloggn. 124; Mail. 111⅝; Livorn. 89½; Pesth. 99⅛.

Berliner Börse, 11. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 93½, 3½pc. Staatssch. 93⅛, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 94½, schles. 96¾, 4pc. posensche 102 Br., neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 95⅛ Br.; Louisdor 111½, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92, Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 107½ Br., Prior.-Act. 4½pc. 97, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 91, 5pc. 101½ Br., Berl.-Stettin 107½ Br., Breslau-Freib. 4pc. 99½, Cöln-Minden 4pc. 90⅛, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107, Magd.-Halb. 4pc. 113, Niederschles. 86, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101½ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾ Br., Litt. B. 4pc. 96½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85¼ Br., Prior.-Stamm 4pc. 90 Br., Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 85½, Thüring. 4pc. 94 Br. Zarskoje-Selo 70½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82 Br., Berg.-Märk. 4pc. 82, Berl.-Anh. 99⅝, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90⅜, Magd.-Wittenb. 82½ Br., Mail.-Bened. 4pc. 112½, Mecklenburg 74⅛, Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70¼, Pos.-Starg. 4pc. 83 Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99½, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94½, (neue) 4pc. 93¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¼ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bkert. Zinsl. 17 Br., Litt. B. 300 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats Pr.-Anl. 85, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32¼, Gard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

In meinem Verlage erscheint soeben und ist in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Berichte
über die erste evangelische
Generalsynode Preußens
im Jahre 1846.
Mit einem Anhange der wichtigsten Actenstücke

herausgegeben von **Gustav Krüger**, Pfarrer zu Schenkendorf, Mitglied der Generalsynode.
Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

Leipzig, im Mai 1847.

[1941] **F. A. Brockhaus.**

Bad Lauchstädt.

Mit dem 1. Juni wird die diesjährige Saison in Lauchstädt eröffnet werden. Indem wir dies hierdurch zur Kenntniß bringen, wünschen wir zugleich die Aufmerksamkeit des leidenden wie des ärztlichen Publicums auf unsern altberühmten Curort um so mehr hinzulenken, als das Bedürfniß selbst gegenwärtig wieder zahlreicher zu den eisenhaltigen Heilquellen zurückführt, und unter diesen der unsrigen, nach der vom Professor Marchand angestellten genauen chemischen Untersuchung, einer der ersten Plätze gesichert ist, wie denn auch die schon durch Friedr. Hofmann hochgepriesene Heilkraft des Lauchstädter Brunnens seit länger als einem Jahrhundert sich fortdauernd glänzend bewährt hat.

Unsere Trink- und Badeanstalt und die überaus wirksame Douche sind hinreichend bekannt. Den außerdem erforderlichen ärztlichen Rath und Beistand wird der von der Königlichen Regierung neu bestellte Badearzt Dr. **Krieg** zu ertheilen gern bereit sein. Auch für angemessene Restauration, gesellige Unterhaltung, Theater, ist Sorge getragen.

Die Besorgung von Wohnungen für Badegäste und die Ertheilung jeder wünschenswerthen Auskunft wird die unterzeichnete Direction auf portofreie Anmeldungen zur Zufriedenheit auszuführen bemüht sein.

[1936—37] **Die Königl. Bade-Direction zu Lauchstädt.**

Die [1833—35]
Molken- und Bad-Anstalt
Kreuth
im bairischen Alpengebirge wird am 1. Juni eröffnet.

Es werden, wie bisher, **Schwefel-, Sool- und Molkenbäder, Ziegenmolke** und **frische Pflanzensäfte** verabreicht, und bestehen für alle Bedürfnisse fixirte Preise. Die gedruckten Satzungen sind bei der Anstalt gratis zu haben. Bestellungen beliebe man **bei Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Carl von Baiern Güter-Administration Tegernsee** zu machen.

Im Verlage von **Gustav Brauns** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Beiträge
zur
Kenntniss des deutschen Postwesens.

Herausgegeben von
G. F. Hüttner,
k. sächs. Ober-Postamts-Secretair zu Leipzig.

Zweites Heft. [1942]
12 Bogen. 8. Ladenpreis ⅔ Thlr.

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung: Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847.

[1546—53]

Roisdorfer Mineral-Brunnen.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Herrn Baron von Carnap-Bornheim vom 20. März c., wonach derselbe den seither an H. M. Hons verpachteten Roisdorfer Mineral-Brunnen wieder für eigne Rechnung übernommen und uns mit der Geschäftsführung beauftragt hat, und gestützt auf die in Nr. 115 der Kölnischen Zeitung vom 25. April c. abgedruckte Analyse des Herrn Geheimen Bergraths Professor Dr. Gustav Bischof, worin durch eine vergleichende Zusammenstellung der klare Beweis geliefert ist, daß das Roisdorfer Mineralwasser dem als wohlschmeckendes Getränk seit Jahrhunderten berühmten Selterser Wasser nicht nur gleichsteht, sondern noch Vorzüge vor demselben hat, und auf die vorliegenden ärztlichen Gutachten von Ennemoser, Harleß, Hendrikszy, König, Nasse, Reinwardt, Schröder van der Kolk, Velten, von Walther, Wolff, Wurzer ꝛc. über die vortrefflichen Wirkungen des Roisdorfer Wassers in medicinischer Hinsicht — bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß die Versendungen frischer Füllungen bereits stattfinden und daß die eingehenden Aufträge möglichst prompt effectuirt werden.

Wir können hierbei nicht unerwähnt lassen, daß wir in den Stand gesetzt sind, allen Anfoderungen in Hinsicht der Krüge und Verkorkung zu entsprechen, und daß die Preise fortwährend aufs billigste gestellt sind.

Damit bei dem starken Andrange von Aufträgen deren Ausführung keine unerwünschte Zögerung erleidet, bitten wir unsere verehrten Gönner, ihre zahlreichen Bestellungen gef. frühzeitig machen zu wollen.

Abdrücke der obengedachten Analyse werden auf Verlangen von uns und den resp. Debitanten gratis verabreicht, welche Letztere damit von uns versehen sind. [1916]

Roisdorf, den 5. Mai 1847. **Die Brunnen-Verwaltung.**

Das Soolbad Wittekind in Giebichenstein bei Halle a. d. Saale.

Die Eröffnung der diesjährigen **Saison** wird, nachdem nun das mit allen Bequemlichkeiten versehene neue Curhaus vollendet ist, am **25. Mai** c. stattfinden. Ueber die ausgezeichneten Wirkungen und die besondern Annehmlichkeiten des **Wittekind-Bades** haben nicht allein mehre Zeitschriften, sondern auch die soeben im Buchhandel erschienene und durch Stahlstiche illustrirte Beschreibung desselben Bericht erstattet. Indem ich dieses nun den bereits von nah und fern angemeldeten geehrten **Gästen** ergebenst anzeige, bitte ich auch um weitern recht zahlreichen Besuch mit dem Bemerken, daß auch die, nach mehrfachen ärztlichen Erfahrungen zur Heilung langwieriger Unterleibskrankheiten, habitueller Verstopfung, Skrophelsucht und Hautkrankheiten u. s. w. bewährte **Trinkcur** des **Wittekind-Brunnens,** wie auch aller andern verordneten **Mineralwasser** gleichzeitig beginnen wird, und wozu der reiche Frühlingsschmuck der romantischen Umgebung freundlichst einladet.

Halle, den 10. Mai 1847.

[1932—33] ***H. Thiele.***

Höchst beachtungswerthe Schrift!

Soeben ist erschienen:

Literarische Plänkler
auf dem Felde
der
Philosophie, Politik, Religion, Kirche und des socialen Lebens.

Von

Aug. v. Blumröder.

Leipzig: Kollmann. 1⅓ Thlr.

Gleich den Tirailleurs bei den Feldtruppen, sagt der Verfasser (früher Erzieher eines deutschen Regenten), sollen diese literarischen Plänkler dazu dienen, durch ihre vorgeschobene Stellung, ihre gutgezielten Schüsse den lichtscheuen Feind — die politische und kirchliche Obscurantenpartei — aus den Verschanzungen hinter ihr historisches Recht, hinter die Mauern verfallener Zwingburgen, hinter heilige Kirchhofsmauern aufzujagen, und so der in geschlossenen Gliedern nachrückenden Wissenschaft und Wahrheit den Sieg zu erleichtern. [1915]

In meinem Verlage ist soeben vollständig erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Die Verhandlungen
der
preußischen Generalsynode.

Uebersichtliche

Darstellung nach der amtlichen Ausgabe der Protokolle.

Herausgegeben und mit Einleitungen versehen von

Dr. Aemilius Ludwig Richter,
ordentl. Professor der Rechte zu Berlin.

8. Brosch. 1⅚ Thlr.

Die Preußische Generalsynode bildet einen höchst merkwürdigen Abschnitt in der Geschichte der evangelischen Kirche. Die amtliche Ausgabe der Protokolle gewährt jedoch, nach der Natur der Sache, nicht die Möglichkeit schnellen Ueberblickes. Es erschien deshalb eine übersichtliche Verarbeitung des ganzen reichen Stoffes als wünschenswerth, welche hier, zugleich mit den betreffenden Urkunden, dargeboten wird.

Leipzig, im Mai 1847.

[1911] *Bernh. Tauchnitz jun.*

Bei **F. H. Nestler & Melle** in Hamburg ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Jury in Straffachen.
Eine Monographie

von [1913]

C. von Stemann.

Gr. 8. Geh. 32½ Bogen. Preis 1⅚ Thlr.

In unserm Verlage erschien soeben:

Abermals Dr. Rupp
und der Gustav-Adolf-Verein

von **Ernst Meyer.**

Gr. 8. 72 Seiten. Geheftet. 12 Sgr.

Der Herr Verfasser sagt u. A. in dem kurzen Vorworte zu dieser wichtigen Schrift: „Jedes Mitglied unsers Vereins empfindet das Jammervolle, das Unwürdige unserer Zerrissenheit, Alle wollen Eintracht, nur nicht das Mittel dazu: Anerkennung der Schuld auf beiden Seiten, auf daß es zur Ausgleichung komme, und Bewahrung vor neuer Schuld, abermals auf beiden Seiten!" u. s. w.

Königsberg.

Verlagsbuchhandlung

[1870] der **Gebr. Borntträger.**

Commissions-Gesuch. Ein junger Mann, welcher in **Breslau** ein Geschäft in **Drechslerwaaren** besitzt, wünscht dazu passende Artikel in **Kurzwaaren** u. s. w. in **Commission** zu übernehmen und ersucht darauf Reflectirende, Näheres unter Chiffre **J. S.** Herrn **Grundmann** Successores daselbst franco zugehen lassen zu wollen.

Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Nachdem wir in Folge der in die Allerhöchste Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn-Gesellschaft vom 31. Januar d. J. aufgenommenen Vorschrift, dem Herrn Finanz-Minister die Nothwendigkeit der Einziehung der dritten zehnprocentigen Rate des Actien-Capitals nachgewiesen haben und von dem Herrn Minister mittels Reskripts vom 3. d. M. die Ausschreibung derselben zum 15. bis 31. k. M. genehmigt worden ist, fodern wir die Herren Actionaire unserer Gesellschaft hierdurch auf, in Gemäßheit des §. 12 des Statuts die dritte Rate des Actien-Capitals von 10 Procent auf jede Actie in den Tagen

vom 15. bis 31. Mai d. J.

entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse (Schifferstraße Nr. 1/2) oder bei Herrn S. Herz in Berlin (Dorotheenstraße Nr. 1) während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr einzuzahlen.

Jeder Einzahler hat mit den betreffenden Quittungsbogen zwei nach den laufenden Nummern geordnete, gleichlautende und mit seiner Namensunterschrift versehene Verzeichnisse, zu denen die Formulare an den obengenanaten Orten in Empfang genommen werden können, einzureichen. Das eine dieser Verzeichnisse muß auf einen ganzen Bogen geschrieben sein und verbleibt bei den eingelieferten Quittungsbogen; auf dem andern wird die Einlieferung der Quittungsbogen bescheinigt und es können acht Tage später die Quittungsbogen gegen Rückgabe des darüber ertheilten Einlieferungsscheins, dessen Ueberbringer als zur Empfangnahme ermächtigt erachtet wird, da wieder abgeholt werden, wo die Zahlung geleistet ist.

Actionaire, welche binnen der festgesetzten Frist die Zahlung der ausgeschriebenen Rate nicht leisten, haben nach §. 14 des Statuts eine Conventionalstrafe von zehn Procent dieser Rate zum Vortheil der Gesellschaft verwirkt. Erfolgt innerhalb sechs Wochen, nach einer erneuerten Aufforderung, die Zahlung der rückständigen Rate und der Conventionalstrafe nicht, so sind wir berechtigt, die bereits geleisteten Zahlungen als verfallen, sowie das durch die frühern Einzahlungen und durch die ursprüngliche Zeichnung dem Actionair gegebene Anrecht auf den Empfang von Actien für erloschen zu erklären, nichtsdestoweniger aber von dem ursprünglichen Actienzeichner die ausgebliebene Rate nebst Verzugszinsen und die Conventionalstrafe gerichtlich einzuziehen.

Magdeburg, den 10. April 1847.

Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.

[1327—29] **Francke**, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stettin und St.-Petersburg.

Die beiden großen eisernen Postdampfschiffe „Preussischer Adler" und „Wladimir" unterhalten in diesem Jahre eine regelmäßige **wöchentliche** Verbindung zwischen Stettin resp. Swinemünde und Kronstadt (St.-Petersburg).

Die Abfertigung erfolgt:

aus Stettin **jeden Sonnabend Mittags**, nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin, und aus Kronstadt **jeden Sonnabend Abends.**

Die Ankunft findet bei günstiger Witterung sowol in Kronstadt als in Stettin **Dienstag Abends** statt.

Die Ordnung, in welcher die beiden Dampfschiffe ihre Fahrten verrichten, ist folgende:

aus Stettin resp. Swinemünde:

der „Preussische Adler" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni, den 10. und 24. Juli, den 7. und 21 August, den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Stils;

der „Wladimir" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni, den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Stils;

aus Kronstadt:

der „Wladimir" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni, den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August, den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Stils;

der „Preussische Adler" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni, den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Stils.

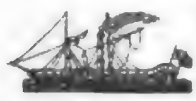
Das Passagegeld für die ganze Tour von Stettin oder Swinemünde bis St.-Petersburg beträgt:

für den ersten Platz 62 Thlr.,
für den zweiten Platz 40 Thlr.,
für den dritten Platz 23½ Thlr. Preußisches Courant.

In diesen Beträgen ist die Beköstigung mit Ausschluß des Weins einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte. Ein Wagen mit vier Rädern 50 Thlr., ein Wagen mit zwei Rädern 25 Thlr., ein Pferd 50 Thlr., ein Hund 5⅓ Thlr. Güter und Contanten werden gegen billige Fracht befördert. [1943]

Berlin, den 5. Mai 1847.

General-Post-Amt.



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1944]

Da, durch **irrige** öffentliche Nachrichten verleitet, manche Gemeinden der deutsch- oder christ-katholischen Reform glauben könnten, das auf den 25. c. dahier anberaumte **allgemeine deutsch-katholische Concil** finde nicht statt oder werde verschoben: so halten wir es für unsere Pflicht, öffentlich anzuzeigen, daß die Abhaltung dieses Concils zu jener Zeit **unwiderruflich** feststeht, da ⅔ der eingegangenen Antworten sich beifällig äußern und die Deputirten schon angemeldet haben. Zugleich laden wir diejenigen Gemeinden, welche etwa kein Circular erhalten haben sollten, hiermit öffentlich zur Beschickung ein. Die geehrten Redactionen aller öffentlichen Blätter ersuchen wir, diese Erklärung gefälligst aufzunehmen.

Berlin, den 7. Mai 1847.

Der Vorstand der deutsch-katholischen Gemeinde in Berlin.

Dr. **Oethier**, als stellvertretender Vorsitzender;

[1945—46] Pfarrer **R. Brauner, Bastide, Franz Reschke**, Pfarrer **Böck.**

Haus-Verkauf.

In **Lindenau bei Leipzig** ist ein im besten baulichen Zustande sich befindendes, sehr bequem eingerichtetes Wohnhaus nebst Garten in überaus freundlicher Lage zu verkaufen. Selbstkäufer (nicht Unterhändler) erfahren das Nähere in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1938—39]

Anzeige. *Ein Handlungshaus, welches zur Begründung einer deutschen Agentur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch im Laufe dieses Sommers einen* **Agenten** *dahin abgehen läßt, sucht als Nebenagenturen für denselben den Anschluß noch einiger soliden deutschen Manufacturen oder Fabriken, und bittet darauf Reflectirende, sich dieserhalb unter portofreien Anfragen mit der Chiffre* **Z. Y.** *an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu wenden.* [1934—35]

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 13. Mai. **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. Alice, Fräulein **Grünberg.**

Freitag, 14. Mai. Erste Darstellung des **Physioskops**, der **Dissolving-Diorama-views** und des **Chromatrope** von **Marchand** und **Ellenberg.** — Vorher: Neu einstudirt: **Zurücksetzung**, Lustspiel von C. Töpfer. Mathilde, Fräulein **Streit.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Apotheker Hermann Blase in Gassen mit Frl. Bertha Kaufmann in Sablath. — Hr. A. Kodwitz in Groß-Glogau mit Frl. Franziska Sambach in Berlin. — Hr. Dr. M. J. Meyer in Berlin mit Frl. Rosette Levy in Frankfurt a. M. — Hr. Oberprediger **Pannwitz** in Betschau mit Frl. Marie v. Wilucka in Cabel. — Hr. Franz Töpelmann in Hohnstein mit Frl. Auguste Suhle in Rathewalde.

Getraut: Hr. Dr. Reichard Barthelmeß in Nürnberg mit Frl. Karoline Baumann. — Hr. Hauptmann Flügel v in Zuterbogk mit Frl. Luise Hauschtel. — Hr. Kammergerichtsassessor Karl Friedrich in Berlin mit Frl. Luise Illiger. — Hr. H. H. Horst in Arenau mit Frl. B. Koll. — Hr. Bürgermeister H. F. Illiger in Ahrensberg mit Frl Wilhelmine Lübeck. — Hr. Lehrer C. G. Reinhard in Dresden mit Frl. Ernestine Schmidt. — Hr A. Rißmann in Köln mit Frl. E. Ruland aus Dermagen. — Hr. J. Rothschild in Köln mit Frl. Rosalie Stern in Soest. — Hr. P. J. Thouret in Berlin mit Frl. Emma Rüppell.

Geboren: Hrn. Schuldirector Karl Baumfelder in Dresden eine Tochter. — Hrn. Maler Ferdinand Bellermann in Berlin ein Sohn. — Hrn. Schuldirecter W. E. Böttcher in Dresden ein Sohn. — Hrn. Oberlandesgerichtsassessor Brohm in Berlin ein Sohn und eine Tochter. — Hrn. Lieutenant v. Dannenberg in Berlin ein Sohn. — Hrn. Advocat und Gerichtsdirector Julius Ehrig in Budissin ein Sohn. — Hrn. S. Koppel in Köln ein Sohn. — Hrn. P. Kranz in Köln ein Sohn. — Hrn. Wilh. Kreusel in Meißen ein Sohn. — Hrn Prediger Lange in Charlottenburg ein Sohn. — Hrn. Advocat Dr. F. W. Meinert in Dresden ein Sohn. — Hrn. Referendar v. Oppen in Zwickau eine Tochter. — Hrn. C. Proskowski in Herbesthal ein Sohn. — Hrn. Ramelow in Berlin eine Tochter. — Hrn. Oberlehrer und Cantor Christian Friedrich Schmidt in Borna ein Sohn. — Hrn. F. Zwicker in Rochlitz eine Tochter.

Gestorben: Frau Staatsrath Maria Beatrix Freifrau v. Baden in Freiburg. — Hr. Prediger Gustav Bartel in Stecklin. — Frau Sophie Eleonore Dietrich in Chemnitz. — Hr. Kaufmann J. A. Flatau in Posen. — Hr. Major Wilhelm Förster in Berlin. — Hr. Kaufmann J. A. F. Fritze in Perleberg. — Hr. H. Henitzel in Berlin. — Hr. Kaufmann K. F. Theodor Meyer in Berlin. — Hr. Hauptmann Ernst George v. Derken in Friedeberg. — Hr. Kaufmann A. H. Schultz in Garz. — Hr Dr. Joh. Wilhelm Schulze in Leipzig. — Frau Hofrath Auguste Wahlländer in Berlin. — Hr. Pfarrer J. H. Weiße in Pankow.

Digitized by Google

Freitag — Nr. 134. — 14. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Kanonenschlag in **München**. ⚹ **Dresden**. Tod des Prinzen Ernst. * **Marienberg**. Oesterreichisches Ausfuhrverbot. * **Eibenstock**. Grenzsperre. Bäckerbetrug. * **Aus Obersachsen**. Die Theuerungszöllner. — **Württembergische** Verordnungen. — Die Vorgänge in **Stuttgart**. — Herwegh'sches Gedicht. — Die schleswig-holsteinische Ritterschaft. — Constitutionsfest in **Weimar**. — Verbot des Branntweinbrennens in **Braunschweig** und **Oldenburg**. — Deutsch-katholische Taufe in **Frankfurt a. M.**

Preußen. Berlin. Landtag. * **Berlin**. Die Wahl in die Abtheilungen. ⚹ **Königsberg**. Placat. Frühling. † **Aus Westpreussen**. Die Landtagsmittheilungen. Dr. Detroit. Auswanderung. Elbinger Marktpolizei. ⊙ **Breslau**. Professor Phillips. — Ständisches Festmahl. — Die Falkson'sche Mischehe.

Oesterreich. Der salzburger Vorgang.

Portugal. * **Lissabon**. Der Bürgerkrieg. Die Engländer.

Großbritannien. Parlament. Der Hof. Arbeitseinstellung in Leeds. Sir R. Stepford.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen über den Cabinetswechsel. General Cubières. Baron Hurel stirbt. O'Connell. Portrait des Papstes. Unglücksfall. Die Expedition nach Kabylien. ** **Paris**. Bu-Maza.

Belgien. Schluß der Kammersitzungen.

Schweiz. * **Aus der westlichen Schweiz**. Sieg der Liberalen in St.-Gallen. Das Zollconcordat. — Das Veto in Basel-Land.

Griechenland. Stimmungen in Athen. Börse.

Nordamerika. Hr. Pakenham. Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Mexico. Die Zustände.

La Plata-Staaten. Brasilischer Geschäftsträger in Paraguay. Rivera.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * **Aus Württemberg**. Die Landespharmakopöe.

Handel und Industrie. Vom Rhein. Postalischer Congreß in Dresden. * **Berlin**. Erleuchtung der Postwagen. — Mecklenburg-schwerinische Verordnungen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

In **München** erschreckte am 9. Mai Abends, kurz vor dem Zapfenstreich, ein sogenannter Kanonenschlag, auf den Platz vor der Hauptwache hingeworfen, die Wache und die Bewohner der Umgegend. Es versammelten sich, da es Sonntag und ein schöner Abend war, sogleich viele Leute vor der Hauptwache, die sich jedoch ganz ruhig verhielten. (N. C.)

⚹ **Dresden**, 12. Mai. Soeben wird hier folgendes das heutige Datum tragende Bulletin veröffentlicht: „Am heutigen Morgen früh 4¼ Uhr verschied auf dem Schlosse Weesenstein nach kurzer Krankheit Se. königl. Hoh. der Prinz Ernst (geb. 5. April 1831, Inhaber des ersten leichten Reiterregiments), zweiter Sohn Sr. königl. Hoh. des Prinzen Johann. Der Prinz hatte vor mehren Wochen in Dresden einen Anfall von Grippe glücklich überstanden und befand sich mit der Familie Sr. königl. Hoh. des Prinzen Johann seit kurzem auf dem Lande zu Weesenstein, allwo Höchstdieselben noch bis vor wenig Tagen an den gewöhnlichen Promenaden Theil nahmen. In dieser Zeit entwickelte sich plötzlich ein bedenkliches Kranksein — die Blutfleckenkrankheit (morbus maculosus) — zu welcher sich alsbald, am 11. Mai, ein Nervenschlagfluß gesellte, an welchem Se. königl. Hoh. schon am 12. Mai früh Ihr theures, hoffnungsvolles Leben zum größten Schmerze der Allerhöchsten königlichen Familie beendet haben."

* **Marienberg**, 11. Mai. In diesem Augenblicke geht hier aus Böhmen die aus amtlicher Quelle geflossene Nachricht ein, daß von Seiten der österreichischen Regierung die Sperrung der Grenze Böhmens nach Sachsen zu verfügt worden ist. In Folge dieser Maßregel sind auf dem gestrigen Wochenmarkt in Kommotau die Getreidepreise bedeutend gefallen, die dasigen Getreidehändler und Verkäufer aber in große Bestürzung gerathen. Von 1600 Strich Getreide, welche gestern auf den kommotauer Markt gebracht wurden, sind 900 Strich unverkauft geblieben und auf dem Einsatzboden deponirt worden. Mögen auch die diesseitigen Grenzbewohner von der gedachten Maßregel der österreichischen Regierung insofern keinen Nachtheil zu fürchten, sondern nur Nutzen zu hoffen haben, weil ihnen nun in Böhmen billig gekauftes Brot, welches die jenseitigen Grenznachbarn in Ermangelung anderer Beschäftigung herauspaschen, wohlfeil zugeführt wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß die unterbrochene Zufuhr von böhmischem Getreide für die Bewohner des sächsischen Binnenlandes sehr nachtheilige Folgen haben wird.

* **Eibenstock**, 12. Mai. Um das Maß unserer Sorgen voll zu machen, erfahren wir heute aus zuverlässiger Quelle, daß Oesterreich ein strenges Ausfuhrverbot erlassen hat, das sich bis herunter auf die Eier erstreckt. Was nun, nach Verschluß dieser unserer ergiebigsten Hülfsquelle, werden soll, weiß Gott. Zu helfen sucht man sich auf alle mögliche Weise; eine ganz absonderliche Hülfe hat aber ein hiesiger Bäcker in Anwendung gebracht, der in das Brot, das für die Armen gebacken und von den Bäckern selbst Handebrot genannt wird, Sand bäckt. Er nahm auf einen halben Scheffel Mehl zwei Mäßchen Sand. Glücklicherweise ist der elende Betrug bereits entdeckt und sieht seiner Bestrafung entgegen.

* **Aus Obersachsen**, 10. Mai. Die Zeitungen versichern, es hätten sich jetzt in Berlin eine große Anzahl von Fabrikanten versammelt, um auf dem Landtag im Interesse Dessen zu wirken, was sie für Handels- und Schiffahrtspolitik auszugeben belieben, während es in Wahrheit, was auch die Herren vielleicht selbst davon denken und halten mögen, irgend einen reellen Nutzen nur für den Säckel dieser Herren bringen kann, und zwar auf Kosten des allgemeinen Volkswohls. Die Herren hätten aber freilich zu ihrer Agitation keinen unpassendern Zeitpunkt wählen können als den des jetzigen Nothstandes, der das Mistliche und Gefährliche eines künstlich aufgefütterten Gewerbsproletariats, die Schwierigkeit, die vorhandene Bevölkerung aus den Erträgnissen des Landbaues zu ernähren, die Nothwendigkeit, vielmehr diesem als irgend einem andern Fach erhöhte Kräfte zuzuwenden, die bedenklichen Folgen schon der frühern Treibhausmittel, die große Neigung unserer Fabrikindustrie zu Ueberproduction und die Gefahr einer solchen so recht deutlich vor Augen legt und eher Herabsetzung als Erhöhung der Vertheuerungszölle empfehlen dürfte. Auch befinden sich unter den preußischen Deputirten denn doch weit mehre, die wirklich etwas von Handel und Schiffahrt wissen und verstehen, während nur der Mangel dieser Kenntniß es erklärt, daß sich in Süddeutschland so Viele dupiren ließen, und die gleißende Beredtsamkeit der rheinischen Handelsdeputirten wird hoffentlich auch in der nüchternen Sprache der thatsächlichen Wahrheit und gesunden Vernunft ihre wirksame Entgegnung finden.

— Zwei württembergische Verordnungen vom 9. Mai verfügen allgemeine Aufzeichnung aller Vorräthe von Cerealien, Aufforderung an die Gemeinden, die sich davon im Besitze Einzelner vorfindenden, den Bedarf übersteigenden Vorräthe anzukaufen, Verbot des Fruchtverkaufs außerhalb der Märkte, mit bestimmten Ausnahmen, der Ausfuhr ohne vorheriges Feilstellen im Inlande, Strafbedrohung aller zu künstlicher Preissteigerung abzielenden Handlungen.

— Aus **Stuttgart** vom 8. Mai berichtet der «Beobachter»: „Hier scheinen sich zum Theil immer noch bedenkliche Zeichen zu regen. In der Nacht vom 5. zum 6. Mai wurde bemerkt, daß in einer Scheuer außerhalb der verlängerten Sophienstraße sich eine beträchtliche Anzahl Menschen versammelt hatten. Die Versammelten blieben ein paar Stunden in der Scheuer, um sofort wieder still auseinanderzugehen. Ein hiesiger Bürger, der die Sache bemerkte, machte am andern Morgen davon Anzeige bei der Polizei. In der folgenden Nacht wurde das Haus sofort ganz in der Stille umstellt, der Polizeicommissar Bullinger begab sich mit dem betreffenden Viertelsmeister in die Scheuer, machte Licht; sie fanden aber für diese Nacht die Scheuer leer. In der gestrigen Nacht gelangte von der Pulverthurmwache die Meldung in die Stadt, daß sich ein namhafter Trupp verdächtig aussehender Leute um den Pulverthurm umtreibe. Auf die Meldung wurde sogleich ein Militaircommando zur Verstärkung der Wache abgesendet, worauf sich die Verdächtigen wieder verzogen. — Die Zahl der Verhafteten ist von einigen achtzig auf 32 herabgeschmolzen, welche nun von der Stadtdirection dem königl. Criminalamt übergeben sind. Unter diesen befindet sich auch der Mann, der die Fenster im Criminalamte selbst eingeworfen hatte. Die Bursche, welche bei dem Bankier Federer, dem sehr wohlwollenden, für das Armenwesen äußerst thätigen Abgeordneten der Stadt Stuttgart, die Fenster eingeworfen haben, sind ebenfalls in Haft. Daß ein Genosse des umgekommenen Schustergesellen, welcher angesichts der Polizei Rache für denselben gelobt hatte, festgenommen ist, bestätigt sich."

— Die Freiburger Zeitung vom 6. Mai sagt: „Es ist uns heute ein angeblich von Georg Herwegh abgefaßtes freiheitheischendes Gedicht mit der Ueberschrift: „O wag' es doch nur Einen Tag!" zugekommen, welches, in Briefform zusammengelegt, an uns adressirt und am 3. Mai zu Villers auf der Post aufgegeben wurde."

— In dem neulich erwähnten zweiten Schreiben der schleswig-holsteinischen Ritterschaft an den König erklärt dieselbe zunächst, daß, wenn der König sich durch die Form und Fassung der Vorstellung vom 19. Jan. d. J. verletzt gefühlt habe, dies von der Ritterschaft nicht beabsichtigt sei; daß sie überall auf die Form ihrer frühern Vorstellung kein so großes Gewicht lege, um an derselben mit Entschiedenheit festzuhalten; daß sie aber von dem Inhalte derselben in keinem Punkte zurückgehen könne; daß sie diesen Inhalt hierdurch noch einmal mit aller Ehrerbietung wiederhole und auf diesen Antrag um eine bestimmte Resolution bitte.

— In **Weimar** ward am 5. Mai das 31jährige Geburtsfest der **Constitution** in dem dicht gefüllten Saale des **Schützenhauses** feierlich begangen, zu dessen Verherrlichung nicht nur mehre Ständemitglieder, sondern sogar eine größere Anzahl Bürger aus den Nachbarstädten Erfurt und Apolda herbeigekommen waren. (Fr. J.)

— Auch die Regierung von **Braunschweig** hat durch Verordnung vom 8. Mai die Benutzung der Kartoffeln sowie von Getreide aller Art und andern mehligen Stoffen zum Branntweinbrennen bis zum 15. August d. J. untersagt.

— In **Oldenburg** ist am 8. Mai ein Verbot des Branntweinbrennens aus Kartoffeln und Getreide erlassen worden.

— In der deutsch-katholischen Gemeinde in **Frankfurt a-M.** wurde am 9. Mai die erste, nach den Bestimmungen des Senats vom 30. März gesetzlich gültige Taufe verrichtet vor einer großen Anzahl theilnehmender Zeugen aller Confessionen, unter ihnen auch deutsch-katholische Brüder aus Mainz und das Presbyterium der Gemeinde. (Fr. J.)

Preußen.

Berlin, 12. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 7. Mai, über deren Anfang bereits gestern berichtet worden, erklärte, nachdem der Frhr. v. Vincke seine Ansicht, daß die Frage über die beschlußfähige Stimmzahl bereits durch die provinzialständischen Gesetze entschieden sei, nochmals vertheidigt hatte, der Landtagscommissar, daß so etwas durchaus nicht in der Absicht der Regierung gelegen habe; machte auch darauf aufmerksam, daß sonst ein Viertheil der Mitglieder einer einzelnen Provinz durch Wegbleiben den ganzen Landtag aufhalten könne. Bei der Abstimmung erklärten sich zuvörderst 319 Stimmen gegen 181 dafür, daß der Gegenstand in das Reglement und nicht in das Gesetz gehöre. Nach längerm Streit über die weitere Fragstellung wurde gefragt: ob eine Bestimmung des Königs auf Festsetzung der zur gültigen Beschlußfassung nöthigen Zahl erbeten werden solle, und 250 gegen 247 stimmten dafür. Da zu einer Petition zwei Drittel der Stimmen nöthig sind, so fiel der übrige Theil des Gutachtens hinweg. Weiter ward ohne Widerspruch angenommen, es dem Ermessen des Landtagsmarschalls zu überlassen, von welchem Platz aus gesprochen werden solle. Dann kam der Vorschlag der Abtheilung zur Verhandlung, daß Anmeldungen zum Sprechen nur in, nie vor der Sitzung erfolgen dürften. Der Vorschlag ward ohne größere Verhandlung verworfen. Ebenso mehre mit dieser Geschäftsfrage in Verbindung stehende Amendements der Abgg. Sommerbrodt und v. Vincke. Doch ward der Vorschlag des Letztern, daß der Marschall verpflichtet sei, Demjenigen das Wort außer der Reihe zu ertheilen, der eine Ueberschreitung des Reglements zu rügen beabsichtige, mit großer Majorität angenommen. Den polnischen Abgeordneten ward einstimmig zugelassen, ihre Reden abzulesen. Der Antrag des Frhrn. v. Vincke, den das Amendiren begrenzenden §. 15 g zu streichen, gegen welchen der Landtagscommissar das Wort nahm, erhielt keine Mehrheit, wohl aber der Vorschlag des Grafen Schwerin, wonach der Landtagsmarschall einzelne Ausnahmen gestatten können sollte. Auf Beschränkung der discretionairen Gewalt des Landtagsmarschalls gerichtete, theilweise auch von der Abtheilung unterstützte Anträge der Abgg. Hansemann, Aldenhoven und v. Vincke gingen nicht durch. Eben so wenig der Antrag der erstgenannten Herren, in Betreff der Fragstellung die Bestimmungen der (auf englische Erfahrung gegründeten) hannoverschen Geschäftsordnung zu adoptiren. Ein Antrag endlich, §. 17 des Reglements, welcher die „Fassung" der Gesetze von der Berathung und Abstimmung ausschließt, zu modificiren, erlangte zwar auch keine Mehrheit, und eine Vertheidigung desselben durch den Abg. Tschocke ward von wiederholtem Getrommel unterbrochen, der Landtagscommissar erklärte aber auch nach der Verwerfung, daß die Regierung bereit sei, eine weniger scharfe Fassung jenes Passus zu wählen. (A. Pr. Z.)

* **Berlin**, 11. Mai. Ein sehr lebhaftes Bravo hätte in der Sitzung vom 10. Mai unser Abg. Mömes verdient, wie er auf die Behauptung des rheinischen Abg. Camphausen, wonach in den Abtheilungen bestimmte Gesinnungen und Meinungen, mit anderm Worte Parteien, repräsentirt sein sollten, entgegnete: es komme darauf an, auch in diesen Versammlungen die Fähigkeiten und Erfahrungen zu haben, die geeignet sind, die vorliegenden Sachen gründlich zu prüfen und zu bearbeiten. In der That, das war im Sinne deutscher Wahrheit und Gründlichkeit gesprochen. Es versteht sich, daß der Besitz bestimmter Fähigkeiten und Erfahrungen und das Streben nach gründlicher Prüfung und Bearbeitung vorliegender Geschäfte den Besitz einer edlen, dem Vaterland und den höhern Zielpunkten der Menschheit ergebenen Gesinnung — und nur eine solche ist zu schätzen — und einer wohlbegründeten Ueberzeugung über gewisse allgemeine Fragen nicht ausschließt. Aber den Parteigeist schließt jene Richtung aus, schon weil die Partei sich aus ganz allgemein und unbestimmt gehaltenen Ansichten und Strebungen, nicht aus begründeten Ueberzeugungen über das Einzelne zusammensetzt und weil sie die vorliegenden Sachen nicht an sich und in ihrer reinen Beziehung auf den Zweck des Staats nimmt, sondern den verwirrenden Gesichtspunkt der Beziehung auf den Zweck der Partei und deren allmäligen Sieg hinzuträgt, mit Einem Worte, nicht unbefangen, nicht unparteiisch urtheilt und handelt. Ueberhaupt aber sind Ständeversammlungen und deren berathende Ausschüsse nicht dazu da, um darzulegen, welcherlei „Meinungen und Gesinnungen" etwa — wir können nicht sagen im Volke vorhanden sind, denn das legt keine Landtagswahl und keine Presse in Treue und Vollständigkeit dar — aber sich durch die Landtagswahlen kundgeben; das hieße ein sehr großes und bedenkliches Mittel für einen sehr kleinen Zweck verwenden. Nicht auf das Meinen und Wollen der Massen und der in ihnen sich geltend machenden Gruppen kommt es an, sondern auf die Bestimmung des Staats und das wahre Beste des organischen Volks. Dafür neue Gesichtspunkte zu gewinnen, darüber das Urtheil vertrauenswürdiger Männer auch aus andern Kreisen als denen der Staatsverwaltung zu vernehmen, einen neuen Weg zu benutzen zu edler und geistvoller Behandlung der Aufgaben der Gesellschaft, das ist die große und schöne Bestimmung ständischer Institute. Mit ihr steht freilich auch Alles im Widerspruche, was die Vertreter abhängig macht von den Wählern, und da man so viel von politischer Bildung redet, so sollten diese politisch Gebildeten doch wissen, wie gewiß es der erste Grundsatz des Repräsentativsystems ist, daß die Gewählten keinerlei Instruction von ihren Wählern empfangen. Das eben unterscheidet das Repräsentativsystem von dem mittelalterlichen Mandatssystem, was in Ungarn noch fortspukt und das größte Unheil der dortigen Verfassung ist. Und nur durch die Erfassung jenes Grundsatzes ist in England das Repräsentativsystem begründet worden, und hat sich England zu der Stufe seines Verfassungslebens geschwungen, die auch wir bewundern.

3 **Königsberg**, 10. Mai. Eines verbrecherischen Versuchs eines Individuums, das ein Placat an die Mauern des Kneiphöfischen Junkerhofs geklebt hatte, in dem zu Brand, Mord und Raub aufgefordert ward, erwähnen wir nur, weil unsere Polizei, die dasselbe sogleich confiscirte, dem Thäter auf der Spur ist. Das Pamphlet war mit verstellter Hand geschrieben. — Seit drei Tagen haben wir nun endlich das schönste Frühlingswetter, und vom Lande her laufen die günstigsten Nachrichten ein; die Saaten heben sich und färben sich in saftigem Grün, auf den Wiesen entfaltet sich üppige Weide und der Landmann geht voll Hoffnung an die Bestellung der Sommersaaten. Die Obstbäume hängen bereits voll der schönsten Blüten. Möge des Himmels Segen den Fleiß der Menschen krönen!

†**Aus Westpreussen**, 9. Mai. Mehre preußische Zeitungen, welche anfangs die Verhandlungen des Vereinigten Landtags vollständig mittheilten, haben sich jetzt auf auszügliche Berichte beschränkt, da bei den niedrigen Zeitungspreisen zu große Opfer von Seiten der Verleger gebracht werden müßten. Dagegen wird durch billige Separatabdrücke der Landtagsverhandlungen für deren Verbreitung gesorgt. — Der Prediger Detroit in Königsberg hat der geistlichen Behörde vor kurzem seine Vertheidigung eingereicht, in welcher er zwar der Form wegen auf die Wiedereinsetzung in sein Amt anträgt, zugleich aber seine Ueberzeugung dahin ausspricht, daß dieser Antrag erfolglos sein werde, weil die Geschichte lehre, daß Anklagen geistlicher Behörden gegen Geistliche, wenn es sich um abweichende Meinungen handelt, immer nur die Verurtheilung des Angeklagten zur Folge gehabt haben. — Nach Amerika werden dies Jahr wahrscheinlich keine Auswanderungen aus unserer Provinz stattfinden; dagegen wollen über 300 Familien des marienburger Kreises in dem südlichen Rußland eine neue Heimat suchen und sind theils schon dahin abgegangen, theils rüsten sie sich zur Abreise. — In Elbing hat die Maßregel, der zufolge auf den Wochenmärkten den Zwischenhändlern und Wiederverkäufern die Einkäufe von Lebensmitteln vor 11 Uhr Vormittags verboten bleiben, mehrfachen Widerspruch gefunden. Die Corporation der Kaufleute hat sich nach ausführlichen Erörterungen zu der Meinung vereinigt, daß dieses oder ein ähnliches Verbot für die Verhältnisse Elbings weder als angemessen noch zweckmäßig zu erkennen sei, sondern vielmehr leicht dem Zwecke entgegengesetzte nachtheilige Folgen herbeiführen könnte. Daher wurde der Beschluß gefaßt, die Aeltesten der Kaufmannschaft dahin anzugehen, dieselben möchten den Magistrat um schleunige Aufhebung des gedachten Verbots dringend ersuchen.

o **Breslau**, 8. Mai. Mit Entrüstung hat man hier einen jesuitischen Artikel gelesen, der unter dem Datum Breslau in der Kölnischen Zeitung vom 4. Mai abgedruckt ist und darauf ausgeht, eine Berufung des Prof. Phillips aus München nach Breslau als wünschenswerth darzustellen. Dieser Artikel kann nur aus einem der dumpfsten und obscursten Winkel des grassesten Ultramontanismus herkommen, an denen es freilich auch jetzt schon hier nicht gebricht. Alle frischen und gesunden Elemente der Universität und der gebildeten Gesellschaft überhaupt würden einen Mann per-

Digitized by Google

horrescirten, der notorisch selbst in München bei der freiern Fraction der katholischen akademischen Jugend mit seinen hierarchischen Ideen keinen Anklang fand und dessen inneres Verhältniß zur preußischen Regierung doch wol zur Genüge aus den Historisch-politischen Blättern bekannt ist. Zudem ist das Kirchenrecht hier wahrlich schon hinreichend vertreten. Der ordentliche Professor desselben kann unmöglich durch seine Vorträge einen üblen Einfluß auf die akademische Jugend ausüben, da derselbe schon seit längerer Zeit kein Collegium darüber gelesen hat. Außerdem sind aber noch drei Docenten dafür vorhanden. Der Eine, Privatdocent und katholischen Glaubens, hat in neuester Zeit selbst von dem hiesigen Domstift ein Zeugniß seiner römischen Orthodoxie ausgestellt erhalten, indem er zum Domsyndikus ernannt worden ist. Die beiden Andern sind schon längst außerordentliche Professoren, der eine Protestant, der andere Katholik, und der Letztere hat stets im besten Frieden mit seiner Kirche gelebt. Hiernach fehlt es doch in der That nicht an vielfacher Vertretung des genannten Fachs. In unsern Tagen aber liegt die Hauptaufgabe offenbar im Gebiete des sogenannten Kirchenstaatsrechts, und gerade da wird es kein Vernünftiger, der die hiesigen Zustände kennt und mit etwas geübterm Auge betrachtet, für rathsam ansehen können, daß die bestehende Praxis auch noch durch die jesuitische Theorie des Hrn. Phillips befruchtet werde, nachdem dieser selbst in München für unverträglich mit einem liberalern Geiste des Unterrichts und der Verwaltung erachtet worden ist. Unmöglich also kann die aus ultramontanem Versteck hingeworfene Idee einer Berufung desselben bei einem preußischen Minister Anklang zu finden hoffen. Wer etwas dieser Art unternähme, würde sich dadurch mit allen Vertretern der echten und freien Wissenschaft in Widerspruch bringen, und wir sind der Meinung, daß dies in heutiger Zeit Niemandem mehr gleichgültig sein könnte.

— Am 10. April hatten sich in **Berlin** gegen 500 Mitglieder beider Curien zu einem Mittagsmahl im Kroll'schen Saale vereinigt, an dem auch einige 30 Mitglieder der Herren-Curie Theil nahmen. Hr. Bassermann, Mitglied der badischen Kammer, war als Gast zugegen.

— In der bedingt-öffentlichen Sitzung des Ehesenats des Oberlandesgerichts in **Königsberg** am 5. Mai ist die vielbesprochene Ehe zwischen dem jüdischen Arzt Dr. Falkson und einer Christin auf Grund der eingegangenen Gutachten des Consistoriums und des Rabbinatsassessors Oettinger für nichtig erklärt worden. Falkson wurde in die Kosten verurtheilt, doch von der fiscalischen Strafe von 10—200 Thlr., welche auf absichtlicher Umgehung der Ehegesetze steht, freigesprochen. (Schl. Z.)

Oesterreich.

Aus **Salzburg** vom 6. Mai geht der augsburger Allgemeinen Zeitung folgendes Berichtigungsschreiben zu: „Mit nicht geringem Befremden haben wir den aus mehren Blättern in die Spalten Ihrer Zeitung übergegangenen Aufsatz über einen hier am 19. v. M. stattgehabten Vorfall (Nr. 122) gelesen, und können nur bedauern, daß hierdurch die so auffallende Entstellung der ganzen Thatsache weitere Verbreitung gefunden hat. In der Ueberzeugung, daß Ihnen eine Berichtigung nicht unwillkommen sei, fühlen wir uns aufgefodert, Ihnen, ohne uns in eine detaillirte Widerlegung der unrichtigen Angaben jener Erzählung einzulassen, nur mit einigen Worten die Versicherung auszusprechen, daß so wenig Jemand, der nur im mindesten mit den hiesigen Localitätsverhältnissen bekannt ist, der fabelhaften Flucht über die Dächer auf die Hauptwache Glauben schenken wird, bei dem berührten Vorfall weder eine Herausrufung der Studirenden noch auch irgend eine gegen die Hauptwache gerichtete Demonstration stattgefunden hat, und daher auch kein weiteres militairisches Einschreiten erfoderlich wurde."

Portugal.

* **Lissabon**, 28. April. Die Cartisten haben viel Unglück mit ihren Dampfschiffen gegen die Insurgenten, welche jetzt mit dem von der Junta in England gemietheten Falcon deren fünf besitzen. Der für Rechnung der königl. Regierung in London gekaufte Dampfer Royal Tar, von ihr Infant Dom Luis Felipe genannt, hat jetzt den Namen „Eduard Salter", welches der des Capitains des Dampfschiffes ist, welcher ihn nach Setubal ausbrachte (Nr. 129), wo Sa da Bandeira die Umtaufe vornahm. Dieser Schlag ist so viel als ein verlorenes Gefecht, weil sich am Bord 1200 Gewehre, außer Pistolen, Carabinern, Säbeln, Sätteln und Saumzeug, Munition und Geld befanden, welches Alles den Septembristen zur Beute wurde. Doch waren sie so galant, der Königin die für dieselbe am Bord befindlichen Sachen, als Pflanzen und Seife, welche hier zu Lande bekanntlich arge Contrebande ist, zu übersenden. Auf diese böse Nachricht wurde eiligst das neue Linienschiff Vasco de Gama bemannt, leider mit untauglicher Mannschaft, und ging vorgestern mit der kurz vorher von Rio Janeiro angekommenen Corvette Iris und dem einzigen übrig bleibenden Dampfer Conde de Tojal in See, allein nicht, wie es zuerst hieß, nach Setubal, sondern nach Figuera, um den von England zu 50 Pf. St. pr. Tag gemietheten Dampfer Duke of Cornwall hierher zu geleiten, da man bange ist, daß Salter ihn auch kapern könnte. — Am 20. April verließen alle regulairen Truppen die Hauptstadt und schifften unter dem Commando des Grafen v. Vinhaes auf die andere Seite des Tejo über, wo sie mit den dort stationirten zusammen circa 3500 M. aller Waffengattungen ausmachen, worunter 300 Pferde. Am Tage darauf sind sie nach Palmella, eine kleine deutsche Meile von Setubal, marschirt, was eine feste Position ist; das dortige Schloß halten aber heute noch die Insurgenten mit circa 200 M. besetzt, sowie auch einen Theil der Moinhos oder Mühlenberge und das Castell S. Felipe vor Setubal mit 1000 M., wo ihre Hauptmacht ist, zusammen vielleicht 6—7000 M., dabei freilich viele irregulaire Truppen. Die Königlichen liegen vor Palmella und auf dem andern Theile der Moinhos vor Setubal. Täglich plänkelt man in sehr respectabler Schußweite. Der König selbst hatte sich zu Vinhaes begeben, kam aber gestern wieder zurück. Auch Coimbra ist von den Insurgenten besetzt, um allenfalls Vinhaes flankiren und abschneiden zu können, denn Sa da Bandeira setzte es im Kriegsrath in Setubal durch, die Gegner zu erwarten, statt auf Santarem zu marschiren, wie Einige, und vielleicht mit vielem Rechte, wollten. Desertionen zu den Insurgenten fanden statt sowol von den Truppen als aus der Hauptstadt; so ging z. B. der frühere Lanciersoberst Dom Antonio de Mello, dem man hier nach seiner Rückkehr von Berlin, wo er sich längere Zeit aufhielt, nicht recht traute, nach Setubal über. Die Königin wollte sich bei den ihr von dem englischen Minister Sir George Hamilton Seymour gemachten Vorschlägen anfangs freie Disposition über zehn Personen vorbehalten, welche Clausel dieser nach seinen Instructionen nicht annehmen konnte. Der Vetter des Königs, Graf Mensdorff, hat sich nach Setubal begeben, sodaß etwas Entscheidendes bevorstehen muß. — Ueber das neue Ministerium (Nr. 129) ist die allgemeine Meinung, daß es nur ein ephemeres sein werde. — Banknoten stehen heute auf 46 Proc. Verlust gegen Silber, doch fiel der Brotpreis auf 45 Reis pr. Pfund (2½ Sgr.). Auch an die armen in den Klöstern fast verhungernden Nonnen läßt die Municipalität Brot austheilen. — Obgleich vermuthet wird, daß die Druckerei des noch täglich erscheinenden, Aufruhr predigenden Espectro sich im Hause eines französischen Kaufmanns befinde, so hat man doch immer noch keine Gewißheit.

Die Engländer wollen am 30. Mai ihren Pariz Conservador, d. h. Privatrichter erwählen, da die Regierung dazu ihre Einwilligung geben mußte.

Großbritannien.

London, 8. Mai.

Die Verhandlungen des Oberhauses betrafen gestern ausschließlich die irische Armenbill. Wir haben das Bemerkenswerthe daraus im gestrigen Blatte schon erwähnen können. Es war ein abermaliger Beweis der Engherzigkeit der irischen Landlordspartei, die jedoch schwerlich mit dem Versuche durchkommen dürfte, ihr Ausbeutesystem Irlands zu retten. Im Unterhause richtete in Folge der Aufnahme, welche die irische Armenbill bei den Lords gefunden hat, Hr. Hume an Lord J. Russell die Anfrage, ob er mit der auf der Tagesordnung stehenden Bill über 620,000 Pf. St. zu Vorschüssen an drei irische Eisenbahnen vorzuschreiten gedenke, oder ob die Vorgänge an einem andern Orte darin eine Aenderung erwarten ließen. Der Premierminister erklärte darauf, daß er, ohne irgendwie auf Vorgänge im andern Hause sich beziehen zu wollen, die fragliche Bill bis zum 14. Mai aussetzen werde, was beifällig aufgenommen wurde. Auf eine Anfrage des Capitains Harris, ob der in bedeutendem Umfange begonnenen und beabsichtigten Ausfuhr von Weizen kein Einhalt gethan werden würde, versicherte Lord J. Russell, daß die Regierung durchaus keine Beschränkung derselben vorzuschlagen beabsichtige. Der Staatssecretair für das Innere, Sir G. Grey, sprach sich auf dazu von einem Mitglied erhaltene Veranlassung über den Andrang irischer Armer nach Liverpool aus. Von im Laufe dieses Jahres dort angekommenen 180,000 Irländern wären gegen 50,000 nach Amerika ausgewandert und von den übrigen circa 80,000 in Liverpool zurückgeblieben, wo sie der Armenpflege zur Last fielen. Eine Geldbeihülfe dazu von der Regierung könne er nicht in Aussicht stellen; Zelte würden jedoch zum Obdache für dieselben, sowie in Cardiff ein unbenutztes Gebäude der Regierung zu einem Krankenhaus eingerichtet werden. In Mersey wären ferner zwei Schiffe als Lazarethschiffe stationirt, wohin die aus Irland ankommenden Dampfer, welche Fieberkranke am Bord hätten, diese abliefern müßten. Sie wären in diesem Fall angewiesen, die gelbe Flagge aufzuziehen, und würden, wenn sie fortführen, solche Kranke zu transportiren, nothwendig Quarantainemaßregeln unterworfen werden müssen. Die auf der Tagesordnung stehende Bill über Fortweisung von Armen werde übrigens die Rücksendung jener Leute nach Irland erleichtern. Schließlich erklärte der Minister noch, daß die Regierung kein Heimatsgesetz für Irland vorschlagen wolle. Der Schatzkanzler Sir Charles Wood machte dem Hause, wie er selbst erklärte, in etwas ungewöhnlicher Form die Anzeige, daß er ihm am 10. Mai eine die Geldverhältnisse betreffende Angelegenheit vorlegen wolle. Die Regierung habe dieselben längere Zeit sorgfältig beobachtet, mit zahlreichen Deputationen aus allen Theilen des Landes und mit Denen darüber sich vernommen, welche am vertrautesten mit dem Geldmarkte wären und am geeignetsten, guten Rath zu ertheilen. Im Allgemeinen sei es aber damit auf Vorschläge zur Aufhebung der jetzigen Bankgesetze hinausgegan-

gen, und über diese wünsche er jetzt keine Discussion erhoben zu sehen. Vor acht Tagen habe er ausgesprochen, daß die größte Bedrängniß vorüber sein und die Bank dem Verkehre wieder bereitwilliger zu Hülfe werde kommen können. Sie habe auch seitdem 400,000 Pf. St. in Gold und Silber empfangen und den Notenumlauf um gleichen Betrag vermehrt. Irrig sei es, wenn man ihm in den Mund lege, daß er vom Vorübersein aller Gefahr gesprochen haben sollte. Er erwähnte dann des flauen Standes der Schatzkammerscheine, die seit fast einem Menschenalter vielleicht zum ersten Mal unter pari stehen und kündigte deshalb früher als es üblich und nöthig gewesen wäre an, daß bei dem nächsten Einlösungstermine von Schatzkammerscheinen im Anfang Juni die Zinsen derselben auf 3 Pence (pr. 100 Pf. St.) täglich erhöht werden sollen (was 4 Pf. St. 11 Schill. 3 Pence jährlich sind). Die Bank mache bereits für kurze Termine Vorschüsse auf Schatzkammerscheine und habe es Tags zuvor mit 170,000 Pf. St. gethan. Um die Schatzkammer der Nothwendigkeit zu überheben, von der Bank ungewöhnliche Vorschüsse auf die Incassos für die Regierung zu fodern, werde er am 10. Mai auf eine Bewilligung zu Discontovergütungen an diejenigen Antheilhaber der 8-Mill.-Anleihe antragen, welche bis 5. Jul. größere Ratenerinzahlungen als bedungen machen würden. Lord J. Russell's Antrag auf die Comitéberathung der Bill gegen das Betteln und Vagabundiren in Irland, welche in nothwendigem Zusammenhange mit der im Oberhause schwebenden Armenbill steht, führte zu der Erklärung des Premierministers, daß er die letztere mehr als je für Irland unerläßlich halte. Wenn jene nur auf beschränkte Zeit bewilligt werde, so müsse diese Bill ebenfalls beschränkte Dauer erhalten. Er werde dieselbe nicht zur Annahme beantragen, ehe die Armenbill passirt sei, und ersuche das Haus, die Comitéberathung vorzunehmen, als wäre jene passirt. Hr. B. Escott wünschte dem Hause Glück zu Lord J. Russell's entschiedenem Beharren auf der irischen Armenbill und besorgte nur, der edle Lord werde eine neue Irrenbill einbringen müssen, um dem tollen Treiben gewisser Opponenten der Armenbill Schranken zu setzen, die Verstand und Vernunft geradezu verläugneten. Die Bill passirte dann das Comité. Die zweite Lesung der Bill über Fortweisung dem Kirchspiele lästig fallender, nicht dahin heimatsgehöriger Armer in England und Schottland erfolgte nach einigen Einwendungen irischer Mitglieder. Der übrige Theil der Sitzung war der Bewilligung der gemischten Ansätze des Ausgabebudgets gewidmet.

— Der Hof hat sich gestern auf einige Tage nach Osbornehouse auf der Insel Wight begeben. Der Prinz von Leiningen befand sich unter den Begleitern der königlichen Familie.

— In **Leeds** haben ungefähr 1500 Arbeiterinnen der dortigen Flachsspinnereien die Arbeit eingestellt, weil eine verlangte Lohnerhöhung ihnen nicht bewilligt wurde.

— Die Königin hat dem Admiral Sir Robert Stopford die durch Ableben des Admirals Sir David Gould erledigte Würde eines Viceadmirals des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und Lieutenants der Admiralität, und die von Sir R. Stopford bisher bekleidete Contreadmiralsstelle von Großbritannien und Irland dem Admiral Sir Thomas Byam Martin verliehen.

Frankreich.

Paris, 9. Mai.

Die Deputirtenkammer war gestern nur mit Berathung von Bittschriften beschäftigt, wobei nichts von weiterm Belang vorkam.

— Die Personaländerungen im Ministerium, über welche unsere pariser Correspondenz gestern schon genau berichtete, beschäftigen heute alle Blätter. Zunächst bestätigt das Journal des Débats, daß ein Wechsel mehrer Minister stattfinden, das Cabinet aber nicht verändert werde. Auf die unsinnigen und beleidigenden Angriffe vergeblicher Conservativen, nicht gegen das Ministerium, sondern gegen die Politik der conservativen Partei selbst, ohne welche diese Partei keinen Grund ihrer Existenz besitzen würde, mag es sich jetzt nicht einlassen. Unwahr sei, daß diese Politik eine Erschütterung erlitten habe, unwahr, daß das Ministerium, welches sie vertrete und so muthig durchführte, selbst erschüttert worden sei. Für das Beharren der Majorität wären die zwei denkwürdigen Abstimmungen über die Wahlreform und die parlamentarische Reform Zeugnisse. Diejenigen, welche glaubten, die constitutionelle und conservative Politik habe seit 17 oder selbst seit 32 Jahren nichts gethan, die Begründung der Repräsentativregierung und Freiheit mit Erhaltung der Ordnung sei nichts, die Wiederanknüpfung der glorreichsten Traditionen der französischen Geschichte nach außen und Erhaltung des Friedens sei nichts, möchten doch auf Seiten der Opposition treten, wo längst ihr Platz sei, und ihnen zu ihrem guten Empfange nichts, nicht einmal der traurige Muth fehle, den ersten Staatsmann und ersten Redner des Landes, Hrn. Guizot, gröblich insultirt zu haben, den seine Gegner sogar im Geheimen achteten und bewunderten. Nur Eins macht ihnen das Journal des Débats zum Vorwurfe: daß sie zu spät zur Opposition treten. Sie hätten früher wissen müssen, daß zwischen den Faiseurs und den Conservateurs stets ein Abgrund sein und bleiben werde. Die «Presse» erklärt, daß sie gestern noch eine viel höhere Meinung von den HH. Guizot und Duchatel gehabt, und von der noblen Gesinnung wie von ihrer Gewandtheit und Geschicklichkeit erwartet habe, daß sie, nach einer Reihe von Niederlagen für das Cabinet in der Alternative, in Masse abzutreten oder mehre Mitglieder des Ministeriums aufzuopfern, den erstern und allein möglichen Weg zur ehrenhaften Beseitigung des Cabinets vom 29. Oct. 1840 ergreifen würden. Sie hätten dabei freilich gewagt, daß ein Cabinet ohne sie zu Stande käme, möglicherweise sich auch halte. Allein wenn das der Fall nun nicht gewesen sein würde und man sie wieder an die Spitze der Geschäfte berufen mußte, so würden sie dann nur um so mehr jede Bedingung haben vorschreiben können. Auf dem jetzt eingeschlagenen Wege das Cabinet von neuem kräftigen wollen sei ein großer Irrthum. Die Starken hätten noch nie dabei gewonnen, wenn sie die von ihnen als Schwache Betrachteten aufopferten, und es zeige das von wenig Muth und Selbstvertrauen. Man müsse überdem gerecht sein, und da lasse sich denn gegen die Verdrängten, die Minister der Marine, der Finanzen und des Kriegs, gerade nicht mehr als gegen die Verwaltung derer des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten sagen. Die «Presse» rühmt das Verhalten des Hrn. Lacare-Laplagne, der sich auch durch die angebotene Pairswürde und Generalprocuraterstelle am Rechnungshofe nicht habe bewegen lassen, seine Entlassung selbst zu nehmen (Nr. 133) und sich dadurch gegen die HH. Guizot und Duchatel in Vortheil gesetzt habe. Darin stimmt auch der Constitutionnel ein und wünscht nur, daß Hr. Lacare-Laplagne bei diesem ehrenhaften Verhalten bleiben möge. Sein Hauptfehler sei ohnehin nur, nicht gewußt zu haben, der Verschwendung seiner Collegen hinreichenden Widerstand entgegenzusetzen. Eine Unwürdigkeit der HH. Duchatel, Guizot und Dumon sei es, ihn zum Sündenbock ihrer Verschleuderungen machen zu wollen. Nach dem Commerce befände sich Hr. Cunin Gridaine, Handels- und Ackerbauminister, in einer Lage mit der von ihm gewünschten Dimission, wie der bisherige Finanzminister. Rücksichtlich der Gerüchte, welche den Grafen Bresson für das Portefeuille der Marine ausersehen bezeichnen, meint der Commerce, man glaube vielleicht, weil derselbe England zu Lande einen so üblen Streich (in Madrid) gespielt habe, werde er ihm auch zu Wasser beizukommen wissen. Der andere genannte Candidat für das Marinedepartement, Hr. de Bussières, war ein eifriger Vertheidiger des Durchsuchungsrechts, was ihn etwas unwahrscheinlich macht.

— Der jetzt vor der Pairskammer in Anklagestand versetzte General Despans-Cubières hat als bisheriger Vorsitzender des Verwaltungsraths der Paris-Strasburger Eisenbahn seine Entlassung gegeben. Seine erste Vernehmung vor der Pairscommission hat gestern stattgefunden.

— Einer der Veteranen der ägyptischen Armee, Generallieutenant Baron Hurel, ist am 7. Mai in Paris gestorben.

— Daniel O'Connell ist am 6. Mai mit dem sardinischen Dampfschiffe Lombardo von Marseille nach Civitavecchia abgegangen, von wo er sich über Rom nach Florenz zu begeben gedenkt.

— Der Papst hat sein Portrait dem Könige der Franzosen übersendet; es ist in Paris bereits eingetroffen.

— In **La Villette** ist ehegestern zwischen 9—10 Uhr des Morgens der Kessel einer Dampfmaschine von nur sechs Pferdekräften in der Wagenfederfabrik des Hrn. Guilbert gesprungen und hat vier Personen auf der Stelle getödtet und elf verwundet, von denen schon eine im Hospitale gestorben ist. Der Kessel maß gegen 4 Mètres in der Länge und hatte 75 Centimètres in Durchmesser. Indem der Heizer nach dem gemeinsamen Frühstücke der 60 in der Fabrik beschäftigten Arbeiter zu der Feuerung trat, erfolgte die Explosion, von der er auf 200 Fuß weit fortgeschleudert, gänzlich verbrannt und getödtet wurde. Einen Ingenieur von der Lyoner Eisenbahn erschlug ein Stück Kessel, der zum Theil über 100 Fuß weit fortgetrieben wurde. Die ganze Fabrik ist furchtbar zerstört und man schätzte den Schaden auf 100,000 Fr.

— Das Journal des Débats berichtet heute, daß die am 7. Mai unter Marschall Bugeaud abgegangene Expedition nach Kabylien nicht nach dem, über welches man kürzlich sich mit den Häuptlingen Ben-Salem und Ben-Kassem vertragen habe, bestimmt sei. Dieses Kabylien des Dschurdschura liege zwischen Aumale und Dellys, jenes aber zwischen Setif und Bugia. Die Expedition scheine ihre Richtung über Aumale die Hamza-Ebene und das Thal des Summan zu nehmen, der bei Bugia ins Meer fällt.

****Paris**, 9. Mai. Bu-Maza ist ein vortrefflicher Ableiter der öffentlichen Aufmerksamkeit, die seit einigen Tagen ausschließlich auf den General Cubières gerichtet war. Alle Welt ist neugierig, den berühmten Nebenbuhler Abd-el-Kader's zu sehen, der noch vor kurzer Zeit den Haß und den Mord gegen die Franzosen gepredigt und urplötzlich auf eine unbegreifliche Weise in einen Freund Frankreichs umgewandelt zu sein und keinen andern Drang zu fühlen scheint, als die Gläubigen seiner Stamm- und Religionsgenossen mit dem Wort oder dem Schwerte den ungläubigen Franzosen zu unterwerfen. Die Damen der höhern Gesellschaft bestürmen alle Ministerien, um unter diesem oder jenem Vorwande Zutritt zu dem Scherif zu erhalten. In den Champs elysées, worin die Straße mündet, in welcher die Regierung dem heiligen Manne ein schönes einstöckiges Haus mit einem Garten gemiethet, schwärmt die Menge auf und ab und erwartet die Abfahrt des merkwürdigen Fremd-

lings. Wenn die Regierung denselben auf irgend eine Weise, ohne das Zartgefühl zu verletzen, der Menge für Geld sehen ließe, würde sie bedeutende Summen ausbeuten.

Sonderbar ist es, daß die Einen Bu-Maza als reines Schaustück interessirt und die Andern sich höchstens um die Vortheile bekümmern, die Frankreich aus dem Abfalle desselben von der Sache seiner Stammverwandten ziehen kann; fast Niemand aber fragt danach, wie denn dieser Abfall vor sich gegangen, wie der fanatische Haß gegen die Ungläubigen so plötzlich in eine wie es scheint eben so fanatische Anhänglichkeit an die Franzosen sich umgewandelt habe. Man hätte wol begreifen können, wenn Bu-Maza durch List oder Verrath den Franzosen in die Hände gefallen wäre, aber man begreift nicht, warum der fanatische Priester sich ohne Noth den Feinden seines Glaubens und seiner Brüder ausgeliefert und eines schönen Morgens freiwillig den Häuptling eines den Franzosen befreundeten Stammes mit einem Besuch überraschte und diesem sagte: „Ich komme nicht, um dich deinen Beschützern gegenüber bloßzustellen und wie ehedem den heiligen Krieg zu predigen, ich komme vielmehr, um mich der Großmuth Derjenigen zu überliefern, die vom geweihten Boden zu vertilgen und zu verjagen bisher mein höchster, mein schönster Beruf war.“ Ein solcher Uebergang ist nicht das Werk einer Laune, die über Nacht kommt, sie muß also einen tiefen psychologischen Grund haben. Wär's etwa der Ehrgeiz, der, im bisherigen Wirkungskreise keinen Spielraum findend, den Haß und den Fanatismus gegen die Franzosen zum Schweigen gebracht? Eine solche Voraussetzung ist im Widerspruche mit dem ganzen Leben des Scherifs. Bu-Maza hat nie nach weltlichem Ansehen gestrebt und ist mit Abd-el-Kader zerfallen, eben weil dieser in seinen Augen nicht für die Religion, sondern für weltliche Macht und Herrschaft strebt. Auch deutet bisher nichts darauf hin, daß der begeisterte Scherif durch irgend eine natürliche oder übernatürliche Berührung mit dem Christenthume zum Bewußtsein des Irrthums in seinem Glauben gekommen sei; so weit seine Bekehrung vorliegt, ist sie keine religiöse, noch ist Bu-Maza dem Propheten treu geblieben und glaubt diese Treue mit der den Franzosen versprochenen Treue vereinen zu können. Ich habe diese und ähnliche Voraussetzungen einer prüfenden Heerschau unterworfen, und da mir keine den freiwilligen Uebergang Bu-Maza's genügend erklärt, dachte ich, vielleicht finde ich außer mir, was ich in mir vergebens gesucht habe. So machte ich mich denn auf und suchte nach dem Schlüssel des Räthsels, den ich Ihnen einsende, wie ich ihn gefunden, ohne dafür einzustehen, daß es der wahre ist. So viel ich erfahren, verhält es sich mit dem Uebertritt des Scherifs zu den Franzosen wie folgt. Schon lange haben diese danach gestrebt, auf anständige Weise sich dieses Fanatikers, der ihnen so gefährlich wie Abd-el-Kader selbst zu werden drohte, zu entledigen. Mehre dazu gemachte Versuche mislangen, bis General B... vor etwa vier Monaten die Bekanntschaft einer andalusischen Schönen machte, die sehr geläufig Arabisch spricht und überdies durch ungewöhnliche Eigenschaften des Geistes und Charakters sich auszeichnet. Diese Donna Isabella soll vor etwa neun Jahren auf eine romantische Weise als zehnjähriges Kind nach Konstantine verschlagen worden sein, wo sie von französischen Adoptivältern erzogen wurde. General B... machte, wie erzählt wird, diesen Aeltern den Vorschlag, ihre angenommene Tochter auf die Spur Bu-Maza's zu schicken und ihn zum Uebergange zu den Franzosen zu bewegen. Wie dies zu erzielen sei, überließ man ganz den geistigen Hülfsquellen dieser jungen Botschafterin, vielleicht der Macht ihrer Reize. Mit so weiten Instructionen begab sich die muthige Ariadne durch das Labyrinth von allerlei mehr oder minder den Franzosen zweifelhaft ergebenen Volksstämmen, unter welchen den damals erhaltenen Nachrichten gemäß der arabische Theseus in Folge des Orakelspruchs Abd-el-Kader's herumirrte. Eines Tages begegnete ihr auf offenem Felde ein junger Araber, in dem sie der Beschreibung nach den Gegenstand ihrer Wallfahrt zu erkennen glaubte. Sie sprach ihn Arabisch an, und bat ihn, ihr den Weg ins nächste französische Lager anzuzeigen. Bu-Maza antwortete ihr, lieber wolle er den Weg nach der Hölle zeigen. Donna Isabella sagte hierauf, er möge ihr nicht zürnen, sie sei eine Christin, liebe die Araber nicht minder als ihre Glaubensgenossen, und indem sie ihre Bitte wiederholte, setzte sie hinzu, sie habe Vertrauen zu seiner Redlichkeit, daß er an einem schwachen Weibe nicht rächen werde, was etwa die Franzosen gegen ihn und seine Brüder begangen haben. Der Scherif beruhigte sie nicht nur hierüber, sondern bot ihr an, für sie zu sorgen, sie vom falschen zum wahren Glauben überzuführen, und schloß im nachdrucksvollen und entschiedenen Tone, er werde ihr den Weg zu den Ungläubigen nicht nur nicht zeigen, sondern auch Alles thun, um sie an der Rückkehr zu verhindern. Nach langem und hartnäckigem Widerstande, während dessen der Scherif bereits die Versuche zur Bekehrung begonnen hatte, ergab sich die Verirrte in das unabweisbare Schicksal und ward von dem sich ihr aufzwingenden Retter in die Hütte einer Arabersfamilie geführt, wo sie ungefähr 14 Tage verweilte, von Allen liebreich behandelt, fortwährend aber sich zu bekehren bestürmt wurde. Nach dieser Zeit verschwand sie aus dem gastfreundlichen Hause und ließ einen Zettel zurück, worin sie ihrem Retter für die empfangenen Wohlthaten dankte und ihm zugleich schrieb, sie könnte sich mit der Zeit vielleicht bewegen lassen, aus Dankbarkeit und Liebe für ihn auch seinem Glauben zu folgen; nie aber wäre es ihr möglich, unter den Arabern zu leben. Sie habe es daher vorgezogen, ohne alle Kenntniß des Wegs die Rückkehr zu ihren Landsleuten zu suchen, werde in dem nächsten Lager der Franzosen, das sie finde, eine kurze Zeit verweilen und den General, den sie dort finde, um die Gunst bitten, sie in ein Kloster zu schicken. So wolle es die Sitte ihres Landes, daß die Mädchen, die ihren Geliebten nicht heirathen können, in der Einsamkeit ihr Leben zubringen. Einige Tage darauf ergab sich Bu-Maza den Franzosen.

Belgien.

Am 7. Mai hat die Repräsentantenkammer ihre letzte Sitzung in dieser Session gehalten.

Schweiz.

*Aus der westlichen Schweiz, 5. Mai. Der Ultramontanismus, seit grauer Zeit in St.-Gallen einheimisch und mächtig, hatte sich in den letztern Jahren in diesem Canton immer tiefer eingewühlt, noch vor kurzem die Errichtung eines eignen Immediatbisthums durchgesetzt, und arbeitete nun mit allen Kräften und dem reichen Apparate geistlicher Waffen, deren Wirkung immer so erprobt gefunden wurde, daran, den Canton in das jesuitische Sonderbündniß hinüberzuziehen und in gleiches Niveau mit den ultramontanen sieben Ständen zu stellen. Der 2. Mai, der Tag, an welchem die Integralerneuerung des großen Rathes vorgenommen werden sollte, sollte St.-Gallen den Händen der Ultramontanen überliefern. Aber es ist anders gekommen. Die Liberalen gewannen in den Volkswahlen die Oberhand. Bisher standen 75 Liberali gegen 75 Ultramontane im Großrath einander gegenüber, sodaß in allen eidgenössischen Fragen St.-Gallen neutralisirt wurde und seine Stimme verloren ging. Jetzt werden in der obersten Landesbehörde 77—78 Liberale neben 72—73 Ultramontanen sitzen, der Canton wird wieder auf den eidgenössischen Tagen ein Votum abgeben, und, was das Entscheidende ist, die für das Zustandekommen eines Tagsatzungsbeschlusses auf Auflösung des Sonderbundes nöthige zwölfte Stimme hinzubringen, sodaß nun endlich in der nächsten Tagsatzung, die in den ersten Tagen des Monats Juli zusammentritt, die Sonderbundsfrage einer definitiven Lösung entgegensieht. Nicht günstig ist der 2. Mai dem Zollconcordat gewesen, das von den drei Ständen Bern, Solothurn und Aargau abgeschlossen worden ist und dem der basel-landschaftliche Landrath nach hartem Kampf ebenfalls beigetreten war unter Vorbehalt des verfassungsmäßigen Vetos. Das Veto drang an jenem Tage durch, und Basel-Land, das in dieser Sache einer unverkennbaren Einwirkung von Seiten der Stadt Basel sich hingab, bleibt somit wenigstens vor der Hand außer dem Zollvereinsgebiet. Aus diesem Begebnisse läßt sich wieder erkennen, wie weit die Eidgenossenschaft von einer politischen Einigung entfernt ist, wenn selbst alle entfernte Versuche, eine solche anzubahnen, scheitern, und zwar gerade bei einem Canton, der wie Basel-Land den Ruf genießt, vor allen andern die größte Geneigtheit hierzu zu haben.

— In Betreff des Veto gegen das Zollconcordat in **Basel-Land** schreibt das Volksblatt: „256 verwarfen, weil ihnen der Vertrag für den Canton wirklich als schädlich vorkam; 1419 in der Hoffnung, bei einer nochmaligen Unterhandlung mit den Concordatständen günstigere Bedingungen zu erlangen; 204 aus eignem (Krämer-) Interesse; 70, um sich beim Volk für Aemter zu recommandiren; 1028 aus Ueberredung von Andern; 909, deren Gründe noch in Basel liegen; 99 aus Furcht vor Prügeln; 66, um von Völlmi und Herold in ihren Zeitungen nicht ausgeschimpft zu werden, 401 aus Liebe zu Ruhe und Frieden; 184, weil man ihnen aus der regierungsräthlichen Erläuterung nur die Einwürfe, nicht aber ihre Widerlegung vorlas; 484, weil sie diese Erläuterung gar nie erhalten hatten; Summa 5120 Stimmen. Der Landrath wird nun neuerdings Hand ans Werk legen, hinter ihm aber steht das Sissacher Comité, welches sich, laut Nachrichten von dorther, impertinent (soll wahrscheinlich heißen permanent) erklärt hat.“

Griechenland.

Aus **Triest** vom 5. Mai heißt es in einem Schreiben der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Ein außerordentliches Dampfboot brachte uns heute Nachrichten aus Griechenland bis zum 28. April. Gewitterschwüle, heißt es in einem Schreiben aus Athen, lagert jetzt auf unserm politischen Horizont. Jeder fühlt, daß bald etwas Außerordentliches geschehen wird und muß; aber Niemand wagt es, seinen Gefühlen Worte zu geben. Die laute freie Conversation auf den Straßen sowol als in den Kaffeehäusern hat seit einigen Tagen aufgehört. Statt ihrer sieht man überall einzelne Cluds, welche leise flüstern und lebhaft gesticuliren. Patrouillen zu Pferd und zu Fuß durchziehen Tag und Nacht die Straßen, und das Militair darf die Kaserne nicht verlassen. Am 25. April spielte, wie gewöhnlich am Sonntage, die Regimentsmusik in der Vorstadt. Das dabei anwesende Militair war aber vier Mal so zahlreich als gewöhnlich, da sich die Sage verbreitet hatte, das «Volk» werde vom Könige bei dieser Gelegenheit die Absetzung Kolettis' verlangen. Am 26. April erschien ein königl. Befehl, welcher die sofortige Auflösung der Kammern aussprach, wodurch alle Machinationen, um den Sturz Kolettis' herbeizuführen, ihr Ende erreicht haben. Den Ministerpräsidenten selbst sah man an demselben Abend im Gefolge von zehn Palikaren mit siegesfunkelndem Auge stolzen Schrittes die Stadt durchwandern. — Die Kaufmannschaft zu Athen beabsichtigt die Gründung einer Börse.“

Digitized by Google

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus **Neuyork** sind Berichte vom 18. April eingegangen. Der englische Minister in Washington, Hr. **Pakenham**, soll im Begriffe sein, nach England zurückzukehren. Vom Kriegsschauplatz erfuhr man, daß General Taylor noch bei der Verfolgung des Generals Urrea war, welcher sich bekanntlich auf dessen Verbindungslinien geworfen hatte. Bei dem Bombardement von Veracruz sind 6700 Bomben, Granaten und Kugeln, zusammen von 403,590 Pfd. Gewicht, verbraucht worden.

Mejico.

Mejicanische Blätter entwerfen ein sehr trübseliges Bild der Zustände vor Santa Anna's am 19. März erfolgter Ankunft in der Hauptstadt Mejico. Die Parteien waren zu offenen Feindseligkeiten in der Stadt gekommen, hatten Straßen und ganze Stadttheile abgesperrt und sich darin verbarricadirt. Raub, Plünderung und Mord waren an der Tagesordnung. Den Gewaltthaten der Soldateska gesellten sich die der in die Stadt sich ziehenden Straßenräuber bei. Am hellen Tage wurden wohlgekleidete Personen auf den Gassen angehalten und der Uhr und Börse beraubt, und mehre Tage hatte alle Achtung vor dem Gesetz aufgehört und völlige Anarchie geherrscht.

La Plata Staaten.

Berichte aus **Montevideo** vom 13. Febr. melden, daß die brasilische Regierung einen Geschäftsträger in Paraguay, Hrn. Gelly, zunächst in der Absicht beglaubigt habe, ein Schutz- und Trutzbündniß gegen Rosas unter Corrientes, Paraguay, Rios und Brasilien zu Stande zu bringen. Ein Handels- und Schiffahrtsvertrag soll zugleich für Paraguay die Verbindung mit dem Atlantischen Meere auf Wasserstraßen durch Brasilien sichern, sodaß die Schiffahrt auf dem Parana dadurch umgangen werden würde. Am 3. Febr. war Rivera nach seiner Niederlage bei Mercedes, von Maldonado in Montevideo angekommen, aber in aller Stille wieder nach Colonia abgegangen. An seiner Stelle war Pacheco Oberbefehlshaber geworden.

Personalnachrichten.

Orden. Oesterreich. Orden der eisernen Krone, 2. Kl.: der Feldmarschallieutenant Franz Graf Clz, der Generalmajor Georg Frhr. Kreß; 3. Kl.: der Leibarzt Joseph Eduard Hofer, der Stabsarzt Mathias Steinmaßler.

Wissenschaft und Kunst.

* **Aus Württemberg**, 8. Mai. Von dem königl. Medicinalcollegium ist, unter Mitwirkung einer hierzu besonders niedergesetzten Commission von Gelehrten und Sachverständigen und unter Rücksprache mit der medicinischen Facultät in Tübingen, die bisher noch gültig gewesene Landespharmakopöe von 1798 einer Revision unterworfen und in deutscher Sprache neu bearbeitet worden. Die neue Pharmakopöe wird mit dem 1. Nov. d. J. in Kraft treten, und haben sowol sämmtliche Apotheker als die Gesundheitsbeamten, Aerzte, Wund- und Geburtsärzte Anweisung erhalten, von genanntem Tag an sich nach derselben zu richten.

Handel und Industrie.

Postwesen. Vom Rhein, 9. Mai. Es wird auf Antrag der österreichischen Regierung und, wenn sich nicht unvorhergesehene Hindernisse entgegenstellen sollten, noch im Laufe dieses Sommers ein postalischer Congreß in Dresden stattfinden, dessen Zustandekommen bereits früher vorläufig berichtet wurde. Eine Aufforderung dazu ist sämmtlichen deutschen Regierungen, desgleichen der Taxis'schen Lehnspost, zugegangen. Vornehmlich handelt es sich darum, eine Porto-Ermäßigung durch Aufhebung der Transitkosten zu erreichen. Hinzugefügt kann werden, daß bis jetzt nur von Erleichterungen im Briefverkehr die Rede ist, nicht von solchen für Zeitungen. (R. C.)

Postwesen. * **Berlin**, 10. Mai. Das preußische Generalpostamt hat jetzt verfügt, daß künftighin die Hauptwagen der zur Personenbeförderung dienenden Posten bei finstern Abenden und Nächten im Innern durch Laternen erleuchtet werden sollen.

— Das Mecklenburg-Schwerinsche Wochenblatt vom 8. Mai enthält nachstehende Verordnungen: 1) „Friedrich Franz, von Gottes Gnaden Großherzog von Mecklenburg ꝛc. Da das preußische Courant immer häufiger in unsern Landen zum Umlaufe kommt und es Denjenigen, welche Zahlungen in neuen Zweidritteln an unsere Kassen zu leisten haben, oft schwer wird, die dazu erforderlichen Münzen zu erhalten, so wollen wir bis auf weitere Verordnung gestatten, daß die an unsere Kassen zu leistenden Zahlungen, die in neuen Zweidritteln bestimmt sind, nach Wahl der Zahlungspflichtigen auch in Münzen des 14-Thalerfußes (ausschließlich der Scheidemünzen) berichtigt werden dürfen, und werden die Berechner unserer sämmtlichen Kassen hierdurch angewiesen, bei solchen Zahlungen den Thaler preußisch Courant zu 41⅓ Schillingen neuer Zweidrittel anzunehmen. Letztere haben das eingenommene preußische Courant zum nämlichen Curse statt neuer Zweidrittel wieder auszugeben, wenn der zu neuen Zweidrittel-Zahlungen berechtigte Empfänger sich damit einverstanden erklärt. Diese Einnahme und Ausgabe der Münzen des 14-Thalerfußes zum Curse von 41⅓ Schill. N. Zwdr. für jeden Thaler soll aber erst bei den Zahlungen beginnen, die zum Rechnungsjahre von Johannis 1847—48 gehören. Auf die Einnahmen bei unsern Elbzollkassen findet diese Verordnung keine Anwendung, vielmehr bleibt in Ansehung derselben Alles bei den conventionsmäßigen Bestimmungen." — 2) „Wir Friedrich Franz ꝛc., verordnen in Rücksicht auf die gegenwärtige Theuerung des Brotkorns und anderer Lebensmittel hierdurch, daß bis zum 1. Sept. d. J. alles zur See in Rostock und Wismar eingeführt werdende Getreide in Rostock von der Accise, in Wismar von dem Licent und den Schiffsumgeldern befreit sein soll."

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 13. Mai früh 7 Uhr: 2° 5″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 11. Mai. Oestr. Bkact. 1002; 250 Fl. L. 119⅝; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92; Bad. 50 Fl. L. 57⅛; Darmst. 50 Fl. L. 75⅛; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅝. London, 7. Mai. 3pc. Cons. 87¼; Port. 3pc. 25; Span. act. 22⅛; 5pc. 33⅞; Holl. Int. 58. Paris, 8. Mai. 5pc. 115. 95; 3pc. 78; Neap. 102. 75; Bankact. 3245. Wien, 10. Mai. Bkact. 1594; Met. 5pc. 107 1/16; 4pc. 97¼; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 154¾; 250 Fl. L. 119¼.

— **Warschau**, 1. Mai. Bei der heute erfolgten 14. Serienziehung der russisch-polnischen 500-Fl.-Loose sind nachstehende 25 Serien herausgekommen, als: Serie 67, 83, 113, 219, 266, 351, 498, 570, 622, 836, 1162, 1255, 1343, 1470, 1575, 1589, 1677, 1713, 1836, 1858, 1939, 2025, 2160, 2363 und 1051; von letztgenannter Serie werden die Obligationen von Nr. 105,061 bis 105,100 erst am 2. Jan. 1848 eingelöst.

Actien. Frankfurt a. M., 11. Mai. Taunusb. 357⅛; Nordb. 75; Verb. 92. Paris, 8. Mai. Eis. St.-Germ. 900; Paris-Orleans 1335; Paris-Rouen 937½; Paris-Strasburg 422½; Paris-Lyon 430; Rouen-Havre 657½; Marseille-Avignon 763¼; Strasburg-Basel 192½; Orleans-Bordeaux 511½; Orleans-Vierzon 591½; Nord 606¼. Wien, 10. Mai. Nordb. 169⅛; Gloggn. 124; Mail. 111⅛; Livorn. 88⅛; Pesth. 99¼.

Berliner Börse, 12. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅛, 3½pc. Staatssch. 93½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 94⅝, schles. 97, 4pc. posensche 102, neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 95⅝, Louisdor 112, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 97⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101⅛ Br., Berl.-Stettin 107½ Br., Breslau-Freib. 4pc. 99½, Cöln-Minden 4pc. 90⅝, Crak.-Oberschl. 4pc. 76 Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107¼ Br., Magd.-Halb. 4pc. 113⅛, Niederschles. 86, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103⅛, Litt. B. 4pc. 97, Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85⅛, Prior.-Stamm 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 94 Br., Zarskoje-Selo 70½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82 Br., Berg.-Märk. 4pc. 82½ Br., Berl.-Anh. 99⅞, Kass.-Lippst. 4pc. 84¼ Br., Cöln-Minden 4pc. 90⅛, Magd.-Wittenb. 82½ Br., Mail.-Bened. 4pc. 112½, Mecklenburg 74¾ Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 82½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94¼, (neue) 4pc. 93⅞ Br., Partial à 500 Fl. 4pc. 79¼ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bkcert. Zinst. 16¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-Anl. 85⅛, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Gard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Fahr-Ordnung

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.

„ **Oderberg (Ostrau)**, in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7¼ Uhr Abends.

„ **Stockerau** um 5¼ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

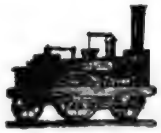
Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4¾ Uhr Nachmittags.

„ **Oderberg (Ostrau)**, in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.

„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** 4½ Uhr früh, 8, 12½, 2, 5½, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.



Thüringische Eisenbahn.

Fahrplan für die Bahnstrecke von Halle bis Gotha und Eisenach

in Verbindung mit den Dampfwagen-Fahrten auf der

Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn

für die Zeit vom 10. Mai 1847 bis auf weitere Bestimmung.

Tour von Halle nach Eisenach.

Abfahrt von	Züge. I. Güterzug.	II. Personenzug.	III. Personenzug.	IV. Güterzug.
Halle	1¼ Uhr Morg.	9 Uhr Vormitt.	2¼ Uhr Nachmitt.	6 Uhr Abends
Merseburg	5 „ „	9⅝ „ „	2⅔ „ „	6¼ „ „
Corbetha	5⅓ „ „	9⅞ „ „	2⅞ „ „	6⅝ „ „
Weißenfels	5¾ „ „	10 „ „	3⅛ „ „	7 „ „
Naumburg	6⅛ „ „	10⅞ „ „	3⅝ „ „	7⅝ „ „
Kösen	6½ „ „	10⅝ „ „	3¾ „ „	7¾ „ „
Sulza	6¾ „ „	10¾ „ „	4 „ „	8 „ „
Apolda	7⅛ „ „	11⅛ „ „	4½ „ „	8½ „ „
Weimar	8 „ „	11⅝ „ „	5 „ „	9 „ „
Wieselbach	8½ „ „	12 „ Mittags	5¼ „ „	9½ „ „
Erfurt	9 „ Vormitt.	12⅝ „ „	5⅝ „ „	10 „ „
Dietendorf	9⅓ „ „	1 „ Nachmitt.	6 „ „	—
Gotha	10 „ „	1⅝ „ „	6⅝ „ „	—
Frottstedt	10⅝ „ „	1⅞ „ „	7 „ Abends	—
Ankunft in Eisenach	11 „ „	2½ „ „	7½ „ „	—

Tour von Eisenach nach Halle.

Abfahrt von	Züge. I. Personenzug.	II. Personenzug.	III. Güterzug.	IV. Personenzug.
Eisenach	—	5⅛ Uhr Morg.	11 Uhr Vorm.	3¾ Uhr Nachmitt.
Frottstedt	—	5¾ „ „	11½ „ „	4 „ „
Gotha	—	6⅛ „ „	12 „ Mittags	4⅛ „ „
Dietendorf	—	6⅜ „ „	12⅓ „ „	5 „ „
Erfurt	3¼ Uhr Morg.	7 „ „	1 „ Nachm.	5⅓ „ „
Wieselbach	3½ „ „	7⅓ „ „	1⅓ „ „	5½ „ „
Weimar	3¾ „ „	8 „ „	1¾ „ „	5⅝ „ „
Apolda	4¼ „ „	8⅓ „ „	2¼ „ „	6¼ „ „
Sulza	4⅓ „ „	8⅝ „ „	2¾ „ „	6⅓ „ „
Kösen	4⅝ „ „	9 „ Vormitt.	3 „ „	6¾ „ „
Naumburg	5⅓ „ „	9¾ „ „	3⅝ „ „	7¼ „ Abends
Weißenfels	5¾ „ „	10 „ „	4 „ „	7⅝ „ „
Corbetha	6 „ „	10¼ „ „	4⅓ „ „	8 „ „
Merseburg	6⅓ „ „	10½ „ „	4¾ „ „	8¼ „ „
Ankunft in Halle	6½ „ „	11 „ „	5¼ „ „	8¾ „ „

1927

Bemerkungen. Die Eröffnung von Gotha bis Eisenach wird seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden.

1) Die Eröffnung der Bahn findet am 10. Mai bis **Gotha** statt.
2) Der 1ste um 3½ Uhr Morgens von **Erfurt** abgehende Zug führt die Reisenden von **Halle** mit einem Güterzuge nach **Leipzig** und mit einem Personenzuge nach **Magdeburg** und **Berlin** weiter.
3) Dasselbe gilt von dem 2ten, um 11 Uhr in **Halle** eintreffenden Zuge.
4) Mit dem 3ten Zuge, welcher um 5¼ Uhr in **Halle** eintrifft, können die Reisenden mit Personenzügen nach **Magdeburg**, **Wittenberg**, **Bernburg** und **Leipzig** erreichen.
5) Der letzte um 8¾ Uhr in **Halle** ankommende Zug führt die Reisenden mit einem Güterzuge um 9 Uhr nach **Leipzig** weiter.
6) An den 1sten von **Halle** abgehenden Zug schließt sich keiner der Magdeburg-Leipziger Bahn an.
7) Der 2te Zug, welcher um 9 Uhr von **Halle** abgeht, befördert unmittelbar Personen weiter, welche mit dem 1sten Personenzuge von **Magdeburg** und **Wittenberg** und mit dem 1sten Güterzuge von **Leipzig** in **Halle** eintreffen.
8) Mit dem 3ten um 2½ Uhr von **Halle** abgehenden Zuge werden die Reisenden sofort weiter befördert, die mit dem 2ten Personenzuge von **Magdeburg** und resp. von **Berlin** ꝛc. kommen. Ein unmittelbarer Anschluß von **Leipzig** her findet bei diesem Zuge nicht statt.
9) Dagegen können Reisende, welche mit dem 3ten Personenzuge von **Leipzig** in **Halle** ankommen, mit dem 4ten um 6 Uhr von **Halle** abgehenden Zuge auf der Thüring. Bahn bis **Erfurt** weiter fahren. Einen unmittelbaren Anschluß von **Magdeburg** her hat dieser Zug nicht.
10) Auf den Stationen **Corbetha**, **Wieselbach**, **Dietendorf** und **Frottstedt** können Billets nur bis zu den je nächsten Stationen gelöst, und kann auch das Gepäck nur bis zu diesen expedirt werden.
11) Mit Ausnahme der sub 10 genannten Stationen und der Station **Sulza**, findet zwischen sämmtlichen Stationen unserer Bahn und den Städten **Leipzig**, **Magdeburg**, **Cöthen**, **Dessau**, **Wittenberg** und **Berlin** directer Billetverkauf und directe Gepäckexpedition statt, jedoch sind die auf der einen Bahn für die Nachbarbahn gelösten Billets nur für den nächsten Anschlußzug auf dieser gültig.
12) Funfzig Pfund Gepäck kann jeder Passagier frei mit sich führen. Für jede 10 Pfund Uebergewicht werden aber die Sätze bezahlt, welche in den auf den Stationen aushängenden Tarifs angegeben sind.
13) Die Courierpost nach und von **Frankfurt a. M.** schließt sich an den um 10 Uhr Abends in **Erfurt** ankommenden Zug an und trifft Morgens daselbst so ein, daß der erste um 3¼ Uhr nach **Halle**, **Leipzig**, **Berlin** und **Magdeburg** u. s. w. abgehende Zug benutzt werden kann.

[1928—30]

Digitized by Google

[1948]

Neue

Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung.

Jahrgang 1847. Gr. 4. 12 Thlr.

Wöchentlich erscheinen sechs Nummern. Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Zeile 1½ Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

April.

Frankh: Die christliche Lehre von der Dreieinigkeit und Menschwerdung Gottes in ihrer geschichtlichen Entwickelung, von *F. Ch. Baur.* Dritter Artikel. — **Schnitzer:** 1) Versuch zur Herstellung des historischen Standpunkts für die Kritik der neutestamentlichen Schriften, von *H. W. J. Thiersch.* 2) Der Kritiker und der Fanatiker, in der Person des Herrn H. W. J. Thiersch, von *F. Ch. Baur.* 3) Einige Worte über die Echtheit der neutestamentlichen Schriften u. s. w., von *H. W. J. Thiersch.* — **W. Weissenborn:** 1) C. Sallustii Crispi Catilina et Jugurtha. Aliorum auisque notis illustravit *R. Dietsch.* 2) *H. R. Dietschii* Observationes criticae in C. Sallustii Crispi Jugurthae partem extremam. — **F. Hand:** De fragmento Gottorpiensi Lucretii. Scripsit R. I. F. Henrichsen. — **Voigt:** Schilderung der deutschen Pflanzenfamilien vom botanisch-descriptiven und physiologisch-chemischen Standpunkte, von *H. Hoffmann.* — **Voigt:** Geologie, von *A. Petzhold.* — **Zeis:** 1) Lehrbuch der Ophthalmologie für Aerzte und Studirende, von *C. G. Th. Ruete.* 2) Das Ophthalmotrop, von Demselben. — **Eduard Fiedler:** Collectivanzeige der neuesten Werke von *Th. Wright.* — **Rommel:** Das Leben Philipp's des Grossmüthigen, Landgrafen von Hessen, erzählt von *Ph. Hofmeister.* — **G. F. Günther:** Recherches sur les établissements des Grecs en Sicile, jusqu'à la réduction de cette île en province romaine, par *W. B. de Presle.* — **H. Brunn:** I monumenti smaranziani descritti dal marchese *L. Biondi.* — **H. Rückert:** Das alte Recht der salischen Franken, von *G. Waitz.* — **O. Domrich:** Handbuch der Pathologie und Therapie der Geisteskrankheiten, von *A. Schnitzer.* — **K. G. Jacob:** 1) Briefe von und an Goethe. Herausg. von *F. W. Riemer.* 2) Briefe von Goethe und dessen Mutter an Friedrich Frhrn. v. Stein. Herausg. von *J. J. H. Ebers* und *A. Kahlert.* 3) Aus Goethe's Knabenzeit 1757—59. Erläutert und herausg. von *H. Weismann.* — **Ernst Susemihl:** The Mabinogion, from the Llyfr Coch o Hergest and other Welsh manuscripts: with an English translation and notes by Lady *Charlotte Guest.* — **Kruse:** Der Handel des russischen Reichs, von *J. Dede.* — **J. H. v. Wessenberg:** Collectivanzeige mehrer Schriften über und für das Volk. Von *Berthold Auerbach* u. A. — **Gelehrte Gesellschaften; Literarische u. a. Nachrichten; Preisaufgaben; Miscellen; Nekrolog.**

Leipzig, im Mai 1847.

F. A. Brockhaus.

Das Soolbad Wittekind in Giebichenstein bei Halle a. d. Saale.

Die Eröffnung der diesjährigen **Saison** wird, nachdem nun das mit allen Bequemlichkeiten versehene neue Curhaus vollendet ist, am **25. Mai** c. stattfinden. Ueber die ausgezeichneten Wirkungen und die besondern Annehmlichkeiten des **Wittekind-Bades** haben nicht allein mehre Zeitschriften, sondern auch die soeben im Buchhandel erschienene und durch Stahlstiche illustrirte Beschreibung desselben Bericht erstattet. Indem ich dieses nun den bereits von nah und fern angemeldeten geehrten **Gästen** ergebenst anzeige, bitte ich auch um weitern recht zahlreichen Besuch mit dem Bemerken, daß auch die, nach mehrfachen ärztlichen Erfahrungen zur Heilung langwieriger Unterleibskrankheiten, habitueller Verstopfung, Skropheisucht und Hautkrankheiten u. s. w. bewährte **Trinkcur** des **Wittekind-Brunnens,** wie auch aller andern verordneten **Mineralwasser** gleichzeitig beginnen wird, und wozu der reiche Frühlingsschmuck der romantischen Umgebung freundlichst einladet.

Halle, den 10. Mai 1847.

[1932—33] **H. Thiele.**

Post-Dampfschiffahrt

zwischen

NEWYORK und BREMEN.

Das ausgezeichnet schöne, neue amerikanische Post-Dampfschiff

Washington, Capt. **Hewitt,**

groß 2200 Tons, wird am **1. Juni** seine Fahrt von **Newyork** nach **Bremen** antreten, am **25. Juni** von der Weser nach Newyork zurückkehren und auf der Rückreise Southampton in England anlaufen.

Die Passage-Preise sind:

In der ersten Cajüte: von Bremen nach Newyork 150 Dollars,
dito von Bremen nach Southampton 5 Pf. St.
In der zweiten Cajüte: von Bremen nach Newyork 60 Dollars,
dito von Bremen nach Southampton 3 Pf. St.
Beköstigung eingeschlossen, mit Ausnahme von Wein.

Die Güter-Fracht ist festgesetzt:

Von Bremen nach Newyork auf fünf und zwanzig Dollars und 5 Procent Primage für die Tonne von 40 Cubikfuß, für gewöhnliche Kaufmannsgüter, und auf fünf und dreißig Dollars und 5 Procent Primage für Seidenwaaren und ähnliche kostbare Waaren.

Für Specie ½ Procent.

Für Packete mit Proben fünf Dollars, auch wird kein Connoissement für weniger Fracht als fünf Dollars gezeichnet. — Die Passagepreise und Frachtsätze von Southampton nach Newyork sind dem Vorstehenden gleich.

Das Passagegeld wird bei Belegung der Plätze entrichtet.

Alle Briefe und Documente für Amerika sind durch das Stadtpostamt in Bremen zu befördern.

Die Anmeldungen von Passagieren und Frachtgütern geschieht in portofreien Briefen bei der

Administration der Ocean-Steam-Navigation-Company in Bremen.

C. A. Heineken & Comp., Obernstraße Nr. 22.

Von obiger Ankündigung sind Abdrücke auf dünnem Papier unentgeltlich an unserm Comptoir zu bekommen.

C. A. H. & Co.

Unter Bezug auf die heutige Bekanntmachung der *Ocean-Steam-Navigation-Company* empfehle ich mich als Spediteur der Güter, sowie auch zur Besorgung der Assecurang ꝛc. mit der Versicherung prompter und billiger Bedienung. [1641—44]

Bremen, den 22. April 1847.

J. H. Bachmann.

Haus-Verkauf.

In **Lindenau bei Leipzig** ist ein im besten baulichen Zustande sich befindendes, sehr bequem eingerichtetes Wohnhaus nebst Garten in überaus freundlicher Lage zu verkaufen. Selbstkäufer (nicht Unterhändler) erfahren das Nähere in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [1938—39]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 14. Mai. Erste Darstellung des **Physioskops,** der **Dissolving-Diorama-views** und des **Chromatrope** von **Marchand** und **Ellenberg.** — Vorher: Neu einstudirt: **Zurücksetzung,** Lustspiel von C. Töpfer. **Mathilde,** Fräulein **Streit.**

Bei **Julius Helbig** in Altenburg erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen (Leipzig bei **E. J. Steinacker, Fr. Fleischer, C. H. Reclam, Ponicke & Sohn** u. s. w.) zu haben. [1949—51]

Leipziger Protest

gegen

die orthodoxe lutherische Kirche und Dr. Harleß.

Gr. 8. Brosch. 4 Ngr.

Beachtungswerth.

Zur Errichtung eines **überaus lucrativen** Fabrikgeschäfts in Rußland wird ein Theilnehmer mit 2000 Thlr. gesucht und Näheres **poste restante Leipzig 1847** mitgetheilt. [1947]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. D. G. Bach in Leipzig mit Frl. Luise Arnold. — Hr. Konstantin Graun in Weißenfels mit Frl. Ida Haack. — Hr. Ernst Frhr. v. Houwald in Mayenburg mit Frl. Emmeline Waldeck v. Arneburg in Potsdam. — Hr. Prof. Dr. R. M. Petersen in Grimma mit Frl. Emma Fuchs in Dresden. — Hr. Gutsbesitzer Ernst Schmiel in Stettin mit Frl. Julie Jobst. — Hr. Pastor Wilhelm Scholz in Dittmannsdorf mit Frl. Ida Bernecker in Perschnitz.

Getraut: Hr. Apotheker Louis Bandau in Strehla mit Frl. Anna Gieße aus Wittenberg. — Hr. Georg Emmerling in Nürnberg mit Frl. R. Reidel. — Hr. Dr. Theodor Jacob in Berlin mit Frl. Maria Hanstein. — Hr. C. L. Lauer in Nürnberg mit Frl. M. M. L. Löffler. — Hr. Justitiarius A. F. Pohl in Schweidnitz mit Frl. Auguste Beyer.

Geboren: Hrn. M. E. Arnold in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Louis Dankmeyer in Lilienthal eine Tochter. — Hrn. C. Eben in Schlagenthin ein Sohn. — Hrn. Dr. Jaffé in Berlin eine Tochter. — Hrn. Aendant Imme in Culm ein Sohn. — Hrn. J. A. Keil in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Prediger E. Neumann in Staffelde ein Sohn. — Hrn. Theophil Plache in Wittenberg eine Tochter. — Hrn. Kammerjunker und Oberlieutenant Grafen v. Reigersberg in Nürnberg eine Tochter. — Hrn. Bahnhofsinspector Rosenfeld in Jüterbogk ein Sohn. — Hrn. Regierungs- und Baurath v. Unruh in Magdeburg eine Tochter.

Gestorben: Hr. Land- und Stadtgerichtsdirector Franz v. Branconi in Schleusingen. — Hr. Major Förster in Berlin. — Frau Propst Hofmann in Fellin. — Frau Archidiakonus Christiane Ernestine Korn in Cottbus. — Hr. Lieutenant Gustav v. Poser in Neisse. — Hr. Hugo Scheder in Schweidnitz. — Hr. Major Karl Friedrich Maximilian v. Schönberg-Börnichen in Börnichen. — Hr. Oberstlieutenant Freiherr v. Bietinghoff in Berlin.

Digitized by Google

Sonnabend — Nr. 135. — 15. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Aus Thüringen. Die deutsche Einheit. — Die Benedictiner in Baiern. Fackelzug der münchner Studirenden. ○Leipzig. Die böhmische Grenzsperre. ††Leipzig. Die Beschickung des deutsch-katholischen Concils. — Die Deutsch-Katholiken in Stuttgart. *Kassel. Die Landtagswahlen.

Preußen. Berlin. Landtag. ψBerlin. Der Protest.

Oesterreich. Die Theuerungsunruhen. Das Verbot der Getreideausfuhr.

Spanien. Die Königin. Tod Orozco's. Congreßverhandlungen. Prorogation der Cortes. Erinnerungsfest. Don Enrique. Der Gouverneur von Madrid. Kanonenschläge.

Großbritannien. Die irische Armenbill und die Landlords. Lord Cloncurry für die Repeal. Der Befehlshaber und der Master des Thunderbolt. Deutsche Auswanderer.

Frankreich. Die Cabinetsveränderungen. Deputirtenkammer. Die Zeitungen. **Paris. Die Veränderung des Ministeriums. ψParis. Der Proceß Cubières.

Schweiz. Der Vorort. Der Landrath von Basel-Land.

Griechenland. Englands Foderungen an Griechenland.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Differenz.

Nordamerika. Die Deutschen.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. *Döbeln. Fruchtpreise. Mailand. Seide. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

†Aus Thüringen, 10. Mai. Gewiß ist die Anerkennung der auf dem preußischen Landtage bewährten Gesinnung in Betreff des Zollvereins und deutscher Brudereinheit (Nr. 129) eine sehr verdiente, gewiß aber auch der bedingende Wunsch sehr begründet, daß diese Gesinnung recht allgemein verbreitet und tief gewurzelt werden und bleiben möge. Denn im argen Contraste damit steht nicht blos das in einem andern Landtagsberichte (Nr. 128) gerügte Verfahren des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen, bei welchem zugleich eine vollständige Unkenntniß oder Nichtachtung der Zollvereinsverträge mit unterlief, sondern auch und noch mehr so mancherlei Urtheile, Wünsche und Foderungen, die man täglich vernehmen kann, wenn man auf das ungewaschene Gerede des sogenannten Publicums hören will, ganz besonders aber die bei so manchen Marktumulten und Getreideemeuten hervorgetretene, auch in dieser Beziehung wie überhaupt in Betreff der gerühmten Bildung, Gesittung, Gesetzlichkeit und des Rechtsgefühls der Zeit und des Volks so bedauerliche Gesinnung, z. B. in Böhmen gegen Baiern und Sachsen, in Stuttgart und Tübingen gegen Baden. Freilich hat es wenigstens Baden in der Eisenbahnsache nicht viel besser an Württemberg verdient, und da war die Engherzigkeit nicht auf Seiten einer rohen Pöbelmasse, sondern im Munde gefeierter Liberalen und pomphafter Sprecher für deutsche Einheit! Wann wird doch endlich die Krähwinkelei aus Deutschland verschwinden und die Ueberzeugung allseitig aufgehen, daß nur in freier Gegenseitigkeit das Heil ist!

— Aus **München** vom 11. Mai berichten bairische Blätter: „Einem vielfach verbreiteten Gerüchte zufolge sollen dem Benedictinerorden in Baiern mehrfache Veränderungen bevorstehen, namentlich in Bezug auf die unter dessen Leitung stehenden Studienanstalten. — Aus Anlaß der unlängst erfolgten Sanctionirung der neuen Studentenverbindung Isaria (Nr. 127) werden die sämmtlichen Studirenden der nunmehr hier bestehenden fünf Verbindungen dem König übermorgen Abend einen großen Fackelzug bringen."

○Leipzig, 14. Mai. In nachstehendem Artikel der Leipziger Zeitung erhalten wir die Bestätigung der bereits gestern gemeldeten Sperre Böhmens gegen die sächsische Grenze: „Je deutlicher es sich gerade bei der jetzigen Theuerung herausgestellt hat, daß möglichste Freiheit des Verkehrs und die dadurch herbeigeführte Concurrenz allein im Stande ist, vor Extremen zu bewahren und dem Getreidehandel die rechte Bahn anzuweisen, desto auffälliger ist es, daß von jenem naturgemäßen Princip doch noch immer in einzelnen Fällen abgewichen wird. Ein beklagenswerthes, für Sachsen insbesondere schmerzliches Beispiel dieser Art liefert uns die soeben eingegangenen Nachrichten zufolge in Böhmen getroffene Maßregel. War schon die vor einiger Zeit eingetretene Erhöhung des Ausgangszolls auf alle Cerealien den nationalökonomischen Grundsätzen, die wir für die richtigen halten, nicht entsprechend und hat, wie wir mit Bestimmtheit versichern können, unsere Regierung kein Mittel unversucht gelassen, jene Zollerhöhung abzuwenden; so ist uns das jetzt auf unbestimmte Zeit erlassene Ausfuhrverbot um so überraschender gewesen, je weniger man ein solches den kurz zuvor eingegangenen Nachrichten zufolge auch nur ahnen konnte, wonach man, weit entfernt, die Ausfuhr verhindern zu wollen, vielmehr mit dankenswerther Bereitwilligkeit erklärte, Alles gethan zu haben und thun zu wollen, um den tumultuarischen Auftritten, die sich hier und da an der sächsischen Grenze gezeigt und die Ausfuhr unmöglich gemacht oder doch erschwert hatten, mit aller Kraft entgegentreten zu können. Welche Gründe also jenes plötzliche Verbot mögen veranlaßt haben, ist nicht gut abzusehen; denn daß in Böhmen noch große Vorräthe sich befinden, daß also dort an wirklichen Mangel oder Hungersnoth nicht zu denken, ist bekannt; daß man dem ungestümen Drängen einzelner aufgeregter Volkshaufen hätte nachgeben wollen, ist nach den Grundsätzen, die man sonst in jenem Staate befolgt, nicht anzunehmen; daß endlich einzelne Einkäufer auch aus Sachsen vielleicht nicht vorsichtig genug zu Werke gegangen und dadurch auf einzelnen Märkten Unzufriedenheit erregt haben mögen, kann wol zugegeben werden; allein deshalb schreitet man doch nicht gleich zu der extremsten Maßregel! Je weniger wir eben das Verbot für ausreichend motivirt ansehen können, und je schneller sich die nachtheiligen Folgen desselben für Böhmen selbst und zwar für die Armen wie für die Reichen zeigen werden, desto zuversichtlicher darf man auch hoffen, daß die kräftigen Schritte, die unsere Regierung dem Vernehmen nach in Wien und Prag gethan hat, nicht ohne erwünschten Erfolg bleiben werden; man wird sich überzeugen, daß deutsche Nachbarn sich nicht absperren, sondern sich helfen sollen in der Noth. Daß übrigens unsere Regierung mit doppelter Energie namentlich für die Grenzgegenden sorgen wird, daran wird Niemand zweifeln."

††Leipzig, 13. Mai. In der heutigen Versammlung der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde wurde die jetzt so viel besprochene Frage des berliner Concils verhandelt. Man ließ den Gründen, welche von Seiten mehrer Gemeinden gegen die Abhaltung des Concils in der jetzigen Zeit aufgestellt worden sind, volle Gerechtigkeit widerfahren und erklärte, daß man eine Verschiebung desselben bis etwa zum Herbste gern sehen werde; man erkannte aber andererseits auch die volle Berechtigung, ja Verpflichtung des berliner Vorstandes zur Berufung desselben an und sprach den Wunsch aus, daß, wenn ja eine Verschiebung stattfinden sollte, diese keinenfalls über das Jahr 1847 hinaus sich erstrecken möchte, indem man auch in dieser scheinbar gleichgültigen Sache an den autonomisch zu Stande gekommenen Beschlüssen des leipziger Concils festhalten müsse. Zugleich beklagte man allgemein und erklärte einstimmig zu Protokoll, daß es sehr zu bedauern sei, wenn einzelne Gemeinden, z. B. die zu Frankfurt a. M., ihre abweichende Meinung über die geeignete Zeit der Abhaltung des Concils mit der kaum denkbaren Erklärung ausgesprochen haben, daß man das Concil nicht anerkennen werde, wenn es trotz des Widerspruchs zu Stande komme, d. h. wenn die vollberechtigte Mehrzahl der Gemeinden dasselbe genehmige und beschicke: ein Verfahren, welches eben so wenig geeignet ist, die Einheit als die Achtung vor dem selbstgeschaffenen Gesetze zu fördern. Für den Fall des Zustandekommens wählte die Gemeinde ihren Pfarrer Rauch sowie die Vorstandsmitglieder R. Blum und J. de Marle zu Abgeordneten, verzichtete auf die Stellung besonderer Anträge, prüfte die vom berliner Vorstande zur Verhandlung vorgeschlagenen Gegenstände, über jeden derselben ihre Meinung als Richtschnur für die Abgeordneten aussprechend, und beschloß schließlich einstimmig, den Abgeordneten den Auftrag zu geben, daß sie mit allen Kräften dahin wirken, daß die Beschlüsse des leipziger Concils unversehrt als Grundlage der jungen Gemeinschaft erhalten werden.

— Aus **Stuttgart** vom 10. Mai wird angezeigt, daß soeben von der königl. Regierung die Bestätigung des derzeitigen Pfarrers Haribert Rau bei dem Vorstande der deutsch-katholischen Gemeinde daselbst eingelaufen ist.

Digitized by Google

*Kassel, 10. Mai. Die Parteien, welche auf dem vorigen aufgelösten kurhessischen Landtage schroffer als jemals zuvor mit entgegengesetzten Bestrebungen einander gegenüber gestanden und gewirkt hatten, werden im Publicum als die volksthümliche, constitutionelle mit conservativer, im Gegensatze der gouvernemental-ministeriellen mit reactionairer Tendenz bezeichnet. Erstere pflegt dann zugleich in Beziehung auf letztere als oppositionelle charakterisirt zu werden. Von einer Fraction in der kurhessischen Ständeversammlung, die sich den Fortschritt, die weiter treibende Bewegung zur Aufgabe gestellt hatte, ist seit länger als einem Jahrzehend keine Rede mehr gewesen; sie war, obgleich zu Anfang des ersten Landtags 1831/32 mit Eifer und nicht ohne Erfolg thätig, doch nachgehends immer mehr verschwunden und schon unter dem Ministerium Hassenpflug auf eine blos conservative Wirksamkeit reducirt worden. Auch nach dem Sturze dieses Ministeriums sind die Personen, die ans Ruder kamen, in dessen Fußstapfen getreten, und das von oben herab befolgte System ist das nämliche geblieben. Allmälig trat große Stille in unserm Staatsleben ein. Um so auffallender mußte es erscheinen, daß auf einmal unerwartet der jüngste Landtag den Anblick einer so entschiedenen Majorität in der Opposition gegen die Staatsregierung darbot, daß man nicht nur fast alle Propositionen der letztern theils abgelehnt und zurückgewiesen, theils mit wesentlichen von derselben unannehmbaren Veränderungen und Modificationen begleitet zurückgeschickt sah, sondern auch die Amtsführung der verfassungsmäßig verantwortlichen Minister einer so scharfen mißbilligenden Kritik unterworfen wurde, daß sich die Erhebung einer förmlichen Anklage derselben vor dem Staatsgerichtshofe von Seiten der Landstände in nahe Aussicht gestellt fand. Und noch nie zuvor hatte sich die Regierungspartei in der kurhessischen Ständeversammlung in so geringfügiger Minorität erblickt wie diesmal. Es waren kaum ein paar Stimmen vorhanden, auf die sie unbedingt zählen konnte. Daß unter solchen Umständen eine Auflösung des Landtags von oben herab verfügt werden würde, war vorauszusehen; es fragt sich indessen, ob durch diese Maßregel der Zweck, der Regierung durch neue Abgeordnetenwahlen wieder zu einer entschiedenen Stimmenmehrheit in der Ständeversammlung zu verhelfen, erreicht werden dürfte. Es ist eine merkwürdige, den Politiker zum Nachdenken auffodernde Erscheinung, die sich in Kurhessen zugetragen hat, daß eine einzige Ständeversammlung, die mit größerer Thatkraft als die vorhergehenden und in einer der öffentlichen Meinung und Stimmung angemessenen Richtung ihrer Thätigkeit aufgetreten ist, hingereicht hat, den constitutionellen Geist plötzlich wieder aus der Lethargie zu wecken, in die er so tief versunken zu sein schien. An die Stelle einer indifferenten Gesinnung für das Verfassungswesen und das landständische Institut ist bei Vielen rege Theilnahme getreten, und es wird erkannt, daß es von den neuen Wahlen der Landtagsabgeordneten abhängen werde, welche Stellung die nächste Versammlung der Landesvertreter einnehme. Es scheint sichtbar ein Wendepunkt in dem constitutionellen Leben eingetreten zu sein, und der bevorstehende, in der Mitte dieses Monats zu eröffnende neue Landtag wird es an den Tag bringen, ob das constitutionelle conservative Princip die Oberhand behaupten und Terrain gewinnen wird. Auf der andern Seite aber hat auch das Staatsministerium sehr wohl erkannt, von welcher Wichtigkeit eine seinen Wünschen entsprechende Zusammensetzung der künftigen ständischen Versammlung für die Durchsetzung seiner Plane und Entwürfe sei, und es ist demgemäß verfahren worden. Dessenungeachtet ist es nur an wenigen Orten gelungen, mißliebige Personen von den neuen Wahlen zur Ständeversammlung entfernt zu halten, und noch seltener, den ministeriellen Candidaten eine Stimmenmehrheit in den Wahlcollegien zu verschaffen. Und wenn es auch hier und da glückte, die Wiederwahl eines der Oppositionsmänner des aufgelösten Landtags zu verhindern, so sah man denselben doch bald anderswo gewählt. Zwar hatte man, eben um dies Letztere zu verhüten, die Sphäre der Wählbarkeit zu beschränken gesucht, indem mittels einer neuen Interpretation der Verfassungsurkunde die Behauptung aufgestellt werden war, daß nur im Wahlbezirke wohnhafte Personen wählbar seien; aber da dieser schon bei der Eröffnung der vorigen Ständeversammlung von oben herab geltend gemachte Grundsatz landständischerseits bei der Zulassung der Abgeordneten nicht beachtet worden war, so nahmen die Wähler auch bei den dermaligen Wahlen darauf keine Rücksicht. In der Haupt- und Residenzstadt Kassel wenigstens mochte man wol von oben herab geglaubt haben, mit einiger Sicherheit darauf rechnen zu dürfen, daß die Wahl der beiden städtischen Abgeordneten im Sinne der Regierung ausfiele; gleichwol hat man sich auch hier getäuscht gefunden. Es kam auf die Ernennung von 32 Wahlmännern an, und da die Klasse der Beamten, die als Ortsbürger ihre Stimmen zu deren Wahl abzugeben befugt waren, hier so zahlreich ist, so schien es allerdings zweifelhaft, ob sie nicht, vorausgesetzt, daß sie sich über bestimmte Personen bei ihrer Wahl vereinigten, die Stimmenmehrheit über die übrigen Einwohner davontragen würden, zumal wenn man die Nachlässigkeit erwog, womit von diesen das Wahlgeschäft früher betrieben worden war. Auch existirten Listen von 32 Regierungscandidaten für die Bildung des städtischen Wahlcollegiums, die in den Locales der Staatsbehörden aufgelegt waren und in Abschriften unter den hiesigen Staatsdienern circulirten. Aber als dies ruchbar geworden war, und man zugleich vernahm, wie sehr sich sämmtliche Herren von dem Beamtenstande beeilten, ihre Stimmen für die Wahlmänner nach einer gleichförmigen Liste zu geben, beeiferten sich auch die kasselschen Bürger, sich zu den Wahlen zu drängen. Das Ergebniß der meisten neuen Abgeordnetenwahlen im ganzen Land ist nunmehr bekannt; alle Hauptkoryphäen der Opposition des aufgelösten Landtags sind ohne Ausnahme wieder erwählt worden, und die Oppositionspartei hat sich eher vergrößert als vermindert. Es kann kaum mehr bezweifelt werden, daß diese von neuem eine entschiedene Majorität in der am 17. Mai wieder zusammentretenden kurhessischen Ständeversammlung bilden wird. Die oppositionelle Stellung derselben dürfte demnach ganz die nämliche sein wie die der vorigen, und es möchte unter solchen Umständen dem fungirenden Ministerium kein anderes Mittel übrig bleiben, um sich gegen eine ständische Anklage zu sichern, als eine abermalige Auflösung des Landtags.

Preußen.

Berlin, 13. Mai. Die Sitzung der Curie der drei Stände am 8. Mai ward mit den gewöhnlichen Klagen über die stenographischen Berichte eröffnet. Hr. v. Romberg protestirte dagegen, daß er unter den Unterzeichnern des Protestes aufgeführt sei. Der Landtagscommissar erklärte, auf Anlaß des ihm gemeldeten Gerüchts, als seien die Briefe eines Deputirten auf der Post eröffnet worden: daß das Gouvernement solche unwürdige Mittel verabscheue und das Gerücht entweder auf Verleumdung oder auf Untreue eines Subalternen beruhe. Graf Skorzewski nahm eine Petition zurück, weil ihr Zweck schon von der Regierung Berücksichtigung erfahren habe. Bei der Berathung des Reglements wurden nach einer längern, von dem Abg. Dittrich angeregten Verhandlung über die Abstimmungsweise, wobei eine Menge verschiedener Aenderungsvorschläge zu Tage kamen, alle desfallsigen Aenderungen des Reglements verworfen. Es ward dabei vielfach zur Abstimmung gedrängt, kamen aber immer neue Anträge. Abg. v. Olfers mahnte, unter Beifall, die Zeit für Wichtigeres zu sparen. Dem Abg. Wodiczka, der von dem persönlichen Verhalten der stimmsammelnden Ordner einen Einfluß auf die Stimmgebung fürchtete, widersprach mit Beifall der Abg. Röseler. Ohne Verhandlung und mit bedeutender Mehrheit wurde die Bitte an den König beschlossen, die Bestimmung in Wegfall bringen zu lassen, daß aus den Berichten über die Landtagsverhandlungen etwa vorkommende verletzende Aeußerungen entfernt werden sollten.

Der Antrag dagegen, die Bezeichnung der Allgemeinen Preußischen Zeitung zur ersten Quelle der Landtagsmittheilungen zu beseitigen, ward von den Abgg. Zimmermann und Hansemann bekämpft, und nur wenige Stimmen erklärten sich dafür. Der Abg. v. Saucken wollte eine Wahlprüfung einführen, aber der Landtagscommissar erklärte sich gegen die Constituirung eines wichtigen neuen Rechts für die Versammlung durch ein Amendement zur Geschäftsordnung, und die Abgg. Graf v. Schwerin und v. Vincke traten derselben Ansicht bei. Es entspann sich aber dabei ein Zweifel darüber, ob der König die Wahlen bestätige, und ward diese Frage auf nächste Sitzung vertagt. Dann kam das Recht des Commissars zur Sprache, die Veröffentlichung einzelner Verhandlungen zu untersagen. Es sprach sich die Ueberzeugung aus, daß dieses Recht in den Händen des jetzigen Commissars unbedenklich sei, nicht aber im Allgemeinen. Der Landtagscommissar erklärte, es handle sich nur um Fälle höherer Rücksichten der auswärtigen Politik oder innern Sicherheit des Landes. Für das Recht sprachen v. Wedell, v. Manteuffel II. und Graf Finkenstein, gegen dasselbe v. Auerswald, v. Beckerath, Hansemann und, unter Zeichen des Mißfallens, Meyssen. Die Abstimmung ergab 305 für Wegfall, 160 für Stehenbleiben des Satzes.

Der Antrag des Frhrn. v. Vincke, jede Präclusivfrist für Petitionen wegfallen zu lassen, ging nicht durch; der Antrag Hansemann's, ausnahmsweise auch noch später einzelne Anträge anzunehmen, ward genehmigt. Der vorgeschlagene Druck aller Petitionen ward verworfen und die Sache in das Ermessen der Abtheilungen gestellt. Die Aussetzung der Berathung über das Recht des Landtagsmarschalls zur Zurückweisung von Anträgen bis zur Entscheidung des Königs in Betreff der Poleneingabe ward mit 243 gegen 198 Stimmen beschlossen. Die Mehrheit nahm den Antrag der Abtheilung, zur Vermittelung einen Zusammentritt der betreffenden Abtheilungen der beiden Curien zuzulassen, an; nicht aber den des Frhrn. v. Vincke, niemals Propositionen gleichzeitig an beide Curien gelangen zu lassen. Dagegen ward der Antrag des Abg. Hansemann, daß bei der Wahl der Candidaten für die Hauptverwaltung der Staatsschulden absolute Stimmenmehrheit erforderlich sein solle, angenommen. Der Antrag des Grafen Gneisenau auf Wegfall der Diäten ward von v. Saucken bekämpft und mit großer Mehrheit verworfen. Gegen eine Stimme beschloß man den Antrag, eine Revision des Reglements nicht ohne Gehör der Stände erfolgen zu lassen.

In der Sitzung der Herrencurie am 10. Mai ward ein Vorschlag des Grafen Arnim wegen anderer Formulirung des ersten Paragraphen, wonach zwischen beschollenen und von den ständischen Rechten ausgeschlossenen Personen unterschieden werden soll, einstimmig angenommen, und dann zu der Frage über den Einfluß der Gemeinderathsbeschlüsse auf die

ständischen Rechte übergegangen, bis wohin die Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung reichen.

Berlin, 12. Mai. Der vielbesprochene Protest der 137 beruht sowol der Form wie der Sache nach eben so entschieden auf einer rechtlichen Intervenienz, als er andererseits eine parlamentarische Unregelmäßigkeit darstellt. Den Protest trifft zunächst dieser letztere Vorwurf, weil er eben nur von einer Minorität ausgeht und eine Ansicht entwickelt, welche durch die allgemeine Abstimmung des Vereinigten Landtags bereits vollständig beseitigt worden ist. Er trifft ihn ferner, weil er ex post nach abgemachter Sache hervortritt, ohne daß Diejenigen, die sich jetzt zu demselben bekennen, damals, als es Zeit dazu war, nämlich vor der Abstimmung, vor ausgemachter Sache, auf die Zukunft eines solchen Protestes hingewiesen und denselben sich vorbehalten hätten. Der Protest tritt also hervor außerhalb alles materiellen Zusammenhangs mit den parlamentarischen Grundsätzen und Regeln. Er entsteht privatim, rekrutirt sich privatim und ist plötzlich da mit der unzuständigen Gebehrde eines öffentlichen Actes. Wenn das parlamentarisch ist, so gestehen wir, daß Preußen keines Parlaments und seiner nothwendigen, durch die Jahrhunderte erprobten und bewährten Formen bedarf. Die Sache sieht eher polnisch aus. Glücklicherweise ist der Reichstag von dieser kleinen Absurdität einiger seiner Mitglieder nicht — gerissen.

Schon dies Wenige läßt errathen, daß es mit der Rechtsseite des Protestes keineswegs besser steht, denn durch welche Sophistik gedenkt ein Schritt, der außerhalb des verfassungsmäßigen Wegs erfolgte, sich rechtlich zu begültigen? Der Grund aber der vollständigsten rechtlichen Ungültigkeit des Protestes liegt tiefer. Man kann ihm alle Verstöße gegen die gesetzlichen Formen verzeihen, er bleibt darum doch rechtsungültig und in Bezug auf etwanige Aussichten und erwartete Wirkungen ein Ding ohne Dasein, eine politische res nullius, weil er eben keinem verfassungsmäßigen Organ des Landes angehört, weder dem Vereinigten Landtage als solchem, noch irgend einer bestimmten Provinzialabtheilung desselben, noch auch einer der beiden Curien, noch endlich einem besondern Stande. Er ist herrenloses Gut, gleichsam Vagabonde. Wollten Diejenigen, welche jetzt mit dem Proteste hervortreten, demselben Form, Gehalt und Wirkung Rechtens sichern, so mußten sie vor Abschluß der Debatte auf Sonderung in provinzielle oder Standestheile antragen und dieselbe durchsetzen; so mußten sie auf die vorhandenen, verfassungsmäßigen Nebenwege sich flüchten und entweder nach Ständen oder, da diese Wendung dem Einwurfe der Unzulässigkeit begegnen konnte, nach Provinzen sich verwahren; und wenn dergestalt die schwächste Provinz (etwa Posen oder Pommern) gegen alle etwanigen Consequenzen der Adresse sich verwahrt hätte, dann wäre factisch ein Protest im ganzen Sinne des Wortes abgegeben gewesen der sich mit sicherem Gewicht dem Wagen der jungen Verfassung angehängt haben würde; dann wogen die 49 Stimmen etwa der Provinz Pommern tausend Mal schwerer als die dreifach vermehrte Summe von Mitgliedern, die ihren Protest in der Eigenschaft von Abgeordneten des Allgemeinen Landtags abgeben, der als solcher ja entschieden und die Protestirenden sammt ihren Einsprüchen und Bedenken in die Minorität verwiesen hat, in welcher Stellung sie dann sogleich ohne weiteres Recht auf den casus in quo sind. Du großer Gott, wenn nach abgestimmter und geschlossener Sache von den Minoritäten hier noch demonstrirt, reclamirt und protestirt werden kann, wozu hat man alsdann Parlamente? Wo erhebt sich das eherne Gitter zur Sicherung des öffentlichen Rechts? zur Abwehr gegen Willkür und Unordnung? wo ist das Ziel der Verwirrungen?

In der That, wenn die Protestirenden schon dadurch, daß sie den Protest nicht bereits vor dem Schlusse der Adreßdebatte in einen verfassungsmäßigen Weg hinüberzuführen verstanden, ihren parlamentarischen Takt zweifelhaft machten, so bleibt kaum noch der Gedanke, daß ihnen damals eine bloße Uebereilung widerfahren sei, wenn sie nun zu dem alten Verfahren auch noch eine neue Verwirrung fügen, und uns ist nur aufgefallen, daß eine so durchgebildete politische Natur wie Hr. Hansemann einem derartigen Monstrum von parlamentarischer Erfindung seinen Namen auch verpfänden konnte. Keiner mehr als dieser fähige Kopf muß einsehen, daß die Frage um die Gesetzgebung vom 3. Febr. entschieden ist; daß jene Abweichungen, welche der eine und der andere Abgeordnete zwischen ältern ständischen Gesetzen und dem Gesetze vom 3. Febr. zu erkennen glaubt, sich ferner zu keinem Mittel des Widerspruchs gegen das letztere eignen; daß alle derartigen Bedenken nun vielmehr in die Sphäre der Privatansichten gehören, die man kundgeben, aber auf welche hin man nicht mehr protestiren kann. Bestanden solche Abweichungen zwischen den ältern Gesetzen und dem königlichen Patente wirklich — dies aber bestreiten wir, wenigstens den Gesichtspunkten der HH. v. Beckerath und v. Auerswald gegenüber —, so muß jeder Beruf auf die ältern Gesetze schweigen, nachdem über die angegebenen Abweichungen das Gewicht von Thatsachen hingeschritten ist, durch welche die ältern Gesetze in den Schoos der Vergessenheit gesenkt, das neuere dagegen förmlich installirt und geheiligt worden ist. Diese Thatsachen zumal sind würdereich genug, um entscheidend zu sein. Die Stände sind dem Rufe des Gesetzes vom 3. Febr. gefolgt; sie haben sich bei Eröffnung ihrer Thätigkeit auf den Boden desselben gestellt; sie haben mit überwiegendster Mehrheit dem königlichen Gesetzgeber ihren Dank für das gegebene Gesetz ausgesprochen und in Bezug auf alles Weitere, liege es diesseit oder jenseit des 3. Febr., sich auf die Kundgebung ihres Vertrauens, daß der Monarch die junge Verfassung fördern werde, eingeschränkt; sie haben also durch Wort und That in jenes Gesetz gewilligt, haben dasselbe angenommen, haben es, wie wir oben sagten, auch ihrerseits constituirt. Durch die höhere Macht dieser Kette übereinstimmender Ereignisse ist jeder Widerspruch zwischen der alten und neuen Gesetzgebung vollständig gehoben; eine neue, wohl anerkannte und wohlbestätigte Grundlage ist dem öffentlichen Leben des Staats gegeben, und auf dieser haben ausschließlich alle Theile sich nun zu bewegen. Hinfort ist jeder Beruf auf die ältern Gesetze ein Anachronismus, jeder aus diesem Gesichtspunkte veranlaßte Protest der Einzelnen eine öffentliche Unbilde, ja selbst ein dereinstiger Versuch künftiger Provinziallandtage, denselben Protest aufzubringen, wäre nichts Anderes als eine ähnliche öffentliche Unbilde. Das Recht der Protestation hat seine feste Zeitbewegung, seinen terminus a quo und ad quem nicht von ungefähr, es hat ihn eben in der tiefern Nothwendigkeit der Dinge selbst, die auf Abschluß hindrängen. Der hier zur Rede kommende Protesttermin wurde mit der Abstimmung des Vereinigten Landtags über die Adresse factisch wie rechtlich geschlossen. Es gibt ein Recht, welches höher steht als alle Rechte der Könige und der Fürsten, der Stände und der Dikasterien, der Massen wie der Einzelnen: das ist das Recht des Staats, zu wissen und zu haben, worauf er basirt sei.

Oesterreich.

Aus **Prag** vom 6. Mai schreibt die augsburger Allgemeine Zeitung: „Die Theuerungsunruhen, welche plötzlich gleich einem Laufeuer über fast ganz Mitteldeutschland sich ausbreiteten, fangen bei der fortschreitenden Noth auch hier an, zahlreicher und ernstern Charakters zu werden. Wie in Kommotau, so kam es auch in Eger, in Plan, in Karlsbad, in Teplitz und andern Orten zu Gewaltthätigkeiten des hungrigen Landvolks, welche in verschiedenen Orten, wie in Plan, so ernsthaften Charakter annahmen, daß Militairgewalt requirirt werden und einschreiten mußte. Unser Landeschef hat diesem Gegenstande schon lange seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und Getreideausfuhrverbote sowie Maßregeln gegen massenhaften Aufkauf der Speculanten in Vorschlag gebracht, welche, jedoch erst nach längerm und gewiß ehrenwerthem Sträuben der allerhöchsten Behörden, angenommen wurden, indem seit gestern die Getreideausfuhren nach Sachsen und Baiern verboten sind. Hier in Böhmen ist diese Maßregel offenbar bedingt und ins Dasein gerufen durch die Aufregung und die Gewaltthätigkeiten des Volks, welches sie nicht allein laut verlangt, sondern thatsächlich und zwar eigenmächtig durchgesetzt hat, indem an den Grenzen eine Getreideausfuhr wegen der Stimmung des Volks factisch fast zur Unmöglichkeit geworden ist. Unter solchen Umständen ist es allerdings vorzuziehen, daß der Staat die nicht zu bändigende Eigenmächtigkeit durch Gesetzesmacht und Kraft verdrängt und für die Lynchjustiz des Volks eine ordentliche geregelte der Behörden ins Leben ruft. Die Meinung des Volks ist nun einmal in Beziehung auf Getreideausfuhren hier zu Land eine definitive, und die Stimme desselben eine so laute, daß die Regierung, um dem Ausbruche von Gewaltthätigkeiten vorzubeugen, trotz ihrer bessern Ueberzeugung dieselbe nicht überhören konnte. Vor Allem scheint ein Umstand sowol die Behörden bestimmt als auch die Aufregung des Volks an den Grenzen bewirkt zu haben, nämlich die allgemein verbreitete und wirklich wahre Nachricht, daß die sächsische Regierung den Ausfuhrzoll für böhmisches Getreide den Importeuren wieder zurückvergütet. Wer die Noth in den sächsischen Grenzkreisen kennt, wird eine solche Maßregel von Seiten der sächsischen Regierung als höchst milde und human anerkennen; wer dagegen andererseits die Theurung in den böhmischen Grenzbezirken kennen gelernt hat, wird gleichfalls begreifen können, daß eine solche Paralysirung der Ausfuhrzölle für den armen Consumenten drückend und deshalb aufregend ist und der diesseitigen Regierung nicht gleichgültig sein kann."

— Aus **Wien** vom 8. Mai schreibt die augsburger Allgemeine Zeitung: „Heute wurde auch hier das Verbot der Getreideausfuhr einstweilen für die Dauer von fünf Monaten bekannt gemacht. Diese unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewiß heilsame Anordnung, zunächst durch die drückenden Umstände der Theuerung und der von Seiten der hiesigen Bäcker erhobenen Beschwerden hervorgerufen, wurde gestern im Staatsrathe beschlossen, und schon heute früh wurde sie nicht nur an der hiesigen Schranne, sondern auch bereits an allen Orten in der Umgebung Wiens publicirt. Hiervon ausgenommen sind jene Früchte, die entweder bereits zur Versendung verfrachtet oder schon früher declarirt worden sind. Da heute eben Fruchtmarkt abgehalten wurde, so wirkte dies augenblicklich auf die Preise, und der Weizen, noch heute Morgen mit 24 Fl. W. W. der Metzen bezahlt, fiel auf 17 Fl. und blieb später 19—20 Fl. W. W."

Spanien.

Die Königin hat sich am 5. Mai nach Aranjuez begeben, von wo sie nach einiger Zeit nach La Granja und Escurial gehen wird. Der

König will die ganze Zeit ihrer Abwesenheit von der Hauptstadt daselbst zurückbleiben. Die britische und die französische Gesandtschaft folgen dem Hofe der Königin, an dem auch der Ministerpräsident Hr. Pacheco und der Kriegsminister verweilen werden. Der Entschluß des Königs soll von den Bemühungen gewisser Personen seiner Umgebung herbeigeführt worden sein, die im französischen Interesse die Spaltung zwischen dem königlichen Paare unheilbar machen und das Terrain für einen vielleicht gewaltsamen Umschwung der Dinge vorzubereiten trachten. Die Jägercompagnien der meisten Regimenter sind eiligst nach Madrid beordert worden und zum Theil schon in der Nähe der Hauptstadt angelangt. Es scheint, daß sie der Ersatz für die nach der portugiesischen Grenze abmarschirten Truppen sein sollen.

— Der Präsident des Congresses, Castro y Orozco, Marquis v. Girona, der zum Gesandten in Rom ausersehen war, ist plötzlich und noch keine 40 Jahr alt gestorben. Der Congreß vereinigte sich in seiner Sitzung am 4. Mai über dessen feierliche Beerdigung. Der Finanzminister legte sodann einen Nachweis über das öffentliche Einkommen vor und begleitete denselben mit ausführlichen Einzelheiten, welche für die Nothwendigkeit seiner Finanzvorschläge sprechen sollen. Er übergab ferner das Einnahmebudget im Voranschlage von 630,820,808 Real. und das Ausgabebudget von 629,610,557 Real. für das zweite Halbjahr von 1847, sowie das Einnahmebudget für 1848, in Summa 1,257,780,466 Real., und das der Ausgaben mit 1,257,587,020 Real. Dazu kam noch ein Gesetzentwurf über Einrichtung einer besondern Centralverwaltung des Staatsschuldenwesens. Der Gesetzentwurf über Aus- und Einfuhr von Cerealien, welcher dem Congresse vorlag, wurde von der Regierung zurückgenommen. Der Senat votirte mit 68 gegen 10 Stimmen das Gesetz über die Aushebung von 25,000 M.

— Am 5. Mai sind die Sitzungen der Cortes durch königl. Decret auf unbestimmte Zeit prorogirt worden.

— Von den progressistischen Congreßmitgliedern feierten 40 den 2. Mai als Jahrestag des ersten Aufstandes gegen die Franzosen im Jahre 1808 mit einem Bankett, bei welchem Hr. Olozaga den Vorsitz führte. Nach den loyalen Toasten auf die constitutionelle Königin, die Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes, die Opfer des 2. Mai, folgten andere auf die Einigkeit der Progressisten, die baldige Rückkehr der der Königin ergebenen Ausgewanderten, den Herzog v. Victoria, die Verbesserung der Lage des Volkes. Hr. Olozaga gelobte unter Hinweisung auf die angeblichen Anschläge gegen die Prärogative der constitutionellen Königin Gut und Blut der Progressisten zu ihrer Vertheidigung.

— Auf die erneute Bitte des Infanten Don Enrique um Gutheißung seiner Vermählung mit der Gräfin de Castellar, sollen die Minister jetzt der Königin die Gewährung derselben angerathen haben.

— Die erledigte Stelle eines Gouverneurs von Madrid ist jetzt mit dem Generalmajor Don Linares de Butron besetzt worden.

— Die Königin hatte am Abend vor der Abreise nach Aranjuez das Theater besucht. Als sie von da nach Hause fuhr, hörte man in der Nähe des Wagens zwei Explosionen, gleich Pistolenschüssen. Es stellte sich jedoch dem Heraldo zufolge alsbald heraus, daß Kinder die Urheber waren, welche ein paar kleine Kanonenschläge abgefeuert hatten.

Großbritannien.

London, 9. Mai.

Das Verfahren der irischen Landlords mit der irischen Armenbill im Oberhause bringt nicht nur diese Maßregel, sondern auch die übrigen noch vor dem Parlamente schwebenden irischen Bills, welche mit jener in Verbindung stehen, in Verwirrung. Dahin gehören die Bill über 1½ Mill. zu Darlehen unter billigen Bedingungen an Gutsbesitzer zu Meliorationen; die über Bestrafung des Vagabundirens und Bettelns (das jetzt in Irland fast Berechtigung ist und nicht ein für alle Mal verboten werden kann, wenn die Unterstützung arbeitsfähiger Dürftiger außerhalb der Armenhäuser nur auf zwei Jahre legalisirt werden soll); die Bill über die 620,000 Pf. St. zu Darlehen an drei irische Eisenbahnen. Die von Lord Stanley ehegestern durchgesetzte Ausstreichung der zwölften Clausel der Armenbill war ein neuer Triumph des engherzigen Landlordsinteresse. Diese Clausel bestimmte nämlich, wenn die Armensteuer eines Wahlbezirks, deren Irland 2050 hat, über 1 Schill. 3 Pence halbjährlich vom Pf. St. des reinen Einkommens vom Grundbesitze betrage, solle für das Uebrige der ganze Armenpflegebezirk aufkommen. Irland hat 130 der letztern, und das durch Verwerfung jener Clausel 12 vertretene Interesse der Landlords liegt darin, ihren Besitz keiner solchen Besteuerung für die allgemeine Armenpflege desjenigen der 130 Bezirke, dem er angehört, unterwerfen zu lassen. Bei den dermaligen Verhältnissen des Grundbesitzes, der bestehenden Gesetze und der Noth der armen Bevölkerung würde es nun aber den Besitzern größerer Liegenschaften gar nicht schwer fallen, die dürftige ländliche Bevölkerung derselben im Guten durch Zureden und kleine Geldgeschenke, oder bei rückständigen Mieth- und Pachtgeldern zwangsweise zu vertreiben und so zu bewirken, daß sie in Wahlbezirken sich anhäufe, wo der Grundbesitz nicht in einzelnen oder blos in sehr wenigen Händen ist, oder wo die Grundeigenthümer minder selbstsüchtig sind. In diesem Sinne haben seit längerer Zeit schon die Verbilder der irischen Gutsherren gehandelt, deren Verhalten in Presse und Parlament so scharfen Tadel erfuhr und fortwährend noch erfährt. Sie haben fast alle ihnen lästig erscheinende Bevölkerung von ihrem Boden verdrängt und nehmen die nöthigen Arbeiter für die Zeit des Bedarfs aus andern Wahlbezirken. Eifriger als je betreiben sie aber die Verdrängung in der jetzigen Zeit der Noth, wo die Ueberlebenden solcher armen Familien, von denen mehre Mitglieder dem Mangel oder der Krankheit schon erlegen sind, durch ein kleines Stück Geld oder mit sehr wenig Zwang bewogen werden, die Stätte des Todes zu verlassen. Wie die Times bemerkt, dürften so viel Austreibungen von Abmiethern und Pächtern und Expatriirungen wie seit einem Jahre kaum je in gleichen Zeiträumen in Irland vorgekommen sein. Der Strom des Elends und des Siechthums nahm seine Richtung nach Skibbereen, Skull, Bantry und andern Senkgruben der Bevölkerung, sowie in die Städte und Häfen, so lange die letztern es dulden. Alles Gräßliche und den irischen Namen vor den Augen der Welt Brandmarkende, die schauderhaftesten Scenen des Elends, welche bei diesen Anhäufungen der Entblößung vorkommen, sind das Werk jener irischen Landlords, einer Klasse ohne sociale Menschlichkeit, ohne gesetzliche Verpflichtung, ohne natürliche Scham. Einleuchtend ist, daß diese Sammelbezirke nicht für den Aufwand der erforderlichen Armenpflege aufkommen können. In Westskull betrug z. B. die Bevölkerung vor sechs Jahren 8719 Köpfe und das zur Armensteuer zu ziehende Einkommen war auf 5415 Pf. St. abgeschätzt. Bei solchen Verhältnissen, meint die Times, würde ein derartiges Unternehmen dem Versuche gleichen, einen Hund mit seinem eignen Schwanze füttern zu wollen. Der allein praktische Weg zur Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Armenpflege bleibt also die Vertheilung der Steuer auf den ganzen Armenbezirk, und diesen hat Lord Stanley's Amendement vorgestern abgeschnitten. Dieser einseitigen Vertretung der Landinteressen gegenüber, sagt die Times, bestehe jedoch noch ein anderes Haus von Vertretern der gesammten Nation, der Reichen und Armen. Seine dermaligen Mitglieder würden bald vor ihren Wählern stehen, die zum Glück nicht alle irische Landlords oder Capitalisten wären, welche nach Erwerbung von Grundbesitz calculirten, wie sie die Gemeinheit von Häschern und Vögten mit der Stellung eines Gentlemen vereinbaren könnten. Andere Zusagen würden von den Parlamentscandidaten verlangt werden als die auf Mittel zu sinnen, den Marktpreis des Landes durch wohlfeile Beseitigung der lästigen Bevölkerung zu steigern, und in bessere Hände werde die irische Landlordspartei mit ihren Fallgruben für menschliches Gewürm nicht kommen können als in die des neu zu wählenden Parlaments.

— Von einem Mitgliede des Oberhauses, Lord Cloncurry, ist Hr. Smith O'Brien schriftlich aufgefodert worden, mit seinen Freunden (dem jungen Irland) nach der Versöhnungshalle zurückzukehren und sich mit John O'Connell zu vereinigen. Der Lord will dann der Agitation für die Repeal beitreten.

— Der Befehlshaber des am Eingange der Algoabai im verwichenen Februar gescheiterten Kriegsdampfers Thunderbolt, A. Boyle, und der Master des Schiffs, J. D. Milne, sind von dem über ihr Verhalten niedergesetzten Kriegsgerichte zur Entlassung verurtheilt worden, weil sie ausdrückliche Vorschriften der Admiralität für das Einlaufen in die Algoabai vernachlässigt haben. Auf Grund ihrer früher erprobten Tüchtigkeit sind sie jedoch der wohlwollenden Berücksichtigung der Admiralität empfohlen worden.

— Das neuyorker Packetschiff Hendrik Hudson verließ dieser Tage mit 380 meist deutschen Auswanderern die Themse. Ueber 1000 sind von da im April nach den Vereinigten Staaten abgesegelt, und man rechnete, daß in den nächsten drei Monaten 13,000, die über Rotterdam und Hamburg anlangen, dahin expedirt werden würden.

Frankreich.

Paris, 10. Mai.

Der Moniteur enthält fünf von gestern datirte und vom Marschall Soult als Conseilpräsidenten gegengezeichnete königl. Verordnungen über die erfolgten Aenderungen in der Zusammensetzung des Cabinets. Sie überraschen dadurch, daß bisher unter den ausersehenen Candidaten für die erledigten Ministerstellen noch gar nicht genannte Personen die Portefeuilles erhalten. Zuerst wird dem bisherigen Minister der öffentlichen Bauten, Hrn. Dumon, das Finanzministerium an die Stelle des Hrn. Lacave-Laplagne übertragen, wobei nicht wie bei den folgenden Aenderungen ausgesprochen ist, daß die Entlassung desselben „angenommen" worden sei. Der Pair, Generallieutenant und Commandant der 12. Militairdivision (Nantes), Trézel, ist an des Generallieutenants Moline de St.-Yon Stelle Kriegsminister, und der Pair und Präfect des Rhonedepartements, Jayr, Minister der öffentlichen Bauten geworden. Von Beiden ist durch den Telegraphen bereits die Erklärung eingegangen, daß sie die Berufung annehmen. Zum Marine- und Colonialminister ist an Baron de Mackau's Stelle der Pair und Gesandte am neapolitanischen Hofe, Herzog v. Montebello, ernannt und in Abwesen-

heit deſſelben die Verwaltung dieſes Departements interimiſtiſch Hrn. Guizot übertragen worden.

— Zu Anfang der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der ganze Geſetzentwurf über die Ergänzungs- und außerordentlichen Credite für 1846 und 1847 mit 197 gegen 44 Stimmen angenommen.

— Von den Morgenblättern bringt nur das Journal des Débats, als begünſtigtes Organ, die Ernennung der neuen Miniſter, äußert ſich aber noch nicht darüber. Die meiſten andern Zeitungen enthalten Artikel über die zu erwartenden Modificationen im Miniſterium, welche aber in ihren aufgeſtellten Vermuthungen durch die nun beſtimmt vorliegende Umgeſtaltung, ſämmtlich als ſehr wenig über den eigentlichen Hergang unterrichtet bloßgeſtellt erſcheinen. Die «Preſſe» antwortet auf den geſtrigen Ausfall des Journal des Débats gegen die Angriffe der „vorgeblichen Conſervativen" mit ſteigender Heftigkeit. Von den Blättern, ſagt ſie, welche das Miniſterium früher unterſtützten, ſei der Globe-Epoque begraben, die «Preſſe» habe, ſeit Hr. Guizot am 26. März in der Deputirtenkammer ſeine Verſprechungen von Liſieux zurückgenommen, ebenfalls ihre Hand abgezogen und das Journal des Débats beſitze alſo nun das wahre Monopol. Die wahren Conſervativen würden nicht anſtehen, ein Cabinet zu opfern, um eine Regierung zu retten, während die falſchen Diejenigen wären, welche eine Regierung opferten, um ein Cabinet zu halten; danach möge man urtheilen, wie das Journal des Débats und die «Preſſe» ſich gegenſeitig verhielten. Allerdings beſtehe ein Abgrund zwiſchen der Partei der Faiſeurs und jener der Conſervateurs, und wehe Allen, wenn er nicht ausgefüllt werde; denn auf dem Boden deſſelben laure eine furchtbare Revolution. Die Erſtern wollten ſie verhüten, die Conſervateurs zögen vor, ſie abzuwarten. Was beſſer ſei, darin liege die ganze Frage.

**Paris, 10. Mai. Die miniſterielle Kriſis, die wir ſoeben überſtanden, konnte Niemanden überraſchen, der den Aufſätzen vom 1. und 15. April in der Revue nouvelle die gehörige Aufmerkſamkeit geſchenkt hat. Aus allen dieſen Aufſätzen, die mit Hrn. Guizot's Vorwiſſen erſchienen, ging nur zu deutlich hervor, daß er von der Nothwendigkeit einer Aenderung des Cabinets wie der innern Politik durchdrungen war; nicht minder deutlich ſah man daraus die Schwierigkeiten, worauf dieſer nothwendige Wechſel bei Perſonen und parlamentariſchen Zuſtänden ſtoße, ſodaß man glauben konnte, während der laufenden Seſſion werde Alles beim Alten bleiben. Allein die ſeitdem hervorgetretene Spaltung in der Majorität, die Coalition einer Anzahl conſervativer Progreſſiſten mit dem neuen (Billault-Dufaure) und einem Theile des alten linken Centrums (Duvergier de Hauranne und Remuſat) beſchleunigten den Ausbruch der Miniſterkriſis, die wie durch ſtillſchweigendes Uebereinkommen erſt nach dem Schluſſe der Kammern ſich entwickeln ſollte. Die Progreſſiſten, mit denen Hr. Guizot einlenken wollte, wurden ungeduldig und hatten ſich in die Coalition bereits zu tief eingelaſſen, als daß ſie mit guter Miene wieder umkehren konnten; Hr. de Girardin, der ſich zum außerparlamentariſchen Anführer aufgeworfen und ihnen aufgedrungen hatte, ward mit jedem Tag in ſeinen Angriffen gegen die Verwaltung heftiger und maßloſer, und ſo ließen ſich die Progreſſiſten hinreißen, an dem Sturme Theil zu nehmen, den die Oppoſition bei Erörterung des Ausgabebudgets auf die Miniſter des Kriegs, der Marine und der Finanzen verabredet und vorbereitet hatte. Die drei Miniſter vertheidigten ſich ſchwach, weil ſie nicht ahnten, daß es ſich um einen ernſtern Kampf handle, Hr. Guizot vertheidigte weniger den einen oder den andern derſelben als vielmehr die allgemeinen Vorrechte der Regierung der Kammer gegenüber, und ſo erlagen die drei Miniſter unter den Schlägen der Coalition. War dieſes Ergebniß ein von Hrn. Guizot abſichtlich herbeigeführtes oder von ſeinem Willen oder geheimen Wünſchen unabhängiges? hierüber liegt noch ein dichter Schleier des Geheimniſſes. Wie Dem aber auch ſein mag, ſo wird der leitende Miniſter in dem einen Falle ſeinen Mangel an Offenheit und Geradheit, in dem andern an Vorausſicht bereuen; denn eine von der Kammer aufgedrungene Modificatien des Cabinets muß ſeine eigne Stellung moraliſch ſchwächen und früh oder ſpät ſeinen Sturz bedingen, während dieſelbe Modification aus eignem Antrieb und unabhängig vom kategoriſchen Imperativ der Kammer der freiwillig umgeſtalteten Verwaltung neue Stärke und Dauer verliehen hätte. Er mußte daher dieſen Sturm vorausſehen und ihm begegnen oder, wenn er das nicht konnte, die Sache ſeiner bedrängten Collegen zu der ſeinigen machen, mit ihnen ſtehen oder fallen.

In der That hat Hr. Guizot den günſtigen Zeitpunkt entſchlüpfen laſſen, in welchem es ihm möglich war, die neue Majorität der neuen Kammer unerſchütterlich zu machen. Während der Krankheit und nach dem Tode des Hrn. Martin du Nord verlangten die Progreſſiſten für einen der Ihrigen die freigewordene Stelle eines Siegelbewahrers. An tüchtigen Männern für dieſes Portefeuille fehlte es gerade nicht in der jungen Partei, und wie die Art und Weiſe, wie ſie es in Anſpruch nahm, vielleicht ungehörig war, war doch das Verlangen an ſich billig genug; der leitende Miniſter hingegen glaubte eine erprobte und unbedingte Hingebung in Hrn. Hebert belohnen zu müſſen, ließ ſo das erſte Mittel, welches eine, wie es ſchien, aufſtrebende Fraction der Majorität an den andern Theil derſelben binden konnte, entſchlüpfen, und verletzte, reizte, entfernte dadurch die Progreſſiſten von ſich und überließ ſie den Verführungen und Einflüſterungen einer intriguengierigen Oppoſition. Nach dieſem Mißgriffe, deſſen Folgen nur zu bald bei der von Hrn. Duvergier de Hauranne beantragten Wahlreform und der Ernennung eines neuen Vicepräſidenten der Kammer ſich herausſtellten, mußte Hr. Guizot, um einer fortdauernden Spaltung in der Majorität Einhalt zu thun, um, wie das Journal des Débats ſich geſtern treffend ausdrückte, „den Parteimachern" das Handwerk zu legen, jene Modification im Cabinet unverweilt vornehmen, die nach ſeinen Eingebungen die Revue nouvelle ſchon vor ſechs Wochen als nothwendig bezeichnete. Er mußte ſofort Männer in die Verwaltung berufen, die in den Finanzen die Ordnung herzuſtellen, die Einkünfte durch eine geſchickte Combination von Verwaltungs- und Zollreformen zu vermehren, die Angelegenheiten der Colonien und Algeriens insbeſondere nach einem feſten Syſteme zu leiten Fähigkeit, Kraft und Entſchloſſenheit genug hatten. Ein nach dieſer Richtung umgeſtaltetes Miniſterium mußte die mäßigen aber regſamen Progreſſiſten beſchäftigen, anſtatt ihre Rührigkeit dem Wirbel von Intriguen und Coalitionen auszuſetzen. Alles Das aber hat Hr. Guizot zu thun verabſäumt und geglaubt, es ſei bis zur Eröffnung der künftigen Seſſion noch Zeit genug dazu. Jetzt, wo er mit oder gegen ſeinen Willen einige ſeiner Collegen zu opfern ſich genöthigt ſieht, wird er es nur zu einem leidigen Flickwerke bringen und früh oder ſpät ſelbſt als Opfer ſeines Zauderns fallen. Denn nachdem die Coalition eine ſo bedeutende Breſche in ſeine Feſtung geſchoſſen, wird ſie nicht eher ruhen, als bis das letzte und ſtärkſte Bollwerk derſelben, der leitende Miniſter, unter ihren Streichen zuſammenſtürzt.

ψ Paris, 10. Mai. Die unglückliche Geſchichte mit der Anklage des Generals Cubières am Pairshofe wird vermuthlich zu keinem gerichtlichen Ergebniſſe, d. h. keiner Verurtheilung des Angeſchuldigten führen. Die Regierung wollte ein moraliſches Reſultat erzielen, indem ſie ſich breifert zeigte, die Corruption zu verfolgen und zu beſtrafen, wo immer dieſelbe ſich wirklich finde. Es erinnert dieſer Proceß an manche andere und verräth ein ſehr ernſtes ſociales Uebel. Es iſt aber gut, daß Scandale an den Tag kommen. Sie liefern Mittel zur Heilung eines offenen Schadens, an die zu denken hohe Zeit iſt, wenn man es noch vermag. Es wird dabei zu einer Reaction kommen, die zu lächerlichen Uebertreibungen und Rechtſchaffenheitskomödien führen wird. Schon hat Hr. Crémieux von der Oppoſition ſeinen frühern Vorſchlag erneut, und die Deputirtenkammer wird ihn vielleicht unter dermaligen Umſtänden nicht abzuweiſen wagen, wonach Mitglieder beider Kammern verhindert werden ſollen, ſich bei Eiſenbahnunternehmungen und ähnlichen öffentlichen Anlagen zu betheiligen, wenngleich derſelbe auf einem ſchlechten Princip beruht und nur üble Reſultate mit ſich bringen kann. Es heißt das Argwohn gegen die Rechtſchaffenheit der ehrenwertheſten Bürger verbreiten, ausgezeichneter Männer Einfluß entfernen, den Aſſociationsgeiſt ſchwächen, die Compagnien der ſubalternen Begehrlichkeit überliefern und den Geldleuten preisgeben, Haß und neidiſche Gefühle gegen die Regierung und die Kammern nähren und unter dem Vorwande, Misbräuchen vorzubeugen, viel Gutes verhindern. Die Linke wird dem Antragſteller bei ſeiner heutigen Begründung des Vorſchlags ſehr viel Beifall zollen, die redlichen und ernſten Männer werden ſich nicht dagegen zu äußern wagen und die Schwachheit haben, wie zu beſorgen iſt, einem Gegner die Ehren der Rechtſchaffenheit zu überlaſſen, deſſen Charakter und Beredtſamkeit ſie nie zu ſcheuen hätten, wenn ſie, um es aufrichtig zu ſagen, den augenblicklichen Gefahren einer ungerechten Unpopularität die Spitze zu bieten verſtänden.

Schweiz.

Der Vorort hat den Ständen mit Schreiben vom 29. April das Tractandencircular in 47 Artikeln auf die zum 5. Jul. in Bern zu eröffnende diesjährige Tagſatzung überſendet.

— Am 7. Mai hat der Landrath von **Baſel-Land** mit 22 gegen 10 Stimmen beſchloſſen, in abermalige Unterhandlung mit den Conferenzſtänden zu treten und durch den Regierungsrath die betreffende Conferenz am 10. Mai in Bern zu beſuchen.

Griechenland.

Unter der Ueberſchrift: „England und die griechiſche Schuld", enthält die augsburger Allgemeine Zeitung folgenden Artikel aus **Athen** vom 24. April: „Als die Anleihe von 66,600,000 Drachmen (60 Mill. Fr.) im Jahr 1832 in London verhandelt und unter der Garantie der drei Mächte abgeſchloſſen wurde, war Griechenland ohne Stimme, aber dankbar nahm es das Beſchloſſene an. Es wurde über die Verwendung nicht befragt; die drei Mächte entſchieden über die Bedürfniſſe Griechenlands, ſo weit ſie dieſelben etwa verſtanden. So fielen von der Anleihe weg: für Negociation, Escompte und Commiſſion, d. h. für Koſten der Anleihe, 10 Proc., das iſt 6,660,000 Dr.; an die Pforte wurde von den Mächten Entſchädigung gezahlt 12,531,164 Dr.; für Schulden der Kapodiſtrianiſchen Verwaltung 2,545,000 Dr. Hierzu kommen: Koſten der Regentſchaft 8,340,862 Dr., Koſten der bairiſchen Truppen und Freicorps 14,000,000 Dr., Intereſſen und Amortiſation aus der Anleihe ſelbſt bis 1842 27,143,949 Dr., aus griechiſchen Kaſſen für Intereſſen und Amortiſſement von 1837 bis

1840 baar an Rothschild bezahlt 6,300,000, zusammen 77,520,000 Dr., das heißt mit andern Worten: die Mächte legten dem Königreiche für 66⅔ Mill., die sie ihm vorschießen mochten, bis Ende 1842 77½ Mill. baare Ausgaben auf. (Das Plus wurde durch eine Anleihe in Baiern von 4½ Mill. und aus griechischen Mitteln gedeckt.) Diese Ausgaben lassen Griechenland noch mit dem größten Theile der Schuld belastet und unter dem Drucke der Zinsen und des Amortissements seit 1843. Es geht ferner daraus hervor, daß der beiweitem größte Theil der Verwendung in die Zeit der Minderjährigkeit des Königs fällt, wo der englische Einfluß der entschieden vorherrschende, und Graf Armansperg thatsächlich die rechte Hand Lord Palmerston's war.

Dessenungeachtet hat das Königreich seine Geldverpflichtungen niemals bestritten. Es arbeitete jedes Jahr redlich daran, ihnen wenigstens theilweise nachzukommen. Es bezahlte selbst baar die obenerwähnten Summen von 6 Mill. und mehr. Es hoffte lange, durch Ersparungen, d. h. durch Vereinfachung der ihm von der Regentschaft auferlegten Verwaltung, und durch bessere Erhebung den Dienst der Anleihe aufzutreiben. Die Mächte glaubten in diesem Sinn im Jahr 1842 einschreiten zu müssen. Dieses Einschreiten, das viele Hunderte von Offizieren und Beamten brotlos machte und das Ansehen der Regierung brach, führte zum Aufstande vom 3. Sept. 1843. Die zehn Jahre von 1837—47 hatten aber Eins gelehrt, nämlich daß Ersparungen und bessere Erhebung zur Deckung des Dienstes der Anleihe nicht ausreichen, sondern daß eine außerordentliche Hülfsquelle dafür aufgefunden werden müsse. Diese lag da in dem Verkaufe des Nationalgrundeigenthums. Das Ministerium Kolettis hatte den Muth und den Verstand, diese Maßregel vor der Kammer in Vorschlag zu bringen und durchzuführen. Aber sie versprach keinen Erfolg ohne gleichzeitige Geldhülfe an den Landmann, noch konnte man sich günstige Aufnahme von Seiten der Mächte versprechen, ohne ihnen Garantien für die Ausführung zu geben. Kolettis erbot sich daher zur Ueberlassung des geringen Ueberschusses der Staatseinnahmen an die Hypothekenbank und trug den Mächten die Controle der Ausführung an. Diesen Vorschlag nun, den einzigen, der zur Befriedigung der Geldansprüche der Mächte führen kann, fand die englische Regierung gar keiner Beachtung werth, sondern sich stützend auf die lügenhaften Angaben, die ihr der Parteihaß lieferte, formulirte sie das Begehren augenblicklicher Zahlung ihres Antheils am fälligen Zinsfemester, und sendete Schiffe, um diese Forderung nöthigenfalls mit Gewalt zu unterstützen.

Das von ihrer Mission klar ausgesprochene Motiv zu dieser Härte ist der Umstand, daß nicht ihre Leute, sondern die des Königs und der Kammern am Ruder der Geschäfte stehen. Das ist die Haltung Englands zu dieser Frage!"

Türkei.

Konstantinopel, 28. April. Die griechisch-türkische Differenz ist hier immer noch im Vordergrunde. Sie tritt in neuester Zeit, d. i. seit dem Eintreffen directer Nachrichten aus Petersburg, in eine den Bestand des Ministeriums Kolettis höchst bedrohliche Phase. Bin ich anders recht unterrichtet, so standen sich bisher in den zur Vermittelung des Zwists von den Repräsentanten der Großmächte hier angestellten Berathungen die Ansichten des französischen Botschafters und des englischen Ministers schroff gegenüber, die Repräsentanten Oesterreichs und Preußens führten die ihnen vorgeschriebene Sprache ihrer Cabinete, d. i. sie predigten Frieden um jeden Preis, nur Rußland schwieg in der Person seines Gesandten. Dieses Stillschweigen hat nun vor wenigen Tagen zur großen Freude des Divans aufgehört. Das russische Cabinet mißbilligt den Vorgang am athener Hof in sehr entschiedener Weise und gewährt der Pforte bei Verfolgung ihres Rechts auf Genugthuung seinen moralischen Beistand, es soll sogar so weit gehen, Hrn. Kolettis daran erinnern zu lassen, daß Rußland das griechische Gebiet zwar gewährleistet habe, aber seine Gewährleistung nicht für den Fall bindend halte, wenn letzteres durch eigenthätigen Angriff auf das Gebiet einer benachbarten Macht seine eigne Existenz gefährde. Dieselbe Sprache hat Lord Palmerston bereits geführt. Seine Worte waren dem Divan hinreichend gewesen, um auf dem bekannten Verlangen einer Genugthuung für die Hrn. Russurus zugefügte Kränkung zu bestehen. Nun fällt noch die ganze Wucht russischer Meinung in dieselbe Wagschale. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nach neuyorker Nachrichten vom 8. April sind die Deutschen in den Vereinigten Staaten für ihre nothleidenden Landsleute in Europa thätig. In mehren Städten sind von den Deutschen Geldsammlungen veranstaltet worden, deren Ertrag bedrängten Gemeinden in Deutschland zugestellt werden soll; in Louisville (Kentucky) denkt man gegen 1000 Dollars, in Cincinnati das Doppelte zusammenzubringen, in Neuyork steht eine Aufforderung zu milden Beiträgen nächstens zu erwarten. Gewiß sind diese Liebesgaben der großen Noth gegenüber nur eine geringe Hülfe, aber sie sind ein schöner und erfreulicher Beweis, daß die Deutschen jenseit des Oceans nicht aufhören wollen, „unsere Landsleute" zu sein und in guten wie bösen Tagen der alten Heimat zu gedenken. (W.-Z.)

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 14. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118⅓ Br. und bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87⅛ Br., 86⅜ G.; Sächsisch-Schlesische 99⅞ G.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 57 Br., 56 G.; Magdeburg-Leipziger 200⅛ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110⅛ Br.; Litt. B. 100 Br.; Köln-Mindener 90⅜ Br.; Thüringer 94⅛ Br.; Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 71¼ Br.; Altona-Kieler 107⅜ Br., 107 G.; Pesther 100 Br.; Dessauer Bankactien 100⅜ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. Magdeburg-Leipziger Bahnfrequenz. Vom 25. April bis mit 1. Mai (mit Einschluß von 1233 Personen aus dem Zwischenverkehr) 16,386 Personen.

(Vom 1. Jan. — 1. Mai: 191,863 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-Halberstädter Bahnfrequenz. Vom 25. April bis mit 1. Mai 4,303 Personen.

(Vom 1. Jan. — 1. Mai: 69,841 Personen.)

Fruchtpreise. *Döbeln, 12. Mai. Auf dem heutigen Getreidemarkte, obschon er wegen des morgen fallenden Himmelfahrtsfestes hatte verlegt werden müssen und alsdann gewöhnlich nur wenig besucht zu werden pflegt, waren ebensowol Producenten wie Consumenten, welche immer mehr und mehr dem hiesigen, am vortheilhaftesten gelegenen Markte sich zuzuwenden scheinen, zahlreich gegenwärtig, und wurde das auf 39 Wagen eingebrachte circa 800 Scheffel betragende Getreide, im Gegensatze der zuletzt abgehaltenen benachbarten Getreidemärkte, wo beiweitem der größte Theil wegen Mangel an Absatz eingesetzt werden mußte, vollständig vergriffen. Es wurde der Scheffel Weizen mit 10—10½ Thlr., Roggen mit 9—9½ Thlr., Gerste mit 7½—8 Thlr., Hafer mit 3½—3⅔ Thlr., Kartoffeln mit 2—2½ Thlr. und die Kanne Butter mit 16—18 Ngr. bezahlt.

Seide. Mailand, 7. Mai. Seit drei Tagen haben wir sehr schöne Witterung, welche die Maulbeerbäume vorwärts bringt; es ist um so nöthiger, weil in den Gegenden, wo der Reif ansetzte, es jetzt noch schlecht aussieht, denn die Knospen sind noch nicht so weit, wie sie am 10. April waren.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 14. Mai früh 7 Uhr: 2° über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 10. Mai. 2½pc. Int. 57⅛; Rußl. 5pc. Hope 104⅛; 4½pc. Handels. 172½. Frankfurt a. M., 12. Mai. Oestr. Bkact. 1007; 250 Fl. L. 119⅛; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92⅛; Bad. 50 Fl. L. 57⅛; Darmst. 50 Fl. L. 75⅛; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅜. London, 8. Mai. 3pc. Cons. 86⅞; Port. 3pc. 34⅛; Span. att. 22⅛; 3pc. 33⅜; pass. 4⅞; Holl. Int. 57½. Paris, 10. Mai. 5pc. 115. 90; 3pc. 77. 95; Neap. 102. 75; Bankact. 3245. 500 Fl. L. 154⅛; 250 Fl. L. 119¼.

Disconto. Amsterdam, 10. Mai. 4 %. Frankfurt a. M., 12. Mai. 3½ %.

Actien. Frankfurt a. M., 12. Mai. Taunusb. 357½; Nordb. 71¼; Verb. 91½. Paris, 10. Mai. Gis. St.-Germ. 905; Versail. L. 217½; Paris-Orleans 1236½; Paris-Rouen 936½; Paris-Strasburg 420; Paris-Lyon 431¼; Rouen-Havre 655; Marseille-Avignon 760; Strasburg-Basel 192½; Orleans-Bordeaux 511¼; Orleans-Vierzon 500; Nord 605. Wien, 11. Mai. Nordb. 167¼; Gloggn. 123¼; Mail. 110½; Livorn. 88½; Pesth. 99⅛.

Leipziger Börse am 14. Mai 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht
Amsterdam	k. S.	—	150⅜	k. sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Gl. a.	2 Mt.	—	149⅞	à 3 % m. } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	99
Augsburg	k. S.	102⅛	—	à 3 % m. } kleinere . .	—	—
pr. 150 Gl. a.	2 Mt.	—	—	dto. dto. v. 500	—	100⅜
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	kön. sächs. Landrentenbriefe		
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½ % im } v. 1000 u. 500 Thlr.	—	99
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111⅝	à 3 % F. } kleinere . . .	—	—
Lagr. a 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine		
Breal. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 3½ % im } v. 1000 u. 500 Thlr.	99	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3 % F. } kleinere . . .	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	99⅛	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
pr. 100 Fl. im 8. W.	2 Mt.	—	—	à 3 % im } v. 1000 u. 500 Thlr.	99	—
Hamburg	k. S.	150⅞	—	à 3 % F. } kleinere . . .	—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅞	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
London	3 Mt.	—	—	} v. 500 . .	—	—
pr. 1 Pfd. St.	k. S.	6. 23½	—	} v. 100 u. 25	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅛	—	dto. dto. à 3½	—	—
	3 Mt.	79	—	dto. dto. à 3½	—	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	102⅛	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-P.-Obl. à 3½ %	105	—
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	—	99⅝
				Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
Augusta. à 5 Thlr. à ½ Mk. Br. u. à 21 kr. S. G. auf 100	—	—	K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5% } laufende Zinsen	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.	—	—	à 4½ } à 100% im 46 Thlr. F.	—	—
idem . . . . . auf 100	—	—	à 4% }	—	—
Ass. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerem Ausmünzfusse . . . auf 100	—	113⅛	Actien d. L. B. pr. St. à 100 Thlr.	—	—
Holl. Dco. à 3 Thlr.	—	6⅞	Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr. pr. 100	129	—
Kaiserl. dto. à	—	6⅞	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr. pr. 100	118¼	—
Brsl. dto. à 65⅛ Aa	—	6⅞	Sächs.-Bair. dto. pr. 100	—	86⅞
Passir dto. à 65.45 Aa	—	6.	Sächs.-Schles. dto. pr. 100	—	99⅛
Conv.-Spec. a. Old.	—	—	Thüring. dto. pr. 100	—	100⅝
idem 10 a. 20 Kr.	—	2⅛	Löbau-Zitt. dto. pr. 100	57	—
Gold pr. Mk. fein Köln.	—	—	Magdeb.-Leipz. dto. incl. Div. Sch. dto. pr. 100	—	200⅛
Silber dto. dto.	—	—			

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schuldtn-Kassenscheine

Verantwortliche Redaction: Professor Hülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Im Monat Mai des Jahres 1837 waren aus einem von den Gebrüdern **Johann Gottlieb** und **Johann Christian Bergner** aus Rüdersdorf, Altenburgischen Antheils, im Auftrage der Frachter **Kubaseck und Löwenthal** zu Wien für das Handlungshaus **Moritz Königswarter** daselbst zum Transport nach Hamburg an das Handlungshaus **Lieben-Königswarter** daselbst übernommenen, auf dem Frachtwagen des erstgenannten Bergner verladenen Geldfasse sämmtliche in demselben enthalten gewesene Goldmünzen zu dem Gesammtwerthe von 46,366 Fl. 2 Xr. oder 30,910 Thlr. 16 Gr. 2 Xr. Conv., auf der Tour zwischen dem Königl. Sächs. Grenzzollamte Hellendorf und dem Dorfe Neustaaken bei Spandau abhanden gekommen. Da die wegen des hierunter begangenen Verbrechens wider die Gebruder Bergner, welche der That in hohem Grade verdächtig, aber nicht geständig waren, sofort eingeleitete Untersuchung im Laufe mehrer Jahre ein befriedigendes Resultat nicht ergeben hatte, so wurde von dem Herzoglichen Kreisamte zu Eisenberg, als der wider Johann Gottlieb Bergner zuständigen Untersuchungsbehörde, in Folge diesfalls demselben höhern Orts ertheilter Ermächtigung unter dem 23. Februar 1841 eine öffentliche Bekanntmachung erlassen und in selbiger

1) Demjenigen, welcher so viele und in natürlichem Zusammenhange stehende Anzeigungen beizubringen vermöge, daß der Urheber des Verbrechens zum Geständniß gebracht oder überführt oder auch die Mitschuldigen desselben erlangt werden könnten, eine Belohnung von 100 Thlr., hiernächst aber
2) Demjenigen, durch dessen Angaben die Wiedererlangung irgend eines Betrages des entwendeten Geldes ermöglicht werde, eine Belohnung von 5 bis 10 Proc., je nach der Größe des wiedererlangten Betrages, zugesichert.

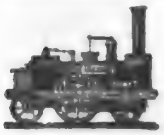
In neuerer Zeit ist nun nicht nur von den Gebrüdern Bergner das Geständniß der Urheberschaft des Verbrechens abgelegt, sondern auch der bei weitem größte Theil des entfremdeten Geldes wiedererlangt worden und somit, nach nunmehr anderweit in erster Instanz erfolgtem Verspruche der Sache, der Fall eingetreten, daß über die Austheilung der zugesicherten Belohnungen Entschließung gefaßt werden konnte. Nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen erschien nun zwar lediglich der Goldarbeiter **Alexander Albertus** zu Eisenberg als Derjenige, welcher alle Bedingungen der Belohnungszusicherung erfüllt hat, und es ist auch derselbe, nachdem er um Zutheilung der fraglichen Prämien eingekommen ist, von dem, hierzu beziehentlich von dem Damnificaten, welcher die eine jener Belohnungen verwilligt hat, autorisirten Herzoglichen Geheimen Ministerium hier zur Zeit als der allein Perceptionsberechtigte anerkannt, zugleich jedoch für angemessen befunden werden, zuvörderst alle Diejenigen, welche etwa bessere oder gleiche Rechte, wie genannter Albertus, hierauf ansprechen zu können glauben, zur Anmeldung und Bescheinigung dieser Rechte bei dem unterzeichneten Landes-Justiz-Collegium binnen einer zu setzenden geeigneten Frist, unter der Verwarnung, daß sonst bei definitiver Schlußfassung in der Sache dieselben unbeachtet bleiben, öffentlich auffodern zu lassen.

Demgemäß werden alle Diejenigen, welche auf die in Frage befangenen Belohnungen rechtsbegründete Ansprüche zu haben glauben, hiermit aufgefordert, solche binnen zwei Monaten vom ersten Mai dieses Jahres an gerechnet, bei dem unterzeichneten Landes-Justiz-Collegium anzubringen, auszuführen und zu bescheinigen, widrigenfalls auf selbige bei der nach Ablauf dieser Frist zu fassenden Endentschließung zum Nachtheile des von dem Goldarbeiter Albertus geltend gemachten Anspruchs einige Rücksicht nicht genommen werden wird.

Altenburg, den 23. April 1847.

Herzogl. Sächs. Landes-Justiz-Collegium daselbst.
C. von der Becke.

[1741—42]



Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Zu der in den General-Versammlungen unserer Gesellschaft vom 4. Nov. v. J. und 10. März d. J. beschlossenen Umwandlung von 2500 Quittungsbogen B. zur Miesart Zweigbahn in 2500 Stück Berlin-Anhaltische Stammactien Lit. B. ist die allerhöchste Genehmigung nunmehr erfolgt.

Die Ausgabe dieser 2500 Stück Stammactien Lit. B. wird

vom 1. Mai bis 15. Juni d. J.

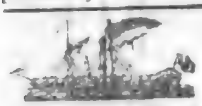
in den Geschäftsstunden jeden Wochentages in unserer Hauptkasse (Askanischer Platz Nr. 6) geschehen. Auf jede vorgelegte sechs Stück Quittungsbogen B. 3. Einzahlung werden fünf Stück abgestempelt und zurückgegeben; der sechste wird einbehalten und dafür gegen Zuzahlung von 110 Thlr. nebst 4% Zinsen seit 1. Januar d. J. (worauf die Zinsen von 90 Thlr. Einzahlung seit 1. August v. J. bis ultimo December pr. mit 1½ Thlr. gutgerechnet werden) wird eine Stammactie Lit. B. über 200 Thlr. mit Dividendenscheinen vom 1. Januar d. J. ab, ausgehändigt.

Mit dem 15. Juni d. J. wird das Umwandlungsgeschäft geschlossen.

Berlin, den 24. April 1847.

Die Direction.
v. Cronstein, Vorsitzender.

[1725—27]



Dampfschiffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat Mai:

von Magdeburg		von Hamburg	
Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Freitags,	Nachmittags 3 Uhr.	Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends,	Abends 6 Uhr.

Außerdem werden wöchentlich noch zwei Schleppschiffe expedirt und zwar:

von **Magdeburg**: Sonntags und Donnerstags,
von **Hamburg**: Sonntags und Mittwochs.

NB. Bücher rangiren von jetzt an in der zweiten Klasse unsers Frachttarifs.

Ermäßigte Fahrpreise:

1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** excl. Bett . . . . . I. Cajüte 1½ Thlr., II. Cajüte 3 Thlr.
1 „ „ **Hamburg** „ **Magdeburg** „ „ . . . . . I. „ 3½ „ II. „ 2 „
1 „ „ **Magdeburg** „ **Hamburg** u. zurück oder vice versa I. „ 6 „ II. „ 3½ „

Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte vorstehender Passagepreise für die einfache Reise von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg**.

1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn II. Wagenklasse bis **Magdeburg** und I. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 15 Ngr.;
1 Person von **Leipzig** per Eisenbahn III. Wagenklasse bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 4 Thlr. 5 Ngr.;

von **Hamburg** nach **Leipzig**:

1 Person I. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 5 Thlr. 15 Ngr.,
1 Person II. Cajüte des Dampfschiffes bis **Magdeburg** excl. Bett und III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Leipzig** 3 Thlr. 5 Ngr.;

von **Leipzig** über **Magdeburg** nach **Hamburg** und zurück oder vice versa:

1 Person II. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und I Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 10 Thlr. 10 Ngr.,
1 Person III. Wagenklasse der Eisenbahn bis **Magdeburg** und II. Cajüte des Dampfschiffes excl. Bett 6 Thlr. 10 Ngr.

Es ertheilen nähere Auskunft und Billets in **Leipzig** Herr **Ferd. Sernau**, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Compagnie.

Magdeburg, im Mai 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
Holtzapfel.

[1831—32]

Verkauf

eines großartigen herrschaftlichen Etablissements im Thiergarten bei Berlin.

Mein in der schönsten Gegend des Thiergartens zu Berlin, unmittelbar an der besuchtesten Allee, Thiergartenstraße Nr. 22 und 23 belegenes großartiges Etablissement, **Odeum** genannt, bin ich willens, wegen vorgerückten Alters aus freier Hand zu verkaufen. Das geschmackvolle, im modernsten Styl erbaute große Hauptgebäude mit dem sehr geräumigen Saale eignet sich vorzüglich zu einem der freundlichsten Sommersitze für einen reichen Privatmann. Vor und hinter dem Hauptgebäude sind große Gärten, von welchen sich der letztere vornehmlich noch zu einer größern Parkanlage eignet. Ueberdies hat dieser den Vorzug, daß er bis an den neuen Kanal geht. Der ganze Flächeninhalt des Grundstücks, auf welchem drei Gebäude nebst Stallung und Gasthaus sich befinden, enthält sieben Morgen. Die dazu gehörige Gaseinrichtung versorgt 200 Flammen. Unter dem Hauptgebäude sind große gewölbte Keller, in welchen sich die Küchen befinden. Obwol das Etablissement zu einem der beliebtesten und besuchtesten Vergnügungsörter gehört und Jeder, der als solchen es übernehmen will, gewiß sehr seine Rechnung dabei findet, auch leicht das Grundstück zu einer wahrhaft fürstlichen Besitzung umzuwandeln sein würde, ist der Verkaufspreis dennoch sehr billig gestellt. Die Bedingungen sind in **Berlin**, Bischofsstraße Nr. 6 im Bureau des Herrn Justiz-Comm. Kreis-Justizrathes **Strauß** zu erfahren.

[1822—24] **C. L. Kühne.**

Gasthaus-Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den geehrten Herren Badereisenden hiermit nochmals anzuzeigen, daß er das, auf einem der schönsten Plätze zwischen Teplitz und Schönau situirte Gasthaus „Zum Neptun", bestehend in einer großen Anzahl sehr freundlicher Zimmer, einem großen Speisesalon, mit einem vor demselben befindlichen anmuthigen Blumengarten — bereits seit vorigem Jahre im Besitze hat. Zugleich dankt er höflichst für den ihm zu Theil gewordenen zahlreichen gütigen Besuch während der vorjährigen Badesaison, und schmeichelt sich, auch dieses Jahr durch eine reelle, schnelle und höfliche Bedienung, durch billige Preise und Güte der Speisen und Getränke sich die Zufriedenheit der geehrten Herren Gäste zu erwerben.

Teplitz, im Mai 1847. [1884—86]

August Fischer,
Besitzer des Gasthauses „Zum Neptun".

Leipzig, den 15. Mai 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 202.

Inhalt: Vom Recht im Staate und im Leben. — Tagesgeschichte: Die Einführung des Prinzen Albert von Sachsen in das Oberappellationsgericht. — Ist verzinsliches Papiergeld ein Unding? — Die Walachen und ihre Verfassung. — Die Kettenbrücke zu Pesth. — Wochenschau. — Kirchennachrichten. — Verbrechen und Unglücksfälle. — Wissenschaftliche Nachrichten: Literaturbericht. — Baukunst: Das neue Haus der Lords zu London. — Landtagsnachrichten: Die Verhandlungen des ersten Landtags in Preußen. II. — Eisenbahnnachrichten: Die Eisenbahnen am Harz. — Vereinswesen: Die Witwen- und Waisenkasse der deutschen Buchhändler. — Theater: Die Boulevard-Theater in Paris. — Modenachrichten: Maimoden. — Landwirthschaftliche Nachrichten. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche XI. — Altersversorgungshäuser. — Mannichfaltigkeiten: Feine weibliche Arbeiten. — Schach. — Bilder aus dem Leben: Zwei Schneidersöhne. — Rebus.

Abbildungen: Prinz Albert von Sachsen. — Versammlung des walachischen Landtags. — Der Bau der Kettenbrücke zu Pesth. — Lastwagen bei dem Brückenbau zu Pesth. — Der Landungsplatz zu Pesth. — Das neue Haus der Lords zu London (2 Ansichten). — Das Zufluchtshaus für alte Buchhändler zu London. — Eine Loge im Théâtre Comte zu Paris. — Scene vor dem Vorhange im Théâtre Petit-Lazary zu Paris. — Maimoden (11 Abbildungen). — Karikaturen. — Rebus Nr. 160. — Sprichwort. — Schachaufgabe Nr. 164.

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern) 2 Thlr.

Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen.

Leipzig, J. J. Weber. [1934]

Soeben erschien bei mir und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Altes Lieben, neues Hoffen.

Roman von **Bertha von Werder.**

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 24 Ngr.

Leipzig, im Mai 1847. [1955]

F. A. Brockhaus.

In Commission bei **Carl Gerold & Sohn** in **Wien** ist zu haben:

Die Krankheiten des Gehirns und Rückenmarks bei Kindern durch Krankheitsfälle aus dem ersten Kinderspitale erläutert von Dr. **Ludwig Wilhelm Mauthner,** Director des ersten Kinderspitals und der damit verbundenen Kinderklinik in Wien u. s. w.

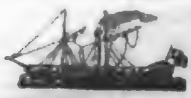
Wir erlauben uns, das medicinische Publicum auf dieses Werk hiermit aufmerksam zu machen, weil es das erste, welches über ein so schwieriges Thema aus einem **deutschen** Kinderspitale hervorgegangen, und die Frucht vieljähriger klinischer Beobachtungen ist.

Die Schmidt'schen Jahrbücher der in- und ausländischen gesammten Medicin, redigirt von **Mleg. Goeschen,** schließen (Jahrgang 1845, S. 346) die Recension über dieses Werk mit folgenden Worten: „Das Verdienst eigner umfänglicher und gründlicher Beobachtung, ein ruhiges, auf umfassende Sachkenntniß gestütztes Urtheil, gepaart mit einer klaren prunklosen Darstellung, und Vermeidung eines Wustes todter Gelehrsamkeit, werden dieser Arbeit gewiß ein bleibendes Verdienst sichern."

Da in Folge des bisherigen Absatzes die Kosten der Auflage bereits gedeckt sind, so kann nun der frühere Ladenpreis des Werkes für die uncolorirten Exemplare auf 4 Fl. und für die colorirten auf 6 Fl. C.-Mze. ermäßigt werden.

[1839]

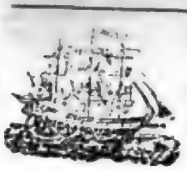
Buchhandlung von **Carl Gerold & Sohn.**



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden,** Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1956]



Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***

am 15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

nach ***Quebeck***

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[1957] ***Rob. M. Sloman*** in Hamburg.

Da, durch **irrige** öffentliche Nachrichten verleitet, manche Gemeinden der deutsch- oder christ-katholischen Reform glauben könnten, das auf den 25. c. dahier anberaumte **allgemeine deutsch-katholische Concil** finde nicht statt oder werde verschoben: so halten wir es für unsere Pflicht, öffentlich anzuzeigen, daß die Abhaltung dieses Concils zu jener Zeit **unwiderruflich** feststeht, da ⅔ der eingegangenen Antworten sich beifällig äußern und die Deputirten schon angemeldet haben. Zugleich laden wir diejenigen Gemeinden, welche etwa kein Circular erhalten haben sollten, hiermit öffentlich zur Beschickung ein. Die geehrten Redactionen aller öffentlichen Blätter ersuchen wir, diese Erklärung gefälligst aufzunehmen.

Berlin, den 7. Mai 1847.

Der Vorstand der deutsch-katholischen Gemeinde in Berlin.

Dr. **Oethier,** als stellvertretender Vorsitzender;

[1945—48] Pfarrer **A. Brauner, Bastide, Franz Reschke,** Pfarrer **Bock.**

Nordseebad der Insel Helgoland.

Auch in diesem Jahre wird die hiesige bekannte Seebad-Anstalt am 15. Juni eröffnet und mit dem 1. October geschlossen werden. Wie in den frühern Jahren unterhalten sichere und bequeme Dampfschiffe die Verbindung zwischen Helgoland und Hamburg (wöchentlich wenigstens 3 Mal), zwischen Helgoland und Bremen und zwischen Helgoland und den benachbarten Nordseebädern, worüber die Herren Schiffsrheder das Nähere zeitig bekannt machen werden. Bestellungen auf Logis ꝛc. führt die unterzeichnete Direction aus, sowie der Bade-Arzt, Herr Dr. von Aschen, ärztliche Auskunft auf Anfragen bereitwilligst geben wird.

Helgoland, im April 1847. [1746—48]

Die Direction des Seebades.

Haus-Verkauf.

Ein in der Mitte hiesiger Altstadt vortheilhaft gelegenes Haus im Werthe von circa 65,000 Thlr. zu verkaufen ist der Unterzeichnete beauftragt.

Dresden, den 8. Mai 1847.

[1902—3] Adv. **Rudolph Eisenstuck.**

Anzeige. *Ein Handlungshaus, welches zur Begründung einer deutschen Agentur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch im Laufe dieses Sommers einen* **Agenten** *dahin abgehen läßt, sucht als Nebenagenturen für denselben den Anschluß noch einiger soliden deutschen Manufacturen oder Fabriken, und bittet darauf Reflectirende, sich dieserhalb unter portofreien Anfragen mit der Chiffre* **Z. Y.** *an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu wenden.* [1934—35]

Soeben ist erschienen:

Staatshandbuch

für das Königreich Sachsen

für 1847.

Unter Genehmigung der Staatsregierung herausgegeben vom

Directorium des statistischen Vereins.

Leipzig, **Friedrich Fleischer.**

Preis 1 Thlr. 10 Ngr. [1736—37]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 16. Mai. Neu einstudirt: **Die Schweizerfamilie,** lyrische Oper von Weigel.

Montag, 17. Mai. Zweite Darstellung des **Physioskops,** der **Dissolving-Views-rama** und des **Chromatrope** von Marchand und **Ellenberg.** — Vorher: **Die Maskerade im Dachstübchen,** Posse in 1 Act von C. Meirner. Und: **Wer ist mit,** Vaudeville von Friedrich.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Ernst **Eckelmann** in Altsattel mit Frl. Laura **Wilhelm.**

Getraut: Hr. Stadtsyndikus Dr. C. W. **Bueren** in Emden mit Frl. Auguste **Tase** aus Papenburg. — Hr. Buchhändler Fr. Mich. **Burkart** in Bamberg mit Frl. J. **Maurin.** — Hr. Konrad **Raum** in Nürnberg mit Frl. L. **Meßthaler.** — Hr. Hugo **Strohbach** in Leipzig mit Frl. Emilie **Pusch.**

Geboren: Hrn. L. F. **Beck** in Breslau ein Sohn. — Hrn. J. G. W. **Finke** in Bremen eine Tochter. — Hrn. Apotheker **Fröhlich** in Prausnitz eine Tochter. — Hrn. Rich. **Hartmann** in Chemnitz ein Sohn. — Sr. Erlaucht dem Hrn. Grafen Heinrich II. von Reuß-**Köstritz** ein Sohn. — Hrn. Pfarrer **Körte** in Isigau ein Sohn. — Hrn. Dr. H. **Küchler** in Darmstadt ein Sohn. — Hrn. M. **Proff** in Mülheim ein Sohn. — Hrn. Bruno **Siegfried** in Zwickau ein Sohn. — Hrn. Justizamtmann A. C. F. **Bollert** in Glauchau ein Sohn. — Hrn. Dr. **Weigert** in Breslau ein Sohn.

Gestorben: Frau Pastor S. **Klippgen** in Oberschön. — Frau geb. Regierungsrath **Koch** in Breslau. — Hr. Gutsbesitzer Johann Gottfried **Ronicke** in Hainichen. — Hr. Oberpostsecretair J. **Stäubler** in Breslau. — Hr. Hauptzeugnehmer und Postverwalter Christian Heinrich **Süßt** in Schwarzenberg. — Hr. Kaufmann F. W. H. **L. Litze** in Breslau.

Digitized by Google

Sonntag — Nr. 136. — 16. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. England und Griechenland. *Dresden. Prinz Ernst. ◊Leipzig. Der Geburtstag des Königs. †Eibenstock. Die Grenzsperre. Berichtigungen. ♁Aus Schleswig-Holstein. Theuerungsmaßregeln. — Oldenburgische Theuerungsmaßregeln. *Aus Hohenzollern-Sigmaringen. Commissionen für die Theuerungsangelegenheit. *Frankfurt a. M. Graf v. Münch-Bellinghausen.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Der Protest. — Actenstücke in Sachen des Predigers Uhlich. — Prof. Bellermann.

Oesterreich. Das Ausfuhrverbot.

Spanien. Mexicanischer Kaper in Barcelona.

Großbritannien. Die Auflösung des Parlaments soll bevorstehen. Irische Nachrichten. Der Repealverein zu Dublin. Die Bank von Irland. Nachrichten aus Westindien.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. ψ Paris. Die neuen Minister.

Italien. †Rom. Der Papst.

Nordamerika. Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Das Passagiergesetz.

Mexico. Die Revolution in Mexico. Der Krieg. Die Amerikaner vor Acapulco.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. München. Die Lehrer an den lateinischen Schulen und Gymnasien.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Die Geldklemme in London. *Leipzig. Börsenbericht. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 12. Mai. Die Times hat sich, mit speciellem Bezug auf die augsburger Allgemeine Zeitung, sehr ungnädig darüber geäußert, daß die deutsche Presse das Verhalten Englands zu Griechenland nicht billigen will und sich in dieser Sache weit mehr der von Frankreich vertretenen Politik zuneigt. Bei dem augsburger Blatte konnte das englische allerdings den Argwohn fassen, daß die bekannte, aus den Interessen der Vertheuerungszöllner erwachsene antienglische Animosität desselben und daß auch seine Beziehungen zu der bairischen Regierung dabei im Spiele seien. Wir freuen uns daher, daß die Kölnische Zeitung, als, wie sie selbst sagt, einer der äußersten Grenzwächter gegen Westen, unter ihrer jetzigen Redaction dem Systeme besonnener Handelsfreiheit huldigend und außer allem Bezuge zu Baiern, sich beeilt hat, die Engländer zu versichern, daß über ihr Verhalten gegen Griechenland wol unter Allen, die überhaupt solche Dinge bedenken und einen Sinn für politische Rechtlichkeit haben, nur Eine Stimme ist. Wir gehören so gewiß zu den aufrichtigsten Bewunderern Englands, daß wir selbst von den einzelnen Engländern eine viel günstigere Meinung haben, als die verbreitete ist. Wir halten die Vorzüge Englands in Handel und Schiffahrt nicht für ein Unglück, sondern für eine Wohlthat für die Welt, beneiden es nicht um seinen auf diesem Weg errungenen Reichthum, und schätzen es als einen der Freiheit des europäischen Staatensystems niemals gefahrdrohenden Vorkämpfer derselben und als Deutschlands natürlichsten Bundesgenossen gegen Frankreich und Rußland. Wir lieben seine Sprache, seine Literatur, sein Staatswesen und den häuslichen und politischen Charakter seines Volks, und wenn wir Mistrauen und Vorurtheil gegen ein Volk hegten, so wäre es gewiß nicht das englische, sondern weit eher das französische. Aber eben bei dieser Stimmung ist es uns um so schmerzlicher, das von England in der orientalischen Frage, in Griechenland, in den Donaufürstenthümern, nicht weniger aber auch in Portugal beobachtete Verfahren so wenig im Sinne jener weisen und hochherzigen Politik finden zu können, die wir so gern als die vorherrschende Englands betrachten möchten. Eine niedrige List, in kleinlichen, perfiden, krämerartigen Mitteln um kleinliche Zwecke sich bewegend und einem heillosen Endzwecke gewidmet, dabei mit schroffer, formloser Anmaßung und all dem großsprecherischen, schneidenden Wesen gepaart, was namentlich diesen Palmerston so widerwärtig macht, arbeitet geflissentlich an dem Ruin jener Länder, die sich so gern dem Drucke der Vergangenheit entwinden und zum Bessern aufstreben möchten, und arbeitet, wenigstens in den südöstlichen Ländern, dabei doch lediglich als ein Scherge Rußlands, das die Schmach den Engländern überläßt, für sich aber auf den besten Theil der Beute rechnet. England will weder das alte Pfortengebiet noch die pyrenäische Halbinsel zu Ordnung und Gedeihen kommen lassen. Lassen wir heute die letztere und bleiben wir bei jenem. Es ist bekannt, daß England von Anfang an der Gegner des hellenischen Aufschwunges war: es bangte um seine Jonischen Inseln, und mehr noch war ihm überhaupt nichts daran gelegen, dem alten türkischen Verfall ein Ende gemacht zu sehen. Und doch würde die staatsmännische Weisheit, die den Engländern sonst zur Seite steht, erkannt haben, daß auch für England eine wahrhafte Regeneration jener Länder nur segenbringend sein könne. Als ein untoward event die Befreiung unmöglich gemacht hatte, beeiferte sich England, wenigstens die Grenzen des jungen Staats so engherzig zu bestimmen und seinem schätzbaren Freunde, dem legitimen Großsultan so viel Rücksichten zu schenken, daß der junge Staat so unschädlich als möglich bliebe. Gern hätte es in Leopold von Koburg einen englischen Statthalter in Griechenland eingesetzt; aber dieser staatskluge Fürst kannte seine Leute und lehnte die Aufgabe ab. Mit Schadenfreude sah darauf England den Thorheiten der Regentschaft zu; aber bedenklicher ward ihm die Sache, als König Otto selbst mit dem redlichsten Willen, mit einem warmen Herzen für Griechenland und mit Liebe bei denjenigen Klassen des Volks, die noch dem Vertrauen und der Liebe mit Liebe und Anhänglichkeit entsprechen, die Zügel der Regierung übernahm. Indeß derselbe Mann, der den König Otto nach Griechenland geführt, Sir Edward Lyons, war auch das Werkzeug, die Stellung des Königs zu verbittern und zu verderben, und hat in Griechenland eine Rolle gespielt, für die wir kaum eine Vergleichung wissen als mit der des Sir Hudson Lowe in St. Helena. Was nur geschehen konnte, das Ansehen des Königs herabzuwürdigen, Mistrauen und Verwirrung zu entzünden, keine Ruhe, kein Gedeihen aufkommen zu lassen, das geschah mit Eifer, mit Rücksichtslosigkeit und eiserner Stirn. Hochherzig gab der König seine einzige äußere Stütze im fremden Lande, die deutschen Truppen, auf und vertraute sich der Liebe des griechischen Volks. Es ist ihm schlecht vergolten worden, und diesen Undank hat Griechenland mit Recht schon gebüßt und wird ihn noch weiter büßen. Griechenland war allerdings kein Boden für eine Verwaltung nach deutschem Zuschnitt; aber es war auch in keiner Weise und wird noch lange nicht für die französisch-belgische Constitutionsmaschine geeignet sein. Die unverdorbensten Klassen dieses Volks, dem es schon in seinen besten Tagen an jenem sittlichen Halte gebrochen hat, der allein die Gefahren der Demokratie zu mildern vermag, die unverdorbenen, d. h. die untersten Klassen dieses Volks haben keinen Sinn für das centrale Staatstreiben, sondern folgen dabei den Häuptlingen, und diese sind durch und durch verderbt. In Griechenland war eine starke und selbständige Regierung nöthig, die aber ein Herz hatte für das Volk, Begeisterung für die große Aufgabe und die Weisheit, die Mittel des Aufschwungs dem ureignen Geiste des Volks anzupassen, auch seine demokratische Richtung, nicht im Centrum, aber im Einzel- und Gemeindeleben zu pflegen und das unter eigenthümlichen Formen auch dort sehr wichtige, nur nicht mit dem germanischen Adel vergleichbare aristokratische Element zu erziehen und zum Heile des Ganzen zu benutzen. — Die Constitution hat Griechenland zurückgeworfen, nicht vorwärts gebracht, und wenn in Frankreich kein Cabinet bestehen kann ohne Corruption, wie hätte das von einem griechischen, von lauter Geldgier und Selbstsucht umgebenen Ministerium anders verlangt werden können? Darüber entsetzt sich aber die stoische Pruderie des Lords Palmerston, während seine Agenten Alles aufbieten, die Constitution noch ungangbarer zu machen; dann nimmt der edle Lord für den türkischen Gesandten Partei gegen den König von Griechenland, dessen ganze Stellung ein Opfer im Interesse Europas ist, und endlich chicanirt er von Zeit zu Zeit mit einer Zinszahlung, die doch wahrlich das reiche England noch am ersten gestunden könnte. Und eine solche Politik findet in England bei allen Parteien Beifall und eine Rede wird beglückwünscht, welche ganz an die Zeiten erinnert, wo im römischen Senat über die fremden Könige verhandelt wurde, deren Untergang man bereits im Sinne hatte und durch allerlei weise Kritik und in heuchlerischer Salbung gegebene Rathschläge anbahnte!

*Dresden, 14. Mai. Aus dem Schlosse Weesenstein, wo Prinz Ernst nach kurzem schweren Kampf in den Morgenstunden des 12. Mai von der Erde schied, wurde dessen Hülle in der darauf folgenden Nacht zur Residenz geführt. Bei der Section, welche gestern statt hatte, ergab sich, daß eine Ergießung der Blutgefäße und eine Erweichung des Ge-

hirns die Veranlassung des schnellen Todes waren. Heute Mittag von 12—1 Uhr begann das einstündige Trauergeläute mit allen Glocken und am Nachmittage von 4 Uhr an findet der Zugang zur Bahre des fürstlichen Jünglings im königl. Schloß und am Abend die feierliche Beisetzung in der Familiengruft der katholischen Hofkirche, wohin der Entschlafene von den Offizieren seines Regiments getragen wird, statt. Den frühen Hingang des vielversprechenden jungen Fürsten betrauern nicht nur Die, deren Herzen er am nächsten stand; mit dem tiefen Schmerze, welcher die Gemüther des edelsten Familienbundes durchdringt, vereinigt sich die Trauer des gesammten Vaterlandes.

0 **Leipzig**, 15. Mai. Der Geburtstag unsers Königs, der am 18. Mai sein funfzigstes Lebensjahr erfüllt, soll diesmal nicht durch Festmahle und prunkenden Aufzug, sondern, wie es der bedrängte Zustand unsers Vaterlandes und das traurige Ereigniß, das die königliche Familie in dem Tode des Prinzen Ernst betreffen, erheischt, durch Spenden der Milde begangen werden, die Jeder geben möge, der sonst an dem Jubeltage für des Festes laute Verherrlichung seine Spende gab. Ein aus Vorstehern königlicher und städtischer Behörden, dem Garnisonscommandanten und dem Rector der Universität bestehendes Comité fodert heute Jeden auf, den Betrag, welchen seine Betheiligung bei einer Festfeier in Anspruch genommen haben würde, zur Linderung des allgemeinen Nothstandes zu bestimmen. Die Gaben sollen zur Hälfte dem hiesigen Hülfsverein, zur andern Hälfte dem Hülfsverein zu Schwarzenberg überreicht werden. Ein solcher Aufruf in solcher Zeit wird des Zweckes nicht verfehlen.

† **Eibenstock**, 12. Mai. Die Zusage, welche ein Berichterstatter von hier in Nr. 131 dieser Zeitung wegen Fruchtausfuhr von Böhmen, ohne welche nach jener Angabe das Hochgebirge gar nicht zu bestehen vermöchte, uns macht, bestätigt sich leider nicht (Nr. 134), denn seit gestern Mittag ist, vermöge Befehls von der Hofstelle aus Wien, die Ausfuhr von Hülsenfrüchten, Mehl, Gries, Hirse, Brot bis auf weitere Anordnung gänzlich gehemmt. Es ist dieser Act — vielleicht aus Besorgniß, die man dort für die eignen Unterthanen hegt, hervorgegangen — schon der freundnachbarlichen Verhältnisse wegen, in welchen die Grenzbewohner zu einander stehen und daher vielfach mit einander in Berührung kommen, sehr bitter zu beklagen, zumal uns vielfach versichert wird, daß es dort an Brotfrüchten für die kurze Zeit, die wir noch bis zur Aernte haben, für jenes Land wie für die Nachbarstaaten gar nicht mangle, wozu der Beweis schon daraus abzunehmen sein dürfte, daß jene Fuhrleute, deren in Nr. 131 von hier aus gedacht wird, den dresdner Scheffel Kartoffeln einige Stunden jenseit Karlsbad für 1 Thlr. 12 Ngr. geladen hatten und die Versicherung zurückbrachten, daß an dieser Frucht sowie überhaupt an Brotfrüchten in Böhmen kein Mangel sei. Es waren übrigens, wie der vorige Bericht sagt, nicht einige, sondern fünf Wagen beisammen, und es schützten diese nicht die Grenzjäger auf ihrer Fuhre von Hirschenstand bis zur Grenze, sondern der Oberförster des Barons v. Kleist mit noch fünf andern Schützen, welche zufällig von der Birkhahnbalz kamen und wo der Erstere mit dem Bürgermeister wie mit dem Oberförster aus Eibenstock, die das Fuhrwerk zum Kartoffelholen geschickt hatten, in sehr freundlich nachbarlichen Verhältnissen lebt. So hören wir denn auch zweitens nichts von Militair, das, 800 M. stark, zum Schutze der Ausfuhr angekommen sein soll. Es wäre dies also ein zweiter Irrthum jenes Berichts, der sich jedoch durch die gänzliche Absperrung aufhebt. Daß wir zur Zeit des 7. Mai und früher förmlich Mangel an Brot hier gelitten hätten, möchte um so mehr auf falschen Gerüchten beruhen, da durch die hiesigen großartigen Bäckereien täglich mehre größere und kleinere Transporte Brot in das benachbarte Voigtland und selbst nach Böhmen zurückgegangen sind und in das Erstere heute noch verfahren werden. Hat es sich daher getroffen, daß irgend einmal Abends der Brotvorrath bei so starkem Absatz und weil hier das sechspfündige Brot stets einige Pfennige wohlfeiler als in den Städten Auerbach, Adorf, Schneeberg, Kirchberg ꝛc. ist, vergriffen war, so kann dies noch keineswegs Mangel genannt werden und am allerwenigsten schon deshalb nicht, weil die Verwaltungsbehörde Anstalt getroffen hat, daß Vormittags kein Brot in Nachbarorte verkauft werden darf, bis 6 Uhr Abends aber dem Stadtrathe noch eine große Zahl Brote jeden Tag verfügbar standen und noch stehen. Eben so ist jener Bericht, wo er über den Brotmangel von Karlsfeld handelt, im Irrthum. Man hat dort zwar einige Tage knapp zuschneiden müssen, aber drei Tage gar kein Brot, wie dort gesagt ist, Dem können wir auf das bündigste widersprechen.

3 **Aus Schleswig-Holstein**, 11. Mai. Von dem Generalzollkammer- und Commerz-Collegium sind unterm 26. April folgende Bestimmungen bekannt gemacht worden: 1) Der Einfuhrzoll für Grütze und Mehl aller Art ist aufgehoben. (Die Durchgangsabgabe wurde schon Ende März aufgehoben.) 2) Für seewärts eingehende Ladungen von Getreidewaaren im unvermahlenen oder vermahlenen Zustande sowie für Schiffe, welche bis zum Betrage von mindestens einem Viertel der Trächtigkeit mit Getreidewaaren beladen sind, werden sämmtliche Schiffsabgaben erlassen. Diese Bestimmungen sollen bis zum 1. Oct. in Kraft bleiben. Bei Erlaß derselben wird im Uebrigen zugleich von der Behörde die Erwartung ausgesprochen, daß durch des Handelsstandes freie und gemeinnützige Wirksamkeit der beabsichtigte Zweck am sichersten werde erreicht werden. Im Vertrauen darauf enthält sich die Staatsregierung aller unmittelbar eintretenden Veranstaltungen.

— In **Oldenburg** ist nun auch die Kartoffelausfuhr nach Preußen und Kurhessen (mit Ausnahme der Grafschaft Schaumburg), weil in diesen Ländern ein Ausfuhrverbot gegen das Großherzogthum Oldenburg erlassen, verboten. Zugleich veröffentlicht das Kammerdepartement der indirecten Steuern, daß die Eingangsabgabe von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten weiter bis zum 1. Oct. d. J. aufgehoben bleibe, und daß auch den Artikeln Graupen, Gries, Grütze, Mais und Maismehl diese Aufhebung zu statten komme.

* **Aus Hohenzollern-Sigmaringen**, 11. Mai. Wie bereits in einigen andern deutschen Staaten ist auch für unser Land eine Commission für die Theuerungsangelegenheiten errichtet worden, welche dem Fürsten unmittelbar untergeordnet ist und mit allen Behörden unmittelbar communicirt. Ihr sind sämmtliche Fruchtvorräthe der fürstl. Hofkammer, wie sie auf die Zeit der zunehmenden Noth aufbehalten waren, insoweit zur Verfügung gestellt, als sie über deren Verwerthung und Verwendung für die Landesangehörigen Anträge zu stellen und deren Ausführung zu besorgen hat. Gleichzeitig werden im Allgemeinen ähnliche Maßregeln ergriffen, wie sie in den anliegenden größern Ländern in Kraft getreten sind. Es wird ebenso aller Ankauf von Getreide und Kartoffeln zum Wiederverkauf, als aller Ankauf von Früchten auf dem Halm oder noch in der Erde befindlichen Kartoffeln sowie das Branntweinbrennen aus Getreide und Kartoffeln verboten.

* **Frankfurt a. M.**, 13. April. Der Bundespräsidialgesandte Graf v. Münch-Bellinghausen, welcher in diesen Tagen von Wien hier zurückerwartet wird, soll mit bestimmten Instructionen in Bezug auf die verschiedenen allgemeinen Fragen versehen sein, welche bei der Bundesversammlung bereits anhängig sind oder noch im Laufe der gegenwärtigen Session in Anregung gebracht werden dürften. Unter den erstern nimmt die schleswig-holsteinische Angelegenheit eine der vornehmsten Stellen ein. Wie verlautet, sind von Seiten des holstein-lauenburgischen Bundestagsgesandten, Hrn. v. Pechlin, im Auftrage seines Souverains, des Königs von Dänemark, in letzterer Zeit wieder sehr ausführliche Darlegungen an den Bundestag gelangt, um die von Seiten Dänemarks aufgestellte Gesammtstaatsidee gegen die Gründe, die zu deren Entkräftung seither vorgebracht worden, neuerdings zu vertheidigen. Es kann indessen als zuverlässig angenommen werden, daß die deutschen Bundesstaaten sich die Wahrung der deutschen Interessen gegen die dänischen Ansprüche wie seither, so auch ferner in wirksamster Weise werden angelegen sein lassen.

Preußen.

Berlin, 14. Mai. In der Sitzung der Herren-Curie am 10. Mai wurde die Berathung des Bescholtenheitsgesetzentwurfs beendigt und im Wesentlichen dem ursprünglichen Entwurfe beigestimmt, soweit nicht das gestern erwähnte Amendement des Grafen Arnim eine Aenderung in sich faßte. Anträge des Grafen Sierstorpff, bei Aufnahme der Klage die einfache Majorität, bei der Urtelsfällung die von zwei Dritteln festzustellen, und des Fürsten Lynar, in jedem Falle dem Angeschuldigten ein Antragsrecht zu verleihen, gingen nicht durch. Ein Vorschlag des Grafen Arnim, wonach in allen Fällen der Ausschließung von ständischen Rechten die ständische Körperschaft auf Wiederzulassung antragen können soll, wurde angenommen. (A. Pr. Z.)

** **Berlin**, 13. Mai. Dem Vernehmen nach beabsichtigen die Unterzeichner der bekannten Protesterklärung, bei dem König eine Beschwerde über das Verfahren des Landtagsmarschalls der vereinigten Curien einzureichen, weil Letzterer die an ihn gelangte Eingabe in der Herren-Curie zur Discussion und Beschlußnahme gestellt habe, anstatt dieselbe entweder auf eigne Hand zu erledigen, oder, wie beantragt war, in der Versammlung der vereinigten Curien zur Erörterung zu bringen. Wir wollen hier nicht weiter darauf eingehen, ob und inwiefern die Betheiligten mit einer derartigen Beschwerde in ihrem Rechte seien. Keinenfalls wird ihre einmal verlorene Sache durch diesen oder andere Schritte ähnlicher Art gebessert werden. Zu ihrer Abweisung in der Curie der drei Stände hat sich jetzt noch ein einstimmiges Votum der Herren-Curie gegen das ganze Unternehmen gesellt. Solche Niederlage aber war unvermeidlich, weil der Schritt selbst ein unberechtigter, durchaus anomaler war, der nach keinerlei parlamentarischer Sitte eine gültige Legitimation erhalten konnte. Die Betheiligten wurden aber zu diesem unparlamentarischen Schritte gedrängt, weil sie von dem falschen Bestreben nach Parteibildung in einer Versammlung erfüllt waren, wo kein Boden, keine Bedingungen für Parteibildungen vorhanden sind. Denn das ist eben der große Vorzug des preußischen Verfassungsbaues, daß es sich hier nicht um die Interessen dieser oder jener politischen Ideenrichtung handelt, sondern daß einzig und allein das Wohl des Landes als der Mittelpunkt hingestellt ist, auf dessen Pflege, Schutz und Förderung die verschiedenen Ansichten, Wünsche und Bestrebungen in gemeinsamem Wirken ihre Kräfte zu richten haben. Diese gemeinsame Aufgabe ist auch von allen Seiten als thatsächlich überwiegend anerkannt worden. Zunächst hat die Regierung es von vorn herein auf das angelegentlichste vermieden, auch nur den Schein

irgend einer Parteistellung anzunehmen. Sie hat den Versammlungen im Ganzen wie den einzelnen Mitgliedern derselben die möglichste Freiheit der Bewegung gewährt. Sie hat den Privatbesprechungen der Abgeordneten ausdrücklich alle Freiheit gestattet und der mit großem Eifer betriebenen Organisation der Gleichgesinnten keinerlei Gegenorganisation gegenübergestellt. Sie hat bereitwilligst die vollständige Veröffentlichung der Verhandlungen der Annahme der Stände anheimgegeben. Sie hat namentlich bei den Adreßverhandlungen das Reglement mit einer Elasticität gehandhabt, welche jeden Vorwurf, als strebe man die Stände einzuschränken, im voraus beseitigen muß. Endlich hat der König in seiner Antwort auf die Adresse in so milder und wohlwollender Weise einen Weg der Verständigung angebahnt, daß gewiß keine Klage aufkommen kann: es werde den Ständen die Gelegenheit, ihre gerechten und begründeten Wünsche vor den Thron zu bringen, eingeengt. Auf der andern Seite haben aber auch die Stände selbst in der Adresse den Weg ruhiger und sachgemäßer Verständigung dem ihnen vorgeschlagenen Weg einer einseitigen Beanspruchung streitiger und noch nicht klar entwickelter Rechte vorgezogen. Sie haben ferner in der Discussion wie in der Abstimmung zum überwiegenden Theile nicht ein Parteiinteresse, sondern die beste, gewissenhafteste Ueberzeugung walten lassen. Es ist fast nirgend eine Parteirücksicht hervorgetreten, sondern das Interesse der Sache selbst, die beste Erkenntniß, der reinste Wille zur Förderung der gemeinsamen Aufgabe waren es, welche die verschiedenen Stimmen leiteten und welche gerade in solchen Fragen, wo es sehr nahe lag, eine Parteitendenz geltend zu machen, mannichfach gleichgesinnte Redner als die entschiedensten Gegner wider einander in die Schranken führten. Bezeichnet aber dieses lediglich dem Besten der Sache gewidmete Interesse ganz vorherrschend die Physiognomie des Vereinigten Landtags, so bleibt es doppelt unbegreiflich, wie eine Anzahl der einsichtigsten und in parlamentarischer Bildung hervorragendsten Männer ihr eignes bisheriges Verhalten, den Grundcharakter der ganzen Versammlung auf einen Augenblick so sehr aus den Augen setzen konnten, daß sie den Versuch zu einer ganz entschiedenen Parteidemonstration unternahmen, wo sie nach allen bisherigen Erfahrungen nur das auch durch den Erfolg bestätigte Ergebniß erwarten mußten, daß eben dieser Versuch mislingen würde.

— Die Allgemeine Preußische Zeitung veröffentlicht folgende Actenstücke in Betreff des Predigers Uhlich:

Ew. Hochehrwürden haben sich in einer Immediatvorstellung vom 16. v. M. an des Königs Maj. gewendet und um „Schonung und Geduld" gebeten. Des Königs Maj. haben hierauf unter dem 30. dess. M. das Weitere an mich zu erlassen geruht, und bin ich ermächtigt, Ihnen eine vollständige Abschrift dieses allerhöchsten Erlasses, wie mittels der beigefügten Anlage geschieht, mitzutheilen. Ew. Hochehrwürden werden hieraus ersehen, in welcher Weise das in der evangelischen Landeskirche zu Recht bestehende Kirchenregiment seine Pflicht und Aufgabe erfassen muß, und welches die Obliegenheit des einzelnen Geistlichen ist. Dem Kirchenregiment liegt es ob, das Bekenntniß evangelischen Glaubens, auf welches die Kirche gegründet ist, und die Ordnungen, welche in ihr im hiesigen Lande verfassungsmäßig eingeführt sind, zu schützen. Dem Geistlichen, welcher Amt und Beruf in dieser Kirche empfangen hat, liegt es ob, das Bekenntniß und die Ordnungen seiner Kirche zu ehren und seine Stellung nicht zum Stützpunkte feindlichen Angriffs gegen beide zu benutzen. Diese Pflicht wird von der großen Gesammtheit der evangelischen Geistlichen des Landes richtig erkannt und gewürdigt. Das Bekenntniß und die Ordnungen der Kirche werden von ihnen geehrt und gehalten, und nur in wenigen Fällen hat das Kirchenregiment sich in die unabweisbare Nothwendigkeit versetzt gesehen, einem offenen Auflehnen gegen die kirchliche Ordnung mit den ihm anvertrauten Mitteln kirchlicher Zucht entgegenzutreten. Diese Achtung gegen das Bekenntniß und dieser Gehorsam gegen die Ordnungen der Kirche, von deren Erweisung den einzelnen Geistlichen zu entbinden mit der Pflicht des Kirchenregiments sich nicht verträgt, läßt der Freiheit der Forschung und Ueberzeugung einen weiten Raum. Es besteht unter der Zahl Derer, welche das Bekenntniß und die Ordnung der Kirche in Ehren halten, eine Mannichfaltigkeit der Richtungen und Auffassungen. Viele unter ihnen, und unter diesen wackere und achtungswerthe Geistliche, nehmen für sich die Bezeichnung eines Rationalisten in Anspruch; Andere haben einen andern Standpunkt. Das Kirchenregiment achtet es nicht für seinen Beruf, der Mannichfaltigkeit in der Aneignung des geoffenbarten Heils mit Mitteln äußerlicher Zucht in der Kirche entgegenzutreten; es vertraut der einenden Kraft des Geistes Gottes und seines Wortes. Wem das mit der Ehrfurcht gegen das Bekenntniß und dem Gehorsam gegen die Ordnungen der Kirche vereinbare Maß christlicher Freiheit genügt, hat in ihr keine Anfechtung zu befahren. Dagegen darf die Kirche auf ihrem eignen Boden und in den von ihr selbst verliehenen Aemtern einem Bestreben, ihr Bekenntniß und ihre Ordnungen zu zerstören, auf keine Weise Raum geben. Sie kann es nicht gestatten, daß in Schrift und Predigt und in Volksvorträgen ihr Bekenntniß von ihren eignen Dienern mit Geringschätzung behandelt, daß in der Liturgie und in der Verwaltung der Sacramente ihre Ordnungen nach dem Gefallen der einzelnen Geistlichen verändert oder die Massen zu einer Reform in der Kirche aufgerufen werden. Dem Kirchenregiment ist auch hierin, wie Ew. Hochehrwürden seit Jahren an sich selbst zu erfahren Gelegenheit gehabt haben, das Verlangen nicht fremd, durch Langmuth und Schonung zu heilen. Es würde aber, zu einer schließlichen Entscheidung gedrungen, nicht umhin können, einem solchen Verhalten, als einem ordnungswidrigen, entschieden entgegenzutreten und ihm den Raum innerhalb der in der Kirche bestehenden Aemter zu versagen.

Für eine Auffassung, welche hierin sich in keiner Weise mit der in der Kirche bestehenden Ordnung zu versöhnen vermöchte, würde, so schmerzlich auch das Kirchenregiment einen jeden Abfall von der Kirche stets empfinden muß, doch kein anderer Weg übrig sein als die von der bürgerlichen Gesetzgebung des Landes in dem allerhöchsten Patente vom 30. Mai d. J. geöffnete Freiheit des Ausscheidens. Ew. Hochehrwürden wollen nach den Ihnen hier vorliegenden Momenten mit sorgfältiger Erwägung Ihres wirklichen Standpunkts zu dem Bekenntniß und den Ordnungen der evangelischen Kirche nunmehr ermessen, was Ihr Gewissen von Ihnen fodert, zu thun, und was die Pflicht dem Regimente der evangelischen Kirche auferlegt, seinerseits nicht zu unterlassen. Berlin, 7. Mai 1847. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten. (Gez.) Eichhorn. An den Prediger Hrn. Uhlich, Hochehrwürden zu Magdeburg.

A. Ich übersende Ihnen hierbei eine Vorstellung des Pfarrers Uhlich in Magdeburg, auf welche Sie ihn unter Mittheilung dieses Befehls zu bescheiden haben; der Uhlich nennt sich einen Rationalisten. Ich weiß, daß es viele Rationalisten unter den Geistlichen der evangelischen Kirche gibt, und unter ihnen sehr ehrenwerthe Männer; das Kirchenregiment läßt sie unangefochten, weil ihre Glaubensansicht ihnen gestattet, sich in dem Gehorsam gegen die Ordnungen der Kirche zu halten und nicht als offene Bekämpfer derselben und ihrer Lehre aufzutreten; für den individuellen Glauben hat das Kirchenregiment keine Inquisition; es ist aber seines Amtes, gegen solche Lehrer der Kirche einzuschreiten, welche wider das Bekenntniß derselben kämpfend auftreten in Schrift und Predigt, in Liturgie oder Verwaltung der Sacramente, in Volksvorträgen endlich, in welchen sie über die Grenzen ihres Berufs hinausgreifen, und der Pfarrer Uhlich steht seit lange unter solchen in den vordersten Reihen der Agitatoren. Da der rc. Uhlich sich auf sein Gewissen beruft, so wird dasselbe ihm gesagt haben, daß es sich mit gutem Gewissen auch nicht verträgt, Namen und Autorität eines Dieners der evangelischen Kirche zu misbrauchen zu dem Versuch, diese Kirche zu verwirren und den Glauben ihrer Glieder zu untergraben. Es steht ihm frei, ein Diener seiner Lehre zu bleiben, wenn er sich mit der der evangelischen Kirche nicht zu vertragen vermag, aber nicht als Lehrer dieser Kirche selbst, welche ein anderes Bekenntniß als das seinige hat, das sie nicht aufzugeben gesonnen und bei welchem sie zu schützen meine Pflicht ist. Mein Patent vom 30. März d. J. hat Jedem, dem sein Gewissen verwehrt, seine Gemeinde im Bekenntniß der Kirche zu stärken, den Weg gezeigt, aus diesem Conflict zu kommen, ohne in den andern erwähnten Gewissenswiderspruch zu verfallen. Dem Pfarrer Uhlich muß es daher überlassen bleiben, ob er diesen Weg erwählen oder ob er, wie die Menge der rationalistischen Geistlichen, sich den Ordnungen der Kirche und den Foderungen des Amtes, nach welchem er sich nennt, friedsam und ohne agitatorisches Streben fügen will. In beiden Fällen wird er vor jeder Anfechtung vollkommen sicher sein. Berlin, den 30. April 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An den Staatsminister Eichhorn.

B. Mein König und mein Herr! Ew. königl. Maj. bitte ich um christliche Schonung und Geduld, und ich weiß, daß ich diese Bitte aus dem Herzen vieler Tausende spreche. Ew. Maj. erblicken in der evangelischen Kirche Ihres Landes eine Anstalt, welche unabänderlich auf dem Bekenntniß der Reformatoren ruhe. Ew. Maj. sind daher geneigt, in dem Verfahren derjenigen Geistlichen, welche dies Bekenntniß nicht mehr zu dem ihrigen machen können und dieser Ueberzeugung gemäß ihr Amt verwalten, Untreue und Auflehnung gegen göttliche und menschliche Ordnung zu erblicken. Ew. Maj. Consistorium verfährt nach diesem Maßstabe; demnach ist meine Stellung, der der Behörde gegenüber, eine solche geworden, daß ich heute in meinem Amt allenfalls noch geduldet, morgen vielleicht schon mit Entfernung aus demselben bedroht bin. Hier ist es, wo ich um Schonung und Geduld bitte. Ich bin auf der königl. Universität Halle von Rationalisten zum Geistlichen gebildet; ich bin mit meiner offen ausgesprochenen Ansicht vom Christenthum in meine geistlichen Aemter eingeführt worden; ich wirke darin seit 23 Jahren nicht ohne Segen und weder meine Erfahrung noch mein Studium haben mich von meinem Rationalismus zurückgebracht. In demselben Falle sind viele Geistliche; unsere Auffassung des Christenthums theilen viele Tausende von Ew. Maj. Unterthanen, und unser Leben mag sich darüber ausweisen, ob wir darum schlechtere Unterthanen sind. Wir können irren, und Ew. Maj. können Recht haben, indem Sie wünschen, daß der Rationalismus vor dem Glauben der Reformatoren verschwinde. Der Rationalismus wird auch gewiß unterliegen und verschwinden, wenn er wirklich ein Feind des Christenthums ist. Aber das Evangelium reicht für seine Kämpfe nur eine einzige Waffe dar, das Schwert des Geistes, also Belehrung, Ueberwindung durch Gründe; und dessen scharfe Spitze kehrt es nur gegen Eine Klasse von Menschen, gegen die Heuchler.

Wir rationalistischen Geistlichen befinden uns mitten in der evangelischen Kirche und haben uns nicht hineingeschlichen, sondern sind von den gesetzlichen Behörden hineingerufen worden, können uns auch bis heute nicht davon überzeugen, daß wir mit unserm Rationalismus nicht ihre wohlberechtigten Diener wären. Ist es nun nicht hart, wenn wir von unserer Behörde gedrängt und bedroht und dadurch in die schlimme Wahl hineingetrieben werden, entweder zu heucheln oder unsern Wirkungskreis wider unsere Ueberzeugung aufzugeben? Diejenigen von uns, welche bisher ungrachtet aller drohenden Zeichen blieben, was sie waren, sind sie nicht dem Dienste der Kirche und des Staats immer noch ersprießlicher als Diejenigen, denen es leicht wird, ihre Ueberzeugung nach den Umständen zu verändern? Was hilft das Bekenntniß, wenn der Glaube, also die redliche Gesinnung, die Treue fehlt? Ew. Maj. bitte ich flehentlich, gebieten Sie Ihren Behörden auf dem eingeschlagenen Wege Einhalt, und haben Sie Geduld mit uns. Wir sind ja Ihre Unterthanen; lassen Sie uns in unserm uns von Gott gegebenen König unsern väterlichen Beschützer erblicken. Die evangelische Kirche läuft bei dieser Schonung wahrlich nicht Gefahr. Unsere Stimme, wenn wir denn im Irrthume sind, wird vor der Macht der Wahrheit verhallen, wir werden eines Andern überzeugt werden oder aussterben, und die Rechtgläubigkeit wird einen zwar langsamern Sieg, aber einen Sieg nach christlicher Kampfesregel feiern. Jene Stimme, welche dort in Jerusalem im hohen Rathe noch eine Seltenheit war, darf wol auf eine Stelle im Rathe christlicher Mächtigen Anspruch machen, die Stimme Gamaliel's: „Ist der Rath oder das Werk aus den Menschen, so wird es untergehen. Ist es aber aus Gott, so könnet ihr es nicht dämpfen, auf daß ihr nicht erfunden werdet als die wider Gott streiten wollen." In tiefster Unterthänigkeit Ew. königl. Maj. getreuer Unterthan der Prediger (gez.) Uhlich. Magdeburg, den 16. April 1847.

— Die vielbesprochene Wahl zum Director des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin ist nun erfolgt und auf den Professor Dr. Bellermann gefallen, der die Function des Directors seit längerer Zeit bereits interimistisch versah.

Oesterreich.

Aus **Wien** vom 10. Mai schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „Zu dem neuerlichst beschlossenen Verbote der Getreideausfuhr über die Grenzen von Böhmen, Mähren, Schlesien, Oberösterreich und Salzburg nach Deutschland trugen hauptsächlich zwei Umstände bei. Fürs Erste begannen sich die Preise fast eben so hoch zu stellen wie auswärts. Die zweite, politische Rücksicht war der Hinblick auf jenen bedauerlichen Kreis, welchen von einem Ende Deutschlands zum andern die Getreide-Emeute, dieses neueste Kind der bösen Laune des Jahrhunderts, durchlaufen hatte. Die Unruhen zu Kommotau, Eger, Prag sind bekannt; allein es kamen in Böhmen, Mähren, Schlesien noch mehre andere zum Vorschein. Zu Klattau nächst der bairischen Grenze rottete sich das Volk zusammen und wollte die Fruchtwagen nicht abziehen lassen. Der Kreishauptmann sah sich daher veranlaßt, auf eigne Verantwortlichkeit hin die Ausfuhr zu sistiren. Zu Königswarth kam es zu höchst tumultuarischen Auftritten; nicht minder zu Schöneberg, nächst der mährisch-schlesischen Grenze. Unter solchen Umständen sahen sich zunächst jene Behörden, welche mit dem Volk in unmittelbarer Berührung stehen, veranlaßt, ein Ausfuhrverbot anzutragen, und endlich stimmten ihnen auch Diejenigen, welchen das Interesse des Handels zur Vertretung angewiesen ist, bei. Sicherm Vernehmen nach bleibt Triest für den Getreidehandel offen; ebenso Galizien. Es entsteht nunmehr die Frage, ob sich nicht über Krakau ein gewisser Export für Preußisch-Schlesien organisiren wird. Der ungarische Zwischenzoll ist bis jetzt nicht aufgehoben worden. Er beträgt übrigens ein Minimum, höchstens 14 Kr. pr. Metzen, und es dürfte an den Conjuncturen wenig geändert werden, selbst wenn mit ihm eine bestimmte Modification zur Ausführung käme.

Spanien.

Im Mittelländischen Meere ist ein amerikanischer Kauffahrer von einem mejicanischen Kaper oder Kriegsschiffe genommen worden. Am 6. Mai lief in Barcelona die mejicanische Kriegsfeluke Unico von einer Kanone und 33 M., Capitain Don Lorenzo Sisa, ein; dieselbe führte als Prise die amerikanische Corvette Carmelita von 198 Tonnen, Capitain J. Littlefield, mit sich, welche mit einer Kafferladung von Ponce nach Triest bestimmt war und in den Gewässern von Iviza von dem Mejicaner aufgebracht wurde. Auf Verstellung des amerikanischen Consuls haben die Behörden von Barcelona beschlossen, die beiden Schiffe nicht aus dem Hafen zu lassen, bis nicht weitere Weisungen von Madrid eingetroffen sind. In Barcelona war man der Meinung, daß die spanische Regierung sich nicht getrauen werde die Prise zu condemniren, daß sie aber dem Mejicaner gestatten werde mit seiner Beute zu gehen wohin er will. Ein amerikanisches Kriegsschiff fehlt in jenen Gewässern, sonst würde dem Unico sein Raub bald wieder abgejagt sein. Der englische und der französische Consul in Barcelona erklären, daß man es in ihren Ländern ebenso halten werde, der Mejicaner kann also seine Prise weder in Spanien, noch in Frankreich, noch in Gibraltar condemniren lassen, und es ist daher zu fürchten, daß er auf hoher See die amerikanische Mannschaft niedermachen und Schiff und Ladung irgendwo an der afrikanischen Küste verkaufen wird. Denn diese Leute sind nicht viel besser als Piraten. (W.-Z.)

Großbritannien.

London, 10. Mai.

Einige Blätter behaupten, daß binnen vier Wochen die Auflösung des Parlaments erfolgt sein werde. In dem vorgestern gehaltenen Cabinetsrathe sei das Ministerium darüber einig geworden. Im Betreff der irischen Armenbill werde den irischen Landlords keinerlei Zugeständniß gemacht werden. Der Morning Herald, als steter Vertreter der Landinteressen, nimmt sich auch jetzt der von aller Welt angegriffenen irischen Landlords an und ruft ironisch aus, daß ein Wunder geschehen und Gerechtigkeitsgefühl, Ehrenhaftigkeit, Bruderliebe aus der Brust derselben plötzlich verschwunden seien und bei den Whigs ihre Heimat aufgeschlagen hätten.

— Die Nachrichten aus **Dublin** vom 8. Mai lauten über das Befinden des Lordlieutenants so schwankend hinsichtlich des Wesentlichen wie bisher. Er hatte wieder eine ziemlich ruhige Nacht verbracht; gegen Abend aber befand er sich weniger gut. Ueber die Noth und das Elend, welches Mangel, Armuth und Seuchen im Lande verbreiten, vernimmt man fortwährend die schauderhaftesten Mittheilungen. Als Jemand kürzlich den Begräbnißplatz in Skibbereen besichtigte, sah er hier den Kopf, dort einen Fuß kürzlich Beerdigter aus dem Boden hervorragen; eine Leiche hatten die Hunde halb ausgescharrt und angefressen. In einem 5000 Bewohner zählenden Kirchspiele der Grafschaft Cork ist die Hälfte vom Fieber befallen. Auch aus Dublin mehren sich die Klagen. Alle Geschäfte und selbst der Handel mit Lebensmitteln stockten, weil die letztern von vielen Leuten, wo man es gar nicht gewohnt ist und nicht erwarten sollte, schon seit einiger Zeit auf Credit genommen wurden. Das ungünstige Wetter und anhaltende kalte Ostwinde hatten außerdem die Vegetation ausnehmend zurückgehalten. Erst am 7. Mai war der Wind nach Mittag gegangen und hatte sich ein längstersehnter Regen eingestellt.

— Die außerordentliche Versammlung des Repealvereins in Dublin zu Berathung und Beschließung einer Dankadresse an die Amerikaner (Nr. 133) hat unter Vorsitz des letzten Lordmayors, Alderman Reshan, stattgefunden. John O'Connell beantragte die Adresse und Hr. J. O'Hea unterstützte dieselbe. Sie ward durch Acclamation angenommen und wird dem Capitain Clarke, welcher das mit Lebensmitteln zum Geschenk für die Irländer befrachtete Schiff Vixter geführt hat, von einer Deputation der Repealer übergeben werden. Das demselben Capitain zu Ehren in der Rotunda veranstaltete öffentliche Bankett ging nicht ohne allerhand auffällige Vorkommnisse vorüber. Den Vorsitz dabei führte Hr. Rich. O'Gorman, dem zur Rechten Capitain Clarke saß. Nachdem die Toaste auf die Königin, den Präsidenten und das Volk von Amerika, den Capitain Clarke und seine wackern Offiziere und Seeleute getrunken waren, schlug Jemand Friede und Gedeihen für Irland vor und wies in seiner Bevorwortung scharf darauf hin, wie Beides nur durch eigne Anstrengung erworben werden könne. Wer den Weg wissen wolle, der dazu einzuschlagen sei, möge nur Capitain Clarke fragen, wie es die Amerikaner angefangen hätten. Auf eine Adresse gab derselbe eine sehr besonnene Antwort, die von allen politischen Gesichtspunkten absah und nur seine Mission, Nothleidende zu unterstützen, hervorhob. Ein Toast auf die amerikanischen Frauen veranlaßte Hrn. T. F. Meagher im Namen der Bürger, der Demokraten von Dublin, zunächst zu erklären, wie sie einem Bürger der Vereinigten Staaten Ehren erwiesen, die sie um alles Gold Venedigs dem britischen Premierminister verweigern würden. Dann auf den amerikanischen Freiheitskampf übergehend, wurde er von dem dazu aufgefederten Vorsitzenden unterbrochen, fuhr aber nach einigem Lärm fort, wie man das Beispiel der amerikanischen Frauen ehren müsse, die Thee mit englischem Stempel verschmäht hätten und wie er hoffe, ihr Beispiel nachgeahmt und in Boston dann die irische Flagge mit Ehren empfangen zu sehen. Ein Toast auf die Presse gab auch zu einigem Lärm Anlaß. Bald nachher verließ der Vorsitzende mit Capitain Clarke und andern Gästen den Saal, wo noch Tumult durch einen Repealer entstand, der O'Connell leben lassen wollte und auch ein Lebehoch für ihn durchsetzte.

— Die Bank von Irland in Dublin hat ihr Disconto für Papiere über zwei Monate Verfallzeit auf 6½, unter zwei Monaten auf 6 Proc. erhöht.

— Das westindische Postdampfschiff Tay ist am 8. Mai mit einer werthvollen Ladung, dabei über eine 1 Mill. Dollars in geprägtem Geld und Barren, in Southampton angelangt. Unter den am Bord befindlichen Reisenden waren Lord und Lady Howard de Walden, die von Havana zurückkamen, sowie Lieutenant Davis von der königl. Marine, welcher auf dem verunglückten westindischen Dampfpacketschiffe Tweed als Admiralitätsagent angestellt war und noch an den Folgen des Schiffbruches krank liegt. In Bermuda war mit dem Transportschiffe Vengeance das 1. Bataillon des 42. Regiments Hochländer mit Oberst D. A. Cameron und auf der Resistance am 24. April auch das Reservebataillon desselben Regiments von Malta angelangt, die das von Bermuda nach Halifax gehende 20ste Regiment ersetzen. Die Colonialgesetzgebung in Bermudas war am 21. April durch den neuen Gouverneur Capitain Charles Elliot eröffnet worden, der in seiner Rede vorzüglich die Errichtung einer technischen Bildungsanstalt und die Begünstigung der Einwanderung aus Europa bevorwortete. Die Berichte über die eingebrachte Aernte und die Aussicht auf die nächste lauten von allen westindischen Inseln sehr günstig.

Frankreich.

Paris, 11. Mai.

Die gestrige Sitzung der Pairskammer wurde zur Hälfte durch den Vortrag des Berichtes über den Gesetzentwurf, das Capitel von St.-Denis betreffend, ausgefüllt. Den übrigen Theil der Zeit nahm hauptsächlich die Verhandlung über eine Bittschrift von 222 Bewohnern von Haore in Anspruch, welche um eine freie Einfuhr für Getreide, Vieh, gesalzenes Fleisch und überhaupt alle zum Lebensunterhalte der arbeitenden Klasse dienenden Gegenstände ansuchte. Sie verlangte diese freie Einfuhr permanent. Die Commission beantragte die Verweisung an den Handelsminister, welcher dagegen auf das Uebergehen zur Tagesordnung antrug und zugleich erklärte, daß durch die reichlich erfolgte Getreidezufuhr das Land bis zur Aernte versorgt, auch bereits in der andern Kammer die Verlängerung der jetzigen freien Getreideeinfuhr bis zum 31. Oct. beantragt sei. Die Bittschrift fand jedoch, zumal als temporaire Maßregel, mehrfache Fürsprache; Hr. v. Schauenburg erklärte, daß in den östlichen Departements unter Anderm schrecklicher Mangel herrsche. Wolle ihnen die Regierung, da sie kein Brot hätten, auch kein Fleisch zuführen lassen, von dem Ueberfluß jenseit der Grenze vorhanden sei und nach dem man nur die Hand auszustrecken brauche, um befriedigt zu werden? Hr. Wüstemberg sprach für die Ver-

weisung an den Minister, dem Hr. Passy seinen ihm wiederholt compromittirenden Optimismus in der Lebensmittelfrage vorwarf. Die Kammer beschloß endlich die Verweisung der Bittschrift an den Handelsminister.

Die Annahme des Gesetzentwurfs über die Ergänzungs- und außerordentlichen Credite für 1846/47 in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer haben wir schon gemeldet. Vom Handelsminister wurde ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der freien Einfuhr von Getreide und einigen andern Lebensmitteln bis 31. Oct. vorgelegt. Auf der Tagesordnung war sodann die Entwickelung von Hrn. Crémieux's Vorschlag: Mitgliedern beider Kammern die Betheiligung als Directoren oder Erwerbung von Concessionen zu Eisenbahnen oder ähnlichen Unternehmungen zu verbieten. Hr. Crémieux hob zuerst an, daß er nicht mehr das Cabinet des 29. Oct., sondern eins vom 9. Mai vor sich habe, dessen Mitglieder nicht einmal anwesend wären und deren Ansichten über seinen Vorschlag er also nicht kenne. Man habe so zu sagen dermalen telegraphische und keine parlamentarischen Minister. Der große Gegner seines Antrags sei nicht mehr Minister der öffentlichen Bauten, sondern habe dieses Departement, in welchem die Eisenbahngesellschaften seine Gunst genossen, verlassen und sich in ein anderes begeben, wo er sie für ihre Arbeiten bezahlen könne, wie sie erwarteten. Dermalen sei nur noch übrig, die Kassen des Staats aufzuthun und zu zahlen, was die Kammer übermäßig befunden habe. Hätte man vorgestern noch einen schwachen Finanzminister gehabt, der seinen Collegen nichts verweigern konnte, so habe man jetzt einen andern, der nie einem Verlangen der Eisenbahnunternehmer zu widerstehen wußte, so lange er Minister der öffentlichen Bauten gewesen. Hr. Crémieux führte als Beispiel die Lyon-Pariser Eisenbahncompagnie an, deren aus 33 Mitgliedern bestehende Verwaltung sechs Deputirte und zwei Pairs aufzuweisen habe. An diese schlössen sich die Ingenieure, Architekten und das ganze Heer subalterner Beamten an, und an dem einen Beispiele könne man sehen, welchen Einfluß eine Verwaltung besitze, die so viele Stellen zu vergeben habe. Hr. Dumon, jetziger Finanzminister, vertheidigte sein bisheriges Verhalten als Minister der öffentlichen Bauten nachdrücklich und geschickt. Die Verhandlung nahm einen immer lärmendern Gang, als Hr. Guyet Desfontaines behauptete, daß 69 Kammermitglieder Eisenbahndirectoren wären. Man foderte Namensnennung; endlich kam eine Liste zum Vorschein, durch die sich aber nur 40 Deputirte als Mitglieder an Eisenbahndirectionen herausstellten, deren Namen verlesen wurden. Zuletzt beschloß man mit großer Mehrheit die Inbetrachtnahme des Vorschlags.

— Das Journal des Débats nennt die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer eine halbe, weil es besser sei, den letzten Theil derselben nicht zu zählen. Es billigt, daß das Ministerium sich der Inbetrachtnahme des Crémieux'schen Vorschlags nicht widersetzte, sich vorbehaltend, ihn dann zu bekämpfen. Auch die «Presse» meint, die Sitzung sei eigentlich ein steter Tumult gewesen und nennt Hrn. Crémieux's Antrag eine Uebertreibung. Die neuen Minister werden von der gesammten Oppositionspresse einmüthig sehr ungünstig begrüßt.

ψ **Paris**, 11. Mai. Die ministerielle Krisis hat eine gänzlich unvorhergesehene Entwickelung erhalten, indem an die Stelle der drei abgetretenen Minister Personen gekommen sind, deren Namen nicht einmal genannt worden waren und die sich sämmtlich nicht in Paris befinden. Noch ist dieser Ausgang einer so delicaten Angelegenheit nicht mit Sicherheit zu durchschauen. Die wahrscheinlichsten Vermuthungen sind folgende. Indem die Regierung keine von den seit einigen Tagen als Candidaten für die vacanten Ministerstellen genannten Personen berief, gibt dieselbe zu erkennen, daß dieser Wechsel keine Modification des Systems mit sich bringen soll. Es bleibt bei der bisherigen Politik, und nur einige abgenutzte oder ermüdete Werkzeuge werden ersetzt. Indem man Abwesende wählte, umging man die Verlegenheit, den in Bewegung gekommenen Ehrgeiz zu versöhnen. Alle Bewerber sind auf gleichen Boden versetzt, weil Alle übergangen wurden, und man läuft keine Gefahr, Unzufriedene zu machen, wenn man Leuten anträgt, wonach sie nicht verlangt haben. Es ist ferner zu bemerken, daß alle drei neue Minister Pairs sind, somit alle Berührung der Elemente in der Deputirtenkammer vermieden ist und kein Anlaß zu Eifersucht unter den vorgeblichen Neuconservativen und den Mitgliedern der alten Mehrheit gegeben wurde. Man erkennt darin, mit welcher Vorsicht das Ministerium verfahren hat, um sich bei seiner Ergänzung nicht zu compromittiren. Weiter fragt sich nun, ob die neuen Kräfte des Cabinets ihm die vermißte Stärke geben und ob die Departements des Kriegs, der Finanzen, der Marine und der öffentlichen Arbeiten besser verwaltet und besser vertheidigt sein werden als bisher. Hr. Dumon, der zu den Finanzen übergegangene bisherige Bautenminister, ist ein gewandter Geschäftsmann, erfahrener Advocat, der Aushülfen für die finanziellen Verlegenheiten finden wird und noch jung genug ist, um Entschlossenheit und Festigkeit erwarten zu lassen. Der neue Marineminister, Herzog v. Montebello, ist ein befähigter Mann, etwas schroffen Geistes, aber von gebildetem und liberalem Verstande. Talent für die Tribune fehlt ihm nicht. Er ist hingebend conservativ und nahm schon einmal unter delicaten Umständen ein Portefeuille im Jahr 1839 an (das des Auswärtigen im Ministerium Molé vom 31. März). Daß er nie bei der Marine gestanden, ist kein Einwand wider ihn. Die Seeleute fodern fast einstimmig, daß die Marineverwaltung einem den Vorurtheilen und Rücksichten des Esprit de corps fremden Minister anvertraut werde. Sie weisen darauf hin, daß mit Ausnahme des Admirals de Rigny die guten Marineminister Frankreichs seit langen Jahren keine Seeleute waren. Von der Restauration führen sie namentlich Hyde de Neuville und Clermont-Tonnerre an.

Der neue Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Jayr, ist Präfect in mehrern Departements gewesen, und die dabei bewiesene hohe Befähigung brachte ihm die Pairswürde und jetzt das Portefeuille. Es ist zu hoffen, daß er sich auf politischem Gebiet eben so wie auf dem administrativen bewähren möge. General Trézel, der neue Kriegsminister, ist nicht mehr jung, ein tüchtiger Soldat, thätig, entschlossen, scharfsichtig, kennt Algerien, wo er mehre Commandos bekleidet, schwere Wunden erhalten und durch seine Festigkeit militairische Unfälle gut gemacht hat. Es ist ein geschickter und unbestechlicher Verwaltungsmann und hat sich in der Pairskammer auch bereits an politischen Debatten betheiligt. Der Deputirtenkammer ist er auch nicht unbekannt. Mit Einem Worte, die neuen Minister ändern im Geiste der Leitung der politischen Angelegenheiten durch das Cabinet nichts; die Zukunft wird ausweisen, ob sie ihm nützliche Mitwirkung und kräftigende Unterstützung zuführen.

Hr. Larabe-Laplagne beharrte bis zuletzt auf seinem Entschlusse, seine Entlassung nicht zu geben. Diese Hartnäckigkeit war hinderlich und kann vielleicht zu unangenehmen Erörterungen führen. Begonnen hat die entscheidende ministerielle Krisis in voriger Woche in Folge der Discussionen über die Ergänzungs- und außerordentlichen Credite. Die von den Marine- und Kriegsministern geführte matte Vertheidigung machte die Nothwendigkeit von Rücktritten fühlbar, die selbst im Wunsche der von ihren Collegen sich verlassen sehenden Portefeuilleinhaber lag. Die Frage, ob ein Rücktritt in Masse oder nur ein Wechsel einzelner Mitglieder des Cabinets zu erfolgen habe, konnte nur auf Seiten der Opposition gethan werden, und auch da nicht sehr ernsthaft. Zu einem vollständigen Cabinetswechsel bedarf es tiefliegender Gründe, namentlich ernsterer Meinungsverschiedenheit, sei es zwischen Ministerium und Krone oder mit der Majorität. Nichts davon ist vorhanden. Der König und seine Minister sind einverstanden, die letzten Wahlen haben eine conservative Mehrheit stärker als je ergeben, und zu einem Wechsel des Cabinets war also kein Anlaß. Außerdem könnte eine politische Bewegung in diesem Augenblicke gefährdende Aufregungen hervorrufen und die Factionen würden nicht verfehlen, bei solcher Gelegenheit ihre Entwürfe wieder aufzunehmen. Nur die fehlgeschlagene Intrigue kann vorgeben, es hätte ein gänzlich neues Cabinet gebildet und Hr. Guizot wie Hr. Duchatel hätten mit ihren Collegen entfernt werden müssen. Es ist das die Sprache, welche Hr. de Girardin jetzt in der «Presse» mit außerordentlicher Heftigkeit zu führen angefangen hat.

Italien.

† **Rom**, 29. April. Die Hoffnungen Derer im Auslande, welche von den durchgreifenden Reformen, die der Papst in seiner unmittelbaren Umgebung und dem seiner Obhut vertrauten Lande trifft, auf gleich durchgreifende Schritte im Kirchlichen schlossen, waren auf keinerlei Kenntniß der Personen und der Verhältnisse gegründet. Einmal ist es gar nicht wahr, daß der Papst ein Mann des politischen Liberalismus und kirchlichen Rationalismus in irgend einem Schul- oder Parteisinne wäre. Er ist ein Mann von gesunder Einsicht und von dem edelsten, echtchristlichen Herzen, und mehr gehörte nicht dazu, um die groben Misbräuche und Beschwerden, unter denen dieses Land seufzte, zu erkennen und mit Eifer an deren Abstellung zu arbeiten. Die Grundverfassung der römischen Kirche aber, nun sie mag wol manchem deutschen Protestanten als ein solcher Misbrauch und als Beschwerde erscheinen, hier zu Lande kennt man diese Ansicht nicht oder theilt sie doch nicht, und am wenigsten Papst und Cardinäle; vielmehr meint man, daß, wenn ein Verfall zu beklagen sei, er auf der Seite des gesunkenen Ansehens und Einflusses der Kirche liege und dies zu heben sei. Hierzu nun erkannte die gesunde Einsicht des jetzigen Papstes als die erste Vorbedingung, sich sichern Boden in nächster Nähe zu schaffen, die Misbräuche abzustellen, welche den Kirchenstaat durch alle Welt in so übeln Ruf brachten und zunächst die Liebe und das Zutrauen der eignen Völker im höchstmöglichen Grade zu erwerben. Das, so meint man, müsse auch der Kirche im Allgemeinen zu gute kommen, und eben deshalb findet er auch bei der hohen Hierarchie — so weit nicht ein unmittelbares persönliches Interesse an gewissen Misbräuchen entgegentritt — keine Hinderung, wie er augenblicklich finden würde, wollte er von den Grundsätzen der Gewalt abweichen, deren zeitweiliger Träger er ist.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachrichten aus Veracruz vom 4. April besagen, daß ungefähr ein Drittel, und zwar der südliche Theil der Stadt durch das zweitägige Bombardement der Amerikaner schwer beschädigt worden sei. Von den Bewohnern sind gegen 400 Personen, meist bejahrte Leute und Kinder, getödtet oder verwundet worden. Ein am 3. April zum ersten Mal ausgegebenes Zeitungsblatt, «Der amerikanische Adler», enthält in seinen

zwölf Spalten fast nichts Anderes wie die Listen Getödteter und Verwundeter und Befehle von General Scott. In der Stadt, welche „die heroische" heißt, und in der Umgegend lagen 15,000 M. amerikanische Truppen, deren Aussehen kein vortheilhaftes sein soll. Mit 14,000 M. rüstete sich General Scott zum Aufbruche nach Jalapa und Mejico; 1500 Wagen und ein starker Artilleriepark folgen dem Heere. In Veracruz und S. Juan de Ulloa bleiben 1000 M. zurück. Gegen Ende April glaubte man vor Mejico einzutreffen. Die Amerikaner hatten über 20 kleine Fahrzeuge bei dem stürmischen Wetter am 27. und 28. März an der Küste verloren. Tampico war am 31. März von 2000 M. unter Oberst Gates besetzt. Hier wie in Veracruz war bereits die Erhebung der von den Vereinigten Staaten eingeführten Zölle in vollem Gange. General Taylor wird vermuthlich während General Scott's Marsch auf Mejico eine Diversion auf San Luis und Zacatecas unternehmen.

— Die Weser-Zeitung veröffentlicht unter dem Titel „Das amerikanische Passagiergesetz. Neue Erklärungen des Schatzkanzlers", folgendes Schreiben:

„Baltimore, 6. April. Ich habe bereits das vom Congresse passirte neue Passagiergesetz und die dazu erlassenen Instructionen des Schatzsecretairs mitgetheilt, welche hier wie in Neuyork nicht geringe Sensation erregt haben. Nach diesen Instructionen sollen die Passagiere nicht allein 14 Quadratfuß Deckraum erhalten, sondern es soll auch der Platz der Schlafstellen, sechs bei 1½ Fuß, für zwei Personen (zwei Kojen über einander), also ein Raum von 4½ Quadratfuß, in jene 14 Quadratfuß nicht mit eingerechnet werden. Nach diesem Maßstabe haben ich und unser Generalconsul folgende ungefähre Berechnung gemacht, die, glaube ich, nicht weit von der Wirklichkeit abweichen wird. Ein Schiff von 500 Tonnen ladet nach dem alten Gesetze 200 Passagiere; das Zwischendeck eines solchen Schiffes, soweit es für Passagiere freigelassen bleibt, würde ungefähr messen: 25—26 Fuß breit, 80—90 Fuß lang; also mindestens (25 bei 80) 2000 Quadratfuß, höchstens (26 bei 90 Fuß) 2340 Quadratfuß. Nach dem Buchstaben des Gesetzes, welches für jeden Passagier 14 Quadratfuß verlangt, würde das Schiff im erstern Fall 143, im andern Falle 167 Passagiere laden dürfen. Gilt aber Hrn. Walker's Auslegung, nach welcher 18½ Quadratfuß auf jeden Passagier kommen, dann ist das Ergebniß im ersten Fall 108, im zweiten 126 Passagiere. Hrn. S.'s Correspondenten schreiben von Neuyork, daß sie eins der regelmäßigen Packetschiffe gemessen und gefunden haben, daß bei 18½ Quadratfuß nur die Hälfte der Passagiere, also einer auf 5 Tons, herauskommt.

Eine zweite wichtige Frage war der Termin des Gesetzes. Einige wollten auslegen, daß der 31. Mai der Termin für die Abfahrt aus Europa sein solle. Ueber dies und alles Andere war es wünschenswerth, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Der preußische Gesandte Hr. v. Gerolt, welcher bereits eine Unterredung mit Hrn. Walker gehabt hatte, lud Hrn. S. und mich ein, zu festgesetzter Stunde nach Washington zu kommen, um mit Hrn. Walker über die Angelegenheit zu conferiren. Wir waren demgemäß gestern dort, und hatten eine Audienz von einer Stunde, während welcher wir dem Mr. Secretary alle objections gegen das Gesetz und die Instruction auseinandersetzten und um seine Meinung baten. Das Gesetz, wie es der Congreß gemacht hat, kann nicht geändert werden, bis der Congreß wieder zusammentritt, aber die Auslegung desselben kann wol nach Umständen modificirt werden, und der Schatzsecretair wird nach seiner uns gegebenen Versicherung der Ausführung desselben die liberalste Auslegung angedeihen lassen, «put the most liberal construction on it.» Mit dem 31. Mai ist positiv gemeint, daß Schiffe, die nach dem genannten Tage in einem Hafen der Vereinigten Staaten ankommen, dem Gesetze unterworfen sind; wenn dieser Fall aber Schiffe treffen sollte, die von einem europäischen Hafen gesegelt sind, ehe das Gesetz dort bekannt war, und sie dies beweisen können, so wird nach erfolgter Vorstellung die Strafe erlassen werden. Was die additional 4½ square-feet für jeden Passagier anlangt, so ließ Hr. Walker sich bescheiden, daß er vielleicht das Gesetz misverstanden haben möge; er will darüber unsere und Anderer Meinungen schriftlich einholen, um sie dem Cabinet-Council vorzulegen, und möglicherweise ein anderes Circular erlassen. Die Bestimmungen wegen Construction der Schlafstellen ꝛc., deren Unzweckmäßigkeit in manchen Fällen wir ihm darstellten, mögen ebenfalls eine Modification erleiden, und wir werden nicht ermangeln, ihm schriftlich Alles an die Hand zu geben. Wir stellten unter Anderm Hrn. Walker auch vor (was er auch nicht in Abrede stellte), daß das Gesetz den armen Emigranten die Ueberfahrt so sehr vertheure, während der Congreß doch nur die Absicht gehabt habe, ihnen ihre Lage comfortabler zu machen und Misbräuchen der Schiffseigner, über welche Klagen eingelaufen waren, vorzubeugen. Zudem trifft die Instruction am härtesten die eignen nationalen Schiffe, da die neuyorker Packetboote die meisten Emigranten herüberbringen, auch über bremer Schiffe selten oder nie solche Beschwerden geführt worden sind. Hr. Walker dankte uns sehr für unsere Winke, entließ uns sehr artig und sieht unsern Mittheilungen entgegen. Nach Obigem brauchen die dortigen Rheder, welche Schiffe mit mehr als der gesetzlichen Zahl von Passagieren herüber geschickt haben, die erst nach dem 1. Mai hier ankommen könnten, keine Besorgnisse deshalb zu hegen; sie müssen indeß für die Folge auf ihrer Hut sein, bis sie über die weitern Beschlüsse des Schatzamtes Näheres erfahren."

Mejico.

Aus **Mejico** bringen die Berichte vom 1. April Näheres über die unterm 27. Febr. von der Nationalgarde im Namen der Moderados begonnene Revolution, welche die Entsetzung von Gomez Farias, des Vicepräsidenten, und die Berufung eines neuen Congresses zur Präsidentenwahl beabsichtigte. Pena y Pena sollte einstweilen Vicepräsident werden; für Santa Anna wollte man nur den Titel Oberbefehlshaber der Armee vorläufig zugeben und hoffte, er werde sich bei Saltillo ruiniren. Allein die Gentlemen der Nationalgarde, die den Beinamen Polkas, jedoch vom Tanz und nicht nach dem amerikanischen Präsidenten Polk, führen, täuschten sich. Der Congreß wollte sich nicht sprengen lassen, und da die Truppen Gomez Farias, welcher zu der demokratischen oder radicalen Partei der Puros hält, treu blieben, mußte sie ihre Saiten herabstimmen. Inzwischen hatte Santa Anna der Regierung schleunigen Beistand versprochen und eilte persönlich mit Soldaten von San Luis herbei. Auf die Nachricht davon trat in der Stadt, wo man sich in den Straßen verbarricadirt hatte, Waffenstillstand ein, bis am 22. März Santa Anna in Guadeloupe anlangte. Hier erwartete ihn eine Deputation des Congresses, die ihm, dem eigentlich von beiden Theilen Gefürchteten und ungern Gesehenen, die Präsidentschaft antrug und in deren Hände er den Eid leistete, hierauf in Mejico einzog und vom Regierungspalaste Besitz nahm. Der Geistlichkeit hat er die Zurücknahme des beschlossenen Verkaufs von Kirchengütern zugesagt, und ihr Einfluß war bei dem erfolgten Umschwunge besonders thätig. Vom Congreß ist er dagegen zu einer Anleihe von 20 Mill. Doll. autorisirt worden, und da nur in den geistlichen Kassen Geld zu finden ist, wird die Kirche dennoch sich ins Mittel schlagen müssen. Zum Kriegsminister ist General Ignatio Gutierrez, für das Auswärtige Señor Baranas, für die Justiz Suarez Iriarte, für die Finanzen Don Juan Rendero ernannt worden, welche letztere Wahl von dem Correspondenten der Times als sehr vortheilhaft bezeichnet wird. Am 1. April war der Verlust von Veracruz in Mejico bekannt. Der Congreß hatte Santa Anna zur Führung des Oberbefehls im Feld und zur Ernennung eines Vicepräsidenten autorisirt, und er wird demnächst gegen General Scott ausrücken. Von Mejico waren 3000 M., von San Luis 4000 M. auf Jalapa dirigirt worden. Vor denselben bildet Puente Nacionale diesseit La Hoja starke Positionen, um die Amerikaner aufzuhalten. General Canalizo commandirt in Jalapa. Aus dem Stillen Meere vernahm man, daß vor Acapulco ein starkes amerikanisches Geschwader eingetroffen war.

Personalnachrichten.

Orden. Hannover. Guelphenorden 4. Kl.: der Consistorialdirector Schuch in Hildesheim.

Todesfälle. Am 11. Mai starb in München der Generalmajor der Artillerie Ignaz Göschl.

Wissenschaft und Kunst.

München, 11. Mai. Sämmtliche Lehrer an den lateinischen Schulen und Gymnasien, welche die für das Lehramt vorgeschriebene Prüfung noch nicht bestanden haben, werden diese nun nachholen müssen. Die unter diese Kategorie fallenden Lehrer gehören wol ausschließlich dem Stande der Klostergeistlichen an. (N. C.)

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 13. Mai. In London besorgt man, wie die neuesten Handelsbriefe von dort mittheilen, noch eine weitere Steigerung der drückenden Geldklemme, der Schatzkanzler beabsichtigt nämlich, um eine neue Emission von Schatzbillets zu vermeiden, eine Erhöhung des Zinsfes dieser Effecten und eine Aufforderung an die bei der 8-Mill.-Anleihe Betheiligten, die Raten, welche sie noch zu entrichten haben, schon jetzt, anstatt an den bestimmten Terminen, unter dem Genuß eines entsprechenden Disconto einzuzahlen.

Börsenbericht. * Leipzig, 15. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 bezahlt und G.; Sächsisch-Schlesische 100 bezahlt; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 bezahlt und G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 200½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ Br.; Litt. B. 100 Br.; Köln-Mindener 90½ Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107 G.; Pesther 100½ Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100½ G.

Staatspapiere. Wien, 12. Mai. Bkact. 1540; Met. 5pc. 107; 4pc. 97½; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 119.

Actien. Wien, 12. Mai. Nordb. 168½; Gloggn. 124; Mail. 110⅞; Livorn. 88½; Pesth. 99½.

Berliner Börse, 14. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsch. 93½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95½, pomm. 94½, schles. 97, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 95½, Louisdor 112, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92¼ Br., Berl.-Anhalt. 109½, Berl.-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½pc. 97¼, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 107½, Breslau-Freib. 4pc. 90½, Cöln-Minden 4pc. 90½, Crak.-Oberschl. 4pc. 75, Düss.-Elberf. 5pc. 107½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107½ Br., Magd.-Halb. 4pc. 113½, Niederschles. 86, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½ Br., Litt. B. 4pc. 96½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 87, Zarskoje-Selo 70½ Br. — Quittungsbogen: Nach.-Mastr. 82, Berg.-Märk. 4pc. 82½ Br., Berl.-Anh. 100, Kassenscheine 4pc. 84½ Br., Cöln-Minden 4pc. 90½, Magd.-Wittenb. 82½ Br., Mecklenburg 74¼ Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 82½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 90, Ung. Centralb. 4pc. 99½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94½, (neue) 4pc. 91, Partial à 300 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 95½ Br., Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Zinsl. 16⅞ Br., Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅞ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½.

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Vorladung.

In der Rechtssache des Kaufmanns **Wilhelm Poel** in Amsterdam, Klägers, gegen den Postmeister **R. A. Oeser** in **Penig** (Königreichs Sachsen), Beklagten, Ausstreichung eines Pfandbuchseintrags betreffend, hat der Anwalt des Klägers zur Klagebegründung vorgetragen:

Der Kläger habe am 24. Juli 1846 in zweiter und letzter gerichtlicher Zwangsversteigerung das vormals Philipp Baum'sche, in hiesiger Gemarkung gelegene Gut um 37,000 Fl. versteigert und den Kaufschilling in Gemäßheit der Verweisung des Vollstreckungsbeamten bereits bezahlt.

Auf dieses Gut sei noch ein Pfandrecht des Beklagten, Theil 14, Fol. 170, Nr 139 des hiesigen Unterpfandbuchs eingetragen, kraft eines Urtheils, welches von der diesseitigen Gerichtsbehörde zu Gunsten des Beklagten wegen einer Foderung von 3218 Fl. 15½ Kr. nebst Zins vom 15. November 1839 gegen Philipp Baum am 23. November 1839 erlassen worden sei.

Diese Foderung des Beklagten sei, wegen Unzulänglichkeit des Erlöses, bei der Verweisung der Gläubiger durchgefallen; dessenungeachtet das Pfandrecht zufolge Proc. Ordn. § 1056, L. R. S. 2157 fg. erloschen, und der Strich von diesseitiger Stelle zu befehlen.

Darauf wird das Begehren gestützt, rechtlich zu erkennen, daß das obgedachte Pfandrecht für erloschen zu erklären und im Pfandbuche zu streichen sei, unter Verfällung des Beklagten in die Kosten.

Nachdem die Zustellung dieser Klage in der Heimat verweigert worden ist, so wird der Beklagte nunmehr auf dem Wege der Oeffentlichkeit aufgefodert,

sich binnen 4 Wochen auf die Klage diesseits vernehmen zu lassen, widrigenfalls die vorgetragenen Thatsachen für zugestanden und alle Einreden für versäumt erklärt würden.

Zugleich hat der Beklagte zur Empfangnahme von Versäumungserkenntnissen und andern Verfügungen, welche der Partei selbst oder in deren Wohnsitz zu behändigen sind, einen dahier wohnhaften Gewalthaber aufzustellen und namhaft zu machen, widrigenfalls ein solcher Insinuationsmandatar auf seine, des Beklagten, Gefahr und Kosten von hier aus ernannt werden würde.

Baden, den 17. April 1847.

Grossherzogl. badisches Bezirks-Amt.
Wilhaar. Wagen.

[1670—72]

Bekanntmachung.

In dem gegen den Kaufmann **Ferdinand Müller** allhier eröffneten Concurs ertheilt der unterzeichnete Stadtrath auf angebrachte Ungehorsamsbeschuldigung hiermit das

Decret:

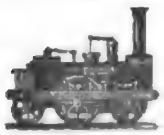
daß alle diejenigen Gläubiger des Kaufmanns **Ferdinand Müller**, welche bis zu dem am 3. d. M. gestandenen Liquidationstermine ihre Foderungen nicht oder nicht gehörig angemeldet haben, der Drohung gemäß hiermit von der gegenwärtigen Concursmasse auszuschließen.

Neustadt bei **Coburg**, den 11. Mai 1847.

Der Stadtrath daselbst.
[1951] **L. Förster.**

Nachdem die **Thüringer Eisenbahn** auch für den Güterverkehr bis **Gotha** eröffnet worden, empfehle ich mein **Commissions- und Spedition-Geschäft** angelegentlichst und sichere die prompteste und billigste Bedienung zu.

Gotha, den 10. Mai 1847.
[1973—74] ***Carl Burckas.***



Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Auf vielseitig ausgesprochene Wünsche ist **ausnahmsweise** die Anordnung getroffen worden, daß zu den gegen **halbe Taxe** fahrenden **Extrazügen** für **beide Pfingstfeiertage** nur ein besonderes Billet ausgegeben wird.

Dieses Billet kann beliebig wie folgt für einmalige Hin- und Herreise benutzt werden:

1) zur Abfahrt:

am **ersten** oder am **zweiten Feiertage** früh um 5 Uhr.

2) zur Rückfahrt:

a) am **ersten Feiertage** Nachmittags um 5 Uhr oder Abends um 7 Uhr, oder
b) am **zweiten Feiertage** früh um 5 Uhr, oder Vormittags um 10 Uhr, oder Nachmittags um 5 Uhr, oder Abends um 7 Uhr, oder endlich
c) Dienstag **(dritter Feiertag)** früh um 6 Uhr.

Die Billets in alle Wagenklassen, von und nach allen Stationen, kosten wie schon bekannt die gewöhnliche Taxe der Postzüge, gelten aber für Hin- und Herreise und werden auf allen Stationen an Jedermann einzeln oder in jeder beliebigen Anzahl ausgegeben. Auf ein Billet passiren 2 Kinder unter 12 Jahren.

Gepäck wird auf Extrabillets nicht expedirt.

Leipzig, den 15. Mai 1847.

Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1969—71]

Blätter für literarische Unterhaltung.

Jahrgang 1847. Gr. 4. 12 Thlr. April. [1976]

Inhalt: Der Weltpriester. Von L. Schefer. Von W. Wolfsohn. — Neuestes über David Hume. — Romanliteratur. — Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm III. Gesammelt nach eigenen Beobachtungen und selbstgemachten Erfahrungen und herausgegeben von A. Fr. Eylert. Dritter Theil. — Faustliteratur. Von W. Danzel. — Zur polnischen Literatur. — Rosa de Romances; 6 Romances sacados de las „Rosas" de Juan Timoneda, que pueden servir de suplemento á todos los Romanceros, así antiguos como modernos, y especialmente al publicado por el señor Don G. B. Depping, escogidos, ordenados, y anotados por Don F. J. Wolf. Von B. A. Huber. — Vorgänge zwischen Militair und Civil in Bielefeld, als Beitrag zur Charakteristik preußischer Militairverhältnisse. Schutzschrift von K. Johanning. Von M. v. Ditfurth. — Leben und Nachlaß des Isaak Maus, Bauersmann aus Badenheim. Herausgegeben von H. Sander. Von K. G. Heldig. — Die Religion des Judenthums in acht Vorlesungen. Von S. Stern. — Königin Margarethe. Historisches Gedicht in zehn Gesängen von B. S. Ingemann. Aus dem Dänischen übersetzt von C. W. G. v. Rumohr. — Friedrich Schiller. Von Richard Morning. — Drei Sommer in Tirol. Von L. Steub. — Nordamerikanische Ortsnamen. — B. Appert, Erinnerungen aus meinen Erlebnissen am Hofe Ludwig Philipp's, aus den Zeiten des Kaiserreichs und der Restaurationen. Deutsch herausgegeben vom Verfasser und K. Ploetz. — Geschichte der volksthümlichen schottischen Liederdichtung. Von Ed. Fiedler. — Über die menschliche Hand. — Susanne. Von A. v. Sternberg. — Zeitgedichte. Von W. Alexis. — Dresden und die Dresdener, oder Spiegelreflexe aus Dresdens Gegenwart. Von Traumund Wanderer. Frescogemälde und Federzeichnungen in niederländischer Manier. — Verschiedene Ansicht. — Zur Tagesliteratur. Von F. Marquard. — Die archäologischen Studien in Frankreich. Von G. F. Günther. — Cinque letture di economia toscana lette nell' Accademia dei Georgofili dal socio ordinario Gino Capponi. — Spanische Literatur. — Österreichische Dichter. Von J. Gegenbaur. — Magdeburg nicht durch Tilly zerstört. Gustav Adolf in Deutschland. Zwei historische Abhandlungen von A. Heising. — W. v. Humboldt's gesammelte Werke. Fünfter Band. Von G. E. Guhrauer. — Zur polnischen Literatur. — Romanliteratur. — Statistisches Jahrbuch für 1846. Herausgegeben von K. A. Müller. — **Notizen; Miscellen; Bibliographie; Literarische Anzeigen u. s. w.**

Von dieser Zeitschrift erscheint täglich eine Nummer, und sie wird in Wochenlieferungen, aber auch in Monatsheften ausgegeben. Ein

Literarischer Anzeiger

wird mit den **Blättern für literarische Unterhaltung** und der **Isis** von Oken ausgegeben. Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Zeile 2½ Ngr. Besondere Anzeigen ꝛc. werden gegen Vergütung von 3 Thlrn. den **Blättern für literarische Unterhaltung** beigelegt. **Leipzig**, im Mai 1847.

F. A. Brockhaus.

Digitized by Google

Durch alle Buchhandlungen ist gleich vollständig oder auch beliebig in sechs einzelnen Bänden und Abtheilungen allmälig zu beziehen:

Wörterbuch der lateinischen Sprache.

Nach historisch-genetischen Principien, mit steter Berücksichtigung der Grammatik, Synonymik und Alterthumskunde bearbeitet. Nebst mehren Beilagen linguistischen und archäologischen Inhalts.

Von

Dr. *Wilhelm Freund.*

Das Ganze jetzt vollständig in 4 Bdn. gr. Lex.-Octav kostet 17 Thlr.

(I. 3½ Thlr. II, I. 1⅙ Thlr. II. 2. 3⅓ Thlr. III, I. 2⅓ Thlr. III, 2. 2⅓ Thlr. IV. 4 Thlr.

Nach dem einstimmigen Urtheile der berühmtesten und competentesten Philologen ist das Freund'sche Wörterbuch das erste lexikalische jetzt ganz vollendete Werk von grösserm Umfange, in welchem die geschichtliche und rationale Entwickelung der Wortbedeutungen mit wissenschaftlicher Schärfe und Klarheit dargelegt ist, und welches auch durch die Reichhaltigkeit seines Materials, namentlich hinsichtlich der ältern lateinischen Sprachperioden, alle bisherigen lateinischen Wörterbücher übertrifft.

Die Anschaffung kann auch allmälig geschehen, da jede Abtheilung einzeln verkäuflich ist.

Zur etwa gewünschten vorherigen nähern Einsicht sind Probeblätter, wie auch der erste Band dieses Wörterbuches durch alle Buchhandlungen zu erhalten.

[1881] **Hahn'sche Verlagsbuchhandlung in Leipzig.**

Noël's neueste Grammaire.

Bei **Robert Friese** in **Leipzig** erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Praktische französische Grammatik für Deutsche.

Ein Lehrbuch, dessen Regeln sich auf das Dictionnaire de l'Académie, auf die Grammaire nationale und auf die besten bis jetzt erschienenen und von dem Conseil royal de l'instruction publique genehmigten Sprachlehren gründen. Zum Gebrauch für Schulen und zum Selbststudium, von Dr. **L. Noël**, Professor am herz. Gymn. zu Dessau. 1847. Gr. 8. 36 Bogen Median. Preis 1½ Thlr.

Dieses nicht genug zu empfehlende Lehrbuch ist bereits in drei Schulen eingeführt, was bei dem Festhalten an den gewohnten Grammatiken gewiß am besten für seine zweckmäßige und treffliche Einrichtung spricht. [1912]

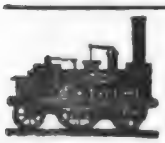
Das Friedrich-Wilhelms-Seebad zu Putbus auf der Insel Rügen 1977-78

eröffnet mit dem 1. Juli, nach gewohnter Weise, die diesjährige Saison, und gewährt alsdann sowol den geehrten Badegästen als auch den reiselustig n Fremden die freundlichste Aufnahme.

Fortdauernd scheut der hochherzige Gründer keine Opfer, den so reizend gelegenen Badeort immer noch mit neuen Verschönerungen und stattlicheren Anlagen auszuschmücken, und bekundet neuerdings wiederum namentlich die Neubaute des grandiosen Salons die fürstliche Freigebigkeit und Eleganz. Dabei mangeln weder zweckmäßige Einrichtungen noch Verbesserungen und Annehmlichkeiten der mannichfachsten Art, sodaß für die Sommermonate im nördlichen Deutschland nicht leicht ein angenehmerer Aufenthalt zu finden sein dürfte, zumal auch für die täglichen Bedürfnisse bestens gesorgt ist. Die Reise nach unserm Eilande ist jetzt von allen Seiten her gleichzeitig eine leichte, bequeme und wenig kostspielige, und vereinigen sich demnach alle Elemente, zu einem zahlreichen Besuche zu animiren.

Dem Unterzeichneten bleibt es eine angenehme Pflicht, alle eingehenden schriftlichen Anfragen, etwanige Logisbestellungen und sonstige nähere Aufschlüsse eben so pünktlich als bereitwillig zu beantworten und zur Zufriedenheit auszuführen.

Putbus, im Mai 1847. Dr. ***G. Benedix***, fürstlicher Badearzt.



Oberschlesische Eisenbahn.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 8. März d. J. bringen wir den Herren Actionairen, welche auf die neu ausgefertigten 8244 Stück Stamm-Actien Lit. A. bereits dreißig Procent eingezahlt haben, hiermit in Erinnerung, daß die dritte Einzahlung mit zwanzig Procent vom 19. bis incl. 22. Mai d. J. an unsere Hauptkasse zu leisten ist.

Breslau, am 12. Mai 1847.

[1952] Das Directorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Local-Veränderung.

Einem geehrten Publicum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich mein

Cabinet zum Haarschneiden und Frisiren,

sowie mein

Lager moderner Haartouren

von heute an aus dem Parterre in die erste Etage **desselben Hauses, Petersstraße Nr. 12,** neben dem Hotel de Russie, verlegt habe.

Indem ich durch größere Räumlichkeiten den Wünschen der mich beehrenden Kunden zu entsprechen hoffe, bitte ich, das mir früher zu Theil gewordene Vertrauen auch ferner gütigst zu erhalten.

Leipzig, den 12. Mai 1847.

[1962] ***Julius Geupel***, Coiffeur.

Chromatrope und Opac-Mikroskope

in verschiedenen Größen fertigt und gibt auf frankirte Anfragen Auskunft

[1963—65] M. **Tauber** in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 17. Mai. Zweite Darstellung des **Physioskops**, der **Dissolving-Diorama-views** und des **Chromatrope** von **Marchand** und **Ellenberg**. — Vorher: **Die Maskerade im Dachstübchen**, Posse in 1 Act von C. Meirner. Und: **Wer ißt mit**, Vaudeville von Friedrich.

Soeben ist erschienen:

Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung zunächst für das Königreich Sachsen.

Neue Folge,

Sechsten Bandes Drittes Heft.

Preis ⅓ Thlr.

Inhalt: Nachtrag zu Nr. XII. des V. Bandes N. F. dieser Zeitschrift (S. 385 f.), die Rechtskraft der Entscheidungsgründe betreffend. Vom Herrn Oberappellationsrathe **Nour** in Dresden. — Ueber Quinquagesima und Lehnware nach Justinian's und Kurf. August's Constitutionen und über Lehnwaren-Ablösung nach königl. sächsischen Ablösungs-Gesetzen. Vom Herrn Advocat **Merkel** in Leipzig. (Schluß.) — Ueber die Grenzen des den Geisteswerken gebührenden Rechtsschutzes. Mit besonderer Rücksicht auf das Gesetz vom 22. Februar 1844. Vom Herrn Advocat **A. W. Volkmann** in Leipzig. Ferner: Acht wichtige Präjudizien und Auszüge aus Verordnungen der höhern Behörden in den Kreisblättern.

Leipzig, den 10. Mai 1847.

[1940] *Bernh. Tauchnitz jun.*

Karl Melzig,

Besitzer des Gasthofes

Zum Kaiser von Oestreich in Prag,

nahe dem Bahnhofe, der k. k. Post und dem Hauptzollamte, mit 60 neu und geschmackvoll eingerichteten Zimmern, geräumigen Stallungen und Wagenremisen, aufmerksamer und prompter Bedienung, empfiehlt sich dem Wohlwollen aller Herren Reisenden. [1958—61]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. A. J. Berger in Auerbach mit Frl. Aline Weisbach in Rodewisch. — Hr. Advocat Gustav Adolf Glaser in Roda mit Frl. Auguste Mathilde Westhoff. — Hr. Wilhelm Klappel in Delitzsch mit Frl. Marie v. Bünau. — Hr. Amtsactuar Volkmar Müller in Roda mit Frl. Karoline Emilie Glaser. — Hr. Ferdinand Nödler in Leipzig mit Frl. Charlotte Weißen. — Hr. Bürgermeister Albert Schmeling in Massow mit Frl. Agnes Becker.

Getraut: Hr. Oberst Freiherr v. d. Horst in Posen mit Frl. Romana v. Kurcewska. — Hr. Pfarrer M. Lagler in Pesterwitz mit Frl. Thekla Drescher aus Dresden. — Hr. Postamtsschreiber Friedrich Lindner in Bautzen mit Frl. Franziska Vierisch aus Schönefeld. — Hr. J. Sylla in Breslau mit Frl. Agnes Heinzel.

Geboren: Hrn. Major v. Aigner in Frankenstein ein Sohn. — Hrn. M. Becker in Wesel eine Tochter. — Hrn. C. Bramigk in Potsdam ein Sohn. — Hrn. Peter Dötsch in Neuerburg ein Sohn. — Hrn. Zolleinnehmer Hahn in Seehausen eine Tochter. — Hrn. Regierungsrath Hesse in Merseburg ein Sohn. — Hrn. H. Kienitz in Görlitz ein Sohn. — Hrn. C. H. Köhne in Rübenau ein Sohn. — Hrn. Pfarrer M. Märker in Brückau eine Tochter. — Hrn. Landgerichtsassessor Seidel in Kirchberg eine Tochter.

Gestorben: Frau Apotheker Marie Bauer in Schlach. — Frau Stadtschreiber Breunlin in Tuttlingen. — Hr. Actuar L. Kayser in Tuttlingen. — Frau Lehrer Christiane Krauß in Leipzig. — Frau Commissionsrath Ernestine Kühn in Meißen. — Hr. Lieutenant Philipp Freiherr v. Leoprechting in Straubing. — Hr. Prediger Rötscher in Berlin. — Frau Kammergerichtsassessor Malvina Recht in Eilenburg. — Hr. J. D. Sattler in Stuttgart. — Hr. Pfarrer Staub zu Roßwang. — Hr. Dr. und Rittergutsbesitzer Christian Gottlieb Tschirschnitz in Bojanowo.

Digitized by Google

Montag — Nr. 137. — 17. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr den Raum einer [illegible] 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. Der König von Hannover und der constitutionelle Staat. †Hannover. Das Jagdgesetz. — Opfer des Jagdgesetzes. — Die stuttgarter Tumultuanten. — Sicherheitswachen in Baden. — Deutsch-Katholischer Concil in Heidelberg. — Hoffmann von Fallersleben. — Verbot des lahrer Gesangfestes. — Die Getreidevorräthe im Großherzogthum Hessen. — Die anhaltischen Stände. *Frankfurt a. M. Die Theuerung. — Berichtigungen in der Weser-Zeitung. — Langsame Beförderung durch die Eisenbahn.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Der Nothstand. Die Mahlsteuer. Die Bürgerzeitung. *Aus der Provinz Sachsen. Universitätssachen. Die Brotunruhen. ‡Königsberg. Excesse in Labiau. Jüdischer Sabbath. Die Theuerung. — Der Polenproceß. Die Tumultuanten. — Unruhen in Koblenz.

Spanien. Die Königin in Aranjuez. Leichenbegängniß. Die Cortes. Denkschrift über die Staatsschuld.

Großbritannien. Parlament. Irische Nachrichten. Die Nachfolger des Earl of Besborough. Ueberschwemmung in Manchester.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen. Der Proceß Cubières. Todesfall. Felssturz. Expedition nach Island. ** Paris. Hr. de Girardin.

Belgien. *Brüssel. Unfall. Plünderungsversuche. Die Kammern. Die Diplomatie.

Schweiz. Die Zollconferenz.

Italien. Complot. — Cardinal Micara. Rundschreiben.

Griechenland. Athen. Ministerielles Rundschreiben. Depeschen.

Nordamerika. Der Krieg mit Mexico.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. *Leipzig. Die Altona-Kieler Eisenbahn. — Die Hessische Ludwigsbahn. — Fruchtpreise. *Leipzig. Oel. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 14. Mai. Das Schreiben des Königs von Hannover an die dortigen Stände (Nr. 118) bewährt wieder einmal den alten Spruch von der Berührung der Gegensätze, und nicht die Radicalen, sondern die echten conservativen Constitutionellen haben die meiste Ursache dagegen zu protestiren, und zwar in zweifacher Hinsicht. Jenes Schreiben bezeichnet als die Merkmale des „constitutionellen Staats": daß in ihm Theilnahme der Stände an den Regierungsrechten, Verantwortlichkeit der Minister gegen die Stände und Herrschaft der ständischen Majoritäten stattfinde. Das Alles aber, so schließt es weiter, sei gegen das deutsche Bundesrecht, folglich dürfe es in Deutschland keinen constitutionellen Staat geben, und da die Verfassung Hannovers obige Merkmale nicht darbiete, so sei jedenfalls Hannover kein constitutioneller Staat. Nun, was zuvörderst die „Theilnahme der Stände an den Regierungsrechten" anlangt, so ist sie allerdings formell nicht blos durch das Bundesrecht, sondern auch durch die Natur der Sache und alle gesunde Politik ausgeschlossen, denn die Regierungsrechte gehören eben überall der Regierung. Materiell aber wird in Deutschland, ja selbst in Hannover, eine bestimmte Betheiligung der Stände bei deren Ausübung nicht in Abrede gestellt werden können. Denn wo z. B. kein Gesetz ohne ständische Zustimmung zu Stande kommen kann, da mag immer die Regierung die Gesetzentwürfe vorschlagen und die Gesetze bekannt machen, das Gesetz selbst ist dann doch das Product zweier Factoren: der Regierung und der Stände. Auch in England und Frankreich erscheinen die Gesetze als Gesetze, die der König gibt. Dagegen war eine solche Theilnahme an Regierungsrechten, welche bestimmte Rechte, die nach heutigen Begriffen unbedingt nur der Regierung gebühren, in die Hände der Stände brachte, weit häufiger in der altständischen Verfassung, in dem sogenannten Patrimonial- oder Feudalstaat, als in dem heutigen. — Verantwortlichkeit der Minister gegen die Stände ferner, worunter natürlich nur verstanden werden kann, daß die Stände ein Anklagerecht gegen die Minister haben, kann unmöglich gegen das Bundesrecht sein, denn sie besteht in allen den deutschen Staaten, die man zeither constitutionelle genannt hat, außer in Hannover, und auch da besteht sie erst seit 1837 nicht mehr. Die eigenthümlichen Ansichten des hannoverschen Cabinets über diesen Punkt sind jedoch schon bei Gelegenheit des dortigen Verfassungsstreites mehrfach zu Tage gekommen und der König bewährt hierin nur seine bekannte Consequenz. — Wenn jenes Schreiben endlich drittens die Herrschaft ständischer Majoritäten für ein Merkmal des constitutionellen Staats ausgibt, so werden das die Radicalen allerdings bestens acceptiren, es würde aber hiernach freilich keinen einzigen constitutionellen Staat in Deutschland geben, denn jener Umstand ist nicht nur factisch nirgend in Deutschland in Uebung, nicht nur in keiner Verfassung vorgeschrieben, nicht nur nach dem Bundesrecht unzulässig, sondern er ist auch überall in Deutschland verfassungswidrig, durch Buchstaben und Geist aller Verfassungen ausgeschlossen. Es ist hier in jenem Schreiben eine einzelne, nur in England in sicherer Wahrheit bestehende, nur dort in den Verhältnissen begründete Ausführungsweise des constitutionellen Staats: der Staat nämlich der parlamentarischen Herrschaft mit dem constitutionellen Staat überhaupt verwechselt worden. Die Idee des letztern aber, auch wenn wir von dem Buchstabensinn absehen, wo er ganz im Allgemeinen den Verfassungsstaat bedeutet, ist sehr vielfacher Ausführungsweisen fähig, wie denn z. B. die schwedische und wieder die norwegische Verfassung ganze Systeme für sich bilden, die sich von dem englischen wenigstens eben so unterscheiden wie das deutsche System. Dieses ist das System der durch ständische Volksvertretung gemäßigten Monarchie, welche letztere, mit und aus dem Volk erwachsen, aber auf eignes Recht gegründet, sich als selbständigen Regierungsorganismus fühlt, aber bei Ausübung ihrer Rechte an Verfassungen und Gesetze und vielfach an die verfassungsmäßige Mitwirkung ständischer Gewalten gebunden ist, die zugleich die Fürsprecher und Vertreter, die Tribunen des Volks bei der Regierung sind. Dieses System ist auch eine — und nicht die schlechteste — Ausführungsweise des constitutionellen Staats, der Reinheit der Volksvertretung um so günstiger, als es die Verlockungen der Herrschsucht ausschließt, der Wahrheit das treueste, weil es der Regierung nicht bloße Scheinrechte zutheilt, der deutschen Geschichte und den deutschen Zuständen das einzig entsprechende.

†Hannover, 12. Mai. Bekanntlich haben in der unlängst vertagten Ständeversammlung mehrfache Verhandlungen über unsere harten Wilddiebstahlsgesetze stattgefunden, insbesondere über Aufhebung des Art. 22, der den königlichen wie Privatjagddienten die Berechtigung gibt, selbst auf flüchtige Wilddiebe zu schießen. Unter den jetzt nachträglich veröffentlichten Actenstücken befindet sich auch das Schreiben, in welchem die Stände das Resultat ihrer desfallsigen Verhandlungen der Regierung vorlegen. Wir übergehen die Recapitulation der Debatte und nehmen nur den Schluß des Schreibens hier auf: „Wiewol bei so abweichenden Ansichten (zwischen der I. und II. Kammer) eine Vereinigung über die völlige Aufhebung des fraglichen Art. 22 des Gesetzes von 1840 nicht hat erreicht werden können, so ist man darüber allgemein einverstanden gewesen, daß die Ausdehnung, welche demselben gegeben worden, nicht minder wie die große Häufigkeit der Fälle, wo die Befugniß des Art. 22 auch den Privatjagdberechtigten und ihren Dienern speciell von der Regiminalbehörde verliehen worden, mit den beschränkenden Bevorwortungen der Stände von 1840 nicht vereinbar gewesen. So wie diese nämlich gleich damals, in voller Anerkennung der mit einer solchen außerordentlichen Bestimmung verbundenen Gefahren, diese ihrem Grund und Zwecke nach nur als eine außerordentliche Maßregel angesehen haben, die sich nur auf diejenigen einzelnen Landestheile oder Gegenden zu beschränken habe, wo solche nach dem Grade des Uebels und der Gefahr als wirkliches Bedürfniß erkannt worden, und wie gleichfalls eine so große Ausdehnung rücksichtlich der Privatjagden, insonderheit aber bei Koppeljagden ganz außer der Absicht der damaligen Ständeversammlung gelegen hat, so haben Stände diesem Allen nach sich verpflichtet gehalten, die k. Regierung dringend zu ersuchen: 1) den Art. 22 des Gesetzes von 1840, so lange dessen Anwendung nicht überhaupt ganz überflüssig werden wird, nur in möglichst wenigen Jagdrevieren, in Koppeljagdrevieren aber gar nicht zur Anwendung bringen zu lassen; 2) die erweiterten Befugnisse nur durchaus zuverlässigen und besonnenen Privat- Forst- und Jagddedienten, aber nur in den äußersten Fällen beizulegen; 3) die größte Vorsicht bei Ausübung dieser Befugnisse den Forst- und Jagddedienten zur strengsten Pflicht zu machen, jedes pflichtwidrige und leichtsinnige Verfahren derselben aber zur nachdrücklichen Bestrafung zu bringen; 4) zur Verhütung der Wilddieberei auf thunlichste Einschränkung des Hochwildstandes sowie auf geeignete polizeiliche Maßregeln Bedacht zu nehmen: ein Punkt, welchen Stände bei ihren Anträgen in Beziehung auf die Wildschadengesetzgebung zum gerechten Schutze der gefährdeten landwirthschaftlichen Interessen bereits vielfach geltend gemacht haben, und auch hier nicht dringend genug empfehlen können." Diesen Anträgen haben sich auch die Regierungsmitglieder nicht widersetzt; man schloß daraus, daß es dem Ministerium nicht unlieb sein würde, mit Hinweisung auf die ständische Einsprache die übri-

Digitized by Google

aus häufigen Anträge der Jagdberechtigten auf Beilegung der erweiterten Jagdbefugnisse für sich und ihre Bedienten abweisen zu können.

— **Aus dem Göttingischen** wird der Weser-Zeitung wieder von einem Opfer des Jagdgesetzes gemeldet. Ein gräflich Hardenberg'scher Jäger schoß einem fliehenden Wilddieb einen Schrotschuß in die Beine, und als er hierauf noch nicht stürzen wollte, eine Kugel durch den Kopf.

— **Aus Stuttgart** vom 10. Mai schreibt die Karlsruher Zeitung: „Es ist nun erhoben, daß am Sonntage vor acht Tagen in einem der östreichen Seitenthälchen, die sich vom stuttgarter Thal in die umgebenden Berge hineinschieben, im sogenannten Vogelsang, eine Versammlung der Rädelsführer des Tumults vom 3. Mai stattfand; auch kennt man die Kneipen, die ihnen als Hauptsammelplätze dienten. Nun der Hauptschlag gescheitert ist, fehlt es nicht an Verräthern unter dem demoralisirten Haufen."

— **Das badische** Ministerium des Innern hat in einer Generalverfügung vom 4. Mai alle Aemter angewiesen, daß sie, wo irgend ein Bedürfniß dazu sich zeigen sollte, nach der Verordnung vom 28. Mai 1810, §§. 16 u. fg. unter Vernehmen mit den Gemeindebehörden die Bildung einer bürgerlichen Sicherheitswache veranlassen und dieselbe sowol zur vordeugenden Bewachung als auch nach dem etwanigen Ausbruche eines Excesses zur schleunigen Unterdrückung desselben in Thätigkeit setzen. In Karlsruhe ist eine solche bürgerliche Bewachung bereits eingerichtet. (K. Z.)

— **In Heidelberg** nahm am 12. Mai die Kirchenversammlung der süd- und westdeutschen Kirchenlandschaft (Provinz) im Saale der deutsch-katholischen Gemeinde daselbst ihren Anfang. Bei der Berathung, ob man die allgemeine Kirchenversammlung in Berlin von Seiten der Gemeinden des südlichen Deutschlands beschicken solle, sprach sich allgemein der Entschluß aus, für jetzt bei dem Leipziger Glaubensbekenntnisse zu bleiben und nichts daran abzuändern. Es wurde mit 10 Stimmen gegen 6 der Beschluß gefaßt, den Gemeinden zu rathen, die allgemeine Kirchenversammlung in Berlin zu beschicken; ferner mit beinahe allgemeiner Zustimmung den Gemeinden zu rathen, für Beibehaltung und Nichtabänderung des Leipziger Glaubensbekenntnisses ihren Abgeordneten Aufträge zu geben; und von Seiten der gegenwärtigen Kirchenversammlung diese Erklärung nach Berlin an die allgemeine Kirchenversammlung abzusenden. (Fr. J.)

— Hoffmann von Fallersleben, der sich eine Zeit lang in **Mannheim** aufhielt, hat sich von dort entfernen müssen.

— Aus **Lahr** vom 11. Mai berichtet das Mannheimer Journal, daß das lahrer Gesangfest verboten sei.

— Sicherm Vernehmen nach hat die im Großherzogthume **Hessen** angeordnete Aufnahme aller dermaligen Vorräthe an Getreide ꝛc. das befriedigende Resultat geliefert, daß noch 504,210 Malter Getreide jeder Gattung, und 691,496 Malter Kartoffeln vorhanden sind. (Hess. Z.)

— Am 17. Mai tritt mit Genehmigung des Seniors des anhaltischen Fürstenhauses die anhaltische Land- und Ritterschaft in **Köthen** wieder zusammen.

— Die Weser-Zeitung berichtigt in ihrem Bericht über den mejicanischen Kaper im Mittelländischen Meere (Nr. 136), daß der Kaper am 2. Mai, nicht am 6. eingelaufen sei. Einem Schreiben aus Barcelona vom 4. Mai zufolge sollen sich in den dortigen Gewässern noch mehre mejicanische Kaper befinden. — Ebenso berichtigt sie in dem Brief aus Baltimore über das amerikanische Passagiergesetz (Nr. 136) im letzten Absatze den Druckfehler 1. Mai statt 31. Mai. — Ueber die bremen-neuyorker Dampfschiffahrt entnimmt sie einem neuyorker Schreiben vom 16. April Folgendes: „Der Washington wird ohne Zweifel am 1. Jun. seine Reise nach Bremen antreten. Das zweite Dampfboot Lafayette wird jetzt gebaut, aber schwerlich schon bis zum September fertig werden."

* **Frankfurt a. M.**, 13. Mai. An sämmtliche Einwohner unserer Stadt sind heute Brotkarten vertheilt worden, gegen deren Vorzeigung sie von den Bäckern ihren amtlich aufgenommenen Brotbedarf zur seitherigen ermäßigten Taxe von 32 Kr. für den sechspfündigen Laib auch ferner bis zur nächsten Aernte erhalten. Auf den frankfurtischen Dorfschaften ist dieselbe Maßnahme getroffen. Um einen Andrang von Käufern aus den nahe angrenzenden Ortschaften auswärtigen Gebiets abzuhalten, ist dagegen für Nichteinwohner Frankfurts und seines Gebiets heute die Brottaxe nach den gegenwärtigen Getreidedurchschnittspreisen von 32 auf 43 Kr. für den sechspfündigen Laib erhöht worden. Der höchste Brotpreis in dem Nothjahr 1817 war hier 42 Kr. für den sechspfündigen Laib.

— **Aus Frankfurt a. M.** vom 14. Mai klagt das Frankfurter Journal: „Schon seit drei Tagen treffen berliner und leipziger Briefe und Zeitungen um 24 Stunden später als seither bei uns ein. Sollen wol hieran vorgekommene Veränderungen an verschiedenen Eisenbahnstrecken Schuld tragen? Und gehört dann eine so bedeutende Verspätung auch zum vielgerieseten Förderungssystem neuer Eisenbahnanlagen?"

Preußen.

Berlin, 15. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 12. Mai wurde zuerst folgendes königl. Schreiben verlesen:

„Ich eröffne Ihnen auf die Anzeige vom 5. d. M., daß ich Ihr Verfahren in Beziehung auf die anliegend zurückerfolgende Petition mehrer Deputirten des Großherzogthums Posen, die Aufrechthaltung der polnischen Nationalität und Sprache betreffend, vom 29. v. M. nur vollkommen billigen kann. Denn da nach §. 13 der Verordnung vom 3. Febr. d. J. über die Bildung des Vereinigten Landtags Bitten und Beschwerden, welche allein das Interesse der einzelnen Provinzen betreffen, den Provinziallandtagen verbleiben sollen, so durfte der bezeichnete Antrag, welcher ausdrücklich dahin gerichtet ist, die den Polen im Großherzogthume Posen zugesicherte Nationalität schützen und pflegen zu lassen, indem derselbe lediglich Interessen Einer Provinz als seinen Gegenstand bezeichnet, nicht zur Berathung der Curie der drei Stände gelangen, und sind Sie als deren Marschall eben so befugt als verpflichtet, alle Verhandlungen von derselben fern zu halten, welche ihr nicht durch das Gesetz oder Reglement zugewiesen sind. Ihren Wunsch, die bezeichnete Petition ausnahmsweise zur Berathung der Stände-Curie zu überweisen, würde ich um so lieber erfüllen, als die darüber anzuknüpfenden Verhandlungen nur geeignet sein könnten, meine wohlmeinenden Intentionen für alle meine Unterthanen polnischer Nation ins Klare zu stellen; es würde aber diese Ueberweisung eine offenbare Verletzung des Gesetzes enthalten, und muß ich es mir lediglich aus diesem Grunde versagen, darauf einzugehen. Dagegen dürfen die Unterzeichner der Petition, wenn solche entweder durch Vermittelung des nächsten Provinziallandtages oder jetzt unmittelbar an mich gelangt, versichert sein, daß der Inhalt auf das genaueste geprüft und jeder Beschwerde, welche sich als begründet herausstellen möchte, Abhülfe gewährt werden wird. Berlin, am 9. Mai 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An den Marschall der Curie der drei Stände des Vereinigten Landtags, Oberstlieutenant v. Rochow."

Dann entspann sich eine lange Verhandlung über ein buchhändlerisches Unternehmen einer angeblich „amtlichen" Ausgabe der Landtagsverhandlungen. Als man darauf zwei ausgesetzte Punkte des Reglements vornahm, gab hinsichtlich der Bestätigung der Wahlen zuvörderst der Landtagscommissar Auskunft über den jetzigen Stand der Sache und ward dann ein Amendement des Abg. v. Saucken nach längern Verhandlungen dahin modificirt: „Findet sich, daß Wahlen für unrichtig gehalten oder Ungebührnisse vermuthet werden, so beschäftigt sich die Versammlung sogleich mit diesem Gegenstande, sie untersucht, was vorgefallen ist, und findet sie die Ungebührnisse bestätigt, so richtet sie den Antrag an den König, Dem abzuhelfen." In diesem Sinn erhielt der Antrag eine große Majorität. Ferner ward mit großer Mehrheit, zu welcher der Landtagsmarschall selbst gehörte, der Antrag angenommen: „daß die Beurtheilung, ob ein Antrag zur Competenz des Landtags gehöre oder nicht, dem Landtag, aber nicht seinem Marschall zustehen solle". Endlich beschloß man auf Antrag des Abg. v. Brünneck die Bitte, gegen Schluß des Landtags die Wünsche in Betreff des Reglements nochmals aussprechen zu dürfen. — Es ward hierauf zu dem Gutachten der zweiten Abtheilung, betreffend die Verordnung wegen Abschätzung bäuerlicher Grundstücke und die Beförderung gütlicher Auseinandersetzungen über den Nachlaß eines bäuerlichen Grundbesitzers, übergegangen. Der Referent v. Breitenbauch trug das Gutachten vor, was eine große Meinungsverschiedenheit in der Abtheilung selbst darlegte. Hierauf hielt der Regierungscommissar Lette einen längern Vortrag über die Geschichte des Gesetzes, dessen Princip und die Bedürfnißfrage, dem der Referent noch Einiges beifügte, während der Correferent, Abg. Lensing, gegen das Gesetz, so weit es ein Gesetz für den ganzen Staat sein solle, sich aussprach. So weit liegen zur Zeit die Mittheilungen der Allgemeinen Preußischen Zeitung über diese Sitzung vor.

** **Berlin**, 14. Mai. Die Sorge um möglichste Abhülfe und Erleichterung des herrschenden Nothstandes nimmt fortdauernd die Thätigkeit unserer Regierung in hohem Grad in Anspruch. Allmälig treffen von den auswärts eingekauften Vorräthen immer häufigere Ladungen auch in der Hauptstadt ein, sodaß die Fruchtpreise eine entschiedenere Neigung zum Sinken annehmen. Nachrichten aus Petersburg zufolge ist die Newa fast gänzlich vom Eise befreit, und es steht zu hoffen, daß mit der wiedereröffneten Schiffahrt demnächst ein Theil des in Rußland angekauften Getreides eintreffen werde. Auch die Communalbehörden sind eifrigst bemüht, die traurige Lage der niedern Volksklassen zu verbessern. Namentlich werden jetzt öffentliche Arbeiten auf Stadtkosten unternommen, doch ist die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter leider eine verhältnißmäßig noch immer sehr geringe. Am 12. Mai fand eine Versammlung der Armencommissionsvorsteher unter Vorsitz unsers freisinnigen Bürgermeisters Naunyn statt, in welcher besonders die Angelegenheit der öffentlichen Arbeiten sehr eifrig und energisch besprochen wurde. Als bemerkenswerth aus den Verhandlungen dieser Conferenz müssen wir hervorheben, daß Hr. Naunyn, welcher unter den modernen Fortschrittsmännern stets mit an der Spitze steht und in allen seinen Reden sich als den eifrigsten Vorkämpfer für Volksfreiheit und Volkswohlfahrt documentirt, ganz verwundert die Frage an die Versammlung gerichtet hat: ob denn etwa die Stadt verpflichtet sei, auf ihre Kosten den arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung zu geben? Auf diese Frage haben mehre Commissionsvorsteher mit großer Entschiedenheit geantwortet, daß dem Gesetze nach die Stadt sogar verpflichtet sei, die Nothleidenden auf ihre Kosten zu unterstützen, also

um wie viel mehr den arbeitslustigen, aber beschäftigungslosen Arbeitern Beschäftigung zu geben.

Dem Vernehmen nach beabsichtigen die hiesigen Bäcker, in einer Immediateingabe die Wiedereinführung der interimistisch aufgehobenen Mahlsteuer zu erbitten, weil sie von Seiten des Publicums unaufhörlich mit dem Verlangen bestürmt werden, bei dem jetzigen Wegfalle der Steuer das Gewicht des Brotes zu vermehren. Man sieht hier mit Spannung dem Gutachten entgegen, welches der Ausschuß des Vereinigten Landtags über die beabsichtigte Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer sowie die Einführung einer Einkommensteuer abgeben wird. Im Ganzen ist die Meinung des betheiligten Publicums der in Aussicht gestellten Einkommensteuer sehr abgeneigt, und es greift immer mächtiger die Erkenntniß Platz, daß die bestehende Consumtionssteuer beiweitem nicht so lästig und drückend sei, als die an die Stelle derselben tretende directe Steuer es unbedingt sein würde.

Die hiesige Bürgerzeitung fährt fort, sich durch eine besonnene Haltung und durch eine gründliche sachgemäße Erörterung der wichtigsten Tagesfragen vor den übrigen Localblättern der Hauptstadt vortheilhaft auszuzeichnen. Namentlich hat dieselbe bereits eine Reihe der bemerkenswerthesten Aufsätze sowol über die neuen Verfassungsgesetze als über die Verhandlungen des Vereinigten Landtags gebracht. Die Theilnahme des Publicums an dem jungen Blatt ist in erfreulichem Wachsthum begriffen. Dasselbe findet besonders in die mittlern Schichten des Bürgerstandes mehr und mehr Eingang.

* **Aus der Provinz Sachsen**, 15. Mai. Die Erwählung des Prof. Roß zum Prorector der Universität Halle erregt dort viele Theilnahme. Noch ehe diese Wahl bekannt wurde, erfolgte auch das Erkenntniß in Betreff der letzten halleschen Studentenuntersuchungen von diesem Jahre. Ein Student erhielt das consilium abeundi und ungefähr vierzig bekommen etwa zehn Tage Carcer. — Auch die Urtel in Betreff der halleschen Brotunruhen sind bereits gefällt. Ueber hundert Personen werden bestraft, viele mit drei bis vier Monaten Zuchthaus, einige jedoch nur mit acht Tagen. Aufsehen erregt eine sehr ausführliche Correspondenz aus Halle über die hiesigen Unruhen in der Trierschen Zeitung, und besonders fühlen sich die Studirenden durch dieselbe beleidigt, weil sie eine „hier noch bornirte Studentenbrut" genannt sind. In Merseburg hat eine Waschfrau die Proletarier angeführt. Bei der ersten Nachricht von einem Tumulte verließ sie das Haus eines Regierungsraths, wo sie gerade arbeitete, und stellte sich an die Spitze. Sie erklärte mit lauter Stimme: man wolle nicht stehlen, sondern nur „Rache nehmen", und drohte Jedem Strafe, der etwas nehmen würde. Mit einem Beil öffnete sie selbst den verschlossenen Laden eines Kaufmanns, auf den der Angriff besonders gerichtet war. Ein reicher Ackerbürger, zu dem die Schar ebenfalls zog, weil sie glaubte, daß bei ihm viel Getreide aufgespeichert liege, wies sich förmlich aus, daß er schon im Herbst verkauft habe, worauf man ruhig weiterzog und ihn sogar für den kurzen Schreck, der ihm eingejagt war, durch ein Lebehoch zu entschädigen wußte. Einem Gerüchte zufolge soll die Waschfrau wahnsinnig geworden sein.

ɔ **Königsberg**, 13. Mai. Soeben geht hier die Nachricht von Excessen ein, die bei der Stadt Labiau stattgefunden haben sollen. Eine mit Getreide beladene Wittinne war dort leck geworden, und der Eigenthümer des Getreides verkaufte dasselbe an die umwohnenden Landleute für 1 Thlr. 10 Sgr. Gleichzeitig aber trafen dort Kaufleute ein, die die Ladung im Ganzen an sich kaufen wollten, dem aber die Landleute sich widersetzten. Leider soll bei diesem Vorgange der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen sein.

Am 16. Mai wird eine Anzahl hiesiger Juden, die ihren Sabbath auf den Sonntag verlegt haben, ihren ersten Gottesdienst an diesem Tage abhalten. — Der hiesige Magistrat, der 6000 Thlr. zum Ankauf von Saatkartoffeln hergegeben hat, beginnt dieselben jetzt schon zu 1 Thlr. pr. Scheffel zu verkaufen. Ebenso waren die hiesigen Bierbrauer um eine Unterstützung von 15,000 Thlr. beim Magistrat eingekommen, weil sie bei dem hohen Preise der Gerste das Bier unmöglich zu dem bisherigen Preise herstellen könnten und den Preis desselben steigern müßten. In Erwägung aber, daß Bier als ein Luxusartikel gelte und daß Denjenigen, die es trinken, es nicht auf ein paar Pfennige ankommen könne, ist dieses Gesuch zurückgewiesen worden. Der Preis des Biers ist nun wirklich erhöht.

— Der Staatsanwalt, Hr. Wentzel, erklärt in der Berlinischen Zeitung, daß der sogenannte Polenproceß, d. h. die Untersuchung wegen der in Posen entdeckten Verschwörung, durch den Tumultproceß nicht die geringste Verzögerung erlitten habe oder erleide. Es sei nur Eine Anklageschrift angefertigt, die gegenwärtig mit besonderer Beschleunigung gedruckt werde, weil sehr viele Exemplare derselben erfoderlich seien. Es seien ihm vom 22. bis 24. April von dem Polizeipräsidium 210 bei dem Tumult am 21. und 22. April Verhaftete überliefert worden; im Laufe der Verhandlungen seien noch 39 Personen bezichtigt und zum Theil verhaftet worden. Von diesen 249 Personen habe er 28 dem Polizeianwalt zur Beschlußnahme überwiesen, 110 außer Verfolgung gesetzt, gegen 8 werde noch verhandelt; die Verhandlungen gegen 5 lägen zur Beschlußnahme und Anfertigung der Anklage vor. Gegen die übrigen 98 seien die Anklagen bereits dem Kammergericht eingereicht. Gegen einen Theil der Angeklagten sei bereits erkannt, zur mündlichen Verhandlung gegen einen andern Theil stehe Termin an.

— Wie die Rhein- und Mosel-Zeitung berichtet, hat auch in **Koblenz** am 10. Mai eine Störung der öffentlichen Ruhe stattgefunden, die sich jedoch darauf beschränkte, daß in dem Hause eines Kaufmanns die Fenster eingeworfen wurden. Am 11. Mai erschien eine Bekanntmachung des Gouverneurs von Koblenz und Ehrenbreitstein und des Oberbürgermeisters und Polizeidirectors, welche verbietet, 1) daß sich mehr als fünf Personen auf den Straßen zusammenstellen; 2) um halb 10 Uhr müssen alle Einheimische wie Auswärtige sich nach Hause verfügen; 3) die Gasthöfe und Wirthshäuser müssen pünktlich um halb 10 Uhr Abends verlassen werden; 4) alle Kinder müssen um 9 Uhr zu Hause sein.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 7. Mai enthält eine Bekanntmachung des Gefe político der Provinz Madrid, welche für die Dauer der Anwesenheit der Königin in Aranjuez Jedermann verbietet, ohne einen königl. Paß dahin zu kommen. Als die Königin am 5. Mai aus dem Schloß in Madrid abfuhr, verkündeten das 21 Kanonenschüsse der Hauptstadt. Sie fuhr im offenen Wagen mit ihrem Oheim und ihrer Cousine, der Infantin Josephe, durch die von einer großen Menschenmenge gefüllten Straßen, begleitet von einer Reitereescorte, die aber am Thore zurückblieb. Am 6. Mai fand das Leichenbegängniß des Congreßpräsidenten Marquis v. Girona (Castro y Orozco) statt. Mehre Minister, fast alle Senatoren und Deputirte und viele hohe Beamte waren dabei anwesend. Dem Sarge folgten 180 Wagen.

— Bei Verlesung des königl. Decrets über Prorogirung der Cortes im Senate am 5. Mai erfolgte sofort die Aufhebung der Sitzung. Im Congresse wünschten die Abgeordneten Moron und Ortiz vorher zu sprechen, was ihnen der Vicepräsident Arteta aber nicht gestatten wollte. Indessen hörte man doch, daß sie gegen diese Prorogation auf unbestimmte Zeit zu protestiren beabsichtigten. Nach dem Español würde die Session nur für die Dauer des Aufenthalts der Königin in Aranjuez unterbrochen. Das Ausgabebudget des Hrn. Salamanca für 1848 beträgt mehr als das jetzige. Unter Anderm befinden sich auch 4 Mill. für das königliche Haus mehr angesetzt, die man für den König bestimmt glaubt.

— Aus der von dem Finanzminister Salamanca dem Congresse vorgelegten Denkschrift über die Staatsschuld geht hervor, daß die Staatskasse 514,802,123 Realen an rückständigen Steuern und fälligen Geldern für verkaufte Nationalgüter zu fodern hat und 229,996,013 Realen in Verschreibungen oder Baarsummen von Käufern von Nationalgütern besitzt. Der Betrag der für verkaufte Nationalgüter in spätern Fristen und in Papiergeld noch zu leistenden Zahlungen beläuft sich auf 1,580,000,000 Realen. Von den Grundstücken, welche der Klostergeistlichkeit gehörten, stehen noch 60,781, die ein Capital von beiläufig 1,011,000,000 Realen darstellen, und aus denen der Staat eine Rente von 25,000,000 Realen bezieht, zum Verkauf. Den Werth der Güter, welche der Weltgeistlichkeit zurückgegeben worden sind, berechnet der Finanzminister auf 1148 Mill. Realen und den jährlichen Ertrag derselben auf 27 Millionen. Der Finanzminister sucht mittels dieser Angaben darzuthun, daß das Eigenthum, über welches die Nation zum Behufe der Gewährleistung ihrer Staatsschuld verfügen könne, den doppelten Betrag der letztern darstelle, falls man diesen nach dem jetzigen Curse der spanischen Staatspapiere berechne.

Großbritannien.

London, 11. Mai.

Das Oberhaus setzte mit Verschiebung einiger auf der Tagesordnung stehenden Geschäfte die Comitéberathung der irischen Armenbill fort, die zu Ende gebracht wurde. Lord Stanley beantragte abermals ein Amendement als Zusatzclausel, wonach vom 1. Jan. 1849 an keinem Pachter von zur Armensteuer zu ziehendem Eigenthume, der dasselbe für längere Zeit oder auf Kündigung inne habe, gestattet sein solle, Abzüge für erlegte Armensteuer an seinem Pachte zu machen. Auch dieser Antrag ist nur im einseitigen Vortheile der Landlords und wie der Marquis of Lansdowne darlegte, darauf berechnet, die Last der Armensteuer nicht gleichmäßig vertheilt sein zu lassen. Die Unannehmbarkeit für Irland leuchtete selbst Gegnern der Armenbill ein, und Lord Stanley zog daher seinen Antrag zurück, um ihn bei Einbringung des Berichts über die Bill am 14. Mai zu erneuern. Im Unterhause richtete Hr. Baillie die Frage an Lord J. Russell, ob nicht bei den hohen Weizenpreisen der Gebrauch von Getreide in den Brennereien auf eine bestimmte Zeit zu verbieten sein möchte? Der Premierminister erklärte sich zu sofortiger Beantwortung nicht vorbereitet, gab aber zugleich die Anzeige, daß er in den nächsten Tagen auf Verlängerung der Suspension der Getreidegesetze für weitere drei Monate (also bis Jahresschluß) antragen werde. Auf Antrag des Schatzkanzlers verwandelte sich das Haus in einen Gelddewilligungsausschuß über die 8-Mill.-Pf.-Anleihe und mit einiger Abänderung der von ihm vorhergestellten Termine, in die er auf Ansuchen der beim Anlehen Betheiligten gewilligt hatte, legte er eine

Resolution vor, wonach jedem Inhaber von Antheilen an der englischen Anleihe, der vor dem 18. Jun. oder an demselben spätere Einzahlungen vorausleisten wird, ein Disconto von 5 Proc. jährlich, für Voraussinzahlungen nach dem 18. Jun. und vor dem 10. Sept., eins dergleichen von 4 Proc. vergütet werden soll für die Zeit der frühern Erlegung. Der Schatzkanzler gab zugleich verschiedene Mittheilungen über die günstigere Wendung des Geldmarktes. Die Bank war ganz unerwartet wenig wegen Darlehen auf Schatzkammerscheine in Anspruch genommen worden. Das Eintreffen von Baarsendungen aus dem Auslande, der gegen Baarsendung nach Amerika sich stellende Curs, ließen den Fortgang der Besserung erwarten. Diese würde noch mehr sich geltend machen, wäre nicht das Steigen der Getreidepreise, das Sir Charles Wood bei der den Verbrauch sehr überwiegenden Einfuhr als überraschend bezeichnete. Im letzten Monat wären allerdings 132,000 Quarter ausgeführt, aber gleichzeitig 432,000 eingeführt worden. In der am 28. April beendigten Woche seien 200,000 Quarter zum ausländischen Verbrauch gekommen, aber dafür 533,273 Quarter Zufuhren angelangt, was für 17 Mill. Menschen auf eine Woche Vorrath sei. Bei solchen großen Vorräthen hätte man ein Sinken der Preise erwarten sollen. Die Verhandlung wendete sich wieder zu Sir R. Peel's Bankacte von 1844, gegen die Hr. Newdegate sich aussprach und die Lord Georg Bentinck niedergemacht wissen wollte, gleich dem unfruchtbaren Feigenbaume. Hr. Cardwell wies dem Letztern jedoch seine Unkenntniß der Verhältnisse sehr ergötzlich nach, über die er gleichwol wie manche Andere so glatt abspreche. Von Hrn. D'Israeli wurde dagegen der Angriff gegen die Bankacte erneuert, für welche dann Sir R. Peel das Wort nahm und zugleich der Resolution des Schatzkanzlers und der damit in Verbindung stehenden Erhöhung der Zinsen der Schatzkammerscheine auf 3 Pence täglich seine herzliche Zustimmung ertheilte. Als der Marquis of Granby dann die Vertagung der Debatte beantragte, ersuchte ihn Lord J. Russell, nicht auf seinem Antrag zu bestehen. Der Marquis wollte jedoch nicht davon abgehen und entschloß sich erst nachzugeben, als bereits die Anordnungen wegen der Abstimmung darüber begonnen hatten. Das Haus nahm nun die Resolution an und bestimmte für heute die Uebergabe des Berichts.

— Aus mehren Gegenden Irlands wird von der Unmöglichkeit berichtet, die Beisteuern unter der temporairen Unterstützungsbill in den Wahlbezirken aufzubringen. In Nenagh stellte sich die Anlage für drei Monate zur Deckung des Armenhausbedarfs und der temporairen Unterstützungen (Erhaltung der Suppenanstalten), welche in einer Versammlung der Vorsteher des Armenpflegebezirks bestimmt wurden, für einzelne Wahlbezirke desselben auf 6 Schill. vom Pf. St. des zu besteuernden Einkommens (also auf 24 Schill. jährlich von 20 Schill. Einkommen) und in einem Wahlbezirke sogar auf 8½ Schill. oder 34 Schill. jährlich. Im Kirchspiele Schull sind für drei Monate 12½ Schill. vom Pf. St. ausgeschrieben. In Kilworth wird demnächst eine Versammlung der Armensteuerzahlenden gehalten werden, um sich ähnlichen Belastungen zu entziehen. Das gesammte unter die Armensteuer fallende Einkommen ist in diesem Bezirk auf 6156 Pf. St. geschätzt und ist jetzt außer der gewöhnlichen Armensteuer zu außerordentlichen Unterstützungen (Vertheilung von Rationen an freilich beinahe die halbe Bevölkerung des Bezirks) mit 3 Schill. 1 Pence vom Pf. St. für sechs Wochen belegt worden. Eine der Resolutionen, welche der Versammlung zur Annahme vorgelegt werden soll, besagt, daß keine Acte des Parlaments und keine bürgerliche oder Militairgewalt Jemanden zwingen könne, Geld zu erlegen, das er nicht habe. Es wird sich indessen sehr fragen, nach welchem Maße jene Abschätzungen des Einkommens für Zuziehung zur Armensteuer gemacht wurden.

— Die Gerüchte über den muthmaßlichen Nachfolger des Earl of Besborough, der sich den Berichten aus Dublin vom 9. Mai zufolge wieder ein wenig besser befand, nennen noch immer neue Persönlichkeiten. Lord Carew, Lordlieutenant der Grafschaft Werferd, ein Pair von 1834, und der Bruder Lord J. Russell's, der Herzog v. Bedford, sind die neuesten Candidaten.

— Das durch **Manchester** fließende Flüßchen Medlock hat in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai einen Theil der Stadt plötzlich unter Wasser gesetzt. Viele Fabriken leiten aus dem Medlock ihren Wasserbedarf für die Dampfmaschinen herbei, und da in trockener Jahreszeit der gewöhnliche Wasserstand das nicht gestatten würde, so hat man bei Cambridgestreet und gerade unterhalb des „Little Ireland" genannten Stadttheiles Schleusen angelegt, um das zufließende Wasser zu der erforderlichen Höhe anzustauen. Am 8. Mai regnete es heftig, und man hätte diese Schleusen öffnen sollen. In Folge der Unterlassung floß der Medlock oberhalb der Schleusen am 9. Mai früh 3 Uhr über, schwemmte eine starke Backsteinmauer von 100 Fuß Länge weg und ergoß sich in alle Häuser in Wakefieldstreet, Smithstreet, Anvilstreet, Frankstreet und die angrenzenden Gassen. Viele Bewohner wurden von dem zu Thüren und Fenstern hereinrauschenden Wasser aus dem Schlaf aufgeweckt, das in manchen Häusern 6—7 Fuß hoch stieg. Vielleicht 600 weniger bemittelte und arme Familien wurden auf diese Weise heimgesucht. Von mehren Fabriken und Spinnereien wurden die untern Räume einige Fuß hoch unter Wasser gesetzt. Als es um 6 Uhr Morgens gelang, die Schleusen zu öffnen, strömte das Wasser mit solcher Gewalt ab, daß es eine neue Mauer bei der Gasanstalt niederstürzte und an den hinter derselben getroffenen Vorbereitungen zur Aufstellung eines neuen Gasometers für mehre Hundert Pf. St. Schaden anrichtete.

Frankreich.

Paris, 12. Mai.

In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer reclamirte der Abgeordnete Genty de Bussy gegen seine Anführung als Mitglied einer Eisenbahndirection in der vorigen Sitzung, indem er keiner angehöre. Auch Hr. Cordier erklärte Dasselbe. Er habe sich ehegestern vor Lärm kein Gehör verschaffen können und sage daher jetzt, daß er allerdings als Ingenieur Vorarbeiten für eine Bahnlinie geleitet habe, auch zum Mitgliede des Directeriums ausersehen gewesen sei, wenn die Linie der Compagnie zugeschlagen worden wäre, für die er, da der Zuschlag an eine andere erfolgte, nun umsonst gearbeitet habe. Die Berathung eines zweiten Gesetzentwurfs über Regulirung und Bewilligung noch einiger außerordentlichen und Ergänzungscredite für 1846/47 stand auf der Tagesordnung. Es waren meist kleinere Beträge, auch Reductionen gemachter Bewilligungen. Der Entwurf wurde ohne Debatte mit 212 gegen 33 Stimmen votirt. Hr. Odilon-Barrot verlangte sodann die Autorisation zu Anfragen über den stattgefundenen Ministerwechsel an die Regierung. Hr. Guizot erklärte sich bereit dazu, Rede zu stehen, und die Kammer bestimmte den 14. Mai zu dieser Interpellation. Ein Gesetzentwurf, durch welchen ein Theil des für 1846 zu den Bauten für die Marine in Algerien bewilligten Credits auf 1847 übertragen wird, wurde mit 204 gegen 38 Stimmen angenommen. Man beendete auch noch die Discussion über die regelmäßige Aushebung von 80,000 M. aus der Klasse von 1847, konnte aber den ganzen Gesetzentwurf wegen Unvollzähligkeit der Kammer nicht mehr votiren.

— Die Zeitungen enthalten abermals mehre Artikel über die erfolgten Aenderungen im Cabinet, das natürlich vom Journal des Débats vertheidigt wird. Es schilt die Opposition, welcher dasselbe jüngst in der Deputirtenkammer begegnete, Intrigue, die nur beserglich sei, so lange sie heimlich wirke; trete sie offen heraus, so sei sie zum Lachen. Uebrigens sei nun die Krisis zu Ende und das Ministerium einerseits, die Majorität andererseits hätten zu sorgen, daß sie sich nicht erneuere. Die «Presse» fährt mit ihren bittern Angriffen auf das Cabinet fort. Der Constitutionnel sucht auszuführen, daß es dem Ministerium eben nur nach Verdienst gehe.

— Die Vernehmung des Generals Cubières vor der Untersuchungscommission des Pairsgerichtshofs ist gestern nach einer dreistündigen Sitzung beendigt und dann für heute eine Vorladung an Hrn. Parmentier erlassen worden. Aus der Anzahl von Personen, die in der Correspondenz Beider genannt sind, ist auf eine lange Dauer dieser Voruntersuchung zu schließen.

— Die Gazette de France meldet den Tod des Pairs Marquis d'Alègre, welcher ein Vermögen von 2 Mill. Fr. Renten hinterlasse.

— In **Lyon** ist am Nachmittag des 8. Mai ein Theil des Felsen Pierre-Seize auf dem Quai de Bourgneuf herabgestürzt, glücklicherweise ohne einen Menschen zu verletzen.

— Von Cherbourg ist am 9. Mai die Corvette Prévoyante nach Island abgesegelt, wohin auch von Brest die Brigg Griffon mit dem Capitain Robin Dupare abgeht, welcher die dortige Station commandiren wird.

** **Paris**, 12. Mai. Die heftige und giftige Polemik zwischen dem Journal des Débats und der «Presse» erinnert an die schönsten Zeiten der Coalition von 1839, nur war die «Presse» damals auf Seiten des Journal des Débats und vertritt heute die Stelle des Constitutionnel, der diesmal ein eben so beredtes als unter den obwaltenden Umständen von der Diplomatie der Verbündeten gebotenes Schweigen beobachtet. Jener Hahnenkampf zwischen dem „einzigen" und dem ehemaligen Organe des Cabinets nicht minder als die ruhige Spiegelglätte auf der seit sieben Jahren ziemlich bewegten Meeresfläche des Constitutionnel bestätigen hinreichend die vorgestern mitgetheilte Nachricht von der Einverleibung der Progressisten in das gesammte linke Centrum. Wie diese Umwandlung der conservativen Progressisten in die dynastische Opposition nach und nach vor sich ging, habe ich in einigen frühern Mittheilungen, zunächst in meiner letzten nachzuweisen versucht, und will heute zu dem Gesammtbilde der Coalition nur das Portrait des Hrn. de Girardin, der hinter den Coulissen der Kammer eine thätige und in der «Presse» eine Hauptrolle spielte, hinzufügen. Die Heftigkeit und Bitterkeit, womit Hr. de Girardin in seinem Blatte die gegenwärtige Verwaltung angriff, ist aller Welt aufgefallen und mußte es noch mehr Denen, welche die geheimen Grundansichten dieses sich so unbändig gebehrdenden Reformators kennen. Personen, die durch Verhältnisse oder Stellung in die Lage kamen, den Redacteur der Presse im politischen Schlafrocke zu sehen, und deren Glaubwürdigkeit mir über allen Zweifel erhaben

ist, versichern, daß Hr. de Girardin in unbewachten Augenblicken, wenn ihn im Kreise seiner Freunde oder Derjenigen, die er für seine Freunde hält, der Freimuth übermannt, von Preßfreiheit und Allem, was er den „constitutionellen Plunder" nennt, mit der größten Verachtung spricht, die alte gute Zeit Ludwig's XIV. zurückwünscht, wo ein administratives Genie wie Colbert so viel Gutes und Großes leisten konnte, und er, Girardin, es leisten könnte, wenn das System der alten guten Zeit sich noch erhalten hätte.

Mit einer, wie man versichert, reizenden Naivetät bedauert er, um ein Jahrhundert zu spät und er weiß nicht um welche Zeit zu früh das Licht der Welt erblickt zu haben; denn, wie sonderbar das auch klingen mag, unser Mann des Fortschritts verzweifelt nicht, den gegenwärtigen Gang der Dinge in die Bahn der alten guten Zeit wieder hineinzudrängen. Ich sage hineindrängen, denn der hellsehende Scharfblick des verkappten Absolutisten glaubt nicht an die Möglichkeit, durch ein allmäliges Beschneiden, Verkürzen und Einziehen der Freiheit und des Volksantheils an der Regierung sachte und unvermerkt zum Wesen der Restauration oder gar zu dem der alten guten Zeit zurückzukehren. Nein, Hr. de Girardin meint, man müsse das constitutionelle System abnutzen, indem man alle Consequenzen daraus zieht, es ad absurdum führen und dann durch irgend eine Art 18. Brumaire es über den Haufen werfen. Daß mit einem solchen Grundtone der innern Politik die unbedingte Vorliebe und das beharrliche Streben für eine russische Allianz in harmonischem Einklange sind, bedarf keiner weitern Entwickelung.

Hingegen ist alles Das nicht hinreichend, das zeitweilige maßlose Aufbrausen dieses Machiavell der Tagespresse zu erklären. Darauf wirkten persönliche Beschwerden, die Hr. de Girardin gegen Hrn. Guizot führt, noch beiweitem mehr als seine esoterische Glaubenslehre in der Politik ein. Der „Colbert unserer Zeit" strebte schon lange danach, in den Staatsrath zu treten, und war offenherzig genug, auf seinen Beruf hierzu Hrn. Guizot im Jahr 1844 aufmerksam zu machen. Der leitende Minister war in der That geneigt, den Ansprüchen Hrn. de Girardin's Gehör zu geben, und versprach ihm die verlangte Ernennung. Unglücklicherweise bekamen zur rechten Zeit noch Hr. Bertin und einige Mitglieder des Staatsraths Wind von diesen Absichten des Cabinets, was den Einen zu der Drehung veranlaßte, dem Ministerium die Unterstützung des Journal des Débats zu entziehen, und die Andern zu der Erklärung, daß sie sich zurückziehen würden, wenn Hr. de Girardin in den Staatsrath träte. Alle Entschuldigungen des Ministers, daß sein guter Wille auf unüberwindliche Hindernisse stoße, halfen nichts, der sehr ehrenwerthe Redacteur der Presse erwiderte, ein Minister habe keine höhere Rücksicht, keine heiligere Pflicht zu beachten, als sein gegebenes Wort zu halten; es zu brechen sei, wie nachsichtig man auch ein solches Verfahren bezeichnen wolle, wenigstens eine Schwäche, ein schwaches Ministerium aber das schlechteste aller möglichen Ministerien, daher er es zu stürzen schon damals sich anschickte.

Die damaligen Angriffe der Presse und die Intriguen Girardin's in der Kammer hatten eine Coalition zwischen Molé und Thiers zur Folge, die am Ende am beharrlichen Widerstande Guizot's scheiterte. Nachdem die erschütterte Verwaltung sich wieder befestigt hatte, lenkte die Presse wenn auch mit saurer Miene wieder ein, Hr. Girardin vergaß jedoch dem Minister den „Wortbruch" nie und führte von Zeit zu Zeit seine Hiebe gegen das Cabinet. Das Verhältniß zwischen Beiden blieb ein gespanntes, und Hr. Guizot, dem die Natur Nachgiebigkeit nicht zum Angebinde gegeben, vernachlässigte seinen grollenden Freund auffallend dadurch, daß er ihm alle officiellen Mittheilungen vorenthielt und dem Journal des Débats das Monopol derselben verlieh, was die Presse nicht wenig wurmte. Rechne man noch dazu, daß Hr. de Girardin der Regierung nie vergessen konnte, den Globe und die Epoque, seine Concurrenten, unterstützt und durch Stempelnachsichten begünstigt zu haben, wozu endlich in der letzten Zeit die gerichtliche Verfolgung des Hrn. Bouthmy, eines Freundes Girardin's, wegen Corruption kam, den zu schonen dieser vergebens verlangt hatte, so hat man hinlänglichen Stoff, der die Galle dieses Reformators erzeugen mußte. Tritt zu alle Dem noch die Hoffnung, den Grafen Molé wieder an die Spitze der Verwaltung zu bringen, einen Staatsmann, dessen innere Politik im absoluten Systeme des Kaiserreichs wurzelt und dessen äußere Staatsweisheit wie die Girardin's nach Moskau sich neigt, dann ist die leidenschaftliche Sprache der «Presse» in der letzten Zeit, wie mich däucht, hinlänglich erklärt. Doch in diesem letzten Punkte wird sich im günstigsten Falle der Vielgenannte verrechnet haben und am Ende der betrogene Betrüger sein. Guizot kann fallen, Molé ihm folgen; dieser aber wird nur die Leiter sein, auf welcher Hr. Thiers die Gewalt wieder ersteigen kann, Hr. Thiers, den Girardin innig haßt, zuvörderst, weil er zwei Mal für seine Ausweisung aus der Kammer gestimmt, und dann, weil Thiers eben so unbedingt die englische als Jener die russische Allianz anstrebt.

Belgien.

* **Brüssel**, 12. Mai. In aller Eile berichte ich Ihnen das bedauernswerthe Unglück, dessen Gerücht sich diesen Morgen über die Stadt verbreitet und von den Morgenblättern bestätigt wird. Die Königin, welche ihren gestern Morgen nach Wiesbaden abgegangenen Gemahl nach Verviers begleitete, hatte an letzterm Ort einen unfreiwilligen Aufenthalt gehabt und traf in Folge dessen, bei ihrer Rückreise auf der Höhe von Ans angelangt, mit dem brüsseler Bahnzuge gerade bei dem Durchschnittspunkte der beiden Bahnen zusammen, sodaß der hierdurch verursachte Stoß die königlichen Wagen zerschmetterte. Die Königin blieb durch ein Wunder verschont; unter den Beschädigungen, die uns zur Kenntniß gebracht sind, bemerken wir die des Generals Chazal, Adjutanten des Königs, der an der Seite verletzt nach Lüttich gebracht wurde; die des Großstallmeisters, Generallieutenants Grafen D'Hane de Steenhuyze, der am Kopfe verwundet wurde; endlich die eines Hoffouriers, der den Arm zerbrach. Die Königin bewies eben so viele Geistesgegenwart als aufopfernde Hingebung; unmittelbar nach dem Ereignisse schrieb sie dem Könige, der gegen 7 Uhr die Nachricht in Deutz erhalten haben wird, woselbst er zu übernachten gedachte. — Zu diesem Vorfalle, den man indessen in Köln früher erfahren mußte als hier, gesellen sich mehrfache Plünderungsversuche in hiesiger Stadt, die seit vorgestern Nacht die ganze Gendarmerie und starke Truppenabtheilungen in Bewegung erhielten. Im Dorfe Ixelles wurde vom rachsüchtigen Volk ein mit Frucht und Kartoffeln angefüllter Pachthof in Brand gesteckt. So scheint denn zur ohnehin starken Spannung der Geister, wie sie die Wahlangelegenheit mit sich bringt, noch die Volksleidenschaft zu treten, die sich allwöchentlich an dem Steigen des Brotpreises entzündet, um so mehr, da man sich vorstellt, daß die Noth durch einige energische Regierungsmaßregeln gelindert werden könnte. Wie kommt es denn, sagt man, daß wir das Kilogramm Brot, zweite Qualität, mit 61 Centimes, d. h. 11 Centimes theurer als in der französischen Hauptstadt bezahlen? — Die Kammer der Repräsentanten ist schon seit dem 7. Mai vertagt (Nr. 134); die Anfrage des Hrn. Rogier, ob eine Kammerauflösung im Rathe der Krone beschlossen sei, wurde vom Minister des Innern dahin beantwortet, daß das Cabinet noch keinen Entschluß gefaßt habe. Der Senat, in dessen raschen Discussionen kein hervorstechender Incidenzpunkt zu bemerken ist, hat gestern seine letzte Sitzung gehalten und trennte sich unter dem Ruf: „Es lebe der König!"

Man spricht hier von der Versetzung des preußischen Gesandten, Hrn. v. Sydow, nach Bern. Als sein Nachfolger wird der schon früher hier accreditirte Graf v. Seckendorff, gegenwärtig in Hannover, genannt. Als belgischer Geschäftsträger in Madrid an die Stelle des Grafen v. Marnix ist Graf v. Lalaing designirt.

Schweiz.

Am 10. Mai versammelte sich in **Bern** die Zollconferenz, beschickt von den Cantonen Bern, Solothurn, Basel-Land und Aargau. In der ersten Sitzung wurden die Begehren von Basel-Land vernommen, welche wesentlich auf eine günstigere Betheiligung bei den Einnahmen, über die bereits garantirten 48,000 Fr. hinaus, auf beruhigende Bestimmungen in Beziehung auf den Marktverkehr und die Einfuhr von Verbrauchsgegenständen zum eignen Bedarf, auf Befreiung der baselländschaftlichen Weine von den Consumegebühren der übrigen Vereinscantone und auf Belastung der fremden Kutschen und Pferde zu 1 Batzen vom Stück gehen. Diese Begehren werden nun schriftlich mitgetheilte Gegenstände der Unterhandlungen bilden. Am Mittag traten die übrigen Abgeordneten ohne Basel-Land zusammen, um sich über die weitern Eventualitäten zu besprechen. — Die Regierung hat das Ansuchen des Bischofs von Basel zu einer Steuerbewilligung im Jura zu Gunsten der hungernden Irländer in Betracht der eignen großen Noth nicht bewilligt. (Schw. Bl.)

Italien.

Der Berlinischen Zeitung wird aus **Civitavecchia** vom 20. April von der Entdeckung eines Complots geschrieben, welches nichts Geringeres bezweckte, als das Oberhaupt der Kirche und des Staats aus dem Wege zu räumen. Die Ausführung des diabolischen Planes sei auf die erste feierliche Handlung in der heiligen Woche festgesetzt gewesen, und wenn auch im Vordergrund ein ganz anderes Kloster stände, so hätten doch die eigentlichen Anstifter, wie es allgemein heiße, dem oft genannten geistlichen Orden angehört, welcher gleich große Mittel der einen und andern Art besitze und sie auch noch immer sehr gut und auf die alte Weise kein, schlau und mit weitreichenden Zwecken zu benutzen wisse. Nach der Entdeckung hätte sich der Cardinal V. mit dem Papst incognito und mit der bewaffneten Macht nach dem Kloster, welches den Herd der Verschwörung bildete, begeben und es sei dort stehenden Fußes Gericht über die kleinern Sünder, die in die Vorderreihe geschoben worden waren, gehalten worden. Der Obere des Klosters sei nach dem Tollhause gesendet, die übrigen Bewohner desselben aber alle mit einer in der Schnelle angefertigten Art Denkmünze „für Verrath" geschmückt und in ein Reclusorium spedirt worden.

— Briefe aus **Rom** vom 6. Mai berichten, daß Cardinal Micara am 1. Mai vom Schlage gerührt worden. Der Papst hat an alle Bischöfe des Landes ein Rundschreiben gerichtet, worin der Klerus aufgefodert wird, nach allen Kräften zur Aufrechthaltung der da und dort durch Getreidekrawalle gestörten Ordnung mitzuwirken. (A. Z.)

Griechenland.

Athen, 2. Mai. Unmittelbar nach der Auflösung der Kammer wurde ein ministerielles Rundschreiben erlassen und durch Eilboten in Tausenden von Exemplaren in alle Provinzen entsendet, eine Proclamation des Ministeriums an das Volk, worin die Gründe auseinandergesetzt werden, durch welche das Ministerium in die Lage versetzt worden, die Kammer auflösen zu müssen. Das Ministerium sagt: daß schon vor fünf Monaten das Budget und das Steuergesetz vorgelegt worden, und immer habe die Kammer gezögert, es zu votiren; jetzt sei man an der Periode angekommen, wo die Ständewahlen stattfinden müßten, wo das Steuergesetz in Wirksamkeit treten müsse. Bei dem Zustande aber, in welchem die Kammer sich befinde, könne man von ihrer längern Dauer nichts mehr erwarten. Die neuen Minister hätten unter diesen Umständen das Amt angetreten und erklärt, wenn sie nicht eine bedeutende Majorität erhalten würden, so würden sie entweder ihre Entlassung nehmen oder, wenn sie das Vertrauen des Königs hätten, und in der Ueberzeugung, daß die jetzige Kammer nicht mehr die Stimme des Volks sei, zu Auflösung derselben schreiten. Gleich darauf erließen die neu ernannten Minister auch ein Rundschreiben an ihre Untergebenen, worin sie Das, was sie wollen und verlangen, aussprechen. Am folgenden Tage wurden schon die Vorarbeiten zu den Wahlen in der Hauptstadt angeordnet. Entlassungen in den höhern Regionen der Beamten konnten nicht ausbleiben; die Regierung ist genöthigt, jede abweichende politische Meinung aus dem Staatsdienste zu entfernen, da jedes Individuum ihre Thätigkeit zu lähmen im Stande ist. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten günstig; die Ernennung der neuen Minister und die Auflösung der Kammer wurde ruhig hingenommen. Die Opposition hielt im Laufe der Woche mehre Zusammenkünfte, in welchen ein Protokoll aufgenommen wurde, des Inhalts, daß die Opposition als letzte Majorität gegen die Auflösung der Kammer protestire. — Vor zwei Tagen kam ein russisches Dampfboot hier an, welches neue Instructionen für den russischen Gesandten aus Konstantinopel mitbrachte. Obgleich der Inhalt derselben unbekannt ist, so hat doch im Allgemeinen verlautet, wie die Pforte damit umgehe, die Consequenzen der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen ins Werk zu setzen. Gestern kam auch ein außerordentliches französisches Dampfboot von Konstantinopel, welches dem Vernehmen nach den griechischen Geschäftsträger in Konstantinopel, Hrn. Argyropoulos, am Bord haben sollte. Auf jeden Fall hat es dienstliche Nachrichten gebracht, die unsern Hoffnungen wenig entsprechen.

Die türkische Regierung wird in wenigen Tagen alles Das in Vollzug setzen, womit sie bei Unterbrechung des diplomatischen Verkehrs gedroht hat. Den griechischen Consuln wird im ganzen türkischen Reiche das Exequatur entzogen, die Küstenschiffahrt den griechischen Schiffern untersagt, die Einfahrt in die Dardanellen den griechischen Schiffen erschwert, den griechischen Kaufleuten ihre Magazine geschlossen werden ꝛc. Es wird auf diese Weise den in der Türkei lebenden Griechen nichts übrig bleiben als wieder türkische Unterthanen zu werden. (N. C.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Berichte vom 21. April aus **Neuyork** melden, daß der Präsident unverweilt 6000 Freiwillige für den Militairdienst aufrufen wollte, die hauptsächlich zum Ersatz für Diejenigen bestimmt waren, deren Dienstzeit ablief. Sie werden nach den drei Divisionen in Santa Fé, des Rio Grande und von Veracruz dirigirt werden. Der frühere Consul in Havana und jetzt erster Secretair im auswärtigen Amt, Hr. Trist, ist von Washington mit wichtigen Depeschen nach Mejico abgegangen, welche wegen Fortsetzung des Kriegs und eventuellen Abschlusses eines Friedens die schließlichen Bestimmungen der Regierung enthalten sollen. Es würden künftig nur noch auf Mejicos Antrag Friedensunterhandlungen möglich sein, in Ermangelung deren aber würden die Generale Scott und Taylor erst in der Hauptstadt des Landes Halt machen. Der Neworleans Picayune sagt von der zuletzt durch Hrn. Atocha der mejicanischen Regierung gemachten Offerten, daß sie im Wesentlichen auf den 26. Grad als Grenzlinie von dem Atlantischen zum Stillen Meere und dafür eine Entschädigung an Mejico von 15 Mill. sowie Verzicht auf Vergütung der Kriegskosten, die man auf 13 Mill. schätze, und Erlaß der alten Geldforderungen hinausgegangen wären. Sie waren abgewiesen worden. In Veracruz und S. Juan de Ulloa sind über 300 Kanonen und Mörser, mehr als 4000 Flinten und außerordentlich viel Munition erbeutet worden. General Scott hatte 10,000 Rationen an die Armen auszutheilen befohlen, und es wird als ein rührendes Schauspiel geschildert, wie dieselben schüchtern kamen, um der Sieger Gaben in Empfang zu nehmen. Die in ihre Heimat entlassenen kriegsgefangenen mejicanischen Soldaten begehen im Innern viel Plünderungen und Raub an den schutzlosen Bewohnern der offenen Orte.

Personalnachrichten.

Orden. Kurhessen. Hausorden vom goldenen Löwen, Ritterkreuz: der Generalconsul Heinrich Wilhelm Ludwig Oelrichs in Bremen.

Todesfälle. In Pisa starb in den letzten Tagen des April Professor Giov. Carmignani.

Handel und Industrie.

Eisenbahn. * Leipzig, 15. Mai. Nach dem Geschäftsberichte der Altona-Kieler Eisenbahndirection für 1846 betrug die Personenfrequenz im Jahr 1846 auf der Hauptbahn 410,158 Personen, von denen 21,872 an den Anhaltepunkten aufgenommen wurden und 1603 in der I., 40,409 in der II., 374,075 in der III. Wagenklasse fuhren. Die ganze Bahn befuhren 46,629 Personen; ferner die Strecke von Altona bis Elmshorn 77,635, von Kiel nach Neumünster 30,651, von Altona nach Neumünster 37,314; auf die ganze Bahnlänge reducirt ergeben sich 155,466 Personen. Durchschnittlich fuhr jeder Passagier etwas über fünf Meilen und zahlte 17,22 Schill. — Der Güter- und Viehtransport betrug: 7668 Ctr. Passagiergepäck-Uebergewicht, 37,527 Ctr. Eilgut, 563,289½ Ctr. Frachtgut, 1,084,835¼ Ctr. Producte, 23,779 Ctr. Postfracht, 12,203 Ctr. für den Bahnbetrieb (frachtfrei), 245 Equipagen, 206 Pferde, 3926 Stück Mastvieh, 205 Kühe, 10,224 Stück Kleinvieh, zusammen 1,807,584 Ctr.; wovon 562,580 Ctr. von Kiel, 345,951 Ctr. von Altona, 281,295 Ctr. von Neumünster resp. Rendsburg, 199,610 Ctr. von Bordesholm, 198,898 Ctr. von Elmshorn resp. Glückstadt, ferner 702,667 Ctr. nach Altona, 278,133 Ctr. nach Kiel, 376,046 Ctr. nach Elmshorn resp. Glückstadt, 217,188 Ctr. nach Neumünster resp. Rendsburg. Auf eine Meile reducirt ergeben sich 15,363,624 Ctr. — Die Betriebseinnahmen betrugen auf der Altona-Kieler Bahn 917,916 Mk. 9 Schill., auf der Glückstadter Bahn 53,287 Mk. 11 Schill., auf der Rendsburger Bahn 110,129½ Mk., also zusammen 1,081,334 Mk. (und zwar 572,405 Mk. für Personen, 475,973 Mk. für Güter und Vieh ꝛc.), die Betriebskosten aber für alle drei Bahnen 610,742 Mk. (incl. 37,374½ Mk. Fuhrlöhne in Altona, Kiel und Rendsburg). Von den Einnahmen der Zweigbahnen erhält die Altona-Kieler Gesellschaft resp. 28,751 und 73,720 Mk., sodaß die Glückstädter Gesellschaft die Locomotivmeile nur mit 7½ Mk. statt mit 12 Mk. bezahlt. Die Summe der sämmtlichen Einnahmen stellt sich auf 1,145,168, die der Ausgaben auf 671,688, also der reine Ueberschuß auf 473,380 Mk. Bekanntlich ist die Dividende auf 5 Proc. festgesetzt; die Glückstadt-Elmshorner Gesellschaft ertheilt 2, die Rendsburg-Neumünstersche 4 Proc. Die Zunahme gegen das Jahr 1845 betrug auf der Hauptbahn: bei der Personenfrequenz 22,104 Personen oder 6 Proc., bei der Einnahme aus dem Personentransport 42,666 Mk. oder fast 10 Proc., beim Gewichtsquantum des sämmtlichen Gütertransports 587,603 Ctr. oder über 48 Proc., bei der Einnahme aus dem Gütertransport 120,277 Mk. oder über 38½ Proc., bei der ganzen Bruttoeinnahme 162,943 Mk. oder über ¹¹⁄₁₂ Proc. Die Kosten der Zugkraft betrugen für die Locomotivmeile 2,961 Mk.; im vorigen Jahre 3½ Mk. Die Ursache der Abnahme liegt in den geringern Kosten der Locomotivenheizung. — Die Betriebsmittel bestehen in 18 Locomotiven (9 von Hawthorn, 3 von Kitson in Leeds, 4 von der Société Cockerill), 14 Tendern, 44 Personen-, 4 Post- und Gepäck-, 24 bedeckten und 136 offenen Güterwagen. — Der Bau der Bahn kann noch immer nicht für vollendet gelten, da die Pferdebahn am Hafen in Kiel wegen mangelnder Erlaubniß des dasigen Magistrats noch nicht hergestellt ist. Die geneigte Ebene bei Altona wird zur Zeit noch mittels eines Pferdegöpels betrieben; doch ist es im Werke, den Betrieb mittels eines Seiles und einer Dampfmaschine einzurichten, auch mit derselben eine Wasserkunst zur Versorgung der Stadt Altona mit Wasser zu verbinden. — Mit der Direction der Glückstadt-Heider Eisenbahngesellschaft und dem Comité für Anlage einer Bahn von Neumünster nach Neustadt sind Verträge abgeschlossen, nach denen die Gesellschaft verpflichtet ist, den Betrieb dieser beiden Bahnen zu übernehmen, falls die erstere vor Ende 1849, die letztere vor Ende 1850 vollendet ist. Ein anderer Vertrag ist mit dem Comité der kleinen Pferdebahn von Wrist nach Kellinghusen abgeschlossen, und zwar wegen Mitbenutzung des Bahnhofs in Wrist ꝛc.

Eisenbahn. **Mainz**, 12. Mai. Die Entscheidung unserer Staatsregierung in Betreff der Hessischen Ludwigseisenbahn ist gestern dem Verwaltungsrathe derselben zugegangen; dieser zufolge ist, nachdem der Vertrag mit dem hiesigen Festungsgouvernement von Seiten der Bundesmilitaircommission sanctionirt worden, die Richtung der Bahn nunmehr genehmigt. (M. Z.)

Fruchtpreise. **Leipzig**, 13. Mai. Weizen 9 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 12½ Ngr.; Kartoffeln 3 Thlr. **Leisnig**, 8. Mai. Weizen 9 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 7½ Ngr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 12½ Ngr. **Zwickau**, 11. Mai. Weizen 10 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 20 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 12½ Ngr. **Berlin**, 12. Mai. Weizen 4 Thlr. 21½ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 13½ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 25½ Sgr.; Hafer 2 Thlr. 7½ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 12½ Sgr. **Breslau**, 12. Mai. Weizen 4 Thlr 15 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 5 Sgr.; Gerste 3 Thlr.; Hafer 1 Thlr. 18 Sgr.

Oel. * Leipzig, 15. Mai. Auch in dieser Woche blieb das Geschäft in Rüböl in gänzlicher Bedeutungslosigkeit, und der Preis von 10½ Thlr. nur nominell. Letzterer würde angelegt werden müssen, wenn man den Artikel zu kaufen suchte, während er nicht zu erreichen sein würde, wenn man dazu anbieten wollte. Auch spätere Termine blieben bei der, für die Saat so günstigen Witterung flau.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 130.)

Im Februar 1847.

29) **Magdeburg-Halberstadt**: 14,343 Personen, 82,311¼ Ctr.	11,814	Thlr. 13	Sgr.
30) **Magdeburg-Leipzig**: 33,952 Pers., 155,596¼ Ctr.	45,343	„ 7	„

b) Im April 1847.

6) Berlin-Stettin: 31,953 Pers., 122,347 Ctr.	48,103	„ 19	„
7) Bonn-Cöln: 40,300 Personen	8,546	„ 10½	„
8) Cöln-Minden: 49,610 Pers.	18,135	„ 26	„
9) Kaiser-Ferdinands-Nordbahn: 54,988 Pers., 325,339 Ctr.	100,914	„ 24	„
10) Sächsisch-Schlesische: 22,356 Pers., 51,128 Ctr. 88 Pfd.	19,386	„ 23½	„
11a) Wien-Gloggnitz: 55,855 Pers., 101,190 Ctr. 56 Pfd.	54,561	„ 29	„
11b) Wien-Bruck: 11,504 Pers., 30,232 Ctr. 62 Pfd.	7,037	„ 6½	„
12) Württembergische Staatsbahn: 93,141 Pers.	10,148	„ ½	„

Wasserstand am Pegel der tiefsten Elbbrücke am 16. Mai früh 7 Uhr: 2° 8″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 12. Mai. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 104⅞; 4½pc. Handelsg. 173. Frankfurt a. M., 14. Mai. Oestr. Bfact. 1914; 250 Fl. L. 119⅛; 500 Fl. L. 154⅜; Bair. 3½pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 57½; Darmst. 50 Fl. L. 75⅞; 25 Fl. L. 27⅛; Kass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35⅝; Kurhess. 32⅝. London, 10. Mai. 3pc. Cons. 86⅝; Span. act. 22; 3pc. 33⅛; Holl. Int. 57⅛.

Disconto. Amsterdam, 12. Mai. 4 %. Frankfurt a. M., 14. Mai. 3½ %.

Actien. Frankfurt a. M., 14. Mai. Taunusb. 358; Nordb. 71; Berb. 91⅜. Wien, 13. Mai. Nordb. 168; Gloggn. 123⅞; Mail. 110⅝; Livorn. 88⅝; Pesth. 99⅛.

Berliner Börse, 15. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅜ Br., 3½pc. Staatssch. 93⅛, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅜, ostpreuß. 95½, pomm. 94½, schles. 97, 4pc. posensche 102¼, neue 3½pc. 92½, kur- und neumärk. 95⅛ Br., Louisd. 112⅛, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92¼ Br., Berl.-Anhalt. 109⅞, Berl.-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½pc. 97⅛, Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 80 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101⅛ Br., Berl.-Stettin 107½, Breslau-Freib. 4pc. 90½, Cöln-Minden 4pc. 91, Crakau-Oberschl. 4pc. 74½, Düss.-Elberf. 5pc. 107½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 107½, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 86, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101½ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 103½, Litt. B. 4pc. 96½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 80, Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 93½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81½, Berg.-Märk. 4pc. 82⅛ Br., Berl.-Anh. 100, Kassel-Lippst. 4pc. 83¾, Cöln-Minden 4pc. 90⅞, Magd.-Wittenb. 82, Mecklenburg 74 Br., Nordbahn (Fr.-W.) 4pc. 70½, Pos.-Starg. 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅝ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94¾, (neue) 4pc. 94½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Zinsl. 16½, Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staatspr.-A. 87, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 21.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Leipziger Repertorium

der deutschen und ausländischen Literatur.

Herausgegeben von **E. G. Gersdorf.**

1847. Gr. 8. 12 Thlr. [1988]

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 2–3 Bogen. Insertionsgebühren in dem dieser Zeitschrift beigegebenen **„Bibliographischen Anzeiger"** für den Raum einer Zeile 2 Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

April. Heft 14—18.

Inhalt: **Literaturgeschichte.** *Meyer*, Studien zu Goethe's Faust. — *Mosen* und *Stahr*, Über Goethe's Faust. — *Schnabel*, Abrégé de l'histoire de la Littérature française. — **Theologie.** *Spieker*, Geschichte der Reformation in Deutschland. 1. Bd. 1. Abth. — **Philosophie.** *Beck*, Grundriss der empirischen Psychologie und Logik. — *Lindemann*, Die Denkkunde oder Logik. 2. verb. Aufl. — *Rosenkranz*, Die Modificationen der Logik. — *Strümpell*, Entwurf der Logik. — **Anatomie und Physiologie.** *Liscovius*, Physiologie der menschlichen Stimme. — *Münter*, Anatomische Grundlagen zur Seelenlehre des Menschen und der Thiere. — **Naturwissenschaften.** *Hooker, Curtis's* Botanical magazine. Ser. III. Vol. 1 and 2. — *Hooker*, The London Journal of botany. Vol. 4 and 5. — *Lindley, Edwards'* Botanical register. Vol. 31 and 32. — *Wight*, Spicilegium Neilgherrense. — **Mathematische Wissenschaften.** *Jahn*, Die Centralsonne und der neue Planet jenseit des Uranus. — *Mädler*, Die Centralsonne. 2. umgearb. Aufl. — *Ohm*, Der Geist der Differential- und Integralrechnung. — *Plücker*, System der Geometrie des Raumes. — *Wöckel*, Die Sonne und ihre Flecken. — **Staatswissenschaften.** *Junius*, Neue Politik. — *Rinne*, Encyklopädie der Staatswissenschaften für Deutsche. — **Morgenländische Literatur.** *Dorn*, Chrestomathy of the Pushtú or Afghan language. — Jacut's Moschtarik; herausg. von *Wüstenfeld*. — *Ibn-Badroun*, Commentaire sur le poème d'*Ibn-Abdoun*; publié par *Dozy*. — *Kasembeg*, Allgemeine Grammatik der türkisch-tartarischen Sprache. 2. Ausg. — *Redhouse*, Grammaire de la langue Ottomane. — **Länder- und Völkerkunde.** *Russegger*, Reisen in Europa, Asien und Afrika. 2. Bd. — **Geschichte.** *Capefigue*, Les Diplomates Européens. Tom. III. — *Ellis*, Original Letters, illustrative of English History. Third Series. — *Haltaus*, Geschichte Roms im Zeitalter der punischen Kriege. 1. Bd. — *Jost*, Neuere Geschichte der Israeliten von 1815—46. 10. Bd. — *Keferstein*, Ansichten über die keltischen Alterthümer. 1. Bd. — *Weill*, Der Bauernkrieg.

Leipzig, im Mai 1847. **F. A. Brockhaus.**

Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Geleises für die 10. Section, in einer Gesammtlänge von 35,085 Fuß, in zwei Loose abgetheilt.

Mittwoch den 26. Mai d. J., Morgens 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocale der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staats-Eisenbahnen zu Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs zu der Adjudication der Bahnstrecken der 10. Section (abgetheilt in zwei Loose), welche eine Gesammtlänge von 35,085 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 26. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags an gerechnet, vollendet werden. Veranschlagt sind für diese Section:

Erstes Loos: Feldmark Marburg, für die Länge von 18,225 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises . . . . . 53,000 Thlr.

Zweites Loos: Feldmarken Cappel, Gisselberg und Niederweimar, für die Länge von 16,860 Fuß . . . . . 102,000 Thlr.

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebenso wie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Oberingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 30. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Staats-Eisenbahnen.

[1819—21] **Ruhl.**

Unterzeichneter ist beauftragt:

1) ein Rittergut in Dresdens Umgebung, welches durch seine vorzüglich schöne Lage und ausgezeichnete Bodenbeschaffenheit berühmt ist, zu dem Preise von 140,000 Thlr.;
2) einen Gutscomplex in einer der fruchtbarsten Gegenden Sachsens, bei welchem eine Eisenbahn vorbeiführt, und welcher die größten Annehmlichkeiten mit sehr guter Rentabilität verbindet, für 250,000 Thlr.;
3) ein Rittergut nahe einer Kreisstadt Sachsens, mit schönem Schloß und Park, einer ausgezeichneten Brauerei, reichhaltigem Braunkohlenlager u. s. w. für 100,000 Thlr.

sofort zu verkaufen und die Rentabilität durch die nöthigen Documente nachzuweisen. Auf den beiden erstgedachten Gütern können zwei Drittheile des Kaufpreises, zum Theil zu 3½ Proc. Zinsen, stehen bleiben, und würde auf das letztgedachte Gut auch eine solide städtische Besitzung in Tausch genommen werden. Näheres durch

Gerichtsdirector und Advocat

Marschall von Bieberstein,

[1962—63] Dresden, Schäfergasse Nr. 5, 2 Tr.

Das große Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehn von 14 Millionen Gulden

bietet Gewinne von **50,000, 40,000, 35,000, 15,000, 12,000, 10,000, 5000, 4500, 4000, 2000, 1000 ꝛc. bis 42 Fl. herab.**

Die nächste Serienziehung findet am 31. Mai d. J. statt. Originalloose dazu werden im billigsten Curs sowol von mir als meinem Hauptagenten, Herrn **Joh. Ernst Weigel**, Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig, prompt besorgt und Pläne sowie jede Auskunft gratis gern ertheilt.

Julius Stiebel jun.,

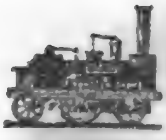
Bankier in **Frankfurt a. M.**, Bureau Wollgraben.

Obige Loose werden nach der Ziehung zum höchsten Curs wieder zurückgenommen, und ist die Einrichtung getroffen, daß gegen franco Einsendung von 1 Thlr. für Cursdifferenz den blos für diese Ziehung sich Interessirenden 1 Serien-Loos bis nach der Ziehung zurückgelegt wird, worüber Certificat erfolgt. [1889—91]

Verkauf. Ein Flötenwerk, acht Walzer spielend, verbunden mit einer ganz vorzüglichen Uhr, welche 14 Tage geht, soll für Rechnung des Eigenthümers billig verkauft werden, und steht zur gefälligen Besichtigung im **Pianoforte-Magazin von Ernst Große,** Leipzig, Grimmaische Straße, Eckhaus der Universitätsstraße Nr. 1. [1975]

Commissions-Gesuch. Ein junger Mann, welcher in **Breslau** ein Geschäft in **Drechslerwaaren** besitzt, wünscht dazu passende Artikel in **Kurzwaaren** u. s. w. in **Commission** zu übernehmen und ersucht darauf Reflectirende, Näheres unter Chiffre **J. S.** Herrn **Grundmann Successores** daselbst franco zugehen lassen zu wollen.

Digitized by Google



Main-Weser-Eisenbahn.

(Kassel-Frankfurt a. M.) Erdarbeiten, Kunstbauten, Legung des Geleises für die 11. Section, in einer Gesammtlänge von 28,315 kasseler Fuß, in zwei Loose abgetheilt.

Donnerstag den 27. Mai d. J., Vormittags 11 Uhr, soll in dem Geschäftslocale der General-Direction für den Bau der Kurhessischen Staatseisenbahnen in Kassel, vor den Mitgliedern der General-Direction und in Gegenwart des Ober-Ingenieurs zu der Adjudication der Bahnstrecken der 11. Section (abgetheilt in zwei Loose), welche eine Gesammtlänge von 28,315 Fuß hat, geschritten werden.

Die Uebernahme derselben geschieht mittels versiegelter, spätestens bis zum 27. Mai d. J. vor 11 Uhr Morgens einzureichender Submissionen und nach den in dem allgemeinen Bedingnißheft enthaltenen Anweisungen; jedoch behält sich die General-Direction die Wahl unter den Submittenten vor. Die Arbeiten müssen binnen anderthalb Jahren, vom Tage des ertheilten Zuschlags an gerechnet, vollendet werden. Veranschlagt sind für diese Section:

Erstes Loos: Feldmark Wenkebach und Niederwalgern, für die Länge von 12,860 Fuß, für Erdarbeiten, deren Transport, für Kunstbauten, Zubehör der Bahn und Legung des Geleises . . . . . 14,400 Thlr.

Zweites Loos: Feldmark Fronhausen, für die Länge von 15,455 Fuß . . . . . 39,000 Thlr.

Exemplare der Kostenanschläge und des Bedingnißhefts, ebensowie Pläne, Profile, Berechnungen und Abschätzungen von Seiten der Verwaltung sind im Geschäftslocal der General-Direction und in dem des Ober-Ingenieurs Splingard dahier hinterlegt, woselbst davon Einsicht genommen werden kann.

Kassel, am 30. April 1847.

Kurfürstliche General-Direction für den Bau der Eisenbahnen.

[1816—18] **Kuhl.**

Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Die geehrten Actionaire der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft werden hierdurch eingeladen, sich

Dienstag den 8. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

im hiesigen Börsenhause zu der im §. 24 des Gesellschaftsstatuts angeordneten **ordentlichen Generalversammlung** einzufinden. In derselben sollen:

I. der Geschäftsbericht des Directoriums vorgetragen;
II. der Rechnungsabschluß über die bisherige Verwaltungszeit vertheilt;
III. die anderweite Wahl der statutengemäß ausscheidenden Mitglieder vorgenommen, und
IV. die unten wörtlich aufgeführten Anträge einzelner Actionaire in Gemäßheit des §. 32 des Statuts, soweit sie sich innerhalb der Grenzen desselben bewegen, zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden.

Jeder Actionair, welcher an dieser Generalversammlung Theil nehmen will, hat am 3., 4. und 5. k. M., Vormittags von 8—12 Uhr, im Bureau der Gesellschaft, Schifferstraße Nr. 1 und 2, die auf seinen Namen lautenden oder ihm gehörig cedirten, gültigen Quittungsbogen niederzulegen und darauf eine Bescheinigung, welche zugleich als Einlaßkarte in die Generalversammlung dient, zu empfangen, auf welcher die Anzahl der ihm gebührenden Stimmen vermerkt, und ohne welche der Zutritt zu derselben nicht gestattet ist. Es steht indeß auch frei, die Quittungsbogen an jenen Tagen bei dem Bureauvorsteher **Dittmar** nur anzumelden und vorzuweisen, worüber ebenfalls eine als Einlaßkarte dienende Bescheinigung ertheilt werden wird, in diesem Falle sind jedoch dieselben Quittungsbogen beim Eintritt in die Versammlung an den genannten Beamten nochmals vorzuzeigen. Da jedoch hierdurch der Anfang der Generalversammlung möglicherweise sehr aufgehalten werden könnte, so erscheint es wünschenswerth, daß die Herren Actionaire behufs ihrer Legitimation den zuerst angedeuteten Weg der Deposition einschlagen.

Die deponirten Quittungsbogen können am 10., 11. und 12. k. M., Vormittags von 8—12 Uhr gegen Rückgabe der darüber ertheilten Bescheinigung wieder in Empfang genommen werden.

Magdeburg, den 5. Mai 1847.

Der Ausschuss der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.
C. Deneke, Vorsitzender.

Anträge.

A) Der Antrag des Herrn **J. Hirschfeld in Berlin:** mit der Direction der Berlin-Hamburger Eisenbahn darüber in Unterhandlung zu treten, daß sie nach Vollendung des Baues der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn den Betrieb auf derselben übernehme.

B) Die Anträge der Herren **A. H. Heymann, C. L. Frank, H. Jacob und Emil Ebeling in Berlin:**
1) den Bau der Bahn so lange zu fistiren, bis die nächste Generalversammlung anderweitig darüber beschließen wird;
2) die Generalversammlung verlangt das im §. 39 der Statuten vorgesehene gezwungene Ausscheiden von sämmtlichen Mitgliedern des Ausschusses und sofortige neue Wahlen an deren Stelle.

C) Die Anträge des Herrn Oberlandes-Gerichtsraths a. D. **Augustin zu Potsdam:**
1) daß die Generalversammlung in Folge des ihr §. 39 des Statuts vorbehaltenen und auch sonst gesetzlich begründeten Rechts das Verlangen ausspreche, daß sämmtliche Mitglieder des Ausschusses respective deren Stellvertreter ihr Amt sofort niederlegen, und
daß schon in dieser nächsten Generalversammlung zur Wahl neuer Ausschußmitglieder und Stellvertreter für dieselben geschritten werde;
2) daß die Gesellschaft erkläre, die im §. 23 den erst gewählten Geschäftsvorstehern ertheilte Vollmacht habe sich nicht über die Zeit ihrer durch §. 38 bestimmten Amtszeit erstreckt, und es habe im vergangenen Jahre deshalb ⅓ der Ausschußmitglieder ausscheiden müssen;
3) daß der neu zu wählende Gesellschaftsausschuß sofort zur Wahl eines neuen Directorii schreite, und daß unter allen Umständen das Directorium von der Generalversammlung angewiesen werde:
a) die Annullirung der Quittungsbogen, worauf die zweite Einzahlung nicht geleistet worden, aufzuheben;
b) eine neue Aufforderung an die Besitzer der ältern Quittungsbogen zur Leistung der zweiten und dritten Einzahlung zu erlassen;
c) bis dahin, daß diese Einzahlungen geleistet werden, die Gesellschaftsrechte der wirklichen Einzahler, sowie die gegen die Nichteinzahler angestellten Processe zu fistiren;
d) diejenigen Quittungsbogen, auf welche die Einzahlung der Aufforderung ad b zufolge nicht geleistet wird, zu annulliren und an deren Stelle die ersten Zeichner, welche Einzahlungen geleistet haben, als wirkliche Actionaire anzuerkennen, respective diejenigen, welche die Einzahlung nicht leisten, von neuem dazu aufzufordern und gegen sie weiter nach den Statuten zu verfahren;
e) denjenigen Zeichnern, auf deren Actien nachträglich in Folge der Aufforderung ad b Zahlungen eingehen, die geleisteten Zahlungen zurückzugeben, und deren Quittungsbogen zu vernichten;
4) daß ein Beschluß über die durch alle diese Weiterungen entstandenen und noch entstehenden Kosten gefaßt werde. [1867—69]

Etablissements-Anzeige.

Ergebene Anzeige, daß ich von Herrn Voigt das in Schandau gelegene Hotel **„Zum Bade"** vom 1. Mai d. J. übernommen habe, und empfehle mich zugleich allen resp. Schweiz-Reisenden bestens, mit der Versicherung, daß ich für gute Küche und Weine, sowie für billige und prompte Bedienung stets Sorge tragen werde.

Bequem eingerichtete Logis für Reisende und Curgäste, sowie Equipage und Reitpferde stehen zu jeder Zeit im Hotel bereit.

Schandau, im Mai 1847.

[1990] **A. Seegers,**
früher Oberkellner im Hotel de Pologne zu Dresden.

Nachdem die **Thüringer Eisenbahn** auch für den **Güterverkehr** bis **Gotha** eröffnet worden, empfehle ich mein **Commissions- und Spedition-Geschäft** angelegentlichst und sichere die prompteste und billigste Bedienung zu.

Gotha, den 10. Mai 1847.

[1973—74] **Carl Burckas.**

Leipzig, den 17. Mai 1847.

Hiermit erlaube ich mir die Anzeige, dass Herr **C. F. C. Diettrich** seit dem 17. Januar d. J. als Theilnehmer in mein Geschäft eingetreten ist und wir unser

Droguerie- und Farbewaaren-Geschäft

gemeinschaftlich nun unter der Firma:

Schröder & Diettrich

in erweitertem Maassstabe fortführen werden.

Für das unserm **C. A. Schröder** bisher geschenkte Vertrauen verbindlichst dankend, bitten wir solches auch der neuen Firma gütigst übertragen zu wollen, und soll dessen Rechtfertigung unser eifrigstes Bestreben sein.

Hochachtungsvoll

C. A. Schröder.
[1979] **C. F. C. Diettrich.**

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 17. Mai. Zweite Darstellung des **Physioskops**, der **Dissolving-Biorama-views** und des **Chromatrope** von **Marchand** und **Ellenberg**. — Vorher: **Die Maskerade im Dachstübchen**, Posse in 1 Act von C. Meirner. Und: **Wer ißt mit**, Vaudeville von Friedrich.

Vermählungs-Anzeige.

Gustav Küttig,
Rosalie Küttig,
geb. **Schreckenberger.** [1980]

Bad-Wittekind bei **Halle**, den 11. Mai 1847.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. Hermann Arndt in Stolp mit Frl. Johanne Köpke.

Getraut: Hr. Hermann Brandt in Berlin mit Frl. Marie Barandon. — Hr. Paul Herzog in Mikultschütz mit Frl. Jenny Schneider. — Hr. J. J. Merten in Boppard mit Frl. Marie Müller.

Geboren: Hrn. Rathszimmermeister Ferdinand Becker in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Amtmann Gustav Becker in Stendal ein Sohn. — Hrn. C. A. Dahms in Berlin ein Sohn. — Hrn. Kreisphysikus Dr. Göden in Krotoschin eine Tochter. — Hrn. Lieutenant v. Luck in Stralsund eine Tochter. — Hrn. Albert Oehme in Berlin eine Tochter. — Hrn. S. Joachim in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Frau Hofrath Behrendt in Berlin. — Hr. Dr. Buchz in Anklam. — Hr. Prediger Friedrich Christian Heine in Wiesen. — Frau Land- und Stadtgerichtsdirector Lewine Kunowski in Landsberg a. d. W. — Hr. geh. Rechnungsrath und Garnisonverwaltungsdirector de Lalande in Berlin. — Frau Johanne Friederike Listing in Leipzig. — Hr. Rentier C. S. Louis in Charlottenburg. — Hr. Kreisphysikus Dr. Karl Wilhelm Mehliß in Hettstädt. — Hr. Kriegsrath und Rendant J. C. Petsch in Berlin. — Frau Apothekter Auguste Schneider in Berlin. — Hr. Rentier Georg Christian Thiele in Berlin. — Hr. Oberstlieutenant v. Waldow in Soldin.

Digitized by Google

Dienstag — Nr. 138. — 18. Mai 1847.

Leipzig, Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühren für den Raum [illegible]

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Bairische Retorsionsmittel. Die bairischen Rabbiner. *Dresden. Das österreichische Ausfuhrverbot. — Die rottenburger Bischofswahl. — Das lahrer Gesangfest. Wiesbaden. Landtag. Frankfurt a. M. Der gesetzgebende Körper. **Bremen. Die Brotfrage.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die stehenden Heere. Die Uhlich'sche Sache. *Von der posenschen Grenze. Truppenverstärkung. Die Polen. *Marienwerder. Brotunruhen.

Oesterreich. ♂Aus Oesterreich. Die bairische Angelegenheit.

Portugal. Volksbewegung in Lissabon. Die Vermittelung. Nachrichten aus Oporto.

Spanien. Das Aushebungsgesetz. Die Explosion. Ausschuß von Congreßmitgliedern.

Großbritannien. Parlament. Der Hof. Die Times über den amerikanischen Krieg mit Mejico. Banket des Lordmayors. Irische Nachrichten. Die Curse in Nordamerika. Prinz Oskar von Schweden.

Frankreich. Der Herzog v. Montfort. Die neuen Minister. Hr. Lacave-Laplagne ist zum König gerufen. Die Königin Christine. Bu-Maza. Nachrichten aus Otaheiti. *Paris. Die Corruption.

Belgien. Die liberalen Vereine.

Rußland und Polen. Raubmord.

Mejico. Die Verschwörung. Der Krieg mit Nordamerika.

Südamerika. Die Expedition des Generals Flores.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

Die **bairische** Regierung hat sich in Folge des **österreichischen Getreideausfuhrverbotes** zur Ergreifung von Repressalien veranlaßt gesehen. Durch Staffetten wurde sofort an die Grenzzollämter gegen Tirol und Vorarlberg die Weisung gesandt, vom 14. Mai an die Getreidesperre gegen jene Provinzen eintreten zu lassen. — Unter dem Ministerium Abel war den bairischen Rabbinern die Theilnahme an den alljährlich stattfindenden „Versammlungen deutscher Rabbiner" versagt worden. Wie man hört, soll jetzt denjenigen Rabbinern in Baiern, die der dieses Jahr in Mannheim stattfindenden Rabbinerversammlung beiwohnen wollen und hierum höhern Orts nachsuchen, die Erlaubniß dazu ertheilt werden. (N. C.)

*Dresden, 16. Mai. In einem Artikel der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus Prag unterm 6. Mai (Nr. 135) das Ausfuhrverbot unter Anderm damit gerechtfertigt, daß die sächsische Regierung den vorher bestandenen Ausfuhrzoll auf Getreide den Importeurs zurückvergütet habe. Es ist ganz natürlich, daß die Consumenten des Auslandes, welche ihren Bedarf aus Böhmen beziehen wollten, den Ausgangszoll tragen mußten, sei es, daß sie diesen besonders zu übernehmen sich erboten, sei es, daß sie das Getreide selbst in Böhmen gleich um so viel höher bezahlen mußten. Es würde daher auch ganz gleichgültig für die jenseitigen Staaten gewesen sein, ob die Consumenten selbst oder die sächsische Regierung, welche ihren Unterthanen die Verschaffung des Bedarfs erleichtern wollte, den Zoll getragen hätte. Man sieht daher nicht ein, wie das angebliche Verfahren der sächsischen Regierung schließlich jenes Verbot veranlaßt haben sollte. Allein wir müssen auch nach sicher eingezogener Erkundigung die Nachricht von einer durch die sächsische Regierung gewährten Rückvergütung für unrichtig erklären. Im Hauptwerke scheint der Verfasser unsere Ansicht, daß ein solches Verbot eben so wenig gerecht als politisch genannt werden könne, zu theilen. Wir mögen aber auch dem einzigen von ihm zur Rechtfertigung angeführten Grunde: das ungestüme Verlangen der niedern Volksklasse, die hier und da vorgefallenen Excesse und rohen Gewaltthätigkeiten, nicht den geringsten Werth beilegen. Es ist stets eine Schwäche, ungerechten Anforderungen eines ungebildeten Pöbelhaufens nachzugeben, seine rohen Gewaltthaten durch Nachgeben mit Erfolg zu krönen: eine Schwäche, die über kurz oder lang ihre bittern Früchte tragen wird und tragen muß. Man bestärke nur den Pöbel in dem Wahne, daß er durch Excesse ein Ausfuhrverbot erzwingen könne; man sanctionire nur erst durch ein solches Verbot den Grundsatz, daß die Landeseinwohner vorzugsweise und ausschließend ein Recht auf das im Inland erzeugte Getreide haben, und man wird sehr bald erleben, daß der Pöbel die Absperrung von Provinz gegen Provinz des eignen Landes wie von Ort gegen Ort verlangt und zu erzwingen sucht. Die Erfahrung des letzten Winters in Frankreich hat dies deutlich gezeigt. Departement gegen Departement, Arrondissement gegen Arrondissement, Commun gegen Commun suchte sich zu sperren. Aller Getreideverkehr im Innern hörte auf. Selbst Gegenden, welche noch Ueberfluß hatten, durften es nicht wagen, den ärmern von ihrem Zuflusse zukommen zu lassen, und im eignen Land erhöhte sich der Mangel, bis große militairische Hülfsmittel aufgeboten waren und der Transport von Ort zu Ort im eignen Land unter militairischer Escorte erfolgen konnte. Uebrigens waren die Unordnungen, welche in einigen Grenzstädten Böhmens vorgekommen, durch die energischen Maßregeln der Unterbehörden bereits beseitigt, und der Verkehr bereits vollständig wieder hergestellt. Wir können daher das erlassene Verbot weder von dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit, noch aus Rücksichten der Politik noch der Staatswirthschaftslehre gut heißen, müssen es vielmehr in jeder Beziehung als einen Misgriff bezeichnen. Wie sehr sticht dieses Verfahren gegen die Ansichten der preußischen Regierung ab, die dem Andrängen auf Ausfuhrverbote namentlich die Rücksichten für Sachsen entgegenstellte!

— Die von der Ulmer Chronik gebrachte Nachricht, als sei die Rottenburger Bischofswahl bereits vollendet und auf Kirchenrath v. Lipp gefallen (Nr. 133), erweist sich als unrichtig.

— Das Mannheimer Journal berichtigt seine gestrige Nachricht von dem Verbot des Lahrer Gesangfestes (Nr. 137) in folgender Weise: „In Bezug auf die von uns mitgetheilte Nachricht, daß das Lahrer Gesangfest verboten worden sei, haben wir zu berichtigen, daß das großherzogl. Oberamt Lahr allerdings, in Berücksichtigung des gegenwärtigen Nothstandes, verfügen zu müssen glaubte, daß das Fest erst nach der Aernte abzuhalten sei, allein auf erfolgte Remonstration von Seiten des Festcomité und in Anbetracht, daß die Anordnungen bereits zu weit vorgerückt seien, der oberamtliche Beschluß alsbald wieder zurückgenommen wurde."

Wiesbaden, 13. Mai. Nach Nr. 8 der Verhandlungen unserer Abgeordnetenversammlung machte der landesherrl. Commissar Geheimrath Vollbracht auf die Bemerkung des Abg. Baldus, daß es an vielen Orten den Geistlichen durch sonstige Amtsverrichtungen unmöglich sei, den confessionellen Religionsunterricht auch noch in den Schulen zu ertheilen, die beruhigende Aeußerung: „Wo die Geistlichen diesen Unterricht zu ertheilen nicht im Stande sind, gehört derselbe zu den Obliegenheiten der Lehrer" ꝛc. Die ganz kleine ultramontane Partei der Versammlung wiederholte in dieser Sitzung (am 28. April) den Wunsch einer Trennung der Elementarschulen nach der Confession und einer Trennung des Schullehrerseminars nach der Confession mit derselben Erfolglosigkeit als das vorige Jahr. Der Abg. Dekan Senfft hielt sich zu der Aeußerung verpflichtet, daß die Realschulen, wie sie bestehen, sich nicht halten werden, wenn der Staat sich ihrer nicht mehr annehme. Derselbe Abgeordnete berührte auch die Nothwendigkeit einer möglichst baldigen Beschleunigung des Pensionsfonds für die Volksschullehrer. Der landesherrl. Commissar erwiderte, daß dieser Gegenstand zur Beseitigung der Schwierigkeiten noch weitergreifende Anordnungen erfodere. Auch machte derselbe die Mittheilung, daß die Uferbauarbeiten theils zur Erhaltung und Beförderung der Schiffahrt auf der rechten Rheinseite, theils zum Uferschutze, zur Herstellung des Leinpfades nothwendig seien. Zur Ausbildung jüdischer Religionslehrer verwilligte die Versammlung (mit 16 gegen 3 Stimmen) 500 Fl. Ferner verwilligte sie nach dem Antrage des Abg. Herchenhahn 50,000 Fl. dazu, die nothleidende Bevölkerung durch Verschaffung von Arbeitsverdienst zu unterstützen und der Regierung zu empfehlen, neben der Ausführung nützlicher Chausseecorrecturen den Gemeinden durch Vorschüsse im Vicinalwegebau zu Hülfe zu kommen, dabei aber die Arbeit an die einzelnen Arbeiter selbst zu vergeben. Für den Wasserstraßenbau wurden 171,725 Fl. verwilligt. Endlich kündigte der Präsident Otto für die nächste Sitzung unter Anderm auch die Rechtfertigung des Antrags des Abg. Jais, die Preßfreiheit betreffend, an. (Fr. J.)

Frankfurt a. M., 15. Mai. In der Sitzung unsers gesetzgebenden Körpers am 28. April stand folgender Bericht der zur Begutach-

tung des Vorschlags über Abänderung bei dem Zeugenverhör im Civilproceß erwählten Commission auf der Tagesordnung:

„Hoher Senat hat sich in seiner die Oeffentlichkeit der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers betreffenden Rückäußerung vom 10. Febr. d. J. dahin ausgesprochen, wie er seine schon früherhin im Jahr 1842 in beschränkterm Maße bei der gesetzgebenden Versammlung gestellten Anträge auf Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens in ausgedehnterm Umfang erneuern werde. In dem in Aussicht stehenden Gesetze werden nun, wie zu erwarten ist, Bestimmungen enthalten sein, welche das seitherige Verfahren bei der Abhör der Zeugen im Civilproceß im Sinne des vorliegenden Gesetzentwurfs abändern. Die unterzeichnete Commission hat daher in Erwägung gezogen, ob es nicht geeigneter sein dürfte, vorliegenden, nur einen Theil des Proceßverfahrens betreffenden Gegenstand, welcher jedenfalls in dem das ganze Verfahren umfassenden Gesetz seine Erledigung finden wird, vorläufig auf sich beruhen zu lassen. Die Mehrheit der Commission hat sich um so mehr für diese Ansicht entschieden, da sehr leicht ein jetzt über das Verfahren bei der Abhör der Zeugen im Civilproceß erlassenes Gesetz später durch ein neues, das ganze Gerichtsverfahren betreffendes Gesetz theilweise wieder abgeändert werden kann, und da es zweckmäßig ist, keine durch ein Gesetz über vorliegenden Gegenstand erforderlich werdenden Aenderungen im Personal und in den Localitäten vorzunehmen, indem solche jedenfalls durch Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens in einer umfassendern Weise nothwendig werden. Die Mehrheit der Commission hat nun geglaubt, diese Bedenken der gesetzgebenden Versammlung vorlegen und bei derselben den Beschluß beantragen zu sollen: «daß dieser Gegenstand in der Erwartung, daß solcher in dem in Aussicht stehenden Gesetz über die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens seine Erledigung finden werde, einstweilen auf sich zu beruhen habe». Sollte die gesetzgebende Versammlung diesem Antrage nicht beitreten, so wird sich die Commission beeilen, ihren Bericht über die Sache selbst zu erstatten."

Dr. G. Binding I. beantragte in seinem Separatvotum: „Die gesetzgebende Versammlung wolle nach wie vor auf der beantragten Veränderung des Verfahrens bei Zeugenvernehmungen beharren und demnach die sofortige Erledigung des vorliegenden Senatsentwurfs der Commission auftragen." Nach Verlesung der betreffenden Vorträge erhob sich Discussion über die vorliegenden Anträge der Majorität und Minorität der Commission. Dann ging die Umfrage dahin: „ob der Ansicht der Majorität oder derjenigen der Minorität der Commission beigetreten werden wolle?" und entschied sich die Versammlung mit 65 gegen 12 Stimmen für den Antrag der Minorität der Commission, demnach beschlossen wurde: „diesen Gegenstand behufs der baldigen Erledigung des Senatsvortrags vom 23. April 1844 und des demselben beiliegenden Gesetzentwurfs zum Bericht über die Sache selbst an die Commission zurückzuverweisen".

Ueber die Errichtung einer Gewerbschule in hiesiger Stadt kam in derselben Sitzung ein Senatsvortrag vor, in welchem der Senat bei der gesetzgebenden Versammlung darauf anträgt: „daß zum Behuf der Unterrichtsertheilung in der Chemie, Physik und Mechanik an hiesige Angehörige, auch, wenn es der Raum zulassen sollte, an Fremde, der Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste ꝛc. auf den Zeitraum von fünf Jahren ein jährlicher Beitrag von 3000 Fl. aus dem Aerar geleistet und solcher für das Jahr 1847 nachträglich und für die künftigen Jahre auf den Exigenzstatus der gemischten Kirchen- und Schulcommissionen aufgenommen werde. Der Senat sieht der Beistimmung der gesetzgebenden Versammlung entgegen und wird nach deren Eintreffen das Weitere verfügen, um diese Anstalt in Gang zu bringen. Doch kann der Senat hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß das Gedeihen derselben hauptsächlich von der Mitwirkung der Aeltern und Meister abhängen wird; denn wenn diese die Kinder und Lehrlinge nicht zu fleißigem Besuche der Schule anhalten, so kann die Anstalt auch bei dem möglichsten Eifer der Behörden und Lehrer nicht fruchtbringend werden". Zur Begutachtung dieses Senatsvortrags ward eine Commission von sieben Gliedern erwählt. (Fr. J.)

** **Bremen**, 14. Mai. Senat und Bürgerschaft haben sich nunmehr mit der Brotfrage beschäftigt. In dem Convente vom 7. Mai ist eine gemeinschaftliche Deputation niedergesetzt worden, welche den Auftrag erhalten hat, einestheils die Vorsorge zu treffen, daß es während der gegenwärtig über ganz Deutschland verbreiteten Theuerung für den hiesigen Verbrauch nicht an den erforderlichen Getreidevorräthen mangle, anderntheils auf eine Erleichterung der bedürftigen und minder begüterten Klassen sämmtlicher Staatsgenossen in der Versorgung derselben mit Brotkorn Bedacht zu nehmen. In Beziehung auf den ersten Theil dieses Auftrags hat dieselbe die Versicherung ertheilt, daß es bei den getroffenen Vorkehrungen bis zur bevorstehenden Aernte an einem hinreichenden Vorrathe von Roggen nicht fehlen werde, und in Beziehung auf den zweiten Theil folgende Einrichtungen veranstaltet. Die minder Begüterten erhalten von Staats wegen wöchentlich ein Viertel Roggen (ausnahmsweise auch zwei) zu 1 Thlr. (jetziger Marktpreis 1⅓ Thlr., früher gewöhnlich ⅔ Thlr.), oder können auch, wenn ihnen dies nicht bequem ist, bei den Bäckern 7½- oder 15pfündige Brote zu ⅓ Thlr. resp. ½ Thlr. bekommen (jetzt 5 Pfd. 13 Loth zu ¼ Thlr.). Die Wohlhabenden werden sich der Theilnahme an der Kornausmessung oder Brotvertheilung enthalten und das für ihren Haushalt von den Bäckern zu entnehmende Brot nach wie vor nach der polizeilichen Taxe bezahlen, da sonst die Bäcker bei diesen zum Wohle des Allgemeinen getroffenen Verfügungen die Leidenden sein würden.

Preußen.

Berlin, 16. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 12. Mai sprach weiter der Abg. Winzler gegen das Princip des vorliegenden Gesetzentwurfs in Betreff der bäuerlichen Nachlässe. Es sei ein alter Bekannter, gegen den schon sechs Provinziallandtage gestritten. Warum dem Bauernstande Particulargesetze geben? Warum, um einen recht prästationsfähig zu machen, die übrigen Anerben dem Proletariat näher bringen? Wenn die Sitte in vielen Gegenden eine ungleiche Vererbung in Grundstücke befördere, so trete da doch die älterliche Liebe vermittelnd ein. Das Gesetz dürfe nur Recht geben. Der Abg. Protze sprach sich kurz gegen das Gesetz aus. Der Abg. Welter erkannte das Wohlmeinende der Tendenz an, fand aber die Mittel der heutigen Zeit nicht entsprechend, schon der sichern Unterlage im Begriff ermangelnd. Auch der Abg. Derenberg protestirte gegen den Entwurf. Der Bauernstand sei jetzt kräftig und groß an Betriebsamkeit und Fleiß (Bravo von allen Seiten), er sei es durch die befreienden Gesetze des hochseligen Königs geworden. Denselben Ansichten stimmten die Abgg. Gießler, Schumann, Gier, Berndt, Allnoch, Dittrich bei. Dagegen hob der Abg. v. Brünneck hervor, daß zwar der so entschiedene Widerspruch namentlich von Abgeordneten der Landgemeinden die höchste Beachtung verdiene, daß aber aber doch vielleicht ein aus frühern Gesetzentwürfen geflossenes Mißtrauen vorwalte, was der Vorliegende nicht rechtfertige. Der Landtagscommissar freute sich des guten Zeugnisses, was dem Aufschwunge des Bauernstandes gegeben werde. Doch nicht in allen Provinzen stehe es so. Namentlich in Westfalen seien viele Bauergüter, in Folge des jetzigen Zustandes der Gesetzgebung, rücksichtsloser Taxen und der strengen Vorschriften der Vormundschaftsordnung in fremde Hände übergegangen. Er frage die Bewohner der Provinz Westfalen, ob dies nicht so sei. (Viele Stimmen bejahen es.) Aus andern Theilen werde geklagt, daß viele hundert Bauerhöfe als solche ganz verschwunden und ihre Besitzer in den Stand des Proletariats übergegangen seien. Der Gesetzentwurf wolle Taxirung nach dem wahren Werthe und größere Freiheit der Vormundschaftsgerichte in Beziehung auf die Annahme der Grundstücke durch die Erben. Sei das Beschränkung oder Erweiterung der Freiheit? Man ging dann zu den Einzelheiten über. Zu §. 1 schlug der Abg. v. Helldorff-Bedra vor, die Bestimmungen des Entwurfs auf jeden landwirthschaftlichen Besitz auszudehnen. Die Abstimmung darüber ward aber ausgesetzt. Der ganze Paragraph fand keine Mehrheit. Ebenso wenig die §§. 2, 3, 4, bei welchen der Justizminister Uhden den Rechtspunkt gegen erhobene Einwürfe vertheidigte, §. 5, gegen welchen Frhr. v. Vincke namentlich im Interesse Westfalens sprach und zugleich äußerte, bei den so verschiedenen Verhältnissen der Provinzen hätte sich der Entwurf wol mehr für die Provinziallandtage geeignet, und der einstimmig verworfen wurde. Ueber den ganzen Entwurf hielt man nun nicht mehr für nöthig abzustimmen. Hr. v. Helldorff zog sein Amendement zurück, weil er Niemandem eine Wohlthat aufdringen wolle. (A. Pr. Z.)

Berlin, 15. Mai. Der bekannte Publicist der Hamburger Börsenhalle will aus den Vortheilen, welche die Nordamerikaner in dem mexicanischen Kriege errungen haben, die Ueberflüssigkeit der stehenden Heere beweisen und gibt den europäischen Mächten den Rath, ihre Militairmacht auf den Fuß der Vereinigten Staaten zu setzen. Er hat dabei nur Eins übersehen: daß wir es nicht mit Gegnern, wie Mexico ist, zu thun haben. Uebrigens sind alle solche Vorschläge, welche eine Uebereinstimmung aller europäischen Hauptmächte voraussetzen, sehr nutzlos; denn eine solche Uebereinstimmung ist in viel einfachern Fragen nicht, geschweige denn in dieser zu erwarten. Rede man wenigstens Deutschland nichts von Entwaffnung vor, so lange nicht Rußland und Frankreich mit dem Beispiele vorangegangen sind. Außerdem hat die neueste Zeit recht deutlich gezeigt, daß unsere Gesellschaft Schichten in sich faßt, zu deren Zügelung, im Interesse der allgemeinen Sicherheit, des Lebens und Vermögens der Bürger und aller Errungenschaften unserer Civilisation, es sehr wichtig ist, der Staatsgewalt eine starke und bereit Streitkraft zur Verfügung gestellt zu wissen. Wenn Amerika nicht das gleiche Bedürfniß hat, so verdankt es das nicht seinen Institutionen, sondern lediglich dem Umstande, daß es ein noch sehr dünn bevölkertes Land ist, dessen Verhältnisse eben deshalb, in politischer wie in national-ökonomischer Hinsicht, durchgreifend verschieden von denen der Länder mit dichter Bevölkerung sind.

Wie der Vereinigte Landtag und namentlich die Denkschrift in Betreff des Staatsschatzes bekannte, mit kecktster Stirn vorgebrachte und mit kläglicher Leichtgläubigkeit verbreitete Verleumdungen in ihr Nichts zurückgewiesen hat, so ist auch die Veröffentlichung der Actenstücke in der Uhlich'schen Sache Nr. 136) die beste Widerlegung der aus ähnlichen Quellen geflossenen Zeitungsnachrichten, als hätte sich unsere Regierung gefürchtet, daß in Magdeburg der Schritt gethan werden möchte, zu dem sie jetzt Uhlich und seine Anhänger selbst und unumwunden auffodert. In der That, ihr sicherer und großartiger Gang beschämt jetzt mit jedem Schritte die jämmerlichen Kniffe der wuthgeschwollenen Winkelpublicistik.

Von der posenschen Grenze, 14. Mai. Die Unruhen wegen der Theuerung im Großherzogthume Posen müssen in diesen Ta-

gen eine so drohende Gestalt angenommen haben, daß man nicht mehr hofft, sie mit den in der Provinz vorhandenen militairischen Mitteln zu dämpfen und zu verhindern. Denn soeben ist plötzlich ein Theil des in den schlesischen Grenzstädten garnisonirenden zweiten Leibhusarenregiments sowie des ersten Uhlanenregiments aufgebrochen und ins Großherzogthum marschirt. Sind nun auch die besagten Unruhen bis jetzt noch nicht politischer Natur, so könnten sie es doch leicht werden, da es der unruhigen sogenannten nationalen Partei nicht am Willen fehlen wird, sie zu diesem Zweck auszubeuten. Uebrigens können jene Abgeordneten auf unserm Vereinigten Landtage, welche die Interessen desselben für die Aufrechterhaltung der polnischen Nationalität aufgerufen haben, aus den dermaligen Unruhen lernen, daß diese Nationalität, d. i. der Geist der Unruhe und der Auflehnung gegen die gesetzliche Macht, welcher die Polen zu allen Zeiten ihres confusen Reichs ausgezeichnet hat, bei denselben noch keineswegs erloschen ist. Zwar haben Theuerungsunruhen auch in andern Ländern und bei andern Nationalitäten, leider sogar bei uns Deutschen stattgefunden; allein an Umfang, Dauer und barbarischer Wuth übertreffen die polnischen alle andern, was schon daraus hervorgeht, daß sie nicht durch die gewöhnlichen Mittel und militairischen Kräfte gedämpft werden können, sondern das Herbeiziehen fremder Streitkräfte nöthig machen. Was aber jene Petition betrifft, welche über Zurücksetzung der polnischen Sprache und der polnischen Beamten klagt, so steht die preußische Regierung vor jedem Sachkundigen in dieser Rücksicht gerechtfertigt da. Die Gesetze werden eben so gut Polnisch als Deutsch bekannt gemacht; das Recht wird in beiden Sprachen und vorkommendenfalls mit Hülfe vereideter Dolmetscher geübt und gesprochen. Um jedoch preußische Einrichtungen im Posenschen einzuführen, mußte der Staat preußische d. i. deutsche Beamte gebrauchen. Er würde später und schon längst polnische angestellt haben, wenn einerseits die Polen sich die dazu nöthige Bildung hätten aneignen wollen und andererseits ihre Treue gegen König und Vaterland nicht eine thatsächlich nur zu verdächtige gewesen wäre. Es gab dabei rühmliche Ausnahmen, und wo sie stattfanden, hat der Nationalpole nicht über Zurücksetzung zu klagen gehabt. Allein nach früheren unverkennbaren Anzeichen und nach den Thatsachen der Verschwörungen von 1830 und 1846 räth dem Staate schon die gewöhnlichste Klugheit, seine Beamten unter den erprobten Unterthanen, nicht aber unter den verdächtigen zu wählen. Uebrigens wird die in der letzten Revolution so thatsächlich hervorgetretene Gesinnung der polnischen Nationalen gegen die Deutschen die Letztern wol ernst genug davor warnen, jener verlangten Nationalität irgend Vorschub zu leisten.

* **Marienwerder**, 13. Mai. Beträchtliche Volkshaufen aus der nächsten Umgegend sammelten sich heute in den Morgenstunden vor der Stadt, zogen hierauf durch die Straßen und stellten sich vor dem Speicher eines Getreidespeculanten auf. Die Wortführer stellten das Verlangen, daß ihnen und ihren Begleitern Getreide zu einem ermäßigten Preis abgelassen werden möchte; auf die Weigerung des Besitzers wurde derselbe gemishandelt, der Speicher wurde erbrochen und die Plünderung nahm ihren Anfang. Binnen wenigen Stunden war der Vorrath von mehren Tausend Scheffeln, meist Weizen, geleert. In Marienwerder steht kein Militair, und die schwach besetzte Polizei war nicht im Stande, dem Unfug Einhalt zu thun. Aus der zunächst gelegenen Garnison ist schleunigst Militair requirirt worden, welches wol noch zu rechter Zeit eintreffen wird, um fernere Gewaltthätigkeiten zu verhüten. Zwar scheint die Erbitterung nur gegen jenen sehr unbeliebten Getreidespeculanten gerichtet zu sein und bis diesen Augenblick haben unsere ungebetenen Gäste anderweitige Verletzungen des Privateigenthums nicht verübt; indessen läßt sich doch niemals vorhersehen, wie weit die einmal aufgeregten Massen gehen, und namentlich würde für die großen Bestände der hiesigen Regierungs-Hauptkasse zu fürchten sein.

Oesterreich.

ϑ **Aus Oesterreich**, 13. Mai. Es war bezeichnend für die Art und Weise, wie die Ultramontanen die deutsche Einheit auffassen, daß ihre Tagesblätter die neuern münchener Ereignisse dazu benutzten, um aus denselben alsbald ein Zerwürfniß zwischen Oesterreich und Baiern zu construiren. Daß die im bairischen Regierungssysteme vorgegangene Veränderung den Ultramontanen nicht zusagt, begreift sich leicht; allein folgt denn daraus, daß sie auch Oesterreich nicht zusage? Bei uns ist, wie aller Ultraismus, so auch der katholische nicht an der Tagesordnung. Unsere Regierung hat dies durch ihre Haltung während des kölner Streits sattsam gezeigt. Wie kann daher die in Baiern jetzt unterliegende Partei auf eine Theilnahme des österreichischen Gouvernements an ihrem Misgeschicke rechnen? Nur ihre Genossen unter uns widmen ihnen dieselbe. Sie, aber nicht unsere Behörden, eben so wenig als der Kern des österreichischen Volks, fabelten in auswärtigen ultramontanen Blättern von einem Abbruch der diplomatischen Verhältnisse zwischen Wien und München, von einer Zurückberufung des gesammten österreichischen Gesandtschaftspersonals aus München, wozu ihnen die Urlaubsreise unsers Gesandten zur Folie dienen mußte, obwol dieselbe durch ganz gewöhnliche Umstände herbeigeführt wurde. Was doch die ultramontanen Politiker für kurzsichtige Köpfe sind! Sie gelten wahrlich in ihrem Fach eben so viel als die römischen Soldaten im Kriegsfache. Glauben sie denn, daß Oesterreich ihnen zu Liebe die Partei der ultramontanen Agitation in Deutschland, die es nie gebilligt hat, ergreifen und deshalb das bisherige freundliche Verhältniß mit der dritten Macht Deutschlands abbrechen werde? Hieße dies nicht sich mit ganz Deutschland verfeinden? Denn wo hätte der in München stattgefundene Umschwung dort nicht Beifall gefunden? Oesterreich ist immer treu deutsch gesinnt gewesen. Von 1792 bis 1815 hat es ohne Unterlaß fürs deutsche Vaterland gestritten. Sollte es jetzt an der Entzweiung desselben arbeiten? Dazu gehört ein starker Glaube, wie es allerdings der ultramontane ist. Diese Ultras denken jedoch bei ihrer Vorliebe fürs Antike vielleicht an die alte Politik Oesterreichs? Baiern gegenüber. Wissen sie nicht, daß diese Politik, ebenso wie die gegen Preußen, schon seit einem halben Jahrhunderte zu Grabe getragen worden und Oesterreich für diesfallsige Wünsche oder Verluste längst sattsam entschädigt worden ist? Oesterreich wünscht im allgemeinen und im eignen Interesse ein einiges und starkes Deutschland, es wünscht aber nicht, wie die ultramontane Partei, eine Wiederherstellung des alten römischen Reichs mit seinen Zerstückelungen in geistliche Staaten und reichsgräfliche Autonomien. Die sich immer deutlicher herausstellenden russisch-französischen Verhältnisse empfehlen es überdies der österreichischen und allen deutschen Regierungen, sich mit wichtigern Sachen zu beschäftigen als damit, der geschlagenen römischen Ultrapartei das nun überall in Deutschland verlorene Ansehen wieder zu verschaffen.

Portugal.

Das Journal des Débats hat Nachrichten aus **Lissabon** vom 3. Mai, wonach die von einigen Seiten verbreiteten Gerüchte einer Volksbewegung in der portugiesischen Hauptstadt sich auf die Entweichung von circa 1000 Gefangenen aus dem Limoeiro am 29. April reduciren, welche nach dem Schlosse St. Georg und der de Grate-Kaserne zogen, um andere Gefangene zu befreien und sich Waffen zu verschaffen. Sie wurden jedoch mit Gewehrfeuer empfangen und sollen über 70 Todte verloren haben. Die freiwilligen Corps trugen wesentlich zur Herstellung der Ordnung bei. Ungefähr 600 der Entwichenen wurden wieder eingebracht. — Der britische Oberst Wylde war am 30. April nach Setubal gegangen, wo er auf viele Schwierigkeiten gestoßen zu sein scheint. Sa da Bandeira erklärte, sich ohne Befehl der Junta nicht zur Einstellung der Feindseligkeiten ermächtigt und glaubte auch in diesem Falle auf den Gehorsam seiner Truppen nicht bauen zu können. In einem Treffen am 1. Mai, wo die Insurgenten die königlichen Truppen angriffen, mögen 200 Mann auf beiden Seiten außer Gefecht gesetzt worden sein, und man behauptete gegenseitig seine Stellung. Nachher willigte Sa da Bandeira jedoch in einen Waffenstillstand, und Oberst Wylde wollte am 2. Mai mit Instructionen des britischen Gesandten nach Oporto gehen. Sie bieten der Junta nach erfolgter Niederlegung der Waffen vollständige Amnestie für alle seit letztem October begangenen politischen Vergehen, Zurückrufung aller Verbannten, Aufhebung der in derselben Zeit gegen die Bestimmungen der Constitution ergangenen Decrete, ein Ministerium aus Männern, die weder Cabralisten sind noch der Partei der Junta angehören, und die Berufung der Cortes nach erfolgten Wahlen. Die britische Regierung will eine gewisse Garantie für die Ausführung dieser Zusagen übernehmen, würde aber im Falle der Ablehnung der Vermittelung mit Frankreich und Spanien im Einverständnisse mit der portugiesischen Regierung die nöthigen Maßnahmen zur Beendigung des Bürgerkriegs treffen. Die aus Oporto vom 3. Mai in der Times enthaltenen Mittheilungen über den Eindruck, welchen dort die Nachricht von Annahme der britischen Vermittelung durch die Königin zu machen schien, lassen jedoch noch bezweifeln, daß die Junta sich so rasch zum Ziele legen werde. Auch steht zu erwarten, daß die realistischen (oder miguelistischen) Offiziere möglicherweise die Junta mit Gewalt zu nöthigen suchen werden, zu ihren Gunsten specielle Garantien zu erlangen.

Spanien.

Das Gesetz über die Aushebung von 25,000 M. aus der Klasse 1846 für die regelmäßige Ergänzung des Heeres zum Dienste auf sieben Jahre wird in der Gaceta de Madrid vom 8. Mai publicirt. Ueber die am 4. Mai, als die Königin aus dem Theater nach Hause fuhr, vernommenen zwei Detonationen (Nr. 135) geht jetzt dem Heraldo zufolge die Sage, daß es Pistolenschüsse gewesen wären. Eine Kugel sollte durch den Rand des Hutes der Königin gegangen sein. Die über den Vorfall angestellte Untersuchung hat zur Vernehmung eines Mitarbeiters an dem Clamor publico, des Advocaten Angel La Rioa, geführt. Ja, dieser soll sogar verhaftet worden sein. Indessen ist die ganze Angelegenheit noch so umschleiert, daß sich über Wahres und Falsches kein Urtheil fällen läßt. Der Correspondent der Allgemeinen Preußischen Zeitung bemerkt über den Vorfall, daß die Behörden anzunehmen schienen, es sei auf die Königin geschossen worden, und fährt dann fort: „Dennoch fällt es mir schwer, zu glauben, daß eine solche Frevelthat in Spanien begangen werden könnte. Jedenfalls ist aber die Richtung, welche die hiesigen Verhältnisse zu nehmen scheinen, von der Art, daß sie die reiflichste Würdigung der fremden Cabinete in Anspruch nehmen dürfte. Niemand vermag hier die Person anzugeben, auf welche für den Fall einer plötzlichen

Thronerledigung der Besitz der höchsten Gewalt übergehen würde. Die Einen bestimmen ihn dem Gemahl der Königin, die Andern der Herzogin von Montpensier, die Dritten dem Grafen v. Montemolin und noch Andere gar dem Infanten Don Enrique. Jedermann fühlt hier, daß außerordentliche Ereignisse bevorstehen, und doch weiß Niemand über die verschiedenen Zwecke der Parteien Rechenschaft zu geben. Ein unparteiisches Blatt, der Popular, sagt: «Was gibt es, was geht vor? Wir können es nicht sagen, allein es ist gewiß, daß wir Spanier gegenwärtig für ein großes Verbrechen büßen; es ist gewiß, daß wir die unglücklichste aller Nationen sind. Die Vergangenheit, deren Früchte wir ärnten, besteht aus nichts als Kriegen, Uebergriffen des Throns wie des Volks, Erbärmlichkeiten, Umwälzungen, Raubthaten, Verbrechen und Jammer. Das gegenwärtige, aus heteregenen Bestandtheilen gebildete Ministerium ermangelt der nothwendigen Einheit, um Kraft in die Verwaltung zu tragen. Jedermann verzweifelt an ihm, weil es an sich selbst verzweifelt. Unsere Zukunft ist eine sehr finstere, eine trübere als der von Gewitterwolken verhüllte Himmel. Was gibt es? was geht vor? Wir wollen es nicht sagen. Aber während wir mit Sehnsucht das große Ereigniß, das uns Rettung bringen sollte, abwarteten, während im Osten ein Licht für uns aufzugehen schien, wechselt Alles sich plötzlich, und das große Ereigniß wird nicht zum Balsam für die Wunden Spaniens, sondern zur Fackel der Zwietracht. Es ist nicht dazu bestimmt, uns zu retten, sondern uns Leiden ohne Zahl, beständige Zerrüttung und Auflösung zuzuführen. Was geht vor? So fragen Alle, und Alle scheuen sich, Das, was sie wissen, anzugeben. Niemand will sich selbst das Geheimniß, das er durchschaut, enthüllen. Deshalb überlassen Progressisten und Moderirte sich der Furcht, während die Parteigänger Montemolin's sich freuen.»"

— In Madrid haben die Congreßmitglieder von der frühern Majorität einen Ausschuß niedergesetzt, welcher die HH. Pidal, Martinez de la Rosa, Bravo Murillo unter seinen Mitgliedern zählt und während der Suspension der legislativen Arbeiten die allgemeinen Interessen überwachen soll. Die Versammlung, in welcher dieser Beschluß gefaßt wurde, bestand aus mehr als 80 Personen. Man war einig, dem Ministerium beharrlich entgegenzutreten und sich selbst für allgemeine Wahlen in die erfoderliche Verfassung zu setzen.

Großbritannien.

London, 12. Mai.

Im Oberhause richtete gestern der Earl of Hardwicke die Frage an die Minister, ob sie über den Getreidevorrath im Lande und die zu erwartenden Zufuhren unterrichtet wären? Der Marquis of Lansdowne erwiderte, daß der edle Earl wol nicht erwarten werde, eine amtliche Antwort über das Erstere zu erhalten, da bekannt sei, es stehe der Regierung kein Weg zu Gebote, bestimmte und sichere Nachweise darüber zu erlangen. Der Regierung sei keine andere Ermittelungsart darüber möglich wie Jedermann, welche Vorräthe im Lande wären. Indessen wolle er doch so viel sagen, daß seit dem Herbste nicht mehr Getreide als in frühern Jahren auf den Markt gebracht worden, und also, wenn die letzte Aernte nicht weit unter der gewöhnlichen Annahme gewesen, zu folgern sei, es müßten noch ansehnliche Vorräthe da sein. Was die stattgehabte Zufuhr anlange, so sei diese bisher außerordentlich gewesen. Sie habe im Januar dieses Jahres 661,000 Quarter, im Februar 557,000, im März 929,000 und im April 1,043,000 Quarter betragen, woraus sich ergebe, daß die Zufuhr mit dem vermehrten Bedarf gleichen Schritt gehalten habe, was wesentlich dem Umstande zuzuschreiben sei, daß man die Gewißheit gehabt, die englische Regierung werde sich keine Behinderung des Getreidehandels erlauben. Daher sei es gekommen, daß, obgleich viele große und volkreiche Länder unter derselben Bedrängniß wie England leiden, doch die ganze 2,170,000 Quarter betragende Getreideausfuhr aus den Vereinigten Staaten mit Ausnahme von nur 500,000 Quarter, ihren Weg nach England gefunden habe. Aus den Vereinigten Staaten dürfe man auch noch ferner bedeutende Zufuhren erwarten. Lord Ashburton wollte besorgen, die günstigen Ansichten des Geheimeraths-präsidenten würden sich nicht bewähren. Der Bericht über die Bill, Darlehen zu Meliorationen an irische Grundherren betreffend, wurde dann noch berathen, und nachdem ihm auf Antrag des Marquis of Lansdowne zwei Amendements angefügt worden, welche die Errichtung von Mühlwerken und die vom Herzog v. Wellington in Anregung gebrachte Bestimmung betrafen, daß bei allen mit Unterstützung auf Grund dieser Bill vorgenommenen Arbeiten die Arbeitslöhne baar ausgezahlt werden müßten, vom Hause angenommen. Die dritte Lesung wurde zum 14. Mai angesetzt.

Das Unterhaus wurde von Lord J. Russell benachrichtigt, daß er am 21. Mai auf Vertagung bis zum 28. Mai (des Pfingstfestes wegen) antragen werde. Auf eine Anfrage erklärte der Premierminister, daß er noch nicht sagen könne, ob eine weitere Suspension der Navigationsgesetze und wie dieselbe eintreten solle, das aber beim Antrage wegen Verlängerung der Suspension der Getreidezölle thun werde. Auf seinen Antrag wurde die Tagesordnung zu Gunsten des Berichts über die Resolutionen des Schatzkanzlers, die Einzahlungen auf die 8-Mill.-Anleihe betreffend, ausgesetzt. Als dann dieser Bericht eingebracht wurde, von dem man erwartete, es werde sich eine lange Discussion daran knüpfen, trat kein einziger Redner auf, und der Sprecher verkündete dessen erfolgte Annahme. Nachdem die Bill über Verbesserungen in den Städten im Interesse der Sanitätszwecke zum zweiten Mal verlesen worden war, vertagte sich um 6 Uhr das Haus unter Jubel und Hurrahruf, so unerwartet früh davonzukommen.

— Der Hof ist gestern Nachmittag von Osbornhouse auf der Insel Wight nach dem Buckinghampalaste zurückgekehrt.

— Wir hatten selten Veranlassung, schreibt die Times, eine militairische Operation zu berichten, empörender für alles rechtliche und menschliche Gefühl als das Bombardement und die Eroberung der Stadt und des Schlosses von Veracruz durch die Truppen der Vereinigten Staaten. An sich freilich ist die Einnahme des festesten Punktes an der mexicanischen Küste der wichtigste Act des ganzen Feldzugs und vermuthlich von allen je durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten gewagten Unternehmungen. Erinnern wir uns aber des principlosen Umsichgreifens, aus welchem der Krieg hervorging, und der Zwecke, für welche er geführt wird, so wird, je entscheidender diese Thaten sich gestalten, das Licht nur immer unheimlicher und düsterer, was sie auf die Politik der Vereinigten Staaten werfen. Der Glanz ihrer Waffen ist beschmuzt durch die Infamie eines solchen Kampfes gegen einen ungefährlichen, ohnmächtigen Feind. Die Schrecknisse des Krieges, für welche nur eine edle Sache und heldenmüthige Tapferkeit aufkommen können, sind in dieser Angelegenheit vergrößert worden durch die abscheuliche Politik, von welcher die Eroberungsarmee ausgesendet wurde, und die elende Schwäche Derer, gegen welche sie ihre Waffen wendete. Mit einer unbewußten Naivetät erzählen die amerikanischen Berichte von einer der grausamsten und barbarischsten Thaten, die in moderner Zeit durch Soldaten einer civilisirten Nation begangen worden. Die Weise, in welcher General Scott die Belagerung dirigirte, ist charakteristisch für den wilden und zerstörungslustigen Sinn einer ungeübten Armee von Freiwilligen. Nicht die geringste Mühe wird genommen, um zu verbergen, daß jener General die Zerstörung der Stadt Veracruz als Mittel ansah, in den Besitz von San Juan de Ulloa zu kommen. In der That scheint der Angriff ausschließlich auf die Stadt gerichtet worden zu sein, da der General selbst meldete, daß bei der Uebergabe das schwere Geschütz, welches zum Angriffe der Hauptfeste erfoderlich gewesen, noch nicht disponibel war. Die Sachen sind so außerordentlich und allem Brauche moderner Kriegführung entgegen, wenn nicht ganz besonders dringende Umstände vorliegen, daß wir keinen Glauben dafür gehabt hätten, sagte es der commandirende General nicht selbst.

— Der Lordmayor gab heute den Ministern das übliche große Banket, dem auch der gefeierte Held von Aliwal, Sir H. Smith, beiwohnte. Lord J. Russell hielt bei dieser Gelegenheit eine längere Rede, in welcher er sich in Bezug auf die gegenwärtige Calamität dahin aussprach, daß man Unrecht thun würde, wenn man darauf rechnen wollte, daß die Noth sehr bald ihr Ende finde; er foderte dazu auf, das Beispiel der Königin allgemein nachzuahmen, welche in ihrem Hofhalte die größte Sparsamkeit in dem Lebensmittelverbrauch vorgeschrieben habe, und sprach mit großer Wärme seine Anerkennung des brüderlichen Verhaltens der Vereinigten Staaten gegen die darbenden Irländer aus.

— Aus **Dublin** wird vom 10. Mai wieder höchst besorglich über den Zustand des Lordlieutenants berichtet. Aus den Grafschaften Clare und Limerick meldet man von neuen tumultuarischen Auftritten. In dem einen Falle kam es zum Verlesen der Aufruhracte und nachherigem Gebrauche der Schußwaffen, wobei vier Menschen getödtet worden sein sollen. Der Repealverein hielt am 10. Mai in Dublin seine regelmäßige Sitzung, die wieder zahlreicher als bisher besucht war. Es wurde mitgetheilt, daß die zur beabsichtigten Versöhnung zwischen dem alten und jungen Irland veranstaltete „feierliche" Conferenz fruchtlos gewesen sei. John O'Connell erklärte, daß er an das Land appelliren und nur wenn das gegen ihn sich aussprechen werde, seine Flagge streichen wolle. Ein katholischer Geistlicher brachte die Auflösung des Repealvereins zur Sprache und trat zugleich für das junge Irland auf, ward aber bald genöthigt zu schweigen. Als Repealrente gingen 50 Pf. St. ein.

— Der Cityartikel der Times bestätigt die jüngst im Unterhaus ausgesprochene Ansicht des Schatzkanzlers, daß die Curse in Nordamerika sich gegen Baarsendungen dahin stellen. In Neuyork war der Curs zuletzt 105½, auf London bei Papier auf 60 Tage nach Sicht; für Rimessen nach Amerika war er dagegen 109 Doll. 23—40 C., und würde also über 4 Proc. zum Nachtheil Englands sein, wenn nicht der Disconto bei den auf England gezogenen Wechseln in Anschlag käme, der hohe Stand desselben aber sowie die gestiegenen Versicherungsprämien absorbiren allen scheinbaren Vortheil bei Geldsendungen nach den Vereinigten Staaten.

— In **Portsmouth** traf vorgestern die schwedische Corvette Najaden von 16 Kanonen, Capitain Ehrenström, von Cadiz ein, die eine Anzahl junger Leute am Bord hat, welche für den Seedienst ausgebildet werden. Die Fregatte Eugenia mit dem Prinzen Oskar und die Brigg Nordenskold wurden unverweilt aus dem Mittelmeer erwartet.

Frankreich.

Paris, 13. Mai.

Dem Bureau der Deputirtenkammer ist durch Hrn. Odilon-Barrot eine Bittschrift des einzigen noch lebenden Bruders Napoleon's, Hieronymus, Herzogs v. Montfort, übergeben worden, welcher um Aufhebung der gegen seine Familie bestehenden Ausnahmegesetze ansucht.

— Der neue Kriegsminister, General Trézel, und der neue Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Jayr, sind in Paris eingetroffen.

— Nach der gestrigen Patrie empfing der abgetretene Finanzminister Hr. Lacave-Laplagne gestern während der Kammersitzung eine schriftliche Aufforderung, sich nach der Sitzung zum Könige zu begeben.

— Die Königin Christine hat gestern ihre Reise nach Neapel angetreten. Das Ministerium hat zu Toulon Appartements für sie in Bereitschaft setzen lassen, und es wird ihr auch ein Staatsdampfschiff zur Ueberfahrt nach dem Königreiche beider Sicilien zur Verfügung gestellt werden.

— Bu-Maza ist gestern in Begleitung des Capitains Richard vom Herzoge von Nemours in einer Privataudienz empfangen worden.

— Nachrichten von Otaheiti über Valparaiso, wo sie Mitte Febr. auf directem Wege eingingen, melden die erfolgte Unterwerfung der noch unter den Waffen gewesenen Eingeborenen unter die Botmäßigkeit der Franzosen. Die Letztern hatten den in mehren schwer zugänglichen Thälern Gelagerten die Zufuhr von Lebensmitteln so abgeschnitten, daß sie sich aus Mangel ergeben mußten. Die Unterwerfung war eine unbedingte. Capitain Bruat erwartete sehnlichst den neuen Gouverneur, dem mit den eintreffenden Verstärkungen gegen 2000 M. zu Gebote stehen werden. Es lagen sieben französische Kriegsschiffe, dabei die Fregatte Uranie und der Dampfer Phaeton, vor Papeiti. Zu Weihnachten war dort eine arge Schlägerei zwischen einem Theile der Mannschaft der britischen Fregatte Grampas, Capitain Martin, vorgefallen, welcher erlaubt worden war ans Land zu gehen. Die Leute hatten in einem von einem Engländer gehaltenen Wirthshause getrunken, Lärm angefangen, die herbeigerufenen französischen Gendarmen zuerst hinausgeworfen, und als sie mit Verstärkung wiederkamen, auch diese in die Flucht geschlagen und einen davon mit seinem eignen Säbel niedergemacht. Am Ende wurden sämmtliche Seeleute durch französisches Militair verhaftet, das auch den zufällig in die Nähe der Scene kommenden Capitain Martin mit festnahm. Letzterer wurde jedoch, sobald er sich legitimirte, freigelassen.

* **Paris**, 13. Mai. Die Lage der Dinge in Frankreich verschlimmert sich auf eine bedenkliche Weise, und der politischen und commerziellen Krisis gegenüber, die auf Alles drückt, ist alle Welt in argen Nöthen: das Ministerium wegen der schmählichen Schlappen im Parlament, die Handelswelt wegen der zunehmenden Stockung im Verkehr, die Börse wegen des anhaltenden Fallens der Papiere, die Kammer wegen der großen Zerrüttung in den Finanzen, die öffentliche Moral wegen der schamlosen Betrügereien und Bestechungen in der Verwaltung. Wohin man sich wendet, sieht man nichts als Noth und Verlegenheit aller Art. Es scheint fast, als ständen die Franzosen am Rande des Grabens, woran sie seit 16 Jahren arbeiten, indem die Einen die Erde nach der einen, die Andern nach der andern Seite werfen und so Allen und Jedem den Weg ungangbar machen. Das auseinandergewichene Ministerium ist zwar wieder zusammengeflickt; aber dieses Flickwerk streut doch nur einigen wenigen Schwachköpfen Sand in die Augen und macht einige bezahlte Journale jubeln, während die Schlauern thun, als sei nichts vorgefallen. Auch hat sich wirklich nichts ereignet. Man weiß wohl, daß die drei aus dem Ministerium getretenen Minister die Sündenböcke für die HH. Duchatel und Guizot sein sollen. Die HH. Lacave-Laplagne, Mackau und Moline de Saint-Yon sind am meisten von allen Parteien gemißhandelt und angeschwärzt, am meisten verspottet und verhöhnt worden, und verdienten es doch wol am wenigsten. Nur den einen Fehler hatten sie, daß sie den Posten nicht gewachsen waren, auf welche man sie gestellt hatte, und das war freilich ein schlimmer Fehler, welchen sie übrigens mit ziemlich allen Ministern gemein hatten, die seit 1830 in Frankreich mit am Ruder des Staats arbeiten und pfuschen halfen. Mit ihrem Falle fallen vielleicht einige allzu schreiende Mißbräuche; im Ganzen aber bleibt es gewiß beim Alten. Das Ministerium ist unpopulair bei seinen Freunden und Feinden; sogar die Börsenleute sind schlecht darauf zu sprechen, und die wiederholten moralischen Niederlagen der Regierung und die wachsenden Bedrängnisse des Staats machen die unruhigen Oppositionsmänner der Linken und die eingeschüchterten Progressisten des Centrums von Tag zu Tag kühner. Kabalen keimen und blühen in der Kammer und im Ministerium. Man deckt sich gegenseitig seine Sünden und Gebrechen auf und sucht sich einander zu überlisten. Jedoch mit Hülfe ihrer neuen Collegen, denen sie für sich keine Gefährlichkeit und bei der Kammer einige Gunst zutrauen, hoffen Duchatel und Guizot, das festgefahrene Ministerboot wieder flott zu machen und das Ruder in Händen zu behalten. Einstweilen machen die Matrosen ungestraft ihre Glossen über die schlechte Lenkung des Fahrzeugs und erzählen sich die lächerlichsten Anekdoten von den Steuerleuten. Die conservative Phalanx gleicht einem Schiffe, welches, nachdem es den Feind auf hoher See in den Grund gebohrt, im Hafen jämmerlich scheitert, und dessen Mannschaft ans Land schwimmt, wo Jeder seiner Wege geht. Alle Disciplin hat aufgehört, und seit einiger Zeit herrscht im Centrum eine völlige Anarchie. Die Kammersitzungen sind überaus stürmisch und unruhig. Der Lärm, die Unordnung geht über Alles, was ich je in einer großen Versammlung gesehen habe. Wilde Kraft zeigt sich auf allen Seiten, aber nirgend Energie. Man sieht nur das widerliche Schauspiel des Aufgelösten und Schwankenden in allen Erscheinungen. Die Verwirrung in den Köpfen ist eben so groß als der Wirrwarr auf den Bänken. Bankiers, Millionaire, eingefleischte Conservateurs wie die HH. Fould, de Haussenville ꝛc. behaupten auf der Rednerbühne, daß Frankreich durch die Sorglosigkeit und Untüchtigkeit der Regierer und Verwalter in eine böse Lage hineingespielt worden, und nöthigen durch heftige Ausfälle und präcise Anfragen bald diesen bald jenen Minister, trotz Fallstaff handgreiflich zu lügen oder etwas, das mit einem Ja oder Nein sich leicht entscheidet und beantwortet, durch tausend Schlangenzüge der Sophisterei zu schleppen. Man traut seinen Ohren kaum. Die Scandale Benier, Drouillard, Boutmy, Cassagnac ꝛc. scheinen die Nachtheile der französischen Staats- und Verwaltungsmaschine selbst den Kurzsichtigsten aufgedeckt zu haben, und es ist, als hielte sich Jedermann die Nase zu vor den pestilenzialischen Ausdünstungen, die aus dem umgewühlten Koth jener Kloake von Infamien aufsteigen.

Reiche Leute, die in den Republikanern nur ihre Mörder und Plünderer sahen, stimmen darin mit ihnen überein, daß die gräulichste Bestechung und der schändlichste Verkauf vorzüglich Diejenigen entehre, welche bestellt sind, über solche Frevel zu wachen. Sogar Deputirte, die einzig und allein der Intrigue und Bestechung ihre Wahl verdanken und bei allen Eisenbahncompagnien betheiligt sind, schreien und pochen, man dürfe nicht länger die Gerechtigkeit verschieben, die man der eignen Ehre und der Nation schuldig sei. Die Minister, klug genug, haben sich damit einverstanden erklärt und daher den letzten Scandal Cubières, der allen andern die Krone aufsetzt, der Pairskammer überwiesen. Man ist auf den Ausgang des Processes sehr gespannt; aber was wird dabei herauskommen? Ein Gaukelspiel. Der Generallieutenant Cubières wird sich damit entschuldigen, daß er durch Intriganten hinters Licht geführt und zu unbedachtsamen schriftlichen Aeußerungen verleitet worden, die rein aus der Luft gegriffen seien, und dafür einen Verweis erhalten, wenn der Pairshof nicht gar erklärt, was Viele vermuthen: es sei gar kein Grund zur Klage vorhanden. Was den Exminister Teste anlangt, so hat er sich bereits ein Zeugniß makelloser Verwaltung selbst ausgestellt, welches ihm seine Collegen der Pairskammer bestätigen werden mit Glanz. Der ganze Proceß wird und kann nur eine Parade sein, wo Alle, Richter, Ankläger und Angeklagte, mehr oder weniger Komödie spielen, wo Keiner Das sagt, was sein Ernst ist, sondern was die freiwillig oder gezwungen übernommene Rolle verlangt. Wer aber nur ein wenig in Paris herumkommt und nur eine Zeit lang in dem Strudel mit herumschwimmt, in welchem die hohe Finanzwelt rundläuft, der weiß auch, wie die Geschichte sich verhält. Die 45 Actien, die Hr. Cubières aufzuopfern rieth, weil „die Regierung in habgierigen und verworfenen Händen sei", sind wirklich gegeben, aber wieder zurückgegeben worden, da indiscrete Zungen gleich anfangs die Sache ausgeplaudert, welche, wie so viele andere Angelegenheiten dieser Art, von einer in Paris ganz bekannten Lionne, Madame Brunetière, eingeleitet und verhandelt wurde. Uebrigens war Hr. Teste in seiner damaligen Stellung gewissermaßen zu solchen Nebengeschäften berechtigt und gleichsam darauf angewiesen. Als Justizminister hatte er sich nämlich durch beantragte gerichtliche Reformen die Todfeindschaft aller Avoués und Notare zugezogen, die gegen ihn in einen geheimen Bund zusammengingen und sein Advocatencabinet in Verruf thaten, sodaß Hr. Teste, als er aus dem Ministerium des 1. März trat, seine frühere Clientel verloren und sein Cabinet von dem Werthe einer halben Million auf einige Tausend Francs heruntergebracht sah. Da er nicht daran gedacht hatte, sich den Rücken zu decken, gerieth er in große Verlegenheit; aber die Regierung, von seiner peinlichen Lage unterrichtet, machte ihn zum Minister des öffentlichen Bauwesens; eine fette Sinecure war eben nicht vacant. Jenes Ministerium hat viel mit Unternehmern und Lieferanten zu verhandeln, viele Concessionen zu vergeben, kurz, viele Sporteln und Nebenverdienste, so viele, daß sich Hr. Teste nach ein paar Jahren mit irdischen Gütern gesegnet in den Ruhestand eines Pair de France begeben konnte.

Es ist nicht Geschrei der Republikaner, nicht Verleumdung der Mißvergnügten, was ich hier nachschreibe, sondern das offene Geständniß von Leuten, deren Interesse es ist, alle Klagen über Bestechungen abzuläugnen. Ohnehin kommen solche scandalöse Geschichten hier in ziemlich weiten Kreisen herum, weil bei der Theilung der Beute durchgängig galante Damen aller Art interessirt sind, die im engern oder weitern politischen und leiblichen Verhältnisse mit den einflußreichen Männern stehen und damit prahlen. Man hat in Deutschland gar keine Vorstellung davon, was durch schöne Weiber von abenteuerlicher Lebens- und Denkungsart in Paris sich Alles machen läßt. Einige dieser Damen sind wahre Groß-

möchte, die auf das Steigen und Sinken der Actien Einfluß haben. Das Alles ist nicht einmal ein Geheimniß. Von den Betrügereien, Bestechungen und Unterschleifen, die in allen Zweigen der Staatshaushaltung vorgehen, ließe sich leicht ein dickes Buch schreiben und würde die Materie beinahem nicht erschöpfen. Man hört täglich in dieser Beziehung die unglaublichsten und doch thatsächlichsten Geschichten, und der erste beste Griff in die scandalöse Chronik der Gegenwart liefert in Masse Parallelen und Gegenstände zu den größten Schlechtigkeiten und Gemeinheiten der Maitressenwirthschaft des ancien régime und des Directoriums. Die Börsenmänner und andere reiche Leute machen gar kein Hehl daraus; der ewige Geldwucher hat bei ihnen jedes moralische Gefühl abgestumpft und den Glauben an die Möglichkeit der Redlichkeit und Uneigennützigkeit getödtet, so sehr getödtet, daß sie Denjenigen, der als Staatsbeamter sein persönliches Interesse hintansetzen wollte, für einen armen Tropf halten würden. Das Moralprincip des Helvetius ist in diesem Augenblicke in Frankreich eine eben so klägliche als fürchterliche Wahrheit.

Belgien.

Die beiden liberalen Vereine Lüttichs, welche mit einander in Spannung gerathen waren, haben sich am 10. Mai ausgesöhnt. Die Aussöhnung der beiden liberalen Vereine in Brüssel ist bereits insoweit erfolgt, daß die Association libérale ihrem Comité die Vollmacht ertheilt hat, sich über die für die Kammer und den Senat vorzuschlagenden Candidaten mit dem Comité der Alliance zu verständigen.

Rußland und Polen.

Die Zeitung für Preußen meldet von der **russischen Grenze**: „Ein Gutsbesitzer hatte bei der Regierungskasse eine Anleihe auf seine Güter gemacht und kehrte von der Gouvernementskasse beladen, man sagt mit 30,000 Silberrubeln nach Hause zurück. Gegen Abend nahm er in einem jüdischen Wirthshause Herberge, um nicht mit seiner Baarschaft in der Dunkelheit auf den unsichern Seitenwegen reisen zu müssen, und foderte, unter Versprechung guter Belohnung, den Wirth auf, diese Nacht keinen Reisenden aufzunehmen. Um Mitternacht ward heftig an die Thür gepocht, und mehre Stimmen begehrten Einlaß. Als der Wirth versicherte, sein Haus sei so besetzt, daß er keinen Fremden aufzunehmen im Stande sei, wurde die Thür erbrochen und der Kutscher des Gutsbesitzers, der den Eingang in das Zimmer seines Herrn mit seinem Körper versperren wollte, auf eine grausame Weise niedergemetzelt. Unterdessen gewann der Edelmann Zeit, ergriff seinen scharfgeladenen Doppelläufer und zielte so gut, daß er zwei der Angreifenden todt zu Boden streckte, die Uebrigen entkamen. Als später die Justiz herbei kam, erstaunte man nicht wenig, als man in den beiden verkappten Gefallenen den Regierungskassenrendanten, welcher dem Gutsbesitzer das Geld Tags vorher ausgezahlt hatte, und seinen Secretair erkannte."

Mexico.

Die directen Berichte vom 1. April aus **Mexico** erwähnen in keiner Art der angeblich erfolgten Hinrichtung der Häupter der in den letzten Februartagen gegen die Regierung und Gomez Farias ausgebrochenen Bewegung, der Generale Pena y Pena, Barragan und Salas (Nr. 133), von welcher Hinrichtung auch noch die über Havre mit dem Packetschiffe Zürich aus Newyork vom 21. April eingebrachten Zeitungen sprechen. Ihre Berichte sind jedoch auch sonst ungenau, und während sie Santa Anna am 18. März schon in Mejico sein lassen, kam er erst am 22. März in Guadaloupe an und hielt am 23. März seinen Einzug in die Hauptstadt. Von den 25,000 M., die derselbe bei S. Luis de Potosi vor der Schlacht von Angostura besaß, wie die Kämpfe mit General Taylor bei Buenavista vor Saltillo jetzt in Mejico genannt und zugleich als Sieg geschildert werden, dürften vermuthlich nur die Hälfte noch beisammen sein. Ein Theil davon muß in S. Luis zurückbleiben. Nationalgarde, Miliz und Freiwillige mitgerechnet, wird man daher den Amerikanern bei Jalapa wenig über 15,000 M. entgegenstellen können.

Südamerika.

Berichte aus **Valparaiso** vom 27. Febr. schildern den günstigen Eindruck, welchen dort und in den Nachbarstaaten die Nachricht von der Beschlagnahme der in britischen Häfen für die beabsichtigte Expedition des Generals Flores ausgerüsteten Schiffe hervorgebracht hat. Aus Besorgniß vor derselben waren an der ganzen Küste von Chile bis Panama Vertheidigungsanstalten theils getroffen, theils vorbereitet, die nun überflüssig wurden. Die Familie von Flores hatte indessen für sein Vorhaben büßen müssen, indem aus Quito, der Hauptstadt von Ecuador, gemeldet wird, daß sein ansehnliches, zum Theil in Liegenschaften bestehendes Vermögen dort eingezogen worden und die unglücklichen Seinigen von Haus und Hof getrieben worden sind. Eine seiner Töchter wird als eben so anmuthig und fein gebildet wie lieblich schön geschildert. Der spanische Minister hatte am 18. Jan., nachdem er vorher alle Verbindung mit der Regierung abgebrochen, sich nach Payta in Peru begeben. In Bolivia schien der Präsident, General Ballivian, nachdem die Gefahr von Flores vorüber, die im Gange befindlichen Rüstungen dennoch vollenden und sie gegen Peru wenden zu wollen, mit dem alte und hauptsächlich über die Zölle hergekommene Streitigkeiten schweben. Der peruanische Gesandte Astete hatte umsonst einen Handelsvertrag zu unterhandeln versucht. General Ballivian wollte seine Vorschläge angenommen wissen und drohte mit Absperrung gegen peruanische Erzeugnisse, was dort mehre Producenten hart treffen würde. Der General ist ein alter und erfahrener Soldat; er hat fünf Infanteriecorps und neun Schwadronen berittene Miliz organisirt, deren Einübung jetzt eifrig betrieben wird. In Chile wird die Anlage einer Eisenbahn zwischen Valparaiso und Santiago, zu welcher ein Hr. Beardman aus Liverpool den Plan entworfen hat und zu deren Ausführung eine englische Gesellschaft gebildet werden soll, seit Jahr und Tag betrieben. Der frühere Minister, Señor Moutt, schien dem Vorhaben günstig. Er trat inzwischen ab und sein Nachfolger, Señor Vial, hat die durch Hrn. Wheelwright, einen der Directoren der Pacific Steam Navigationcompagnie, wieder angeknüpften Verhandlungen deshalb nichts weniger als ermuthigend aufgefaßt.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 17. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 bezahlt und G.; Sächsisch-Schlesische 100¼ Br., 99¾ G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ G.; Löbau-Zittauer 57 Br., 56 G.; Magdeburg-Leipziger 201 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 91 Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 9. bis 15. Mai 1847:

7,760 Personen	6,329	Thlr. 14	Ngr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht und magdeburger Antheil	5,524	„ 21	„ 5 „
	11,854	„ 5	„ 5 „

(Vom 1. Jan. — 15. Mai 131,466 Personen, Einnahme 125,255 Thlr. 4 Ngr.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 17. Mai früh 7 Uhr: 1° 21″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 15. Mai. Oestr. Bkact. 1919; 250 Fl. L. 119⅛; 500 Fl. L. 154⅛; Bair. 3½pc. 92¼; Bad. 50 Fl. L. 57⅜; Darmst. 50 Fl. L. 75⅜; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25⅜; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅜. London, 11. Mai. 3pc. Cons. 86⅞; Port. 3pc. 34; Span. act. 22⅜; 3pc. 33; Holl. Int. 57¼. Paris, 12. Mai. 5pc. 115. 75; 3pc. 77. 90; Neap. 102. 80; Bankact. 3240. Wien, 14. Mai. Bkact. 1390; Met. 5pc. 107; 3pc. 97¼; 3pc. 69½; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 119.

Actien. Frankfurt a. M., 15. Mai. Taunusb. 358½; Nordb. 71; Berb. 91⅛. Paris, 12. Mai. Eis. St.-Germ. 907½; Versail. l. 217; Paris-Orleans 1232½; Paris-Rouen 935; Paris-Strasburg 421½; Paris-Lyon 432½; Rouen-Havre 650; Marseille-Avignon 755; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 590; Nord 608½. Wien, 14. Mai. Nordb. 168¼; Gloggn. 123¼; Mail. 110⅛; Livorn. 88½; Pesth. 99⅛.

Leipziger Börse am 17. Mai 1847.

Course im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	150⅛	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Ct. fl.	2 Mt.	—	139⅛	à 3 %, im { v. 1000 u. 500 Thlr.	92	—
Augsburg	k. S.	102⅛	—	à 4 Thlr. F. { kleinere . . .	—	—
pr. 150 Ct. fl.	2 Mt.	—	—	„ d°. d°. v. 500	100¼	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½ % im { v. 1000 u. 500 Thlr.	93	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111¼	à 4 Thlr. F. { kleinere . . .	—	—
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine		
Breal. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 3½ % im { v. 1000 u. 500 Thlr.	89	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 4 % im { v. 1000 u. 500 Thlr.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—	20 à F. { kleinere . . .	—	—
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
Hamburg	k. S.	150⅛	—	à 3 % im { v. 1000 u. 500 Thlr.	91	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	—	149⅛	à 4 Thlr. F. { kleinere . . .	—	—
London	2 Mt.	—	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 23⅛	—	{ v. 500 . .	—	—
	k. S.	—	—	{ v. 100 u. 25	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	—	79⅝	„ ausnitzer d°. à 3½	—	—
	3 Mt.	—	79⅛	„ d°. d°. à 3½	—	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	—	102⅝	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-P.-Obl. à 3½ %	104⅜	—
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	—	99⅛
	3 Mt.	—	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
Augusd. à 5 Thlr. à ⅛ Mk. Br. u. à 24 K. 8 G. auf 100		—	—	K. K. Oestr. Metall. pr. 150 fl. Conv.	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—	à 5 % } laufende Zinsen	—	—
ldem	auf 100	—	—	à 4 % } à 100 % im 14 Thlr. F.	—	—
Ausd. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringem Ausmünzfusse	auf 100	—	11⅜	à 3 %	—	—
Holl. Duc. à 3 Thlr.	„ d°.	—	6⅛	Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.	—	—
Kaiserl. d°.	d°. „ d°.	—	6⅛	Leipzig. Bank-Actien à 250 Thlr. pr. 100	123	—
Brasl. d°. à 6⅝ Thlr.	„ d°.	—	6⅝	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr. pr. 100	118⅛	—
Passir d°. d°. à 6⅝ Thlr.	„ d°.	—	6	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	—	87
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—	Sächs.-Schles. d°. pr. 100	—	99⅜
ldem 10 u. 20 Kr.	d°.	—	2⅛	Oberm.-Riesa d°. pr. 100	—	59½
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	57	—
Silber d°. d°. d°.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100	—	201

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Wülan.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Dampfschiffahrt mit England.

Die Unterzeichnete hält sich verpflichtet, den Geschäftsleuten des Inlandes, welche sich seither zum Transport ihrer Waaren zwischen **Bremen** und **Hull** der Dampfboote

„Hengist" und „Horsa"

bedient haben, die Anzeige zu machen, daß sie sich durch die in Folge des Getreide-Mangels auf hiesigem Platze an sie ergangenen dringenden Aufforderungen veranlaßt gesehen hat, die erwähnten Schrauben-Dampfschiffe auf kurze Zeit zum Getreidetransport aus der Ostsee zur Benutzung zu stellen.

Der Agent der Gesellschaft in **Hull** wird bemüht sein, diese durch besondere Umstände hervorgerufene kurze Unterbrechung der regelmäßigen Fahrten obiger Boote durch prompte Beförderung der sich darbietenden Frachtgüter mit Segel- eventualiter Dampfschiffen möglichst unschädlich für die Betheiligten zu machen. **Bremen**, im Mai 1847.

[1989] ***Die Direction.***

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung

zwischen

Stettin, Swinemünde und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff **„Geiser"** wird auch in diesem Jahre eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Die Abfertigung desselben erfolgt:

aus Stettin — **aus Kopenhagen**

vom 6. April bis 28. Mai

Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags,

vom 31. Mai bis 28. August

Mittwoch / Sonnabend 12 Uhr Mittags, — Montag / Donnerstag Nachmittags,

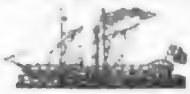
vom 31. August bis zum Schlusse der Fahrten

Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den ersten Platz 10 Thlr., für den zweiten Platz 6 Thlr., für den dritten Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8⅓ Thlr., 5⅓ Thlr. und 2⅔ Thlr. Preuß. Cour. Kinder und Familien genießen eine Moderation. Wagen und Pferde sowie Güter und Contanten werden für die verjährigen Frachtsätze befördert. [1805]

Berlin, den 12. April 1847.

General-Post-Amt.



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnick**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [1956]

Aufträge nach Amerika — vorzüglich auf Sammlungen naturhistorischer Gegenstände — nimmt ein zu Anfange Juni dahin reisender junger Mediciner bis zum 27. d. M. billigst an. Näheres per **O. W. M.** poste restante **frei Leipzig.** [1968]

Nachricht für Zahnpatienten.

Mein Aufenthalt ist jetzt in **Dresden**, und ich wohne in der Schloßgasse Nr. 24, 2. Etage. Meine portativen Badeapparate à Stück 6 Thlr., sowie meine bekannten **Zahnmedicamente** sind stets in meiner Wohnung in **Leipzig**, Hainstraße, Küstner's Haus Nr. 1, zu haben.

[1966—67] **S. Gutmann**, Zahnarzt.

Rittergut-Verkauf.

Verhältnisse halber soll ein im Herzogthum Sachsen des Merseburger Regierungsbezirks, ¼ Stunde von einer freundlichen Stadt sehr angenehm belegenes, mit allen Zweigen der Oekonomie, als: Schäferei, Brennerei, Ziegelei, Fischerei, Torfgräberei, Weinberg, Forst, sehr guter voller Jagd ꝛc. und mit allen Ehrenrechten versehenes Rittergut mit 800 Morgen Areal, wobei auch sehr gute Wiesen befindlich, mit completem Inventarium und guten Gebäuden für 45,000 Thlr. mit 10 bis 20,000 Thlr. Anzahlung sofort verkauft und nach Wunsch übergeben werden. Selbstkäufer erfahren das Nähere unter der Adresse **A. B. C.** poste restante franco Leipzig. [1987]

In unserm Verlage ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Examinatorium

über die

Römische Rechtsgeschichte.

In Fragen und Antworten

zur Vorbereitung

auf akademische und Staats-Prüfungen.

Von **C. F. W. Lange.**

Gr. 8. Geh. Preis 1 Thlr.

Halle, April 1847. [1847]

C. A. Schwetschke & Sohn.

Niederschlesische Zweigbahn.

Sommerfahrplan vom 1. Mai d. J. ab.

A.	Abfahrt von	Ankunft in	Anschluß nach Berlin		Anschlußzug nach Breslau u. Görlitz		
	Glogau	Hansdorf	Abgang von Hansdorf	Ankunft in Berlin	Abgang von Hansdorf	Ankunft in Breslau	Ankunft in Görlitz
I. Morgens	9 Uhr 30 Min.	12 Uhr	11 U. 8 M. Mitt.	7 U. 34 M. Abds.	1 U. 46 M. Mitt.	8 U. 19 M. Abds.	3 U. 45 M. Mitt.
II. Mittags (Localzug)	1 Uhr 30 Min.	4 Uhr	Der Localzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni d. J. ab täglich befördert				
III. Abends	6 Uhr 30 Min.	9 Uhr	10 U. 2 M. Abds.	5 U. Morgens	5 U. 24 M. Mrgs.	11 U. 15 M. Mrg.	7 U. 30 M. Mrgs.

B.	Abfahrt von	Ankunft in	Anschlußzug von Berlin		Anschlußzug von Breslau u. Görlitz		
	Hansdorf	Glogau	Abgang von Berlin	Ankunft in Hansdorf	Abgang von Breslau	Abgang von Görlitz	Ankunft in Hansdorf
I. Morgens	5 Uhr 45 Min.	8 Uhr 10 Min.	10 U. 45 M. Abds.	5 U. 11 M. Mrgs.	4 U. Mitt.	7 U. 15 M. Abds.	9 U. 52 M. Abds.
II. Mittags	2 Uhr	4 Uhr 25 Min.	7 U. Mrgs.	1 U. 36 M. Mitt.	7 U. Morgens	10 U. 9 M. Mrg.	12 U. 58 M. Mitt.
III. Abends (Localzug)	7 Uhr	9 Uhr 25 Min.	Der Localzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni d. J. ab täglich befördert.				

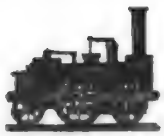
Bemerkungen:

1) Angehalten wird auf den Stationen **Nilbau**, **Klopschen**, **Quaritz**, **Waltersdorf**, **Sprottau**, **Buchwald** und **Sagan**.
2) Auf den Hauptstationen unserer Bahn findet ein unmittelbarer Billetverkauf vorläufig nach **Berlin**, **Frankfurt**, **Sorau**, **Görlitz** und **Breslau** statt, und umgekehrt können in **Berlin**, **Frankfurt**, **Görlitz** und **Breslau** Billets bis **Glogau**, in **Sorau** aber bis **Sagan** gelöst werden.
3) Einer besondern Uebernahme und Aufgabe des Gepäcks Seitens der Passagiere bei dem Uebergange von einer Bahn auf die andere bedarf es in **Hansdorf** nicht, sondern nur eines Umtausches der Garantiescheine.
4) Alle übrigen Bestimmungen ergibt das Betriebsregiement, welches auf allen Stationen für 1 Sgr. zu haben ist.
5) Die Nachtzüge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn schließen in **Berlin** und resp. **Breslau** unmittelbar an die nach **Hamburg** und **Stettin**, resp. **Wien** gehenden und von dort her kommenden Züge an.

Glogau, den 27. April 1847.

[1776—78] **Die Direction der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft.**

Digitized by Google



Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Auf vielseitig ausgesprochene Wünsche ist **ausnahmsweise** die Anordnung getroffen worden, daß zu den gegen **halbe Taxe** fahrenden **Extrazügen** für **beide Pfingstfeiertage** nur ein besonderes Billet ausgegeben wird. Dieses Billet kann beliebig wie folgt für einmalige Hin- und Herreise benutzt werden:

1) zur Abfahrt:

am **ersten** oder am **zweiten Feiertage** früh um 5 Uhr.

2) zur Rückfahrt:

a) am **ersten Feiertage** Nachmittags um 5 Uhr oder Abends um 7 Uhr, oder
b) am **zweiten Feiertage** früh um 5 Uhr, oder Vormittags um 10 Uhr, oder Nachmittags um 5 Uhr, oder Abends um 7 Uhr, oder endlich
c) Dienstag **(dritter Feiertag)** früh um 6 Uhr.

Die Billets in alle Wagenklassen, von und nach allen Stationen, kosten wie schon bekannt die gewöhnliche Taxe der Postzüge, gelten aber für Hin- und Herreise und werden auf allen Stationen an Jedermann einzeln oder in jeder beliebigen Anzahl ausgegeben. Auf ein Billet passiren 2 Kinder unter 12 Jahren.

Gepäck wird auf Extrabillets nicht expedirt.

Leipzig, den 15. Mai 1847.

Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1969—71]

Hôtel zum Schweizer Hof,

Charlottenstraße Nr. 43, nächst den Linden, empfiehlt sich allen geehrten Reisenden.
Ein Logis in erster Etage 15 bis 20 Sgr., zweite Etage 12½ bis 15 Sgr., dritte Etage 10 bis 12½ Sgr. Table d'hôte 2 Uhr.
Berlin, im Mai 1847. **G. C. Günther**, früher Oberkellner im Kronprinz.

Gasthofs-Empfehlung in Frankfurt a. M.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den verehrten Reisenden seinen Gasthof

Zum Europäischen Hof

hiermit bestens zu empfehlen. Durch elegante Einrichtung wie reinliche, prompte und billige Bedienung wird er stets bestrebt sein, den Wünschen der verehrten Reisenden zu entsprechen. [1984—86]

Frankfurt a. M., im Mai 1847. **Joh. Wilh. Reuss.**

Durch alle Buchhandlungen und Postämter ist zu beziehen: [2000]

Das Pfennig-Magazin

für Belehrung und Unterhaltung.

Neue Folge. Fünfter Jahrgang. 1847. Schmal gr. 4. 2 Thlr.

Wöchentlich erscheint eine Nummer. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 4 Ngr.
Beilagen werden mit ⅓ Thlr. für das Tausend berechnet.

April. Nr. 222—225.

Inhalt: * Die Gesellschaftsinseln. — Die Lehre von der Wärme. (Fortsetzung.) — * Lützow's wilde Jagd. — * Die Beutelthiere. — Der Junker van Roderich. (Beschluß.) — Aus alter Zeit. 4. Des Hofnarren Sotof Hochzeitsfest in Petersburg. — Die jetzigen Zigeuner. — Chinesische Schauspieler und Tänzer in Europa. — Amerikanisches. — Kalender der Natur. — Der Escurial. — * Die Dogge. — * Persischer und indischer Geheimdienst. — Zur Länder- und Völkerkunde. Sierra Leone. — Aus alter Zeit. 5. Ein Musikfest im 17. Jahrhundert. — * Clothar I. — Schneetunnel. — * Die Kathedrale von York. — Wiedergefunden. — * Türkischer Begräbnißplatz. — Der Wolf. — Der Tabacksbau in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Entsetzlicher Wahnsinn. — Das Opiumrauchen. — Zur Himmelskunde. — Russach. — Zur Länder- und Völkerkunde. Die Nicobarischen Inseln. — Ein königlicher Sonnenschirm. — * Der Fuchs. — * Die Legende vom heiligen Christoph. — * Anekdote. — **Miscellen.**

Die mit * bezeichneten Aufsätze enthalten eine oder mehre Abbildungen.

Leipzig, im Mai 1847. **F. A. Brockhaus.**

Capitalisten!

Wollt Ihr Euer Geld zu guten Zinsen anlegen und auch am Curs profitiren, so kauft Chemnitz-Riesaer Eisenbahnactien; werft einen Blick auf eine Eisenbahnkarte von Deutschland, so findet Ihr, daß diese Bahn, im Verein mit der Züterbogk-Riesaer und der projectirten Chemnitz-Zwickauer Bahn, nicht nur die kürzeste Verbindungslinie Nord-Deutschlands mit Baiern bildet, sondern auch das Innere Sachsens mit den Colonialwaaren Hamburgs und Stettins und den Garnen Englands versorgen wird; der ganze Personenverkehr Baierns mit Nord-Deutschland wird dieser Bahnlinie anheimfallen und eine Frequenz hervorrufen, welche in allen diesen Gegenstand betreffenden Artikeln nicht hoch genug veranschlagt worden ist. Mit welcher Bereitwilligkeit die Regierung diese Bahn zu unterstützen geneigt ist, daran seht Ihr, welchen Werth sie darauf legt. Benutzet daher den günstigen Augenblick, um Euch zu dem gegenwärtig so miserablen Curse in Besitz dieser Papiere zu setzen und Euch eine gute Rente zu sichern. [1994]

Todes-Anzeige.

Gestern in der sechsten Abendstunde verschied nach mehrwöchentlichen schweren Leiden sanft und ruhig unser einziges Kind, **Heinrich Gustav**, in noch nicht vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Mit ihm, in dem wir eine Stütze und Freude unseres Alters zu finden wähnten, legen wir alle unsere Hoffnungen und Freudenträume in das Grab, Trost in dieser schweren Prüfung nur bei Dem suchend, der Herr über Leben und Tod ist!

Diese Trauernachricht lassen wir allen Verwandten und Freunden in Nähe und Ferne nur auf diesem Wege zugehen und bitten, unserm Schmerz eine stille Theilnahme nicht versagen zu wollen.

Leipzig, den 17. Mai 1847.

Johann Gottfried Liebel,
Johanne Christiane Liebel,
geb. **Hause.**

[2001]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Robert Braun in Striegau mit Frl. Henriette Püchler in Freiberg. — Hr. Rentier Wilhelm Gendry in Breslau mit Frl. Pauline Fuchs. — Hr. Ernst Guck in Annaberg mit Frl. Adeline Bomnitz. — Hr. Pastor David Matzke in Wangten mit Frl. Antonie Hahn in Breslau. — Hr. Wilhelm Oppermann in Magdeburg mit Frl. Wilhelmine Riehle in Waldheim.

Getraut: Hr. Gallatin Bennewitz in Leipzig mit Frl. Henriette Roack. — Hr. Karl Finck in Leipzig mit Frl. Eleonore Haferkorn. — Hr. Postsecretair C. Goercki in Breslau mit Frl. Bertha Brunck. — Hr. Hermann Zähnert in Naumburg mit Frl. Ida Jost. — Hr. Friedrich Schuster in Weißenfels mit Frl. Anna Felsche aus Leipzig. — Hr. Prediger Traugott Bauder in Breslau mit Frl. Romana Teichert.

Geboren: Hrn. J. J. Bornemann in Bremen eine Tochter. — Hrn. Oberlieutenant Hans v. Elterlein in Bautzen ein Sohn. — Hrn. M. Gärtner in Schneeberg ein Sohn. — Hrn. Staatsprocurator Dr. H. Heimsoeth in Köln ein Sohn. — Hrn. Ernst Keil in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Victor Knorr in Langenbielau eine Tochter. — Hrn. Pfarrer H. Mallet in Ulticon eine Tochter. — Hrn. Oberlandesgerichtsassessor Ritschke in Breslau ein Sohn. — Hrn. Obergrenzcontroleur v. Studnitz in Habelschwerdt eine Tochter.

Gestorben: Frau Major Sidonie Juliane v. Brauchitsch in Leipzig. — Frau J. E. Donner in Mittweida. — Hr. Stadtrichter F. G. H. Edelmann in Budissin. — Hr. F. W. Grah in Solingen. — Hr. J. A. Köchly in Rochlitz. — Hr. Kaufmann H. A. König in Dresden. — Hr. Senator C. Kornmann in Gotha. — Frau Lisette Plump in Bremen. — Hr. Secondelieutenant Gustav v. Poser in Nisse. — Hr. Bergmeister K. L. Reuter in Hof.

Digitized by Google

Mittwoch — Nr. 139. — 19. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. * Von der Elbe. Der fremde Einfluß in Konstantinopel. — Auswanderungsangelegenheiten in Baiern. ** Von der sächsischen Grenze. Der Uebertritt zum Deutsch-Katholicismus. Das Patronatsrecht. — Württembergische Sicherheitswachen. — Freimaurerleiche in Luxemburg.

Preußen. Berlin. Landtag. * Berlin. Der Bauernstand. Hr. Camphausen. Hr. Naumann. * Marienwerder. Die Brotunruhen. — Die freie Gemeinde in Königsberg. — Wohlthätiger Verein in Breslau. — Kriegsgericht.

Oesterreich. Prag. Die Stände. — Das Ausfuhrverbot. Die Getreideangelegenheit in Böhmen.

Portugal. Die Vermittelungsfrage.

Spanien. Gesetzentwürfe über Tilgungskasse und Banken. Das Budget. Die Generalcapitaine. Theuerungstumulte.

Großbritannien. Unterhaus. Volksversammlung in Nottingham. Die Times über die Veränderungen im französischen Cabinet. Die Einnahme von Veracruz. Die Grubenarbeiter um Birmingham. A. Th. Cochrane. Die Theuerung. Earl of Besborough. Die öffentlichen Arbeiten in Irland. Auswanderung. Ueberfahrt von Irländern. Pater Mathew zum Bischof von Cork vorgeschlagen. Die brasilische Fregatte Constitucion.

Frankreich. Deputirtenkammer: Bureaubildung. Die Aushebung. Budgetabschluß von 1844. Hr. Jayr. Die Zeitungen. Festlichkeit in Paris. Tumult in Cambrai. Das Uebungsgeschwader. Das französische Geschwader im Hafen von Havana. Die Actien der Paris-Lyoner Eisenbahn. Der Botschafterposten in Neapel. Baron Mackau. Dr. Liefranc. Protest des mexicanischen Consuls in Bordeaux. ψ Paris. Kammerdebatte.

Belgien. Der Unfall auf der Eisenbahn.

Italien. * Rom. Festlichkeiten. Rom. Winkeldruckereien. Budget. Gasbeleuchtung. Die Eisenbahnen. — Censurgesetz in Florenz.

Griechenland. Das ministerielle Rundschreiben.

Haiti. Ruhe. Die Entschädigungen an Frankreich. Der Verkehr.

Handel und Industrie. ° Leipzig. Die höhere Besteuerung des Rübenzuckers. * Leipzig. Börsenbericht. — Der zweite Director der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

* **Von der Elbe**, 16. Mai. Gewiß ist das Verfahren Englands gegen Griechenland, gewiß ist namentlich die Behandlung des griechisch-türkischen Etikettestreites unbedingt tadelnswerth, wenn wir auch nicht, mit der augsburger Allgemeinen Zeitung, den Hauptgrund dieser englischen Politik in einer Furcht vor den griechischen Feluken suchen möchten. Wenn aber dieselbe Zeitung in diesen Vorgängen einen neuen Beweis der Schwäche Deutschlands, seines Mangels an Einfluß nach außen, der Nichtachtung, in der es selbst bei den Türken stehe, finden will, so übersieht sie, daß Frankreich in dieser Angelegenheit ganz dasselbe Geschick erleidet wie Deutschland; Frankreich, das viel näher darauf gewiesen ist, sich die Verherrschaft im Mittelmeere zuschreibt und zu den griechischen Schutzmächten gehört, während dem größern Theile von Deutschland diese ganzen südöstlichen Fragen sehr fern liegen und Oesterreich sich niemals mit dieser griechischen Schöpfung hat näher befassen mögen. Wir getrauen uns zu behaupten, daß Oesterreichs Einfluß in Konstantinopel weit bedeutender ist als der französische und mindestens eben so bedeutend wie der russische, und wir sind so frei, den österreichischen Einfluß und das Gewicht von Oesterreich, wie das von Preußen, auch mit zu Deutschlands Gunsten zu rechnen, das zwar nicht Eine Großmacht darstellt, aber dafür zwei geboren hat.

— Die **bairische** Regierung macht bekannt, daß sie Einleitungen getroffen hat, um auch diejenigen Agenten und Schiffsrheder, welche in Folge des neuen nordamerikanischen Passagiergesetzes die Erfüllung ihrer Vertragsverbindlichkeiten abgelehnt haben, zu derselben zu bestimmen. — In mehren Districten der Oberpfalz und von Regensburg hatte sich das Gerücht verbreitet, als fänden in Russisch-Polen Einwanderer nicht nur Aufnahme, sondern hätten auch die unentgeltliche Zutheilung von Ländereien und von einem zu Prag thätigen Agenten sogar Reisegeld zu erwarten. Dieses Gerücht wird durch amtliches Ausschreiben im Intelligenzblatte für falsch erklärt.

** **Von der sächsischen Grenze**, 17. Mai. Es hat einiges Aufsehen gemacht, daß vor einiger Zeit eine ganze Gemeinde, die von Gelenau in der Gegend von Annaberg, sich zum Uebertritt zum Deutsch-Katholicismus gemeldet hat. Die Veranlassung dazu war, daß der Kirchenpatron dieser Gemeinde ihr einen andern Pfarrer geben wollte, als den sie zu erhalten wünschte, und von den Staats- und Kirchenbehörden in seinem Rechte natürlich geschützt ward. Es soll, wie auch Berichte, die diesem Beginnen der Gemeinde günstig sind, einräumen, gegen den Pfarrer nichts einzuwenden gewesen sein, aber der zeitherige Pfarrvicar hatte sich die Zuneigung der Gemeinde so sehr erworben, daß sie ihn und nur ihn zu behalten wünschte, Alles aufbot, um das durchzusetzen, und endlich jenen Schritt, mit dem sie schon vorher gedroht hatte, ausführte. Neuerdings lesen wir nun im Frankfurter Journal, es sei ein ziemlicher Theil jener Gemeinde von dem fraglichen Vorsatze wieder abgegangen, vielmehr durch Zureden und Vorstellungen abgebracht worden, und es wird dort dieses Abbringen in ein verdächtiges Licht gestellt und mancherlei Mittelalterliches erzählt, was benachbarte Geistliche den Leuten eingeredet hätten. Wir sollten denken, es gehörte nicht so viel dazu, von einem Beginnen abzubringen, wie das obige ist, und möchte schon der bedenkliche Kostenpunkt hier etwas gewogen haben: ein Punkt, der dem Glauben gegenüber nichtig ist, aber dem Trotz, dem Eigensinn, der blinden Laune allerdings mit Erfolg begegnen kann. In der That, über jenes Beginnen haben weder die Deutsch-Katholiken, noch ihre offenen und geheimen Freunde, noch die Feinde der lutherischen Kirche viel Anlaß sich zu erheben. Wenn die guten Leute von Gelenau sich in ihrer Weisheit und Frömmigkeit gedrungen fühlen, die lutherische Confession mit der deutsch-katholischen zu vertauschen, wenn sie in ersterer nicht, sondern nur in letzterer selig zu werden hoffen, wenn sie das leipziger Concil für ein besseres Zeugniß von Gott und Christus halten als die Augsburgische Confession, Ronge und — ja wen noch? — für treuere, begabtere, gotterfülltere Führer als Luther und Melanchthon, wenn sie das in aller Ueberzeugung, nach ernster, gründlicher Prüfung thun, nun so werden wir kein Wort gegen ihren Schritt erinnern und ihnen Heil und Frieden auf ihrem Wege wünschen. Es wird sie dann auch keinerlei äußerliche Erbärmlichkeit von ihrem Vorsatz abhalten oder zurückbringen. Aber Leute, die deshalb, weil ihnen in einem einzelnen Punkte nicht der Wille gethan wird, weil man ihnen nicht ohne weiteres das ihnen und all ihren Vorfahren niemals zugestandene Besetzungsrecht ihrer Pfarrstelle zum Geschenk macht, weil sie nicht heute gerade den Geistlichen bekommen, den sie im Augenblicke wünschen; Leute, die um Dergleichen willen ohne weiteres die Kirche, in der sie geboren und erzogen wurden, aufgeben und mit der jüngsten Zeiterscheinung vertauschen, nun, von denen wird man wenigstens annehmen können, daß sie weder ihre alte noch ihre neue Confession wahrhaft gekannt haben und gegen das Wesen beider sich sehr indifferent verhalten mögen; von ihnen wird man vermuthen müssen, daß auch für den von ihnen gewünschten Geistlichen sie mehr Aeußerlichkeiten gewonnen haben als die Ueberzeugung, nur er könne sie zum Heile führen; bei denen wird man sich nicht wundern dürfen, wenn sie um des kleinsten Umstandes willen wieder umkehren.

Ob der Patron ihnen nicht hätte nachgeben sollen? Aber er ist in seinem Rechte gewesen; das Uebrige läßt sich nur nach örtlichen und persönlichen Umständen beurtheilen, die wir nicht kennen. Wir würden jedem Kirchenpatron rathen, auf verständige Wünsche der Gemeinde möglichste Rücksicht zu nehmen. Allerdings aber sind uns gar manche Fälle bekannt, wo Geistliche, die von der Gemeinde äußerst erwünscht wurden, nach Jahr und Tag mit ihr im größten Unfrieden lebten, Andere, gegen die man gewaltig protestirte, später sehr beliebt wurden. Man geht mit einer Aenderung in Betreff der Besetzung geistlicher Stellen um. Möge nur die neue Einrichtung gegen allen Ambitus schützen! Wir halten das Laienpatronatsrecht nicht für die vorzüglichste Einrichtung, aber immer für besser als eine unmittelbare Vergebung der geistlichen Stellen durch die Gemeinden, und würden jedenfalls die Bestellung einer ganz besondern, eigens für diesen Zweck berechneten und sehr verbürgenden Wahlversammlung wünschen.

— Eine **württembergische** Verordnung vom 13. Mai verfügt die Errichtung bürgerlicher Sicherheitswachen, die jedoch keine permanente Einrichtung sein, sondern nur für die Dauer „der gegenwärtigen außerordentlichen Zeitumstände aus den rechtlich gesinnten Einwohnern" gebildet werden sollen.

— Aus **Luxemburg** vom 8. Mai schreibt der Rheinische Beobachter: „Die schon längere Zeit bestehende Aufregung gegen den Bischof Laurent hat durch folgenden Vorfall neue Nahrung erhalten. Vor wenigen Tagen starb hier der allgemein geachtete Landgerichtsrath Entsch. Der Verstorbene war Freimaurer, und deshalb durfte, wie es schon öfter geschehen, auf Befehl des Bischofs kein Geistlicher die Leiche begleiten. Die Beerdigung fand jedoch mit allen üblichen Ehrenbezeigungen statt,

und ein Freund des Verblichenen, Advocat Münch, hielt am Grab eine feurige Rede, die einen sichtbaren Eindruck auf die versammelte Menge machte."

Preußen.

Berlin, 17. Mai. In der Sitzung der Vereinigten Curien am 14. Mai wurden zuerst 15 Anträge an die Abtheilungen verwiesen. Dann entspann sich eine längere Verhandlung über das Unternehmen des Buchhändlers Reimarus, wegen Herausgabe der Landtagsverhandlungen und dessen Bezeichnung als ein amtliches. Wie der Landtagsmarschall, so erhob sich auch der Abg. Schauß, als Vertreter Berlins, unter mehrstimmigem Bravo, für die Ehrenhaftigkeit des Unternehmers. In Betreff des Unternehmens aber erklärte eine große Majorität, daß sie dasselbe unter Mitwirkung des Secretariats nicht erwünscht finde. Dann erhob sich der Abg. v. Gottberg gegen die von dem Landtagsmarschall erfolgte Verweisung mehrer Petitionen, die, nach des Erstern Ansicht, vor die eine oder die andere Curie gehörten, an die zusammengesetzten Abtheilungen. Der Marschall v. Rochow erläuterte dagegen, daß dies nur mit solchen Petitionen geschehen sei, welche auf königl. Propositionen Bezug hätten, die in der Vereinigten Curie zu verhandeln waren. Frhr. v. Vincke schloß sich der erstern, Abg. Sattig der letztern Ansicht an. Der Landtagscommissar bemerkte, daß die erstere den Buchstaben des Reglements, die letztere die Zweckmäßigkeit für sich habe und auch dem Buchstaben gegenüber wol vertreten werden könne. Man ging dann zu dem Gutachten über die königl. Botschaft, die Errichtung der Landrentenbanken betreffend, über. Referent war Frhr. v. Gaffron. Das Gutachten war sehr beifällig. Graf v. Frankenberg erklärte ebenfalls, daß keine Proposition so freundlich begrüßt worden sei wie diese, und verbreitete sich namentlich mit Wärme und unter Beifall über die Einigung des großen solidarischen Landbauinteresses. Ebenso Frhr. v. Zedlitz-Neukirch, der auf die segensreichen Folgen des Instituts im Königreich Sachsen hinwies und mit Begeisterung aufforderte, so vielen Mitbürgern die volle Freiheit von allen derartigen Lasten erringen zu helfen. Der Abg. Gier brachte die Reallasten-Tilgungskasse im Eichsfelde zur Sprache und hob auch die Vortheile der Berechtigten hervor. Abg. v. Helldorff-Bedra stimmte bei. So weit reichen die vorliegenden Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung.

* **Berlin**, 17. Mai. Wenn sich der Nürnberger Correspondent in Betreff des von dem Vereinigten Landtag abgelehnten Gesetzentwurfs über die bäuerlichen Nachlaßregulirungen schreiben läßt, dieser Entwurf habe „möglichste Beschränkung der freien Dispositionsbefugniß über das bäuerliche Besitzthum" bezweckt, so ergibt sich, daß der Correspondent von diesem Gesetzentwurf so gut wie nichts gewußt hat. Höchstens einige annähernde Tendenz darauf kann, in sehr indirecter Weise, in der Vorschrift einer solchen Taxirung der Grundstücke, bei welcher auf den prästationsfähigen Stand derselben zu sehen sei, gesucht werden; in der Vorschrift an die Vormundschaftsbehörden, gütliche Auseinandersetzungen über den Nachlaß eines bäuerlichen Grundbesitzers möglichst zu befördern, sowie zu Abtragung der den Pflegebefohlenen zu gewährenden Abfindungen billige Fristen zu verstatten, kann eine solche in keiner Weise gesucht werden. Wol mag Hr. v. Brünneck Recht haben, wenn er andeutete, daß man diesen Entwurf mit frühern Vorlagen verwechsle. Im Uebrigen sind wir mit der Ablehnung einverstanden und halten alles gesetzgeberische Herumcuriren an dem Bauernstande für eben so zeitwidrig als unnütz. Ueberlasse man ihn seiner eignen Einsicht und Gesinnung und seinen so mächtig gehobenen Kräften. Gänzlich unweise würde eine gesetzliche Vorschrift ungleicher Erbfolge in Bauergüter sein. Es widerstrebt dem Rechtsgefühl der Zeit, daß die Kinder deshalb ungleich erben sollen, weil ihr Vater sein Geld in ein Grundstück statt in eine bürgerliche Nahrung gesteckt hat. Die Verkürzten werden dem Proletarierstande zugedrängt und haben in unserer selbstsüchtigen Zeit nicht die Stütze im Familiengeiste zu hoffen, die ihnen im Mittelalter zu Theil geworden sein mag. Es hat seine Vortheile, wenn die Güter recht lange in den Familien bleiben, aber so groß sind diese Vortheile doch nicht, daß sie eine solche rechtliche Anomalie rechtfertigten. Doch wie gesagt, das Alles bezweckte der fragliche Gesetzentwurf keineswegs.

Durch die Zeitungen lief vor einiger Zeit die Nachricht, Hr. Camphausen sei von seinen Wählern zum Rücktritt aufgefodert worden. Wir wissen nicht, was daran wahr ist, sind auch überzeugt, daß jeder preußische Abgeordnete eine solche ungesetzliche und allen Begriffen von Repräsentation zuwiderlaufende Anmuthung mit derselben Verachtung zurückweisen würde, die auch englische und französische Deputirte, wenn sie den Geist ihrer Verfassung fühlten, in ähnlichen Fällen bewiesen haben. Uebrigens schien die politische Haltung des Hrn. Camphausen jene Anmuthung in keiner Weise zu erklären. Jetzt lesen wir wieder irgendwo, sie habe ihren Grund darin, daß Hr. Camphausen für Handelsfreiheit sei. Den Schutzzöllnern ist freilich Alles zuzutrauen. — Aus den «Grenzboten» lesen wir irgendwo eine Charakteristik eines Theiles unserer Abgeordneten. Natürlich ist alles Talent auf Seiten der Opposition; von allen Andern ist höchstens vom Grafen Arnim „Gewandtheit" zu rühmen. Offenes Unrecht wird Hrn. Naumann gethan, der gewiß zu den gediegensten Rednern der Versammlung gehört, und zwar keine Partei, aber den rechten Sinn deutscher Vaterlandsfreunde, die große Mehrheit Derer vertritt, welche für nichts Partei nehmen, aber das wahrhaft Gute, im Wege des Rechts, mit Ernst und Nachdruck wollen.

* **Marienwerder**, 14. Mai. Wie fast überall, so hat auch hier die Privatwohlthätigkeit viel zur Linderung der Noth gethan; durch eine Suppenanstalt, Vertheilung von Saatkartoffeln und Almosen aller Art wurden die Armen so viel als möglich unterstützt; Gutsbesitzer aus der Umgegend verkauften Kartoffeln an Dürftige zu herabgesetzten Preisen; ein jüdischer Getreidehändler stellte eine namhafte Quantität Roggen zu 1 Thlr. pro Scheffel unter dem Marktpreise zur Verfügung der hiesigen Armenverwaltung; als man aber einen christlichen Getreidespeculanten anging, auf ähnliche Weise etwas für die Armen zu thun, soll er das Gesuch abgeschlagen haben, obwol er für den reichsten Kaufmann am Orte gilt und durch die Miswachsconjuncturen große Summen gewonnen haben soll. Dies war in der Stadt und Umgegend allgemein bekannt und hatte die Erbitterung erregt, deren Ausbrüche wir gestern gesehen haben. (Nr. 138.) Die rohe Gewalt äußerte sich jedoch nur gegen den gedachten Speculanten, und während die zahlreichen Proletarier bei der gänzlichen Wehrlosigkeit der Stadt (erst im Laufe des Nachmittags bildete sich ein Schutzverein der Bürger) ein Dutzend Häuser und sämmtliche öffentliche Kassen ungestört hätten plündern können, begnügten sie sich mit der Ausräumung des Einen Getreidespeichers und zerstreuten sich hierauf, ohne sonstigen Unfug zu verüben, noch vor dem Eintreffen des Militairs. Bis dahin konnte man mit der Mäßigung der Leute noch ziemlich zufrieden sein; da indeß das Gelingen des gestrigen Unternehmens in der weitern Umgegend bekannt geworden, so war bei der einmal vorhandenen Gährung zu erwarten, daß neue Scharen von Tumultuanten anrücken würden; in der That haben sich seit heute Vormittag wieder zahlreiche Haufen angesammelt, die ihre Beutelust keineswegs verhehlen, hoffentlich aber an den getroffenen Vorsichtsmaßregeln mit ihren Planen scheitern werden.

— Aus **Königsberg** vom 14. Mai schreibt die Gumbinner Zeitung: „Die Polizeibehörde hat die hiesigen Freievangelischen aufgefodert, den gesetzlichen Bestimmungen des Religionspatents vom 30. März, besonders den §§. 13 und 17, binnen drei Tagen zu entsprechen. Die Freievangelischen haben der Behörde geantwortet, daß sie sich nur von der Herrschaft des Consistoriums losgesagt, nicht aus der evangelischen Kirche ausgetreten seien, sonst könnten sie ja auch nicht Mitglieder des Gustav-Adolf-Vereins bleiben."

— In **Breslau** bildet sich gegenwärtig ein Verein zu dem Zwecke: armen dasigen Handwerksmeistern, welche sich und ihre Familie ohne Gesellen und Lehrlinge ernähren müssen, aber nicht Arbeit finden, diese dadurch zu verschaffen, daß ihnen das rohe Material gereicht, die gefertigte Arbeit sofort abgenommen und bezahlt, der Verkauf der Arbeit aber durch den Verein bewirkt wird ꝛc.

— Aus **Berlin** berichtet die Aachener Zeitung: „Ein sehr interessantes Ereigniß erwartet uns in der nächsten Woche. Man erinnert sich, daß im vorigen Winter nach den polnischen Unruhen sieben posener Staatsgefangene aus der Festung Neisse entsprangen, von denen sechs entkamen, der siebente wieder eingefangen und als russischer Unterthan später ausgeliefert wurde. In der Presse erhoben sich über das Auffallende jener Flucht mancherlei Vermuthungen, und der König erließ eine veröffentlichte Cabinetsordre, worin er die strengste Untersuchung des Vorgangs befahl. In Folge dessen wird nun über den Festungscommandanten General v. Heyde Kriegsgericht gehalten werden und dasselbe hier stattfinden, weil die Provinz Schlesien nicht so viel ihm im Rang coordinirte militairische Richter, das heißt Generale, darbietet, als das Gesetz erheischt. Der Gerichtstermin ist auf den 18. Mai anberaumt und der General v. Müffling, wie man erfährt, zum Vorsitzenden ernannt."

Oesterreich.

Prag, 9. Mai. In der gestrigen Versammlung unserer Stände ward beschlossen: 1) den Kaiser nochmals anzugehen, die Resultate der Verhandlungen zum Gebrauche der Stände in Druck legen zu dürfen; 2) um Revision der Censurvorschriften zu bitten, damit dieselben nicht so veratorisch wie bisher gehandhabt würden; 3) in Fällen, wo der Kaiser ausnahmsweise in Böhmen nicht begüterte Individuen zu Oberstlandesoffizieren ernennen sollte, auf den traurigen Conflict der ständischen Gerechtsame mit einer solchen Anordnung aufmerksam zu machen. (A. Z.)

— Das mehrfach besprochene Ausfuhrverbot Oesterreichs lautet wie folgt:

„In Folge einer allerhöchsten Anordnung vom 6. d. M. wird für unbestimmte Zeit die Ausfuhr der sämmtlichen nachbenannten Gegenstände gänzlich verboten, und zwar: von Weizen und Spelzkörnern; von türkischem Weizen (Kukuruz oder Mais); von Roggen und Halbgetreide, auch Schwarzgetreide; von Gerste und Spelz in Hülsen; von gerollter oder gebrochener Gerste und Hafergrütze; von Hafer; von Heidekorn oder Buchweizen; von Hirse; von Heide und Hirse gebrochen; von Wicken; von Bohnen oder Fisolen und Eisern; von Erbsen und Linsen; von Gries; von Malz; von Mehl aus Getreide und Hülsenfrüchten aller Art, wie auch Kartoffelmehl, und Kartoffeln. Welches gänzliche Ausfuhrverbot hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Wien, den 12. Mai 1847." (D. B.)

— Aus Kommotau im böhmischen Erzgebirge vom 11. Mai schreibt die augsburger Allgemeine Zeitung: „Gestern wurde hier das durch ein Schreiben des Präsidiums der allgemeinen Hofkammer vom 7. Mai erlassene Ausfuhrverbot auf Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Mehl und Mehlproducte verkündigt. Es erregte hier die freudigste Stimmung. Alsbald ging der Preis des Korns von 26 Fl. bis auf 20 Fl. W. W. zurück. Durch Kommotau allein wären in den letzten vier Wochen über 20,000 Strich nach Sachsen gegangen. In Folge dieser Getreidesperre kehrte auch das hiesige Militair von den Grenzstraßen, auf welche es zum Schutze der Getreidefuhrleute gegen die Gebirgsbewohner seit jenen kommotauer Getreideunruhen beordert worden war, wieder zurück. Von Seite Sachsens ist das Mögliche geschehen für das sächsische Erzgebirge, dessen Bewohner weit schlimmer als die österreichischen daran sind. Diesseits ist die Noth nach so langem Winter und so vielen Entbehrungen endlich im Abnehmen. — Auch in Budweis haben Unruhen wegen Getreideausfuhr stattgefunden, bei denen Militairmacht einschreiten mußte."

Portugal.

Die Times hat eine Schiffernachricht vom 6. Mai aus **Lissabon**, wonach Oberst Wylde's Bemühungen wenigstens einstweilen einen Zustand der Beruhigung herbeigeführt hatten, und Unterhandlungen zwischen der Junta und der Regierung im Gange waren.

Spanien.

Den Cortes sind auch Gesetzentwürfe über die Einrichtung der Tilgungskasse sowie über die Banken vorgelegt worden. Der letztern soll es künftig dreierlei geben können: eine Nationalbank mit Notenausgabe, die auf den Inhaber lauten, und die San Fernandobank wird diese sein; Provinzialbanken, die in Städten über 50,000 Einwohner errichtet werden dürfen, Giro-, Disconto- und Depositenbanken sein können und nicht unter 10 oder über 100 Millionen Capital haben sollen; Specialbanken für einzelne Gewerbszweige, die an allen dazu geeigneten Orten gegründet werden können. Der Entwurf hat 17 Artikel, welche außerdem die Formalitäten bei Begründung und die innern Verwaltungsregeln der Banken bestimmen.

— Die Voranschläge des Budgets für die zweite Hälfte von 1847 und das Jahr 1848, welche von Hrn. Salamanca dem Congresse vorgelegt wurden, werden im Heraldo mitgetheilt, wo sie acht Columnen füllen. Es ist schon bemerkt worden, daß sie die Höhe früherer Voranschläge etwas übersteigen. Die Einnahmen für 1848 werden auf 1,257,780,466, die Ausgaben auf 1,257,578,020 Realen angesetzt. Die Einnahmen sind: Grundsteuer 250 Mill. Realen, Consumtionsabgaben 170 Mill., Tabacksregie 130 Mill., Zölle 126 Mill., Salzregie 95 Mill., Lotterieertrag 63,720,000; Steuerreste 63 Mill., Einkommen aus den Colonien 30 Mill., aus Nationalgütern 49½ Mill., Gewerbesteuer 34 Mill., aus den Quecksilbergruben 32,682,000, Postverwaltung 26,800,000, Stempelabgaben 20½ Mill., von Verkäufen und Besitzänderungen von Liegenschaften 18 Mill., Cruzada (Fastendispense) 11 Mill., unter 46 andern Rubriken 117,578,466 Realen. Die Ausgaben rubriciren sich: Dotation des königlichen Hauses 47½ Mill., Cortesaufwand 1,405,695 Realen, für die auswärtigen Angelegenheiten 10,535,620, für das Justizministerium 18,633,400, für das des Innern 81,785,177, für das Ministerium des Handels, Unterrichts und der öffentlichen Bauten 70,676,275, für das Ministerium des Kriegs 290,984,013, für das der Marine 101,860,773, für das der Finanzen 386,922,487, für die Tilgungskasse 115,411,337, für die Geistlichkeit, Nonnen, Cultus 131,863,243 Realen. Da Hrn. Mon's Budget für 1845 nur 1,226,635,000 Realen Einnahme aufstellte, so finden sich 31 Mill. für 1848 mehr. Die Ausgaben setzte Hr. Mon für 1845 mit 1,184,377,173 Realen an, und Hrn. Salamanca's Budget überbietet dieselben um 73 Mill. In dem für 1822 aufgestellten Budget waren die Einnahmen mit 532,800,000 Realen, die Ausgaben mit 664 Mill. angesetzt. In der Einnahme waren Taback-, Salz- und Stempelabgaben mit 109 Mill. veranschlagt, die jetzt mit 245½ Mill. eintreten. Von den Ansätzen für 1845 weichen hauptsächlich ab der für das Ministerium des Innern und das neue des Handels, Unterrichts und der Bauten, durch ein Mehr von 29,850,960 Realen, der für das Kriegsministerium durch 31 Mill. Verminderung, für die Marine durch 13 Mill. Erhöhung, für das Finanzdepartement durch 34 Mill., die Tilgungskasse durch 16,295,707, für die Geistlichkeit endlich durch 6,367,795 Realen Steigerung.

— Die Gaceta de Madrid vom 9. Mai bringt einige Aenderungen in den Stellen der Generalcapitaine. Der bisherige Generalcapitain von Granada, General Ricardo Shelly, ist an Don Juan de Pezuela's Stelle Generalcapitain von Andalusien, Baron del Solar de Espinosa Generalcapitain von Granada geworden und an die dadurch erledigte gleiche Stelle in Burgos der Generalmajor Fernando Cotoner gekommen.

— Dem Heraldo zufolge sind auch in mehrern Theilen Spaniens Theuerungstumulte vorgekommen. In Carmona währten sie zwei Tage, in Granada kam es zu Thätlichkeiten zwischen dem Volk und den Truppen und die Stadt wurde zuletzt in Belagerungszustand erklärt. Das angebliche Attentat auf die Königin am 4. Mai, in Bezug auf welches der als durchlöchert bezeichnete Hut derselben bereits bis auf eine nur versengte Stelle wieder ganz geworden ist, bleibt fortwährend in Dunkel gehüllt. Es ist jetzt auch der Herausgeber des Faro, eines unter den frühern Ministern Mon und Pidal gegründeten Blattes, verhört worden. Die Königin soll von Aranjuez aus die Einladung an ihren Gemahl gerichtet haben ihr zu folgen, dieser aber nichts davon hören wollen. Vielmehr habe derselbe Mittheilungen vertraulicher Art über seine ehelichen Verhältnisse an den Grafen v. Montemolin gemacht und sei nicht ohne Besorgniß vor einem Angriffe auf sein Leben.

Großbritannien.

London, 13. Mai.

Das Unterhaus war gestern allein versammelt. Lord J. Manners beantragte die zweite Lesung seiner Bill über Regulirung mildet Stiftungen und Vermächtnisse, wodurch er die Acte über den Besitz in todter Hand von 1736 aufzuheben bezweckt, welche gegen Anhäufung desselben gerichtet ist. Nicht eher als 1736 habe man entdeckt, daß die Almosenstiftung der Königin Anna zuletzt allen englischen Grundbesitz in die Hände der Kirche führen müsse, habe aber gleichwol 1803 dieselbe Stiftung von der gegen sie gerichteten Acte ausgenommen, die er dem Geiste der englischen Gesetzgebung gänzlich zuwiderlaufend bezeichnete. Sie habe wohlthätige Stiftungen, wie das Blindenasyl in Manchester und das für altersschwache Watermen der Themse viele Jahre lang am Zustandekommen gehindert und keineswegs verhütet, daß Vermächtnisse erschlichen wurden. Der Minister des Innern Sir G. Grey war jedoch ganz entgegengesetzter Meinung und widersetzte sich der Bill, die auch sonst keinen eifrigen Fürsprecher fand und mit 166 gegen 20 Stimmen verloren ging. Hrn. S. Crawford's irische Armensteuerbill, welche die Erhebung dieser Steuer von den Grundbesitzern unterstützen sollte, ging bei der Berichterstattung auf Hrn. S. O'Brien's Antrag ebenfalls mit 81 gegen 55 Stimmen verloren; dasselbe Schicksal hatte ohne eigentliche Abstimmung Sir C. Napier's Bill über Abänderung der Anwerbung für die königl. Marine, welche der Admiralitätssecretair Hr. Ward als unmöglich zulässig erklärte. Er wies dabei auf die in Vorbereitung befindliche Maßregel hin, eine tüchtige Reserve für die Bemannung der Flotte zu schaffen. Endlich ward auch Hr. Spooner beim Antrag auf die zweite Lesung seiner Bill zur Beschränkung der gewerbsmäßigen Prostitution durch des Staatssecretairs Sir G. Grey's Bemerkungen gegen deren zweckmäßige Fassung bewogen, dieselbe zurückzunehmen, wird aber eine nach des Ministers Ansichten abgeänderte von neuem einbringen. Das Haus vertagte sich über Lord Morpeth's Bill zur Beförderung der Gesundheitsverhältnisse der Städte, weil bei beantragter Zählung keine 40 Mitglieder mehr anwesend waren.

— In **Nottingham** fand dieser Tage auf offenem Markte eine Volksversammlung statt, um einen Chartisten Vorträge über die Noth der arbeitenden Klassen, die durch Stockung der Fabrikbeschäftigungen dort sehr groß ist, halten zu hören. Nach Beendigung derselben spannte sich ein Trupp Leute an den Wagen, welcher als Rednerbühne gedient hatte, und fuhr damit, von einem großen Volkshaufen begleitet, bei allen Bäckern und Victualienhändlern in der Stadt herum, wo um Brot oder Lebensmittel gebeten und das Gewährte auf den Wagen gesammelt wurde. Da die Menge sich aller Gewaltthätigkeiten enthielt, so enthielt sich auch die Polizei der Einmischung. Auch verlief sich zuletzt der ganze Troß in Frieden.

— Die Times äußert sich in einem längern Artikel über die Veränderungen im französischen Cabinet und die Vorgänge in den Kammern: „Die Regierung schwankt, jedoch nicht unter den Angriffen ihrer Feinde, sondern durch die Auflösung ihrer Majorität und die Corruption ihrer eignen Grundsätze. Gleichwol fährt von der Gewalt und von sanguinischen Erwartungen beständiger Erfolge noch berauscht Hr. Guizot fort, dem Tumult ein starres Antlitz zu zeigen, den er mit andern Künsten zu beschwichtigen sucht, und hat in dieser Bedrängniß sich vor Europa in einer Weise ausgesprochen, mit der andere Mächte wenig geneigt sein werden übereinzustimmen." Die Times beklagt, daß durch seine Erklärungen über die auswärtigen Verhältnisse und zumal die griechischen Angelegenheiten die versöhnliche Ansicht, welche die Wahl des Herzogs v. Broglie zum Botschafter in London dargeboten habe, gänzlich aufgehoben werde, und daß seine Aeußerungen über die spanische Frage die Absichten der französischen Regierung, welche sie auf die Herzogin von Montpensier baue, nicht mehr zweifelhaft ließen. Die umfänglichen Entwürfe Ludwig's XIV. zur Zeit des Höhepunktes seiner Regierung wären jedoch übel gewählt für Ludwig Philipp's letzte Lebensjahre. Der französische Hof scheine vergessen zu haben, was er noch vor wenigen Jahren war und wie er dahin wieder kommen könne in wenigen Augenblicken. Traditionen und Politik der bourbonischen Herrschaft möchte den greisen Leidenschaften eines bejahrten Fürsten schmeicheln und den gewaltigen Ehrgeiz eines gewandten und kühnen Ministers reizen, die Eitelkeit und Hoffnungen seines parlamentarischen Anhanges verlocken. Zu bezweifeln aber sei, ob in Tagen der Gefahr und Bedrängniß damit die Wohlfahrt und Sicherheit der französischen Nation befördert und ihr eine rechtschaffene und ein-

sichtige Verwaltung für das Innere, sowie Vertrauen und Wohlwollen in Europa dadurch verschafft werde, was einst die Aufgabe von Hrn. Guizot's Verwaltung gewesen sei. Allein was sei davon heute noch übrig?

— Daily News theilt die Aeußerungen eines Augenzeugen der Einnahme von Veracruz aus einem am Bord des britischen Schiffes Darling vor Sacrificios datirten Schreiben mit, die mit der Ansicht der Times (Nr. 138) über dieses Ereigniß übereinstimmen. „Es war eine memmenhafte Geschichte von Seiten der Yankees, sagt der Briefsteller. Sie hatten seit dem 9. März Veracruz mit circa 15,000 M. eingeschlossen, und obgleich dasselbe nur von 4000 M., die Hälfte Miliz, vertheidigt wurde, getrauten sie sich es doch nicht wie Männer anzugreifen, sondern bombardirten es aus ansehnlicher Ferne, bis ein Viertel der Stadt in Trümmern lag und eine Menge Weiber und Kinder getödtet worden waren. Die Amerikaner gaben vor, daß ihre Batterien am Ufer bestimmt wären, auf das Schloß zu spielen, während ihre Flotte dasselbe von der andern Seite angreifen werde. Allein sie haben den Muth nicht gehabt, sich an das Schloß zu wagen trotz ihrer starken Flotte, sondern sich begnügt, das hülflose Veracruz unrühmlich zu bombardiren." (Auch deutsche Berichte bestätigen das barbarische Verfahren der Amerikaner und fodern auf, dasselbe dem Urtheile der civilisirten Welt preiszugeben.)

— In den Grubenbezirken um **Birmingham** herrscht große Aufregung unter den Arbeitern. Ein Theil rottete sich zusammen und fing an die in den Kohlengruben angestellten Irländer zu vertreiben, wobei einzelne sogar mishandelt wurden. Sie drohten mit allgemeiner Arbeitseinstellung, wenn die Irländer nicht fortgeschafft würden. Die Beschäftigung derselben hängt aber damit zusammen, daß bei dem jetzigen schwunghaften Betriebe der Kohlen- und Eisenbergwerke die Arbeiter die Gewohnheit haben, zwei Tage in der Woche zu feiern. Die Gruben werden jedoch während dieser Zeit, wo sie verödet stehen, leicht faul und zum sofortigen Wiederangriffe der Arbeiten ungeeignet, und bedürfen der vorherigen Lüftung und Reinigung. Dazu nun wurden Irländer angenommen, die froh waren, Arbeit zu finden. Die Polizei hatte sich bereits mit den Militairbehörden in Beziehung gesetzt, um schnellen Beistand erlangen zu können.

— In Folge einer Revision des Processes gegen den als Seehelden berühmten Alex. Thom. Cochrane, Earl of Dundonald, der 1815 wegen ihm Schuld gegebener betrügerischer Börsenspeculation seiner Grade und Orden verlustig erklärt wurde, jedoch schon 1830 von Wilhelm IV. wieder zum Contreadmiral ernannt worden war, hat demselben jetzt die Königin auch das Großkreuz des Bathordens zurückgegeben. Wie man erzählt, war sein Oheim, Admiral Sir A. Forester, bei jenen Speculationen der Betheiligte, und aus Rücksichten für denselben, seinen Erzieher, habe er die Wahrheit bis nach dessen Tode verschwiegen.

— Das Oberhofmarschallamt hat gestern auf der Königin Befehl angeordnet, daß bei der Theuerung aller Lebensmittel und zumal des Brotes und Mehles, von dato an, im königlichen Haushalte durchaus kein anderes als Mehl von zweiter Güte verwendet, und daß für Niemand mehr als 1 Pfd. Brot täglich verabreicht werden soll.

— Der Zustand des Earl of Besborough ist so besorglich geworden, daß den Nachrichten aus Dublin vom 11. Mai zufolge die Aerzte und Wundärzte nicht mehr von seiner Seite weichen.

— In **Irland** waren in der am 1. Mai endigenden Woche bei den öffentlichen Arbeiten noch 419,046 Personen beschäftigt, was einen Gesammtaufwand von 142,299 Pf. St. verursachte.

— Die Anzahl von Irländern, welche in diesem Jahre schon über Liverpool nach Amerika ausgewandert sind, beträgt dem Observer zufolge nach den Listen der Regierungsagenten 40,662.

— Man schreibt aus **Liverpool**, daß die Dampfschiffgesellschaften zur Ueberfahrt von Irland jetzt nur noch solche Personen als Verdeckpassagiere mitzunehmen beschlossen hätten, welche Zeugnisse besitzen, daß sie vom Fieber frei wären. Auch sei der Ueberfahrtspreis auf 5 Schill. erhöht worden. In Liverpool sollte eine öffentliche Versammlung gehalten werden, um darüber zu berathen, wie man die daselbst noch vorhandene große Menge armer und zum Theil kranker Irländer, die neulich im Parlament auf mehr als 50,000 geschätzt wurde, zu entfernen vermöge.

— Die katholische Geistlichkeit der Diöcese Cork hat den als Mäßigkeitsapostel berühmten Pater Mathew unter den drei Geistlichen vorangestellt, welche sie dem Papste zur Wahl eines neuen Bischofs von Cork vorgeschlagen hat.

— Aus **Plymouth** schreibt man, daß die im September vorigen Jahres dort angelangte brasilische Fregatte Constitucion, Capitain Ignacio, welche mit einem Aufwande von 20,000 Pf. St. in den Docks der königl. Marine durchaus reparirt und neu gekupfert worden ist, am 20. Mai nach Rio Janeiro absegeln wird.

Frankreich.

Paris, 14. Mai.

Die monatliche Erneuerung der neun Bureaux der Deputirtenkammer ist in der vorgestrigen Sitzung derselben durch das Loos erfolgt. In der nach erfolgter Votirung der Aushebung von 80,000 M. aus der Klasse 1846 mit 234 gegen 4 Stimmen begonnenen Discussion des Gesetzes über definitiven Abschluß des Budgets von 1844, dessen gesammte ordentliche und außerordentliche Ausgaben mit 1,411,132,092 Fr. 71 C. festgestellt sind, erhoben die HH. Taillandier und Demarçay Klage über die Verwendung von Geldern, welche dem Unterrichtsministerium zur Unterstützung wichtiger und nützlicher literarischer Unternehmungen und verdienter Gelehrten bewilligt waren. Sie konnten indessen keine Auskunft über gewisse Bewilligungen aus diesen Mitteln erlangen, die unter dem Schleier des Geheimnisses und vielfach sehr bemittelten und bereits gutbesoldeten Leuten, auch Unbekannten und selbst Frauen mit zufließen, die früher ihrer Anmuth wegen gefeiert waren. Das Bemerkenswertheste der Sitzung, die eigentlich nur ein Votiren einzelner festgestellter Rechnungsabtheilungen darbot, war des entlassenen Finanzministers Lacave-Laplagne von der Kammer gebilligter Widerspruch gegen einen Tadel in dem Commissionsberichte, der sich auf gewisse Vernachlässigungen verantwortlicher Agenten des Finanzdepartements im Jahr 1842 bezog, und gegen die Hr. Lacave-Laplagne seiner Zeit, wie er glaubt, wirksam gewesene Schritte gethan hat. Der Berichterstatter Hr. Lacoudrais sagte gleichwol, daß neue traurige Thatsachen bewiesen hätten, wie der Finanzminister so gut wie nichts dagegen gethan habe. Auf Hrn. Lacave-Laplagne's Verlangen nach Angabe dieser Thatsachen vermochte jedoch Hr. Lacoudrais keine anzuführen, auch erklärten sich zwei Mitglieder der Commission, die HH. Dumas und Manuel, gegen die Stelle des Berichts, und Hr. Deslongrais wollte sie vom Berichterstatter sofort zurückgenommen haben. Die Kammer wählte jedoch den mildern Weg, den Bericht auf Hrn. de Bussières' Antrag an die Commission zurück zu verweisen. Der neue Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Jayr (sp. Jair), war kurze Zeit in der Kammer, wo Hr. Dumon seinem neuen Collegen die nach und nach eintretenden Deputirten nannte. Wie man versichert, wäre es Hrn. de Montalivet's, seines ehemaligen Kameraden im Lycée Napoléon (Collége Henri IV.), Empfehlung, die denselben aus Lyon herbeigerufen hat.

— Des gestrigen Himmelfahrtsfestes wegen sind mehre Morgenblätter, dabei auch die «Presse», nicht erschienen, gegen welche das Journal des Débats heute wieder einen polemischen Artikel schleudert, in welchem Hr. Emile de Girardin spottweise der künftige Präsident des progressiven Cabinets genannt wird. Man kann nicht sagen, daß dieser Zeitungshader besonders geistreich geführt werde. Der Constitutionnel äußerte daher nicht so ganz mit Unrecht in einem Angriffe auf das Ministerium, das Journal des Débats scheine den Kopf bei der Vertheidigung des Ministeriums wahrhaftig zu verlieren und widmet ihm dafür sein Bedauern. Der National bevorwortet die postalische Reform. Vom Journal des Débats und Commerce werden auch die Versuche posenscher Abgeordneter, beim Vereinigten Landtage in Berlin ihre Stimme für die polnische Nationalität zu erheben, erwähnt.

— Die Rue Huchette in Paris sah gestern eine besondere Festlichkeit. Am Himmelfahrtstage feiern die Steinmetzen ihr Heiligenfest, und so versammelten sich denn alle Gesellen vor der dortigen Herberge im Festkleide. Für die Herbergsmutter war ein Wagen vorhanden, und ein Musikchor der Nationalgarde voran, begaben sich Alle unter Vortragung der Handwerksinsignien im solennen Zuge zur Messe in die St.-Severinkirche.

— Das Echo de Cambrai erzählt von tumultuarischen Auftritten, die am 12. Mai dort, wie es scheint, durch entlassene Fabrikarbeiter versucht wurden, welche auf dem Markte Lebensmittel zu erbeuten gedachten. Den ganzen Tag herrschte große Aufregung in der Stadt, die zahlreich ausgerückten Soldaten scheinen jedoch weitere Ausbrüche verhütet zu haben. In Lille wurden an demselben Tage fast alle Bäckerladen geplündert. Die unter die Waffen gerufene Nationalgarde und die Gendarmen hatten an mehren Orten sehr ernstliche Collisionen mit der Masse zu bestehen. Am 13. Mai erneuten sich die Zusammenrottungen. Aus Tournai gehen ebenfalls Meldungen über am 11. Mai vorgefallene Unruhen ein.

— Von **Marseille** wird berichtet, daß die Division des Uebungsgeschwaders mit dem Prinzen von Joinville am 9. Mai von den Hyèren auf der Rhede von Endoume angekommen war. Sie besteht zur Zeit aus vier Linienschiffen und der Dampffregatte Descartes.

— Den letzten Nachrichten aus **Havana** vom 10. April zufolge im dortigen Hafen vereinigte französische Geschwader unter dem Contreadmiral Laplace, aus der Fregatte Andromède und den kleinern Kriegsschiffen Blonde, Nayade, Cassard und Lapeyrouse bestehend, war im Begriffe, nach dem mejicanischen Meerbusen abzugehen, wo bisher nur zwei Briggs, Mercur und Pylade, sich befanden.

— Der neue Finanzminister, Hr. Dumon, hatte dem Börsensyndicat Befehl gegeben, die Actien der Paris-Lyoner Eisenbahn in den officiellen Cursbericht aufzunehmen. Dreizehn von den 17 Gesellschaften, aus welchen sich die Unternehmergesellschaft durch Verschmelzung gebildet hat, welcher die Concession ertheilt worden ist, protestirten gegen diese nur im particularen Interesse weniger Actionaire von vier Gesellschaften und auf deren Andringen genommene Maßregel, um die anzuhalten nur der Gesammtverwaltung zustehe. Ferner wären die Actien der dreizehn Gesellschaften noch gar nicht ausgehändigt, die jener vier erst zum kleinsten

Theil, und die Notirung könne überhaupt, ohne Ungleichheit für die Actionaire zu bewirken, erst nach allgemeiner Ausgabe derselben stattfinden. Sie werde ferner im gegenwärtigen Augenblicke nur der Agiotage Vorschub leisten, indem ihr Werth noch davon abhänge, ob die Gesellschaft wesentliche Erleichterungen der bei der Concessionirung ihr gemachten Bedingungen erlangen oder im andern Falle zur Liquidation und Auflösung schreiten werde. Die Notirung an der Börse hat dessenungeachtet begonnen, und es ist nun die Rede davon, Hrn. Dumon deshalb in der Kammer zu interpelliren.

— Nach dem Courrier français würde der Botschafterposten in Neapel nach Abgang des zum Marineminister berufenen Herzogs v. Montebello einstweilen unbesetzt bleiben und der jetzt in London befindliche Graf v. Jarnac, mit welchem der Herzog v. Broglie ohnehin nicht dort zusammenzutreffen wünscht, als Geschäftsträger dahin versetzt werden.

— Der abgetretene Marineminister Baron Mackau, dem ein Commando zur See verweigert worden sein soll, geht in den nächsten Tagen mit seiner Familie nach Italien.

— Der ausgezeichnete Wundarzt Dr. Lisfranc ist nach langer Krankheit gestern in Paris gestorben.

— Der mejicanische Consul in Bordeaux hat der dortigen Handelskammer einen Protest gegen die von den Vereinigten Staaten decretirte Oeffnung der in ihren Besitz gekommenen mejicanischen Häfen für den Verkehr der Neutralen mitgetheilt, worin den auf solchem Weg eingeführten Waaren und den Schiffen, welche dieselben bringen, mit der auf ungesetzlichem Verkehr stehenden Beschlagnahme durch die mejicanische Behörde gedroht ist.

○ **Paris**, 14. Mai. Wie anberaumt, haben heute in der Deputirtenkammer die Interpellationen Hrn. Odilon-Barrot's wegen der jüngst erfolgten Aenderungen im Personale des Ministeriums stattgefunden. Alle Galerien waren dicht besetzt; viele Pairs waren anwesend und man erwartete eine lange und lebhafte Debatte; allein diese Erwartung sah sich getäuscht. Nach einer geschickten und bemessenen Rede Hrn. Odilon-Barrot's ergriff Hr. Guizot das Wort, vermied sorgfältig Alles, was einen Scandal hätte hervorrufen oder Persönlichkeiten reizen können und schloß mit einer sehr gewandt an die Majorität gerichteten Ansprache, die auch günstig aufgenommen wurde. Von Hrn. Lacave-Laplagne wurden persönliche Aufklärungen mit großer Haltung gegeben. Er bemkundete den guten Bürger, den Conservativen, indem er aussprach, daß er das Ministerium nicht anfeinden werde und alle seine Bestrebungen dahin gerichtet sein würden, die Politik der Majorität zu behaupten und zu befestigen. Von Hrn. Emile de Girardin wurde der Versuch gemacht, die Debatte durch etliche Persönlichkeiten lebhafter zu gestalten, aber Niemand würdigte ihn der Antwort, und die Kammer ging unter großer Bewegung zur Tagesordnung über, sodaß die Sitzung längere Zeit suspendirt und zuletzt aufgehoben werden mußte.

Belgien.

Die Indépendance erklärt die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Ans (Nr. 137) wie folgt: Die Eisenbahnzüge von Brüssel fahren immer auf dem linken Schienenwege, außer bei der geneigten Ebene von Lüttich, wo sie, um über dieselbe zu setzen, den Schienenweg zur Rechten einschlagen. Man kommt also in der Station von Ans, von Lüttich her, auf dem rechten Schienenwege der geneigten Ebene an. Um nun aus der Station zu kommen, mußte der königliche Zug wieder den gewöhnlichen Weg einschlagen, also die Spur zur Linken, und es war gerade in dem Augenblicke, wo sie mittels der Excentrique auf dieselbe hinübersetzte, als der brüsseler Zug ankam, den königlichen Zug, der sich noch halb auf der von dem ersten befolgten Bahn befand, gleichsam in die Flanke traf und die Katastrophe verursachte.

Italien.

* **Rom**, 6. Mai. Glänzend waren die Festvorbereitungen, unter denen der gestrige Tag uns anbrach. Der 5. Mai ist nämlich der Namenstag Pius' IX., und die Römer wollten ihn als den ersten mit außerordentlichen Feierlichkeiten ehren. Der hohe Adel und mehre begüterte katholische Engländer hatten in den vergangenen Wochen beträchtliche Geldsummen zusammengeschossen, für welche allen Armen der ewigen Stadt und ihrer nächsten Umgegend das weißeste Brot gekauft und auf Einhändigung eines Sittenzeugnisses von Seiten des Pfarrers gratis an dieselben vertheilt wurde. Die aufrichtigen Sympathien für Pius IX. in allen gebildeten Kreisen und die durch sie veranlaßte Munificenz der Wohlhabenden erregten bei Hohen und Niedern die freudigste Stimmung. Mehre Hundert Sänger und Musiker erschienen nach dem Hochamte in der weitläufigen Kirche Santa Maria degli Angeli (sie ward aus der Bibliothek der Bäder Kaiser Diocletian's ein christliches Gotteshaus) auf einem eigens für diese Gelegenheit erbauten Balcon und sangen die von unsern ersten Dichtern und Componisten arrangirten Hymnen, und der anerkannt berühmteste geistliche Redner Italiens, Lorini, der für diesen Tag aus Palermo herübergekommen war, hielt vor einem Publicum von vielleicht 30,000 Menschen eine begeisterte Festrede. Das Volk wollte auf dem Quirinal in der gewöhnlichen Weise seinem Enthusiasmus in stürmischen Evviva beim Anbruche der Nacht Luft machen. Doch unterblieb es diesmal, weil der Papst es sich verbeten hatte. Er soll das mit des Terentius Worten: Ne quid nimis, gethan haben. Doch aber war die ganze Stadt brillant erleuchtet, und der Corso schien ein Feuermeer geworden zu sein wie am Moccoliabende des Carnevals. Wie wir hören, bereitet man dem Papste für den 13. Mai, seinen 55sten Geburtstag, neue Hochfeste, deren Motive der allerdings verdiente Dank der ganzen Bevölkerung des Kirchenstaats für die von Pius IX. aus freiem Antriebe beschlossene und bereits erlassene Einberufung von Landständen sein soll.

Rom, 3. Mai. Die Frechheit der Winkeldruckereien hat hier in letzter Zeit den höchsten Grad erreicht, und man kann es der Regierung nicht verargen, wenn sie endlich energisch dagegen auftritt. Am 24. April wurden mehre Nachsuchungen angestellt und einige Individuen, die solche Drucksachen verkauften, von der Polizei verhaftet. Wie weit die Gesetzlosigkeit in dieser Hinsicht getrieben wird, davon hat die Zeitung Il Contemporaneo ein Beispiel gegeben. Das Supplement vom 24. April wurde, wie gemeldet, von der Polizei mit Beschlag belegt. Tags darauf ward dieses Blatt, neu gedruckt, an mehren Orten verkauft. — Als Gerücht erwähne ich, daß der Papst Befehl gegeben habe, das Budget (hier „il Preventivo" genannt) zu veröffentlichen, und daß die vereinte Klostergeistlichkeit dem Staate mehre Millionen Scudi zu einem ganz niedrigen Zins als Darlehn angetragen habe. Bestätigt sich letzteres Gerücht, so wäre den Finanzen auf einmal geholfen. — Endlich ist die Beleuchtung der Hauptstraßen Roms durch Gas einer Compagnie, an deren Spitze Hr. J. Mazio, Director der päpstlichen Münze und Pachter der nächtlichen Beleuchtung der Stadt steht, zugetheilt. Die ganze Einrichtung soll in 18 Monaten vollendet sein. — In Betreff der Eisenbahnen sollen in diesen Tagen die Richtungen, welche sie nehmen, bekannt gemacht werden. Obgleich die verschiedenen Compagnien sich vereinigt, will doch kein Mensch recht daran glauben, daß irgend eine Straße so bald werde gebaut werden.

— In **Florenz** wurde am 7. Mai ein neues, freisinnigeres Censurgesetz verkündigt und mit öffentlichen Freudenbezeigungen aufgenommen. (A. Z.)

Griechenland.

Das in Nr. 137 erwähnte ministerielle Rundschreiben bei Gelegenheit der Kammerauflösung lautet vollständig:

„Dringende Gründe, das Wohl des Volkes und die öffentliche Ordnung betreffend, haben die Auflösung der Kammer und die Einberufung einer neuen auf den 10/22. Jul. l. J. laut einer königl. Ordonnanz vom heutigen Datum, in Uebereinstimmung mit dem 30. Art. der Constitution veranlaßt. Diese Gründe werden wir durch Gegenwärtiges zu eurer Kenntniß bringen, damit ihr deutliche Einsicht gewinnt in die Lage der Dinge, und damit ihr geschützt seid vor den Auslegungen Derjenigen, welche beabsichtigen könnten, euch irre zu leiten. Der Zweck, welchen die Regierung Sr. Maj. seit drei Jahren vor Augen hat, ist die Befestigung der Constitution, das Ansehen des Gesetzes und die Entwickelung der Nationalwohlfahrt. Dies sind die Gegenstände, mit welchen sich die Regiernng beschäftigte, indem sie vorzüglich ihre Aufmerksamkeit auf die Befestigung der innern Ruhe und der öffentlichen Ordnung wendete. Ein neues Steuersystem, das der directen Erhebung der Grundsteuer und des Zehnten, welches die Verpachtung ersetzte, deren traurige Resultate noch auf manchen Familien lasten, hat das Volk von harten Unterdrückungen befreit, mehre Steuern bedeutend vermindert und die ersten Grundlagen eines bessern Steuersystems gelegt. Es ist bekannt, daß jedes neue politische System bei seinem Beginn auf zahllose Schwierigkeiten stößt; indeß hat die Regierung durch besonnene Haltung die zwei ersten Kammersessionen, die wider alles Erwarten ununterbrochen waren, durchzumachen gewußt; sie hat die großen Schwierigkeiten überwunden und viele Hindernisse überstiegen, die ihr von Denen täglich in den Weg gelegt wurden, welche die Absichten der Regierung miskannten. Die Eröffnung der dritten Kammersession fand unter den glücklichsten Vorzeichen statt, und die Regierung, voll Hoffnung, daß diese Session viel schneller vorübergehen würde, legte der Kammer schon im Monat December das Budget für das laufende Jahr vor und etwas später rechtzeitig das Steuergesetz, dessen Votirung die wichtigste und die dringendste Arbeit der gesetzgebenden Körper gewesen wäre, um so mehr, als der Schluß der ersten gesetzgebenden Versammlung nahe stand, und die Regierung verbunden war, die neuen Wahlen anzukündigen und sich mit deren Vollziehung zu beschäftigen. Indessen sind schon fünf Monate verflossen seit der Eröffnung der dritten Kammer, und da die Opposition nie aufhörte, tägliche Hindernisse in den Weg zu legen, indem sie häufig lästige Fragen zwischen die Verhandlungen warf, wurde das Budget bis zur Stunde nicht beendigt. Die Folgen dieser Verzögerung in den gesetzgebenden Arbeiten ist natürlich eine Lahrheit, welche in den Gang der Administration eingedrungen ist und die sowol für das Volk als für die Regierung die nachtheiligsten Folgen mit sich bringt. Unter diesen Umständen wurde das Ministerium ergänzt nach dem ausdrücklichen Wunsche der Volksrepräsentanten. Das Ministerium verhehlte sich die Schwierigkeiten nicht, welche es erwarteten; deswegen hat es aber auch nicht gezaudert, sobald es vollständig war, vor die Kammer zu treten und anzukündigen, daß die Minister die noch obschwebende Abstimmung über den eingebrachten Gesetzentwurf, die Erhebung der Grundsteuer betreffend, als ministerielle Frage anerkennen, entschlossen, im Falle der Minorität oder selbst einer unbedeutenden Majorität ihre Stellen niederzulegen oder zur Anwendung des ihnen durch den 30. Artikel der Constitution bewilligten Rechts zu schreiten, d. h. die Kammer aufzulösen und eine Berufung an das Volk zu erlassen. Da das Ministerium die Majorität nur mit Einer Stimme erhielt, so würde es vorgezogen haben, das erste Mittel zu ergreifen, d. h. sich zurückzuziehen, wenn es nicht das Vertrauen des Königs besäße und wenn es nicht die Ueberzeugung hätte, sich des Vertrauens des Volks zu erfreuen, wenn es nicht noch überdies gewiß wäre, daß es die Interessen des Landes vollständig erkenne, unter welche man die directe Erhebung der Steuern rechnen kann, gegenüber der verderblichen Verpachtung.

Unter diesen Umständen und in Anbetracht des Treibens der Opposition im Schooße der Kammer, um der Regierung noch größere Schwierigkeiten zu bereiten, glaubte das Ministerium pflichtgemäß zu handeln gegen Thron und Vaterland in einem Augenblicke, wo die parlamentarischen Pflichten verkannt und die Interessen des Staats bedroht sind, auf seinem Posten zu bleiben. Ueberdies durfte die Regierung um so weniger zögern, die Kammer aufzulösen, als nach den Bestimmungen der Constitution und des Wahlgesetzes die gesetzgebende Versammlung ihrem Ende nahe war. Diese Maßregel hat dennoch keine außerordentlichen Wahlen im Gefolge, und das Volk ist nicht genöthigt, einen unvorbereiteten Wahlkampf zu bestehen. Dies sind die Gründe unserer Handlung, dies die Ursachen der bedauerlichen Nothwendigkeit, in die wir uns versetzt sahen. Wir übergeben sie furchtlos dem Urtheile der Nation. Die beständigen Führer aller unserer Schritte werden stets die Verfassung und die Gesetze des Landes sein. Die Ausgaben der Verwaltung werden bestritten von jetzt an bis zur Vereinigung der Kammern den Budgets gemäß, die in den zwei ersten Sessionen genehmigt, und nach jenem, welches bei Beginn der dritten Session vorgelegt wurde, auf Grund dessen uns bereits ein Credit von drei Monaten bewilligt ward. Was die Einnahmen betrifft, so wird die Regierung jene Vorkehrungen treffen, welche das Gesetz erlaubt, um die Interessen des Schatzes zu wahren. Athen, 12/26. April 1847. (Gez.) Kolettis, Ministerpräsident. Tzavellas, K. Palamides, Glarakis, Bulgaris, Kolokotronis, Korfiotakis."

Haiti.

Von **Port-au-Prince** melden die Nachrichten vom 4. April, daß in der ganzen Republik Ruhe herrscht. Der Präsident Soulouque hatte der Legislatur einen ausführlichen Bericht über die politische und Finanzlage des Landes übergeben, mit welchem dieselbe sich einverstanden erklärte. Es ward darin besonders Verbesserung des Ackerbaues empfohlen, und ein Gesetzentwurf betrifft die Ertheilung von Prämien zur Ermunterung desselben. Ein anderer verlangt einen Credit zur Bezahlung der Schulden des verstorbenen Präsidenten Riché.

— Von **Cayes** meldet man unterm 5. April die Ankunft dreier französischer Bevollmächtigter, die rücksichtlich der an Frankreich schuldigen Entschädigungen Vereinbarungen treffen sollen. Sie haben dem französischen Consul Hrn. Levasseur die Direction der Verhandlungen übertragen.

— In **Port au Piat** soll ein General der Dominicanischen Republik sich für Haiti erklärt haben. Wie Dem auch sei, ist doch gewiß, daß in diesem Theile der Insel viel Bedrängniß herrscht und daß dort die Geschäfte und der Verkehr stocken.

Handel und Industrie.

* **Leipzig**, 17. Mai. In Nr. 128 dieser Zeitung befindet sich die erfreuliche Mittheilung aus Berlin vom 25. April, daß vom 1. Sept. d. J. an die Runkelrüben, statt der bisherigen Steuer von 1 Thlr. pr. Ctr., der von 3 Thlr. pr. Ctr. unterliegen sollen, ein Erlaß, der, wäre er früher erschienen, noch viel freudiger begrüßt worden sein würde, als er es zwar immer werden wird, wenn auch dabei von keinem Unbefangenen — und für die kann man jetzt nur sprechen — das Bebauern unterdrückt werden kann, warum er eben nicht früher erschien. Werthvoller wäre er dann immer noch gewesen als jetzt, und werthvoller, unendlich werthvoller, wenn gleich die Mittheilung daran hätte geknüpft werden können, daß vom 1. Sept. an auch die Eingangssteuer auf ausländische Raffinade um eben so viel ermäßigt würde. Nun greifen wir hier bei so ernsten Mahnungen der Gegenwart, die so hart, so empfindlich für Alle sind, Dem nicht vor, was, ich hoffe es mit vollem Vertrauen, die Zukunft bringen kann oder richtiger, wenn man die Zeichen der Jetztzeit nicht ganz verkennen will, bringen muß. Betrachten wir diese Zeichen als eine Prüfung des Bestehenden, als den Läuterungsproceß eines gemachten Versuchs, der sich so wenig stichhaltig gezeigt und bei dem nur aufrichtigst zu beklagen ist, daß Stimmen, die gleich von vorn herein an dem glücklichen Erfolge der freilich sehr bequemen indirecten Besteuerungsweise mit ihren jetzigen Steuersätzen zweifelten, nicht zu der Zeit laut wurden, als man sich eben mit der Einführung derselben — ein kräftiges Mittel zur möglichst raschen Beförderung des in furchtbarer Progression wachsenden Pauperismus (Proletariat) — beschäftigte. Doch um Allen das „Wie ist dies dadurch möglich?" so recht klar und mit eindringlichen Worten auseinanderzusetzen, dazu genügt der Raum eines Blattes nicht; dazu gehören Werke mit Zahlenbelegen, und darum genüge einstweilen der gethane Seitenblick.

Kehren wir zu den Runkelrüben zurück. Als die unglückliche Idee aufkam, in Deutschland ꝛc. Zucker aus Runkelrüben *) zu machen (sie erschien nicht etwa, um überhaupt Zucker zu erzeugen, sondern nur um den Zucker der Colonien zu verdrängen, der kühnen Phantasie Raum gebend, ihn seiner Zeit gänzlich entbehren, ja vielleicht gar mit der Zeit dieses Fabrikat nach den Colonien selbst ausführen zu können, wobei, voll von falschen Ansichten über die sogenannte Handelsbilanz, da trotzdem, daß die geistreichsten Schriftsteller sich daran, „die Menschen zu belehren", die Finger laben geschrieben haben, alle Gesetze der Natur, die auf jeder Scholle Landes etwas hervorbringt, das der andern fehlt, und eben dadurch den Austausch, den Handel schuf, mit Füßen getreten worden sind), da ward sie von der Legion Dürer, die ich in vorstehender Parenthese bezeichnete, als ein Deus ex machina begrüßt. Nein, dieses Wort genügt nicht, der Schöpfer dieser Idee ward gleich der an Wunderkindern so reichen Zeit angestaunt; denn die Idee war — neu.

Den Zucker wollte man nicht mehr über Meer holen, die Felder wurden der Cultur, die uns nährt, dem Getreidebau mit wahrer Verserkerwuth entzogen. Nun ja! wir besitzen Rübenzucker im deutschen Vaterland ꝛc., und o der Freude, wenn er dem äußern Aussehen nach, d. h. fürs Auge, eben so gut — hier nicht davon zu reden, wie er „macht" — wie „versteuerte" hamburger Colonialraffinade aussieht, dann, ja nun dann kostet er — glücklicherweise haben es unsere Runkelrübenzucker-Fabrikbesitzer noch nicht so weit gebracht, ihn höher verkaufen zu können — gerade eben so viel als der uns Allen bekannte gute hamburger ꝛc. Raffinadzucker mit der Eingangssteuer. Die dabei Gewinnenden waren allein die glücklichen Runkelrübenzucker-Fabrikbesitzer, wenn auch einige derselben, weil sie das Ding mit zu schwachen pecuniairen oder geistigen Mitteln angegriffen haben, zu Grunde gingen. Sie bereicherten sich, und einige zwar nicht so ganz übel, auf Kosten der Consumenten, zu deren Besten die Fabriken geschaffen worden sein sollten! Wie viel Land durch den Runkelrübenbau der Getreidecultur entzogen und wie viel Getreide für die Consumenten dadurch weniger erbaut worden ist, dafür fehlt mir in diesem Moment jede Unterlage; eben so wenig wie ich dieselbe besitze, möchte ich aber auch die Behauptung wagen, daß durch diesen Ausfall an dem unserm Boden eignen Erzeugnisse, dem Getreide, der Mangel bedingt sei, so sicher ich auch den Ausspruch wage, daß der Mangel daran um gerade so viel größer ist, als diejenige Menge beträgt, welche auf dem Lande hätte wachsen können, das man zur Cultur einer Treibhauspflanze, der Runkelrübe, verschwendet hat.

Die Illusion war schön, aber wohl uns, daß die Enttäuschung uns schon jetzt vorliegt; denn den Zucker wollte man nicht übers Meer beziehen, aber o der grausamen Strafe für den Mißgriff an der Natur, mit welchen Opfern bezahlt man jetzt übers Meer das Getreide und in demselben das Brot, das köstlichste aller Lebensmittel! So gern man diese Opfer (!) bringt, um so viel größer ist noch die Sehnsucht, mit der wir den Schiffen entgegensehen, die uns unter andern Verhältnissen weniger Getreide, aber mehr Zucker zuführen würden. Hoffen wir, daß der gewaltige Regulator der Mißgriffe, den nur der ganz Befangene oder von Blindheit Geschlagene in der Gegenwart verkennen kann, wohlthätig für alles Das wirkt, was einer Regulirung bedarf.

In Engel's „Fürstenspiegel", den zu lesen hiermit Vielen, ja Allen — vermöchte ich es, mit Engelzungen zu reden, ich würde es hier mit der größten Bereitwilligkeit thun — empfohlen wird, schließt der Abschnitt „Aufwand" mit den kräftigen, edlen Worten: „Lassen Sie tausend Mal eher alle Ihre Anlagen verfallen, als daß die Hütte des Fleißes und der Tugend verfalle!" Ich, ach nur ein schwaches „Ich", schließe dieses Fragment mit den nicht minder gutgemeinten Worten: Laßt alle Runkelrübenzucker-Fabriken eher verfallen, als daß wir einem, bei aller menschlichen Vorsicht doch immer möglichen Mangel an Getreide dadurch Vorschub leisten, daß wir dem Getreidebau auch nur eine Hand breit Landes entziehen lassen, indem wir seine Cultur irgendwie beschränken, laßt uns vielmehr alle Aufmerksamkeit darauf verwenden, immer besser zu erkennen, wie wir jede Scholle Landes mit Dem anbauen, was sich dafür eignet!

August Gottlob Eltze.

Börsenbericht. * Leipzig, 18. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118⅓ Br., 118⅛ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 G., 87⅞ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100½ Br., 100⅛ bezahlt; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ G.; Löbau-Zittauer 56⅞ Br., 56 G.; Magdeburg-Leipziger 201 G.; Berlin-Anhaltsche Litt. A. 110 G.; Litt. B. 100 G.; Köln-Mindener 92 Br., 91⅛ G.; Thüringer 94⅛ Br.; Altona-Kieler 107½ Br., 107⅛ bez. und G.; Pesther 100⅛ Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100⅛ bezahlt.

Eisenbahn. Zum zweiten Director der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn ist der Kreissteuerrath Opelt in Dresden ernannt worden.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 2. bis mit 8. Mai (mit Einschluß von 1298 Personen aus dem Zwischenverkehr) 14,738 Personen.

(Vom 1. Jan. — 8. Mai: 208,891 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 2. bis mit 8. Mai 4,528 Personen.

(Vom 1. Jan. — 8. Mai: 74,208 Personen.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 18. Mai früh 7 Uhr: 1° 15" über 0.

Staatspapiere. London, 12. Mai. 3pc. Conf. 87¼; Port. 3pc. 34; Span. act. 22½; 3pc. 33¼; Holl. Int. 57½. Wien, 15. Mai. Bkact. 1391; Met. 5pc. 107; 3pc. 97½; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Wien, 15. Mai. Nordb. 168; Glogqn. 123½; Mail. 110⅛; Livorn. 88½; Pesth. 99⅛.

Berliner Börse, 17. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅓, 3½pc. Staatssch. 93⅜ Br., 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95¼, pomm. 94⅜, schles. 97, 4pc. posensche 102¼, neue 3½pc. 92⅝, kur- und neumärk. 95 Br., Louisd. 112½, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4¼ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt. 109¼, Berlin-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magdeb. 4pc. 99 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 104⅛, Berl.-Stettin 107⅞, Breslau-Freib. 4pc. 99¼, Cöln-Minden 4pc. 91½, Crakau-Oberschl. 4pc. 76, Düss.-Elberf. 5pc. 107⅛ Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅛, Kiel-Altona 4pc. 107, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 86⅞, Prior.-Act. 4pc. 92, 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 96⅞, Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85⅛, Prior.-Stamm 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Thüring. 4pc. 93⅜. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82, Berg.-Märk. 4pc. 82½ Br., Berl.-Anh. 100⅛, Kassel-Lippst. 4pc. 83½ Br., Cöln-Minden 4pc. 91⅜, Mail.-Bened. 4pc. 142, Mecklenburg 74⅞ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 70⅞, Pos.-Starg. 4pc. 83, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 90½, Ung. Centralb. 4pc. 100¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅜ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92¼, Poln. Schatzobl. 4pc. 80⅞, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94⅜, (neue) 4pc. 94⅛, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank-Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Likcert. Zinsl. 10⅝, Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-Ct.-Anl. 3½pc. 85½, Staatspr.-A. 88, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9⅞ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝.

---

*) Ein Surrogat wie die Cichorie für den Kaffee, nur nachtheiliger noch durch ihren Anbau als diese.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bad Lauchstädt.

Mit dem 1. Juni wird die diesjährige Saison in Lauchstädt eröffnet werden. Indem wir dies hierdurch zur Kenntniß bringen, wünschen wir zugleich die Aufmerksamkeit des leidenden wie des ärztlichen Publicums auf unsern altberühmten Curort um so mehr hinzulenken, als das Bedürfniß selbst gegenwärtig wieder zahlreicher zu den eisenhaltigen Heilquellen zurückführt, und unter diesen der unsrigen, nach der vom Professor Marchand angestellten genauen chemischen Untersuchung, einer der ersten Plätze gesichert ist, wie denn auch die schon durch Friedr. Hofmann hochgepriesene Heilkraft des Lauchstädter Brunnens seit länger als einem Jahrhundert sich fortdauernd glänzend bewährt hat.

Unsere Trink- und Badeanstalt und die überaus wirksame Douche sind hinreichend bekannt. Den außerdem erforderlichen ärztlichen Rath und Beistand wird der von der Königlichen Regierung neubestellte Badearzt Dr. **Krieg** zu leisten gern bereit sein. Auch für angemessene Restauration, gesellige Unterhaltung, Theater, ist Sorge getragen.

Die Besorgung von Wohnungen für Badegäste und die Ertheilung jeder wünschenswerthen Auskunft wird die unterzeichnete Direction auf portofreie Anmeldungen zur Zufriedenheit auszuführen bemüht sein.

[1936—37] **Die Königl. Bade-Direction zu Lauchstädt.**

Reise- und Bade-Schriften,

welche im **Verlags-Comptoir zu Grimma** erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands zu erhalten sind:

Röder, Dr. med., **Die Heilquellen Deutschlands,** für Aerzte und gebildete Nichtärzte, nebst einer Einleitung über die Wirkung des reinen kalten und warmen Wassers und vollständigem Register. (Eine vollständige Beschreibung sämmtlicher Bäder Deutschlands.) Compl. 46 Bg. 2 Thlr. 20 Ngr.

Schweickart (Dr., Med.-Rath), **Der Führer durch Deutschlands Heilquellen,** für Kranke und Erholungsreisende, welche dieselben mit möglichst wenigem Aufwande besuchen wollen. Eine Badeschrift für das nichtärztliche Publicum. 15 Ngr.

Kaiser-Franzensbad bei Eger, von einem nichtärztlichen Badegaste. Ein kundiger, sicherer und schlichter, aber praktischer und hausbackener Rathgeber für Alle, welche dort Gesundheit und Heiterkeit des Geistes finden wollen. 10 Ngr.

Fischer, **Töplitz wie es ist.** Nebst Abbildung seiner Hauptquellen und pittoresken Umgebungen. Ein Handbuch für Curgäste. 9 Ngr.

Graf (prakt. Arzt zu Kirchberg), **Vincenz Prießnitz oder der Wassergeist.** Ein Helfer für Preßhafte und Kranke, und Rathgeber für gesunde Menschen. 10 Ngr.

——— **Sympathetischer Hausschatz** oder Heilung durch Sympathie ꝛc. 15 Ngr.

Hedenus, J. E., **Die neueingerichteten Moorschlammbäder zu Kleinschirma** bei Freiberg und deren erprobte Wirksamkeit gegen die hartnäckigsten chronischen Krankheiten. 15 Ngr.

Taschenbuch für Lustreisende in die Rheingegenden und Taunusbäder. Ein zuverlässiger und bequemer Wegweiser für Reisende zu Fuß und zu Wagen. 7½ Ngr.

Taschenbuch für Lustreisende in das Riesengebirge und die schlesischen Bäder. Ein zuverlässiger und bequemer Wegweiser für Reisende zu Fuß und zu Wagen. 5 Ngr.

Teucher (Dr. W. S.), **Reise in die Seebäder bei Triest und Venedig** und in das **Wildbad Gastein.** Ein Reisetagebuch für Curgäste und Vergnügungsreisende durch Sachsen, Böhmen, Baiern, Salzburg und Oesterreich nach Gastein, Triest, Venedig und Padua, und zurück über Grätz, Wien und Prag. 20 Ngr.

Boz (Charles Dickens) **Bilder aus Italien.** Ins Deutsche übertragen von A. Kreschmar. 15 Ngr.

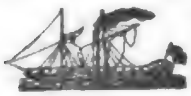
Eothen. Reiseskizzen aus dem Osten. Aus dem Englischen. Eleg. Gr. 8. 1½ Thlr.

Ein Sommer in Rußland, vom Verfasser von „Eothen". 22½ Ngr.

Rowbotham, S., **Neuester sprachlicher Reisegesellschafter** durch Deutschland, Frankreich, England und Nordamerika, deutsch, französisch und englisch. 2. Aufl. 20 Ngr.

[1998—99] **Verlags-Comptoir in Grimma.**

Ueberseeische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.



Directoren: **A. Hérout de Handel & Comp. in Paris.**

Linie zwischen Havre und New-York.

Die vier französischen Dampf-Fregatten: **Christoph Columbus, Canada, Darien** und **Ulloa,** jede von 450 Pferde Kraft,

sind zur regelmäßigen Beförderung der Depeschen, Passagiere und Güter von **Havre** nach **New-York** und vice versa bestimmt worden.

Die Abfahrt findet in jeder Jahreszeit zwei Mal monatlich, sowol von **Havre** als von **New-York** statt.

Das erste Schiff wird unfehlbar am 31. Mai von **Havre** abgehen. Der Abgangstag des folgenden Schiffes wird jedes Mal 14 Tage vorab durch die **Stadt-Aachener Zeitung** bekannt gemacht werden.

Diese Schiffe, unter der Direction der Ingenieure der französischen Staats-Marine gebaut, zeichnen sich durch ihre große Solidität und ihren schnellen Lauf aus.

Die Directoren der Gesellschaft haben nichts verabsäumt, den Reisenden am Bord der Schiffe die comfortabelste Einrichtung, verbunden mit einer reich servirten Tafel, zu bereiten.

Tarif-Auszug.

Dauer der Ueberfahrt circa 14 Tage.

Ueberfahrts-Preis pr. Person (Beköstigung und Wein einbegriffen):
1. Klasse: Frs. 1000. — 2. Klasse: Frs. 500. — 3. Klasse: Frs. 300.

Die Strecke von Aachen bis Havre wird pr. Eisenbahn in 30 Stunden zurückgelegt.

Fracht-Preise (pr. Tonne von 1 Cubik-Meter oder 700 Kilogr.):
1 Klasse: Frs. 160. 2. Klasse: Frs. 130. 3. Klasse: Frs. 100. 4. Klasse: Frs. 70.

Anmeldungen zur Reise und Güterversendungen erfolgen durch

Ulrich Mathée in **Aachen,**

[1995—96] Special-Agent der Ueberseeischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Paris.

Zur preußischen Verfassungsfrage.

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung ist soeben erschienen und nur nach Preußen versandt (in Leipzig in allen Buchhandlungen vorräthig):

Ueber Mündigkeit des Volkes
und
Politisches Bewußtsein.

Seinen preussischen Mitbürgern gewidmet von einem alten Staatsmanne.

8. Geh. 1847. 10 Sgr.

Aus der Feder eines hochgestellten Staatsmannes geflossen, wird diese Schrift nach manchen Seiten hin Widerspruch erregen und, da der Kampf die Kraft weckt, zur Lösung der schwebenden Tagesfragen das Ihrige beitragen.

Cöln, im Mai 1847.

Welter's Buchhandlung.

[1972] **Gebr. Stienen.**

Neue, [1981] richtige Zeitschrift!

in der Verlagsbuchhandlung von **C. A. H. Schreiber** in Eilenburg ist eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben

Zeitschrift für Erfahrungsheilkunst, redigirt von Dr. *Bernhardi* und Dr. *Löffler*. 1. Band, 1. Heft. Gr. 8. (10 Bogen.) Preis 28 Sgr.

Ein Werk, das für die ärztliche Welt von um so grössern Interesse ist und um so lebhaftere Theilnahme verdient, als es sich von ähnlichen Erscheinungen wesentlich dadurch unterscheidet, dass es, **wie Rademacher in seiner Erfahrungsheillehre,** die heilende Kunst auf ihrem eigensten Grund und Boden, dem der **reinen Erfahrung** (man sehe den einleitenden Prospectus des ersten Heftes), und so vorzugsweise im Interesse der **praktischen** Aerzte auf originelle Weise zu cultiviren sich bestreben wird.

Um so viel als möglich Gediegenes zu liefern, wird diese Zeitschrift in zwanglosen Heften erscheinen. Die Redaction schmeichelt sich aber, bei den zahlreichen Mitarbeitern, die das Unternehmen schon gefunden hat, wenigstens alle Vierteljahre ein Heft liefern zu können, das immer einzeln in Rechnung gebracht wird.

Bei **J. M. C. Armbruster,** Universitäts-Antiquar und Buchhändler in **Leipzig** und **Gera,** ist zu haben:

Valentin, Dr. G., **Lehrbuch der Physiologie** des Menschen für Aerzte und Studirende. In zwei starken Bänden mit vielen in den Text eingedruckten Holzschnitten. Gr. 8. Brschwg. 1844. Broschirt (8 Thlr. netto) 3 Thlr. In zwei schönen Hlbldrbdn. 3 Thlr. 15 Ngr.

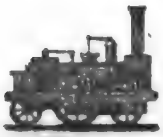
Durch Uebernahme des kleinen Restes dieser letzten vollständigen Ausgabe sehe ich mich in den Stand gesetzt, für kurze Zeit, so lange der Vorrath reicht, obige sehr annehmbare Preise für dieses ausgezeichnete Werk einzuhalten.

Es sind auch wieder einige Exemplare von

Jean Paul's Werken in 65 Thlen (mit Inbegriff der nachgelassenen Schriften, welche in der neuesten Ausgabe fehlen)

bei mir vorräthig, und zwar Exemplare auf **Schweizer Velinpapier** in 20 neuen schönen Halbldrbdn 16 Thlr. 15 Ngr.; Exemplare in prächtigen Halbfrabden auf feinstem **Schreib-Velinpapier** 18 Thlr. 20 Ngr. [2005]

Digitized by Google



Fahr-Ordnung

[2022]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

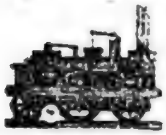
vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.
„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.
„ **Stockerau** um 5¼ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4¾ Uhr Nachmittags.
„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.
„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.
„ **Stockerau** 4¼ Uhr früh, 8, 12½, 2, 5¾, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.



Rhein-Weser-Eisenbahn.

Die 14. Generalversammlung der Rhein-Weser-Eisenbahn-Actien-Gesellschaft ist auf

Dienstag den 29. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

in dem großen Saale des hiesigen Gasthofes Stadt London angesetzt, und werden dazu hierdurch alle nach dem Gesellschaftsstatute zur Theilnahme an derselben berechtigte Actionaire ergebenst eingeladen.

Da nach dem erfolgten öffentlichen Aufgebot der etwa noch vorhandenen unbekannten Gläubiger der Gesellschaft gegenwärtig die nöthigen Anordnungen und Vorbereitungen getroffen werden können, um nach Maßgabe des von der letzten Generalversammlung genehmigten Vertheilungsplans, höchst wahrscheinlich schon mit dem 1. September d. J., die jetzt verfügbaren Gesellschaftsgelder unter die Actionaire zur Vertheilung zu bringen, so wird es für die anstehende Generalversammlung der Hauptsache nach nur darauf ankommen, die für die definitive Abwickelung der Gesellschafts-Angelegenheiten erforderlichen Maßregeln sowie das Nöthige über die am Schlusse dieses Jahres etwa noch nicht erledigten Geschäfte, Ermächtigungen der Direction zu Niederschlagungen und Vergleichen, gänzliche Ausschüttung der bis zum Jahresschluß noch gesammelten Masse, Aufbewahrung der Registratur und Decharge-Ertheilung zu beschließen.

Die Eintritts- und Stimmkarten sind nach Vorschrift des §. 22 des Statuts in den beiden Tagen vor der Generalversammlung, Morgens zwischen 8 und 12 Uhr und Nachmittags zwischen 3 und 7 Uhr, in dem Geschäftslocale der unterzeichneten Direction abzufordern.

Minden, den 9. Mai 1847.

Direction der Rhein-Weser-Eisenbahn-Actien-Gesellschaft.
Koch. Borlaender. von Spreckelsen.

[1997]

Dampfschiffahrt

zwischen

Bremen und den **Nordsee-Bädern**

Wangeroog und Norderney.

Das Bremer eiserne Dampfschiff

Telegraph, geführt von Capt. D. de Harde,

fährt, wie bisher, auch in dieser Saison nach den obengenannten Bade-Plätzen, um Passagiere und deren Gepäck dahin und wieder zurück zu führen. An den verschiedenen Stationen der Unterweser wird dasselbe anhalten, wenn sich Personen von da zur Mitfahrt melden.

Dies Schiff hat sich seit einer Reihe von Jahren in dieser Fahrt als besonders tüchtig erwiesen, und es wird auch in diesem Jahre nichts unterlassen werden, was zur Sicherheit und Bequemlichkeit der Reisenden dienen kann.

Die Abfahrt von **Bremen** geschieht größtentheils in den frühesten Morgenstunden, und zwar an folgenden Tagen: im Monat **Juli,** den **1., 5., 10., 15., 20., 24., 29.,**
„ „ **August,** den **3., 8., 13., 18., 23., 28.,**
„ „ **September,** den **2., 8., 13.**

Die Rückfahrt von **Norderney, Wangeroog** anlaufend, wird in der Regel den Tag nach der Ankunft statt haben und gleich bekannt gemacht werden, sobald das Schiff dort anlangt; sowie ebenfalls s. Z. durch die hiesigen öffentlichen Blätter die Stunden näher bezeichnet werden sollen, wenn dasselbe von hier abfährt.

Weitere Auskunft ertheilt der hiesige Schiffsmakler Herr **H. Aug. Heineken.**

Bremen, am 1. Mai 1847. [2002—4]

In der fünften Klasse 31ster Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 8052	**1000**	**Thlr.,**			
„ **9754**	**1000**	„			
„ **16441**	**1000**	„			
„ **22816**	**1000**	„			
„ **4022**	**400**	„			
„ **18717**	**400**	„			
„ **25686**	**400**	„			
Nr. 4012	200	Thlr.,	Nr. 9550	200	Thlr.,
„ 7595	200	„	„ 9784	200	„
„ 8070	200	„	„ 24196	200	„
„ 9223	200	„	„ 25696	200	„

Nr. 30004 200 Thlr.

und **37 Gewinne** à **100 Thlr.**

Die erste Klasse beginnt den 14. Juni d. J. Mit Loosen ⅛ à 8 Thlr. 6 Ngr., ¼ à 4 Thlr. 3 Ngr., ½ à 2 Thlr. 1½ Ngr. und 1/16 à 1 Thlr. 1 Ngr. empfehle ich mich bestens.

J. A. Pöhler in Leipzig,
Böttchergäßchen Nr. 3.

Gehrte Aufträge portofrei verspreche ich pünktlich zu besorgen. [2019—21]

Nachricht für Zahnpatienten.

Mein Aufenthalt ist jetzt in **Dresden,** und ich wohne in der Schloßgasse Nr. 24, 2. Etage. Meine portativen Badeapparate à Stück 6 Thlr., sowie meine bekannten **Zahnmedicamente** sind stets in meiner Wohnung in **Leipzig,** Hainstraße, Küstner's Haus Nr. 1, zu haben.

[1966—67] **S. Gutmann,** Zahnarzt.

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 19. Mai. Dritte und letzte Darstellung des **Physioskops,** der **Dissolving-Diorama-views** und des **Chromatrope** von **Marchand** und **Ellenberg.** — Vorher: Neu einstudirt: **Hermann und Dorothea,** idyllisches Schauspiel in 4 Acten nach Goethe von Töpfer. **Dorothea,** Frl. Streit.

Donnerstag, 20. Mai und Freitag, 21. Mai. Mit aufgehobenem Abonnement: **Concert der Geschwister Neruda.**

Gesucht wird eine **Gouvernante,** die fertig Französisch spricht und in den für ein erwachsenes Mädchen nöthigen Wissenschaften und Handarbeiten unterrichten kann. Auf die Kenntniß der englischen Sprache wird Werth gelegt.

Portofreie Mittheilungen werden poste restante Leipzig unter der Chiffre **A. M. 2.** erbeten. [2006]

Todes-Anzeige.

Daß mir der Tod nach kurzem Krankenlager den zärtlichsten Gatten, meinen fünf unerzogenen Kindern den sorgsamsten Vater und uns einen hochgeachteten Sohn und Bruder, **Julius Oehler,** am 16. d. Mts. in seinem 46. Jahre entrissen hat, theilen wir tiefgebeugt allen lieben Verwandten und zahlreichen Freunden des Verewigten hierdurch mit.

Crimmitzschau, am 17. Mai 1847.

Seraphine Oehler, geb. **Stölzel;**
Arno, Hermine, Fanny, Richard und **Gereon;**
Ferdinand Oehler, Vater; **Louis Oehler,** Bruder;
Erdmann Rudolph Stölzel u. **Sophie Stölzel** geb. **Bankwitz** auf **Pontz,** Schwiegereltern. [2007]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Julius Felber in Marienberg mit Frl. Ida Becher in Oberlungwitz. — Hr. Prediger Funke in Fürstenwerder mit Frl. Adelheid Dreffel in Schönermark. — Hr. Kaufmann Albert Schumann in Berlin mit Frl. Hersilie Grzibowsky in Spandau.

Getraut: Hr. Lieutenant A. Aster in Dresden mit Frl. Clara Aster. — Hr. Pastor E. M. Eschke in Carlsfeld mit Frl. Clara Braune. — Hr. Dr. Eduard Handrick in Torgau mit Frl. Marie Bröficke aus Berlin. — Hr. E. H. Kersten in Amsterdam mit Frl. H. J. Christiani v. Demerarq. — Hr. C. G. Meister in Sündersbüst mit Frl. B. Lindner. — Hr. Dr. Arno Streit in Kamenz mit Frl. Camilla Menzner.

Geboren: Hrn. Forstmeister Frhrn. v. Brandenstein in Haim ein Sohn. — Hrn. Hauptmann v. Hanneken in Berlin ein Sohn. — Hrn. Amtsregistrator C. Klopfer in Waldenburg ein Sohn. — Hrn. Forstamtsactuar Otto Lösch in Ansbach eine Tochter. — Hrn. Ferd. Müller in Berlin ein Sohn. — Hrn. Dr. Oettler in Greiz eine Tochter. — Hrn. Procurator F. Pfeilsticker in Tübingen ein Sohn. — Hrn. Dr. Bonderbank in Jülpich ein Sohn. — Hrn. Dr. W. Wagner in Naumburg ein Sohn.

Gestorben: Hr. Kaufmann J. C. Amos in Meimsheim. — Frau M. A. Burkhardt in Leipzig. — Frau Major Karoline v. Görschen in Dresden. — Hr. Kaufmann J. Haymann in Sulzbach. — Frau Fanny Cäcilie Henfel in Berlin. — Hr. F. Gottlob Jungnickel in Leipzig. — Frau Kriegsrath Kobes in Potsdam. — Hr. J. C. Kock in Bremen. — Hr. Rentmeister W. H. Kühnreich in Erlangen. — Hr. Dr. Adolf Leuthold in Dresden. — Frau Ch. H. Reuter in Leipzig. — Hr. Apotheker L. G. Salzer in Giengen. — Hr. Premierlieutenant Heinrich Schmidt in Greifenberg. — Hr. Oberlehrer J. F. Schwäbe in Frankenberg. — Hr. Pfarrer Staub in Rotwag. — Hr. Stadtrichter Karl Friedrich Steinberger in Neustadt a. d. Orla. — Frau C. F. L. Storch in Zwickau. — Hr. Postkommissarius August Moritz Ulrici in Muskau. — Frau E. Wörner in Leipzig.

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 140. — 20. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

2 K ZEITUNG

Uebersicht.

Deutschland. = München. Der Fackelzug der Studirenden. Darmstadt. Kammerverhandlung. — Nassauischer Landtag.

Preußen. Berlin. Landtag. * Witkowo. Unruhen. * Posen. Die Unruhen. Der Commandeur des 19. Regiments. — Professor Michelet. — Garnisonwechsel.

Portugal. Das Treffen bei Setubal. Madeira erklärt sich für die Junta. * Lissabon. Die englischen Vorschläge. Die Befreiung der Gefangenen. Waffenstillstand. Der Krieg. Die Junta. Das Ministerium. Notizen.

Großbritannien. Unterhaus. Die Eisenbahnanlagen. Das Discontovergüten. Verstärkung der Flotte im Mittelmeere. Lord Dudley Stuart. Graf Jarnac. Nachrichten vom Cap. Der Kaffernaufstand. Großfürst Konstantin.

Frankreich. Deputirtenkammer. Hr. Cunard. Brotanweisungen. * * Paris. Die Coalition. Das Cabinet.

Schweiz. Die Zollconferenz.

Italien. Rom. Das Collegium Nobilium.

Rußland und Polen. Unterrichtsanstalten in Warschau.

Türkei. Konstantinopel. Die Kurden. Eine georgische Fürstin.

Nordamerika. Einberufung von 6000 M. Der Krieg mit Mexico.

Mexico. Die Belagerung von Veracruz. Die Gräuel in Taos.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * Leipzig. Die Gesellschaft der Wissenschaften.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. Köln. Eisenbahn. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 16. Mai. Der gestrige Abend wird in der Geschichte unsers Universitätslebens voraussichtlich eine dauernde Stelle einnehmen, ja wir zweifeln selbst daran nicht, daß seine Erinnerung in München überhaupt so bald nicht erlöschen wird. Von den Unglückspropheten und von allen Denjenigen, die von Gespensterfurcht erfüllt sind, weil sie mitunter vielleicht Gespenster sehen möchten, war dieser in jeder Beziehung schöne Abend als der Schluß eines dies nefastus im voraus bezeichnet worden. Die Behörden, so erfuhr man aus glaubwürdigster Quelle, fürchteten zwar ein Eintreffen der Prophezeiungen nicht, aber sie unterließen es doch zum lebhaften Dank aller Gutgesinnten nicht, sich auf Schlimmes gefaßt zu halten, und so waren in rechter Zeit alle Vorkehrungen getroffen, um allen etwanigen Versuchen zu gewaltsamen Excessen kräftig vorbeugen zu können. Bekanntlich hatten Deputirte der fünf garantirten Studentenverbindungen, nämlich der Baiern, Franken, Pfälzer, Schwaben und der neu genehmigten Isaren, vor kurzem dem König in persönlicher Aufwartung nicht nur ihren Dank für die huldvolle Aufhebung verschiedener Beschränkungen ausgedrückt, sondern zugleich auch die Bitte um Erlaubniß zur Darbringung eines Fackelzugs zugefügt, welcher vor München und vor dem ganzen Vaterlande darthun sollte, daß sie von keinen andern Gesinnungen und Absichten erfüllt seien als von solchen der Ehrerbietung, der Dankbarkeit und der unbedingtesten Hingebung. Kein Wunder, wenn im Publicum in diesem Fackelzuge sofort eine öffentliche Demonstration im entgegengesetzten Sinne zu denjenigen Meinungsmanifestationen gesehen wurde, welche die bedauerlichen Excesse vom 1. und 2. März eingeleitet hatten und noch heute in lebhaftester Erinnerung stehen. Folgerecht konnte es nicht fehlen, daß neben den richtigen Ansichten sich auch sofort Uebertreibungen und Ungereimtheiten aller Art breit machten, unter denen noch nicht die geringste diejenige war, nach welcher gelegentlich des fraglichen Fackelzugs vom Pöbel der Vorstädte schwere Vergehen gegen die öffentliche Ordnung beabsichtigt werden sollten. An einem ungeheuern, in diesen Stadttheilen fast nie gesehenen Zusammendrange von Menschen hat es nun an dem gestrigen Abende wahrhaftig nicht gefehlt; aber der Fackelzug selbst bildete sich nicht nur vor der Universität am Ende der Ludwigsstraße in trefflicher Ordnung, sondern er bewegte sich auch inmitten des freudig erregten Menschenstroms ohne die mindeste Störung zunächst nach dem Platze vor dem Königsbau und dann nach dort ausgebrachtem Lebehoch durch verschiedene Straßen der Altstadt vor das Karlsthor, wo unter Verbrennung der Fackeln das Gaudeamus abgesungen wurde und dann die einzelnen Verbindungen ihren Kneipen zuzogen. Ein begeisterteres Hoch aus jugendlicher Brust, als welches gestern dem König Ludwig gebracht worden ist, kann wol kaum vernommen werden, und die lautlose Stille auf dem Max-Josephsplatze vor dem Königsbau trotz des unglaublichsten Gedränges unter den Schaulustigen bewies unwiderleglich, daß das Publicum recht wohl fühlte, wem die Ehre des Abends galt und um was es sich handelte. Der König selbst, welchen man an den Fenstern stets von seiner Familie umgeben sah, hat nicht nur die Verbindungsdeputirten wieder gnädigst empfangen, sondern dem Zuge auch vom Fenster herab freundliche Worte des Dankes gesagt. Leicht hätte eine Einladung an die übrige Studentenschaft die Zahl der Theilnehmer verdoppeln und verdreifachen können; es sollte aber nur der Verbindungsstudent sich anschließen dürfen. Auch so aber bot der Zug mit seinen etwa 250 Fackelträgern und drei Musikchören einen um so stattlichern Anblick dar, je musterhaftere Ordnung von den Führern eingehalten wurde, und der Augenblick, in welchem der Max-Josephsplatz in bengalischer Feuerbeleuchtung dastand, war in jeder Beziehung imposant. Man hört heute von einer einzigen Verhaftung. Angeblich soll es ein Attaché der französischen oder englischen Gesandtschaft sein, wahrscheinlich aber blos irgend ein Fremder, der im Zustande völliger Betrunkenheit durch sein rohes Vordrängen und sonstiges Benehmen den Zorn der Umgebung hervorgerufen hatte und vor den volksjustizlichen Zurechtweisungen nur durch schnelle Verhaftung sicher gestellt werden konnte. Einzelne Gassenbuben scheinen auf dem Karlsplatze Versuche zur Störung des Gesanges gemacht zu haben und ebenfalls sofort durch die Umstehenden ohne Zuthun der Gendarmerie zur Ordnung gebracht worden zu sein. Gewiß ist, daß nicht der mindeste Exceß vorgefallen ist. Eben weil Dem so ist, wird und muß der Eindruck des gestrigen Abends in mehr denn Einer Beziehung ein dauernder und zwar segensreicher sein. Weit entfernt, die Gemüther neu zu erhitzen, muß er sie wol abkühlen, und statt die Kluft zwischen den Parteien zu erweitern, wird er vielmehr zu einer festen Brücke über dieselbe werden, und was nicht minder wahrscheinlich, ist wol der Umstand, daß das große Publicum endlich anfangen wird, zu der Einsicht zu gelangen, daß alle jene auf Aufregung und Beängstigung berechneten Gerüchte über bevorstehende Tumulte und sonstige Katastrophen entweder auf offenbaren Unwahrheiten oder auf maßlosen Entstellungen der Wirklichkeit beruhen. Alle Anzeichen müßten täuschen, oder es wird und muß nun die Zeit der Wiederverständigung an die Stelle der schroffen Meinungsgegensätze treten, es wird und muß endlich wahr werden, was ja zuletzt Alle anstreben, die Versöhnung Aller mit Gegenwart und Zukunft in politischer Beziehung, damit von Allen die übrigen nicht vermeidbaren Zeitübel desto leichter ertragen werden können. Dazu wolle Gott seinen besten Segen geben!

Darmstadt, 15. Mai. In der heutigen Sitzung der II. Kammer überbrachte der Regierungscommissar, Ministerialrath Dr. Breidenbach, folgenden Gesetzentwurf, die **Verträge über Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten oder Kartoffeln von Seiten der Producenten** betreffend:

„Ludwig II. ꝛc. Wir haben mit Zustimmung unserer getreuen Stände verordnet und verordnen wie folgt: Art. 1. Jeder Vertrag, durch welchen ein inländischer Producent sich verbindlich macht, Getreide (Weizen, Korn oder Roggen, Gerste, Spelz oder Dinkel, Hafer, Heidekorn oder Buchweizen, Hirse), Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linsen), Magsamen, Kartoffeln nach der Aernte des gegenwärtigen Jahres zu einem andern Preise zu liefern als zu dem zur Zeit des Vertrags bestehenden oder dem Preise, welcher nach der Aernte des betreffenden Gegenstandes der laufende sein wird, ist verboten und nichtig. Art. 2. Die Bestimmung des vorhergehenden Artikels findet auch Anwendung auf den Vertrag, durch welchen der Producent seine bevorstehende diesjährige Aernte an Getreide, Hülsenfrüchten oder Kartoffeln, sei es bezüglich seines ganzen Besitzthums oder einzelner Grundstücke, auf dem Halm oder am Stock, in Bausch und Bogen oder nach einem bestimmten Maß oder Gewicht verkauft. Art. 3. Auch die bereits abgeschlossenen Verträge der in den Art. 1 und 2 beschriebenen Art sind nichtig. Art. 4. Wenn von Inkrafttretung des gegenwärtigen Gesetzes an gegen das Verbot der Art. 1 und 2 Verträge abgeschlossen werden, so verfällt sowol der Käufer als der Mäkler in eine Polizeistrafe von 25—300 Fl. Art. 5. Kann die zuerkannte Geldstrafe nicht beigetrieben werden, so muß sie im Gefängniß, und zwar mit 24 Stunden für jeden Gulden, verbüßt werden. Art. 6. Von den erkannt werdenden und eingehenden Geldstrafen erhält der Denunciant ein Drittheil. Art. 7. Die in unsern Provinzen Starkenburg und Oberhessen bestehende Verordnung vom 20. Jun. 1817, insoweit sie den Verkauf anderer Früchte und Crescenzien als Getreide, Hülsenfrüchte

und Kartoffeln verfügt, bleibt fortwährend in Gültigkeit. Art. 8. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seines Erscheinens im Regierungsblatt in Kraft und wird nach der Aernte des gegenwärtigen Jahres durch eine besondere, den Zeitpunkt näher bezeichnende Bekanntmachung für die Zukunft außer Wirksamkeit gesetzt werden. Urkundlich ꝛc."

Noch in derselben Sitzung fand Berichterstattung durch den zweiten Ausschuß, Discussion und Abstimmung über den Entwurf statt. Die II. Kammer hat die Regierungsproposition angenommen, jedoch beschlossen, daß nach dem Worte „Producent" in Artikel 1 einzuschalten sei: „welcher zur Zeit des Erscheinens des gegenwärtigen Gesetzes nicht patentisirter Handelsmann ist", und nach „Gegenstandes" die Worte „zur Lieferungszeit". Sodann hat sie das Gesetz auch auf Reps, Magsamen und Mehl ausgedehnt. Die Art. 3 (welcher die rückwirkende Kraft ausspricht), 4, 5 und 7 hat sie unverändert (zu Art. 5 mit dem Zusatze, daß die Gefängnißstrafe nicht über drei Monate dauern soll) angenommen; den Art. 6 in folgender Fassung: „Die erkannt werdenden und eingehenden Geldstrafen kommen der Armenkasse des Ortes zu gut, in welchem der Verkäufer wohnt"; den Art. 8 folgendergestalt: „Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seines Erscheinens im Regierungsblatt in Kraft und wird, sobald es die Verhältnisse gestatten, durch eine besondere Verordnung zurückgenommen werden." Nicht minder ist die Kammer dem Vorschlage des Abg. Otto beigetreten: „Die Staatsregierung zu ersuchen, über die sogenannten Differenzgeschäfte in Getreide, Mehl und Oel eine Untersuchung eintreten zu lassen und nach Befund einen Gesetzesentwurf den Ständen vorzulegen." (G. H. Z.)

— Nach Nr. 9 der Verhandlungen der **nassauischen** Abgeordnetenkammer hat dieselbe am 1. Mai einstimmig den Antrag des Abg. Zais zur weitern Erörterung gewünscht, nämlich: „Die Versammlung möge bei der Regierung darauf antragen: 1) daß das Preßgesetz vom 4/5. Mai 1814 wieder in Wirksamkeit trete; 2) bei hohem Bundestage sich dahin zu verwenden, daß die Bundesbeschlüsse vom 20. Sept. 1819 und 26. Aug. 1824 in Betreff einer provisorisch eingeführten Censur aufgehoben und die im 18. Art. der Bundesacte vorbehaltenen Verfügungen über Preßfreiheit durch ein allgemeines Preßgesetz in Ausführung gebracht, und 3) diese Verfügungen im Geist unsers Gesetzes erlassen werden mögen." (Fr. J.)

Preußen.

Berlin, 18. Mai. In der Sitzung der Vereinigten Curien am 14. Mai sprach weiter der Graf Zech-Burkersrode für die Nützlichkeit der Rentenbanken und hob namentlich das Verdienst der sächsischen Regierung in dieser Sache hervor, zumal in Sachsen derselben auch finanzielle Opfer gebracht würden, von denen hier nicht die Rede sei. Abg. v. Gottberg behauptete dagegen, daß die Berechtigten in ihren Privatrechten gekränkt würden. Auch müsse die Berathung bei den Provinziallandtagen vorangehen, weil man jetzt nicht übersehen könne, welche Garantie man übernehme. Der Finanzminister entgegnete, daß das Wesen der Landrentenbanken in seinen Grundzügen vollkommen bekannt, die Garantie des Staats aber von andern Provinzen, namentlich von Schlesien, dringend erbeten sei. Abg. v. Wolff-Metternich sprach mit Wärme und im Interesse der Verpflichteten für die Sache. Abg. v. Saucken suchte dagegen die Nützlichkeit in einigen Punkten anzuzweifeln und machte wieder die Unbestimmtheit der Garantie geltend. Die Abgg. Dittrich und Meyssen sprachen für die Nützlichkeit der Sache, der Letztere meinte aber, die Provinziallandtage seien nicht befugt, über die Rechte der Berechtigten zu entscheiden. Der bäuerliche Abg. König war dagegen dem Institute abgeneigt, es verwickele nur in Schulden; die jährliche Rente sei nicht drückend; ein Creditinstitut sei viel wünschenswerther. Der königl. Commissar hob hervor, daß es sich nicht um einen Gesetzentwurf, sondern nur um eine Frage an die Versammlung handle. Eine Staatsgarantie sei nicht unbedingt nöthig, aber wünschenswerth. Daß man den Betrag derselben jetzt nicht kenne, sei richtig; aber bedenklich werde diese unbekannte Größe nie werden; in Sachsen habe der Verlust in 15 Jahren nur 70 Thlr. betragen. Die Abgg. Winzler und Allnoch sprachen für die Sache, der Letztere, damit jede Erinnerung an die Feudallasten vertilgt werde. Der Abg. v. Werder fand dagegen die Sache weder nützlich noch rechtmäßig. Der bäuerliche Abg. Starke sprach im Sinne seines Collegen König; der Abg. Becker versicherte dagegen, die Maßregel würde die freudigste Aufnahme finden. Der Abg. Sattig vertheidigte die Berechtigung zur Sache. Wie wäre sonst irgend eine agrarische Gesetzgebung möglich gewesen? Auch Frhr. v. Gaffron suchte die Rechtszweifel zu heben. Graf Arnim wünschte nicht, daß der Landtag nicht die Hand zu einem Gesetze biete, was aus drei Provinzen erbeten sei und gewiß zur Erleichterung minder begüterter Klassen gereiche. — Man ging hierauf zu dem Garantiepunkt über, wobei auch eine Petition des Abg. Hansemann in Erwägung kam, welche einen das Maß derselben genau umfassenden Gesetzentwurf begehrte. Das, meinte das Gutachten, welches sich für die Garantie aussprach, werde für jetzt nicht ausführbar sein. Frhr. v. Vincke erklärte sich von der Nützlichkeit überzeugt, sofern die Verschiedenheiten der Provinzen berücksichtigt würden; sprach aber gegen die Staatsgarantie. Nicht alle Provinzen bedürften einer solchen, namentlich Schlesien nicht. Auch verbreitete er sich über die durch das Patent vom 3. Febr. gegebene Möglichkeit von uncontrolirter Vermehrung der Staatsschuld und daß die Verfassung selbst widerruflich sei. Graf Helldorf wollte erst genauere Unterlagen über den Betrag der Garantien. Der Abg. Brust wollte von der allgemeinen Garantie nichts wissen, weil der Rheinprovinz, welche keine Reallasten mehr habe, die Sache ganz fremd sei. Der Abg. Tschocke wollte auch keine Garantie, weil sie mit Uebernahme einer Schuld gleich sei. Der Referent entgegnete namentlich dem Frhrn. v. Vincke in Betreff der Verfassungsfrage. Abg. Berndt gegen, v. Werdeck für Garantie. Abg. Hansemann protestirte gegen den Standpunkt seines rheinischen Collegen und versicherte, unter allgemeinem Bravo, daß die Rheinprovinz auf ein einiges Vaterland großen Werth lege; er wollte aber, zur bessern Uebersicht der Sache, Vertagung bis zum nächsten Landtage. Werde dieser längstens in zwei Jahren einberufen, so sei nichts verloren, werde er nicht einberufen, so stehe man überhaupt auf zu unsicherm Boden für eine solche Garantie. Der Landtagscommissar hob hervor, daß diese Garantie mit dem Staatsschuldengesetze nichts zu thun habe und schon öfters seitdem dergleichen übernommen worden seien. Was die Provinzen betreffe, so wünsche gerade Schlesien dieselbe besonders. Auch der Finanzminister sprach zum Schlusse gegen mehrfache Einwendungen. (A. Pr. Z.)

* **Witkowo** (im Großherzogthum Posen), 14. Mai. Unser sonst so friedliches Städtchen war am 12. Mai der Schauplatz eines Auftritts, der eben so strafbar als verabscheuungswürdig ist. Am 9. Mai plünderte der Pöbel in der Stadt Gnesen etwa 30 Kaufläden, ungeachtet ein Bataillon Infanterie dort in Garnison steht; an demselben Tage sah auch die von Gnesen zwei Meilen entfernte Stadt Trzemeszno diese Excesse bei sich wiederholen, und vorgestern war unsere Stadt, und außerdem die Städte Rogowo und Czerniejewo, der Schauplatz dieser Auftritte. Der Pöbel war aus den Dörfern bis zu zwei Meilen in der Runde, mit Knütteln und Säcken versehen, schon um 4 Uhr Morgens in die hiesige Stadt, anscheinend zum Wochenmarkte, gekommen. Da man allgemein Excesse befürchtete, so waren 50 Bürger zur Aufrechthaltung der Ruhe beordert; doch als diese einen Haufen von fast tausend Köpfen vor sich erblickten, wagten sie keinen Widerstand, sondern hielten es für das Beste, sich zurückzuziehen. Nun begann die Plünderung damit, daß man sich eines mit Kartoffeln beladenen Wagens bemächtigte; ein allgemeines Hurrah! war darauf das Signal zur Plünderung eines Bäckerladens, worauf die raublustige Rotte sich von Laden zu Laden bewegte, nicht blos raubend, sondern Alles zerstörend. Die Scenen der Wuth und Vernichtung im Detail zu beschreiben dürfte zu weitläufig werden; wir beschränken uns daher auf eine Berichterstattung der Hauptereignisse. Unser Districtscommissar, Hauptmann Kummer, that alles Mögliche, um dem Treiben der Meuterer Einhalt zu thun, doch vergebens; zuletzt mußte auch er erschöpft sich zurückziehen und dem Pöbel einen Speicher voll Getreide preisgeben, den er fast zwei Stunden hindurch mit höchster Anstrengung gegen denselben vertheidigt hatte. Durch die günstigen Erfolge — es wurden 15 Läden ohne Widerstand ausgeplündert — dreist gemacht, wagte die Rotte, den durch seine Entschlossenheit bei uns sprüchwörtlich gewordenen Bürger Knaff, von dem es hieß, er habe tausend Scheffel Getreide liegen, anzugreifen. Doch dieser war bereits darauf vorbereitet und empfing die Bande mit einigen Schüssen, wodurch zwei aus dem Haufen verwundet wurden. Die Bürger der Stadt, hierdurch sowie durch seine Aufmunterungen ermuthigt, griffen nun ebenfalls zu den Waffen, und jetzt entspann sich ein Kampf, der furchtbar in seinen Einzelheiten war und damit endigte, daß die Raubrotte zur Stadt hinausgetrieben wurde, nachdem mehr als 40 von ihr mehr oder weniger gefährlich verwundet worden waren. Bald nach Vertreibung der Meuterer langte der Regierungs- und Departementspolizeirath Lübbe aus Trzemeszno, wo derselbe sich gerade zur Untersuchung der dort stattgehabten Excesse befand, mit sechs Gendarmen und gleich darauf auch die Husaren aus Wreschen (es steht daselbst eine Schwadron in Garnison) hier an, denen bald noch eine Compagnie Fusiliers, aus Gnesen mit Extrapost kommend, folgte, worauf sogleich in den nächstgelegenen Dörfern Recherche gehalten und mehr denn 50 Individuen — unter ihnen nicht wenig begüterte — zur Haft gebracht wurden. Beim Schlusse möchten wir noch die Frage aufwerfen: wie kam es, daß gerade an diesem Tage mehr als tausend Menschen zum Wochenmarkte nach Witkowo kamen, während sonst nicht der zehnte Theil sich dazu einzufinden pflegt? Wie kam es, daß so viele von den bereits Verhafteten gerade an diesem Tage zur Beichte gingen?

Nicht minder arg haben die Tumultuanten im mogilnoer Kreise gehaust, wo sie sich zu Hunderten in den Wäldern zusammenrotten, um die in der Nähe gelegenen Orte zu überfallen und auszuplündern. Eine solche Rotte, die über 500 Köpfe stark gewesen sein soll, überfiel das dem deutschen Baron v. Seidlitz gehörige Wynice, der aber bereits seine sämmtlichen ihm sehr ergebenen Leute zum Empfange der Bande so gut als möglich bewaffnet hatte und von dem sofort reitende Boten ausgesendet wurden, um ein gerade in der Nähe befindliches Dragonerdetachement schleunigst herbeizurufen. Auch hier entspann sich ein wüthender Kampf zwischen den Ortseinwohnern und den Meuterern, der, nachdem die Dragoner noch rechtzeitig eingetroffen waren, bald zum Nachtheile

der Räuberrotte endigte, die nun nach allen Seiten auseinanderstob. Inzwischen sind doch, wie glaubwürdig versichert wird, acht oder zehn Tumultuanten todt auf dem Platze geblieben und etwa 50—60 von den nachsetzenden Dragonern eingeholt und gefangen genommen worden. Die Rädelsführer der Meuterer dürften einer strengen Strafe entgegensehen, da erst vor acht Tagen die öffentliche Bekanntmachung erschienen ist, daß Tumultuanten unter das Kriegsgesetz gestellt und mit der Todesstrafe des Erschießens belegt werden sollen. Eine Exemplification möchte auch fast noth thun, weil sich beim Pöbel allgemein die Ansicht festgesetzt hat, der bloße Raub von Lebensmitteln solle nicht bestraft werden.

*Posen, 16. Mai. Hier sind in der letzten Zeit Ruhestörungen nicht weiter vorgekommen, desto schlimmer lauten aber die Berichte aus der Provinz, besonders aus dem nordöstlichen Theile derselben, wo täglich wilde Excesse vorfallen, die um so abscheulicher sind, als die Tumultuanten nicht sowol aus hungernden Proletariern, sondern aus verbrecherischem Gesindel bestehen, dem es nur um Brand und Raub zu thun ist. Die Militairbehörde hat sich bereits veranlaßt gefunden, fliegende Colonnen auszuschicken, welche die bedrohten Gegenden nach allen Richtungen hin durchstreifen müssen, um die Meuterer aufzuheben; es sind deren auch bereits viele zur Haft gebracht worden. — Einen guten Eindruck hat hier die polizeiliche Verordnung hervorgebracht, daß Höker und Aufkäufer jeder Art den Markt nicht vor 10 Uhr Morgens betreten dürfen. Eine zweite Verordnung befiehlt den Hausbesitzern, stets große, mit Wasser gefüllte Tonnen in den Häusern vorräthig zu haben, damit bei etwa ausbrechendem Feuer sofort gelöscht werden könne. — Das allgemeine Tagesgespräch bildet hier die unerwartet eingetroffene Dispositionsstellung des Commandeurs des 19. Regiments, eines rüstigen, kräftigen Offiziers, gerade acht Tage nachdem er sich mit einer jungen Polin vermählt hatte; wie verlautet, ist er nach Stralsund versetzt.

— Die vor einiger Zeit gegen den Professor Michelet wegen eines Zeitungsartikels erfolgte Anklage begründete den Antrag des Ministeriums, denselben seines Lehramts zu entsetzen, welcher Beschluß indessen vom König im Gnadenwege dahin abgeändert worden ist, daß die Amtsentsetzung Hrn. Michelet's allerdings als ein Straferkenntniß auszusprechen, jedoch vorläufig nicht wirklich zu vollziehen sei, sondern erst dann gegen ihn in Kraft treten solle, wenn Michelet das zweite Mal eines ähnlichen Vergehens schuldig befunden würde. (K. Z.)

— In **Stargard** ist der Befehl eingegangen, daß ein Theil des dort garnisonirenden Militairs schon am 20. Mai nach Bromberg abgehen solle.

Portugal.

Ueber das Treffen bei Setubal am 1. Mai wird noch berichtet, daß Sa da Bandeira sowol durch einen Brief des britischen Gesandten in Madrid, Hrn. Bulwer, den der spanische Oberst España überbrachte, als vom Obersten Wylde in Person zur Eingehung eines Waffenstillstandes aufgefodert, sich dazu unter der Bedingung bereit erklärte, daß die königl. Truppen alle Vorbereitungen zum Angriff auf Setubal einstellten. Letzteres geschah nicht, und Sa da Bandeira ließ darauf 2500 Mann unter dem Grafen de Mello eine im Bau begriffene Redoute, welche die Stadt ernstlich bedrohte, angreifen. Die königl. Truppen wurden verjagt, sammelten sich indessen wieder und es entspann sich ein lebhaftes Gefecht, welches damit endete, daß das Feuer der Dampfschiffe die königlichen Truppen zum Rückzuge zwang, ohne daß die Insurgenten gewagt hätten, sie zu verfolgen. Die Erstern geben den Verlust der Insurgenten auf 800, diese den Verlust Jener auf 778 Mann an. Auch das letzte Dampfschiff der Königin, der Conde de Tojal, soll zu den Insurgenten übergegangen sein. — Aus Madeira vernimmt man, daß die Insel sich in ganz friedlicher Weise für die Junta von Oporto erklärt habe.

*Lissabon, 9. Mai. Obgleich noch nichts Officielles darüber publicirt ist, so scheint es doch keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Königin bereits vor circa zwölf Tagen die Vorschläge Englands endlich unter folgenden Bedingungen angenommen habe: Alle von ihr seit dem 6. Oct. erlassenen Decrete zurückzunehmen, eine allgemeine Amnestie zu bewilligen, die nach Angola deportirten politischen Verbrecher (Bomfim und seine Gefährten) zurückzuberufen und zu entschädigen, die Cortes zu versammeln und ein Ministerium zu ernennen, welches mit der jetzigen Lage des Landes in Harmonie stehe; dagegen sollen auch die von der Junta in Oporto gegebenen Decrete nichtig sein und dieselbe ihre Truppen auflösen, sobald die Cortes und das geeignete Ministerium in Function sind. — Am 29. April, als am Jahrestage der Decretirung der Carta durch Dom Pedro, gerieth Lissabon des Nachmittags in die größte Aufregung, da plötzlich alle im Limoeiro befindlichen Gefangenen, politische und andere Verbrecher, befreit wurden. (Nr. 138.) In Folge nämlich eines von den Septembristen geschmiedeten Complots, welches aber lange nicht in seiner ganzen Ausdehnung zur Reife kam, da viele Betheiligte den Muth verloren und ihr Versprechen nicht hielten; gerade zu der Zeit, als die Offiziere der verschiedenen Corps bei Hofe zum Handkuß und großer Gala waren, zog ein Trupp von 30—40 bewaffneten Individuen nach dem Gefängniß, überrumpelte leicht die dortige (einverstandene) Wache und öffnete die Pforten, sodaß herausgehen konnte wer Lust hatte. Die gleich darauf gemachten Versuche, sich der Citadelle S. Georg sowie des Arsenals, des Forts da Graça und mehrer andern Punkte zu bemächtigen, mißglückten. Alle Läden, Kaffeehäuser und Stadtthore wurden sogleich geschlossen, und die wenigen hier anwesenden Truppen von der Linie und Municipalgarde sowie ein Theil der Nationalbataillone suchten die Entsprungenen auf frischer That wieder einzufangen, was auch so ziemlich gelang, obgleich von 1026 dennoch einige Hunderte entkamen, wovon mehre Trupps sogleich nach Setubal zogen. In den nahe beim Gefängniß belegenen Straßen kam es zum Schießen ꝛc., wobei es 78 Todte von beiden Seiten gab. Der König eilte sogleich herbei, und es wurde, wie man bestimmt versichert, auch auf ihn geschossen, jedoch gefehlt. Am Tage darauf war wieder Alles ruhig.

Mit Sa da Bandeira ist durch die Engländer ein Waffenstillstand unterzeichnet worden, d. h. bis Sa da Bandeira fernere Instructionen von Oporto erhalte. Noch am 1. Mai wurde mit der größten Erbitterung gefochten. Im Verhältniß zu der Anzahl sollen die Verluste an Todten und Verwundeten sehr bedeutend gewesen sein, und man gibt den der königl. Truppen, obgleich bis jetzt keine Listen davon erschienen, auf beinahe 1000 M. an, indem das Feuer des Forts Velho und des Dampfschiffes Salter ihnen vielen Schaden that. Von Stabsoffizieren wurden der Commandant der ersten Brigade, Oberst Marcelli, sowie die Obersten vom ersten und zwölften Infanterieregiment schwer verwundet, und der Chef der Reiterei, Oberst Castello Branco, gleich anfangs getödtet. Seit 8 Tagen behaupten beide Gegner ihre alten Positionen, und der englische Kriegsdampfer Phönix liegt in Setubal und würde einschreiten, wenn es wieder zum Schlagen käme. Uebrigens soll auch auf Oberst Wylde geschossen worden sein, doch kam er mit heiler Haut davon. Einige Trupps Guerrillas, welche in der Nähe ihr Wesen trieben, sind von den königl. Truppen geschlagen und zerstreut worden. Die englische Fregatte Thetis, welche von England kommend Oporto anlief, soll die Nachricht gebracht haben, daß die Mitglieder der Junta noch nicht unter sich einig wären, ob sie die ihnen gemachten Vorschläge annehmen sollten oder nicht, denn Povoas war nicht anwesend und Graf das Antas befindet sich, wie es heißt, jetzt ebenfalls in Setubal. So viel ist gewiß, daß die Junta die Directoren der portoer Handelsbank verhaften ließ, da sie die ihr von der besagten obersten Regierungsjunta bereits am 13. Januar decretirte gezwungene Anleihe von 200 Contos de Reis, wovon monatlich 15 zu bezahlen, nicht beschaffte, weshalb dieselbe auf 400 Contos und monatliche Zahlung von 30 erhöht war. — Hr. Bayard ist nicht mehr interimistisch mit dem Portefeuille des Kriegs beauftragt, sondern der Brigadier Baron da Ponte da Barca zum Kriegsminister ernannt worden. — Die Suspension der individuellen Garantien, der freien Presse ꝛc. ist wiederum auf einen Monat verlängert worden. — Das Linienschiff Vasco da Gama und die Corvette Iris kamen vor einigen Tagen von ihrem unnützen Kreuzen an der Küste zurück, da, wie es heißt, sich Spuren von Empörung am Bord zeigten. Auch will man wissen, daß in den letzten Nächten Versuche gemacht wurden, öffentliche Gebäude in Brand zu stecken, weshalb die Polizei sehr auf ihrer Hut ist. — Jezé da Silva Cabral, Bruder des Grafen von Thomar, der sich weigerte Portugal wieder zu verlassen, hält sich jetzt versteckt; die Cabralisten bilden leider noch immer einen Theil der exaltirten Antirevolutionairs in der Hauptstadt, denn Liberale nennen sie sich Alle, und an Dom Miguel denken hier nur wenige Anhänger des ancien régime. — Der Juiz Conservador der Engländer ist zwar von ihnen in der Person des Rathes Alves de Sa erwählt, aber da von einer Seite protestirt wurde, so ist die Sache vorläufig noch nicht geordnet.

Großbritannien.

London, 14. Mai.

Das Unterhaus war gestern allein versammelt. Auf eine Anfrage Hrn. Aglionby's wurde die viel herausgepuffte Capitain Warner'sche Erfindung eines in großer Ferne mit Sicherheit zu dirigirenden Zerstörungsgeschosses, daher Ferntreffer genannt, von Sir H. Douglas auf Grund der Berichterstattung der Prüfungscommission für die ärgste je versuchte Täuschung öffentlicher Leichtgläubigkeit erklärt, mit welcher das Haus nur einen Augenblick länger aufhalten zu wollen absurd sein würde. Dr. Bowring stellte seine angekündigte Motion auf ein Gesammtcomité des Hauses über Verminderung der Weinzölle (zu deren Gunsten vor kurzem von Bordeaux durch den Freihandelsverein an den Premierminister eine Denkschrift gerichtet worden ist). Der Antragsteller erwähnte jedoch nicht blos der unter günstigern Zöllen aus Frankreich zu erwartenden Zufuhren, sondern auch der aus Oesterreich und Ungarn voraussichtlichen und des daraus folgenden vermehrten Wechselverkehrs mit allen diesen Landen. Wie die Zölle auf den Consum wirkten, erhelle daraus, daß 1701 der Weinverbrauch vier Mal größer gewesen sei als jetzt, bei dem einem Verbote ähnlichen Zolle von 5½ Schill. von der Gallone, was meist 100 Proc. betrage. Hr. Ewart unterstützte den Antrag. Der Schatzkanzler hielt zunächst gegen die behauptete rasche Ausgleichung des Staatseinkommens von den Weinzöllen im Falle der Herabsetzung durch Mehrconsum ein, daß für diesen Artikel die Erfahrung widerspreche, indem die 1831 erfolgte Herabsetzung dieser Zölle eine erst 1844 ausgeglichene Verminderung der Ein-

nahme dafür nach sich gezogen habe. Das Wünschenswerthe eines gesteigerten Verkehrs mit Frankreich gebe er zu, verwies aber auf das von England zur Erreichung dessen gegebene Beispiel, und obgleich Frankreich demselben durch keine Herabsetzung seiner Zölle entsprochen habe, sei doch seit Erleichterung des Eingangs französischer Artikel die Ausfuhr britischer Waaren nach Frankreich über alle bisherige Erfahrung gestiegen. Dem Antrage müsse er sich übrigens unter dermaligen Finanzverhältnissen entschieden widersetzen. Dr. Bowring zog nach einigen weitern Aeußerungen über seinen Antrag denselben zurück. Hr. Stuart Wortley beantragte eine Adresse an die Königin um Niedersetzung einer Untersuchungscommission über die Ehegesetze mit Hinsicht der verbotenen Verwandtschaftsgrade und auswärts oder in den britischen Colonien geschlossener Heirathen. Er wollte keine bestimmte Meinung dadurch über die bestehende Gesetzgebung ausgesprochen wissen, meinte indessen, daß die letzte Heirathsacte von 1835 nichts gebessert habe. Der Staatssecretair für das Innere Sir G. Grey billigte den Antrag, der angenommen ward. Einer Motion des Mitgliedes für die Stadt Waterford, Sir H. Baron, auf Niedersetzung eines Ausschusses über Verbesserung der irischen Fischereien stellte der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, entgegen, daß in letzter Session 50,000 Pf. St. und verschiedene Unterstützungen durch Vorschüsse, in diesem Jahre schon 40,000 Pf. St. von der Regierung für diesen Zweck verwendet worden wären, und er daher den Antragsteller ersuche, nicht weiter darauf zu bestehen. Lord G. Bentinck unterstützte den Antrag, für den sich mehre günstige Stimmen aussprachen, rücksichtlich dessen aber Sir H. Baron dann erklärte, daß er nicht auf Abstimmung dringen wolle und um Erlaubniß bitte, ihn zurücknehmen zu können. Dem widersetzten sich aber einige Mitglieder sehr heftig und es kam am Ende zu einer Abstimmung darüber, welche mit 73 gegen 22 für die Zurücknahme entschied. Als Hr. Spooner um Erlaubniß zur Einbringung einer Bill gegen die gewerbsmäßige Prostitution ansuchte, drängte Hr. Hume die Frage trotz des Beitritts des Ministers des Innern zur Abstimmung. Die Erlaubniß wurde mit 57 gegen 11 Stimmen ertheilt. Die Bill über die Discontobewilligung für Pränumerandozahlungen auf die 8.-Mill.-Pf.-Anleihe wurde zum zweiten Male verlesen. Als Hr. Spooner dann seine neue Bill zum ersten Male verlesen lassen wollte, widersetzte sich Hr. Berkeley; bei der Abstimmung aber waren keine 40 Mitglieder da, und so trat Vertagung ein.

— Die Summen, deren Aufbringung zu Eisenbahnanlagen in den beiden letzten Parlamentssessionen concessirt wurde, machen nach einer neuesten Zusammenstellung 36,004,680 Pf. St. für bereits in Betrieb gesetzte und 88,670,975 Pf. St. für noch nicht in Betrieb gesetzte Eisenbahnanlagen, in Summa 124,675,655 Pf. St. aus. Wirklich eingezahlt sind davon jetzt 28,320,020 Pf. St., daher noch 96,355,685 Pf. St. einzuzahlen bleiben. Bei der gegenwärtigen Session sind Gesuche um Eisenbahnconcessionen im Belaufe von 47,486,674 Pf. St. eingebracht worden.

— Die vom Schatzkanzler ausgegangene Maßregel wegen Discontovergüten auf Vorauseinzahlungen der 8-Millionen-Anleihe und Erhöhung der Zinsen der Schatzkammerscheine machte sich bereits günstig fühlbar. Der Curs der letztern hatte sich gebessert, und gestern schon wurden 300,000 Pf. St. solch früherer Einzahlungen auf die Anleihe geleistet.

— Die Regierung hat die Verstärkung der Flotte im Mittelmeere beschlossen, und der Contreadmiral der blauen Flagge, Sir C. Napier, ist bestimmt, ein besonderes Commando dort zu führen. Er wird zu dem Ende seine Flagge auf dem Linienschiffe St. Vincent von 120 Kanonen in Portsmouth aufziehen und damit in wenig Tagen zunächst nach Lissabon absegeln. Das in Sheerneß in der eiligsten Ausrüstung begriffene Linienschiff Howe und die Caledonia in Devonport, beide von 120 Kanonen, sowie andere Kriegsschiffe werden ihm in der Kürze folgen.

— Dem als Polenfreund bekannten Lord Dudley Stuart ist durch eine Deputation von Polen eine patriotische Dankadresse und eine goldene Uhr überreicht worden, die aus Beiträgen ausgewanderter Polen in allen Theilen der Erde angeschafft sein soll.

— Graf v. Jarnac hat gestern in einer Audienz bei der Königin sein Beglaubigungsschreiben als bevollmächtigter Minister des Königs der Franzosen in Abwesenheit des Botschafters überreicht. Er wurde durch Lord Palmerston und den Ceremonienmeister, Obersten Sir Edw. Cust, dabei eingeführt. Die Mission des Herzogs v. Broglie scheint sonach fortwährend sehr ungewiß.

— Vom Cap sind Nachrichten bis 20. März eingelaufen. Der neue Gouverneur, Sir Henry Pottinger, war in Grahamstown angekommen und wollte von da nach Fort Peddie, wo er mit dem militairischen Befehlshaber zusammenzutreffen gedachte. In Grahamstown hatte er eine Proclamation über Aufhören des Kriegsgesetzes erlassen und den Freiwilligen versprochen, daß ihr Dienst an der Grenze jedenfalls bald und wenn irgend möglich vor Ablauf des nächsten Monats aufhören solle. In der Capstadt war man mit Errichtung einer neuen Bank auf Actien à 10 Pf. St. beschäftigt, welche Tradesman's Bank heißen wird. Die von Sir Henry Pottinger angestellten Untersuchungen über die Ursachen des Kaffern-Aufstandes ergeben, daß den Colonisten an der Grenze keine Schuld beizumessen ist, wohl aber eine zu große Sorglosigkeit gegen die Uebergriffe der Kaffern von Seiten der Regierung geübt worden zu sein scheint.

— Für den Großfürsten Konstantin sind in Mivart's Hotel in London bereits Zimmer in Bereitschaft gesetzt. Die Admiralitätsdampfjacht Black Eagle wird in Rotterdam zur Ueberfahrt desselben zur Verfügung gestellt.

Frankreich.

Paris, 15. Mai.

Das Resultat der gestrigen kurzen Sitzung der Deputirtenkammer, welche ausschließlich der von Hrn. Odilon-Barrot angekündigten Interpellation über die jüngsten Aenderungen im Ministerium gewidmet war, ist schon in unserer gestrigen pariser Correspondenz mitgetheilt worden. Hr. Odilon-Barrot hob damit an, daß jede Modification eines Cabinets, die nicht blos persönliche Beweggründe habe und mehr oder minder geeignet sei, auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken, wesentlich der Erwägung und Controlirung der Kammer angehöre. Seit 1830 bestreite das, Gott sei Dank! Niemand mehr, und die Pflicht, welche er zu erfüllen im Begriffe sei, habe in der Kammer wie beim Ministerium keinen Einspruch erfahren. Gerade in dem Augenblicke, wo es schien, als werde die eigentliche geschäftliche Session anheben, hätten nun vier Ministerien andere Inhaber bekommen und drei Mitglieder einer Verwaltung wären ausgeschieden, welche die Majorität der Kammer unbestritten besaß. Dafür wären drei noch dazu gerade von Paris abwesend gewesene Männer eingetreten. Von diesem bedeutsamen Vorgange den Grund und Belang zu kennen, sei Pflicht der Kammer. Sie müsse wissen, ob dieser Wechsel zu Gunsten gewisser Ideen, Entwürfe, Maßregeln, gewisser Reformen erfolgte, ob er gewissen großen Rücksichten der Moralität, Freiheit und öffentlichen Sicherheit Befriedigung gewähren solle oder nur ein elendes politisches Auskunftsmittel sei; ob man mit Einem Wort ein Ministerium vor sich habe, welches das Bedürfniß fühlte, sich zu regeneriren und zu verjüngen, um den Anforderungen der Zukunft zu genügen, oder ob man es mit einem zu thun habe, das sich gleich jenen von unheilbaren Uebeln befallenen Kranken, welche sich unruhig regen und bewegen und weder leben noch sterben können, nur verstümmelte. Vom unbefangensten Standpunkte aus scheine diese ministerielle Umwälzung unerklärlich und bedürfe daher um so mehr der Aufklärung. Daß eine Spaltung in der Majorität sich gezeigt, sei allerdings kein Geheimniß. Es hätten eine Anzahl als Conservative gewählte Abgeordnete sich einfallen lassen, gewisse feierliche Versprechungen als Ernst zu nehmen und noch nicht begriffen über dergleichen hinwegzusehen. Einzelne Modificationen in der Gesetzgebung schienen ihnen jene Zusagen keineswegs zu erfüllen. Sollte damit der ministerielle Zwiespalt zusammenhängen? Sollte jene Spaltung sich im Cabinet wiederholt haben? fragte der Redner. Es würde das etwas durchaus Constitutionelles und Legitimes sein. Die Einen würden bleiben als befriedigt mit dem Status quo, die Andern und Unbefriedigten schieden aus. Man würde das unverhohlen eingestehen können. Hätte man jedoch in solchem Falle die Ersatzmänner so weit zu suchen gebraucht? Hr. Odilon-Barrot bezweifelte das und glaubte nicht, in einem solchen politischen Grunde den Anlaß der Modification suchen zu dürfen. Durch die Lebensmittelfrage herbeigeführte Schwierigkeiten könnten es auch nicht sein, da der zunächst betheiligte Minister (Hr. Cunin-Gridaine) geblieben sei; die Finanzverlegenheit aus dem Grunde ebenfalls nicht, weil man dafür nicht einen Minister büßen lassen könne, der den Leitern der Dinge nicht hinreichend entgegenzutreten gewußt. In der mangelnden Einheit der verschiedenen Organe der Verwaltung, welche sich während der Kammerverhandlung jüngst hinsichtlich der Sklavenangelegenheit, sowie über die von den Kammern getadelte Expedition nach Kabylien, die ein Gouverneur trotzdem unternehme und ein Minister in der Kammer weder zu billigen noch zu misbilligen wagte, könne man auch den Grund nicht suchen, da es eine seltsame Gerechtigkeit sein würde, wenn gerade dieser Minister bliebe. Gleichwol werde dieser es sein, der ihm antworte. Sodann ergebe sich, daß nur zwei der ausgeschiedenen Minister abgetreten, der Finanzminister aber nicht die Initiative seines Rücktrittes genommen habe, was die Umstände noch bedenklicher mache und eine persönliche Ehrenfrage hereinziehe.

Nachdem er die Erwartung bestimmter Erklärungen ausgesprochen, bestieg der Minister des Auswärtigen, Hr. Guizot, die Rednerbühne. Nicht um Persönlichkeiten könne es sich bei seiner Antwort drehen, sagte er; die Krone habe die Wahl ihrer Räthe, und nur ihr Verhalten, ihre Politik gehöre in die Debatte. Nun handle es sich aber bei dieser Modification gar nicht um eine Aenderung der Politik der Regierung, und an eine solche glaube so wenig die Majorität wie die Opposition oder die ehrenwerthen Männer, welche aus dem Cabinet traten. Die Politik desselben bleibe dadurch ungeändert. Die Personaländerung sei keineswegs in Folge irgend einer Handlung, eines politischen Grundes, sondern durch allgemeine Uebereinkunft und unter allgemeiner Verantwortlichkeit erfolgt. Viele Personen in der Kammer und zumal bei der Opposition würden glauben, er befinde sich dermalen in großer Verlegenheit. Das aber sei keineswegs der Fall. Im öffentlichen Leben müsse man die Dinge männlich nehmen, Handlungen und Lagen mit ihren Unannehmlichkeiten und Verdruß ertragen. Würde er als Mitglied eines Cabinets und bei aller Ergebenheit an dessen Politik fühlen, daß er demselben aus irgend einem Grunde nicht mehr die volle Unterstützung gewähre, so würde er aufhören, demselben anzugehören. Hr. Lacave-Laplagne habe zwar anders gehandelt, allein derselbe habe jedenfalls das nur gethan, weil er geglaubt, daß er sich durch freiwilliges Ausscheiden zu einem Theil der ihm gemachten Vorwürfe bekennen würde. (Hr. Léon de Malleville:

„Sie haben es für ihn gethan!“) Im Jahr 1839 sei Hr. Lacave-Laplagne unter derselben Form Minister an des Grafen Duchatel Stelle geworden, und es habe sich Niemand deshalb beklagt. Heute hoffe die Opposition, von einer Spaltung der Majorität Vortheil zu ziehen, und diese, die conservative Partei, die es bleiben wolle ohne Zweifel, sei es sich daher selbst schuldig, dieselbe Politik eben so wie seit sieben Jahren durch festes, einiges Zusammenhalten mit der Regierung ferner zu behaupten. Sie möge daher nie vergessen, daß sie die conservative Politik von Grund aus wolle, und so werde mit ihr die Regierung alle Schwierigkeiten überwinden. Hr. Lacave-Laplagne erklärte dann in der Kürze, daß er allerdings um so weniger begriffen habe, wie sein Verbleiben im Cabinet ungeeignet sei, weil es ihm Niemand gesagt und ein bedeutendes Cabinetsmitglied ihm vielmehr eine ganz andere Ansicht darüber als Hr. Guizot ausgesprochen habe. Allerdings habe er auch besorgt, den gegen ihn erhobenen Vorwürfen eine Bestätigung zu geben, wenn er seine Dimission gegeben hätte. Die Verantwortlichkeit seiner Entlassung ruhe indeß auf deren Urhebern. Die Majorität beschwor er dann, versöhnlicher und geduldiger zu sein als die letzte Zeit, und betheuerte seine conservative Gesinnung. Nach einem Versuche Hrn. E. de Girardin's, die Debatte fortzuspinnen, wurde beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen und dann die Sitzung vertagt.

— Die von englischen Blättern aufgestellte Vermuthung, der bekannte Griechenfreund Eynard in Genf habe der griechischen Regierung nur als Vermittler der französischen den Betrag des englischen Antheils an der halbjährigen Zinsenrate der von den drei Mächten garantirten Anleihe angeboten, hat denselben zur Veröffentlichung seiner deshalb nach Griechenland erlassenen Schreiben bewogen. Er hat danach der griechischen Regierung einen Credit von 500,000 Fr. auf ein Haus in Paris eröffnet, den er jedoch nur in dringendem Falle benutzt zu sehen wünscht, da die Geldverhältnisse im Abendlande sehr ungünstig wären. Nebenbei empfiehlt auch er Sparsamkeit und Rechtlichkeit als sehr vortreffliche Dinge.

— Die Stadt Paris hat seit dem 16. Nov. bis 30. April 3,789,423 Fr. zur Vertheilung von Brotanweisungen für ermäßigte Preise ausgegeben. Im Mai wird nach den angestellten Ermittelungen eine Vertheilung von 3½ Mill. solcher Brotanweisungen nöthig werden, die zu 35 Cent. auf 1,105,000 Fr. zu stehen kommen, was mit dem Frühern beinahe 5 Mill. Fr. ausmacht, die zur Unterstützung der Unbemittelten verwendet worden. Am 1. Mai waren von einer seßhaften Bevölkerung von 945,731 Personen ungefähr 422,400 als Empfänger verzeichnet, sodaß also 44 von 100 solche Brotunterstützung erhielten.

** **Paris**, 14. Mai. Es wäre vielleicht schon hinreichend, den moralischen Gehalt der gegenwärtigen Coalition zu würdigen, wenn man daran erinnerte, daß der officielle Anführer derselben, Hr. de Girardin, vor kaum zehn Jahren die Bergwerke von St.-Berain entdeckt hatte und wegen dieser Entdeckung vom Zuchtpolizeigerichte die nachdrückliche Mahnung erhielt, von nun an Niemandes Capital für Entdeckungsreisen der Art in Anspruch zu nehmen und seinen Geist wie das Geld Derjenigen, die ihm etwa noch Vertrauen zu schenken geneigt wären, auf Gegenstände zu richten, die mehr in der Wirklichkeit als in der Einbildungskraft vorhanden sind. Doch wir wollen auf diese Gegenstände kein weiteres Gewicht legen, sie als gebüßt und vergessen betrachten, und selbst für den Fall, wenn Hr. de Girardin von den etwas abenteuerlichen Rechtsbegriffen, worin er als Entdecker jener Bergwerke befangen schien, noch eine leise Spur behalten hätte, wollen wir deswegen nicht annehmen, daß ein unbedingter Schluß von der ethischen Würdigkeit des Anführers auf die Angeführten erlaubt sei. Ein solcher Schluß wäre hier um so gewagter, als die Angeführten ihren Anführer sich nicht gewählt haben, sondern dieser sich ihnen aufgedrungen hat und sie ihn eigentlich nur dulden. Ja, wie man versichert, wäre bereits Zwiespalt in den Reihen der abtrünnigen Conservativen eingetreten, eben wegen des Commandos, das Hr. de Girardin zu üben „sich anmaße“ und Hr. de Castellane, Hr. Desmousseaux de Givré, ja selbst Hr. Blanqui, der sonst in sehr freundlichen Beziehungen mit der «Presse» stand, und viele Andere wollen unter den Befehlen dieses Anführers nicht mehr marschiren. Im Vorbeigehen gesagt, die Regierung benutzt bereits diesen Zwiespalt unter ihren Flüchtlingen und hofft eine Anzahl derselben wieder unter ihre Fahnen zurückzuführen. Ob dieser Widerwille, dem ein gewisses Zartgefühl zu Grunde liegt, gegen den alten Prospectusmacher der Bergwerke von St.-Berain, oder gegen den jungen Prospectusmacher der künftigen Politik des künftigen Ministeriums gerichtet ist, mag gleichgültig sein, auch fühlen wir uns nicht berufen, eine so schwierige psychologische Frage genügend zu lösen, in dem einen wie in dem andern Falle darf man diesem Widerwillen die verdiente Anerkennung nicht versagen. Schade nur, daß es das Einzige ist, was sich der Coalition Rühmliches nachsagen läßt. Denn von diesem Punkt abgesehen, stehen Angeführte und Anführer auf derselben moralischen Höhe, was aus dem nachstehenden Zuge derselben hervorleuchten wird. In und außer der Kammer gilt der Viceadmiral Mackau als der tüchtigste und eifrigste Administrator der Marine; mehr als ein Artikel im Constitutionnel würde davon Zeugniß geben, wenn ein solches Zeugniß überhaupt mehr als ein anderes werth wäre. Thatsache ist es, daß nach dem verstorbenen Admiral Duperré Niemand mehr als Admiral Mackau für die Hebung der französischen Marine gethan und vielleicht Niemand mehr für sie zu thun im Stande wäre. Das ist so wahr, daß es im ersten Plane der Coalition selbst lag, ihn in die Verwaltung aufzunehmen, die sie im Geiste für das künftige Jahr gebildet hatte. Allein kein Ministerium bietet so viele Blößen zum Angriffe als eben das der Marine. Diese Blößen, die Misbräuche, die Unordnung und Verwirrung, die in diesem Departement herrschen, sind jedoch nicht die Ausgeburten der Verwaltung Mackau's; sie datiren theils aus der Kaiserzeit, theils aus der Restauration. Doch was liegt der Opposition an einem Datum! Hr. de Mackau ist einmal Marineminister, und wenn er in wenigen Jahren die Uebel nicht heilen konnte, die seit vierzig Jahren am Mark der Marine nagen, so ist das seine Schuld, besonders wenn man durch eine ihm aufgebürdete Verantwortlichkeit ins Cabinet Bresche schießen kann. Die 1827 gebauten Schiffe sind nach einem schlechten Systeme gebaut, folglich ist Hr. de Mackau ein schlechter Minister. Anklagen von diesem Kaliber lassen sich unzählige aus der letzten Debatte gegen ihn hervorheben; der Minister hat sich mit Daten, Ziffern und Thatsachen dagegen vertheidigt, allein seine Gegner nahmen von alle Dem Umgang und setzten ihm mit Sophismen so lange zu, bis er den Athem verlor und als verlangte Beute sein Portefeuille der Meute überließ. Vor zwei Jahren hat die Kammer mit großer Majorität, also mit Zustimmung eines Theiles der Opposition, ein Gesetz angenommen, das ein erster kleiner Schritt zur Emancipation der Schwarzen war. Der Minister wollte zur sichern Handhabung dieses Gesetzes einige Beamte anstellen, und verlangte einen Credit von 45,000 Fr. Die Coalition findet heute diese Beamten überflüssig und streicht die begehrte Summe. Daß die Intrigue nebst dem Finanz- und Kriegsminister noch den der Marine zu ihren Opfern erkoren, beweist die ganze Erbärmlichkeit derselben.

Wie ich erfahren, wird der gegenwärtigen Zusammenflickung des Cabinets in einiger Zeit eine zweite folgen. Hr. Dumon ist nur einstweilen für die Finanzen und Hr. Jayr nur einstweilen für die öffentlichen Bauten bestimmt. Wenn Letzterer sich erst mit dem Getriebe der Verwaltung vertraut gemacht haben wird, übernimmt Hr. Duchatel die Finanzen, Hr. Jayr an dessen Stelle das Innere und Hr. Dumon kehrt zu den öffentlichen Bauten zurück. Hr. Duchatel ist ein tüchtiger Finanzmann der alten Schule und hatte schon im Ministerium vom 11. Oct. als Nachfolger des Grafen Argout das Departement der Finanzen angenommen. Die Freunde des Hrn. Guizot versichern, dieser sei um seine fernere Erhaltung nicht besorgt und zähle vorzugsweise auf den Schutz von oben. Der Minister des Aeußern hat nämlich eine Unterhandlung mit dem wiener Cabinet zum Behufe der Anerkennung Isabella's II. von Seiten Oesterreichs eingeleitet. So lange diese Unterhandlung schwebt, werde der König Hrn. Guizot nicht fallen lassen, und da das Ende derselben nicht leicht abzusehen ist, glaubt man, die Intrigue werde trotz allen Erfolgs doch am Widerstande Ludwig Philipp's scheitern.

Schweiz.

Die Conferenz der Abgeordneten des projectirten Zollvereins hat am 10. Mai in **Bern** ihren Anfang genommen und die meisten der Foderungen von Basel-Land (Nr. 137) entschieden zurückgewiesen. Die andern drei Cantone sind entschlossen, für sich das Concordat durchzuführen, und bereits sollen die etwas zu verändernden Grundlagen in einer Specialconferenz berathen worden sein.

Italien.

Rom, 8. Mai. Das bisher unter dem Namen Accademia ecclesiastica bestehende Collegium Nobilium, das zur Ausbildung junger Abbaten für den höhern Staats- und Kirchendienst bestimmt war und aus dem die meisten Monsignores vom Papste gewählt wurden, ist in diesen Tagen vom Papst aufgelöst und die Mitglieder desselben vorläufig entlassen worden, da einestheils die Einrichtung dieses Instituts selbst, anderntheils die Art, wie die darin Studirenden den Zweck ihres Aufenthalts erfüllten, den Absichten des Papstes nicht entsprechen konnte, indem dieselben eine Freiheit genossen, welche der ernsten Bestimmung des Orts nicht zusagte. Die fernere Gestaltung dieser Akademie ist zwar bis jetzt noch nicht zur öffentlichen Kenntniß auf officiellem Wege gelangt, doch ist so viel als gewiß anzunehmen, daß ferner nur ordinirte und mit der Doctorwürde versehene Geistliche aufnahmefähig sind, welchen blos auf drei Jahre der Aufenthalt in dem Akademiegebäude unter strengen, dem Zweck ihrer Bildung entsprechenden Formen verstattet ist. Von der unbedingten Wahl des Papstes hängt deren Beförderung zu den höhern Staatsstellen ab. Wie man für gewiß behauptet, steht auch den Canonicis di S. Spirito, den Dominikanern, denen vom Orden des heil. Augustin und später allen übrigen Ordenshäusern im Kirchenstaat eine zweckmäßige Reform bevor. (A. P.)

Rußland und Polen.

Auf Befehl des Ministers der Aufklärung ist jetzt das Pädagogium in **Warschau** aufgehoben worden; mehren Schulanstalten in der Provinz steht ein gleiches Schicksal bevor. Dafür wird aber die neue Adelsschule sehr bald ins Leben treten. (B. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 5. Mai. Die Rüstungen gegen den Kurdenhäuptling Bederhan-Bey werden von dem Statthalter von Mossul, Essaad-Pascha, mit Nachdruck betrieben; auch scheint sich derselbe, nach Berichten aus jener Gegend, gegen die persische Grenze zurückziehen zu wollen. — Von interessanten Reisenden befindet sich hier gegenwärtig eine dem Herrscherstamme Georgiens entsprossene Fürstin, Namens Thamara, die auf einer Pilgerfahrt nach dem heiligen Grabe begriffen ist und während ihres Aufenthalts in dieser Hauptstadt im russischen Gesandtschaftshotel beherbergt wird. (O. B.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Berichte aus **Neuyork** vom 30. April bestätigen die Einberufung von 6000 Mann (Nr. 137), um die Truppen unter Scott und Taylor zu verstärken.

— Aus **Veracruz** wird vom 14. April mitgetheilt, daß Santa Anna im Congreß von neuem seinen entschiedenen Willen ausgesprochen hatte, die Amerikaner aufs äußerste zu bekämpfen, und sich den letzten Berichten zufolge mit 15,000 M. und 60 Geschützen in einem verschanzten Lager bei Cerro Gordo, 7 Miles vor Jalapa, befand. Die Vorhut der Amerikaner, aus 2700 M. unter General Twiggs, hatte Veracruz am 8. April verlassen und soll bereits bei Cerro Gordo ein Gefecht mit den Mexicanern gehabt haben. Man glaubte, daß es dort am 14. April zu einem entscheidenden Treffen zwischen Scott und Santa Anna kommen werde. Der wichtige Paß bei Puente national, 30 Miles von Veracruz, war bei Annäherung der Amerikaner von dem daselbst aufgestellten General La Vega geräumt worden. In Californien hat General Kearney, nach zwei glücklichen Treffen bei San Pascual und am Gabrielfluß, den mexicanischen Gouverneur, General Flores, vertrieben und sich am 10. Januar wieder in Besitz der Hauptstadt, Pueblo de los Angeles, gesetzt.

Mexico.

Aus **Veracruz** enthält die Weser-Zeitung die volle Bestätigung des von englischen Blättern (Nr. 138) bereits scharf gerügten, wenig menschlichen Verfahrens des Generals Scott bei dem Angriffe auf Veracruz. Anstatt ihr Feuer gegen die Forts und Befestigungen zu richten, hatten es die Amerikaner darauf abgesehen, die Stadt planmäßig, ein Stadtviertel nach dem andern in Grund zu schießen; erst nachdem die Forts, obgleich der Kampf aufs höchste ungleich war, dem Feinde vielen Schaden zugefügt hatten, wurde das Feuer gegen diese eröffnet und bei dem stärksten eine Bresche geschossen, die jedoch sofort wieder ausgebessert wurde, ohne daß der Feind mit 15,000 M. gegen 4000 M. einen Sturm gewagt hätte. Die Hospitäler hatten ihre Flaggen aufgezogen, allein dieses unter allen Umständen respectirte Zeichen konnte ihnen keine Schonung erwirken, es hinderte nicht, daß auch sie mörderisch bombardirt wurden. Alle Verwundete, welche sich noch fortschleppen konnten, eilten auf die Straßen, wo sie ungeachtet des Kugelregens noch sicherer waren als innerhalb der Mauern der Hospitäler. Es ist mehrmals der Fall vorgekommen, daß Bomben die Kranken den Aerzten unter den Händen weggenommen; viele Bomben schienen außer dem Pulver noch mit Zündstoffen gefüllt zu sein, wodurch manche Häuser total eingeäschert wurden; von vielen blieben nur die äußern Wände stehen. Nachdem nur noch ein Drittel der Stadt bewohnbar blieb, schickten die Consuln eine Note an General Scott und ersuchten ihn, die Fremden, sowie Weiber und Kinder aus der Stadt zu lassen, worauf er erwiderte, dies könne nur geschehen, wenn General Morales die Stadt übergebe; auch ließ er nicht einmal die Parlementairs, welche diese Note überbracht hatten, zurückgehen. Als nun das Feuer aufs neue und sogar noch verstärkt anfing, so wurde eine energische Note der Consuln an die Commandanten der neutralen Kriegsschiffe in Sacrificios gesendet, die bis dahin ruhige Zuschauer der Gräuelscenen gewesen waren, auch diese wurde vom Commodore Perry, dem Helden der Niedermetzelung in Tabasco, nicht durchgelassen, und der französische Commandant sah ruhig zu, wie dies seinem Boote mit der französischen Flagge und französischen und spanischen Kriegsmatrosen widerfuhr, ohne irgendwie energisch aufzutreten. Endlich entschlossen sich die Consuln, der englische, französische, spanische und preußische, die übrigen hatten sich in Zeiten in Sicherheit gebracht, in das amerikanische Lager zu gehen und mündlich mit General Scott Rücksprache zu nehmen, allein nachdem sie Stunden lang im Freien gewartet hatten, wurden sie nur vor einen Adjutanten des Generals gelassen, dem sie erklärten, sie würden am Nachmittage ihre verschiedenen Flaggen in Händen und an der Spitze der neutralen Fremden, sowie mit den Weibern und Kindern auf die amerikanische Linie marschiren, damit General Scott wenigstens nicht länger sagen könne, er wisse nicht, wen seine Kugeln träfen, sondern mit kaltem Blute auf diese Colonne zu schießen habe, wenn er sie nicht durchlassen wolle. Darauf kam endlich eine Capitulation zu Stande.

— Ueber die **Niedermetzelung der Amerikaner in Taos** in Neumexico melden nähere Berichte: „Die Amerikaner hatten zwei indianische Verbrecher festgenommen, deren Freilassung der Pöbel foderte. Als dieselbe verweigert wurde, brach ein allgemeiner Aufstand los; der Sheriff ward ermordet, Governor Bent auf der Straße erschossen, skalpirt und der Skalp im Triumph durch die Straßen getragen. Der Bezirksanwalt Leal wurde mit ausgesuchter Grausamkeit umgebracht. Man schoß ihm Pfeile in den Leib, die zu schwach waren, um ihn zu tödten, dann schoß man ihm die Augen aus und zuletzt skalpirte man ihn lebendig. Der Unglückliche gab unter herzzerreißendem Geschrei den Geist auf; sein Leichnam ward den Schweinen vorgeworfen. Viele andere Amerikaner kamen auf ähnliche Weise um. Die Rache folgte indeß schnell. Oberst Price brach am 23. Jan. mit 300 Freiwilligen und vier zwölfpfündigen Haubitzen von Santa Fé nach Taos auf, erstürmte am 1. Febr. die Stadt und hängte die Rädelsführer des Aufstandes."

Personalnachrichten.

Orden. Baden. Orden vom Zähringer Löwen, Ritterkreuz: der österreichische Hofrath Karl Czörnig. — Neapel. Orden des heil. Januarius: der österreichische Staats- und Conferenzminister Graf Fiquelmont; Orden Franz I., Großkreuz: der österreichische Geheimrath und Präsident der allgemeinen Hofkammer Frhr. v. Kübeck; Commandeurkreuz: der österreichische Hofrath Karl Esch; Ritterkreuz: der österreichische Hofrath Johann Vesque v. Püttlingen, der österreichische Legationsrath Graf Moritz Fries. — Oesterreich. Leopoldorden, Großkreuz: Graf Philipp Grünne; Commandeurkreuz: der Feldmarschallieutenant Karl Frhr. v. Gudenau; Ritterkreuz: der Kanzleirath Franz v. Klepic.

Todesfälle. Der Generalgouverneur von Tschernigoff, Poltawa und Charkoff, Generaladjutant Fürst Dolgorucki I., ist gestorben.

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 19. Mai. Die sächsische Königl. Gesellschaft der Wissenschaften feierte gestern das Geburtsfest des Königs durch eine öffentliche Sitzung in der Aula des Augusteums. Nach einigen begrüßenden Worten des Secretairs der Gesellschaft, Comthurs Hermann, hob Staatsminister v. Lindenau in der Festrede die Verdienste des Königs um das Glück seines Volks in ergreifender Weise hervor und ging dann auf die Aufgabe und Haltung einer gelehrten Gesellschaft für Wissenschaft und Leben über. Dann trug Hermann eine geistvolle Abhandlung über Begriff und Wesen des Antiken und Modernen vor, und Professor Ernst Weber machte mit gewohnter Klarheit die Ergebnisse mikroskopischer Untersuchungen über den Mechanismus, durch welchen die Nahrungssäfte eingesaugt werden, anschaulich. Noch legte der vorsitzende Secretair eine vom Professor Reich in Freiberg eingesendete Abhandlung über die abstoßende Wirkung eines Magnetpoles auf magnetische Körper vor und gedachte der edlen Geschiedenen, Jacobs und Becker, mit herzlichen, ehrenden Worten.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 19. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87¼ bezahlt u. G.; Sächsisch-Schlesische 100⅜ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59⅜ G.; Löbau-Zittauer 57 Br., 56½ G.; Magdeburg-Leipziger 201 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ G.; Litt. B. 100⅛ G.; Köln-Mindener 92 Br., 91¾ G.; Thüringer 94¼ Br.; Altona-Kieler 107⅛ Br., 107¼ G.; Pesther 100 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100⅛ G.

Eisenbahn. **Köln**, 15. Mai. Heute früh ist die Eisenbahn von Deutz bis Hamm eröffnet worden. Vorläufig werden nur Personenzüge gehen, binnen kurzem aber auch schon der Güterverkehr beginnen.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 19. Mai früh 7 Uhr: 1° 4″ über 0.

Staatspapiere. **Amsterdam**, 15. Mai. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 105; 4½pc. Handelsg. 172¾. **Frankfurt a. M.**, 17. Mai. Oestr. Bact. 1011; 250 Fl. L. 119¾; 500 Fl. L. 154¾; Bair. 3½pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 57⅝; Darmst. 50 Fl. L. 75¾; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25¾; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅜. **London**, 13. Mai. 3pc. Conf. 87¼; Span. act. 22¾; 5pc. 33⅛; Holl. Int. 57½.

Disconto. **Amsterdam**, 15. Mai. 4 %. **Frankfurt a. M.**, 17. Mai. 3½ %.

Actien. **Amsterdam**, 15. Mai. Rhein. Eisenbahn 104. **Frankfurt a. M.**, 17. Mai. Taunusb. 358¼; Nordb. 71⅛; Berb. 91⅜. **Wien**, 16. Mai. Nordb. 167¾; Glogan. 122¾; Mail. 110¼; Livorn. 88¼; Pesth. 99⅛.

Berliner Börse, 18. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅓, 3½pc. Staatsch. 93⅛ Br., 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 95¼ Br., pomm. 94¾ Br., schles. 97, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 92½, kur- u. neumärk. 95 Br., Louisd. 112 Br., Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92¼ Br., Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 107¾, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101½, Berl.-Stettin 107½, Breslau-Freib. 4pc. 90¼, Cöln-Minden 4pc. 92, Crakau-Oberschl. 4pc. 76 Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107¾, Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 107, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 87½, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101¾ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾, Litt. B. 4pc. 97½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81½ Br., Rhein. 85½ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89, Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 87½, Zarskoje-Selo 70½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 82½, Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 83⅛ Br., Cöln-Minden 4pc. 91¾, Magd.-Wittenb. 84, Mail.-Vened. 4pc. 112, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71½, Pos.-Starg. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89 Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99½, Ung. Centralb. 4pc. 100⅞. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92⅛ Br. Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95, (neue) 4pc. 94¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 79¾ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Wiener Zinsl. 16⅞, Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staatsschr.-A. 89¼, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Edictal-Ladung.

Nachdem über das Vermögen des Kaufmanns **Wilhelm Langguth** hierselbst mittels Decrets vom 8. d. M. der Concurs eröffnet worden ist, so werden alle bekannte und unbekannte Gläubiger desselben geladen, zu dem auf Sonnabend

den 4. September d. J.

anberaumten Liquidationstermine, welcher von früh 9 Uhr bis Nachmittag 4 Uhr ansteht, in Person oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte an hiesiger Gerichtsstelle zu erscheinen, ihre Foderungen anzumelden und zu bescheinigen, auch sich über die Zulassung des Gemeinschuldners zur Rechtswohlthat der Güterabtretung zu erklären, widrigenfalls sie zu gewärtigen haben, daß sie durch den am 8. September a. c. zu publicirenden Präclusionsbescheid, zu dessen Anhörung sie mit vorgeladen werden, mit ihren Ansprüchen von der jetzigen Concursmasse werden ausgeschlossen werden.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche dem Gemeinschuldner etwas verschulden oder Gelder, Sachen und Briefschaften desselben besitzen, hierdurch aufgefodert, nichts davon an den Gemeinschuldner verabfolgen zu lassen, sondern Alles, was sie demselben verschulden, oder was sie von demselben in Händen haben, entweder zum gerichtlichen Depositorio oder an den bestellten Concurscurator, Herrn Regierungsadvocaten **Oelze** in Bernburg, abzuliefern. Würden sie dies unterlassen, so werden sie ihrer Rechte an den vorenthaltenen Sachen nicht blos verlustig, sondern es werden auch die Zahlungen an den Gemeinschuldner für nicht geschehen erachtet und zum Besten der Masse anderweit beigetrieben werden.

Bernburg, den 19. März 1847.

(L. S.) Herzogl. Anhaltisches Stadtgericht.
Hedicke.

[984—86]

Edictal-Citation.

Die **Johanne Christiane Friederike Schumann** von hier, eine Tochter des Dachdeckermeisters **Johann Otto Schumann** allhier und dessen Ehefrau Marie Margarethe, geborener **Peyoldts**, geboren den 15. März 1754, und der als Zimmergesell von hier weggegangene **Johann August Tanner**, ein Sohn des Zimmergesellen **Johann Ulrich Tanner** von hier und dessen Ehefrau Margarethe, verwitweten **Schumann**, geboren am 27. Januar 1761, welche beide, wenn sie sich noch am Leben befinden sollten, das 70. Lebensjahr zurückgelegt haben würden, und von deren Aufenthaltsorte seit länger als 40 Jahren keine Nachrichten eingegangen sind, werden, sowie auf ihren Todesfall deren etwanige Erben, auf den Antrag des für die Abwesenden bestellten Curators, Advocaten **Wilhelm Scharrnbeck** hierselbst, hiermit edictaliter citirt, sich zu dem auf

den 30. November 1847, Morgens 10 Uhr,

vor unterzeichnetem Gerichte vor der Burg angesetzten Termine einzufinden, um ihre Rechte wahrzunehmen, respective sich als Erben zu legitimiren, widrigenfalls die obgedachten beiden Abwesenden für todt erklärt und über deren Vermögen den Rechten gemäß verfügt werden wird, die ausbleibenden Erbinteressenten aber mit ihren Erbansprüchen ausgeschlossen werden sollen.

Braunschweig, den 28. October 1846.

Herzogliches Kreisgericht.
Friese.

[1143—45]

Sächsisch-Baiersche Eisenbahn.

Nach Inhalt der Prioritätsobligationen der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn-Compagnie d. d. 1. Juli 1846 ist vorbehalten worden, für einen oder mehre Rückzahlungstermine stärkere Auslosungen, als nach dem Tilgungsplane stattfinden müssen, eintreten zu lassen, oder auch einmal die sämmtlichen umlaufenden Obligationen zur Rückzahlung zu bringen. Von diesem Vorbehalte wird gegenwärtig Gebrauch gemacht, und es erfolgt demgemäß hiermit die Kündigung sämmtlicher sowol bereits ausgegebenen, als gegen die durch die Subscriptionsbedingungen und Empfangsbescheinigungen ferner auszugebenden Prioritätsobligationen der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn-Compagnie für

1. Juli 1847,

sodaß dann die Einlösung, bei welcher zugleich mit den Obligationen die Talons und unverfallenen Coupons einzulösen sind, durch Zahlung des Nominalbetrages von 100 Thaler und der planmäßigen Jahresprämie von 1 Thaler für jede Obligation zu erfolgen hat.

Leipzig, 23. März 1847.

Directorium der Sächsisch-Baierschen Eisenbahn-Compagnie.
Dr. Hoffmann.

[961—62] F. A. Dorn.

K. k. priv. Dampfschifffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia“** und **„Germania“** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2038]

Nachdem die Eisenbahn bis **Harburg** eröffnet ist und die Königlich Hannoversche Eisenbahn-Verwaltung den **Transport der Güter** nur bis **Harburg** besorgt, so ersuchen die unterzeichneten Spediteurs Hamburgs den geehrten Handelsstand, die mit der Eisenbahn nach Harburg zu versendenden Güter an hiesige Häuser zu adressiren, um jede mögliche Unsicherheit zu vermeiden.

Harburg, den 15. Mai 1847.

H. Bade sen.;
A. P. Beste;
J. Blumenthal & Co.;
Peter Benecke et Book;
L. W. Brammer;
F. P. Braunbehrens & Co.;
Eduard Eddelbüttel sen.;
H. C. Eddelbüttel;
Elkan & Co.;
Georg Fehler;
Heinr. Heyn & Co.;
Carl Hansing;
F. Hessenmüller;
C. Matthies & Eyferth;
Franz Meyer & Co.;
A. H. G. Muncke;
Heinrich Wilhelm Marx;
Riegel et Ernst;
F. Rohr & Knoop;
G. F. W. Schade;
Schacht & Westedt;
J. G. Scharlemann;
C. W. Schliepstein;
J. L. Spilcker;
Gebrüder Uslar;
Wassmann et Assmann;
J. D. C. Westerich;
G. Westerich.
F. L. Weunthoff;

[2018]

Bei **F. A. Brockhaus** in Leipzig erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Der Neubau für die Königliche Gemäldegalerie in Dresden.

Von . . . . . **m.** 8. Geh.
4 Ngr. [2037]

Bei **Julius Helbig** in Altenburg erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen (Leipzig bei **E. F. Steinacker, Fr. Fleischer, C. H. Reclam, Pönicke & Sohn** u. s. w.) zu haben: [1949—51]

Leipziger Protest
gegen
die orthodoxe lutherische Kirche und Dr. Harleß.

Gr. 8. Brosch. 4 Ngr.

In der fünften Klasse 31ster Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 8052	**1000 Thlr.,**						
„ **9754**	**1000**	„					
„ **16441**	**1000**	„					
„ **22816**	**1000**	„					
„ **4022**	**400**	„					
„ **18717**	**400**	„					
„ **25686**	**400**	„					
Nr. 4012	200 Thlr.,		Nr. 9550	200 Thlr.,			
„ 7595	200	„	„ 9784	200	„		
„ 8070	200	„	„ 24196	200	„		
„ 9223	200	„	„ 25696	200	„		

Nr. 30004 200 Thlr.
und **37 Gewinne** à **100 Thlr.**

Die erste Klasse beginnt den 14. Juni d. J. Mit Loosen ½ à 8 Thlr. 6 Ngr., ¼ à 4 Thlr. 3 Ngr., ⅛ à 2 Thlr. 1½ Ngr. und 1/16 à 1 Thlr. 1 Ngr. empfehle ich mich bestens.

J. A. Pöhler in Leipzig,
Böttchergäßchen Nr. 3.

Geehrte Aufträge portofrei verspreche ich pünktlich zu besorgen. [2019—21]

Haus-Verkauf. Das von einem adligen Rittergutsbesitzer hinterlassene, in der Stadt **Ohrdruf** und zwar in der schönsten Straße daselbst gelegene, ganz neu eingerichtete Wohnhaus, enthaltend 22 Piecen, nebst Stallung für 4 Pferde, Scheuer und daran liegendem Garten von 2½ magdeburger Morgen, soll für den festen Preis von 4000 Thlr. verkauft werden.

Die schöne und anmuthige Gegend von Ohrdruf am Fuße des Thüringer-Waldes, ingleichen die Nähe der Thüringischen Eisenbahn und die täglichen Postverbindungen machen diese Besitzung gleich wünschenswerth für eine bedeutende Familie wie für Betreibung eines Geschäfts. Auf portofreie Anfragen ist nähere Auskunft darüber zu ertheilen beauftragt der Rendant **Kiesewetter** in Ohrdruf. [2008—10]

Unterzeichneter ist beauftragt:

1) ein Rittergut in Dresdens Umgegend, welches durch seine vorzüglich schöne Lage und ausgezeichnete Bodenbeschaffenheit berühmt ist, zu dem Preise von 140,000 Thlr.;
2) einen Gutskomplex in einer der fruchtbarsten Gegenden Sachsens, bei welchem eine Eisenbahn vorbeifährt, und welcher die größten Annehmlichkeiten mit sehr guter Rentabilität verbindet, für 250,000 Thlr.;
3) ein Rittergut nahe einer Kreisstadt Sachsens, mit schönem Schloß und Park, einer ausgezeichneten Brauerei, reichhaltigem Braunkohlenlager u. s. w. für 100,000 Thlr.

sofort zu verkaufen und die Rentabilität durch die nöthigen Documente nachzuweisen. Auf den beiden erstgedachten Gütern können zwei Drittheile des Kaufpreises, zum Theil zu 3½ Proc. zinsen, stehen bleiben, und würde auf das letztgedachte Gut auch eine solide städtische Besitzung in Tausch genommen werden. Näheres durch

Gerichtsdirector und Advocat
Marschall von Bieberstein,
[1962—63], Dresden, Schössergasse Nr. 5, 2. Tr.

Digitized by Google

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue durch artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847.

[1546—53]

Das Speditions-, Commissions- und Incasso-Geschäft
von *Joh. Philipp Deubner's Wwe.,*
nahe dem Bahnhofe in Eisenach,

empfiehlt sich zu allen in diese Branchen einschlagenden Aufträgen unter Zusicherung reeller und billigster Bedienung.

Die zur Spedition überwiesenen Güter werden auf das prompteste durch Dampf- oder Pferdekraft an ihre Bestimmungsorte sicher gefördert. Zugleich wird auf das völlige Vertrautsein obiger alten Handlung mit den angeführten Geschäftszweigen, sowie auf die geräumigen und trockenen Lagerungsgebäude aufmerksam gemacht.

Eisenach, im Mai 1847. [2015—17]

Gasthofs-Empfehlung in Frankfurt a. M.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den verehrten Reisenden seinen Gasthof

Zum Europäischen Hof

hiermit bestens zu empfehlen. Durch elegante Einrichtung wie reinliche, prompte und billige Bedienung wird er stets bestrebt sein, den Wünschen der verehrten Reisenden zu entsprechen. [1984—86]

Frankfurt a. M., im Mai 1847. ***Joh. Wilh. Reuss.***

Chromatrope und Opac-Mikroskope

in verschiedenen Größen fertigt und gibt auf frankirte Anfragen Auskunft

[1963—65] **M. Tauber** in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 20. Mai. Mit aufgehobenem Abonnement: **Erstes Concert der Geschwister Neruda.** — Dazu: **Humoristische Studien,** Lustspiel von Lebrun. Und: **Die schöne Müllerin,** Lustspiel von Schneider. Brauser und Jean, Herr **Berthold** der Jüngere.

Freitag, 21. Mai. Mit aufgehobenem Abonnement. **Zweites und letztes Concert der Geschwister Neruda.** — Dazu: **Die Schule der Verliebten,** Lustspiel von Carl Blum. Jobst, Herr **Heymann,** vom Hoftheater zu Braunschweig, als erste Gastrolle.

Die [1833—35]
Molken- und Bad-Anstalt
Kreuth
im bairischen Alpengebirge wird am 1. Juni eröffnet.

Es werden, wie bisher, **Schwefel-, Soul-** und **Molkenbäder, Ziegenmolke** und **frische Pflanzensäfte** verabreicht, und bestehen für alle Bedürfnisse fixirte Preise. Die gedruckten Satzungen sind bei der Anstalt gratis zu haben. Bestellungen beliebe man **bei Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Carl von Baiern Güter-Administration Tegernsee** zu machen.

Portland-Cement,

zum Abputz oder Bewurf von **Façaden,** zu **Wasserbauten, Ornamenten,** Belegung von **Fussböden** etc. unvergleichlich; friert nicht ab, übertrifft alle andern Cemente an **Bindekraft** und **Dauerhaftigkeit** und hat eine **schöne helle Sandsteinfarbe.** Das Fass von 4 Centner 6 Thlr. Pr. Crt.

Gutta Percha,

vereinigt alle guten Eigenschaften des Leders mit denen des Kautschuks. Roh in Blöcken circa 14 Sgr. pr. Pfd.

Hamburg, 1847.

[2011—14] ***Emil Müller.***

Lithograph-Gesuch.

Ein **Lithograph** wird zu engagiren gesucht, der geübt im Schriftfach mit der Feder sowie vorzugsweise in der gravirten Manier, und moralisch solid ist. Probearbeiten und Bedingungen bittet man unter der Chiffre **B. A.** an Herrn Coiffeur **Dittrich,** Neumarkt in **Leipzig,** einzusenden, der auch über Näheres Auskunft zu geben die Güte haben wird. [2025—25]

Hauslehrer-Gesuch.

Es wird von einer englischen Familie, welche eine Reise nach Italien unternimmt, ein Hauslehrer gesucht, welcher in der classischen Erziehung erfahren und der französischen Sprache mächtig ist. Näheres: **Dresden,** Johannisgasse Nr. 11, 1 Treppe. [2026]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. J. M. Aub in Fürth mit Frl. Karoline Benda. — Hr. Rudolf Haack in Strasburg mit Frl. Ida Prahl. — Hr. S. Liebrecht in Berlin mit Frl. Henriette Eisner.

Getraut: Hr. Stadtgerichtsactuar C. W. L. Beck in Leipzig mit Frl. Marie Schönkopff. — Hr. J. G. Hofmann in Nürnberg mit Frl. A. M. Weber. — Hr. Georg Loschge in Nürnberg mit Frl. J. Scheuer. — Hr. Bernhard Marx in Nürnberg mit Frl. M. Wierer. — Hr. Apotheker W. Münchhoff in Lübben mit Frl. Auguste Blumberg aus Berlin. — Hr. Ernst Saß in Berlin mit Frl. Sophie Erhardt. — Hr. Robert Winckelsesser in Burg mit Frl. Johanne Huhn.

Geboren: Hrn. A. Benold in Berlin eine Tochter. — Hrn. Dr. Frühauf in Berlin eine Tochter. — Hrn. F. A. Herzog in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Gutsbesitzer G. Hochauf in Storkow ein Sohn. — Hrn. Lieutenant Köhler in Celle ein Sohn. — Hrn. Wilhelm Schultze in Berlin eine Tochter. — Hrn. Dr. Otto Steinrück in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Hr. Schulverweser C. R. Adelhard in Altdorf. — Hr. Kaufmann Julius Efler in Zwickau. — Frau Rendant Auguste Glietsch in Wahlstatt. — Hr. Kaufmann G. Hirschberg in Inowraclaw. — Frau Maria Horn in Leipzig. — Hr. Kaufmann F. G. A. Kaufmann in Koburg. — Frau Kaufmann Elisabeth Landenberger in Ebingen. — Hr. Kaufmann H. Philipp in Berlin. — Frau Pfarrer Friederike Schwarz in Neuenburg. — Hr. Kaufmann Th. Uebelmesser in Böblingen. — Frau Secretair Franziska Wächter in Halle.

Berichtigung. In Nr. 136 ist die Frau Lehrer Krauß in Leipzig aus Versehen unter die Verstorbenen aufgenommen; dieselbe ist im Gegentheil von einer Tochter entbunden worden.

Digitized by Google

Freitag — Nr. 141. — 21. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühren für den Raum einer [illegible] 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Die Juden in Baiern. * Dresden. Das Geburtsfest des Königs. Der Brodbedarf. * Leipzig. Privatsparkassenverein. — Das Pferdefleisch in Hannover. † Stuttgart. Ausweisung des Pfarrers Würmle. Badische Bürgergarde. ** Aus Schleswig-Holstein. Gerüchte von Vermählung des Kronprinzen. Die Eingabe der Ritterschaft. — Die Harmonie in Kiel.

Preußen. Berlin. Landtag. ** Berlin. Das Verbot des Branntweinbrennens. Die Straßenreinigung. Die Conferenzen der Landtagsmitglieder. Die Landtagsberichte. (*) Berlin. Die Allgemeine Preußische Zeitung. ‡ Königsberg. Hülfsmaßregeln. Hr. Detroit. Das Pfandhaus. * Posen. Die Unruhen. Strafurtel. * Marienwerder. Schutzverein. — Die Kohlbrüggianer. — Der Borromäusverein.

Oesterreich. Monumente. Das Ausfuhrverbot.

Spanien. Vorgänge in Madrid. Insurgentenhaufen in Catalonien. Der Geschäftsträger in Ecuador.

Großbritannien. Parlament. Der Hofball. Einschränkung der höhern Stände im Verbrauche von Brot und Mehl. Todesfälle. Nachrichten aus Irland.

Frankreich. Deputirtenkammer. Der Hof. Das Ministerium. Verhaftungen in Paris. Haussuchungen in Toulouse. Die Brottumulte in Lille. Der Proceß Cubières. Infant Don Enrique in Marseille. Schiffbruch. Die Expedition nach Kabylien. Otaheiti. Unterwerfung der Häuptlinge.

Schweiz. Das Bisthum St.-Gallen. Das Zollconcordat.

Italien. * Rom. Cardinal Ostini. Cardinal Micara. Die Schmuggler. Die Akademie der Alterthumswissenschaften. Hr. Newman. — Fürst Hatzfeld. — Vermählung des Don Enrique.

Rußland und Polen. * Von der russischen Grenze. Erschossener Missionar.

Griechenland. Englische Note.

Türkei. ◊ Konstantinopel. Die russischen Umtriebe.

Nordamerika. Das Transportgesetz. Prinz Murat stirbt.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Die wiener Akademie. (*) Berlin. Theater. — Schießbaumwolle.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. * Danzig. Getreide. — Die englischen Eingangszölle auf französische Weine. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

In Bezug auf die dem Vernehmen nach bevorstehende Revision des Edicts von 1813 über die Verhältnisse der Juden in **Baiern** (Nr. 126) hatte eine Deputation der Administration der israelitischen Gemeinde in München Audienzen bei den verschiedenen Ministern.

* **Dresden**, 18. Mai. Des allverehrten Königs funfzigjähriges Lebensfest wurde mit tiefempfundenem, aber lautlosem Antheil begangen, denn die so froh beschlossenen Festlichkeiten, die den Tag, an welchem der geliebte Monarch ein halbes Jahrhundert seines segenbringenden Lebens zurückgelegt hatte, feiern sollten, wären in zu herbem Widerspruche mit den Empfindungen gewesen, welche in seinem Herzen und in allen Gemüthern der vielbeklagte Hingang des Prinzen Ernst hervorgerufen. In Folge dieses trauervollen Ereignisses fanden weder die Festzüge in der Residenz noch die Ankunft der Deputationen, welche von allen Seiten des Landes die ehrfurchtsvollen Wünsche bringen wollten, statt; still wurde der Tag begrüßt, um 11 Uhr wurde zur Feier des Festes in der katholischen Hofkirche ein feierliches Hochamt gehalten, wobei ein treffliches Tonwerk von Schuster durch die königl. Kapelle aufgeführt wurde. Der Aufwand für rauschende Feste, welche den hohen Geburtstag feiern sollten, hat die würdige Bestimmung erhalten, die Bedrängniß der armen Bergbewohner unsers Vaterlandes zu mildern. Eine Anzahl hochgeachteter, durch Lebensstellung, Kunst oder Wissenschaft hervorragender Männer gaben zu diesem Zweck eine Aufforderung im Anzeiger, und das Erbieten zu Annahme der Spenden; ein Jeder von ihnen hatte still sich mit einer namhaften Summe betheiligt. In gleich würdiger Gesinnung hat das Offiziercorps die Kosten des Festmahls, welches heute stattfinden sollte, für die darbenden Erzgebirger bestimmt, auch für die Armen in der Hauptstadt fanden in mehren Stadttheilen Speisungen statt. Der Hof hatte für den heutigen Festtag die Trauer abgelegt, und der König empfing die Glückwünsche seiner hohen Angehörigen und der Hofchargen auf seinem Weinberge bei Loschwitz, wo er gegenwärtig weilt.

Noch immer erfreuen wir uns des genügendsten Brotbedarfs, und die freigegebene Einfuhr des Brotes bewährt sich fortwährend als weise, umsichtige Maßregel, deren Fortbestehen nur wünschenswerth sein kann; die dadurch lebendiger gewordene Concurrenz sichert uns vor den so oft beklagten Vorkommnissen in Quantität und Qualität des Brotes. Der Preis des Roggenbrotes hält sich fast durchgängig zwischen 13—16 Pfennige das Pfund; die Zufuhren aus der Gegend von Bautzen [illegible] währen sich fortwährend als vortrefflich.

* **Leipzig**, 19. Mai. Mit besonderm Interesse lasen wir stets die Mittheilungen aus Berlin, den dort durch den Armenvorsteher Liedke ins Leben gerufenen Privat-Sparkassenverein betreffend, und freuten uns des errungenen günstigen Resultats. Um so angenehmer ist es uns, mittheilen zu können, daß auch Leipzig diesem Beispiele gefolgt ist, daß sich auch hier durch die Bemühungen eines unserer Mitbürger, des Hrn. Fedor Wilisch, ein derartiger Verein gegründet hat. Wenn derselbe auch vor der Hand noch nicht die Ausdehnung gewonnen (er zählt circa 200 Mitglieder), welche demselben bei seinen segensreichen Folgen zu wünschen ist, so liegt wol ein Hauptgrund davon in der so sehr gedrückten Lage, in welche sich durch die anhaltende Theuerung gerade derjenige Theil unserer ärmern Mitbürger versetzt findet, für welchen dieses Institut recht eigentlich geschaffen ist. Trotzdem ist man Hrn. Wilisch für das Opfer an Zeit, welches derselbe im Interesse des Vereins gebracht hat und noch bringt, zum wärmsten Danke verpflichtet, und wir hegen die feste Zuversicht, daß, wenn der Verein erst einmal sein Ziel erreicht und das Publicum sich von dem unendlichen Nutzen dieses Instituts überzeugt haben wird, auch in dem nächsten Jahre, wie zu hoffen steht, die Noth nicht wieder so drückend ist, eine allgemeinere Theilnahme nicht fehlen wird; Hr. Wilisch wird hierin sowie in dem Danke vieler Hunderte den einzigen, aber auch den schönsten Lohn für seine uneigennützigen Bestrebungen finden. Noch können wir nicht unerwähnt lassen, daß Hr. Kammerrath Frege auch diesen gemeinnützigen Verein befördert, indem er gestattet hat, die eingehenden Beiträge bis zur Zeit der Einkäufe gegen einen ansehnlichen Zins in seinem Geschäfte zu deponiren. So wünschen wir denn diesem Verein ein fröhliches Gedeihen, da hierdurch nach unserer Ansicht ein bedeutender Fortschritt zur Erreichung der Volkswohlfahrt geschehen ist.

— Der Magistrat von **Hannover** macht bekannt, daß er jedem geeigneten Bürger der Stadt das Schlachten und den Verkauf von Pferdefleisch aus seiner Wohnung unter sichernden Vorkehrungen gestatten wolle, daß dagegen eine gleiche Erlaubniß den dortigen Fleischern niemals ertheilt werden solle.

† **Stuttgart**, 16. Mai. Die Spaltungen unter den Mitgliedern der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde haben einen eigenthümlichen Ausgang genommen. Pfarrer Würmle wurde, statt auf seine und eine von der eßlinger Gemeinde eingereichte Bitte als Pfarrer dieser Gemeinde bestätigt zu werden, aus Württemberg ausgewiesen. Welches die wahren innern Gründe dieser Maßregel seien, lasse ich dahingestellt sein und begnüge mich, die äußerlich angegebenen zu nennen. Die Maßregel wird nämlich gestützt auf Hrn. Würmle's ungenügende Zeugnisse, auf seine von der hiesigen Gemeinde über ihn verhängte Suspension, und auf seinen unzulänglichen Vermögensstand. Dagegen hat Hr. Würmle in seiner höhern Orts eingereichten Beschwerde Folgendes zu seiner Vertheidigung geltend gemacht: daß auf diese Zeugnisse hin, die zum Theil vorzüglich sind, seine Bestätigung als Pfarrer der stuttgarter Gemeinde ja schon früher erfolgt sei; daß die von der hiesigen Gemeinde ausgesprochene Suspension von der heidelberger Gemeinde als unrechtmäßig verhängt anerkannt werden, und daß sein Vermögensstand bei seiner Bestätigung als Pfarrer der hiesigen Gemeinde kein anderer, er vielmehr in Stuttgart eben auch auf sein Einkommen angewiesen gewesen sei. Vielleicht sind die freiere Richtung Würmle's und der Umstand, daß sich die eßlinger Gemeinde für eine freie christliche Gemeinde erklärte, die innern Triebfedern dieser Maßregel, vielleicht aber auch Bedenken über die Persönlichkeit Würmle's im äußern Leben.

— Veranlaßt durch die Noth und die damit in Verbindung stehenden Unruhen hat das **badische** Ministerium den Beschluß gefaßt, Bürgergarden zu errichten, und deshalb an die Gemeinden einen dahin zielenden Erlaß gesendet. Auch an die Stadtgemeinde Mannheim kam dieses Rescript und überließ dem Gemeinderath die geeigneten Anordnungen. (Fr. J.)

** **Aus Schleswig-Holstein**, 15. Mai. Zufolge mehrer aus Kopenhagen eingegangener Briefe soll man daselbst in höhern Kreisen von der bevorstehenden dritten Vermählung des Kronprinzen sprechen. Einige reden von einer nordischen Prinzessin, andere von einer norddeutschen. Der Lustkutter des Prinzen, auf welchem derselbe seine letzte Brautfahrt unternahm, soll zu einer bevorstehenden Seereise in Bereitschaft gesetzt werden, wodurch jenes Gerücht an Consistenz gewinnt. In Kopenhagen sind Viele der Meinung, durch eine dritte Vermählung des Kronprinzen ließe sich die schleswig-holsteinische Frage am leichtesten ab-

Digitized by Google

machen, und aus dieser Ursache sucht man in den höchsten Kreisen einen solchen Plan auf alle Weise zu befördern. Dennoch ist die allgemeine Volksstimme gegen eine dritte Vermählung des Kronprinzen, und sehr Viele fürchten, daß daraus nur neue Verwickelungen und Uebelstände entstehen könnten. — Was die neue Eingabe der schleswig-holsteinischen Ritterschaft anlangt (Nr. 134), so möchte man in Kopenhagen der Sache gern die Wendung geben, als wenn die Ritterschaft ihren frühern Schritt bereue und gegenwärtig um Verzeihung bitte; auch werden die dänischen Blätter wol bald in diesem Sinne berichten.

— Aus **Kiel** vom 13. Mai schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „Gestern fand hier in der Harmonie eine interessante Generalversammlung statt, veranlaßt durch das Ansinnen des Polizeimeisters Krohn an die Direction der Gesellschaft, künftighin das als ungesetzlich und ungebührlich bezeichnete Auslegen der von ihm als Censor gestrichenen Correcturbogen des Correspondenzblattes nicht mehr zu dulden. Wegen der zu ertheilenden Antwort war das Directorium getheilter Meinung und brachte deshalb die Frage vor die Gesellschaft. Nach den Statuten, die auch der Polizeimeister als Mitglied unterschrieben hat, reicht das «Vidi» eines Directors hin, um das Auslegen von Schreib- oder Drucksachen im Locale des Lesezimmers zu rechtfertigen. Bei der Abstimmung ward von 48 gegen 28 Stimmen die Abweisung des polizeilichen Ansinnens beschlossen."

Preußen.

Berlin, 19. Mai. In der Sitzung der Vereinigten Curien am 15. Mai widersprach zuerst, bei der Fortsetzung der Berathung über die Rentenbanken, der Abg. v. Beckerath der Erklärung des Landtagscommissars, daß eine Garantie des Staats nicht einer Anleihe desselben gleich zu achten sei. Wohl seien auch noch 1820 dergleichen Staatsgarantien gemacht worden, das seien aber eben so viele dem Vertrauen geschlagene Wunden gewesen; gewiß würden die Stände niemals eine ohne ihre Zustimmung ertheilte Garantie als gültig erkennen. Im Weitern fand er zu seinem Bedauern, da er bereitwilliges Zusammenwirken mit der Regierung für das allgemeine Wohl wünsche, soweit es mit Recht und Gewissen vereinbar, die Maßregel noch nicht genug vorbereitet. Er erklärte sich für das Amendement des Grafen Helldorf, mit Hinzufügung eines die Zweckmäßigkeit der Maßregel anerkennenden Eingangs. Schließlich sprach er gegen die Behauptung, daß die Maßregel rein provinzieller Natur sei, und schloß, unter Bravos, mit den Worten: „Ich will keine Centralisation, die die Eigenthümlichkeit der Provinzen vernichtet. Der Staat sei mannichfaltig in der Einheit; aber ich bekämpfe jeden Provinzialismus, der sich der Einheit entgegenstellt." Der Landtagscommissar entgegnete: eine Garantie sei allerdings eine Schuldverpflichtung, aber nicht jede Schuldverpflichtung ein Darlehn, und nur von letztern spreche das Gesetz von 1820, wie das von 1847. Auch der Justizminister Uhden sprach für den Rechtspunkt. Der Abg. Knoblauch dagegen glaubte gegen den gemachten Unterschied Verwahrung einlegen zu müssen. Der Abg. Krause sprach, unter mancherlei Abschweifungen, für eine solche Einrichtung der Maßregel, die hauptsächlich dem geringern Bauernstande zu gute komme. Abg. Dittrich machte einen Vorschlag, der auf Verbindung eines Creditinstituts mit der Rentenbank hinauskam. Abg. Camphausen für die Maßregel, aber gegen die Garantie, die er nicht für nöthig halte. Graf Schwerin hielt die Verfassung noch nicht für consolidirt genug, um ein Vertrauensvotum abzugeben, und beklagte den von dem Landtagscommissar gemachten Unterschied, welcher von gedeihlicher Entwickelung der ständischen Verhältnisse abführe, da er Divergenz in den Grundprincipien zeige. v. Manteuffel hob hervor, daß, wer die Garantie für nicht nöthig halte, sie auch nicht für bedenklich halten könnte. Abg. Lessing war für die Nützlichkeit, aber gegen die Garantie, so lange nicht die Verwaltung es im vollsten Maße anerkenne, daß keine neue Staatsschuld irgendwie ohne Genehmigung der Reichsstände contrahirt werden dürfe. Im gleichen Sinne der Abg. Meviſſen, welcher bei weiterm Eingehen auf das Wünschenswerthe ausgedehntere Creditinstitute wiederholt unterbrochen ward. Graf Arnim schlug vor, nur eine eventuelle Zinsengarantie des Staats eintreten zu lassen, während jede Provinz die prinzipale Garantie trage. Für diesen Vorschlag sprachen die Abgg. Steinbeck, Sattig, Fürst Lychnowski. Gegen alle Garantie Aldenhoven, weil er die Rechte von 1820 nicht aufgeben könne. v. Auerswald gegen die Garantie, zugleich zur Verständigung mahnend. Graf Arnim rieth, unter Bravo, nicht immer blos rückwärts zu blicken, sondern auch vorwärts. Nach einem sehr langen Streit über den Schluß der Abstimmung und deren Reihenfolge ward das Gutachten der Abtheilung mit 448 gegen 101 Stimme verneint; das Amendement des Grafen Arnim ebenso mit 366 gegen 179, endlich das des Grafen Helldorf mit 268 gegen 267 Stimmen. Ein Antrag des Fürsten Lychnowski, um Verweisung der Sache an die Provinziallandtage zu bitten, scheiterte mit 287 gegen 232 Stimmen. v. Bismark erklärte im Namen Vieler, nicht an der Garantie Anstoß genommen, sondern gegen das Gesetz gestimmt zu haben, weil es die Berechtigten zu verletzen drohe. Endlich ward ein Antrag des Frhrn. v. Vincke um Vorlage an die Provinziallandtage und Wiedervorlage an den nächsten Vereinigten Landtag gegen nur wenige Stimmen angenommen. Zum Schluß erklärte der Landtagscommissar, unter vielstimmigem Bravo, mit Bezug auf die Worte des Hrn. v. Auerswald, daß auch die Regierung zur Verständigung bereit sei, und er deshalb die Landtagsmarschälle bitte, die politischen Fragen baldmöglichst zur Discussion zu bringen. (A. Pr. Z.)

****Berlin**, 18. Mai. Das mit dem 1. Mai in Wirksamkeit getretene Verbot des Branntweinbrennens aus Getreide und Kartoffeln wird dem Anschein nach für die Vermehrung der auf den Markt gelangenden Lebensmittel keineswegs so erfolglos bleiben, wie es anfangs von mehren Seiten behauptet wurde. Die zu Kauf gestellten Vorräthe, namentlich auch an Kartoffeln, wachsen von Tag zu Tag, und was die Hauptsache ist, mit der steigenden Concurrenz nehmen die Preise eine sinkende Richtung. Die Metze Kartoffeln, welche im vorigen Monat hier am Orte durchgängig mit 3 Sgr. bezahlt werden mußte, ist jetzt überall zu 2½ und sogar zu 2 Sgr. zu kaufen. Nicht wenig haben allerdings zu dieser Preisermäßigung die bedeutenden Quantitäten von Kartoffeln beigetragen, welche die Communalbehörden aufgekauft und zu niedern Preisen für die Armen auf den Markt gebracht haben. Indessen muß auf der andern Seite auch wieder die Bereitwilligkeit anerkannt werden, mit welcher die großen Gutsbesitzer der Umgegend sich ihrer entbehrlichen Kartoffelvorräthe entäußern, um ihrerseits das Mögliche zur Linderung des Nothstandes beizutragen. Daß mit dem Verbote des Branntweinbrennens die Spirituspreise in die Höhe gehen, liegt in der Natur der Sache. Jedoch hat der Spiritus hier in Berlin gegenwärtig einen Preisaufschlag erfahren, der uns durch das Verbot keineswegs gerechtfertigt erscheint. Denn ohne allen Zweifel haben die hiesigen Brennereien von ihrem bisherigen Betriebe noch große Vorräthe liegen, und überdies ist die mit dem Verbot aufgelegte Beschränkung des Betriebs keine so bedeutende, wie sie von den Betheiligten dargestellt wurde, da in der Regel während der Sommermonate ohnehin ein großer Theil der Brennereien den Betrieb einzustellen pflegt.

Die hiesigen Stadtverordneten gehen mit dem Vorhaben um, die Straßenreinigung auf öffentliche, theils vom Fiscus, theils aus der Communalkasse, theils durch Beiträge der Hausbesitzer zu deckende Kosten zu übernehmen und dieses Geschäft mit der zu errichtenden Arbeitsnachweiseanstalt in Verbindung zu setzen. Ohne alle Frage verdient dieser Plan den ungetheiltesten Beifall, indem derselbe gleichzeitig den doppelten Zweck verfolgt: den arbeitslosen Armen Beschäftigung zu gewähren und die Straßenreinigung auf eine Weise zu regeln, welche dem Bedürfniß einer Stadt von der Ausdehnung Berlins entspricht.

Die Privatconferenzen mehrer Kreise von Landtagsmitgliedern nehmen ihren ungestörten Fortgang. Ein Theil der Abgeordneten hat sich behufs näherer Besprechungen fast gänzlich von dem allgemeinen Sammelplatz im Mielentz'schen Locale zurückgezogen. — Unsere hiesigen Localblätter bringen gegenwärtig auch abgekürzte Landtagsberichte. Wie sehr dieselben damit dem Interesse ihrer zahlreichen Abonnenten entsprechen, müssen wir dahingestellt sein lassen. Wir können es selbst keinem preußischen Tagesblatte verdenken, wenn es Anstand nimmt, die sehr umfangreichen Verhandlungen in ganzer Ausführlichkeit wieder abzudrucken. Dennoch aber müssen wir gerade der Spener'schen und Vossischen Zeitung einen Vorwurf daraus machen, daß dieselben eine Abkürzung der Berichte vornehmen. Denn unsers Wissens standen beide Blätter seit Jahren mit an der Spitze derjenigen, welche unaufhörlich nach unbedingter Oeffentlichkeit auf allen Gebieten des Staatslebens verlangten, damit das Volk von Dem Kenntniß erlange, was in seinem Interesse verhandelt wird. Wenn jetzt Beide von der verstatteten Oeffentlichkeit nicht im ganzen Umfange Gebrauch machen, so sündigen sie einmal gegen ihr seitheriges Princip, und zweitens begehen sie an dem Volke das Unrecht, demselben nicht vollständig und gründlich mitzutheilen, was diesem ihrer frühern Ansicht nach so unerlaßlich wissenswerth sein sollte.

(*) **Berlin**, 18. Mai. Mit der Allgemeinen Preußischen Zeitung ist in diesen Tagen eine Veränderung hinsichtlich ihrer leitenden Oberbehörde vorgegangen, welche letztere für dieses Institut bisher noch immer vorzugsweise in dem Ministerium des Auswärtigen bestand. Die Zeitung ist aber jetzt definitiv unter das Ministerium des Innern gestellt, und zugleich ist der Geheimrath Sulzer, welcher in diesem Ministerium schon vielfach den Preß- und Zeitungsangelegenheiten vorzustehen hatte, zum Curator der Allgemeinen Preußischen Zeitung ernannt worden.

ƨ **Königsberg**, 17. Mai. Der Magistrat hat eine bleibende Commission ernannt, die sich allein mit den Tagesfragen in Bezug des Nothstandes zu beschäftigen hat, und diese Commission hat bereits angefangen, Kartoffeln, welche die Masse von 4000 Scheffeln erreichen sollen, einzukaufen. Um der Brotnoth zu begegnen, sind den Bäckern vor der Hand 4000 Scheffel Getreide aus dem königl. Magazinen für noch nicht voll 3 Thlr. der Scheffel überlassen worden, und die durch Marken legitimirten Armen sollen das Pfund Brot für 10 Pf. erhalten. — Gegen Prediger Detroit, der bis jetzt fortgefahren hat zu predigen, sind von der Polizei Strafen von 20, 50 und 100 Thlr. festgesetzt. — Das städtische Pfandhaus hat seit längerer Zeit den hiesigen Dieben zur Verwerthung und Unterbringung des gestohlenen Gutes gedient, indem diese gleich nach vollbrachter That die entwendeten Sachen dorthin brachten. Bei einer

bei einem hiesigen Oberwärter vorgenommenen Haussuchung entdeckte man eine Menge Pfandscheine, die alle über Gegenstände ausgestellt waren, die im Winter gestohlen worden sind.

*Posen, 16. Mai. Die Anwendung des Martialgesetzes auch auf die jetzigen Brottumulte scheint ihren Eindruck nicht verfehlen zu wollen, denn seit der Proclamation desselben hört man nicht mehr von aufrührischen Bewegungen; Jeder weiß, daß er nicht mehr blos seine bürgerliche Freiheit, sondern sein Leben selbst in Gefahr bringt. Für die hiesigen Proletarier ist hinlänglich gesorgt und auch in den kleinen Städten wird alles Mögliche für sie gethan, sodaß man zu der Hoffnung berechtigt ist, die böse Krisis werde ohne neue Zuckungen vorübergehen. Leider ist es nicht mehr zu bestreiten, daß sich hin und wieder schon förmliche Banden zusammengethan haben, die auch auf dem platten Lande ihr Plünderungssystem in Ausübung bringen, wo sie gewiß sind, keinem nachdrücklichen Widerstande zu begegnen. Noch vor wenigen Tagen drang eine solche Bande in das Städtchen Kletzkau und hauste hier arg, worauf sie sich auf ein benachbartes Gut begab, von dessen Besitzer sie durch freiwillige Gaben abgefunden wurde; dann überfiel sie den kleinen Ort Ulanowo, wo man sie mit derben Knütteln empfing, sodaß sie schnell das Weite suchen mußte; aber der Sieg kam dem Orte theuer zu stehen, denn in der nächsten Nacht ging er ganz in Flammen auf. — Die zur Untersuchung des am 29. April hier stattgehabten Tumults bestellte Commission hat gestern das erste Urtel gegen drei Individuen gefällt; es lautet: gegen eine Person auf Verlust der Nationalcocarde, des Militairabzeichens, auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, 30 Stockschläge und fünfmonatliche Einstellung in eine Militairstrafabtheilung; gegen eine zweite Person auf die oben genannten Ehrenstrafen und außerdem auf drei Wochen Gefängniß; gegen die dritte Person auf 20 Peitschenhiebe.

*Marienwerder, 16. Mai. Zur Sicherstellung gegen fernere Unruhen traten vorgestern die Innungen, Beamten, Lehrer und erwachsenern Schüler des Gymnasiums, Kaufleute ꝛc. zu einem Schutzverein zusammen und organisirten sich dergestalt, daß sie bei dem ersten Alarm den Tumultuanten kräftig entgegentreten konnten. Auch bewährte sich diese Maßregel, als gestern früh auf dem Marktplatz eine neue Plünderung begann; das Militair, von welchem wir jedoch nur eine kleine Abtheilung hier haben, sprengte unter die Tumultuanten, der Schutzverein sperrte den Markt ab, um einem vermehrten Zudrange von Gesindel zu wehren, und binnen einer Viertelstunde war die Ruhe wieder hergestellt; dieselbe ist im Laufe des Tages in der Stadt selbst nicht weiter gestört worden, während allerdings in der Umgegend einige Beraubungen vorgekommen sind. Einzelne Abtheilungen des Schutzvereins werden Tag und Nacht in Thätigkeit bleiben, sodaß erneute Angriffe wahrscheinlich nicht erfolgen werden.

— Dem Rheinischen Beobachter wird **aus dem Bergischen** geschrieben: „Kaum ist das Toleranzpatent erschienen, so haben sich die unter dem Namen Kohlbrüggianer in Elberfeld schon länger von der reformirten Gemeinde Separirten öffentlich zu einer Gemeinde constituirt. Sie halten jetzt ihre Gottesdienste nicht mehr wie früher in einer Privatwohnung, sondern in dem großen Saale des Obermeyer'schen Gasthofs, und die Zahl der durch Unterschrift dieser Gemeinde Beigetretenen, die schon ihr Presbyterium ꝛc. gewählt haben, soll zwischen 3—400 betragen, wozu freilich wol Kinder mitzuzählen sein werden. Das eigentliche Haupt dieser Bewegung ist wol nicht Der, nach dessen Namen sie genannt wird, da diese Separation lange vor der Ankunft des Dr. Kohlbrügge (eines Holländers) in Elberfeld bestand. Wie dieselbe aus der Zeit der Einführung der Agende und Kirchenordnung datirt, wobei einzelne Persönlichkeiten sich versetzt glaubten, so scheint es vor Allem nur Zweck dieser Sekte zu sein, die Agende und Kirchenordnung zu verwerfen und die alte reformirte Kirchenverfassung in Anspruch zu nehmen."

— Dem Vereine vom heiligen Karl Borromäus ist Portofreiheit bewilligt worden.

Oesterreich.

Die augsburger Allgemeine Zeitung meldet aus **Prag** vom 13. Mai: „Die ständische Versammlung hat mit Stimmenmehrheit die Aufstellung eines Monuments für den Erzherzog Karl in Prag auf Kosten der böhmischen Stände beschlossen. — Man sagt allgemein, daß, wenn das Getreideausfuhrverbot, welches man vorzüglich den eifrigen Bemühungen des Erzherzogs Stephan verdankt, nicht schnell gekommen wäre, auch in Prag ein Krawall stattgefunden hätte. Da man voraussieht, daß es sich lohnen werde, Getreide ins Ausland zu schmuggeln, so sollen sich Bürger von Saaz und Kommotau angeboten haben, die dortige Grenze streng zu bewachen, falls ihnen die Contrebande zugesprochen würde. — Das Franzensmonument an unserm Kai wird gestern bis zur Spitze vollendet; nun ist noch der Wasserbehälter um die Basis herum zu bauen."

Spanien.

Aus **Madrid** wird vom 10. Mai berichtet, daß Tags vorher zwei in der Nähe der Puerta del Sol, man konnte nicht ermitteln von wem, losgebrannte Petarden eine kurze Aufregung in dieser Gegend der Residenz hervorbrachten. Die Wache am Posthause wurde verdoppelt und eine Patrouille wurde ausgesendet. Nach einigen Stunden hatte sich die neugierig zusammengelaufene Menge wieder verloren. Ueber das angebliche Attentat vom 4. Mai auf die Königin gehen fortwährend die räthselhaftesten Gerüchte. Indessen deutet der Heraldo jetzt an, daß es mit der ganzen Sache wol auf irgend ein Misverständniß hinauslaufen werde. Aus **Catalonien** wird wiederholt von Insurgentenbanden berichtet, die umherziehen und Unruhe verbreiten.

— Der spanische Geschäftsträger bei der Republik Ecuador hat seine Pässe genommen und sich nach Peru begeben, wegen der verletzenden und beleidigenden Behandlung der spanischen Flagge und der Spanier, welche eine Folge der vom General Flores in Spanien angeworbenen, jetzt freilich gescheiterten Expedition war.

Großbritannien.

London, 15. Mai.

Das Oberhaus hatte gestern den Bericht über die Comitéberathung der irischen Armenbill entgegenzunehmen, welche in derselben wesentliche Modificationen durch die irische Landlordspartei erlitten hatte und namentlich zu einer temporairen Maßregel gemacht worden war. Der Marquis of Lansdowne beantragte jetzt im Namen der Regierung, daß alle die Bill temporair gestaltenden Bestimmungen daraus gestrichen werden sollten, welcher Antrag nach einiger Besprechung mit 54 gegen 42 Stimmen angenommen wurde. Die Times bemerkt darüber, daß man allgemein erwartet habe, das Oberhaus werde diesen Schritt der Selbstcorrectur vornehmen, und deshalb vielleicht nicht sehr fragen solle, wie es dazu gekommen sei. Lord Stanley fiel mit seinem Amendement gegen Abzug der von Pächtern gezahlten Armensteuerbeiträge von den Pachtsummen durch, und der Bericht wurde schließlich angenommen. — Das Unterhaus beschäftigte sich lange mit einer Motion Hrn. Hume's, welche dahin ging, daß keine Eisenbahngesellschaft, welche durch Parlamentsacte jetzt autorisirt ist eine Bahnlinie oder mehre zu bauen, anzukaufen, zu vollenden ꝛc., inskünftige zur Erhebung neuer Geldmittel zu gleichen Zwecken auf Actien, durch Anleihen oder sonst ermächtigt werden solle, ohne die Bestimmung, daß sie vorher das ganze ihr bereits bewilligte Capital oder doch so viel davon, als zur Vollendung ihrer angegebenen und bereits concessionirten Zwecke erfoderlich war, erhoben haben müsse. Es soll dadurch die künstliche Anziehung des Capitals zur Eisenbahnspeculation gehemmt werden, welche durch Gewährung von Zinsen und Dividenden vom Capitale selbst so sehr und mitunter in einer unverantwortlichen Weise betrieben wurde. Daher sei es gekommen, daß nach den vorliegenden Zusammenstellungen der Betrag der auf concessionirten Bahnen noch einzuzahlenden Gelder über 96 Mill. sei, die für dieselben concessionirten Anleihen 40 Mill. ausmachen und wöchentlich jetzt 1,250,000 Pf. St. auf Eisenbahnbauten allein verwendet würden, was nothwendig alle andern industriellen Unternehmungen beeinträchtigen müsse. Hr. J. A. Smith unterstützte den Antrag, gegen welchen der sogenannte Eisenbahnkönig Hr. Hudson und Lord G. Bentinck lebhaft auftraten. Lord J. Russell konnte die Allgemeinheit desselben auch nicht billigen, schien aber außerdem der Ansicht, daß die Eisenbahnspeculation in angemessene Grenzen weisende Maßnahmen nicht länger entbehrt werden könnten. Die Debatte wurde bis zum 20. Mai vertagt. Von Hrn. Horsman wurde angefragt, ob die Regierung mit dem Papst in diplomatische Beziehungen zu treten beabsichtige, und dabei der liberalen Politik desselben rühmend gedacht. Lord J. Russell stimmte in dieses Lob ein und glaubte auch, daß der Papst die Anknüpfung solcher Beziehungen wünsche. Er selbst stehe nicht an, sie ebenfalls für wünschenswerth zu halten. Allein diese Frage sei unter dem rechtlichen wie politischen Gesichtspunkt eine verwickelte, und er sehe es nicht für zweckmäßig an, gegen Ausgang der Session und bei noch viel vorliegenden Geschäften eine Bill darüber und also zur Aufhebung des Verbots solcher Beziehungen mit dem Papst einzubringen. Auf der Tagesordnung war die Comitéberathung der Bill über die Discontobewilligung für Pränumerando-Einzahlungen auf die 8-Mill.-Anleihe, was nach einigen Aeußerungen des Marquis of Granby über die Bedrängnisse des Geldmarktes den Schatzkanzler veranlaßte, nochmals über die Bankbill Sir R. Peel's von 1844 sich dahin auszusprechen, daß keine Abänderung derselben beabsichtigt werde. Die Bill passirte dann das Comité.

— Die Times widmet mit gewohnter Ausführlichkeit anderthalb enggedruckte Spalten der Beschreibung des gestrigen großen Hofballes im Buckinghampalaste, der Aufzählung der Gäste und Schilderung der Gold- und Silberservice und Prunkgefäße, mit denen die Tafeln und Buffets beim Souper besetzt waren.

— Das Morning Chronicle enthält als Anzeige: Wir, die Unterzeichneten, tief ergriffen von der Noth, welche aus Mangel an den nothwendigen Nahrungsmitteln unter einer großen Anzahl unserer Landsleute in Großbritannien und Irland herrscht, und da wir die Lebensmittelpreise noch steigen sehen, halten es für unsere Schuldigkeit, uns zu verpflichten, in unsern Familien, so weit als es möglich sein kann, den Verbrauch von Brot und Mehl zu vermindern, und wir laden alle zur Theilnahme daran ein, welche mit uns in Beurtheilung der gegenwärtigen Be-

Digitized by Google

drängniß übereinstimmen. Unterzeichnet sind die Herzoge v. Bedford, v. Rutland, v. Norfolk, v. Grafton, der Marquis of Exeter, die Earls of Fortescue, Spencer, Radnor, Fitzwilliam, Viscount Falkland, die Lords Lyttelton, De Mauley, Clinton, Brougham, Dr. Lushington, Sir R. Harry Inglis und Sir R. Price.

— Es wird wieder der Tod zweier hochbejahrten britischen Marineoffiziere, des Admirals Stephen Poynz und des Admirals Maples, eines Waffengenossen Nelson's, gemeldet.

— Die Nachrichten aus **Dublin** vom 13. Mai melden über den Zustand des Earl of Besborough, daß derselbe wieder um etwas erleichterter war. An die Bewohner der Grafschaften Clare und Limerick, wo die den Dürftigen durch Vertheilung von Suppen und Brotrationen jetzt dargebotene, an die Stelle der öffentlichen Arbeiten getretene Unterstützung in der Ausführung auf Widersetzlichkeit stieß, ist eine warnende Proclamation ergangen, die erklärt, daß die Regierung mit allen Mitteln diese vom Parlamente sanctionirte neue Unterstützungsart durchführen werde. Es werden übrigens keine neuen tumultuarischen Auftritte aus beiden Grafschaften berichtet.

Frankreich.

Paris, 16. Mai.

Die Deputirtenkammer war gestern mit Anhören von Berichten der Bittschriftencommissionen beschäftigt. Eine der zur Sprache gebrachten Bittschriften betraf die Aufhebung der Septembergesetze und Revision des Wahlgesetzes. Die Kammer ging darüber zur Tagesordnung über. Diese führte zur Discussion des Creditgesetzes von 500,000 Fr. zur Unterstützung der untern Zollbeamten. Es wurde nach einigen Besprechungen, bei denen Hr. Blanqui Gelegenheit nahm nachzuweisen, weshalb die französische Zollgesetzgebung als die am meisten veratorische in Europa gelte, bewilligt, konnte aber als Ganzes wegen Unvollzähligkeit der Kammer nicht votirt werden.

— Der Hof hat gestern Nachmittag um 4 Uhr die Tuilerien verlassen und sich zur Sommerresidenz nach Neuilly begeben. Der achtspännige Wagen des Königs wurde bei der Abfahrt von einer Abtheilung berittener Nationalgarde und einer andern von Husaren escortirt.

— Der Eintritt der drei telegraphischen Minister in das Cabinet fährt fort der Gegenstand der Besprechung in Presse und Gesellschaft zu sein. Unter Anderm legt das Gerücht einem Deputirten folgendes Resumé der vorgestrigen Interpellationssitzung in den Mund: „Hr. Odilon-Barrot: weshalb habt ihr drei Minister entlassen? Hr. Guizot: weil sie nichts mehr taugten. Hr. Lacave-Laplagne: Ich hielt mich noch für sehr brauchbar. Hr. Emile de Girardin: Worin sind denn aber die neu erwählten Minister besser als ihre Vorgänger?" Das Cabinet schweigt. Hr. Odilon-Barrot: „Wollt ihr hören, was ihr Alle seid: ihr seid Alle...nichts werth." Der Constitutionnel erzählt sprüttisch aus der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer ein Beispiel der Unkenntniß der Formen vom neuen Kriegsminister, welcher mitten in der Rede des Berichterstatters über die Bittschriften mit einer Papierrolle in der Hand die Rednerbühne besteigen und das Wort vom Präsidenten verlangen wollte. Hr. Guizot sei hinzugekommen und habe ihn zurückgehalten, um dann seinem neuen Collegen ein Privatissimum über die Geschäftsordnung zu lesen, die allerdings jedem Minister das Wort zu jeder Zeit, allein nicht das Recht der Unterbrechung ertheile.

— Die Gazette des Tribunaux meldet, daß seit zwei Tagen auf Befehl des Polizeipräfects mehre Verhaftungen bewerkstelligt wurden. Unter den verhafteten Individuen befinden sich einige, welche bereits in mehre politische Processe verwickelt waren. Die verschiedenen Haussuchungen, welche vorgenommen wurden, sollen wichtige Beschlagnahmen herbeigeführt haben.

— Nach der Gazette de Languedoc haben dieser Tage in **Toulouse** mehre Haussuchungen stattgefunden, und in der Nacht vom 11. Mai sind 60 dort seit einiger Zeit verweilende Spanier verhaftet worden.

— Die Brottumulte in **Lille** sind nach den Berichten vom 15. Mai unterdrückt; allein es scheint, daß die Rädelsführer sich jetzt nach dem platten Lande gewendet haben, wo sie bereits von sich sprechen machten. Die Vorsichtsmaßregeln in Lille dauerten fort. Alle Wirthshäuser müssen um 10 Uhr Abends geschlossen sein, und Nationalgarden wie Linientruppen waren auch am 15. Mai Abends unter den Waffen.

— Von der mit der Voruntersuchung gegen General Cubières beauftragten Commission der Pairskammer wurde gestern der Untersecretair im Departement der öffentlichen Arbeiten Hr. Legrand, sowie der sehr bejahrte frühere Generaleinnehmer Hr. Pellapral vernommen.

— Aus **Marseille** wird vom 12. Mai die Ankunft des Infanten Don Enrique von Civitavecchia gemeldet. Seine Ehe soll in Rom eingesegnet worden sein und er ist im Hotel Beauveau mit seiner Gemahlin unter dem Namen des Herzogs und der Herzogin von Sevilla abgestiegen.

— Das in Veracruz trotz der Blockade im Februar eingelaufene französische Schiff Jeune Nelly von Havre, welches keinem amerikanischen Kriegsschiffe begegnet war, von dem ihm die Blockade signalisirt worden wäre, lief am 20. März von Veracruz mit Passagieren nach Havre wieder aus, wurde aber jetzt von den Amerikanern genommen und sollte nach Sacrificios gebracht werden. Ein Dampfschiff und eine Goelette escortirten es dahin, geriethen aber mit ihm bei Nebel und Sturm auf Riffe. Das französische Schiff ging total verloren und die Menschen am Bord retteten sich zuerst auf die Goelette und wurden am folgenden Tage von dem amerikanischen Dampfschiffe Mississippi nach der französischen Brigg Mercure gebracht, deren Commandant Protest gegen das ganze Verfahren einlegte.

— Der Moniteur algérien macht aller etwa noch gehegten Ungewißheit über die Expedition nach Kabylien ein Ende, indem er den am 7. Mai erfolgten Aufbruch des Marschalls Bugeaud nach Bugia anzeigt.

— Die vor einigen Wochen schon verlauteten Gerüchte von Unterwerfung der noch gegen die Franzosen unter den Waffen gewesenen Häuptlinge auf Otaheiti, welche dieser Tage durch über England eingelaufene Nachrichten (Nr. 138) bestätigt wurden, erhalten jetzt durch die amtliche Meldung des Gouverneurs Bruat vollständige Begründung. Am 17. Dec. wurde der wichtigste und festeste Zufluchtsort der Eingeborenen, die Franzosen nennen ihn Fort Fautahua, durch von einem Verräther geführte Freiwillige erstiegen, während auf einer andern Seite, dem eigentlichen Zugange, ein Scheinangriff gemacht wurde. Dieses sogenannte Fort ist der Beschreibung nach ein mehre 100 Mètres hohes, nach allen Seiten senkrecht abfallendes Felsenplateau und wurde an einer der steilsten Wände, wo gleichwol durch in den Felsen gemachte Löcher zum Einsetzen der Füße und eingeschlagene Pflöcke zum Festhalten, die Möglichkeit dazu gegeben war. Nachdem die ersten Leute oben waren, wurden Strickleitern befestigt, und da die Belagerten diese Seite ihrer Stellung gänzlich unbeachtet ließen, erschien plötzlich eine Abtheilung Franzosen ihnen im Rücken, worauf sie sich ohne einen Schuß ergaben. Von beiden Seiten ist daher kein Mann verloren worden. Alle übrigen Häuptlinge unterwarfen sich in den nächsten Tagen, und der Gouverneur meldet vom Ende December die vollständige Anerkennung des Protectorats auf Otaheiti und Morai und die erfolgte Entwaffnung der Bewohner.

Schweiz.

Aus **St.-Gallen** vom 15. Mai schreibt die Neue Zürcher-Zeitung: „Der kleine Rath hat gestern der Stiftungsbulle des neuen St.-Gallischen Bisthums unter gehöriger Verwahrung der Rechte des Staats in kirchlichen Dingen, sowie der Rechte der mit der katholischen Confession gleichberechtigten evangelischen Kirchengenossenschaft das nachgesuchte Placet ertheilt. Ebenso ist von ihm auch die Wahl des apostolischen Vicars J. P. Mirer zum ersten St.-Gallischen Bischof placetirt worden. Derselbe hat vor seinem Amtsantritte in die Hände der Abgeordneten der Regierung den Säculareid zu leisten. Aus dem canonischen Eide ist die anstößige Stelle: « Haereticos, Schismaticos ... pro posse persequar et impugnabo » wegzulassen. — Die **aargauische** Regierung hat den Landammann Siegfried und den Dr. Wieland beauftragt, von den zürcherischen Abgeordneten die Ansichten und Wünsche Zürichs in Betreff des Zollconcordats zu vernehmen."

Italien.

* **Rom**, 6. Mai. Unter den in dieser Woche officiell bekannt gewordenen Ernennungen melde ich die des Cardinals Orioli zum Präfecten der Congregation der Bischöfe und Ordensgeistlichen an die Stelle des Cardinals Ostini, dem die Präfectur der Congregation des Concils für die Zukunft übertragen ist. Warum Cardinal Ostini seinen Posten verlor, erfährt man nicht mit Gewißheit. Das letzte von ihm unterzeichnete Document seiner Competenz ist ein unter den gegenwärtigen Umständen bedeutsames Kreisschreiben an sämmtliche Erzbischöfe und Bischöfe des Kirchenstaats, datirt vom 1. Mai, doch erst vorgestern veröffentlicht. Cardinal Ostini fodert in demselben die genannten Prälaten im Namen des Papstes dringend auf, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Wiederherstellung der während der letzten Woche in fast allen Gegenden des Landes wegen Getreide- und Brotmangels aufs neue gestörten Ruhe und Sicherheit anzuwenden. Ob diese letzten Volkstumulte wirklich, wie das Kreisschreiben zu glauben scheint, aus den von ihm genannten Gründen entsprangen, ist fast zu bezweifeln. Vielmehr scheinen sie eine Reaction des Treibens jener Emissare gewesen zu sein, welche die Partei des Obscurantismus um jeden Preis im Kirchenstaat in steter Thätigkeit erhalten zu wollen scheint.

Seit den letzten zwei Tagen ward der Dekan des Sagro Collegio, Cardinal Micara, wiederholt todt gesagt. Wie bekannt, ist er einer der ausgezeichnetsten, in kirchlichen wie in politischen Dingen freilich auch einer der absolutesten Charaktere unter den Cardinälen. Der Papst besucht ihn fast täglich in den frühen Abendstunden. — Im vorigen Pontificat hat sich an allen Grenzen des Kirchenstaats eine früher nicht gekannte Klasse von Schmugglern gebildet, die ein sehr einträgliches Geschäft mit der Vertragung von Postgütern und besonders mit Briefpacketen treiben konnte. Die Post ward dadurch immer mehr in einer Weise ungestraft defraudirt, daß es in diesem Jahre mehrmals vorgekommen, daß die Diligencen des Staats fast ohne alle Briefbestellungen fuhren, wenn diese nicht etwa von jenseit der Alpen kamen. Eine dieser

Lage vom Tesoriere Monsignore Antonelli ausgegebene strenge Bekanntmachung hebt diesen Schmuggelerwerb zum großen Vortheile der Staatsfinanzen auf und regelt die Angelegenheit der Expedition von Postgütern durch Privatgelegenheiten nach den Vorschriften, welche darüber in den meisten Staaten Deutschlands bestehen. — Große Freude unter den zahlreichen Archäologen italienischer Nation hat eine wohlwollende Zusicherung des Papstes in diesen Tagen hervorgerufen, welche verspricht oder wenigstens in Aussicht stellt, daß der römischen Akademie der Alterthumswissenschaften in der Zukunft auf dem Capitol, dem Mittelpunkt altrömischer Größe und Herrlichkeit, ein bleibender Sitz wenigstens für ihre periodischen Versammlungen geöffnet werde. Die päpstliche Akademie der Archäologie pflegte bisher ihre Sitzungen in der Aula der Universität zu halten, während das unter dem Schutze des Königs von Preußen hier fortbestehende Institut für archäologische Correspondenz auf dem Capitol gegründet ward. Wider Willen räumten die Römer den Fremden bisher diesen localen Vorzug ein. — Ich meldete zu Anfange des Winters, daß der Genosse Puseys in der christlichen Dogmatik, Professor Newman, aus Oxford hier angekommen sei. Derselbe ist seitdem vor kurzem katholischer Priester geworden und in den Orden der Philippinermönche, deren einer auch Augustin Theiner aus Breslau, getreten. Newman soll die Absicht haben, sie nach England zu verpflanzen. Er ist der erste Engländer des Ordens.

— Die Kölnische Zeitung schreibt aus **Rom** vom 7. Mai: „Das energische Auftreten des Fürstbischofs von Breslau in der protestantischen Verheirathungsangelegenheit des Fürsten Hatzfeld bei Lebzeiten seiner rechtmäßigen Gemahlin, da von einer gültigen Ehescheidung vom katholischen Gesichtspunkt aus nicht die Rede sein kann, hat den größten Beifall des Papstes erhalten. Nicht allein in Schlesien, sondern auch in Rom war es dem Fürsten gelungen, sich als Hauptvertreter der katholischen Kirche Schlesiens geltend zu machen. Diesem Umstand und der zweckmäßigen Verwendung von Subalternen zu seinen Gunsten, die besonders unter dem letzten Pontificat oft große Dinge auszurichten vermochten, gewiß mehr als der Sendung des Dr. Simon aus Breslau an den verstorbenen Papst (des sonderbaren Vorwandes halber, dessen Gesichtsübel zu behandeln, welches mehre Jahre früher von dem Leibarzte des Papstes, geh. Sanitätsrathe Dr. Alertz aus Aachen, bereits ganz radical geheilt worden war) verdankt der Fürst denn auch die Verleihung des Großkreuzes des Ordens des heil. Greger des Großen, eine Auszeichnung, die der heil. Stuhl nur höchst selten zu ertheilen pflegt."

— Aus **Rom** vom 7. Mai meldet man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Noch vor Abgang der Post höre ich, daß der Infant Don Enrique gestern mit Doña Elena de Castellar y Scelly Fernandez de Cordova durch den Vicegerenten, Patriarch von Konstantinopel, Monsignore Canali, der die Stelle des Papstes vertrat, eingesegnet worden, nachdem zu seiner Vermählung die Erlaubniß aus Madrid eingetroffen war."

Rußland und Polen.

* Von der russischen Grenze, 14. Mai. Wenn die Verhandlungen zwischen Rußland und Rom über ein abzuschließendes Concordat der Natur der Sache nach immer wenig Aussicht zu einer friedlichen Beendigung darboten, so scheint ein von der Sien in einem Originalartikel, aus Bulgarien datirt, bekannt gemachtes Factum nichts weniger als geeignet, eine baldige Lösung der diesfallsigen Differenzen herbeiführen zu können. Nach dieser Nachricht soll nämlich der apostolische Missionar Cölestin Willim in einer Festung zwischen Odessa und Ismael, „ohne ihn schuldig zu finden, ohne ihn auch nur zu hören, ein trauriges Opfer wilder russischer Wuth, durch die Kugel hingerichtet worden sein". Bei der etwas originellen russophagen Fassung des Artikels und bei der bekannten Gesinnung jenes specifisch römischen Blattes wollen wir jene Nachricht noch für apokryphisch halten und uns überhaupt keine Beurtheilung dieser angeblich russischen Maßregel erlauben, da erst der andere Theil billigerweise gehört werden muß; sollte sie sich jedoch bestätigen, so ist leicht vorauszusehen, daß die russisch-römischen Angelegenheiten, schon genug verwirrt durch die bekannten Nonnen- und andere Verfolgungen, dadurch in ein neues Stadium treten würden, dessen Ende schwer vorauszusehen sein dürfte.

Griechenland.

Aus **München** schreibt die Karlsruher Zeitung: „Dem Vernehmen nach hat das englische Cabinet auf eine desfallsige diplomatische Anfrage nicht nur jede Unterstützung der Plane des Generals Kalergis auf Entthronung des Königs Otto, sondern auch jede Kenntniß derselben auf das bestimmteste von sich abgelehnt. Es soll jedoch dieser Erklärung so Manches beigefügt sein, was keineswegs geeignet ist, in Bezug auf die Lage der Dinge in Griechenland eine besondere Beruhigung zu gewähren."

Türkei.

⊙ Konstantinopel, 29. April. Nicht ohne einige Verwunderung hat man hier gesehen, daß Rußland, zeither sich zu Gunsten Griechenlands aussprechend und dadurch die Griechen im türkischen Reiche zum Aufstande reizend, plötzlich auf die Seite der Pforte übergegangen ist. Durch einige Bemerkungen, die mir mittheilen wollen, durch die Enthüllung gewisser Absichten mag die Ursache dieses plötzlichen Wechsels Denen wohl erklärlich werden, welche den Zweck, die Mittel und den Gang jener schlauen und verstellten Politik kennen. Rußland wollte, vom Anfang seines diplomatischen Spiels an, der griechisch-türkischen Differenz einen ernstern Charakter verleihen, als sie aus der Ursache dieses Zerwürfnisses schöpfen konnte. Es erreichte sein Ziel, indem es die Griechen des Königreichs ermuthigte, ihren Haß gegen die Pforte durch die Theilnahme der christlichen Bevölkerung des Pfortengebiets schürte, dies in Rumelien wie in Konstantinopel that und sie eine unabhängige Zukunft hoffen ließ. Wie die nationalen und kirchlichen Leidenschaften einmal entflammt waren, ließen die russischen Agenten das Kriegsgeschrei durch Griechenland erschallen. Jetzt aber übernimmt Rußland wieder seine Rolle als Beschützer des türkischen Reichs und verfolgt seine Eroberungsplane wieder im legalen Wege. Die Pforte, ungeachtet ihres Grolles gegen Rußland, ist doch froh, in der Angelegenheit, die sie so lebhaft berührt, seinen Beistand zu haben. Man hat ihr eingeredet, daß Frankreich ihr erbittertster Feind sei, und all ihr Mistrauen richtet sich nach dieser Seite. Freilich trägt Frankreich durch Unkenntniß, Sorglosigkeit und Zaghaftigkeit eine Mitschuld dieses Ausganges. Aber auch Oesterreich ist in Gefahr, die Frucht seiner einsichtsvollen Politik durch diese Taktik Rußlands zu verlieren. Ueberhaupt besteht auch darin ein Vortheil Rußlands, daß es sich das Ansehen zu geben weiß, als fürchte es den Krieg etwas weniger als die andern Mächte.

Die Protectorrolle, die es jetzt über die Türkei annimmt, hindert es nicht, durch seine geheimen Agenten auf die Griechen des Königreichs wie auf die von Konstantinopel zu wirken, und die seltsamsten Gerüchte verbreiten sich unter diesen; Gerüchte, welche auch manchen Aufschluß über die Absichten des Cabinets von Petersburg geben können. Man macht sie glauben, daß der Widerstand des Königs Otto, die Gereiztheit der Türken, welche durch den Beistand der Mächte, auch Solcher, die sich für die Freunde der Griechen ausgäben, genährt werde, nothwendig zu einem Kampfe führen müßten, in welchem die Griechen auch auf solchen Seiten Beistand finden würden, die jetzt den Türken geneigt schienen. Der Ausgang werde die Grenzen Griechenlands bis an die Donau erweitern und Europa in der Regierung des Königs Otto Bürgschaft für seine Interessen finden. Wäre man so weit, so könnten die Griechen an einen Wechsel der Dynastie denken, sich des Artikels ihrer Constitution in Betreff der Religion des Königs erinnern und einem Sohne des Kaiser Nikolaus die Krone übertragen. Würde Europa einem solchen Plane einen ernstern Widerstand entgegenstellen als man besorge, so bliebe immer noch der Ausweg, den Sohn des Herzogs von Leuchtenberg, der ja auch dem bairischen Königshause nahe stehe, zu wählen. Diese Gerüchte machen großen Eindruck auf die lebhafte Imagination der von Alters her leichtgläubigen Griechen. Man fügt hinzu, daß die Moldau und Walachei ohnedies für den Herzog von Leuchtenberg bestimmt seien und auf diese Weise dem Königreiche Griechenland einverleibt werden, und diesem eine Ausdehnung verleihen würden, die dem Orient imponiren müsse. — Daß dieses Project in Rußlands geheimen Planen liegt, glauben wir selbst. Aber ist es ausführbar? Das wird auf Deutschland, England und Frankreich ankommen. Frankreich ist sorglos und ohne rechte Kenntniß der orientalischen Frage und verliert immer mehr an Ansehen. Oesterreich versteht die Lage und die Mittel der Türkei sehr wohl, versteht sich aber, aus altem Mistrauen, zu wenig mit Frankreich. Auch England, obwol es die Pforte zu kräftigen sucht, entfaltet hier wenigstens nicht seine alte Energie und ist hier nicht mehr auf der Höhe seines Einflusses. Rußland aber macht die äußersten Anstrengungen, die griechische Frage auf jenem Boden des Mistrauens, des Hasses und der Hartnäckigkeit zu erhalten, die seinen Planen so günstig sind, und den Knoten so unauflöslich und verworren zu schürzen, als ihm nur möglich ist. Mit lauter kleinen Fäden verwirrt und verflicht es das Gewebe immer dichter und verwickelt nach allen Seiten hin immer mehre in diese Netze. Auch die Slawen im Pfortengebiete strebt es eifrigst an sich zu fesseln. Eben jetzt hat es viele griechische Emissare zu den Bulgaren geschickt. Diese Letztern richten sich aber nach Serbien, was der Pforte treu bleiben zu wollen scheint.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

In Betreff des oftерwähnten nordamerikanischen Transportgesetzes findet, wie die Weser-Zeitung sagt, die jüngst nach einem Privatbriefe gemeldete beruhigende Erklärung des Schatzsecretairs Hrn. Walker (Nr. 136) ihre vollständige Bestätigung. Hr. Walker hat sich von dem Irrthümlichen seiner Auslegung der hinsichtlich des Raumes festgestellten Gesetzesbestimmung überzeugt und in nächster Zeit die Erlassung eines neuen Circulars an die amerikanischen Zollbehörden in bestimmte Aussicht gestellt. Die Zollbehörden in Neuyork hatten überdies, auf eine an sie gerichtete Anfrage, sich lediglich auf das vom Congreß erlassene Gesetz bezogen, sodaß also für die nach dem 31. Mai eintreffenden Auswandererschiffe nur dieses von bindender Gültigkeit sein wird, wonach bekanntlich auf jeden Passagier 14 Fuß Raum mit Inbegriff der

Schlafstellen, jedoch ausschließlich der Räume für Vorräthe, Schiffsbedarf ꝛc. gerechnet werden. Ein etwaniger Verstoß gegen die auf 20 Fuß lautende Auslegung des Schatzsecretairs wird somit schwerlich von nachtheiligen Folgen sein.

— Prinz Ludwig Napoleon Achille Murat, Sohn des ehemaligen Königs von Neapel, ist am 15. April in Florida auf seiner Besitzung in Jefferson County gestorben und am 17. April in Tallahassee unter großer Theilnahme der Bevölkerung beerdigt worden.

Personalnachrichten.

Orden. Braunschweig. Orden Heinrich's des Löwen, Commandeurkreuz 1. Kl.: der preußische Oberst v. Willisen; Ritterkreuz: der preußische Premierlieutenant v. Witzleben. Hohenzollernscher Hausorden 2. Kl.: der österreichische Legationsrath Theodor Ritter v. Kast. Niederlande. Orden der Eichenkrone, Ritterkreuz: der preußische Hauptmann Frommann. Parma. Konstantinischer Gregororden, Senatorgroßkreuz: der österreichische Botschafter am großbritannischen Hofe Graf Moritz v. Dietrichstein. Commandeurkreuz: der österreichische Botschaftsrath in London August Frhr. v. Koller. Ritterkreuz: der österreichische Zahlmeister Karl v. Jeckl; der österreichische Hofsecretair Joseph Edler v. Raymond. Preussen. Stern zum Rothen Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der Kammerherr Leopold v. Buch. 4. Kl.: der Major v. Kleist und der schwedische Lieutenant Karl Oskar v. Funck in Stockholm. Toscana. Josephorden, Commandeurkreuz: der österreichische Botschaftsrath in Rom Ferdinand Ritter v. Ohms.

Todesfälle. Der österreichische Feldmarschalllieutenant und Divisionair v. Schmeling in Krakau ist daselbst gestorben.

Wissenschaft und Kunst.

Wien, 17. Mai. Der Kaiser hat das Patent, die Statuten der neu gegründeten Akademie der Wissenschaften betreffend, erlassen, was wir morgen nachtragen. Zum Curator ist der Erzherzog Johann und zu wirklichen Mitgliedern sind vorläufig folgende Personen ernannt: der Director des Münz- und Antikencabinets Joseph Arneth in Wien; der Director der kaiserl. Staatsdruckerei Aloys Auer in Wien; der kaiserl. Rath Adrian Edler v. Baldi in Mailand; der kaiserl. Hofrath Andreas Baumgartner in Wien; der Professor der Geodäsie und Hydrometrie Anton Bordoni an der Universität zu Pavia; der erste Astronom und Director der Sternwarte Franz Carlini zu Mailand; der Vicedirector des kaiserl. geheimen Hof- und Staatsarchivs Joseph Chmel; der Präsident des kaiserl. Instituts der Wissenschaften und Künste Andrea Conte Cittadella-Vigodarzere zu Venedig; der kaiserl. Kämmerer Emil Graf Dessewffy; der Professor der Botanik Stephan Endlicher in Wien; der Professor der Physik Andreas v. Ettingshausen in Wien; der Director des Hofkammerarchivs Franz Grillparzer in Wien; der kaiserl. Bergrath Wilhelm Haidinger in Wien; der kaiserl. Hofrath Joseph Frhr. v. Hammer in Wien; Karl Frhr. v. Hügel in Wien; der Professor der Anatomie Joseph Hyrtl in Wien; der Professor der Universal- und österreichischen Staatengeschichte Albert Jäger an der Universität zu Innsbruck; Joseph Graf v. Kemeny; der Director der Sternwarte Karl Kreil in Prag; der Secretair des kaiserl. Instituts der Wissenschaften und Künste Johann Labus zu Mailand; der Vicepräsident des kaiserl. Instituts der Wissenschaften und Künste Pompeo Conte Litta in Mailand; der Professor der lateinischen Philologie, classischen Literatur und Aesthetik Albert Muchar an der Universität zu Grätz; der kaiserl. Hofrath Eligius Frhr. v. Münch in Wien; der böhmisch-ständische Historiograph Franz Palacky; der Custos der kaiserl. Naturaliencabinets Paul Partsch in Wien; der kaiserl. Regierungsrath Johann Prechtl in Wien; der Professor der speciellen Naturgeschichte Swatopluk Presl in Prag; der kaiserl. wirkl. Geheimrath und Erzbischof von Erlau Johann Ladislaus Pyrker; der Professor der Chemie Joseph Redtenbacher in Prag; der Professor der Astronomie Johann Santini an der Universität zu Pavia; der Custos der Universitätsbibliothek Paul Schaffarik zu Prag; der Professor der speciellen technischen Chemie Anton Schrötter in Wien; der Professor der praktischen Geometrie Simon Stampfer in Wien; der kaiserl. Historiograph Jodok Stülz; der wirkl. Geheimrath, Gouverneur von Siebenbürgen und Präsident der ungarischen Akademie Graf Joseph Teleky; der Professor der Botanik und Zoologie am ständischen Joanneum Franz Unger zu Grätz; der Professor Beda Weber am Gymnasium zu Meran; der Professor der orientalischen Sprachen Joseph Wenrich in Wien; der Scriptor der kaiserl. Hofbibliothek Ferdinand Wolf; der Professor der technischen Lehranstalt Franz Zippe in Prag.

(*) Berlin, 18. Mai. Das königl. Theater brachte gestern zum ersten Male: „Valentine", Schauspiel in fünf Abtheilungen von G. Freytag, worin zugleich Frl. Bertha Unzelmann als neu engagirtes Mitglied unserer Bühne in der Titelrolle ihre Antrittsrolle gab. Das durch die Aufführung auf andern Bühnen mehrfach günstig angekündigte Stück brachte hier, obwol es zum Theil ausgezeichnet dargestellt wurde (namentlich durch die HH. Hendrichs und Hoppe), doch nicht den Eindruck hervor, welchen man sich nach dem ihm vorangegangenen Lobe versprochen hatte. Der Verfasser hat die ihm inwohnenden poetischen Anlagen sichtlich herabgestimmt, um nur etwas Bühnenmäßiges und theatralisch Gangbares zu erzielen, wobei er eigentlich nicht über das novellistische Interesse, welches in seinem Stücke durchaus vorwaltend ist, hinausgekommen, was den ihm nicht abzusprechenden unterhaltenden Charakter der Dichtung gefördert, aber die höhere Natur des Dramas beeinträchtigt und zurückgedrängt hat. Ueberhaupt tritt es bei dem Stück als ein entschiedener und jede nachhaltige Wirkung aufhebender Mangel hervor, daß es sich darin um nichts Höheres weder in der Idee noch in der Verwickelung handelt, da es sich bei allen interessanten Verschlingungen des Stoffs und der Charaktere nur um ein wesenloses Spiel mit den Begriffen der männlichen Ehre und des weiblichen guten Rufs dreht. Die Charaktere sind mit der Absicht, originell zu sein, eigentlich nur forcirt und aus künstlichen Wunderlichkeiten und geistreichen Gesuchtheiten zusammengewoben, sodaß wir dem ganzen Stück eigentlich kaum ein gesundes haltbares Element nachrühmen können. Frl. Unzelmann scheint von einer Mehrheit unsers Publicums nicht für eine besonders glückliche Acquisition der königl. Bühne gehalten zu werden. Ihre Darstellungen sind als ein beständiger Kampf mit dem allerungünstigsten Organ, das wol je auf dem Theater gehört worden, anzusehen, doch trägt sie durch inneres Leben, Verständniß und warmes natürliches Gefühl sehr häufig den Sieg über ihre sie hindernden Mittel davon.

— Man hat neuerlich in drei englischen Steinbrüchen mit Schießbaumwolle Sprengversuche angestellt, bei denen sich im Vergleiche zum besten Schießpulver eine Ersparniß von 30 Proc. und daß zugleich viel größere Massen als bisher, und zwar ohne Abfall und kleine unbrauchbare Stücke, abgesprengt werden können, ergeben hat. Das Mining Journal hat einen officiellen Bericht, daß in einem Schieferbruch eine Steinmasse von 60 Tonnen (à 2000 Pfd.) im Gewichte mittels 8 Unzen Schießbaumwolle glatt losgetrennt und nicht die geringste Zersplitterung des Schiefersteins bewirkt wurde.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 20. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87¾ Br., 87¼ G., ½ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100½ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ G.; Löbau-Zittauer 57 Br., 56¾ G.; Magdeburg-Leipziger 201 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ bezahlt; Litt. B. 100½ G.; Köln-Mindener 91¼ Br., 91⅛ G.; Thüringer 94¼ Br.; Altona-Kieler 107⅞ Br., 107¾ G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Getreide. * Danzig, 16. Mai. Ungeachtet der hoch gespannten Preise und des Mangels an Schiffen zur Verladung war der Umsatz von Weizen in den abgelaufenen Wochen ziemlich bedeutend. Da die Kartoffelpreise sinken, so wird es auch mit dem Roggen etwas flauer und wird derselbe wol noch etwas mehr herunter gehen. Ausgestellt wurden 1310 Last Weizen, wovon 600 Last verkauft wurden; für beste Waare zahlte man bis 805 Fl., Roggen 650—680 Fl., Spiritus 50 Thlr. pr. 120 Quart 80 Proc. Tr.

— Lord J. Russell hat von dem Freihandelsvereine zu Bordeaux ein Schreiben erhalten, welches die englischen Eingangszölle von französischen Weinen betrifft, welche jetzt für die gewöhnlichsten Weinsorten 400 Proc. des Werths betragen. Der Weinverbrauch, welcher nach Angabe des Vereins in den größten französischen Städten 36 Gallonen per Kopf beträgt, übersteigt daher in England per Kopf kaum das Viertel einer Gallone. Der Verein behauptet nun, daß eine bedeutende Ermäßigung der englischen Weineinfuhrzölle für Großbritannien sowol in commerzieller und finanzieller Beziehung als hinsichtlich der Volkswohlfahrt die besten Folgen haben würde. Wenn man z. B. den Zoll auf 10 Pf. St. per Faß feststelle, so würde der Verbrauch im Lande sich gewiß verzehnfachen und die Zolleinnahme ihren jetzigen Betrag um 2 Mill. Pf. St. übersteigen.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 20. Mai früh 7 Uhr: 1° 8″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 18. Mai. Oestr. Bkact. 1911; 250 Fl. L. 119¼; 500 Fl. L. 154¾; Bair. 3½pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 58½; Darmst. 50 Fl. L. 75⅞; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35¼; Kurhess. 32½. London, 14. Mai. 3pc. Cons. 87⅛; Span. act. 22½; 3pc. 34; pass. 5; Holl. Int. 57⅞. Paris, 15. Mai. 5pc. 115. 65; 3pc. 77. 90; Neap. 102. 75; Bankact. 3255. Wien, 17. Mai. Bkact. 1900; Met. 5pc. 106⅞; 4pc. 97½; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Frankfurt a. M., 18. Mai. Taunusb. 358½; Nordb. 71⅞; Berb. 91¾. Paris, 15. Mai. Eis. St.-Germ. 902½; Versail. r. 330; l. 215; Paris-Orleans 1235; Paris-Rouen 928½; Paris-Strasburg 421½; Paris-Lyon 431½; Rouen-Havre 645; Marseille-Avignon 721½; Strasburg-Basel 188¾; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Bierzen 580; Nord 603¾. Wien, 17. Mai. Nordb. 107; Gloggn. 122½; Mail. 109⅞; Lwern. 88¼; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 19. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅓, 3½pc. Staatssch. 92¾, 3½pc. Pfandbr. westpreuß. 93⅛, ostpreuß. 95¾ Br., pomm. 94½ Br., schles. 97, 4pc. posensche 102⅛, neue 3½pc. 92½, kur- u. neumärk. 95 Br., Louisd. 111¾, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4⅛ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magdeb. 4pc. 89⅛, Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101½ Br., Berl.-Stettin 107½, Breslau-Freib. 4pc. 99⅛, Cöln-Minden 4pc. 91⅛, Crakau-Oberschl. 4pc. 76 Br., Düss.-Elberf. 5pc. 107⅝, Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 107, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113⅓, Niederschles. 87¼, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101¼ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾, Litt. B. 4pc. 97⅓, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85⅛, Prior.-Stamm 4pc. 89½, Prior.-Act. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 93¼, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Nam.-Mastr. 82½ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83 Br., Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 83½ Br., Cöln-Minden 4pc. 91½, Magd.-Wittenb. 84½, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71, Pos.-Starg. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92¼ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 80¾, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94 Br., Bkact. Einl. 16⅞, Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staatspr.-A. 89¼, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber das Vermögen des heimlich nach Amerika ausgewanderten Zeugschmiedemeisters **Mann** hierselbst ist unterm heutigen Tage Concurs erkannt, weshalb alle Diejenigen, welche an denselben Forderungen haben, hiermit edictaliter citirt werden, solche in dem auf

den 8. Juni d. J.

angesetzten Liquidationstermine Morgens 10 Uhr, vor unterzeichnetem Gerichte anzumelden und so viel als thunlich zu bescheinigen, widrigenfalls dieselben mit solchen werden präcludirt werden.

Gegeben **Braunschweig**, den 14. April 1847.

Herzogliches Kreisgericht.
Wirk.

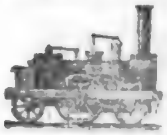
[1647—49]

Bei **F. A. Brockhaus** in Leipzig erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Ungarische Zustände.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr.

Für Diejenigen, die zu einer klaren Anschauung über die in der ungarischen Nation sich kundgebenden Regungen und Bestrebungen gelangen wollen, wird diese Schrift von ganz besonderm Interesse sein. [2051]



Nachweis

über den Bau der

Chemnitz-Riesaer Eisenbahn

in den Monaten

Januar, Februar, März und April 1847.

Monate.	Fertige Planie in Ellen		Es fehlen noch Ellen	Bewegte Erdmassen in Cubikellen		Fertiges Steinbett in Ellen	Gelegte Schwellen und Schienen in Ellen	Arbeiterzahl.			Pferde zum Erdtransport
	im Monate	in Summa		im Monate	in Summa			Inländer	Ausländer	in Summa	
Bis Ende December 1846 war vollendet	—	74,048	43,152	—	15,507,863	26,300	20,700	—	—	—	—
Januar	350	74,398	42,802	221,871	15,729,734	26,300	22,100	2009	231	2240	113
Februar	220	74,618	42,582	204,682	15,934,416	26,400	25,100	1776	244	2020	96
März	1350	75,968	41,232	410,775	16,345,191	27,300	27,000	2052	427	3079	106
April	7598	83,566	33,634	583,500	16,928,691	33,300	32,600	5082	792	5874	168

Anmerkungen.

I. Erd- und Steinbrecher-Arbeiten. Seit dem 1. Januar sind 1,420,928 Cubikellen Boden bewegt und 9518 Ellen Planie fertig geworden. Von der Planie der Bahn (117,200 Ellen) sind 83,566 Ellen vollendet und bleiben noch 33,634 Ellen herzustellen.

II. Größere Kunstbauten. Viaduct bei Ostrau ist vollendet. — Muldenbrücke bei Rauchlitz. Die Untermauerung der Gleise und das Aufbringen des Gesimses ist in Arbeit und wird der ganze Bau in wenigen Wochen übergeben werden. — Eschopaubrücke bei Limmritz. Zu Pfeiler 2 und 10 wird Grund gegraben, Pfeiler 4 ist 4 Ellen über dem Rost, an den Pfeilern 5, 6, 7, 8 sind 7 Quaderschichten über dem Rost aufgebracht, zu Pfeiler 9 wird der Klopfdamm gebaut, Pfeiler 10 ist bis zur 11. Quaderschicht über dem Rost, Pfeiler 11 ist dem Wasserspiegel gleich, Pfeiler 12, 13, 14 sind 1 Elle über dem untern Sockel, Pfeiler 15 ist 1 Elle, Pfeiler 16 3 Ellen, Pfeiler 17 10½ Ellen, Pfeiler 18 8 Ellen unter dem untern Sockel fertig. — Viaduct bei Saalbach. Am Pfeiler 2 fehlen noch 13½ Ellen, am Pfeiler 3 und 4 noch 22 Ellen bis zum Kämpfer. — Viaduct bei Steina. Zu den Pfeilern 1, 2, 3, 4 wird Grund gegraben, bei Pfeiler 5 und 6 fehlen noch 1 und 2 Ellen bis zur Terrainhöhe, an den Pfeilern 7, 8, 9 fehlen noch 6, 7, 8 Ellen, an den Pfeilern 10, 11, 12, 13, 3 bis 6 Ellen bis zum Sockel. — Viaduct an der Kummermühle, Bei Pfeiler 3, 4, 5 und 6 fehlen noch 18½ bis 31 Ellen bis zum Kämpfer; zu Pfeiler 7 und 8 wird Grund gegraben. — Viaduct bei der Diedenmühle. Der 1. Pfeiler ist 2 Ellen 15 Zoll unter der Terrainhöhe, Pfeiler 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 sind 2½ bis 18 Ellen über dem Terrain aufgemauert. — Viaduct bei Heilgenborn. Der Schwellrost zum 2. Landpfeiler wird gelegt, am 1. Landpfeiler wird der Grund gemauert, der 1. Mittelpfeiler ist bis zur Terrainhöhe gemauert, am 2. Mittelpfeiler fehlt noch 1 Elle bis zur Terrainhöhe. — Viaduct bei Neumiltkau. Es wird an den Grundmauern gearbeitet. — Viaduct bei Crossen. Die Bögen 4 und 5 werden geschlossen, die Stirnmauern aufgemauert. — Viaduct bei Altmittweida. Das Hauptgesims wird gelegt. — Viaduct bei Ottendorf. Die Pfeiler sind mit Ausnahme des einen Widerlagers bis zur Sockelhöhe aufgemauert.

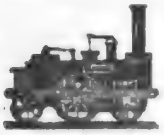
III. Kleinere Kunstbauten. Von den auf der ganzen Linie vorkommenden 234 kleinern Kunstbauten sind 213 vollendet und 12 im Bau begriffen.

IV. Oberbau. Derselbe ist von Riesa ab auf 21,500 Ellen und von Döbeln nach Riesa zu auf 11,100 Ellen vollendet. Die noch fehlende Bettung ist in Arbeit; die Legung des Oberbaues schreitet rasch vorwärts, sodaß die Strecke zwischen Riesa und Limmritz in nächster Zeit befahren werden kann.

V. Gebäude. Auf dem Bahnhofe Riesa ist das Maschinenhaus, die Güterhalle und der Cokesschuppen fertig. Auf dem Bahnhofe Döbeln ist der Brunnen vollendet und das Wasserstationsgebäude bis zur Sockelhöhe aufgemauert. Das Bahnwärterhaus bei Station 597 ist in Angriff genommen. Auf dem Bahnhofe Chemnitz ist das Cokesgebäude vollendet.

Directorium der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn-Gesellschaft.
v. Hake.

[2052]



Leipzig-Dresdner Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Auf vielseitig ausgesprochene Wünsche ist **ausnahmsweise** die Anordnung getroffen worden, daß zu den gegen **halbe Taxe** fahrenden **Extrazügen** für **beide Pfingstfeiertage** nur ein besonderes Billet ausgegeben wird. Dieses Billet kann beliebig wie folgt für einmalige Hin- und Herreise benutzt werden:

1) zur Abfahrt:

am **ersten** oder am **zweiten Feiertage** früh um 5 Uhr.

2) zur Rückfahrt:

a) am **ersten Feiertage** Nachmittags um 5 Uhr oder Abends um 7 Uhr, oder
b) am **zweiten Feiertage** früh um 5 Uhr, oder Vormittags um 10 Uhr, oder Nachmittags um 5 Uhr, oder Abends um 7 Uhr, oder endlich
c) Dienstag **(dritter Feiertag)** früh um 6 Uhr.

Die Billets in alle Wagenklassen, von und nach allen Stationen, kosten wie schon bekannt die gewöhnliche Taxe der Postzüge, gelten aber für Hin- und Herreise und werden auf allen Stationen an Jedermann einzeln oder in jeder beliebigen Anzahl ausgegeben. Auf ein Billet passiren 2 Kinder unter 12 Jahren.

Gepäck wird auf Extrabillets nicht expedirt.

Leipzig, den 15. Mai 1847.

Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie.
Gustav Harkort, Vorsitzender.
F. Busse, Bevollmächtigter.

[1969—71]

Apenninen-Bahn von Pistoja über Porretta.

Durch Beschluß der Direction vom 18. März ist eine Hauptversammlung der Actionaire

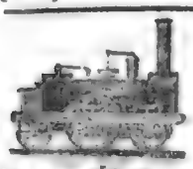
für den 22. Juni 1847 in Florenz

einberufen worden. Diejenigen auswärtigen Actionaire, welche an derselben Theil nehmen wollen, haben bis zum 7. Juni d. J. ihre Actien bei dem Agenten der Gesellschaft vorzuzeigen, wogegen sie Certificate empfangen, gegen welche im Bureau der Gesellschaft in Florenz die Eintrittskarten zur Versammlung ertheilt werden.

Die unterzeichneten Agenten sind auch mit Auszahlung der jetzt fälligen Zinsen beauftragt.

Leipzig, den 17. Mai 1847.

[2042] ***Dufour Gebr. & Co.***



Kundmachung

an die Herren Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die Herren Actionaire werden hiermit ersucht, die **siebente** statutenmäßige Ratenzahlung pr. zehn Procent mit 25 Fl. C.-Mz. für jeden Interims-Partialschein zu 250 Fl.

am 1. Juli d. J.

bei der Hauptkasse der Unternehmung
in Wien, Obere Bäckerstraße Nr. 752,
in Pesth, bei der Pesther Ungarischen Commerzialbank,
in Berlin, bei den Herren **Hirschfeld & Wolff**,
in Leipzig, bei den Herren **Dufour Gebr. & Comp.**
zu leisten.

Presburg, den 1. Mai 1847.

[1852—54] **Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.**

Antiquarische Bücher-Anzeige.

Nachstehende neue vortreffliche Werke sind zu den beigesetzten sehr billigen Antiquar-Preisen nur in dem antiquarischen Lager der Buchhandlung von **L. Schreck** in Leipzig zu haben:

1) **Goethe's** sämmtliche Werke. 40 Bde. Eleg. gebdn. 3 Louisdor.
2) „ „ „ Neueste Ausg. 4 Bde. Lexikon-Format. 2 Louisdor.
3) **Schiller's** „ „ 12 Bde. Eleg. gebdn. 5 Thlr.
4) **Byron's** „ „ 10 Bde. Eleg. gebdn. 2 Thlr.
5) **Bulwer's** „ Romane, 96 Theile in 28 Bdn. Sehr eleg. gebdn. 8 Thlr., brosch. 4 Thlr.
6) **Stunden der Andacht.** Neueste Ausg. in 8 Bdn. Sehr eleg. gebdn. mit Goldschnitt. 7½ Thlr.
7) **Blanc**, Geschichte der 10 Jahre 1830—40. 5 Bde. Nur 1 Thlr.
8) **Thieme's** engl.-deutsch. und deutsch-engl. Handwörterbuch. (40 Bog.) Ganz neu. Eleg. gebd. Nur 1 Thlr.
9) **E. Sue**, Martin der Findling. 10 Bde. Nur 1½ Thlr.
10) „ Der ewige Jude. 10 Bde. Nur 1½ Thlr.
11) „ Mathilde. 6 Bde. 20 Ngr.
12) **Dumas**, Der Graf von Monte-Christo. 10 Bde. Nur 1½ Thlr.
13) **Hoffmann**, Die Erde und ihre Bewohner. 48 Bog. Mit Kupfern. Nur 22½ Ngr.
14) **Lamartine's Werke**, übersetzt von Herwegh. Nur 1 Thlr.
15) **Rotteck's** Allg. Weltgeschichte von den frühesten Zeiten bis 1840. 6ste Aufl. (1847) 10 Theile. 5 Bde. Nur 1½ Thlr.
16) **Paul de Kock's** Romane. 101 Bändchen. Nur 8 Thlr.
17) **Pierer's Universal-Lexikon.** (Soeben beendigt.) 34 Thle. compl. Eleg. gebd. Nur 20 Thlr.

☞ Aus meinen großen Vorräthen von vortrefflichen belletristischen Werken habe ich kleine charmante Unterhaltungsbibliotheken zusammengestellt, die ich für den Aufenthalt auf dem Lande oder in Bädern besonders empfehlen kann; selbige bestehen **aus 50 Bänden (35 zum Theil classischen Werken)**, welche ich **für nur 10 Thlr.** ablasse. Auch gestatte ich, daß man aus diesen 50 Bänden 25 auswählt, wofür ich nur 6 Thlr. verlange. [2035]

Verzeichnisse sind gratis zu haben.

Ludwig Schreck in Leipzig.

Haupt-Depôt

der

Berndorfer Neusilber-Waarenfabrik

in ***Wien***

bei

Chr. Morgenstern & Co. in Leipzig.

Das Lager enthält ein vollständiges Sortiment von Speise-, Thee-, Vorlegelöffeln, Messerstielen und Gabeln in verschiedenen Qualitäten und Façons, welche von dem **reinsten Neusilber mittels Maschinen nach einem neuen System erzeugt** und bei den billig gestellten Preisen vor allen hier bekannten derartigen Neusilber-Waaren noch den Vorzug haben, daß sie sich durch ihre Stahlhärte, feine Spiegelpolitur und solide Arbeit besonders auszeichnen. [2040]

Karl Melzig,

Besitzer des Gasthofes

Zum Kaiser von Oestreich in Prag,

nahe dem Bahnhofe, der k. k. Post und dem Hauptzollamte, mit 60 neu und geschmackvoll eingerichteten Zimmern, geräumigen Stallungen und Wagenremisen, aufmerksamer und prompter Bedienung, empfiehlt sich dem Wohlwollen aller Herren Reisenden. [1958—61]

Gasthofs-Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich den Gasthof

Zum goldnen Hirsch in *Teplitz*

von meinem seligen Vater seit dem 1. Januar übernommen habe, und versichere den mich beehrenden Herren Reisenden eine prompte und billige Bedienung.

Carl Adolph Wiener,

[2013—45] Gasthofsbesitzer zum goldnen Hirsch.

Lithograph-Gesuch.

Ein **Lithograph** wird zu engagiren gesucht, der geübt im Schriftfach mit der Feder sowie vorzugsweise in der gravirten Manier, und moralisch solid ist. Probearbeiten und Bedingungen bittet man unter der Chiffre **B. A.** an Herrn Coiffeur **Dittrich**, Neumarkt in **Leipzig**, einzusenden, der auch über Näheres Auskunft zu geben die Güte haben wird. [2023—25]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 21. Mai. Mit aufgehobenem Abonnement: **Zweites und letztes Concert der Geschwister Neruda.** — Dazu: **Die Schule der Verliebten**, Lustspiel von Carl Blum. **Jobst**, Herr **Heymann**, vom Hoftheater zu Braunschweig, als erste Gastrolle.

Bedeutende politische Schrift.

☞ Soeben versandten wir den zweiten Band von [2026—27]

F. v. Florencourt's

Zeitbildern.

Preis 1⅓ Thlr.

Derselbe enthält:

I. Bemerkungen zu der neuen preußischen Verfassung. — Die offen ausgesprochenen Motive des Königs bei Erlassung des Patents vom 3. Febr. 1847.
II. Das entscheidende Moment.
III. Preßfreiheit und Censur.
IV. Die Einkommensteuer.
V. Politische Literatur der Gegenwart in Deutschland, in den letzten 5 Jahren.

Der erste Band enthält:

I. Die Fehler der Hannoverschen Opposition.
II. Lornsen, Schleswig-Holstein.
III. Die Preußischen Provinziallandtage.
IV. Itzstein und Hecker's Verweisung aus Preußen.
V. Ueber Niebuhr.

Die politischen Artikel dieses trefflichen Publicisten haben bereits in Deutschland eine Anerkennung gewonnen, die uns jeder Anempfehlung dieses seines neuesten Werkes überhebt, das die wichtigsten Zeitfragen eben so geistreich als freimüthig und mit gründlicher Wissenschaft lehrreich bespricht.

Verlags-Comptoir in Grimma.

Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich nur auf diesem Wege

Mathilde Fränkel,
Simon Bernhardt.

Leipzig und Berlin. [2049]

Todes-Anzeige.

Heute Mittag 12 Uhr starb unser guter Gatte, Vater und Schwiegervater, der Königlich Württembergische Hauptmann außer Dienst **Karl Ferdinand Weiland**, nach sechswöchentlichem Krankenlager im 65sten Lebensjahre.

Wir machen dies mit tiefbetrübtem Herzen unsern Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, bekannt.

Gera, den 18. Mai 1847. [2050]

Die Hinterbliebenen:

Marie verw. **Weiland**, geb. **Schneegaß**, Gattin;
Pauline verehel. Landkammerrath **Krause**, geb. **Weiland**, als Tochter.
Georg Karl Leopold Krause, Fürstl. Reuß. Plauischer Landkammerrath, als Schwiegersohn.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Robert Kießel in Döbeln mit Frl. Laura Beck. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Gustav Klähisch in Breslau mit Frl. Luise v. Ahlefeldt in Bertholdsdorf. — Hr. Theodor Müller in Großenhain mit Frl. Henr. Mielsch. — Hr. Lehrer Gustav Riedel in Meerane mit Frl. Emilie Möschler. — Hr. Adolf Seidenschnur in Berlin mit Frl. Minna Kühn. — Hr. Julius Weißbach in Freiberg mit Frl. Emmeline Bahr in Schandau.

Getraut: Hr. J. Friedrich in Landsberg a. d. W. mit Frl. Auguste Wolfram. — Hr. Ciseleur Georg Retto in Berlin mit Frl. Julie Elise Bock. — Hr. Karl Riemann in Berlin mit Frl. Auguste Müller. — Hr. C. M. Schmiedt in Großenhain mit Frl. Luise Eicke aus Zeithain.

Geboren: Hrn. Major Cramer in Frankenstein eine Tochter. — Hrn. Dr. Freund in Karlsruh D. S. eine Tochter. — Hrn. Aug. Klunder in Bückeburg eine Tochter. — Hrn. Max Anton Orlopp in Nieder-Strawalde eine Tochter. — Hrn. Apotheker Rothe in Fraustadt eine Tochter. — Hrn. Oberförster Wichmann in Puppen eine Tochter.

Gestorben: Frau J. D. Angermann in Leipzig. — Hr. Dr. Bruno Adalbert Augustin in Halberstadt. — Frau Ch. Henriette Hofmann in Cavertitz. — Hr. Kaufmann S. R. Horwitz in Breslau. — Frau Land- und Stadtgerichtsdirector Lewine Kunowski in Landsberg a. d. W. — Hr. Major Otto August Martini in Zwickau. — Hr. Zolleinnehmer J. M. G. Protzen in Bredereich. — Frau Mathilde Röthing in Dommitzsch. — Frau J. Schurigt in Kreischa. — Hr. Universitätsrentmeister S. G. Wachs in Leipzig. — Hr. Lieutenant Rudolf v. Witowski in Ohlau.

Sonnabend — Nr. 142. — 22. Mai 1847

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Von der Nordsee. Veracruz und Antwerpen. †Hannover. Tod des Ministers v. Stralenheim. †Kassel. Der Tischtitel. Darmstadt. Landtag. — Das Budget von Sachsen-Weimar. *Altenburg. Auslieferungsvertrag. *Lückeburg. Theuerungsmaßregeln.
Preußen. Berlin. Landtag. *Posen. Der Landtag. Die Polen. Petition. *Aus der Provinz Preussen. Die Einkommensteuer. †Aus Schlesien. Conversionen.
Oesterreich. Erzherzog Ludwig. *Aus Böhmen. Die Getreidehändel.
Portugal. Der Bürgerkrieg.
Spanien. Geburtstagsfeier der Königin. Pater Fulgencio. Die Minister nach Aranjuez. Theuerungstumulte. General Pavia.
Großbritannien. Unterhaus. Die Tories. Einberufung des Colonialparlaments in Canada.
Frankreich. Parlament. Hr. Dumon gegen die Abschaffung des Zeitungsstempels. Die Bittschrift von Hieronymus Bonaparte. Die Zeitungen. Graf Duchatel. Das Geschwader des Prinzen von Joinville. Don Enrique. General Narvaez. Tod des Barons Liebermann. ψParis. Das Ministerium.
Niederlande. *Amsterdam. Der Katholicismus in den Colonien.
Schweiz. Solothurner Offiziere. Preßpolizei in Bern. Die genfer Verfassung. Württembergische Note.
Schweden und Norwegen. *Stockholm. Der König. Das Getreidewesen. Die Schiffahrt. Prof. Geijer.
Rußland und Polen. *Petersburg. Taufe.
Türkei. Konstantinopel. Rüstungen. Exzesse. Die griechisch-türkische Differenz.
Personalnachrichten.
Wissenschaft und Kunst. Die Befreiungshalle bei Kelheim.
Handel und Industrie. *Altenburg. Zollwesen. *Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.
Ankündigungen.

Deutschland.

‖ **Von der Nordsee**, 19. Mai. Als Ihr berliner *-Correspondent in Nr. 138 die auf den Erfolg des nordamerikanischen Angriffskriegs begründete Anmuthung in Betreff der stehenden Heere zurückwies, eine Anmuthung, welche auch nur der Leichtsinn oder die Sophistik eines Parteigängers auf die erste Kunde eines einzelnen Factums gründen konnte, wußte er noch nicht, welche häßliche Kehrseite dieser gerühmte Sieg der Yankees gehabt hat. Sie haben sich nicht gegen die Wälle von S. Juan de Ulloa gewagt, sie haben diese Veste nicht genommen, sondern dadurch erschlichen, daß sie einen reichen, bevölkerten, unbefestigten Platz bombardirten und auch dabei alle durch die Gebräuche civilisirter Völker geheiligten Rücksichten gegen Hospitäler, Neutrale, Frauen und Kinder aus den Augen setzten, um nur durch Schreck und Noth eine schnelle, freiwillige Uebergabe zu erwirken. Die neuere Kriegsgeschichte Europas bietet einen Vorgang dar, welcher den entschiedensten Contrast zu der schmählichen Heldenthat des Generals Scott bildet: die Belagerung der Citadelle von Antwerpen und deren Vertheidigung durch den General Chassé im Jahr 1832. Hier lag es dem General Chassé sehr nahe, das reiche Antwerpen, was bereits unwiderruflich bestimmt war, ein Bestandtheil des verhaßten Belgiens zu werden, und zahlreiche Güter und Schiffe der Nationen, über die sich Niederland zu beschweren hatte, in seinem Schooße barg, zu bombardiren; ja die Vertheidigung der Citadelle mußte dies nothwendig machen, wenn sie von dort aus angegriffen ward. Statt dessen verglichen sich Marschall Gérard und General Chassé darüber, daß der Erstere sich alles Angriffs von der Seite der Stadt aus, der Letztere jeder Beschädigung der Stadt enthalten wolle; die so geschlossene Uebereinkunft wurde mit der Treue, die sich bei allen von europäischen Kriegern über den Krieg und seine Führung geschlossenen Verträgen von selbst versteht, unverrücklich beobachtet und die dadurch verzögerte Belagerung regelrecht zu Ende geführt.

Wir wollen nicht das Verfahren jenes hamburger Publicisten nachahmen und aus dem Vorgange von Veracruz einen entscheidenden Grund gegen alle aus Freiwilligen gebildeten Heere — Nationalheere sind unsere stehenden Heere auch — entlehnen. Die rohen Hinterwäldler und all dieses aus dem zuchtlosen Gesindel der südlichen Colonien zusammengelaufene Volk sind nicht mit dem ritterlichen Aufschwung einer erlesenen Jugend zu vergleichen, wie sie die gebildeten Völker Europas in den Tagen von 1813 in den Kampf sendeten. Aber Das darf allerdings nicht aus den Augen gelassen werden: daß für die strenge Behauptung des europäischen Kriegsrechts, welches so großartige, wohlthätige Milderungen der Schreckniße des Kriegs in sich faßt, eine sehr sichere Disciplin und ein sehr lebendiger Sinn für ritterliche, soldatische Ehre und ihre Vorschriften die ersten Bedingungen sind. Ueberhaupt hat sich das aus der Courtoisie des Ritterthums erwachsene Kriegsrecht, die neuere Kriegsmanier, in innigstem Einklange mit den stehenden Heeren ausgebildet, westhalb es auch im Bürgerkriege gänzlich in Wegfall zu kommen pflegt und bei einem durch allgemeine Volksbewaffnung geführten Kriege meistens wenigstens sehr vernachlässigt wird. Die in ihm liegende Schonung des Feindes, die Vermeidung unnöthiger Grausamkeit beruht auf dem Bewußtsein: daß der Feind nicht in persönlichem Hasse, sondern in Erfüllung derselben Berufs- und Standespflicht streite, welche auch uns unter die Fahnen rief. Die gegenseitige unverrückliche Beobachtung der Vertragstreue beruht auf der unbedingten Gewißheit: daß sie eben, begründet auf soldatische Ehre und feste Kriegszucht, eine gegenseitige sein werde. Die Schonung der friedlichen Bürger und ihres Verkehrs und Eigenthums beruht auf der Bedingung: daß sie eben friedliche Bürger und bei Herd und Geschäft bleiben.

† **Hannover**, 19. Mai. Während wir noch in Ungewißheit über das endliche Schicksal unserer Civilproceßordnung schweben, ist dieser Sache durch ein Ereigniß vielleicht eine entscheidende Wendung gegeben, auf das man weder rechnen noch es vermuthen konnte, nämlich durch den Tod des Justizministers Frhrn. v. Stralenheim. Derselbe war in dem hergebrachten Gange der Dinge schon recht alt geworden, über 70 Jahre; Beweglichkeit war selbst in frischern Tagen seine Sache nicht gewesen; man lobt übrigens seine außerordentliche Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit. Es läßt sich denken, daß in seinen Jahren der Uebergang zu völlig neuen Verhältnissen schwer wird; ein solcher Uebergang ist Aufgabe der Jugend und der Begeisterung, die Schwierigkeiten sucht und in ihrer Besiegung sich gehoben fühlt. Wahrscheinlich hat es dem hingeschiedenen Minister nur an dieser letztern Eigenschaft, nicht an gutem Willen gefehlt, zu helfen und zu bessern. Wahr aber ist, daß er uns nach 20jährigem Besitz des Justizportefeuille einen Civilproceß hinterläßt, den sein eignes Organ in der letzten Kammer mehr als ein Mal einen wahren „Proceßjammer" genannt hat, und ein Strafverfahren, über dessen Verkommenheit die Stimmen aller Parteien so einig sind, daß dasselbe erwähnte Organ die bittere Nothwendigkeit baldigster Neuerungen zugeben mußte. Für das Unterrichtswesen hat er ersprießlicher gewirkt; aber auch in diesem Zweige seiner Verwaltung traf ihn das Misgeschick, daß der Abgang der sieben Professoren von der Universität, deren Curator er war, dieser eine Wunde schlug, von der viel größere Anstrengungen als die unternommenen sie so bald nicht zu heilen vermocht hätten.

† **Kassel**, 17. Mai. So sehr die hessische Regierung auch darauf bedacht ist, alle Ursachen zu Conflicten mit der römischen Confession zu vermeiden, und dies namentlich durch ihre Behandlung der katholischen Dissidenten beweist, so können doch, selbst nachdem sich die leidige Mischehensache einigermaßen beruhigt hat, nicht alle und jede Conflicte vermieden werden. So gibt jetzt wiederum der sogenannte Tischtitel, d. i. die Versicherung des Staats, daß er einem geweihten römischen Priester den Lebensunterhalt reichen werde, so lange derselbe ohne Amt und Einkommen sei, zu verschiedenen Ansichten Veranlassung. Nach dem Concordate hat sich die Staatsregierung verpflichtet, in den frühern geistlichen Besitzungen des Landes, z. B. im Fuldaischen, den zu weihenden Priestern den Tischtitel zu geben. Der Bischof verlangt dies jedoch unbedingt, die Regierung dagegen will die Verleihung des Tischtitels davon abhängig machen, ob der zu weihende Beneficiat eine persona grata sei oder nicht. Letzteres scheint billig zu sein. Denn einmal könnte der Bischof eine Anzahl Priester weihen und den Staat somit zwingen, sie zu erhalten; dann ist es doch zu viel verlangt, daß die Regierung Beamte noch lebenslänglich besolden soll, von denen sie weiß und voraussieht, daß sie ihr amtlich entgegen sein werden. Jedenfalls liegt die Ursache zu der beregten Vorsichtigkeitsmaßregel der Regierung in dem Umstande, daß die römisch-deutschen Prälaten, besonders in Norddeutschland, wo die „guten" Katholiken immer seltener werden, häufig Jesuitenzöglinge aus dem deutschen Collegium zu Rom zur Bekehrung der „schlechten" Katholiken und zur Bekämpfung der protestantischen Regierungen herbeiziehen. Dies ist bereits in Hannover geschehen und hat die dortige Regierung zu Präventivmaßregeln genöthigt. Unsere hessische kommt in den gleichen Fall, und dieselbe wird ihre Rechte und die ihrer protestantischen Unterthanen gegen die jesuitischen Eindringlinge dadurch zu wahren wissen, daß sie die-

sen feldflüchtigen romanisirten Jünglingen nicht noch Unterstützungen reicht und sie dadurch in den Stand setzt, angestellt oder nichtangestellt die Ruhe des Vaterlandes zu stören.

Darmstadt, 17. Mai. In der heutigen Sitzung der II. Kammer der Stände wurde die Berathung über den Gesetzentwurf, den Umfang, die Beschränkung und Ablösung der Weideberechtigungen in Starkenburg und Oberhessen betreffend, fortgesetzt und beendigt. Die Kammer ging sodann zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Beschränkung der Befugniß zur Verehelichung über. Die Position 1 des Art. 1 veranlaßte eine mehr als dreistündige Discussion. (Hess. Bl.)

— Aus dem von dem Landtage von **Sachsen-Weimar** festgestellten Budget ist zu ersehen, daß zur Bestreitung des Staatshaushalts aufzubringen sind: im Jahre 1848 848,397 Thlr., im Jahre 1849 848,079 Thlr., im Jahre 1850 847,761 Thlr.; die Einnahme übersteigt die Ausgabe am Schlusse der Finanzperiode um einen Ueberschuß von 99,045 Thlr. Der von den Ständen genehmigte Militairetat beträgt außerdem 127,565 Thlr. und ist gegen die in Vorschlag gebrachte Summe um 17,398 Thlr. verkürzt worden. Die Landesschuld beläuft sich gegenwärtig auf 3,515,341 Thlr., und die Zinsen dafür auf 124,568 Thlr. Getilgt sollen werden im Laufe der nächsten Finanzperiode 194,260 Thlr., sodaß am Ende derselben die fundirte Landesschuld nur noch 3,351,080 Thlr. betragen wird. (Fr. J.)

* **Altenburg**, 18. Mai. Aus dem heute ausgegebenen Stücke der Gesetzsammlung ist ersichtlich, daß nun auch unser Herzogthum in die Reihe der deutschen Staaten getreten ist, welche sich mit Belgien in ein engeres Gegenseitigkeitsverhältniß in Bezug auf Auslieferung von Angeklagten und Verbrechern gesetzt haben. Die diesseitige, vom Minister Edlen v. Braun mit dem Minister Rothomb vermittelte Uebereinkunft datirt vom 18/28. Oct. v. J. und weicht in keinem wesentlichen Punkte von den von Seiten Belgiens mit andern deutschen Bundesstaaten in den letzten Jahren geschlossenen vielfachen gleichartigen Verträgen ab.

* **Bückeburg**, 16. Mai. Während, was dankbar anerkannt werden muß, die hiesige fürstl. Rentkammer schon alsbald nach der vorjährigen dürftigen Aernte die unter ihrem Ressort stehenden Branntweinbrennereien von Kartoffeln gänzlich hat einstellen und ebenso auch das Brennen aus Korn sehr einschränken, bald aber auch ganz aufhören lassen, wird nunmehr, nachdem der drückender gewordene Nothstand weiter greifende Maßregeln erheischt, mit einer gestern bekanntgemachten fürstl. Verordnung — in Uebereinstimmung mit Hannover — das Branntweinbrennen sowol aus Korn als aus Kartoffeln allgemein bis zum 15. Aug. bei hoher Geldstrafe und Confiscation verboten. Ebenso wird damit gleichzeitig die Ausfuhr der Kartoffeln in diejenigen Staaten untersagt, in welchen gegen das hiesige (zum hannoverschen Steuervereine gehörige) Fürstenthum ein Ausfuhrverbot besteht (Preußen). Und endlich wird die bis zum 1. Aug. schon erfolgte Aufhebung der Eingangsabgabe von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten, unter Ausdehnung auf Mühlenfabrikate außer dem befreiten Mehl, auch auf Graupen, Gries, Grütze, Mais, Maismehl bis zum 1. Oct. d. J. erstreckt.

Preußen.

Berlin, 20. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände nahm zuerst der Abg. Coqui von der mit Freuden und Dank begrüßten Erklärung des königl. Commissars in der gestern berichteten Sitzung Veranlassung, den in den Abtheilungen wirkenden Commissaren gleiche Offenheit zu wünschen und sich über Kargheit ihrer Mittheilungen und Zähigkeit in ihren Ansichten zu beschweren. Der Landtagscommissar fand keinen Anhalt zur Erwiderung, da keine speciellen Fälle angeführt werden. Graf Finkenstein, v. Massow und später auch der Abg. Knoblauch widersprachen der ganzen Behauptung aufs entschiedenste. Der Abg. v. Saucken ging zu einem beredten Erguß über die Nothwendigkeit des Vertrauens und die Einigkeit über, die er auf die Geschichte der Zeit von 1806—13 und namentlich des Befreiungskampfes stützte. Stände und Räthe der Krone möchten sich als einen gemeinsamen Körper betrachten. Hr. v. Bismark-Schönhausen widersprach zuvörderst nochmals der Behauptung, als habe sich die Majorität durch die letzte Abstimmung gegen die Gesetzgebung vom 3. Febr. erklären wollen: dann auch der andern, als ob es im Jahr 1813 eines andern Motivs bedurft hätte als der Schmach, daß Feinde in unserm Lande geboten. (Murren.) Solche Auffassung hieße der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen. (Wiederholtes Murren.) Abg. Krause erwiderte, was die Ursache jener Bewegung gewesen, könne der Redner nicht beurtheilen, da er damals nicht gelebt habe. (Beifall.) Die Idee der Freiheit habe im Volke gelebt und sei zur That geworden. (Beifall.) Auch der Abg. Gier, der 1813 mit gefochten, protestirte, führte jedoch als Gründe des damaligen Aufschwungs auch nur an: „Wir eilten zum Kampfe nicht blos gegen äußern Druck, nicht aus Haß gegen eine fremde Nation; uns führte Liebe zum deutschen Vaterlande, das wir frei von Fremdherrschaft wissen wollten. Es war etwas Höheres." (Bravo.) Hr. v. Bismark erklärte, sein Bedauern, nicht damals schon gelebt zu haben, werde jetzt vermindert. Er habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben sei er aber belehrt worden, daß sie im Inlande gelegen, und sei nicht sehr dankbar für diese Aufklärung. Hierauf brachte der Frhr. v. Vincke die Eingabe der 138 Mitglieder zur Sprache, beschwerte sich über das „seltsame und befremdende" Verfahren des Marschalls der vereinigten Curien, unter großer Anerkennung des den Gegensatz bildenden Verfahrens des Landtagsmarschalls der Ständecurie und bat, daß die Eingabe verlesen werden dürfe, was auch, unter der Bedingung, daß sich keine Berathung daran knüpfe, vom Landtagsmarschall bewilligt wurde. (S. Beilage.) Frhr. v. Vincke las nun das Antwortsschreiben vor, womit ihm der Landtagsmarschall die Eingabe zurückgeschickt, protestirte gegen das Verfahren in der Herrencurie, enthielt sich jedoch jeder Kritik des bei dieser Gelegenheit dort Gesagten, weil er das für unparlamentarisch und unter der Würde der Curie der drei Stände halte, und suchte übrigens die gewählte Form einer Erklärung statt einer Petition zu rechtfertigen. Letzterer Weg dränge die Krone, die mit fester Ueberzeugung der Rechtmäßigkeit ihrer Schritte gehandelt habe, zu einer Entscheidung, und das solle man nicht, man solle nur seine eigne Rechtsansicht wahren. Er wolle „vorläufig" nicht die ausgedehnten ständischen Rechte der Vergangenheit reclamiren, wohl aber das seit Menschengedenken verliehene und „für unwiderruflich erklärte". Schließlich beantragte er Verweisung des Antrags an eine Abtheilung. (Allgemeines Bravo.) Der Landtagsmarschall vertheidigte zuerst sein eignes Verfahren. Er hätte den Antrag sogleich zurückgeben sollen, hätte aber einen Weg eröffnen wollen, auf dem er doch vielleicht zur Berathung kommen konnte. (Von vielen Seiten Bravo.) Das Wort wolle er keinem Redner nehmen, aber ein Beschluß könne nicht gefaßt werden. Hierauf trug der Abg. v. Auerswald darauf an, daß auch keine Discussion stattfinden solle, die nur unnöthig aufregen könne, und die große Mehrheit stimmte Dem bei. — Dann ging man zur Verlesung der ständischen Schrift über das Beschaltenheitsgesetz über, woran sich eine Verhandlung über das Formelle dieser Schriften knüpfte. So weit die Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung.

* **Posen**, 18. Mai. Den Verhandlungen des Vereinigten Landtags folgt man hier mit großer Spannung, und namentlich haben die letzten Debatten allgemeines Interesse erregt. Bei alle Dem verhehlt man sich nicht, daß die Discussionen viel Unparlamentarisches haben und dadurch oft breit, farblos und ermüdend werden; statt sich in Fractionen von bestimmter Färbung zu sondern und blos die begabtern Führer sprechen zu lassen, will Jeder seine Meinung zu Markte bringen und thut dies nur zu oft in formloser Weise mit überflüssigen officiösen Eingängen und matten Episoden. Für die Zukunft muß man in der That dringend wünschen, daß die stenographischen Berichte vor deren Veröffentlichung einer besonnenen Redaction unterworfen werden, denn in ihrer jetzigen Gestalt sind sie wirklich kaum genießbar. Daß die Motion des Abg. Schumann sowie die darauf bezüglichen Reden der HH. von Kraszewski und von Niegolewski hier ungeheures Aufsehen erregt haben, ist begreiflich, doch ist das Urtheil darüber sehr divergirend. Im Allgemeinen hat man freilich auch nichts weiter zu Markte gebracht als die bekannten polnischen Phrasen, die hier Jedermann täglich hört und daher längst auswendig weiß; dabei mußte es unangenehm berühren, daß Hr. v. Niegolewski sich so wenig innerhalb der Grenzen der Mäßigung halten konnte, und daß Hr. Schumann von vorn herein sich als Pole introducirt, welcher der deutschen Sprache nicht hinlänglich mächtig sei. Seiner Gesinnung nach ist er freilich, wie hier allgemein bekannt, Ultra-Pole, seiner Abstammung nach aber nicht; auch ist er eine lange Reihe von Jahren als königl. Regierungsrath bei der hiesigen Generalcommission angestellt gewesen und der deutschen Sprache vollkommen mächtig. Uebrigens ist man hier durchweg der Ansicht, die Polen hätten ihr schweres Geschütz zur Unzeit spielen lassen; wirksamer würde es auch gewiß gewesen sein, wenn sie zuvor Alles aufgeboten hätten, ihre Motion in die Abtheilung zu bringen. So aber ist kaum irgend ein Erfolg zu erwarten. Viele hiesige Polen trösten sich damit, daß sie sagen: es ist doch nun einmal unsere Meinung öffentlich ausgesprochen und alle Welt erfährt sie; dadurch ist schon viel für uns gewonnen. Daß der Landtagsmarschall Hrn. v. Niegolewski nicht zur Ordnung gerufen, ist ihnen daher besonders lieb. Unter den eingereichten Petitionen ist eine von unsern städtischen Deputirten, die gewiß zu den gewichtigsten gehört und vielfache Unterstützung finden dürfte, nämlich über die Umformung einer Anzahl von Gymnasien in Realschulen. Das Thema wenigstens ist zeitgemäß und die Arena gut gewählt.

* **Aus der Provinz Preussen**, 16. Mai. Während die Mahl- und Schlachtsteuer früher von vielen Seiten als lästig und schädlich dargestellt wurde, erheben sich jetzt zahlreiche Stimmen gegen die projectirte Umwandlung derselben in eine Einkommensteuer. Die königsberger Stadtverordnetenversammlung erklärt sich gegen diese Umwandlung, durch welche die directen Steuern mehr als 10 Proc. vom Einkommen der Bürger betragen würden; sie hat den Magistrat ersucht, die einschlagenden Umstände zur Kenntniß der Landtagsabgeordneten der Stadt Königsberg zu bringen, um sich derselben bei Berathung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer zu bedienen. Nach der Ansicht der Stadtverordneten würde jene Umwandlung keiner Klasse der Einwohner eine bemerkbare Er-

leichterung gewähren, dagegen die größten Schwierigkeiten bei der Eintreibung darbieten, zumal bei der in Königsberg sichtbaren Abnahme des Wohlstandes.

† **Aus Schlesien**, 19. Mai. In unserm Regierungsbezirke Liegnitz hat sich die Wagschale der Conversionen im vergangenen Jahre sehr zu Gunsten des Protestantismus geneigt. Wenige Protestanten nur sind zum Katholicismus übergegangen; dafür sind an 100 Individuen mehr evangelisch geworden. Dagegen erhält der Katholicismus in Oesterreich einen starken Zuwachs auf Kosten des Protestantismus. Nach einer vor uns liegenden Liste sind im Jahre 1845 statt 168 Katholiken, welche protestantisch wurden, 728 Protestanten zur römischen Kirche übergegangen. Der stärkste Abfall vom Protestantismus fand in Böhmen, Mähren und Galizien statt. Außerdem hat man berechnet, daß die römische Confession im Kaiserstaate seit 13 Jahren über 7000 Convertiten gewonnen hat. Es muß jedoch dabei bemerkt werden, daß bei diesen Berechnungen Ungarn und seine Nebenländer nicht mitgerechnet sind. Bekanntlich haben sich dort die Uebertritte theils zum Griechenthum, theils zum Protestantismus seit der letzten diesfallsigen, im Sinne der Parität gefaßten Gesetzgebung numerisch sehr zum Nachtheile des Katholicismus gestaltet.

Oesterreich.

Seit einigen Tagen, schreibt die Breslauer Zeitung aus **Wien** vom 14. Mai, leidet Erzherzog Ludwig an einem bedeutenden Unwohlsein, wie denn überhaupt dieser Prinz, obschon der jüngste unter den noch lebenden Brüdern des verstorbenen Kaisers (er ist am 13. Dec. 1784 geboren), sich immer in einem leidenden, die Gemüthsstimmung verdüsternden Zustande befindet.

* **Aus Böhmen**, 18. Mai. Der Artikel aus Eibenstock in Nr. 131, der übrigens schon in Nr. 136 in mehren Punkten Berichtigung erfahren, nöthigt mich zu einiger Entgegnung. Ich bin selbst Sachse, lebe nun aber seit einer langen Reihe von Jahren in der Nähe von Karlsbad und habe daher die beste Gelegenheit gehabt, den wahren Verlauf der Sachen vom Beginn der Theuerung bis zum Tage des Ausfuhrverbots gründlich und parteiles zu beobachten. Hüte man sich, durch einseitige und unbegründete Darstellungen den kaum verwischten Nationalhaß zwischen zwei Nachbarstaaten, die gegenseitig einander für längere Zeit nicht wohl entbehren können, aufs neue wieder anzuschüren. Leider lassen sich die traurigen Ereignisse, die in Excessen des niedrigsten Volkes gegen Korn- und Kartoffelausfuhr bestanden, und an vielen Punkten Böhmens stattgefunden haben, nicht läugnen, und jeder rechtschaffene Böhme der bessern Klasse bedauert jene Vorfälle gewiß von Herzen, ja es äußerte sich dieses aufrichtige Gefühl bei der Publication des Ausfuhrverbots durch die von Mund zu Mund gehenden Worte: „Was wird nun aus den armen Sachsen werden, was werden Die jetzt anfangen und woher werden sie Getreide bekommen"? während das gemeine Volk in der wildesten Freude jubelte. Unwillkürlich drängt sich bei dieser Gelegenheit einem jeden Unparteiischen die Frage auf: Woher kommt denn eigentlich die beispiellose Erbitterung der untern Klassen in Böhmen gegen die Sachsen jetzt, und warum gab sich diese in der letzten Zeit auf so bedauerliche Weise kund? Hierauf muß ich zu meinem größten Leidwesen meinen lieben Landsleuten erwidern: Ihr selbst tragt die Schuld hiervon, wenigstens eure Getreidespeculanten, Vorkäufer, Wucherer ꝛc. Diese haben durch unvorsichtiges, gesetzwidriges Benehmen und gegenseitiges Ueberbieten die Theuerung aufs äußerste gesteigert, sich dabei noch oft übermüthiger Aeußerungen bedient, an keine Marktordnung gehalten, sondern schon unterwegs oder durch bloße Zeichen, angesichts des Volks, Handel abgeschlossen und so Aufstände veranlaßt und auch wirklich herbeigeführt; dies war der Fall in Kommotau und an andern Orten. Der plattner Bürgermeister Berner, ein in Sachsen wie in Böhmen hochgeachteter Ehrenmann, war zu Horrosedl gegenwärtig, als fünf sächsische Getreidefuhrleute ankamen, den Hausknecht des Wirthshauses fragten, ob er Getreide wisse und was es koste. Als dieser meinte, er wisse 80 Strich, allein man wolle es mit 17 Fl. 30 Kr. nicht mehr geben, so erklärten die Fuhrleute, sie zahlen per Strich 22 Fl. und übergaben für jene 80 Strich das Geld zum Einkauf sogleich dem Hausknecht. Durch solche Manoeuvres stieg das Getreide auf 34—35 Fl. Ein Taglöhner verdient hier höchstens 36—40 Kr. W. W., ein Laib Brot kostete 1 Fl. 8 Kr. W. W., und in den meisten Orten war es nicht einmal zu haben. Mit dem Kartoffeleinkauf wurde von den sächsischen Händlern derselbe Unfug getrieben; während überall 1 Strich Kartoffeln mit 6 Fl. verkauft wurde, zahlten sächsische Händler, sich selbst überbietend, 7, 8 bis 9 Fl. War es daher ein Wunder, wenn das arme verdienstlose Volk, aufs äußerste gebracht, den Hungertod vor Augen und eine unbegrenzte Theuerung in Aussicht, den Kampf der Verzweiflung kämpfte und durch Selbsthülfe sich zu retten suchte? Den Vorfall in Hirschenstand betreffend, habe ich die Sache von einem Augenzeugen folgendergestalt erfahren. Die Fuhrleute wurden von dem Volke aufgefedert, ihre Kartoffeln zu verkaufen, widrigenfalls man sie ihnen wegnehmen würde. Die Fuhrleute glaubten das Volk mit einem hohen Preise abzuschrecken und boten solche à Strich 12 Fl.; über dieses Gebot aufgebracht, fielen nun die Weiber, in einer ziemlichen Entfernung über das Zollamt hinaus gegen die Grenze zu, die Fuhrleute förmlich an, hielten die Pferde auf, mißhandelten die Fuhrleute und schleppten die Kartoffeln in Körben und Säcken nach ihren Häusern. Glücklicherweise war gerade der neudecker Oberförster Rätzer mit dem größten Theile seines Forstpersonals in Hirschenstand, und dieser, von dem Scandal hörend, eilte mit seinen Leuten herbei und befreite die armen Fuhrleute von den zügellosen Amazonen. Also nicht einige Grenzjäger, deren Schuldigkeit es eigentlich gewesen wäre, befreiten die Fuhrleute, sondern derselbe Oberförster, der vor einigen Jahren schon sich durch Gefangennehmung des berüchtigten Seifert um Sachsen ein Verdienst erwarb. Die Angabe in Betreff des Militairs ist schon in Nr. 136 berichtigt worden. In Folge bedenklicher Unruhen, die auf der Herrschaft Königswart, Plan ꝛc. ausbrachen und einen bedrohlichen Charakter annahmen, wurde dorthin allerdings Militair requirirt, aber die Gegend von Karlsbad, Elbogen und Neudeck hat keinen einzigen Mann Militair nöthig gehabt, noch auch gesehen. Wohl aber hat der neudecker Amtsdirector Reichelt, ein sehr hochgeachteter und humaner Mann, in der letzten Zeit mehren Fuhrleuten Begleitung mitgegeben. Das Verdienst solcher Ehrenmänner soll man nicht in den Hintergrund stellen, sondern es dankbar ehren und anerkennen.

Portugal.

Nach ausführlichen britischen Berichten vom 8. Mai aus **Oporto** hatte die Junta gegen die vom Obersten Wylde und Marquis d'España überbrachten Bedingungen zur Beilegung des Bürgerkriegs (Nr. 138) zunächst nur gegen den Ausdruck Amnestie etwas einzuwenden, der Schuldige voraussetze, übrigens leicht würde vermieden werden können. Allein sie verlangte bestimmte Bürgschaften für die Ausführung der Bedingungen. Die von der Junta zur Unterhandlung mit den beiden Commissaren Bevollmächtigten sind Dom Manoel de Castro Pereira, Minister im Jahr 1837, und Dom Joaquim Antonio da Aguiar, der 1846 zu Palmella's Cabinet gehörte. In Oporto herrschte vollkommene Ruhe. Das Schloß von Viana ist nach langer Belagerung in die Gewalt der Insurgenten gefallen, indem seine Besatzung nach Valença abgezogen war. Die französischen Agenten scheinen an den Vergleichsunterhandlungen durchaus keinen Antheil zu nehmen. Das Journal des Débats meldet vom 11. Mai aus Oporto, daß die Junta der Königin Bedingungen machen wolle, die Reform der constitutionellen Charte, unverzügliche Einberufung der Cortes, ein progressistisches Ministerium nach ihrer Wahl, Reorganisation der Nationalgarde, Bestätigung der von der Junta gemachten Anleihen, Ernennungen im Militair und Civil und Entlassung der königl. Truppen fodere. Das Journal des Débats hat diese Mittheilung über Madrid erhalten, und vermuthlich ist sie eben so unrichtig wie bisher fast alle, die auf diesem Weg über die portugiesischen Vorgänge erlangt wurden.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 12. Mai enthält die amtliche Anzeige, daß am 13. Mai in Aranjuez zur Feier des Geburtstags des Königs großer Empfang bei der Königin sein wird. Der König hatte sich nach dem Pardo begeben, wo er einige Tage verweilen wollte, angeblich um allen Feierlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Nach dem Heraldo wäre Don Guell y Renti, der auf die Hand der Infantin Josephe Absichten gehabt, unter Escorte nach Cadiz abgeschickt worden, um ihn von da nach Havanna, seiner Heimat, zu befördern. — Ein Gerücht läßt den Beichtiger des Infanten Francisco de Paula, den Pater Fulgencio, nach Valencia verwiesen worden sein, und die Blätter erheben ihre Stimme gegen solche Willkürmaßregeln. — Sämmtliche Minister begaben sich am 11. Mai nach Aranjuez, was einiges Aufsehen machte. — In Leon und Sevilla haben Theuerungstumulte stattgefunden, die jedoch wieder vollständig beseitigt sind. In Sevilla gab die Bekanntmachung einer Brottaxe insofern Veranlassung dazu, als die Bäcker von Alcola de Guadaira, welche einen Theil der Stadt mit Brot versorgen, plötzlich und angeblich aus Mißverständniß kein Brot mehr lieferten. Unruhige Köpfe benutzten das, die brotfodernde Volksmenge zu Gewaltthätigkeiten zu verleiten, wobei auch der Gefe politico verwundet wurde. Die Behörden ergriffen jedoch energische Mittel und es war sowol die Ruhe hergestellt als für den Brotbedarf gesorgt.

— Von der **catalonischen Grenze** wird unterm 11. Mai geschrieben, daß der Generalcapitain Pavia nach dem gebirgigen und waldigen Dreieck zwischen Solsona, Calaf und Cardona abgegangen war, um die dort mit vieler Hartnäckigkeit aufgetretenen Factiosen zu Paaren zu treiben. Sein Augenmerk wird wesentlich mit darauf gerichtet sein müssen, denselben den Weg nach Obercatalonien zu versperren. In der Nähe von Vich wurde kürzlich ein zur Escorte von Artillerie aus Olot abgeschicktes Commando von Carlisten angegriffen und verlor bei der Zurückweisung derselben mehre Leute.

Großbritannien.

London, 16. Mai.

Das Unterhaus war gestern ausnahmsweise eine sehr kurze Zeit versammelt, um den Bericht über die Comitéberathung der Bill, Discontovergütungen für Pränumerando-Einzahlungen auf die 8-Mill.-Anleihe

betreffend, entgegenzunehmen. Morgen soll die dritte Lesung derselben stattfinden.

— Es ist in einem frühern Artikel über die Stellung der Whigs (Nr. 107) von den Vortheilen gesprochen worden, die das Sir R. Peel zugewendete öffentliche Vertrauen der um ihn gruppirten Fraction der Tories bei den allgemeinen Wahlen sichern dürfte, die in Aussicht stehen. Sehen wir einmal zu, wie dasselbe erworben wurde und worauf es beruht. Die Grundsätze der Tories sind nie populair gewesen in England, wohl aber gewannen einzelne Führer derselben durch Befähigung wie durch Concessionen an die öffentliche Meinung diese zuweilen für sich. Dafür entfremdeten sie sich jedesmal die an den alten und engherzigen Principien ihrer Partei am festesten haltenden Mitglieder derselben. So führte denn jeder wichtige Wechsel in der Politik der Tories zur Desorganisation und Spaltung der Partei. Als die Emancipation der Katholiken durchging, entstanden zwei Fractionen, die indessen sich wieder vereinigten, als sie von der Agitation für die Parlamentsreform ihre Interessen bedroht sahen. Die Tories widersetzten sich derselben, vermochten aber dem Andrange der öffentlichen Meinung nicht zu widerstehen. Um sich von dieser Niederlage zu erholen, bedurften sie zehn Jahre. Unter Sir R. Peel's Leitung gelangten sie dann wieder ans Ruder. Dieser von einer starken Majorität unterstützte, hochbefähigte Staatsmann begriff indessen, daß seine Partei nur durch Befriedigung des Verlangens nach ausführbaren Reformen sich am Ruder erhalten könne. Unter Uebereinstimmung mit den einsichtigsten Männern der Partei lenkte er daher in die liberale Richtung, welche zur vermehrten Dotirung des katholischen Seminars Maynooth in Irland, der officiellen Anerkennung der katholischen Kirche und Aufhebung der Getreidegesetze führte, aber auch die neue Zersetzung der Partei mit sich brachte und sie abermals vom Staatsruder entfernte. Viele Mitglieder derselben traten dem Führer entgegen und wurden Werkzeuge des Ehrgeizes der Lords Stanley und G. Bentinck sowie Hrn. D'Israeli's. Doch blieb ein Kern Peeliten, darunter mehre Häupter vornehmer Familien, in der Ueberzeugung verbunden, daß Sir R. Peel der conservativen oder torystischen Partei durch die Aufhebung der Getreidegesetze insofern einen Dienst geleistet habe, indem er das öffentliche Urtheil für die Partei rettete. Ein Hauptzweck der Staatsmänner von Sir R. Peel's Partei ist Widerstand gegen das Andringen der untern Klassen auf Erweiterung der Stimmberechtigung durch Herausstecken einer liberalen politischen Fahne. Die reiche Mittelklasse ist dabei auf ihrer Seite, weil sie bei der Ausdehnung des Stimmrechts mehr noch als der Adel verlieren würde. Das eigentlich aristokratische Element möchte überhaupt bei den Tories minder hervortretend sein als bei den Whigs. Jene besitzen eine Menge großer Geschäftsleute in ihren Reihen, welche dem Bestehenden aus eignem Interesse Dauer wünschen und sich auf die vornehme Connexion etwas zu gute thun. Die Whigs benahmen sich gewissermaßen traditionell zurückhaltender gegen diese Klasse, von der zumal auf commerziellem Gebiete die Tories liberalere Principien sich aneigneten. In Hinsicht der Hochkirche sind die aristokratischen wie die kaufmännischen Tories einig, daß sie bei ihren Privilegien und Vorrechten erhalten werden müsse. Die bedeutendsten Männer dieser Fraction sind jetzt Sir R. Peel, Sir J. Graham, Lord Lincoln (Sohn des Herzogs v. Newcastle), Hr. Sidney Herbert (Halbbruder des Earl of Pembroke). Für die andere torystische Fraction führen zur Zeit Lord G. Bentinck, Hr. D'Israeli, der puseyitische Lord J. Manners, ein Sohn des Herzogs v. Rutland, im Unterhause das Wort. Im Oberhause können der Herzog v. Wellington, die Earls of Ellenborough, Aberdeen und Ripon, der Herzog v. Buckingham als vorzügliche Repräsentanten der Peeliten gelten. Die andere torystische Fraction hat eigentlich an hervorragenden Männern hier nur Lord Stanley aufzuzählen, und diesem hat die erlittene Niederlage seit seinem Amendement zur irischen Armenbill (gegen Abzug von Pächtern gezahlter Armensteuer von den Pachtgeldern), mit welchem er in den Stadien der Comitéberathung und der Berichterstattung über die Bill zu Boden fiel, während Lord Monteagle sein Amendement für temporaire Geltung der Bill wenigstens im Comité durchsetzte, wenn er es auch nachher wieder aufgegeben sehen mußte, in seiner ohnehin schwankenden Stellung großen Schaden gethan.

— Aus **Canada** vernimmt man, daß das Colonialparlament zum 2. Jun. einberufen worden war.

Frankreich.

Paris, 17. Mai.

Heute wird in der Pairskammer endlich der Gesetzentwurf über das Capitel von St.-Denis zur Berathung kommen. Die Verzögerung desselben und verspätete Berichterstattung darüber rührt mit daher, daß sich herausstellte, die Uebersetzung der betreffenden und beim Staatsrathe schon eingregistrirten päpstlichen Bulle sei nichts weniger als genau. Die Commission verlangte daher eine berichtigte Uebersetzung, was außerdem zu einer Berichtigung der beim Staatsrath eingetragenen nöthigte und hier eine Menge Formalitäten und Aufenthalt veranlaßte.

— In der Interpellationssitzung der Deputirtenkammer am 14. Mai machte in der Antwort des Hrn. Guizot auf Hrn. Odilon-Barrot's Frage über die Modification des Ministeriums die Phrase des Ministers, daß die conservative Partei die conservative Politik aufrecht erhalten wolle, welche zum Heile des Landes geführt und das Glück (la fortune) der conservativen Partei gemacht habe, die Opposition des Doppelsinnes wegen laut auflachen, den der zugleich „Vermögen" bedeutende Ausdruck fortune hineinzulegen erlaubt.

— Der neue Finanzminister Hr. Dumon hat sich gegen die Anträge des Hrn. de Girardin auf Abschaffung des Zeitungsstempels ausgesprochen.

— In der durch Hrn. Odilon-Barrot der Deputirtenkammer jüngst übergebenen Bittschrift von Hieronymus Bonaparte, die jetzt von den Zeitungen mitgetheilt wird, heißt es unter Anderm:

„Alle Brüder des Kaisers sind dem Tode verfallen, bis auf einen, der sich jetzt an Frankreich durch dessen Repräsentanten wendet. Nahe dem Ende meiner Laufbahn, am Rande des Grabes, erfülle ich eine heilige Pflicht des Bürgers und des Vaters, indem ich Alles versuche, was von mir abhängt, um ein Vaterland wiederzugewinnen, das mir theuer ist über Alles, indem ich vor keinem Schritte zurückbebe, um meinen Kindern den Eingang in dasselbe zu verschaffen und sie in den Stand zu setzen, ihrem Vaterlande zu dienen. Es ist das erste Mal, seit ich das Schlachtfeld von Waterloo verließ, daß ich an das Vaterland mich wende. That ich es nicht früher, so rührt das daher, daß ich Brüder besaß und nicht alleiniger Leiter meiner Schritte war, daß ich glaubte, die Zeit werde am Ende von selbst diese Wiedereinsetzung herbeiführen.... Auf das Formellste und bei meiner Ehre erkläre ich hier, daß ich so wenig wie meine Kinder nie und zu keiner Zeit, weder nah noch fern in die politischen Streitigkeiten Frankreichs uns gemengt haben. Der jüngste meiner Söhne ist zehn Jahre jünger als das Gesetz, unter dem er leidet.... Bürger, Soldat oder König, als Proscribirter oder Verbannter, bin ich immer zu jedem Opfer bereit gewesen außer dem, den Cultus des Vaterlandes aufzugeben. Werdet ihr mich verhindern, in Frankreich, inmitten meiner Landsleute, unter meinen alten Waffenbrüdern zu sterben? Werdet ihr mir die Beruhigung verweigern, meine Söhne anzuleiten zu den Diensten, welche sie ihrem Vaterlande leisten können? Wird es in der That constatirt werden, daß mir nie Gerechtigkeit widerfahren wird aus dem einzigen Grunde, weil ich der Bruder bin des Kaisers?"

— Das Journal des Débats eifert heute noch einmal gegen die Opposition, die schon geglaubt habe, das Ministerium sei halb und halb gestürzt, und nun über den Ausgang von Hrn. Odilon-Barrot's Interpellation am 14. Mai ganz rasend sei. Sie nehme denn in ihrer Noth zu ihrem großen Hülfsmittel ihre Zuflucht und schreie über die Verderbenheit des Jahrhunderts. Der Constitutionnel bringt sehr zum Seitenstück geeignet für den Artikel des ministeriellen Blattes einen Aufsatz, worin er die allerdings nicht wegzuläugnenden Wahrzeichen der in der Verwaltung nach verschiedenen Seiten hin vorhandenen Corruptien recapitulirt. Die »Presse« unterläßt nicht, dem Journal des Débats die ihm jetzt täglich ertheilte Portion Bitterkeiten auch heute zu verabreichen. Außerdem äußert sie über das in der Pairskammer zur Berathung kommende Gesetz wegen des Capitels von St.-Denis, daß an dessen Annahme jetzt kein Zweifel mehr sei und die anfänglichen Gegner desselben sich meist beruhigt hätten. Selbst der ultramontane Univers präludire schon zu der bevorstehenden Nachricht, daß der Gesetzentwurf angenommen sei.

— Der Minister des Innern Graf Duchatel hat sich auf kurze Zeit zur Erholung und zum Gebrauche des Seebades nach Havre begeben.

— Der Sud de Marseille meldet die am 12. Mai in östlicher Richtung erfolgte Abfahrt des Geschwaders des Prinzen von Joinville von der Rhede von Endoume.

— Sobald der Infant Don Enrique erfuhr, daß die Königin Christine nicht über Marseille, sondern über Toulon nach Neapel reist, ging er mit seiner Gemahlin dahin ab, um dieselbe seiner Tante vorzustellen.

— Der neue spanische Botschafter, Herzog v. Valencia (Narvaez), ist gestern in Paris angekommen. Seine Reise wurde durch ein Unwohlsein, das ihn einige Tage in Bordeaux zurückhielt, verzögert. Die Königin Christine hat seine Ankunft bekanntlich nicht erwartet und war auf ihrer Reise nach Neapel, begleitet vom Herzoge v. Rianzares, am 15. Mai von Lyon nach Avignon per Dampfschiff weiter gegangen.

— In **Paris** ist vorgestern der frühere preußische Gesandte am russischen Hofe, Baron Liebermann, gestorben.

♁ **Paris**, 16. Mai. Der Opposition ist es am 14. Mai nicht gelungen, zu erreichen, worauf sie es durch einen ihrer Führer, Hrn. Odilon-Barrot, angelegt hatte, nämlich das gegenwärtige Ministerium mit Hrn. Lacave-Laplagne zusammenzuhetzen, der aufgehört hat, ihm anzugehören. Gleichwol war der Verdruß Hrn. Lacave-Laplagne's über seine Entlassung sehr groß. Auch verbarg er denselben gar nicht, sondern sprach ihn vielmehr allenthalben sammt seinen Gründen dazu aus. Seine Unzufriedenheit war um so lebhafter, als ihm seine Ungnade ganz überraschend kam. Seine Collegen hatten ihn nichts von dem Vorhaben merken lassen, sich von ihm zu trennen; es waren sogar Dem entgegengesetzte Absichten gegen ihn ausgesprochen worden. Im letzten Augenblicke mußte ihm jedoch die geheime Abneigung klar werden, und daß man ihn auf der Tribune verließ, traf mit Dem zusammen, was er als Verrath betrachten konnte. Nach Ausbruch der Krisis lehnte er Alles ab, was der König als Schadloshaltung ihm anbot; selbst in den Verwaltungsrath der Domainen des Herzogs von Aumale wieder einzutreten, dem er früher angehört hatte und was eine sehr gut besoldete und von der Regie-

rung unabhängige Stellung ist, verweigerte er. Diese Ablehnungen, bei denen vielleicht der gewesene Minister nicht lange unverrückt beharren dürfte, sind um so bemerkenswerther, als sie von einem Mann ohne Vermögen ausgehen. Wären nun die Dinge in dieser Lage geblieben, so würde es in der Kammer zu traurigen Debatten und Anschuldigungen gekommen sein, welche den Feinden der Gewalt verderbliche Waffen geliefert hätten. Das Ministerium hätte davon erschüttert werden können; seine Freunde bemühten sich daher, den Sturm zu beschwichtigen. Auch der König schickte mehre Personen an seinen ehemaligen Minister ab, um ihn zu besänftigen oder doch zu bewegen, seinem Unmuthe nicht auf der Tribune Luft zu machen. Das erklärt die gemäßigte Sprache desselben und den conservativen Charakter der Rathschläge, welche er der Majorität ertheilte. Allein was resultirt nun aus dem Geschehenen?

Hr. Guizot hat so ziemlich deutlich ausgesprochen, daß das Cabinet drei von seinen Mitgliedern aufgeopfert habe, weil es dieselben mit Recht oder Unrecht als ungenügend ansah und daher nicht mehr die ihm nothwendige Stärke besaß. War aber das der Beweggrund zu dem genommenen Entschlusse, so hätte man Leute von der Fähigkeit, dem Credite, der einflußreichen Stellung wählen müssen, welche den ausscheidenden Ministern abging. Ob nun die HH. de Montebello, Trézel und Jayr diese Eigenschaften besitzen? Es mögen geschickte Leute sein, aber man kennt sie nicht. Sie sind ohne parlamentarischen Einfluß, ohne Ruf auf der Tribune. Geschäftserfahrung und -Uebung besitzen sie weniger als ihre Vorgänger. Was gewinnt daher das Cabinet? Sie nützen demselben in folgender Art. In der Nothwendigkeit einer unverzüglichen Modification hatte das Cabinet zwei Gefahren zu vermeiden: die nämlich, einen Conflict des Ehrgeizes herbeizuführen, welcher der schnellen Ergänzung hinderlich gewesen sein würde, und die des Anscheins, an die allgemeine Politik durch eine Wahl aus der oder jener Schattirung der Majorität zu rühren. Dieser doppelten Unzuträglichkeit entging man durch Berufung nicht in Paris anwesender und den dermaligen kleinen Bewegungen im Innern der conservativen Partei fremder Personen. Die Berechnung wäre gut, wenn die neuen Minister durch ihre Talente der ihnen gewordenen Stellung entsprächen und durch ihre administrative Würdigkeit die politische Geltung sich erwerben könnten, die ihnen noch abgeht. Träfe diese Hoffnung nicht ein, so würde das Ministerium sich nicht behaupten können, ohne sich durch politische Männer zu ergänzen. Diese würden ihre Bedingungen im voraus machen, und die Verhandlung deshalb könnte auf große Schwierigkeiten und vielleicht Unmöglichkeiten stoßen. Die Lage würde sich dann bedrohlich verwickeln. Für jetzt ist die von Hrn. Guizot und dem Grafen Duchatel so wohl vertheidigte und vertretene Politik in Nichts geändert. Es hat die Majorität über diesen Punkt keinen Grund zur Klage, und Europa keine Ursache zur Besorgniß. Was die dissentirenden Conservativen anlangt, so hat Hr. Guizot sie bedacht, indem er, ohne den Anfoderungen nachzugeben, die seit einiger Zeit versucht wurden, erklärte, daß die Majorität mit Gegnern nicht unterhandeln, aber mit Freunden sich verständigen müsse, und daß auch die Gewalt so handeln werde. Ich habe nun von Mitgliedern der progressiven Fraction aussprechen hören, wenn die in diesen Worten enthaltenen Zusagen gehalten würden, fänden sie sich befriedigt. Allerdings muß man erwarten, bei einem zahlreichen Theile der Majorität Meinungsverschiedenheiten bestehen bleiben zu sehen, und es wird Unzufriedene und Drängende noch geben. Allein diese unvermeidlichen Umstände werden den sichern und geraden Weg der Regierung nicht beirren. Die systematische Feindseligkeit, wie Hr. de Girardin in der «Presse» sie treibt, hat in der Kammer keinen Widerhall. Man betrachtet sie dort mit lebhafter Unzufriedenheit und denkt darauf, ihren Urheber dafür zu bestrafen. Alle Dem, was von angeblichen Irrungen zwischen den HH. Guizot und Duchatel hin und wieder vorgebracht wurde, ist übrigens kein Glaube beizumessen. Wahr ist jedoch, daß es Augenblicke der Verstimmung zwischen Beiden über Hrn. Guizot's Weigerung gegeben hat, den, zumal jetzt, für einen Debutanten auf der diplomatischen Laufbahn zu bedeutenden Gesandtschaftsposten in Madrid dem Bruder seines Collegen zu geben. Dabei kann man der Reclamationen sich erinnern, welche 1840 erhoben wurden, als Hr. Thiers diese Botschafterstelle seinem Freunde Mathieu de la Redorte zugestand.

Niederlande.

* **Amsterdam**, 16. Mai. Man erfährt jetzt den Grund eines Conflicts zwischen der weltlichen und geistlichen Macht in unsern ostindischen Colonien, welcher mit der Ausweisung des apostolischen Vicars Groof endigte, und man ersieht daraus von neuem, wie auch dort im fernen Asien die ultramontane Partei ebenso wie in einigen Ländern Europas die kleinlichsten Dinge benutzt, um despotisch einzugreifen und die Ruhe der Staaten zu stören. Mit Verwunderung vernimmt man nämlich, wie die Ursache davon, daß besagter Groof drei vom Könige der Niederlande in Java angestellte und bei ihren Gemeinden in der größten Achtung stehende katholische Geistliche ohne weiteres suspendirte, keine andere war, als daß diese seinem Befehle über den Schnitt der von ihnen zu tragenden Kleider nicht überall nachgekommen waren. Früher hatten sich diese Geistlichen dem dortigen Klima gemäß und anständig gekleidet. Groof verbot dies und schrieb eine andere Tracht vor. Jene mieden, um nicht auffällig zu werden, die Gesellschaft, behielten aber zu Hause ihre frühere Kleidung bei. Letzteres wurde von einem aus Europa, wahrscheinlich aus dem bigoten Belgien mitgebrachten Begleiter Groof's bemerkt und alsbald denuncirt. Auf dieses schwere Verbrechen folgte denn nun sofort die Suspension, wobei dem holländischen Prälaten wahrscheinlich die den französischen und rheinischen Bischöfen zustehende türkisch-despotische Machtvollkommenheit vorschweben mochte, mißliebige Geistliche durch einen Wink augenblicklich abzusetzen. Diese türkische Maßregel war jedoch nicht nach dem Geschmacke des Generalgouverneurs von Batavia, und der für den ultramontanen Kleiderschnitt so sehr traktirte römische Vicar wurde entfernt. Nun hat zwar die niederländische Regierung, welche jetzt die römische Treulosigkeit bei dem belgischen Abfalle mit großmüthiger Unterstützung des Römerthums vergilt, die wegen des Kleiderschnitts suspendirten Geistlichen von Java abgerufen, aber den deportirten Groof nicht wieder dahin geschickt. Allein erledigt ist diese Angelegenheit dadurch noch nicht. Sie liegt vielmehr der Entscheidung des Papstes vor und wird derselbe demnach Gelegenheit haben, der Welt von neuem zu beweisen, ob er blos politisch liberal, kirchlich aber despotisch ist. Unterdessen aber haben die holländischen Katholiken, welche an Bigoterie sich von keinen andern übertreffen lassen, sich schon ausgesprochen. Wie einst dem removirten kölner Bischof Clemens August, so schenkten sie dem exilirten Groof ein goldenes Kreuz mit Brillanten besetzt. Anders urtheilen über ihn die ostindischen Katholiken. Zeugen seiner Kleinigkeitskrämerei und Bigoterie, haben sie in öffentlicher Erklärung sich gegen ihn und für ihre abgesetzten Geistlichen ausgesprochen und dabei sehr aufgeklärte Grundsätze zu Tage gelegt. Der Papst mag sich daher hüten, dort durch Verdammung der Letztern ein Dissidententhum hervorzurufen, welches in jenen fernen Gegenden ein gefährliches Beispiel geben könnte.

Schweiz.

Siebenundsechzig solothurner Offiziere haben an den St.-Galler Obersten Gmür, dessen Einfluß der Ausgang der Wahlen in Gaster zugeschrieben wird, ein Schreiben gerichtet, in welchem sie ihm ihre Anerkennung für die Verdienste, die er sich im Kampfe gegen Sonderbündelei und Jesuitismus erworben, aussprechen.

— In **Bern** wurde am 15. Mai bei dem Buchdrucker Jenni ein Schriftchen, betitelt: „Die Kirche der Zukunft. Eine Reihe von Aphorismen. Von Friedrich Feuerbach", mit Beschlag belegt. Ein gleiches Schicksal hatte etwas später eine Beilage zur Berner Volkszeitung, in welcher der Regierung imputirt wird, sie hätte obiges Schriftchen zur Vertheilung unter das Volk drucken lassen. Beide sind dem Strafrichter überwiesen. (Verf.-Frd.)

— In **Genf** findet am 24. Mai die Volksabstimmung über die Verfassung statt.

— An den Vorort ist eine Note der württembergischen Regierung ergangen, in welcher sehr ernste Vorstellungen wegen der Verbreitung von Brandschriften von der Schweiz aus in die Grenzländer gemacht werden.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm**, 10. Mai. Laut officiellen Angaben wird der König nebst seiner Familie am 17. Jul. in Hernösand eintreffen und von da sich nach Drontheim begeben, um sich krönen zu lassen. — Von der West- und Südküste sind mißliche Nachrichten über Mangel an Getreide bei der Mehrzahl der Einwohner im ganzen südlichen Theile des Reichs eingegangen, während bedeutende Quantitäten davon theils schon ausgeführt sind, theils zur Ausfuhr aufgespeichert liegen. Freilich hat Südschweden im Vorjahr im Ganzen eine gute, und Mittel- nebst Nordschweden sogar eine sehr reiche Aernte gehabt, aber durch den hohen Preis verleitet hat man an manchen Orten seinen ganzen Vorrath verkauft, so daß im südlichen Reiche Getreidemangel ernstlich zu befürchten ist. In dieser Besorgniß hat der Magistrat in Gothenburg beschlossen, durch eine Petition den König zu ersuchen, ein schleuniges Verbot gegen alle Getreideausfuhr zu erlassen. In derselben Absicht versammelte sich in voriger Woche auch die Bürgerschaft zu Stockholm, aber hier faßte die Mehrzahl den Entschluß, kein solches Verbot, wohl aber die Aufhebung des Getreidezolles zu verlangen, und eine bedeutende Quantität Getreide sogleich aufzukaufen, um die Hauptstadt gegen Hungersnoth zu sichern. Inzwischen haben die Getreidepreise eine beinahe schwindelige Höhe erreicht, und die Speculationen werden mit einer wahrhaft fieberhaften Hitze betrieben; in Upland, wo bei einzelnen Besitzern nicht unbedeutende Vorräthe noch zu finden sind, reisen Emissäre herum und kaufen Alles auf.

Am 1. Mai wurde endlich die äußere Seefahrt auf Stockholm eröffnet, aber noch ist sie nicht auf den Binnenseen und Kanälen frei. Seit einigen Tagen haben wir endlich schöne Witterung und wirklich warme und heitere Frühlingsluft. Die Gebüsche fangen an sich zu belauben, aber die Bäume stehen noch ganz nackt da. — Die Beisetzung des Professors Geijer fand am 6. Mai hier in der Jakobskirche im Beisein des Kronprinzen statt, und in dieser Woche wird der Leichnam zu seiner Ruhestätte in Upsala geführt

Digitized by Google

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 13. Mai. Gestern ward in der Hofkapelle des kaiserl. Winterpalais der heilige Taufact am neugeborenen Prinzen Wladimir, Sohn des Großfürsten-Thronfolgers, nach dem in üblicher Form darüber früher erlassenen Ceremoniel abgehalten. Mittags war großes Diner bei dem Kaiser für die drei ersten Rangklassen. Am Abend war die ganze Residenz illuminirt.

Türkei.

Konstantinopel, 29. April. An der griechischen Grenze hat die Pforte vorerst 40,000 M. aufgestellt. Man ist soeben im Begriff, eine neue Truppenaushebung vorzunehmen, wie es heißt, 50,000 M. Die ausgedienten Soldaten wurden dieses Jahr nicht verabschiedet, weil man, sagt das hiesige Journal, wegen fortdauernder schlechter Jahreszeit die Verabschiedeten nicht habe abreisen lassen wollen! Die Stimmung des Volks, der Griechen wie der Moslemin, bricht bald da bald dort deutlich in einzelnen Erscheinungen hervor. Die Störung der griechischen Osterfeier in der Kirche Fotini in Smyrna (Nr. 129) scheint durch das ungehörige Benehmen der türkischen Truppen veranlaßt worden zu sein. Denn die Truppen drangen, als der Commandant Befehl gab, die Volksmenge zurückzuhalten, wirklich mit vorgehaltenem Bayonnet auf das Volk ein. In dem Dorfe Mandamado auf Motelin stürzten sich am 18. April zwölf Türken auf die eben aus der griechischen Kirche gehende Einwohnerschaft und feuerten Pistolenschüsse ab. Ein Grieche blieb sogleich todt und zwei wurden schwer verwundet. Von den Türken wurden nur drei gefangen, die übrigen flüchteten sich. Andererseits wollen sich die Griechen in Smyrna mit Waffen versehen. In Albanien sollen sehr verdächtige Bewegungen sich zeigen, und im türkischen Archipel treiben schon vier Piratenschiffe unter der Anführung eines Albanesen, des Georg Tzalakis, ihr Unwesen. Bei der Insel Furnis, zwischen Samos und Nikaria, haben sie bereits ein türkisches Schiff überfallen und ausgeplündert.

Konstantinopel, 5. Mai. Das französische Dampfboot, welches, von Griechenland kommend, gestern hier einlief, brachte nichts, durchaus nichts Neues aus Athen, keine Entscheidung in dem bestehenden Zerwürfniß, nicht einmal eine Mittheilung über den Eindruck, den Rußlands nun erklärte Ansichten über den griechisch-türkischen Streit in der griechischen Hauptstadt hervorgebracht haben. Der Großvezier, der auf andere Ergebnisse gerechnet, berief sogleich ein Conseil, in welchem nach kurzen Debatten der einstimmige Beschluß gefaßt worden: nun, da alle Mittel zu gütlicher Beilegung der Differenz erschöpft seien und Griechenland nicht einmal zur Vollziehung der von einer für das Cabinet von Athen freundlichst gesinnten deutschen Macht ertheilten Rathschläge sich herbeigelassen habe, die projectirten Zwangsmaßregeln gegen Griechenland eintreten zu lassen. Hr. Wellesley, der bis jetzt in dem versöhnlichsten Sinne vorgegangen und nicht das mindeste Symptom jener gehässigen, Griechenland feindseligen Politik des Hrn. Lyons hatte verspüren lassen, scheint gleichwol Bedenken zu tragen, den türkischen Ansichten hemmend in den Weg zu treten, und ist entschlossen, bis zum Eintreffen der von London erwarteten Erwiderung auf das türkische Memorandum sich ruhig zu verhalten. Ohnehin muß diese Erwiderung in drei bis vier Tagen hier eintreffen. Er hofft, daß der Pforte darin der Rath zu einem vorsichtigen und gemäßigten Verfahren ertheilt werden dürfte: erstens weil er überzeugt ist, daß eine Störung des griechischen Handels bei den gegenwärtigen Conjuncturen nicht ohne Rückwirkung auf den ganzen Handel Europas bleiben könnte: ein Umstand, den England des eignen Vortheils wegen berücksichtigen muß; dann, weil er auf die persönliche Vermittelung des Königs von Preußen, der sich in London zur Beilegung der griechisch-türkischen Differenz mit Eifer verwendet hat, große Hoffnungen baut. Das russische Dampfboot, das die letzten Instructionen für Hrn. Persiani nach Athen brachte, ist noch nicht zurück, und es ist möglich, daß dieses noch die gewünschte Entscheidung aus Griechenland bringe. (A. Z.)

Personalnachrichten.

Souveraine. Russland. Großfürst Konstantin ist vom König von Hannover unter die Mitglieder des St.-Georgsordens aufgenommen worden.

Orden. Baiern. Ludwigsorden, Ehrenkreuz: der Oberst Eduard Weishaupt. — **Griechenland.** Erlöserorden, Commandeurkreuz: der baierische Major Frhr. v. Hunoltstein. — **Hannover.** Guelphenorden, Großkreuz: der russische Admiral v. Lütke. 4. Kl.: der Anhalt-Dessauische Bankdirector Rulandt.

Wissenschaft und Kunst.

Die durch v. Gärtner's Tod verwaiste Oberleitung des Baues der Befreiungshalle bei Kelheim ist vom Könige von Baiern dem Geheimrathe v. Klenze übertragen worden. Zur Zeit ist der Sockelbau vollendet, und in diesem Jahre müssen auch noch die 18 Säulen, welche in den runden Saal des Innern zu stehen kommen, aufgerichtet werden.

Handel und Industrie.

* **Altenburg**, 18. Mai. Zur Beseitigung entstandenen Zweifel über die Behandlung der nach dem amtlichen Waarenverzeichnisse zum Vereinszolltarif von unbearbeiteten Tabacksblättern gleichgestellten Tabacksstengel in Bezug auf Erhebung der Uebergangsabgabe ist eine besondere Vereinbarung unter den bei genannter Abgabe betheiligten Zollvereinsregierungen getroffen worden. Es wird dieser zufolge auch bei uns verfügt, daß die Uebergangsabgabe, welche mit 20 Sgr. vom preußischen Centner von Tabacksblättern und Fabrikaten bei dem Uebergang aus den Vereinsstaaten, mit Ausnahme von Preußen, Sachsen, Kurhessen, den zum Thüringischen Vereine gehörigen Staaten und Braunschweig, in das hiesige Herzogthum erhoben wird, auch von Tabacksstengeln zu entrichten sei.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 21. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87¾ Br., 87⅜ G.; Sächsisch-Schlesische 100⅜ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 59¾ Br.; Löbau-Zittauer 57 Br., 56⅜ G.; Magdeburg-Leipziger 202 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ Br.; Köln-Mindener 92 Br., 91½ G.; Thüringer 94¼ Br.; Altona-Kieler 108 Br., 107½ G.; Pesther 100 Br.; Dessauer Bankactien 100¼ Br., 100¼ G.

Wasserstand am Pegel der tiefsten Elbbrücke am 21. Mai früh 7 Uhr: 1° 3″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 17. Mai. 2½pc. Int. 57½; Russ. 5pc. Hope 105⅛; 4½pc. Handelsg. 173½. Frankfurt a. M., 19. Mai. Oestr. Bkact. 1919; 250 Fl. L. 119¾; 500 Fl. L. 154⅜; Bair. 3½pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 58½; Darmst. 50 Fl. L. 75⅞; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35½; Kurhess. 32½. London, 15. Mai. 3pc. Cons. 87½; Port. 3pc. 34½; Span. act. 23⅛; 3pc. 34½; Holl. Int. 57¾. Paris, 17. Mai. 5pc. 115. 60; 3pc. 77. 90; Neap. 102. 75; Bankact. 3237½. Wien, 18. Mai. Bkact. 1592; Met. 5pc. 107; 3pc. 97¼; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154⅛; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Frankfurt a. M., 19. Mai. Taunusb. 358½; Nordb. 71¼; Berb. 91⅞. Paris, 17. Mai. Eis. St.-Germ. 905; Versail. r. 330; l. 215; Paris-Orleans 1222½; Paris-Rouen 930; Paris-Strasburg 417½; Paris-Lyon 431½; Rouen-Havre 640; Marseille-Avignon 712½; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 503¾; Orleans-Vierzon 575; Nord 597½. Wien, 18. Mai. Nordb. 166½; Gloggn. 122½; Mail. 110; Livorn. 88¼; Pesth. 98¾.

Berliner Börse, 20. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅓ Br., 3½pc. Staatssch. 92¾, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93¼, ostpreuß. 95½ Br., pomm. 94⅓ Br., schles. 97½, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 92½ Br., kur- u. neum. 94⅞ Br., Louisd. 111⅛, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt. 109⅝, Berlin-Hamb. 4pc. 107¾, Prior.-Act. 4½pc. 98 Br., Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91, Prior.-Act. 4pc. 91¼ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 107⅛, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 91¾, Crakau-Oberschl. 4pc. 75⅛, Düsseld.-Elberf. 5pc. 108, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 107, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 87⅛, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101¾ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾, Litt. B. 4pc. 97⅛, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 81 Br., Rhein. 85, Prior.-Stamm 4pc. 89⅓, Prior.-Act. 4pc. 90¼ Br., Thüring. 4pc. 93¾, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82¾, Berg.-Märk. 4pc. 83 Br., Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 83¼ Br., Cöln-Minden 4pc. 91⅞, Magd.-Wittenb. 85½, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71, Pos.-Starg. 4pc. 83¼, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 100¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 96, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Einl. 16⅝, Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staatspc.-L. 80¾, Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Leipziger Börse am 21. Mai 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	140½
pr. 250 Ct. S.	2 Mt.	—	139⅝
Augsburg	k. S.	—	102
pr. 150 Ct. S.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅝
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111⅜
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Bresl. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99½
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M. pr. 100 Fl. in S. W.	k. S.	56¾	—
	2 Mt.	—	—
Hamburg pr. 300 Mk. Bco.	k. S.	150⅝	—
	2 Mt.	149⅞	—
London pr. 1 Pfd. St.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	6. 22½	—
Paris pr. 300 Frcs.	k. S.	—	—
	2 Mt.	79¾	—
	3 Mt.	79⅝	—
Wien pr. 150 Fl. Conv. 20 Kr.	k. S.	102¾	—
	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Staatspapiere, Actien etcetera. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere *)			
à 3⅓ im ⅝ v. 4000 u. 500 Thlr.		91¼	—
à 4 Thlr. F. ⅝ kleinere . . .		—	—
" d°. d°. v. 500		100¼	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3⅓ im ⅝ v. 4000 u. 500 Thlr.		92⅛	—
à 4 Thlr. F. ⅝ kleinere . . .		—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine à 3⅓ im ⅝ v. 4000 u. 500 Thlr.		89	—
à 4 Thlr. F. ⅝ kleinere . . .		—	—
Leipziger Stadt-Obligationen à 3⅓ im ⅝ v. 4000 u. 500 Thlr.		91	—
à 4 Thlr. F. ⅝ kleinere . . .		—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ ⅝ v. 500 . .		—	—
⅝ v. 400 u. 25		—	—
" landtäler d°. à 3⅓		—	—
" d°. d°. à 3½		—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl. à 3½⅝		104½	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½⅝ in Pr. Ct. pr. 100		—	99½
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½⅝ (300 Mk. B. = 180 Thlr.)		—	—
K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv.		—	—
à 5⅝		—	—
à 4⅝ tausende Zinsen		—	—
à 3⅝ à 100⅝ im ⅝ à 4 Thlr. F.		—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 100⅝		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 500 Thlr. pr. 100		172	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Thlr. pr. 100		116¼	—
Sächs.-Bair. d°. pr. 100		—	87⅛
Sächs.-Schles. d° pr. 100		—	100
Chemn.-Ries. d°. pr. 100		59¾	—
Löbau-Zitt. d°. pr. 100		57	—
Magdeb.-Leipz. d°. ioel. Div. Sch. d° pr. 100		—	202

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Dampfschiffahrt
zwischen
Bremen und den **Nordsee-Bädern**
Wangeroog und Norderney.

Das Bremer eiserne Dampfschiff
Telegraph, geführt von Capt. D. de Harde,
fährt, wie bisher, auch in dieser Saison nach den obengenannten Bade-Plätzen, um Passagiere und deren Gepäck dahin und wieder zurück zu führen. An den verschiedenen Stationen der Unterweser wird dasselbe anhalten, wenn sich Personen von da zur Mitfahrt melden.

Dies Schiff hat sich seit einer Reihe von Jahren in dieser Fahrt als besonders tüchtig erwiesen, und es wird auch in diesem Jahre nichts unterlassen werden, was zur Sicherheit und Bequemlichkeit der Reisenden dienen kann.

Die Abfahrt von **Bremen** geschieht größtentheils in den frühesten Morgenstunden, und zwar an folgenden Tagen: im Monat **Juli**, den **1., 5., 10., 15., 20., 24., 29.,**
" " **August**, den **3., 8., 13., 18., 23., 28.,**
" " **September**, den **2., 8., 13.**

Die Rückfahrt von **Norderney**, **Wangeroog** anlaufend, wird in der Regel den Tag nach der Ankunft statt haben und gleich bekannt gemacht werden, sobald das Schiff dort anlangt; sowie ebenfalls s. Z. durch die hiesigen öffentlichen Blätter die Stunden näher bezeichnet werden sollen, wenn dasselbe von hier abfährt.

Weitere Auskunft ertheilt der hiesige Schiffsmakler Herr **H. Aug. Heineken.**

Bremen, am 1. Mai 1847. [2002—4]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnick**, **Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, **Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2038]

Ueberseeische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Directoren: **A. Hérout de Handel & Comp. in Paris.**

Linie zwischen Havre und New-York.

Die vier französischen Dampf-Fregatten: **Christoph Columbus, Canada, Darien** und **Ulloa**, jede von 450 Pferde Kraft,

sind zur regelmäßigen Beförderung der Depeschen, Passagiere und Güter von **Havre** nach **New-York** und vice versa bestimmt worden.

Die Abfahrt findet in jeder Jahreszeit zwei Mal monatlich, sowol von **Havre** als von **New-York** statt.

Das erste Schiff wird unfehlbar am 31. Mai von **Havre** abgehen. Der Abgangstag des folgenden Schiffes wird jedes Mal 14 Tage vorab durch die **Stadt-Aachener Zeitung** bekannt gemacht werden.

Diese Schiffe, unter der Direction der Ingenieure der französischen Staats-Marine gebaut, zeichnen sich durch ihre große Solidität und ihren schnellen Lauf aus.

Die Directoren der Gesellschaft haben nichts verabsäumt, den Reisenden am Bord der Schiffe die comfortabelste Einrichtung, verbunden mit einer reich servirten Tafel, zu bereiten.

Tarif-Auszug.

Dauer der Ueberfahrt circa 14 Tage.

Ueberfahrts-Preis pr. Person (Beköstigung und Wein einbegriffen):
1. Klasse: Frs. 1000. — 2. Klasse: Frs. 500. — 3. Klasse: Frs. 300.

Die Strecke von Aachen bis Havre wird pr. Eisenbahn in 30 Stunden zurückgelegt.

Fracht-Preise (pr. Tonne von 1 Cubik-Meter oder 700 Kilogr.):
1. Klasse: Frs. 160. 2. Klasse: Frs. 130. 3. Klasse: Frs. 100. 4. Klasse: Frs. 70.

Anmeldungen zur Reise und Güterversendungen erfolgen durch
Ulrich Mathée in **Aachen**,
[1995—96] Special-Agent der Ueberseeischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Paris.

Bei **J. Schieferdecker** in Zeitz ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Ueber die gewöhnlichsten Mißgriffe
beim
Gebrauch des Wassers als Heilmittel.
Nebst einer Abhandlung
über die Auffaugung und Ablagerung der Gifte und Medicamente im lebenden animalischen Körper,
und
einer Kritik der Curmethode des Vincenz Prießnitz.
Von **J. G. Rauffe.** 8. Brosch. 1 Thlr.

Sicherlich wird dieses Buch bei Aerzten wie bei Laien (wenn auch in entgegengesetztem Interesse) ein eben so begründetes Aufsehen erregen als Hrn. Rauffe's frühere Schriften. Zu wünschen wäre nur, die Vertreter der Medicinwissenschaft möchten sich bei Bekämpfung der Lehren des Hrn. Verfassers nicht blos auf die Krankenstube beschränken, sondern dessen vermeintliche Irrthümer vielmehr öffentlich nachzuweisen sich bemühen, um eine Polemik herbeizuführen, deren Beginn der so vielfach Angefeindete seit Jahren vergeblich erwartet hat. Vornehmes Schweigen und verächtliches Achselzucken sind keine Widerlegung. [2048]

Wichtige Schulschrift.

Neuestes Handbuch der neuesten französischen classischen Literatur, für Gymnasien und höhere Bürgerschulen.

Unter diesem Titel erschien soeben bei uns und ist durch alle deutschen Buchhandlungen zu haben:

S. David, Professeur,
Les auteurs modernes de la France.
Fünfundzwanzig Bogen. Brosch. Auf feinem Papier. 15 Ngr.

Dieses treffliche Schulbuch für höhere Klassen deutscher Gymnasien und Realschulen, welches die sorgfältig gewähltesten Musterstücke der neuen und neuesten französischen Literatur aus dem Besten und Schönsten, was die classischen Schriftsteller des jetzigen Frankreichs, als: *Balzac, Bignon, Gustave de Beaumont, Capefigue, Alexander Dumas, Léon Gozlan, Guizot, Victor Hugo, Jules Janin, Alphonse Karr, A. de la Lamartine, Lavallée, Merlé d'Aubigné, Merimée, Michelet, Salvandy, Emile Souvestre, Frédéric Soulié, Eugène Sue, Augustin Thierry, Thiers, Alexis de Tocqueville, Alfred de Vigny, Villemain* ꝛc. geschrieben, zu einem schönen und mustergültigen Ganzen vereinigt, verdient um so größere Empfehlung, da der Herausgeber, selbst ein Nationalfranzose, durch seine seltene Kenntniß der gesammten Literatur wie durch seinen Geschmack und seine treffliche Kritik derselben bereits in Deutschland einen großen und wohlverdienten Ruf erworben. Bei Partie-Bestellungen gewähren wir noch besondere sehr bedeutende Vortheile. [2028—29]

Verlags-Comptoir in Grimma.

Soeben sind erschienen: [2046]

Berichte
über die Verhandlungen
der königlich Sächsischen
Gesellschaft der Wissenschaften
zu Leipzig.
5. und 6. Heft.
Gr. 8. Brosch. à 10 Ngr.
Leipzig, den 19. Mai 1847.
***Weidmann'*sche Buchhandlung.**

Wichtige Zeit-Broschüre!

Bei **Ernst Keil & Comp.** in Leipzig ist erschienen und in allen preußischen Buchhandlungen vorräthig:

Preußens Landwehr
von
Hugo von Hasenkamp.
Motto:
„Zum Teufel ist der Spiritus,
Das Phlegma ist geblieben."
Geh. 12 Ngr.

Der bekannte Name des Verfassers überhebt uns jeder Anpreisung dieser wichtigen Schrift, die sowol bei Militairs wie Civilisten verdientes Aufsehen erregen wird. [2053]

Bei **C. Focke** in Leipzig erschien:

Das praktische gemeine
Civilrecht,
von Dr. C. F. F. Sintenis.
Zweiten Bandes **zweite** Abtheilung à 3⅓ Thlr., und sind nun **complet** zu haben:
Band I.: **Die allgemeinen Lehren und das Sachenrecht** à 4⅓ Thlr.
Band II.: **Das Obligationenrecht** à 6 Thlr. [2052]

Leipzig, den 22. Mai 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 203.

Inhalt: Die Getreideunruhen. — Tagesgeschichte: Wochenschau. — Tod und Leichenbegängniß des Erzherzogs Karl von Oesterreich. — Rückblick auf die Geschichte des Erzherzogs Karl von Oesterreich. — Kirchen- und Schulnachrichten. — Landtagsnachrichten: Die Verhandlungen des ersten Vereinigten Landtags in Preußen. III. — Handelsnachrichten: Leipziger Meßbericht. — Der Pelzhandel in Leipzig. — Eisenbahnchronik. — Bäder und Badeleben: Das Sophienbad in Wien. — Das Soolbad Wittekind in Giebichenstein bei Halle an der Saale. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche XII. — Wärmestuben. — Mannichfaltigkeiten: Die Witterung des April 1847 zu Karlsruhe. — Das Audienzzimmer des Ministers. — Modebericht. — Wissenschaftliche Aufgabe Nr. 164. — Schach-Auflösungen.

Abbildungen: Erzherzog Karl in der Schlacht bei Aspern, nach einem Gemälde von P. Krafft. — Erzherzog Karl auf dem Paradebett. — Leichenbegängniß des Erzherzogs Karl. — Sitzung des Vereinigten Landtages im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin. — Morawetz, Gründer des Sophienbades in Wien. — Das Schwimmbassin im Sophienbade. — Ein Porzellanzimmer im Sophienbade. — Das Soolbad Wittekind zu Giebichenstein bei Halle an der Saale. — Das Audienzzimmer des Ministers (2 Abbildungen.) — Schachpartie und Schachaufgabe.

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern von je 48 Folio-Spalten) 2 Thlr.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter an.

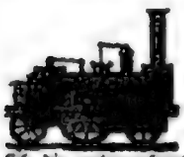
Leipzig, J. J. Weber. [2059]

Bekanntmachung.

Ich mache hiermit die Anzeige, daß, nachdem ich bereits am 9. Januar d. J. es für nothwendig gefunden, dem Herrn **Eduard Schneider in Zittau** meine Procura abzunehmen, derselbe **vom heutigen Tage an mein Geschäft gänzlich verläßt** und dem zufolge auch weder für die Firma **Willert & Co. in Hamburg** noch für die von **F. F. Willert in Manchester** ferner fungirt. [2054]

Leipzig, den 1. Mai 1847. ***Ferd. Garrigues.***

Schweizerische Nordbahn-Gesellschaft.



Nachdem der Ausschuß der Gesellschaft unterm 7. Mai versammelt gewesen war, theils um gemeinsam mit der Direction die Interessen der Unternehmung zu berathen, theils um den technischen Bericht des Herrn Generalinspectors Negrelli anzuhören, der während eines neuen, zehntägigen Aufenthalts in Zürich sich mit erfolgreicher Thätigkeit der Inspection der Arbeiten gewidmet hat, gibt sich die unterzeichnete Direction die Ehre, ihre frühern Berichte an die Herren Actionaire durch nachstehende Angaben zu ergänzen.

Der Unterbau der Section Zürich-Baden ist bis Wettingen als vollendet zu betrachten; auf der kurzen Strecke von Wettingen bis Baden hat das Zusammentreffen verschiedener, in diesem Maße unerwarteter Terrainschwierigkeiten, verbunden mit dem ungünstigen, alle Arbeiten erschwerenden Wetter, das raschere Vorrücken gehemmt. Da jedoch auf dieser Strecke fortwährend 700 bis 800 Arbeiter unter der Leitung eines sehr tüchtigen Ingenieurs beschäftigt sind, so wird die Ausführung des einmal hier angelangten Oberbaues keine Zögerung erleiden.

Tunnelarbeiten. Der Durchbruch des Felsens im Schloßberg zu Baden fand schon im Laufe des letzten Monats statt, und mit Befriedigung nahm Herr Negrelli wahr, daß die günstigen Verhältnisse des Tunnels eine Einwölbung überflüssig machen.

Die Brücken über die Sihl und die Reppisch sind vollendet, ebenso die übrigen Kunstbauten, mit Ausnahme von zwei Ueberfahrten und einem Wegübergang, welche indessen mit dem Unterbau beendigt sein werden.

Der Oberbau im Bahnhofe zu Zürich und auf dem ersten Drittheile der Bahn ist gänzlich beendigt und wird weiter abwärts in drei Abtheilungen unter der Leitung erfahrener Werkführer mit Emsigkeit betrieben.

Die Verwaltungs- und Dienstgebäude in den Bahnhöfen zu Zürich und Baden sowie die Stations- und Wächterhäuser auf der Bahn sind theils vollendet, theils so weit vorgerückt, daß sie in wenig Wochen benutzt werden können.

Ueber den Befund der sämmtlichen eben aufgezählten Arbeiten hat Herr General-Inspector Negrelli sich vollständig befriedigt erklärt und überdies, gestützt auf den gegenwärtigen Stand derselben, die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß bei auch nur mittelmäßigem Wetter, wie es in dieser Jahreszeit zum mindesten erwartet werden dürfe, die ganze Section im Laufe des Monats Juli eröffnet werden könne, sodaß noch die ertragreichsten Sommermonate für den Betrieb dieses Jahres gewonnen werden dürften.

Von dem in einem frühern Berichte erwähnten Betriebsmateriale sind bereits zwei Locomotiven nebst Tendern durch Herrn Em. Keßler und einige Personenwagen durch die Herren Schmieder und Mayer geliefert worden und haben bei den, im Beisein des Herrn Negrelli vorgenommenen Probefahrten eben so volle Befriedigung gewährt als der Zustand der befahrenen Bahnstrecke.

Nach Prüfung der für die Section Baden-Brugg mit Sorgfalt ausgeführten Terrainstudien hat Herr General-Inspector Negrelli die Trace von Baden bis Brugg und Aarau begangen, und sowol für diese Linie als für diejenige zum Rheinübergange Koblenz alle Anordnungen zur Fortsetzung umfassender Vorarbeiten getroffen.

Nachdem der Ausschuß die einläßlichen Berichte der Direction über sämmtliche Verhältnisse der Unternehmung vernommen, hat er sich vorläufig mit der Absicht der Direction, nach Eröffnung der Section Zürich-Baden die Herren Actionaire zu einer ordentlichen Generalversammlung einzuberufen, um ihnen ausführlich Bericht und Rechnung abzulegen, einverstanden erklärt.

Betreffend die auf den 15. Juni angekündigte

vierte Einzahlung

wird den Herren Actionairen hiermit angezeigt, daß dieselbe, in Betracht der ungünstigen Zeitverhältnisse, einstweilen noch verschoben und, gemäß einer mit nächstem zu veröffentlichenden statutengemäßen Ausschreibung, nur im Betrage von fünf Procent bezogen werden soll.

Zürich, den 11. Mai 1847.

Die Direction der Schweizerischen Nordbahn-Gesellschaft:

[2060] **Schultheß-Rechberg. R. Voegeli-Wiser.**

Gesuch. **Ein junges gebildetes Mädchen,** welches sowol im Häuslichen als in allen weiblichen Arbeiten und im Schneidern erfahren, sowie in Musik und der französischen Sprache nicht fremd ist, sucht eine Stelle auswärtig als **Gesellschafterin.** Auf freundliche Behandlung würde mehr gesehen als auf hohes Gehalt. Näheres zu erfragen poste restante Leipzig unter der Chiffre **A. B. X.** [2058]

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Die

operative Chirurgie

von

J. F. Dieffenbach.

In zwei Bänden.

Zweiten Bandes erstes Heft.

Gr. 8. Preis eines Heftes 1 Thlr.

Der erste Band dieses wichtigen Werkes erschien in sechs Heften 1845 und kostet 6 Thlr.; die übrigen Hefte des zweiten Bandes werden rasch folgen.

Leipzig, im Mai 1847.

[2061] ***F. A. Brockhaus.***

Für **Auswanderer nach Nordamerika und Canada** haben wir in **Leipzig** eine Hauptagentur für Sachsen u. unter

Herrn ***Joh. Ernst Weigel,***
Grimmaische Straße Nr. 33,

errichtet, allwo auf portofreie und mündliche Anfragen das Nähere der Ueberfahrt u. gern ertheilt wird und Contracte abgeschlossen werden. Unsere Ueberfahrten finden regelmäßig monatlich zwei Mal statt, wozu wir uns für Passagiere und Frachtgüter bestens empfohlen halten.

F. H. Wichelhausen & Co.
in Bremen,

[2056—57] Schiffseigner und Befrachter.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 23. Mai. **Oberon, König der Elfen,** große Oper von C. M. v. Weber. Huon: Herr Dr. **Liebert**, Rezia: Frl. **Achilles**, vom Stadttheater zu Würzburg, als Gäste.

Montag, 24. Mai. Zum ersten Male: **Der Alterweits-Pathe,** Lustspiel in 4 Acten nach dem Französischen von B. A. Herrmann.

Dienstag, 25. Mai. Neu einstudirt: **Der alte Student,** Lustspiel in 2 Acten vom Freiherrn v. Maltitz. — Vorher: **Der Weiberfeind,** Lustspiel von Benedix. **Freiling** und **Zolky**, Herr **Löwenberg**, vom deutschen Theater zu St.-Petersburg, als Gast.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Advocat Dörstling in Chemnitz mit Frl. Emilie Pietzsch. — Hr. Kaufmann Julius Jossmann in Breslau mit Frl. Karoline Pulvermacher. — Hr. Kaufmann Moritz Oppenheim in Berlin mit Frl. Anna Lehmann in Dessau.

Getraut: Hr. Otto Hermann Delbanco in Leipzig mit Frl. Pauline Pläßer. — Hr. Rittergutsbesitzer Julius Hirschfeld auf Wangen mit Frl. Dorethea Levy aus Königsberg. — Hr. Theodor Kohlmann in Dresden mit Frl. Pauline Palitzsch. — Hr. Lieutenant Karl Roth in Breslau mit Frl. Marie Jochens. — Hr. Amtsactuar Moritz Ruth in Grimma mit Frl. Luise Schlick. — Hr. Ernst Schumann in Deutschenbora mit Frl. E. Fichtner aus Pinnewitz.

Geboren: Hrn. Hauptmann v. Alvensleben in Stettin ein Sohn. — Hrn. G. F. W. Berndes in Berlin ein Sohn. — Hrn. F. Ideler in Templin ein Sohn. — Hrn. C. Matzdorff in Brieg ein Sohn. — Hrn. Julius Reichardt in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Rector Riebe in Brandenburg eine Tochter. — Hrn. Apotheker Schöflinius in Pleß ein Sohn. — Hrn. H. Sperling in Leipzig ein Sohn. — Hrn. D. Tschirschnitz in Rzemichow ein Sohn.

Gestorben: Frau Postamtsadministrator Marie Bauer in Kyritz. — Frl. Karoline v. Buttlar in Dresden. — Frau Hauptmann B. B. v. Zentz in Kornthal. — Frau Professor Antoinette Michaelis in Tübingen. — Frau Obergrenzcontroleur Richter in Borsfelde. — Frau Oberlieutenant Franz. Seraphine Edle v. Ronchi-Löwenfels in Hechingen. — Frau Bertha Schuster in Potsdam. — Frau Prediger Stuenfee in Flatow. — Frau Johanne Trefurth in Schneeberg. — Hr. Kaplan Zimmermann in Schussenried.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 142. (22. Mai 1847.)

Ueberblick.

Preußen. Berlin. Die Eingabe der 138.
Frankreich. ☌ Paris. Deutschland gegenüber Frankreich und Rußland. Die Dampfkräfte.
Türkei. ⊙ Konstantinopel. Russische Plane in Jerusalem, dem Kaukasus und dem türkischen Cabinet.
Wissenschaft und Kunst. Wien. Die Akademie der Wissenschaften. — Das Censurgesetz in Toscana.

Preußen.

Berlin, 20. Mai. Folgendes ist die in dem heutigen Landtagsberichte (s. das Hauptstück) erwähnte Eingabe:

In der am 16. d. M. stattgefundenen Plenarsitzung des Vereinigten Landtags hat derselbe eine Adresse an des Königs Maj. beschlossen und in dieser, mit Bezug auf die von vielen seiner Mitglieder vermißte volle Uebereinstimmung der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. mit den ältern Gesetzen, zur Wahrung der ständischen Rechte eine ehrfurchtsvolle Erklärung am Throne niedergelegt. Wenn es nicht angemessen gehalten wurde, in der erwähnten Adresse, welche zugleich den Dank für die Zusammenberufung des Landtags enthielt, die speciellen Punkte anzuführen, in welchen die erwähnte Uebereinstimmung vermißt wird, so erscheint es um so mehr gebotene Pflicht, daß der Landtag über diese sich verständige und sie, zur Vermeidung jedes Mißverständnisses, näher bezeichne. Zu diesem Ende beehren sich die Unterzeichneten, Ew. Hochwohlgeb. die anliegende Erklärung zu überreichen, mit dem Antrage, dieselbe einer Abtheilung zur gründlichen Erörterung überweisen zu wollen, damit sie demnächst von der hohen Curie der drei Stände zum Beschlusse erhoben und im Protokolle niedergelegt werde. Berlin, den 26. April 1847. An des Landtagsmarschalls, Ritters ꝛc. Hrn. v. Rochow Hochwohlgeboren hier.

(Gez.) v. Bincke. Siegfried. Raffauf. Milde. Sperber. v. Bardeleben. Schneider. Coqui. Barre. Weise. v. Bockum-Dolffs. Hüffer. Heinrich. van der Loë. Stattmüller. Anwandter. Aschocke. Schmöle. Delius. Caspers. Stedtmann. Wesse. Donalitius. v. Kall. Sachsen. Grunau aus Elbing. v. Rywentheim. Brämer. Dr. Kraszewski. Werner. Bracht. Biesing. Funckel. Epping. Wächter. Dulk. Berger. Graf zu Dohna-Wesselshöfen. Jungbluth. Thiel. Sperling. v. Gordon. Käfewurm. v. Schön. Harder. Hayn. Schumann. Berndt. Meyhöfer. v. Donimierski. Riebold. Forstreuter. Allnoch. Krause. Brünninghaus. Hein. Schulz. Schönlein. Hooff. Flemming. Dembowski. Krause. Zunderer. Kayser. Müller. Lensing. Scheidt. v. Saucken-Julienfelde. Dahmen. Minderjahn. v. Kossowski. Mohr. Rombey. v. Frantzius. Jachmann. Funk Heuer. Abegg. Grach. Uellenberg. Schult. Jebens. Aldenhoven. v. Auerswald. Offermann. v. Kalkstein. Gadegast. Pultke. Hansemann. Rheinhardt. Hensche. Revissen. Reimer. Martens. Dahlström. Baum. v. Rynsch. Seulen. König. Fellmann. Möwes. Waliczeck. Beemelmann. Fabbinder. König-Bergenthal. Deimel. du Bois. Thiel-Wangotten. v. Platen. Ferd. Schaub. Reichard. Schulz. Timm. Hübler. Verein. v. Hagenow. Friedr. Schmidt. Urra. Heyer. Brust. Schultze. Hartmann. A. de Gallhau. Schulz. Sommerbrodt. Meyer. Greger. Bannasch. v. Beringe. Schlenther. Haasenwinkel. Born. Siebig. Wehr. Pendzinsky. Müller.

I. Das allgemeine Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände vom 5. Jun. 1823 lautet unter III. 2: «Dieser Bestimmung gemäß werden wir Ihnen, so lange keine ständische Versammlungen stattfinden, die Entwürfe solcher allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, soweit sie die Provinz betreffen, zur Berathung vorlegen lassen.» Es steht im unverkennbaren Zusammenhange mit §. 4 der Verordnung vom 22. Mai 1815, welcher lautet: «Die Wirksamkeit der Landesrepräsentanten erstreckt sich auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen.» Dagegen sagt der §. 12 der Verordnung vom 3. Febr. d. J. über die Bildung des Vereinigten Landtags: «Wir behalten uns vor, den nach dem Gesetze vom 5. Jun. 1823 erforderlichen ständischen Beirath zu den Gesetzen, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten oder andere als die im §. 9 bezeichneten Veränderungen in den Steuern zum Gegenstande haben, wenn diese Gesetze die ganze Monarchie oder mehre Provinzen betreffen, in dazu geeigneten Fällen von dem Vereinigten Landtage zu erfodern, welcher denselben mit voller rechtlicher Wirkung zu geben befugt ist. Sollten wir uns bewogen finden, ständischen Beirath über solche Aenderungen der ständischen Verfassung zu erfodern, welche nicht als die Verfassung einer einzelnen Provinz betreffend von dem Landtage dieser Provinz zu berathen sind, so werden wir ein solches Gutachten nur von dem Vereinigten Landtag einfodern, und bleiben diesem alle auf dergleichen Aenderungen bezügliche ständische Verhandlungen ausschließend vorbehalten.» Und der §. 3 der Verordnung vom 3. Febr. c. über die periodische Zusammenberufung des Vereinigten ständischen Ausschusses und dessen Befugnisse: «Den nach dem allgemeinen Gesetze wegen Bildung der Provinzialstände vom 5. Jun. 1823 erforderlichen ständischen Beirath zu den Gesetzen, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten oder andere als die im §. 9 der Verordnung vom heutigen Tage über die Bildung des Vereinigten Landtags bezeichneten Veränderungen in den Steuern zum Gegenstande haben, werden wir, wenn diese Gesetze die ganze Monarchie oder mehre Provinzen betreffen, der Regel nach von dem vereinigten ständischen Ausschuß einfodern, und ertheilen demselben hierdurch die Befugniß, solchen mit voller rechtlicher Wirkung abzugeben. Die Vorschrift im Artikel III. Nr. 2 des angeführten Gesetzes findet durch gegenwärtige Bestimmung ihre Erledigung.

«Wie wir aber in der die Bildung des Vereinigten Landtags betreffenden Verordnung vom heutigen Tage bereits vorbehalten haben, auch von diesem dergleichen Gutachten in dazu geeigneten Fällen zu erfodern, so wollen wir uns gleichfalls vorbehalten, Gesetze der erwähnten Art, welche die ganze Monarchie oder mehre Provinzen betreffen, ausnahmsweise auch den Provinzial-Landtagen zur Begutachtung vorzulegen, wenn dieses aus besondern Gründen, namentlich der Beschleunigung wegen, räthlich erscheinen möchte.» Wir hegen die Ueberzeugung, daß die erwähnten Worte der Verordnung vom 3. Febr. c. deshalb nicht vereinbar sind mit den angeführten Bestimmungen der ältern Gesetze, weil nach diesen den Provinzial-Ständen die Gesetze, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten sowie in den Steuern zum Gegenstande haben, so lange zur Berathung vorgelegt werden sollen, als keine allgemeine ständische Versammlungen stattfinden, die Wirksamkeit der letztern aber auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Steuern betreffen, sich erstrecken soll, während nach den Verordnungen vom 3. Febr. c. dieser ständische Beirath dem Vereinigten Landtage nicht unter allen Umständen zusteht, vielmehr auch von den Ausschüssen oder den Provinzial-Landtagen erfodert werden kann.

II. Ferner enthält der §. 10 der Verordnung vom 3. Febr. c. über die Bildung des Vereinigten Landtags die Worte: «Für den Fall eines Krieges behalten wir uns vor, außerordentliche Steuern ohne Zustimmung des Vereinigten Landtags auszuschreiben, wenn wir dessen Zusammenberufung in Berücksichtigung der obwaltenden politischen Verhältnisse nicht zulässig befinden sollten. In diesem Falle werden wir aber, sobald es die Umstände gestatten, spätestens sogleich nach Beendigung des Krieges, dem Vereinigten Landtage den Zweck und die Verwendung der erhobenen außerordentlichen Steuern nachweisen lassen.» Wir hegen die Ueberzeugung, daß diese Worte ebenfalls mit den bereits angeführten Bestimmungen der ältern Gesetze unvereinbar sind, insofern nach diesen Bestimmungen die Wirksamkeit der Landesrepräsentanten oder allgemeinen ständischen Versammlungen auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung sich erstrecken soll, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen, während nach der Verordnung vom 3. Febr. c. für den Fall eines Krieges außerordentliche Steuern ohne Zustimmung des Vereinigten Landtags dann ausgeschrieben werden können, wenn die Zusammenberufung des Vereinigten Landtags in Berücksichtigung der obwaltenden politischen Verhältnisse nicht zulässig befunden werden, also auch die durch die Verordnung vom 22. Mai 1815 vorgeschriebene Berathung der Landesrepräsentanten über alle Gegenstände der Besteuerungs-Gesetzgebung nicht stattgefunden haben möchte.

III. Die Verordnung vom 17. Jan. 1820 wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staatsschuldenwesens lautet im Eingange folgendermaßen: «Wir sind nunmehr von dem gesammten Schuldenzustande des Staats unterrichtet und haben daher beschlossen, selbigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.» «Wir hoffen dadurch und durch die von uns beabsichtete künftige Unterordnung dieser Angelegenheit unter die Reichsstände, das Vertrauen zum Staat und zu seiner Verwaltung zu befestigen und unsern aufrichtigen Willen, allen Staatsgläubigern gerecht zu werden, um so unzweideutiger an den Tag zu legen, als wir zugleich wegen Sicherstellung sowie wegen regelmäßiger Verzinsung und allmäliger Tilgung aller Staatsschulden das Nöthige unwiderruflich hiermit festsetzen.» Und im §. II. wörtlich also: «Wir erklären diesen Staatsschuldenetat auf immer für geschlossen. Ueber die darin angegebene Summe hinaus darf kein Staatsschuldschein oder irgend ein anderes Staatsschuldendocument ausgestellt werden. Sollte der Staat künftighin zu seiner Erhaltung oder zur Förderung des allgemeinen Besten in die Nothwendigkeit kommen, zur Aufnahme eines neuen Darlehns zu schreiten, so kann solches nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen.» Dagegen sagt die Verordnung vom 3. Febr. d. J. über die Bildung des Vereinigten Landtags in den §§. 4 bis 7: «Dem Vereinigten Landtage übertragen wir die im Art. II. der Verordnung über das Staatsschuldenwesen vom 17. Jan. 1820 vorbehaltene ständische Mitwirkung bei Staatsanleihen, und sollen demgemäß neue Darlehen, für welche das gesammte Vermögen und Eigenthum des Staats zur Sicherheit bestellt wird (Art. III der Verordnung vom 17. Jan. 1820), fortan nicht anders als mit Zuziehung und unter Mitgarantie des Vereinigten Landtags aufgenommen werden.» §. 5. Wenn neue Darlehen von der im §. 4 bezeichneten Art zur Deckung des Staatsbedürfnisses in Friedenszeiten bestimmt sind, so werden wir solche ohne Zustimmung des Vereinigten Landtags nicht aufnehmen lassen. §. 6. Wenn dagegen im Fall eines zu erwartenden oder bereits ausgebrochenen Krieges zur Beschaffung des nöthigen außerordentlichen Geldbedarfs die in unserem Staatsschatz und sonst vorhandenen Reservefonds nicht ausreichen und deshalb Darlehen aufgenommen werden müssen, die Einberufung des Vereinigten Landtags aber von uns in Berücksichtigung der obwaltenden politischen Verhältnisse nicht zulässig befunden werden sollte, so soll bei Aufnahme jener Darlehen die ständische Mitwirkung durch Zuziehung der Deputation für das Staatsschuldenwesen ersetzt werden. — Den zu dem gedachten Zwecke unter Zuziehung dieser Deputation aufgenommenen Darlehen steht ebenfalls diejenige Sicherheit zu, welche im Artikel III. der Verordnung vom 17. Jan. 1820 den Staatsschulden beigelegt ist.» §. 7. «Ist ein Darlehn in der im §. 6 bezeichneten Weise aufgenommen, so werden wir, sobald wir das Hinderniß der Berufung des Vereinigten Landtags für beseitigt erachten, denselben zusammenberufen und ihm den Zweck und die Verwendung des Darlehns nachweisen lassen.» Und es sagt §. I der Verordnung vom 3. Febr. c. über die Bildung einer ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen: «Zur Ausübung der im §. 6 der Verordnung vom heutigen Tag über die Bildung des Vereinigten Landtags vorbehaltenen Mitwirkung bei der Aufnahme von Staatsanleihen für Kriegszeiten sowie zur fortlaufenden ständischen Mitwirkung bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden, soll Eine ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen gebildet werden.» Wir hegen die Ueberzeugung, daß die erwähnten Worte der Verordnungen vom 3. Febr. c. mit der angeführten Bestimmung der Verordnung vom 17. Jan. 1820 unvereinbar sind, insofern 1) nach der von weiland Friedrich Wilhelm III. Maj. als unwiderruflich bezeichneten Verordnung vom 17. Jan. 1820 kein Staatsschuldschein-

Digitized by Google

oder irgend ein anderes Staatsschuldendocument ausgestellt werden soll, ohne die Zuziehung und Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung; während §. 4 der Verordnung vom 3. Febr. c. über die Bildung des Vereinigten Landtags die Nothwendigkeit dieser Zuziehung und Mitgarantie auf diejenigen neuen Darlehen beschränkt, für welche das gesammte Vermögen und Eigenthum des Staats zur Sicherheit bestellt wird. Ferner: 2) nach §. 6 der Verordnung vom 3. Febr. c. über die Bildung des Vereinigten Landtags in den dort vorgesehenen Fällen bei Aufnahme jener Darlehen die ständische Mitwirkung durch Zuziehung der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen ersetzt wird.

IV. Endlich lauten die §§. 8 und 9, und 13 und 14 der Verordnung vom 17. Jan. 1820 wegen der künftigen Behandlung des gesammten Staatsschuldenwesens wie folgt: »VIII. Unser Staatsrath hat bei Gelegenheit seines wegen der Verordnung über die rechtliche Natur der Domainen in den neuen und wiedereroberten Provinzen abgegebenen Gutachtens vom 30. Jun. 1818 bereits darauf angetragen, daß bei der fernern Ausführung des Domainenverkaufs eine besondere Behörde niedergesetzt werde, welcher die Verbindlichkeit obliege, für die Verwendung der Kaufgelder zur Schuldentilgung zu sorgen.' In Berücksichtigung dieses Antrags und zur Ausführung der in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Bestimmung setzen wir daher eine von der übrigen Staats- und Finanzverwaltung ganz abgesonderte Behörde unter der Benennung ‚Hauptverwaltung der Staatsschulden' hiermit ein.

IX. Diese Behörde soll aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern bestehen. Wir ernennen hierzu den wirklichen geheimen Oberfinanzrath Rother zum Präsidenten, den wirklichen geheimen Oberfinanzrath Domdechanten v. d. Schulenburg zum ersten Mitgliede, den Landrath und Domherrn v. Panwitz zum zweiten Mitgliede, den hiesigen Stadtgerichtsdirector Beelitz zum dritten Mitglied und den Chef des hiesigen Handlungshauses Gebrüder Schickler, David Schickler, zum vierten Mitgliede. In Zukunft und beim Abgange des Präsidenten oder eines dieser Mitglieder werden uns von der künftigen reichsständischen Versammlung und bis zu deren Errichtung von dem Staatsrathe drei Individuen zur Auswahl eines derselben vorgeschlagen. Dem Präsidenten liegt die Leitung des Ganzen ob, außerdem aber haben die Mitglieder mit ihm gleiche Befugnisse und daher auch gleiche Verantwortlichkeit.

XIII. Endlich ist die Staatsschuldenverwaltungsbehörde verpflichtet, der künftigen reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung zu legen. Bis zur Einführung derselben tritt der Staatsrath an deren Stelle. Die Ertheilung der Decharge behalten wir uns nach Maßgabe des uns von ersterer, vorläufig aber von letzterm zu erstattenden Gutachtens vor.

XIV. Bis die reichsständische Versammlung zusammengetreten sein wird, soll statt ihrer eine Deputation des hiesigen Magistrats mit der Staatsschuldenverwaltungsbehörde die eingelösten Staatsschuldendocumente alljährlich nach erfolgtem Rechnungsschluß in gemeinschaftlichen Verschluß nehmen und für deren abgesonderte und sichere Aufbewahrung bei dem Depositorium des Kammergerichts Sorge tragen. Vor der Niederlegung werden jedoch jedesmal die Nummern und Lettern der eingelösten Documente zugleich mit der Rechnungslegung der Verwaltungsbehörde zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Dagegen sagt die Verordnung vom 3. Febr. c. über die Bildung des Vereinigten Landtags im §. 8: ‚Außerdem hat der Vereinigte Landtag a) nach Art. IX der Verordnung vom 17. Jan. 1820 uns die Candidaten für die bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden erledigten Stellen vorzuschlagen, und b) nach Art. XIII derselben Verordnung die Rechnungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Grund der durch die Deputation für das Staatsschuldenwesen zu bewirkenden vorläufigen Prüfung abzunehmen und uns mittels besonderer Gutachten zur Decharge vorzulegen. Wenn der Vereinigte Landtag nicht versammelt ist, werden diese Geschäfte durch den vereinigten ständischen Ausschuß besorgt.' Und es sagt die Verordnung vom 3. Febr. c. über die periodische Zusammenberufung des vereinigten ständischen Ausschusses und dessen Befugnisse in dem §. 4: ‚Der vereinigte ständische Ausschuß hat in Vertretung des Vereinigten Landtags die im §. 8 unserer Verordnung vom heutigen Tag über die Bildung des Vereinigten Landtags bezeichneten, das Staatsschuldenwesen betreffenden Geschäfte zu besorgen.

Endlich sagt die Verordnung vom 3. Febr. c. über die Bildung einer ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen im §. 4: ‚Zum Wirkungskreis der Deputation gehören außer der ihr im §. 6 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags übertragenen Mitwirkung bei Aufnahme von Kriegsanleihen folgende Geschäfte: 1) Die Deputation hat nach Vorschrift des Artikel XIV. der Verordnungen vom 17. Jan. 1820 gemeinschaftlich mit der Hauptverwaltung der Staatsschulden die eingelösten Staatsschuldendocumente in Verschluß zu nehmen und deren Deposition beim Kammergericht zu bewirken. 2) Sie hat die Jahresrechnung über die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden, nachdem dieselbe zuvor von der Oberrechnungskammer revidirt worden, zu prüfen und das darüber von dem Vereinigten Landtage oder dem vereinigten ständischen Ausschusse bei dessen nächstem Zusammentritte nach Artikel 13 der Verordnung vom 17. Jan. 1820 an uns zu erstattende Gutachten vorzubereiten. 3) Sie ist befugt, bei Gelegenheit ihrer Versammlungen außerordentliche Revisionen der Staatsschuldentilgungskasse und der Controle der Staatspapiere vorzunehmen.'

Wir hegen die Ueberzeugung, daß die erwähnten Worte der Verordnungen vom 3. Febr. c. mit den angeführten Bestimmungen der Verordnung vom 17. Jan. 1820 unvereinbar sind, insofern 1) nach der Verordnung vom 17. Jan. 1820 die Mitglieder der Hauptverwaltung der Staatsschulden von der reichsständischen Versammlung vorgeschlagen werden sollen und jene Behörde verpflichtet sein soll, der reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung zu legen, während nach den Verordnungen vom 3. Febr. c., wenn der Vereinigte Landtag nicht versammelt ist, durch den vereinigten ständischen Ausschuß die Candidaten für die bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden erledigten Stellen vorgeschlagen und die Rechnungen dieser Behörde abgenommen werden; 2) die nach der Verordnung vom 17. Jan. 1820 zum Wirkungskreise der Reichsstände gehörige Entgegennahme und Deposition der eingelösten Staatsschuldendocumente durch die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen vorgenommen wird.« Im Hinblick auf die vorstehend hervorgehobenen Gegensätze zwischen den Verordnungen vom 22. Mai 1815 und 17. Jan. 1820 einerseits und den Verordnungen vom 3. Febr. c. andererseits hegen wir die Ueberzeugung, daß die mehrerwähnten ältern Gesetze in den hervorgehobenen Punkten noch zu Rechte bestehen." (A. Pr. Z.)

Frankreich.

♂ **Paris**, im Mai. Die plötzliche Annäherung seiner mächtigsten Nachbarn (Frankreich und Rußland) hat in ganz Deutschland einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Jeder Deutsche erblickt in diesem Ereignisse wo nicht sofortige Gefahr, doch wenigstens eine Drohung für die Zukunft. Es dürfte daher nicht unangemessen sein, einige Zeilen der Betrachtung zu widmen, inwieweit diese Besorgnisse gegründet oder übertrieben sein mögen. Wir stellen uns nicht die Aufgabe, die Ursachen zu ermitteln, welche die Veränderung der russisch-französischen Politik herbeiführten, und die Interessen abzuwägen, welche die neuen Alliirten veranlassen könnten, Deutschland anzugreifen oder verderbliche Einflüsse auf dessen innere Verhältnisse auszuüben, dies würde die Grenzen eines Zeitungsartikels überschreiten; nein, wir wollen nur die Lage Deutschlands Frankreich und Rußland gegenüber prüfen, und hoffen, aus einer unparteiischen Beurtheilung der Verhältnisse manche Ursache der Beruhigung für die Zukunft schöpfen zu dürfen. Wenn wir von Deutschland sprechen, so versteht es sich wol von selbst, daß wir die Gesammtheit der auf deutschem Boden gebildeten Staaten meinen, die 40 Mill. Menschen, die leider seit einem Jahrtausend kaum ein Mal einig, dann aber auch siegreich waren (1813); wir wollen nicht bezweifeln, daß gleiche drohende Gefahr sie wieder einig finden würde.

Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zum Frieden von 1815 fand eine gänzliche Umgestaltung aller frühern europäischen Verhältnisse statt. Durch große Anstrengungen aller Art hatte das französische Volk in diesem großen Entwickelungskampfe die erste Stelle eingenommen und die auf französischem Boden entsprossenen Ideen, welche die Revolution herbeiführten, wurden durch die französischen Eroberungen über Frankreichs Grenzen verpflanzt. So blutig diese Einimpfung war, so ungerecht diese Kriege an sich meistens genannt werden mußten, so verderblich dieselben auf die Ruhe und den Wohlstand der eroberten Länder zu jener Zeit einwirkten, so ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß sie ganz Europa zu einer raschern Entwickelung des politischen und socialen Verständnisses führten, zu einer Entwickelung, welche unter den frühern Verhältnissen in Jahrhunderten schwerlich erreicht worden wäre. Die Ideen, welche durch die Revolution in die Welt geschleudert wurden, gähren und keimen bei allen Völkern fort und rufen in jedem Lande nach seiner Eigenthümlichkeit allgemeines Drängen nach Reform und Fortschritt hervor. Mögen die Freunde des wahren Fortschritts Kraft genug besitzen, um einerseits die Staaten auf der Bahn der zeitgemäßen Verbesserungen rüstig fortzubewegen, auf der andern Seite aber dieselben vor den Schrecknissen, welche Frankreich erlebt hat, und überhaupt vor Ausartung und Uebertreibung jeglicher Art zu bewahren. Es hat allerdings den Anschein, als ob es Deutschland vorbehalten sei, der Welt das schöne Schauspiel zu geben, wie ein Volk aus frühern veralteten Verhältnissen in andere, den Zeitbedürfnissen angemessene im Wege friedlicher Berathung übergeht und die mit Besonnenheit erörterten Grundsätze in ruhiger Kraft in praktische Anwendung bringt. Möge der großartige Versuch einer solchen Umgestaltung der Verhältnisse, welcher in diesem Augenblick im Angesicht der ganzen Welt in Preußen vor sich geht, sich so segensreich entwickeln, wie es gewiß alle wohlgesinnten Deutschen wünschen! Dann wird unser Volk den Ruhm der Besonnenheit, welchen es in mancher Hinsicht schon genießt, auch auf dem politischen Felde wohl begründet haben und die Reformen desto sicherer und im Frieden genießen, welche Frankreich unter so blutigen Auftritten zu erkämpfen hatte.

So bedeutend sich das französische Volk in dem Riesenkampfe gegen die veralteten Institutionen der Vergangenheit sowol in seiner eignen Mitte als außerhalb seiner Grenzen zeigte, in diesem Princip enkampfe, der die Welt erschütterte und während 20 Jahren alle Länder Europas in Blachfelder verwandelte, so scheint doch dieses große Volk jetzt durch seine frühern Anstrengungen erschöpft; es scheint, nachdem die ihm von der Vorsehung zugetheilte Mission, die Welt aus ihrem frühern Schlummer zu erwecken, vollbracht ist, ermattet, und seit dem Frieden von 1815 sehen wir die Franzosen ausschließlich beschäftigt mit kläglichen Kämpfen der Rednerbühne, mit Kammerintriguen und andern unerheblichen Fragen, oft erinnernd an die Zeiten des Verfalles der römischen Weltherrschaft. Sogar Frankreichs Eroberungen seit dieser Zeit wurden ihm in Algerien und Oceanien einen zwar blutigen, aber für jeden wahren Krieger unerfreulichen Lorbeerkranz. In diesen unerquicklichen Kämpfen führt auch der Sieg zu keinem bleibenden Vortheil für das Mutterland, welchem immer neue Opfer an Geld und Menschen angesonnen werden, um diese mehr dem Ehrgeiz Einzelner als dem Gesammtwohle nützenden Eroberungen zu behaupten.

Während dieser Zeit hat sich eine neue Macht erhoben: die Dampfkraft, welche die Welt umgestaltet. Frankreich scheint der letzte Staat zu sein, welcher diese Macht anerkennen und sich aneignen will. In England und Amerika entstanden, verbreitete sich die Anwendung der Dampfkraft besonders als allgemeines Transportmittel bald über Belgien, Sachsen, Preußen, Oesterreich, Baiern, Baden und der meisten andern deutschen Staaten; Italien und Rußland eignen sich ebenfalls das neue Transportmittel an. Frankreich war besonders mächtig und im Kriege furcht-

Digitized by Google

bar, weil es seit langer Zeit an der Spitze aller Zeitfragen stand und ihm daher die Herzen vieler geistesverwandten Menschen entgegenschlugen. Diese Rolle scheint es jetzt verlassen zu haben, und in manchen Hinsichten ist ein Rückschritt unverkennbar. Wir führen nur an, wie Frankreich nicht begriffen hat, daß die Eisenbahnen in unsern Tagen den wichtigsten Hebel der Volksentwickelung, des Handels und der Kriegsmacht eines Staats bilden. Ferner liefert es das wahrhaft sonderbare Schauspiel eines Volks, welches die unglaublichsten Anstrengungen nicht scheute, um alle Geburtsrechte zu vertilgen und in welchem jetzt die Sucht nach Adelstiteln so groß ist wie je im verflossenen Jahrhundert. Es werden Herzoge, Grafen, Marquis ꝛc. ernannt und die bedeutendsten Männer haschen nach solchen Auszeichnungen, während Diejenigen, denen sie unerreichbar bleiben, ihren Töchtern durch große Aussteuern zu erhandeln trachten. Dabei fehlt es nicht an Beispielen, daß die Verschwendung dem neuen wie vormals schon dem alten französischen Adel im höchsten Grad anhängt. Die Vermögen der bürgerlichen Gattinnen werden vergeudet, und es entstehen gerichtliche Verhandlungen, in welchen zuweilen unerfreulicher Familienhältnisse halber die jetzigen Träger von Namen eine traurige Berühmtheit erlangen, welche man vordem gewohnt war, nur in Napoleon's Bulletins als sieggekrönt genannt zu finden.

Diese und ähnliche unerfreuliche Richtungen scheinen besonders unter den Kammermitgliedern immer vorherrschender zu werden; sie lenken die Aufmerksamkeit von den wichtigsten Zeitfragen ab. Daher ist es natürlich, daß Frankreich im Angesicht Englands, Nordamerikas und Belgiens, die ihre Eisenbahnsysteme vollendet haben, und während Deutschland, ungeachtet seiner Zerstückelung, bald in allen Richtungen mit Eisenbahnen bedeckt sein wird, noch nicht kräftige Hand an die Ausführung seiner wichtigsten Linie gelegt hat, nämlich an die Bahn von Paris nach Marseille, welche die Nordsee mit dem Mittelmeere verbinden und die eigentliche Lebensader Frankreichs bilden soll. Um einzelnen Kammerparteien zu genügen, hatte man die Concessionen zu diesen Bahnen unter äußerst drückenden Bedingungen an gewisse Compagnien ertheilt; im Rausche der rasenden Speculationswuth, welche zu jener Zeit herrschte, prüfte man aber die Bedingungen nicht genau genug, und erst jetzt gehen den Actienbesitzern die Augen auf; sie weigern sich zu bauen, wenn ihnen nicht günstigere Bedingungen zugestanden werden, und man muß befürchten, die Arbeiten ganz ins Stocken gerathen zu sehen, wenn sich die Actionaire bewogen finden sollten, die fernern Einzahlungen zurückzuhalten. Es wird viel Zeit verstreichen, bis diese Schwierigkeiten beseitigt sind, und so wird das deutsche Eisenbahnnetz ganz bestimmt in allen Richtungen viel früher beendigt sein, als es Frankreich gelingen kann, die Hauptverbindungen zwischen der Hauptstadt und den wichtigsten Provinzen herzustellen. Aus diesen für Frankreich sehr unerfreulichen Verhältnissen kann aber Deutschland die Beruhigung fassen, daß ihm im Fall eines Kriegs die Eisenbahnen, welche im Rücken seiner Armeen überall die trefflichsten Communicationen sichern würden, einen namhaften Vortheil über die Angreifer gewähren müssen. Deutschland hat nur einen bedenklichen Feind in seinem eignen Innern, die Uneinigkeit; gelingt es, diesen Feind zu bannen, so braucht es vor keinem äußern Feinde zu erzittern. Möge die Thätigkeit, der praktische Sinn, der die Anlegung der Eisenbahnen in ganz Deutschland hervorrief, sich auf alle bürgerlichen und politischen Verhältnisse ausbreiten, so werden Deutsche nicht wieder, wie vordem, dem Feinde beistehen, der die Brüder knechten will, sondern das einige Deutschland wird im Stande sein, nach allen Seiten hin die Angriffe seiner Feinde abzuweisen, und Gott wird es schützen, wenn es, auf sein Recht gestützt, mit Ruhe, Kraft und Friedensliebe seine Unabhängigkeit vertheidigt, welche es nicht zur Beunruhigung anderer Völker, sondern nur zu seiner eignen innern Entwickelung, zur Pflege der Wissenschaften und der Künste benutzen will.

Türkei.

o **Konstantinopel**, 29. April. Man schreibt uns aus Jerusalem: „Es befindet sich hier eine beträchtliche Anzahl von Rußland hergesendeter Architekten. Unter den Beamten und Geistlichen gehen beunruhigende Gerüchte umher, wie sich denn die ehrgeizigen Strebungen des russischen Cabinets hier so deutlich ausprägen wie anderwärts. Man verbreitet das Gerücht, daß im gelobten Lande wie in allen andern orientalischen Ländern dem Stande der Dinge große Veränderungen bevorstehen. Wenn erst die heilige Stadt und das Grabmal Christi in der Gewalt der rechtgläubigen Kirche sein würden, dann werde man den griechischen Bischöfen einen Patriarchen, einen Papst nach dem Muster der lateinischen Kirche geben. Der Bischof von Jerusalem werde unfehlbar Haupt der griechischen Kirche werden, der russische Zar ihn zuerst anerkennen und der siegreiche Kampf gegen das römische Papstthum die Folge dieser neuen Ordnung der Dinge sein.“ Auch dies greift in den allgemeinen Plan ein, für welchen hier nach allen Seiten hin gewirkt wird. Ob Dergleichen ausführbar sei, wollen wir nicht untersuchen, aber gewiß ist es, daß alle diese Völkerschaften, die seit undenklichen Zeiten eine vorherbestimmte große Veränderung erwarten und deren Phantasie ihre treibende Kraft ist, wenn sie einmal aufgeregt werden, die Pläne Rußlands wunderbar fördern können.

Die englischen Berichte aus den kaukasischen Gegenden legen den Bewegungen der russischen Truppen gegen die transkaukasischen Provinzen, den Vorbereitungen in den Magazinen und den militairischen Cantonnements in den Bezirken von Eriwan, Baku und Goimri lediglich Beziehung auf einen gegen Persien beabsichtigten Streich bei. Möglich das, möglich aber auch, da Goimri ebensowol dabei im Spiel ist wie Baku, daß man das türkische Reich dabei im Auge hat.

Während Rußland auf allen Punkten des türkischen Reichs auf dessen Auflösung hinwirkt, bearbeitet es, doch mit geringerm Erfolge, das Cabinet des Großherrn. So lange Reschid-Pascha, ein feuriger Patriot und erleuchteter Staatsmann, am Ruder ist und von Männern wie der Kapudan-Pascha und Ali-Pascha unterstützt wird, werden die Pläne Rußlands, wie geschickt sie auch angelegt werden mögen, doch auch unter den schwierigsten Umständen nur halben Erfolg haben. Vielmehr könnte die Pforte rascher als man denkt ihre nicht genug gekannten Vertheidigungsmittel entfalten und die Gerüchte Lügen strafen, welche Rußland über ihre unbedingte Schwäche ausstreut. Diese Schwäche ist nicht naturbegründet, sie ist das Werk der russischen Intrigen. Vor 1830 begleiteten, außer den Griechen, auch die slawischen Völkerschaften die Waffen Rußlands mit ihren Wünschen und waren bereit, sich allerwärts auf seinen Ruf zu erheben. Seitdem haben sich die Dinge in diesem Betracht geändert. Der polnische Aufstand hat den Despotismus Rußlands enthüllt, die geringe Rücksicht, die es aber der slawischen Nationalität bewiesen hat, überzeugte diese Völker, daß es mehr in ihrem Interesse liege, sich an den türkischen Schutz zu halten und eine Stellung wie die der Serben zu erstreben, als sich in ein Eroberungssystem unter dem Scepter des russischen Absolutismus verflechten zu lassen. Rußland hat diese Umstimmung wohl erkannt und fürchtet, dadurch diese so lange begehrten Länder zu verlieren; vielleicht erklärt das die größere Eilfertigkeit, mit der es jetzt, wol gegen seinen frühern Plan, die orientalische Sache betreibt. Eine Lebensfrage dabei ist für Rußland ein Wechsel des türkischen Cabinets. Reschid-Pascha, wie sehr er auch Liberaler sei, hat doch das Wort eines der ausgezeichnetsten türkischen Staatsmänner begriffen: „Man läßt sich nicht darauf ein, die Meubles eines Hauses in dem Augenblicke zu arrangiren, wo es von außen vom Feuer ergriffen wird.“ Seine Reformen sind weise und den Umständen angepaßt; sein richtiges Urtheil sieht die Gefahr voraus. Der Kapudan-Pascha ist ein Mann von bewährter Bravheit, von ritterlichem Geiste, warmer Patriot und die treueste und kräftigste Stütze des Sultans. An Ali-Pascha ehrt man ebenso seine Einsicht und Klugheit wie die unbestechliche Redlichkeit seines Charakters. Wären diese Männer durch die russischen Intriguen bei Seite geschafft, während Riza-Pascha, der Einzige, der den Sturm zu beschwören vermöchte, jetzt nicht in der Lage ist, ihr Nachfolger zu werden, so würde das Cabinet sich nothwendigerweise entweder aus russischen Creaturen oder aus Menschen zusammensetzen, welche eben so leicht zu betrügen wie zu gewinnen sind. Wir nehmen Suleyman-Efendi, den gegenwärtigen türkischen Gesandten zu Paris, aus. Dann würden sich Rußlands Absichten mit der ganzen Energie und Consequenz eines seit langer Zeit gepflegten Planes entfalten und auf lange die Ruhe der civilisirten Welt bedrohen; Frankreich, welches am Ersten aufgefodert wäre, Reschid-Pascha zu schützen, macht ihm die meiste Noth, und wenn er stürzt, so ist das vornehmlich der Unkenntniß und Schwäche des Cabinets der Tuilerien zuzuschreiben. Es ist gut, wenn Europa weiß was bevorsteht. Aber wenn diese Voraussicht es nicht zu einer festen Haltung, zu wirksamen Mitteln bestimmt, so wird sie nur die Folge haben, daß die Türkei sich immer mehr mit dem Gedanken vertraut macht, die Eroberung durch seinen russischen Verfolger sei ein unerbittliches Verhängniß, und sie kann trotz ihrer großen Mittel und ihres guten Willens erliegen, nicht weil sie keine Kraft hätte, sondern weil man ihr keine zutraut. Das Entgegengesetzte ist das Geheimniß der Erfolge Rußlands. Es wird für stärker gehalten als es ist. Bei dem ersten Widerstand einer weisen und energischen Macht würde es dem Sturm ausweichen.

Wissenschaft und Kunst.

Wien, 17. Mai. Hier ist folgendes Patent, die Statuten der neu gegründeten Akademie der Wissenschaften betreffend, erschienen:

„Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden, Kaiser von Oesterreich ꝛc. Nach dem Beispiele unserer glorreichen Vorfahren stets geneigt, in der Förderung der Wissenschaften und in der Verbreitung gediegener Kenntnisse eins der vorzüglichsten Mittel zum Wohle der bürgerlichen Gesellschaft und zur Erreichung der Zwecke der Regierung zu erkennen und das Streben der Männer, welche sich durch ein erfolgreiches Wirken in dieser Richtung hervorthun, mit unserm Wohlwollen zu ermuntern und zu unterstützen, haben wir die Gründung einer Akademie der Wissenschaften in unserer Haupt- und Residenzstadt Wien beschlossen und über die Errichtung derselben nachstehende Bestimmungen genehmigt, welche die Statuten derselben zu bilden haben.

§. 1. Die Akademie der Wissenschaften in Wien ist eine unter unsern besondern Schutz gestellte gelehrte Körperschaft, welche die Bestimmung hat, die Wissenschaft in den ihr zugewiesenen Zweigen durch selbständige Forschungen ihrer Mitglieder und durch Ermunterung und Unterstützung fremder Leistungen zu fördern, nützliche Kenntnisse und Erfahrungen durch Prüfung von Fortschritten und Entdeckungen sicherzustellen und durch Bekanntmachung lehrreicher Arbeiten möglichst zu verbreiten, sowie die Zwecke der Regierung durch Beantwortung solcher Aufgaben und Fragen, welche in das Gebiet der

Digitized by Google

Wissenschaft gehören, zu unterstützen. §. 2. Die Wirksamkeit dieser Akademie hat: a) die mathematischen und Naturwissenschaften; b) Geschichte, Sprache und Alterthumskunde im ausgedehntesten Umfange, somit auch die Ausbildung der vaterländischen Sprachen zu umfassen; sie zerfällt demnach in eine Klasse für mathematische und Naturwissenschaften, welche mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse heißen, und in eine Klasse für Geschichte, Sprache und Alterthumswissenschaften, welche historisch-philologische Klasse genannt werden wird. §. 3. In jeder dieser zwei Klassen, die als ein Ganzes zur Erreichung der obigen Aufgabe zusammenwirken, können zur Erleichterung der Arbeiten besondere Sectionen gebildet werden, die sich mit den Aufgaben, welche den einzelnen Zweigen dieser wissenschaftlichen Hauptabtheilungen angehören, besonders zu beschäftigen haben. §. 4. Um den ihr gestellten Aufgaben zu genügen, wird die Akademie der Wissenschaften a) sich in ihren besondern Klassen zur Berathung und Besprechung wissenschaftlicher Gegenstände und als ein Ganzes zur Erledigung ihrer Geschäfte versammeln, regelmäßig in wiederkehrenden Versammlungen zur Anhörung wissenschaftlicher Berichte und Mittheilungen zusammentreten, jährlich ein Mal oder zwei Mal in einer feierlichen Sitzung vor einer größern Zahl von Zuhörern eine Uebersicht ihres Wirkens und der in ihr vorgegangenen Veränderungen darlegen; b) jährlich vier Preise für die gelungensten Leistungen in der Lösung wissenschaftlicher Aufgaben aus den ihr zugewiesenen Fächern ausschreiben und zuerkennen; c) die Ergebnisse der Arbeiten ihrer Mitglieder in einer Sammlung von Denkschriften niederlegen, wissenschaftliche Bearbeitungen in den ihr zugewiesenen Fächern, welche an sie gelangen und geeignet befunden werden, herausgeben und in einer nach Maßgabe des Materials erscheinenden Schrift eine beständige Uebersicht ihrer Beschäftigungen und der an sie gelangenden Mittheilungen bekannt machen; d) die von der Staatsverwaltung an sie gerichteten Fragen in reiflicher Ueberlegung ziehen und die abverlangten Gutachten erstatten. §. 5. Die kaiserl. Akademie der Wissenschaften, in welche Männer aus allen Klassen auf den Grund anerkannter wissenschaftlicher Leistungen aufgenommen werden können, ist unter unsern besondern Schutz gestellt und hat in Beziehung auf die Staatsverwaltung die Stellung eines selbständigen Körpers einzunehmen. §. 6. Wir behalten uns vor, für die Akademie der Wissenschaften einen Curator zu bestellen. Durch diesen hat sie sich in allen Fällen an uns zu wenden, in welchen sie unserer Unterstützung bedarf oder ihre Wünsche, Bitten und Leistungen uns zu unterziehen beabsichtigt. Durch ihn hat die Akademie mit unsern Behörden zu verkehren, und er ist uns für die Beobachtung der Statuten sowie für den Gang, welchen die Akademie einhält, verantwortlich. §. 7. Der Organismus der Akademie wird bestehen: a) aus 48 beiden Klassen in gleicher Zahl angehörigen wirklichen Mitgliedern, von welchen 24 in Wien ihren Wohnsitz haben müssen; b) aus einem Präsidenten, welcher alle drei Jahre einer neuen Wahl unterworfen ist; c) aus einem Vicepräsidenten; d) aus zwei Secretairen, deren Bestätigung von vier zu vier Jahren bei uns einzuholen ist, und von welchen einer nebst den Geschäften der Klasse, welcher er angehört, auch jene eines Generalsecretairs der Akademie zu besorgen hat; e) aus Ehrenmitgliedern, welche die Zahl 24 nicht zu überschreiten haben; f) aus einer von der Akademie selbst zu beschränkenden Anzahl von correspondirenden Mitgliedern. §. 8. Der Präsident, welcher mit dem Vicepräsidenten und den Secretairen zunächst für den geregelten Gang der Verhandlungen der Akademie zu sorgen und über die Beobachtung der Statuten zu wachen hat, wird über das Wirken derselben den Curator jederzeit in vollständiger Kenntniß erhalten. Der Präsident und die Secretaire, welche aus der Zahl der wirklichen Mitglieder zu nehmen sind, werden von diesen gewählt und der Wahlact unserer Bestätigung vorgelegt. Den Vicepräsidenten hat der Curator aus den wirklichen Mitgliedern der Akademie von drei zu drei Jahren uns zu bezeichnen. §. 9. Zu wirklichen Mitgliedern wird die Akademie in Erledigungsfällen jene drei Männer, die sie nach Stimmenmehrheit als die würdigsten erkennt, uns zur Ernennung vorschlagen. §. 10. Die Ernennung der Ehrenmitglieder erfolgt gleichfalls durch die Wahl der wirklichen Mitglieder, nachdem die getroffene Wahl uns jederzeit zur Genehmigung angezeigt worden ist und wir diese ertheilt haben. §. 11. Ebenso hat die Wahl der correspondirenden Mitglieder unter Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften durch die wirklichen Mitglieder zu geschehen. §. 12. Die Akademie der Wissenschaften wird ein den Geschäften entsprechendes Hülfs- und Dienstpersonal unterhalten, dessen Aufnahme ihr überlassen bleibt. §. 13. Bei allen von der Akademie vorzunehmenden Wahlen sowie bei allen von ihr zu fassenden Beschlüssen sind nur die wirklichen Mitglieder, Präsident, Vicepräsident und Secretaire stimmberechtigt. Alle Wahlen und Ernennungsvorschläge haben nach absoluter Stimmenmehrheit zu geschehen. Bei allen übrigen Abstimmungen sind die Beschlüsse nach der relativen Stimmenmehrheit zu fassen. §. 14. Zur Bestreitung ihrer Auslagen erhält die Akademie der Wissenschaften aus dem Staatsschatz eine nicht zu überschreitende Jahresdotation von 40,000 Fl. C.-M., die ihr von dem Präsidium unserer allgemeinen Hofkammer auf Grundlage geprüfter Voranschläge nach Maßgabe des Bedarfs zugewiesen werden wird. §. 15. Zu diesem Behufe wird die Akademie jährlich vor dem Eintritte des Verwaltungsjahres einen belegten Voranschlag über ihren Bedarf verfassen und ebenso nach Ablauf des Jahres einen Gebahrungsabschluß über die Verwendung der erhaltenen Geldmittel überreichen. Sollte die Jahresdotation nach Ablauf des Rechnungsjahres nicht verwendet sein, so verbleibt der Ueberschuß zur Verfügung der Akademie und wird unter Beirath unserer Finanzverwaltung als eigner Fonds der Akademie zinsbar angelegt, ohne daß dadurch eine Verringerung der Dotation eintreten kann. §. 16. Die vorfallenden Auslagen, welche nicht systemisirt sind, werden in den periodischen Berathungen von der Akademie geprüft und beschlossen, von dem Präsidenten unter Mitfertigung des Secretairs angewiesen und von einem hierzu bestellten Beamten, welchem die Gebahrung obliegen wird, verrechnet. §. 17. Der Präsident der Akademie bezieht während der Dauer seiner Function einen Functionsgehalt von 3000 Fl., der Vicepräsident von 2500, der Secretair, welcher zugleich die Generalsecretairsstelle der Akademie besorgt, 2000 Fl. und der zweite Secretair 1500 Fl. §. 18. Als Merkmal unsers besondern Wohlwollens wird die Akademie folgende Rechte und Vorzüge genießen: 1) die wirklichen Mitglieder der Akademie, der Präsident, Vicepräsident und die Secretaire können sich der ihnen zugestandenen Ehrenuniform bedienen; 2) die Akademie kann nach der Bestimmung des §. 4 jährlich vier Preise ausschreiben und vertheilen; 3) sie ist befugt, für die von ihr zur Bekanntmachung durch den Druck bestimmten wissenschaftlichen Arbeiten Correcturen in gemessene Honorare zu bestimmen und den Verfassern gegen Dem zuzuwenden, daß solche Arbeiten das ausschließende Eigenthum der Akademie werden; 4) es werden der Akademie die ihrem Bedarf entsprechenden Localitäten in einem Staatsgebäude angewiesen; 5) für die vorfallenden Druckarbeiten wird der Akademie die unentgeltliche Benutzung der Staatsdruckerei nach jedesmal vorläufig eingeholter Bewilligung des Hofkammerpräsidenten eingeräumt; 6) die Mitglieder der Akademie, welcher es vorbehalten ist, die ihr zukommenden Bücher und andere wissenschaftliche Gegenstände den Bibliotheken und Sammlungen des Staats zuzuweisen, sind vorzugsweise zur Benutzung dieser Institute nach vorläufigem Einvernehmen mit den Vorstehern derselben berechtigt; 7) die öffentlichen Unterrichtsanstalten sind angewiesen, die für die Zwecke der Akademie geeigneten Institute, Laboratorien und Apparate derselben zu Versuchen und Forschungen nach Möglichkeit einzuräumen und derselben auf ihr Begehren alle auf ihre Beschäftigungen Bezug nehmenden Mittheilungen zu machen; 8) die Akademie ist befugt, sich unter Beobachtung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mit allen wissenschaftlichen Corporationen in Verkehr zu setzen und mit denselben die ihr angemessen scheinende Correspondenz zu unterhalten. §. 19. Die Akademie hat selbst in Gemäßheit dieser Statuten die erforderlichen Instructionen für den innern Betrieb und für ihre Verhandlungen zu entwerfen und dem Curator zur Bestätigung vorzulegen. Wir versehen uns, daß die Akademie durch die Verfolgung der ihr vorgezeichneten Zwecke sich unsers Vertrauens würdig bezeigen und die bei der Gründung für das Wohl unserer Völker gehegten Wünsche verwirklichen wird, und wir weisen zugleich alle Behörden zu der ihnen durch die vorstehenden Statuten zugewiesenen Mitwirkung an. Gegeben in unserer Haupt- und Residenzstadt Wien den 14. Mai, nach Christi Geburt im Eintausend Achthundertsiebenundvierzigsten, unserer Reiche im dreizehnten Jahre. (Gez.) Ferdinand. Karl Graf v. Inzaghi, oberster Kanzler. Franz Frhr. v. Pillersdorff, Hofkanzler. Johann Kritzka Frhr. v. Jaden, Vicekanzler. Nach Sr. k. k. apostol. Maj. höchsteigenem Befehle: Franz Ritter v. Radherny, Hofrath."

Die Hauptbestimmungen des neuen Decrets bezüglich der Presse in Toscana, das mit den Worten eingeleitet war: „Se. königl. Hoh., überzeugt, daß Zugeständnisse, die zum Zwecke haben, auf dem Wege der Presse Veröffentlichungen zu erleichtern, welche gegen die Gefahren des Mißbrauchs und der Zügellosigkeit gesichert sind, wesentlich zur Förderung der öffentlichen und Privatinteressen beitragen können, hat für angemessen erachtet, Nachstehendes zu verfügen", sind folgende: „Kein Werk und keine Schrift irgend einer Art darf gedruckt werden, ohne zuvor die Genehmigung der Censoren empfangen zu haben; zur Herausgabe von Journalen und periodischen Werken ist die großherzogl. Ermächtigung erforderlich; die Begründung von politischen oder literarischen Journalen soll für jetzt blos zu Florenz, Livorno, Pisa, Siena, Arezzo und Pistoja gestattet werden; das Gesuch um Concessionirung einer Zeitung muß den Titel des Journals, die Gegenstände, welche es behandeln soll, die Mittel zur Aufrechthaltung des Unternehmens, die Namen des Redacteurs und der Hauptmitarbeiter ꝛc. genau angeben; der Redacteur soll allein verantwortlich sein und eine Caution von 280—1680 Fr. hinterlegen; politische und literarische Journale müssen gestempelt sein; jeder Stempel kostet 3 Centimes; Censurbehörden für die zu druckenden Werke oder Schriften sollen zu Florenz, Livorno, Pisa, Siena, Arezzo, Pistoja und Grossete sowie eine obere Appellations-Censurbehörde zu Florenz errichtet werden; die Censoren sollen die Veröffentlichung aller Werke durch die Presse gestatten, vorausgesetzt, daß sie die Religion und ihre Diener, die öffentliche Sittlichkeit, die Rechte und Vorrechte der Behörden, die Regierung und ihre Beamten, die Würde und die Personen der Souveraine (selbst auswärtiger), ihre Familien und ihre Vertreter, sowie die Ehre der einfachen Bürger nicht beleidigen, und daß sie überhaupt nichts enthalten, was geeignet ist, auf irgend eine Art die gute Ordnung und die Ruhe des Staats entweder in ihren innern oder äußern Beziehungen zu stören; die Censoren sollen auch den Druck von Werken gestatten, deren Zweck dahin geht, die Gesetze und die Handlungen der Regierung zu prüfen, vorausgesetzt, daß diese Untersuchung in einer Weise geschieht, welche gegen die der Regierung gebührende Achtung nicht verstößt; die Quelle, aus welcher politische Nachrichten geschöpft werden, ist anzugeben, und die Censoren können, wenn es sich um Privatcorrespondenzen handelt, den Beweis fordern, daß die darin gemeldeten Thatsachen, falls sie die öffentliche Ordnung oder die Ruhe von Privatpersonen interessiren, wahr oder doch glaubwürdig seien; finden sie die ertheilten Aufschlüsse nicht genügend, so sollen sie den Abdruck nicht gestatten. Die Eigenthümer von Druckereien, welche ein Werk oder eine Schrift drucken, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung erlangt zu haben, verfallen in eine Geldstrafe von 280—840 und im Wiederholungsfalle von 840—1680 Fr.; der Redacteur eines Journals, welcher einen vom Censor nicht genehmigten Artikel abdruckt, verfällt in Geldstrafen von 140—1680 Fr.; im Wiederholungsfalle soll er außerdem zu 14 Tagen bis zwei Monaten Gefängniß und zur Einstellung der Herausgabe seines Blattes auf sechs bis zwölf Monate verurtheilt werden; im zweiten Wiederholungsfalle wird das Journal unterdrückt und der Redacteur verliert die Befähigung, die Leitung eines andern Blattes zu übernehmen; jede Veröffentlichung eines Werkes oder einer Schrift durch den Druck ohne die vorgeschriebene Genehmigung wird mit Geldstrafe von 280—1680 Fr. und mit Gefängniß von ein bis sechs Monaten bestraft; die Vorschriften bezüglich der Presse gelten auch für Kupferstiche ꝛc.; Exemplare jedes Journals und jedes Buches müssen der Censurbehörde und gewissen (namentlich aufgeführten) Bibliotheken eingereicht werden. Das gegenwärtige Decret tritt mit dem 1. Jun. in Wirksamkeit; mit diesem Tage treten alle bestehenden Gesetze, welche auf die Presse Bezug haben, außer Kraft, blos diejenigen ausgenommen, welche die Einlassung ausländischer Bücher in das Großherzogthum betreffen."

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Sonntag — Nr. 143. — 23. Mai 1847

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal 2 Thlr. Insertionsgebühren den Raum einer 2spaltigen Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Auswanderung aus Baiern. †Stuttgart. Getreidewesen. Pfarrer Würmle. *Ulm. Folgen der Unruhen. Die Deutsch-Katholiken. *Kassel. Die Wahlen. Darmstadt. Landtag. — Der Bürgerverein zu Altona. *Weimar. Landtag. Die Kirchweihfeste. Der Herzog von Meiningen.

Preußen. Berlin. Landtag. (+) Berlin. Rundschreiben der Aeltesten der Kaufmannschaft. — Politischer Proceß in Aachen. — Steuerexecution. — Preußische Handelsmarine. — Hr. v. Kosluzki. — Hr. Detroit.

Spanien. Die Vermählungsangelegenheit der Infantin Josephe. Das Attentat. General Serrano. Spanische Truppen nach Portugal bestimmt.

Großbritannien. Die Parlamentssession. Der Examiner über die Modificationen des französischen Cabinets. Markt- und Brottumulte im westlichen England. Der Lordlieutenant von Irland. Dr. M'Hale. Das junge Irland. Das Flaggenschiff Sir C. Napier's. Die Neuseelandcompagnie.

Frankreich. Parlament. Die Bittschrift des Hieronymus Bonaparte. Der Pairshof. Das Capitel von St.-Denis. Die Beziehungen zu England. Die Fürstin v. Liegnitz. Die Verhaftungen in Paris. Marschall Bugeaud. Der Marquis v. Rodil. Die spanischen Flüchtlinge. Brunelli.

Belgien. Auflauf in Gent.

Niederlande. Sklavenproceß.

Schweiz. Untersuchung der Klöster.

Italien. Rom. Das Hospital von S. Spirito. Die Reform der Convente.

Griechenland. OBerlin. Die griechischen Finanzen. — Der Kronprinz von Baiern.

Türkei. Konstantinopel. Bruch. Rüstungen. Hafiz-Pascha. Die Maisausfuhr.

Südamerika. Paraguay bricht die Verbindungen mit Corrientes ab.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Leipzig. Die Gemäldegalerie in Dresden. — Die Deutsche Zeitung.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Aus **München** vom 17. Mai schreibt der **Nürnberger Kurier**: „Wie man hört, so beabsichtigt demnächst Pater Lechner mit noch 20 andern Benedictinern und mehren Handwerkern dem Pater Bonifazius Wimmer nach Amerika zu folgen. Die neue, von Letzterm gegründete Colonie soll den gewünschten Fortgang nehmen und nur Geldmittel zur weitern Ausbreitung fehlen."

†**Stuttgart**, 18. Mai. In diesen Tagen ist Hr. v. Neurath nach Wien gereist, um dort die freie Ausfuhr der noch vor dem Verbot in Oesterreich für die Stadt aufgekauften Früchte zu erwirken. — Der badische Gesandte hat bei dem Ministerium um vorläufige Rücknahme der Ausweisung des Pfarrers Würmle gebeten, bis der geheime Rath, bei welchem Hr. Würmle recurrirt hat, in dieser Angelegenheit den Entscheid gefällt.

*__Ulm__, 19. Mai. Die wenigen Bürger, welche in Folge der Excesse am 1. Mai in Untersuchungsarrest gekommen sind, werden wol mit ihrer geringen Habe für das demolirte Eigenthum ihrer Mitbürger haften müssen, obschon man ihnen schwerlich etwas weiter zur Last legen kann, als daß sie in Wirthshäusern oder unter der Schranne aufreizende Worte gesprochen. Bei dem Zerstörungsacte war wol keiner thätig, und so viel ich weiß ist nur einer überführt, Sachen fortgeschleppt zu haben. Nun ist aber der Gang der Untersuchung mit so vielen Schwierigkeiten verbunden, daß das Ende derselben nach der eignen Vermuthung des bestellten Oberamtsrichters vor Schluß des laufenden Jahres schwerlich erfolgen kann. Unter diesen Umständen ist eine gänzliche Zerrüttung ihrer Vermögensverhältnisse die unausbleibliche Folge; eine Werkstätte, in welcher die leitende Hand des Meisters sechs bis acht Monate fehlt, kann nicht viel Gedeihliches liefern. Dies im Auge, haben denn auch vor einigen Tagen mehre Bürger an der geeigneten Stelle Vorstellungen gemacht und um Freilassung ihrer Mitbürger bis zum Schlusse der Untersuchung nachgesucht, jedoch ohne Erfolg. Auch Drohbriefe sind aufgefunden worden, worin Das erzwungen werden soll, was auf dem Bittwege nicht erreicht wurde. Es wird aber Alles nichts helfen; das Gesetz wird die Schuldigen mit aller Strenge treffen. Die unmittelbar nach den Excessen einberufenen Beurlaubten und Rekruten sind der größern Zahl nach wieder in aller Stille in ihre Heimat entlassen worden; auch die sonstigen Vorsichtsmaßregeln haben ein Ende genommen, nur an Markttagen sind die Schranne und der Gemüsemarkt noch mit Militair umstellt. — Pfarrer Albrecht geht nun doch zum deutsch-katholischen Concil nach Berlin, zwar nicht als Deputirter von Ulm, sondern als von der heidelberger Provinzialsynode bestellter Abgeordneter sämmtlicher württembergischen und oberbadischen Gemeinden. Die heutige Schnellpost erzählt, daß der Oberamtmann in Stockach, als Hr. Albrecht (welcher von der großherzogl. badischen Regierung bestätigt ist) dort am 16. Mai den deutsch-katholischen Gottesdienst abhalten wollte, dem Vorstande der dortigen Gemeinde bei Strafe untersagt habe, Andere als Mitglieder der Gemeinde zuzulassen (also auch nicht einmal die nicht deutsch-katholischen Frauen der Mitglieder). Nichtsdestoweniger hatten sich um das Badhaus, worin der Gottesdienst abgehalten wird, eine große Menge Menschen versammelt, welche Zutritt begehrten. Vergebens machte sie der Vorstand aufmerksam; sie erklärten, das Verbot sei eben den Deutsch-Katholiken und nicht ihnen zugekommen, und traten ein. Der Gottesdienst fand darauf ohne alle Störung statt.

*__Kassel__, 19. Mai. Wenn in der Theorie der constitutionellen Monarchie mit einer Landes- oder Volksvertretung die Auflösung einer Ständeversammlung für eine Art Appellation der Regierung an das Land oder Volk gilt, so kann man sagen, daß diese mittels der neuen Abgeordnetenwahlen sich nunmehr bei uns zu Gunsten der aufgelösten ständischen Versammlung ausgesprochen haben. Die vornehmsten Wortführer und Leiter der Opposition sind wiedergewählt worden, und das Ministerium hat mit seinen Candidaten bei den Wahlacten fast nirgend Glück gehabt. Besonders bezeichnend ist die Wiederwahl der Abgg. Wippermann, Schwarzenberg und Henkel, alle Drei Rechtsgelehrte von Profession, vermöge ihres staatsbürgerlichen Berufs von großer Unabhängigkeit in ihrer Stellung zur Staatsregierung, und erprobte eben so eifrige als rücksicht- und furchtlose Verfechter der bestehenden Landesverfassung und der durch dieselbe verbürgten Rechte. Abg. Henkel wurde sogar gleichzeitig an zwei verschiedenen Orten gewählt. Die Stadt Hanau hatte ihn zu einem ihrer Abgeordneten erkoren, und da er diese Wahl nicht annehmen konnte, weil er bereits in Hofgeismar die auf ihn gefallene Wahl angenommen hatte, so wendeten die Hanauer ihre Stimmen Schwarzenberg zu. Die Städte und Landdistricte haben fast durchgehend die nämlichen Personen von neuem erwählt, von denen sie auf dem vorigen Landtage vertreten gewesen waren, sodaß die neue Ständeversammlung der Mehrheit nach so ziemlich aus denselben Elementen zusammengesetzt sein wird wie die vorige. Die Hersfelder haben von neuem Hrn. Sunckel, die Marburger Hrn. Lederer gewählt und sich von der Vornahme dieser Wahl nicht dadurch abhalten lassen, daß über Beide gerichtliche fiscalische Untersuchungen verhängt worden waren. Die Städte Gelnhausen und Bockenheim in der Provinz Hanau haben ihrem bisherigen Vertreter, der der ministeriellen Partei angehört hatte, ihr Zutrauen entzogen und den Advocaten Victor in Hersfeld erwählt, der seine oppositionelle Gesinnung bei mehren Veranlassungen zur Genüge bewährt hat. Der Frhr. v. Waitz, reich und des allgemeinen Vertrauens, das er im Lande wegen seines reinen Patriotismus und seiner Einsicht genießt, im vollsten Maße werth, wurde zwar von der Ritterschaft nicht wieder, aber von der Residenzstadt Kassel statt des Oberpostmeisters Nebelthau erwählt. Von den landtagsberechtigten apanagirten Prinzen des kurfürstlichen Hauses, von denen jetzt nur zwei, nämlich die Landgrafen von Hessen-Philippsthal und Philippsthal-Barchfeld, an den Landtagen Theil nehmen, vernimmt man, daß sie ebenso wie das vorige Mal es abgelehnt haben, Bevollmächtigte nach dem Wunsche des hiesigen Hofes zu senden, da sie vielleicht selbst kommen würden. Uebrigens ist die Beschickung des Landtags oder die Beiwohnung in Person bei den Prinzen ebenso wie bei den Standesherren blos facultativ. Die Landesuniversität Marburg hat ihren Abgeordneten nicht gewechselt; sie schickt wiederum den Professor Rehm. Dessen bisheriger Stellvertreter, Professor Hildebrand, ist indessen verändert worden, da dieser sich gegenwärtig wegen der über ihm obschwebenden fiscalischen Anklage von seinem akademischen Amte suspendirt befindet, und es ist derselbe durch den Professor Dr. Bergk ersetzt worden. Bei der Wahl des Universitätsdeputirten soll diesmal im akademischen Senate Professor v. Sybel ebenfalls viele Stimmen gehabt haben. Die Verfassungsfreunde würden Sybel's Erscheinung auf dem Landtage sehr gern gesehen haben. Das Benehmen der jüngsten Ständeversammlung und die Stellung, die sie bis zu ihrer Auflösung behauptete, hat das Gute zur Folge gehabt, daß auf einmal wieder rege Theilnahme an den landständischen Verhandlungen erwacht ist, nachdem dieselbe schon fast bis zur völligen Gleichgültigkeit erkaltet war. Bei der Bildung der Wahl-

collegien hat sich besonders in den Städten Kassel, Marburg, Hanau, Hersfeld, Rinteln ꝛc. eine Rührigkeit der Bürger zu erkennen gegeben, wie sie früher lange nicht zum Vorschein gekommen war. Das Ergebniß der neuen Landtagswahlen hat im ganzen Lande Freude erweckt, so wenig auch unter den obwaltenden Verhältnissen auf große unmittelbare Erfolge der landständischen Wirksamkeit zu hoffen sein wird. Es ist vorauszusehen, daß manche unter den neuen Abgeordnetenwahlen Anfechtungen von Seiten der Landtagscommission erfahren werden, aber sie werden sicherlich diesmal eben so erfolglos bleiben wie das vorige Mal, da den Landständen verfassungsmäßig allein die Entscheidung über die Zulassung ihrer Mitglieder zusteht. Man vermuthet, daß die höchste Intention dahin gehen wird, den neuen Landtag hauptsächlich mit dem Staatsbudget und dem für die laufende und bald zu Ende gehende Steuerperiode noch nicht zu Stande gekommenen Finanzgesetz und daneben mit Berathungen über den jetzigen Nothstand zu beschäftigen, während alle Propositionen vermieden werden dürften, die bei der dermaligen Zusammensetzung der Ständeversammlung keinen günstigen Erfolg erwarten lassen. Aber in dieser werden schwerlich so viele wichtige Angelegenheiten, die auf dem vorigen Landtag aufs Tapet gebracht werden und blos in Folge seiner Auflösung unerledigt gelassen werden mußten, unberührt bleiben können. Darum ist in diesem Augenblicke noch Niemand im Stande, mit einiger Bestimmtheit oder Gewißheit voraussagen zu können, welche Wendung die Verhandlungen auf dem bevorstehenden Landtage nehmen werden und wie dieser endigen mag.

Darmstadt, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der II. Kammer der Stände wurde nach einer abermaligen dreistündigen lebhaften Discussion die Berathung über den Gesetzentwurf, die Beschränkung der Befugniß zur Verehelichung betreffend, beendigt. Derselbe ward in der hierauf folgenden Abstimmung mit verschiedenen Modificationen und Zusätzen von der Kammer mit bedeutender Majorität angenommen. Ebenso der Gesetzentwurf, den Umfang, die Beschränkung und Ablösung der Weideberechtigungen auf landwirthschaftlichem Boden in Starkenburg und Oberhessen betreffend. (Hess. Bl.)

— In dem Bürgervereine zu Altona fand am 14. Mai eine Zusammenkunft statt, in welcher die Judenemancipationsfrage vorgenommen wurde. Die Anhänger der Emancipation hatten ihre Gegner eingeladen, in der Versammlung zu erscheinen und ihre Einwürfe vorzubringen; aber es war kein Gegner gekommen, und der Vorsatz, der nächsten holsteinischen Ständeversammlung eine Petition um bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden mit den Christen einzureichen, reifte dem Beschluß entgegen. (Köln. Z.)

* **Weimar**, 18. Mai. Am 29. März, in der 28. Sitzung, welche unstreitig die wichtigste Frage des weimarischen Landtags berührte, hielt, wie die Protokolle ausweisen, der Abg. v. Wiedenbrugk den schon früher angekündigten Vortrag über die Verhältnisse des Finanzzustandes des Landes und die der Kammer- zu der Landschaftskasse, und schlug vor: zu beantragen, daß eine Vereinigung des Kammervermögens mit dem landschaftlichen in der Art eintrete, daß die Einkünfte des erstern zur Hauptlandschaftskasse fließen, dagegen aus letzterm eine Civilliste abgegeben; und daß also das Kammercollegium mit dem Landschaftscollegium zu einer einzigen Verwaltungsbehörde, jedoch in zwei Sectionen, vereinigt werden möge. Für den Fall hingegen, daß dieser Vorschlag nicht angenommen werden sollte, würde der weitere Antrag gemacht, daß, in Betracht der bedeutend gestiegenen Kammereinkünfte und der gleichmäßig erfolgten größern Belastung des Volks mit Steuern, das Grundvermögen der großherzogl. Kammer besteuert und außerdem jährlich aus der großherzogl. Kammerkasse an die Hauptlandschaftskasse eine angemessene näher zu bestimmende Summe abgegeben werden möge. Nach einer langen und lebhaften Verhandlung, an welcher sich sehr viele Abgeordnete betheiligten, wurde am 8. April die Discussion für geschlossen erklärt, und es kamen nach und nach mehre Fragen zur Abstimmung, wobei die erste bezüglich des Antrags: daß eine Vereinigung des Kammervermögens mit dem landschaftlichen in der Art eintrete, daß die Einkünfte des erstern zur Hauptlandschaftskasse fließen, dagegen aus derselben eine näher zu bestimmende Summe für das großherzogl. Haus abgegeben, und daß zugleich Eine Finanzverwaltung, und zwar in zwei Sectionen getheilt, eingeführt werde, mit 21 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Die weitere Frage, ob sich der Landtag durch Einsicht der Kammerrechnungen Gewißheit über die Erhöhung der Revenuen des Kammervermögens verschaffen wolle, wurde durch 19 gegen 9 Stimmen verneint. Die für den Fall, daß der erste Antrag die höchste Genehmigung nicht erhalten würde, gestellte dritte Frage, ob das Kammervermögen besteuert werden solle, wurde mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen; und die letzte Frage endlich, die Leistung einer Beihülfe aus dem Kammervermögen an das Landschaftsvermögen betreffend, wurde mit 24 gegen 4 Stimmen angenommen.

Der gesunde Sinn unserer Dorfbewohner bewährt sich jetzt auch dadurch, daß das gegebene Beispiel einer Dorfgemeinde, ihre Kirchweihfeste entweder bis nach der Aernte zu verlegen oder für dieses Jahr ganz ausfallen zu lassen, allgemeinen Anklang gefunden hat; denn alle Wochenblätter sind mit dergleichen Bekanntmachungen angefüllt, und wenn die Gemeinde Kehra hiervon eine Ausnahme gemacht hat, so dient zu ihrer Rechtfertigung, daß nicht allein für sämmtliche Ortsarme Kuchen gebacken und sie mit Essen versehen, sondern daß auch gegen 200 fremde Arme ebenfalls dieser Wohlthaten theilhaftig geworden sind. Endlich wird es erlaubt sein, darauf aufmerksam zu machen, wie gut es sei, wenn von oben herein mit einem guten Beispiele, zu sparen, vorangegangen wird, und dabei des regierenden Herzogs von Meiningen zu erwähnen. Derselbe ist nämlich durch den herrschenden Nothstand bewogen worden, das nahe bevorstehende Sängerfest vorerst nicht vor sich gehen zu lassen und die beabsichtigte Reise nach England zu einem Besuche bei der verwitweten Königin vor ihrer Reise nach Madeira, wo sie ihrer Gesundheit halber den Winter zuzubringen gedenkt, aufzugeben.

Preußen.

Berlin, 21. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 17. Mai wurde weiter über verschiedene Anträge zur Abhülfe des Nothstandes verhandelt. Die Abtheilung bevorwortete nur einen von den Abgg. v. Donimierski, Wächter und Seulen gestellten Antrag auf möglichste Eröffnung von Arbeitsverdienst durch öffentliche Anlagen. Bei der Verhandlung versicherte der Abg. Plagemann, die Verarmung sei durch die Gewerbefreiheit entstanden; der Abg. Diergardt stimmte dem Antrage bei; der Abg. Krause sprach für Flachsbau und Handspinner; der Abg. Facilides für das Liedtke'sche Sparsystem; v. Auerswald ermahnte, nur an rasche Hülfsmittel zu denken. Der Landtagscommissar und der Ministerialcommissar Pommer-Esche legten dar, daß mehre Millionen bereits zu dem angeregten Zwecke verwendet, indessen auch erweiterte Wünsche die bereitwilligste Aufnahme finden würden. Der Abg. Dittrich ging wieder auf allerlei Einzelvorschläge ein; dann wurde der Schluß der Debatte beschlossen und der Antrag der Abtheilung fast einstimmig angenommen. Ein Antrag des Abg. Donimierski auf billigen Verkauf der Getreidevorräthe des Staats an die Armen fand durch die Erklärung, daß Dem schon genügt sei, Erledigung. Andere Anträge der Abgg. Linau, Krause, Hansemann, v. Saucken, Grunau, Gier fanden keine Unterstützung und wurden meist durch Geräusch unterbrochen. — Man ging nun zu dem Antrag auf nachträgliche Einberufung des Grafen Reichenbach über. Die Abtheilung hatte, gegen zwei Mitglieder, abfällig begutachtet. Der Abg. Offermann wünschte wenigstens die Erklärung, daß die Versammlung den Grafen nicht für beschelten halte. Abg. Allnoch sprach für die Einberufung, Wodiczka für Ehrenhaftigkeit des Grafen, aber für die Rechtmäßigkeit des gegen ihn beobachteten Verfahrens. Graf Stesch vertheidigte das Gutachten, Abg. Tschocke den von ihm mit ausgegangenen Antrag; ebenso Abg. Werner, der sich wegen Persönlichkeiten gegen die Wähler eine Rüge des Landtagsmarschalls zuzog. Beiden antworteten in Betreff auf einschlagende Umstände der Justizminister und theilweise der Landtagscommissar. Abg. Sattig gegen die Einberufung. Dann beantragte der Frhr. v. Vincke die Vertagung der Debatte, die auch mit 262 gegen 216 Stimmen beschlossen ward.

In der Sitzung am 18. Mai sprach erst Graf Renard, von einem persönlichen Interesse Anlaß nehmend, zur Vertheidigung des Verfahrens, ward aber, weil er dem Materiellen vorgriff, unterbrochen. Der Abg. Schneider für Einberufung. Im gleichen Sinn in langer Rede Frhr. v. Vincke, dem der Justizminister Uhden mit Gesetzstellen entgegnete. Der Abg. Milde im gleichen Sinne, gab aber durch das Anführen, daß man bei der letzten Anwesenheit des Königs in Schlesien — ob auf legale oder illegale Art, wolle er nicht untersuchen — den Grafen Reichenbach aus der Nähe des Königs entfernt zu halten gewußt habe, zu einer Entgegnung des Landtagscommissars Anlaß. Graf Schwerin vertheidigte das Verfahren des Oberpräsidenten und fand keinen Grund zur Beschwerde. So weit liegen die Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung vor.

(+) **Berlin**, 20. Mai. Die Aeltesten der berliner Kaufmannschaft haben soeben an die „Herren Mitglieder der Kaufmannschaft von Berlin" folgendes Schreiben erlassen:

„Die am 15. April d. J. ausgegebene Nr. 16 der Gesetzsammlung enthält das Gesetz vom 3. April d. J. über die Einrichtung von Handelsgerichten. Schon im Jahre 1840 haben wir die Einführung derselben angeregt und in einem am 3. Jan. 1841 dem hohen Justizministerium erstatteten Gutachten über die Organisation solcher Gerichte unsere Ansichten über dieselben vollständig dargelegt. Im Mai 1841 ward eine Commission, bestehend aus Räthen der betreffenden Ministerien, ernannt, an welcher Deputirte aus unserer Mitte Theil genommen haben. Diese Commission hat im April 1842 den Entwurf einer Verordnung über den Gegenstand eingereicht. Das nunmehr publicirte Gesetz enthält wesentliche Abweichungen von diesem Entwurf. Im Februar 1845 haben wir, wie Ihnen bekannt ist, die Errichtung eines Handelsschiedsgerichts eingeleitet und zur Begründung desselben einen mit Zuziehung der von den Herren Betheiligten erwählten Vertreter verfaßten Grundvertrag mittels Immediatvorstellung vom 25. Sept. 1845 zur allerhöchsten Bestätigung eingereicht. Des Königs Maj. haben den gestellten Antrag nicht verwerfen, jedoch zunächst dem hohen Justizministerium aufgegeben, die Sache zu prüfen. Letzteres hat einen Commissar ernannt, unter dessen Vorsitz ein revidirter Entwurf zu Stande gekommen ist. In einer heute eingegangenen Verfügung vom 21. April d. J. fodert das hohe Justizministerium uns zu der Erklärung auf: ob die Kaufmannschaft hierselbst auch jetzt noch auf die Errichtung eines Schiedsgerichts Gewicht legt oder nicht vielmehr ein Handelsgericht nach dem Gesetz vom 3. April v. J. vorzieht."

Zur Beantwortung dieser Frage ersuchen wir Sie, Ihre Stimme abzugeben, um so mehr, als nach §. 1 des Gesetzes vom 3. April d. J. nur in dem Falle, wenn die Kaufmannschaft darauf anträgt und der Antrag von Sr. Maj. dem König besonders genehmigt wird, ein Handelsgericht in Berlin errichtet werden kann. Wir erachten es dem Zwecke der gegenwärtigen Anfrage förderlich, daß wir Ihnen die Verschiedenheit, die zwischen den Grundzügen des Gesetzes vom 3. April d. J. über die Handelsgerichte und denen des Entwurfs des Grundvertrags über das Schiedsgericht sich herausstellt, angeben. Diese Verschiedenheit besteht in Folgendem: 1) Das Handelsgericht ist ein Gericht erster Instanz. Es finden gegen dessen Entscheidungen alle nach der bestehenden Gesetzgebung zulässige Rechtsmittel in dem gesetzlich angeordneten Instanzenzuge statt. (§. 4, 25 und 33 des Gesetzes.) Das projectirte Schiedsgericht läßt dem Entwurfe nach, welcher aus den Berathungen mit dem Herrn Commissar des hohen Justizministeriums hervorgegangen ist, die Appellation mit der Maßgabe zu, daß dieselbe, nach der Wahl der Betheiligten, entweder an die für die zweite Instanz in den Gesetzen vorgeschriebenen Gerichtsbehörden oder an eine besondere Abtheilung des Schiedsgerichts, an welcher andere Schiedsrichter als die der ersten Instanz Theil nehmen, gelangt. Nullitäten können durch die niemals zu verschränkende Nullitätsklage beseitigt werden. Die Verzichtung auf die Rechtsmittel der Revision (der dritten Instanz), der Nichtigkeitsbeschwerde, des Recurses, der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und der Reselutionsklage ist zugelassen. 2) Das Handelsgericht besteht a) aus einem rechtsverständigen Director und zwei sachverständigen Mitgliedern, deren Anstellung sowie die der Unterbeamten vom Staate erfolgt; b) aus vier Mitgliedern, die dem Handelsstande angehören. Diese Letztern werden von den angesehensten Handeltreibenden des Ortes gewählt, und diese Wähler, deren Zahl nicht weniger als 25 und nicht mehr als 60 betragen darf, werden von der königl. Regierung ernannt. (§. 5—10 des Gesetzes.) Das projectirte Schiedsgericht besteht in erster Instanz aus fünf kaufmännischen und zwei juristischen, in zweiter Instanz aus sechs kaufmännischen und drei juristischen Mitgliedern, welche von sämmtlichen Betheiligten, die den Grundvertrag vollzogen haben, gewählt werden. Ein juristisches Mitglied hat bei den Verhandlungen den Vorsitz. 3) Da die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder in Beziehung auf ihr Amt die Rechte und Pflichten richterlicher Beamten nach Inhalt des §. 13 des Gesetzes vom 3. April d. J. haben, so bildet das Handelsgericht eine königliche Behörde. Das Schiedsgericht beruht auf einem Vertrag, der den Schiedsrichtern gewisse Normen vorschreibt, welchen die Parteien vertrauen und ihrem wohlverstandenen Interesse angemessen finden. 4) Das Verfahren der Handelsgerichte (die Instruction des Processes) richtet sich nach den gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Proceßvorschriften, namentlich nach der Verordnung vom 21. Jul. 1846 (§. 25 des Gesetzes). Das projectirte Schiedsgericht schließt das Verfahren nicht in enge feste Schranken, gestattet vielmehr — so lange eine Handelsgerichtsordnung nicht emanirt worden ist — dem Ermessen der Schiedsrichter, wesentlich nur den Grundsatz zu befolgen, daß die Parteien vollständig gehört werden und das Verfahren nicht an Mängeln laborire, welche gesetzlich eine Nullität zur Folge haben. 5) Bei der materiellen Entscheidung (Abfassung der Urtel) sind die Mitglieder der Handelsgerichte lediglich an die bestehenden Landesgesetze gebunden (§. 33). Das projectirte Schiedsgericht, in Betracht, daß der preußische Staat ein Handelsgesetzbuch zur Zeit entbehrt und die bestehenden Gesetze über das materielle Recht dem gegenwärtigen Stande der Handels- und Gewerbeverhältnisse, nach der allgemeinen Meinung, nicht überall angemessen sind — bindet seine Mitglieder nur an solche gesetzliche Vorschriften, die den Fall klar entscheiden, sowie an solche, deren Verletzung eine Nichtigkeit herbeiführt, überläßt ihnen im Uebrigen, die Entscheidung wesentlich aus der Natur der Handels- und Gewerbssachen zu schöpfen. 6) Die Competenz der Handelsgerichte ist nach dem Gesetze vom 3. April d. J. §§. 19 und 20 sehr weit ausgedehnt. Sie erstreckt sich unter Anderm auf Moratoriensachen, auf das Verfahren über die Rechtswohlthat der Güterabtretung und der Competenz, auf gewisse Gattungen von öffentlichen Aufgeboten und Subhastationen sowie auf die Concurse, die jedoch (§. 33 des Gesetzes) nach der jetzt bestehenden Concursordnung zu behandeln sind. Die Competenz des Schiedsgerichts ist dagegen — nach dem Grundsatze, daß, ohne die nöthige Gründlichkeit außer Acht zu lassen, die möglichste Beschleunigung der Entscheidung erreicht, und daher vermieden werden soll, daß das Schiedsgericht mit Geschäften überhäuft werde, und den kaufmännischen Mitgliedern solche Sachen anheimfallen, die ihrer Erfahrung fremd sind — viel beschränkter.

Die über das Schiedsgericht bei uns verhandelten Acten, die zu Ihrer Einsicht in unserer Registratur vorliegen, ergeben, daß der oben bezeichnete revidirte Grundvertrag, der jetzt zur Bestätigung vorliegt, allerdings nicht eine so freie Stellung dem Schiedsgericht anweist, als die ursprüngliche Idee der Begründung in sich schließt. Die von Ihnen gewählten Herren Vertreter und wir haben bei Dem stehen bleiben müssen, was die Behörde gewährt hat. Wir ersuchen Sie nun, über die folgenden Fragen: a) Soll Namens der Kaufmannschaft die Errichtung eines nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. April d. J. organisirten Handelsgerichts beantragt werden? b) Soll die Errichtung des Schiedsgerichts unterbleiben? c) Soll, falls die Frage zu Litt. a. bejaht wird, auf die gleichzeitige Begründung beider Institute, nämlich des Handelsgerichts und des Schiedsgerichts, von uns angetragen werden? wenn es beliebt, nur mit Ja und Nein, und zwar in der Art abzustimmen, daß Sie, nach Ihrer Wahl, entweder das gegenwärtige Circular binnen acht Tagen vom Empfange desselben mit Ihrem von Ihnen unterschriebenen Vato versehen uns zurückreichen, oder Ihre Erklärung in den Geschäftsstunden ad protocollum in unserer Registratur abgeben. Es versteht sich übrigens von selbst, daß Ihr Votum Sie in keiner Hinsicht bindet, künftig an dem Vereine, auf welchen das Schiedsgericht sich gründet, wirklich Theil zu nehmen, daß Ihnen vielmehr anheimgestellt bleibt, nachdem der Grundvertrag, sobald derselbe bestätigt und an uns remittirt ist, Ihnen zur Vollziehung vorgelegt sein wird, demselben beizutreten oder den Beitritt, mithin die Vollziehung des Vertrags abzulehnen. Berlin, den 23. April 1847. **Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.**"

— **Aus Aachen** vom 17. Mai berichtet die dortige Zeitung: „Am 14. Mai fand auch vor dem hiesigen Königl. Landgericht ein politischer Proceß statt, dessen wir um so mehr Erwähnung thun, als der Anlaß zu demselben in mehren Zeitungen fälschlich angegeben worden ist. Der Buchhändler Vogler aus Brüssel war vor einigen Wochen hier verhaftet worden, als er mit einem von der preußischen Gesandtschaft in Brüssel visirten Passe durch Aachen nach Leipzig reisen wollte (Nr. 141), und fand diese Verhaftung auf den Grund statt, daß er dazu mitgewirkt habe, Bücher und Zeitungen nach Preußen zu verbreiten, welche in diesem Staate verboten und eine demselben feindliche Tendenz hätten, auch Mitverleger eines diese Tendenz verfolgenden Buches sei. Der Verhaftete wurde der Majestätsbeleidigung und der Aufreizung zu Mißvergnügen gegen die bestehenden Gesetze beschuldigt, jedoch von dem königl. Gerichte wegen dieser Verbrechen, welche eine zwei- bis vierjährige Gefängnißstrafe nach sich gezogen hätten, freigesprochen und nur wegen Verbreitung aufrührischer Schriften auf Grund des Allgemeinen Landrechts zur Gefängnißstrafe von einem Monat verurtheilt."

— **Von der Netze** wird der Berlinischen Zeitung geschrieben: „In hiesiger Gegend macht es viel Aufsehen, daß die römisch-katholischen Geistlichen selbst von den excommunicirten Personen, mit denen doch aller Verkehr abgebrochen sein soll, Beiträge zu der römisch-katholischen Schule sogar executivisch beitreiben lassen. Am meisten Aufsehen macht es, daß sogar der Pfarrer Czerski, der bekanntlich als Stifter der deutsch-katholischen Gemeinde zu Schneidemühl friedlich in unserer Gegend lebt, bereits durch Execution verfolgt wird, weil er den Beitrag zu der römisch-katholischen Gemeinde nicht zahlt."

— Die preußische Handelsmarine zählt 822 Schiffe von zusammen 113,019 Lasten. Darunter fahren von Barth 64, von Kolberg 24, von Danzig 94, von Greifswald 54, von Königsberg 31, von Memel 89, von Stettin 191, von Stolp 23, von Stralsund 94, von Uckermünde 27 und von Wolgast 35 Schiffe.

— Die nach der Berlinischen Zeitung berichtete Mittheilung, daß der Gutsbesitzer Napoleon v. Koffuzki zu Mobilsewo von zwei Leuten seines Dienstpersonals ermordet worden (Nr. 133), ist unwahr; derselbe ist plötzlich verstorben.

— Das polizeiliche Verfahren gegen die Hausandacht bei Detroit in **Königsberg** in der Privatwohnung desselben ist jetzt von der königl. Regierung entschieden gemißbilligt worden. (B. Z.)

Spanien.

Ueber die beabsichtigt gewesene heimliche Vermählung der Infantin Josephe mit dem bereits nach seiner Heimat Havana gezwungen unterwegs befindlichen Hr. Guell y Renti (Nr. 142), wird der Allgemeinen Preußischen Zeitung aus **Madrid** geschrieben, daß die Vermählung in der Nacht vom 1. Mai und zwar, um alles Aufsehen zu vermeiden, unter freiem Himmel, im Garten des Buen Retire, vor sich gehen sollte. Ein Geistlicher wurde, um die Trauung zu verrichten, dorthin beschieden und von den Generalen Prim und Moreno als Zeugen begleitet. Die Infantin selbst verließ den Palast ihres Vaters in Mannskleidern, um nicht von der Dienerschaft erkannt zu werden. Als sämmtliche fünf Personen sich kaum vereinigt hatten, trat aber der Gefe politico mit mehren Polizeidienern auf und schritt zu ihrer Verhaftung. Sobald die Infantin sich als solche zu erkennen gab, ward sie in ihr väterliches Haus zurückgeführt und auch der Bräutigam entlassen. Die beiden Generale behaupteten, ohne Kenntniß von dem eigentlichen Vorhaben zu sein und nur die Einladung erhalten zu haben, einem beabsichtigten Zweikampf als Zeugen beizuwohnen. — Bei dem wegen des vermeintlichen Attentates auf die Königin am 4. Mai verhafteten La Riva (Nr. 138) hat sich ein Brief von Hr. Mon gefunden, aus dessen Inhalt man auf ein zwischen Beiden bestehendes vertrautes Verhältniß schließen will. Hr. Mon wurde deshalb eingezogen, berief sich aber auf seine Vorrechte als Deputirter und hat jetzt nur Hausarrest. — Ein Gerücht sagt, es wäre am 10. Mai in Aranjuez auf den General Serrano geschossen worden.

— Die spanischen Truppen, welche eventuell zum Einmarsch in Portugal bestimmt sind, concentriren sich in der Gegend von Salamanca.

Großbritannien.

London, 17. Mai.

Der Observer bemerkt, daß die Parlamentssession schwerlich früher als Ende Juli beendigt sein werde und daß es von den Umständen abhänge, ob die Auflösung sofort oder erst nach zurückgelegter Aernte erfolge. Viele Unterhausmitglieder zeigten bereits großes Verlangen, mit ihren Wählern sich zu verständigen, und es halte schon jetzt schwer, das Haus beisammen zu erhalten. Es sei indessen durchaus nothwendig, daß die Herren sich noch in Geduld faßten.

— Der Examiner bemerkt über die Modification des französischen Cabinets: „Hr. Guizot hat seinen Gegnern und Nebenbuhlern ziemlich denselben Streich gespielt wie Sir R. Peel den englischen Liberalen. Beide unternahmen und bewirkten thatsächlich, wonach ihre Widersacher seit lange verlangten und was dieselben nicht zu Stande zu bringen vermochten. Sir R. Peel bewirkte das in der innern, Hr. Guizot in der auswärtigen Politik. Seit Jahren erhob die französische Opposition ihr Geschrei über die allzu große Unterwürfigkeit der Regierung gegen England und daß dieselbe zu mild, zu friedlich, zu bemessen sei. Auch eine

Digitized by Google

große Anzahl von Conservativen stimmten in dieses Geschrei mit ein (z. B. die von der »Presse« vertretenen). Wie nun Sir R. Peel sich mit Toleranz und Freihandel versuchte, so haben Hr. Guizot und Ludwig Philipp einen ganz niedlichen Hader mit England angefangen, und der streitige Punkt war zugleich ein dem königlichen Herzen zunächst gelegener, daher Hr. Guizot mit einem Ruck in des Königs und des Publicums Gunst gelangte. Einen Fuß also auf jeder der Säulen politischen Einflusses, glaubte Hr. Guizot den Autokraten spielen und der unfähigsten seiner Collegen sich entledigen zu können. In Frankreich nämlich wie in England bilden große Parteien sich oft aus Cliquen, deren verschiedentliche Ansprüche und kleine Größen entsetzliche Hemmschuhe für einen Premierminister abgeben und ihm Collegen aufnöthigen, die nach Herkommen und Stellung geeigneter zu Schuhputzern als zu Staatsmännern sind. Hrn. Guizot's Cabinet war voll solcher leerer Flaschen, und er entschloß sich, dieselben fortzuschaffen. Wie leer aber die Flaschen waren, so umfänglich waren sie und schwerfällig und konnten daher nicht ohne etwas Lärm beseitigt werden. Das meiste Gepraſſel machte Lacave-Laplagne, der Finanzmann. Das Hungerjahr hat in Frankreich ein Deficit zuwege gebracht so gut wie in England, und der Schatz muß von den Capitalisten in einer Zeit Geld zu erlangen suchen, wo diese kaum ihre Eisenbahnactien einzuzahlen im Stande sind. Wer möchte da Hrn. Guizot Unrecht geben, wenn er sich nach einem andern Mann als Hrn. Lacave-Laplagne für die Finanzen umsieht? Hr. Guizot empfahl ihm, sich zu verabschieden. Das verweigerte er und wurde nun ohne Umstände entlassen; darauf setzte Hr. Guizot seinen Goulburn, Hrn. Dumon, in die Finanzen ein. Eine andere Nothwendigkeit für das Cabinet ist es, der Eroberung und Vergeudung in Afrika ein Ziel zu setzen. Um dahin zu gelangen, ist an die Stelle des vom Marschall Soult zum General und Kriegsminister avancirten Moline de St.-Yon ein darscher Veteran gesetzt worden, der dem Marschall Bugeaud nicht sehr gut ist. Die Marine freilich ist dem Herzoge v. Montebello übergeben worden, dessen Vater ein Held war und der selbst einer guten Champagnersorte den Namen ertheilt hat. Besitzt daher auch Hr. Guizot einen Goulburn (Schatzkanzler unter Sir R. Peel), so fehlen ihm doch die Lincolns, Herberts und Cardwells gänzlich; er ist ohne jungen politischen Zuwachs. Die frischen und emporstrebenden Männer der conservativen Partei wenden sich ab von ihm, und das ist für den französischen Peel das schlimmste Symptom."

— In Exeter, Taunton und einigen andern Orten des westlichen England sind am 15. Mai arge **Markt- und Brottumulte** vorgekommen. Bäckerläden sind geplündert, die auf den Märkten feilhaltenden Landleute gemishandelt, zum Verkauf um billige Preise gezwungen, auch ganz ihren Getreide- und Lebensmittelvorräthe beraubt worden. In Exeter waren es namentlich Frauen, welche dabei die Hauptrolle spielten.

— Aus **Dublin** wird über die Krankheit des **Lordlieutenants** vom 14. Mai gemeldet, daß der tödtliche Ausgang sehr nahe bevorzustehen scheine. Der fanatische Dr. M'Hale, katholischer Erzbischof von Tuam, hat wieder ein heftiges Schreiben an Lord J. Russell veröffentlicht, das gleich damit anhebt, wie er nicht hoffe, daß die den Ministern zugeschriebene Voraussagung, es würden in Irland 2 Mill. Menschen umkommen, zu jenen Voraussagungen gehören werde, die sich selbst erfüllen. Sollten die Armen verurtheilt sein, an den Soyer'schen Suppen zu sterben, so möge man ihnen wenigstens den Tod ohne die Beleidigung gönnen, von den Herzlosen diese Suppenanstalten als Gelegenheit gemisbraucht zu sehen, mit angeblicher Wohlthätigkeit zu prunken (Dr. M'Hale zielt auf die in Dublin geschehene Eröffnung der ersten Suppenanstalt bei Concertmusik und Anwesenheit der fashionablen Welt). Das Lob der Armen von diesen Suppen sei wie das gut protestantische Rühmen der Fischspeise, die nicht als Entsagung gelten könne und bei der sie unausgesetzt leben wollten, wenn nämlich ein angemessener Wechsel mit Fleischspeise dieselbe nahrhafter und schmackhafter machen helfe. Die Katholiken, welche das Whigcabinet unterstützen, nennt Dr. M'Hale politische Apostaten, die den Irländern ein Whigministerium niemals angenehm machen würden, und wirft schließlich dem Schatzkanzler vor, daß er sich jüngst einer im Monat April gemachten Ersparniß von 400,000 Pf. St. gerühmt habe zu einer Zeit, wo jedes ersparte Pfund ein Menschenleben kosten müsse. Daher würden auf die Debetseite des ministeriellen Schatzes vermuthlich eben so viel menschliche Wesen zu setzen sein, welche zum Himmel schreien um Vergeltung gegen Die, welche ihnen ein vorzeitiges Grab bereiteten. In Dublin scheint das **junge Irland** unter Hrn. S. O'Brien's Leitung in raschem Wachsen, und bei der letzten Versammlung am 13. Mai traten 300 neue Mitglieder der neuen Agitation bei.

— Der St. **Vincent** von 120 Kanonen, das zum Flaggenschiff für Sir C. **Napier** ausersehene und nach dem Mittelmeere bestimmte Linienschiff, sollte gestern Mittag durch die Dampffregatte Centaur von Portsmouth nach Spithead bugsirt werden. Ehe jedoch der Dampfer hinreichende Gewalt über den Dreidecker erlangte, nahm dieser eine Richtung nach dem Ufer. Der Centaur suchte vergebens dagegen zu wirken, und nachdem das eine Tau gesprungen war, mußte er ganz davon ablassen. Der St. Vincent schwankte nun mit der breiten Seite immer mehr auf das Ufer und gerade auf das Quedechotel zu, dessen Bewohner jetzt aufgefodert wurden, dasselbe eiligst zu verlassen, da es den Anschein hatte, als werde das Schiff auf dasselbe stoßen und es zertrümmern. Indessen gelang es, durch schnell nach den nächsten festen Punkten geführte Taue den St. Vincent aus seiner gefährlichen Lage zu bringen.

— Die Regierung hat der **Neuseelandcompagnie** eröffnet, daß sie unter Benutzung derselben die Colonisirung der südlichen Districte der Insel beabsichtige, und zwar zunächst einen Versuch auf drei Jahre machen wolle. Erprobe sich dieser, so werde man damit fortfahren.

Frankreich.

Paris, 18. Mai.

Die **Pairskammer** empfing gestern durch Hrn. Guizot in Vertretung des Marine- und Colonialministers einen Gesetzentwurf über Reform des Hypothekenwesens und der gezwungenen Expropriation in den Colonien. Die Discussion über den Gesetzentwurf, das Capitel von St.-Denis betreffend, war auf der Tagesordnung. Der Marquis de Boissy eröffnete dieselbe mit einer von der Kammer tolerant hingenommenen Rede gegen den Gesetzentwurf und rügte die stattgehabte unrichtige Uebersetzung der dabei in Betracht kommenden päpstlichen Bulle, die erst auf Hrn. de Montalembert's Antrag berichtigt worden sei. Hr. Mesnard sah die Reorganisation des Capitels als vortheilhaft nach allen Seiten und die Realisirung von Napoleon's großen Absichten an, während der Marquis de Barthelemy den Entwurf gefährlich und ungesetzlich und als einen Eingriff in die gerechte Macht der Kirche bezeichnete, der zu einer von den Ministern ernannten Hofkleriſei führe. Nachdem Hr. Merilhou noch für, Hr. de Crouseilles gegen den Entwurf gesprochen hatte, ward die Sitzung vertagt.

Von der **Deputirtenkammer** ward die verschobene Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf, ½ Mill. Fr. zur Unterstützung von Zollbeamten betreffend, vorgenommen und derselbe mit 238 gegen 4 Stimmen gutgeheißen. Die Fortsetzung der Berathung des Budgetabschlusses von 1844 beschäftigte dann die Kammer. Der in der letzten Sitzung an die Commission zurückgewiesene Bericht ward von Hrn. Rondeaux mit dem Geständnisse wieder eingebracht, daß allerdings Hrn. Lacave-Laplagne's Reclamation gegen die darin enthaltene tadelnde Bemerkung gegründet sei und daß die Commission einstimmig die Abänderung dahin beschlossen habe, daß anstatt der Beschwerde über „neue traurige Thatsachen", welche die Fortdauer alter Uebelstände im Finanzdepartement bewiesen, die Aufforderung aufgenommen werden solle, beharrlich bei der Durchführung der 1844 dagegen genommenen Maßregeln zu bleiben. Hr. Lacave-Laplagne erhielt noch die Erklärung, daß auch eine Hindeutung des Berichts auf die Unterschleife in Rochefort nicht als Tadel, sondern als Warnung für die Zukunft anzusehen sei. Von Hrn. Lherbette wurde das ein vollständiger Widerruf genannt. Zugleich wies er auf eine andere Stelle im Berichte hin, die sich über Verausgabung von an Gehalten, z. B. durch eingezogene Stellen, ersparten Summen durch die Minister ohne vorausgegangene Bewilligung aussprach. Der Minister des Innern hatte z. B. 3000 Fr. solcher Gelder zur Erhöhung einer Besoldung benutzt. Hr. Dumon behauptete, das sei ganz in Ordnung, wozu Hr. Lacave-Laplagne beistimmte, obgleich gerade er 500,000 Fr. solcher nicht verwendeter Gelder zurückgegeben hatte. Das Für und Wider wurde in wenig geordneter Form und ohne anderes Ergebniß als Gutheißung des in der Berathung befindlichen Abschnitts besprochen. Bei dem Capitel für das Postwesen ward die Sitzung vertagt.

— In der Pairskammer hat der Fürst von der Moskwa die Bittschrift des **Exkönigs von Westfalen** um Aufhebung der Verbannung seiner Familie auf dem Bureau niedergelegt.

— Sonntag den 16. Mai um 1 Uhr versammelte sich die Untersuchungscommission des **Pairshofes** unter des Kanzlers Pasquier Vorsitz zur zweiten Vernehmung des Hrn. Pellaprat, ehemaligen Generaleinnehmers, die gegen fünf Stunden dauerte; gestern wurde Hr. Teste als Zeuge drei Stunden vernommen.

— Das Journal des Debats erklärt heute, daß es zumal nach der Julirevolution nicht vorausgesehen habe, von welchem Vortheile ihm noch eines Tages Kenntniß des canonischen Rechtes bei Besprechung der Kammerverhandlungen sein könne. Es bezieht sich das auf die von den Pairs begonnene Berathung des Gesetzentwurfes über das Capitel von St.-**Denis**, das 1806 vom Kaiser errichtet, von der Restauration zu dem doppelten Zweck reconstituirt worden sei, für bejahrte Bischöfe und verdiente Geistliche einen Zufluchtsort zu bilden und an der alten Grabstätte der französischen Könige eine geistliche Corporation zu haben, die bei den von Erinnerungen und Majestät noch vollen, wenn auch von königlichen Gebeinen leeren Grüften wache und bete. Dagegen sei nichts zu sagen. Die Julirevolution habe diese Institution auch unberührt gelassen. Vielleicht wäre es auch gut gewesen, dabei zu verbleiben, denn man verlange nicht von der Julirevolution, monarchischer zu sein als das Kaiserthum und frömmer als die Restauration. Sie habe indessen vielleicht auch etwas für das Capitel thun wollen und in Rom um eine Bulle unterhandelt, welche das Capitel einer Ausnahmejurisdiction unterwirft. Nun verbiete aber Art. 10 der organischen Artikel des Concordats positiv jede solche Ausnahme, und so brauche man ein neues Gesetz, damit die Bulle zur Geltung komme. Das nun sei der Zankapfel. Die Gallicanischen wollten, vielleicht nicht

Digitized by Google

ohne Grund, nichts von diesem ersten Angriff auf die organischen Artikel wissen. Was die Ultramontanen wollten, lasse sich bei der von ihnen anfänglich erhobenen Einsprache und nachher gegebenen Zustimmung nicht gut ermitteln. Im Publicum sei man, die Wahrheit zu sagen, unangenehm überrascht und wundere sich, daß man noch mit solchen Dingen an die Kammern komme. Die Pairs wären auch so ehrwürdig wie eine Kirchenversammlung und so unterhaltend wie eine Versammlung von Doctoren des Kirchenrechts gestern gewesen. Abgemacht werden müsse jedoch die Sache nun, und da man doch nicht voraussetzen könne, die Regierung wolle die Abdämwirthschaft erneuern und eine Hofkleresei stiften, wogegen Niemand heftiger auftreten würde als das Journal des Débats, so werde wol am Ende das Beste sein, das Gesetz zu votiren. „Gott steh' uns bei, und wenn es sein Wille ist, daß wir einen Primicier von St.-Denis bekommen sollen, schließt der Artikel, so möge sein Wille sobald als möglich sich erfüllen."

— Der Siècle will die Versicherung erhalten haben, daß seit drei Monaten dem Ministerium auch nicht Eine Erwiderung von Lord Palmerston in sämmtlichen zwischen beiden Regierungen schwebenden Fragen zugekommen sei.

— Die Zeitungen melden die Ankunft der Fürstin v. Liegnitz in Paris.

— Nach der Gazette des Tribunaux haben die in Paris in diesen Tagen erfolgten Verhaftungen (Nr. 141) in Folge von Entdeckungen stattgefunden, die man bei drei an der Barrière von La Chapelle angehaltenen Personen machte, bei denen man verdächtige Papiere und eine mit Pulver gefüllte Granate fand, über deren Zweck sie Auskunft verweigerten. Sie sollen einer bereits Gegenstand polizeilicher Nachforschung gewordenen geheimen Verbindung angehören, welche man nun zu ermitteln hofft.

— Der Akhbar vom 11. Mai meldet, daß Marschall Bugeaud mit seiner Expedition am 8. Mai am Uled-el-Gad angelangt war und am 12. Mai zu Bordj-Hamza anzukommen und dort mit den von Aumale unter dem Obersten Admirault heranziehenden Bataillonen sich zu vereinigen gedachte.

— Es sind in Hinsicht der carlistischen Flüchtlinge strenge Befehle ergangen, indem an verschiedenen Punkten in der Nähe der spanischen Grenze eine Anzahl derselben, die sich von den ihnen angewiesenen Aufenthaltsorten ohne Erlaubniß entfernt hatten, angehalten wurden. Sie sollen gut mit Geld versehen sein.

— Aus Bayonne vernimmt man, daß der General Marquis von Rodil, ehemaliger Ministerpräsident unter der Regentschaft Espartero's, der seit mehren Jahren in der Verbannung zu Bordeaux gelebt hatte, auf der Rückkehr nach Madrid daselbst eingetroffen war, nachdem die Gnade der Königin ihm die Pforten seines Vaterlandes wieder geöffnet.

— Aus Marseille wird die Ankunft des Erzbischofs Brunelli, der als außerordentlicher Gesandter des Papstes nach Madrid geht, gemeldet.

Belgien.

Man schreibt aus Gent vom 17. Mai: „In diesem Augenblicke bilden sich Rotten von arbeitslosen Proletariern in der Feldstraße, auf dem Freitagsmarkt und auf dem Paradeplatze. Die Vorsicht, der Eifer und die Popularität unsers Magistrats berechtigen uns zu der Hoffnung, daß wir keine Exzesse zu betrauern haben werden."

Niederlande.

Der hohe Rath hat zu Gunsten der freigewordenen Sklavin zu Surinam, die ein Kind geboren, ehe sie den obrigkeitlichen Freiheitsbrief erhalten (Nr. 121), gegen die Erben ihres frühern Herrn entschieden, die das Eigenthumsrecht auf das Kind beanspruchten. Das entgegengesetzte Erkenntniß des surinamer Gerichtshofs hat er vernichtet und die Erben zur Rückgabe des Sohnes an die Mutter nebst voller Entschädigung und Austilgung seines Namens aus dem Sklavenregister sowie in sämmtliche Kosten verurtheilt. (A. Z.)

Schweiz.

Eine freiburger Correspondenz der Berner Zeitung sagt: „Die neuliche Untersuchung aller Klöster in der Schweiz gemäß päpstlicher Verordnung geschah wirklich aus Auftrag des Nuntius durch die betreffenden Bischöfe. Sie soll sehr zu Ungunsten der Klöster sprechen, was der Nuntius nach Einsicht der dortigen Rapporte in Luzern einer hohen Staatsperson von Freiburg selbst erklärte."

Italien.

Rom, 10. Mai. Außer der Aufhebung der Accademia ecclesiastica (Nr. 140) sind auch aus ähnlichen dringenden Gründen die sämmtlichen am großen und reichen Hospital von S. Spirito (in der Nähe der Peterskirche) angestellten Canonici ihrer Stellen wie ihrer Einkünfte enthoben worden. Diese Kleriker, denen nach den uralten Statuten die besondere Vorsorge und die Aufsicht über die Verpflegung der sehr zahlreichen, in der Anstalt unentgeltlich behandelten Kranken vom Civil- und Militairstand obliegt, hatten, da früherhin von einer Ueberwachung höhern Orts keine Rede war, allmälig in der Ausübung ihrer Pflichten nachgelassen und lebten von ihren beträchtlichen Einkünften auf eine unabhängige und behagliche Weise. Diesem Zustand ist nunmehr ein Ende gemacht, und es ist jenes segensreiche Amt den eben so thätigen als anspruchslosen und beim Volk allgemein beliebten Kapuzinern übertragen worden. — Ebenso weiß man bereits aus sicherer Quelle, daß von der Congregation, welche mit der Einführung der von Pius IX. vorgezeichneten Reform der Conventе im Staate beauftragt ist, nächstens vorläufig die wichtige Verordnung ergehen wird, daß in allen den Parochien Roms, wo die Parochialkirche einem Orden angehört, die Stelle des Pfarrers künftighin nie mehr von einem Frater des Ordens, sondern von einem vom Papste zu ernennenden Weltgeistlichen verwaltet werden soll. (N. C.)

Griechenland.

o **Berlin**, 20. Mai. Die griechisch-türkische Differenz und die Politik der Schutzmächte in Betreff Griechenlands hat zahlreiche Artikel in verschiedenen deutschen Zeitungen hervorgerufen. Dabei scheint jedoch Ein Punkt nicht in das gehörige Licht gestellt worden zu sein, nämlich die gänzliche Zerrüttung der griechischen Finanzen, welche, wenn ihr nicht schleunigst abgeholfen wird, selbst die Existenz des griechischen Staats zu zerstören droht. Ich gehöre zu Denen, welche eine wahre Unabhängigkeit Griechenlands wünschen und gegen jede Einmischung in seine innern Angelegenheiten, komme sie von England, Frankreich oder Rußland, protestiren. Deshalb konnte ich nur mit aufrichtigem Bedauern die unangenehmen Enthüllungen lesen, welche während der letzten Session in den griechischen Kammern stattfanden, denn sie bieten das eigenthümliche Schauspiel dar, daß die Mißbräuche nicht blos von der Opposition denuncirt, sondern von den Ministern selbst eingeräumt werden und der Finanzminister erklärt, es liege gar nicht in seiner Macht, der Corruption Einhalt zu thun, welche die Regierung umgebe. Lese man folgende Auszüge aus einem athener Zeitungsbericht über die Kammerverhandlungen im verwichenen Februar in Betreff des Budgets! Die Richtigkeit der Angaben verbürgt mir auch ein Correspondent vom Platze.

„Die Discussion des Einnahmebudgets auf 1847 begann in der Sitzung am 1. Febr. Hr. Daras wies aus officiellen Actenstücken nach, daß die Anschläge der Einnahmen ungenau und nach Gutdünken herabgesetzt worden seien. Um die Einnahmen zu veranschlagen, sagte er, muß man die vorhergehenden Jahre zum Anhalt nehmen. Der Finanzminister hat sich aber nur auf das Ergebniß des Budgets vom Jahr 1845 gestützt, eines im Betreff der Aernte so ungünstigen und an Mißbräuchen und Unterschleifen der Beamten so reichen Jahres, und auf 1846, von welchem er den Betrag der Einnahmen noch nicht genau zu kennen versichert. Der Ertrag der directen Steuern könnte auf 6,850,000 Drachmen gebracht werden, wenn die mancherlei Mißbräuche und die Verschleuderungen der Beamten ihn nicht so sehr verminderten. Der Finanzminister versicherte nun der Kammer, die Einnahmen könnten sich wol höher belaufen, aber er hätte sie absichtlich nicht höher veranschlagen wollen, weil man sonst auch die Ausgaben vermehren müßte. Die drei Mächte, so sagte er, sind da und beobachten uns; wenn wir ihnen einen Ueberschuß zeigen, so nehmen sie ihn auf Rechnung der Anleihe in Anspruch. Wenn er sich dagegen factisch ergibt, so bleibt er in den Kassen des Staats. Hr. Drossos erwiderte: es würde nicht einmal der Anschlag erreicht werden, wenn das System der Mißbräuche und des Unterschleifs, das sich alle Tage mehr entwickle, bei der Verwaltung des Staatshaushaltes vorwalte. Wir sind im Februar 1847, sagte er, und der Finanzminister kann uns noch nicht den vollen Ertrag der Grundsteuer von 1846 angeben, die schon vor dem September in natura erhoben worden ist. Was den Anspruch der drei Mächte betrifft, so wissen sie schon, woran sie sich zu halten haben und wie es mit unsern Finanzen und dem uns regierenden Systeme steht. In der Sitzung am 2. Febr. machte Hr. Drossos die Kammer auf einen wichtigen Umstand aufmerksam. Die auf den Getreidehandel bezüglichen Uebersichten, die nach den Vorschriften des Gesetzes vom 20. April 1843 monatlich in das Gesetzblatt und andere Zeitschriften einzurücken wären, hätten seit einigen Monaten aufgehört, und nicht einmal die Zollstellen, welche die Gebühren von der Getreideeinfuhr zu erheben hätten, wären unterrichtet, sodaß der Handel schon mehr als ein Mal habe zu viel bezahlen und die Verwaltung verklagen müssen. Der Finanzminister erklärte, diese Uebersichten seien den Zollstellen pünktlich zugekommen, und wenn die Sache einige Male verzögert worden und die Veröffentlichung nicht regelmäßig erfolgt sei, so — liege das an dem Chef der Abtheilung für die Zölle im Finanzministerium. Hr. Daras wies nach, daß diese Veröffentlichung seit dem Februar des Jahres 1846 aufgehört habe, daß die Anwohner des Aegäischen Meeres der Willkür der Zolleinnehmer ausgesetzt seien und daß der Minister jene Marktberichte verfälsche, indem verschiedene Märkte öfters darin fehlten, z. B. neuerlich Syra, der größte Handelsplatz, an welchem die Getreidepreise am öftesten wechselten. Der Finanzminister wußte nur einige Phrasen über den dem nationalen Ackerbau gebührenden Schutz, über die nöthige Aufmunterung der Industrie entgegenzustellen. Hr. Dokos, Abgeordneter von Hydra, griff das Ministerium heftig an und erklärte das Verfahren der Verwaltung für scandalös und empörend. Hr. Korphiotakis, der ergebenste Anhänger des Systems, konnte nicht läugnen, daß jene Nichtveröffentlichung gesetzwidrig sei, meinte aber, für den Zolldienst reiche es hin, wenn nur die Behörden unterrichtet würden. Hr. Provilegios zeigte ihm aber, welchen Nachtheil jene gesetzwidrige Nichtveröffentlichung dem Vermögen des Bürgers bringe.

Endlich protestirte selbst Hr. Krestenites, ein ministerieller Abgeordneter, gegen die Aeußerungen, die der Finanzminister in der vorigen Sitzung in Betreff der drei Mächte gethan, wies im Namen der Nation die Fälschung und Arglist zurück, welche der Minister bei Veranschlagung der

Einnahmen anwende, um den wirklichen Stand der Finanzen zu verbergen, erklärte diesen Zustand für sehr kritisch und beunruhigend und die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften gebieterisch in Anspruch nehmend, und foderte zu einem Mißbilligungsvotum gegen das ungeeignete Verfahren des Finanzministers auf, was auch mit größter Majorität erfolgte. In der Sitzung am 3. Febr. ward in Betreff einer Summe von 200,000 Drachmen, welche im Budget als Ertrag der Eisengruben von Naxos figurirt, bemerkt, daß der Fiscus im vorigen Jahre, wo sie auch im Budget stand, gar nichts davon bezogen habe. Die Abgg. Lapoussiades, Provelegios, Drossos, Diomedes und Mauromatis versicherten, es seien ganze Schiffsladungen von Eisen aus Frankreich eingeführt worden, während die Regierung nichts verkauft zu haben versichere. Endlich rief der Finanzminister: «Hr. Krestenites fodert von mir Rechenschaft wegen der Mißbräuche! Er, der Abgeordnete von Elis, einer Provinz, welche sonst eine Million abwarf, und nun 1846, in diesem Jahre höchster Fruchtbarkeit, dem Fiscus nur 8000 Kilo Getreide gebracht hat! Bin ich an diesem schrecklichen Wechsel schuld? Ich versichere, daß ich von 340 Beamten, die es in dieser Provinz gibt, nur 9 kenne, die andern 331 sind Alle auf Empfehlung des Hrn. Krestenites ernannt worden. Ich kann nicht länger mit der Wahrheit zurückhalten: die Beraubung der öffentlichen Einkünfte übersteigt alles Maß und erfolgt mit unerhörter Frechheit. Aber ist das die Schuld des Ministers? Ich kenne keinen der Angestellten; sie sind Alle nach Listen ernannt, welche die Herren Abgeordneten vorgelegt haben. Unter den Tausenden von Beamten in meinem Departement kenne ich kaum funfzig; wenn Jeder auch nur Weniges unterschlägt, so müßte es doch zusammen eine beträchtliche Summe ausmachen. Die Dinge sind dahin gediehen, daß der Finanzminister außer Stand ist, den Mißbräuchen Einhalt zu thun.» Hierauf foderte Hr. Diomedes, Generalprocurator bei dem königl. Gerichtshof zu Athen, den Minister zum Abgang auf; die Sitzung ward unter allgemeiner Verwirrung geschlossen, und am 4. Febr., in Abwesenheit des Finanzministers, die Bewilligung des Einnahmebudgets durch die ministerielle Mehrheit durchgesetzt.»

Nun, ist das nicht das Gemälde eines widrigen Zustandes? Das Einnahmebudget verfälscht, um die Ansprüche der drei Mächte zu umgehen, die Veröffentlichung der Getreidepreise gesetzwidrig unterlassen und der Handel genöthigt, höhere Gebühren zu zahlen, als ihm oblag; ein Mißbilligungsvotum gegen den Finanzminister von einer großen Mehrheit gefällt, die Einkünfte von den Eisengruben von Naxos, welche 200,000 Drachmen betragen hatten, gänzlich im Budget verrollt und der Finanzminister selbst zugebend, daß das allgemeine System des Unterschleifs von den Einwohnern so weit getrieben sei, um den Ertrag der Provinz Elis von einer Million auf 8000 Kilo Getreide herabzusetzen. Das sind in der That betrübende Thatsachen für die Freunde Griechenlands und Alle, die sein Glück wünschen. Sie beweisen, daß etwas mehr als die Nachsicht der Schutzmächte nöthig ist für die Wohlfahrt dieses unglücklichen Landes. Es muß sich selbst regeneriren. Es muß von eben bis unten rechtschaffene Leute in seine Verwaltung einführen und sich gänzlich von den Räuberbanden freimachen, welche unter dem Namen von Einnehmern den Schatz plündern. Das neuerliche ministerielle Rundschreiben (Nr. 139) verspricht das Beste; aber gibt uns die Erfahrung der letzten drei Jahre irgend einen sichern Grund, zu glauben, daß die Minister im Stande sein werden, wirksame Maßregeln finanzieller Reform durchzuführen?

— Nach Briefen aus Athen vom 9. Mai hatte der Kronprinz von Baiern am 5. Mai Athen verlassen. Der König und die Königin hatten ihm das Geleite über Korinth, Vostizza, Patras und Missolunghi gegeben. (A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 5. Mai. Die Pforte hat, wie heute versichert wurde, allen griechischen Consuln in der Türkei das Exequatur entzogen. Der griechischen Schifffahrt und dem griechischen Handel wird dies bedeutende Hindernisse verursachen. Die Rüstungen im hiesigen Arsenal wurden bis jetzt eifrig fortgesetzt. Die Flotte soll nun zum Auslaufen bereit sein. Am 8. Mai werden in Gegenwart des Großherrn noch zwei neu erbaute Dampffregatten, deren Maschinen aus England kamen, vom Stapel gelassen werden. Zur Verherrlichung des Festes wird man dabei vor dem Großherrn eine italienische Oper aufführen und der Kapudan-Pascha wird ein großes Mahl geben.

In Südrußland sollen an den Grenzen der Türkei und Moldau bedeutende Truppenmassen zusammengezogen worden sein. Darauf darf man sich wohl verlassen, daß es sicher nicht Rußland sein wird, das plötzliche Ereignisse überraschen oder unvorbereitet finden werden, und man kann sich hierbei nicht enthalten, den innigen Wunsch auszudrücken, daß auch Deutschland, namentlich jene Großmacht, die nach dieser Seite hin sein Hüter ist, auf alle Fälle gerüstet und bereit stehen möge, um im rechten Augenblicke gleichfalls bei der Hand zu sein und die an die Freiheit der Mündung eines der größten deutschen Ströme geknüpften höchst wichtigen deutschen Interessen mit aller Kraft zu wahren. Man erzählt sich hier: England und Rußland seien willens, den König Otto sogar zu entthronen, wenn er sich nicht fügen und Kolettis entlassen würde, ja der König Otto selbst wünsche der Krone zu entsagen, weil er persönlich in Gefahr sei. Auch an sich ganz leere Gerüchte, wie die bezeichneten sein werden, sind doch oft bezeichnend genug, daß sie eine Erwähnung verdienen. — Der frühere Polizeiminister Hafiz-Pascha wurde zum Gouverneur von Janina ernannt.

In der Angelegenheit der Wälschkornausfuhr aus dem Paschalik Trebisond hat die Pforte sich dahin ausgesprochen, daß in Gemäßheit ihrer letzten Verordnungen das bereits Gekaufte ungehindert zur Verschiffung zugelassen werden müsse; gleichzeitig aber dem Pascha die Weisung ertheilt, in Anbetracht der bestehenden Aufregung die Verschiffungen nach Möglichkeit zu beschränken. Die Käufer haben also mit dem neugeschaffenen Bezirk hierüber in Verhandlung treten und sich bereits zu mehr oder minder bedeutenden Zugeständnissen in Bezug auf Quantum ihrer Einkäufe herbeilassen müssen. (A. Z.)

Südamerika.

Aus Paraguay wird über Rio Janeiro vom Ende März gemeldet, daß der Präsident mit Corrientes alle Verbindung aufgehoben und alle Fremden angewiesen hatte, Paraguay zu verlassen. Seine ungefähr 8000 M. starken Truppen waren in der Nähe der Hauptstadt concentrirt.

Personalnachrichten.

Todesfälle. Die pensionirte Hofschauspielerin Frau Johanna Franul v. Weissenthurn starb am 18. Mai in Wien.

Wissenschaft und Kunst.

* Leipzig, 22. April. Unter dem Titel: „Der Neubau für die Königliche Gemäldegalerie in Dresden. Von .....m" ist soeben ein kleines Schriftchen erschienen, was in der lichtvollsten Weise und auf den Grund aller einschlagenden Unterlagen die Gründe darlegt, welche bei der definitiven Wahl des Platzes entschieden haben, an welchem Sachsens kostbarste Kunstschätze der Zukunft aufbewahrt werden sollen. Uns ist aus dieser Darlegung die Ueberzeugung geworden, daß man das unter den gegebenen Umständen beste Mögliche gewählt hat, und mehr kann nicht verlangt werden. Es wird anerkannt, daß es eine, eine einzige andere Stelle gab, die vielleicht in Betreff der Schönheit, gewiß in Betreff der Sicherheit noch vorzüglicher war; aber es werden auch die unter den vorliegenden Umständen unübersteiglichen Schwierigkeiten, welche der Benutzung dieser Stelle entgegentraten, dargelegt und die in Betreff der Sicherheit gegen den gewählten Platz erwachsenen Bedenken beruhigt. Im Uebrigen sind Sätze wie die einleitenden: „Warme Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten ist stets erfreulich. Selbst wenn sie aus trüber Quelle fließt, selbst wenn sie einseitig oder irrig ist, soll dies weder befremden noch verletzen. Kein Licht ohne Schatten. Ernste Beachtung aber verdient immer und überall, besonders bei wichtigen und zweifelhaften Fragen, die von dem Urtheile redlich Wollender geleitete öffentliche Meinung. Würdiger und besser sie wo möglich gewinnen oder doch beruhigen als schroffes Zurückweisen oder gleichgültiges Ueberseheu", im Munde des leicht zu errathenden Verfassers nicht befremdend, aber immerhin das Hervorheben rechtfertigend.

— Die «Deutsche Zeitung» erscheint, zufolge einem soeben veröffentlichten Programme derselben, vom 1. Jul. an zu Heidelberg. Herausgegeben wird sie von Gervinus (zugleich verantwortlichem Redacteur), Häusser, Höfken, Mathy und Mittermaier. Die Zeitung erscheint täglich einen Bogen stark; jährlich für 10 Fl. Einigkeit der deutschen Nation; der Zollverein; ein allgemeines nationales deutsches Recht; Geschworenengerichte; Volksbewaffnung; die kirchlichen Angelegenheiten; constitutionelle Monarchie — das sind die Hauptpunkte, welche diese neue Zeitung in ihren Bereich ziehen wird.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 22. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87⅞ Br., 87⅝ bezahlt und G.; Sächsisch-Schlesische 100⅝ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 59¼ Br., 59 G.; Löbau-Zittauer 57 Br., 56¾ G.; Magdeburg-Leipziger 203 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ Br., Litt. B. 100½ G.; Köln-Mindener 92½ Br., 92 G.; Thüringer 94½ Br., 94 G.; Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 72 Br., Altona-Kieler 108 G.; Pesther 100 Br.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Wasserstand am Pegel der tiefsten Elbbrücke am 22. Mai früh 7 Uhr: 21″ über 0.

Staatspapiere. Wien, 19. Mai. Bfact. 1501; Met. 5pc. 107; 3pc. 97¼; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Wien, 19. Mai. Nordb. 167¼; Gloggn. 122¾; Mail. 110⅝. Lwern. 88¼; Pesth. 98⅞.

Berliner Börse, 21. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95⅛ Br., 3½pc. Staatssch. 92½, 3¼pc. Pfandb. westpreuß. 93⅛, ostpreuß. 95¾ Br., pomm. 94 Br., schles. 97½, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 92⅛ Br., kur- u. neum. 94⅞ Br., Louisd. 111⅝, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½ Br., Berl.-Anhalt. 109⅝ Br., Berlin-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, 5pc. 101⅛, Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 92, Crakau-Oberschl. 4pc. 75½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 108, Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Altonaer 4pc. 107½, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾, Litt. B. 4pc. 98, Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 85¼, Rhein. 89½, Prior.-Stamm 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 94, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82½, Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berl.-Anh. 109½, Kassel-Lippst. 4pc. 83½ Br., Cöln-Minden 4pc. 92, Magd.-Wittenb. 86½, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71½, Pos.-Starg. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅜ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¾, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Liq. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkeerl. Einsl. 16⅜, Litt. B. 200 Fl. 31⅜, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staatsprz.-A. 89½ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Bard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 30¾ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Dem correspondirenden Publicum wird andurch bekannt gemacht, daß jetzt und bis auf Weiteres folgende Briefpostverbindungen zwischen Leipzig und Frankfurt a. M. ꝛc. bestehen, als:

a) von Leipzig:

Abgang: Nachmittags 5 Uhr mit Eisenbahnzug über Halle, Aufgabe hierzu längstens bis 3½ Uhr Nachmittags; und dann Abends 7 Uhr mit der Weißenfelser Fahrpost, Aufgabe hierzu längstens bis 6 Uhr Abends.

Die erstere Correspondenz trifft in 30 Stunden, die letztere in 42—43 Stunden in Frankfurt a. M. ein.

b) von Frankfurt a. M. ꝛc.

trifft die Correspondenz hier ein: täglich 9 Uhr Vormittags und Nachmittags 4 Uhr.

Leipzig, den 17. Mai 1847.

Königliche Ober-Post-Direction.
von Hüttner.

[2075]

Just published, in One very large Volume, 8vo. uniform with Messrs. **Longman and Co.'s** Series of „One-Volume Encyclopædias and Dictionaries." £3. 13s. 6d. cloth:

AN ENCYCLOPÆDIA of CIVIL ENGINEERING, Historical, Theoretical, and Practical. By Edward Cresy, Architect and Civil Engineer. Illustrated by upwards of Three Thousand Engravings on Wood.

The object of this work is to embody in a single volume all the principles involved in the theory and practice of the science of Civil Engineering. It is intended to form at once a complete Manual for the Student, and a Guide to him in his professional avocations. It is the first work published on the subject in this country the labour bestowed on its compilation has been of no ordinary kind, and the author confidently trusts that it will be found well calculated to qualify the Civil Engineer for an efficient discharge of his important duties.

The work consists of Two Parts. The first contains an Historical Account of the most celebrated Engineering works executed by the Ancients Thus, Phœnician, Egyptian, Grecian, and Roman Ports, Bridges, Roads, Supply of Waters, Aqueducts, Baths, Drainage, Mechanics, &c. are fully described with reference to their principles and execution, followed by ample accounts of the improvements introduced in America and Modern Europe; together with copious illustrations.

The Second Part is entirely devoted to the Theory and Practice of the science of Civil Engineering, comprised under the following principal heads:

Geology, Mineralogy, and Chemistry.
Geometry.
Mechanics.
Hydraulics, or the motion of fluids.
The Atmosphere, as a moving power
Warming, Lighting, and Ventilating.
Steam Engines, &c
Timber.
Masonry.
Canals, Draining, and Embanking.
Railroads, their Formation, Gradients, Rails, Plones, &c.
The Principles of Proportion, in Construction.

London Longman, Brown, Green, and Longmans.

*** To be had also of all Booksellers on the Continent. [2047]

Im Verlage der **Gebauer**'schen Buchhandlung in Leipzig erschien soeben:

H. E. F. Guericke,

Lehrbuch der christlich-kirchlichen Archäologie.

Preis 1 Thlr. 20 Ngr. [2034]

Theologische Schriften.

Soeben versandten wir das Schlußheft von:

Stange, Anregende Gedanken über die für 1847 angeordneten historischen Texte, vom Trinitatisfeste bis zum 27. Sonntag p. Trin., nebst Skizzen über das Reformations-, Kirchweih-, Aernte-, Todten-Fest und den 2. Bußtag, und vielen Nachträgen zum ersten Heft. Preis 7½ Ngr.

Hiermit ist denn die neueste Fortsetzung dieses beliebten Werkes wiederum geschlossen, das ein so reiches Ideenmagazin für junge Theologen und selbst für praktische Prediger bildet, indem es auch den geübtesten Homileten zu frischen Gedanken und neuer Auffassung des gegebenen Textes anregt.

Von den früher erschienenen 5 Heften desselben Verf. über die historischen Texte nebst Supplementheft, welche zugleich den 3. Theil des Stange'schen Perikopenbuchs ausmachen, sind noch complete Exemplare (alle 5 Hefte, ohne Supplementband) für 25 Ngr. zu haben und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das ganze Perikopenbuch, 4 starke Bände, gegen 250 Bogen stark, ist, so weit die wenigen noch vorhandenen Exemplare reichen, für 3 Thlr. netto zu haben. [2030—31]

Verlags-Comptoir in Grimma.

In **Baumgärtner's Buchhandlung** zu Leipzig ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: [2041]

Die Entwickelung der religiösen Idee im Judenthume, Christenthume und Islam.

In zwölf Vorlesungen über Geschichte und Inhalt des Judenthums dargestellt von

Dr. Ludwig Philippson.

Gr. 8. Brosch. 189 Seiten. Preis 24 Ngr.

Verlags- und Commissionsartikel von Brockhaus & Avenarius in Leipzig.

1847. Nr. 1. Januar bis März.

Illustrirte Zeitung für die Jugend. Herausgegeben unter Mitwirkung der beliebtesten Jugendschriftsteller von **Julius Kell.** Nr. 1—13. Wöchentlich eine Nummer von einem Bogen in schmal gr. 4. Mit vielen Abbildungen. Preis des Jahrgangs 2 Thlr. Ein Quartal 15 Ngr. Ein einzelnes Monatsheft 6 Ngr.

Probenummern sind durch alle Buchhandlungen und Postämter zu erhalten.

Inserate werden mit 2 Ngr die Zeile berechnet, besondere Anzeigen gegen Vergütung von 1 Thlr. für das Tausend beigelegt.

Beufey (Th.), Die persischen Keilinschriften mit Uebersetzung und Glossar. Lex. 8. Geh. 1 Thlr. 5 Ngr.

Blanc (Louis), Histoire de la révolution française. Tome premier. Origines et causes de la révolution. 8. Geh. 1 Thlr.

———, Geschichte der französischen Revolution. Aus dem Französischen. Erster Band. Allgemeine und besondere Ursachen der Revolution. 1.—3. Lief. 8. Geh. Preis der Lieferung 7½ Ngr.

Die Frauen der Bibel. In Bildern mit erläuterndem Texte. Erste Abtheilung. Frauen des Alten Testaments. In 20 Lieferungen. 14. bis 17. Lief. 4. Preis der Lieferung 8 Ngr.

Herrold (Douglas), Herausgeber des „Punch"), Eine Chronik von Kleefeld, nebst einigen Nachrichten von dem Einsiedler von Satthrim. Aus dem Englischen. Mit dem Bildnisse des Einsiedlers. 8. Geh. 24 Ngr.

Mirza Mohammed Ibrahim,* Grammatik der lebenden persischen Sprache.** Aus dem Englischen übersetzt, zum Theil umgearbeitet und mit Anmerkungen versehen von Prof. Dr. ***H. L. Fleischer. Gr. 8. Geh. 3 Thlr.

***Ralph, (J.), A guide to English conversation.* — Anleitung zur englischen Conversation,** nebst kurzen grammatikalischen Anmerkungen für Schulen und zum Selbstunterrichte, und einem kleinen Wegweiser auf dem Gebiete der englischen Literatur. 12. Geh. 12 Ngr.

Raffelsperger (Franz), Allgemeines geographisches Lexikon des östreichischen Kaiserstaates. (In einer alphabetischen Reihenfolge.) Nach amtlichen Quellen und den besten vaterländischen Hülfswerken, von einer Gesellschaft Geographen und Postmänner. 22.—26. Heft. (Wien.) Gr. 8. Preis des Heftes 20 Ngr.

Neue Shakspeare-Galerie. Die Frauen und Mädchen in Shakspeare's dramatischen Werken. In Bildern englischer Künstler, mit Erläuterungen. In 45 Lieferungen. 11.—10. Lief. 4. Preis der Lieferung 8 Ngr.

Töpffer (R.), Gesammelte Schriften. Novellen, Romane, Reisen. Vollständige deutsche Ausgabe. In etwa 12 Bändchen. Erstes Bändchen. Genfer Novellen. 8. Geh. 15 Ngr.

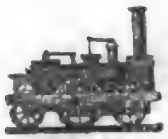
Diese Gesammtausgabe wird umfassen:
Genfer Novellen; Wanderungen im Zickzack, Ferienreisen durch die Schweiz und Oberitalien; Das Pfarrhaus, ein Roman in Briefen; Rosa und Gertrud, eine Novelle. — Eine biographisch-kritische Einleitung, sowie ein Portrait des Verfassers werden dem letzten Bande beigegeben werden.

Lelewel, Panowanie krola polskiego Stanislawa Augusta Poniatowskiego. 18. Bruxelle. 1 Thlr.

Mieroslawski, Powstanie narodu polskiego w roku 1830 i 1831. Wydane nakladem **F. J. Ledóchowskiego.** T. II. 8. Paryż. 3 Thlr. 10 Ngr.

Ostrowski, Dzieje i Prawa Kosciola polskiego. T. I, II. 8. Poznań. 1 Thlr. 15 Ngr.

Digitized by Google



Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.

Durch Beschluß des Gesellschafts-Ausschusses ist den stimmberechtigten Actionairen der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn die freie Fahrt auf dieser Bahn **zu** und **von** der, am 28. d. M. Vormittags 10 Uhr in dem Bahnhofsgebäude zu Gr.-Oschersleben abzuhaltenden Generalversammlung bewilligt, und dienen für diesen Zweck die Einlaßkarten zur Generalversammlung als Fahrbillets.

Auch wird am Tage der Generalversammlung zur Beförderung der Actionaire ein Extrazug, Morgens 8 Uhr, von Magdeburg nach Gr.-Oschersleben abgehen.

Halberstadt, den 20. Mai 1847.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.
Krüger.

[2069]

Die Sächsische Fluss-Assecuranz-Compagnie zu Leipzig

hat ihren achtzehnten Rechenschaftsbericht pro 1846 abgelegt, und das unterzeichnete Directorium bringt hiermit zu allgemeiner Kenntniß, daß auf jede Actie (von 166⅔ Thlr. baarem Einschuß) außer 6⅔ Thlr. Zinsen, eine

Dividende von 27 Thaler

auszutheilen, der Reservefonds pro Actie auf nahe an 87 Thlr. angewachsen ist, und überdem eine

Rückprämie von 38 Procent

an alle Diejenigen zur Auszahlung gelangt, welche im Jahre 1846 Güter bei der Compagnie in Segelschiffen oder in Dampfschiffen mit ⅛ Procent Prämie versicherten.

Jene 27 Thlr. pro Actie können auf dem Comptoir der Anstalt hier oder bei Herrn **Carl Migschner** in **Dresden** erhoben werden, wohingegen die Rückprämie von 38 Procent diejenigen unserer Bevollmächtigten gewähren werden, bei welchen die Versicherung geschlossen, resp. bei den Versicherungen von Hamburg nach Sachsen da, wo die Prämie dafür gezahlt worden ist.

Mit dem 31. December d. J. erlöschen jedoch alle Ansprüche an die Rückprämie.

Durch verfassungsmäßige Wahl ist der aus dem Directorium geschiedene Herr **J. Büchel** in dasselbe wiederum eingetreten.

Dem kaufmännischen Publicum empfehlen wir unser vaterländisches Institut zu recht häufiger Benutzung, **wozu es nur der bestimmten Aufgabe an die Verlader der Waaren bedarf, dieselben unter** sächsischer Assecuranz zu versichern.

Leipzig, im April 1847. [1759—61]

Das Directorium der Sächsischen Fluß-Assecuranz-Compagnie.

Gasthofs-Empfehlung in Frankfurt a. M.

Der Unterzeichnete beehrt sich, den verehrten Reisenden seinen Gasthof

Zum Europäischen Hof

hiermit bestens zu empfehlen. Durch elegante Einrichtung wie reinliche, prompte und billige Bedienung wird er stets bestrebt sein, den Wünschen der verehrten Reisenden zu entsprechen. [1984—86]

Frankfurt a. M., im Mai 1847. ***Joh. Wilh. Reuss.***

Die ersten **neuen Matjes-Heringe** treffen heute ein bei

2070] ***J. A. Nürnberg***, Markt Nr. 7.

Neueste Musik für Streich-instrumente und Piano.

In **H. F. Müller's** Musikverlag in Wien sind soeben erschienen:

Bockmühl, R. C., Fantaisie sur des motifs de l'Opéra: **La Fille du Regiment** de Donizetti, pour le **Violoncelle** avec acc. de Piano. Oeuv. 54. 1 Fl. 45 Kr.

——, **Fantaisie-Caprice** sur des motifs de l'Opéra: **Robert le Diable** de Meyerbeer, pour le **Violoncelle** avec acc. de Piano. Oeuv. 55. 2 Fl.

Hazynski, Vict., Duo brillant sur des motifs favoris de l'Opéra de Lvof: **Bianca e Gualtiero** pour le **Piano** et **Violon** (concertant). 1 Fl. 45 Kr.

Marschner, H., Trio pour le **Pianoforte, Violon** et **Violoncelle.** Oeuv. 135. 4 Fl. 30 Kr. C.-M.

Molique, B., Fantaisie über **schwäbische Volkslieder.** Op. 32. Für die Violine mit Begleitung des Pianoforte 2 Fl. 45 Kr., mit Begleitung des Orchesters 4 Fl. 15 Kr. C.-M. [2065]

Anerbieten. Auf eine **Fabrik**, deren Ertragswerth gerichtlich zu 176,000 Thlr. abgeschätzt worden ist, steht nach 76,000 Thlr. eine Foderung von 15,000 Thlr. eingetragen, welche vom 2 Januar 1849 ab in jährlichen Raten von 5000 Thlr. zurückgezahlt werden muß. Der Gläubiger wünscht diese Foderung zu cediren. Nähere Auskunft ertheilt der Justiz-Commissarius **Horch** in Magdeburg. [1862—64]

Soeben ist bei **Otto Wigand** in Leipzig erschienen:

Das Verhältniss des Gesetzes vom 17. Juli 1846 zu den Gesetzen vom 29. März 1844,

das ist:

Die nachträglich vergrößerte Macht des Richters über das Volk, nach vorgängig vergrößerter Macht der Regierung über den Richter.

Von **H. Simon.**

Gr. 8. 1847. 7½ Ngr.

Die Ehe zwischen Juden und Christen.

Von **E. H. Misch.**

Gr. 8. 1847. 3 Ngr. [2062]

Lithograph-Gesuch.

Ein **Lithograph** wird zu engagiren gesucht, der geübt im Schriftfach mit der Feder sowie vorzugsweise in der gravirten Manier, und moralisch solid ist. Probearbeiten und Bedingungen bittet man unter der Chiffre **B. A.** an Herrn Coiffeur **Dittrich**, Neumarkt in Leipzig, einzusenden, der auch über Näheres Auskunft zu geben die Güte haben wird. [2033—35]

Kupferstich-Auction in Dresden.

Montag den 12. Juli d. J. u. f. T. beginnt die **öffentliche Versteigerung** der vom verstorbenen Freiherrn

Heinrich Adolph von Friesen

hinterlassenen reichen Sammlung von Kupferstichen, holländischen und deutschen Radirungen, Holzschnitten und Handzeichnungen, neben welchen zugleich eine sehr reiche **Portraitsammlung,** einzelne Blätter und Werke über Archäologie, Sculptur, sowie auch besonders über mittelalterliche Baukunst; ferner Ansichten und sonstige kunsthistorische Merkwürdigkeiten vorkommen.

Das wissenschaftlich bearbeitete sowie mit einem Vorwort und Ueberblick begleitete, über 3000 Nummern enthaltende Verzeichniß ist in den Buch- und Kunsthandlungen zu haben.

Dresden, am 18. Mai 1847.

Carl Ernst Gieber,
Königl., auch Stadt- und Raths-Auctionator und Taxator. [2039]

Gesuch. Ein junger Mann von nicht ungefälligem Aeußern, welcher seine fünfjährige Lehrzeit in einer Provinzialstadt Sachsens gut bestand, auch ein Jahr daselbst conditionirte, und seit ebenfalls einem Jahre in einem bedeutenden Tuch-Ausschnitt- und Modewaarengeschäft, mit verschiedenen Nebenbranchen verbunden, sich befindet, wo derselbe die ihm obliegende Geschäftsführung bestens verwaltete, besonders auch als gewandter Verkäufer empfohlen werden darf, sucht Verhältnisse halber von Johannis bis Michaelis ein anderweitiges Engagement in obigen Branchen als Commis, unter den bescheidensten Ansprüchen.

Geneigte Offerten werden unter Chiffre **B. A.** poste restante Chemnitz franco erbeten. [2071]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 23. Mai. **Oberon, König der Elfen,** große Oper von C. M. v. Weber. Huon: Herr Dr. **Liebert**, Rezia: Frl. **Achilles**, vom Stadttheater zu Würzburg, als Gäste.

Montag, 24. Mai. Zum ersten Male: **Der Weltverbesserer,** Lustspiel in 4 Acten nach dem Französischen von B. A. Herrmann.

Dienstag, 25. Mai. Neu einstudirt: **Der alte Student,** Lustspiel in 2 Acten vom Freiherrn v. Maltitz. — Vorher: **Der Weiberfeind,** Lustspiel von Benedix. Freiling und Zolky, Herr **Löwenberg**, vom deutschen Theater zu St.-Petersburg, als Gast.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Gustav Gerstenberger in Chemnitz mit Frl. Emilie Schmidt.

Getraut: Hr. Johann v. Crawley in Rochlitz mit Frl. Alwine Winkler. — Hr. Kammermusikus L. Grimm in Berlin mit Frl. Emilie Greiner. — Hr. Paul Günther in Goldberg mit Frl. Emilie Längner. — Hr. Richard Heymann in Chemnitz mit Frl. Anna Hübner. — Hr. Ewald Hoffmann in Chemnitz mit Frl. Ernestine Liebert. — Hr. Hammerinspectionsverwalter Richard Kühn in Dresden mit Frl. Bertha Härtel. — Hr. Johann Maar in Nürnberg mit Frl. Wilhelmine Heyde. — Hr. Bernhard Perls in Beuthen mit Frl. Bertha Wiener. — Hr. Albert Rosbach in Gatz mit Frl. Mathilde Bander aus Usbach. — Hr. Friedrich Zimmermann in Breslau mit Frl. Emilie Hoffmann.

Geboren: Hrn. Alexander Cochius in Friesack ein Sohn. — Hrn. Lehrer F. A. Cubäus in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Justizcommissarius Eduard Flemming in Belzig ein Sohn. — Hrn. Flenter in Frankfurt a. O. ein Sohn. — Hrn. Hüttenfactor Rossé in Paulsdorf ein Sohn. — Hrn. J. H. Schiller in Wielmierszowitz ein Sohn. — Hrn. Oberlandesgerichtsassessor v. Wangerow in Bromberg ein Sohn. — Hrn. A. Witschel in Zobten ein Sohn.

Gestorben: Hr. Pastor August Wandelow in Niederlepte. — Hr. Major Gustav Adolf Frhr. v. Buirette-Dehlefeld in Karlsbad. — Frau v. Herzeele in Altenburg. — Frau Landrichter Elise Jäger in Eichstätt. — Frau Marianne Othilie Seidler in Chemnitz.

Digitized by Google

Montag — Nr. 144. — 24. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer 2 Rgr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ǂ Dresden. Exequien. Der Geburtstag des Königs. Die Theuerung. — Der stuttgarter Turnverein. Der württembergische ständische Ausschuß. — Rotteck's Denkmal. Kassel. Landtag. — Die Vorräthe in der Wetterau. * Weimar. Landtag. — Die Bentinck'sche Sache. — Die Fürstin von Sondershausen.

Preußen. Berlin. Landtag. ** Berlin. Die Landrentenbank. — Der Referendar Erdmann. — Der Bürgermeister von Polnisch-Neustadt.

Oesterreich. Unterstützungsverein.

Spanien. Geburtstag der Königin. Das Cabinet. Die Quecksilbergruben von Almaden.

Großbritannien. Parlament. Vorschläge des Oberhauses wegen der Behandlung der Privatbills. Tod des Lordlieutenants von Irland. Provisorische Verwaltung in Irland. Annahme der irischen Armenbill im Oberhause. Irische Gewaltthätigkeiten. Die französische Wohlthätigkeitsgesellschaft. Einsturz eines Viaducts. Anbau von Baumwolle in Natal. Der Herzog v. Palmella.

Frankreich. Parlament. Graf Duchatel. Der Herzog v. Montebello. Königin Christine und Don Enrique. Der Prinz von Joinville. Bumaze. Vorkommniß bei den Rennen in Chantilly. Die Straßburger Eisenbahn. Protest der Consuln in Veracruz. ** Paris. Die Coalition.

Italien. * Rom. Cardinal Gizzi. Die geistliche Akademie. Die Visitationen des Papstes. Der Reisbau. Prinzessin Albrecht.

Griechenland. Athen. Ministerprogramm. Die Differenz mit der Pforte.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Kirche.

Wissenschaft und Kunst. (*) Berlin. Theater.

Handel und Industrie. Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

ǂ **Dresden**, 22. Mai. Gestern fanden in der hiesigen katholischen Hofkirche die Exequien für den Prinzen Ernst statt. Die Kirche selbst sowie die für das königl. Haus und den Hofstaat bestimmten Räume waren, wie dies gewöhnlich bei solcher kirchlichen Trauerfeier der Fall ist, der Veranlassung entsprechend decorirt, und auf dem mit dem Trauergewande überdeckten Altarbilde zeigte sich wie auf allen Brüstungen der Emporkirche und der königl. Betzimmer das sächsische Wappen mit der Namensschiffre des Verstorbenen im blauen Felde. Von Hunderten von Wachskerzen umstrahlt ruhte der Katafalk unweit des Hochaltars, während vor dem letztern der Bischof im großen Ornat an der Spitze der Geistlichkeit ministrirte. Der König, die Königin, Prinz Johann mit den Geschwistern des Verstorbenen, die Prinzessinnen Auguste und Amalie, Letztere kürzlich erst von Wien zurückgekommen, wohnten der Todtenfeier bei, nur die Gemahlin des Prinzen Johann, die Mutter des Verstorbenen, war in Wesenstein zurückgeblieben. Tiefergreifend rauschten vom hohen Chor herab die Melodien der Trauermusik, während das Schiff der Kirche mit Zuhörern aus allen Ständen angefüllt war.

Dieser unerwartete und allgemein beklagte Todesfall hat zwar wesentlich dazu beigetragen, daß der 50jährige Geburtstag unsers allverehrten Königs nur in tiefster Stille gefeiert wurde, allein nie ist wol ein Geburtstag des Königs mehr in dessen Sinne gefeiert worden als dieser. Denn wer wie Friedrich August von Sachsen alles Prunkvolle, wo es nur möglich ist, vermeidet und, je einfacher umgeben, um so wohler sich fühlt, dem konnten auch seine Unterthanen nicht inniger Glück wünschen als durch die vielen Acte der Wohlthätigkeit, welche an diesem Tage zum Besten der Hülfsbedürftigen in allen Gegenden des Landes stattfanden. Die Worte des Dankes jener Armen waren das schönste Tedeum, welches Sachsens König gebracht wurde, und stiegen lauter als Kanonendonner zum Himmel auf.

Hart noch lastet der Druck der Theuerung auf allen gewerblichen Verhältnissen, auf unbemittelten Geschäftsleuten und Armen, und so viel auch von allen Seiten zur Linderung der immer größer werdenden Noth in unserm Erzgebirge und Voigtlande gethan wird, so bereitwillig sich auch die Gaben der Milde nach unsern armen Weberdörfern der Oberlausitz hinwenden, das Anhaltende dieses Nothstandes und die für Viele fast unerschwingbaren Preise der nöthigsten Lebensbedürfnisse erschöpfen fast alle Quellen, wodurch Hülfe und Linderung in jene der drückendsten Noth preisgegebenen Bezirke geleitet wird. Allein noch bietet Sachsen durch das sorgsame Wirken der Regierung und durch den unermüdlichen Eifer seiner Bewohner, so weit nur möglich die Hülfsbedürftigen zu unterstützen, ein Bild der Ruhe und des festen Vertrauens auf bessere Zeiten dar. Leider wird die Zeit bis zur und nach der Aernte alle noch vorhandenen Kräfte in Anspruch nehmen, um zu helfen und zu lindern so weit als möglich ist, allein es gewährt schon einen sehr großen Trost, aus allen Gegenden Sachsens die günstigsten Berichte und die schönsten Hoffnungen einer guten Aernte sowie überhaupt eines fruchtreichen Jahres zu erhalten; wenn auch ein bedeutendes Sinken der Getreidepreise nicht so bald eintreten wird, so ist doch keine beunruhigende Steigerung derselben zu besorgen. Gegenwärtig ist hier der Preis eines Pfundes Roggenbrot 16—17 Pfennige, aber auch alle übrigen Bedürfnisse sind gestiegen; jedoch hofft man, daß nach den Pfingstfeiertagen ein Sinken derselben eintreten werde. Hätte nicht das Hökerwesen in fast nicht mehr zu steuernder Weise sich wie eine Spannraupe über alle Erzeugnisse des Landmanns ausgebreitet, wir würden Manches billiger erhalten; jedoch gehört dies ebenfalls zu den traurigen Zeichen dieser Zeit, in welcher jedes große Uebel auch eine Menge kleinerer im Gefolge hat.

— Aus **Stuttgart** vom 19. Mai schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „Soeben ist unser Männerturnverein durch die Polizei für aufgelöst erklärt worden. — Der engere ständische Ausschuß (bekanntlich ständig hier anwesend) hat am 17. Mai die von dem Abgeordneten Römer ihm übermachte Eingabe in Betreff der Art der Militairreinschreitung am 3. Mai durch die Tagesordnung beseitigt."

— In der Oberrheinischen Zeitung macht das Comité zur Errichtung eines Denkmals für Karl v. Rotteck bekannt, daß dasselbe im September auf dem öffentlichen Platze von **Freiburg** aufgestellt werden wird.

Kassel, 19. Mai. In der gestern stattgehabten ersten vorbereitenden Sitzung der Ständeversammlung wurden die zu dem Amt eines Präsidenten und Vicepräsidenten höchsten Orts vorzuschlagenden Candidaten, und zwar die HH. Oberpostmeister Nebelthau mit 31, Oberforstmeister v. Trott mit 23, Obergerichtsanwalt Schwarzenberg mit 21, Stadtsecretair Wippermann mit 21 und Oberbürgermeister Arnold mit 20 Stimmen, gewählt. (Kass. Z.)

— **Aus der Wetterau** wird geschrieben, die Aufnahme aller Vorräthe von Früchten, Kartoffeln und sonstigen mehligen Stoffen habe nicht nur die Ueberzeugung verschafft, daß diese Gegend bis zur neuen Aernte genügend mit Brotfrüchten auskomme, sondern daß man auch noch vor derselben auf Abschlag der Preise rechnen könne.

* **Weimar**, 19. Mai. In der Sitzung des Landtags am 13. April wurde, nach den Protokollen, bei dem für die Stelle eines Oberbaudirectors postulirten Gehalt von 1000 Thlr. erinnert, daß der vorige Oberbaudirector auch vom großherzogl. Hof und ebenso auch von der Kammer viel beschäftigt worden sei, und bei dem neuen Mitgliede Dasselbe eintreten würde, weshalb die Billigkeit fodere, daß die Kammer die Hälfte der Besoldung übernehme. Abg. Eichelkraut sagte, die Oberbaubehörde habe zeither bei Kirchen- und Schulbauten meistens nachtheilig eingewirkt, und es frage sich daher, ob diese Behörde für das Land überhaupt nothwendig sei. Mehre Abgeordnete traten dieser Ansicht bei und wünschten, daß den Landgemeinden bei ihren Bauten mehr Freiheit als bisher gestattet werden möge. Staatsminister v. Watzdorf bemerkte, es seien allerdings sehr viele Beschwerden gegen die Wirksamkeit der Oberbaubehörde vorgekommen, welche hauptsächlich darin beständen, daß die Ausführung der Bauten von ihr mehr verzögert als befördert würden; es müsse aber bemerkt werden, daß jene Behörde auch viel Gutes geleistet und befördert, z. B. bei Bildung guter Handwerker, und daß die großherzogl. Kammer zeither für die Besoldung des übrigen Baupersonals jährlich 3460 Thlr. auszahle. Abg. Karst bemerkte, er wolle nur an den Chausseebau bei Dienstedt erinnern, wo durch die Unnachgiebigkeit der Oberbaubehörde der Landeskasse ein Verlust von 5000 Thlr. erwachsen wäre. Bei der Abstimmung wurden die Fragen, ob den Gemeinden eine größere Freiheit bei ihren Bauten eingeräumt und für die Oberbaubehörde nur 500 Thlr. verwilligt werden sollten, bejaht.

— Die Publication des bekannten Bundesbeschlusses in der Bentinck'schen Sache hat jetzt auch in **Oldenburg** stattgefunden. Der Beschluß ist im Amtsblatte der Herrschaft Kniphausen vom 20. Mai veröffentlicht. Das Kniphauser Blatt enthält dazu folgende Rechtsverwahrung des Grafen Gustav Bentinck:

„Im Auftrage des Hrn. Reichsgrafen Gustav Adolf Bentinck als Erblandesherrn zu Kniphausen, ist gegen alle nachtheiligen Schlußfolgerungen,

welche rücksichtlich der dem Hrn. Reichsgrafen zustehenden Rechte aus dem von der hohen deutschen Bundesversammlung bezüglich der Standesverhältnisse der gräflichen Familie Bentinck am 12. Jun. 1845 gefaßten Beschlusse und dessen Publication in der Herrschaft Kniphausen etwa möchten gezogen werden, feierliche Verwahrung geeigneten Orts eingelegt werden. Kniphausen, am 17. Mai 1847. Reichsgräflich Bentinck'sche Regierungskanzlei der Herrschaft Kniphausen, Bunnies, Tannen."

— Am 16. Mai hat die Fürstin von **Schwarzburg-Sondershausen** die Stadt Sondershausen verlassen, wie es heißt, auf immer. Bei der Abfahrt aus dem fürstlichen Palais hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge versammelt. Die Motive zu dieser so plötzlichen Abreise werden vielfach und verschiedenartig erzählt. Die Fürstin erhält eine jährliche Apanage von 20,000 Thlr. (N. Z.)

Preußen.

Berlin, 22. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 18. Mai sprach sich weiter der Abg. Hansemann über die Unbedeutendheit der dem Grafen Reichenbach zur Last gelegten Handlung aus. Er habe einem Bekannten ein Buch gegeben, worin verbotene Dinge ständen. Und doch habe die Staatsregierung selbst in der Allgemeinen Preußischen Zeitung durch den bekannten Auszug viel schlimmere Dinge verbreiten lassen! Dann nahm er auf den Schlöffel'schen Proceß und das **Umherreisen eines Polizeiagenten Bezug. Er erklärte sich bereit, noch mehre Fälle anzuführen**, der Landtagscommissar hatte auch nichts dagegen, aber die zunehmende Unruhe in der Versammlung verstattete es nicht. Der Landtagscommissar sprach zur Entgegnung, und als er mit den Worten schloß: „Ueberdies aber kann ich versichern, daß wir weit lieber den Weg des Vertrauens als den des Mistrauens gehen, ja daß uns der Weg des Mistrauens fern ist. Möchte aber das Verlangen des Vertrauens so weit gehen, daß wir bei bestimmten Anzeigen der schwersten Verbrechen in dem Vertrauen, das Verbrechen sei nicht vorhanden, die Sache auf sich beruhen lassen sollten, dann freilich müßte ich erklären, daß das von des Königs Maj. mir anvertraute Amt ein so weit ausgedehntes Vertrauen verbietet, indem es mir die Pflicht auferlegt, das Verbrechen und seine Spuren zu verfolgen", erfolgte vielstimmiges Bravo. Für die Einberufung sprach auch v. d. Heydt, gegen dieselbe v. Massow, Steinbeck, v. Gilgenheimb. Dann ward viel über die Fragstellung gestritten, da verschiedene Amendements vorlagen. Für Einberufung des Grafen stimmten nur Einzelne, für Einberufung seines Stellvertreters (statt des an seiner Stelle Gewählten) nur Wenige, und auch der Antrag, um Bestätigung des Grafen, sobald er von der jetzigen Untersuchung freigesprochen sein werde, zu bitten, blieb in der Minorität. — Man ging dann zur Verhandlung einer Menge von Petitionen über das Petitionsrecht über. Für den Antrag, die bei Petitionen erforderliche Majorität von zwei Drittheilen auf die einfache zu reduciren, erklärte sich die Majorität der Abtheilung. Gegen denselben sprachen Graf Renard, Graf Helldorf, v. Massow, für ihn die Abgg. Dittrich, Hirsch, Mömes, v. d. Heydt (Referent), Knoblauch, Sommerbrodt, v. Gottberg, v. Auerswald, Graf Schwerin, und der Antrag, eine entsprechende Bitte an den König zu richten, ward von mehr als zwei Drittheilen genehmigt. Gegen einige Anträge, welche darauf abzweckten, bei den Petitionen die Curien von einander unabhängig zu machen, erklärte sich die Abtheilung aus Gründen des Zweikammersystems, und sie fanden keine Unterstützung.

In der Herren-Curie ward am 17. Mai zuerst ein königl. Bescheid verlesen, welcher diese Curie von der Berathung des Gesetzentwurfs wegen der Abschätzung der bäuerlichen Grundstücke entbindet. Dann unterhandelte man über die Petition des Fürsten Lichnowsky „auf Revision des Zolltarifs unter Zuziehung von Sachverständigen". Die Abtheilung beantragte, den Wunsch auszusprechen, daß die Petition nebst Denkschrift nach der fernern Anhörung von Sachverständigen bei der nächsten Zollconferenz beachtet und zur Erwägung gezogen werde. Dieses Votum vertheidigte zuerst Graf Itzenplitz als Referent. Prinz Friedrich verbreitete sich über den Nothstand am Rheine. Der Finanzminister legte das Geschichtliche dar. Eine bestimmte Meinung könne die Regierung jetzt noch nicht äußern; es seien Verhandlungen eingeleitet, die noch schwebten. Nie würde es die Absicht sein können, „einige Industriezweige blos als Treibhauspflanzen künstlich durch hohe Schutzzölle hervorzubringen". Fürst Lynar erklärte sich für Differentialzölle. Der Prinz von Preußen hielt dafür, daß das Freihandelssystem, was unsern Zollverhältnissen zum Grunde liege, durchaus beibehalten werden müsse, sprach sich aber für Differentialzölle als ein Mittel, zur Gegenseitigkeit zu gelangen, aus. Auf eine Anfrage desselben erklärte der Finanzminister, daß in diesem Jahre wol keine Zollconferenz stattfinden dürfte. Prinz Adalbert für Differentialzölle; Graf Sandretzki gegen alle Schutzzölle; Graf Schaffgotsch, nach mehrfachen Einzelheiten über schlesische Zustände, für den Antrag. Der Generalsteuerdirector sprach speciell über den Twistzoll. Eine Wiederherabsetzung würde er für weniger bedenklich halten als die Einführung von Rückzöllen. Graf Solms-Baruth für den Antrag; Graf Dyhrn gegen alle Schutzzölle; in entgegengesetzter Ansicht Graf Dohna-Lauck. Fürst Lichnowsky vertheidigte seinen Antrag, indem er gegen alle Zahlen protestirte; ihm erwiderten die Vertreter der Regierung; ebenso fand Graf Arnim, der besonders auf die Rhederei einging, von dieser Seite her und vom Grafen Dyhrn Entgegnung. Der Antrag des Ausschusses ward gegen 4 Stimmen angenommen. (A. Pr. Z.)

** **Berlin**, 21. Mai. Auch in dieser Zeitung ist bereits des Beschlusses Erwähnung geschehen, durch welchen der Vereinigte Landtag die beantragte Uebernahme einer Staatsgarantie für die zu errichtenden Landrentenbanken bis nach näherer Erörterung und Feststellung der Sachlage durch die Provinziallandtage vorläufig ablehnt. Müssen wir es auf der einen Seite innig bedauern, daß durch diesen Beschluß die Erfüllung des so dringenden Verlangens mehrer Provinzen nach baldiger Begründung von Rentenbanken in eine unbestimmte Zukunft hinausgeschoben ist, so kann uns auf der andern Seite doch auch wieder das Resultat der Abstimmung nicht befremden oder überraschen, wenn wir die gewichtigen praktischen Bedenken in Erwägung ziehen, welche von mehren Ständegliedern gegen die Vorlage und das im Wesentlichen mit derselben übereinstimmende Abtheilungsgutachten geltend gemacht wurden. Wir sehen hierbei ganz von den Einwendungen Derer ab, welche sowol vom Standpunkte der Berechtigten als der Verpflichteten aus die Nützlichkeit der Rentenbanken überhaupt in Abrede stellten oder die Rechtsprincipien bekämpften, auf denen dieselben begründet werden sollen; denn ebenso wie die Nützlichkeit fand auch die projectirte Rechtsbasis der neuen Institute in der Versammlung eine Anerkennung, welche fast an Einstimmigkeit grenzte. Dagegen waren die von mehren Seiten geäußerten sachlichen Bedenken gegen die Uebernahme der Staatsgarantie für die Rentenbanken allerdings gewichtiger Natur und mußten um so mächtigern Einfluß auf das Ergebniß der Debatte üben, als sie mit unläugbarer Schärfe, Klarheit und Macht der Rede entwickelt wurden. Wir erinnern in dieser Beziehung zunächst nur an die Darlegungen des Abg. Camphausen, welcher bei der Gewährung der Garantie die Gefahr eines übermäßigen Gebrauchs des Staatscredits in Aussicht stellte und zugleich auf die Nachfolge hinwies, welche diese Gewährung hinsichtlich anderer Foderungen finden könnte. „Wird für die jetzt in Frage stehende Anstalt die Garantie des Staats geleistet, äußerte der Redner, so wird es schwierig, für andere nachfolgende Anstalten diese Garantie abzulehnen, und wird dieselbe außerdem noch dem jetzt beantragten Creditinstitute für das ländliche Eigenthum zugestanden, so wird auch für eine Creditanstalt des städtischen Eigenthums eine Garantie in Anspruch genommen werden. Wenn aber in den drei Fällen darauf eingegangen würde, so würde eine solche Ueberflutung des Geldmarkts mit Pfand- und Rentenbriefen, eine solche Mobilisirung des Capitalvermögens eintreten, daß ich für unsere Geldzustände Schlimmes befürchten müßte." Noch beiweitem allgemeiner als diese Befürchtungen wurden aber in der Versammlung die Bedenken Derjenigen getheilt, welche auf den unbegrenzten Umfang der in Vorschlag gebrachten Garantie hinwiesen und bei dem Mangel an sicherer Kenntniß von deren Modalitäten und Bedingungen eine Zustimmung ins Unbestimmte hinein für zu gewagt erklärten. Dazu kommt nun, daß die Zahl der Gegner der beantragten Garantie durch die Stimmen einer Fraction von Ständegliedern vermehrt wurde, welche — wir sagen nicht politische Bedenken gegen die Garantie selbst hegten, sondern — politische Rednerrücksichten auf ihr Votum gegen die an sich vollständig gutgeheißene Garantie wirken ließen. Daß diese Abgeordneten ein reines politisches Tendenzvotum abgegeben, ist um so unbestreitbarer, als sie selbst ihren Motiven diesen Charakter ausdrücklich beilegen. Wenn aber aus den mehrseitigen Aeußerungen, die neben andern Erklärungen gegen die Vorlage in diesem Sinne in der Versammlung laut geworden, der Schluß gezogen wird, daß das Votum des Landtags überhaupt ein politisches sei und, wie noch neulich in der Sitzung am 17. Mai durch den Abg. v. Saucken geschehen, in demselben eine ernste Kundgebung des Landtags gegen die Gesetze vom 3. Febr. gefunden wird, so beruht eine solche Annahme auf einer gänzlichen Verkennung des in den Verhandlungen vorwiegenden Geistes. Schon gleich in der Sitzung am 15. Mai wurde ein auch in der Sitzung am 17. Mai wiederholter Protest gegen die Meinung eingelegt, als ob alle Gegner der beantragten Uebernahme der Garantie aus denselben Gründen ihre Stimmen abgegeben. Ferner zeigen die Debatten selbst, daß die praktischen Bedenken gegen eine sehr umfassende, ins Unbestimmte hinein zu leistende Garantie so verbreitet und von so nachhaltiger Stärke waren, daß selbst das dringende Bedürfniß der Provinzen, selbst die besten Ueberzeugungen von der Nothwendigkeit baldiger Begründung der Rentenbanken das Gewicht derselben nicht zu beseitigen vermochten. Endlich aber möchte der klarste Beweis davon, daß der Landtag im Ganzen fern gewesen sei, sich an dem politischen Tendenzvotum einzelner seiner Mitglieder zu betheiligen, in der Thatsache liegen, daß diese letztern Gegner die Motive ihrer Abstimmung ganz augenscheinlich fremden, nicht in der Sache selbst liegenden Rücksichten entlehnten, während die Versammlung durch ihr Verhalten in Ganzen und Großen zeigte, daß sie eben mitten in der Sache stand und lediglich aus der Sache urtheilte. Denn was heißt es anders, als seine Gründe außerhalb der Sache suchen, wenn z. B. Abg. v. Vincke den Vereinigten Landtag für vollständig competent erklärte, die verlangte Garantie zu gewähren, und dabei nicht sowol in den Modalitäten dieser Garantie als vielmehr in der Gesetzgebung vom 3. Febr. die Motive fand, das Verlangen abzulehnen? Oder was heißt es anders,

Digitized by Google

wenn sich der Abg. Aldenhoven einzig und allein deshalb gegen die Garantie aussprach, weil den Ständen die im Jahr 1820 garantirten Rechte noch nicht vollständig verliehen seien? Uns will nicht einleuchten, zu welchem Zwecke diese Herren und andere gleicher Ansicht ihre Wünsche und Bestrebungen in Betreff der Gesetze vom 3. Febr. in die vorliegende ganz selbständige Frage mischten, während diesen Wünschen der eigne verfassungsmäßige Weg offen stand, sich geltend zu machen. Ganz unbegreiflich aber bleibt es uns, was der Graf v. Schwerin mit seiner Motivirung besagen wollte, wenn er die Bewilligung der Garantie aus dem Grund ablehnte, „weil er die Verfassung noch nicht in der Weise für consolidirt erachten könne, um dem Gouvernement ein Vertrauensvotum abzugeben". Denn ganz abgesehen davon, daß nach der preußischen Verfassung ein Vertrauensvotum weder Minister beruft noch von ihrer Stelle entfernt, so handelte es sich hier gar nicht um eine Angelegenheit, in welcher die Regierung mit einer Propesition die Initiative ergriffen hätte, sondern lediglich um die Berathung eines Gegenstandes, der zunächst von den Ständen zweier Provinzen in Anregung gebracht war. Die Regierung hatte blos die Wünsche der Provinzen Posen und Schlesien wegen Errichtung von Rentenbanken sowie außerdem noch den besondern Wunsch der Provinz Schlesien wegen Uebernahme einer Staatsgarantie für diese Institute bereitwillig aufgenommen, und richtete in Folge dessen an den Landtag einfach und offen die Anfrage: „Soll diesem Wunsche der Provinz entsprochen und soll eventualiter die Staatsgarantie auf die Rentenbanken in allen denjenigen Provinzen ausgedehnt werden, wo deren Begründung noch gewünscht werden möchte?" Was mit dieser sehr einfachen Sachlage ein Vertrauensvotum gegen die Regierung zu schaffen habe, Das zu beantworten müssen wir Andern überlassen.

— Aus **Münster** vom 17. Mai wird der Schlesischen Zeitung geschrieben: „Der durch seine Entlassung aus dem Justizdienste bekannte ehemalige Referendar Erdmann hat sich vor einigen Tagen wegen «Verführung des Volks zum Atheismus und Communismus» aus dem Fürstenthum Lippe-Detmold, wo er bis zu seiner demnächstigen Auswanderung nach Amerika seinen Aufenthalt genommen hatte, entfernen müssen, und zwar binnen 24 Stunden."

— In Polnisch-**Neustadt** wurde in diesen Tagen der Bürgermeister, wie man vermuthet in Folge der frühern Aufstände in Polen, durch einen russischen Major unter Gendarmenbegleitung abgeführt, man weiß nicht wohin.

Oesterreich.

In **Wien** ist ein Aufruf der Gründer eines Vereins erlassen worden, welcher es sich zur bleibenden Aufgabe gestellt hat, für die unabweislichsten Lebensbedürfnisse der ohne ihr Verschulden zeitweise arbeitlos Gewordenen in Wien und dessen Umgebungen zu sorgen.

Spanien.

Aus **Madrid** gehen die Berichte bis 14. Mai. Tags vorher ward zu Ehren des Geburtstags des Königs auf allen öffentlichen Gebäuden die Nationalflagge aufgezogen; die Truppen und Guardias civiles hatten ihre Paradeuniform angelegt und es wurden Kanonensalven abgefeuert. In Aranjuez fand der angeordnete große Empfang bei der Königin statt, soll aber wenig zahlreich gewesen sein. Die Minister der Justiz, der Marine, des Innern und des öffentlichen Unterrichts waren nach Madrid zurückgekommen. Die Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten im Cabinet erhielten sich. General de la Concha ist endlich zu dem an der portugiesischen Grenze zusammengezogenen Beobachtungscorps abgereist, um das Commando zu übernehmen. In Galicien waren mehre vor den Insurgenten flüchtige portugiesische Beamte angelangt. Ein Rundschreiben des Kriegsministers spricht von dem angeblichen Attentate vom 4. Mai, als sei es gar nicht zweifelhaft, und verweist deshalb auf das Urtheil der Gerichte. — Von der Gaceta de Madrid werden wiederholt die Bedingungen veröffentlicht, unter denen am 10. Jun. die Verpachtung der Quecksilbergruben von Almaden und Almadenejos auf fünf Jahre bis 19. Sept. 1852 erfolgen soll. Die jährliche Ausbeute beträgt 20,000 Ctr. Gebote werden nur angenommen von Personen, welche die Hinterlegung von 6 Mill. Realen 3proc. Effecten oder von 100,000 Piaster baar bei der S. Fernandobank nachweisen. Der Pachter hat außerdem einen Vorschuß von 60 Mill. Realen, in vier Raten vom Juni bis September zahlbar, an die Staatskasse zu übernehmen. Nachdem am 10. Jun. der vom Finanzminister versiegelt hinterlegte niedrigste Pachtpreis per Centner proclamirt worden, wird die Oeffnung der ebenso einzureichenden Gebote erfolgen und der Zuschlag geschehen. Die Gaceta de Madrid enthält auch nach dem Heraldo den ausführlichen Sectionsbericht über die Leiche des Marquis de Gerona, dessen plötzliche Todesursache darin als ein Lungenschlag bezeichnet wird.

Großbritannien.

London, 18. Mai.

Im Oberhause wollte der Earl of Winchelsea gestern die Rathsamkeit der Errichtung öffentlicher Getreidemagazine zur Sprache bringen, stand aber auf des Earls Grey Bemerkung, daß diese Angelegenheit nicht zur Besprechung so nebenbei passe und da auch andere wichtige Fragen auf der Tagesordnung wären, davon ab. Der Earl of Ellesmere beantragte die zweite Lesung der Zehnstundenbill, welchen Antrag Lord Feversham unterstützte. Lord Brougham erhob sich dann zum Widerspruch und stellte die Motion auf Aussetzung der zweiten Lesung bis über sechs Monate. Er sah in der Maßregel eine Beschränkung der untern Klassen in Benutzung des einzigen Verwerthlichen, was Viele von ihnen besäßen, nämlich ihrer Arbeitskräfte. In zehn Stunden, die nur zu arbeiten erlaubt sein sollen in den Fabriken, könne nicht die Leistung von zwölf Stunden und der gleiche Verdienst erreicht werden. Die Bill spreche zwar nur von der Beschränkung der Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts unter 18 Jahren auf zehn Stunden; allein in der Wirkung würde sie für Alle dieselbe Beschränkung mit sich bringen. Die Fabrikanten werde also beschränkt und nun auf nichts eifriger sinnen, als wie durch Maschinen in der kürzern Zeit eben so viel zu Stande zu bringen sei, wie bisher in längerer durch menschliche Handreichung. Die letztere werde also auch dadurch verkürzt werden. Für die Bill sprachen die Bischöfe von London und von Oxford, der Herzog v. Richmond, Lord Wharncliffe, dawider die Earls of Clarenden und Ashburton. Es wurde jedoch mit 58 gegen 11 Stimmen die zweite Lesung beschlossen.

Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler auf eine Anfrage, daß ein Verbot des Gebrauchs von Getreide in den Brennereien in Betreff auf dadurch zu bewirkende Erhaltung von Getreide höchst zweifelhaft sei. Erstens setze man sich überhandnehmender heimlicher Bereitung von Spiritus aus Getreide aus. Sodann wären von den 1,300,000 Quartern, die jährlich in den Brennereien verwendet würden, 1 Mill. bereits verbraucht, 100,000 dazu schon vorbereitet, und man dürfe also nur von 200,000 Quartern, welche die Brennereien jedenfalls schon angekauft hätten, erwarten, daß sie wieder an den Markt gebracht würden. Die Verwendung von Zucker in den Brennereien habe dagegen schon begonnen und sei im großen Maßstabe beabsichtigt, werde auch auf alle Weise erleichtert werden. Lord J. Russell beantragte die zweite Lesung der Bill über die Reform der Centralaufsichtsbehörde für die Armenpflege in England, wozu Hr. Ferrand als Amendement die Vertagung derselben bis über sechs Monate beantragte. Nach ihm hätte die zeitherige Armengesetzcommission ihrem Zwecke so wenig entsprochen, wie die neue, nach der vorliegenden Bill einzusetzende demselben entsprechen werde. In einer zweistündigen Rede suchte er das darzulegen. Ihm folgte Hr. Roebuck, der geradezu sagte, daß der vorige Sprecher durchaus nichts von allen den Sachen wisse und verstehe, von denen er gesprochen habe, und sich dann nicht gegen die Maßregel, wohl aber gegen Anstellung der bisherigen Armengesetzcommissare bei der neuen Commission erklärte. Hr. Bankes trat auf Hrn. Ferrand's Seite, worauf Sir G. Grey, Staatssecretair für das Innere, das Wort nahm, die Anführungen des Letztern als irrige nachzuweisen suchte und die Beibehaltung des Princips für die Armengesetzcommission von 1834 als im Interesse der Bedürftigen und der Sache selbst hinstellte. Auf eine Vertheidigung der Armengesetzcommission wegen der Angriffe, die auf Grund der bekannten Untersuchung über im Andover-Armenhause eingerissene grobe Mißbräuche wider sie gerichtet wurden, ging er nicht ein, verwies jedoch auf den gedruckten Bericht darüber, aus dem weder gegen das Armengesetz noch sonst dergleichen hervorgehe. Die Debatte wurde auf heute vertagt. Hr. Spooner beantragte dann die erste Lesung seiner neuen Bill gegen gewerbmäßige Prostitution, stieß aber damit der späten Stunde wegen auf hartnäckigen Widerstand. Nachdem drei Anträge auf Vertagung mit großer Mehrheit abgelehnt worden waren, willigte er endlich in die Aussetzung bis zum 21. Mai.

Das Oberhaus hat Vorschläge wegen künftiger zweckmäßigerer und wohlfeilerer Behandlung von Privatbills gemacht, deren Anzahl in stetem Wachsen ist und besonders durch die Eisenbahnanlagen zugenommen hat. Die Privatbills betreffen zuweilen außerordentliche Vermögensbeträge und die wichtigsten Rechte und verleihen oft die Macht, zwangsweise Expropriationen vorzunehmen. In mancher Session sind schon mehr als 200 Privatbills passirt. Um nun dem Land eine zuverlässigere Bürgschaft für die Behandlung dieser Geschäfte zu verschaffen, welche jetzt vom Comité der beiden Häuser ohne bestimmte Formen und durch wechselnde Mitglieder, der Oeffentlichkeit entzogen und ohne alle individuelle Verantwortlichkeit entschieden werden, solle eine besondere Behörde aus rechtskundigen Männern unter dem Schatzamte gebildet werden, um, nachdem eine Bill zum ersten Male verlesen worden, die erforderlichen Erörterungen über dieselbe anzustellen, Betheiligte zu hören, und wenn nöthig eine Jury zur Entscheidung streitiger Fälle zu berufen. Diese Behörde soll dann an das Parlament berichten, welches keine Comitéberathung und Berichterstattung darüber ferner vornehmen würde, außerdem aber in nichts an die Entscheidung jener Behörde gebunden sein, auch die Macht haben würde, auf Antrag beider Häuser die Entlassung von Mitgliedern derselben herbeizuführen.

— Heute Morgen traf aus **Dublin** die allerdings nicht unerwartete Nachricht von dem am 16. Mai Abends 11 Uhr erfolgten Ableben des Lordlieutenants von Irland in London ein. Seine Erkrankung begann vor sechs Wochen mit einem Uebelbefinden, das jetzt als Brustwassersucht einen tödtlichen Ausgang genommen hat. John William Ponsonby, vier-

ter Earl of Bessborough und irischer Pair, zuletzt als Baron Ponsonby und britischer Pair Mitglied des Oberhauses, geb. 1781, war mit einer vor ihm verstorbenen Tochter des vorigen Earl of Westmoreland vermählt. Als Lord Duncannon gehörte er bis 1834 dem Unterhause an, wo er noch bei Lebzeiten seines Vaters unter dem Titel eines Barons Duncannon ins Oberhaus versetzt wurde. Er hat unter Lord Melbourne die Stellen eines Staatssecretairs für das Innere sowie des Lord-Obercommissars für die Wälder und Forsten bekleidet und übernahm nach dem Abgange des letzten Ministeriums Peel, unter Lord J. Russell, 1846 die Verwaltung von Irland, wo er ungemein beliebt war und allseitiges Vertrauen genoß, unter den schwierigsten Umständen, welche seit lange für diese unglückliche Insel bestanden haben. Wohl kann man daher die außerordentlichen Mühen und Sorgen seines Amtes als beschleunigende Ursachen seines Hintrittes betrachten. Erbe seiner Titel und Güter in Kilkenny, Leicestershire und Surrey ist sein ältester Sohn Lord Duncannon, geb. 1809 und seit 1835 mit einer Tochter des verstorbenen Earl of Durham vermählt, Lordlieutenant von Carlow und 1831 für Bletchingley, seit 1834 für Derby Mitglied des Unterhauses. Obgleich seine lange Krankheit der Regierung Zeit ließ, über seinen Nachfolger einen Entschluß zu fassen, ist doch Näheres deshalb noch nicht bekannt.

— Die London Gazette enthält eine königl. Bekanntmachung über die Beauftragung einer aus dem Kanzler für Irland Hrn. Brady, dem Erzbischof von Dublin, dem Herzoge v. Leinster und dem Oberbefehlshaber der Truppen Generallieutenant Blackeney gebildeten Commission mit der provisorischen Verwaltung in Irland. Vom Standard nacherzählten Gerüchten zufolge würde der Earl of Clarendon, dermaliger Präsident des Handelsamts, Lordlieutenant von Irland werden und dann wahrscheinlich der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, in dessen Stelle treten. Zu Anfang der heutigen Unterhaussitzung erhob Hr. Hume bereits die Anfrage, ob Maßnahmen zur Wiederbesetzung der Lordlieutenantsstelle getroffen wären (gegen deren Beibehaltung Hr. Hume ist). Lord J. Russell erwiderte, daß die Minister bei obwaltenden Umständen zur unverzüglichen Wiederbesetzung der Stelle gerathen und nicht die Absicht hätten, in jetziger Session eine Aenderung in der Anordnung der irischen Verwaltung vorzuschlagen. Im Oberhause erhielt die irische Armenbill heute die dritte Lesung und passirte.

— Zu Ennistymon in der Grafschaft Clare wollte am 13. Mai ein Haufen Volk gewaltsam in das Haus dringen, wo die Suppenanstalt errichtet worden ist. Die Polizei erhielt zuletzt Befehl zum Feuern, wodurch zwei Frauenspersonen verwundet, die Tumultuanten jedoch verscheucht wurden. Bei Lisbennett in der Grafschaft Limerick stieß am 14. Mai eine Polizeirunde auf 15 Bewaffnete, welche den Anruf durch sofortiges Schießen erwiderten. Die Polizei feuerte ebenfalls, tödtete einen der nun fliehenden Gegner und machte zwei Gefangene, von denen einer 20 Schill. bei sich führte und der andere ein kürzlich aus dem Gefängniß entlassener Mensch war. Die Polizei hatte einen Verwundeten.

— Die vor sechs Jahren in London von den dort ansässigen Franzosen unter dem Patronate der königlichen Familie von Frankreich und des französischen Gesandten errichtete französische Wohlthätigkeitsgesellschaft hielt dieser Tage ihre Jahresversammlung. Ihre Einnahmen betrugen bis zum 9. Mai 1292 Pf. St. 9 Sch. An 115 arme Familien waren wöchentliche Unterstützungen, an 143 Franzosen außer der von der Gesandtschaft gewährten freien Ueberfahrt nach Boulogne die weitern Mittel zur Heimreise vertheilt und für 150 Personen durch die Bemühungen der Gesellschaft Unterkommen ermittelt worden. Es blieben 124 Pf. St. in Kasse und außerdem waren 1142 Pf. St. in Schatzkammerscheinen als für 1847 verfügbar vorhanden.

— Ein Viaduct der Waterford-Kilkenny-Eisenbahn in Irland, welcher eine halbe Stunde von Kilkenny bei Aughmalog die Straße nach Dublin überschreitet, ist am 13. Mai, während einige zwanzig Arbeiter daran thätig waren, großentheils eingestürzt. Vierzehn Menschen wurden dabei beschädigt und zwei waren schon an den Folgen davon gestorben.

— Die vom März uns vorliegenden Nummern des in der **Capstadt** erscheinenden «Verzamelaar» enthalten Mittheilungen über die gelungenen Versuche mit dem Anbau von Baumwolle in Natal. Von besonderer Wichtigkeit war es, daß die Kaffern immer geneigter wurden, in den Pflanzungen zu arbeiten. In einzelnen waren über hundert, zum Theil Weiber, jetzt beschäftigt, wo noch vor einem Jahre kaum acht bis zehn zu haben waren. Es hat sich zur Erweiterung der Baumwollencultur bereits eine Compagnie mit 20,000 Pf. St. Betriebscapital gebildet, die auf 2000 Actien à 10 Pf. St. aufgebracht werden, wovon 1500 allein in der Capstadt an namentlich aufgeführte Häuser untergebracht waren. Ein geborener Deutscher, Hr. Bergtheil aus Baiern, Theilhaber der Firma Jung u. Comp. in Natal, hat den Plan dazu ausgearbeitet. Man hofft zugleich durch die Vermittelung desselben eine Anzahl deutscher Ansiedler für die Colonie zu erlangen, und der Verzamelaar spendet bei dieser Gelegenheit deutscher Betriebsamkeit und Ausdauer große Lobsprüche. Boden und Klima in Natal werden als der Baumwollencultur sehr günstig bezeichnet; auch haben die nach England geschickten Proben daselbst erbauter Baumwolle in Liverpool und Manchester sehr vortheilhafte Beurtheilung erfahren und sind auf 5¼ bis 7 Pence dort das Pfund taxirt worden.

— Der Herzog v. Palmella ist mit seinen Söhnen in London eingetroffen.

Frankreich.

Paris, 19. Mai.

Der Pairskammer wurden gestern die Berichte über die Gesetzentwürfe wegen Ermächtigung der Bank von Frankreich zur Ausgabe von 200-Fr.-Noten und den Credit für die Zinsrate der griechischen Anleihe übergeben. Die allgemeine Berathung des Gesetzes über das Capitel von St.-Denis wurde dann durch Hrn. Merilhou fortgesetzt, der die Berechtigung der Regierung, im Einvernehmen mit dem heil. Stuhle das Capitel der Jurisdiction des Erzbischofs von Paris zu entheben, darlegte. Graf d'Alton-Shee glaubte die Freiheit der gallicanischen Kirche durch das Gesetz beeinträchtigt, was ihn aber wenig kümmern solle. Jetzt, wo Frankreich keinen König von Gottes Gnaden und keine Staatsreligion mehr habe, begreife er nicht, was jene Freiheit noch bedeuten sollte. Von selbst folge, daß nach Abgehen von einer anerkannten Staatsreligion die Regierung auch von Ernennung geistlicher Würdenträger ganz absehe, aller Einmischung in religiöse Dinge sich enthalte. Für seine Person sei er nicht Katholik und nicht Christ (Lärm), mache es sich aber zur Aufgabe, überall die Heuchelei zu bekämpfen, welche die Religion zu einem Mittel für politische Zwecke misbrauchen zu können glaube, unter Begünstigung der noch obwaltenden Umstände. Dem Gesetzentwurfe trete er entgegen, weil er ein Schritt rückwärts sei. Von der Stelle der Charte, welche die katholische Religion die der Mehrheit der Franzosen nenne, sagte er, wie man das wol beweisen wolle? Etwas Wahres würde nur daran sein, wenn alle, die als Neugeborene getauft werden, und die, nach Verbringung der männlichen Jahre im vollständigsten religiösen Indifferentismus, in den alten Tagen sich verständen, ein Paar herkömmliche Gebete mechanisch herzuplärren, für Katholiken gelten könnten. Er wurde hierüber zur Ordnung gerufen, wollte aber nicht gelten lassen, die Veranlassung dazu gegeben zu haben, da er nur von schlechten Katholiken spräche. Nachdem der Justizminister noch zu Gunsten des Entwurfs gesprochen hatte, wurde die allgemeine Debatte für geschlossen erklärt, die Sitzung aber vertagt.

In der Deputirtenkamme übergab der neue Minister der öffentlichen Bauten Hr. Jayr zwei Gesetzentwürfe über 13,600,000 Fr. zu den vom Staat übernommenen Arbeiten auf den Eisenbahnlinien von Paris nach Vierzon, nach Lille und Valenciennes und von Avignon nach Marseille, sowie über 450,000 Fr. zur Erwerbung eines Grundstücks bei St.-Etienne für die Bergbauschule. Die Berathung des Budgetabschlusses für 1844 wurde dann fortgesetzt. Hr. Lacave-Laplagne gab rechtfertigende Auskunft über Unregelmäßigkeiten, die bei Kohlenlieferungen nach Marseille gerügt worden waren, ihn aber nicht ganz vorwurfsfrei machte, obgleich er dem Generaldirector der Posten einen Theil der Schuld zuwies. Hr. Dumon kam als ehemaliger Minister der öffentlichen Bauten nicht viel besser mit der Erklärung weg, die er über Versuche zu geben hatte, welche 1844 gemacht worden waren, für bei den Bahnhöfen von Beaumont und Pontoise stattgefundene unregelmäßige, obgleich nicht dem Schatze nachtheilige Ausgaben Belege beizubringen. Es waren nämlich z. B. die für Schienen erhobenen Zahlungen zu Gebäuden und so umgekehrt verwendet, für alle aber einschließliche Ausgleichung bewirkt worden. Mehre Abschnitte der Rechnungen wurden justificirt, was auch mit den Posten erfolgte, an die sich die obige Ausstellung knüpfte.

— Der Minister des Innern, Graf Duchatel, ist bereits von Havre in Paris wieder angekommen und scheint seine Erholungszeit sehr abgekürzt zu haben.

— Es heißt, der Herzog v. Montebello habe das Marineportefeuille abgelehnt, was gestern durch den touloner Telegraphen gemeldet worden sei.

— Aus **Toulon** wird vom 16. Mai die Ankunft der Königin Christine und des Infanten Don Enrique mit seiner Gemahlin gemeldet. Letzterer hofft bald nach Spanien zurückkehren zu können. Der Prinz von Joinville lag mit seinem Geschwader wieder auf der Rhede, das Proviant einnimmt und in einigen Tagen von neuem in See gehen soll.

— Der König, die Königin und die königliche Familie empfingen gestern in Neuilly den Häuptling Bu-Maza, welcher ihnen von dem Capitain Richard vorgestellt wurde. Der König äußerte, Frankreich wisse Die zu ehren, welche im Kampfe gegen dasselbe Tapferkeit gezeigt hätten, und von nun an möge er dahin streben, durch Eifer und Ergebenheit für die französische Sache das hohe Vertrauen, was er wünsche, zu erwerben.

— Seit zwei Tagen war in allen Cirkeln von einem Vorkommniß bei den Rennen in Chantilly die Rede, wo ein Offizier aus einer angesehenen Familie und in ausgezeichneter Stellung in den Tuilerien in Folge von unredlichem Verhalten beim Spiel sich die Aufforderung zuzog, abzudanken.

Wie die Blätter anzeigen, ist derselbe bereits aus der Armee geschieden und hat Paris verlassen.

— Die Zeitungen enthalten eine Erklärung, welche der von einem Blatte verbreiteten Nachricht, daß die Strasburger Eisenbahngesellschaft zur Erwählung eines neuen Vorsitzenden an die Stelle von General Cubières geschritten sei, bestimmt widerspricht.

— Von dem französischen Generalconsul in Veracruz sind Depeschen eingegangen, welche Meldung von einem Protest machen, den er mit den andern Repräsentanten der europäischen Regierungen gegen den von der Regierung der Vereinigten Staaten für die mejicanischen Häfen angeordneten neuen Tarif einzulegen sich für verpflichtet gehalten hat.

** Paris, 18. Mai. Von der ministeriellen Krisis wie der Coalition, die sie hervorgerufen, ist bereits keine Rede mehr. Hr. Emile de Girardin ist ein wahrer Zauberer, er hat die Intrigue gemacht, er hat sie wieder zerstört, gelobt sei Girardin! würden wir mit Hiob ausrufen, wenn es wirklich die Absicht des mächtigen Tausendkünstlers gewesen wäre, die Coalition so schnell zu sprengen, die zu Stande zu bringen er sich so viele Mühe gegeben. Dem sei wie ihm wolle, der Zauber seines Namens, womit das Journal des Débats die Intrigue absichtlich geschmückt, war hinreichend, sie zu zersplittern. Die Revue nouvelle, die das Organ der conservativen Progressisten und des Hrn. Guizot zugleich ist, bespricht in einem ausführlichen Artikel die politische Krisis, mit jener Vorsicht und dem Umgehen aller Persönlichkeiten, die ihre doppelte Stellung ihr zum Gesetz machen. Der gut geschriebene Aufsatz liefert wenig Aufschlüsse über die letzten parlamentarischen Wirren und ist vielmehr ein Rückblick auf eine Reihe von Aufsätzen, die diese periodische Zeitschrift seit den letzten Wahlen über die Natur der neuen Majorität und deren Richtung und Streben geliefert hat. Sie bemüht sich, auf diese Weise herauszustellen, daß sie die Verlegenheiten, worein sich das Ministerium versetzt, vorhergesehen, und diese nothwendigerweise eintreffen mußten, da die leitenden Minister, die HH. Guizot und Duchatel, den Rath nicht beachtet, den die Revue nouvelle ihnen zu geben nie unterlassen. Ein Theil der neuen Majorität, meint sie, habe dem Cabinet von vorn herein ungefähr wie Don Carlos Philipp II. gesagt: „Beschäftigung, mein Vater, und Ihr Scepter mag dauern bis in Ewigkeit!“

Aber dieses Ministerium gab den Progressisten keine Beschäftigung, et hinc illae iras. Um ihrer Regsamkeit Nahrung zu geben, mußte das Cabinet sich wesentlich umgestalten, neue und junge Kräfte in seinen Schoos aufnehmen, und eine Umgestaltung der finanziellen und Handelsverhältnisse den Kammern vorlegen. An solchen Arbeiten hätte die Thätigkeit der Progressisten Schutz gegen Langweile und Müssiggang in der Politik gefunden und hätte weder Zeit noch Lust gehabt, in gefährliche Bewegungen mit der Opposition sich einzulassen. Die Revue verkennt wol nicht, welche Schwierigkeiten einem autonomischen Ministerwechsel wie einem entschiedenen Ergreifen administrativer und praktischer Reformen entgegentreten, allein sie meint oder läßt vielmehr die Meinung durchblicken, diese Schwierigkeiten seien nicht unüberwindlich gewesen, jedenfalls nicht größer als diejenigen, denen die Verwaltung durch ein fast starres Festhalten an dem Status quo sich aussetzte. Darum würde die progressistisch-ministerielle Revue die theilweise Ministeränderung vom 9. Mai nur für einen Anschub der Verlegenheiten ansehen, wenn ihr die in der Rede vom 14. Mai gesprochenen Worte des Hrn. Guizot nicht hinlängliche Bürgschaft böten, daß der leitende Minister die Lage der Dinge begreife und jene radicale Umgestaltung des Cabinets beabsichtige, worauf sie seit lange hingearbeitet. In diesen Worten findet die Revue nouvelle eine Art Versprechen, daß Hr. Guizot gegen den Anfang des künftigen Landtags thun werde, was er am Anfange des laufenden zu thun nicht gewagt. In dieser Hoffnung scheint sie auch über die Haltung der Majorität unbesorgt und befürchtet keine fernere Spaltung in den Reihen der letztern.

Italien.

*Rom, 11. Mai. Ich meldete Ihnen bereits, daß der Papst des Staatssecretairs Cardinals Gizzi Begehr um Entlassung freundlich abgeschlagen, doch aber fast das ganze Personal des Staatssecretariats verändert hat. Indessen befürchtete man im Publicum bei den immer ernster werdenden Spannungen zwischen Rom und verschiedenen von einer katholischen Großmacht stark beeinflußten italienischen Regierungen, die in dem Cardinal Gizzi einen Liberalen sehen, daß die Bitte um einen Nachfolger von dieser oder jener Seite bei Pius IX. wiederholt werden würde. Dies ist indessen bis heute zu großer Freude des Publicums nicht geschehen, und man darf das als ein sehr heilbringendes Auspicium für die dem Kirchenstaate zugedachten Reformen und ihre Durchführung nun auch für die nächste Zukunft betrachten. — Nach beendigter kirchlicher Feier des letzten Annunciatafestes (25. März d. J.) in der Dominicanerkirche Santa Maria sopra Minerva begab sich der Papst in die gegenüberliegende Academia Ecclesiastica dei Nobili, um vom Balcon ihres Palastes dem Volke, das sich zu vielen Tausenden auf der Piazza versammelt hatte, den apostolischen Segen zu ertheilen. Als dies geschehen, sah sich der Papst unter Führung des Vorstehers dieser Akademie von jungen Theologie studirenden Adeligen, Monsignore Rosani, die Einrichtung der Akademie näher an, erkundigte sich nach dem Studienplan und ward, da ihm die darüber gewordene Auskunft nicht genügte, versucht, im Vorbeigehen einige prüfende Fragen an diesen und jenen Studirenden zu richten. Sie wurden ohne Ausnahme sehr schlecht beantwortet und der Papst glaubte darin eine positive Bestätigung der öffentlichen Meinung zu finden, welche versichert, daß unter diesen adeligen Studenten seit einigen Jahren ein sehr schlechter Geist, noch schlechtere Disciplin und fast gar kein Studieneifer herrsche. Und in der That lebten diese jungen Leute ganz wider die sonstige Sitte römischer Collegialen im weltlichsten Saus und Braus für Theater und Soiree, besuchten die Collegien der nahen Universität Sapienza gar nicht mehr, sondern ließen sich die Professoren ins Haus kommen. Diese jungen Männer, insgesammt Söhne reicher Familien, traten gleich nach beendigten Studien als Prälaten eine kirchliche oder weltliche Laufbahn an, wie man leicht begreift oft ohne alle Befähigung und selten hinreichend unterrichtet. Pius IX. schien eine solche Anstalt eine Unehre, und gestern folgte nach verschiedenen Vorbereitungen und von der andern Seite nach vielem Sträuben officiell die Aufhebung dieser Akademie. (Nr. 140.) Das Gebäude und seine reichen Fonds sollen mehren Wohlthätigkeitsanstalten von bewährter Wirksamkeit im Interesse der leidenden Menschheit überwiesen werden. Den entlassenen Zöglingen der Akademie hat der Papst die römische Universität als voll ausreichendes Institut bezeichnet, in dem sie für die Zukunft ihre theologische Ausbildung zu bewirken haben.

Die nächtlichen Besuche Pius' IX. in Klöstern und vorzüglich in Hospitälern, deren Verwaltung nicht in dem besten Rufe steht, dauern fort. Ohne angemeldet zu sein erschien er vor kurzem wiederholt in dem größten römischen Krankenhause von San Spirito (Nr. 143), einer Anstalt, deren liegende Güter sich auf mehre Millionen Thaler belaufen und die sogar eine eigne Bank mit ausgebreiteten Wechselgeschäften gegründet hat. Der Papst fand die Krankenwächter meist schlafend, ebenso die wachhabenden Canonici, die das Hospiz verwalten, und soll sogar einen verlassenen Sterbenden zum Tode vorbereitet haben. Voller Indignation erklärte er den Domherren, daß ihr Regiment in Zukunft durch Franciskanermönche ersetzt werden solle, welche hoffentlich die Pflichten der Humanität mit mehr Liebe ausüben würden. Aehnliche betrübende Erfahrungen von schlechter Verwaltung, bei der natürlich die Ueberschüsse in die Taschen der geistlichen Herren fließen, anstatt den armen Kranken zu gute zu kommen, machte der Papst bei einem andern Abendbesuch in dem großen Krankenhause von San Giacomo in Augusta, welchem von Gregor XVI. die Barmherzigen Brüder vorgesetzt wurden. Die Verwaltung dieses Hospitals sowie des von San Gallicano ist ihnen abgenommen worden, der Cardinal Mattei wurde zum Generalvisitator der beiden Anstalten ernannt und ein Mönchsorden soll künftig den Krankendienst dort wie hier versehen.

Eine diesen Morgen vom Cardinal Gizzi erlassene Verfügung bestimmt über den Reisbau für dieses Jahr, daß er nur Denen freistehen soll, welchen er bisher verwilligt war. Da diese Personen ohne Ausnahme Besitzer von sehr ausgedehnten Ländereien sind, so wollen Einige das Interesse der kleinern Campagnolen in dem Edicte gefährdet sehen. Allein es ist dies eine Täuschung; die Verfügung des Cardinals Gizzi ist im Interesse des öffentlichen Gesundheitszustandes erlassen. Denn es ist erwiesen, daß die kleinen Eigenthümer aus Scheu vor den Kosten, welche die Wässerung der Reisfelder erheischt, in der Regel unreife Früchte ärnten, welche bekanntlich bei dem Reis der Gesundheit überaus nachtheilig sind. Kleine Eigenthümer aber könnten nur die neuen Reisbauer sein, da die großen Campagnabesitzer das einträgliche Geschäft bereits früher trieben, das ihnen jetzt also aufs neue garantirt ist.

Die Prinzessin Albrecht von Preußen ist gestern Abend von Neapel mit Gefolge hierher zurückgekehrt. Sie wird am Morgen nach der Feier des Himmelfahrtsfestes ihre Reise nach Florenz und von da nach dem Comersee fortsetzen.

Griechenland.

Athen, 2. Mai. In einem Rundschreiben vom 27. April an die Präfecten und Unterpräfecten des Staats spricht der neue Minister des Innern, Hr. R. Palamides, sein politisches Glaubensbekenntniß aus und gibt das Programm des ergänzten Ministeriums Kolettis. „Hier meine Grundsätze, die auch die Grundsätze meiner Collegen sind: Treue und aufrichtige Befolgung der Verfassung, dieses Palladiums der Freiheiten des griechischen Volks; zeitige und genaue Ausführung der Gesetze und Ordonnanzen; Aufrechthaltung der bestehenden Ordnung der Dinge und stufenweise Entwickelung und Vervollkommnung derselben; Verbesserung des Zustandes des Volks in Anbetracht der Sittlichkeit, des Ackerbaues, des Handels und der Industrie; Enthaltung jeder unerlaubten Einmischung in die Ausübung der politischen und socialen Rechte; Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und Strenge gegen Diejenigen, welche unter irgend einem Vorwande den Frieden zu stören und dem Fortschritt und der Wohlfahrt des Volks Hindernisse zu bereiten suchen; Eintracht und Verwischung der bestehenden Ueberbleibsel der Lei-

Digitized by Google

denschaften, folglich volle Ausführung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz, ohne auf irgend eine Weise des Bürgers politische Farbe in Betracht zu ziehen ꝛc." Der neue Justizminister, Hr. K. Th. Kolokotronis, spricht in einem Rundschreiben an die Staatsprocuratoren seinen Wunsch aus, zu sehen, „daß die Gerichte des Königreichs ihren lobenswerthen Eifer verdoppeln in Austheilung rascher, einfacher, unparteiischer Gerechtigkeit". Hr. Korphiotakis, der neue Finanzminister, begehrt von seinen Beamten, groß und klein, „Redlichkeit, Energie und Thätigkeit". Man sieht in allen Zweigen des Dienstes vielen neuen Ernennungen entgegen. — Die Opposition besitzt wieder Nachrichten, welche man theilweise für übertrieben halten sollte, wenn nicht die Erfahrung gelehrt hätte, daß sich das unmöglich Scheinende nicht selten in Griechenland bewahrheitet. Hier das Wesentliche davon. Die russische Note soll besonders tadeln, daß Hr. Kolettis, statt die Sache beizulegen, die Verantwortlichkeit von sich auf den unverantwortlichen Souverain übertragen, und dadurch, daß er den König zum Schreiben bewogen, die Würde der Krone bloßgestellt habe. Ferner thue die griechische Regierung nicht wohl, den neuerlichen Fall mit der Vergangenheit in Zusammenhang zu bringen, denn gerade sie habe einen gerechten Anlaß zu Beschwerden der Türkei gegeben. Statt Griechenland in äußere Schwierigkeiten zu verwickeln, solle Kolettis für Heilung der innern Uebel des Landes sorgen, die aus der schlechten Verwendung der öffentlichen Einnahmen herrühren, denen eine Finanzkrisis drohe. Graf Nesselrode schließe mit der Instruction für den russischen Geschäftsträger, in allen Maßnahmen sich Hrn. Edm. Lyons anzuschließen. Der griechische Minister soll demselben Blatte nach geantwortet haben: der Kaiser möge sich beruhigen, Joh. Kolettis sei der Mann, die Dinge ins Reine zu bringen. (Sicher hat Kolettis so nicht geantwortet.) Mit demselben russischen Dampfboote hätten, der «Hoffnung» zufolge, der englische, der österreichische und der preußische Gesandte von ihren Collegen in Konstantinopel Noten erhalten, welche die Nachricht enthielten, die Pforte sei entschlossen, weil ihr hartnäckig Genugthuung verweigert werde, nun auch alle Handelsverbindungen mit Griechenland abzubrechen, den griechischen Schiffen ihre Häfen zu verschließen, den Consuln das Exequatur abzunehmen (Nr. 143), die kleinen Gewerbe aufzulösen, die Rhederei durch griechische Schiffe selbst innerhalb der türkischen Grenzen zu verbieten. Einem wiederholt ausgesprengten Gerüchte, der Ministerrath habe sich entschlossen, der Pforte die verlangte Genugthuung zu geben und Hrn. Mussurus zurückkehren zu lassen, widersprechen die Ministeriellen auf das bestimmteste. Wenn sie aber hinzufügen, der Kaiser Nikolaus nehme in Folge der Ergänzung des Ministeriums unsere Regierung in Schutz, so scheint diese Nachricht mindestens voreilig. (A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 5. Mai. Die Pforte wünscht im seither bestandenen Kirchenregiment der schismatisch-griechischen Kirche Aenderungen einzuführen, welche die Gewalt und das Einkommen des Patriarchen beschränken, dafür aber den Laien selbst größere Theilnahme am Kirchenregiment gestatten sollen. Die griechische Klerisei ist aber keineswegs gesonnen nachzugeben und beruft sich auf die Kirchensatzungen und die von frühern Sultanen verliehenen Privilegien. Kürzlich brach in der vom griechischen Patriarchat errichteten Schule zu Kuru-tscheschme ein kleiner Aufstand aus. Die Schüler begehrten die Entlassung eines wie es scheint in der That unfähigen, aber vom Patriarchen besonders begünstigten Lehrers. Der Patriarch gab jedoch nicht nach, sondern löste die Schule auf. Es ist zu bedauern, daß dadurch auch ein seit mehren Jahren an dieser Anstalt wirkender Deutscher, Professor Wilke — nach Vertreibung der Deutschen aus Athen hierher übergesiedelt — sich veranlaßt fand, seine Entlassung zu nehmen. Er war die Stütze der ganzen Anstalt und wirkte sehr viel für eine zeitgemäßere Ausbildung der Zöglinge. Und solche thut in der That sehr noth. Der griechische Klerus namentlich steht größtentheils noch auf einer sehr niedern Stufe. Daß auch die Toleranz, oder besser der Haß dieser vor allen die orthodoxe sich nennenden Kirche gegen die andern christlichen Kirchen bis in die neueste Zeit sich unverändert in seiner alten berüchtigten Stärke erhalten hat, davon liegt gegenwärtig ein officielles Beispiel vor. In dem dieses Jahr erschienenen türkischen Staatskalender sind auch die verschiedenen hiesigen Kirchenfürsten aufgeführt, und zwar in folgender Reihenfolge: Schismatisch-griechischer Patriarch, schismatisch-armenischer Patriarch, lateinisch-katholischer Erzbischof, katholisch-armenischer Patriarch, jüdischer Oberrabbiner. Die vom Staatskalender erschienene, natürlich von Griechen gefertigte, neugriechische Uebersetzung jedoch hat dem Oberrabbiner unmittelbar hinter dem griechischen und armenischen Patriarchen seine Stelle angewiesen, und nach ihm erst den lateinisch- und armenisch-katholischen Patriarchen folgen lassen. (A. Z.)

Wissenschaft und Kunst.

(*) **Berlin**, 23. Mai. Die neue Oper eines hohen, in der Musikwelt schon öfter genannten Componisten, des regierenden Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha (welcher sich bei seinen künstlerischen Arbeiten der Chiffre H. E. z. S. zu bedienen pflegt), ging gestern unter dem Titel: Zayre, große Oper in vier Abtheilungen mit Tanz, Text nach dem Französischen von M. Zenelli, zum ersten Mal auf dem königl. Theater in Scene. Der etwas altmodische Text, welcher den Anforderungen an moderne Opernstoffe nicht mehr entspricht und außerdem nicht sehr geschickt und dem Componisten günstig gearbeitet ist, hinderte offenbar ein freieres und mächtigeres Heraustreten des musikalischen Elements, zu dem unzweifelhaft eine glückliche und ansprechende Begabung vorliegt. Die Musik ist vorwaltend im italienischen Genre geschrieben, und der Componist bewegt sich in den feurigen und lebendig geschwungenen Rhythmen dieses Styls mit glücklicher Beweglichkeit, wozu sich auch eigne Elemente deutscher Gemüthlichkeit und Gefühlstiefe, die das Talent des Verfassers überall durchziehen, gefügt haben. Der vorherrschend lyrische Charakter der Oper begünstigt freilich auch ihr Verschwimmen in weiche und gedehnte Gefühlsmodulationen, aus denen sich aber einzelne kräftig charakteristische und leidenschaftliche Partien mit großer Wirksamkeit herausheben. Dahin gehört im zweiten Act Lusignan's Lied mit den Wechselstrophen des Chors, der Gegensatz des Chors der christlichen Ritter mit dem Chor der Odalisken, im dritten Acte das sehr charakteristisch gehaltene Recitativ und Cantabile Orosman's, im vierten Act das Duett zwischen Zayre und Orosman. Diese Stellen wurden auch von dem Beifall des Publicums lebhaft ausgezeichnet. Die Oper dürfte für jetzt nur wenige Wiederholungen hier erleben, da Dlle. Tuczeck, welche die Rolle der Zayre mit vieler Lieblichkeit ausstattete, demnächst ihren Urlaub antritt und es überhaupt mit unserer Opernsaison zu Ende ist. Ein anerkennenswerthes und über den Dilettantenstandpunkt weit hinausreichendes, zu wirklicher Künstlerschaft berechtigtes Streben macht aber diese Oper in der Sphäre, in der sie entstanden, um so mehr zu einer erfreulichen Erscheinung.

Handel und Industrie.

Fruchtpreise. Leipzig, 20. Mai. Weizen 10 Thlr.; Roggen 9 Thlr. 5 Ngr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr.; Kartoffeln 3 Thlr. **Döbeln**, 20. Mai. Weizen 10 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 15 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 25 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. (Eingebracht waren 504 Scheffel Weizen, 1014 Scheffel Roggen, 283 Scheffel Gerste.) **Leisnig**, 15. Mai. Weizen 10 Thlr.; Roggen 9 Thlr. 15 Ngr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 20 Ngr. **Zwickau**, 18. Mai. Weizen 10 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 10 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 8 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 17½ Ngr. **Berlin**, 20. Mai. Weizen 4 Thlr. 24 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 7½ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 21⅓ Sgr.; Hafer 2 Thlr. 2⅔ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 10 Sgr. **Breslau**, 20. Mai. Weizen 4 Thlr 20 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 7 Sgr.; Gerste 2 Thlr. 27 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 17 Sgr. **Halle**, 19. Mai. Weizen 5 Thlr.; Roggen 4 Thlr. 18¾ Sgr.; Gerste 3 Thlr. 11¼ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 20¼ Sgr.

Oel. *Leipzig, 22. Mai. Wenn nicht noch einige Deckungen für frühere Maiverkäufe in dieser Woche stattgefunden hätten, so würde gar kein Umsatz in Rüböl zu melden sein; durch erstere wurde der Preis auf 10¼ Thlr. gehalten. Nach Ende Mai dürften nur noch wenige Engagements für die nächste Zeit laufen, und es ist die Frage, ob sich dann der Preis von 10¼ Thlr. halten kann, denn die Berichte über den Stand der Saat lauten im Durchschnitte höchst günstig, wenn auch Einzelne Tadel finden wollen. Im vorigen Jahre hatten wir den Preis von Rüböl im gegenwärtigen Zeitpunkt auf 9 Thlr., und wir hatten damals eine Missärnte im Rücken, welches diesmal nicht der Fall ist. Für Herbsttermine zeigen sich zu 11⅓ à ⅓ Thlr. jetzt mehr Geber als Nehmer.

Staatspapiere. Amsterdam, 19. Mai. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 105¼; 4½pc. Handels. 174¼. Frankfurt a. M., 21. Mai. Oestr. Bkact. 1911; 250 Fl. L. 119⅜; 500 Fl. L. 154¼; Bair. 3½pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 58¼; Darmst. 50 Fl. L. 76; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35¼; Kurhess. 32⅜. London, 17. Mai. 3pc. Cons. 86¼; Port. 3pc. 34½; Span. act. 22¼; 3pc. 34; pass. 5; Holl. Int. 57½. Paris, 19. Mai. 5pc. 115. 50; 3pc. 77. 90; Neap. 102. 75. Wien, 20. Mai. Bkact. 1502; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97⅞; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 119¼.

Disconto. Amsterdam, 19. Mai. 4 %. Frankfurt a. M., 21. Mai. 3¼ %.

Actien. Frankfurt a. M., 21. Mai. Taunusb. 358½; Nordb. 71⅛; Verb. 91⅞. Paris, 19. Mai. Eis. Versail. r. 328½; l. 215; Paris-Orleans 1222½; Paris-Rouen 937½; Paris-Strasburg 418¾; Paris-Lyon 440; Rouen-Havre 633¾; Marseille-Avignon 727½; Strasburg-Basel 185; Orleans-Bordeaux 505; Orleans-Vierzon 575; Nord 505. Wien, 20. Mai. Nordb. 167⅝; Gloggn. 123¼; Mail. 110⅞; Livorn. 88¼; Pestb. 99¼.

Berliner Börse, 22. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsch. 93¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93¼, ostpreuß. 95¼, pomm. 94, schles. 97½, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 92⅞, kur- u. neum. 94⅞ Br., Louisd. 111⅔, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½, Prec. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92½, Berl.-Anhalt. 100½, Berlin-Hamb. 4pc. 107½, Prior.-Act. 3½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91, Prior.-Act. 4pc. 91⅓ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 107⅝, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 92, Crakau-Oberschl. 4pc. 76 Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 108¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 107½, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113¼, Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101¾, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103¾, Litt. B. 4pc. 98 Br., Rhein. 85½ Br., Prior.-Stamm 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90⅛ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 94, Zarskoje-Selo 70. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅛ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¼ Br., Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 83½ Br., Cöln-Minden 4pc. 92, Magd.-Wittenb. 86½, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr. W.) 4pc. 71¼, Pos.-Starg. 4pc. 83⅛ Br., Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99¼, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅝ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅛, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95¼ Br., (neue) 4pc. 95¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 85¾, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Zinsl. 16½, Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staatspr.-A. 89⅛ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Wükau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bücher-Auction in Paris am 28. Juni 1847.

Soeben wurde von dem Katalog der Bibliothek des Herrn **Libri** die 1. Abtheilung: „Schöne Wissenschaften" enthaltend, hier ausgegeben. Man findet darin die kostbarsten literarischen Seltenheiten, darunter die ersten und seltensten Ausgaben griechischer, lateinischer, italienischer und französischer Classiker; — Ausgaben von Aldus auf Pergament und blauem Papier. — Werke mit Anmerkungen von Rabelais, Montaigne, Galilei, Michel Angelo, Tasso rc. Die Bücher sind sämmtlich ausgezeichnet gut erhalten, und die Einbände der meisten gingen aus den renommirten Ateliers von Bauzonnet, Trauz, Duru, Clarke rc. hervor. Freunde der **italienischen Literatur** finden hier die reichste Auswahl, welche je in einer Versteigerung geboten wurde. Der Katalog selbst ist mit vielen interessanten Anmerkungen versehen; um den Reichthum seines Inhalts näher zu bezeichnen, werden hier einige Werke namentlich aufgeführt:

Catholicon, de 1460. — *Anthologia græca*, de 1494. — *Homerus*, de 1488, magnifique exemplaire, avec de grandes lettres initiales et des encadremens en or. — *Apollonius Rhodius*, de 1496. — *Martialis* d'Alde, 1501, imprime sur *peau vélin*. — *Sannazarius*, de 1526, imprime sur *peau vélin*. — Opera *Alcuini* Astensis, de 1521 (seul exemplaire complet). — *Dante*, de 1472. — *Dante* (circa 1515), imprime sur *peau vélin*. — *Dante*, Quæstio florulenta, de 1508. — *Petrarca*, d'Alde, 1514, imprime sur *peau vélin*. — *Petrarca*, Triompho XVe siecle), imprime sur *peau vélin*. — *Ariosto*, de 1530 (edition inconnue aux bibliographes). — *Conti*, la Bella Mano, de 1574. — *Bellinzone*, de 1493. — *Boiardo*, Sonetti, de 1499. — *Cecco d'Ascoli*, de 1476. — *La Regina Ancroia*, de 1510. — *Trabisonda*, de 1492. — *Boiardo*, Orlando innamorato, de 1543 (edition inconnue aux bibliographes). — *Altamanni*, Il Girone, de 1548 exemplaire de Diane de Poitiers). — *La Regina d'Oriente*, de 1620. — *Dati*, Lettera di Colombo, de 1493. — *Altro Marte*, de 1489. *Canzone a Ballo*, de 1568. — *Fabritii*, de 1527. — *Tariffa*, de 1535. — *Gintemymaachia*, d'Alde (1494). — *Æsopus*, de 1480 et 1485. — *Martinus*, de 1520. — *Guerino Meschino*, de 1477. — *Boccaccio*, de 1483. — *Novelle Antike*, de 1525, et sans date. — *Il Pecorone*, de 1558. — *Decor Puellarum*, de 1461. — L'*Alcibiade*, de 1652, *non rogné* — *Sannazaro*, d'Alde, 1514, imprime sur *papier bleu*. — *Castiglione*, Il Cortegiano, d'Alde, 1528 (*exemplaire de Grolier*). — *Cicero*, ad Familiares, d'Alde, 1522 (*exemplaire de Grolier*). — *Cicero*, ad Atticum, Romæ, 1470. — *Gasparinus* (premier livre imprime en France). — Bembo, lettere, de 1548 imprime sur *peau vélin*. — *Catullus*, d'Alde, 1515 (*exemplaire de Grolier*) — *Theocritus*, d'Alde, 1495 (*non rogné*). — *Isocrates*, de 1493. — *Riccius*, De Imitatione, d'Alde, 1545, en *grand papier*. — *Musæus*, d'Alde 1494 etc. etc.

Vorstehender Katalog (dessen Verkaufspreis 1 Thlr. 10 Gr.) wird durch alle Buchhandlungen, die mit Paris in Verbindung stehen, zur Durchsicht mitgetheilt, namentlich in **Leipzig** von **Brockhaus & Avenarius, L. Michelsen; Berlin, Alex. Duncker; Wien, Peter Rohrmann; München, Georg Franz; Hamburg, Perthes-Besser & Mauke; Cöln, Boisserée** und **J. M. Heberle** rc. rc. Aufträge für die Auction werden daselbst, sowie bei den Unterzeichneten gern entgegengenommen.

Paris, Anfangs Mai 1847.

[2033] ***Jules Renouard & Co.***, 6, rue de Tournon.

Neueste Wiener Tänze.

In **H. F. Müller's Musikverlag** in **Wien** sind neu erschienen

Kazynski, Viet., Alexandre-Polka (15me Polka caract.) p. I, Piano. 30 Kr.
— — **Marin-Mazourka** p. I. Piano. 30 Kr.
Mováts, J., Francia Négyes Hunyadi Laszlo Dal-Játékából (Quadrille nach Motiven der Oper: Hunyadi Laszlo) f. Pft. 40 Kr.
Lepont. Le Carneval de Vienne. Six Polkas et une Redowa p. I. Piano. Ornees de 7 lithographies color. 3 Fl.

—	—	**La Guerrière.** Polka p. I. Piano (m. col. Titelvign.)	30 Kr.
—	—	**La Bohémienne.** „ „ „ „ „ „ „	30 Kr.
—	—	**La Lionne.** „ „ „ „ „ „ „	30 Kr.
—	—	**La belle Viennoise.** „ „ „ „ „ „ „	30 Kr.
—	—	**La Basquine.** „ „ „ „ „ „ „	30 Kr.
—	—	**Louise.** „ „ „ „ „ „ „	30 Kr.
—	—	**La Redowa.** „ „ „ „ „ „ „	30 Kr.

Strauss Sohn, Joh., Zeitgeister, Walzer f. Pianoforte. Op. 25. 45 Kr.
— — „ „ „ Orchester. 2 Fl. 45 Kr.
— — **Fidelen-Polka,** f. Pianoforte. Op. 26. 24 Kr.
— — „ „ Orchester. 1 Fl. 15 Kr.
— — **Die Sanguiniker,** Walzer f. Pianoforte. Op. 27. 45 Kr.
— — „ „ „ Orchester. 2 Fl. 30 Kr.
— — **Hopser-Polka,** f. Pianoforte. Op. 28. 24 Kr.
— — „ „ Orchester. 1 Fl. 15 Kr.
— — **Odeon-Quadrille,** f. Pianoforte. Op. 29. 30 Kr.
— — „ f. Orchester. 2 Fl. 30 Kr. [2067]

Deutscher Phönix,

Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Grundcapital: 5½ Millionen Gulden.

Diese Gesellschaft bringt hiermit zur Anzeige, daß sie **für das Königreich der Niederlande** (mit Ausnahme von Rotterdam, **wo der bisherige Agent Herr J. Haslinghuis** nach wie vor für die Gesellschaft in Wirksamkeit bleibt)

Herrn M. Reimann in Arnheim

als Hauptagenten ernannt und denselben ermächtigt hat, Versicherungen von allen Waaren und Gütern während deren **Transport** zu **Wasser** und zu **Lande** zu billigst gestellten Prämien zu übernehmen und die Policen sogleich darüber auszufertigen.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1847.

Der Director des Deutschen Phönix
Löwengard.

[1898—99)

Chromatrope und Opac-Mikroskope

in verschiedenen Größen fertigt und gibt auf frankirte Anfragen Auskunft

[1963—65] **M. Tauber** in Leipzig.

Diogena.

Roman

von

Idana Gräfin H.. H..

Zweite Auflage.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 6 Ngr.

Die so bald nach dem Erscheinen nöthig gewordene **zweite Auflage** dieses geistreichen Romans, der in allen Kreisen das größte Aufsehen erregte, überhebt die Verlagshandlung jeder weitern Empfehlung.

Leipzig, im Mai 1847.

[2085] ***F. A. Brockhaus.***

Preis-Ermäßigung.

In der ganzen Auflage übernehme ich und erlasse, soweit der Vorrath reicht, statt 1 Thlr. zu **15 Sgr.** das Exemplar:

Die Weltkunde

aus dem Standpunkte der Erdbeschreibung.

Ein Hülfsbuch für Volksschullehrer, um Naturbeschreibung, Naturlehre, Technologie, Menschenkunde und Geschichte in einer durch Erdbeschreibung vermittelten Verbindung zu behandeln.

Von **Gottfr. Herrmann** (jetzigem Rector in Mühlhausen). Mit einem Vorworte von Dr. **Christian Weiß**, Königl. Preuß. Geh. Regierungs- und Schul-Rath in Merseburg, Ritter u. s. w.

1838. 8. Geh. 25 Bogen.

War der Ladenpreis schon ein sehr billiger, auf große Verbreitung berechneter, so ist der jetzt ermäßigte Preis ein beispiellos billiger. Ein großer Theil der noch vorhandenen Exemplare sind roh, die uns zuerst zugehenden Bestellungen aber werden mit geheften Exemplaren effectuirt.

Jede Buchhandlung liefert das Buch zu obigem Preise.

Merseburg, im Mai 1847.

[2073—74] ***Louis Garcke.***

Leuchtthurm, Nr. 4,

enthält:

Drei Tage aus dem Leben eines Schullehrers. Dem wirklichen Leben nacherzählt von Otto Ruppius. — Bilder aus Baiern und seiner Hauptstadt. — Zustände in den Webedistricten Schlesiens. Von Eduard **Pelz**. — Spiegelbilder zur preußischen Verfassung. — Die Verarmung des Handwerkerstandes. — Zwei neue preußische Gesetze. — Die sächsische Presse. — **Heinrich Simon.** Biographie und Charakteristik. — Correspondenz aus Schlesien. — Umschau in Deutschland.

Mit 2 Kunstblättern:

Portrait Heinrich **Simon's.** — Die Hasenheilung.

Vierteljährlich nur 21 Ngr.

Man abonnirt in allen Buchhandlungen Deutschlands. [2072]

Gesuch. Es wird ein Theilnehmer zu einer literairen Unternehmung gesucht, der über ein Capital von 10—15,000 Thlr, wenn nicht auf einmal, so doch nach und nach verfügen kann. **Nachweisbar** würde nicht nur das Capital **gesichert** bleiben, sich sehr **lucrativ** verinteressiren, sondern auch in der beabsichtigten Verwendung einer **entschiedenen Lücke** im literairen Verkehr Sachsens und namentlich Leipzigs begegnen helfen. Man würde einem Manne, der Literaturkenntniß besitzt und ein Bücherfreund ist, den Vorzug geben, und der Sachverhalt auch nur wohl von einem solchen übersehen werden können.

Adressen erbittet man sich poste restante Leipzig Chiffre **J. W.** [2077—78]

Digitized by Google

Oeffentliche Vorladung.

In Folge Antrages ihrer bekannten nächsten Verwandten auf Todeserklärung werden nachgenannte Verschollene:

1) der am 2. Januar 1776 in Ober-Lichtenau, hiesigen Kreises, geborene vormalige Dienstknecht **Johann Christian Speer**, Sohn des Häuslers Christian Speer, der sich im Jahre 1847 von seinem genannten Geburts- und Wohnorte, ohne weitere Nachricht von sich seitdem, entfernt hat, mit einem zurückgebliebenen Vermögen z. Zt. von 52 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf. im hiesigen Depositorio;
2) der am 24. September 1794 hierorts geborene Tuchmachergeselle **Karl Gottfried Tietz**, Sohn des Bürgers und Büchners gleichen Namens, der sich am 2. April 1834 von hier entfernt hat, und von dem ein Jahr später die letzten Nachrichten eingegangen sind, mit einem dergleichen z. Zt. von 9 Thlr. 24 Sgr. 7 Pf.;
3) der am 1. Juni 1802 hier geborene Schmiedegeselle **Johann August Dornbluth**, Sohn des Schmiedemeisters Johann Christoph Dornbluth, der sich im Jahre 1822 von hier entfernte und durch ein Schreiben aus Buenos Ayres vom 10. März 1835 die letzte Nachricht von sich gegeben hat, mit einem dergleichen z. Zt. von 375 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf.;

nebst deren etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmern hierdurch vorgeladen, sich innerhalb neun Monaten, spätestens in dem Termine auf

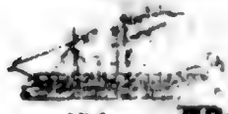
den 31. August 1847, Vormittags 10 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle persönlich oder schriftlich zu melden und von hier weitere Anweisung zu erwarten, unter der Warnung, daß sonst die genannten Verschollenen werden für todt erklärt werden, und ihr Vermögen den bekannten legitimirten Erben ausgeantwortet werden wird.

Lauban, den 2. November 1846.

Königlich Preussisches Land- und Stadtgericht.

[5216—18] **Baum.**



Bekanntmachung.

Post-Dampfschiffahrt zwischen Preussen und Schweden.

Die Seepost-Verbindung zwischen **Preußen** und **Schweden** mittels Dampfschiffe wird in diesem Jahre in folgender Weise stattfinden.

I. Zwischen Stralsund und Ystadt:

wöchentlich **zwei Mal** mittels der Dampfschiffe „Königin Elisabeth" und „Svenska Lejonet".

Abgang aus Stralsund:
Sonntag, Donnerstag } Mittags

Ankunft in Ystadt:
Montag, Freitag } früh;

nach Ankunft der Schnellpost von Passow (Berlin).

Abgang aus Ystadt:
Montag, Freitag } Abends,

Ankunft in Stralsund:
Dienstag, Sonnabend } Vormittags,

zum Anschluß an die Schnellpost nach Passow (Berlin).

II. Zwischen Stettin und Ystadt:

wöchentlich **ein Mal** mittels der Dampfschiffe „Königin Elisabeth" und „Sverige".

Abgang aus Stettin:
Donnerstag Mittags
nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin,

Ankunft in Ystadt:
Freitag Morgens
zum Anschluß an das lübecker Dampfschiff nach Stockholm.

Abgang aus Ystadt:
Sonnabend Vormittags
nach Ankunft des Dampfschiffes aus Stockholm.

Ankunft in Stettin:
Sonntag Morgens
zum Anschluß an den Eisenbahnzug nach Berlin.

Die Fahrten zwischen **Stralsund** und **Ystadt** werden dergestalt beginnen, daß die erste Abfertigung **von** Stralsund **Donnerstag den 29. April** und **von** Ystadt **Freitag den 30. April** erfolgt.

Von Ystadt nach Stettin wird das erste Dampfschiff **Sonnabend** den 1. Mai und **von Stettin nach Ystadt Donnerstag** den 6. Mai abgefertigt.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stralsund und Ystadt** für den 1. Platz 6 Thlr., für den 2. Platz 3 Thlr., und für den 3. Platz 1½ Thlr. Preuß. Courant; **zwischen Stettin und Ystadt** für den 1. Platz 10 Thlr., für den 2. Platz 6 Thlr. und für den 3. Platz 3 Thlr. Preuß. Courant; zwischen **Swinemünde und Ystadt** für den 1. Platz 8 Thlr., für den 2. Platz 4⅔ Thlr. und für den 3. Platz 2½ Thlr. Preuß. Courant. Kinder und Familien genießen eine Moderation.

Der Schluß der diesjährigen Post-Dampfschiffahrten zwischen Preußen und Schweden findet in der Weise statt, daß das Dampfschiff „Königin Elisabeth" **am Montag den 25. October** zum letzten Male **von Ystadt nach Stralsund**, das Dampfschiff „Sverige" aber schon am **Donnerstag den 30. September** zum letzten Male von **Stettin nach Ystadt** abgeht.

Berlin, den 22. April 1847.

[1673—75] **General-Post-Amt.**

Verkauf des vormals Schiller'schen Wohnhauses in Weimar.

Behufs der Erbtheilung soll das der verstorbenen Frau Garten-Inspectorin Weise gehörige, vormals Schillersche Wohnhaus und Zubehör, in der Esplanade in Weimar,

Dienstag den 29. Juni d. J., Nachmittags 2 Uhr,

in dem Hause selbst auf den Grund der bei dem Sparkasse-Controleur **Glaser** vorher einzusehenden Bedingungen auctionsmäßig verkauft werden. [2083—84]

In der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist **gratis** zu erhalten:

Bericht des Directoriums der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft über das Verhältniß dieser zu der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Am heutigen Tage habe ich am hiesigen Platze, Altbüsser-Straße Nr. 3, ein Commissions-Geschäft unter der Firma:

General-Geschäfts-Bureau

eröffnet, worauf ich mich nachstehenden Geschäften unterziehen werde:

Vermittelung bei Ein- und Verkauf von städtischen und ländlichen Grundstücken, Fabriken und Etablissements jeder Art;
desgleichen bei Ein- und Verkauf von Bergwerks-Kuxen und allen auf Berg-, Hütten- und Maschinenwesen Bezug habenden Geschäften;
Ein- und Verkauf von Produkten;
Beschaffung und Unterbringung von Capitalien, Verkauf von Hypotheken u. dergl.;
außergerichtliche Regulirung sowol in kaufmännischen als Privat-Angelegenheiten, namentlich bei Societäts- und Separations-Geschäften, Revision und Einrichtung kaufmännischer Bücher, Entwerfung von Verträgen, Pacht-Contracten, Eingaben und schriftlichen Arbeiten jeder Art;
Placirung von Beamten, Werkführern, Gehülfen und Lehrlingen im Berg-, Hütten- und Maschinenwesen, sowie in landwirthschaftlichen und allen technischen und gewerblichen Fächern, wie auch von Handlungs-Commis und Lehrlingen.

Die Anstellung Suchenden zahlen an Einschreibegebühren 15 Sgr.

Geschäftskenntniß und vielfache Bekanntschaften, sowol hier als auf auswärtigen Plätzen, setzen mich in den Stand, Ansprüchen jeder Art zu genügen, und auf **frankirte** Anfragen werde ich umgehend Auskunft ertheilen.

Breslau, den 15. Mai 1847.

[2055] **Gustav Döring,** Altbüsser-Straße Nr. 3.

Gesuch. Ein militairfreier junger Mann, welcher seine Lehrzeit in einer bedeutenden Tuchfabrik Lennep's gehalten, sowie mehre Jahre daselbst fungirte, sich besonders der Fabrikation praktisch gewidmet und über seine Qualification und moralische Aufführung die besten Zeugnisse vorlegen kann, sucht seine jetzige Stellung mit einem ähnlichen Placement in hiesiger Gegend zu vertauschen.

Hierauf Reflectirende werden gebeten, ihre Offerten unter Litt. **P. H.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelangen zu lassen.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 24. Mai. Zum ersten Male: **Der Allerwelts-Pathe**, Lustspiel in 4 Acten nach dem Französischen von B. A. Herrmann.

Dienstag, 25. Mai. Neu einstudirt: **Der alte Student**, Lustspiel in 2 Acten vom Freiherrn v. Maltitz. — Vorher: **Der Weiberfeind**, Lustspiel von Benedix. **Freiling** und **Zolky**, Herr Löwenberg, vom deutschen Theater zu St.-Petersburg, als Gast.

Entbindungs-Anzeige.

Diesen Morgen ward uns ein munterer Knabe geboren.

Zwickau, den 21. Mai 1847.

[2076] **H. Wieck und Frau.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Hermann Brösicke in Berlin mit Frl. Marie Bamberg. — Hr. Adolf Forche in Breslau mit Frl. Peppi Möcke. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Beicheld Freytag in Groß-Strehlitz mit Frl. Luise v. Studnitz.

Getraut: Hr. Kammergerichtsassessor Julius Buchalsky in Hannover mit Frl. Theodore Hartig. — Hr. Hermann Bussler in Berlin mit Frl. Luise Levêque. — Hr. Gustav Robert Tornow in Berlin mit Frl. Lilli Fürrschmiedt. — Hr. Gustav Steinbiß in Leipzig mit Frl. Marie Freygang.

Geboren: Hrn. Richard Klose in Breslau ein Sohn. — Hrn. Louis Knaur in Leipzig ein Sohn. — Hrn. J. H. Pauls in Bremen eine Tochter. — Hrn. Heinrich Peißker in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Robert Strehlow in Breslau ein Sohn. — Hrn. Apotheker Anton Walch in Parsberg ein Sohn.

Gestorben: Frau Dorothee v. Bissing in Bellmannsdorf. — Hr. Particulier Greiert in Berlin. — Frau Anna D. Hartlaub in Bremen. — Hr. Kaufmann A. Julius Riehm in Berlin.

Dienstag — Nr. 145. — 25. Mai 1847

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal ... Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Sachsen. Die Regierungsmaßregeln in Betreff der Theuerung. *Aus Württemberg. Das Placet. — Der stuttgarter Turnverein. — Auswanderungsgesellschaft in Stuttgart. — Badische Verordnungen. Kassel. Die Vorräthe. — Tod Ernst Emil Hoffmann's. — Nassauischer Landtag. *Lübeck. Die Eisenbahnverhandlungen. Tod des Kaufmanns Jacoby. Das Sängerfest. — Auswanderungswesen.

Preußen. ×Berlin. Das deutsch-katholische Concil. ‡Königsberg. Excess. — Turnwesen. — Die theologische Facultät in Paderborn.

Oesterreich. Berichtigung aus Karlsbad.

Spanien. Die Schmuggler. Espartero. Die Ruhe in Madrid. Die Königin. Aristany.

Großbritannien. Parlament. Die Auflösung des Parlaments. Das Parlament und die Armen. Earl of Clarenden. Der Earl of Bessborough. Theuerungstumult auf Jersey. Die Ruhe in Manchester. Das Transportschiff Peel scheitert. Das Schiff Prima Donna. Der St. Vincent. Der Herzog v. Terceira.

Frankreich. Parlament. Der Proceß Cubières. Der Herzog v. Montebello. Das Generaldirectoriat der Posten. Graf Duchatel. Der Scandal von Chantilly. Marquis of Normanby. Tod des Prinzen Jerome von Montfort. **Paris. Hr. de Genoude. Der Proceß Cubières. Der Scandal von Chantilly.

Belgien. *Brüssel. Der Eisenbahnunfall. Die Unruhen. — Excesse in Gent.

Schweiz. Duellsache.

Griechenland. Athen. Die griechisch-türkische Differenz.

Moldau und Walachei. Deputation des Handelsstandes in Bukarescht.

Aegypten. Alexandrien. Der Kanalbau. Der Vicekönig. Grundsteinlegung des Nildammes.

Nordamerika. Mrs. Piermont. Die Münze. Wohlthätige Neger. Briefsäcke aus Kautschuk.

La Plata-Staaten. Dribe. Ermordung des bolivianischen Gesandten in Buenos Ayres.

Wissenschaft und Kunst. Die Akademie der Wissenschaften in Wien. — Schwefeläther-apparate in Smyrna.

Handel und Industrie. Triest. Generalversammlung des Oesterreichischen Lloyd.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Sachsen, 22. Mai. Wer ruhig und unbefangen die Mittel und Wege beobachtet, auf welchen man sich in den verschiedenen Gegenden Deutschlands bemüht, dem hier und da sich zeigenden wirklichen Mangel an Getreide, Kartoffeln und dergl. und der überall herrschenden Theuerung jener nothwendigsten Lebensbedürfnisse entgegenzuwirken und abzuhelfen, dem kann die traurige Wahrnehmung nicht entgehen, daß wir von der vielbesprochenen Einheit Deutschlands noch weit entfernt sind, daß man in der Mehrzahl der getroffenen Maßregeln ein leitendes Princip, eine klare Anschauung der Verhältnisse vergebens sucht, statt dessen aber eine engherzige Beurtheilung dieser großen Angelegenheit nach kleinlichem Maßstabe, eine furchtsame Befriedigung der augenblicklichen Wünsche und Foderungen der Menge, ein unsicheres Hin- und Herschwanken zwischen dem Zuviel und Zuwenig findet. Consignationen der Vorräthe und Zwangsmaßregeln zu deren Verkauf, Erschwerungen des Verkehrs auf den Märkten, oft bis ins kleinste, einer wirksamen Controle nicht einmal mehr zu unterwerfende Detail herabgehend, Erhöhung der Zölle und endlich gar Ausfuhrverbote auf der einen Seite; auf der andern aber tumultuarische Aufstände in Stadt und Land, Vernichtung eben der Vorräthe, die man zu Beseitigung des Mangels gesucht hat, förmliche Plünderung endlich des ersten besten Besitzenden in einer Weise, die man in einem auf Bildung und Freiheit Anspruch machenden Jahrhundert nicht für möglich halten sollte, und nicht ausgehend von einem hungernden, sondern von einem am Scandal, am Zerstören Freude empfindenden sogenannten Pöbel — darf man sich da wundern, wenn die Zeit eine trübe bleibt? Wenn die Staaten sich gegenseitig abschließen, statt sich gegenseitig zu helfen; wenn sie, gegenüber der großen Idee des Zollvereins, Hemmungen eintreten lassen, die zwar nicht die Form, wohl aber den Erfolg eines Ausfuhrverbots haben; wenn Die, für welche die Regierungen sorgen wollen und sollen, Das, was helfen kann, zerstören, nur darum, weil eben nicht sie, sondern Andere es besitzen; wenn Tumult und Aufruhr herrscht und Blut vergossen wird in einer Zeit, wo echte Bruderliebe nöthiger ist als je: kann man da hoffen, daß Handel und Wandel gedeihen, daß die Verhältnisse sich ausgleichen, die Theuerung allmälig verschwinden und die bevorstehende Aernte wahren Segen bringen werde? Wahrlich, jene Erscheinungen in der Noth sind betrübender als die Noth selbst? Wohl uns! in Sachsen sind wir bis jetzt einen andern Weg gegangen; ruhig hat die Regierung, ruhig hat das Volk die Lage der Dinge erwogen, aber thätig und unermüdet ist die Regierung, ist das Volk gewesen im Ertragen, im Helfen, im Unterstützen. Bedeutende Ankäufe von Getreide und Kartoffeln, Geldunterstützung, Anweisung von Arbeit, Aufforderung zu zweckmäßiger Sparsamkeit, möglichste Beförderung eines freien ungehinderten Verkehrs auf den Märkten: das sind die Mittel, die unsere Regierung angewendet hat, um die Noth zu mildern; und das Volk? Das Volk hat es dankend erkannt, daß die Regierung thut, was sie vermag, es hat mit Ergebung das Unvermeidliche getragen, aber es hat nicht die Hände in den Schoos gelegt, Vornehme und Geringe, Arme und Reiche haben sich nicht bekriegt, sondern sich gegenseitig unterstützt und geholfen. So hat man Mangel verhütet und die Noth gemildert und den höhern Sinn, der in so trüber Zeit liegt: Aufforderung zu echter Humanität, richtig erkannt und geübt. Wenn sich aber doch hier und da unklare Ansichten kundgegeben, so ist die Regierung nicht müde geworden, einfach und ruhig zu belehren und zu verständigen, wie es unsere gebildete Zeit mit Recht fodert. Wir mögen es uns nicht versagen, zum Beweis unserer Behauptung eine Verordnung beizufügen, die erst kürzlich noch an eine Stadt erlassen worden ist, um die, wenn auch wohlgemeinten, doch irrigen Ansichten und Anträge ihrer Vertreter zu beleuchten und zu berichtigen; sie ist insofern nicht ohne Interesse, als sich aus ihr der Sinn, in welchem unsere Regierung ihre Aufgabe erfaßt hat, entnehmen läßt.

„Das Ministerium des Innern hat 'aus der anbei zurückfolgenden Beilage des von dem Vorstande des Stadtraths zu ꝛc. über die dortigen Nahrungsverhältnisse unter dem 11/14. dieses Monats erstatteten Berichts von den Bemerkungen und Anträgen Kenntniß genommen, mit welchen die Stadtverordneten daselbst in einer an den Stadtrath gerichteten Vorstellung vom 9. d. M. in Beziehung auf die gegenwärtige Theuerungsnoth hervorzutreten sich veranlaßt gefunden haben, und steht hierauf um so weniger an, sich über den Inhalt jener Vorstellung im Nachstehenden umständlicher zu äußern, als es ihm selbst nur erwünscht sein kann, zur Aufklärung des von der Regierung in der fraglichen Hinsicht zeither befolgten Verfahrens und zu Berichtigung der darüber hier und da verbreiteten Ansichten Gelegenheit zu finden. Die Stadtverordneten ermessen zunächst selbst sehr richtig, daß die mehrfach in Anregung gekommene, auch in einigen auswärtigen Staaten wirklich ausgeführte allgemeine Consignation der Getreidevorräthe wenig geeignet gewesen sein würde, als Hülfs- und Beruhigungsmittel zu dienen. Das Ministerium hat daher auch zu einer solchen Maßregel sich nicht entschließen mögen, und zwar nicht blos, weil es sie in Beziehung auf das davon zu erwartende thatsächliche Ergebniß für entbehrlich hielt, sondern zugleich, weil es davon sogar eine positiv nachtheilige Rückwirkung auf den Gang des Getreideverkehrs und die nachhaltige Marktversorgung befürchten zu müssen geglaubt hat. Wenn aber die Stadtverordneten die allgemeine Consignation zwar selbst für nicht zweckmäßig erkennen, gleichwol aber die Vorräthe Derer, welche das Publicum als mit solchen versehen bezeichne, polizeilich untersucht wissen wollen, damit die Besitzer theils durch das Bekanntwerden der Vorräthe schon indirect zum Verkaufe genöthigt würden, theils man in den Stand gesetzt werde, denselben hierzu angemessene Fristen zu stellen, so wird ihnen bei nochmaliger Erwägung nicht entgehen, daß die Behörden zu einem solchen, schon als Ausnahmemaßregel im hohen Grade gehässigen Verfahren, welches den Betheiligten zu gerechten Beschwerden Anlaß gegeben haben würde, eben so wenig die Hand würden bieten können, als von Anwendung eines polizeilichen Zwanges zum Verkaufe die Rede sein könnte, ohne einen empfindlichen, verfassungsmäßig schwer zu rechtfertigenden Eingriff in die freie Gebahrung mit dem Eigenthume zu verhängen, deren sorgfältige Schonung die Regierung sich gerade, ebensowol aus Gründen des Rechts wie der Politik, zum Gesetze gemacht hat. Wie unzuverlässig oder vielmehr unbegründet übrigens die hier und da circulirenden Gerüchte von bedeutenden Vorräthen, die an dem oder jenem Orte aufgespeichert sein sollten, sind, hat die Erfahrung im Allgemeinen, insbesondere aber auch der Erfolg der Erörterungen gelehrt, welche auf den ausdrücklichen Wunsch der Betheiligten in einigen Gegenden des Landes durch die betreffenden Behörden auf eigne Gefahr hin veranstaltet worden sind. Die Stadtverordneten fodern die Regierung ferner auf, allgemein durchgreifende Mittel zur Linderung der Noth zu ergreifen, und haben dabei insbesondere auf die Nothwendigkeit, möglichst ausreichende Quantitäten Getreide aus dem Auslande zu beziehen, hingewiesen. Es würde jedenfalls zu spät sein, hätte die Regierung ihrer Verpflichtung, unter den seit den ersten Monaten dieses Jahres sich bedenklicher gestaltenden Verhältnissen des Getreidemarkts auf Maßregeln zur Abwendung eines möglichen Mangels an den zur Ernährung des Landes erforderlichen Lebensmitteln Bedacht zu nehmen, sich erst jetzt erinnern wollen. Dies ist jedoch keineswegs der Fall; die Regierung hat nicht unterlassen, sich rechtzeitig in die Verfassung zu setzen, um dieser Verpflichtung nach Bedürfniß genügen zu können; die zu dem Ende getroffenen Veranstaltungen befinden sich im vollen Gange; sie haben auch ihren wesentlichen Zweck, Mangel zu verhüten und den Markt gegen daraus entstehende ungeregelte und unnatürliche Preissteigerungen zu sichern, bis jetzt in der Hauptsache auf befriedigende Weise erfüllt und werden dies, wie zu hoffen steht, auch ferner thun. Daß die Regierung hierbei geräuschlos und mit Vermeidung unnöthigen Auf-

sehens verfährt, entspricht nicht nur dem Geist, in dem die hiesige Staatsverwaltung überhaupt zu handeln gewohnt ist, sondern ist auch durch die Natur des Zwecks, der erreicht werden soll, nothwendig bedingt und wird für den Kundigen keiner weitern Rechtfertigung bedürfen.

Denen freilich, die, wie dies auch bei den Stadtverordneten zu ꝛc. der Fall zu sein scheint, von den von der Regierung zu ergreifenden Maßregeln eine Abhülfe der Theuerung selbst und ein künstliches Herabdrücken der inländischen Getreidepreise auf den gewöhnlichen, oder doch den gewöhnlichen nicht beträchtlich übersteigenden Standpunkt erwartet und sich versprochen haben, werden die erstern leicht ungenügend erscheinen können. Allein ihnen ist zu entgegnen, daß sie der Wirksamkeit der Regierung in Zeiten der Theuerung überhaupt eine Aufgabe gestellt wissen wollen, die sie nie gehabt hat und der Natur der Sache nach nicht hat haben können. Es ist zu wünschen, daß man sich hierunter keiner Täuschung hingebe und ein für alle Mal der Meinung entsage, als ob irgend eine Regierung, auch wenn sie über die großartigsten Geldmittel beliebig verfügen könnte und wollte, es in ihrer Macht habe, den Getreidebedarf eines ganzen Landes durch ausländische Bezüge auf Monate hinaus und in einer Weise zu decken, um den Stand der Marktpreise völlig unabhängig von der allgemeinen Conjunctur des Weltmarktes durch ihre Verkäufe leiten und in beliebigen Schranken halten zu können. Ein solcher Versuch müßte zunächst schon an der physischen Unmöglichkeit scheitern, so kolossale Getreidemassen, wie dazu erforderlich, in einer gegebenen Zeit zu beschaffen und vom Auslande heranzuziehen, abgesehen davon, daß die gleichzeitig auf den nämlichen Punkt gerichteten Bestrebungen mehrer Regierungen die Preise an den Bezugsorten nothwendig auf eine unerschwingliche Höhe treiben und der maßlosesten Speculation Thor und Thür öffnen würden. Aber gesetzt auch, es gelänge den Anstrengungen der Regierung, für eine Zeit lang den inländischen Markt zu beherrschen und die Preise auf einen verhältnißmäßig niedrigen Stand herabzubringen, so würde diese Operation, unzeitig angewendet, doch nur Ein sicheres Resultat haben, den Erfolg nämlich, daß die Nachbarländer, angelockt durch die künstlich hergestellte Wohlfeilheit unsers Marktes, sich mit ihrem Bedarf auf diesem zu versorgen suchten, während gleichzeitig unsere Producenten ihren verkäuflichen Ueberschuß an das besser zahlende Ausland abzusetzen sich beeilten; daß mithin die Vorräthe, die, haushälterisch benutzt und allmälig, so wie es die sich selbst regulirende Verkehrsbewegung mit sich bringt, dem Markte zugeführt, den Bedarf des Landes auf natürliche Weise bis zur Aernte vollauf gedeckt hätten, auf doppeltem Weg und zum Theil wohlfeil dem Auslande zuflössen, um später, wenn die dadurch entstandene Lücke auf dem inländischen Markte sich fühlbar machte, zu höhern Preisen, ja vielleicht mit übermäßigen Opfern von jenem wieder zurückgekauft zu werden.

Diese Bemerkungen, die hier nicht weiter ausgeführt werden können, werden wenigstens hinreichen, um den Stadtverordneten die Ueberzeugung zu gewähren, mit welcher Vorsicht diese Angelegenheit behandelt werden müsse, damit Maßregeln, von denen das Land Hülfe erwartet, das Uebel anstatt es zu mildern, nicht vielmehr noch steigern, und damit der Staatskasse nicht große Opfer ohne reellen Nutzen für die Gesammtheit angesonnen werden. Sie werden aber auch zugleich als ein Beitrag zu unbefangener Würdigung der so oft gehörten und auch in der Vorstellung der Stadtverordneten nicht unberührt gebliebenen Ansicht dienen können, welche den Grund einer, fast einen ganzen Continent umfassenden Theuerungscalamität in dem geflissentlichen Zurückhalten einiger weniger, mehr oder minder bedeutender Getreidevorräthe in dieser oder jener Gegend des Binnenlandes zu erkennen glaubt und sich mit der Hoffnung schmeichelt, als ob durch das Anhalten der Besitzer zum alsbaldigen Verkauf der Theuerung plötzlich gesteuert und wohlfeile Preise für den inländischen Getreidemarkt dauernd erzielt werden könnten. Die Leiden, welche die gegenwärtige Theuerungsnoth über das Land verhängt, sind tief zu beklagen. Aber sie haben ähnliche Erscheinungen stets begleitet; sie sind davon bis zu einem gewissen Punkte unzertrennlich und können durch zweckmäßig geleitete Unterstützungsmaßregeln zu Gunsten der hülfsbedürftigsten Klasse zwar gemildert, nicht aber ganz gehoben werden; sie werden daher mit Geduld und Ergebung zu tragen sein, bis der natürliche Lauf der Dinge, wohin namentlich auch die in Aussicht stehende gesegnete Aernte gehört, Besserung herbeiführt. Das sächsische Volk hat dies bisher in einer Weise gethan, der selbst jenseit unserer Grenzen Anerkennung gezollt worden ist. Es ist Sache aller Derer, die als Behörden oder Gemeindevertreter ihren Mitbürgern voranzustehen berufen sind, an ihrem Theile dahin zu wirken, daß es diese Haltung auch ferner bewahre, und es wird dies kaum mit mehr Erfolg geschehen können, als wenn sie sich bemühen, richtigen Ansichten über den eigentlichen Grund des Uebels und die dagegen anzuwendenden Heilmittel die Bahn zu brechen und gewissen, an sich einfachen, durch Wissenschaft und Erfahrung gleichmäßig bestätigten Wahrheiten Geltung zu verschaffen, die auf der heutigen vorgeschrittenen Culturstufe wol billig das Gemeingut aller Gebildeten sein sollten.

Dem Stadtrathe wird überlassen, die Stadtverordneten auf ihre Eingabe dem Obigen gemäß zu bescheiden. Dresden, 19. Mai 1847. Ministerium des Innern."

*Aus Württemberg, 19. Mai. Während in unserm Nachbarstaate die ultramontane Partei immer mehr an Terrain verliert, macht man ihr wenigstens scheinbar hier Zugeständnisse. Nicht genug, daß man die Protestation Roms gegen die rottenburger Bischofswahl angenommen hat, so hat man jetzt auch die Form des Placet bei römisch-kirchlichen Erlassen geändert. Bisher ertheilte dies, wie in manchen katholischen Ländern, z. B. in Oesterreich, die Staatsbehörde; von nun an findet es durch die Kirchenbehörde statt. Zum ersten Mal ist diese neue Einrichtung bei der Verkündigung des jüngsten Jubiläumsablasses in Anwendung gekommen. Die neue Formel des Placet heißt nun: „Gesehen von der Staatskirchenbehörde". Dies wird zwar, weil es immer noch ein Placet, also eine Revision eines Erlasses des Statthalters Gottes ist, die Herren Ultramontanen auch noch nicht befriedigen, um so weniger, als die Zusammensetzung des katholischen Kirchenraths aus aufgeklärten Männern ihnen längst ein Scandal gewesen ist; allein es ist doch eine Concession. Nicht der König in Person oder ein lutherischer Minister, sondern wenigstens Katholiken und Kleriker, wenn auch nicht Vollblutsrömer, ertheilen das Placet. Sonst aber hält der Staat bis jetzt noch die Ultrapartei von den akademischen Lehrstühlen seiner Universität fern, begünstigt ihre Habilitation durchaus nicht, öffnet ihnen vielmehr gern die Thür, wenn sie im Auslande ihr Eldorado suchen wollen. Letzteres ist mit zwei tüchtigen Aspiranten des specifischen Römerthums soeben geschehen. Sie sind nach Hildesheim gegangen, werden aber wol aus dem Regen in die Traufe kommen. Denn in Hannover hält man von dem alten zu restaurirenden Römerthum sehr wenig und versteht keinen Spaß, wenn dasselbe sich Eingriffe erlaubt.

— Aus **Stuttgart** vom 20. Mai berichtigt sich der Nürnberger Correspondent: „Die polizeilich bereits beschlossene Auflösung des Männerturnvereins ist gestern nicht ausgesprochen worden, wie ich irrthümlich anzeigte. (Nr. 144.) Zwar erschien der Oberpolizeicommissar Ballinger in dieser Absicht Abends in der Versammlung; er überzeugte sich aber bald, daß der in dem Vereine herrschende Geist der Aufregung und des Widerspruchs keinen politischen Charakter, sondern lediglich in den innern Verhältnissen der Gemeinde seinen Grund habe. Der Sprecher, Hr. Müller, wurde im Beisein des Oberpolizeicommissars durch Acclamation für abgesetzt erklärt und durch Aufhebung der Hände Treue dem König und dem Vaterlande gelobt. Somit dürfte diese Angelegenheit auf eine friedliche Weise beigelegt sein. Uebrigens wurden gestern noch zwei Turner, weil sie im Verdachte stehen, Heinzen'sche Schriften verbreitet zu haben, verhaftet."

— In **Stuttgart** hat sich eine Gesellschaft gebildet, mit dem Zwecke, die Auswanderungsangelegenheit zu einem besondern Gegenstand ihrer beaufsichtigenden Fürsorge zu machen. Ein von ihr ernanntes Comité hat folgenden Plan ausgearbeitet, wonach der Zweck ein zweifacher ist: 1) Sorge für die Belehrung und das Wohl der Auswanderer, um sie vor den Folgen eignen Leichtsinns und fremden Eigennutzes zu bewahren; 2) Ausmittelung und Erwerbung eines gemeinsamen Ansiedelungsplatzes in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

— Auch in **Baden** ist jetzt durch Erlaß des Ministeriums des Innern vom 18. Mai der Verkauf von frischgebackenem Schwarzbrot verboten worden. Die Bäcker dürfen das Schwarzbrot erst nach Ablauf von 24 Stunden, nachdem es den Ofen verlassen hat, abgeben. — Eine andere Verordnung ist besonders für die wildreichen Gegenden des Landes von Wichtigkeit. Es soll nämlich einer der Landwirthschaft schädlichen Vermehrung des Wildstandes aller Orten auf das entschiedenste entgegengewirkt werden, und sind deshalb die Behörden sogar ermächtigt, da, wo die Jagdpächter einem solchen Misstande nicht selbst abhelfen, auf ihre Kosten Treibzüge anordnen und abhalten zu lassen.

Kassel, 17. Mai. In Folge einer Anweisung des Ministeriums des Innern hat die Regierung der Provinz Niederhessen eine Uebersicht der Roggenvorräthe zur allgemeinen Kenntniß mittels des Provinzial-Wochenblatts gebracht. Hieraus ersehen wir, daß eine dreimalige Aufnahme sämmtlicher Vorräthe stattgefunden hat. Im ersten Drittel des December 1846, wo zum ersten Mal die Aufzeichnung der Fruchtvorräthe stattgefunden, waren im Kurstaate 229,676 Viertel Roggen vorräthig. Hiervon sind ausgenommen die Residenz Kassel und die Stadt Marburg; für letzterer Bedarf ist bis zur Aernte besonders gesorgt. Ende Februar 1847 beliefen sich die Vorräthe auf 136,806 Viertel und Ende April auf 80,154 Viertel. Aus dem Auslande wurden in den Monaten März und April eingeführt: 13,003 Viertel und von den Domanial- und angekauften Vorräthen wurden abgegeben: 8453 Viertel. Ausgeführt wurden im März und April 113 Viertel, mithin bleibt Verbrauch in den zwei Monaten vom 1. März bis 30. April 1847: 77,995 Viertel. Auf eine Bevölkerung von 706,235 Seelen würden demnach auf den Kopf täglich über $^{9}/_{16}$ Pfd. Brot im Durchschnitt consumirt. Außer dem oben angeführten Roggen wurden in den letzten zwei Monaten ins Ausland ausgeführt: 1152 Viertel Weizen und 100 Viertel Hafer, während die Ausfuhr vom 1. Dec. 1846 bis 1. März 1847 betrug: 1158 Viertel Weizen, 555 Viertel Roggen und 1060 Viertel Hafer. Kartoffeln sind Ende April noch vorräthig gewesen: 291,388 Viertel, und der Verbrauch betrug in den letzten zwei Monaten im Durchschnitt täglich $^{1}/_{16}$ Metze auf den Kopf. Für den Fall eines Mangels an Kartoffeln sind die Gemeinden angewiesen, auf Rapsblätter, Spinat, Frühkohlrabi und Frühkartoffeln aufmerksam zu machen. (Fr. J.)

— Am 22. Mai starb in **Darmstadt** Ernst Emil Hoffmann.

— In der Sitzung der **nassauischen** Landesdeputirten am 5. Mai ist (wie aus den gedruckten Protokollen ersichtlich) nach einer lebhaften Discussion der Gesetzentwurf einer allgemeinen Maß- und Gewichtsordnung angenommen worden.

*Lübeck, 21. Mai. Zum Commissar für die in Kopenhagen zu eröffnenden Verhandlungen über die nähern Bestimmungen, unter welchen uns die Eisenbahn nach Büchen gewährt werden soll, hat der Senat den Syndikus Elder ernannt, welcher auch schon vor zwei Jahren zur Betreibung derselben Angelegenheit in Kopenhagen thätig war. Derselbe ist heute an den Ort seiner Bestimmung abgegangen.

Als Commissar der dänischen Regierung wird Etatsrath Francke genannt, Derselbe, welcher seinen Monarchen bei der letzten in Dresden zusammengetretenen Elbschiffahrtscommission vertrat. Wir haben demnach Aussicht, bald das Nähere über die von dänischer Seite aufzustellenden Bedingungen zu erfahren. Inzwischen zerbrechen sich norddeutsche Zeitungscorrespondenten den Kopf über die Natur und den Umfang derselben und stellen zum Theil die ungereimtesten und widersinnigsten Vermuthungen darüber auf. — Heute starb hier der Kaufmann Jacoby, Chef des Handelshauses Dan. Jacoby und Comp., ein Mann, dessen Name in den letztern Jahren mehrfach in öffentlichen Blättern erwähnt wurde. Wie verschieden auch hier die Ansichten über seine Persönlichkeit und seine öffentliche Wirksamkeit sind, so steht doch so viel fest, daß er durch seinen Feuereifer für das als wahr Erkannte und durch eine seltene Beharrlichkeit zur Abstellung mancher Mängel in unsern öffentlichen Einrichtungen wesentlich beigetragen hat. — Die Vorbereitungen zu dem auf den 26—29. Jun. angesetzten deutschen Sängerfeste nahen ihrer Vollendung. Die Festhalle ist bis auf die innere Decoration hergestellt. Sämmtliche Liedertäfler — und noch täglich gehen neue Anmeldungen ein — finden freies Obdach bei unsern Bürgern.

— **Aus Franken** vom 16. Mai wird der Weser-Zeitung geschrieben, die Bestimmungen des amerikanischen Passagiergesetzes, wonach den Minderbemittelten die Möglichkeit zur Auswanderung noch mehr beschränkt wird, und die Klagen, welche bereits jetzt über die Anwendung desselben laut werden, hätten die Aufmerksamkeit mehrer süddeutschen Regierungen angeregt und den Entschluß zur Reife gebracht, sich des Auswanderungswesens nachdrücklicher, als es bisher der Fall war, anzunehmen. Es würden deshalb vor Allem zu diesem Belang mehrfache Anträge bei der Bundesversammlung gestellt werden, und wenn diese, wie nur zu wahrscheinlich, keinen allgemeinen Eingang fänden, würden die gedachten Regierungen unter sich solche Maßregeln treffen, wodurch nicht nur die Auswanderer vor Uebervortheilung geschützt, sondern auch den Minderbemittelten und Armen Wege eröffnet würden, sich jenseit des Meeres ebenfalls eine Zukunft zu begründen.

Preußen.

× **Berlin**, 23. Mai. Uebermorgen beginnt die zweite allgemeine Kirchenversammlung der Deutschkatholiken, und es erleichtert jedenfalls die Berichterstattung, wenn vorher ein Blick auf die Vorlagen oder vielmehr auf die ersten Anträge, die gestellt wurden, geworfen wird. Der berliner Vorstand hatte im Einladungsschreiben die Gemeinden aufgefodert, sie möchten die Anträge, welche sie vom Concil verhandelt zu sehen wünschten, einsenden, damit dieselben zusammengestellt, gedruckt und an die einzelnen Gemeinden versendet werden können. Diese Anträge sind denn vor wenigen Tagen erschienen, es sind deren so viele, daß sie einen enggedruckten Bogen füllen, und wenn über alle gründlich verhandelt werden soll, so wird das Concil in der Dauer wol ein Seitenstückchen zum Leipziger liefern. Da indessen die Mehrzahl derselben nur in einer bessern oder auch nicht bessern Fassung der bisherigen Bestimmungen, oft in einer bloßen Umschreibung derselben bestehen, oft sogar in eine bloße leere Wort- und Formenklauberei ausarten, so werden die Abgeordneten sie hoffentlich eben so massenhaft beseitigen, als sie aufgetaucht sind. Man hat die Ansicht der Offenbacher und Frankfurter, daß man in der jetzigen schweren Zeit nicht auf Kosten der Gemeinden reisen und sich in Berlin aufhalten dürfe, „gar zu spießbürgerlich" genannt; wenn man aber über die Auslassung oder Hinzusetzung eines Wortes verhandeln wollte, dann würde die gesammte öffentliche Meinung diese Ansicht theilen. Es fehlt indessen auch nicht an wichtigen Fragen, und die Art, wie sie aufgestellt worden sind, zeigt, daß es eben so wenig an Kämpfen und lebhaften Verhandlungen fehlen wird. Ueberall machen sich drei widerstrebende Elemente geltend, die ihre Kräfte mit einander messen werden und müssen: das stürmisch-fortstrebende, das zurückbleibende und zurückschreitende, und das erhaltende. Die wichtigen Fragen sind vor Allem: ob die leipziger Bestimmungen abgeändert werden sollen; die Stellung der Deutsch-Katholiken zu den freien protestantischen Gemeinden; die Herstellung eines Centralvorstandes für ganz Deutschland und die Stellung der Vorstände und Aeltesten der Gemeinde gegenüber. In zweiter Reihe möchte eine Verhandlung über Anstellung und Entlassung der Geistlichen und über den Namen „Deutsch-Katholisch" stehen. Hinsichtlich der Revision der leipziger Bestimmungen, die bekanntlich bis jetzt die Grundlage aller Gemeinden sind, verlangt Breslau eine allgemeine und gründliche Revision, deren Ziel, wie verwandte Anträge zeigen, bis zur Abschaffung jedes Bekenntnisses, der Verschiebung der Taufe bis zum 14. Jahre ꝛc. hinausgesteckt ist. Entgegengesetzte Ansichten wollen durch Einzelheiten ein Etwas in die leipziger Bestimmungen bringen, welches dieselben den Formen und Ueblichkeiten anderer Kirchen fügsamer macht, und streben, die zu frei und schroff emporragenden Spitzen zu brechen und zu mildern. Eine große Zahl scheint aber auch für unversehrte Aufrechterhaltung der leipziger Bestimmungen zu sein, und nach Dem, was die Zeitungen über die Gemeinde- und Synodalverhandlungen berichtet haben, scheint diese Ansicht der Mehrzahl der Vertretenen beizuwohnen. Die leipziger Bestimmungen sind gewiß nichts Vollkommenes, wie nichts Menschliches vollkommen ist; allein wenn sie über 250 Gemeinden zur Grundlage gedient haben und genügten, wenn die Wissenschaft erst begonnen hat, sie anzuwenden und das weiter Nothwendige daran zu knüpfen (Katechismus von Johannes, Schell's Lehrbuch, Bauer's Urchristenthum und Christenthum der Apostel ꝛc.), dann ist es doch wahrlich zu früh zu einem Umsturze. Die Erfahrung ist allerdings die beste Lehrmeisterin, allein wenn die leipziger Versammlung nicht einmal eine zweijährige Voraussicht bewährte und doch alle Gemeinden ihre Schöpfung als Grundlage annahmen, dann ist dies eine ebenso räthselhafte Erscheinung, als es über die geistige Bedeutung der ganzen Sache zweifelhaft werden läßt. Die dogmatischen und liturgischen Bestimmungen betreffend, so laufen die Meinungen eben so weit aus einander wie bei der ersten Frage; Breslau will eine gründliche Revision auch dieser Sätze, deren Ziel die Aufgabe eines allgemeinen Symbols, die Vertauschung des Wortes und Sinnes „Sacrament" mit „Gebrauch", die Abschaffung der Kindertaufe ꝛc. sein würde. Der kleine Rest der Czerski'schen Richtung und die dreizehn berliner Protestkatholiken empfehlen die Annahme des Apostolicums; Andere verlangen die unversehrte Festhaltung des Bisherigen und halten ein Rütteln an den liturgischen Bestimmungen für um so weniger nöthig, als den Gemeinden in dieser Beziehung die vollste Freiheit gelassen ist, wie Zeit, Ort und Mittel hierüber auch einzig und allein entscheiden können. Das Bestreben, die Uniformität der römischen Kirche in dieser Beziehung zu erzielen, welches ebenfalls durch die Anträge hindurch blickt, ist gewiß auf diesem Gebiete am allerwenigsten möglich.

Die Stellung der Deutsch-Katholiken zu den freien Gemeinden zeigt dieselbe Meinungsverschiedenheit: Breslau wollte die Vertreter derselben eingeladen wissen zur Theilnahme am Concil, obgleich es ihm sehr schwer werden dürfte, in den gültigen leipziger Concilbestimmungen auch nur einen Anhalt für diese Foderung zu finden, viel weniger eine Berechtigung dazu, und das Vereinbarte wenigstens so lange Geltung haben muß, bis man sich über etwas Anderes, jeder nicht mehr vereinigt. Andere lehnen jede Vereinigung und die Verhandlungen über eine solche völlig ab, und die dritte zwischen beiden stehende Meinung begnügt sich, die Angelegenheit zur Prüfung zu empfehlen und namentlich zu erörtern, ob eine etwanige Vereinigung, die principielle Möglichkeit vorausgesetzt, an der Zeit ist. Wie eine andere Vereinigung als die gegenseitiger Hülfeleistungen, eines Schutz- und Trutzbündnisses gegen den gemeinschaftlichen Gegner, die Staatskirchen, möglich sein soll, sofern man nicht ein Aufgehen der freien Gemeinden im Deutsch-Katholicismus darunter versteht, ist schwer einzusehen, da es sich auf der einen Seite ja nur um Persönlichkeiten und kleine einzelne Vereine handelt, die principiell gar nicht dazu gelangen können, als eine Gesammtheit aufzutreten und etwas Bindendes einzugehen. Der Wechsel der Geistlichen hat bis jetzt allerdings manche Unannehmlichkeit im Gefolge gehabt, und es muß der Gemeinden wie der Geistlichen wegen in dieser Beziehung etwas festgesetzt werden; allerdings lagen die bisherigen Unzuträglichkeiten mehr darin, daß man die leipziger Bestimmungen nicht angewendet hat und nicht auf ihnen fortbaute. Ebenso verhält es sich mit der Stellung der Vorstände und Aeltesten zur Gemeinde; die leipziger Bestimmungen haben die Souverainetät der Gemeinden vollständig anerkannt und gewahrt; wenn Einzelne diese Souverainetät nicht festgehalten und die Organe der Gemeinde sich haben über den Kopf wachsen lassen, so war das ihre Sache. Den Misbrauch geistiger Ueberlegenheit, der meistens Ursache der abnormen Stellung der Vorstände oder Aeltesten war, können keine Normen der Welt verhindern. Die Gründung eines Centralvorstandes ist eine Lieblingsidee Ronge's, die den ganzen Einrichtungen der jungen Kirche entschieden zu widerstreben scheint; die Concile, die Provinzial- und Kreissynoden machen nur Vorschläge, welche die Gemeinden annehmen oder verwerfen. Der Centralvorstand könnte also auch nicht mehr thun, wenn er nicht eine Hierarchie werden soll. Was aber sollen die Vorschläge eines Vorstandes nützen, der die Bedürfnisse der Einzelnen nicht kennen kann? In dringenden Fällen sind sie wirkungslos, in nicht dringenden überflüssig, und für die Verbindung der Provinzen und Gemeinden unter einander genügt der geschäftsführende Gemeindevorstand, welchen das leipziger Concil geschaffen hat, vollkommen.

Endlich den Namen betreffend, so war die Bezeichnung „Deutsch-Katholisch" allerdings nicht glücklich gewählt, ist auch nie allgemein geworden; eine Meinungsverschiedenheit wird hier höchstens über die Bezeichnung „Katholisch" entstehen, an der Einige ebenso entschieden festhalten als Andere sie ablegen wollen. Es ist sonach Stoff zu Hader und Zwiespalt im reichsten Maße gegeben, und sollte eine Richtung nicht nachgeben, so scheint ein Zerwürfniß fast unvermeidlich. Es ist also die schwere Aufgabe der Abgeordneten, zu versöhnen und zu vermitteln was unversöhnlich scheint. Noch ist keine Idee in der Weltgeschichte untergegangen, sondern jede hat ihre Frucht getragen, wie lange sie auch zwischen Blüte und Frucht geschlummert haben mag; auch die Idee, welche dem Deutsch-Katholicismus zum Grunde liegt, wird nicht untergehen. Allein sollte man in Berlin sich trennen und vereinzeln, so dürfte derselbe als Erscheinung der Jetztzeit wenn nicht sterben, doch zu einer Unbedeutendheit herabsinken, die seine Freunde nur mit tiefem Schmerze sehen könnten.

Königsberg, 20. Mai. Bevor unrichtige und übertriebene Nachrichten den Weg ins Publicum finden können, beeile ich mich, eines Auftritts zu erwähnen, der gestern an dem Bohlwerke des linken Pregelufers vorfiel. Dort liegen zwei Fahrzeuge mit Getreide — von denen eins dem Gerüchte nach derselbe Jude commandirt, der zu dem Excesse in Labiau Veranlassung gegeben hat, und es sollte dasselbe aus diesen Fahrzeugen in Schiffe, die sich daneben gelegt hatten, übergeladen werden. Da sonst das Getreide aus den Fahrzeugen erst auf die Speicher gemessen und dann wieder hinab in die Schiffe getragen wird, so wäre den Sackträgern durch das bloße Umladen ein großer Verlust am Verdienste entstanden, und um diesen nicht zu erleiden, versammelten sich etwa 50—60 Mann und verhinderten das Umladen. Natürlich mehrte sich bald der Haufe durch müßige Zuschauer, und eine nicht unbedeutende Menge Menschen fand sich dort beisammen. Auf die Nachricht hiervon eilte der Polizeipräsident Lauterbach sogleich an Ort und Stelle, begab sich unter die Unzufriedenen und erkundigte sich nach der Ursache der Bewegung. Als ihm dieselbe mitgetheilt war, gelang es ihm, die Menge durch wenige Worte zu beruhigen; er traf sofort die nöthigen Anordnungen, daß dergleichen Auftritte ferner vermieden werden, und die Menge, die sich durchaus ruhig und anständig verhalten hatte, verlief sich. Dergleichen Scenen sind übrigens in allen Jahren vorgefallen, sie erregen nur in dieser bewegten Zeit besondere Aufmerksamkeit. Bei dieser Gelegenheit konnten wir übrigens sehen, daß der Präsident, dessen Handlungen eine Partei mit scheelen Augen betrachtet, die Liebe und das Vertrauen des Volkes besitzt und wahrhaft populair ist, denn wenige Worte von ihm reichten hin, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen.

— Damit das Turnen bei den Truppen nach gleichen Grundsätzen und in gleicher Ausdehnung erfolge, hat der König unterm 1. April d. J. bestimmt, zu Berlin ein Centralinstitut für den gymnastischen Unterricht in der Armee zu errichten, dessen Aufgabe es sein soll, Militairturnlehrer theoretisch und praktisch auszubilden. Zum Director dieses Instituts ist der Major v. Griesheim im Kriegsministerium ernannt, und es sollen als Theilnehmer von jedem Armeecorps zwei qualificirte Offiziere nach der Hauptstadt commandirt werden, welche eine monatliche Zulage von 8 Thlr. erhalten. Der Lehrcursus ist auf anderthalb Jahre festgesetzt, und soll der Unterricht theils in Gymnastik, theils in Anatomie und Physiologie bestehen. Den ersten Theil desselben werden zwei hierzu bestimmte Offiziere leiten, während für die zwei andern Gegenstände ein Obermilitairarzt als Lehrer bestellt ist.

— Nach Privatbriefen aus **Paderborn** sind dort die Collegien an der theologischen Facultät bereits acht Tage vor der gesetzlichen Zeit geschlossen worden, und zwar wegen Zwistigkeiten zwischen dem Dekanat und den Studenten. (Düss. Z.)

Oesterreich.

Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Karlsbad** vom 15. Mai berichtigt: „Wir lesen soeben in Ihrem Blatte, daß unter den von Volksaufständen heimgesuchten Orten auch Karlsbad mit genannt wird. Dem muß widersprochen werden: hier ist bis jetzt nicht das Mindeste vorgefallen."

Spanien.

Die Gaceta de Madrid enthält ein Decret, welches kräftige Maßregeln gegen die schamlosen Schmuggler an der catalonischen Küste und Grenze vorschreibt. Wie der Heraldo wissen will, hätten Espartero, Linage und andere in London verweilende angesehene Progressisten die Königin um Erlaubniß zur Rückkehr nach Spanien angegangen. In Madrid war man der Theuerung wegen vor Ruhestörungen besorgt. Am 24. Mai, glaubte man, werde die Königin sich von Aranjuez nach La Granja begeben.

— Aus **Barcelona** wird vom 18. Mai gemeldet, daß der Oberst Bazeos am 15. Mai Tristany und seine Bande überfallen, ihr 20 M. getödtet und Tristany gefangen genommen habe. Letzterer sei nach Solsona gebracht und dort erschossen worden, womit man die carlistische Faction in Catalonien für vernichtet ansehe.

Großbritannien.

London, 19. Mai.

Das Oberhaus hat gestern, wie wir schon im vorigen Blatte mittheilen konnten, die irische Armenbill passiren lassen. Die neue Werbebill für das Heer (Anwerbung auf zehn Jahre) ging mit einigen Abänderungen der Wortfassung durch das Comité. Earl Grey, der Colonialminister, zeigte an, daß er am 20. Mai die Vertagung des Hauses bis zum 28. Mai beantragen werde. Im Unterhause beantragte Hr. Duncombe eine unterthänige Adresse an die Königin, die Bitte enthaltend, daß 21 Tage nach Eröffnung jeder Session dem Parlamente vollständige und detaillirte Nachweise über alle die Schulen, Lehrer ꝛc. vorgelegt werden möchten, welche von der Regierung Unterstützungen, Zuschüsse ꝛc. empfangen. Lord J. Russell trat dem Antrag unter zugestandener Abänderung im Wortlaute bei, und er wurde dann angenommen. Auf Antrag des Schatzkanzlers wurde vom Hause ein Comité niedergesetzt, um zu erwägen, ob mit den vor dem Hause schwebenden Eisenbahnbills eingehalten, ihr Fortgang suspendirt, den Betheiligten aber für eine spätere Session die Beförderung derselben offen gelassen, überhaupt wegen der Eisenbahnbills in den stehenden Ordnungen des Hauses etwas bestimmt werden solle. Die vertagte Debatte über die zweite Lesung der Bill, die neue Centralbehörde für das Armengesetz betreffend, wurde dann fortgesetzt, allein abermals und bis 20. Mai vertagt. Der Schatzkanzler zeigte an, daß er die dritte Lesung der Bill über Discontovergütungen für frühere Einzahlungen auf die neue Anleihe bis nach Pfingsten aussetzen wolle. Vom Oberhause kam die irische Armenbill mit den dort beliebten Amendements herunter und ward zum Drucke beordert, am 31. Mai sollen die Amendements in Erwägung gezogen werden. Auf Lord G. Bentinck's Antrag vertagte das Haus sich des am 19. Mai bei Epsom stattfindenden großen Derby-Rennens wegen, wo bisher stets die Sitzung ausgesetzt wurde, bis zum 20. Mai.

— Alle Zeitungen enthalten bereits täglich sich mehrende Vorzeichen einer nicht mehr für zweifelhaft angesehenen nahen Auflösung des Parlaments. Bisherige Mitglieder des Unterhauses erklären ihre ihren Constituenten, daß sie zurücktreten von erneuter Bewerbung; dort sprechen in Vorschlag gebrachte Candidaten in Adressen an die Wähler aus, daß sie bereit sein würden, ihrer Berufung zu folgen; die Local- und Provinzialblätter erörtern die Verdienste der in Vorschlag gebrachten Candidaten für ihre Bezirke, und in allen Theilen des Landes wird geschäftiges Treiben in Voraussicht der Wahlhandlung rege. Dem Globe zufolge deuten die neuesten Gerüchte über die Auflösung des Parlaments auf den 19. bis 26. Jun. und, wenn die Geschäfte es gar nicht anders gestalten sollten, auf Anfang Juli hin.

— Es ist ein Ruhm des britischen Parlaments, bemerkt die Times, daß es alle Klassen und Interessen des Landes vertritt und, wie thätsächlich, ist auch nichts wahrer, als daß fast jede respectable Sache in einem oder dem andern Hause ihren Sprecher hat. Eine Klasse aber hängt trotz ihrer Wichtigkeit in dieser Hinsicht vom Zufall ab. Die Armen sind genöthigt, an der Barre in forma pauperis zu suppliciren. Sie sind von der Wählerschaft ausgeschlossen. Die Menschen, die uns nähren und kleiden durch den Schweiß ihres Angesichts, unsere Arbeiter und Handwerker, unsere Seeleute und Soldaten und mehr noch jene zahlreiche Masse, die nie lassen wird vom Lande, sie haben Niemanden zum Fürsprecher, wenn sie nicht das etwas seltene Glück haben, Jemanden zu finden, bereit, ihre Sache zu führen für nichts als ihren Dank und sein Bewußtsein. Das aber ist kein geringer Dienst. Die Armen und ihr Fürsprecher werden gleich mistrauisch von den Geldspendenden wie von den Gelderwerbenden angesehen. Eine Heuschreckenwolke aus der Wüste könnte nicht mehr erschrecken als ein neuer Einbruch des Pauperismus. Daher mögen sehr Wenigen nur ihre Namen mit Denen von Ihr. Maj. Unterthanen gesellen, die so unglücklich sind, keine 10 Pf. St. jährliche Miethe und nicht Dem entsprechende Abgaben zu zahlen. Wären solcher Männer mehr, vielleicht würden wir weniger vom allgemeinen Stimmrecht und der Art schauerlichen Sachen mehr vernehmen. Vielleicht auch danken wir das verhältnißmäßig seltenere Auftauchen solcher Gespenster in den letzten Jahren dem zunehmenden Glauben der Armen, daß sie ihre Vertreter in der Legislatur und in der Presse haben. Eine wohlwollende Antwort entwaffnet den Zorn; die Armen werden still und die Wehr entfällt ihren Händen, wenn sie ihre Bedrängniß und Noth so ernstlich, gründlich und theilnehmend behandelt sehen, als wenn Vermögen, Titel und Güter ihren Anwalt lohnten.

— Nach der Times wäre die Ernennung des jetzigen Handelsamtspräsidenten, Earl of Clarendon, nachdem derselbe sich bereit erklärt, zum Nachfolger des Earl of Besborough gewiß.

— Das Morning Chronicle rühmt von dem verstorbenen Earl of Besborough, daß seine Politik als Lordlieutenant in einer drangsalvollen Zeit und bei einander hart gegenüberstehenden Parteien, obgleich er ein entschiedener Reformer war, dennoch die Billigung der festesten Conservativen wie der Earl of Roden im Oberhause, so gut wie der HH. Lefroy und Shaw von der irischen Partei im Unterhause erhalten habe. Der Earl hatte aus seiner Ehe mit der 1844 verstorbenen Lady Marie Fane, dritter Tochter des verstorbenen Earl of Westmoreland, 14 Kinder, von denen fünf Söhne, drei vermählte und drei ledige Töchter noch am Leben sind. Er ist im 66sten, sein Vater ist im Jahre 1844 im 86sten Jahre gestorben.

— Am 17. Mai hat auch auf der Insel Jersey ein Theuerungstumult stattgefunden und ein Haufe Arbeiter drang dabei in eine Mühle und plünderte. Das zu Hülfe gerufene Militair stellte jedoch, nachdem die Aufruhracte verlesen worden, die Ordnung sofort her.

— Der Manchester Courier äußert sich sehr besorgt wegen Erhaltung der Ruhe in dieser Fabrikmetropole, wo Mangel an Beschäftigung und außerordentliche Theuerung zusammentreffen und viele Hunderte, ja vielleicht schon mehre Tausende eine nur allzu treue Geschichte von Noth, langem Elend und absolutem Mangel am Nothwendigsten, die jedes Menschenherz rühren würde, zu erzählen hätten.

— Das im vorigen September von Gravesend mit 400 M. Truppen und den Frauen und Kindern der davon Verheiratheten nach Hobarttown

Digitized by Google

und Sydney abgegangene, gemiethete Transportschiff Sir R. Peel von bald 800 Tonnen ist nach in Hobarttown bewirkter Landung eines Theiles der Truppen und nachdem es von da nach Auckland gesegelt war, auf der Fahrt nach Sydney am 17. Jan. in der Nähe der Arocabai bei nebeligem Wetter gescheitert. Sämmtliche Menschen am Bord retteten sich jedoch an die nahe Küste von Südwales und auch ein großer Theil der Vorräthe konnte geborgen werden.

— Zu Ende December v. J. traf in Bally die 14 Köpfe starke Bemannung eines von China nach Hobarttown und England unterwegs gewesenen Schiffes Prima Donna in dem großen Boote desselben ein und gab vor, das Schiff habe nördlich von Java Schiffbruch gelitten und Capitain und Offiziere wären dabei umgekommen. Bei genauerer Befragung der Leute ergaben sich jedoch verdächtige Umstände, und am Ende kam heraus, daß sie die Offiziere ermordet, das Schiff geplündert und dann versenkt hatten, und die sämmtlich von Manilla gebürtigen Meuterer wurden nun in festen Gewahrsam genommen. Schiff und Ladung sollen einen Werth von 8000 Pf. St. besessen haben.

— Der St. Vincent ist gestern glücklich von Portsmouth nach Spithead gelangt. Die Befehle waren so dringend, daß nöthigenfalls ein Theil der Vorräthe gelandet werden sollte, um das Schiff leichter zu machen, sollte die Flut nicht für den sehr tief gehenden Dreidecker Wasser genug bieten, um aus dem Hafen zu kommen. Die Dampffregatte Terrible ist ebenfalls nach Spithead beordert.

— Einige Blätter melden die Ankunft des Herzogs v. Terceira, der aber noch nicht von seiner Haft in Oporto befreit ist. Der Irrthum rührt von einer Verwechselung mit dem gestern schon angezeigten Eintreffen des Herzogs von Palmella her.

Frankreich.

Paris, 20. Mai.

In der Pairskammer wurde gestern die vertagte Berathung der Artikel des Gesetzentwurfs über das Capitel von St.-Denis begonnen. Graf Portalis sprach als Berichterstatter gegen die wider den Gesetzentwurf erhobenen Angriffe. Graf Montalembert erklärte sich für denselben, obgleich er darin ein Trachten erblicken müsse, geheimen Einfluß auf die französische Geistlichkeit zu erlangen, was aber an deren Redlichkeit scheitern werde. Sodann aber sah er ein Aufgeben der so viel gerühmten gallicanischen Freiheiten von Seiten der Regierung und die formelle Anerkennung der souverainen Suprematie des heil. Stuhles über die französische Kirche darin, womit er sehr einverstanden sei. Man habe die Maßregel die ultramontanste genannt und dafür halte er sie, nehme sie als solche an. Wäre die Regierung minder ultramontan gewesen, so würden vielleicht einige Gegner derselben weniger gallicanisch gewesen sein. Der Justizminister Hr. Hébert widersprach Dem und führte aus, daß den gallicanischen Freiheiten nicht das Geringste vergeben werde und die päpstliche Bulle nichts als eine Uebereinkunft zwischen der geistlichen und weltlichen Macht sei. Hr. de St.-Priest erklärte dessenungeachtet, daß er gegen den Gesetzentwurf stimmen müsse. Die beiden ersten Artikel desselben wurden sodann mit von der Regierung gutgeheißenen Abänderungen angenommen. Der erste bestimmt, daß das durch Decret vom 20. Febr. 1806 gestiftete Capitel von St.-Denis, wie dasselbe durch die Bulle vom 3. April 1843 bestätigt worden, sammt der in der ehemaligen Abtei von St.-Denis befindlichen Erziehungsanstalt der Ehrenlegion, der Jurisdiction des Erzbischofs von Paris entzogen sind und bleiben, und daß diese unter dem heiligen Stuhle der Primicier des besagten Capitels ausübt. Die erwähnte Bulle und die über ihre Annahme ergangene königl. Verordnung soll in die Gesetzsammlung aufgenommen werden. Die Zusatzartikel des Marquis de Barthélemy kommen in der heutigen Sitzung zur Berathung. Die Deputirtenkammer votirte gestern den Budgetabschluß von 1844 mit 209 gegen 27 Stimmen. Bei der vorhergehenden Berathung der letzten Capitel bemühte der Abbé de Genoude sich, wieder einmal von sich reden zu machen. (S. den Brief aus Paris.)

— Die Verhandlungen in dem gegen den General Cubières bei dem Pairsgerichtshof anhängigen Processe werden erst nach dem Schlusse der Session, d. h. gegen Ende Juli, beginnen.

— Die Nachricht der gestrigen Blätter von der Ablehnung des Marineministeriums durch den Herzog v. Montebello war falsch. Die Regierung hat vielmehr vom 16. Mai aus Neapel pr. Telegraphen über Toulon seine Zusage und die Meldung erhalten, daß er bis zum 20. Mai von Neapel abreisen werde.

— Gestern hat ein Ministerrath beim Könige stattgefunden, in welchem der Patrie zufolge die Anstellung des Grafen Dejean als Generaldirector der Posten beschlossen worden sein soll. — Dasselbe Blatt meldet, daß der von Havre unerwartet schnell zurückgekehrte Minister des Innern, Graf Duchatel, wieder einen Fieberanfall gehabt und behindert sein werde, in der nächsten Zeit zu fungiren.

— Die Réforme erzählt den Scandal von Chantilly (Nr. 144) folgender Art. „Bei dem am 16. Mai dort am Schlusse der Festlichkeiten in den prinzlichen Salons begonnenen Spiele betheiligten sich viele Personen vom Hofe, und ein Stabscapitain und Ordonnanzoffizier des Königs, ein Mann von ansehnlichem Vermögen, zeichnete sich durch unverschämtes Glück aus, das Geld und Banknoten zu einem Betrage von 25—30,000 Fr. rasch vor ihm anhäufte. Die Sache wurde einigen seinern Spielern am Ende verdächtig, und es stellte sich auch in der That heraus, daß Ludwig Philipp's Ordonnanzoffizier falsch spiele. Das Aufsehen war kein kleines. In der Kammer wußte man gestern, daß Hr. G..., Sohn des Generals dieses Namens, Capitain vom Generalstab, Ordonnanzoffizier des Königs, nicht verhaftet worden sei, wie man glaubte, sondern nach seiner Verabschiedung Zeit hatte zu entkommen und daß er nach Amerika abgereist sei."

— Der britische Gesandte, Marquis of Normanby, reist heute mit seiner Gemahlin nach England ab, und Oberst Romilly wird in seiner Abwesenheit als Geschäftsträger fungiren. Galignani's Messenger bemerkt dazu, daß er gute Gründe habe, im Betreff der Gerüchte vom Eintritt des Marquis in das Cabinet auszusprechen, daß dieselben aller Wahrheit entbehren. Die Abwesenheit des Marquis von Paris sei in Privatverhältnissen begründet und werde nicht über drei Wochen dauern.

— Mehre Blätter enthalten heute die Nachricht vom Tode des ältesten Sohnes des Herzogs von Montfort, des Prinzen Jerome, in Castello bei Florenz mit dem Hinzufügen, daß derselbe seit lange an einem Uebel litt, für dessen Beseitigung der zu Rathe gezogene Dr. Lallemand einige Hoffnungen dann gegeben habe, wenn der Kranke unverzüglich nach dem Bade Vernet im Departement Ostpyrenäen sich begeben könne. Der Vater des Prinzen und sein Oheim, der König von Württemberg, wären jedoch mit ihren Wünschen deshalb von der französischen Regierung rund abgewiesen worden. Die Zeitungen knüpfen daran sehr bittere Ausfälle auf die blinde Animosität, welche dazu geführt habe, und der Commerce meint, die Regierung habe vielleicht dadurch einen Theil der Verantwortlichkeit wegen des frühen Todes des Prinzen auf sich geladen.

*** **Paris**, 20. Mai. Ob der Herzog v. Valmy seiner eignen Partei einen Dienst geleistet hat, als er auf seinen Platz in der Deputirtenkammer verzichtete und den Wählern den ehemaligen Abbé de Genoude als seinen Ersatzmann vorschlug, ließe sich nach der ersten Rede, die der neue Deputirte von Toulouse vor mehren Monaten hielt, sehr bezweifeln; so viel ist gewiß, daß in der ganzen Kammer Niemand durch den sonderbar revolutionairen Vortrag Genoude's tiefer verletzt und mehr entrüstet war als eben die legitimistische Partei. Wie Dem aber auch sei, so hat der Herzog v. Valmy doch der ganzen Kammer einen boshaften Streich gespielt, als er dem Redacteur der Gazette de France zu einem Sitz in der Versammlung der Juligesetzgeber verhalf. Denn wenn die Herren „Ehrenwerthen" von den herkömmlichen Kämpfen zwischen der Linken, dem rechten und linken Centrum ausruhen und unter gemüthlichen und heitern Gesprächen einen Posten nach dem andern des außerordentlichen Ausgabenbudgets votiren wollen, besteigt Hr. de Genoude die Tribune und sagt ihnen mit der größten Kaltblütigkeit, sie hätten gar nicht das Recht, sich hier zu unterhalten, geschweige über die Gelder der Nation zu verfügen, und sofort geräth die ganze Kammer in Aufruhr, nicht so sehr darüber, daß ihre kostbarsten Rechte in Frage gestellt und bestritten werden, sondern darüber, daß man sie in ihren harmlosen und unterhaltenden Gesprächen unterbricht. Eine Scene der Art kam gestern, ich glaube zum dritten oder vierten Male, vor. Ehe über ein Capitel des Budgets abgestimmt ward, verlangte der sehr Ehrenwerthe von Toulouse das Wort, und nachdem er einige Worte über den betreffenden Geldposten gesprochen, fuhr er also fort: „Es wäre zu wünschen, daß ich vor einer Kammer zu sprechen hätte, die die öffentliche Meinung besser verträte, der wirkliche Ausdruck des Landes wäre." Kaum hatte Hr. de Genoude diese Worte gesagt, als ein allgemeines Schreien und Lärmen seine Stimme unhörbar machte. Doch der Redacteur der Gazette de France ist ein Mann, der sich nicht einschüchtern läßt, und so bald der Sturm sich ein wenig gelegt hatte, entwickelte er seine maßgebliche Ansicht weiter: „Wir haben kein System der Volksvertretung mehr, sondern ein blos berathendes." «Zur Ordnung, zur Ordnung!» erscholl es von allen Seiten, worauf der Deputirte von Toulouse erwiderte: „Ja, wir haben noch etwas Schlimmeres als ein berathendes System, wir haben ein System knechtischer Unterwerfung." Hierauf erreichte der Lärm den höchsten Grad und Hr. de Genoude verließ die Rednerbühne mit den Worten: „Nein, meine Herren, Sie sind nicht die wahren Vertreter des Landes!"

Man könnte vielleicht fragen, nach welchen Rechtsgrundsätzen der Redacteur der Gazette de France, der keinem der 458 Deputirten das Recht zuerkennt, in der Kammer zu sitzen, für sich allein als den 459sten dieses Recht in Anspruch nimmt, da er doch auf dieselbe Weise, kraft desselben Wahlgesetzes, das er für rechtswidrig hält, gewählt wurde; oder wenn er sich wie seine Collegen für einen Usurpator der Volksrechte hält, warum er diese Ansicht nicht besser durch die That als durch das Wort predigt und eine Versammlung verläßt, in der zu sitzen er so wenig wie die andern 458 Deputirten das Recht hat. Auf eine solche Frage hat er zwar nie von der Tribune herab, aber sehr oft in den Spalten seines Blattes geantwortet: daß nämlich keiner der Deputirten von mehr als einem einzigen Wahlbezirke gewählt ist, während er fast in jedem Departement, und in manchem Departement in mehr als einem Wahlbezirke eine mehr oder minder respectable Summe von Stimmen zur Deputation erhalten. Seit fünf Jahren trat Hr. de Genoude, so oft eine Stelle in der Kammer durch irgend einen Zufall frei wurde, als Candidat auf und erhielt in jedem Wahlbezirke von 1 bis 80 Stimmen. Wenn es daher wenige Wahlbezirke gibt, die nicht gegründete Ansprüche auf die Ehre

hätten, den Hrn. de Geneude zurückgewiesen zu haben, so gibt es auf der andern Seite nicht leicht einen Wahlbezirk, worin der ehemalige Censor nicht einige Stimmen zu erobern die Ehre hatte. Die Gazette de France hat hierüber gewissenhaft Buch geführt, wie sie überhaupt alles gewissenhaft behandelt und herausgebracht: daß summa summarum kein Deputirter in ganz Frankreich so viel Stimmen als Hr. de Geneude für sich habe; und daß keiner so wie er im ganzen Lande die öffentliche Meinung für sich hätte; woraus denn unwiderleglich folgt, daß von den 459 Deputirten er allein, wenn nicht das formelle doch das factische Recht „eines wahren Volksvertreters" in der Kammer besitze, und er allein die öffentliche Meinung des Landes vertrete.

General Cubières hat viel Glück von seiner „Unvorsichtigkeit", die er begangen, Hrn. Parmentier zu schreiben, daß er den Minister der öffentlichen Bauten bestochen; von dem Scandal dieser unerhörten Unvorsichtigkeit ist kaum die Rede mehr, man läßt die Untersuchungscommission des Pairshofes ungestört ihr schleppendes und gründliches Geschäft fortsetzen, ohne sich um das Ergebniß desselben zu bekümmern. Diese Gleichgültigkeit für ihn verdankt der General nicht nur der Aufmerksamkeit, die man Bu-Maza und der letzten ministeriellen Krise schenkt, sondern vorzugsweise, wenigstens seit einigen Tagen, einem neuen Scandal, der fast noch mehr Aufsehen als die Briefe Cubières' an Parmentier gemacht haben. Zwar ist auch dieser nicht neu in der Chronik ärgerlicher Vorfälle, denn vor zwei Jahren hat der Herzog v. Berghes auf eine ziemlich ähnliche Weise die Aufmerksamkeit der höhern Gesellschaft beschäftigt; zwar wird in den Blättern von dem neuen Scandal nur in sehr verblümter Weise, um so lauter und umständlicher aber in den verschiedensten Kreisen gesprochen, denn der gegenwärtige traurige Held der Geschichte gehört nicht nur einer in den militairischen Annalen des Kaiserreichs berühmten und sehr geachteten Familie an, sondern nahm zugleich eine hohe Stelle in der Umgebung desjenigen der königlichen Prinzen ein, den das Schicksal auf eine kurze Zeit den Thron einzunehmen berufen zu haben scheint. Um Das, was wir über diesen Vorfall in französischen Blättern gelesen, besser zu verstehen, will ich denselben hier erzählen nach den Aussagen eines Augenzeugen.

Hr. G..., Ordonnanzoffizier des bezeichneten Prinzen, hat eine besondere Vorliebe für das Spiel Landsknecht und gewann in der letzten Zeit sehr bedeutende Summen. Seine Spielgenossen wurden durch die beharrliche Treue, die ihm Frau Fortuna bewies, stutzig und faßten den Günstling dieser Dame scharf ins Auge. Beim Wettrennen von Chantilly wurde in Gesellschaft des Prinzen gespielt, Hr. G... gewann abermals bedeutende Summen, unglücklicherweise bemerkten aber mehre Mitspieler, daß, so oft er die Bank hielt, er eines gewissen Spieles Karten sich bediente, wenn dasselbe auch nicht an der Spielreihe war. Dieser Umstand bestärkte den bereits gefaßten Verdacht gegen ihn, und als die Partie zu Ende war, untersuchten Diejenigen, die Mistrauen gegen ihn gefaßt hatten, die verdächtigen Karten und fanden, daß sie gezeichnet waren. Nähere Nachforschungen stellten endlich heraus, daß Hr. G... diese Karten mitgebracht haben müsse. Alle diese Entdeckungen wurden jedoch aus Achtung für den Prinzen geheim gehalten und erst am andern Tag ihm mitgetheilt. Dieser schickte sogleich einen andern Offizier zu Hrn. G... und ließ Letzterm befehlen, sich genügend zu rechtfertigen oder unverweilt das Land zu verlassen. Hr. G... warf sich in die Brust, schwor hoch und theuer, daß er einer solchen That unfähig sei, daß man ihn verleumde und er die Verleumdung mit Blut zu rächen fest entschlossen sei. Diese Botschaft brachte der Offizier dem Prinzen, der, damit nicht zufrieden, den Abgesandten von neuem beorderte, Hrn. G... zu sagen, daß, wenn er sich nicht vollkommen rein waschen könne oder nicht sofort Frankreich verlassen wolle, die Untersuchung der Sache der competenten Behörde werde anheimgestellt werden. Nach dieser Nachricht entschloß sich der ehemalige Ordonnanzoffizier abzureisen, gestand die That, deren er bezüchtigt war, ein und erklärte, daß er sich den Teufel um die Folgen des Vorfalls schere. (Die letzten Worte, womit der unglückselige Held von der französischen Schaubühne Abschied nahm, sind zu stark, als daß sie in ein zum Drucke bestimmtes Deutsch übersetzt werden könnten.) Zwei Tage darauf reiste Hr. G... nach Havre ab, von wo ein Packetboot ihn nach Brasilien führt, um in der neuen Welt die strategischen Künste fortzusetzen oder zu vervollkommnen, durch die er in der alten so sehr geglänzt hat.

Belgien.

Brüssel, 20. Mai. Der Unfall, der vorige Woche unsere Königin auf ihrer Rückreise von Verviers getroffen, ist der Gegenstand einer doppelten Untersuchung, einer gerichtlichen und einer administrativen, geworden. Allem Anscheine nach werden die verhafteten Beamten des Garde-Convoi und der Maschinist des brüsseler Bahnzugs einen genügenden Entschuldigungsgrund in dem Gewitterregen finden, der gerade in starken Güssen herabfiel und den vorbeieilenden Leitwagen des königlichen Zugs, der letzterm gegen 200 Mètres voranteilte, von ihnen unbemerkt ließ. Die wirklich wunderbare Rettung der Königin, deren Wagen zur Hälfte zertrümmert wurde, ist heute durch ein Tedeum in der St.-Gudulakirche gefeiert worden; wie es sich bei der allgemeinen Achtung und Liebe, deren die Fürstin unter allen Klassen und Parteien im ganzen Lande genießt, voraussehen ließ, wurde diese Feierlichkeit durch einen außerordentlichen Menschenzulauf als der Ausdruck einer tief gegründeten Sympathie für das Wohl der königlichen Familie bezeichnet. Die Bürgergarde erschien besonders zahlreich, was bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemüther immerhin hervorzuheben sein mag. Während der General Chazal seiner vollkommenen Genesung entgegensieht, ist ein Hoflakai an seinen Wunden gestorben.

Die in Brüssel an manchen Bäckerläden verübten Plünderungen haben sich, Dank den getroffenen Maßregeln, nicht wiederholt; hingegen treffen täglich Berichte von Aufständen in verschiedenen Provinzialstädten ein. In Tournay sind von einigen Hundert Arbeitern Excesse gegen Bäcker und gegen das Jesuitencollegium begangen worden, die jedoch bald beigelegt wurden. Ernsthafter lauten die Nachrichten aus Gent. Seit dem 17. Mai Abends bis 19. Mai trotzte die aufgebrachte Arbeitermasse dem energischesten Eingreifen der Truppen und Localbehörden; sogar der Bürgermeister de Kerckhove, ein allgemein geschätzter Mann, wurde von einem Pflastersteine getroffen. Die Zahl der ausgeplünderten Bäcker übertrifft alles in solchen Fällen Erlebte, und die Volkswuth vergriff sich so weit, daß die Truppen (in Gent zum ersten Male) feuern mußten. So leben wir denn hier, wie in so vielen Gegenden Europas, bis zur nächsten Aernte auf einem auf die Geschäfte höchst nachtheiligen Qui-vive. Jede Nacht sind auf hiesigem Rathhaus und im Justizpalaste zwei Bataillone Bürgergarde zum Patrouillendienste vereinigt, der sich auch bis jetzt sehr wirksam gezeigt hat.

— Die Nachrichten aus **Gent** lauten höchst traurig. Die Excesse vom 18. Mai haben sich am 19. Mai erneuert. In allen Theilen der Stadt sind die Bäckerläden geplündert worden, und die Rotten mußten ihre Spione haben, da sie beim Heranrücken der Truppen an dem einen Punkt immer bereits verschwunden waren, um an einem andern gleich darauf wieder zu erscheinen und ungestört neue Excesse zu verüben. Eine Bäckerei ist wieder von Grund aus verwüstet worden. Die Truppen haben die bewundernswürdigste Mäßigung, die Bürgergardisten den unermüdlichsten Eifer gezeigt, und trotzdem, daß die Soldaten überall mit Steinwürfen empfangen und einige darunter schwer verwundet wurden, ist kein Blut geflossen. Auf dem Arteveldeplatze kamen die Truppen so ins Gedränge, daß sie gezwungen waren, zu feuern, was aber in die Luft geschah und die plötzliche Räumung des Platzes bewirkte. Ein widerspänstiger Arbeiter, der sich nicht fortbegeben wollte, wurde leicht am Arme verwundet. Die Fabrikanten in Baumwollenwaaren haben sich versammelt, um über die Lage der arbeitenden Klasse zu berathen. Elf Fabriken feiern ganz, 25 arbeiten nur während eines Theiles der Woche, und blos sieben die ganze Woche hindurch. Es haben nun die Fabrikherren beschlossen, der Regierung vorzuschlagen, drei Monate lang alle Tage zu arbeiten, unter der Bedingung, daß dieselbe ihnen für eine Summe von 150,000 Fr., also den vierten Theil von Dem, was sie produciren werden, abkaufe. Eine Deputation ist behufs dieses Vorschlags bereits nach Brüssel abgegangen. Bis zur Herstellung der Ruhe werden alle Wirthshäuser um 6 Uhr Abends geschlossen werden.

Schweiz.

Ueber die mehrfach erwähnte Duellsache zwischen den Regierungsräthen Ochsenbein in Bern und Oberst Abyberg aus Schwyz erzählt jetzt der Berner Verfassungsfreund: „Das Duell sollte am 20. Mai in Pümingen bei Basel unter Beisein des Dr. Steiger von Winterthur als Arzt, und Hrn. Lombach, Commandant aus Bern, als Secundanten für Hrn. Ochsenbein stattfinden. Wer sich aber, unmittelbar bevor der Letztere mit seinen Secundanten von hier abreiste, dem Duell durch eine briefliche Erklärung entzog, das war Herr Abyberg."

Griechenland.

Athen, 8. Mai. Die Oppositionsblätter versichern, daß nun auch das türkische Ultimatum angekommen sei, ganz so wie sie es vorausgesagt, und daß die russische Note auf sechs Seiten das Benehmen der griechischen Regierung misbillige. Statt aller bittern Betrachtungen, die von diesseits nachgerade müßig werden, hier eine Anekdote (die mehr poetische als wirkliche Wahrheit enthalten mag) und ein Wort Kolettis'. Sir Edm. Lyons, erzählt man, habe sich nach dem Eintreffen der russischen Note zu Hrn. Kolettis begeben und zu den bekannten, bis zum Ueberdrusse wiederholten Drohungen noch die hinzugefügt, die Pforte werde die ganze griechische Bevölkerung aus ihren Staaten weisen, wenn er nicht die verlangte Genugthuung gebe und Hrn. Musurus nach Athen zurückkehren lasse. Als nun Hr. Kolettis geantwortet, daß Beides unmöglich sei, habe Sir Edmund gefragt: was dann aus den Millionen Griechen, welche diese Hartnäckigkeit ins Elend stoße, werden solle. Darauf Kolettis: „Die Matrosen sollen Piraten, die Uebrigen Klephten werden." In der That, ist es denkbar, daß England, im Verdruß über seinen geringen Einfluß in Griechenland, die Pforte zu diesem Aeußersten antrieben, daß die Pforte blind dem gefährlichen Rathe folgen, daß Europa

theilnahmlos die Küsten des Mittelmeeres sich mit flüchtigen Christen bedecken sehen sollte? Niemand glaubt dies hier; vielmehr bringt das Uebermaß von Härte eines Theiles der fremden Diplomatie das Vertrauen hervor, daß das übrige Europa nöthigenfalls des griechischen Stammes sich annehmen werde. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

Die Bukarester deutsche Zeitung schreibt aus **Bukarescht** vom 30. April: „Am 25. April hatte eine zahlreiche Deputation des hiesigen Handelsstandes die Ehre, dem Fürsten vorgestellt zu werden, um zu den Füßen des Thrones den Ausdruck der tiefinnigsten Verehrung und der unbegrenztesten Dankbarkeit des gesammten Handelsstandes dieser Hauptstadt niederzulegen, von welchen derselbe gegen den Fürsten und dessen heldenmüthige Fürsorge durchdrungen ist, der die Stadt Bukarescht es allein zu danken hat, daß einestheils dem wüthenden Element endlich Schranken gesetzt wurden und andererseits sich fast in demselben Augenblicke die großartigsten Hülfsquellen auftaten, um den Tausenden von armen, durch das Feuer unglücklich gewordenen Einwohnern schleunige Hülfe, Labung und Trost zufließen zu lassen. Mit gewohnter Huld wurde diese Deputation empfangen, deren Anrede der Fürst mit folgenden herzlichen Worten beantwortete: „Ich habe bei diesem trauervollen Ereignisse nicht mehr gethan, als wozu mich mein Herz und meine Pflicht aufforderten. Tief in der Seele hat es mich betrübt, außer Stande gewesen zu sein, alles Uebel abzuwenden, doch freut es mich, das Geständniß der guten Einwohner dieser Hauptstadt entgegenzunehmen, daß Alles gethan worden ist, was bei solchem Anlasse Menschenkräfte zu thun vermochten.“

Aegypten.

Alexandrien, 29. April. Seit mehren Tagen sind vier österreichische Civilingenieure mit Hrn. Karl Jaßmüger hier angelangt. Dieselben gehören zu der Gesellschaft, welche sich in Europa gebildet, um das Terrain zwischen dem Rothen und dem Mittelländischen Meere zu untersuchen und um Vorstudien wegen des projectirten Kanals zu machen. Den österreichischen Ingenieuren ist die Untersuchung der Küste zugetheilt, wo der Kanal ins Mittelländische Meer fallen soll, das Schwerste von der Arbeit; allein die Talente der dazu gewählten jungen Männer geben Bürgschaft, daß sie der Aufgabe gewachsen sind. Sie wurden bereits vom österreichischen Generalconsul dem Vicekönig vorgestellt und von demselben auf die zuvorkommendste Weise empfangen. Der Pascha versicherte Hrn. Jaßmüger, daß er mit Vergnügen ihn und seine Begleiter in Aegypten sehe und sie in Allem unterstützen werde. Der Pascha hat der Commission ein Kriegsschiff zur Verfügung gestellt, um die Küste mit mehr Bequemlichkeit befahren und besichtigen zu können. Morgen früh sollen diese Herren abreisen, um gleich ihre Arbeiten zu beginnen. Mit dem gestrigen Lloyd'schen Dampfboot sind 40 Passagiere, worunter 20 aus Indien kommende Reisende, abgegangen. Die Engländer gewinnen immer mehr Vorliebe für die Route von Triest und Deutschland. Der Vicekönig ist am 24. April von Kahira hier angelangt, er erfreut sich der besten Gesundheit, man möchte sagen er verjünge sich.

Der Phare d'Alexandrie schildert ausführlich die Feierlichkeiten bei der am 9. April vom Vicekönig vollführten Grundsteinlegung zu dem neuen Nildamm. Schon am 7. April hatten die Dampfschiffe aus Kahira und Alexandrien große Menschenmassen zu dem Orte des bevorstehenden Festes herangebracht, und am 8. April Nachmittags langte der Vicekönig selbst an, begleitet von Abbas-Pascha, Mohammed-Ali-Bey, allen Großwürdenträgern und den Generalconsuln Englands, Spaniens, Frankreichs, Schwedens, Belgiens nebst den in Kahira residirenden Vicesconsuln. Abends waren die Flußufer glänzend beleuchtet. Am andern Vormittag setzte der Vicekönig mit dem Gefolge nach dem linken Niluser über, wo ihn bereits die Geistlichkeit erwartete. Dort wurde ein in Gold auf Pergament geschriebenes Programm der Feierlichkeit von Mohammed-Ali zuerst untersiegelt, dann von allen Anwesenden unterschrieben und nebst den auf die Feierlichkeit bezüglichen Medaillen, einem Exemplar aller unter der Herrschaft des Vicekönigs geprägten Münzen, ferner einer Zeichnung des Dammes in den Grundstein eingelegt, auf welchen dann Mohammed-Ali unter Artilleriesalven, Thieropfern und Gebeten der Ulemas die gewöhnlichen Schläge mit einem silbernen Hammer that und Kitt mit einer goldenen Kelle warf. Dieser Feierlichkeit folgte auf dem rechten Niluser ein Festmahl, nach dessen Abhaltung der Vicekönig auf dem Nil nach Kahira zurückkehrte. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

— Eine Mrs. Piermont, früher die Gattin des Obersten Austin, hat das ganze Areal, worauf die Stadt Houston in Texas erbaut ist, als ihr Eigenthum reclamirt. Sie behauptet, der ganze Strich Landes habe ihrem frühern Ehemann, Obersten Austin, gehört, dessen rechtmäßige Erbin sie sei, und von dem dieses Eigenthum widerrechtlich veräußert worden.

— Im Monat April sind in der Hauptmünze und in den Zweigmünzstätten zusammen über drittehalb Millionen geprägt worden. Nach einem Briefe vom 17. April belief sich der Betrag auf 2,382,697 Doll. in Goldmünzen, auf 291,600 Doll. in Silbermünzen und 2032 Doll. in Kupfergeld.

— Ein reicher Pflanzer in Alabama foderte seine Neger auf, für die armen hungernden Irländer beizusteuern; sie sammelten sogleich unter einander 50 Doll., welche sie zu diesem wohlwollenden Zwecke zu verwenden baten.

— Zur sichern und zweckmäßigen Verpackung der Briefe sollen auf mehren Postämtern aus Kautschuk gefertigte Briefsäcke in Gebrauch gekommen sein. Man hofft, daß solche Säcke beim Fallen ins Wasser nicht untersinken, sondern ans Ufer treiben werden.

La Plata Staaten.

Mit der dänischen Brigg Ernst Lorenz sind Nachrichten aus **Montevideo** vom 21. März angekommen. Oribe stand noch mit 5000 M. vor der Stadt. Rivera war von Maldonado nach Montevideo zurückgekehrt, um den Schutz der französischen und englischen Gesandten in Anspruch zu nehmen; man hatte ihn aber gleich unter polizeiliche Aufsicht gestellt und dann nach Martin Garcia gebracht, wohin sich später auch seine Familie begab. — Nach Berichten aus **Buenos Ayres** war am 15. März der bolivianische Gesandte, Don Manuel Rodriguez, dicht vor den Thoren der Stadt ermordet worden.

Wissenschaft und Kunst.

Wien, 21. Mai. Der Kaiser hat den mit Entschließung vom 14. Mai ernannten wirklichen Mitgliedern der kaiserl. Akademie der Wissenschaften (Nr. 142) gestattet, nebst dem Präsidenten und den Secretairen für diesmal auch den Vicepräsidenten aus ihrer Mitte zu wählen.

— Aus Smyrna vom 23. April schreibt man dem Schwäbischen Merkur: „Ein Ereigniß für Smyrna ist, daß in diese Stadt durch die Fürsorge eines edeln Nachkommen des unvergeßlichen Salis ein Schwefeläther-Apparat eingezogen ist. Dieser Apparat wurde bereits in der vorigen Woche in Athen durch den Leibarzt des Königs mit günstigem Erfolg an einem Soldaten, dem ein Bein abgenommen wurde, angewendet. Bald dürfte auch im Orient kein Mangel an solchen Apparaten sein. Der Musterapparat des Hrn. v. Salis aber wird mit demselben dieser Tage nach Palästina wandern, um auch den Einwohnern dieses Landes einige Leidenserleichterung zu bringen.“

Handel und Industrie.

Dampfschiffahrt. Triest, 13. Mai. Gestern fand die Generalversammlung der Actionaire des Oesterreichischen Lloyd statt, und wir entnehmen dem Vortrage des Directors Hrn. C. v. Bruck Folgendes: „In zehn Jahren, heißt es unter Anderm in demselben, verdreifachten Sie das Capital. Die Zahl der Dampfer stieg von 6 auf 20 in See und 5 im Bau. Die Einnahmen, welche bei der ersten Rechnungsablage vom August 1836 bis Ende 1837 nur 160,000 Fl. betrugen, übersteigen schon jährlich 1½ Mill. Gulden. Die Fahrten wurden vervierfacht, und die Zahl der Reisenden vermehrte sich zwanzig Mal. Von 107 auf 1649 erhoben sich die Angestellten, welche ihr Fortkommen und größtentheils ihren Unterhalt bei der Gesellschaft finden. So wuchsen in glücklicher Wechselwirkung mit der Beförderung Ihrer Interessen auch die Vortheile, welche der Stadt und dem Staat aus unserer Unternehmung entspringen. Im Laufe der zehn Geschäftsjahre wurden von den Dampfbooten des Lloyd in 3457 Reisen 501,091 Reisende, 150,963,470 Fl. baar, 1,195,049 Briefe, 521,487 Gebinde, 875,418 Centner und 218,922 verschiedene Packete befördert. Die Einnahmen betrugen 7,959,370 Fl., und die Ausgaben, als: Schiffsunkosten, Verwaltung, Zinsen, Abschreibungen, Zahlung an die Actionaire ꝛc. 7,585,450 Fl.“ Nach der dem Vortrag beigegebenen statistischen Uebersicht stellt der mittels der Dampfboote im verflossenen Decennium bewerkstelligte Waaren- und Geldtransport einen Werth von 415,778,000 Fl. C. M. dar. Zu den Gebarungen im Jahre 1846 übergehend, ergeben sich dem Vorjahr gegenüber folgende Resultate:

	1846	1845	Zunahme 1845
Fahrten	717	704	2 Proc.
Zahl der Reisenden	124,985	117,049	7 „
Betrag der Gelder u. Kostbarkeiten Fl. C. M.	31,827,166	25,531,361	24 „
Zahl der Briefe	277,152	227,316	20 „
Waaren, Gebinde	136,337	135,733	1 „
Wiener Centner	238,873	236,994	15 „

Von den durchlaufenen 334,495 Seemeilen treffen 916 jeden Tag, und wenn 18 Schiffe in Dienst gerechnet werden, über 51 Seemeilen für jeden Dampfer auf jeden Tag im Jahr. Die tägliche Einnahme hob sich von 4000 auf 4400 Fl. Die Gesammteinahme betrug 1,648,000 Fl. gegen 1,428,000 Fl. im Jahre 1845, während die Schiffahrtsunkosten nur von 914,000 auf 989,000 Fl. und die Verwaltungskosten von 130,000 auf 144,000 Fl. gestiegen sind. Der Werth der 20 Dampfer wurde mit 2,410,000 Fl. ermittelt. Das ganze Capital der Gesellschaft beträgt 3 Mill. Fl.; der Rechnungsüberschuß 440,000 Fl., von welchem 420,000 Fl. zur Abschreibung vom Werth der Schiffe bestimmt wurden. Nach Abzug der ausgezahlten Dividende von 4 Proc., der Superdividende von 2 Proc. und der Emolumente von 12 Proc. gingen in den Reservefonds 188,800 Fl. über gegen 175,128 Fl. im Jahre 1845.

Staatspapiere. Wien, 21. Mai. Bkact. 1593; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97⅞; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Wien, 21. Mai. Nordb. 167⅞; Gloggn. 125; Mail. 110½; Livorn. 88½; Pesth. 98½.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Hôtel zum Schweizer Hof,

Charlottenstraße Nr. 43, nächst den Linden, empfiehlt sich allen geehrten Reisenden.
Ein Logis in erster Etage 15 bis 20 Sgr., zweite Etage 12½ bis 15 Sgr., dritte Etage 10 bis 12½ Sgr. Table d'hôte 2 Uhr.
Berlin, im Mai 1847. **G. C. Günther,** früher Oberkellner im Kronprinz.

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.,** Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2086]

Soeben ist erschienen: [2083]

Mittelhochdeutsches Wörterbuch

aus dem Nachlasse von **Georg Friedrich Benecke**

herausgegeben und bearbeitet von **Dr. Wilhelm Müller,** a. o. Professor in Göttingen.

Erster Band, erste Lieferung.

Bogen 1—16. A—BRISTE.

Lexikon-Octav. Geheftet. Preis 1 Thlr. 10 Ngr.

Ein umfassendes mittelhochdeutsches Wörterbuch, welches dem jetzigen Standpunkte der deutschen Sprachforschung entspricht, hat sich schon lange als ein dringendes Bedürfniss herausgestellt, und insbesondere ist die endliche Veröffentlichung des seit vielen Jahren von Benecke unternommenen Wörterbuchs wiederholt gewünscht. Indem ich hiermit das erste Heft dieses Werkes, das der Verstorbene nicht vollenden sollte, dem Publicum übergebe, mache ich vorläufig nur darauf aufmerksam, dass seine Haupttendenz ist, das Verständniss der mittelhochdeutschen Schriftsteller zu erleichtern und somit einem Jeden als Hülfsmittel für das Studium der deutschen Sprache zu dienen. Ueber das Verhältniss meiner Arbeit zu der von Benecke bemerke ich, dass sie hauptsächlich darin bestand, das noch nicht Vollendete dem Plane des Verewigten gemäss auszuführen, auf der andern Seite aber aus eignen Sammlungen das noch Fehlende zu ergänzen. Ausführlicher werde ich darüber in der Vorrede sprechen. Ein alphabetisches Verzeichniss aller angeführten und erklärten Wörter wird am Schlusse beigegeben werden: vorläufig ist in den nöthigen Fällen schon in dem Wörterbuche selbst verwiesen.

Göttingen, im April 1847. W. MÜLLER.

Der Umfang des ganzen Werkes ist auf etwa 90 Bogen berechnet, welche, in 2 Bande getheilt, in Lieferungen von 16 Bogen ausgegeben werden.

Der Preis einer solchen Lieferung ist auf 1 Thlr. 10 Ngr. bestimmt.

Eine kleine Anzahl Exemplare sind auf Schreibpapier gedruckt, welche zu dem Preise von 2 Thlr. zu haben sind.

Leipzig, im April 1847. **Weidmann'sche Buchhandlung.**

Reise- und Bade-Schriften,

welche im **Verlags-Comptoir zu Grimma** erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands zu erhalten sind:

Köhler, Dr. med., **Die Heilquellen Deutschlands,** für Aerzte und gebildete Nichtärzte, nebst einer Einleitung über die Wirkung des reinen kalten und warmen Wassers und vollständigem Register. (Eine vollständige Beschreibung sämmtlicher Bäder Deutschlands.) Compl. 46 Bg. 2 Thlr. 20 Ngr.

Schweickart (Dr., Med.-Rath), **Der Führer durch Deutschlands Heilquellen,** für Kranke und Erholungsreisende, welche dieselben mit möglichst wenigem Aufwande besuchen wollen. Eine Badeschrift für das nichtärztliche Publicum. 15 Ngr.

Kaiser-Franzensbad bei Eger, von einem nichtärztlichen Badegaste. Ein kundiger, sicherer und schlichter, aber praktischer und hausbackener Rathgeber für Alle, welche dort Gesundheit und Heiterkeit des Geistes finden wollen. 10 Ngr.

Fischer, **Töplitz wie es ist.** Nebst Abbildung seiner Hauptquellen und pittoresken Umgebungen. Ein Handbuch für Curgäste. 9 Ngr.

Graf (prakt. Arzt zu Kirchberg), **Vincenz Prießnitz oder der Wassergeist.** Ein Helfer für Preßhafte und Kranke, und Rathgeber für gesunde Menschen. 10 Ngr.

Sympathetischer Hausschatz oder Heilung durch Sympathie ꝛc. 15 Ngr.

Hedenus, J. E., **Die neueingerichteten Moorschlammbäder zu Kleinschirma** bei Freiberg und deren erprobte Wirksamkeit gegen die hartnäckigsten chronischen Krankheiten. 15 Ngr.

Taschenbuch für Lustreisende in die Rheingegenden und Taunusbäder. Ein zuverlässiger und bequemer Wegweiser für Reisende zu Fuß und zu Wagen. 7½ Ngr.

Taschenbuch für Lustreisende in das Riesengebirge und die schlesischen Bäder. Ein zuverlässiger und bequemer Wegweiser für Reisende zu Fuß und zu Wagen. 5 Ngr.

Leucher (Dr. W. S.), **Reise in die Seebäder bei Triest und Venedig** und in das **Wildbad Gastein.** Ein Reisetagebuch für Curgäste und Vergnügungsreisende durch Sachsen, Böhmen, Baiern, Salzburg und Oesterreich nach Gastein, Triest, Venedig und Padua, und zurück über Grätz, Wien und Prag. 20 Ngr.

Boz (Charles Dickens) **Bilder aus Italien.** Ins Deutsche übertragen von A. Kretzschmar. 15 Ngr.

Eothen. Reiseskizzen aus dem Osten. Aus dem Englischen. Eleg. Gr. 8. 1⅓ Thlr.

Ein Sommer in Rußland, vom Verfasser von „Eothen". 22½ Ngr.

Rowbotham, S., **Neuester sprachlicher Reisegesellschafter** durch Deutschland, Frankreich, England und Nordamerika, deutsch, französisch und englisch. 2. Aufl. 20 Ngr.

[1998—99] **Verlags-Comptoir in Grimma.**

Neu erschien soeben in meinem Verlage und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Von einem deutschen Soldaten.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 18 Ngr.

Leipzig, im Mai 1847. **F. A. Brockhaus.**

Wir erlauben uns, die geehrten Herren, welche sich bei Versendungen von Gütern über hier unserer Schlepp- und Dampfschiffe bedienen, darauf aufmerksam zu machen, daß wir durch den, mit den beiden Assecuranz-Compagnien **Agrippina, zu Cöln und Preuß. National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin** abgeschlossenen Contract im Stande sind, wenn die Versicherung der Waaren bei diesen Gesellschaften aufgegeben wird, für 50 Thlr. per Centner Werth **keine Prämie,** und für den überschießenden Werth **nur ⅛ pro Mille** zu berechnen, sodaß wir z. B. bei einem Werthe von 200 Thlr. per Centner nur 2½ Sgr. Prämie im Ganzen in Ansatz bringen.

Herr **Ferd. Sernau** in Leipzig, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus, wird gern gewünschte nähere Auskunft hierüber noch ertheilen, und ist bei demselben unser diesjähriger Frachttarif gratis zu erhalten.

Magdeburg.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
[2087] **Holtzapfel.**

Gasthofs-Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich den Gasthof

Zum goldnen Hirsch in Teplitz

von meinem seligen Vater seit dem 1. Januar übernommen habe, und versichere den mich beehrenden Herren Reisenden eine prompte und billige Bedienung.

Carl Adolph Biener,
[2043-45] Gasthofsbesitzer zum goldnen Hirsch.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 25. Mai. Neu einstudirt: **Der alte Student,** Lustspiel in 2 Acten vom Freiherrn v. Maltitz. — Vorher: **Der Weiberfeind,** Lustspiel von Benedix. Freiling und Zolkn, Herr Löwenberg, vom deutschen Theater zu St.-Petersburg, als Gast.

Familien-Nachrichten.

Getraut: Hr. Gerichtsactuar Karl Braungart in Buttenheim mit Frl. Elise Reder. — Hr. Apotheker Heinrich Ficinus in Dresden mit Frl. Emma Lehmann. — Hr. Advocat Gustav Götzel in Zöblitz mit Frl. Amalie Schubert. — Hr. Julius Golf in Wels mit Frl. Friederike Arnold. — Hr. H. J. Jungbluth in Köln mit Frl. B. Pauli. — Hr. Franz Adolf Köhler in Neusalza mit Frl. Johanne Marie Altmann aus Zschopau. — Hr. A. J. Müller in Jülich mit Frl. F. Nagell. — Hr. Karl Roder in Dresden mit Frl. Sidonie Belzing.

Geboren: Hrn. Dr. Diesterweg in Orsoy eine Tochter. — Hrn. Fr. Hiller in Breslau eine Tochter. — Hrn. Landesdirectionsrath Dr. Kreßner in Ebersdorf eine Tochter. — Hrn. Gust. Otto in Wöhlen eine Tochter. — Hrn. Landgerichtsassessor Richter in Eibenstock eine Tochter. — Hrn. Pastor A. L. Strubell in Huntshübel eine Tochter. — Hrn. Diakonus Eduard Tauerschmidt in Oelsnitz ein Sohn. — Hrn. Curt Zimmermann in Werdau ein Sohn.

Gestorben: Frau Eh. H. Blumenau in Scheibenberg. — Hr. Kaufmann Gottlieb Julius Lindig in Lobenstein. — Frau Johanne Marburg in Wiesbaden. — Hr. Pfarrer M. Philipp Jakob Bischer in Mur.

Mittwoch — Nr. 146. — 26. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ††Von der Pleisse. Der Deutsch-Katholicismus. ⊙Leipzig. Tod O'Connell's. — Der dresdner Frauenverein für verwahrloste Mädchen. Von der böhmischen Grenze. Die Sperre. †Hannover. Der preußische Gesandte. Die Brettare. Das Pferdefleisch. Die Verbindungsmittel. *Frankfurt a. M. Das Preßgesetz. Die Lichtfreunde.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Agrargesetze. Statistik der Declaration. **Aus Preussen. Der Befreiungskrieg. — Das Postgeheimniß. — Gesetze.

Oesterreich. ƶAus Ungarn. Die Uebertritte zur nichtunirten Kirche.

Spanien. General Rodil. Espartero. Die Königin. Der Kaper.

Großbritannien. Hoffest. O'Connell's Tod. Der Earl of Clarendon. Der Repealverein. Hungertod. Marquis of Lansdowne. Sir Charles Ogle. Der Derbytag. Der Great Britain. Böse Wetter.

Frankreich. Parlament. Die Commissionen der Deputirtenkammer. Loskaufung der Sklaven auf Mayotte. Versammlung Stockconservativer. Verurtheilung in Lille. Capitain Gudin. Die Loireüberschwemmung. Die katholischen Missionen. ⊙Paris. Das Ministerium.

Belgien. Ruhe in Gent.

Schweiz. Sperrmaßregeln. Durchfuhrverbote.

Italien. Neapel. Hoftrauer. — Aufstand in Pisa.

Schweden und Norwegen. Dr. Heurlin.

Rußland und Polen. *Aus Livland. Die lutherische Geistlichkeit. — Die Reservemagazine.

Türkei. Der türkische Krieg.

Moldau und Walachei. Feuerlärm in Bukarescht.

Ostindien. Die neueste Ueberlandpost.

Wissenschaft und Kunst. Oberbaurath Voit in München. — Denkmal für Carton.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — *Frankfurt a. M., Die Höchst-Sodener Eisenbahn. — Die Toscanische Central-Eisenbahn. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

††Von der Pleisse, 24. Mai. Wenn man dem Deutsch-Katholicismus hier und da vorwirft, daß er den großen Erwartungen, die man von ihm sich gemacht, nicht entspreche; wenn die Erfahrung lehrt, daß das anfangs schnell fortschreitende Werk jetzt nur langsam weiterschreitet und namentlich in katholischen Ländern gar nicht die Fortschritte macht, die man erwartete, so liegt die Schuld gewiß viel mit darin, daß die beginnende katholische Reform wol wußte, was sie **nicht** wollte, aber über Das, was sie wollte, sich nicht klar genug war. Gilt dies nun namentlich von der Stellung des Deutsch-Katholicismus zum Christenthume, so ist es gewiß ein bedeutender Fortschritt, wenn, wie es heißt, von den leipziger Deputirten auf dem eben stattfindenden deutsch-katholischen Concil zu Berlin der Antrag gestellt werden soll, den unpassenden Namen: „Deutsch-katholische Kirche" künftig mit dem Namen: „Evangelisch-katholische Kirche" zu vertauschen. Es ist allerdings nur ein Wort, aber es liegt in diesem Worte sehr viel, denn es gibt dem Deutsch-Katholicismus einen positiven Halt, einen Grund und Boden, auf dem er stehen und sich in Verbindung mit allen Christen weiter entwickeln kann. Der Deutsch-Katholicismus erklärt damit, daß er eine organische Entwickelung und Fortbildung des evangelischen Christenthums sein wolle. Er nähert sich dadurch den Evangelischen, ohne die Katholiken abzustoßen; aber er stellt sich höher als Beide. Er stimmt mit Beiden überein, indem er mit ihnen im Evangelium die Wahrheit findet; er unterscheidet sich aber von Beiden, indem Beide außer dem Evangelium noch andere menschliche Autorität und historische Rechte anerkennen: die Katholiken die alte Kirchenlehre, die Kirchenväter, die Concilien und die Tradition nebst dem canonischen Rechte; die Protestanten die neue Kirchenlehre, die symbolischen Bücher und das Landeskirchenrecht. Wenn es dann dem Deutsch-Katholismus gelingt, die in jenem Namen liegende Aufgabe zu verwirklichen und sich sicherer als die ältern Kirchen auf den Grund und Boden des reinen Christusevangeliums zu stellen, so bildet er eine höhere Einheit. Er verwirklicht Das, was Viele in beiden Kirchen erstreben: eine von geistlicher und weltlicher Hierarchie, von Papst und Landesbischof freie christliche Kirche, welche nur auf dem Evangelium fußt. Die evangelisch-katholische Kirche würde dann ausgesprochenermaßen eine wirklich freie, wirklich allgemeine christliche Kirche sein; sie würde den praktischen Beweis liefern können, daß es möglich sei, auch ohne bindende äußerliche Satzungen und Autoritäten durch eine freie Gemeindevertretung und eine freie Schriftauslegung den heiligen Geist der Gemeinschaft, das moralisch-religiöse Bewußtsein herzustellen, welches für den Denker wie für den Gläubigen das Eine ist, was zum menschlichen Zusammenleben kein Staat, keine Kirche, keine Familie entbehren kann. Werfe man nicht ein, daß das Evangelium nur eine neue Fessel für den freien Geist sein werde; etwas Gemeinschaftliches muß da sein, was eine Gemeinschaft zusammenhält, und es gibt nichts Besseres als das Evangelium, diese Verkörperung des freien Geistes der Menschheit. Gibt es doch kein freisinnigeres Buch als das Evangelium! Wenn erst der Deutsch-Katholicismus dem reinen evangelischen Christenthum, wie es die vom Geiste des Christenthums durchdrungene Vernunft, dieser heilige Geist in der Menschheit, versteht, sich mit Entschiedenheit anschließt, so wird bald das Mistrauen der Staatsregierungen verschwinden, welche in der katholischen Reform zeither nur negative und zerstörende, religions- und christenthumsfeindliche Elemente zu sehen glaubten. Natürlich darf dieses Anschließen nicht im Namen allein bestehen, sondern muß in der That und Wahrheit ein warmes offenes Anschließen sein, das sich klar geworden, wie das Christenthum Alles gibt und hat, was die Menschheit und unsere Zeit braucht, was auch so viele Freisinnige in der evangelischen Kirche erstreben. Namentlich in der Vereinigung mit Letztern und im Anschlusse Beider ans Evangelium liegt Beider Macht. Der Deutsch-Katholicismus würde selbst seine Zukunft zerstören, wenn er auf diese Vereinigung mit der freisinnigen Partei in der evangelischen Kirche nicht hinstreben wollte, wenn man es ihm auch nicht verdenken kann, daß er an die sogenannten freien christlichen Gemeinden sich so lange nicht anschließt, als die Stellung dieser zum Evangelium und zum Christenthume noch eine zweifelhafte ist. Der Deutsch-Katholicismus muß in seinem Bestehen ebensowol eine lebendige Protestation gegen den Abfall vom Christenthum wie gegen das Papstthum und das Landeskirchenthum sein. Er muß, er kann, er wird dazu beitragen, um die starre Herrschaft des Staatskirchenthums als etwas dem Grundsatze des Christenthums Widersprechendes, für den Vortheil der Staatsregierungen selbst höchst Gefährliches darzustellen. Er kann den praktischen Beweis führen, wie auch die „freien Christen", die das rein äußerliche und die öffentliche Moral wirklich nicht befördernde Staatskirchenwesen desavouiren, gute Unterthanen sein können. Er kann durch Thatsachen zeigen, daß der Staat durch Freigebung der Kirche nur gewinnt. Es wird dann mehr und mehr die Frage hervortreten, ob Preußen, welches mit seinem neuesten höchst dankenswerthen Edict über die Bildung neuer Religionsgesellschaften die Möglichkeit vom Staat unabhängiger christlicher Gemeinschaften anerkannt hat, nicht einen Schritt weiter hätte gehen, alles directen und positiven Einflusses auf **alle** Kirchengemeinschaften sich begeben, mit Einem Worte die Staatskirche hätte aufgeben können!

Die deutsch-katholische Kirche ist dort jetzt vom Staate selbst emancipirt; dieser erste Schritt wird im ganzen protestantischen Deutschland andere nach sich ziehen! Der Deutsch-Katholicismus hat nun zu zeigen, daß die Christenheit reif zu solcher Freiheit ist und daß die Selbstbestimmung freier Christen ein festeres Band der Ordnung ist als die zwingende Autorität! Er kann die große Aufgabe lösen, die Vorzüge des Katholicismus mit denen der Reformation des 16. Jahrhunderts zu vereinigen!

Leider hat man zeither Vieles gethan, was der katholischen Reform viel geschadet und wenig genützt hat. Man durfte sich nicht begnügen, die protestantische Kirche nachzuahmen und als Product des Rationalismus wirklich gute katholische Einrichtungen fallen zu lassen, um protestantische dagegen anzunehmen, die, wie das Collectensingen, das Gebetablesen, das Ueberschätzen der Predigt ꝛc. selbst in der protestantischen Kirche sich schon überlebt haben. Auch manche dogmatische Lehrbestimmung und Lehrverwerfung des leipziger Concils, manche schriftliche und mündliche Aeußerung, namentlich der Schlesier, wäre besser wol unterblieben, da sie den Schein begünstigen konnte, als habe man aus äußerlichen Rücksichten vom Christenthume nur den Namen beibehalten. Man scheint vielfach à la Feuerbach das orthodoxe Staatskirchenthum mit dem reinen Christenthume zu verwechseln und will vom Christenthume nichts wissen, weil man es nur in der gesetzlichen Form des Staatskirchenthums kennt. Man redet von Humanismus, Rationalismus und einer Religion für Denkende, und vergißt, daß das eigentliche Christenthum — welches freilich einem orthodoxen, intoleranten und herrschsüchtigen Priester- und Kirchenthum oft diametral widerspricht — der höchste Humanismus, die tiefste Philosophie ist und jedem denkenden Menschen zusagt. Man sagt sich offen oder verdeckt vom Christenthume los, um eine neue Theorie an seine Stelle zu setzen, die oft nur philosophisch Gebildeten verständlich ist, während das Christenthum dieselben Grundgedanken und zwar in einer

weit anschaulichern, concretern, Allen verständlichen, der Menschheit schon gemeinsamen Form enthält. Gegen solche Ansichten vom Christenthume würde der Deutsch-Katholicismus öffentlich protestiren, wenn er den Namen einer evangelisch-katholischen Kirche annähme. Die Furcht, als müsse die deutsch-katholische Kirche mit diesem Namen auch alles Das annehmen, was in einer der vielen evangelischen Kirchen, der evangelisch-lutherischen, der evangelisch-reformirten, der evangelisch-unirten, Unchristliches, die freie Bewegung Hemmendes ist, entbehrt alles Grundes. Die deutsch-katholische Kirche soll ja keine evangelisch lutherische ꝛc., sondern eine evangelisch-katholische werden, d. h. eine allgemeine, auf dem Evangelium fußende Vereinigung aller Christen, welchen das Priester- und Staatskirchenthum nicht mehr genügt. Wenn die deutsch-katholische Kirche diesen ihren hohen Beruf versteht, wenn sie durch vereinte Kräfte dieser ihrer christlichen Gemeinschaft eine solche in freier Gemeindevertretung wurzelnde Organisirung zu geben versteht, welche die Fehler des Papstthums wie des protestantischen Landeskirchenthums vermeidet, das Gute und Wahre des Katholicismus aber wie des Protestantismus in sich aufnimmt, dann kann sie ein Sauerteig werden, welcher die theils indifferente, theils feste, theils verderbene Masse der bestehenden Confessionskirchen durchsäuert. Sucht aber der Deutsch-Katholicismus sein Heil nicht im Christenthume, verkennt er das allgemeine Gesetz der Geschichte, aus dem Bestehenden die Zukunft zu entwickeln und an dem Gegebenen, Positiven, stets freier werdend von der Form, den Geist der Menschheit zu bilden; wird er sich gefallen in Extremen, in abstracten Theorien, in Verwerfung des Christenthums, des Cultus, der Religion, so wird er sich selbst tödten und mit zahllosen andern Systemen absterben, während das aus dem Leben des Geistes herausgeborene Christenthum ewig leben, immer weiter sich entwickeln und durch seine sittlich reinen und freien Grundsätze immer mehr die Menschheit, das Staats-, Kirchen- und Familienleben durchdringen und umgestalten wird. Möchten alle Deutsch-Katholiken, möchten namentlich auch die süddeutschen neukatholischen Gemeinden nicht versäumen, mit Aufgebung aller Sonderinteressen auch durch zahlreiche Theilnahme am berliner Concil das Ihre zum Baue einer allgemeinen christlichen Kirche beizutragen!

0 **Leipzig**, 25. Mai. Wir erhalten aus **Genua** die Nachricht, daß daselbst am 15. Mai **O'Connell** gestorben ist. Sein Körper soll nach Irland, sein Herz dem Papste gebracht werden.

— Der in **Dresden** bestehende **Frauenverein** für Unterbringung verwahrloster, aus den Selecten zu Bräunsdorf und Waldheim entlassener Mädchen erklärt unterm 20. Mai, er sehe sich theils wegen Mangels an Gelegenheit zur Unterbringung solcher Mädchen, theils wegen Austritts einer großen Anzahl von Mitgliedern genöthigt, sich aufzulösen. Die Vereinskassenbestände, 400 Thlr., will der Verein in der Weise verwenden, daß er 300 Thlr. der Diakonissenanstalt zu Dresden und 100 Thlr. der Diakonissenanstalt zu Wechselburg überweist.

Von der böhmischen Grenze, 20. Mai. Der Posamentiergeselle Eftel aus Bärenstein in Sachsen, welcher diesen Morgen in einer Mühle zu Weigert in Böhmen ¼ Ctr. ganz schwarzes Mehl gekauft und solches durch einen Böhmen bis an die sächsische Grenze tragen lassen, ist, nachdem er mit diesem Mehle schon Sachsen erreicht und über 50 Schritte von der Grenze entfernt war, in der heutigen neunten Morgenstunde durch einen von einem in der Nähe der Grenze postirten österreichischen Finanzjäger gethanen Schuß verwundet worden. Durch diesen Schuß hat Eftel zwei Schrote in das rechte Bein, einen Schrot in den linken Oberarm, einen Schrot in das linke Schulterblatt und einen Schrot in die linke Seite der Nase ganz nahe am Auge erhalten. Die That von diesem böhmischen Finanzjäger erscheint um so auffallender, als Eftel bei dem Ueberschreiten der Grenze gar keinen Finanzjäger gesehen, am allerwenigsten von einem verfolgt worden ist. Nach dem ärztlichen Gutachten sind diese Schußwunden zwar nicht lebensgefährlich, allein 14 Tage wird Eftel immer zubringen, ehe er wieder arbeiten kann, und es ist noch die große Frage, ob ihm eine Entschädigung hierunter zu Theil werden wird. Eftel ist ein ganz armer Mann, hat eine kranke Frau und ein elendes Kind. Daß der Schuß mindestens auf 50 Schritte geschehen, dürfte wol keinem Zweifel unterliegen, weil sich die Schrote so vertheilt haben.

Dieser nämliche Finanzjäger hat auch von drei Säcken Roggenmehl, welche schon in der abgewichenen Nacht über die Grenze nach Sachsen geschafft und daselbst auf einer Wiese mehre Stunden gelegen hatten, heute früh durch Ueberschreiten der Landesgrenze einen Sack genommen und nach Böhmen hinüber getragen. Aehnliche Maßregeln, wo Getreidesäcke schon auf sächsischem Territorium lagen und von böhmischen Finanzjägern noch mit Beschlag belegt worden, sind früher schon erfolgt. Ueberhaupt verfährt die böhmische Grenzaufsicht ungemein streng gegen die sächsischen Grenzbewohner; denn nach der eingetretenen Grenzversperrung sind schon Mehre mit nur zwei Broten festgenommen worden, haben das Brot wieder in Böhmen verkaufen und resp. einen oder zwei Zwanzigkreuzer Strafe bezahlen müssen. Den höher gestellten Beamten kann dieses Verfahren nicht angerechnet werden, denn diese sind ganz anderer Gesinnung. Ganz schonungslos ist das Benehmen von mehren Einwohnern aus der Hefe des Volks in Weipert gewesen. Dieselben haben mehren sächsischen Grenznachbarn Brot weggenommen, und Banden von 30, 40 und noch mehr Mann, mit großen Prügeln versehen, die Wege und Stege nach Sachsen förmlich besetzt und in einer Nacht nicht mehr als fünf nach Sachsen führende Stege gewaltsam zerstört. Auch hat diese Menge Hand an größere Grenzbrücken gelegt, an deren fester Bauart aber ihre Absicht, solche zu demoliren, gescheitert ist.

Mit großem Danke müssen wir die Maßregeln, welche in dieser Beziehung der Stadtmagistrat zu Weipert getroffen, um diesen Frevel ferner zu verhüten, anerkennen; allein es ist die große Frage, ob diese zügellosen Banden Ruhe halten werden. Die sanguinischen Hoffnungen, welche sowol die böhmischen als auch die sächsischen Grenzbewohner hegten, daß nach der eingetretenen Grenzsperre das Brot wohlfeiler werden müsse, sind leider nicht in Erfüllung gegangen; im Gegentheil und hauptsächlich ist in den sächsischen Grenzorten nicht nur das Brot theurer geworden, sondern auch schon mehrmals bereits Mangel daran gewesen. Werden die böhmischen Grenzbewohner nicht bald von bessern Gesinnungen gegen ihre nothleidenden sächsischen Nachbarn beseelt, so ist in der That nicht abzusehen, was für traurige Folgen die nächste Zukunft schon bringen kann. Bei mehren Vorfällen hat einiges böhmisches Volk auf eine wahrhaft empörende Weise sich benommen, und leider können wir die sehr traurige Bemerkung nicht unterdrücken, daß die jenseitige Grenzsperre eine große Anzahl böhmischer und sächsischer Grenzbewohner, welche ohnehin schon tief genug gesunken sind, vollends demoralisirt. Der Himmel erhalte den Bessergesinnten den Muth und die bis jetzt in der größten Noth bewiesene Geduld und höchst lebenswerthe Ausdauer! (Dresd. Tgbl.)

† **Hannover**, 23. Mai. Die Ernennung des preußischen Legationssecretairs Grafen v. Westphalen, eines Katholiken, zum **Gesandten Preußens** am hiesigen Hofe soll dem Könige nicht ganz erwünscht gewesen sein und derselbe in Berlin darauf angetragen haben, daß, wenn nicht der gegenwärtige Gesandte Graf Seckendorf (der nach Brüssel bestimmt ist) ferner hier bleiben könne, doch wieder ein Protestant für den hiesigen Hof accreditirt werde. Welchen Erfolg dieser Antrag gehabt hat oder haben wird, erfuhr ich nicht; gewiß ist aber, daß der Graf Seckendorf einstweilen seine Abreise vertagt hat und seinerseits nicht abgeneigt scheint, auf den Posten in Brüssel zu Gunsten des hiesigen zu verzichten. — Die neueste **Brottaxe** (sie wird während dieser Krisis immer nur auf 14 Tage bestimmt) hat eine kaum nennenswerthe Gewichtserhöhung zur Folge gehabt. Die schlimmste Brotnoth, deren man sich hier erinnert, war die vom Jahr 1816; aber sie kam, wie ältere Leute behaupten, der gegenwärtigen nicht gleich, zumal da sie nicht von so großem Mangel anderer Art begleitet war. — Die Versuche, hier in der Stadt mit **Pferdefleisch** auszuhelfen, scheinen geringen Erfolg zu versprechen. Das Volk hat nun einmal ein durch Jahrhunderte genährtes Vorurtheil schon gegen den bloßen Namen. Ist das Vorurtheil gegen die Sache grundlos, so wäre seine Besiegung zu wünschen; aber dann müßten die Klassen der Begüterten mit dem Beispiele vorangehen, und wer weiß, ob selbst Das eine so tiefwurzelnde Abneigung verscheuchen könnte. Hoffentlich sind wir aber über die längste und schlimmste Zeit des Mangels (der Noth dürfen wir hier eigentlich nicht sagen) hinaus. Das anhaltend schöne und fruchtbare Wetter ist ein wahrer Gottessegen, und die **Aernteaussichten** sind ermuthigend und hoffnungsreich. Schöpfte man nur überall aus dieser Krisis Lehren für die Zukunft! Tröstlich für unsere Verhältnisse im Allgemeinen ist übrigens der Umstand, daß unsere neuen Versicherungsinstitute (die Renten- und Capitalversicherungsanstalt) trotz der entschiedenen Ungunst der Zeiten über Erwarten gedeihen.

Durch die Eröffnung der Hamm-Duisburger Eisenbahnstrecke hat unsere **Communication mit dem Osten und Westen Deutschlands** ungemein zugenommen. Von Berlin erhalten wir, vermöge des seit dem 15. Mai eingeführten Nachtzugs, Briefe und Zeitungen vom vorigen Abend schon andern Morgens früh, und die Fahrt bis Köln legen wir bereits in wenig über 24 Stunden zurück. Der letzte amtliche Rechenschaftsbericht der Eisenbahndirection gibt die Verheißung, daß der hannoversche Antheil an der großen Köln-Berliner Bahnverbindung in diesem Jahre noch hergestellt sein werde.

* **Frankfurt a. M.**, 23. Mai. Einem vielfach verbreiteten Gerüchte zufolge werden noch im Laufe des nächstkommenden Monats im Kreise der Bundesversammlung die Anträge Preußens für Aufhebung der **karlsbader Preßbestimmungen** zur Verhandlung gelangen. Der Bundespräsidialgesandte Graf von Münch-Bellinghausen und der neuernannte bairische Bundestagsgesandte Hr. von Gasser werden, wie es heißt, jedenfalls bis dahin in Frankfurt anwesend sein, um an diesen wichtigen Berathungen Theil zu nehmen. Darüber stimmen alle Angaben überein, daß der Antrag Preußens dahin gehen werde, das Präventivsystem in Bezug auf die Presse durch das Repressivsystem zu ersetzen. In Betreff der Bedingungen jedoch, unter welchen nach dem Antrage Preußens das Repressivsystem in Anwendung gebracht werden solle, sind so verschiedenartige Gerüchte im Umlauf, und darunter so seltsame, daß eine weitere Aufführung derselben füglich unterlassen werden kann, da sie sämmtlich noch sehr der Bestätigung zu bedürfen scheinen. So viel dürfte indeß wol als gewiß vorausgesetzt werden, daß sich das so lebhafte

Verlangen der öffentlichen Meinung nach endlicher Erfüllung der in der Bundesacte enthaltenen Zusage, daß in sämmtlichen deutschen Bundesstaaten Preßfreiheit eingeführt werden solle, nicht durch Aufstellung eines drakonischen Repressivsystems, welches Preßfreiheit nur dem Buchstaben, nicht dem Geiste nach gewähren und überdem auf die eigenthümlichen Verhältnisse und die geschichtliche Entwickelung gerade der deutschen Presse keine Rücksicht nehmen würde, für befriedigt halten wird. — Die hiesigen Lichtfreunde halten auch an diesem Pfingstfeste wieder eine eigne gottesdienstliche Versammlung. Ihre Zusammenkünfte in dem vielbesprochenen Montagskränzchen haben seither keinerlei Beschränkung erfahren. Es kommt den Lichtfreunden sehr zu statten, daß auch die schon seit vielen Jahren stattfindenden Versammlungen unserer Pietisten zur Abhaltung gottesdienstlicher Feier seither ohne alle und jede Behinderung vorgenommen werden durften.

Preußen.

Berlin, 24. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 19. Mai fuhr man, nachdem ein Antrag auf etwas längere Vertagung für das Pfingstfest nicht durchgegangen und die Schrift wegen des die bäuerlichen Grundstücke betreffenden Gesetzentwurfs, mit einigen Aenderungen, genehmigt war, in der Berathung über das Petitionsrecht fort. Im Betreff der Beschränkungen der von den Wählern an die Abgeordneten zu bringenden Instructionen und Petitionen hatte die Abtheilung nur die Bitte beworwortet: den §. 19 der Verordnung vom 3. Febr. dahin abzuändern, daß eine ungehinderte und freie Communication zwischen den Landtagsabgeordneten und ihren Committenten stattfinden dürfe, zu dem Behuf, daß Letztere den Erstern ihre Wünsche zu erkennen geben, ohne ihnen bindende Aufträge ertheilen zu dürfen. Der Landtagscommissar erklärte hierauf: etwas Anderes wolle der betreffende Paragraph auch nicht. Der Abg. Zimmermann fand durch diese Erklärung die Sache im Wesentlichen erledigt, wollte aber doch auch noch eine Verpflichtung des Abgeordneten, auch solche Petitionen zu übergeben, die er nicht billige. Bei der Abstimmung ward der Antrag des Abg. Hansemann, wonach alle Versammlungen zur Berathung über Petitionen an königliche Behörden oder ständische Corporationen, sofern sie nicht im Freien gehalten würden, polizeilicher Erlaubniß nicht bedürfen sollen, nicht angenommen, eben so wenig das Amendement des Abg. Zimmermann, wohl aber wurde die Bitte um eine Declaration im Sinne der von dem Landtagscommissar gegebenen Erklärung fast einstimmig genehmigt. Ferner beantragte die Abtheilung: daß zurückgewiesene Petitionen auch ohne Anführung neuer Gründe sollten erneuert werden dürfen. Der Landtagscommissar suchte zu zeigen, daß in diesem Punkte die frühern provinzialständischen Gesetze nicht verschärft seien. Für den Antrag sprachen die Abgg. Stedtmann, Dittrich, Tschocke, gegen denselben die Grafen v. Helldorf und v. Galen. Er ward mit 359 gegen 99 Stimmen genehmigt.

Den Antrag, auch auf den Provinziallandtagen das Petitionsrecht nur von einfacher Majorität abhängig zu machen, erklärte der Landtagscommissar für ungesetzlich; man könne nur die Bitte an den König richten, daß derselbe den nächsten Provinziallandtagen eine darauf abzielende Proposition vorlegen lasse. Die Abgg. v. Auerswald und v. Brünneck erkannten die Richtigkeit dieser, von den Abgg. v. d. Heydt, Möwes und Dittrich bezweifelten Auffassung an und meinten, man solle mit Freuden auf diesen Vermittelungsweg eingehen, was auch von mehr als zwei Dritteln geschah. Hierauf ergriff der Minister v. Canitz das Wort und erklärte, daß eine Beschränkung des ständischen Petitionsrechts in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten gar nicht beabsichtigt sei, überhaupt nicht von bindenden Vorschriften, sondern von dem richtigen, durch die Verhältnisse dictirten Takte der Versammlung erwartet werde. Am wenigsten sei eine solche im §. 13 bezweckt worden. Der Referent beantragte hierauf, nach dieser, Gesinnungen von unschätzbarem Werth ausdrückenden Erklärung, die Sache als erledigt zu betrachten. Der Landtagsmarschall erklärte sich auch sogleich bereit, mehre Anträge anzunehmen, die er zeither zurückgewiesen. Es entspann sich nun noch eine Discussion zwischen dem Abg. v. Beckerath und dem Minister v. Canitz in Betreff Schleswig-Holsteins, das der Letztere beispielsweise erwähnt hatte und wovon er hervorhob, daß es sich da um innere Angelegenheiten eines fremden Landes handle. Dagegen hob Abg. Siebig die Einheit Deutschlands hervor, kam auch kürzlich in einer Weise auf Krakau, die den Minister später zu einigen kurzen Bemerkungen bestimmte, auf welche der Abgeordnete äußerte, daß ihn seine Worte schnell hingerissen hätten. Einstimmig ward endlich auch hier um eine entsprechende Declaration des §. 13 gebeten.

Endlich ward das Gutachten der vierten Abtheilung über die Petition des Abg. v. Saucken vorgetragen, welche dahin ging, gesetzlich auszusprechen, daß bei Ausübung politischer Rechte Niemand nach seinem Glauben zu fragen sei, und daß in Uebereinstimmung damit der §. 5 des Gesetzes vom 1. Juli 1823 verändert werde. Die Abtheilung empfahl nur, um Erwägung zu bitten, ob nicht ein Ausweg zu finden sei, das Recht der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit auf alle im Staate geduldeten christlichen Religionsgesellschaften auszudehnen. Graf Renard sprach für den ersten Theil des Antrags und gegen den zweiten und das Gutachten, weil sich erst ein Grundsatz gebildet haben müsse, wozu bei Gelegenheit des Judengesetzes Aussicht sei. Abg. Anwandter sprach gegen Staatsreligion, Landeskirchen, das Verfahren des Ministeriums, ward aber durch heftigen Lärm mehrfach unterbrochen. Zuletzt beantragte er unter Bravo Zulassung der katholischen Dissidenten. Dafür sprachen sich noch die Abgg. Dittrich, Gier und gegen alle Rücksicht auf Glaubensbekenntnisse Werner aus. Abg. v. Beckerath beantragte eine Proposition an die Provinziallandtage auf Aufhebung des gedachten Passus in den provinzialständischen Gesetzen. Gründe man den christlichen Staat nicht auf die äußere Erscheinung, auf das formelle Bekenntniß, sondern auf den Geist des Christenthums. Entziehe man Keinem ein Recht, weil er Gott nach seiner Ueberzeugung dient. (Braco.) Ihm entgegnete der Staatsminister Eichhorn in einer längern Darlegung der Gründe der bestehenden Gesetzgebung und schloß mit der Frage, was es auf Viele im Kerne des Volks für einen Eindruck machen werde, wenn sie vernehmen sollten: der erste große Vereinigte Landtag Preußens hat es ausgesprochen, daß es ihm nicht darauf ankomme, ob seine Mitglieder christlich seien oder nicht. Man beschloß nun, die Abstimmung auf nächste Sitzung zu verschieben. (A. P. Z.)

* **Berlin**, 23. Mai. Wir haben schon neulich (Nr. 139) erklärt, daß wir die Ablehnung des das bäuerliche Nachlaßwesen betreffenden Gesetzentwurfs im Allgemeinen billigen, wie wir denn gegen alle Maßregeln sind, welche die Freiheit des Verkehrs mit Grund und Boden beeinträchtigen und auf diesem Gebiet einen an sich allerdings wünschenswerthen Zustand durch directe Einrichtungen erzwingen wollen. Es kann bei alle Dem auffallen, daß jener Gesetzentwurf so gar keine Vertheidigung unter den Ständen fand, so entschieden, fast einmüthig zurückgewiesen ward. Es befinden sich doch unter den Ständen auch Schattirungen, welche dem ältern Agrarsystem, an dessen Richtung er anstreift, in andern Beziehungen nicht so abhold sind, und in südlichern Ländern Deutschlands haben wir in ständischen Kammern auch den Adel sich mit Wärme über das Bedürfniß eines „kräftigen Bauernstandes" aussprechen hören. Es mag vielleicht die Erfahrung zu einigem Aufschlusse dienen, daß, wenn bei uns, besonders in den nördlichen und nordwestlichen Provinzen, auch in Schlesien, Bauergüter zerschlagen werden, die Theilstücke am öftesten in die Hände der großen Grundbesitzer übergehen und so zur Vergrößerung, nicht zur Verkleinerung der Bodenantheile beitragen — neue Werkstücke zu dem Aufbau eines fabrikmäßigen Betriebes der Landwirthschaft, mit dessen Durchführung ein guter Theil ihres Segens verloren geht. Manchen großen Grundherren aber ist es ganz genehm, den Bauernstand allmälig abnehmen zu sehen, seine besten Felder an sich zu ziehen und dann, nach polnischer Art, von lauter Proletariern umwohnt zu sein, welche ihnen als wohlfeile Taglöhner dienen. Wie gelegen, wenn man solchen Tendenzen auch noch eine liberale Hülle umwerfen kann!

Auch bei der Abstimmung über die Landrentenbank trat eine solche Coalition der Principopposition und der egoistischen Aristokratie hervor. Die Einen widerstrebten, weil sie, bevor sie die Verfassungsfrage für erledigt erachten, keinerlei finanzielle Concession machen und außerdem keine Auslegung der Verfassungsgesetze zulassen wollen als die von ihnen selbst beliebte; die Andern erklärten offen, daß ihnen bei jener wohlthätigen Maßregel die Rechte und Interessen der Berechtigten nicht genug bedacht schienen.

Die Unterzeichnung der bekannten Declaration der 138, von welchen Letztern uns übrigens Einer beharrlich fehlt, da wir in der Allgemeinen Preußischen Zeitung, trotz alles Zählens, durchaus nur 137 ausmitteln können, während ein Correspondent eines andern Blattes, der wahrscheinlich einige Vornamen mitgezählt hat, sogar 141 herausbringt, ist erst dann mit größerer Klarheit zu beurtheilen, wenn man das Verhältniß der verschiedenen Stände und Provinzen dabei in Anschlag bringt. Wir haben uns die Mühe genommen, die Unterschriften mit dem Verzeichnisse der Stände zu vergleichen, und unser Ergebniß wird bis auf ein paar kleine Zweifel, die den verschiedenen Herren Müller, Schulze ꝛc. zur Last fallen, richtig sein. Hiernach gehören von jenen 137 der Ritterschaft, die bekanntlich durch 237 Abgeordnete vertreten ist, 36, den Städten, welche 182 Abgeordnete senden, 54, den Landgemeinden mit ihren 124 Abgeordneten 47 an. Ferner kommen nach den Provinzen auf Preußen (mit 95 Abgeordneten) 61, auf Brandenburg (mit 67 Abgeordneten) 8, auf Pommern (mit 48 Abgeordneten) 1, auf Posen (mit 46 Abgeordneten) 6, auf Schlesien (mit 82 Abgeordneten) 11, auf Sachsen (mit 67 Abgeordneten) 3, auf Westfalen (mit 61 Abgeordneten) 11, auf die Rheinprovinz (mit 77 Abgeordneten) 36. Von den 36 declarirenden Rittern gehören 28 allein der Provinz Preußen an, welche 45 ritterschaftliche Abgeordnete hat, in Brandenburg, Schlesien und Sachsen hat sich gar kein Ritterstand dazu gefunden, in Pommern nur Einer, in Posen von 22 Rittersitzen nur 3, in Westfalen 2, in der Rheinprovinz von 27 Rittersitzen nur 2. Von den städtischen Declaranten gehören 20 der Provinz Preußen, welche 28 städtische Abgeordnete hat, 5 Brandenburg, 1 Posen, 7 Schlesien (mit 30 städtischen Abgeordneten), 2 Sachsen, 4 Westfalen und 15 der Rheinprovinz (mit 25 städtischen Abgeordneten) an. Ebenso von denen der Landgemeinden 13

der Provinz Preußen (mit 22 ländlichen Abgeordneten), 3 Brandenburg, 2 Posen, 4 Schlesien (mit 16 ländlichen Abgeordneten), 1 Sachsen, 5 Westfalen (mit 20 ländlichen Abgeordneten) und 19 der Rheinprovinz, welche 25 Abgeordnete der Landgemeinden hat. Aus Pommern hat weder ein städtischer noch ein bäuerlicher Deputirter declarirt, sondern nur ein ritterschaftlicher (v. Hagenow). In der Provinz Preußen sind also die Declaranten in einer Majorität von 61 gegen 34, in der Rheinprovinz in einer Minorität von 36 gegen 41, welche in der geringen Betheiligung der dortigen Ritterschaft beruht, überall sonst in der stärksten Minorität, und zwar in allen drei Ständen.

** **Aus Preussen**, 24. Mai. Der eigenthümliche Streit über den Zweck und Geist des Befreiungskrieges, der in der Sitzung der drei Stände am 16. Mai geführt wurde, beruhte zuletzt doch auf Mißverständnissen. Hr. v. Bismark hatte ganz Recht, wenn er gegen die Ansicht protestirte und sie für eine Beleidigung der Nation erklärte, daß das preußische Volk die Franzosenherrschaft ruhig ertragen und sich nicht zum Kampfe erhoben haben würde, wenn es nicht durch Versprechungen in Betreff der Zukunft, durch Zusicherung dieses und jenes politischen Rechts gewonnen worden wäre. Wer das sagt, verfälscht die Geschichte um einer Unwürdigkeit willen. Das preußische Volk bedurfte in jener Zeit nichts als den Ruf seines Königs, um sich wie Ein Mann gegen die verhaßten Bedrücker zu erheben; ja es ist oft behauptet worden, daß das glühende Verlangen des Volks nach Verdrängung der Fremden und Austilgung der Schmach, die man erlitten, und der furchtbaren Beschwerden, die man trug, den König fortgerissen haben würde, auch wenn er selbst nicht den Kampf gewollt hätte. Wenn die Abgeordneten, die mit so viel gerechtem Stolze hervorhoben, daß sie damals bereits gelebt und mitgefochten, sowol jene Beschwerden vergessen haben als auch den Haß gegen die Franzosen abläugnen, welcher in jener Zeit bis zur äußersten Uebertreibung ging, und wenn sie nur ihrer Hoffnungen für die Zukunft gedenken, so müssen sie damals sehr jung gewesen sein, ein sehr kurzes Gedächtniß haben und in der selbst mitgemachten Geschichte durch spätere für Parteizwecke ersonnene Darstellungen irre geworden sein. Ueberdem sind auch in jener Zeit keine Versprechungen gemacht und keine neuen politischen Rechte zugesichert worden, selbst der berühmte Aufruf des Königs spricht nur von Wiederkehr der Vergangenheit, nicht von Aufbau der Zukunft, und alle Proclamen jener Tage athmen jenen Geist der Romantik, von welchem der neuere Liberalismus so mächtig abweicht. Was man für Versprechungen ausgibt, das ist Alles erst nach dem Kampf und Sieg erfolgt. Wenn wir daher in dem Bemerkten dem Hrn. v. Bismark nur vollkommen beistimmen können, so müssen wir doch auch auf der andern Seite behaupten, daß auch er die gegentheilige Meinung nicht richtig verstanden hat. Die Behauptung, gegen die er mit Recht protestiren konnte, war an jener Stelle nicht ausgesprochen, sondern nur geltend gemacht worden, wie viel Antheil an dem begeisterten Aufschwunge jener Tage die Freiheit überhaupt, der Eindruck der großen Reformjahre von 1807 an, das dadurch erhobene Gefühl der Bürgerwürde und des Gemeinsinns und die dadurch aufgerufenen Hoffnungen getragen, und auch darin liegt sicherlich große Wahrheit. Das preußische Volk würde auch ohne das Alles dem Rufe seines Königs gefolgt sein, so gut wie in den westfälischen und hanseatischen Ländern der Fremdenhaß nicht minder erglühte wie in Preußen und zu den rühmlichsten Opfern und Anstrengungen spornte; die Anschauungen der Zukunft waren sehr unklar und unbestimmt und fanden sich doch nur unter den gebildeten Ständen; aber durch alles Volk wirkte das Bewußtsein der gemachten Vorschritte, der gewonnenen Grundlagen höherer Zustände und daß in der „Wiederkehr einer glücklichen Zeit" doch nicht eine Rückkehr zu all dem Zopf und all der Bevormundung der Jahre vor 1806 gemeint sein könne. Das hat den Kampf nicht erst möglich gemacht, aber es hat ihm seinen Charakter gegeben, und vieles Große und Schöne floß vornehmlich aus dieser Quelle. Der Kampf selbst aber ging nach der überall widerhallenden Sprache jener Tage für Gott, König und Vaterland!

— Der Karlsruher Zeitung wird aus **Berlin** geschrieben: „Eine neuliche Erklärung des Ministers v. Bodelschwingh in Betreff des Postgeheimnisses bezog sich, wie man sagt, auf nachstehenden Vorfall: Ein Abgeordneter der Provinz Preußen, Hr. v. K., wurde vor einigen Tagen zu dem Polizeipräsidenten v. Puttkammer geladen. Der Präsident legte ihm einen Brief in Abschrift vor, welchen Hr. v. K. bald nach Beginn des Landtags nach Königsberg geschrieben haben sollte, und der eine Kritik der Thronrede enthielt. Die Frage, ob Hr. v. K. den Inhalt dieser Copie als von ihm verfaßt anerkenne, wurde von dem Abgeordneten dahin beantwortet, daß er jede Antwort verweigere, auch kein Protokoll oder dergleichen unterzeichnen werde."

— Die Gesetzsammlung veröffentlicht zwei Gesetze, deren eins, vom 8. April datirend, die Glaubwürdigkeit der zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung commandirten Militairpersonen, das andere, vom 30. April, die Bildung eines Ehrenraths unter den Justizcommissaren, Advocaten und Notaren betrifft.

Oesterreich.

δ **Aus Ungarn**, 19. Mai. Die massenhaften Uebertritte, welche in Folge der neuen Gesetze über den erleichterten Uebergang von einer christlichen Confession zur andern im Königreiche Ungarn von Seiten der unirten Griechen zu der nichtunirten (russischen) Kirche stattfanden, fangen nun an, Rechtsfragen hervorzurufen, deren Lösung schwer, jedenfalls dem nächsten Reichstage vorbehalten bleiben muß. Es gibt nämlich, namentlich im Biharer Comitate, viele Gemeinden, in welchen, zufolge jener Conversionen, die Zahl der nichtunirten Griechen die der unirten übertrifft. Es ist daher auch hier die in andern Ländern bei ähnlichen Veranlassungen aufgeworfene Frage entstanden: Wem gehören die kirchlichen Gebäude und Gelder: der abgefallenen Majorität oder der dem frühern Glauben treugebliebenen Minorität? Die Stände des besagten Comitats sind darüber in Berathung getreten, und die Mehrheit derselben neigte sich der Ansicht zu, die Majorität müsse in den Besitz ihrer frühern kirchlichen Besitzthümer gesetzt werden. Indeß hat ein derartiger Beschluß noch nicht Gesetzeskraft und kann dieselbe erst durch ein neues Reichstagsgesetz erlangen. Bis dahin ist nun entschieden worden, daß die Unirten im bisherigen Besitz ihrer Kirchen und Pertinenzien bleiben sollen. Dabei wird es wol überhaupt auch sein Bewenden behalten, selbst wenn diese Angelegenheit vor den Reichstag kommt. Denn einmal ist ein solcher Beschluß dem Grundsatze des Conservatismus uti possidetis ganz angemessen; dann verlangt es auch die österreichische, wir möchten sagen die europäische Politik, der weitern Ausbreitung der nichtunirten griechischen Kirche, d. i. des Popen- und Russenthums, Schranken entgegenzusetzen, und endlich ist jener Grundsatz auch im allgemeinen Kirchenrechte begründet und dem Sinn aller Stiftungen gemäß.

Spanien.

Aus **Madrid** wird vom 16. Mai die Ankunft von General Rodil (Nr. 143) gemeldet. Der Clamor publico widerspricht auf das bestimmteste der Angabe des Heraldo, daß General Espartero sich wegen Erlaubniß zur Rückkehr an die Königin gewendet habe. Der Finanzminister, Hr. Salamanca, hat, angeblich im Auftrage seiner Collegen, dem Könige in Pardo seine Aufwartung gemacht. Der Zweck davon soll gewesen sein, den König zu einem Besuch in Aranjuez während der Anwesenheit der Königin daselbst zu bewegen. Ueber den Erfolg verlautete noch nichts. Der Aufenthalt der Königin in Aranjuez scheint übrigens bis Ende Mai verlängert werden zu sollen.

— Ein Schreiben aus **Barcelona** vom 12. Mai enthält nähere Nachrichten über den Kaper, der im Anfange dieses Monats ein amerikanisches Kauffahrteischiff in jenen Hafen eingebracht hat. (Nr. 136.) Diesem Briefe zufolge ist der Kaper nämlich ein spanisches Schiff, nach Barcelona gehörig, und segelte mit einem mexicanischen Kaperbriefe. Er ist daher von den spanischen Behörden als Pirat verurtheilt worden, und das amerikanische Schiff wird seine Reise ungestört fortsetzen können. Der Brief versichert, es seien noch drei andere Fahrzeuge mit Kaperbriefen in der Nähe von Barcelona.

Großbritannien.

London, 20. Mai.

Der Hof wird am 22. oder 24. Mai auf einige Tage nach Claremont gehen, wo der Geburtstag der Königin, der 24. Mai, und der Prinzessin Helene im Familienkreise begangen werden soll. Am 26. Mai kehrt der Hof nach dem Buckinghampalaste zurück, wo am 27. Mai großer Empfang zur officiellen Feier des Geburtstags der Königin stattfindet. Am 31. Mai geht der Hof für die Dauer der Ascottrennen nach Windsor.

— Von Nizza und Turin wird gemeldet, daß Daniel O'Connell bald nach seiner Ankunft in Genua gestorben sei. Auf directem Wege wird diese Nachricht bestätigt. O'Connell war am 7. Mai in Genua angelangt, befand sich aber so übel, daß er sofort im Hotel Feder sich zu Bette legen mußte. Am 10. Mai schon fürchtete man für sein Leben, indem zu seinen Kopfleiden eine Unterleibsentzündung und heftige Diarrhoe sich gesellte. Die Anwendung von Blutegeln und andere Mittel beseitigten indessen bis zum 12. Mai die Symptome unmittelbarer Gefahr, doch gaben die zwei zu Rathe gezogenen genueser Aerzte, deren einer ein dort heimisch gewordener Engländer ist, kaum Hoffnung, daß der Kranke genesen werde. Es trat jedoch ein Rückfall ein und am 15. Mai erfolgte die Auflösung des Vaters der Repeal.

— Der zum Lordlieutenant von Irland designirte Earl of Clarendon, dermalen noch Präsident des Handelsamtes, ist 1800 geboren und ein Bruder von Hrn. Villiers, der zuerst den Antrag auf Abschaffung der Getreidegesetze im Parlamente stellte und seit Jahren beharrlich erneute. Der Earl bekleidete früher die Botschafterstelle in Madrid und war im letzten Ministerium Melbourne Geheimsiegelbewahrer. Man schreibt ihm große Neigung für die auswärtige Politik zu. Es war etwas schwierig, einen Nachfolger für den Earl of Besborough zu finden, da unter gegenwärtigen Umständen Niemand sich nach dieser besonders schwierigen Stelle drängte, der Herzog v. Bedford dieselbe ablehnte und Lord Clanricarde, einer der reichsten Gutsherren in der Grafschaft Galway, sich durch seine mancherlei Oppositionen gegen das irische Armengesetz für jetzt unmöglich gemacht hatte.

— Der Repealverein, der wegen des Ablebens des Lordlieutenants von Irland seine Wochensitzung vom 17. auf den 18. Mai vertagt hatte, er-

hielt von J. O'Connell einen Bericht über Todesfälle in Irland vom 1. Oct. 1846 bis 1. April vorgelegt. Von 2350 waren angeblich 1567 aus Mangel an Nahrung erfolgt. Im Jahr 1845/46 waren in derselben Zeit nur 399 Todesfälle vorgekommen; es sind jedoch diese Listen ganz unzuverlässig. Als Repealrente gingen 49 Pf. St. ein.

— Der Marquis of Lansdowne, Geheimerathspräsident, ist durch einen Gichtanfall seit einigen Tagen am Erscheinen im Oberhause verhindert.

— Sir Charles Ogle, Hafenadmiral von Portsmouth, hat heute seine Flagge von dem bei Spithead nun segelfertig liegenden St. Vincent, seinem zeitherigen Flaggenschiff, auf den Victory übertragen, und Contreadmiral Sir C. Napier hat dafür die seinige auf dem erstern Dreidecker aufgezogen.

— Die gestrigen großen Rennen bei Epsom, der sogenannte Derbytag, sind verlaufen wie immer; nur war diesmal das Zuströmen der Tausende größer als je, da zum ersten Male directe Eisenbahngelegenheit von Londonbridge aus dahin war. Ueber Kingston und Kingston zu fahren, wie früher, hielt so Manchen zurück. Bei den Wetten an diesem Tage handelt es sich immer um einen außerordentlichen Umsatz. Zu dem großen Derbyrennen waren 188 Unterzeichner, deren jeder 50 Sovereigns Einsatz leistet. Hrn. Padley's Cossack gewann den Preis, der nach Abzug von 100 Sovereigns für den nächsten Renner, was Hrn. Pigot's Conyngham war, 100 Pf. St. zu den polizeilichen Unkosten und einigen andern Abgaben in 5250 Pf. St. bestand und vom Cossack in 2 Minuten 52 Secunden gewonnen wurde.

— Mit dem erfolgten Eintritte der Frühjahrshochfluten wird auch des in der Dundrumbai noch festliegenden Riesendampfers Great Britain wieder erwähnt. Es soll in der That gelungen sein, seine gefährlichsten Lecke zu schließen und das Wasser durch Pumpen so weit zu entfernen, daß das Schiff bei der letzten Flut wesentlich gehoben wurde.

— In einer Kohlengrube 2 Miles von Leeds hat eine Explosion böser Wetter wieder sieben Arbeitern das Leben gekostet.

Frankreich.

Paris, 21. Mai.

Die Pairskammer hat gestern die Berathung des Gesetzentwurfs über das Capitel von St.-Denis fortgesetzt. Die vier Zusatzartikel des Marquis de Barthélemy, welche die Zahl der Mitglieder des Capitels, ihre Wahl, Residenz und die des Primicier näher bestimmen sollten, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt und der Gesetzentwurf schließlich mit 169 gegen 50 Stimmen angenommen.

In der Deputirtenkammer stand der Gesetzentwurf über Beibehaltung der Posthaltereien auf den mit Eisenbahnen parallel laufenden Straßen auf der Tagesordnung. Der 1. Artikel desselben, welcher für die Unterhaltung von Postcursen durch das ganze Land den jährlichen Credit auf das Budget gebracht wissen wollte, wurde von der Regierung im Einverständniß mit der Commission gestrichen und der Entwurf ward dadurch zu einem Creditgesetz über 178,000 Fr. für 1847 und 350,000 Fr. für 1848 zu Unterstützungen der Postcurse auf parallel mit solchen Eisenbahnen laufenden Straßen, die noch im Baue begriffen sind. Der Finanzminister Hr. Dumon erklärte ausdrücklich, daß die Posthalter aus dem Grunde, weil eine verbesserte Transportweise ihr Geschäft beeinträchtige, vielleicht aufhebe, keine Entschädigung beanspruchen könnten. Der Gesetzentwurf wurde mit 199 gegen 42 Stimmen votirt.

— Der Constitutionnel gibt eine Statistik von der Zusammensetzung der Commissionen der Deputirtenkammer zur Berichterstattung über die vorliegenden Gesetzentwürfe. Die Opposition ist dabei in sehr geringer Zahl vertreten, Beamtendeputirte machen meist die Hälfte, oft noch mehr davon aus, wie z. B. von 18 Mitgliedern der Budgetcommission für 1848 nicht weniger als 10, von 18 Mitgliedern der Commission über den Rechnungsabschluß von 1844 die Hälfte, bei andern Commissionen von 9 Mitgliedern 8 und 7 Beamte sind.

— Eine vom 9. Dec. datirte königl. Verordnung hat dem Marine- und Colonialminister einen Credit von 461,000 Fr. für 1847 eröffnet zur Loskaufung der Sklaven im Besitze der Bewohner der Insel Mayotte bei Madagaskar. Die Befreiten haben jedoch fünf Jahre für die Regierung zu arbeiten.

— Die «Presse» erzählt von einer Versammlung Stockconservativer (conservateurs bornes), die bei Hrn. François Delessert gehalten worden sei. Es handle sich um Gründung eines neuen Blattes zum Ersatze der Epoque, wozu sie die Fonds aufbringen wollen. Mit der matten Vertheidigung ihrer Fahne durch das Journal des Débats sind die Herren unzufrieden.

— In Lille hat am 19. Mai die Verhandlung gegen die wegen der kürzlich dort vorgefallenen Theuerungstumulte Angeklagten begonnen und mehre Verurtheilungen haben schon stattgefunden. Gegen einen Mann, der eine schwarze Fahne im Haufen getragen hatte, ist fünf Jahre Gefängniß erkannt worden.

— Die Provinzialblätter nennen rücksichtslos den Namen des Capitains und Ordonnanzoffiziers des Königs, der in Chantilly eine so traurige Celebrität durch sein Spielglück erlangte. Er heißt Gudin und ist der Sohn eines der verdienstvollsten, auf dem Schlachtfelde gefallenen Divisionsgenerale des Kaiserthums, dem von Napoleon der Marschallstab zugedacht war. Unter den mancherlei Geschichtchen, welche über den entdeckten falschen Spieler in Umlauf sind, ist auch folgende: Die Königin pflegt mit ihren Schwiegertöchtern die Abende mit Arbeit an Stickereien u. dergl. auszufüllen. Zuweilen tritt eine Abwechselung ein, und es wird auch wol einmal ein Kartenspiel beliebt, wo dann mitunter die Adjutanten und dienstthuenden Ordonnanzoffiziere zugezogen werden. Capitain Gudin hatte auch diese Ehre und machte dabei durch sein Glück im Vingt-et-un Aufsehen. Eines Abends war das auch der Fall, als die Herzogin von Aumale, indem sie ihn die Karte mischen sah, unwillkürlich ausrief: „Ei, wie mischen Sie!" Der glückliche Spieler hatte hierauf, da die Herzogin, natürlich ohne Arges dabei zu denken, auf ihn achtete, wiederholt kein Glück mehr. Als das vierte Mal die Reihe an ihn kam, blickte die Herzogin nicht hin, und der Capitain gewann. In ihrer naiven Weise meinte da die Herzogin von Aumale: „Ah, diesmal hab' ich nicht aufgepaßt."

— Der Moniteur enthält eine Uebersicht des ermittelten Schadens, welchen im vorigen Jahre die Loireüberschwemmung angerichtet hat. Die Gesammtschätzung beläuft sich auf 27,677,000 Fr., wovon 15 Mill. ungefähr auf reiche und bemittelte Leute kommen. Diese haben aus den für die Ueberschwemmten eingegangenen Unterstützungen von zusammen 3,517,000 Fr. natürlich nichts empfangen, sondern letztere sind den bei den übrigen 12 Mill. des Schadens betheiligten Unbemittelten allein zugeflossen, die dennoch nur wenig über den vierten Theil Ersatz erhielten.

— Die katholischen Missionen von Frankreich haben im Jahr 1846 3,575,775 Fr. eingenommen und 3,882,273 Fr. ausgegeben. Die fremden Beiträge für das Jahr 1846 waren folgende: England 204,652 Fr., Belgien 174,376, Deutschland und die Schweiz 325,577 (wovon 203,677 auf Preußen, 37,853 auf die Schweiz, 10,639 auf Baden, 2773 auf Darmstadt, 3379 auf Hessen, 3519 auf Nassau, 23,921 auf Württemberg kommen). Nordamerika hat 84,047 gegeben, wovon nur 4432 auf die Vereinigten Staaten fallen, alles Uebrige auf die englischen Colonien von Canada und Neuschottland; Südamerika hat 9897 Fr. geliefert, Italien 605,427, Portugal 24,595, Spanien 21,507, die Niederlande 93,336. Von diesen Summen sind auf die Missionen in Europa verwendet worden 643,816 Fr., auf die in Asien 1,099,324, auf die in Afrika 367,732, in Amerika 1,018,507, auf die Südsee 486,660, auf den Druck der Annalen 224,943 und auf die Verwaltung 41,290. Die Annalen der Missionen sind im verflossenen Jahr in 178,000 Exemplaren erschienen, und zwar 100,000 Französisch, 18,200 Deutsch, 20,000 Englisch, 1160 Spanisch, 4500 Flämändisch, 30,000 Italienisch, 2500 Portugiesisch, 2000 Holländisch, 500 Polnisch.

0 **Paris**, 21. Mai. Von den neun ursprünglichen Mitgliedern des Cabinets vom 29. Oct. sind jetzt Hr. Guizot und Graf Duchatel, sowie nominell Marschall Soult noch als alleinige Repräsentanten übrig. Die Ideen, mit denen es seine Verwaltung anzutreten schien, von der man so viel erwartete für Consolidirung der Verhältnisse, sind trotz Hrn. Guizot's neuester Versicherung, daß darin nichts geändert sei, meist entschwunden wie die Persönlichkeiten. Es haben diese Ideen leider nicht Energie genug besessen, der Einwirkung jener selbstsüchtigen socialen Zersetzung zu widerstehen, welche die höhern und dirigirenden Schichten der Bevölkerung hier, durchdringt, in den untern nicht minder heimisch wird und von Paris aus wie von dem Centralsitze eines krebsartigen Uebels nach allen Seiten um sich wuchert. Immer seltener wird Gewissenhaftigkeit in der Wahl der Mittel, um zu Geld, Befriedigung der Genußsucht, Einfluß und Macht zu gelangen, je nachdem Neigung und persönliche Verhältnisse eine Richtung bedingten, sowie um die gewonnene Stellung zu behaupten und egoistisch auszubeuten. Doch ist dieser Charakterzug dem Franzosenthume gerade nicht neu und eben nur wieder einmal im Aufsteigen begriffen. Marschall Soult's spanische Gemäldegalerie, wie die Wahrnehmung der Wiener im Jahre 1809, daß jeder französische Tornister ein wandernder Schatzkasten war, darin in der Regel Uhren, Pretiosen, Gold, Bancozettel, mindestens einige silberne Löffel (s. „Traditionen aus Oesterreich unter Franz I.", 2. Bd. 1844), belegen ihn für eine frühere Zeit. Der vor dem Pairshof anhängige Proceß gegen General Cubières, die falschen Marken des Duc de Berghes und der falsche Spieler unter den Ordonnanzoffizieren des Königs sind neben vielen bekannten Dingen nur neueste Wahrzeichen desselben unter ihn modificirenden Umständen. Die Verwaltung ist, wie schon angedeutet, von der nachtheiligen Einwirkung dieser Richtung keineswegs frei geblieben, und die offenkundige Folge davon ist, daß sie einzig und allein sich Ludwig Philipp's persönliche Gunst (oder wenn man will die des Hofes), welche von dem öffentlichen Vertrauen des Königs der Franzosen zum Cabinet sehr zu unterscheiden sein dürfte, und die Majorität in der Deputirtenkammer zu erhalten bestrebt ist und diesen Gesichtspunkten alle andern unterordnet. Zwei Minister des 29. Oct. und zwar die dirigirenden, Hr. Guizot und Graf Duchatel, huldigen diesem Systeme vorzugsweise, zu dem von ihren frühern Collegen einzelne Männer, wie z. B. Hr. Villemain, sich nie in solchem Umfange bekannt hätten. Beide gehörten in der zweiten Hälfte

Digitized by Google

der Restauration zur Coterie der Doctrinaire, und Hr. Duchatel vertrat in dem von ihr damals herausgegebenen Globe die Handelsfreiheit und den Grundsatz, den Wählern völlig freie Hand zu lassen und keinen leitenden Einfluß auf dieselben zu üben, da man sonst nie zu einer möglichst unverfälschten Vertretung des Landes in der Kammer gelangen würde. Für die Wähler wie für die Deputirten statuirte er von Seiten des Ministeriums nur Einen Einfluß, den nämlich der öffentlichen Meinung über seine Wirksamkeit. Ihre Stimmen auf anderm Wege zu suchen nannte er ein Selbstzeugniß der Unfähigkeit für jede Verwaltung, welche dazu greifen würde. Ueber beide Punkte hat er seine Ansichten total geändert und im Betreff der Leitung der Wahlen hat er es zu wahrer Celebrität gebracht. Die Präfecten und Unterpräfecten sind unter ihm zu echten Courtiers der Wahlen geworden, und die Durchsetzung vom Ministerium empfohlener Candidaten für die Kammer ist der vorzüglichste Weg, zu einer einträglichern Präfectur zu gelangen. Hr. Guizot steht bereits im 60. Lebensjahre, sein Ehrgeiz aber scheint sich zu verjüngen mit dem Wachsthume der Jahre. Graf Molé erwiderte ihm einmal, als Hr. Guizot den Vorwurf zu großer Nachgiebigkeit gegen die Krone mit des Tacitus Worten: Omnia servitiis pro dominatione, gegen ihn richtete: „Des Römers Spruch gilt nicht von Höflingen, sondern von Ehrgeizigen.“ Und Hr. Guizot hat das durch seine Politik bestätigt, die im siebenten Jahr ihrer Herrschaft die Montpensier'sche Heirath als „die einzige große Sache, welche Frankreich seit 1830 allein zu Stande gebracht“, hinstellte und ihn zu dem schmählichen Auskunftsmittel nöthigte, zu versuchen, seine in des Hofes Dienst gegen den englischen Gesandten begangene Treulosigkeit durch eine elende Deutelei der Versicherung, die Heirathen in Madrid würden nicht gleichzeitig stattfinden, zu beschönigen. Damit war Treue und Glauben in die Schanze geschlagen, und sie wurden nicht dadurch gerettet, daß die Kammer Ludwig Philipp's auf der Rednerbühne excellenten Acteur auch mit diesem Komödiantenbehelfe nicht durchfallen ließ. Denn alles Das ist doch nur ein Schauspiel, ein Spectacle, nichts mehr, und es liegt etwas Wahres in dem boshaften Vergleiche der »Presse«, daß Hr. Guizot auf der Tribune dieselben Erfolge wie Demoif. Rachel auf der Bühne, und so umgekehrt Demoif. Rachel dieselben Erfolge auf der Bühne wie Hr. Guizot in der Kammer erlange. Beider Erfolge wären aber nur Kunst, und mit dem Fallen des Vorhangs wie mit dem Schlusse der Kammersitzung sei es damit vorüber. Freilich fragt sich hier noch, wohin soll das führen?

Belgien.

In **Gent** sind die Ruhestörungen gänzlich beendigt. Die von Gent in der Hauptstadt angelangte Deputation der Fabrikherren ist in Abwesenheit des Hrn. de Theux vom Justizminister empfangen worden.

Schweiz.

Aus **Luzern** heißt es in der Neuen Zürcher-Zeitung: „Im Grenzverkehre mit Aargau und Bern ist nun die höchste Spannung eingetreten. Das Auffallendste bei den luzernerischen Sperrmaßregeln ist, daß die Anordnungen nicht publicirt, sondern nur den Behörden und Landjägerposten an den Grenzposten mitgetheilt werden. So kann es kommen, daß Aargauer und Berner im besten Glauben Getreide im Canton Luzern ankaufen, welches man ihnen dann, wenn sie damit an die Grenze kommen, ohne weiteres wegnimmt. Es scheint die Nichtpublication der Sperrmaßregeln gerade darauf berechnet zu sein, daß man den Bürgern der benachbarten Cantone die Waaren wegnehmen kann.“

— Der kleine Rath von **St.-Gallen** hat alle und jede Aus- und Durchfuhr von Getreide, Mehl und Brot nach Vorarlberg und nach dem Fürstenthum Liechtenstein aus oder durch den Canton bis auf Weiteres gänzlich untersagt.

Italien.

Neapel, 11. Mai. Der Tod des greisen Helden Erzherzogs Karl von Oesterreich, Vaters der Königin, brachte schmerzliche Trauer in die königliche Familie. Aus besonderer Verehrung für den Verstorbenen hat der König eine Hoftrauer von vier vollen Monaten, mit Anlegung der Halbtrauer nach den ersten zwei Monaten, angeordnet. Sämmtliche Theater bleiben drei Tage lang geschlossen. — Der König hat seinen Ausflug in die Provinzen beendigt; er besuchte besonders bisher unbeachtete Orte und überraschte, da er niemals seine Reiseroute voraussagte, Behörden und Einwohner auf unerfreuliche und erfreuliche Weise. Bei dieser Gelegenheit hat er manche Zustände nicht allein mit eignen Augen gesehen, sondern wie gewöhnliche Sterbliche mitunter recht derb empfunden. Es begleitete ihn der Oberinspector der Straßen- und Brückenbauten. Inmitten der Reisebeschwerden, in Sturm und Regen decretirte der König mehre Verbesserungen, an welche sogleich Hand gelegt wurde. Derselbe beabsichtigt in kurzem eine abermalige Reise und zwar nach Calabrien zu machen, um auch dort der bedrängten Armuth durch reichliche Unterstützungen und weise Verbesserungen der Volkszustände zu Hülfe zu kommen. Gegen Ende des Juni begibt sich dann das königliche Paar nach Palermo zum Feste der heiligen Rosalia. (A. Z.)

— In **Pisa** soll, wie das Journal des Débats meldet, aus Anlaß der Publication des neuen Preßgesetzes (Nr. 142) ein Aufstand ausgebrochen sein und das Volk die Büste des Großherzogs zertrümmert haben.

Schweden und Norwegen.

Wie die Berliner Allgemeine Kirchenzeitung berichtet, ist an die Stelle des verstorbenen Tegnér Dr. Heurlin zum Bischof von Wexiö ernannt worden.

Rußland und Polen.

* **Aus Livland**, im Mai. Man hört seit längerer Zeit schon in unsern deutschen Provinzen die Meinung aussprechen, die auch selbst in mehren deutschen Blättern Aufnahme gefunden, als trage die livländische evangelische Geistlichkeit die Schuld des Abfalls unsers Landvolks von der lutherischen Kirche. Diese Meinung ist aber unbegründet und widerlegt sich selbst aufs bündigste, indem sie in der Regel zugleich mit dem unausweichlichen Geständnisse vernommen wird: die ganze Bewegung in Livland sei durchaus nicht kirchlicher, sondern rein politischer Natur; Niemand trete zur herrschenden Kirche über aus Sorge für sein Seelenheil, weil er in derselben mehr Wahrheit gefunden (kennt ja doch vielleicht kein einziger der unglücklichen Convertiten auch nur von fern das Wesen seiner neuen Kirche), sondern Jeder, welcher übertrete, erwarte nur äußerliche Vortheile, wie sie ihm von seinen Bekehrern vorgespiegelt werden. Ist nun allerdings die Wahrnehmung schmerzlich genug, daß so viele Tausende der Versuchung, in die sie geführt wurden, nicht widerstanden haben, so ist dagegen einestheils zu erwägen, daß sie für unsere Bauern, deren äußere Lage wol überhaupt eine gedrückte ist, eine sehr schwere war, da sie ihnen zuerst zu einer Zeit wirklicher Hungersnoth gestellt ward; daß anderntheils die Abgefallenen mit wenigen Ausnahmen der Klasse der kirchlichen und sittlichen Proletarier angehörten, wie sie in jeder christlichen Gemeinde angetroffen werden. Bei vielen livländischen Bauern ward der Abfall von ihrer Kirche nur dadurch möglich, daß sie, nachdem sie sich zur Aufnahme in die griechische Kirche hatten einschreiben lassen, später aber in ihrem Vorsatze wankend wurden, durch Ueberraschung oder Drohungen wider ihren Willen zum völligen Uebertritte gezwungen wurden. Unter so bewandten Umständen wäre es nun sehr unbillig, geradezu die Geistlichkeit für diesen Abfall ihrer Pflegebefohlenen verantwortlich zu machen. Eben so ungerecht und verleumderisch ist die in neuester Zeit gegen sie erhobene Anklage: sie sei durchgängig dem gemeinen Rationalismus ergeben, sei in Lauheit und ungeistliches Wesen versunken. Unsere Geistlichkeit zeichnet sich vielmehr im Allgemeinen durch einen sehr regen kirchlichen Sinn, durch Glaubenswärme, großen Amtseifer und thätige Seelsorge aus. Mehre von ihnen würden gewiß auch in der schriftstellerischen Welt sich auszeichnen, gestatteten ihnen die gehäuften Amtsgeschäfte dazu die erforderliche Muße.

Mehre livländische Prediger, wie dies schon die im Jahre 1819 bei Begründung der persönlichen Freiheit unserer Bauern erlassene Verordnung vorschrieb, sind jetzt bemüht, was freilich gleich damals hätte geschehen sollen, Elementar-Kirchenschulen für das Landvolk zu errichten. In diesen werden dem darüber erlassenen Programm zufolge der Jugend die ihrem Beruf unumgänglich nothwendigen, der Sphäre der Volksbildung genügenden Elementarkenntnisse gelehrt: Schreiben, Lesen, Rechnen, Singen, Katechismuslehre, technische Landwirthschaft, Landes-Gesetzkunde. Man darf von dem jetzt durch die Zeitereignisse gewaltig geweckten regen Sinn unsers Adels und der Geistlichkeit hoffen, daß diese vom Zeitgeiste gebotenen Institute in allen unsern drei Provinzen sich schnell ausbreiten werden, daß durch sie der bisherigen Rohheit, Indolenz, großen geistigen Unwissenheit und Unsittlichkeit unsers Landvolks ein Ende gemacht und dasselbe auf eine bessere Bahn werde geführt werden. Wären diese Schulen vor zwei Decennien gegründet worden, so hätte der Proselytismus der griechischen Kirche seine Fortschritte bei uns nicht gemacht.

— Damit bei dem jetzt so bedeutenden Umsatz im Getreidehandel die Vorräthe im Lande selbst nicht etwa erschöpft werden, sind sämmtliche Gouvernementschefs und Adelsmarschälle dafür verantwortlich gemacht, daß in allen Reservemagazinen die gesetzlich bestimmte Quantität Getreide wirklich vorräthig liege. Der Kaiser hat demnächst auch die alsbaldige Revision der Magazine angeordnet.

Moldau und Walachei.

Bukarescht ist, wie die dortige deutsche Zeitung schreibt, am 4. Mai wieder durch Feuerlärm in Schrecken gesetzt worden. Das Feuer brach in einer Schmiede aus, die im Hofe des Palastes vom Prinzen Karl Ghika stand. Ein Heuschober in dem daranstoßenden Hofe des Theaters, der von diesem Hofe nur durch eine beiläufig 6 Fuß hohe Mauer getrennt ist, entzündete sich und trug das Feuer auf das Dach des in demselben Hofe stehenden Hauptgebäudes, das Ballhaus des Hrn. Momolo, welches an vielen Orten zugleich Feuer fing. Aber eben so schnell war auch Hülfe da, die Pompiers, die Spritzen, das Militair und der Aga (Chef der Polizei), dessen Offiziere mitten im brennenden Heu stan-

Digitized by Google

den und wesentlich zur schnellen Unterdrückung des Feuers beitrugen. In einer Stunde war das Feuer gelöscht; abgebrannt ist nichts als die Schmiede.

Türkei.

Vom Schwarzen Meer wird der augsburger Allgemeinen Zeitung unterm 29. April geschrieben: „Alles, was sich über die Rüstungen der Pforte zu einem bevorstehenden **Feldzuge gegen Kurdistan** berichten läßt, ist, daß die Truppensendungen nach dem Lager zu Charput, die nun beendigt scheinen, nicht mehr als 6000 M. Infanterie nebst einiger Reiterei betrugen. Das Fußvolk wurde zu Schiffe nach Samsun geführt, und nebenbei gesagt, hat ein englisches Regierungsdampfschiff mit geholfen, die Reiterei ist zu Land abmarschirt. Die schon in Charput lagernden Truppen überstiegen nicht 8000 M. Ob diese Streitkräfte zur Bezwingung der Aufständischen hinreichend sein werden, muß um so mehr bezweifelt werden, als man dem Befehlshaber der ganzen Expedition, Osman-Pascha, militairische Kenntnisse und Erfahrungen, kurz alle Eigenschaften zu einer solchen Kriegführung abspricht. Es wird gewiß von allen Sachkundigen der Pforte als ein großer Mißgriff angerechnet werden, daß nicht Hafiz-Pascha, dessen Vorgänge in Kurdistan der Art gewesen, daß sein bloßer Name eine günstige moralische Wirkung hervorzubringen fähig wäre, zu dieser Befehlshaberschaft erkoren wurde. Allein wie es ein verhängnißvolles Geschick haben will, daß in der Türkei Alles schief und verkehrt gehen soll, so wurde Hafiz-Pascha seit zwei Jahren zwei Mal zum Pascha von Mossul ernannt, wo er ganz an seinem Platze gewesen wäre und wahrscheinlich der Nothwendigkeit eines Heerzugs gegen Bedrhan-Bey vorgebeugt haben würde, und jedesmal ward diese Ernennung rückgängig gemacht. Unstreitig der fähigste Militair im türkischen Heere, hatte Hafiz-Pascha im letzten kurdischen Kriege die unbändigsten Stämme zu bezwingen und zu bezähmen gewußt; freilich fielen nach der Schlacht von Nisib und seinem Abzug aus jenen Gegenden jene Stämme alle wieder ab und sind seitdem im Aufstande begriffen. Und dieser Mann, den man jetzt so nützlich verwenden könnte und so nothwendig brauchte, ist, wahrscheinlich aus keiner andern Ursache, kürzlich in Ungnade gefallen und seines Amtes verlustig geworden!"

Ostindien.

Das Eintreffen der Ueberlandpost vom 14. April aus Bombay in Marseille ist vom Telegraphen nach Paris gemeldet worden. Der Generalgouverneur Lord Hardinge war am 27. März in Scinde angekommen. Der neue Oberbefehlshaber der Truppen in Bombay Sir Willoughby Cotton hatte sein Commando angetreten. Aus dem Pendschab kannte man keine besorglichen Nachrichten, und in Afghanistan hatte sich auch nichts ereignet, was Bedenken erregen konnte. In Undh waren Ruhestörungen vorgekommen. Aus dem Gebiete des Nizzam dauerten die Klagen fort.

Wissenschaft und Kunst.

Dem Einführer der Buchdruckerkunst in England, William Caxton, geb. 1410, gest. 1495 (er druckte 1474 das erste englische Buch: „Ueber das Schachspiel", dem bald 55 andere folgten), wird am Ende der neuen Victoriastraße in London, gegenüber der Westminsterabtei, ein Denkmal errichtet werden, dessen von dem Geistlichen Milman dem Minister der öffentlichen Bauten Lord Morpeth vorgelegter Plan von diesem genehmigt worden ist. Das Denkmal wird die Gestalt eines Brunnens mit darüber emporragendem Obelisk oder gothischem Spitzthurm, auf dem Nachts eine Flamme brennen soll, haben. Die Zustimmung des Dechanten vom Westminster ist bereits erfolgt, und es fehlt nur noch die des Parlaments.

— Der König von Baiern hat den bisherigen Professor der Baukunst an der königl. Akademie der bildenden Künste in München, August Voit, zum Oberbaurath bei der obersten Baubehörde (an v. Gärtner's Stelle) ernannt.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 25. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118½ Br.; Sächsisch Bairische 87½ Br., 87¼ bezahlt und G.; Sächsisch-Schlesische 100¾ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 59¾ Br., 59½ bezahlt; Löbau-Zittauer 57 Br., 56½ bezahlt u. G.; Magdeburg-Leipziger 202½ G., Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ Br.; Köln-Mindener 92¼ Br.; Thüringer 94¼ Br.; Altona-Kieler 108 G.; Dessauer Bankactien 100¼ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. * Frankfurt a. M., 23. Mai. Die Höchst-Sodener Eisenbahn, welche sich zu Höchst an die Taunuseisenbahn anschließt und deren Dienst einstweilen von der Administration der letztern übernommen worden, ist seit gestern dem öffentlichen Verkehr übergeben. Allgemein klagt man über die übertrieben hohen Fahrpreise. Für die dreistündige Strecke von Frankfurt a. M. nach Soden sind die Preise für die drei Wagenklassen auf 48, 36 und 24 Kreuzer gestellt.

Eisenbahn. Aus Siena vom 26. April wird gemeldet: „Am 25. April haben 18 Mitglieder der römisch-toscanischen Deputationen (darunter der Fürst Corsini, Duca Torloma, die Marchesen Gualterio und Potenziani, die Grafen Copelo und Bentivoglio) einen Vereinigungsvertrag geschlossen, um gemeinschaftlich von den betreffenden Regierungen die Bewilligung zur Fortsetzung der Toscanischen Central-Eisenbahn nach Rom unter dem Namen «Grande Centrale Italiana» zu erwirken. Der bezüglichen Eisenbahn auf dem römischen Gebiete beabsichtigt man den Namen «Via Pia Casiana» zu geben. Die ganze Bahn, welcher keine besondern natürlichen Hindernisse sich entgegenstellen, beträgt 140 italienische (ungefähr 36 deutsche) Meilen, und würde längs der Chiana-, Paglia- und Tiberthäler mehre ansehnliche Städte berühren."

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 16. bis 22. Mai 1847:

7,839 Personen	6,782 Thlr.	4 Ngr.	— Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht	4,713	26	5
und magdeburger Antheil	11,496	—	5

(Vom 1. Jan. — 22. Mai 139,386 Personen, Einnahme 206,861 Thlr. 4½ Ngr.)

Staatspapiere. Wien, 22. Mai. Bkact. 1598; Met. 5pc. 107; 3pc. 97⅞; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Wien, 22. Mai. Nordb. 167⅛; Gloggn. 125¼; Mail. 110⅛; Livorn. 88⅛; Pesth. 99.

Leipziger Börse am 25. Mai 1847.

Course im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.		144
pr. 250 Gl. n.	2 Mt.	—	143
Augsburg	k. S.	—	102
pr. 150 Ct. n.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 400 Rthlr.	k. S.	99¾	—
pr. Cct.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Rthlr.	k. S.	111¾	—
Leipz. à 5 Rthlr.	2 Mt.		
Bresl. pr. 100 Rthlr.	k. S.	—	99¼
pr. Cct.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56½	—
pr. 100 Fl. im 24 F.	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	100¼	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149¾	—
London	2 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22½	—
Paris pr. 300 Frcs.	k. S.	—	—
	2 Mt.	—	79¾
	3 Mt.	—	79¼
Wien pr. 150 fl.	k. S.	—	102¼
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—
Augusd. à 5 Rthlr. à ⅓ Mk.			
Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100		—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Rthlr.			
idem . . . . . auf 100		—	—
Ausl. ausländ. Louisd'or à 5 Rthlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . . auf 100		—	11¾
Holl. Ducaten à 3 Rthlr.		—	6¼
Kaiserl. d°. d°.		—	6¼
Preuss. d°. à 65⅓ Aa		—	6¼
Passir d°. d°. à 65 Aa		—	6
Conv.-Spec. u. Gld.		—	—
idem 10 u. 20 Xr.		—	2½
Gold pr. Mk. fein Kön.		—	—
Silber d°. d°.		—	—

Staatspapiere. Actien excinc. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere:			
à 3½ % im 24 F. v. 1000 u. 500 Rthlr.		99¼	—
à 3½ % im 24 F. v. 1000 u. 500 Rthlr.		99¼	—
14 Rthlr. F. kleinere . . .		—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine			
à 3½ % im 24 F. v. 1000 u. 500 Rthlr.		99	—
20 Rthlr. F. kleinere . . .		—	—
Leipziger Stadt-Obligationen			
à 3½ % im 24 F. v. 1000 u. 500 Rthlr.		99	—
14 Rthlr. F. kleinere . . .		—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		—	—
	v. 500	—	—
	v. 100 u. 25	—	—
Landsteuer d°. à 3½ %		—	—
d°. d°. à 3½ %		—	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb. St.-Obl. à 3½ %		103¼	—
A. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100		—	99¾
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Rthlr.)		—	—
K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 %		—	—
à 4 % laufende Zinsen		—	—
à 3½ % à 103¾ im 24 F.		—	—
à 3 %		—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.			
Leipzig. Bank-Actien à 250 Thlr. pr. 100		176	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr. pr. 100		118¼	—
Sächs.-Bair. d°. pr. 100		—	87¼
Sächs.-Schles. d°. pr. 100		—	100
Chemn.-Risa. d°. pr. 100		59½	—
Löbau-Zitt. d°. pr. 100		57	—
Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100		—	202¼

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Fahr-Ordnung

[2091]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.

„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** um 5½ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4½ Uhr Nachmittags.

„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.

„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** 4½ Uhr früh, 8, 12¼, 2, 5¼, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.

Digitized by Google

Neuigkeit von Ad. Brennglas.

Bei Ign. Jackowitz in Leipzig erschien soeben als Fortsetzung und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben:

Berlin wie es ist und — trinkt.

Von **Ad. Brennglas.**

XXVII. Heft: **„Bilder-Schilder oder Schilder-Bilder."**

Mit einem colorirten Titelkupfer von Th. Hosemann.

8. Elegant geh. im Umschlag. Velinp. Preis ⅓ Thlr.

☞ Die bis jetzt erschienenen XXIX Hefte dieses allgemein beliebten Werkes sind in den neuesten Auflagen wieder vollständig zu haben. [2080]

In der Fest'schen Verlagsbuchhandlung in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Schicksale der Frauen

und

die Prostitution

im Zusammenhange mit dem Princip der Unauflösbarkeit der katholischen Ehe und besonders der österreichischen Gesetzgebung und der Philosophie des Zeitalters.

Von Dr. **Ant. J. Groß-Hoffinger,**

Mitglied der historischen Gesellschaft in Freiburg, der Société de Géographie in Paris und a. g. G.

Brosch. Preis 2 Thlr. [2088]

Evangelium
Palatinum ineditum

sive Reliquiae textus evangeliorum latini ante Hieronymum versi ex codice palatino purpureo quarti vel quinti p. Chr. Saeculi nunc primum eruit atque edidit

Constantinus Tischendorf.

Gr. 4. Geh. 18 Thlr.

Das Evangelium Palatinum ineditum, das soeben in meinem Verlage erscheint, enthält den lateinischen Evangelientext, wie er sich in einer Handschrift, aus dem 4. oder 5. Jahrhundert stammend, unlängst vorgefunden hat. Das Original befindet sich in der k. k. Bibliothek zu Wien, und war bis jetzt noch ohne alle Bearbeitung geblieben. Die Ausstattung des Werks ist der Wichtigkeit desselben entsprechend.

Eine ausführliche Anzeige hierüber ist in allen Buchhandlungen **gratis** zu erhalten.

Leipzig, im Mai 1847.

[2085] ***F. A. Brockhaus.***

Preis-Ermäßigung.

In der ganzen Auflage übernehme ich und erlasse, soweit der Vorrath reicht, statt 1 Thlr. zu **15 Sgr.** das Exemplar:

Die Weltkunde

aus dem Standpunkte der Erdbeschreibung.

Ein Hülfsbuch für Volksschullehrer, um Naturbeschreibung, Naturlehre, Technologie, Menschenkunde und Geschichte in einer durch Erdbeschreibung vermittelten Verbindung zu behandeln.

Von **Gottfr. Herrmann** (jetzigem Rector in Mühlhausen). Mit einem Vorworte von Dr. **Christian Weiß,** Königl. Preuß. Geh. Regierungs- und Schul-Rath in Merseburg, Ritter u. s. w.

1838. 8. Geh. 25 Bogen.

War der Ladenpreis schon ein sehr billiger, auf große Verbreitung berechneter, so ist der jetzt ermäßigte Preis ein beispiellos billiger. Ein großer Theil der noch vorhandenen Exemplare sind roh, die uns zuerst zugehenden Bestellungen aber werden mit geheften Exemplaren effectuirt.

Jede Buchhandlung liefert das **Buch** zu obigem Preise.

Merseburg, im Mai 1847.

[2073—74] ***Louis Garcke.***

Ritterguts-Verkauf.

Das den Herren Karl Theodor, Karl Otto und Karl Reinhold Gebrüder Eiche zugehörige, im Saal-Eisenberger Kreise des Herzogthums Sachsen-Altenburg höchst romantisch gelegene, von Kahla, Jena und Roda 1½ St., von Neustadt a. d. Orla 3 St., von Weimar 5 St. und vom Anhaltepunkte der Thüringischen Eisenbahn bei Apolda 4 St. entfernte Mannlehnrittergut

Schiebelau

soll erbregulirungshalber nebst Allodien und einem vollständigen lebenden und todten Inventarium

Dienstag den 29. Juni d. J.

von Vormittags 11 Uhr an durch den Unterzeichneten im Wege des Meistgebots, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, verkauft werden. Es gehören dazu circa 4 Acker Gärten, 25 Acker Wiesen, 140 Acker Felder, 182 Acker Holz, 20 Acker Teeden resp. Obstplantagen rc., den Acker zu 280 zehneiligen Quadratruthen gerechnet. Das Nähere ist aus den bei den Herren Gebrüdern Eiche zu Schiebelau, sowie bei dem Unterzeichneten ausliegenden Verkaufsbedingungen ersichtlich, von welchen der Letztere gegen Erstattung der Copialien und Postvorlage auf Verlangen Abschrift ertheilt.

Kauflustige werden ersucht, sich am gedachten Tage auf dem Rittergute Schiebelau einzufinden und ihre Gebote bis Mittag 1 Uhr anzubringen.

Altenburg, den 1. Mai 1847. [1917—19]

Hofadvocat **Karl Hempel.**

In der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist **gratis** zu erhalten:

Bericht des Directoriums der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft über das Verhältniß dieser zu der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Neue brillante Pianofortemusik.

In **H. F. Müller's** Musikverlag in Wien sind neu erschienen: [2008]

Becher, Dr. **A. J., Bewährte Studien** aus dem Besten gewählt, mit Erläuterungen und Fingersätzen versehen. *1. Folge:* Uebungen, welche die Unabhängigkeit und Kräftigung der Finger bezwecken. *1. Heft:* **Clementi Nr. 1—3.**

Kazynski, Vict., Erinnerung an Deutschland. Eisenbahn-Dampfmaschinengalopp für das Pianoforte zu 4 Händen. 45 Kr.

—, Pensée fugitive en forme de Nocturne. Impromptu. 30 Kr.

Lewy, Ch., Fantaisie sur des thèmes favoris de l'Opera: **L'ame en peine (Der Förster).** Op. 12. 1 Fl.

—, **Les Colombes.** Intermezzo. Op. 13. 30 Kr.

Liszt, Fr., Dessauer's Lieder, für das Pianoforte übertragen. 2 Fl.

Nr. 1. Lockung. 45 Kr.
„ 2. Zwei Wege. 30 Kr.
„ 3. Spanisches Lied. 1 Fl.

Rubinstein, Ant., Voix intérieures. Op. 8. Nr. 1. Volkslied. 30 Kr. Nr. 2. Rêverie. 45 Kr. Nr. 3. Impromptu. 45 Kr.

Waldmüller, Ferd., La plainte d'Amour. Romance sans paroles 30 Kr. C.-M.

Gesuch. Ein Kaufmann in **Berlin,** der durch langjährige Thätigkeit eine vielseitige Bekanntschaft in der kaufmännischen Welt hat und die erforderlichen Eigenschaften besitzt, wünscht dort für auswärtige angesehene Häuser **Agenturen** und **Commissionslager,** auch nach Umständen eine **Commandite** zu übernehmen. Ein hiesiges achtbares Haus, desgleichen berliner achtbare Häuser können und werden dieses Gesuch mit den besten Empfehlungen unterstützen, und werden hierauf Reflectirende gebeten, zur nähern Auskunft ihre Adresse unter **J. G. J.** poste restante **Leipzig** abzugeben. [2090]

Karl Melzig,

Besitzer des Gasthofes

Zum Kaiser von Oestreich in Prag,

nahe dem Bahnhofe, der k. k. Post und dem Hauptzollamte, mit 60 neu und geschmackvoll eingerichteten Zimmern, geräumigen Stallungen und Wagenremisen, aufmerksamer und prompter Bedienung, empfiehlt sich dem Wohlwollen aller Herren Reisenden. [1958—61]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 26. Mai. **Alessandro Stradella,** romantische Oper von Flotow. Stradella, Herr Dr. **Liebert;** Leonore, Frl. **Achilles,** als Gäste.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Apotheker Friedrich Schuberth in Stollberg mit Frl. Anna Pilz in Zittau.

Getraut: Hr. Oberlehrer Wilhelm Julius Diethe in Dresden mit Frl. Agnes Schröck. — Hr. August Mönster in Osnabrück mit Frl. Minna Hoffmeister. — Hr. Jul. Walter in Chemnitz mit Frl. Ottilie Kirchner. — Hr. Dr. Welf in Weißenstadt mit Frl. Rosalie **Popp aus Baireuth.** — Hr. Friedrich Zumpe in **Krippen** mit Frl. Auguste Merbach.

Geboren: Hrn. Forstamtsactuar **A. Bernhard** in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. Stadtrath Ernst Degen in Meißen eine Tochter. — Hrn. Dr. Emerich in Wanfried eine Tochter. — Hrn. geh. Kanzlist Haupt in Dresden eine Tochter. — Hrn. G. A. Kümmler in Ober-Forchheim ein Sohn. — Hrn. Adolf Segnitz in Bremen ein Sohn.

Gestorben: Hr. Justizministerialsecretair Heinrich Ludwig Hausmann in Dresden. — Hr. Particulier Wilhelm Heinze in Goslar. — Hr. Kürschner und Kaufmann Bernhard Kaminski in Ratibor. — Frau Pfarrer Agnes Knorr in Euhrau. — Hr. Kirchenvorsteher Karl Gottlieb Reinicke in Radeberg. — Hr. Cantor Suchlich in Wansen. — Hr. J. G. Basmer in Bremen.

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 147. — 27. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal … Insertionsgebühren für den Raum einer …

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. England und Griechenland. *Dresden. Das Pfingstfest. Der Hof. 0 Leipzig. Wohlthätigkeit. — Die Unruhen in Stuttgart. — Die Gemeinde Reichenbach in Baden. 0 Altenburg. Theuerungsmaßregeln.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Hagelwetter. ‖ Berlin. Das Verfahren gegen Geistliche wegen Glaubensabweichungen. 0 Berlin. Die Staatsgarantien. — Deutsch-Katholiken in Liegnitz.

Oesterreich. General Hammerstein. Getreidewesen. — Katharine Kelemen.

Portugal. Der Bürgerkrieg. Madeira und Angola erklären sich für die Junta von Oporto. Visconde Carreira. Die Bank.

Spanien. Die Truppen aus Portugal. Die Königin in Aranjuez. De la Riva. General Nogueras.

Großbritannien. Parlament. O'Connell's Tod. Earl of Clarendon zum Lordlieutenant von Irland ernannt. Marquis of Lansdowne. Die Bestattung des Earl of Desborough. Ruhestörungen in Irland. Sir Charles Napier. Sir W. Parker. Anfall einer Handelsbrigg. Herzog Karl von Braunschweig.

Frankreich. Die Zeitungen. Cabinetsänderung durch den Austritt Salvandy's. Otaheiti. Neues Journal. Don Enrique. General Narvaez. Das Journal des Débats über die neueste Lage des Bürgerkriegs in Portugal. **Paris. Frieden mit der Königin Pomaré und den Progressisten.

Belgien. *Brüssel. Die Wahlen.

Schweiz. Die Wahlen in St. Gallen.

Italien. *Rom. Prinzessin Albrecht. Die Aernte. Festlichkeiten. Rom. Der Papst.

Griechenland. Die Differenz mit der Pforte.

Türkei. Konstantinopel. Rüstungen. Persische Besorgnisse.

Südamerika. Der Congreß von Neugranada.

Wissenschaft und Kunst. †Leipzig. Ständchen. *Brüssel. Die königl. Akademie.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Salzburg. Eisenbahn. — Die Spiritusbereitung aus Zucker in England. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 25. Mai. Aus dem berliner Artikel über die griechischen Finanzen in Nr. 143 ersehen wir, woran wir allerdings nie gezweifelt haben, daß es mit diesen Finanzen schlecht steht und daß sittliche und politische Gebrechen aller Art, namentlich die Unterschleife der Erhebungsbeamten und die Unfähigkeit der Minister, diesem Unwesen zu steuern, einen guten Theil der Schuld tragen. Am bedenklichsten für die Gläubiger Griechenlands ist jedenfalls der in den dort mitgetheilten Verhandlungen zu Tage gekommene Umstand, daß die griechische Verwaltung den Betrag ihrer wahrscheinlichen Einnahmen verschweigt oder vielmehr ihn geflissentlich viel zu niedrig anschlägt, damit die Darlehnsmächte, wie wir sie jetzt nennen möchten, keine Ansprüche auf einen etwanigen Ueberschuß erheben. Kurz, es ergibt sich, daß die Gläubiger Griechenlands keine nahen Aussichten auf eine regelmäßige Verzinsung und allmälige Tilgung ihrer Foderung haben, ja daß es selbst an dem guten Willen dazu fehlt, und wenn diese Gläubiger Privatleute wären, die ihr Geld aus irgend welchem persönlichen Grunde hergegeben hätten, so wäre es ihnen nicht zu verargen, wenn sie das beregte Verfahren erbitterte und zu allen ihnen nur zu Gebote stehenden Gegenmaßregeln bestimmte. Aber wir haben immer geglaubt, daß England, wie die andern Mächte, die griechische Anleihe, von welcher überdem Griechenland, und zwar nicht durch eigne Schuld, sehr wenig wirklichen Nutzen gezogen hat, nicht aus dem Gesichtspunkt eines kaufmännischen Geldgeschäfts, sondern aus dem einer politischen Maßregel betrachtet hat, und daß auch in England die finanziellen Gesichtspunkte den höhern politischen nachstehen. Frankreich ist in viel mislicherer finanzieller Lage als England, aber seine Kammern gehen Jahr für Jahr über das griechische Deficit mit einem großmüthigen Votum hin, weil sie eine stürmische Einfoderung für politisch nachtheilig halten. Die englische Regierung hätte weit mehr Anlaß, statt dieser griechischen Foderung die Ansprüche ihrer Unterthanen an Spanien aufs kräftigste zu vertreten, da Privatpersonen durch dergleichen Ausfälle weit härter betroffen werden als die Staatskasse Großbritanniens; aber gleichwol haben Lord Aberdeen und Lord Palmerston, wie oft auch Deputationen spanischer Staatsgläubiger ihnen ihre Lamentos vortrugen, dieselben immer mit leeren Trostworten heimgeschickt. Denn die englische Politik verbot es, gegen Spanien ebenso zu verfahren, wie man gegen Griechenland verfährt, und England hat den Königinnen Christine und Isabella und all ihren wechselnden Ministern, welche Personen alle wir hier nicht näher charakterisiren wollen, eben so viel Rücksichten geschenkt, wie es deren gegen den edlen König Otto und gegen Kolettis, den einzigen Minister, der bis jetzt einige Kraft hat behaupten können in Griechenland, aus den Augen gesetzt hat. Da man nun nicht annehmen kann, daß England nicht einsehen sollte, daß seine in einer finanziellen Angelegenheit ergriffenen Maßregeln zunächst den Sturz des Ministeriums Kolettis herbeizuführen, außerdem aber auch dem Ansehen und der Festigkeit der Regierung überhaupt sehr böse Wunden zu schlagen drohen, so bleibt nichts übrig als die andere Annahme: daß England das Alles eben will und daß ihm die Finanzsache nur ein Vorwand ist, um seinen politischen Zweck zu verschleiern. Diesen Zweck aber könnten wir nur für eben so unmoralisch als unweise halten.

„Aber, mag man sagen, England gibt ja der griechischen Regierung die besten Rathschläge, und wenn sie diese folgt, so wird das zu der Kräftigung und dem Gedeihen des Staats mehr als sonst was beitragen! Heißt es auf den Ruin des griechischen Staats hinarbeiten, wenn man ihm empfiehlt, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, untreue Beamte fortzujagen, nur redliche anzustellen und Minister zu wählen, welche Kraft genug haben, den Misbräuchen gründlich zu steuern?" Recht schön; aber zum Unglück ergibt sich aus denselben Verhandlungen, auf die sich jener Artikel stützt, daß die Wurzel des Uebels ganz wo anders sitzt als in dem Mangel an gutem Willen oder moralischer Kraft des Ministeriums. Legt denn nicht der Minister in jenem Artikel dar, daß jene untreuen Beamten auf Empfehlung der Abgeordneten, zum Theil derselben Abgeordneten, die jetzt die Schlechtigkeit ihrer Creaturen den Ministern zur Last legen, angestellt worden? Wo ist also der Sitz der Corruption und die Quelle der Misbräuche? Ein Ministerium, was die weisen Rathschläge der englischen Herren befolgen wollte, würde durch die Kammern gestürzt werden, und das sollte man in England so gut wissen wie hier. Da sich nun eine moralische Regeneration der Volksklassen, aus welchen die griechischen Abgeordneten aller Parteien hervorgehen, nicht so bald erwarten läßt, so ist auch den beklagten Uebelständen nicht anders abzuhelfen, als daß die Regierung eine Stellung einnimmt, bei welcher sie sich in Durchführung des Rechten und Guten auch trotz der Kammern behaupten kann und deren Stimmen nicht durch Corruption zu erkaufen braucht. Will oder kann man solchen Zustand nicht herbeiführen — und Alles, was das Ansehen des Königs und desjenigen Ministeriums, dem er mit vollem Rechte sein Vertrauen geschenkt hat, herabsetzt, arbeitet demselben entgegen —, so sollte man sich wenigstens in die unvermeidlichen Folgen des jetzigen Zustandes ergeben und abwarten, ob es der griechischen Regierung allmälig gelingt, einem bessern Geist in den Kammern zur Geltung zu verhelfen. Wir werden aber so lange nicht an einen guten Willen Englands für Griechenland glauben und keine Kräftigung und Befestigung dieses Staates hoffen, als Sir Edward Lyons noch der Vertreter Englands in Athen ist.

* Dresden, 25. Mai. Am Sonnabend vor dem Pfingstfeste sahen wir viele Fremde herzuströmen, deren Zahl am Pfingstmorgen mit Ankunft der Extrazüge beider Eisenbahnen zu Massen anwuchs; die vielfältigen Gelegenheiten zum Besuch in die mit allem Naturreiz ausgestattete Umgegend waren nach allen Seiten hin benutzt, vorzugsweise die Dampfboote, welche mit grünen Maien geschmückt auf dem klaren Strom wol zur Theilnahme einladen konnten; eins derselben fuhr fast ununterbrochen immer von Passagieren benutzt nach Pillnitz und wieder zurück; drei andere (sächsische und böhmische), welche früh sechs Uhr nach der sächsischen Schweiz, den Vor- und Nachstationen derselben abgingen, waren in dem Grade angefüllt, daß die Theilnehmenden nur eng aneinandergedrängt Platz fanden; eine große Zahl der studirenden Jugend aus Leipzig und Halle hatten schon Tags vorher durch Billetbestellung sich Plätze gesichert. Ungeachtet aller Verlockungen nach außen hin war die Residenz nicht verödet, die Straßen voll festlich geschmückter Menschen, welche Blumen, Kränze, frische Maien heimtrugen; alle Kirchen sah man besucht, die evangelische Hofkirche war zum Erdrücken angefüllt; Oberhofprediger Dr. v. Ammon zeigte in einem gleich tief durchdachten als begeisterten Vortrage, „wie die erste christliche Gemeinde in Jerusalem ein Vorbild für die religiösen Bewegungen unserer Zeit sein solle". Vielen dürfte dieser ausgezeichnete Vortrag voll klarer Anschauungen und überzeugender Wahrheiten ein Stützpunkt auf dem schwanken Boden ihrer Religionsmeinungen sein. Der zweite Pfingsttag war gleichfalls von heiterm Wetter begünstigt. — Unser Hof ist gegenwärtig in Pillnitz, wohin am Sonn-

abend der König und die königlichen Familienglieder für die Dauer des Sommers sich begaben; auch viele Familien von hier und von auswärts haben diesen durch vielen mannichfachen Naturreiz bevorzugten Ort unsers Elbthals zum Sommeraufenthalte gewählt.

○ **Leipzig**, 26. Mai. Die neulich (Nr. 136) erwähnte Aufforderung, die sonst bei des Königs Geburtstag zu Festlichkeiten gewidmeten Gelder der Unterstützung der Armen zu widmen, hat reichen Ertrag gehabt. Es ist die Summe von 644 Thlr. eingegangen, deren eine Hälfte dem hiesigen Hülfsvereine, die andere dem Hülfsverein in Schwarzenberg übergeben worden ist.

— Aus **Stuttgart** vom 12. Mai wird dem Rheinischen Beobachter geschrieben: „Von den hiesigen Aerzten und Chirurgen sind bis jetzt 168 Verwundungen schuldiger Theilnehmer oder mancher auch wol nur Anwesenden bei dem Aufruhr constatirt. Dasjenige Individuum, welches beharrlich in feindlicher Absicht sich an den König drängte und, dabei von einem Feldjäger verwundet, erst später festgenommen werden konnte, ist ein Mensch, der mit Unterstützung des Königs erzogen worden war. Die berittene Stadtgarde zeigte durch tüchtigen Gebrauch ihrer Waffen, wie Ernst es den rechtlichen Bürgern war, dem Unheil Einhalt zu thun. Die meisten der Haupttheilnehmer hatten die Gesichter geschwärzt und waren in Blousen gekleidet; unverhältnißmäßig viele Handwerksbursche waren in den letzten Tagen hier eingetroffen; fast sämmtliche Postpferde wurden in derselben Nacht zu eiligen Extraposten in der Richtung nach Baden und Frankfurt in Anspruch genommen, welchem wichtigen Umstand unter den damals obwaltenden Verhältnissen begreiflich nicht die gehörige Aufmerksamkeit geschenkt werden konnte. Auf dem Wahlplatze wurde ein Theil einer abgehauenen, mit einem goldenen Ringe versehenen Hand gefunden, der Besitzer (nach andern Berichten war es eine weibliche Hand) bis jetzt aber noch nicht entdeckt. In dem Ganzen herrschte ein unverkennbarer Zusammenhang und eine feste, vorher beschlossene Anordnung. Daß aber dieses Ganze kein politisch-radicales, sondern, wie früher bemerkt, ein communistisch-radicales genannt werden muß, ergibt sich wol am besten daraus, daß dem radicalen Abgeordneten der hiesigen Stadt die Fenster eingeworfen wurden und dem eben so radicalen Abgeordneten von Tübingen nicht nur seine Kunstmühle zerstört, sondern auch er selbst ersäuft werden sollte."

— Die römisch-katholische Gemeinde Reichenbach in **Baden** ist mit ihrem Pfarrer so unzufrieden, daß sie auf dessen schleunigste Entfernung angetragen hat und für den Fall, daß ihrer Bitte nicht entsprochen werden sollte, entschlossen ist, eine eigne deutsch-katholische Gemeinde zu gründen. (D. Z.)

○ **Altenburg**, 26. Mai. Eine außerordentliche Beilage zu unserm Amts- und Nachrichtsblatte macht mit den Maßnahmen bekannt, welche die Regierung in Folge der seit der vorigen ungünstigen Aernte auch bei uns fühlbar gewordenen Theuerung bisher getroffen hat, und es sind da zuerst die Straßen- und andere Bauten angezogen. Der Armenhülfsfonds der Obersteuerkasse, aus welchem bereits zu Anfang d. J. 7203 Thlr. auf das Jahr 1846 definitiv an die einzelnen Communen zu Unterstützung in Bestreitung ihrer Armenbedürfnisse vertheilt worden waren, wurde auf das Jahr 1847 um 4000 Thlr. und eine neuere eventuelle Verwilligung erhöht. Ferner sind zu vorübergehenden kleinen Zulagen beim Beginn des Jahres 2100 Thlr. aus der Kammer- und 1800 Thlr. aus der Obersteuerkasse, neuerdings aber wieder aus beiden 3237 Thlr. angewiesen und zum Theil schon vertheilt worden. Die ursprünglich zu dem Zweck, an unbemittelte Handwerker und Taglöhner, die nicht zur Klasse der eigentlichen Almosenempfänger gehören, Brot zu billigerm Preise abzugeben, bestimmten 2000 Thlr. sind, bei dem großen Bedarf, um weitere 12,000 Thlr. vermehrt, und es sind bis zum Schlusse des April bereits mehr als 500,000 Pfd. solchen Brotes im Lande vertheilt worden. Endlich sind noch mit einem Aufwande von 22,258 Thlr. 1674 Scheffel Roggen und 360 Scheffel Gerste in Berlin und Stettin gekauft und um einen mäßigen, kaum die Anschaffungskosten vollständig deckenden Preis der Communalbehörde mit der Bestimmung abgelassen worden, daß dieses Getreide lediglich für die Bäckerei des Armen- und des wohlfeilen Brotes und nur ausnahmsweise im Falle dringender Noth zu anderweitem Gebrauche verwendet werden dürfe. Weitere 2000 Scheffel sollen noch auf demselben Wege beschafft werden. — Eine Bekanntmachung vom 25. Mai mahnt alle Gemeinden, die ihrer Pflicht zum Communicationswegebau noch nicht volle Genüge geleistet haben, bei Strafe ernstlich, jetzt Dem nachzukommen, um so auch den unbemittelten Arbeitern Verdienst zu verschaffen.

Preußen.

Berlin, 25. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 20. Mai sprachen zuvörderst der Referent Graf Gneisenau und mit vieler Wärme Graf Finkenstein gegen den Antrag, das christliche Bekenntniß nicht mehr zur Bedingung der ständischen Rechte zu machen. Mit Wegfall dieses Paragraphen werde der Grundstein des Staats und der ständischen Verfassung weggenommen, und das Ganze müsse zuletzt in einen Trümmerhaufen zerfallen. (Bravo.) Anderer Ansicht war der Abg. Hansemann, der in seiner öfters unterbrochenen Rede auch Juden und Türken zulassen wollte und sich auf Rußland berief, wo sich dergleichen befinden und so gut Unterthanen wären als andere. Schließe man alle Rücksicht auf Confessionen aus, so werde Preußen an der Spitze des Fortschritts stehen. Graf Gneisenau erwiderte: daß Türken und Heiden keine guten Unterthanen sein könnten, habe er nirgend behauptet; daß aber die dem russischen Scepter unterworfenen Türken und Heiden Sitz und Stimme auf einem russischen vereinigten Landtage hätten, diesen Beweis sei der geehrte Abgeordnete schuldig geblieben. Mit Wärme sprach Graf Schwerin für die Ausdehnung des Rechts auf Alle, welche sich zur christlichen Religion bekennen. Er gebe zu, daß es Indifferentismus sein könne, welcher diese Foderung stelle, aber er müsse es nicht sein, sie könne auch aus dem tiefsten Innern des christlichen Bewußtseins hervorgehen. (Vielseitige Zustimmung.) Abg. Heyer berief sich in gleichem Sinn auf die bekannte Stimmung seiner Provinz (Sachsen). Graf Helldorff für das Gutachten. Ebenso v. Hagenow, v. Helldorff-Bedra und im Sinne des Grafen Schwerin die Abgg. Siebig und Tschocke. Gegen alle Anträge sprach Graf Galen; der Abg. Steinbeck war im Allgemeinen für das Gutachten, hielt aber den Antrag für unnöthig und unzeitig. Frhr. v. Gaffron gegen die Zulassung von Nichtchristen; Frhr. v. Wolff-Metternich gegen den ganzen Antrag; Abg. Becker für die Abtheilung. Nachdem noch der Abg. v. Saucken einen speciellen Fall zur Sprache gebracht, nachdem man noch über die Competenz der Provinziallandtage in der Sache gestritten und nach einer sehr heftigen, durch das Ineinanderreden bei der Abstimmung entstandenen Scene wurde der Antrag, die ständischen Rechte an keinerlei Art religiösen Glaubensbekenntnisses binden zu wollen, mit 319 gegen 158 Stimmen abgeworfen; dagegen die Frage, ob allen Denjenigen, die sich zur christlichen Religion bekennen, die Ausübung der ständischen Rechte zugestanden werden solle, von mehr als zwei Dritttheilen bejaht.

Die Petition des Abg. Hirsch wegen Ergänzung der Herrenkammer durch vermittelnde Elemente war von der Abtheilung nicht befürwortet worden und fand auch in der Versammlung keine Unterstützung. Eine andere Petition aber, für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden zum Kreistage nur dieselben Bedingungen gelten zu lassen wie zu den Provinziallandtagen, war zwar von der Abtheilung zur Competenz des letztern gehörig erachtet worden, ward aber, nachdem sich namentlich die Abgg. v. Breitenbuch, Zimmermann, Dolz, Schulz, Allnech, v. Saucken dafür verwendet, fast einstimmig genehmigt. Ebenso wurde den Petitionen in Betreff der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, wenn auch nicht in allen beantragten Punkten, fast einstimmig beigetreten. Es soll jedoch in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten immer eine Vertretung des Magistrats stattfinden und die Sache soll von dem Antrage der Städte abhängen, nicht, wie beantragt worden, allgemeine Vorschrift sein. (A. P. Z.)

** **Berlin**, 25. Mai. Der heutige Morgen schreckte die Bewohnerschaft der Residenz durch ein Gewitter, begleitet von furchtbarem Hagelfall, aus ihrer Ruhe. Schloßen von ganz ungewöhnlicher Größe rauschten in solcher Dichtigkeit herab, daß eine Zeit lang das Tageslicht verfinstert wurde. Das Niederprallen der Eisstücke auf das Straßenpflaster verursachte ein entsetzliches Getöse; dazwischen ertönte das Geklirr von eingeschlagenen Fensterscheiben. Es läßt sich denken, daß die Masse der zerschmetterten Scheiben sehr groß ist. Von der Größe der Schloßen und von der Gewalt, mit welcher dieselben herabgeschleudert wurden, kann man sich aus der Thatsache eine Vorstellung machen, daß sehr viele der beschädigten Fensterscheiben keinen Sprung, sondern nur ein ziemlich regelmäßiges rundes Loch zeigen, als wäre eine Gewehrkugel hindurch gegangen. Referent hat selbst eine Menge der gefallenen Schloßen aufgehoben, welche nach dem Aufhören des Unwetters noch die Größe eines Taubeneies hatten. Dieselben waren oval von Gestalt, platt gedrückt, zum Theil über 1 Zoll im Breiten- und über ½ Zoll im Höhendurchmesser. Als besondere Merkwürdigkeit verdient hervorgehoben zu werden, daß die rundlichen Eisstücke in der Mitte einen Kern von weicherer und deshalb mehr zum Zerschmelzen geneigter Masse zeigten, während der den Kern umschließende Ring äußerst fest krystallisirt war. Bei einzelnen Stücken hatte sich dieser Kern, ob schon während des Falles oder erst durch das Aufschlagen auf das harte Pflaster, fast ganz herausgeschält, sodaß die Schloßen beinahe die Gestalt eines Ringes hatten. Ueber den Schaden, welchen das Unwetter in Gärten und auf den Feldern angerichtet, haben wir im Augenblick unserer Mittheilung noch keine Nachrichten. Nach der Natur des Wetters zu schließen muß derselbe sehr ansehnlich sein. Namentlich werden neben den Wintersaaten besonders die Mistbeete in den Gärten gelitten haben.

‖ **Berlin**, 24. Mai. Die sich häufenden Anklagen gegen Geistliche wegen Glaubensabweichungen sind, wie es scheint, Veranlassung zu einem königl. Erlasse geworden, durch welchen der Antrag auf Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. März 1844 ausschließlich dem Minister der geistlichen Angelegenheiten vorbehalten wird. Wenn irgendwo Einheit der Ansichten nothwendig, so ist sie es gerade hier, in Glaubenssachen. Man beachte nur die Paragraphen des Allge-

meinen Landrechts, auf welche sich die fragliche Anklage zu beziehen hat: §. 214 und 227 des Tit. 20. Thl. II. Wie leicht mag der Glaubenseifer geistlicher Oberbehörden die in diesen Bestimmungen als strafbar bezeichneten Handlungen der Geistlichen schon dann erblicken, wenn Letztere vielleicht nur von den gewöhnlichen abweichende Glaubensansichten in ihren Predigten oder Schriften entwickeln! „Wer die im Staate aufgenommenen Religionsgesellschaften, heißt es nämlich in den zuerst genannten Paragraphen, durch Lästerungen in öffentlichen Reden oder Schriften oder durch entehrende Handlungen und Gebehrden beleidigt, soll mit verhältnißmäßiger Gefängniß- oder Zuchthausstrafe von einer Woche bis zu sechs Monaten belegt werden.“ Was sind Lästerungen, und was entehrende Handlungen in dieser Beziehung? §. 227 aber disponirt weiter: „Wer in Predigten oder andern öffentlichen Reden Haß und Erbitterung unter den verschiedenen im Staate aufgenommenen Religionsparteien zu erregen sucht, soll seines Amts entsetzt und nach Verhältniß des angerichteten Schadens mit vier- bis sechswöchentlicher Gefängniß- oder Festungsstrafe belegt werden.“ Wer mag es hier nicht selten vorgekommen sein, daß von der dazu nach dem Gesetze vom 29. März 1844 im Allgemeinen formell berechtigten vorgesetzten Dienstbehörde Anklagen erhoben werden sind, die kaum irgend einen andern Grund hatten als bloße Meinungsverschiedenheit. Es ist zu hoffen, daß diesem Uebelstande durch den obigen königl. Erlaß wenigstens insoweit abgeholfen worden ist, als sich bei dem Antrage auf solche Untersuchungen gegen Geistliche wenigstens nur Eine Richtung der Glaubensansichten, nicht mehr wie bisher hundert verschiedene, geltend machen werde. Wenigstens wird dann die Erfahrung die öffentliche Meinung zu belehren vermögen, welche Handlungen und Reden der Geistlichen als im Sinne des Landrechts strafbar betrachtet werden. Der Justizminister hat mittels Verfügung vom 15. Mai sämmtliche Gerichtsbehörden von dem Erlasse in Kenntniß gesetzt, und werden dieselben demnach Anträge auf gerichtliche Untersuchung wegen jener Dinge fortan nur von dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten anzunehmen haben.

0 **Berlin**, 24. Mai. Daß die Behauptung des Hrn. v. Bodelschwingh, Leistungen von Garantien von Seiten des Staats könnten nicht, wie die im §. 5 der Verordnung vom 3. Febr. bezeichneten Darlehen des Staats von der Zustimmung des Vereinigten Landtags abhängig gemacht werden, richtig ist, ergibt sich aus Folgendem: Gesetzt, für eine Provinzialrentenbank sei die Staatsgarantie gewährt worden und es träte der Fall ein, daß der Staat in Folge dieser Bürgschaft Einhundert Thaler würde zahlen müssen, es könnten aber diese Einhundert Thaler aus den etatsmäßigen Staatseinnahmen, eventuell aus den hierbei sich ergebenden Ueberschüssen gedeckt, und es würde dieserhalb kein vom Staate neu aufzunehmendes Darlehn nöthig werden. Würde wol mit Rücksicht auf §. 11 der Verordnung vom 3. Febr. der Vereinigte Landtag in diesem Fall eine Zustimmung verlangen können? Gewiß nicht. Sonach lassen sich die wegen Staatsdarlehen bestehenden Verfassungsgesetze nur dann auf Garantien anwenden, wenn zu Leistungen der letztern neue Darlehen aufgenommen werden müssen. Ist dies nicht der Fall, so hat der Vereinigte Landtag zur Gewährung von Garantien nur das Recht des Beiraths.

— Am 17. Mai begann die deutsch-katholische Gemeinde in **Liegnitz** den Bau ihres Tempels.

Oesterreich.

Aus **Wien** vom 20. Mai schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „Der General Hammerstein, dessen Präcedentien, obwol längst vergessen und ausgeglichen, von der polnischen Revolutionspartei gleichwol auf das feindseligste ausgebeutet wurden, wird seinen Posten als commandirender General zu Lemberg aufgeben und wahrscheinlich den General Heß zum Nachfolger erhalten. — Die Getreideeinfuhr aus der Walachei ist freigegeben worden. Man hofft damit einen reichlichen Zufluß fremden Getreides zu erzielen, falls die im Lande befindlichen Vorräthe nicht hinreichen sollten. Die zahlreichen wucherischen Unterhändler sollen von den hiesigen Märkten polizeilich entfernt, d. h. abgeschieden werden. Auch zu Triest wird das Getreideausfuhrverbot nächstens bekannt gemacht werden. Das tolnaer Comitat in Ungarn hatte sogar aus eigner Machtvollkommenheit die Ausfuhr über die Grenzen des Comitats verboten.“

— Auf der Festung **Karlsburg** befindet sich jetzt die bisher so gefürchtete Katharina Kelemen, geborene Varga, welche in der Domaine Zalatna bereits seit zehn Jahren die Bauern aufgewiegelt, daß sie die Robothen verweigern sollen.

Portugal.

Der Kriegsdampfer Bulldock hat vom 16. Mai aus **Lissabon** der britischen Regierung Depeschen vom britischen Gesandten und vom Vicеadmiral Sir W. Parker überbracht. Die Junta von Oporto hatte die Vorschläge des Obersten Wylde nicht angenommen und die Eingehung eines Waffenstillstandes verweigert. Sie verlangte im Besitze von Oporto zu bleiben und aus ihren Truppen die Besatzung von Lissabon gebildet zu sehen; Oberst Wylde machte jedoch bemerklich, daß die von England und Portugal vereinbarten Bedingungen nur angenommen oder abgelehnt werden könnten; der Bulldock soll Lord Palmerston's weitere Instructionen einholen. Indeß wird wol kein unmittelbares Einschreiten erfolgen, wie von Lissabon geschrieben wird, sondern erst eine Verständigung mit Frankreich und Spanien, die dem bisherigen Verfahren Englands beipflichteten, eintreten. Auch dürfte die Junta es aufs Aeußerste schwerlich ankommen lassen. Die sich verbreitende Nachricht von der nahen Intervention Englands scheint schon jetzt in den Reihen der Insurgenten manche Desertion zu veranlassen. Die Miguelisten und die eigentlichen Revolutionaire oder Patulea scheinen bei dem Entschlusse der Junta die Mehrheit gehabt zu haben. Das jüngst bei Setubal zwischen Vinhaes und Sa da Bandeira stattgefundene Treffen (Nr. 140) wird von neuem als ein großer Vortheil der königl. Truppen durch den Correspondenten der Times bezeichnet. Sa da Bandeira hat 300 Todte und im Ganzen 860 M. verloren, Vinhaes gegen 200, und britische Marineoffiziere können die Tapferkeit der Dragoner und Municipalgarden des Letztern nicht genug rühmen. Die britische Seemacht im Tajo bestand aus den Linienschiffen Hibernia, Trafalgar, Canopus, Superb und der Dampffregatte Siden; die Fregatte Thetis war nach Madeira gesegelt. Vor Setubal lag die Dampfsloop Phönix, vor Oporto befanden sich die Dampfer Gladiator und Nautilus. In Oporto war nach Berichten vom 16. Mai Alles ruhig. Man sah der ungesäumten Abreise des Obersten Wylde entgegen. Von den in Viana gemachten Gefangenen haben mehre bei der Junta Dienste genommen. An Sa da Bandeira soll Befehl ergangen sein, den Waffenstillstand aufzuheben. Ferner meldet der Correspondent der Times, daß Dom Miguel gelandet und in Oporto sich befinden solle, wo man ihm sogar das Haus bezeichnete, in welchem derselbe wohne. Eine englische, zum Western Yachtclub gehörige Yacht soll ihn bei Villa de Conde an die Küste gebracht haben. Sie war in den Douro eingelaufen, um Dom Miguel, wenn sie ihn wirklich gebracht und er für seine etwanigen Plane keine Werkzeuge finden sollte, wie der Correspondent vermuthet, wieder davon zu führen.

— Die Liverpool Times bestätigt aus **Madeira**, daß die Insel sich für die Junta erklärt hat. Oberst Guerra und Hr. Olavo sind zu Militair- und Civilgouverneurs ernannt worden; auch haben die Behörden sofort der Junta von Oporto eine Geldbeisteuer von 30 Contos zugeschickt. Auch Angola hat nach der Ankunft der Gefangenen von Torres Vedras die königl. Behörden abgesetzt und Graf Bomfim ist zum Militairgouverneur, Graf Villareal zum Civilgouverneur daselbst ernannt worden.

— Der portugiesische Gesandte in Paris, Vicconde Carreira, ein genauer Freund Ludwig Philipp's, wird als Lehrer der Prinzen an der Stelle des aus Portugal entfernten Hrn. Dietz genannt.

— Die Bank hat nach langen Deliberationen ihrer Actionaire sich entschlossen, der Regierung noch 250 Contos vorzuschießen. Im Hauptquartiere Saldanha's soll die größte Geldnoth herrschen.

Spanien.

General Manuel de la Concha, dessen Abreise nach der portugiesischen Grenze von den Zeitungen gemeldet worden ist (Nr. 144), befand sich am 16. Mai noch in Madrid und war krank. Es sind 500 M. von den Truppen der Königin von Portugal durch die Insurgenten auf spanisches Gebiet gedrängt und in Alcaniz durch die spanischen Behörden entwaffnet worden. Man erwartete sie in Zamora. Wie der Allgemeinen Preußischen Zeitung aus Madrid vom 15. Mai geschrieben wird, haben sich zu der Cour in Aranjuez am Geburtstage des Königs nur drei Damen, die Gemahlin des Ministerpräsidenten, die des Intendanten des königl. Hauses und die des Hrn. Armendariz, eingefunden. Die übrigen in Aranjuez verweilenden Damen von Rang weigerten sich und auch die Infantin Josepha verließ ihre Gemächer nicht, indem sie die gewaltsame Abführung des Gegenstandes ihrer Zuneigung, des Hrn. Guell (Nr. 143), erfahren und in großer Entrüstung, wiewol bis jetzt vergeblich, auf Zurücknahme der über ihn verhängten Maßregel bestand. Sie beruft sich darauf, daß die frühern Minister selbst der jungen Königin angerathen hätten, ihre Einwilligung zur Vermählung ihrer Mutter, einer verwittweten Königin, mit einem aus der niedrigsten Volksklasse hervorgegangenen Manne zu ertheilen, und daß zwei ihrer eignen Schwestern ebenfalls unstandesmäßige Ehen abgeschlossen hätten, ohne auf den Widerstand der Regierung zu stoßen. Allein die Minister bewiesen sich hartnäckig, und die Krisis, von der sie sich bedroht sahen, scheint für jetzt überstanden zu sein.

— Vom Heraldo wird vermeint, daß von dem eingezogenen de la Riqa ein Geständniß gemacht worden sei, er habe am 4. Mai auf die Königin schießen wollen. In Cadiz wurde General Noguera erwartet, welcher Erlaubniß zur Rückkehr erhalten hat.

Großbritannien.

London, 21. Mai.

Das Oberhaus vertagte sich gestern nach einer kurzen Sitzung, in welcher der Herzog v. Wellington sich für die Nothwendigkeit einer

directen Eisenbahnverbindung zwischen London und Dover aussprach, bis zum 28. Mai. Im Unterhause wurde nach Erledigung vieler Privatgeschäfte die vertagte Debatte über die zweite Lesung der Bill, die Reorganisation der Centralaufsichtsbehörde über die Armenpflege (Ausführung des Armengesetzes) durch Hrn. Henley fortgesetzt. Sie kam aber auch an diesem dritten Abende nicht zum Schluß nnd wurde spät nach 1 Uhr auf heute vertagt.

— In der heutigen Unterhaussitzung wurde die zweite Lesung der Centralarmenbehördenbill, nachdem noch Sir J. Graham für dieselbe und das Armengesetz von 1834, an welchem er großen Antheil hat, ausführlich das Wort genommen hatte, mit 218 gegen 42 Stimmen beschlossen. Auf einen Antrag Hrn. Hume's, welcher sich tadelnd über die Sendung des Obersten Wylde nach Portugal aussprach und die Vorlage der demselben ertheilten Instructionen verlangte, erwiderte Lord J. Russell verneinend. Hr. Hume kündigte hierauf eine neue Interpellation wegen Portugal für die Zeit nach Pfingsten an, indem das Haus sich heute bis zum 28. Mai vertagte.

— Der in Genua wohnende englische Arzt Dr. Duff, welcher in den letzten Tagen zu O'Connell's Krankenbette gerufen wurde, hat über das Ende des berühmten Mannes einige Mittheilungen an Galignani's Messenger gemacht. Am 10. Mai sah er den Kranken zum ersten Mal. Er klagte über heftiges, unfreiwilliges Abweichen und Schmerz im Unterleibe, der Puls war beeilt und gereizt, das Gesicht geröthet; an chronischer Entzündung der Schleimhäute der Luftwege litt O'Connell außerdem seit einigen Jahren. Die angewendete Behandlung beseitigte jene Symptome, da der Kranke aber beharrlich sich weigerte, innere Mittel zu nehmen, trat am 11. Mai abermals Blutandrang nach dem Gehirn ein. Auch diesmal wurde Erleichterung vermittelt. Am Abend des 12. Mai erneuten sich die frühern Symptome mit vermehrter Heftigkeit, der Kranke wurde unruhig und die angewendete Hülfe leistete wenig. Den 13. Mai wuchs dieser Zustand, allein mit Neigung zum Schlaf, der Athem wurde sehr behindert, die Circulation matt; die Nacht zum 14. Mai brachte weitere Verschlimmerung. Der Kranke redete zu den Anwesenden, als sei er in London. Am 14. Mai konnte er kaum noch hörbar sprechen, und lag endlich zwölf volle Stunden, anscheinend Dessen bewußt, was um ihn vorging, jedoch ohne zu sprechen oder sich zu bewegen, bis der Tod erfolgte. Vierzig Stunden lang hatte er jedes Getränk abgewiesen.

— Die Königin hielt gestern Nachmittag im Buckinghampalast eine Geheimeraths sitzung, in der sie den sehr ehrenwerthen George Earl of Clarendon zum „Lieutenant General und Generalgouverneur des Irland genannten Theiles des vereinigten Königreichs" erklärte. Der Marquis of Lansdowne war anwesend und ist also von seinem Gichtanfalle hergestellt.

— In Dublin findet heute die Abführung der Leiche des Earl of Besborough aus dem Schlosse nach seinem Familiensitze statt. Die Procession bis zum Bahnhofe der Cashel-Eisenbahn wird um 3 Uhr das Schloß verlassen; in allen Straßen, durch welche sie kommt, wird Militair en haie aufgestellt sein. Auf der Eisenbahn geht die Leiche bis Carlow, wo eine Ehrenwache derselben wartet und von wo dann Reiterescorten zum Geleit auf dem weitern Wege stationirt sind. — Aus der Provinz werden wieder einige Ruhestörungen gemeldet, die jedoch nicht bedeutend waren. Das Vorurtheil gegen die Suppenanstalten äußert sich noch fortwährend in Angriffen auf dieselben. In Kilfenora in der Grafschaft Clare entführte die Menge den Kochkessel und schleppte ihn unter Jubelgeschrei mit irischem Humor nach einem im Winter mit Wasser gefüllten Tümpel, wo die Suppenköche für ihr Gebräu das Wasser in der Nähe hätten und es nicht erst herbeizuschaffen brauchten.

— Wie man jetzt vernimmt, wird Viceadmiral Sir Charles Napier kein Commando im Mittelmeere, sondern das an der portugiesischen Küste erhalten, und Sir W. Parker dadurch in den Stand gesetzt werden, nach dem Mittelmeere zu gehen. Als Admiral in portugiesischen Diensten und Befehlshaber von Dom Pedro's Flotte im Jahr 1838 scheint der Erstere zu der ihm ertheilten Stellung persönlich geeignet. Von der Königin Donna Maria ist er zum Conde vom Cap St. Vincent ernannt worden.

— In der Nähe der Achill-Insel an der Nordostküste von Irland ist eine Handelsbrigg durch neun Boote mit 36 M. angehalten und erstiegen worden, die, mit Messern und andern Waffen versehen, Lebensmittel suchten und das Schiff auf den Strand laufen lassen wollten, was jedoch nicht gelang. Die Ladung bestand nur aus Rum und Melassen, und die wenigen Leute am Bord leisteten keinen Widerstand. Nachdem die Irländer den geringen Proviantvorrath fast ganz auf der Stelle verzehrt hatten, verließen sie das Schiff wieder. Einige Fische gaben sie ohne Bezahlung hin, und Alles, was sie verlangten, war Brot. Ein ähnlicher Vorfall hat sich in derselben Gegend schon im April zugetragen.

— Nach der Times hat kürzlich eine Dame gegen den Herzog Karl von Braunschweig einen gerichtlichen Pfändungsbefehl für 220 Pf. St. ausgewirkt, der aber schwer zu vollziehen war, da der Herzog durch seine 15 Bedienten seine Wohnung so sorgfältig bewachen ließ, daß der Pfändungsbeamte nicht hineingelangen konnte. Endlich drang er aber mit einem Fremden, dem man öffnete, hinein und schritt zur Pfändung, woran ihn anfangs die Dienerschaft verhindern wollte; er verschaffte sich aber Beistand und pfändete nun das Silbergeschirr ꝛc., ohne auf das nachträgliche Erbieten des Herzogs zur Bezahlung der 220 Pf. St. sich einzulassen.

Frankreich.

Paris, 22. Mai.

Das Journal des Débats hat heute einen langen Artikel über die religiösen Meinungsverschiedenheiten in England, wie sie bei den letzten Verhandlungen über die Beförderung des Volksschulwesens dort sich herausgestellt haben. Es vindicirt dabei für Sir R. Peel die Gewinnung des liberalen Standpunktes, welchen Lord J. Russell verlassen, indem Jener erklärt habe, daß er kein System des öffentlichen Unterrichts für vollständig ansehen könne, so lange die Katholiken vom Mitgenuß ausgenommen blieben. Die «Presse» bespricht die Verhältnisse in der Deputirtenkammer und classificirt dieselben in eine Majorität von 300 aller Nuancen, und eine eben solche Minorität von 159; die Majorität zerfalle wieder in 50 progressive Conservative und 50 entschieden stabile, außerdem in 200 Ministerielle durch ihre Stellung. Mehre Blätter bringen Artikel über O'Connell's Tod, und der Univers ist deshalb mit einem Trauerrand erschienen.

— Nach der Union monarchique würde eine weitere Modification des Cabinets durch Austritt des Unterrichtsministers Hrn. de Salvandy bevorstehen.

— Die Zeitungen theilen jetzt den Bericht des Contreadmirals Bruat, Gouverneurs von Otaheiti, über die erfolgte Anerkennung des französischen Protectorats durch die Königin Pomaré mit.

— Das neue Journal, welches die alte conservative Partei zu gründen beabsichtigt, soll La Charte de 1830 genannt und von den HH. Lechevalier und Granier de Cassagnac im Geiste des frühern Globe redigirt werden. Beschlossen ist noch nichts.

— Der Infant Don Enrique ist am 18. Mai von Marseille mit seiner Gemahlin nach Bayonne abgereist. Seine Ehe ist am 6. Mai in Rom durch den vom Papste dazu delegirten Patriarchen von Konstantinopel, Monsignore Canali, eingesegnet worden.

— Gestern ist der neue spanische Botschafter, General Narvaez, Herzog von Valencia (den das Journal des Débats Marschall Narvaez nennt), vom Könige empfangen worden, und hat sein Beglaubigungsschreiben übergeben. Er wurde im Hofwagen zur Audienz abgeholt und damit ins Botschaftshotel zurückgebracht.

— Das Journal des Débats bemerkt zu der Nachricht aus Portugal von der Weigerung der Junta, die gestellten Bedingungen anzunehmen: „So lange der mehrmonatliche Bürgerkrieg die königl. Autorität und den Thron der Königin Donna Maria nicht direct bedrohte, war kein Anlaß, die Stipulationen der Quadrupelallianz in Anwendung zu bringen. Nach den jüngsten Ereignissen aber haben wir Grund zu glauben, daß dieselben in Ausführung kommen, und daß Maßregeln von den Unterzeichnern derselben werden vereinbart werden, um dem Bürgerkrieg ein Ziel zu setzen und das Ansehen der Königin herzustellen."

** **Paris**, 22. Mai. „Des langen Haders müde macht Pomaré endlich Frieden." Wie unbedeutend an sich dieses Ereigniß sein mag, befreit es Hrn. Guizot doch von einer Last der mannichfaltigsten Verlegenheiten. Denn werfen wir einen Blick auf die Geschichte aller Cabinetswechsel seit 1830 zurück, so finden wir, daß sie, eine einzige Ausnahme abgerechnet, alle in Folge auswärtiger Fragen herbeigeführt und vollbracht waren. Das Gebrechen, woran die Politik seit der Julirevolution leidet, ist, daß die Kammern ihre besondere Aufmerksamkeit den äußern Angelegenheiten schenken und nur dann mit den innern Zuständen, mit der eigentlichen Verwaltung sich befassen, wenn die äußere Politik durchaus keinen Stoff mehr bietet zu langen Erörterungen und Vorträgen, wo man ganz behaglich die alte und neue Welt wie einen Leichnam secirt und durch den Hauch der großen Nation die auf der Rednerbühne neben einander gelegten Theile nach einem gewissen politischen Princip wieder an einander heftet und zu einem neuen Ganzen belebt. Diese Sucht der Franzosen, sich in Speculationen und Reden mit der Fremde herumzubalgen, hat übrigens ihren historischen und psychologischen Grund. Mit welcher Verachtung auch die Opposition die Eroberungen im Stillen Meere von je her behandelte und mit welcher Schlauheit und Perfidie sie die diplomatischen Verlegenheiten ausbeutete, worein das Cabinet in Folge derselben gerathen, so läßt es sich doch nicht läugnen, daß sie für den französischen Walfischfang zunächst und im Fall eines Seekriegs mit England von unverkennbarer Bedeutung sind. England hat allerdings diese Besitzungen mehrmals verschmäht, nicht weil sie an sich keinen Werth haben, sondern ganz einfach darum, weil die Vortheile, die sie Frankreich bieten, England aus andern Colonien bereits zieht, dieses daher nicht nöthig hatte, Vortheile abermals zu erkaufen, die es bereits besitzt. Wären die französischen Stationen im Stillen Ocean so ganz nutzlos, wie die Opposition glaubt oder zu glauben vorgibt, so würde man nicht begreifen, warum England deren

Besitznahme durch Frankreich mit so viel Eifersucht angesehen, warum es so viele Verlegenheiten deswegen einem herzlich Verbündeten — denn damals waren Frankreich und England in der Blüte des herzlichen Einverständnisses — bereitet hat und wahrscheinlich in der Folge noch so viel als möglich bereiten wird.

Diese Inseln haben also ihre Wichtigkeit, ihren Werth, der in dem Augenblick allerdings weit entfernt ist, für die Opfer und Ausgaben zu entschädigen, die sie gekostet; doch in dieser Beziehung theilen sie das Schicksal Algeriens, das aufzugeben nicht einmal eine beträchtliche Minorität irgend einer Kammer rathen würde. Gibt man nun die gegenwärtige oder künftige Bedeutung jener Stationen zu, so kann die Nachricht, welche den Bürgerkrieg auf Otaheiti als beendigt und den Frieden mit der Königin Pomaré zur wirklichen oder auch nur scheinbaren beiderseitigen Genugthuung als förmlich abgeschlossen meldet, dem Cabinet nur höchst angenehm und erwünscht sein. Denn die Unterwerfung Pomaré's benimmt England jeden Vorwand zur Einmischung, und wenn auch die englischen Missionare deswegen auf ihr Geschäft, Unzufriedenheit unter den Eingeborenen zu erregen, nicht verzichten werden, so können diese frommen Bemühungen doch nicht mehr den Erfolg haben, den sie während eines zweideutigen Verhältnisses zwischen Frankreich und der Königin Pomaré gehabt haben. Mit dem Vorwande zu einer Intervention Englands in die Angelegenheiten der beschützten Königin fallen auch die Angriffe weg, die die Opposition auf den Grund dieser Intervention gegen die Regierung geführt und noch ferner zu führen hoffte; der Friedensschluß vom 6. Febr. d. J. befreit also Hrn. Guizot von einer doppelten Quelle möglicher Verlegenheiten, von diplomatischen und parlamentarischen. Den Privatmittheilungen des Journal du Havre zufolge scheinen jedoch auf den Inseln selbst bereits Schwierigkeiten gegen die Aufrechthaltung der neuen Ordnung der Dinge sich zu erheben. Mehre von den Häuptlingen, die es während des Bürgerkriegs mit den Franzosen hielten, sollen geneigt sein, der auf ihren Thron zurückgekehrten Königin den Gehorsam zu versagen und sich unabhängig von ihr erklären wollen. Eine entschiedene Haltung des Statthalters wird übrigens hinreichen, diese Häuptlinge in die gesetzlichen Grenzen zurückzuweisen und einem neuen Bürgerkriege zuvorzukommen.

Ungefähr um dieselbe Zeit, als Hrn. Guizot die Nachricht von diesem Frieden zukam, schlossen, wie man versichert, die Progressisten mit ihm ihren Frieden. Die Letztern sollen nämlich sprechende Beweise erhalten haben, daß Hr. Duchatel, ohne daß sie es wußten oder wollten, bei Gelegenheit der letzten Coalition ihnen ins Handwerk gepfuscht habe, um Hrn. Guizot zu stürzen und an dessen Stelle ein neues Cabinet zu bilden. Nun begreifen die Progressisten, daß mit einem Ministerium, an dessen Spitze Hr. Duchatel steht, weder für ihre Personen noch für Das, was sie ihre Reformbestrebungen nennen, etwas zu hoffen ist. Eine solche Verwaltung würde überdies keine lange Dauer versprechen, und Graf Molé der Nachfolger des Hrn. Duchatel sein, sich aber auch nicht lange halten können. Ist aber Hr. Guizot ein bis zwei Jahre in der Opposition gewesen, dann wird er wieder ein möglicher, vielleicht gar ein unvermeidlicher Minister. Auf diese Weise würden die Progressisten, wie echte Erdumsegler, nach einer zweijährigen Fahrt auf demselben Punkt ankommen, von dem sie ausgegangen. Um eine so langwierige Fahrt aber, bei der durchaus keine neue Entdeckung zu machen ist, zu vermeiden, haben sie mit Hrn. Guizot, wie die Königin Pomaré mit Bruat, Frieden gemacht.

Belgien.

* **Brüssel**, 21. Mai. Mitten in die Aufregung über die Theuerung wirft sich noch, ernst und zukunftschwer, die Angelegenheit der bevorstehenden Wahlen hinein, die der bisherigen Politik den Todesstoß versetzen, dem Volke Linderung seines Zustandes und einer Unzahl Leidenschaften Genugthuung bringen sollen. Daß die Zeitungen von einem Schwalle von Wahlnotizen überschwemmt werden, ist mit der Sache nothwendig verbunden; was wären die Wahlen ohne Presse, ohne Oeffentlichkeit? ein noch unheilvolleres Spiel der Intrigue, ein noch trügerischeres Geschenk der modernen Gesetzgebung. Aber was diesen Notizen ihren Werth verleiht, das ist die außergewöhnliche Stellung der Parteien, die alle ihre letzten und äußersten Kräfte aufbieten. Mehre Vorfälle treten hinzu, um das allgemeine Interesse nach dieser Seite zu lenken. Als das bekannte Rogier'sche Programm von der Krone, als Bedingung der Portefeuilleübernahme, unter Anderm die Ermächtigung verlangte, die auf systematische und aufhetzende Weise widerspänstigen Staatsdiener nach dem Ermessen des Cabinets abzusetzen, was erhoben die Katholiken nicht für ein Zetergeschrei gegen die Tyrannei und den Absolutismus der Regierung! Die Folge hat gezeigt, daß das Ministerium de Theux, das seinen Bestand dem abgewiesenen Programme Rogier's verdankt, jenen politischen Gedanken nicht nur sich anzueignen, sondern auch noch weiter auszudehnen für gut fand. Ein Procurator in Nivelles, in dessen Anhänglichkeit das Ministerium keinen Zweifel gesetzt, hatte von demselben die Zusage seiner Begünstigung für den Fall erhalten, daß er sich unter die Kammercandidaten stellen würde. Mit der Zeit ergab es sich, daß der Günstling des Cabinets einer andern Stimme weit mehr Gehör gab und sich das Vertrauen der Liberalen immer reiner und lebendiger zu erwerben gewußt hatte, sodaß er sich eines Tages gelaunt sah, ein Manifest auszuschreiben, das jeden Zweifel über seinen Antiministerialismus benahm. Dies erwirkte ihm denn eine leuchtende Hoffnung für den verhängnißvollen Tag, aber andererseits einen königl. Abschiedsbeschluß. Eine langwierige Polemik hat sich über diese Sache entsponnen; der Minister hat, den Einen zufolge, einen Verräther, der ihn persönlich hintergangen hatte, zur Strafe ziehen wollen; Andere sehen in der Maßregel einen Act der Gerechtigkeit gegen einen die Regierung öffentlich angreifenden Beamten; Andere endlich finden darin von Seiten der Partei die gewöhnliche Rachsucht für fehlgeschlagene Hoffnungen.

Wichtiger als diese Absetzung ist der Zwang, welcher dieser Tage einem höhern Offizier von unbestrittenem Verdienst auferlegt worden ist.

In Tournay, wo die in Aussicht gestellte Niederlage Dumortier's der klerikalen Partei auch den letzten Haltpunkt rauben wird, war der Regierung auch das äußerste Mittel willkommen, um diesen Namen zu retten. Es mußte ihm ein anderer aufgeopfert werden: der des Generallieutenants Grafen Goblet, ehemaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, den der Kriegsminister zur allgemeinen Ueberraschung, zur Wahl zwischen seiner militairischen Stellung sowol in der Armee, als Generalinspector des Geniewesens, als bei Hofe, wo er eine Adjutantenstelle hat, und zwischen seiner Candidatur im Districte Tournay nöthigte, den er bereits seit vier Jahren auf das würdigste und achtbarste vertreten hatte. Die Verhältnisse geboten dem General, auf seinen Sitz in der Kammer zu verzichten; in seinem Alter waren der Fortgenuß einer rühmlichst errungenen Stellung, die Pflege eines ehrenvollen Amtes und warum nicht auch materielle Rücksichten höher zu achten als eine Ehrenstelle, die er niemals gesucht, und der er sich nicht als Minister hatte unterziehen müssen. Dessenungeachtet wird Hr. Dumortier aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Wahlplatz unterliegen. Die Lücke, die General Goblet's Abtreten in der Candidatenliste gebildet, ist durch den Namen seines Schwagers ausgefüllt worden. Der liberale District Charleroy, so weit er durch eine Versammlung von 35 Industriellen, die 45 Kohlenbergwerke repräsentiren, als vertreten betrachtet werden kann, hat sich durch einen sonderbaren Gegensatz zu Gunsten des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Hrn. Dechamps ausgesprochen. Er wurde von der Versammlung fast einstimmig angenommen, und zwar non pas parce-que catholique, mais quoique catholique. Diese Candidatur gab natürlicherweise zu vermuthen, daß der Minister etwas von seiner exclusiven Richtung fallen zu lassen und sich mehr den praktischen Interessen als dem Meinungsstreite zuzuwenden gedenke. Diesen Gerüchten entgegnet ein heute veröffentlichter Brief, dem gemäß Hr. Dechamps zwar eine Candidatur außerhalb der politischen Kämpfe seiner Privatansicht ganz entsprechend finde, aber doch sich den Wählern von Charleroy darbieten wolle mit all seinen Ueberzeugungen und allen Acten seiner parlamentarischen Laufbahn.

Schweiz.

Der kleine Rath von **St.-Gallen** hat zwei Gesuche um Cassation der Bezirkswahlgemeinden von Oberrheinthal und Gaster als nicht gehörig begründet von der Hand gewiesen.

Italien.

* **Rom**, 14. Mai. In aller Frühe sahen wir diesen Morgen die Prinzessin Albrecht von Preußen mit ihrem Reisegeleit abfahren. Nur drei Tage dauerte ihr diesmaliger Aufenthalt in Rom nach der Rückkehr aus Neapel. Die Prinzessin hat nach einem veränderten Reiseplane den Besuch der Hauptstadt Toscanas und ihrer Güter am Comersee aufgegeben und ist von hier aus nach Ancona gegangen, von wo sie auf einem Dampfschiffe, das sie für ihren ausschließlichen Gebrauch dorthin bestellte, nach Triest übersetzt. Sie will sich von letzterer Stadt ohne Säumniß nach Schlesien begeben.

Unsere Fluren prangen seit einigen Wochen im höchsten Glanze des Mai mit all jener Ueppigkeit der Vegetation, die man nur unter dem lichtern Aether des Südens sehen kann. Haben auch die Stürme noch vor kurzem in Fruchtgärten und Feldern sehr erheblichen Schaden angerichtet, so schwindet doch jetzt je länger je mehr die noch eben allgemein verbreitete Furcht vor einem neuen Miswachse. Unsere erste Heuärnte ist abgethan, und über Erwartung reich gewesen. Doch erhalten sich Lebensmittel für Menschen und Vieh noch immer in außerordentlich hohen Preisen.

Ich würde früher schon Gesagtes noch einmal wiederholen müssen, wollte ich die von dem römischen Volke gestern dem Papste für seinen 55. Geburtstag veranstalteten Ehren und Festlichkeiten beschreiben. Ich unterlasse es daher, und auch aus dem Grunde, weil es doch den Meisten schwer werden muß, an einen Enthusiasmus zu glauben, über dessen Außerordentlichkeit ich mich verbreiten müßte. Es genüge sonach nur die Bemerkung, daß eine fast zahllose Menschenmenge jedes Alters und Standes gestern schon in aller Frühe durch die Straßen Roms wogte, um

Blumen zu Sträußen und Kränzen herbeizuschaffen. Als der Papst nach vollendeter kirchlicher Feier des Himmelfahrtsfestes von der Basilica des Laterans nach dem Quirinal heimkehrte, fand er eine endlose Menge mit klingendem Spiele und geschwungenen Fahnen vor dem Palaste versammelt, die ihn mit den rührendsten Freudenzurufen begrüßte. Nach einiger Zeit erschien der Papst auf dem Balcon des Palais, dankte den unter zahllosen Evvivas Blumensträuße zu ihm hinauf Werfenden und ertheilte ihnen sichtlich gerührt den apostolischen Segen. Die Stadt war in den Abendstunden erleuchtet.

Rom, 15. Mai. Wie Pius IX. von der sich selbst gestellten großen Aufgabe seines Lebens und Wirkens durchdrungen ist, ergibt sich aus folgender gegen seinen Lehrer, Freund und Beichtvater Monsignore Graziosi gethanen Aeußerung: „Er wisse wohl, welche Menge geheimer Feinde er durch die Verfolgung seines Zweckes sich zuziehe; er achte aber die Zeit seines Lebens gering, das er nur dem Streben nach seinem Ziele geweiht, und er werde, so lange ihm Gott die Dauer desselben verleihe, mit unerschütterlichem Muthe seinen Zweck, das Glück der ihm anvertrauten Völker, aufs eifrigste verfolgen". So sehen wir (wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß) in den nächsten Tagen der Bekanntmachung eines unter seinen Augen bereits gedruckten, aber bis jetzt geheim gehaltenen Edicts entgegen, welches das dankbare Volk mit neuer Begeisterung erfüllen wird. Der Papst selbst wird an dem Tage der Promulgation sich nach Subiaco begeben, um dem ungestümen Enthusiasmus der ihn anbetenden Römer wenigstens für den Augenblick zu entgehen. Bekannt ist ferner, daß er die durch den Tod des Abtes von Subiaco erledigte Stelle (deren jährliche Einnahme sich auf 12,000 Scudi beläuft) vorläufig selbst übernommen und den ganzen Ertrag zum Besten der Nothleidenden in dem armen und durch Theuerung heimgesuchten Subiaco bestimmt hat. (N. C.)

Griechenland.

Die Regierung hat in ihrem Zerwürfnisse mit der Pforte die Vermittelung Oesterreichs angerufen. (A. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 7. Mai. Die Zusammenziehung von Truppen um Kharput gegen Bederhan Bey und die andern kurdischen Häuptlinge hat die Besorgniß des persischen Schahs erregt und kann als die Ursache der Truppenbewegungen in und um Teheran, wo der Schah in Begleitung der königl. Prinzen eine Heerschau gehalten hat, betrachtet werden. Auch wird für Proviantvorrath gesorgt, als ob große Kriegsereignisse bevorständen. Der Schah hat beschlossen, in der Person des Mirza-Mohammed Ali-Khan, ehemaligen Gesandschaftssecretairs in Wien und Petersburg, später sogar Minister der auswärtigen Angelegenheiten, einen Gesandten nach Frankreich abzuschicken. Derselbe soll bereits am 2. April in Begleitung des Dragomans des französischen Gesandten, und zwar über Syrien, Konstantinopel wegen der Spannung zwischen der Pforte und Persien vermeidend, abgereist sein. In Konstantinopel sieht es wenigstens, was die Flotte betrifft, eben so kriegerisch aus. Die Bewaffnung derselben ist vollendet, und sie wird binnen wenig Tagen unter dem Befehle des Kapudan-Pascha nach dem Mittelländischen Meer absegeln. Zwei Dampffregatten von 500 Pferdekraft werden am 8. Mai aus dem Arsenale vom Stapel laufen. Seit einigen Tagen geht die Entlassung der regelmäßigen Truppen, welche ihre fünfjährige Dienstzeit vollendet haben, vor sich. Gegen die griechischen Unterthanen haben bis heute noch keine Repressivmaßregeln stattgefunden, obschon es in den Absichten der Pforte liegen mag, zu den äußersten Mitteln zu greifen. (Köln. Z.)

Südamerika.

Aus **Neugranada** sind Nachrichten vom 14. März eingelaufen, die über die Thätigkeit des versammelten Congresses günstig berichten, welchem eine Menge vom Präsidenten Mosquera gemachte Vorschläge zur Verbesserung der innern und auswärtigen Verhältnisse, unter andern über Einführung eines Decimalmaß- und Münzsystems, über Errichtung einer Nationalbank und Aufhebung von Beschränkung des Handels und des Ackerbaues vorlagen. Die im Finanzdepartement eingeführten Verbesserungen hatten sich erprobt. Das Regierungswesen war in vorzüglicher Ordnung und der Credit der Republik im besten Rufe. Auch für Verbesserung des Volksunterrichts und auf Errichtung von Schulen für die Kinder der unbemittelten Klassen war der Präsident bedacht.

Wissenschaft und Kunst.

† **Leipzig**, 26. Mai. Gestern Abend nach 10 Uhr wurde dem ordentlichen Professor der Theologie Dr. Fleck, welcher vor kurzem einem eben so ehrenvollen als verdienten Rufe nach Gießen gefolgt war und jetzt auf einer Ferienreise Leipzig wieder berührte, von dem Universitätssängerverein ein Fackelständchen gebracht: ein Zeichen, in wie hoher Achtung und allgemeiner Verehrung den verdiente Lehrer bei seinen Schülern gestanden hat. Der Gefeierte trat selbst unter den Kreis seiner ehemaligen Zuhörer, dankte in bewegter Rührung und ermahnte zu rüstigem Fortwirken und Streben in allem Hohern, welches über alle Niedrigkeit der Erde erhebe und alle edlern Seelen auf den Sonnenhöhen einer beseligenden Geistesgemeinschaft zusammenführe. Die seltenen Vorzüge seines Geistes und Herzens, das reine Wohlwollen und die kindliche Offenheit, die biedere Treue und eine durch sich selbst sich erhöhende Anspruchslosigkeit haben seinem ausgezeichneten akademischen Wirken unter den Seinen einen Segen verliehen, welchen der Verkündiger der Wahrheit nicht verbreiten kann, wenn er nicht zugleich, wie der Gefeierte, als Muster und Vorbild des Lebens glänzt. Dankbarkeit und Liebe scheidet nicht von ihm, sondern wird ihn freudig begleiten über die Grenzen des Vaterlandes in seinen neuen Wirkungskreis, wo er in neuer Liebe die alte wird fortblühen sehen.

* **Brüssel**, 21. Mai. Vorgestern hielt die königl. Akademie (Section der historischen und philosophischen Wissenschaften) ihre jährliche öffentliche Sitzung. Die Anwesenheit des Kronprinzen gab derselben einen besondern Glanz. Eine Rede des Vorstandes Barons de Stassart über die Aufgabe der Akademie, der Bericht des Secretairs Quetelet über das Gefeierte, eine Rede des Historikers Borgnet über die Ursachen und Folgen der Einheitslosigkeit der belgischen Provinzen im 17. Jahrhunderte, die Declamation eines Hymne an niederländischen Wissenschaften, endlich die Uebergabe einer Medaille an den Verfasser einer gekrönten Preisschrift durch den Kronprinzen waren die Acte dieser Ceremonie. Auffallend war, im constitutionellen Belgien, die Vertretung der Monarchie durch einen zwölfjährigen Prinzen. Uebrigens entledigte sich dieser seiner Aufgabe auf das beste, wie er überhaupt die herrlichsten Geistes- und Herzensanlagen entwickelt.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 26. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118 Br., 117 G.; Sächsisch-Bayersche 87½ bezahlt und Br.; Sächsisch-Schlesische 100 bezahlt und Br.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 203 G.; Berlin-Anhaltsche Litt. A. 110¼ Br.; Köln-Mindener 92¾ Br., 92 G.; Thüringer 94¼ Br.; Altona-Kieler 108¾ G., 109 Br.; Pesther 100 G.; Dessauer Bankactien 100½ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. Salzburg, 18. Mai. Vor einigen Tagen traf hier der k. k. Oberingenieur J. Fillunger ein, um in höherm Auftrage die Vermessung der Eisenbahntracen nach Bruck a. d. M., dann über Innsbruck nach Verona vorzunehmen. So scheint endlich dieser langgehegte Wunsch Süddeutschlands in Erfüllung zu gehen, und wir zweifeln nicht, daß sich das technische Gutachten für die Linie Bruck-Salzburg aussprechen werde, wenn es nicht die Absicht der Regierung ist, beide Bahnen ins Leben treten zu lassen, was jedoch mit Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse schwerlich geschehen dürfte. (A. Z.)

— Die Spiritusbereitung aus Zucker stellt sich in England sehr vortheilhaft bei jetzigen Preisen. Abgesehen von der bessern Qualität des Products aus Zucker wird bei mit 36 Schill. pr. Quarter bezahlter Gerste die Gallone nicht unter 2 Schill. 9½ P. hergestellt, während sie aus Zucker zu 28 Schill. der Ctr. nur 2 Schill. 6 P., also über 13 Proc. weniger, zu stehen kommt. Bei der Bierbrauerei ist der Vortheil vom Zucker noch größer, indem der Quarter Malz 85 Schill. kostet und das Aequivalent Zucker 22 Proc. billiger erlangt wird.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 26. Mai früh 7 Uhr: 9″ über 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 22. Mai. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 105¼, 4½pc. Handelsg. 174¾. London, 20. Mai. 3pc. Cons. 88¾; Port. 3pc. 34; Span. 3pc. 33⅝; pass. 4⅜; Holl. Int. 57¾. Paris, 22. Mai. 5pc. 115. 85, 3pc. 78; Neap. 103.

— **Darmstadt**, 21. Mai. Von den im Jahr 1843 ausgefertigten großh. hess. 4pc. Eisenbahnobligationen wurden am 23. März d. J. folgende Nummern zur Rückzahlung gezogen: Nrn. 11—15 incl., jede zu 1000 Fl.; Nrn. 1251—1260 incl., jede zu 500 Fl.; Nrn. 5201—5210 incl., jede zu 500 Fl.; Lit. A. Nrn. 12, 13, 15, 16, 17 jede zu 1000 Fl., deren Beträge zwischen dem 25. Jun. und 1. Jul. d. J. gegen Rückgabe der Obligationen bei der Staatsschuldentilgungskasse hier oder bei M. A. v. Rothschild und Söhne in Frankfurt zu erheben sind; vom 1. Jul. 1847 an werden solche nicht weiter verzinst.

Actien. Paris, 22. Mai. Eis. Versail. l. 210; Paris-Orleans 1231¼; Paris-Rouen 941¼; Paris-Strasburg 421¼; Paris-Lyon 436¼; Rouen-Havre 636¼; Marseille-Avignon 730; Strasburg-Basel 186¼; Orleans-Bordeaux 503¾; Orleans-Vierzon 580; Nord 596¼. Wien, 23. Mai. Nordb. 167; Gloggn. 125; Mail. 110½; Livorn. 88½; Pesth. 98¾.

Berliner Börse, 25. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatssch. 93¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpreuß. 95¾, pomm. 94, schles. 97¾, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94¾ Br., Louisd. 113¾, Friedrichsd. 113½, Disconto 4⅛ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 92⅛, Berl.-Anhalt. 100⅜, Berlin-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91, Prior.-Act. 4pc. 91⅛ Br., 5pc. 101 Br., Berl.-Stettin 107⅔, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 92, Crakau-Oberschl. 4pc. 76¼ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 108, Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Altonaer 4pc. 108, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 88¼, Prior.-Act. 4pc. 92⅛, 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 103⅜, Litt. B. 4pc. 97⅜, Rhein. 85, Prior.-Stamm 4pc. 89⅛, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87¼, Thüring. 4pc. 94 Br., Zarskoje-Selo 70½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83 Br., Berg.-Märk. 4pc. 83 Br., Berl.-Anh. 100½ Br., Kassel-Lippst. 4pc. 83¼ Br., Cöln-Minden 4pc. 92, Magd.-Wittenb. 86 Br., Mail.-Venedig 4pc. 111½, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71¼, Pos.-Starg. 4pc. 83¾, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½, Sächs.-Schles. 4pc. 99¾, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 99⅞, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95⅝, (neue) 4pc. 95⅜, Partial à 500 Fl. 4pc. 99½ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkerr. Einl. 16⅝, Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staatspr.-A. 89⅛ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen **Stettin** und **St.-Petersburg.**

Die beiden großen eisernen Postdampfschiffe „Preussischer Adler" und „Wladimir" unterhalten in diesem Jahre eine regelmäßige **wochentliche** Verbindung zwischen Stettin resp. Swinemünde und Kronstadt (St.-Petersburg).

Die Abfertigung erfolgt:
aus Stettin **jeden Sonnabend Mittags,** nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin, und
aus Kronstadt **jeden Sonnabend Abends.**

Die Ankunft findet bei günstiger Witterung sowol in Kronstadt als in Stettin **Dienstag Abends** statt.

Die Ordnung, in welcher die beiden Dampfschiffe ihre Fahrten verrichten, ist folgende:

aus Stettin resp. Swinemünde:

der „Preussische Adler" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni,
den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August,
den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Stils;
der „Wladimir" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni,
den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August,
den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Stils;

aus Kronstadt:

der „Wladimir" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni,
den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August,
den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Stils;
der „Preussische Adler" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni,
den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und
25. September, den 9. und 23. October neuen Stils.

Das Passagegeld für die ganze Tour von Stettin oder Swinemünde bis St.-Petersburg beträgt:
für den ersten Platz 62 Thlr.,
für den zweiten Platz 40 Thlr.,
für den dritten Platz 23½ Thlr. Preußisches Courant

In diesen Beträgen ist die Beköstigung mit Ausschluß des Weins einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte. Ein Wagen mit vier Rädern 50 Thlr., ein Wagen mit zwei Rädern 25 Thlr., ein Pferd 50 Thlr., ein Hund 5½ Thlr. Güter und Contanten werden gegen billige Fracht befördert. [1945]

Berlin, den 5. Mai 1847.

General-Post-Amt.

Dampfschiffahrts-Gesellschaft des Oesterreichischen Lloyd.

Die gestern abgehaltene Generalversammlung hat beschlossen:

1) ein Anlehen von 1½ Million Gulden C.-M. zu eröffnen und darüber Schuldscheine zu tausend, fünfhundert und zweihundertfünfzig Gulden, auf den Ueberbringer lautend, mit halbjährig fälligen Zinsencoupons zu jährlichen 5 Proc. versehen und mit voller Rechtswirkung gegen die Gesellschaft auszustellen;
2) die Actienbesitzer aufzufordern, uns bis Ende künftigen Monats Juli zu erklären, ob und für welche Summe sie an diesem Anlehen theilnehmen wollen, da ihnen der Vorzug eingeräumt werden muß;
3) die Einzahlungen in fünf Raten, jede zu 20 Proc., und zwar Ende September und December d. J. und Ende März, Juni und September k. J. fällig, einzutheilen, jedoch mit der Befugniß, nach Belieben alle oder mehre Raten gegen Vergütung der Zinsen früher entrichten zu können;
4) die Rückzahlung in zehn Raten jede von 150,000 Fl. zu bestimmen, und zwar die erste Rate Ende 1855 und sofort von Jahr zu Jahr, damit Ende 1864 das Anlehen getilgt sei, wenn gleichzeitig die mit allerhöchster Entschließung vom 9. März 1845 genehmigte Bürgschaft der getreuesten Stadt Triest von 4 Proc. jährlichen Zinsen für das Capital von drei Millionen Gulden C.-M. erlöschen wird, zu welchem Zwecke die Schuldscheine in zehn Serien eingetheilt werden sollen, um jährlich in der ordentlichen Generalversammlung durch das Loos die Serie bestimmen zu lassen, welche heimgezahlt werden wird;
5) der Gesellschaft jedoch das Recht ausdrücklich vorzubehalten, nach sechsmonatlicher Kundmachung in der Triester, Wiener, Mailänder und Allgemeinen Zeitung, auch größere Beträge und sogar das ganze Anlehen früher, jedoch nie vor Ende des Jahres 1855, heimzahlen zu dürfen, sowie ausdrücklich zu bestimmen, daß für jene Schuldscheine, welche zur Zahlung verlost oder aufgekündigt wurden, vom bestimmten Zahltage an keine Zinsen weiter bezahlt werden sollen.

In Gemäßheit dieses Beschlusses werden die HH. Actieninhaber eingeladen, und bis Ende künftigen Monats Juli schriftlich zu eröffnen, ob und für welche Summe sie sich an diesem Anlehen betheiligen wollen. Gleichzeitig werden auch Anträge von andern Personen angenommen, wenn sie auch keine Actien besitzen, um sie nach Maßgabe des etwanigen Ueberrestes am Anlehen theilnehmen zu lassen. Triest, am 13. Mai 1847.

Der Verwaltungsrath.

Die Directoren:

Joseph Bousquet. L. M. Brucker. C. L. v. Bruck. H. Lutteroth. Elio Morpurgo.

[2101] Der Secretair: F. H. Schäfer.

Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und den Nordseebädern Cuxhaven und Helgoland.

Die Dampfboote der

Hamburger Elb-Dampfschiffahrts-Compagnie

werden ihre regelmäßigen Fahrten während der diesjährigen Bade-Saison wie folgt bewerkstelligen.

Von **Hamburg** nach **Helgoland** über **Cuxhaven,**
vom 19. Mai an bis zum 25. September
jeden **Dienstag, Donnerstag** und **Sonnabends;**
zurück: jeden **Montag, Mittwoch** und **Freitag.**

[1096—98] ***Die Direction.***

Das große Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehn von 14 Millionen Gulden

bietet Gewinne von **50,000, 40,000, 35,000, 15,000, 12,000, 10,000, 5000, 4500, 4000, 2000, 1000** ꝛc. **bis 42 Fl. herab.**

Die nächste Serienziehung findet am 31. Mai d. J. statt. Originallooſe dazu werden im billigsten Curs sowol von mir als meinem Hauptagenten, Herrn **Joh. Ernst Weigel,** Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig, prompt besorgt und Pläne sowie jede Auskunft gratis gern ertheilt.

Julius Stiebel jun.,
Bankier in **Frankfurt a. M.,** Bureau Wollgraben.

Obige Loose werden nach der Ziehung zum höchsten Curs wieder zurückgenommen, und ist die Einrichtung getroffen, daß gegen franco Einsendung von 1 Thlr. für Cursdifferenz den blos für diese Ziehung sich Interessirenden 1 Serien-Loos bis nach der Ziehung zurückgelegt wird, worüber Certificat erfolgt. [1889—91]

Bedeutende politische Schrift.

☞ Soeben versandten wir den zweiten Band von [2026—27]

F. v. Florencourt's

Zeitbildern.

Preis 1⅓ Thlr.

Derselbe enthält:

I. Bemerkungen zu der neuen preußischen Verfassung. — Die offen ausgesprochenen Motive des Königs bei Erlassung des Patents vom 3. Febr. 1847.
II. Das entscheidende Moment.
III. Preßfreiheit und Censur.
IV. Die Einkommensteuer.
V. Politische Literatur der Gegenwart in Deutschland, in den letzten 5 Jahren.

Der erste Band enthält:

I. Die Fehler der Hannoverschen Opposition.
II. Lornsen, Schleswig-Holstein.
III. Die Preußischen Provinziallandtage.
IV. Jystein und Hecker's Verweisung aus Preußen.
V. Ueber Niebuhr.

Die politischen Artikel dieses trefflichen Publicisten haben bereits in Deutschland eine Anerkennung gewonnen, die uns jeder Anempfehlung dieses seines neuesten Werkes überhebt, das die wichtigsten Zeitfragen eben so geistreich als freimüthig und mit gründlicher Wissenschaft lehrreich bespricht.

Verlags-Comptoir in Grimma.

Durch alle Buchhandlungen, in **Leipzig** durch **B. Hermann,** Querstraße Nr. 27, ist auf vorherige Bestellung zu beziehen:

Chemnitzer Adreßbuch für 1847. Mit einem Anhange, die Fabrikanten der Umgegend von Chemnitz enthaltend. Herausgegeben von **M. Böhme.** Gebunden 15 Ngr.

[2094] **Goedsche's** Buchhandlung.

Durch alle Buchhandlungen sind von **F. C. Brockhaus** in Leipzig zu erhalten:

Actenstücke zur Geschichte des ungarischen Schutzvereins.

Gr. 12. Geh. 16 Ngr.

Ungarische Zustände.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. [2102]

Digitized by Google

**** Interessante Neuigkeit. ****

Bei **Jgn. Jackowitz** in Leipzig erschien soeben und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen vorräthig:

Dr. Eisele's und Baron von Weisele's Landtagsreise im April 1847. Genrebilder aus der neuesten Zeitgeschichte. Mit einem Titelkupfer von Ch. Hucklenbroich. 8. Eleg. geh. im Umschlag. à ⅓ Thlr. [2079]

Bei **Friedrich Fleischer** in **Leipzig** ist zu haben, Preis 3 Ngr.:

Zweiter allgemeiner Verwaltungs- und Baubericht
der Direction
der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft
über das Jahr 1846. [2093]

Haus-Verkauf. Das von einem adeligen Rittergutsbesitzer hinterlassene, in der Stadt Ohrdruf und zwar in der schönsten Straße daselbst gelegene, ganz neu eingerichtete Wohnhaus, enthaltend 22 Piecen, nebst Stallung für 4 Pferde, Scheuer und daran liegendem Garten von 2½ magdeburger Morgen, soll für den festen Preis von 4000 Thlr. verkauft werden.

Die schöne und anmuthige Gegend von Ohrdruf am Fuße des Thüringer-Waldes, ingleichen die Nähe der Thüringischen Eisenbahn und die täglichen Postverbindungen machen diese Besitzung gleich wünschenswerth für eine bedeutende Familie wie für Betreibung eines Geschäfts. Auf portofreie Anfragen ist nähere Auskunft darüber zu ertheilen beauftragt der Rendant **Kiesewetter** in Ohrdruf. [2008—10]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 28. Mai. **Die Schweizerfamilie,** lyrische Oper in 3 Acten von Castelli, Musik von Weigl.

K. K. priv. Dampfschifffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden,** Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2103]

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847. [1546—53]

Verkauf des vormals Schiller'schen Wohnhauses in Weimar.

Behufs der Erbtheilung soll das der verstorbenen Frau Garten-Inspectorin Weise gehörige, vormals Schillersche Wohnhaus und Zubehör, in der Esplanade in Weimar,

Dienstag den 29. Juni d. J., Nachmittags 2 Uhr,

in dem Hause selbst auf den Grund der bei dem Sparkasse-Controleur **Glaser** vorher einzusehenden Bedingungen auctionsmäßig verkauft werden. [2083—84]

Gesuch. Es wird ein Theilnehmer zu einer literairen Unternehmung gesucht, der über ein Capital von 10—15,000 Thlr., wenn nicht auf einmal, so doch nach und nach verfügen kann. **Nachweisbar** würde nicht nur das Capital **gesichert** bleiben, sich sehr **lucrativ** verinteressiren, sondern auch in der beabsichtigten Verwendung einer **entschiedenen Lücke** im literairen Verkehr Sachsens und namentlich Leipzigs begegnen helfen. Man würde einem Manne, der Literaturkenntniß besitzt und ein Bücherfreund ist, den Vorzug geben, und der Sachverhalt auch nur wohl von einem solchen übersehen werden können.

Adressen erbittet man sich poste restante Leipzig Chiffre **J. W.** [2077—78]

Gesuch. Ein militairfreier junger Mann, welcher seine Lehrzeit in einer bedeutenden Tuchfabrik Lenney's gehalten, sowie mehre Jahre daselbst fungirte, sich besonders der Fabrikation praktisch gewidmet und über seine Qualification und moralische Aufführung die besten Zeugnisse vorlegen kann, sucht seine jetzige Stellung mit einem ähnlichen Placement in hiesiger Gegend zu vertauschen.

Hierauf Reflectirende werden gebeten, ihre Offerten unter Litt. **P. H.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung gelangen zu lassen.

Vermählungs-Anzeige.

Ihre am 23. d. M. in Dresden vollzogene eheliche Verbindung beehren sich ihren Freunden und Bekannten nur auf diesem Wege anzuzeigen

Siegfried Meyer,
Johanna Meyer, geb. **Hirsch.**

Leipzig, den 25. Mai 1847. [2092]

Todes-Anzeige.

Das am 22. dieses hier erfolgte tödtliche Dahinscheiden Sr. Excellenz des Großherzogl. Sächs. Herrn wirklichen Geheimenraths, General-Majors und Oberstallmeisters **Friedrich von Gerbach,** Großkreuz vom weißen Falken und Ritter mehrer anderer hohen Orden, seinen im Auslande lebenden vielen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch kund werden zu lassen, halten wir für unsere Pflicht.

Weimar, am 25. Mai 1847.

[2095] **Die Hinterbliebenen.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Prediger M. Karl Adam in Dresden mit Frl. Emilie Schiffner. — Hr. Christian Wilhelm Kämpffe in Zschewig mit Frl. Therese Michel in Connewitz.

Getraut: Hr. Robert Bach in Buchholz mit Frl. Marianne Lommatzsch aus Jena. — Hr. Wilhelm Fricke in Stahmeln mit Frl. Pauline Schulze. — Hr. Heinrich Hertel in Halle mit Frl. Auguste Fischer aus Querfurt. — Hr. Ph. Hewel in Köln mit Frl. Marie Anna Kerp aus Lechenich. — Hr. Friedrich Langerwisch in Leipzig mit Frl. Auguste Krüger. — Hr. Edmund Müller in Crimmitzschau mit Frl. Bertha Auerbach aus Ronneburg. — Hr. M. Benjamin Traugott Schönrich in Leipzig mit Frl. Marie Märtz. — Hr. L. Sternenberg in Pfalzdorf mit Frl. Charlotte v. Mülich.

Geboren: Hrn. Dr. Brey in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Notar DeGreck in Köln eine Tochter. — Hrn. Eduard Goës in Neu-Ruppin eine Tochter. — Hrn. Regierungsassessor König in Merseburg ein Sohn. — Hrn. Wilhelm Lambateur in Joachimsthal ein Sohn. — Hrn. Prediger Leunert in Schultz eine Tochter. — Hrn. Louis Richter in Göttin ein Sohn. — Hrn. Dr. Michael Sachs in Berlin eine Tochter. — Hrn. J. L. Starck in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. geh. Finanzrath v. Weissenbach in Dresden ein Sohn.

Gestorben: Hr. Kammergerichtsauscultator Conrad in Strasburg. — Hr. Kaufmann Karl Cramer in Bochum. — Hr. Kaufmann K. J. Dewald in Ruch. — Hr. Kaufmann Jakob Fay in Köln. — Hr. Prediger Haßlinger in Stargard. — Frau Staatsrath Heuchelin in Eßlingen. — Hr. Hofrath Dr. J. M. Kapfer in Nürnberg. — Hr. Bürgermeister H. J. Kürfgen in Osterath. — Hr. Kriegsrath J. W. Liegmann in Berlin. — Frau Amtmann Henriette Pusch in Lempelhoff. — Frau Ch. S. Rösch in Zwenkau. — Hr. Prediger Schramm in Heydorf. — Frau Dr. Schweizer in Stuttgart. — Frau Finanzkammerrevisor Wilhelmine Wagner in Tübingen. — Frau Chr. S. Wilhelmy in Leipzig.

Digitized by Google

Freitag — Nr. 148. — 28. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal ... Insertionsgebühren ... den Raum einer ... 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Obersachsen. Die Theuerung. Das Branntweinbrennen. *Hannover. Die ritterschaftlichen Corporationen. — Die Deutsch-Katholiken in Esslingen. *Aus dem Grossherzogthum Baden. Hr. Hecker. Hr. Mathy. Justizwesen. — Hoffmann von Fallersleben. — Landtag in Darmstadt. — Tanzverbot im Großherzogthum Hessen. — Die Harmonie in Kiel. — Die Domschule in Frankfurt a. M.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Das Pfingstfest. Hr. Hansemann. ×Berlin. Das deutsch-katholische Concil. *Posen. Unterstützungsmaßregeln. Städtischer Haushalt. *Marienwerder. Sicherheitsmaßregeln. *Köln. Die Brotpreise.

Oesterreich. Kurier nach Konstantinopel. — Excesse in Reveredo.

Spanien. Breve der päpstlichen Penitenziaria. Sevilla. Tristany. Olozaga.

Großbritannien. Die Times über die griechischen Angelegenheiten. Der Bürgerkrieg in Portugal. Die Leiche von John Darvin. Sir H. Smith. Earl of Clarendon.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen. Crémieux' Vorschlag bezüglich der Directerstelle bei Eisenbahnen. Lieutenant Marin in Oran. Marquis d'Aligre. Bedrängniß auf der Insel Bourbon.

Italien. Französischer Vicconsul in Ferrara.

Schweden und Norwegen. Getreideausfuhrverbot.

Griechenland. Athen. Die Differenz mit der Pforte. — Umtriebe.

Türkei. Konstantinopel. Reschid-Pascha. Militairwesen. Halil-Pascha. Reformen.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Köln. Das niederrheinische Musikfest. — Hr. Biot. — Die spanische Schauspielertruppe in Paris. — Ausgrabungen in Lepsec.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Leipzig. Die Eisenbahn von Florenz nach Rom. *Posen. Der Posen-Stettiner Bahnhof. *Köln. Rheinische Eisenbahn. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger- und -Halberstädter Eisenbahn. *Danzig. Getreide. — Wien. Die österreichische Sparkasse. — Die Rübenzuckerfabriken. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Obersachsen, 25. Mai. Was aus Stockholm berichtet wird (Nr. 142), daß dort, trotz ungewöhnlich günstiger Aernte, eine mit drückender Noth drohende Steigerung der Getreidepreise eintrete, bestätigt, was sachkundige Beobachter der Zeiterscheinungen schon vorher andeuteten. Die jetzige Theuerung wird, wenn Gott reiche Aernten sendet, vorübergehen, aber so sehr niedrige Getreidepreise, wie wir sie vor einem Jahrzehend gewohnt waren, werden vielleicht niemals wiederkehren. Nicht nur daß der Landbau sich mächtig anstrengen muß, die immer wachsende Bevölkerung Europas mit dem ersten, unentbehrlichsten Bedürfnisse zu versorgen — eine Thatsache, welche zur möglichsten Anspannung aller Landbaukräfte und zum Aufgeben jeder künstlichen Stellung von Bevölkerungsklassen auf andere Erwerbszweige auffodert —; auch die so überaus erweiterten Verbindungsmittel und der belebte Gang des Handels haben wenigstens die Folge, daß, wenn irgendwo Mangel ist, das Getreide aus den gesegnetern Gegenden dorthin übergeführt wird und dadurch die Preise auch in den Gegenden gesteigert werden, wo sie sich anfangs billig stellten. Im Uebrigen war jene übergroße Niedrigkeit der Getreidepreise ein chronisches Uebel, was zwar nicht so schreckend aussah wie der jetzige Nothstand, und sich nicht in solchen Kämpfen und Zuckungen kund that, aber an sich nicht minder leidensvoll, und gefährlicher und verderblicher war. Die rechte Mitte, bei welcher der Landmann gedeihen und der Arbeiter sein Brot verdienen kann, ist auch hier das Wahre, das Wünschenswerthe. Befindet der Landmann sich wohl, so haben auch Gewerbe und Handel viel bessere und sicherere Kunden, als ihnen und ihm aus der Zunahme einer industriellen Proletarierbevölkerung zu versprechen sein dürften. Auch verwöhnten jene allzu niedrigen Preise zu allerlei Luxus, der dann die später doch unausbleibliche Steigerung der Preise doppelt empfindlich machte, und trugen eben zum Ansammeln der Bevölkerung in unsichern Erwerbszweigen bei. Uebrigens können Staat und Gemeinden, wenn sie auch außer Stande sind, das ungeheure Getreidegeschäft wahrhaft zu beherrschen, und wenn der Staat auch niemals auf Kosten des Landbaues die Versorgung der Consumenten erleichtern soll, doch zu jener wohlthätigen Ausgleichung Manches beitragen, wenn sie theils die Idee der Magazinirung nicht so unbedingt verwerfen, wie zuweilen geschehen ist, theils den soliden, großen Getreidehandel befördern, theils sich durch billige Einverständnisse mit den größern Grundbesitzern wahre, natürliche Landmagazine sichern. Auch wird es bei dem Beginn einer Theuerung gut sein, das noch geöffnete Ausland gleich im Anfange recht reichlich zu benutzen. Was man dabei riskirt, verschwindet gegen die Verluste, welche einer Versäumniß späterhin folgen.

Möchte es übrigens möglich sein, die großen Giftfabriken, welche jetzt unter dem Namen von Branntweinbrennereien bestehen und im Augenblicke nur temperair sistirt sind, was, wie spät es auch eintrat, doch schon ein wesentliches Sinken der Kartoffelpreise zur Folge gehabt hat, lieber ganz zu sistiren! möchte der Landbau selbst, der große Grundbesitz, um den es sich hier handelt, und dessen Vertreter auf dem preußischen Landtage selbst gegen ihre Identificirung mit Branntweinbrennern protestirten, diesen Geschäftszweig aufgeben und nicht länger „den Pflug an die Branntweinblase lehnen". Was gegen den Branntwein, besonders den Kartoffelfusel, in Betreff der Gesundheit, der Sittlichkeit, des Wohlstandes der Bevölkerung zu erinnern ist, ist zu bekannt, als daß wir hier darauf zurückkommen möchten. Wir machen nur darauf aufmerksam, daß durch den Kartoffelbau zu Behuf des Branntweinbrennens noch weit mehr Boden den Körnerfrüchten entzogen wird als durch den neulich (Nr. 139) in dieser Zeitung mit Recht angegriffenen Runkelrübenbau zur Zuckerbereitung. Durch die technischen Vorschritte, zu deren Benutzung die hohen Branntweinsteuern drängten, ist die Sache nur noch verschlimmert worden, weil das Geschäft nun in großen fabrikmäßigen Betrieb gerieth. Es ist eine sehr gefährliche Verirrung, wenn der Landmann den Getreidebau dem Kartoffelbau nachsetzt. Auch sind durch diesen Anbau zum Zwecke der Fuselküchen die schlechten Kartoffelarten und die misliche Methode des Legens von Augen statt von ganzen Kartoffeln mit geschlossener Schale ins Land gekommen, was wol zur Kartoffelkrankheit beigetragen haben mag. Man beruft sich auf die Viehmast, aber mit dem dritten, vierten Theile der Kartoffeln, die man jetzt verbrennt und dem Vieh den Abfall des Processes gibt, kann man, wenn man sie sofort dem Viehe widmet, seinen Viehstand in gesünderm und besserm Stande als jetzt erhalten und zwei Drittel, drei Viertel des Bodens zu bessern Zwecken ersparen.

*Hannover, 24. Mai. In dem Capitel des Landesverfassungsgesetzes von 1840 von den Gemeinden und Körperschaften ist am Schlusse des §. 62 auch die allgemeine Bestimmung enthalten, daß den in den verschiedenen Provinzen unsers Landes bestehenden ritterschaftlichen Corporationen ihre statutenmäßigen Rechte verbleiben sollen, und der Ritterschaft die Befugniß zustehe, ihre Statuten mit königl. Genehmigung abzuändern oder neue Statuten einzuführen. Wie schon dies, so deutet noch mehr die weitere Dispesition des Paragraphen: „Auch seien die Ritterschaften insbesondere befugt, mit königl. Genehmigung Vereine zur Erhaltung ihrer Güter zu errichten", auf die Absicht oder doch den Wunsch hin, daß das adelige Grundherrenthum nicht nur möglichst ungeschwächt erhalten, sondern ihm auch neue Kraft zugeführt werden möge. Diese Absicht geht ihrer Erfüllung entgegen: denn soeben sind in der dritten Abtheilung der Gesetzsammlung zwei königl. Verordnungen bekannt gemacht worden, womit sowol den neuerrichteten Statuten der Ritterschaft des Herzogthums Bremen über die Errichtung von Erbstammgütern, als verschiedenen statutarischen Bestimmungen der Ritterschaft des Fürstenthums Osnabrück die landesherrliche Bestätigung ertheilt wird. Mit den zuerst genannten Statuten (unter der Benennung „Revidirtes Ritterrecht") erhielt das in den Compendien des deutschen Rechts als hauptsächliche Rechtsquelle für die Adelsverhältnisse oft genannte Bremische Ritterrecht von 1577, revidirt 1739, insoweit eine wesentliche Modification, als damit für die jetzigen und künftigen Mitglieder dieser Ritterschaft und deren eheliche Nachkommen im Mannsstamm Erbstammgüter eingeführt werden, und es wird dem zufolge, der berührten Tendenz entsprechend, für die Ritterschaft ein neues Institut hinzugefügt, was deren Interesse im Staate noch mehr zu befestigen geeignet erscheint.

Damit der Charakter desselben erkannt werden möge, habe ich einige der hauptsächlichsten Bestimmungen des Statuts mitzutheilen. Vor Allem ist die einleitende allgemeine Bestimmung wohl zu beachten, daß auf in Gemäßheit des Statuts neu einzuführende Erbstammgüter das bisherige, im Uebrigen Anwendbarkeit behaltende Ritterrecht keine Anwendung finden und daß ebenso auf alle diejenigen Personen, welche ein solches Stammgut errichten oder in ein solches succediren werden, die Bestimmungen des Ritterrechts, die lediglich persönliche Verhältnisse der Mitglieder der Ritterschaft betreffen, nicht weiter in Anwendung gebracht werden sollen. Die Eigenschaft eines solchen Erbstammgutes wird nach dem

Statut entweder durch ausdrückliche, bei der Ritterschaft persönlich in deren Versammlung oder in einer öffentlichen Urkunde abzugebende Erklärung, oder durch Erbgang begründet, Letzteres hinsichtlich aller im Herzogthume Bremen belegenen, in der Rittermatrikel aufgeführten Güter, und zwar sobald ein Gut einmal im Mannsstamm in gerader oder in der Seitenlinie, sei dies auf Grund einer letztwilligen Verfügung oder ohne eine solche, vererbt sein wird. Daß bei Erhebung eines Guts zum Erbstammgute die daran bestehenden wohlerworbenen Rechte Dritter, namentlich auch die Rechte des Lehnsherrn, aufrecht erhalten bleiben, versteht sich von selbst. Darüber, wie das geschieht, enthält der zweite Titel des Gesetzes specielle Verfügungen. Jede freiwillige Veräußerung eines Erbstammguts im Ganzen sowie einzelner Theile desselben ist verboten und dergestalt nichtig, daß sowol die Nachkommen als auch die Stammvettern des Veräußernden, sobald sie als Stammerben zur Successsion gelangen, zur Vindication des Veräußerten selbst dann befugt sein sollen, wenn sie zugleich Allodialerben des Veräußernden geworden sind; doch haben sie im letzten Falle dem Erwerber den etwanigen Kaufpreis bis zum Bestande der Allodialerbschaft zurückzuerstatten. Auch kann das Erbstammgut, und zwar stets nur im Ganzen, rechtsverbindlich nur bis zur Hälfte seines Werthes verschuldet werden.

In Bezug auf die Erbfolge soll das Erbstammgut immer nur auf Einen vererbt werden, und geschieht zwar die Vererbung, unter Ausschluß der weiblichen Nachkommen, in dem vom ersten Erichter mittels ehelicher Geburt abstammenden Mannsstamme nach dem Rechte der Primogenitur. Dabei sind übrigens selbst die durch den Landesherrn oder durch nachfolgende Ehe legitimirten Söhne ausgeschlossen. Man will also ganz reines Blut erhalten. — Die übrigen Titel des Statuts handeln von der Abfindung der Allodialerben aus dem Stammgute, von den Rechten der Wittwe eines Erbstammgutsbesitzers, von den Rechten des Erbstammgutbesitzers auf den Brautschatz seiner zuvor verstorbenen Ehefrau und von Testamenten und sonstigen Verfügungen über Erbstammgüter. Die neuen statutarischen Bestimmungen der Osnabrückischen Ritterschaft dagegen sind allgemeinerer Art. Zunächst reguliren sie die Bedingungen des Ein- und Austritts in und aus der Ritterschaft selbst. Die Aufnahme wird abhängig gemacht 1) von dem eigenthümlichen Besitz eines in der Rittermatrikel stehenden Gutes oder Burgmannshofs von bestimmtem Reinertrage (mindestens 800 Thlr.); 2) von der Abstammung durch eheliche Geburt von einem Vater, welcher entweder selbst oder von welchem ein Ascendent im Mannsstamme vor Publication der Statuten bereits Mitglied der Ritterschaft gewesen, oder welcher durch seine Ascendenten im Mannsstamme einem seit unvordenklicher Zeit im Besitze des Adels befindlichen Geschlechte angehört, oder endlich welcher selbst, oder von welchem ein Ascendent im Mannsstamme für sich und seine Descendenten vom vormaligen deutschen Kaiser oder dem Landesherrn in den Adelstand erhoben oder im Besitze des Adels bestätigt worden; und von einer Mutter, welche adelig geboren ist, 3) von einem Alter von 25 Jahren oder einer Großjährigkeitserklärung nach vollendetem 21sten Lebensjahre. Dagegen erlischt das Recht der Theilnahme an der Ritterschaft ohne weiteres 1) mit dem Verluste des Adels; 2) in Folge der Veräußerung desjenigen Guts oder Burgmannshofs, vermöge dessen die Aufnahme erfolgte; 3) wenn dieses Gut durch Partialveräußerungen unter den statutarisch erforderlichen Reinertrag verringert worden ist. Eines besondern Antrags auf Ausschließung und eines desfallsigen Beschlusses der Ritterschaft bedarf es nur dann, wenn ein Mitglied sich durch ein nach hergebrachten Standesbegriffen ehrloses Benehmen verächtlich gemacht hat. Weiter handeln die Statuten von den zu haltenden Rittertagen und den Verhandlungen dabei und von der ritterschaftlichen Kasse.

— Die Deutsch-Katholiken in **Eßlingen** haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, fortan sich nicht mehr deutsch-katholische, sondern freie christliche Gemeinde zu nennen, ohne jedoch aus dem Verbande der Bekenner des leipziger Glaubensbekenntnisses auszutreten.

* **Aus dem Grossherzogthum Baden**, 24. Mai. Man versichert mit Bestimmtheit, daß Hr. Hecker doch wieder in die Kammer treten wolle. Sollte er wieder etwas bessere Hoffnungen für seine Sache gefaßt haben? Ebenso versichert man, daß Hr. Mathy nicht in den Staatsdienst treten werde; zwar seien ihm darauf abzielende Anerbietungen gemacht worden, er habe sie aber abgelehnt. — Hr. Trefurt, der Chef unsers Justizministeriums, soll damit umgehen, statt der in der 1848 auszuführenden Gerichtsverfassung begründeten Einzelrichter in erster Civilinstanz collegialische Gerichte zu begründen, wofür er sich allerdings seiner Zeit schon als Kammermitglied ausgesprochen hatte und was damals nur an dem Widerspruche der I. Kammer scheiterte. Er muß also hoffen, diesen beseitigen zu können. Die Maßregel selbst würde zweckmäßig und populair sein. Uebrigens sind hier die Stimmungen gegenwärtig ziemlich unklar und schillernd, für den Augenblick etwas abgeschwächt; die Radicalen haben viel gethan, ihr Spiel zu verderben, aber bei den Stützen, die sie in mancherlei Vorurtheilen und Begierden des großen Haufens finden, und bei der Unsicherheit der Grenzen zwischen ihnen und den Liberalen haben sie immer noch mancherlei Chancen — für Gelegenheiten und ruckweise Erfolge.

— Die Freiburger Zeitung meldete neulich, Hoffmann von Fallersleben habe Mannheim verlassen müssen. (Nr. 137.) Die Oberrheinische Zeitung nennt das eine Erfindung; Hoffmann habe sich eine Zeit lang ganz unangefochten in Mannheim aufgehalten und dasselbe dann freiwillig verlassen.

— In der I. Kammer der Stände des Großherzogthums **Hessen** hielt am 1. Mai der Graf zu Solms-Laubach einen ausführlichen Vortrag gegen zu große Vervielfältigung polizeilicher Strafnormen. Sie erbitterten nur und entsittlichten, seien auch eine Hauptursache der Auswanderungen. Der Kanzler v. Linde suchte jedoch das Uebel im Zeitgeist und meinte, daß der Gesetzentwurf manche Strafe zu gelind gegriffen habe. Frhr. v. Riedesel und v. Breidenstein bekannten sich zu der Ansicht des Grafen Solms. (H. Bl.)

— Im Großherzogthume **Hessen** wurde zufolge Verfügung der Regierungsbehörde jede Tanzbelustigung vor eingethaner Aernte, und namentlich während der Pfingstfeiertage, ausdrücklich wegen der anhaltenden Theuerung verboten. (O. P. A. Z.)

— Die von dem Polizeimeister Krohn in **Kiel** eingelaufene Erwiderung auf die Anzeige des Directoriums der Harmonie daselbst über den gefaßten Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung (Nr. 141) beharrt bei der Ueberzeugung, daß das Auslegen der gestrichenen Correcturbogen im Lesezimmer etwas Ungehöriges und Ungesetzliches sei, kündigt indeß mit Rücksicht auf die abweichende Ansicht der Harmonie an, daß höhern Orts Instructionen eingeholt werden sollen, zugleich hinzufügend, daß, falls bis dahin wiederholtes Auslegen der Correcturbogen stattfinden sollte, der Polizeimeister verfahren werde, wie seiner Ueberzeugung nach seine Pflicht ihm vorschreibe. (N. C.)

— Die augsburger Allgemeine Zeitung erzählt aus **Frankfurt a. M.** vom 20. Mai: „Allgemeines Stadtgespräch ist ein Vorfall in der hiesigen Domschule. Am vorigen Sonntag zog Morgens um 6 Uhr die gesammte Turnergenossenschaft in den nahen Wald, um den Tag dort in Uebungen und Spielen zuzubringen. Am folgenden Morgen lud der Kaplan, welcher den Unterricht in der Domschule zu ertheilen hat, diejenigen seiner Schüler, welche Turner seien, ein, sich turnermäßig in Reih und Glied zu stellen, da er doch zu wissen wünsche, welche jener Genossenschaft angehörten. Als die Knaben freudig dieser Einladung Folge geleistet, soll nun der Kaplan einen Stuhl vor sie hingestellt und nach einander jeden, der ungefähr 30 Turner auf den Stuhl gelegt und ihm zwölf Hiebe administrirt haben, weil sie nicht vor ihrem Auszuge die Messe gehört hätten."

Preußen.

Berlin, 26. Mai. In der Sitzung der Herren-Curie am 18. Mai kam der Antrag des Prinzen Biron von Kurland auf einen Entwurf zu zweckmäßiger Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit zur Verhandlung. Die Abtheilung ging von der positiven und politischen Berechtigung des Instituts aus, erkannte das Bedürfniß einzelner Reformen an, wollte aber vorher Berathungen der Regierung mit einer Commission von Betheiligten jeder Provinz angestellt und die Sache alsdann an die Provinziallandtage gebracht wissen. Der Referent v. Keltsch vertheidigte diesen Standpunkt. Der Justizminister Uhden hob in längerer Ausführung die mancherlei Mißklänge hervor, in welche jenes Institut mit neuern Justizreformen gekommen sei, erklärte sich aber zunächst für den Weg freier Verständigung. Prinz Biron verlangte dagegen, daß die Grundprincipien der Reform den Vereinigten Ständen vorgelegt würden. Graf Burghauß war um der wünschenswerthen Beschleunigung willen der Ansicht des Ministers; Fürst Lynar meinte dagegen, es habe nicht so große Eile, und empfahl besonders kleine Bezirke. Darauf erwiderte der Minister: daß die einzelnen Gerichte ihren Sprengel völlig intact behalten, und nur deren Competenz beschränkt werden solle; für die collegialisch zu behandelnden Sachen sollten sie entweder unter sich ein Collegium bilden oder sich einem königl. Gericht anschließen. Graf York sprach sich für gänzliche Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit aus, was vom Grafen Keyserling wegen der Polizeipflege bedenklich gefunden ward. Graf Itzenplitz war der Ansicht des Ministers; v. Massenbach hatte den Verlust jenes Instituts oft schmerzlich empfunden. Prinz Albrecht, Graf Solms-Baruth, Frhr. Senfft v. Pilsach sprachen auch für das Institut. Prinz Friedrich wollte lieber gänzliche als theilweise Aufhebung, ohne für erstere zu sein. Der Prinz von Preußen stimmte für Reform. Graf Dohrn für gänzliche Aufhebung. Wie würde sich z. B. der Titel ausnehmen: Staatsanwalt des gräflich Dohrn'schen Gerichts? Diese Gerichte seien von der Beschaffenheit, daß er kaum glaube, daß sie zur Staatsanwaltschaft geeignet seien. Das Princip des Instituts sei mit dem der hier begonnenen Reform nicht zu vereinigen. Graf Arnim sprach in längerer Rede für das Gutachten der Abtheilung, unter solchen Modificationen, daß den bloßen administrativen Maßregeln freier Spielraum gelassen würde. Führe dieser Weg der Reform nicht zum Ziele, dann sei es Zeit, das Recht auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen. Graf York erwiderte auf einige Bemerkungen dieses Redners mit Schärfe, fand übrigens gerade die kleinen Patrimonialgerichte besonders schädlich, und hob namentlich den

Wunsch der Landgemeinden nach Aufhebung des Instituts hervor. Schließlich ward der Antrag der Abtheilung, mit dem vom Grafen v. Keyserling vorgeschlagenen Zusatze: „soweit nicht die bereits schwebenden Unterhandlungen zum Ziele führen" einstimmig angenommen. (A. Pr. Z.)

** **Berlin**, 25. Mai. Die **Pfingstfeiertage** boten hier die herrlichste Witterung und lockten vom frühen Morgen an zahllose Menschenströme ins Freie. Der Thiergarten besonders war die ganzen Tage über mit Lustwandelnden besäet. Von den Landtagsmitgliedern hatten Viele die durch das Fest herbeigeführten kurzen Ferien benutzt, um auf einige Tage sich aus der Residenz zu entfernen. Die Ständeglieder aus der nächsten Umgegend sowie alle diejenigen, welche vermöge der Eisenbahnverbindung ihren Wohnort schnell erreichen konnten, hatten sich nach Hause begeben, um theils das Fest im Familienkreise zu feiern, theils einige nothwendige Anordnungen in der häuslichen Wirthschaft zu treffen. Größere Gesellschaften von andern Abgeordneten, denen es nicht vergönnt war, die Heimat zu besuchen, haben auf den Eisenbahnen Lustfahrten nach Stettin und Hamburg unternommen.

Zu den seltsamsten Vorkommenheiten, welche die hiesigen Landtagsverhandlungen bisher herausgestellt, rechnen wir unbedingt die Aeußerungen des Abg. **Hansemann** über die Majestätsverbrechen der Allgemeinen Preußischen Zeitung, welche bei der Erörterung über die Angelegenheit des Grafen Reichenbach gethan wurden. Hr. Hansemann bediente sich unter Anderm der Wendung: „Wer hat mehr gethan, verbotene Schriften, hochverrätherische Ansichten zu verbreiten, als gerade die Staatsregierung selbst? Die Staatsregierung hat in ihrer hier erscheinenden Allgemeinen Preußischen Zeitung Auszüge aus Schriften veröffentlichen lassen, die gewiß im höchsten Grade strafbar waren, so strafbar, wie nach meinem Wissen schwerlich das Buch gewesen ist, von dem es sich hier handelt." Der Landtagscommissar begnügte sich, um die Debatte nicht hinzuziehen, diesen Aufstellungen die rein formelle Bemerkung entgegenzusetzen: daß die Allgemeine Preußische Zeitung nur in ihrem amtlichen Theil eine amtliche sei, und daß Alles, was in deren nichtamtlichem Theil erscheine, nicht unter der Garantie der Staatsregierung stehe; daß also der angegriffene Aufsatz kein Aufsatz der Regierung war, sondern daß er nur durch die Censur hätte gestrichen werden können. Wir unsererseits möchten mit wenigen Worten die materielle Seite der Frage berühren. Hr. Hansemann richtet den in seinen Worten enthaltenen Vorwurf nicht blos gegen die preußische Censur, sondern factisch auch gegen die Censurverwaltung in andern deutschen Ländern, wie z. B. in Baden und Württemberg, wo ganz kürzlich ähnliche Publicationen geschehen sind, wie die hier gedachten in Betreff der Schriften von Marx, Heinzen und Freiligrath. Wir sind weit entfernt, den Inhalt dieser und der andern gedachten Schriften für nichtcensurwidrig erklären zu wollen. Dieselben waren ohne allen Zweifel direct gegen die deutschen Regierungen gerichtet, den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse beabsichtigend, und damit staatsverbrecherisch. Wenn trotzdem die Censur in den genannten Ländern Mittheilungen aus diesen Schriften zum Druck verstattete, so wird doch billigerweise nicht anzunehmen sein, daß eine Staatsbehörde den Selbstmord an der eignen Berufspflicht hätte begehen wollen, die Zwecke der staatsverbrecherischen Schriften ihrerseits durch deren Verbreitung zu fördern. Sie hegte offenbar die entgegengesetzte Absicht, welche auch durch den Erfolg durchaus gerechtfertigt wurde. Die Absicht aber ist es, wie auch Hr. Hansemann wissen konnte, welche sehr wesentlich zur Charakteristik einer Handlung beiträgt, und in einem Falle gerechtfertigt erscheinen läßt, was im andern strafbar ist. Kann man einer Regierung den Gebrauch von sogenannten Regierungsmitteln zu der ihrer Ansicht nach besten Förderung des Gemeinwohls überhaupt nicht absprechen, so wird auch eine selbst censurwidrige Veröffentlichung durch die Presse hier stets die Präsumtion der besten Absicht für sich haben, während diese Präsumtion bei einer Verbreitung verbrecherischer Schriften durch Privathände nicht obwalten kann.

× **Berlin**, 26. Mai. Die gestrige Abendsitzung der Abgeordneten zur zweiten allgemeinen **Kirchenversammlung der Deutsch-Katholiken** (Nr. 145) war als eine einleitende zu betrachten und hatte als solche für den Zuhörer wenig Interesse und eine ermüdende Gedehntheit; sie währte von 7 bis halb 11 Uhr. Der Vorsitzende des berliner Vorstandes, Kaufmann Völkel, eröffnete dieselbe mit wenigen einleitenden Worten, worauf das Vorstandsmitglied Dr. Dethier einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwickelung des Deutsch-Katholicismus warf, die er seit dem leipziger Concil genommen habe. Der Einleitung fehlte Ernst und Würde, der Vortrag Dethier's aber darf wol unbegreiflich genannt werden, denn er hielt sich lediglich und allein an die formellen Aeußerlichkeiten der Sache, und einige Unterlassungssünden gegen dieselben veranlaßten ihn zu der als „Willkommen!" gewiß von Niemandem erwarteten Behauptung: es sei noch Alles wüst und liege wie Kraut und Rüben unter einander! welche Aeußerung allgemeinen, lauten Widerspruch fand. Die Vorfrage: welche Gemeinde als berechtigt zu betrachten sei, auf dem Concil vertreten zu werden, rief eine längere Verhandlung hervor, die mit der einstimmigen Erklärung endete: es seien nur selbständige, gehörig constituirte und einen eignen Vorstand besitzende Gemeinden dazu berechtigt. Es fand sodann die Prüfung der Vollmachten statt, die sich mehre Stunden ausdehnte, da der berliner Vorstand, welchem dies doch zustand, nicht einmal die mechanische Vorbereitung der Aufzeichnung der angemeldeten Gemeinden und ihrer Vertreter besorgt hatte, sodaß also dieses Geschäft in der Versammlung selbst vorgenommen werden mußte. Zu diesem Zwecke wurde dem berliner Vorstand ein Vertreter jedes Provinzial-Synodalverbandes zugesellt, und nach Prüfung der Vollmachten ergab sich, daß 142 selbständige Gemeinden durch etwa 70 Abgeordnete vertreten sind, wodurch denn die Competenzfrage zugleich entschieden war, da die gesetzlich erfoderliche Mehrzahl nicht zweifelhaft ist.

In dieser Abgeordnetenzahl sind 18—20 Geistliche nicht enthalten, welche ohne Vollmacht erschienen, weil sie nach der — irrigen — Auffassung der Concilbeschlüsse von Seiten des berliner Vorstandes als eine Art geborener Mitglieder des Concils betrachtet wurden. Auch die Präsidentenwahl ist thatsächlich entschieden, wenn auch nicht formell; denn der Vorschlag, Professor Wigard durch Acclamation zu ernennen, fand allgemeine Zustimmung und hatte nur deshalb keine Folge, weil der Gewählte gegen diese Art Wahl als ungesetzlich und das Gewissen des Einzelnen beengend protestirte und Abstimmung mittels Zettel verlangte; in gleicher Weise wurde Pref. Kote von Magdeburg als Vicepräsident vorgeschlagen und angenommen. Die Wahl wird also das erste Geschäft der heutigen Versammlung sein. Zu beklagen ist es, daß die übermäßige Ausdehnung der gestrigen Sitzung die persönliche Bekanntschaft der Abgeordneten und den Meinungsaustausch derselben in geselligem Kreise verhinderte, wodurch die Gegensätze gewiß an Schroffheit verloren hätten und die Annäherung und Verständigung bei den Verhandlungen selbst wesentlich gefördert worden wäre. Allgemein scheint indessen die Meinung wenigstens zu sein, daß man nur die Hauptfragen in Betracht zu ziehen, alle unwesentlichen Anträge und Fassungsänderungen zu beseitigen und als Grundlage an den leipziger Beschlüssen festzuhalten habe. Eine formelle Vereinigung mit den freien protestantischen Gemeinden scheint ebenfalls nicht erstrebt werden zu wollen, da dieselben nicht vertreten sind, ihre Träger, namentlich Baltzer und Wislicenus, auch in Privatschreiben an Ronge Foderungen gestellt haben sollen, die zu gewähren unmöglich sein dürfte. Der Raum, welcher zur Abhaltung des Concils bereitwillig eingeräumt wurde, ist ein sehr schöner und geeigneter: der Saal des Grauen Klosters, in welchem die hiesige Gemeinde auch ihren Gottesdienst abhält. Die Oeffentlichkeit ist eine bedingte und erstreckt sich nur auf die hiesige Gemeinde und die mit Karten versehenen Personen, zu denen namentlich die Mitglieder des Vereinigten Landtags, Behörden ꝛc. gehören.

* **Posen**, 24. Mai. Durch die außerordentlichen Anstrengungen zur Unterstützung der Nothleidenden in unserer Stadt ist das Communalärar dergestalt erschöpft, daß die Stadtbehörde sich genöthigt sieht, öffentlich bekannt zu machen, daß die **Brotvertheilungen** zu ermäßigten Preisen nur noch bis zur Mitte Juni fortgesetzt werden können. Zugleich haben die Stadtverordneten abermals einen Zuschuß von 5000 Thlr. zu der Armenkasse bewilligt und den Magistrat ermächtigt, einen Vorschuß von 10,000 Thlr. gegen Hinterlegung von Stadtobligationen von der Bank zu entnehmen. Da unter den gegenwärtigen drückenden Verhältnissen an Ausschreibung einer neuen Steuer nicht zu denken ist, überdies auch der Ausfall durch die Suspension der Mahlsteuer bis zum 1. Aug. d. J., worvon bekanntlich der Communalzuschlag 50 Proc. beträgt, gedeckt werden muß, so haben die Vertreter unserer Stadt die Emission von 21,000 Thlr. neuer Stadtobligationen beschlossen, die, da sie 4 Proc. tragen und völlige Sicherheit gewähren, gewiß zu einem guten Curs, jedenfalls wenig unter pari, untergebracht werden dürften. Inzwischen wird durch alle diese Finanzoperationen nur der augenblicklichen Noth gesteuert, nicht aber die Geldverlegenheit der Commun gründlich gehoben. Zu diesem Zweck und gleichzeitig zur Erbauung eines durchaus erfoderlichen neuen Krankenhauses sowie zur Einführung der Gasbeleuchtung und zur endlichen Herstellung einer Realschule, die schon im Jahr 1840 projectirt worden und zu deren Fundirung einige Jahre später die Einkommensteuer eingeführt wurde, sollen nach dem diesfälligen Entwurf eines hiesigen Kaufmanns, der zugleich Stadtverordneter ist, für 200,000 Thlr. neue Stadtobligationen emittirt werden. Ob das praktisch ist, weiß ich nicht; mir scheint aber, als ob es hieße: vom Schuldenmachen leben. Freilich ist unsere Provinzialhauptstadt durch die vorjährige Poleninsurrection in eine höchst unglückliche Lage versetzt worden und ist jedenfalls trauriger daran als jede andere Stadt des Staats; aber eben aus diesem Grunde, sollte man meinen, müßte der Staat etwas für sie thun. Der Erlaß der Mahlsteuer hat einen bedeutenden Ausfall verursacht und durchaus Niemandem genützt; soll der Ausfall durch eine neue directe Steuer gedeckt werden, so werden die Zahlungsfähigen zwar zahlen, aber gleichzeitig wird dadurch die Legion der Proletarier, die man doch vermindern will, mit neuen Rekruten versorgt. — Die **Saaten** stehen vortrefflich, und die Getreidepreise fallen bedeutend.

* **Marienwerder**, 23. Mai. In Folge der getroffenen und noch fortwährend gehandhabten Sicherheitsmaßregeln hat unsere Stadt keine weitern **Ruhestörungen** erfahren; in Dörfern und Gütern der Umgegend sind nur einzelne Plünderungen vorgekommen; einer größern Aus-

dehnung der Unordnungen wird durch Cavalleriepatrouillen, die das flache Land in allen Richtungen durchstreifen, entgegengewirkt; auch haben die bedrohten Einsassen zur Vertheidigung ihres Eigenthums Schutzvereine gebildet. Die Wirksamkeit der letztern hat sich besonders in der drei Meilen von hier entfernten Stadt Stuhm trefflich bewährt; dort drang ein raublustiger Pöbelhaufe ein, wurde jedoch von dem Bürgerschutzvereine kräftig empfangen und mit blutigen Köpfen nach Hause geschickt. Wie man hört, ist vor wenig Tagen ein Ministerialrescript angelangt, welches die Bildung von Bürgerschutzvereinen sehr empfiehlt, sodaß selbst die bedenklichen Leute, welche etwa eine Misbilligung der eigenmächtig getroffenen Sicherheitsmaßregeln besorgten, völlig beruhigt sein können.

* **Köln**, 24. Mai. Unser Brotpreis ist Gott Lob! etwas gewichen, obgleich er noch immer enorm hoch steht; ein ferneres Weichen soll nächste Woche zu erwarten sein, da starke Zufuhren seewärts angekündigt sind und auch manche Speculanten aus Furcht vor den guten Ernteaussichten zum Losschlagen Lust zeigen. Der Umstand, daß vorige Woche eine bedeutende Quantität amerikanischen Roggens und Roggenmehls, die seewärts angelangt war, unsern Bäckern in kleinen Quantitäten verkauft wurde, hat ebenfalls günstig eingewirkt, sodaß jedenfalls das Schlimmste überstanden ist.

Oesterreich.

Aus **Wien** geht am 19. Mai ein Kurier nach Konstantinopel ab; es heißt, derselbe überbringe Depeschen, die sich auf die griechisch-türkische Angelegenheit beziehen. (Allg. Z.)

— Aus **Roveredo** vom 17. Mai berichtet man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Der Getreidemangel gab auch bei uns zu mislichen Auftritten Anlaß. Heute früh erschienen plötzlich 40 oder 50 Bauern der Gemeinde Vallarsa beim hiesigen Landgericht und verlangten die Herausgabe der daselbst liegenden Gemeindegelder von 8—10,000 Fl. zur Stillung ihrer dringenden Noth. Als ihnen dort kein Gehör wurde, begaben sie sich vor das Kreisamtsgebäude, das der Kreishauptmann in Ermangelung von Truppen durch die Gendarmerie besetzen ließ. Alle Vertröstungen auf die Landesstelle, bei der man sich wegen Gewährung ihres Begehrens verwenden würde, wollten nicht anschlagen, die Bauern drohten, in vermehrter Anzahl wiederzukehren, man entschloß sich daher zur Unterhandlung, rief den Gemeindevorstand herbei und brachte die Lärmenden endlich durch das Versprechen zur Ruhe, 3000 Fl. aus den Gemeindegeldern zur Vertheilung an die Bedürftigsten ausfolgen zu lassen. Morgen sollen sie das Geld in Empfang nehmen."

Spanien.

Ein unterm 2. Mai 1845 von der päpstlichen Penitenziaria an den Erzbischof von Santiago gerichtetes Breve wird erst jetzt veröffentlicht und besagt:

„Die Tit. Penitenziaria gesteht mit besonderer und ausdrücklicher apostolischer Ermächtigung dem ehrwürdigen Vater in Christo, Erzbischofe von Santiago, oder seinem Generalvicar in spiritualibus, auf drei Jahre die nothwendigen und geeigneten, von ihm seinen Suffraganen und den Personen, welche mit der Verwaltung der seinem Metropolitanrecht unterworfenen Kirchen canonisch beauftragt sind, mitzutheilenden Befugnisse zu, auf daß sie in Person oder mittels anderer geeigneter, zu dem Behufe durch einen jeden der Bischöfe delegirter Geistlichen im Beichtstuhle diejenigen Personen absolviren können, welche Kirchengüter kauften, Gefälle usurpirten und den Zehnten nicht entrichteten, wobei jedoch folgende Bedingungen zu erfüllen sind: daß sie bereit sein müssen, Dem zu gehorchen, was der heilige Stuhl über die Verwendung dieser Güter verfügen wird, sie zu erhalten oder so viel wie möglich in bessern Stand zu setzen, die frommen Abgaben zu entrichten, wenn deren an ihnen haften sollten, und die Erben oder sonstigen Personen, auf welche diese Güter übergehen könnten, von diesen Abgaben in Kenntniß zu setzen."

Die progressistischen Blätter erheben darüber sehr heftige Ausfälle gegen die Regierung und den päpstlichen Stuhl. Das ministerielle Blatt el Tiempo erblickt dagegen in dem Inhalte des zwei Jahre alten Breve die Absicht des Papstes, die Veräußerung der Kirchengüter unter gewissen Bedingungen zu sanctioniren, und setzt damit die bevorstehende Ankunft des Monsignore Brunelli, der als päpstlicher Legat in besondern Aufträgen in Madrid erwartet und bereits von Marseille nach Madrid unterwegs ist, in Verbindung. Auch hat der Papst, wie der Tiempo angibt, sich erboten, einem von der Königin Isabella II. zu bezeichnenden Prälaten den Cardinalshut zu ertheilen.

— In **Sevilla** ist, nachdem alle Besorgniß einer Erneuerung der stattgehabten Theuerungstumulte verschwunden war, das proclamirt gewesene Kriegsgesetz wieder aufgehoben worden. — Von einigen Blättern wird die Wahrheit der Nachricht von der Gefangennehmung und erfolgten Erschießung des Carlistenführers Tristany (Nr. 145) in Zweifel gezogen.

— Aus **Madrid** vom 18. Mai wird gemeldet, daß sich Hr. Olozaga nach Aranjuez begeben hatte, um sich bei der Königin zu verabschieden, da er nach Logroño gehen will, wo er von seiner Familie erwartet wird.

Großbritannien.

London, 22. Mai.

Die Times läßt sich über die griechischen Angelegenheiten vernehmen: „Hr. Cynard würde Griechenland einen größern Dienst als mit dem so großmüthig angebotenen Darlehn (zur Deckung des englischen Antheils der Zinsrate für das von den drei Mächten garantirte Anlehn) leisten, wenn er seinen uneigennützigen und starken Einfluß anwenden könnte, die griechische Regierung zu bewegen oder zu nöthigen, ihre Angelegenheiten regelmäßig und redlich zu führen, dem Verlangen der drei Mächte mit Treue und gutem Glauben zu begegnen und die Hülfsquellen des Landes zu heben, auf welchen der Credit desselben nothwendig ruhen muß. Darin besteht thatsächlich Alles, was irgend eine britische Regierung zu fodern oder durchzusetzen beabsichtigt haben kann. Leider vermag Hrn. Cynard's ehrenwerther und enthusiastischer Eifer für die griechische Sache die tiefe Ueberzeugung aller Parteien in England nicht zu beseitigen, daß die dermalige griechische Verwaltung den Interessen und Freiheiten des griechischen Volks feindselig sei und daß ihr mit der Ermuthigung Frankreichs befolgtes Verhalten den Osten mit neuen Verwickelungen bedroht. England wünscht eine ehrenhafte, unabhängige und friedliche Regierung in Athen zu sehen, weil es gleich wenig selbst hintergangen sein wie Servilität gegen Frankreich und Ungebühr der Pforte gegenüber mag. Hr. Kolettis hat aber der zunehmenden Abneigung der Kammer die Auflösung entgegengesetzt und die unbeendeten Geschäfte der Session unterbrochen, um eine totale Niederlage zu vermeiden. Ohne Zweifel werden wir bei frühern Gelegenheiten von dieser Regierung wieder die willkürlichsten und verderblichsten Maßregeln angewendet werden, um die Kolettismänner wählen zu lassen. Der Geist der griechischen Nation ist jedoch durch diese Manoeuvres noch nicht verdorben. Das Land kennt jetzt Charakter und Zwecke der herrschenden Partei, und wir erwarten vertrauensvoll, es werden diese Wahlen ein Verdammungsurtel über die Männer sein, die Griechenland nur zu lange misregiert und verunehrt haben." Daily News findet die Theorie, auf welche hin die Times das Verhalten des auswärtigen Amtes gegen Griechenland in Schutz nimmt, außerordentlich falsch. Wenn die Times behaupte, Lord Palmerston verlange die fälligen Zinsraten nicht des Geldes wegen, sondern als Mittel, um die Misbräuche und Corruption der Kolettis'schen Verwaltung zu tadeln, so wären Corruption und Misbräuche so vage Vorwürfe, wie sie noch jeder Regierung von dieser oder jener Opposition gemacht wurden. „Wenn das Vorhandensein von Corruption oder Misbräuchen bei der innern Verwaltung, fährt Daily News fort, unsere Einmischung oder peremptorische Einfoderung von Schulden mit Kanonen rechtfertigen soll, dann würden in und außer Europa viele Länder sein, die wir bombardiren könnten. Wo würden Spanien, die Türkei, Mejico oder eine andere der südamerikanischen Republiken vor unsern Kanonen sicher sein, wenn Corruption und Misbräuche ihrer innern Verwaltung uns berechtigten, sie zu bedrohen? Was für ein Beispiel wäre das für französische, russische, österreichische Interventionen! Frankreich könnte die marokkanische Regierung der Corruption zeihen, Rußland von Misbräuchen in der Türkei sprechen, Oesterreich in dem Liberalismus des Papstes Beides wahrnehmen wollen. Wie gesagt, die Präcedenz ist eine durchaus schlechte, und die Times würde sich in ihren unabhängigern Tagen nicht hergegeben haben, solche Dinge zu beschönigen. Reschid-Pascha und die türkische Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten ist auch unser Wunsch. So thöricht aber wie das Verfahren gegen Hrn. Mussurus war, so wenig ungebührlich erscheinen uns des Königs von Griechenland Anträge. Wenn er Hrn. Mussurus in Athen nicht wiedersehen mag, so ist er dazu berechtigt. Allein wie die griechischen Blätter sagen, wollte er einen Gesandten nach Konstantinopel senden, der dem Sultan Entschuldigungen wegen des Vorgefallenen machen sollte. Weshalb die Pforte, wie hoch sie sich dünken mag, das nicht annahm, begreifen wir nicht, so wenig wie weshalb die europäische Diplomatie das nicht als genügend anerkannte, anstatt den empfindlichen Stolz des Sultans zu übersteigern und eine Unterbrechung des Verkehrs und Aussichten zu Hader und Streit zwischen beiden Ländern herbeizuführen."

— Die Verwerfung der unter der Garantie britischer Vermittelung der Junta in Oporto gemachten ehrenvollen Vorschläge zur Beendigung des Bürgerkriegs in Portugal, schreibt die Times, gibt der Insurrection einen weit revolutionairern und ausschweifendern Charakter als bisher. Man scheint hinfüro annehmen zu müssen, daß ihre Zwecke nicht auf Dinge gerichtet sind, die legitimer Widerstand gegen Willkürmaßregeln des Hofs und Vertheidigung constitutioneller Rechte genannt werden könnten, da gerechte Befriedigung deshalb jetzt bewilligt und gesichert war. Wie alle revolutionairen Bewegungen ist auch diese über ihr Ziel hinausgegangen. Thatsächlich enthält dieses extreme Verhalten weit feindseligere Plane gegen die Krone und Person der Königin, als die Insurgenten zeither bekannten, und es ist vorauszusetzen, wenn ihre Waffen erfolgreicher gewesen wären, daß die von ihnen der königlichen Partei dictirten Bedingungen weit herber, mistrauischer und demüthigender gewesen sein würden als die jetzt von ihnen abgewiesenen. Jede Nothwendigkeit zur Unterstützung der Autorität der Königin, welche nun eintreten kann, ist daher nicht in einem Verlangen ihrer Verbündeten nach Einmischung, sondern darin zu suchen, daß die Insurgenten zurückwiesen, wofür sie zu kämpfen vorgaben, und sich dadurch in eine Lage unversöhnlicher Feindseligkeit gegen ihren Souverain brachten, die zugleich einen Theil der Con-

eröffnen, wie Amnestirung und Wiederherstellung in Amt und Würden, für die Insurgenten unmöglich machen dürfte, wenn nicht, wie wir hoffen, ein Weg zur Erneuerung der Unterhandlung gefunden werden sollte. Der Ton der Krone und ihrer Verbündeten muß aber nun nothwendig ein anderer werden, und wie ungern wir spanische Truppen oder eine britische Flotte einschreiten sehen würden, so käme der Zwang dazu doch nur von Denen, welche die britische Vermittelung verschmähten, und gewiß sind unter den Mitgliedern der Junta Viele, die ein Verhalten beklagen, das nur geeignet erschient, den Streit zu verlängern und die liberale Partei zur spätern Begnügung mit weniger günstigen Bedingungen zu verurtheilen.

— In der vorgestrigen Unterhaussitzung richtete Hr. Ferrand die Frage an den Staatssecretair des Innern, ob er das über einen am 11. Decbr. v. J. im Bezirksarmenhause zu Sheffield verstorbenen John Darvin, eine früher in guten Verhältnissen gewesene Person, verbreitete Gerücht kenne, daß der Leichnam desselben in vier Theilen à 9 Schill. verkauft werden sei? Es circulire eine gedruckte Nachricht davon, und daß der Vorstand des Armenhauses alle Auskunft eines nachfragenden Freundes des Verstorbenen verweigert, und daß man erst fünf Wochen später einen Sarg mit der angeblichen Leiche Darvin's begraben habe. Sir G. Grey versetzte, daß bei ihm nicht die geringste Reclamation oder Anzeige eingelaufen sei, die ihn verpflichtet haben würde, sofort eine Untersuchung deshalb anstellen zu lassen.

— Dem vor kurzem aus Ostindien zurückgekehrten General Sir Harry Smith, dem Sieger bei Aliwal gegen die Sikhs, ist das Ehrenbürgerrecht von London verliehen worden. Die noch übrigen Offiziere der aus dem Halbinselkriege bekannten leichten Division gaben ihm, dem ehemaligen Waffengefährten, ehegestern ein Banket, bei welchem der Herzog von Richmond den Vorsitz führte.

— Aus **Dublin** wird vom 2. Mai die Ernennung des Earl of Clarendon zum Lordlieutenant von Irland als die vortheilhafteste begrüßt, welche unter allen für diese Stelle genannt gewesenen Candidaten hätte getroffen werden können.

Frankreich.

Paris, 23. Mai.

Die Deputirtenkammer votirte gestern mehre Gesetze von örtlichem Belang und schritt dann zur Berichterstattung über Bittschriften, von denen eine, die mehre Fragen der öffentlichen Wohlthätigkeit sowie die Arbeit der Kinder in Fabriken betraf, an den Minister des Innern überwiesen wurde. Von Hrn. Guizot wurde als Vertreter des Marineministers ein Gesetzentwurf übergeben, welcher den Art. 14 des Gesetzes vom 18. Jul. 1845 über die Behandlung der Sklaven in den Colonien aufheben soll. Dieser Artikel betrifft die Zusammensetzung der Criminalgerichte in den Colonien, welche danach, wenn sie über Verbrechen nichtfreier Personen oder von Herren gegen ihre Sklaven zu urtheilen haben, aus vier Räthen vom königl. Gerichtshof und drei Beisitzern gebildet werden sollten. Die Räthe vertraten dabei das unparteiliche Recht, die Beisitzer das Pflanzerinteresse, und fünf Stimmen waren erfoderlich, um ein Schuldig zu finden. Der neue Gesetzentwurf beabsichtigt nun den „Scandalen" abzuhelfen, wie es in den Motiven dazu heißt, welche die bisherige Einrichtung möglich machte und die jüngst in der Deputirtenkammer zur Sprache kamen. Die Criminalgerichte werden danach künftig aus sechs Mitgliedern der königl. Gerichtshöfe, von denen höchstens zwei Beisitzer sein können, gebildet werden, und wenigstens vier Stimmen sind zu einem Schuldigfinden und zu einer Urtheilsfassung nothwendig.

— Die Hauptartikel der Zeitungen bieten heute wenig Interesse. Das Journal des Débats bespricht die gestrige Kammerverhandlung, die «Presse» erörtert nochmals die Bedeutung des Gesetzentwurfs über das Capitel von St.-Denis und meint, die Debatte darüber in der Pairskammer lasse Schwierigkeiten für denselben in der Deputirtenkammer voraussehen, die der neue Cultusminister Hr. Hebert mit Ehren zu überkommen suchen müsse. Der Constitutionnel warnt wieder einmal, man möge sich von den vorherrschenden materiellen Interessen nicht abhalten lassen, über die reactionaire Richtung der Regierung sich klar zu werden, und wer die traurigste Epoche der Restauration mit erlebte, kann nicht umhin, beklagenswerthe Analogien dazu in den heutigen Zuständen zu erkennen und sich lebhaften Besorgnissen hinzugeben.

— Der Vorschlag des Hrn. Crémieux, welcher die Uebernahme von Directorenstellen bei Eisenbahnen und ähnlichen industriellen Unternehmungen, sowie die Bewerbung um Concessionen zu dergleichen den Mitgliedern der Deputirtenkammer verbieten soll, ist von den Bureaux der Kammer an eine Commission zur Berichterstattung überwiesen worden, deren Mitglieder fast alle Gegner davon sind. Der Commerce bemerkt dazu, nachdem die Kammer selbst unter Einwirkung der jetzt vor dem Pairshof gegen General Cubières schwebenden Anklage Hrn. Crémieux zu seinem Vorschlag aufzufodern schien, seine öffentliche Vorlesung und dann die Inbetrachtnahme enthusiastisch genehmigte, werde dieses ganze Verhalten als eine elende Heuchelei dadurch charakterisirt, daß man ihn einer Commission zuweise, die ihn mit 8 gegen 1 beseitigen solle.

— Vom Cassationshof ist das Urtel des Kriegsgerichts in Oran, welches gegen den Lieutenant Marin die Todesstrafe erkannt hatte, weil er sich am 28. Sept. 1845 ohne Gegenwehr als Führer einer Abtheilung von 200 M. Reconvalescenten und Rekruten dem plötzlich mit einigen Tausend Reitern das Commando umgebenden Abd-el-Kader ergeben hatte, cassirt worden. Der Cassationshof erklärt zuvörderst ein Decret vom 1. Mai 1812, auf welchem der kriegsrechtliche Spruch mit beruhte, durch die Charte von 1814 und 1830 aufgehoben, verbietet die Verweisung an ein anderes Kriegsgericht, weil kein Gesetz das Hrn. Marin schuld gegebene Verbrechen vorgesehen habe, und verfügt zugleich dessen Freilassung.

— Der kürzlich verstorbene Marquis d'Aligre hat der Stadt Bourbon-Lancy im Saone- und Loiredepartement 2 Mill. zur Errichtung einer Anstalt wie das von ihm gegründete Hospital von Chartres vermacht und andere 100,000 Fr. zur Erbauung einer Kapelle daneben, wo er und seine Gemahlin beigesetzt werden sollen.

— Nachrichten vom 23. Febr. von der Insel **Bourbon** sprechen von einer bedeutenden finanziellen Bedrängniß, welche durch 35 Tage schlimmes Wetter, das die zur Einbringung reife Zuckerärnte zerstörte und durch Ueberschwemmung die jungen Pflanzungen vernichtete, sowie durch die unterbrochene Verproviantirung der Colonie mit Fleisch und Reis von dem nahen Madagaskar eingetreten war. Man hatte geradezu kein Geld, weil alles zum Vorschein kommende sofort nach Ostindien ging, um dort Lebensmittel dafür zu holen, die man sonst von Madagaskar gegen Waare bekam. — In der Hauptstadt St.-Denis, schreibt das Journal des Débats, habe man aus Mangel an Proviant die Garnison eine Zeitlang mit Conferven speisen müssen und auch die Einwohner hätten nichts Anderes gehabt. Der Colonialrath war wieder versammelt.

Italien.

Die Daily News läßt sich aus **Rom** vom 8. Mai schreiben: „Die französische Regierung hat soeben eine bedeutungsvolle Maßregel durchgesetzt. In der Grenzstadt Ferrara ist ein französischer Viceconsul ernannt worden, der vom Papste das Exequatur erhalten hat; natürlich hat er jede Bewegung der österreichischen Garnison zu überwachen. Dieser Schritt hat eine tiefere Bedeutung, als es auf den ersten Anblick scheint."

Schweden und Norwegen.

Durch Decret vom 15. Mai ist die Ausfuhr von Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen sowie von Grütze und Mehl aus den genannten Getreidearten bereitet von und mit dem 24. Mai bis zum 15. Aug. verboten. Auf Kartoffeln und Weizen erstreckt sich das Verbot nicht. Bis zum Tage des Verbotserlasses verladene Getreidearten dürfen jedoch noch ausgeführt werden.

Griechenland.

Athen, 10. Mai. Unser Cabinet hat sich, wahrscheinlich in Betracht der immer größer werdenden Gefahr, die unserm Verkehr in der Levante und im Schwarzen Meere droht, entschlossen, die Schlichtung des mit der Pforte bestehenden Zerwürfnisses der Vermittelung des wiener Hofs zu überlassen, und sich bereit erklärt, die von Wien aus unterm 10. und 13. März gemachten Vorschläge unbedingt anzunehmen. (Nr. 147.) Es ist dies keine neue Erklärung, denn unser Cabinet war ja, wie es früher selbst bezeugt hatte, mit den ihm ertheilten Rathschlägen vollkommen einverstanden; da aber die Befolgung derselben bis zu diesem Augenblick in wesentlichen Punkten nicht stattgefunden hatte, so hielt man es nicht für überflüssig, darauf zurückzukommen und damit noch überdies ein förmliches Ansuchen um freundliche Vermittelung zu verbinden. Ob nun die Pforte, welche zwei Monate lang auf die Verwirklichung jenes Arrangements gewartet hatte, ohne daß es erfolgt wäre, sich noch an ihre frühern beistimmenden Aeußerungen gebunden erachte, ist eine Frage, die sich wol in den nächsten Wochen entscheiden wird. (Allg. Z.)

— Aus **Ancona** vom 15. Mai wird der augsburger Allgemeinen Zeitung mitgetheilt: „Aus Athen erfahren wir, daß die griechische Regierung in der mit der Türkei bestehenden Differenz die österreichische Vermittelung angerufen, und in einer Note zugleich die Thatsachen dargestellt habe, welche bisher die Vollziehung der von dieser Seite angerathenen versöhnlichen Schritte verhinderten. So weit mir die Ansichten, die demgemäß der gewünschten Ausgleichung als Grundlage dienen sollen, bekannt sind, glaube ich, daß wenigstens ein momentanes Wiedererscheinen des Hrn. Mussurus in der griechischen Hauptstadt kaum zu vermeiden sein wird. Die neuen Instructionen, welche Hr. Persiani aus Petersburg erhalten, sollen in Hinsicht auf Gunst oder Ungunst für Griechenland etwas zweifelhaft gestellt, keineswegs aber in dem Maße niederschlagend sein, wie es die Diplomaten in Stambul angenommen zu haben scheinen. Nicht als gering sieht man zwar in Athen die (scheinbare) Deferenz an, zu welcher sich Rußland gegen England verpflichtet glaubt; aber eben so groß ist im Grunde auch das Vertrauen, welches die Griechen von je her auf die Gesinnungen des Kaisers Nikolaus gesetzt haben und fortwährend setzen, Gesinnungen, die durchaus nicht zu vereinbaren wären mit dem

Digitized by Google

Gedanken, daß Rußland je die Unterdrückung Griechenlands oder eine ernste Gefährdung seines Bestandes zugeben könne. Sir E. Lyons erhielt Mittheilungen aus Konstantinopel über die Zwangsmaßregeln, welche die Pforte gegen die griechische Regierung anzuwenden beabsichtigt, und zugleich über die Erbitterung, welche die bei Gelegenheit der griechischen Unabhängigkeitsfeier abgehaltenen Reden im Divan hervorgebracht haben. Daß jene Reden in Gegenwart des Königs gehalten werden konnten, soll vorzüglich verletzt haben. Hr. Lyons beeilte sich, Beides Hrn. Kolettis mitzutheilen."

— Dem Journal des Débats wird aus **Athen** vom 10. Mai geschrieben: „Sendlinge der Opposition durchziehen gegenwärtig den Peloponnes und das griechische Festland und bearbeiten das Volk für Verweigerung der Steuern und Anschluß an eine revolutionaire Bewegung, deren Haupt General Kalergis ist. Erkennungszeichen und Losungen sind verabredet, Versammlungen bestimmt worden, und es wird im Vertrauen angekündigt, daß eine in den politischen Gesellschaften zu Athen angezettelte Empörung nächstens ausbrechen werde. Diese Umtriebe dürften übrigens um so weniger ernstliche Besorgniß erregen, als gerade das Volk, auf welches bei denselben am meisten gezählt wurde, dieselben der Obrigkeit zur Kenntniß gebracht hat."

Türkei.

Konstantinopel, 12. Mai. Der Großvezier Reschid-Pascha hat vom Sultan ein neues Merkmal der Zufriedenheit erhalten, eine reich mit Brillanten besetzte Verdienstdecoration. — Am 7., 8. und 9. Mai blieben die Pfortenbureaux verschlossen wegen der militairischen Feierlichkeiten, die an den genannten Tagen theils auf dem Platze des Seriaskerats und vor der Artilleriekaserne von Pera, theils im Arsenal in Gegenwart des Sultans und aller Würdenträger begangen wurden. Es wurden nämlich an jenen Tagen sämmtliche Soldaten, die ihre fünfjährige Dienstzeit vollendet hatten, verabschiedet; die Zahl der Verabschiedeten beläuft sich für die Garnison von Konstantinopel auf ungefähr 7000 M., worunter 3000 von der Garde, 3600 von der regulairen Armee und 400 von der Artillerie. — Halil-Pascha, unlängst der Statthalterwürde von Trebisond entsetzt, ist am 11. Mai zum Mitgliede des Reichsraths ernannt worden. — Die neueste Nummer der türkischen Staatszeitung enthält eine neue Verordnung über die einzuführende Vereinfachung der Titulaturen beim schriftlichen Verkehr; ein anderer Artikel dieser Zeitung kündigt die vom Sulten genehmigten Maßnahmen zur Verbesserung der Löschanstalten der Hauptstadt an.

Personalnachrichten.

Orden. Sachsen-Ernestinischer Hausorden, Comthurkreuz 1. Kl.: der Generalinspector des thüringischen Zoll- und Handelsvereins geh. Oberfinanzrath v. Brandt in Erfurt.

Wissenschaft und Kunst.

* Köln, 24. Mai. Gestern Abend versammelte der erste Tag unsers niederrheinischen Musikfestes die hiesigen und auswärtigen Musikfreunde im Gürzenichsaale, wo Händel's herrlicher „Messias" und eine vom Componisten selbst dirigirte Symphonie von Onslow zur Aufführung kamen und von den etwa 780 Mitwirkenden sehr befriedigend executirt wurden. Der auf seiner Reise nach London hier anwesende württembergische Kammersänger Pischek hatte die Baß-Solopartie übernommen, welche er mit gewohnter Virtuosität vertrug. Das Zuhörerpublicum war kleiner als in frühern Jahren, indem es sich auf wenig über 600 Personen belief, unter denen man noch überdies ziemlich viele Fremde gewahrte. Man erwartet indessen, daß heute Abend das zweite Concert zahlreicher besucht sein werde.

— Von der Akademie des Inscriptions et Belles Lettres in **Paris** ist am 20. Mai an die erledigte Stelle des Hrn. Jaubert Hr. Edouard Biot mit 19 von 36 Stimmen zum Mitgliede gewählt worden.

— Die spanische Schauspielertruppe, welche seit zwei Monaten in Paris verweilte, hat am 22. Mai ihre Vorstellungen beendet und wollte sofort wieder abreisen.

— Unweit **Lepsee**, dem alten Lampsakus, sind brieflichen Nachrichten aus Konstantinopel zufolge zu Ende April eine große Anzahl antiker Gold- und Silbergegenstände in geringer Tiefe im Boden aufgefunden worden. Es sind darunter 40 Silberlöffel, größer als die heutigen, deren jeder 750 Gran wiegt; auf einigen ist der Name Artemis noch erkennbar zu lesen. Eine silberne runde Schale von bald 4 Fuß im Durchmesser wiegt über 70 Pfd., und es ist darauf eine weibliche Gestalt mit einem Fuchs, einem Pfau und Papagei und zwei Löwen zu ihren Füßen, auf denen Kinder reiten, eingegraben. Ferner wird ein 6 Fuß langer silberner Stab, eine große cylindrische Vase von mehr als 3 Fuß Höhe, ein goldener Halsschmuck, in den 40 große Perlen gefaßt waren, die aber bei der Berührung in Staub zerfielen, und einige andere zu diesem Fund gehörige Gegenstände aufgeführt. Die türkische Regierung will weitere Nachgrabungen an dieser Stelle vornehmen lassen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 27. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117¾ Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86¾ G.; Sächsisch-Schlesische 100¼ Br.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 203 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 92¾ Br., 92½ bezahlt und G.; Thüringer 84 G.; Friedr.-Wilh.-Nordbahn 27½ G.; Altona-Kieler 103¼ G.; Pesther 100 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. * Leipzig, 26. Mai. Unter den verschiedenen aufgestellten Projecten zur Verbindung von Florenz und Rom durch eine Eisenbahn dürfte keins auch nur entfernt so empfehlenswerth sein als dasjenige, welches auf eine Verlängerung der im Bau begriffenen und ihrer Vollendung bereits nahe gerückten, sogenannten Toscanischen Centralbahn von Empoli nach Siena, bekanntlich einer Zweigbahn der sogenannten Leopoldsbahn von Livorno nach Florenz, von Siena bis zur toscanischen Grenze unweit Città della Pieve und von da über Orvieto und Viterbo nach Rom gerichtet ist. Bereits sind ernstliche Schritte zur Ausführung desselben geschehen, wie denn gleich bei Einleitung des Unternehmens der sogenannten Centralbahn die erwähnte Fortsetzung ins Auge gefaßt und in Aussicht gestellt worden war. Die Mitglieder des Verwaltungsraths der Centralbahn haben sich zu einem Specialcomité constituirt, um die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, und dem Großherzog am 22. März d. J. ein auf Gestattung specieller Vorarbeiten gerichtetes Gesuch überreicht, hierauf aber sich mit den in Rom, Viterbo, Orvieto, Città della Pieve und Florenz gebildeten Comités in Verbindung gesetzt. Die sämmtlichen vereinigten Comités haben darauf ihre Gesuche und Projecte dem Papst eingereicht, welcher sie der von ihm für den Kirchenstaat ernannten Eisenbahncommission überweisen ließ. In Erwartung der von den betheiligten beiden Regierungen zu treffenden beifälligen Entscheidung hat der Verwaltungsrath der Centralbahn unterm 12. April d. J. ein Programm veröffentlicht, das die Fundamentalbestimmungen der für den toscanischen Theil der Bahn zu bildenden Actiengesellschaft enthält, und zur Unterzeichnung aufgefordert. Hiernach soll die Gesellschaft den Namen Società anonima della prosecuzione Toscana führen und ihren Sitz in Siena haben; das Gesellschaftscapital soll 12 Mill. toscanische Lire in 12,000 Actien betragen und die Gesellschaft soll schon dann für constituirt gelten, sobald zwei Drittel des Capitals unterzeichnet sind, weil diese Summe schon hinreichen würde, von Siena bis in das überaus fruchtbare und dichtbevölkerte Gebiet von Fojana zu bauen. Unterzeichnungen können in Deutschland bei den Gebrüdern Dufour in Leipzig als den Generalagenten des Comité für Deutschland bewirkt werden; einzuzahlen ist dabei sofort 1 Proc. oder 10 Lire pr. Actie, und fernere Einzahlungen, jedesmal von 1 Proc., sollen am 1. Jul., 1. Sept., 1. Nov. d. J. und 2. Jan. 1848 geleistet werden; später werden immer 5 Proc. auf einmal eingezahlt.

Dem in Rede stehenden Projecte gemäß würde die Eisenbahn von Florenz nach Rom in vier Theile zerfallen: 1) von Florenz bis Empoli 4 geographische Meilen, welche Strecke der Leopoldsbahn und somit die ganze Bahn wahrscheinlich noch in diesem Jahr eröffnet wird, während die Eröffnung von Pontedera bis Empoli in den nächsten Wochen zu erwarten ist; 2) von Empoli bis Siena, genannt Toscanische Centralbahn, 6½ Meilen lang, welche im Jahr 1848 ganz oder doch größtentheils vollendet sein dürfte; 3) von Siena bis zur Grenze des Kirchenstaats zwischen der toscanischen Stadt Chiusi und der päpstlichen Stadt Città della Pieve, eine Strecke von etwa 9 Meilen; 4) von der Grenze des Kirchenstaats über Orvieto, Viterbo und Vetralla durch die Thäler der Chiana, der Paglia und der Tiber. Diese im päpstlichen Gebiete liegende Bahnstrecke, etwa 20 Meilen lang, soll den Namen der Pia-Cassia-Bahn führen und mit den beiden vorhergehenden die „große italienische Centralbahn" bilden. Die neu zu bauenden Strecken von Siena bis Rom bieten in technischer Beziehung fast gar keine Schwierigkeiten dar, namentlich der römische Theil läuft fast beständig in der Ebene hin und würde außer einer Brücke über den Fluß Paglia, einem Durchstich zwischen dem Chiana- und dem Paglia-Thal und einem andern bei Vetralla keine irgend nennenswerthen Bauten und Arbeiten nöthig machen. Die Kosten der römischen Bahnstrecke sind auf 24 Mill. toscanischer Lire angeschlagen, sodaß der ganze Bahnbau von Siena bis Rom, 29 Meilen, 36 Mill. Lire oder etwas über 8 Mill. Thlr. kosten würde.

Schon als der kürzeste und directeste verdient der Weg von Florenz über Siena nach Rom, wie ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt, vor allen andern in Vorschlag gekommenen unbedingt den Vorzug. Denn während auf diesem Wege Rom von Florenz nur circa 40, von Livorno nur 44 Meilen entfernt ist, beträgt jede dieser Entfernungen 1) auf dem Wege über Perugia und Arezzo resp. 45½ und 58 Meilen; 2) auf der sogenannten Via Castellana resp. 48 und 60½ Meilen; 3) mittels der früher projectirten aber bereits aufgegebenen Maremmenbahn von Livorno über Grosseto und Civitavecchia nach Rom (deren Gesellschaft in der Auflösung begriffen ist) resp. 55 und 42½ geographische Meilen, sodaß der Weg von Rom nach Florenz über Siena resp. 1½, 8 und 17 Meilen kürzer ist als die drei andern, der Weg von Rom nach Livorno aber nur auf der Route über Grosseto etwas, nämlich 1½ Meilen kürzer, auf den beiden andern Routen aber sehr bedeutend, nämlich resp. 14 und 16½ Meilen weiter ist als über Siena. Da nun außerdem die Bahn von Florenz über Siena nach Rom sich im Wesentlichen dem Wege anschließt, den der Verkehr zwischen Florenz und Rom schon längst verfolgt hat, und die fruchtbarsten, volkreichsten Theile Toscanas sowol als des Kirchenstaats durchschneidet, so kann die Vorzüglichkeit und Bauwürdigkeit dieser Linie im Allgemeinen nicht füglich zweifelhaft sein; ihre Ausführung aber dürfte, einmal begonnen, bei dem lebhaften Eifer, den die Bewohner des Kirchenstaats gegenwärtig seit dem Tode des eisenbahnfeindlichen Gregor XVI. und dem Regierungsantritt des dem Princip des Fortschritts zugewendeten Pius IX. für den Bau von Eisenbahnen an den Tag legen, mit größerer Energie betrieben werden, als dies bisher bei dem Bau italienischer Eisenbahnen der Fall war, die bisher in der Langsamkeit der Ausführung wetteiferten, was namentlich von den größern Bahnen von Venedig nach Mailand und von Florenz nach Livorno gilt. Ueber die glänzenden Aussichten, welche diese Bahn auf Rentabilität hat, etwas Weiteres hinzuzufügen, dürfte völlig unnöthig sein; auf Specialitäten einzugehen ist ohnehin hier nicht der Ort.

Eisenbahn. * Posen, 24. Mai. Ihre Leser erinnern sich, daß zu Anfang Februars d. J. eine Deputation aus hiesiger Stadt an das königl. Hoflager entsandt wurde, um die Anlegung des Posen-Stettiner Bahnhofes innerhalb der Festungswerke zu erwirken; bis jetzt war der Erfolg zweifelhaft; in diesen Tagen ist aber eine Ministerialverfügung hier eingetroffen,

der zufolge der Eisenbahnhof, den Wünschen unserer Bürger entgegen, bei dem Dorfe Jerzyce, ¼ Meile von der Stadt, angelegt werden soll, weil die Mehrkosten durch die Weiterführung der Bahn bis innerhalb des Festungsrayons ungefähr 2—300,000 Thlr. (wegen der bedeutenden Terrainschwierigkeiten) betragen würden, ein außerordentlicher Aufwand, der den Actionairen der Bahn unmöglich zugemuthet werden dürfe. Zugleich hat der Minister die Baudirection aufgefordert, mit dem Bahnhofsbau sofort vorzugehen, um den hiesigen Arbeitern Gelegenheit zum Verdienst zu geben. Ein Theil unserer Bürger sieht in Folge dieser Anordnung unsere Stadt schon zu Grunde gerichtet; andere fürchten das weniger.

Eisenbahn. * Köln, 24. Mai. Nach officiellen Berichten hat die Summe aller Einnahmen der Rheinischen Eisenbahn sich vom Jahr 1837, wo der Bau seinen Anfang nahm, bis zum Schlusse des Jahres 1846 auf 10,392,109 Thlr. belaufen, und eben so hoch berechnen sich bis dahin die Ausgaben. Das ursprüngliche Actiencapital betrug 4½ Mill. Thlr. und die später aufgenommenen Anleihen zusammen beliefen sich auf 3,350,000 Thlr. Im vorigen Jahre stellte sich die Betriebseinnahme zu 689,496, die Betriebsausgabe zu 296,359 Thlr., sodaß ein Ueberschuß von 393,137 Thlr. verblieb. Für den Personentransport wurden 374,428 Thlr., für den Gütertransport 299,038 Thlr. eingenommen. Im Jahr 1846 wurden 544,288, im Jahr 1845 aber nur 429,625 Personen befördert.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 9. bis mit 15. Mai (mit Einschluß von 1135 Personen aus dem Zwischenverkehr) 12,293 Personen.

(Vom 1. Jan. — 15. Mai: 221,933 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 9. bis mit 15. Mai 4,651 Personen.

(Vom 1. Jan. — 15. Mai: 79,820 Personen.)

Getreide. * Danzig, 22. Mai. Aus Mangel an Schiffen zur Fortschaffung nach England bleibt Weizen matt; Roggen trifft nur in kleinen Posten ein, daher noch immer sehr hohe Preise, die nicht eher sinken werden, bis die aus Rußland erwarteten Zufuhren hier eintreffen. Das Verbot des Branntweinbrennens äußert den sichtbarsten Einfluß auf die Kartoffelpreise. Ausgestellt zum Verkaufe wurden vom 17—21. Mai 1342 Last Weizen und 23¼ Last Roggen; verkauft wurden 1068 Last Weizen im Preise bis 875 Fl., Roggen wurde zu 675—685 Fl. pr. Last verkauft.

Wien, 22. Mai. Aus dem Jahresbericht über die Operationen der ersten österreichischen Sparkasse und der damit vereinigten allgemeinen Versorgungs- und (Renten-) Anstalt ergeben sich folgende allgemeine Resultate. Es wurden von 117,113 Parteien 7,770,506 Fl. eingelegt, und an 83,721 Parteien 6,884,360 Fl. zurückbezahlt; die Einlagen haben mithin 886,145 Fl. mehr als die Rückzahlungen betragen. Es wies sich ein Geschäftsverkehr aus mit 200,834 Parteien, im Betrage von 14,654,866 Fl., der gegen jenen vom Jahre 1845 um 10,209 Parteien und 698,848 Fl. größer war. Das gesammte Einlagscapital der ersten österreichischen Sparkasse betrug am 31. Dec. 1846 31,380,495 Fl. C.-M. Es vermehrte sich im abgelaufenen Jahre um 2,022,239 Fl. Das ganze Kasse-Revirement hat sich im Jahre 1846 mit der bedeutenden Summe von 189,649,949 Fl. ergeben; zeigt jedoch gegen das Jahr 1845 eine Verminderung von 3,838,000 Fl. Die Anstalt verwaltete mit Ende des Jahres 1846 ein Gesammtvermögen von 34,527,075 Fl. — Bei der allgemeinen Versorgungsanstalt war die Jahresgesellschaft 1845 die größte aller bisherigen; es wurden in diesem Jahre 16,066 Einlagen gemacht mit einem Einlagecapitale von 373,025 Fl. Die Jahresgesellschaft 1846 ist beinahe eben so groß. Im Jahre 1846 zeigen sich wieder Steigerungen an den Dividenden der ältern Klasse. Sämmtliche Capitalbeträge dieser Anstalt betragen 8,026,081 Fl.

— Die Zahl der **Rübenzuckerfabriken** hat, wie folgt, abgenommen: 1841 gab es in Preußen 99, im Zollverein 136; 1845 dagegen in Preußen nur 77, im Zollverein 96. Versteuert wurden an Runkelrüben zur Zuckerfabrikation in dem Betriebsjahr 1841—42 in Preußen 3,778,000 Ctr., im Zollverein 5,064,000 Ctr.; 1845—46 beziehentlich 3,869,000 und 4,146,000 Ctr. Es geht daraus hervor, daß das zur Fabrikation versteuerte Quantum Rüben in Preußen in dem Betriebsjahr 1845—46, trotz dessen, daß die Zahl der Fabriken in dem Zeitraume von 1841—45 um 22 abgenommen hat, größer war als in dem Jahr 1841—42, wogegen in den übrigen Staaten des Zollvereins in dem Jahre 1845—46 nur 377,000 Ctr. versteuert wurden, gegen 1,286,000 in dem Jahr 1841—42. Hinsichtlich des Ertrags der Rübenarnte sind die Jahre 1841—42 und 1845—46 ungefähr gleich zu stellen. Der Hauptsitz der Industrie ist in der Provinz Sachsen, woselbst 1845—46 2,657,000 Ctr. Rüben versteuert wurden; nächstdem in Schlesien 604,000 Ctr.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 27. Mai früh 7 Uhr: 2″ über 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 25. Mai. Oestr. Bkact. 1925; 250 Fl. L. 119⅞; 500 Fl. L. 154⅜; Bair. 3½pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 58⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 76⅜; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35¼; Kurhess. 32⅝. London, 21. Mai. 3pc. Conf. 87; Port. 3pc. 33½; Span. 3pc. 33¾; Holl. Int. 58.

Actien. Frankfurt a. M., 25. Mai. Taunusb. 359; Nordb. 71⅞; Verb. 92. Wien, 24. Mai. Nordb. 166½; Gloggn. 125; Mail. 140½; Lemb. 88½; Pesth. 98⅞.

Berliner Börse, 26. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsch. 93¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½ Br., ostpreuß. 95¾, pomm. 94, schles. 97¼, 4pc. posensche 102⅛ Br., neue 3½pc. 92⅝ Br., kur- u. neum. 94⅞ Br., Louisd. 111 11/12, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Prec. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. 109⅜ Br., Berlin-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅛ Br., 5pc. 101⅛ Br., Berl.-Stettin 107¾, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crakau-Oberschl. 4pc. 78, Düsseld.-Elberf. 5pc. 108 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Altonaer 4pc. 108, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., 5pc. 101⅛, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 98, Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90⅛ Br., Thüring. 4pc. 94, Zarskoje-Selo 70½ Br. — Quittungsbogen: Nach.-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 83½ Br., Cöln-Minden 4pc. 92½, Magd.-Wittenb. 85¾, Mail.-Venedig 4pc. 112, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71½, Pes.-Starg. 4pc. 83⅛, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89¼, Sächs.-Schles. 4pc. 99¾, Ung. Centralb. 4pc. 100½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅜, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅝, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95¾ Br., (neue) 4pc. 95¾ Br., Partial à 500 Fl. 4pc. 79½, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Bkcert. Zinsl. 16½, Litt. B. 200 Fl. 32½, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 86 Br., Staatspr.-A. 89⅛ Br., Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Act. à 36 Fr. 9¾, Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

° In Nr. 139 der Deutschen Allgemeinen Zeitung ereifert sich ein Hr. Gottl. Aug. Elze in einem schwülstigen Aufsatze gegen die Production und den Gehalt des Rübenzuckers und spricht davon wie der Blinde von der Farbe. So schreibt er z. B. der Hamburger Börsenhalle den Unsinn nach, daß die Runkelrüben künftig mit 3 Thlr. per Ctr. besteuert werden sollten, während der ganze Ctr. Runkelrüben nicht mehr als 8 bis 10 Ngr. kostet! So nennt er ferner den Rübenzucker ein Surrogat „wie die Cichorie für den Kaffee", und scheint sich sehr nach dem „uns Allen bekannten Hamburger Raffinadzucker" zu sehnen, während ihm der jüngste Lehrling jeder Colonialwaarenhandlung sagen kann, daß die hamburger Raffinade von der kölner, berliner und stettiner längst übertroffen sind, sowie daß in neuester Zeit gerade die verdächtigten Rübenraffinade allen andern vorgezogen werden. Daß Rübenraffinad an innerm Gehalte geringer sei als indischer, wird weder Hr. Elze noch sonst Jemand beweisen können. Wer aber über einen Gegenstand als Schriftsteller auftreten will, sollte sich vor Allem doch erst die nöthige Sachkenntniß aneignen. Gründlich und wissenschaftlich wird dieser Gegenstand im Journal des Oesterreichischen Lloyd Nr. 77 und 78 besprochen.

Warum ist denn Hr. Elze gerade nur über die Zuckerrübe und den Rübenzucker so erbost, und warum verlangt er nicht auch eine hohe Steuer auf den Anbau von Oelsamen und dergl., da wir nach seiner Theorie an Stelle des Mohn- und Rüböls ja Olivenöl, Palmöl, Hanföl, Thran, Talg ꝛc. aus fremden Ländern zur Genüge bekommen könnten und durch den Anbau der Oelfrüchte hundert Mal mehr Acker den Brotfrüchten entzogen wird als durch den der Zuckerrüben?

Ankündigungen.

Neueste Gesangmusik für 1 bis 4 Stimmen.

In **H. F. Müller's** Musikverlag in Wien sind erschienen:

Doctor, F. E., „Verschmähte Liebe", f. 1 Singst. m. Begl. d. Piano. Op. 2. 30 Kr. C.-M.

Egger, Ferd. Graf von, „Der König auf dem Thurme", und: „Die Sternschnuppe". 2 Gedichte f. 1 Singst. m. Begl. d. Piano gesetzt. 45 Kr. C.-M.

Liedertafel. Eine Sammlung von Romanzen, Liedern, Singquartetten etc. mit Begl. des Piano in Musik gesetzt von den berühmtesten Componisten Deutschlands. Herausgegeben von Dr. **J. N. Vogl.** 1 Fl. 15 Kr. C.-M. Erstes Heft: 6 Gesänge enthaltend:

Nr. 1. **v. Flotow, Fr.,** „**Das Waldvöglein**" für 4 Männerstimmen. 30 Kr.
„ 2. **Fuchs, C. F.,** „**Mahnung**" f. 1 Singstimme. 15 Kr.
„ 3. **Erkel, Fr.,** „**Auf einer Ungarbalde**" f. 1 Singstimme. 15 Kr.
„ 4. **Gumbert, Ferd.,** „**Das rothe Blatt**" f. 1 Singstimme. 15 Kr.
„ 5. **Dont, Jak.,** „**Herbstmelancholie**" f. 1 Singstimme. 15 Kr.
„ 6. **Lortzing, Alb.,** „**Die Post**" f. 1 Singstimme. 30 Kr.

Pichler, Karl, 12 dreistimmige Knabenlieder mit Partitur. 1 Fl. 15 Kr.

v. Suppé, Fr.'s Meisterwerk. Lied in österreichischer Mundart von Baron Klesheim. F. 1 Singst. m. Begl. d. Piano. 20 Kr. [2064]

Associé-Gesuch.

Zur größern Ausdehnung eines über 80 Jahre rühmlich und vortheilhaft bestandenen, der Mode und großer Concurrenz nicht unterworfenen En gros- und En détail-Geschäfts in Leipzig wird ein Compagnon mit 10- bis 15,000 Thlr. disponibler Einlage gesucht. Frankirte Anfragen ohne Unterhändler sign. **C. G. T. & Co.** poste restante Leipzig werden beantwortet. [2104]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 28. Mai. **Die Schweizerfamilie,** lyrische Oper in 3 Acten von Castelli, Musik von **Weigl.**

Bei dem zweiten, jetzt in Berlin versammelten deutsch-katholischen Concil wird auf das Werk:

Die erste allgemeine Kirchenversammlung der deutsch-katholischen Kirche; abgehalten zu Leipzig, Ostern 1845. Authentischer Bericht. Im Auftrage der Kirchenversammlung herausgegeben von **Robert Blum** und **Fr. Wigard**. Gr. 8. Brosch.,

besonders aufmerksam gemacht; es ist durch alle deutsche Buchhandlungen à 8 Sgr. (Ngr.) zu beziehen und in Berlin namentlich bei **Julius Springer** vorräthig. [2107]

Das Speditions-, Commissions- und Incasso-Geschäft von *Joh. Philipp Deubner's Wwe.*, nahe dem Bahnhofe in Eisenach,

empfiehlt sich zu allen in diese Branchen einschlagenden Aufträgen unter Zusicherung reeller und billigster Bedienung.

Die zur Spedition überwiesenen Güter werden auf das prompteste durch Dampf- oder Pferdekraft an ihre Bestimmungsorte sicher gefördert. Zugleich wird auf das völlige Vertrautsein obiger alten Handlung mit den angeführten Geschäftszweigen, sowie auf die geräumigen und trockenen Lagerungsgebäude aufmerksam gemacht.

Eisenach, im Mai 1847. [2015—17]

Eine Agentur in Köln, welche Westfalen und die angrenzenden Fürstenthümer sowie die Rheingegend jährlich zwei Mal bereisen läßt und jene Gegenden genau kennt, wünscht noch einige Artikel in Manufacturen, Thibets, Mitteltuchen für renommirte Häuser provisionsweise mitzuführen. Dieselbe kann sich durch solide Häuser genügend legitimiren, und werden gefällige Offerten unter **Lit. A. Z. 200** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung erbeten. [2099—300]

Wichtige Schulschrift.

Neuestes Handbuch der neuesten französischen classischen Literatur, für Gymnasien und höhere Bürgerschulen.

Unter diesem Titel erschien soeben bei uns und ist durch alle deutschen Buchhandlungen zu haben:

S. David, Professeur,

Les auteurs modernes de la France.

Fünfundzwanzig Bogen. Brosch. Auf feinem Papier. 15 Ngr.

Dieses treffliche Schulbuch für höhere Klassen deutscher Gymnasien und Realschulen, welches die sorgfältig gewähltesten Musterstücke der neuen und neuesten französischen Literatur aus dem Besten und Schönsten, was die classischen Schriftsteller des jetzigen Frankreichs, als: *Balzac, Bignon, Gustave de Beaumont, Capefigue, Alexander Dumas, Léon Gozlan, Guizot, Victor Hugo, Jules Janin, Alphonse Karr, A. de la Lamartine, Lavallée, Merlé d'Aubigné, Merimée, Michelet, Salvandy, Emile Souvestre, Frédéric Soulié, Eugène Sue, Augustin Thierry, Thiers, Alexis de Tocqueville, Alfred de Vigny, Villemain* ꝛc. geschrieben, zu einem schönen und mustergültigen Ganzen vereinigt, verdient um so größere Empfehlung, da der Herausgeber, selbst ein Nationalfranzose, durch seine seltene Kenntniß der gesammten Literatur wie durch seinen Geschmack und seine treffliche Kritik derselben bereits in Deutschland einen großen und wohlverdienten Ruf erworben. Bei Partie-Bestellungen gewähren wir noch besondere sehr bedeutende Vortheile. [2028—29]

Verlags-Comptoir in Grimma.

Gasthofs-Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich den Gasthof

Zum goldnen Hirsch in Teplitz

von meinem seligen Vater seit dem 1. Januar übernommen habe, und versichere den mich beehrenden Herren Reisenden eine prompte und billige Bedienung.

Carl Adolph Biener,

[2043—45] Gasthofsbesitzer zum goldnen Hirsch.

In der **Fest**'schen Verlagsbuchhandlung in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Handbuch für Versicherungs-Agenten

oder Solche,

welche es erst werden wollen,

nebst einer Anleitung zu einer **zweckmäßigen vereinfachten doppelten Buchhaltung.**

Von

E. A. Masius,

vormaligem Director und Stifter verschiedener Versicherungsanstalten, Herausgeber der Allg. meinen Versicherungszeitung ꝛc.

Brosch. Preis ⅔ Thlr.

Das Werkchen zeigt in gedrängter Kürze, wie bei jeder Versicherungsbranche von Seiten der Agenten in allen möglichen Vorkommnissen verfahren werden muß, wenn das Geschäft einträglich sein, zur Zufriedenheit der Anstalten verwaltet und zum Segen ihrer Mitmenschen angewendet werden soll. Es ist aus langer Erfahrung des rühmlichst bekannten Verfassers geschöpft und wird jedem Agenten ein treuer, unentbehrlicher Rathgeber sein. [2089]

Beachtenswerthe Anzeige.

Der bevorstehende Wollmarkt, verbunden mit dem Zusammenfluß meist am hiesigen Platze fremder Geschäftsnotabilitäten, gibt mir Veranlassung, hierdurch bekannt zu machen, daß das von mir seit Jahren begründete **Speditions- und Verladungs-Geschäft** an Ausdehnung zugenommen, und ich mit Rücksicht auf meine Localitäten, bestehend aus: gegen Feuer versicherten Ladeschuppen und ausreichenden Remisen, in den Stand gesetzt bin, die mir überwiesenen Wollverladungen gut und, durch den engern Anschluß der Fuhrleute, billigst zu bewirken. Alle meine auf dem Transport befindlichen Waaren gehen unter Versicherung gegen Feuer- und Elementarschäden. Ich empfehle mich zur gefälligen Berücksichtigung mit der besondern Bemerkung, daß ich auch zu Wasser und per Eisenbahn Aufträge übernehme.

Breslau, den 10. Mai 1847.

A. E. Guttmann, Spediteur,

Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 71, im Goldenen Schwert. [2105]

Dampfschifffahrt

zwischen

Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat Mai:

von **Magdeburg:**		von **Hamburg:**	
Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Freitags,	Nachmittags 3 Uhr.	Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends,	Abends 6 Uhr.

Außerdem werden wöchentlich noch zwei Schleppschiffe expedirt, und zwar:

von **Magdeburg: Sonntags** und **Donnerstags,**
" **Hamburg: Sonntags** und **Mittwochs.**

Nähere Auskunft und Billets zu den bekannten ermäßigten Preisen ertheilen in **Leipzig** Herr **Ferd. Sernau**, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus; und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft.

Magdeburg, im Mai 1847.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschifffahrts-Compagnie.

[2109] **Holtzapfel.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Friedrich August Bendorff in Leipzig mit Frl. Antonie Pauline Schulze in Wurzen. — Hr. Karl Hilbach in Berlin mit Frl. Ida Hesse. — Hr. Gustav Hildach in Berlin mit Frl. Rosalie Hesse. — Hr. Predigtamtscandidat Lang-Heinrich in Wittenberg mit Frl. Helene Baath. — Hr. Bürgermeister Theodor Spilling in Frankfurt a. O. mit Frl. Luise Krüger. — Hr. Frhr. Alfred v. Wolzogen in Berlin mit Frl. Elisabeth Schinkel.

Getraut: Hr. Hermann v. Elterlein in Oberhohndorf mit Frl. Laura Kapp aus Zwickau. — Hr. Gustav Grimm in Treuen mit Frl. Marie Koch aus Falkenstein. — Hr. Lieutenant v. Grolman in Posen mit Frl. Gerhardine v. Steinacker. — Hr. A. Herrmann in Leipzig mit Frl. M. Spann. — Hr. Lehrer C. A. Müller in Borna mit Frl. Emma Antonie Leschner aus Naundorf. — Hr. Robert Pfretzschner in Dresden mit Frl. Marie Isbary aus Waltis. — Hr. Gustav Albert Proßwimmer in Kunnersdorf mit Frl. Marie Auguste Dietrich. — Hr. Posterpediteur G. Ranus in Berlin mit Frl. Ottilie Röhl. — Hr. Professer Ludwig Ross in Halle mit Frl. Emma Schwetschke. — Hr. Louis Schröder in Leipzig mit Frl. Alwine Wagner. — Hr. Eduard Frhr. v. Seckendorf-Gutend in Stuttgart mit Luise Freiin v. Eyb aus Ulm. — Hr. Adolf Stehmann in Leipzig mit Frau Amalie Görner aus Geithain. — Hr. Karl Oswald Teichmann in Lengefeld mit Frl. Emilie Lina Zimmermann. — Hr. J. W. Walseck in Leipzig mit Frau Karoline Breunig.

Geboren: Hrn. geh. Oberrechnungsrath Brömel in Potsdam eine Tochter. — Hrn. Karl August Häbler in Großschönau ein Sohn. — Hrn. v. Knobelsdorf in Wutschdorf eine Tochter. — Hrn. Karl Knönagel in Berlin eine Tochter. — Hrn. Kammergerichtsassessor Lange in Berlin ein Sohn. — Hrn. Dr. Löwenstein in Berlin eine Tochter. — Hrn. Criminalgerichtsdirector Märcker in Berlin eine Tochter. — Hrn. Franz Melchers in Golkrath ein Sohn. — Hrn. Dr. Pfotenhauer in Delitzsch eine Tochter. — Hrn. Gymnasialoberlehrer Dr. Saal in Köln eine Tochter. — Hrn. Lieutenant v. Schäbenbach in Garz ein Sohn. — Hrn. Johann v. Takacs in Klausenburg ein Sohn. — Hrn. Pfarrer C. Tauberth in Störmthal ein Sohn. — Hrn. Diakonus Weckel in Thallwitz eine Tochter.

Gestorben: Hr. J. W. Bolkenius in Commern. — Hr. Major Wilh. v. Eichmann in Brandenburg a. d. H. — Hr. Erb-, Lehn- und Gerichtsherr Friedrich Wilhelm Gräf in Geithain. — Hr. Landrath v. Grevenitz in Gnesen. — Frau Gräfin Amalie v. Hacke in Dessau. — Frau Pauline Lax in Leipzig. — Hr. Pfarrer W. Müller in Roselle. — Frau Regierungspräsident Müller in Stettin. — Hr. Kirchner Johann Christian Rehm in Schneeberg. — Hr. Staatsrath Dr. Friedrich Schmalz in Dresden.

Sonnabend — Nr. 149. — 29. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer 2 Mgr.

Uebersicht.

Deutschland. †Aus Thüringen. Uebervölkerung. Auswanderung. Bodentheilung und Armenehen. — Hr. v. Stetten. — Hr. Peter. ◊Aus dem Grossherzogthum Hessen. Theologische Richtungen. *Weimar. Hohe Gäste. Hr. v. Seebach.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Die berliner Zeitungen. Die Trierer Zeitung. Die Declaration. ×Berlin. Das deutsch-katholische Concil. — Das Hagelwetter. — Die Hatzfeld'sche Angelegenheit.

Oesterreich. *Aus Siebenbürgen. Der Adel.

Großbritannien. Die Pfingstferien. Das Schreiben des britischen Gesandten. Der Earl of Clarendon. Erhöhung der Arbeitslöhne in Kent. Die Ruhestörungen im westlichen England. Brückenbrand. Der mejicanische Consul.

Frankreich. Die Blätter. Deputirtenkammer. Das Cabinet. Die englische Expedition nach Socotora. Hr. Bustamente. ν Paris. Conservatives Journal. Verschwörung. Lord Normanby. Madrid. Portugal.

Niederlande. Großfürst Konstantin.

Italien. Meuchelmorde in Forli.

Moldau und Walachei. *Aus der Walachei. Universität. Die Deutschen. Das preußische Consulat.

Aegypten. Alexandrien. Die Ingenieure. Der Nildamm. Sami-Pascha. Mohammed-Ali.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Aus Preussen. Die Gelehrtenanstalten in Dänemark und den Herzogthümern.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Hannover. Die Landesbahnen. — Die Vereinigung des Dnjester mit dem Sanfluß. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

†Aus Thüringen, 25. Mai. Ein Correspondent aus Detmold bespricht in Nr. 128 den auch dort herrschenden Nothstand, meint, daß sich dabei sichtlich Uebervölkerung ergeben habe, daß von der Auswanderung keine Abhülfe zu erwarten sei, weil eben Niemand mehr auswandern wolle, die Armen überdem nicht auswandern könnten; daß mehre Vertheilung des Grundeigenthums nur ein Palliativmittel sei, was in 30 Jahren das Uebel nur stärker wiederkehren lasse; daß daher nichts übrig bleibe als strenge Erschwerung der Armenehen. Zu dem Allen wird sich Manches bemerken lassen. Zuvörderst legt sich Uebervölkerung, welche doch nur darin bestehen könnte, daß mehr Menschen im Lande wären, als sich darin unter höchster Anstrengung aller Erwerbsquellen zu ernähren vermöchten, nicht blos in einzelnen durch Miswachs erzeugten Theuerungsjahren dar, sondern sie müßte sich zunächst in einer fortwährenden vergleichungsweisen Theuerung des Getreides kundthun, während es jetzt doch wahrlich nicht zu lange her ist, daß man eben so sehr über zu niedrige Getreidepreise klagte wie jetzt über zu hohe. Theuerungsjahre hat es bekanntlich zu allen Zeiten gegeben und z. B. 1816, unmittelbar nach fünfundzwanzigjährigen Kriegen, war von Uebervölkerung doch keine Rede, die Noth aber nicht geringer, theilweise größer als jetzt. Das Verhältniß der Bevölkerung zu den Nahrungsmitteln kann nicht nach einem einzelnen Jahre, sondern es muß nach Durchschnittsergebnissen berechnet werden. Auch die Armuth einzelner Klassen des Volks ist nicht mit Uebervölkerung zu verwechseln und kommt auch in dünn bevölkerten Ländern vor, z. B. in Ungarn. Sie ist überall eine ernste und traurige Erscheinung, aber sie ist wie Alles eben als Das aufzufassen was sie ist, nicht mit andern Erscheinungen zu verwechseln und zu vermischen. Im Uebrigen ist es allerdings gewiß, daß alle Verhältnisse schwieriger und verwickelter werden, je dichter die Bevölkerung wird, wiewol eben in dieser Dichtigkeit auch wieder manche Erleichterungen, Verbesserungen und Vortheile wurzeln. Daß durch Auswanderung nicht viel zur Hebung der beklagten Zeitübel, namentlich nicht viel zur Erleichterung der Zurückbleibenden gewirkt werde, glauben wir selbst und ist auch durch alle Erfahrungen bestätigt. Wenn einmal die Verhältnisse den Zug zur Vermehrung und Verdichtung der Bevölkerung und namentlich zur Erzeugung von Proletariermassen haben — was Alles keineswegs fortwährend und überall eintritt, sondern besondere Dispositionen der Zustände dazu voraussetzt —, so wachsen in jede Lücke außerordentlich schnell neue Volksglieder nach, und bis jetzt ist selbst in den britischen Inseln, von wo die Auswanderung am ältesten und stärksten ist, der jährliche Zuwachs der Bevölkerung mehr als drei Mal größer als die Abnahme durch Auswanderung. Indessen etwas Erleichterung mag doch in einzelnen Fällen daraus hervorgehen und jedenfalls ist es im Interesse der Auswandernden selbst zu wünschen und eine Pflicht der Humanität, daß in wirksamerer Weise, als zeither geschehen, für das Schicksal der scheidenden Brüder gesorgt werde. Würde auch dadurch die Auswanderung noch so beträchtlich zunehmen, die Uebel der Entvölkerung, viel größer als die der Uebervölkerung und ein viel schlimmeres Zeichen, hat Europa wahrhaftig nicht zu befürchten. Auch in diesem Sinne könnte die orientalische Frage sehr bedeutsam werden, wenn sie in einem Sinne gelöst würde, wo die überströmende Bevölkerung Mitteleuropas sich in größerer Nähe in vertrautere Verhältnisse wenden und zum allseitigen Segen daran arbeiten könnte, die schönsten Länder der Erde ihrer Naturbestimmung zurückzugeben. Solche Auswanderung, in großem Maßstabe und planmäßig, im Sinne der Alten ausgeführt, könnte dann allerdings ihren Segen bringen, und dies um so mehr, wenn man inzwischen auch im Vaterlande beflissen wäre, mit Ernst und Nachdruck zu thun, was den beklagten Zeitübeln entgegenwirken kann, zu unterlassen, was ihnen Vorschub leistet. Freilich läßt sich hier nicht Alles vom Staate, vom bewußten menschlichen Willen aus thun und einrichten und bewirken, sondern es sind hier Einflüsse im Spiele, die sich im freien Naturwege in den Tiefen der Zeit entwickelt haben, sich aber in gleichem Wege, mit Gottes Hülfe, auch zum Bessern wenden mögen. Im Uebrigen liegt freilich eine große Schwierigkeit auch darin, daß gerade in den Gegenden und Klassen, die am meisten Noth leiden, sich eine unbesiegbare Abneigung gegen jede Veränderung in Betreff der Umstände, aus denen ihre Noth fließt, zu zeigen pflegt: daß z. B. die Bewohner der rauhesten Gegenden die meiste Anhänglichkeit an ihre Heimat haben, die Angehörigen eines schlecht nährenden und verfallenden Erwerbszweiges durchaus denselben nicht aufgeben mögen und in gewissen Schichten der Gesellschaft so viel Vorliebe für Erwerbsweisen lebt, welche weit weniger sichern Unterhalt verbürgen als z. B. Feldarbeit, aber sonst ihr Annehmliches für diese Leute haben.

Näher liegt es freilich als alle Auswanderung, die im Lande selbst vorhandenen natürlichen Hülfsquellen zu benutzen, und wenn der Boden im Stand ist, ohne Nachtheil für den Betrieb des Landbaues mehr Familien in leidlichem Wohlstande zu beschäftigen als zeither, so mag man immer sich freuen, wenn eine mehre Theilung des Bodens eintritt. Es ist naturgemäß, daß mit zunehmender Bevölkerung auch die Bodenvertheilung zunimmt. Eine vermehrte landwirthschaftliche Bevölkerung gibt auch den gewerbtreibenden Ständen vermehrte Beschäftigung. Unter allen Umständen sind doch diejenigen Proletarier, die ein Stück Land das Ihre nennen können, besser daran als Die, welche das nicht können. Jedenfalls ist dieses Mittel, auch wenn es nur ein Palliativmittel wäre, unendlich zweckmäßiger als das beliebte Palliativmittel, was durch künstlichen sogenannten Schutz eine Proletarierbevölkerung auf irgend einen mislichen Zweig der unsichern und in ihrer ganzen Organisation so bedenklichen Fabrikindustrie stützen will.

Das Verbot oder doch die harte Erschwerung der Armenehen ist das älteste und beliebteste Mittel bei Leuten, die selbst verheirathet sind und ihr gutes Auskommen haben; wie denn überhaupt die Besitzenden viel leichter in Alles eingehen, was ihnen die Armen aus den Augen bringt oder sonst beseitigt, als in Das, was die Lage der Armen und ihr Wesen gründlich verbessern könnte. Wir halten jenes Mittel für rechts-, sitten- und religionswidrig, und daraus kann nichts Gutes kommen. Es kann auch in der That nichts helfen, so lange man die Armen nicht lieber gleich infibuliren oder castriren will! Sind etwa uneheliche Kinder ein hoffnungsreicherer Zuwachs der Bevölkerung als eheliche? Bietet das Concubinat der Gesellschaft bessere Bürgschaft als die christliche Ehe? Ist ein Geldcapital von einigen Hundert Thalern, das unter Ungeschicklichkeit und Unwirthlichkeit oder bei Misgeschick im ersten Jahre verloren sein kann, eine bessere Garantie als Gesundheit, Arbeitskraft, Fleiß und guter Wille? Gerade dem Armen bringt die Ehe an sich auch wirthschaftlich oft mehr Vortheil als Nachtheil, und moralisch gehen doch noch aus ihr die meisten Bindemittel, die wohlthätigsten Lichtblicke in sein Leben hervor. In manchen über dem Proletarier stehenden Ständen mag aus zu frühen, in der Regel mit Verehelichung verbundenen Etablissements vieles Unheil erwachsen; dem eigentlichen Proletarier, dessen Frau auch mit arbeiten und

verdienen kann, dessen Kinder frühzeitig in Arbeit treten, trifft das weit weniger. Wir geben gern zu, daß durch leichtsinnige Ehen viel Drangsal für die Betheiligten und die Gemeinden entsteht. Muß man denn da aber gleich mit plumpen Verboten dareinfahren? Warum heirathet der junge Mann, der die Bahn des Staatsdienstes betreten, der junge Offizier, der größte Theil der Handlungsgehülfen, der Handwerksgesellen nicht so früh wie der Proletarier? warum harren sie ruhig durch lange Jahre, vielleicht für immer? Weil sie eine Aussicht, für Manchen nur eine Hoffnung, vor sich haben, in eine Lage zu kommen, wo sie den Schritt mit Vortheil thun können, den sie jetzt mit Nachtheil thun würden. Die Angehörigen solcher Gewerbe, in denen die Zahl der selbständigen Unternehmer so viel kleiner als die der Gehülfen ist, daß die Mehrzahl der Letztern keine Aussicht hat, an die Spitze eines Geschäfts zu kommen, z. B. Buchdrucker, Maurer, Zimmerleute, heirathen frühzeitig. Der Proletarier thut es, weil er im zwanzigsten Jahre gerade so weit wie im sechzigsten, vielmehr, weil er noch im Besitze der frischen Arbeitskraft ist und das Leben noch vor sich hat. Das ist der entscheidende Punkt, auf den es ankommt, und nur von da aus ist zu helfen. Nur wenn man Zielpunkte eröffnet hat, denen Alle zustreben können, mit deren Erreichung sie sich höher auf der gesellschaftlichen Stufenleiter heben, mag man allenfalls vorschreiben können, daß dieser Zeitpunkt abzuwarten sei, wird es aber dann kaum vorzuschreiben brauchen.

— Der Schwäbische Merkur vom 18. Mai hatte berichtet, daß dem durch Decret vom 8. Jun. 1840 aus dem Militairdienst entlassenen Lieutenant Albrecht v. Stetten in Folge ehrengerichtlichen Spruches der Charakter des Lieutenants und der Erlaubniß zum Tragen der Armeeuniform durch Decret vom 10. Mai entzogen worden sei. Die Karlsruher Zeitung enthält die Motive dazu. Nach ihr habe nämlich Hr. v. Stetten die bekannte Beschwerdeeingabe an die Stadtdirection ebenfalls unterschrieben und sei wegen unvorsichtiger Aeußerungen einige Tage lang verhaftet gewesen, habe sich aber auch zugleich der Stadtdirection angeboten, während der unruhigen Zeit als Kundschafter zu dienen.

— Der **badische**, der liberalen Richtung angehörende Abgeordnete Peter, im Jahr 1830 zum Ministerialrath im Ministerium des Innern befördert, 1834 zum Oberhofgerichtsrath ernannt, im Jahr 1841 in die II. Kammer gewählt, wozu ihm die Regierung den Urlaub verweigerte, dann zum Amtmann in Adelsheim im Odenwalde mit dem Charakter als Oberreigt ernannt, im Jahr 1845 der Verwaltung des Amtes Adelsheim enthoben, ohne pensionirt zu werden oder eine andere Stelle zu erhalten, soll jetzt, nach einem Beschlusse der Staatsregierung, einstweilen bei der Regierung des Mittelrheinkreises verwendet werden. (K. Z.)

o **Aus dem Grossherzogthum Hessen**, 23. Mai. Auch die Hessische Zeitung hat nun officiell die Nachricht gebracht, daß die beiden Professoren Köllner und Fleck von Göttingen und Leipzig auf die Landesuniversität berufen sind, und damit wäre denn, nach den Erwartungen, die man von den beiden gelehrten Männern hegen darf, derjenigen Billigkeit ein Genüge geschehen, die eben so laut durch den jetzigen Stand der theologischen Wissenschaft und kirchlichen Entwickelung in Deutschland gefodert ist, als sie gewiß nun auch Diejenigen zu Danke verpflichtet hat, die hier zu Lande schon längst nicht mehr auf dem Boden des alten Rationalismus stehen, sondern jene theologische und kirchliche Entwickelung der Gegenwart lebendig auf sich haben einwirken lassen. Und deren sind mehre unter uns, als man nach den lichtfreundlichen, deutsch-katholischen und Rupp'schen Demonstrationen erwarten sollte. Davon gibt Mancherlei Zeugniß. Ich nenne u. A. nur ein eben erschienenes „Lehrbuch der Religion und der Geschichte der christlichen Kirche" von Dr. H. Palmer, Lehrer am Gymnasium zu Darmstadt, das einen Sinn und Geist athmet, der weit von dem bisher in Gießen herrschenden verschieden ist, und eben so warm als besonnen und milde auf dem Grunde der Schrift „den christlichen Glauben und das christliche Leben" darlegt. Ebenso darf auf ein anderes, soeben ausgegebenes Schriftchen von Georg Reich: „Die Lehrfortbildung in der evangelisch-protestantischen Kirche auf dem Grund der Augsburgischen Confession" hingewiesen werden, das, noch entschiedener im kirchlichen Bekenntniß, zugleich auch zeigt, daß solcher Entschiedenheit doch auch der kirchliche Lehrfortschritt nicht fremd ist, für den es aber die rechte Basis und den rechten Verlauf darzuthun sich zur Aufgabe macht. Ferner erinnere ich an die Haupt'schen Schriften in der Rupp'schen Sache, an den odenwälder Protest gegen Rupp und dergleichen Anderes und Aehnliches, was die oben aufgestellte Behauptung rechtfertigt und beweist, daß wir auch in Hessen in die Bahn einer andern religiösen und kirchlichen Entwickelung allmälig einlenken. Und dazu hat man Ursache Glück zu wünschen und zu hoffen, daß dabei und dadurch auch endlich ein Mal die religiöse Bevormundung und Gespensterseherei weiche, die ein heilloses Uebel der Zeit ist, an dem auch wir hier in Hessen in Folge unserer ganz einseitigen und ungründlichen religiösen und religiös-politischen Bildung nicht am wenigsten krank liegen.

* **Weimar**, 27. Mai. Nachdem der Großherzog von Oldenburg schon einige Tage hier verweilt, waren Ende voriger Woche auch die Prinzessin und der Erbprinz von Oldenburg, Letzterer von Leipzig kommend, zum Besuch bei der großherzoglichen Familie eingetroffen und hatten mehre Ausflüge in die Umgegend gemacht. Am 24. Mai traf auch der Herzog von Altenburg nebst Gemahlin und Prinzessin Alexandra, Verlobte des Großfürsten Konstantin, hier ein. Gestern kam der Erbgroßherzog von Hessen auf seiner Reise nach Petersburg hier an und setzte nach kurzem Verweilen seine Reise weiter fort; die großherzoglich oldenburgische Familie trat gestern Nachmittag ihre Rückreise über Leipzig nach Oldenburg an, und heute Morgen verließ auch die herzoglich altenburgische Familie, welche gestern Vormittag einen kurzen Besuch bei dem Herzoge von Koburg in Gotha abgestattet hatte, unsere Stadt, um nach Altenburg zurückzukehren.

Am 22. Mai verschied hier in einem Alter von 80 Jahren der großherzogl. wirkl. Geheimrath, Generalmajor und Oberstallmeister Friedrich v. Seebach, nachdem er länger als 60 Jahre dem großherzogl. Haus in mancherlei Verhältnissen treu und redlich Dienste geleistet hatte. Derselbe hatte fast ganz Europa durchreist und seine Reisen damit begonnen, daß er sich einer preußischen Gesandtschaft nach Marokko anschloß. Später begleitete er den damaligen Herzog Karl August, welcher in der preußischen Armee bei dem Kriegszuge gegen Frankreich eine Brigade Cavalerie commandirte, nach Frankreich und wohnte der Schlacht bei Valmy bei. Bei seinen Reisen nach England besuchte er auch mehrmals Schottland, wo er es sich angelegen sein ließ, seiner Neigung für Obstbaumzucht und Blumistik durch Ankauf seltener Gewächse Genüge zu leisten. Dieser Neigung verdankt Weimar auch einen großen Reichthum an edeln Obstsorten. Er war der beständige Begleiter des Großherzogs Karl August auf dessen Jagdpartien und besaß das Talent, durch einen nie versiegenden Humor seine Umgebung angenehm zu unterhalten.

Preußen.

Berlin, 27. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 21. Mai brachte der Abg. Milde die durch die von Oesterreich in Krakau getroffenen Maßregeln für preußische Unterthanen herbeigeführten Verluste zur Sprache und beantragte die nachträgliche Zulassung einer Petition um Einsetzung einer Liquidationscommission zur Constatirung derselben behufs einer Entschädigungsfoderung an Oesterreich. Der Landtagscommissar fand zwar den Vortrag nicht recht reglementsmäßig, erklärte sich aber zur Vermittelung bereit. Der Staatsminister v. Canitz erklärte die Angelegenheit für noch schwebend und bemerkte dabei zugleich, daß seine neuliche Erklärung (Nr. 146) nicht als eine authentische Interpretation des betreffenden Paragraphen gelten könne, die Entscheidung über diesen vielmehr von höchster Stelle abhänge. Dann trug der Abg. v. Rothkirch vor, daß ihm vom Landtagsmarschall eine auf die Störung der diplomatischen Verhältnisse mit Spanien bezügliche Petition zurückgegeben worden sei. Sie war zu spät eingegangen. Es knüpfte sich hieran eine längere Verhandlung über diese Sache selbst, deren sich mehre rheinische und schlesische Abgeordnete annahmen, als über die Aeußerungen des Ministers v. Canitz. Als der Landtagsmarschall zuletzt die Versammlung bat, ihm als Freund zu rathen, ob er die Petition noch nachträglich annehmen solle, blieb die Abstimmung zweifelhaft. Der Landtagscommissar vermittelte aber die Sache dahin, daß Hr. v. Rothkirch sich durch ihn an den König mit der Bitte um Zulassung wenden soll. Man drängte nun, mehre Redner unterbrechend, zur Tagsordnung. Zuerst das günstige Gutachten über die Petition wegen Ausdehnung des neuen Criminalverfahrens auf alle Theile der Monarchie, in welchen die Criminalordnung gilt. Der Abg. v. Donimierski beantragte die Vorlegung des Gesetzes vom 17. Jul. 1846 selbst, was jedoch auf spätere Gelegenheit ausgesetzt ward. Von andern Seiten ward Vertagung bis zur Berathung anderer zusammenhängender Gutachten gewünscht, jedoch fruchtlos. Der Antrag der Abtheilung ward zuletzt mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen fand der Antrag des Abg. Zimmermann auf Oeffentlichkeit der Anklage und des Urtels auch bei den bei verschlossenen Thüren zu verhandelnden Criminalsachen weder in der Abtheilung noch in der Versammlung Unterstützung. Der Abg. v. Beckerath hatte eine Petition wegen Aufhebung der Sonderung in Theile bei dem Vereinigten Landtag eingegeben. Die Abtheilung stimmte, mit 14 gegen 3, gegen diesen Antrag. In der Versammlung sprachen der Landtagscommissar, der Referent v. d. Heydt, die Abgg. v. Werdeck, Graf Helldorff, Frhr. v. Lilien, Graf Culenburg, Frhr. v. Manteuffel dagegen. Vertheidigt wurde der Antrag nur durch Hrn. v. Beckerath selbst, sowie auch der Abg. Küpfer seine Beistimmung aussprach. Er erhielt keine Mehrheit. Nachdem einige unbedeutendere Anträge ohne Unterstützung geblieben waren, ebenso auch der des Abg. Dittrich auf baldige Emanirung des Strafgesetzbuchs, veranlaßte ein Amendement des Frhrn. v. Mylius eine längere Verhandlung und ward zuletzt dahin angenommen, daß das Strafgesetzbuch in seiner neuen Ausarbeitung entweder dem jetzt versammelten oder dem nächsten Vereinigten Landtage zur Berathung vorgelegt, eine angemessene Zeit vor dieser Vorlage veröffentlicht und zur Vorberathung ein Ausschuß aus allen Provinzen zusammengesetzt werde. Für den Antrag auf Einführung der Deportation fanden sich nur 12 Stimmen. (A. Pr. Z.)

** **Berlin**, 26. Mai. Wie neulich berichtet wurde, geben die beiden hiesigen Privatzeitungen jetzt abgekürzte Berichte über die Landtags-

verhandlungen. Wir waren zeither begierig, den eigentlichen Grund dieser großartigen Selbstüberwindung einer unbedingten, seit Jahren zur Schau getragenen Oeffentlichkeitsliebe auf allen Gebieten des Staatslebens zu erforschen, und sahen uns fast schon darauf beschränkt, eignen Vermuthungen Raum zu geben. Glücklicherweise hilft uns jetzt ein berliner Correspondent der Breslauer Zeitung aus der Verlegenheit. Die Spener'sche und die Vossische Zeitung weichen dem Drange der öffentlichen Meinung Berlins und geben abgekürzte Landtagsberichte: weil das häusliche und werkthätige Leben nicht so viel Zeit abmüßigen kann, die ausführlichen Berichte zu studiren. Also weg in Zukunft mit der Verleumdung, als ob die beiden Organe der hauptstädtischen öffentlichen Meinung sich um die Wünsche ihres Publicums nicht kümmerten. Der erste Schritt ist gethan und wird nicht ohne Nachfolge bleiben. Die Spener'sche Zeitung soll dem Vernehmen nach jetzt ernstlich damit umgehen, dem lange gefühlten Bedürfnisse nach einer wirklichen Redaction zu entsprechen, und die Vossische wird neben Erfüllung desselben seit Jahren vom Publicum ausgesprochenen Wunsches mit nächstem auch anständiges Papier liefern.

Die **Trierer Zeitung** ist in großer Entrüstung über den Vereinigten Landtag. Den Grund ihres Zorns gibt sie selbst in folgenden Worten an: „Dürfen wir an den Landtag die ergebenste Frage stellen, warum der wackere Abgeordnete unserer Stadt, Hr. Mohr, fast jedes Mal mit Gelächter empfangen wird, so oft er seine Stimme laut werden läßt? Bereits drei Mal verzeichneten die Stenographen dies seltsame Schauspiel.“ Wir bedauern im Interesse der Trierer Zeitung, daß die für die Einbringung von Anträgen festgesetzte Präclusivfrist bereits abgelaufen ist; sonst würde vielleicht Hr. Mohr auf ihre Anregung die Gefälligkeit gehabt haben, eine Beschwerde über das Lachen auf dem Landtag einzubringen. Was die Sache selbst betrifft, so können wir natürlich nicht wissen, durch welche liebenswürdigen Charakterzüge Hr. Mohr stets den präventiven Beifall der Heiterkeit in der Versammlung für sich in Anspruch nimmt, und da der Vereinigte Landtag auch wahrscheinlich auf die an ihn gestellte „ergebenste Frage“ keine Antwort ertheilen wird, so müssen wir uns schon in Gemeinschaft mit der Trierer Zeitung darüber trösten, keinen Aufschluß hinsichtlich der betreffenden Lachmotive der Ständeglieder zu erhalten.

Die vielbesprochene Angelegenheit der 137 ist noch nicht zur Ruhe. Nachdem jetzt auch die Curie der drei Stände, wo die Sache wieder in Anregung gebracht wurde, durch förmlichen Beschluß darüber zur Tagesordnung übergegangen ist, nimmt sich nachträglich sogar die Rhein- und Moselzeitung dieses parlamentarischen Fastnachtsscherzes an und spricht sich im höchsten Grad aufgebracht sowol über den Landtagsmarschall der Drei-Stände-Curie als über das Verhalten der Herren-Curie aus. Von der andern Seite hat der seltsame Schritt der 137 noch ganz neuerdings eine sehr scharfe und schonungslose Kritik erfahren, und zwar in einer soeben ausgegebenen kleinen Schrift, betitelt: „**Parlamentarische Briefe** von Aristides; erster Brief: Das Monstrum der 137.“ Bei dem großen Interesse, welches diese Schrift hier in der Hauptstadt findet, erlauben wir uns in Kürze einige Proben aus dem wesentlichen Inhalte derselben mitzutheilen. Der Verfasser nennt das Schriftstück der 137 ein Monstrum und rechtfertigt diese Bezeichnung in seiner an die Betheiligten gerichteten Ansprache folgendermaßen: „Sie selbst haben die Monstrosität Ihres Schriftstücks bereits eingestanden, indem Sie unter der Wucht des Gefühls, eine unregelmäßige Geburt gezeitigt zu haben, ja selber nicht wissen, wohin sie dasselbe einordnen werden. Sie weigern sich, Das, was seiner ganzen Natur und Haltung nach ein Protest ist, gleichwol Protest zu nennen. Petition wollen Sie das Schriftchen auch nicht genannt wissen, und freilich können Sie keine Rechte erbitten wollen, von denen Sie behaupten, daß sie noch bestehen und für alle Zukunft bestehen werden. Oder soll diese Acte ein Beschluß, eine Eingabe heißen, wie Einer von Ihnen zu wollen schien? Ein Anderer von Ihnen nennt sie einen Antrag. Anträge haben einen gesetzlichen Weg der Verhandlung; aber ein Antrag, wie Sie ihn stellen, ist seiner ganzen Entstehung wie seinem Zielpunkte nach eine offenbare Verletzung der Gesetze, ein Versuch zur Willkür. Es konnte nicht anders sein, als daß, nachdem Ihr Schritt einmal geschehen war, auch die gänzliche Irregularität desselben ins Licht fiel, und weder Sie noch die Versammlung wußten, was dabei anzufangen. Daher geschah es wol, daß das Schriftstück zuletzt gar den Titel eines Verständigungsmittels hinnehmen mußte, wiewol Sie auch darüber nicht einig zu werden vermochten. Indessen mit wem beabsichtigten Sie sich zu verständigen? Mit der Krone? In der That ein eigenthümliches Mittel der Verständigung, dem Landesherrn zu sagen: «Wir anerkennen Deine Gesetze nicht, weil sie mit den frühern Gesetzen außer Einklang sind.» Oder mit der Drei-Stände-Curie? Diese hat ja beschlossen, die Erörterung der betreffenden Differenzpunkte bis zur Erörterung der dahin einschlagenden Petitionen auszusetzen. Oder mit der Curie des Herrenstandes? Sie wollten ja, daß diese von dem Verständigungsmittel nicht einmal die nothwendige Kenntniß empfange. Oder mit Ihren Committenten? Sie erklären sich ja mit diesen und dem ganzen Land einverstanden. Mit wem denn also gedachten Sie sich zu verständigen? etwa mit sich selbst? In der That, so seltsam das wäre, so nothwendig dürfte es sein. Meine Herren, Sie wollen verständigen und sind mit sich selbst nicht einmal über die Natur und Bedeutung desjenigen Schriftstücks verständigt, mittels dessen Sie auf Andere verständigend einwirken zu können glauben. Sie wollen, um es kurz zu sagen, protestiren, und haben nicht den Muth, zu sagen: Wir protestiren. Sie haben wol den Muth, Feuer unter die Hausschwelle zu legen; aber Sie haben nicht den Muth, Feuer Feuer zu nennen. Namenlos tritt Ihre Acte in die Versammlung.

„In und aus welcher rechtlichen Eigenschaft haben Sie denn diese Acte verfaßt, unterzeichnet, abgegeben? Sie werden sagen, wir sind Landtagsmitglieder! Allerdings gewährt die Gesetzgebung vom 3. Febr. den Landtagsmitgliedern bedeutende Rechte. Aber ein so großes und uneingeschränktes, jeden Einzelnen von Ihnen mit der Ehrfurcht des ganzen Landes umgebendes Recht würde ein wahrhaftes Revolutionsrecht sein, könnten Sie jemals verschmähen, die wenigen Formen, die dieses Recht organisiren, durch den treuen Gehorsam der Pflicht zu heiligen; und das Wenigste, was dieser Organismus voraussetzt, ist doch wol dies, daß Sie ein Gesetz, welches Ihnen so umfassende Rechte gewährt, selbst in seinem Rechte belassen; das Verwirrteste doch wol, wenn Sie das Recht, welches das Gesetz Ihnen zuspricht, glauben benutzen zu können, um jenes Recht, durch welches es das Gesetz selbst ist, zu erschüttern. Ihr Schritt ist auch noch aus andern Gründen gesetzwidrig, und zwar zunächst in Bezug auf Ihre Vereinigung. Das Gesetz kennt nur Anträge von Einzelnen, keine Vereinigung der Landtagsmitglieder behufs der Verabredung und gesellschaftlichen Einbringung von Anträgen. Diese Form ist die clubistische, und verstößt bereits gegen die Ehrfurcht, die Sie als Mitglieder des Landtags den Beschlüssen des Landtags doppelt schuldig sind. Ihr Beschluß ist ferner gesetzwidrig in Bezug auf die Zeit und den Gegenstand. Sie beabsichtigen eine Verhandlung zu erneuern, die bereits abgelaufen und über deren Gegenstand der Landtag mit überwiegender Mehrheit bereits entschieden hat. Ihr Antrag kommt zu spät, denn fürwahr, welcher polnische Reichstag wäre zuletzt demjenigen ähnlich, wo neben dem verfassungsmäßigen Ausdruck der Majorität immer auch noch der clubistische Protest, das liberum veto, die willkürliche Verwahrung der Minorität herlaufen dürfte? Wissen Sie, meine Herren, auf welchem Wege Sie sind? Auf dem geraden Wege, die in Preußen noch kaum gefestigte Ständeverfassung von Grund aus zu erschüttern; auf dem geraden Wege, zunächst jene imposante innere Gesetzmäßigkeit, jenen trefflichen Mechanismus umzuwerfen, auf welchem die Wirksamkeit der Stände beruht. Denn könnte die Regierung Sr. Maj. Ihnen heute gewähren, wer sichert alsdann das Land vor der Wiederkehr der Unbilde, daß neben den Beschlüssen der Majorität und über dieselben hinaus morgen die Proteste nicht einer, sondern vieler Minoritäten sich erheben? daß jede Fraction des Landtags ihren aparten Weg gehen zu dürfen glaubt? daß endlich hinter Ihrem Rücken die Committenten selbst mit Protesten hervortreten, um Ihre eignen Beschlüsse für null und nichtig zu erklären? Ihr Weg führt ganz nahe an diesem Abgrunde vorüber.“

×**Berlin**, 26. Mai. Die heutige Sitzung der allgemeinen **Kirchenversammlung der Deutsch-Katholiken** nahm einen Aufschwung, welcher den gestrigen Anfang völlig vergessen machte. Pfarrer Brauner eröffnete dieselbe mit einer würdevollen Anrede, in welcher er die Aufgabe der Versammlung bezeichnete und vor Allem zur Eintracht und zum Frieden ermahnte. Hierauf erfolgte die Wahl des Präsidenten, welche fast einstimmig auf Wigard fiel, der dieselbe auch annahm; zu Vicepräsidenten wurden R. Blum, Prof. Kote und der Landschaftsrath v. Strachowski aus Königsberg ernannt, zwischen dem Erstern und Letztern entschied dann das Loos und zwar für Strachowski. Zu den Secretairen stellten die einzelnen Provinzialverbände jeder einen, so also, daß Brandenburg, Preußen, Sachsen und Pommern Chaudron, Schlesien Dr. Steiner, Sachsen den Prof. Roßmäßler und Westfalen Schuchard ernannten; Ost- und Westpreußen so wie Süd- und Westdeutsche schlossen sich Schlesien und Westfalen an; abwechselnd sollen zwei und zwei Secretaire fungiren. Die Geschäftsordnung, von Wigard in kurzen kräftigen Zügen bezeichnet, ward bald geordnet und festgestellt, sodaß zur Verhandlung selbst übergegangen werden konnte. Diese wurde mit dem Antrag eröffnet, einen Abgeordneten der freien Gemeinde zu Königsberg — ohne Theilnahme an der Verhandlung und Abstimmung — zuzulassen, was der Präsident zurückwies, da gesetzlich nur deutschkatholische Abgeordnete hier erscheinen könnten; auch fand der Antrag Blum's: über den Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen, nachdem man dem Manne einen Platz wie einem andern Zuhörer angewiesen habe, einstimmige Annahme. Ein Gruß der freien Gemeinde zu Neumarkt, in welchem der lebhafte Wunsch ausgesprochen war: es möge die Kirchenversammlung die Hindernisse hinwegräumen, die einer völligen Vereinigung noch entgegen ständen, wurde einfach verlesen und zu den Acten genommen. Von den vielfachen vorliegenden Anträgen hatte das erwählte Directorium in einer kurzen Pause diejenigen herausgesucht und zusammengestellt, die sich auf das Concil selbst, seine Aufgabe, Fortdauer ꝛc. beziehen, und dieselben in 14 Fragen zusammengefaßt. Die erste derselben: Kann und soll das Concil

nur Principien aufstellen? nahm indessen fast die ganze übrige Zeit dieser ersten Sitzung in Anspruch, weil es dabei entschieden werden mußte, ob dasselbe irgend für die Gemeinden bindende Beschlüsse und Bestimmungen treffen oder nur die allgemeinen Grundsätze aufstellen solle, deren Einführung ins Leben den Gemeinden überlassen werden müsse. Hierbei stellte sich denn auch die sogenannte positive Richtung eines Theiles der Versammlung heraus, indem diese dem Concil die eigentlich gesetzgebende Gewalt geben wollte und seine Bestimmungen als unbedingt bindend für die Gemeinden betrachtete. Von anderer Seite wies man darauf hin, daß die unversehrt zu erhaltenden Bestimmungen des leipziger Concils die Grundlage festgestellt hätten, auf welcher die Gemeinschaft beruhe; daß diese Grundlage eine allgemeine geworden sei, nicht weil sie das Concil aufgestellt, sondern weil sie eine nothwendige und vernünftige war, und daß trotz dem, daß die Bestimmungen damals nur als Vorschläge betrachtet wurden, dennoch alle Gemeinden sie angenommen, eben weil sie vernünftig waren. Auch der Vertreter der Deutsch-Katholiken apostolischen Bekenntnisses, Pfarrer Jettmar, betheiligte sich an dieser Verhandlung, indem er für die bindende Kraft der Concilbeschlüsse eintrat, unter der Voraussetzung, daß dasselbe das Apostolicum zu seinem Bekenntnisse machen werde, wie er dies später vorschlagen werde. Die Ansicht, welche die Freiheit der Gemeinden aufrecht erhalten und dem Concil nur die Aussprache allgemeiner Principien als seine Aufgabe bezeichnen wollte, siegte gegen sehr wenige Stimmen. Die zweite und dritte Frage: Kann das Concil als Gerichtshof bei Streitigkeiten der Gemeinden unter sich, oder verschiedener Theile einer Gemeinde, oder der Geistlichen mit der Gemeinde als letzte Instanz angerufen werden? und: Welche Gültigkeit haben die Concilbeschlüsse den Gemeinden gegenüber? waren mit der ersten fast zugleich entschieden. Richterliche Aussprüche sind nicht seine Aufgabe, sind auch nutzlos, da ihm alle Mittel fehlen, denselben Nachdruck zu verschaffen; und seine Beschlüsse bleiben nach der leipziger Bestimmung nur Vorschläge. Bezeichnend war bei Verhandlung des letztern Gegenstandes, daß man selbst eine Kürzung oder Redactionsänderung der hier einschlagenden leipziger Bestimmungen auf Blum's Antrag und Ausführung einstimmig ablehnte. Der Wunsch, daß sich das Concil in gewissen Dingen als Gerichtshof letzter Instanz betrachten möge, war übrigens von den Süddeutschen ausgesprochen worden und veranlaßt durch die Vorfälle in Worms, wo bekanntlich ein von der Gemeinde längst nicht mehr anerkannter Vorstand der Gemeinde sowol als der Kreis- und Provinzialsynode starrsinnig widerstrebt, die sich sämmtlich einstimmig gegen denselben ausgesprochen haben. Durch die Ankunft noch einiger Abgeordneten ist die Zahl der Letztern auf 67, die Zahl der vertretenen Gemeinden auf 151 gestiegen; auch die Geistlichen Albrecht und Millitzer sind noch eingetroffen. Die Geschäftsordnung ist in der Art festgestellt, daß die Sitzungen Morgens um 7 Uhr beginnen und mit Unterbrechung von einer halben Stunde bis 3 Uhr Nachmittags fortwähren; die Nachmittagsstunden werden dann zu den Arbeiten des Directoriums, der Ausschüsse und Secretaire verwendet. Auch das gesellige Zusammenleben, der persönliche Anschluß hat sich gefunden. Da der Vereinigte Landtag heute auf zwei Tage Ferien gemacht und dadurch dem Concil seinen Präsidenten für diese ganze Zeit gegeben hat, so läßt sich wol erwarten, daß das Wesentlichste binnen den nächsten zwei Tagen abgemacht wird.

— Ueber das aus **Berlin** berichtete Hagelwetter (Nr. 147) erfährt man noch unter Anderm, daß der Kern des Gewitters vorzugsweise die Stadt getroffen. Auf dem Anhaltischen Bahnhofe wurden gegen 1300 Scheiben zerschmettert; noch stärker ist die Verwüstung auf dem Bahnhofe der Potsdam-Magdeburger Bahn gewesen. Der Hagel schlug mit solcher Gewalt nieder, daß selbst die Gesimse der Gebäude, zum Theil die Dächer gelitten haben.

— Aus **Breslau** vom 22. Mai wird der Weser-Zeitung geschrieben: „Die Excommunication des Fürsten Hatzfeld droht ernste Verwickelungen zwischen der hohen katholischen Aristokratie und der Geistlichkeit herbeizuführen. Nicht eigentlich darüber zürnt der Adel, an dessen Spitze der Fürst Hatzfeld steht, daß Letzterer excommunicirt worden, sondern daß diese Excommunication geflissentlich vor das Forum der Oeffentlichkeit gezogen und der Fürst mit seiner Familie bloßgestellt worden ist. Was in Bezug hierauf der Fürst selbst, der auf einer Reise nach dem Süden begriffen ist, zu thun gedenkt, weiß man noch nicht, wohl aber, daß der Vater und der Bruder der Fürstin (Herren v. Nimptsch) eine Untersuchung wegen arger Verletzung der bürgerlichen Ehre beantragen werden, wenn sie nicht schon eingeleitet ist. Die Strenge, welche der Fürstbischof v. Diepenbrock bei dieser Gelegenheit zur Richtschnur seiner Handlungsweise genommen, scheint er auf alle Maßregeln seiner bischöflichen Verwaltung auszudehnen; so soll er dieser Tage einen hohen Domgeistlichen mit vier Wochen Stubenarrest und der Strafe: vier Monate die Stola nicht tragen zu dürfen, wegen eines Vergehens bei den kirchlichen Functionen belegt haben."

Oesterreich.

* **Aus Siebenbürgen**, 21. Mai. Der siebenbürgische Adel steht in wissenschaftlicher Beziehung höher als der ungarische und auch als der deutsche, wenigstens in manchen Provinzen. Dieser Unterschied von Letzterm mag zum Theil dem hiesigen constitutionellen Wesen zu danken sein, denn der Adel kommt auf den Kreistagen oft in der Zahl von mehren Hunderten zusammen, um über öffentliche Angelegenheiten zu verhandeln, wobei denn so Mancher genöthigt ist, öffentlich zu sprechen, und daher für nothwendig findet, so viel als möglich vorbereitet und unterrichtet zu sein. Hier wird die Wohlredenheit geübt, welche man bei den jetzigen Landtagsverhandlungen in Klausenburg anzuerkennen Gelegenheit hat. Schade nur, daß diese sogenannte aristokratische Verfassung eigentlich viel vom Proletariat an sich hat. Wenn nämlich in einem Comitat 3000 Edelleute sind, welche alle gleiche Stimme haben, so ist natürlich die Mehrzahl so arm, daß sie nicht mehr besitzen als einen kleinen Bauerhof, mithin nur die Bildung eines Bauers haben, ohne dessen Betriebsamkeit; denn Keiner erzieht seinen Sohn zu einem nützlichen Gewerbe, das würde ihn entehren, lieber dient er als Kutscher bei einem Grafen. Unter solchen Umständen werden den Abgeordneten oft von solchen Committenten die unglaublichsten Instructionen gegeben, und darum erwartet man von den Verhandlungen über die hiesigen bäuerlichen Verhältnisse keinen sonderlichen Erfolg.

Großbritannien.

London, 23. Mai.

Viele Parlamentsmitglieder und die meisten Minister haben London für die Dauer der Pfingstferien verlassen. Viscount Palmerston ging vorgestern nach Broadlands, wird aber schon am 25. oder 26. Mai zurückkehren. Lord J. Russell hatte noch eine lange Unterredung mit dem von Paris eingetroffenen Marquis of Normanby, ehe er sich nach Richmond begab. Der Colonialsecretair Earl Grey verweilt auf seinem Landsitz in der Nähe von Windsor. Ueber die Besetzung der Stelle des Secretairs für Irland, welche durch die als gewiß betrachtete Uebernahme der Präsidentschaft des Handelsamtes durch Hrn. Labouchere erledigt wird, gibt es noch immer nur Gerüchte. Sir William Somerville, Unterstaatssecretair im Departement des Innern, und der sehr ehrenwerthe Fox Maule, jetziger Kriegsminister, werden als Candidaten bezeichnet.

— In dem jetzt veröffentlichten, durch den Obersten Wylde überbrachten Schreiben des britischen Gesandten in Lissabon, Sir Hamilton Seymour, an den Grafen das Antas in Oporto, heißt es mit Bezug auf die mögliche Ablehnung der gemachten Vergleichsvorschläge: „Mit dem natürlichen Widerwillen, welcher empfunden werden muß, wenn man gegen einen Mann von Ehre und ausgezeichnetem Charakter die Sprache der Drohung erhebt, werde ich mich darauf beschränken, zu bemerken, daß, sollten diese Auffoderungen bedauerlicherweise unbefolgt bleiben, die Regierung Ihr. (brittischen) Majestät, mit wie großem Widerstreben auch, doch genöthigt sein wird, mit den Regierungen von Spanien und Frankreich solche weitere Maßnahmen zu vereinbaren, wie die Umstände sie unvermeidlich machen könnten." Das dabei befindliche Schreiben des spanischen Gesandten L. de la Torre Ayllon fodert einfach zur Nachgiebigkeit auf, ohne einen drohenden Ton anzustimmen.

— Der Earl of Clarendon ist der 30. Lordlieutenant von Irland seit 1692. Wie das Morning Chronicle bemerkt, wird er am 25. Mai nach Dublin abreisen, um die erfoderliche Vorbereitungen zum Antritte seines Amtes zu treffen. Seine Gemahlin folgt ihm zunächst nicht. Bei Uebernahme dieser hohen Stelle, fährt das Chronicle fort, bringt sich Lord Clarendon in eine schwierige, Gefahr und zugleich hohe Ehre verheißende Lage, wird aber auch gerade in den dermaligen irländischen Verhältnissen besondere und wichtige Vortheile finden, die, wenn mit Geschick und Kraft gehandhabt, seine Verwaltung zu einer denkwürdigen machen können. Lord Clarendon besitzt große persönliche Eigenschaften für dieses Amt. Einer jedoch entbehrt er leider, und betrachten wir die innige Achtung und Anhänglichkeit, welche Irland seinem betrauerten Vorgänger zollte, so können wir dieselbe nicht gering achten: die Vertrautheit nämlich mit Charakter und Sitte des Volkes. Zur Ausgleichung dafür besitzt Lord Clarendon jedoch Erfahrung und diplomatischen Takt, sowie jene Leichtigkeit der Auffassung neuer Ideen und socialer Gebräuche, die bei thätiger Wirksamkeit auf politischem Gebiete in fremden Ländern erworben wird. Wir glauben, daß genug wirkliche Verschiedenheiten im Nationalcharakter und in Nationalsitten zwischen England und Irland bestehen, um ein blos in England verbrachtes Geschäftsleben zu einer sehr schlimmen Vorbereitung für die Leitung irischer Angelegenheiten zu machen.

— In der Grafschaft Kent haben mehre große Landwirthe die Arbeitslöhne im Verhältniß zu den gestiegenen Preisen der Lebensmittel erhöht, und der Kent Herald zählt Beispiele auf, daß 18—20 Schill. wöchentlich bewilligt wurden. Zugleich fodert er zur Nachahmung dieses rühmlichen Vorgangs auf, der den arbeitenden Klassen ihre bei jetziger Theuerung furchtbar gedrückte Lage allein wirklich erleichtern helfe. Aus dem westlichen England meldet der Globe, daß die vorgekommenen Ruhestörungen, zu denen nur der theure Brotpreis die Ursache gewesen scheint, durch die bürgerlichen Behörden überall unterdrückt worden sind.

— Auf der Greatwestern-Eisenbahn ist ehegestern bei Hanwell, 7 Miles von London, die Ueberbrückung des Uxbridge Road, bald nachdem der Mittagszug dieselbe passirt hatte, in Brand gerathen und aller

Löschanstalten ungeachtet so weit zerstört worden, daß die Verbindung unterbrochen war. Die ganze Ueberbrückung ist nur 25 Fuß lang, der Schaden an sich also gering.

— Der mejicanische Consul in London hat im Auftrage des mejicanischen Ministers am britischen Hofe ebenfalls gegen die von den Machthabern der Vereinigten Staaten in mejicanischen Häfen eingerichteten neuen Zollmaßregeln ꝛc. protestirt und bekannt gemacht, daß alle auf solche Weise eingeführten, nach mejicanischem Tarif verbotenen Güter, wo sie von mejicanischen Behörden erreicht werden könnten, weggenommen werden würden. Von den zur Einfuhr erlaubten werde wenigstens der mejicanische Einfuhrzoll erhoben werden, möge ein Zoll an die Agenten der Vereinigten Staaten schon bezahlt sein oder nicht.

Frankreich.

Paris, 24. Mai.

Des gestrigen Pfingstsonntags wegen sind heute mit Ausnahme des National, welcher einen Artikel über die postalische Reform bringt, der Patrie und der Voix publique keine Blätter erschienen. In der Deputirtenkammer kündigte heute der Präsident das Ableben des Hrn. Ganneron an, der mehrmals zu den Vicepräsidenten der Kammer gehört hat. Die Kammer begann die Berathung des Vorschlags zur Herabsetzung des Briefporto.

— Vom Portefeuille, das auf einmal wieder ganz ministeriell geworden ist, wird bemerkt, daß durch Annahme des Marineministeriums von Seiten des Herzogs v. Montebello das Cabinet wieder in vollständige Verfassung gesetzt sei. Der seit einiger Zeit unwohle Minister des Innern, Graf Duchatel, sei ferner völlig genesen und könne also den parlamentarischen Geschäften und den Arbeiten im Cabinet wieder volle Kraft, seinen persönlichen Einfluß und sein Rednertalent zuwenden. Das wären denn Alles günstige Vorzeichen für das Ministerium, welches ganz kürzlich noch in einer bedenklichen Lage gewesen sei, die zu seinem Sturze führen konnte. Zu seinen kräftigen Elementen wären nun aber andere gesellt, die ihm mehr Einheit verleihen und zur Dauer der Verwaltung mitwirken könnten. Die nächsten Kammerverhandlungen würden jedenfalls zeigen, ob diese Ansicht die richtige sei.

— Französische Blätter reden von einer beabsichtigten britischen Expedition gegen die am Eingange der Meerenge von Bab-el-Mandeb im Arabischen Meerbusen gelegene Insel Socotora, welche durch ihre besondere Lage und kurze Entfernung von Aden und Mokka, wo die Engländer bereits festen Fuß gefaßt, einen sehr wichtigen Occupationspunkt für die britische Macht bildet. Bereits vor einigen Jahren unternahm England eine mislungene Expedition gegen die Hauptstadt jener Insel. Socotora hat eine Länge von 110 Kilomètres und eine Breite von 40 Kilomètres, ist sehr fruchtbar und bietet durch seine natürliche Gestaltung vortreffliche Vertheidigungsmittel dar. Die Insel ist eigentlich dem Imam von Maskate tributpflichtig; doch übt dieser seit langen Jahren keinerlei Rechte mehr dort aus.

— Der frühere spanische Consul in Bayonne, Hr. Bustamente, welcher wegen Ertheilung eines Passes an Hrn. Olozaga, wozu er in aller rechtlichen Form befugt war, verabschiedet wurde, befindet sich in Paris. Anträge zu seiner Wiedereinsetzung hat er abgelehnt.

ψ **Paris**, 24. Mai. Es ist ernsthaft die Rede davon, ein conservatives Journal zu gründen, um den systematischen Angriffen der «Presse» und den herrschenden Capricen des Journal des Débats entgegentreten zu können. Aber unglücklicherweise, anstatt zur Vertretung und Leitung ihrer Interessen neue, von ungünstigen Antecedentien für ihre Moralität freie Persönlichkeiten zu suchen, scheint man seine Blicke auf Leute wie die HH. Lechevalier und Granier de Cassagnac gerichtet zu haben, die talentvolle Schriftsteller, aber durch das Verhalten in Verruf sind, das sie in mehren Journalen beobachtet haben. Die ganz neuerlichen Scandale der Epoque sollte man nicht vergessen. Solche Vertheidiger compromittiren eine Partei mehr, als sie ihr nützen. Die Freunde der Regierung müssen um so mehr zusammenhalten und alle legitimen Mittel anwenden, sie zu halten, da die Feinde der Ordnung im Geheimen darauf hin arbeiten, Alles umzustürzen. Bei den Gerichten ist eine Verschwörungssache von großer Wichtigkeit jetzt anhängig, von der man kein großes Aufhebens gemacht wissen wollte aus Besorgniß, die guten Bürger zu beunruhigen, sowie um zu vermeiden, daß behauptet werde, die Polizei habe dieses Complot zum Ausbruche in dem Augenblicke in Reserve gehabt, wo das Ministerium erschüttert sei, um daraus einen Schreckschuß zur Unterstützung Hrn. Guizot's zu machen. Die Sache ist aber sehr ernsthaft, wie die gerichtliche Untersuchung ausweist; denn es handelt sich um einen Anschlag gegen das Leben des Königs, um Aufstände und Ermordungen in verschiedenen Theilen von Paris. Die beständig überwundenen Factionen bleiben beständig unverbesserlich.

Der britische Botschafter Lord Normanby ist nach London abgereist, und man bezweifelt, daß er zurückkommen werde, um seinen diplomatischen Posten wieder einzunehmen. Man wird seinen Abgang wenig bedauern. Er hat so viele Ungeschicklichkeiten begangen, daß seine eigne Regierung die Gelegenheit benutzen dürfte, ihn zu andern Functionen zu berufen. Lord Clanricarde wird als Nachfolger desselben gerüchtsweise genannt; es hat derselbe mehrmals in Frankreich gelebt und ist von daher noch in guten Beziehungen geblieben. In Madrid hat Frankreich jetzt keinen Botschafter. Graf Bressen hat zwar den Titel noch, allein er will nicht nach Madrid zurückkehren, und von einem Ersatzmanne für ihn ist noch keine Rede. Die französische Regierung mag nicht in zu großer Nähe und durch einen zu hoch gestellten Vertreter an den Intriguen sich betheiligen, welche um die junge Königin sich kreuzen. In diesem Augenblicke bietet der spanische Hof einen traurigen Anblick. Seine Politik ist Null und gewährt für Niemanden Sicherheit. Man muß dieses Chaos sich allein entwickeln lassen und eine Regierung sich selbst überlassen, die weder die Kraft der absoluten Gewalt noch das Geschick der parlamentarischen besitzt. Wenn das Cabinet Pacheco sich nicht behauptet und durch entschiedene Progressisten ersetzt werden sollte, welche vor Auflösung der Cortes sich nicht scheuen, so läßt sich nicht voraussehen, was für Anarchie aus Wahlen unter revolutionairem Einflusse hervorgehen kann. In Portugal scheint die Krisis den äußersten Punkt erreicht zu haben. England in seinem eifersüchtigen Verlangen, Alles allein zu ordnen, unterstützte kräftig die Insurgenten, da ihm daran liegt, in Portugal kein Königthum zu haben, stark genug, ihm zu widerstreben. Die Rebellen weigern sich aber, auf die angebotenen Bedingungen einzugehen. Wird man wagen, die Krone zum Capituliren aufzufodern? Spanien und Frankreich würden es nicht leiden. England muß daher mit Ehren anzunehmende Bedingungen bieten oder eine spanisch-englisch-französische Intervention muß den Thron in Portugal retten, den gemeinsame Interessen und geschriebene Verträge verpflichten aufrecht zu halten. So betrachtet man hier das auswärtige Verhalten in den portugiesischen Angelegenheiten.

Niederlande.

Am 21. Mai hat sich der Großfürst Konstantin von Rußland zu Rotterdam am Bord des ihm entgegengesendeten Dampfschiffs Black Eagle nach England eingeschifft.

Italien.

Aus **Forli** schreibt man: „Die blutigen Scenen, welche mit der Ermordung des Finanzlieutenants Mordini in Faenza begonnen hatten, dauern daselbst fort; schon zählt jene Stadt bei 40 Opfer, trotz der Anwesenheit eines Gerichtscommissars, welcher seit dem Monat Februar mit der nöthigen Assistenz und Vollmacht dahin abgesendet worden ist, um die Urheber solcher Unthaten zu entdecken. Wahrscheinlich werden diese Meuchelmorde von den geheimen Gesellschaften angeregt und geleitet, welche man für erloschen ausgeben möchte."

Moldau und Walachei.

* **Aus der Walachei**, 16. Mai. Man spricht jetzt ernstlich davon, daß die höhere Lehranstalt zu Bukarescht in eine Universität umgewandelt werden soll, freilich ganz nach französischem Maßstabe. Zwar ist die französische Politik hier bei dem überwiegenden russischen Einfluß eben nicht beliebt, allein da die vornehmen Russen ebenfalls ganz französische Bildung haben, findet man es ganz natürlich, daß auch die Erziehung denselben Weg einschlägt. Zwar fehlt es hier nicht an ausgezeichneten Bojaren, welche die deutsche Literatur lieben, allein sie tadeln dabei das Unpraktische, und gewöhnlich hört man den Einwand: daß die deutschen Bücher zu weitläufig und besonders die deutschen Philosophen nicht klar genug seien. Auch machen die religiösen Bewegungen in Deutschland keinen besondern Eindruck. Man hört oft die Bemerkung: „Die Deutschen sind unpraktisch, sie zanken sich über Das, was sie glauben wollen oder sollen, obwol man recht gut weiß, daß jeder Mensch seine subjective Ansicht von solchen Dingen hat, und je mehr er darüber mit sich im Reinen ist, desto weniger davon spricht." Dazu kommt der geringe Respect, in den sich in den Augen der hiesigen Einwohner der Deutsche gesetzt hat. Die Deutschen, welche man hier auf den Kreuzzügen kennen gelernt hatte, die deutschen Ritter, welche König Bela zum Schutze der Grenze gegen die Kumanen berief, die Deutschen, welche die Türken zwei Mal nach Wien und auf lange bis Ofen kommen ließen, die Deutschen, welche sich die kleine Walachei, die sie erobert hatten, wieder abnehmen ließen, die Deutschen, welche sie eine Beute der Türken werden ließen, bis sie endlich von Rußland Hülfe erhielten, haben für die Moldau-Walachen kein Interesse. Darum darf man sich nicht wundern, daß hier so wenig Sympathie für die Deutschen stattfindet, welche sie aus ihren Werken mitunter als Pedanten kennen lernen. — Die Engländer kaufen hier jetzt viel Getreide, und der Hafen von Braila macht in diesem Frühjahre glänzende Geschäfte; das englische Geld imponirt. Auch die Franzosen machen sich hier einen Namen durch große Unternehmungen, in welcher Hinsicht wir nur einen Hrn. Condamine erwähnen dürfen, der vor kurzer Zeit dem Großbojaren Styrbey für mehr als 200,000 Thlr. Eichen abkaufte, um sie als Stabholz nach Bordeaux zu senden. Die Zahl der hier lebenden Deutschen ist sehr bedeutend; man sagt, daß die Schutzgelder, welche sie an das österreichische Consulat bezahlen, die jährliche Summe von 50,000 Dukaten übersteigen. Diese Fremden kommen meist als arme Handwerksbursche hierher, gehen meistentheils in Liederlichkeit unter oder erwerben sich, freilich in seltenen Fällen, ein bedeutendes Vermögen, ohne dem Land anzugehören.

Einen guten Eindruck hat es gemacht, daß bei dem hiesigen preußischen Consulat endlich ein Kanzler mit 2000 Thlr. angestellt ist, wogegen sonst alle Consulatsbeamte auf die bloßen Gebühren angewiesen waren; selbst der erste preußische Generalconsul für diese beiden Fürstenthümer war ohne Gehalt und mußte das ganze Kanzleipersonal auf zufällige Sporteln anweisen. Endlich ist sein Nachfolger mit einem anständigen Gehalt angestellt worden; Geld aber wird hier hoch gehalten. Uebrigens wird bei der hiesigen Geistlichkeit die russische Regierung für die eigentliche Schutzmacht ihrer Kirche angesehen, und es dürfte nicht schwer halten, überall die Union mit der katholischen Kirche aufzuheben, wo sie seit dem Ende des 17. Jahrhunderts eingeführt worden ist; denn der unirte Grieche ist im Herzen doch der orientalischen Kirche treu geblieben.

Aegypten.

Alexandrien, 9. Mai. Die jüngst erwähnten österreichischen Ingenieure (Nr. 145) sind am 1. Mai auf einem ägyptischen Kriegsschiffe, das zu ihrer Verfügung gestellt wurde, nach der Küste von Damiette abgereist. — Die Arbeiten an dem Nildamme werden mit außerordentlicher Thätigkeit betrieben. Die Ausgaben für diesen Bau, anfänglich auf ungefähr 2 Mill. Thlr. angegeben, sollen jetzt auf 6 Mill. gebracht sein. — Sami-Pascha, geheimer Secretair des Vicekönigs, welcher seit ein paar Jahren sich in Paris aufhält, wurde zurückberufen; Mohammed-Ali soll den Entschluß ausgesprochen haben, sein Testament zu machen. (A. Z.)

Personalnachrichten.

Orden. Braunschweig. Orden Heinrich's des Löwen, Verdienstkreuz 1. Kl.: der königl. sächsische Stationscontroleur in Braunschweig Lieutenant Friedrich Wilhelm Nollain. — Frankreich. Orden der Ehrenlegion, Ritterkreuz: der Componist Joseph Geiger in Wien. — Preussen. Rother Adlerorden, 2. Kl. mit Eichenlaub: der geh. Medicinalrath Dr. Augustin in Potsdam; 4. Kl.: der Oberstlieutenant a. D. Jael, der regensburger Domchorvicar Lipf.

Wissenschaft und Kunst.

*Aus Preussen, im Mai. Durch den jetzt zwischen Dänemark und Preußen bestehenden Programmenaustausch gelangen wir zu folgender Uebersicht. Das Königreich Dänemark besitzt folgende Gelehrtenanstalten (die Schülerzahl ist in Parenthese angegeben): Kopenhagen (145), Odense (62), Roeskilde (59), Viborg (59), Aalborg (73), Horsens (62), Slagelse (39), Randers (74), Ronne (47), Aarhuus, Realschule (57), Kathedralschule (73), Kolding (43), Nokjobing (33), Ribe (35), akademische Schule zu Soroe (104), Wordingborg (—), Friedrichsburg (64), das v. Westen'sche Institut in Kopenhagen (151). Hierzu die folgenden fünf Anstalten, von denen keine Programme eingegangen sind: Gelehrtenschule in Reitkiavig, Gelehrtenunterrichtsinstitut zu Fredericia, Gelehrtenschule zu Soroe, Bürgertugend zu Kopenhagen, Bürgertugend zu Christianshaven. — Herzogthum Holstein: Altona (55), Glückstadt (87), Kiel, Gelehrten- und Bürgerschule (73), Meldorf (54), Ploen (45), Rendsburg (—). Herzogthum Schleswig: Flensburg (78), Hadersleben (46), Husum (50), Schleswig (101). In dem allgemeinen Lehrplane der dänischen Gelehrtenschulen stehen folgende Unterrichtsgegenstände (die Stundenzahl in der obersten Klasse ist in Parenthese angegeben): Dänisch (2), Lateinisch (9), Griechisch (5), Hebräisch (2), Deutsch (2), Französisch (3), Englisch (2), Religion (3), Geographie und Geschichte (4), Mathematik (4), Rechnen, Naturgeschichte, Kalligraphie, Zeichnen, Singen (2). Die Stundenzahl ist offenbar zu groß, da sie in manchen Anstalten wöchentlich 42, in keiner unter 36 beträgt. Die Frequenz dieser Schulen ist gering; nur vier zählen über 100 Schüler, die meisten circa 50. Auf den Realschulen ist das Lateinische gänzlich aufgegeben; Physik findet sich nicht im Lehrplane der Gelehrtenschulen, wohl aber in dem der Realschulen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 28. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 86¼ G.; Sächsisch-Schlesische 100 bezahlt; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 bezahlt; Löbau-Zittauer 36⅜ Br.; Magdeburg-Leipziger 203½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 92¼ Br., 92½ G.; Thüringer 94½ Br.; Altona-Kieler 108½ G.; Pesther 100¼ G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ bezahlt und G.

Eisenbahn. *Hannover, 26. Mai. Die vorschriftmäßige Nachweisung der Eisenbahndirection über Stand und Erfolg der Landesbahnen ist für den Zeitraum vom 1. Juli 18⁴⁵/₄₆ und hinsichtlich der Bauten bis Ende 1846 nun im Druck erschienen. Danach sind auf der Hannover-Mindener und auf der Hannover-Bremer Bahn die Erdarbeiten so weit vorgeschritten, auf letzterer auch die vielen zum Theil schwierigen Brückenbauten so weit vollendet, daß die Beendigung beider Anlagen wol bald und gewiß noch in diesem Jahre zu erwarten ist, namentlich wenn man aus eigner Anschauung die Fortschritte in Anschlag bringt, welche der Bau schon seit Ablauf des Termins gemacht hat, bis zu welchem der amtliche Rechenschaftsbericht der Eisenbahndirection geht. Einnahmen und Ausgaben werden nur von den zwei kleinen Strecken Hannover-Braunschweig und Celle-Lehrte und nur bis zum 1. Juli 1846 verrechnet: es betrug die reine Betriebseinnahme 181,386 Thlr., die Ausgabe 94,087 Thlr., der Ueberschuß also 87,298 Thlr. Befördert wurden in den verschiedenen Wagenklassen zusammen 274,444 Personen und 762,547 Ctr. Güter, Reisegepäck ꝛc. Jene 274,444 Personen sind im Ganzen 1,236,202 Meilen gefahren, mithin im Durchschnitte jede Person 4½ Meilen. Die durchschnittliche Einnahme für jede Person betrug 10 gGr. 11,57 Pf. und für die Person und Meile 2 gGr. 5,21 Pf. Am Schlusse des vorigen Jahres waren für den Betrieb vorhanden: 25 Locomotiven (aus amerikanischen, englischen, deutschen — auch speciell hannoverschen — Fabriken), 23 Tender, 43 Personenwagen erster und zweiter, und 60 dritter Klasse, und 232 verschiedene Gepäck-, Güter- und Viehwagen.

— Aus Wien vom 21. Mai schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Das Project der Vereinigung des Dnjester mit dem Sanfluß in Galizien soll jetzt mit allem Ernste betrieben werden. Von der Hofkanzlei ist der Befehl zu der möglichsten Beschleunigung der Vorarbeiten dieser Tage erlassen worden. — Hinsichtlich des Getreideausfuhrverbots sollen bereits von fremden Regierungen eine Menge Vorstellungen und Reclamationen hier eingegangen sein. Letztere beziehen sich darauf, daß wenigstens die vor der Kundmachung des Verbots aufgekauften Vorräthe frei, wenn auch nach dem erhöhten Zollsatze — welche Erhöhung die erste Maßregel war, um die Ausfuhr zu beschränken — ausgeführt werden dürfen. Unter den Regierungen, die sich deshalb an die hiesige Staatskanzlei gewendet haben, nennt man vorzüglich Sachsen, Baiern, Preußen, Württemberg und die Schweiz."

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 28. Mai früh 7 Uhr: 3″ unter 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 26. Mai. Oestr. Bkact. 1028; 250 Fl. L. 120; 500 Fl. L. 154¼; Bair. 3½pc. 92¼; Bad. 50 Fl. L. 58⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 77¼; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅞. London, 22. Mai. 3pc. Cons. 87⅛; Port. 3pc. 34. Paris, 24. Mai. 5pc. 115. 95; 3pc. 78. 10; Neap. 103; Bankact. 3232½. Wien, 25. Mai. Bkact. 1595; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97⅝; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Frankfurt a. M., 26. Mai. Taunusb. 358½; Nordb. 72; Berb. 92⅛. Paris, 24. Mai. Eis. Versail. l. 212½; Paris-Orleans 1233¼; Paris-Rouen 947½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 436¼; Rouen-Havre 641½; Marseille-Avignon 725; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Vierzon 582½; Nord 600. Wien, 25. Mai. Nordb. 166; Gloggn. 124½; Mail. 110; Livorn. 88¼; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 27. Mai. Seehandl.-Prämienschl. 95⅛, 3½pc. Staatsschl. 93¼, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½ Br., ostpreuß. 95¾, pomm. 94, schles. 97¼, 4pc. posensche 102⅛ Br., neue 3½pc. 92⅜, kur- u. neum. 94¼ Br., Louisd. 111⅞, Friedrichsd. 113½, Disconto 4½ Prec. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. 109½ Br., Berlin-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91¼, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101¼, Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 93, Crakau-Oberschl. 4pc. 78, Düsseld.-Elberf. 5pc. 108 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 108, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113½, Niederschles. 88⅛, Prior.-Act. 4pc. 91¾ Br., 5pc. 101¾, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 98, Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 81, Rhein. 85½, Prior.-Stamm 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87½, Thüring. 4pc. 94¼, Wilh.-Bahn 4pc. 86⅛, Zarskoje-Selo 70½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 83, Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 83½, Cöln-Minden 4pc. 93, Magd.-Wittenb. 86½ Br., Mail.-Bened. 4pc. 112, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71¼, Pos.-Starg. 4pc. 83¾, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½, Sächs.-Schles. 4pc. 99¾, Ung. Centralb. 4pc. 100½ — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅝ Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅜, Poln. Schatzobl. 4pc. 81, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95¾ Br., (neue) 4pc. 95½, Partial à 500 Fl. 4pc. 79½ Br., à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank-Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Pkcert. Zinsl. 16½, Litt. B. 200 Fl. 32½, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½ Br., Staatsspr.-A. 82½ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Gard. Präm.-Anl. à 50 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾.

Leipziger Börse am 28. Mai 1847.

Course im 14-Thaler-Fuss.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	100⅝
pr. 250 Ct. S.	2 Mt.	—	100⅜
Augsburg	k. S.	—	103
pr. 150 Ct. S.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Ct.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111⅛
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breslau pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Ct.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅞	—
pr. 100 Fl. in 8. W.	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	—	150⅛
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	—	149⅞
London	3 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22	—
	k. S.	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	—	79⅝
	3 Mt.	—	79⅛
Wien pr. 150 fl.	k. S.	—	102⅛
Conv. 20 Xr.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Staatspapiere, Actien (excl. Zinsen.)		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere:			
à 3⅓ im ⅌ v. 1000 u. 500 Thlr.		91⅞	—
à 3⅓ im ⅌ v. kleinere . . .		—	—
do. do. v. 500		90¼	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3⅓ im ⅌ v. 1000 u. 500 Thlr.		98¾	—
à 3⅓ im ⅌ v. kleinere . . .		—	—
Königl. Preuss. Staats-Credit-Kassenscheine		—	—
à 3⅓ im ⅌ v. 1000 u. 500 Thlr.		89½	—
20 Fl. F. ⅌ kleinere . . .		—	—
Leipziger Stadt-Obligationen à 3⅓ im ⅌ v. 1000 u. 500 Thlr.		90½	—
à 3⅓ im ⅌ v. kleinere . . .		—	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3⅓ %		—	—
do. v. 500 . . .		—	—
do. v. 100 u. 25 . . .		—	—
do. inscribirte do. à 3⅓ %		—	—
do. do. do. à 3⅓ %		—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl. à 3⅓ %		105½	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3⅓ % in Pr. Ct. pr. 100 Thlr.		—	102⅝
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3⅓ % (300 Mk. B. = 100 Thlr.)		—	—
K. K. Oestr. Met. pr. 100 fl. Conv.		—	—
à 5 % } quittende Staats-		—	—
à 4½ } Obligationen		—	—
à 3½ } à 103⅓ im ⅌ Thlr.		—	—
à 3 %		—	—
Actien d. W.-B. pr. St. à 103⅓		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 500 Thlr. pr. 100		131	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Thlr. pr. 100		112½	—
Sächs.-Bair. do. pr. 100		87¼	—
Sächs.-Schles. do pr. 100		—	100
Chemn.-Risa. do. pr. 100		59½	—
Löbau-Zitt. do. pr. 100		59⅝	—
Magdeb.-Leipz. do. incl. Div. Sch. do pr. 100		—	203¾

*) I. e. Staats-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

„o Neustadt bei Stolpen, 22. Mai. Wenn ich in meiner Entgegnung (Nr. 100) auf die Angriffe des S.-Correspondenten (Nr. 93) diesem einhielt, daß mit ihm nicht zu verhandeln sei, weil er die Voraussetzung und Grundlage aller Verhandlung, die Wissenschaft oder Theorie und wenigstens die theoretische Vernunft läugne, so hat er selbst in seiner Diplik (Nr. 129) einen neuen Beweis für die Richtigkeit dieses meines Urtheils über ihn geliefert. Der „Empiriker" läugnet nämlich in dieser nicht nur die Wissenschaft, er „irrt" nicht nur, nein, er läugnet oder erdichtet auch Thatsachen und beharrt bei seinen Unwahrheiten und wiederholt sie selbst dann noch, wenn er deren beschuldigt und überführt ist. Nach solchen Erfahrungen und nach einem solchen Verfahren, das ich hier aus Rücksichten und Schonung nicht mit dem wahren Namen bezeichnen will, befinde ich mich nunmehr — aber nicht, wie mein Gegner sich selbst schmeichelt, schon früher — in „Verlegenheit", theils weil ich nunmehr zu bereuen habe, mich mit dem S.-Correspondenten in eine Erörterung eingelassen zu haben, theils weil ich solche „Hülfsmittel" desselben verschmähe, die er, naiv oder kühn genug, gerade mir oder „den Radicalen" in die Schuhe schiebt. Gerade ein solches, wiederum den meisten „Bekämpfern des politischen und socialen Fortschritts" nachgeahmtes und eigenthümliches Verfahren meines geehrten Gegners beweist wiederum seine Aehnlichkeit mit diesen oder seine Hinneigung zu ihnen. Warum hat er nicht wenigstens nunmehr die Stellen oder Seiten der Mittheilungen über die Verhandlungen des letzten (außerordentlichen) sowol als vorigen ordentlichen Landtags bezeichnet und nachgewiesen, nach denen ich sowol „bei der Berathung über die Nahrungsverhältnisse" auf dem letzten außerordentlichen, „wie auch schon auf dem letzten ordentlichen" (Nr. 93) „wörtlich" gesagt habe: „daß die Regierung sich mit der Organisation der Arbeit bekannt zu machen habe"? Ich habe in meinem Exemplare der Mittheilungen über die Verhandlungen des letzten ordentlichen und außerordentlichen Landtags vergeblich nach jener mir in den Mund gelegten Aeußerung gesucht, bevor ich deren Behauptung eine Unwahrheit nannte, und dabei gefunden, daß ich überhaupt die „Organisation der Arbeit" auf dem Landtage nur zwei Mal, auf einem jeden ein Mal, auf jenem nämlich S. 80, Sp. 1, auf diesem S. 4111, Sp. 2, erwähnt, beide Male aber jene Aeußerung nicht gethan habe. Die wenn auch von meinem Gegner noch so „bestimmt zurückgewiesene Beschuldigung der Unwahrheit", die er übrigens nur in einem einzigen Punkte, in allen übrigen aber nicht einmal zu widerlegen versucht, sondern stillschweigend hat zugeben müssen, bleibt daher so lange auf ihm haften, bis er genau die Stellen oder Seiten der Landtagsmittheilungen, auf denen jene Aeußerung von mir „wörtlich" steht, nachweist. So lange wird auch ein jeder Leser wissen, was er von der neuern Versicherung des „Nationalökonomen" zu halten habe, er habe in seinem Angriffe vom 1. April, nota bene: vom 1. April, „meine Worte ganz getreu wiedergegeben und deswegen (!) die Mittheilungen vom Landtage (doch wol die über die Nahrungsverhältnisse vom 22. Febr.?) abgewartet".

Die Unwahrheit der mir in den Mund gelegten Aeußerung richtet zugleich die Selbstüberschätzung meines Gegners, der von sich selbst rühmt, zum socialen Fortschritte mehr als viele Freunde desselben beigetragen zu haben: daß ich eine „Zuflucht" gegen seine Angriffe bei einer meiner „schwachen" Seiten nöthig gehabt habe, gegen Angriffe, die zum größten Theile nur gegen eine erdichtete, nicht gegen eine wirkliche Aeußerung von mir gerichtet, mit jener Unwahrheit hinreichend abgelehnt waren, von mir aber doch freiwillig als Nothadressat acceptirt und honorirt wurden! Mit jener Unwahrheit fällt natürlich auch alles Das zusammen, was aus derselben mein Gegner, und theilweise auch Das, was sein Secundant (Nr. 104) „geschlossen" oder nicht geschlossen hat. Was ist das übrigens für ein Schluß: „Weil ich der Regierung gerathen habe, sich mit der Organisation der Arbeit bekannt zu machen, so habe ich die von einer gewissen Seite her empfohlene künstliche besonders im Auge gehabt!" Und was ist das wieder für eine „Annahme" oder für ein „Schluß": Weil ich hier meinem Gegner zu dessen Widerlegung die ersten besten Handwerkerassociationen am Rhein ꝛc. als Beweise dafür, daß eine gewisse, freilich noch sehr „unvollkommene" oder „künstliche" Organisation der Arbeit bereits „gefunden" sei, entgegengehalten habe, so sind mir „das eigentliche Wesen der natürlichen Organisation der Arbeit sowie die Theorien der Socialisten ganz fremd und weiß ich von ihnen nur vom Hörensagen etwas"! Sehen diese „Schlüsse", von denen der letzte seinem Secundanten in Nr. 104 abgeborgt ist, nicht sogenannten Verdächtigungen und dem bekannten: „Dieweil der Löwe ein grimmiges Thier ist" ꝛc. ganz ähnlich? Könnte ich nicht mit gleichem Recht aus dem Widerwillen meines Gegners gegen die „juristische Spindel" auf gänzliche Unkenntniß derselben schließen und mit mehr Recht sogar behaupten, daß in einem Rechtsstaat eine jede Organisation, auch die der Arbeit, nur durch das Recht oder Gesetz, also nur „juristisch" erfolgt sei, erfolgen könne und daher auch um die juristische Spindel zu wickeln sei? Bin ich deshalb oder dessenungeachtet ein „Radicaler", weil ich Alles um und in Recht und Gesetz wickele, überall vom Recht ausgehe und zum Rechte zurückführe? Allein wie vereinigt sich dies mit dem freilich ganz falschen, aber bei den Gegnern sehr gewöhnlichen Begriffe von „radical", nach welchem dies gleichbedeutend mit „revolutionair" ist und alles Bestehende umstürzen will? Oder wäre dieser Vorwurf nicht ernstlich, sondern nur ein „gewöhnliches Hülfsmittel" der Conservativen, die „Radicalen" zu verdächtigen?

Es ist ferner wenn nicht eine Unwahrheit, doch mindestens eine Ungenauigkeit, daß ich (Nr. 100) meinen Gegner einen Bekämpfer des politischen oder socialen Fortschritts „genannt", und es ist gleichfalls unwahr, daß ich (Nr. 100) behauptet habe, „alle" Bekämpfer des politischen oder socialen Fortschritts legten ihren Gegnern falsche Aeußerungen in den Mund. Unwahr ist es ferner, daß ich in Nr. 93 meiner Aeußerung in den Mittheilungen zum außerordentlichen Landtage S. 80 Sp. 1 nicht nur die Worte „jeder exportirende" neu eingeschaltet, sondern auch dadurch einen andern Sinn zu geben versucht habe. Die Worte: „die zu exportiren sind", stehen vielmehr schon in der ursprünglichen Stelle der Landtagsmittheilungen, wie der Augenschein lehrt; zwar sind sie von der Erwähnung der „Rohstoffe" durch ein paar Worte getrennt, doch aber, wenn nicht sie selbst, doch nach dem Zusammenhang ihr Sinn auch auf diese mit zu beziehen. Es ist nicht minder eine „augenscheinliche" Unwahrheit, daß ich früher dort (S. 80, Sp. 1) von der Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel der Armen gar nicht gesprochen habe. Auch hier straft der Augenschein und die Einsicht der S. 80, Sp. 1 meinen geehrten Gegner Lügen. Wenn daher gerade hieraus hervorgehen soll, daß ich ihm, nicht er mir, falsche Aeußerungen in den Mund gelegt habe, so weiß ich nicht mehr, ob ich meinen Augen nicht mehr trauen oder von der unerhörten, empörenden Kühnheit meines Gegners mit Unwillen mich wegwenden soll. Es ist eine Erdichtung, eine Unwahrheit, die den übrigen, theils hier, theils in meiner Entgegnung in Nr. 100 schon nachgewiesenen Unwahrheiten die Krone aufsetzt, daß ich in der Kammer je Nichtjuristen erwidert hätte: „daß sie sich in juristische Sachen nicht zu mischen hätten, weil sie nichts davon verständen". Gleich augenscheinlich ist die fernere dreifache Unwahrheit, daß ich in meiner Replik in Nr. 100 meinem wahrhaftig nicht deshalb, sondern dessenungeachtet geehrten Gegner „Gefühl für die Noth der armen Arbeiter abgesprochen" oder gar „ganz" und zwar deshalb abgesprochen habe: „weil er nicht mit meinen Vorschlägen einverstanden sei". Doch genug der Entleerungen meines Gegners, der die Antwort auf die von mir in Nr. 100 nicht beantwortete, weil von ihm früher nur ganz „nebenher" aufgeworfene Frage, wo denn die Handarbeiter und Proletarier die Volksvertreter mit wählen? in meiner Rede über die Nahrungsverhältnisse S. 79, Sp. 2, und zwar in den Worten suchen und finden mag: (An der Achtung des todten Geldes und Mißachtung der Arbeit) „ist zunächst auch die hierin in allen europäischen Staaten mehr oder weniger übereinstimmende Gesetzgebung Schuld."

Ich ehre und liebe jede, auch die schärfste Beurtheilung aller, auch meiner Worte, aber auch nur eben dieser meiner wirklichen und genauen Worte, nicht unwahrer, mir fälschlich in den Mund gelegter. Durch die Verhandlung mit solchen Gegnern kann weder die Wahrheit noch die „Aufklärung des Volks" gewinnen, wohl aber „Scandal" entstehen. Deshalb setze ich sie nicht fort und rufe zum Schlusse solchen Beurtheilern, welche jetzt auch sogar in den bessern Organen der conservativen Presse ihre Unwahrheiten niederzulegen anfangen — von den berüchtigten schlechtern erwartet man gleich nichts Anderes — mit meinem empirischen und nationalökonomischen Gegner zu: „Schuster, bleibt bei euren Leisten", d. h. „bei euren — Unwahrheiten"!

Dr. Schaffrath.

Ankündigungen.

Neue leichte und brillante Pianofortemusik!

In **H. F. Müller's Musikverlag** in **Wien** sind soeben erschienen:

Impromptus faciles sur des thèmes favoris de **Verdi** par **Lepont.**

Nr. 1. **Nabucco.** Nr. 4. **I Lombardi.**
„ 2. **Ernani.** „ 5. **I due Foscari.**
„ 3. **Attila.** Chaque Cahier 36 Kr. M. d. C.

Le délice de la Jeunesse par **J. Plachy.**

Petites Fantaisies faciles et brillants sur des motifs favoris.

Nr. 1. **Maria, la fille du Regiment.** Nr. 4. **La Barcarole.**
„ 2. **Lucrezia Borgia.** „ 5. **Der Waffenschmied.**
„ 3. **Les 4 fils d'Haymon.** „ 6. **Der Förster.**

Chaque Numero 36 Kr. M. d. C. [2060]

Von **F. A. Brockhaus** in Leipzig ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Veit (Moritz), Der Entwurf einer Verordnung über die Verhältnisse der Juden in Preussen und das Edict vom 11. März 1812. 8. Geh. 8 Ngr.

Für **Auswanderer nach Nordamerika und Canada**

haben wir in **Leipzig** eine Hauptagentur für Sachsen ꝛc. unter

Herrn ***Joh. Ernst Weigel,***
Grimmaische Straße Nr. 38,

errichtet, allwo auf portofreie und mündliche Anfragen das Nähere der Ueberfahrt ꝛc. gern ertheilt wird und Contracte abgeschlossen werden. Unsere Ueberfahrten finden regelmäßig monatlich zwei Mal statt, wozu wir uns für Passagiere und Frachtgüter bestens empfohlen halten.

J. H. Wichelhausen & Co.
in Bremen,
(2056—57) Schiffseigner und Befrachter.

Digitized by Google

Leipzig, den 29. Mai 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 204.

Inhalt: Der Landbau. — Tagesgeschichte: Der Krieg in Mexico. — Von der Besetzung Saltillos bis zur Schlacht bei Buenavista. — Der Bürgerkrieg in Portugal. — Wochenschau. — Kirchennachrichten. — Baukunst: Die protestantische Kirche in Kissingen. — Gußeiserne Thurmspitze der heil. Dreifaltigkeitskirche zu Sagan. — Literaturbericht. — Landtagsnachrichten: Die Verhandlungen des ersten Landtags in Preußen IV. — Handelsnachrichten. — Eisenbahnnachrichten: A. Rost's Selbstschlüsse. — Theater: Der Prätendent, Oper von Berger, Musik von Kücken. — Jenny Lind in London. — Landwirthschaftliche Nachrichten. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche. XIII. — Volksbibliotheken in den Städten. — Mannichfaltigkeiten: Das Audienzzimmer des Ministers. — Schach. — Rebus.

Abbildungen: Ansicht von Vera-Cruz und Fort San Ulloa. — Plan der Schlacht von Buenavista, vom Oberst Yell, Befehlshaber des Arkansas-Reiterregiments. — Donna Maria da Gloria, Königin von Portugal. — Ferdinand, König von Portugal. — Herzog von Saldanha, königl. Marschall und Premierminister. — Der königliche Palast in Lissabon. — Die neue protestantische Kirche in Kissingen. — Das Innere der protestantischen Kirche in Kissingen. — Gußeiserne Thurmspitze der heiligen Dreifaltigkeitskirche in Sagan. — Costume der Oper: „Der Prätendent". (5 Abbildungen). — Dritter Act, letzte Scene, aus derselben Oper. — Jenny Lind als Alice in der Oper „Robert der Teufel" auf dem Theater der Königin zu London. — Das Audienzzimmer des Ministers. II. — (3. und 4. Audienz.) — Schachaufgabe. — Rebus Nr. 170.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern) 2 Thlr. Cour.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter an.

Leipzig, J. J. Weber. [2059]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz, Melnik, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2103]

Gesuch. Ein **gut empfohlener** junger Mann, der jetzt in einem Fabrikgeschäfte nahe bei Leipzig servirt, wünscht seine Stelle zu verändern und bittet, da sein gegenwärtiges Engagement ihm wenig Gelegenheit bietet, auf diesem Wege um geneigte Berücksichtigung.

Mit dem Speditions-, Agentur- und Materialfache vertraut, würde er bei seinem Eifer, seine Kenntnisse irgend möglich zu erweitern, auch in eine bis jetzt ihm fremde Branche gewiß bald und mit Leichtigkeit sich einarbeiten.

Auf gefällige Nachricht sofort weitere Auskunft, Neumarkt Nr. 35, 4. Etage. [2122]

Das [2111—13]

Weisse-Waaren-Geschäft

en gros und en détail

von

Parpalioni & Co.

in **Leipzig** in der Kaufhalle,

empfiehlt sich mit **Gardinen-Stoffen** jeder Art, nebst den dazu gehörenden **Fransen, Quasten** und **Haltern**, sowie auch mit **Spitzen** und **Stickereien** in einer reichhaltigen Auswahl.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 30. Mai. Neu einstudirt: **Der Zeitgeist**, Possenspiel in 4 Acten von E. Raupach.

Montag, 31. Mai. **Johann von Paris**, komische Oper in 2 Acten von Boieldieu. Lorezza, Fräulein **Starke**, als erster theatralischer Versuch. — Vorher: **Die Maskerade im Dachstübchen**, Schwank in 1 Act frei nach dem Französischen von E. Meirner.

Bemerkungen zu einer „Amtlichen Berichtigung" des Herrn Polizei-Directors und Landraths von Kamptz.

Soeben von längerer Reise zurückgekehrt, habe ich erst heute in Nr. 109 der Magdeburger Zeitung des Herrn Polizei-Directors und Landraths von Kamptz „Amtliche Berichtigung" einer Aeußerung des Herrn Coqui, Abgeordneten Magdeburgs, in der am 5. d. M. stattgehabten Sitzung der Curie der drei Stände des Landtags, gelesen. Dieselbe kann ich nicht unbeantwortet lassen. Herr Coqui referirte nämlich unter Anderm: „Der Herr Polizei-Director (zu Magdeburg) sah sich veranlaßt, bei drei Buchhändlern die gewaltsame Wegnahme der Handlungsbücher zu verfügen." Der Herr Polizei-Director von Kamptz bemerkt auf diesen Passus in seiner „Amtlichen Berichtigung": „Unrichtig ist es, daß die **gewaltsame Wegnahme** der Handlungsbücher **verfügt** worden."

In Bezug auf diese „Amtliche Berichtigung" kann und will ich blos den Hergang jener durch Polizeibeamte bewirkten Wegnahme der Handlungsbücher wahrheitsgetreu und wie er nöthigenfalls von meinem Handlungspersonale eidlich erhärtet werden kann, mittheilen. Herr Polizei-Inspector Schlumberger erschien am 30. December v. J., Nachmittags 2 Uhr, in meinem Locale, begleitet von einem Gendarmen und einem Polizeisergeanten, welche beide Letztere indeß vorläufig außerhalb meines Comptoirzimmers blieben. Sich als im Auftrage des Herrn Polizei-Directors von Kamptz gekommen einführend, verlangte Herr ꝛc. Schlumberger die Auslieferung der „Kladden über die Bücherversendung". Ich verweigerte dieselbe mehrmals. Zuletzt sagte Herr ꝛc. Schlumberger zu mir: „Wenn Sie mir die Bücher nicht in Güte ausliefern wollen, so muß ich Gewalt gebrauchen, und dann setzen Sie sich nur noch Unannehmlichkeiten aus." Nun berief ich mich auf das Rescript vom 9. Nov. 1832, welches der Polizeibehörde untersagt, Handlungsbücher, Facturen und dergl. von den Buchhändlern zu verlangen, um nach dem Vertriebe verbotener Bücher zu recherchiren. Herr ꝛc. Schlumberger erwiderte: „Polizeilichen Maßregeln gegenüber gibt es gar kein Gesetz" ꝛc. und befahl den draußen stationirten untern Beamten, ins Comptoirzimmer zu treten und sich der sämmtlichen Handlungsbücher zu bemächtigen. Ich fühlte mich nun nicht gedrungen, gegen die bewaffneten Polizeibeamten den Widerstand so weit zu treiben, daß dieselben veranlaßt gewesen wären, die Säbel zu ziehen und auf mich hauend oder stechend einzudringen. Ich zog es vielmehr vor, die Polizeibeamten, welche sich mit meinen sämmtlichen Handlungsbüchern fortbegaben, auf dem Wege zum Polizeibureau zu begleiten. Hierzu war ich gezwungen, weil ich es für meine Pflicht hielt, diese Bücher keinen Augenblick außer Acht zu lassen, indem deren Inhalt nicht allein mein eignes, sondern auch das Interesse des gesammten dabei betheiligten Publicums berührt. Auf dem Polizeibureau wurden mir auf meinen Antrag die Handlungsbücher, jedoch mit Ausnahme der Kundenstrazze, zurückgestellt.

Hiernach wird jeder Unbefangene selbst beurtheilen können, ob die Polizeibehörde sich meiner Handlungsbücher **mit** oder **ohne** Gewalt bemächtigt hat. [2126]

Magdeburg, am 22. Mai 1847.

Emil Baensch.

*** **Interessante Neuigkeit.** ***

Bei **Jgn. Jackowitz** in Leipzig erschien soeben und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen vorräthig:

Dr. Eisele's und Baron von Beisele's Landtagsreise im April 1847. Genrebilder aus der neuesten Zeitgeschichte. Mit einem Titelkupfer von Ch. Hucklenbroich. 8. Eleg. geh. im Umschlag. à ⅓ Thlr. [2079]

Gesucht werden einige **solide** und **tüchtige Reisende**, welche für ein ansehnliches sächsisches Fabrikgeschäft den Verkauf nach Muster in **Baiern, Württemberg, Baden, Rheinprovinzen** und angrenzendem **Belgien**, sowie in **Schlesien, Ost- und Westpreußen provisionsweise** bei annehmlichen Bedingungen mit zu übernehmen geneigt sein sollten. Frankirte Offerten nimmt Herr **Ferd. Thilo** in **Leipzig** an, worauf das Weitere direct erfolgen wird. [2114]

Gesuch. Eine gebildete Dame, Wittwe und ganz allein stehend, sucht eine Stelle als Wirthschafterin oder Gesellschafterin, am liebsten bei einem ältern Herrn oder Dame, oder in einer Familie, wo sie die Stelle der Hausfrau vertreten könnte. Auf freundliche, ihrer Bildung entsprechende Behandlung und Stellung würde mehr als auf großes Gehalt gesehen werden. Reflectirende wollen sich gefälligst an die Herren **Breitkopf & Härtel** in Leipzig wenden, welche die genauste und empfehlendste Auskunft gern ertheilen werden. [2121]

Gesucht wird unter annehmbaren Bedingungen für ein auswärtiges Manufacturwaaren-Fabrikgeschäft ein junger gewandter Mann, der nach Umständen eine Caution von 3—400 Thlr. stellen könnte. Näheres unter der Chiffre **R. M. # 10.** poste restante Leipzig. [2115]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Regierungssecretair **Bleich** in Bromberg mit Frl. Hulda Schmeckell. — Hr. Dr. **Henschel** in Berlin mit Frl. Marie Spaarwald. — Hr. Karl **Marquis** in Frankfurt a. d. O. mit Frl. Auguste **Zimmer** in Berlin. — Hr. Regierungs- und Forstreferendar Julius **Seng** in Ziesar mit Frl. Friederike **Seydel**.

Getraut: Hr. Rector Hermann **Bäthke** in Neu-Ruppin mit Frl. Luise **Söhmel**. — Hr. Robert **Baumann** in Wurzen mit Frl. Marie **Füllkruß**. — Hr. Secondelieutenant Ewald v. **Bomsdorff** in Berlin mit Frl. Henriette v. **Böttticher**. — Hr. Pastor Robert **Hofmann** in Auerbach mit Frl. Math. **Döhner** aus Zwickau. — Hr. Eduard **Holzapfel** in Bautzen mit Frl. Alwine **Rehbock**. — Hr. Wilhelm **Körner** in Dresden mit Frl. Luise **Katt** aus Leipzig. — Hr. Andreas **Lock** in Köln mit Frl. Helene **Burbach**. — Hr. Wilhelm **Müller** in Berlin mit Frl. Marie **Pötsch**. — Hr. Buchhändler Dietrich **Reimer** in Berlin mit Frl. Henriette **Hirzel** aus Leipzig. — Hr. Premierlieutenant Sigismund v. **Rockhausen** in Berlin mit Frl. Mathilde v. **Böttticher**. — Hr. Moriz **Tammsz** in Neisse mit Frl. Auguste **Ernst**. — Hr. Advocat-Anwalt Leopold **Volkmar** in Berlin mit Frl. Ida **Simonson**.

Geboren: Hrn. Regierungsrath **Ascher** in Minden ein Sohn. — Hrn. H. **Bone** in Bedburg eine Tochter. — Hrn. Karl **Diezmann** in Köln eine Tochter. — Hrn. J. D. **Göring** in Merheim ein Sohn. — Hrn. Kreisphysikus Dr. **Groß** in Habelschwerdt zwei Töchter. — Hrn. Apotheker H. F. **Heerwagen** in Lindau ein Sohn. — Hrn. Kreissecretair **Holzapfel** in Iserlohn ein Sohn. — Hrn. Pastor A. **Jäsche** in Medzibor ein Sohn. — Hrn. H. **Kley** in Kolberg ein Sohn. — Hrn. Buchdruckereibesitzer Robert **Lucas** in Breslau eine Tochter. — Hrn. Premierlieutenant v. **Richthofen** in Kamnig ein Sohn. — Hrn. A. **Sala** in Berlin eine Tochter. — Hrn. Serviere in Klinge eine Tochter.

Gestorben: Hr. Dr. Eduard **Henne** in Passau. — Hr. Oberamtmann Friedrich **Laube** in Powitzko. — Frau Baronin v. **Medem** in Berlin. — Hr. Hauptmann **Oppermann** in Köln. — Hr. J. C. **Pultz** in Lehelitz. — Frau Pfarrer K. R. K. **Schäfer** in Wörnitzostheim. — Frau Dr. **Julie Schlegel** in Leipzig. — Hr. J. A. **Schulze** in Leipzig. — Frau M. **Wagner** in Köln. — Frau Oberamtmann Charl. **Widmann** in Ostrach.

Digitized by Google

Sonntag — Nr. 150. — 30. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. In Dresden durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühren den Raum [illegible] 2 Ngr.

Ueberblick.

Deutschland. = **München.** Die griechische Angelegenheit. Dr. Höfler. Die Getreidepreise. — Landtag in **Kassel.** — Marburger Petition. Prof. Bayrhoffer. * **Weimar.** Landtag. ⊙ **Frankfurt a. M.** Schrift über die Differentialzölle. — Zollconferenz.

Preußen. Berlin. Landtag. × Berlin. Das deutsch-katholische Concil. * Berlin. Der Landtag. ⚷ Königsberg. Sicherheitsmaßregeln. — Hr. v. Puttkammer. — Brand in Stolpe.

Oesterreich. Adresse an die türkische Gesandtschaft. — Das Testament des Erzherzogs Karl. — Hr. v. Weingarten. Censurcollegium.

Spanien. Der König und die Königin. Das Cabinet. Rauferei in Aranjuez. Graf Pahlen. Tristany. Ros de Eroles.

Großbritannien. Die Stelle des Lordlieutenants von Irland. Die Armensteuer in Irland. Die Leiche des Earl of Desborough. Das Dampfschiff Bulldog mit Depeschen nach Lissabon. Die Börse in Manchester. Ball des literarischen Vereins der Polenfreunde. Großfürst Konstantin. * London. Der Vertrag mit dem Zollverein.

Frankreich. Deputirtenkammer. Correspondenz des Herzogs von Bordeaux. Die Expeditionscolonne in Algerien. Die Kriegssloop Berceau. Otaheiti. ⊙ Paris. Die conservative Politik. ** Paris. Die finanziellen Reformen.

Italien. * Rom. Reactionaire Umtriebe. Der Papst. Brückenbau. — Organisationen.

Rußland und Polen. Großfürst Michael. Personalaccise. Gnadenact.

Türkei. Russische Note.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. * Aus Sachsen. Professor den Tex in Amsterdam. * Petersburg. Fabrikschulen. Zeichenschule.

Handel und Industrie. Bank von Bologna. * Leipzig. Börsenbericht. Breslau. Wollmarkt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München,** 26. Mai. Hier gibt man sich gegenwärtig mehr der Betrachtung und Besprechung auswärtiger Fragen hin, als daß man heimische Zustände und Dinge behandelte. Es geht eben nicht nach der Leute Sinn, die sofort vom Stillstand reden, der kein Interesse einzuflößen vermöge, wenn sich die Ereignisse nicht im Sturmschritte folgen. Die griechischen Neuigkeiten und die preußischen scheinen die besprochensten zu sein, jene um ihrer bedrohlichen Natur, diese um ihrer sonst anregenden Eigenschaften willen. In Griechenland hofft man immer noch eine Wendung zum Bessern. Als äußerste, nie und unter keiner Bedingung zu überschreitende Linie der Concessionen, welche allenfalls noch in Athen gemacht werden dürften, zugleich wol auch als das punctum sallens der etwanigen Vermittelungsunterhandlungen von Wien aus, dürfte folgende in petto gehalten werden, vorausgesetzt nämlich, daß die jüngste Appellation des Königs Otto an die Nation durch die Kammerauflösung als Antwort einen abermaligen Wahlsieg Kolettis' erhält. Der Ministerpräsident Kolettis — so meinen hier gewisse sonst sehr wohl unterrichtete Personen — wird sich dann unter österreichischen Garantien in Person nach Konstantinopel begeben, um die Satisfactionsschritte dort zu thun; auch eine nochmalige Aenderung seines Ministeriums wird er zur Befriedigung gewisser gemachter Ansinnen vornehmen; aber allen übrigen Anfoderungen wird nach wie vor widerstanden, und auch Mussurus kehrt nicht nach Athen zurück. Theilen wir denn vorläufig diese Hoffnung und wünschen der österreichischen Regierung den glücklichsten Erfolg in ihren gewiß aufrichtigsten und freundlichsten Vermittelungsbestrebungen.

Ein Gerücht läßt den in den Märztagen entlassenen Professor an hiesiger Universität Dr. Höfler neuerdings sich eifrigst um die Zurückversetzung an seine Stelle bemüht haben. Von einem Erfolg oder Nichterfolge seines Gesuchs verlautet dagegen noch nichts. Wer die noch immer erledigten Lehrstühle der Professoren v. Moy und Phillips einnehmen werde, ist noch unbekannt. — Die Getreidepreise werden durch die größten Anstrengungen der Speculanten mühsam auf ihrer abnormen Höhe erhalten, aber gewiß bald nur desto rascher sinken. Die Saaten stehen vortrefflich.

— Vor der Präsidentenwahl wurde der Ständeversammlung von **Kurhessen** von dem Vorsitzer des bleibenden landständischen Ausschusses eröffnet, nach einem Schreiben des Ministeriums erkenne dieses fünf Gewählte nicht für zulässig, nämlich die Abgg. Henkel und Sunkel, Beide wegen der gegen sie eingeleiteten Untersuchung, sodann die Abgg. v. Wait, Wippermann und Krause, weil diese Drei nicht von ihren Curien gewählt seien. Der Ausschuß hat aber dieses Ansinnen von der Hand gewiesen und erklärt, hierüber könne nur die Ständeversammlung entscheiden. (H. Bl.)

— Dem Frankfurter Journal wird aus **Marburg** vom 25. Mai geschrieben: „Von hiesigen Bürgern ist eine Petition an die Landstände hinsichtlich der Religionsfreiheit unterzeichnet worden. Dieselbe enthält auch insbesondere eine wissenschaftliche umfassende Kritik des Oberappellationsgerichtserkenntnisses bezüglich des §. 30 der kurhessischen Verfassungsurkunde. Außerdem bittet dieselbe um ein Gesetz, wodurch für alle aus den Kirchen ausscheidenden Glieder für Geburt, Ehe und Tod reine Civilacte eingeführt werden möchten. Einige andere Petitionen werden vorbereitet. — Bekanntlich wurde auch in Kurhessen die sogenannte authentische Interpretation des §. 7 der Karlsbader Beschlüsse vor kurzem publicirt. Hiermit scheint zusammenzuhängen, daß nun auch die Schrift des Prof. Bayrhoffer: «Das wahre Wesen der gegenwärtigen Reformation in Deutschland», welche in Mannheim mit Censur erschien, ein Gegenstand der Anklage geworden ist."

* **Weimar,** 27. Mai. Am 15. April in der neununddreißigsten Sitzung des Landtags wurde, nach Ausweis der Protokolle, über den Militairetat verhandelt und der Militairaufwand, für welchen 144,964 Thlr. gefodert worden, auf 128,439 Thlr. abgemindert. Der Referent brachte zuletzt den Bau einer neuen Militairkaserne, welcher durchaus nicht länger zu verschieben sei, zur Sprache und bemerkte dabei, daß durch Ersparnisse bei dem Militairetat in der letzten Finanzperiode ein Baufonds von 34,000 Thlr. vorhanden und, wenn der ganze Bauaufwand 80,000 Thlr. kosten solle, nur noch für die Aufbringung von 46,000 Thlr. zu sorgen sei. Mehre Abgeordnete hielten den Bau einer neuen Kaserne für durchaus nothwendig und stimmten dafür, daß damit sogleich begonnen werden möge, schon darum, weil bei diesem Bau eine Menge Menschen Erwerb finden könnten; die an dem Baufonds noch fehlende Summe könne einstweilen erborgt oder von der großherzogl. Kammer unverzinslich vorgeschossen werden. Andere konnten sich vor der Hand für den Bau einer neuen Kaserne nicht erklären, weil die Verwendung der Baukosten zur Abhülfe des jetzigen Nothstandes nichts beitragen werde, da die bei dem Baue beschäftigten Arbeiter auch ohnehin ihren Verdienst haben würden; weil die Staatsregierung selbst den Bau gar nicht in Antrag gebracht habe und daher derselbe noch gar nicht so dringend erscheinen dürfte; weil ferner jetzt weder Riß noch Anschlag vorliege und nicht abzusehen sei, warum für den Garnisondienst ein großer Bau erforderlich sein solle, da während der Ernteritzeit die einberufene Mannschaft in der Stadt einquartiert werden könne; weil es im Land auffallen müsse, wenn in den besonders den zweiten und dritten Stand sehr drückenden Zeitverhältnissen eine so bedeutende Summe verwendet werde, und weil endlich die zum Baue nöthigen Mittel noch gar nicht vorhanden seien und es gefährlich sein dürfte, zur Deckung des Fehlenden auf noch zu machende Ersparnisse zu rechnen. Dieser Ansicht trat die Mehrzahl der Stände bei.

⊙ **Frankfurt a. M.,** 26. Mai. Nach den Protokollen des Vereinigten preußischen Landtags werden auch die Fragen über Differentialzölle und Schiffahrtsgesetze des Deutschen Zollvereins Gegenstände der Berathung desselben bilden. Allen, welche an diesen wichtigen Tagesfragen ein besonderes Interesse nehmen und zu nehmen berufen sind, dürfte die vorläufige Benachrichtigung nicht unwillkommen sein, daß sich hier eine kleine Schrift unter der Presse befindet, welche diesen hochwichtigen Gegenstand nach allen Seiten hin erörtert, namentlich alle bisher zur öffentlichen Kunde gelangte Differentialzollsysteme kritisch beleuchtet und mit einem wohl motivirten Urtheil über die ganze Sache schließt. Diese Broschüre ist aus der Feder eines durch praktische und schriftstellerische Leistungen bekannten Staatswirths geflossen, dessen unbefangene Art der Behandlung die vollständigste Uebersicht gewährt und Jeden, der sich berufen fühlt, diese Angelegenheit zu verfolgen, sicherlich nicht unbefriedigt lassen wird. Die Erscheinung dieser kleinen Schrift im Buchhandel steht in wenig Tagen zu erwarten.

— **Vom Rhein** unterm 20. Mai schreibt man der Bremer Zeitung: „Die allgemeinen Theuerungszustände haben zwischen den verschiedenen Regierungen des Zollvereins in der neuesten Zeit wieder zu einem lebhaften gegenseitigen Notenwechsel Anlaß gegeben, in dessen Folge ein baldiger Zusammentritt der Zollconferenz veranstaltet werden soll. Es wird bei derselben ein ganz neues Regulativ in Bezug auf Ein- und

Ausfuhrzölle von Getreide und Lebensmitteln berathen werden, da sich das bis jetzt in Geltung befindliche als sehr mangelhaft darstellt."

Preußen.

Berlin, 28. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 25. Mai wurde zum Anfang über verschiedene Reglementsfragen und über die Fehler in den Mittheilungen der Allgemeinen Preußischen Zeitung Vieles gesprochen, bis es endlich zur Tagesordnung kam. Zuerst ward der Antrag des Abg. Brown auf Aufhebung der Gebühren für Aufenthaltskarten, welchen die Abtheilung nicht befürwortet hatte, von mehr als zwei Dritteln der Versammlung genehmigt. Länger ward über den Antrag des Abg. Starck, die Ermäßigung des Preises für die Gesindebücher betreffend, gestritten. Er wollte in der Regel den Satz auf 2½ Sgr. herabgesetzt; Abg. v. d. Heydt wollte nur 1 Sgr.; die Abtheilung wollte Zurückweisung des Antrags, und in diesem Sinne ward, nachdem der Finanzminister und die Abgg. v. Kunheim, Schauß und v. Manteuffel II. gegen, die Abgg. v. d. Heydt, Meyssen, Gier und Siebig für den Antrag gesprochen, zuletzt entschieden. So weit liegen die Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung über diese Sitzung vor.

×**Berlin**, 28. Mai. Die gestrige Sitzung der zweiten allgemeinen Kirchenversammlung der Deutsch-Katholiken bot Gelegenheit, die in Nr. 145 aufgestellten Parteien kennen zu lernen und in ihrer Stärke und in ihrem Umfange zu prüfen; obgleich die Sitzung von 7 Uhr früh bis 3 Uhr Nachmittags und wieder von 5 bis 8 Uhr Abends währte. Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines Ausschusses, welcher eine allgemeine Kirchenverfassung entwerfen und sie dem nächsten Concil vorlegen soll, eine Verfassung, welche nur die Grundzüge der bisherigen Concilbestimmungen enthalten und feststellen soll, ohne sich in Einzelheiten einzulassen. Dieser Vorschlag fand nach kurzer Berathung Annahme, und man setzte die persönliche Wahl aus, bis über den Vorschlag eines gemeinsamen Vorstandes entschieden sein wird. Eben so leicht einigte man sich über Zeit und Ort des nächsten Concils, welches man 1850 in Frankfurt a. M. abzuhalten beschloß, um dort die inzwischen gelieferten noch dringenden Verfassungsarbeiten zu vollenden und dann regelmäßig in die Folge von fünf zu fünf Jahren einzutreten. Der Kampf begann über die Frage: ob die Geistlichen auf dem Concil stimmfähig seien? eine Frage, die nur aus einer laxen Handhabung der bisherigen Bestimmungen auftauchen konnte. Denn die leipziger Bestimmungen setzen §. 41 fest, daß unter den zum Concil gewählten Abgeordneten ein Drittel Geistliche sein können, womit die Wählbarkeit unzweifelhaft ausgesprochen ist. Der berliner Vorstand aber hatte in seiner Einladung die Abgeordneten der Gemeinden und die Geistlichen aufgefodert, zu erscheinen, woraus denn nicht nur hervorging, sondern sogar klar ausgesprochen war, daß die Geistlichen „geborene" Mitglieder des Concils seien, wie es richtig bezeichnet wurde. Gegen diese Ansicht nun hatte man sich erhoben und von der andern Seite in Frage gestellt, ob die Geistlichen überhaupt stimmfähig seien auf dem Concil, oder ob dieselben nicht vielmehr eine blos begutachtende Commission bildeten. Der Andrang, über diesen Gegenstand zu sprechen, war so groß, daß eine halbe Stunde nöthig war, um die Redner aufzuzeichnen und die Richtigkeit der Aufzeichnung zu controliren. Nun sprachen 17 Geistliche in einem Zug und versicherten alle 17, daß die Geistlichen in der jungen Kirche keinen eignen Stand bildeten, daß sie durch Wahl aus der Gemeinde hervorgingen und in der Gemeinde ständen, folglich eben so viel Recht haben müßten als alle andern Gemeindemitglieder, woraus ihre unbedingte und unbeschränkte Wahlfähigkeit zu jedem Amte wie zum Concil von selbst folge. Unter den 37 folgenden Rednern über diesen Gegenstand erschienen abermals zwölf Geistliche, manche allerdings zum zweiten Male, sodaß im Ganzen 29 geistliche Ansichten denen von acht Laien gegenüberstanden. Merkwürdig war, daß die Laien sämmtlich den Versicherungen der geistlichen Herren nicht sonderlich zu glauben schienen, die principielle Richtigkeit der aufgestellten Sätze zwar anerkannten, aber auf die Geschichte und die in ihr enthaltene Gründung der Hierarchie hinwiesen und die Befürchtung aussprachen, es könne eine ähnliche Erscheinung auch im Schooße der jungen Gemeinschaft entstehen. Ein Redner stellte auch mit schonungsloser Schärfe den Unterschied zwischen Geistlichen und Laien hervor, indem er ausführte, wie der Geistliche der einzige Besoldete in den Gemeinden sei, und seine ausschließliche Wahl, wie man befürchten müsse, das Concil zu einer besoldeten Beamtenversammlung machen werde, die eben so wenig gute Früchte tragen würde als eine besoldete Beamtenkammer; der Geistliche sei ferner der einzige lebenslang Angestellte in den Gemeinden, während Vorstand und Aeltesten wechseln und die Gemeinden die Personen, welche ihren Wünschen und Ansichten entgegen handeln, entfernen können; wie endlich der Geistliche durch den Alleinbesitz des Rechts, geistliche Handlungen zu verrichten und die Kanzel zu betreten, einen Einfluß auf die Gemeinden übe, der seine Wahl fast immer sichere, wenn er gewählt sein wolle, um so mehr, als derselbe stets Zeit zur Reife habe und keine materiellen Verluste durch einen Besuch des Concils erleide, was beim Laien fast stets der Fall sei. Zwar behauptete man andererseits, mit dem Wegfalle des geistlichen Standes falle auch die Alleinberechtigung zu geistlichen Handlungen weg, und diese könne Jeder verrichten, wenn er von der Gemeinde dazu berufen werde; allein man bewies nicht allein, daß dies thatsächlich und nach den Staatsgesetzen nicht wahr sei, sondern aus der Mitte der Geistlichen selbst erhob sich auch der Anspruch auf diese alleinige Berechtigung. Kurz, die Besorgniß, daß sich im Schooße des Deutsch-Katholicismus eine Hierarchie bilden möge, zeigte sich bei der Verhandlung als völlig überflüssig, sie ist vielmehr leibhaftig da und ausgebildeter, als man es nach der kurzen Zeit hätte glauben sollen. Bei der endlich nach etwa dreistündiger Verhandlung erfolgten Abstimmung erkannte man principiell an, daß der Unterschied zwischen Geistlichen und Laien aufgehört habe; daß es aber dennoch bei den Bestimmungen des leipziger Concils bis auf weiteres sein Bewenden haben solle. Ist nun das Verhältniß der Geistlichen zu den Laien auf dem Concil bereits dergestalt angewachsen, daß dieselben trotz der leipziger Bestimmungen bereits 62 Gemeinden — also beinahe die Hälfte — vertreten, und also eine Uebertragung vor der Abstimmung stattfinden mußte, so ist das Schicksal des besprochenen Antrags auf dem nächsten Concil nicht zweifelhaft, und dann: Gute Nacht Laienkirche! Einen eigenthümlichen, aber nicht wohlthätigen Eindruck machte es auf den unbefangenen und unbetheiligten Zuhörer, daß der Geistliche Schell, welcher seines Standes römischer Geistlicher war und noch ist und seit Monaten in den nassauischen und rheinhessischen Gemeinden als Reiseprediger umherzieht, oder gar eine Anstellung in Wiesbaden angenommen haben soll, in allem Ernste geltend machte: er sei kein Geistlicher, sondern vielmehr Gymnasiallehrer, wie dies in seinem Passe stehe. Und dieses Manoeuvre dios, um seine gewichtigere Laienstimme für die Geistlichen zu erheben. Ein junger Geistlicher Hrabowski, welcher erst in jüngster Zeit in Königsberg sich um die Pfarrerstelle beward, folgte dem gegebenen Beispiel und war auch kein Geistlicher, weil er nicht angestellt war. Als Scherz kann man sich solche logische Purzelbäume wohl gefallen lassen; daß die Versammlung aber sie nicht zurückwies, sogar anerkannte, das ist eine betrübende Erscheinung.

Gleich lebhaft und ausgedehnt war die Verhandlung über die Merkmale der Angehörigkeit zur deutsch-katholischen Kirche. Es lag ein Antrag vor, auszusprechen, diese Angehörigkeit sei bedingt durch Anerkennung des Principiellen der Concilbeschlüsse, also der Lehre Christi in der heiligen Schrift, der freien Forschung, der Bethätigung des Christenthums durch Liebe und der ausgedehntesten Duldung. Die Verhandlung verlor sich gleich anfangs von ihrem Gegenstand und drehte sich fast ausschließlich darum, welche Feststellungen wol den Anschluß der freien protestantischen Gemeinden fördern möchten. Auf diesem falschen Gebiete nun maßen sich die Kräfte und Parteien mit Entschiedenheit und oft sogar mit Erbitterung; auf der einen Seite schien es, als ob man sich nicht berufen hielt, für die deutsch-katholischen Gemeinden das Nöthige und Gewünschte festzustellen, sondern nur für die Vereinigung mit den freien Gemeinden zu sorgen; auf der andern wollte man eindämmen und bezwingen, nicht weil ein inneres Bedürfniß dies erheische, sondern um der Masse des Volks schmackhafter zu sein und Baiern und Oesterreich zu gewinnen. Blum hatte wohl Recht, wenn er dieses „Liebäugeln mit den freien Gemeinden oder mit der Masse" eine eben so gesetzlich als moralisch unstatthafte „Proselytenmacherei im Großen" nannte und die Versammlung aufforderte, ihren Beruf zu erfüllen und für die eigne Kirche zu sorgen, unbekümmert darum, ob dadurch Andere gewonnen würden oder nicht. Erst nach 8 Uhr kam es zur Abstimmung, und wie weit auch die Anträge auseinandergelaufen waren, wie weit auch die Parteien von einander entfernt zu sein schienen, so gelang es doch dem Präsidenten Wigard, dessen Leitung man wirklich musterhaft nennen kann, sie zu einigen. Die Fassung: die Angehörigkeit zur deutsch-katholischen Kirche liegt in der Anerkennung der Grundsätze und Verfassung, die vom Concil aufgestellt werden, fand einstimmige Annahme, und dieses unerwartete Ergebniß rief eine so freudige Stimmung hervor, daß man sich gegenseitig mit Beifallklatschen begrüßte, in welches auch sogar die Zuhörer einstimmten. Diese sind bei den Verhandlungen nicht zahlreich vorhanden, aber viele betheiligen sich mit großer Treue und Theilnahme an den Verhandlungen; selbst einige höhere Offiziere kehren regelmäßig wieder; der überwiegende Theil der Zuhörer aber besteht aus Damen aus den höhern Ständen.

* **Berlin**, 27. Mai. Unsere Landtagsmittheilungen sind in der That so ausführlich und ins Einzelste eingehend, daß sie uns keinerlei Ausrufung, keinerlei Lärm und Beifalls- oder Mißfallszeichen erlassen. Ob bei der Abmessung der verschiedenen Grade der letztern Expectorationen die Herren Stenographen allemal mit vollster Unbefangenheit verfahren, lassen wir dahingestellt sein; aber manchmal kommt es uns doch vor, als müsse noch etwas in den Berichten fehlen. Es entsteht manchmal Lärm, ein Durcheinanderschreien, es wird von Geräusch, von gewaltiger Aufregung, von fortwährendem fruchtlosen Läuten mit der Glocke berichtet, ohne daß sich im mindesten ersehen ließe, woher auf einmal solcher Tumult gekommen. Es mag denn doch die Verhandlung in einer so großen und zum Theil auch nicht an Dergleichen gewöhnten Versammlung ihre Schwierigkeit haben, und dies bei dem mangelhaften, zum Nichtverstehen und Mißverstehen so viel Anlaß gebenden Local um so mehr. Daraus erklären wir uns auch zumeist jene räthselhaften Erscheinungen. Im Uebrigen haben wir nichts daran auszusetzen, daß die Versammlung die Weitschweifigkeiten und Abschweifungen mittelmäßiger Redner etwas un-

ter die Controle ihrer „Unruhe“ nimmt, und sie verfährt nicht ohne Takt dabei. In England versteht man das bekanntlich auch recht gut. Aber wir sehen es allemal mit Betrübniß, wenn der Lärm lediglich durch die Meinungsverschiedenheit erzeugt scheint und nicht der Form, sondern der Sache gilt, gegen welche lediglich mit Gründen zu streiten Jeder sich zur Ehrenpflicht machen sollte.

Königsberg, 26. Mai. Gestern früh zeigten die am Pregel liegenden Vorstädte, auf denen sich die meisten Getreidespeicher befinden, das Bild einer alarmirten Stadt. Die dort befindlichen Wachen waren verstärkt und von Offizieren befehligt, die Mannschaften mit scharfen Patronen versehen. Die Bedienungsmannschaft der reitenden Artillerie war zusammengezogen, um als Cavalerie verwendet zu werden; sie hatte schon Morgens 4 Uhr im Fort Friedrichsburg Pistolenmunition erhalten und war nach einer kurzen kräftigen Ermahnung, ihre Schuldigkeit zu thun, im vorstädtischen Speicherrevier aufgestellt, während die Fußartillerie, Kürassiere und Infanterie, mit Munition versehen, zum augenblicklichen Ausrücken consignirt waren. Stabsoffiziere durchritten mit ihren Adjutanten und Ordonnanzen die Straßen, und die Polizei war an den frequentesten Passagen concentrirt. Alle diese Vorsichtsmaßregeln waren getroffen worden, weil die hiesigen Kaufleute bei der Regierung mit der Bitte eingekommen waren, sie in ihrem Rechte zu schützen, das ihnen die hiesigen Sackträger verkürzen wollten, indem sie, wie bereits (Nr. 145) mitgetheilt, am 19. Mai es schon verhindert hatten, daß das Getreide aus den Fahrzeugen unmittelbar in die Schiffe verladen werden konnte, und diese Demonstration gestern auf erstere Weise wiederholen zu wollen erklärt hatten. Am 19. Mai hatte der Polizeipräsident durch sein persönliches Erscheinen in der Mitte der Arbeiter den Sturm beschworen, gestern wurden die erwähnten imposanten Streitkräfte, Gott sei Dank umsonst, den drohenden Arbeitern gegenüber entwickelt. Obgleich sich etwa 2- bis 300 derselben in der Nähe ihrer Herbergen versammelt hatten, blieben sie ruhig und gingen später an ihre verschiedenartigen Arbeiten ohne die geringsten Excesse zu begehen.

— Der Polizeipräsident von Berlin, Hr. v. **Puttkammer**, erklärt unterm 27. Mai:

„Ein auswärtiges Blatt meldet, unter Zusammenstellung dieser Nachricht mit einer neulichen Erklärung des Hrn. Landtagskommissärs über das Postgeheimniß: ein Abgeordneter der Provinz Preußen, v. K., sei zu mir geladen und über einen ihm in Abschrift vorgelegten Brief vernommen worden, welchen er bald nach Beginn des Landtags nach Königsberg geschrieben haben sollte. (Nr. 146 aus der Karlsruher Zeitung.) Ich erkläre diese Nachricht hierdurch für durchaus unwahr, indem ich zugleich ein für alle Mal gegen jede Nennung meines Namens in Verbindung mit dem Postgeheimniß auf das bestimmteste protestire.“

— In der Stadt **Stolpe** brannten am 23. Mai 83 Gebäude vollständig nieder.

Oesterreich.

Die augsburger Allgemeine Zeitung sagt: „Wir erhalten von Seiten der Botschaft der hohen Pforte in Wien folgende Mittheilung:

«Die freundschaftlichen Gesinnungen des österreichischen kaiserlichen Hofs gegen die hohe Pforte, das rührende Beispiel der Religiosität des allerhöchsten Kaiserhauses konnten ihre mächtigen Wirkungen auf die treuen Unterthanen unmöglich verfehlen. Der gefertigte Botschafter am kaiserl. Hofe kann nicht umhin, einen ihm persönlich gewordenen höchst schmeichelhaften und rührenden Beweis dieses segensreichen Einflusses zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Mehre achtungswerthe Bürger der Vorstadt Landstraße (in welcher der Gefertigte wohnt) haben aus eigenem Herzenstriebe dem Gefertigten ihre lebhafte Freude und Rührung über das segenverheißende Ereigniß der Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhl und der hohen Pforte, wobei der Gefertigte die Ehre hatte, seinen erhabenen Souverain zu repräsentiren, in einer ihm eingehändigten Zuschrift niedergelegt, auch eine Serenade veranstaltet, wobei sich das Publicum in Tausenden vor seinem Palaste versammelte. Sollte es Ihnen gefallen, dieses Factum in Ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen, so würde sich der Gefertigte um so mehr freuen, die Veranlassung zur Kundgebung von Gesinnungen gewesen zu sein, von denen zu wünschen und vorauszusetzen ist, daß alle Unterthanen Sr. k. k. apostol. Maj. davon durchdrungen sein mögen. **Schekib-Efendi**, Botschafter am k. k. österreichischen Hofe.»

Die erwähnte Adresse lautete:

«Ew. Excellenz! Der Drang unserer Herzen führt uns hierher. Das glückliche Ereigniß, welches in der Weltgeschichte noch nicht verzeichnet ist, jenes glückliche Ereigniß, wodurch die hohe Pforte dem Oberhaupte der katholischen Christenheit eine so freundschaftliche Annäherung erwiesen hat, hat unsere Seele mit Freude und Dank erfüllt. Ew. Exc. wurden von höchstdero erhabenem Souverain zur Vermittelung derselben auserwählt, und die öffentlichen Blätter haben es den Völkern verkündet, auf welch zarte und hoch edle Weise Ew. Exc. dies ausgeführt und das freundschaftliche Band angeknüpft haben; die öffentlichen Blätter haben es verkündigt, welch persönliche Zuneigung und Liebe Ew. Exc. unserm geliebten heiligen Vater Pius IX. bewiesen haben. Unsere Seele brach in lauten Jubel aus, als wir es lasen. O empfangen Ew. Exc. dafür den Ausdruck unserer tiefsten Verehrung und unsers heißesten Dankes. Nie wird dieses Dankgefühl in unsern Herzen erlöschen. Möge Gott diese freundschaftlichen Gesinnungen Sr. Maj. des erhabenen Kaisers der Osmanen stets erhalten und dieses freudige Ereigniß zum Glück unserer christlichen, höchstdessen Scepter unterworfenen Mitbrüder gereichen lassen. Wollen aber auch Ew. Exc. unsere demüthige Bitte nicht verschmähen und gnädigst geruhen, das angefangene glückliche Werk in Dero hoher Stellung zu fördern und zu vollenden. Wir sind einfache Bürger und haben nicht die Kenntniß der schönen Rede, aber was wir sagen, kommt aus dem Innersten unsers Herzens. Gott segne Se. Maj. den gnädigsten Kaiser Abdul-Medschid, Gott segne Ew. Exc.! Ew. Exc. Wien, im April 1847. Unterthänigste.» (Folgen die Unterschriften.)

Se. Exc. Schekib-Efendi entwortete darauf:

«Hochgeehrte Herren! Ihr heutiges Erscheinen bei mir und die Aeußerungen Ihrer herzlichen Freude und Erkenntlichkeit verursachen mir das innigste Vergnügen, womit ich den Ausdruck meines Dankes verbinde und mich sehr glücklich schätze, bei diesem Anlasse die Versicherung hinzufügen zu können, daß, da Se. Maj. mein erhabener Herr und Monarch, Sultan Abd-ul-Medschid-Khan, der wohlmeinende Freund aller christlichen Mächte ist, höchstselbst auch gegen Ihren heiligen Vater Se. Hoh. den Papst natürlich immer gleich freundliche Gesinnungen bezeigt, und daß höchstdessen kaiserlicher Wunsch und Wille, dieses officiell und öffentlich zu bethätigen, erstens aus höchstdessen über seine erlauchten Vorfahren erhabenen Eigenschaften, der Milde und Großmuth, und zweitens aus den von Sr. Hoh. dem Papste seit dessen Thronbesteigung durch die That bewährten und allgemein gepriesenen ruhmwürdigen Benehmen und Handlungen rühren. Ein so beispielloses und für beide Staaten heilbringendes Ergebniß liefert einen neuen und sprechenden Beweis der Achtung und der Rücksichten, welche mein erhabener Monarch für alle christlichen Mächte nicht minder als für die im osmanischen Reiche befindlichen christlichen Bewohner und Unterthanen hegt, und wie sehr er letztern sämmtlich kaiserliche Gerechtigkeit und Huld angedeihen läßt, worüber kein Zweifel obwalten kann. Daß die hohe kaiserliche Wahl zu Aufträgen nach Rom auf mich gefallen, verdanke ich nächst der göttlichen Gnade der Gunst meines Monarchen, und werde dieselbe zu preisen nie aufhören. Ihre mir bezeugte Freude hierüber macht mich stolz und glücklich, und ich beehre mich, Ihnen diese aufrichtige Versicherung zu wiederholen.»

— In den Bestimmungen des **Testaments** des Erzherzogs **Karl** werden dem Vernehmen nach mit Genehmigung des Kaisers einige Modificationen eintreten. Das Vermögen des Verblichenen soll sich nämlich, nach Abzug der Passiven, auf nicht mehr als 15 Mill. Fl. belaufen, wodurch die Auszahlung der ausgesprochenen Legate an die jüngern Geschwister von Seiten des Majoratserben drückend gemacht würde. (Oder-Z.)

— Aus **Wien** vom 22. Mai schreibt man dem Nürnberger Correspondenten: „Die Ernennung des Gouverneurs von Illyrien, Frhrn. v. **Weingarten**, zum Präsidenten der vereinigten Hofkanzlei, d. h. des eigentlichen Ministeriums unserer innern Angelegenheiten, wird hier als ein bezeichnendes Ereigniß angesehen. — Zuverlässigem Vernehmen nach dürfte die Errichtung des **Censurcollegiums** demnächst stattfinden. Man will nicht hinter dem übrigen Deutschland zurückbleiben und etwas für das Institut der Presse thun. Ob indeß die zu erwartenden Bestimmungen blos den Geschäftsgang oder die Grundsätze der Censur betreffen werden, darüber weiß man noch immer nichts Bestimmtes, ist jedoch mehr Jenes zu glauben geneigt.“

Spanien.

Alle madrider Blätter vom 20. Mai stimmen darin überein, daß die Minister mit ihren Bitten beim **Könige**, derselbe möge wenigstens in einem und demselben Palaste mit der **Königin** residiren, kein Glück gehabt haben. An diese Palastfrage, wie man die Sache schon heißt, glaubt man, werde sich ein **Cabinetswechsel** knüpfen, und Manche sehen ein aus Moderados gebildetes mit dem Herzog v. Valencia an der Spitze, Andere dagegen ein progressistisches Ministerium voraus. Es fanden in diesen Tagen wiederholt Ministerberathungen statt, und ein Gerücht geht bereits so weit, von der gestern Abend eingesendeten Dimission des Cabinets zu erzählen. Ueberhaupt wimmelt es von Gerüchten der seltsamsten Art. Sie lassen die Königin guter Hoffnung sein, und doch soll gleichzeitig die Königin den Ministern die Frage der Scheidung von ihrem Gemahl vorgelegt, und im Falle sie derselben nicht beiträten, mit Berufung eines durchaus progressiven Ministeriums gedroht haben. Die Minister hätten in Folge dessen sich mit mehren hohen Prälaten darüber berathen. Von Hrn. Mon's Blatte, dem Faro, wird behauptet, die Königin habe sich nun auch mit ihrem Oheim und Schwiegervater und der Infantin Josephe überworfen. Eine andere Sage läßt den König auf die Scheidung dringen, und wieder von anderer Seite wird gar von der geäußerten Absicht der Königin gesprochen, zu Gunsten ihrer Schwester, der Herzogin von Montpensier, abzudanken. Sogar von besonders vertraulichen Beziehungen des französischen bevollmächtigten Ministers mit Hrn. Salamanca, dem Finanzminister, wird neben jener Sage bedeutsam erzählt. Die Spannung auf die Dinge, welche kommen sollen, wird von alle Dem freilich sehr genährt. In Aranjuez hat es inzwischen eine Rauferei zwischen den dort garnisonirenden Jägern und einem Bataillon des Regiments Reina gegeben, welche über unehrerbietige Aeußerungen von Soldaten der erstern Truppe über eine hohe Person hergekommen sein soll. Zur Zeit hatte der König den Pardo, die Königin Aranjuez noch nicht verlassen; die Letztere ward jedoch bald in Madrid erwartet. Unter den in Aranjuez verweilenden Fremden bemerkt man den Bruder des Grafen **Pahlen**, russischen Botschafters in Paris. Aus **Catalonien** wird mit erneuter Bestimmtheit gemeldet, daß allerdings Mosen Benet Tristany gefangen genommen worden sei und Oberst Buceras Befehle erwartete, wie gegen denselben verfahren werden solle, sowie daß in Manresa die Leiche eines zweiten vorzüglichen Carlistenführers, des

unter dem Namen Ros de Croles bekannten Porreden, eingebracht worden sei.

Großbritannien.

London, 24. Mai.

Das Morning Chronicle bemerkt gegen Diejenigen, welche die Stelle eines Lordlieutenants von Irland für überflüssig ansehen, daß sie dieses nicht darum sein könne, weil Lordlieutenants keinen sehr wichtigen Einfluß in Irland geübt hätten oder üben könnten. Die Verwaltung des Earl of Besborough würde Dem allein widersprechen. Die Wahrheit sei, daß die Stelle so nützlich oder so überflüssig sei, wie der Inhaber derselben sie mache. Ihre Aufhebung sei auch keineswegs eine so einfache Frage, wie sie Hrn. Hume erschienen. Seit Jahrhunderten wären britische Staatsmänner mit der Thatsache vertraut, daß die Irländer den Glanz des Königthums und die Regierung durch große Männer liebten. Von bloßen Nützlichkeitsberechnungen ließen sie sich nicht leiten. Um auf den Volkswillen Einfluß zu üben, müsse man Gefühl und Phantasie oft in Anspruch nehmen. Lord Clarendon werde sicher nicht eingewilligt haben, Lordlieutenant zu werden in der Voraussetzung, daß er keine Pflichten zu erfüllen habe als solcher. Wie der Earl of Besborough diese Stelle zu nützen gewußt, werde von Männern aller Parteien eingestanden, und nichts könne unwahrscheinlicher sein, als daß sein Nachfolger das Amt angenommen habe, um den Beweis zu führen, daß mit seiner Aufhebung nichts verloren werde.

— Aus **Dublin** wird vom 22. Mai gemeldet, daß die aus den Provinzen eingehenden Nachrichten sich endlich etwas günstiger gestalten, obgleich sie noch immer trübe genug lauten. Die unter dem neuen Armengesetze aufzulegenden Armensteuern werden manche Bezirke hart treffen, und die Landlords klagen laut über die sie angeblich ruinirende Unterstützung der Armen außerhalb der Armenhäuser. Indessen ist es ihr Fehler, wenn sie es zur Zwangssteuer kommen lassen, da ja die Armencommissare bereit sind, überall, wo freiwillig auf einmal die Hälfte der erforderlichen Mittel zur Armenpflege aufgebracht wird, die andere Hälfte vorzuschießen. In einigen Bezirken hat man diesen Weg eingeschlagen.

— Die Abführung der Leiche des Earl of Besborough aus dem Schlosse zu Dublin nach der Eisenbahnstation Kingsbridge hat am 21. Mai unter außerordentlichen Feierlichkeiten stattgefunden. Von da wurde der Sarg im Geleite der Hauptleidtragenden von einem nur aus zwei Wagen bestehenden Zuge nach Carlow gebracht, wo er nach 6 Uhr anlangte und auf einem sechsspännigen Trauerwagen, gefolgt von einem neuen Trauerzuge und berittenen Escorten, durch Carlow, Gowran, Thomaston nach Besborough gebracht ward. Hier sollte die Leiche bis 24. Mai auf dem Paradebette liegen und dann im Familienbegräbnisse der Ponsonbys zu Piltown beigesetzt werden.

— Das Dampfschiff Bulldog ist gestern mit Depeschen vom auswärtigen Amte von Portsmouth nach Lissaben abgesegelt.

— Die beabsichtigte Vergrößerung der Börse in Manchester ist nun begonnen. Mit einem auf 70,000 Pf. St. veranschlagten Aufwande wird der jetzt 5500 Quadratfuß haltende Raum derselben auf 14,400 Quadratfuß erweitert werden.

— Der jährliche Ball des literarischen Vereins der Polenfreunde hat in Willis' Rooms abermals stattgefunden. Es waren an tausend Personen anwesend, und die dabei getragenen Costumes gaben der Gesellschaft ein sehr belebtes Ansehen. Das Tanzen war für einen großen Theil nicht möglich, so voll waren die Säle. Unter den ausgezeichneten Theilnehmern befand sich auch Prinz Ludwig Napoleon.

— Der Großfürst Konstantin ist chegestern Abend in Mivart's Hotel von Woolwich eingetroffen, wo er von dem Black Eagle landete und eine Marinecompagnie mit Fahne und Spiel ihn als Ehrenwache erwartete. Eine dazu aufgefahrene Feldbatterie gab dabei eine königliche Salve. Zwei vierspännige Hofwagen brachten den Großfürsten mit dem Admiral Lütke, dem Baron Friedericks und seinem übrigen Gefolge nach der Hauptstadt, wo der russische Gesandte Baron Brunnow ihn erwartete. Prinz Albert hatte, ehe er nach Claremont ging, seine Reitpferde zur Verfügung des Großfürsten gestellt.

○ **London**, 23. Mai. Die preußische Regierung scheint mit der formellen Aufkündigung des Vertrags vom 3. März 1841 zu zögern, obgleich Baron Canitz die Absicht einer solchen zu erkennen gegeben hat. Die Sache mag darin liegen, daß, wenn Jemand bei dem Erlöschen des Vertrags verliert, dieses Preußen sein wird, sicherlich nicht England. Das londoner Handelsamt schreibt diesem Vertrage wenig oder keinen Werth für die englischen Interessen zu. Im Jahr 1846 sind nicht mehr als vier englische Schiffe, die direct von dritten Ländern kamen, in preußische Häfen gefahren, die einzigen, welche der Zollverein besitzt, eins nämlich von Bahia, eins von Messina, eins von Bremen und eins von Bergen kommend, und sie alle zusammen hatten nur 530 Tonnen. Der so gänzlich unerhebliche Vortheil, den ein solcher Handel bringen kann, erklärt zur Genüge die Gleichgültigkeit der englischen Regierung in Betreff der Erneuerung des Vertrags.

Frankreich.

Paris, 25. Mai.

Der Finanzminister Hr. Dumon übergab der Deputirtenkammer gestern in Vertretung des durch Unpäßlichkeit immer noch fern gehaltenen Ministers des Innern, Grafen Duchatel, einen Gesetzentwurf über Verlängerung der Gesetze, welche den Aufenthalt fremder Flüchtlinge in Frankreich betreffen. Sodann wurde durchs Loos die große Deputation bestimmt, welche im Namen der Kammer dem Leichenbegängnisse des verstorbenen Deputirten Hrn. Gauneron, Chefs eines großen Bankhauses in Paris, beiwohnen wird. Auf der Tagsordnung war die Berathung von Hrn. Glais-Bizoin's Vorschlag über Einführung eines gleichmäßigen Briefportos. Man wendete von mehren Seiten die Unbilligkeit davon ein und wollte Portosätze nach Zonen. Für die Nothwendigkeit einer Reform waren die meisten Redner. Die Debatte wurde vertagt, als der Finanzminister das Wort nehmen wollte.

— Der Siècle schreibt, in legitimistischen Kreisen werde seit einiger Zeit viel geklagt über eine umfängliche Correspondenz des Herzogs von Bordeaux mit einem seiner Agenten in Frankreich, welche der Polizei durch die Indiscretion von Jemand in die Hände gefallen sei, dem sie vorübergehend in Verwahrung gegeben war.

— Wie der Moniteur algerien vom 20. Mai berichtet, ist die Expeditionscolonne, welche unter den Befehlen des Generalgouverneurs Bugeaud nach Bugia aufgebrochen, am Morgen des 14. Mai am Dschebel-Rediala angelangt. Bis dahin war die Colonne auf keinerlei Hindernisse gestoßen; es waren Unterhandlungen mit Si-Djudi, dem Häuptlinge der auf dem nordöstlichen Abhange des Ju-jura ansässigen Kabylenstämme, angeknüpft. Der Gesundheitszustand der Truppen ließ nichts zu wünschen übrig. Marschall Bugeaud gedachte zwischen dem 20. und 22. Mai vor Bugia einzutreffen. — Aus Oran wird mitgetheilt, daß Abd-el-Kader sich seit längerer Zeit wieder bei seiner Deira an den Ufern der Malouia befand und mit keinem Angriffsproject umzugehen schien.

— Aus **Nantes** wird nach Mittheilungen von der Insel Bourbon vom 14. Febr. geschrieben, daß man dort den totalen Verlust der Kriegssloop Berceau von 30 Kanonen und 250 M. Besatzung besorgte. Sie war im December mit der Fregatte Belle Poule nach St.-Marie auf Madagaskar abgegangen und von einem Orkan betroffen worden, der auch der Fregatte Schaden zufügte. Von dem andern Schiffe hatte man seitdem nichts wieder gehört und gesehen.

— Der Courrier français will von Otaheiti wissen, daß nach erfolgter Proclamirung der Königin Pomaré unter französischem Protectorate viele englische Familien Anstalt trafen, die Insel zu verlassen, um nicht unter dem Protectorate zu leben. Die Methodistenmissionaire wollten jedoch das Feld nicht räumen. Sie gingen den britischen Admiral der Station im Stillen Meer um provisorische Ernennung eines britischen Consuls an, der sich britischer Unterthanen erforderlichenfalls annehmen könne; der Admiral habe sich jedoch nicht dazu befugt gehalten.

Paris, 25. Mai. Es ist für die Ruhe von Frankreich und die Sicherheit von Europa von Wichtigkeit, daß die conservative Politik sich behaupte und befestige. Die parlamentarischen Combinationen haben nur insofern Werth, als sie mehr und minder zu diesem Zwecke beitragen. Daher kommt es, daß unsere jüngste ministerielle Krisis die öffentliche Meinung nicht beunruhigte. Man fühlte, daß es sich nicht um einen Systemmechsel handele. Es ergibt sich, daß die Majorität nicht gewechselt hat, daß sie Dasselbe noch will, dieselben Führer anerkennt. Wenn sie sich nicht auf Nebenfragen oder Angelegenheiten persönlichen Ehrgeizes wirft, wird die Opposition keinen Erfolg, keine Kraft erlangen. Als Häupter ihrer Partei und im gegenwärtigen Augenblicke allein möglich am Ruder erhalten, werden die HH. Guizot und Duchatel sich behaupten, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: erstens die, in vollkommenem Einklange zu handeln, und zweitens dem Ministerium die administrative Thätigkeit zu verleihen, die es nicht genug besaß, und zugleich das politische Zusammenhalten aller Männer der Majorität in großen wie in kleinen Dingen zu überwachen. Hr. Guizot hat bei viel schwierigern parlamentarischen Bewegungen so viele Geschicklichkeit bewiesen, daß man berechtigt ist zu hoffen, er werde dem Bedürfnisse der dermaligen Lage ebenfalls vollständig zu genügen wissen. Symptome intelligenter Thätigkeit sind schon wahrzunehmen. Hr. Guizot hat einen Gesetzentwurf über eine neue Organisation der Criminalgerichte in den Colonien an die Kammern gebracht. Die nützliche Reform hat eine gute Aufnahme gefunden. Sie wird den scandalösen Uebelständen und ungestraft gebliebenen Gewaltsamkeiten ein Ende machen, welche bei einer kürzlichen Debatte in der Deputirtenkammer, während Hr. de Mackau so beklagenswerthe Schwäche bewies, zur Sprache kamen.

Nach anderer Seite hat die Majorität begriffen, daß sie, um ihre Kraft zu beweisen und zu behaupten, keine Concessionen an die Opposition, an die Vorurtheile und subversiven Gewohnheiten derselben machen dürfe. Sie hat daher in allen Bureaux die öffentliche Vorlesung eines Vorschlags des Hrn. Berville verweigert, welche darauf hinausging, den öf-

fentlichen Beamten das Klagerecht vor dem Civilgericht wegen Verleumdung und Schadenersatz zu nehmen und sie vor die Assisen damit zu verweisen. Von der Commission über den Gesetzentwurf zur Verbesserung des Primairunterrichts ist einer von den ausgezeichnetsten Männern der Majorität, der Präsident Plougoulm, zum Berichterstatter ernannt worden. In alle Dem spricht sich eine gewisse Festigkeit aus. Es war Zeit, daß die Conservativen mehr Entschlossenheit zeigten.

**Paris, 25. Mai. Wäre der Grund, ich will sagen der Vorwand, mit dessen Hülfe die Post- wie jede andere finanzielle Reform ein Jahr um das andere von der Regierung abgewiesen wird; wäre dieser Vorwand der sogenannten Opportunität ein erst heute von der Regierung aus ihrem Organ entdeckter, dann könnte man allerdings begreifen, daß das Jahr 1847, in welchem man eine finanzielle Krisis durchgemacht, ohne sie noch verdaut zu haben, nicht der glücklich gewählte Zeitpunkt für eine Postreform ist. Allein im Jahre 1845, als nach der Versicherung des Journal des Débats die Finanzen Frankreichs in beneidenswerthem Wohlstande waren, hatte der damalige Minister gegen denselben Vorschlag denselben Einwand; damals nach einer gesegneten Aernte, nach einem bedeutenden Aufschwung des Handels und der Industrie, damals, wo weder meteorische noch politische Störungen drohten, glaubte Hr. Lacave-Laplagne eben so wenig als heute sein Nachfolger ohne Gefahr für den Staatsschatz die beantragte Maßregel annehmen zu dürfen. Es hat also mit diesem Einwande nicht viel auf sich, wenn er auch an und für sich heute mehr als je eine Wahrheit ist. Die Finanzverwaltung gehört jener verrosteten Schule an, die über das plus und minus sich nicht erheben kann und daher, so oft von einer Reform die Rede ist, die ihr Departement nah oder fern berührt, in einem Kreise sich herumdreht: sie kann keine Reformen vornehmen, weil das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben noch nicht hergestellt ist, und sie kann dies Gleichgewicht nicht herstellen, weil die Reformen, welche einerseits die Verwaltungskosten vermindern, andererseits durch einen der Betriebsamkeit gegebenen Aufschwung die Einnahmen vermehren könnten, in dem Augenblicke nicht ausgeführt werden können. In der Kammer ist diese Schule nur zu zahlreich vertreten und findet in Hrn. Muret de Bort einen wackern Vorkämpfer. Den Deputirten von Chateauroux (Département Indre) ergreift ein unsaglicher Schauer bei dem Gedanken irgend einer Neuerung im Departement der Finanzen; er kennt keinen höhern Grundsatz für diesen Zweig der Staatsverwaltung als das Noli me tangere. Er will heute nichts von der Postreform wissen und wird sie morgen wie übermorgen eben so entschieden zurückweisen. Unter der Restauration gab es Anhänger des Königthums, die für den König eine noch größere Gewalt in Anspruch nahmen, als er selbst wünschte, ils sont plus royalistes que le roi lui-même, sagte man von ihnen; Hr. Muret hat mit dieser übrigens noch nicht ausgestorbenen Race keine geringe Geistesverwandtschaft. Er ist aller und jeder finanziellen Reform ein für alle Mal entgegen, während der jeweilige Finanzminister liebenswürdig genug ist, diese oder jene Neuerung nur für diesmal zu bekämpfen.

Es wäre übrigens nicht ganz unmöglich, daß diesen an sich gewiß sehr lobenswerthen Besorgnissen um den Staatsschatz unvermerkt und unwillkürlich Besorgnisse für den eignen Haushalt des genannten Deputirten sich beigesellt haben. Hr. Muret de Bort ist Fabrikant und gehört daher, wenn auch nicht natürlicher, doch herkömmlicherweise zu den heftigsten Gegnern der Zollreform. In einigen Wochen aber dürfte jener Gesetzvorschlag zur Erörterung gelangen, den die Anhänger des Prohibitivsystems „eine gefährliche Zollreform" nennen. Daß Hr. Muret de Bort sie bekämpfen wird, versteht sich von selbst; mit welchem Gewissen könnte er aber dies thun, wenn er einige Zeit vorher es gleichgültig angesehen hätte, wie man die Einkünfte des Staats schmälert? Er, der seine eignen Einkünfte nicht bedrohen lassen will, er muß wol in seiner ehrlichen Consequenz die Hülfsquellen des Staatsschatzes gegen jede Gefahr schützen. Wir sind zwar weit entfernt, behaupten zu wollen, daß die Sorgfalt um seine eigne Fabrik die Sorgfalt des Deputirten um die Fabrik des Finanzministers rege gemacht, wir glauben blos, daß eine solche Wechselwirkung wenn sonst keinen, doch wenigstens einen psychologischen Zusammenhang hat. Ueberlassen wir jedoch Hrn. Muret de Bort seiner Angst und sehen wir, ob die Gefahr wirklich so groß ist, den Vorschlag in diesem Jahre anzunehmen, da sich für das Princip einer Postreform in der Kammer eine beträchtliche Mehrheit findet und die Discussion sich nur um die Frage bewegt und bewegen kann, ob es rathsam sei, unter den gegenwärtigen finanziellen Zuständen sofort sie anzufassen.

Wäre die Annahme des Vorschlags von der Deputirtenkammer gleichbedeutend mit der Ausführung der Maßregel, dann könnten allerdings die augenblicklichen Zustände dagegen als Hinderniß angerufen werden. Dem ist aber nicht so, denn selbst in dem Falle, daß die Kammer den Entwurf votirt, wird derselbe dennoch im Laufe dieses Jahres noch nicht Gesetzeskraft erhalten. Die Session ist zu weit vorgerückt und die Pairskammer mit rückständigen Arbeiten zu überhäuft, als daß es wahrscheinlich wäre, daß diese ihn ebenfalls im Laufe dieser Session erledigte. Und selbst dann, wenn das in dem einen Hause angenommene Gesetz im andern Hause noch erörtert würde, ist es eben nicht ausgemacht, daß es ohne alle Veränderung durchgehe. Jede am Vorschlage angebrachte Veränderung in der Pairskammer bedingt aber dessen Rückreise in die Deputirtenkammer, worauf er von neuem alle Stadien der Prüfung durchmachen muß, was in keinem Falle noch dieses Jahr geschehen kann. Es ist somit gar keine Gefahr vorhanden, wenn die Postreform sofort von einer der gesetzgebenden Versammlungen angenommen wird; ein solches Ergebniß bietet im Gegentheil den Vortheil, daß sie auf dem künftigen Landtag einer Erledigung gewiß ist. Würde auch im künftigen Jahre noch der Stand des Staatsschatzes es nicht erlauben, das Gesetz zu sanctioniren, dann ist es Sache des Cabinets, der Krone zu rathen, daß sie diese Sanction noch vorenthalte.

Italien.

*Rom, 17. Mai. Je entschiedener die Reformplane Pius' IX. den Polizeistaat des vorigen Pontificats zurückzudrängen suchen, desto freier wird die Haltung und der Gang unserer socialen Verhältnisse. Die Ueberwachung des Einzelnen durch geheime Polizeiagenten und was dergleichen Plackereien mehr waren hört immer mehr auf, fühlbar zu sein. Die Sonne scheint Guten und Bösen; wäre Dem nicht also, so müßte es betrüben, zu sehen, daß die Schlechten, d. h. hier die Obscuranten, von dieser anhebenden Freiheit, den landesväterlichen Absichten des Papstes trotzend, den meisten und zwar einen schlechten Gebrauch machen. Pius IX. hat viele Feinde im Cardinalcollegium, und wer in Neapel „Es lebe Pius IX.!" auf der Straße ruft, wird von der Polizei ohne weiteres als ein politisch Verdächtiger sequestrirt; was Wunder, wenn sich eine Partei im Kirchenstaate von jenen Cardinälen und der neapolitanischen Regierung imponiren läßt! In diesen Tagen schmuggelten ihre wohlbezahlten Agenten eine Kiste, deren Aeußeres einem zufällig anwesenden Beamten verdächtig schien, bis in eine Vigna vor der Porta del Popolo. Sie ward von Mauthbeamten geöffnet und rechtfertigte den Schritt des Finanzbeamten, denn sie enthielt mehre Hundert Exemplare von Flugschriften des schimpflichsten Inhalts und voll der niedrigsten Verleumdungen gegen Pius IX. Die Pamphlete hatten ohne Ausnahme auf dem Titel den Druckort Viterbo, wonach sie also im Kirchenstaate selbst vom Stapel gelassen wären. Sehr möglich, daß man den in Rom herum vagabundirenden Emissaren der Propaganda des Obscurantismus in Folge dieser Veranlassung etwas näher auf die Spur kommt. Daß ein so außerordentlicher Mann wie der regierende Papst in den Machinationen seiner Gegner und in objectiven Schwierigkeiten nur einen Sporn zum Weiterschritt, keine entmuthigende Kraft fühlt, das braucht wol nicht erst gesagt zu werden. Mit Spannung sieht man der Veröffentlichung jener vom Papste bekanntlich angeordneten Revision der finanziellen Zustände der Klöster und anderer milden Stiftungen im Kirchenstaat entgegen; sie soll in kurzem erfolgen. Absicht der Regierung ist, nicht allein die wenig bevölkerten Conventе, sondern auch die stark frequentirten theilweise oder ganz gewissen weltlichen Dikasterien künftig als Arbeitslocale zu überweisen und in dieser Weise jährlich eine Summe von mehr als einer halben Million Scudi zu ersparen, welche das Land noch in diesem Augenblick als Miethzins für die von jenen Dikasterien benutzten Bureaux aufzubringen hat. Mehre Mönchsklöster, unter ihnen der reiche und weitläufige Convent der Augustiner an der Via della Scrofa, wurden in dieser Absicht von einer Regierungsbaudeputation in diesen Tagen besucht und vermessen; man begreift, unter welchen offenen und verhaltenen, grimmigen und demüthigen Remonstrationen und Reluctanzen ihrer Bewohner.

Der Papst fährt fort, durch persönliche Theilnahme sein Interesse für die Besserung der bisher hier im höchsten Grade vernachlässigten Erziehung und moralischen Bildung des ärmern Volks zu bethätigen. Unangemeldet erschien er nur von zwei Geistlichen begleitet ganz kürzlich in der Mitte einer Menge Knaben, die in einem Asyle bei der Kirche der Heiligen Vitus, Modestus und Crescentius für die erste Communion auf den nächsten Tag vorbereitet wurden. Pius IX. prüfte Diesen und Jenen und fragte dann im Allgemeinen: „Für wen werdet ihr morgen insbesondere beten?" „Für Ew. Heil.", antworteten die Knaben wie aus Einem Munde. Der Papst hatte wol einen andern Bescheid erwartet, dankte aber freundlich und deutete ihnen nach der Versicherung eines Anwesenden mit pädagogischem Takt an, wen außer ihm von den Ihrigen in dem morgenden Gebete sie mit einschließen und welcher beträchten Zeitumstände sie dabei ebenfalls gedenken möchten.

Oft, doch stets vergeblich, hatte die Einwohnerschaft Roms im vorigen Pontificat um die Erlaubniß nachgesucht, den Hafen der Ripetta mit dem gegenüberliegenden Tiberufer durch eine Brücke zu verbinden, ein Plan, dessen Ausführung dem städtischen Verkehre mit der nahen Campagne außerordentliche Vortheile gebracht haben würde. Allein die Antwort Gregor's XVI. war hier wie in allen ähnlichen Fällen: „Nihil immutetur". Sein Nachfolger indessen hat heute zu vieler Freude des Publicums nicht allein gestattet, daß die Ripetta mit dem andern Ufer, sondern daß auch Ripa grande mit der Marmorata durch zwei Eisenbrücken verbunden werden können. Die letztere Brücke soll ihren Platz unterhalb des antiken Pons publicius finden, wie die erste nach dem Modell des römischen Ingenieurs Bustri.

Digitized by Google

— Die Organisirung des neuen Ministeriums in Rom wird von Tag zu Tag erwartet. Das Strafgesetzbuch ist beendigt und die Promulgirung desselben soll am 16. Juni vor sich gehen. Auch das Gesetzbuch über das Criminalverfahren ist vollendet. An der Reorganisirung des Heeres wird thätig gearbeitet. Die Municipalität Roms wird in kurzem constituirt sein, nachdem die mit der Ausarbeitung dieses Werkes beauftragt gewesene Commission es bereits zu Stande gebracht hat.

Rußland und Polen.

Der Großfürst Michael, der sich noch immer in Warschau befindet, benimmt sich sehr freundlich und leutselig gegen die Bevölkerung. Vor kurzem hat er einem deutschen Bürger für eine ihm von einem General widerfahrene harte Begegnung eine schlagende Genugthuung verschafft. — Der Warschauer Courier enthält eine Bekanntmachung, wonach eine jede hier mit der Eisenbahn ankommende Person sich selbst mit 3 Groschen veraccisen muß. — Gerüchte, die in Warschau circuliren, und Briefe von sonst gut unterrichteter Seite sprechen von einem bevorstehenden Gnadenacte des Kaisers Nikolaus gegen die politischen Verbrecher Polens, welche zur Strafe nach Sibirien geschickt und deren Güter mit Confiscation belegt worden sind. Dadurch würde diesen Unglücklichen nicht blos wieder die Rückkehr in ihr Vaterland gestattet, sondern sie auch befähigt werden, ihre Güter gegen Entrichtung des Schätzungspreises zurückzuerwerben, um welchen sie in die Hände der Käufer übergegangen sind. (B. u. Od. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 14. Mai. In der gestrigen Nummer theilte das hiesige Journal die Nachricht aus Athen mit, das griechische Cabinet habe sich nun entschlossen nachzugeben, sowie, Kolettis habe nach Anhörung der letzthin angelangten russischen Note, die ihm Hr. Persiani mitgetheilt, Letzterm versprochen, der Beilegung der Sache keine weitern Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Note selbst aber soll folgenden Inhalts sein:

„Se. Maj. der Kaiser von Rußland hat mit Bedauern die Beleidigung vernommen, die dem Repräsentanten der Pforte am 25. Jan. auf dem Hofball in Athen widerfuhr. Er billigt das Benehmen des Hrn. Musurus und findet das Verhalten des Hrn. Kolettis tadelnswerth. Der Kaiser denkt, das griechische Cabinet hätte sich beeilen sollen, durch eine aufrichtige Erklärung der Pforte die verlangte Genugthuung zu geben, und es hätte nicht die Sache verwirren auf eine für die Würde des Königs Otto bedauernswerthe Weise sollen, der bei Sr. Maj. dem Sultan der Ankläger von dessen Repräsentanten geworden ist, da dieser doch nur die Befehle der Pforte vollzogen hatte. Der Kaiser findet, daß das griechische Cabinet nicht klug gehandelt, indem es die Beleidigung durch das frühere Benehmen des Hrn. Musurus zu rechtfertigen suchte, und daß das Vorausgegangene, weit entfernt, als Entschuldigungsgrund für das Begehnis vom 25. Jan. dienen zu können, letzteres vielmehr noch tadelnswerther macht, weil es Griechenland ist, das der Türkei stets Ursache zu Klage gegeben hat. Se. Maj. findet ebenfalls, daß Hr. Kolettis, anstatt die auswärtigen Beziehungen Griechenlands schwieriger zu machen, besser daran gethan hätte, sich zu bestreben, durch eine bessere Verwaltung die Uebel seines Landes zu heilen. Der Kaiser billigt vollkommen die Schritte, die seine Repräsentanten in der Türkei und in Griechenland in diesem Betreff gethan haben, und ertheilt Hrn. v. Ustimoff die Weisung, in das griechische Cabinet zu dringen (presser), ohne Verzug der Pforte die Genugthuung zu geben, die sie verlangt, das einzige Mittel, um zu verhindern, daß das Zerwürfniß nicht durch die Schuld des griechischen Cabinets unheilbar werde."

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden, 4. Kl.: Dr. Rademacher in Goch.

Consuln. Preussen. An die Stelle des bisherigen Consuls Hoffmann in Veracruz ist der Kaufmann Hermann d'Dieire ernannt worden.

Todesfälle. Am 23. Mai starb in Jena der geheime Hofrath, Professor der Geschichte Dr. Heinrich Luden (geb. am 10. April 1780).

Wissenschaft und Kunst.

*Aus Sachsen, 27. Mai. Aus den Niederlanden, auf deren wissenschaftlichen Lehranstalten das Studium der Staatswissenschaften in aller Stille, aber in sehr erfreulicher Weise blüht, sind uns eben zwei sehr beachtenswerthe kleinere Schriften aus der Feder des verdienstvollen Professors am Athenäum zu Amsterdam, den Tex, zugekommen, von denen die eine die von ihm am Tage der fünfundzwanzigjährigen Bekleidung seines Lehramtes gehaltene ornlo, hauptsächlich den Vorschritten des Rechtsstudiums in dieser Zeit gewidmet und eine erfreuliche Rücksichtnahme auf deutsche Forschungen bekundend, die andere zwei in der Handelsschule zu Amsterdam gehaltene Vorlesungen über Korngesetze und Kornhandel enthält, über welche jetzt so zeitgemäße Materien mit ungemeiner Sachkenntniß und auf den Grund der wichtigsten Principien gesprochen wird. Letztere, in holländischer Sprache verfaßt, ist im Buchhandel (Amsterdam bei Müller) zu haben.

Handelt es sich hier um kleinere Gelegenheitsschriften, so sendet uns dagegen dasselbe Land auch ein sehr großartiges Werk aus dem immer bedeutungsvoller werdenden Gebiete der Nationalökonomie, nämlich das „Repertoire général d'économie politique ancienne et moderne" von Mr. A. Saudelin, Staatsrath im außerordentlichen Dienst und früher Mitglied der Generalstaaten (Haag bei Noordendorp). In lexikalischer Form bietet es in 2300 Artikeln eine Zusammenstellung der im weitesten Umfange nationalökonomischen Materien nach den besten Aufsätzen und Nachrichten darüber, welche die einschlagende Literatur Frankreichs, Deutschlands, Englands geliefert. Es läßt die betreffenden Autoren, meistens die Ersten des Faches, selbst reden, wie das vor Jahren einmal Morstadt in Heidelberg, in journalistischer Form, in seinem „Nationalökonom" versuchte. Die englischen und deutschen Aufsätze, welche sich weit mehr, als man gewohnt ist, berücksichtigt finden, wenn auch in diesem Punkte noch viel zu wünschen wäre, sind ins Französische übergetragen. Es liegen uns drei Bände im größten Octav vor, mit 696, 697 und 760 Seiten, welche das Werk bis zum Schlusse des Buchstabens E fördern. Darunter sind denn viele sehr große Artikel, z. B. Agriculture auf 144 Seiten, Angleterre, Argent, Banques, Capitaux, Céréales, Classes ouvrières, Colonies und Colonisation, Commerce, Contribution, Douanes, Echanges, Economie politique, Enfant, Exportation, Exposition. Das inhaltreiche Werk verdient alle Beachtung.

*Petersburg, 23. Mai. Während in England und Frankreich Parlament und Kammern sich noch immer über humane Maßregeln berathen, wie den in den Fabriken arbeitenden armen Kindern ein milderes Schicksal könne bereitet werden, und sich über ein solches nicht einen können, ist in dieser Beziehung in Rußland ganz in der Stille, ohne alles erhebliche Geschrei, ja selbst ohne die Kunde des größern Publicums schon viel Gutes geschehen. So bestehen jetzt in Moskau, dem Centralpunkte der russischen Fabrik- und Manufactur-Industrie, 21 Schulen, in welchen ausschließlich in den dortigen Fabriken und Manufacturen arbeitende Kinder erzogen werden. Sie zählen in diesem Moment 1360 Knaben und 65 Mädchen. Die Gründer und Erhalter dieser Schulen sind moskauische Kaufleute: Katon, Prochorow, Tutschkow, Alexejew, Fink und einige andere. — Eine besondere Zeichenschule, von dem Grafen Gregor Stroganoff 1825 gegründet, bildet junge Leute der Manufactur-Industrie sich widmend, zu geschickten Zeichnern, die nachher mit bedeutenden Gehalten in den moskauischen Manufacturen dienen, oder als Zeichenlehrer in öffentlichen Lehranstalten. Die Schule hat schon an 300 solcher Zöglinge entlassen.

Handel und Industrie.

Banken. Nachdem die Stadt Bologna beim obersten Staatssecretariat um die Bewilligung eingekommen war, eine eigne Provinzialbank daselbst errichten zu dürfen, so hat eine von der Generalversammlung der römischen Bank zur Prüfung ernannte Untersuchungscommission die Aeußerung abgegeben, daß es dermalen an der Zeit sei, das der römischen Bank zustehende Recht, Succursalbanken in den Provinzen zu errichten, in Ausführung zu bringen, und ist sonach die Errichtung der Bank von Bologna decretirt worden.

Börsenbericht. *Leipzig, 29. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117⅛ Br.; Sächsisch-Baiersche 87⅛ Br., 86⅛ G.; Sächsisch-Schlesische 100¼ Br., 99¾ G.; Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58¾ bezahlt; Löbau-Zittauer 56¾ Br., 56⅛ bezahlt; Magdeburg-Leipziger 204 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 93 Br., 92½ G.; Thüringer 94⅛ Br.; Altona-Kieler 100 Br., 108¾ G.; Pesther 100¼ G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100¼ G.

Wolle. Breslau, 27. Mai. Der hiesige Markt hat bereits seinen Anfang genommen und es sind am heutigen Tage gegen 1500 Ctr. von den zum Verkauf gestellten Wollen mit einem Preisaufschlag von durchschnittlich 4—6 Thlr. gegen vorjährige Marktnotirungen veräußert worden. Auch Pell- und Sterblingswollen waren an der Tagesordnung, und es ist ein beträchtliches Quantum von diesem Artikel, erstere von 54—60, letztere von 58—68 Thlr. gekauft worden. (Z. B.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 29. Mai früh 7 Uhr: 7″ unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 25. Mai. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 105⅝; 4½pc. Handelsg. 174¾. Frankfurt a. M., 27. Mai. Oestr. Bkact. 1927; 250 Fl. L. 120; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 77⅛; 25 Fl. L. 27; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅞. Paris, 25. Mai. 5pc. 116. 15; 3pc. 78. 10; Neap. 103; Bankact. 3232½. Wien, 26. Mai. Bkact. 1590; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97¼; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154¾; 250 Fl. L. 110¼.

Actien. Frankfurt a. M., 27. Mai. Taunusb. 358¾; Nordb. 71⅞; Berl. 92. Paris, 25. Mai. Eis. Versail. r. 330; l. 212½; Paris-Orleans 1335; Paris-Rouen 950; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 438¾; Rouen-Havre 645; Marseille-Avignon 735; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bierzon 585; Nord 602½. Wien, 26. Mai. Nordb. 166¾; Gloggn. 124⅛; Mail. 110; Livorn. 83¼; Pesth. 88⅛.

Berliner Börse, 28. Mai. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatssch. 93½ Br., 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½ Br., ostpreuß. 95¼, pomm. 94, schles. 97¼, 4pc. posensche 102½, neue 3½pc. 93, kur- u. neum. 94⅞ Br., Louisd. 111¼, Friedrichsd. 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. 109½, Prior.-Act. 4pc. 92⅛, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 91¾, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101¼, Berl.-Stettin 108¼, Cöln-Minden 4pc. 92⅞, Crakau-Oberschl. 4pc. 78½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 108 Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅛ Br., Kiel-Altonaer 4pc. 109½, Magdeb.-Halberst. 4pc. 113⅓, Niederschles. 88⅛, Prior.-Act. 4pc. 91¾, 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 98, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81, Rhein. 85¼, Prior.-Stamm 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87½, Wilh.-Bahn 4pc. 86½, Zarskoje-Selo 70½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 83, Berl.-Anh. 109½, Kassel-Lippst. 4pc. 83½, Cöln-Minden 4pc. 92⅞, Magd.-Wittenb. 85¼, Mecklenburg 74 Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71½, Pos.-Starg. 4pc. 83¾, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½, Sächs.-Schles. 4pc. 99¾, Ung. Centralb. 4pc. 100½. — Russ. engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅛, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 95¼ Br., (neue) 4pc. 95 Br., Partiat à 500 Fl. 4pc. 79¾, à 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Bkcert. Zinsl. 16¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅝ Br., Staatspr.-A. 89¾ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼.

Verantwortliche Redaction: Professor Wuttke.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Demjenigen, welcher in Nr. 148 dieser Zeitung meiner und meines in Nr. 139 derselben Zeitung befindlichen, gegen den „Runkelrübenzucker" gerichteten Aufsatzes so freundlich gedachte, meinen besten Dank, zugleich aber auch die Erklärung, daß ich einen anonymen Angriff nie beantworte. [2139]

Leipzig, den 28. Mai 1847. **August Gottlob Elze.**

Ankündigungen.

Im Verlage von **Brockhaus & Avenarius** in Leipzig erscheint für 1847: [2140]

Illustrirte Zeitung für die Jugend.

Herausgegeben unter Mitwirkung der beliebtesten Jugendschriftsteller von

Julius Kell.

52 Bogen mit etwa 250 Illustrationen, in schmal gr. 4. auf feinstem Velinpapier.

Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen. Der Abonnementspreis auf einen Jahrgang von 52 Nummern ist 2 Thlr., auf ein Quartal 15 Ngr.

Die **Jugendzeitung** will unterhaltend erziehen. In frischen Lebensbildern will sie unter unserer Jugend fromme Gemüthlichkeit und Heiterkeit, Herzensbildung und Charakterentwickelung zu befördern suchen.

Mit dem Texte sollen die Bilder Hand in Hand gehen: bald wahre und heitere Lebensereignisse oder Scenen aus dem Kindesleben versinnbildend — wie z. B. die Richter'schen Bilder zu den Kinderliedern aus alter Zeit —; bald Fremdes und Unbekanntes zur Anschauung bringend; bald unserer leider nur zu ernst werdenden Jugend unschuldigen Stoff zum Lachen gebend, wie z. B. die mit so vielem Beifall aufgenommenen „Wunderbaren Abenteuer Steckelbein's" nach den ergötzlichen Zeichnungen A. Löffler's.

Aeltern, Schullehrer und Hauslehrer werden durch die Anschaffung dieser so billigen Zeitung für ihre Kinder diesen große Freude machen; leicht lassen sich auch kleine Lesezirkel dafür bilden.

☞ Das Januarheft, sowie Probenummern sind durch alle Buchhandlungen und Postämter zu bekommen.

Für Auswanderer nach Nordamerika.

Zur Fürsorge der sich unserer Beförderung anvertrauenden Auswanderer haben wir den Capitain Herrn **J. F. Meyer** aus Bremen als unsern Agenten nach **Quebek** gesandt. Bei Ankunft jedes unserer Seeschiffe in **Quebek** wird Capitain Meyer sich sofort am Bord des Schiffes einfinden, um den Passagieren in Betreff der schnellsten und billigsten Art der Weiterreise seinen guten Rath sowie alle Auskunft, welche ihnen dienlich sein möchte, **unentgeltlich** zu ertheilen. Die Passagiere werden daher wohl thun, die Rathschläge unsers genannten Herrn Bevollmächtigten zu beachten und ihm selbst alles Vertrauen zu schenken.

Wir expediren diesen Sommer regelmäßig monatlich nach Quebek in Canada, nach New-York, Baltimore oder Philadelphia, zwei Mal, und zwar am 1. und 15. jeden Monats, sowie nach New-Orleans und Galveston in Texas ebenfalls öfters.

Die Bedingungen der Ueberfahrt, sowie die Abfahrtszeiten sind bei unserm Hauptagenten für Sachsen ꝛc.

Herrn Joh. Ernst Weigel, Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig,

auf mündliche und frankirte schriftliche Anfragen zu erfahren, sowie derselbe die betreffenden Contracte für uns abschließt. Wir bemerken noch schließlich, daß, wenn durch eintretende Hindernisse die Abfahrt von Bremen um länger als zwei Tage über das im Accord festgesetzte Datum verspätet werden sollte, wir uns verpflichtet halten, die Passagiere von da ab frei zu beköstigen.

F. J. Wichelhausen & Co. in Bremen, Schiffseigner und Befrachter.

Zur Beförderung von Passagieren nach den obengenannten Orten in den billigsten Ueberfahrtssätzen, bei reichlicher und guter Beköstigung, und von Gütern zu billigster Fracht hält sich empfohlen

der bevollmächtigte Agent für Sachsen ꝛc.

[2127] **Joh. Ernst Weigel**, Grimmaische Straße Nr. 33 in Leipzig.

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber **Hamburg** nach **New-York**

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach **New-Orleans**

am 15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

nach **Quebek**

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[2141] **Rob. M. Sloman** in Hamburg.

Verkauf eines großen Schützenhauses.

Die Schützengesellschaft in **Leipzig** beabsichtigt einen Theil ihres an der Schützenstraße daselbst gelegenen Grundstücks mit dem großen Gesellschaftshause, einem Wirthschaftsgebäude, dem Concertplatz und der Kegelbahn zu verkaufen.

Kauflustige werden ersucht, sich an den Hauptmann der Gesellschaft Advocat **Staudinger** zu wenden, um mit demselben das Nähere zu verhandeln.

Leipzig, den 28. Mai 1847.

[2129—30] **Die Vorsteher der Schützengesellschaft.**

Eine Pianoforte-Fabrik in Berlin,

vollständig eingerichtet, mit renommirter Firma und gutem Miethgeschäft, ist mit oder ohne vorräthige Instrumente billig zu verkaufen. Die Adresse gibt die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung, worauf auf frankirte Briefe nähere Mittheilung erfolgt. [2131]

Neue Zeitschrift.

Im Verlage von **Bernh. Tauchnitz** jun. in Leipzig ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Zeitschrift für das Recht und die Politik der Kirche.

Herausgegeben von

Dr. H. Fr. Jacobson und Dr. A. L. Richter.

Erstes Heft.

Gr. 8. Brosch. 24 Ngr.

Inhalt: Die christliche Freiheit und der kirchliche Organismus, von Jacobson. — Die heutige römische Curie. Ihre Behörden und ihr Geschäftsgang. Von dem Professor der Rechte Dr. O. Mejer zu Göttingen. — Drei Gutachten über die Frage: Ist eine Wiederherstellung einer rechtskräftig geschiedenen Ehe nur durch erneuerte Trauung möglich, oder ist dazu ein anderer mit landesherrlicher Autorität versehener Act geeignet? — Miscellen. [2108]

Digitized by Google

50,000 Thaler hat mir die Fortuna beschert!

und darum höre ich auf Leinwandhändler zu sein, verkaufe aus, wie noch Niemand ausverkauft hat,

Nun wird doch endlich mein sehnlichster Wunsch erfüllt, die große Welt zu sehen. Eine Reise um die Welt zu machen war stets mein einziger Wunsch, und jetzt bin ich so glücklich, ihn ausführen zu können, indem ich durch die Lotterie reich geworden bin, und da ich als alleinstehender Mann um so leichter diesem meinem Lieblingswunsche nachgehen kann, welches in diesem Jahre nicht mehr geschehen könnte, wenn ich nicht schleunige Anstalten treffe, **mein nicht unbedeutendes Lager von Leinenwaaren zu verkaufen, so habe ich deshalb sämmtliche Waaren in Berlin zum Ausverkauf gestellt,** und ist mein Geschäftsführer von mir autorisirt, 50 Proc. und noch mehr unter dem wahren reellen Werthe alle meine Bestände, die ich noch besitze, verkaufen zu können, damit ich so bald als möglich Berlin verlassen und mit dem segelfertigen Schiffe meine Reise antreten kann. Bemittelte und unbemittelte Leute finden in dem eigens dazu gemietheten Verkaufslocale

Französische Straße Nr. 46, Parterre (das 2. Haus von der Charlottenstraße)

Gelegenheit, gute Bielefelder und andere Sorten Leinwand zu Preisen zu kaufen, wie sie noch nie dagewesen sind.

Friedrich Leopold Neuendorff aus Bromberg.

Tischgedecke, Handtücherzeuge, Taschentücher, Tisch- und Kommodendecken à tout prix.
Das Verkaufslokal ist von Morgens 8½ bis Abends 7½ Uhr geöffnet. [2142]

Bekanntmachung,
den Lehrcursus für künftige Turnlehrer im hiesigen Turnverein betreffend.

Der unterzeichnete Turnrath hat in seiner Sitzung vom 22. d. M. folgende Beschlüsse gefaßt, welche hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden:

1) Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein abermaliger Lehrcursus von Einem Jahre für Solche, welche sich zu Turnlehrern ausbilden wollen.
2) Die Anmeldung dazu muß spätestens bis zum 20. Juni d. J. beim Unterzeichneten (Waisenhausstraße Nr. 29) mündlich oder schriftlich erfolgen.
3) Die Bedingungen der Aufnahme sind folgende:
   a) Völlige körperliche Gesundheit;
   b) Fertigkeit im Lesen und Schreiben der deutschen Sprache, und zwar sowol in der Rechtschreibung als in der Stylistik derselben.
4) Ueber beide Erfoderniße findet eine Prüfung statt, welche bezüglich des Punktes unter a. in einer Untersuchung Seiten der Vereinsärzte besteht.
5) Die Gegenstände des Unterrichts bilden alle diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, welche mit der theoretischen und praktischen Ausbildung des Turnlehrers in einem nähern oder entferntern Zusammenhange stehen.
   Was insbesondere den Unterricht in der Anatomie anlangt, so ist dankbar zu erwähnen, daß das königl. hohe Cultusministerium unsern Turnlehrer-Zöglingen den unentgeltlichen Besuch des bei der medicinisch-chirurgischen Akademie hierselbst abzuhaltenden Cursus gestattet hat.
6) Das Honorar für den einjährigen Cursus beträgt 20 Thaler und ist an die Vereinskasse praenumerando zu entrichten.
7) Ein ganzer oder theilweiser Erlaß desselben kann vom unterzeichneten Turnrath nur auf besonderes Ansuchen und nach bewirkter Bescheinigung der Unbemitteltheit des Aufzunehmenden gewährt werden.

Dresden, den 25. Mai 1847.

Der Turnrath
durch **Hitzschold**, stellvertretenden Geschäftsführer.

[2119]

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000, 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1470 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2143] in Leipzig.

Auction.

Die mit dem Schiffe „Borussia" direct aus der Südsee angekommene Ladung, bestehend aus:
circa 3000 Ctr. Thran,
„ 300 „ Spermaceti-Oel,
„ 21,000 Pfd. Barden,
soll **am Mittwoch den 9. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Börsensaale** öffentlich durch einen vereideten Mäkler verkauft werden. Die Waaren sind völlig versteuert und lagern auf dem Raths-Holzhofe.

Stettin, den 25. Mai 1847. [2124—25]

Die Direction der Preuss. Südsee-Fischerei-Gesellschaft.
Schillow. Schlutow. Weidner.

Eine Agentur in Köln, welche Westfalen und die angrenzenden Fürstenthumer sowie die Rheingegend jährlich zwei Mal bereisen läßt und jene Gegenden genau kennt, wünscht noch einige Artikel in Manufacturen, Thibets, Mitteltuchen für renommirte Häuser provisionsweise mitzuführen. Dieselbe kann sich durch solide Häuser genügend legitimiren, und werden gefällige Offerten unter **Lit. A. Z. 200** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung erbeten. [2099—300]

Erklärung.

Der in Nr. 148 der Deutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Artikel, die beabsichtigte Eisenbahn zur Verbindung Roms mit Florenz und Livorno betreffend, enthält zwar in der Hauptsache auf Wahrheit begründete Thatsachen, es waltet aber in demselben insofern ein Irrthum vor, als der Comité, an dessen Spitze die ersten Namen Toscanas und des Kirchenstaates stehen*), bewogen worden ist, die Eröffnung der Subscription zu dem Unternehmen so lange auszusetzen, bis die provisorischen Statuten sowie die Subscriptionsbedingungen die Genehmigung der betreffenden Regierungen erlangt haben werden und die vorläufige Concession ertheilt sein wird.

Demnach machen die Unterzeichneten hiermit bekannt, daß sie noch **keine Subscriptionen** auf mehrerwähnte Eisenbahn annehmen.

Leipzig, den 25. Mai 1847.

Dufour Gebr. & Co.

*) Unter Andern: Prinz Orsini, Herzog Torlonia aus Rom, Graf Ventivoglio aus Florenz, Staatsrath Marchese Chigi, Graf Giovanni Pieri, Herr Luigi Rencini aus Siena, Marchese Filippo Gualterio aus Orvieto. [2123]

Gesuch. Ein praktisch und theoretisch gebildeter Mechaniker, welcher über seine Leistungen während eines langen Aufenthalts im Auslande sich hinlänglich legitimiren kann, sucht eine Stelle als Constructeur oder Werkmeister in einer Maschinenbau-Anstalt oder Eisenbahnwerkstatt. Geneigte Offerten werden unter der Chiffre **M. W.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung erbeten, welche auch nähere Auskunft über den Betreffenden zu geben in den Stand gesetzt ist. [2132—34]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 30. Mai. Neu einstudirt: **Der Zeitgeist,** Possenspiel in 4 Acten von C. Raupach.

Montag, 31. Mai. **Johann von Paris,** komische Oper in 2 Acten von Boieldieu. Lorezza, Fräulein **Starke**, als erster theatralischer Versuch. — Vorher: **Die Maskerade im Dachstübchen,** Schwank in 1 Act frei nach dem Französischen von C. Meirner.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Adolf Brauer in Leipzig mit Frl. Therese Zeitschel. — Hr. Johann Jakob Huth in Leipzig mit Frl. Agnes Sonnenkalb.

Getraut: Hr. Fr. W. Beckmann in Leipzig mit Frl. Aug. Kurth. — Hr. Dr. Paul Järschky in Bukow mit Frl. Amalie Mücke aus Berlin. — Hr. Karl Heinrich Just in Chemnitz mit Frl. Natalie Stäber. — Hr. Premierlieutenant Richard Frhr. v. Lyncker in Seibersdorf mit Baronesse Lina v. Lyncker. — Hr. Ewald Natto in Eisleben mit Frl. Marie Jacob aus Altenburg. — Hr. Land- und Stadtgerichtsassessor Gustav Pläschke in Landeshut mit Frl. Agnes Milde. — Hr. Apotheker Schröder in Zeitz mit Frl. Minna Senff. — Hr. Bürgermeister Herm. Seifarth in Saalburg mit Frl. Amalie Jahn. — Hr. A. Sommer in Berlin mit Frl. Eleonore Riegel. — Hr. Architekt Friedrich Spranger in Altenburg mit Frl. Marie Seyffert. — Hr. Alexander Wiede in Leipzig mit Frl. Emilie Hasse. — Hr. Bürgermeister August Zschiesing in Dommitzsch mit Frl. Minette Livonius aus Potsdam.

Geboren: Hrn. Karl Blumenthal in Berlin ein Sohn. — Hrn. Conditor Ant. Clement in Köln ein Sohn. — Hrn. Adolf Dieterich in Kleutsch ein Sohn. — Hrn. Advocat-Anwalt J. Eilender in Köln eine Tochter. — Hrn. Friedrich Erdmann in Marienthal ein Sohn. — Hrn. Cafetier F. E. Francke in Berlin ein Sohn. — Hrn. Stadtrichter Adolf Hensel in Bernstadt ein Sohn. — Hrn. Advocat Hentsch in Meißen eine Tochter. — Hrn. J. Jäckel in Breslau ein Sohn. — Hrn. Heinrich Jäger in Leipzig ein Sohn. — Hrn. F. A. Markowsky in Dresden eine Tochter. — Hrn. Dr. M. Reichert in Köln ein Sohn. — Hrn. Karl Schulz in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Sprachlehrer C. Schnabel in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Hr. Kaufmann K. G. Herrlich in Tentschel. — Hr. Amtsrichter Friedrich Gottlieb Herrmann in Lausigk. — Hr. Fabrikant Philipp Heinrich Jetter in Balingen. — Frau M. Ch. Koch in Reudnitz. — Hr. Oberorganist Ernst Friedrich Köhler in Breslau. — Hr. Oberamtsrichter Stockmayer in Waiblingen. — Frau Rechtsconsulent M. Volz in Biberach. — Hr. Kaufmann Ludwig Wiethoff in Breslau.

Digitized by Google

Montag — Nr. 151. — 31. Mai 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Neue Organisation in Baiern. — Die Auswanderungsagenten. *Waldenburg. Der Verein zur Versorgung verwahrloster Kinder. — Amerikanische Sammlung für das Erzgebirge. — Unterstützungsmaßregeln in Württemberg. — Mainzer Metzgerwünsche. — Die schleswig-holsteinische Frage. — Preßpolizei in Kiel. *Frankfurt a. M. Die Zollconferenz. — Drohschreiber.

Preußen. Berlin. Landtag. (+) Berlin. Propst Brinckmann. Hr. v. Vincke. Die Seehandlung. × Berlin. Das deutsch-katholische Concil. ▽ Aus Preussen. Verordnung über die Dissidenten. ◊ Aus Schlesien. Freisprechung des Grafen E. Reichenbach. — Gustav-Adolf-Verein.

Oesterreich. Die Trennung Galiziens.

Portugal. Die Vermittelungsvorschläge. Gegenanträge der Junta. Sa da Bandeira will sich der Königin unterwerfen. Baron Renduffe. Dom Miguel.

Spanien. Das Cabinet. Die Königin. General Serrano. Die Verwickelungen und ihre Urheber. Der mexicanische Kaper.

Großbritannien. Der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar. Großfürst Konstantin. Der Graf von Montemolin. Der Oberbauinspector der Flotte. Einsturz einer eisernen Brücke. Der Bathorden. Espartero. Die Zulassung der Engländer in Kanton.

Frankreich. Parlament. Die Budgetcommission. Gerücht einer neuen Cabinetsbildung durch Molé. Graf Duchatel.

Niederlande. Ueberschwemmungen auf Java.

Schweiz. St.-Gallen.

Italien. Festessen. Ein Demagoge.

Rußland und Polen. Speicherbrand in Moskau.

Griechenland. ◊ Berlin. Depeschen Lord Palmerston's an Sir Edward Lyons. — Die türkische Differenz.

Türkei. Die türkisch-griechische Differenz.

Nordamerika. Der Krieg mit Mejico.

Handel und Industrie. Frankfurt a. M. Die Getreidepreise. Die Ludwigsbahn. *Berlin. Fruchtpreise. Börse. *London. Die Consols. Niedrigere Getreidepreise. Die Waarenmärkte. — Die Zolleinkünfte Frankreichs. *Leipzig. Die Verbindung der Bahnhöfe. *Leipzig. Die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn. Ulm. Die Eisenbahn von Augsburg nach Ulm. — Die Eisenbahn von Ludwigshafen nach Speyer. — Fruchtpreise. *Leipzig. Oel. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

„Eine große Frage, schreibt man dem Nürnberger Correspondenten aus **München** vom 27. Mai, ist seit gestern entschieden: der Gang, den unsere neue Gesetzgebung nunmehr zu nehmen hat, ist bestimmt. Der König hat gestern nach einer dreistündigen Conferenz mit dem Justizministerverweser die Trennung der Administration von der Justiz genehmigt. Hand in Hand mit der neuen Gesetzgebung wird nun auch die Bearbeitung des großartigen Organisationsplans der zu errichtenden Gerichts- und Verwaltungsbehörden gehen. Die Kosten werden allerdings bedeutend sein. Man bedenke die Aufhebung von 221 Landgerichten, die ganz neue Eintheilung der einzelnen Provinzen in Verwaltungs- und Gerichtsbezirke. Jedenfalls werden auch die 38 Herrschafts-, dann die 122 Patrimonialgerichte erster Klasse bedeutende Veränderungen erfahren. Sollte auch, wie zu erwarten steht, die Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit einer Umwandlung unterliegen, so dürften hiervon auch unsere 616 Patrimonialgerichte und Aemter zweiter Klasse nicht unberührt bleiben."

— Der Würzburger Zeitung zufolge sind von Seiten der **bairischen** Regierung an alle jene Hauptagenturen, die sich geweigert, die mit Auswanderern geschlossenen Ueberfahrtsverträge zu halten, Drohungen ergangen, daß ihnen, falls sie ihrer Verbindlichkeit nicht nachkämen, die Agenturen in Baiern entzogen werden würden.

— Am 24. Mai ist, wie der Schlesischen Zeitung aus **Dresden** geschrieben wird, dorthin der 5te Theil einer im Ohiostaate, besonders in Cincinnati, von deutschen Ausgewanderten für die hülfsbedürftigsten Gegenden Deutschlands veranstalteten, 3000 Doll. betragenden Sammlung an ein dasiges Bankierhaus gelangt mit der Weisung, daß diese Summe dem Bürgermeister Todt von Adorf und dem Bischof Dittrich in Dresden zur Vertheilung an die nothleidenden Bewohner des Erzgebirges übergeben werden solle. Die übrigen Theile sind für andere vom Nothstand am meisten getroffene Gegenden des deutschen Vaterlandes bestimmt.

*Waldenburg, 28. Mai. Seit zwei Jahren wirkt unser für Waldenburg und Remse errichteter Verein zur Versorgung verwahrloster Kinder. Klein sind seine Anfänge, sein Wollen aber stark und voll Liebe und der Hoffnung, daß er wol Nachfolge finden werde in unserer harten Zeit. Die Wirksamkeit des Vereins erstreckt sich über etwa 12—15 Quadratmeilen. Größeres hat er noch im Sinn, ein gemeinsames Besserungshaus, zu dem ihm freilich die Mittel jetzt noch fehlen. Mit drei Kindern, recht sehr verwahrlosten Kindern, begann der Verein sein Wirken im Jahr 1845; im Jahr 1846, über das jetzt sein zweiter Rechenschaftsbericht vorliegt, hat er neue fünf Kinder aufgenommen, sodaß jetzt acht Pfleglinge seiner Obhut anvertraut sind. Von manchen schon darf er sagen, daß die Mühe nicht vergebens war, daß sie fortschreiten unter sorglicher Hut und Pflege auf dem bessern Wege. Neuerdings sind ihm wieder acht Kinder aus einem einzigen Dorf und zwei aus andern Orten bekannt, denen Hülfe dringend noth thut. Aber da muß er freilich auf recht ernste liebreiche Unterstützung dringen, um so heilige Pflichten erfüllen zu können. Möge sie ihm im reichlichsten Maße werden! Die mitgetheilte Rechnung weist eine Einnahme von 275 Thlr. nach, ausgegeben wurden 253 Thlr., sodaß ein Kassenbestand von 22 Thlr. bleibt. Die Vermögensübersicht ergibt mit 100 Thlr. in einem Landrentenbrief und 104 Thlr. in sechs Sparkassensammlungen zusammen die Summe von 226 Thlr.

— Der Schwäbische Merkur enthält eine Zusammenstellung der bis jetzt in **Württemberg** zur Abwehr der Noth aufgewendeten Summen. Hiernach sind für Fruchteinkäufe bis jetzt theils ausgegeben, theils durch Eröffnung von Crediten zur Verfügung gestellt 3,087,635 Fl., womit die neuern Aufkäufe noch nicht vollständig gedeckt sind. Hiervon wurden von Corporationen, welche sich bei den Aufkäufen des Staats betheiligten, wieder erhoben 346,933 Fl. Rest des Aufwandes für die Staatskasse 2,740,702 Fl. Für Ankauf von Saatkartoffeln sind angewiesen 60,000 Fl.; zusammen 2,800,702 Fl. Zur Beschäftigung der ärmern Bevölkerung sind bis jetzt außerordentliche Straßenbauten angeordnet mit einem Kostenüberschlage von 1,345,820 Fl.; davon fallen auf die Mittel des Etats von 1845/48 ungefähr 684,000 Fl.; Rest des außerordentlichen Aufwandes 661,820 Fl. Zu Vicinalstraßen sind Staatsbeiträge bewilligt im Betrage von 162,817 Fl. Für außerordentliche Arbeiten in den Staatswaldungen sind bestimmt 290,000 Fl. Summe des nicht etatsmäßigen Aufwandes für öffentliche Arbeiten 1,114,637 Fl. An Geldunterstützungen für Wohlthätigkeitsanstalten, Gemeinde- und Armenvereine sind ausgegeben 85,000 Fl. Die baare Ausgabe, welche die Staatskasse zur Unterstützung der bedrängten Bevölkerung (die Besoldungszulage für geringer bezahlte Staats- und Schuldiener mit 166,800 Fl. ungerechnet) bis jetzt gemacht hat, beträgt hiernach über 4 Mill. Fl. Sämmtliche obengenannte Ausgaberubriken sind noch nicht abgeschlossen. Namentlich stehen für die Fruchtaufkäufe noch starke Zahlungen bevor, und bei den Straßenbauten sind Ueberschreitungen der Kostenvoranschläge, welche nicht genau gemacht werden konnten, in nicht unbedeutendem Maße nicht zu vermeiden. Zu dem baaren Aufwande der Staatskasse kommt der beträchtliche Ausfall bei den Domanialfrüchten, welche großentheils weit unter den laufenden Preisen abgegeben werden. In Erwägung dieser Verhältnisse ist der außerordentliche Aufwand, welchen Württemberg, so weit es unter Vermittelung der Staatskasse geschieht, zur Linderung der gegenwärtigen Noth zu machen hat, auf 5—6 Mill. Fl. anzuschlagen. Die Bevölkerung von Württemberg beträgt 1,762,000 Seelen, und der ordentliche Staatsaufwand beläuft sich auf 10—11 Mill. Fl.

— Aus **Mainz** vom 27. Mai berichtet das Frankfurter Journal: „Die hiesigen Metzger haben sich vor einigen Tagen an den Kreisrath von Mainz, Frhrn. v. Dalwigk, mit dem Gesuche gewendet, derselbe möge bei der Staatsregierung die geeigneten Schritte thun, damit diese die übrigen Zollvereinsstaaten zu einem Ausfuhrverbote des Schlachtviehes vermöge. Die Petenten haben ihr Gesuch durch Vorlagen gerechtfertigt, aus denen sich ergibt, daß wöchentlich zwischen 6—700 Stück Schlachtvieh, hauptsächlich nach England, ausgeführt werden, sodaß, wenn hiergegen nicht schleunigst Maßregeln ergriffen würden, ein außerordentliches Steigen der Fleischpreise eintreten müsse. Frhr. v. Dalwigk hat, wie wir hören, seine kräftigste Unterstützung in dieser Sache zugesagt und sich bereits ganz in dem von den Petenten angedeuteten Sinn an die Staatsregierung gewendet."

— Der Nürnberger Correspondent erfährt in einem Briefe **vom Rhein** vom 25. Mai Folgendes: „Die schleswig-holsteinische Frage ist in diesem Augenblicke Gegenstand erneuerter diplomatischer Versuche von Seiten Dänemarks. Man hat bereits, wie bekannt, ein staatsrechtliches Memorandum den verschiedenen europäischen Regierungen zugestellt, das seiner Zeit in der periodischen Presse verschiedene gründliche Widerlegungen aus der Feder holsteinischer Juristen erfahren hat. Neuerdings hat die dänische Regierung von dem Rechtspunkt abgesehen und das politische

Bedürfniß der Staatseinheit entwickelt, in derselben Weise wie einst Wilhelm I. die niederländische Interpretation des jusqu'à la mer als ein Bedürfniß der holländischen Existenz seinem Schwager, dem Könige von Preußen, darstellte. Neben den schriftlichen Noten sollen mündliche Andeutungen ertheilt werden, daß es nicht durchaus unmöglich erscheine, die lex regia im Interesse der Staatseinheit und der Agnaten abzuändern. Mit diesen Schritten dürfte allerdings die Reise des Prinzen Friedrich von Holstein-Glücksburg nach Paris in Verbindung stehen. Dessen Bruder hat zwar auch gegen den Offenen Brief protestirt, soll aber, im Falle die Rechte der Agnaten gewahrt werden, milder gesinnt sein als der Herzog von Augustenburg, der nichts von Dänemark wissen will."

— Das Polizeigericht in **Kiel** hatte unterm 1. März d. J. den Buchhändler Chr. Bünsow wegen Ungehorsams gegen die Befehle des kieler Polizeimeisters bei Gelegenheit der von Letzterm mit Beschlag belegten kleinen Schrift: „Bedenken eines Deutschen" ꝛc. zu 80 Rthlr. Brüche und in die Kosten verurtheilt. Dieses Erkenntniß ist jetzt unterm 14. Mai vom glückstadter Obergericht aufgehoben worden. (R. C.)

* **Frankfurt a. M.**, 27. Mai. Die Abhaltung einer Conferenz von Abgeordneten der Zollvereinsstaaten noch im Laufe des gegenwärtigen Jahres bildet dem Vernehmen nach noch immer den Gegenstand lebhafter Unterhandlungen. Es haben sich diese bereits so sehr in die Länge gezogen, daß eine solche Zusammenkunft, wenn sie überhaupt in diesem Jahre stattfinden sollte, wol keinenfalls vor September würde erfolgen können. Es ist zwar als Regel angenommen, daß jährlich zum Zwecke gemeinsamer Berathungen eine Zusammenkunft der von den Vereinsstaaten abzuordnenden Bevollmächtigten stattfinden solle; allein Preußen und einige andere norddeutsche Zollvereinsstaaten sind der Ansicht, daß gegenwärtig noch keine der schwebenden Fragen so weit vorbereitet sei, daß auf einer Conferenz in diesem Jahr eine Erledigung zu erwarten sein würde, und aus diesem Grunde wünscht man von dieser Seite, daß eine Zusammenkunft von Abgeordneten für das laufende Jahr unterbleiben möge. Die drei größern der süddeutschen Zollvereinsstaaten dagegen, Baiern, Württemberg und Baden, haben bis jetzt zu einer Unterlassung der diesjährigen Zollconferenz noch nicht beigestimmt; sie halten, wie versichert wird, vielmehr dafür, daß eine Conferenzberathung über die schwebenden Fragen auch dann, wenn sie diesmal nicht sofort zu einer Vereinbarung führen sollte, immerhin ersprießlich sein dürfte, da auf solchem Weg eine definitive Erledigung jedenfalls in geeigneterer Weise vorbereitet und angebahnt würde als auf dem weit umständlichern Wege schriftlicher Vorberathungen und Unterhandlungen. — Während der Pfingstfeiertage waren hier außergewöhnliche Vorkehrungen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung getroffen, da der Behörde sowol wie auch vielen Privatpersonen Droh- und Brandbriefe zugekommen waren, welche für diese Tage unsere Stadt mit großen Schrecknissen bedrohten. Es können diese nun schon seit längerer Zeit sich wiederholenden Drohungen gewiß nur von einigen wenigen lächerlich boshaften Individuen, wahrscheinlich aus nahen Grenzgegenden, herrühren. Es gebot indessen die Vorsicht, an diesen Tagen eine noch umfassendere Ueberwachung als gewöhnlich eintreten zu lassen, da an ihnen herkömmlich unsere eigentlichen Volksfeste stattfinden, welche den beiweitem größern Theil der Bevölkerung aus der Stadt ziehen. Noch vorgestern Abend waren der Behörde wieder derartige plumpe Drohschreiben zugegangen. Die schönen Festtage gingen übrigens, begünstigt durch die freundlichste Witterung, ohne alle und jede Störung vorüber.

Preußen.

Berlin, 29. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 25. Mai kam weiter der Antrag des Abg. v. d. Heydt um Gestattung der „baldigsten Verweisung des Hauptfinanzetats und der vorgelegten Uebersicht der Resultate der Finanzverwaltung an eine Abtheilung zur Prüfung und Berichterstattung zum Zwecke der Informatien des Vereinigten Landtags" zur Verhandlung. Die Abtheilung war mit 7 gegen 5 Stimmen für Befürwortung. Abg. v. Olfers fand die Zeit zu kurz. Abg. Zimmermann sprach dafür. Hr. Hansemann unterstützte seine einstimmende Meinung unter Anderm dadurch, daß er die Budgets von Frankreich, Belgien und Dänemark in natura vorzeigte, hatte auch drei Karten bereit, auf denen sich die in Belgien bewirkten Bauten für Transportmittel darstellten. Für den Antrag sprachen noch die Abgg. Siebig — welcher prüfen wollte, ob Alles richtig sei, worauf ihm der Antragsteller v. d. Heydt selbst versicherte, daß er daran nicht einen Augenblick zweifle — und Tschecke. Hr. v. Brünneck war auch dafür, hielt aber den Antrag nicht für nöthig, da §. 11 des Gesetzes schon dasselbe in sich fasse. Auch der Landtagscommissar war der Meinung, daß, wenn es sich darum handle, Schulden aufzunehmen oder neue Steuern zu bewilligen, die Stände auch genau informirt sein müßten, ob die Maßregel nöthig. In Betreff des Staatshaushalts sei größte Offenheit der Wille auch der preußischen Minister und beruhe auf dem Befehle des Königs. Es werde den betreffenden Referenten kein Specialetat vorenthalten werden. Sie hätten nicht geheime Fonds von 1—2 Millionen jährlich. In Betreff der Verwendungen, über deren Kargheit geklagt worden, gelte hier der Grundsatz, nicht mehr auszugeben, als man einzunehmen habe. Er frage, ob man auch in dieser Beziehung dem Beispiel eines andern, früher genannten Landes folgen solle. (Stürmisches Nein.) Wünsche in Betreff des Staatshaushalts auszusprechen stehe dem Landtage stets frei. Die Begründung einer besondern Abtheilung hielt er nicht für nöthig. Bei der weitern Verhandlung, an der sich noch Hr. Hansemann wiederholt, der Finanzminister, die Abgg. v. Brünneck, v. Auerswald, Sattig (Referent), Schauß und Andere betheiligten, erklärte der Landtagscommissar beiläufig, daß sich die geheimen Fonds der Ministerien nur auf 17,600 Thlr. beliefen und daß der Hauptetat auf 3724 Specialetats beruhe. Um eine Uebersicht über die Finanzverwaltung seit 1840 zu gewinnen, würden sieben Mal 3724 Rechnungen durchzusehen sein. Am Schlusse sprach sich die überwiegende Mehrheit für den Antrag, mit dem Zusatz: „im Sinne des §. 11 der Verordnung vom 3. Febr. a. c.", aus.

In der Sitzung am 26. Mai begann man mit Verhandlungen über Reglementsfragen und namentlich über die Reihenfolge der Redner. Eine große Mehrheit stimmte zuletzt dafür, daß der Landtagsmarschall künftig nur den Rednern das Wort geben solle, welche sich von da ab, wo ein Antrag zur Discussion gestellt worden, meldeten. (A. P. Z.)

(+) **Berlin**, 28. Mai. Der erste Geistliche an der hiesigen katholischen Hedwigskirche, Propst Brinckmann, ist auf einer Reise, die er nach Wrietzen unternommen, um daselbst eine Kapelle einzuweihen, von einem so heftigen dreimaligen Blutsturze befallen worden, daß er gegenwärtig in dem kleinen märkischen Städtchen Neustadt-Eberswalde todtkrank daniederliegt, ohne hierher gebracht werden zu können. Die beiden königl. Leibärzte Dr. Grimm und Dr. Schönlein sind dahin abgegangen, um ihm mit ihrer ärztlichen Hülfe beizustehen. — Auch Hr. v. Vincke ist seit einigen Tagen krank und außer Stande, den Verhandlungen des Landtags beizuwohnen. — Jetzt, da der berliner Wollmarkt vor der Thür ist, scheint sich in unserer commerziellen Welt wieder eine außerordentlich heftige Opposition gegen die königl. Seehandlung geltend zu machen; man besorgt nämlich, daß sie auch diesmal, wie gewöhnlich, als starker Käufer auf dem Markt erscheinen und dadurch den ersten Anhaltepunkt für die Normirung der Preise geben werde. Es lassen sich hier die alten Klagen wegen Eingriffe des Staats in den freien, der Concurrenz preisgegebenen Verkehr vielfach hören. Die Seehandlung hat bei ihren starken Käufen auf den hiesigen Wollmärkten immer speciell den Zweck gehabt und ihn mitunter auch ausgesprochen, die inländische Schafzucht zu unterstützen.

× **Berlin**, 29. Mai. Nachdem die zweite allgemeine Kirchenversammlung der Deutschkatholiken ausgesprochen hatte, daß sie nur Principien aufzustellen habe, mußte sie natürlich dieser Aufstellung in ihrer fernern Berathung treu bleiben. Dies geschah denn in den gestrigen Sitzungen hinsichtlich mehrer wichtigen Fragen. Zunächst schritt man zur Wahl des Ausschusses, welcher eine vollständige Verfassung ausarbeiten soll, bei welchem abermals die Vertretung der Provinzialverbände beobachtet wurde; so wählte man für Brandenburg, Sachsen, Pommern den Justizcommissar Leineweber aus Erfurt, für Schlesien den Regierungsrath Reimann aus Friedeberg am Queiß, für Posen den Prediger Post aus Posen, für Ost- und Westpreußen den Landschaftsrath v. Strachowski aus Königsberg, für Sachsen den Professor Wigard aus Dresden und für Süd- und Mitteldeutschland den Prediger Schell aus Fulda; zum Referenten wurde Wigard ernannt, und an ihn sollen nun alle Anträge und Materialien eingesandt werden. Zwei Fragen formeller Natur, wenigstens theilweise, beschäftigten nun die Versammlung; die erste betraf das Recht der Gemeinden, das Concil zu beschicken. Bis jetzt gilt jede selbständige Gemeinde als berechtigt, vertreten zu sein und hat Eine Stimme. Wollte man nun auch nicht an diesem Rechte rütteln, so verkannte man doch nicht die Richtigkeit der Aufstellung, es sei ein Misverhältniß vorhanden, wenn eine Gemeinde von 3000 Seelen nur Eine Stimme habe, 30 Gemeinden von 100 Seelen dagegen 30 Stimmen. Da indessen die Aufstellung einer Scala eine Sache sorgfältiger Erwägung sein muß und in einem kurzen Zeitraume kaum gefunden werden kann, so beschloß man, diese Aufstellung dem Verfassungsausschusse zu überlassen und sich jetzt nur mit einer Feststellung der Legitimationsart einer Gemeinde zu begnügen; da nun die Abgeordneten zum Concil der großen Mehrheit nach nicht beurtheilen können, welche Gemeinde selbständig und also vertretungsfähig ist, so stellte man auf, daß nur die Gemeinde auf dem Concil zuzulassen sei, die von der allenthalben bestehenden Provinzialsynode als solche anerkannt ist; dadurch begegnete man auch der Schwierigkeit, sich auf dem Concil mit einer Entscheidung befassen zu müssen, wenn, wie z. B. in Worms, eine Gemeinde sich spalten, und der eine Theil — dort der Vorstand mit etwa zwölf Personen — eine besondere Gemeinde zu sein behauptet, während er doch alle freiwillig anerkannten Bestimmungen und Organe misachtet und verletzt. Stadtrath Rewitzer machte darauf aufmerksam, wie viele Abgeordnete gezwungen seien, am Sonnabend Berlin zu verlassen, und beantragte deshalb den Schluß des Concils am Sonnabend um 11 Uhr; nachdem von Blum noch hervorgehoben war, daß man zu dieser Stunde schließen müsse, weil das Concil mit der unvermeidlichen Abreise incompetent werde, nahm man den Schluß einstimmig an. Eine lange und ziemlich scharfe Verhandlung veranlaßte der Antrag Breslaus, einen Centralvorstand für sämmtliche Gemeinden zu bil-

den, welcher aus einem Abgeordneten von jedem Provinzialverbande bestehen und am Vororte, d. h. an dem Orte, wo das nächste Concil gehalten wird, seinen Sitz haben soll. Einerseits sah man in diesem Centralvorstand ein Mittel, das Leben der Gemeinden zu fördern und zu heben, zugleich die „Einheit, welche allein Kraft gibt", beständig darzustellen, zu vertreten und zu erhalten. Andererseits sah man in einem mächtigen Vorstand eine Hierarchie und wies darauf hin, daß gerade so das Papstthum entstanden sei; in einem auf das Maß der gemeindlichen Selbständigkeit und Autonomie beschränkten Vorstand aber erblickte man etwas völlig Ueberflüssiges, da Das, was er thun könne, eben so gut von der geschäftführenden Gemeinde, die das leipziger Concil geschaffen hat, besorgt werden könne. Die Ansichten gingen so weit aus einander, daß z. B. Koch behauptete, ein solcher Vorstand müsse das Herz der ganzen Kirche werden, während Blum ihn blos für die Packkammer und Brieferpedition derselben hielt und erklärte, die Kirche sei kein Organismus, der von Einem Herzen geregelt werde, denn dieses würde der Papst sein, sondern eine freie Vereinigung selbständiger einzelner Organismen, die alle ihr eignes und besonderes Leben hätten. Auch erklärte der Letztere das Institut für eine reine Unmöglichkeit, indem weder die Gemeinden dasselbe annehmen und anerkennen würden, noch die Mittel zu seiner Erhaltung vorhanden seien. Nach hitzigem Kampfe wurde zur Abstimmung geschritten und das Institut mit 75 gegen 73 Stimmen angenommen. Die Minderheit verlangte, ihre Namen ins Protokoll aufgenommen zu sehen, da sie den Beschluß für das größte Unglück halte und der Nachwelt ihre Namen weder als betheiligt an diesem Beschlusse dargestellt, noch es verschwiegen wissen möge, daß man davor gewarnt und in dem Institute den Beginn eines neuen Papstthums erblickt habe. Der Präsident suchte die Aufregung, die wirklich vorhanden war, zu beschwichtigen, brachte die Minderheit von ihrem Verlangen ab, und man beruhigte sich um so eher, als offen erklärt wurde, es sei ein todtgeborenes oder doch völlig lebensunfähiges Kind, in dem man etwas geschaffen habe, welches man wahr zu machen und zu erhalten keine Mittel habe. Diese Voraussicht bewährte sich als richtig, denn als man die Aufgabe des Centralvorstandes in der Vermittelung im weitesten Sinn erkannt und festgesetzt, auch in einer halbstündigen Pause Zeit zur Erholung und Beruhigung der Gemüther gewährt hatte, begann man die Verhandlung über die Zusammensetzung des Vorstandes und begrub ihn damit. Man stellte nämlich dar, wie man weder berechtigt sei, irgend welche Geldbewilligungen den Gemeinden aufzubürden, noch hoffen dürfe, dieselben zu erlangen, da fast alle ihr eignes Dasein nur mühsam fristeten. Die Kosten seien aber um so enormer, als der Mann, der zwei bis fünf Jahre als Mitglied des Centralvorstandes an den Vorort gehen solle, seine ganze Existenz in der Heimat aufgeben müsse, wofür es nothwendig sei, ihn zu entschädigen. Es bleibe daher nichts Anderes übrig, als den Reichthum und die Geschäftslosigkeit als erste und einzige Qualität für die Wahlfähigkeit zum Centralvorstand aufzustellen oder es bei der bisherigen Einrichtung zu belassen, den Gemeindevorstand des nächsten Concilortes als Centralvorstand anzuerkennen und sich zu begnügen, den Namen desselben verändert zu haben. Diese Ausführung löste die Mehrheit auf, bei der Abstimmung standen die breslauer Abgeordneten allein, und man beschloß mit allen Stimmen gegen die ihrigen, den Gemeindevorstand des nächsten Concilortes als Centralvorstand anzuerkennen. Der unwillkürliche laute Ausruf: „Wir sind verloren!" der aus den Reihen der breslauer Vertreter erschallte, zeugte dafür, wie sehr dieselben das Institut ins Herz geschlossen hatten. — Die Nachmittagssitzung wurde mit der Frage: „Welches ist das Princip der Lehre?" ausgefüllt, an welche sich natürlich die Entscheidung über die Erhaltung des Bekenntnisses knüpfte. Die Verhandlung begann mit einer sehr wesentlichen Berichtigung; bei der Redaction der leipziger Concilbeschlüsse hatte sich der Ausdruck eingeschlichen: „Als allgemeinen Inhalt unsers Glaubens stellen wir folgendes Symbol auf", während doch das Concil — wie die Protokolle zeigen — einstimmig erklärt hatte, daß es kein Symbol aufstellen wolle, sondern das Bekenntniß nur der Ausdruck der gemeinsamen religiösen Ueberzeugung der Versammelten sein solle, ohne den Einzelnen zu fesseln. Dieser Berichtigung trat man einstimmig bei, und die Verhandlung begann sodann auf der Grundlage des vom Präsidenten gestellten Ausspruchs: „Das Princip der Lehre ist: Anerkennung der Wahrheit der Lehre Christi in ihrer Uebereinstimmung mit der Vernunft." In der Verhandlung war besonders der Vortrag des Dr. Jettmar, Pfarrers der Protestkatholiken, interessant, welcher dem Concil die Annahme des Apostolicums empfahl, in demselben das nothwendige Princip jeder christlichen Kirche sowol als das nach keiner Seite zu überschreitende Maß der geoffenbarten Wahrheit erblickte. Nicht der Zelotismus der Strenggläubigkeit, der so oft in unserer Zeit widerlich sich geltend macht, sondern die Tiefe und Wärme religiöser Ueberzeugung sprach aus seinen gediegenen Worten, und man mußte den Mann achten und lieben, wenn man auch seine Ueberzeugung nicht theilte. Auch bewegte sich die Entgegnung in einem so würdigen Takte, daß Versöhnung das Ergebniß dieser Verhandlung sein muß, indem man nur geltend machte: ein Bekenntniß sei kein Princip, sei es nie gewesen und könne es nicht sein: eine Entgegnung, die sich übrigens zugleich gegen Diejenigen richtete, welche das Princip in dem leipziger Bekenntniß erblicken wollten. Nach einer fast vierstündigen ernsten Verhandlung nahm man den Präsidialantrag, dem man noch gültige Gewissens- und Forschungsfreiheit, Bethätigung des Christenthums durch thätige Liebe und unbegrenzte Duldung zugefügt hatte, fast einstimmig an, lehnte die von Breslau beantragte Revision der dogmatischen Bestimmungen des leipziger Concils mit allen Stimmen gegen die breslauer ab und sprach sich für unverkehrte Erhaltung des leipziger Bekenntnisses aus. Das Concil hatte an diesem Tage mit zwei kurzen Unterbrechungen 13 Stunden gearbeitet, und zwar mit dem größten Ernst und Anstrengung aller Kräfte. Außerdem hatten sich die preußischen Abgeordneten noch über eine Eingabe an den König gegen die Patente vom 30. April geeinigt. Ueber das Abendessen stattgefundene Fest im morgenden Berichte.

○ **Aus Schlesien**, Ende Mai. Graf Reichenbach ist in der bekannten Untersuchung wegen Verbreitung einer Heinzen'schen Broschüre vom Oberlandesgerichte zu Ratibor völlig freigesprochen worden.

Y **Aus Preussen**, 23. Mai. Die zuletzt erschienene Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält die Instruction vom 10. d. M. für die Gerichte über das bei Beglaubigung der unter Dissidenten vorkommenden Geburten, Heirathen und Sterbefälle zu beachtende Verfahren. Aus dieser Verordnung ist das Bestreben ersichtlich, alle unnützen Weitläufigkeiten, wie sie wol sonst häufig mit gerichtlichen Geschäften verbunden erscheinen, zu entfernen. Auch sind die Kosten mäßig. Die den Gerichten zu bezahlenden Gebühren werden auf ein Pauschquantum und zwar a) für Beglaubigung einer Heirath incl. des Aufgebots von 1 Thlr. 15 Sgr. bis 5 Thlr. und b) für Beglaubigung eines Sterbefalls, einer Geburt oder eines Austritts aus der Kirche von 10 Sgr. bis 2 Thlr. festgesetzt, Copialien, Protokoll-, Ausfertigungs- und Insinuationsgebühren mit eingerechnet. Zu den Attesten sind die tarifmäßigen Stempel in Ansatz zu bringen, alle übrigen Verhandlungen und Verfügungen aber vom Stempel freizulassen. Bei allen formirten Untergerichten ernennt der Dirigent ein für alle Mal einen Commissarius für diese Geschäfte.

— Die städtischen Behörden von **Berlin** haben dem Gustav-Adolf-Vereine daselbst einen jährlichen Zuschuß von 200 Thlr. auf neue sechs Jahre bewilligt.

Oesterreich.

In einem Brief aus **Wien**, den der Schwäbische Merkur mittheilt, heißt es: „Die Scheidung Galiziens in zwei Gouvernements ist, trotzdem, daß die Ausführung zeitweise ruht und die Sache von einigen Journalen wieder bezweifelt wurde, eine sichere, allerhöchsten Orts ausgesprochene Maßregel. Es werden zur Zeit noch einige allgemeine, diese Provinz betreffende Verfügungen verhandelt, so ein im Werke stehendes Verbot der Tragung von Waffen, auch für den Adel, bei welchem man während der neuesten Aufstände eine große Menge davon aufgehäuft gefunden. Ein solches Verbot mittels allerhöchsten Patents besteht auch für die italienischen Provinzen und für Südtirol. Die Gutsherren suchen dagegen geltend zu machen, daß sie nicht wehrlos gegen etwanige Excesse der Bauern dastehen könnten."

Portugal.

Aus **Oporto** wird vom 19. Mai gemeldet, daß der britische Oberst Wylde mit seinem Sohn und dem spanischen Vermittler Marquis d'Espana auf dem Kriegsdampfer Gladiator nach Lissabon zurückgekehrt sind. Vorher hatte derselbe ein Schreiben an die provisorische Junta erlassen, worin er den Mitgliedern derselben anzeigt, daß er nach Ablehnung der von der Königin gebotenen Bedingungen dieser nicht länger empfehlen könne, sie in die Amnestie mit einzuschließen. Er mache sie zugleich für alle aus der Fortsetzung des Bürgerkriegs folgende Uebel verantwortlich. Uebrigens würden England, Frankreich und Spanien nun sofort die zur Pacification des Landes erforderlichen Mittel vereinbaren. Die vom Obersten Wylde gemachten Vorschläge waren vollständig folgende:

„1) Vollständige und allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen seit Anfang October 1846 und sofortige Zurückberufung aller Personen, die seitdem wegen politischer Ursachen aus Portugal entfernt worden sind; 2) unverweilter Widerruf aller seit vorigem October erlassenen Decrete, die gegen die bestehenden Gesetze und Verfassung des Königreichs verstoßen oder sie beschränken; 3) Einberufung der Cortes, sobald die unverzüglich anzuordnenden Wahlen vollendet sind; 4) unverweilte Einsetzung einer Verwaltung, welche aus Männern besteht, die weder zur Partei Cabral noch zu den Mitgliedern der Junta von Oporto gehören."

Von der „provisorischen Junta für die höchste Regierung des Königreichs im Namen der Nation und der Königin", wie die Insurgentenregierung sich nennt, wurde unterm 13. Mai darauf erwidert, daß ohne Erklärungen, bestimmte Bürgschaften und Zusätze auf diese Basis hin zu dem gewünschten Ziele nicht wohl zu gelangen sein würde, wie der Oberst Wylde aus den in den Conferenzen mit ihren Commissaren ihm dargelegten Gründen auch ermessen könne. Zugleich legte die Junta ihre Gegenanträge vor. Diese sind

Zu Art. 1: „Es tritt ewige Vergessenheit aller politischen Handlungen und Meinungen ein, welche mit den Ereignissen der Nacht des 6. Oct. 1846 in Verbindung stehen. Die aus politischen Ursachen damals verhafteten Personen werden frei gelassen, die aus dem Lande geschickten sofort zurückgerufen. Allen von jenen Ereignissen herrührenden politischen Processen wird gleicherzeit ein Ende gemacht und alle gegen bei jenen Vorfällen compromit

tirte Personen gefällten Urtel werden als null und nichtig betrachtet. Alle Verabschiedungen und Entziehungen bürgerlicher oder militairischer Aemter, Würden, Titel und Orden, die von den Ministern Ihr. Maj. nach jenen Ereignissen ergangen sind, werden als nicht stattgehabt erklärt. Zu Art. 2. Alle seit dem 6. Oct. von Ihr. Maj. Ministern erlassenen Decrete, welche die damals bestehende Verfassung, Gesetzgebung oder sonstig geltend gewesenen Anordnungen betreffen, werden unverweilt widerrufen. Zu Art. 3. Die für die Wahl der Abgeordneten zu den allgemeinen und außerordentlichen Cortes nöthigen Maßnahmen sollen binnen 30 Tagen nach Ernennung eines Ministeriums getroffen werden, das der Nation und J. Maj. Vertrauen verdient. Das Decret vom 26. Jul. 1846 soll unbedingt bei allen Anordnungen wegen der Wahlen sammt den Vollmachten beobachtet werden, die allgemein wie besonders gelten und welche Art. 73 für die Revision der constitutionellen Charte darlegt. Die Versammlung der Cortes soll ohne Möglichkeit der Verschiebung in 15 Tagen nach Beendigung der Wahlen in allen Theilen des Königreichs erfolgen. Zu Art. 4. Die Königin wird ein Ministerium aus Personen ernennen, welche ihr und des Landes Vertrauen verdienen, zu dem folglich weder Cabralisten noch Solche gehören können, die Antheil an den unglücklichen Ereignissen der Nacht des 6. Oct. 1846 genommen oder notorisch beigetragen haben, die Folgen davon zu erschweren und das nachher von Ihr. Maj. Regierung befolgte, unglückliche System unterstützen halfen. Kein Mitglied der provisorischen Junta macht und kann Anspruch machen, der neuen Verwaltung anzugehören."

Dazu hat die Junta noch neun Zusatzartikel vorgeschlagen, welche die unverweilte Herstellung in voller Geltung der vor dem 6. Oct. 1846 in Kraft gewesenen Charte, Gesetze und sonstigen Bestimmungen, die unverletzliche Aufrechthaltung der unterm 20. Febr., 20. März und 28. Apr. d. J. von der Junta hinsichtlich der miguelistischen Offiziere erlassenen Anordnungen, die Fortbezahlung von der Junta verwilligter Pensionen und deren gesetzliche Anerkennung, die Bezahlung der von ihr in Geld oder Natura gemachten Anleihen und das Fortbestehen ihrer in Hinsicht der Steuern getroffenen Anordnungen bis auf weitern Beschluß der Cortes verlangen. Die Königin solle ferner die Hauptpersonen ihres Hofhaltes im Sinne der neuen Minister wechseln, die in Heer und Flotte von der Junta gemachten Offiziersernennungen, Beförderungen und Ordensverleihungen sollen anerkannt, alle ihre Truppen bis auf Anordnung der Cortes unter den Waffen behalten und nach Lissabon und Oporto gelegt, die jetzt in Lissabon befindlichen königl. Truppen aber nach den Provinzen geschickt werden. Ein Oberbefehlshaber soll nicht ernannt, das Commando der einzelnen Corps aber solchen Offizieren gegeben werden, welche sich für die nationale Erhebung oder doch nicht gegen dieselbe erklärt haben. Nachdem die Junta diese Artikel vollzogen und die constitutionelle Freiheit des Landes gesichert sehen wird, werde sie auch ihre Mission als beendet betrachten.

— Aus **Lissabon** wird vom 19. Mai geschrieben, daß in politischen und kriegerischen Dingen seit Verwerfung der Vermittelung durch die Junta ganz ungewohnte Ruhe herrsche und doch lief eigentlich am 16. Mai der mit Sa da Bandeira geschlossene Waffenstillstand ab. Der britische Gesandte hat den portugiesischen Ministern bestimmt erklärt, daß England, jedoch im Einverständnisse mit Spanien und Frankreich, intervenieren werde. Um vor Setubal neue Feindseligkeiten zu verhüten, wurde der Dampfer Sidon mit einem spanischen und französischen Offizier nach Setubal geschickt, welcher in Gemeinschaft mit dem Befehlshaber des Schiffs handeln sollten. Sie kamen gestern mit einem Adjutanten Sa da Bandeira's zurück, der geheime Aufträge an die Königin hatte. Man erzählt nun, daß Sa da Bandeira demnächst mit seinen meisten Offizieren sich der Königin unterwerfen wolle. Der frühere portugiesische Gesandte in Madrid, Baron Renduffe, ist zum Gesandten in Paris ernannt worden.

— Die Junta zu Oporto hatte in Folge der Gerüchte von der Ankunft Dom Miguel's Befehl gegeben, denselben zu verhaften, wenn er angetroffen werden sollte, und außerhalb Landes zu schaffen. Am 17. Mai theilte sie das dem britischen Consul mit der Bemerkung mit, daß seine Landung nur unter britischer Flagge stattgefunden haben könne. Man wußte gewiß, daß von einer britischen Yacht bei Villa de Conde drei Personen ans Land gegangen waren, und über eine war keine Auskunft zu erlangen gewesen. Die fragliche Yacht war übrigens am 19. Mai wieder abgesegelt und der Correspondent der Times vermuthet, sie habe ihren geheimnißvollen Passagier wieder mitgenommen.

Spanien.

Der Heraldo meldet vom 21. Mai, daß der Fortbestand des Cabinets in keiner Weise mehr bedroht sei. Das Eco del Comercio hält den Ministerwechsel nur für kurze Zeit vertagt. Man erwartete nun am 23. Mai die Königin in Madrid. — Nach dem Tiempo stände dem General Serrano die Ernennung zum Generalcapitain von Cuba bevor. — Aus Solsona wird die am 18. Mai erfolgte Hinrichtung Tristany's gemeldet.

— Der Clamor publico stellt Betrachtungen über die Verwickelungen an, vor denen Spanien nicht zur Ruhe zu kommen vermöge und wegen deren die ganze Verantwortlichkeit auf die Männer der französischen Partei falle, die es unternahmen, die politischen, administrativen und die Thronfolge betreffenden Fragen nach dem Geschmack eines fremden Hofes zu lösen, dem daran gelegen ist, die spanische Monarchie in der Person Isabella's II. herabzuwürdigen, damit die Blicke sich auf den Herzog von Montpensier als den einzigen Prinzen wenden möchten, der fähig wäre, die königliche Würde wiederherzustellen, sobald ein frühzeitiger Tod oder sonst irgend ein, vielleicht unvorhergesehenes Ereigniß ihn an die Seite des Thrones riefe. Dieselbe fremde Hand, welche dem freien Willen der Königin bei der Wahl ihres Gatten ein Veto entgegenzusetzen wagte, sei es auch jetzt wieder, die auf mehr als einem Wege den dem Anscheine nach zwischen dem königlichen Ehepaare herrschenden Zwiespalt ausbeute und anfache, um eine wirkliche und tiefe Spaltung hervorzurufen, die fähig wäre, Spanien in ein Labyrinth zu verstricken, aus dem es, ohne das Gebäude des Staats bis in seine Grundlagen zu erschüttern, den Ausgang nicht finden könnte.

— Ein Handelsschreiben aus **Barcelona** vom 15. Mai berichtet, daß am 14. Mai der Capitain und die gesammte Mannschaft des in jenen Hafen eingelaufenen mexicanischen Kapers (Nr. 146) unter einem ungeheuern Zulaufe des Publicums gebunden ins Gefängniß abgeführt wurden. (W.-Z.)

Großbritannien.

London, 25. Mai.

Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar sind gestern am Bord des niederländischen Kriegsdampfers Cyclops in Woolwich angekommen, wo sie von einer Ehrenwache unter Commando eines Capitains, vom Commodore Sir J. Gordon Bremer, dem Stallmeister der Königin-Witwe Lord Denbigh und mehren andern Personen ihres Hofes empfangen wurden. Drei bereitstehende Hofwagen brachten die Herrschaften dann nach Marlboroughhouse zum Besuche bei der verwitweten Königin.

— Der Großfürst Konstantin hat gestern die Ausstellung der königl. Akademie, die neuen Parlamentshäuser, Westminsterabtei, das polytechnische Institut und andere Sehenswürdigkeiten in Begleitung des russischen Botschafters besucht.

— Der Graf v. Montemolin kam gestern mit General Montenegro, Major Dundas Campbell und andern Begleitern nach Portsmouth, wo ihn der Hafenadmiral Sir Charles Ogle empfing und mit ihm auf der Admiralitätsjacht Fanny nach Spithead fuhr, um den St. Vincent zu besichtigen. Abends speiste der Graf in Portsmouth beim Admiral.

— An die Stelle des so vielfach angegriffenen Oberbauinspectors der Flotte, Capitains Sir William Symonds, soll dem Hampshire Telegraph zufolge Capitain Sir Baldwin Walker kommen, derselbe, welcher sich als Befehlshaber der türkischen Escadre vor St.-Jean-d'Acre ausgezeichnet hat.

— Am 24. Mai Abends stürzte auf der Eisenbahn zwischen Chester und Shrewsbury beim Uebergang eines Wagenzugs die über den Deeflus führende eiserne Brücke theilweise ein, und mit Ausnahme des Tenders und der Locomotive stürzte Alles, drei Wagen mit 20—24 Passagieren, aus einer Höhe von etwa 120 Fuß in den Fluß. Vier Menschen sind auf der Stelle getödtet und dreizehn schwer, einige tödtlich verwundet worden.

— Indem die Gazette meldet, daß die Königin den Viceadmiral Grafen v. Dundonald (Alex. Thom. Cochrane) zum Großkreuz des Bathordens ernannt habe, ward die Nachricht von seiner Rehabilitirung bestätigt. Zugleich werden neue, vom 14. April d. J. datirte Statuten des Bathordens publicirt, denen zufolge der Orden aus dem Souverain, einem Großmeister und 952 Mitgliedern in drei Klassen, als Großkreuze, Commandeurs und Ritter, bestehen soll, die sich in Civil- und Militairmitglieder theilen. Zum Großmeister des Ordens ist Prinz Albert ernannt.

— Das Morning Chronicle erklärt sich ermächtigt, zu verneinen, daß General Espartero ein Gesuch um die Erlaubniß zur Rückkehr nach Spanien an die Königin Isabella gerichtet habe.

— Nachrichten aus **Hongkong** vom 30. März melden, daß Sir John Davis ernstliche Vorstellungen an Keying gerichtet hatte, um endlich die versprochene Zulassung der Engländer in die Stadt Kanton zu erwirken. Am 31. März sollte das Kriegsdampfschiff Vulture von Hongkong mit Truppen nach Kanton abgehen, um eine Demonstration zu machen und nöthigenfalls, wie man glaubte, den Eintritt in die Stadt zu erzwingen.

Frankreich.

Paris, 26. Mai.

Die Pairskammer hielt gestern eine kurze Sitzung, in welcher Graf Laribosiere die von seinem Schwiegervater Grafen Roy verfaßte Gedächtnißrede auf den Vicomte de Caux, verstorbenen Pair, vorlas. Von der Deputirtenkammer wurde die allgemeine Berathung über den Vorschlag der postalischen Reform fortgesetzt, und der Finanzminister Hr. Dumon eröffnete dieselbe mit einer Rede dagegen. Er stützte sich dabei vorzugsweise auf die dermalige Lage der Finanzen, die nicht daran zu denken gestatte, die Hülfsquellen des Schatzes zu beschneiden, was bei Annahme des in Rede stehenden Vorschlags gewiß erfolgen würde. In jedem Fall aber und selbst angenommen, der Zeitpunkt einer postalischen Reform sei gekommen, werde die Regierung nicht die Einführung eines

Digitized by Google

gleichmäßigen Briefportos zugeben, sondern ein nach Zonen graduirtes vorziehen. Hr. Emile de Girardin, Berichterstatter über den Vorschlag, suchte gegen den Finanzminister darzuthun, daß aus der Reform kein Verlust für den Schatz sich ergeben werde. In Hrn. Léon Faucher trat ebenfalls ein Vertheidiger des Vorschlags auf, der sodann von Hrn. Muret de Bort bekämpft wurde. Die allgemeine Berathung wurde nun für geschlossen erklärt und die der Artikel für die heutige Sitzung anberaumt.

— Die Union monarchique will von Entschließungen der Budgetcommission wissen, deren Voraussicht den so bereitwilligen Uebergang Hrn. Dumon's zum Finanzministerium erklären würde. Es handle sich nämlich um nichts Geringeres als etliche Reductionen im Belaufe von 86 Mill. an dem für das Jahr 1848 vom Ministerium der öffentlichen Bauten zu außerordentlichen Arbeiten in Ansatz gebrachten 131 Mill., und die Hälfte dieser Reductionen betreffe Eisenbahnen. Der neue Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Jayr, soll sich sehr entgegenkommend bei diesen Wünschen der Commission bewiesen haben. Auch noch von einer andern verlangten Verminderung, welche außerordentliche Arbeiten des Kriegsdepartements betreffe, ist die Rede, in welche die Regierung gewilligt haben soll. Das Journal des Débats bestätigt das in einem längern Artikel, der an die angebliche Einwilligung der Regierung in die von der Commission gewünschten Reductionen die Hoffnung knüpft, sie werde deshalb noch keinen festen Entschluß gefaßt haben. Komme man zu der Ueberzeugung, daß die von der frühern Legislatur votirten Arbeiten die Hülfsquellen des Staats überschritten, so sei es einleuchtend, daß man jene beschränken müsse. Allein man werde auch zugeben, daß Beschlossenes weder so leichthin aufgegeben noch die Ausführung auf Jahre hinaus verschoben werden dürfe. Ehe man dem Volk eine Wohlthat, zu der man sich ihm gegenüber verpflichtete, vorenthalte, müsse man erst gewiß sein, daß dies unerläßlich sei. Kurz, bevor man zur Suspension oder Einschränkung von Unternehmungen schreite, werde es gut sein, zu prüfen, ob die Verzögerung oder Vertagung auf unbestimmte Zeit nicht noch größere Unannehmlichkeiten als die mit sich bringe, die man zu vermeiden trachtete. Das einzige, für umfängliche Suspendirung oder Einschränkung öffentlicher Arbeiten gültig aufzuführende Argument würde die beträchtliche Verminderung der Staatseinkünfte sein. Liege diese vor und sei sie so groß, um zu beunruhigen? fragt das Journal des Débats, und glaubt bis daher das Gegentheil annehmen zu dürfen. Die indirecten Einnahmen wären nur um einen unbedeutenden Betrag gesunken, und noch befinde man sich innerhalb der Voranschläge des Budgets. Finde man bisher noch unbekannte gute Gründe auf, um von den im Bau begriffenen Eisenbahnen oder andern Unternehmungen eine oder die andere zu verschieben, so möge das sein. Weiter gehen würde sehr bedenklich werden. Noch sei kein panischer Schrecken eingerissen, und die Budgetcommission werde gewiß keinen verbreiten wollen.

— Vom National wird eines Gerüchts erwähnt, das den Grafen Molé endlich einwilligen läßt, ein neues Cabinet zu bilden, in welchem er das Auswärtige, Hr. Dufaure das Innere, Hr. Hipp. Passy die Finanzen, Hr. Dode de la Brunerie den Krieg, Hr. Billault die Colonien und Marine, Hr. Vivien das Justizdepartement und vielleicht Hr. Bignon Handel und Ackerbau übernehmen würde. Der National meint indessen selbst, es sei doch wenig glaubhaft.

— Der Minister des Innern Graf Duchatel soll sich für den Rest der Session nach Meuden begeben wollen. Ein Wechselfieber, das den stärksten Gaben Chinin bisher trotzte, setzt ihm hart zu.

Niederlande.

Nach Berichten aus **Batavia** bis zum 31. März haben zahlreiche Ueberschwemmungen in mehren Districten das Land verheert. In der Residenz Samarang hatte das schlechte Wetter die Wege so unbrauchbar gemacht, daß in der Stadt Samarang selbst großer Mangel an Lebensmitteln eingetreten war, dem erst später durch Zufuhren aus den Binnendistricten abgeholfen wurde. Die Kaffeepflanzungen hatten in mehren Districten sehr gelitten, ebenso die jungen Indigopflanzungen. In der Landschaft Badauw, welche als die Vorrathskammer von Koepang betrachtet wird, war die Reisärnte völlig misrathen; dieselbe hatte blos 200 Pikols eingebracht, während sie sonst im Durchschnitte jährlich 3000 Pikols liefert. (Köln. Z.)

Schweiz.

Die Regierung von **St.-Gallen** hat die beiden bestrittenen Bezirksgemeinden von Gaster und Oberrheinthal (deren Wahlen in einander entgegengesetztem Sinn ausfielen) anerkannt.

Italien.

Da die Festessen in **Rom** untersagt sind, nehmen die Freunde derselben zur Umgegend ihre Zuflucht, um ihrer Sprech- und Eßlust Genüge zu leisten. Gestern begaben sich über siebenhundert Personen nach dem benachbarten Zagarolo, einer nahe bei Palestrina belegenen Ortschaft, die dem Fürsten Rospigliosi gehört. Ihr Anführer war, wie immer bei ähnlichen Veranlassungen, ein gewisser Angelo Brunetti, Eigenthümer mehrer Wachtkarren und Besitzer einiger Weinkneipen, der den halsbrechenden Namen Ciceruacchio führt. Dieser Mensch, der vor kaum acht Monaten außer seinen Standesgenossen Niemandem bekannt war, hat sich eine fast unglaubliche Popularität erworben. Hätte er den Geist und das Talent eines Cola di Rienzi, so würde aller Grund vorhanden sein, in ihm einen neuen Volkstribun befürchten zu müssen. Zum guten Glück ist er aber ganz ohne moralischen Gehalt, ein Umstand, der denn auch mit vollem Rechte schließen läßt, daß seine Popularität nur von sehr kurzer Dauer sein kann. (Köln. Z.)

Rußland und Polen.

Laut Briefen aus **Petersburg** ist in Moskau ein Magazin mit 24,000 Tschetwert Weizen abgebrannt.

Griechenland.

0 **Berlin**, 27. Mai. Die griechische Angelegenheit ist auf einen so ernsten Wendepunkt gediehen, daß ich mich beeile, Ihnen zwei wichtige Depeschen mitzutheilen, welche die von dem englischen Cabinet befolgte Politik vollständig erklären. Diese Depeschen sind schon mehre Wochen in den diplomatischen Kreisen von Wien und Berlin in Umlauf und werden daher einigen Lesern dieser Zeitung schon bekannt sein. Sie heben drei Hauptpunkte hervor, auf die ich aufmerksam machen muß: 1) daß die von der Pforte verlangte Genugthuung für die ihrem Gesandten zu Athen widerfahrene Beleidigung in Uebereinstimmung mit den Gesandten der fünf Mächte zu Konstantinopel begehrt wurde; 2) daß die englische Rate der Zinsen für die griechische Anleihe von der englischen Regierung deshalb gefodert wird, weil die öffentlichen Rechnungen Griechenlands verfälscht worden sind, um den Ueberschuß der Einnahmen zu verbergen; daß dadurch zugleich dem System Einhalt gethan werden soll, welches durch nachlässige und unredliche Verwaltung das jährlich auf das Capitel der Anleihe zu wendende Geld vergeudet; 3) daß das gegenwärtige Verfahren der englischen Regierung nicht auf einem neuen Entschlusse des Whigcabinets beruht oder seine Ursache in der Rückkehr des Lords Palmerston ins Ministerium zu suchen hat, sondern daß es schon voriges Jahr vom Peel'schen Cabinet beschlossen und der griechischen Regierung schon von Lord Aberdeen nicht später als den 22. März 1846 angedroht ward, sodaß in dieser Angelegenheit Lord Palmerston lediglich die Politik seines Vorgängers ausführt.

Die Depeschen selbst lauten so:

„Viscount Palmerston an Sir Edward Lyons. Auswärtiges Amt, 19. März 1847. Sir! Ich habe Sie zu veranlassen, Hrn. Kolettis zu erklären, daß die Regierung Ihr. Maj. die unglückliche Unterbrechung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland aufrichtig bedauert, welche in Folge davon entstanden ist, daß der türkische Gesandte in Griechenland genöthigt ward, den Hof von Athen zu verlassen. Diese Beziehungen sind von großer Wichtigkeit für beide Länder, aber die griechische Regierung muß selbst fühlen, daß ihre Unterbrechung durch ein Unrecht von ihrer Seite Griechenland mehr Nachtheil bringen muß als der Türkei. Die Regierung Ihr. Maj. hat nicht nöthig, sich in eine spetielle Beweisführung dafür einzulassen, daß die griechische Regierung im Unrecht ist und daß die von der Pforte geforderte Genugthuung gegeben werden muß, da diese Genugthuung von der Pforte in Gemäßheit zu dem übereinstimmenden Rath und Dafürhalten der Gesandten der fünf Mächte zu Konstantinopel begehrt wird und die Pforte ihre ursprünglichen Absichten nur aus Rücksicht auf ihre Meinung und ihren Rath modificirte und sich mit der jetzt wirklich gestellten Foderung begnügte. Sie werden die griechische Regierung auffodern, den schweren Verwickelungen die ernsteste und dringendste Aufmerksamkeit zu schenken, in die sie gerathen wird, wenn sie in Betreff dieser Angelegenheit an dem Verfahren festhält, das sie jetzt zu befolgen geneigt scheint; und Sie werden Hrn. Kolettis erinnern, daß die politische Garantie, welche Großbritannien, Frankreich und Rußland durch den Vertrag vom 7. Mai 1832 Griechenland ertheilt haben, auf einen Fall keine Anwendung erwarten kann, in welchem die griechische Regierung durch eigne Schuld und angriffsweises Verfahren Griechenland die gerechtfertigte Feindseligkeit einer fremden Macht zugezogen hat. Sie werden diese Depesche Hrn. Kolettis vorlesen und ihm amtlich eine Abschrift davon geben. Palmerston."

„Viscount Palmerston an Sir Edward Lyons. Auswärtiges Amt, 6. April 1847. Sir! Am 22. März 1846 hat der Earl of Aberdeen eine Depesche in Betreff der Verzinsung und Tilgung des von Großbritannien garantirten Antheils der griechischen Anleihe an Sie gerichtet. In dieser Depesche hebt der Earl of Aberdeen hervor, daß Hr. Ponicropoules, damals seit kurzer Zeit vom Könige von Griechenland auf Empfehlung des Hrn. Kolettis zum Finanzminister ernannt, in einer am 18. Febr. in der Abgeordnetenkammer gehaltenen Rede den griechischen Zeitungen nach gesagt habe: »daß die Finanzen gänzlich zerstört und von Jedermann geplündert wären, daß er keinerlei Berichte in Betreff der Einnahmen empfange, daß er die Ergebnisse keiner Finanzoperation kenne, daß er außer Stande sei, ein sicheres Budget zu entwerfen, daß Alles in der schlimmsten Lage sei und daß Willkürmaßregeln, Plünderung und große Unwissenheit den gegenwärtigen Staatshaushalt Griechenlands charakterisirten.« Der Earl of Aberdeen bemerkt, daß diese Angaben des Hrn. Ponicropoules von keiner Seite einen Widerspruch erfahren hätten. Hierauf sagt er, daß jene Erklärungen jeder Idee von wirthschaftlichem Finanzwesen von Seiten des Hrn. Kolettis widersprechen und die Regierung Ihr. Maj. rechtfertigen, wenn sie bei ihrem Entschlusse festhält, von der griechischen Regierung zu verlangen, daß sie einen bestimmten Antheil ihrer Einnahme der Position der damals fälligen Halbjahrrate der Anleihe widmet und auch für die folgenden Raten Fürsorge trifft. Weiter erklärt der Earl of Aberdeen, daß, wenn eine so unordentliche Verwaltung der griechischen Finanzen, wie sie Hr. Ponicropoules beschrieben, fernerhin geduldet würde, die britische Regierung sich durch die vertragsmäßigen Verpflichtungen Griechenlands gegen Großbritannien gedrungen fühlen würde, »solche weitere Maßregeln zu ergreifen, als nöthig erscheinen möchten, um die Begründung eines Standes der Dinge zu sichern, welcher Großbritannien eine gute Bürgschaft gewähre, daß die für die Position des Anlehns zu verwen-

denden und jährlich verwendbaren Summen nicht länger zum Nachtheil der britischen Rechte von nachlässigen oder unredlichen Beamten vergeudet würden.« Die griechische Regierung scheint dieser Mittheilung keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Die finanziellen Misbräuche in Griechenland, über welche der Earl of Aberdeen klagte, haben zugenommen, statt abzunehmen, und sind durch die Verhandlungen der griechischen Kammern noch weiter bloßgestellt und veröffentlicht worden. Am 1. Febr. d. J. hat Hr. Daras, Abgeordneter von Syra, wie es scheint, unbezweifelbar dargethan, daß die Beträge des öffentlichen Einkommens absichtlich im Budget zu niedrig angesetzt worden, und Hr. Poniropoulos hat in seiner Erwiderung sich damit entschuldigt: daß »die Regierung dieses Verfahren eingeschlagen habe, weil sie besorgte, die drei Mächte möchten für den Titel der Anleihe jeden Ueberschuß in Anspruch nehmen, der sich im Einnahmebudget über die Ausgaben ergäbe, während bei dem von der Regierung befolgten Plane das Geld im Lande bleiben würde.« Der Finanzminister erkannte aber nicht blos dergestalt an, daß die öffentlichen Rechnungen verfälscht worden seien, um einen wirklich bestehenden Ueberschuß zu verbergen, sondern am nächsten Tage räumte er, von seinem Platz in der Kammer aus, ein, daß dieser Ueberschuß weit größer gewesen sein würde, wenn die Einnahmen ehrlich erhoben worden wären, und sagte selbst, »es sei nur zu wahr, daß die Verwaltung des Staatseinkommens alle Grenzen überschreite und ihn gar nichts controliren lasse; es seien z. B. in Gegenden, wo, nach einem Ueberschlage früherer Jahre, 120,000 Kilos Zehntenkorn der Regierung jährlich gewährt worden wären, im letzten Jahre nur 8000 gebracht worden, obwol die Aernte eine der reichsten gewesen, deren man je in Griechenland gedacht habe.« Und für diese Verschleuderung des öffentlichen Einkommens brachte er keine Entschuldigung vor, als daß die Beamten seines Departements ihm, mit wenigen Ausnahmen, auf Empfehlung von Abgeordneten und zur Begünstigung der persönlichen Interessen der Letztern aufgedrungen worden seien. Es ist sonach klar, daß der vom Earl of Aberdeen in der Schlußstelle seiner Depesche vom 22. März 1846 ins Auge gefaßte Fall wirklich eingetreten ist, daß die unordentliche Finanzverwaltung, über welche er damals klagte, nicht blos fortgedauert, sondern noch zugenommen hat, und daß Summen, die für den Zweck der Anleihe angewendet werden konnten und sollten, »in Griechenland durch eine nachlässige und unredliche Verwaltung, zum Nachtheile der britischen Rechte«, vergeudet worden sind. Unter diesen Umständen erkennt es die Regierung Ihr. Maj. für ihre Pflicht, die Schritte zu thun, von denen der Earl of Aberdeen im März des vorigen Jahres voraussagte, daß sie bei einem solchen Stande der Dinge für die britische Regierung nöthig werden würden, um in dieser Angelegenheit die Interessen Großbritanniens sicher zu stellen. Es ergibt sich aus der beigeschlossenen Berechnung, daß vom März 1843 bis jetzt Großbritannien für Verzinsung und Tilgung der griechischen Anleihe nicht weniger als 196,933 Pf. St. bezahlt hat und daß diese Last diesem Lande lediglich und allein dadurch aufgebürdet ist, daß die griechische Regierung systematisch und, wie sich nun ergibt, absichtlich und vorgesetzter Weise die Bestimmungen des Vertrags von 1832 verletzt hat. Es ist ganz unmöglich, die Fortdauer eines solchen Zustandes zu gestatten oder die britische Nation ferner eine Geldbürde für Verzinsung einer Schuld tragen zu lassen, von welcher ein anderes Land das Capital empfangen hat und für welche dieses andere Land durch positive Bestimmungen eines Vertrags verpflichtet ist, die Zinsen zu zahlen. Die Regierung Ihr. Maj. wünscht jedoch nicht, mit äußerster Strenge die griechischen Finanzen zu bedrängen, und ist daher bereit, der griechischen Regierung zur Abtragung des größern Theiles der obengedachten Summe, welche Griechenland an Großbritannien schuldet, Frist zu geben; sie will sich zur Zeit begnügen, die unverzügliche Bezahlung der letzten Rate von 23,570 Pf. St. 17 Schill. 8 P. zu fodern, welche am 6. des verwichenen Monats von Großbritannien, auf Rechnung Griechenlands, an die HH. Rothschild bezahlt worden ist. Sie werden demgemäß angewiesen, von der griechischen Regierung die unverzügliche Bezahlung dieser Summe zu fodern, welche Sie dann, je nachdem Sie es am sichersten und passendsten finden, an die Schatzkammer Ihr. Maj. in London oder an die Militairkasse in Malta einsenden werden. Zugleich werden Sie der griechischen Regierung offen erklären, daß sie für die künftigen Raten der Verzinsung und Tilgung des britischen Anleiheantheils selbst Fürsorge zu treffen habe, und werden Hrn. Kolettis auffodern, anzugeben, welches Arrangement er für die allmälige Wiedererstattung des übrigen Theiles der Summe vorschlägt, welche Großbritannien Obigem gemäß ohne eine Verpflichtung dazu veranlaßt worden ist, auf Rechnung der griechischen Regierung vorzustrecken. Sie werden diese Depesche dem Hrn. Kolettis vorlesen und ihm eine Abschrift davon geben. Palmerston.“

— Aus **Ancona** vom 18. Mai heißt es in der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Briefe aus Paris vom 4. und 5. Mai haben die Nachricht von dem Anerbieten des Hrn. Cynard, Griechenland den Betrag der englischen Semesterzahlung vorzuschießen, hierher gebracht. Hr. Cynard hat die Gefahr der Anleihesache beschwichtigt, aber desto drohender scheint sich die türkische Frage zu gestalten, da man jeden Tag Gewaltmaßregeln von Seite der Pforte besorgt. Die bis jetzt angedrohten sind zwar blos gegen den griechischen Handel und Verkehr gerichtet; wie empfindlich aber dadurch Griechenland getroffen würde, läßt sich kaum ermessen. Es ist fast gewiß, daß Kolettis nicht im Stande sein wird, diesem Streiche, wenn er gegen sein Ministerium geführt wird, zu widerstehen. Denn daran zweifelt Niemand, daß es eigentlich England ist, dem die Griechen diese Coercitionsmaßregeln zu verdanken haben, und daß das sicherste Mittel, um sich dauer zu schützen oder sich davon zu befreien, die Abdankung Kolettis' und die thatsächliche Unterwerfung des Landes unter englische Oberhoheit wäre. Den Schein der Unabhängigkeit, den würde man Griechenland wol belassen; aber eine freie Regung seiner Interessen, eine ungestörte Entwickelung seiner Marine dürfte ihm von dieser Seite schwerlich je gegönnt werden. Man verhehlt sich nicht, daß es bei so bewandten Umständen keine Kleinigkeit ist, eine Vermittelung des Streites zu übernehmen, und muß jetzt zum Gefühl gekommen sein, wofern Das, was in dieser Hinsicht behauptet wird, gegründet sein sollte, was ich nicht entscheiden will, daß man den günstigsten Zeitpunkt zu einer ganz annehmbaren Ausgleichung versäumt hat. Uebrigens waren die innern Zustände Griechenlands offenbar im besten Gedeihen begriffen, im Lande herrscht ungetrübte Ordnung und Sicherheit, die letzten Ueberbleibsel von den Räuberbanden in Akarnanien sind völlig ausgerottet, selbst die Familienstreitigkeiten wegen des Besitzes des Felsenlandes in der Maina haben völlig aufgehört.“

Türkei.

Die Türken wollen, schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung aus **Konstantinopel** vom 12. Mai, mit ihren Zwangsmaßregeln noch einen Augenblick zurückhalten, den darüber am 4. Mai im Divan gefaßten Beschluß noch bis zur Ankunft des nächsten Dampfboots aus Athen vertagen, dann aber, wenn dieses noch keine Entscheidung bringt, zum Vollzug schreiten. Die Pforte beharrt auf der Meinung, daß zur Sühnung der dem osmanischen Gesandten in Athen zugefügten Beleidigung von Seiten des griechischen Cabinets bis zu diesem Augenblicke so viel wie nichts geschehen sei. Zwar sei in dem Schreiben des Königs Otto ein Bedauern über das Vorgefallene ausgedrückt worden; umsonst suche man aber darin auch nur das leiseste Geständniß, daß eine Beleidigung überhaupt stattgefunden habe. Von einer Rücksendung des beleidigten Gesandten, den das griechische Cabinet indirect zur Abreise von Athen gezwungen habe, wolle die griechische Regierung nichts wissen, selbst nicht unter den äußerst schonenden Formen, die eine deutsche Macht vorgeschlagen habe; es sei mithin die Langmuth, mit der die Pforte bis jetzt verfahren, erschöpft, und Niemand werde ihr zumuthen, wenn einmal der erste Schritt geschehen, daß sie zu den mildern Vorschlägen zurückkehre. Sie habe zwar in dem Schreiben des Großveziers vom 24. März ihre Zustimmung zu den letztern im Allgemeinen ausgesprochen; unmöglich könnte man inzwischen von ihr erwarten, daß sie unbedingt auf Vorschläge zurückkomme, die von jener Macht, zu deren Vortheil und Schonung sie offenbar gemacht gewesen, verschmäht oder wenigstens nicht befolgt worden seien. In diesem Sinne hat auch Reschid-Pascha die von den wenigen Repräsentanten, die sich der Sache Griechenlands annehmen, ausgesprochene Idee, daß die Pforte sich mit der Rücksendung des Hrn. Musurus nach Athen zum Behufe der Ueberreichung seiner Recreditive und mit den bei dieser Gelegenheit vom griechischen Minister des Aeußern vorzubringenden Entschuldigungen begnügen könne, abgelehnt, und erklärt, er glaube nicht, daß sich dies in diesem Augenblicke noch mit der Ehre der Pforte vertrüge.

Sie kennen die russische Instruction, welche in Betreff des türkisch-griechischen Zerwürfnisses ergangen sein soll, nach der Mittheilung des hiesigen Journals. (Nr. 150.) Obwol bekannt ist, daß auch die russische wie die englische Schutzmacht bei dieser Differenz anstatt den Schützling nur die ungebührlichen türkischen Anmaßungen in besondere Protection genommen hat, so ist man dennoch bei der rücksichtslosen Fassung dieses Actenstücks wol eher berechtigt, es für unecht zu halten. Daß Kolettis aber erklärt habe, sich dem russischen Ansinnen oder Drohen fügen zu wollen, müßte man ebenfalls bezweifeln, wenn wahr ist, was das hiesige Journal in seiner vorletzten Nummer berichtete, daß nämlich Kolettis auf die russische Note eine ähnliche Antwort ertheilt habe wie auf die englische. In eben dieser Antwort auf die englische Note läßt es aber Kolettis sagen: „Griechenland ist ein unabhängiger Staat, und aus diesem Grunde hat es allein das Recht, sich mit seinen innern Angelegenheiten zu befassen. Die fremden Mächte haben kein Recht, in die Acte seiner Verwaltung sich einzumischen, und wenn Lord Palmerston diesen Grundsatz erwogen hätte, so würde er die Frage unter einem andern Gesichtspunkt angesehen haben.“ — Am 30. April hatte das griechische Cabinet auf die Note des englischen Cabinets bezüglich der rückständigen Zinsen noch keine Antwort ertheilt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Den vom 1. Mai aus **Neuyork** eingetroffenen Nachrichten zufolge hatte man Berichte vom General Taylor vom 28. März, nach denen er seine Verbindung mit Camargo völlig hergestellt hatte und General Urrea mit der mexicanischen Cavalerie, welche die Verbindung eine Zeit lang unterbrochen, über die Gebirge zurückgetrieben worden war, ohne daß es zu ernstlichen Gefechten zwischen ihm und Taylor gekommen. In Saltillo und Monterey sowie in der Umgegend herrschte vollkommene Ruhe.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 27. Mai. Die Getreidepreise haben gestern auf dem hiesigen Fruchtmarkte einen sehr bedeutenden Abschlag erfahren, sodaß nach deren Mittelpreis die amtliche Taxe für den sechspfündigen Laib Brot um vier Kreuzer (von 42 auf 38) herabgesetzt wurde. Ein baldiger weiterer Abschlag ist mit Zuversicht zu erwarten. Die Aernteaussichten sind fortwährend die besten. Das Korn steht allenthalben in voller Blüte. Ueberaus reich verspricht auch die Obstärnte zu werden. — Gestern hatte in Mainz die vielbesprochene Generalversammlung der Actionaire der hessischen (Mainz-Wormser) Ludwigsbahn statt. Alle auf einstweilige Verschiebung oder auf gänzliches Aufgeben des Baues der Bahn hinzielenden Anträge wurden nach langer, höchst belebter Debatte abgelehnt. Die Actionaire vom jenseitigen Rheinufer halten nun einmal dieses Eisenbahnunternehmen für ein ihnen selbst und der hessischen Rheinprovinz die größten Vortheile darbietendes; und vergebens waren alle Bemühungen der weniger sanguinischen Minorität, der Ueberzeugung das Uebergewicht zu verschaffen, daß bei diesem Unternehmen nur eine kleine Anzahl Güterspeculanten und Lieferanten einen Nutzen in die Tasche schieben werde.

* **Berlin**, 29. Mai. Roggen 96—98 loco. Roggen 75—76 pr. Juli, August. Geld à 4 Proc. überflüssig; Börse sehr fest und steigende Tendenz.

* **London**, 25. Mai. Consols 87¼—⅜ Cassa, 88 pr. 10. Juli. Weizen 7 Schill. niedriger. Geldmarkt bedeutend besser; Disconto 3 Proc. — Vertrauen im Zunehmen. Waarenmärkte belebter; Eisen höher.

Digitized by Google

— Die Zolleinkünfte von **Frankreich** sind seit langer Zeit zum ersten Mal im Sinken. Der Moniteur theilt den Ertrag für die ersten vier Monate mit und der Rückgang gegen die gleiche Periode des vorigen Jahres beträgt mehr als 5 Millionen. Auf den April allein kommt eine Verminderung von 2 Millionen.

Eisenbahn. * Leipzig, 30. Mai. Die Staatsregierung hat die Verbindung der hiesigen Bahnhöfe ausgesprochen; in den nächsten Wochen werden die Terrainaufnahmen beginnen, und es wird hierbei auf eine Linie Bedacht genommen werden, welche den Zweck vollständigst und ohne aufhaltliche Schwierigkeiten baldigst erreichen läßt. So werden die süd- und norddeutschen Eisenbahnen in Leipzig ihre Verbindung finden: ein für den Handel und Verkehr eben so wichtiges als erfreuliches Ereigniß! Um den Anforderungen des Güter- und Productenverkehrs, welcher durch diese Verbindung in unerwarteter Weise sich steigern wird, vollständig zu genügen, wird noch in diesem Jahre mit Legung des zweiten Gleises auf der Sächsisch-Baierschen Staatseisenbahn begonnen.

Eisenbahn. * Leipzig, 30. Mai. Eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der neuesten Geschichte der deutschen Eisenbahnen ist der Krieg zwischen der Direction der Berlin-Potsdam-Magdeburger und der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft, wobei es sich um nichts weniger als Sein oder Nichtsein der letztern handelt, indem die erstgedachte Direction die Magdeburg-Halberstädter Bahn an sich zu bringen sucht, ja ihrer Meinung nach bereits durch einen Vertrag an sich gebracht hat, während die Direction der letztern die Existenz eines gültigen Vertrags geradezu läugnet und, wie uns scheint, mit vollem Rechte. Das Nähere über das Verhältniß beider Gesellschaften enthält der soeben erschienene Bericht des Directoriums der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft, nach dessen aufmerksamer Durchlesung wol Niemand in Zweifel bleiben kann, auf welcher Seite in dieser Sache das Recht ist. Das Sachverhältniß ist nämlich in der Kürze folgendes. In der Generalversammlung der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft, welche am 20. Mai v. J. in Oschersleben stattfand, legte der Oberlandesgerichtsrath Augustin zu Potsdam, als Vorsitzender des Ausschusses jener Gesellschaft, welcher früher zugleich vorsitzender Director der Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft war, den Entwurf eines Vertrags zwischen beiden Gesellschaften vor, nach welchem die Potsdam-Magdeburger Gesellschaft den Betrieb der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn für immer übernehmen sollte. Dieser Betriebs-Ueberlassungsvertrag, dessen in der öffentlichen Einladung der Actionaire mit keiner Sylbe gedacht war, erhielt in der Versammlung eine im voraus gebildete Majorität, während die Minorität dagegen förmlichen Protest einlegte, mußte aber von dem Directorium und dem Ausschusse der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft für formell und materiell ungültig erklärt werden: formell, weil er in der Einladung der Actionaire zur Generalversammlung statutenwidrig nicht angedeutet war, auch viele in der Generalversammlung erschienene Personen gar nicht Eigenthümer von stimmberechtigten Actien waren, materiell aber, weil der Zweck der Gesellschaft, eine Eisenbahn von Magdeburg nach Halberstadt zu erbauen und zum Transport von Personen u. s. w. für gemeinschaftliche Rechnung zu benutzen, durch den Abschluß des Vertrags vollständig aufgehoben worden wäre. Beide legten dem Finanzminister die Sache zur Entscheidung vor, ohne daß es bisher gelungen wäre, dem betrübenden Streite auf dem Verwaltungswege ein Ende zu machen. Die erwähnte Generalversammlung hatte gleichzeitig den Beschluß gefaßt, daß für den Fall, daß sich gegen den angenommenen Vertrag Bedenken herausstellen möchten, zur Beschlußnahme über denselben und eventuell über die wirkliche Auflösung der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft eine neue Generalversammlung berufen werden sollte; doch fanden Directorium und Ausschuß sich nicht bewogen, eine solche zu berufen, obgleich der Finanzminister dazu nicht nur gerathen, sondern am 27. Oct. v. J. die unverzügliche Berufung einer solchen angeordnet hatte. Dagegen remonstrirten die Vorstände der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft, worauf der Finanzminister zwar nicht weiter auf Berufung einer neuen Generalversammlung bestand, da er ja den Bedingungen, unter welchen die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft den Betrieb auf der Magdeburg-Halberstädter Bahn zu übernehmen beabsichtigt, seine Genehmigung ertheilt, dem Directorium der erstern überlassend, die erhobenen Einwendungen gegen die Rechtsgültigkeit des Beschlusses vom 20. Mai v. J. im Wege Rechtens zu beseitigen. In Folge dieser ministeriellen Genehmigung foderte das Berlin-Potsdam-Magdeburger Directorium dasjenige der Magdeburg-Leipziger Gesellschaft, dem die Verwaltung der Magdeburg-Halberstädter Bahn übertragen ist, auf, der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft die Einnahmen vorzuenthalten, welcher Auffoderung auch entsprochen wurde, bis auf eingereichte Beschwerde der Magdeburg-Halberstädter Direction von Seiten des Finanzministers erklärt wurde, er könne das Berlin-Potsdamer Directorium nicht eher als Besitzer der Magdeburg-Halberstädter Bahn anerkennen, bis die Rechtsbeständigkeit des Vertrags im Wege des gerichtlichen Verfahrens festgestellt sei. Der Erfolg des letztern steht zu erwarten. (Ueber das Resultat der am 28. Mai in Oschersleben abgehaltenen Generalversammlung der Actionaire der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn ersehen wir soeben, daß Oberlandesgerichtsrath Augustin seinen Antrag zurückgenommen und die Gesellschaft beschlossen habe, als selbständige Bahn für sich zu bestehen, den Betrieb dagegen der Berlin-Potsdamer Eisenbahn zu übergeben, worüber aber eine demnächst zu berufende Generalversammlung definitiv entscheiden soll.)

Eisenbahn. Ulm, 25. Mai. Der König von Baiern hat den Bau einer Eisenbahn von Augsburg nach Ulm in diesen Tagen unterzeichnet. Die Linie wird wegen der Schwierigkeiten des Terrains und der großen Kosten nicht die directe, sondern eine sogenannte mittlere sein, welche sich auf die Augsburg-Donauwörther Linie als ihren Ausgangspunkt stützt. Mit diesem Beschlusse hängt als wahrscheinliche Folge zusammen, daß der Bau der Lindauer Bahn eingestellt, die Ulm-Friedrichshafen-Bahn eine für Württemberg und Baiern gemeinschaftliche Linie und von dieser sodann im Oberland ein Schienenweg nach Lindau abgezweigt werden dürfte. (U. S.)

Eisenbahn. Am 23. Mai wurde die Eisenbahn von Ludwigshafen nach Speyer und Neustadt dem Verkehr übergeben.

Fruchtpreise. Leipzig, 27. Mai. Weizen 10 Thlr. 5 Ngr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. 15 Ngr. Döbeln, 27. Mai. Weizen 10 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 20 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr. (Eingebracht waren 375 Scheffel Weizen, 873 Scheffel Roggen, 118 Scheffel Gerste.) Leisnig, 22. Mai. Weizen 10 Thlr. 16 Ngr.; Roggen 10 Thlr.; Gerste 8 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 15 Ngr. Zwickau, 25. Mai. Weizen 10 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 25 Ngr.; Gerste 8 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 20 Ngr. Berlin, 27. Mai. Weizen 4 Thlr. $26^5/_{12}$ Sgr.; Roggen 4 Thlr. $10^5/_6$ Sgr.; Gerste 2 Thlr. $20^5/_{12}$ Sgr.; Hafer 2 Thlr. $1^1/_2$ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. $7^1/_2$ Sgr. Breslau, 27. Mai. Weizen 4 Thlr 20 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 10 Sgr.; Gerste 3 Thlr. 8 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 18 Sgr. Halle, 25. Mai. Weizen 5 Thlr. $2^1/_2$ Sgr.; Roggen 4 Thlr. $16^1/_4$ Sgr.; Gerste 3 Thlr. $11^1/_4$ Sgr.; Hafer 1 Thlr. $27^1/_2$ Sgr.

Fruchtpreise. In elf der bedeutendsten preußischen Marktstädte stellten sich im Durchschnitt die Fruchtpreise im April (vgl. den März in Nr. 118) wie folgt: Weizen $111^5/_{12}$, Roggen $89^1/_{12}$, Gerste $66^{11}/_{12}$, Hafer $40^1/_{12}$ Sgr. der Scheffel. In fünf posenschen Städten 118, $102^3/_{12}$, $79^3/_{12}$, $47^7/_{12}$; in neun brandenburgischen und pommerschen Städten $127^3/_{12}$, $110^5/_{12}$, $78^5/_{12}$, 51; in elf schlesischen Städten $113^5/_{12}$, $100^6/_{12}$, $82^1/_{12}$, $44^3/_{12}$; in acht sächsischen Städten 141, $128^{10}/_{12}$, $96^{11}/_{12}$, $56^1/_{12}$; in vier westfälischen Städten $145^6/_{12}$, $127^{10}/_{12}$, $91^1/_{12}$, 56; in vierzehn rheinischen Städten $167^3/_{12}$, $135^3/_{12}$, $105^{11}/_{12}$, $51^3/_{12}$ Sgr. der Scheffel Getreide in der oben angegebenen Ordnung der Fruchtarten.

Oel. * Leipzig, 29. Mai. In Folge höherer auswärtiger Notirungen stellte sich bei uns der Börsenpreis von Rüböl auf $10^1/_2$ Thlr. Es lassen sich aber auch bei dieser Erhöhung eben so wenig Umsätze in dem Artikel melden als früher bei $10^1/_4$ Thlr., und es wird Oel eben so wenig gefodert als angeboten. Herbsttermine sind mit $11^1/_2$ Thlr. anzunehmen, wiewol, seitdem $11^1/_4$ Thlr. bezahlt wurde, keine neuen Abschlüsse zu Stande gekommen sind.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 137.)

Im April 1847.

13) **Bairische Staatsbahnen:** 66,045 Personen, 111,824 Ctr.	38,924	Thlr.	$14^4/_7$ Sgr.
14) **Düsseldorf-Elberfeld:** 23,009 Personen, 110,278⅔ Ctr.	16,469	"	$25^5/_7$ "
15) **Hannoversche Staatsbahn:** 34,131 Personen, 117,038 Ctr.	27,501	"	21 "
16) **Leipzig-Dresden:** 46,911 Pers., 131,276 Ctr.	64,740	"	$29^1/_2$ "
17a) **Linz-Budweis:** 2205 Personen, 61,905 Ctr. 68 Pfd.	19,082	"	$6^1/_3$ "
17b) **Linz-Gmunden:** 14,582 Pers., 68,023 Ctr. 30 Pfd.	14,573	"	$17^2/_3$ "
18) **Niederschlesische Zweigbahn:** (Febr.—April) 16,601 Pers., 21,169 Ctr.	14,441	"	$22^3/_4$ "
19) **Niederschlesisch-Märkische:** 47,036 Personen, 68,917 Ctr. 80 Pfd.	89,234	"	27 "
20) **Rheinische:** 35,589 Pers., 483,257 Ctr.	61,083	"	2 "
21) **Thüringische:** 48,859 Personen	33,220	"	— "

Staatspapiere. Amsterdam, 26. Mai. $2^1/_2$pc. Int. $57^{11}/_{16}$; Rußl. 5pc. Hope $105^3/_4$; $4^1/_2$pc. Handelsg. $174^1/_4$. Frankfurt a. M., 28. Mai. Oestr. Bkact. 1931; 250 Fl. L. 120; 500 Fl. L. 155; Bair. $3^1/_2$pc. 92; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. $77^1/_2$; 25 Fl. L. $27^1/_2$; Nass. 25 Fl. L. $25^1/_2$; Sard. $35^1/_8$; Kurhess. $32^7/_8$. Paris, 26. Mai. 5pc. 116. 60; 3pc. 78. 30; Neap. 103; Bankact. 3235. Wien, 27. Mai. Bkact. 1598; Met. 5pc. $106^3/_4$; 3pc. $97^1/_2$; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 119.

Actien. Amsterdam, 26. Mai. Rhein. Eisenbahn $103^1/_2$. Frankfurt a. M., 28. Mai. Taunusb. 359; Nordb. 72; Verb. $92^1/_2$. Paris, 26. Mai. Eis. St.-Germ. $907^1/_2$; Versail. r. $347^1/_2$; l. 230; Paris-Orleans $1238^1/_2$; Paris-Rouen $957^1/_2$; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 440; Rouen-Havre $957^1/_2$; Marseille-Avignon $737^1/_2$; Strasburg-Basel $187^1/_2$; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon $587^1/_2$; Nord $607^1/_2$. Wien, 27. Mai. Nordb. 166; Gloggn. $124^1/_4$; Mail. $109^3/_4$; Livorn. 88; Pesth. $98^1/_2$.

Berliner Börse, 29. Mai. Seehandl.-Prämiensch. $95^1/_2$, $3^1/_2$pc. Staatssch. $93^1/_6$ Br., $3^1/_2$pc. Pfandb. westpreuß. $93^1/_2$ Br., ostpreuß. $95^1/_4$, pomm. 94, schles. $97^1/_2$, 4pc. posensche $102^1/_2$, neue $3^1/_2$pc. $92^1/_4$, kur- u. neum. $94^1/_4$ Br., Louisd. $111^1/_{12}$, Friedrichsd. $113^1/_3$, Disconto $4^1/_2$ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. $109^1/_2$, Prior.-Act. 4pc. $92^1/_4$, Berlin-Hamb. 4pc. 109, Prior.-Act. $4^1/_2$pc. $97^7/_8$, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92, Prior.-Act. 4pc. $91^1/_2$ Br., 5pc. $101^1/_8$, Berl.-Stettin $108^1/_4$, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. $92^1/_2$, Crakau-Oberschl. 4pc. $77^1/_4$ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. $107^1/_2$ Br., Prior.-Act. 4pc. $91^1/_4$, Kiel-Altonaer 4pc. $110^1/_4$, Niederschles. $88^1/_4$, Prior.-Act. 4pc. $91^3/_4$, 5pc. $101^3/_4$, Oberschl. Litt. A. 4pc. $104^1/_4$ Br., Litt. B. 4pc. $97^2/_3$, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. $81^1/_4$, Rhein. $85^1/_4$, Prior.-St. 4pc. $89^1/_2$, Prior. 4pc. $90^1/_2$ Br., Sächs.-Baier. 4pc. $87^1/_2$ Br., Thüring. 4pc. $94^1/_4$, Zarskojeselo 70. — Quittungsbogen: Nach.-Mastr. 83, Berg.-Märkische 4pc. $88^1/_4$, Berl.-Anh. $109^3/_4$, Kassel-Lippst. 4pc. $83^1/_2$, Cöln-Minden 4pc. $92^1/_2$, Magd.-Wittenb. 86, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. $71^1/_2$, Pos.-Starg. 4pc. $83^3/_4$, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. $89^1/_4$, Sächs.-Schles. 4pc. $99^3/_4$, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. $110^1/_2$, 1. Anl. (Heye) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. $92^1/_2$, Poln. Schatzobl. 4pc. $81^1/_6$, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. $94^1/_2$, (neue) 4pc. $93^3/_4$, Partial à 500 Fl. 4pc. $79^1/_2$, à 300 Fl. 4pc. $95^1/_4$, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. $94^1/_8$, Bkcert. Einl. $16^3/_4$ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. $3^1/_2$pc. $85^3/_4$, Staatspr.-A. $88^3/_4$, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. $32^3/_8$ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. $9^3/_4$ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. $20^3/_4$.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Das Friedrich-Wilhelms-Seebad
zu Putbus auf der Insel Rügen

[1977—78]

eröffnet mit dem 1. Juli, nach gewohnter Weise, die diesjährige Saison, und gewährt alsdann sowol den geehrten Badegästen als auch den reiselustigen Fremden die freundlichste Aufnahme.

Fortdauernd scheut der hochherzige Gründer keine Opfer, den so reizend gelegenen Badeort immer noch mit neuen Verschönerungen und stattlicheren Anlagen auszuschmücken, und bekundet neuerdings wiederum namentlich die Neubaute des grandiosen Salons die fürstliche Freigebigkeit und Eleganz. Dabei mangeln weder zweckmäßige Einrichtungen noch Verbesserungen und Annehmlichkeiten der mannichfachsten Art, sodaß für die Sommermonate im nördlichen Deutschland nicht leicht ein angenehmerer Aufenthalt zu finden sein dürfte, zumal auch für die täglichen Bedürfnisse bestens gesorgt ist. Die Reise nach unserm Eilande ist jetzt von allen Seiten her gleichzeitig eine leichte, bequeme und wenig kostspielige, und vereinigen sich demnach alle Elemente, zu einem zahlreichen Besuche zu animiren.

Dem Unterzeichneten bleibt es eine angenehme Pflicht, alle eingehenden schriftlichen Anfragen, etwanige Logisbestellungen und sonstige nähere Aufschlüsse eben so pünktlich als bereitwillig zu beantworten und zur Zufriedenheit auszuführen.

Putbus, im Mai 1847. Dr. ***G. Benedix***, fürstlicher Badearzt.

Post-Dampfschiffahrt
zwischen
NEW YORK und BREMEN.

Das ausgezeichnet schöne, neue amerikanische Post-Dampfschiff

Washington, Capt. **Hewitt**,

groß 2200 Tons, wird am **1. Juni** seine Fahrt von **Newyork** nach **Bremen** antreten, am **25. Juni** von der Weser nach Newyork zurückkehren und auf der Rückreise Southampton in England anlaufen.

Die Passage-Preise sind:

In der ersten Cajüte: von Bremen nach Newyork 150 Dollars,
dito von Bremen nach Southampton 5 Pf. St.
In der zweiten Cajüte: von Bremen nach Newyork 60 Dollars,
dito von Bremen nach Southampton 3 Pf. St.
Beköstigung eingeschlossen, mit Ausnahme von Wein.

Die Güter-Fracht ist festgesetzt:

Von Bremen nach Newyork auf fünf und zwanzig Dollars und 5 Procent Primage für die Tonne von 40 Cubikfuß, für gewöhnliche Kaufmannsgüter, und auf fünf und dreißig Dollars und 5 Procent Primage für Seidenwaaren und ähnliche kostbare Waaren.

Für Specie ½ Procent.

Für Packete mit Proben fünf Dollars, auch wird kein Connoissement für weniger Fracht als fünf Dollars gezeichnet. — Die Passagepreise und Frachtsätze von Southampton nach Newyork sind dem Vorstehenden gleich.

Das Passagegeld wird bei Belegung der Plätze entrichtet.

Alle Briefe und Documente für Amerika sind durch das Stadtpostamt in Bremen zu befördern.

Die Anmeldungen von Passagieren und Frachtgütern geschieht in portofreien Briefen bei der

Administration der Ocean-Steam-Navigation-Company in Bremen.

C. A. Heineken & Comp., Obernstraße Nr. 22.

Von obiger Ankündigung sind Abdrücke auf dünnem Papier unentgeltlich an unserm Comptoir zu bekommen.

C. A. H. & Co.

Unter Bezug auf die heutige Bekanntmachung der *Ocean-Steam-Navigation-Company* empfehle ich mich als Spediteur der Güter, sowie auch zur Besorgung der Assecuranz ꝛc. mit der Versicherung prompter und billiger Bedienung. [1641—44]

Bremen, den 22. April 1847. **J. H. Bachmann.**

Avis für die Herren Steindruckereibesitzer und Lithographen.

Mit dem bedeutendsten Producenten Solenhofener Lithographirsteine aller Gattungen und Besitzer der vorzüglichsten und größten Steinbrüche in Geschäftsverbindung stehend, benachrichtigen wir Sie hierdurch, daß wir alle Bestellungen auf schöne tadelfreie Lithographirsteine blaugrauer Masse für unsern Freund entgegennehmen und für prompteste Ausführung Ihrer werthen Aufträge stets besorgt sein werden.

Auch mit gelben oder weißen Steinen, welche 33⅓ Proc. gegen die blaugrauen billiger im Preise stehen, können wir dienen.

Preiscourante der verschiedenen Dimensionen werden wir den geehrten Herren Committenten auf Verlangen gern einhändigen.

Leipzig, den 28. Mai 1847.

[2135] **Bernh. Trinius & Co.**

Gesuch. Eine Dame von gutem Stand, welche in weiblichen Arbeiten erfahren ist, gut Clavier spielt und Französisch zu sprechen versteht, sucht eine Stelle als Gesellschafterin. Anerbieten beliebe man unter der Chiffre **W. M. K.** in Jena poste restante portofrei einzusenden. [2149]

Entgegnung.

Die mir in der Anzeige des Buchhändlers Herrn Emil Baensch (Nr. 149 der Deutschen Allgemeinen Zeitung) in den Mund gelegte Aeußerung „Polizeilichen Maßregeln gegenüber gibt es keine Gesetze" (in der Berliner Zeitungshalle Nr. 121 wieder anders lautend) bestreite ich gethan zu haben. Uebrigens kann ich mich mit Herrn Baensch auf einen Zeitungsstreit nicht einlassen und muß es demselben überlassen, sich über mein Verfahren, falls er sich durch dasselbe verletzt glaubt, bei meinen vorgesetzten Behörden zu beschweren.

Magdeburg, am 29. Mai 1847.

[2148] **Schlumberger**, Polizei-Inspector.

Freiwillige Subhastation.

Von dem Stadtgerichte zu Dresden soll

den 22. Juni 1847

das Herrn Dr. med. Joseph **August Nieffel** gehörige, an der Ecke der Schloßgasse und Wilsdruffergasse sub Nr. 671 des Brandkatasters gelegene, mit 4350 Steuer-Einheiten belegte Grundstück freiwillig versteigert werden.

Erstehungslustige werden daher hiermit geladen, gedachten Tags des Vormittags vor 12 Uhr sich hier anzugeben, über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, ein gewisses Gebot zu thun und sodann gewärtig zu sein, daß nach dem Schlage zwölf Uhr mit der Versteigerung gewöhnlichermaßen verfahren werden wird.

Die bezüglichen Subhastationsbedingungen sind der im Rathhause angehefteten Bekanntmachung beigefügt.

Dresden, den 25. Mai 1847.

Das Stadtgericht.

[2116—18] Dr. **Stübel.**

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000, 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2150] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 31. Mai. **Johann von Paris**, komische Oper in 2 Acten von Boieldieu. Lorezza, Fräulein **Starke**, als erster theatralischer Versuch. — Vorher: **Die Maskerade im Dachstübchen**, Schwank in 1 Act frei nach dem Französischen von C. Meixner.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Cantor Glotke in Frankfurt a. d. O. mit Frl. Marie Reinmann. — Hr. Amtmann Julius Neumann in Camnitz mit Frl. Albertine Trautvetter in Glanz. — Hr. Rector Sinell in Labes mit Frl. Auguste Böttger in Körlin.

Getraut: Hr. Oberförster Karl Gronau in Alt-Schadow mit Frl. Berta Leusenthin aus Colkin. — Hr. S. Moser in Berlin mit Frl. Helena Gumbinner. — Hr. Kammergerichtsassessor Proß in Tempelburg mit Frl. Henriette Böhme aus Oranienburg. — Hr. Premierlieutenant v. Schkopp in Glogau mit Frl. Jenny v. Frankenberg-Ludwigsdorf aus Nieder-Schüttlau. — Hr. Karl Schönborn in Liegnitz mit Frl. Mathilde Preuß.

Geboren: Hrn. Apotheker A. Brauer in Kyritz eine Tochter. — Hrn. Prediger Crolow in Pröttlin eine Tochter. — Hrn. Wilhelm Ebell in Neu-Ruppin ein Sohn. — Hrn. Hüttenin-spector D. Gabruque in Schreckendorf ein Sohn. — Hrn. Oberlieutenant Sigmund Ritter v. Geuder-Rabenstein in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. J. G. Hilbert in Langenbielau eine Tochter. — Hrn. Oberlandesgerichtsassessor Morgenbesser in Insterburg ein Sohn. — Hrn. H. G. Schilling in Berlin ein Sohn. — Hrn. H. Wagner in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Hr. Kaufmann August Dietrich Bohm in Bromberg. — Frau Justizrath v. Drabizius in Magdeburg. — Hr. Pastor Himmerlich in Herzfelde. — Frau Revierförster Luise Höpfl in Wallenfels. — Hr. Postkassirer F. Hövelt in Duisburg. — Hr. Kaufmann J. S. Jacoby in Driesen. — Hr. Kaufmann B. C. Königsberger in Fürth. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Hermann Ludwig in Breslau. — Frau Hofrath Jakobine Mannert in München. — Frau Premierlieutenant Marie v. Natzmer in Potsdam. — Frau Rathsschreiber R. B. Rath in Dettingen. — Hr. Pfarrer M. Schmid in Urspring. — Frau Schullehrer Helene Stern in Dinhausen. — Hr. Oberamtsrichter Eduard Stockmayer in Waiblingen. — Hr. Pfarrer Franz Anton Swertz in Hommersum. — Hr. Oberamtswundarzt Billinger in Waiblingen.

Dienstag — Nr. 152. — 1. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. = Leipzig. O'Connell. — Die Unruhen in Stuttgart. — Das Kieler Wochenblatt. Die Anklage gegen Beseler und Lorentzen. †Detmold. Hr. Erdmann. Der Communismus. Die Getreidevorräthe.

Preußen. Berlin. Landtag. ×Berlin. Das deutsch-katholische Concil. (+) Berlin. Gottesdienst der Taubstummen. Gesetz. *Aus der Provinz Sachsen. Die Unruhen in Eisleben. Die Bauern in Wackersleben. Freie Gemeinde in Tilleda.

Oesterreich. Militairwesen.

Spanien. Die Palastfrage. General Serrano. Hr. Bulwer. Die Königin. Die französischen Wühlereien. Tristany's Hinrichtung.

Großbritannien. Der Hof. Großfürst Konstantin. Generalversammlung der schottischen Kirche. Der Repealverein. Die Leichenkammer des Bantry-Armenhauses. Das Morning Chronicle über die Angelegenheiten in Portugal. Die Kingsbastion von Portsmouth. Die Eisenbrücke über den Dee. Getreideschiffe in Gibraltar. Schießbaumwolle. Joseph Ady.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Bittschrift um beständige freie Getreideeinfuhr. Postconvention mit Baiern. Schiffbruch der Clarisse. General Flores.

Belgien. Der König.

Schweiz. Die revolutionairen Flugschriften. Die genfer Verfassung. Der große Rath in Waadt. Katholisch-theologische Facultät in Bern.

Italien. Neapel. Der Kronprinz von Baiern. Die Königin Christine.

Griechenland. Athen. Die Staatsausgaben. Räuber.

Türkei. Konstantinopel. Die russischen Plane und die Diplomatie.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. Breslau. Wollmarkt. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

= Leipzig, 31. Mai. Ein berühmtes Leben ist zu Ende gegangen, indem Daniel O'Connell sein Auge dieser Tage in Genua schloß. Irland hat den Fels, auf welchen es seine Zukunft baute, hat den großen Anwalt seiner Bürger- und Menschenrechte, seiner Armen und Bedrückten verloren. Es ist ein doppelt herbes Schicksal für das irische Volk, die Nacht seiner jetzigen, unsaglichen Bedrängniß noch durch die Kunde von „Vater Daniel's" Tode verdunkeln zu sehen. Aber auch ihm, der seinem Vaterlande so viele hohe Festtage bereitet, wird der Gedanke die Scheidestunde verbittert haben, daß er von ihm lassen mußte in einer Zeit der höchsten Noth. Die O'Connells sind ein altes irisches Geschlecht, und einzelne sind reich begütert. Daniel O'Connell und die Seinen waren es nicht. In einem Thalgrund unweit dem Städtchen Cahirsireen stand zu Carhen vor kurzem noch sein älterliches Haus, ein kleines baufälliges Gebäude, wo er 1774 geboren wurde. Sein Oheim, welcher damals Derrynane Abbey inne hatte, nahm die Sorge für die Erziehung Daniel's und seines jüngern Bruders Maurice über sich. Mit ihm wurde er im 13. Jahre nach Redington auf Long-island in die erste seit den Penalgesetzen öffentlich von einem katholischen Geistlichen gehaltene Schule gebracht. Die Brüder waren dann ein Jahr bei den Jesuiten in St.-Omer. Der Präsident des Collegiums Dr. Stapylton schrieb damals über Daniel, daß er sich nie im größern Irrthume befunden haben werde, als wenn derselbe keine ausgezeichnete Rolle im Leben spielen sollte. Nachdem die Brüder noch einige Monate das englische Collegium in Douai frequentirt hatten, traten sie am 21. Jan. 1793 die Heimreise an und gelangten mit demselben Packetboote nach England, welches die erste Nachricht von Ludwig's XVI. unglücklichem Ende über den Kanal trug. In der Rechtsschule Lincoln's Inn zu London studirte Daniel dann die Rechte und wurde in Dublin Advocat, wo er bald großen Ruf erlangte. Sein öffentliches Leben aber hat ihm eine Stelle unter den hervorragendsten Männern seines Zeitalters für immer gesichert. In die Einzelheiten der Entwickelung dieses Lebens einzugehen, das mit den gesammten politischen und socialen Zuständen Irlands seit 50 Jahren im engsten Zusammenhange steht, ist ein Zeitungsblatt gewiß der Ort nicht. Auch nicht über dasselbe abzuurtheilen möchten wir unternehmen, sondern nur erinnern an Ein und Anderes und an die erlangten Resultate. Sie sind keineswegs auf Irland beschränkt; nicht blos Irland, auch England hat in O'Connell einen großen Mann verloren. Die 1823 von O'Connell und Sheil erneute große katholische Association zur Erlangung der katholischen Emancipation durch loyale und constitutionelle Mittel, und die nach ihrem Verbot 1825 errichtete neue Association führte dieselbe für die drei vereinigten Königreiche herbei. Der Andrang Irlands war es, was den Ausschlag gab. Es war ein Andrang aus dem Volke. Der freie Geist der britischen Verfassung hinderte jedoch nicht, daß das Recht und die Intelligenz der Foderung anerkannt wurde. Jener thörichte Grundsatz, etwas nur darum zu bekämpfen, weil der Vorschlag, das Verlangen danach aus der Mitte des Volks hervorgeht, ist weniger die erbliche Schwäche britischer Staatsmänner. Sie haben gelernt die Berechtigung der Führer anzuerkennen, welche das Volk bei loyaler Betreibung der mitten aus dem nationalen Leben organisch zur Geltendmachung entwickelten Foderungen an die Spitze stellt, und nur die Einseitigkeit der Partei schilt dieselben im continentalen Sinne noch Demagogen. So waren denn auch Sir R. Peel und der Herzog v. Wellington weise genug, zu rechter Zeit zu begreifen, daß der berechtigten Foderung kein unberechtigter, starrer Widerstand ohne die Gefahr entgegengestellt werden dürfe, sie zu einer revolutionairen Krisis zu drängen, und ein Tedeum erklang 1829 durch ganz Irland für die erlangte Emancipation. Jetzt auch nahm der vorher als Katholik einmal abgewiesene und zum andern Male für die Grafschaft Clare gewählte O'Connell seinen Sitz im Unterhaus ein. Das war ebenfalls ein Triumph des gehobenen irischen Gemeinsinns und Nationalgefühls. Denn inzwischen war den 40-Schilling-Freisassen ihr Wahlrecht entzogen und der Census auf 10 Pf. St. erhöht worden. Im Jahr 1834 kam dann der Widerruf der Union, wie O'Connell wiederholt versichert hat, damals noch gegen seinen Willen im Parlament zur Sprache. Der Erfolg war zunächst nur die feierliche Versicherung der Minister, daß sie den Beschwerden Irlands abhelfen wollten. O'Connell gewährte ihnen dazu fünf Jahre. Er hatte vollauf zu thun mit Organisiren in dieser Zeit; im Parlamente griff er die Orangelogen an, erlangte eine Commission gegen sie und endlich ihre gänzliche Unterdrückung. Im Jahr 1839 wurde dann der Verein als Mahnung an die verheißene Abhülfe gestiftet und 1840 begann die Repealagitation. Gerechtigkeit oder Repeal war anfangs die Losung; im Jahr 1842 sagte aber O'Connell der englischen Regierung die Hoffnung auf erstere auf und die unbedingte Repeal, ein selbständiges irisches Parlement, wurde nun Wahlspruch. Die Monstermeetings vom Jahr 1843 folgten mit dem Monsterprocesse, der nur Repealmärtyrer machte, da vom Hause der Lords das Urtel gegen O'Connell und Genossen wegen Formfehler umgestoßen wurde. In der jetzigen Session erschien O'Connell am 1. Febr. zum ersten Mal und schon leidend im Unterhause, wo er seinen Platz auf den Oppositionsbänken einnahm. In seiner letzten Rede für Irland erklärte er, daß er jeder Maßregel beistimmen werde, die eine Mahlzeit mehr für sein unglückliches Vaterland zu gewähren verspreche, und rief mit bereits ermatteter Stimme England noch einmal auf, nachdrücklich zu helfen oder die Verantwortlichkeit für das verschmachtende Viertel von Irlands Bevölkerung auf sich zu laden. Jetzt ist sein beredter Mund, der inmitten der Hunderttausende wie unter den auserwählten Repräsentanten des britischen Reiches zu gleicher Aufmerksamkeit zu nöthigen verstand, für immer verstummt. Wie viel er beigetragen, den Rauf- und Saufteufel zu bannen bei den untern Klassen in Irland, ein durch erbliches Elend träges und erschlaffes Geschlecht zu mannhaftem Streben und Gemeinsinn zu heben, den öffentlichen Frieden und religiöse Duldung zu befördern, indem er das katholische Volk in den Protestanten Brüder sehen lehrte, wer vermöchte das und wie viel davon O'Connell's Verdienst ist, daß heute Irland ohne Zwangsbill verwaltet wird, in Maß und Gewicht zu fassen? Viel gestritten worden ist darüber, ob die Repeal ihm nur Mittel, ob sie ihm Ernst gewesen. Es gibt dazu keine bessere Erläuterung als seine eignen Worte an seine Landsleute: „Nehmt Alles, was ihr bekommen könnt, aber gebt nichts auf." Hat er vielfach seine Ziele zu weit gesteckt, so beweist das noch nicht gegen ihn; denn weshalb sollte er nicht Zielpunkte angeben für Die, so nach ihm kommen würden? Die O'Connellsteuer und Repealrente, welche das Volk freiwillig zur Deckung der Kosten des großen Nationalprocesses um Gerechtigkeit von England zusammengeschossen, sind ihm ebenfalls oft in gemeiner Weise zum Vorwurfe gemacht worden. Wie aber hätte er ohne so große Mittel seine große Aufgabe auf legalem und verfassungsmäßigem Wege verfolgen sollen, da er selbst diese Mittel nicht besaß? Man hat ihn einen regular robber (regulairen Räuber), den Vater alles Schwindels und das Aergste genannt, sodaß er sich selbst

mit vollem Recht als den gescholtensten Mann der Gegenwart bezeichnete. Auch er schonte die Gegner nicht. Hat er aber nicht Wort gehalten mit Durchsetzung der Repeal, hat er nicht erlebt, sich im Präsidentenstuhl eines irischen Parlaments zu sehen, so ist dagegen sein Wort bei dem großen Meeting in Tara wahr geblieben: „Es wird früher oder später zum Ausbruche kommen, früher oder später, füge ich, weil ich zu versichern wage, daß, so lange ich lebe, kein Ausbruch stattfinden soll." Redlich Wort gehalten hat er darin wie ein Mann, der laut erklärte, daß es keine Unmöglichkeit gebe für Den, welcher kein anderes Streben kenne auf Erden als das Beste seines Landes, und der entschlossen sei, mit offenen, ehrbaren und constitutionellen Mitteln dessen Wiedergeburt zu bewirken. Zum Vorwurfe gemacht haben ihm das bisher nur französische Blätter. Leicht trösten mochte er sich über die Schmähungen von seinen Gegnern; hat er doch nie von den Aristokraten und Tories etwas gewollt, und konnte mit Bischof Higgins von Ardagh von sich rühmen, daß er ihnen nichts danke. Ein Ersatz ward ihm dafür, um den große Fürsten ihn beneiden könnten, denn von der Schwelle jeder irischen Hütte, an der er vorüber kam, scholl es ihm nach: „Gottes Segen ist mit ihm!" *) Bringt England es noch dahin, Irland gut zu regieren, so wird es das wesentlich O'Connell danken, der den Beweis geführt hat, wie gouvernable das irische Volk ist, wenn seine Regierer Geschick und sein Vertrauen besitzen.

— Der stuttgarter Beobachter schreibt: „Der Rheinische Beobachter enthält eine wahrhaft abenteuerliche Correspondenz über den stuttgarter Krawall. (Nr. 147.) Sie schwärzt den meisten Haupttheilnehmern die Gesichter und kleidet sie in Blousen, läßt Massen von Handwerksburschen um die Zeit der Bewegungen in Stuttgart eintreffen, in derselben Nacht fast sämmtliche Postpferde zu Extraposten nach Baden und Frankfurt in Anspruch nehmen, ja sogar auf dem Wahlplatze den Theil einer abgehauenen, mit einem goldenen Ringe versehenen Hand auffinden, deren Eigenthümer bis heute noch unermittelt sei. Solche abenteuerliche Gerüchte gingen zwar allerdings in Stuttgart; Jedermann lachte darüber, und dem Rheinischen Beobachter war es nun vorbehalten, dieselben als baare Münze sich verehren zu lassen."

— Der Hamburger Börsenhalle wird aus **Kiel** vom 28. Mai geschrieben, daß jetzt in Sachen der Harmonie und des Polizeimeisters daselbst (Nr. 148) der Redacteur des Kieler Correspondenzblatts vor den Polizeimeister gefodert und ihm von diesem angezeigt sei, er habe sich in Zukunft des Auslegens von Censurbogen zu enthalten, widrigenfalls er zu gewärtigen habe, daß ihm sofort die Concession zur Herausgabe des Blattes entzogen werde. — Den wegen der Neumünsterschen Volksversammlung mit fiscalischem Proceß belegten Obergerichtsadvocaten Beseler in Schleswig und Dr. Lorentzen in Kiel ist am 29. Mai die Anklageschrift zugleich mit einer Vorladung vor das holsteinische Obergericht zugefertigt worden. Die weitere Verhandlung (Anklage und Vertheidigung) wird öffentlich und mündlich geführt werden. Gegen Hrn. Beseler als Präsidenten jener Versammlung ist auf Entziehung seiner Bestallung als Advocat und Notar und auf zweijährige Festungshaft, gegen Hrn. Lorentzen als Verfasser der neumünsterschen Adresse auf vierjährige Festungshaft vom Ankläger angetragen. Das den Angeschuldigten zur Last gelegte Verbrechen ist hauptsächlich Majestätsbeleidigung, außerdem auch Versuch der Aufreizung des Volks zur Unzufriedenheit und Widersetzlichkeit gegen die Staatsregierung; und gegen Hrn. Beseler wird noch behauptet, er habe durch sein Verhalten in der Versammlung den von ihm als Advocat geleisteten Homagialeid verletzt.

† **Detmold**, 27. Mai. Kürzlich wäre es bald auch hier zu einer Ausweisung gekommen. (Nr. 144.) Der preußische Referendar Erdmann, der zu Hamm wegen einer Verspottung des Abendmahls zur Untersuchung gezogen und dann aus dem Staatsdienst entlassen worden war, hatte seinen Aufenthalt bei Verwandten hier auf einem Dorfe genommen und sich nicht enthalten können, seine atheistischen Grundsätze in den Wirthshäusern bei Bier und Wein öffentlich auszukramen, mit Feuerbach ꝛc. zu belegen und selbst den Bauern, nachdem er sie mit Branntwein tractirt, vorzupredigen, daß es keinen Gott und keine Ewigkeit gebe. Auf geschehene Anzeige, der übrigens die Verwandten nicht fern geblieben sein mögen, die ein Interesse daran hatten, den wilden Raisonneur loszuwerden, ertheilte die Regierung dem betreffenden Amte den Auftrag, eine Untersuchung einzuleiten, in deren Folge Hr. Erdmann wol des Landes verwiesen worden sein würde, hätte er es nicht vorgezogen, sich frühzeitig aus dem Staube zu machen. Wenngleich hier die Regierung gegen den Ausländer scharf eingeschritten ist, so wird sie es übrigens doch schwerlich zu irgendwelchen Maßregeln gegen Inländer, die ähnlichen Ideen wie Jener zugethan wären, kommen lassen. Allerdings hat das groß aufgeschossene Gewächs des Atheismus und Communismus auch hier seine Absenker, zumal da die Verbreitung desselben recht propagandistisch betrieben wird; indessen sind seine Freunde hier doch ziemlich unschuldig und halten sich fern von Extremen; sie können hier keinen rechten Boden gewinnen, der gemeine und arme Mann hört sie nicht und versteht sie nicht, sie bleiben immer nur im Kreise der sogenannten gebildeten oder halbgebildeten Klassen, und hier halten sich eigentlich nur junge Leute zu ihnen, die den Ernst des Lebens nicht kennen, oder solche ältere Personen, welche die Eitelkeit treibt und deren Leben mehr oder weniger eine schiefe Richtung genommen hat. Alle gesetzten und vernünftigen Leute bekommen dieses bodenlose Geschwätz, wenn es von solchen modernen Propheten verkündigt wird, bald satt. Insonderheit der Atheismus kann bei der Nacktheit und Rohheit, womit er sich Jedermann aufdringt, keine Freude erwecken. Da geht selbst aller Reiz des Pikanten und Witzigen verloren. Ich glaube, wenn Voltaire jetzt lebte, er würde gläubig werden. Und was den Communismus betrifft, so kann die Blüte der Nation um des unendlichen Ichs willen, worauf er gebaut ist, trotz alles Gekettirens doch unmöglich auf die Dauer und im Ernste sich zu dem Theilen verstehen. Der Communismus kann nur dann Gefahr bringen, wenn er sich wie bei den Wiedertäuferunruhen mit religiösen Ansichten vermischt und als eine Consequenz des himmlischen Reichs und der ewigen Bruderliebe auftritt. Nur dabei mögen sich die Leute in die rigorösen Anordnungen fügen.

Die Regierung läßt gegenwärtig die Vorräthe an Getreide und Kartoffeln aufzeichnen. Das Resultat aus dem ganzen Lande ist noch nicht bekannt, nur so viel ergibt sich, daß in einigen Gemeinden über 1000 Scheffel Kartoffeln zum Verkauf übrig sind; diese sind denn auch von 54 auf 33 Gr. im Preise gefallen. Uebrigens wird die Maßregel auf die Getreidepreise ohne Einfluß sein, denn hier sind wir durchaus abhängig von den großen Märkten des Auslandes.

Preußen.

Berlin, 30. Mai. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 26. Mai wurde zuerst das Gutachten über eine Petition des Abg. Dansmann auf baldigste Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Ablösbarkeit der noch bestehenden bäuerlichen Lehen vorgetragen. Es war befürwortend und ward einstimmig genehmigt. Dagegen fanden die Anträge desselben und anderer Abgeordneten wegen Maßregeln wider die nachtheiligen Dismembrationen weder in der Abtheilung noch in der Versammlung Unterstützung. Dann kam der Antrag auf Errichtung eines Handelsministeriums zur Sprache. Die Abtheilung hatte ihn in „Umwandlung des zur Zeit bestehenden Handelsamtes in ein selbständiges Ministerium für Ackerbau, Handel und Industrie" formulirt. Für den Antrag sprachen zuvörderst der Referent Merissen, v. Eynern, Diergardt. Dann sprach der Abg. Merkens dagegen, bezog sich auf den notorischen Zwiespalt zwischen Handel und Industrie, meinte, es würden nun wol die Ritter der Industrie auch ein Industrie Ministerium fodern, und bat, gegen ein Vertheuerungs-Ministerium zu sichern. Abg. Diergardt replicirte und wünschte den Gutsbesitzern der ältern Provinzen, daß sie auch theilweise Industrielle werden möchten. Noch lebhafter sprach Abg. Milde im vollständigsten Sinne des sogenannten „nationalen Systems der politischen Oekonomie". Die Lehre, daß der Handel nur dort kaufen wolle, wo er am wohlfeilsten kaufe, gehöre der Zeit an, wo die nationalökonomische Wissenschaft noch in den Windeln gelegen habe. Das bloße Kaufen und Verkaufen sei nicht productiv ꝛc. Abg. Hansemann sprach über den Einklang zwischen Handel und Industrie und meinte hauptsächlich, wenn das gewünschte Ministerium bestanden hätte, so würde es mit der Theuerungssache und den Eisenbahnen besser gegangen sein, wollte auch an der Landmacht erspart wissen, um zur Gründung einer Kriegsmarine zu sparen. Letztere Erwähnung rief Gelächter, das Schlußwort: „daß es nur Eine würdige, nur eine große, nützliche preußische Politik gibt, die wahrhaft deutsche", Bravos hervor. Die Angriffe auf die zeitherigen Maßregeln bestimmten später den Landtagscommissar zu einer von öfterm Beifalle begleiteten Entgegnung. Abg. Camphausen machte geltend, daß die Errichtung eines Handelsministeriums nicht das Universalmittel für Befriedigung all jener Wünsche sein könne und daß die Motive des Gutachtens nicht auf ein Ministerium für Ackerbau, Handel und Industrie, sondern auf ein Schutz- und Rückzollministerium hinwiesen. Auch v. Gaffron protestirte im Namen des Ackerbaues gegen die Stelle des Gutachtens, welche „die Klagen der Industrie, des Handels und des Ackerbaues lauter und lauter werden" ließ, hob hervor, daß auch in den ältern Provinzen die Landwirthschaft sich mit Industrie verbinde, und fand es, unter Bravos, zu frühzeitig, schon jetzt in Rücksicht auf eine künftige Marine eine Verminderung der Landmacht eintreten zu lassen. Auch v. Werdeck hob mehre Bedenken hervor und wollte den Ackerbau getrennt wissen. Zuletzt wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. — Eine Petition der Abgeordneten von Berlin gegen die in mehren Landtagsabschieden enthaltene Interpretation der Bestimmung über die lito in partes ward von der Mehrzahl der Abtheilung befürwortet, während die Minderzahl keine solche Begünstigung der Sonderung in Theile wünschte. Der Antrag ward angenommen. Endlich verhandelte man über verschiedene das Salz betreffende Anträge. Der Antrag auf Erhöhung des Salzpreises auf den frühern Stand und Verwendung des Mehreinkommens zur Armenunterstützung fand nirgends Beistimmung. Eben so wenig der auf Aufhebung der Salzsteuern. Dagegen ward der Antrag des Abg. Grunau auf Aufhebung des Salzmonopols gegen einen fixen Zoll in der Versammlung

*) Vergl. Feland von Venedey, Leipzig 1844. 2. Bd. S. 212.

unterstützt. Gegen den Antrag sprach namentlich der General-Steuerdirector Kühne, und er ward zuletzt einstimmig verworfen. Dagegen fand ein Antrag des Abg. Hansemann, welcher hauptsächlich auf Ermäßigung des Salzpreises abzielte und hinsichtlich dessen er Hrn. Kühne in Betreff des finanziellen Ausfalles entgegnete: er möge nur kühner sein, er habe bewiesen, daß er schon andere Schwierigkeiten besiegen könne, eine Mehrheit von 222 gegen 168, was jedoch nicht die gesetzliche von zwei Dritteln war. (A. P. Z.)

× **Berlin**, 30. Mai. Vor der Berichterstattung über die gestrige letzte Sitzung der zweiten allgemeinen Kirchenversammlung der Deutschkatholiken sind einige Berichtigungen und Ergänzungen unerläßlich. Bezüglich der Zusammensetzung des Concils wurde noch der bisherige Uebelstand abgeschafft, daß Ein Abgeordneter die Gemeinden fast einer ganzen Provinz durch Vollmachten vertreten konnte, indem man beschloß, daß nur drei Vollmachten in Einer Hand liegen können; ebenso begrenzte man das bisher unbeschränkte Recht der Gemeinden, sich den Vertreter aus den Mitgliedern der Gemeinde des Vorortes zu suchen, dahin, daß nur Eine Vollmacht aus jedem Provinzialverband auf ein solches Mitglied übertragen werden kann. Mit dieser Einrichtung hofft man der Möglichkeit zu entgehen, daß gewisse Richtungen sich durch Anhäufung der Vollmachten in den Händen ihrer Anhänger einen überwiegenden Einfluß auf dem Concil erringen können. An den beantragten Centralvorstand knüpfte sich zugleich ein anderer Antrag dahin, man solle ein gemeinsames officielles Organ begründen; beide Anträge fielen auch zusammen, indem man für ein Organ keine Mittel hatte. Doch wurde allseitig der Wunsch ausgesprochen, daß die Gemeinden lebhafter, als es bisher geschehen, sich an den bestehenden Journalen („Die freie Kirche" von Dr. Behnsch in Breslau; die einst von Mauritius Müller begründete „Katholische Kirchenreform" von Dr. Ignaz Koch zu Berlin; das „Katholiken"; „Lesehalle" von Johannes de Marle in Schkeuditz, und der „Deutsch-Katholik", welcher vom 1. Juli ab im Süden erscheinen soll), betheiligen und sie mit Material versehen möchten.

Der ernannte Ausschuß für die Verfassung zählt den Landschaftsrath v. Strachowski nicht zu seinen Mitgliedern, vielmehr ist der Regierungsrath Reimann aus Marienwerder (nicht Friedeberg) der Vertreter Preußens, der Stadtrichter Zencker aus Friedeberg der Vertreter Schlesiens; auch soll diesem Ausschusse aus jedem Provinzialverbande Ein Geistlicher mit berathender Stimme zugesellt werden. Endlich ist die Erwähnung wol Pflicht, daß vor der Abstimmung über das Bekenntniß Dr. G. Lommel als Vertreter mehrer südwestlichen Gemeinden erklärte, daß laut einstimmigen Beschlusses der letzten Provinzialsynode zu Heidelberg die dortigen Gemeinden an dem leipziger Bekenntnisse — jedoch nicht als an einem bindenden Symbole, sondern als Einigungspunkt — festhalten würden und das Concil zu gleichem Beschlusse auffederten; Dr. Lommel gab diese Erklärung, weil der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, bevor er zum Worte kam. Die Tagesordnung der letzten Sitzung führte zuerst auf die Frage: „Welches ist das Princip der Liturgie?" Da aber die Ansichten wenn nicht im Wesen, so doch in der Fassung zu weit auseinanderliefen und man eine gründliche Verhandlung darüber wol nicht mehr vornehmen konnte, so knüpfte man dieselbe an die Lehre mit der Erklärung an: die Liturgie bezwecke, die Principien der Lehre darzustellen und ihre Einführung ins Leben zu fördern, und überwies die Frage selbst sowie den Antrag auf Revision der liturgischen Bestimmungen an den Verfassungsausschuß. Die Redaction und Herausgabe der Concilverhandlungen wurde hierauf den Herausgebern der ersten Concilverhandlungen R. Blum und Franz Wigard übertragen und dann zur Berathung der letzten Frage: „Welcher Name entspricht den Principien der Kirche am meisten?" übergegangen. Dr. Behnsch beantragte den Namen: „Freie christliche Kirche" für das Allgemeine, während daneben die einzelnen Gemeinden ihre gewählte Benennung beibehalten könnten; in diesem Namen sah man sowol das Wesen der Kirche ausgesprochen als einen Einigungspunkt für die Gemeinden verschiedener Abstammung geboten. Der Name „Deutschkatholisch" wurde fast gar nicht vertheidigt, da man zugeben mußte, daß derselbe für eine allgemeine Kirche ungeeignet, für einen Theil ihrer Bekenner in Oberschlesien und Posen nicht passend und der Ausbreitung in die Nachbarländer sogar nachtheilig sei. Der Vorschlag endlich, den Namen „Evangelisch-katholisch" anzunehmen, von J. de Marle gemacht und mit guten Gründen vertheidigt, fand wenig Unterstützung. Man entschied sich für die Benennung „Christkatholisch", die im ganzen Norden und Osten üblich ist, auch dem Bestreben der Kirche, eine wirklich allgemeine christliche zu werden, am meisten entspricht. Auch hier mußte Dr. Lommel wegen zu baldigen Schlusses der Debatte die Erklärung geben, daß die südwestdeutschen Gemeinden wol an dem Namen Deutsch-katholisch festhalten würden, da die nationale Beimischung gerade dort guten Klang und Wirkung habe, wogegen die schrecklichsten Geburten römischer Aëcetik als „Christkatholischer Himmelsschlüssel", „Christkatholischer Höllenzwang", Christkatholischer Wundergarten" ꝛc. bezeichnet würden und daher die Benennung in Verruf gebracht hätten.

Damit waren die Verhandlungen geschlossen und es tauchten nun noch eine Reihe von Wünschen auf, als da sind: die Herausgabe eines allgemeinen Gebet- und Gesangbuches und eines allgemeinen Katechismus; man erkannte indeß, daß Beides nicht Aufgabe des Concils sei, die Herausgabe der freien Concurrenz überlassen werden müsse und die Allgemeinheit nur durch die innere Vortrefflichkeit erzielt werden könne; ein vom Concil eingeführtes Gebet- und Gesangbuch, noch mehr aber ein Katechismus würde ja die Gewissensfreiheit aufheben und die Lehre uniformiren, was man niemals wollen könne. Beherzigung fand der Vorschlag, die Prediger möglichst allenthalben zu veranlassen, daß sie sich an den Witwenkassen für ihre Frauen betheiligen, oder man von Seiten der Gemeinde sie einkaufe; ebenso der Wunsch, danach zu streben, in jedem Provinzialverbande eine allgemeine Kasse herzustellen, um daraus durch Vermittelung des Centralvorstandes besonders die kleinen Gemeinden zu unterstützen, die oft den Prediger wegen Mangels aller Hülfsmittel entbehren müssen. Damit endete die Verhandlung, und als nach kurzer Pause die Protokolle vollendet und genehmigt waren, schloß der Präsident Wigard die zweite allgemeine Kirchenversammlung mit einer klaren und herzlichen Anrede, die den tiefsten Eindruck machte. Dr. Jettmar erklärte: er wisse zwar nicht, ob seine Gemeinde nunmehr die Concilbeschlüsse anerkennen werde, doch habe die Verhandlung gewiß wesentlich zur Vermittelung beigetragen, und er scheide mit der aufrichtigsten Achtung und Liebe aus der Versammlung. Ebenso sprach der Abgeordnete der freien evangelischen Gemeinde zu Königsberg, Assessor Herndörfer, seine Anerkennung und innige Freude über den Gang der Verhandlungen aus. Mit allgemeiner freudiger Erhebung begrüßte die Versammlung die königsberger Gemeinde und die verwandten des Vaterlandes auf den Vorschlag des Präsidenten, und nachdem Dr. Schuselka dem Letztern noch gedankt hatte, schloß das Ganze mit einem feierlichen Gebete. Beim Scheiden nahm besonders Dr. Jettmar mit tiefster Rührung Abschied von den Abgeordneten und versicherte, daß seinerseits Alles geschehen solle zur Vereinigung und zur Ermöglichung des Wiedersehens in Frankfurt.

Einen Ueberblick über die Verhandlungen und ihre Ergebnisse für morgen vorbehaltend, sei hier noch die einzige gesellig festliche Veranstaltung für das Concil erwähnt; dieselbe fand Freitag Abend in den herrlichen Räumen des Krull'schen Etablissements statt und sammelte eine so große Anzahl Menschen, daß der dazu erwählte Saal ganz gefüllt war; Rede und Gesang wechselten in angemessener Mannichfaltigkeit, freier Sinn waltete neben der höchsten Achtung vor dem Gesetz und dem Bestehenden, und traute Heiterkeit ging mit ernstem Bestreben Hand in Hand. Besonders jubelnde Aufnahme fanden die Trinksprüche Wigard's auf Preußens König, Schuselka's auf Johannes Ronge (der wegen Unwohlsein beim Feste nicht anwesend war), v. Strachowski's auf Preußens Landstände und das gesammte Vaterland, Blum's auf das deutsche Volk ꝛc. Und man freute sich nicht allein: die getrennten Meinungen, die sich in der Verhandlung oft scharf bekämpft hatten, söhnten sich auch aus und schlossen sich wieder herzlich an einander, sodaß wirklich jeder Misten, den der heiße Kampf allenfalls hervorgerufen hatte, völlig verschwand und die Herzen sich wieder innig an einander schlossen.

(+) **Berlin**, 29. Mai. Schon seit längerer Zeit wird hier, nach den Berliner Jahrbüchern, ein sehr merkwürdiger Gottesdienst abgehalten, nämlich der Gottesdienst in der Taubstummen-Unterrichtsanstalt. An demselben nehmen nicht nur die hiesigen Zöglinge der Anstalt, deren Zahl sich in diesem Augenblicke auf 85 beläuft, Antheil, sondern auch alle Die, welche die Anstalt besucht haben und sich noch hier, in welcher Eigenschaft es auch sei, befinden. Einen ziemlich geräumigen Saal erblickt man dadurch an den kirchlichen Tagen gefüllt. Der Gottesdienst selbst besteht aus denselben Theilen wie in den gewöhnlichen Kirchen, nur ist er vom Anfang bis zu Ende stumm. Anstatt des Gesanges hält der Prediger ein stummes, oder besser, ein pantomimisches, gesticulatorisches Gebet, darauf beginnt die Predigt, die auf dieselbe Weise gehalten wird, verständlich den Taubstummen bis auf eine Spide, aber ganz und gar unverständlich den Vollsinnigen, es müßte denn sein, daß sie die Gebehrdensprache in einer solchen Anstalt erlernt. Die Taubstummen widmen der Predigt eine Aufmerksamkeit, wie man sie in Kirchen nur selten findet. Ein Gebehrdengebet beschließt den Cultus. Drei Lehrer der Anstalt, unter welchen auch ein Taubstummer, pflegen Gottesdienst und Predigt zu halten, namentlich ist es der Professor Sachs, dem diese eigenthümliche Gottesverehrung ihren Ursprung zu verdanken hat. Der Zutritt von Hörenden zu dieser Kirche ist erschwert, da sich die Taubstummen dadurch genirt fühlen.

Die neueste Nummer unserer Gesetzsammlung enthält auch ein Gesetz, welches außerordentlich tief in unsere Rechtsverhältnisse eingreifen wird. Es bestimmt: „Militairpersonen, welche als Schildwachen, Patrouillen oder in anderer Eigenschaft zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung commandirt sind und Beleidigungen, Widersetzlichkeiten oder andere Gesetzübertretungen anzeigen, welche während dieser Dienstleistung verübt werden, verlieren in den dieserhalb eingeleiteten Untersuchungen, aus dem Grund allein, weil sie die Anzeige jener gemacht haben oder bei dem Vorfalle selbst beleidigt oder verletzt worden sind, nicht die Eigenschaft vollgültiger Zeugen." Dieses Gesetz war noch vor dem Beginn der berliner Tumulte beschlossen und steht also speciell mit denselben in keiner Verbindung.

Aus der Provinz Sachsen, 29. Mai. Eine eigenthümliche Wendung haben die Untersuchungen wegen der Brotunruhen in Eisleben genommen. Der Zimmermeister Eschenhagen nämlich ist dort in dieselben verwickelt worden, ein junger Mann, der in seinem Wohnort eine ziemlich hervorragende Stellung einnimmt. Obgleich erst seit kurzem Bürger von Eisleben, wurde er doch schon zum Stadtverordneten gewählt und hatte als solcher bereits den entschiedensten Einfluß gewonnen, besonders bei Regulirung der städtischen Steuern, womit man sich gerade beschäftigte. Sein einfaches Vergehen, wie es vorliegt, ist folgendes. Als das Militair während der Brotunruhen eingeschritten war, fiel er dem Pferd eines Soldaten, welcher im Begriffe stand, einen am Boden liegenden Menschen, der allerdings zu den Ruhestörern gehören mochte, völlig niederzureiten, in die Zügel und ergriff, als der Soldat sich nicht zurückhalten lassen wollte, einen Stein; diesen schleuderte er im Zorn unter das Militair. Eschenhagen wurde eingezogen, und an dem Tage seiner Verhaftung soll das Militair vier Stunden lang unter den Waffen gestanden haben, weil man bei seiner großen Popularität einen neuen Aufstand zu seiner Befreiung fürchtete; gegenwärtig ist er bereits von Eisleben nach Sangerhausen in die Gefängnisse des Inquisitoriats transportirt. Eschenhagen ist Unteroffizier der Landwehr, bei der er nach bereits bestandener Prüfung nächstens zum Lieutenant avanciren sollte, und dies dürfte dem Buchstaben des Gesetzes zufolge seine Straffälligkeit noch bedeutend vermehren. Auch hat der Magistrat von Eisleben dem angeklagten und verhafteten Stadtverordneten ein höchst ungünstiges Zeugniß ertheilt: derselbe habe als Zimmermeister nicht die besten Geschäfte gemacht und sei dadurch zur Unzufriedenheit mit dem Bestehenden getrieben worden. Ferner ist das Gerücht in Umlauf, daß Eschenhagen verbotene Bücher verbreitet habe, ja man redet sogar davon, daß ein Lampenputzer, der in Eisleben an der Spitze des Aufruhrs stand, vorher betrunken gemacht worden sei, und wenn man auch den Stadtverordneten dabei nicht gerade nennt, ja wenn auch das Factum überhaupt ganz unverbürgt ist, so tragen doch solche Gerüchte leider dazu bei, daß man hinter den Unruhen in Eisleben mehr zu suchen geneigt ist als hinter denen an andern Orten. Und dies muß um so mehr Wunder nehmen, als es auf der Hand liegt, daß die Unruhen in Eisleben gerade eben so unmittelbar aus dem augenblicklichen Mangel hervorgegangen sind als anderswo, und als man sich noch dazu gerade hier von den Besitzern großer Getreidemassen rohe und harte Aeußerungen erzählt, welche ganz geeignet waren, das Proletariat zur Wuth zu reizen. Uebrigens haben die Stadtverordneten ihren Collegen gegen das Zeugniß des Magistrats in Schutz genommen. Auch erzählt man sich, daß dieser 30 Gesellen als Zimmermeister beschäftigt, daß also sein Geschäft sich im blühendsten Zustande befunden habe. Daß es der Verwendung seines Vaters, eines angesehenen Superintendenten, gelingen möge, für die zu erwartende Strafe wenigstens eine Milderung auf dem Wege der Gnade zu bewirken, ist um so mehr zu wünschen, als es bei dem vorliegenden Vergehen gegen die Gesetze ja doch sich nur um die Erhaltung eines Menschenlebens handelte, und als gerade die hervorragende Stellung, welche der Angeklagte in Eisleben einnimmt, der Grund wurde, daß dasselbe sogleich durch eine Menge von Zeugen constatirt werden konnte. So bleibt z. B. ein Proletarier, der sogar den commandirenden Obersten mit einem Steine traf, aus dem einfachen Grund ungestraft, weil ihn Niemand kannte.

In dem Dorfe **Wackerbleben** bei Groß-Oschersleben, wo früher einmal die Bauern willens gewesen sein sollen, ihre Predigerstelle eingehen zu lassen, antwortete kürzlich bei einer **Taufe** ein Bauer nach Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses auf die übliche Frage des Geistlichen an die Taufzeugen anstatt des erwarteten „Ja" mit „Nein, das glaube ich nicht mehr". Das Kind, welches ein Enkel dieses Mannes war, blieb nun vorläufig ungetauft, und man ist auf den weitern Verlauf der Sache gespannt. — In dem märchenhaften Tilleda am Fuße des Kyffhäusers will sich eine **freie Gemeinde** bilden.

Oesterreich.

Nach einer soeben bekannt gewordenen Entschließung des Kaisers, datirt vom 12. April l. J., werden alle jene **Soldaten**, die in den Jahren von 1836—39 einschließlich aus der Bevölkerung der militairisch conscribirten Provinzen mit vierzehnjähriger Capitulation eingetreten sind, mit Ende October l. J. ihrer Militairpflicht, mit Vorbehalt der Landwehrverpflichtung, entbunden, mit dem Beisatze jedoch, wenn nicht etwa besondere Ereignisse eintreten, welche diese Begünstigung unthunlich machen. Diese frühzeitige Entlassung ist nicht als Truppenreduction anzusehen, sondern geschieht blos in Folge der Herabsetzung der Militairdienstzeit von 14 auf 8 Jahre.

Spanien.

Die madrider Presse beschäftigt sich angelegentlich mit der sogenannten **Palastfrage**, welche vom Español in folgender Art resumirt wird. Sie besteht, sagt derselbe, offenbar aus zwei Theilen: einem ersten, complicirten, peinlichen, traurigen, und einem zweiten nicht zweifelhaften, constitutionellen. Rücksichtlich des erstern ist zu fragen, ob die Unterhandlungen über die königlichen Heirathen noch andere Zwecke hatten als die, den Sohn des Königs der Franzosen mit der Infantin fruchtbar zu vermählen und die Königin zu lebenslangem Witthum und Thränen zu verurtheilen? Die wohlbegründeten Zweifel deshalb aufzuhellen sei noch nicht an der Zeit, allein wenn die Wahrheit an den Tag kommen werde, würden auch die spanische Nation und die Cortes wissen, wie sie zu handeln hätten. Der zweite Punkt betreffe die Prätensionen des Königs, in Staatsangelegenheiten sich mengen und absoluter Herr im Palaste sein zu wollen. Das Eine so wenig wie das Andere könne zugestanden werden, indem das Erstere wider die Verfassung, das Andere gegen den Heirathsvertrag sein würde. — Wie der Faro versichert, werde General **Serrano** sich unter keiner Bedingung als Generalcapitain nach Cuba schicken lassen. Der britische Gesandte, Hr. **Bulwer**, soll sich unwohl befinden. Am 24. Mai wurde die **Königin** in Madrid erwartet, wo sie am 26. Mai große Revue über die Truppen halten und bald darauf nach La Granja sich begeben wollte.

— Die **französischen Wühlereien** haben längst schon im Heere nach Stützpunkten für ihre Zwecke gesucht; Orden und noch materiellere Vortheile wurden in Aussicht gestellt, um den Herzog von Montpensier in Gunst zu bringen. Vom König erzählt man jetzt, daß er entschieden verneine, zu der Vermählung mit der Königin, die er so wenig möge wie sie ihn, aus freiem Entschlusse gelangt zu sein. Er sei gezwungen worden. Dagegen wird jedoch versichert, daß im Kriegsministerium Documente vorhanden seien, zufolge deren er sich verpflichtete, an gewisse französische, jetzt in Frankreich befindliche Persönlichkeiten, welche die Zustandebringung seiner Vermählung in der Hand zu haben ihm versichert hatten, 8 Mill. Fr. zu zahlen. Auch sei bereits diese Zahlung verlangt worden. Das vom Popular verbreitete Gerücht von den Mutterhoffnungen der Königin ist so offenbar eine boshafte Erfindung, daß es der Versicherung des Correspondenten der Times zufolge in Madrid kein Mensch glaubt.

— Die Gaceta de Madrid vom 22. Mai enthält den amtlichen Bericht über die zu Solsona geschehene Hinrichtung des Carlistenführers **Tristany**, und zugleich ein Decret des Kriegsministers Mazarredo, welches dem Obersten Antonio Bazeras, welcher Tristany gefangen nahm, seine Beförderung zum Brigadier mittheilt.

Großbritannien.

London, 26. Mai.

Der gesammte **Hof** ist gestern Nachmittag von Claremont wieder im Buckinghampalast eingetroffen. Der Großfürst **Konstantin**, welchem die Königin durch den Obersten Grey ihren huldvollen Wunsch hatte mittheilen lassen, ihn zu sehen, und zu dessen Abholung um 5 Uhr zwei Hofwagen vor Micart's Hotel vorfuhren, wurde der Königin durch Lord Palmerston gestern vorgestellt. Der russische Botschafter und der Admiral Lütke waren nebst dem Obersten und königl. Stallmeister Grey seine Begleiter. Vom Buckinghampalaste begab der Großfürst sich noch zur verwitweten Königin nach Marlboroughhouse und zur Herzogin von Kent nach Clarencehouse. Vormittag hatte er Greenwich, die Schiffahrtsschule und das große königl. Marinekrankenhaus besichtigt.

— Die **Generalversammlung** der **schottischen Kirche** ist am 20. Mai in Edinburg durch Lord Belhaven als dazu bevollmächtigten königl. Commissar eröffnet worden. Diese jährlich zusammentretende Art geistlichen Parlaments für Schottland, wo die Regierung auf die presbyterianischen Kirchensachen fast ohne Einfluß ist, entscheidet in letzter Instanz über die ihm zugehörigen Angelegenheiten und besteht aus jährlich neu gewählten fünf geistlichen und zwei weltlichen Abgeordneten jedes Presbyteriums und einem Abgeordneten von jeder schottischen Universität und jedem königl. Flecken. Der königl. Commissar eröffnete der Versammlung die besten Wünsche Ihr. Maj. für Wohlfahrt und Bestand der schottischen Kirche, und wie dieselbe sich der beständigen Loyalität und Anhänglichkeit an ihre Person und den Thron anderseitig versehe. Auch ihre innige Theilnahme an der durch die Theuerung über ihre Unterthanen in Schottland gekommenen Noth und die große Befriedigung über die dort zur Unterstützung der Armen getroffenen Maßregeln ließ die Königin ausdrücken. Nachdem der Commissar noch die jährliche königl. Gabe von 2000 Pf. St. zur Beförderung des religiösen Unterrichts in den Hochlanden und schottischen Inseln übergeben hatte und die Geschäftsordnung verlesen worden war, vertagte sich die Versammlung, in der keineswegs der königl. Commissar den Vorsitz führt. Zu diesem wird jedesmal ein neuer Präsident (Moderater) gewählt, und der Commissar hat nur Eröffnung und Schluß der Session.

— Aus **Dublin** wird vom 24. Mai gemeldet, daß auf die Nachricht von Daniel O'Connell's beunruhigenden Gesundheitsverhältnissen die Wochenversammlung des **Repealvereins** zum 25. Mai ausgesetzt worden war. Bei dem Vorstande des Bantry-Armenhauses waren große Klagen darüber eingelaufen, daß dort in der Leichenkammer 14 Tage und drei Wochen lang **Leichen** zur Speise der Ratten umherlägen, und daß man 10 und 20 Särge vor demselben aufgeschichtet finde, in die zwei und drei Verstorbene aufs schmählichste hineingezwängt wurden, kurz, daß die grauenhafteste Unordnung dort herrsche.

— Das Morning Chronicle äußert, wie es trotz der unvortheilhaften Ansicht der Angelegenheiten in Portugal doch zuversichtlich noch auf endliche friedliche Beilegung des Streits zähle. Aus vielen Gründen würde es die Nothwendigkeit einer britischen Intervention sehr bedauern müssen. Gleichwol dürfte dieselbe, wenn die Junta zu den angebotenen Bedingungen sich nicht bequeme, geboten sein. Das Band, was Portugal und Großbritannien verknüpfe, könne übrigens weder durch Gewalt noch Intrigue zerrissen werden, indem der ruhmlose Ehrgeiz anderer Nationen Beide zu dieser Allianz zwinge. So lange Portugal unabhängig sein wolle, so lange müsse es sich zu Großbritannien halten, und so lange Großbritannien auf der Halbinsel einen ihrer Unabhängigkeit wirksamen Beistand gewährenden Einfluß besitzen wolle, müsse es mit Portugal alliirt bleiben.

— Die zu den Hauptvertheidigungswerken von Portsmouth gehörende Kingsbastion, welche die Hafeneinfahrt flankirt, hat jetzt nur eine 2½ Fuß hohe Brustwehr, was also die Bedienung der Geschütze nicht gegen das Feuer der obern Batterien der Linienschiffe decken kann. Es wird daher unverweilt ein höheres Werk mit Schießscharten für die Geschütze aufgeführt werden.

— Die eiserne Brücke über den Deefluß, durch deren Einbruch auf der Shrewsbury-Chester-Eisenbahn dieser Tage ein ganzer Wagenzug verunglückte (Nr. 151), bestand aus drei Bogen, jeder von 100 Fuß Spannung. Die Widerlager und Pfeiler der Brücke sind von festem Stein und höchst dauerhafter Bauart. In jedem Bogen waren vier eiserne, aus zwei Theilen gebildete und in der Mitte vernietete Träger, über welche starke Querbalken befestigt waren, auf welchen die Schienen lagen. Uebrigens ist nur einer der eisernen Träger und zwar ein äußerer gebrochen (die andern drei sind ganz und fest geblieben), wodurch die Querbalken auf dieser Seite den Stützpunkt verloren und daher von der Last der darübergehenden Wagen sammt den Schienen niedergedrückt und mit ihnen in den Fluß gestürzt wurden.

— Von **Gibraltar** wird unterm 16. Mai geschrieben, daß über 300 Schiffe, meist mit Getreide geladen, dort durch den Wind am Auslaufen aus dem Mittelmeere verhindert werden, und daß an der Küste entlang bis Malaga noch gegen 500 in gleicher Lage sich befänden.

— Der Hampshire Guardian erzählt von einer sehr kleinen Quantität Schießbaumwolle, welche aus England nach Bangalore geschickt worden war und dort an des Generals Tafel während eines Bankets herumgezeigt wurde. Anstatt daß aber, wie Alles gespannt erwartete, der General eine Probe damit zum Besten gab, legte er das an ihn zurückgelangte Flöckchen ruhig unter seinen Teller, und das Diner hatte seinen Fortgang. Zu nicht geringem Schrecken vernahm man aber wenig Minuten nachher eine kleine Detonation und sah des Generals gefüllten Teller auf die Seite werfen, wobei auf ihn und seine Nachbarn der Inhalt verschüttet wurde. Da sonst kein Unheil dabei geschehen war, wurde der Unfall, den die durch die Wärme der Speisen im Teller explodirende Baumwolle angerichtet, ein Anlaß zu großer Heiterkeit.

— Ein gewisser Joseph Ady in London treibt seit längerer Zeit das Geschäft, nach allen Weltgegenden Schreiben auszusenden, in denen er gegen Einsendung kleiner Summen die Nachweisung großer Vortheile verspricht. Sir Peter Laurie legte kürzlich dem Lordmayor ein neuestes Muster von dem Treiben dieser „unermüdlichen Pest der Gesellschaft", wie er den saubern Hrn. Ady bezeichnete, vor. Es lautete:

„Wie ihr wollt, daß euch die Leute thun, so thut ihnen auch. Sir P. Laurie, Vice-Lordmayor von London. Sir, der Unterzeichnete vermag Sie von etwas für Sie sehr Vortheilhaftem (1000 Pf. St. und mehr werth) zu benachrichtigen gegen Empfang von 20 Schill. durch Anweisung auf das Whitechapel-Postamt als Vergütung für seine Mühe und Unkosten, welches Geld Sie oder Ihre Erben verlieren werden, wenn die Sache nicht sofort wahrgenommen wird, und sollten Sie irgend auf Schwierigkeiten stoßen, so wird der oben genannte Gentleman Sie aller Kosten, Porti ausgenommen, überheben, die sie beiderseitig tragen müssen. Achtungsvoll Joseph Ady. Mai 8, London. Nr. 5 Yorkstreet" ꝛc.

Das Schreiben war an einen G. C. van Bladerucken in Alkmaar gerichtet, der sich darauf unterm 16. Mai schriftlich an Sir P. Laurie gewendet hatte, weil dessen Name in der obigen Zuschrift stand, und sehr offen bei demselben anfragte, wie es zugegangen und wer es wol sein möge, der seinem verstorbenen Vater 1000 Pf. St. vermacht oder ihn sonst damit bedacht habe, sowie was für Legitimation und ob sein persönliches Erscheinen in London dazu erfoderlich wäre, das Geld zu empfangen. Der Lordmayor bemerkte, daß dieser Ady immer noch viel Geld auf diesem Wege machen müsse, weil er dabei beharre, und da leider gerichtlich gegen ihn nichts auszurichten sei, bleibe die öffentliche Warnung durch die Presse das Einzige und Beste, was dagegen zu thun.

Frankreich.

Paris, 27. Mai.

Der Pairskammer wurden gestern vom Handelsminister Hrn. Cunin-Gridaine die von der Deputirtenkammer votirten Gesetzentwürfe über die außerordentlichen und Ergänzungscredite für 1846 und 1847 sowie der Rechnungsabschluß des Budgets von 1844 übergeben. Nach Anhörung der Berichte über eine Anzahl von Bittschriften wurde die Berathung des Gesetzentwurfs begonnen, welcher die Bank von Frankreich zur Ausgabe von 200-Francs-Noten ermächtigen soll. Für denselben sprachen die Pairs Lagrenée und Graf d'Argout, dagegen Hr. Wüstemberg, worauf die Artikel und dann mit 100 gegen 13 Stimmen der ganze Gesetzentwurf angenommen wurde. Das von der Deputirtenkammer ebenfalls schon votirte Creditgesetz über 208,274 Fr. zur Erweiterung von Gebäuden der Universität und damit verwandten Zwecken erhielt ebenfalls mit 105 gegen 7 Stimmen den Beitritt der Kammer.

Von der Deputirtenkammer wurde die Berathung des aus einem Artikel bestehenden Gesetzvorschlags des Hrn. Glais-Bizoin wegen der Postreform fortgesetzt, wonach vom 10. Jan. 1848 an alle nicht über 7½ Gramm schwere Briefe innerhalb Frankreich gleichmäßig 20 Cent. kosten sollen. Als Amendement beantragten die HH. Buitry und Muret de Bort, daß vom 1. Jan. 1848 an einfache Briefe auf 40 Kilomètres Entfernung 20 Cent., auf 80 Kilomètres 30 Cent., auf 150 aber 40 Cent. und über 150 Kilomètres 50 Cent. bezahlen sollten. Gegen das Amendement sprach Hr. Dufaure, der dasselbe überhaupt nicht als Amendement, sondern als einen neuen Antrag betrachtete, darin jedoch nicht Beistimmung fand. Das Amendement wurde dann im Ganzen von der Kammer verworfen. Der Minister der öffentlichen Bauten Hr. Jaur übergab hierauf zwei Gesetzentwürfe, deren erster die Paris-Lyoner Eisenbahn betrifft und bestimmt, wenn dieselbe vor dem 1. Mai auf ihre Concession verzichten sollte und vor Publication dieses Gesetzes bis dahin in Kunstbauten und Dammarbeiten wenigstens 10 Mill. angelegt hätte, den Bodenpreis ungerechnet, solle die Regierung die ihr nach Art. 51 der Verpflichtungen der Compagnie zustehenden Rechte nicht auf mehr als die Zurückhaltung von 24 Mill. zu Gunsten des Schatzes ausüben dürfen. Das für nützliche Anlagen von der Compagnie mehr Zugezahlte soll ihr von der Regierung vergütet werden. Der andere Gesetzentwurf bestimmt, daß die Ausführung der Zweigbahn der Lyon-Avignon Eisenbahn nach Grenoble für diese Compagnie nicht eher obligatorisch sein solle, als wenn in den ersten fünf Jahren nach Eröffnung der ganzen Hauptlinie die als Reinertrag an die Actionaire zu vertheilende Dividende 7 Prec. übersteigen würde. Die Regierung behält aber daneben freie Hand, jene Zweigbahn auch früher und auf eine dann durch ein Specialgesetz näher zu bestimmende Weise ausführen zu lassen. Sollte die Compagnie vor dem 1. Jun. 1848 ihre Concession aufgeben, so würde die gesammte Caution derselben dem Schatze verfallen. Doch wird ihr das von ihr über 10 Mill. Werth in nutzbaren Bauten und Material, Grund und Boden ungerechnet, dann Uebergebene von der Regierung in zu vereinbarender Art ersetzt werden. Hr. Therbette verlangte einen Nachweis über die Directoren beider Bahnen, damit keiner derselben, der etwa in der Kammer sitze, in die Commission gewählt werden möge. Die Kammer trat ihm darin jedoch nicht bei, sondern beschloß, ganz in bisher gewöhnlicher Weise die Commission zur Berichterstattung in den Bureaux zu wählen.

— Die Zeitungen besprechen vielfach die vor der Deputirtenkammer in Berathung befindliche postalische Reform. Auch das Journal des Débats erklärt sich gegen das System eines verschiedenen Porto nach Zonen, hält aber jetzt die Zeit nicht passend für den Glais-Bizoin'schen Vorschlag. Es macht sich außerdem über den National lustig, der mit dem Sturze des Ministeriums fix und fertig sei, und empfiehlt ihn der Dankbarkeit der Mitglieder des von ihm combinirten (Nr. 151) neuen Cabinets.

— Eine Bittschrift an die Kammern um beständige freie Getreideeinfuhr wird in Paris von den arbeitenden Klassen eifrig unterzeichnet.

— Ein Attaché der französischen Gesandtschaft in München ist in Paris mit der kürzlich zwischen dem Könige von Baiern und dem Könige der Franzosen abgeschlossenen Postconvention eingetroffen.

— Der Publicateur de St.-Malo vom 22. Mai enthält die traurige Nachricht, daß ein Schiff La Clarisse, welches von Granville nach St.-Pierre auf Guernsey fuhr, in der Bucht des Cap noir untergegangen und dabei von 83 Personen, die sich am Bord befanden, 63 umgekommen sind.

— Der Expräsident von Ecuador, General Flores, welcher durch seine in Spanien und England verunglückte Anwerbung für eine Expedition nach Centralamerika in der letztern Zeit so viel von sich reden machte, ist in Paris angekommen.

Belgien.

Aus **Brüssel** vom 27. Mai schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Der König wird bereits morgen oder übermorgen von Wiesbaden zurückerwartet. Die Bäder haben ihm wenig genützt, und seine Aerzte haben einen längern Aufenthalt daselbst für überflüssig erachtet. Der König leidet bekanntlich seit längerer Zeit an einem chronischen Unwohlsein. Sein Aeußeres trägt den Stempel eines melancholischen Ernstes. Im Allgemeinen findet man ihn seit einiger Zeit sehr gealtert."

Schweiz.

Die Neue Zürcher-Zeitung sagt: „Deutsche Blätter führen Beschwerde über die revolutionairen Flugschriften, die von der Schweiz aus in Deutschland eingeschmuggelt und da verbreitet werden.

Bei Anlaß der Ausweisung Heinzen's aus Zürich haben wir uns bereits über diesen Punkt klar und bestimmt ausgesprochen. Die Schweiz soll nicht der Sitz einer revolutionairen Propaganda sein. In diesem Sinne haben sich auch die ehrenhaftesten liberalen Schweizerblätter ausgesprochen; in diesem Sinne haben die meisten liberalen Regierungen der Schweiz gehandelt. Wir preisen die Schweiz glücklich, eine Republik zu sein; ihre Aufgabe ist es aber keineswegs, andern Völkern zur Republik zu verhelfen, am allerwenigsten durch die verwerflichsten, schändlichsten Mittel, welche der besten Republik den Untergang bringen würden, wenn sie je mals zur Anwendung kommen sollten. Durch Berthierung der menschlichen Natur wird ein Thierreich, nicht aber eine Republik gestiftet. Gott bewahre uns vor Menschenbeglückern, wie sie sich uns in einigen deutschen Flüchtlingen gezeigt haben! Sie könnten den besten Republikaner in einen ergebenen Anhänger der Monarchie umwandeln. Die Schweiz hat andere Mittel, um die Republik zu Ehren zu bringen! Selbst der eifrigste Monarchist wird der Haltung, welche die schweizerische Republik während der Lebensmittelnoth beobachtet hat, seine Achtung nicht versagen können. So wirkt die Schweiz zu Gunsten der Republik. Mögen auch ausländische Blätter die Gefahren übertreiben, welche ihnen von solchen Hetzschriften her drohen; mag man auch annehmen, daß die Polizeigewalt, welche die Ausfuhr von Getreide in die Schweiz zu verhindern im Stand ist, ebenfalls im Stande sein sollte, die Einschmuggelung verbotener Schriften zu verhindern: es soll die Schweiz dennoch ein solch verwerfliches Treiben der Hefe der deutschen Emigration nicht leiden aus Achtung vor sich selbst und aus Rücksicht für die würdigen Flüchtlinge, welche Gefahr laufen, vom Volke für die Sünden Anderer zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Schweizerregierungen, welche diesem schändlichen Treiben ruhig zusehen, werden sich schlechten Dank erwerben."

— Die neue Verfassung von **Genf** ist angenommen. In der Stadt waren 2758 für Annahme, 1435 dagegen; im Wahlkreise des linken Ufers 2178 für, 1190 gegen; im Wahlkreise des rechten Ufers 605 für, 561 gegen. Das Gesammtresultat war: Annahme mit 3541 gegen 3186 Stimmen. An der Abstimmung nahmen 8804 Bürger Theil; die Zahl der stimmfähigen Bürger beläuft sich auf 13,000.

— Der große Rath von **Waadt** hat bereits die Tagsatzungsinstructionen verhandelt. Mit Bezug auf den Sonderbund ist die Gesandtschaft ermächtigt, zu allen zur Vollziehung eines Auflösungsbeschlusses von ihr geeignet erachteten Maßregeln zu stimmen: hinsichtlich der Jesuiten dagegen hat die Gesandtschaft dem großen Rathe zu referiren, wenn die Anwendung von Waffengewalt zur Sprache kommen sollte.

— Laut dem Verfassungsfreund hat der Hochschulsenat in **Bern** bei Anlaß der Berathung des Hochschulgesetzentwurfs auf einen Antrag des Professors Henne mit 17 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Errichtung einer katholischen theologischen Facultät zu beantragen.

Italien.

Neapel, 18. Mai. Der Kronprinz von Baiern ist auf dem königl. griechischen Kriegsdampfer Otto aus Athen mit seinem Gefolge am 15. Mai hier angelangt. — Heute langte auf einem französischen Postschiffe die Königin Christine aus Marseille zum Besuche hier an. Sie begibt sich mit der Königin-Mutter, der einzigen Person, die sich in diesem Augenblicke vom ganzen Hofe hier befindet, nach der Villa di Cape di Monte. (A. Z.)

Griechenland.

Athen, 16. Mai. Am 11. Mai sind zwei königl. Verfügungen, d. d. 4. Mai, von den Ministern gegengezeichnet, veröffentlicht worden, betreffend die interimistischen Staatsausgaben nach dem den aufgelösten Kammern vorgelegten, mit den beiden von 1845 und 1846 gleichen Budget bis zur Zusammenkunft der neuen Kammer, und die Bestimmung der von jedem Steuerpflichtigen zu entrichtenden Naturalgrundsteuer (der Zehent). — In Akarnanien, welches neuerlich wieder durch Straßenraub litt, sind 20 Räuber getödtet, andere gefangen worden, die übrigen sind über die Grenze entflohen. (A. Z.)

Türkei.

o **Konstantinopel**, 8. Mai. Die kriegerische Hitze, welche jüngsthin die Griechen belebte, hat sich abgekühlt, seit Rußland sie aufzugeben scheint; aber dieselbe Hitze ist unter dem anscheinenden russischen Einfluß in das türkische Cabinet gedrungen. Ibrahim-Bey, ein erfahrener General, ist an die griechische Grenze geschickt worden, um dort den Ausgang dieser Angelegenheit zu erwarten, welche mittels der russischen Intriguen die Wichtigkeit einer diplomatischen Verwickelung, die man nicht mehr passend zu schlichten weiß, angenommen hat. Während nun diese Frage auf ernste Weise verhandelt wird, bilden die Folgen des von dem russischen Gesandten gegebenen Balles, dessen wir neulich (Nr. 130) gedachten, einen seltsamen Gegensatz zu der schwierigen Lage der Dinge. Ungeachtet die hohen Würdenträger der Pforte ihre Theilnahme an diesem Balle verweigerten, erfüllt doch noch immer die Erzählung von seinem Glanz und seiner Pracht die christliche Bevölkerung von Konstantinopel mit einem wahrhaften Taumel. Madame Ustimeff ist die Löwin des Tages in der von den Jüngern Mohammed's eroberten Stadt; die jungen griechischen Schönheiten schmücken sich nur a la Ustimeff, man grüßt sich und conversirt a la Ustimeff. Das leichte Phantom der Mode und des Vergnügens flattert auf der Oberfläche der Hauptstadt dieses alten Reichs, in dessen Tiefen das Unheil brütet und welches noch ungekannte Geschicke bedrohen! Wie Dem auch sei, alle diese kleinen Mittel des russischen Einflusses, für so kleinlich und unscheinbar sie auch gelten mögen, bilden im Ganzen ein diplomatisches Vorpostencorps, gefährlich genug, um den Argwohn namentlich Oesterreichs zu wecken. Anders wenigstens wüßten wir uns die kleine Spannung kaum zu erklären, welche zwischen den beiderseitigen Gesandtschaften seit dem Fest Ustimoff's herrscht. Gewiß ist es dabei die dem Gleichgewichte gefährliche Politik des russischen Cabinets ungleich mehr, was die Aufmerksamkeit der österreichischen Diplomatie aufregt, als die wenn auch noch so hochfahrende Persönlichkeit des Gesandten. — **Frankreich** beharrt im Orient in seiner Zaghaftigkeit und seiner Unkenntniß des Standes der Dinge. Was **England** anlangt, so wollen wir es nicht tadeln, daß es an den Türken hält, aber seine Eifersucht auf den kümmerlichen französischen Einfluß läßt es oft schwere Mißgriffe begehen. Dahin gehört sein Eifer, das Ministerium Kolettis aufs äußerste zu verfolgen. Das ist ein jedenfalls nationales Ministerium, den Russen feindlich, und hat seinem Lande mehrfache Dienste geleistet. Der Sturz desselben ist im nächsten Interesse Rußlands, was dadurch den König Otto von Denen, die ihm wohl wollen, trennen und dann die Reihe des Stürzens auch an ihn kommen lassen würde. Daß sich Preußen in den hiesigen Angelegenheiten jetzt wieder zu der russischen Seite neigt, ist hier sehr aufgefallen und hat die seltsamsten Auslegungen erfahren, deren Grund oder Ungrund sich von hier aus schwerlich beurtheilen läßt. In jedem Fall ist dringend zu wünschen, daß die griechisch-türkische Differenz eine friedlichere Wendung nähme. Ginge es im entgegengesetzten Zuge fort, so würden die nächsten und gewissesten Folgen der Sturz des schon bedeutend geschwächten Ministeriums Kolettis und vielleicht ein Cabinetswechsel bei der Pforte sein. Beides würde der russischen Diplomatie leichtes Spiel machen und könnte die Sicherheit des türkischen Reichs und das Gleichgewicht von Europa gefährden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 31. Mai. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br. u. bezahlt, Sächsisch-Bairische 87⅛ Br., 86½ G., Sächsisch-Schlesische 100 Br., Chemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ G., 58⅜ bezahlt; Löbau-Zittauer 50⅔ Br.; Magdeburg-Leipziger 205½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 bezahlt; Köln-Mindener 93 Br., 92⅔ G.; Thüringer 94⅛ G.; Altona-Kieler 109⅔ G., 110¼ Br.; Dessauer Bankactien 100⅔ Br., 100¼ G.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 23. bis 29. Mai 1847:

17,584 Personen			11,217 Thlr.	22 Ngr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht und magdeburger Antheil	3,546	7	—	
	14,763	29	—	

(Vom 1. Jan. — 29. Mai 136,489 Personen, Einnahme 221,815 Thlr. 3⅛ Ngr.)

Wolle. Breslau, 29. Mai. Von den zahlreich heute hereingekommenen Schäfereien ist sofort ein großer Theil an niederländische, französische und englische Käufer mit der bisherigen Preiserhöhung verkauft worden. Im Ganzen dürften am heutigen Tage 8—10000 Ctr. aus dem Markte genommen worden sein. (S. S.)

Staatspapiere. Amsterdam, 27. Mai. 2½ pc. Int. 57⅛/⅛; Rußl. 5pc. Hope 105⅜; 4½ pc. Handelsg. 174⅜. Frankfurt a. M., 20. Mai. Oestr. Bact. 1035; 250 Fl. L. 120; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½ pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 58 Br.; Darmst. 50 Fl. L. 77⅜; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25⅛; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅞. London, 25. Mai. 3pc. Cons. 87⅛; Port. 3pc. 33½; Span. act. 22½; ausg. 15; Holl. Int. 58¾. Paris, 27. Mai. 5pc. 116. 45; 3pc. 78. 25; Neap. 103; Bankact. 3245. Wien, 28. Mai. Bact. 1509; Met. 5pc. 106¾; 3pc. 97⅛; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 110.

Leipziger Börse am 31. Mai 1847.

Curse im 14-Thaler-Fuss.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam k. S.	—	150⅜	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Fl. 6 2 Mt.	—	139⅝	à 3 % im 14 T. v. 1000 u. 500 Thlr.	91	—
Augsburg k. S.	—	102	à 3½ % F. Lichtmess.	—	—
pr. 150 Fl. R. 2 Mt.	—	—	„ „ d° d°. v. 500	99⅛	—
Berlin pr. 100 Thlr. k. S.	—	99⅛	Kön. Sächs. Landesculturrenten à 3⅓ % im 14 T. v. 1000 u. 500 Thlr.	92	—
Pr. Crt. 2 Mt.	—	—	à 3½ % F. Lichtmess.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr. k. S.	—	141⅞	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine à 3⅓ % im 14 T. v. 1000 u. 500 Thlr.	95	—
Ladr. à 5 Thlr. 2 Mt.	—	—	à 3½ % im 14 T. v. 100 u. 50 Thlr.	—	—
Bresl. pr. 100 Thlr. k. S.	—	99⅛	50 fl. F. Lichtmess.	—	—
Pr. Crt. 2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen à 3½ % im 14 T. v. 1000 u. 500 Thlr.	101⅛	—
Frankfurt a. M. 86⅝	—	—	à 3½ % F. Lichtmess.	—	—
pr. 100 Fl. im 24 F. 2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen à 3½ % im 14 T. v. 1000 u. 500 Thlr.	101⅛	—
Hamburg k. S.	—	150⅞	à 3½ % F. Lichtmess.	—	—
pr. 300 Mk. Bco 2 Mt.	—	149⅝	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ % } v. 500 Thlr.	—	—
London 2 Mt.	—	—	à 3½ % } v. 100 u. 25 Thlr.	—	—
pr. 1 Pfd. St. 3 Mt.	6 22⅝	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Prior. à 3½ %	104⅛	—
Paris pr. 300 Frcs. k. S.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	—	99⅝
2 Mt.	—	79⅛	Hamb. Feuer-C. Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
„ dito 2 Mt.	—	79⅝	K. K. Oesterr. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % } laufende Zinsen	—	—
Wien pr. 150 fl. k. S.	—	102⅛	à 4 % }	—	—
Cour. 2 Mt.	—	—	à 3½ % }	—	—
			Aktien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr. pr. 100	—	—
Augusta. à 5 Thlr. à ⅓ Mk. Br. u. à 24 K. G. auf 100	—	—	Leipzig. Bank-Actien à 250 Thlr. pr. 100	174	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr. dito auf 100	—	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr. pr. 100	117	—
Kaiserl. d° d° „ d°	—	6⅞	Leipz. Credit d° pr. 100	87⅛	—
Kaiserl. d° à 65⅛ As „ d°	—	6⅞	Sächs. Bair. d° pr. 100	100	—
Preuss. d°. d°. à 65⅛ As d°	—	6	Sächs. Schles. d° pr. 100	100	—
Conv.-Spec. u. Gld. d°.	—	2	Chemn.-Riesa. d° pr. 100	59	—
Louisd'or 10 u. 20 Kr. d°	—	—	Löbau-Zitt. d° pr. 100	50⅝	—
Gold pr. Mk. fein Kölln	—	—	Magdeb.-Leipz. d° incl. Div.		
Silber d°. d°. d°.	—	—	Sch. d° pr. 100	—	206⅛

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Werthvolles Werk für Landwirthe.

Im Verlage der **Gerhard**'schen Buchhandlung in **Danzig** erscheint soeben und nehmen alle Buchhandlungen Bestellungen darauf an:

Vollständiges und praktisches Handbuch

über den Betrieb

aller Zweige der Landwirthschaft

für Landwirthe an die es werden wollen, mit besonderer Berücksichtigung des Bedürfnisses für Wirthschaftslehrlinge und junge Wirthschafter, von **R. Nobis**, praktischem Landwirthe. 2 Bände oder 12 Lieferungen in groß Octav mit 78 Abbildungen. Jede Lieferung kostet 7½ Silbergroschen, pünktlich alle drei Wochen erscheint eine, und die Verlagshandlung verpflichtet sich, etwanige Mehrlieferungen **ganz unentgeltlich** auszugeben.

Wir enthalten uns jeder Anpreisung dieses Werkes und weisen nur darauf hin, daß in der ausführlichen Ankündigung, welche in allen Buchhandlungen **gratis** zu haben ist, **fünf** Urtheile von landwirthschaftlichen Autoritäten und praktisch-tüchtigen Landwirthen, denen das Werk noch im Manuscript zur Begutachtung vorgelegt wurde, abgedruckt sind, welche einstimmig dahin lauten, daß dasselbe eine so durchaus praktische und so leicht faßliche Anleitung zur ganzen Wirthschaftsführung gibt, **wie sie bis jetzt in keinem andern Werke enthalten sein dürfte**, und daß sich dasselbe auch noch dadurch besonders auszeichnet, daß der Verfasser auch den so wichtigen mechanischen Theil der Wirthschaftsführung gründlich behandelt, was vor ihm noch kein Anderer gethan hat. Möge das Werk allen Landwirthen, den ältern wie den jüngern, dringend empfohlen sein. [2136]

Vom

Archiv

für Natur, Kunst, Wissenschaft und Leben

erschien die 4. Lieferung, welche folgende Artikel, die mit * bezeichneten mit Abbildungen, enthält:

* An der Beresina. — * Die Eisenbahn zwischen London und Greenwich. — Lebensgeist für Obstbäume. — Verjüngung erschöpfter Spargelbeete. — Präparat zum Schwärzen der Haare. — Lack für hölzerne Fußböden.

Das Archiv, das nützlichste, billigste und eleganteste aller gemeinnützigen Blätter, erscheint in monatlichen Lieferungen. 12 Lieferungen, wozu Titel, Umschlag und Register gegeben wird, bilden jedesmal einen für sich bestehenden Band, welcher 150 Abbildungen und 12 Musikbogen musikalischer Beigaben (Original-Compositionen, Redacteur: Hof-Kapellmeister Methfessel) enthält. Der Band kostet 1⅓ Thlr. oder 2 Fl. 42 Kr. Rh. Am Schlusse eines jeden Bandes erhalten die Subscribenten ein größeres Prämienbild **gratis**.

Vorräthig in allen Buchhandlungen. [2137]

Vorläufige Anzeige.

In Kurzem erscheint bei P. Mechetti qm. Carlo, K. K. Hof-Kunst- und Musikalienhändler in Wien, zum Besten der Orchester-Mitglieder des Pesther k. k. Theaters und zwar zum Zweck der Anschaffung neuer Musik-Instrumente: [2151]

Album

für

Gesang und Pianoforte,

mit Original-Beiträgen

von

G. Meyerbeer, Franz Liszt, C. G. Reissiger, F. v. Flotow, O. Nicolai, H. Proch, Adolf Müller, Franz Erkel, J. Curci, C. Thern und dem Herausgeber, nebst einer politischen Einleitung von H. *Ritter von Levitschnigg.*

Herausgegeben von

L. Friedrich Wilt.

Kapellmeister des k. k. Theaters zu Pesth, Ehren-Mitglied mehrer philharmonischen Gesellschaften.

Inhalt:

„*An den Neugeborenen*", componirt von *G. Meyerbeer.* — „*Isten veled*" (Lebewohl), P. Horváth'[1] Zenéjet irta *Liszt Ferencz.* — „*Wann kehrst du mir wieder?*" Componirt von *C. G. Reissiger.* — „*Kunst und Liebe.*" Quartett mit Chor, comp. von *C. G. Reissiger.* — „*Die Perle der Tusracae.*" Componirt von *F. v. Flotow.* — „*Wir zwei!*" Componirt von *O. Nicolai.* — „*Quarzeit.*" Componirt von *H. Proch.* — „*Das Mädchen das ich liebe.*" Componirt von *Ad. Müller.* — „*Alice*, la perle de l'Andalousie, Boleros par *J. Curci.* — „*Szomat.*" Vérösmartitól Zenéjet irta, von *Erkel Ferencz.* — „*Notturno*" pour le Piano, par *Ch. Thern.* — „*Canzone pescarecce*" (Schifferlied), componirt von *L. Fr. Wilt.*

Bei **E. B. Schwickert** in **Leipzig** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Louis, J., Erster Unterricht im Englischen. Enthaltend die wichtigsten Regeln der englischen Sprache, nebst einer Anleitung zum Lesen und zur richtigen Betonung der Wörter, und einem Auszuge der im Sprechen am häufigsten vorkommenden Haupt-, Bei- und Zeitwörter. 8. In Umschlag geh. 12 Ngr.

Manzoni, A., Adelchi, Tragedia in cinque atti. Zum Schul- und Privatgebrauche mit Manzoni's geschichtlicher Einleitung, mit sprachlichen, sachlichen und erläuternden Anmerkungen und einem Wörterbuche. Herausgegeben von E. Hoepfner. 8. In Umschlag geh. 15 Ngr. [2147]

Bei **Julius Koffka** in **Leipzig** erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Genrebilder aus der Couliffenwelt.

1. Bändchen. Kl. 8. Geh. 1 Thlr.

Allen Theaterfreunden aufs angelegentlichste empfohlen. [2138]

Bei **L. Fernbach** jun. in **Berlin** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Verhandlung der zweiten badischen Ständekammer im Jahre 1846 über **die Emancipation der Juden.** Preis brosch. 3 Sgr.

Eine wichtige Schrift, welche die Judenfrage nach allen Seiten hin beleuchtet und in welcher alle Ansichten ihre Vertreter finden. [2140]

Höchst interessante Neuigkeit!

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Königsberg, der Gustav-Adolph-Verein und die Evangelische Kirche.

Von **Julius Rupp,**

d. Z. Vorsitzendem des Hauptvereins der Provinz Preußen.

Gr. 8. Eleg. geh. 10 Ngr. oder 36 Kr. Rhein.

Die Zurückweisung des Herrn Verf. als Deputirten des Hauptvereins der Provinz Preußen bei der letzten Hauptversammlung des Gustav-Adolph-Vereins in Berlin hat so allgemeines Aufsehen erregt und ist in ihren Folgen und Consequenzen für die Existenz des Gust.-Ad.-Vereins selbst von so hoher Bedeutung, daß eine klare und besonnene Darstellung der ganzen Verhältnisse, wie sie der Herr Verf. in der obigen Schrift gibt, für Jeden, der nur irgend einiges Interesse am Gustav-Adolph-Verein und den kirchlichen und religiösen Fragen der Gegenwart nimmt, von der größten Wichtigkeit und zur richtigen Würdigung der Sachlage unentbehrlich ist.

Altenburg, den 21. Mai 1847.

[2128] **H. A. Pierer.**

Neue umgearbeitete Ausgabe.

Taktik

der

Infanterie und Cavalerie

zum Gebrauche für Officiere aller Grade und Waffen

bearbeitet von

Pz.

Erster Band.

Diese neue **Auflage** der dem Publicum rühmlichst bekannten „Taktik von Pz." erscheint neu **umgearbeitet** in 2 Bänden, und wurde hiervon der 1. Band soeben an alle Buchhandlungen versandt. [2106]

Theologische Schriften.

Soeben versandten wir das Schlußheft von:

Stange, Anregende Gedanken über die für 1847 angeordneten **historischen Texte,** vom Trinitatisfeste bis zum 27. Sonntag p. Trin., nebst Skizzen über das Reformation-, Kirchweih-, Aernte-, Todten-Fest und den 2. Bußtag, und vielen Nachträgen zum **ersten** Heft. Preis 7½ Ngr.

Hiermit ist denn die neueste Fortsetzung dieses beliebten Werkes wiederum geschlossen, das ein so reiches Ideenmagazin für junge Theologen und selbst für praktische Prediger bildet, indem es auch den geübtesten Homileten zu frischen Gedanken und neuer Auffassung des gegebenen Textes anregt.

Von den früher erschienenen 5 Heften desselben Verf. über die historischen Texte nebst Supplementheft, welche zugleich den 3. Theil der Stange'schen Perikopenbuchs ausmachen, sind noch complete Exemplare (alle 5 Hefte, ohne Supplementband) für 25 Ngr. zu haben und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das ganze Perikopenbuch, 4 starke Bände, gegen 250 Bogen stark, ist, so weit die wenigen noch vorhandenen Exemplare reichen, für 3 Thlr. netto zu haben. [2030—31]

Verlags-Comptoir in Grimma.

Bei **F. A. Brockhaus** in **Leipzig** erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Der Neubau für die Königliche Gemäldegalerie in Dresden.

Von . . . . . m. 8. Geh. 4 Ngr. [2037]

Digitized by Google

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung

zwischen

Stettin, Swinemünde und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff „**Geiser**" wird auch in diesem Jahre eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Die Abfertigung desselben erfolgt:

aus Stettin — **aus Kopenhagen**

vom 6. April bis 28. Mai

Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags,

vom 31. Mai bis 28. August

Mittwoch / Sonnabend } 12 Uhr Mittags, — Montag / Donnerstag } Nachmittags,

vom 31. August bis zum Schlusse der Fahrten

Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den ersten Platz 10 Thlr., für den zweiten Platz 6 Thlr., für den dritten Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8½ Thlr., 5⅓ Thlr. und 2⅔ Thlr. Preuß. Cour. Kinder und Familien genießen eine Moderation. Wagen und Pferde sowie Güter und Contanten werden für die vorjährigen Frachtsätze befördert. [2152]

Berlin, den 12. April 1847. **General-Post-Amt.**

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2153]

Karl Melzig,

Besitzer des Gasthofes

Zum Kaiser von Oestreich in Prag,

nahe dem Bahnhofe, der k. k. Post und dem Hauptzollamte, mit 60 neu und geschmackvoll eingerichteten Zimmern, geräumigen Stallungen und Wagenremisen, aufmerksamer und prompter Bedienung, empfiehlt sich dem Wohlwollen aller Herren Reisenden. [1958—61]

Gesuch. Ein junger Kaufmann, 25 Jahre alt, sucht in einem achtbaren Hause Stellung als Comptoirist oder Reisender, und würde sich derselbe mit 5- bis 6000 Thlr., unter Umständen mit einem größern Capitale bei einem sichern Geschäfte betheiligen. [2144—46]

Gefällige frankirte Offerten unter der Chiffre **B. C. Nr. 1.** wird die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung entgegennehmen.

Hôtel zum Schweizer Hof,

Charlottenstraße Nr. 43, nächst den Linden, empfiehlt sich allen geehrten Reisenden.

Ein Logis in erster Etage 15 bis 20 Sgr., zweite Etage 12½ bis 15 Sgr., dritte Etage 10 bis 12½ Sgr. Table d'hôte 2 Uhr.

Berlin, im Mai 1847. **G. C. Günther**, früher Oberkellner im Kronprinz.

Das [2111—13]

Weiss-Waaren-Geschäft

en gros und en detail

von

Parpalioni & Co.

in **Leipzig** in der Kaufhalle,

empfiehlt sich mit **Gardinen-Stoffen** jeder Art, nebst den dazu gehörenden **Fransen, Quasten** und **Haltern**, sowie auch mit **Spitzen** und **Stickereien** in einer reichhaltigen Auswahl.

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000, 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2600; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2150] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 1. Jun. **Die junge Pathe**, Lustspiel in 1 Act nach dem Französischen von Both. — Hierauf: **Der Ball zu Ellerbrunn**, Lustspiel in 1 Act von Carl Blum. **Jean Champenoux** und **Baron Jacob**, Herr **Heymann**.

Mittwoch, 2. Jun. **Des Teufels Antheil**, romantisch-komische Oper in 3 Acten Musik von Auber.

Bei **G. E. Orthaus** in Leipzig ist soeben erschienen:

Geschichte des Sächsischen Volkes und Staates von Dr. C. Gretschel. 18. Lief. Lex.-8. (5 Bogen.) **10 Ngr.**

Durch diese Lieferung wird der 2. Band beendigt, der bis zum Schlusse der Regierung Friedrich August's I. geht. Zugleich werden mit dieser Lieferung die ersten Bogen des 3. Bandes ausgegeben, welche das Beginnen der Brühl'schen Periode und die Zeiten Sachsens während der schlesischen Kriege enthalten. An der Fortsetzung wird nun ununterbrochen fortgearbeitet, sodaß dieses so beifällig aufgenommene Werk bald vollendet werden wird. [2120]

Nordseebad der Insel Helgoland.

Auch in diesem Jahre wird die hiesige bekannte Seebad-Anstalt am 15. Juni eröffnet und mit dem 1. October geschlossen werden. Wie in den frühern Jahren unterhalten sichere und bequeme Dampfschiffe die Verbindung zwischen Helgoland und Hamburg (wöchentlich wenigstens 3 Mal), zwischen Helgoland und Bremen und zwischen Helgoland und den benachbarten Nordseebädern, worüber die Herren Schiffsrheder das Nähere zeitig bekannt machen werden. Bestellungen auf Logis ꝛc. führt die unterzeichnete Direction aus, sowie der Bade-Arzt, Herr Dr. von Aschen, ärztliche Auskunft auf Anfragen bereitwilligst geben wird.

Helgoland, im April 1847. [1746—48]

Die Direction des Seebades.

Das mit meinem **Wechselgeschäft** seit einer Reihe von Jahren verbundene **Speditionsgeschäft** erlaube ich mir bei der in diesem Monate stattfindenden Fortsetzung der **Thüringischen Eisenbahn** bis **Gotha**, welche sich in Halle an die Dampfwagenfahrten der **Magdeburg-Leipziger, Berlin-Anhaltischen, Berlin-Hamburger, Stettiner, Braunschweiger und Halberstädter Eisenbahnen** anschließt, erneuert empfohlen zu halten, und werde den mir zu Theil werdenden Aufträgen stets meine besondere Sorgfalt widmen. [1894—96]

Gotha, im Mai 1847. **H. A. Hopf.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. Bernhard Dreschke in Freiberg mit Frl. Marie Richter. — Hr. Hofopernsänger Eduard Lindemann in Dresden mit Frl. Marie Käuffer in Zwickau. — Hr. Ernst Strauß in Langenbielau mit Frl. Amalie Klose. — Hr. Gustav Zeitschel in Kleingestewitz mit Frl. Amalie Schwarz in Schiedlo.

Getraut: Hr. Hermann Anke in Chemnitz mit Frl. Marie Rein. — Hr. Pastor Friedrich Moritz Beutler in Waldkirchen mit Frl. Marie Clementine Richter. — Hr. Lieutenant Theodor Hermann Hering-Göppingen in Dresden mit Frl. Emilie v. Göppingen. — Hr. Traugott Höhne in Dresden mit Frl. Therese Leo aus Wüstfalka. — Hr. Pfarrsubstitut Fr. Otto Kießling in Gieba mit Frl. Hanni Laura Jacob. — Hr. Julius Knöbel in Obernaundorf mit Frl. Amalie Pauli aus Dresden. — Hr. Kaufmann A. Neustädt in Breslau mit Frl. Auguste Kuphal. — Hr. Heinrich Otto in Dresden mit Frl. Marie Luise Heinze aus Pirna. — Hr. Schullehrer C. Schüßler in Hersbruck mit Frl. C. Neumann aus Nürnberg. — Hr. C. F. Staude in Pirna mit Frl. Agnes Schiemenz. — Hr. Kreisjustizrath Taistrzik in Steudnitz mit Frl. Agnes Britt. — Hr. Lehrer C. August Uhlmann in Waldsachsen mit Frl. Ch. Mathilde Brumm. — Hr. Diakonus Karl Wichmann in Mansfeld mit Frl. Sophie Schmieden aus Wittenberg. — Hr. Pfarrvicar Guno Zimmermann in Chemnitz mit Frl. Marie Pflugradt aus Leipzig.

Geboren: Hrn. Joh. Chr. Ackermann in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Joseph Bruck in Breslau ein Sohn. — Hrn. Major Karl Frhrn. v. Gagern in Mentheim eine Tochter. — Hrn. Elementarlehrer Jähring in Crimmitschau ein Sohn. — Hrn. F. Klocke in Breslau ein Sohn. — Hrn. Dr. Albert Müller in Karlshof ein Sohn. — Hrn. Apotheker L. Otto in Eisterberg ein Sohn.

Gestorben: Frau Schullehrer M. D. Buck in Ohmenhausen. — Frau Oberjustizrath M. M. Frick in Ellwangen. — Frau Ch. Charlotte Fr. Hänsel in Mittweida. — Hr. Berg- und Hüttenphysikus Dr. Kolbe in Freiberg. — Hr. Kaufmann Friedrich Hermann Meißner in Plauen. — Hr. Oberjägermeister v. Oppell in Dresden. — Frau Kaufmann Charlotte Friederike Reinhard in Nürnberg. — Frau Kaufmann K. G. Schneider in Berg. — Hr. Rittergutsbesitzer Karl Seydel in Bruckotschine. — Hr. Lehngerichtsbesitzer Joh. Friedr. August Uhlich in Mittelbach. — Frau Johanne Eleonore Ulbricht in Freiberg.

Berichtigung. S. 1351, Sp. 2, Z. 48 (Art. Neustadt) lies **Entlarvungen** für Entleerungen.

Digitized by Google

Mittwoch — Nr. 153. — 2. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertelj. 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Zur Nachricht.

Auf das am 1. Jul. 1847 beginnende neue vierteljährliche Abonnement der **Deutschen Allgemeinen Zeitung** werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes Bestellungen angenommen. Der Preis beträgt in **Sachsen** vierteljährlich 2 Thlr., in den übrigen Staaten wird derselbe nach Maßgabe der Entfernung von Leipzig erhöht.

Uebersicht.

Deutschland. = **München.** Die ärztliche Praxis. Dr. Höfler. — Die Gerichtsorganisation in Baiern. ɜ **Dresden.** Die Getreidepreise. † **Hannover.** Gustav-Adolf-Verein. Der Verein für Besserung entlassener Sträflinge. Die Roggenpreise. — Theuerungspolizei in Kurhessen. Der Landtag. ** **Bremen.** Die Auswanderung.

Preußen. Berlin. Landtag. ‖ **Berlin.** Der Ehrenrath der Advocaten. * Von der Oder. Die Getreideausfuhr. — Pferdefleischdiner in Berlin. — Brieger Fabrikanten. — Dr. Dronke.

Oesterreich. Lüky v. Felsöbök. — Standrecht. Der böhmische Landtag.

Portugal. Das Protokoll über die Intervention in Portugal. Dom Miguel. Kriegsrath der Junta von Oporto über den Angriff gegen Cazal.

Großbritannien. Geburtstag der Königin. Hohe Gäste. Die Parlamentsauflösung. Die Nachricht von O'Connell's Tod in Dublin. Die öffentlichen Arbeiten in Irland. Die Insel Labuan. Nachrichten vom Cap.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Postreform. Der Herzog v. Montebello. Prinz Albert de Broglie. Begräbniß Ganneron's. Graf d'Orsay's Statuette O'Connell's. Otaheiti. ** **Paris.** Der deutsche Hülfsverein.

Schweiz. Getreideaustheilung in Zürich. Das eidgenössische Freischießen.

Italien. **Rom.** Die Handelsgesetzgebung. **Rom.** Der Kapuzinerorden. Tod des Cardinals Micara. Judentaufe.

Griechenland. Die österreichische Vermittelung.

Moldau und Walachei. Ernennungen in Bukarescht.

Nordamerika. Kettenbrücke über den Niagara. Bau eiserner Dampfschiffe für Neugranada.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Preußischer Vertrag mit Frankreich über das literarische Eigenthum.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und -Halberstädter Eisenbahn. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München,** 29. Mai. Eine Freude über populaire Regierungsmaßregeln folgt der andern. Noch fehlt es an nähern Angaben über die fröhliche Botschaft von Dem, was wir in nächster Zukunft auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu erwarten haben, und schon vernimmt man wieder, daß ein wichtiger Schritt in Bezug auf Brechung beengender Fesseln anderer Art geschehen sei. Der Niederlassung eines wenn auch noch so oft geprüften und noch so lange ambirenden Arztes standen und stehen noch in Baiern sehr gewichtige Hindernisse entgegen, und in Folge davon hat es an schweren Klagen eben so wenig gefehlt wie an heftigen Reibungen. Nun vernimmt man, daß alle ärztliche Praxis, natürlich unter Aufrechterhaltung der Vorschriften über die Vorbedingungen, fortan freigegeben werden solle. Ob das Gerücht wahr sei, welches gerade die ärztlichen Notabilitäten Münchens und ganz Baierns sich dieser Maßregel am längsten und eifrigsten widersetzt haben läßt, müssen wir dahingestellt sein lassen, doch hört man überall davon reden.

Es bestätigt sich, daß Dr. Höfler um Wiederverleihung seiner Professur gebeten hat, aber abschlägig beschieden worden ist.

— Die augsburger Allgemeine Zeitung schreibt aus **München** vom 27. Mai in bestätigender Weise: „Wir eilen, den Lesern dieser Blätter aus zuverlässiger Quelle mitzutheilen, daß der König auf eingeholtes Gutachten des Gesammtministeriums die Grundlagen der Gesetzgebung im Civil- und Strafverfahren sowie die damit zusammenhängende Gerichtsorganisation durch eine dem Justizministerium zugegangene Entschließung vom gestrigen Tage (dem Jahrestage der Verfassungsurkunde) festgesetzt hat. (Nr. 151.) Als Hauptzüge der beschlossenen Reform werden bezeichnet: Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege in den untersten Organen mittels Aufstellung von besondern Behörden (Land- und Stadtvogteien), welchen die Verwaltung und die gesammte Polizeigewalt zugetheilt werden soll; Verweisung der geringfügigen Rechtsstreitigkeiten vor die Land- und Stadtgerichte als Einzelrichter; Aufstellung von Bezirksgerichten, vor welchen die bedeutendern Streitigkeiten der Nichtprivilegirten und sämmtliche Processe der Privilegirten in erster Instanz, sowie die Berufungen von den Stadt- und Landgerichten collegialisch verhandelt werden. Die Appellationsgerichte (eins in jedem Kreise) bleiben zweite Instanz für die Berufungen von den Bezirksgerichten, erste Instanz für die Höchstprivilegirten; der oberste Gerichtshof Berufungsinstanz für diese letztern. In den übrigen Processen nur ein beschränkter Rechtszug an denselben, in der Regel nur zwei ordentliche Instanzen. Für die Strafrechtspflege: Zutheilung der ersten Einleitung der Untersuchung an die Stadt- und Landgerichte; als eigentliche Untersuchungsrichter die hierzu bezeichneten Mitglieder des Bezirksgerichts, welches die Leitung der Untersuchung führt und die Anklage erkennt. Die Vergehen werden von kleinen Abtheilungen der Bezirksgerichte abgeurtheilt, mit Berufung an das Appellationsgericht, die Verbrechen durch ein zahlreiches Gericht aus der Mitte des Bezirksgerichts, unter Delegation von Appellationsräthen, ohne Zulassung einer Berufung gegen die Entscheidung über die Thatfrage und mit Vorbehalt der Cassation. Sowol im Civil- als im Strafproceß unmittelbare mündliche Verhandlung vor dem urtheilenden Gerichte. Aufstellung von Staatsanwälten zur Vermittelung der Aufsicht der Regierung auf die gesammte Rechtspflege, insbesondere zur Einwirkung auf die Untersuchung und zur Durchführung der Anklagen. Unser weiser Monarch konnte den Jahrestag der Verfassungsurkunde gewiß auf keine würdigere, ruhmvollere Weise feiern als durch diesen Beschluß, welcher zwar in die bestehende Ordnung der Dinge tief eingreift, aber auch allein geeignet ist, den in der neuern Zeit — wir dürfen bei dem Andrange der Geschäftsgegenstände bei den alten dafür unzureichenden Formen und Gesetzen es wol gestehen — verdunkelten Glanz der bairischen Rechtspflege wiederherzustellen. So trefflich die bestehenden Einrichtungen sich früher bei einfachern Verhältnissen bewährt haben, so unzulänglich sind sie allmälig geworden, nachdem das Anwachsen der Bevölkerung, die Entwickelung des Verkehrs, des Handels, der Industrie, die Entstehung vieler in jener frühern Zeit nicht geahnter Einrichtungen und Verhältnisse eine solche Vermehrung der Geschäfte herbeigeführt haben, daß ihre Erledigung in den bisherigen umständlichen Formen für die damit betrauten Behörden eine unerreichbare Aufgabe geworden ist. Im Civilprocesse hat sich die Gesetzgebung durch die Novellen von 1819 und 1837 in vergeblichen Versuchen erschöpft, unter Beibehaltung der bisherigen Grundlagen ein besseres und schleunigeres Verfahren anzuordnen. Eben so dringend bedarf die Strafrechtspflege einer tief eingreifenden Reform. Die Zahl der Verbrechen ist nach den Ergebnissen der neuesten statistischen Zusammenstellung in einer beklagenswerthen, die Aufmerksamkeit der Regierung dringend ansprechenden Weise gewachsen, weil das dermalige Verfahren den Arm der Gerechtigkeit lähmt, indem der freche Verbrecher in den meisten Fällen beinahe sicher darauf zählen kann, durch standhaftes Läugnen der Verurtheilung zu entgehen. Das unmittelbare Verfahren vor dem aburtheilenden Gerichte wird der Strafrechtspflege eine energische Wirksamkeit verleihen, während es auf der andern Seite den Angeschuldigten eine weit eindringlichere Vertheidigung und vollkommenen Rechtsschutz gewährt. Wir dürfen uns vertrauensvoll der Erwartung hingeben, daß die Stände des Reichs, welchen auf dem nächsten Landtage die Gesetzentwürfe über das Civil- und Strafverfahren vorgelegt werden sollen, und deren Anträge auf Einführung des mündlichen Verfahrens mit bemessener Oeffentlichkeit sich in so nachdrücklicher Weise der übereinstimmenden Ansicht aller unbefangenen Sachkenner angeschlossen haben, mit Freude diese Gabe aus den Händen des Königs empfangen werden, der durch dieselbe seine ruhmbekränzte Regierung mit einer neuen Lorberkrone schmückt, mit dem Segen einer weisen zeitgemäßen Gesetzgebung."

ɜ **Dresden,** 1. Jun. Obgleich hier die Getreidepreise, der Roggen 9—9¼ Thlr. pr. Scheffel, der Weizen bis zu 11 Thlr., sich halten, so hat sich doch besonders in den letzten Tagen auffallend mehr Getreide zum Verkaufe gezeigt als bisher, und manche unserer Landleute, die noch vor vier bis fünf Wochen kein Viertel Korn mehr zu verkaufen hatten, bieten es den hiesigen Bäckern jetzt malterweise an. Die günstigen Resultate, welche man nicht allein aus allen Gegenden Sachsens, sondern aus allen deutschen Staaten sich von der nahen Aernte verspricht, die selten so schön und so reiche Ausbeute verkündend gestanden, mögen wol das

Digitized by Google

Ihrige dazu beitragen, denjenigen Herren Oekonomen, die noch mit Vorräthen im Hintergrunde gehalten und auf noch höhere Preise gewartet haben, zu verstehen zu geben, daß es nun die allerhöchste Zeit sei loszuschlagen. Noch vier Wochen so fruchtbare Witterung und eine der reichsten Aernten ist gesichert, und mit dieser sind zugleich die hohen Preise herabgedrückt! Die Grenzsperre, welche Oesterreich veranstaltet, wird sich dann von selbst als überflüssig und nutzlos zeigen.

† Hannover, 30. Mai. Die revidirten Statuten des Gustav-Adolf-Vereins wurden in diesen Tagen vom Ministerium genehmigt; der Vereinsvorstand hat nun auf den 2. Jun. eine Generalversammlung ausgeschrieben, welcher er erklären wird, daß er in Masse zurücktrete. Dies ist nicht etwa Folge des Beschlusses in der Rupp'schen Angelegenheit, sondern der veränderten Organisation des Hauptvereins. Indessen werden die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit doch wol die Wirkung haben, daß einzelne Mitglieder des jetzigen Vorstandes durch solche Vereinsmitglieder, die in der Rupp'schen Sache den Ansichten der Mehrheit entsprochen haben, verdrängt werden. — Der hiesige Verein für Besserung entlassener Sträflinge hat einen interessanten Bericht über die Erfolge seiner Wirksamkeit veröffentlicht. Von mehr als 200 seiner Schützlinge sind nur wenige rückfällig geworden, und der Bericht erzählt psychologisch merkwürdige Beispiele von Männern und Frauen, die, sechs, acht Mal peinlich bestraft, endlich den Schutz des Vereins nachgesucht und nun schon durch ihr mehrjähriges gutes Betragen sichere Bürgschaft gegeben haben, daß sie wieder nützliche Glieder der Gesellschaft geworden sind. Ein Mädchen, die das Zeugniß der Strafanstalt bei ihrer letzten Entlassung für verstockt und unverbesserlich erklärte, steht jetzt einem Familienkreise schon seit mehren Jahren mit untadelhafter Sittlichkeit vor. Die Ausdauer und Thätigkeit dieses Vereins ist desto anerkennenswerther, je geringer verhältnißmäßig die Stütze ist, die er im Publicum findet. — Die Roggenpreise hatten auf dem gestrigen Markte wieder den höchsten Stand erreicht, zu dem sie seit der Theuerung emporgetrieben waren. Für die nächste Aernte will, wie ich höre, die Regierung eine ältere, sicher vielfach in Vergessenheit gerathene Verordnung erneuern, nach welcher der Ankauf des Getreides auf dem Halm untersagt ist; ebenso will sie, wie es heißt, der Speculation auch in anderer Richtung so viel als möglich entgegentreten, nämlich Lieferungsgeschäfte in Kartoffeln als verboten erklären. Hätte sie nur auch die Sommerübungen der Truppen verhüten können, die, hoffte man, in Betracht der theuern Zeit diesmal unterbleiben würden, aber gleichwol wie jedes Jahr am 1. Jun. beginnen werden und deren nahem Beginne wahrscheinlich schon das gestrige Steigen der Marktpreise beizumessen ist.

— Aus **Kassel** vom 28. Mai enthält die Kasselsche Zeitung Folgendes: „Da nach umlaufenden Gerüchten den Landleuten schon jetzt die noch im Felde stehenden Früchte feil gemacht werden, so hat kurfürstl. Kreisamt daselbst unterm 21. Mai sämmtlichen Ortsvorständen in den Landgemeinden der Kreise, in Folge Beschlusses kurfürstl. Ministeriums des Innern vom 14. Mai, aufgegeben, das Regierungsausschreiben vom 2. Jul. 1817 sofort auf übliche Weise öffentlich bekannt zu machen, hierbei zugleich noch auf die bei Zuwiderhandlungen eintretende Nichtigkeit des Vertrags und auszusprechenden Strafen ausdrücklich hinzuweisen und aufzufodern, jeden Fall, wo auch nur der Versuch eines solchen Feilmachens stattgefunden hat, zur Anzeige bei dem Ortsvorstand oder dem Kreisamte zu bringen, damit die Schuldigen unnachsichtlich der Bestrafung übergeben werden können, und ist bei dieser Bekanntmachung noch besonders hervorzuheben, daß sowol das etwa bestimmte Kaufgeld als auch der Werth der betreffenden Fruchtquantität nach den dermaligen Preisen den Armenanstalten zufallen, mit Ausnahme eines Drittels, welches dem Anzeiger zukommt. Die Ortsvorstände haben auf etwanige Zuwiderhandlungen gegen das angezogene Regierungsausschreiben mit pflichtmäßiger Sorgfalt nicht nur selbst zu wachen, sondern auch durch das ihnen untergeordnete Personal wachen zu lassen und jede zu ihrer Kenntniß gelangende Uebertretung schleunigst zur Anzeige zu bringen. — Zum Präsidenten der Landtagsabgeordneten hat der Kurprinz-Mitregent den Geheimrath v. Trott zu Sulz, zum Vicepräsidenten den Oberpostmeister Nebelthau in Kassel ernannt."

** **Bremen**, 29. Mai. Der Hafen von Quebec, früher bei uns selten angeführt, ist gegenwärtig einer der genanntesten, seitdem die Auswanderer sich willig gefunden haben, die Reise nach den Vereinigten Staaten über denselben anzutreten. Dorthin geht nun ein Schiff nach dem andern, indem auf diese Art die mit den Emigranten abgeschlossenen Contracte von den Rhedern am leichtesten und ohne irgend bedeutende Abweichung von den frühern Bestimmungen erfüllt werden können. Es sind hier auch niemals die Rechtskundigen der Ansicht gewesen, daß das amerikanische Passagiergesetz als force majeure zu betrachten sei, mithin die Expedienten von den eingegangenen Verpflichtungen entbände, und wenn auch einige der letztern aus wirklichem Mangel an Schiffen, die auch im Getreidehandel sehr beschäftigt sind, in Circularen anfänglich die Unmöglichkeit einer Ausführung der Verträge erklärten, so schlossen sie sich bald, zumal nachdem obiges so günstige Auskunftsmittel aufgefunden war, der allgemeinern und bessern Meinung an. Die Verschiffung, vorläufig nach Quebec, worüber sowie über Canada überhaupt schon eine kleine Broschüre für Auswanderer erschienen ist, geht jetzt ununterbrochen von statten und wird sich nach in Erwartung stehender günstiger Auslegung des Gesetzes, die den Schlafraum in die 14 resp. 21 Fuß rechnet, mit möglichst annähernder Beibehaltung der alten Sätze für Fahrt wieder direct nach den Vereinigten Staaten wenden. Obwol der Weg nach dem Innern der Union in eben so kurzer Frist von Quebec gemacht werden kann, so haben sich doch mehre Auswanderer zur Ansiedelung in Canada entschlossen. Diese Colonie, wo schon Stoff zur Unzufriedenheit genug sich vorfindet, wird in kürzerer oder längerer Zeit sich wahrscheinlich von England losreißen und dem Bunde der Vereinigten Staaten beitreten, sodaß der Andauer die Hoffnung hat, später Bürger dieses Landes zu werden.

Ueberhaupt wird die Union sich vermuthlich dereinst über ganz Nordamerika ausdehnen, nach Norden wie nach Süden, und bereits jetzt heißen ihre Bewohner ausschließlich die Amerikaner. Die anglo-amerikanische Race ist zur Herrschaft in jenem Erdtheile bestimmt. Es wäre auch eine vergebliche Mühe, die deutsche Nationalität in Amerika festhalten, eine deutsche Colonie sein zu wollen; im civilisirten Völkerleben gibt es nicht zwei Individuen von Einer Species, und wo dieselben scheinbar vorkommen, ist nur die Uebergangsperiode zu einer besondern, aber noch nicht erkennbaren Species vorhanden. Jedes Volksindividuum, das sich abzweigt, wird ein anderes, zeigt aber die Verschiedenheit erst zur Zeit seiner Reife, seiner Selbständigkeit. So ist es auch mit der amerikanischen Nationalität gegangen: ihre Kraft hat sie aus dem Westen gesogen, ihre bedeutendsten Städte liegen nach Westen hin, aber sie ist eine eigne geworden, und es würde lächerlich sein, in diese Entwickelung eingreifen zu wollen. Auch als amerikanische Nationalität verfehlt sie ihre Wirkung auf Deutschland nicht; wenigstens ist hier in Bremen schon ihr Einfluß auf den Charakter der Kaufleute in der Rührigkeit und dem Speculationsgeiste derselben zu bemerken. In der jetzigen Zeit üben überhaupt die gebildeten Nationen durch das gemeinschaftliche Band des Handels eine zunehmende Wechselwirkung auf einander. Die neuen Gesetze der Vereinigten Staaten, veranlaßt durch die äußerst schlechte Verschiffung der Auswanderer von Havre und Liverpool aus, sind offenbar nur zum Schutze derselben erlassen und beabsichtigen gar nicht, sie vom Lande fern zu halten. Man will die Auswanderer nicht länger wie Waaren eingeführt sehen, und wenn später das Auswanderungswesen mehr geregelt ist, wird die Wohlthat erkannt werden; nur im ersten Augenblicke weiß man sich, wie häufig bei solchen Gelegenheiten, nicht gleich darein zu finden.

Preußen.

Berlin, 31. Mai. In der Sitzung der Herren-Curie am 26. Mai ward erst ein Schreiben des Landtagscommissars verlesen, wonach der König wider ein Beiwohnen der Mitglieder der einen Curie bei den Sitzungen der andern an sich nichts hat, aber erinnert, daß sich der Ausführung in den gegenwärtigen Localien Schwierigkeiten entgegenstellen. Nach einiger Verhandlung darüber und über anderweite Formalien ging man zur Tagesordnung über, und zwar zuerst zu dem Gutachten über die Petition der andern Curie, die Vermehrung von Erwerbsquellen für die arbeitenden Klassen betreffend. Es lautete auf Beitritt. Fürst Lynar begann einen Vortrag über die Ursachen des Nothstandes, als welche er Mangel an Arbeit und ungenügendes Lohn derselben bezeichnete. Die Schuld liege an der Störung des freien Handels, an der dadurch entstandenen kranken Industrie, an der Uebermacht des großen Capitals. Der Landtagsmarschall verwies aber die Ausführung dieses Vortrags auf eine andere Gelegenheit. Dann gab der Finanzminister dieselben Aufschlüsse über das von der Regierung bereits Vorgekehrte, die er in der andern Curie mitgetheilt. Das Gutachten ward einstimmig angenommen. Dann ging man zu dem Antrage des Grafen Burghauß, die Aufhebung der unentgeltlichen Verpflichtung der Schneewegräumung auf Chausseen betreffend, über. Auch hier war das Gutachten beistimmend, beschränkte die Verpflichtung der Gemeinden auf Chausseen, auf denen Chausseegeld erhoben wird, und bestimmte die ortsüblichen Taglohnsätze zur Vergütung. Graf Zieten stimmte bei, erwähnte aber, daß er als Landrath in dieser Sache ein Abkommen mit den Chausseepächtern getroffen habe, wobei sich alle Theile wohl befunden hätten. Der Regierungscommissar v. Pommer-Esche hob manche entgegenstehende Rücksichten hervor und wollte die Sache jedenfalls auf die neue Wegeordnung vertagt wissen. Hr. v. Hochberg, Prinz Hohenlohe, Graf Itzenplitz stimmten dem Antrage bei. Graf Stolberg wollte auf die Privatbesitzer von Chausseen billige Rücksicht genommen wissen. Dies veranlaßte, nachdem der Antrag einstimmig angenommen war, eine weitere Verhandlung, bei welcher jedoch der Antrag auf besondere Berücksichtigung der Besitzer von Privatchausseen abgelehnt ward, da sich 24 Mitglieder, also acht über ein Drittel, dagegen erhoben. (A. P. Z.)

‖ **Berlin**, 30. Mai. Schon in Nr. 146 ist, jedoch nur vorläufig und im Allgemeinen, des über die Bildung eines Ehrenrathes unter den Justizcommissaren, Advocaten und Notarien vor kurzem erlassenen Gesetzes gedacht worden. Die Angelegenheit ist zu wichtig, als daß ihrer nicht noch eine speciellere Erwähnung geschehen sollte. Schon

längst ist als eins der kräftigsten Mittel für die mit Recht so sehr gewünschte Hebung des Sachwalterstandes, in Preußen nicht minder wie im übrigen Deutschland, die Errichtung von Disciplinar- oder Ehrenräthen anerkannt, vermöge deren die Sachwalter selbst in den Stand gesetzt werden, die Ehrenhaftigkeit und Würde ihres Berufs zu fördern und in ihr sich zu erhalten. In dem Wunsche nach dieser Autonomie erblicken wir denn auch das Centrum aller in den letztern Jahren reger als sonst gewordenen Bestrebungen des ehrenhaften Theiles unserer Advocaten, die sich in dem Zusammentritte zu Vereinen und zu Versammlungen kundgegeben haben. Nicht anders als mit freudiger Genugthuung können wir daher den Eintritt der Reform, von der wir uns so viel Heil versprechen, durch das neue Gesetz begrüßen.

Mittels desselben wird, nachdem für die Rheinprovinz, den Bezirk des Appellationsgerichtshofs zu Köln, Disciplinarräthe der Advocaten und Anwälte bereits im Jahr 1844 mittels Verordnung vom 7. Jun. eingeführt worden sind, die Errichtung solcher autonomischen Behörden im ganzen übrigen Umfange der Monarchie mit dem Namen „Ehrenräthe" angeordnet. Bei jedem Landesjustizcollegium soll aus der Mitte der Justizcommissare, Advocaten und Notare des Bezirks ein solcher nach absoluter Stimmenmehrheit zu wählender Ehrenrath von sechs bis zehn Mitgliedern gebildet werden, welcher befugt und verpflichtet ist, über die Erfüllung der besondern Amtspflichten sowie derjenigen Pflichten seiner Standesgenossen zu wachen, welche durch Ehrenhaftigkeit, Redlichkeit und Anstand (wir vermissen ungern das in dem Gesetze für die rheinischen Disciplinarräthe außerdem noch eingefügte Wort „Zartgefühl") bedingt werden. Der Ehrenrath tritt — und Das ist es, was uns berechtigte, ihn oder eine Behörde zu nennen — bei allen Vergehen der ihm untergebenen Collegen, welche nach dem Gesetze vom 29. März 1844, dem von vielen Seiten so hart angegriffenen Gesetz über das gerichtliche und Disciplinarverfahren gegen Beamte, im Disciplinarwege zu ahnden sind, an die Stelle der in diesem Gesetz angeordneten Disciplinarbehörde mit den dieser zustehenden Rechten. Er kann, nach einem von ihm zu veranstaltenden Instructionsverfahren, nicht blos auf Ermahnung oder Warnung, Verweis, Geldbußen bis zu 500 Thlr., sondern auch auf gänzliche Dienstentlassung erkennen, und zwar ohne dabei an positive Beweisregeln gebunden zu sein, sondern nur nach seiner, aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung. Gegen die Entscheidung des Ehrenrathes kann sowol vom Angeklagten als vom Staatsanwalte (die Landesjustizcollegien, bei welchen ein Staatsanwalt für Criminalsachen nicht angestellt ist, haben einen, der dessen Functionen in den vor dem Ehrenrathe vorkommenden Untersuchungen wahrzunehmen hat, zu bestellen) Recurs innerhalb sechs Wochen eingelegt werden, wo dann die Sache, wenn es sich um Dienstentlassung handelt, an das geheime Obertribunal in Berlin resp. an den rheinischen Revisions- und Cassationshof, in andern Fällen an das vorgesetzte Landesjustizcollegium gelangt. Im Uebrigen wird das Verfahren und die Geschäftsführung sowie der Wahlmodus noch durch eine vom Justizministerium zu erlassende Instruction näher geregelt werden. Als die heil- und wirksamste Bestimmung des Gesetzes dürfte die zu erachten sein, daß der Ehrenrath bei seinen Entscheidungen an die positiven Beweisregeln nicht gebunden sein soll, vielmehr seine Beschlüsse, sowol das „Schuldig" oder „Nichtschuldig" als das Strafmaß, wie eine Jury, von jenen Beweisregeln unabhängig nach seiner Ueberzeugung aussprechen kann. An vielfachen und strengen Strafbestimmungen für alle Vergehen, deren sich ein Advocat als solcher schuldig machen kann, hat es auch bisher nicht gefehlt; allein die Erfahrung hat uns in manchen Fällen gelehrt, wie sie aus keinem andern Grunde nicht in Anwendung gebracht werden konnten, als weil die volle Beweisschuld nach den strengsten Regeln des Formalprocesses dem Gerichte nicht vorlag, mochte auch die vollständigste moralische und essentielle Ueberzeugung von der Schuld bei dem Richter vorhanden sein. Wenn man dabei noch bedenkt, wie gerade bei den hier zumeist in Frage kommenden Vergehen subtilen Charakters in der Regel jener formelle Beweis am schwierigsten herzustellen ist, so konnte eben die Erscheinung nicht befremden, daß zuweilen allgemein als unredliche Sachwalter bekannte Advocaten dennoch aus über sie von den Gerichten verhängten Untersuchungen straflos hervorgingen. Das wird hoffentlich bei der gerühmten Bestimmung nunmehr anders und besser werden. Der Anwaltstand wird sich zu purificiren sicherlich nicht säumen und damit ein größeres Vertrauen vom Publicum nicht minder wie eine gebührlichere Stellung den Behörden gegenüber in Anspruch nehmen können.

* **Von der Oder**, 30. Mai. Es kann unsern Nachbarn, den Sachsen, nur erfreulich sein, daß, während die Grenzsperre in Böhmen ihre ohnehin durch die gegenwärtige Theuerung schon großen Verlegenheiten vermehrt, preußischerseits der Getreideausfuhr nach Sachsen nicht das geringste Hinderniß in den Weg gelegt wird. Noch mehr wird es sie freuen, zu vernehmen, daß bei uns selbst die Stimme der niedern, selten urtheilsfähigen Volksklassen ein solches Verbot der Ausfuhr nach Sachsen nicht verlangt, wie dies von den Pöbelmassen in Böhmen geschehen und thatsächlich ungesetzlich durchgeführt worden ist. Obgleich die schon im Sinken begriffenen Getreidepreise neuerdings auch bei uns wieder gestiegen sind, was sich bei dem nun lediglich auf uns angewiesenen Bedürfnisse Sachsens nicht anders erwarten ließ, hat sich dennoch nicht Eine Stimme für ein Ausfuhrverbot erhoben. Glücklicherweise ist das schon früher so gewesen. Preußen rettete 1772 Sachsen und kam ihm 1805 zu Hülfe; dies war damals auch hinsichtlich Böhmens der Fall. Wir erinnern uns aus unserer Kindheit noch sehr wohl daran, welche Scharen von hungernden Böhmen zu uns nach Schlesien und in die damals noch ganz sächsische Oberlausitz kamen, um dem Tode zu entrinnen, und wie sie von uns nach Möglichkeit unterstützt und gerettet wurden. Die Kinder derselben scheinen sich daran nicht mehr zu erinnern, sonst würden sie den armen sächsischen Erzgebirgern jetzt nicht sogar einzelne Brote wegnehmen, die sie über die Grenze zu bringen suchen. Möchte eine baldige und recht gesegnete Aernte die Bewährung der deutschen Einheit nicht ferner auf so schwere Proben stellen wie jetzt! Bisher ist alle Aussicht dazu vorhanden. Das Korn blüht bereits und zwar ungestört; demnach wird sich der Rost nicht, wie voriges Jahr, wieder einstellen. Das frische gesunde Aufgehen der Kartoffeln läßt die Furcht vor einer Wiederkehr der Kartoffelkrankheit verschwinden. Die Zeit hat leider bestätigt, was wir im vorigen Jahr in dieser Zeitung (Nr. 361) fürchtend aussprachen, und die Regierungen haben sich genöthigt gesehen, das Branntweinbrennen aus Kartoffeln zu untersagen. Ein früheres Verbot hätte unzähliger Noth und vielen individuellen und staatlichen Verlegenheiten vorgebeugt, konnte aber freilich nicht von einem einzelnen Staat aus erfolgen.

— In **Berlin** hat am 28. Mai ein zweites Pferdefleischdiner stattgefunden, bei dem an 60 Personen, darunter auch mehre Damen, Theil nahmen und wozu ein siebenjähriges Wagenpferd den Stoff hergab. Namentlich vom Braten rühmt man die Aehnlichkeit mit Hirsch- oder Rehbraten. Das Vorurtheil gegen das Pferdefleisch war schon etwas gesunken; denn als die Kunde von diesem zweiten Diner ins Publicum drang, war der Andrang von Fleischbegehrenden so groß, daß in kurzer Zeit 200 Pfd. Fleisch von dem dem Gewichte nach 4 Ctr. wiegenden Pferde, als für das Diner selbst entbehrlich, vertheilt werden waren.

— Aus **Brieg** schreibt man unterm 25. Mai: „Mehre Fabrikanten, die bisher in unserer Strafanstalt nach einem gewissen Accord durch Gefangene Waaren fertigen ließen und damit zum Theil viel verdienten, beabsichtigen jetzt, dem Vernehmen nach, ihre Contracte mit gedachter Anstalt bei demnächstigem Ablaufe nicht mehr zu erneuern, sondern die Aufträge freien Arbeitern zu übergeben."

— Dr. Dronke ist am 29. Mai in Begleitung eines Polizeicommissars und Gendarmen nach der Festung Wesel abgeführt worden. (Rh.- u. M.-Z.)

Oesterreich.

Aus **Wien** vom 23. Mai schreibt man dem Nürnberger Kurier: „Nach Berichten aus Pressburg ist der seit einigen Jahren durch angebliche Familienpapiere des Hauses Orleans in allen Journalen berüchtigt gewordene ungarische Landesadvocat Büky v. Felsöbök, welcher deshalb in Criminaluntersuchung kam, in erster Instanz auf zwei Jahre schweren Kerker und Verlust der Advocatur verurtheilt worden. Man glaubt indessen, die zweite Instanz werde das Urtel verschärfen. Während der Untersuchung entleibte sich sein Helfershelfer, ein gewisser Maray, der seiner Zeit für Büky v. Felsöbök in der augsburger Allgemeinen Zeitung unter dem Namen Nagy v. Teltsea auf eine kecke und brutale Weise gegen die in dieser Sache in dem Nürnberger Kurier erschienenen Angaben in die Schranken trat. Büky redete sich auf den Todten aus."

— Aus **Prag** vom 23. Mai schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Im bunzlauer Kreise kommen so viel angelegte Brände vor, daß man gesonnen ist, daselbst das Standrecht zu verkünden. — Am 27. Mai wird die Landtagsversammlung wegen Berathung des geistlichen Votums über die allerhöchsten königl. Postulate stattfinden."

Portugal.

Die «Presse» theilt ein am 21. Mai im auswärtigen Amte in London von den Repräsentanten Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens und Portugals, nämlich den HH. Isturiz, de Jarnac, Palmerston und Jarre Mencorvo unterzeichnetes Protokoll über eine Conferenz mit, welche auf Veranlassung des portugiesischen Gesandten stattgefunden hat. Es eröffnete derselbe, wie er an demselben Tage von den vergeblich gewesenen Bemühungen unterrichtet worden sei, auf die von der Königin von Portugal bewilligten Bedingungen dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Da nun diese Bedingungen im Einverständniß mit ihren Alliirten offerirt worden wären, habe er Auftrag, die schon gethanen Schritte zu erneuern, um von den Theilnehmern des Vertrags vom 22. April 1834 den erforderlichen Beistand zur Pacification der Staaten seiner Gebieterin zu erlangen. Der portugiesische Gesandte theilte die der Junta gemachten Bedingungen mit, welche in die bekannten vier Artikel (Nr. 151) gefaßt sind, die Oberst Wylde nach Oporto brachte. Lord Palmerston bestätigte die Anführung des Barons de Mencorvo und vereinigte sich mit den Repräsentanten von Spanien und Frankreich dahin, daß die Umstände jetzt eine solche Wendung genommen hätten, daß ihre resp. Regierungen, indem sie streng an ihren leitenden Grundsätzen festhielten, doch den von der Köni-

gin von Portugal gewünschten Beistand zugestehen könnten. Diese Erklärung annehmend, stellte der portugiesische Bevollmächtigte dann die Dringlichkeit von derselben entsprechenden Schritten vor, was zu dem Beschlusse führte, den versprochenen Beistand der Königin von Portugal unverweilt zu gewähren. „Die Bevollmächtigten von Spanien, Frankreich und Großbritannien verpflichten sich hiernach, heißt es weiter im Protokoll, daß die Seestreitkräfte ihrer Regierungen, welche dermalen an der portugiesischen Küste sich befinden, sofort gemeinsam mit der Seemacht der Königin an allen von den Befehlshabern der vereinten Streitkräfte für nöthig und angemessen erachteten Operationen Theil nehmen sollen, um zu dem gemeinschaftlichen Zwecke zu kommen. Der Bevollmächtigte Spaniens verpflichtet sich außerdem, daß ein spanisches Truppencorps, über dessen Stärke die portugiesische und spanische Regierung sich vereinigen werden, nach Portugal marschiren solle, um mit den Truppen der Königin zu agiren, und daß dieses Corps zwei Monate nach seinem Einrücken oder sofort nach Erreichung des Zwecks der Expedition das portugiesische Gebiet wieder verlassen werde." Die Bevollmächtigten versprachen dann noch für unverzügliche Erlassung der geeigneten Befehle von ihren Regierungen Sorge zu tragen.

— Die Times hat vom 20. Mai Nachrichten aus **Oporto**, welche die Erzählung von der Ankunft Dom Miguel's für grundlos erklären. Wenn derselbe irgendwo in dortiger Gegend zum Vorschein gekommen wäre, würde das, meint der Correspondent, gewiß mit Sicherheit bekannt geworden sein. Außerdem hat der Capitain der englischen Yacht, welche Dom Miguel gebracht haben sollte, britischen Behörden auf Befragen sein Ehrenwort verpfändet, daß er den Prinzen nicht am Bord gehabt habe. Die Junta hatte die Nachricht von der Erklärung der Insel Madeira und sämmtlicher Azoren für die nationale Sache erhalten. Es sollte am 20. Mai Kriegsrath über den Angriff gegen Cazal gehalten werden.

Großbritannien.

London, 27. Mai.

Heute findet zur officiellen Feier des Geburtstages der Königin im St. Jamespark eine Truppenschau statt. Prinz Albert wird mit dem Herzoge v. Wellington und in Begleitung des Großfürsten Konstantin und anderer ausgezeichneten Personen dabei erscheinen. Nach britischem Militairstyl heißt dieselbe eine Inspection, da viel mehr Truppen, als heute ausrücken, dazu gehören würden, um es eine Revue nennen zu können. Für die Dauer der am 1. Jun. beginnenden Ascottrennen ist der Großfürst Konstantin nach Windsor eingeladen worden, wo der Hof während derselben verweilen wird. Bei diesen Rennen wird auch der vom Kaiser Nikolaus während seiner Anwesenheit in England gestiftete, in einer Silbervase von 500 Pf. St. Werth bestehende jährliche Preis (the emperor's Vase) am 3. Jun. zur Vertheilung bei einem Rennen kommen, zu welchem außerdem die Theilnehmer 20 Sovereigns einsetzen. Das von den HH. Hunt und Roskell gefertigte Prachtgefäß, nebst dem 100 Sovereigns enthaltenden und 200 Sovereigns innern Werth besitzenden königl. Preis-Jagdbecher, der bei den Ascottrennen ebenfalls gewonnen wird, haben die Königin und Prinz Albert, die emperor's Vase nachher auch der Großfürst gestern in Augenschein genommen. Der Großfürst Konstantin erhielt gestern einen Besuch vom Prinzen Albert, Gemahl der Königin. Nachmittags machte er Besuche bei der Herzogin von Gloucester sowie in Cambridgehouse und bei der Prinzessin Sophia in Kensingtonpalace, endlich auch beim Herzoge v. Wellington in Apsleyhouse. Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Weimar, der Prinz von Leiningen, der Großfürst und der Prinz von Lucca waren gestern im Buckinghampalaste zur Tafel.

— Die Vorzeichen der nahen Parlamentsauflösung mehren sich täglich. Wahlbewegung, Wahlnachrichten sind bereits stehende Rubriken in den Zeitungen; alle Blätter enthalten Adressen von Candidaten und auf die Wahlen an diesem oder jenem Orte bezügliche Mittheilungen. In den Wahlbezirken und an den Wahlorten kommen dort fremde Personen zum Vorschein, die Erkundigungen über die Meinung einziehen, welche von dem oder jenem Bewerber gehegt wird. Bei den vor noch nicht sechs Jahren stattgefundenen Wahlen war die Parole, im Sinne des Schutzsystems zu wählen, und die Majorität setzte das auch durch. Der Freihandel sollte zu Boden fallen. Die Landlords jubelten. Das erste Jahr verging indeß nicht, ohne daß an den alten Getreidegesetzen geändert wurde. Es geschah nur um sie zu befestigen. Sir R. Peel bewährte nur seine Vorsicht, Bollwerke gegen die Angriffe der Ligue zu errichten, meint ironisch die Times. Allein im Jahre 1846 war die Protectionistenmajorität von 1841 zu einer Freihandelsmajorität geworden, und dieselben Leute, welche die Getreidegesetze aufrecht erhalten sollten und deshalb nach St. Stephan geschickt worden waren, vernichteten sie. Für die nächsten Wahlen ist die Parole noch zweifelhaft. Ob sie „Kein Papstthum", oder „Ausdehnung des Stimmrechts", ob „Mehr Volksunterricht", oder „Bessere Abzugskanäle" sein wird, ist noch ungewiß. Wenn es nach Hrn. D'Israeli ging, würde die Herstellung der Getreidegesetze zum Wahlspruche gemacht werden.

— In **Dublin** traf am 25. Mai früh 8 Uhr die freilich nicht mehr unerwartete Nachricht von Daniel O'Connell's Tode zu Genua ein. In kurzer Zeit nachher verkündeten Anschläge am Versammlungshause des Repealvereins und den öffentlichen Gebäuden die Trauerbotschaft. Das Trauergeläute aller katholischen Kapellen, in denen Gebete für die Ruhe der Seele des Verschiedenen gehalten wurden, dauerte fast den ganzen Tag. Der Repealverein vertagte sich zum zweiten Mal auf 24 Stunden und wird eine Adresse an die Nation erlassen, in der erklärt werden soll, daß ihm seines verstorbenen Gründers Gesinnung und bisherige Führung auch künftig zur Richtschnur dienen werde. Die Corporation der Stadt Dublin, wo O'Connell 1841—42 Lordmayor war und der er als Alderman fortwährend angehörte, hielt eine Versammlung und vertagte sich zum Zeichen der Trauer auf drei Wochen.

— Während der am 15. Mai abgelaufenen Woche hat die Zahl der bei öffentlichen Arbeiten in Irland beschäftigt gewesenen Leute noch 218,450 betragen und der dadurch bewirkte Aufwand war 81,662 Pf. St.

— Auf der neuerlich von England in Besitz genommenen Insel Labuan an der Küste von Borneo hat man bei näherer Untersuchung derselben dicht an der Küste ein reiches Steinkohlenlager entdeckt. An sieben verschiedenen Stellen fand man es über 10 Fuß mächtig. Aus angestellten Versuchen wollte man abnehmen, daß es ein den newcastler Steinkohlen sehr ähnliches, nur etwas schneller sich verzehrendes Product liefere.

— Vom **Cap** wird unterm 7. April gemeldet, daß der Gouverneur Sir H. Pottinger an der Grenze angekommen und bemüht war, die letzten Anstalten zu Zwangsmaßregeln gegen den Häuptling Pato und andere Kaffern zu treffen, welche bisher das geraubte Vieh noch nicht vollständig zurückerstattet hatten. Die Colonisten sahen mit Spannung dem Erfolge des ersten Schlages entgegen, da, je entscheidender derselbe ausfällt, die Kaffern desto eher sich fügen werden, ein zweifelhafter Anfang der Feindseligkeiten aber sie nur widersetzlicher machen würde. In der Algoabai war ein Auswandererschiff, der Gilbert Henderson, das zweite seit kurzem, auf die Küste gerathen. In den mittlern Gegenden der Colonie waren starke Regengüsse gefallen.

Frankreich.

Paris, 28. Mai.

Von der Deputirtenkammer wurde gestern die Berathung des Vorschlags, ein einförmiges Briefporto für ganz Frankreich von 1848 an einzuführen, fortgesetzt. Hr. de Rainneville hatte ein Amendement beantragt, das ebenfalls auf einen graduirten Tarif hinausging, zog dasselbe aber zurück, weil die Kammer durch Verwerfung des Amendements des Hrn. Victory schon ihre Abneigung gegen dieses System zu erkennen gegeben habe. Ein Amendement des Hrn. Muteau, die Einführung des gleichförmigen Briefporto vom 1. Jan. 1849 zu beschließen, fand den Beifall der Commission. Am Schlusse der Besprechung desselben erklärte sich jedoch der Finzminister Hr. Dumon entschieden dagegen und wiederholte seine Gründe gegen das einförmige Porto. Der Vorschlag des Hrn. Glais-Bizoin mit dem Muteau'schen Amendement wurde dann mit 187 gegen 162 Stimmen verworfen.

— Die Verwerfung der beantragten Postreform in der Deputirtenkammer wird heute von allen Blättern mehr und minder heftig angegriffen oder doch beklagt. Selbst das Journal des Débats hält nur die Zeitumstände ungünstig für die Durchführung der Reform und glaubt, die Minister bedauerten das nicht minder. Die Majorität von 25 Stimmen dürfe daher weniger wie ein Triumph betrachtet werden. Die «Presse» ruft aus: „Victoria! Frankreich wird mit Stolz und Befriedigung vernehmen, daß, Dank dem heroischen Widerstand eines durch siebenjähriges Bestehen starken Cabinets, eine Reform, welche dringend von 77 Generalconseils unter 86 verlangt, 1845 von der Deputirtenkammer votirt worden ist, gestern mit 187 gegen 162 Stimmen in der Deputirtenkammer beseitigt wurde. Absolute Majorität 12 Stimmen (unter 349 Anwesenden), relative Majorität 13 Stimmen! Die Ehre der Fahne, auf der geschrieben steht: „Nichts, nichts und abermals nichts, ist gerettet."

— Der neue Marineminister, Herzog v. Montebello, ist am 25. Mai von Neapel in Marseille mit seiner ganzen Familie eingetroffen und am folgenden Tag nach Paris weiter gereist. Admiral Baudin war von Toulon herübergekommen, um den Minister zu begrüßen. Auch Prinz Albert de Broglie, erster Secretair der französischen Botschaft in Rom, kam auf der Reise nach der Hauptstadt durch Marseille.

— Bei dem gestern stattgehabten Begräbnisse des Deputirten H. Ganneron sprachen die HH. Thiers, Gouin im Namen der Kaufmannschaft, Besson in dem der Municipalität und Bavin. Der Constitutionnel theilt auf vier enggedruckten Spalten ihre Reden mit.

— Graf d'Orsay hat seine Statuette von Dan. O'Connell mit sämmtlichen Vorrichtungen zur Vervielfältigung derselben durch Abgüsse dem Centralunterstützungscomité in Dublin und ihm übersendet sammt dem

allenigen Vervielfältigungsrecht abgetreten. Er hat dabei den Wunsch ausgedrückt, daß der Verkauf einen recht reichlichen Beitrag für die Nothleidenden gewähren möge.

— In der Bai von **Otaheiti** lagen nach englischen Berichten zu Anfang Februar die britischen Kriegsschiffe Grampus von 50 Kanonen, Juno von 26 Kanonen und die Brigantine Spy, die französische Fregatte Uranie von 60 und zwei andere von 50 Kanonen, zwei Briggs, zwei Schooner, eine Dampfsloop und mehre Transportschiffe. Die Franzosen haben rings um Papeiti Forts und Blockhäuser errichtet und waren noch mit Errichtung von andern beschäftigt. Die Stadt war halb von Seeleuten besetzt, man sah aber stündlich dem Eintreffen von 1200 M. Verstärkung entgegen. Da diese Nachrichten noch von 1500 Eingeborenen erzählen, die unter Anführung eines englischen Deserteurs vom Vindictive, Namens Dav. Thomas, bei dem sich noch gegen 20 Engländer befinden sollen, fortwährend eine feste Stellung im Gebirge behaupteten und den Franzosen viele Leute tödten, so scheint die Unterwerfung so vollständig noch nicht zu sein, wie die französischen Berichte vom Ende December (Nr. 141) jüngst behaupteten. Der Verlust der Franzosen an Mannschaft soll überhaupt sehr groß sein.

** **Paris**, 28. Mai. Von den vielen Bestrebungen, welche die Deutschen hier seit mehren Jahren machten, um ihrer Nationalität den Franzosen gegenüber Geltung zu verschaffen, haben bisher nur zwei nach dieser Richtung ins Leben gerufene Vereine Aussicht auf Dauer und Gedeihen: es sind das der deutsche Hülfsverein und der fast zu gleicher Zeit von Dr. Otterburg gebildete Verein deutscher Aerzte. Die wissenschaftlichen Bedürfnisse griffen bei dem letztern der nationalen Tendenz kräftig unter die Arme; der Kreis seiner Wirksamkeit wie die Zahl seiner Theilnehmer war überdies von vorn herein so bestimmt vorgezeichnet und gegeben, daß derselbe in seiner Gestaltung und Fortbildung auf keine unüberwindlichen, nicht einmal auf sehr große Schwierigkeiten stoßen konnte, während der erstere, der deutsche Hülfsverein, auf Hindernisse und Schwierigkeiten getroffen, mit denen er selbst nach dreijährigen in vieler Beziehung fruchtbaren und erfolgreichen Anstrengungen zum Theil heute noch zu kämpfen hat. Die größte, wie Manche glauben unüberwindliche Schwierigkeit ist, wie betrübend es zu sagen auch sei, das kosmopolitische Element, worauf wir Deutschen in der Heimat oft stolz sind. Daher kommt es, daß 80,000 Deutsche in Paris kein öffentliches Organ haben, während kaum 30,000 Engländer seit mehr als 30 Jahren ein Blatt unterhalten, dessen Gedeihen keinem französischen Journal etwas nachgibt. Daher kommt es, daß die Deutschen in allen Stadttheilen getrennt und zerstreut leben, während die Engländer, die ihre Nationalität oft bis zur Unerträglichkeit mit sich schleppen, in einem einzigen Stadttheile und in einigen Gassen nachbarlich neben einander wohnen.

Diese kosmopolitische Zerstreutheit der Deutschen aber ist es, die den Fortschritt des Hülfsvereins so sehr hemmt. Denn nehmen wir an, daß unter den 80,000 unserer Landsleute nur 40,000 Mittel und Gelegenheit haben, durch einen jährlichen Beitrag von 5 Fr. und darüber ihre Theilnahme an dem eben so wohlthätigen als nationalen Institute zu äußern, so müßte der Beitrag der Vereinsmitglieder dieser Anzahl mit einer Einnahme von etwa 300,000 Fr. entsprechen. Wie aber diese 40,000, die vielleicht in eben so viel Straßen wohnen, aufsuchen, wie ihnen von dem Bestehen des Vereins Kenntniß geben? An der Lösung dieser Fragen hat der verwaltende Ausschuß seine ganze Philosophie verloren, und wer sie mit Erfolg zu lösen je im Stande ist, dem wird die Ehre des eigentlichen Gründers der Anstalt gehören. Denn beim Lichte besehen wäre man zu sagen berechtigt, der Verein bestehe noch gar nicht; von 40,000 Deutschen, die dazu beitragen können und wahrscheinlich auch wollen — denn welcher Bemittelte würde sich weigern, 5 Francs des Jahres zur Linderung des Elends seiner Landsleute beizusteuern? — erscheinen kaum 400 auf der Liste der Beitragenden! In drei Jahren hat man also den hundertsten Theil des Wegs zurückgelegt, den man sich vorgezeichnet, sodaß, wenn die fernern Schritte des Unternehmens in diesem Tempo bleiben, im Jahre der Gnade 2147 der ganze Weg zurückgelegt sein, d. h. der Verein in 300 Jahren 40,000 Mitglieder zählen wird. Hoffen wir jedoch, daß unsere lieben Landsleute einerseits etwas früher ihren Kosmopolitismus abstreifen und andererseits der verwaltende Ausschuß endlich einen oder den andern bereits in seinem Schoose wiederholt angeregten Vorschlag einem Versuch unterwerfen werde, wenn derselbe auch von vorn herein keine mathematische Gewißheit des Erfolgs darzubieten scheinen sollte. Denn mehr als Ein Antrag, um der angedeuteten Schwierigkeit entschieden und kräftig entgegenzuarbeiten und sie zu überwinden, ward im Ausschusse bereits gestellt, stets aber darum abgelehnt, weil man wie gesagt von vorn herein einen unfehlbaren Erfolg nicht nachweisen konnte oder weil gegen die vorgeschlagene Maßregel Bedenken der sonderbarsten Art sich erhoben, auf die der Antragsteller nicht gefaßt sein mochte. Von diesem fruchtlosen Berathen wird der Ausschuß wol in seiner nächsten allgemeinen Sitzung im kommenden Monat endlich zum Versuch eines der angeregten Vorschläge übergehen und es der Erfahrung überlassen, ob die betreffenden Hindernisse wirklich so unbesiegbar sind, als sie scheinen.

Fern sei es von mir, durch diese Bemerkungen den Eifer und die Thätigkeit der Ausschußmitglieder auch nur in Frage zu stellen; Niemand ist bereitwilliger als der Schreiber dieser Zeilen, ihren guten, thätigen und einsichtigen Willen für das mit so vieler Aufopferung verbundene Werk unumwunden anzuerkennen; was man jedoch bei denselben zu vermissen scheint, das ist ein energischer und beharrlicher Angriff auf die Hindernisse und Schwierigkeiten, die nach der Ansicht der Einen nicht überwindlich sind, nach der Ansicht der Andern aber nur mit der Zeit von selbst nach und nach verschwinden werden durch Gott weiß welches Wunder. Nach einer dreijährigen Erfahrung, die statt eines Zunehmens ein Abnehmen der Beiträge herausstellt, ist es, dünkt mich, Zeit, den Wahn aufzugeben, das bisher befolgte System des Zusehens und Zuwartens könne zu dem vorgesteckten Ziele führen; nach dreijährigen getäuschten Erwartungen ist es endlich Zeit, an die Stelle der Bedenken und Rücksichten Beschlüsse und Versuche treten zu lassen, mit Einem Worte, zu handeln. Entschließt man sich hierzu im Laufe dieses Jahres, wie dies zu hoffen ist, dann werde ich im künftigen Jahre erfreulichere Ergebnisse von dem Wirken des Vereins mitzutheilen haben als die nachstehenden, die ich dem mir vorliegenden Bericht entnehme, welchen Dr. Haller in der am 26. April abgehaltenen allgemeinen Versammlung (Nr. 122) verlesen hat.

„Mehr als einmal, sagt der Berichterstatter unter Anderm in seiner Einleitung, waren wir nahe daran, unser Wirken durch Erschöpfung unserer Mittel unterbrochen zu sehen. Die Ursachen bedürfen keiner langen Auseinandersetzung, ich nenne Ihnen nur die wesentlichsten. Der allgemeine Nothstand in Folge der herrschenden Theurung hatte als natürliche Folge die Zunahme des Bedarfs an Hülfe auch unter unsern Landsleuten; es ergab sich also vergrößerter Zudrang der Bittsteller und Vermehrung unserer Ausgaben für sie. Dagegen hatten wir einen sehr ansehnlichen Ausfall in den Einnahmen gegen das Vorjahr. Nur mittels des beträchtlichen Ueberschusses von 5984 Fr. 40 Cts., der vom zweiten Jahre für das dritte verfügbar geblieben war, und durch außerordentliche Mittel gelang es dem Ausschuß, eine besonders im October drohende, wenigstens theilweise Einstellung unserer Thätigkeit zu verhüten. Ein vom Ausschuß unter gefälliger Mitwirkung deutscher Künstler und mit dem Beistande mehrer Damen des deutschen diplomatischen Corps veranstaltetes Concert lieferte einen Reinertrag von 2446 Fr., eine von der Gattin unsers Collegen organisirte Lotterie 1310 Fr. Außerdem flossen uns glücklicherweise gerade in den besonders kritischen Wintermonaten noch mehre namhafte Beiträge von deutschen Fürsten und Regierungen zu, sodaß wir aus der dringendsten Verlegenheit uns gerettet sahen. So sind wir denn in das vierte Verwaltungsjahr eingetreten, freilich nicht mit einem so bedeutenden Activüberschusse wie im Vorjahre, aber doch mit dem Bewußtsein, Alles erzielt zu haben, was unter so schwierigen Umständen möglich war. Im Kampfe mit der Uebermacht widriger Verhältnisse ist es manchmal schon etwas, den Platz behauptet zu haben; Das wenigstens haben wir erreicht. Mit treuer Hand haben wir das Banner unserer guten Sache gewahrt, und unversehrt und ungefährdet übergeben wir es jetzt den Händen unserer Nachfolger im Amte."

Zur Lage und dem Wirken des Vereins übergehend, fährt Dr. Haller also fort: „Die Gesammtzahl aller unterzeichneten und eingezahlten Beiträge beider Kategorien (der jährlichen und einmaligen) war im zweiten Verwaltungsjahre 393, die Summe des Ertrags daraus 13,545 Fr. 5 Cent. gewesen; im dritten Verwaltungsjahre hatten wir 33 Beiträge und 1449 Fr. 10 Cent. in Geld weniger, nämlich: 360 Beiträge mit einem Ergebniß von nur 12,095 Fr. 95 C. Dazu haben deutsche Fürsten und Regierungen in folgender Weise beigesteuert. Jährliche Beiträge: die preußische Regierung 1000 Fr., der König von Hannover 500 Fr., der König von Sachsen 400 Fr., der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 300 Fr., die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin 40 Fr.; als einmaligen Beitrag: die großherzogl. hessische Regierung 500 Fr., der Kronprinz von Baiern 400 Fr., die Kronprinzessin von Baiern 107 Fr., die Herzogin von Orleans 300 Fr., die Herzogin von Nemours 100 Fr., zusammen 3647 Fr.; eine Summe, welche der des vorigen Jahres (3660 Fr.) sehr nahe kommt. Je mehr wir bedauern, daß es unsern Bemühungen noch immer nicht gelungen ist, die Theilnahme aller deutschen Fürsten und Regierungen an unserm Vereine zu erreichen, um so lebhafter muß unser Dank sein für Diejenigen, welche uns bereits Beweise anerkennender Unterstützung unsers Wirkens zukommen ließen. Indem wir den Ausdruck desselben hier öffentlich niederlegen, können wir uns der Hoffnung nicht entschlagen, endlich doch noch Alle einer so rein deutschen Sache jenen Beistand gewähren zu sehen, dessen sie eben so sehr bedarf, als sie ihn verdient. Möge uns bald auch die Freude werden, keinen der Repräsentanten der deutschen Höfe hier mehr unter den Mitgliedern des Hülfsvereins zu vermissen."

Die im vorigen Jahre schon beklagte Theilnahmlosigkeit der Mehrzahl des deutschen Gewerbstandes in Paris für die Sache des Hülfsvereins dauert leider auch jetzt noch fort.

Die sämmtlichen Einnahmen sind: 1) Jährliche und einmalige Beiträge 12,095 Fr.; 2) Ertrag eines Concerts 2446 Fr.; 3) Ertrag einer

von Frauen veranstalteten Lotterie 1310 Fr.; 4) zurückbezahlte Darlehen 228 Fr.; 5) Zinsen von belgischen Obligationen, die im Laufe des Jahres verkauft werden mußten, 51 Fr.; 6) Ertrag einer zum Besten des Hülfsvereins veröffentlichten Schrift 50 Fr.; 7) Wiedererstattete Unterstützungen 62 Fr. Die Gesammteinnahme betrug also 16,244 Fr. Da die Einnahme des zweiten Jahres aber 19,891 Fr. betragen hatte, so ergibt sich für das dritte Jahr eine Abnahme von 3647 Fr. Vom zweiten war aber ein Ueberschuß aufs dritte Jahr übergegangen von 5984 Fr.; hierzu die reine Einnahme von 16,244 Fr. gerechnet, ergab eine verfügbare Summe von 22,228 Fr., während die ganze verfügbare Summe des zweiten Jahres 23,894 Fr. betragen hatte. Die Mittel des Vereins wären also im zweiten Jahre um 1665 Fr. geringer.

In dem Maß als die Einnahme sich vermindert, wachsen die Ausgaben, eine eben nicht sehr erfreuliche Verkehrtheit. Die Zahl der an den Ausschuß gerichteten und erledigten Gesuche hatte im Vorjahre 2427 betragen; in diesem belief sie sich auf 2941, mithin ergab sich ein Zuwachs von 541. Die Zahl der Bittsteller, welche diese 2941 Gesuche anbrachten, betrug 901; im Vorjahre waren ihrer nur 777 gewesen, also 194 in diesem Jahre mehr. Die Zahl sämmtlicher Unterstützten aber kann annäherungsweise wenigstens auf 2800 Köpfe, also 400 mehr als im vorigen Jahr, angeschlagen werden.

Bei diesem Contingent an Armen sind alle Länder betheiligt, „so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt". Die Preußen stehen überwiegend in erster Linie und unter ihnen die der Rheinprovinz; dann kommen die Baiern, Hessen, Badenser, Oesterreicher ꝛc. Jedes dieser Contingente kann als ein Product zweier Factoren, eines großen und eines kleinen, angesehen werden, wovon jener ein Ausdruck der Nähe an Frankreich und dieser ein Ausdruck der Bevölkerung des betreffenden Landes ist. Ein in diesem Jahre neues Element in der Gesammtzahl der Unterstützten waren deutsche Auswanderer, die nach dem Verlust ihrer letzten Habe aus Amerika zurückkamen, wo sie sich keine Existenz zu gründen vermochten, theils auch in Havre oder hier schon den Entschluß zur Rückkehr faßten. „Wir haben, sagt hierüber der Bericht, diese Unglücklichen nach Kräften zur Rückreise ins Vaterland unterstützt, das sie freilich nur als moralisch niedergedrückte und materiell verarmte Menschen wieder empfing."

Die regelmäßigen monatlichen Unterstützungen beliefen sich in diesem Jahr auf 3164 Fr., im vorigen Jahre hatten sie nur 1702 Fr. erreicht; schon in diesem Posten also eine Mehrausgabe von 1462 Fr. Dieses Mehr hatte seinen Grund vorzugsweise in der Vermehrung armer und verwaister Kinder, die auf Kosten des Vereins erzogen werden und deren Zahl mit jedem Jahr anwächst. Die übrigen Unterstützten dieser Kategorie sind arbeitsunfähige Greise, Witwen mit zahlreichen Kindern, Gebrechliche u. dergl. Die Ausgaben für Brotvertheilung sind einestheils durch die vermehrte Anzahl der Bedürftigen, anderntheils durch die gesteigerten Brotpreise angewachsen; im vorigen Jahre hatte dieser Posten 1519 Fr., in diesem 2709, also fast die doppelte Summe in Anspruch genommen. Für Arzneien, Bäder und Krankenpflege wurden 2059¼ Fr. verausgabt, 1030¼ Fr. mehr als im vorigen Jahre. Die zwei folgenden Posten allein stellen eine geringe Ausnahme heraus. An Reiseunterstützungen wurden 3146 Fr. unter 239 Individuen mit oder ohne Familie vertheilt, im vorigen Jahre 3602 Fr. unter 238 Individuen, also 516 Fr. weniger. Für Bezahlung rückständiger Hausmiethe, Anschaffung oder Auslösung von Kleidern und Wäsche, Hausgeräthe, Werkzeug und Material zum Gewerbsbetrieb ꝛc., und an sonstigen Unterstützungen in baarem Gelde wurden 6334 Fr. ausgegeben, im vorigen Jahre hingegen 8550 Fr., somit jetzt 2216 Fr. weniger.

Die Verwaltungskosten stellen sich so ziemlich denen des vorigen Jahres gleich. Sie hatten damals 1447 Fr. in Anspruch genommen, dieses Jahr 1570 Fr., also nur um 123 Fr. mehr, obgleich das Gehalt des Vereinsbeamten um 200 Fr. erhöht werden mußte und 146 Fr. 40 C. Verlust durch nothgedrungenen Verkauf zweier belgischen Obligationen darin begriffen ist, welche in Folge der herrschenden finanziellen Krisis gefallen waren. Die Gesammtausgaben betrugen also 18,983 Fr. 22 C., im Jahre vorher 17,909 Fr. 78 C., somit 1074 Fr. mehr; der Kassenbestand war also am 31. März, als dem Ende des Verwaltungsjahres, mit Inbegriff des Ueberschusses aus dem vorigen Jahre an 22,228 Fr., nach Abzug der Ausgaben 18,983 Fr. ein Ueberschuß von 3245 Fr., der in das am 1. April d. J. begonnene vierte Verwaltungsjahr übergeht. „Blicken wir zurück, schließt der Berichterstatter, auf die ersten Anfänge des Vereins, auf die schwierige Lage der Dinge vor drei Jahren, und vergleichen wir damit, was er jetzt geworden ist: ein erhebendes Gefühl muß uns beseelen bei dem Anblicke Dessen, was wir bereits erreicht haben, und wir dürfen uns der frohen Hoffnung hingeben, daß fortdauernde Eintracht uns auch allmälig zur Erreichung alles Dessen führen wird, was uns noch zu wünschen übrig bleibt."

Auf Antrag eines der abtretenden Vicepräsidenten wurde in der letzten allgemeinen Versammlung beschlossen, den neu zu ernennenden Ausschuß zu ermächtigen, einige der ehemaligen Ausschußmitglieder, die durch Verhältnisse oder Umstände ihr Amt niederzulegen oder Paris zu verlassen genöthigt waren, in derselben Eigenschaft aus Anerkennung ihrer geleisteten Dienste zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Diesem Beschlusse hat der allgemeine Ausschuß bei seinem ersten Zusammentritt Folge gegeben, und nach den dazu gemachten Vorschlägen wurden einstimmig ernannt: Hr. Avenarius (Vicepräsident im Jahre 1844) zum Ehren-Vicepräsidenten; Graf Hohenthal, ehemaliger sächsischer Legationsrath in Paris, und Baron v. Andlaw, ehemaliger badischer Ministerresident, Beide ehemalige Ausschußmitglieder, zu Ehrenmitgliedern des Ausschusses. Dieselben werden ein Diplom ihrer Ernennung zugesendet bekommen, dessen Ausfertigung jedoch bis zur officiellen Annahme der Präsidentschaft des Grafen Apponyi verschoben ward, wozu der österreichische Botschafter die Genehmigung seines Hofs abwartet.

Schweiz.

Die Neue Zürcher-Zeitung meldet, daß der Regierungsrath von **Zürich** in den ersten Tagen des Juni die sechste Austheilung an die Gemeinden wird stattfinden lassen, die in 3667 Ctr. Mais und 733 Ctr. Mehl bestehen solle, und bemerkt dazu: „So erfreulich auch die Aussichten für ein gesegnetes Jahr sind, so kann man doch von Aussichten nicht leben, und es wird bis zur vollen Aernte noch mehrer Aushülfe bedürfen; wir zweifeln nicht, es werde die Regierung in dieser Richtung fortfahren."

— Das in **Glarus** dieses Jahr abzuhaltende eidgenössische Freischießen wird am 18. Jul. beginnen und mit dem 24. Jul. enden.

Italien.

Rom, 20. Mai. In einem Circular, welches der Cardinal-Staatssecretair Gizzi dieser Tage über den Schuldarrest erlassen, wird versichert, daß der Papst seit längerer Zeit mit dem Plan einer Reform der Handelsgesetzgebung sich beschäftigte. (N. C.)

Rom, 21. Mai. Morgen findet die feierliche, durch eine Versammlung der hiesigen Ordensmitglieder und der Deputirten aus allen auswärtigen Provinzen bewirkte Wahl eines Generals des Kapuzinerordens statt. Außer dem General selbst werden noch ein Generalprocurator und sechs Definitores gewählt. Aus jeder Provinz des Auslandes sind drei Deputirte gegenwärtig, mit Ausnahme von Wien (Oesterreich), Böhmen und Grätz, denen die Regierung die active Theilnahme an diesem Wahlacte nicht gestattet hat. Auch in Beziehung auf diese Wahl hat der Papst eine weise und treffliche Verordnung erlassen, indem nämlich die zu wählenden Definitoren nicht blos Italiener, sondern auch Ausländer und namentlich Deutsche sein sollen, damit auf diese Weise Einheit und eine richtige Berücksichtigung der eigentlichen Verhältnisse jener Länder bei allen allgemein gültigen Anordnungen des Ordens erzielt werden möge. — Vom 22. Mai. P. Benanzio aus Turin wurde zum General und P. Felice von Lipari zum Generalprocurator der Kapuziner erwählt. Unter den am Tage vorher erwählten sechs Definitoren befindet sich der Provinzial P. Johann Maria von Regensburg. — In der Nacht vom 21. auf den 22. Mai ist Cardinal Micara, Dekan des heil. Collegiums, gestorben. — Der Papst hat am 22. Mai vier Juden das heil. Sacrament der Taufe ertheilt. (Augsb. P.)

Griechenland.

Der Karlsruher Zeitung schreibt man **von der Donau**: „Was Fürst v. Metternich den Cabineten von Athen und Konstantinopel vor einigen Monaten als den einzigen Ausweg bezeichnet hatte, um die persönliche Differenz vor einer politischen Ausartung zu bewahren, das ist nun von der griechischen Regierung wenn nicht zu spät, doch jedenfalls unter Erschwerung ihrer Lage als Auskunftsmittel gewürdigt worden. Unlängst würde es genügt haben, in die Rückkehr des Hrn. Mussurus einzuwilligen, ohne daß dieselbe verwirklicht worden wäre; jetzt wird Oesterreich kaum durch die dringlichste Verwendung die letztere verhindern können, denn selbst wenn die Pforte nachgeben wollte, so wird der englische Einfluß es nicht gestatten. Einstweilen ist dem Cabinet von Athen von dem Fürsten-Staatskanzler der Rath ertheilt worden, auf die von Oesterreich der Pforte und Griechenland gemachten und von der Ersteren angenommenen Vorschläge zurückzukommen. Man hat versprochen, in diesem Falle seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um Griechenland vor einer ostensibeln Demüthigung zu bewahren, die von der Rückkehr des Hrn. Mussurus unzertrennlich sein würde."

Moldau und Walachei.

Die Bukarescht er deutsche Zeitung meldet aus **Bukarescht** vom 14. Mai: „Mittels Reskripts an den administrativen Rath vom 13. Mai hat der regierende Fürst ein Revirement im Personal der höchsten Staatsbeamten anzuordnen für gut befunden und in Erwägung der Verdienste der nachstehend benannten Großbojaren, um denselben ebenfalls Gelegenheit zu geben, ihre Vaterlandsliebe durch die That zu beweisen, ernannte der Fürst dieselben zu folgenden hohen Stellen, und zwar: den Großlogotheten und bisherigen Staatssecretair Eman. Balcano zum Chef des

Justizdepartements; den Großlegotheten und bisherigen Chef des Justizdepartements Alex. Villara zum Chef des Departements des Innern; den Großlegotheten Konst. Cornesko zum Chef des Departements des Cultus und der geistlichen Angelegenheiten; den Großlegotheten Konst. Theresko zum Chef der Finanzverwaltung und den Großlegotheten Konst. Philippesko zum Staatssecretair der auswärtigen Angelegenheiten. Die hierdurch in Disponibilität getretenen bisherigen Minister sind der Großban und erste Landesbojar Georg Philippesko als provisorischer Minister des Innern, Großlegothet Eman. Floresko als Minister des Cultus, und Großlegothet Johann Philippesko als Finanzminister."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die in der Nähe des Niagarafalles über den Niagara beabsichtigte Kettenbrücke wird nun bald in Bau genommen werden. Sie wird 700 Fuß lang werden und kommt 200 Fuß hoch über den Strom zu liegen. Es wird dadurch eine directe Verbindung von Michigan durch die Greatwestern-Eisenbahn mit dem westlichen Canada hergestellt. Brauchte man von Detroit nach Buffalo bisher 40 Stunden, so wird diese Entfernung künftig in 8—10 Stunden zurückzulegen sein. Im Herbst 1848 soll die Brücke fertig werden. Die Kosten sind auf 225,000 Doll. veranschlagt, und bei einem Brückengelde von 12½ Cents von der Person rechnete man auf eine Einnahme, welche das Anlagecapital mit 22½ Proc. verzinsen würde.

— In **Neuyork** werden jetzt zwei eiserne Dampfschiffe von 232 Tonnen für eine in Neugranada concessionirte Compagnie gebaut, welche auf dem Magdalenenstrome zwischen Santa Marta und Honda, eine Strecke von bald 600 Miles, eine regelmäßige Verbindung vermitteln sollen. Da zu Zeiten der Fluß an einzelnen Stellen nur 3 Fuß Wassertiefe besitzt, werden die Schiffe mit flachem Boden und für einen Tiefgang unter drei Fuß bei 60 Tonnen Ladung außer den Kohlen ꝛc. eingerichtet.

Personalnachrichten.

Orden. Oesterreich. Orden der eisernen Krone I. Kl.: der zum Gouverneur des Küstenlandes ernannte Altgraf zu Salm. — Russland. Wladimirorden 2. Kl., Großkreuz: der Geheimrath Baron v. d. Osten-Sacken, ältester Rath im Ministerium des Auswärtigen. St.-Annenorden 1. Kl.: der Gesandte bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika Geheimrath Bodisko.

Todesfälle. Am 24. Mai verschied in Sommerhausen in einem Alter von 65 Jahren die verwittwete Gräfin Auguste Eleonore von Rechteren-Limpurg, geborene Prinzessin zu Hohenlohe-Kirchberg.

Wissenschaft und Kunst.

Es heißt, sagt die Aachener Zeitung, daß auch mit Frankreich ein Vertrag über das literarische Eigenthum geschlossen werden soll. Wenn die Nachricht nicht aus so guter Quelle zu kommen behauptete, bemerkt die Aachener Zeitung dazu, so würden wir an derselben zweifeln, nachdem der ähnliche mit England abgeschlossene Vertrag so gründlich und, wir möchten hinzufügen, so einstimmig angefochten worden, da nur ein paar Buchhändler sich für denselben erklärt haben, deren Interesse bei der Sache auf der Hand lag.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 1. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br.; Sächsisch-Baiersche 87¼ Br., 86¾ G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99½ G.; Ebemnitz-Riesaer 59 Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 56½ Br.; Magdeburg-Leipziger 206½ bezahlt u. G., Berlin-Anhaltische Litt. A. 140 Br.; Köln-Mindener 95½ Br., 92½ G., Altona-Kieler 109½ G., Dessauer Bankactien 100¾ Br., 100⅝ bezahlt.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 16. bis mit 22. Mai (mit Einschluß der Personen aus dem Zwischenverkehr) 24,931 Personen.

(Vom 1. Jan. — 22. Mai: 246,434 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 16 bis mit 22. Mai 5,844 Personen.

(Vom 1. Jan. — 22. Mai: 84,861 Personen.)

Wollmärkte. Zufolge Cabinetsordre vom 29. Mai sollen im Jahr 1848 die Wollmärkte zu Breslau vom 7.—10. Jun., in Posen vom 12.—14. Jun., in Landsberg a. d. W. am 16. und 17. Jun. und in Stettin vom 18.—20. Jun. abgehalten werden.

Staatspapiere. Wien, 29. Mai. Bkact. 1398; Met. 5pc. 106½; 3pc. 97; 3pc. 68¾; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 118¾.

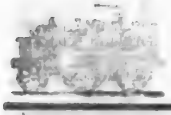
Actien. Wien, 29. Mai. Nordb. 165½, Gloggn. 124, Mail. 109¾; Livorn. 88; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 31. Mai. Gesandt.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsch. 93⅛, 3½pc. Pfandb. westpreußische 93½, ostpreußische 95¾, pomm. 94, schles. 97½, 4pc. posensche 102¼ Br., neue 3½pc 93, kur- u. neum. 94¾ Br., Louisd. 111½, Friedrichsd. 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. 109¾, Prior.-Act. 4pc. 92½, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 98, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92½, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101¾ Br., Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 99¾, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crakau-Oberschlesische 4pc. 77, Düsseld.-Elberf. 5pc. 107½ Br., Prior.-Act. 5pc. 94¾, Kiel-Altonaer 4pc. 119¾, Niederschles.-märk. 88¾, Prior.-Act. 4pc. 91¾, 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½, Litt. B. 4pc. 97½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 81¼, Rhein. 85½, Prior.-St. 4pc. 89¼, Prior. 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 94 Br., Zarskoje-Selo 70½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82¾, Berg.-Märk. 4pc. 83½, Berl.-Anh. 100½, Kassel-Lippst. 4pc. 84¾, Cöln-Minden 4pc. 92⅝, Magd.-Wittenb. 85½, Mecklenburg 74, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 71⅝, Pos.-Starg. 4pc. 84, Rhein. Prior.-Stamm 4pc. 89½, Sächs.-Schles. 4pc. 99¾, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1 Anl. (Hope) 4pc. 92¾, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 94½, (neue) 4pc. 94, Partial-5mal Fl. 4pc. 80, à 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank-Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅛, Bkcert. Einkl. 16¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. Feuer-Ges.-Anl. 3½pc. 85⅝, Staats-Pr.-A. 88⅛ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 10⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.



Fahr-Ordnung [2165]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.

„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** um 5¼ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4½ Uhr Nachmittags.

„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.

„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** 4¼ Uhr früh, 8, 12½, 2, 5½, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.

Dampfschiffahrt

zwischen **Hamburg** und den Nordseebädern **Cuxhaven** und **Helgoland.**

Die Dampfboote der

Hamburger Elb-Dampfschiffahrts-Compagnie

werden ihre regelmäßigen Fahrten während der diesjährigen Bade-Saison wie folgt bewerkstelligen.

Von **Hamburg** nach **Helgoland** über **Cuxhaven,**

vom 19. Mai an bis zum 25. September

jeden **Dienstag, Donnerstag** und **Sonnabend,**

zurück: jeden **Montag, Mittwoch** und **Freitag.**

[2096—98] ***Die Direction.***

Auction.

Die mit dem Schiffe „Borussia" direct aus der Südsee angekommene Ladung, bestehend aus:

circa 5000 Ctr. Thran,

„ 300 „ Spermaceti-Oel,

„ 14,000 Pfd. Barden,

soll **am Mittwoch den 9. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Börsensaale** öffentlich durch einen vereideten Mäkler verkauft werden. Die Waaren sind völlig versteuert und lagern auf dem Raths-Holzhofe.

Stettin, den 25. Mai 1847. [2124—25]

Die Direction der Preuß. Südsee-Fischerei-Gesellschaft.

Schillow. Schlutow. Weidner.

In der Buchhandlung von C. L. Fritzsche in Leipzig (Universitätsstraße No. 2) und bei dem Verfasser (Johannisgasse No. 28) ist zu haben:

Der Friedhof zu Leipzig

in seiner jetzigen Gestalt.

Vollständige Sammlung aller Inschriften auf den ältesten und neuesten Denkmälern daselbst. Mit einem Plan, Nachtrag und Namenregister.

herausgegeben von **Heinrich Heinlein.**

Gr. 8. Sauber broschirt. Preis 1 Thlr.

Bereits sind viele Begräbnißplätze und Schwibbögen auf der ersten Abtheilung des Friedhofes verschwunden, und in sehr kurzer Zeit wird dieselbe gänzlich verödet; um so werthvoller dürfte daher dieses Buch sein, welches mit großer Treue die Inschriften bewahrt. Eine Preisermäßigung wird bei dem nur noch geringen Vorrathe niemals stattfinden. Ein Nachtrag, welcher sowol alle Inschriften bis zur neuesten Zeit als auch alle die in der jüngsten Vergangenheit für unsere Stadt so wichtigen Ereignisse enthält, soweit sie diese den Todten geweihten Blätter berühren, liegt zum Druck bereit; der Herausgeber beabsichtigt aber, denselben bis dahin zu verschieben, wo die jetzt schwer lastende Zeit einer freundlichern Zukunft Raum gönnen wird. [2166]

In meinem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Irland.

Von

A. Venedey.

Zwei Theile.

Gr. 12. Geh. 1844. 4 Thlr.

England.

Von

A. Venedey.

Drei Theile.

Gr. 12. Geh. 1845. 5 Thlr. 10 Ngr.

Diese beiden Werke des durch längern Aufenthalt in Irland und England mit diesen Ländern wohlvertrauten Verfassers können Allen, die zu einer richtigen Ansicht über die Zustände, Sitten und Einrichtungen des irischen und des englischen Volks gelangen wollen, mit Recht empfohlen werden.

Leipzig, im Juni 1847.

[2167] **F. A. Brockhaus.**

Eine von einem großen Tonkünstler auf einem der bedeutendsten Handelsplätze Europas vor bereits einem halben Jahrhundert errichtete **Verlags-Musikhandlung,** deren sämmtliche daselbst mit Eigenthumsrecht erschienene Verlagsartikel als vorzügliche Werke der berühmtesten Tonsetzer neuerer Zeit eine große Beliebtheit erlangt haben und die überhaupt einen sehr ausgebreiteten Wirkungskreis besitzt, ist wegen Familienverhältnisse zu verkaufen. Mit derselben könnte auch ein Schatz musikalischer Manuscripte, deren Publication dem musikalischen Publicum höchst erwünscht sein wird, zugleich käuflich abgetreten werden. Für den classischen Werth dieser Bibliothek mögen die Namen: **J. S. Bach, M. Haydn, Homilius, Stölzel,** von welchen Autoren eine bedeutende Anzahl Compositionen sich darin befinden, bürgen. Reflectirende wollen sich mittels mit der Chiffre **J. S. B.** versehener Briefe, die sie dem Herrn **Friedr. Hofmeister** in Leipzig zukommen zu lassen belieben, behufs näherer Auskunft an die jetzigen Besitzer des zu verkaufenden Etablissements wenden. [2159]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 2. Jun. **Des Teufels Antheil,** romantisch-komische Oper in 3 Acten. Musik von Auber.

Im Verlage von **Louis Hirschfeld** in **Berlin** erschien soeben und ist in allen guten Buchhandlungen zu haben: [2163]

Ständische Blätter

dem Volke dargestellt

von

Theodor Mundt.

I. Heft. Der Adel in Deutschland und Preußen, in seiner politischen und ständischen Vertretung.

II. Heft. Der dritte Stand in Deutschland und Preußen, in seiner politischen und ständischen Vertretung.

Mit Hinblick auf die Verhandlungen des Vereinigten Landtags.

Eleg. brosch. Preis: jedes Heft 6 Sgr.

Interessante Neuigkeit.

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: [2154]

Für den Credit der Grundbesitzer. Eine Bitte an die Reichsstände von Rodbertus-Jagetzow. Brosch. 2½ Bogen. Preis 5 Sgr.

Umwandlung der Schlacht- und Mahlsteuer in eine Einkommensteuer ist ein Beförderungsmittel zur Revolution. Eine Tagesfrage, besprochen von Carl Ludwig Werther, Justizcommissar in Nordhausen. Brosch. Preis 5 Sgr.

Julius Springer in Berlin.

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 37. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2150] in Leipzig.

Bekanntmachung.

Zur Spedition der Güter sowie auch zur Besorgung der Assecuranz ꝛc. von hier nach den Vereinigten Amerikanischen Staaten und insbesondere bei der neuen, medio Juni eintretenden Post-Dampfschiffahrt von hier nach New-York empfehlen sich ergebenst

Bremen, im Mai 1847.

158—57] **C. Dannemann Söhne.**

*** Das **vollständige Lebensglück** eines jungen, sich bereits in weitern Kreise die ehrenvollste Anerkennung gewonnenen künstlerischen Talents ist mit einem baaren Darlehn von Einhundert Thaler, für dessen prompte Rückzahlung in kurzer Zeit nebst höchst bedeutender Provision eine Menge günstiger Umstände garantiren, zu befestigen! Sollte ein von Glücksgütern gesegneter Mäcen der Kunst um solche und um ein schönes deutsches Talent sich unendlich verdient machen und zugleich reichen Dank und Lohn erwerben wollen, so wird gegen geneigte, unter der Chiffre **A. W. H.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung niederzulegende Adresse weitere genaue Mittheilung erfolgen. [2155]

Gesuch. Ein unterrichteter Mann mit Erfahrung in verschiedenen Verwaltungsgegenständen wünscht eine Stellung als **Kassenvorsteher** oder **Geschäftsführer** bei einer Herrschaft, die auf dem Lande lebt. Es ist ihm um hohen Gehalt nicht zu thun, sondern mehr um eine angenehme Stellung zu einer gebildeten edlen Familie, der er durch Ergebenheit sich nützlich machen und die er durch jede angemessene baare Caution sicherstellen kann. Der Herr Kreis-Hauptmann **von Einsiedel** auf Prießnitz bei Borna im Königreiche Sachsen wird die Gewogenheit haben, auf diesfallsige Anfragen Nachricht zu ertheilen.

Offene Stelle. [2160–61]

Zum baldigen, womöglich zum sofortigen Eintritte wird ein erfahrener Mann gesucht, der vollkommen befähigt sein muß, den sämmtlichen Comptoirarbeiten in einem Manufacturwaarengeschäfte selbständig vorzustehen.

Mit dieser Stelle ist vorerst ein jährliches Gehalt von 7- bis 800 Fl. Mze verbunden. Frankirte Offerten werden unter der Chiffre **J. M.** poste restante nach **Reichenberg** in Böhmen erbeten und die um diese Stelle sich Bewerbenden ersucht, Abschrift von ihren Zeugnissen beizufügen.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Vormittag ist meine liebe Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden worden.

Leipzig, den 1. Juni 1847.

[2164] **Hofrath v. d. Pfordten.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Alexander Bernhardt in Berlin mit Frl. Mathilde Herzog. — Hr. Eisenbahndirector Dr. Eduard Freyberg in Berlin mit Frl. Emma Cerf. — Hr. Regierungsassessor Gustav Lepsius in Breslau mit Frl. Veronika Parthey in Dresden. — Hr. Moritz Michelis in Berlin mit Frl. F. Nedelheim in Jessnitz. — Hr. A. Bruno Rost in Geringswalde mit Frl. Emilie Wilke in Döbeln.

Getraut: Hr. geh. Kanzlist Friedr. Eipper in Dresden mit Frl. Pauline Trepte. — Hr. Prediger Albert Kolbe in Pretzsch mit Frl. Marie Bernhardi aus Potsdam. — Hr. Eduard Leuchs in Nürnberg mit Frl. M. Dümmich. — Hr. Lehrer J. H. Schenderlein in Greiz mit Frl. Therese Eincke aus Dippoldiswalde. — Hr. Oswald Stahl in Erfurt mit Frl. Luise Junker. — Hr. Eduard Wöhler in Guben mit Frl. Emilie Kahlisch. — Hr. Lieutenant v. Brochem in Sondershausen mit Frl. Antonie Michael.

Geboren: Hrn. H. T. Anders in Leipzig eine Tochter. — Hrn. L. Bertram in Berlin eine Tochter. — Hrn. Oberlandesgerichtsrath v. Braun in Cöslin eine Tochter. — Hrn. Regierungs- u. Medicinalrath Dr. Grobenschütz in Stettin ein Sohn. — Hrn. Pastor Wilhelm Hänichen in Schönberg ein Sohn. — Hrn. J. L. Jaschke in Ratibor eine Tochter. — Hrn. Gerichtsdirector Kurt Ludwig in Pegau eine Tochter. — Hrn. Julius Merz in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. Referendar Rau in Zwickau ein Sohn. — Hrn. Theodor Raymond in Breslau eine Tochter. — Hrn. G. Reimer in Berlin ein Sohn. — Hrn. Hubert Wilden in Düren ein Sohn.

Gestorben: Hr. Buchhändler H. A. Cronberger in Stuttgart. — Hr. Senator Johann Gottlob Elker in Zittau. — Hr. Commerzienrath Louis Epenstein in Berlin. — Hr. Schullehrer J. G. Frommberger in Ölsendorf. — Gräfin Luise Erdmuthe Bitzthum v. Eckstädt in Dresden. — Frau Bergrathsdirector Julie Wepfer in Stuttgart. — Hr. Rathsassistent Heinz. Wimmer in Breslau.

Digitized by Google

Donnerstag — Nr. 154. — 3. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. ƨDresden. Bauwesen. Der Nothstand. **Aus Sachsen. Realgymnasien. Kurhessischer Landtag. — Kirchliche Conferenz in Luxemburg. Frankfurt a. M. Die gesetzgebende Versammlung.

Preußen. Berlin. Landtag. — Hr. v. Rochow.

Oesterreich. Prag. Die Stände.

Spanien. Die Königin. Monsignore Brunelli.

Großbritannien. Parlament. Geburtstag der Königin. Adresse des Repealvereins. Earl of Clarendon. Hr. Tuffnell. Hr. French. ƨLondon. Die englischen Journale über den Tod O'Connell's.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Journale. Hr. Dumon in der Briefportofrage. Die Postreform und die Kammercorrespondenz. Der Proceß Cubières. Der Prinz von Joinville. Der Herzog v. Montebello. Der Herzog v. Broglie. Die Expedition Bugeaud's.

Schweiz. Wahlen in Bern. Der berner große Rath. Oberst Gmür.

Italien. O'Connell's Leiche. Rom. Die Provinzen. Consistorium. Lady Stuart. Ernennungen. Marchese Dragonetti. Der Wucher. Handelsvertrag.

Türkei. ƟKonstantinopel. Der Tscherkessenkrieg.

Mexico. Proclamation Santa Anna's.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Leipzig. Die Thüringische Eisenbahn. Dresden. Die Sächsisch-Schlesische Eisenbahn. Neapel. Handelsvertrag mit Preußen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

ƨ**Dresden**, 1. Jun. Wie die Baulust hier mit jedem Jahre sich immer bedeutender zeigt, davon gibt z. B. die Seevorstadt den überzeugendsten Beweis. Nicht allein Hunderte von alten Häusern sind niedergerissen und neue dafür erbaut, sondern es sind auch auf der Stelle, wo sonst umfangreiche Gärten und Freckenplätze waren, diese verschwunden und die Häuserreihen ganz neuer Straßen entstanden. Wie innerhalb des Dippoldiswalder, Plauenschen und Falken-Schlags, so wird diese Baulust auch außerhalb derselben bald Raum gewinnen, und der Bauplan, welcher schon früher entworfen ist und die nach Räcknitz und Plauen zu sich ziehenden Felder zu ländlichen Wohnungen ꝛc. benutzen will, ist in diesen Tagen von der Kreisdirection genehmigt; daher wird über kurz oder lang diese Gegend Dresdens eine der lebhaftesten und frequentesten werden, da ohnedem schon Straßen wie die Räcknitzer und Plauensche dieses Terrain durchziehen, unter deren vollendeten Kunstbrücken die Sächsisch-Böhmische Eisenbahn sich ausstreckt, während diese Straßen von früh bis spät von Equipagen, Fracht- und Steinkohlenfuhrwerk ununterbrochen bedeckt sind. Hier in dieses rege Leben und Treiben wollte die Parochie der Annenkirche ihren neuen Kirchhof legen, hier mitten in die Gärten und Wohnungen der Lebenden die Ruhestätte der Todten; allein bis jetzt fehlt zur Erwerbung eines Kirchhofsplatzes auf einem zu diesem Zwecke höchst unpassenden Terrain die Genehmigung der Kreisdirection und des Stadtraths, und hoffen wir, daß diese nie ertheilt werden möge, damit man nicht nach vielleicht schon zehn Jahren die Bewilligung bitter bereut. Mit dieser jährlich immer mehr überhand nehmenden Baulust geht aber auch zugleich eine höchst unreelle Speculation Hand in Hand, und diese neuen, von außen so geschmackvoll sich präsentirenden Häuser sind so erbärmlich zusammengeklebt, daß der Riß, nach welchem sie gebaut sind, gleich nach dem Abputzen an allen Wänden sich zeigt. Wer baut aber auch den größten Theil dieser Häuser? Größtentheils unbemittelte sogenannte Scharmetsmaurer, welche mit 4—500 Thlr. erborgtem Geld einen Bauplatz erstehen, zwei bis drei Häuser schnell wie die Pilze in die Höhe steigen lassen und sie dann verkaufen, um auf einem andern neu erworbenen Orte dasselbe Werk auszuführen. Wie der Käufer zurecht kommt, was der Miethsmann für Unannehmlichkeiten, ja sogar Gefahr in seinem Quartiere zu erwarten hat, wo die Kalkbekleidung von den Wänden springt, sobald eine Stubenthür stark zugeschlagen wird, das kümmert diese Leute nicht, denn in wenigen Jahren sind sie durch ihre Häuserleimerei zu reichen Männern geworden, indem die Baucommissionen Dresdens dieses Unwesen gar nicht zu kennen scheint. — In den nächsten Tagen sehen wir hier mehren Concerten zum Besten der armen Schwarzenberger entgegen, bei welchen unsere hiesigen Gesangvereine und unter diesen der Verein „Odeon" sehr thätig sind, und trotz des Drucks der Theuerung ist es ein eben so erfreuliches als tröstendes Zeichen, daß Regierung und Volk nach Kräften unermüdlich fortwirken, die Noth unserer wahrhaft hülfsbedürftigen Armen zu mildern. Sachsen kann mit Stolz darauf sehen, daß selbst unter den bängsten Besorgnissen in der drückendsten Zeit Ruhe und Vertrauen segensreich gewirkt haben, und durch diese Ruhe, durch dieses Vertrauen hat sich das unermüdliche Streben der sächsischen Regierung, Hülfe und Rath zu schaffen, so weit nur menschliche Kräfte reichen, ebenso aber auch der verständige und gesetzliche Sinn des Volks auf das überzeugendste bewährt.

** **Aus Sachsen**, 1. Jun. Fast gleichzeitig mit der Nachricht von dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenem Antrage der preußischen Stände, daß die Staatsregierung auf die Errichtung von Realgymnasien Bedacht nehmen möge, kam uns die, wie wir annehmen dürfen sicher beglaubigte Kunde zu, daß die sächsische Regierung bereits einen solchen Plan in Berathung gezogen habe und zu diesem Zweck ein Postulat an die nächste Ständeversammlung zu richten beabsichtige. Ein solcher Plan, aus den Bedürfnissen und Richtungen der Zeit hervorgehend, kann nur beifällig aufgenommen werden und wird seine verdiente Anerkennung gewiß auch bei den Ständen finden. Doch ist die Sache so leicht nicht, wie sie vielleicht Manchem erscheinen mag; die Idee derselben, so viel auch bereits darüber geschrieben und verhandelt worden ist, steht gleichwol noch nicht in solcher Klarheit da, daß ihre Verwirklichung nicht Fehlgriffe möglich mache; diese zu vermeiden gebietet aber die Klugheit um so mehr, indem nothwendig nicht nur die gute Sache darunter leiden würde, sondern auch die wohlbekannten Gegner des ganzen Princips über dasselbe von neuem herfallen und sein Wesen entgelten lassen würden, was doch nur auf Rechnung seiner Erscheinungsform gesetzt werden müßte. Man vergesse also nicht, daß es einer neuen, aber zugleich sehr wichtigen Sache gilt, die durch ein glückliches und segenvolles Auftreten sich allgemeine Anerkennung erringen und ihre Gegner zum Schweigen bringen soll. Darum wird fürs erste die materielle Ausstattung der neuen Anstalt eine angemessene und würdige sein müssen, damit sie nicht in Folge der beschränkten Mittel gleich anfänglich in ihrer Wirksamkeit sich behindert und die Entwickelung der ihr zum Grunde liegenden Idee gehemmt sieht. Namentlich wird eine glückliche Wahl der Lehrer von großer Bedeutung sein. Die Zahl Derer aber, die dem Lehrberuf an einer solchen Anstalt völlig gewachsen sind, möchte bei uns noch nicht sehr groß befunden werden. Ferner gebe man nicht dem Gedanken Raum, daß ein Realgymnasium den eigentlichen Realismus zur Grundlage haben müsse; seine Grundlage muß vielmehr der moderne Humanismus sein. Die Zöglinge dieser Anstalt haben den Beruf, daß sie auf dem Wege des modernen Humanismus für Akademien und Universität sittlich erzogen und wissenschaftlich herangebildet werden. Uebrigens wird das Realgymnasium einer Vorbereitungsanstalt, so gut wie die antiken Gymnasien, nicht entbehren können. Man bezüchtige uns deshalb nicht des Optimismus, eine Beschuldigung, womit man gewöhnlich so schnell Diejenigen zurückzuweisen sucht, die dem Erziehungs- und Unterrichtssysteme die möglichste Sorgfalt zugewendet wissen wollen: sobald das Beste nicht nur nothwendig, sondern auch möglich ist, muß es für eine Pflichtversäumniß angesehen werden, seiner Verwirklichung keine Opfer bringen zu wollen. Endlich waltet aber noch folgende Schwierigkeit ob. Das sprachliche Unterrichtsmaterial des modernen Humanismus entbehrt zur Zeit noch einer systematischen Anordnung. Denn wollen wir auch unbedenklich annehmen, daß außer der deutschen Sprache das Französische und Englische den Mittelpunkt der humanistischen Studien bilden — für diese Wahl entscheiden wenigstens praktische Rücksichten —, so bleiben gewisse Fragen noch unerledigt, deren Erledigung man sofort wird wünschen müssen, sobald der Unterricht in den neuern Sprachen wahrhaft gedeihlich ausfallen soll. Diese Fragen sind folgende: Welche Schriftsteller sollen gelesen werden und in welcher Reihenfolge? Sind bereits Ausgaben vorhanden, wie sie der Unterrichtszweck fodert und allein gebrauchen kann? Sind die vorhandenen Chrestomathien anwendbar oder nicht? Inwiefern taugen die zur Zeit gebräuchlichsten Grammatiken und Lexika theils für eine gründliche Erlernung der Sprache, theils für die verschiedenen Klassenziele? Diesen Fragen darf man bei der Begründung eines Realgymnasiums nicht ausweichen, und überhaupt nicht erwarten, daß der sprachliche Unterricht in demselben gedeihen könne

und werde, wenn nicht die Methodik, die bei Erlernung der altclassischen Sprachen befolgt wird, auch hier in Anwendung kommt. Um die noch obwaltenden Schwierigkeiten möglichst bald zu entfernen und unschädlich zu machen, würden wir es für zweckmäßig ansehen, wenn ein Verein von sachkundigen Männern, vielleicht in Folge einer Aufforderung der Staatsregierung selbst, zusammenträte und jene Fragen nicht nur sorgfältig erörterte, sondern auch die Herausgabe von modernen Classikern, Grammatiken und Wörterbüchern dergestalt übernähme, daß ihre Arbeiten als Muster angenommen werden könnten; wäre der Maßstab und der Impuls einmal gegeben, so würde die freie Concurrenz wie bei den altclassischen Schriftstellern die weitere und vollkommnere Entwickelung von selbst herbeiführen. Hier wäre ein Feld für den dresdner Gymnasialverein, wenn er, wie ihm gerathen worden, namentlich Sprachkenner und Historiker, die zum großen Theil auch Schulmänner sind, in seine Mitte aufgenommen hätte; seine Rathschläge und Arbeiten würden gewiß dem Ministerium, wenn sie von solchen Männern ausgingen, nicht unerwünscht sein. Ueberhaupt wird, wie wir glauben, dieser Verein nur dann erst seinen an sich löblichen Zweck gedeihlich zu fördern im Stande sein, wenn er das Ganze der nationalen Erziehungs- und Bildungsfrage auffaßt und gewisse, zu seiner Natur eigentlich nicht gehörige Elemente ausscheidet und durch solche zu ersetzen sich angelegen sein läßt, die durch Bildung und Erfahrung der Sache eben so gewachsen als entsprechend sind.

— Die **kurhessischen** Abgeordneten Nebelthau, Lederer, Vieter, Hast, Schwarzenberg und v. Waitz sind zu Mitgliedern des Legitimationsausschusses erwählt worden.

— Neulich war in **Luxemburg** eine Conferenz mehrer Bischöfe, an denen der Bischof von Lüttich, van Bommel, und die beiden Bischöfe von Trier, Arnoldi und Müller, Theil genommen haben. Die Verhandlungen sind ein Geheimniß; doch erfährt man, daß außer der Angelegenheit Luxemburgs auch andere kirchliche Maßnahmen beschlossen worden sind. (Fr. J.)

Frankfurt a. M., 31. Mai. In der Sitzung unserer gesetzgebenden Versammlung am 1. Mai wurde Berathung gepflogen über den weitern Commissionsbericht, die Geschäftsordnung und insbesondere die Oeffentlichkeit der Sitzungen der gesetzgebenden Versammlung betreffend. (Die neue Geschäftsordnung enthält die heute erschienene Nummer der Mittheilungen vollständig in 51 Paragraphen.) Nach Verlesung des Commissionsberichts hielt der geheime Hofrath Dr. Stiebel einen dem Protokoll beiregistrirten Vortrag. Dessen Schlußantrag, künftig die Namen der Sprechenden im Protokoll zu nennen, führte zu einiger Discussion. Da im Laufe dieser Discussion Dr. Stiebel sich veranlaßt fand, seinen vorgedachten Antrag zurückzunehmen, so wurde solcher nicht weiter verfolgt und auf die vorgelegte neuredigirte Geschäftsordnung übergegangen. Nachdem Dr. Reinganum dieselbe verlesen und Niemand etwas dabei zu erinnern hatte, wurde nunmehr Umfrage über die Anträge der Commission im Ganzen gehalten, und sprach sich die Versammlung einstimmig mit 70 Stimmen für dieselben aus, demnach deren Beschluß dahin ging: 1) die gesetzgebende Versammlung genehmige unter den vorgelegten Planen zur Einrichtung des Zuhörerraums den Plan Nr. 2; 2) ersuche die Versammlung ihr Präsidium, den Abdruck der ergänzten Geschäftsordnung zu verfügen und diejenigen Anordnungen zu erlassen, welche zur Ausführung der die Oeffentlichkeit der Sitzungen betreffenden Zusätze zur Geschäftsordnung erforderlich sind, die hierdurch entstehenden Ausgaben aber auf den Bedürfnißstand der gesetzgebenden Versammlung anzuweisen; 3) sei hohem Senate, in Folge seiner Rückäußerung vom 16. Febr. d. J., dieser Beschluß sub Nr. 2 nebst einer beglaubigten Abschrift der Geschäftsordnung zur gefälligen Kenntnißnahme mittels Protokollauszugs mitzutheilen, sowie demselben auch zu gleichem Behufe später einige Abdrücke der Geschäftsordnung einzusenden seien. (Fr. Bl.)

Preußen.

Berlin, 1. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 29. Mai rief zuvörderst der Abg. v. Bardeleben eine unangenehme und, wie es scheint, von allen Seiten gemisbilligte Debatte hervor, indem er in den Aeußerungen des Landtagscommissars über die Zeit, wo die Regierung von dem Nothstande vollkommen unterrichtet werden sei, Widersprüche finden wollte. Der Landtagscommissar entgegnete ihm und berief sich auch auf die anwesenden Oberpräsidenten v. Bonin und v. Meding, deren Erklärungen viele Stimmen aus den betreffenden Provinzen beitraten. Als der Abg. Stedtmann eine von ihm selbst gemachte Anzeige wegen einer Krankheit des Roggens zur Sprache brachte, auch hervorhob, daß er schon im September den Mangel vorausgesagt, und darauf hin einen Vorwurf gegen das Ministerium aussprach, erfolgten von allen Seiten lebhafte Zeichen der Misbilligung, welche auch einen erneuerten Angriff des Abg. v. Bardeleben unterbrachen, als derselbe eine Aeußerung des Landtagscommissars in entstellter Weise referirte. Graf Schwerin drückte, unter vielstimmigem Bravo, den Wunsch aus, diese Debatte zu verlassen. Es wurden dann noch einige Formalien erörtert, Schriften verlesen und über den Druck der Petitionen verhandelt, deren Censurfreiheit wie die alles Dessen, worüber der Landtag den Druck verlange, anerkannt ward. Dann ging man zu dem Gutachten über die Petitionen auf Aenderung des Patents vom 3. Febr. 1847 mit Rücksicht auf die frühere Gesetzgebung über. Man verlas zuvörderst den Theil, welcher sich auf die periodische Einberufung der Reichsstände und auf die Ausschüsse bezog. Hinsichtlich des ersteren Punktes war die Abtheilung (Referent v. d. Schulenburg), mit Ausnahme einer Stimme, der Ansicht beigetreten, daß aus dem Gesetze vom 17. Jan. 1820 ein Rechtsanspruch, zwar nicht auf jährliche, aber doch auf eine periodische Zusammenberufung der reichsständischen Versammlung in kurzen, regelmäßigen Fristen hervorgehe, und hatte eine desfallsige, insbesondere auch auf Nützlichkeitsgründe gestützte Bitte einstimmig, in ihrer Mehrheit auch die Bitte um eine zweijährliche Einberufung befürwortet. Hinsichtlich der Ausschüsse war sie über die Frage, ob aus der frühern Gesetzgebung ein Rechtsanspruch auf Wegfall der Ausschüsse in ihrer jetzigen Einrichtung vorhanden sei, getheilt: 10 Stimmen bejahend, 8 verneinend, einstimmig aber darüber, daß dieses Bestehen der Ausschüsse in ihrer jetzigen Gestalt und ohne Auftrag und Instruction von den Reichsständen nicht wünschenswerth sei. Hierauf hielt der Justizminister v. Savigny folgende Rede:

„Es sind aus sehr verschiedenartigen Gründen theils in einzelnen Petitionen, theils auch in dem Gutachten der Abtheilung mehr oder weniger Modificationen in den Gesetzen vom 3. Febr. d. J. und zunächst, wovon jetzt die Frage vorliegt, in dem Punkte beantragt worden, daß man verlangt, es solle künftig eine periodische Zusammenberufung des Vereinigten Landtags stattfinden. Die Gründe sind größtentheils hergenommen von der Zweckmäßigkeit einer solchen neuen, jetzt gewünschten Einrichtung; mehre derselben aber gehen aus von der Behauptung, daß schon aus den frühern Gesetzen ein solches Verlangen abgeleitet werden könne, daß also zwischen dem Mangel einer solchen periodischen Einberufung, welcher wahrgenommen werde in dem Gesetze vom 3. Febr. d. J., und dem Inhalte der frühern Gesetze sich mehr oder weniger ein Widerspruch finde. Ich will mich jetzt auf diesen letzten Punkt beschränken und der hohen Versammlung eine Prüfung der Gründe, die sich auf das Verhältniß der frühern Gesetze zu dem Gesetz vom 3. Febr. 1847 beziehen, vortragen. Um aber von vorn herein jedem möglichen Misverständnisse vorzubeugen, halte ich für nöthig, den Gesichtspunkt festzustellen, von welchem aus diese Prüfung aufzufassen ist. Nach dem Inhalte der durch die Adresse veranlaßten königlichen Botschaft kann jetzt nicht die Frage davon sein, durch einen Beschluß festzusetzen den Umfang der dem Vereinigten Landtage zustehenden Rechte; allein es kann, indem jetzt über eine Bitte um Abänderung einzelner Stücke des Gesetzes vom 3. Febr. d. J. berathen wird, bei den einzelnen Mitgliedern sehr wohl ein Motiv zu einer solchen Bitte unter Anderm auch darin gefunden werden, daß sie die vollständige Uebereinstimmung des Gesetzes vom 3. Febr. 1847 mit den frühern Gesetzen nicht anzuerkennen vermögen. Von diesem Gesichtspunkt aus, glaube ich, muß diese Prüfung aufgefaßt werden, und auch ich werde mich auf diesen Gesichtspunkt stellen. Die Gründe, welche aufgestellt worden sind, um zu beweisen, daß es an einer solchen vollständigen Uebereinstimmung in Beziehung auf die periodische Einberufung fehle, sind von zweierlei Art. Einer derselben ist ganz speciell, indem er aus einer einzelnen Gesetzesstelle entnommen ist, der andere hat eine mehr allgemeine Natur, er gründet sich auf eine Combination vieler Stellen. Beide Gründe werde ich trennen.

Zuerst wird ein Grund hergenommen aus einer einzelnen Gesetzesstelle, nämlich aus dem §. 13 des Gesetzes vom 17. Jan. 1820. Dieser §. 13 lautet so: «Endlich ist die Staatsschulden-Verwaltungsbehörde verpflichtet, der künftigen reichsständischen Versammlung alljährlich Rechnung zu legen. Bis zur Einberufung derselben tritt der Staatsrath an deren Stelle.» Aus dieser Stelle wird eine vom Gesetzgeber übernommene Verpflichtung abgeleitet, die künftige reichsständische Versammlung jährlich einzuberufen. Eine Verpflichtung ist hier wirklich übernommen, es fragt sich nur: welche Verpflichtung und gegen wen? Allerdings hatte der Gesetzgeber die Absicht gehabt, gegen die Creditoren in dieser Stelle eine Verpflichtung zu übernehmen, dafür zu sorgen, daß alljährlich über die Staatsschulden und deren Verwaltung Rechnung gelegt werde, und zwar in einer sichern, mit gewisser Feierlichkeit umgebenen Weise. Diese Rechnung, ist gesagt, soll alljährlich der reichsständischen Versammlung gelegt werden, zunächst aber, und bis solche stattfindet, dem Staatsrathe. Es fragt sich nun, ob diejenige Einrichtung, die das Gesetz vom 3. Febr. d. J. der beabsichtigten Rechnungslegung von jetzt an gibt, irgend im Widerspruch steht mit der frühern Ankündigung, ob diese irgend einen begründeten Anspruch der Creditoren aus dem Art. 13 des Gesetzes von 1820 unerfüllt läßt. Ich muß dies durchaus bestreiten, indem das Gesetz vom 3. Febr. vorschreibt, daß die Deputation, welche zu der Rechnungslegung mitwirken soll, gebildet werde aus Mitgliedern der Stände, daß sie gewählt werde von den Ständen. Dadurch ist diese Deputation gerade die ständische Behörde geworden, an welche nach der Ankündigung des Art. 13 die Rechnungslegung erfolgen soll, und sie erhält dazu ihren Auftrag keineswegs durch die wählende Behörde, sondern unmittelbar aus dem Gesetz. Man könnte gegen die Rechtsgültigkeit eine Einwendung etwa daher entnehmen, daß man behauptete, es sei dieser Act zu wichtig und stehe deshalb außer Verhältniß mit einer so wenig zahlreichen Behörde. Diese Behauptung würde einigen Schein haben, wenn in der ständischen Mitwirkung zu der Rechnungslegung ein gefährlicher bindender Act enthalten wäre. Der einzige bindende Act ist in der Decharge enthalten, und der Gesetzgeber hat sich neben der Mitwirkung des Staatsraths, sowie der reichsständischen Versammlung, die Decharge selbst vorbehalten. Es ist ausdrücklich hinzugefügt, daß der Staatsrath wie die reichsständische Versammlung sich beschränken solle auf Erstattung eines prüfenden Gutachtens. Zu diesem Gutachten aber ist ganz gewiß die im Gesetz vom 3. Febr. angeordnete Deputation eben so geeignet, ja noch mehr, als eine so zahlreiche Versammlung wie der Vereinigte Landtag. Insofern muß behauptet werden, daß durch diese Einrichtung Das nicht unerfüllt gelassen ist, was das frühere Gesetz angekündigt hatte. Es soll dabei nicht bestritten werden, daß aus dem Ausdrucke des Gesetzes von 1820 Artikel 13 die Meinung entstehen konnte, als werde künftig alljährlich eine größere Versammlung berufen wer-

den. Zwischen einer solchen Erwartung und einem verliehenen Recht ist ein großer Unterschied. Es soll ferner nicht behauptet werden, daß dem Gesetzgeber von 1820 diejenige besondere ständische Gliederung vor Augen gestanden habe, welche jetzt durch das Gesetz vom 3. Febr. eingeführt ist. Dies gehörte damals zu den unbestimmt gelassenen Punkten, worüber eben, weil sie unbestimmt gelassen waren, der Gesetzgeber sich die freie Verfügung vorbehalten hatte, welchen Vorbehalt er in dem Gesetze von 1823 ausdrücklich wiederholt hat. Es muß aber behauptet werden, daß der Gesetzgeber durchaus nicht die Absicht gehabt hat, sich für die künftige Art der Einrichtung auf irgend eine Weise die Hände zu binden. Die Absicht des Gesetzes wird für jeden unbefangenen Leser des Artikels 13 gewiß nur darin gesucht werden können, die möglichste Sicherheit den Creditoren zu gewähren; und es ist stets und allgemein anerkannt worden, daß jedes Gesetz nur aus dem Gedanken erklärt werden müsse, welchen der Gesetzgeber hat hineinlegen wollen. Im Wesentlichen scheint mit die Abtheilung mit den hier gewonnenen Resultaten übereinzustimmen, denn sie hat erklärt, daß aus Artikel 13 ein Rechtsanspruch auf alljährliche Einberufung der reichsständischen Versammlung nicht abgeleitet werden könne. Kann aber daraus ein Rechtsanspruch auf alljährliche Einberufung nicht abgeleitet werden, so kann überhaupt kein ähnlicher Anspruch darauf gegründet werden, da augenscheinlich Artikel 13 nur von alljährlichen Versammlungen spricht.

Was die allgemeinern Gründe betrifft, so habe ich schon voraus erklärt, daß diese nicht entnommen sind aus irgend einer einzelnen Gesetzesstelle, sondern aus der Combination mehrer Aeußerungen der frühern Gesetze, also aus einem Totaleindrucke derselben, und diese hängen nun großentheils zusammen mit dem folgenden Punkte, worauf gleichfalls der Vortrag des Hrn. Referenten schon gerichtet gewesen ist, nämlich mit der Einberufung der Ausschüsse. Beides hängt wesentlich hier zusammen, die Gründe sind auch zum Theil wörtlich wiederholt oder ergänzt auf Seite 5 und 11 des Gutachtens. Es ist nämlich behauptet worden, daß durch die frühern Gesetze reichsständische Versammlungen angekündigt worden seien mit solchen Attributionen, deren Erledigung nur gefunden werden könne unter der Voraussetzung einer periodischen Wiederkehr solcher Versammlungen. Daraus wird also die Nothwendigkeit der periodischen Wiederkehr einer reichsständischen Versammlung überhaupt abgeleitet. Nun ist allerdings in dem Gesetze vom 3. Febr. d. J. ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Ausschüsse periodisch wiederkehren sollen. Es wird aber ferner die Behauptung aufgestellt, daß in jedem Falle nur der Vereinigte Landtag könne betrachtet werden als wahre reichsständische Versammlung im Sinne der frühern Gesetze, daß also die Nothwendigkeit periodischer Einberufung einer reichsständischen Versammlung, die durch die frühere Gesetzgebung begründet und in Aussicht gestellt wurde, identisch sei mit der periodischen Einberufung des Vereinigten Landtags, indem den Ausschüssen der Name und die Eigenschaft einer reichsständischen Versammlung nicht beigelegt werden könne.

Dieses ganze Argument hängt also zusammen mit der Beweisführung, daß Name und Eigenschaft einer reichsständischen Versammlung im Sinne der frühern Gesetzgebung nur allein dem Vereinigten Landtage zukommen und in keinem Falle gebunden werden können an eine andere Art der Versammlungen, die durch das Gesetz vom 3. Febr. d. J. eingeführt werden. Auf diese Beweisführung kommt Alles an, und diese ist auch in der That durch mehre Gründe versucht worden. Der erste Grund wird darin gesetzt: das Gesetz vom Jahr 1823 verordne ausdrücklich, daß die künftige reichsständische Versammlung aus den Provinzialständen hervorgehen solle. Nun aber gehe, wie auch im Gutachten bemerkt ist, nur allein der Vereinigte Landtag wirklich aus den Provinzialständen hervor, die andern, durch das Gesetz vom 3. Febr. eingeführten Versammlungen nicht, also könne nur jener, nicht diese Anspruch darauf machen, als reichsständische Versammlung angesehen zu werden. Es fragt sich aber, wie sollen denn die andern Versammlungen, die Ausschüsse und die Deputation, nach der Verordnung vom 3. Febr. entstehen? Sie sollen gebildet werden lediglich aus Mitgliedern der Stände. Wenn diese Bildung derselben, diese Auswahl derselben aus Mitgliedern der Stände auf irgend eine ganz willkürliche Weise, z. B. durch das Loos, angeordnet wäre, so würde selbst dann nicht bezweifelt werden können, daß sie aus den Provinzialständen hervorgingen. Aber eine solche Anordnung ist nicht geschehen. Das Gesetz vom 3. Febr. sagt vielmehr ausdrücklich, sie sollen nicht nur aus Mitgliedern der Provinzialstände bestehen, sondern sie sollen auch, wie es bei den Ausschüssen heißt, durch die Vertreter der einzelnen Provinzen gewählt werden, oder, wie bei der Deputation gesagt wird, von den Ständen dieser Provinz. Indem sie also ausschließend bestehen aus Mitgliedern der Provinzialstände und zugleich durch dieselben gebildet und gewählt werden sollen, ist es in der That schwer zu begreifen, wie solchen Versammlungen, die auf diese ausschließend ständische Weise entstehen, die Eigenschaft versagt werden könne, aus den Provinzialständen hervorgegangen zu sein, wie also hierin eine Abweichung gefunden werden möge, sei es vom Geist und Sinn, sei es vom Wortlaute des Gesetzes von 1823, nach welchem allerdings die künftige reichsständische Versammlung hervorgehen soll aus den Provinzialständen.

Der zweite Grund ist daraus hergenommen, daß in mehren Stellen der frühern Gesetze nur von Einer reichsständischen Versammlung die Rede sei, nicht von mehren, daß also die reichsständische Versammlung, die in Aussicht gestellt und angekündigt wurde, stets im Singular erwähnt werde, daher also dieser Ausdruck und die damit verbundene Eigenschaft nicht bezogen werden könne auf mehre und verschiedenartige Versammlungen, wie sie begründet sind durch die Gesetze vom 3. Febr. d. J. Es wird noch hinzugefügt, die Fortdauer der frühern Gesetze werde in den Gesetzen vom 3. Febr. ausdrücklich anerkannt, indem diese Gesetze vom 3. Febr. sich nur als Fortbau der frühern Gesetze ankündigten. Gerade aber in diesem letzten Ausdrucke liegt nicht sowol eine Widerlegung, als vielmehr eine Berichtigung der ersten Behauptung. Indem nämlich das Gesetz vom 3. Febr. sich als einen Fortbau der frühern ständischen Gesetzgebung ankündigt, hat es eben damit nicht anerkennen wollen, daß die frühern Gesetze in ihrer eigenthümlichen Form und Begrenzung fortbestehen und nebenher fortwirken sollen. Jene Gesetze vom 3. Febr. erklären sich vielmehr als eine Fortsetzung und Fortentwickelung derselben.

Nun ist nicht zu läugnen, und schon früher bei einer andern Gelegenheit eingeräumt worden, daß zu der Zeit als die Gesetze von 1820 und 1823 erschienen, noch nicht bestimmt daran gedacht war, die besondere Form und Gliederung der ständischen Organe einzuführen, wie sie jetzt aus den Gesetzen vom 3. Febr. d. J. hervorgegangen sind; allein es ist eben so wenig eine solche Form und Gliederung dort verneint, und ich muß wiederholen, es geht aus dem klaren Inhalte der frühern Gesetze unzweifelhaft hervor, daß dies Alles absichtlich damals unbestimmt gelassen und dem fernern Ermessen und Gutfinden vorbehalten worden ist. Daher konnten auch die frühern Gesetze von mehren reichsständischen Versammlungen, an die sie nicht dachten, nicht sprechen. Sie haben aber eben so wenig ein Hinderniß in den Weg gelegt, daß bei der fernern Erwägung Desjenigen, was für zweckmäßig befunden würde, mehre für die Zukunft eingeführt würden. Insofern also kann man zwar zugeben, daß durch die Art des Ausdrucks der frühern Gesetze die Erwartung erregt sein mag, es werde künftig nur eine einzige reichsständische Versammlung erscheinen; aber es kann nicht zugegeben werden, daß dadurch für irgend Jemand ein Recht hieraus entstanden wäre; oder, mit andern Worten, es kann nicht zugegeben werden, daß durch den in den frühern Gesetzen gebrauchten Singularis irgend eine Beschränkung des freien, ausdrücklich vorbehaltenen Ermessens begründet werde, die ständische Gliederung so einzuführen, wie sie jetzt durch das Gesetz vom 3. Febr. d. J. eingeführt worden ist.

Ein dritter Grund, aus welchem es unmöglich sein soll, mehre solche ständische Organe neben einander anzuerkennen, welchen allen der Name und die Eigenschaft einer reichsständischen Versammlung mehr oder weniger zugeschrieben werden könne, ein dritter Grund dieser Art, sage ich, wird hergenommen aus dem abstracten Begriffe der Corporation. Es wird nämlich behauptet, es liege in der Natur einer jeden Corporation, daß ihre Functionen nur einheitlich ausgeübt werden können. Da nun die reichsständische Versammlung, welche angekündigt worden, eine Corporation sein sollte, so könne nur eine reichsständische Versammlung nach dem abstracten Begriffe der Corporation überhaupt gedacht werden. Dieses Argument wird schon dadurch entkräftet, daß bekanntlich die meisten und wichtigsten Corporationen in ihren verschiedenen Functionen mannichfaltig gegliedert sind, nicht blos in unserer Städteordnung, sondern auch in den städtischen Verfassungen, die in Deutschland seit vielen Jahrhunderten sich ausgebildet und erhalten haben. Die politischen Functionen der städtischen Gemeinden sind an sehr verschiedene Organe und Collegien vertheilt, und es ergibt also der abstracte Begriff der Corporation kein Hinderniß für eine solche Vertheilung.

Endlich wird noch ein letzter Grund daher genommen, daß gesagt wird, die Krone habe in den frühern Gesetzen nur den Vorbehalt gemacht, das Wie hinsichtlich der Einführung einer allgemeinen Landesrepräsentation zu bestimmen. So wie sie einmal, was durch die Gesetze vom 3. Febr. d. J. geschehen sei, irgend etwas, was den Namen der Landesrepräsentation führen könne, eingeführt habe, habe jenes fernere Recht aufgehört, und es sei kein anderer Vorbehalt des freien Ermessens in den frühern Gesetzen gemacht worden, als lediglich in Beziehung auf den Act der Einführung. Nun sagt aber das Gesetz von 1823 ganz ausdrücklich: «Wann eine allgemeine Zusammenberufung der allgemeinen Landstände erfoderlich sein wird und wie sie dann aus den Provinzialständen hervorgehen sollen, darüber bleiben die weitern Bestimmungen vorbehalten.» Hieraus geht nun klar hervor, daß das frei vorbehaltene Wie sich nicht blos auf den Act der Einführung, sondern gerade vorzugsweise auf den Act der Bildung, der Zusammensetzung, der Organisation der verheißenen Reichsstände beziehen sollte, also gerade auf Dasjenige, was in den Gesetzen vom 3. Febr. d. J. in der That vollzogen worden ist. Es kann also nicht zugegeben werden, daß der Vorbehalt auf den Act der Einführung beschränkt gewesen sei, denn der freie Vorbehalt bezog sich vielmehr auf die ganze Einrichtung. Es ergibt sich nun, wie ich glaube, aus allen diesen Betrachtungen, daß keiner der Beweise zutrifft, wodurch man versucht hat darzuthun, daß der Name und die Eigenschaft der reichsständischen Versammlungen ausschließlich auf den Vereinigten Landtag bezogen werden dürfe, nicht auf die andern daneben bestehenden ständischen Organe, welche durch die Gesetze vom 3. Febr. d. J. eingeführt worden sind. Erwägt man unbefangen die Art, wie von reichsständischen Versammlungen in den frühern Gesetzen die Rede ist, so kann, glaube ich, kein Zweifel sein, daß der damalige Ausdruck «Reichsständische Versammlung», durchaus keine andere Bedeutung hat, als den Gegensatz gegen provinzialständische Versammlungen zu bezeichnen. Es ist der Ausdruck «reichsständisch» gleichbedeutend mit «centralständisch», und sonach glaube ich, daß die Eigenschaft und der Name solcher reichsständischen Versammlungen nach dem wahren Sinn und Inhalte der frühern Gesetze ebensowol der einen als der andern derjenigen Organisationen zugeschrieben werden muß, wie sie die Gesetze vom 3. Febr. d. J. eingeführt haben."

Nach Beendigung derselben trug der Graf v. Schwerin, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache und den europäischen Ruf des Redners, darauf an: die Berathung über diese Angelegenheit bis nach dem Drucke der Rede auszusetzen, wofür sich auch die Mehrzahl der Versammlung aussprach. (A. P. Z.)

— Ueber Hrn. v. Rochow wird der Bremer Zeitung geschrieben: „Der Marschall der zweiten Curie ist bekanntlich Hr. Adolf v. Rochow. Wie der Fürst von Solms-Lich den rheinischen Provinzialständen, so hat Hr. v. Rochow den Ständen der Mark schon öfter präsidirt, und ist stets in Friede und Freundschaft mit ihnen fertig geworden. Er ist Hofmarschall, dabei ein märkischer Edelmann von einfachem, geradem Wesen, das sich eben so bezeichnend, wie bei dem Fürsten v. Solms-Lich, jedes in seiner Weise, auch in seiner hohen Gestalt und in den Zügen seines Gesichts abspiegelt, in welchem ein weißlicher Schnurrbart den ehemaligen Offizier erkennen läßt. Hr. v. Rochow hat nicht die ausgedehnten Kenntnisse noch die hervortretenden staatsmännischen und sonstigen Fähigkeiten des Marschalls der ersten Kammer. Er ist Aristokrat wie dieser, und wie er offen vor der Kammer bekannt hat, den Grundsätzen eines «sonverainen» Königthums zugethan, dabei des Monarchen ergebener Diener und treuer Freund, zugleich aber auch ein Mann von unerschütterlicher Rechtschaffenheit und unwandelbarer Pflichttreue. Milden Herzens und

reiner Sitte, läßt er Jedem sein Recht widerfahren, und etwas Rührendes hat es, ihn laut bekennen zu hören, daß er sich geirrt habe; oder, wenn er seine Ueberzeugung vertritt und darauf beharrt, sein Bedauern zu vernehmen, daß er mit so vielen wackern Männern sich im Streite befinde und doch nicht anders könne als ihnen zu widerstreben. Der ganze Charakter des Marschalls v. Rochow beruht auf religiöser Grundlage. Er ist ein frommer Christ, der jeden Sonntag die Kirche besucht; doch seine Glaubenstreue ruht auf wahrhaft edlem Boden seines Gemüths und gibt ihm einen schönen Muth, nach Recht und Pflicht und Gewissen im Namen Gottes zu thun, was er übernommen hat, und dabei weder rechts noch links zu sehen. Ein solcher Marschall, dessen Parteilosigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, muß die Sympathien der zweiten Curie besitzen, die seine Redlichkeit wie seine herzliche Einfachheit ehrt und liebt und selbst, wo er in Opposition zur Majorität tritt, anerkennt, daß seine wahrhafte Ueberzeugung es ihm gebiete. Diese Rechtschaffenheit und Herzensgüte, verbunden mit einer einfachen praktischen Verständigkeit und Geschäftskenntniß, rechtfertigen die Wahl des Monarchen."

Oesterreich.

Prag, 25. Mai. Es sind nun bald vier Wochen, daß unsere Stände hier versammelt sind, und allem Anscheine nach dürfte die gegenwärtige Session eine der lebhaftesten und interessantesten werden, welche seit vielen Jahren gehalten worden. Am 3. Mai begann die ständische Versammlung und dauerte — mit einer zweitägigen Unterbrechung, veranlaßt durch den Tod des Erzherzogs Karl und die Absendung einer zahlreichen Deputation zu seiner Beerdigung — bis zum 16. Mai. Am folgenden Tage wurde der Postulatenlandtag für das nächstkommende Verwaltungsjahr 1848 feierlich eröffnet und dürfte wol bis zu Ende dieses Monats währen. Der Bericht des Comité zur Wahrung der ständischen Rechte rücksichtlich der Privilegien und Freiheiten der böhmischen Stände wurde von den versammelten Ständen mit einigen formellen Abänderungen angenommen, in der Art, daß die Stände eine alleruntherthänigste Vorstellung an den Kaiser zu richten beschlossen, worin sie ihre mit den Anträgen des Comité übereinstimmende Ansicht über die Rechtsgültigkeit und den Bestand ihrer verfassungsmäßigen Stellung aussprechen, ohne jedoch der ihnen zu Gebote stehenden Rechtsmittel gegen etwanige Verfassungsverletzungen zu erwähnen, zugleich aber eine vollständige Abschrift des Comitéberichts beischließen. Zur Verewigung des Andenkens an den Erzherzog Karl beschlossen die Stände, demselben zu Prag ein passendes Denkmal zu errichten. Die Frage: ob der im vorigen Jahre von den Ständen angenommene Repartitionsmaßstab der Grundsteuer unter den Dominical- und Rusticalbesitz auch fernerhin als Richtschnur zu dienen habe, wird zwar erst in diesen Tagen zur Sprache kommen, dürfte jedoch in Anbetracht des diesjährigen Nothstandes aller Wahrscheinlichkeit nach unerörtert bleiben, und somit der vorjährige Maßstab stillschweigend beibehalten werden. Ueber den Zustand unserer Preßgesetzgebung und die Censurverhältnisse entspann sich eine lebhafte Debatte, welche die Sitzungen vom 11. und 12. Mai ausfüllte. Mit eminenter Majorität (80 Stimmen gegen 7) wurde beschlossen, eine Vorstellung an den Kaiser zu richten, um die Nothwendigkeit und den Nutzen einer entsprechenden Abänderung der gegenwärtig bestehenden Censurvorschriften darzustellen, und damit die Bitte zu verbinden, der Kaiser möchte eine freimüthige bescheidene Besprechung der innern Landesangelegenheiten sowol als freiere Bewegung in der Wissenschaft gestatten. (A. Z.)

Spanien.

Die Rückkehr der Königin von Aranjuez wird jetzt am 26. oder 27. Mai erwartet, und es heißt, daß ihr Gemahl mit ihr zugleich nach Madrid kommen werde. Man erzählt sogar, die Königin beabsichtige ihn im Pardo zu überraschen, und nach einem dort gegebenen Feste werde der Hof sich in die Hauptstadt begeben, wo er bis Mitte Juni zubringen und dann nach La Granja gehen wolle.

— Der päpstliche Nuntius Monsignore Brunelli kam am 24. Mai auf der Reise nach Madrid durch Pamplona.

Großbritannien.

London, 28. Mai.

Heute war das Parlament zum ersten Mal nach den Pfingstferien wieder versammelt. Die portugiesischen Verhältnisse gaben im Oberhause zu einer Anfrage Lord Brougham's Veranlassung, ob die Regierung wol geneigt sein würde, eine angeblich zwischen England, Frankreich und Spanien über eine Intervention in Portugal getroffene Uebereinkunft vorzulegen. Der Geheimerathspräsident Marquis of Lansdowne behielt sich für die nächste Sitzung die Antwort vor. Lord Portman brachte die Verwendung der für die Abgebrannten von St. Johns auf Neufundland gesammelten Gelder zur Sprache, wozu die erfolgte Anweisung von 60,000 Pf. St. davon zum Wiederaufbau einer Kirche Anlaß gegeben hatte. Das Haus beschloß eine Adresse an die Königin mit der Bitte, daß hinfüro amtliche Rechenschaft von der Verwendung in solchen allgemeinen Collecten mit königlicher Bewilligung gesammelter Gelder abgelegt werden möge. Die Werbebill für die Armee erhielt die dritte Lesung und passirte.

Im Unterhause zeigte Lord J. Russell an, daß er am 31. Mai die Aufmerksamkeit des Hauses für die Erwägung der von den Lords zu der irischen Armenbill beliebten Amendements in Anspruch nehmen werde. Als der Antrag gestellt wurde, das Haus möge sich in ein Bewilligungscomité verwandeln, erhob Hr. Hume die Frage, ob die Regierung nicht geneigt sei, die dem englischen Agenten in Portugal ertheilten Instructionen, nach denen sie bei der Einmischung in den dortigen Angelegenheiten verfahren, dem Hause vorzulegen? Lord J. Russell versetzte, daß dies für jetzt nicht angehe, zur geeigneten Zeit aber erfolgen werde. Hr. Hume entgegnete, bevor diese geeignete Zeit komme, dürfte das Uebel geschehen sein, was er besorge, und richtete nun an Lord Palmerston die Aufforderung, zu erklären, ob die britischen Befehlshaber und Autoritäten wirklich mit den Waffen in den portugiesischen Wirren zu interveniren gedroht hätten, wenn gewisse Bedingungen keine Annahme fänden. Lord Palmerston, Staatssecretair des Auswärtigen, erwiderte, die mit Frankreich, Spanien und Portugal im Einvernehmen handelnde Regierung der Königin sei bei der Vorbereitung von Maßregeln, welche die Pacification von Portugal bezweckten. Während das geschehe, müsse er Näheres darüber mitzutheilen verweigern. Sobald indeß die geeignete Zeit dazu gekommen sein werde, von dem Verfahren der Regierung Rechenschaft zu geben, hoffe er dem Hause den Beweis zu führen, daß Alles geschehen sei, was man erwarten konnte. Hr. Hume beruhigte sich dabei noch keineswegs, sondern wollte wissen, ob Zwangsmaßregeln und wenn ja, auf Grund welcher Verträge sie ergriffen worden wären. Lord Palmerston blieb jedoch bei seiner Weigerung, weil die Verbündeten der Königin bei dieser Angelegenheit betheiligt wären, Hr. Hume aber kündigte zum 31. Mai neue Interpellationen über diese wichtige Frage an. Sir R. Peel bemerkte, wie er von gemeinsamen Maßnahmen mit Spanien, Frankreich und selbst Portugal gehört zu haben glaube; daher wünsche er zu wissen, ob das Beschlossene die Folge friedlicher Vereinbarung, unabhängig von der Quadrupelallianz, oder auf Grund der angeblichen Verbindlichkeiten dieses Vertrags beliebt worden sei. Lord Palmerston erklärte, daß es die Folge einer Vereinbarung, an der Portugal selbst Theil genommen, und nicht aus der Quadrupelallianz hergeleitet sei (in unserem gestrigen Blatt ist bereits der Inhalt des über diese Vereinbarung von den Bevollmächtigten der vier Mächte unterzeichneten Protokolls mitgetheilt). Vom Schatzkanzler wurde auf eine Anfrage versichert, daß in dem Maße, als die Zahl der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Leute sich vermindert habe, auch die der zur Beaufsichtigung verwendeten Personen verkleinert worden sei. Von Hrn. Ewart wurde ein Antrag auf Einführung einer durchaus directen Besteuerungsart anstatt der jetzigen indirecten Steuern gestellt. Nach einer längern Besprechung der Sache, wobei der Schatzkanzler jedes Eingehen auf den Ewart'schen Vorschlag für jetzt ablehnte und erklärte, daß die Einkommen- und Vermögenssteuer nächstes Jahr vor das Haus kommen werde, wurde der Antrag zurückgezogen und das Haus verwandelte sich nun in ein Gesammtcomité für Geldbewilligungen.

— Gestern war der Tag der officiellen Feier des Geburtstags der Königin, welche das 28ste Jahr antrat. Alle Glocken Londons läuteten am frühen Morgen, die nationale Flagge wehte von allen königl. Gebäuden an der Themse entlang, und die Schiffe im Strome hatten sich mit den Farben aller Nationen geschmückt. Zu der Inspection im St. Jamespark rückten die Garden in neuen Uniformen aus, und mit dem Herzog v. Wellington erschienen die Feldmarschälle Prinz Albert und Herzog von Cambridge, sowie der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar, der Erbprinz von Lucca, der Großfürst Konstantin mit seinen Begleitern. Das günstige Wetter hatte eine Unmasse Zuschauer herbeigeführt. Im St. Jamespalaste war Nachmittags großer Empfang, der glänzendste und zahlreichste dieser Saison, zu dem die Königin mit ihrem Gemahl und vom Prinzen von Leiningen begleitet um 2 Uhr vom Buckinghampalast eintraf. Nachdem sie im königl. Closet zuerst die Erzbischöfe und Bischöfe, für welche der Erzbischof von Canterbury das Wort führte, dann die Mitglieder der königlichen Familie, den Großfürsten Konstantin, den Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar sowie den Prinzen von Lucca empfangen hatte, begab sie sich nach Entlassung der Bischöfe mit dem ganzen erlauchten Cirkel nach dem Thronsaale. Der Zudrang war so zahlreich, daß die Gemächer die Harrenden kaum zu fassen vermochten. Die Cabinetsminister und Würdenträger gaben Abends Bankets zu Ehren des Tages, die Theater, die Gebäude der Clubs sowie die Wohnungen und Läden der Hoflieferanten und -Handwerker waren illuminirt. In Portsmouth flaggten alle Schiffe, die ganze Besatzung rückte auf die Wälle aus, und als um 12 Uhr das Linienschiff Victory eine königl. Salve von 21 Kanonenschüssen gab, die von allen Kriegsschiffen im Hafen wie auf der Rhede von Spithead beantwortet wurde, gab die rings auf den Wällen aufgestellte Mannschaft nach jedem siebenten Schuß ein Freudenfeuer, dem drei donnernde Hurrahs folgten. Auch hier wie zu Woolwich und andern Orten fanden Bankets und andere Festlichkeiten statt.

— Der Repealverein hielt zu Dublin am 26. Mai die wegen O'Connell's Tod verschobene Sitzung unter Leitung des Hrn. M'Loughlin. Die Halle war schwarz ausgehangen und der von Daniel O'Connell gewöhnlich eingenommene Stuhl in Flor gehüllt. Ein außerordentlich zahlreiches Publicum war versammelt, dem Hr. Steele ankündigte, daß die

Tagesordnung in tiefer Stille erledigt werden solle. In kurzer eindringlicher Rede gedachte der Vorsitzende dann des Verlustes, der sie Alle in tiefe Trauer stürze. Schweigend hörten ihn Alle an, und beiweitem die meisten Anwesenden weinten bitterlich. Nachdem sodann Hr. O'Hea einige gedrängte Bemerkungen über die Verdienste des großen Verblichenen vorausgeschickt und die Aufforderung an Irland ausgesprochen hatte, dem von ihm proclamirten Grundsatze der Ruhe, der Ordnung und des Friedens stets treu zu bleiben, verlas er folgende Adresse des loyalen und nationalen Repealvereins an das irische Volk:

„Brüder und Landsleute! O'Connell ist nicht mehr; der beseelende Geist Irlands ist dahin gegangen, das Licht der Nationen ist verlöscht! Weint und wehklagt und laßt euern Kummer ohne Grenzen sein, o Kinder Irlands! denn voll ist der Kelch eurer Trübsal und der Umfang eures Leidens ist unbemessen. Der Stolz eurer Herzen ist gefällt worden, die Glorie Erins ist genommen, der Befreier unsers Vaterlandes ist dahin gegangen! Dem Allmächtigen hat es gefallen, uns mit einer Zeit der Drangsal aufs Aeußerste heimzusuchen; Seuchen und Hungersnoth lasten auf unserm Volke und in fremdem Lande, in weiter Ferne von seiner geliebten Heimat liegt der Kämpfer für Irlands Freiheiten dahingestreckt. Ach, wir mögen schon klagen um ihn, da das gesammte Menschengeschlecht seinen Verlust betrauert und das Trostlose unsers Verlusts die Welt betrübt. Brüder und Landsleute! Wie am besten sollen wir darthun, daß wir ihn im Leben geliebt und um ihn trauern, nun er todt ist! Dadurch, daß wir seine Grundsätze verehren, seinen Geboten gehorchen, dieselben edlen Zwecke auf dem von ihm betretenen Friedenswege verfolgen. In einem Sinne, dem wahren Sinne, ist O'Connell nicht todt! Männer von seiner Art können nie sterben. Alles vergeht, was sterblich ist, allein der unsterbliche Theil bleibt. Sein Geist, Brüder und Landsleute! weilt fortwährend bei uns. Seine Lehren sind unter euch und unter der Welt für immer verbreitet. Keine Zeit vermag das Vorbild seiner Weisheit zu vertilgen. Wir, verbunden wie wir mit ihm hier waren, sind entschlossen, bei seinen Grundsätzen zu beharren, zu bleiben bei seinen Lehren, und zwar bei ihnen allein. Das ist unser fester und unabänderlicher Wille. Eine große Lücke macht sich fühlbar durch die ganze Welt! Wer soll sie ausfüllen? Welche Nation, welches Volk hat nicht einen Wohlthäter verloren? Unser Vaterland verlor seinen Führer und Leiter. O laßt es ferner geleitet werden von seiner Weisheit und geführt unter seinem Banner! Sein Pfad war der des Friedens. Er ging auf dem Wege von Gesetz und Ordnung. Seid eingedenk des Wahlspruchs dieses Vereins, der Moral seiner Weisheit und Erfahrung; wer da ein Verbrechen begeht, gibt dem Feinde Gewalt. Bei seinen langen und treuen Diensten, bei dem edlen Beispiel seines Lebens, bei dem Ruhm seines unsterblichen Namens, flehen wir, beschwören wir euch, Brüder und Landsleute! weichet nicht von den Grundsätzen, verlasset nicht die Zwecke und gebt nie auf die Lehre O'Connell's!"

Die Adresse wurde von Hrn. Kirwan kurz unterstützt, worauf die Versammlung sich bis zum 31. Mai vertagte.

— Der neue Lordlieutenant von Irland, Earl of Clarendon, ist am 26. Mai in Dublin eingetroffen und hat seine Verwaltung unter Erfüllung der üblichen Förmlichkeiten angetreten. Zum Secretair für Irland an Hrn. Labouchere's Stelle wird jetzt einer der jungen Schatzlords, Hr. Tuffnell, bezeichnet, dessen Stelle dann eins der Unterhausmitglieder für Rostcommon, Hr. Fitzstephen French, einnehmen würde.

London, 28. Mai. Alle Organe der Oeffentlichkeit in England haben sich über O'Connell's Tod ausgesprochen. Es spiegelt sich in denselben natürlich die Parteiansicht ab. Der Standard spricht, wie sich von selbst versteht, von seinem Gesichtspunkt als Hochtory das strengste Urtheil aus. Der „ungekrönte König", der 30 Jahre sein ganzes Volk regiert und auch das Geschick Englands mehr oder weniger bedingt hat, ist für ihn nichts als ein leidlicher Führer eines Nisi prius — eines zuchtpolizeilichen Processes und ein vorzüglicher Gesetzgeber in Bagatellrechtszwisten — an excellent dock lawyer. Das ist Alles. Es ist überflüssig, diese Ansicht eines Wortes zu würdigen. Die Times ist die Führerin der halbdemokratischen, halbsocialistischen Jungtories. Ihre Ansicht über O'Connell ist, daß derselbe „als ein Bankbrüchiger in Politik starb". Sie setzt hinzu: „das Spiel wurde verloren nicht durch die Klugheit seiner Gegner, sondern durch die Kurzsichtigkeit seiner eignen Plane und die Hohlheit seiner Sache". Die Ursache dieser Kurzsichtigkeit und Hohlheit aber war, „daß er stets die gebrechlichen Stützen der politischen Werkstatt an die Stelle der lebendigen Realität des socialen Wachsens und der im Himmel geborenen Regierung (heavenborn government, Regierung von Gottes Gnaden, wie wir Deutschen sagen würden) setzte". Die Ansicht dieses Blattes tritt hier sehr klar hervor, und wir sehen die Extreme: „Socialismus und Regierung von Gottes Gnaden" sich die Hand geben. Uebrigens ist ihr Urtheil milder, und sie erkennt im Wesentlichen die hohen Gaben O'Connell's an. Es ist ganz natürlich, daß Jeder von seinem Nächsten Das verlangt, was er wünscht, daß dieser hätte thun sollen, und zwar im Interesse des Verlangenden. O'Connell's Beruf war, Irland aus dem Zustande der socialistischen Sklaverei und der politischen Nichtigkeit England gegenüber zu befreien, und das hat er erreicht; doch soll hier nur in Kürze die Ansicht der englischen Hauptorgane angedeutet werden. Und so gehen wir denn zum Morning Chronicle über. Dieses Blatt ist unstreitig das praktischste von allen. Es steht der Regierung am nächsten und fühlt mit ihr die augenblickliche Bedeutung jedes Ereignisses heraus. Es sagt: „Eines halben Jahrhunderts Arbeit hatte in O'Connell's Persönlichkeit einen Einfluß ohne Gleichen vereinigt. Ihn bewegen hieß Irland bewegen. Für die Regierung Irlands ist das Mittel nun dahin. Das Band, das so viele verschiedene Bestrebungen zusammenhielt, ist gebrochen, und seinem politischen Despotismus scheint vorerst Anarchie folgen zu müssen. Während die Menschen noch unentschlossen einer zweifelhaften Zukunft entgegensehen, kann eine kräftige Politik, die in etwas Rücksicht nimmt auf volksthümliche Vorurtheile, das Vertrauen der Nation gewinnen. Das Ziel der irländischen executiven Regierung sollte in der That nichts Anderes sein, als zu suchen, den Platz, den O'Connell offen gelassen hat, zu füllen. Aber die Zeit ist kostbar, und es sind gegenwärtig in Irland politische Leidenschaften im Werke, die, wenn ihnen nicht entgegengewirkt wird, sehr bald die öffentliche Meinung dieses Landes ändern und sie viel gefährlichern Führern übertragen muß. Der Stoff für Agitation war nie reicher und die Flamme, wenn sie erst entzündet sein wird, wird dorthin reichen, wo sie bis jetzt nie hindrang." In dieser Ansicht liegt sicher die gegenwärtige politische Bedeutung des Abtretens dieses großen Mannes von der Bühne, auf der er seit fast einem halben Jahrhundert die erste Rolle spielte.

O'Connell, der Agitator, war stets und ganz besonders in der letzten Zeit der wahre Friedenshalter in Irland. Und auch die Times hat Recht; er hatte seine Macht längst vorher verloren, ehe er starb; denn sein Werk war vollendet. Und deswegen traten andere Leute auf, die einen andern Beruf hatten. O'Connell hielt sie in gewisser Beziehung in Schranken; aber seine Macht schwand dennoch alle Tage mehr hin, während die seiner jungen Gegner alle Tage größer wurde. Der Rath des Morning Chronicle, daß die Regierung die Stelle O'Connell's von nun an selbst übernehmen müsse, ist gewiß ganz gut gemeint; aber wenn schon O'Connell sie nicht mehr durchzuführen im Stande war, so wird ein englischer Statthalter sie wahrlich nicht zu übernehmen berufen sein.

Frankreich.

Paris, 29. Mai.

Von dem Justizminister Hrn. Hebert wurde der Deputirtenkammer gestern der von den Pairs bereits votirte Gesetzentwurf über das Capitel von St.-Denis übergeben. An der Tagsordnung war die Berathung von Hrn. de Rémilly's Vorschlag zur Einführung einer allgemeinen Abgabe von 2 Fr. für Hunde, welche von Fleischern, Hirten, Viehhändlern und als Kettenhunde benutzt werden, von 10 Fr. aber von allen andern Hunden. Der Ertrag sollte in die Gemeindekassen fließen. Unter den Händen der Commission war der Vorschlag dahin umgestaltet worden, daß eine Hundesteuer da, wo die Departementsräthe sich dafür aussprechen oder die Gemeinden darum anhalten würden, eingeführt werden könne. Die Steuer solle 1—5 Fr. von jedem Hunde, für die sogenannten Bulldogs aber 25 Fr. betragen. Verschweigung der Hunde, die gehalten werden, sollte mit dreifacher Steuerzahlung bestraft und die Hälfte der Strafe dem Anzeige über verheimlichte Hunde machenden Polizeibeamten zugetheilt werden. Die Regierung hatte sich für diese Umgestaltung des Vorschlags erklärt und die Kammer ging nach kurzer allgemeiner Besprechung zur Berathung der Artikel über; der erste wurde alsbald zur Abstimmung gebracht, und da 129 gegen 129 Stimmen sich ergaben, damit der ganze Vorschlag verworfen.

— Neben der gestrigen Verhandlung in der Deputirtenkammer sind es die portugiesischen Angelegenheiten, welche heute den Stoff für die besprechenden Artikel der Blätter liefern. Das Journal des Debats beschränkt sich jedoch vorläufig auf Mittheilung des Protokolls, das von den Bevollmächtigten der vier Mächte am 21. Mai in London unterzeichnet worden ist. (Nr. 153.) Während der Courrier français in der damit beschlossenen Intervention einen Kreuzzug gegen die Freiheit sieht und die Union monarchique die Berechtigung der Intervention einer Regierung zum Schutz einer andern ohne den ausgesprochenen Willen des betreffenden Volks verneint, begrüßt der Commerce diese Art von Erneuerung der Quadrupelallianz als ein günstiges Zeichen zu einem Zeitpunkte, wo Frankreichs wirksamer Einfluß in Portugal verloren zu sein schien. Indessen meint er daneben, daß es bei alle Dem kein sehr rühmliches Unternehmen sein werde, die vom Obersten Wylde, also von England den Insurgenten gemachten Bedingungen und damit den alleinigen Willen einer der vier Mächte durchführen zu helfen. Der Constitutionnel bringt eine Zusammenstellung über die Verwirrung und den Scandal am spanischen Hof, und weist spöttisch darauf als auf die Resultate der erneuten großen Politik Ludwig's XIV. hin. Er theilt ferner ein Schreiben aus Tanger vom 15. Mai mit, welches für die früher behauptete Nutzlosigkeit der an den Kaiser von Marokko wegen Beschränkung Abd-el-Kader's geschickten Gesandtschaft als neueste Thatsache anführt, daß im Rif ein Aufstand ausgebrochen und Abd-el-Kader zum Sultan ausgerufen worden sei. Die zur Unterdrückung desselben abgesendeten Truppen wären geschlagen worden. Auch auf englische Zetteleien mit Abd-el-Kader wird hingedeutet; doch scheint die ganze Correspondenz sehr unzuverlässig.

— Der Finanzminister Hr. Dumon behauptete in seiner Rede gegen die Einführung eines gleichmäßigen und wohlfeilen Briefportos für ganz Frankreich unter Anderm, daß man in England die Täuschung vor Augen habe, welcher man sich mit dem Erfolge niedriger Portosätze hingebe. Dort sei die Post seit 1840 nicht mehr im Stande gewesen, ihren Aufwand zu decken, und seit 1843 sei ihre Einnahme stationair geblieben. Der wahre Sachverhalt ist aber folgender. Den höchsten Ertrag unter

dem alten Systeme gab die Post in England im Jahr 1839, wo der Nettoüberschuß 1,639,500 Pf. St. ausmachte. Im Jahr 1841 wurde der allgemeine Portosatz von 1 Penny eingeführt und der Nettoüberschuß fiel auf 500,789 Pf. St.; er war aber seitdem in steter Zunahme und hat am 5. Jan. 1847 bereits 825,000 Pf. St. betragen. Der Nettoertrag der Post ist daher nach Bestreitung aller Kosten niemals unter 500,000 Pf. St. und überhaupt durchaus das Gegentheil von Allem gewesen, was der französische Finanzminister davon behauptet hat.

— Bei seiner Vertheidigung der Postreform erwähnte Hr. St.-Marc Girardin auch des Misbrauchs, daß die Deputirten ihre meisten Privatbriefe unter Couvert des Kammerpräsidenten erhalten, als wären es Kammerangelegenheiten, und rechnete eine Benachtheiligung von 900,000 Fr. für die Staatskasse dabei heraus. Wie ein Journal dazu bemerkt, befindet sich im Conferenzzimmer ein prunkvolles Meubel mit 459 Fächern, eins für jedes Kammermitglied, in welche täglich die sehr zahlreiche Correspondenz durch die Quästoren vertheilt wird.

— Die Commission des Pairshofs setzt ihre Vernehmung der bei dem Cubières'schen Processe Betheiligten eifrig fort. Der General wurde gestern nach einer vierstündigen Vernehmung mit Hrn. Parmentier confrontirt.

— Von **Toulon** wird unterm 25. Mai gemeldet, daß das Geschwader des Prinzen von Joinville in See gegangen sei. Abends befand es sich auf der Höhe der Hyeren. Ein Gerücht, welches den Prinzen wenig mit dem Umfange seiner Instructionen zufrieden und deshalb geneigt sein läßt, das Commando abzugeben, wird als keineswegs grundlos bezeichnet.

— Der neue Marine- und Colonialminister, Herzog v. Montebello, ist gestern in Paris angelangt.

— Das Gerücht läßt jetzt den Herzog v. Broglie den Gesandtschaftsposten in London definitiv ablehnen und Gesundheitsrücksichten und das Bedürfniß von Ruhe vorschützen.

— Aus Algier wird über die Expedition des Marschalls Bugeaud gemeldet, daß am 17. Mai, vier Märsche von Bugia, auf dem Gebiete der Beni-Abbes, die Colonne des Nachts angegriffen wurde. Die Kabylen unterhielten ein lebhaftes Feuer, bis nach 3 Uhr die französischen Truppen mit Hinterlassung von zwei Bataillonen zur Ordnung des Lagers und Gepäckes zum Angriffe schritten, gegen die Höhen vordrangen, mehre Dörfer nahmen und drei niederbrannten. Sie verloren dabei 57 Todte und Verwundete; der Feind hatte einen weit größern Verlust und unterwarf sich noch am nämlichen Tage. General Bedeau hatte vorher seine Vereinigung mit dem Marschall bewirkt. Bis zum 20. Mai war in Bugia keine Kunde von neuen Feindseligkeiten eingelaufen.

Schweiz.

In **Bern** wurde am 28. Mai Fürsprech Niggeler zum Großrathspräsidenten für die Hälfte 1847/48, Hr. Tillier zum Vicepräsidenten und Fürsprech Scherz zum Stellvertreter desselben mit übergroßer Mehrheit erwählt. Regierungspräsident und demnach auch Präsident des Vororts wurde Oberst Ochsenbein. Erster Gesandter — resp. zweiter, da der Präsident der Tagsatzung eigentlich erster ist — ist Regierungsrath Dr. Schneider. In der Sitzung am 27. Mai wurde die Sonderbundsfrage fast einstimmig dahin entschieden, es sei der Sonderbund aufzulösen, und hierzu soll die Tagsatzung sofort alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden. Zu Anfang der Sitzung am 28. Mai war noch der Rest der Tagsatzungstractanden verhandelt worden. Betreffend die aargauische Klosterangelegenheit und die Expulsion der Jesuiten stimmte der große Rath für Entfernung der erstern aus Abschied und Tractanden und der Letztern aus der Schweiz, und zwar mit 133 gegen 3 Stimmen. (N. Z.-Z.)

— Der St.-Galler Oberst Gmür hat auf die Adresse der Offiziere von Solothurn (Nr. 142) erwidert. Er sagt unter Anderm: „Vereint im Geist und Streben fahren wir fort, unsern irre geleiteten Brüdern zu beweisen, daß wir, wie unsere großen Vorältern, zugleich gute Katholiken und gute Eidgenossen sein können, und daß jede abweichende Tendenz unlautern Ursprungs den Keim zum Untergang der Eidgenossenschaft in sich trage." (Sol.-Bl.)

Italien.

Aus **Genua** vom 20. Mai heißt es in der Gazette de Lyon: „Gestern ward O'Connell's Leiche nach der Kirche delle Vigne gebracht, wo das Todtenamt gefeiert wurde, dem eine Masse Menschen beiwohnten, darunter alle Consuln, den englischen ausgenommen. Die Leiche wird bis zu ihrer Verschiffung nach Irland in einer Kapelle aufbewahrt. Die Urne, welche sein Herz einschließt, trägt die Inschrift: «Daniel O'Connell, natus Kerry, obiit Genuae, die 15. Maii 1847, aetatis suae anu. LXXII.»"

Rom, 22. Mai. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten im Ganzen genommen günstig. Die Abgeordneten derselben werden vermuthlich zum Herbst hier zusammentreten. Diese werden die Wünsche des Landes vor den Thron bringen, und damit ist schon viel gewonnen. — Bis zum 7. Jun. soll ein Consistorium zusammentreten, und man nennt als Candidaten zu der Cardinalswürde zwei französische Prälaten und den Monsignore Bofondi, Prolegat von Ravenna und Dekan der Rota. Des Letztern Stelle in Ravenna soll dem Monsignore Roberti, Uditore generale, zugedacht sein. — Gestern wurde hier nach langen Leiden die Gemahlin des Lords Dudley Stuart, Donna Christina Egypta, Tochter des verstorbenen Lucian Bonaparte und Halbschwester Karl Bonaparte's, Fürsten v. Canino, der sich auf einer Reise nach England befindet, begraben. — Monsignore Amici hat durch den Cardinal-Staatssecretair seine Ernennung als Secretair des Minister-Conciliums erhalten. — Der Governatore von Rom, Monsignore Grassellini, ist von dem Könige beider Sicilien zum Archimandriten von Messina, mit welcher Stelle eine Einnahme von 6000 Ducati verbunden ist, ernannt worden. — Die Errichtung des neuen Verdienstordens (Nr. 77) ist als eine Wiederherstellung des Ordens von Pius IV. anzusehen, und die Ritter werden den Namen Pietti führen. Der Papst hat die Statuten bereits unterschrieben, sodaß man am 16. Jun. als am Jahrestage seiner Thronbesteigung der Verkündigung entgegensieht. — Dem bekannten Marchese Dragonetti ist sein Aufenthalt hier nur bis zum nächsten Monat von der Polizei gestattet worden, wie man sagt auf Reclamation von Neapel. — Durch ein Rundschreiben des Cardinal-Staatssecretairs Gizzi vom 12. Mai ist dem grenzenlosen Wucher ein Ziel gesetzt. Dieses schändliche Getriebe hatte schon lange hier den Unwillen jedes Rechtlichdenkenden erregt, und so ward diese Verordnung als eine wesentliche Verbesserung mit Freuden begrüßt. Wechsel, worin angeblich empfangene Waaren angegeben sind, fallen von nun an den Civilgerichten anheim, statt wie bisher dem Handelsgerichte. Persönliche Haft kann für solche Wechsel nicht mehr eintreten, und die Richter sind angewiesen, bei dem geringsten Verdachte dem Fiscal ohne Säumniß Anzeige zu machen. — Ein Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Kirchenstaat und dem Königreich beider Sicilien, ganz auf Gegenseitigkeit begründet, liegt zur Unterschrift bereit. (A. Z.)

Türkei.

o **Konstantinopel**, 10. Mai. Die jüngst aus Tiflis hier eingetroffenen Nachrichten geben nicht unwichtige Aufschlüsse über die Lage der Dinge und die Operationen der Russen im Kaukasus. Um die erstere besser würdigen zu können, muß man sich den Plan vergegenwärtigen, welchen Woronzoff sogleich bei Uebernahme des Oberbefehls über die russische Armee in diesen Landstrichen entworfen und unausgesetzt verfolgt hat. Dieser Plan, wie dessen bisherige Ergebnisse waren in kurzem folgende. Das Hauptaugenmerk des Fürsten Woronzoff ging vom Anfang seines Auftretens als Heerführer im Kaukasus dahin, das unter dem Namen Tschetschena bekannte Thal zu besetzen und durch diese Besetzung die Einwohner zu zwingen, in die Gebirge zu flüchten, wo sie zuletzt vor Hunger und Elend umkommen mußten. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde am Eingange besagten Thales die Veste Aenkoi erbaut und zugleich in deren Nähe drei Stanicen, d. i. befestigte Ortschaften, angelegt, deren kosackische Bevölkerung den Zweck des Kriegsdienstes und fester Ansiedelung in sich vereinigen sollte. Zu gleicher Zeit wurden die Wege, welche die Wälder von Goita und Gicki durchschnitten, durch Verhaue abgeschnitten. Der Ausgang dieser Maßregeln ist bekannt. Die den Tschetschenzen gelieferten Gefechte und der Heereszug gegen den Stamm der Galasch hatten keineswegs den gewünschten Erfolg, und das ganze Unternehmen gelang nur zur Hälfte. Auf der andern Seite waren die Generale Freytag und Nesloroff, welche im nördlichen Daghestan befehligten, nicht im Stande, zwischen den festen Plätzen von Grozna und Umakan-Jurta eine Straße nach der Sundia anzulegen. Es gelang ihnen selbst nicht, die für die Operationen des russischen Heeres weit wichtigere Straße auszuführen, welche von den Grenzen der Sundia bis zu Aenkoi das Land in seiner ganzen Ausdehnung durchschneiden sollte. Die Ursache dieses Fehlschlagens liegt, wie man sagt, in den Mishelligkeiten, die zwischen den russischen Generalen herrschen, welche Letztere nicht nur des mörderischen Kriegs im Kaukasus längst überdrüssig, sondern die auch eifersüchtig und misgünstig gegen einander sind.

Diese Zwietracht kommt in vielen Fällen nicht nur im nördlichen, sondern auch im südlichen Daghestan, namentlich unter den Generalen Babet und Dolgoruki Dargotynski zum Vorschein. Letzterer hätte z. B. die Stadt Tschugodar retten können, wenn er ein Bataillon Infanterie hineingelegt hätte; er zog es aber vor, die Einwohner, welche den Russen einige Dienste geleistet, der Rache Schemil-Bey's preiszugeben. Sie wurden von dem Häuptlinge der Tscherkessen ausgerottet, der solche Strafe über sie verhängte, weil sie andere Stämme verführt hatten, in dem Unabhängigkeitskriege wider die Russen, neutral zu bleiben und sich unter russischen Schutz zu stellen, was der moralischen Kraft der Bewegung und dem kriegerischen Geiste der übrigen im Kampfe begriffenen moslemitischen Landschaften Abbruch zu thun drohte. Man muß dabei erwägen, daß die beiden kleinen Ortschaften Tschugodar und Tschak den Eingang in die den Russen verbündeten Thalschaften des Dargo beherrschen, was ihnen in diesem hartnäckigen Volkskriege eine große strategische Bedeutung gibt. Die Einnahme von Tschak und die Niedermetzelung zu Tschugodar haben auf die russischen Verbündeten des Dargo einen sehr üblen Eindruck gemacht, indem sie das Vertrauen in die Streitkräfte und die

Macht Rußlands und mit ihm die Zuversicht in seinen Schutz verloren haben. Es scheint fast, als würdigte Schah Schemil die Bedeutung des moralischen Eindrucks auf die von Rußland in jenen Landstrichen beherrschten Völkerschaften, ja auf Rußland selbst, viel richtiger, als es von Seite der abendländischen Regierungen geschieht, die selbst in ihren diplomatischen Beziehungen zu dieser Macht der Kraft und des Nachdrucks ermangeln. Im gegenwärtigen Augenblicke ist General Worongoff damit beschäftigt, die Hochebenen Avariens wieder zu besetzen, welche die Russen früher inne hatten und woraus Schemil-Bey sie 1843 verdrängte. Um das Gelingen dieses Unternehmens zu sichern, beeilen sich, die Russen, Gergiebil aufs neue zu befestigen, welcher Ort in der von Mentuli abhängigen Landschaft nicht weit von Koissu und Kazikumük, dicht am Eingang Avariens selbst, liegt. Die Veste Gergiebil könnte von großer Wichtigkeit werden, sobald sie die beiden Schluchten zu beherrschen vermöchte, die ins Herz Avariens führen; aber zu diesem Zwecke liegt sie zu entfernt und verliert deshalb alle Bedeutung.

Um durch seine Gegenwart die Ausführung der beabsichtigten Maßregel zu beschleunigen, hat sich Fürst Woronzeff nach Wladikawkaz begeben, wo er bis gegen Mitte des Mai bleiben will; von dort wird er nach dem südlichen Daghestan eilen, um die Expedition gegen Irpp, die Hauptstadt der Landschaft Flesrük und den gewöhnlichen Aufenthalt des Sultans Elizeni-Daniel-Beg, zu leiten. Von dieser Landschaft aus pflegen die Gebirgsbewohner ihre Einfälle in das den Kazi-Kumüken gehörige Land zu machen, welcher Umstand erklärt, weshalb es dem russischen Oberbefehlshaber so dringend nothwendig erscheint, sich derselben zu bemächtigen. Jedoch wird das Vorgehen des Generals in diesen Gegenden mit großer Umsicht und beständigem Hinblick auf die Bewegungen Schemil's geschehen müssen, welcher, wohlunterrichtet von den Entwürfen seines Gegners, wahrscheinlich nicht säumen wird, sich auf der Linie des Terek in Bewegung zu setzen; und obwol diese Linie von den Russen stark befestigt ist, werden sie doch nicht wagen, irgend einen entscheidenden Schlag gegen Irpp auszuführen, bevor sie sich auf dieser Seite völlig sicher wissen.

Was das russische Heer im Kaukasus selbst betrifft, so ist der Zustand, worin es sich befindet, trotz aller Anstrengungen der Regierung, denselben zu verbessern, doch weit davon entfernt, befriedigend genannt zu werden, man mag nun den Geist der Truppen oder ihre materielle Zusammensetzung in Betracht ziehen. Im vergangenen Jahre ist das Heer im Kaukasus fast durch keine Neuausgehobenen verstärkt worden. Es gab eine Division, die aus nichts Anderm als den Trümmern des fünften Armeecorps, bekannt unter dem Namen Armeecorps der Krim, bestand. In diesem Jahre sollten 15,000 Neuausgehobene die gelichteten Bataillone verstärken und die Zahl jedes derselben von 400 auf 6—700 bringen; aber die Neueingetroffenen sind in den Waffen noch wenig geübt und scheinen sowol körperlich als geistig sehr herabgekommen; von den 15,000 waren bereits zu Taganrog 4000 gestorben. Diese entsetzliche Sterblichkeit, deren Ursachen moralischer und physischer Natur zugleich sind, hat einen übeln Eindruck auf die Truppen gemacht. Die russische Regierung, durch den Bericht des Fürsten Suwaroff, welcher eigens zu diesem Zwecke dorthin gesendet wurde, davon in Kenntniß gesetzt, hat den Befehlshaber zu Taganrog, General Tryschatny, augenblicklich abgesetzt.

Man sieht hier stündlich neuen Nachrichten über den Feldzug der Russen im Kaukasus entgegen. An ein Gelingen des vorgesetzten Zweckes glaubt man um so weniger, als die Awchasen, wie bekannt, jedes Uebereinkommen von der Hand gewiesen und geneigt scheinen, die erste beste Gelegenheit wahrzunehmen, um die russischen Vesten, die ihr Land einschließen, zu zerstören. Die Tscherkessen, welche früher Beistand von den abendländischen Mächten und der Türkei erwarteten und durch die bald offenkundige Täuschung dieser ihrer Hoffnungen einen Augenblick entmuthigt wurden, haben sich wieder ermannt und zählen fortan nur auf ihre eignen Kräfte und Hülfsmittel sowie auf die thätige Mitwirkung der mosleminischen Bevölkerung des Kaukasus und der angrenzenden Länder, welche der russischen Botmäßigkeit längst überdrüssig sind.

Mexico.

Dem Morning Chronicle zufolge hat Santa Anna eine Proclamation an seine Mitbürger gerichtet, worin er ankündigt, daß er trotz der Einnahme von Veracruz wieder ins Feld rücken werde, um entweder zu siegen oder zu sterben. Er wollte am 1. April mit beträchtlichen Streitkräften aus Mexico abziehen. Andererseits ermahnt General Scott die Mexicaner, ruhig daheim zu bleiben und nicht länger jene militairischen Tyrannen zu unterstützen, welche sie einem unfehlbaren Verderben zugeführt hätten. Er versichert, daß er ein Freund der friedlichen Bürger sei und diese bei der Ausübung aller ihrer bürgerlichen und religiösen Rechte schützen werde.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 2. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br., 100¼ G.; Chemnitz-Riesaer 58¼ Br., 58¼ G.; Löbau-Zittauer 56¾ bezahlt u. Br., 56½ G.; Magdeburg-Leipziger 207½—¾ bezahlt; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br., 109½ G.; Köln-Mindener 93½ Br., 93 G.; Thüringer 94 G.; Altona-Kieler 110⅜ Br., 110⅛ G.; Dessauer Bankactien 100¼ Br.

Eisenbahn. *Leipzig, 2. Jun. In der am 31. Mai in Weißenfels abgehaltenen Generalversammlung der Thüringischen Eisenbahngesellschaft ist mit überwiegender Stimmenmehrheit und nunmehr definitiv festgestellt worden, von Weißenfels aus direct auf Leipzig eine Zweigbahn zu bauen.

Eisenbahn. Dresden, 31. Mai. In der heute hier abgehaltenen fünften Generalversammlung der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahngesellschaft hatten sich 83 Actionaire, welche 2715 Actien und 284 Stimmen hatten, eingefunden. Unter Hinzurechnung der 95 Regierungsstimmen, welche der Commissionsrath Zubrich aus Dresden vertrat, waren also 379 Stimmen vorhanden. Der vorsitzende Director, Frhr. v. Gablenz, nach seinem jetzigen Ausscheiden vom Ausschusse wieder erwählt, trug den dritten Geschäftsbericht (Nr. 127) vor. Der Vortrag des Rechnungsabschlusses erfolgte durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Landesältesten v. Thielau. Man vernahm mit Erstaunen die seltene Mittheilung, daß von dem auf ein Gleis berechneten Baucapitale nach vollständiger Herstellung der Bahn bis Görlitz ein Ueberschuß von fast 300,000 Thlr. verbleiben wird, von dem jedoch ein Theil zur Anschaffung von Schienen für das zweite Gleis bereits vorläufig verwendet ist. Der Ausschuß wurde einstimmig ermächtigt zur Liberation und Justification des Directoriums wegen der Rechnungen für das Jahr 1846, die zu keiner Erinnerung Anlaß gegeben hatten. Die Wahl zweier Ausschußmitglieder fiel auf die ausgeschiedenen Kaufleute Kölbing aus Herrnhut und Frommelt aus Bautzen. Sodann wurde der zwischen der Sächsisch-Schlesischen und der Löbau-Zittauer Eisenbahngesellschaft abgeschlossene Vertrag wegen Uebernahme des Betriebs auf der Löbau-Zittauer Bahn gegen 4 Stimmen genehmigt. Ferner standen auf der Tagesordnung die vielen Gesuche von Personen, welche in Folge versäumter Einzahlung ihre Actien verloren haben. Die Versammlung beschloß mit großer Majorität, dem Vorschlage des Directoriums beizutreten, daß allen bis jetzt präcludirten Actieninhabern, die sich bis zum 31. Dec. 1847 melden, ihre geleisteten Einzahlungen, ohne Vergütung der Zinsen und gegen Abzug der Conventionalstrafe von 10 Proc., restituirt werden sollen. Endlich beschloß die Versammlung einstimmig, den beim Verkaufe der präcludirten Actien gemachten Agiogewinn, die Einzahlungen auf die bis zum 31. Dec. 1847 nicht angemeldeten präcludirten Actien und endlich sämmtliche Conventionalstrafen dem Unterstützungsfonds für die Eisenbahnbeamten zu überweisen. (D. A.)

Handelsverträge. Neapel, 20. Mai. Der am 27. Jan. d. J. mit Preußen im Namen der Zollvereinsstaaten auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossene Schiffahrts- und Handelsvertrag hat zufolge des gestrigen Giornale delle due Sicilie die beiden königl. Ratificationen erhalten. Er beruht auf der vollkommensten Gegenseitigkeit und enthält für beide die nachstehenden Vortheile: 1) zahlen alle aus Preußen und den gedachten Staaten einzuführenden Landesproducte und Manufacturen einen mindern Zoll von 10 Proc., als der für derlei Artikel aus andern Staaten in den königl. neapolitanischen Zolltarifen angesetzt ist; 2) verbindet sich Preußen im Namen des Zollvereins, den aus dem Königreiche beider Sicilien dahin einzuführenden Oelen in Fässern einen Nachlaß von 20 Proc. von dem bisher stattgehabten Einfuhrzoll zu erwirken. (A. Z.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 2. Jun. früh 7 Uhr: 18″ unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 29. Mai. 2½pc. Int. 58⅛; Rußl. 5pc. Hope 105⅝; 4½pc. Handelsg. 174¾. Frankfurt a. M., 31. Mai. Oestr. Bkact. 1910; 250 Fl. L. 120½; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¼; Bad. 50 Fl. L. 57¼; Darmst. 50 Fl. L. 77⅜; 25 Fl. L. 27½; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅞. London, 27. Mai. 3pc. Conf. 88⅜; Port. 3pc. 33; Span. 3pc. 33⅛; Holl. Int. 58¾. Paris, 29. Mai. 5pc. 116. 70; 3pc. 78. 50; Neap. 103; Bankact. 3270. Wien, 30. Mai. Bkact. 1596.

Actien. Frankfurt a. M., 31. Mai. Taunusb. 60; Nordb. 73⅛; Verb. 93¼. Paris, 29. Mai. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 350; l. 222½; Paris-Orleans 1247½; Paris-Rouen 951½; Paris-Strasburg 436¼; Paris-Lyon 432½; Rouen-Havre 645; Marseille-Avignon 731¼; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Vierzon 587½; Nord 606½. Wien, 30. Mai. Nordb. 165½; Gloggn. 123⅞; Mail. 109¾; Livorn. 88; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 1. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatssch. 93⅛ Br., 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½ Br., ostpreuß. 96, pomm. 94½, schles. 97¼, 4pc. pos. 102⅛ Br., neue 3½pc. 93½, kur- u. neum. 94¾, Louisdor 112½, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 109, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92⅛, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101¾, Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 93⅛, Crakau-Oberschlesische 4pc. 77, Düsseld.-Elberf. 5pc. 107⅓ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 109¾, Niederschles. 88½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, 5pc. 101¾, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 98, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81¼, Rhein. 85½, Prior.-St. 4pc. 89¾, Prior. 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87⅛, Thüring. 4pc. 94¼, Zarskoje-Selo 70¼. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83½, Berg.-Märk. 4pc. 83½, Berl.-Anh. 100⅞, Kassel-Lippst. 4pc. 84, Cöln-Minden 4pc. 93¼, Magd.-Wittenb. 85¾, Mail.-Venedig 4pc. 111½, Mecklenburg 74, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72¼, Pos.-Stadg. 4pc. 84, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100½, Ung. Centralb. 4pc. 100¼. — Ruff.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅞, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 94¾, (neue) 4pc. 94⅝, Partial à 500 Fl. 4pc. 80¼, à 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Bkact. Zinsl. 16¾ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staats-Pr.-A. 88⅜ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾.

Verantwortliche Redaction: Professor Bulau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz, Melnik, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.,** Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2175]

Leipziger Repertorium

der deutschen und ausländischen Literatur.

Herausgegeben von **E. G. Gersdorf.**

1847. Gr. 8. 12 Thlr. [2176]

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 2—3 Bogen. Insertionsgebühren in dem dieser Zeitschrift beigegebenen „**Bibliographischen Anzeiger**" für den Raum einer Zeile 2 Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

Mai. Heft 19—22.

Inhalt: **Literaturgeschichte.** *Carrière*, Die philosophische Weltanschauung der Reformationszeit in ihren Beziehungen zur Gegenwart. — *Klitsken*, Versuch einer Polyglotte der europäischen Poesie. 1. Th. — *Derselbe*, Nachtrag zum ersten Theil der Polyglotte der europäischen Poesie. — *Prutz*, Kleine Schriften. — **Medicin.** *Malmsten*, Ueber die Brightsche Nierenkrankheit. — v. *Siebold*, Lehrbuch der gerichtlichen Medicin. — **Naturwissenschaften.** *George*, Die fünf Sinne. — **Classische Alterthumskunde.** Demosthenes. Ex recensione *G. Dindorfii*. Vol. I—III. — **Morgenländische Literatur.** *Botta*, Monument de Ninive. Livr. I—X. — Mutanabbi und Seifuddaula, dargestellt von *Fr. Dieterici*. — Wang Kesou Lwan Pih Neen Chang Hän oder die blutige Rache einer jungen Frau; übersetzt von *Böttger*. — **Länder- und Völkerkunde.** Das Königreich Baiern in seinen alterthümlichen, geschichtlichen, artistischen und malerischen Schönheiten u. s. w. 1. u. 2. Bd. — *Russegger*, Reisen in Europa, Asien und Afrika. 2. Bds. 2 Th. — **Geschichte.** *Blanc*, Histoire de la Revolution française. T. I. — *Lamartine*, Histoire des Girondins. T. I. — *Keightley*, Geschichte von England. — *M'Gregor*, The history of the Sikhs. — *Michelet*, Histoire de la Revolution française. T. I. — *Wachsmuth*, Das Zeitalter der Revolution. 1. u. 2. Bd. — *Weber*, Lehrbuch der Weltgeschichte. — **Schöne Künste.** *de Prangey*, Monuments arabes d'Egypte, de Syrie et d'Asie mineure. Livr. I—III. — **Kriegswissenschaften.** *Hüts* und *Schmölzl*, Versuch eines Handbuchs für die königl. baierische Artillerie. — v. *Minutoli*, Der Feldzug der Verbündeten in Frankreich im Jahre 1792. — *Scheuerlein*, Grundzüge der allgemeinen Artilleriewissenschaft. 1. Th.

Leipzig, im Juni 1847. ***F. A. Brockhaus.***

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2150] in Leipzig.

Gesuch. Ein praktisch und theoretisch gebildeter Mechaniker, welcher über seine Leistungen während eines langen Aufenthalts im Auslande sich hinlänglich legitimiren kann, sucht eine Stelle als Constructeur oder Werkmeister in einer Maschinenbau-Anstalt oder Eisenbahnwerkstatt. Geneigte Offerten werden unter der Chiffre **M. W.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung erbeten, welche auch nähere Auskunft über den Betreffenden zu geben in den Stand gesetzt ist. [2132—34]

Ein junger Mann, welcher 9 Jahr einer Tuchfabrik am Rhein selbständig vorgestanden und mit allen Zweigen der Tuchfabrikation vertraut ist, sucht Verhältnisse halber hier oder auch im Auslande eine Stelle; vorziehen würde er diejenige in einer Tuchfabrik oder auch Wollhandlung.

Das Nähere unter den Buchstaben **A. E.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2170—71]

Grundstücks-Verkauf.

Zwei in der besten Lage einer Fabrikstadt und unmittelbar an der Hauptstraße des Königreichs Sachsen, auch am Fließenden Wasser gelegene, sehr geräumige massive Häuser mit eignem laufenden Röhrwasser, die mit ihren Quer- und Hintergebäuden ein zu jedem Fabrik- oder sonstigen Gewerbunternehmen bereits eingerichtetes Ganzes, worin zeither ein sehr einträgliches Geschäft getrieben worden ist, bilden, sollen unter für einen sichern Pachter oder Käufer günstigen Bedingungen durch mich verpachtet oder verkauft werden. Dabei bemerke ich noch, daß dieses schöne Grundstück dem Pachter oder Käufer frei und unbehindert für jede beliebige Einrichtung oder Benutzung sofort übergeben werden kann.

Penig im Königreiche Sachsen, den 1. Juni 1847.

[2172] Adv. **Wentzel.**

Eine **Sortiments-Musikhandlung,** womit eine Leihbibliothek verbunden, ist wegen Familienverhältnisse zu verkaufen. Diese auf einem der bedeutendsten Handelsplätze von Europa befindliche Handlung, welche dadurch, daß ein Musiker von europäischem Ruf ihr eine lange Zeit hindurch als Chef vorgestanden, zu einem der berühmtesten Etablissements dieser Art geworden ist, und die ein sehr reichhaltiges und ausgesuchtes Musiklager besitzt, würde an einen soliden Käufer um die verhältnißmäßig geringe Summe von **tausend Louisdor** abgetreten. Weitere Kaufbedingungen und überhaupt nähere Auskunft ist man bereit Solchen, die sich in frankirten, mit der Chiffre **Z.** versehenen und an Herrn **Friedr. Hofmeister** in **Leipzig** zu expedirenden Briefen an die dermaligen Besitzer des Geschäftes wenden, mitzutheilen. [2158]

Bei **Friedrich Fleischer** in Leipzig erschien soeben:

Italienische Nächte.

Reiseskizzen und Studien
von **Ernst Willkomm.**
2 Bände. 3 Thlr.

G. Meyerbeer und Jenny Lind.

Fragmente aus dem Tagebuche eines alten Musikers.
Preis 7½ Ngr. [2168]

Haus-Verkauf. Das von einem adeligen Rittergutsbesitzer hinterlassene, in der Stadt **Ohrdruf** und zwar in der schönsten Straße daselbst gelegene, ganz neu eingerichtete Wohnhaus, enthaltend 22 Piecen, nebst Stallung für 4 Pferde, Scheuer und daran liegendem Garten von 2½ magdeburger Morgen, soll für den festen Preis von 4000 Thlr. verkauft werden.

Die schöne und anmuthige Gegend von Ohrdruf am Fuße des Thüringer-Waldes, ingleichen die Nähe der Thüringischen Eisenbahn und die täglichen Postverbindungen machen diese Besitzung gleich wünschenswerth für eine bedeutende Familie wie für Betreibung eines Geschäfts. Auf portofreie Anfragen ist nähere Auskunft darüber zu ertheilen beauftragt der Rendant **Kliesewetter** in Ohrdruf. [2008—10]

Compagnon-Gesuch.

Zur Erweiterung eines seit vielen Jahren bestehenden Juwelen-, Gold- und Silberwaarengeschäfts im Königreiche Sachsen wird ein Compagnon gesucht, welcher die Leitung des Handels-Geschäfts **allein** zu übernehmen hat. Adressen werden unter der Chiffre **O. H.** Leipzig poste restante franco erbeten. [2169]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Robert **Büttner** in Chemnitz mit Frl. Minna **Beckert.** — Hr. Louis **Heinemann** in Bautzen mit Frl. Karoline **Herrsch** in Dresden. — Hr. Heinrich **Höding** in Annaberg mit Frl. Therese **Wilde.** — Hr. Julius **May** in Dresden mit Frl. Mathilde **Kunath.** — Hr. Kaufmann Albert **Müller** in Berlin mit Frl. Luise **Ahmus** in Potsdam. — Hr. Apotheker Hermann **Wedel** in Betschau mit Frl. Auguste **Stulpner** in Luckau.

Getraut: Hr. Fr. **Dorn** in Ravensburg mit Frl. Ida **Maste** aus Iserlohn. — Hr. Dr. Eduard **Grießner** in Pausa mit Frl. Hedwig **Gebhardt** aus Chemnitz. — Hr. J. F. **Kruse** in Köln mit Frl. Mathilde **Maste** aus Iserlohn. — Hr. Ferdinand **Meißner** in Leipzig mit Frl. Friederike **Franke** aus Saalfeld. — Hr. Michael **Vola** in Köthen mit Frl. Marie Therese **Bittner** aus Leipzig. — Hr. Pastor Albert **Woltmann** in Walje mit Frl. Emmy **Magnus** aus Berlin.

Geboren: Hrn. Regierungsfeldmesser **Derz** in Liebenwerda ein Sohn. — Hrn. J. C. **Herzberg** in Leipzig eine Tochter. — Hrn. G. **Leist** in Wriezen eine Tochter. — Hrn. H. **Lassow** in Crussow ein Sohn. — Hrn. O. P. **Merkel** in Bremen ein Sohn. — Hrn. Dr. **Minckwitz** in Pulsnitz eine Tochter. — Hrn. Amtsassessor Th. **Ribbentrop** in Neustadt a. M. ein Sohn. — Hrn. Dr. **Rintel** in Berlin ein Sohn. — Hrn. Pastor A. H. E. **Rühle** in Ober-Pfannenstiel ein Sohn.

Gestorben: Hr. Hauptsteueramtsrendant Louis **Benezet** in Crossen. — Frau Charlotte v. **Brockhausen** in Gr.-Schoneberg. — Frau Henriette **Fourey** in Chemnitz. — Hr. Johann Adolf **Hunicke** in Bremen. — Hr. Theophil v. **Jackowski** in Samostrzel. — Hr. Kanzleirath **Krokisius** in Köslin. — Hr. Amtsrath **Ribbentrop** in Hornburg. — Frau Ch. N. **Simon** in Leipzig. — Hr. Rittmeister Baron v. **Vernezobre** in Liegnitz.

° **Bad Homburg, den 1. Juni.** Unsere heutige Curliste nennt 500 Personen, worunter Ihre Königl. Hoheit die Herzogin von **Anhalt-Dessau** nebst hohem Gefolge, den Grafen **Orloff,** Adjutanten des Kaisers von Rußland, den Grafen **Henckel von Donnersmarck,** den Grafen **Brockdorff,** den General **Aken,** den General **Vandersmissen,** die Gräfin **von Kisseleff,** Gattin des russischen Kriegsministers, die Gräfin **Soltikoff,** den Fürsten und die Fürstin **Galizin,** den Grafen **Goscalvsky** ꝛc. Sämmtliche hohe Herrschaften sieht man Morgens am Elisabethenbrunnen sowie Abends auf der Terrasse unseres Conversationshauses, die nun wie in **Baden-Baden** Abends feenhaft beleuchtet ist und von Menschen wogt, während die Curkapelle im Musikpavillon des Curgartens spielt. [2174]

Digitized by Google

Freitag — Nr. 155. — 4. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ×Dresden. General v. Schreibershofen. Die Elbbrücke. *Aus Obersachsen. Die Industriellen auf dem preußischen Landtage. — Opfer des hannoverschen Jagdgesetzes. **Darmstadt.** Landtag.

Preußen. Berlin. Landtag. ×Berlin. Das christ-katholische Concil. *Berlin. Die fremden Ausdrücke. Die Schutzzöllner. *Posen. Die Unruhen. Brände. Aernte. Die Stadtverordnetenwahlen. †Aus Westpreussen. Hr. Kniewel. Hr. Gerhard. — Die Erklärung der Deutsch-Katholiken.

Oesterreich. Prag. Die Stände.

Spanien. Die Königin. Die Nachrichten aus den Provinzen und von den Canarischen Inseln. Die Intervention in Portugal.

Großbritannien. O'Connell's Ziel. Das Geschwader des Contreadmirals Napier. Schiffahrt. Russisches Gold. Nachrichten aus Ostindien.

Frankreich. Parlament. Bittschrift von den Posamentirern und Seidenwebern gegen die Concurrenz der Klöster. Tuilerienwache. Die Expedition nach dem Setif. **Paris. Eine Petition in Eisenbahnsachen.

Schweiz. Der berner große Rath. Der große Rath von Waadt. Dankfest in Wallis.

Italien. Unruhen in Florenz.

Rußland und Polen. *Petersburg. Die Juden. Die Bildung des Landvolks.

Brasilien. Differenz mit Rosas.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Leipzig. Die Heilanstalt für arme Augenkranke. — Dr. H. v. Meyer in Frankfurt a. M. — Die Nordpolexpedition.

Handel und Industrie. †Leipzig. Der Nothstand und seine Abhülfe. *Leipzig. Börsenbericht. *Leipzig. Geschäftsbericht der Thüringischen Eisenbahn. *Danzig. Getreidehandel. — Die allgemeine Brandversicherungsanstalt in Baiern. **Breslau** Wollmarkt. — Wollmärkte in Schweidnitz und Strehlen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Dresden, 2. Jun. Ein Fest seltener Art wurde gestern im königl. Cadettenhause gefeiert; es war der Tag, an welchem vor 50 Jahren der derzeitige Commandant der Anstalt, Generalmajor v. Schreibershofen, als Cadet in dieselbe eintrat. Nach Ablauf der Bildungsjahre trat der vielversprechende Jüngling in sächsische Militairdienste; die denkwürdige Zeit von 1806 eröffnete seinem Beruf eine vielbewegte Bahn; in den Schlachten bei Jena, Wagram, Waterloo und andern Gefechten war er überall mit rühmlicher Auszeichnung activ und avancirte schnell. Nach dem Frieden bei den Bundestagsverhandlungen in Frankfurt a. M. beschäftigt, wurde er 1828 nach dem Tode des Generals v. Gersdorf an dessen Stelle zum Commandanten des Cadettenhauses berufen. Am Tage der Feier begrüßten am Morgen die Lehrer und Zöglinge ihren Chef, und nach angemessenen Anreden wurde demselben als Zeichen der Verehrung ein prachtvolles Album mit bildlichen Darstellungen aus seinem beziehungsreichen Leben überreicht.

Der Bau an dem während der großen Ueberschwemmung 1844 beschädigten Pfeiler der Elbbrücke hat wieder begonnen, und der jetzt niedrigere Wasserstand wird dessen rasches Fortschreiten begünstigen. Das erzene Crucifix, welches damals mit einem Theile des Pfeilers in die Tiefe stürzte, ist noch nicht aufgefunden.

*Aus Obersachsen, 2. Jun. Wenn manche Fabrikanten für Schutzzölle agitiren und eine dadurch in die Höhe getriebene Fabrikindustrie für das Universalmittel gegen alle Zeitübel ausgeben und halten, so ist das ganz wohl zu begreifen. Ein Jeder lebt seine Waare; auch andere Stände halten sich und ihren Beruf für die Angeln, um die sich die Welt dreht, und die Menschen sind immer sehr leicht für Meinungen gewonnen worden, die ihrem Interesse zu entsprechen scheinen. Wenn aber diese Herren, von der Wahrheit ihrer Sätze nicht nur, sondern auch davon überzeugt, daß sie Jedermann, der nicht ganz versteckt ist, augenblicklich einleuchten müßten, ja, wie sie uns versichern, daß sie bereits „öffentliche Meinung" wären: wenn diese Herren in solcher Ueberzeugung als Mitglieder von Ständeversammlungen wirken, so würden wir unsers Theils es für etwas anständiger halten, wenn sie die Vertretung dieser sonnenklaren und von der öffentlichen Meinung getragenen Wahrheiten andern Mitgliedern überließen. Es nimmt sich allemal schlecht aus, wenn Jemand in seiner eignen Sache an einer Stelle plaidirt, wo das Gemeinwohl die einzige Richtschnur sein, und jede versuchende Einmischung des eignen Interesses möglichst zurückgedrängt werden soll. Der Einwand, der Argwohn liegt jederzeit sehr nahe, daß der Mann die ihm so eifrig verfochtenen Sätze weniger unverrückt und unbedingt behaupten würde, wenn er nicht durch ihre Annahme auch für sich zu profitiren gedächte. Aber man muß doch „Sachverständige" hören, sagt man. Fabrikanten, Gewerbtreibende aller Art sind an sich nicht sachverständiger in volkswirthschaftlichen Fragen als irgend ein Anderer aus den gebildeten Ständen; sie können ganz unwissend darin sein, und jedenfalls muß man von ihrer etwanigen Kenntniß darin immer den Einfluß ihres persönlichen Interesses abziehen. Ja, wenn es sich darum handelte, wie die von ihnen gefertigten Sachen am besten, solidesten, billigsten zu gewinnen, wie am sichersten eine Verfälschung derselben zu verhüten sei, an welche Absatzplätze sie mit dem meisten nachhaltigen Gewinn zu vertreiben seien, wenn es sich um diese und ähnliche Einzelheiten des speciellen Geschäftsbetriebes handelte, so würden sie allerdings zu hören sein und eine parlamentarische Enquête muß sie in solchen Dingen als Zeugen abhören. Aber wenn z. B. die Frage entschieden werden soll, ob das deutsche Volk zu nöthigen sei, gewisse Waaren lediglich bei den Herren Fabrikanten in seiner eignen Mitte einzukaufen — was es von selbst thun würde, wenn sie ihm diese Waaren eben so gut und billig lieferten wie Andere — so sind die betheiligten Herren Fabrikanten selbst in keiner Weise im Besitze größerer Sachkenntniß — außer so weit sie am besten ausrechnen können, wie viel sie dabei profitiren würden — und es steht ihnen der starke Verdacht entgegen, daß ihr persönliches Interesse ihr Urtheil trübe.

Es fiel uns das Alles bei den handelspolitischen Ergießungen der Industriellen in der preußischen Ständecurie am 26. Mai wieder einmal recht auf. Die Herren nennen ihr begehrtes Ministerium Handelsministerium — lucus a non lucendo; sie wollen ein Anti-Handelsministerium, ein Fabrikministerium, ein Vertheuerungsministerium, wie es der Abg Merkens, ein Schutzzoll- und Rückzollministerium, wie es der Abg. Camphausen sehr treffend nannte. Ein eignes Ministerium für die Emporbringung der Wirthschaftszweige des Volks, welche am besten durch eigne Kraft und eignen Geist der Bürger gedeihen, und zu deren umfassender Pflege nur diese in freier selbständiger Bewegung stark und weise genug sind, nicht aber irgend ein Ministerium, und wenn die HH. Merissen, Hansemann, Diergardt und Milde selbst darin säßen — ein eignes derartiges Ministerium begehren, heißt so recht geflissentlich zu vielgeschäftiger Treibhauspolitik, zur Volksbevormundung und Vielregiererei auffodern. Man beruft sich so oft auf die große Zeit von 1807—13 in Preußen und auf die damals emanirten Gesetze und Regierungsgrundsätze. Nun, dazu gehört vor Allem auch die Handelsfreiheit, und empfehlen wir diesen patriotischen Herren, sich z. B. den H. 50 der mit Recht so hochgepriesenen Geschäftsinstruction für die preußischen Regierungen vom 26. Dec. 1808 anzusehen.

Doch Hr. Milde, der große Kenner der nationalökonomischen Wissenschaft, versichert uns ja, diese Lehren seien vor 50, 60 oder 70 Jahren allenfalls von einigen leichtgläubigen Leuten geglaubt worden; diese Zeiten seien aber Gott Lob! vorüber. Die Wissenschaft habe die Theorie der Handelsfreiheit längst (sic) auf die Seite geworfen. Alle Welt sei jetzt Schutzzollmann. Glückliche Zeit für die HH. Milde und Consorten! Aber bei alle Dem ärgerlich, wenn die grobe Unkenntniß, wie sie sich namentlich in der Rede des Hrn. Milde verräth, welcher seine kauderwälschen Sätze, auf deren Beleuchtung wir uns hier gar nicht einlassen wollen, ganz bestimmt selbst nicht versteht, mit so arger Dreistigkeit und so anmaßlich absprechend auftritt. Man höre nur einmal beispielsweise: „Kein Mensch kann oder wird mehr sagen: der Handel will nur dort kaufen, wo er am wohlfeilsten kauft. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Handel, wenn er überhaupt etwas Tüchtiges sein soll, die Arbeitskräfte des Volks befruchten muß" — das thut er eben, indem er dem Volke seine Bedürfnisse gut und billig liefert — „daß ein bloßes Handeln, welches in der einen Hand kauft und in der andern verkauft, dem Nationalwohlstande nun und nimmermehr etwas hinzuträgt, sondern höchstens die Factoren verändert, die in den Händen der Einzelnen sind." (Grenzenlose Verwirrung!) „Der wahre wichtige Handel, der unser Nationalvermögen vermehrt, ist derjenige Handel, der unsere Arbeitskräfte beschäftigt" — auch wenn es mit Schaden geschieht? — „und mit dem Handel die Arbeitskräfte des Volks am besten zu beschäftigen" — mit dem Handel? — „das ist der Handel, der productiv für uns (?) ist. Ein solcher Handel wird nimmermehr sagen, daß man da, wo man am wohlfeilsten kauft, am besten ankommt; er wird sagen: wo man am günstigsten, unter den günstigsten Bedingungen kauft, da kauft man am besten". (Das sagen

wir auch, aber wir verstehen unter dem „man" immer nur den Käufer, während Hr. Milde den Käufer und den Fabrikanten, bei dem gekauft wird, darunter verstehen mag.) „Was nützt mir, wenn ich eine Waare noch so wohlfeil erkaufen kann, und ich habe das Geld nicht, um sie zu bezahlen; was nützt mir wohlfeil kaufen zu können, wenn Dem die Mittel dazu fehlen, der mir dieselbe (?) abkaufen soll?" Wenn die Leute, nachdem das nationale Vertheuerungssystem durchgedrungen wäre, das Geld nicht hätten, um die theuren Waaren zu bezahlen, was würde es ihnen nützen, daß es Hr. Milde und Compagnie hätten?

— Zu **Borstel** im Lüneburgischen ist ein neues Opfer des hannoverschen Jagdgesetzes gefallen. Ein Förster ertappt einen Wilddieb, den er eine Strecke weit mitnimmt. Plötzlich greift der Wilderer den Jäger mit dem Jagdmesser an, und in dem Kampfe wird der Letztere so zugerichtet, daß an seinem Leben gezweifelt wird.

Darmstadt, 29. Mai. Heute berieth unsere II. Kammer die von einander abweichenden Beschlüsse der I. und II. Kammer im zweiten Titel des Personenrechts (dem Eherechte). Von allgemeinem Interesse war nur die Berathung des Art. 12, welcher die Ehe zwischen Christen und Nichtchristen betrifft, welche die Staatsregierung verboten, die II. Kammer erlaubt und die I. Kammer verboten haben wollte. Bei der Abstimmung beschloß die II. Kammer mit 34 gegen 8 Stimmen, auf ihrem frühern Beschlusse zu beharren. Die Berathung des Amendements des Prinzen Emil von Hessen, wonach die Staatsregierung ersucht werden sollte, zu erwägen, ob nicht in Rheinhessen bürgerliche und kirchliche Ehe, beide gesetzlich erfoderlich, zur Einführung kommen sollten, wurde, gemäß dem Antrage des Ausschusses der II. Kammer, bis zur Berathung des Einführungsgesetzes auszusetzen, ohne Discussion und einstimmig von der II. Kammer beschlossen. (H. Bl.)

Preußen.

Berlin, 2. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 29. Mai kam weiter das Gutachten über den Antrag der Abgg. Diergardt und Illigens auf Aufhebung der Klassenlotterie und den des Letztern auf eventuelle anderweite Vertheilung der Gewinne zur Verhandlung. Den erstern Antrag fand die Abtheilung für jetzt zur Befürwortung nicht geeignet. Der Finanzminister stimmte dem bei und fand besonders die Frage von dem Antragsteller nicht beantwortet, wie der Ausfall von 863,000 Thlr. ersetzt werden solle. Der Abg. Diergardt wollte ihn durch Herabsetzung von Zöllen ersetzen. Für die Aufhebung sprachen ferner die Abgg. v. der Heydt und Baum. Der Generalsteuerdirector machte aufmerksam, daß man Lotto und Lotterie zu oft verwechsle. Könne man jene Summe entbehren, so werde es sich immer noch fragen, ob die Lotterie das Nöthigste sei, was abgeschafft werden müsse. Jetzt ward vielfach nach Abstimmung gerufen, worauf die Abgg. v. Saucken und v. der Heydt sowol über dieses rasche Abbrechen der Debatten wie über das öftere Pochen klagten. Der Abg. Scheidt erklärte die Lotterie für die unschädlichste Weise, die in der Natur aller Menschen und besonders der Deutschen begründete Spiellust zu befriedigen. Warum dem Armen seine Luftschlösser rauben. Man müsse dann auch alle Volksbelustigungen, alle Gelegenheit zu Geldausgaben verbieten, damit der kleine Rest der Poesie verloren gehe, der bis jetzt noch manchmal die dunklen Tage des armen Mannes erleuchte. Wenn jeder Groschen in die Sparkasse wandern solle, so werde man nicht lebensfrohe Menschen, sondern Duckmäuser erziehen. Er schloß, unter allgemeiner Heiterkeit, mit den Worten: „Der Geiz ist die Wurzel alles Uebels". Der Abg. Krause stimmte ihm ganz bei und erklärte sich nur gegen die Freiloose. Der Abg. Gier dagegen erklärte die Lotterie für eine Beförderung der Spielsucht, und diese mache träumerisch, arbeitsscheu und unzufrieden. Man solle die Lotterie aufheben oder die Loose nur von königl. Steuerbehörden in Amtslocalen vertreiben lassen. Dem stimmte der Abg. Stedtmann bei, ward aber durch Geräusch unterbrochen. Der Abg. Steinbeck sprach gegen Bevormundung und Vielregieren. Nach abgeschaffter Lotterie werde die Spielsucht schlimmere Wege finden. Auch der Abg. Dittrich vertheidigte die Lotterie im Interesse der Moralität, da sie das Spiel regle und begrenze. Der Abg. v. Saucken sprach gegen die Lotterie. Die Armen spielten nicht in fremden Lotterien; was helfe eine Poesie, bei welcher größtentheils Täuschung das Loos sei? Luftschlösser seien schön, aber förderten das Glück nicht. Die Spielsucht beschränken heiße nicht die Freiheit, sondern die Sünde beschränken. Das Lotteriegeld sei ein Sündengeld, es rühre von einer aus Leichtsinn und Gewinnsucht ohne Arbeit hervorgegangenen Leidenschaft her. Es schmerze ihn immer tief, wenn er den preußischen Aar über einer Verkaufsstelle von Spiellooſen schweben sehe. Nachdem noch der Generalsteuerdirecter einiges Factische berichtigt, Graf Helldorff und v. Prittwitz gegen, die Abgg. Diergardt und v. der Heydt für die Aufhebung gesprochen — v. Prittwitz hob hauptsächlich hervor, daß man mit nöthigern Steuerreformen umgehe, und daher die Beseitigung der Lotterie noch vertagen möge —, ward das Gutachten mit großer Majorität genehmigt. Auch die Vorschläge zur Modificirung der Einrichtung fanden keinerlei Beistimmung. (A. P. Z.)

× **Berlin**, 1. Jun. Ueberblicken wir am Schlusse die Verhandlungen der zweiten allgemeinen Kirchenversammlung der Deutsch-Katholiken und fragen nach ihren Ergebnissen, so drängt sich auf den ersten Blick die Ansicht auf, daß nichts geschehen sei. Nicht ein einziger Beschluß von Bedeutung und Wichtigkeit liegt vor, nicht eine einzige Einrichtung von durchgreifender Einwirkung rechtfertigt das Zusammensein, und man könnte wirklich fragen, ob Diejenigen nicht Recht hatten, welche das Concil jetzt für zwecklos und überflüssig hielten. Allein betrachtet man die Verhandlungen mit einiger Aufmerksamkeit, so kann man nicht läugnen, daß das Concil dringend nothwendig war, daß Gefahr im weitern Verzuge lag und daß man mit Befriedigung auf seine Arbeiten sehen kann und zugeben muß: es war seine Aufgabe, nichts zu thun. Im Innern lief die Bewegung aus einander, zwei entgegengesetzte Richtungen entfernten sich immer mehr, und es schien, als ob der in Leipzig 1845 geschaffene Boden nicht geeignet sei, die neue Schöpfung zu tragen. Ging das so fort, dann zerfiel die Kirche bald in drei Theile und war damit todt, denn Alle täuschten sich über ihre Kraft und über die Theilnahme an ihrem Streben und ihrem Ziele. Das berliner Concil hat diese drei Richtungen wieder vereinigt und fester umschlungen als je zuvor. Die am meisten vorwärts streben, haben erkannt, daß sie noch sehr schwach sind und also bei einer etwanigen Trennung von der Gemeinschaft — an die übrigens wol Niemand gedacht hat — kaum äußerliche Haltbarkeit gewinnen würden; die einer positiven Richtung Angehörigen, die Einzigen, welche sich theilweise vom Verbande getrennt hatten, haben die Erfahrung gemacht, daß ihre religiöse Ueberzeugung innerhalb desselben genügenden Raum hat, daß man dieselbe anerkennt und ehrt und daß die treueste Anhänglichkeit daran nicht hindert am gemeinsamen Ausbau des Ganzen; die sogenannten Conservativen haben thatsächlich gelernt, wie man mit dem Festhalten auf der gewonnenen starken Grundlage die Elasticität der Formen vereinigen kann und muß, wie man weder den Boden aufgeben noch die Entwickelung auf demselben hemmen darf. Diese Aufgabe hat Jeder anerkannt, und es muß zur Ehre der auseinandergehenden Spitzen gesagt werden, sie haben dieselbe mit Liebe und Aufrichtigkeit erfaßt, keine Verketzerung von Seiten der Mehrgläubigen, kein hochmüthiges Herabblicken von Seiten der Freiern; ehrlich und aufrichtig hat man sich die Hand geboten unter der Fahne: unversehrte Aufrechterhaltung der leipziger Bestimmungen und Entwickelung in ihren Grenzen. Auch die Schlesier, von deren Absichten man sich die unglaublichsten Dinge erzählte und vorspiegelte und die wol durch die Größe und den Zustand ihrer Gemeinden am entschiedensten auf die Bahn des Vorwärts gedrängt sein mögen, haben gezeigt, daß ihnen der gemeinsame Boden heilig und theuer ist, den sie aufzugeben weit entfernt sind. Sie haben gekämpft wie Männer für ihre Ansicht, sie haben sich angeschlossen wie treue Genossen an das Allgemeine, als dieses eine andere Ansicht zur geltenden erhob. Besonders hervorgehoben muß es werden, daß Johannes Ronge, welchem man namentlich in der letzten Zeit abenteuerliche Umwälzungsgedanken unterschob, voranging in Mäßigung und freiwilliger Unterordnung unter das Ganze. Ist dadurch der Deutsch-Katholicismus wesentlich stärker geworden in seinem Innern, so hat er nach außen gewiß gewonnen an Vertrauen und Zuneigung; konnten die leipziger Bestimmungen denselben nicht mehr tragen, mußte man nach neuen Formen und Grundlagen suchen für die Bewegung, dann konnte man wahrlich die Bedächtigkeit nicht verübeln, die nun abermals mistrauisch das Neue betrachtete und den Probirstein der Zeit anlegen wollte, bevor sie sich entschied; man konnte sich nicht wundern, wenn der Staat mit neuer Zaghaftigkeit Hand legte an die Regelung der gesetzlichen Verhältnisse und noch weiter zögerte zu gewähren, was man als Recht in Anspruch nimmt.

Auch die Beziehungen zu den freien protestantischen Gemeinden sind nun klarer geworden; der Wunsch einer Vereinigung mit denselben ist gewiß ein natürlicher, und man hätte sogar glauben sollen, daß von Seiten dieser Gemeinden das Bedürfniß des Anschlusses an eine Gemeinschaft, an einen Organismus so mächtig gewesen wäre, daß die Vereinigung vom ersten Augenblick an erfolgte. War nun dieses Bedürfniß, wie die Thatsache lehrt, nicht vorhanden, hielten die freien Gemeinden ihre individuelle Freiheit so hoch, daß sie lieber allein und vereinzelt stehen blieben, statt sich einem größern Ganzen unterzuordnen oder nur anzuschließen, so kann es keineswegs die Aufgabe dieses Ganzen sein, seine Grundlage und Formen, wenn sie sich sonst nicht als unhaltbar beweisen, lediglich den widerstrebenden Einzelheiten anzubequemen. Das eben schien einerseits allerdings erstrebt zu werden, und es gab Abgeordnete, die sich keine andere Frage gestellt zu haben schienen, als: Wie sind wir des Eintritts der freien Gemeinden sicher? Auch diesem Streben ist entgegengetreten worden; man hat gefühlt, daß es nicht Aufgabe des Concils sei, nach einigen Gemeinden zu angeln, hat gethan, was man zur Erhaltung und Entwickelung der für nothwendig erachteten Einheit zu thun hatte, und hat dies gethan unbekümmert darum, ob Jemand diese Freiheit mit genießen will oder durch die selbstgezogene Schranke sich zurückgeschreckt fühlt; man ist sogar so weit gegangen, daß man auf eine desfallsige Erinnerung die freien Gemeinden gar nicht erwähnt, sondern sein Auge ausschließlich auf die eigne Gemeinschaft und ihre Bedürfnisse gerichtet hat. Daher ist es rein aus der Luft gegriffen, daß, wie die Zeitungshalle sagt, man den Beschluß gefaßt habe, den freien Gemeinden so lange Sitz und Stimme zu

verweigern, als sie nicht die Principien der Freiheit, Wahrheit und Liebe des Christenthums anerkennen und sich christkatholisch nennen; es ist an ein Kriterium des Standpunkts oder der Christlichkeit der freien Gemeinden nicht gedacht worden; man hat einfach die Bedingungen der Angehörigkeit an die Gemeinschaft aufgestellt, unbekümmert darum, wer sie erfüllt.

Das sind die Resultate des Concils, äußerlich unscheinbar, innerlich von großer Bedeutung. Diese waren nur durch offene gegenseitige Aussprache zu erzielen und sind dadurch erzielt worden. Der Freund des Christ-Katholitismus mußte dem Beginne des Concils mit Besorgniß entgegensehen, er sieht mit freudiger Zuversicht auf seinen Schluß, denn die Sache ist wesentlich gefördert und erstarkt.

*Berlin, 1. Jun. Wir Deutschen sind doch wunderliche Käuze. Bald sind wir darein versessen, gewisse fremdländische Ausdrücke anzuwenden, und erzeugen dadurch unklare und verworrene Begriffe und mancherlei Streitigkeit, während der einfache Gebrauch des bereitliegenden deutschen Wortes zu Klarheit und Einigung verhelfen würde. Bald übersetzen wir fremde Ausdrücke ungenau und rufen dadurch falsche Vorstellungen hervor oder verrathen wenigstens Gedankenlosigkeit. Jetzt bittet unser Vereinigter Landtag um Erwerbsquellen für die „arbeitenden Klassen." Der Franzose sagt: „classes ouvrières" und weiß sehr wohl, daß der Ouvrier der Handarbeiter ist. Wir übersetzen gedankenlos: „arbeitende Klassen" und wälzen damit das Odium auf alle andern Stände, als wären sie Müßiggänger. Arbeiten denn blos die Handarbeiter? Ist deren Arbeit die einzige, oder doch die edelste, schwierigste, am mühevollsten zu erlernen, die reichsten Kräfte bethätigend, den höchsten Nutzen bringend? Würden die Handarbeiter zu arbeiten haben, wenn es keine Arbeit gäbe als ihre?

Die HH. Diergardt, Hansemann und andere rheinische Schutzzöllner predigen uns die Uebereinstimmung des Handels und der Industrie und die unzertrennliche Verflechtung von Landbau, Industrie und Handel. Daß die Industrie — nämlich gewisse Fabrikanten, die sich für die Industrie ausgeben — Schutzzölle, und der Handel am liebsten gar keine Zölle will, das scheint den Herren wahrscheinlich kein hinreichender Gegensatz. Die Verflechtung der drei großen Güterzweige können wir willig zugeben; aber was würden sie sagen, wenn wir einen ganz andern Schluß daraus zögen, als sie thun? Sie sagen: begünstigt die Industrie, wenn auch auf Kosten des Landbaues und des Handels; durch die Verflechtung all jener Zweige kommt den letztern ein ihren Nachtheil überwiegender Vortheil endlich doch zu gute. Wir könnten sagen: befördert Landbau und Handel und überlaßt die Fabrikanten sich selbst; bei der Verflechtung all jener Zweige werden auch die Fabrikanten von der Blüte des Landbaues und des Handels schon Vortheil ziehen.

*Posen, 31. Mai. Nach den amtlichen Berichten aus den verschiedenen Kreisen unsers Großherzogthums haben sich die Theuerungstumulte in den letzten Wochen nirgend wiederholt, vielmehr ist überall Ruhe und Ordnung zurückgekehrt, wozu die in den mehr bedrohten Gegenden umherziehenden mobilen Militaircolonnen gewiß wesentlich beigetragen haben. Letztere sind noch nicht sämmtlich in ihre Standquartiere wieder eingerückt, und in einigen Bezirken dürften sie ihre Schutzmärsche auch wol bis zur Aernte fortsetzen. Dagegen sind aller Orten die öffentlichen Haftlocale mit Ruhestörern angefüllt, auf deren Bestrafung die hergestellte Ordnung mildernd einwirkt. Die Gerichte scheinen nämlich von der gewiß richtigen Ansicht auszugehen, daß nur die notorischen Rädelsführer die ganze Strenge des Gesetzes treffen müsse, alle Andern dagegen als Verführte anzusehen seien, die man, zumal in der jetzigen bedrängten Zeit, nicht durch lange Haft ihren Familien entziehen dürfe. Die Justiz ist daher diesmal sehr prompt, und die Erkenntnisse fallen durchaus gelinde aus, indem überall nur eine kurze Haft verfügt wird. Die hiesigen Gefangenen sind größtentheils bereits abgeurtelt und zum Theil auch schon wieder auf freiem Fuß; in die kleinern Städte sind Gerichtsdeputationen entsendet, welche die Untersuchungen ebenfalls möglichst rasch fördern, sodaß auch dort jetzt täglich Straferkenntnisse erfolgen. — Unsere Stadt und Umgegend ist seit einiger Zeit in besorgnißerregender Weise von Bränden heimgesucht, die sich so oft wiederholen, daß man nicht umhin kann, böswillige Brandstiftung dabei vorauszusetzen. So wurden wir in der letzten Woche drei Nächte hinter einander durch Feuerruf aus dem Schlafe geweckt; zwei Mal gelang es unsern Löschanstalten und dem trefflichen Rettungsvereine, den Brand alsbald zu dämpfen, das dritte Mal brannten jedoch zwei Häuser nieder. Gleichzeitig wurden in dem nur eine Meile entfernten Städtchen Schwersenz die Propsteigebäude ein Raub der Flammen. — Unsere Aerntaussichten sind bis jetzt die erfreulichsten, denn die Witterung ist überaus günstig, indem Wärme und Gewitterschauer regelmäßig mit einander abwechseln, sodaß der Stand aller Saaten in der That nichts zu wünschen übrig läßt. Bleibt das Wetter für die Zeit der Blüte und des Körneransatzes eben so günstig, so haben wir eine Aernte zu erwarten, die den Ausfall des vorigen Jahres vollständig auszugleichen verspricht.

Gestern haben unsere alljährlichen Stadtverordnetenwahlen, die hier von größerer Wichtigkeit sind als an andern Orten, weil hier drei Parteien, Polen, Deutsche und Juden, einander in gewissem Sinne feindlich gegenüberstehen, in feierlicher Weise stattgehabt. Das Resultat hat insofern überrascht, als in allen fünf Stadtbezirken nicht ein einziger Jude gewählt worden ist, vielmehr die acht neuen Mitglieder des Collegiums aus vier Polen und vier Deutschen bestehen. Den eingegangenen Erkundigungen zufolge dürfte dieser Erfolg eine gerechte Strafe für die unerlaßliche Politik der Israeliten und eine ernste Mahnung an sie in Betreff der Zukunft sein, insofern sie daraus lernen können, daß den allezeit fertigen Transactionscandidaten keine Partei ihr Vertrauen schenkt. Vor zwei Jahren gelang es den Juden zum ersten Mal, einen Stadtverordneten aus ihrer Mitte gewählt zu sehen; im vorigen Jahre sollen sie Gemeinschaft mit den Deutschen gemacht und ihr ganzes nicht unbedeutendes Gewicht in die Wagschale derselben, zum Nachtheile der Polen, unter der Bedingung gelegt haben, daß auch noch zwei Juden in das Collegium aufgenommen würden. Ihre Operation gelang, und seitdem haben wir drei jüdische Stadtverordnete. In diesem Jahre nun sollen sie der Meinung gewesen sein, die Deutschen dürften doch wenig Neigung haben, noch mehr Juden in das Collegium zu befördern, weshalb sie sich den Polen mit demselben Manoeuvre näherten; diese jedoch bestraften die Ueberläufer, indem sie ihnen bei der Wahl ihre Stimmen nicht gaben und sie so überall in der Minorität blieben. Ich kann diesen Thatbestand zwar nicht verbürgen, denn doch ist er mir von glaubwürdigen Personen so berichtet worden; jedenfalls inculcirt er eine treffliche Lehre für alle Diejenigen, welche gern mit zwei Winden segeln. Gott sei Dank, daß die Zeit vorüber ist, wo die „Fischer im Trüben" die besten Züge thaten! Die Petition in Betreff der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen hat hier allgemeine Freude hervorgerufen, und man hofft mit Recht, daß dieselbe auch in unserer Stadt das politische Leben der Einwohner und ihre Anhänglichkeit an das Wohl und Wehe der Commun mehr erwecken und kräftigen werde.

†Aus Westpreussen, 30. Mai. Der Archidiakonus Dr. Kniewel in Danzig, welcher sich vor einigen Tagen öffentlich von der Staatskirche losgesagt hat, um zu dem „reinen" Lutherthume zurückzukehren, ist ein kenntnißreicher Theolog und vorzüglicher Kanzelredner; unter dem alt- und strenggläubigen Theile seiner Pfarrkinder stand er im höchsten Ansehen, während sich auf der andern Seite bei mehren Gelegenheiten entschiedener Widerspruch gegen ihn kundgegeben hat, namentlich bei der von Hrn. Kniewel vor einiger Zeit projectirten eigenthümlichen Einrichtung einer Beichtkapelle. In früherer Zeit romantischen Richtungen ergeben, insbesondere den schönen Künsten, z. B. dem Trembadourgesange huldigend, nahm er weiterhin eine dogmatische Strenge an, die nicht selten in schroffen Rigorismus ausartete. Hr. Kniewel ist bereits 64 Jahre alt und hat das Pfarramt 38 Jahre, darunter 22 Jahre in Danzig, verwaltet. Obgleich er häufig seinen Widerwillen gegen die Union ausgesprochen, auch eine größere Reise im Jahr 1842 (wie er selbst einräumt) zu dem Zwecke gemacht hat, die evangelischen Geistlichen aller Länder zu einer „wahren" Vereinigung anzuregen und dadurch thatsächlich der „falschen" Union ein Ende zu machen, so war man doch nicht gewärtig, daß er bei seinem vorgerückten Alter und nachdem er es so lange Jahre über sich vermocht hatte, Geistlicher in der unirten Kirche zu sein, plötzlich seine gute und sichere Stelle aus Gewissenszweifeln aufgeben würde. Dies ist indessen geschehen und er gibt über seine Motive Auskunft in einer Ansprache, betitelt: „Pfingstruf an meine geliebte Gemeinde und an alle evangelischen Christen aller Orten". Er sagt darin, daß die wahre Liebe zu Gott und zu seiner Gemeinde ihn zu diesem Schritte treibe. Er will erkannt haben, daß die unirte Kirche nicht auf die göttliche Liebe gegründet, sondern daß sie auf die menschliche Liebe, d. i. auf den Zeitgeist, gebaut sei. Der Zeitgeist der menschlichen Liebe scheint ihm aber höchst verderblich, als die Wurzel des Trotzes, des Hochmuths, der Empörung gegen Gesetz und bürgerliche Ordnung; er sieht in der Union, diesem Erzeugnisse der menschlichen Liebe, eine Verbindung, die statt der erwarteten Einigung immer ärgere Zersplitterung erzeuge; die Verkehrung der göttlichen Liebe in die menschliche Liebe übt, nach Hrn. Kniewel's Ansicht, einen unheilvollen Einfluß auf die ganze Stellung des Menschen zu Gott sowie auf sein Leben und Thun im Haus, in der Ehe, vor Allem in der Schule und Erziehung. Demnach habe die Gefährdung seines Seelenheils Hrn. Kniewel gedrungen, die Union zu verlassen. Eine ausführliche Schrift über diesen Gegenstand will er bald veröffentlichen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er sich demnächst nach England begibt, wo man, wie Hr. Kniewel versichert, neuerdings in dem „evangelischen Bund" einen praktischen Weg eingeschlagen hat, die „falsche Union" zu beseitigen.

In drei fiscalischen Processen, welche gegen den Buchhändler Gerhard in Danzig wegen verschiedener von ihm herrührender, römisch-katholische Angelegenheiten betreffender Schriften geführt wurden, ist derselbe zu resp. zwei- und dreiwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Auf des Verurtheilten Gesuch hat der König die Gefängnißstrafe in Festungsarrest umgewandelt, und Hr. Gerhard hat diesen achtwöchentlichen Arrest vorgestern in der Festung Weichselmünde angetreten.

— Die in Nr. 151 erwähnte Erklärung des preußischen Abgeordneten zum deutsch-katholischen Concil in Berlin lautet:

„Die unterzeichneten Abgeordneten der deutsch- und christkatholischen Gemeinden des preußischen Staates, welche gegenwärtig zu dem hier stattfindenden Concil versammelt sind, haben heute den Inhalt des allerhöchsten Patents vom 30. März d. J. in der Verordnung von demselben Tage, desgleichen der Ministerialverfügung vom 10. Mai d. J., welche die Vorschriften über Bildung neuer Religionsgesellschaften und die Ausführung dieser Vorschriften enthalten, in nähere Erwägung gezogen. Die Abgeordneten sind durch die Bestimmungen dieses Patents sowie durch §. 16 der Verordnung und §. 11 der Ministerialverfügung zu der Ueberzeugung gelangt, daß diese gesetzlichen Vorschriften nur auf diejenigen Personen Anwendung finden, welche aus ihrer bisherigen Kirche ausgetreten sind. Dies ist von Seiten der Mitglieder der deutsch- und christkatholischen Gemeinden nicht geschehen; vielmehr haben sich dieselben, wie ihre Statuten besagen, nur von dem Papste und der Hierarchie, d. h. von dem bestehenden Kirchenregimente losgesagt, und es liegt keineswegs in der Absicht der Mitglieder dieser Gemeinden, aus der allgemeinen Kirche Christi auszutreten. Die Mitglieder dieser Gemeinden haben daher niemals aufgehört, zu der katholischen Kirche zu gehören. Aus diesem Grunde sind die anwesenden Abgeordneten der Ansicht: daß das obige Patent vom 30. März, desgleichen die Verordnung und die obige Ministerialverfügung auf die Mitglieder der genannten Gemeinden keine Anwendung findet. Gestützt auf den Westfälischen Frieden, welcher allgemein den Ausdruck „catholici" gebraucht und daher die damals schon vorhandenen verschiedenen katholischen Kirchen umfaßt, und welcher den Lehrinhalt keiner dieser katholischen Kirchen garantirt; gestützt auf unsere Landesgesetze und auf die deutsche Bundesacte, sind die Abgeordneten der Ansicht, daß nach deutschem Staatsrechte die römisch-katholische Kirche nicht die einzige anerkannte katholische Kirche sei, und daß die obigen Gemeinden als eine besondere Religionsgesellschaft innerhalb der katholischen Kirche mit gleichem Rechte stehen, als dies mit denjenigen besondern Religionsgesellschaften der Fall ist, welche innerhalb der protestantischen Kirche hervorgetreten sind, und deren Mitglieder sich ebenfalls nur vom Kirchenregimente losgesagt haben. In Erwägung alles Dessen vereinigten sich die Abgeordneten in der Ansicht, daß durch die oben erwähnten gesetzlichen Verordnungen keinerlei Abänderung in dem Verfahren herbeigeführt worden sei, welches zeither in Betreff der kirchlichen Acte beobachtet worden ist, und sie vereinigen sich ferner zu dem Beschlusse: 1) daß sämmtliche Gemeinden ein gleichmäßiges Verhalten in Beziehung auf die obigen Gesetze einschlagen sollen, und übertragen, in Voraussetzung der Genehmigung der Gemeinden, 2) dem Vorstande des schlesischen Synodalverbandes die Führung aller Geschäfte, welche in Beziehung auf die staatsrechtliche Stellung der obigen Gemeinden nothwendig erscheinen sollten, legen jedoch diesem Synodalvorstande die Verpflichtung auf, sich jederzeit zuvor mit den Synodalvorständen von Preußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen und dem Kreissynodalvorstande von Rheinland und Westfalen zu berathen. Die Abgeordneten rechnen darauf, daß die einzelnen Gemeinden sich an die obigen Synodalvorstände in dieser Angelegenheit wenden werden."

Oesterreich.

Prag, 28. Mai. Unter andern wichtigen Punkten des Staats- und provinziellen Lebens kam in der gegenwärtigen ständischen Versammlung auch unser Censursystem bei Gelegenheit der Debatten über die Drucklegung und Kundmachung der Landtagseinführungsmodalitäten zur Sprache. Fürst Lamberg stellte in einer belebten Rede den vom Baron Riese kräftigst unterstützten Antrag, ein Majestätsgesuch um Milderung der Censurgesetze einzureichen, wies dabei auf das bekannte Gesuch der wiener Schriftsteller und auf den Umstand hin, daß es nicht nur von Gelehrten und andern Schriftstellern, sondern auch von Mitgliedern des höchsten Adels (Fürst Schwarzenberg) und der Geistlichkeit (Ladislaus Pyrker) unterzeichnet, also der Ausdruck eines überall gefühlten Bedürfnisses sei, und sprach die Hoffnung aus, das Votum der geistlichen Bank nach dem angeführten hohen Beispiel um so mehr für seine Propositien zu erhalten, als die Geistlichkeit ohnehin für geistiges Fortschreiten am lebhaftesten sich interessiren müsse. Hierdurch gewann er auch einen großen Theil ihrer Stimmen. Der Antrag ging mit der großen Mehrheit von 71 gegen 13 Stimmen durch. Auch beschlossen die Stände ferner, von den Ereignissen des Landtags und der ständischen Versammlung täglich in den inländischen Blättern zu publiciren, was die Censur nur zulasse, und überhaupt allen ihren Verhandlungen die größtmögliche Oeffentlichkeit zu geben. (N. C.)

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 25. Mai meldet die Abends zuvor erfolgte Rückkehr der Königin von Aranjuez nach der Hauptstadt.

— Der Español sagt von den aus den Provinzen eingehenden Nachrichten, daß dieselben eigentlich Bemerkenswerthes nicht darböten. An einigen Orten, wie z. B. in Montilla, habe sich eine große Aufregung in Folge theurer Getreidepreise gezeigt. Auf den Canarischen Inseln sei die Ausfuhr des Getreides zur großen Unzufriedenheit der Bevölkerung verboten worden, da die Aernte dort bereits begonnen habe und man einen Grund des Verbots gar nicht absehen könne.

— Das Protokoll der Conferenz über die Intervention in Portugal, welches am 21. Mai in London unterzeichnet wurde, ist in Madrid am 25. Mai schon bekannt gewesen, und man schreibt, daß General Manuel de la Concha, der Befehlshaber des zum Einrücken in Portugal bestimmten Corps, nun nach Zamora abgereist sei.

Großbritannien.

London, 29. Mai.

Die Times äußert, der Tod O'Connell's habe eine Streitfrage angeregt, an welcher die gesammte europäische Presse sich betheiligen werde, die aber definitiv doch nie entschieden werden dürfte. Es handle sich dabei um nichts weniger, als festzustellen, was eigentlich O'Connell's Ziel gewesen sei, ob religiöses oder politisches Streben das vorwiegende war, ob die römische Kirche oder ob Irland bei ihm die erste Stelle einnahm, ob er ein Streiter der Kirche oder ein Tribun des Volks gewesen sei. Die Times meint, es werde kaum „respectabel" sein, sich keine Ansicht für diese oder jene Seite zu bilden. Sie will zwar den hochkirchlichen Stimmen nicht widersprechen, welche durch den Geist der O'Connell'schen Agitation das Römerthum als gewaltig mitcompromittirt erklärt haben. Hätten sie doch Recht darin, die Hierarchie nach den Worten und Thaten ihres begünstigten Vorkämpfers zu richten. Allein es folge darum noch gar nicht, daß O'Connell wirklich mehr nach seiner Kirche fragte oder für dieselbe und ihre Erweiterung eifriger bedacht war, als er wirklich zu erkennen gab. Allerdings habe er mit der katholischen Geistlichkeit gemeinsame Sache gemacht, und Beide hätten dabei ihre Rechnung gefunden. Allein nicht minder wahr sei, daß O'Connell in allen seinen Reden und Handlungen bekannte, wie das directe Ziel seines Trachtens die Erhebung von Irland als Irland sei. Seine stete Einladung der Protestanten, seine Ausfälle gegen die englischen Katholiken, sein Tadel der Bigoterie in allen Gestalten, seine entschiedene Parteinahme für die liberale Seite gegen die kirchlichen Interessen, bei mehren Gelegenheiten müsse entweder ihm von Herzen gegangen oder eine beständige, dann aber schwer durchzuführende Maske gewesen sein, die auch wenig zu vortheilhafter Erläuterung durch Die geeignet sein dürfte, welche trotz des Vorangeführten die Kirche und Rom als einziges und höchstes Ziel seiner Bestrebungen hinzustellen trachteten.

— Bei Spithead begimnt das Geschwader, welches der Contreadmiral Sir Charles Napier befehligen wird, sich um dessen Admiralschiff, den St. Vincent von 120 Kanonen, zu versammeln. Das Linienschiff Howe von 120 Kanonen, die Dampffregatten Terrible von 800, Birkenhead von 500 Pferdekräften lagen am 28. Mai bereits auf der Rhede; von Plymouth wurden stündlich die Linienschiffe Caledonia von 120 und Queen von 110 Kanonen erwartet, und das in diesen Tagen aus Westindien eintreffende Linienschiff Vengeance von 84 Kanonen wird dem Geschwader sich unmittelbar anschließen. Das von Portsmouth gegebene Verzeichniß der Schiffe Sir C. Napier's zählt ferner die Linienschiffe Trafalgar, Canopus und Superb mit auf, die jetzt im Tejo liegen, sodann den Amphion von 36 und den Nautilus von 10 Kanonen, sowie sieben Kriegsdampfer, von denen einige bereits an der portugiesischen Küste sich befinden. In Allem würde der Admiral acht Linienschiffe, neun Dampfschiffe und mehre kleinere Kriegsschiffe unter seinem Befehle vereinigen. Diese Seemacht scheint übrigens doch ins Mittelmeer bestimmt, wie die hingeworfene Bemerkung in der Times andeutet, daß es abzuwarten sein werde, ob die im Tejo befindlichen, eben mit aufgezählten Linienschiffe jetzt sofort zu Sir C. Napier's Geschwader stoßen würden. Da demnächst die Besatzung von Portsmouth auf dem Southsea-Anger ein Lager beziehen soll, weil ihre Kasernen einer radicalen Reinigung unterworfen werden, so wird Portsmouth mit einer Flotte auf der Rhede und einem Lager vor seinen Wällen dann ein sehr kriegerisches Ansehen erhalten.

— Im Jahr 1846 sind aus britischen Häfen nach dem britischen Nordamerika 1081 Schiffe von 373,337 Tonnen in Ladung und 1585 von 605,253 in Ballast ausgelaufen. Im Jahr 1845 gingen dahin 1005 von 324,307 Tonnen in Ladung und 1505 von 593,116 in Ballast ab.

— Die Times wundert sich über die etwas kleinliche Wichtigkeit, welche von manchen Seiten auf die bewirkte Assecuranz einer von Petersburg zu Schiffe gemachten Sendung Geld von 80,000 Pf. St. Werth gelegt werde, in der man vermuthlich blos eine Rimesse für den Großfürsten Konstantin zu sehen habe. Wahrscheinlich werde vor Ende des Jahres doch trotz der Ankäufe britischer Effecten von Seiten Rußlands mehr baares Geld dahin gegangen sein, als von dort nach England komme. Der Geldmarkt gewinnt übrigens täglich ein günstigeres Ansehen, und Consols haben sich gestern bis 88 ¼ gehoben.

— Aus Malta hat man vom 25. Mai Nachricht vom Eintreffen neuer Nachrichten aus Ostindien vom Ende April, die jedoch Besonderes nicht darbieten. Im Pendschab war Alles ruhig. Ghulab-Singh hatte in seinem neuen Reiche das Taback- und Opiummonopol eingeführt.

Frankreich.

Paris, 30. Mai.

In der Pairskammer war gestern das Gesetz über 1 Mill. zu geheimen Ausgaben für 1847 auf der Tagesordnung. Der Marquis de Boissy eröffnete die Debatte mit tadelnden Aeußerungen gegen die Maßregeln im Innern, die Politik in Spanien, die eine Heirath bewirkt habe, von der fraglich sei, ob es eine Heirath genannt werden könne, und der eine Scheidung folgen werde, sodaß Alles was man gethan, nur die Vermählung eines Koburg mit der Königin von Spanien befördern werde. Das sei wol der Mühe werth, das herzliche Einverständniß aufgeopfert zu haben! Den Kriegsminister General Trezel fragte er, ob er es auch machen wolle wie sein Vorgänger und ohne Befehl, sowie gegen die Ansicht der Kammern in Algerien unternommene Expeditionen, wie die nach

Kabylien hingehen und französisches Blut fließen zu lassen, die Verschleuderungen der öffentlichen Gelder in Algerien länger zu dulden gedenke. Hinsichtlich der Intervention in Portugal fragte er, wer die Kosten tragen werde und sprach wie gewöhnlich mit großer Rücksichtslosigkeit, was ihm auch, als er sich über den spanischen Hof äußerte, von dem vorsitzenden Vicepräsidenten, dem Herzoge v. Broglie, jedoch erst auf Hrn. Guizot's Erinnerung, die zugeflüsterte Zurechtweisung zuzog, ehrerbietiger von der Königin von Spanien zu sprechen, wie der Marquis sofort der Kammer selbst verrieth. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Guizot, gab in kurzer Gegenrede die Versicherung, daß ganz bestimmt der Entwurf über Reorganisation aufgelöster Nationalgarden noch in dieser Session vorgelegt werden solle und es ohne die Erkrankung des Ministers des Innern schon sein würde. Auf Baron Charles Dupin's Bemerkung, daß er eine gegen Befehl unternommene Expedition nicht zugeben könne, und vom Fürsten v. d. Moskwa direct dazu aufgefodert, nahm der Kriegsminister General Trézel das Wort, um zu erklären, daß erst nach Beendigung der von einem berühmten General ruhmvoll begonnenen, schwierigen Unternehmung, die er auch ruhmvoll zu Ende führen werde, die Zeit sei, sich ausführlich und gründlich darüber zu erklären. Graf v. Montalembert führte Beschwerde über Beeinträchtigung des Petitionsrechts durch einzelne Maires, Gendarmerieoffiziere und andere polizeiliche Beamte. In Versailles hatte man sogar Jemanden verhaftet, der eine Bittschrift um Abänderung des jetzigen Steuerregime wegen der Getränke unterzeichnen ließ. Sie fing mit den darauf sich beziehenden Worten an: „Das gegenwärtige Regime ist eine Mißgeburt." Die Polizei hatte dieselben auf die Regierung gedeutet und den Mann deshalb verhaftet. Der Justizminister Hr. Hebert vindicirte der Regierung das Recht, sich über die Art des Zustandekommens von Bittschriften zu unterrichten. Sie habe die Verhinderung derselben nie befohlen und werde nie Bittschriften verhindern. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit 112 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Kammer beschäftigte sich noch mit Bestimmung ihrer nächsten Tagesordnung.

Der Deputirtenkammer wurde von Hrn. Dumon ein Gesetzentwurf übergeben, welcher den Finanzminister ermächtigen soll, die für 1847 bewilligte Summe von 210 Mill. Fr., bis zu welcher königliche Schatzbons ausgegeben werden dürfen, auf 275 Mill. zu erhöhen. Die Kammer hörte dann Berichte über Bittschriften, deren eine von 341 Wählern des neunten Bezirks von Paris, welche die Station der Lyon-Paris Eisenbahn nicht auf dem Boulevard Mazas, sondern auf dem Boulevard Contrescarpe angelegt wissen wollte, die Commission an die Minister des Innern und der öffentlichen Bauten zu verweisen beantragte. Die Kammer beschloß indessen die Tagesordnung. Vom Berichterstatter der Budgetcommission, Hrn. Bignon, wurde der Bericht über das Ausgabebudget für 1848 dem Bureau übergeben.

— Aus **Lyon** ist von den Posamentirern und Seidenwebern eine Bittschrift an die Deputirtenkammer um Schutz gegen die sie bedrückende Concurrenz der Klöster gerichtet worden, von denen die meisten im Rhonedepartement und in den angrenzenden Departements sehr ansehnlich in diesen Gewerbszweigen produciren und da sie Wohnung und Nahrung nicht in Rechnung zu setzen brauchen, natürlich leicht die Preise drücken können. Der Censeur de Lyon bestätigt die schwierige Lage, in die manche Zweige der dortigen Fabrikation durch die Klöster gebracht worden sind. Von St.-Etienne, Tours und andern Orten sollen gleiche Beschwerden geführt werden.

— In den Tuilerien beziehen täglich außer den zahlreichen Linientruppen auch gegen 150 M. Nationalgarde die Wache. Von je her wurde es ungeeignet gefunden, daß dieselbe auch während des Aufenthalts des Hofs in Neuilly oder sonst außerhalb Paris die Nacht über im Dienst behalten würde, und jetzt ist dieser Beschwerde endlich abgeholfen worden. Die Posten der Nationalgarde in den Tuilerien werden in Abwesenheit des Hofes Abends eingezogen und entlassen.

— Eine gestern Abend veröffentlichte telegraphische Depesche meldet die am 26. Mai erfolgte Rückkehr des Marschalls Bugeaud nach Algier. Das ganze Centrum von Großkabylien, von Bugia bis Setif und Hamza, sei am 24. Mai in einer feierlichen Versammlung der Repräsentanten von etwa 80 Stämmen organisirt worden. Man habe den Kabylen einen mäßigen Tribut aufgelegt, sie haben ferner für die Sicherheit der Straßen und die Erleichterung des Transports zu sorgen. Die beiden Expeditionscolonnen werden in kurzen Märschen von Setif nach Algier zurückkehren. Wie eine frühere Depesche angibt, ist über den Stamm der Beni-Abbes der Khalifa von Medschana, Sid-Hamet-Ben-Mohammed-el-Mokrani, gesetzt worden. Der Stamm soll jährlich 50,000 Fr. Tribut erlegen, der ihm jedoch für das laufende Jahr erlassen bleibt; einem kleinen Stamme, dem der Beni-Mellikersch, sind 2200 Fr. Tribut aufgelegt worden.

** **Paris**, 30. Mai. Von den Petitionen, womit die Deputirtenkammer sich gestern beschäftigte, führte eine einzige eine kurze Debatte herbei, die selbst weder durch den Gegenstand noch sonst auf eine Weise von Belang war, nicht einmal durch den Vortrag des neuen Ministers der öffentlichen Bauten, der bei diesem Anlaß zum ersten Male die Rednerbühne betrat. Mit dieser letzten Bemerkung will ich keineswegs einen Zweifel gegen die Hoffnungen erheben, womit das ministerielle Organ von den parlamentarischen Fähigkeiten des Hrn. Jayr schwanger ist. Leicht möglich, daß der ehemalige Präfect von Lyon ein gewandter Redner ist; allein sein gestriger Vortrag, wie klar und fließend und bestimmt er auch den Gegenstand der Discussion behandelte, scheint mir nicht hinreichend, um einstweilen mehr als eine genaue Geschäftskenntniß und die Gabe, dieselbe geltend zu machen, bei ihm vorauszusetzen. Von da bis zu einem Redner zweiten oder dritten Ranges, den das Journal des Débats in Aussicht stellt, ist noch eine nicht ganz unbeträchtliche Entfernung; in welcher Zeit diese der neue Minister durchlaufen werde, wollen wir der Zukunft überlassen. Auch würden wir die ganze Debatte keiner Erwähnung werth gehalten haben, wenn dem Journal des Débats in seinem Artikel darüber nicht ein Geständniß entfahren wäre, das jedenfalls hervorgehoben zu werden verdient.

In der fraglichen Petition erheben die Hauseigenthümer des Boulevard Contrescarpe Einsprache gegen die Wahl des Ausgangspunktes der Eisenbahn von Paris und Lyon; sie hätten es begreiflicherweise vorgezogen, daß ihr Boulevard dazu bestimmt würde, während die Regierung den Boulevard Mazas gewählt hat, und besorgten daher, der Minister habe nicht nur ihre persönlichen, sondern auch die allgemeinen Interessen, nebenbei sogar das betreffende Gesetz, das diese Eisenbahn zu bauen anordnete, verletzt. Daß die persönlichen Interessen der Bittsteller bei der Entscheidung des Ministers zu kurz kommen, unterliegt um so weniger einem Zweifel, als sie sonst wahrscheinlich um die ganze Sache sich wenig gekümmert hätten; ob das Interesse der Reisenden und der Strategie mit dem der Bittsteller im Einklange sei, darüber herrschte anfangs einiger Zweifel; Thatsache ist es jedoch, daß später keine competente Behörde der Einsprache derselben sich anschloß. Was endlich die Verletzung des betreffenden Gesetzes angeht, so braucht man es nur zu lesen, um zu sehen, daß es der Verwaltung vollkommen freie Hand läßt, nach ihrer Einsicht den Ausgangspunkt der Bahn zu bestimmen; woraus denn folgt, daß die Hauseigenthümer des Boulevard Contrescarpe nur ihres persönlichen Vortheils halber, der ihnen entgangen, Einsprache gegen die Verfügung des Ministers erhoben.

Das Journal des Débats nun, das diese Einsprache sehr warm unterstützte, so lange die Verwaltung sich für den einen oder andern Boulevard noch nicht entschieden hatte, gibt dem Egoismus der Bittsteller eine um so unzartere Lection, als es selbst der Anwalt dieses Egoismus war. „Jene persönlichen Interessen, sagt es, haben einen nur zu großen Antheil an Allem gehabt, was bei uns seit einigen Jahren in Sachen der Eisenbahnen zu Stande kam. Die größten Fehler, die man dabei begangen, hatten keinen andern Grund. Die Schmarotzer-Zweigbahnen haben sich auf keine andere Weise in die Gesetzentwürfe der großen Linien eingeschlichen, deren Ausführung sie bloßgestellt oder rückgängig gemacht haben, wie die Zweigbahn von Grenoble zeigt. Wir klagen Niemanden an (das begreift sich); man zeigte sich zu nachsichtig, weil man sich eben im Taumel befand. Doch, verfallen wir um Gottes willen nicht in dieselben Fehler! Mögen die localen und persönlichen Interessen hübsch auf ihrem Platze bleiben und sich den Angelegenheiten des Landes nicht in die Quere werfen. Benutzen wir die Erfahrung, sie ist uns theuer genug zu stehen gekommen."

Eine vortreffliche Lection, die wol das Journal des Débats selbst sich zu Herzen nehmen wird und die, im Vorbeigehen bemerkt, nicht allein auf die Eisenbahnen, sondern auf manche andere Bahnen der Verwaltung und der öffentlichen Angelegenheiten eine schlagende Anwendung hat. Wir wollen übrigens dem oftgenannten Blatte die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es seit einigen Tagen seinen Eifer für gewisse Interessen sehr herabgestimmt hat. Man erinnere sich, mit welcher Wärme das Journal des Débats die Ansprüche der Compagnie der Eisenbahn von Paris nach Lyon vertheidigte, die sich in ihrer Berechnung der Baukosten dieser Linie um nicht mehr als 100 Mill. Fr. geirrt hatte und von der Regierung verlangte, diesen Irrthum auf die eine oder die andere Weise zu bezahlen. Das Ministerium hat gegen diese Ansprüche festen Stand gehalten und neulich einen Gesetzvorschlag eingereicht, der weit entfernt ist, die Anfoderungen der Compagnie Gouin zu befriedigen. Der Minister läßt der Compagnie eine Frist von sechs Monaten, binnen welcher sie ihren Verpflichtungen nachzukommen hat, widrigenfalls das Cautionscapital verfällt und die Regierung dann für die etwanigen Verluste die Gesellschaft entschädigt. Ob die Kammer, worin mehr als die Hälfte der Mitglieder bei Eisenbahnen betheiligt ist, nicht die Sache der Compagnie Gouin gegen die Regierung vertheidigen wird, ist jedenfalls zweifelhaft; würde jedoch das Gesetz seinem Geiste nach unverändert angenommen werden, dann würden wir zu glauben anfangen, das Sprüchwort: „Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus", enthalte keine absolute Wahrheit. Zum Lobe des Journal des Débats sei es nun gesagt, daß es einstweilen die Compagnie gegen den Gesetzvorschlag nicht in Schutz genommen hat.

Schweiz.

In der Sitzung des großen Rathes von **Bern** am 28. Mai ward bestimmt, daß Bern auf Streichung des Obersten Salis-Soglio aus dem eidgenössischen Generalstabe antrage, insofern erwiesen sei, daß er die Sonderbundsgeneralstelle bekleide.

— Ueber die Klagen der aufgelösten Vereine ist der große Rath von **Waadt** mit großer Mehrheit zur Tagesordnung geschritten und hat die Maßnahmen des Staatsraths genehmigt. Eben so schritt er über die Petitionen zur Tagesordnung, welche die Aufhebung der politischen Vereine verlangten.

— Der Bischof von Sitten hat ein **Mandat** erlassen, in welchem er in Uebereinstimmung mit dem großen Rathe von **Wallis** das seit bald drei Jahren eingesetzte Dankfest für den Sieg über die Aufrührer als ein alljährlich zu feierndes Fest einsetzt, das künftighin unter dem Namen La fête de Notre-Dame-Auxiliatrice als religiöse Feier erster Klasse am 24. Mai begangen werden soll.

Italien.

Briefen aus Livorno zufolge haben in **Florenz** am 13. Mai ernste **Unordnungen** stattgefunden, bei denen es zum Handgemenge zwischen den Truppen und dem Volke kam und mehre Personen getödtet oder verwundet wurden. Die Ursache war ein Verbot des Gouverneurs, den Geburtstag des Papstes öffentlich zu feiern.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 25. Mai. Mit der geistigen Reform der **Juden** in Rußland schreitet nun auch unter energischer Fürsorge der Regierung ihre bürgerliche vor. Seit mehren Jahren schon werden sie als Ackerbauern aus den westlichen in die südlichen Gouvernements versetzt und auf bisher unbenutzten Kronländereien colonisirt. Zuerst wurde für diesen Zweck das Gouvernement Cherson bestimmt. Dieses ist nun mit jüdischen Ansiedlern zur Genüge versehen und kann keine neuen mehr aufnehmen. Jetzt sind 60,000 Desätinen Land für neue jüdische Ansiedler in den Gouvernements Jekaterinoslaw und Taurien (Krim) angewiesen, in ersteres wurden 1845 schon an 285 jüdische Familien aus den Gouvernements Kowno, Mohilew und Witebsk übergeführt. So wird die Bevölkerung des westlichen Landstrichs, bisher nur dem Schacher und Schankbetriebe fröhnend, wodurch sie der örtlichen Bevölkerung eine wahre moralische Pestbeule wurde, zu einer der nützlichsten Klassen der menschlichen Gesellschaft umgeformt. Wie der Minister des Innern jetzt officiell nachweist, so ist die von den Juden erhobene sogenannte Korbsteuer (Korobka) sehr gering und beiweitem zur Erhaltung ihrer neuen Lehranstalten nicht genügend. Sie betrug im vorigen Jahre nur 50,000 Rubel. — Die beschlossene bürgerliche Reform der müßig und gewerblos im Reiche vagabundirenden **Zigeuner** hat ihren Fortgang. Man sucht sie unablässig festen bürgerlichen Gewerben theils auf dem Lande, theils in den Städten anzueignen. Diese Reform ist aber beiweitem noch nicht beendigt. Bis jetzt sind davon etwas über 12,000 Individuen in Kronlandgemeinden untergebracht worden.

Die von den Zeitverhältnissen so dringend erheischte geistige Bildung des russischen **Landvolks**, deren kräftige Förderung im eifrigen Willen des humanen Monarchen liegt, schreitet unter den dem Reichsdomainenministerium untergeordneten Kronbauern bedeutend vor. In dieser Jurisdiction wurden zu Anfange des Jahres 1846 2319 Gemeindeschulen und in ihnen 111,860 Schüler gezählt. Kron- oder Reichsbauern kann man im Umfange von ganz Rußland, mit Inbegriff Sibiriens, Transkaukasiens und der fremden Ansiedler, an 12,000,000 Individuen zählen. Die Zahl der Lernenden zu dieser Bevölkerung verhält sich also zur Zeit noch wie 1:107, wird aber in wenigen Jahren in dieser Beziehung andere Resultate aufzustellen haben. Der Domainenminister sagt in seinem Compte Rendu vom Jahr 1845 hierüber: „Angestellte Untersuchungen haben den Zustand dieser Volksschulen sehr befriedigend gefunden. Die Fortschritte der Zöglinge waren gut. Die Bauernjugend der lithauischen Gouvernements verstand, als sie die Schulen betrat, die russische Sprache gar nicht; jetzt drückt sie sich ziemlich gut und fehlerfrei in derselben aus, liest und schreibt in derselben ziemlich fertig. Die Bauern fangen an, die Wichtigkeit des Unterrichts zu begreifen, und schicken nun auch sogar ihre Töchter in die Dorfschulen. Von den Bauernknaben, die ihre Lehre beendet, traten 1845 an 3128 in verschiedene Anstalten des Ministeriums über, um hier in subalternen Stellungen die erworbenen Kenntnisse praktisch anzuwenden."

Brasilien.

In Liverpool war am 27. Mai mit dem Schiffe Emilia aus **Rio Janeiro** vom 5. April die Nachricht eingetroffen, daß eine Abtheilung Truppen von Oribe's Corps ein auf brasilischem Gebiete gelegenes **Fort** gewaltsam in Besitz genommen hatte. Obgleich dieser Schritt nur gethan schien, um Zufuhren für den Feind (nach Montevideo) zu hindern, besorgte man doch, es werde darüber zwischen Rosas und Brasilien zum Bruche kommen.

Personalnachrichten.

Orden. Baiern. Verdienstorden vom h. Michael, Comthurkreuz: der österreichische Hofrath Frhr. v. Hammer-Purgstall; Ritterkreuz: der Professor der Klinik Buffalini in Florenz, der toscanische Leibarzt del Punto. — Oesterreich. Stephansorden, Commandeurkreuz: der Geheimrath und Generalmajor Graf Franz Haller v. Hallerkö. — Preussen. Rother Adlerorden 3. Kl.: der mecklenburg-schwerinische geh. Postrath v. Prizbuer. 4. Kl.: der Oberst a. D. v. Brause, der Oberstlieutenant a. D. Heim, der Prediger Gericke in Köthen, der Pfarrer Konstantin Lesinski in Luschwitz.

Todesfälle. Der österreichische Feldmarschallieutenant, commandirender General vom Banat, Csorich v. Monte-Creto, starb am 4. Mai in Temeswar.

Wissenschaft und Kunst.

* **Leipzig**, 3. Jun. Der sechsundzwanzigste Jahresbericht über die hiesige **Heilanstalt für arme Augenkranke** vom Jahr 1846 enthält ein abermaliges Zeugniß der Hülfe, die sie selbst den Nothleidenden gespendet, und die ihr von anderer Seite hinwieder zur Ausführung ihrer edlen Zwecke zugeflossen ist. Die Anstalt hatte im Ganzen 1649 Kranke (138 mehr als 1845), von welchen 639 aus Leipzig, 691 aus andern Orten Sachsens, 296 aus Preußen und 23 aus andern deutschen Staaten waren. Von den vorgenommenen wichtigern Operationen, an Zahl 70, betrafen 43 den Staar und 5 das Schielen. Die Einnahmen des Vereins haben 19,061 Thlr., die Ausgaben 2384 Thlr. betragen, und es bleiben demnach als Vermögen der Anstalt 16,677 Thlr., nämlich 4625 Thlr. in Hypotheken, 7945 Thlr. in Obligationen und Staatspapieren, und 4106 Thlr. in Baarem.

— Die holländische Societät der Wissenschaften zu Haarlem hat in ihrer Jahressitzung am 22. Mai dem Dr. Hermann v. Meyer in Frankfurt a. M. die große goldene Preismedaille zuerkannt.

— Von der Literary Gazette war die Nachricht einer unter Dr. Richardson's Leitung beschlossenen **Nordpolexpedition** (Nr. 127) aufgenommen worden, bestimmt, die unter Sir John Franklin und Capitain Crozier unterwegs befindliche aufzusuchen und ihr Proviant und andere Unterstützung zuzuführen. Die Literary Gazette berichtigt jetzt diese Angabe dahin, daß Dr. Richardson sich allerdings zu einer solchen Expedition erboten, die Admiralität jedoch nach angelegentlicher Berathung mit Sachkundigen zunächst durch die Hudsonsbaigesellschaft die Absendung von Lebensmitteln auf den Mackenzie- und Coppermine-Rivers angeordnet und die Absendung Dr. Richardson's zum nächsten Frühjahre beschlossen habe, wenn bis dahin keine Kunde von der Expedition einlaufen sollte. Dieselbe war bis zum Herbst 1848 reichlich verproviantirt und würde also, wenn elementarische Ursachen ihren Gang verlangerten und sie nöthigten, zu verminderten Rationen zu greifen, bis Ende 1848 auskommen können. Zur Zeit dürften daher noch keine Besorgnisse über das Schicksal der kühnen Reisenden gerechtfertigt sein.

Handel und Industrie.

† **Leipzig**, 2. Jun. Der gegenwärtige Nothstand, hervorgerufen durch spärliche Aernten und hohe Lebensmittelpreise, hat viele Vorschläge hervorgerufen, wie diese Noth zu lindern sei, und insofern konnten sich diese Maßregeln nur auf die Gegenwart beziehen. Es thut aber noth, nicht nur der Gegenwart zu gedenken, sondern die Blicke auch auf die Zukunft zu lenken; denn wer gibt uns die Gewißheit, daß wir ferner alljährlich reich ärnten werden in Getreide und Kartoffeln? Liegt vielmehr die Möglichkeit nicht nahe, daß auch wieder Jahre kommen, in denen geringe Aernten an Lebensmitteln gemacht werden? Und muß dann die Noth nicht noch weit größer werden als gegenwärtig, da die Bevölkerung von Jahr zu Jahr wächst, mit ihr aber nicht auch der Grund und Boden zunimmt? Es dürfte daher wol an der Zeit sein, auf solche Maßregeln hinzuweisen, welche allein geeignet sind, die Nothstände, wie sie jetzt herrschen, möglichst zu beseitigen. Diese Maßregeln sind nun aber hauptsächlich folgende: 1) Cultivirung oder Strecken, die bisher entweder gar keinen, oder doch nur einen sehr geringen Nutzen geliefert haben, und solche Strecken gibt es in dem großen deutschen Vaterlande noch viele. Würden dieselben den Ortsarmen zur Cultur überwiesen, wie viel würde dadurch gewonnen werden für diese Armen selbst, für die Gemeinden und für den Staat? 2) Zweckmäßigere Benutzung der Gemeindegrundstücke, deren Ertrag sich bisher in sehr vielen Fällen auf Null reducirte, statt daß sie, zweckmäßig bewirthschaftet, einen hohen Reinertrag gewähren könnten, sei es nun durch pachtweise Ueberlassung an Einzelne aus der Gemeinde, besonders auch an die Unbegüterten, oder durch Verpachtung als ein ungetheiltes Gut an einen intelligenten Landwirth. 3) Tiefere Cultur der Aecker. Es ist schon bemerkt worden, daß sich die Bevölkerung von Jahr zu Jahr vermehrt, mit ihr aber nicht der Grund und Boden. Und doch kann dieser gewissermaßen vermehrt werden, wenn man ihn tiefer bearbeitet. Eine allgemein eingeführte tiefere Bearbeitung des Ackerbodens würde erfahrungsgemäß den Ertrag an Feldfrüchten verdoppeln. 4) Allgemeine Einführung eines rationellen Wirthschaftssystems. Besonders haben wir hier die Fruchtwechselwirthschaft im Auge, das rationellste Wirthschaftssystem, wo anders die Umstände seine Einführung gestatten. Da, wo das Dreifeldersystem noch herrscht, können reiche Aernten, hohe Erträge nicht gedacht werden, und eben deshalb muß es als nothwendig erscheinen, dieses veraltete System zu verlassen und, wo es die Umstände gestatten, zur Fruchtwechselwirthschaft überzugehen, indem diese erfahrungsgemäß einen doppelt so hohen Ertrag liefert als die Dreifelderwirthschaft. Ein rationelles Wirthschaftssystem, wie es vorzugsweise die Fruchtwechselwirthschaft ist, steht aber vor Allem voraus. 5) Freie Gebahrung mit dem Grund und Boden, daher der Einführung eines rationellen Wirthschaftssystems stets Ablösung der Dienste und Lasten und möglichst auch Zusammenlegung der Grundstücke vorhergehen muß. In vielen deutschen Staaten bestehen diese Dienste und Lasten noch. Dort kann aber auch, so lange diese Dienste und Lasten noch fortbestehen, an eine Blüte des Ackerbaues nicht gedacht werden. Mögen daher die Regierungen dieser Länder vor Allem dahin wirken oder durch die gegenwärtige Noth dazu getrieben werden, den Grund und Boden zu entfesseln, dem schönen Beispiele, mit welchem hierin Preußen und Sachsen vorangegangen sind, zu folgen. 6) Errichtung von Getreidemagazinen, aber nicht von Seiten des Staats, sondern von Städten oder einzelnen Gemeinden; denn der Staat ist offenbar nicht vermögend, Getreidevorräthe auch nur auf Ein Jahr für die ganze Bevölkerung aufzuhäufen; dies würde durchaus seine Kräfte übersteigen. Wenn dies aber auch selbst der Fall nicht wäre, so würden doch Staatsgetreidemagazine so wohlfeiles Getreide nicht liefern können als Gemeindegetreidemagazine, weil die Staatsmagazine in der Unterhaltung zu viel kosten, und

Digitized by Google

weil das in ihnen aufbewahrte Getreide, der großen Massen halber, leichter der Verderbniß ausgesetzt ist, sodaß dann der Staat, wenn er gleichwol zu den Einkaufspreisen verkaufen würde, große Verluste erleiden müßte, und diese Verluste müßte doch die Bevölkerung tragen? Es bleibt daher unter allen Umständen angemessener, die Anlegung von Getreidemagazinen den einzelnen Gemeinden zu überlassen oder deren Einführung gesetzlich zu bewirken. In Rußland sind die Gemeindegetreidemagazine gesetzlich eingeführt und man befindet sich dort wohl dabei; möge Deutschland darin nicht hinter Rußland zurückbleiben. (Das Nähere hierüber enthält die Landwirthschaftliche Dorfzeitung von **W. Löbe**, Nr. 27 fg., Jahrg. 1844.) Die Jahre 1845 und 1846 fodern die Einrichtung derartiger Magazine mit Strenge.

Börsenbericht. Leipzig, 3. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 117 Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 58½ bezahlt, Ende Geld; Löbau-Zittauer 50¾ Br., 50½ G.; Magdeburg-Leipziger 210 Br., 208½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br., 109½ G., Litt. B. 101 Br.; Köln-Mindener 94 Br., 93¾ G., pr. Juli 94 bezahlt u. G.; Thüringer 94½ bezahlt; Altona-Kieler 110½ G., 110½ bezahlt; Dessauer Bankactien 100¾ Br.

Eisenbahn. Leipzig, 2. Jun. Der ziemlich umfängliche „Zweite allgemeine Verwaltungs- und Baubericht der Direction der Thüringischen Eisenbahngesellschaft über das Jahr 1846" enthält folgende Mittheilungen. Jenseit Eisenach, wo die Bahn nördlich vorübergeführt werden mußte und der Bahnhof am östlichen Ende der Stadt angelegt ist, ist die Richtung der Bahn nur bis zur westlichen Flurgrenze des Dorfes Hörschel als festgesetzt anzunehmen; weiter westlich ist die Bestimmung der Linie von der noch nicht zum Abschlusse gekommenen Vereinbarung der Regierungen von Sachsen-Weimar und Kurhessen über die Annahme der Grenze zwischen der Thüringischen und der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn abhängig, da zwischen Hörschel und Gerstungen noch mehre kurhessische Dorffluren liegen, doch ist die bei Hörschel zu erbauende Brücke über die vereinigte Werra und Hörsel, als einziges zeitraubendes Bauwerk jenseit Eisenach, in der Ausführung weit vorgeschritten. Hinsichtlich der Beziehung zu andern Eisenbahnunternehmungen wird Folgendes bemerkt. Dem Vereine vieler preußischen Eisenbahnverwaltungen für gemeinschaftliche Berathung wichtiger Eisenbahnangelegenheiten ist die Direction beigetreten und hat namentlich einerseits mit den Directionen der Magdeburg-Leipziger und der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft, andererseits mit denen der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und der Cöln-Minden-Thüringer Verbindungsbahn engere Verbindungen angeknüpft. Mit Bestimmtheit ist zu erwarten, daß die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn nach Kassel und weiter, zu hoffen aber, daß die Main-Weser-Bahn von Kassel nach Frankfurt noch im Jahr 1848 zur Vollendung gelange. Das Project der Verrabahn zur Verbindung der Thüringischen mit der Baierschen Staatsbahn ist leider noch nicht weiter gediehen, ja vielmehr ganz in den Hintergrund getreten; ein an die betreffenden drei Regierungen gerichteter Antrag, die Vorarbeiten einsehen zu dürfen, um gedachten Falls das Unternehmen weiter verfolgen zu können, blieb ganz ohne Antwort. Von den Zweigbahnen von Weißenfels nach Leipzig und Gera ist die erstere Gegenstand besonderer Verhandlungen zwischen den betreffenden Regierungen gewesen, die letztere aber unter der Leitung des Oberingenieurs Mons vermessen worden, wobei sich eine wohlfeile Linie ergeben hat. Der Grunderwerb kostete 1,408,831 Thlr. oder 515,351 Thlr. über den Voranschlag, hat aber 272 Processe veranlaßt, von denen 84 noch im Gange sind. Die Erdarbeiten beliefen sich bisher auf 1,654,708 Schachtruthen und 2,273,416 Thlr. (gegen den Voranschlag 74,708 Schachtruthen und 504,167 Thlr. mehr), doch sind zur Vollendung der Bahn die Gerstungen noch 148,731 Thlr. erforderlich. Die Brücken, Aquädukte, Viaducte, Flußdurchstiche, Futtermauern und Wege, zusammen etwa 600 Bauwerke, auf 2,570,045 Thlr. veranschlagt, kosteten 338,297 Thlr. mehr; dagegen kostete der auf 1,933,088 Thlr. veranschlagte Oberbau nur etwa 59,261 Thlr. mehr, obgleich abweichend von dem Anschlage für den größten Theil der Bahn schwerere Schienen bestellt wurden (22 statt 18 Pfd. pr. Fuß wiegend). Eine bedeutende Erhöhung der Ausgaben für Bahnhöfe, Werkstätten und Telegraphen veranlaßte die für nöthig gehaltene Bedeckung der Einsteigeplätze (für circa 190,000 Thlr.), die Herstellung des elektromagnetischen Telegraphen (durch den Hofuhrmacher Leonhard in Berlin), welcher die optischen Telegraphen ganz entbehrlich macht, da durch einen mit den Wärterstationen in Verbindung gesetzten Draht den Bahnwärtern und durch portative Apparate von diesen Stationen aus durch die Zugführer nach den Bahnhöfen Mittheilungen gemacht werden können ꝛc. Im Ganzen kostet dieser Titel 975,328 Thlr. statt der veranschlagten 556,174 Thlr. Dagegen werden an den Betriebsmitteln — 39 Locomotiven, worunter 14 von Borsig, 15 von Stephenson, 1 von Cockerill; 61 Personenwagen, sämmtlich von Zoller und Pflug in Berlin, 6 Gepäckwagen, 182 Güterwagen, 12 Lowrys — gegen den Anschlag von 998,400 Thlr. 164,000 Thlr. erspart. Im Ganzen stellen sich die Ausgaben bis zur Vollendung des Baues für ein Gleis voraussichtlich auf 11,439,824 Thlr. oder 2,439,824 Thlr. mehr, als das Actiencapital beträgt, und rechnet man dazu die Kosten des zweiten Gleises (dessen Legung schon die vorjährige Generalversammlung als sehr wünschenswerth anerkannt hatte) mit 1,968,083 Thlr., so ergibt sich ein Mehraufwand von 4,407,907 Thlr. Die Direction ist jedoch der Ansicht, daß nur 4 Mill. Thlr. beschafft zu werden brauchen. Bereits verausgabt waren Ende 1846: 8,904,818 Thlr. Eine genaue Beschreibung der Bahnlinie, welche im Ganzen 25½ Meilen lang ist, worunter 3 Meilen zwischen Eisenach und der hessischen Grenze, enthält der Bericht noch nicht.

Getreide. Danzig, 29. Mai. In Betreff des Weizens lauten die letzten englischen Berichte noch flauer, daher matter Umsatz. Von 822 Last, die in dieser Woche zum Verkauf gestellt wurden, sind 404½ Last à 800—870 Fl., eine kleine Partie à 900 Fl. verkauft worden. Von Roggen ist nur äußerst geringer Vorrath vorhanden und die Zufuhren sind unbedeutend. Preis des Roggens 110—120 Sgr. pr. Scheff. Aus Riga wird eine Ladung Roggen, aus Petersburg eine Ladung Mehl erwartet. Uebrigens stehen die Ernteaussichten in unserer Provinz bis jetzt recht gut.

Versicherungen. Baiern. Die Hauptrechnung der allgemeinen Brandversicherungsanstalt in den sieben Kreisen diesseit des Rheins für 1845/46 weist folgende Ergebnisse nach. Versichert waren 1,120,983 Gebäude (5586 mehr als im Vorjahr) um die Summe von 593,140,210 Fl. (16,583,430 Fl. mehr); vereinnahmt wurden 2,931,097 Fl., verausgabt 1,989,611 Fl.; Activrest 948,486 Fl.

Wolle. Breslau, 1. Jun. Wir haben in diesem Jahre das Gegentheil von dem vorigen erlebt, und so wie damals ein schneller Uebergang von hohen zu niedrigen Preisen stattfand, so sind wir diesmal von niedrigen zu hohen Preisen übergegangen, obschon viele Ursachen vorhanden waren, welche eine Steigerung der Preise hätten verhindern können. Die Vorräthe jedoch waren so gering, die Concurrenz so außerordentlich groß, daß eine Hausse unumgänglich eintreten mußte. Dieselbe traf ganz vorzüglich die niedrigen Wollen, welche im vorigen Jahre die gedrücktesten waren, und die daher von 8—10 und 12 Thlr. im Preise gestiegen sind, dahingegen die Electoralwollen nur eine Preiserhöhung von 5—6 Thlr. und die feinen und mittelfeinen von 6—8 Thlr. erlangt haben. Der Ausfall der Schur betrug circa 6—8 Procent; die Wäsche war zum größten Theil sehr gelungen, und man hatte im Allgemeinen über die Behandlung der Wollen nicht zu klagen. Es war alter Bestand circa 3000 Ctr., zu Markt gebracht wurden circa 45,000 Ctr., zusammen 48,000 Ctr. Im vorigen Jahre hatten wir ein Quantum von circa 50,500 Ctr., also diesmal weniger circa 2500 Ctr. Man zahlte für schlesische Superelectoralwollen 110—128, Electoral 102—108, ganz feine 95—100, mittelfeine 83—88, geringere 77—80, ordinaire 66—72 Thlr.; für schlesische Zweischur feine 67—78, mittelfeine 64—70, geringere 58—60 Thlr.; für polnische Einschur feine 68—75, mittelfeine 64—66, geringere 56—60 Thlr.; für Lammwolle hochfeine 100—120, feine 90—98, mittelfeine 80—88, geringere 75—78 Thlr.; für Sterblingswollen Electoral 85—95, hochfeine 75—80, feine 70—74, mittelfeine 65—68, geringere 58—60 Thlr.; für Gerber- und Schweißwollen 50—66, für schlesischen Ausschuß 50—70, für polnischen Ausschuß 40—50, für weiße Zackelwolle 19—23, für weiße mit Fabrikwäsche 24—25, für schwarze Zackelwolle 17—19 Thlr. Die bedeutendsten Käufer waren belgische und niederländische Fabrikanten und Händler, auch die französischen blieben nicht zurück; die Engländer traten sehr ängstlich auf und haben nicht die Hälfte des sonstigen Quantums gekauft.

Wolle. Zu dem am 26. Mai in Schweidnitz abgehaltenen Wollmarkte sind 4308 Ctr. Wolle zugeführt worden, welche fast sämmtlich zu etwas erhöhten Preisen gegen die des Jahres 1846 Abgang gefunden haben. Nach Verhältniß der Qualität sind Abschlüsse von 56—60 Thlr., von 64—70 Thlr. und von 72—80 Thlr. pro Ctr. erfolgt.

Wolle. Auf dem am 28. Mai in Strehlen abgehaltenen Wollmarkte waren circa 1504 Ctr. (36 Ctr. mehr als am Frühjahrsmarkte vorigen Jahres) ein- und zweischürige Rusticalwolle zum Verkauf ausgelegt. Unverkauft blieb nur ein geringes Quantum. Die Preise der zweischürigen Wolle stellten sich gegen die vorigen Herbstpreise durchweg um 4 Thlr. niedriger, gegen die Frühjahrspreise von 1846 aber um 3—5 Thlr. und die der einschürigen Wolle um 4—6 Thlr. höher, einige Producenten erhielten sogar 10 Thlr. mehr. Für die einschürige feine Wolle wurden 66—72 Thlr., für die mittelfeine 60—65, für die ordinaire 54—59, für die zweischürige feine 60—68, für die mittelfeine 54—59, und für die ordinaire 48—53 Thlr. bezahlt.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 3. Jun. früh 7 Uhr: 19″ unter 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 1. Jun. Oestr. Bkact. 1946; 250 Fl. L. 120¼; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¼; Bad. 50 Fl. L. 57¾; Darmst. 50 Fl. L. 77¾; 25 Fl. L. 27⅞; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35½; Kurhess. 32⅞. Wien, 31. Mai. Bkact. 1600; Met. 5pc. 106⅛; 3pc. 96¼; 3pc. 68½; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 118¾.

Karlsruhe, 31. Mai. In der heute stattgehabten sechsten Serienverlosung der badischen 35-Fl.-Loose des Anlehens vom Jahre 1845 sind nachstehende 20 Serien gezogen worden: Serie 26, 573, 577, 755, 773, 985, 1481, 2224, 2878, 3580, 4007, 4924, 4097, 5108, 5841, 6301, 6760, 6949, 7281 und 7558.

Actien. Frankfurt a. M., 1. Jun. Taunusb. 300; Nordb. 73; Verb. 93½. Wien, 31. Mai. Nordb. 165⅛; Gloggn. 124; Mail. 109½; Livorn. 88; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 2. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatssch. 93⅛ Br., 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅜ Br., ostpreuß. 95½, pomm. 94¼ Br., schles. 97½, 4pc. pos. 102½, neue 3½pc. 93½, kur- u. neum. 95 Br., Louisd'or 112, Friedrichsd'or 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amsterd.-Rotterd. 4pc. 93, Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 109, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101⅛, Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 94, Crakau-Oberschlesische 4pc. 77, Düsseld.-Elberfelder 5pc. 105⅝, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, Kiel-Altonaer 4pc. 109¾, Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 98½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 81¼, Rhein. 83½, Prior.-St. 4pc. 80⅜, Prior. 4pc. 90½, Sächs.-Baier. 4pc. 87¼ Br., Thüring. 4pc. 94, Zarskoje-Selo 70¼. — Quittungsbogen: Berl.-Magdeb. 83⅜, Berg.-Märk. 4pc. 84, Berl.-Anh. 101, Kassel-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93¾, Magdb.-Wittenb. 86, Mail.-Venedig 4pc. 112, Mecklenburg 74½, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73⅜, Pos.-Starg. 4pc. 84, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100½, Ung. Centralb. 4pc. 100½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅞, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅞, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95, (neue) 4pc. 94¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅜, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅛, Wiener Einst. 16⅞ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staats-Pr.-A. 89, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewähltesteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847. [1546—53]

Bei **F. A. Brockhaus** in Leipzig erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Ungarische Zustände.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr.

Für Diejenigen, die zu einer klaren Anschauung über die in der ungarischen Nation sich kundgebenden Regungen und Bestrebungen gelangen wollen, wird diese Schrift von ganz besonderm Interesse sein. [2051]

Kauf- oder Pachtgesuch.

Ein frequenter Gasthof wird zu kaufen oder auch zu pachten gesucht. Adressen nebst Angabe sämmtlicher Bedingungen bittet man **H. H. # 12** poste restante Leipzig zu senden. [2179]

Offene Stelle. [2160—61]

Zum baldigen, womöglich zum sofortigen Antritte wird ein erfahrener Mann gesucht, der vollkommen befähigt sein muß, den sämmtlichen Comptoirarbeiten in einem Manufacturwaarengeschäfte selbständig vorzustehen.

Mit dieser Stelle ist vorerst ein jährliches Gehalt von 700 bis 800 Fl. Mze. verbunden. Frankirte Offerten werden unter der Chiffre **J. H.** poste restante nach **Reichenberg** in Böhmen erbeten und die um diese Stelle sich Bewerbenden ersucht, Abschrift von ihren Zeugnissen beizufügen.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 4. Jun. **Czaar und Zimmermann,** komische Oper von G. A. Lorzing.

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 56,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden briefisch.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2150] in Leipzig.

Gesuch. Ein junger Kaufmann, 25 Jahre alt, sucht in einem achtbaren Hause Stellung als Comptoirist oder Reisender, und würde sich derselbe mit 5- bis 6000 Thlr., unter Umständen mit einem größern Capitale bei einem sichern Geschäfte betheiligen. [2141—46]

Gefällige frankirte Offerten unter der Chiffre **B. C. Nr. 1.** wird die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung entgegennehmen.

In unserm Verlage erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben: [2177]

Lehrbuch
der
englischen Sprache
für den Schul-, Privat- und Selbstunterricht.

Nach vereinfachter und leicht faßlicher Methode bearbeitet von
Dr. H. A. Manitius.
19 Bogen gr. 8. Brosch. 1 Thlr. = 24 Exempl. 18 Thlr.

Dieses neueste Lehrbuch der englischen Sprache empfiehlt sich, vermöge seiner systematischen Anordnung des grammatischen Stoffes, durch Kürze, Einfachheit und Uebersichtlichkeit zu einer methodischen Erlernung dieser Sprache.

Adler & Dietze in Dresden.

Gasthaus-Verpachtung
in ***Leipzig.***

Ein sehr frequentes Gasthaus ist von Michaeli zu verpachten; das Nähere wird poste restante Leipzig **M. A. N. Z.** franco mitgetheilt. [2181]

Als **Wirthschafterin** auf einem Gute wünscht ein Mädchen, welche das Milch- und Molkenwesen gründlich versteht und auch im Kochen nicht unerfahren ist, placirt zu werden, und erwartet die darauf bezüglichen Anfragen unter der Adresse **N. N.** poste restante Dresden. [2178]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Karl Gottlieb Bär in Eybau mit Frl. Luise Rostin in Wien. — Hr. Kaufmann Magnus Herrmann in Berlin mit Frl. Mathilde Friedländer. — Hr. Julius Seyfert in Chemnitz mit Frl. Emilie Schwalbe. — Hr. Kaufmann Julius Wendler in Berlin mit Frl. Amalie Kleemann.

Getraut: Hr. Gasthofsbesitzer Julius Bohm in Berlin mit Frl. Julie Sachs. — Hr. J. G. Große in Dresden mit Frl. Amalie Schroter. — Hr. Advocat und Actuar Anton Hofmann in Neukirchen mit Frl. Bertha Schaarschmidt aus Geyer. — Hr. F. W. Krieger in Poln.-Wartenberg mit Frau E. Gräupner. — Hr. Administrator G. H. Masel in Baireuth mit Frl. A. Link aus Konradsreuth. — Hr. Pastor v. Schreiber in Friedrichsrode mit Frl. Jenny Schwartz.

Geboren: Hrn. Bürgermeister Bestelmeyer in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. Julius Bräunlich in Stettin eine Tochter. — Hrn. Schulmeister J. A. Casper in Neukirch ein Sohn. — Hrn. Otto v. Dresky in Werndorf eine Tochter. — Hrn. Baucondueteur Friese in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Dr. Götz in Crimmitzschau eine Tochter. — Hrn. Apotheker Kindermann in Zschopau eine Tochter. — Hrn. Dr. A. Klemmer in Dresden eine Tochter. — Hrn. A. Lindner in Gleiwitz eine Tochter. — Hrn. Achilles Lotz in Basel eine Tochter. — Hrn. Syndikus Mandel in Stargard eine Tochter. — Hrn. Rentier Moritz in Neusgode Drillinge. — Hrn. Hermann Müller in Nürnberg eine Tochter. — Hrn. v. Scheven in Speck eine Tochter. — Hrn. W. Vollbrechtshausen in Werdau ein Sohn. — Hrn. v. Winterfeld-Carve in Carve ein Sohn.

Gestorben: Hr. Major Johann Jakob Arnold in Stolp. — Hr. Privatier J. G. Besserer in Fürth. — Hr. Kirchenvorsteher Johann Paul August Heinze in Königstein. — Hr. Christian Friedrich Hüttner in Oberreichenbach. — Frau Stadtschreiber Sidonie Jahn in Wittenberg. — Frau Justizamtmann Christiane Friederike Kempe in Marienberg. — Frau Kreissteuereinnehmer Friederike Luchs in Ohlau. — Hr. Rittergutsbesitzer Ernst Christoph Baron v. Lützow in Glogau. — Frau Karoline de Marancour in Paris. — Frau Amalie Oesten in Berlin. — Frau Kanzleidirector Blanka Elise Johanne Pieper in Schwetz. — Frau Therese Ernestine Schultze in Leipzig. — Hr. Traugott Siegel in Mildenau.

Sonnabend — Nr. 156. — 5. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer [illegible] 2 Ngr.

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. England und Griechenland. — Die Dissidenten in Mainz. — Der Herzog von Augustenburg. *Detmold. Neue Gesetze. — Der Landgraf von Homburg.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Die Schutzzollpartei. Der Landtag. (+) Berlin. Der Polenproceß. Dr. Meyen. ♂ Königsberg. Verbrechen. Entwichene Sträflinge. Untersuchungen. Kirchliches. — Die Berliner Stadtverordneten. — Kölner Proceß. — Die Breslauer Kaufmannschaft.

Spanien. Das königliche Ehepaar. Die Königin. Hr. Bulwer. Der Infant Don Francisco. Heerschau. Die Einwohnerzahl von Madrid. General Roguerat.

Großbritannien. Die Eisenbahnpolizei. Bazar der Gardeoffiziere zum Besten der Nothleidenden in Irland und Schottland. Die Dampfsloop Geyser zum Geschwader vor Lissabon. Drei Prisen von der afrikanischen Küste.

Frankreich. Die Zeitungen. Die Herzogin von Orleans nach Vichy. Bu-Maza. ψ Paris. Der Journalismus. Lord Normanby. Die englische Politik. Fürst v. Metternich.

Belgien. *Brüssel. Die Wahlen. Die Kammer. Das Fabrikwesen. — Die Verhafteten in Gent.

Schweiz. Prof. Snell.

Griechenland. **Athen. Adresse der Opposition.

Türkei. Die griechische Differenz. Die Unternehmung gegen Bedrhan-Bey. Der Vertrag mit Persien.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Frankfurt a. M. Sinken der Getreidepreise. Breslau. Wollmarkt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 2. Jun. Die in Nr. 151 veröffentlichten Depeschen des Lords Palmerston an Sir Edward Lyons werden das Urtheil der europäischen öffentlichen Meinung über die englische Politik gegen Griechenland nur bestätigen. Nur den einen Punkt berichtigen sie, daß das heutige Extrem derselben nicht dem Lord Palmerston zur Last fällt, sondern dieser nur fortsetzte, was Lord Aberdeen eingeleitet. Doch dürfte der Letztere jedenfalls etwas mildere Formen gefunden haben. In der Hauptsache aber wirkt jetzt England in zwiefacher Beziehung gegen die Hoffnungen einer Festigkeit und eines Gedeihens der griechischen Zustände, und was es für eine Politik sei, die das thut, wird am besten dadurch erkannt, daß England dabei Hand in Hand mit Rußland geht, mit dem Staate also, hinsichtlich dessen man allseitig annimmt, daß seine Umtriebe und Plane systematisch auf Schwäche und Zerrüttung des ganzen türkisch-griechischen Gebiets, speciell aber auf den Sturz des Königs Otto gerichtet seien. Wir können nicht glauben, daß blos die Eifersucht auf den französischen Einfluß das englische Cabinet übersehen lasse, daß es durch sein Verfahren einem viel gefährlichern Einfluß in die Hände arbeitet, und so bleibt nur die Annahme, daß es ganz Dasselbe bezweckt wie Rußland und daß es im Pfortengebiet und in Griechenland wie in Spanien und Portugal in Auflösung, Anarchie und Verfall seinen Vortheil besser zu finden glaubt als in Ordnung, Sicherheit und Gedeihen. Der Sturz des Ministeriums Kolettis würde für Griechenland keine bessern Früchte bringen, als der Sturz des Ministeriums Cabral für Portugal gebracht hat, und die Septembristen sind immer noch achtbarere Leute als die griechischen Parteigänger.

Wir könnten uns erklären, daß England sich der Pforte annimmt, sofern dies gegen Rußland gerichtet wäre. Aber gegen Griechenland, gegen den König Otto, in einem Etikettestreit, durch die Anmaßung eines würdigen Sinnesverwandten des Hrn. Lyons provocirt, während Griechenland alle vernünftige Genugthuung geben will, so offen für die Türken Partei nehmen, so gar keine Rücksicht auf Griechenlands Interessen und Wünsche zeigen, so wenig Theilnahme und Rücksicht für den König an den Tag legen, das ist denn doch zu plump. Freilich glaubt der edle Lord sich aller Beweisführung für das Unrecht des Königs überheben zu können, da die fünf Gesandten der Großmächte in Konstantinopel Eines Sinnes darüber gewesen seien. Aber, irren wir nicht, so hat dieser Beweis schon dadurch ein Loch erhalten, daß man in Wien die Sache anders ansah, als Graf Stürmer gethan hatte. Die Finanzsache aber wird in der Depesche ganz im Styl eines kargen, für sein Geld besorgten Privatgläubigers und so ganz und gar ohne alle politische Aber behandelt, daß wir auch hier, da wir nicht zu Denen gehören, welche die englische Politik für eine bloße Krämerpolitik halten, nur Verwände und Verstellung sehen können. Was sich gegen das Raisonnement jener Depesche sagen läßt, haben wir schon neulich (Nr. 147) hervorgehoben, und es liegt so nahe, daß wir in keiner Weise annehmen können, das englische Cabinet wisse es nicht so gut und besser als wir.

— Die Dissidenten in **Mainz** haben vom Ministerium des Innern und der Justiz die Erlaubniß erhalten, sich als Gemeinde constituiren zu dürfen. (A. Z.)

— Das Kieler Correspondenzblatt vom 1. Jun. meldet: „Der Herzog von Augustenburg hat vom 1. Mai d. J. an einem großen Theile seiner Untergehörigen auf den Gravenstein'schen Gütern gegen eine sehr mäßige Geldabfindung und unter übrigens sehr zufriedenstellenden Bedingungen die sämmtlichen Hofdienste für immer erlassen."

*Detmold, 30. Mai. Als die hauptsächlichsten Resultate des am 1. Mai wegen der Domainenfrage ziemlich ungnädig entlassenen Landtags sind in dem das gestrige Datum tragenden Gesetzsammlungsstücke das Gesetz über die Allodification der Lehen, das zur authentischen Interpretation der alten Verordnung über die eheliche Gütergemeinschaft von 1786, eine Verordnung über die Bestrafung des Holzdiebstahls und die Abschaffung der Denunciationsgebühren in Forstrugesachen und ein anderes über die Beweislast bei der Negatorienklage publicirt worden. Von dem in der öffentlichen Meinung sicherlich Beifall findenden Grundsatz ausgehend, daß das Lehnswesen veraltet sei und unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Eigenthum und der Bodencultur nur lästige Fesseln anlege, hatten die Stände schon bei dem Landtage von 1843 ein entsprechendes Allodificationsgesetz beantragt, es war ihnen auch 1845 ein solches im Entwurfe vorgelegt worden; allein die Verabschiedung des Gesetzes zerschlug sich damals dadurch, daß die Regierung das ganze Gesetz namentlich deshalb zurückzog, weil die Stände — nächst mancherlei sonstigen Ausstellungen — als Fundamentalnorm verlangten, daß die eigentlichen Rechte aufrecht erhalten werden sollten und nur den Vasallen das Provocationsrecht einzuräumen sei, worin die Regierung eine offenbare Rechtsungleichheit für den Lehnsherrn und eine Benachtheiligung seines Interesse erkannte. Nachdem nun dessenungeachtet der diesjährigen Ständeversammlung abermals ein Entwurf vorgelegt worden ist, die Stände aber auch jetzt ihr Princip festgehalten haben, obwol mit der Concession, daß die lehnsrechtliche Erbfolge bei den landtagsfähigen Rittergütern fortbestehen solle, ist das Gesetz endlich zu Stande gekommen.

Zufolge desselben sind fortan sämmtliche Lehen — mit der gedachten Ausnahme der landtagsfähigen Rittergüter und aller Lehen, welche auf vier oder weniger Augen stehen — der Allodification unterworfen, mögen dieselben von der landesherrlichen Lehnskammer oder von einem andern Lehnsherrn reluirt, mag der Gegenstand derselben in Grundbesitz, in Geld, in Gefällen oder in irgend welchen andern Gerechtigkeiten bestehen. Das Recht, auf Allodification zu provociren, steht nur den besitzenden Vasallen zu; werden jedoch lehnbare Gefälle mittels Capitalzahlung abgelöst, so tritt jedesmal Allodification ein. Der Vasall ist bei der Allodification nicht an die Einwilligung der Mitbelehnten, Agnaten, sonstigen Lehnsfolger und Expectanten gebunden. Es findet indessen noch eine einmalige Successiona nach dem bestehenden Lehnrecht in die allodificirten Lehen bei dem ersten Erbfalle nach geschehener Allodification statt, zu Gunsten Desjenigen oder Derjenigen, welche bei einem Erbfalle als nächste Lehnsfolger eintreten. Die Allodification kann nur gegen Entschädigung des Lehnsherrn für ihm aus dem Lehnsverbande zustehende Rechte erfolgen, und diese wird festgesetzt bei Erb-Mannlehen auf 4 Proc. und bei allen andern, namentlich bei Erb- und Kunkellehen, auf 2 Proc. des Werthes. Der Werth eines Lehns, abgesehen von Geldlehen, wird nach folgenden Grundsätzen ermittelt: besteht dasselbe in ablöslichen Prästationen, so geschieht die Werthsermittelung nach Vorschrift der Ablösungsordnung (vom 1838); bei Lehen, welche in Grundbesitz oder unablöslichen Gerechtigkeiten bestehen, tritt Taration durch Sachverständige ein, welche das Lehn nach seinem wahren Werthe, mit Berücksichtigung der ortsüblichen Preise, zu veranschlagen haben. Steuern und sonstige Grundabgaben sind dabei zu berücksichtigen, nicht aber die auf dem Lehn etwa haftenden Schulden.

Eine heilsame Bestimmung stellt die gleichzeitig publicirte authentische Interpretation des §. 4 der Verordnung über die eheliche Gütergemeinschaft vom 27. März 1786 auf, indem sie disponirt, daß die eheliche

Gütergemeinschaft unter Bauersleuten nicht blos ein eventuelles Erbrecht bewirke, sondern daß die Colonate, insoweit nicht die Eigenthümlichkeiten des Colonatrechts entgegenstehen und Beschränkungen nöthig machen, derselben allgemein und unbedingt unterworfen seien. — In Betreff der Negatorienklage haben sich die Stände zu dem dem dermaligen Standpunkte der Wissenschaft entsprechenden Grundsatze, daß die Freiheit des Eigenthums zu präsumiren, bekannt, und ist deshalb durch die obengedachte Verordnung der Rechtssatz gesetzlich sanctionirt worden, daß hinfüro der Eigenthümer von der Beweislast frei sein solle, daher, so oft eine Negatorienklage erhoben werde, der Besitzer der streitigen Servitut, ungeachtet des Besitzes, auch den rechtmäßigen Erwerb derselben rechtsgehörig zu erweisen habe.

Endlich erklärt auch die oben genannte Verordnung die Anzeigegebühren, welche bisher die Waldschützen und Holzaufseher bei von ihnen zur Anzeige gebrachten Forstinteressen zu beziehen hatten, für aufgehoben, gewährt den Anzeigen der Forstbedienten sowie der administrirenden Forstbeamten volle Beweiskraft (vorbehaltlich des Gegenbeweises) und belegt den vierten Holzdiebstahl nach Befinden der Umstände mit einer Werkhausstrafe von acht Tagen bis zu sechs Wochen, während zugleich verfügt wird, daß bei dem fünften und jedem fernern Diebstahle die Strafe zwar verhältnißmäßig erhöht werden, letztere jedoch keinenfalls die Dauer eines Jahres überstreigen soll.

— Aus **Homburg v. d. H.** vom 30. Mai schreibt die Würzburger Zeitung: „Unsern Landgrafen Gustav hat ein Unwohlsein befallen, das hoffentlich bald vorübergeht, dem man aber deshalb einige Bedeutung beigelegt, weil dem auf einer Reise nach Norddeutschland begriffenen Prinzen Ferdinand eine Estaffette nachgesendet worden sein soll. Bulletins wurden indessen bis jetzt nicht ausgegeben."

Preußen.

Berlin, 3. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 31. Mai ward von dem Abg. v. Zychlinski, bei Verlesung des Protokolls, zur Kürze im Reden gemahnt, wogegen der Abg. v. Saucken erinnerte, man müsse lieber gar nicht als oberflächlich berathen. Dann brachte der Abg. Lehmann einen die Wirksamkeit des Landtags tadelnden Zeitungsartikel zur Sprache und verwahrte die Curie, unter vielfachen Bravos, gegen dessen Schlußsatz, wogegen der Abg. Hansemann rieth, sich nicht in solcher Weise um Zeitungsartikel zu kümmern. Man ging dann zur Tagesordnung über, zu der Verhandlung über die Periodicität des Landtags. Graf Renard versicherte, sich nicht überzeugen zu können, daß dieselbe ein schon erworbenes Recht sei, erklärte sie aber für ein Bedürfniß. Er schlug daher vor: den König zu bitten, desfallsige Propositionen dem nächsten, durch die Allerhöchste Botschaft vom 22. Mai innerhalb vier Jahren zugesicherten Vereinigten Landtage vorlegen zu lassen. Abg. Sperling rieth dagegen, sich nur auf das Recht, nicht auf die Nützlichkeit zu stützen, und suchte auszuführen, daß dieses ganz auf Seiten des Antrags sei. Der einzige Punkt, worin er dem Justizminister v. Savigny beistimmen könne, sei der, daß die Abtheilung in Widerspruch falle, wenn sie aus dem Gesetz von 1820 zwar die Wiederkehr, aber nicht die alljährliche Wiederkehr folgern wolle. Graf Hellborff wollte auch in keiner Weise auf „das Recht des Landes" verzichtet wissen und tadelte das Gutachten, weil es die Rechtsgründe in Schatten gestellt habe. Der König selbst habe 1842 die Stände für Vertreter erworbener Rechte erklärt. Seiner Rede folgte vielstimmiges Bravo. Der Abg. Dittrich erklärte sich gegen das Amendement, weil es verzögere, und bekämpfte die Gründe der ministeriellen Rede. Der Abg. v. Werdeck warnte dagegen, bei dem Wortlaute der frühern Gesetzgebung stehen zu bleiben. Diesem nach würde der König vollkommen berechtigt sein, die Ausschüsse für den Reichstag zu erklären. Wolle man, wie geschehen, auf noch ältere Rechte zurückgehen, so komme man auf die ritterschaftlichen Privilegien einzelner Stände, deren viele niemals ausdrücklich aufgehoben worden. Er mahnte unter Bravo zur Eintracht. Graf Schwerin erklärte in sehr begeisterter Rede, daß auch sie die Macht und Ehre der Krone schützen und die Ehrerbietung vor derselben bewahren wollten; seine Ueberzeugung sei selbst durch die Ausführung des Justizministers nicht erschüttert worden; die betreffenden Bestimmungen des Patents hätten nirgend Anklang gefunden. Lasse man den 3. Febr. zu Dem werden, was er nach der großen Idee des Königs werden sollte, zu dem Geburtstage eines Preußens, wie es seit länger als einem Menschenalter das Volk ersehnt und das Ausland gefürchtet. (Bravo.) Der Abg. v. d. Heydt polemisirte gegen die ministerielle Rede. Das Volk habe keine Rechtswissenschaft studirt, es liebe nicht kunstreiche Deductionen, aber es verstehe die Gesetze nach dem einfach-verständlichen Sinn. Frhr. v. Vincke erklärte sich gegen Anträge um Verleihung neuer Rechte, aber für Erhaltung bereits bestehender. Er brachte dann die Versammlung der Conservativen im Englischen Hause zur Sprache, die schon durch die Wahl dieses Ortes an das Land hätten erinnern wollen, das schon seit Jahrhunderten seine alten Rechte zu erhalten suche. (Gelächter). Das Gouvernement habe sich mit dieser Versammlung, deren Bestehen ihn freue, in Bezug gesetzt; er finde das etwas extraordinair, es beweise aber, daß die Erhaltung der Rechte auch im Sinne des Gouvernements sei. Mit Zaghaftigkeit trete er dem Manne von europäischem Rufe gegenüber; indessen sei er ein Schüler desselben, und der Diamant könne nur durch Diamantenstaub geschliffen werden. (Gelächter.) Auch scheine ihm jener Vortrag schon widerlegt zu sein, weshalb er nur eine Nachlese halte. Er schlug vor: den König zu bitten, „das bestehende Recht des Vereinigten Landtags, nach Grund des Art. XIII. des Gesetzes vom 17. Jan. 1820 alljährlich behufs Abnahme der Rechnung der Hauptverwaltung der Staatsschulden einberufen zu werden, allergnädigst anzuerkennen; falls jedoch einer häufigern Einberufung erhebliche Bedenken entgegenstehen möchten, dem Vereinigten Landtage eine darauf bezügliche Proposition baldreichst vorlegen lassen zu wollen". Er vertheidigte nun dieses Amendement, zum Theil mit den eignen Worten des Königs, mahnte, nie und in keinem Falle den Rechtsboden zu verlassen, welchen seine Vorfahren seit vielen Hundert Jahren gefügt und demselben werthvollere Früchte abgewonnen hätten als alle materiellen Güter dieser Erde, erinnerte, daß am 31. Mai vor 107 Jahren Friedrich der Große den erhabenen Thron seiner Väter bestiegen habe, und schloß, unter stürmischem Applaus, mit den Worten: „Recht muß doch Recht bleiben." Der Landtagskommissar erklärte: der König erkenne dieser Versammlung keine andern Rechte zu als die ihr durch die Gesetze vom 3. Febr. zugetheilten oder von ihm ihr künftig in verfassungsmäßigem Wege beizulegenden. Den Weg der Bitte um Erweiterung habe er als den geeigneten bezeichnet. Er würde selbst eine Bitte für loyal erklären, welche dahin gerichtet würde, daß jene Rechte nicht gegeben, sondern anerkannt werden möchten. Aber gegen einen Beschluß: der Landtag habe solche Rechte, müsse er, auf Befehl des Königs, Verwahrung einlegen und sich jedem solchen Beschluß auf das entschiedenste widersetzen. Die Entscheidung des Gesetzgebers selbst, der die frühern Gesetze für durch die Gesetzgebung vom 3. Febr. erfüllt erklärt habe, stehe entgegen. Noch brachte er die erwähnte Versammlung zur Sprache und erklärte, daß er sich, wie ihm auch der Graf Schwerin bezeugte, gegen alle Fractionen mit gleicher Offenheit ausgesprochen habe. Dann sprach der Abg. v. Beckerath gegen v. Savigny, gestand aber, daß er nur ungern das Schicksal eines großen Volks an das Verständniß einiger Buchstaben geknüpft sehe, und mahnte zu großartigen Entschlüssen, zu wahrer moralischer Befriedigung und Eintracht. Abg. v. Massow fand durch die Aussicht auf Wiederkehr des Landtags innerhalb vier Jahren jeden Anspruch befriedigt, öftere Versammlungen aber nicht wünschenswerth. So weit liegen die Berichte der Allgemeinen Preußischen Zeitung vor.

** **Berlin**, 3. Jun. Es ist im höchsten Grad interessant, die schlaue Taktik zu beobachten, welche die gute Schutzzollpartei für die Verfolgung ihrer Zwecke auf dem Vereinigten Landtage vorbereitet. Einige Proben ihrer Kunst legten die Herren schon bei der Debatte über die Errichtung eines besondern Gewerbeministeriums ab. Nach diesen zu schließen haben wir die schwunghaftesten Reden über die Pflege der nationalen Arbeit zu erwarten, wobei für furchtsame Gemüther die Schreckniss, für menschlich mitfühlende die Leiden des Proletariats den stets wiederkehrenden Refrain bilden werden. Daß in den großen Industrieländern England, Frankreich und Belgien, die uns unaufhörlich als Vorbilder beglückter Volkszustände hingestellt werden, die Industrie mit allen ihren Schutzzöllen gerade das Proletariat erzeugt habe, dürfen wir den Herren nicht einwenden. Hr. Meyssen z. B. läugnet das Bestehen des Proletariats in diesen Ländern keineswegs; aber seiner Ansicht nach kommt das Industrieproletariat noch nicht im entferntesten dem Ackerbauproletariat nahe, und das letztere besitzen wir nach Hrn. Meyssen's Aussage in Deutschland. Der geehrte Redner vergleicht die deutschen Zustände in dieser Beziehung mit den irländischen. Derselbe äußert: „Vergleichen Sie die gewerblichen Zustände in Belgien, Frankreich und England mit den unserigen; Sie werden dort ein ganz anderes Steigen des Nationalwohlstandes und der Gewerbe entdecken als bei uns. Freilich gibt es dort wie hier ein stets steigendes Proletariat; der Unterschied in dieser Beziehung liegt nur darin, daß wir ein Proletariat des Ackerbaues haben, die genannten Staaten ein Proletariat der Industrie. Welche von beiden Erscheinungen die traurigere sei, mögen Sie beurtheilen, wenn Sie den Standpunkt Englands gegen den Irlands, den Zustand des englischen gegen den des irländischen Arbeiters vergleichen." Wir meinen, es ist wenig patriotisch gedacht und noch viel unbesonnener gesprochen, wenn man die Zustände der deutschen Nation mit denen eines versumpften, trägen, durch scheußliche Tyrannei niedergedrückten Volkes wie das irländische überhaupt nur zusammenstellen kann. Denn wo sind die thatsächlichen Belege für solche Analogie? Allerdings haben wir in Deutschland ein Ackerbauproletariat, daneben aber auch ein Industrieproletariat, welches uns die Herren Industriellen ja stets als Hauptstütze ihrer Schutzzollforderungen selbst vorführen. Wollte nun Hr. Meyssen wirklich praktisch sein und die Sache betrachten, wie sie in der Wirklichkeit ist, so durfte er sich nicht nach einem fremden, unsern Zuständen Gott sei Dank nicht vergleichbaren, ihnen fernliegenden Schreckbild umsehen, sondern er mußte das auch bei uns nicht wegzuläugnende Industrieproletariat als vorhanden anerkennen und, wenn er durchaus auf diesem, seinen Intentionen keineswegs so vortheilhaften Vergleiche bestand, die wirklichen Zustände des Ackerbauproletariats in Deutschland denjenigen des hiesigen Industrieproletariats gegenüberstellen. Nicht minder komisch als dieser Versuch zur Ein-

schätzung durch inländische Zustände erscheint uns das Unternehmen des Hrn. Diergardt, wenn derselbe die Ostpreußen, die natürlichen Gegner des Schutzzollsystems, dadurch beschwichtigen will, daß er ihnen in den schönsten Farben das Glück vermalt, vermöge der Schutzzölle dereinst eine eigne Industrie zu besitzen. Eine künstliche Industrie in einem Landestheile, wo alle Vorbedingungen zu deren Gedeihen fehlen; wo eine spärliche Bevölkerung kaum im Stand ist, den Acker nothdürftig zu bestellen; wo die neuen Communicationsmittel mit dazu dienen werden, die Industrieartikel aus den Industriegegenden rascher und billiger zuzuführen und dadurch die junge Industrie im Entstehen zu erdrücken! So leichten Kaufes werden die Ostpreußen ihre Freihandelsideen nicht aufgeben. Was aber die Sorge für das Proletariat betrifft, die in diesen Verhandlungen stets an die Spitze gestellt wird, so sind auch wir dafür, daß in diesem Punkte mehr geschehen müsse. Wir können uns aber mit dem Grundsatze nicht einverstanden erklären, daß alle im Namen des Proletariats geforderten Unterstützungen erst durch die Hand und die Tasche der Unternehmer gehen sollen. Es müßten doch Veranstaltungen zu treffen sein, wie ein lediglich den Arbeitern zugedachter Vortheil diesen auch wirklich, etwa durch Ansammlung, zu gute käme. Leider wird bis jetzt die Industriefrage sowie alle Steuerfragen immer noch zu sehr im Ganzen und Großen behandelt, ohne auf die Verhältnisse und Resultate im Kleinen und Einzelnen gehörige Rücksicht zu nehmen. Es handelt sich aber hier, so wenig wir durchgehende Einwirkungen auf den Gesammtverkehr in Abrede stellen, doch zunächst auch darum: welchen unmittelbaren Vortheil der einzelne Arbeiter von einer Erhöhung der Schutzzölle zu gewärtigen habe und ob demselben auch wirklich in seinem Lohn die Mehreinnahme zugewendet wird, welche dem Unternehmer durch die Zollerhöhung zufließt.

Wie wir heute vernehmen, wird nach Beschluß der Erörterungen über die Verfassungsfragen zunächst die Vorlage wegen Aufnahme der Anleihe für den Bau der östlichen Eisenbahn in der vereinigten Curie zur Berathung kommen. Erst nach Beendigung dieser Berathung steht der Gesetzentwurf wegen Regelung der Verhältnisse der Juden auf der Tagesordnung. Am heutigen Tage findet wegen des Frohnleichnamsfestes keine Ständesitzung statt. Viele Abgeordnete benutzen den Ruhetag zu einer Tour nach Potsdam. So viel wir hören, ist gegenwärtig auch schon näher über den Schluß der Ständeversammlung entschieden. Es wird nämlich versichert, daß der König die ursprüngliche achtwöchentliche Frist für das Beisammensein der Stände um 14 Tage verlängert habe, sodaß mit dem 19. Jun. der Schluß der Sitzungen zu erwarten sei.

(+) **Berlin**, 2. Jun. Wenn der Landtag, welcher jetzt um 14 Tage, bis zum 19. Juni, verlängert worden ist, beendet sein wird, so wird Berlin bald wieder in Eröffnung des großen Polenprocesses einen neuen Gegenstand ungewöhnlichen Interesses finden. Die Eröffnung der Verhandlungen ist auf den 1. Jul. ausgesetzt, und es soll dabei eine unbedingte Oeffentlichkeit zugelassen werden. Die Räumlichkeit der Kirche in dem neuen pennsylvanischen Gefängnißgebäude ist eine sehr bedeutende. Die voluminösen Anklageacten befinden sich jetzt, als Manuscript gedruckt, unter der Presse. Jedem Angeklagten wird ein Exemplar zugetheilt.

Der Dr. Meyen befindet sich nun schon seit einiger Zeit als Festungsgefangener auf dem Fort Preußen bei Stettin. Wie man hört, ist jetzt von ihm ein Begnadigungsgesuch, um Erlaß seiner Strafe, an den König eingereicht worden; übrigens gefällt er sich auf dem stettiner Fort besser als in den Gefängnissen der hiesigen Hausvoigtei. Daß auch drei Landtagspetitionen eine Amnestie für politische Vergehen zum Thema haben, möge hier nebenbei bemerkt werden.

5 **Königsberg**, 1. Jun. Eine Kette scheußlicher Verbrechen ist in diesen Tagen auf eine merkwürdige Veranlassung entdeckt worden, und ich würde die Sache für ein Märchen gehalten haben, wenn die Würde und der Ernst des Mannes, der sie mir mitgetheilt hat, nicht Bürgschaft dafür leistete. In dem bei dem Hafen Pillau gelegenen Dorf Alt-Pillau wohnte ein verwitweter Müller mit seinem unverheiratheten Sohn, und eine Schaffnerin führte Beiden die Wirthschaft. Vater und Sohn buhlten Beide um die Gunst dieses Frauenzimmers, und der Vater hielt sich für den begünstigten Liebhaber, bis er seinen Sohn mit der Person in einem vertraulichen tête-à-tête überraschte. Von Rache darüber gespornt, fährt er nach der Kreisstadt Fischhausen und denuncirt seinen Sohn als Dieb; das Gericht überzeugt sich von der Wahrheit der Denunciation, der Sohn gesteht sein Verbrechen, erklärt aber zugleich, daß der Vater ein gefährlicher Dieb sei. Auch die Wahrheit dieser Aussage bestätigt sich, und der Vater gibt nun an, wie der Sohn die Mühle, die der Erstere jetzt besitzt, unter dem vorigen Inhaber angesteckt habe; das Siegel auf diese Verbrechen drückt endlich der Sohn durch sein letztes Geständniß, erzählend, wie sein Vater die eigne Frau, von der man glaubte, sie habe sich den Tod durch Erhängen gegeben, selbst aufgehängt habe. Die Verbrecher sind natürlich verhaftet.

In voriger Woche sind wieder sieben Baugefangene, höchst gefährliche Verbrecher, aus der Festung Pillau entwichen; eine ihnen nachsetzende Compagnie Fusiliere fand dieselben bei dem Dorfe Tenkitten auf. — Die Untersuchungen wegen der Ruhestörungen in Pillau gehen ihren Gang fort, und die Tumultuanten dürften sich einer sehr harten Strafe gewärtigen. — Das Zerwürfniß in der deutsch-reformirten Kirche scheint neu beginnen zu wollen. Prediger Hofheinz soll als dritter Hofprediger, jedoch nur unter gewissen Bedingungen, bestätigt sein, die derselbe zu erfüllen aber nicht geneigt sein soll, weshalb es wahrscheinlich zu einer neuen Wahl kommen dürfte, bei der eine Anzahl Gemeindeglieder noch einmal Hrn. Rupp zu wählen gedenkt. — Am 30. Mai fand der erste jüdische Sonntags-Gottesdienst in der hiesigen Synagoge statt, indem Dr. Saalschütz die Einsegnung mehrer Kinder vornahm. Die Feierlichkeit begann mit Absingung deutscher Lieder, wenn ich nicht sehr irre nach christlichen Liedermelodien, dann folgte eine Liturgie mit Responsalien und dieser eine deutsche Predigt, nach der wieder deutsche Lieder zum Schlusse gesungen wurden. — Vor kurzem sind ein jüdischer Student der Medicin und seine Verwandte und Braut zur römisch-katholischen Kirche übergetreten.

— Die Stadtverordnetenversammlung in **Berlin** hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Stadtschuldentilgung für dieses Jahr unterlassen und die Genehmigung des Staats dazu eingeholt werde. Aus den Ersparnissen, welche hierdurch entstehen, sollen diejenigen Kosten gedeckt werden, welche der Commune durch den gegenwärtigen Nothstand auferlegt worden sind. Dagegen sollen die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung über das Straßenreinigungswesen im Magistratscollegium auf so heftigen Widerspruch gestoßen sein, daß man sich veranlaßt gesehen, eine gemischte Deputation aus beiden Behörden zusammentreten zu lassen, welche sich zunächst über die allgemeinen Grundsätze verständigen werde, die hierbei zu Grunde gelegt werden sollen. (B. N.)

— Die Kölnische Zeitung meldet aus **Köln** vom 31. Mai: „Heute hat der Generalprocurator Nicolovius den von seinem Amtsvorgänger, dem jetzigen Generaladvocaten Berghaus, eingelegten Cassationsrecurs gegen ein Urtel des hiesigen Anklagesenats zurückgenommen, wodurch in der Untersuchungssache wider unsere, der Einmischung in die öffentlichen Functionen der Eidlauteritäten bezichtigten Mitbürger: 1) Franz Raveaux, 2) Dr. D'Ester, 3) Bäcker Weiler, 4) Schneider Schmitz, 5) Gold- und Silberarbeiter Grimberg, 6) Kaplan Droueu, 7) Advocatanwalt Steinberger und 8) Advocatanwalt Borchardt, die vom öffentlichen Ministerium gegen den Rathskammerbeschluß des hiesigen königl. Landgerichts, welcher die Beschuldigten außer Verfolgung gesetzt hatte, eingelegte Opposition verworfen wurde. Die hierüber von dem Generalprocurator heute auf der Gerichtsschreiberei des rheinischen Appellationsgerichtshofs abgegebene Erklärung ist noch am nämlichen Tage den sämmtlichen eben genannten Personen durch einen Gerichtsvollzieher notificirt worden."

— Die Kaufmannschaft in **Breslau** hat zur Arbeitsbeschäftigung Derer, die augenblicklich keine Arbeit erlangen können, besonders der brotlosen Fabrikarbeiter, 5000 Thlr. ausgesetzt, jedoch dabei bestimmt, daß nur solche Arbeiten vorgenommen werden sollen, die nicht aus städtischen Mitteln früher oder später doch gemacht werden müßten, also keine Arbeiten im Interesse der Kämmereikasse. (Schl. Z.)

Spanien.

Die Zeitungen reden fort und fort von den bedenklichen Folgen, welche aus der bestehenden Trennung des königlichen Ehepaars hervorgehen können. „Eine junge Königin, sagt der Español, die noch ohne Nachkommenschaft ist, eine Infantin als Thronerbin, deren Rechte von einer zahlreichen Partei angefochten, von einer mächtigen Nation, die sich dabei nicht nur auf Rücksichten des Interesses, sondern auf förmliche Staatsverträge stützt, in Abrede gestellt werden; eine nächstfolgende Linie, deren Mitglieder (den Infanten Don Francisco de Paula und den Gemahl der Königin ausgenommen) unfähig wurden, zur Thronfolge zu gelangen, indem sie Ehen abschlossen, deren Sprößlinge von der Succession ausgeschlossen werden müssen; in der Ferne die ältere Linie, Don Carlos und seine Söhne, durch den Willen der Nation enterbt und für unfähig zu regieren erklärt: das ist die Aussicht, welche sich eröffnet, falls die Königin unglücklicherweise plötzlich dem Land entrissen würde." Der Español spricht sogar für gewisse Fälle aus, daß die spanische Nation einen dem Hause Bourbon fremden Prinzen als Nachfolger Isabella's auf den Thron berufen müsse, wogegen der Heraldo im Namen aller Spanier protestirt.

— Die Königin fuhr am 25. Mai mit ihrem Oheim und der Infantin Josephe spazieren und wurde dabei vom Volke sehr achtungsvoll begrüßt, wofür sie huldvoll dankte. Der britische Gesandte Hr. Bulwer und andere angesehene Personen haben Aranjuez ebenfalls verlassen. Vom Heraldo wird das Gerücht, in Saragossa habe man eine Verschwörung entdeckt, deren Theilnehmer die Herzogin von Montpensier zur Königin hätten ausrufen wollen, für eine schmähliche Lüge erklärt. Der Infant Don Francisco de Paula begab sich am 26. Mai nach dem Pardo zu seinem Sohne dem Könige. Am 27. Mai sollte die große Heerschau in Madrid vor sich gehen. Der neuesten Zählung zufolge hat Madrid jetzt 206,714 Einwohner, worun 104,592 weiblichen Geschlechts sind.

— Der esparteristische General Nogueras, der die Mutter Cabrera's erschießen ließ, ist in Madrid eingetroffen. Auf der Reise von Ca-

diz ist er von den Progressisten überall mit dem größten Jubel empfangen worden.

Großbritannien.

London, 30. Mai.

Das Morning Chronicle nimmt von dem Verunglücken eines ganzen Wagenzuges auf der Shrewsbury Chester-Eisenbahn durch Einbrechen einer Brücke (Nr. 151) Anlaß, sich über die Eisenbahnpolizei und das Verhältniß der vorkommenden Unglücksfälle zu äußern. Nicht ohne Berechtigung behaupte man, daß solche Unglücksfälle von der Kindheit des Eisenbahnwesens unzertrennlich wären, bei dem im Verhältnisse der täglich beförderten Hunderttausende und dem alten Transportwesen und auch der Dampfschiffahrt gegenüber (die freilich über Sturm und Wetter keine Controle besitzt) unermeßlich weniger Unglücksfälle sich zutrügen als noch bei der Entwickelung irgend eines andern Systems. Statistische Zusammenstellungen belegten das. „Das Handelsamt, an welches früher die Berichte über Unglücksfälle erstattet werden mußten, macht bekannt, daß im Jahr 1842 von über 18 Mill. auf Eisenbahnen beförderten Personen nur eine verunglückte und getödtet wurde. Im Jahr 1844 wurden auf 66 Hauptlinien 23,400,000 Reisende befördert und, Bahnbediente und selbst in Gefahr sich begebende Personen abgerechnet, wurden von 300,000 Reisenden nur einer verletzt, von 1½ Mill. erst kam einer um; zieht man aber die durch eigne Unvorsicht Getödteten ab, so kam ein Todesfall auf 3 Mill. Unter der Verwaltung des neuen Eisenbahnamtes und dessen erweiterten Befugnissen sind vom 1. Jan. bis 20. Jul. 1846 an Todesfällen 73, an Verwundungen 84, in der zweiten Jahreshälfte aber 81 Tödtungen und 154 Verwundungen vorgekommen. Bei der Mehrzahl kommt jedoch die Unvorsichtigkeit der Reisenden als Ursache in Betracht.“ Die Katastrophe auf der Shrewsbury Chester-Eisenbahn, fährt das Morning Chronicle fort, könne jedoch mit Achsenbrüchen, Zusammenstoßen von Wagen, mangelhaften Maschinen u. dergl. nicht verglichen werden, sondern habe ihren Grund in fehlerhafter Herstellung des Bahnweges und unzureichender Controlirung derartiger Bauten. Bisher sei mangelhafte Bauart der Bahn in England selten vorgekommen, und die Hauptlinien hätten fast zehnjährige Proben gut bestanden. Auch kämen solche Fälle keineswegs auf ältern Bahnen, sondern auffallenderweise bei neuerdings in Betrieb gesetzten vor. Die Shrewsbury-Chesterbahn sei erst letzten November theilweise dem Gebrauch eröffnet, und aus ähnlichen auf der Northbritish- und andern neuen Linien vorgekommenen Fällen sei nicht unbillig zu schließen, man habe mehr das Interesse der Unternehmer und weniger die Sicherheit der Reisenden bei der eiligen Herstellung im Auge. Auf der Northbritish-Bahn seien vom angeschwollenen Tyne drei anscheinend feste Brücken, glücklicherweise nicht während ein Zug passirte, weggerissen worden; auf der Aberdeenbahn, der Newcastle-Northshields-, Reading- und Newbury-, Southampton- und Dorchesterbahn seien Brücken und Tunnel, auf letzterer Bahn ein Tunnel drei Mal, noch vor der Eröffnung ganz oder theilweise zusammengestürzt. Jedenfalls werde das letzte Unglück zu einer gründlichen Untersuchung führen, wo die Schuld eines Falles liege, der selbst in Amerika noch nicht vorgekommen sei, und das Ergebniß werde öffentliche und parlamentarische Erörterungen mit sich bringen. Auch in Frankreich gehe man jetzt bei den Prüfungen der Bahnen vor ihrer Eröffnung viel gewissenhafter, als es hiernach in England der Fall scheine, zu Werke, und bei der Rouen-Havrebahn habe man die Proben fast zu weit getrieben. Wenn aber auf der Shrewsbury-Chesterbahn nur Aehnliches geschehen wäre, so würde das neueste Unglück wol sich nicht ereignet haben.

— Im Regentspark ist am 28. Mai der Bazar der Gardeoffiziere zum Besten der nothleidenden Irländer und Schotten wieder aufgethan worden, und die am ersten Tag erzielte Einnahme belief sich auf 3300 Pf. St. Die Königin und Prinz Albert befanden sich unter den ersten Besuchern. Frauen vom ersten Range fungiren dabei als Verkäuferinnen, und der Herzog v. Devonshire, erzählt man, welcher die Marquise v. Londonderry um einen ihrer Handschuhe ersuchte, tauschte den von der linken Hand, welchen sie ihm darbot, gegen 100 Pf. St. ein. Nicht weniger liberal bezahlte er an den übrigen Verkaufsstationen die Kleinigkeiten, die er für sich auswählen ließ.

— Die Dampfsloop Geyser hat Befehl erhalten, mit einer Ladung Munition und 32pfündigen Bomben unverzüglich zum Geschwader vor Lissabon abzugehen.

— Die Dampffregatte Penelope, auf welcher Commodore Sir C. Hotham seinen Wimpel aufgezogen hat, ist am 5. April mit drei Prisen von der afrikanischen Küste vor St.-Helena angelangt. Die eine wurde am 11. März genommen und ist ein zum Sklavenhandel vollständig ausgerüstetes Schiff von 100 Tonnen, die andere hatte 320 Schwarze am Bord und fiel am 30. März, die dritte, ein brasilischer Schooner mit voller Ausrüstung zum Sklavenhandel, am 4. April in die Gewalt der Fregatte.

Frankreich.

Paris, 31. Mai.

Mit Ausnahme des Journal des Débats, welches den Commissionsbericht der Deputirtenkammer über die außerordentlichen Credite für Algerien bespricht und mittheilt, machen sich die meisten Blätter mit dem Protokolle über die Intervention in Portugal zu schaffen. Der National bezeichnet dieselbe als ein odiöses Vorhaben und nennt es Frankreichs Interesse, die Drohungen dieser Coalition gegen volksthümliche Freiheit nicht zu Stande kommen zu lassen. Die Union monarchique meint, das Cabinet gebe sich zum Executor im Interesse Englands her. Von der «Presse» wird Marschall Bugeaud's eigenmächtiges Handeln als Wahrzeichen der Schwäche des Cabinets hingestellt. Der Commerce tröstet sich über das Bild politischer Schwäche, welches fast alle Staaten darböten, an dem Beispiele der neuen Regierung in Genf.

— Die Herzogin von Orleans und der Graf von Paris sind nach dem Bade Vichy abgereist.

— Bu-Maza soll demnächst nach Algerien zurückkehren und die Regierung soll beschlossen haben, ihm das Commando über ein Corps eingeborener Truppen anzuvertrauen.

♑ **Paris**, 30. Mai. Seit einigen Tagen machten die Verhältnisse einiger Blätter einen Gegenstand der Unterhaltung aus. Das Portefeuille, was sich nicht mehr zu behaupten vermag, wird zur Versteigerung kommen. Man glaubt, ein junger Edelmann aus dem Süden, welcher ein Capital von einiger Bedeutung darin stecken hat, werde es an sich bringen. In diesem Falle würde die Redaction sich vermuthlich Hrn. Guizot nähern. Es ist das um so wahrscheinlicher, als jener junge Mann in sehr vertrauten Beziehungen mit Hrn. Génie, Cabinetschef des Ministers des Auswärtigen, steht. Ueber das Vorhaben der vornehmsten Mitglieder der conservativen Partei, der «Presse» ein neues Blatt entgegenzustellen, ist noch kein Beschluß gefaßt. Die Schwierigkeit, einen honetten, zuverlässigen und zugleich befähigten und resoluten Mann zum Geranten zu finden, macht sich sehr fühlbar. Diese Eigenschaften sind eben so selten wie literarisches Talent gewöhnlich ist. Es wird um so angemessener sein, für die conservative Politik ein neues Organ zu gründen, als Hr. de Girardin eine Combination zur Vermehrung des journalistischen Einflusses betreibt, den er erlangt hat. In wenigen Tagen nämlich wird dieser thätige und kecke Mann die Epoque von neuem erscheinen lassen, welche er unter so viel scandalöses Aufsehen machenden Umständen an sich gebracht hatte. Sie wird als Abendblatt der «Presse» und im nämlichen Sinne redigirt und unter gleicher Direction auftreten, und dürfte wol Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben. Was die Mittel anlangt, welche Hrn. de Girardin für einen solchen übergroßen Aufwand zu Gebote stehen, so kennt man seine Quellen nicht. Alle Welt kennt aber seine Fruchtbarkeit in finanziellen Auswegen und kühnen Versuchen. Ein Umstand, welcher der Gesinnungstreue der politischen Federn der pariser Presse wenig Ehre macht, ist, daß versichert wird, Hr. de Girardin berufe einen Theil derselben Redactoren zu Mitarbeitern, welche ihm in der frühern Epoque so erbittert und persönlich zu Leibe gingen.

Bei Lord Normanby's jüngster Abreise von Paris glaubte man, er werde nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren (englische Blätter und Galignani's Messenger versicherten stets, daß er bald wieder in Paris sein werde). Seit seinen Besprechungen mit Lord Palmerston scheint das anders geworden zu sein, und nach Regulirung einiger Privatangelegenheiten wird der edle Lord auf seinen diplomatischen Posten zurückkommen. — Das in London über die portugiesischen Angelegenheiten unterzeichnete Protokoll ist ein Act von großer Wichtigkeit, wenn man ihn mit dem Vorhergegangenen zusammenhält. Von Anfang der Insurrection erklärte das englische Cabinet, daß es sich nicht in den Parteizwist mischen werde und keine andere Einmischung dulden wolle. Dem entsprechend erklärte Lord Palmerston im Parlament, daß die Insurrection kein Grund zur Anwendung der Quadrupelallianz sein könne, die zum Schutze der Königin wider Dom Miguel geschlossen wurde. Allein der edle Lord sandte, nicht sehr eingedenk seiner Zusagen, beträchtliche Seestreitkräfte nach Portugal, setzte sich mit den einander befeindenden Theilen in Verbindung, machte den Vermittler und handelte ganz wie eine Macht, welche ganz allein etwas zu Ende bringen will, was sie allein interessirt. Allein nachdem seine Pacificationsversuche, unternommen mit dem Vorsatze, die Früchte seiner guten Dienste später allein zu ärnten, gescheitert waren, und die gegen die Insurgenten beobachtete Schonung den Thron gefährdete, ward die von Spanien und Frankreich für diesen Fall angekündigte Intervention bestimmt erklärt. Lord Palmerston sah sich nun genöthigt, das anfänglich abgelehnte gemeinsame Handeln zuzugestehen. Die vier Mächte werden nicht auf Grund des Quadrupelvertrags, sondern was noch bezeichnender ist, kraft eines ganz neuen Protokolls verfahren. Handelt jetzt auch England danach, um den Antheil seiner Verbündeten zu vermindern und ihre Mitwirkung sogar unnöthig zu machen, so thut das nicht viel zur Sache. Das Charakteristische ist der Zusammentritt der vier Mächte. Das Gemeinsame wird dadurch an die Stelle des einseitigen Verfahrens Englands gesetzt, worauf es abgesehen war. Dieser Wechsel ist eine Schlappe für den edlen Viscount. Auch die österreichische Vermittelung in der griechisch-türkischen Differenz ist gerade kein Triumph für jene Politik, welche die verderblichsten Conflicte im Auge hatte. Des Fürsten v. Metternich hohe Weisheit wurde dieser verwirrenden Thätigkeit, dieser Manie, aller Orten

Zwietracht auszusäen, müde. Der hohe österreichische Staatsmann widerstand ebenso allen Zumuthungen Lord Palmerston's, eine den spanischen Heirathen entgegenlaufende Declaration abzugeben. In den italienischen Angelegenheiten ist Fürst v. Metternich, dessen Ansichten denen Hrn. Guizot's nicht zuwiderlaufen, kein Hinderniß für die administrativen Veränderungen, welche der Papst in seinen Staaten einführt. Es ist dabei nur eine und sehr natürliche Bedingung, in der Alle einverstanden sind, die den Fortschritten der päpstlichen Regierung Beifall zollen; die nämlich, daß keine die öffentliche Ruhe störende, keine feindliche oder drohende Provocation gegen die andern italienischen Staaten daraus sich entwickele.

Belgien.

*Brüssel, 31. Mai. Wollte Gott, die acht Tage, welche uns noch vom 8. Juni trennen, wären schon vorüber, und es würde so dem Gezänke über Werth oder Unwerth gewisser, zum Theil bisher rühmlich genannter Persönlichkeiten, den hämischen Aufdeckungen dieses oder jenes Wahlmanoeuvre, dieser oder jener mehr oder minder sittlichen Candidaturlist endlich ein Ende gemacht! So wie die Schlachtreihen jetzt aufgestellt sind, möchte der Sieg der Liberalen kaum zu bezweifeln sein; freilich suchen die Gegner noch einige angeblich kräftige Kämpen hinter der Schanze des journalistischen Stillschweigens versteckt zu halten; aber diese Taktik wird offenbar mislingen. Will man ein Beispiel von der Ueberzeugungskraft der Argumente, die man zuweilen zur Unterstützung einer Bewerbung aufstellt, so bieten wir aus dem Courrier de l'Escaut folgendes: „Von dem Helden entpressen, der bei der Schlacht von Pavia den König von Frankreich Franz I. gefangen nahm, trägt der Graf Adrian de Lannoy, Bewerber um die neu gegründete Senatorstelle in Tournay, einen Namen, der allen wahrhaft belgischen Herzen theuer sein muß." Abgesehen von dem Verdienste der erwähnten Heldenthat und von den Erinnerungen spanischen Joches, die sich daran knüpfen, wie klingt eine solche Hinweisung auf den Stammbaum mitten in unsere modernen Institutionen hinein? Der alte Lannoy war ein tapferer Degen, dies beweist aber noch nicht, daß der Urenkel seines Urenkels die Wunden der belgischen Industrie zu heilen vermag.

Von einer Kammerauflösung wurde zwar noch bis auf die letztere Zeit Vieles hin und her geredet; das Cabinet hat indessen durch den heutigen Moniteur die entschiedene Erklärung geben lassen, daß dieselbe niemals im Plane der Regierung gelegen und auch von ihr niemals ein Grund dazu erkannt worden sei. Ich glaube nicht, daß man aus dieser kategorischen Zurückweisung einer bei dem Verhältnisse der parlamentarischen Parteien wahrscheinlich gewordenen Maßregel etwa auf eine Ueberschätzung seiner Kräfte von Seiten des Ministeriums schließen darf; im Gegentheil, es liegt darin ein Bekenntniß der geringen Aussichten auf Beibehaltung der Majorität, indem die Minister lieber vor einer stärkern Minorität sich zurückziehen wollen als vor der geringern, die eine Auflösung unzweifelhaft gelassen haben würde. — Zahlreiche Siege der Liberalen sind im Laufe der vergangenen Woche bei verschiedenen Provinzialrathswahlen erfochten worden; in Brabant besonders sind zwei katholische Räthe, unter Andern der zum Repräsentanten von St.-Nicolas ernannte Baron T'Serclaes, durch Namen rein liberaler Färbung ersetzt worden. — In Folge der genter Unruhen hatte sich eine Deputation des dortigen Fabrikstandes nach Brüssel begeben, um dem Cabinet die Interessen der Leinen- und Baumwollenindustrie ganz besonders nahe zu legen. Nach reiflicher Berathung hat die Regierung beschlossen, während zwölf Wochen 75—80,000 Fr. zur Hebung der ins Stocken gerathenen Fabriken zu gewähren und die Verwendung dieser Summe einer aus drei Municipalräthen, drei anderweitigen Mitgliedern und dem Gouverneur gebildeten Commission anzuvertrauen, welche zugleich mit der Ausfuhr des Gelieferten beauftragt würde. Was die Verluste betrifft, so sollen sie die Regierung und die Stadt Gent zu gleichen Theilen treffen. Die Vorschläge der Regierung wurden vergangene Woche vom genter Gemeinderath angenommen und sofort die Ausführung derselben in Berathung gezogen. Wirksamer als diese bei der Masse des flandrischen Elends fast unmerkliche Maßregel ist die durch die herrlichsten Aussichten auf die diesjährige Aernte bewirkte stärkere Getreidezufuhr auf die Märkte und die bedeutende Abnahme der Brotpreise, die von heute an angekündigt wird.

— Die Zahl der in **Gent** wegen der neulichen Unruhen Verhafteten soll sich auf 224 belaufen; die Verhaftungen dauern fort, namentlich unter den Fabrikarbeitern. Die Zahl der Bäcker, bei denen geplündert worden, hat sich ziemlich hoch herausgestellt, es sind ihrer 63.

Schweiz.

In der **berner** Großrathssitzung am 28. Mai ward ein Antrag von 64 Großräthen, den Professor W. Snell wieder an der Hochschule zu beschäftigen, verlesen. (N. Z.-Z.)

Griechenland.

** Athen, 20. Mai. Siebenundvierzig Abgeordnete aus den Reihen der Opposition, welche bei dem Erscheinen der ministeriellen Proclamation (Nr. 139) noch in der Hauptstadt waren, haben an ihre Wähler eine Adresse gerichtet, in welcher sie die der Opposition gemachten Vorwürfe zu entkräften suchen und eine Reihe von Thatsachen recapituliren, um darzuthun, daß die Anhänger des Hrn. Kolettis den constitutionellen Principien feindlich seien. Dieses merkwürdige Actenstück lautet also:

„Die eben stattgefundene Auflösung der Kammern und die an die Hellenen gerichtete Proclamation, in welcher das Ministerium seine ungeheure Verantwortlichkeit durch Verleumdung des von der Opposition in der Kammer beobachteten Verfahrens von sich abzuwälzen sucht, nöthigt uns, die wir uns noch zu Athen befinden, als einfache Bürger unsere Ehre und guten Namen zu vertheidigen und darzulegen, wie wir als Abgeordnete bei Vollziehung unserer wichtigen Pflichten verfahren sind. Vom Beginn unserer parlamentarischen Laufbahn an war das stete Ziel unserer Bestrebungen: die Befestigung des Thrones, die strenge Beobachtung der Constitution, die Befestigung der öffentlichen Sicherheit, im Allgemeinen die Herrschaft des Rechts und der Gesetze. Zu diesem Ende haben wir niemals angestanden, dem Ministerium die nöthigen Mittel zur Aufrechthaltung der innern Sicherheit und öffentlichen Ordnung zu bewilligen, und haben niemals eine systematische Opposition gegen die ministeriellen Gesetzentwürfe geführt, haben solche genehmigt, die, wie sie in der Verhandlung verbessert worden, das öffentliche Wohl zum Zwecke hatten und den oben dargelegten Principien entsprachen. Aus diesem Gesichtspunkte hat man unsere lebhaften und wiederholten Bemerkungen über die Räubereien, welche verschiedene Provinzen verheerten, über den Mangel an strenger und unparteiischer Handhabung der Gesetze, über die Nichtbeachtung und falsche Auslegung des Wahlgesetzes für Gemeinden und Abgeordnete, über den jämmerlichen Zustand der Gerichtshöfe, über die Nichtberufung der Provinzialräthe, wodurch das System der Jury entstellt worden, über die Unterlassung vollständiger und vollkommener Ausführung der Decrete der Nationalversammlung, über die schlechte Zusammensetzung der Entschädigungscommission (die ihre Arbeiten noch nicht einmal begonnen hat), über die Plünderung des öffentlichen Schatzes, über die Nothwendigkeit eines festen Gesetzes über die Pensionen, die Vertheilung der Nationalgüter und manche andere Gegenstände, welche die Antwortsadressen der Kammern auf die Thronreden, die Berichte der Commissionen für Budget und Gesetzentwürfe und die Protokolle der drei letzten Sessionen füllen, zu betrachten.

Das Ministerium weiß, inwieweit die Bemerkungen der Opposition und die Wünsche der Kammer erfüllt worden sind; es könnte unter Andern erklären, welche Voraussicht es zu Gunsten der innern Sicherheit und der strengen und unparteiischen Handhabung der Gesetze entfaltet hat. Welches sind die Gründe, die die Bestätigung der meisten Gemeindewahlen vertagen machen? Warum haben die öffentlichen Einkünfte gegen alle Erwartung sich vermindert, trotz der großen Fruchtbarkeit des Jahres, der Vorschritte des Ackerbaues und der außerordentlichen Bewegung des Handels? Warum sind die Provinzialräthe seit drei Jahren nicht einberufen worden? Warum sind, im Widerspruche gegen Art. 33 der Constitution und die Art. 6 und 7 des Ausgabegesetzes, weder der Rechenschaftsbericht von 1845 noch die vorläufige Abrechnung von 1846 der Kammer vorgelegt worden? Warum ist die Uebersicht der Pensionen, trotz wiederholter Foderungen von der Abgeordnetenkammer und vom Senate, noch nicht eingebracht? Warum besteht das unter dem Namen der Pianni Costa bekannte Truppencorps noch immer ungesetzlich und ohne Organisation, trotz ausdrücklicher Kammerbeschlüsse und ungeachtet das Schicksal mehrer Personen von der Entscheidung darüber abhängt? Endlich, um nichts weiter zu sagen, wie kann man mit Ordnung und öffentlicher Sicherheit das blutige Drama vereinigen, was neulich zu Gythion spielte, wo die Truppen der Regierung und die Agenten des Gesetzes das Schauspiel gegenseitigen Angriffs gaben und offen die Factionen unterstützten?

Ebenso hat das Ministerium zu erklären, warum es nicht Sorge getragen hat, sehr wichtige, von der Abgeordnetenkammer seit ein oder zwei Jahren votirte Gesetzentwürfe dem Senate vorzulegen, z. B. das Gesetz über die Verfassung der heil. Synode, über die bischöflichen Bezirke, über die Erben der Krieger ꝛc. Warum sind einige Gesetze nur theilweise ausgeführt, z. B. das über die Einrichtung der Präfecturbezirke, von denen ein großer Theil niemals Präfecten gehabt hat? Warum endlich sind andere Gesetze gar nicht zur Vollziehung gekommen, z. B. das über die Organisation des Ministeriums, welches, am 17. Jun. 1846 sanctionirt und publicirt, noch heute nicht in Kraft gesetzt ist, obgleich man vierzehn neue Senateren ereiren mußte, um es durchzusetzen?

Das Ministerium beschuldigt die Unterzeichneten, daß sie dem administrativen Gange des Ministeriums Hemmnisse bereiteten und die Ursache der Verlängerung der parlamentarischen Sessionen wären. Aber dieser Vorwurf verschwindet vor den Thatsachen. Zuvörderst fragen wir, wie erklärt sich die gesetzwidrige Concentrirung der Leitung der vier Departementsministerien in den Händen des Conseilpräsidenten? Wie rechtfertigt sich die fortwährende Unthätigkeit, zu welcher der Senat durch die Schuld der Minister verurtheilt ist? Welche Hindernisse hat die Opposition in den Weg gelegt, dem Senate verschiedene wichtige Gesetzentwürfe zu unterbreiten, wie den über die Organisation der heiligen Synode, über die Bisthümer, über die Erben der Krieger und besonders über die ipsariotischen Colonen? Werden unsere Wähler glauben, daß die Interpellationen, die wir oftmals an die Minister über die Misbräuche der Beamten, über die Angriffe auf persönliche Freiheit und Eigenthum der Bürger, über die Plünderung des öffentlichen Schatzes gerichtet haben, daß diese Interpellationen und die von der Kammer ausgedrückten Wünsche müssige Fragen seien, wie die Proclamation sagt, unwürdig, ein Ministerium zu beschäftigen, das sich zum ersten Male vor den Kammern zeigt? Nein. Die ganze constitutionelle Welt weiß, daß eine oppositionelle Minorität, ein übrigens unentbehrliches Element jedes constitutionellen Staats, den gesetzlichen Gang eines Ministeriums nicht aufhalten kann, das sich auf eine wahrhafte Mehrheit stützt und mit Talent und gutem Willen begabt ist.

Die Opposition hat sich kein Unrecht vorzuwerfen; nicht sie trägt die Schuld der Unordnung, der häufigen Abwesenheit der Minister, der fehlerhaften Verwaltung der Regierung. Im Gegentheil, alle Mal, wenn sie Stimmengleichheit oder die Mehrheit erlangt hatte, begnügte sie sich, statt das von der ministeriellen Partei gegebene Beispiel der Desertion zu wiederholen, einer Desertion, deren gebührende Beurtheilung wir den griechischen Wählern überlassen, sich innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen zu halten und durch officielle Acte ihre Gegenwart und ihr Uebergewicht in der Kammer darzuthun.

Damit unsere Wähler überzeugt werden, daß die Verzögerung der Bud-

getreverhandlung von der ministeriellen Partei herrührt, mögen sie wissen, daß die Budgetcommission gänzlich aus ministeriellen Abgeordneten bestand und daß die Berichte der beiden wichtigsten Ministerien, des Kriegs- und des Finanzministeriums, der Kammer bei ihrer Auflösung noch nicht vorgelegt waren, ungeachtet ein sehr ministerieller Deputirter der Berichterstatter des erstern und der gegenwärtige Finanzminister der des zweiten war. Wem hat man hiernach, wie die Proclamation sagt, «die im Gange des Verwaltungsmechanismus eingetretene Schlaffheit, welche verderbliche Folgen für die Interessen des Volks und der Regierung mit sich führt», zuzuschreiben?

Das Gesetz über die Steuererhebung, was vor dem Budget und gleichzeitig mit ihm vorzulegen war, ist der Kammer kaum vor einem Monate zugekommen. Die Vertagung der Discussion, vom Ministerium verlangt und von 48 Oppositionsstimmen gegen 42 ministerielle verworfen, wurde eine Woche lang von der ministeriellen Partei durchgesetzt, welche hartnäckig aus der Kammer wegblieb. Wer ist es nun, der, wie die Proclamation sagt, «die wahren Interessen des Landes und die parlamentarischen Pflichten verkannt» hat? Wir sind überzeugt, die Interessen der Nation nicht verkannt zu haben; wir haben nicht das alte Verpachtungssystem mit seinen lästigen Vorschriften über Transport und Tarirung des Getreides, Vorschriften, die durch die Gesetze von 1845 und 1846 abgeschafft waren, wieder einzuführen gesucht. Wir haben erwogen, daß die Ueberlassung oder Verpachtung des Getreides an Gemeinden oder Private, unter Ergreifung der nöthigen Maßregeln gegen jeden Wucher und alle Rückstände, die Interessen des Fiscus und der Steuerpflichtigen vermitteln könne. Im Uebrigen mußten wir zu dieser Maßregel in Folge des traurigen Schauspiels der scandalösen Mißbräuche greifen, die sich unter unsern Augen zutrugen, die Einnahmen des Fiscus beträchtlich verringerten und die öffentliche Moralität, durch Straflosigkeit der Thäter der Unterschleife gefährdeten; wir haben endlich ein wichtiges Bestechungsmittel beseitigen wollen, das man angewendet haben würde, um unsere öffentlichen und Gemeindefreiheiten zu verletzen und mit Füßen zu treten.

Wir hoffen, daß unsere Wähler durch alles Obige überzeugt sein werden, daß wir unsere Pflichten als Abgeordnete nicht verkannt haben und die gegen uns gerichteten Anklagen nicht verdienen. Aber wenn das Ministerium, nachdem es die Majorität, auf die es sonst so stolz war, verloren, es vorgezogen hat, die schwere Verantwortlichkeit der Auflösung der Kammern, namentlich zu einer Zeit, wo weder die Gesetze über die Steuererhebung noch das Budget bewilligt waren, folglich, nach der Constitution, keine Einnahme oder Ausgabe gemacht werden kann, auf sich zu nehmen, so gibt ihr das nicht das Recht, die Wahrheit notorischer Thatsachen umzukehren und zu entstellen oder die Opposition zu tadeln und anzuklagen, die sich fortwährend und bis zum Ende innerhalb der Grenzen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse gehalten hat.

Unser Gewissen ist rein in Betreff all unserer Plane und Handlungen im öffentlichen Leben. Mit Freude in das Leben einfacher Bürger zurückkehrend und unsere Wähler unsers Dankes versichernd, empfehlen wir ihnen einerseits wachsame und eifersüchtige Aufmerksamkeit bei dem freien Gebrauch ihrer Rechte, andererseits Ergebenheit für den Thron und Gehorsam für die bestehenden Gesetze. Athen, 18/30. April 1847."

Türkei.

Die konstantinopler Blätter vom 16. Mai berichten nichts Neues über die türkisch-griechische Angelegenheit. Die Sachen seien auf demselben Punkte: man unterhandle und hoffe zu einer mit der Würde und dem Interesse beider Theile vereinbarlichen Lösung zu gelangen. Hr. Kolettis habe nach Wien geschrieben, um dem österreichischen Cabinet den Beschluß des griechischen anzuzeigen, daß dem Streit ein Ende gemacht und die Pforte befriedigt werde. Alles scheine anzuzeigen, daß man nur der Antwort des Fürsten v. Metternich harre, um Hrn. Mussurus zur Reise nach Athen einzuladen. — Aus Harput war ein außerordentlicher Kurier vom Befehlshaber der analolischen Heerabtheilung beim Seriaskerat angekommen. Oeman-Pascha kündige unterm 16. April an, daß Alles zur Unternehmung gegen Bedrhan-Bey bereit sei, daß er sich unverzüglich in Bewegung setzen und gegen Mitte Mais ins Dschesirch einrücken werde. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde Bedrhan-Bey keinen ernstlichen Widerstand versuchen, sondern beim Herannahen der großherrlichen Truppen nach Persien sich zurückziehen. — Aus Persien soll die Nachricht angekommen sein, daß das Ultimatum hinsichtlich des zwischen der Pforte und Persien abzuschließenden Vertrags persischerseits angenommen und dem Schah zu Teheran unterzeichnet worden.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Johanniterorden: der russische Premierlieutenant und Flügeladjutant Graf Orloff.

Universitäten. Der bisherige außerordentliche Professor Dr. Urlichs in Bonn ist zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität Greifswald ernannt worden.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 4. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116¾ Br., 116½ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 G.; Sächsisch-Schlesische 100¾ Br., 100½ G.; Chemnitz-Riesaer 50½ Br. u. bezahlt, 50 G.; Löbau-Zittauer 57¼ Br., 56½ G.; Magdeburg-Leipziger 209 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br., Litt. B. 101 Br.; Köln-Mindener 94 Br., 93¾ bezahlt u. G.; Thüringer 94½ G.; Altona-Kieler 110½ Br., 110 G.; Dessauer Bankactien 100¾ Br.

Getreide. * Frankfurt a. M., 2. Jun. Die Getreidepreise haben gestern in Mainz und auch auf den andern rheinischen Fruchtmärkten abermals einen ansehnlichen Abschlag erfahren. Der Preis des Weizens ist um 14 Fl. pr. Malter gewichen (also seit etwa drei Wochen um nicht weniger als 100 Proc.!), und ein weiterer Abschlag wird mit solcher Zuversicht erwartet, daß viele Kaufaufträge noch unausgeführt bleiben, da in nächster Zeit sehr belangreiche Zufuhren rheinaufwärts eintreffen werden. Handelsbriefe aus Mainz theilen mit, daß bei der Abrechnung Ultimo Mai fast drei Viertheile der Engagements (der Differenzgeschäfte) von den Speculanten à la hausse, welchen die sichern Aussichten auf eine überaus reiche Aernte das Handwerk gelegt haben, unbezahlt geblieben sind! In einigen Städten unserer Umgegend ist der Preis für den vierpfündigen Laib Brot von den Bäckern selbst freiwillig bereits auf 16 Kr. herabgesetzt worden.

Wolle. Breslau, 2. Jun. Das gestern gebliebene Quantum des Restbestandes (Nr. 155) hat sich durch starke Verkäufe um circa 1000 Ctr. verringert. Das Geschäft war etwas matter und die Preiserhöhung geringer. Ueberhaupt mußte, nachdem die meisten Käufer ihren Bedarf befriedigt, die durch zu große Concurrenz erzeugte Preiserhöhung etwas sinken und dürfte man heute wol 2—3 Thlr. pr. Centner billiger als in den Hauptmarkttagen ankommen, wogegen man andererseits auch nur zu hochgehaltene oder fehlerhafte Waare antrifft. (Schl. f.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 4. Jun. früh 7 Uhr: 21" unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 31. Mai. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 105⅛; 4½pc. Handelsg. 174¼. Frankfurt a. M., 2. Jun. Oestr. Bkact. 1047; 250 Fl. L. 120⅛; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¾; Bad. 50 Fl. L. 58⅞ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78; 25 Fl. L. 27⅞; Nass. 25 Fl. L. 25⅝; Sard. 35½. London, 29. Mai. 3pc. Cons. 88¾; Port. 3pc. 33; Span. act. 22½; Holl. Int. 58¾. Paris, 31. Mai. 5pc. 117. 5; 3pc. 78. 70; Neap. 103; Bankact. 3270. Wien, 1. Jun. Bkact. 1600; Met. 5pc. 100½; 3pc. 97½; 3pc. 68½; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 118¾.

Actien. Frankfurt a. M., 2. Jun. Taunusb. 361½; Nordb. 73½; Verb. 94¼. Paris, 31. Mai. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 353½; l. 230; Paris-Orleans 1260; Paris-Rouen 960; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 650; Marseille-Avignon 755; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 502½; Nord 610. Wien, 1. Jun. Nordb. 165½; Gloggn. 124; Mail. 109¾; Lwern. 88; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 3. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatssch. 93⅛ Br., 3½pc. Pfandb. westpreußische 93½, ostpreuß. 95⅛ pomm. 94½, schles. 95½, 4pc. pos. 102½ Br., neue 3½pc. 93½, kur- u. neum. 94¼, Louisd'or 112½, Friedrichsd'or 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 92½, Berl.-Anhalt. 109⅝, Prior.-Act. 4pc. 94, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101¾, Berl.-Stettin 108¼, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 94½, Crakau-Oberschlesische 4pc. 77⅓, Düsseld.-Elberfelder 5pc. 105½, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 107⅞ Br., Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 98¾, Rhein. 85½, Prior.-St. 4pc. 89⅜, Prior. 4pc. 90½, Sächs.-Baier. 4pc. 87⅞ Br., Thüring. 4pc. 94½, Zarsk.-Selo 70¼. — Quittungsbogen: Magd.-Mastr. 83½, Berg.-Märk. 4pc. 84, Berl.-Anh. 101⅞, Kassel-Lippst. 4pc. 84½, Cöln-Mind. 4pc. 94¼, Magd.-Wittenb. 86½, Mail.-Venedig 4pc. 111½, Mecklenburg 74¼, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 74¼, Pos.-Starg. 4pc. 84¼, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 100½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅜, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95⅛ Br., (neue) 4pc. 94¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅝, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Pfandbr. Einsl. 10⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-A. 89, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Leipziger Börse am 4. Jun. 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien exclus. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	150⅝	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)			
pr. 250 Gl. à.	2 Mt.	—	150⅛	à 3 % im } v. 1000 u. 500 Rtl.		91	—
Augsburg	k. S.	102	—	15 Rtl. F. } kleinere . . .		—	—
pr. 150 Gl. f.	2 Mt.	—	—	à 3½ d°. d°. v. 500 -		99⅛	—
Berlin pr. 100 Rtl.	k. S.	99⅛	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe			
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½ % im } v. 1000 u. 500 Rtl.		—	92
Bremen pr. 100 Rtl.	k. S.	111⅛	—	15 Rtl. F. } kleinere . . .		—	—
Lstr. à 5 Rtl.	2 Mt.	—	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine			
Bresl. pr. 100 Rtl.	k. S.	99⅛	—	à 3½ % im } v. 1000 u. 500 Rtl.		88	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	20 Rtl. F. } kleinere . . .		—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56¹⁵⁄₁₆	—	Leipziger Stadt-Obligationen			
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	—	à 3½ % im } v. 1000 u. 500 Rtl.		99½	—
Hamburg	k. S.	150⅞	—	15 Rtl. F. } kleinere . . .		—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅝	—	Sächs. conv. Cassenbill. à 3½ %			
London	2 Mt.	—	—	} v. 500 . .		—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22¾	—	} v. 100 u. 25		—	—
	k. S.	—	—	Landsch. Pfandbr. à 3½ %		—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅝	—	„ Lausitzer d°. à 3½ %		—	—
	3 Mt.	79¾	—	„ d°. d°. à 3¼		—	—
	k. S.	104¼	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb. P.-Obl. à 3½ %		104¼	—
Wien pr. 150 fl.	2 Mt.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pf. Crt. pr. 100		—	92¾
Conv. 20 kr.	3 Mt.	—	—	Hamb. Feuer-C. Anl. à 3½ % 1500 Mk. B. = 450 Rtl.		—	—
				C. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv.			
Augusta. à 5 Rtl. à 1½ Mk. Br. u. à 21 kr. fl. G. auf 100		—	—	à 5 % } laufende Zinsen		—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Rtl.				à 4 % } à 100 % im 14 Rtl. F.		—	—
idem . . . . . auf 100		—	—	à 3 %		—	—
Andr. ausländ. Louisd'or à 5 Rtl. nach gangbarem Ausmünzfusse . . . . auf 100		—	111⅛	Actien d. W. B. pr. St. à 100 Rtl.		—	—
				Leipzig. Bank-Actien à 250 Rtl.			
Holl. Duc. à 3 Rtl.	d°.	—	6⅛	pr. 100		167	—
Kaiserl. d°.	d°.	—	5½	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Rtl.	pr. 100	116⅝	—
Brab. d°. à 65⅞ Aß	d°.	—	6⅛	Sächs.-Bair. d°.	pr. 100	87½	—
Passir d°. à 65⅞ Aß	d°.	—	6	Sächs.-Schles. d°.	pr. 100	—	100¼
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—	Chemn.-Ries. d°.	pr. 100	—	59¼
idem 10 u. 20 Kr.	d°.	—	2⅛	Löbau-Zitt. d°.	pr. 100	—	56⅝
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div.-Sch.	pr. 100	—	209
Silber d°. d°.	d°.	—	—				

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Dampfschiffahrt
zwischen
Bremen und den **Nordsee-Bädern**
Wangeroog und Norderney.

Das Bremer eiserne Dampfschiff
Telegraph, geführt von Capt. **D. de Harde**,
fährt, wie bisher, auch in dieser Saison nach den obengenannten Bade-Plätzen, um Passagiere und deren Gepäck dahin und wieder zurück zu führen. An den verschiedenen Stationen der Unterweser wird dasselbe anhalten, wenn sich Personen von da zur Mitfahrt melden.

Dies Schiff hat sich seit einer Reihe von Jahren in dieser Fahrt als besonders tüchtig erwiesen, und es wird auch in diesem Jahre nichts unterlassen werden, was zur Sicherheit und Bequemlichkeit der Reisenden dienen kann.

Die Abfahrt von **Bremen** geschieht größtentheils in den frühesten Morgenstunden, und zwar an folgenden Tagen: im Monat **Juli**, den **1., 5., 10., 15., 20., 24., 29.**,
" " **August**, den **3., 8., 13., 18., 23., 28.**,
" " **September**, den **2., 8., 13.**

Die Rückfahrt von **Norderney**, **Wangeroog** anlaufend, wird in der Regel den Tag nach der Ankunft statt haben und gleich bekannt gemacht werden, sobald das Schiff dort anlangt; sowie ebenfalls s. Z. durch die hiesigen öffentlichen Blätter die Stunden näher bezeichnet werden sollen, wenn dasselbe von hier abfährt.

Weitere Auskunft ertheilt der hiesige Schiffsmakler Herr **H. Aug. Heineken.**

Bremen, am 1. Mai 1847. [2002—4]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwo** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2199]

Neuestes und vollständigstes
Fremdwörterbuch,

zur Erklärung aller aus fremden Sprachen entlehnten Wörter und Ausdrücke, welche in den Künsten und Wissenschaften, im Handel und Verkehr vorkommen, nebst einem Anhange von Eigennamen, mit Bezeichnung der Aussprache bearbeitet von

Dr. J. H. Kaltschmidt.

Zweite Auflage.

Gr. 8. 2 Thlr. 4 Ngr.
(Auch in 8 Heften à 8 Ngr. zu beziehen.)
Elegant in Leinwand gebunden
2 Thlr. 15 Ngr.

Kaltschmidt's Fremdwörterbuch ist unter allen derartigen Werken nicht nur das **vollständigste**, sondern in Rücksicht auf diesen Vorzug und die zweckmäßige **typographische Ausstattung** zugleich das **billigste**. Die so bald nach dem Erscheinen des Werks nöthig gewordene **zweite** Auflage ist der beste Beweis, daß diese Eigenschaften allenthalben die verdiente Anerkennung gefunden haben. **Leipzig**, im Juni 1847.

[2200] **F. A. Brockhaus.**

Dampfschiffahrt
zwischen
Magdeburg und Hamburg.

Passagier-Dienst
vom 1. Juni bis zum 10. d. M.

von **Magdeburg**:		von **Hamburg**:	
Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Freitags,	Nachmittags 3 Uhr.	Sonntags, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends,	Abends 6 Uhr.

Schlepp-Dienst:
von **Magdeburg**: **Sonntags** und **Donnerstags**,
" **Hamburg**: **Sonntags** und **Mittwochs.**

Hierbei bemerken wir noch, daß mit Beginn der Bade-Saison, mithin vom 10. Juni an, unser **täglicher** Passagier-Dienst eröffnet wird.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.

[2201] **Holtzapfel.**

Billiger Güter-Verkauf.

1) Ein freies **Allodial-Rittergut** in West-Preußen, 11 Meilen von Danzig und ½ Meile von der dahinführenden Chaussee entfernt, mit einem Areal von 1530 Morg. Magdeb. incl. 1206 Morg. Wiesen und 603 Morg. mit Eichen und Buchen gut bestandenem Forst — guten Gersten- und Roggenboden — in 8 Schlägen mit einer Wintersaat von 450 Schff., einem Heu-Ertrage von 400 vierspännigen Fudern excl. Klee, einer Schäferei von 1000 Hauptern, großer Brennerei, dergleichen Ziegelei, bedeutender Gartennutzung, guten Gebäuden, vollständigem Inventarium, nur mit 75 Thlr. Grundabgaben belastet, für 55,000 Thlr. mit einer Anzahlung von nur 8000 Thlr.

2) Ein freies **Allodial-Rittergut** nebst 2 Vorwerken und 6 zinspflichtigen Dörfern, 6 Meilen von Danzig entfernt und hart an einer dahinführenden Chaussee belegen, mit einem Areal von 6466 Morg. Magd. excl. Bauer-Ländereien und incl. 2450 Morg. gut und mittelmäßig mit Eichen, Buchen und Kiefern bestandenem Forst und 402 Morg. größtentheils Riesel-Wiesen, durchweg guter Roggenboden, das Hauptgut in 19 Schlägen — die Vorwerke sind verpachtet — mit einer Wintersaat von 230 Schffl., einem Heu-Ertrage von 150 vierspännigen Fudern excl. Klee und dem Heu-Ertrage der Vorwerke, großartiger Ziegelei, Fischerei, 2152 Thlr. baaren Gefällen, guten Gebäuden, vollständigem Wirthschaftsinventarium im Hauptgute — das Nutzvieh fehlt —, nur mit 56 Thlr. Grundabgaben für sämmtliche Güter belastet, für 60,000 Thlr., mit einer Anzahlung von 15,000 Thlr., soll Familienverhältnisse wegen durch das **Commissions- und Erkundigungs-Bureau für Ost- und West-Preussen** ꝛc. zu **Elbing** schleunigst verkauft werden. Specielle Beschreibungen ertheilt **G. A. Herzog** zu Quedlinburg, Steinweg Nr. 942. [2184]

Gasthofs-Empfehlung.

Die Unterzeichnete gibt sich die Ehre, den P. T. Herren Reisenden ihren seit einer Reihe von Jahren im besten Rufe stehenden, nunmehr durch einen bedeutenden Umbau vergrößerten

Gasthof zum goldenen Löwen

in **Reichenberg** mit der Bitte um geneigten Zuspruch anzuempfehlen. Reinlichkeit, Bequemlichkeit und Eleganz, überhaupt Alles, was der Comfort verlangen kann, wird Jedem, der meinen Gasthof mit seinem Besuche zu beehren gedenkt, im vorhinein zugesichert.

Die durch den geschehenen Umbau gewonnene größere Anzahl der Zimmer hat den früheren Uebelstand beengter Räumlichkeiten behoben und gestattet mir jetzt die Aufnahme aller mir zugedachten Besuche, um deren recht häufige Zuwendung freundlichst ersucht

Friedr. Franke's Wwe.

Reichenberg, im Mai 1847. [2194—96]

Verkauf einer Villa.

Eine reizende, auf einer Anhöhe von allen Seiten frei liegende Villa im **Rheingau**, mit Gehölz und Weinbergen, ist zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2190—92]

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000, 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 30 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 1. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2202] in Leipzig.

Das [2111—13]
Weiss-Waaren-Geschäft
en gros und en détail
von
Parpalioni & Co.
in **Leipzig** in der Kaufhalle,
empfiehlt sich mit **Gardinen-Stoffen** jeder Art, nebst den dazu gehörenden **Fransen, Quasten** und **Haltern**, sowie auch mit **Spitzen** und **Stickereien** in einer reichhaltigen Auswahl

---

Holz-Verkauf.

Im **Rösaer Forste** sollen
Donnerstag den 17. d. M., früh 9 Uhr,
circa 150 Klafter Birken-, Ellern- und Kiefern-Knüppelholz,
circa 600 Schock Birken-, Ellern- und Kiefern-Reisholz
meistbietend verkauft werden, wozu sich Kauflieb haber auf dem Bauholzschlage einfinden wollen. Auch ist eine Partie trockenes ¼ Kiefern-Scheitholz bester Qualität unter Bedingung baldiger Abfuhre zur herabgesetzten Taxe zu verkaufen, und können hierzu sich Käufer täglich beim Unterzeichneten melden.

Rösa bei Düben, den 2. Juni 1847.
[2189] Der Förster **Kilz.**

Gesuch. Ein dem kaufmännischen Fache angehörender Mann sucht eine Anstellung, wofelbst er, der englischen Sprache vollkommen mächtig, sich vielleicht dadurch besonders brauchbar erweisen kann. Gefällige Nachfragen unter der Chiffre **P. U.** wird die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung die Güte haben zu befördern. [2191]

Leipzig, den 5. Juni 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 205.

Inhalt: Die Gewerbsamkeit. — Tagesgeschichte: Wochenschau. — Nekrolog. — Die Villa Metternich. — Landtagsnachrichten: Die Verhandlungen des ersten vereinigten Landtags in Preußen V. VI. — Wissenschaftliche Nachrichten: Literaturbericht. — Landwirthschaftliche Nachrichten: Das land- und forstwirthschaftliche Institut Hohenheim. — Bäder und Badeleben: Marienbad. — Eisenbahnnachrichten: Beitrag zu den Mitteln gegen die Schneeverwehung auf Eisenbahnen. — Eisenbahnchronik. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche. XIV. — Volksbibliotheken auf dem Lande. — Mannichfaltigkeiten: Meteorologische Beobachtungen zu Leipzig, April 1847. — Das Audienzzimmer des Ministers. 5. u. 6. Audienz. — Weibliche Arbeiten. — Sylbenproblem Nr. 3. — Schach. — Auflösung des Rebus Nr. 170.

Abbildungen: Festmahl zur Feier der 2600jährigen Gründung Roms am 21. April 1847. — Marmorstatue O'Connell's von Mr. Mhogan. — Die Villa Metternich auf dem Rennwege in Wien. — Villa Metternich von der Gartenseite. — Ansicht der landwirthschaftlichen Lehranstalt Hohenheim. — Plan derselben. — Ackerbauwerkzeuge aus der dortigen Werkstätte. — Schaf vom englischen Merinostamm. — Kühe vom Schwäb.-Hallischen und vom Simmenthaler Stamm. — Bad Marienbad: Vogelperspectivische Ansicht. Das neue Bad. Der Ferdinandsbrunnen. Der Speisesaal in Klinger's Hotel. — Das Audienzzimmer des Ministers (2 Abbild.). — Schachpartie. — Schachaufgabe.

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern von je 48 Foliospalten) 2 Thlr.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter an.

Leipzig. J. J. Weber. [2182]

Bei **R. Friese** in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Dresden im Fluge durchschritten, oder: **Der Zeitmesser beim Besuche des Elbflorenz von H. E. Maukisch.** Preis 2 gGr. = 2½ Ngr.

Der unermüdliche Führer durch Dresden und seine Umgebungen von **H. E. Maukisch.** Mit 6 Abbildungen. Preis 6 gGr. = 7½ Ngr.

Die sächsische und böhmische Schweiz. Ein treuer Wegweiser zu allen Sehenswürdigkeiten dieses Hochlandes von **H. E. Maukisch.** Mit 12 Kupfertafeln. Preis 4 gGr. = 5 Ngr.

Panorama der Elbe, der Sachsen-Schweiz und der Eisenbahn durch das Königlich Sächsische Gebiet. Ein über 6 Fuß langer trefflicher Kupferstich von Beichling, mit einem topographischen Wegweiser auf der Reise, von **Wiemann.** Dritte Auflage. Elegant gebunden. Preis 1 Thlr. 8 gGr. = 1 Thlr. 10 Ngr.

Der Elbstrom, sein Florenz und sein Hochland. Ein Beitrag zur berathenden Führung in Dresden und seinen Umgebungen von **H. E. Maukisch.** Mit 16 Abbildungen. Preis 12 gGr. = 15 Ngr. [2189]

Das Speditions-, Commissions- und Incasso-Geschäft von *Joh. Philipp Beubner's Wwe.*, nahe dem Bahnhofe in Eisenach,

empfiehlt sich zu allen in diese Branchen einschlagenden Aufträgen unter Zusicherung reeller und billigster Bedienung.

Die zur Spedition überwiesenen Güter werden auf das prompteste durch Dampf- oder Pferdekraft an ihre Bestimmungsorte sicher gefördert. Zugleich wird auf das völlige Vertrautsein obiger alten Handlung mit den angeführten Geschäftszweigen, sowie auf die geräumigen und trockenen Lagerungsgebäude aufmerksam gemacht.

Eisenach, im Mai 1847. [2015—17]

Zur 32. K. S. Landes-Lotterie, deren 1. Klasse Montag den 14. Juni d. J. gezogen wird, empfiehlt sich mit ganzen, halben, Viertel- und Achtel-Loosen zu 8 Thlr. 6 Ngr., 4 Thlr. 3 Ngr., 2 Thlr. 1 Ngr. 5 Pf. und 1 Thlr. 1 Ngr. aus unten verzeichneten Hauptcollectionen

J. A. Schulze,

Leipzig, Fleischerplatz Nr. 5/985.

1) **Priv. Intelligenz-Comptoir in Leipzig;**
2) **Hr. H. Seyffert in Leipzig;**
3) **Hrn. J. G. T. Lindner's Erben in Dresden;**
4) **Hr. S. G. Wallerstein & Sohn in Dresden;**
5) **Hr. J. F. Harck in Leipzig;**
6) **Hr. C. J. Trescher & Co. in Dresden;**
7) **Hr. H. A. Ronthaler in Dresden;**
8) **Hr. W. Meissner in Zittau;**
9) **Hr. G. Vogel in Leipzig;**
10) **Hr. B. Schramm in Bautzen.** [2185]

In allen Buch- und Kunsthandlungen ist zu haben:

Das neueste und billigste Prachtwerk:

Die Erde

oder

Natur und Kunst in treuen Farbenbildern.

Buntdruck von der lithographischen Anstalt von **E. Sachse.**

Text vom Oberlehrer **A. Heinze.**

Dieses Bilderwerk erscheint in monatlichen Heften à 10 Ngr. oder Sgr. = 30 Kr. C.-M. = 36 Kr. Rh. jedes mit 3 Abbildungen, die, dem Oelgemälde durchaus ähnlich (vergleichbar), naturgetreu ihren Gegenstand veranschaulichen, soweit dies von der Kunst nur irgend beansprucht werden kann, unter Begleitung angemessener, die Wissenschaft und Unterhaltung gleich berücksichtigender Text-Abschnitte.

Zu je 12 Heften, die einen Band bilden, wird mit der letzten Lieferung ein sehr sauberes Titelblatt beigegeben. Die Unterzeichnung verpflichtet zur Annahme eines Jahrgangs oder Bandes.

Das soeben erschienene erste Heft, welches in allen Buch- und Kunsthandlungen eingesehen werden kann und das die Ansichten:

Käsmark und das **Tatra-Gebirge** von der Südseite,

Ansicht des **Keiwan** von der Südseite,

die **Propyläen** in Athen

enthält, dürfte den besten Beweis geben, daß in diesem Werke nichts Gewöhnliches geboten wird.

E. Sachse's Kunstverlag in Görlitz.

[2173]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Eduard Becker in Frankfurt a. O. mit Frl. Marie Meyer. — Hr. Adolf Otto Hesse in Niederfriedersdorf mit Frl. Johanna Rahel Paul in Seifhennersdorf. — Hr. Robert Pimmer in Breslau mit Frl. Mathilde Neumann. — Hr. Karl Kupfer in Dresden mit Frl. Henriette Keilhauer in Lausigk. — Hr. Kaufmann S. Pinoff in Breslau mit Frl. Amalie Henschel. — Hr. Kaufmann A. Selchow in Berlin mit Frl. Clara Löwe.

Getraut: Hr. Gustav Dörfer in Altranstädt mit Frl. Emma Kittler. — Hr. Louis Durukelmann in Horst mit Frl. Henriette Ossent aus Werneuchen. — Hr. Cantor Filitz in Wirschkowitz mit Frl. Mathilde Theiniger aus Fürstenberg. — Hr. Karl Freiberg in Berlin mit Frl. Minna Beeger. — Hr. Max Fürstenberg in Wilsberg mit Frl. Lucinde Döhn. — Hr. Kaufmann Ottmar Helwing in Tharand mit Frl. Rosalie König. — Hr. Kaufmann Ernst Staude in Pirna mit Frl. Agnes Schiemenz aus Senftenberg. — Hr. Dr. Ascherner in Hirschberg mit Frl. Antonie v. Kczewska aus Neumarkt.

Geboren: Hrn. Amtsactuar Baumann in Wolkenstein ein Sohn. — Hrn. Th. Dondorff in Siede ein Sohn. — Hrn. A. Füller in Berlin ein Sohn. — Hrn. Pastor Julius Geisler in Hohenliebenthal eine Tochter. — Hrn. K. Heranger in Geldern eine Tochter. — Hrn. Prediger Ferd. Heydemann in Neu-Ruppin eine Tochter. — Hrn. A. Mirbach in Königswinter eine Tochter. — Hrn. Richard Müller in Crimmitschau eine Tochter. — Hrn. Leopold v. Radonitz-Belgrad in Breslau ein Sohn. — Hrn. Advocat Woldemar Scheuffler in Meißen ein Sohn. — Hrn. Theaterkassencontroleur Schewe in Berlin eine Tochter. — Hrn. Gutsbesitzer Schlenner in Zehden ein Sohn. — Hrn. Bürgermeister Schmitz in Geilenkirchen ein Sohn. — Hrn. Ferd. Schnabel in Chemnitz eine Tochter. — Hrn. W. Schröder in Bremen ein Sohn.

Gestorben: Hr. Maler Friedrich August Adolph in Berlin. — Frau Prediger Philippine Brandt in Wendgräben. — Hr. Pastor Ernst Friedrich K. Capelle in Bremen. — Frau Particulier Clara Engler in Neisse. — Hr. Buchhändler und Buchdrucker Louis Hänel in Stuttgart. — Hr. Lehrer Kräutle in Hapingen. — Hr. Steuerinspector Karl Radzibor in Berlin. — Frau Collaborator Dr. Henriette Raven in Lüneburg. — Hr. Dr. Ernst Seifert in Chemnitz. — Hr. Dr. Theodor Herbst in Berlin.

Sonntag — Nr. 157. — 6. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Uebersicht.

Deutschland. **Leipzig. Die griechisch-türkische Differenz. — Bruderschaften in München. *Aus dem Erzgebirge. Die kirchliche Bewegung in Gelenau. Darmstadt. Landtag. *Frankfurt a. M. Getreidewesen. *Vom Oberrhein. Die revolutionairen Flugschriften.

Preußen. Berlin. Landtag. (+) Berlin. Die Vorschußvereine. Das Rathhaus. Krankenhaus. **Berlin. Hr. Liedke. — Statistisches vom Landtag.

Portugal. Sa de Bandeira.

Großbritannien. Unterhaus. Earl of Clarendon. Großfürst Konstantin bei Lord J. Russell. Irisches. Das junge Irland. Die öffentlichen Archive. Die Armenanstalt in Manchester. Die Beisteuer für Neufundland. Die Dampfsloop Geyser.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen. Die Herzogin von Orleans. Gerücht von Zerwürfniß eines Generals mit einem königlichen Prinzen. Der Proceß Cubières. Verhaftung von Carlisten in Bayonne. **Paris. Die pariser Anleihe.

Belgien. *Brüssel. Der Freihandelscongreß. Diplomaten.

Schweiz. *Aus der westlichen Schweiz. Genf. — Tagsatzungsinstructionen von Graubünden und Thurgau. Der Papst in der Jesuitensache.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Differenz. Halil-Pascha. Auswanderung.

Nordamerika. Santa Anna geschlagen. Die Eroberungen. Zwist in Californien. Accisegesetz in Neuyork.

Mexico. Vicepräsident Anaga. Santa Anna verlangt Verstärkung. Englische Vermittelung angeboten.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Leipzig. Geschäftsbericht der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn. Vom Mittelrhein. Das deutsche Portowesen. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

**Leipzig, 4. Jun. Wenn wirklich, wie es nach neuern Nachrichten den Anschein gewinnt, in Ansehung der griechisch-türkischen Differenz die Sache auf den Punkt gekommen sein sollte, daß Kolettis sich entschließen müßte, der Pforte die verlangte Genugthuung zu gewähren, so wäre dies zwar eine Art Triumph für die Letztere und eine Demüthigung für Ersteren und für Griechenland, aber weder könnte dieser Triumph der Pforte, noch könnte diese Demüthigung den Großmächten, die sich zu Beschützern Griechenlands aufgeworfen haben, zu besonderer Ehre gereichen. Vielmehr kehrt diese Demüthigung Griechenlands, die nur in der feindlichen Politik Englands und Rußlands gegen Griechenland ihren Grund hat, allen Denen, die hierin noch nicht klar sehen, auf das unzweideutigste, wie schlecht man es von Seiten dieser Mächte mit den wahren Interessen Griechenlands meint und gemeint hat, und wie wenig man geneigt ist, ihm eine freie und kräftige Regung seiner Interessen zu gestatten; diese Demüthigung, zu der Rußland und England die griechische Regierung nöthigen, trotzdem daß die Letztere in den das Wesen jener ganzen Differenz ausmachenden Beschwerden gegen Mussurus Recht hat, und womit also Rußland und England der griechischen Regierung in Betreff dieser Beschwerden Unrecht geben — diese Demüthigung enthüllt das ganze Geheimniß, was für Viele noch auf jener Politik gegen Griechenland ruhte, und drückt ihr das Siegel der Selbstdemüthigung vor dem Geiste der Humanität auf, der vor allen Dingen eine andere Politik gegen Griechenland foderte; diese Demüthigung gereicht, wenn auch der griechischen Regierung, namentlich der Pforte und dem Fanatismus der Türken gegenüber, zu nicht geringem moralischen Nachtheile, doch ihren Feinden selbst nicht zur Ehre, sondern nur zur Schande. Das gilt vornehmlich von England, das von sich größer hätte denken sollen, als es sich in seiner Politik gegen Griechenland gezeigt hat, indem es sich dabei von einer kleinlichen Eifersucht hat leiten lassen und auch hier mit machiavellistischer Klugheit nur seine eignen Interessen, wie immer, gefördert hat. Aber die Zukunft wird die Rolle der Nemesis für Griechenland nicht erfolglos übernehmen; auch hier vielleicht, auch bei dieser Demüthigung, die seine eignen angeblichen Freunde und Beschützer ihm nicht ersparen, sondern ihm absichtlich zuziehen, erwächst vielleicht für Griechenland eine Frucht reichen Segens, wenn auch zunächst nur insofern, als es endlich einsehen lernt, auf wen allein es sich bei Beförderung seiner wahren Interessen zu verlassen habe; denn auch hier, wie schon so oft im Laufe seiner mit Ruhm und Herrlichkeit ebenso wie mit Jammer und Elend beladenen Geschichte, kann es seinen Peinigern und Drängern zurufen: „Frißt du mich bis zur Wurzel, doch trag' ich Trauben genug noch, Wein zu spenden, o Bock!“ und auch hier mag man sich damit trösten, was dort der Dichter singt: „Victrix causa deis placuit, sed victa Catoni!“

— Die Zahl der Bündnisse und Bruderschaften ꝛc., die der diesjährigen Frohnleichnamsprocession in **München** beiwohnen, ist dieses Jahr um zwei vermehrt; es sind: „der Liebesbund der königl. Kanzleiboten und herrschaftlichen Diener unter dem Schutze der heil. Familie“ und „der Frauen-Rosenkranzverein vom kostbaren Blute Jesu“.

**Aus dem Erzgebirge, 1. Jun. In den meisten deutschen Zeitungen ist bereits von der kirchlichen Bewegung die Rede gewesen, welche zeither in dem zur Ephorie Stollberg gehörigen Dorfe Gelenau stattgefunden hat und in deren Folge ein Theil der protestantischen Bewohner jenes Dorfes die Absicht zu erkennen gab, zum Deutsch-Katholicismus überzutreten. Auch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung brachte vor kurzem ein Correspondent „Von der sächsischen Grenze“ (Nr. 139) diese Angelegenheit zur Sprache und bemerkte dabei, daß er einen Artikel des Frankfurter Journals gelesen habe, in welchem manches Mittelalterliche von den Geistlichen der Umgegend von Gelenau berichtet werde, indem sie besonders bemüht gewesen seien, die gelenauer Dissidenten auf verschiedenen Wegen von ihrem Vorhaben zurückzubringen. Wir, die betreffenden Geistlichen, haben uns seitdem mit den auf diese Angelegenheit bezüglichen Artikeln des Frankfurter Journals näher bekannt gemacht und darin eine Darstellungsweise gefunden, die sich zwar vom Standpunkt ihres Verfassers aus leicht erklären läßt, die aber vielfach von der Wahrheit abweicht. Wir glauben die Feder zu erkennen, aus welcher jene frankfurter Berichte geflossen sind, und wundern uns daher nicht, wenn sie in einer Weise sich gerirt, die den kirchlichen Wirren in jener Gemeinde das Wort redet, den beabsichtigten Schritt der Dissidenten belobt, von einer bereits constituirten selbständigen deutsch-katholischen Gemeinde zu Gelenau spricht, den daselbst am Himmelfahrtsfest improvisirten, von den beiden Geistlichen Rauch und Kerbler gegen alle gesetzliche Vorschrift auf freiem Feld abgehaltenen deutsch-katholischen Gottesdienst aufs schönste ausmalt und als eine erhebende Feier schildert, und überhaupt das Bestreben zeigt, das vermeintliche gute Werk nach Kräften zu fördern; dagegen aber auch ihren Aerger nicht unterdrücken kann, daß die Sache doch nicht so recht vorwärts gehen will, vielmehr retrograde Bewegung macht und zahlreiche Gegner findet. Als solche Gegner bezeichnet der Correspondent des Frankfurter Journals besonders die Geistlichen der Umgegend von Gelenau und gibt ihnen Schuld, daß „durch ihre Ueberredung die Zahl der Dissidenten von 1700 auf 870 gesunken sei“. Wir nehmen diese Schuld recht gern auf uns, ja wir rechnen sie uns zur Ehre an und freuen uns, wenn unsere Bemühungen etwas zur Besänftigung der aufgeregten Gemüther und zur Wiederherstellung der kirchlichen Ordnung in jener Gemeinde beigetragen haben sollten. Denn allerdings haben wir es für unsere amtliche Pflicht gehalten, durch Wort und Schrift, in öffentlichen Vorträgen und bei andern schicklichen Gelegenheiten das Verhalten der gelenauer Unzufriedenen von seiner tadelnswerthen und verwerflichen Seite darzustellen, unsere eignen Gemeinden vor einem ähnlichen bösen Geiste zu warnen und sie in ihrer Glaubenstreue zu befestigen. Wenn aber in der angezogenen Correspondenznachricht im Frankfurter Journal von uns gesagt wird: „Der Eine habe den deutsch-katholisch Gesinnten in Gelenau mit dem Zorne Gottes gedroht, indem dieser ihren Saaten kein Gedeihen geben werde; Andere hätten ihnen vorgespiegelt: sie müßten ihren bisherigen Glauben durch einen schweren Eid abschwören u. dergl. m.“, so sind das Aeußerungen, die alles und jedes Grundes entbehren, wenn man ihren Grund nicht in einer misliebigen Stimmung des Correspondenten suchen will, gegen die wir uns hiermit auf das nachdrücklichste und entschiedenste verwahren. Wir sind weit entfernt von aller Intoleranz und Hierarchie und glauben auf einem ehern Standpunkte theologischer Richtung zu stehen, als derjenige ist, welchen der Frankfurter durch die uns in den Mund gelegten Aeußerungen uns anweisen möchte. Allein man muß wissen, welche unlautere und verwerfliche Motive der ganzen gelenauer Bewegung zum Grunde liegen; man muß Zeuge der maßlosen Renitenz, der störrischen Verblendung, der unbilligen Ansichten und Forderungen jener Dissidenten gewesen sein; man muß in der Nähe mit angesehen haben, welches Zerwürfniß, welche bedauerliche Uneinigkeit

und Zwietracht dadurch in die ganze Gemeinde, in das Innerste der Familien, in die innigsten Freundschaftsverhältnisse gekommen ist, welche unverdiente und bittere Kränkungen dem würdigen Geistlichen des Orts von Seiten der gelenauer Unzufriedenen bereitet worden sind: um im höchsten Grade indignirt zu sein über das Verhalten einer Partei, die wahrlich nicht weiß was sie will, so sehr auch von manchen Seiten (wie neulich noch in der Staatsbürgerzeitung) ihre Erleuchtung gerühmt wird. Es ist hier nicht der Ort, eine unerquickliche Entwickelungsgeschichte der ganzen Angelegenheit zu liefern, aber beneiden können wir fürwahr die Beförderer solcher ungesetzlichen Willkür nicht. Fremd allen mittelalterlichen Ansichten, wissen wir sehr wohl fremde Ueberzeugung zu achten und zu ehren, wenn sie aus reiner Quelle entspringt; aber wir wissen auch unser Recht zu wahren und glauben in unserm vollen Rechte zu sein, wenn wir solchem Geist in geeigneter Weise entgegenwirken. Daß aber der Deutsch-Katholicismus durch solches Verfahren nicht gewinnt, sondern sich selbst eine empfindliche Wunde schlägt, liegt zu nahe, als daß wir es noch besonders hervorzuheben brauchten, und wir erinnern daher an das wahre Wort, welches R. Blum auf der eben beendigten deutsch-katholischen Kirchenversammlung in Berlin gesprochen hat: „Das Liebäugeln des Deutsch-Katholicismus mit den freien Gemeinden oder mit der Masse ist eine eben so gesetzlich als moralisch unstatthafte Proselytenmacherei im Großen." Wir schließen mit dieser Bemerkung unsere Erwiderung auf die Aeußerungen des Frankfurter Journals über die gelenauer Bewegung, von welcher letztern wir übrigens hoffen, daß sie, wenn der fanatische Rausch verflogen ist, bald wieder zur gesetzlichen Ruhe und Ordnung zurückkehren werde.

Die Geistlichen der Umgegend von Gelenau.

Darmstadt, 1. Jun. Heute, alsbald nach begonnener Sitzung der II. Kammer, zeigte der erste Präsident eine Eingabe von 27 Abgeordneten in Betreff der Schrift des Hrn. Heinrich v. Gagern: „Rechtliche Erörterung über den Inhalt und Bestand der der Provinz Rheinhessen landesherrlich verliehenen Garantie ihrer Rechtsverfassung bei Verwirklichung des Art. 103 der Staatsverfassung", an. Die Eingabe bezeichnete eine Stelle der Vorrede und des Werkes selbst als die Unterzeichner verletzend, und bemerkte zu ersterer: Wort und Sinn der Aeußerung des Regierungscommissars sei nicht treu wiedergegeben und habe überhaupt zu keiner Erwiderung Anlaß geben können. Beide Stellen stellten sich „als nur den Verfasser erniedrigende Schmähungen" dar, als welche sie dieselben hiermit erklärten und bäten, ihre Erklärung in das Archiv der Kammer niederzulegen. Der erste Präsident fuhr dann in seinen Mittheilungen dahin fort: er habe jene Eingabe dem Abg. v. Gagern mitgetheilt, mit näherer Motivirung und Anbahnung einer Vermittelung. Hr. v. Gagern habe geantwortet: Empfangsanzeige, dankbare Anerkennung seiner Rücksicht, Enthaltung jeder Meinungsäußerung, wie die Sache zu Ende zu bringen sei. Uebrigens Erklärung, daß er die Schrift geschrieben, ehe er in die Kammer eingetreten sei, und während des langsamen Drucks nur einige Veränderungen daran vorgenommen habe. Das Protokoll sei damals noch nicht gedruckt gewesen. Aber er habe die betreffende erste Stelle aus der Großherzoglich Hessischen Zeitung entnommen und nur eine unwesentliche Aenderung daran vorgenommen. Auch sei die Stelle im Wesentlichen wie die im Protokolle. Habe übrigens der Regierungscommissar in jenen Stellen etwas Anderes sagen wollen, als er angenommen, so falle seine daraus gezogene Folgerung weg und er nehme alsdann auch keinen Anstand, Das, was er gesagt, zurückzunehmen. Es entspann sich hierauf ein weitläufige Discussion, theils über diesen Gegenstand, theils über die Gesetzgebung im Allgemeinen, bezüglich der Provinz Rheinhessen. Die Unterzeichner der Erklärung erachteten sich durch die Aeußerungen des Abg. v. Gagern in dessen eingelaufenem Schreiben, welcher im Laufe der Discussion mehrfach das Wort nahm, um die ganze Lage der Sache weiter zu erörtern, nicht für befriedigt und blieben bei jener Erklärung stehen, welche ihrem von keiner Seite beanstandeten Verlangen gemäß zu den Acten der Kammer gelangte. Der großherzogl. Regierungscommissar Dr. Breidenbach führte aus, daß er diejenigen Aeußerungen, welche ihm der Abg. v. Gagern in den Mund gelegt, weder den Worten noch dem Sinne nach gethan habe. Bezüglich der Schrift des Hrn. v. Gagern und der von Letzterm in seinem Schreiben an den Präsidenten geschehenen Aeußerungen gegen die Staatsregierung bemerkte der Regierungscommissar, daß dadurch in der Staatsregierung kein anderes Gefühl als dasjenige der eben so tiefen als gerechten Indignation habe entstehen können, und es hiernach kaum der Bemerkung bedürfe, daß sich die Staatsregierung durch solche Producte in keiner Weise in ihrem Gange werde stören lassen. (Hess. Bl.)

* **Frankfurt a. M.**, 3. Jun. Wie es heißt, sind zwischen den Regierungen der Zollvereinsstaaten gegenwärtig Unterhandlungen dafür im Gange, daß ein Maximumpreis bestimmt werde, bei dessen jedesmaligem Eintritt ein Verbot der Getreideausfuhr über die Zollvereinsgrenzen sofort erfolgen solle; der Maximumpreis für Korn solle dem diesfälligen Antrage zufolge, welcher von einer süddeutschen Regierung ausginge, auf neun Gulden pr. Malter festgesetzt werden. In Folge des abermaligen bedeutenden Rückganges der Getreidepreise, welcher in diesen letzten Tagen auf den Märkten am Rhein und Main stattgefunden, ist hier heute die amtliche Taxe für den sechspfündigen Laib Brot von 38 auf 30 Kreuzer herabgesetzt worden. Das Polizeiamt hat dem zufolge auch die bisher angeordnet gewesenen außerordentlichen Maßregeln, durch welche die Bäcker in den Stand gesetzt wurden, den hiesigen Bürgern und Einwohnern das Brot zu einer ermäßigten Taxe (von 32 Kreuzern) zu verabfolgen, vorerst wieder außer Wirksamkeit gesetzt.

* **Vom Oberrhein**, 31. Mai. Man spricht von lebhaften Unterhandlungen, welche gegenwärtig stattfänden, um der Verbreitung revolutionairer Flugschriften aus der Schweiz nach den angrenzenden deutschen und italienischen Staaten ein Ende zu machen. Diese unaufhörliche systematische Einschleppung aufwieglerischer Pamphlete kann in der That nicht anders bezeichnet werden denn als eine Art literarischen Krieges, den die Propaganda von der Schweiz aus gegen die Nachbarstaaten führt. Man könnte nicht in Abrede stellen, daß es eine wahre Feindseligkeit wäre, wenn die Regierungen der schweizerischen Cantone länger einem solchen Treiben ruhig zusehen würden. Wie verlautet, hat der Vorort Bern es in der That als eine Pflicht der Schweiz anerkannt, eine solche revolutionaire Flugschrifteninvasion in die Nachbarstaaten nicht länger zu dulden, und es sollen nun zwischen den betreffenden Regierungen Maßnahmen vereinbart werden, welche geeignet sein würden, den Reklamationen, welche in diesem Betreff erhoben worden, zu entsprechen.

Preußen.

Berlin, 4. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 31. Mai hielt weiter der Abg. Meyssen eine lange, mehrmals durch Geräusch unterbrochene Rede, die sich hauptsächlich über die allgemeinen politischen Vortheile einer in seinem Sinne gestalteten Verfassung verbreitete, ohne näher auf die speciellen vorliegenden Fragen einzugehen. Der Abg. Gier wünschte nicht, daß über die Rechtsfrage abgestimmt werde, hielt aber periodische Zusammenkunft für unerläßlich. Abg. v. Haw fand vor dem Patent vom 3. Febr. Alles unsicher, und nur in diesen Gesetzen einen sichern Rechtsboden, hielt aber auch die Periodicität für wünschenswerth. Frhr. v. Lilien-Echthausen war über die Nützlichkeit einig, schon um die Ausschüsse entbehren zu können, da er kein Freund von Surrogaten sei, fand es aber, der Botschaft vom 22. Mai gegenüber, ungeeignet, schon jetzt darauf anzutragen. Ein indirecter Vorwurf der Inconsequenz, den er dem Frhrn. v. Vincke machte, gab diesem später Anlaß zu einer Entgegnung. Graf Gneisenau bedauerte zuvörderst, daß man auf Aeußerungen, die außerhalb dieses Saales gefallen, Bezug genommen habe, worauf später der damit gemeinte Graf Schwerin replicirte, sowie die auf die Versammlung im Englischen Hause gemachte Anspielung. Er erinnerte, daß eine andere Versammlung im Hotel de Russie zusammenkäme, ohne deshalb in den Verdacht zu fallen, daß sie eine russische Politik verfolge. (Gelächter.) In der Sache könnte er den Rechtszweifeln nicht beitreten. Ueberhaupt habe die frühere Gesetzgebung 30 Jahre geschlafen und sei auch kein entscheidender Richter da. Dagegen wünsche er Periodicität. Frhr. v. Vincke erklärte, die Versammlung im Hotel de Russie habe nur einen vorübergehenden Zweck gehabt und sei niemals exclusiv gewesen. Er setze eine Ehre darein, keiner Partei anzugehören. Der Abg. v. Platen trat dem Amendement des Frhrn. v. Vincke bei. Der Abg. Tschocke war für alljährliche Versammlung. Abg. v. Manteuffel I. wollte dem Könige, der die Gesetze aus freier Machtvollkommenheit gegeben, auch die Fortbildung frei und vertrauensvoll überlassen wissen. Den Rechtsboden anlangend, halte er sich an die einfache Formel: was mit des Königs Unterschrift in der Gesetzsammlung steht, ist ein Gesetz, und ein neueres Gesetz derogirt dem ältern. Auch v. Meding fand den Rechtspunkt sehr zweifelhaft, die Zweckmäßigkeit mancher Aenderungen aber gewiß, hielt daher eine das Alles darlegende Deduction für zulässig, aber eine Form für wünschenswerth, die dem König volles Vertrauen beweise. Nachdem sich noch der Abg. Siebig kürzlich für das Amendement des Frhrn. v. Vincke ausgesprochen und nachdem noch vom Landtagscommissar und Marschall gerügt worden war, daß zwei Fremde anderthalb Stunden lang hospitirt hätten, ward die Sitzung geschlossen.

Die Herren-Curie verhandelte am 31. Mai über einen Antrag des Frhrn. v. Massenbach auf Annullirung der Spiritusliefrungscontracte, deren Erfüllung durch das bekannte Verbot unmöglich geworden. Die Abtheilung (Referent: Frhr. Senfft v. Pilsach) stimmte bei. Sie hielt zwar das bestehende Recht schon für hinreichend, wollte aber die Präsumtion anerkannt wissen, daß jene Verträge nur auf den in der eignen Brennerei zu fabricirenden Spiritus berechnet seien. Der Finanzminister erhob Bedenken gegen diese Präsumtion. Für den Antrag sprachen v. Brandt, Graf Keyserling, Graf Arnim, gegen denselben Prinz Biron, v. Hövel, Graf Zieten, der es ganz gut fand, wenn die blos auf Schlußgeschäfte Handelnden etwas Unangenehmes erführen, und Graf Itzenplitz. Die für den Antrag sprachen, verwahrten sich meist gegen den Verdacht einer persönlichen Betheiligung. Der Antrag ward gegen 14 Stimmen angenommen. Dann ging man zu dem Antrage der Ständeturie auf Aenderungen im Reglement über, denen die Abtheilung eigne Anträge beigefügt hatte. Für den Antrag, daß die Secretaire von jeder Provinz gewählt werden sollten, hatte sich die Abtheilung mit 10 gegen 7 Stimmen erklärt und

empfahl nur einige ergänzende Bestimmungen für die jedesmalige erste Sitzung und für die Herren-Curie. Für den Antrag sprachen Prinz Hohenlohe, Fürst Salm-Dyk, der Referent Fürst Lichnowsky, Graf Arnim, Graf Dyhrn, Graf Itzenplitz, Fürst Radziwill, Graf Dohna-Lauck, gegen denselben v. Quast, Graf Zieten, der Prinz von Preußen mit Bezug auf die bisherige Erfahrung und darauf, daß der Landtagsmarschall doch den Rath der Sachkundigen benutzen werde, Frhr. Senfft v. Pilsach, Graf Botho Stolberg, Graf Landsberg-Gehmen, Graf v. d. Asseburg, Graf Solms-Baruth, Graf Lynar, v. Massenbach. Zuletzt sprachen sich 30 Stimmen dafür, 27 dagegen aus, es hatte also nicht die nöthigen zwei Drittel. Ein vermittelndes Amendement des Grafen Asseburg erlangte keine Mehrheit. Mehren größtentheils den Anträgen der Ständecurie beitretenden Theilen des Gutachtens — nur gegen die Wahl der Vorstände der Abtheilungen durch diese selbst erklärte es sich — wurde ohne Debatte beigetreten. Die Abtheilung hatte vorgeschlagen, daß die sich vor der Sitzung meldenden Redner zugleich angeben sollten, ob sie für oder wider zu sprechen gedächten. Prinz Biron wollte hinzugesetzt: „oder über", wogegen sich Fürst Lichnowsky erklärte und was auch nicht durchging. Wegen des den der deutschen Sprache nichtkundigen Ständegliedern verstatteten Ablesens hatte die Abtheilung befürwortet, daß damit nicht beliebig jedem Bewohner eines Landestheils, in welchem nicht ausschließlich Deutsch geredet werde, jenes Recht verliehen sei, und drang auch damit, trotz des Widerspruchs des Fürsten Radziwill, durch. Mehre Anträge einzelner Mitglieder auf veränderte Abstimmungsweise wurden verworfen, aber beschlossen, daß künftig das Aufstehen das bejahende Zeichen sein solle. (A. P. Z.)

(+) **Berlin**, 3. Jun. Die Idee der Vorschußvereine findet jetzt hier immer mehr praktischen Boden. Es haben sich jetzt schon in vier verschiedenen Stadtbezirken Vorschußvereins gebildet, und die Statuten sind von dem Polizeipräsidium bestätigt worden. In ihrem Plane liegt es, hülfsbedürftigen Einwohnern, ohne Unterschied der Confession, zur Wiederbelebung ihres Geschäfts und ihrer gewohnten Thätigkeit Unterstützung zu gewähren, um dadurch dem gänzlichen Verarmen, der Almosengabe entgegenzuarbeiten und die Zunahme der Armuth möglichst zu vermindern. Zu dem Ende ertheilt der Verein zinsfreie Geldvorschüsse von mindestens 5 bis höchstens 50 Thlr., und der Fonds hierzu wird aus Einnahmen gebildet, welche durch Schenkungen, Legate ꝛc. zugewendet, oder aus Darlehen, welche zinsenfrei in Summen nicht unter 30 Thlr. und wenigstens auf zwei Jahre unter vorhergehender halbjähriger Kündigung gegeben werden. Wer dem Vereine mindestens 20 Thlr. schenkt oder ihm, unter den angegebenen Bedingungen, 30 Thlr. und mehr leiht, erlangt dadurch Mitgliedsrechte. Es kann jeder Bürger, der seit drei Jahren in dem Bezirk ansässig und nicht durch eigne verbrecherische Schuld oder durch entehrende Gewerbe hülfsbedürftig geworden ist, sich an den Verein wenden, es müssen aber sichere Bürgen gestellt werden. So wohlthätig solche Vereine unter gewissen Verhältnissen wirken können, so wird ihr Resultat doch kaum über sehr enge Grenzen hinausgehen. Den 29 verschiedenen Armencommissionen Berlins sind übrigens auf ihre desfallsigen Anträge zur Bestreitung außergewöhnlicher, durch den Nothstand herbeigeführter Unterstützungen monatliche Zuschüsse im Betrage von 1950 Thlr. zugewiesen worden, um nach Bedarf über dieselben zu verfügen. Außerdem ist der sogenannte eiserne Fonds, der sich allmonatlich durch die aus der Hauptarmenkasse erfolgende Erstattung der von den Armencommissionen gemachten Ausgaben wieder ergänzt, und welcher bis zum 31. März v. J. die Summe von 16,012 Thlr. 10 Sgr. betragen hatte, allmälig um 510 Thlr. erhöht, die ebenfalls zu außerordentlichen Unterstützungen verwendet werden.

Der Bau eines neuen, der Residenz würdigen Rathhauses soll, wie wir hören, trotz der großen Ausgaben, welche die Commune zu tragen hat, nicht mehr lange ausgesetzt bleiben. Von der Stadtverordneten-Versammlung ist der Vorschlag des Magistrates, mehre Tausend Thaler für den Umbau der zur Zeit vom Vormundschaftsgerichte benutzten Räumlichkeiten zu bestimmen, mit der Bemerkung zurückgewiesen worden, daß dieses nicht räthlich sei, da ein gänzlicher Neubau immer dringender werde. — Das neue Krankenhaus auf dem Köpnicker-Felde soll nun mit 50 Betten eröffnet werden. Die bisherigen Krankenanstalten hierselbst haben schon seit längerer Zeit nicht mehr ausgereicht, und die Einrichtung des neuen kann durchaus zweckmäßig genannt werden.

** **Berlin**, 3. Jun. Hr. Liedke, der unermüdliche Versorger unserer Armen, steht jetzt im Begriffe, der ganzen Hauptstadt eine nicht unbedeutende Erleichterung von Besorgnissen für die Zukunft zu schaffen. Derselbe hat nämlich schon im Anfange dieses Jahres in weiser Vorausberechnung der kommenden Gefahr unter höchst günstigen Bedingungen von einem großen petersburger Getreidehändler eine sehr ansehnliche Quantität von Roggenmehl und Körnern gekauft, welches Material zum Theil in diesen Tagen ankommt und an die hiesigen Bäcker zu ermäßigten Preisen abgelassen werden soll. Hr. Liedke hat so bedeutende Ankäufe gemacht, daß er im Stande sein wird, die Hälfte des Gesammtbedarfs der Hauptstadt an Roggenmehl auf wenigstens drei Monate zu liefern. Wie wir hören, will Hr. Liedke an seiner glücklichen Speculation für seine eigne Person auch nicht das Mindeste verdienen, sondern den sehr ansehnlichen Gewinn lediglich den hiesigen Armen durch Gewichtsvermehrung des Brotes zu gute kommen lassen.

— Die Kölnische Zeitung sagt: „Es befinden sich unter den 231 Mitgliedern der Ritterschaft zweiter Curie 19 Kammerherren, 36 Landräthe, 42 betitelte Gutsbesitzer (Landschaftsräthe, Generallandschaftsräthe, Directoren, Landesräthe ꝛc.), nebst 18 Offizieren außer Dienst und 26 Beamten des Staats (Oberpräsidenten, Geheimräthe ꝛc.). Die Landräthe bilden in der Ritterschaft eine eben so zahlreiche Klasse von Abgeordneten wie im Stande der Städte die Bürgermeister, deren es unter den 182 Abgeordneten 48 gibt. Es ist dabei auffallend, wie die westlichen Provinzen von den östlichen abweichen. Denn während z. B. Preußen 10 Bürgermeister, Brandenburg 9, Sachsen 9, Schlesien 7 Bürgermeister gewählt haben, schickt Westfalen nur Einen und die Rheinprovinz desgleichen nur Einen. Ganz entgegengesetzt verhält es sich mit den Mitgliedern des Handelsstandes. Hier steht die Rheinprovinz oben an. Von den 25 Abgeordneten ihrer Städte sind 20 Kaufleute, Fabrikanten, Präsidenten von Handelstribunalen ꝛc. Unter den 28 Preußen befinden sich 12 Kaufleute; Brandenburg hat unter 23 Abgeordneten nur 6; Pommern trotz seiner Seeküste und seines Handels nur 3 Abgeordnete vom Handelsstande. Eine einzige Provinz, nämlich Posen, hat gar keinen Landrath gewählt, Schlesien dagegen hat deren 10, Brandenburg 7 und so alle übrigen. Mit Staatsbeamten steht aber Brandenburg allen andern voran, es hat nicht weniger als 11 (Oberpräsidenten, Präsidenten, Geheimräthe ꝛc.) in die Versammlung geschickt. In der Provinz Preußen allein ist gar kein Staatsbeamter gewählt worden."

Portugal.

Die vom 19. Mai aus **Lissabon** gemeldeten Gerüchte von Sa da Bandeira's Geneigtheit, sich mit seinen Offizieren der Königin zu unterwerfen (Nr. 151), bestätigen sich nach Berichten im Morning Herald nicht. Dieser theilt vom 22. Mai aus Lissabon mit, daß der nach Setubal wegen Verlängerung des Waffenstillstandes abgeschickte Dampfer Sidon vielmehr eine verneinende Antwort zurückgebracht habe. Sa da Bandeira hatte erklärt, den die fernere Unterbrechung der Feindseligkeiten verbietenden Befehlen der Junta gehorchen zu müssen. Zugleich erfuhr man in Lissabon, daß die drei Dampfschiffe der Insurgenten von Setubal in nördlicher Richtung ausgelaufen waren, um muthmaßlich von Oporto Verstärkungen zu holen. Die britische Fregatte America und der Dampfer Polyphemus mit der spanischen Fregatte Villa de Bilbao haben in Folge dessen den Tejo mit versiegelten Befehlen verlassen, und Niemand bezweifelt, daß sie Auftrag haben, die Dampfschiffe der Insurgenten an ihrem Vorhaben zu verhindern.

Großbritannien.

London, 31. Mai.

In der letzten Sitzung des Unterhauses wurde von Hrn. Hume auf den außerordentlich vermehrten Aufwand für Druckkosten hingewiesen, die für den Parlamentsbedarf diesmal 15,000 Pf. St. mehr als voriges Jahr ausmachen sollen. Lord G. Bentinck machte den scherzhaften Vorschlag, daß man vielleicht einen Nachweis über die Nachweise und Actenstücke beantragen solle, die von Hrn. Hume und Dr. Bowring verlangt wurden. Beide sind darin sehr eifrig. Der Globe meint dazu, daß er gerade kein so großes Unheil in etwas mehr Aufwand sehen könne. Ein freies Land tausche dafür die Kenntniß Dessen ein, was anderwärts geheim bleibe oder nur weniger bekannt werde. Umsonst könne man so umfängliche und werthvolle Kenntniß nicht verlangen.

— Von Hrn. Hume wurde heute im Unterhause die Intervention in Portugal versprechenermaßen abermals zur Sprache gebracht. Lord Palmerston verstand sich jetzt dazu, das (aus den französischen Zeitungen bekannte) deshalb unter den Bevollmächtigten der vier Mächte vollzogene Protokoll nebst andern Actenstücken, die den Schritt der Regierung zu rechtfertigen geeignet sein sollen, in kurzem vorzulegen.

— Der Earl of Clarendon, Lordlieutenant von Irland, ist von Dublin in London eingetroffen. Von Dublin schreibt man, daß er einen Monat wegbleiben werde. Lord J. Russell erhielt vorgestern in seiner Stadtwohnung am Cheshamplatz einen Besuch vom Großfürsten Konstantin. Nach der Morning Post soll sich derselbe am britischen Hofe ganz ausnehmend gefallen.

— Für den durch Daniel O'Connell's Tod erledigten Unterhaussitz für die Grafschaft Cork ist noch kein Bewerber aufgetreten oder bezeichnet. Ueber den Stand des Getreides geht von allen Seiten die vortheilhafteste Kunde ein; hinsichtlich der Kartoffeln will man dagegen an mehren Orten schon die unzweifelhaftesten Anzeichen der Kartoffelkrankheit gefunden haben. In Kilkenny hat eine Versammlung von einigen Tausend Menschen sich entschieden gegen die Suppenanstalten erklärt und ausgesprochen, dieselben nicht länger dulden zu wollen.

— Von einer Versammlung des jungen Irlands, die am 26. Mai unter Hrn. Meehan's Vorsitz in Dublin gehalten wurde, ist die folgende vom Unterhausmitgliede S. O'Brien beantragte, von Hrn. Duffy unterstützte Resolution votirt worden: „Obgleich die Mitglieder der irischen Confö-

deration wider Willen von einem Gefühle der Pflicht genöthigt wurden, in Manchem von der letzten Politik des verstorbenen Herrn O'Connell abzuweichen, theilen sie doch innig den tiefen Kummer, welchen das Ableben ihres berühmten Landsmannes verursacht hat, und wollen eifrig bei Allem mitwirken, was am besten geeignet scheint, sein Gedächtniß zu ehren." Auf Hrn. T. Meagher's Antrag wurde dann den Mitgliedern der Conföderation empfohlen, unverzüglich irgend ein Zeichen der Trauer anzulegen.

— Von der Times wird in Erinnerung gebracht, daß jetzt gerade vor 129 Jahren Lord Stanhope auf ein Comité über den Zustand der öffentlichen Archive im Oberhause antrug und dasselbe auch bewilligt erhielt, daß aber heute noch die Archive der englischen Nation in einem Stalle verwahrt würden. Das damalige Comité habe berichtet, es wären diese Archive ungeordnet, die Documente nicht classificirt, nicht gesichert, nicht katalegisirt; es möge ein angemessener Verwahrungsort und Beaufsichtigung derselben eingerichtet werden. Allein die Nachfolger Lord Stanhope's bekümmerten sich mehr um ihre eigne Zeit oder hatten zu viel mit derselben zu thun, um auf die Erhaltung der Actenstücke aus einer frühern bedacht sein zu können, und so sind heute die Nationalarchive theilweise im Capitelhause von Westminster dem Zerfallen in Staub preisgegeben, theilweise zunächst des Pulvermagazins im Tower aufgeschichtet und in der Hauptmasse in dem alten Stallgebäude von Carltonhouse untergebracht. In den neuen Parlamentshäusern hoffte man anfänglich angemessene Räume für die Archive zu erhalten, allein man hat das wieder aufgegeben. Die Times weist dann auf die in Frankreich, Deutschland, Italien und andern Ländern der sorgfältigen Sicherung und Sichtung der Nationalarchive gewidmete Aufmerksamkeit hin und fragt, ob es nicht seltsam sei, daß England darin so weit hinter denselben zurückbleibe.

— In **Manchester** empfingen von der Armenanstalt in der abgelaufenen Woche 18,474 Personen zusammen 1023 Pf. St. Unterstützungen. Gegen dieselbe Zeit im vorigen Jahre gibt das 12,000 Unterstützungsbedürftige mehr und eine Erhöhung der wöchentlichen Ausgabe von 726 Pf. St.

— Die Verwendung einer großen Summe von den durch die allgemeine Collecte für die Abgebrannten in St. Johns auf Neufundland in England aufgebrachten Geldern zum Aufbau der dortigen Kathedrale, welche kürzlich im Oberhause rügend zur Sprache gebracht wurde, zieht den Vertheidigern derselben fortwährend scharfen Tadel in den Zeitungen zu. Auch in der Times wird hervorgehoben, daß Niemand bei der Beisteuer zu jener Collecte daran gedacht habe, es werde nur ein Heller den armen Abgebrannten eines Kirchenbaues wegen entfremdet, dessen Zweckmäßigkeit unter andern Umständen anzuerkennen sei, den aber der Bischof von London vergeblich sich bemühe, als gleichbedeutend mit dem Speisen der Hungrigen, Bekleiden der Nackten und Verschaffung von Wohnung für die obdachlos Gewordenen darzustellen.

— Die Dampfsloop Geyser (Nr. 156) ist mit Munition und sonstigem Bedarf sowie mit Depeschen für den britischen Gesandten Sir H. Seymour und den Viceadmiral Parker bereits nach Lissabon abgegangen.

Frankreich.

Paris, 1. Jun.

In der Deputirtenkammer bemerkte gestern Hr. Havin, daß die Kammer nun im sechsten Monate beisammen und an die Budgetberathung noch nicht gekommen sei. Da der Bericht der Commission jetzt eingegangen wäre, möge man Druck und Vertheilung desselben doch möglichst beschleunigen. Der Vicepräsident Hr. Delessert, welcher den Vorsitz führte, sagte das zu. Auf der Tagesordnung war der von der Pairskammer schon angenommene Gesetzentwurf über das außer der Reihenfolge im Dienstalter zu bewirkende Avancement solcher Lieutenants zum Hauptmannsrange, welche zu besondern Dienstleistungen, wie Instructoren, Adjutanten, Zahlmeistern ꝛc. commandirt werden. Die Kammer beendete die allgemeine Berathung und vertagte sich bei der des ersten Artikels des Entwurfs.

— Das Journal des Débats nimmt sich der von den nothwendig gewesenen großen Unterstützungen wegen der Theuerung erschöpften Kasse der Stadt Paris an, die deshalb ihre Bauten und gemeinnützlichen neuen Anlagen zu suspendiren beschlossen hat, und will, daß dieselbe unverweilt in Stand gesetzt werde, dieselben fortzusetzen. Die «Presse» bespricht wiederholt den überwiegenden britischen Einfluß in Madrid, der Constitutionnel sucht die falsche Politik des Cabinets im Orient darzuthun, der Commerce tadelt die Armuth der Berathungen der Deputirtenkammer an Resultaten.

— Die gestern von den Zeitungen gebrachte Meldung der Abreise der Herzogin von Orleans und des Grafen von Paris nach dem Bade Vichy wird heute als unwahr widerrufen.

— Der Commerce erwähnt höchst wunderliche Gerüchte, die seit ein paar Tagen über einen Auftritt zwischen einem alten General und einem königlichen Prinzen im Umlaufe wären, der seitdem Hausarrest habe.

— Einige Zeitungen haben gemeldet, daß Hr. Renouard bereits mit dem Berichte über die Voruntersuchung der Pairscommission in dem Processe Cubières-Parmentier beauftragt sei. Dem ist jedoch nicht so. Hrn. Renouard ist nur die vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse der bisherigen Vernehmungen aufgetragen worden, und die Voruntersuchung ist noch keineswegs beendet.

— In **Bayonne** ist der Sentinelle des Pyrénées zufolge der Carlist General Alzaa und ein anderer spanischer Flüchtling, der Artilleriecberst Garcia de Puente, die wiederholte Reisen nach den baskischen Provinzen von dort aus unternommen haben sollen, verhaftet worden. Beide waren in einem Hause verborgen.

** **Paris**, 1. Jun. Fast wäre man zu vermuthen berechtigt, die Commission der Deputirtenkammer, welche mit der Prüfung des Gesetzvorschlags einer der Stadt Paris zu bewilligenden Anleihe von 500 Mill. Fr. beauftragt ist, sei dem Entwurfe nicht in allen seinen Theilen günstig. Zu einer solchen Voraussetzung würde der heutige Artikel im Journal des Débats berechtigen, zwar nicht so sehr durch Das, was der betreffende Aufsatz zu Gunsten des Gesetzes sagt, als vielmehr durch die Behutsamkeit, womit die verfänglichen Ansprüche, die der pariser Municipalrath bei diesem Anlasse macht, übergangen werden. In der That begreift man schwer, wozu das Journal des Débats nothwendig hatte, ein Gesetz in Schutz zu nehmen, wenn dieses sich ausschließlich mit der Ermächtigung zu einer Anleihe befaßte. Alle Welt weiß, daß die Arbeiten und Ausgaben der letztern Jahre die Stadt in die Nothwendigkeit versetzt haben, zu einer solchen Maßregel ihre Zuflucht zu nehmen; eben so weiß alle Welt, daß die Einkünfte der Stadt mehr als hinreichend sind, die Interessen des aufzunehmenden Capitals zu bezahlen und die Schuld selbst nach und nach zu tilgen. Gegen die Anleihe selbst ist also von keiner Seite irgend ein Widerstand zu besorgen, der Artikel des Journal des Débats ist daher, von diesem Punkt aus betrachtet, ein reiner Luxusartikel. Allein das Gesetz hält sich in diesen engen Schranken nicht und verlangt im Namen des Stadtraths, die Bestimmung eines frühern Gesetzes aufzuheben oder bis zur Tilgung der neuen Anleihe zu verschieben, der zufolge die Stadt verpflichtet ist, wenn ich mich recht erinnere, schon im nächsten Jahr einige Zölle herabzusetzen. Dieser Theil des Gesetzes scheint auf Widerstand in der Prüfungscommission zu stoßen, daher das Journal des Débats die Dringlichkeit der Anleihe der Länge und Breite nach auseinandersetzt, denn, wie bekannt, macht die Stadt die ungeschmälerte Fortdauer der bestehenden Zölle zur conditio sine qua non der Anleihe. „Hebt ihr nicht, sagt die Stadt, jene Gesetzbestimmung auf, die meine Einnahmen beschränken würde, so brauche ich eure Berechtigung zur Anleihe nicht, denn ich könnte keinen Gebrauch davon machen, da ich die Zinsen zu zahlen außer Stande wäre." Wenn die Stadt aber keine Anleihe machen kann, führt das Journal des Débats aus, so muß sie die Arbeiten einstellen, und wenn die Stadt in Zeit der Theuerung und Arbeitslosigkeit ihre Arbeiten einstellt, dann mögt ihr zusehen, wie es mit der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in Paris aussieht, und brechen derlei Unruhen in der Hauptstadt aus, dann könnten sie wie ein Laufeuer in den Provinzen sich fortpflanzen. Aus diesen Gefahren, worauf das ministerielle Organ das ganze Gewicht seiner Beweisführung legt, geht natürlich hervor, daß man die Stadt nicht nur zu einer Anleihe berechtigen, sondern sie auch in den Stand setzen müsse, eine Anleihe zu machen, d. h. die verlangte Aufhebung oder Vertagung der betreffenden Zollherabsetzung gewähre.

Ständen alle diese Sätze in so logisch nothwendigem Zusammenhang, als man sie darstellt, so ließe sich allerdings gegen die Schlußfolgerung nichts einwenden. Dem jedoch, irre ich nicht, ist nicht so. Die Stadt bedarf allerdings einer Anleihe von 500 Mill., ob sie aber der verkümmerten Aufrechthaltung überlästiger Zölle bedarf, um die Zinsen dieser Anleihe zu bestreiten, dagegen lassen sich gewichtige Zweifel erheben. Um ihre Behauptung zu rechtfertigen, müßte sie zuvörderst beweisen, daß eine Herabsetzung der Zölle überhaupt die Einnahmen vermindern werde. In den meisten Fällen aber, wo man derlei Reformen vornahm, hat sich in kurzer Zeit herausgestellt, daß die Consumtion in dem Maße zunahm, als sie durch eine geringere Auflage wohlfeiler wurde, sodaß der Stadt- oder Staatsfiscus nichts dabei verloren, in vielen Fällen sogar durch einen verhältnißmäßig viel größern Verbrauch gewonnen hat. Dagegen wendet man von Seiten der Municipalität ein, ein Ausfall der Einnahmen sei jedenfalls anfangs unvermeidlich, in diesem Augenblick aber ein wenn auch vorübergehender Ausfall für die Finanzlage der Stadt gefährlich und würde sie zwingen, die Arbeiten einzustellen; worauf sich andererseits erwidern läßt, daß beiweitem nicht alle Arbeiten, die die Stadt im Plane hat, von dringender Nothwendigkeit sind, daß ferner die Nothwendigkeit, den Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, aller Voraussicht nach nicht bis zu dem Momente fortdauern werde, wo die betreffende Zollreform eintreten soll.

Wie aber kann man der Stadt zumuthen, erwidern die Verfechter ihres Finanzsystems, wenn sie die letzte Einwendung nicht entkräften können — wie aber kann man der Stadt zumuthen, daß sie ihre Einkünfte schmälern lasse, nachdem sie mit so vieler Großmuth, mit so vieler Bereitwilligkeit Millionen zur Unterstützung der Armen ausgegeben und noch ausgeben wird? Die Bereitwilligkeit, womit die Municipalität von Paris vom Anfang an bis zu der herrschenden Krisis den Armen zu Hülfe eilte,

wollen wir gern anerkennen, von Großmuth aber, scheint es uns, habe sie nicht viel Recht zu sprechen. Das Geld, das sie jetzt für Brotkarten ausgibt, ist, genau besehen, das Geld derselben arbeitenden Klassen, die sie unterstützt. Diese zahlen verhältnißmäßig und absolut mehr Vermögenssteuer als die Reichen; der Stadtrath ist somit in dieser Beziehung nur die Sparkasse der Unbemittelten, woraus die Letztern zur Zeit der Hungersnoth schöpfen. Damit wollen wir keineswegs behaupten, die arbeitenden Klassen hätten die Theuerung der Lebensmittel ohne Hülfe der Stadt ertragen können, wenn die Zölle schon vor Olim's Zeiten auf ein billiges und vernünftiges Maß herabgesetzt worden wären; gewiß hätten sie dann die Theuerung nicht so bald und nicht so sehr gefühlt, dann aber auch nur hätte die Stadt von ihrer Großmuth zu sprechen ein Recht gehabt, wenn sie trotz geringer Verzehrungssteuern dennoch die Arbeitslosen unterstützt hätte. Allein jetzt, wo ein großer Theil ihrer Einkünfte von den übermäßigen Zöllen herrührt und wo sie diese über die gesetzliche Bestimmung hinaus aufrecht erhalten und sich so zu sagen von den Armen zurückzahlen lassen will, was sie ihnen vorgestreckt, unter diesen Umständen ist, wie uns dünkt, von ihrer Großmuth nicht viel zu erzählen. Wie aber, dürfte man endlich einwenden, soll man etwa um einer geringen Zollreform halber die Stadt, die einmal mit Recht oder Unrecht der Meinung ist, nur unter der betreffenden Bedingung die nöthige Anleihe machen zu können, in die Nothwendigkeit versetzen, keine Anleihe zu machen, und so den arbeitenden Klassen eine bedeutende Quelle der Beschäftigung entziehen? Gewiß nicht, wenn man überzeugt ist, daß die Stadt nur unter der Bedingung einer Fortdauer der bestehenden Zölle eine Anleihe machen würde. Diese Gewißheit aber ließe sich bezweifeln. Die Stadt ist mehr als irgend ein Theil Frankreichs bei der Aufrechthaltung der Ruhe betheiligt, und würde die Anleihe auch in dem Falle machen, wenn sie gehalten wäre, die fragliche Reform später einzuführen. Wie die Eisenbahngesellschaften will auch sie die Arbeitslosigkeit benutzen, um der Kammer günstige Bedingungen abzudringen. Ein wenig Festigkeit, und sie wird wie jene dem Gesetze sich unterwerfen.

Belgien.

*Brüssel, 31. Mai. Zu dem im Monat September hier stattfindenden Freihandelscongresse, von dem ich gemeldet (Nr. 130), haben, hiesigen Blättern zufolge, schon die französischen Nationalökonomen Duperron, Léon Faucher, Wolowski, Michel Chevalier, de Lamartine, Bastiat ꝛc. das Versprechen ihrer Theilnahme gegeben.

Fürst v. Chimay ist von seiner außerordentlichen Mission am römischen und neapolitanischen Hofe wieder zurückgekehrt; Legationsrath v. Sydow hat zwar Brüssel noch nicht verlassen, aber die Gesandtschaftskanzlei bereits dem Grafen Henckel v. Donnersmarck übergeben, den er dieser Tage als interimistischen Chargé d'Affaires dem Minister des Auswärtigen vorgestellt hat. Die Abreise des Hrn. v. Sydow fällt um so mehr auf, als derselbe sich erst vor kurzem eingerichtet und stets die aufrichtigsten Versicherungen seiner Zufriedenheit gegeben hatte. Wie hoch der abgehende Gesandte in der Achtung der diplomatischen Welt gestanden hat, weiß ich nicht zu bestimmen; dem Anschein nach zu urtheilen war ihm der König der Belgier besonders gewogen. Gewiß ist, daß zwei Kreise ihn mit Bedauern verlieren, nämlich die flämischen Literaten, deren Leistungen er einer außerordentlichen Beachtung würdigte, und die immer zahlreicher werdende Schar der flämischen Protestanten, die sich hier in Brüssel, unter der Leitung des ehemaligen katholischen Priesters van Maesdyck, zu einer Kirche vereinigt haben und deren sich die Familie Sydow freundlichst angenommen hatte.

Schweiz.

*Aus der westlichen Schweiz, 29. Mai. Am 24. Mai wurde in Genf die neue Verfassung zur Abstimmung gebracht. (Nr. 152.) Das Resultat war, daß etwas mehr als fünf Achtel der Stimmenden sich für die Annahme erklärten (5514 Annehmende gegen 3186 Verwerfende). Lange anhaltender Kanonendonner verkündete den Anwohnern des Leman das wichtige Ereigniß, mit welchem ein Wendepunkt in der Entwickelung des merkwürdigen Freistaats eintritt. Wenn der geistreiche Sismondi schon durch die Verfassungsänderung vom Jahr 1842 alle Verhältnisse so umgestaltet finden konnte, daß er erklärte, sein altes Genf nicht mehr zu erkennen, so darf wol nun die Opposition so weit gehen, die jetzige Verfassung das Grab der genfer Nationalität zu nennen. In der That, das alte Genf ist nicht mehr. Daß aber das „reformirte Rom" nun bald wieder unter den Krummstab zurückkehren werde, wie viele ängstliche Gemüther prophezeien, das heißt denn doch den Gläubigen zu viel zugemuthet, obwol nicht geläugnet werden kann, daß der Sieg des Radicalismus hauptsächlich den Katholiken zuzuschreiben ist. Die siegreiche Partei begrüßt die neue Verfassung als ein aufgehendes Gestirn, unter dessen segensreichem Einfluß ein kräftiges Volksleben heranreifen werde.

— Die Standescommission von **Graubünden** hat die Tagsatzungsinstruction vorberathen und mit Bezug auf den Sonderbund beantragt, es sei derselbe mit dem Bunde unverträglich; die betreffenden Cantone seien für die Beachtung dieses Beschlusses verantwortlich und die Tagsatzung behalte sich vor, wo demselben zuwider gehandelt würde, die erfoderlichen Maßregeln zu treffen. Hinsichtlich der Jesuiten lautet der Antrag dahin, es seien die Jesuitenstände einzuladen, die Jesuiten auszuweisen. — Der kleine Rath von **Thurgau** hat die Vorberathung der Gesandtschaftsinstruction der Hauptsache nach geschlossen, und geht der Instructionsantrag hinsichtlich des Sonderbundes auf Auflösung und für den Fall, daß die Sonderbundsstände nicht sofort eine entsprechende Erklärung folgen lassen, auf Mitwirkung Thurgaus zu geeigneten Vollziehungsmaßnahmen.

— Laut einer Correspondenz der Simplon-Zeitung hat es Pius IX. abgelehnt, nach dem Wunsche Frankreichs sich der Jesuitenangelegenheit in **Wallis** anzunehmen, da dieselbe ganz in das Gebiet der Cantonalsouverainetät falle.

Türkei.

Konstantinopel, 19. Mai. Wie aus Athen gemeldet wird, hat sich das griechische Cabinet, um dem leidigen Zerwürfnisse mit der Pforte ein Ende zu machen, nun entschlossen, nachzugeben und der Pforte die verlangte Genugthuung zu leisten, nämlich nach den frühern Vorschlägen des Fürsten v. Metternich, Hrn. Mussurus wieder in Athen freundlich zu empfangen, mit der Bedingung, daß derselbe darauf sogleich wieder abberufen werde. Die einzige Schwierigkeit bleibt dabei, daß die Pforte, so viel bekannt, zu der vom griechischen Cabinet als Bedingung aufgestellten unverzüglichen Abberufung des Hrn. Mussurus sich noch nicht verstehen will. Da wird es nun darauf ankommen, ob die Mächte, die bisher für gut fanden, die jedem billig und unparteiisch Denkenden als weit übertrieben erscheinenden Foderungen der Pforte zu unterstützen, diese Parteinahme bis zum Aeußersten fortsetzen werden. Wenigstens wird neuerdings versichert, sie wolle, wenn Griechenland nicht baldigst nachgebe, nach einander mehre Griechenland bedrängende Maßregeln ergreifen, zuerst nämlich den griechischen Consuln in der Türkei das Exequatur entziehen — es war früher schon von dieser Maßregel die Rede, sie wurde aber bis jetzt noch nicht in Vollzug gesetzt —, dann den Griechen die Küstenschiffahrt verbieten, und endlich alle in der Türkei ansässigen Hellenen austreiben. Daß das griechische Cabinet sich entschloß, jenen ohne Zweifel schweren Schritt zu thun, schreibt man vorzüglich dem Einflusse der dräuenden russischen Note (Nr. 150) zu. Und was hat das russische Cabinet zu solch offenbarer Härte gegen ein Volk bewogen, auf dessen Sympathien es doch so manche Hoffnungen setzt? Es läßt sich fast kein anderer Grund denken, als daß Rußland den Kampf, der aus diesem Zerwürfnisse sich zu entwickeln drohte, im gegenwärtigen Augenblicke nicht wünschte, daß es Zeit und Umstände jetzt nicht günstig fand. — Halil-Pascha wurde zum Minister ohne Portefeuille und zum Mitgliede des Staatsraths ernannt. — Briefe aus Mossul melden, daß der Pascha dort aus Anlaß des Kriegs eine außerordentliche Abgabe erheben wollte. In Folge davon wanderte aber alles Volk ringsum aus und ging zu Bedrhan-Bey, sodaß weit und breit das ganze Land umher einer menschenleeren Wüste glich. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das von **Neuyork** am 16. Mai abgegangene Postdampfschiff Caledonia hat die Nachricht von der am 18. April bewirkten Wegnahme des von Santa Anna vertheidigten Passes Cerro Gordo und der darauf gefolgten Besetzung der Städte Jalapa und Perote (am 22. Mai) durch General Scott's Armee überbracht. Nach dem vom New Orleans Delta in echt amerikanischem Style gegebenen Schlachtberichte galt die vom Feinde behauptete Position für uneinnehmbar und mußte das auch „für andere als amerikanische Soldaten" durchaus scheinen. Ueber den Cerro Gordo gelangt man auf zum Theil schroffen, um Klippen sich windenden Wegen auf das Hochland, und der amerikanischen Schilderung nach waren in einer 2—3 Miles langen Folge starke Forts zur Vertheidigung angelegt; die Position von Cerro Gordo bestreicht den Zugang derselben auf eine halbe Stunde weit wie ein Glacis. General Scott ordnete an, dieselbe in der linken Flanke anzugreifen, ließ zur Maskirung seiner Bewegung am 17. April durch General Twiggs einen Frontangriff machen, der zur Wegnahme einer Verschanzung durch den Obersten Harney, welcher für den Bayard in Scott's Armee gilt, führte. Am 18. April fand früh ein gleichzeitiger Angriff durch die Generale Worth und Shields auf die linke Flanke, General Pillow auf die rechte Flanke der feindlichen Stellung, und durch die Division unter Twiggs auf die den Cerro Gordo dominirende Hauptbefestigung statt. Oberst Harney führte hier die Colonnen, welche vor dem fürchterlichen feindlichen Feuer „wegschmolzen wie Schnee bei einem Regenguße", aber doch die Batterie stürmten. Der Hauptpunkt war damit gewonnen. Als bald nachher General Worth eine weiter rückwärts gelegene Befestigung, wo General Pinzon commandirte, auffodern ließ, hielt es dieser nun für klug, sich mit seiner ganzen Besatzung zu ergeben. General Shields fand dagegen an General La Vega einen kampflustigen Feind und wurde selbst bei der Erstürmung von dessen Stellung tödtlich verwundet. General Pillow's Angriff wurde von den Mejicanern vollständig abgewiesen und ein Regiment, welches in die Schußlinie einer verdeckten Batterie gerieth, „wurde beinahe in Stücke geschossen". Man mußte wieder zurück, und als ein zweiter Angriff un-

ternommen werden sollte, ergab sich der Feind in Folge der an den andern Punkten erlittenen Niederlagen. General Scott hatte gegen 8000 M. beisammen; Santa Anna, unter dem zunächst General Ampudia commandirte, soll 8000 M. in den festen Stellungen und außerhalb dieser 6000 Mann einschließlich 2000 M. Reiterei zur Verwendung gehabt haben. Ueberhaupt sollen es die besten Truppen gewesen sein, z. B. die bei Buenavista so tapfer gewesene Infanterie und die ganze regulaire Artillerie der Republik, mit denen man es zu thun hatte. Um 9 Uhr war schon Alles entschieden. Santa Anna und General Canalizo werden beschuldigt, selbst das Signal zur Flucht gegeben zu haben. Der Verlust der Amerikaner ist trotzdem, daß, wie erwähnt, ihre Colonnen wie Schnee wegschmolzen und fast ein ganzes Regiment in Stücke geschossen worden ist, an Todten und Verwundeten nur 250 M. Die Mejicaner mögen es haben am Schießen nicht fehlen lassen, haben aber jedenfalls, was auch der amerikanische Bericht andeutet, weil sie auf der Höhe standen, meist über die Angreifenden hinweggeschossen. Ihr Verlust soll 300 M. gewesen sein. Unter den Gefallenen befindet sich General Vasquez; auch wird eines schwer verwundeten Deutschen Namens Halzinger gedacht, welcher in Veracruz während des Bombardements eine von den Amerikanern heruntergeschossene Flagge auf dem Walle so lange emporgehalten hatte, bis ein frischer Stab herbeigeschafft war, und vom General Scott deshalb ohne Ehrenwort entlassen wurde. Die Mejicaner haben 6000 Gefangene, dabei fünf Generale, 30 meist in Sevilla gegossene Geschütze und eine Menge Munition verloren, auch ist Santa Anna's ganze Equipage mit einer 20,000 Doll. enthaltenden Kasse erbeutet worden. General Twiggs begann sogleich die Verfolgung des Feindes, der eine fünf Miles westlich von Cerro Gordo befindliche, mit mehren Geschützen besetzte feste Position ebenfalls verlassen hatte. — Aus Chihuahue wird vom Newyork Expreß gemeldet, daß Oberst Doniphan, der in Allem 900 M. befehligt, am 2. März diese Stadt förmlich in Besitz genommen und gewissermaßen dort die Feindseligkeiten durch einen Vertrag mit den Behörden zu Ende gebracht hatte, in welchem diese neutrales Verhalten bis zum Friedensschlusse versprechen.

— Die Frage, was man mit den in Mejico gemachten Eroberungen anfangen solle, wird dem als „Genfer Reisender" sich unterzeichnenden bekannten Correspondenten der Times zufolge auf sehr verschiedene Art beantwortet. Die hochfahrende Partei will die Occupation, bis Mejico alle Kriegskosten bezahlt haben werde; die Armee müsse auf Feindes Unkosten leben. Eine andere Partei will die Vereinigten Staaten nicht als Freibeuter und bloße Eroberer in der Geschichte sehen und fodert Verzicht auf jede Eroberung und redliche Bezahlung jedes Gebietes, das man zu erwerben wünsche. Dazwischen liegen dann eine Menge Ansichten, die minder entschieden sind. Die Regierung, glaubt man, wolle keinen Zoll des eroberten werthvollen Gebiets wieder aufgeben; wozu sie später einmal von der öffentlichen Meinung genöthigt werden wird, steht freilich dahin. Zunächst machen die Anhänger des Präsidenten viel Geld und lobpreisen daher Polk und den Krieg. Von der Regierungsseite ist dem Correspondenten noch kein ehrlicher Versuch für den Frieden bekannt.

— In **Californien** ist ein häßlicher Conflict zwischen dem Commodore Stockton und Oberstlieutenant Freemont einerseits und General Kearney andererseits entstanden, dessen Vollmacht als Gouverneur Jene anzuerkennen verweigerten. Der General soll nur auf das Anlangen von Verstärkungen warten und entschlossen sein, dann Beide als Meuterer verhaften zu lassen. Freemont ist ein Schwiegersohn des Obersten Breton. Im Cabinet haben schon mehre Berathungen dieser Angelegenheit stattgefunden, bei welcher der Kriegssecretair Marcy für den General, der Marinesecretair Mason für den Commodore Partei nimmt.

— Im Staate **Neuyork** war durch den Betrieb fanatischer Frömmler ein Accisegesetz auf Spirituosen durchgesetzt worden, was thatsächlich ein Verbot des kleinen Branntweinverkaufs war. Gegen solchen unwürdigen Zwang lehnte sich aber das Gefühl selbst vieler Mitglieder von Mäßigkeitsvereinen auf und erkannte darin eine Kränkung der Rechte freier Bürger. Man brachte sofort die Sache in der versammelten Legislatur des Staates zur Verhandlung, und es wurden in Folge dessen vom Senate mit 25 gegen 2, vom Repräsentantenhause mit 68 gegen 38 Stimmen alle und jede den Verkauf von Spirituosen verbietende Gesetze aufgehoben.

Mejico.

Aus der Hauptstadt **Mejico** hat man Nachricht bis zum 24. April. An die Stelle des listig auf die Seite geschobenen Gomez Farias war Don Pedro Maria de Anaga Vicepräsident geworden. Niemand dachte an ernstliche Vertheidigungsanstalten. Santa Anna befand sich mit einigen Tausend Mann bei Orazaba und verlangte Verstärkungen und Geld. Er soll einen Guerrillakrieg vorgeschlagen haben. Der britische Minister in Mejico, Hr. Bankhead, soll in Folge der Niederlage von Cerro Gordo der Regierung seine Vermittelung von neuem angeboten haben, und der Congreß, glaubte man, sei bei Berathung dieses Antrags.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 5. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116½ Br., 116 G.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br., 87 G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 G., 59¼ bezahlt; Löbau-Zittauer 57¼ Br., 56¾ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br., 212 bezahlt; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br., 109½ G., Litt. B. 160¾ Br.; Köln-Mindener 94 Br., 93¾ G., Juli 94 G.; Thüringer 94½ G.; Altona-Kieler 110½ Br., 110 G.; Dessauer Bankactien 100¼ Br, 100 G.

Eisenbahn. * **Leipzig**, 4. Jun. (Aus dem Geschäftsberichte des Directoriums der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft.) Für den Bau der Bahn von Potsdam bis Magdeburg sind bis ult. März verausgabt oder zur Zahlung angewiesen 5,367,598 Thlr., womit das Actiencapital und das Capital der zum Bahnbaue contrahirten Schuld bis auf 205,202½ Thlr. consumirt sein würde. Soweit sich der ganze Bedarf mit Sicherheit oder Wahrscheinlichkeit übersehen läßt, kostet die Potsdam-Magdeburger Bahn ohne Elbbrücken 4,275,942 Thlr.; die Elbbrückenbauten werden mit Einschluß der Erweiterung des mitzubenutzenden Magdeburg-Leipziger Bahnhofes 945,137 Thlr. kosten; die Berlin-Potsdamer Bahn kostet 2,784,245 Thlr., wovon 444,245 Thlr. für neue Anlagen; dies gibt als Anlagecapital der ganzen Bahn 8,005,324 Thlr., wozu für das zweite Gleis anschlagsmäßig 1,594,834 Thlr. kommen würden. Die Nothwendigkeit des letztern für einen geregelten Betrieb ist in dem Berichte ausführlich auseinandergesetzt. Von den Kosten für die Potsdam-Magdeburger Bahn kommen 569,552½ Thlr. auf die Erdarbeiten, und zwar kostete die Meile in der potsdamer Section 65,200 Thlr., in der brandenburger 44,400, in der genthiner 14,361, in der burger 21,572, in der magdeburger 62,660, durchschnittlich also 37,458 Thlr.; auf die Brücken und Durchlässe ohne die Elbbrücken (fast alle mit massiven Pfeilern und eisernem Oberbau) 783,715 Thlr., wovon 97,139 Thlr. für die Ehlebrücke zwischen Magdeburg und Burg, 96,064 Thlr. für die große Havelbuchtbrücke 82,631 Thlr. für die erste Havelbrücke bei Potsdam, bei welcher zuerst auf dem Continente die Gitterconstruction in Eisen angewendet worden und 2 Felder durch eine Drehbrücke geschlossen sind, die bei freier Schiffahrt offen steht, wenn kein Bahnzug zu erwarten ist. Von den drei Elbbrücken ist die über die Stromelbe (10 Pfeiler) am meisten fortgeschritten, indem die Hälfte der Pfeiler über Wasser gemauert ist; alle drei erhalten eisernen Belag und werden unter günstigen Umständen noch im laufenden Jahre vollendet werden können. Der Oberbau kostet 1,239,337 Thlr., die Gebäude und Bahnhöfe, von denen die in Berlin und Potsdam ganz umgebaut werden mußten, außerdem aber nur der in Brandenburg eine über den Nothbedarf hinausgehende Ausstattung erhielt, und der in der Friedrichstadt-Magdeburg nur ein interimistischer ist, der künftig ganz in Wegfall kommt, 256,882 Thlr. die Betriebsmittel 432,689 Thlr. Von den Locomotiven wurden 12 von Borsig und 4 von Tischbein neu angeschafft; von den 13 Maschinen der Berlin-Potsdamer Bahn konnten nur 4 nach vergängigen Reparaturen benutzt werden, 4 andere sind noch in Reparatur begriffen und 3 werden als stehende Dampfmaschinen bei den Brückenbauten zum Wasserschöpfen gebraucht. An Personenwagen sind vorhanden 24 combinirte erster und zweiter Klasse, 3 erster Klasse, 12 zweiter Klasse, 39 dritter Klasse, zusammen 80; die der Berlin-Potsdamer Bahn sind theils ganz außer Betrieb gesetzt, theils zu andern Zwecken umgearbeitet, theils sollen sie zur Aushülfe bei unerwartet großer Frequenz benutzt werden. An Transportwagen sind vorhanden 58 Erdtransportwagen, 16 Lowrys für Stadtgüterwagen und Equipagen, 13 Lastwagen mit Aufsatzwänden, 35 Güterwagen, 4 Pferd- und 5 Schweinewagen, zusammen 131.

Obgleich die ganze Bahn am 7. Aug. v. J. eröffnet wurde, kann doch die eigentliche Eröffnung des Betriebs erst vom 15. Sept. an datirt werden, wo die Havelbrücken fahrbar wurden. Am 1. Oct. begann die directe Billet- und Gepäckexpedition mit der Magdeburg-Halberstädter, Braunschweigischen und Hannoverschen Bahnverwaltung und gleichzeitig der Güterverkehr von und nach allen Stationen, der jedoch im vorigen Jahre noch wenig zur Entwickelung kam, indem namentlich der Verkehr der Landesproducte der Bahn noch entging. Dennoch gab das Jahr 1846 (einschließlich eines Bestandes von 6321½ Thlr. aus dem Jahr 1845) einen Betriebsüberschuß von 165,104 Thlr., wovon nach Verzinsung und Amortisation der Prioritätsobligationen und Bestreitung der Unkosten der Anleihe noch 53,847 Thlr. übrig blieben, welche für den Zeitraum vom September bis December 4 Proc. Dividende für die Stammactien abgeworfen haben würden, welche jedoch während der Bauzeit, zu welcher auch das Jahr 1847 noch zu rechnen ist, auf dem Baucapitale verzinst werden.

Postwesen. Vom Mittelrhein, Ende Mai. Nach Anzeigen in öffentlichen Blättern sind von Seiten Oesterreichs Einladungen an sämmtliche deutsche Regierungen ergangen, Commissarien zu einem Postcongresse nach Dresden zu senden, um eine Vereinigung über gleichmäßige Portosätze in allen Bundesstaaten zu versuchen. Nach dem in mehren Staaten mit Erfolg durchgeführten Systeme werden in jener Versammlung Viele dafür stimmen, einen Satz für alle Briefe festzustellen, ohne Berücksichtigung der Entfernung, welche sie zu durchlaufen haben, und nur mit Ausnahme derjenigen Briefe, welche in dem nächsten Umkreise eines jeden Postamts circuliren. Es versteht sich, daß dieser Satz ein möglichst kleiner sein muß und daß er sich bequem in den Münzsorten Nord- und Süddeutschlands ausdrücken läßt. Beide Erfoderniße dürften sich befriedigend erreichen lassen, wenn man als Portosatz die kleinste Einheit annimmt, die sich ohne Bruchtheil sowol im Thaler- als im Guldenfuße ausdrücken läßt, nämlich: 2 Silbergroschen gleich mit 7 Kreuzern. Ein Stück Geld, in dieser Weise ausgeprägt, dürfte sich für den mehrfach angeregten Postgroschen eignen und könnte selbst die Brücke werden, um die beiden Hauptmünzsysteme zu vereinigen. Der durch die Post in allen Gegenden unterhaltene Geldumlauf würde das deutsche Publicum bald vertraut mit dieser Münze machen, und es würde dann, ohne große Unbequemlichkeiten zu verursachen, möglich werden, auf dieser Basis Ein Münzsystem für ganz Deutschland zu begründen, mit dem sich die Vortheile des Decimalsystems leicht vereinigen ließen. Zwei Silbermünzen würden dafür genügen, nämlich: ein Stück in Werthe von 10 Postgroschen (20 Sgr. oder 70 Kr.) und der einfache Postgroschen (2 Sgr. oder 7 Kr.), welcher in Zehntheile zerfallen würde. Buch und Rechnung wären in Postgulden zu 100 Zehnteln zu führen. Für den Nordländer wären beide Münzen keine fremden Größen, und der Südländer würde in dem Postgulden eine seinem Kaisergulden sehr nahe kommende Münze finden. (Köln. Z.)

Staatspapiere. **Amsterdam**, 1. Jun. 2½ pc. Int. 57⅞; Rußl. 5pc. Hope 105¾; 4½ pc. Handelsg. 175¾. **Frankfurt a. M.**, 3. Jun. Oestr. Bkact. 1945; 250 Fl. L. 120½; 500 Fl. L. 154¼; Bair. 3½ pc. 92½; Bad. 50 Fl. L. 58½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 38; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25⅝; Sard. 35½; Kurhess. 32½. **Paris**, 1. Jun. 5pc. 116. 95; 3pc. 78. 85; Neap. 103. 10; Bankact. 3295. **Wien**, 2. Jun. Bkact. 1615; Met. 5pc. 106½; 3pc. 97¼; 3pc. 68½; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Amsterdam, 1. Jun. Rhein. Eisenbahn 103¾. Frankfurt a. M., 3. Jun. Taunusb. 362; Nordb. 73¼; Verb. 94¼. Paris, 1. Jun. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 355; Paris-Orleans 1265; Paris-Rouen 968¾; Paris-Strasburg 430; Paris-Lyon 435; Rouen-Havre 655; Marseille-Avignon 761¼; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Nierzon 590; Nord 612½. Wien, 2. Jun. Nordb. 186½; Gloggn. 124; Mail. 110. Livorn. 88; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 4. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅞, 3½pc. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreußische 93¼, ostpreuß. 95¾, pomm. 94¼, schles. 97½, 4pc. pos. 102½ Br., neue 3½pc. 93 Br., kur- u. neum. 95 Br., Louisdor 112½, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Prot. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 93⅛, Berl.-Anhalt. 109⅝, Berlin-Hamb. 4pc. 109½, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞ Br., Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92¼ Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅓ Br., 5pc. 101¼ Br., Berl.-Stettin 108⅜, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 94, Crakau-Oberschl. 4pc. 78, Düsseld.-Elberfelder 5pc. 105⅛, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 110 Br., Niederschles. 88½, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101¾ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104, Litt. B. 4pc. 99 Br., Rhein. 85½ Br., Prior.-St. 4pc. 89¾, Prior. 4pc. 90¼, Sächs.-Baier. 4pc. 86⅜, Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 86¾, Zarskoje-Selo 70¼. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83½, Berg.-Märk. 4pc. 84, Berlin-Anhalt 101, Kassel-Lippst. 4pc. 84½, Cöln-Mind. 4pc. 94, Magd.-Wittenb. 86, Mail.-Benedig 4pc. 111½, Mecklenb. 74½, Nordd. (Fr.-W.) 4pc. 73½, Pos.-Stargd. 4pc. 84¼ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 100¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅜, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95, (neue) 4pc. 94⅞, Parthal à 500 Fl. 4pc. 80⅝, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅛, Mexik. Zinsl. 16⅝, Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-R.-St.-Anl. 3½pc. 85⅞, Staats-Pr.-A. 89, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in Leipzig.

Ankündigungen.

[2212]

Landwirthschaftliche Dorfzeitung.

Herausgegeben von **William Löbe.**

Mit einem Beiblatt: Gemeinnütziges Unterhaltungsblatt für Stadt und Land.

Achter Jahrgang. 1847. 4. 20 Ngr. Leipzig, bei **F. A. Brockhaus.**

Wöchentlich 1 Bogen. Insertionsgebühren für die gespaltene Zeile 2 Ngr. Beilagen werden für das Tausend mit ⅓ Thlr. berechnet.

Monat Mai. Nr. 18—22.

Inhalt: Der Nutzen des tiefen Pflügens. — Naturgemäße Fütterung des Rindviehes. (Beschluß.) — Beantwortung der Anfrage in Nr. 12 d. Bl.: „Ist das Brennen der Stearinkerzen schädlich für die Gesundheit?" — Von der Wichtigkeit der Maßregeln zur Abhaltung der schädlichen Forst- und Garteninsekten. — Die Schwefelsäure als Düngemittel. — Mittel, dem Faulen der Kartoffeln vorzubeugen. — Beitrag zur Kenntniß der Bewirthschaftungsweise und des Ertrags kleiner Wirthschaften. — Die Jauchenfässer als Wasserzubringer bei Feuersbrünsten. — Aus Baiern. — Beantwortung der Anfrage in Nr. 47 des Jahrgangs 1846 d. Bl., die Abhaltung der Sperlinge von den Getreidefeldern betreffend. — Der Wiesenknöterich, ein beachtenswerthes Nahrungsmittel. — Keine Kartoffelkrankheit mehr! — Auf welche Weise lassen sich die zur Düngung bestimmten Knochen ohne Anwendung der Knochenmühle zerkleinern? — **Landwirthschaftliche Neuigkeiten u. s. w.**

Hierzu **Gemeinnütziges Unterhaltungsblatt für Stadt und Land,** Nr. 18—22.

Von der in meinem Verlage erscheinenden vollständigen und correcten Ausgabe der

Verhandlungen des ersten Preußischen Vereinigten Landtags

werden heute die Hefte 2, 3 und 4 versandt.

Inhalt des ersten bis vierten Heftes:

Abthlg. I. (Die sich auf den Landtag beziehenden Allerhöchsten Propositionen, Denkschriften und andern Actenstücke) Bogen 1—10, enthaltend die ständische Gesetzgebung, die auf die Eröffnung des Landtags bezüglichen Actenstücke, das Reglement für den Geschäftsgang, die Thronrede, Adresse der Stände ꝛc. und von den Königlichen Botschaften und Propositionen 1) die Proposition wegen der Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer ꝛc.; 2) die Botschaft wegen einer aus dem Eisenbahnfonds zu verzinsenden und zu amortisirenden Anleihe zur Ausführung der großen Preußischen Ostbahn; 3) die Botschaft wegen Uebernahme der Garantie des Staats für die zu errichtenden Land-Rentenbanken; 4) die Botschaft wegen Errichtung von Provinzial-Hülfskassen ꝛc.; 5) Hauptfinanz-Etat für das Jahr 1847, und Uebersicht von den Resultaten der Finanzverwaltung in den Jahren 1840 bis 1846 incl. — mit allen dazu gehörigen Denkschriften und Beilagen.

Abthlg. II. (Die Landtags-Verhandlungen nach den stenographischen Berichten) Bogen 1—30, enthaltend die Sitzungen des Vereinigten Landtags vom 12. April bis 8. Mai.

Es sind Veranstaltungen getroffen, daß auch ferner, wie bisher, täglich 2 Bogen ausgegeben werden können, und wird somit das Werk unmittelbar nach dem Schlusse des Landtags vollständig mit Sach- und Namen-Register in den Händen der geehrten Abnehmer sein. Ueber die Bogenzahl desselben läßt sich vor dem Schlusse des Landtags zwar keine bestimmte Angabe machen, doch kann man schon jetzt mit einiger Sicherheit schließen, daß dasselbe 100 bis 120 Bogen nicht übersteigen werde.

Der Preis des Heftes von 10 Bogen größten 8.-Formats ist 20 Sgr.

Das erste und zweite Heft liegen in allen Buchhandlungen aus. Die folgenden Hefte werden auf Verlangen schleunigst expedirt. **Berlin,** den 1. Juni 1847.

Carl Reimarus,

[2193] Firma: **Gropius**'sche Buch- und Kunsthandlung.

Soeben erschien und ist durch **Fr. Fleischer** und **C. H. Reclam** in Leipzig sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Mein Leben und Wirken;
vom Schulmeister **Bauriegel** in Pulgar. Mit dem Bildnisse des Verfassers. 8. Geh. 15 Sgr.

Obiges Werk ist gewiß jedem Verehrer des würdigen Herrn Verfassers, welcher in diesem Jahre sein funfzigjähriges Amtsjubiläum feiert, ein sehr werthes Andenken und verdient gewiß daher aufs wärmste empfohlen zu werden.

Neustadt a. d. Orla, am 2. Juni 1847.

[2187] **J. K. G. Wagner.**

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000, 88 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden briefl.

Der concessionirte Collecteur

[2202] ***Moritz Meyer jun.***
in Leipzig.

Bei **Friedrich Fleischer** in Leipzig ist soeben erschienen:

Naturgeschichte
für die Jugend.

Zugleich als Lesebuch für die oberen Classen höherer Bürgerschulen

von **Dr. J. B. Reichenbach.**

Zweite gänzlich umgearbeitete Auflage.
Preis 22½ Ngr.

Auf dieses Buch, welches in seiner neuesten Umgestaltung gewiß eines der zweckmäßigsten und wohlfeilsten Lehrbücher der Naturgeschichte geworden ist, erlaubt sich der Verleger alle Lehranstalten und jeden Gebildeten besonders aufmerksam zu machen.

Deutsches Lesebuch für Schule und Haus

von **Director K. Vogel.**

Fünfte Auflage
Preis 10 Ngr. [2183]

Im Verlage des Unterzeichneten ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die

Deutschen in Rußland.

Eine patriotische Zeitskizze
von
Dr. **Hermann Wimmer.**
8. Brosch. 1 Thlr.

Die vorliegende Schrift eines erst vor kurzem aus Rußland zurückgekehrten Deutschen schildert in humoristisch-didaktischer Weise das Geschäfts- und Gesellschaftsleben unserer deutschen Landsleute in Rußland und gibt nebenbei interessante Aufschlüsse über russische Verhältnisse, Sitten und Gebräuche; sie gewährt daher ebensowol eine angenehme und geistreiche Unterhaltung, wie sie Alle befriedigen wird, die sich über die Stellung und das Leben der Deutschen in Rußland unterrichten und belehren wollen.

Leipzig, im Mai 1847.

[2188] **B. G. Teubner.**

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Die Lieferung von **20,638 Ctr. Schienenstühlchen von Gußeisen**, vom Juli d. J. bis März k. J. theils in Berlin, theils längs der Bahnlinie von Jüterbogk bis zur Königl. Sächsischen Grenze in der Richtung nach Riesa, soll ganz oder theilweise dem Mindestfodernden übertragen werden.

Zur Abgabe der Gebote ist Termin auf den

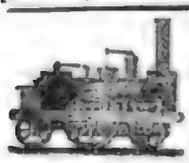
16. Juni d. J. Nachmittags 4 Uhr,

im Geschäftslocale der Direction (am Askanischen Platze Nr. 6) anberaumt, in welchem Unternehmungslustige ihre Offerten persönlich oder durch Bevollmächtigte zu Protokoll zu geben haben. Ebendaselbst sind täglich in den Geschäftsstunden die specielleren Bedingungen der Lieferung einzusehen.

Berlin, den 3. Juni 1847.

Die Direction.
v. Cronstein, Vorsitzender.

[2205—6]



Kundmachung

an die Herren Actionaire der Ungarischen Central-Eisenbahn.

Die Herren Actionaire werden hiermit ersucht, die **siebente** statutenmäßige Ratenzahlung pr. zehn Procent mit 25 Fl. C.-Mz. für jeden Interims-Partialschein zu 250 Fl.

am 1. Juli d. J.

bei der Hauptkasse der Unternehmung
in **Wien**, Obere Bäckerstraße Nr. 752,
in **Pesth**, bei der Pesther Ungarischen Commerzialbank,
in **Berlin**, bei den Herren **Hirschfeld & Wolff**,
in **Leipzig**, bei den Herren **Dufour Gebr. & Comp.**

zu leisten.

Pressburg, den 1. Mai 1847.

[1852—54] **Von der Direction der Ungarischen Central-Eisenbahn.**

Soeben ist erschienen:

Nothgedrungener
Bericht aus seinem Leben
und aus und mit
Urkunden
der demagogischen und antidemagogischen Umtriebe
von **E. M. Arndt.**

2 Theile. 8. 52 Bogen. Brosch. 3 Thlr.

Inhalt des ersten Bandes. Vorrede. — Bescheid aus dem Cabinet an A. durch den Herrn Curator Grafen Solms-Laubach. — Antwort darauf von A. — Brief von A. an den Staatskanzler Fürsten von Hardenberg. — Schreiben von A. an den Staatsminister Freiherrn von Altenstein. — Brief von A. an den Staatskanzler. — Dessen Bescheid darauf. — Antwort auf diesen Bescheid von A. — Bescheid auf Obiges von dem Staatskanzler. — An den König von A. — An den Staatskanzler von A. — An den Staatskanzler von A. — An den Staatskanzler von A. — Bescheid darauf. — An den Minister von Altenstein von A. — Auszüge aus der K. Preuß. Staatszeitung. — Zur Erläuterung und Verständigung über die Acta Generalia von A. für seine Richter. — Drei Zeugnisse. — Brief an den Minister Freiherrn von Stein von A. — Antwort desselben auf diesen Brief. — Noten von Königlicher Hand nebst Tagebuch von A. — Leben für mich von A.

Inhalt des zweiten Bandes. Briefe von Arndt und Reimer. — Briefe von Arndt und Schildener. — Brief des Pastors Dankwardt. — Briefe von A.'s Schwester und Sohn. — Brief A.'s an den Königl. Staatsprocurator Ludwig von Mühlenfels. — Briefe des Hauptmanns von Plehwe und A. — Briefe von Schleiermacher, Graf Gesler, Minister von Stein, Gneisenau, Niebuhr, Oberpräsident von Schön, von Schele, Freiherrn von Vincke, D. Pritzbur, Maler Friedrich, Staatsrath Körner, D. Arinius, Graf Schwerin, Gräfin Julie Dohna, Herzogin Antonie von Würtemberg, General Hüser, Minister Eichhorn, Geh. Staatsrath Nicolovius, Freiherr von Baden, Freiherr von Greifeneck, Justus Gruner, Doktor Ebel, Königin Friederike von Schweden ꝛc. ꝛc.

Leipzig, im Juni 1847.

[2211] **Weidmann'sche Buchhandlung.**

Im Verlage von **F. A. Brockhaus** in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Snell (K.), Einleitung in die Differential- und Integralrechnung. Erster Theil. (Vom ersten Differentialquotienten.) Mit 3 lithographirten Tafeln. Gr. 8. Geh. 1 Thlr. 26 Ngr.

In demselben Verlage erschien von dem Verfasser:

Lehrbuch der Geometrie. Mit 6 lithographirten Tafeln. Gr. 8. 1841. Geh. 1 Thlr. 5 Ngr.

[2200]

Hauslehrer-Stelle. Für einen wissenschaftlich gebildeten jungen Mann protestantischer Religion steht der Posten eines Hauslehrers offen. Vier Kinder, zwei Knaben und zwei Mädchen von 14 bis 8 Jahren, sind zu unterrichten. Die Knaben sind für den höheren Kaufmannsstand bestimmt, und es wird gewünscht, dass ausser Latein, Geschichte und Geographie auch die Grundzüge von Mathematik und Physik gelehrt werden können. Desgleichen ist vollständiger Religionsunterricht nöthig. Dagegen ist die Kenntniss von Musik und neueren Sprachen, für welche schon Lehrer vorhanden sind, nicht erfoderlich. Die Familie, welche den Lehrer sucht, wohnt auf dem Lande in einer schönen Gegend Oesterreichs. Der Gehalt — freie Station ist jubegriffen — kann bis auf 400 Fl. C.-M. gesteigert werden, wenn der Lehrer alle wesentlichen Anfoderungen erfüllen kann. Hierauf Reflectirende sind gebeten, ihre Anerbietungen unter der Adresse **Z. H. L. # 5** Leipzig poste restante, in frankirten Briefen einzusenden und in diesen Briefen mit einiger Ausführlichkeit anzugeben, wie und was sie zu leisten denken. [2203]

Das aufs eleganteste neu eingerichtete Hotel

Palais Heiduckoff

in **Dresden** empfiehlt sich ganz ergebenst.

Dresden, im Juni 1847. [2204]

H. Heiduckoff, Besitzer.

Anerbieten. Auf eine **Fabrik**, deren Ertragswerth gerichtlich zu 176,000 Thlr. abgeschätzt worden ist, steht nach 76,000 Thlr. eine Foderung von 15,000 Thlr. eingetragen, welche vom 2. Januar 1849 ab in jährlichen Raten von 5000 Thlr. zurückgezahlt werden muß. Der Gläubiger wünscht diese Foderung zu cediren. Nähere Auskunft ertheilt der Justiz-Commissarius **Horch** in Magdeburg. [1862—64]

Ein junger Mann, welcher 9 Jahr einer Tuchfabrik am Rhein selbständig vorgestanden und mit allen Zweigen der Tuchfabrikation vertraut ist, sucht Verhältnisse halber hier oder auch im Auslande eine Stelle; vorziehen würde er diejenige in einer **Tuchfabrik** oder auch **Wollhandlung**.

Das Nähere unter den Buchstaben **A. E.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2170—71]

Gesuch.

Ein Mann in dem kräftigsten Alter, aus guter Familie, erfahren und wissenschaftlich gebildet, wünscht, um nicht unbeschäftigt zu sein, eine Anstellung als Kastellan, Inspector oder Wirthschaftsrendant eines Schlosses, größerer Güter, Forsten ꝛc. Er verspricht bei strengster Rechtlichkeit die größte Thätigkeit und treueste Pflichterfüllung. Da er bereits im Besitz eines festen Einkommens ist, so sieht er weniger auf hohes Gehalt als auf humane Behandlung. Geneigte Berücksichtigungen des Gesuchs erbittet man sich ergebenst unter der Adresse **H. V. 8.** poste restante Dresden. [2198]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 6. Jun. **Der Freischütz**, große romantische Oper von C. M. v. Weber.

Montag, 7. Jun. Neu einstudirt: **Der Landwirth**, Lustspiel in 4 Acten von ***. — Hierauf neu einstudirt: **Die weiße Piquesche**, Schwank in 1 Act von C. Töpfer. Rudolph und Sauser, Herr **Heymann**, als letzte Gastrollen; Marie, Frl. **Löhn**.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Advocat Anton Fricke in Bitau mit Frl. Bertha Werner. — Hr. Kaufmann Ferdinand Lehmann in Cottbus mit Frl. Amalie Klingmüller. — Hr. Concertmeister Eduard Mollenhauer in Berlin mit Frl. Agathe Lenz. — Hr. Pastor Theobald Müller in Domslau mit Frl. Ottilie Schwartz in Breslau. — Hr. Theodor Bieck in Berlin mit Frl. Ida Krüger.

Getraut: Hr. Gustav Apitzsch in Görlitz mit Frl. Marie Zschiegner. — Hr. Justizcommissar Ardoin Gronarz in Lichtenau mit Frl. Karoline Arndts aus Arnsberg. — Hr. Domstiftsactuar und Advocat Felix Heink in Bautzen mit Frl. Mathilde v. Kwilecka. — Hr. Wilhelm Hertz in Berlin mit Frl. Fanny Hertz aus Hamburg. — Hr. Gerichtsdirecter Emil Otto Martini in Bautzen mit Frl. Anna Lehmann. — Hr. Heinrich Schlicht in Bitz mit Frl. Mathilde Gerhard. — Hr. Posthalter Eduard Schwürtz in Gleiwitz mit Frl. Emilie Scheider. — Hr. Ferdinand Seitz in Nürnberg mit Frl. Elise Schleußner. — Hr. Lieutenant A. v. Zawadzky in Guben mit Frl. Anna v. Carlsburg aus Schöneiche.

Geboren: Hrn. J. A. Brüning in Bremen eine Tochter. — Hrn. Controleur Gabriel in Berlin eine Tochter. — Hrn. Hermann Heinig in Dresden ein Sohn. — Hrn. L. Heltwig in Seilershof ein Sohn. — Hrn. J. G. Hüter in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Zolleinnehmer Rudolf Lehmann in Schönberg ein Sohn. — Hrn. Marsch in Potsdam ein Sohn. — Hrn. Kreisrichter Odebrecht in Bergen a. R. eine Tochter. — Hrn. Metallfabrikant J. G. Reich in Nürnberg ein Sohn. — Hrn. A. Schmidt in Berlin ein Sohn. — Hrn. Siegert in Werdau ein Sohn. — Hrn. Theodor Simon in Leipzig eine Tochter.

Gestorben: Frau Apotheker Wilhelmine Berg in Winnenden. — Hr. Kaufmann H. W. Hampe in Blankenburg. — Frau Kaufmann F. M. Hauf in Stuttgart. — Frau Landbaucondukteur Emilie Ernestine Hiehle in Dschatz. — Frau Gutsbesitzer Johanne Christiane Löser in Belgershain. — Hr. Apotheker W. Roland in Berlin. — Hr. A. F. Schwozer in Beckau. Hr. F. A. Strebel in Lindenau. — Hr. Rathsassessor Christoph Friedrich Walther in Rothenburg.

Montag — Nr. 158. — 7. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zur Nachricht.

Auf das am 1. Jul. 1847 beginnende neue vierteljährliche Abonnement der **Deutschen Allgemeinen Zeitung** werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes Bestellungen angenommen. Der Preis beträgt in **Sachsen** vierteljährlich 2 Thlr., in den übrigen Staaten wird derselbe nach Maßgabe der Entfernung von Leipzig erhöht.

Ueberblick.

Deutschland. =München. Das Frohnleichnamsfest. †Hannover. Gustav-Adolf-Verein. *Kassel. Landtag. *Frankfurt a. M. Spielhöllen.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Der Landtag. ǂKönigsberg. Kirchliches. *Von der posenschen Grenze. Die Seelenmessen für Badyński. — Das Pferdefleisch. — Pastor Krummacher.

Oesterreich. Die böhmischen Stände. ǂAus Oesterreich. Die Ultramontanen.

Spanien. Die Königin. Erkrankungen. Die Interventionstruppen.

Großbritannien. Parlament. Der Hof. Infanterieregimenter nach dem Mittelmeer. Die Great-Western-Eisenbahn. Geschenk für die Königin.

Frankreich. Parlament. Interpellation über den Zustand der Befestigungen von Paris. Die Anweisungen auf billiges Brot in Lyon. Marschall Grouchy stirbt. Der portugiesische Botschafter. Das Geschwader Joinville's. Contreadmiral Tromelin.

Schweiz. Tagsatzungsinstructionen. — Entlassungen in Genf. — Eine Brandschrift.

Italien. Der Papst. Der Kronprinz von Baiern.

Rußland und Polen. *Petersburg. Die landwirthschaftliche Cultur. Die Witterung. Die Juden.

Griechenland. Die fremden Kriegsschiffe. Hr. Eynard. Die Aernte.

Aegypten. Alexandrien. Hussein-Bey. Der Vicekönig.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Eisenbahn. Wein. Getreidepreise. — Freiburg. Eröffnung der Eisenbahn bis Müllheim. — Die holländische Eisenbahn. — Fruchtpreise. *Leipzig. Oel. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

=**München**, 3. Jun. In diesem Augenblick ist das Frohnleichnamsfest vorüber, ohne daß auch nur der mindeste Excess oder irgend eine Unschicklichkeit vorgefallen wäre, es müßten denn etwa noch in dem wieder geöffneten Bockkeller oder sonst in Bierschenken später einzelne Unziemlichkeiten vorfallen. Wohl aber hat das Fest von einer ganz andern Seite her allerdings eine erhöhte Bedeutung erhalten, dadurch nämlich, daß König Ludwig, indem er mit seinen Söhnen Luitpold und Adalbert, gefolgt von dem glänzendsten Cortege und von einer größern Menge höchster und hoher Beamten, als wie wir sie bei ähnlicher Gelegenheit gesehen haben, sich der großen Frohnleichnamsprocession angeschlossen hat, vor der Hauptstadt und vor dem ganzen Lande hat ein unzweideutiges Zeugniß davon geben wollen, daß der Kirche selbst gegenüber seine Gesinnungen nicht aufgehört haben, noch durchaus die alten zu sein, und daß er nur, wie er den Uebertreibungen aller Art überhaupt nie günstig gewesen, so auch nach der bekannten Richtung dem eingerissenen und bis aufs Aeußerste getriebenen Uebermaße von Zumuthungen und Anmaßungen hat ein für alle Mal ein Ziel setzen wollen. Das wird man jetzt nicht mehr wegdisputiren und wegläugnen, und damit wird wol auch wieder ein Pfeiler mehr dastehen für den so schwierig geschilderten Bau einer gegenseitigen Verständigungsbrücke.

†**Hannover**, 3. Jun. Gestern und heute haben die Versammlungen und Wahlen zur Reorganisation des Gustav-Adolf-Vereins stattgefunden. Das Wesentliche der neuen Einrichtung besteht in einer neuen Eintheilung der Vereine. Die Haupt- und Zweigvereine fallen weg; an ihre Stelle treten Provinzial-Haupt- und Kreisvereine. Die bisherigen Zweig- oder jetzigen Kreisvereine Wunstorf-Elze, Deisler-Weser, Lauenstein und Goslar bilden, um die Einrichtung an einem Beispiel klar zu machen, mit dem Kreisverein Hannover zusammen einen Provinzial-Hauptverein, und zwar den kalenbergischen. Jeder dieser Vereine hat das Recht zu Vorstandswahlen, Geldbewilligungen ꝛc., für je 50 Mitglieder einen Abgeordneten zu stellen und durch diesen seine Stimme abzugeben. Die Generalversammlungen mit dem Stimmrecht jedes einzelnen, mindestens 8 Gr. jährlich zahlenden Mitglieds fallen also weg, und der Vorstand wird künftig einen bedeutenden Einfluß üben. Präsident des Vereins und Deputirter zur nächsten Hauptversammlung in Darmstadt ist der Regierungsrath Starcke geworden, der in der Versammlung am 3. März d. J. entschieden gegen die Befugniß der berliner Versammlung zur Ausschließung Rupp's aufgetreten war, aber einen Protest in möglichst milder Fassung deshalb gewünscht hatte, weil der segensreiche Fortgang der Stiftung ihm vor Allem am Herzen liege. Auch in den übrigen Neuwahlen hat sich eine ganz bestimmte Abneigung der Mehrheit gegen die Richtung ergeben, welche für die Ausschließung Rupp's thätig gewesen war, was schon daraus hervorgeht, daß der Name unsers frühern Abgeordneten, Hrn. Sander, nicht wieder genannt worden, daß auch nicht eine einzige Stimme auf ihn, wohl aber viele auf seine entschiedensten Gegner gefallen sind, von denen auch mehre in den Vorstand, in die Revisionscommission und unter die Bevollmächtigten des hiesigen Vereins gewählt wurden, unter Andern Dr. Seinecke, der Proponent des in der Versammlung am 3. März zum Beschluß erhobenen Antrags. Von den hiesigen Fonds ist, soweit sie nicht dem Centralverein zufließen, wieder der größere Theil den protestantischen Gemeinden in Osnabrück und der Rest für das protestantische Schulwesen in Aremberg-Meppen bestimmt. Der Versuch zweier Zweigvereine, die formelle Gültigkeit des hiesigen in der Angelegenheit des Dr. Rupp am 3. März gefaßten Beschlusses anzufechten, blieb erfolglos.

*Kassel, 2. Jun. Seit der Mitte vorigen Monats (17. Mai) sind die zu einem neuen Landtage zusammenberufenen kurhessischen Landstände hier beisammen, ohne daß bis heute die Eröffnung ihrer Session erfolgt ist. Es haben bis jetzt, so weit die öffentlichen Berichte reichen, nur vorbereitende Sitzungen stattgehabt. Der Landtagscommissar Staatsrath Scheffer hatte gegen die Zulassung von sieben Abgeordneten, auf welche die neuen Wahlen an verschiedenen Orten gefallen waren, Protest eingelegt, theils weil sie für ihre Person nicht denjenigen Ständen oder Corporationen angehörten, von denen sie erwählt worden waren, theils weil sie wegen Vergehen, deren sie angeklagt sind, sich in gerichtlicher Untersuchung befänden, die noch nicht beendigt sei. Es schien besonders darauf anzukommen, Einige, die sich auf dem vorigen aufgelösten Landtag als Oppositionsmänner ausgezeichnet hatten und wieder erwählt worden waren, von der neuen Ständeversammlung entfernt zu halten. Dem permanenten landständischen Ausschusse stand es verfassungsmäßig zu, über die Erheblichkeit der von der Landtagscommission vorgebrachten Einreden zu entscheiden, und einstimmig wurde von Jenem geurtheilt, daß dem vorläufigen Eintritte der fraglichen Abgeordneten kein verfassungsmäßiges Hinderniß im Wege stehe. Was den Grundsatz betraf, daß Personen aus der Ritterschaft, wie der Baron v. Waitz, nicht für befähigt zu erachten wären, von bürgerlichen Körperschaften zu ihren Vertretern erwählt zu werden, und eben so wenig Bewohner der Städte, wie z. B. Wippermann, von den Landgemeinden, und umgekehrt, Einwohner des platten Landes von den Wahlcollegien der Städte zu Repräsentanten sollten erkoren werden können; so war derselbe schon am vorigen Landtage, und zwar zum ersten Mal in der Geschichte unserer Landtage, von dem Regierungscommissar geltend gemacht, aber von der Ständeversammlung, als weder im Wahlgesetz und in der Verfassungsurkunde begründet noch der Praxis seit 1831 entsprechend, verworfen worden. Und was die Behauptung anlangte, daß Individuen, sobald sie wegen angeschuldigter Vergehen in gerichtliche Untersuchungen verwickelt seien, bevor noch ein Urtel erfolgt, nicht wählbar zu erachten, so war dieselbe vom landständischen Ausschusse schon der Consequenzen wegen als unstatthaft erkannt worden. Denn offenbar würde es alsdann in der Macht der Regierung gestanden haben, jeden ihr unangenehmen Deputirten blos dadurch, daß sie eine gerichtliche Untersuchung über denselben verhängte, von der Theilnahme an den Landtagsverhandlungen auszuschließen. Die Abgeordneten Henkel und Sunkel, welche sich in diesem Falle befanden, wurden daher, trotz der Einwendungen des Landtagscommissars, ohne weiteres zugelassen. (Nr. 150.) Nachdem dieser Gegen-

stand beseitigt war, wurde von der ständischen Versammlung sogleich zur Wahl der Candidaten für die Präsidentschaft und Vicepräsidentschaft geschritten; man kam überein, fünf in Vorschlag zu bringen, und unter den Vorgeschlagenen waren wenigstens einige, von denen sich voraussetzen ließ, daß sie dem Regenten nicht unangenehm sein dürften. Es dauerte indessen zehn Tage, ehe eine höchste Entschließung in dieser Beziehung erfolgte. Die Regierung scheint die Zwischenzeit benutzt zu haben, um ihre Seite noch mehr zu verstärken. Die beiden Landgrafen von Hessen-Philippsthal sind unterdessen bewogen worden, zwei von der Regierung ihnen proponirte kurhessische Staatsbeamte zu Bevollmächtigten für den bevorstehenden Landtag zu bestellen. Auch mehre Standesherren sind veranlaßt worden, Stellvertreter nach der Proposition der Regierung zu ernennen. Zum Präsidenten der neuen Ständeversammlung ist der Obervorsteher der ritterschaftlichen Stifter v. Trott ernannt worden, der in dieser Eigenschaft schon auf dem ersten Landtag 1831/32 fungirte, und zum Vicepräsidenten ist der Präsident der vorigen Ständeversammlung, Oberpostmeister Nebelthau, bestimmt. (Nr. 153.) Auch nach der Besetzung des Präsidentenstuhls hat sich indessen die Eröffnung des Landtags verzögert. Der Kurprinz-Mitregent hatte nämlich eine schleunige Reise von hier nach Hanau angetreten, von der er erst gestern zurückgekehrt ist. Durch eine Estaffette war, wie man hört, die Nachricht von einem lebensgefährlichen Krankheitsanfalle des Kurfürsten in Frankfurt hier eingetroffen; man vernimmt jedoch, daß dieser Unfall von keinen beunruhigenden Folgen für das Leben desselben begleitet gewesen ist. Man erwartet nunmehr die alsbaldige Eröffnung des Landtags. Die Ständeversammlung hat unterdessen einen Legitimationsausschuß aus ihrer Mitte erwählt, und die Zusammensetzung desselben (Nr. 154) läßt nicht bezweifeln, daß der Antrag auf definitive Zulassung sämmtlicher Abgeordneter, deren Wahlen vom Landtagscommissar Anfechtungen erfahren haben, gehen wird. Dagegen ist von ständischer Seite die Wahlbefähigung mehrer Stellvertreter der Prinzen und Standesherren bestritten worden.

* **Frankfurt a. M.**, 2. Jun. Die in in diesem Frühling nach vieljähriger Ruhe wieder geöffnete Spielhölle in Wilhelmsbad bei Hanau soll bereits sehr gute Geschäfte (im bösen Sinne des Worts) gemacht haben. Die französischen Pächter, welche mit der Concession dieser Spielbank gegen eine sehr bedeutende Pachtsumme beglückt worden, beabsichtigen dem Vernehmen nach noch Verschiedenes, um die Einträglichkeit ihres saubern Gewerbes zu steigern; so wollen sie unter Anderm, da das Wilhelmsbad selbst keine eigentlichen Heilquellen hat, die Einrichtung treffen, daß Vorräthe von sämmtlichen Mineralwässern zu unentgeltlicher Benutzung der Curgäste, resp. Spielkunden, in Bereitschaft gehalten werden; auch ist die Herbeiziehung einer ständigen Schauspielergesellschaft und anderer den Liebhabereien genußsüchtiger Gäste bestimmten Ergötzlichkeitsanstalten beabsichtigt. Ist einmal die Frankfurt-Hanauer Eisenbahn fertig und deren Weiterführung nach Aschaffenburg und Würzburg bewerkstelligt, dann dürfte die Spielhölle in Wilhelmsbad eine gefährliche Nebenbuhlerin der homburger Spielhölle werden. Nur die freilich schwache Hoffnung bleibt uns noch, daß diese beiden eminösen Anstalten sich in ihrer Concurrenz überbieten und dadurch gegenseitig zu Grunde richten möchten.

Preußen.

Berlin, 5. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 1. Jun. brachte zuerst der Frhr. v. Vincke die Abnahme der Staatsschuldenrechnung als eine dringende Angelegenheit zur Sprache, worauf der Landtagscommissar vorläufig eröffnete, daß der Landtag um 14 Tage verlängert werde. Dann wurde dem Antrage der Herren-Curie wegen Theilnahme der Mitglieder der einen Curie an den Sitzungen der andern einstimmig beigetreten. Ueber den Gegenstand der Tagesordnung sprach zuerst der Abg. Rasch. Die Rechtsfrage sei zweifelhaft, der Zweck sei bei Allen aber nur Einer und werde erreicht, wenn man antrage, die Function des Ausschusses für das Staatsschuldenwesen auf eine vom Landtage in gewöhnlicher Weise zu ernennende Abtheilung übergehen zu lassen. Der Abg. Krause, ein bäuerlicher Abgeordneter, sprach sich dahin aus, daß der König gebeten werde, alle Landesangelegenheiten nur mit dem Vereinigten Landtage zu verhandeln und die Wahl der Ausschüsse zu erlassen. Wenn dies geschehen sei, werde er beruhigt in seine stille Heimat zurückkehren und kein Opfer ihm zu groß sein, was er für König und Vaterland zu bringen habe. (Bravo.) Frhr. v. Manteuffel II. wies darauf hin, daß man die Natur des Gesetzes vom 3. Febr. als eines organischen Staatsgesetzes nicht ins Auge gefaßt habe, erklärte sich im Uebrigen gegen die Periodicität, aber auch, aus Gründen des Zweikammersystems, gegen die Ausschüsse. Ein Redner habe gesagt: wenn man die Periodicität habe, würden sich die übrigen Rechte schon finden. Er möge keine weitern Rechte finden, als die sie hätten. (Frhr. v. Vincke replicirte später hierauf, daß er zwar über die Zukunft nicht absprechen wolle, aber mit den Rechten, die sich finden würden, nur die dem Landtage jetzt schon zustehenden gemeint habe.) Der Abg. Heyer warnte, sich in den Rechtspunkt einzulassen, da nur der Krone die Auslegung der Gesetze zustehe, stimmte aber sonst den Anträgen auf eine Petition aus Zweckmäßigkeitsgründen bei. Abg. Werner fand in den Ausschüssen nicht einen Fortbau, sondern eine Spaltung der Verfassung und erklärte sich für das Vincke'sche Amendement. Abg. v. Auerswald für die Anträge, aber Vermittelung empfehlend. Abg. v. Schadow kam mit seiner Rede nicht weit, da er sie ablesen oder sich wenigstens „ein Bischen besinnen" wollte. Abg. v. Donimierski warnte aus geschichtlichen Gründen vor allen Ausschüssen, auf die nur zu leicht die Rechte der Stände übergingen. Abg. v. Saucken, dessen warme Rede öfters von Bravos unterbrochen wurde, machte darauf aufmerksam, daß in dem Gesetze vom 3. Febr. die Aufhebung der frühern Bestimmungen nicht ausgesprochen sei. Der König wolle einen herrlichen Bau begründen, da sei vor Allem der Rechtsboden wichtig. Die Stände seien aus dem Volk und die geborenen Räthe der Krone; eine schwache Vertretung des Volks in kleinen Ausschüssen könne der Regierung selbst nichts nützen. Sie wollten nicht neue Rechte, nachdem sie vom Könige vermehrte erhalten hätten, aber sie wollten nur sagen: dies ist nöthig, um zusammenzufügen, um den Willen des Königs zu erfüllen. (Einige über die hohen Staatsbeamten gemachte Aeußerungen bestimmten später den Abg. v. Massow zu einer Replik.) Abg. v. Finkenstein fand, daß sie schon jetzt auf dem sehr festen Rechtsboden des alten deutschen Rechts, deutscher Sitte, Zucht und Gesinnung ständen, während der, den man in den frühern Gesetzen suche, ein sehr precairer sei. Er sei für die Periodicität, möchte aber den König deshalb nicht gedrängt wissen. Aehnlich sprach sich Graf Merveldt aus, ein von ihm formulirtes Amendement fand aber keine Unterstützung. Der Abg. Mohr, dessen Rede diesmal zwar auch mehrmals Heiterkeit, aber auch Bravos hervorrief, sprach für das Amendement des Frhrn. v. Vincke, „damit wenigstens der Kern der 139 — nicht 137 und nicht 138 — zur Majorität werde." Ebenso der Abg. Aldenhoven. v. Bismark-Schönhausen erinnerte, daß nur der König die Gesetze declariren könne, daß auch die Volksmeinung nicht in Versammlungen wie die im Böttchershöfchen und in Zeitungsartikeln erkannt werden könne, sprach sich aber im Uebrigen für das Lilien'sche Amendement aus. Abg. Sperling meinte, der Redner hätte es sich zur Ehre rechnen können, an den Versammlungen im Böttchershöfchen Theil zu nehmen, auf welche Ehre aber Hr. v. Bismark sehr gern verzichtete. Frhr. v. Vincke sprach jedem Mitgliede das Recht ab, Worte von ihm anzuführen, ohne seine Autorschaft zu nennen, worauf Abg. v. Bismark replicirte. Der Abg. Lensing sprach sich für das Vincke'sche Amendement aus, ebenso Frhr. v. Mylius, wiewol er meinte, daß man nicht Rechte, sondern nur Gründe zu Rechtsansprüchen für sich habe. Der Abg. Grabow ging in eine ausführliche Darlegung der Verfassungsgeschichte ein, womit er seinen Beitritt zu dem Vincke'schen Amendement begründete und welche den Staatsminister Eichhorn zu einer Entgegnung veranlaßte. Da er darin Stein's und Hardenberg's gedachte und von ihnen sagte, sie seien durch und durch conservativ, sie seien zwar für den wahren Fortschritt, aber nicht für das Ueberstürzen gewesen, so erklärte der Graf Schwerin, auch er sei nicht für das Ueberstürzen, aber jene großen Staatsmänner hätten immer den richtigen Zeitpunkt des Fortschritts zu erkennen gewußt. Abg. v. Gottberg aus Rechtsgründen für den Vincke'schen Antrag. Abg. v. Wedell gegen alles Eingehen auf die Rechtspunkte. Abg. Camphausen wünschte, daß alle gegenwärtigen Minister ebenso durch und durch conservativ sein möchten, wie es Stein und Hardenberg gewesen (Beifall), sprach übrigens für die Rechtsbegründung des Anspruchs, aber gegen die Ansicht des Frhrn. v. Vincke, daß es sich nur um das Recht handle. Abg. v. Puttkammer aus Stettin für den Abtheilungsantrag, mit Wegfall des Wortes „insbesondere". Abg. v. Puttkammer auf Rheinfelde ward unterbrochen, weil er las. Abg. v. Thadden bat fruchtlos um Erlaubniß, lesen zu dürfen, und wird seinen Vortrag drucken lassen. Abg. Wodiczka war zwar nicht im Stande, wie andere Redner, die Volksstimme von 16 Mill. zu vernehmen, in dem Kreise seiner Bekannten sei aber die Mehrzahl der Meinung, daß mehr gewährt worden sei als man erwarten konnte. Er sei für die Anträge aus Nützlichkeitsgründen. Von nun an immer wiederholter Ruf zur Abstimmung. Viele Redner verzichten. Abg. Bracht ward unterbrochen, weil er „zwar nicht las, aber hineinsah". Graf Frankenberg für die Abtheilung aus Nützlichkeitsgründen. Abg. Hansemann für den Vincke'schen Antrag. Abg. v. Prondzinski für Periodicität aus Nützlichkeitsgründen. Abg. Möwes für das Vincke'sche Amendement aus Rechtsgründen. Am Schlusse der Sitzung ward der königliche Beschluß wegen der Verlängerung des Landtags verlesen.

In der Sitzung am 2. Jun. mahnte zuerst der Abg. Giefeler zur Kürze. Der Abg. Sommerbrodt bemerkte Publicum, es waren aber Mitglieder der Herren-Curie. Ein königl. Erlaß versprach den Anträgen der Abgg. Milde und v. Rothkirch in Betreff Krakaus und Spaniens alle irgend zulässige Berücksichtigung. Der Abg. Zimmermann fand bedenklich, auf die frühern Gesetze zurückzugehen, da sie jetzt erweiterte Rechte hätten, erklärte sich aber gegen die Ausschüsse. Abg. Winzler für die Anträge. Abg. Prüfer meinte, wo kein Recht sei, werde auch keins vergeben, und der König habe sich das Wie der Einrichtung vorbehalten; er sei, mit Rücksicht auf die Kosten (Lärm), für dreijährliche Berufung. Sie könnten volles Vertrauen zur Regierung haben (vielstimmiges Bravo), und es bedürfe keiner Ausschüsse. Abg. v. Zychlinski gegen die Anträge, welche das Patent vom 3. Febr. verletzten. Abg. Sattig für die Anträge aus Nützlichkeitsgründen. Mit der Rede des Abg. v. Auerswald, welcher dem Geist und Willen des Königs mit Wahrheit und Offenheit ent

gegenzukommen, nicht über jedes Gran Gesetzlichkeit und Nützlichkeit Rechnung zu halten, aber die übereinstimmende Gesinnung auszudrücken mahnte, schließt der Bericht der Allgemeinen Preußischen Zeitung.

* **Berlin**, 4. Jun. Mit Ausnahme der Wenigen, welche für Alles, was von den hergebrachten Formen abweicht und auf eine Verjüngung des Staatslebens aus neuen Quellen hinwirkt, unempfänglich sind, nur Mistrauen und Widerwillen dagegen haben, und mit Ausnahme der bei uns noch nicht sehr Zahlreichen, welche sich nur an politischem Scandal und Hader ergötzen oder gar nur in raschem Umsturz alles Bestehenden die Verwirklichung ihrer Zwecke erhoffen können, bietet der Gesammtgang unsers Landtags auch für die Vielen, die mit dem und jenem einzelnen Zuge desselben nicht einverstanden sind, doch ein sehr achtungerweckendes und erfreuliches Schauspiel dar und erklärt sehr wohl die ganz ungemein lebendige Theilnahme, welche ihm hier allerwärts, wo nur eine Spur von politischem Sinn zu suchen ist, in immer steigendem Grade geschenkt wird. Unter sicherer Einhaltung nicht blos der formellen Gesetzlichkeit, sondern auch der aus dem Gesammtverhältniß erwachsenden, in keinem Gesetze zu erschöpfenden Pflichten gegen Krone und Volk, der im Volksgemüthe wurzelnden Treue, der in den gegenseitigen Stellungen begründeten und durch den Charakter der wirkenden Persönlichkeiten gestützten Achtung, wird mit unbefangenem Freimuthe, männlicher Unerschrockenheit und fester Ueberzeugungstreue gewirkt. Kein Recht wird vergeben, aber auch kein Entgegenkommen zur Verständigung, zum Vergleiche zurückgewiesen. Kein Buhlen um die Gunst der Mächtigen oder der Meinung tritt hervor, und der Wegfall der Sitzungsöffentlichkeit — hier, wo trotz desselben für die vollste wahrhafte Oeffentlichkeit gesorgt wird, jedenfalls unbedenklich — scheint denn doch darin seinen Nutzen zu bringen, daß er die unmittelbare Verlockung durch den von den Galerien ausgedrückten Beifall ausschließt, und so gar manche Phrasen erspart, die in der Versammlung wirkungslos verhallen, aber nach außen berechnet sind. Auch ist die Versammlung groß und imposant genug, um schon in der Hinrichtung auf sie zu beschäftigen, wohin die Verfassung den Volksvertreter allein verweist. Die in die Maske des Freisinns gehüllten Pläne des Ehrgeizes und der persönlichen Herrschsucht, welche die vergiftende Beimischung des constitutionellen Staats in so vielen außerdeutschen Staaten des Festlandes bilden, sind hier durch die Verfassung wie durch den Gesammtcharakter unserer Verhältnisse zurückgedrängt. Unabhängigkeit, innere und äußere, von oben und unten, das wichtigste Erforderniß des Volksvertreters, und ohne die unterstützende äußere Stellung selten vorauszusetzbar, ist vorherrschend und rechtfertigt die bedeutende Beimischung der Elemente, die der englischen Gentry, der Hauptträgerin des dortigen politischen Lebens, entsprechen. Noch haben sich Rabulisterei und Phrasendrechselei nicht breit machen können in dieser Versammlung. Den destructiven Elementen ist kein Zutritt gestattet.

Es ist Opposition da, aber nur in wenigen Punkten einen parteimäßigen und systematischen Charakter annehmend und nirgend die Sache über dem Parteizweck vergessend, nirgend auch boshaft, arglistig und gemein. Ein nobler, würdiger Zug geht durch das Ganze, und man fühlt es, daß man es hier mit Ehrenmännern und wahrhaften Freunden des Vaterlandes, seiner geschichtlichen Ordnungen und der Hoffnungen seiner Zukunft zu thun hat. Hier verletzt uns nicht jenes Herabwürdigen des Staats und seiner Organe, welches anderwärts die Leidenschaft und Erbitterung gegen die persönlichen Gegner richtet, während es dem Ganzen, dem Volk und dem Vaterlande Wunden schlägt; hier nicht jenes widerwärtige Anfrinden der Persönlichkeit, jenes Aufsuchen und Unterlegen schlechter Beweggründe, jene bornirte Unfähigkeit, abweichende Meinungen und Strebungen zu begreifen, welche uns anderwärts oft so verletzend, so schamlos entgegentritt. Alle fühlen, daß, wer Achtung fodert, auch Achtung zollen muß, und daß die Gefahren des politischen Lebens durch nichts so sicher beschworen werden wie durch würdige Formen und einen ihnen entsprechenden Sinn. Alle vortretenden Persönlichkeiten auf allen Seiten sind von der Art, daß sie die Einhaltung dieses Standpunktes sehr erleichtern, und wie im Innern der Versammlung, so waltet auch zwischen Regierung und Ständen ein solches offenes, achtungsvolles, von blinder Schmiegsamkeit fernes, aber zur ehrlichen Verständigung bereites Verhältniß. Daß die Neuheit der Sache mancherlei einzelne Ungelenkigkeiten, selbst bei so großer Versammlung allerlei tumultuarische Scenen, unnöthige Wortwechsel über Fragstellungen, sich laut machenden Unmuth, nicht bei gegnerischen, aber bei abschweifenden Reden u. dgl. hervorruft, daß auch wol einzelne Ausnahmen vorkommen, z. B. auf Seiten eines sonst höchst unbedeutenden ritterschaftlichen Abgeordneten, welcher sich in den Geist der Versammlung nicht finden zu können scheint, ist natürlich; aber wir verlieren nach dem Gesammteindruck alles Hauptsächlichen und Wesentlichen. Mit solchem Sinn ist auch Erfolg verbunden, und wie er auf Seiten der Regierung schon jetzt, von allem Einzelnen abgesehen, in dem Zurückdrängen manches Mistrauens und mancher Verleumdung geärntet wird, so drückt er sich auch auf Seiten der Stände zunächst schon darin aus, daß die Regierung selbst die Nothwendigkeit anerkannte, vor allen Dingen über die politischen Fragen zu einer Verständigung zu kommen. (Nr. 141.) Der Landtag bestätigt das Urtheil der einsichtsvollern Stimmen des Auslandes und beschämt abermals die Vornrtheil jener Radicalen, welche nur in dem Buchstaben der Rechte statt in dem Geist ihres Gebrauchs die wahre Grundbedingung des gedeihlichen Vorschritts suchen.

ϛ **Königsberg**, 3. Jun. Die Versammlungen der freien Gemeinde sollen geschlossen werden, wenn ihre Mitglieder nicht ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche gerichtlich erklären, weil ihre Versammlungen bis daher noch der Controle der Polizei unterworfen sind. In Betreff des Predigers Detroit lautet ein Bescheid auf eine Beschwerde seiner Anhänger, an deren Spitze als Wortführer der Buchhändler Ben steht, dahin: daß das Verfahren des Polizeipräsidenten durchaus gerechtfertigt sei, und daß Hr. Detroit, da er zu keinen amtlichen Handlungen befugt sei, der polizeilichen Controle anheimfalle.

* **Von der posenschen Grenze**, 4. Jun. Daß die früher auch in diesen Blättern besprochenen Demonstrationen der revolutionairen Partei in Posen bei den Seelenmessen für Babynski nicht ohne Bedeutung gewesen sind, geht deutlich aus dem Umstande hervor, daß der Erzbischof von Gnesen und Posen deshalb an die römische Geistlichkeit beider Diöcesen ein besonderes Rundschreiben erlassen hat. In demselben erklärt der Prälat zwar die Seelenmessen für Babynski im Allgemeinen für erlaubt; allein er tadelt es, daß dabei Handlungen und Auftritte stattgefunden, welche, blos Zeichen der Weltlichkeit an sich tragend, keineswegs auf liturgischen oder Ritualvorschriften ruhend, nicht nur keine Rechtfertigung verdienen, sondern nothwendig Argwohn hervorrufen müssen. Deshalb ermahnt er die römische Geistlichkeit, Alles zu vermeiden, was als politische Demonstration gedeutet werden könnte, vielmehr sollte sie zum Frieden und Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit ermuntern. Dies ist ein neuer Beweis, wie gern und leicht die polnisch-römische Geistlichkeit sich der revolutionairen Partei hingibt und sich von ihr misbrauchen läßt, wenn es darauf ankommt, den Staatszwecken und Gesetzen entgegen zu wirken. Sollen diese Herren eine Ehe zwischen einem Protestanten und einer Katholikin einsegnen, ohne daß der Bräutigam die Erziehung der zu hoffenden Kinder in der römischen Religion stipulirt, so weigern sie sich dessen. Verlangt dagegen die revolutionaire Partei, welche, wie Babynski, auf den Mord der Deutschen ausgeht, daß zu Ehren ihrer Opfer ganz unkirchliche, ja unrömische, völlig weltliche Gebräuche zur Verherrlichung und Exaltirung der fanatischen Menge eingeführt werden, dann sind sie zu solchen kirchlich und politisch ungesetzlichen Demonstrationen sogleich bereit. Und doch sind diese polnischen Priester unsern guten deutschen Ultramontanen wahre Ideale römischer Gottseligkeit. Die Letztern würden von ihren vergefaßten Meinungen für die specifisch römischen polnischen Priester nicht besser und eher geheilt werden können, als wenn sie sich von Mainz, Koblenz, Trier ꝛc. einmal nach Kurnik oder andern nationalpolnischen Orten begäben und sich dort in deutscher Sprache ihren Freunden, den polnischen Revolutionairen, mittheilten. Wir rathen ihnen, diese Bekanntschaft zu machen und nach ihrer Rückkehr ferner Artikel zur Vertheidigung dieser germanophagen Polen zu schreiben.

— Der Verein gegen Thierquälerei in **Berlin** macht jetzt bekannt, daß er, nachdem es ihm gelungen, ein Local zur Pferdeschlächterei zu erhalten, beabsichtige, demnächst mit dem Verkaufe von Pferdefleisch beginnen zu lassen. Er fodert auf, ihm zum Schlachten geeignete Pferde käuflich zu überlassen, bemerkt aber dabei, daß die Schlächterei unter thierärztlicher Controle stehen werde und daß nach Vorschrift des königl. Polizeipräsidiums hierbei, gleichwie bei allem übrigen Schlachtvieh vorgeschrieben ist, nur solche Thiere zur Verwendung kommen werden, die sich ihrem Gesundheitszustande nach zur menschlichen Consumtion eignen.

— Sicherm Vernehmen nach hat Pastor Dr. Krummacher in **Elberfeld** von allerhöchster Stelle aus den Ruf zum Prediger an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin als Schleiermacher's und Marheineke's Nachfolger im Pfarramt erhalten und angenommen, und dürfte seine Gemeinde schon binnen sechs bis acht Wochen verlassen. (Eld. Z.)

Oesterreich.

Die böhmischen Stände haben beschlossen, eine eigne Deputation mit der Specialmission, die Aufhebung des Lotto zu betreiben, nach Wien zu entsenden.

ϛ **Aus Oesterreich**, 2. Jun. Jener agitatorische Katholicismus oder Ultramontanismus, der vorzugsweise Irland und Belgien zu seinen Hauptländern zählt, konnte sich bei uns in Oesterreich, wo er im Volke nur wenige Anhänger, bei der Regierung aber gar keinen Anklang findet, nie mehr schaden als durch Das, was neulich in Paris zwischen den beiden Chorführern dieser Richtung diesseit und jenseit des Kanals, zwischen dem seitdem endlich durch den Tod zur Ruhe gekommenen Großagitator O'Connell und dem Erzagitator Montalembert vorfiel. Letzterer, uns Oesterreichern durch seine Polemik in der galizischen Revolutionssache noch im frischen, wenn auch nicht guten Andenken, hatte bei der Ankunft des Großagitators in Paris nichts Eiligeres zu thun, als eine Deputation ihm Gleichgesinnter zusammenzutreiben und eine Rede zu studiren, welche des Ultrakatholicismus seiner Anhänger würdig war. In letzterer kamen folgende Stellen vor, welche die beregte katholisch sein wollende

Richtung Montalembert's bezeichnen: „Ich schätze mich glücklich, Ihnen jetzt zeigen zu können, daß Ihre Lehren, wie man die Kirche vom weltlichen Joche durch gesetzliche und friedliche Mittel freimachen könne, unter uns Früchte tragen. Wir Alle sind Ihre Kinder, Ihre Zöglinge. Sie sind unser Vorbild. Deshalb kommen wir, um Ihnen die achtungsvolle Huldigung darzubringen, die wir dem Manne schuldig sind, der in unsern Tagen das Meiste für die Würde und Freiheit der menschlichen Natur und insbesondere für die politische Erziehung katholischer Nationen gethan hat. Sie sind der Mann der ganzen Christenheit. Ihr Ruhm ist katholisch. Wo nur immer Katholiken zur Ausübung bürgerlicher Tugenden zurückkehren, ist es nächst Gott Ihr Werk. Ueberall, wo es der Religion gelingt, sich von den Fesseln zu emancipiren, welche mehre Generationen von Sophisten und Gesetzgebern ihr aufgezwungen haben, hat sie dies Ihnen zu verdanken." Nichts kann deutlicher als diese Rede eines specifisch römischen Enragé beweisen, daß die Fraction der Katholiken, welche man Ultramontane nennt, und die in Belgien, am preußischen Rhein ꝛc. rumort, nicht wahre Katholiken im Sinn unsers Gouvernements begreift. Denn welcher österreichisch-patriotische Katholik könnte in den Agitatoren und Verächtern seines Vaterlandes O'Connell und Montalembert Lehrer und Vorbilder erkennen? Welcher Oesterreicher könnte wünschen, daß seiner Nation eine Erziehung à la O'Connell gegeben würde? daß hier die katholische Kirche von den Gesetzen, d. i. von den „Fesseln befreit würde, welche Sophisten und Gesetzgeber ihr aufgezwungen"? Solche Redensarten und aus solchem Munde sind ganz geeignet, unsere josephinische und theilweise von Maria Theresia eingeführte Gesetzgebung zur Beibehaltung gegen die auch bei uns laut werdenden Gelüste der Ultramontanen in Schutz zu nehmen. Glücklicherweise sind wir diese Herren von der bairischen Seite los, und wir werden uns wol hüten, ihre Chorführer, z. B. Görres, Phillips ꝛc. bei uns als Lehrer, Vorbilder, Successoren O'Connell's ꝛc. aufzunehmen.

Spanien.

Die Nachrichten aus **Madrid** gehen bis zum 28. Mai. Die Königin ritt am 27. Mai Abends mit ihrem Oheim und der Infantin Josephe aus und ließ sich durch einen plötzlich entstehenden Wirbelwind, der gewaltige Staubwolken aufwirbelte, vor denen Alles in die Häuser flüchtete, nicht abhalten, ihren Weg fortzusetzen. Später erschien sie in derselben Begleitung im Theater. Ueber Zweck und Erfolg des Besuches, welchen der Infant Don Francisco de Paula bei seinem Sohne, dem Gemahl der Königin, am 26. Mai abgestattet hat, ist noch nichts bekannt geworden. Vom Tiempo, der in nähern Verbindungen mit den Ministern stehen soll, wird der Gerüchte erwähnt, daß der König seinen künftigen Aufenthalt in einer Provinzialstadt nehmen wolle, und hinzugefügt, auch wenn daran wirklich gedacht werden sei, werde das doch nie ausgeführt werden. Der französische bevollmächtigte Minister war nach dem Eintreffen von Depeschen aus Paris ebenfalls im Pardo. Der Infant Don Francisco de Paula und seine Familie haben die bisherige Residenz in Buen Retiro verlassen und das königliche Schloß mit bezogen. — Der Finanzminister Hr. Salamanca und der Kriegsminister General Mazarredo sind krank.

— Die zur Intervention in Portugal bestimmten spanischen Truppen bestehen den madrider Blättern zufolge aus 25 Bataillonen Infanterie, 6 Regimentern Reiterei, 6 Batterien und 5 Geniecompagnien. Alle Truppen in La Vieja, Castella und Estremadura sind zur Dispositien des Generals Manuel de la Concha gestellt, welcher die Interventionsarmee commandirt. Aus Badajoz wird vom 24. Mai gemeldet, daß die Avantgarde derselben sich zum Abmarsche rüstete. Von Madrid ging General Ortega am 26. Mai mit 3 Bataillonen Jäger ab, welchen 3 andere folgen und die mit einem Theile des Reiterregiments Marie Christine und einer Batterie die Reserve der Interventionsarmee bilden. Die Fernandobank hat 2 Mill. Realen zu dem außerordentlichen Aufwande hergeliehen. Wie es scheint, wird General Concha mit einem Corps auf Oporto marschiren und eine in Galicien versammelte Division sich in Besitz der Provinz Entre Douro und Minho setzen.

Großbritannien.

London, 1. Jun.

Im Oberhause gab auf eine Anfrage von Lord Brougham der Marquis of Lansdowne, Präsident des Geheimenraths, gestern zur Antwort, daß über die Angelegenheiten in Portugal eine Convention nicht abgeschlossen worden sei. Ein Protokoll hätten die drei Mächte, die vordem in den portugiesischen Dingen eingeschritten wären, Großbritannien, Frankreich und Spanien nämlich, unterzeichnet, dessen Zweck die Pacification jenes unglücklichen und zerrissenen Landes unter gleichzeitiger schuldiger Respectirung der constitutionellen Rechte des Throns und des Volks sei. Für die edlen Lords würde es aber nicht genügen, wenn er dieses Actenstück ohne andere Papiere und Correspondenzen vorlegen wollte, weil das nur zu vorzeitiger Besprechung der Sache führen dürfte. Die Correspondenz und Actenstücke über diese Angelegenheit würden unverzüglich, sobald es die Umstände gestatteten und es ohne Nachtheil für den öffentlichen Dienst geschehen könne, dem Parlamente vorgelegt werden. Lord Brougham erklärte sich damit zufriedengestellt. — Das Unterhaus beschäftigte sich ebenfalls mit Portugal. Auf eine Frage nach der Echtheit des von den Zeitungen veröffentlichten Protokolls über die Interventien der drei Mächte gab Lord Palmerston, Staatssecretair des Auswärtigen, die Erklärung, daß er nach flüchtiger Ansicht des Actenstücks dasselbe für getreu zu halten und überdies geneigt sei, es dem Hause vorzulegen. Auf die weitere Anfrage des Hrn. Osborne, ob das Dampfschiff Geyser mit Munition und Bomben abgegangen und ob diese Sendung zur Unterwerfung von Oporto oder für den allgemeinen Dienst der Flotte bestimmt sei, erwiderte der Secretair der Admiralität, Capitain Berkeley, daß alles Abgesendete für den Dienst von Sir W. Parker's Geschwader bestimmt sei, welche zu erwarten gewesene Antwort einige Heiterkeit hervorbrachte. Lord George Bentinck fragte sodann, ob Lord Palmerston bereits in der Verfassung sei, dem Hause eine Darlegung der Vorgänge, Verhandlungen und Umstände zu geben, welche nach Ansicht der Minister diese bewaffnete Einmischung in Portugal rechtfertigen; ob er dem Hause ferner die im Laufe des letzten Sommers von der Königin von Portugal gegebene feierliche Declaration, deren Verletzung von der Volkspartei als Rechtfertigung des bewaffneten Auftretens gegen die Regierung angeführt werde, mittheilen könne, und ob endlich die Regierung neuere Nachrichten der Art erhalten habe, daß die Insurgenten, im Besitze des ganzen Landes bis an die Thore von Lissaben, nur durch die Anwesenheit einer britischen und spanischen Flotte an der Besitznahme der Hauptstadt behindert wurden? Lord Palmerston erklärte darauf, daß kein Hinderniß entgegenstehe, sobald es möglich sein werde, die Papiere vorzulegen, aus denen die Gründe erhellten, welche das Ministerium nach seiner Ansicht zu dem Ausnahmeverhalten in Portugal verpflichteten, das es eingeschlagen habe. Ueber die Vorgänge im vorigen Jahre wolle er ebenfalls vorlegen, was er habe, ohne behaupten zu wollen, es werde dabei sein, was sein edler Freund gerade im Auge habe. Die letzte Frage anlangend, so befänden sich im Tejo eine britische Seemacht und ein spanisches Schiff oder zwei. Es sei aber zwischen denselben und den Insurgenten südlich vom Tejo durchaus nicht zu Collisionen gekommen, und er müsse es ganz dem eignen Ermessen seines edeln Freundes überlassen, zu ermitteln, weshalb die Insurgenten keinen Angriff unternommen hätten. Auch Hr. Hume wollte die portugiesische Sache zum Gegenstand einer Debatte machen, verstand sich aber zur Aufschiebung bis zum 4. Jun. Lord John Manners erwähnte umlaufender Gerüchte von einer Collision der britischen Seemacht mit den Insurgenten bei Oporto; allein Lord Palmerston versicherte, daß die Regierung noch keine Kenntniß von einem derartigen Vorfalle habe. Von Lord J. Russell, dem Premierminister, ward noch bemerkt, daß das Haus, wenn mehr Actenstücke als das Protokoll zur Vorlage gebracht werden sollten, nicht gut eine Meinung über die Sache sich werde bilden können, ohne zu wissen, was zwischen der Königin von Portugal und ihren Unterthanen vorgegangen sei und was die Berufung der Königin an andere Mächte und die von denselben gemachten Anerbieten rücksichtlich der Einmischung anlange. Er wünsche gar nicht blos solche Actenstücke vorzulegen, welche den besondern Absichten einzelner Mitglieder dienten. Lord J. Manners verlangte dann noch die Vorlage der Charte, kraft welcher die Königin von Portugal so zu sagen ihren Thron inne habe, womit Lord J. Russell sich einverstanden erklärte. Hr. B. Osborne betheuerte noch, daß er sich jeder Bewilligung widersetzen werde, bis die portugiesische Frage vor dem Hause gewesen sei. Im Betreff des nächstdem zu beobachtenden Geschäftsgangs im Hause wurde vom Ministerium erklärt, daß es die Bill über Aufzeichnung der Geburten, Todesfälle ꝛc. in Schottland und die über veränderte Zusammensetzung der Kirchencommission in dieser Session nicht weiter treiben wolle; die Bill über Maßregeln zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse in den Städten hoffe die Regierung aber jedenfalls passiren zu sehen. Lord J. Russell beantragte dann die Erwägung der Amendements des Oberhauses zu der irischen Armenbill, richtete aber erst an den Sprecher die Frage, was er von diesen Amendements in ihrer Beziehung zu den Privilegien dieses Hauses halte. Der Sprecher, der sehr ehrenwerthe Charles Shaw Lefevre, erwiderte darauf, daß die von den Lords zu der irischen Armenbill und der Bill über Vorschüsse aus Staatsmitteln zu Verbesserungen von Grundstücken in Irland beliebten Amendements allerdings die Privilegien des Unterhauses verletzten. Im Betreff ähnlicher Vorkommnisse habe er anzuführen, daß 1834 bei der englischen Armenbill und 1838 bei der Unterstützungsbill für die Armen in Irland das Haus mit Hinweggehen über seine Privilegien solchen Amendements der Lord beigetreten sei, daß er aber durchaus keinen Präcedensfall kenne, wo, wie bei der Landverbesserungsbill für Irland, Gelder aus Staatsmitteln zu irgend einer Verwendung bewilligt wurden, durch die Lords Amendements solcher Natur gemacht worden wären, daß diese Gelder zu andern als vom Unterhause bestimmten Zwecken dadurch verwendet werden sollen. Er kenne kein Beispiel, daß solche Amendements beibehalten worden wären. (Beifall.) Das Haus trat hierauf den Amendements zu der irischen Armenbill mit Ausnahme von einem bei; von denen zur Landverbesserungsbill wurden diejenigen verworfen, welche im Oberhause wegen Verwendung der bewilligten Gelder zu andern als vom Unterhause gutgeheißenen Zwecken beliebt worden waren. Der leitende Grundsatz bei diesem verschiedenen Verfahren war, daß

freiere Lage, ein Besitzrecht gewährt hätten, zu heben, hat unter unserm Adel bis jetzt keinen Anklang finden können. Der Bauer ist unverändert geblieben was er war: ein an seine Scholle Gefesselter (glebae adscriptus), des russischen Edelmanns ganzes Capital fundirt sich auf seine Bauern und sein Land. Soll nun rationeller landwirthschaftlicher Betrieb in die Gelder zur Verwendung nach der Armenbill aus Localsteuern erlangt, die aber, über welche die andere Bill verfügt, aus Staatsmitteln bewilligt werden. Rücksichtlich der irischen Armenbill sprach Lord J. Russell sich außerdem dahin aus, daß die Hauptbestimmungen derselben, die an bejahrte und arbeitsunfähige Arme im Armenhause sowie an arbeitsfähige Unterstützungsbedürftige, wenn noch im Armenhause Raum sei, sonst auch außerhalb derselben zu gewährende Hülfe betreffend, von den Lords angenommen worden wären. Die Armensteuern für diese Unterstützungen außer dem Armenhause hätten sie jedoch zu seinem Bedauern nicht nach Armenpflegebezirken, sondern nach Wahlbezirken umzulegen durch Amendement beliebt. Um nun die Bill nicht im Ganzen zu gefährden, da das andere Haus auf diesem Amendement zu bestehen geneigt scheine, und bei der Wichtigkeit, die Bill jetzt passiren zu sehen, beantrage er die Zustimmung, wobei er noch eine redactionelle Aenderung einflocht. Das Haus ging dann in ein Gesammtcomité über die Unterstützungsbill für Irland, und der Schatzkanzler beantragte eine Bewilligung von 600,000 Pf. St. aus Staatsmitteln als Vorschuß auf die irischen Armensteuern, die auch alsbald erfolgte. Die Erstattung soll in 10 Jahren oder 20 halbjährigen Raten erfolgen. Der Schatzkanzler gab dabei eine Uebersicht des bereits für diese Zwecke Bewilligten. Es sind das 800,000 Pf. St. und 4½ Mill. Pf. St.; die letztern wurden seit August für die öffentlichen Arbeiten vorgeschossen, welches Unterstützungssystem aber jetzt ganz aufgegeben ist. Alle Klassen hätten dasselbe gemisbraucht. Anstatt mit Gewissenhaftigkeit zu verfahren, hätten die Unterstützungscomités nur immer Leute zugewiesen, ohne ihre Bedürftigkeit zu untersuchen. Im März habe man 259,000 Pf. St. wöchentlich Arbeitslöhne bezahlt; jetzt sei der Betrag auf 53,000 Pf. St. gesunken. Die neue Art der Unterstützung sei nun in 1900 von 2050 Wahlbezirken im Gange; täglich würden 2,253,000 Rationen vertheilt und überall, wo die Gentry aufrichtig zur Ausführung mitwirke, habe sie sich ausgezeichnet bewährt. Jede Ration kommt 2½ Pence (2 Ngr. 1 Pf.) zu stehen. Der vom 24. Mai bis 20. Sept. zur täglichen Lieferung von 2,200,000 Rationen erforderliche vorschußweise Zuschuß sei auf 2,650,000 Pf. St. berechnet worden.

— Der Hof hat sich gestern nach Windsor begeben, wohin der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Weimar, der Großfürst Konstantin, Prinz Eduard von Sachsen-Weimar, der Prinz von Lucca, der russische Gesandte Baron Brunnow und eine Menge anderer ausgezeichneter Personen ihm gefolgt sind, die als Gäste im Schlosse verweilen und gestern Abend zu einem glänzenden Banket bei der Königin versammelt waren.

— Von einem Abendblatte wird angegeben, daß demnächst drei Infanterieregimenter nach dem Mittelmeer abgesendet werden würden.

— Auf der Great Western-Eisenbahn besteht noch der Gebrauch, die Thüren der Personenwagen so zu verschließen, daß nur die Bahnbedienten sie öffnen können. Von Sydney Smith erzählt man im Bezug darauf eine Aeußerung, daß es damit nicht eher anders werden zu sollen scheine, bis ein Bischof in einem Wagen werde verbrannt sein. Die Western Times meldet jetzt, daß Dr. Phillpots, Bischof von Exeter, dieser Tage in die Lage hätte kommen können, das wahr zu machen. Die Passagiere des Eilzugs, mit denen er nach Exeter unterwegs war, wurden nämlich durch einen zunehmend sich verstärkenden Brandgeruch beunruhigt. Es gelang endlich, einen Schaffner davon zu benachrichtigen, welcher den Locomotivenführer veranlaßte, anzuhalten. Es fand sich jetzt, daß eine Achse gebrochen war und die Reibung der Bruchstücke gegen den Boden des Wagens diesen bereits in Brand gesetzt hatte.

— Mit dem Dampfschiffe Oriental sind in Southampton acht vortreffliche arabische Pferde, vom Vicekönige von Aegypten zum Geschenk für die Königin bestimmt, angekommen.

Frankreich.

Paris, 2. Jun.

Die Pairskammer war gestern nur kurze Zeit in öffentlicher Sitzung versammelt. Die Artikel einer Anzahl von Gesetzentwürfen, die örtliche Interessen betrafen, wurden angenommen, über das Ganze derselben konnte aber, wegen Unvollzähligkeit der Kammer, kein Votum abgegeben werden. Graf Daru übergab den Bericht über den Gesetzentwurf wegen Zurückzahlung der Cautionen an die Eisenbahncompagnien nach Verhältniß des Fortgangs der Bauten.

Von der Deputirtenkammer wurde gestern die Berathung des Gesetzentwurfs über Avancirung von Lieutenants außerhalb der Reihenfolge des Dienstalters fortgesetzt und der Art. 1 angenommen. Man beschäftigte sich dann mit Bestimmung der nächsten Tagesordnung und brachte zum 7. Jun. die außerordentlichen Credite für Algerien, wozu sich bereits acht Redner gemeldet haben, auf dieselbe. Hr. Crémieux wollte von der Kammer autorisirt sein, am 5. Jun. Interpellationen wegen Portugal an die Minister zu richten. Da jedoch Hr. Guizot erklärte, es werde unter den jetzigen Verhältnissen und bei dermaliger Lage der Angelegenheiten seine Pflicht sein, Auskunft darüber zu verweigern, wies die Kammer Hrn. Crémieux ab.

— Nach dem Courrier français würden bei der Budgetberathung auch Interpellationen über den Zustand der Befestigungen von Paris erhoben worden. Mehre der Werke davon sollen sehr untüchtig ausgeführt sein, manche sogar mit theilweisem Einsturze drohen.

— Der Maire von **Lyon** hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach bei den gesunkenen Getreidepreisen und der Aussicht auf weitere Ermäßigung derselben, in Erwartung einer gesegneten Aernte, vom 5. Jun. an die Vertheilung von Anweisungen auf Brot zu billigern Preisen aufhören soll.

— Der Marschall Marquis de Grouchy, Derselbe, welchem Manche den unglücklichen Ausgang der Schlacht von Waterloo beimessen, ist am 29. Mai in St.-Etienne gestorben. Da er 1765 geboren war, befand er sich im 82. Jahre. Seine Leiche ist gestern in Paris eingetroffen. Er hinterläßt zwei Söhne, wovon einer Generalmajor, der andere Oberst bei den Husaren ist, und eine Tochter, die Marquise D'Ormesson.

— Der bisherige portugiesische Gesandte am französischen Hofe, Vicomte de Carreira, hat dem Könige sein Abberufungsschreiben in einer Privataudienz überreicht, und sein Nachfolger Baron Renduffe hatte ebenso unmittelbar darauf die Ehre, dem Könige seine Beglaubigung einzuhändigen.

— Von **Toulon** wird unterm 29. Mai geschrieben, daß der Prinz von Joinville mit seinem Geschwader von den Hyèren in der Richtung der afrikanischen Küste abgesegelt sei und daß er sich zunächst nach Algier begebe.

— Der zum Nachfolger des Contreadmirals Hamelin im Commando der französischen Station in Oceanien bestimmte Contreadmiral de Tromelin ist in Toulon eingetroffen und hat seine Flagge auf der Fregatte Poursuivante aufgezogen. Er wird innerhalb acht Tagen nach seiner Bestimmung absegeln.

Schweiz.

Von **Freiburg** ist hinsichtlich des Sonderbundes die Gesandtschaft beauftragt, im Fall ein Tagsatzungsbeschluß gegen den Sonderbund zu Stande kommt, hiergegen kräftigst und feierlichst zu protestiren. Ein Antrag, man solle sich einem Mehrheitsbeschlusse der Tagsatzung unterwerfen, wurde durch ein wildes Geschrei zum Schweigen gebracht. — **St.-Gallen** hat die Tagsatzungsinstruction vorberathen. In der Sonderbundsfrage lautet der Antrag wie derjenige der Standescommission von Graubünden (Nr. 157); in der Jesuitenfrage: Aufforderung an Luzern und Einladung an die übrigen Stände zur Ausweisung der Jesuiten.

— Das Haupt des Justemilieu, Hr. Fazy-Pasteur, und Hr. Wieland haben ihre Dimission aus dem großen Rathe von **Genf** eingereicht. Ebenso haben vier Professoren des Rechts, nämlich die HH. Cherbuliez, Trembley, Duval und Odier, ihre Dimission eingegeben.

— Die Neue Zürcher-Zeitung meldet aus **Basel**: „Eine bei Walser in Birsfeld gedruckte Broschüre, betitelt «Das Patent», die für Deutschland bestimmt war, wurde in Basel, wo das Einbinden stattfand, mit Beschlag belegt und vom kleinen Rathe von Basel-Stadt an die Regierung von Basel-Land abgeliefert, damit sie über die 1500 von einem Basel-Landschäftler nach Basel-Stadt gesendeten Exemplare verfüge. Die Regierung von Basel-Land wußte mit dem Zeuge nichts anzufangen und sendete dasselbe der basel-städtischen Regierung zurück, welche nun die revolutionaire Schrift zum Feuertode verdammte. Das Urtel ist sogleich vollzogen worden und die Brandschrift wurde eine Beute der Flammen. Hr. Walser will in Basel-Stadt eine Entschädigungsklage bei den Gerichten erheben."

Italien.

Am 27. Mai hat der Papst seine Reise nach Subiaco angetreten.

— Der Kronprinz von Baiern ist am 25. Mai in **Rom** eingetroffen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Mai. Wenn die rationelle landwirthschaftliche Industrie in Rußland im Vergleich zum übrigen civilisirten Europa noch sehr zurück ist, so darf eins ihrer Haupthinderniße wol in der kolossalen Größe des Reichs gesucht werden, in dem es an einem gemeinschaftlichen Impuls für diesen Fortschritt fehlt. Der grundbesitzende russische Adel spielt im landwirthschaftlichen Betriebe die Hauptrolle. Er bearbeitet sein Land aber nicht wie der ausländische Grundbesitzer durch Freie, sondern durch Leibeigne, welche nur maschinenmäßig die ihnen vom Herrn gebotenen Arbeiten vollziehen, die aber, besitzlos, kein eignes Interesse an der Bodencultur haben. Die edle Absicht des Kaisers, den russischen Bauer durch Aufstellung von gegenseitigen contractlichen Verhältnissen, die ihn in die unabhängigere Stellung des Pachters versetzt, ihm eine

Rußland mit Ernst vorrücken, so muß der Adel, durch ihn der Bauer wissenschaftlich für dieses Fach ausgebildet werden. Leider aber ist ersterer selbst in diesem Fache in der Mehrheit noch sehr unwissend, vermag mithin letztern keineswegs zu belehren. Beiweitem der größere Theil unsers Landadels hängt noch aus Mangel höherer Bildung an dem althergebrachten landwirthschaftlichen Betriebe der Vorfahren, beschränkt sich gleich diesen auf die einfache Dreifelder-Wirthschaft, wo er von einem Jahre zum andern die gebräuchlichen Kornarten säet und die gewonnenen Früchte einärntet, ohne den von der Zeit gebotenen rationellen Neuerungen bei sich Eingang zu gestatten; noch hartnäckiger hängt der Bauer der alten Zeit an, gewohnt, den Herrn in allen seinen landwirthschaftlichen Beschäftigungen als Norm anzusehen. Zwar hat die Regierung seit einem Decennium und länger viel zur Entfaltung und Aufnahme der rationellen landwirthschaftlichen Cultur in Rußland gethan, besonders haben sich in dieser Beziehung das Reichsdomainen- und das Apanagen-Ministerium zum Wohl der Kron- und Apanage-Bauern *) auszezeichnet; auf den Universitäten werden seit kurzem agronomische Vorlesungen gehalten, Farmen und Musterwirthschaften sind unter den Kron- und Apanage-Bauern errichtet; doch alle diese Maßregeln sind in einem so kolossalen Reiche wie Rußland viel zu ungenügend, zumal da die unweit größere Masse der herrschaftlichen Bauern diesen Culturquellen fremd bleibt. Akademische Vorlesungen von wenigen Monaten, welche sich nur auf die Theorie der Wissenschaft beschränken, ohne jede praktische Anleitung, werden unsern jungen Adel nie zu rationellen Landwirthen bilden, wie sie der heutige Standpunkt des Fachs und die Zeitverhältnisse erheischen. Ein Hauptförderungsmittel landwirthschaftlicher Bildung läge unstreitig in der Stiftung höherer landwirthschaftlicher Institute für den Adel. Diese müßten in jeder Gouvernementsstadt des Reichs bestehen. Der Cursus auf diesen müßte auf 3 — 4 Jahre gestellt sein, müßte außer der Landwirthschaft an sich alle mit ihr verwandten wissenschaftlichen Fächer umfassen. Bei jedem derselben müßte sich eine Farme befinden, in der die für das Fach sich Ausbildenden mit der Theorie zugleich praktische Anleitungen hätten. Der so ausgebildete junge Edelmann, in die Verwaltung seines Vermögens tretend, würde auf die Bildung seiner Bauern entscheidend einwirken. Das ganze landwirthschaftliche System, auf das sich die Hauptwohlfahrt des russischen Volkes basirt, würde bald einen ganz neuen Aufschwung bei uns nehmen.

Zu den nutzvollsten landwirthschaftlichen Verbesserungen, die vorgedachtes Domainenministerium unter den ihm untergeordneten Kronbauern eingeführt hat, gehören die künstliche Wiesenwässerung, die Grasbesäung und der Kartoffelbau. Für beide besitzt sie auf ihrer unfern der Residenz gelegenen landwirthschaftlichen Hauptschule einen aus Deutschland herbeigezogenen Fachkundigen und einen diesseitigen, im Auslande ausgebildeten Ingenieur, von welchen die Bauerknaben praktische Anweisung im Wiesenbau wie in der Grasbesäung erhalten. In den Ostseeprovinzen ist man mit der Wäsenscultur am weitesten bei uns gediehen. Nur energischen Zwangsmaßregeln des Ministeriums konnte es allmälig gelingen, die Kronbauern für den Kartoffelbau zu gewinnen; hartnäckig widerstanden sie ihm lange, alten eingewurzelten Vorurtheilen fröhnend, die ihnen keine Neuerungen gestatten. Jetzt die Wichtigkeit dieser Fruchterzielung erkennend, legen sie sich gern, einige sogar mit Eifer, auf deren Anbau. Die sich darin Auszeichnenden erhalten Geldbelohnungen und Medaillen.

Schon im Ausgange des Mai, werden wir von einer ungewöhnlich kalten Witterung heimgesucht, die uns zum Fortbestehen aller winterlichen Schutzmittel zwingt. Selbst in den Mittagsstunden zeigt das Thermometer nur auf 3 — 4 Grad im Schatten. Alle, die aufs Land ziehen wollen, harren noch in den Stadtmauern. Die junge Vegetation im Freien ist noch völlig zurück. Dieses kalte Frühjahr kann nur nachtheilig auf die meisten Felderzeugnisse einwirken.

Den Juden ist streng vorgeschrieben worden, während ihrer gottesdienstlichen Versammlungen in den Bethäusern das laute Ablesen der gesetzlich vorgeschriebenen Gebete für das Wohl des Kaiserhauses nicht zu unterlassen. Contravenienten sollen den im Codex darüber enthaltenen Strafen unterliegen.

Griechenland.

Die in **Piräus** stationirten englischen und französischen Kriegsschiffe machten eine Excursion nach Nauplia, da der Gesundheitszustand der Matrosen in Folge der großen Hitze bedenklich zu werden anfing. — Das Handelshaus Cynard beauftragte die griechische Bank, für seine Rechnung die rückständigen Zinsen der griechischen Nationalschuld an England auszuzahlen. Das Wetter ist den Feldern sehr günstig, man hat bereits reife Gerste eingebracht. (A. Z.)

Aegypten.

Alexandrien, 21. Mai. Soeben läuft das französische Postdampfschiff von Marseille ein, es hat die Leiche des in Paris verstorbenen Hussein-Bey, Sohnes des Vicekönigs, am Bord; dieselbe wird mit großen Ceremonien hier im Familiengrabmale beigesetzt werden. Der Vicekönig ist schon seit mehren Tagen von hier nach dem Innern abgereist; er wird erst nach Beerdigung seines Sohnes zurückkehren. (A. Z.)

*) Diese sind zur Unterhaltung der kaiserlichen Familie angewiesen.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 31. Mai. Ueber den seitherigen Ertrag und die Frequenz der Main-Neckarbahn ist bis jetzt noch nicht eine einzige Kundmachung erschienen, während dies bei den andern Bahnen sogar monatlich der Fall ist. Man glaubt im Publicum darin eine Bestätigung des Gerüchts zu finden, daß der Ertrag dieser Linie bisher noch nicht den Betrag der Betriebskosten erreicht habe, und daß man mit den sonst üblichen Veröffentlichungen zurückhalten wolle, bis der Gütertransport auf dieser Bahn, von dem man eine wesentliche Besserung der Einnahmen hofft, hergestellt sein werde. Ein solches Ergebniß war in der That nicht erwartet worden (obschon es bei dem Baue dieser Bahn von den Regierungen Badens, Hessen-Darmstadts und Frankfurts nicht auf den Gewinn reicher Zinsen, sondern vielmehr auf die Herstellung eines nothwendigen Verbindungsgliedes zwischen den Eisenbahnnetzen des südwestlichen und mittlern Deutschlands abgesehen war), denn jene Linie zieht sich durch reizende Gauen, durch reiche, dichtbevölkerte, regen Handel und vielfache Industrie treibende Gegenden. Die Zukunft wird allerdings, ist einmal der Gütertransport auf der Main-Neckarbahn im Gange und die an diese sich anschließende Main-Weserbahn hergestellt, bessere Einnahmen bringen, und so mag man denn auch die Opfer der Gegenwart leicht verschmerzen. Weniger günstig und beruhigend sind die Aussichten, welche sich für die Eisenbahnkette darbieten, die dem linken Rheinufer entlang von Mainz aufwärts geführt werden soll. Nicht nur sind hier gleiche Opfer ohne eine gleiche Gewähr einer künftigen Besserung zu erwarten (die Actien der schon seit einer Reihe von Jahren im Betriebe stehenden Straßburg-Baseler Bahn, im Nominalwerthe von je 500 Francs, können sich seit lange nicht mehr über den Curs von 200 Francs heben); sondern es sind gegenwärtig auch die Verhältnisse des allgemeinen Geldmarkts der Art, daß für lange Zeit hinaus nicht darauf gerechnet werden kann, daß Actien solcher Eisenbahnunternehmungen, die nicht die zuverlässigste Bürgschaft alsbaldigen genügenden Ertrags gewähren, an den Börsenmärkten den durchaus nothwendigen Absatz und Verkehr finden dürften; ja es ist sogar zu befürchten, daß bei solchen Unternehmungen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge eine Stockung in den Einzahlungen erfolgt, die dann eine völlige Entwerthung der betreffenden Actien unvermeidlich zur Folge haben müßte.

Es sind deshalb, in Betracht dieser wichtigen Umstände, die Beschlüsse nur durchaus zu billigen, welche die Generalversammlung der Actionaire der Ludwigshafen-Wormser Eisenbahn am 25. Mai in Frankenthal gefaßt hat, und die dahin zielen, den Bau dieser Linie noch nicht beginnen zu lassen, bis die Verhältnisse, namentlich die des Geldmarktes, eine günstige Regelung erhalten haben würden. Um so unbegreiflicher ist es dagegen, wie unter solchen Umständen die Majorität der am 26. Mai in Mainz stattgehabten Generalversammlung der Actionaire der Mainz-Wormser Eisenbahn alle wohlgemeinten Suspendirungsanträge mit einer Heftigkeit zurückweisen konnte, welche kaum noch um ein Haar von förmlicher, ja persönlicher Gewaltthätigkeit entfernt war. Männer wie Hecker und Mathy von Mannheim, wie die angesehensten finanziellen Notabilitäten von Frankfurt a. M. haben auf dieser Generalversammlung in Mainz eine Behandlung erfahren, die an die Zeiten der mainzer Clubisten erinnert! Der von einer künstlich fanatisirten Majorität der Generalversammlung in Mainz beschlossene sofortige Bau der hessischen Ludwigsbahn (von Mainz nach Worms) wird verschiedene Millionen Gulden kosten. Ob die Majoritätsactionaire ihren Beschluß nicht wol bald schon bereuen werden? Actien der hessischen Ludwigsbahn wurden von Mitgliedern eben jener Majorität am 27. und 29. Mai an der frankfurter Börse anfänglich zu 90, dann zu 80 Proc. angeboten, ohne Käufer zu finden.

Die ausnehmend günstige Witterung dieses Monats hat auf den Weinstock eine so überaus vortheilhafte Einwirkung geübt, daß man nun auch in diesem Jahre auf eine reiche und gute Weinärnte hoffen zu dürfen glaubt. In Folge davon sind die hohen Preise, welche seither für Weine der vorjährigen Crescenz gefodert wurden, bereits bedeutend gewichen. Auf mehren großen Weinversteigerungen, die in dieser Woche im Rheingau stattgehabt, wurden um 30 bis 40 Proc. niedrigere Preise gemacht, als noch vor einigen Wochen verlangt werden waren. — Auf den rheinischen Fruchtmärkten sind die Getreidepreise nun in stetem, raschem Fallen; die Preise, welche notirt werden, sind nur nominell; denn es wird jetzt fast zu jedem Preise, der geboten wird, willig abgegeben; das Verhältniß hat sich nunmehr gerade umgekehrt. Es werden in der nächsten Zeit sehr bedeutende Zufuhren überseeischen Getreides auf dem Rhein erwartet, und kaum noch vier Wochen wird es währen, so wird der reiche Segen der diesjährigen Getreideernte die Scheunen und die Märkte füllen. — Sichern Vernehmen nach sind Unterhandlungen zwischen den Zollvereinsstaaten für ein alsbaldiges Verbot der Schlachtviehausfuhr im Gange.

Eisenbahn. Am 31. Mai ist die letzte Strecke der holländischen Eisenbahn eröffnet worden. Um 11 Uhr Vormittags fuhr aus dem Haag der Ehrenzug nach Rotterdam ab.

Eisenbahn. Freiburg, 1. Jun. Heute ist die Eisenbahnstrecke von hier bis Müllheim eröffnet worden. (Fr. Z.)

Fruchtpreise. Leipzig, 3. Jun. Weizen 10 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 5 Ngr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. 15 Ngr. Döbeln, 3. Jun. Weizen 10 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 15 Ngr. (Am Markte waren 3000 Scheffel Getreide.) Berlin, 3. Jun. Weizen 4 Thlr. 15⁷/₁₂ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 2⁹/₁₂ Sgr.; Gerste 3 Thlr. 16⁶/₁₂ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 27⁷/₁₂ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 10 Sgr. Breslau, 3. Jun. Weizen 4 Thlr 27 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 12½ Sgr.; Gerste 3 Thlr. 4 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 19 Sgr.

Digitized by Google

Oel. Leipzig, 5. Jun. Rüböl wurde an heutiger Börse mit 10¾ Thlr. Geld, 11 Thlr. Brief notirt. Als Grund für diese Steigerung läßt sich nur anführen, daß sich auswärtige Käufer zu dieser Erhöhung zeigten, denn auf dem Platze scheint die Hausse nur wenig Vertreter zu finden. — Die Klagen aus Schlesien, nach welchen man nur auf die Hälfte der Rapsärnte des vorigen Jahres rechnet, werden für unsere Gegend im Ganzen nicht getheilt, und nimmt man theilweise den Ertrag höchstens ein Viertel weniger als voriges Jahr an. — In Herbstterminen ist nichts gehandelt worden.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 151.)
Im April 1847.

22)	**Altona-Kiel:** 29,231 Pers., 191,181 Ctr. 29 Pfd.	55,168	Thlr. 15	Sgr.
23)	**Badische Staatsbahn** 163,932 Personen, 296,480 Ctr. 2 Pfd.	104,070	„ 2	„
24)	**Berlin-Hamburg:** 41,223 Personen	76,381	„ 5½	„
25)	**Glückstadt-Elmshorn:** 6,685 Pers., 10,287 Ctr. 92 Pfd.	1,327	„ 2½	„
26)	**Oesterreichische Staatsbahnen:**			
	a) Südbahn 35,013 Personen, 193,713 Ctr. 73 Pfd.	59,574	„ ¾	„
	b) Nordbahn 19,834 Personen, 128,420 Ctr.	62,080	„ 12½	„
27)	**Rendsburg-Neumünster:** 6143 Personen, 26,530 Ctr. 20 Pfd.	3,984	„ 26½	„

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 6. Jun. früh 7 Uhr: 20″ unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 2. Jun. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 105⅞; 4½pc. Handelsg. 174⅞.

Actien. Wien, 3. Jun. Nordb. 166⅛; Gloggn. 124⅛; Mail. 109⅞; Livorn. 88⅛; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 5. Jun. Gedandt.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅝, ostpreuß. 96, pomm. 94½, schles. 97½, 4pc. pos. 101⅞, neue 3½pc. 92⅜, kur- u. neum. 95, Louisd'or 112, Friedrichsd'or 113⅜, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 93½, Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 109½ Br., Prior.-Act. 4½pc. 97⅞ Br., Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92¼, Prior.-Act. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101⅝ Br., Berl.-Stettin 108½, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 93¾, Crakau-Oberschl. 4pc. 77⅛ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105⅛, Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Altonaer 4pc. 110 Br., Niederschles. 88, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101¾ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¼, Litt. B. 4pc. 98¾, Rhein. 85½, Prior.-St. 4pc. 89⅜, Prior. 4pc. 90½, Sächs.-Bayer. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 87, Zarskoje-Selo 71½. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅓, Berg.-Märk. 4pc. 84½ Br., Berlin-Anhalt 101, Kassel-Lippst. 4pc. 83 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93⅞, Magd.-Wittenb. 86, Mail.-Venedig. 4pc. 111⅓, Mecklenb. 74½, Nordb. (Fr.-Wilh.) 4pc. 73⅛, Pos.-Starg. 4pc. 84½ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89⅝ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99¾, Ung. Centralb. 4pc. 100¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92⅛, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¼ Br., Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95¼, (neue) 4pc. 95, Partial a 500 Fl. 4pc. 80½ Br., a 300 Fl. 4pc. 95¾, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Bkcert. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅝, Staats-Pr.-A. 89¼, Kurhess. Präm.-Sch. a 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. a 36 Fr. 9¾, Neue Bad. Anl. a 35 Fl. 20¾ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Vorläufige Anzeige.

Dresdner Album

zur Unterstützung der Hülfsbedürftigen im sächsischen Erzgebirge.

Die allgemein verbreitete Kenntniß des tiefen Elends und der immer wachsende und wol noch lange fortdauernde große Nothstand und die traurige Nahrungslosigkeit des Erzgebirges ist gewiß hinreichend, ohne anderweitig dringende Empfehlung die wärmste Theilnahme für ein Buch zu erwecken, welches bezweckt, die Thränen vieler Unglücklichen trocknen zu helfen und den armen Hungernden das in letzterer Zeit so sparsame, oft gänzlich mangelnde Brot wieder reichlicher zu bieten.

Für die Würdigkeit seines Inhalts bürgen die Namen nachstehender Schriftsteller, wie auch die Namen einiger bei der Geschäftsführung des Unternehmens betheiligten Personen:

v. Ammon (O.-H.-P.), v. Ammon (G.-M.-R.), E. M. Arndt, Graf Baudissin, Blochmann, Brockhaus, Carus, Choulant, v. Ehrenstein, Falkenstein, Ida Frick, Fortlage, Verfasserin von Schloß Goczyn, Göschel, Gutzkow, Gräfin Ida Hahn-Hahn, Graf Haslingen, Theodor Hell, v. Kendell, Klemm, Baron v. Kleist, Köchly, Krauckling, Friedrich Laun, v. Maltitz, Elfriede v. Mühlenfels, Henr. Ottenheimer, Prutz, v. Quandt, v. Raumer, Reichenbach, Leopold Schefer, Steinert, Schulz, v. Wachsmann, v. Weyrauch, Wolf u. m. A.

Ihre Majestät die Königin von Sachsen haben geruht, die Dedication des Albums gnädigst zu gestatten.

Außer den angeführten Namen, deren Beiträge theilweise schon eingegangen und in Aufsätzen in gebundener und ungebundener Rede bestehen, in Poesie, Novellen, biographischen Skizzen, humoristischen wie auch populair wissenschaftlichen Aufsätzen, wozu täglich noch Neues einfließt, sieht man noch aus verschiedenen Gegenden Deutschlands freundlichen Gaben mit Gewißheit entgegen, worüber wir uns spätere Mittheilungen vorbehalten.

Druck und Debit des **„Dresdner Albums zur Unterstützung der Hülfsbedürftigen im sächsischen Erzgebirge"** wurde der unterzeichneten Verlagsbuchhandlung übertragen, die für eine würdige typographische Ausstattung bürgt und von welcher dasselbe sowol direct als durch alle Buchhandlungen in- und außerhalb Sachsens bestellt und bezogen werden kann.

Der Preis des Albums soll aufs billigste gestellt werden; der Druck beginnt Mitte d. M. und wird so rasch als möglich zu Ende gefördert werden.

Dresden und Leipzig, den 3. Juni 1847.

[2216—17] **W. G. Teubner.**

Freiwillige Subhastation.

Von dem Stadtgerichte zu Dresden soll
den 22. Juni 1847
das Herrn Dr. med. **Joseph August Nieffel** gehörige, an der Ecke der Schloßgasse und Wilsdruffergasse sub Nr. 671 des Brandkatasters gelegene, mit 4350 Steuer-Einheiten belegte Grundstück freiwillig versteigert werden.

Ersteherungslustige werden daher hiermit geladen, gedachten Tags des Vormittags vor 12 Uhr sich hier anzugeben, über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, ein gewisses Gebot zu thun und sodann gewärtig zu sein, daß nach dem Schlage zwölf Uhr mit der Versteigerung gewöhnlichermaßen verfahren werden wird.

Die bezüglichen Subhastationsbedingungen sind der im Rathhause angehefteten Bekanntmachung beigefügt.

Dresden, den 25. Mai 1847.

Das Stadtgericht.

[2116—18] **Dr. Gräbel.**

Für Naturfreunde.

Da ich beabsichtige, zum Spätsommer eine dritte naturhistorische Reise nach einer an Erzeugnissen der Art reichen südlichen Weltgegend zu unternehmen, und mehre Jahre entfernt zu bleiben gedenke, so fodere ich Liebhaber und Kenner auf, entweder als Theilhaber oder zur gänzlichen Uebernahme unter sehr annehmbaren Bedingungen in mein Geschäft allhier einzutreten.

Es besteht dieses aus einer großen Sammlung seltener naturhistorischer Gegenstände, theilweise von mir selbst in entferntesten Weltgegenden gesammelt, die durch Kauf, Verkauf und neue Zusendungen die Existenz des Besitzers sichern, da seit mehren Jahren ausgebreitete Verbindungen unterhalten sind. Näheres hierüber in portofreien Briefen bei

[2219] ***Fr. Leibold,***
Besitzer des Mexikanischen, Ost- und West-Indischen Naturalien- und Ethnographischen Cabinets.

Dresden, am Moritz-Monument Nr. 3, im Juni 1847.

Grosse Lotterie.

Am 14. Juni Ziehung erster Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000, 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000, 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2220] in Leipzig.

In der fünften Klasse 31ster Lotterie fielen folgende Gewinne in meine kleine Collecte:

Nr. 8052	**1000**	**Thlr.,**			
„ **9754**	**1000**	„			
„ **16441**	**1000**	„			
„ **22816**	**1000**	„			
„ **4022**	**400**	„			
„ **18717**	**400**	„			
„ **25686**	**400**	„			
Nr. 4012	200	Thlr.,	Nr. 9550	200	Thlr.,
„ 7595	200	„	„ 9784	200	„
„ 8070	200	„	„ 24196	200	„
„ 9223	200	„	„ 25696	200	„

Nr. 30004 200 Thlr.
und **37 Gewinne** à **100 Thlr.**

Die erste Klasse beginnt den 14. Juni d. J. Mit Loosen ½ à 8 Thlr. 6 Ngr., ¼ à 4 Thlr. 3 Ngr., ⅛ à 2 Thlr. 1½ Ngr. und 1/16 à 1 Thlr. 1 Ngr. empfehle ich mich bestens.

J. A. Pöhler in Leipzig,
Böttchergäßchen Nr. 3.

Geehrte Aufträge portofrei verspreche ich pünktlich zu besorgen. [2019—21]

Verkauf einer Villa.

Eine reizende, auf einer Anhöhe von allen Seiten frei liegende Villa im **Rheingau,** mit Gehölz und Weinbergen, ist zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2190—92]

Agentur.

Zu einem National-Unternehmen, welches sich auf ganz Deutschland erstrecken soll, werden für die einzelnen Städte gewandte und thätige **Agenten** gesucht. Die Functionen nehmen wenig Zeit in Anspruch, sind leicht zu verstehen und, je nach der Verwendung, höchst einträglich. Offerten franco unter der Adresse **Central-Verein** in **Leipzig,** Grimmaische Straße Nr. 2. [2218]

In meinem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Analekten für Frauenkrankheiten,

oder Sammlung der vorzüglichsten Abhandlungen, Monographien, Preisschriften, Dissertationen und Notizen des In- und Auslandes über die Krankheiten des Weibes und über die Zustände der Schwangerschaft und des Wochenbettes. Herausgegeben von einem Vereine praktischer Aerzte. Erster bis sechster Band. Gr. 8 Jeder Band (in 4 Heften) 2 Thlr. 20 Ngr.

Leipzig, im Juni 1847.

[2212] **F. A. Brockhaus.**

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Meeden, C. F., Handbuch der Kaufmanns- und Schiffersprache. Deutsch, Englisch und Französisch. 2te ganz umgearbeitete und verbesserte Auflage der kaufmännischen Phraseologie. 4. VIII und 296 Seiten. Gebunden 1 Thlr. 24 Ngr.

Früher erschien:

— — Die Correspondenz des Kaufmannes in der französischen, deutschen und englischen Sprache. 4. VI u. 280 Seiten. Geb. 2 Thlr.

— — Handlungsbriefe zum Uebersetzen ins Englische und Französische. Nach dessen Correspondenz des Kaufmanns in der französischen, deutschen und englischen Sprache frei bearbeitet. 8. 368 Seiten. Geb. 1 Thlr. 6 Ngr.

Der Verfasser bietet in obigen drei Werken mit großem Fleiß und Mühe ein ausreichendes Material für jeden Geschäftsmann, der die genaue Kenntniß der betreffenden drei Sprachen braucht. Das erste Werk liefert ein vollständiges Lexikon aller dahin einschlagenden Wörter und Kunstausdrücke. Das zweite gibt eine erschöpfende Auswahl aller für Geschäftsbriefe möglichen Wendungen. Das dritte endlich ist für den Unterricht bestimmt. Es gibt kaufmännische Musterbriefe, denen die englischen und französischen Wendungen (jede für sich) am Schlusse angehängt sind. Daß dem Verfasser nicht allein erfahrene Männer aus allen Branchen des Geschäftslebens, sondern auch geborene Engländer und Franzosen zur Seite gestanden haben, gibt die Garantie, daß obige Bücher zuverlässig vollständig sind.

Jede Buchhandlung liefert dieselben zur eignen Prüfung.

Hamburg, im Mai 1847.

[2214] **Herold'sche Buchhandlung.**

Verkauf eines großen Schützenhauses.

Die Schützengesellschaft in **Leipzig** beabsichtigt einen Theil ihres an der Schützenstraße daselbst gelegenen Grundstücks mit dem großen Gesellschaftshause, einem Wirthschaftsgebäude, dem Concertplatz und der Kegelbahn zu verkaufen.

Kaufliebhaber werden ersucht, sich an den Hauptmann der Gesellschaft Advocat **Staudinger** zu wenden, um mit demselben das Nähere zu verhandeln.

Leipzig, den 28. Mai 1847.

[2129—30] **Die Vorsteher der Schützengesellschaft.**

Wichtige Nachricht für Auswanderer.

Die Unterzeichneten fühlen sich verpflichtet, ihre Landsleute, die zur Auswanderung nach Amerika entschlossen sind, aufs dringendste zu warnen, sich nicht den herumlaufenden sogenannten Seelenverkäufern anzuvertrauen, indem deren ganze Handlungsweise nur auf Betrügerei hinausläuft. Vorzüglich warnen wir vor einem gewissen **Lorenz Pirkin** in **Osterappeln** bei Osnabrück, welcher schon Tausende unserer Landsleute betrogen und in die größte Verlegenheit gesetzt hat. Wir Unterzeichneten zahlten diesem Pirkin in Harburg eine bestimmte Summe Geldes, wofür wir (laut eines von ihm erhaltenen Scheines) freie Ueberfahrt und Beköstigung bis New-York erhalten sollten. Wir waren an das Haus Harnalen & Comp. in Liverpool adressirt und fanden bei unserer Ankunft in Liverpool, daß das für uns gesandte Geld zur Fahrt nach New-York nicht hinreichte und deshalb jede Person noch circa 4 Thlr. zulegen mußte. Außerdem sind wir nun schon fast acht Tage hier, wo wir uns für eigne Rechnung Quartier haben suchen müssen. Es ist, um es kurz zu sagen, für gar nichts gesorgt und müssen die armen Auswanderer hier die unangenehme Erfahrung machen, daß sie von einem Menschen betrogen sind, von welchem sie ihre Auslagen nicht wieder erhalten können, weil er **nichts** hat.

Will Jemand die Reise über England machen, so wende er sich an ein respectables Handlungshaus in Hamburg oder er reise für eigne Rechnung nach Liverpool, wo er jeden Tag nach den Vereinigten Staaten gelangen kann, wenn er den verlangten Preis (augenblicklich 5 Pf. St. für die erwachsene Person nach New-York, nach andern Häfen billiger) zahlen will.

Wir bitten alle deutschen Zeitungen und Amtsblätter, diese Zeilen im Interesse der Auswanderer gütigst veröffentlichen zu wollen.

Wir werden außerdem bei einem königl. hannoverschen Amte Wittlage-Hunteburg die nöthigen Schritte thun lassen, um dem erwähnten Lorenz Pirkin sein Betrüger-Handwerk zu legen.

Liverpool, den 25. Mai 1847.

Carl Bunke, mit Familie, aus Bohmte bei Osnabrück. — **Heinrich Hanke.** — **Xaver Preußer.** — **Wilhelm Kettler.** — **Krähenbaum**, von Defede. — **Raber.** — **Fluke.** — Müller **Zurwellen**, aus Bissendorf. — **W. Marnau**, mit Familie, aus Dielingen. — **H. F. Purck**, mit Frau und Kind, aus Wehrendorf. — **Meier**, aus Hunteburg. — **Heinrich Stefen**, aus Dielingen. — **Heinrich Röpfer**, aus Dielingen. — **K. Niemeyer**, aus Haldern. — **F. Quebe**, aus Haldern. — **Friedrich Barnholt**, aus Dielingen. — **H. Decker**, aus Dielingen. — **E. Milges**, aus Raur. — **F. Möllering.** — **A. Bente.**

Der Unterzeichnete ist von den Vorstehenden ersucht worden, die Beförderung obiger Annonce zu übernehmen, und kann den Inhalt in der Hauptsache nur bestätigen. Er hält es ferner noch für seine Pflicht, die deutschen Auswanderer besonders darauf aufmerksam zu machen, daß alle in Deutschland geschlossenen Contracte zur Beförderung von Auswanderern **hier durchaus ungültig** sind, und bei dem hier herrschenden förmlichen System, die Auswanderer zu schnellen, nur rathen kann, jeden andern Weg als den über England einzuschlagen.

(L. S.) **D. Burchardt**, königl. preußischer Consul.

Liverpool, den 28. Mai 1847. [2213]

Eine Herrschaft im Gebirge,

in der Nähe von Bädern gelegen, soll verkauft werden. Es gehören zu derselben:

a) das Hauptgut nebst 3 Vorwerken, 933 Morgen Acker und Wiesen, durchgängig Weizenboden, und circa 500 Morgen Forst mit Fichten und Tannen bestanden;

b) 19 zinspflichtige Dörfer.

Ertrag der Zinsen und anderer Revenuen, außer der Acker- und Forst-Nutzung, jährlich 4075 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf. Viehstand 30 Kühe, 1200 Schafe, das erforderliche Zugvieh an Pferden und Ochsen.

Gebäude im guten Stande, Schloß ganz neu mit 12 Zimmern und 1 Saal.

Preis 90,000 Thlr., Anzahlung 30,000 Thlr.

Das Gut ist zu jeder Zeit in Augenschein zu nehmen. Auf portofreie Anfragen unter der Adresse **M. T.** Poststation Schliesa, Kreis Breslau poste restante, wird das Nähere mitgetheilt werden. [2207—10]

Gasthofs-Empfehlung.

Die Unterzeichnete gibt sich die Ehre, den P. T. Herren Reisenden ihren seit einer Reihe von Jahren im besten Rufe stehenden, nunmehr durch einen bedeutenden Umbau vergrößerten

Gasthof zum goldenen Löwen

in **Reichenberg** mit der Bitte um geneigten Zuspruch anzuempfehlen. Reinlichkeit, Bequemlichkeit und Eleganz, überhaupt Alles, was der Comfort verlangen kann, wird Jedem, der meinen Gasthof mit seinem Besuche zu beehren gedenkt, im vorhinein zugesichert.

Die durch den geschehenen Umbau gewonnene größere Anzahl der Zimmer hat den früheren Uebelstand beengter Räumlichkeiten behoben und gestattet mir jetzt die Aufnahme aller mir zugedachten Besuche, um deren recht häufige Zuwendung freundlichst ersucht

Friedr. Franke's Wwe.

Reichenberg, im Mai 1847. [2194—96]

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 7. Jun. Neu einstudirt: **Der Landwirth**, Lustspiel in 4 Acten von ***. — Hierauf neu einstudirt: **Die weiße Piquesche**, Schwank in 1 Act von C. Töpfer. **Rudolph** und **Bauer**, Herr **Heymann**, als letzte Gastrollen; **Marie**, Frl. **Löhn**.

Dienstag, 8. Jun. **Die Montecchi und Capuleti**, große Oper von Bellini. — **Romeo**, Frl. **Stegemann**, vom Theater zu Stettin, als Gast.

Mittwoch, 9. Jun. **Adam und Eva**, Lustspiel von C. Carl. **Adam**, Herr **Berthold der Jüngere**, als letzte Gastrolle. — Hierauf: **Die Wiener in Berlin**, Liederspiel von Holtey.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. Birckner in Spandow mit Frl. Luise Vogel in Potsdam. — Hr. Dr. C. G. Francke in Leipzig mit Frl. Emilie Reichel. — Hr. Karl Hoppenberg in Leipzig mit Frl. Johanne Degenhardt in Nordhausen. — Hr. Kammermusikus Theodor Schumann in Berlin mit Frl. Eveline Maurer.

Getraut: Hr. Gutsbesitzer Ernst Dohne auf Alt-Kramzig mit Frl. Marie Kauffmann aus Klemzig. — Hr. Georg Frommann in Breslau mit Frl. Anna Chalodt aus Glatz. — Hr. Bürgermeister Neubourg in Hannover mit Frl. Pauline Frank. — Hr. Anton Stockhausen in Köln mit Frl. Th. Ch. Nasse. — Hr. Bauconducteur Zölffel in Berlin mit Frl. Emilie Krüger.

Geboren: Hrn. E. v. Gundlach in Hinrichsberg eine Tochter. — Hrn. A. Krech in Berlin eine Tochter. — Hrn. M. Lewison in Breslau eine Tochter. — Hrn. Julius Müller in Leipzig ein Sohn. — Hrn. C. F. W. Parey in Berlin eine Tochter. — Hrn. Lieutenant v. Pelchrzim in Potsdam ein Sohn. — Hrn. v. Puttkammer in Grapitz eine Tochter. — Hrn. Heinrich Schramm in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Hr. Lieutenant J. G. Block in Berlin. — Hr. Posthalter M. Sachs in Guttentag. — Frau Marianne Schwartze in Osnabrück. — Hr. Lehrer Ferdinand Stange in Berlin.

Digitized by Google

Dienstag — Nr. 159. — 8. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Mittags. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2½ Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. Die griechische Opposition. †Hannover. Der Pestalozziverein. Der König. Neue Minister. †Hildesheim. Die christkatholische Gemeinde. — Wilderer bei Winterlingen. 0Aus Kurhessen. Die Preßgesetzgebung. — Hr. v. Gagern und Hr. Georgi.

Preußen. Berlin. Landtag. (+)Berlin. Rundschreiben der städtischen Schuldeputation. *Von der Oder. Frankreich und Rußland. *Köln. Der Gemeinderath. Armenwesen. Der Brotpreis. — Organisation der k. Land- und Stadtgerichte.

Oesterreich. Eine Polenstimme.

Großbritannien. Der Hof und seine Gäste. Parlament. Der Repealverein. Medaillen. Eisenbahnunfall. Der Herzog von Buckingham. Canada. Erwerbung im Libanon.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Ausgabe von Schatzbons. Bu-Maza. Algerien. **Paris. Die Eisenbahnen. Gerücht.

Rußland und Polen. **Warschau. Großfürst Michael. Die Einverleibungsfrage. Eisenbahnunfall. Polizeiwesen.

Griechenland. Die griechische Marine.

Ostindien. Lord Hardinge. Lord Gough. General Littler. Die Unruhen in Auhde.

Nordamerika. Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem Deutschen Zollverein. Die Emigrantenabgabe. Die Einwanderer. Spenden nach Deutschland. Project der Verbindung des Mexicanischen Meerbusens und des Stillen Oceans. Absichten auf Cuba. Die Passagierbill.

Mexico. Der Congreß.

Haiti. Die Regierung. Die Heirathen zwischen Haitiern und Fremden.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Die spanischen Fonds. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. Wasserstand der Elbe. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 3. Jun. Die Adresse der griechischen Opposition (Nr. 156) beweist allerdings, was man übrigens schon vorher wußte, daß es in Griechenland mit dem constitutionellen Leben nicht so rein, glatt und eben geht wie seit einiger Zeit in England, wie vielleicht in Norwegen und diesem oder jenem deutschen constitutionellen Staate; daß auch die griechische Constitution noch nicht in allen Punkten eine Wahrheit geworden ist und daß auch die griechischen Minister sich helfen müssen wie sie können, um neben einer Verfassung, mit welcher Volk und Zustände noch lange nicht in wahrer Uebereinstimmung stehen, zu regieren. Geht es in Spanien, in Portugal unter Ministerien aller Nuancen anders? Geht es, im Hintergrunde der Formen, selbst in Frankreich anders? Würde die Opposition, wenn sie am Ruder wäre und Kolettis und seine Palikaren gegen sich hätte, anders verfahren und ist sie anders verfahren? Es ist eine zu oft gemachte Erfahrung, daß Oppositionen, ans Ruder gekommen, eben Das thaten, was sie vorher ihren Gegnern zum bittersten Vorwurfe gemacht hatten. Jene Angaben beweisen nicht einmal, daß die Partei Kolettis ihren Gegnern an constitutionellem Sinne nachsteht, geschweige denn daß sie weniger geeignet ist, den griechischen Staat seinem heutigen Bedürfnisse gemäß zu leiten.

† Hannover, 5. Jun. Gestern hielt der Pestalozzi-Verein seine Jahresversammlung. Mit den Resultaten der Stiftung kann man für den Anfang wohl zufrieden sein. Die immer stärker hervortretende confessionelle Richtung, auf welche ein Theil der Mitglieder hinarbeitet, wird aber dem andern, wie zu fürchten ist, sehr bald die Neigung nehmen, ferner zur Erhaltung einer Stiftung beizutragen, die zwar wohlthut, sich zu Erreichung ihrer Zwecke auf die Beihülfe der Landgeistlichen und deren Zuverlässigkeit zu stützen, die sich aber nach der Ansicht vieler und ohne Zweifel der Mehrzahl ihrer Begründer im Anbeginn keineswegs einer Tendenz versah wie die, von welchen jetzt schon die Mehrheit beseelt ist. Am deutlichsten trat die Absicht dieser Mehrheit aus den Ergänzungswahlen für den Vorstand hervor, indem von vier durch das Loos bestimmten Mitgliedern der bisherige Präsident und ein Geistlicher wiedererwählt, zwei Lehrer aber, obwol Beide um die Anstalt sehr verdient, durch zwei Geistliche ersetzt wurden.

Der König hat seinen heutigen 77sten Geburtstag besonders glänzend gefeiert: gestern mit einem kostbaren Feuerwerk, heute mit einer großen Parade, der noch Diner, Ball ꝛc. folgen wird. Außerdem hat er, wie gewöhnlich an diesem Tage, Beförderungen, Ordensverleihungen ꝛc. vorgenommen. — Das Justizministerium ist dem Grafen Wedel und das Cultusministerium dem geh. Cabinetsrath v. Schele (Sohn des frühern Premierministers) verliehen worden.

† Hildesheim, 4. Jun. Die Wahl des Pfarrers Lorenz zum Seelsorger der hiesigen christkatholischen Gemeinde ist bestätigt, und der neue Pfarrer wird nun seine amtliche Thätigkeit sofort beginnen. In der Strenge, womit das Cultusministerium die hiesige Gemeinde bisher überwachte, und die so weit ging, daß die Gemeinde in den hiesigen Blättern nicht erwähnt werden, geschweige denn als solche auftreten durfte, muß einige Milderung eingetreten sein, da der Vorstand der Gemeinde heute selbst die Wahl und Bestätigung des Pfarrers in den hiesigen Blättern bekannt macht. Darf man vielleicht hiernach auf eine nachgiebigere Richtung des künftigen Cultusministers schließen?

— **Von der sigmaringisch-württembergischen Grenze** vom 1. Jun. schreibt der Schwäbische Merkur: „Letzten Sonntag Abends spät stieß der Forstgehülfe H. J. Kramer von Straßberg auf seinem Heimwege von Winterlingen mit einigen Wilderern zusammen und brachte einem derselben, einem winterlinger Bürger, eine Schußwunde in die Seite bei, an welcher derselbe heute Nacht gestorben ist. Er selbst mußte diesen Schuß mit seinem Leben bezahlen: er wurde gestern unweit der Grenze mit schauerlichen Wunden im Kopf und in einem Knie todt gefunden. Der von ihm geschossene Wilderer hat vor seinem Ende zwei seiner Genossen angegeben, welche bereits nach Balingen abgeliefert worden sind.“

0 Aus Kurhessen, 4. Jun. Bekanntlich ist der §. 7 des provisorischen Bundesbeschlusses über die Presse vom 20. Sept. 1819 vielfach dahin interpretirt worden, daß er die Verfasser, Verleger, Drucker ꝛc. von Schriften, welche der Censur eines deutschen Bundesstaates unterlegen hatten und von ihr genehmigt worden waren, von aller Verantwortung freispreche. Der Bundestag selbst hat sich dagegen am 14. Jun. 1832 über eine andere Interpretation vereinigt, wonach jene Freiheit von Verantwortung sich nur auf den Bund, nicht auf die besondern Landesgesetze beziehen, der gedachte Paragraph nur festsetzen soll, daß der Bund keine weitern Maßnahmen fodere, während er den Vorschriften der besondern Landesgesetze nicht präjudicire. Ungeachtet diese authentische Interpretation im Allgemeinen bekannt war, hielten sich doch die Gerichtshöfe mehrer Staaten, namentlich auch die preußischen und kurhessischen, noch durch 15 Jahre, nämlich so lange noch an die frühere Auslegung, als gedachte Interpretation in ihren Landen noch nicht gesetzlich publicirt, folglich noch kein gesetzlicher Anlaß da war, die doctrinelle Auslegung aufzugeben. Wie vor kurzem in Preußen, ist nun auch am 29. April 1847 in Kurhessen die Publication jenes Bundesbeschlusses von 1832 erfolgt, und es ist ganz in der Ordnung, wenn von nun an von den Gerichten nach seinem Inhalte verfahren wird. Zweifelhaft kann es dagegen sein, was man darüber urtheilen soll, daß, dem Vernehmen nach, die hiesige Regierung gesonnen ist, die Anwendbarkeit des fraglichen neuen Grundsatzes bis zu dem Zeitpunkte zurückzuführen, wo der Bundestag jene Auslegung ausgesprochen, also bis 1832. Es versteht sich, daß die auf den Grund der frühern Auslegung gefällten Erkenntnisse nicht rückgängig gemacht werden können. Aber es fragt sich, ob die jetzige authentische Auslegung auf bereits vor deren Publication anhängig gewordene Preßprocesse und ob sie auf solche anzuwenden ist, welche noch gar nicht anhängig gemacht worden waren, sich aber auf vorher erschienene Schriften und Aufsätze beziehen, und ein Fall der letztern Art ist der in dieser Zeitung schon neulich erwähnte mit dem Prof. Bayrhoffer und dessen in Mannheim erschienener Schrift. (Nr. 150.) Manche behaupten: es heiße das, einem Gesetze zum Nachtheile der Angeklagten rückwirkende Kraft verleihen; bis zum 29. April sei die Freiheit der Verfasser von unter deutscher Bundescensur erschienenen Schriften in Kurhessen Gesetz gewesen, und erst da ein neues Gesetz an deren Stelle getreten. Andere machen dagegen geltend, daß es sich nicht um ein neues Gesetz, sondern nur um die authentische Auslegung eines ältern, gegen die zeitherige Auslegung der Gerichtshöfe, welche nicht selbst ein Gesetz war, handle. Aber wie dem auch sei, gewiß ist, daß bis zum Jahr 1847 alle kurhessischen Schriftsteller in der Ueberzeugung handeln konnten, daß sie, wenn sie den Vorschriften des Bundesbeschlusses von 1819 genügt hatten, von aller weitern Verantwortlichkeit frei seien, und aus diesem Gesichtspunkt erscheint die Anwendung der neuen Auslegung auf solche Schriftsteller mindestens sehr unbillig und gesucht.

Digitized by Google

— Dem Frankfurter Journal wird aus **Mainz** vom 2. Jun. geschrieben: „Briefe aus Darmstadt melden, der Abg. Hofgerichtsrath **Georgi** von Gießen habe den Frhrn. v. **Gagern** gefordert", und aus **Darmstadt** vom 3. Jun. heißt es in demselben Journal weiter: „Die Gagern'sche Duellangelegenheit erhält unsere ganze Stadt in Aufregung. Thatsache ist, daß Hr. v. Gagern am 2. Jun., an welchem Tage derselbe (nach der öffentlichen Erwiderung des Hrn. Georgi) seine «feige Flucht» bewerkstelligt haben soll, Abends 11 Uhr und mehre Stunden vorher in eignem Fleisch und Blut noch im allgemeinen Gastzimmer des Darmstädter Hofs gesessen, gegessen und getrunken hat. Auch haben genaue Bekannte des Hrn. v. Gagern versichert, daß die Angelegenheit mit Hrn. Georgi die einzige Ursache gewesen sei, warum Hr. v. Gagern nicht am 1. oder 2. Jun. nach Monsheim gereist sei, wohin er sich regelmäßig jede Woche begebe. Zuverlässig kehrt Hr. v. Gagern nach wenigen Tagen, vielleicht nächsten Montag schon hierher zurück." In der erwähnten „Oeffentlichen Erwiderung" des Hrn. Georgi macht derselbe bemerklich, daß Hr. v. Gagern, welcher anfangs die Ausfoderung Georgi's ohne Vorbehalt angenommen habe, später in zwei Erklärungen die Annahme der Bedingungen verweigert hätte, die Georgi vom Anfang an gestellt hatte. Gagern hätte wiederholt erklärt, ohne nur einmal anzudeuten, welche der einzelnen Bedingungen ihm nicht genehm seien: auf keine andere Weise als in einem einfachen Duelle sich mit Georgi schlagen zu wollen. Hiernach bleibe ihm (Georgi) nichts mehr übrig, als die Abreise des Hrn. Heinrich v. Gagern, welche derselbe, nachdem ihm am späten Abend des 1. Jun. wiederholt kundgegeben worden sei, daß er (Georgi) auf den gestellten Bedingungen beharre, unterm 2. Jun. für räthlich erachtet habe, vor seinen Standesgenossen sowie vor dem hessischen Volke, welches er als Landtagsabgeordneter vertrete, für eine feige Flucht zu erklären.

Preußen.

Berlin, 5. Jun. In der Sitzung der **Curie der drei Stände** am 2. Jun. erklärte sich weiter der Abg. Reitsch für die Anträge aus Rechtsgründen. Der Frhr. v. Gaffron hatte zwar in den neuen Gesetzen einige Abweichungen von dem frühern gefunden, sie aber nicht als Rechtsverletzungen zu erkennen vermocht, mahnte mit Wärme zu Vertrauen und schlug eine dreijährige Landtagsperiode vor. Graf Saurma-Jeltsch gegen die Anträge; v. Gudenau für dieselben, und zwar namentlich aus Gründen des Zweikammersystems gegen die Ausschüsse; Abg. Riebold für das Bincke'sche Amendement. Frhr. v. Friesen schlug ein Amendement vor, wonach die Bestimmung des Zeitabschnitts dem König überlassen werden solle, was auch wie das des Frhrn. v. Gaffron Unterstützung fand. Graf Schwerin schlug nun vor, den Antrag so zu formuliren: „Der Landtag möge beschließen, an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu stellen, Allerhöchstderselbe wolle in Anerkennung des in der frühern Gesetzgebung begründeten Rechtsanspruchs sowie aus Gründen der Nützlichkeit die regelmäßige jährliche Einberufung des Vereinigten Landtags huldreichst aussprechen, insofern aber die periodische Wiederkehr in so kurzen Fristen nicht für angemessen befunden werden sollte, mittels einer dem Vereinigten Landtage vorzulegenden allerhöchsten Propositien auf legislatorischem Weg einen entsprechendern Turnus allergnädigst feststellen zu lassen geruhen." Er fügte hinzu, wie er anerkenne, daß der Landtag kein Recht habe, als was ihm das Gesetz vom 3. Febr. gewähre, aber das Volk habe andere. Er ward eben so unterstützt wie eine vom Grafen Renard gemachte Aenderung seines frühern Amendements. Frhr. v. Bincke erklärte sich bereit, sich dem Schwerin'schen Amendement anzuschließen, obwol er lieber die Nützlichkeitsgründe nicht erwähnt sähe; v. Leipziger dagegen war gegen alle Vorschläge, in welchen Rechte erwähnt würden, die sie nicht besäßen. Hierauf sprach der Staatsminister v. Savigny in längerer Rede zur Vertheidigung gegen mancherlei ihm entgegengestellte Einwürfe. Staatsminister Uhden erklärte seinen Beitritt. Der Landtagscommissar verbreitete sich über die Gründe der von der Regierung getroffenen Organisation, ermunterte zu Vertrauen, foderte aber auch selbst auf: falls die Versammlung eine andere Einrichtung für nützlicher halte, dies mit Offenheit und Vertrauen der Entscheidung des Königs anheimzugeben. Als er zum Schluß einiger den Ministern gemachten Vorwürfe gedachte, daß sie den König schlecht berathen hätten, daß sie nicht so conservativ seien wie Stein und Hardenberg, daß sie schläfrig seien und durch öftere Landtage geweckt werden müßten, und hinzusetzte auf zweierlei machten sie Anspruch, auf den Glauben, daß sie den König nach bester Ueberzeugung berathen hätten, und auf den, daß sie bessern Räthen mit Freudigkeit ihre Stelle einräumen würden, auch wenn diese Räthe nicht aus der gefürchteten Bureaukratie, sondern aus den beredten Rednern dieser Versammlung genommen wären, erfolgte lebhaftes und dauerndes Bravorufen. Noch erklärte sich Hr. Bockum Dolffs aus Rücksicht auf den Staatscredit für das Schwerin'sche Amendement. Nach einigen Erörterungen über die Fragstellung wurde zuerst über das Bincke'sche Amendement abgestimmt, und zwar mit Namensaufruf. Es stimmten 260 dafür, 247 dagegen, sodaß es nicht die erforderliche Mehrzahl hatte. Auch über das Schwerin'sche Amendement ward abgestimmt, und auch hier ergaben sich (327 für, 171 gegen) sechs Stimmen zu wenig. Hierauf ward über den Abtheilungsantrag mit Namensaufruf abgestimmt, und auch dieser (287 für, 205 gegen) nicht angenommen. Man beschloß nun, um zu einem schnellern Ziele zu kommen, ohne Namensaufruf zu stimmen, und ein, schon in der vorhergehenden Sitzung von dem Abg. v. Puttkammer gestelltes, in der diesmaligen von Hrn. Hansemann aufgenommenes Amendement, welches sich von dem Abtheilungsantrage nur dadurch unterscheidet, daß es das Wort „insbesondere" bei dem Bezug auf die frühere Gesetzgebung wegläßt, wurde in folgender Fassung zur Abstimmung gebracht: „Soll Se. Maj. der König allerunterthänigst gebeten werden, mit Bezug auf die frühere Gesetzgebung und aus Nützlichkeits- und innern Nothwendigkeitsgründen die Einberufung des Vereinigten Landtags alle zwei Jahre auszusprechen", und dafür erhob sich eine entschiedene Mehrheit.

Die **Herren-Curie** fuhr am 1. Jun. in der Berathung des Reglements fort. In den meisten Punkten trat man den Anträgen der Stände-Curie bei. Eine längere Discussion entspann sich über die Frage, ob die Zulassung von Petitionen nach abgelaufener Präclusivfrist in das Ermessen der Versammlung oder in das des Landtagsmarschalls zu stellen sei. Ueberwiegende Mehrheit entschied sich aber für das Erstere. Ueber den Ausgang einer weitern Debatte derselben Sitzung: über die Frage, wem die Beurtheilung, ob ein Antrag zur Competenz des Landtags gehöre, zustehen soll, berichtet die Allgemeine Preußische Zeitung noch nichts.

(+) **Berlin**, 5. Jun. Von unserer **städtischen Schuldeputation** ist folgende „Circularverfügung an die Directoren der höhern Stadtschulen sowie an die sämmtlichen Vorstände der Communal-Armenschulen und der Parochial- und Privatschulen" erlassen worden:

„Bei Gelegenheit der Berathung, welche achtbare Männer der Commun über die Ursachen der Verarmung und sittlichen Verschlimmerung der niedern Volksklassen mit einander gehalten haben, hat sich die Meinung hervorgethan, daß ein nicht unerheblicher Grund des zunehmenden moralischen Elendes unter unsern ärmern Einwohnern darin zu suchen sei, daß der in unsern Schulen ertheilte Religionsunterricht seinen wahren Zweck nicht erfülle. Es ist geäußert worden, daß derselbe nicht auf eine fruchtbare, die sittliche Kraft des Gemüths erregende, den Willen veredelnde und stärkende Weise gegeben werde, daß die Religion mehr als eine Wissenschaft gelehrt werde, ohne das Gemüth anzuregen und zu veredeln; daß auch in den Elementarschulen der Religionsunterricht sich oft darauf beschränke, die Jugend gewisse Lehrstücke unsers Glaubens auswendig lernen zu lassen, ohne sie in den göttlichen Sinn derselben einzuführen und sie durch die Kraft und das Leben der Religion für ein höheres Streben zu begeistern, und daß so auch die Wirkungen dieses Unterrichts in dem Betragen der Kinder nicht zum Vorschein kämen, was schon die zuchtlose Unordnung, mit der sie die Schule verließen, und die Wildheit, welche sie auf dem Rückwege an den Tag legten, hinreichend bekunde. Wir halten es für unsere Pflicht, den Vorständen, Vorstehern und Lehrern unserer Schulen diese von einem Kreise für das Wohl der ärmern Klassen so wirksamer Männer geäußerte Ansicht zur ernsten Beherzigung mitzutheilen. Es ist uns wohl bekannt, daß in vielen Schulen unsers Aufsichtskreises der Unterricht in der Religion und die religiöse Bildung der Jugend richtig gewürdigt und mit reifer Erkenntniß und regem Eifer gefördert wird. Wir können es auch nicht verkennen, daß auch in den Schulen, welche ein religiöses Leben durchdringt, der gesegnete Einfluß einer wahrhaft frommen Einwirkung sich nicht immer und überall sofort in dem sittlichen Verhalten der Jugend offenbaren wird, sondern die Kräfte dieser innern Veredlung oft erst in dem reifern Jünglingsalter sichtbar werden. Wir können es aber bei dieser uns gegebenen Veranlassung vor den Leitern und Lehrern unserer Schulen nicht verhehlen, wie es auch unsere auf mannichfachen Wahrnehmungen beruhende Ueberzeugung ist, daß der Religionsunterricht in unsern Schulen noch gründlicher und fruchtbarer ertheilt, die religiöse Bildung der Jugend noch lebendiger erzielt, daß die Kinder mit dem Geist und Wesensinhalt unsers Glaubens und seiner heiligen Urkunden noch mehr und tiefer bekannt werden und ihre sittliche Kraft durch den Einfluß religiöser Bildung noch bedeutender gehoben und gekräftigt werden muß. Wir halten uns deshalb verpflichtet, die Vorsteher und Leiter unserer Schulen zu ersuchen, dem Religionsunterricht in ihren Anstalten eine besondere Aufmerksamkeit und Theilnahme zu widmen, und hegen insbesondere zu den Herren geistlichen Specialaufsehern das Vertrauen, daß sie diesem Gegenstand ihre ernste Mitwirkung schenken, den Religionsunterricht in den ihrer Mitaufsicht anvertrauten Schulen genau beaufsichtigen und den mit diesem Lehrobjecte beauftragten Lehrern einsichtigen und freundlichen Rath ertheilen werden, wie sie diesen Unterricht zweckmäßig und für das innere Leben der Jugend fruchtbar einzurichten und sich selbst für diese so wichtige Thätigkeit immer mehr zu befähigen haben. Wir foderen insbesondere noch die Vorsteher und Lehrer unserer Schulen auf, die hohe Pflicht, welche ihnen in Rücksicht der religiösen Bildung unserer Jugend obliegt, immer mehr zu erkennen und auf das treuste zu erfüllen, und zweifeln nicht, daß sie in sich davon ein lebendiges Bewußtsein haben werden, wie es zu den wesentlichen Erfodernissen eines tüchtigen Volksschullehrers gehört, der Jugend den Religionsunterricht faßlich und fruchtbar zu ertheilen, und daß zur Lösung der hierein gestellten hohen Aufgabe nicht allein das Wissen der christlichen Lehre, sondern eben so sehr das rege, innere Interesse für den Gegenstand geschickt macht. Wenn es bei einer richtigen Würdigung des menschlichen Interessen keinem Zweifel unterliegt, daß die Schule kein höheres Ziel hat, als ein sittlich kräftiges Volk zu bilden, und wenn es eben so ausgemacht ist, daß dies nur durch die erleuchtenden und heiligenden Einflüsse einer lebendigen und wahrhaftigen religiösen Bildung erreicht werden kann, so ist es wol überflüssig, wahrhaft erleuchteten und gewissenhaften Männern diesen Gegenstand noch weiter zu empfehlen, wie es denn auch am Tage liegt, daß die Verirrungen auf dem Gebiete des religiösen Lebens nicht wirksamer bekämpft werden können, als wenn unsere Jugend zur Erkenntniß der Wahrheit gelangt, welche sie zu der sittlichen Vollkommenheit nach dem Vorbilde Christi führt. Wir ersuchen die Vorstände und die Herren Directoren, sämmtlichen an ihren Schulen thätigen Lehrern diese unsere Circularverfügung zur Kenntnißnahme und Nachachtung mitzutheilen."

Digitized by Google

*Von der Oder, 4. Jun. Bei der jetzt eingetretenen Annäherung zwischen Rußland und Frankreich wird es den Kennern der neuern Geschichte nicht entgangen sein, daß derselben eine geschichtliche Analogie zur Seite steht. Kaiser Nikolaus sucht sich die Gunst des ihm sonst eben nicht wohlwollenden französischen Volks durch einen Act der Großmuth zu erwerben. In dessen staatsökonomisch so trauriger Lage kommt er ihm mit einer Anleihe von 50 Millionen zu Hülfe. Als Bonaparte den Kaiser Paul von Rußland 1800 von der Coalition gegen Frankreich losreißen wollte, nahm er zu einer gleich großmüthigen Handlung seine Zuflucht. Obgleich mit Rußland noch im Kriege begriffen, entließ er doch die russischen Gefangenen ohne Lösegeld in ihre Heimat, ja er bekleidete und bewaffnete sie auf Frankreichs Kosten. Der Erfolg entsprach damals der Erwartung. Rußland trat von der Coalition gegen Frankreich ab. Allein das Ganze glich der Wirkung eines Theatercoups. Nur zu bald zerrissen die so sentimental zwischen Frankreich und Rußland geknüpften Bande, und das Ende davon war, daß die Kosacken die Tuilerien besetzten. Wird die neuangebahnte Verbindung zwischen Frankreich und Rußland ähnliche Resultate zu Tage fördern und den bekannten napoleonischen Grundsatz von neuem als wahr darstellen, daß die Großmuth in der Politik ein schlechter Rathgeber sei? Allerdings spricht die Wahrscheinlichkeit dafür. Es finden nämlich zwischen Rußland und Frankreich so viele Gegensätze statt, daß es, wenn nicht moralische Wunder geschehen, rein unmöglich ist, eine dauernde Allianz zwischen beiden Staaten zu Stande zu bringen. Die Jahre 1812—15 haben zwischen beiden Völkern einen Nationalhaß hervorgebracht; die polnische Angelegenheit hat ihn vollendet; überdies sind die Staatsverfassungen und Gesetze beider Staaten die vollkommensten Antipoden. Wenn aber zwischen zwei so diametral entgegenstehenden Gewalten noch nie eine dauernde Vereinigung stattgefunden hat, so ist dieselbe auch jetzt nicht zu erwarten, und sollten Nikolaus und Ludwig Philipp das alte zwischen Napoleon und Alexander zu Stande gekommene Project einer Theilung der Welt zwischen Rußland und Frankreich wieder aufnehmen wollen, so würde es heute noch weit früher und leichter scheitern als damals. Was Preußen betrifft, so darf es, mit Oesterreich, Deutschland und England vereint, ähnliche welterobernde Pläne, wenn sie je gemacht würden, nicht scheuen. Es kann demselben daher auch ganz gleichgültig sein, ob seine neuesten Regierungsmaßregeln an der Newa Beifall finden oder nicht. Preußen ist ein selbständiger Staat, aber nicht ein Rohr, welches der Nord- oder Westwind hin und her bewegen könnte. Es ist stark durch seine moralische wie materielle Kraft, und diese wird mittels seiner naturgemäß fortschreitenden politischen Vervollkommnung durch den Beifall der gebildeten öffentlichen Meinung Deutschlands und Englands jedenfalls mehr gewinnen, als sie dadurch verlieren würde, daß Rußland rücksichtlich seiner Allianzen andere Wahlen träfe.

*Köln, 4. Jun. Die von der Regierung genehmigte Geschäftsordnung für den Gemeinderath zu Köln ist endlich heute veröffentlicht worden. Ich theile nachstehend die wichtigsten der darin enthaltenen Bestimmungen mit. Die Sitzungen des Gemeinderaths finden an feststehenden Tagen und zwar vorläufig jeden Freitag, außergewöhnlich aber bei besondern Veranlassungen auf Einladung des Vorsitzenden statt. Die gewöhnlichen Sitzungen werden Abends 6½ Uhr pünktlich eröffnet. Die Reihenfolge der Verhandlung der auf der Tagesordnung verzeichneten Gegenstände bestimmt der Vorsitzende nach Maßgabe ihrer Dringlichkeit. Die Abstimmungen geschehen durch namentlichen Aufruf oder durch Acclamation. Auf den Antrag eines Mitgliedes kann auch durch Stimmenmehrheit eine Abstimmung durch geheime Stimmzeichen beschlossen werden. Ueber die Wirksamkeit des Gemeinderaths findet eine fortwährende Veröffentlichung statt. Zu diesem Zwecke wird in den Sitzungen ein ausführliches Protokoll geführt, wozu der Gemeinderath aus der Zahl der wirklichen Gemeindeverordneten drei Mitglieder ernennt, denen auch die Redaction behufs der Veröffentlichung obliegt. Die Veröffentlichung der Verhandlungen geschieht in doppelter Weise, und zwar erstens sofort das kurzgefaßte Ergebniß der Beschlüsse von allgemeinem Interesse in den in Köln erscheinenden politischen Zeitungen, und zweitens eine ausführliche Berichterstattung in periodischen Lieferungen, welche auch die Namen der Antragsteller und der an der Debatte betheiligten Mitglieder enthält, wenn die verhandelten Gegenstände allgemeiner Natur sind und nicht hauptsächlich Privatinteressen berühren. Der Gemeinderath kann auf den Antrag eines Mitgliedes die Nichtveröffentlichung des Protokolls oder einzelner Theile desselben beschließen. Zum Zwecke der Vorarbeiten ernennt der Gemeinderath neun Commissionen aus den wirklichen Gemeindeverordneten. Diese Geschäftsordnung tritt sofort in Wirksamkeit. — Nach einem jetzt erschienenen amtlichen Berichte hat die Armenverwaltungscommission zur Vertheilung der zu Beschaffung wohlfeilern Brotes angewiesenen Gelder im verflossenen Winter, und zwar bis zum 10. April, 29,634 Thlr. verausgabt; es standen ihr damals zu weiterer Vertheilung nur noch 2305 Thlr. zur Verfügung, worauf jedoch der Stadtrath, ihrem Antrage gemäß, einen neuen Credit von 6000 Thlr. bewilligte, mittels dessen die Commission ihre Thätigkeit noch bis Ende Mai, wenn auch mit wesentlicher Beschränkung, fortsetzen konnte. — Der Preis des Schwarzbrotes — das Weißbrot wird bei uns leider nicht tarifirt — ist seit einigen Tagen von 11 Sgr. 4 Pf. auf 9 Sgr. 5 Pf. für das achtpfündige Brot ermäßigt worden und ein ferneres Weichen steht mit Zuversicht zu erwarten.

— Das Justizministerialblatt enthält eine Bekanntmachung des Justizministeriums, die Organisation der königl. Land- und Stadtgerichte betreffend, und demnächst zuerst den Organisationsplan für das königl. Land- und Stadtgericht zu Groß Wanzleben, welcher bereits mittels allerhöchsten Erlasses vom 18. Dec. genehmigt worden ist. Zugleich wurde bestimmt, daß die zunächst für das Land- und Stadtgericht zu Groß-Wanzleben beabsichtigte, eine angemessene Verbindung der Vorzüge der Einzelgerichte mit denen der Collegialgerichte bezweckende Einrichtung, unter Berücksichtigung der provinziellen und localen Verschiedenheiten, nach und nach, jedoch so bald als möglich, auf alle königl. Untergerichte für kleine Städte und für das platte Land ausgedehnt werden soll.

Oesterreich.

Die augsburger Allgemeine Zeitung hat folgenden Artikel **aus Galizien** aufgenommen: „Ein Theil der deutschen Presse war so unglücklich, in die Hände von Correspondenten zu gerathen, welche es sich zum Geschäfte machen, das unglückliche Polen und seinen Adel in den Augen Deutschlands herabzusetzen, während sich Beide ihres Schimpfes nicht erwehren dürfen. Verdrehung und Erfindung von Thatsachen, absprechende, widersinnige Behauptungen, verleumderische, meist widersprechende Beschuldigungen sind die Waffen, deren sich diese Leute auf die rücksichtsloseste Weise bedienen. Das Meiste in ihren Berichten zielt dahin, den polnischen Adel als eine nichtpolnische Kaste, seine Glieder aber als Bauerntyrannen und Feudalaristokraten hinzustellen. Die Beschuldigung fremden Ursprungs, so sinnlos sie an sich ist, so sehr sie jeder historischen Begründung ermangelt, gewinnt doch noch an Abgeschmacktheit, wenn sie, wie hier meistens, aus der Feder von wirklichen Eindringlingen auf fremden Boden fließt, von Leuten, welche aus Mangel an Erwerb im eignen Lande gestern oder vorgestern bei uns eingewandert sind, um hier durch Schreiberarbeit ihr Stück Brot zu verdienen; von Leuten, deren große Mehrzahl sich früher durch Kriecherei gegen uns ebenso auszeichnete wie jetzt durch schändliche Verleumdungssucht, und von denen manche den wenigen schlechten Gutsherren hier ebenso halfen die Bauern zu unterdrücken, wie sie jetzt diese unsere unglücklichen Brüder gegen uns hetzen. Das Märchen von der hier noch herrschenden Bauerntyrannei ist längst widerlegt. Daß bei uns noch Fälle vorkommen, wo von Gutsherren und Pächtern, darunter oft Ausländer, arge Willkür geübt wird, wollen wir nicht läugnen; aber diese Fälle sind Ausnahmen und kommen ebenso selten vor als in irgend einem Theile Deutschlands; auch werden sie vom polnischen Adel selbst gebrandmarkt und die Bedrücker verachtet. Was unsern Aristokratismus betrifft, so wundert es uns sehr, diesen Vorwurf in Blättern zu finden, die es sich sonst zur Aufgabe machen, das Bestehende anderwärts in Schutz zu nehmen, und zwar dort, wo der Aristokratismus weit rücksichtsloser und verletzender auftritt, als dies je bei uns der Fall war und der Fall sein konnte. Diese kurze Rechtfertigung sind wir dem deutschen Leser und uns selbst schuldig. Was nun jene Scribler betrifft, so wissen wir zwar nicht, welche von ihnen berufen und welche unberufen sind; aber Das wissen wir, daß die Sache, der sie zu dienen glauben, durch böswillige Lügen und gutgemeinten Unsinn gleich sehr herabgewürdigt, die unselige Spaltung zwischen den Nationen hauptsächlich durch sie genährt wird. Wir machen die Besonnenen unter ihnen darauf aufmerksam, daß durch Ohrenbläserei noch keinem Staate gedient wurde, auch durch die moderne nicht, welche in öffentlichen Blättern ihr Unwesen treibt, und daß der gesunde Sinn im deutschen Volke bereits zu sehr erstarkt ist, als daß es sich zur Puppe von Verleumdern hergäbe. Wir, die wir mehre dieser Herren kennen, bezeugen ihnen hiermit unsere herzliche Verachtung und finden Trost darin, daß auch nicht ein Mann von höherer Bildung und Stellung zu ihrer traurigen Zunft gehört."

Großbritannien.

London, 2. Jun.

Die Königin, Prinz Albert und ihre fürstlichen Gäste begaben sich gestern Nachmittag in Begleitung ihres Gefolges und anderer im Windsorschlosse verweilenden ausgezeichneten Personen zu dem bei Ascot jetzt stattfindenden Wettrennen. Neun vierspännige offene Wagen nahmen dieselben auf. Im ersten befanden sich die Königin mit der Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar, dem Großfürsten Konstantin und dem Prinzen von Lucca, im zweiten Wagen war der Prinz Albert mit dem Erbgroßherzoge von Sachsen-Weimar, den Prinzen Georg von Cambridge, Eduard von Sachsen-Weimar und von Leiningen. Abends war großes Bankett in der St.-Georgs-Halle, wobei das goldene Tafelgeschirr aufgesetzt und auf zwei an beiden Enden der Halle errichteten Buffets ausgestellt war. Mehre von Georg's IV. Rennpferde Fleurs de Lis gewonnene Preispocale waren dabei. Den Mittelpunkt der Tafel bildete der prachtvolle St. Georgs-Candelaber. Der russische Gesandte, der Herzog von Wellington, der Marquis of Normanby und seine Gemahlin, Viscount Palmerston und seine Gemahlin waren unter den Gästen.

— Das Oberhaus war gestern sehr kurze Zeit versammelt. Es beschäftigte sich im Comité mit der Marinegefängnißbill und hielt durch Abgeordnete eine Conferenz mit Unterhausmitgliedern, welche die irische Armenbill und Landverbesserungsbill überbrachten und die Gründe eröffneten, aus welchen die Gemeinen mit einigen Amendements der Lords nicht einverstanden sein könnten. Sie werden am 3. Jun. im Oberhause zur Erwägung kommen. Die Zehnstundenbill wurde zum dritten Mal verlesen und passirte. Im Unterhause fragte Sir R. Peel, wie es die Regierung mit der Bill über Darlehen aus Staatsmitteln für einige irische Eisenbahnen halten wolle? Lord J. Russell erwiderte, daß dieselbe weiter geführt werden solle, allein daß er zur Zeit einen zur Vertheilung bestimmten und für die Beurtheilung der Angelegenheit wichtigen Bericht noch erwarte. Er gab zugleich die Versicherung, daß die Regierung den für diesen Zweck beantragten Geldbetrag nicht überschreiten werde. An ein Gerücht, daß Sir R. Peel auf noch mehr irische Eisenbahnen die Gewährung von Darlehen ausgedehnt wissen und deshalb Vorschläge machen wolle, könne er zur Zeit nicht glauben. Sir R. Peel entgegnete, daß er von Betheiligten darum ersucht, ihnen aber ablehnend geantwortet habe. Jenes Gerücht von Dem, was er thun wolle, beruhe auf keinem bessern Grund als seiner Weigerung, etwas zu thun. Vom Earl of Lincoln wurde eine unterthänige Adresse an die Königin beantragt, die Bitte enthaltend, daß sie die Mittel in huldreiche Erwägung ziehen möge, durch welche die Colonisation als Hülfsmittel neben andern Maßregeln zur Verbesserung der socialen Lage von Irland benutzt und wodurch unter voller Rücksicht auf die Interessen der Colonien selbst, das Wohlbefinden und Gedeihen der Auswandernden wirksam befördert werden könne. In einer überaus langen Darlegung der irischen eigenthümlichen Verhältnisse begründete er diesen Antrag, vorausschickend, daß er von allem und jedem Parteiinteresse dabei absehe, auch nicht etwa einen neuen Colonisationsplan aufstellen wolle, sondern nur bezwecke, von der Regierung durch eine nichtbesoldete Commission befriedigende Auskunft über die Art und Weise zu erlangen, wie mit Hinsicht auf die Unterstützung von Irland und Verbesserung seiner künftigen Lage eine planmäßige Colonisation durchzuführen sein werde. Als die vornehmsten der vielen Punkte, auf welche die Ermittelung zu richten sein würde, bezeichnete er: ob die Colonisation wohlthätigen und günstigen Einfluß für die Zurückbleibenden haben, ob sie vortheilhaft für die Auswandernden, sowie mit den Interessen der Colonie verträglich sein werde. Er verstehe überdies unter Colonisation und planmäßiger Auswanderung nicht das Loswerden und Abschütteln der Armen. Für die nächste Zeit hielt er eine Verminderung der Bevölkerung Irlands, wie viel mehr Menschen es auch künftig unter einem glücklichern Systeme werde ernähren können, für nothwendig. Man bedürfe der Zeit zur Verbesserung der Landwirthschaft und um Arbeit für die Menge zu schaffen. Die Colonien anlangend, wohin er die Auswanderung geleitet wissen wollte, waren es vorzugsweise die britisch-amerikanischen, welche er für die geeignetsten dazu halte. Für Australien, Südafrika, Neuseeland spreche zwar auch sehr viel; allein die große Entfernung sei dabei sehr hinderlich. Nach Canada gingen des Jahres Schiffe genug in Ballast, die statt dessen 300,000 Menschen billig transportiren könnten. Der Antrag wurde von Hrn. Gregory ausführlich unterstützt und führte zu einer langen Verhandlung, in der Sir R. Peel sich günstig dafür aussprach. Lord J. Russell verwahrte die Regierung gegen die Ansicht, der Beförderung der Auswanderung früher und jetzt nicht hinreichende Beachtung gewidmet zu haben. Er wies auf die Vorsicht hin, mit welcher bei solchen Plänen gerade jetzt verfahren werden müsse, wo die Vereinigten Staaten abwehrende Maßregeln ergriffen hätten, damit man die Colonien nicht abgeneigt mache zur Aufnahme von Einwanderern, indem sie den Abhub der Bevölkerung zu bekommen besorgen könnten. Für Lord Lincoln's Antrag hielt er eine besondere Commission nicht nothwendig. Die aus den britisch-amerikanischen Colonien zu erfodernde Auskunft sei vom Generalgouverneur und den Ministern und von der Provinzialversammlung einzuholen, wozu es keiner Commission bedürfe. Wenn die Motion angenommen werde, halte er für weit besser, der Regierung die Ermittelungen anheimzugeben. Sie wünsche die planmäßige Colonisation in Britisch-Amerika, und er sei bereit, einer Adresse beizutreten, welche derselben günstig sich ausspreche, könne aber zu einer besondern Commission der Königin seinen Rath nicht ertheilen. Lord Lincoln blieb indessen bei seinem Antrage, der auch, da die Regierung sich im Wesentlichen nicht dagegen erklärte, angenommen wurde. Als Hr. Bouverie dann die von einem Geistlichen in Warmünster angeblich verweigerte Beerdigung eines Armen zur Sprache bringen wollte, ward auf Zählung des Hauses angetragen, und da nicht mehr 40 Mitglieder da waren, erfolgte die Vertagung.

— Das Comité des Repealvereins hielt am 31. Mai in Dublin anstatt der Wochenversammlung des Vereins eine besondere Sitzung unter John O'Connell's Vorsitz, um Maßregeln zur kräftigen Beförderung der Repeal zu berathen; der Correspondent der Times erwartet, daß es im beiderseitigen Interesse wol bald zu einer Vereinigung der Repealer und der Jungirländer kommen werde. Da aus einleuchtenden Gründen mancher Gentleman im dubliner Schlosse jetzt weniger oft gesehen werden würde, könnte es wol kommen, daß bei den allgemeinen Wahlen die Parole „Nieder mit den brutalen, blutigen Whigs" gegeben werde. Nur sei die große Frage noch, wer der Führer des gesammten Trosses werden solle. Die sommerliche Rundreise der Richter ist wegen der beunruhigenden Fieberepidemie, wie 1832 wegen der Cholera, verschoben worden.

— Das Generalcommando der Armee hat gestern einen Tagesbefehl erlassen, worin die Offiziere und Soldaten, welche an Schlachten oder Belagerungen in den Kriegen von 1793—1814 Theil genommen haben, zu deren Gedächtniß von den Vorfahren der Königin Medaillen zu schlagen befohlen und dergleichen an Generale und Offiziere damals vertheilt worden sind, sich zu melden und ihre Ansprüche zu belegen haben, um eine für solche Veteranen auf Befehl der Königin geschlagene Medaille jetzt verliehen zu erhalten. Dem Tagesbefehl ist ein Verzeichniß von 26 Treffen, Schlachten und Belagerungen aus dem spanischen und dem letzten amerikanischen Kriege von 1806—14 beigefügt, für welche früher Medaillen verliehen wurden. Einen gleichen Tagesbefehl hat die Admiralität erlassen, worin ebenso bekannt gemacht wird, daß alle Offiziere, Soldaten und Seeleute, welche in dem obigen Zeitraum an Waffenthaten Theil nahmen, für welche damals Medaillen vergeben wurden, jetzt auf Befehl der Königin deren erhalten sollen. Auch diesem Tagesbefehl ist ein Verzeichniß solcher Waffenthaten beigefügt, das mit Lord Howe's Sieg über die französische Flotte am 1. Jun. 1794 beginnt und bis zum 25. Jan. 1815 deren 18 aufzählt.

— Auf der Brighton-Chicheſter Eisenbahn kam ehegestern, ohne bis jetzt aufgefundene Ursache, die Locomotive und der Tender eines Wagenzugs von den Schienen, die Maschine riß sich vom Tender los und stürzte von der vier Fuß erhöhten Bahn in den daneben hinlaufenden Graben. Der Führer und der Heizer waren bei der Abtrennung der Locomotive unter den Tender gefallen, und der Erstere ist getödtet, der Andere tödtlich verwundet. Der Tender blieb neben den Schienen aufrecht, der nachfolgende Packwagen schob sich auf denselben hinauf, von den übrigen Wagen wurde keiner beschädigt und die Reisenden erfuhren das Unglück nur durch das Anhalten des Zuges.

— Der Herzog v. Buckingham soll sich wegen bedrängter Finanzen entschlossen haben, seinen prachtvollen Landsitz Stowehouse vorläufig zu schließen, die Dienerschaft zu entlassen und mit seiner Gemahlin einige Jahre auf dem Festlande zu reisen, um zu sparen.

— Aus **Montreal** wird die Eröffnung der Schiffahrt auf dem St. Lawrence gemeldet. Der abgetretene Generalgouverneur, Graf Catheart, hatte sich, unter mehrfachen Anerkennungen der Verdienste seiner Verwaltung, nach Boston eingeschifft, um nach England zurückzukehren.

— Ein Gerücht läßt den britischen Obersten Churchill Dorf und Gebiet Howarra im drusischen Theile des Libanon von den Emirs aus dem Hause Schahab durch Kauf erworben haben.

Frankreich.

Paris, 3. Jun.

In der Deputirtenkammer wurde von Hrn. Muret de Bort gestern der Bericht über den Gesetzentwurf wegen Verlängerung der freien und erleichterten Einfuhr von Getreide vom 31. Jul. bis 31. Oct. übergeben. Hr. de Tocqueville reichte den über den Entwurf zur Errichtung militairischer ackerbautreibender Lager ein. Die Berathung des Gesetzes über das Avancement zur Specialdienstleistung commandirter Lieutenants wurde fortgesetzt. Ein Amendement des General Pairhans, welches die Anzahl der auf solche Weise außer der Reihe zu avancirenden Lieutenants auf höchstens zwei Fünftel der bei den Infanterie-, Reiter-, Artillerieregimentern und Genieecorps vorhandenen Capitaine beschränkt wissen will, veranlaßte jedoch die Verweisung desselben an die Commission und den Abbruch der Debatte. Die ganze Sitzung wurde dann dem Credikgesetzentwurfe über 9 Mill. zur Herstellung des von der letzten Loireüberschwemmung verursachten Schadens an Dämmen, Straßen ꝛc. gewidmet, von denen 5 Mill. im Jahr 1847 und 4 Mill. im Jahr 1848 verwendet werden sollen. Die Artikel des Entwurfs wurden votirt, über das Ganze konnte, weil die Kammer unzählig war, nicht abgestimmt werden.

— Der Gesetzentwurf über Erhöhung der für 1847 auszugebenden Summe königlicher Schatzbons auf 275 Mill. hat die Beistimmung des Budgetcomité erhalten.

— Bu-Maza, der noch immer an seinem zerschossenen Arme leidet, hat eine Operation an demselben zur Entfernung mehrer Knochensplitter vornehmen lassen und wird sich angeblich auf einige Wochen in ein französisches Bad begeben, ehe er nach Afrika zurückkehrt.

— Nach dem Courrier de Marseille würde Marschall Bugeaud, welcher dem General Bedeau das Commando der gegen Kabylien versammelt gewesenen Truppen übergeben hat, ehe er nach Algier zurückkehrte, von der Erlaubniß des Königs zur Reise nach Frankreich Gebrauch machen. Von dem neuen Kriegsminister General Trézel wird die Bestrafung eines aus Algier nach Frankreich mit seinem Regimente zurückgekehrten Obersten mit Arrest, weil er in Frankreich, wo er bereits unter dem Befehle seines Divisionsgenerals stand, ein belobendes Schreiben des Marschalls Bugeaud, von diesem dazu autorisirt, seinem Regimente durch Tages-

defekt bekannt gemacht hatte, ohne des Divisionsgenerals Genehmigung eingeholt zu haben, als erstes Zeichen erzählt, daß er die Uebergriffe des Marschalls nicht wie sein Vorgänger geschmeidig nachsehen wolle.

**Paris, 3. Jun. Die Vermuthung, die ich in Nr. 155 andeutete, daß die Kammer die Gesellschaften der Eisenbahnen von Paris nach Lyon und von Lyon nach Avignon mit größerer Nachsicht behandeln werde, als dies die Regierung in dem Gesetzentwurfe gethan, ist bei der gestrigen Vorberathung in den Bureaux der Kammer über diesen Vorschlag bereits eine unverkennbare Thatsache geworden. Das Gesetz, das unter der Form einer strengen Aufrechthaltung der von den Compagnien eingegangenen Verpflichtungen die Revision der mit den Compagnien abgeschlossenen Verträge als Princip aufstellt, fand weniger seiner sonstigen Bestimmungen als vielmehr vorzugsweise um dieses Grundsatzes willen allgemeinen Anklang. Fast in allen Bureaux sprach sich die Mehrheit unumwunden gegen die Strenge des Entwurfs aus und beantragte, die Gesellschaften in den Stand zu setzen, daß sie die Eisenbahnen thätig fortbauen können. Auf welche Weise man sie in den Stand setzen soll, wurde nicht näher bezeichnet und bleibt wol der Commission überlassen, in Vorschlag zu bringen. Ein doppelter Zeitraum der Nutznießung der Linien, statt 45 80—90 Jahre, und andere ähnliche Begünstigungen, mitunter wol auch ein Abschlag des Pachtschillings von mehren Millionen werden die Pillen sein, welche die Commission zur Beschwichtigung der Compagnien und zur Stimulirung der Actionaire anrathen wird. Die Krankheit der Einen wie der Andern läßt sich allerdings nicht bezweifeln, hingegen ist es mehr als zweifelhaft, ob die Opfer, die man zur Entfernung der Krankheit zu bringen sich entschließt, nicht weit größer als das Uebel selbst sind. Die Revision der Verträge Ein für alle Mal als Grundsatz annehmen heißt einen Vorgang aufstellen, der den ungegründetsten und ungebührlichsten Foderungen aller gegenwärtigen und künftigen Eisenbahngesellschaften Thor und Thür öffnet. Hat man einmal eine Compagnie für ihre Rechnungsfehler oder getäuschten Erwartungen entschädigt, mit welchem Rechte will man den Täuschungen anderer in der Folge den angesprochenen Ersatz verweigern, durch welche Controle will man in Zukunft derlei Ansprüche als gegründet oder ungegründet anerkennen? Diese und ähnliche Bedenken wurden zwar gestern erhoben, jedoch wenig beachtet.

Wenn man von der Ansicht ausgeht, daß die Compagnien allein es sind, welche dem Staate Eisenbahnen bauen können, dann freilich muß man über jene Bedenken hinweggehen, sobald es sich von einer Linie handelt, die Paris mit dem Mittelmeere verbinden soll. Die Bahn ist wenn nicht wichtiger, doch eben so wichtig als irgend eine, sie ist bereits von beiden Seiten angegriffen, und der Staat darf keine Opfer scheuen, um sie so schnell als möglich vollenden zu lassen, muß also den Compagnien Zugeständnisse selbst auf die Gefahr hin machen, daß er dabei mehr oder minder gerupft wird. Niemand aber hat weder in noch außerhalb der Kammer die Nothwendigkeit nachgewiesen, den Bau und die Verwaltung aller Eisenbahnen ohne Ausnahme den Compagnien zu überlassen. Nie und durch kein Gesetz hat der Staat ein für alle Mal sich des Rechts begeben, auf eigne Kosten und eigne Faust eine oder die andere Linie zu bauen. Das Gesetz von 1842, die eigentliche Charte der Eisenbahnbauten, hat keine bindende, sondern eine blos ermächtigende Kraft in dieser Beziehung; es heißt darin, die Regierung „kann" diese Bauten durch Compagnien ausführen lassen. Doch an den Bau der Eisenbahnen durch den Staat denkt Niemand mehr, und selbst der Opposition, die von 1842—45 eine so lebhafte Abneigung gegen die Compagnien hatte und ihnen nicht einmal die kleinste Zweigbahn anvertrauen wollte, ist es gestern nicht in den Sinn gekommen, zu fragen, warum der Staat nicht den Fortbau der Linie von Paris nach Avignon übernehme, ein Schweigen, das in der That unbegreiflich wäre, wenn man nicht wüßte, daß die Opposition wie ihre politischen Gegner auf der andern Seite eben so stark bei allerlei Unternehmungen der Art betheiligt ist, und das Sprüchwort: Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus, im Palais Bourbon eine unbestreitbarere Wahrheit als die Charte von 1830 ist.

Die Lüsternheit des pariser Publicums nach ärgerlichen Vorfällen droht alle Grenzen zu überschreiten. Die Scandale, die ihm mehr als Ein Tribunal seit mehren Monaten zur Ausbeute gegeben, haben die Gier noch nicht befriedigt, womit es derlei Begebenheiten verschlingt. Diese Stimmung scheint einem erfindungsreichen Geiste nicht entgangen zu sein, der eine Geschichte in Umschwung gebracht, die weniger durch sich selbst als durch den Helden, der darin eine bedeutende Rolle spielt, einen nicht ganz untergeordneten Platz in der Chronique scandaleuse verdiente, wenn dem Abenteuer nicht sonst alle historische Wahrheit abginge. Wie auffallend es aber auch alle Kennzeichen der Unwahrscheinlichkeit an der Spitze trägt, geht das boshafte Histörchen doch von Mund zu Mund, und bereits haben einige Blätter und Blättchen mehr, andere unverständlich darüber gemunkelt. Weniger also um es zu erzählen als um es zu widerlegen konnte es mir in den Sinn kommen, dieses Product eines erfinderischen Geistes hier zu erwähnen, wovon man sich seit fast acht Tagen hier unterhält. Da aber der Widerlegung nothwendigerweise die Erzählung vorausgehen muß, beginne ich mit dieser.

Einer der königlichen Prinzen, der überdies sich nicht der größten Volksthümlichkeit erfreut — ein Umstand, der den Dichter wahrscheinlich bei der Wahl des Helden für seine Stadtnovelle geleitet hat —, soll das Haus des Generals ..... häufig mit seinem Besuche beehrt haben. Diesem fielen die Besuche auf, und er machte seiner Frau Vorstellungen über die Misdeutung, zu welcher eine auffallende Freundlichkeit des Prinzen mit seinem Hause berechtigen könnte. Die Generalin soll die Bedenken ihres Mannes nicht getheilt und sich höchlich gewundert haben, daß dieser für die Ehre, die ihrem Hause widerfahre, so gleichgültig sein könne, und erklärt haben, sie werde keineswegs etwas thun, was den Prinzen ahnen lassen könnte, daß man seine Besuche nicht zu schätzen wisse; was den General zu der Erklärung bestimmte, er werde an ihrer Stelle handeln. Der Prinz setzte seine Besuche fort, und der General glaubte bemerkt zu haben, daß dieselben seiner Tochter gälten, die bereits auf vertraulichem Fuße mit dem Prinzen umgehe. Eines schönen Tages soll nun der General dem Letztern auf eine eben nicht zarte Weise zu verstehen gegeben haben, die Ehre seines Hauses erheische es, dessen Besuche nicht mehr anzunehmen. So erzählt die Sage, deren Unwahrscheinlichkeit zuvörderst darin liegt, daß die Mutter einen gefährlichen Umgang des Prinzen mit ihrer Tochter begünstigt habe, ferner, daß der General, wenn er wirklich die Besuche des Prinzen für bedenklich hielt, nicht wenigstens so viel Achtung vor ihm gehabt, daß er ihm schriftlich und unter den Formen des Anstandes den Wunsch geäußert, jeden Schein der Zweideutigkeit seiner Verhältnisse zu ihm zu vermeiden. Ein anderer, vielleicht noch angemessenerer und unfehlbarer Ausweg wäre es gewesen, wenn der General an den Vater des Prinzen geschrieben hätte. Daß er aber gerade so ungeziemend als seine Frau unverzeihlich bei der Sache sich benommen, beweist eben, daß der ganze Vorfall dem Gehirn eines müßigen Erfindungsgeistes allein seinen Ursprung verdankt. Andererseits ist es jedoch ein Zeichen der Zeit, daß man derlei Ausgeburten der Bosheit ohne alle weitere Prüfung von Mund zu Mund verpflanzt. Um die Nemesis nicht ganz aus dem Spiele zu lassen, fügt die geschäftige Sage hinzu, der König habe, als er das Abenteuer erfuhr, dem Prinzen Hausarrest auf unbestimmte Zeit auferlegt und werde ihn nach überstandener Haft zur Strafe nach Afrika schicken. Zufälligerweise habe ich den Prinzen ausfahren sehen, als ihm der Mothe zufolge die Thore des Schlosses verriegelt waren.

Rußland und Polen.

**Warschau, 1. Jun. Die Abreise des Großfürsten Michael nach Petersburg ist nun endlich, nachdem derselbe verschiedene Inspectionsreisen im Königreiche gemacht, erfolgt. Ein Grund mehr, das Gerücht, welches im Auslande ausgesprengt worden und das dort die Runde durch die Zeitungen machte, daß nämlich der Großfürst Vicekönig von Polen werden sollte, für durchaus unbegründet zu erklären. Hier hat Niemand dem erwähnten Gerüchte Glauben geschenkt, da das Verhältniß des Großfürsten Michael zum Kaiser zu gut bekannt ist, als daß man auch nur im entferntesten einer Vermuthung, wie sie jenes Gerücht aussprach, Raum geben sollte. Es cursiren nicht blos in den mit den petersburger Hofverhältnissen unterrichteten Kreisen Polens, sondern überhaupt in ganz Rußland Erzählungen, welche die Absichten des Großfürsten Michael als so besonderer Art charakterisiren, daß schwerlich der Kaiser ihm das Vicekönigthum von Polen ertheilen würde. Der Großfürst Michael ist ein Mann von festem, energischem Charakter und von hoher Intelligenz, der sich seinem Neffen, dem künftigen Thronfolger, weit überlegen glauben und nach jenen Erzählungen zu mehren Malen bereits entschiedenen Widerwillen geäußert haben soll, daß er dereinst den jetzigen Thronfolger als Kaiser anzuerkennen haben wird. Es sollen hierdurch verschiedene Conflicte zwischen ihm und dem jetzt regierenden Kaiser veranlaßt worden sein. So wird unter Anderm auch eine Hofgeschichte erzählt, deren Wahrheit ich allerdings dahingestellt sein lassen muß. Bei einem Hoffeste habe sich der Großfürst Michael entschieden geweigert, dem Thronfolger den Vortritt zu lassen. Der Kaiser habe ihn darüber in Gegenwart des Thronfolgers zur Rede gestellt und ihn endlich gefragt, was bei dieser Uneinigkeit im kaiserlichen Hause nach seinem Tode mit dem russischen Reiche werden sollte? Statt aller Antwort habe Großfürst Michael von einer in der Nähe befindlichen Schale eine Apfelsine genommen, sie in zwei Hälften getheilt, die eine für sich behalten und die andere dem Thronfolger gegeben. Freilich ist dies sehr unwahrscheinlich; denn wer solche Plane hat, der verbirgt sie, besonders in Rußland.

Doch genug hiervon; es gibt viele andere, gewichtigere Gründe, die es durchaus unwahrscheinlich machen, daß Polen mit dem Willen Rußlands auch nur einige Selbständigkeit, einige Unabhängigkeit von diesem Land erlangen solle, und die die Umwandlung desselben in ein Vicekönigreich mit einem russischen Prinzen als Vicekönig als ganz undenkbar darstellen. Der gewichtigste unter diesen Gründen ist das schon viele Mal von mir bereits hervorgehobene und genügend dargethane Princip unserer Regierung, Polen zu russificiren. Der Kaiser aller Reußen hat oft genug seine Absicht, sich zum Beherrscher aller Slawen zu machen, dargethan. Was könnte er da also zur Erreichung dieser seiner Absicht für dringender erkannt haben, als die bereits unter seinem Scepter befindlichen slawischen Völ-

Digitized by Google

kerschaften zu einem harmonischen Ganzen zu vereinigen, dessen Band in gemeinschaftlichen staatlichen wie religiösen Institutionen bestände? Um dieses Band zwischen Polen und Rußland herzustellen, um die Polen aus Russenfeinden, die sie früher waren und zum Theil noch sind, in Nationalrussen zu verwandeln oder sie wenigstens mit Letztern zu amalgamiren, hat er bereits seit Besitzergreifung unsers Landes eine Menge Einrichtungen und Maßregeln getroffen. Es ist bei der ihrer Absicht sich so klar bewußten und ihren Zweck mit so allgemein bekannter Consequenz und Unabänderlichkeit verfolgenden Politik Rußlands durchaus keine Möglichkeit, der Annahme Raum zu geben, daß alle seine bereits getroffenen Maßregeln für Polen mit Einem Male desavouirt und ein völlig neues System befolgt werden sollte. Und dies wäre der Fall, sollte Polen jetzt in ein Vicekönigreich verwandelt werden. Es leuchtet daher ein, daß die Nachricht, welche dies als in naher Aussicht meldend vor einiger Zeit im Auslande die Runde machte, durchaus grundlos ist.

Am 27. Mai fand auf der Eisenbahn nach Czenstochau ein Unglück statt, welches, obschon an sich beklagenswerth genug, doch durch das Gerücht viel größer dargestellt worden ist, als es wirklich gewesen. Bei dem ersten Zuge, der von hier nach Czenstochau an dem gedachten Tag abging, ereignete es sich, daß unweit des Dorfes Kletnia, zwischen den Bahnhöfen Gorszkowice und Radomsk, fünf Personenwagen aus dem Schienengleise sprangen, umstürzten und ganz und gar zerstört wurden. Es verloren hierbei fünf Personen das Leben, vier trugen schwere, acht leichte Verletzungen davon. Ein Glück war es, daß der Zug sich zugleich von der Locomotive loslöste, da sonst leicht noch weit mehr Personen, deren im Ganzen 60 im Zuge sich befanden, hätten verunglücken können. Man glaubt, daß dieser Unfall dadurch veranlaßt worden sei, daß der Damm an jener Stelle sich etwas gesenkt habe; doch ist hierüber durchaus noch nichts constatirt. Es ist diese Vermuthung um so weniger wahrscheinlich, als die Züge seitdem regelmäßig befördert wurden und sich weiter kein Unfall an der gedachten Stelle ereignete.

Eine Verordnung, die unser Oberpolizeimeister, Generalmajor Abramowicz, vor kurzem erlassen, wird endlich den vielen Klagen über Verzögerungen bei Ausfertigung von Reisepässen ein Ende machen. Sämmtliche Polizeibeamte, die beim Paßwesen beschäftigt sind, werden durch dieselbe angehalten, so schleunig als möglich die Pässe auszufertigen, gleich viel ob sie für das Inland oder das Ausland verlangt werden; natürlich nur bei solchen Personen, gegen die kein Bedenken zur Ertheilung eines Reisepasses vorliegt. Sollte sich trotz dieser Verordnung ein Beamter dennoch ein Versehen zu Schulden kommen lassen, so soll der Beeinträchtigte sich mit seiner Beschwerde sofort an den Oberpolizeimeister persönlich wenden, wo er dann einer schleunigen Erledigung seiner Beschwerde gewärtig sein kann. So ist denn hierdurch mit Einem Male das lästige Lapowe-Geben (Lapowe ist der in Polen allgemein übliche Ausdruck für das Geld, wodurch man einen Beamten zu bestechen sucht) aufgehoben. Uebrigens ist nicht zu läugnen, daß von allen unsern Behörden gerade die Polizeibehörde diejenige ist, die am geschwindesten expedirt und mit Eifer, oft freilich mit zu großem Eifer, der Erfüllung ihrer Dienstpflichten obliegt. Unsere Polizei könnte in dieser Beziehung mancher ausländischen zum Muster dienen. Wir haben dies der eben so energischen als umsichtigen Persönlichkeit des Oberpolizeimeisters Abramowicz zu verdanken. Er selbst ist ein durchaus unbestechlicher Mann, was bekanntlich hier viel sagen will, der, um seine Beamten unbestechlich zu machen, diesen vor allen Dingen sehr bedeutende Gehalte zukommen läßt und andererseits mit der größten Strenge diejenigen, welche sich haben bestechen lassen, bestraft. Seiner unermüdlichen Thätigkeit hat Warschau einen gegen früher ziemlich erträglichen Zustand in Bezug auf Sicherheit des Eigenthums und auch gleichzeitig Schutz vor der Willkür der Subalternbeamten zu verdanken. Es gilt dies jedoch nur von unserer Stadt; denn im Lande selbst werden in beiden Beziehungen nur zu sehr gegründete Klagen erhoben.

Griechenland.

Die griechische Marine, welche im Jahr 1845 im Ganzen aus 3314 Schiffen von verschiedenem Gehalte bestand, hat im Jahr 1846 eine Vermehrung von 506 Fahrzeugen erhalten; die Summe, welche erstere im letztverflossenen Jahre gewann, beläuft sich auf beiläufig 50 Mill. Drachmen. Diese Gewinnste bewirken, daß die Griechen fortwährend neue Schiffe bauen, womit sie bereits auch den Ocean zu befahren anfangen und den Handelsfahrzeugen der andern Staaten von Europa eine imposante Concurrenz entgegenstellen werden. (Oss. Tr.)

Ostindien.

Die neuesten Berichte aus Bombay vom 2. Mai wollen wissen, daß Lord Hardinge im October d. J. sein Amt als Generalgouverneur aufgeben und nach Europa zurückkehren werde. Auch der Oberbefehlshaber des Heeres, Lord Gough, kehrt im März 1848 nach Ablauf seiner fünfjährigen Dienstzeit nach Hause zurück. An des Letztern Stelle wird, wie es heißt, Sir Charles Napier treten. — General Littler hatte Lahore verlassen, um sein Commando im Dschallunder Duab anzutreten. — Die Unruhen in Aude sollen durch die Zerstörung zweier Hindutempel veranlaßt worden sein und 10,000 Hindus in der Umgegend von Lucknow lagern, um für jene von dem Könige befohlene Maßregel Rache zu nehmen, der den Beistand des Generalgouverneurs in Anspruch genommen hatte.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Weser-Zeitung enthält folgende Nachrichten aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika: „Dem Handels- und Schiffahrtsvertrage mit Hannover, dessen Bedeutung für den Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten in der amerikanischen Presse vollständig anerkannt wird, dürfte bald ein auf ähnlichen Bedingungen beruhender Vertrag mit dem Zollvereine nachfolgen. Es soll, wie uns aus Washington geschrieben wird, der Entwurf zu einem solchen Vertrage mit dem Zollvereine zwischen Baron Gerolt und Hrn. Buchanan in diesem Augenblicke bereits abgeschlossen sein und nur noch der Bestätigung der übrigen souverainen Vereinsmitglieder bedürfen. — Das neue Gesetz über die Emigrantenabgabe in Neuyork ist mit dem 5. Mai d. J. in Kraft getreten, und die in Folge dieses Gesetzes angeordnete Commission, zu welcher die jedesmaligen Vorstände der deutschen und inländischen Emigrantengesellschaften gesetzlich gehören, hat bereits ihre Arbeiten begonnen. Die Bill entspricht dem Zwecke, Gefahrloshaltung von Stadt und Staat, ohne der Einwanderung Hindernisse in den Weg zu legen, vollkommen. Sie schreibt vor, daß der Capitain jedes Passagierschiffes gleich nach Ankunft dem Mayor eine complete Namens- und Standesliste seiner Passagiere überhändigen und für jede Person ein Kopfgeld von 1 Doll. entrichten soll. Im Falle sieche, geisteskranke, blödsinnige oder sonst für ihren eignen Unterhalt zu sorgen unvermögende Personen, die nicht Glieder einer einwandernden Familie sind, sich unter ihnen befinden, so soll für jede solche Person Bürgschaft zum Belaufe von 300 Doll. gestellt werden. Die unterstrichene Clausel bildete den Hauptstreitpunkt zwischen den Rhedern und dem Stadtrath und motivirte den Ausdruck der öffentlichen Stimmung durch die jüngst im Tabernakel zusammenberufene Versammlung. Die Rheder haben zuletzt den Sieg davongetragen; der Staat wird entschädigt und die Sache ist damit hoffentlich auf lange Zeit zur Ruhe verwiesen. — Die Zahl der Einwanderer in Neuyork während des Monats April betrug 21,800. Ein Schiff, der Emanuel, brachte kürzlich 160 entblößte Passagiere nach Neuyork, die nach Aussage des Capitains auf der ganzen Reise von nichts als rohem Mehl mit Wasser vermischt lebten. — Auch von Neuyork aus wird den Bedürftigen in Deutschland ein ganz namhafter Betrag zugehen. Nach einer Veröffentlichung des Comité hat die von der Gemeinde der «vereinigten deutschen lutherischen Kirchen» ausgehende Sammlung bis jetzt schon über 1200 Doll. eingebracht."

— Die Amerikaner speculiren bereits auf Ausführung des lange gehegten Projects der Verbindung des Mexicanischen Meerbusens und des Stillen Oceans; sie wollen die Landenge von Tehuantepec zu diesem Zwecke benutzen. Nach dem Stillen Ocean hin ergießt sich dort der Fluß Chiapa und in den Mexicanischen Meerbusen der Huasacualco. Beide sind bis auf 36 englische Meilen von einander für Fregatten von 32 Kanonen schiffbar und sollen durch einen Kanal verbunden werden.

— Von Cuba her erneuern sich wieder einmal die Gerüchte, daß Spanien damit umgehe, die Insel für seine ungeheuern an England schuldigen Summen abzutreten. Die Einwohner der Insel sind schon aus dem Grunde dagegen, weil alsdann die Sklaverei aufhören müßte; noch größern Anstand würden die Vereinigten Staaten nehmen. Präsident Monroe hat vor mehr als 30 Jahren erklärt, daß Cuba nie in die Hände einer andern europäischen Macht fallen dürfe.

— Die Bremer Zeitung schreibt aus Baltimore vom 14. Mai, daß von Washington noch keine Entscheidung über die Passagierbill erfolgt und Secretair Walker wahrscheinlich durch sein Unwohlsein verhindert worden war, eine endliche Erklärung zu geben.

Mexico.

Aus Mexico wird noch berichtet, daß auf die Nachricht von dem Anrücken der Amerikaner im Congresse der Antrag gemacht worden sei, die Versammlung nach Queretaro zu verlegen, und daß auf die Nachricht von der Niederlage bei Cerro Gordo beschlossen ward, der Regierung für die Dauer des Krieges dictatorische Gewalt zu ertheilen, die Ermächtigung zu Friedensunterhandlungen oder Gebietsabtretung an die Vereinigten Staaten davon aber auszunehmen; jeder Antrag darauf wird im voraus für Verrath an der Nation erklärt. — Auch Tuspan ist am 18. April den Amerikanern in die Hände gefallen, welche die Festungswerke schleiften und die Geschütze wegführten.

Haiti.

Von Haiti sind Nachrichten vom 18. April eingetroffen, welche den Rücktritt des Finanzministers Detré melden. Der Kriegsminister Dupuy war sein Nachfolger geworden und General Paul hatte die Stelle des Kriegsministers erhalten. Detré's Abtreten fand wenig Beifall. Der Präsident Soulouque hatte die Absicht, das Decret seines Vorgängers, welches die durch §. 7 der Constitution verbotenen Heirathen zwischen Haitiern und Fremden zuläßt, zum Gesetze zu erheben, allein der Senat willigte nicht ein.

Digitized by Google

Handel und Industrie.

Frankfurt a. M., 4. Jan. Heute Abend verbreitete sich hier das Gerücht, daß der Bankier Bethmann, der sich seit einigen Tagen in Paris aufhält, dort seine Zahlungen eingestellt habe. Es hat sich bis jetzt bestätigt, daß Bethmann Frères in Paris ihre Zahlungen nicht eingestellt haben, daß aber Bethmann in Frankfurt, wie es heißt, in Folge der Pariser Ereignisse, seine Zahlungen eingestellt hat. Bethmann Frères in Paris sollen sich, wie es heißt, in Folge der Pariser Ereignisse, genöthigt sehen, ihre Zahlungen einzustellen. Bethmann hat sich in Folge dessen nach Frankfurt begeben, um hier seine Angelegenheiten zu ordnen. Es heißt, daß die Passiva 2 Millionen Gulden betragen. Die Activa sollen bedeutend sein. Es heißt ferner, daß Bethmann Frères in Paris ihre Zahlungen wieder aufnehmen werden. Wir sind weder in der Lage Bestätigung noch Widerlegung dieser Gerüchte zu geben. Wir können nur sagen, daß sie in Frankfurt große Aufregung hervorgerufen haben, daß sie aber bis jetzt nicht bestätigt sind. Das deutsche Element wird sich mit Ruhe verhalten, und wir hoffen, daß auch die Regierungen sich nicht beeilen werden, Maßregeln zu ergreifen, welche nur geeignet sind, die Aufregung zu vermehren. Die Regierungen werden sich vielmehr darauf beschränken, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und werden die nothwendigen Maßregeln gegen die Agitatoren ergreifen, welche sich bemühen, Unruhen hervorzurufen. (Fr. J.)

Wiesbaden, 3. Januar. Bankverein. Dividende pro 1846 30 Fl. pro Actie.

Stuttgart, 3. Januar. Württembergische Vereinsbank. Dividende pro 1846 30 Fl. pro Actie.

Leipzig, 4. Januar. Leipziger Bank. Dividende pro 1846 . . . . . 4,000 Thlr.
Leipziger Creditanstalt . . . . . 4,000 „

Wien 7 Jan. — 3 Jan. 96,63 Briefe, Geschäft 96,50 Geld 96,63.

Nordbahn zu Ende des letzten Monats 1846 . . . . . 1,000 Thlr. 37 Sgr. 8 Pf.

Leipzig, 4. Januar. Eisenbahn. 3. Jan. Abgel. 1846 Mai 1846 Juli 1846 Sept. 1846 Nov. 1847 Jan. 1847 März. 1847 Mai. 1847 Juli. 1847 Sept. 1847 Nov. 1848 Jan. 1848 März. 1848 Mai. 1848 Juli. 1848 Sept. 1848 Nov. 1849 Jan. 1849 März. 1849 Mai. 1849 Juli.

Ankündigungen.

[2225]

Neue
Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung.

Jahrgang 1847. Gr. 4. 12 Thlr.

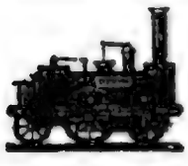
Wöchentlich erscheinen sechs Nummern. Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Zeile 1½ Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

Mai.

Inhalt: **Goethe**: Die Psalmen, der Urschrift gemäss metrisch übersetzt und erklärt von *J. G. Vaihinger.* — **F. A. Bornemann:** *Jodoci Heringa opera exegetica et hermeneutica. Ed. H. E. Vinke.* — **L. Pelt:** Vorlesungen über Katholicismus und Protestantismus, von *W. J. Thiersch.* — **Franz Ritter:** *C. Cornelii Taciti opera etc. Ed. J. Orellius.* — **K. J. Clement:** Streifzüge in Schleswig-Holstein und im Norden der Elbe, von *Th. Mügge.* — **Platner:** Versuch einer allgemeinen physiologischen Chemie, von *G. J. Mulder.* — **G. F. Günther:** *Lettres et pièces rares ou inédites, par M. Matter.* — **Knies:** 1) Briefe aus und über Nordamerika oder Beiträge zu einer richtigen Kenntniss der Vereinigten Staaten und ihrer Bewohner, von *J. G. Büttner.* 2) Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, von *F. Wyse.* Für Deutsche bearbeitet von *Ed. Anthor.* — **V. d. Gabelentz:** Vergleichendes Wörterbuch der gothischen Sprache, von *L. Diefenbach.* — **Voigt:** Untersuchungen über die *Fauna peruana*, auf einer Reise in Peru während der Jahre 1838—42, von *J. J. v. Tschudi.* — **A. C. J. Schmid:** Pandekten von *G. F. Puchta.* — **Choulant:** *Poème grec inédit attribué au médecin Aglaias, par le docteur Stehel.* — **Preller:** *Procli commentarius in Platonis Timaeum. Graece recensebat C. E. Ch. Schneider.* — **Irenäus: Gelehrte Gesellschaften; Beförderungen und Ehrenbezeigungen; Chronik der Universitäten; Literarische u. a. Nachrichten; Miscellen; Nekrolog.**

Leipzig, im Juni 1847.

F. A. Brockhaus.



Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Zu der in den General-Versammlungen unserer Gesellschaft vom 4. Nov. v. J. und 10. März d. J. beschlossenen Umwandlung von 2500 Quittungsbogen B. zur Riesaer Zweigbahn in 2500 Stück Berlin-Anhaltische Stammactien Lit. B. ist die allerhöchste Genehmigung nunmehr erfolgt.

Die Ausgabe dieser 2500 Stück Stammactien Lit. B. wird

vom 1. Mai bis 15. Juni d. J.

in den Geschäftsstunden jeden Wochentages in unserer Hauptkasse (Askanischer Platz Nr. 6) geschehen.

Auf jede vorgelegte sechs Stück Quittungsbogen B. 3. Einzahlung werden fünf Stück abgestempelt und zurückgegeben; der sechste wird einbehalten und dafür gegen Zuzahlung von 110 Thlr. nebst 4% Zinsen seit 1. Januar d. J. (worauf die Zinsen von 90 Thlr. Einzahlung seit 1. August v. J. bis ultimo December pr. mit 1⅓ Thlr. gutgerechnet werden) wird eine Stammactie Lit. B. über 200 Thlr. mit Dividendenscheinen vom 1. Januar d. J. ab, ausgehändigt.

Mit dem 15. Juni d. J. wird das Umwandlungsgeschäft geschlossen.

Berlin, den 24. April 1847.

Die Direction.
v. Cronstein, Vorsitzender.

[1725—27]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote **„Bohemia"** und **„Germania"** fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [2226]

Soeben ist bei Unterzeichnetem erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Schutter, C., Christlicher Zuruf in der theuren Zeit.
Eine Predigt im Frühjahre 1847 über den vorgeschriebenen Text 1. Thessal. 1, 4—7 gehalten. Gr. 8. Geh. 3 Sgr.

Neustadt a. d. Orla, am 2. Jun. 1847.

[2186] **J. K. G. Wagner.**

Gesuch. Ein praktisch und theoretisch gebildeter Mechaniker, welcher über seine Leistungen während eines langen Aufenthalts im Auslande sich hinlänglich legitimiren kann, sucht eine Stelle als Constructeur oder Werkmeister in einer Maschinenbau-Anstalt oder Eisenbahnwerkstatt. Geneigte Offerten werden unter der Chiffre **M. W.** an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung erbeten, welche auch nähere Auskunft über den Betreffenden zu geben in den Stand gesetzt ist. [2132—34]

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 8. Jun. **Die Montecchi und Capuleti**, große Oper von Bellini. — Romeo, Frl. **Stegemann**, vom Theater zu Stettin, als Gast.

Mittwoch, 9. Jun. **Adam und Eva**, Lustspiel von C. Carl. Adam, Herr **Berthold der Jüngere**, als letzte Gastrolle. — Hierauf: **Die Wiener in Berlin**, Liederspiel von Holtey.

Ritterguts-Verkauf.

Das den Herren Karl Theodor, Karl Otto und Karl Reinhold Gebrüder Esche zugehörige, im Saal-Eisenberger Kreise des Herzogthums Sachsen-Altenburg höchst romantisch gelegene, von Kahla, Jena und Roda 1½ St., von Neustadt a. d. Orla 3 St., von Weimar 5 St. und vom Anhaltepunkte der Thüringischen Eisenbahn bei Apolda 4 St. entfernte Mannlehnrittergut

Schiebelau

soll erbregulirungshalber nebst Allodien und einem vollständigen lebenden und todten Inventarium

Dienstag den 29. Juni d. J.

von Vormittags 11 Uhr an durch den Unterzeichneten im Wege des Meistgebots, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, verkauft werden. Es gehören dazu circa 4 Acker Gärten, 25 Acker Wiesen, 140 Acker Felder, 182 Acker Holz, 20 Acker Teeden resp. Obstplantagen ꝛc., den Acker zu 200 zehnelligen Quadratruthen gerechnet. Das Nähere ist aus den bei den Herren Gebrüdern Esche zu Schiebelau, sowie bei dem Unterzeichneten ausliegenden Verkaufsbedingungen ersichtlich, von welchen der Letztere gegen Erstattung der Copialien und Postverläge auf Verlangen Abschrift ertheilt.

Kauflustige werden ersucht, sich am gedachten Tage auf dem Rittergute Schiebelau einzufinden und ihre Gebote bis Mittag 1 Uhr anzubringen.

Altenburg, den 1. Mai 1847. [1917—19]

Hofadvocat **Karl Hempel.**

Wein-Verkauf. Eine Partie 1846r, sowie noch einige Zuläste 1842r Heidesheimer rother Wein, aus bester Lage, rein und gut gehalten, sind billig zu verkaufen. Das Nähere bei **St. F. Meubert** in Mainz.

Künstliche Zähne

werden von mir einzeln und in Garnituren, meistentheils nicht nur **ohne Schmerzen** eingesetzt, sondern auch ohne alle nachfolgende Geschwulst und Leiden mancherlei Art, die sich so häufig nach dieser Operation einzustellen pflegen. Von der Wahrheit dieser meiner Versicherung wird sich ein jeder Zahnpatient, welcher mir sein Vertrauen schenkt, auf eben so eclatante Weise überzeugen, wie dies schon bei vielen Zweifelnden zu meiner großen Genugthuung der Fall war.

[1222—25] **S. Gutmann**, Zahnarzt,
Dresden, Schloßgasse Nr. 24, zweite Etage.

Gesuch. Ein junger Kaufmann, 25 Jahre alt, sucht in einem achtbaren Hause Stellung als Comptoirist oder Reisender, und würde sich derselbe mit 5- bis 6000 Thlr., unter Umständen mit einem größern Capitale bei einem sichern Geschäfte betheiligen. [2141—43]

Gefällige frankirte Offerten unter der Chiffre **B. C. Nr. 1.** wird die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung entgegennehmen.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Ernst Julius Grünberg in Ulberndorf mit Frl. Emilie v. Greif in Hermsdorf. — Hr. Louis Jacob in Borna mit Frl. Auguste Krätschmar. — Hr. Ernst Wunderlich in Großenhain mit Frl. Emilie Dietze in Meißen.

Getraut: Hr. Gerichtsdirector Dr. Emil v. Beulwitz in Gera mit Frl. Marie v. Feilitzsch. — Hr. Kaufmann Konrad Engelhardt in Triest mit Frl. Amalie Hoffmann aus Wien.

Geboren: Hrn. Bahnhofsinspector Born in Radeberg ein Sohn. — Hrn. E. Hildebrand in Taucha eine Tochter. — Hrn. Apotheker Keilhau in Pulsnitz eine Tochter. — Hrn. H. W. A. Kozenberg in Bremen eine Tochter. — Hrn. Ferdinand Schubert in Cannewitz eine Tochter.

Gestorben: Frau Gerhard. Dannemann in Bremen. — Frau Gerichtsregistrator K. F. J. Förster in Riesa. — Hr. Hofrath Freiherr v. Handel in Hagenau. — Hr. Kaufmann Ernst Kreh in Heilbronn. — Frau Bürgermeister Kunze in Lommatzsch. — Hr. Traiteur David Maier in Ludwigsburg. — Hr. Kaufmann J. W. Reißig in Fürth. — Hr. Freiherr Moritz v. Romberg in Köln. — Frau Land- und Stadtgerichtsrath Elise Rose in Bielefeld. — Frau Landgerichtsactuar Eleonore Rudolphy in Schlitz. — Hr. Major Karl Schmidt in Erfurt. — Hr. Kaufmann Otto Sörgel in Eisleben. — Frau Buchdruckereibesitzer M. Wagner in Stuttgart.

Mittwoch — Nr. 160. — 9. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 1 Ngr.

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Ueberblick.

Deutschland. †Aus Norddeutschland. Der Staat und die katholische Kirche. — Die bairischen Landräthe. ✕**Dresden.** Hr. Harleß. Wohlthätigkeitsspeculation. — Untersuchung in **Mannheim.** — Adresse an Hrn. v. Gagern. *Weimar. Prinz Peter von Oldenburg. Die Lebensmittel. Landtag.

Preußen. Berlin. Landtag. ‖ Berlin. Die neue Organisation der Land- und Stadtgerichte. *Aus der Provinz Sachsen. Die Martinigemeinde in Halberstadt. *Aus Schlesien. Güterzerschlagungen. Der oberschlesische Bauer. †Aus Schlesien. Die Hatzfeld'sche Angelegenheit. — Die Anklageschrift gegen die Polen.

Oesterreich. +Von der böhmischen Grenze. Eine Schrift über Oesterreich. Der ungarische Schutzverein.

Spanien. Der Nuntius Brunelli. Der König und die Königin. Hr. de la Riva. Schlägerei in Sanguerra.

Großbritannien. Unterhaus. Die Einkommensteuer. Protest Londonderry's gegen die Werbebill. Die anglikanischen Geistlichen in Irland. Die irischen Oberrichter. Die Ursache des Unfalls auf der Chester-Holyhead-Eisenbahn. Sir Eardley Wilmot.

Frankreich. Parlament. Die Zeitungen. Hoftrauer. Das Marine- und Colonialministerium. Prinz von Joinville. Marschall Bugeaud. Die Dampfschiffverbindung zwischen Havre und Neuyork. Die Gemeinde Buzançais. Fallissements. Der angebliche Aufstand im Rif. General Alzao. ♀ Paris. Die Corruption und das Ministerium.

Schweiz. Der genfer Staatsrath.

Italien. *Rom. Schulwesen. Rundschreiben. Die Universität Bologna.

Türkei. ‖ Konstantinopel. Die griechische Differenz. Halil-Pascha.

Nordamerika. Die deutsche Colonie in Texas.

La Plata-Staaten. Der Kampf zwischen Rosas und Montevideo.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. (*) Berlin. Theater. — Die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften in Paris.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. — Handelsvertrag zwischen Bremen und Griechenland. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

† **Aus Norddeutschland**, 4. Jun. Daß Hamburg, als es vor einigen Jahren den jetzigen luxemburger Bischof Laurent nicht in seinen Mauern duldete, damit keineswegs eine Antipathie gegen den Katholicismus an den Tag legen, sondern sich nur römischer schädlicher Einflüsse auf den confessionellen Frieden erwehren wollte, zeigte sich in diesem Jahre deutlich, als der Senat gern in die Anstellung eines dritten Geistlichen bei der dasigen katholischen Gemeinde willigte. Dagegen findet die Bestätigung des dermalen in Schwerin interimistisch fungirenden katholischen Priesters von Seiten des Landesherrn nicht statt, weil derselbe im collegio romano, also von den Jesuiten zu Rom unmittelbar gebildet worden ist. Also auch hier stößt der Katholicismus als solcher auf keinen Widerstand, sondern derselbe trifft nur jenen Katholicismus, welcher als Ultramontanismus mit der Ruhe und dem Frieden der in Deutschland durch den Westfälischen Frieden in ihren Rechten gleichgestellten drei Confessionen unverträglich ist.

— Durch Entschließung vom 2. Jun. sind die Landräthe der acht Kreise **Baierns** zu ihren Versammlungen auf den 15. Jun. einberufen.

✕ **Dresden**, 6. Jun. Referent wagt nicht zu verbürgen, daß nur der lautere Wunsch nach stiller Herzenserhebung bei dem heutigen Hauptgottesdienst in der evangelischen Hofkirche die hohen und weiten Räume in solchem Maße füllte; der Name Harleß, dessen Kanzelvortrag für heute angekündigt, war der Zauberruf, welcher eine so überzählige Versammlung aus allen Ständen zur Kirche führte. Ein in religiöser Beziehung aus den verschiedensten Elementen gemischtes Publicum, Schwankende und Ueberzeugte, Alt-, Neu-, Recht-, Ueber- und Ungläubige, Lichtfreunde und Obscuranten drängten sich, um durch das lebendige Wort das Für und Wider über den vielgenannten Mann, den ausgezeichneten Sprecher zu prüfen. Dr. Harleß, bevorzugt mit einem kräftigen wohltönenden Organ, führte im Crordium in einer reichen quellenden Sprache die Zuhörer in die erste apostolische Gemeinde; mit dem Feuer der Redekraft zeigte er, daß der „alte Quell, der so gotteskräftig aus dem starren Fels geschlagen", ob auch unsichtbar, doch unverrückt die Welt durchströme, es sei: „das ewig junge Evangelium, das mit seinem Donner wie mit seinem Frieden allüberall sich Wege bahne". Die Hauptbetrachtung des Vortrags verbreitete sich „über die Segensmacht des wahrhaft apostolischen Christenthums". In den drei meisterhaft gerundeten Theilen: 1) was der Apostel Lehre sei; 2) ihr Segen ist die sich selbst verläugnende Liebe, die freie Liebe, 3) sie ist das Mittel, die Herzen und das Reich Gottes zu gewinnen, legte der Redner seine eignen Ueberzeugungen in ungeschmückter Wahrheit dar. Von dem klaren faßlichen Vortrag, in welchem die Schärfe des Verstandes als vorherrschend bezeichnet werden dürfte, möchten vor Allem die zeitgemäßen Ansichten über die Irrthümer der communistischen Wünsche der vollsten Aufmerksamkeit werth sein. Wenn der gediegene Vortrag nicht die volle Ansprache gefunden hat, so darf man nicht vergessen, daß unser Publicum, selbst der Theil der minder Gebildeten, bei dem allgemeinen Fortschritte der Geistesbildung keineswegs zurückblieb; es ist vorzugsweise empfänglich für die einfach edel erhobene Sprache der religiösen Vorträge, und allzu kühne Bilder, schroffe Gleichnisse, Kraftbezeichnungen wie „Zwangsjacke", „Dreschflegel", „ungezogene Kinder" und andere werden selbst im Volke nur einen mäßigen Anklang finden.

Der speculative Wohlthätigkeitssinn läßt bei uns keine Gelegenheit zum Nutzen guter Zwecke vorübergehen. Ein großer, vom Hofmetzger Meißner für 200 Thlr. 15 Ngr. erkaufter Ochse wurde, mit Kränzen und grünen Gewinden geschmückt, vom Waldschloß nach der Stadt geführt und im Schlachthause des Besitzers nach Bekanntmachung im Anzeiger zum Besten der Schwarzenberger gegen beliebige Spenden einige Tage gezeigt.

— Aus **Mannheim** vom 3. Jun. heißt es im Frankfurter Journal: „Es wurde, so viel ich ziemlich mit Bestimmtheit erfuhr, wegen Dewiat's Rede auf dem Turnplatze Untersuchung angestellt, bei welcher man namentlich Hrn. v. Struve und Dr. Hammer nennt. Es sind jetzt Wochen vorübergegangen, und nun erst fängt man zu untersuchen an, wo die Thatsache meist vergessen ist."

— Dem Frankfurter Journal schreibt man aus **Darmstadt** vom 4. Jun.: „Viele hiesige Einwohner und Bürger vereinigten sich zu nachstehendem Schreiben an Hrn. Heinrich v. Gagern in Monsheim und ging heute dasselbe an ihn ab: »Hochverehrter Mann! Wir Unterzeichnete haben Kunde von der Herausforderung erhalten, welche Hr. Hofgerichtsrath Georgi an Sie hat ergehen lassen. Sie gehören der Oeffentlichkeit, dem Volke; ein Jeder im Volke hat Theil an Ihnen. Schon darum ist eine Einmischung Dritter in jene Angelegenheit nicht nothwendig eine unbefugte. Wären Sie anderer Ansicht, würde unsere große Verehrung und Liebe für Sie uns dennoch entschuldigen, daß wir uns gedrungen fühlen, Ihnen als unsere innigste Ueberzeugung auszusprechen, daß Sie keine genügende Veranlassung haben, sich mit Hrn. Georgi zu schlagen. Nochmals, edler Mann, rufen wir Ihnen zu: Sie gehören dem Volke! Tausende harren jetzt schon mit Bangen Ihres Entschlusses und ganz Deutschland wird ihn demnächst richten! Mit der aufrichtigsten Hochschätzung unterzeichnen wir. Darmstadt, 2. Jun. 1847.«"

*Weimar, 3. Jun. Prinz Peter von Oldenburg nebst Familie ist am 3. Jun. von Petersburg zum Besuche bei der großherzoglichen Familie hier eingetroffen und hat heute seine Reise nach dem Rheine fortgesetzt. — Die Erfahrungen, welche man rücksichtlich der übertriebenen Berichte über die Getreide- und Brotpreise an andern Orten gemacht hat, haben sich auch hier bestätigt; nicht allein, daß die Preise des Weizens und des Roggens, trotz der bedeutenden Ausfuhr nach dem Thüringerwalde, mit jedem Markttage gefallen, so findet auch das Roggenbrot, welches von Seiten des Stadtraths an bedürftige Familien, wenn sie keine Almosenempfindenten sind, mit einer Preisherniedrigung von 4 Pf. pr. Pfund abgelassen wird, nicht den erwarteten Absatz. Das Pferdefleisch hat zwar zu 6 Pf. das Pfund Abnehmer gefunden, doch gewinnt es das Ansehen, als ob die Neugier an dem Kaufe mehr Antheil gehabt hätte als der Wunsch, wohlfeiles Fleisch zu erhalten; der Stadtrath ist jedoch entschlossen, das Schlachten von Pferden so lange fortzusetzen, bis der Erfolg über die Sache entschieden hat. In Erfurt sind die Preise der Lebensmittel höher als hier, und daher soll von den Behörden eine Theuerungsgehaltzulage in Berlin beantragt, jedoch abgeschlagen worden sein. Aus dem Kreise Heiligenstadt ist eine Deputation in Erfurt gewesen, um Roggen aus dem Militairmagazin zu erbitten, es konnte ihr aber nicht gewillfahrt werden, weil jenes Magazin kaum für den eignen Bedarf Vorrath hatte.

Am 17. April in der einundvierzigsten Sitzung des Landtags referirte, wie die Protokolle ergeben, der Abg. Henß über eine Petition der jüdischen Gemeinde zu Lengsfeld, die Emancipation der Juden betreffend. Gegen einige Momente, wodurch in der Petition hatte

nachgewiesen werden sollen, daß die Juden gegen die Christen im Nachtheile ständen, wurde bemerkt, daß nach Verhältniß der Seelenzahl der Christen gegen die Juden im Lande für Letztere mehr geschehe als für Erstere. Der Ausschuß war der Meinung, daß die Emancipation der Juden nicht zu befürworten sei, und begründete dieses Gutachten unter Anderm auch durch die Behauptung, daß die Juden in mercantilischer Hinsicht ungefähr Das, was die Jesuiten in religiöser Hinsicht wären. Abg. v. Wiedenbrugk bekämpfte den Antrag des Ausschusses und hielt dafür, daß unter Beibehaltung einiger mercantilischen Beschränkungen die eingegangene Petition wol befürwortet werden könne. Der erste Gehülfe war entgegengesetzter Meinung. Daß die Juden trotz der ihnen gegebenen Gelegenheit, sich mit dem Volk, unter welchem sie geduldet würden, zu amalgamiren, sich noch immer absperrten, dafür spreche schon der Umstand, daß unter 1457 im Lande befindlichen Juden von den Befugnissen, welche ihnen durch die Judenordnung zugestanden worden, so wenige Gebrauch machten, nur 62 nicht Handel trieben und nur 42 Handwerke. Dagegen hätten sie ihre Hände nach den ihnen verbotenen Gewerben der Metzger und Bäcker ausgestreckt, weil hier der Uebergriff in die Rechte Anderer am schwierigsten zu ermitteln sei. Abg. Märker dagegen, in einer Stadt lebend, wo viele Juden wohnen, wollte versichern, daß die Gleichstellung derselben mit den Christen für die Letztern eher vortheilhaft sein werde. Abg. Bretsch aber meinte, es thue fast noth, unsere christlichen Mitbürger von den nachtheiligen Einflüssen ihrer jüdischen Gläubiger zu emancipiren. Abg. Schmidt wollte so lange, als nicht in ganz Deutschland eine vollkommene Emancipation eingeführt worden, dagegen stimmen. Abg. v. Müller erklärte sich für eine stufenweise Emancipation und trug darauf an, daß die Staatsregierung um Erlassung eines diesfallsigen Gesetzes gebeten werde. Staatsminister v. Gerdorf: Die Staatsregierung beabsichtige die stufenweise Verbesserung der Juden, aber ihr dermaliger Zustand habe einige Beschränkungen nöthig gemacht, und die Staatsregierung werde sich freuen, wenn in der Folge die Umstände es erlauben würden, diese Beschränkungen ganz oder zum Theil fallen zu lassen. Abg. Henß vertheidigte seinen Widerspruch gegen die Emancipation mit Beispielen aus der neuen Geschichte mehrer Länder, unter Anderm, daß Napoleon durch das Benehmen der Juden gezwungen worden sei, ihnen die bei der Revolution zugestandene Befugniß wieder zu entziehen; daß sie in Polen den in neuerer Zeit gegen sie angewendeten Druck durch Widerspänstigkeit und durch ihren Schmuggelhandel ꝛc. selbst herbeigeführt hätten, endlich sei auch die Abneigung der Gemeinden zu groß, als daß sie sich zur Aufnahme derselben entschließen würden. Nach Beendigung dieser sehr interessanten Berathung wurde die Frage des Landmarschalls: ob der Landtag dem Gutachten des Ausschusses gegen die Petition beitrete, mit 27 gegen 5 Stimmen bejaht; ebenso wurde auch die zweite Frage, ob der Landtag auf eine Gesetzvorlage wegen allmäliger Emancipation antragen wollte, mit 16 gegen 3 Stimmen verneint.

Preußen.

Berlin, 7. Jun. In der Sitzung der Herren-Curie am 1. Jun. erlangte der Antrag der Stände-Curie, wonach die Entscheidung, ob eine Petition zur Competenz des Landtags gehöre, nicht dem Landtagsmarschall, sondern der Versammlung zustehen solle, die erfoderliche Majorität von zwei Dritteln nicht, indem sich zwar 30 dafür, aber 26 dagegen erklärten. Auf Anlaß des Grafen Dohna-Lauck sprachen sich noch mehre Mitglieder dahin aus, daß jeder Bezug auf Vorgänge in der andern Curie möglichst zu vermeiden sei. Ein Antrag der Abtheilung, die Vorlagen in der Regel nicht beiden Curien zugleich zuzutheilen, wohl aber das Gutachten derjenigen Curie, die den Gegenstand zuerst berathen hat, der andern zur Benutzung mittheilen zu lassen, ward von 37 gegen 19 Stimmen angenommen, was die gesetzliche Mehrheit war, da, wenn ein Bruch sich ergibt, jeder unter der Hälfte gar nicht, jeder über der Hälfte aber als voll gerechnet wird. Die andern Anträge wurden meist unverändert angenommen. Eine längere Verhandlung entspann sich aber über den Antrag des Fürsten Lichnowsky auf Feststellung eines Minimums für die Beschlußfähigkeit der Versammlung. Mehre Mitglieder hielten dafür, daß diese Bestimmung in das Gesetz, nicht in das Reglement gehöre, wie das auch, wie der Finanzminister nachwies, in der provinzialständischen Gesetzgebung der Fall ist. Graf Arnim wies auch darauf hin, daß der König sich eine erweiterte Organisation der Herren-Curie vorbehalten habe. So fanden es nur vier Mitglieder schon jetzt an der Zeit, den Antrag zum Beschlusse zu erheben. Ein vom Fürsten Radziwill veranlaßter Antrag, wonach zwar jeder Antragsteller seinen Antrag zurücknehmen kann, derselbe aber doch auch dergestalt Eigenthum der Versammlung ist, daß die Debatte fortgeht, wenn die reglementsmäßige Unterstützung eintritt, ward angenommen. (A. P. Z.)

Berlin, 6. Jun. Das Justizministerium beabsichtigt, wie es in einer zwar schon vom 11. Nov. v. J. datirten, jetzt aber erst zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Bekanntmachung ausspricht, eine Organisation der königlichen Land- und Stadtgerichte in der Weise herzustellen, daß eine angemessene Verbindung der Vorzüge der Einzelrichter mit denen der Collegialgerichte stattfinde. (Nr. 159.) Die dahin abzielende Einrichtung ist laut eben dieser Bekanntmachung zuerst für das Land- und Stadtgericht zu Groß-Wanzleben getroffen und legalisirt worden, und wird unter Berücksichtigung der provinziellen und localen Verschiedenheiten nach und nach, jedoch so bald als möglich, auf alle königlichen Untergerichte für kleine Städte und für das platte Land ausgedehnt werden. Es sei gestattet, aus dem Modell einige Andeutungen darüber zu geben, in welcher Weise die der gedachten Tendenz gemäß doppelseitige Eigenschaft möglich gemacht werden soll. Das genannte Land- und Stadtgericht zu Groß-Wanzleben wird collegialisch formirt; es besteht aus einem Director und sieben Assessoren. Dem Director und vier Assessoren wird ihr Wohnsitz zu Groß-Wanzleben selbst, zweien Assessoren zu Seehausen und zweien zu Egeln angewiesen. Den zu Seehausen und Egeln wohnenden Mitgliedern wird als Geschäftskreis im örtlich abgegrenzten Sprengel des Land- und Stadtgerichtsbezirks unter der Bezeichnung: Land- und Stadtgerichts-Commission zu Seehausen oder Egeln Nr. I. oder Nr. II., den zu Groß-Wanzleben wohnenden ein Geschäftskreis nach näherer Bestimmung des Directors angewiesen. In diesen Geschäftskreisen haben die Mitglieder als Richter alle Sachen selbständig zu bearbeiten, welche an sich der Competenz eines allein stehenden Unterrichters unterworfen werden können und auch nach den folgenden Bestimmungen nicht der collegialischen Berathung und Beschlußnahme vorbehalten sind. Ihre Erlasse (Verfügungen und Ausfertigungen) ergehen im Namen des Land- und Stadtgerichts. Der Geschäftsressort für den Director ist möglichst genau normirt. Namentlich aber unterliegen folgende Gegenstände der collegialischen Berathung, Verhandlung und Entscheidung: 1) Die Erkenntnisse nebst den dem erkennenden Richter in den Gesetzen vorbehaltenen Verhandlungen und Beschlüssen in Civilprocessen und Untersuchungen, mit mehren besondern Ausnahmen, z. B. Bagatell- und Injuriensachen, besonders schleunige (Wechsel-Arrest- und Bau-)Sachen, Polizei-, Forst-Rugesachen ꝛc. 2) In den nicht der Entscheidung durch Erkenntniß unterworfenen Angelegenheiten gehören ferner vor das Collegium a) alle Sachen, welche entweder der Director zur besondern Beschlußnahme verweist, oder das betreffende Mitglied aus dem ihm überwiesenen Geschäftskreise zur collegialischen Berathung zu bringen sich veranlaßt findet, oder das Collegium vor sich zu ziehen beschließt; b) die Depositaldarlehen von Privatpersonen und c) in Vormundschafts- und Curatelsachen die Bestätigung abgeschlossener Erbrecesse und die Genehmigung freiwilliger Veräußerungen unbeweglicher Güter der Minorennen. Auch steht es 3) den Parteien frei, auf den Beschluß des Collegiums zu provociren, wenn in Sachen, die bei einer Entscheidung durch Erkenntniß vor das Collegium gehören würden, eine Klage oder Widerklage oder Denunciation durch Verfügung zurückgewiesen, oder über das Proceßverfahren zu bestimmen ist. Um die erfoderlichen collegialen Beschlüsse zu fassen, müssen die außerhalb des Hauptortes wohnenden Mitglieder des Gerichts sich allmonatlich wenigstens einmal zu den Sitzungen des Collegiums einfinden.

Man sieht, der Versuch zur Lösung der allerdings sehr schwierigen Aufgabe ist kunstvoll berechnet. Dennoch möchte ihm manches erhebliche Bedenken noch entgegenstehen, worauf wir für jetzt nur auf das eine hinweisen, daß sehr bedeutende und auf die Rechtspflege sehr schädlich einwirkende Verzögerungen unvermeidlich sein werden, wenn die Mitglieder eines und desselben Gerichtscollegiums in verschiedenen von einander mehr oder weniger entfernten Orten wohnen und wirksam sein sollen und nur von Monat zu Monat einmal zu gemeinsamer Berathung zusammentreten. In England bestehen allerdings ähnliche Einrichtungen nicht ohne Nutzen, selbst im Verwaltungs- und Polizeifache. Aber im hiesigen Geschäftsgange können doch eigne Fälle eintreten.

* **Aus der Provinz Sachsen**, 7. Jun. Vor einiger Zeit meldeten die öffentlichen Blätter, daß sich in Halberstadt eine „freie Gemeinde" von bedeutendem Umfang unter Leitung des Predigers Wislicenus aus Bedra bilden wolle, und dies wurde dann dahin berichtigt, daß die Mitglieder der Martinigemeinde, für deren Oberpredigerstelle der Magistrat den Pastor Wislicenus präsentirt hatte, sich mit einer Immediateingabe an den König gewendet hätten, weil die Präsentation des Pastors Wislicenus von der Regierung verworfen sei. An seiner Stelle hatte der Magistrat bereits einen andern präsentirt, doch wurde die Wahl bis zur Entscheidung des Königs ausgesetzt. Aus guter Quelle erfahren wir nun, daß der König sich abschlägig auf die an ihn gerichtete Petition entschieden hat. In dem bereits ausgefertigten Antwortschreiben desselben wird jedoch auf die Immediateingabe der Martinigemeinde nicht näher eingegangen, sondern als Grund des Beschrides nur angegeben, daß der Magistrat schon aufs neue präsentirt habe. Dem ursprünglichen Plane gemäß wird nun in Halberstadt doch wol noch die Bildung einer freien Gemeinde unter Wislicenus stattfinden.

* **Aus Schlesien**, 5. Jun. Die Güter, welche früher Prinz August in Schlesien besaß und welche nach dessen Tod an den König gefallen sind, waren, der bisher üblichen Form nach, in Aemter getheilt und an Landwirthe, die im vorliegenden Falle das Prädicat Amtsräthe führen, verpachtet. Einige dieser Pächter enden binnen kurzer Zeit ihren Pacht, und wie man vernimmt, hat der König beschlossen, diese Güter nicht mehr im Ganzen, sondern in kleinern Arealen auszuthun und da-

bei vor Allem Bauern zu berücksichtigen. Somit würde denn begonnen, die Maßregel der Dismembration größerer Güter, welche für andere Provinzen bereits angeordnet ist, auch in Schlesien zur Anwendung zu bringen, was nur von den heilsamsten Folgen für das Ganze sein kann. Ginge dieses Verfahren von einer andern Person als der des Monarchen selbst aus, so könnte man leicht befürchten, daß die hohen Gutserträge der letztern Jahre zum Maßstabe des künftigen Pachts zu Grunde gelegt werden würden, hier aber kann man Dessen gewiß sein, daß keine überspannten Foderungen gemacht werden, daß vielmehr die Bemessung der Rente eine solche sein wird, die dem nachhaltigen Ertrage der Aecker angemessen ist. Ein Rath, der schon das Vertrauen des Prinzen August besaß und die Güter, die er früher als Pachter bewirthschaftete, selbst besaß, Kammerrath Schmidt, ist in jüngster Zeit auf denselben anwesend gewesen und soll mit den diesfälligen Verhandlungen beschäftigt sein. Zu wünschen wäre nur, daß durch die Pächter neue Wirthschaften begründet würden, nicht daß bereits angesessene Bauern zu ihrem Besitze neue Aecker pachteten, wodurch der gehoffte Erfolg, die Vermehrung selbständiger Wirthe, verfehlt würde. Bis jetzt hat in Schlesien notorisch die Dismembration von Gütern weit mehr die Wirkung gehabt, daß mehr Grund und Boden zu schon bestehenden Gütern zugelegt worden ist, als daß größere neue Güter gebildet worden wären. In den Jahren 1810—14 wurden zusammen dismembrirt nach Angabe der schlesischen Provinzialblätter 132,106 Morgen, von diesen wurden zu 199 Rittergütern geschlagen 11,618 Morgen, zu 11,313 schon bestehenden Rusticalstellen 82,333 Morgen und 3881 neue Stellen begründet mit 38,155 Morgen, wonach evident ist, daß die Mehrzahl dismembrirten Landes zur Vergrößerung schon bestehender Wirthschaften benutzt ward, nicht zur Bildung neuer bäuerlicher Besitzungen. Das ist um so schlimmer, als die Hauptmasse des zur Dismembration gekommenen Landes von Bauerstellen genommen worden ist, während uns doch noth thut, weniger Ritter-, mehr Bauergüter zu haben.

Warum die Städte nicht dem Könige nachfolgen und ihre Kämmereigüter, statt im ganzen Complex, in kleinern Flächen verpachten und so ihre Güter nicht allein einträglicher machen, sondern auch den der städtischen Gewerbe bedürfenden Landmann ihrerseits heben und fördern, ist um so schwerer zu ergründen, da auch der pecuniaire Vortheil solcher Verpachtungsweise klar vor Augen liegt. In Oberschlesien hat der Bauer im Allgemeinen größere Flächen im Besitz. Es ist bekannt, daß er sie schlecht bewirthschaftet, gehindert theils durch das noch auf ihm haftende Dienstverhältniß, mehr aber noch durch seine geringe Neigung zum Ackerbau. Er zieht vor, den Hüttenwerken die Erze zuzufahren und die gewonnenen Metalle ꝛc. wieder fortzubringen, führt dabei ein elendes jämmerliches Nomadenleben; aber dieses legale Vagabundiren hat für ihn einen solchen Reiz, daß er es allen Ernstes sehr übel vermerkt, wenn man ihm durch den Bau von Eisenbahnen, Chausseen und Straßen dasselbe verkümmert. Er glaubt sich in seinem Erwerbe bedrängt und vergißt ganz, daß er weit angemessenere Mittel zu einem reichlichern Erwerb in Händen hat, durch welchen er sich ein behagliches und freundliches Leben gestalten könnte, und wobei er noch in den Stand gesetzt wäre, sich ein kleines Vermögen zu sammeln, was er bei dem Fuhrwesen nicht kann. Es wird indeß noch eine Zeit lang dauern, bis er zu dieser Einsicht gelangt. Die Mäßigkeitsvereine, deren Verbreitung und festerer Begründung dieses agirende Wesen sehr hinderlich ist, sollten dahin arbeiten, jene Einsicht unter den Bauern zu befördern.

† **Aus Schlesien**, 4. Jun. Die aus der Augsburger Postzeitung in diese Zeitung (Nr. 117) übergegangene Excommunication des Fürsten Hatzfeld, welche dadurch in ihrer Specialität und schroffen Form auch bei uns in Preußen erst recht bekannt geworden ist, hat nicht blos ihre religiöse oder vielmehr kirchliche, sondern auch ihre politische Seite. Das Familienstatut der fürstlich Hatzfeld'schen Familie bestimmt nämlich, daß der jedesmalige Besitzer der freien Standesherrschaft Trachenberg der katholischen Confession angehören muß. Da nun der gegenwärtige Fürst durch die beregte Excommunication von der römisch-katholischen Kirche verbannt, folglich aus derselben ausgeschlossen ist, so entstehen daraus sehr verwickelte Successions- und Familienfragen. Unter den dermaligen Umständen würde der excommunicirte Fürst wahrscheinlich zur evangelischen Kirche übertreten, allein er muß dann fürchten, seine Besitzungen zu verlieren, weil er statutengemäß katholisch sein muß. Auf der andern Seite geräth das beregte Statut mit unsern Landesgesetzen in Conflict, da nach dem Allgemeinen Landrecht der Grundbesitz nicht von der Confession abhängen, sondern völlige Religionsfreiheit in Preußen herrschen soll. Manche Juristen sind daher der Meinung, daß der Fürst Hatzfeld auch bei einem Confessionswechsel im Besitze von Trachenberg bleiben müsse; andere dagegen bestreiten dies. Jedenfalls wird der Fürst Alles aufbieten, um von seinem Banne losgesprochen zu werden. Ob ihm dies aber bei der Erbitterung der römischen Behörden gegen ihn gelingen wird, steht dahin. Selbst der sonst so liberale Papst wird in dieser Kirchensache wenig thun können. Uebrigens hat die Fassung der bischöflichen Excommunication unter der katholischen Aristokratie großes Aufsehen gemacht. In der That ist es hart, die Wiederverheirathung eines geschiedenen katholischen Fürsten eine „Freverlthat" zu nennen, und wenn ein weltlicher Richter in ähnlichen Fällen ein solches Urtheil gesprochen hätte, würde man ihm einen Injurienproceß machen können. Allein bei einer römisch-geistlichen Behörde finden ganz andere Verhältnisse statt. Wollte man daher auch den Fürstbischof wegen dieses Ausdrucks injuriarum anklagen, so würde er sich auf sein Recht, auf den Ausspruch der Bullen und Canonen über dies kirchliche Vergehen, endlich auf das Beispiel der heiligen Päpste berufen, welche, freilich in der goldenen Zeit des Mittelalters, nicht blos mit Fürsten wie unser Hatzfeld ist, sondern mit Kaisern und Königen noch ganz anders gesprochen haben. Will also unsere römisch-schlesische Aristokratie die Restauration des specifischen alleinseligmachenden Römerthums bewirken, so muß sie sich schon solche specifisch römische Phrasen gefallen lassen.

— Die Anklageschrift, welche der Staatsanwalt des Kammergerichts, Geheimrath Wentzel, gegen die verhafteten, des Hochverraths angeklagten Polen erlassen hat, ist jetzt im Druck erschienen und soll in 1000 Exemplaren abgezogen werden. Sie ist sehr umfangreich, über 100 Bogen in Folio stark und lautet gegen 210 Angeklagte. Eine polnische Uebersetzung wird unmittelbar erscheinen.

Oesterreich.

+ **Von der böhmischen Grenze**, 4. Jun. Mancherlei Schriftsteller haben sich an unserm Staatswesen versucht: viele, die sich gar nicht um die erste Grundlage jedes politischen Urtheils und jeder Reform, um die Kenntniß, die wirkliche, in das innerste Wesen eindringende und das Ganze nicht nach einzelnen Erscheinungen, sondern in seinem Zusammenhang erfassende Kenntniß der bestehenden Zustände kümmerten, sondern selbstgenügsam das leichte Schablonenwerk ihrer in der großen Republik der Literatur gewonnenen Universalstaatsideen und liberalen Vorurtheile in Anwendung brachten; andere, welche sich und den Lesern allerdings ein Bild des Bestehenden vor die Augen zu führen suchten, dann aber auch nur sahen und malten, was sie gerade sehen wollten und brauchten. Letzteres ist von den verschiedensten Standpunkten aus geschehen und mag nirgend so leicht sein als in Betreff des österreichischen Staatswesens, dessen gründliche Erfassung so schwer ist. Zu den bessern Schriften der zweiten Gattung rechnen wir die neuerdings in Stuttgart erschienene Schrift: „Oesterreichs innere Politik mit Beziehung auf die Verfassungsfrage". Auch sie geht von vorgefaßten Meinungen aus, weniger in Betreff der Reform als in Betreff der Zustände, ist nicht frei von Einseitigkeiten, Uebertreibungen und Widersprüchen und übersieht nicht wohl eine dunkle Stelle, ja sieht deren beiweitem zu viel, während vor manchem Lichtpunkte die Augen verschlossen scheinen. Im Ausland, in Staaten, welche viele von ihm gerügte Mängel nicht kennen, viele von ihm gepriesene Dinge besitzen, würde der Verfasser vielleicht über Manches ein anderes Urtheil fassen lernen und namentlich Manches entdecken, was ihm jetzt gänzlich verborgen blieb, besonders in Betreff des im Allgemeinen waltenden Geistes und seiner Ersetzung durch Einrichtungen. Bei alle Dem ist die Schrift sichtlich von einem geistvollen, unterrichteten, besonnenen und sehr wohlmeinenden Manne verfaßt, athmet ein unverkennbares Streben nach Mäßigung und enthält manche nicht unwichtige Wahrheiten. Er will nicht Joseph's System, zum mindesten nicht sein Verfahren, sondern Maria Theresia's. Der Verfasser war nicht ohne Beruf, seine Stimme in dieser von so vielen Unberufenen besprochenen Sache zu erheben, wenn er auch nicht verlangen darf, daß ihm in Allem geglaubt werde, und sein Beruf mag am meisten in Dem erkannt werden, worin er von den im Obigen charakterisirten Schriftstellern der ersten Klasse abweicht. Die vielbesprochene, jetzt auch vergessene Schrift: „Oesterreich und seine Zukunft", denuncirt er geradezu als ein Werk des Adels gegen das Volk, und erkennt mit Dahlmann an, daß Oesterreich ein unumschränkter, d. h. ein nicht durch centralständische Einrichtungen beschränkter Staat bleiben müsse. Doch wir wollten hier und heute nicht auf den politischen Theil der Schrift eingehen, sondern einiges Nationalökonomische aus ihr mittheilen, was vielleicht auch allgemeines Interesse hat.

Er erklärt sich mit Entschiedenheit dafür, vor Allem den Landbau zu pflegen. Er geht zu weit, wenn er sagt: „Oesterreich ist wie ganz Deutschland nicht auf die Industrie, sondern auf den Ackerbau angewiesen." Da wäre Oesterreich und ganz Deutschland ein sehr einseitiges Wesen, nicht so schlimm daran, wie ein Staat mit einseitiger Blüte der Industrie, unter Vernachlässigung des Ackerbaues, aber immerhin einseitig. Oesterreich wie ganz Deutschland, wie jedes von einem arbeitsamen Volke bewohnte Land, ist auch für die Industrie ein ganz guter, ein so guter Boden, daß es wahrlich keiner Treibhausmittel für sie bedarf. Aber allerdings heißt es die Pferde hinter den Wagen spannen, wenn es nicht die allererste Sorge ist, alles Das wegzuräumen, was das höchstmögliche Gedeihen der Landwirthschaft und die Ausbreitung eines zahlreichen wohlhabenden Standes von Landwirthen, namentlich auch bäuerlichen Landwirthen, hindern kann. Die Blüte des Landbaues und des Landvolks ist, mit den seltensten Ausnahmen sehr eigenthümlicher Verhältnisse, die einzig sichere und wohlthätige Unterlage auch der Gewerbsblüte. „Oesterreich, sagt der Verfasser, wird also dieselben Riesenschritte in Verbesserung der Ackerwirthschaft und der Lage des Landmannes thun müssen,

welche in der Industrie und im Interesse der damit beschäftigten Mittelklassen thatsächlich gethan wurden und noch geschehen." Gegen das Armenthum empfiehlt er die Massenvertheilung, eine innere Colonisation, und zunächst für Wien das Unterbringen aller arbeitsfähigen Armen oder brotlosen Fabrikarbeiter bei größern Bauergutsbesitzern zur Verwendung in der Wirthschaft, wodurch auch die dem Ackerbaue von der Industrie entzogenen Kräfte theilweise wieder zurückfließen und überdies Consumenten in Producenten umgeschaffen werden würden. Er sagt mit Recht: „Man preist die Industrieanstalten als die Anstalten für Existenzsicherung der Massen. Lassen wir sie immerhin dafür gelten, so lange sie aufrecht bestehen. Wenn aber plötzlich eine Geschäftsstockung eintritt und zwei Drittheile der Arbeiter entlassen werden, was sind die Industrieanstalten alsdann? Wahrlich nichts Besseres als ein aufgelassener Leibeigenschaftsverband, aus welchem das Proletariat hervorgeht. Die Massen werden mit ungleich größerer Bürgschaft für Dauer und Solidität der Versorgung betreut, wenn man sie dem Landbau zuführt. Die mütterliche Erde bewährt sich stets als die getreueste Ernährerin der Menschen; was dagegen diese aufbauen, ist häufig ein schwindelndes Luftgebäude ohne Dach und Grundmauern."

Auch Das mag hervorgehoben werden, was er weiterhin sagt: „Unbedingte Gewerbefreiheit hat mit der bäuerlichen Grundzerstückung die Wirkungen gemein. Beide führen die betreffenden Volksklassen in den Abgrund des Verderbens, beide gehören unter die Misgriffe eines falschen Volksbeglückungsthums. Mögen die neuesten, mit der Gewerbefreiheit in Preußen gemachten Erfahrungen für Oesterreich nicht verloren gehen und den Innungen und Zünften theils mancherlei entzogene Rechte wiedergegeben, theils der für ihr inneres Erstarken nöthige körperschaftliche Geist gelassen werden. Statt auf eine schrankenlose Gewerbefreiheit hinzuarbeiten, wodurch in Oesterreich zuverlässig eine allgemeine Zerrüttung in den Gewerben eintreten würde, wäre es ohne Zweifel besser gethan, das Zunftwesen so zu ordnen, daß sich ihm der entwichene corporative Gemeinsinn und bürgerliche Standesstolz wieder beigesellte." Er empfiehlt dringend die Fürsorge für die untern, in diesen Provinzen sehr zurückgebliebenen Gewerbe statt des begünstigten Fabrikwesens.

Sind übrigens in diesen Dingen Fehler begangen worden, so zeigt wenigstens der ungarische Schutzverein, über dessen Geschichte uns jetzt „Actenstücke" (Leipzig 1847) vorliegen, welche uns bei aller Ueberzeugung von der grenzenlosen Thorheit dieses Beginnens immerhin sehr interessant erschienen sind, daß solche Fehler nicht blos von der „Bureaukratie" begangen werden. Daß man doch immer mit dem Dache den Anfang machen, immer das Nöthige und Nächste dem Fernern und minder Dringenden nachsetzen und, während man über Bevormundung und Vielregieren klagt, seinerseits selbst so wenig dem natürlichen Entwickelungsgange vertrauen will!

Spanien.

Die madrider Blätter vom 30. Mai enthalten die Schilderung des unter dem Geläute aller Glocken und großem Zusammenlaufe der Bevölkerung am Abend vorher gehaltenen Einzugs des längst erwarteten päpstlichen Nuntius Monsignore Brunelli. Mehre Kirchen waren ihm zu Ehren beleuchtet. — Ueber die am Hofe vorwaltenden persönlichen Differenzen dauern die Gerüchte fort. Vom Könige heißt es jetzt, daß er seine Rückkehr in den Palast an eine Veränderung des Cabinets geknüpft habe. Die Königin beabsichtigte am 10. Jun. nach S. Ildefonso zu gehen. Vom Español wird gemeldet, daß der wegen des angeblichen Attentats auf die Königin vom 4. Mai seitdem in einsamer Haft gehaltene Hr. de la Riva zum ersten Mal Erlaubniß erhalten habe, seine Freunde zu sprechen.

— Einem progressistischen Blatte zufolge hätten die Generale Cassaz und Ruiz Erlaubniß zur Rückkehr nach Spanien erhalten, und die Generale Linage, Iriarte, Amettler, Leimerick, Sante u. A. hätten große Aussicht, sie ebenfalls zu erlangen.

— Aus **Pamplona** wird dem Phare des Pyrénées von einer großen Schlägerei geschrieben, die am 24. Mai Abends zu Sanguera in Navarra stattgefunden hat. Das dort garnisonirende Militair versuchte Frieden zu stiften und die Streitenden zu trennen, wurde aber nun von den Bauern angegriffen und in die Nothwendigkeit versetzt, von seinen Waffen Gebrauch zu machen, wobei drei Bauern getödtet und 13 verwundet worden sind. Politische Ursachen sollen den Auftritten gänzlich fremd sein.

Großbritannien.

London, 3. Jun.

Das Unterhaus war gestern, am Mittwoch, von 12 Uhr an versammelt und beförderte eine Menge Privatbills. Unter andern ging auch die Bill über Bestrafung jugendlicher Verbrecher durch das Comité. Die ganze Sitzung bot außerdem geringes Interesse und ward schon nach 3 Uhr aufgehoben.

— Nach einer angestellten Berechnung unterliegt nur etwa der dritte Theil von dem auf 488 Mill. Pf. St. geschätzten Einkommen von Großbritannien bis jetzt der Einkommensteuer.

— Die Zeitungen veröffentlichen den Protest des Marquis of Londonderry, welchen derselbe im Oberhause gegen die auch dort passirte Werbebill für die Armee, welche die zehnjährige Dienstzeit anstatt der unbestimmten einführt, eingereicht hat.

— Es wird jetzt eine Sammlung zur Unterstützung der anglikanischen Geistlichen in den bedrängtesten Bezirken Irlands veranstaltet, von denen viele durch die Nothleidenden gewährte Hülfe und die eingetretene Schmälerung ihrer Einkünfte selbst in augenblickliche Verlegenheit gekommen sind.

— Die Times erhebt ihre Stimme gegen die gestern erwähnte Verschiebung der sommerlichen Rundreise der irischen Oberrichter, die für drei Monate erfolgt ist. Solche Rundreisen, um in den Hauptstädten der Grafschaften einige Tage hindurch die Assisen genannten Gerichtssitzungen für alle Civil- und Criminalsachen zu halten, werden zwei Mal im Jahre von den außerdem in Dublin ihren Sitz habenden Oberrichtern vorgenommen, um die Parteien nicht zu nöthigen, wegen rechtlicher Hülfe nach der Hauptstadt sich wenden zu müssen, und um zugleich die gesammte den Friedensrichtern und Sheriffs obliegende übrige Rechtspflege an Ort und Stelle zu controliren. Die Times fragt nun, da die in Cork herrschende Fieberseuche als Grund des Aufschubs angegeben werde, weshalb Pestilenz im Süden die Richter auch vom Norden des Landes fern halten und warum sie überhaupt die Rechtspflege im ganzen Lande so behindern solle? Dem Vernehmen nach hätten die Richter allein den Aufschub beschlossen, und sei Dem so, hätten die Anwalte (welche den herumreisenden Richtern stets in großer Anzahl folgen) keinen Theil daran, so werde auch Jene der verdiente harte Tadel gewiß allein treffen. Woher hätten sie denn das Recht, die Verhandlung von Rechtssachen so nach Gutdünken auszusetzen und über Eigenthum und persönliche Freiheit so rücksichtslos zu schalten? Der Aufschub hat nämlich die drei Monat längere Haft aller derjenigen Angeklagten zur Folge, die in persönlichem Gewahrsam sich befinden. Keiner davon sei aber zur Zeit und bevor ein Urtheil gesprochen, ein Schuldiger, es würden welche darunter sein, die freigesprochen werden, und so müßten sie denn unschuldig und ungesetzlich Strafe dadurch leiden. Dem Rechte, vor Gericht gestellt zu werden, stehe das, schleunigst vor Gericht gestellt zu werden, unmittelbar zur Seite, und Das zu erreichen sei der Zweck aller Reformen gewesen. Bisher habe man von Richtern und Anwalten geglaubt, daß sie Männer wären, unzugänglich für Rücksichten bei ihren geschäftlichen Pflichten, und es werde vermuthlich nur der strengen Erinnerung der irischen Oberrichter daran bedürfen, um sie von dem Irrthume zu überführen, in welchen sie verfallen wären, indem sie eignem Interesse vor dem Gebot von Pflicht und Menschlichkeit Gehör gegeben hätten.

— Der Oberingenieur Robert Stephenson von der Chester-Holyhead-Eisenbahn hat über die Ursachen, welche kürzlich das Verunglücken eines ganzen Wagenzuges durch Herabstürzen von einer Brücke über den Dee (Nr. 150) veranlaßten, sein Gutachten dahin abgegeben, daß er nach den am Tender gemachten Wahrnehmungen annehmen müsse, dieser sei von den Schienen abgekommen gewesen und seitwärts gegen das Mauerwerk der Brücke geschleudert oder gepreßt worden. Dieses sei dadurch theils herabgeworfen, theils aus dem Verbande gebracht worden und habe den Stoß auf den äußern, eisernen Bogen der Brücke fortgepflanzt, der auch nur durch eine solche Kraftäußerung habe zertrümmert werden können, was ein senkrechter Druck nicht bewirkt haben würde, wie denn auch die übrigen eisernen Tragbogen der Brücke unverrückt geblieben sind.

— Der im October 1846 durch Hrn. Charles Joseph Latrobe, seinen Nachfolger, abgelöste Gouverneur von Vandiemensland, Sir Eardley Wilmot, ist am 3. Febr. in Hobarttown gestorben. Er hatte die Gouverneursstelle seit 1843 bekleidet und in der letzten Zeit seiner Verwaltung heftige Angriffe derselben erlebt, die jedoch nicht geeignet gewesen sind, ihm die Zufriedenheit des frühern Colonialsecretairs Hrn. Gladstone zu entziehen, wie derselbe ihm schriftlich noch ausgedrückt hat. Allein auch die eigne Verwaltung des Departements desselben ist wenig gerühmt worden.

Frankreich.

Paris, 4. Jun.

In der Pairskammer ist gestern ein bedeutsamer und für die Zustände in Frankreich charakteristischer Beschluß gefaßt worden. In der vorletzten Sitzung der Kammer, die unter des Vicepräsidenten Barthe Leitung stattfand, richteten einige Mitglieder die Frage an denselben, ob kein schriftlicher Antrag auf dem Bureau niedergelegt sei. Verwundert hörten sie, daß keiner auf dem Bureau existire, und dieser nicht sofort aufgeklärte Vorfall machte einiges Aufsehen. Es hat sich nachher herausgestellt, daß Graf v. Pontois, welcher im Einverständnisse mit andern Pairs den Antrag einreichen wollte, denselben auf Hrn. Barthe's Wunsch zurückbehalten hatte. Gestern brachte Graf Pontois jedoch denselben ein. Der Marquis de Boissy hatte nämlich unterm 19. Mai eines Artikels der «Presse» in der Kammer gedacht, worin von Promessen auf die Pairswürde die Rede ist, welche gegen 80,000 Fr. ertheilt worden wären, und an den Minister die Frage gerichtet, weshalb dieser Artikel nicht verfolgt werde. Die Minister waren die Antwort schuldig geblieben.

Er stelle nunmehro der Kammer anheim, zu erwägen, ob es nicht große Bedenken habe, dergleichen schweigend hingehen zu lassen. Nachdem er die betreffende Stelle vorgelesen, beantragte er, daß der Gérant der «Presse» in kürzester Frist vor die Barre der Kammer geladen werde, um sich über die Thatsachen zu erklären, welche ihm Grund zu jener Aeußerung gegeben hätten. Der Antrag ward von allen Seiten unterstützt und Graf Castellane trat demselben speciell bei, obgleich das nicht nöthig war, da die Beschwerde jedes einzelnen Kammermitglieds dazu hinreicht, etwas der Art zur Verhandlung zu bringen. Hr. Barthe, der als activer Vicepräsident neulich den Antrag verhindert hatte, widersprach demselben auch gestern. Er fand keine Beleidigung der Kammer in dem Artikel der «Presse» und nannte ein Verfahren gegen dieselbe eine indirecte Interpellation an das Cabinet. Graf de Pontecoulant wandte dagegen ein, daß man Erklärungen bedürfe, um zu sehen, was weiter zu thun sei. Der Marquis Turgot sprach lebhaft für den Antrag, ebenso der Graf D'Alton Shee, Graf Montalembert und Marquis de Boissy. Der Finanzminister Hr. Dumon äußerte von Seiten der Regierung, daß der fragliche Artikel als Angriff auf die Regierung und auf die Kammer angesehen werden könne. Die Regierung achte nur auf Angriffe von der Tribune, und das Gesetz erlaube ihr nicht, gegen Angriffe auf die Kammern einzuschreiten. Die Kammer beschloß endlich, Hrn. Emile de Girardin zur Verantwortung vorzuladen, und da derselbe Mitglied der Deputirtenkammer ist, dieser den gefaßten Entschluß zu eröffnen, weil deren Erlaubniß zur Ausführung erfoderlich ist. Von der Deputirtenkammer ward das Creditgesetz über 9 Mill. zur Herstellung der Beschädigungen von den Loireüberschwemmungen mit 235 gegen 5 Stimmen votirt. Sie setzte dann die Berathung des Gesetzentwurfs über das Avancement von Lieutenants außer der Reihe des Dienstalters fort, nahm das Amendement des Generals Paixhans an (Nr. 159) und votirte sämmtliche Artikel, konnte jedoch wegen Unvollzähligkeit nicht über das Ganze abstimmen. Von der Pairskammer wurde eine Abschrift des dort gefaßten Beschlusses gegen Hrn. Emile de Girardin übersendet, der Empfang bescheinigt und dann der Druck, die Vertheilung und Verweisung an die Abtheilungen der Deputirtenkammer beschlossen.

— Der in der «Presse» vom 12. Mai enthaltene Artikel, welcher die in der Pairskammer gestern zur Sprache gebrachte Stelle einschließt, ist zunächst gegen das Journal des Débats gerichtet. Die betreffende Stelle ist folgende: „Wir wollen bescheiden sein, das ist die unserer Schwäche geziemende Haltung. Was sind wir? ein schwaches Journal, das die Amnestie vertheidigte, als das Journal des Débats sie bekämpfte, und das sie erlangen half! Ein schwaches Journal, welches das Durchsuchungsrecht anfocht, als das Journal des Débats dasselbe vertheidigte, und das beigetragen hat, die Ratification jenes Vertrags zu hindern! Ein schwaches Journal, das Hrn. Guizot zum Präsidenten der Deputirtenkammer verlangte, als das Journal des Débats ihn schmähte! Ein schwaches Journal, das Hrn. Guizot vielleicht in der Zurückgezogenheit einmal Trost und Unterstützung bringen wird, die ihm das Journal des Débats versagen wird, denn um den Beistand unsers Seniors zu haben, darf man nicht fallen, heiße man Kaiserthum, Ministerium vom 6. Sept. oder 15. April! Ein schwaches Journal, das zu ruiniren nicht am Ministerium und nicht am Generalprocurator Hrn. Hébert gelegen hat; dem man einen Proceß machte, welcher ihm 170,000 Fr. kostete, dem man eine elfmonatliche Concurrenz schuf (die Epoque), die 1,100,000 Fr. kostete, die Verhandlung von Theaterprivilegien ungerechnet, die für 100,000 Fr., von Promessen auf die Pairie, die zu 80,000 Fr. verkauft wurden, die auf Adelstitel und Orden, Audienzen und selbst auf das Lächeln der Minister ungerechnet."

— Der Moniteur zeigt an, daß der König vom Könige von Sachsen die Notification vom Ableben des Prinzen Friedrich August Ernst empfangen habe, und daß der König in Folge dessen auf fünf mit dem 8. Jun. zu Ende gehende Tage Trauer anlegen werde.

— Die durch eine königl. Verordnung vom 9. Mai Hrn. Guizot übertragene interimistische Verwaltung des Marine- und Colonialministeriums ist demselben jetzt durch eine zweite vom 3. Jun. wieder abgenommen worden, indem mit diesem Tage der Herzog v. Montebello das Marineministerium angetreten hat.

— Nach dem Toulonnais wäre es keiner Ungewißheit mehr unterworfen, daß der Prinz von Joinville mit seinem Geschwader nach der Nordküste von Afrika gesegelt sei. Vom Marschall Bugeaud heißt es, er habe seine Entlassung gegeben, weil seine Maßregeln in Paris auf fortwährende Hindernisse stießen, und seine demnächstige Reise nach Frankreich werde seine Rückkehr aus Algerien werden.

— Die zwischen **Havre** und **Neuyork** beabsichtigte regelmäßige Dampfschiffverbindung hat dem Courrier du Havre zufolge einen wenig günstigen Beginn. Am 31. Mai sollte von Havre das erste Dampfschiff abgehen, wie bekannt gemacht worden war. Allein das von Cherbourg erwartete, dazu bestimmte Dampfschiff blieb aus, und die in Havre zusammengekommenen Passagiere mußten auf Kosten der Unternehmer nach Cherbourg transportirt werden. Dort angekommen, fand sich, daß durch verzögerte Formalitäten des Marineministeriums das Schiff noch gar nicht zur Verfügung der Unternehmer gestellt, und wenn auch den Letztern keine Schuld beizumessen war, fanden sich doch die meisten Reisenden bewogen, ihre Verträge zu kündigen und ihr Fortkommen auf andere Weise zu suchen. Die Unternehmer nennen in ihrer Bekanntmachung darüber die Bureaukratie die Pest der Geschäfte (peste des affaires).

— Die Gemeinde **Buzançais**, in welcher im Jan. ziemlich bedeutende Getreidetumulte stattgefunden haben, ist jetzt vom Civiltribunal in Chateauroux zur Leistung einer Entschädigung von 164,000 Fr. an diejenigen Personen verurtheilt worden, die damals an ihrem Eigenthume verletzt wurden.

— Bei dem Handelsgerichte der Seine sind im Januar 109, Februar 84, März 107, April 123, Mai 130, zusammen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 553 Fallissements zur Anzeige gebracht worden. Im Jahr 1846 war das im gleichen Zeitraume nur mit 406 der Fall.

— In **Oran** wußte man am 21. Mai noch nichts von dem neulich in pariser Blättern gemeldeten angeblichen Aufstande im Rif zu Gunsten Abd-el-Kader's, der vielmehr nach diesen Berichten nicht in der Verfassung sei, dergleichen zu unternehmen.

— Der in **Bayonne** kürzlich verhaftete Carlistengeneral Alzaa ist auf Befehl der Regierung nach Limoges gebracht worden, wo er zunächst zu bleiben hat.

♀ **Paris**, 4. Jun. Der Moniteur bringt heute eine ziemlich mysteriöse Erklärung; er sagt: „Lügnerische Gerüchte, die darauf hinausgehen, sehr hoch gestellte Personen zu verleumden, werden seit ein paar Tagen in verschiedenen Organen der Presse wiederholt. Es ist zu beklagen, daß die Oeffentlichkeit solchen Erzählungen, die eben so einfältig als falsch sind und die weder Alter, noch Geschlecht, noch die Ehre der Familien schonen, ihre Hülfe leiht." Die verleumderischen Gerüchte, auf die sich diese Widerlegung bezieht, und die seit ein paar Tagen im Publicum umlaufen, waren zweifacher Art. Die einen griffen die Ehre einer sehr hochgestellten Dame an, die andern brachten einen eben so hochgestellten Herrn mit dem Procesfe Cubières in directe Verbindung. Es ist nicht unsere Sache, zu untersuchen, worauf diese Gerüchte beruhten, ob sie irgend einen Grund hatten oder rein aus der Luft gegriffen waren. Bis zum Beweise des Gegentheils ziehen wir letztere Les- und Denkart jedenfalls vor. Doch wie gesagt, es ist nicht unsere Sache, über die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Gerüchte eine Ansicht auszusprechen. Daß solche Gerüchte aber auftauchen, scheint uns bedeutsam und der allgemeinen Aufmerksamkeit würdig. Die Corruption ist heute nicht größer als zu andern Zeiten, im Gegentheil wahrscheinlich viel geringer. In der „alten, guten" Zeit fand man oft fast natürlich, was man heute vor Gericht zieht und ziehen muß. In Bezug auf die Verhältnisse der neuesten Zeit ist wahrscheinlich Hr. Guizot und sein ganzes Ministerium das redlichste, das wir seit 1830 sahen. Hr. Gisquet war der gute Freund Casimir Périer's; Hr. Cubières ist der Kriegsminister und gute Freund Hrn. Thiers'. Ein Freund Hrn. Guizot's stand bis jetzt nicht vor Gericht, und er darf sagen: „Es gibt Anspielungen, die ich nicht vorhersehe." Und dennoch treten die Anklagen der Corruption gerade unter seinem Ministerium am offenbarsten hervor und steigen unter ihm so hoch als möglich hinauf. Woher dieser scheinbare Widerspruch? Er erklärt sich sehr einfach. Es gibt Krankheiten, die erst dann zum Ausbruche kommen, wenn der Kranke zur Ruhe gelangt; die Wasser faulen, wenn sie stille stehen. Und so geht es dem jetzigen Ministerium. Es hat sich festgefahren und kann nicht wieder in Bewegung kommen. Diese Ruhe ist die Ursache, daß der Krankheitsstoff überall hervorbricht. Der Strom der Regierung hat sich in ein Thal ohne Ausweg verlaufen, und so fault das Wasser und verpestet die Luft. Es war das halbwegs vorauszusehen, und es wäre ihm auch vorzubeugen gewesen. Die spanische Heirath lenkte die Regierung in die Bahn hinein, auf der sie zu ihrem jetzigen Zustande gelangte. Hr. Guizot selbst fühlte, daß er nach der Heirath umkehren und ein neues System, einen neuen Weg einschlagen müsse; warum er es nicht gethan, ist seine Sache, aber daß er durch eine neue Richtung der Zustände dem gegenwärtigen Unheile halbwegs vorgebeugt haben würde, ist nicht zweifelhaft. Es scheint, als ob man die Nothwendigkeit einer Krisis für diese Zustände fühle; nur so erklärt es sich, daß man endlich Hrn. de Girardin öffentlich zur Verantwortung zieht. Die Regierung mag dazu nur gezwungen ihre Hand bieten; aber Leute, die wenigstens eben so hoch stehen wie die Regierung, bieten willig die ihrigen. Hr. Pontois ist und war stets einer der ergebensten Freunde des Hofs, einer der eingeweihtesten Diplomaten. Es ist höchst wahrscheinlich, daß er nicht ohne vorher sich höhern Orts Raths erholt zu haben den bedeutenden Schritt that, der jetzt alle diese Scandale noch einmal aufrühren muß. Wahrscheinlich hofft man „ein Beispiel zu statuiren", mit Einem Schlage Viele zu treffen. Aber es scheint uns, daß man das Uebel dort angreift, wo es ausbricht, aber nicht dort, wo es wurzelt.

Schweiz.

In der Versammlung des Generalraths in **Genf** wurden in den Staatsrath gewählt die HH. Moulinié mit 4021, Rilliet-Constant

mit 4009, Pons mit 3978, James Fazy mit 3941, Decrey mit 3940, Janin mit 3932 und Berdier mit 3843 Stimmen.

Italien.

Rom, 27. Mai. Der Aufruf Pius' IX. vom 24. Aug. v. J. an seine Unterthanen, die in dem Falle waren, durch Rath und That für die in diesem Lande bisher so sehr vernachlässigt gewesene Erziehung der Jugend der mittlern und untersten Volksklassen mitzuwirken, hat überall außerordentliche Wirkungen hervorgebracht. In den meisten Städten sind seitdem Handwerkerschulen durch freiwillige Beiträge gestiftet worden. Die Gründer derselben, fast nur Laien, wollten nun aber auch dafür Rechte an ihrer Schöpfung haben, wodurch natürlich eine Collision mit der Hierarchie unvermeidlich war. Außerdem fürchtet die Regierung, daß unter den dermaligen Umständen communistische Einflüsse in den neu gestifteten Anstalten sich geltend machen könnten. Diese Angelegenheit hat folgendes vom 24. Mai datirte Rundschreiben des Präfecten des Unterrichtswesens, Cardinals Mezzofanti, an die Legaten und Delegaten veranlaßt:

„Es ist eine eben so anerkannte als überall erprobte Wahrheit, daß den Hang zu Verbrechen nichts mehr schwächt oder doch die Zahl derselben mehr verringert als die verhältnißmäßige Verallgemeinerung eines civilen und religiösen Unterrichts insbesondere in die untersten Volksklassen. Se. Heil. unser Herr wendete diesem hochwichtigen Gegenstande vom Anbeginn seines glorreichen Pontificats seine väterliche Sorge zu. Der Papst hat als unumgänglich nöthig erkannt, daß auf die Erziehung jener armen Kinder gedacht werden müsse, die, sich selbst überlassen, nur dem Laster entgegenreifen und zum Schimpf unsers Vaterlandes aufwachsen. Zu dem Behuf ermahnte er durch einen Erlaß des Staatssecretairs vom 24. Aug. v. J. alle Regierungs- und Municipalbehörden zur Realisirung solches segenbringenden Unternehmens, wobei der Eifer der Bischöfe besonders aufgerufen ward, dem er es vor Allem empfehlen haben wollte. Die Aufforderung des heiligen Vaters blieb, wie zu erwarten stand, nicht ohne Wirkung. Denn sehr bald wünschten verschiedene Städte zum Besten der Handwerker-Jugend hier Abend- dort Sonntagsschulen einzurichten, anderswo Asyle für die zarte Jugend. Auch traten an mehren Orten ehrenwerthe und wohlhabende Bürger in der Absicht zusammen, das Unternehmen durch freiwillige Geldbeiträge zu fördern. Wie sehr nun auch ein so allgemeines Interesse für die Volkserziehung alles Lobes werth ist in sich selbst und von Seiten seiner ersten Veranlassung, so kann es daneben noch überaus fruchtbar werden an nützlichen Ergebnissen, wenn es, den Rath der Regierung beachtend, sich leiten läßt. Im Gegentheile wird es ernste Unordnungen hervorrufen, wo es zügellos nach eigner Meinung weiter schreiten will. Und das würde eintreten, wenn die neu errichteten Erziehungsinstitute für das Volk auf einer ungesetzlichen Basis, ohne Genehmigung der Obrigkeit errichtet würden, namentlich außerhalb der Seelsorgehut des Bischofs. Dieser Unordnung vorzubeugen wird zweckmäßig sein, daß die Bischöfe, wenn sie in ihrer Diöcese den guten Willen sehen, Abend- oder Sonntagsschulen, vor Allem Asyle für Kinder zu errichten, dieselben selbst fördernd leiten. Indem sie sich des Eifers musterhafter Geistlichen und der Hülfe wohlhabender Mitbürger dabei bedienen, sollen sie erwirken, daß die genannten Institute unter ihrer unmittelbaren Unabhängigkeit mit den für den Augenblick für nöthig erachteten Normen ins Leben treten. Solcherweise kann erreicht werden, daß diese Anstalten den wesentlichsten Zweck, für den sie da sind, erfüllen: das Herz und den Geist der Knaben und zarten Kinder für die Grundsätze unserer heiligen Religion heranzubilden. Obige allgemeine Vorschriften, die ich im Auftrage des heiligen Vaters Ew. Eminenz mitzutheilen eile, können Ihnen als Norm für die Fälle dienen, wo die Localverhältnisse Ihrer Diöcese Ihnen die Verwilligung der Gründung solcher Institute anrathen sollten. Indem ich Ew. Eminenz bitte, unsere Congregation stets von allen Vorkommnissen zu unterrichten, verbleibe ich" ꝛc.

Nicht ganz mit Unrecht ist dem vorigen Pontificate nachgesagt worden, daß es die Universität Bologna gar sehr verabsäume, und böse Zungen wollen behaupten, diese Vernachlässigung sei eine beabsichtigte gewesen. Dagegen thut die neue Regierung das unter den gegebenen Verhältnissen Mögliche für die Wiedergeburt Bolognas, das auch jetzt noch, abgesehen von historischen Erinnerungen, mit den ersten Universitäten Italiens um den Vorrang streitet. Pius VII. zeichnete es unter andern durch das Privilegium aus, daß jeder Verleger im Kirchenstaat ein Exemplar eines jeden bei ihm erscheinenden Verlagsartikels ihrer Bibliothek einzuliefern habe. Indessen hatten unsere Buchhändler dieses Gesetz seit Jahren nicht mehr beachtet, ohne Zweifel durch den Miscredit veranlaßt, in welchen die Hauptstadt der Romagna bei Gregor XVI. gekommen war. Der Staatssecretair Cardinal Gizzi verfügte dagegen in einem dieser Tage erlassenen Rundschreiben, die Privilegien der Universität, die sie im Jahr 1816 durch Pius VII. erhalten, namentlich das erwähnte wegen Mehrung des Bibliothekinventars durch die Buchhändler, für die Zukunft streng zu beobachten. Die obersten Provinzialbehörden sind für die Erfüllung dieser erneuten Verordnung verantwortlich gemacht.

Türkei.

○ **Konstantinopel**, 18. Mai. Griechenland und die Pforte haben also den Fürsten v. Metternich zum Schiedsrichter in ihrer Differenz erkoren. Frankreich hatte den König von Niederland vorgeschlagen, aber die Pforte verwarf diesen Vorschlag, der auch sowol von den Mitgliedern des Divans als von denen der fremden Diplomatie mehr spöttisch als ernst aufgenommen wurde. Die Sache scheint demnach friedlicher zu verlaufen, als man anfangs glaubte. Zwar haben sich so die Pforte wie das griechische Cabinet dabei compromittirt, und auch Das ist ein Vortheil für die russischen Plane. Die Bresche ist eröffnet und das Cabinet von St.-Petersburg braucht nur die erste Gelegenheit zu erfassen, um auf Kosten der Sicherheit des osmanischen Reiches und folglich des ganzen Europas um sich zu greifen. — Man spricht soeben davon, daß Halil-Pascha in den Divan kommen werde. (Nr. 157.) Das wäre insofern ein Vortheil für die Türkei, als er an die Stelle des Khosrew-Pascha, eines Rußland ergebenen und an dieses verkauften Mannes, käme.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Ueber die deutsche Adelscolonie in Tejas läßt sich der Austin Democrat von dem Specialagenten unter den Indianern, Major Neighbors, berichten, daß die Comanches sich fortwährend geneigt zeigen, ihrem mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrage getreu zu bleiben. Am 1. März fand ein „Talk" mit ihren vornehmsten Häuptern statt, wobei die deutschen Colonien von Hrn. v. Meusebach vertreten waren. Die Berathung führte zu der Verabredung eines freundlichen Verkehrs zwischen den Indianern und den deutschen Ansiedlern. Es wurden die Präliminarien zu einem Vertrag abgeschlossen, wonach die Deutschen ohne Belästigung an der Ausführung ihrer Colonisationscontracte arbeiten und ihre Vermessungen in das Comanchegebiet nach San Saba verfolgen können. Der größte Theil der Banden der Sipans ist nordwärts gezogen, wo sie am obern Colorado und Rio Puerco Getreide zu bauen gedenken. Die Comanches machten die Anzeige, daß verschiedene Abtheilungen der Wichitas und Waces einen Anfall auf die Ansiedelungen beabsichtigten, und erklärten sich zugleich bereit, gegen diese Banden zu kämpfen, so oft die Amerikaner dazu ihre Hülfe verlangen sollten. — Ein Hr. Ch. A. Giesecke in Brazoria hat die Fabrikation von Rum aus inländischen Molasses begonnen."

La Plata-Staaten.

Berichte aus **Montevideo** vom 21. März melden, daß die Truppen des Rosas zwei mißlungene Versuche gemacht haben, die Stadt Maldonado zu erobern, jedoch jedesmal mit Verlust zurückgeschlagen wurden. Am 20. März griffen sie die von der französischen Legion unter Oberst Thiebaut besetzten Außenposten von Montevideo an, wurden jedoch mit Verlust sehr vieler Todten, worunter mehre Offiziere waren, zurückgeworfen und wichen in Unordnung mehre Stunden weit zurück.

Personalnachrichten.

Orden. Niederlande. Stern zur 2. Kl. des Ordens der Eichenkrone: der preußische wirkl. geh. Legationsrath und Director im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Patow. — Preussen. Rother Adlerorden 1. Kl.: der neapolitanische Gesandte am berliner Hofe Baron Antonini. 4. Kl.: der Kastellan Jancke in Rheinsberg, der Kastellan Reinicke im Schlosse Bellevue, der Prediger Schnabel in Hobeck.

Consuln. Oesterreich. Der Kaiser hat in dem Bezirke des k. k. Generalconsulats von Konstantinopel die Errichtung von drei Viceconsulaten zu Sultanich Kalessi in den Dardanellen, wo provisorisch ein solches bereits besteht, dann in Adrianopel und in Varna, wo bisher nur Consularagenten aufgestellt waren, definitiv genehmigt und zugleich den provisorischen Viceconsul Marius Xantopoulo in den Dardanellen in seiner Anstellung bestätigt, den Consularagenten Adolf Tedeschi in Varna aber zum Viceconsul ernannt.

Todesfälle. Am 2. Jun. starb in Aarau im 70. Altersjahre Heinr. Rem. Sauerländer, Gründer und Chef der seinen Namen führenden Buch- und Verlagshandlung.

Wissenschaft und Kunst.

(*) Berlin, 6. Jun. Das königl. Theater muß während der jetzt stattfindenden Beurlaubung des größten und bedeutendern Theiles seiner Mitglieder durch ein Heranziehen der verschiedenartigsten Gäste sein Repertoire aufrecht zu erhalten suchen, was in der Regel mit nicht unerheblichen Geldopfern und ohne Erfolg geschieht, da die Häuser dabei leer bleiben. Dies führt zu der schon öfter hier angeregten Frage, ob es nicht zweckdienlicher sein dürfte, die Theater um diese Zeit auf einige Monate zu schließen, wie dies auch in andern großen Hauptstädten geschieht, und wobei der Theateretat wenigstens vor dem unnützen Zusetzen seiner Mittel bewahrt wird. Wie man hört, ist auch bei unsern höhern Theaterbehörden diese Erwägung jetzt angeregt worden. Gestern erschien zum ersten Mal und zwar vor einem ganz leeren Hause „Großjährig", Lustspiel in zwei Aufzügen von Bauernfeld, in welchem zugleich unser leipziger Gast, Hr. Richter, auftrat. Die Bauernfeld'schen Stücke finden bei uns fast nie ein antheilvolles Publicum; es wird hier in Berlin selbst schon naßkalte Ironie genug producirt, und die wienerische Zeitperfiflage, die uns mit so großer Absichtlichkeit aus allen Lustspielen Bauernfeld's entgegentritt und für ihre Heimat stark und beziehungsreich genug sein mag, erscheint uns gewöhnlich ungemein frostig, abgestanden und dürftig an Gehalt. Der Komödiendichter findet zwar seine schönste Aufgabe darin, die verwerflichen Richtungen seiner Zeit zu travestiren und zu stürzen, aber er nimmt gegen sich, gegen sein poetisches Talent und gegen seine sittliche Bedeutung ein, wenn er seine Zeit in Bausch und Bogen und ohne eine bestimmte Richtung zu perfiftiren sucht, wie Hr. Bauernfeld auch in seinem neuesten Stücke, das ohne besondern Erfolg hier gegeben wurde, gethan hat. — In der Oper hat Frau Luise Köster, geb. Schlegel, ihre Gastspiele als Fidelio begonnen und sich wieder unter vieler Anerkennung als die ausgezeichnet geschulte, in der Methode des musikalischen Vortrags auf einer hohen Stufe stehende Sängerin gezeigt, als welche sie hier schon aus früherer Zeit her im besten Andenken gestanden. — Im Ballet gastirt gegenwärtig eine junge Tänzerin aus Paris, Fräulein Guérinot, der

eine Jugendfrische zu Hülfe kommt, welche in den Reihen unserer einheimischen Ballettänzerinnen zu einer längst verklungenen Fabel geworden.

— Zum 5. Jun war eine öffentliche Sitzung der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften in Paris anberaumt, in welcher von ihrem beständigen Secretair Hrn. Mignet ein Vortrag über das Leben und die Werke ihres 1837 verstorbenen auswärtigen Mitgliedes, des preußischen Staatsministers Ancillon, erfolgen sollte.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 8. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116½ Br. und bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87¼ Br.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 59¼ Br., 59 G.; Löbau-Zittauer 58 Br., 57½ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 93½ Br., 93¼ G.; Altona-Kieler 109¼ Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 23. bis mit 29. Mai (mit Einschluß von 2299 Personen aus dem Zwischenverkehr) 21,892 Personen.

(Vom 1. Jan. — 29. Mai: 267,916 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 23. bis mit 29. Mai 7,945 Personen.

(Vom 1. Jan. — 29. Mai: 91,869 Personen.)

— In **Bremen** ist am 2. Jun. folgende obrigkeitliche Bekanntmachung erschienen: „Nachdem der unter dem 31. Mai/12. Jun. 1843 zu Athen zwischen den Bevollmächtigten der Hansestädte und des Königreichs Griechenland abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag von Seiten Griechenlands und Bremens vorlängst ratificirt worden, während die Ratification von Seiten Lübecks und Hamburgs noch zur Zeit nicht erfolgt ist, so haben die Regierungen der erstgedachten beiden Staaten beschlossen, den erwähnten Tractat, soweit er die Beziehungen zwischen Griechenland und Bremen betrifft und so, als ob er nur zwischen diesen beiden Staaten abgeschlossen wäre, in Kraft treten zu lassen und die Auswechselung der Ratificationen durch ihre Bevollmächtigten zu London zu bewerkstelligen. Demgemäß ist am 15. Dec. v. J. diese Auswechselung erfolgt und hat der Tractat von jenem Tage an für den im Art. 19 stipulirten Zeitraum, wie im Königreiche Griechenland so auch in dieser Stadt und deren Gebiet volle Gesetzeskraft, dergestalt, daß die beiderseitigen Angehörigen für ihre Personen und Güter sowie deren Schiffe und Ladungen für die Dauer des Tractats alle in demselben ausgesprochenen Rechte und Vortheile zu genießen haben. Von diesem in französischer Sprache vollzogenen Tractate sowie von dem in derselben Sprache abgefaßten Auswechselungs-Protokolle, begleitet von einer deutschen Uebersetzung, sind Abdrücke in der Senats-Buchdruckerei zu haben, und werden diese Urkunden damit für publicirt erklärt. Beschlossen Bremen in der Versammlung des Senats am 26. Mai und publicirt am 2. Jun. 1847."

Wasserstand am **Pegel** der **niesaer Elbbrücke** am 8. Jun. früh 7 Uhr: 1° unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 4. Jun. 2½pc. Int. 57⅞; Russ. 5pc. Hope 106⅛; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 5. Jun. Oestr. Bfact. 1942; 250 Fl. L. 120; 500 Fl. L. 155⅛; Bair. 3½pc. 93½; Bad. 50 Fl. L. 58⅞ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 38¾; 25 Fl. L. 27⅛; Nass. 25 Fl. L. 25¾; Sard. 35⅛; Kurhess. 32⅛. Paris, 3. Jun. 5pc. 117. 10; 3pc. 78. 95; Neap. 103. 25; Bankact. 3315. Wien, 5. Jun. Bfact. 1630; Met. 5pc. 107; 3pc. 97⅛; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 120.

Disconto. Amsterdam, 4. Jun. 4 %. Frankfurt a. M., 5. Jun. 3½ %.

Actien. Frankfurt a. M., 5. Jun. Taunusb. 362; Nass. 74¼; Verb. 95½. Paris, 3. Jun. Versail. l. 225; Paris-Orléans 1260; Paris-Rouen 970; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 437½; Rouen-Havre 658¾; Marseille-Avignon 752½; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 592½; Nord 608¾. Wien, 5. Jun. Nordb. 106; Gloggn. 123¾; Mail. 109¾; Lborn. 88¼; Pesth. 98½.

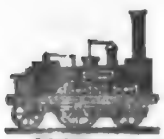
Berliner Börse, 7. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpreuß. 96, pomm. 94½, schles. 97¼, 4pc. pos. 101⅞, neue 3½pc. 93, kur- u. neum. 94¼, Louisdor 112½, Friedrichsdor 113⅜, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 93½, Berl.-Anhalt. 100½, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞ Br., Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92½ Br., Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 93½, Crakau-Oberschl. 4pc. 77½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 109½ Br., Niederschles.-M. 88, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101¾, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 98¾, Rhein. 85, Prior.-St. 4pc. 89¼, Prior. 4pc. 90¼, Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 94¼ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅛, Berg.-Märk. 4pc. 84 Br., Berlin-Anhalt 101 Br., Kassel-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93¼, Magd.-Wittenb. 85¼ Br., Mail.-Venedig. 4pc. 111½, Mecklenb. 74⅛ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅛, Pos.-Starg. 4pc. 83¾ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89⅝ Br., Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅜, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½, à 300 Fl. 4pc. 95½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Wcert. ginsl. 16⅜ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅝, Staats-Pr.-A. 89½ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝.

Berichtigung. In Nr. 158 sind auf S. 1421 Sp. 1 die ersten fünf Zeilen an den Schluß der zweiten Spalte zu setzen.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.



Niederschlesische Zweigbahn.

Sommerfahrplan vom 1. Mai d. J. ab.

A.	Abfahrt von	Ankunft in	Anschluß nach Berlin		Anschlußzug nach Breslau u. Görlitz		
	Glogau	Hansdorf	Abgang von Hansdorf	Ankunft in Berlin	Abgang von Hansdorf	Ankunft in Breslau	Ankunft in Görlitz
I. Morgens	9 Uhr 30 Min.	12 Uhr	1 U. 8 M. Mitt.	7 U. 33 M. Abds	1 U. 16 M. Mitt.	8 U. 19 M. Abds	3 U. 45 M. Mitt.
II. Mittags (Localzug)	1 Uhr 30 Min.	4 Uhr	Der Localzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni d. J. ab täglich befördert				
III. Abends	6 Uhr 30 Min.	9 Uhr	10 U. 2 M. Abds	5 U. Morgens	5 U. 24 M. Mrgs	11 U. 15 M. Mrg.	7 U. 30 M. Mrgs

B	Abfahrt von	Ankunft in	Anschlußzug von Berlin		Anschlußzug von Breslau u. Görlitz		
	Hansdorf	Glogau	Abgang von Berlin	Ankunft in Hansdorf	Abgang von Breslau	Abgang von Görlitz	Ankunft in Hansdorf
I. Morgens	5 Uhr 45 Min.	8 Uhr 10 Min.	10 U. 45 M. Abds	5 U. 11 M. Mrgs	4 U. Mitt.	7 U. 15 M. Abds	9 U. 52 M. Abds
II. Mittags	2 Uhr	4 Uhr 25 Min.	7 U. Mrgs	1 U. 36 M. Mitt.	7 U. Morgens	10 U. 2 M. Mrg.	12 U. 38 M. Mitt.
III. Abends (Localzug)	7 Uhr	9 Uhr 25 Min.	Der Localzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni d. J. ab täglich befördert				

Bemerkungen:

1) Angehalten wird auf den Stationen **Nilbau, Klopschen, Quaritz, Waltersdorf, Sprottau, Buchwald** und **Sagan.**
2) Auf den Hauptstationen unserer Bahn findet ein unmittelbarer Billetverkauf vorläufig nach **Berlin, Frankfurt, Sorau, Görlitz** und **Breslau** statt, und umgekehrt können in **Berlin, Frankfurt, Görlitz** und **Breslau** Billets bis **Glogau,** in **Sorau** aber bis **Sagan** gelöst werden.
3) Einer besondern Uebernahme und Aufgabe des Gepacks Seitens der Passagiere bei dem Uebergange von einer Bahn auf die andere bedarf es in **Hansdorf** nicht, sondern nur eines Umtausches der Garantiescheine.
4) Alle übrigen Bestimmungen ergibt das Betriebsreglement, welches auf allen Stationen für 1 Sgr. zu haben ist.
5) Die Nachtzüge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn schließen in **Berlin** und resp. **Breslau** unmittelbar an die nach **Hamburg** und **Stettin,** resp. **Wien** gehenden und von dort her kommenden Züge an.

Glogau, den 27. April 1847.

(1776—78) **Die Direction der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft.**

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Die Lieferung von **29,638 Ctr. Schienenstühlchen von Gußeisen**, vom Juli d. J. bis März k. J. theils längs der Bahnlinie von Jüterbogk bis zur Königl. Sächsischen Grenze in der Richtung nach Riesa, soll ganz oder theilweise dem Mindestfodernden übertragen werden.

Zur Abgabe der Gebote ist Termin auf den

16. Juni d. J. Nachmittags 4 Uhr,

im Geschäftslocale der Direction (am Askanischen Platze Nr. 6) anberaumt, in welchem Unternehmungslustige ihre Offerten persönlich oder durch Bevollmächtigte zu Protokoll zu geben haben. Ebendaselbst sind täglich in den Geschäftsstunden die specielleren Bedingungen der Lieferung einzusehen.

Berlin, den 3. Juni 1847.

Die Direction.
v. Cranstein, Vorsitzender.

[2205—6]

Vorläufige Anzeige.

Dresdner Album

zur Unterstützung der Hülfsbedürftigen im sächsischen Erzgebirge.

Die allgemein verbreitete Kenntniß des tiefen Elends und der immer wachsende und wol noch lange fortdauernde große Nothstand und die traurige Nahrungslosigkeit des Erzgebirges ist gewiß hinreichend, ohne anderweitig dringende Empfehlung die wärmste Theilnahme für ein Buch zu erwecken, welches bezweckt, die Thränen vieler Unglücklichen trocknen zu helfen und den armen Hungernden das in letzterer Zeit so sparsame, oft gänzlich mangelnde Brot wieder reichlicher zu bieten.

Für die Würdigkeit seines Inhalts bürgen die Namen nachstehender Schriftsteller, wie auch die Namen einiger bei der Geschäftsführung des Unternehmens betheiligten Personen:

v. Ammon (O.-H.-P.), v. Ammon (G.-M.-R.), E. M. Arndt, Graf Baudissin, Blochmann, Brockhaus, Carus, Choulant, v. Ehrenstein, Falkenstein, Ida Frick, Fortlage, Verfasserin von Schloß Goczyn, Göschel, Gutzkow, Gräfin Ida Hahn-Hahn, Graf Haslingen, Theodor Hell, v. Feudell, Klemm, Baron v. Kleist, Köchly, Krauckling, Friedrich Laun, v. Maltitz, Elfriede v. Mühlenfels, Henr. Ottenheimer, Prutz, v. Quandt, v. Raumer, Reichenbach, Leopold Schefer, Steinert, Schulz, v. Wachsmann, v. Weyrauch, Wolf u. m. A.

Ihro Majestät die Königin von Sachsen haben geruht, die Dedication des Albums gnädigst zu gestatten.

Außer den angeführten Namen, deren Beiträge theilweise schon eingegangen und in Aufsätzen in gebundener und ungebundener Rede bestehen, in Poesie, Novellen, biographischen Skizzen, humoristischen wie auch populair wissenschaftlichen Aufsätzen, wozu täglich noch Neues einfließt, sieht man noch aus verschiedenen Gegenden Deutschlands freundlichen Gaben mit Gewißheit entgegen, worüber wir uns spätere Mittheilungen vorbehalten.

Druck und Debit des **„Dresdner Albums zur Unterstützung der Hülfsbedürftigen im sächsischen Erzgebirge"** wurde der unterzeichneten Verlagsbuchhandlung übertragen, die für eine würdige typographische Ausstattung bürgt und von welcher dasselbe sowol direct als durch alle Buchhandlungen in- und außerhalb Sachsens bestellt und bezogen werden kann.

Der Preis des Albums soll aufs billigste gestellt werden; der Druck beginnt Mitte d. M. und wird so rasch als möglich zu Ende gefördert werden.

Dresden und Leipzig, den 3. Juni 1847.

B. G. Teubner.

[2216—17]

In der **Hahn'**schen Verlagsbuchhandlung in **Leipzig** ist soeben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Die Polizei-Gesetze und Verordnungen des Königreichs Sachsen,

mit Inbegriff der organischen und formellen Bestimmungen. Systematisch chronologisch zusammengestellt und erläutert und ergänzt durch Hinzufügung der ergangenen Anweisungen und befolgten Grundsätze, sowie durch Nachrichten über bestehende Einrichtungen.

Von Dr. **G. L. Funke**, Königl. Sächs. Geh. Regierungsrathe.

Zweiter Band. Die Polizeigesetze und Verordnungen, insoweit sie weder auf die Medicinal- noch auf die Gewerbepolizei Bezug haben (einschließlich der die Staats- und Heimathsangehörigkeit angehenden Bestimmungen und Grundsätze). Gr. 8. 1847. Preis 4⅓ Thlr.

(Der 1. Band kostet 3⅓ Thlr. — der 3. und 4. Band erscheinen baldigst.) [2224]

In unserm Verlage ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Frédéric, prince Royal de Prusse, tragédie en 5 actes et en vers par J. F. Tassart. 8. Preis 24 Ngr.

Schon der Stoff, den diese Tragödie behandelt, sichert derselben bei dem gebildeten Publicum eine freundliche Aufnahme; denn gehören auch die historischen Charaktere, die im Vordergrunde derselben stehen, dem vorigen Jahrhundert an, so ist doch auch in unserer Zeit der Geist des Despotismus, der damals das Volk niederhielt, noch nicht ganz gebannt, und an vielen Stellen glaubt man sich in die Gegenwart und ihre socialen und politischen Bewegungen versetzt, wenn man die großartigen Erscheinungen des Zeitalters Friedrich's des Großen noch ein Mal an sich vorüberziehen sieht.

Hamburg.

[2215]

Herold'sche Buchhandlung.

Reise-Notiz.

Daß Lortzing's „Im Wein ist Wahrheit nur alleine", — nicht überall wahr ist, habe ich im **Englischen Hof** in **Gotha** gefunden, woselbst mir sehr bescheidene Deutsche, in dunkelroth gefärbten Mänteln, als Franzosen vorgestellt wurden, und unziemlicher Weise die ehrsüchtige Saale den hochgeschätzten Vater Rhein repräsentiren wollte!! —

Ich erkannte jedoch beide Masken, machte mir das Vergnügen, nachdem ich ihre erborgten Anzüge theuer genug bezahlt hatte, sie entlarvt dem Postillon zu übergeben, und fuhr, um eine Erfahrung reicher, einem bessern Klima entgegen.

[2231] **Ein Warnender.**

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 9. Jun. **Adam und Eva**, Lustspiel von C. Carl. **Adam**, Herr **Berthold** der Jüngere, als letzte Gastrolle. — Hierauf: **Die Wiener in Berlin**, Liederspiel von Holtey.

Neu ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Baltische Briefe.

Zwei Theile.

Gr. 12. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Reisebemerkungen und geistreiche Schilderungen einer Dame, nach englischen Originalen bearbeitet, die allen Denen, welche sich für **russisches Leben** und besonders für die **Zustände der Ostseeprovinzen** interessiren, eine willkommene Gabe sein werden.

Leipzig, im Juni 1847.

[2225] **F. A. Brockhaus.**

Künstliche Zähne

werden von mir einzeln und in Garnituren, meistentheils nicht nur **ohne Schmerzen** eingesetzt, sondern auch ohne alle nachfolgende Geschwulst und Leiden mancherlei Art, die sich so häufig nach dieser Operation einzustellen pflegen. Von der Wahrheit dieser meiner Versicherung wird sich ein jeder Zahnpatient, welcher mir sein Vertrauen schenkt, auf eben so eclatante Weise überzeugen, wie dies schon bei vielen Zweifelnden zu meiner großen Genugthuung der Fall war.

[2222-23] **S. Gutmann**, Zahnarzt,
Dresden, Schloßgasse Nr. 24, zweite Etage.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse starb am 5. Juni Abends ½6 Uhr unser geliebter Gatte und Vater, der Kaufmann **Carl Symphus** hierselbst, in Folge eines Lungenschlages nach kurzem Krankenlager in seinem 65. Lebensjahre. Tief betrübt zeigen wir dies hiermit an, indem wir um stilles Beileid bitten.

Görlitz, am 6. Juni 1847.

Die Hinterbliebenen.

Den geehrten Geschäftsfreunden diene zur Nachricht, daß das Geschäft der bekannten Firma nach wie vor fortgeführt wird. [2230]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Oberamtmann Karl Dammann in Görlitz mit Frl. Laura Petrick.

Getraut: Hr. Kreis- und Stadtgerichtsassessor Joseph v. Amira in Aschaffenburg mit Frl. Anna Wüst. — Hr. Pastor Ferdinand Art in Niederstriegis mit Frl. Alwine Wilisch. — Hr. Julius Bär in Stollberg mit Frl. Helene Mühlberg aus Siebenlehn. — Hr. Julius Hähne in Breslau mit Frl. Leopoldine Friedrich. — Hr. Kammergerichtsassessor Ludolf v. Luck in Berlin mit Frl. Julie Ebers. — Hr. Hermann Siecke in Berlin mit Frl. Emilie Kayser aus Zergelew. — Hr. J. Sloman in Berlin mit Frl. Anna Säger aus Eisleben.

Geboren: Hrn. Apotheker Dietsch in Elstra eine Tochter. — Hrn. C. Gotthelf Donat in Marienberg ein Sohn. — Hrn. B. Finck in Breslau ein Sohn. — Hrn. Pastor Herold in Reibnitz eine Tochter. — Hrn. H. Junck in Blumberg ein Sohn. — Hrn. Dr. Krocker in Breslau ein Sohn. — Hrn. Dr. Macke in Sorau zwei Söhne. — Hrn. Dr. M. Meißner in Glashütte ein Sohn. — Hrn. Woldemar Otte in Berlin ein Sohn. — Hrn. Musikdirector A. Rüdel in Havelberg eine Tochter. — Hrn. Schilke in Rügenwalde eine Tochter. — Hrn. Prediger A. Siecke in Rohrlack eine Tochter. — Hrn. Julius Silberstein in Breslau ein Sohn. — Hrn. J. Wertheim in Anclam eine Tochter.

Gestorben: Frau Cantor Friederike Allendorf in Lauterbach. — Hr. Kammerherr und Straßenbaucommissar Georg Heinrich v. Carlowitz in Dresden. — Hr. Kaufmann August Christian Erner in Zittau. — Frau Kaufmann Johanne Gierich in Pleß. — Hr. Uhrmacher Paul Kindermann in Bautzen. — Hr. Stadtrichter und Advocat Eduard Punschel in Buchholz. — Hr. Rentier M. G. Schmidt in Berlin. — Frau Pastor Jeannette Seufferheld in Leimburg. — Frau Forstmeister Friederike Tramnitz in Behdenick. — Hr. G. Tully in Breslau.

Donnerstag — Nr. 161. — 10. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis 15 Thlr. jährl. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile

»Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!«

Uebersicht.

Deutschland. †Aus Norddeutschland. Deutsche Auswanderung nach Canada. ⊙Dresden. Der preußische Judengesetzentwurf. — Die Deutsch-Katholiken in Mainz.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Das Judengesetz. †Magdeburg. Pastor Uhlich. *Von der Oder. Vertheidigungswesen. — Die lobauer Kreisstände. — Der Vogler'sche Proceß.

Oesterreich. ⁂Aus Siebenbürgen. Deutsche Einwanderung.

Portugal. Der Bürgerkrieg. Zusammentreffen der Dampfschiffe der Junta mit königlichen Kriegsschiffen. Das Protokoll.

Großbritannien. Parlament. Der Hof und seine Gäste. Der Kaiserpreis bei dem Ascottrennen. Dr. Thomas Chalmers. O'Connell. Werbungen für die Flotte.

Frankreich. Parlament. Versammlung von Deputirten in Bezug auf die Girardin'sche Angelegenheit. Die Herzogin von Orleans. Marschall Bugeaud. **Paris. Die Medicinalreform.

Schweiz. Tagsatzungsinstructionen.

Italien. Die Juden in Rom.

Moldau und Walachei. *Von der türkischen Grenze. Die Bojaren der Moldau.

Türkei. ⊙Konstantinopel. Risa-Pascha. Die Diplomatie. Tunis.

Nordamerika. *Philadelphia. Der Krieg.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Die Universität Berlin. — Jakob Grimm.

Handel und Industrie. *Leipzig. Eisenbahnschriften. Stockholm. Ausfuhrverbot. *Leipzig. Börsenbericht. Hongkong. Reglement für die Briefpost. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

† **Aus Norddeutschland**, 7. Jun. Die deutsche Auswanderung nach Quebek, die sich soeben in Folge der neuern amerikanischen Gesetze über den Transport der Emigranten in Bremen zu organisiren beginnt (Nr. 153), hat nicht sowol für Deutschland als für England ein hohes politisches Interesse. Bekanntlich ist Canada eine sehr gefährdete Besitzung für England. Die Vereinigten Staaten sind nach dessen Besitz lüstern, und die französische Nationalität des beiweitem zahlreichsten Theiles der Bewohner desselben bindet diese wenig an England, macht sie vielmehr zu einer Trennung von demselben geneigt, wie sie denn auch mehr als Ein Mal eine solche versucht haben. Unter diesen Umständen liegt eine Schwächung des französischen Elements und eine Kräftigung des englischen im Interesse der britischen Regierung. Letztere hat zu dem Ende auch die Auswanderung aus England nach Canada schon längst empfohlen und begünstigt. Allein da die Mehrzahl der Emigranten aus Großbritannien Irländer sind, diese aber bekanntlich sich zur Unterstützung englischer Interessen wenig eignen, so kann eine Einwanderung von Deutschen für England nur wünschenswerth sein. Von diesen darf es nämlich hoffen, daß sie sich von dem feindlichen französischen Geiste der Canadier nicht so leicht werden anstecken lassen, da Sprache und in der Regel auch die Religion Beide von einander trennt. Dagegen werden sich die deutschen Colonisten an die dortigen Engländer leichter anschließen, da Sprache, Sitten und Religion beide Völker einander nähern. Die Zukunft wird es zeigen, ob die englische Regierung diese ihr günstigen Chancen benutzen und die Ansiedelung der Deutschen in Canada begünstigen wird. Jedenfalls würde sie sich dadurch für die Folge einen mächtigen Bundesgenossen gegen die Angriffe der Vereinigten Staaten dort schaffen. Für die Auswanderer selbst aber, besonders für die minder bemittelten, ist es erwünscht, wenn sie in Canada bleiben können. Ihre Reise ist dadurch bedeutend verkürzt, sie erhalten sich demnach einen Theil der Reisekosten, den sie zum Ankaufe größerer Ländereien und zur ersten Einrichtung werden anwenden können. Im südlichen Canada ist übrigens das Klima dem der Vereinigten Staaten ähnlich und dort wie hier warten zahlreiche Ländereien auf den Anbau durch fleißige Hände. Auch hat Canada eine eigne Verfassung, es genießt jede vernünftige Freiheit und entgeht vielen Gefahren und Uebeln der amerikanischen Demokratie, und England begünstigt jetzt dessen Productenhandel sehr.

⊙ **Dresden**, 7. Jun. Unter den dem ersten Vereinigten Landtage der preußischen Monarchie zur Begutachtung vorgelegten Gesetzentwürfen befindet sich auch eine Verordnung über die Verhältnisse der Juden, und ist solche bereits in beiden Curien an besondere Abtheilungen zur Vorberathung überwiesen worden, wie die Allgemeine Preußische Zeitung berichtet hat. Eine soeben bei Brockhaus in Leipzig erschienene kleine Schrift enthält nebst dem Abdrucke jener Gesetzvorlage zugleich das ältere Edict vom Jahr 1812 über die Juden in Preußen und mehre Bemerkungen von Hrn. M. Veit in Berlin, welche das Unzulängliche dieses neuen Gesetzes in kurzen präcisen Sätzen nicht ohne Schärfe darstellen. Erscheint nun allerdings jener Gesetzentwurf, welcher sämmtlichen Juden der preußischen Monarchie (mit Ausnahme der im Großherzogthume Posen wohnenden) zwar die uneingeschränktesten bürgerlichen Rechte, als Gewerbefreiheit, Besitz von Grundstücken, Uebersiedelung ꝛc., gewährt oder — wo sie diese Rechte bereits besaßen — ihnen solche aufs neue bestätigt, dagegen die sogenannten ständischen Rechte, die Ernennung zu solchen unmittelbaren Staatsämtern, womit eine obrigkeitliche Autorität verbunden ist, ihnen absprichт, in den Augen Desjenigen, welcher den Canning'schen Wahlspruch: „Bürgerliche und religiöse Freiheit für Alle", schon jetzt auch in Deutschland gern verwirklicht sehen möchte, als durchaus ungenügend, so kann man von unbefangenem Standpunkt aus doch nicht so ganz mit dem Tadel übereinstimmen, welcher sowol in den Bemerkungen der erwähnten Schrift als auch von mehren andern Seiten her gegen den Inhalt des Gesetzentwurfs ausgesprochen worden ist. Schon daß im §. 1 das Princip ausgedrückt ist, daß die Juden neben gleichen Pflichten gleiche bürgerliche Rechte mit den christlichen Unterthanen genießen sollen, so weit dieses Gesetz nicht ein Anderes bestimmt, bezeugt, wie die preußische Regierung die mittelalterlichen Ausnahmegesetze abzuschaffen und die völlige Gleichstellung für die Zukunft anzubahnen beabsichtige, denn auf halbem Wege wird man nicht lange stehen bleiben können. Ist einmal die Maxime: „Gleiche Pflichten bedingen gleiche Rechte", aufs neue gesetzlich sanctionirt, so müssen die noch bestehenden Beschränkungen nach und nach aufgehoben werden, je mehr Intelligenz und wahrer Fortschritt bei der jüdischen und christlichen Bevölkerung ihre vortheilhaften Einwirkungen bethätigen werden. Betrachtet man die gesetzlichen Verhältnisse der Juden in manchen deutschen „constitutionellen" Ländern, in Ländern, deren Vertreter sich vorzugsweise des Liberalismus rühmen, wie man daselbst die Juden noch auf gewisse Orte beschränkt, zu vielen Gewerben nicht zuläßt, ihnen verbietet, mehr als Ein Haus zu besitzen und dieses vor Ablauf eines langen Zeitraums zu veräußern, und dergleichen Quälereien mehr, so erblickt man in dem preußischen Judengesetz einen erfreulichen Fortschritt, welchem nachzustreben auch die übrigen deutschen Staaten sich zur Aufgabe machen sollten. Für die Juden des größern Theiles der Provinzen Sachsen, Westfalen und des ehemaligen Schwedisch-Pommern, welche bisher noch den beschränkenden Gesetzen ihrer frühern Regierungen unterworfen sind, enthält das Gesetz zumal wirkliche Rechtserweiterungen, die von ihren glücklichern Glaubensgenossen in den alten Provinzen nicht verkannt werden sollten. Haben wir in Obigem die den Juden in dem beregten Gesetzentwurfe verheißenen Vortheile, nämlich volle bürgerliche und gewerbliche Freiheit, unbedingtes Uebersiedelungsrecht in Stadt und Land, uneingeschränkten Besitz von Grundstücken aller Art, wohl zu würdigen gewußt, so mögen wir doch nicht verhehlen, daß uns hauptsächlich folgende Punkte in dem Entwurf auffielen.

Soll die Gleichstellung der Juden wirklich zur Wahrheit werden, wie §. 1 beabsichtigt, so genügt es nicht, ihnen blos materielle Rechte zu ertheilen, sondern ihr Ehrgefühl muß angespornt werden, sie dürfen sich von ihren christlichen Mitbürgern nicht zurückgesetzt sehen; dies ist das sicherste Mittel, die Moralität der Juden zu heben und sie endlich ganz in dem Vaterland aufgehen zu lassen. Diesem Zweck aber entspricht der Entwurf in seiner vorliegenden Bearbeitung nicht. Schon die Benennung „Judenschaftsbezirke", welche den zu bildenden jüdischen Religionsgemeinden im §. 2 gegeben wird, erinnert zu sehr an das Mittelalter und seine Fesseln, als daß deren Errichtung den Betheiligten irgend Freude machen könnte. Die Tendenz dieser wohlgemeinten Institution zur Regelung des jüdischen Cultus wird auf diese Weise gehemmt; der Jude, welcher sich einem „Judenschaftsbezirk" inscribiren soll, wird hierin nur eine Last, nicht aber eine von der Regierung gewährte Wohlthat, „einer selbständigen Religionsgemeinde anzugehören", erblicken.

Die Bestimmung des §. 15, wonach in denjenigen Städten, wo die Zahl der jüdischen Glaubensgenossen die der christlichen erreicht, nach Befinden aus der Mitte der Judenschaft mehre besondere Verordnete er-

Digitized by Google

wählt werden können, um in der Stadtverordnetenversammlung Sitz und Stimme zu haben, gibt allerdings dem Isolirungssysteme, welches dem §. 1 des Entwurfs schnurstracks entgegenläuft, zu vielen Raum, als daß solche zur Ausführung kommen dürfte; diese Vorschrift ist daher weislich blos facultativ gegeben.

Haben wir schon oben die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die in den §§. 35 und 36 enthaltenen Beschränkungen, als Ausschließung von obrigkeitlichen Aemtern und von den ständischen Rechten, nur als vorübergehend betrachtet werden können, indem der erleuchteten preußischen Regierung nicht entgehen wird, wie die Gleichstellung der Juden nur dann wahrhaft heilsam für die ganze Bevölkerung sein kann, wenn der bessere und gebildetere Theil der Juden, welchen letztere Beschränkung gerade vorzugsweise trifft, nicht zurückgesetzt wird, so ist eine Revision dieser Paragraphen um so eher zu hoffen, als die Erfahrung selbst in den Staaten, wo das christliche Element sehr präponderirt, z. B. England, Holland, sattsam lehrt, daß Juden jene Aemter bekleiden, ständische Rechte ausüben, ohne das Princip der Staatskirche zu alteriren. Sehen wir auf Frankreich, so sind es gerade zwei jüdische Mitglieder der Deputirtenkammer (Crémieux und Benoit Fould), welche der Corruption in der Verwaltung jüngst am entschiedensten sich widersetzten. Mindestens erwarten wir, daß die Zulassung zu nicht-obrigkeitlichen Staatsämtern, welche der Entwurf zwar im Princip ausspricht, aber blos den im Heere gedient habenden Juden, die Anspruch auf Civilversorgung haben, freigibt, auf alle dazu befähigte Individuen jüdischen Glaubens ausgedehnt, ingleichen die Anstellung als Professoren und Docenten nicht blos auf die mathematischen und physikalischen Lehrfächer beschränkt, sondern namentlich auch auf die philologischen (wie schon jetzt sogar in Oesterreich), historischen und juristischen Disciplinen und auf Gymnasiallehrerstellen erstreckt werden wird. Zu einer solchen Berechtigung leitet der Entwurf selbst an, indem er im §. 34 disponirt, daß die jüdischen Vorsteher dafür sorgen sollen, „daß jeder Knabe ein nützliches Gewerbe erlerne oder sich auf wissenschaftlichen Lehranstalten einem höhern Berufe widme"; worin soll nun jener höhere wissenschaftliche Beruf bestehen, wenn sie von fast allen Lehrfächern und öffentlichen Aemtern ausgeschlossen bleiben? Es kann doch nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen, etwa alle wissenschaftlich befähigten jüdischen Jünglinge zu Aerzten bilden zu wollen.

Es bleibt uns nur noch Ein Gegenstand übrig, den wir zwar weder in dem vorliegenden Schriftchen noch irgendwo sonst gerügt finden, der uns aber der Schlußstein eines jeden guten Organisationsgesetzes für die Juden zu sein scheint. Es ist dies die staatliche Oberaufsicht des jüdischen Cultuswesens, worüber der preußische Gesetzentwurf leider nur sehr mangelhafte Bestimmungen enthält, indem er die Einrichtung des Cultus ganz der Willkür der Gemeinden überläßt und bei der höhern Bestätigung der jüdischen Cultusbeamten blos auf die Unbescholtenheit des Anzustellenden, aber nicht auf dessen wissenschaftliche Befähigung Rücksicht zu nehmen gebietet. Seit Joseph's II. Toleranzedict hat die Erfahrung gelehrt, daß die staatliche Beaufsichtigung des jüdischen Cultus, die Anleitung zu zweckmäßigen Verbesserungen desselben, die Prüfung der anzustellenden jüdischen Geistlichen durch eine Staatsbehörde ein Haupthebel zur sittlichen Veredelung der Juden ist und daher mit ihrer bürgerlichen Gleichstellung durchaus Hand in Hand gehen muß, wenn letztere von nachhaltiger Wirkung für das Ganze sein soll. Sind die Gemeinden hinsichtlich der Ausübungsart des Cultus und der Befähigungsqualitäten ihrer Geistlichen ganz sich selbst überlassen, so gibt dies nur Veranlassung zu Streit und Hader, ohne daß etwas Gutes für das Allgemeine hervorginge, selbst wenn der bessere und aufgeklärtere Theil der Gemeinde die Mehrzahl bildet. Darum ordnete schon Napoleon die Errichtung jüdischer Consistorien unter Aufsicht der Staatsregierung an, und nächst Oesterreich, wo Joseph II. bereits früher eine ähnliche Anordnung getroffen hatte, folgten fast sämmtliche deutsche Bundesstaaten diesem Beispiele; dies ist namentlich der Fall in Baiern, im Königreiche Sachsen, in Hannover, Württemberg, Baden, in beiden Hessen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Hohenzollern-Hechingen. Im Königreiche Sachsen trug namentlich der Vorstand der israelitischen Gemeinde zu Dresden bereits im Jahre 1833 darauf an, daß das jüdische Cultuswesen unter Aufsicht des Staats gestellt werde, worauf, nachdem die Stände dieser Ansicht in der ständischen Schrift vom 29. Oct. 1834 vollkommen beigepflichtet hatten, die Staatsregierung die erforderlichen Einleitungen traf und unterm 25. Febr. 1837 eine Verordnung erließ, worin, ohne der Autonomie der Gemeinde in religiösen Angelegenheiten zu nahe zu treten, das jüdische Cultuswesen auf eine Weise geordnet ist, daß es nur heilsame Früchte bringen konnte. Die dem Einleben in das Volksthum nachtheilige dumpfe mittelalterliche Bigoterie sowie der dem Staate gefährliche religiöse Indifferentismus der Juden kann nur beseitigt werden, wenn von Seiten der Regierung selbst die Anleitung zur Vermittelung der religiösen Extreme durch Beförderung eines Allen entsprechenden angemessenen Cultus und durch Anstellung von Rabbinern und Cultusbeamten mit höherer wissenschaftlicher Befähigung gegeben wird.

Wir gestehen, würde der Vereinigte Landtag auch nur diesen Einen Punkt in dem ausgesprochenen Sinn amendiren, so wäre schon viel gewonnen, und manche Schattenseiten des neuen Gesetzes würden sich nach und nach von selbst aufhellen. Ist man einmal von Seiten der christlichen Bevölkerung gewohnt, in dem Juden nicht mehr entweder den Schacherjuden, der seinen Gottesdienst in verworrenem Geschrei regellos durch einander ausübt, oder den religiösen Freigeist, den nichts Positives fesselt, zu sehen, sondern den wahrhaft gottergebenen Staatsbürger, der das höchste Wesen nach seiner Väter Weise in geregeltem Cultus andächtig verehrt, so wird auch die völlige Emancipation nicht ausbleiben.

— Folgendes sind die Bedingungen, unter welchen den katholischen Dissidenten zu **Mainz** der Privatgottesdienst gestattet ist: 1) Zur Annahme des Geistlichen für den ständig oder zeitweise abzuhaltenden Gottesdienst bedarf es der Genehmigung des großherzogl. Ministeriums des Innern und der Justiz, womit jedoch die Anerkennung der Dissidenten als einer geduldeten Sekte dermalen nicht ausgesprochen sein soll. 2) Die Abhaltung eines Gottesdienstes durch herumziehende Geistliche ist, den Fall ausgenommen, daß ein Geistlicher behufs seiner Annahme von Seiten der Dissidenten zuvor eine Probepredigt halten soll und will, untersagt. 3) Durch ausländische Geistliche, welche nicht unter die Kategorie herumreisender Geistlichen fallen, darf nur mit specieller kreisräthlicher Erlaubniß ein Gottesdienst abgehalten werden. 4) Die Abhaltung des Gottesdienstes ist nur in dem von den Dissidenten dazu bestimmten Gebäude — demnach nicht im Freien (wohin auch umschlossene Räume gehören) gestattet, und eben so unstatthaft sind öffentliche Aufzüge oder Feierlichkeiten aus jenem Anlasse. 5) Durch den mit höchster Genehmigung angenommenen Geistlichen dürfen nicht nur die Taufen, Confirmationen und Begräbnisse, sondern auch die Trauungen der Dissidenten vorgenommen werden. Letztere haben aber ein Zeugniß über die Trauung wie auch über die von ihrem Geistlichen vorgenommene Taufe dem evangelischen Geistlichen vorzulegen, damit dieser in den Stand gesetzt werde, hiernach jene Taufen und Trauungen in das evangelische Kirchenbuch einzutragen. 6) Ueber die dem fraglichen Verein angehörigen Personen ist ein vollständiges Verzeichniß vorzulegen. Auch sind die erfolgenden Ab- und Zugänge anzuzeigen. 7) Die Dissidenten haben ihrem bisherigen Geistlichen von ihrem Austritt aus dem Kirchenverband, in welchem sie gestanden, Anzeige zu machen. (Mainz. Z.)

Preußen.

Berlin, 8. Jun. In der Sitzung der Herren-Curie am 4. Jun. wurde eine den Anträgen der Stände in Betreff der Unterstützung der arbeitenden Klassen bei der Theuerung entsprechende königl. Botschaft verlesen. Dann verhandelte man über die Reihenfolge der Fragstellung und wurde ein desfallsiger, von dem Fürsten zu Salm-Reifferscheid-Dyk veranlaßter Vorschlag der Abtheilung, nach längerer Verhandlung, genehmigt. Man ging dann zu der Petition der Grafen v. Burghauß und v. Dyhrn, der Abgg. v. Gaffron und v. Raven wegen Aufhebung des Salzmonopols über. Die Abtheilung erklärte sich für dieselbe. Der Finanzminister bekämpfte sie, unter Anführung der bereits in der Stände-Curie geltend gemachten Gründe. Für den Antrag sprach besonders Graf Dyhrn. Die Grafen Kielmansegge und Dohna-Lauck erkannten die Schwierigkeit der Sache in jetziger Zeit an, verwendeten sich aber für Anbahnung der Maßregel. Dem trat auch der Prinz von Preußen bei. Die Abtheilung modificirte nun ihren Antrag demgemäß, und so wurde er von mehr als zwei Dritteln angenommen.

In der Sitzung der Ständecurie am 4. Jun. ward erst über die Landtagsberichte und das Protokoll gesprochen; dann trug der Abg. Hansemann auf Abdruck der namentlichen Abstimmungen in der Allgemeinen Preußischen Zeitung an. Dagegen sprachen Graf Schwerin (es könne als Einschüchterung gedeutet werden); Graf Gneisenau (das Gegentheil sei schon beschlossen worden); aus gleichem Grunde v. Saucken, v. Byla, Kraszewski, v. Witte (es müßten dann alle Abstimmungen namentlich erfolgen); für den Antrag verwendeten sich die Abgg. Siegfried, Offermann, v. Bardeleben, v. Manteuffel II. (mit rückwirkender Kraft auf die frühern Abstimmungen), Naumann, Sommerbrodt, Allnoch, Dittrich, Krause, Graf Hellderff. Der Antrag wurde von 272 gegen 219 angenommen. Noch sprach sich der Abg. Meviſſen über den Sinn einer frühern Aeußerung von ihm, die dem Landtagscommissar zu einer Entgegnung Anlaß gegeben, erläuternd aus, was von dem Letztern acceptirt ward. Nachdem noch die erwähnte königl. Botschaft und einige Schriftenentwürfe verlesen waren, kam man zur Tagsordnung: den ständischen Ausschüssen. Frhr. v. Vincke schlug folgendes später von ihm durch die in Parenthesen gefaßte Stelle modificirte Amendement vor: „Se. Maj. zu bitten, das Recht des Vereinigten Landtags, auf Grund des §. 4 des Gesetzes vom 22. Mai 1815 und des Art. III. 2 des Gesetzes vom 5. Jun. 1827, den Beirath zu allen allgemeinen Gesetzen zu ertheilen, welche die Personen- und Eigenthumsrechte, mit Einschluß der Steuern, betreffen, allergnädigst anerkennen (und dem zufolge, wie auch aus Gründen der Nützlichkeit und innern Nothwendigkeit, den Wegfall der Ausschüsse in der ihnen durch die allerhöchste Verordnung vom 3. Febr. gegebenen Einrichtung aussprechen) zu wollen." Dagegen sprachen, jedoch meist nur gegen die gewählte Form oder die Beziehung auf Rechtsgründe: v. Byla,

v. Wedell, Graf Renard, Graf Schwerin u. A.; für das Amendement sprachen sich kürzlich die Abgg. v. d. Heydt und Hansemann aus. Bei der Abstimmung erhielt es nur 285 gegen 220 Stimmen. Darauf ward über die Frage gestimmt: ob die Ausschüsse gänzlich wegfallen sollten, und dieselbe mit überwiegender Mehrheit angenommen. Bei der Frage: ob diese Bitte auf die frühere Gesetzgebung begründet werden solle, bricht der Bericht der Allgemeinen Preußischen Zeitung ab.

.** **Berlin**, 7. Jun. Die den Ständen vorgelegte Regierungsproposition über die Regelung der Verhältnisse der Juden findet in vielen Kreisen der hiesigen israelitischen Bevölkerung lebhaften Widerspruch. Wir wissen dafür keinen genügenden Grund aufzufinden. Selbst zugegeben, daß einzelne Bestimmungen des Entwurfs nicht jeder Neigung und Ansicht zusagen dürften, so ist doch der gesammte Entwurf durchaus in einem Geiste gehalten, welcher auf das genaueste der von den Juden in der bürgerlichen Gesellschaft der christlichen Welt zeither eingenommenen, wir sagen nicht blos ihnen angewiesenen Stellung entspricht. Ganz unleugbar sind die Juden ein besonderes Volk, welches unter allen Berührungen mit der christlichen Bildung nicht blos seine eigenthümliche Religion, sondern auch seinen nationalen Grundcharakter, seine Sitten, Gewohnheiten, seine volksthümliche Sinnesart und Lebensweise unverkennbar und unzerstörbar bewahrt hat. Dieser Stellung eines besondern, fremden Volks im christlichen Volke angemessen ist der in der Proposition der Regelung der jüdischen Verhältnisse zu Grunde liegende Gesichtspunkt: der Bildung besonderer Judenschaften, denen nach innen eine auf den freisinnigsten Grundsätzen beruhende Verfassung, nach außen wichtige Rechtsbeziehungen zur bürgerlichen Gesellschaft des christlichen Staates zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen gewährt werden. Sie erhalten in Bezug auf ihre Cultusangelegenheiten volle Freiheit der Bewegung, Freiheit der Regelung und Zulassung von Reformbestrebungen, indem der Staat sich um den Cultus nur insofern kümmert, als die Bedingungen der äußern staatlichen Ruhe und Ordnung dies erfodern. Zur Leitung und Berathung der bürgerlichen Gemeindeangelegenheiten wählen alle volljährigen männlichen Mitglieder der Judenschaften, je nach dem Umfange der Genossenschaft, 9—21 Repräsentanten, aus denen ein Vorstand von 3—7 Mitgliedern bestellt wird. Außerdem ist ihnen die Befugniß eingeräumt, zur Wahrnehmung ihrer mit der christlichen Gesellschaft gemeinsamen oder mit dieser im Conflict stehenden Interessen eine Anzahl von Abgeordneten in die städtischen Stadtverordnetenversammlungen zu entsenden, indem in diesem Falle die Zahl der christlichen Stadtverordneten um so viel Mitglieder verringert wird, als jüdische Mitglieder hinzutreten.

Aus den vorstehend gegebenen Grundzügen der in der Proposition dargelegten Verfassungsverhältnisse leuchtet ein, daß der neue Entwurf zwar keine bürgerliche Gleichstellung der Juden mit den Christen im Kreise der christlichen Gesellschaftsverfassung, wohl aber eine solche Gleichstellung im Kreise der abgesonderten jüdischen Gesellschaftsverfassung beabsichtigt. Die erstere Art von Gleichstellung hat unserer Ueberzeugung nach auch die wesentlichsten Bedenken, welche einzig und allein in dem Grundcharakter des Judenthums begründet sind. Sehen wir auch ganz von den volksthümlichen Religionsbegriffen und Gebräuchen der Juden ab, so steht doch die, wir sagen privilegirte Stellung, welche die Juden in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen, einer gleichberechtigten Betheiligung derselben an allen Rechten, Befugnissen und Einrichtungen der christlichen Gesellschaft entgegen, und würde im Falle einer völligen Verschmelzung bei dem seltenen Corporationsgeiste der Juden, bei den Mitteln, welche ihnen zu Gebote stehen, bei den Wegen, welche sie mit der beharrlichsten Geschäftigkeit sich überall zu eröffnen wissen, nach dieser Seite hin einen Einfluß, ein Uebergewicht werfen, welches mit der Kopfzahl der Individuen wie mit den so weit überwiegenden christlichen Interessen in gar keinem Verhältnisse stände. Wir nennen die Stellung der Juden eine privilegirte, wir könnten auch sagen aristokratische, weil sie in allen Lebenskreisen nichts mit dem „Volke" gemein haben wollen, keine Beschäftigung treiben wie gewöhnliche Menschen, nirgend durch ihrer Hände saures Tagewerk ihr Brot erwerben. Wir finden an vielen Orten Juden auf dem Lande wohnen, sie sind aber nicht Tagelöhner, nicht Bauern, nicht Handwerker im Dorfe, sie sind Handelsleute oder die Schenkwirthe und Bankiers der Dorfbewohner. Wir finden Juden in den kleinen Städten, aber sie halten Verkaufsläden oder tragen Waaren herum; nur selten wird man einen jüdischen Handwerker treffen, der selbst den Tag über in der Werkstatt beschäftigt ist. Wir finden Juden in den großen Städten; sie sind Großhändler, Ladenkaufleute, sie gründen auch Handwerkerwerkstätten; aber anstatt in der Goldschmiede zu arbeiten, verkaufen sie im Laden, anstatt die Kleider zuzuschneiden und beim Nähen und Bügeln beschäftigt zu sein, stellen sie christliche Arbeiter an das Tagewerk, während sie selbst nur den Verkauf der fertigen Waare, den Einkauf der Rohstoffe besorgen. So lange aber die Juden sich nicht selbst bequemen, ganz in das bürgerliche Leben der christlichen Welt, in welches sie gleich berechtigt aufgenommen sein wollen, hinabzusteigen, werden sie auch keine Aufnahme in dasselbe verlangen können. Nichtsdestoweniger werden, wie wir hören, von Seiten der hiesigen Juden alle Mittel aufgeboten, um der Annahme der besagten Proposition entgegenzuarbeiten. Wie es in den dreißiger Jahren schon einmal den Anschein gewann, als sei die deutsche Literatur in den Händen der Juden, so sollen namentlich jetzt wieder Anstrengungen gemacht werden, die deutsche Tagespresse für die Emancipationsideen zu gewinnen. Wir wollen abwarten, welche Unbefangenheit in der Presse hinsichtlich dieses Gegenstandes zu Tage treten wird.

† **Magdeburg**, 8. Jun. Auf unsern Uhlich sind durch die veröffentlichten Actenstücke (Nr. 136) von neuem die Blicke Vieler gerichtet worden, und es wird vielfach gefragt, was er thun werde. Die Beantwortung dieser Frage hängt mit der andern zusammen: was er bisher gethan hat. Uhlich ist offenbar eine friedliche, aber zugleich eine beharrliche Natur. Während er jeder Richtung ihr Recht widerfahren läßt, indem er an einer jeden einen Inhalt von Wahrheit anerkennt, so denkt und fühlt er zugleich in der Seele eines großen Theiles der protestantischen Gemeinden unserer Zeit, spricht Das, was diese im Bewußtsein tragen, schlicht und klar aus, und ist dadurch Sprecher der protestantischen Freunde in Norddeutschland geworden. Seine nähern Freunde wissen, wie er stets darauf gewartet hat, daß ein tüchtigerer Sprecher ihn ablösen werde. Er hat seine Stellung im öffentlichen Leben nicht gesucht, sondern das Bedürfniß der Zeit hat ihn gesucht und hervorgezogen. Aus dieser seiner Eigenthümlichkeit folgt aber von selbst, daß nicht im mindesten der Trieb in ihm sein kann, sich von der großen Kirche loszutrennen und eine freie Gemeinde zu bilden. Er steht mit seinem Herzen in der Landeskirche und wird, von seinem Rechte dazu überzeugt, fest darin stehen bleiben, wenn nicht Gewalt ihn hinausdrängt. Daher ist es auch natürlich, wie er jenen Brief an seinen König schreiben und wie er darin nicht die Rechtspunkte geltend machen, sondern nur die Bitte um Schonung und Geduld niederlegen konnte. Er wollte nichts unversucht lassen, wodurch das Aeußerste abgewendet werden könnte; und dazu dünkte ihm eine bescheidene Bitte an seinen Landesfürsten das geeignete Mittel zu sein. Darum geht er nun auch nach empfangener Antwort noch denselben Weg, den er bisher gegangen ist. Man hat ihm eine Osterpredigt angefochten, und das Consistorium hat Untersuchung darüber veranstaltet. Aber dasselbe wird sich bereits überzeugt haben, daß Uhlich darin nicht stürmerisch gegen ein altes Dogma angegangen ist, sondern vielmehr versucht hat, seiner Gemeinde die Thatsache der Auferstehung nachzuweisen, freilich nicht auf dem Wege der hergebrachten Dogmatik. Ebenso hat er bei der frühern Untersuchung seines liturgischen Verfahrens nachgewiesen, daß er sich nicht von dem alten Bekenntniß losgesagt, sondern nur offenbaren, thatsächlichen Anstoß in seiner Gemeinde vermieden hat. Es darf wol nicht ohne Grund gehofft werden, daß seine Wirksamkeit der Landeskirche werde erhalten bleiben. Der Zudrang zu seiner Kirche bleibt sich gleich, in mehr als Einer Beziehung ist sein Wirkungskreis im Zunehmen. So war die Menge der Abendmahlsgenossen in seiner Kirche am Gründonnerstag, Charfreitag und Bußtag ungeheuer; außerordentlich Viele sind durch ihn für kirchliches Leben wiedergewonnen worden, und in allen gemeinnützigen Bestrebungen der Stadt ist ihm die Pforte des Mitwirkens geöffnet. Was sich auch über den Segen der Bildung freier Gemeinden sagen lasse, jeder Besonnene wird zugestehen, daß es ein großer Gewinn ist, wenn sich das Recht freier Entwickelung in der Landeskirche durchkämpfen läßt. Wer soll es aber durchkämpfen, wenn ihre freigesinntesten Mitglieder sich separiren?

* **Von der Oder**, 6. Jun. Neben den dem preußischen Handel in Krakau durch Oesterreich bewilligten Erleichterungen beweist wol nichts das zwischen beiden Staaten sich immer inniger gestaltende Einverständniß als der österreichischerseits gegebene Befehl, die bisher zwischen der Oberschlesischen und der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn stattgefundene Unterbrechung dadurch sofort aufzuheben, daß der einige Tausend Klaftern noch betragende Zwischenraum bis an die preußische Grenze vollends mit einem Schienenweg ausgefüllt werde. Abgesehen von der commerziellen Bedeutung dieses Befehls springt die politische, beziehungsweise strategische Bedeutung desselben deutlich ins Auge. Denn er vollendet die militairische Vertheidigungslinie des deutschen Vaterlands gegen einen Angriff von Osten, indem er eine Vereinigung der österreichischen und preußischen Streitkräfte in der kürzesten Zeit ermöglicht. Bedroht der Feind vorzugsweise Preußen und Norddeutschland, so wird es leicht sein, einen bedeutenden Theil der österreichischen Armee an die Oder zu detachiren, denn die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn steht nun mit den preußischen Bahnen, der Oberschlesischen, der Märkisch-Schlesischen und der Stettiner, in unmittelbarem Zusammenhange. Wirft sich auf der andern Seite der Feind mit seiner Hauptstärke auf Oesterreich, so können in kurzer Frist 100,000 Preußen zu seinem Schutz an der Donau erscheinen. Da Stettin und Triest jetzt unmittelbar mit einander verbunden sind, die diesfallsige Eisenbahn aber längst der deutschen Ostgrenze hingeht, so liegt es am Tage, daß die österreichischen Truppen aus Italien und die preußischen aus Pommern sich leicht in einem Centralpunkte zum Schutze Deutschlands vereinigen können. Ueberdies ist die fragliche Eisenbahn überall durch vorliegende österreichische und preußische Länder und großentheils durch die Oder gegen feindliche Ueberfälle gedeckt. Mag sich daher aus der russisch-französischen Anleihe entwickeln was da will, die deutschen Großmächte stel-

len das gemeinsame Vaterland gegen alle Chancen der Politik durch ihre Eintracht sicher. Sollten sie einst genöthigt sein, gegen Osten und Westen zugleich Front machen zu müssen, so würden sie in ihrer eignen engen Verbindung sowie in der mit ihren deutschen Bundesstaaten sattsame Stärke finden, um jedem ungerechten Angriffe zu widerstehen und die Integrität Deutschlands gegen alle fremden Gelüste zu vertheidigen. Daß es ihnen dann auch an auswärtigen Bundesgenossen, besonders an Einem, dessen Gesinnungen Preußen und Oesterreich seit der längsten Zeit freundlich gewesen, nicht fehlen werde, bedarf für Den, der offene Augen für die Zeichen der Zeit hat, keines Beweises.

— Die Allgemeine Preußische Zeitung enthält, jedoch, wie sie bemerkt, als bezahltes Inserat, ein Sendschreiben der Stände des löbauer Kreises an die Abgeordneten der Ritterschaft der Kreise Strasburg und Löbau, die HH. v. Beringe und v. Kossowski, worin denselben auseinandergesetzt wird, daß sie nicht im Sinne der löbauer Kreisstände gehandelt, als sie der Declaration der 138 beitraten.

— Aus **Aachen** vom 5. Jun. schreibt die Aachener Zeitung: „Nachdem gegen das früher mitgetheilte, in Sachen des Buchhändlers Vogler aus Brüssel wegen Verbreitung aufrührischer Schriften erlassene Urtel (Nr. 143) von Seiten des öffentlichen Ministeriums und sodann auch von Seiten des Beschuldigten die Berufung eingelegt worden, kam die Sache vorgestern bei der correctionellen Appellkammer des hiesigen königl. Landgerichts zur Verhandlung. Das Resultat war, daß die Berufung des öffentlichen Ministeriums verworfen und die des Beschuldigten insoweit angenommen wurde, als die zuerst auf einen Monat festgesetzte Gefängnißstrafe auf vierzehn Tage herabgesetzt wurde."

Oesterreich.

ƶ Aus Siebenbürgen, 1. Jun.*) Bei der mehrfach auch in dieser Zeitung zur Sprache gebrachten Einwanderung nach Siebenbürgen hat es sich recht herausgestellt, wie wenig man in Deutschland mit dem Zustande der Sachsen in Siebenbürgen bekannt sei. Nicht nur, daß man die abgeschmacktesten Urtheile über sie in den Zeitungen lesen konnte, sondern ein Theil der deutschen Presse schien es sich gerade zur Aufgabe gemacht zu haben, diese Einwanderung zu hintertreiben. Dies mußte uns siebenbürgische Sachsen um so mehr betrüben, als es das erste Mal ist, daß wir uns um Hülfe nach dem deutschen Vaterlande wenden, als diese Hülfe dem lieben Deutschland keine Opfer kostet, weil ja alljährlich über 50,000 Köpfe übers Meer wandern; und als wir endlich fest überzeugt sind, daß ein deutscher, besonders süd- und mitteldeutscher Auswanderer sich nirgend mit geringerer Mühe, Gefahr und Kosten eine neue gute Heimat gründen kann als bei uns. Wie leicht, wohlfeil und gefahrlos reist man die Donau hinab, und in kurzer Zeit wird sogar das Königreich Sachsen wenn nicht gerade direct, so doch mit Temeswar unweit der siebenbürgischen Grenze, durch eine Eisenbahn in Verbindung gesetzt werden, sodaß fünf bis sechs Tage hinreichen werden, von Leipzig oder Dresden nach Hermannstadt oder Kronstadt zu gelangen. Die Vortheile, die aber der deutsche Auswanderer bei uns siebenbürgischen Sachsen findet, sind folgende: guter Boden bei einem zehn bis zwanzig Mal niedrigern Preis als in Deutschland; gesundes, von dem deutschen fast in nichts abweichendes Klima; Wasser und Holz in Fülle; guten Absatz der Producte, wiewol nur um die Hälfte der deutschen Preise. Gute Straßen, schöne Städte und Dörfer mit sächsisch-deutscher Bevölkerung; auf jedem Dorfe gute Kirchen und Schulen mit hinreichenden Lehrern und Geistlichen. In dieser Beziehung ist jedoch nur für Evangelische gesorgt, und auf keinem Dorfe wohnt ein Katholischer. Endlich Gemeinde- und Nationalverfassungen, mit denen jeder Vernünftige sich gern begnügen wird. Dies fürwahr sind Verhältnisse, bei denen jeder Auswanderer, wenn er neben einem Vermögen von wenigstens 1000 Fl. guten Willen und Fleiß mitbringt, sich und seine Familie glücklich machen kann. Freilich können wir keine große Einwanderung brauchen, und 100—200 Familien jährlich sind hinreichend; diese aber sollen nach unserm Bedürfnisse tüchtige, erfahrene Bauern sein, von denen unsere Bauern in der Landwirthschaft etwas lernen können. Seit einigen Jahren nämlich haben sich die Bedürfnisse so vermehrt, daß alljährlich große Quantitäten Wein, Vieh und Brotfrüchte unsern Städten aus dem Banat, der Moldau und Walachei zugeführt werden müssen. Hierdurch nun würde unser Volk nach und nach verarmen, und damit auch seine Intelligenz sinken. Diese beiden aber sind es vorzugsweise, welchen wir unsere 700jährige Dauer beimessen, in einer Gegend, wo ringsherum Rohheit und Unwissenheit walten. Sowie wir aufhören reich und gebildet zu sein, hören wir auch auf Deutsche zu sein. Darum wollen wir die wunde Stelle zur guten Zeit heilen; darum haben wir uns nach Deutschland gewendet und es um Abtretung tüchtiger Bauern gebeten, von denen unser Landvolk praktisch etwas lernen könne. Deutschland gibt ja alljährlich über 50,000 Köpfe an Amerika ab, warum nicht auch einige Hundert nach Siebenbürgen? Ich glaube, es kommt nur darauf an, daß sich Jemand in Deutschland der Sache annimmt; denn nicht nur, daß durch die Einwanderung unser Volk an Intelligenz und dadurch an Bedeutsamkeit gewinnt, es verstärkt sich ja auch das deutsche Element in den Gegenden der untern Donau, was doch jedem Deutschen, der Kopf und Herz auf der rechten Stelle trägt, höchst willkommen sein muß.

*) Obige Correspondenz war von folgenden Schriftchen begleitet: „Aufklärungen über die Auswanderung nach Siebenbürgen"; „Siebenbürgen nach Land, Volk, Geschichte und Verbesserungen". (D. Red.)

Portugal.

Die Times meldet aus **Oporto** vom 30. Mai, daß der Dampfer Polyphemus von Lissabon am 21. Mai dort anlangte und Depeschen der britischen, französischen und spanischen Minister brachte, welche die Junta zum Verlängern des Waffenstillstandes bis zum 10. Jun. aufforderten. Am 23. Mai erschien eine königliche Fregatte und eine Brigg vor der Barre; die drei Dampfschiffe der Junta liefen alsbald aus, um dieselben anzugreifen. Der Vorstellungen des englischen Consuls ungeachtet kam es zu einem zweistündigen Gefechte, bei dem jedoch keiner von beiden Theilen viel litt. Die königlichen Schiffe entfernten sich in südlicher Richtung, und die Dampfer kehrten nach der Barre zurück; einer, der Porto, lief in den Douro ein. Am 26. Mai schickte Graf das Antas 2000 M. Infanterie und 200 M. Reiterei mit einigen Geschützen nach dem Schlosse Foz, um theils dasselbe vor einem Handstreiche der Engländer zu sichern, theils zur Beschützung der Einschiffung von Truppen auf den Dampfschiffen. Saldanha mit den königl. Truppen hatte seine alte Stellung inne. Am 27. Mai ging der Polyphemus nach Lissabon mit der Antwort der Junta ab, die nur unter gewissen Bedingungen auf den Waffenstillstand eingehen und unter Anderm eigne Commissare nach Lissabon senden will, um mit der Königin darüber zu verhandeln. Der Marquis v. Loulé ist dazu bestimmt. Vom Nacional, der in Oporto erscheint, wird gemeldet, daß im Bezirke von Coimbra ein großer Aufstand ausgebrochen sei. Die englischen Kaufleute in Oporto fingen an besorgt zu werden und begaben sich zahlreich an Bord der britischen Schiffe.

— Aus **Lissabon** gehen die Berichte bis 29. Mai. Das Interventionsprotokoll vom 21. Mai war mit dem britischen Kriegsdampfschiffe Bulldog am 27. Mai nebst Depeschen Lord Palmerston's eingetroffen, welche dem britischen Gesandten und dem Viceadmiral Parker befehlen, sofort dem Protokolle gemäß zu handeln, was zunächst durch Wegnahme der Kriegsschiffe der Junta geschehen soll. Schon vorher hatte Sir H. Seymour auf eigne Verantwortlichkeit, wie bereits berichtet, die drei Dampfschiffe der Junta, welche von Setubal nach Oporto geschickt worden waren, durch britische Schiffe verfolgen lassen. Ohne Zweifel werden nun die britischen Kriegsschiffe die Schiffe der Junta nöthigenfalls mit Gewalt hindern, ihren Bestimmungsort im Süden des Landes zu erreichen.

Großbritannien.

London, 4. Jun.

Das Oberhaus beförderte gestern mehre speciell für Schottland berechnete Bills und die irische Armengesetz-Oberaufsichtsbill erhielt auf des Marquis of Lansdowne Antrag die zweite Lesung. Sie geht darauf aus, eine Art Departement für die Armenpflege bei der Verwaltung in Irland zu errichten, indem der Secretair und Undersecretair für Irland künftig in der irischen Armengesetzcommission den Vorsitz haben sollen und dieser also jedesmal mit der Verwaltung wechseln würde. Der Earl of Ellenborough, Lord Brougham und einige andere Lords machten Einwendungen gegen die Bill, deren ausführliche Erwägung jedoch für die Comitéberathung vorbehalten wurde. Auf Antrag des Marquis of Lansdowne beschloß das Haus, seine von den Gemeinen nicht zugestandenen Amendements zur irischen Armenbill und Landverbesserungsbill fallen zu lassen. Man ernannte sodann eine Commission, die erwägen soll, ob es angemessen sei, zu beschließen, über Suspendirung aller oder einiger vor dem Parlamente schwebender Eisenbahnbills zu Beschlüssen zu gelangen, und dann für die Betheiligten unter gewissen Bedingungen die Weiterbeförderung solcher Bills in einer künftigen Session vorzubehalten.

Im Unterhause legte Lord Palmerston einige von den auf die portugiesischen Angelegenheiten bezüglichen Actenstücken vor. Sir G. Grey, Staatssecretair des Innern, beantragte sodann die Comitéberathung der von den Lords schon angenommenen Bill über Veränderung der Gefängnißdisciplin, welche diese für die drei Central- oder Regierungsgefangenenhäuser Milbank, Pentonville und Parkhurst dahin umgestalten will, daß dieselben unter eine neue beaufsichtigende Behörde gestellt werden sollen, von der ein Mitglied besoldet sein und sich der Ueberwachung der Verurtheilten im Lande gänzlich widmen und über diese Angelegenheiten von Zeit zu Zeit mit dem Staatssecretair des Innern in Vernehmen treten soll. Vom Oberhaus ist durch Amendirung auch die Oberaufsicht der Gefangenenschiffe und anderer Verwahrungsanstalten für Sträflinge derselben Behörde zugewiesen worden. Mit derselben Bill in unmittelbarer Beziehung und nach ihr auf der Tagesordnung steht die Bill über Verwahrung von Sträflingen. Die erste Clausel derselben stellt die irischen Sträflinge in der Behandlung mit denen aus Schottland und England gleich, und die zweite legt es in die Hand der Regierung, zur Transportation Verurtheilte aus den gewöhnlichen Gefangenenhäusern ebenso zu entfernen, wie sie es derzeit mit zu einfachem Gefängniß Verurtheilten

kann. Wie bereits aus den Oberhausverhandlungen über beide Bills bekannt ist, will die Regierung in Folge der sich ergebenden Misverhältnisse die Transportation nach Vandiemensland ganz aufgeben und die Strafcolonie Norfolkisland als solche ebenfalls einziehen, die zur Transportation Verurtheilten aber während der ersten Periode in einer englischen Strafanstalt verwahren, dann nach Gibraltar oder Bermuda zur Verwendung bei öffentlichen Arbeiten senden, und erst nachdem sie so eine solche Schule der Besserung durchgemacht, dieselben nach den australischen Colonien bringen lassen, wo ihnen bedingte Freilassung oder Urlaub zur freien Arbeit nach den Umständen zu Theil werden wird. Die Sträflinge sollen 6—18 Monate in einsamer Haft gehalten, dann bei Hafen- und Festungsbauten verwendet werden. Da die Anzahl der jährlich transportirten Sträflinge 5000 war, so muß für deren Unterbringung besondere Vorkehrung getroffen werden. Im Pentonvillemustergefängnisse sind 500 Zellen für einsame Haft bereit. Der Minister hat außerdem schon mit den Behörden des westlichen Yorkshire über Errichtung von 400 dergleichen in dem neuen Grafschaftsgefängnisse zu Wakefield sich verständigt und andere Einigungen der Art mehr getroffen. Lord Mahon sagte dem Minister über seine ausführliche Darlegung der Angelegenheit viel Schmeichelhaftes, hatte aber gegen Vieles Einwendungen zu machen. Sir W. Molesworth trat den Vorschlägen der Regierung ohne Rückhalt als einer großen Verbesserung bei, nicht so Hr. G. Bankes, welcher dem Fortgange der Bills nicht beipflichten zu können erklärte. Auf Hrn. Ewart's Antrag wurde dann die Debatte auf heute vertagt. Hr. Escott zeigte an, daß er beantragen wolle, es sollte aus der Tags zuvor durch die Comitéberathung gegangenen Bill über Bestrafung jugendlicher Verbrecher Alles gestrichen werden, wodurch über dieselben öffentlich oder privatim Prügelstrafen verhängt werden können.

— Die Königin und Prinz Albert mit ihren Gästen verließen gestern in acht offenen Wagen und dem Char-à-banc, welchen die Königin von Ludwig Philipp zum Geschenk erhalten hat, Windsorschloß und begaben sich abermals zu dem Ascottrennen, dessen Haupttag gestern war. Um 5½ Uhr war der Hof ins Schloß zurückgekehrt, wo Abends wieder Bankett in der St. Georgs-Halle war, dem eine Abendgesellschaft bei der Königin folgte. Der Herzog v. Wellington ist Nachmittags bereits nach London zurückgekehrt, was heute die meisten der am Hoflager verweilenden Gäste thun werden.

— Den Kaiserpreis (the emperor's vase) bei dem Ascottrennen hat Hrn. J. Day's vierjähriger Renner Hero gewonnen. Die Bahn von 2½ Miles Länge wurde in 4 Min. 34 Sec. zurückgelegt. Der Preis ist 500 Sovereigns werth, wozu noch 20 Einsätze à 20 Sovereigns kommen, sodaß der ganze Gewinn 900 Sovereigns betrug.

— In **Edinburg** ist Dr. Thomas Chalmers, geb. 1780, der berühmteste Kanzelredner in Schottland und einer von den Hauptstiftern der freien schottischen Kirche, plötzlich gestorben. Am 30. Mai predigte er noch in London, wohin er sich wegen Auskunft vor dem Parlamentscomité über die Frage der Bauplätze für Tempel der freien Kirche begeben hatte, war dann nach Edinburg geeilt, wohin ihn die Versammlung der freien Kirche rief, langte bei anscheinendem Wohlbefinden an und ward, vom Schlage getroffen, todt in seinem Zimmer gefunden. Als 1843 die Abtrennung der freien Kirche erfolgte, legte er seine damals bekleidete Professur an der St. Andrew's-Universität nieder und wurde Präsident des neuen College, das Bekenner der freien Kirche stifteten. Er war theologischer, politischer und volkswirthschaftlicher Schriftsteller, genoß von allen Seiten der höchsten Achtung und Verehrung und wurde nicht blos von seinen Freunden der liebenswertheste unter den Lebenden genannt. Sein plötzlicher Tod erinnert lebhaft an den eben so unerwarteten des Dr. Andrew Thomson, ebenfalls eines berühmten schottischen Theologen, im Jahre 1831, der damals Edinburg nicht minder in Bestürzung versetzte, wie es heute durch Dr. Chalmers' Ableben geschehen ist.

— Die Verehrer des verstorbenen O'Connell beabsichtigen einen solennen Leichenzug zu veranstalten, wenn, wie man erwartet, seine Leiche auf dem Transporte nach Irland durch London passiren sollte. Die katholische Geistlichkeit wird in der Moorfields Chapel ein Hochamt und Requiem für ihn abhalten. In den Zeitungen werden Lebensbeschreibungen des Verstorbenen, Portraits, auch Medaillen mit O'Connell's Bildniß nach einer Daguerreotypie von Beard à 6 Pence, vielfach angekündigt.

— Das aus dem Atlantischen Meere erwartete Linienschiff Vengeance von 84 Kanonen ist in Portsmouth mit dem 2. Bataillon des 60. Regiments am Bord von Halifax eingetroffen. Die Mannschaft des St. Vincent, Sir C. Napier's Flaggenschiff, soll durch Anwerbung von 70 Mann auf 850 gebracht werden. Die deshalb an den gewöhnlichen Werbeplätzen angehefteten Aufforderungen zur Anwerbung zeichnen sich durch originelle Fassung aus und lauten: „Die Bemannung des St. Vincent wird auf 850 M. gebracht. Alle junge Bursche, die gern einen Jux mitmachen, thäten am besten, sich um den alten Commodore zu sammeln, dessen blaues Fähnlein am Bord desselben weht und der nach Wasservögeln herumlugt. Meldung am Bord des Flaggenschiffs."

Frankreich.

Paris, 5. Jun.

Von der Pairskammer wurde gestern die allgemeine Berathung des Gesetzentwurfs über die Reform des Studienplans und die Ausübung der Medicin eröffnet. Hr. Cousin hielt eine fast die ganze Sitzung ausfüllende Rede dagegen, in der er hauptsächlich die Beibehaltung der Concurse bei der Vergebung von Professuren und die Unterdrückung der Officiers de Santé (etwa medicinae practici) angriff und sich für die Freiheit des Unterrichts aussprach. Nach einigen Bemerkungen des Hrn. Vincens St.-Laurent zu Gunsten des Entwurfs und nachdem Hr. de Salvandy noch im Namen des Finanzministers den von der Deputirtenkammer votirten Gesetzentwurf über Unterhaltung gewisser Postcurse neben Eisenbahnen übergeben hatte, wurde die Debatte vertagt.

Die Deputirtenkammer votirte mit 195 gegen 61 Stimmen den Gesetzentwurf über Avancement von zu Specialdienstleistungen commandirten Lieutenants außer der Folge des Dienstalters zu Capitains, sowie ohne Debatte das Creditgesetz über 327,400 Fr. zur Erwerbung eines Grundstücks, Chante Grillet bei St.-Etienne, um darin die dortige Bergbauschule zu etabliren, mit 232 gegen 3 Stimmen. Der Gesetzentwurf über Erhöhung des Betrags von 1847 auszugebenden königlichen Schatzbons von 210 auf 275 Mill. kam dann zur Berathung. Der Finanzminister Dumon widersprach der Angabe des Hrn. de Raineville, welcher für Ende 1847 die schwebende Schuld auf 931 Mill. anschlug, und gab nur ungefähr 600 Mill. zu. Zugleich erklärte er, daß für den öffentlichen Dienst die Mittel, die er von der Kammer verlangt habe, zureichend sein würden, setzte aber hinzu, daß jetzt der Moment wol nicht sein dürfte, um zu untersuchen, ob außerhalb derselben noch einige andere Maßregeln (durch eine Anleihe) zu nehmen wären. Die Regierung und Kammer habe ja darüber bis zum Schlusse der Session ganz freie Hand. Der Entwurf wurde mit 238 gegen 4 Stimmen angenommen. Hr. Crémieux meldete an, daß er heute den Minister des Auswärtigen fragen wolle, ob ihm derselbe auf Interpellationen über die portugiesischen Angelegenheiten Rede stehen werde.

— In einem der Kammerbureaux wurde gestern eine Versammlung von Deputirten der Linken und des linken Centrums gehalten, der auch die HH. Thiers und Odilon-Barrot beiwohnten, um über den Weg zu berathen, welchen man in der Emile de Girardin'schen Angelegenheit wegen dessen Belangung durch die Pairskammer einschlagen wolle. Nach lebhafter Besprechung schied man ohne Beschluß, der aufgeschoben ward, bis die dem Comité von Hrn. Emile de Girardin und den Ministern zu gebenden Aufklärungen bekannt sein würden.

— Das Mémorial de Dreux erzählt, daß die verwittwete Herzogin von Orleans diesmal ihren jährlich am Jahrestag ihrer Vermählung bisher gemachten Besuch der Grabstätte ihres Gemahls um zwei Tage verfrüht habe. Sie traf am 28. Mai mit ihrer Mutter, der Großherzogin von Mecklenburg, dort ein, begab sich sofort in die königl. Kapelle, wo der Abbé Bruneval Messe las, und besuchte nach kurzem Verweilen in ihren Gemächern die Gruft des Herzogs von Orleans. Gegen Abend und nachdem sie für die Ortsarmen Geschenke hinterlassen hatte, kehrte sie nach Neuilly zurück.

— Der Moniteur algérien vom 30. Mai enthält mit klaren Worten, daß der Marschall Bugeaud den Kriegsminister gebeten habe, ihm einen Nachfolger zu geben, und daß er am 5. Jun. nach Frankreich abreisen werde, nachdem er über sechs Jahre in Algerien befehligte. Der National bemerkt dazu, daß der Cäsar der Razzias auf seine Functionen als Besieger der Araber also verzichten wolle.

** **Paris**, 5. Jun. Die rege Thätigkeit des Hrn. de Salvandy hat dem Großmogul der Universität, Hrn. Cousin, und seinen Trabanten in der Tagespresse nie recht zugesagt, und der Minister des öffentlichen Unterrichts könnte nur dann die Gunst des Cartesius unserer Zeit erlangen, wenn er begreifen wollte, daß die Universität, wie sie Napoleon in seiner Unfehlbarkeit aufgebaut, das Ideal aller möglichen höhern Unterrichtsanstalten, und jede noch so geringe Veränderung eben nichts als ein Majestätsverbrechen gegen die unvergleichliche und unübertreffliche Schöpfung des Kaisers sei. Hr. de Salvandy aber ist eitel genug, zu glauben, die Universität wie sie ist habe Mängel und Lücken, und daß man gerade kein Napoleon sein müsse, um die Mängel zu entfernen und die Lücken auszufüllen. Eine solche Arbeit, wenn sie durchgreifend mit Erfolg fortgeführt würde, könnte die Macht des Großmoguls der Universität brechen; es könnte sich z. B. ereignen, daß es erlaubt wäre, einer Philosophie zu huldigen, die nicht ein buntes Gemisch aus zwei bis drei Dutzend Philosophemen ist, woraus sich Hr. Cousin seinen Eklekticismus zusammengeknetet und den er als den alleinseligmachenden Teig alle Franzosen zu verzehren zwingt. Diese und ähnliche Folgen der Bestrebungen des Hrn. de Salvandy sind dem ehemaligen Großmeister nicht entgangen, daher er und seine Organe von vorn herein selbst jenen Gesetzentwürfen des Ministers entgegentreten, die mit der namenlosen Philosophie des Hrn. Cousin auch nicht in entfernter Beziehung stehen. So oft immer Hr. de Salvandy irgend einen Vorschlag einreicht, der auf eine Verbesserung des

herrschenden Schlendrians an einer oder der andern Facultät abzielt, ist man im voraus gewiß, daß Hr. Cousin auf der einen, der Constitutionnel und das Journal des Débats auf der andern Seite als entschiedene Gegner sich dagegen erheben werden. Die Reformen, welche der Minister in der medicinischen Facultät vorzunehmen beabsichtigt, haben mit dem Wirkungskreise des großen Philosophen nichts zu schaffen; allein wenn dieser zulitze, daß irgend eine Maßregel des Hrn. de Salvandy Erfolg hätte, dann könnte auch leicht das Gesetz über den mittlern Unterricht, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein der Cousin'schen Gewalt handelt, früh oder spät durchgehen. Um Dem zuvorzukommen, muß man den Minister bei jedem Schritte hemmen und jede Maßregel, wie gut sie auch sei, verschreien, wo nicht lächerlich machen.

Der Gesetzentwurf, dessen Erörterung gestern in der Pairskammer angefangen worden, enthält manche Bestimmung, die nicht über alle Einwürfe und Bedenken erhaben ist, allein die Grundlagen desselben sind unstreitig mit richtiger Einsicht in die wissenschaftlichen Bedürfnisse gelegt; diese Grundlagen aber gerade sind es, gegen die Hr. Cousin den Sturm bereits begonnen hat und woran das Journal des Débats seinen Witz übt. Der Minister will, daß man eine Lehrkanzel an der medicinischen Facultät nur kraft eines Concurses einnehmen könne, Hr. Cousin findet es zweckmäßiger und vernünftiger, daß die Regierung von vier Candidaten, von denen die Akademie der Wissenschaften zwei und die medicinische Facultät ebenfalls zwei vorschlagen soll, einen zum Professor der freigewordenen Kanzel erkenne. An demselben Tage, an welchem man die Regierung in dem einen Hause angreift, weil sie das Recht anspricht, in der Armee über die Hälfte von Ernennungen der Hauptleute für besondere Dienste zu verfügen, greift man sie im andern Hause an, weil sie sich alles Rechts der Ernennung begibt und dem Verdienste allein, wie es sich im Kampfe herausstellt, den Ehrenpreis überlassen will. Ein Concurs, meint der große Philosoph, biete gar keine Bürgschaft für die Gelehrsamkeit und Befähigung der Candidaten. Mancher gelehrte Arzt würde in Folge seiner angeborenen oder angewohnten Schüchternheit weit hinter seinem redefertigen Mitbewerber, der ihm an Kenntnissen weit nachsteht, zurückbleiben und der Concurs daher eher zur Verkennung als Anerkennung des wirklichen Verdienstes führen. Bei mündlichen Proben mag ein solches Bedenken nicht ganz ungegründet, allein bei schriftlichen kann von Schüchternheit keine Rede sein, und um schriftliche kann es sich doch nur, wenn nicht ausschließlich, doch vorzugsweise bei einem Concurs für eine Lehrkanzel an der medicinischen Facultät handeln.

Der Minister schlägt ferner vor, als sogenannte Gesundheitsoffiziere nur jene Individuen anzustellen, die hinreichende ärztliche Studien gemacht haben. Auch das behagt Hrn. Cousin nicht, und er sieht in dieser Maßregel den völligen Untergang dieser Volksärzte, die nichts als Quacksalber sind. So ein Gesundheitsoffizier braucht nicht mehr als ein Jahr die ganze äskulapische Wissenschaft studirt und dann durch zwei Jahre in irgend einem Krankenhause den Krankenwärter gemacht zu haben, worauf er in aller Form ein Gesundheitsoffizier ist und alle Krankheiten der Bauern heilt. Wenn ihr von den Landärzten verlangt, sagt das Journal des Débats, daß sie eben so lange und kostspielige Studien wie die Stadtärzte machen, so werden sie es wol bleiben lassen, aufs Land zu gehen, und darauf läßt sich ganz einfach erwidern, daß, da nicht alle Aerzte in den Städten sich erhalten können, diejenigen von selbst aufs Land gehen werden, die in der Stadt keine Beschäftigung finden. Wenn aber wirklich in Folge größerer Ansprüche, die man an die Aerzte machte, die Zahl der Landärzte nicht den Bedürfnissen gewachsen wäre, dann wäre es Sache der Regierung, des Staats, die Landärzte zu besolden, wie das in Deutschland geschieht. Dagegen würde sich jedoch die parlamentarische Keuschheit der Kammern entrüsten, denn ein Bataillon besoldeter Aerzte würde als ein Bataillon ministerieller Wähler angesehen werden, wozu die Kammern schwerlich je ihre Einwilligung geben würden.

Schweiz.

Die Angabe, daß die Gesandtschaft von **Freiburg** mit einer Protestation gegen einen etwanigen Tagsatzungsbeschluß puncto Auflösung des Sonderbundes beauftragt worden sei (Nr. 138), ist dahin zu berichtigen, daß zwar von einer solchen Protestation im großen Rathe die Rede gewesen, daß aber dieselbe nicht in die Instruction aufgenommen wurde.

— Die Tagsatzungsinstruction von **Wallis** ist zu Ende berathen, sagt die Neue Zürcher Zeitung. Eine Discussion entspann sich allein bei der Frage, ob die neue berner Verfassung zu gewährleisten sei. Die Mehrheit entschied für einstweilige Verweigerung der Garantie. Unter den allgemeinen Vollmachten ist die begriffen, mit den übrigen Sonderbundsständen die zum Schutze der Ruhe und des Friedens in der Schweiz geeignet erachteten Maßregeln zu treffen.

Italien.

Französische Blätter melden, der Papst habe eine Commission ernannt, welche sich mit der bürgerlichen Stellung der Juden beschäftigen und sie aus dem Ghetto ziehen soll. Fünf Israeliten sind — ein bis jetzt unerhörtes Ereigniß — in die geschlossene Gesellschaft Circolo Romano aufgenommen worden.

Moldau und Walachei.

* **Von der türkischen Grenze**, 30. Mai. Man schreibt uns aus der Moldau, daß die Mißbräuche und Verschleuderungen unter dem jetzigen Hospodar fortdauern, die Bojaren aber sich scheuen, ihm entgegenzutreten, damit er sich nicht noch mehr in die Arme Rußlands wirft. Die russischen Intriguen, unterstützt von der mislichen Verwaltung des Fürsten Michael Stourdza, sollten unter den Bojaren die Ansicht verbreiten, daß sie sich bei Wünschen und Beschwerden nicht an die Pforte, sondern an den russischen Kaiser zu wenden hätten. Auf der andern Seite soll ein russischer Agent, welchem dergleichen Eingaben von mehren angesehenen Personen mitgetheilt worden waren, dieselben an den Fürsten verrathen und von diesem 20,000 Dukaten erhalten haben. Jedenfalls hegen die Bojaren kein Zutrauen zu Rußland und ihre Hoffnung ist lediglich darauf gerichtet, daß die westlichen Mächte endlich ihre Interessen in hiesigen Gegenden erkennen und würdigen lernen möchten. In der That ist gerade in Betreff der Donaufürstenthümer die Gefahr größer als hinsichtlich irgend einer andern türkischen Provinz, um so mehr, als die Pforte selbst der Sache sehr gleichgültig zusieht, was seinen Grund lediglich in der Indifferenz hat, welche die europäischen Mächte dabei zeigen.

Türkei.

o **Konstantinopel**, 18. Mai. Risa-Pascha hat eine Auszeichnung erhalten, die ihm das Recht zur Theilnahme an dem Ministerrathe verschafft; aber der erfahrene Staatsmann scheint jetzt keinen Theil an den Geschäften nehmen zu wollen, und zieht sich, wenigstens für den Augenblick, in ein ländliches Stillleben zurück. Während die Schwierigkeiten, die in der letzten Zeit die europäische Diplomatie in Athem gesetzt, sich zu entwirren und in Frieden und Versöhnung aufzulösen scheinen, treiben die Engländer ihre Eifersucht gegen Frankreich auf eine für eine große Nation unwürdige Höhe. Gewiß ist Frankreich in dieser ganzen Sache sehr ungeschickt verfahren und hat sich keinen Einfluß im Divan zu sichern gewußt. Immer aber würde ein gewisses Einverständniß unter den beiden constitutionellen Großmächten den Russen ihre Eroberungsplane sehr erschweren. Die Engländer treiben gegenwärtig die Pforte an, so energisch als möglich gegen Tunis aufzutreten, und ihre von Haß gegen Frankreich erfüllten Rathschläge werden vom Divan um so williger aufgenommen, je mehr die Pforte selbst auf den König der Franzosen theils wegen der glänzenden Aufnahme, die der Bey von Tunis in Paris gefunden, theils wegen des Eifers, womit er sich um Rußlands Freundschaft bewirbt, sehr übelgestimmt zu sein schint. Dem Entgegenkommen Rußlands lag in der That die Absicht zu Grunde, Frankreich im Orient zu decreditiren. In Folge des Allen wird morgen ein türkischer Kriegsdampfer nach Tunis abgehen, um den dortigen Stand der Dinge und namentlich die französische Seemacht an jener Küste zu erkunden. Man erwartet in kurzem die Rückkehr des Hrn. v. Titoff, an dessen Stelle zeither Hr. Ustimoff die russischen Interessen vertrat.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* **Philadelphia**, 10. Mai. Die Amerikaner haben endlich die von uns längst als fehlerhaft bezeichnete, viel zu lange Operationslinie verlassen und die von Veracruz auf Mejico gewählt, dieselbe, welche ein Blick auf die Karte, das Studium der neuern Kriegsgeschichte, ja die erste Eroberung von Mejico durch Ferdinand Cortez als die richtigste bezeichnete. Was wird nun weiter geschehen? Wenn, wie zu erwarten steht, die Mejicaner fortfahren, den Krieg eben so lau und verkehrt zu führen wie bisher; wenn dagegen die Amerikaner ihre Streitkräfte einigermaßen verstärken und mit Macht auf Mejico marschiren, so ist es leicht vorauszusehen, daß die Union den Mejicanern den Frieden in ihrer eignen Hauptstadt dictiren wird. Fast ist zu fürchten, daß das Glück die Amerikaner blenden und bewegen wird, härtere Friedensbedingungen festzustellen, als die bisher verlautbarten und früher angebotenen waren. Denn es zeigt sich immer mehr, daß das mejicanische Volk keines Aufschwungs fähig ist. Eine Nation, welche ihr Land durch ein so kleines Heer wie das amerikanische ist erobern läßt, ohne aufzustehen und die Fremdlinge aus demselben zu jagen; eine Nation, die, in einen äußern Krieg verwickelt, im Innern aus einer Revolution in die andere übergeht, verdient es, wenn sie ihre Selbständigkeit verliert und dann von einem andern Volke in den Zustand der Ordnung zurückgeführt wird. Ob die Union große Gebietsabtretungen von Mejico verlangen, ob sie diesen Staat durch eine Conföderation oder durch ein Protectorat mit sich verbinden wird, das muß eine nicht ferne Zukunft lehren. Da die Amerikaner jetzt den längst angeregten Durchstich der Landenge von Panama in Angriff nehmen; da Californien bereits so gut als ihr Eigenthum ist, so liegt ihr Plan, beide Meere, das Stille und das Atlantische Weltmeer, zu beherrschen und für den Flor ihres Handels zu benutzen, klar vor, und wir wüßten nicht, welche Macht der Erde im Stande sein würde, denselben zu vereiteln. England würde wol ein Gelüst dazu haben; allein bei aller seiner Macht mangelt ihm die Kraft dazu. So wird es sich damit begnügen müssen, die Herrschaft und den Handel jener Meere mit den Vereinigten Staaten zu theilen.

Personalnachrichten.

Orden. Dänemark. Danebrogorden, Ritterkreuz: der Pianist Sigismund Thalberg. — Oesterreich. Leopolderden, Großkreuz: der zum Gouverneur in Galizien ernannte Graf Franz v. Stadion; Ritterkreuz: der Oberst Franz Edler v. Hauslab. — Preussen. Rother Adlerorden, 4. Kl.: der Oberlandesgerichtsrath Scherres in Marienwerder, der Kreiswundarzt Schwill in Wittenberg.

Wissenschaft und Kunst.

Nach dem erschienenen amtlichen Verzeichniß des Personals der Studirenden auf der Universität Berlin beträgt die Zahl der immatriculirten Studirenden auf derselben 1378; die theologische Facultät zählt 162 Inländer, 51 Ausländer, zusammen 213; die juristische Facultät: 401 Inländer, 109 Ausländer, zusammen 513; die medicinische Facultät: 177 Inländer, 63 Ausländer, zusammen 240; die philosophische Facultät: 281 Inländer, 131 Ausländer, zusammen 412; in Summa 1378. Außer diesen immatriculirten Studirenden besuchen die Universität, als zum Hören der Vorlesungen berechtigt: nicht immatriculirte Chirurgen 31; nicht immatriculirte Pharmaceuten 159; Eleven des Friedrich-Wilhelms-Instituts 72; Eleven der medicinisch-chirurgischen Militairakademie und bei derselben attachirte Chirurgen von der Armee 63; Eleven der allgemeinen Bauschule 130; Bergeleven 18; remunerirte Schüler der Akademie der Künste 6; Zöglinge der Gärtnerlehranstalt 6. Die Gesammtzahl der nicht immatriculirten Zuhörer ist 490.

— Von der Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften in Paris ist am 3. Jun. an des verstorbenen Jacobs von Gotha Stelle in der ersten Abstimmung Jakob Grimm in Berlin zum auswärtigen Mitgliede gewählt worden, deren sie acht zählt. Er erhielt 16 Stimmen und keiner der Uebrigen, auf welche Stimmen fielen, über 4. Jakob Grimm ist also nunmehr auswärtiges Mitglied des Instituts.

Handel und Industrie.

* **Leipzig**, 8. Jun. Wie die Engländer unsere Meister im Eisenbahn- und Locomotivenbau waren, so sind sie es auch in Allem, was auf Erleichterung des Eisenbahnreisens abzweckt. Dahin gehört auch Bradshaw's ebenso trefflicher als wohlfeiler „Monthly railway and steam navigation guide", welcher am ersten Tage jedes Monats erscheint (Nr. 166 vom Mai 1847 liegt vor uns), außer allen möglichen die Communicationen Großbritanniens und Irlands betreffenden Notizen (hauptsächlich Fahrstunden und Fahrtaxen) und den wichtigsten Nachrichten über die französischen, holländischen und belgischen Eisenbahnen auch eine sauber gearbeitete Eisenbahnkarte Großbritanniens enthält; hinsichtlich der Anordnung, Druckeinrichtung und Ausstattung nichts zu wünschen übrig läßt und seiner Reichhaltigkeit ungeachtet nur einen Sixpence oder 5 Sgr. kostet. Deutschland ist bis jetzt noch weit davon entfernt, einen solchen Eisenbahnführer zu haben, und der soeben in Leipzig bei Otto Wigand erschienene „Neueste Führer auf den Eisenbahnen Deutschlands und der angrenzenden Länder" von Dr. W. Hofmann kostet zwar gerade drei Mal so viel als Bradshaw, nämlich 15 Sgr., enthält aber keine Karte und muß überhaupt als sehr unvollständig und ungenügend bezeichnet werden. Der eigentliche Text des Buches (194 Seiten) enthält keine Fahrpläne, ausgenommen den der Berlin-Hamburger Bahn, sondern nur die Tarif- und Reglementsbestimmungen der einzelnen Bahnen Deutschlands nebst kurzer Beschreibung derjenigen Orte, welche von den Eisenbahnen berührt werden oder in deren Nähe liegen. Hierbei sind die Eisenbahnen im Allgemeinen nach ihrer geographischen Lage geordnet, indem von Norden (Holstein fängt an) nach Süden (Oesterreich schließt) fortgegangen wird, zugleich aber auch nach den Staaten, in denen sie liegen, unter 16 Rubriken zusammengefaßt, wobei aber mehre Ungenauigkeiten unterlaufen (unter der Rubrik IV. Preußen, Mecklenburg und Hamburg stehen die Berlin-Hamburger und die Berlin-Anhaltische Bahn, in der Rubrik-Ueberschrift fehlen also Holstein und Anhalt; unter der Rubrik VI. Preußen steht die Thüringische Bahn, die doch größtentheils durch die sächsischen Herzogthümer läuft; unter der Rubrik IX. Sachsen die Sächsisch-Baiersche Bahn, die auch Sachsen-Altenburg durchschneidet), und da seltsamerweise kein Register geliefert ist, so fällt das Auffinden einer bestimmten Bahn eben nicht leicht. Anhangsweise sind die Fahrpläne der deutschen Eisenbahnen im Sommer 1847 mitgetheilt; hier vermißt man aber folgende 9, sage neun Eisenbahnen: Badische, Breslau-Schweidnitz-Freiburg, Main-Neckar-Bahn, Niederschlesisch-Märkische, Oesterreichische südliche Staatsbahn, Rheinische, Taunusbahn, Wien-Gloggnitz, Wilhelmsbahn, obgleich die Sommerfahrpläne der gedachten Bahnen beim Erscheinen des Buchs großentheils schon bekannt waren. Auch die Art, wie die Fahrpläne der übrigen mitgetheilt sind (meist ohne alle Angabe der Zwischenstationen), ist unsers Bedünkens sehr ungenügend; bei der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der k. k. Nord-Staatsbahn werden in zwei Zeilen nur die Abfahrtszeiten von Wien und Prag mitgetheilt! Auf dem Titel sind auch die „Fahrpläne der anschließenden Dampfschiffahrten und die Nachweisungen der Posten-Anschlüsse" versprochen; die erstern beschränken sich aber auf die Fahrpläne von nicht mehr als vier Dampfschiffcursen (Hamburg-Magdeburg, Stettin-Kopenhagen, Stettin-Kronstadt, Riga-Stettin) auf den zwei letzten Seiten des Buchs, wiewol zur Zeit seines Erscheinens bereits von den meisten (circa 30—40) deutschen Dampfschiffcursen Bekanntmachungen über die Fahrten im Sommer 1847 in den öffentlichen Blättern erschienen waren. Die Nachweisungen über die Postenanschlüsse beschränken sich mit zwei bis drei Ausnahmen darauf, daß gesagt ist: nach welchen Orten Anschlußposten gehen, ohne alle nähere Angabe in Betreff der Abgangszeit. Auch an factischen Unrichtigkeiten ist kein Mangel; am meisten auffallen muß, daß der Verfasser über den Betrieb der ihm zunächst liegenden Leipzig-Dresdner Bahn nicht genauer unterrichtet ist, indem er S. 73 bei Oschatz sagt: „Hier übernachtet jetzt der Nachmittagsgüterzug" und bei Riesa: „Bisher übernachtete hier der Nachmittagsgüterzug", und das erstere auch S. 199 bei Gelegenheit des Fahrplans wiederholt. Beide Angaben sind aber falsch oder doch nur halb wahr, denn nur der von Leipzig kommende Nachmittagsgüterzug übernachtet in Oschatz, der von Dresden kommende aber noch immer in Riesa, wie dies seit dem Jahr 1840 der Fall gewesen ist; eine Aenderung ist hierin durchaus nicht eingetreten. Wir gestehen, daß es uns rein unbegreiflich ist, wie Jemand, der den ausführlichen Originalfahrplan vor Augen hatte, was doch bei dem in Leipzig lebenden Verfasser gewiß der Fall gewesen ist, über diesen Umstand so wenig im Klaren sein konnte. Falsch ist ferner, daß Braunschweig seit der Nürnberg-Fürther Bahn die dritte deutsche Eisenbahnstrecke eröffnet habe; wenn man sich auf Dampfeisenbahnen beschränkt, war die Bahn von Braunschweig nach Wolfenbüttel nur die funfzehnte befahrene Eisenbahnstrecke, indem ihr außer der Nürnberg-Fürther Bahn acht Strecken der Leipzig-Dresdner Bahn, drei der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und die ganze Berlin-Potsdamer Bahn in zwei Strecken vorausgingen. Dem Verfasser zufolge beginnt die Augsburg-Donauwörther Bahnstrecke noch immer auf dem provisorischen Bahnhofe bei dem Dorf Oberhausen, obgleich schon seit dem 1. Jul. 1846 der definitive Bahnhof bei Augsburg auf dem Rosenauberge im Gebrauch und die München-Augsburger Bahn mit der Augsburg-Donauwörther in unmittelbare Verbindung gesetzt ist. Doch wir brechen ab, da das Gesagte wol mehr als hinreichend ist, um den Beweis zu liefern, daß dieser „neueste Führer" auf den Namen eines deutschen Bradshaw keinerlei Anspruch machen kann und der deutschen Gründlichkeit eben keine sonderliche Ehre macht.

Stockholm, 1. Jun. Ein königl. Befehl vom 28. Mai verfügt Folgendes: „Nachdem unterm 15. Mai ein Verbot der Ausfuhr von Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen wie auch von Grütze und Mehl, aus den genannten Getreidearten bereitet, publicirt worden, ist es nunmehr bei der fortwährenden Schwierigkeit, welche die auswärtigen Märkte haben, sich zu versorgen, und der dadurch veranlaßten fernern Preiserhöhung, zur Sicherung gegen etwanigen Mangel im Lande nothwendig geworden, das obengedachte Ausfuhrverbot auszudehnen, und dürfen daher von dem Tage der gegenwärtigen Bekanntmachung an bis zum 15. August d. J. auch andere als die obigen Getreidearten, nebst daraus bereitetem Mehl und Grütze, wie auch Kartoffeln und Brot, nicht ins Ausland ausgeführt werden."

Börsenbericht. * **Leipzig**, 9. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87½ Br.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59¼ G.; Löbau-Zittauer 57⅛ Br., 57⅛ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br., 212 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 93½ Br., 93 G.; Altona-Kieler 109¾ Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.

Postwesen. Hongkong, 27. Febr. Das Gouvernement von Hongkong hat vor einigen Wochen ein Reglement für die Briefpost bekannt gemacht: es ist in seiner Art eine Merkwürdigkeit, und ich will hier einige der Postraten für Europa beisetzen. Frankirt müssen werden Briefe nach folgenden Ländern: nach Oesterreich der einfache Brief von ¼ Unze 1 Shill. 5 Pence, Sardinien und Süditalien 1 S. 10 P., Württemberg 1 S. 10 P., Baden 1 S. 9 P., Baiern 2 S. 8 P., Dänemark 2 Schilling. Frankirt können werden oder nicht, nach dem Belieben des Aufgebers, Briefe nach England (über Southampton) 1 S., Rußland und Preußen 2 S. 8 P., Hannover, Braunschweig und Lübeck 1 S. 9 P., Bremen und Hamburg 1 S. 8 P., Oldenburg 1 S. 6 P., Holland 2 S., Belgien 2 S., Frankreich 1 S. 10 P. ꝛc. Eine ähnliche Liste enthält das Porto der Zeitungen; während aber englische, französische, belgische, österreichische und holländische Zeitungen hier frankirt ankommen, bezahlen preußische, russische, nordamerikanische ꝛc. Zeitungen wie Briefe. Diese Sätze hängen von den Verträgen ab, welche die Post jedes Landes mit der englischen hat, und bei Allem, was über Marseille geht, von dem englisch-französischen Postvertrag. (A. Z.)

Wasserstand am Pegel der tiefaer Elbbrücke am 9. Jun. früh 7 Uhr: 1° unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 5. Jun. 2½ pc. Int. 57¼; Rußl. 5pc. Hope 106; 4½ pc. Handelsg. 174½. London, 3. Jun. 3pc. Cons. 88⅜; Port. 3pc. 32½; Span. act. 22¼; 3pc. 33½; Holl. Int. 58½. Paris, 4. Jun. 5pc. 117. 20; 3pc. 79. 15; Neap. 103. 25; Bankact. 3320.

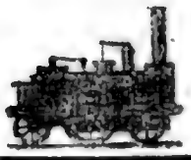
Actien. Paris, 4. Jun. Eis. St.-Germ. 915; Versail. l. 220; Paris-Orleans 1165; Paris-Rouen 977½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 438¾; Rouen-Havre 660; Marseille-Avignon 753¾; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bierzon 592½; Nord 610. Wien, 6. Jun. Nordb. 168½; Gloggn. 124; Mail. 109⅞; Livorn. 88¼; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 8. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½ pc. Staatsschuldsch. 93, 3½ pc. Pfandb. westpreuß. 93¼ Br., ostpreuß. 96, pomm. 94¼, schles. 97⅞, 4pc. pos. 102, neue 3½ pc. 93 Br., kur- u. neum. 94⅞ Br., Louisdor 112¼, Friedrichsdor 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 93½, Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 109, Prior.-Act. 4½ pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92½ Br., Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 108¼, Breslau-Freib. 4pc. 100, Cöln-Minden 4pc. 93½ Br., Crakau-Oberschl. 4pc. 77½ Br., Düsseld.-Elberf. 5pc. 105, Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Altonaer 4pc. 109½ Br., Niederschles. 87⅞, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101¼, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 99 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 81 Br., Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½, Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 87 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅛, Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berlin-Anhalt. 101 Br., Kassel-Lippst. 4pc. 85, Cöln-Mind. 4pc. 93½, Magd.-Wittenb. 86 Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72¾, Pos.-Starg. 4pc. 83½ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Ung. Centralb. 4pc. 100¼ Br. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½ Br., Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅝ Br., à 300 Fl. 4pc. 95¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Pfdbr. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½ pc. 85¾, Staats-Pr.-A. 89¼ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅞ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professer Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.



Fahr-Ordnung

[2242]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien	nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.	Nach Wien	von **Prag** um 9 Uhr früh, 4¾ Uhr Nachmittags.
	„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.		„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.
	„ **Stockerau** um 5¼ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.		„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11¼ Uhr Abends.
			„ **Stockerau** 4½ Uhr früh, 8, 12½, 2, 5¾, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.

Zeitschrift
für die
historische Theologie.

In Verbindung mit der von **C. F. Illgen** gegründeten historisch-theologischen Gesellschaft zu Leipzig herausgegeben von

Dr. C. W. Niedner.

Jahrgang 1847.

Gr. 8. Preis des Jahrgangs in vier Heften 4 Thlr.

Inserate auf den Umschlägen werden für den Raum einer Zeile mit 1½ Ngr., besondere Beilagen mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

Inhalt des ersten und zweiten Heftes.

1. Die Unterschrift der Concordienformel in Sachsen. Von Dr. J. C. G. Johannsen. — 2. Die Kirchenspaltung im Waadtlande. Nach dem Französischen, mit Anmerkungen von Dr. C. F. Leopold. (Fortsetzung aus dem vierten Hefte von 1846.) — Miscellen, mitgetheilt von Dr. Ch. A. Peschck. — 3. Beiträge zu Schwedens Reformations- und Kirchengeschichte unter König Gustav I. Von Dr. P. E. Thylesius. — Die Cistercienser und ihre in Böhmen und Sachsen nach bestehenden Stifter. Von Dr. F. Böttcher. — 5. Fünf Briefe Ulrich's von Hutten. Nach der Urschrift im Stadtarchiv zu Straßburg mitgetheilt von L. Schneegans. [2246]

Leipzig, im Juni 1847. **F. A. Brockhaus.**

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Aussig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.,** Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2226]

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen

Stettin und St.-Petersburg.

Die beiden großen eisernen Postdampfschiffe „**Preussischer Adler**" und „**Wladimir**" unterhalten in diesem Jahre eine regelmäßige **wöchentliche** Verbindung zwischen Stettin resp. Swinemünde und Kronstadt (St.-Petersburg).

Die Abfertigung erfolgt:

aus Stettin **jeden Sonnabend Mittags,** nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin, und aus Kronstadt **jeden Sonnabend Abends.**

Die Ankunft findet bei günstiger Witterung sowol in Kronstadt als in Stettin **Dienstag Abends** statt.

Die Ordnung, in welcher die beiden Dampfschiffe ihre Fahrten verrichten, ist folgende:

aus Stettin resp. Swinemünde:

der „**Preussische Adler**" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni, den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August, den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Styls;

der „**Wladimir**" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni, den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Styls;

aus Kronstadt:

der „**Wladimir**" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni, den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August, den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Styls;

der „**Preussische Adler**" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni, den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Styls.

Das Passagegeld für die ganze Tour von Stettin oder Swinemünde bis St.-Petersburg beträgt:

für den ersten Platz 62 Thlr.,
für den zweiten Platz 40 Thlr.,
für den dritten Platz 23½ Thlr. Preußisches Courant.

In diesen Beträgen ist die Beköstigung mit Ausschluß des Weins einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte. Ein Wagen mit vier Rädern 50 Thlr., ein Wagen mit zwei Rädern 25 Thlr., ein Pferd 50 Thlr., ein Hund 5½ Thlr. Güter und Contanten werden gegen billige Fracht befördert. [2245]

Berlin, den 5. Mai 1847. **General-Post-Amt.**

Von **F. A. Brockhaus** in Leipzig ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Veit (Moritz), Der Entwurf einer Verordnung über die Verhältnisse der Juden in Preussen und das Edict vom 11. März 1812. 8. Geh. 8 Ngr.

Vom 1. Juli 1847 an erscheint in Karlsruhe:

Deutsches Reichsblatt

von

J. G. A. Wirth.

Der Zweck dieser Zeitschrift ist vornehmlich die Entwickelung und die nähere Ausführung der Ideen, welche in der Einleitung zur Geschichte der deutschen Staaten von demselben Verfasser niedergelegt sind. Wir beziehen uns deshalb auf das erste Heft dieses Werkes, das in einigen Tagen vom hiesigen Kunstverlag versendet wird und bei allen Buchhandlungen einzusehen ist.

Vorläufig erscheint das deutsche Reichsblatt wöchentlich ein Mal, einen Bogen stark, später täglich. Preis während der wöchentlichen Ausgabe halbjährlich 1 Fl. 58 Kr., mit dem Postaufschlag in ganz Baden halbjährlich 2 Fl. 48 Kr. Man bestellt bei allen Postämtern und Postanstalten, oder auch bei den Buchhandlungen. Die Letztern lassen ihre Bestellungen durch Vermittelung des Kunstverlags in Karlsruhe an die Expedition gelangen und liefern das Reichsblatt, so lange es wöchentlich erscheint, mit Einschluß des Portos halbjährlich zu 3 Fl. In Karlsruhe selbst bestellt man bei der Buchdruckerei von Malsch und Vogel. Probeblätter werden demnächst an alle Postämter und Buchhandlungen versendet.

Karlsruhe, am 2. Juni 1847.

[2221] **J. G. A. Wirth.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. Fürstner in Straßburg mit Frl. Bertha Kauffmann. — Hr. Theodor Fuhrmann in Berlin mit Frl Wilhelmine Emig. — Hr. Advocat Hermann Lachmann in Zittau mit Frl. Thecla Peschck. — Hr. Kaufmann Julius Reike in Berlin mit Frl. Friederike Hirsch in Nordhausen. — Hr. Lehrer C. Fr. Sachse in Dresden mit Frl. Elise Heydenreich.

Getraut: Hr. A. Borchers in Wangerooge mit Frl. Juliane Bartels aus Bevensted. — Hr. Rector R. Crusius in Fehrbellin mit Frl. Luise Reuter aus Stavenhagen. — Hr. Louis Johlige in Berna mit Frl. Auguste Hoffmann. — Hr. Rittergutspachter Heinrich Meisel in Großhartmannsdorf mit Frl. Emilie Ufer. — Hr. Pfarrer Ude Richter in Hamm mit Frl. Amalie Mestag aus Berlin.

Geboren: Hrn. Franz Birnbach in Köln ein Sohn. — Hrn. Pastor Böckler in Dranse ein Sohn. — Hrn. Hermann Grote in Hamburg ein Sohn. — Hrn. Rittergutspachter Moritz Lehmann in Baßlitz ein Sohn. — Hrn. Louis Müller in Wesel eine Tochter. — Hrn. Fr. W. Oster in Köln ein Sohn. — Hrn. M. Schmalz auf Rittergut Reusen ein Sohn. — Hrn. Rector F. Schwarzenberg in Hohenstein eine Tochter. — Hrn. Karl Schwendy in Berlin ein Sohn. — Hrn. Postmeister Thieme in Königsbrück eine Tochter. — Hrn. Kammergerichtsassessor Ed. Wendt in Anklam eine Tochter.

Gestorben: Frau Gymnasialdirecter Karoline Arnold in Königsberg. — Frau de Bourgeois in Berlin. — Hr. Dr. Hermann Joseph Brües in Lüttenglehn. — Hr. Portraitmaler Rudolf Hampf in Berlin. — Hr. Kanzleisecretair F. W. Haseley in Berlin. — Hr. Rentier Friedrich Lubach in Berlin. — Hr. geh. Justizrath und Staatsanwalt Ludolf Heinrich v. Lüderitz in Berlin. — Freifräulein Charlotte v. Roth in Merödchen. — Frau Christiane Auguste Schwartze in Brandis. — Frau Finanzassistenzrath Erdmuthe Schwarz in Dresden. — Frau Subdiakonus Agnes Wüstner in Leisnig.

Freitag — Nr. 162. — 11. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Vierteljahr 3 Thlr. — Inserate

Uebersicht.

Deutschland. =Leipzig. Steuerwesen. — Begnadigung Behr's. — Stuttgarter Actenstücke. — Landtag in Kassel. — Landtag in Sondershausen. **Bremen. Packetfahrt nach Südaustralien.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Die Judengesetzfrage. *Posen. Freiheitsentziehungsprocessionen. Strafurtel. Verhaftung. Hr. v. der Horst. Deutsche Polen. — Fürst Hatzfeld.

Oesterreich. Prag. Der Landtag. Graf Salm.

Portugal. Der Bürgerkrieg. Die Königin.

Spanien. Die Intervention in Portugal. Der päpstliche Nuntius. Theuerungstumulte in Granada.

Großbritannien. Parlament. Der Hof und seine Gäste. Die Herzogin von Kent. Prinz Oskar von Schweden. Die Sommerassisen in Irland. Die Leiche O'Connell's. Das Getreide. Die Times über die in Portugal befolgte Politik. Der Nationaldank für Cobden.

Frankreich. Parlament. Das Journal des Débats über die Bureauverhandlungen der Deputirtenkammer. Schiffe nach Portugal. *Paris. Die katholischen Geistlichen.

Griechenland. Die griechisch-türkische Differenz. Sir Edmund Lyons.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Aschaffenburg. Versammlung der süddeutschen Land- und Forstwirthe.

Handel und Industrie. *Petersburg. Witterung. Getreideausfuhr. *Leipzig. Börsenbericht. *Posen. Wollmarkt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

=**Leipzig**, 9. Jun. Die gerechte und billige Umlage der Steuern ist für den Staat von zu großer Bedeutung, als daß ihr nicht eine stetige Aufmerksamkeit gewidmet sein sollte. Sie hat möglichst gleichmäßige Heranziehung der Staatsbürger nach Verhältniß ihres Vermögens, resp. reinen Einkommens als Ideal vor Augen, was jedoch keineswegs ausschließt, daß erst von einer gewissen Summe des Einkommens die Steuerpflicht eintreten kann. Wo das letztere nicht passend abgegrenzt ist, wie das bei der leider sehr verbreiteten Nichtunterscheidung zwischen (steuerbarem) Einkommen und allgemeinem (Brutto-) Erwerb durch Arbeit vielfach der Fall ist, tritt eine Bedrückung der durch Veredlung von Stoffen neue Werthe producirenden Arbeitskräfte in einer Weise ein, die im directen Widerspruche mit dem leitenden Grundsatze der pfleglichsten Schonung der Quellen steht, aus welchen der Staat seine Mittel schöpft. Der Bruttoerwerb eines schlesischen Webers z. B., der kein Häuschen, kein Stück Garten oder Feld sein nennt, welcher auf 39 Thlr. 26 Sgr. jährlich berechnet wird, ist zur Besteuerung doch gewiß nicht geeignet; die Lage anderer solcher Weber mit kleinem Grundbesitz und einem jährlichen Erwerb von 47 Thlr. 6 Sgr. läßt es als Unmöglichkeit erscheinen, daß einer, wie in öffentlichen Blättern aufgestellte Berechnungen, es scheint glaubhaft, behaupten, oft die ungeheure Summe von 12—14 Thlr. jährlich (1⅞ Thlr. Grundsteuer, 2 Thlr. Klassensteuer, 4 Thlr. Gewerbesteuer, 3 Thlr. 3 Sgr. Grundzins, 1 Thlr. 10 Sgr. Gemeindeabgaben ꝛc.) davon zu erlegen habe. Auf diesem Gebiet ist „Schutz für die nationale Arbeit" zu vermitteln; hierher und auf eine durchgreifende Steuerreform zur Erleichterung des armen Mannes sind die Bestrebungen Derjenigen zu richten, welche theilweise aus Irrthum, theilweise in dem Trachten des Egeismus, von dem für monopolistische Ausbeutung bereits gesicherten Markte durch noch höhere Schutzzölle sich einen noch höhern künstlichen Vortheil sichern zu lassen, die täuschende Parole „Schutz für die nationale Arbeit" im Munde führen. Der Schutz, den sie heute bedarf, gleicht völlig dem, welchen der arme Mann im Mittelalter und später so nothwendig hatte. Die Arbeit bedarf der Erleichterung von den Lasten, welche Proletarier aus den Arbeitern schaffen helfen, während die Centralisirer der Arbeitsnutzung reich werden. Denn unmöglich kann es die Aufgabe des christlichen Staats sein, den Arbeiter wie Futter für Pulver, wie Holz zu misachten, das in den Ofen geschoben wird, damit das Wohlleben, der müßige Consument, die fruges consumere nati dabei es warm und comfortable haben. Dieses Zehren von den lebendigen Arbeitskräften bedarf dringend der Begrenzung; die Nothwendigkeit, die ärmern Volksklassen in den Steuern zu erleichtern, wird immer fühlbarer, immer allgemeiner anerkannt. Das führt auch ein der Beachtung sehr werther, mit gründlicher Sachkenntniß verfaßter Artikel: „Vorschläge zur Verbesserung der preußischen Steuergesetzgebung vom Jahr 1820" im neuesten, 2. Hefte des 6. Bandes von Rau und Hanssen's Archiv der politischen Oekonomie aus, welcher aufmerksame Beachtung verdient. Er resumirt mit Klarheit die Merkmale für das Bedürfniß einer Reform und Verbesserung der Steuergesetzgebung von 1820, und stellt ebenso die Schwierigkeiten zusammen, welche die Regierung abhalten könnten, ohne Anregung von Seiten der Stände zu einer wesentlichen Aenderung der Steuergesetze bald die Initiative zu ergreifen.

Aus v. Raumer's „Vereinigte Staaten von Nordamerika" (Leipzig 1844) wird der hinreichend von der Erfahrung bestätigte Satz dabei mit ausgehoben: „Wo Brot, Fleisch, Bier, Branntwein, Thee, Kaffee, Holz, Kohlen, kurz, alle Bedürfnisse der niedern Klassen schwer besteuert werden (während der Reiche verhältnißmäßig nur wenig bezahlt), müssen jene Klassen verarmen; wo sie wie in den Vereinigten Staaten steuerfrei sind, ist das Volk unendlich besser dran als in Europa." Auch an Sir R. Peel's Worte von 1842, als er die Einkommensteuer vorschlug, ist erinnert. Nicht auf Artikel des Lebensunterhalts, auf solche, die von einigem Ueberflusse zeugen möchten, jetzt aber fast Lebensnothwendigkeiten geworden sind, nicht auf solche, die von der großen Masse der Bevölkerung verzehrt werden, wollte er neue Abgaben gelegt wissen. Vielmehr war zugleich sein Zweck Verminderung der Preise der Bedürfnisse des Lebensunterhalts und der großen Verbrauchsgegenstände. Und gewiß war das eines großen Ministers und einer Nation würdig, die 20 Mill. Pf. St. an die Loskaufung von Sklaven in ihren Colonien gewendet hat und eine Flotte gegen den Sklavenhandel unterhält. Die Vorschläge in dem erwähnten Artikel gehen aber nicht auf eine Einkommensteuer in der Art der englischen, und laufen im Wesentlichen auf eine verbesserte Klassensteuer hinaus, die allerdings einen höchsten Satz für die Reichsten von 144 Thlr., wie jetzt, nicht kennt. Aber 12 Thlr. von 500 und nur 480 Thlr. von 20,000 Thlr. jährlich würde die Reichen wol nicht des Vorwurfs entledigen, vor den ärmern Mitbürgern bei Tragung der Staatslasten begünstigt zu sein. Auch vermögen wir uns nicht mit einem Ansatze von 2½ Proc. für 500 Thlr. und dem geringern von 2¼ Proc. für 800 Thlr., die mit 18 Thlr. tarifirt sind, zu verständigen. Diese formale Differenz behindert jedoch die principielle Uebereinstimmung mit dem Verfasser nicht, und wir schließen daher diese Hinweisung auf den werthvollen Aufsatz mit seinen Schlußworten: „Man möge nicht vergessen, daß die ärmern Volksklassen nur dann in ihren Lasten erleichtert werden können, wenn die Wohlhabenden und Reichen künftig höhere Abgaben als seither übernehmen."

— Das Würzburger Abendblatt meldet, daß der ehemalige Bürgermeister Behr vom Könige von **Baiern** vollständig begnadigt worden ist.

— Der Schwäbische Merkur vom 6. Jun. veröffentlicht folgende Actenstücke: 1. Schreiben von 62 Bürgern an die königl. Stadtdirection, vom 4. Mai:

„Königliche Stadtdirection! Die Berichte aller Augenzeugen, die wir zu hören Gelegenheit hatten, stimmen darin überein, daß sehr viele Angehörige des zur Unterstützung der Polizei verwendeten Militairs mit einer unverantwortlichen und empörenden Rücksichtslosigkeit selbst gegen völlig unbetheiligte Personen, friedliche Zuschauer und solche Leute, die selbst nicht einmal in die Nähe eines Tumults geriethen, von den Waffen Gebrauch machten, wie denn namentlich in der Nähe der Haidlen'schen Apotheke ohne vorgängige gesetzliche Aufforderung, sich zu zerstreuen, scharf geschossen wurde. Viele Leute, die in aller Ruhe ihres Wegs gingen, wurden von nacheilenden oder entgegenkommenden Lanzenreitern mit Säbelhieben und Lanzenstichen angefallen, und im günstigsten Falle mußten sie beschimpfende Ausdrücke, wie Schlingel ꝛc., hinnehmen. Wir behalten uns vor, für diese Thatsachen und Vorgänge, während der alle Bande der gesetzlichen Ordnung gelöst schienen, das vollständige Beweismaterial zu liefern, und begnügen uns für jetzt mit der Erklärung: 1) daß wir alle gesetzlichen Mittel ergreifen und bis zur letzten Instanz verfolgen werden, um für das auf so unerhörte Art beleidigte Bürgerthum die gebührende Genugthuung zu erhalten, und 2) daß nach unserer festen Ueberzeugung die heute in der ganzen Stadt herrschende Erbitterung vorzüglich in jenem rechtswidrigen Benehmen vieler Militairpersonen ihren Grund hat, und daß uns deswegen der Antrag an die königl. Stadtdirection vollkommen begründet scheint, dafür Sorge tragen zu wollen, daß unverzüglich dem Militair die strengste Mäßigung und Gesetzlichkeit empfohlen und so wenigstens von dieser Seite her aller Anlaß zu weitern Excessen vermieden werde. Hochachtungsvollst ꝛc."

2) Antwort der königl. Stadtdirection hierauf, vom 29. Mai:

„Unterzeichnete Stelle hat die von 62 hiesigen Einwohnern unterzeichnete Eingabe vom 4. d. M., worin dieselben über das Benehmen des königlichen

Militairs bei den Unruhen vom 3. Mai Beschwerde erhoben haben, seiner Zeit erhalten. Die Stadtdirection ist verpflichtet, Anzeigen jeder Art, aus welcher Quelle sie auch kommen mögen, sorgfältig zu beachten. Es wurde daher, obgleich der unterzeichnete Amtsverstand als Augenzeuge die lobenswerthe Mäßigung des königlichen Militairs in der Nacht vom 3. d. M. kannte, von jener Eingabe Veranlassung genommen, noch weitere Erkundigungen über die von den Exhibenten behaupteten Excesse des Militairs einzuziehen. Durch alle Berichte glaubhafter Personen, welche in der Lage waren, die aufrührischen Vorgänge vom 3. d. M. genau zu beobachten, wird indeß bestätigt, daß das von der Civilbehörde zu Herstellung der gestörten Ruhe requirirte Militair sich große Verdienste um die Stadt erworben hat, und daß ohne sein Einschreiten die zügellosen Rotten nicht zur Ruhe gebracht werden konnten. Von allen Seiten wird bestätigt, was der unterzeichnete Stadtdirector mit eignen Augen wahrgenommen hat, daß das Militair auf die frechste Weise verhöhnt und thätlich beleidigt wurde und mitten unter diesen Unbilden, welche es selbst in der Person seiner obersten Anführer zu erdulden hatte, eine musterhafte Haltung bewährte. Das Militair war von der zuständigen Civilbehörde zu dem Zwecke requirirt, die gestörte Ruhe wieder herzustellen und nöthigenfalls von den Waffen Gebrauch zu machen. Daß dies der Auftrag der bewaffneten Macht sei, hat der Unterzeichnete sowol als der Stadtschultheiß den Tumultuanten und den auf unverzeihliche Weise sich unter sie mischenden Zuschauern häufig wiederholt zugerufen. Diese Warnungen blieben völlig unbeachtet, vielmehr wurde das als Organ der bürgerlichen Obrigkeit auftretende Militair durch empörende Mishandlungen und wirkliche Angriffe genöthigt, sowol zu Vollziehung seines Auftrags als zu seinem eignen Schutze von den Schießwaffen Gebrauch zu machen. Diesem Acte ging die Aufforderung des commandirenden Offiziers, sich zu entfernen, voran, und es wurde vor dem scharfen Schießen die Trommel gerührt. Wenn diese Warnungszeichen unter dem Geschrei des Pöbels nicht von Jedermann verstanden worden, so ist dieses nicht die Schuld des Militairs; nach den vorausgegangenen Thätlichkeiten konnte die Anwendung des äußersten Mittels Niemandem unerwartet sein. Die mit diesem Sachverhalt im Widerspruche stehende Darstellung der Denunciationsschrift ist eine Unwahrheit. In der Natur der Sache liegt es, daß das Militair, welches den Auftrag hat, die Straßen von Menschen zu säubern, nicht im Stand ist, zwischen Tumultuanten und Neugierigen zu unterscheiden, sondern hin und wieder ganz Unbetheiligte zurücktreiben und verhaften muß. Ein Vorwurf gegen das Militair wegen dieser unvermeidlichen Handlungen ist durchaus unstatthaft, und es begreift jeder Verständige, daß, wer sich als friedlicher Zuschauer in Straßen begibt, in denen der Aufruhr tobt, lediglich selbst die Schuld trägt, wenn er vorläufig von den Aufrührern nicht unterschieden wird. Die unterzeichnete Stelle findet daher die gegen das Militair vorgetragene Beschwerde, theils weil die angegebenen Thatsachen unwahr, theils weil sie die nothwendigen Folgen jedes Einschreitens der bewaffneten Macht sind, ganz ungegründet. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Exhibenten wissentlich die Unwahrheit gesagt und die groben Beleidigungen gegen das Militair im Bewußtsein der Unrichtigkeit ausgestoßen haben, so erscheint es jedenfalls als ein zumal in dem Augenblicke der noch fortdauernden Aufregung schwer zu verantwortender Schritt und als eine Verletzung der der unterzeichneten Stelle gebührenden Achtung, unbegründete Angaben und grobe Beleidigungen gegen das auf Requisition der bürgerlichen Obrigkeit aufgebotene Militair in amtlicher Eingabe vorzutragen. Indem daher die Stadtdirection den Unterzeichnern der Eingabe die volle Misbilligung ihres Schrittes zu erkennen gibt, hat sie im Uebrigen die ganz unbefugte Belehrung über Das, was von ihrer Seite zu thun sei, zurückzuweisen."

— Der stuttgarter Beobachter enthält folgende Erklärung:

„Der Schwäbische Merkur vom 6. Jun. veröffentlicht die von 62 Einwohnern unterzeichnete, an die königl. Stadtdirection Stuttgart gerichtete Eingabe über die Vorfälle vom 3. Mai und hebt in Betreff der Unterzeichner vorzüglich hervor, daß sich fünf Rechtsconsulenten darunter befinden. Wir sind diese fünf Rechtsconsulenten, und wir erwarten vom unparteiischen Theile des Publicums, daß er sein Urtheil zurückhalten werde, bis es auch uns möglich sein wird, über den Sachverhalt die erforderlichen öffentlichen Aufklärungen zu geben. Stuttgart, 6. Jun. 1847. Fezer. Murschel. Rödinger. Robert Römer. Tafel. Als sechster Rechtsconsulent und als Verfasser jener Eingabe, die mit zu unterzeichnen er durch zufällige Abberufung verhindert war, tritt verstehender Erklärung bei Sigmund Schott."

— Aus **Kassel** vom 7. Jun. meldet die dortige Zeitung: „Der Landtag ist heute im höchsten Auftrage von dem Minister des Innern mit folgender Rede eröffnet worden:

«Hochgeehrteste Herren! Von Sr. königl. Hoheit dem Kurprinzen-Mitregenten, unserm gnädigsten Herrn, habe ich durch die höchste Vollmacht, welche ich hiermit übergebe, den gnädigsten Auftrag erhalten, die einberufene Ständeversammlung zu eröffnen und die Erwartung Sr. königl. Hoheit auszusprechen, daß die getreuen Stände ihres Landes sich mit allem Eifer den Arbeiten des Landtages unterziehen und die landesväterlichen Absichten, die Wohlfahrt des Landes in aller Weise zu fördern, unterstützen werden, auch zugleich die Ständeversammlung der höchstlandesherrlichen Huld und Gnade zu versichern. Indem ich mich dieses höchsten Auftrages zu entledigen die Ehre habe, ersuche ich die geehrten Mitglieder der Versammlung, den Ständeeid gemäß dem §. 74. der Verfassungsurkunde zu schwören.»

Hierauf folgte die Beeidigung des Präsidenten und der Mitglieder, nach deren Beendigung und nachdem hiernach der Minister des Innern im Namen und höchsten Auftrage des Kurprinzen-Mitregenten die Ständeversammlung für eröffnet erklärt hatte, die Versammlung zu einer vertraulichen Sitzung überging."

— In **Schwarzburg-Sondershausen** sind die Landstände durch Verordnung vom 5. Jun. zum 27. Jun. einberufen worden.

** **Bremen**, 6. Jun. Die bremische Schiffahrt ist in beständiger Ausdehnung begriffen, und zwar geschieht dies, ohne daß viel Aufhebens von der Sache gemacht wird. Jetzt ist wieder von dem Hause Erich F. Oelrichs eine regelmäßige Packetfahrt zwischen Bremen und Adelaide in Südaustralien via Capstadt begründet. Nachdem dasselbe schon seit 1844 alljährlich mehre Schiffe mit Auswanderern nach jenem Lande expedirt hatte, hat es sich bei der vermehrten Zahl der Applicanten nun entschlossen, alle zwei Monate wenigstens, und zwar vom Juni dieses Jahres an, dorthin ein Schiff abgehen zu lassen. Da sich in neuerer Zeit in den ostindischen Gewässern wieder viele Piraten gezeigt haben, so werden alle diese Schiffe vollkommen armirt sein und nach ihrer Größe drei bis sechs Kanonen nebst andern Waffen führen; die sämmtliche Mannschaft, Capitain, Steuermann und Matrosen, erhält Uniform, auf deren Knöpfen sich das alte patricische Familienwappen des Rheders befindet. Die Auswanderung nach Südaustralien nimmt bedeutend zu und wird noch größer werden, wenn bei der nichts zu wünschen übriglassenden Ausrüstung erwähnter Schiffe Preußen, wie man die Hoffnung hegt, die Auswanderung nach jenem Lande wieder freigegeben haben wird. Die Schiffe nach Adelaide unterliegen wie alle Auswandererfahrzeuge den darauf bezüglichen obrigkeitlichen Vorschriften, sodaß vor jeder Ueberfüllung gewahrt (eine Person auf zwei Tonnen) und Wasser und Proviant hinreichend vorhanden ist. Außer den nothwendigen Reisebedürfnissen wird der Kajütenpassagier auch manche Gegenstände des Luxus vorfinden, wie z. B. eine gute Unterhaltungsbibliothek, wie überhaupt der Unternehmer für die Bequemlichkeit der Reisenden und ihre Aufklärung über das neue Heimatland durch eine gedruckte Schrift in höchst zweckmäßiger Weise gesorgt hat. Südaustralien ist die jüngste und blühendste Colonie dieses Welttheils; Adelaide wurde 1835 gegründet, die Bevölkerung beläuft sich auf 25,000 Einwohner, wovon ein Fünftel Deutsche sind, deren Volksthümlichkeit gesichert ist, und die von der englischen Regierung ganz auf gleichem Fuße mit den Nationalen behandelt werden. Das Land ist äußerst fruchtbar, seine hauptsächlichsten Producte bestehen in Wolle, Weizen, Kupfer und Blei, der fleißige Arbeiter wird dort sehr gesucht, und der Handel mit England und seinen Colonien ist blühend, sodaß die Ausfuhr dorthin 1845 schon 148,459 Pf. St. betrug. Südaustralien darf niemals eine Verbrechercolonie werden, was zum Aufblühen des Landes sehr viel beigetragen hat; auch von den Wilden ist nichts zu besorgen, sie sind friedlicher Natur, an Zahl viel geringer als die Ansiedler, und leben in kleinen Stämmen zu 2—300 ziemlich weit von einander entfernt.

Preußen.

Berlin, 9. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 4. Jun. ward weiter darüber gestritten, ob für Anführung der Gründe auch zwei Drittel nöthig seien. Der Landtagscommissar bejahte das, sobald es sich darum handle, die Petition durch die Gründe zu definiren, gab auch zu verstehen, daß auf einen blos mit einfacher Majorität gestellten Antrag kein Bescheid erfolgen dürfte. Man änderte dann die Fassung der Frage in folgender Weise: „Soll mit Bezug auf die frühere Gesetzgebung und aus Gründen der Nützlichkeit und innern Nothwendigkeit Se. Maj. der König gebeten werden, den Wegfall der Ausschüsse auszusprechen?" und dafür erhob sich die ganze Versammlung. Man ging dann zu dem Antrage der Mehrheit der Abtheilung über: „mit Bezug auf die frühere Gesetzgebung sowie aus Gründen der Nützlichkeit und innern Nothwendigkeit eine Bitte an Se. Maj. den König zu richten, daß Se. Maj. gnädigst anzuerkennen geruhen, es könne der Beirath des Vereinigten Landtags nicht durch Verhandlungen mit den einzelnen Provinziallandtagen ausgeschlossen sein". Der Landtagscommissar klärte zuvörderst einige Zweifel des Abg. Dittrich hinsichtlich der Sachlage auf, erklärte dann, daß man bei der betreffenden Bestimmung nur den Fall einer dringenden Angelegenheit und der gerade versammelten Provinziallandtage im Auge gehabt habe, glaubte aber hinzufügen zu können, daß die Krone, wenn die Versammlung diese Modalität nicht wünschenswerth halte, keinen Gebrauch davon machen werde. Für den Antrag sprachen kürzlich die Abgg. Hansemann, v. Beckerath und v. Auerswald, gegen ihn als unnöthig v. Manteuffel I. Er ward mit überwiegender Mehrheit angenommen. Man kam nun zu dem Antrage der Abtheilung: „mit Bezug auf die aus dem Gesetze vom 17. Jan. 1820 sich ergebenden Rechtsgründe Se. Maj. zu bitten, die Verordnungen vom 3. Febr. 1847 dahin ändern zu wollen, daß unzweifelhaft aus ihnen hervorgehe, daß die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen nicht bestimmt sei, den Vereinigten Landtag in seinen Befugnissen hinsichtlich der Consentirung von Staatsschulden zu ersetzen." Dazu fügte sie den Antrag, auszusprechen: „daß Se. Majestät das unbestrittene Recht der Krone behalten möge, in allen Fällen, in welchen die Einberufung des Vereinigten Landtags unausführbar ist, ohne Zuziehung ständischer Organe Anleihen zu contrahiren." Der Abg. Winzler wollte dem ersten Antrag auch eine Verwahrung zugefügt wissen und erklärte sich gegen den zweiten unbedingt. Wären solche Fälle der Noth da, so mögen Preußens Herrscher im Vertrauen auf ihr Volk handeln, aber eine ausdrückliche Rückgabe eines Volksrechtes möge er nicht verantworten. Er sagte jedoch auch selbst, dem Könige wolle er das Recht wohl vertrauen, nur keiner Deputation. Auch für den zweiten Antrag sprachen sich die Abgg. Dittrich und v. Gaffron aus. Der Landtagscommissar erklärte, der Inhalt des ersten Antrags entspreche ganz den Intentionen der Regierung. Für die Deputation blieben aber noch einige rein geschäftliche Functionen, wie sie

nie von einer großen Versammlung vorgenommen werden könnten, und für diese sei ihre Beibehaltung in jedem Falle räthlich. Graf Helldorf sprach gegen den zweiten Antrag, unter Anderm wegen mangelnder ministerieller Verantwortlichkeit. Die Abgg. v. der Heydt, Naumann, Sperling, Tzschocke, v. Bincke, Hansemann gegen den zweiten Antrag. Die HH. Naumann und v. Bincke schlugen vor, eine königliche Proposition für das Verfahren in Ausnahmefällen zu erbitten. Der Abg. v. Saucken rieth, nach der Erklärung des königlichen Commissars, zur Wahl der Deputation. Abg. v. Beckerath sprach für den ersten und gegen den zweiten Antrag. Endlich ward das Amendement des Freiherrn v. Bincke: „Se. Majestät den König zu bitten, Allergnädigst anerkennen zu wollen, daß nur mit Zustimmung des Vereinigten Landtags Landesschulden rechtsgültig contrahirt werden können, falls jedoch der unbedingten Anwendung dieses Grundsatzes erhebliche Bedenken entgegenstehen möchten, dem Vereinigten Landtage eine darauf bezügliche Proposition huldreichst vorlegen lassen zu wollen", mit großer Mehrheit angenommen.

In der Sitzung derselben Curie am 5. Jun. ward auch, bei Verlesung des Protokolls, der Wunsch um gänzlichen Wegfall der Deputation ohne Widerspruch ausgesprochen. Dann sprach sich der Abg. v. Thadden darüber aus, daß er, wenn der Feind an der Rheingrenze sei, nicht nach Berlin, sondern nach Aachen gehen würde, daß auf dem Landtag Aeußerungen gefallen seien, die ihm das Herz im Leibe herumgedreht hätten, daß man bei verantwortlichen Ministern auch verantwortliche Opposition brauche. Von heftigem Pochen unterbrochen federte er Gedankenfreiheit und schloß mit dem Ausrufe: „Krieg den parlamentarischen Tyrannen!" (Allgemeines Gelächter.) Bei dem weitern Gutachten über das Staatsschuldenwesen schlug der Abg. Hansemann das Amendement vor: „Se. Maj. den König ehrfurchtsvoll zu bitten: a) allergnädigst anerkennen zu wollen, daß nach der Verordnung vom 17. Jan. 1820 (das Staatsschuldenwesen betreffend) überhaupt keine Staatsschuldendocumente irgend einer Art, also weder verzinsliche noch unverzinsliche Papiere, und also auch keine Erklärungen über Schuldgarantien ohne Zuziehung und Mitgarantie des Vereinigten Landtags rechtsgültig ausgestellt werden dürfen; b) insofern aber die unbedingte Anwendung dieses Grundsatzes bedenklich erachtet würde, dem Vereinigten Landtage dieserhalb eine allerhöchste Proposition vorlegen lassen zu wollen." Ferner: „Dem Vereinigten Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen lassen zu wollen, durch welchen diejenigen Finanzoperationen, welche seit der Verordnung vom 17. Jan. 1820 im Widerspruche mit dem sub a) ausgesprochenen Grundsatz etwa gemacht worden sind, regularisirt und in Gemäßheit dieser Verordnung dem Vereinigten Landtag untergeordnet werden." Den zweiten Theil desselben, gegen den sich Frhr. v. Bincke, unter Bezug auf die dem Andenken des verewigten Königs schuldige Pietät erklärte, zog er aber wieder zurück. Bei der Debatte darüber gaben Erklärungen des Justiz- und Finanzministers, woraus hervorzugehen schien, daß eine Staatsgarantie für die Bankscheine nicht bestehe, und die man so deutete, als werde die Verpflichtung der Staatskassen zur Annahme derselben geläugnet, zu einigen sehr lebhaften Erörterungen Anlaß, bei denen sich besonders der Abg. Knoblauch betheiligte. Das Hansemann'sche Amendement ward mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen angenommen. Ebenso der Antrag des Ausschusses, daß eine Declaration, resp. Abänderung des §. 9 des Gesetzes vom 3. Febr. c. über Bildung des Vereinigten Landtags zu erbitten sei, welche außer Zweifel setze, daß das Recht des ständischen Beirathes über alle Steuergesetze dem Vereinigten Landtage zustehe. Ueber das Steuerbewilligungsrecht war weder die Abtheilung zu einem Antrag gekommen, noch schien die Versammlung geneigt, darüber zur Zeit einen solchen zu stellen. Der Abg. v. Flemming nahm einen desfallsigen Antrag wieder zurück. Fast einstimmig ward der Antrag, „Se. Maj. um eine Declaration des §. 9 zu bitten, durch welche außer Zweifel gestellt werde, daß mit Rücksicht auf die frühere Gesetzgebung in den rechtlichen Verhältnissen der Domainen und Regalien nichts geändert, sodaß die Mitwirkung der Stände, welche aus der die Domainen betreffenden frühern Gesetzgebung zu begründen, ungeschmälert sei", mit überwiegender Mehrheit der weitere: „Se. Maj. zu bitten, mit Rücksicht auf die bereits formirten Anträge und namentlich auf die zugesicherte Wiederberufung des Vereinigten Landtags binnen vier Jahren die Wahlen zu den vereinigten Ausschüssen und den ständischen Deputationen für das Staatsschuldenwesen für jetzt aussetzen zu lassen", angenommen. Ebenso endlich der von der Abtheilung nicht unterstützte Antrag des Abg. Hirsch, daß der König gebeten werde, an der Gesetzgebung vom 3. Febr. ohne Zustimmung der Stände nichts zu ändern. (A. P. Z.)

** **Berlin**, 8. Jun. In mehren Zeitungen wird gegenwärtig das Gerücht verbreitet, die preußische Regierung habe beschlossen, den den Ständen zur Berathung vorgelegten Gesetzentwurf über Regulirung der Verhältnisse der Juden wieder zurückzuziehen. Uns scheint die Verbreitung dieser grundlosen Nachricht nur ein Operationsmittel jener ausgedehnten Agitation zu sein, welche auf alle Weise bemüht ist, dem Zustandekommen des erwähnten Gesetzes entgegen zu arbeiten, und die namentlich einen großen Theil der bereitwillig sich darbietenden deutschen Tagespresse benutzt, um ihre Pläne zu betreiben. Besonders auch die beiden hiesigen Privatzeitungen lassen es an Bereitwilligkeit nicht fehlen, dieser Agitation die Hand zu bieten. Täglich bringen sie uns ellenlange Aufsätze, in denen das staatsbürgerliche Verdienst der Juden besungen wird. Vor kurzem enthielt die Vossische Zeitung sogar ein Attest des holländischen Generals Chasse über das Wohlverhalten der Juden als Soldaten. Will man mit diesen Beschreinigungen und Sittenzeugnissen das Urtheil der Vereinigten Stände präoccupiren? Wir sind keine Freunde von Gerüchten; aber einem hier weit verbreiteten Gerüchte nach, welches dem etwas aufmerksamern Beobachter auch durch den Augenschein bestätigt wird, versäumt man auf gewisser Seite keine Gelegenheit, einflußreiche Abgeordnete mit Aufmerksamkeiten und Zuvorkommenheiten aller Art zu überhäufen. Möchten doch die deutschen Publicisten so unbestechlich in ihrem Urtheile sein, wie der Vereinigte Landtag sich in der Judenfrage zeigen wird. Was das Sachliche dieser Frage betrifft, so werden wir uns erlauben, nächstens etwas genauer darauf einzugehen.

* **Posen**, 7. Jun. Die große Frohnleichnamsprocession, welche hier gestern statthatte — am Frohnleichnamstage selbst ist nur eine kleine Procession im Dom — hatte diesmal einen ungewöhnlichen Glanz, indem mit Ausnahme Italiens wol nicht leicht ein Ort gefunden werden dürfte, wo die Frohnleichnamsprocession eine solche allgemeine Theilnahme findet als in Posen. Diesmal bestand der Processionszug gewiß aus 25,000 Personen beiderlei Geschlechts und aus allen Ständen, die sich im größten Schmuck durch die Straßen der Stadt bewegten und bei der Erhebung des Allerheiligsten auf ihre Knie niedersanken. Der Zug hat hier in der That etwas höchst Imposantes; voran die jüngere Geistlichkeit und ein Musikchor, dann folgen die Gewerke mit ihren Emblemen und Fahnen, darauf kommt wieder eine Anzahl Geistlicher im Prachtornat; sodann werden eine große Anzahl von Kirchenfahnen und Heiligenbildern in kurzen Zwischenräumen einhergetragen, an welche sich die hohe Domgeistlichkeit im höchsten Ornat reiht, die den Erzbischof in der Mitte führt, welcher unter einem prachtvollen Baldachin einherschreitet, eine strahlende Monstranz in den Händen tragend. Zu beiden Seiten bilden die schön uniformirten Schützen ein Spalier. Dann folgen die städtischen und übrigen Behörden mit großen brennenden Wachskerzen in den Händen, und den Schluß bildet die unübersehbare Schar der Gläubigen. Alle Straßen, durch die der Zug führt, sind dick mit Schilf — als Surrogat der Palmen — und Blumen bestreut, und alle Häuser geschmückt. An den Ecken des Hauptmarktes sind prächtig geschmückte Altäre im Freien errichtet, an deren jedem der Erzbischof selbst eine Messe liest, wobei die Erhebung der Monstranz den ergreifendsten Moment bildet, indem unter Pauken- und Trompetenschall alle Anwesenden in einem Nu auf die Knie niederfallen, das Venerabile zu verehren. Zuletzt begibt sich der Zug in die große Jesuitenkirche, die von tausend brennenden Kerzen widerstrahlt und in welcher eine herrliche Musik aufgeführt wird. Freilich muß über die Hälfte der Andächtigen außerhalb der Kirche auf der Straße bleiben, weil das Gotteshaus beiweitem nicht Alle zu fassen vermag. Daß diesmal trotz des ungeheuern Gedränges und der Anwesenheit unzähliger Proletarier auch nicht der geringste Unfug sich ereignete, beweist am besten, daß die Tumultgelüste bei uns ihr Ende vollständig erreicht haben. Freilich dürften dazu die energischen Bestrafungen der Rädelsführer des letzten Krawalls wesentlich beigetragen haben, deren Liste veröffentlicht worden ist. Außer den beiden schon früher Erwähnten sind noch 21 Individuen mehr oder weniger streng bestraft worden.

Vor wenigen Tagen noch ist ein junger Gymnasiast polnischer Abkunft auf von Berlin aus hier eingegangene Requisition verhaftet und sofort dahin abgeführt worden, wo er vor Gericht gestellt werden soll. — Ueber den zur Disposition gestellten bisherigen Chef des 19. Infanterieregiments, Obersten v. d. Horst (Nr. 140), enthalten jetzt die öffentlichen Blätter allerlei wunderliche Neuigkeiten, die zumeist ganz unbegründet oder höchstens nur theilweise wahr sind. Daß seine Verheirathung mit einer Polin und sein Uebertritt zur katholischen Kirche der Grund seiner plötzlichen Dispositionsstellung und Versetzung nach Stralsund sei, glaubt man hier durchaus nicht, vielmehr sucht man die Veranlassung davon in seinen frühern Verhältnissen in Westfalen. Falsch ist es, daß er seinen Abschied deshalb gefodert habe, weil ihm der Heirathsconsens verweigert worden. — Die letzten Verhandlungen in der Herren-Curie des Vereinigten Landtags in Betreff des Ablesens der Reden hat man hier mit besonderm Interesse gelesen, weil man hier recht gut weiß, wodurch sie hervorgerufen worden sind. Gut ist es, daß der Landtag sich nicht auf die Abkunft eingelassen und diese zum Kriterium der Nationalität gemacht, denn da würde sie in gewaltige Conflicte gerathen sein. Hier gibt es eine Unzahl von Leuten — und zwar sind dies die wahren Enragés — deren Väter und Mütter ehrliche Deutsche waren, die aber einen Triumph darin suchen, ihr Deutschthum gänzlich zu verläugnen, ja alles deutsche Wesen mit dem bittersten Hasse zu verfolgen; sie affectiren, wüthende Polen zu sein, und fangen damit an, ihre Namen mit polnischer Endung oder Orthographie zu schreiben: so wird aus einem Scholtz ein Szole, aus einem Schiemann ein Szyman, aus einem Anschütz ein Anszyc, aus einem Rischke ein Riszkowski u. s. w. Daß echten Polen

es gestattet wird, ihre Reden abzulesen, wird jeder Billigdenkende in der Ordnung finden; wenn aber Deutsche sich für Polen ausgeben, so haben sie die erhaltene Zurechtweisung redlich verdient. Wenn man nach dem Grunde forscht, warum solche Deutsche ihre Nationalität verläugnen, so ist es in der Regel die Verheirathung mit polnischen Frauen, die ihre deutschen Männer mit besonderer Schlauheit sofort unter den Pantoffel stellen; oder die Herren fühlen sich als Deutsche zu unbedeutend, um unter ihren Landsleuten eine Rolle zu spielen, deshalb wenden sie sich auf die polnische Seite, weil sie hoffen, hier leichter täuschen zu können.

— Aus **Breslau** vom 3. Jun. schreibt die Elberfelder Zeitung: „Die Angelegenheiten des Fürsten Hatzfeld nehmen nun eine eigne Wendung. Derselbe hatte sich bekanntlich einige Zeit in München aufgehalten, um dort die Vermittelung des Königs von Baiern behufs seiner Aussöhnung mit dem päpstlichen Stuhle zu erbitten. Der König soll auch seine Vermittelung zu Erlangung der gewünschten Dispensation und Befreiung von der Excommunication zugesagt haben. Hierauf reiste nun der Fürst nach Italien und kam an die Grenze des Kirchenstaats; hier aber wurde er angehalten, da mittlerweile ein strenges Gebot des Papstes Pius IX. angelangt war, den Fürsten nicht über die Grenze zu lassen. Der Letztere mußte also unverrichteter Sache wieder umkehren, und man ist nun begierig, welche Schritte der Fürst thun wird, da die Lossprechung von der Excommunication eine Lebensfrage für ihn ist."

Oesterreich.

Prag, 31. Mai. Vorgestern, am Schlusse des Postulatenlandtags, wurde wie im vorigen Jahre die Umlegung der Rusticalsteuer von 350,000 Fl. auf die Dominicalgründe „ohne weitern Beisatz" mit 48 gegen 33 Stimmen beschlossen. Der Landtag schloß mit der seit Jahren hergebrachten Formel: „Schließlich, und da Se. k. k. Maj. den treugehorsamsten Ständen die huldreichste Versicherung zu ertheilen geruht haben, daß ihnen der Revers wegen der gegenwärtigen Verwilligung zukommen werde und alles Dieses ihren wohlhergebrachten Rechten und Freiheiten unabbrüchig sein und Höchstdenenselben niemals entfallen werde, die treugehorsamste Willfährigkeit mit k. k. Gnaden und Hulden zu erkennen, so finden sich die Stände bestimmt, Sr. k. k. Maj. für die Aufrechthaltung der ständischen Gerechtsame und für die Zusicherung des Reverses über die gegenwärtige Verwilligung den unterthänigsten Dank mit der Bitte abzustatten: die treugehorsamsten Stände von allen weiter wie immer Namen habenden Nachpostulaten und Steuerdemandaten zu entheben, auch gnädigst zu bewilligen geruhen möchten, daß, wofern wegen eines feindlichen Einfalls, allgemeinen Mißwachses, einer Pest, Viehseuche, Plünderung, Feuersbrunst oder dergleichen unvorhergesehener Zufälle die treugehorsamsten Stände die Landesabgaben zu der Landesvertheidigung und ihrer eignen Sicherheit selbst benöthigen sollten, sie zur Entrichtung der Extra- und Ordinairsteuer nicht gehalten, überdies aber nicht verbunden sein sollen, daß in ordine praestandorum publicorum ein Landesinsaß für den andern, oder die Obrigkeit für die Unterthanen, dann überhaupt das Universum für den Privaten zu haften hätte." Als neulich in einer Sitzung die Stände gemäß der allerhöchsten Instruction wie gewöhnlich zum Beharren im Religionseifer und die Ordinariate zur Beförderung der religiösen und moralischen Ausbildung des Volks aufgemuntert wurden, und hierauf die geistliche Curie eben so wie gewöhnlich antwortete, daß der kirchliche Zustand des Landes ganz beruhigend sei, erhoben sich einige weltliche Mitglieder mit der Gegenbemerkung: daß das Proletariat, Noth und Verbrechen leider immer mehr zunehmen. Noch haben wir nachzutragen, daß, als der Bürgermeister von Prag in einer ständischen Versammlung wie alle Jahre einen Zuschuß aus der ständischen Kasse zur Straßensäuberung und Beleuchtung begehrte, die Stände erklärten, man werde dieses Jahr den Zuschuß erst nach eingerichteter Gasbeleuchtung (welche mit 1. Aug. beginnen soll) bewilligen, übrigens sei die Straßensäuberung noch nie so schlecht wie jetzt bestellt gewesen (was seine vollkommene Richtigkeit hat). Ein bemerkenswerther Fortschritt ist, daß die Stände auf Veröffentlichung ihrer Verhandlungen angetragen haben, und daß bereits zu diesem Zwecke sechs Praktikanten der ständischen Kanzlei in der Stenographie Unterricht erhalten. — Die speciellen ständischen Versammlungen haben heute wieder begonnen und werden noch einige Tage dauern, bis alle Verhandlungspunkte erschöpft sind.

Prag, 3. Jun. Die am 29. Mai wieder aufgenommene ständische Versammlung ward vorgestern geschlossen. Unter den in diesen Tagen gefaßten ständischen Beschlüssen sind folgende die wichtigsten: 1) daß eine ständische Deputation nach Wien abgehen soll, um den Kaiser nochmals um Abschaffung der Staatslotterie in Böhmen zu bitten (Nr. 158); 2) ward beschlossen, auf zweckmäßigere Ausbildung des Gemeindewesens Bedacht zu nehmen — was bekanntlich vor kurzem auch die niederösterreichischen Stände, deren Beschlüsse überhaupt im Publicum die freudigste Anerkennung erregten, angeordnet hatten — und hierzu ein Comité niederzusetzen. Dieser Beschluß ist sehr wichtig und verdient den größten Dank aller Vaterlandsfreunde. Der Präses Altgraf Salm, nunmehr zum Gouverneur des Küstenlandes ernannt, nahm schließlich Abschied von den versammelten Ständen. (A. Z.)

Portugal.

Aus den heute ausführlich vorliegenden Berichten von **Lissabon** und **Oporto** bis 30. Mai und den Correspondenzen, welche zwischen den Ministern der drei vermittelnden Mächte und Sa da Bandeira in Setubal, sowie mit der Junta seit dem 17. Mai stattgefunden haben, ergibt sich, daß Sa da Bandeira am 18. Mai, wo der Waffenstillstand um Mittag ablief, in eine viertägige fernere Suspension der Feindseligkeiten willigte. Die Aufführung von Befestigungen und das Aussenden der Schiffe nach der Junta gehorchenden Häfen sollte jedoch dadurch nicht behindert sein. Der Junta ward am 23. Mai durch den Capitain des im Douro liegenden britischen Dampfers Gladiator im Auftrage der Minister der vermittelnden Mächte angezeigt, daß ein Auslaufen der Schiffe der Junta dieselben wahrscheinlich aussetzen würde, von der britischen Seemacht angehalten zu werden. Der britische Consul machte gleichlautende Mittheilungen, dennoch gingen die drei Dampfschiffe Mindello, Salter und Oporto mit der übergetretenen Corvette Der achte Juli, den Douro hinab, mußten aber letztere wegen zu geringen Fahrwassers diesseit der Barre zurücklassen und passirten am Gladiator und an den außerhalb der Barre liegenden britischen und spanischen Dampfschiffen Polyphemus und Isabella vorbei, um die den Douro blockirende Fregatte und Brigg der Königin Donna Maria anzugreifen, die etwa drei Miles davon zu sehen waren. Die beiden Schiffe wichen den Dampfern nicht aus und erwiderten zwei Stunden lang die Kanonade derselben lebhaft; allein der Berichterstatter glaubt, daß vermuthlich kein einziger Schuß getroffen habe, so respectvoll fern blieben sich die Gegner. Erst gegen Ende der Action setzten sich der Polyphemus und die Isabella, die inzwischen geheizt hatten, in Bewegung und näherten sich dem Schauplatze der Feindseligkeiten, jedoch nur, um den Hergang mehr in der Nähe mit anzusehen. Die Dampfer der Junta ließen bald nachher ab, und die in Menge an der Küste versammelten Zuschauer gingen mit der sanguinischen Ueberzeugung nach Hause, daß ohne Einmischung der fremden Dampfschiffe die königlichen Blockadeschiffe ganz gewiß genommen worden wären. Vom Vicepräsidenten der Junta, Silva Jose de Passos, ward auf die erwähnten Zuschriften in Abwesenheit des Grafen das Antas erwidert, wie keine Verpflichtung die Junta in Verwendung ihrer Streitkräfte zu Land und See hindere, und jedes feindselige Einschreiten der britischen Seemacht, da die Junta die britischen Unterthanen und ihr Eigenthum nie beeinträchtigt habe, als nicht gerechtfertigt angesehen werden müsse. Am 24. Mai kam das Antas nach Oporto zurück und empfing die von den drei Ministern aus Lissabon an ihn auf die Weigerung eingegangenen Schreiben, daß die Junta in eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 10. Jun. nicht willigen wolle. In den Schreiben des britischen und spanischen Ministers herrscht völlige Uebereinstimmung. Beide zeigen an, daß die Schiffe ihrer Nationen Befehl erhalten haben, den Douro zu verlassen. Der französische Minister schreibt nur in wenig Zeilen, daß die andern Beiden von der Junta das Eingehen auf einen Waffenstillstand bis zum Empfange von Instructionen verlangt hätten, und wünscht sehr, Graf das Antas möge, seinem Patriotismus und der Menschlichkeit allein Gehör gebend, jenem Verlangen beitreten. Die Junta hatte nach langer Debatte und da drei Mitglieder für, drei gegen den Waffenstillstand waren, sich dahin vereinigt, daß die Ernennung eines nationalen Ministeriums der Einstellung der Feindseligkeiten vorangehen müsse, und war eben über der Ausfertigung einer solchen Antwort, als vom Befehlshaber ihrer Schiffe, Capitain Salter, die Meldung einlief, der Commandant der inzwischen vor dem Douro angekommenen britischen Fregatte America, Sir Thom. Maitland, habe ihm die Weisung ertheilt, mit seinen Schiffen in den Douro einzulaufen. Auf desfallsige Anfrage klärte die Sache sich dahin auf, daß Sir Thom. Maitland, wenn die Schiffe der Insurgenten im Douro blieben, auch für die Blockadeschiffe der Königin Befehle derselben mitgebracht habe, sich nicht mehr vor dem Douro zu zeigen. Die erst am 27. Mai gegebene ausweichende Antwort der Junta ist gestern berichtet worden. Der britische Consul in Oporto machte in Folge dessen amtlich bekannt, daß die britischen Kriegsschiffe angewiesen wären, britischen Unterthanen und ihrem beweglichen Eigenthume jede Erleichterung zur Entfernung von Oporto zu gewähren. Auch das britische Dampfschiff Sidon war vor dem Douro angekommen, während der Polyphemus mit der Antwort der Junta nach Lissabon abging. Von da wurde er sofort nach Setubal abgefertigt, von woher man am 28. Mai Vormittags anhaltendes Schießen in Lissabon gehört hatte. Das Linienschiff Superb war ebenfalls zum Kreuzen aus dem Tejo ausgelaufen. Von Lissabon gingen übrigens fortwährend Leute, die zum Theil für Anhänger der königl. Sache galten, zu Sa da Bandeira über, und alle Thore und Einschiffungsplätze sind jetzt mit Wachen besetzt, die streng nach der Legitimation der Auspassirenden fragen. In einem Hause bei Boavista wurden kürzlich 20 Mann, dabei mehre Municipalgarden, verhaftet, die im Begriffe waren, mit den Waffen denselben Weg einzuschlagen. Am 26. Mai traf die von England nach Brasilien zurückkehrende brasilische Fregatte Constituicao im Tejo ein. — Da die Königin sich wieder im vierten Monate von Mutterhoffnungen befindet, so sind bereits im ganzen Lande Kirchengebete für ihre glückliche Entbindung angeordnet worden.

Spanien.

Die Zeitungen vom 1. Jun. erwähnen die Ankunft eines außerordentlichen Kuriers aus Portugal, und der Clamor publico will wissen, die Interventionsarmee sey in der Gegend von Tuy über die portugiesische Grenze gegangen und marschire auf das von den Insurgenten belagerte Valença, um es zu entsetzen. Ganz dem widersprechend erwähnt das Eco del Comercio eines Gerüchts vom Aufschube des Einmarsches der spanischen Truppen in Portugal. — Am 30. Mai statteten die Minister dem päpstlichen Nuntius Besuche ab, der sie Tags darauf bei Hrn. Pacheco und dem Justizminister erwiderte. Am 1. Jun. wurde der Monsignore Brunelli von der Königin empfangen. — In Granada haben sich wieder einige nicht unbedeutende Theuerungstumulte ereignet.

Großbritannien.

London, 5. Jun.

Im Oberhause gab auf Lord Brougham's Anfrage der Earl of Auckland, erster Lord der Admiralität, zur Antwort, daß jetzt eine Blockade des Douro bestehe. Indem der Marquis of Lansdowne das Interventionsprotokoll wegen Portugal auf die Tafel des Hauses legte, sprach er die Hoffnung aus, am 7. Jun. die sämmtlichen übrigen Actenstücke vorlegen zu können. Lord Stanley gab bei der großen und allgemeinen Wichtigkeit die Erwartung zu erkennen, daß es weder in diesem noch im andern Hause vor genauer Erwägung der Umstände und Actenstücke zu einer Meinungsäußerung in dieser Angelegenheit kommen möge. Auf Lord Monteagle's Antrag wurde ein Specialausschuß über die irische Auswanderungsfrage niedergesetzt.

Im Unterhause kam man nach endlicher Umstimmung Hrn. Hume's, nicht schon am 7. Jun. unmittelbar nach Vorlegung der Actenstücke wegen der Intervention in Portugal seine Motion deshalb zu machen, dahin überein, daß sie am 10. Jun. mit Vorausgang vor der Tagesordnung stattfinden solle. Von Hrn. C. Berkeley wurde wieder einmal die Frage aufgeworfen, ob das Reiterstandbild des Herzogs v. Wellington auf dem Triumphbogen bleiben solle, wo es jetzt aufgestellt ist. Lord Morpeth, Oberintendant der Wälder und Forsten und als solcher auch mit den Angelegenheiten der öffentlichen Bauten beauftragt, erwiderte, daß die Regierung es herabgenommen wünsche, das Comité für das Denkmal damit einverstanden sei und daß für ein angemessenes Fußgestelle zur Aufstellung der Statue an einem jedoch noch nicht gefundenen Orte gesorgt werde. Die Königin habe außerdem ausgesprochen, daß es ihr sehr erfreulich sein würde, wenn das Haus Mittel zur erfoderlichen Vollendung des Triumphbogens durch Ausschmückungen bewilligen wolle, die Zeugnisse von dem Werthe wären, wie hoch das Land die Thaten und Verdienste des Herzogs v. Wellington halte. Sir J. Hobhouse bestätigte auf eine Anfrage die vom 1. April an in Ostindien eingetretene Herabsetzung der Salzpreise und der Zölle von Salz aus Großbritannien. Hr. Horsman wollte wissen, ob die Regierung über die Aussichten der Kartoffelärnte Berichte erhalten habe, und der Schatzkanzler versetzte, daß zwar an einigen Orten die Kartoffelkrankheit wieder sich zeigen solle, allein daß es noch viel zu früh sei, um eine bestimmte Ansicht deshalb zu fassen. Lord George Bentinck meldete einen Antrag, wenn er nicht von anderer Seite gestellt werde, auf gänzliche Zurücknahme der Bankbill Sir R. Peel's von 1844 an, und in Rücksicht dessen vereinigte man sich dahin, bei der anstehenden dritten Lesung der Bill über die Discontovergütungen auf Pränumerando-Einzahlung von Terminen der 8-Mill.-Anleihe (Nr. 137) jene Frage nicht in die Discussion zu mengen. Vom Schatzkanzler wurde angezeigt, daß bereits 2,078,000 Pf. St. solcher Vorauseinzahlungen in Folge dieser Maßregel gemacht worden wären. Die Bill erhielt die dritte Lesung und passirte. Die Debatte über die Gefängnißdisciplinreform und Verwahrung der Sträflinge ward fortgesetzt und abermals vertagt.

— Nachdem gestern die zu Windsor am königlichen Hofe zahlreich versammelt gewesenen Gäste das Schloß verlassen hatten, ist auch die Königin mit ihrem Gemahl und der königlichen Familie in Begleitung des Prinzen von Leiningen nach 6 Uhr Abends im Buckinghampalaste wieder eingetroffen.

— Die Herzogin von Kent wollte am 8. Jun. nach dem Continent und zum Besuche bei ihren Verwandten in Deutschland abreisen. Die verwittwete Königin wird nächsten Winter auf den Rath ihrer Aerzte in Madeira zubringen.

— Die zu Portsmouth längst erwartete schwedische Fregatte Eugenie mit dem Prinzen Oskar traf vorgestern Abend endlich mit der Brigg Nordenskiold bei Spithead ein. Gestern früh begaben sich der schwedische Geschäftsträger Baron Rehausen und der schwedische Consul dahin, um ihn zu begrüßen. Nachdem um 8 Uhr die Fregatte mit 21 Kanonenschüssen salutirt hatte, welches von der Platformbatterie erwidert wurde, stattete der Hafenadmiral Sir Ch. Ogle dem Prinzen einen Besuch am Bord ab; später stellte auch Viceadmiral Sir Ch. Napier vom St. Vincent sich ein. Um 12 Uhr begab sich der Prinz in dem zu seiner Disposition gestellten Dampfschiffe Undine ans Land, wurde vom Offizierscorps empfangen und nach der Wohnung des Admirals geleitet, von wo er um 2 Uhr nach Gosport hinüberfuhr und unter den Salutschüssen von dem schwedischen Schiffe und dem Victory auf der Eisenbahn nach London abging. Graf Drummond, Stallmeister der Königin, war zu seiner Begleitung eingetroffen. In London stieg er bei dem schwedischen Minister ab und machte bald nachher dem Großfürsten Konstantin einen Besuch.

— Aus **Dublin** wird vom 3. Jun. gemeldet, daß in Folge der vielen Gegenvorstellungen wegen der Verschiebung der Sommerassisen bis zum October die Rede ging, die Regierung habe diese Frage zu nochmaliger Erwägung an die Richter verwiesen, bevor öffentliche Schritte in der Sache gethan würden. Vom Cork Examiner wird aus einem Briefe John O'Connell's mitgetheilt, daß die Leiche seines berühmten Vaters auf dem Glasnevinkirchhofe in Dublin beigesetzt werden solle, womit die lebhaft erhobene Frage über die Grabstätte des Befreiers wol als beantwortet anzusehen sein werde. Die Nachrichten über den Stand des Getreides lauten durchaus höchst erfreulich, hinsichtlich der Kartoffeln sind sie widersprechend; doch ist zur Zeit noch kein Grund zu großer Besorgniß wegen Erneuerung der letztern Mißärnte vorhanden.

— Die Times äußert sich sehr zufrieden mit der in Portugal befolgten Politik der Regierung und gibt zugleich die Genugthuung zu erkennen, die England über das ungeschmälert ihm bezeigte Vertrauen der Königin von Portugal empfinden müsse, welcher von Frankreich und Spanien sehr dringende Anträge gemacht worden wären, die zu einer Intervention von ganz anderm Charakter geführt haben würden. Wenn die britischen Kriegsschiffe den Tejo verlassen hätten, würde sofort Prinz Joinville mit seinem Geschwader an der Stelle Anker geworfen haben, wo seit so langen Jahren nur britische Schiffe gelegen hätten. Bei nur einiger Erwägung müsse man eingestehen, daß die den Winter über mühsam behauptete Neutralität länger nicht durchzuführen und im Fall einseitiger Intervention von Frankreich und Spanien nicht mehr vom britischen Admiral einzuhalten gewesen wäre. Eine solche hätte England genöthigt, in das bisher Verweigerte zu willigen oder sich zu widersetzen. Die Wahl Großbritanniens sei also wohlerwogene Mitwirkung auf ihm geziemender Basis oder finstere Unthätigkeit geworden, die wahrscheinlich später zu einer feindseligen Demonstration geführt hätte. Freudig begrüßt die Times daher jetzt die wohlwollende Gesinnung, mit welcher die französische und spanische Regierung mit der englischen sich vereinigt haben, da bei verändertem Gange Englands dieses nur mistrauisch und unwillig auf deren Schritte hätte blicken können. Von mehr als gewöhnlicher Wichtigkeit sei es bei den dermalen besorglichen und ungewissen Zuständen auf der ganzen Halbinsel und den so wenig harmonischen Beziehungen von Portugal und Spanien zu andern europäischen Mächten, daß in dieser Frage wenigstens die drei Hauptpatiscenten der Quadrupelallianz von 1834 das zur Erhaltung der Königin von Portugal auf dem Throne so wesentliche Einverständniß bewahrt hätten, und die thätige Zusammenwirkung der französischen und spanischen Cabinete mit Lord Palmerston bei dieser schwierigen Angelegenheit wird von der Times als eins der günstigsten Anzeichen begrüßt, seit derselbe wieder an der Spitze der auswärtigen Angelegenheit steht.

— Von dem Comité für den Hrn. Cobden darzubringenden Nationaldank für seine Bemühungen im Interesse des freien Handels und der Aufhebung der Getreidegesetze ist jetzt die deshalb angestellte Subscription geschlossen worden. In Allem gingen 80,486 Pf. St. ein, und nach Abzug von 2500 Pf. St. unvermeidlicher Kosten werden Hrn. Cobden also 78,000 Pf. St. als Ehrengeschenk überreicht werden.

Frankreich.

Paris, 6. Jun.

Von der Pairskammer ist gestern die allgemeine Berathung des Gesetzentwurfs über das Lehren und die Ausübung der Medicin fortgesetzt worden. Der Fürst v. d. Moskwa griff denselben als einen neuen Schritt der täglich wachsenden Vielregierere, der Einmischung der Verwaltung in Alles und Jedes an. Mit diesem Gesetze würde selbst der König nicht mehr einem plötzlich vom Schlage getroffenen Menschen mit einem rettenden Aderlasse beispringen können. Principiell laufe es den Bestimmungen von §. 69 der Charte entgegen, und der Hr. Minister scheine ganz vergessen zu haben, was er vor zwei Jahren dem ärztlichen Congresse für Zusagen gegeben habe. Hr. Flourens erklärte dagegen seine Beistimmung im Allgemeinen, wünschte jedoch wesentliche Modificationen. Einverstanden mit Beseitigung der sogenannten Officiers de Santé, wünscht er z. B., an deren Stelle von den mit den wissenschaftlichen Facultäten der Departements zu vereinigenden secundairen ärztlichen Bildungsanstalten nach dreijährigen Studien zu ertheilende Licentiaten der Medicin mit dem Rechte zum Prakticiren treten zu sehen. Graf de Montalembert nahm gegen den Entwurf das Wort, den er besonders vom Gesichtspunkte des wachsenden Umsichgreifens der Verwaltung angriff. Der Unterrichtsminister Hr. de Salvandy konnte der späten Stunde wegen nicht mehr das Wort nehmen und wird es in der nächsten Sitzung thun.

— Von der Deputirtenkammer wurde ein Gesetzentwurf über den Ausbau des Justizpalais zu Rouen votirt. Der Finanzminister legte ein Creditgesetz über 200,000 Fr. zu den Julifesten in Paris vor. Einige Gesetze von localem Belang und Bittschriften nahmen die übrige Zeit in Anspruch. Nur eine, welche die den freien Arbeitern durch die Ar-

Digitized by Google

heit der Sträflinge entstandene Concurrenz betraf, gab zu einigen Bemerkungen Anlaß und wurde an den Minister des Innern gewiesen. Hr. Crémieux verschob seine Interpellation wegen Portugal auf den 7. Juni.

— Das Journal des Débats bringt einen sehr ausführlichen Bericht über die gestrigen Bureauxverhandlungen der Deputirtenkammer, welche die zu ertheilende Autorisation, daß ihr Mitglied Emile de Girardin an die Barre der Pairskammer zur Verantwortung geladen werden dürfe und den von den Pairs votirten Gesetzentwurf über das Capitel von St.-Denis betrafen. Für die Autorisation zum Verfahren gegen Hrn. de Girardin war eine beträchtliche Mehrheit, und auch das Ministerium. Hr. Guizot sprach sich lebhaft für völlige Aufhellung der Sache aus. Der Handelsminister Hr. Cunin-Gridaine äußerte, das angebliche Verhandeln von Prometten auf die Pairswürde, von dem die «Presse» gesprochen, habe dem Cabinet zwar nicht der Rüge werth geschienen; allein nunmehro und nachdem die Sache zur Discussion gekommen, müsse die Wahrheit ans Licht. Von der Opposition wurde principiell jede Autorisation abgelehnt, die ein Mitglied der Kammer der Jurisdiction der Pairs überliefern solle. Von den schließlich ernannten neun Mitgliedern der Commission zur Berichterstattung gehören aber nur zwei, die HH. Paillet und Léon de Malleville zur Opposition; ihre Collegen sind die Deputirten St.-Aignan, Lavielle, Couture, Delangle, de Morny, D'Hauffonville und Dillon. Gegen den Gesetzentwurf über das Capitel von St.-Denis fehlte es in einigen Bureaux nicht an lebhaften Einwürfen, von den neun Mitgliedern der für dasselbe bestellten Commission hält das Journal des Débats jedoch nur zwei für entschiedene Gegner des Entwurfs. Nach dem Commerce sind von der Commission über Hrn. de Girardin fünf Mitglieder für die Autorisation, zwei dagegen und zwei wollen sich erst nach Anhörung der Erklärungen Hrn. de Girardin's entscheiden.

— Von Toulon ist am 1. Jun. das Dampfschiff Anacréon mit dringenden Depeschen nach Lissabon für den französischen Gesandten und den Befehlshaber der dort stationirten französischen Seemacht ausgelaufen; in wenig Tagen wird die Dampfcorvette Solon ihm dahin folgen. Gerüchtweise hieß es sogar, das Geschwader des Prinzen von Joinville werde dieselbe Richtung nehmen.

: Paris, 5. Jun. Trotz des Geschreis, welches die ultramontane Partei bei Gelegenheit des Unterrichtsgesetzes über Verfolgung und Unterdrückung der katholischen Kirche in Frankreich erhebt, zeigt die Regierung durch die That, wie sehr sie dieselbe unterstützt. Mit Recht mußte man es bisher bedauern, daß die Zahl der niedern Geistlichkeit dem Bedürfnisse nicht entspreche. Jetzt hat sich die Regierung entschlossen, diesem Uebelstand abzuhelfen. Von diesem Jahr ab ist die Zahl der Succursalspfarrer um 300, die der Kaplane um 100, also die ganze Geistlichkeit um 400 Beamte vermehrt worden. Da in Frankreich der Staat die Kosten des Cultus trägt, weil er sich sämmtliche geistliche Güter in der Revolution zueignete, so hat derselbe auch die Besoldung jener 400 neuen katholischen Geistlichen übernommen. Wenn derselbe nun aber auch weiter gehen und die Pfarrer nicht blos materiell erleichtern, sondern sie auch von dem geistlichen despotischen Drucke der Bischöfe befreien wollte! Sie stehen jedoch nach wie vor unter dem türkischen Gesetze der Absetzbarkeit „auf den Wink" der Bischöfe, welches Bonaparte und Papst Pius VII. in brüderlicher Eintracht durch das Concordat von 1801 den armen Pfarrern Frankreichs auflegten. Auch die Pfarrer am linken Rheinufer stehen seit jener Zeit noch unter diesem despotischen Gesetz, und man versichert, daß der neulich von Laurent, von Bommel und andern Chorführern des Ultramontanismus in Luxemburg abgehaltene Congreß (Nr. 154) außer gewissen Maßregeln gegen die Liberalität des Papstes auch die Eventualität ins Auge gefaßt habe, daß die zum Reichstag in Berlin versammelten rheinischen Deputirten, deren liberale Ansichten bekannt sind, darauf antragen möchten, ihre geistlichen Landsleute, die katholischen Pfarrer am Niederrhein, von jener türkischen Maßregel der „Absetzbarkeit auf den Wink der Bischöfe" zu befreien.

Griechenland.

In Athen hatte man aus Konstantinopel neue Nachrichten erhalten. Der Divan war darüber erbittert, daß ihm von der griechischen Regierung nicht die geringste Mittheilung über die angesuchte Vermittelung Oesterreichs zugegangen war. Es herrschte überhaupt nach jenen Nachrichten eine sehr ungünstige Stimmung in Bezug auf Griechenland bei der Pforte. Trotz dieses wenig erfreulichen Anscheins glaubt man ziemlich sichere Anzeichen einer bevorstehenden Ausgleichung des schon so drohend gewordenen Zerwürfnisses in folgenden Umständen zu entdecken, wobei man jedoch die Möglichkeit einer augenblicklichen Anwendung der von der Pforte angekündigten Zwangsmaßregeln gegen Griechenland nicht in Abrede stellt, da die bestehenden Zeit- und Ortsverhältnisse eine Durchkreuzung der Ereignisse möglich, ja fast wahrscheinlich machen. Die erwähnten Umstände sind nun: die äußerst üble Laune, welche sich seit einiger Zeit des Sir Edmund Lyons bemächtigt hat, die allerdings auf das Nichtinerfüllunggehen seiner Lieblingsplane hindeutet. Diese üble Laune soll so weit gehen, daß Hr. Lyons in ganz ungeheucheltem Tone gegen einen seiner Collegen eine wahre Sehnsucht nach seiner baldigen Abberufung von Athen geäußert hat. Ferner das gänzliche Aufgeben der mit Kalergis gehegten Projecte, welcher noch immer sich in Zante befindet, gedrängt von seinen Gläubigern, die ihn mit Pfändungen und Execution bedrohen, ohne daß der arg Bethörte von seinen Gönnern die geringste Hülfe erhalten könnte. Dann die Hoffnungen, die ein der griechischen Sache bis jetzt durchaus nicht günstig gestimmter fremder Repräsentant zu Stambul auf eine endliche Ausgleichung machen zu können glaubt. Endlich der Umstand, daß das russische Cabinet, obwol es im Ganzen der griechischen Regierung Unrecht gibt, doch der Pforte den Rath ertheilt, die Sache mit Mäßigung zu behandeln und ihr an Griechenland gestelltes Ultimatum zu modificiren, vorzüglich aber darauf bringt, daß der Streit so bald wie möglich erledigt werde. (A. Z.)

Personalnachrichten.

Souveraine. Oesterreich. Erzherzog Franz Karl ward vom König von Hannover unter die Mitglieder des St.-Georgsordens aufgenommen.

Wissenschaft und Kunst.

Aschaffenburg, 6. Jun. Gestern ist die Versammlung der süddeutschen Forstwirthe eröffnet worden. Obgleich die bisherigen hohen Preise der Lebensmittel auf den Besuch derselben ungünstig einwirkten mußten, so haben sich die Gäste doch ziemlich zahlreich nicht nur aus Baiern, sondern auch aus Hessen, Württemberg, Preußen ꝛc. — bis jetzt über 150 — eingefunden. Mehre werden noch erwartet. Heute fand die erste Hauptsitzung statt, in welcher zum ersten Präsidenten der großh. hessische Oberforstrath v. Wedekind aus Darmstadt, zum zweiten der baiersche Oberforstrath v. Waldmann aus München gewählt wurde. (N. Z.)

Handel und Industrie.

* **Petersburg**, 3. Jun. Wir haben noch immer rauhe und kalte Tage, die Vegetation ist noch unglaublich weit zurück. Die Newa ist von Schiffen bedeckt, bei der großen Isaaksbrücke ragt ein wahrer Mastenwald in die Luft, die alle Getreide und nur Getreide einnehmen. In Kronstadt soll es besonders überfüllt sein. Nach Berichten aus Odessa hat der Werth der Ausfuhr während des Monats April die bedeutende Höhe von 5,590,906 R. S. erreicht; ein Monatsbetrag, wie er in den Annalen des dortigen Ausfuhrhandels noch nicht vorgekommen ist. Der Hauptartikel war Weizen, wovon im April 436,462 Tschetwert Weizen von Odessa nach dem Auslande gegangen, in einem Werthe von 9,121,199 R. S. Die Aussichten auf die nächste Ernte sind dort wenig günstig.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 10. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87⅛ Br.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99⅝ G.; Chemnitz-Riesaer 59¾ Br., 59⅜ G.; Löbau-Zittauer 58 Br., 57⅛ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br., 212 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br.; Köln-Mindener 93¾ Br., 93 G.; Thüringer 94½ Br.; Altona-Kieler 109⅛ Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.

Wolle. * **Posen**, 7. Jun. Obgleich heute erst der offizielle Anfangstermin unsers Wollmarkts ist, so hat das Geschäft hier doch schon am 4. Jun. begonnen und seitdem einen lebhaften Fortgang gehabt. Bis gestern Abend waren 12,000 Ctr., meistens Mittelwolle, zu Markte gebracht, und da heute die Zufuhr lebhaft fortdauert, so dürften in diesem Augenblicke gewiß 16,000 Ctr. eingegangen sein. Die Preise stellten sich anfangs 6—9 Thlr. höher als im vorigen Jahre, seit gestern aber drücken die Käufer den Markt, und die Preise sind so weit wieder heruntergegangen, daß für feine Waare höchstens 4, für Mittelwolle höchstens 5 Thlr. mehr gezahlt wird als im vorigen Jahre. Verkauft waren bis gestern Abend genau 7000 Ctr., wozu heute wol noch 3—4000 Ctr. gekommen sein dürften. Der höchste Preis, der bisher hier gezahlt worden, beträgt 95 Thlr. pr. Ctr., der Durchschnittspreis stellt sich auf etwa 66 Thlr.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 10. Jun. früh 7 Uhr: 1° 1″ unter 0.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 8. Jun. Oestr. Bkact. 1001; 250 Fl. L. 120½; 500 Fl. L. 155½; Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78¼; 25 Fl. L. 27¾; Nass. 25 Fl. L. 25½; Sard. 35½; Kurhess. 32½. London, 4. Jun. 3pc. Cons. 88⅞; Port. 3pc. 32⅝; Span. act. 22¼; 3pc. 33⅛; pass. 4⅞. Wien, 7. Jun. Bkact. 1638; Met. 5pc. 116⅞; 3pc. 97⅛; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 120.

Actien. Frankfurt a. M., 8. Jun. Taunusb. 360; Nordd. 73¼; Verb. 94¾. Wien, 7. Jun. Nordb. 165⅞; Gloggn. 123½; Mail. 109⅞; Bwern. 88⅛; Pesth. 98⅞.

Berliner Börse, 9. Jun. Geschäftsl. Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½ Br., ostpreuß. 96, pomm. 94¼, schles. 97⅞, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94¼ Br., Louisdor 112¼, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94, Berl.-Anhalt. 109⅛, Berlin-Hamb. 4pc. 108⅞, Prior.-Act. 4½pc. 97¾, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92¼, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91½ Br., 5pc. 101½ Br., Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 93, Crakau-Oberschl. 4pc. 76⅛, Düsseld.-Elberf. 5pc. 105 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Altonaer 4pc. 100 Br., Niederschlef. 87¾, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105, Litt. B. 4pc. 99, Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 80⅞, Rhein. 84⅞, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½, Sächs.-Baier. 4pc. 86¼, Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 87 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅛ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83⅛, Berlin-Anhalt. 101 Br., Kassel-Lippst. 4pc. 85, Cöln-Mind. 4pc. 92¼, Magd.-Wittenb. 86 Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅛, Pos.-Starg. 4pc. 83⅛ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99⅜. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¼, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95⅛ Br., (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80¼ Br., à 300 Fl. 4pc. 96, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Pkcrt. Einst. 16⅛ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅜, Staats-Pr.-A. 88⅛ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Wuttke.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Oeffentliches Aufgebot und Vorladung.

Vom Königl. Kreis- und Stadtgericht Ansbach.

Am 18. October v. J. starb zu **Ansbach** im ledigen Stande und ohne letzte Willensordnung **Charlotte Säuberich**, Tochter des gleichfalls verlebten Kaufmanns und Specereihändlers Adam Adolph Säuberich daselbst, ohne Leibeserben in auf- oder absteigender Linie oder Geschwister zu hinterlassen.

Da nun zur Zeit als Anverwandte und muthmaßliche Erben, neben einem Sohne einer Mutter-Schwester der Defunctin, nur

a) ein Bruder der Mutter derselben, wie

b) von väterlicher Seite muthmaßliche Geschwister des Vaters der Verblichenen

bekannt geworden sind, welche sich jedoch vorerst eben so wenig genügend legitimirt haben; so ergeht hiermit an alle bekannte wie unbekannte Anverwandte und beziehungsweise als zur Erbschaft sich berufen erachtende Prätendenten die öffentliche Aufforderung, innerhalb drei Monaten und längstens in dem hierzu an Gerichtsstätte auf

Freitag den 10. September l. J., Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Termine ihre desfallsigen vermeintlichen Erbansprüche bei Vermeidung der Präclusion persönlich oder schriftlich nicht blos anzumelden, sondern auch näher zu begründen und genügend nachzuweisen, widrigenfalls der fragliche Rücklaß an die sich bis dahin als nächste Anverwandte legitimirt habenden Personen ohne weiteres würde hinausgegeben werden.

Ansbach, am 29. Mai 1847.

Der königliche Director.
Krauffold.

[2227—29]

Bekanntmachung.

Während der Herbstmesse 1845 ist auf dem Hofe des in der Richtstraße hierselbst sub Nr. 72 belegenen Hauses (das weiße Roß) ein Packet mit 8 Stück Leder (Fahlleder), gezeichnet C. B. # 1. und 57 Pfund schwer, gefunden worden. Ferner ist vor längerer Zeit in dem Secretariate des unterzeichneten Gerichts ein braunbaumwollener Regenschirm mit Fischbeinstöcken stehen geblieben. Da die Eigenthümer bisher nicht auszuforschen waren, so werden alle Diejenigen, welche auf die Leder oder den Schirm Ansprüche machen, aufgefordert, sich in dem auf

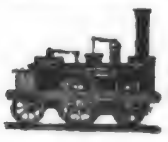
den 25. August d. J., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Land- und Stadtgerichts Rath **Voß** anstehenden Termine zu melden und ihre Ansprüche zu bescheinigen, widrigenfalls die gefundenen Sachen dem Finder werden zugeschlagen werden.

Frankfurt a. d. O., den 30. Mai 1847.

[2237] **Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.**

Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.



Auf folgende Quittungsbogen unserer Gesellschaft ist die durch die Bekanntmachung vom 10. April d. J. ausgeschriebene 3. Actien-Rate von 10 Proc. bis zum festgesetzten Schlußtermine, den 31. d. Mts., nicht gezahlt worden:

Nr. 511. 551. 615. 1080. 1662. 1543. 1583. 1889. 1960. 1991. 1980. 2013. 2017. 2026. 2095. 2115. 2129. 2149. 2263. 2425. 2561. 2573. 2587. 2603. 2613. 2695. 2726. 2750. 2772. 2797. 2811. 2840. 2887. 2985. 2998. 3097. 3156. 3190. 3616. 3729. 3786. 3894. 4018. 4071. 4205. 4295. 4452. 4624. 4705.

Wir fordern deshalb die betreffenden Herren Actionaire in Gemäßheit des §. 14 des am 31. Januar d. J. Allerhöchst bestätigten Statuts hiermit anderweit auf,

die ausgeschriebenen dritten zehn Procent nebst der verwirkten Conventionalstrafe von 2 Thlr. für jede Actie spätestens bis zum 15. Juli d. J. entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse, Schifferstraße Nr. 1 und 2, oder bei Herren **S. Herz** in **Berlin**, Dorotheenstraße Nr. 1, während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr einzuzahlen,

widrigenfalls die bereits geleisteten beiden Ratenzahlungen als verfallen, die durch die frühern Zahlungen und die ursprünglichen Zeichnungen den Actionairen gegebenen Anrechte auf den Empfang von Actien für erloschen erklärt und die ertheilten Quittungsbogen werden annullirt werden.

Magdeburg, den 4. Juni 1847.

Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.

[2239—41] (gez.) **Harte**, Stellvertreter des Vorsitzenden.

[2234—36]

Die Jacotot'sche Methode,

eingeführt in der k. k. Ingenieur-Akademie in Wien.

Bei **Kaulfuß Witwe, Prandel & Comp.** in **Wien** ist erschienen:

Vollständiges Hand- und Lehrbuch

der

Jacotot'schen Methode

zur

Erlernung der französischen Sprache,

nach

eignen Grundsätzen bearbeitet und dargestellt

von

Dr. L. Lewis,

Professor an der k. k. Ingenieur-Akademie und Inhaber der ersten Jacotot'schen Lehranstalt der deutschen, englischen und französischen Sprache.

Méthode Jacotot.

Manuel complet de la langue française.

1847. 8. Brosch. 1 Thlr. pr. Cour.

Eine Herrschaft im Gebirge,

in der Nähe von Bädern gelegen, soll verkauft werden. Es gehören zu derselben:

a) das Hauptgut nebst 3 Vorwerken, 933 Morgen Acker und Wiesen, durchgängig Weizenboden, und circa 500 Morgen Forst mit Fichten und Tannen bestanden;

b) 19 zinspflichtige Dörfer.

Ertrag der Zinsen und anderer Revenuen, außer der Acker- und Forst-Nutzung, jährlich 4073 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf. Viehstand 30 Kühe, 1200 Schafe, das erforderliche Zugvieh an Pferden und Ochsen.

Gebäude im guten Stande, Schloß ganz neu mit 12 Zimmern und 1 Saal.

Preis 90,000 Thlr., Anzahlung 30,000 Thlr. Das Gut ist zu jeder Zeit in Augenschein zu nehmen. Auf portofreie Anfragen unter der Adresse **H. T.** Poststation Schliesa, Kreis Breslau poste restante, wird das Nähere mitgetheilt werden.

[2207—10]

Verkauf einer Villa.

Eine reizende, auf einer Anhöhe von allen Seiten frei liegende Villa im **Rheingau**, mit Gehöft und Weinbergen, ist zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. 2190—92]

Blätter für literarische Unterhaltung.

Jahrgang 1847. Gr. 4. 12 Thlr. Mai.

[2246]

Inhalt: Biographische und literarische Skizzen aus dem Leben und der Zeit Karl Förster's. Herausg. von L. Förster. — Napoleon und seine Geschichtschreiber. — Romanliteratur. — August Mettlerkamp. Von W. Wolfsohn. — Ueber den Grafen von St Germain, den Unentrathselten. Von J. W. Berthold. — Arnold Ruge. Von Julian Schmidt. — Weltgeschichte in Umrissen und Ausführungen von W. Loebell. Erster Band. Von L. Ulrichs. — Schwedische Literatur. Von D. G. v. Ehrenhahl. — Noth der Nothwendigkeit in Kirche und Staat. — Neugriechische Literatur. — Zur Geschichte des Völkerrechts. Von F. Murhard. — H. Heine's „Atta Troll" und E. Mörike's „Idylle vom Bodensee". — Taschenbuch für die vaterländische Geschichte. Herausg. von J. Freih. v. Hormayr. 36. Jahrgang der gesammten und 18. der Neuen Folge. 1847. — Eine Chronik von Kleefeld, nebst einigen Nachrichten von dem Einsiedler von Sattheim. Von Douglas Jerrold. A. d. Engl. — Philologisches Lob Barnhagen von Ense's. — Ueber Goethe vom menschlichen Standpunkte. Von K. Grün. — Reise nach dem skandinavischen Norden und der Insel Island im J. 1845. Von Ida Pfeiffer. — Die polnische Frage. Erster Artikel. Von F. v. Florencourt. — Nur ein Jude. Lebensbild von Elisa. — Geschichte der Gefangenschaft Napoleon's auf St.-Helena. Von General Montholon, dem Geführten des Kaisers in der Verbannung und dessen Testamentsvollstrecker. A. d. Franz. — Mittheilungen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Kahlhorst. — Deutsche Dichter der neuesten Zeit. Dritter Artikel. — Ein angeblicher Brief von Johann Fischart. Von W. A. Passow. — R. E. Prutz. Von H. Pröhle. — Dickens und sein „The battle of life". — Geschichte der Khalifen. Nach handschriftlichen, größtentheils noch unbenutzten Quellen bearbeitet von G. Weil. Erster Band. — Die literarische Bildung der Jugend, aus dem Italienischen des Paride Zajotti, mit einem Lebensabriß und Auszügen aus des Verfassers frühern Schriften von H. Stieglitz. — Die vornehmen Giftmörder. — Volksrecht. Juristenrecht. Genossenschaft. Stände. Gemeines Recht. Von H. Thöl. — Ida Gräfin Hahn-Hahn. Von J. Gegenbaur. — Rußland, Deutschland und Frankreich. Aufschlüsse über die russische Politik. Nach den Notizen eines alten Diplomaten. Von M. Fournier. — Idylle vom Bodensee oder Fischer Martin und die Glockendiebe. In sieben Gesängen von Ed. Mörike. —

Notizen; Miscellen; Bibliographie; Literarische Anzeigen u. s. w.

Von dieser Zeitschrift erscheint täglich eine Nummer, und sie wird in Wochenlieferungen, aber auch in Monatsheften ausgegeben. Ein

Literarischer Anzeiger

wird mit den **Blättern für literarische Unterhaltung** und der **Isis** von Oken ausgegeben. Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Zeile 2½ Ngr. Besondere Anzeigen 2c. werden gegen Vergütung von 3 Thlrn. den **Blättern für literarische Unterhaltung** beigelegt. **Leipzig**, im Juni 1847.

F. A. Brockhaus.

Digitized by Google

Bad Homburg
bei Frankfurt a. M.

Am Fuße des Taunusgebirges, 600 Fuß über der Meeresfläche, entspringen die Mineralquellen von **Homburg.** Zu den ältern, längst in hohem Rufe stehenden Quellen dieses Badeortes kamen in neuester Zeit noch **neue** durch **artesische Bohrungen** erzweckte hinzu, die durch ihren ausgezeichneten Gehalt, durch ihre Intensität und Wirksamkeit in vielen Krankheiten schon in der kurzen Zeit, seitdem sie praktisch angewendet werden, einen **ungewöhnlichen** Ruf unter den Mineralwässern Deutschlands erlangt haben.

Es sind jetzt im Ganzen **fünf** Quellen in **Homburg,** deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** in Gießen unternommen worden ist. Trotz ihres verschiedenartigen Gehaltes können dieselben alle wie eine **einzige** Quelle, die nur verschiedenartig modificirt ist, betrachtet werden. Die **mineralischen Hauptbestandtheile** bleiben dieselben, sie sind nur verschiedenartig in ihrer Quantität und ihren Mischungsverhältnissen. Es wird dadurch dem Arzt ein sehr wichtiger Vortheil gewährt, da er so für jeden speciellen Fall das Wasser, das ihm gut dünkt, geben, oder im Verlaufe der Krankheit den Patienten bald diese, bald jene Quelle, je nach dem Stadium des Leidens, trinken lassen kann.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innerliche Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Die Quellen **Homburgs** sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **Krankheiten der Leber** und **der Milz, bei Hypochondrie, bei Bleichleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, sowie bei allen Krankheiten, die von der Unregelmäßigkeit der Verdauungsfunctionen herrühren.**

Mit dem Rufe **Homburgs,** der sich seit 6 Jahren stets gemehrt hat, ist auch **Homburg** selbst in jeder Beziehung fortgeschritten, neben der **alten** ist eine **neue** Stadt erstanden, mit prächtigen Hôtels, schönen Privatwohnungen, die dem Fremden allen möglichen Comfort gewähren und die mit den berühmtesten Bädern in Bezug auf Bequemlichkeit und Luxus rivalisiren.

Die Waldungen und Bergketten, die **Homburg** mit einem reizenden Gürtel umkränzen, und die wahrhaft romantische und pittoreske Gegend laden zu Spaziergängen nach dem nahen Taunusgebirge ein.

Das Curgebäude erregt durch das Großartige seiner Bauart, durch den Luxus, mit dem es ausgestattet ist, allgemeine Bewunderung. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle,** wo man alle Unterhaltungen und Zerstreuungen der übrigen Badeorte findet, ein großes **Lesecabinet,** das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein Kaffee- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphaltterrasse des Curgartens führen, und einen Speisesalon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table d'hôte** ist.

Das rühmlichst bekannte **Curorchester von dreißig Mitgliedern** spielt **drei Mal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musikpavillon des Curgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Die Sommersaison für dieses Jahr beginnt mit dem 1. Mai 1847. [1546—53]

Bekanntmachung.

Zur Spedition der Güter sowie auch zur Besorgung der Assecuranz ꝛc. von hier nach den Vereinigten Amerikanischen Staaten und insbesondere bei der neuen, medio Juni eintretenden Post-Dampfschiffahrt von hier nach New-York empfehlen sich ergebenst

Bremen, im Mai 1847.

[2156—57] **C. Bannemann Söhne.**

An alle Buchhandlungen wurde versandt: [2257]

Conversations-Lexikon.

Neunte Auflage. **Hundertunddrittes** Heft.

Diese neunte Auflage erscheint in 15 Bänden oder 120 Heften zu dem Preise von 5 Ngr. für das Heft; der **Band** kostet 1 Thlr. 10 Ngr., auf Schreibpapier 2 Thlr., auf Velinpapier 3 Thlr.

Eine **neue Ausgabe** des Werks erscheint in 240 Wochenlieferungen zu dem Preise von 2½ Ngr.; die erste bis vierundachtzigste Lieferung sind bereits ausgegeben.

Ankündigungen auf den Umschlägen der einzelnen Hefte werden bei einer Auflage von 30,000 Ex. mit 10 Ngr. für den Raum einer Zeile berechnet.

Von dem in meinem Verlage erscheinenden

Bilder-Atlas zum Conversations-Lexikon.

Vollständig 500 Blatt in Quart, in 120 Lieferungen zu dem Preise von 6 Ngr. ist die **erste bis achtzigste Lieferung** versandt und in allen Buchhandlungen einzusehen.

Leipzig, am 10. Juni 1847.

F. A. Brockhaus.

Zur Beachtung!

Bei der großen Concurrenz im Ankauf ländlicher Grundstücke offeriren wir den Herren **Gutsverkäufern** im **Herzogthum Sachsen** unsere Dienste zur Vermittelung dieses Geschäfts.

Das Central-Bureau für An- und Verkauf ländlicher u. städtischer Grundstücke in Berlin, Spandauer Straße-Nr. 60.

Offerte.

Einem Capitalisten, der sich mit mindestens 20—30,000 Thlr. bei einem angesehenen kaufmännischen Geschäfte betheiligen möchte, kann hierzu günstige Gelegenheit geboten werden. Hierauf Reflectirende wollen ihre Adressen nebst Mittheilung ihrer nähern Verhältnisse unter der Chiffre **S. V. B.** poste restante Leipzig franco niederlegen. [2248—49]

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 11. Jun. **Don Juan,** heroisch-komische Oper von Mozart.

Anzeige.

Dem geehrten Publicum bin ich die Erklärung schuldig, daß Frl. **Bertha Unzelmann** von einem ihr bewilligten Urlaub nach Berlin, welcher als allerletzten Termin bis zum 4. Juni ausgedehnt war, noch nicht zurückgekehrt ist. Eine nähere Erklärung behalte ich mir für nächsten Sonntag vor.

Leipzig, am 10. Jun. 1847.

Dr. **C. Ch. Schmidt,**
Director des Stadttheaters.

Todes-Anzeige.

Den am 8. d. M. erfolgten Tod des Cand. phil. und Schriftstellers **August Fuchs** zu **Dessau,** im 29. Lebensjahre, zeigen seinen Freunden an

[2247] **die Hinterbliebenen.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Apotheker Eduard Geißler in Dresden mit Frl. Auguste Hedrich in Steinichtwolmsdorf. — Hr. Landgerichtsactuar Käuffer in Löbau mit Frl. Cerelie Crusius auf Prausk. — Hr. Dr. Heinrich Lichtheim in Elbing mit Frl. Ottilie Cohn. — Hr. Kaufmann Ernst Adolf Richter in Großenhain mit Frl. Clara Schubert. — Hr. Apotheker Wilhelm Scheidhauer in Weißenberg mit Frau Ottilie Pahn in Großpestwitz. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Theodor Schück in Schweidnitz mit Frl. Valeska Scheder. — Hr. Bankier S. Simonson in Berlin mit Frl. Fanny Schlesinger in Hirschberg. — Hr. Weidlich in Schafstedt mit Frl. Clara Bach in Eptingen.

Getraut: Hr. Lic. Dr. Gustav Fricke in Leipzig mit Frl. Marie Jörgensen. — Hr. Oberbergamtsassessor Wolfgang Freiherr v. Herder auf Schieß Rauenstein mit Frl. Therese v. Wolf aus Großenhain. — Hr. Amtsactuar Eduard Klien in Dippoldiswalde mit Frl. Auguste Jeschky aus Colditz. — Hr. J. C. Leucht in Leipzig mit Frl. Minna Könecke.

Geboren: Hrn. Robert Becker in Zittau eine Tochter. — Hrn. Apotheker Beckmann in Jutroschin ein Sohn. — Hrn. W. A. Franke in Steinseiffen ein Sohn. — Hrn. C. A. W. Fraude in Tantow ein Sohn. — Hrn. A. Gärtner in Berlin eine Tochter. — Hrn. Bürgermeister Generlich in Militsch eine Tochter. — Hrn. Hauptmann v. Hoppe in Posen ein Sohn. — Hrn. G. E. Isenbiel in Breslau ein Sohn. — Hrn. Finanzrechnungssecretair Heinrich Kretschmar in Dresden ein Sohn. — Hrn. Dr. Morgenstern in Bamberg ein Sohn. — Hrn. Maler W. Steinhäuser in Berlin eine Tochter. — Hrn. Hofzahnarzt Wegner in Breslau ein Sohn.

Gestorben: Hr. C. F. Ebel in Oberseitzko. — Hr. Polizeiactuar Johann Gottfried Geyer in Wunsiedel. — Frau Wilhelmine Gruner in Zwickau. — Hr. Oberlieutenant Ferdinand Heerwagen in Würzburg. — Hr. E. Karl Landmann in Leipzig. — Frau Pastor Leupold in Klein-Knignitz. — Hr. Justizrath Mehler in Friedeberg. — Frau geb. Legationsrath Anna Philippine Amalie Pfeiffer in Berlin. — Hr. Fabrikbesitzer und Kaufmann Johann Konrad Seitz in Nürnberg. — Hr. F. A. Strebel in Lindenau. — Hr. Dr. Johann Friedrich Walther in Clausnitz.

Sonnabend — Nr. 163. — 12. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Jahr … Insertionsgebühren …

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Die Isaria. — Hr. Behr. ☌Leipzig. Der Nothstand und das Album des Schriftstellervereins. — Die stuttgarter Tumultuanten. — Die darmstädter Duellsache. — Adresse an v. Gagern. — Auflösung des Turnvereins in Gießen.

Preußen. Berlin. Landtag. †Magdeburg. Unterstützungsmaßregeln. *Von der Oder. Der Befreiungskrieg. *Köln. Die Eintrittsgelder. Die Mahlsteuer. Roggenverkauf. — Hr. Simon. Hr. v. Beckerath. — Dr. Rupp. — Todtenamt in Höxter.

Oesterreich. Erzherzog Stephan.

Spanien. Königl. Decrete. Amnestiegerüchte. Königin Christine. Die Mißheirathen in der Familie des Infanten Don Francisco. Die Intervention in Portugal.

Großbritannien. Die Blätter über den letzten Sieg der Amerikaner. Cabinetsrath. Die Wahl in Tamworth. Feuersbrunst.

Frankreich. Deputirtenkammer. Die Zeitungen. Haussuchungen in Paris. Das Capitel von St. Denis. Marschall Bugeaud. **Paris. Die Medicinalreform. Die Pairskammer und Hr. de Girardin.

Belgien. Lelewel.

Schweiz. Der genfer Staatsrath.

Italien. Rom. Der Papst. Der Kronprinz von Baiern. Marie Christine. Lord Russell. Neue Zeitungen. Rom. Der Papst. Marie Christine. Neapel. Standbild Konradin's.

Moldau und Walachei. *Von der türkischen Grenze. Die Zustände in der Moldau.

Türkei. Konstantinopel. Die griechische Differenz. — Der Kurdenkrieg.

Handel und Industrie. Berlin. Die Ueberbrückung der Weichsel eingestellt. *Leipzig. Börsenbericht. Dresden. Wollmarkt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

Am 5. Jun. hielt die neu garantirte Landsmannschaft **Isaria** in **München** auf höchst feierliche Weise ihren Gründungscommers, dem unter Andern der Minister v. Zu-Zhein, die Ministerialräthe Oberstudienrath Darenberger und Universitätscommissar v. Zwehl und sehr viele Professoren der Universität beiwohnten. (N. C.)

— Die einzige Bedingung bei der Begnadigung des Bürgermeisters Behr (Nr. 162) ist, daß derselbe vor der Hand nicht Würzburg zu seinem Aufenthalte wähle. (A. Z.)

☌**Leipzig**, 11. Jun. Die Tage der Noth, welche diesen Winter über unser Vaterland gekommen sind, haben den Wohlthätigkeitssinn auf verschiedene Weise geweckt und in Anspruch genommen. Außerordentliche Zeiten bedingen auch außererdentliche Mittel. Wir vernahmen von allen Orten her Nothrufe, am gewaltigsten erschütterte jedoch der Nothruf aus dem sächsischen Erzgebirge, welches durch manchen Verfall von nährenden Industriezweigen dem Verderben preisgegeben scheint. Denn nicht nur, daß der Boden ein karger und das Klima ein rauhes ist, auch der Bergbau gewährt nur ein kümmerliches Auskommen, die Kattunwebereien und Strumpfwirkereien der Hausindustrie können mit den Fabriketablissements nicht mehr concurriren, die Fabrikation von Holz- und Spielwaaren ist der Mode zumeist erlegen, die Leinwandindustrie schmachtet unter dem jetzigen allgemeinen Druck, gleich der noch blühendern Band- und Posamentirwaarenfabrication, und das sonst so einträgliche Spitzenklöppeln, welches vorzugsweise in der rauhesten Gegend des Erzgebirges betrieben wird, ist seinem gänzlichen Ruin nahe. Tausende unserer fleißigsten Mitbrüder sind bei dem allgemeinen Mißwachs und dem Mangel an Verdienst einem furchtbaren Kampfe mit dem Hunger und den nothdürftigsten Lebensbedürfnissen preisgegeben. Ganze Familien haben Wochen lang keine andere Speise als einen Kleister von schwarzem Mehl, den sogenannten Röhrenkuchen, dem sogar die Würze des Salzes fehlt. Durch das Frühjahr ist die Noth noch keineswegs gehoben, selbst die bevorstehende Aernte wird sie nicht tilgen können. Wer da geben kann, soll mit seiner Hülfe nicht zögern. Aber es ist Pflicht, heilige Pflicht gegen die leidende Menschheit, jetzt, wo noch Tropfen erquickenden Regens fallen, ernstlich daran zu denken, schleunigst auf Mittel und Wege zu denken, welche nicht eine momentane, sondern eine durchgreifende Abhülfe gewähren.

Sprechen wir es offen aus: Es ist die Zeit für das Spitzenklöppeln vorbei! Wenn eine geschickte Klöpplerin in einer Minute nicht mehr als vier bis fünf Maschen vollenden kann, hingegen eine Maschine, deren es in England und Frankreich allein über 5000 gibt, in gleicher Zeit an 30,000, soll man dann länger noch einen Industriezweig pflegen, bei dem Tausende hungern müssen? Eisenbahnen und Maschinen haben neben vielem Segen auch viel Elend über Deutschland gebracht und bringen es noch täglich, aber sie sind vollendete und unausweichliche Thatsachen, lassen sich nicht wieder wegdisputiren und wegjammern, man muß deshalb Mittel ausfindig machen, die verderblichen Einwirkungen möglichst auszuparriren und nach und nach selbst in wohlthätige Wirkungen umzugestalten. Für jedes Gift hat die Natur ein Gegengift gegeben. Die Noth im obern Erzgebirge und das Unterstützen wird nicht aufhören, muß vielmehr von Jahr zu Jahr schlimmer werden, wenn die nothleidenden Bewohner jener Gegenden sich nicht zu andern Erwerbsquellen als auf Spitzenklöppeln wenden, nicht andere, einträglichere Industriezweige ergreifen, die den Arbeiter nicht der Noth und Verzweiflung in gleichem Maße wie jetzt preisgeben. Und erwägt man die Summen, welche das Erzgebirge jährlich dem Staate wegen seiner Nahrungslosigkeit kostet, wäre es da bei der so starken Bevölkerung Sachsens, dessen Boden nicht einmal so viel erzeugt, als consumirt wird, nicht weit besser für jene Unglücklichen und weit vortheilhafter für den Staat, nähme dieser die Summen, die wie Tropfen ohne Dauer verschlungen werden, und verschaffte damit den Aermsten im Gebirge Gelegenheit zur Auswanderung und Ansiedelung in Amerika, wo die Scholle einen fleißen Arbeiter nicht verhungern läßt, sondern ihm mit jedem neuen Jahre größern Segen bringt? Gerade für fleißige Arme ist Amerika noch ein Land der Verheißung, und es bleibt unumstößlich wahr, bei der Uebervölkerung und Nahrungslosigkeit des Erzgebirges muß ein Theil, nach dem Vorbilde der Bienen, entweder schwärmen oder der ganze Stock muß Noth und Mangel leiden. Es gibt keine andere Auskunft: schafft entweder neue Erwerbsquellen oder die Mittel zur Auswanderung! Hunderte, ja Tausende würden ihrem Vaterlande Valet sagen, könnten sie anders.

Auch der leipziger Schriftstellerverein bietet sein Scherflein dar, der furchtbaren Noth momentan abzuhelfen. Stolle's „Weihnachtsbaum" hat so reiche goldene Früchte getragen, daß es wol zu vermuthen steht, daß auch das von Mitgliedern des Schriftstellervereins soeben publicirte „Album für das Erzgebirge" schon seines edeln Zwecks halber viele Abnehmer finden wird, zumal der Inhalt selbst ein mannichfach reicher und guter ist. Es wechseln darin poetische Beiträge mit prosaischen ab, und meist von bekannten und beliebten Namen. Erstere wurden von Theodor Apel, Wilhelm Gerhard, Karl Haltaus und Gustav Kühne aus Leipzig, sowie von Ludwig Bechstein aus Meiningen, Ferdinand Stolle aus Grimma und den Oesterreichern Uffo Horn, Eduard Mautner und Johannes Nordmann geliefert und enthalten einzelne schöne Blumen der Poesie. Unter den prosaischen Aufsätzen gewährt die eine Hälfte eine anregende und unterhaltende Lecture, nämlich die Aufsätze über das deutsche Volkslied von Heinrich Wuttke, über arme Poeten von Heinrich Laube, über Sitten und Gebräuche in der Oberlausitz von Ernst Willkomm, über deutsche Zeitungen und Zeitschriften von Ignaz Kuranda, über kaukasische Bäder von Aurelio Buddeus, sowie Klemm's überaus humoristische Rede des deutschen Geheimraths an die Wilden der Insel San Felix, Hesekiel's Altenburger Bilder, Hammer's Novelle und Herlossohn's kleine Bilder und Geschichten. Dem Zwecke des Buchs entsprechend ist dagegen die andere Hälfte. Interessant ist der Aufsatz Diezmann's über die Barbara Uttmann und die Spitzen, tiefempfunden Gerstäcker's Heimweh und Auswanderung, belehrend der von Biedermann zur Charakteristik des Socialismus und Communismus, schauderhaft das Bild, welches Robert Blum von dem Leben im Erzgebirge entwirft, an dessen Noth im Jahre 1713 Schletter erinnert, und viel Wahres und zu Beherzigendes enthält Gast's Aufsatz: Wodurch ist den gesunkenen Nahrungsverhältnissen in Deutschland aufzuhelfen? Die mannichfache liebliche Spende möge recht viele Abnehmer finden, damit sie segensreich auf das arme Erzgebirge einwirken kann. Der Preis des Albums ist nur 1 Thlr.

— Aus **Stuttgart** vom 6. Jun. meldet der dort erscheinende Beobachter: „Von den in der Nacht des 3. Mai verhafteten Tumultuanten ist weit der größere Theil wieder in Freiheit gesetzt worden. Selbst der als am schwersten gravirt bezeichnete stuttgarter Buchbinder wurde wieder in Freiheit gesetzt."

— Die Großherzogl. Hessische Zeitung enthält folgende Erklärungen:

„1. Oeffentliche Erwiderung. Hr. Frhr. Heinrich v. Gagern von Monsheim hat in einer, bereits zu einer traurigen Celebrität gelangten Schrift:

«Rechtliche Erörterung über den Inhalt und Bestand der der Provinz Rheinhessen landesherrlich verliehenen Garantie ihrer Rechtsverfassung ꝛc., Worms 1847», sich nicht entblödet, den Unterzeichneten in einer Weise zu schmähen, welche gleichmäßig den Urheber der Kränkung schänden, das Gerechtigkeitsgefühl empören, in dem Geschmähten aber die Ueberzeugung hervorrufen mußte, daß eine mit so viel Uebermuth ausgesprochene Mißachtung seiner Person und seiner constitutionellen Stellung vor dem Gewissen und dem Gesetz einen Schritt rechtfertige, der in gewissen Lagen des Lebens als letzte Zuflucht des Mannes von Ehre erscheint. Es hat aber Hr. Heinrich v. Gagern vergessen, daß nach den allgemeinen Ehrengesetzen, ganz besonders aber nach denen seines freiherrlichen Standes, es für Denjenigen, welcher ohne alle Provocation, ohne die geringste Veranlassung einen Dritten, der sich nicht erinnert, ihm jemals auch nur im mindesten verletzend entgegengetreten zu sein, mit einer so schweren Kränkung heimsucht, eine heilige Pflicht ist, die verlangte Genugthuung zu gewähren; es hat der Hr. Heinrich v. Gagern die Gesetze der Ehre vergessen, welche gebieten, daß man Demjenigen, welchen man in einer zur Oeffentlichkeit gebrachten Druckschrift der Beleidigung würdigt, auch die entsprechende, von dem Beleidigten nach dem Grade der Schwere der zugefügten Beleidigung zu bestimmende Genugthuung schuldig ist. Denn nachdem Hr. Heinrich v. Gagern meine Ausfederung ohne Vorbehalt angenommen hatte, verweigerte er in zwei spätern Erklärungen die Annahme der Bedingungen, die ich von Anfang an gestellt hatte, die ich, der so tief, so rücksichtslos Gekränkte, zu bestimmen berechtigt war; erklärte er wiederholt, ohne nur einmal anzudeuten, welche der einzelnen Bedingungen ihm nicht genehm seien: auf keine andere Weise als in einem einfachen Duell sich mit mir schlagen zu wollen. Indem aber der Hr. Heinrich v. Gagern, die von mir gestellten Bedingungen ganz allgemein ablehnend, auf eine Art des Duells provocirt, die im Verhältniß zu der mir zugefügten Beleidigung nichts Anderes ist als ein Dunst, mit welchem er vor den Augen des getäuschten Publicums den Mangel des persönlichen Muthes verhüllt, erröthet er nicht, zur Rechtfertigung einer Weigerung, den Gesetzen der Ehre Genüge zu leisten, sich hinter dieselben Rechtsgesetze zu verkriechen, die er in seiner oben angezogenen Druckschrift so vielseitig mit Füßen getreten hat. Hiernach bleibt dem Unterzeichneten nichts mehr übrig, als die Abreise des Hrn. Heinrich v. Gagern, welche derselbe, nachdem ihm am späten Abend von gestern wiederholt kund gegeben ward, daß ich auf den gestellten Bedingungen beharre, unter dem Heutigen für räthlich erachtet hat, vor seinen Standesgenossen sowie vor dem hessischen Volke, welches er als Landtagsabgeordneter vertritt, für eine feige Flucht zu erklären. Darmstadt, 2. Jun. 1847. Georgi, Landtagsabgeordneter."

II. „Ein in der Großherzoglich Hessischen Zeitung vom 3. Jun. letzthin mit «Oeffentliche Erwiderung» (siehe oben) überschriebenes, vom 2. Jun. datirtes und Georgi, Landtagsabgeordneter, unterzeichnetes Publicandum soll jetzt durch genaue Darlegung der Thatsachen der Prüfung des Publicums hiermit übergeben werden. Da der persönliche Muth des Hrn. Heinrich v. Gagern zu anerkannt und erprobt ist, als daß bei allen Denen, die ihn kennen, auch nur ein entfernter Zweifel bestände, so ist die Absicht der Unterzeichneten keineswegs, den Ruf der Ehrenhaftigkeit des v. Gagern gegen einen Angriff zu vertheidigen — er bedarf dieser Vertheidigung nicht! — sondern sie wollen das Publicum durch Vorlage der Details nur in die Lage setzen, ein selbständiges Urtheil zu fällen. Am 29. Mai, Morgens zwischen 8 und 9 Uhr, erschien auf dem Zimmer des v. Gagern der Hr. Abgeordnete Wolff in Begleitung eines hessischen Offiziers und erklärte, der Hofgerichtsrath Georgi fodere durch ihn den v. Gagern wegen einer beleidigenden Stelle in der Broschüre «Rechtliche Erörterung über den Inhalt und Bestand der, der Provinz Rheinhessen landesherrlich verliehenen Garantien ihrer Rechtsverfassung» zum Zweikampf auf Pistolen. Eine Angabe näherer Bedingungen des Zweikampfes fand nicht statt. v. Gagern erklärte, er werde bestimmen lassen. In der unmittelbar darauf beginnenden Kammersitzung bat v. Gagern den Abgeordneten der Stadt Bingen v. Steinherr, ihm in dieser Ehrensache zur Seite zu stehen und mit Hrn. Wolff die nähern Verabredungen über das Duell zu treffen. v. Steinherr sagte seinen Dienst zu. v. Gagern benachrichtigte Hrn. Wolff von dieser Zusage und daß er nach der Sitzung nach seinem Wohnorte Monsheim abreisen, seine Angelegenheiten ordnen und Montag den 31. zurück sein werde. v. Steinherr ersuchte den Abgeordneten Wernher von Nierstein, Zeuge sein zu wollen, und Beide verfügten sich 3 Uhr des Nachmittags den 29. Mai zu Hrn. Wolff, den sie von ihrer Visite vorher avertirt hatten. Da sie indessen Hrn. Wolff allein fanden, der überdies an die Möglichkeit eines Widerrufs jener Stelle in der Broschüre des Hrn. v. Gagern dachte, welchen v. Gagern nicht geben wollte, somit, wie es schien, nicht im Besitze definitiver Vorschläge zur Ausführung des Zweikampfes war, so konnte über denselben nichts Definitives verabredet werden, sondern diese Bestimmungen wurden auf eine Zusammenkunft Dienstags den 1. Jun., Morgens 6 Uhr, verschoben. In dieser legte Hr. Wolff folgende als von Hrn. Georgi bestimmte Bedingungen vor: 1) Mensur von neun Schritten in nächster und siebenundzwanzig Schritten in weitester Entfernung; 2) gezogene Pistolen mit Stechschloß und zwar jedem Kämpfer in jeder Hand eine Pistole; 3) Kampf auf Leben und Tod oder bis zur gänzlichen Kampfunfähigkeit. Wir Unterzeichnete erklären hierauf, daß wir die Veranlassung in keinem Verhältnisse zu diesen Kampfbedingungen hielten und auf keinen Fall zu einer solchen Metzelei unsere Einwilligung und unsern Dienst hergeben würden. Um unsere Ansicht zu prüfen, versammelten wir nach der Kammersitzung sämmtliche anwesende Abgeordnete von Rheinhessen mit Ausnahme des Hrn. Hügel, den wir nicht glaubten beiziehen zu dürfen, da er die bekannte Protestation gegen v. Gagern mit unterschrieben hatte, und legten denselben ausführlich den Fall und unsere Meinung vor. Sämmtliche Anwesende billigten unser Verfahren. v. Gagern erklärte, daß er einen Zweikampf der Art weder zugesagt habe noch zusagen werde, dagegen bereit sei, sich jeden Augenblick auf einen Zweikampf auf Pistolen unter den herkömmlichen Bedingungen zu stellen. Unmittelbar darauf, Nachmittags 1 Uhr, theilten wir diese Erklärung des v. Gagern dem Hrn. Wolff mit. Desselben Nachmittags 2½ Uhr erschien Hr. Wolff bei uns mit der Antwort des Hrn. Georgi, daß derselbe auf den von ihm gestellten Bedingungen unter allen Umständen beharre. v. Gagern erbot sich, bis 12 Uhr Mittags des andern Tags (2. Jun.) in Darmstadt zu bleiben; würde bis derthin sein Gegner den Vollzug des Duells in den herkömmlichen Formen nicht zur Ausführung bringen, so werde er abreisen. Abends 8¼ Uhr beharrte Hr. Georgi durch ein Schreiben des Hrn. Wolff auf seinen Ansederungen, erklärend, das Anerbieten seines Gegners nicht zu acceptiren. v. Gagern und die Unterzeichneten blieben den ganzen 2. Jun. in Erwartung in Darmstadt und reisten später, da ihnen nichts Weiteres von Georgi zukam, und zwar v. Gagern erst am 3. Jun. Nachmittags 1 Uhr, von hier ab. Eine Vergleichung dieser Thatsachen mit dem Inhalte jener sogenannten öffentlichen Erklärung des Hrn. Georgi in der Großherzoglichen Zeitung vom 3. d. wird das Publicum in Stand setzen, den Werth derselben zu würdigen. Darmstadt, 7. Jun. 1847. Wernher. v. Steinherr."

— Auch von **Bingen** ist ein Schreiben an den Landtagsabgeordneten Heinrich v. Gagern abgegangen, worin viele dasige Bürger jenen „unerschrockenen und mannhaften Vertreter der den Rheinhessen ans Herz gewachsenen Institutionen inständig ansiehen, sich nicht durch eigne Hochherzigkeit zu einem Schritte verleiten zu lassen, der für das durch ihn vertretene Volk vom unberechenbarsten Nachtheile sein könnte" ꝛc. (Fr. J.)

— Aus **Gießen** vom 7. Jun. enthält das Frankfurter Journal folgende Nachricht: „Der Turnverein, welcher seit Herbst des vorigen Jahres hier bestanden hatte, ist plötzlich und unerwartet aufgelöst und untersagt worden. Am 4. Jun. Abends erhielt der Sprecher (Vorsteher) dieses Vereins ein Rescript des nachfolgenden Inhalts:

«Gießen, am 4. Jun. 1847. Betr.: Gesuch des Turnvereins zu Gießen um Genehmigung seines Bestehens und seiner Statuten. Der großherzogl. hessische Kreisrath des Kreises Gießen eröffnet dem dahier bestehenden Turnverein, auf die Eingabe vom 30. März d. J., worin um Genehmigung der Vereinsstatuten nachgesucht wird, daß auf hierdurch veranlaßte Anfrage bei höchstpreislichem Ministerium des Innern und der Justiz höchstdasselbe mir erwidert hat: ‚Es sei dem vorliegenden Gesuche nicht zu willfahren, weil beabsichtigt werde, die Errichtung von Schulspielplätzen zum Zwecke der leiblichen Erziehung, Pflege und Ausbildung des Körpers in größerer Ausdehnung wie bisher in Ausführung zu bringen, überhaupt die Einführung körperlicher Uebungen bei der Jugend zu veranlassen und die Sache auf eine dem Zweck entsprechende Weise zu organisiren.' Gleichzeitig bin ich angewiesen worden, den ohne Concession höchstpreislichen Ministeriums gebildeten hiesigen Turnverein sofort aufzulösen und zu untersagen. Ich entspreche hierdurch dem höchsten Auftrag und weise Sie an, die Auflösung Ihres Vereins ohne Verzug einzuleiten und zu vollziehen. Die Fortsetzung der Turnübungen der Vereinsglieder auf dem Vereins-Turnplatz ist von heute an einzustellen. Prinz.»

Der Grund der stattgefundenen Auflösung unsers Turnvereins läßt sich aus dem mitgetheilten Rescripte nicht erkennen, denn der beabsichtigten Errichtung von Schulspielplätzen ꝛc. kann unmöglich das Bestehen eines Vereins hindernd in den Weg treten, der aus Jünglingen und Männern gebildet ist, die der Schule entwachsen sind. Es müssen daher andere, aus höhern Staatsrücksichten hergenommene Beweggründe dieser, die natürliche Freiheit der Bürger beschränkenden Maßregel unterliegen."

Preußen.

Berlin, 10. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 5. Jun. war zunächst die Petition des Abg. v. Bredowski wegen Nichteinberufung des Abgeordneten v. Koczorowski auf der Tagesordnung. Der Antragsteller bat aber, diesen Antrag auf sich beruhen zu lassen, da der Betheiligte inzwischen gestorben sei. Er sei jetzt in den Himmel eingeführt worden, wo nicht der zehnjährige Grundbesitz als Hauptbedingung gelten werde. (Allgemeines Gelächter.) Man kam dann zu einer ähnlichen Petition wegen Nichteinberufung des Abg. v. Niemojewski. Er war nicht einberufen worden, weil er in eine Voruntersuchung wegen Verdachts der Theilnahme an hochverrätherischen Umtrieben gekommen war. Der für ihn einberufene Stellvertreter v. Wengierski petirte selbst um seine Zulassung. Die Abtheilung hielt sich neben der bestehenden Gesetzgebung außer Stande, das Gesuch zu befürworten. Es fand aber Unterstützung, und zunächst nahm sich der Abg. Schumann der Sache an. Dann sprachen die Abgg. Frhr. v. Vincke und Graf v. Schwerin für den Antrag, weil der Fall ein ganz anderer als bei dem Grafen Reichenbach, die Wahl nämlich schon rite bestätigt gewesen, auch noch nicht Criminaluntersuchung erkannt worden sei. Für den Antrag erklärten sich 267, dagegen 160, sodaß er nicht die erfoderlichen zwei Drittel erhielt. Dann ging man zu der Petition des Grafen v. Fürstenberg für Anstellung katholischer Militairgeistlichen bei der Armee und Einführung katholischer Religionslehrer in den Cadettenhäusern über. In Betreff des ersten Theiles hatte man sich in der Abtheilung, nach den erhaltenen Mittheilungen der Regierung, dahin vereinigt, lediglich um den baldigen Erlaß der in Aussicht gestellten Militair-Kirchenordnung bitten zu wollen, welchem Antrag auch die überwiegende Mehrheit beitrat. Die Abtheilung befürwortete auch den zweiten Theil des Antrags für solche Cadettenhäuser, in denen sich katholische Zöglinge befinden. Der Kriegsminister und General v. Reyher erläuterten die Sachlage und stellten praktische Bedenken entgegen. Es wäre überall dafür gesorgt, daß die katholischen Zöglinge Unterricht von ihren Geistlichen erhielten. Für den Antrag sprachen der Abg. Hansemann, dem der Frhr. v. Vincke bei dieser Gelegenheit Inconsequenz vorwarf, weil er provinzielle Rücksichten geltend gemacht, Graf Galen und der Referent Frhr. v. Mylius; gegen ihn v. Brünneck, Frhr. v. Vincke, Graf Schwerin, v. Saucken und v. Bardeleben, und er ging nicht durch. Ein Antrag des Abg. Krause wegen Aenderung des Verfahrens bei Wahl und Anstellung evangelischer Geistlichen fand weder in der Abtheilung noch

in der Versammlung Unterstützung. Eben so ging es einigen minder wesentlichen Anträgen desselben Abgeordneten hinsichtlich polizeilicher und gerichtlicher Einrichtungen.

:: In der Sitzung der vereinigten Curien am 7. Jun. begann die Berathung über das Gutachten in Betreff der aus dem Eisenbahnfonds zu verzinsenden und zu amortisirenden Anleihe zur Ausführung der großen preußischen Ostbahn. Die Abtheilung hatte sich beistimmend entschieden. Die Allgemeine Preußische Zeitung bringt zur Zeit erst das Gutachten und die Bitte des Referenten v. Manteuffel II., daß zuvörderst erörtert werden möge, ob die Versammlung sich zur Bewilligung der Anleihe für befugt halte.

:| † **Magdeburg**, 9. Jun. Ein Jahr der Noth ist eine Schule des Zusammenhaltens und der Menschenliebe. Wie unsere Stadt solche Schule diesmal benutzt, davon wollen wir Einiges berichten. Die Lebensmittel waren theuer geworden, für einen Theil der Bevölkerung unerschwinglich theuer, die Aernte war noch fern, es mußte geholfen werden. Die Armenverwaltung that ihr Mögliches, sie sorgte für Brotvertheilung, Suppenverabreichung, weit in den Frühling hinein; aber sollte dieser Behörde Alles anheimgegeben bleiben? In der ungewöhnlichen Zeit mußten auch ungewöhnliche Wege eingeschlagen werden. Ein Hülfsverein trat zusammen; er wollte Geld sammeln und zu wohlfeiler Vertheilung Lebensmittel kaufen. Zehn Wispel Kartoffeln, von wohlthätiger Hand dargeboten, machten den Anfang. Nicht lange vorher war der Sommersparverein zusammengetreten; dieser bot zur Vertheilung die Hand; mittels seiner Sparbücher konnte er dieselbe leicht überwachen. So war die Bahn gebrochen. Für die Geldsammlung erließ der Oberbürgermeister Francke einen herzlichen Aufruf; 40 Männer übernahmen die Einsammlung. So kamen in die Hände des Hülfsvereins 18,250 Thlr., darunter von der corporirten Kaufmannschaft 10,962 Thlr., von den Rübenzuckerfabrikanten 1650 Thlr. Der Verein kaufte dafür Kartoffeln, Erbsen, Reis, Getreide; der Unterschied zwischen dem theuern Einkauf und dem billigen Verkauf wird durch jenes Geld gedeckt. Angenommen, daß der Unterschied ein Drittel betrage, so werden Lebensmittel für ungefähr das Dreifache der obigen Summe beschafft und ausgegeben. Allwöchentlich nehmen die 20 Sparvorsteher die Lebensmittel vom Hülfsverein in Empfang und geben sie Sonnabends aus, an die Sparer und an die Unbemittelten ihres Bezirks, welche sich dem Sparvereine noch nicht haben anschließen können oder wollen. Geben wir in Zahlen eine Uebersicht: Erste Wochenvertheilung an 1805 sparende Familien à ¼ Scheff. Kartoffeln à 7½ Sgr. 18 Wisp. 19¼ Scheff.; zweite Wochenvertheilung an 3211 Familien 33 Wisp. 10¾ Scheff.; dritte Wochenvertheilung an 3650 Familien à ½ Scheff. Kartoffeln zu 5 Sgr. 34 Wisp. 19½ Scheff.; vierte Wochenvertheilung an 4328 Familien 44 Wisp. 3¼ Scheff., und à 1 grobes sechspfündiges Brot zu 5 Sgr. 4328 Brote; fünfte Woche an 4510 Familien à ½ Scheff. Kartoffeln zu 5 Sgr. 44 Wisp. 5½ Scheff. und à 1 Brot wie oben 4510 Brote, außerdem an 391 nichtsparende Familien à ¼ Scheff. Kartoffeln zu 5 Sgr. 3 Wisp. 15¾ Scheff. und Brote wie oben 391; sechste Woche an 4680 Sparer à 1 Metze Erbsen zu 6 Sgr. 4680 Metzen, an 410 Nichtsparer desgleichen 410 Metzen, und an diese Alle Brot wie oben, 5090 Brote; siebente Woche an 4789 Sparer à 3 Pfd. Reis das Pfund 2 Sgr. und an 410 Nichtsparer desgleichen, zusammen 15,597 Pfd. Reis, sowie an diese Alle 5199 Brote.

In ähnlicher Weise, mit Brot und Reis, wird bis Ende August, sofern nöthig, fortgefahren werden können. Man ersieht aus obigem Verzeichniß Mehres. Fünftausend Familien, also etwa 20,000 Menschen, empfangen Woche für Woche billige Lebensmittel, also mehr als zwei Fünftel der Bevölkerung. Die Allermeisten benutzen zugleich den Sommersparverein, um zu Anfang des Winters für ihre Einlagen Feuerung, Kartoffeln oder baar Geld zur Miethe ausgehändigt zu bekommen. Offenbar hat gerade durch die fortgehende Verausgabung billiger Lebensmittel, zuerst blos an die Sparer, der Sparverein seine gewaltige Ausdehnung bekommen. Aber es sind im Laufe des Geschäfts auch die bedürftigen Nichtsparer ermittelt und empfangen ihren Antheil. Auf die 20 Sparvorsteher und ihre Stellvertreter ist dadurch eine ungeheure Mühwaltung gekommen, aber sie unterziehen sich derselben gern. Aus dem Hülfsverein haben sich zwei Männer, deren bürgerliche Stellung es erlaubt, dazu hergegeben, ein Bureau zu errichten, von wo aus sie täglich, versteht sich unentgeltlich, das ausgedehnte Geschäft leiten. Man wird jetzt sagen können, daß nicht leicht ein Unbemittelter Magdeburgs unberücksichtigt bleibt. Es ist hier und da aufgefallen, daß so viele Arme, welche von der Armenpflege unterstützt werden, dem Sparvereine angehören; Armuth mit Almosen und Sparen scheint auf den ersten Blick nicht zusammenzupassen. Aber schon der zweite Blick erklärt die Sache. Der Arme braucht im Sommer nicht Licht, nicht Feuerung, aber im Winter braucht er Beides, empfängt aber im Winter von der Armenpflege nicht mehr als im Sommer; es ist also natürlich, daß er von seinem Wenigen im Sommer für den Winter spart. Gewiß durfte das Vorstehende als ein Beweis berichtet werden, daß Magdeburg die guten Lehren eines Nothjahres zu benutzen versteht.

* **Von der Oder**, 9. Jun. Es fand neulich vielfachen Widerspruch, als ein Abgeordneter bei unserm Vereinigten Landtage die Behauptung aufstellte, Preußens Bevölkerung habe sich im Jahr 1813 lediglich deshalb wie Ein Mann erhoben, weil sie, vom Nationalhasse gegen die Franzosen entflammt, das Joch der Fremdherrschaft habe von sich werfen wollen. Wer wie wir und viele unserer Zeitgenossen Zeuge jener Erhebung im Jahr 1813 gewesen und mit den damaligen preußischen Freiwilligen, mit der Landwehr und dem Heer überhaupt in Berührung gekommen, wird wissen, daß sich viele Factoren vereinigten, welche den beregten Aufschwung des preußischen Volks hervorriefen. Der schwächste dieser Factoren war unstreitig der von unsern Ultras angeführte, daß das preußische Volk sich dadurch politische Freiheit, eine Constitution, liberale Institutionen in der Staatsverwaltung habe erringen wollen. Letztere fanden bereits durch die neuere Gesetzgebung von 1808 statt. An eine Constitution dachte damals außer einigen wenigen mit der Politik Bekannten Niemand, wenigstens ist uns bei unzähligen Freiwilligen, mit denen wir verkehrt, eben so wenig als bei der Landwehr und Linie auch nur ein Schatten davon begegnet. Was aber Alle, mit Ausnahme jener stumpfen geistigen Naturen, die für alle höhern Ideen hermetisch verschlossen sind, beseelte, war Liebe zum König und zum Vaterlande, gerechte Entrüstung über die Schmach, in welche die frühere Ehre Preußens sich verwandelt hatte, Eifer, den Ruhm des preußischen Namens wiederherzustellen, gerechter Zorn gegen den stolzen und grausamen Tyrannen, der das Vaterland seiner Ehre, seines Wohlstandes beraubte und es durch systematische Aussaugung völlig zu entkräften suchte, Haß gegen einzelne Franzosen, die sich durch Uebermuth und Raubsucht bemerklich gemacht hatten. Daß die letztere Art von Haß sich beim gemeinen Mann in Nationalhaß gegen die Franzosen ausbildete, wird Niemanden befremden, welcher die menschliche Natur kennt. Aber dem gebildeten Theile der Nation war ein solcher allgemeiner Haß gegen Alles, was französisch war, fremd, wie ein Redner dies auch aussprach. Große Weltbegebenheiten, ganze Völker, wenn sie eine bedeutende Rolle in der Geschichte spielen, wollen nicht im Einzelnen, sondern im Ganzen beurtheilt werden, wenn dies richtig geschehen soll. So ist es auch mit Preußen im Jahr 1813. Sein damaliger Aufschwung, dem Europa vorzugsweise seine Freiheit und den Frieden seit 1815 verdankt, wird immer eine bewunderungswürdige That der Weltgeschichte bleiben, wenn man auch bei der Analyse desselben findet, daß die allgemeine menschliche Unvollkommenheit dieses schöne Gemälde nicht ganz fleckenlos erkennen läßt.

* **Köln**, 7. Jun. Der für unsere Stadt in vieler Beziehung hochwichtige Antrag mehrer Gemeindeverordneten, daß von neu eintretenden Personen bei Aufnahme in den Bürgerverband ein Eintrittsgeld erhoben werden solle, ist von unserm Gemeinderathe, wie man aus den soeben veröffentlichten Verhandlungen desselben ersieht, abgelehnt worden. Bei dem Vorschlage, von Neuanziehenden, die in der Gemeinde Köln als selbständige Einwohner sich niederlassen wollen, ein Eintrittsgeld zur Gemeindekasse zu erheben, war vorzüglich die Nothwendigkeit geltend gemacht worden, unterstützungsbedürftige Personen von der Niederlassung hier zurückzuhalten und die Gemeinde vor Ueberbürdung mit Armen zu schützen. Der Bericht der zur Prüfung des Antrags und zur Begutachtung über denselben ernannten Commission des Gemeinderaths gibt zu, daß der Erhebung eines Eintrittsgeldes gesetzlich nichts im Wege stehe, indem Köln zu den Gemeinden gehöre, die nach §. 14 der Gemeindeordnung, weil sie Gemeindeanstalten besitzen, die aus eignen Mitteln hülfsbedürftigen Einwohnern Unterstützungen gewähren, zur Erhebung eines Eintrittsgeldes berechtigt sind; es bleibe also lediglich zu untersuchen übrig, ob es im eignen wohlverstandenen Interesse der Gemeinde liege, von der gesetzlichen Befugniß Gebrauch zu machen, ob dadurch der beabsichtigte Zweck, die Ueberbürdung der Gemeinde mit Armen zu verhüten, erreicht werde und ob nicht vielleicht andere wichtige Interessen der Stadt dadurch verletzt werden möchten? Der Commissionsbericht sucht nun darzuthun, daß die Erhebung eines Eintrittsgeldes der Stadt mehr Nachtheile wie Vortheile bringen und insbesondere manchen Arbeiter von der Niederlassung abhalten werde, was um so mehr zu beklagen sein würde, da nach Aussage der Fabrikinhaber die neuanziehenden Arbeiter im Allgemeinen zuverlässiger, fleißiger und mäßiger seien als die in der Stadt erzogenen. Die Commission hat sich daher gegen den Antrag erklärt und der Gemeinderath ist ihrer Ansicht beigetreten. Die Erhebung eines Eintrittsgeldes von neuen Einwohnern ist also, wenn auch hoffentlich nur für jetzt, da sich die Nachtheile unbeschränkter Freizügigkeit auch hier schon empfindlich herausstellen, von unsern Vertretern in Folge eines sehr einseitig abgefaßten Commissionsberichts abgelehnt worden, was gewiß Jeder, der das vorwiegende Interesse der gesammten Bürgerschaft richtig auffaßt, innig beklagen muß.

Da unsere Stadt durch das mit dem Erlasse der Mahlsteuer für drei Monate verknüpfte, eben so lange Wegfallen der Communalbeischläge einen Einnahmeausfall von etwa 10,000 Thlr. erleidet, so hatten drei Mitglieder des Gemeinderaths beantragt, daß der wohlhabende Theil der Bürgerschaft durch gemeinschaftlichen Aufruf veranlaßt werden möge, diesen Ausfall durch freiwillige Gaben zu decken; sie nahmen ihren An-

trag jedoch zurück, da derselbe im Gemeinderathe, wo er reiflich erörtert wurde, keinen Anklang fand. — Unser Gemeinderath hatte in der ersten Hälfte des vorigen Monats 3000 Malter Roggen zu 12⁷/₁₂ Thlr. für die Stadt ankaufen lassen und sich die Verwendung desselben vorbehalten; in Erwägung der guten Ernteaussichten und der weichenden Getreidepreise verfügte er schon in voriger Woche, daß 1000 Malter dieses aufgespeicherten Roggens zum Verkaufe gebracht werden sollten.

— Der Weser-Zeitung wird aus **Berlin** vom 6. Jun. geschrieben: „Es findet sich hier gegenwärtig ein Bild des bekannten Stadtgerichtsraths Simon ausgehängt, welches als Autograph die Unterschrift trägt: «Haltet Euch bereit, denn die Zeit erfüllt sich». Die subalterne Localpolizei entnahm aus diesen Worten Bedenken gegen den freien Vertrieb des Bildes und inhibirte denselben; es ist aber von der obersten Polizeistelle her der unmittelbare Befehl ergangen, den Vertrieb des Bildes völlig ungehindert zu gestatten. — Dem Hrn. v. Beckerath ist in neuester Zeit zwei Mal die Ehre zu Theil geworden, im kleinern Kreise zur königlichen Tafel gezogen zu werden." Die Weser-Zeitung fügt Dem hinzu: „Hier in Bremen ist soeben einem neuerbauten, für die Fahrt nach Südaustralien bestimmten Schiffe der Name v. Beckerath beigelegt worden, welches den Namen des Abgeordneten von Krefeld somit bis zu den Antipoden tragen wird. Der Name v. Vincke wird, wie wir schon früher erwähnten, von einem andern in diesem Jahre neuerbauten bremer Schiffe zunächst zu Ehren des Vaters geführt; aber wer wird von nun an diesen Namen hören, ohne nicht auch des Sohnes zu gedenken?"

— Dr. Rupp hat, nach der Bremer Zeitung, zuerst die Nichtbeschickung der diesjährigen Generalversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Darmstadt beantragt, und als dieser Antrag nicht durchging, er vielmehr selbst zum Deputirten gewählt ward, diese Wahl ausgeschlagen.

— Am 1. Jun. ist in **Höxter** ein feierliches Todtenamt für Dan. O'Connell gehalten worden.

Oesterreich.

Die Abreise des Erzherzogs Stephan aus Wien nach Ofen ist, wie es heißt, auf den 12. Jun. festgesetzt.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 2. Jun. ist voller königl. Decrete. Ein vom 31. Mai datirtes ertheilt Don Manuel Godoy, Granden erster Klasse und Herzog v. Alcudia, unter Anerkennung aller seiner Würden und Orden die Erlaubniß zur Rückkehr nach Spanien und setzt zur Regulirung der Frage über Rückgabe oder Entschädigung für seine Güter und Einkünfte ein Schiedsgericht ein, zu dem der Finanzminister zwei und Don Manuel zwei Mitglieder wählen und diese Vier einen Fünften bestimmen sollen. Ihre Resolutionen sollen von der Regierung, soweit deren Befugnisse gehen, ohne Widerspruch vollzogen, für das zur Competenz der Cortes Gehörende aber diesen in Form eines Gesetzentwurfs vorgelegt werden. Die Beschlagnahme des Vermögens des 1767 zu Badajoz als armer Edelmann geborenen Godoy, der 1787 in die königl. Leibgarde trat und dann ein so schnelles Glück machte, erfolgte schon 1808 bei seinem Sturze. Damals besaß er die kostbarste Gemäldesammlung in Spanien, hielt eine eigne Leibwache, und sein Jahreseinkommen wurde auf 5 Mill. Piaster angeschlagen. Das Alles ging für ihn verloren; doch erhielt seine erste Gemahlin später und kurze Zeit vor ihrem 1828 erfolgten Tode eine Pension von 25,000 Fr. aus seinem eingezogenen Vermögen. Da Godoy sich 1818 durch Hinneigung zu Frankreich den Haß des Volks zugezogen hatte, könnte seine Rehabilitirung als das Werk französischen Einflusses angesehen werden. Die Gaceta enthält jedoch ein zweites Decret, welches zur Erhaltung des Gedächtnisses des am 19. Jul. 1808 von dem verstorbenen Castaños gegen die Franzosen erfochtenen Sieges, den demselben ertheilten Titel eines Herzogs v. Baylen auf alle seine legitimen Nachkommen erblich überträgt. Ein drittes Decret verfügt auf Antrag des Kriegsministers eine neue und verstärkte Zusammensetzung des Generalstabs der Armee für Friedenszeiten, da die bisherige, von 1842 datirende sich für außerordentliche Fälle, wie jetzt die Ausrüstung nach Portugal, nicht genügend bewiesen habe. Es besteht derselbe hinfüro aus einem dirigirenden General, 3 Brigadiers, 9 Obersten, 12 Oberstlieutenants, 25 Commandanten (Majors), 60 Capitains und 40 Lieutenants, außer den Supernumerarien jedes Ranges. — Von einer allgemeinen Amnestie ist wieder lebhafter als je die Rede.

— Die Königin Christine hat von Toulon ein Schreiben an den Minister-Präsidenten gerichtet, um ihm anzuzeigen, daß sie die Absicht hege, sich von Neapel aus über Valencia nach Madrid zu begeben, und zugleich angefragt, ob die Minister etwas gegen dieses Vorhaben einzuwenden hätten. Die Antwort soll verneinend ausgefallen sein. Vielleicht führt sie nur der Wunsch, gewisse Geldangelegenheiten zu berichtigen, nach Madrid. Es sind nämlich schon mehre Wechsel zum Belaufe von 2—300,000 Piastern, welche der Herzog von Rianzares auf die dortige Bank zog, mit Protest zurückgewiesen worden. Die regierende Königin scheint ihrerseits, wie der Allgemeinen Preußischen Zeitung geschrieben wird, sich keineswegs nach ihrer Mutter zu sehnen. Vor einigen Wochen erhielt der französische Gesandte von der Königin Christine den Auftrag, ihrer Tochter mehre Geschenke und einen Brief persönlich zu überreichen und zugleich eine Antwort auf denselben von ihr zu erbitten. Als der Gesandte diesen Auftrag ausrichtete und um die Antwort bat, zerriß, wie man erzählt, die Königin den Brief ihrer Mutter und sagte: „Hier haben Sie die Antwort!" Die Geschenke vertheilte sie an ihre Umgebungen.

— Da der Faro behauptete, der englische Gesandte hätte die verschiedenen in der Familie des Infanten Don Francisco eingetretenen Mißheirathen absichtlich herbeigeführt, so gibt der Español folgende Aufschlüsse: „Bald nachdem die Königin vermählt war, wünschte ihre Mutter auch ihre Nichten mit Prinzen aus regierenden Häusern verheirathet zu sehen. Zu diesem Behufe wendete sie sich nach Paris, und nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen schrieb die Gemahlin Ludwig Philipp's der Königin Christine, daß es vor der Hand nicht möglich wäre, zu erlangen, was sie wünsche. Allein das englische Cabinet, welches sich zu derselben Zeit bemüht hatte, der Familie des Infanten Don Francisco gefällig zu sein, und ihr die Wirksamkeit der Freundschaft Englands darzuthun wünschte, hatte zwei Prinzen, einen italienischen und einen deutschen, welche bereit waren, um die Hand der Infantinnen, Cousinen der Königin, anzuhalten. Aber gerade als dies dem spanischen Hofe mitgetheilt werden sollte, wurde die Vermählung der Infantin Doña Luisa Teresa mit dem Herzoge v. Sessa angekündigt, und das englische Cabinet, das mit Recht sich nicht dazu verstehen wollte, unter seiner Begünstigung einen Prinzen von königlichem Geblüte neben einem einfachen Privatmann als Bewerber aufzustellen, glaubte Dasjenige nicht mittheilen zu dürfen, was es zum Besten der Familie des Infanten Don Francisco erlangt hatte."

— Der Heraldo erklärt, die Bestätigung vom Einmarsch eines spanischen Corps in Portugal und von der erfolgten Entsetzung der Festung Valença am Minho, welche die Insurgenten belagerten, erhalten zu haben. Sie haben dieselbe alsbald in Gemeinschaft mit Truppen der Königin Donna Maria besetzt. Dasselbe Blatt meldet die erfolgte Unterzeichnung einer Convention zwischen Spanien und Portugal, welchem Letztern 14,000 M. spanische Truppen zu Hülfe geschickt werden sollen, für welche Portugal die Mehrkosten des Kriegsetats übernimmt.

Großbritannien.

London, 6. Jun.

Der letzte Sieg des Heeres der Vereinigten Staaten über Santa Anna wird vom Morning Chronicle zwar nach seinem entscheidenden Charakter anerkannt; allein obgleich Einen dabei ein unwillkürliches Gefühl der Verachtung beschleiche gegen den geschlagenen Theil, und man auszurufen geneigt sei, wer ein Land so schlecht zu vertheidigen wisse, verdiene auch nicht Herr darin zu sein, könne doch nichts in der Welt den Triumph der Vereinigten Staaten zu einem andern als dem brutaler Gewalt oder, wenn man wolle, militairischer Disciplin machen. Niemals dürfe vergessen werden, aus welcher kleinen Ursache man in Washington diesen Krieg anfing und unter welchem trivialen Vorwand eine ungeheure Masse von Noth und Elend über ein Niemanden herausforderndes Volk gebracht werde. Alle Fehler der Mejicaner würden aber aus einem ungerechtfertigten Angriff und Raubzuge keinen legitimen Krieg machen. Zur Ehre der Menschheit möchte das Morning Chronicle gern von der baldigen Beendigung der verderblichen Fehde hören. Nie habe es daran gezweifelt, daß die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in den Besitz der großen Städte gelangen würden; allein die Occupation gewisser Punkte sei noch nicht Ein und Dasselbe mit der Eroberung des Landes. Hätten die Behörden in Washington sich diese vorgenommen, so würden sie erfahren, daß die dermalige Generation die Vollendung nicht erleben und daß ein Aufwand dazu nöthig sei, welchen der Congreß nicht leicht gutheißen dürfte. Im Interesse Mejicos sei am Ende zu wünschen, daß seine Gegner noch schnellere und entscheidendere Erfolge gewännen, damit es zu raschem Abschluß über bestimmte Opfer käme, um damit den Rückzug der Angreifer zu erkaufen. Uebrigens würden die Vereinigten Staaten bei künftiger Gelegenheit ihren Angriff ganz gewiß wiederholen; die alte Fabel vom Wolf und Lamm, die aus Einem Bache tranken, werde ja in Ewigkeit neu aufgeführt. Die Times meint, daß Europa von einem Feldzuge gelangweilt werden dürfte, in welchem Siege nicht den geringsten Credit und alles Fechten keine Aussicht auf Frieden mit sich bringe, auch beim besten Willen Niemand den Siegern Beifall zollen oder die Besiegten bedauern könne. Daß die Amerikaner nach Mejico marschiren könnten und es längst im Stande gewesen wären, sei ziemlich zweifellos. Allein in Mejico scheine keine Partei für den Frieden zu bestehen; Niemand rede von Unterwerfung. Gleichwol halte auch Niemand gegen den Feind Stand, kein Terrorismus zwinge den trägen Patriotismus dazu, und General Scott werde die Hauptstadt vermuthlich unbefestigt, ohne Vertheidiger und ohne eine in Batterie aufgestellte Kanone finden. Mit dem Allen sei den Vereinigten Staaten aber nicht gedient, welche die Einwilligung in den Verkauf von ihnen begehrter Provinzen oder friedliche Unterwerfung verlangten. Das hartnäckig zu verweigern wären die Mejicaner aber gerade die Leute danach. Die Zeitungen der Vereinigten Staaten gestänben auch selbst ein, daß noch kein Ende des Kriegs abzusehen sei. Die Küsten,

mehre der wichtigsten Städte, jetzt vermuthlich die Hauptstadt selbst befänden sich in der Gewalt der Amerikaner, und die mejicanischen Armeen wären zerstreut, ihre Generale zum Theil gefangen. Gleichwol habe man noch zu erwarten, welche Macht ein Volk zwingen solle, dessen Selbstüberhebung und Selbsttäuschungen von keiner Niederlage leiden, und das Regierung, Hauptstadt, Seeküste so leicht aufgeben könne wie Ehre und Credit. Daily News faßt die Motive der Krisis anders auf, sieht aber dieselbe Schwierigkeit der Beendigung derselben wie die vorgenannten Blätter. Offenbar liege jetzt die Gewißheit vor, daß die Anglo-Amerikaner Herren der ganzen Nordhälfte des neuen Continents würden. Die Mejicaner vermöchten auch gegen kleine Corps derselben, die ihnen so überlegen wären wie Cortez seiner Zeit den Inkas, nichts auszurichten. Die Amerikaner deshalb der Eroberungs- und Beuteluſt anzuklagen sei thöricht. Alle junge und mittelalterliche Nationen theilten mit ihnen diesen Appetit, und man könne die Amerikaner nicht wohl zu Ausnahmen von Tendenzen und Gesetzen machen wollen, die alle Racen und Staaten empfunden hätten. Tyrannei, Bigoterie und Unwissenheit dirigirten die Colonisation und Fortbildung von Mejico; Freiheit, Toleranz und ein stattlicher Antheil Einsichten dagegen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten. „Solche Differenzen im Princip und in der Führung mußten auf Nation und Menschen ihre Folgen äußern. Die neueste ist die Unterwerfung der Mejico-Spanier durch die Anglo-Amerikaner, und es thut dabei die Form, in der sie erfolgt, nichts zur Sache und wird für das Gleichgewicht der Macht und den Handelsverkehr nicht viel ändern. Von Panama bis zum St. Lawrence diesseits und Vancouver's Insel jenseits wird jeder Hafen und jedes Gebiet den Anglo-Amerikanern gehören. England und Europa haben alle je gehegten Ansprüche auf Beschützung der Unabhängigkeit und des freien Verkehrs des spanischen Amerika nördlich vom Isthmus aufgegeben. Allein wie gewiß auch das Endergebniß ist, schließt Daily News in schon erwähnter Uebereinstimmung mit der Times und dem Morning Chronicle, so dürfte doch die völlige Unterwerfung Mejicos eine langsame und noch schwierige Sache werden."

— Im auswärtigen Amte hat gestern ein Cabinetsrath stattgefunden, der gegen zwei Stunden versammelt blieb.

— Für die künftigen allgemeinen Wahlen ist bereits in Tamworth, dem Flecken, für welchen Sir R. Peel im Unterhause sitzt, in dem eignen Bruder desselben, Hrn. W. Yates Peel, ein Concurrent aufgetreten. Im Ministerium Wellington war derselbe Unterstaatssecretair und saß für die Universität Cambridge im Unterhause. In seiner an die Wähler erlassenen Adresse verspricht derselbe alle Maßregeln ohne Ansehen der Partei zu unterstützen, welche er als dem allgemeinen Besten am zuträglichsten betrachten werde.

— Die große Maschinenbauanstalt der HH. Maudslays in Lambeth ist vorgestern früh ein Raub des Feuers geworden. Der Schaden wird als außerordentlich groß bezeichnet.

Frankreich.

Paris, 7. Jun.

Von der Deputirtenkammer ist heute die Debatte über den Gesetzentwurf, die außerordentlichen Credite für Algerien betreffend, eröffnet worden. Auf der Galerie erschien unter den Zuhörern auch Bu-Maza in Begleitung des Capitains Richard. Die Interpellation, welche Hr. Crémieux wegen der portugiesischen Angelegenheit beantragte, ist im Einverständnisse mit dem Minister des Auswärtigen zum 14. Jun. angesetzt worden.

— Die Zeitungen besprechen heute den Commissionsbericht über die außerordentlichen Credite für Algerien, über welche in der Deputirtenkammer die Debatte eröffnet ist, wie z. B. das Journal des Débats, das im Ganzen damit einverstanden sich erklärt, auf die von ihm nicht gebilligten Punkte aber zurückkommen will. Die »Presse« bringt nachträglich den Bericht über die Bureauxverhandlung der Deputirtenkammer wegen Hrn. de Girardin's Vorladung vor die Pairskammer aus dem Journal des Débats, und hat einen dritten langen Artikel über den von der Pairskammer jetzt in Berathung befindlichen Gesetzentwurf über den medicinischen Unterricht und die Ausübung der Medicin. Einige Oppositionsblätter äußern sich übereinstimmend gegen die Intervention in Portugal und die Art von Frankreichs Theilnahme daran.

— Die Union monarchique erzählt von strengen Haussuchungen, welche in mehren Hotels des Faubourg St.-Germain bei Personen stattgefunden haben, die den spanischen Flüchtlingen Theilnahme bewiesen hätten. Sie sollen auf den Grafen von Montemolin abgesehen gewesen sein, und ein Haus sei von nicht weniger als 40 Polizeiagenten durchstöbert worden. Natürlich wäre alles Suchen vergeblich gewesen und habe vergeblich sein müssen.

— Der Siècle erzählt, daß man dieser Tage einen von den höhern Beamten des Justiz- und Cultusministeriums gefragt habe, ob die Sanctionirung des Gesetzentwurfs über das Capitel von St.-Denis nicht viel Verlegenheiten und Unannehmlichkeiten für die Regierung herbeiführen werde. „Wissen Sie, versetzte er, wie viel Gesuche um Stellen beim Capitel bereits eingegangen sind? nicht weniger als 8000." Uebrigens wird der Erzbischof von Cambrai als zum Primicier des Capitels ausersehen bezeichnet, soll aber sein Bisthum daneben beibehalten.

— Nach dem Courrier français hätte der Ministerrath sich über das Entlassungsgesuch des Marschalls Bugeaud von der Gouverneursstelle in Algerien dahin entschieden, daß demselben nicht sofort gewillfahrt, sondern zunächst nur Urlaub auf ein Jahr ertheilt werden solle.

****Paris**, 6. Jun. Die vom Minister des öffentlichen Unterrichts beantragten Reformen in der medicinischen Facultät haben gestern einen Vertheidiger gefunden, dessen Wort wenigstens eben so schwer als das des Hrn. Cousin in der Meinung der Kammer wiegt. Hr. Flourens, Nachfolger des berühmten Cuvier, dem er an Genie allerdings weit nachsteht, an umfassender Gelehrsamkeit aber vielleicht mehr als irgend Einer seines Faches in Frankreich ihn zu ersetzen geeignet war, Hr. Flourens hat wol in dieser Frage ein entscheidenderes Gewicht als der eklektische Philosoph an der Sorbonne. Hr. Flourens aber ist mit den Grundlagen und wesentlichsten Bestandtheilen des Gesetzentwurfs völlig einverstanden und bekämpft sogar mancherlei Modificationen, die die Commission dazu vorgeschlagen. Der lebenslängliche Secretair der Akademie der Wissenschaften hält es für vernünftiger, zweckmäßiger und gerechter, daß für jede freigewordene Lehrkanzel an der medicinischen Facultät ein Concurs ausgeschrieben werde, als daß derlei Stellen auf den Vorschlag von vier Candidaten nach dem Ermessen des Ministers besetzt werden. Hr. Flourens pflichtet eben so dem Minister über die unzulängliche Befähigung der Officiers de Santé bei und meint, dieselben sollten wenigstens Licenciés ès médecines sein, d. h. ohne ihre Studien bis zum Doctorat fortgesetzt, doch in allen medicinischen Lehrfächern eine Prüfung bestanden haben. Diese Ansicht entblödet sich das Journal des Débats nicht mit einem Sophismus zu bekämpfen, der nicht einmal das Verdienst des Witzes ansprechen kann. Hr. Flourens, sagt es, wünscht, daß die Volksärzte nicht Officiers de santé, sondern Licenciés ès médecines heißen sollen. Für eine so ernste Frage, wo es sich um das Leben und die Gesundheit der gesammten Landbevölkerung handelt, die am Ende, wie der Minister in seiner Einleitung zum Gesetzentwurfe ganz richtig bemerkt, gleiche Ansprüche auf rationelle ärztliche Behandlung mit der Bevölkerung der Städte hat: in einer so ernsten Frage ist ein so schlechter Witz nicht am Orte. Ob die Volksärzte so oder so heißen, kann ganz gleichgültig sein, nicht aber, welchen Grad, welchen Umfang wissenschaftlicher Kenntnisse sie besitzen. Ein Licenciat der Medicin, der ungefähr dem Abiturienten auf deutschen Universitäten entspricht, muß in allen medicinischen Lehrfächern eine genügende Prüfung abgelegt haben, während so ein Gesundheitsoffizier nur den praktischen Eklektismus des Faches in kurzer Zeit verschluckt hat, ein Umstand, der ihm gerade den besondern Schutz von Seiten des philosophischen Eklektikers zusichert.

Hat jedoch der Gesetzvorschlag einen eben so warmen als einflußreichen Vertheidiger in Hrn. Flourens gefunden, so stieß er andererseits auf einen zwar heftigen, aber deswegen um so minder gefährlichen Gegner. Der Vertreter der französischen Philosophie und der Vertreter der französischen Religion gehen, in der Kammer wenigstens, selten Arm in Arm, wiewol Hr. Cousin vorgestern den Grafen Montalembert seinen „edlen Freund" schalt. Wie es aber auch mit dieser Freundschaft bestellt sein mag, ist es doch Thatsache, daß der feuereifrige Vorkämpfer des Katholicismus im Geschmacke des Univers den Gesetzentwurf eben so entschieden und heftig als der Großmeister der in seinen Augen „verruchten Philosophie" angegriffen. Die Vorwürfe, die jedoch Hr. de Montalembert dem Vorschlage machte, sind weit weniger gefährlich als die schlauen Einwürfe des Philosophen. Der edle und fromme Graf eifert gegen die beantragten Reformen, weil sie in manchen ihrer Bestimmungen die Ausübung der Arzneikunde beschränken. Diese, meint er, müsse wie jedes andere Gewerbe ganz frei sein, und wer nur immer einen ärztlichen Beruf in sich fühle, müsse berechtigt sein, ihm ungestört und unbeschränkt zu folgen; ein Klosterbruder oder eine Klosterschwester z. B. eben so gut als ein Doctor oder Licentiat der Medicin oder Gesundheitsoffizier. Der junge Pair, wenn er auch der medicinischen Facultät nicht angehört, gehört doch wahrscheinlich einer gewissen medicinischen Schule an, die in Deutschland und Frankreich ihre Vertreter hat. Wenn ich mich recht erinnere, ist in Deutschland das Haupt dieser Schule, welche den Satz aufstellt, daß alle Krankheiten von der Erbsünde herrühren und daher ausschließlich durch eine religiöse Cur zu heilen sind, Hofrath Ringseis, Professor der medicinischen Klinik in München. Wer in Frankreich an der Spitze dieser Lehre steht, weiß ich nicht genau, erinnere mich aber, vor einigen Jahren ein Werk von Hrn. de Bois-Brimont gelesen zu haben, das sich mit der Natur der Geisteskrankheiten befaßt und worin dieselben Ansichten entwickelt und als ausschließlich maßgebend für geistige Krankheiten vertheidigt werden. Durch einen traurigen Anlaß habe ich 1840, zwei Jahre vor dem Erscheinen seines Werks, den Verfasser kennen gelernt, da er an der Spitze eines Privat-Irrenhauses steht, dessen Pflege ich einen Unglücklichen meiner Bekanntschaft anvertraut hatte. Beim Lesen des erwähnten Werks war ich nicht wenig erstaunt, Ansichten vertheidigt und mit vielem Talent geltend gemacht zu sehen, von denen ich zur Zeit, als ich die Anstalt des Verfassers wenigstens zwanzig Mal zu be-

suchen und die Behandlung der Kranken zu beobachten Gelegenheit hatte, auch nicht die mindeste Spur fand. Es schien mir sogar damals, der sonst ehrenwerthe, geistreiche und gelehrte Arzt huldige in der psychologischen Behandlung seiner Kranken vielmehr dem Systeme der Einschüchterung und des physischen Zwanges als dem irgend einer moralischen oder religiösen Einwirkung auf den veränderten oder gestörten Geist seiner unglücklichen Heerde. Ob die Praxis dieser Schule in Deutschland eben so weit von ihrer Theorie als in der bezeichneten Anstalt absteht, weiß ich nicht; Thatsache aber ist, daß diese Schule hier in der Wissenschaft eine wenn auch sehr geringe Anzahl Anhänger hat, und Hr. de Montalembert, seiner gestrigen Rede nach zu schließen, sich berufen fühlt, sie in der Pairskammer zu vertreten. Wäre ich Mitglied der Pairskammer, so hätte ich vielleicht den Antrag gestellt, den edeln Pair der Anstalt des Hrn. Bois-Briment anzuvertrauen, wo er nach einem kurzen Aufenthalte den Geschmack für die Heilmethode durch Gebete und sonstige religiöse Uebungen wahrscheinlich aufgegeben hätte und zur Einsicht gelangt wäre, daß man ein guter Klosterbruder und treffliche Klosterschwester sein kann, ohne deswegen die geringste Heilkraft, ich will sagen Heilkunde, zu besitzen.

In eine ganz eigne Klemme hat die Pairskammer eine ganz unzeitige Reizbarkeit ihres Ehrgefühls gegen die «Presse» versetzt. Hr. de Girardin ist nichts weniger als geneigt, der Pairskammer die Aufschlüsse zu geben, die sie erwartet, denn um Aufschlüsse war es ihr eigentlich nur zu thun, da im Artikel (Nr. 160) selbst nicht die geringste Verletzung des Hauses liegt. Hr. de Girardin behauptet, blos die Männer der Epoque hätten gegen 80,000 Fr. Versprechungen zur Pairswürde verkauft; daraus folgt nicht, daß die Regierung es übernommen, diese Versprechen der HH. Sclar und Granier de Cassagnac zu erfüllen, daß sich also ein auf diese Weise ernanntes Mitglied in der hohen Kammer befinde; ja es folgt nicht einmal daraus, daß diese sehr ehrenwerthen Leute von irgend einem Minister die Vollmacht hatten, derlei Versprechen zu machen, in welchem Falle nur die Regierung, nicht aber die Pairskammer beleidigt wäre. Hr. de Girardin, wenn übrigens die Deputirtenkammer darein willigt, wird also vor den Schranken des andern Hauses erscheinen, jeden Aufschluß über die behauptete Thatsache verweigern und höchstens wiederholen, daß er keine Beleidigung beabsichtigt und in der That keine in seinem Aufsatze enthalten ist. Was wird dann die Pairskammer thun: ihn dennoch verurtheilen? dann begeht sie einen Gewaltstreich, wie sie schon ihre Rechtsbefugnisse überschritten, als sie seine Vorladung beschloß; ihn freisprechen? dann ist sie nicht wenig in Gefahr, sich lächerlich zu machen, da ihr der Vorgeladene Das verweigert, weswegen sie ihn zur Rechtfertigung gezogen.

Belgien.

Joachim Lelewel, welcher seit 15 Jahren in Brüssel lebt und sich durch seine wissenschaftlichen Arbeiten kümmerlich ernährt, erbte von seinem kürzlich in der Schweiz verstorbenen Bruder 8560 Fr. Davon hat er blos 560 Fr. behalten, das Uebrige den Kindern eines in der Nähe Warschaus noch lebenden Bruders überlassen, und auch die kleine Summe behielt er nur, um die Herausgabe seiner Geschichte der alten und neuern Geographie möglich zu machen!

Schweiz.

Aus **Genf** wird geschrieben: „Hr. Rilliet-Constant hat auf die vom großen Rath und vom Staatsrath an ihn gerichteten Bitten seine Entlassung zurückgezogen. Er bleibt im Staatsrath. — In seiner ersten Sitzung hat der Staatsrath Hrn. James Fazy zu seinem Präsidenten und Hrn. Moulinié zu seinem Vicepräsidenten gewählt. Somit ist Hr. J. Fazy Präsident der Regierung von Genf."

Italien.

Rom, 29. Mai. Der Papst weilt noch in Subiaco, wo er mit unbeschreiblichem Jubel empfangen wurde. Die nah und fern gelegenen Ortschaften sollen wie ausgestorben sein, indem die Bewohner nach Subiaco geströmt sind. Selbst aus dem Königreiche Neapel sind mehre Tausende über die Grenze gekommen und lagern des Nachts unter freiem Himmel um die Stadt, weil diese die Menge nicht fassen kann. — Der Kronprinz von Baiern hat gestern, begleitet vom bairischen Gesandten Grafen Spaur, einen Ausflug ins Albanergebirge vorgenommen und heute mehre Ateliers von Künstlern besucht. — Die Königin-Witwe von Spanien, Marie Christine, gedachte morgen von Neapel sich auf einem Dampfschiffe nach Civitavecchia einzuschiffen, wo Alles zu ihrem Empfange vorbereitet ist; am 1. Jun. wird sie hier erwartet. Hr. Castello y Ayensa war nach Neapel abgereist, um die Königin Marie Christine dort zu begrüßen. Dieser Diplomat eilte vorgestern gleich nach seiner Zurückkunft von hier nach Subiaco. — Die Antwort des Lords J. Russell auf die Anfrage des Hrn. Horseman in den Verhandlungen des Unterhauses am 14. Mai wegen der Anknüpfung directer Verbindung mit Rom (Nr. 141) hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht und ist in mehren hiesigen Blättern abgedruckt worden. — Der bekannte Vieusseux wird bei den jetzigen Preßgesetzen in Toscana sein Blatt Antologia, nach 14jähriger Unterbrechung, unter dem Namen Fenice wieder erscheinen lassen. Ferner sind in Florenz zum 1. Jun. drei neue Blätter: La Patria, L'Etrusco und L'Arno angekündigt. Auch Livorno wird eine neue Zeitung erhalten. (A. Z.)

Rom, 1. Jun. Der Papst ist gestern von seiner Reise nach Subiaco hierher zurückgekehrt. Wie bei allen Gelegenheiten, wo er sich öffentlich zeigt, wurde ihm auch diesmal von dem Volke, welches ihm bis mehre Miglien entgegengezogen war, der festlichste Empfang zu Theil. — Die Königin Christine von Spanien ist heute Morgen von Neapel hier eingetroffen. (A. C.)

Neapel, 23. Mai. Am 21. Mai wurde in der Kirche Sta. Maria del Carmine das Standbild Konradin's, von Thorwaldsen in Rom modellirt und von dem bairischen Bildhauer P. Schöpf in Marmor ausgeführt, in Gegenwart des Kronprinzen von Baiern, des Errichters desselben, feierlich enthüllt. (A. Z.)

Moldau und Walachei.

Von der türkischen Grenze, 1. Jun. Die Moldau und ihre Regierung befindet sich seit dem letzten Kriege zwischen Rußland und der Pforte mehr als jemals unter dem unbedingten Einflusse Rußlands. Da die Pforte alle Einmischung in die Angelegenheiten dieses Landes aufgegeben hat, wie sie denn weder in Jassy noch in Bukarescht vertreten ist, und die Consuln der beiden westlichen Mächte sich blos auf Handelssachen beschränken, so hat Rußland freies Feld, die Zerwürfnisse zwischen dem Fürsten und den Bojaren zu schüren, und eben dadurch bleibt es in seiner Herrschaft über die Angelegenheiten dieses Landes. Man glaubte anfangs, die Ernennung des Fürsten Michael Stourdza, der für einen sehr befähigten Mann des Fortschritts galt, zum Hospodar würde der arglistigen Politik Rußlands einen Zügel anlegen, welches durch die Verträge von Akjerman und Adrianopel die Vasallenstaaten von ihrem Oberherrn zu trennen und sie fast in russische Provinzen umzuwandeln gewußt hatte. Leider hat jener Fürst die Hoffnungen des Landes getäuscht. Seit er an der Spitze der Regierung ist, hat man ihn, das gewöhnliche und natürliche Schicksal aller Wahlreiche, ungleich thätiger für seine Privatinteressen als für das öffentliche Wohl gesehen. Auch sind schlimme Mißbräuche unter seiner Verwaltung eingerissen, und man erzählt sich von ärgerlichen Erpressungen, Bestechungen, Aemterhandel und Stimmenverkauf. Wir sagen nicht, daß der Fürst daran persönlichen Antheil genommen; gewiß aber ist, daß die Beamten, schlecht bezahlt und oft nicht wohlfeil zu ihren Posten gekommen, fast lediglich auf Erwerb und Vermehrung ihres Vermögens bedacht sind. Eine Anekdote mag einen Beweis der Offenheit und Regelmäßigkeit dieses Treibens geben. Eine arme Witwe hatte von einem reichen Bojaren 2000 Dukaten, ihr ganzes Vermögen, zu fodern, hatte den langen Proceß endlich gewonnen, konnte aber durchaus nicht das Urtel zum Vollzuge bringen. Sie wendete sich an eine hohe Stelle, und da nahm man sich der Sache an und sprach mit dem betreffenden Beamten darüber. Als aber der Letztere erklärte, daß er bereits von dem Bojaren 250 Dukaten erhalten, daß ihm sein Posten 10,000 Dukaten gekostet habe und daß er wieder zu seinem Gelde kommen müsse, war keine Rede mehr von der Sache. Die Stände hatten den Bau von Landstraßen angeordnet und den Grundherren geboten, Leute zum Straßenbau zu stellen. Ein großer Theil dieser Arbeiter hat aber ganz andere Gebäude für Privatzwecke bauen helfen müssen. Rußland sieht das Alles sehr gern, weil es das Land in steter Unruhe und Mißstimmung hält. Schon verschiedene Male haben die Bojaren eine feste, aber gemäßigte Opposition in den Kammern organisiren wollen, um eine bessere Verwaltung zu erwirken. Ein durch Rang, Vermögen, Talent und Charakter höchst ausgezeichneter Mann, Hr. Balsch, hatte eine ungeheure Stimmenzahl für die Kammer erhalten, aber der Fürst widersetzte sich seinem Eintritt, und zuletzt kamen die russischen Drehungen. Da die Bojaren sich mit ihren Klagen fruchtlos nach Konstantinopel gewendet hatten, so klopften sie bei Rußland an, und ein russischer Agent gab ihnen, nachdem er sie getadelt, daß sie sich vorher an die Pforte gewendet, zu verstehen, daß eine von ihnen unterzeichnete Klage in Petersburg bessere Früchte tragen würde, jedenfalls ihnen der russische Schutz gegen alle Bedrückungen dann gewiß sei. So sucht Rußland auf beiden Seiten die Hand im Spiele zu haben, und kein Theil ist seines Beistandes sicher. Im Uebrigen wurde jene Klagschrift nicht von allen Betheiligten unterzeichnet und fiel obendrein in einer schon neulich (Nr. 161) angedeuteten Weise, in die Hände des Fürsten, was denn das Mistrauen gegen Rußland neu erweckt hat, mit dessen bestechlichen Agenten sich Niemand einzulassen getraut.

Türkei.

Konstantinopel, 26. Mai. Das konstantinopler Journal erzählt in seinem letzten leitenden Artikel über die griechische Angelegenheit (21. Mai), da, wo es zur Sache kommt: „Am 16. Mai habe der Divan beschlossen, allen hellenischen Consuln in der Türkei das Exequatur zu entziehen, einen Monat später den hellenischen Handelsmarine die Küstenschiffahrt in türkischen Gewässern zu untersagen und, wenn diese Maßregeln unwirksam blieben, die hellenischen Unterthanen aus den Zünften auszuscheiden, Schiffen unter hellenischer Flagge die türkischen Häfen und dem hellenischen Erzeugniß den türkischen Markt zu verschließen." Daß die Pforte alle nöthigen Vorkehrungen in der Stille bereits getroffen, um augenblicklich zur Durchführung obbeschriebener Maßregeln schreiten zu können, wurde mir von mehren Seiten bestätigt. Wohlunterrichtete schreiben die diesfällige Zögerung dem Einflusse des wiener Cabinets zu und sehen bei den unablässigen Bemühungen des hiesigen Repräsentanten Oesterreichs und den in letzter Zeit günstiger lautenden Nachrichten aus Athen einer befriedigenden Lösung mit Vertrauen entgegen. (A. Z.)

— Nachrichten aus **Mossul** vom 2. Mai melden, daß das anatolische Heer im Begriffe stand, gegen den kurdischen Häuptling Bedrhan-Bey ins Feld zu rücken. Bedrhan hatte zwar, im Gefühle seiner Schwäche, mehre sowol türkische als christliche angesehene Personen seines Bezirks ins osmanische Lager abgesendet, um den Oberbefehlshaber Osman-Pascha zu bewegen, beim Sultan als Fürsprecher für ihn einzuschreiten, nach-

dem er sich allen Foderungen des Divans unterwerfen wolle. Da diese Erklärungen jedoch zu spät erfolgten, so setzte Osman-Pascha ohne Rücksicht auf diesen Schritt seine Rüstungen fort.

Handel und Industrie.

Berlin, 10. Jun. Nach einer Cabinetsordre vom 9. Jun. sollen die Arbeiten des Brückenbaues über die Weichsel zwischen Dirschau und Marienburg (Nr. 85) sofort eingestellt und die Anordnungen dazu ungesäumt mit derjenigen Rücksicht, welche die Erhaltung der schon ausgeführten Bauten und des augenblicklichen Bedürfnisses der dabei beschäftigten, nahrungslosen Arbeiter nöthig macht, getroffen werden. Der Angriff der künftig auszuführenden Oestlichen Eisenbahn selbst wird, von dem Anschlußpunkte an die Stettin-Posener Bahn aus, dem allerhöchsten Befehl zufolge, zu seiner Zeit erfolgen. (A. P. Z.)

Börsenbericht. * Leipzig, 11. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87⅛ Br.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99⅜ G.; Chemnitz-Riesaer 59⅛ Br., 59⅛ G.; Löbau-Zittauer 57⅛ Br., 57⅛ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br., 212 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br., 109½ G.; Litt. B. 101 Br.; Köln-Mindener 93⅛ Br., 92⅜ G.; Thüringer 94½ Br.; Altona-Kieler 109½ Br., 109 bezahlt; Dessauer Bankactien 100 Br.; Berliner Bankanth. 105½ Br., 105 G.

Wolle. Dresden, 10. Jun. Unser Wollmarkt nimmt einen raschen und günstigen Fortgang. Bereits heute ist fast Alles verkauft, und zwar zu 1, 1⅛, auch wol hier und da zu 2 Thlr. höhern Preisen pr. Stein als voriges Jahr. (L. Z.)

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 11. Jun. früh 7 Uhr: 1° unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 7. Jun. 2½pc. Int. 57¹³/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 106⅛; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 9. Jun. Oestr. Bkact. 1965; 250 Fl. L. 120⅜; 500 Fl. L. 135⅜; Bair. 3½pc. 92⅜ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78⅛; 25 Fl. L. 27¼; Nass. 25 Fl. L. 25¾; Sard. 35⅛; Kurhess. 32¼. London, 5. Jun. 3pc. Cons. 88⅝; Span. act. 32½; ausg. 14½. Paris, 7. Jun. 5pc. 117. 40; 3pc. 77. 60; Neap. 103. 25. Wien, 8. Jun. Bkact. 1635; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97⅛; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154⅛; 250 Fl. L. 120⅛.

Actien. Amsterdam, 7. Jun. Rhein. Eisenbahn 102¾. Frankfurt a. M., 9. Jun. Taunusb. 359¾; Nordd. 73⅛; Verb. 94⅝. Paris, 7. Jun. Eis. St.-Germ. 917½; Versail. r. 360; Paris-Orleans 1867½; Paris-Rouen 972½; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 442½; Rouen-Havre 660; Marseille-Avignon 750; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 602½; Nord 605. Wien, 8. Jun. Nordb. 165¼; Gloggn. 123½; Mail. 109⅞; Livorn. 88⅝; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 10. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatsschuldsch. 93 Br., 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 96¼, pomm. 94⅝, schles. 97⅞, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94⅜, Louisd'or 112½, Friedrichsd'or 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 93¾ Br., Berl.-Anhalt. 109¼, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92½, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91½ Br.; 5pc. 101½ Br., Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 101½, Cöln-Minden 4pc. 93, Crakau-Oberschl. 4pc. 76½, Düsseld.-Elberf. 5pc. 104½, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, Kiel-Altonaer 4pc. 109 Br., Niederschles. 87⅞, Prior.-Act. 4pc. 91⅞, 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105, Litt. B. 4pc. 98 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 81 Br., Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89⅝, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 94, Wilh.-Bahn 4pc. 87 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83¼ Br., Berg.-Märk. 4pc. 84, Berlin-Anhalt. 101, Kass.-Lippst. 4pc. 85, Cöln-Mind. 4pc. 92⅞, Magd.-Wittenb. 85¾ Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72½, Pos.-Starg. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-St. 4pc. 80½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½ Br., (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½ Br., à 300 Fl. 4pc. 96, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Bkcert. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-A. 88¾ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾ Br.

Leipziger Börse am 11. Jun. 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	151⅛
pr. 250 Gl. 2.	2 Mt.	—	149⅞
Augsburg	k. S.	101¼	—
pr. 150 Gl. 2.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111⅞
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breslau pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56¼	—
pr. 100 Fl. in 24 Fl. F.	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	—	150⅞
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	—	149⅞
London	2 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22⅛	—
	k. S.	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	—	79 ⅛
	3 Mt.	—	79⅛
Wien pr. 150 Fl.	k. S.	—	102⅜
Conv. 20 Kr.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Staatspapiere, Actien exclus. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere *)			
à 3 % im 24 Fl. F.	v. 1000 u. 500 Thlr.	91	—
	kleinere	—	—
à 4 %	d°. d°. v. 500 -	99¾	—
Kön. Sächs. Landrentenbriefe			
à 3½ % im 24 Fl. F.	v. 1000 u. 500 Thlr.	—	92
	kleinere	—	—
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine			
à 3½ % im 24 Fl. F.	v. 1000 u. 500 Thlr.	89½	—
	kleinere	—	—
Sächs. ernl. Pfandbr. à 3½ %			
	v. 500 -	—	—
	v. 100 u. 25	—	—
" lausitzer d°.	à 3½	—	—
" d°. d°	à 3½	—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl. à 3½ %		103¼	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pf. Crt. pr. 100		—	92⅝
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)		—	—
K. K. Oesterr. Met. pr. 150 fl. Conv.		—	—
à 5 %	laufende Zinsen	—	—
à 4 %		—	—
à 3 %	à 105⅜ im 24 Fl. F.	—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 250 Thlr.	pr. 100	167	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr.	pr. 100	116¼	—
Sächs.-Bair. d°.	pr. 100	87⅞	—
Sächs.-Schles. d°	pr. 100	—	99⅝
Chemn.-Ries. d°.	pr. 100	—	59⅛
Leipz.-Zitt. d°	pr. 100	—	57½
Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div.			
Sächs. d°	pr. 100	213	—

*) I. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Soeben erschien und ist von **Herm. Fritzsche** in **Leipzig** durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Buch für frohe Zirkel. Enthaltend Gesellschaftsspiele u. s. w. 2. Auflage. 12. Schön cart. 10 Ngr.

Weihgeschenk. Album für Kunst und Poesie. 2. Auflage mit 10 herrlichen Stahlstichen und 2 Titelbildern. Kl. 8. Elegant gebunden mit Goldschnitt. 25 Ngr.

Westentaschenräthselbuch. 100 neue poetische Räthsel. Zur Belehrung und heitern Unterhaltung für Jung und Alt bearbeitet und herausgegeben von Rector **Reichardt.** 32. Eleg. geb. 5 Ngr.

Das Abenteuer auf dem Eismeere, oder Reise in den Garten am Mont-Blanc in Savoyen. Nebst einer Anleitung, in dem Savoyischen Schneegebirge mit Nutzen zu reisen. 8. Zürich. Geh. 3 Ngr. [2254]

Vollständig ist jetzt erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Die

Lustspiele des Aristophanes.

Uebersetzt und erläutert

von

Hieronymus Müller.

Drei Bände.

Gr. 8. Geh. 5 Thlr. 12 Ngr.

Inhalt: I. Einleitung über die Entstehung, Entwickelung und Eigenthümlichkeit des griechischen Dramas. Plutos. Die Wolken. Die Frösche. — II. Die Ritter. Der Frieden. Die Vögel. Lysistrate. — III. Die Acharner. Die Wespen. Die Thesmopherienfeier. Die Frauenvolksversammlung.

Leipzig, im Juni 1847.

[2263] **F. A. Brockhaus.**

Bei **G. Reimer** in **Berlin** ist eben erschienen und durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen:

Mittheilungen

aus der

Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten

in

Preußen.

Erste Abtheilung.

Geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten.

Erster Jahrgang. Erstes Heft.

Preis des Jahrgangs zwei Thaler.

Diese im Auftrage des k. Ministeriums von dem Prof. der Rechte Herrn Dr. Richter redigirte Zeitschrift wird in zwanglosen Heften erscheinen, und der Umfang des Jahrgangs etwa 50 Bogen betragen.

Das erschienene 1. Heft enthält unter Anderm: Patent, die Bildung neuer Religionsgesellschaften betreffend, vom 30. März 1847. — Materialien, betreffend die rechtliche Entwickelung der Religionsverfassung in Preußen. — Staatserlaubniß zur Vornahme von Ministerialhandlungen für Bekenner einer andern Confession. Anwendbarkeit der diesfalls bestehenden gesetzlichen Vorschriften auf die Religionsdiener nicht anerkannter Genossenschaften.

Zur Statistik der Preußischen Universitäten. — Außerordentliche Unterstützung für nicht auskömmlich besoldete Elementarlehrer. [2236]

Leipzig, den 12. Juni 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 206.

Inhalt: Die Noth und die Schutzzölle. — Tagesgeschichte: Karl Albert, König von Sardinien. — Rußland und die Tscherkessen. — Der mexikanische Krieg V. — Die Einnahme von Vera-Cruz und San Juan de Ulloa. — Das niederrheinische Musikfest in Cöln. — Kirchennachrichten. — Bäder und Badeleben: Pfäffers und Hof Ragaz. — Landtagsnachrichten: Die Verhandlungen des ersten Vereinigten Landtags in Preußen. VII. — Kunstnachrichten: Der Thron in dem neuen Hause der Lords zu London. — Englisches Porzellan- und Thongeschirr. — Modebericht: Junimoden. Paris. London. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche. XV. — Die Wohlthätigkeit. — Mannichfaltigkeiten: Das Audienzzimmer des Ministers. Siebente und achte (letzte) Audienz. — Schach. — Rebus.

Abbildungen: Karl Albert, König von Sardinien. — Fürst Michel Woronzoff, Oberbefehlshaber und kaiserlicher Statthalter der transkaukasischen Provinzen. — Russische Truppen in Transkaukasien. — Schemil-Schah-Efendi, Führer der Tscherkessen. — Plan von Vera-Cruz. — Ansicht des Bades Pfäffers. — Hof Ragaz im Taminathale. — Der Taminaschlund. — Die Mühle am Ausfluß der Tamina. — Der Thron der Königin Victoria in dem neuen Hause der Lords. — Englisches Porzellan- und Thongeschirr. — Pariser Mode. — Londoner Mode. — Das Audienzzimmer des Ministers. Siebente und achte (letzte) Audienz. — Rebus Nr. 171. — Schach-Aufgabe Nr. 168.

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern) 2 Thlr.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter an.

Leipzig, J. J. Weber. [2265]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2264]

Bei **Kaulfuss Wittwe, Prandel & Co.** in Wien ist erschienen:

Forbes, Dr. John, Homöopathie, Allopathie und die neue Schule.

Bearbeitet von

Dr. Ad. Bauer.

Gr. 8. Broschirt. 18 Ngr.

Diese Schrift dürfte nicht allein Mediciner aufs lebhafteste interessiren, sondern dem gebildeten, den Fortschritten der Wissenschaften folgenden Publicum überhaupt als Leitfaden empfohlen werden, um sich mit den neuesten Richtungen in der Medicin bekannt zu machen. [2232—33]

Im Verlage der **Creutz'schen Buchhandlung** in **Magdeburg** erschien:

Die Geltung der Bekenntnißschriften in der reformirten Kirche; ein Wort wider Symbolzwang auf protestantischem Grund und Boden, vom Prediger R. Dulon. 384 Seiten. Geheftet. 1 Thlr. [2250]

Gasthofs-Empfehlung.

Die Unterzeichnete gibt sich die Ehre, den P. T. Herren Reisenden ihren seit einer Reihe von Jahren im besten Rufe stehenden, nunmehr durch einen bedeutenden Umbau vergrößerten

Gasthof zum goldenen Löwen

in Reichenberg mit der Bitte um geneigten Zuspruch anzuempfehlen. Reinlichkeit, Bequemlichkeit und Eleganz, überhaupt Alles, was der Comfort verlangen kann, wird Jedem, der meinen Gasthof mit seinem Besuche zu beehren gedenkt, im verhinein zugesichert.

Die durch den geschehenen Umbau gewonnene größere Anzahl der Zimmer hat den früheren Uebelstand beengter Räumlichkeiten behoben und gestattet mir jetzt die Aufnahme aller mir zugedachten Besuche, um deren recht häufige Zuwendung freundlichst ersucht

Friedr. Franke's Wwe.

Reichenberg, im Mai 1847. [2194—96]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 13. Jun. **Der verwunschene Prinz**, Schwank in 3 Acten von J. v. Plötz. Wilhelm, letzte Rolle des Herrn **Meixner.** — Vorher: **Nr. 777**, Lustspiel in 1 Act von C. Lebrün.

Gasthofs-Empfehlung.

Meinen neu eingerichteten, zunächst dem hiesigen Bahnhofe, nahe am Domplatz gelegenen Gasthof **zum Thüringer-Hof**, sowie meinen daran sich befindlichen schönen Gesellschaftsgarten erlaube ich mir sowol einem geehrten hiesigen als auch auswärtigen Publicum bestens zu empfehlen. Mein Bemühen wird jeder Zeit dahin gehen, meinen verehrten Gästen ihren Aufenthalt, der durch die freundliche Lage meines Locals an und für sich schon angenehm wird, durch gute und möglichst billige Bewirthung nur noch angenehmer zu machen.

Naumburg a. d. S., den 9. Juni 1847.

Carl Zeitschel,

[2252] Gastwirth zum Thüringer-Hof.

Ein Rittergut,

eine Meile vom Eisenbahnhof **Bautzen** gelegen, mit Schloß, Gärten, gegen 280 Ackern Feld und Wiesen, circa 150 Ackern Wald und Teichen, bedeutender Brauerei, Braunkohlenwerk, Jagd und beträchtlichen baaren Gefällen, ist durch Unterzeichneten zu verkaufen.

[2259—61] **Dr. Gelbke in Leipzig.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. W. Beetz in Berlin mit Frl. Elise Richter. — Hr. Rector C. Behrends in Treuenbrietzen mit Frl. Charlotte Benicke in Trebbin. — Hr. Gustav Reinert in Annaberg mit Frl. Thekla Schuberth.

Getraut: Hr. Albert Carstanjen in Duisburg mit Frl. Emilie Carstanjen aus Mühlheim. — Sir William Don in Hamburg mit Lady Lebrun. — Hr. Karl Hänsch in Berlin mit Frl. Thusnelda Kley. — Hr. Em. Herz in Rheinberg mit Frl Ph. Spier aus Rees.

Geboren: Hrn. Hauptmann v. Dallwitz in Köslitz ein Sohn. — Hrn. Wilhelm Eduard Ehrhardt in Leipzig ein Sohn. — Hrn. F. Enger in Kroitsch ein Sohn. — Hrn. Cantor Hermann Fischer in Siebenlehn ein Sohn. — Hrn. Pastor Karl Ernst Forberger in Seifertshain ein Sohn. — Hrn. Louis Franck in Neisse ein Sohn. — Hrn. F. Ignaz Hortscht in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Apotheker Klein in Konitz eine Tochter. — Hrn. Otto Nobiling in Amt Buchholz eine Tochter. — Hrn. Fr. Ed. Schneider in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Bernhard Schröder in Berlin ein Sohn. — Hrn. Dr. Schweitzer in Berlin ein Sohn. — Hrn. A. Sorsche in Herrnstadt ein Sohn.

Gestorben: Frau Pauline Henriette Bauer, geb. Werner, in Görlitz. — Frau Christ. Agnete Bräuer in Bautzen. — Hr. Erb- und Lehnrichter D. G. Eulitz in Mochau. — Hr. Hofmusiker Louis Göhringer in Hechingen. — Frau Schullehrer Karoline Großmann in Altensteig. — Frau Prediger Hentschke in Frankfurt a. d. O. — Frau Rittergutsbesitzer Adelheid v. Tepper-Laski in Stabelwitz. — Hr. Dr. Riethammer in Heilbronn. — Frau Pauline Wilhelmine Oppe in Lößnitz. — Hr. Kaufmann C. E. Redlich in Breslau. — Hr. Oberamtsrichter G. Rooschüz in Stuttgart. — Hr. Civilingenieur F. A. Schütz in Leipzig. — Hr. Pfarrer Leopold Steckel in Seitsch. — Hr. Apotheker E. Wallmüller in Berlin. — Hr. Generalmajor Wilhelm Georg Christian v. Windheim in Breslau.

An die Actionairs der Löbau-Zittauer Eisenbahn.

Das Directorium der Löbau-Zittauer Eisenbahn-Gesellschaft hat bekanntlich die letzte Einzahlung auf die Actien Lit. A. à 100 Thlr. auf den 1. Juli d. J. als Schlußtermin ausgeschrieben und gleichzeitig die Actionairs aufgefodert, bis zu jenem Termine die erste Einzahlung mit 5 Thlr. auf die behufs der Beschaffung der fehlenden 500,000 Thlr. zu creirenden Prioritätsactien Lit. B. à 25 Thlr. zu leisten. Die Unterzeichneten, welche an dem Zustandekommen der Löbau-Zittauer Eisenbahn das regste Interesse nehmen, weil sie die Vortheile derselben wohl zu beurtheilen im Stande zu sein glauben, erlauben sich nun, darauf aufmerksam zu machen, wie nothwendig es sei, daß **kein** Actionair die gedachte Aufforderung des Directorii unbeachtet lasse. Denn wie die Vollendung des Unternehmens ins Ungewisse hinausgeschoben werden müßte, wenn die Anleihe der 500,000 Thlr. nicht sofort gelänge, und die unmittelbare Folge das fernere Sinken der ohnehin im Curse ungewöhnlich gedrückten Actien sein würde, so kann sich auch Niemand verhehlen, daß die resp. 5 und 4 Proc. Zinsen, welche nach Inhalt des vom Directorium erlassenen Prospects den Actien Lit. B. zugesichert sind, die für die Actien Lit. A. in den ersten Betriebsjahren jedenfalls nur sparsam bemessenen Dividenden werden ausgleichen müssen und daß somit die Inhaber von Actien à 100 Thlr., wenn sie nicht gleichzeitig Actien à 25 Thlr. besitzen, höchst geringfügige Nutzungen ihrer angelegten Capitalien zu erwarten haben.

Mit Zuverlässigkeit ist übrigens vorauszusehen, daß die Prioritätsactien, einestheils wegen der Sicherheit, womit auf ihre Verzinsung zu rechnen ist, anderntheils, weil sie kleine für den Handelsverkehr ganz geeignete Abschnitte bilden, in kurzem über pari hinausgehen werden. Obiger Gesichtspunkt ist bereits von vielen Seiten richtig aufgefaßt worden, indem bestimmte Erklärungen zahlreicher Actionairs von Leipzig, Dresden und Zittau darüber vorliegen, daß sie sich bei der Zeichnung auf die Prioritätsactien betheiligen werden.

Daß am 6. Juni Probefahrten von Zittau nach dem Schülerthale mit der Eckerlüßschen Locomotive Bohemia unternommen worden sind, welche allen Anfoderungen an die Bahn und Maschine vollständigst entsprochen haben, ist bei dieser Gelegenheit mit zu erwähnen, wie auch, daß die Vollendung der Bahn von Zittau bis Herrnhut in den nächsten Wochen, die der gesammten Strecke bis Löbau, bei vorausgesetztem Zustandekommen der Anleihe, im Monat October zu erwarten steht. Als bekannt kann endlich angenommen werden, daß der Betrieb an die Sächsisch-schlesische Eisenbahn-Gesellschaft übergeht, wodurch namentlich in Bezug auf die Hochbauten höchst bedeutende Ersparnisse für die Löbau-Zittauer Eisenbahn-Gesellschaft erwachsen.

[2266] **Mehre Actionairs.**

Sonntag — Nr. 164. — 13. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. * * Leipzig. Die griechische Frage. — Der Preßgesetzentwurf. — Hr. Eynard. * Aus Obersachsen. Der Socialismus. † Aus Sachsen. Der Vorgang in Gelenau. — Die darmstädter Duellsache. — Zeitungsverbot im Großherzogthum Hessen. — Capitain J. W. Wendt in Bremen.

Preußen. Berlin. Landtag. (+) Berlin. Gustav-Adolf-Verein. Die Garnzölle. ○ Halberstadt. Die freie Gemeinde. * Nordhausen. Das Verbot des Branntweinbrennens. * Von der Oder. Die Befestigungen. — Die Verhaftungen.

Portugal. Graf Mello. * Lissabon. Der Juiz Conservador. Die Fregatte Thetis nach Madeira. Die Geldnoth. Der Bürgerkrieg. Grausamkeiten. Wünsche. Der Herzog v. Palmella. General Schwalbach.

Spanien. Neues Münzsystem. Ruhestörungen in Aviles.

Großbritannien. Die Königin. Der Schluß der Session. Depeschen nach dem Tejo. Irisches. Pater Kenyon gegen Daniel O'Connell. Die königl. Werfte und Arsenale. Eisenbahnunfall.

Frankreich. Parlament. Hrn. de Girardin's Vorladung vor die Pairs. Börsengerüchte. Graf Duchatel. Verurtheilung. Rue Gambey. Verhaftung eines Montemolinisten. ○ Paris. Die Kammern.

Belgien. * Brüssel. Die Wahlen. Ordensvertheilung.

Schweiz. Waadtländer Heldenthaten.

Italien. O'Connell's Herz. Graf Ludolf.

Rußland und Polen. Die petersburger Getreidehändler.

Moldau und Walachei. * Von der türkischen Grenze. Moldauer Zustände. Die Donaufürstenthümer.

Mexico. Englisch-amerikanische Zeitungen.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. Aschaffenburg. Die Versammlung der Forstwirthe. — Das Hoftheater in Detmold. — Neues Journal in Singapur.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. — Probefahrt auf der Löbau-Zittauer Eisenbahn. * Leipzig. Die Dividenden der deutschen Eisenbahnen. Dresden. Wollmarkt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

* * **Leipzig**, 11. Jun. Der Verfasser des Artikels in Nr. 159 aus Norddeutschland hat gewiß ganz Recht, wenn er die Meinung ausspricht, daß es mit dem constitutionellen Leben in Griechenland noch nicht so weit her sei, und daß auch die griechische Constitution noch nicht in allen Punkten eine Wahrheit geworden; ja man könnte sogar so weit gehen, zu behaupten, daß Griechenland noch gar nicht für eine Constitution, namentlich für die, welche es sich im Jahre 1844 gegeben, reif gewesen sei. Indessen gilt Dergleichen auch noch von andern constitutionellen Völkern und Staaten, und es gilt sogar von manchen, die sich einbilden, es schon recht weit auf der Bahn des constitutionellen Staatslebens gebracht zu haben und in allen einzelnen Beziehungen von dem constitutionellen Grundsatze sich durchdringen und leiten zu lassen. Hoffen wir, daß dies mit der Zeit überall immer mehr, und daß es auch in Griechenland geschehen möge; und sicher könnten wir Letzteres von dem gesunden Sinne des griechischen Volks um so mehr hoffen, wenn es sich nicht diesen gesunden Sinn hin und wieder durch das intriguenreiche Spiel der Parteien vergiften ließe, was freilich mehr oder weniger auch anderswo geschieht. Wir könnten dies selbst dann mit Sicherheit von dem griechischen Volke hoffen, wenn, was jedoch nicht der Fall ist, die Partei Kolettis ihren Gegnern an constitutionellem Sinne nachstände, und wenn sie weniger geeignet wäre, den griechischen Staat seinem heutigen Bedürfnisse gemäß zu leiten. Indessen kann wol Niemand das Letztere im Ernste behaupten, wer Kolettis kennt und seine Stellung zu würdigen weiß; und wir möchten sogar so weit gehen, zu behaupten, daß sein Ministerium, wie Kolettis selbst das Haupt der nur durch die äußern Umstände und aus innern Gründen an Frankreich gewiesenen und zu ihm hingetriebenen Nationalpartei ist — die jedoch nicht, wie die englische und russische Partei die Interessen Griechenlands ans Ausland verrathen, dies in Bezug auf Frankreich gethan hat —, dem Grundsatze nach und in seinen Haupttendenzen durchaus national ist, und daß, wenn heute Kolettis, etwa in Folge der ihm von England und Rußland zugedachten Demüthigung in der griechisch-türkischen Differenz, das Ruder des Staats niederlegen sollte, jedes andere Ministerium, das im englischen oder russischen Interesse die Angelegenheiten Griechenlands würde zu leiten wagen wollen, nur ein ephemeres sein würde.

— Aus **München** vom 9. Jun. enthält der Nürnberger Correspondent Folgendes: „Wenn der Weser-Zeitung aus Berlin geschrieben wird, daß mehre Bundesregierungen, namentlich Baden und Württemberg, den bestimmtesten Widerspruch gegen die Ausführung des bekannten Preßgesetzentwurfs (Nr. 132) erhoben hätten, so darf wol angenommen werden, daß auch Baiern — vorausgesetzt, daß der erwähnte Preßgesetzentwurf in Wirklichkeit existirt — ein Gleiches thun werde oder vielleicht schon gethan habe. Denn abgesehen von den freisinnigen Ansichten unserer Verwaltung bezüglich der Presse, würde ja, wenn jener Preßgesetzentwurf zum Gesetz erhoben werden sollte, dadurch nichts Geringeres geschehen, als die ganze Beilage III. unserer Verfassungsurkunde, d. h. das ganze Edict über die Freiheit der Presse und des Buchhandels, außer Wirksamkeit gesetzt werden. Wir haben also von jener Schreckensgestalt, die unter dem Titel eines Preßgesetzentwurfs dermalen in der deutschen Presse umherwandelt, kaum etwas zu fürchten. Die hohen Staatsmänner, welche jetzt an der Spitze der Verwaltung stehen, werden, Dessen dürfen wir versichert sein, zu keiner die Presse beschränkenden Maßregel, unter welchem Titel oder Namen sie auch auftreten möge, die Hand bieten." — In München ist Hr. Eynard aus Genf eingetroffen.

* **Aus Obersachsen**, 10. Jun. Zu dem Misbrauche fremder Ausdrücke, der schon lange in Deutschland üblich gewesen und auch praktisch viel geschadet hat, kommt jetzt der des Socialismus. Bekanntlich nennen sich gewisse Theorien socialistische, welche dem großen Ganzen der revolutionairen Schule der politischen Oekonomie angehören, aber sich durch vergleichungsweise Mäßigung von deren schroffen Extremen, dem eigentlichen Communismus, unterscheiden. Neuerdings fangen aber einzelne Literaten an, jeden auf die Verbesserung der Armenpflege und der Lage der handarbeitenden Klassen bezüglichen Vorschlag als einen socialistischen zu bezeichnen. Es werden da eine Menge Dinge unter diesem Namen aufgeführt, welche, was jene mit der Gesetzgebung, praktischen Staatsverwaltung und einschlagenden Literatur meist sehr wenig vertrauten Herren allerdings nicht wissen, seit 50—80 Jahren längst bekannt, da und dort zum Theil praktisch versucht, hauptsächlich aber von der Wissenschaft, von Männern, welche allen communistisch-socialistischen Theorien völlig fremd waren, zum guten Theil längst vor dem Aufkommen dieser Theorien vertreten und von Einzelnen in umfassendem systematischen Zusammenhange behandelt worden sind. Früher nannte man diese Strebungen philanthropische, jetzt bringt man sie unter der Firma des Socialismus als neue Entdeckungen, und wir haben schon gefunden, daß man das Sparkassenwesen, die Zusammenlegung der Felder, die Ablösung der Grundlasten, die freie Theilbarkeit des Bodens als socialistisch gepriesen, oder der englischen Regierung, unter dem Namen des Socialismus, gewisse in Deutschland längst durchgeführte Reformen für Irland empfohlen hat. Das ist nicht gleichgültig. Der geringste Nachtheil wäre noch, daß es alle derartige Vorschläge dem Argwohne, der die communistisch-socialistischen Theorien mit Recht trifft, auszusetzen droht. Aber gefährlicher ist, daß es die scharfen und sichern Grenzlinien zwischen dem Systeme der Revolution und dem der Reform verwischen kann und zur Empfehlung von Richtungen dient, welche sich mit solchen unschuldigen, nützlichen, mit den Grundlagen unserer gesellschaftlichen Zustände völlig vereinbaren Vorschlägen einschleichen und dann unbemerkt zu weitern führen, an weitere, unter derselben Firma verkündigte gewöhnen, welche in der That eine lex agraria, eine Verletzung des Eigenthums und eine Bevormundung der Wirthschaftsfreiheit in sich fassen, wie sie das Grundwesen des Communismus bilden.

† **Aus Sachsen**, 9. Jun. Der Uebertritt der Protestanten in Gelenau zum Deutsch-Katholicismus, mag er nun ohne alle äußere Einwirkung geschehen oder wenigstens theilweise das Werk einer solchen sein, ist und bleibt ein höchst bedauerliches Zeichen der Zeit, wie wir dergleichen leider auch auf dem kirchlich-religiösen Gebiete schon verschiedene sich haben kundgeben sehen; er ist und bleibt ein lautredendes Zeugniß für den Sinn, mit welchem man heutzutage auch die wichtigsten Schritte des Lebens zu thun pflegt, für den Sinn, welchen man selbst mit diesen, für Gegenwart und Zukunft so einflußreichen Handlungen verbindet. Man erwäge nur ruhig und unbefangen: weil eine Kirchengemeinde einen Geistlichen nicht will, den der Kirchenpatron für sie berufen hat, gilt ihr der Protestantismus, gilt ihr die protestantische Kirche mit allen ihren bewährten Eigenthümlichkeiten in Dogma, Cultus und Verfassung — nichts mehr! Und weil dieses Mißfallen an dem nicht selbst berufenen und nicht genehmen Geistlichen für die protestantische Gemeinde in Gelenau über den geringern Vorzug der protestantischen Kirche entscheidet, wird die Gemeinde

deutsch-katholisch! Mögen Andere die Sache anders ansehen und sie als eine Folge des Risses, als eine Folge der Misstimmung betrachten, die nach ihrer Meinung durch die ganze protestantische Kirche der Gegenwart geht: wir beneiden sie nicht um diese tiefere Einsicht, die sie in die Stimmung der Zeit und in die Stimmung der Kirchengenossen der Gegenwart zu haben sich einbilden; in jedem Fall aber kann mindestens darüber kein Zweifel sein, daß jener Uebertritt der gelenauer Protestanten zum Deutsch-Katholicismus unter solchen Umständen, wie er erfolgt ist, nicht das Werk der innersten und innigsten Ueberzeugung gewesen sei, einer Ueberzeugung, die allein einen solchen Schritt bei dem Gewissen und dem Verstande eines jeden Einzelnen, bei den Menschen überhaupt und vornehmlich bei Gott zu rechtfertigen vermag. Es ist daher auch jener Uebertritt kein Verlust für die protestantische Gesammtkirche und noch weniger ein Triumph für den Deutsch-Katholicismus.

— Nach der Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung soll jetzt ein höherer Einfluß sich dem Duell zwischen v. Gagern und Georgi entgegengestellt haben.

— Nach einer im großherzogl. hessischen Regierungsblatte vom 9. Jun. erschienenen Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und der Justiz ist die Versendung und Verbreitung des unter der Bezeichnung Deutscher Zuschauer im Verlage von Heinrich Hoff in Mannheim herauskommenden Zeitblattes sowie die Versendung und Verbreitung von Abdrücken einzelner Artikel aus diesem Zeitblatte bei Vermeidung der Confiscation und einer Polizeistrafe von 10 Fl. für jedes versendete oder verbreitete Exemplar verboten. Dieses Verbot trat mit dem Tage der Bekanntmachung in dem großherzogl. Regierungsblatte in Wirksamkeit.

— In **Bremen** ist Capitain Joh. Wilh. Wendt, ein Bremer von Geburt, im kräftigsten Mannesalter plötzlich gestorben. Als Untersteuermann machte er mit dem erst bremischen, nachher preußischen Schiffe Mentor, dann als Steuermann mit dem preußischen Seehandlungsschiffe Prinzeß Luise 1826, mit demselben Schiff 1830 und 1833 als Capitain drei Mal die Reise um die Erde. Hiernach ließ er sich in Bremen nieder und legte unter Anderm von da nach Vegesack den ersten elektrischen Telegraphen in Deutschland auf weitere Entfernung und vor Allem nicht zu einem privilegirten, sondern zum Gebrauche für Jedermann an (Mechanikus Stöhrer von Leipzig lieferte die Instrumente dazu). Capitain Wendt war eben im Begriffe, nach Rußland zu gehen, um dort den beabsichtigten großen Telegraphenanlagen seine Thätigkeit und Kenntnisse zu widmen.

Preußen.

Berlin, 11. Jun. In der Sitzung der Vereinigten Curien am 7. Jun. stellte sich zuvörderst aus Aeußerungen der Abgg. v. Gordon und v. Heyden heraus, daß die Oppositien nicht die Competenz der Versammlung zur Bewilligung von Anleihen bestreite, wohl aber die Befähigung dazu, so lange nicht über die Verwendung genaue Rechnung gelegt werde. Es wurde dann, auf Ersuchen des Frhrn. v. Vincke, vom Landtagsmarschall bewilligt, daß die Discussion über das ganze Gutachten zugleich stattfinde. Der Finanzminister erklärte, daß, wenn es gewünscht würde, über den Bau der Eisenbahn nach Preußen vollständige Verwendungsnachweisungen vorgelegt werden sollten. Er verbreitete sich dann über das Unternehmen selbst und führte aus, wie viel schon ohne unmittelbare Mitwirkung des Staats im Eisenbahnwesen geschehen sei. Der Abg. Winzler fand Eisenbahnbauten, für welche man Anleihen machen müsse, bedenklich, erinnerte in Betreff der vorliegenden Bahn, daß Rußland die Reiselust abzukühlen wisse, fürchtete auch, man werde mehr brauchen, als man jetzt denke. Abg. Küpfer hob die Vortheile der Bahn in commerzieller, politischer und militairischer Beziehung hervor und wünschte dringend, daß die entgegenstehenden Hindernisse bald beseitigt werden möchten. Den militairischen Gründen stimmte der Kriegsminister bei. Graf Gneisenau hielt dagegen die Sache nicht für so dringend und führte an, was Alles schon für die Provinz Preußen geschehen sei. Der Landtagscommissar vertheidigte das Verfahren der Regierung in der Eisenbahnsache und erklärte es für das Interesse des gesammten Vaterlandes, daß die Bahn gebaut werde. (Bravo.) Frhr. v. Vincke fand zwar jede Anleihe auch bedenklich, hielt sich aber von der politischen Nothwendigkeit dieser Anleihe aus den von dem Landtagscommissar dargelegten Gründen sowie aus Sympathie mit der Provinz Preußen, über deren „lebendiges Rechtsgefühl, unabhängigen Freimuth und hohen Patriotismus" er sich mit Wärme verbreitete, überzeugt, erklarte sich aber zur Zeit doch gegen die Anleihe, wobei er sich theils auf den mißlichen Stand des Geldmarkts und der Actien bezog, und gewünscht hätte, daß man von Anfang an den Staatsbau vorgezogen hätte, dann aber auch besonders die in Betreff der Bankscheine gefallenen Aeußerungen hervorhob, von denen er Nachtheile für den öffentlichen Credit besorgte. Auch müsse erst der Finanzetat geprüft und unter Anderm erörtert werden, ob nicht an den blos der Hauptstadt zu gute kommenden Bauten erspart werden könne. Auch der Kostenanschlag scheine ihm noch nicht sicher, und der ganze Eisenbahnfonds blos auf zweifelhaften Voraussetzungen beruhend. Hauptsächlich hänge Alles von dem Schicksale der Petitionen ab, welche die Stände-Curie in der Verfassungssache beschlossen. Der Landtagscommissar bedauerte, daß der Redner auf die Bankfache zurückgekommen, und berichtigte, daß sich kein Titel „für Prachtbauten" im Finanzetat befände. Der Abg. v. Saucken verbreitete sich mit vieler Wärme im Namen seiner Provinz, eines „verlorenen Postens dem großen Riesen des Nordens gegenüber", über den Nutzen der Bahn, wollte aber doch, ohne vorherige Einsicht in den Staatshaushalt und Periodicität des Landtags, keine Bewilligung. Abg. v. Bismark-Schönhausen meinte, wenn die Regierung so verfahren wollte wie jetzt die Opposition, wenn sie gewisse Concessionen von dem politischen Verfahren abhängig machen wollte, so würde man es Erpressung nennen. Abg. Sperling wies jeden im Gutachten berührten Verdacht der „Attraction eines auswärtigen Staats als Preuße zurück", sprach aber dann auch für die Nützlichkeit und aus Rechtsgründen gegen die Anleihe zur Zeit. Auch Graf Frankenberg hielt die Unterlagen für noch nicht klar und vorbereitet genug. Abg. v. Helldorf meinte dagegen, man solle doch auch etwas Vertrauen beweisen, wie man es für sich fodere, man solle für die nächsten Jahre den Bedarf bewilligen und dann das Weitere dem zweiten Landtag überlassen. In ähnlicher Weise erklärte sich der Abg. Gier. Abg. v. Saucken fürchtete, die Bahn werde nicht rentiren, und rieth, sie jedenfalls zunächst so wohlfeil als möglich zu bauen. Die Provinz Preußen solle das Land umsonst hergeben. Frhr. v. Lilien-Echthausen fand die Hauptaufgabe der Versammlung in der möglichsten Förderung der materiellen Interessen des Landes innerhalb der bestehenden Verfassung und fürchtete, es werde keinen guten Eindruck im Lande machen, wenn man lediglich des Principienkampfes halber einen Vorschlag nicht annehme, der nur die Beförderung der Wohlfahrt der materiellen Interessen des Vaterlandes bezwecke. Abg. v. Diergardt stimmte für schleunigste Ausführung der Bahn. Abg. v. Brünneck gab einige sachliche Aufklärungen, neigte sich aber zu Vertagung des Bahnbaues bis zum nächsten Landtage, oder bis zur Beendigung der Geldkrisis. Abg. Röseler wollte nichts bewilligen, da sie noch schwere Kriegsschulden aufzubringen hätten und ihre Gegend fast alljährlich von der Oder überschwemmt würde. Der Finanzminister hob hervor, daß diese Anleihe dem Lande keine neuen Lasten auflege, und verbreitete sich über den Eisenbahnfonds. Der Abg. Mohr wollte für seine Gegend auch eine Eisenbahn, ward durch eine Erklärung des Finanzministers zufriedengestellt und erkundigte sich, unter „wachsendem Lachen" und Bravos, nach dem Lachen, was seine Reden begleite. Graf Finkenstein für den Nutzen und die Rentabilität der Bahn. Abg. Offermann für Competenz und Nutzen, aber zur Zeit gegen Bewilligung. Fürst Reuß für die Anleihe, weil die Ufer-, Deich- und Brückenbauten, für welche gegen 9 Mill. veranschlagt, allgemein nützlich sein würden und viele arme Arbeiter verdienten, vielleicht ganz nach Preußen zögen. Abg. v. Auerswald vertheidigte die Provinz Preußen in materieller Beziehung, wünschte in Betreff des Parteiwesens, daß man sich einander mehr achten möge (Bravo), dankte dem königlichen Commissar für die Darlegung der Nützlichkeit und Nothwendigkeit, erkannte die Competenz an, sprach aber auch gegen Bewilligung vor zugestandener Periodicität und genauerer Kenntniß des Staatshaushalts. Aehnlich der Abg. Grunau aus Elbing, dessen Rede oft von Unruhe unterbrochen ward.

In der Sitzung am 8. Jun. sprach zuerst der Abg. Wächter im Sinne der meisten frühern Redner; Abg. v. Byla war für möglichste Beschleunigung, stimmte aber doch gegen die Anleihe, weil ihm die materiellen Unterlagen noch nicht klar genug seien. Abg. Mehls für successiven Bau der Bahn aus den Ersparnissen des Staatshaushalts. In ähnlichem Sinne Abg. Siebig, der auch den hohen Militairetat beklagte, was den Kriegsminister zu einer Entgegnung bestimmte. Auch der Abg. Lucanus schweifte mehrfach ab und erregte Ungeduld in der Versammlung. Er wollte das Militair vermindert, die Landwehr vermehrt und davon die Bahn gebaut wissen. Fürst Radziwill für die Anleihe. Bei großen Nationalunternehmungen müßten alle Parteien einig seien. Graf Eulenburg wollte das Wohl seiner Provinz keinem Principzweifel opfern. Abg. v. Massow gegen die Motive der Opposition wider die Maßregel. Die Abgg. v. Metternich, Prüfer, v. Meding, welcher bezweifelt, ob das Verfahren der Opposition zum Ziele führen werde, für die Maßregel. Der Abg. Naumann für die Interessen der Provinz Posen, aber zur Zeit, wegen mangelnder materieller Unterlagen, gegen die Anleihe. Bis dahin geht der Bericht der Allgemeinen Preußischen Zeitung.

(+) **Berlin**, 10. Jun. Die Mitglieder des berliner Gustav-Adolf-Vereins sind jetzt auf den 16. Jun. zur ersten diesjährigen ordentlichen Versammlung aller Vereinsmitglieder eingeladen worden. Zu den Berathungsgegenständen, welche in dieser Versammlung ihre Erledigung finden sollen, gehören vorzugsweise 1) der Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes und der Stellvertreter, 2) die Prüfung des von dem brandenburgischen Hauptverein entworfenen Unterstützungsplans für das Jahr 1847. Was die erstere betrifft, so werden die Mitglieder des Vereins unter Mittheilung eines Mitgliederverzeichnisses und der festgestellten Candidatenliste und mit Bezugnahme auf die §§. 9, 10 und 11 des Statuts ersucht, diesmal zwölf Mitglieder zum Verwaltungsrath und zwei Stellvertreter zu wählen, da bekanntlich in Folge der Rupp'schen Debatte sieben Mitglieder aus dem Verwaltungsrathe geschieden sind, welche auch gewünscht haben, nicht wieder zur Wahl gestellt zu werden.

Es ist hier soeben die „Denkschrift nebst Petition der chemnitzer Arbeiter an das k. sächsische Ministerium gegen Erhöhung der Garnzölle" als gedruckte Abschrift erschienen, um dadurch wo möglich auf die Debatte zu influenciren, welche dem Schutzzollinteresse nächstens in der zweiten Landtags-Curie bevorsteht. Die chemnitzer Arbeiterpetition ist veranlaßt, wie es im Eingange heißt, durch eine von 113 Kaufleuten und Fabrikanten unterzeichnete Petition an die k. sächsischen Ministerien des Innern und der Finanzen sowie an die Kammern, worin die Unterzeichner die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Zollsätze auf ausländische Garne darzuthun sich bemühen und in einer beigegebenen Denkschrift auf die diesfallsigen Vorschläge der bekannten berliner Conferenz von 1845 verweisen. Die chemnitzer Arbeiterpetition sucht die darin aufgestellten Behauptungen Schritt für Schritt zu widerlegen und als irrig nachzuweisen, und schließt mit folgenden, Beherzigung verdienenden Worten: „So gern wir es auch sehen, wenn die inländischen Spinnereien gedeihen (wiewol wir in den sogenannten guten Perioden meist das schlechteste Garn von ihnen erhielten) und obschon wir unser Garn am liebsten in der Nähe einkaufen, so vermögen wir doch in der vorgeschlagenen Zollerhöhung, selbst mit der uns als Lockung hingehaltenen Ausfuhrprämie, nicht das dazu geeignete Mittel zu erkennen. Da nun selbst unsere Gegner einräumen, daß schon die mit diesem Jahr eingetretenen Erhöhungen für uns verderblich seien, so kommen wir nicht, wie unsere Gegner, auf die weitere Steigerung der bereits als schädlich anerkannten Maßregeln, sondern gerade auf die entgegengesetzte Folgerung: auf deren Wiederaufhebung. Wir bitten nämlich die hohen Ministerien im Namen von Hunderttausenden fleißiger Arbeiter, welche mit bangen Besorgnissen für ihre Zukunft erfüllt sind, so ehrerbietig als inständig, dieselben wollen sich bei den Regierungen der übrigen zum deutschen Zollvereine verbundenen Länder für die ungesäumte Wiederaufhebung der seit dem 1. Jan. d. J. eingetretenen Erhöhung der Garnzölle kräftigst verwenden und gegen jede Steigerung des Eingangszolles von Kammgarn erklären. Da die üblen Folgen der Zollerhöhung sich auch in andern Gegenden des Zollvereins, namentlich um Elberfeld, sehr fühlbar gemacht und bereits zu nicht zu billigenden Ausnahmemaßregeln geführt haben, so leben wir doch der Hoffnung, daß unsere Bitte um die gewünschte Verwendung nicht ohne Erfolg bleiben werde, während die hohen Regierungen in Gewährung einer angemessenen Spindelprämie ein sehr geeignetes Mittel haben, mit Berücksichtigung aller Bedürfnisse der Betheiligten ebenso auf die Vermehrung der Spinnereien in dazu geeigneten Gegenden wie auf deren Vervollkommnung in Erzielung aller der heimischen Industrie nöthigen Garnsorten hinzuwirken, ohne die letztre zu benachtheiligen und ohne die Consumenten mit einer bleibenden Last zu beschweren" ꝛc.

o **Halberstadt**, 11. Jun. Zur vollen Kenntniß unserer kirchlichen Verhältnisse theilen wir folgende Actenstücke mit, aus denen zugleich erhellt, daß der Grund der abschläglichen Antwort, wie er in einer Correspondenz aus der Provinz Sachsen in dieser Zeitung (Nr. 160) angeführt war, ein irriger ist. Die Actenstücke sind folgende:

1) „Die von Mitgliedern der Martinigemeinde in der Immediateingabe vom 3. März d. J. in Betreff der Berufung des Pastors Wislicenus zu Bedra nach Halberstadt gestellten Anträge sind in der abschriftlich anliegenden allerhöchsten Ordre vom 9. d. M. von Sr. Maj. dem Könige zurückgewiesen worden. Indem wir Ihnen dies dem uns gewordenen Auftrage gemäß eröffnen, fodern wir die Unterzeichner jener Eingabe auf, den Fortgang der Wahlgeschäfte in Ruhe zu erwarten. Magdeburg, den 31. Mai 1847. Königl. Consistorium für die Provinz Sachsen (Gez.) Dr. Zerrenner. An den Hrn. F. W. Wenig und Genossen zu Halberstadt."

2) „Unter den in Ihrem Berichte vom 30. v. M. angezeigten Umständen kann ich mich nur völlig einverstanden damit erklären, daß das Consistorium zu Magdeburg einem Manne, der wie der Pastor Wislicenus zu Bedra nach den eingereichten Predigten mit den Grundlehren und Bekenntnissen der evangelischen Kirche in offenem Widerspruche sich befindet, die Bestätigung der Präsentation als Wahlcandidat für die Stelle des Oberpfarrers bei der Martinikirche zu Halberstadt versagt hat. Ich kann mich daher auch um so weniger bewegen finden, den ꝛc. Wislicenus auf das nebst den gedachten Predigten hierbei zurückgehende Gesuch des F. W. Wenig und einer Anzahl anderer Mitglieder der Martinigemeinde nachträglich zur Wahl zuzulassen, als ich neben der Freiheit und Achtung, welche ich durch mein Patent vom 30. März d. J. jedem Bekenntniß auf neue zugesichert habe, nicht gemeint bin, dem Bekenntnisse der Kirche allein geringern Schutz zu gewähren, und daher bei der Besetzung von offenen Predigerstellen mit verdoppelter Sorgfalt hiernach verfahren wissen will. Sie haben die Bittsteller demgemäß abschläglich zu bescheiden, zugleich aber Sorge dafür zu tragen, daß die durch deren Reclamation von neuem verzögerte Wiederbesetzung der Stelle möglichst beschleunigt werde. Berlin, den 9. Mai 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An den Staatsminister Eichhorn."

Nachdem das mitgetheilte Schreiben und die königl. Ordre in der Behausung des Buchdruckereibesitzers F. W. Wenig hier den Entschiedensten am 9. d. M. bekannt gemacht worden, entstand folgende Verhandlung, und es bildete sich danach hier eine vom Kirchenregiment unabhängige evangelische Gemeinde, die sich unter den Schutz des königl. Patents vom 30. März d. J. zu stellen beabsichtigt.

„Da nach unserer Ueberzeugung die evangelische Kirche, wenn man dem Geist, aus dem sie geboren ist, treu bleiben will, nicht nur nicht rückwärts geführt werden darf, sondern vielmehr die von ihrem Wesen nothwendig gefoderte freie Verfassung bekommen muß, in welcher sie ihr Leben nach allen Seiten hin ausbilden und entwickeln kann, die evangelische Landeskirche Preußens aber im Gegentheil von Tag zu Tag gebundener erscheint und wir uns selbst in der Geltendmachung unserer Ueberzeugung thatsächlich in ihr gehindert sehen, so weichen wir der äußern Macht und verlassen die Landeskirche, nicht aber die evangelische Gesammtkirche, indem wir uns zu einer vom Kirchenregiment unabhängigen evangelischen Gemeinde vereinen. Als den Kern des Evangeliums erkennen wir nicht die Wunderwelt und die übrigen Vorstellungen einer längst vergangenen Zeit (und die sonstigen jüdischen Vorstellungen), von denen es in den alten Urkunden umgeben ist, sondern vielmehr den geistigen und deswegen allgemein menschlichen Gehalt desselben, nämlich die Freiheit von allem äußerlich Bindenden in der Religion und dadurch von Irrthum und von Sünde, und die Liebe gegen alle Menschen. Jene Freiheit kommt aus der Erkenntniß der Wahrheit und wächst durch den Fortschritt dieser Erkenntniß. Diese Liebe kann sich nur im Bunde mit jener Freiheit, indem diese nicht nach bestimmten religiösen Vorstellungen und Lehrsätzen fragt, sondern eine geistige Richtung ist, wahrhaft entfalten und ungehindert zur That werden. Freiheit und Liebe sind also der Geist des Evangeliums, den die evangelische Gemeinde immer reiner zu erfassen und immer völliger in alle Lebensverhältnisse einzuführen bestrebt sein muß. Eine solche auf stete Vervollkommnung gerichtete Arbeit ist eine allgemeine und rein menschliche, und so kann und darf sich dieselbe nicht von dem Leben und Streben der Menschheit trennen, sondern muß, sich daran betheiligend, das Wahre suchen, ergreifen und fördern. Demnach muß die evangelische Gemeinde nothwendig die Gemeinde des Fortschritts sein, wenn sie ihr Wesen nicht verläugnen will. Das sind die Grundsätze, die wir bekennen; das Leben und Streben in ihnen ist der Geist, der uns einigt. Ihn, und zwar ihn allein erkennen wir als nothwendig zum Heile der Menschen. Jeder, der in diesem Geiste leben will, ist uns in unserm Bunde willkommen, denn ein Festhalten an bestimmten Glaubenssätzen und religiösen Gebräuchen verlangen wir nicht. Um aber den Glaubensstandpunkt, auf dem wir im Allgemeinen jetzt stehen, näher zu bezeichnen, stellen wir, ohne den Einzelnen dadurch beschränken und binden zu wollen, folgende Sätze auf: Wir glauben an Gott, den heiligen Vater aller vernünftigen Wesen, den ewigen Urquell alles Lebens. Wir glauben an Jesus, der um seiner Göttlichkeit in Gesinnung und That willen, nicht durch seine Geburt vorzugsweise der Sohn des ewigen Vaters ist und durch die von ihm errungene, in Wort und That kundgegebene weltüberwindende Macht der Wahrheit, Freiheit und Liebe zum Weltheilande geworden ist. Wir glauben an den heiligen Geist als den von Gott ausgehenden und in Jesus herrschenden Geist der Wahrheit, Freiheit und Liebe, der die Menschheit noch heute durchweht und sie für immer in dem echten beglückenden Leben fördert. Wir glauben, daß dieser Geist, so sehr er auch bisweilen durch Irrthum oder böse Absicht niedergehalten wird, doch zuletzt als Herr Alles richtet, und Jedem, der ihn in sich pflegt, die Bürgschaft ewiger Fortdauer ist. Mit Berufung auf alles Vorhergehende erklären wir uns durch Namensunterschrift als Mitglieder der heute hier zusammengetretenen, vom Kirchenregiment unabhängigen evangelischen Gemeinde. Halberstadt, den 9. Jun. 1847." (Folgen die Unterschriften.)

* **Nordhausen**, 10. Jun. Als das Verbot des Brennereibetriebes am 13. Mai in hiesiger Stadt in Kraft trat, mußte die Mehrzahl der Branntweinbrenner enorme Opfer bringen, weil das Verbot so unerwartet schnell kam, daß Niemand daran gedacht hatte, den normalen Viehstand irgendwie zu vermindern oder mit anderweitigen Fütterungsmitteln sich zu versehen. Die hiesigen Brennereien sind lediglich Kornbranntweinbrennereien und haben einen solchen Betrieb, daß Jahr aus Jahr ein regelmäßig gebrannt wird, im Gegensatze zu den Kartoffelbranntweinbrennereien, die in der Regel nur im Herbste bis zum Frühjahre brennen. Das Verbot des Brennereibetriebes, hervorgerufen durch die allgemeine Noth und Theuerung aller Lebensmittel, soll laut Cabinetsordre vom 1. Mai bis 15. Aug. d. J. in Kraft bleiben. Wer möchte aber bestimmen wollen, daß Mitte August die Lebensmittel wohlfeiler wären, wo durch Ueberhäufung der Feldarbeiten jeder Landmann verhindert wird, alte oder neue Vorräthe auf den Markt zu bringen, und wo, was herankommt, von den neu ins Leben gerufenen Brennereien verschlungen wird? Wenn wir nun auch eine gesegnete Aernte vor Augen haben, so ist die Staatsregierung Mitte August doch nicht im Stande zu beurtheilen, ob nicht, durch Witterungseinfluß ꝛc. bedingt, ein abermaliges Verbot des Brennereibetriebes bis zur Aernte 1848 wiederholt erfolgen und somit die Branntweinbrenner neuen ungeheuern Verlusten ausgesetzt werden müssen, zumal bei den jetzigen Grundsätzen weit eher ein Verbot der Branntweinbrennereien als ein Verbot der Ausfuhr von Getreide erwartet wird. Das Königreich Sachsen hat das Verbot bis zum 1. Oct. d. J. ausgedehnt, und es möchte aus den angeführten Gründen wol wünschenswerth sein, daß auch Preußen dasselbe thäte, zumal es an Branntwein- und Spiritusvorräthen keineswegs mangelt, wie die neuesten Erfahrungen bewiesen haben.

, **Von der Oder**, 10. Jun. Deutschland wird es längst mit Freude vernommen haben, welche Sorgfalt Preußen der Befestigung seiner Ostgrenze weiht und wie dort eine Festung und ein verschanzter Posten nach dem andern entsteht. Denn diese Festungswerke sind eben so viele Bollwerke für Deutschland gegen eine Invasion des Nordens. Indessen vernahm man bisher nur von einer immer stärkern Befestigung der Landgrenze und der Weichsellinie. Die Sicherung der Seeküste schien minder ins Auge gefaßt zu werden. Allein die Wichtigkeit derselben ist unserer Regierung keineswegs entgangen. Bei der großen Ausdehnung unsers Küstenstrichs von Memel bis Stralsund ist immer zu fürchten, daß Rußland im Fall eines Kriegs sich nicht blos auf Landoperationen beschränken, sondern auch mit seinen Flotten angreifen und Landungen im

Rücken der in Ostpreußen kämpfenden deutschen Heere machen würde. Im siebenjährigen Kriege griff es bereits Kolberg zur See an, und im Jahr 1807 landete auch ein russisches Heer im Rücken der französischen Armee bei Danzig. Wenn nun auch Preußen im Fall eines Kriegs mit Rußland wahrscheinlich darauf rechnen könnte, daß eine englische Seemacht seine Küsten gegen russische Landungen sicherstellen würde, so gebietet die Vorsicht doch, auch zu Lande Vorkehrungen zu treffen, um eventuellen russischen Landungen alsbald mit Erfolg entgegentreten zu können. Die bereits angekündigte Erbauung preußischer Kanonenboote wird dies bewirken, und die jetzt am Ausflusse der Weichsel errichteten Festungswerke werden dazu beitragen, Danzig, das frische Haff, Elbing und überhaupt die dortigen fruchtbaren Gegenden Preußens vor Ueberfällen, das am Niemen streitende Heer aber vor einer Umgehung in seiner linken Flanke und vor einem Angriff in seinem Rücken zu schützen. So befestigt sich die Ostgrenze Norddeutschlands immer mehr, und dieses kann gerüstet, folglich unerschrocken der Zukunft entgegensehen.

— Wie der Publicist berichtet, hat der Staatsanwalt beim Criminalgericht in **Berlin** angeordnet, daß alle eines Verbrechens wegen durch Polizeibeamte einseitig verhaftete unbescholtene Personen, wenn sie im Ort eine eigne Haushaltung führen oder ein bestimmtes Arbeits- oder Dienstunterkommen haben, mithin der Flucht nicht verdächtig sind, und wenn nicht ein besonders schweres Verbrechen vorliegt, sogleich und vor Einleitung irgend eines weitern Verfahrens wieder auf freien Fuß gestellt und ihrer bürgerlichen Beschäftigung zurückgegeben werden sollen.

Portugal.

Der Times wird vom 26. Mai aus **Badajoz** geschrieben, daß Graf Mello, der die Abdankung der Königin fodere und in Alemtejo großen Einfluß hat, sich mit seinen Leuten von Sa da Bandeira getrennt und in die Nähe der spanischen Grenze gezogen habe. Er benutze hier die Zeit des Waffenstillstandes zur Reorganisirung derselben und zur Anwerbung von Verstärkungen. Anfangs gab er zu den von Sa da Bandeira mit dem Obersten Wylde getroffenen Abreden seine Zustimmung; nachdem aber die Junta sie nicht bestätigte, will er nur von Fortsetzung des Kampfes hören. In der Nähe von Badajoz stand ein spanisches Beobachtungscorps von sechs Bataillonen, vier Schwadronen, zwei Batterien und einer Jägercompagnie, zusammen 4500 M., unter General Rozagaray.

* **Lissabon**, 28. Mai. Die Regierung hat die Wahl des Juiz Conservador der Engländer bestätigt, jedoch erklärt das Decret ausdrücklich, daß sowol die Wahl als die Bestätigung ihre Kraft verlieren, sobald die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse des Landes aufhören. — Die englische Fregatte Thetis ist nach Madeira abgesegelt. — Die Geldnoth, d. h. an klingender Münze, wird immer ärger. Auf Banknoten verliert man noch immer ungefähr die Hälfte gegen Metall. Die Bank von Portugal ist mit der Einkassirung der fälligen Zehnten beauftragt; aber wie soll dies in den Provinzen bewerkstelligt werden? Sie hat der Regierung kürzlich wieder 200 Contos de Reis vorgeschossen, aber in Banknoten.

Die officielle Zeitung verkündet, daß der Oberst Baron de Vinhaes mit 150 M. Infanterie und 40 Pferden bei Mirandella, im Norden des Reiches, erst eine Guerrilla von 300 M. unter Julio de Carralhal geschlagen habe und darauf unweit Braganza 1100 M. unter dem miguelistischen Brigadier Reboche, dem er 92 Gefangene abgenommen und 60 M. getödtet. Auch wäre eine andere Guerrilla durch lauter Volontairs der Königin geschlagen und zersprengt worden. Der Commandant des Castells von Vianna, Major Sobral, der dasselbe nicht gegen die Insurgenten halten konnte, hat eine Loyalität bewiesen, welche die Portugiesen mit derjenigen eines ihrer Altvordern, Martin de Freitas, vergleichen, der den dem Könige Manuel geleisteten Eid der Treue erst dann gelöst zu haben glaubte, als er ihm die Schlüssel des Castells von Coimbra in Toledo aufs Grab legte. Erwähnter Major schloß, als seine Leute heraus waren, die Thore zu, umgürtete sich mit der Fahne und kam unter tausend Gefahren hier an; wenigstens küßte er mit seinen Offizieren am 20. Mai der Königin die Hand und überreichte ihr Schlüssel und Fahne.

Lissabon ist fortwährend ruhig; doch circuliren böse Gerüchte, daß im alten Karmeliterkloster, dem Quartier der Municipalgarde, gegen compromittirte Individuen Grausamkeiten begangen würden, welche an die Zeiten der Inquisition erinnern. Das noch immer verborgen erscheinende Blatt Espectro meint, daß, wenn die Königin sich zur Statthalterin Englands erniedrige, es besser wäre, daß die Portugiesen ganz Engländer würden. Die frommen Wünsche der Septembristen gehen freilich aber auch zu weit, und dürfte es den andern großen Mächten durchaus nicht conveniren können, daß das kleine Portugal ein so arges Beispiel gäbe. — Es geht stark die Rede davon, daß der Herzog von Palmella bald wieder hier eintreffen werde, indem die Königin ihn zurückberufen habe, um die Sachen zu ordnen, da auch die Insurgenten auf seiner Rückkehr beständen. — Der alte Schläger Schwalbach, Vicconde von Setubal, ist, wie es gestern hieß, nach kurzer Krankheit im 73. Jahre gestorben.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid enthält einen Gesetzentwurf über Einführung eines neuen Münzsystems und Umprägung der damit nicht harmonirenden jetzt cursirenden Münzen. In den sehr ausführlichen Motiven wird das für Maß und Gewicht von der Regierung angenommene Decimalsystem als die nothwendige Basis auch für das Münzwesen bezeichnet. Die große Verwirrung desselben und der Nachtheil werden scharf hervorgehoben, welche die vor 24 Jahren gesetzlich gestattete Circulation von französischen 5-Francsstücken, in Spanien Napoleons genannt, zu einem ihrem Gehalte nicht entsprechenden Werthe mit sich brachte. Während dieselben im Verhältnisse zu dem Piaster oder Peso duro von 20 Realen de Vellon nur 18 Realen 14 Marav. gelten sollten, cursiren sie gesetzlich zu 19 Realen. Damit habe man seit 20 Jahren das Münzrecht thatsächlich an Frankreich und an Spaniens ehemalige Besitzungen in den Niederlanden und Italien abgetreten. Da die Ueberzeugung erlangt worden sei, daß kein in Curs gesetzter Piaster (oder Duro) über 24 Stunden in Circulation blieb, habe die Regierung das Ausprägen derselben suspendirt, und die in nationalen Dingen als die empfindlichste Nation bekannten Spanier sähen jetzt auf der großen Masse des Geldes im Lande die Bildnisse fremder Fürsten und nicht das Isabella's II., während einst spanisches Geld in aller Welt cursirte. Der Gesetzentwurf, welcher an die Stelle des über das Münzwesen vom vorigen Cabinet im März den Cortes vorgelegten und jetzt zurückgezogenen treten soll, bestimmt als künftige Münzeinheit den Real, außerdem Isabellinos oder Centen von 100 Realen in Gold, Medio duros oder Decens zu 10 Realen in Silber, Decimos zu $^1/_{10}$ Real in Kupfer, als Hauptmünzen, daneben sollen aber noch Silbermünzen zu 20, 4 und 2 Realen, Kupfermünzen zu 3 und zu 2 Decimos ausgeprägt werden. Für Gold und Silber ist $^9/_{10}$ Feingehalt, $^1/_{10}$ Kupferlegirung bestimmt. Der Centen muß 8,0645 Gramm, der 20-Real 25 Gramm, der Decen 12,5, der 4-Real 100 Gran oder 5 Gramm, der 2-Real 50 Gran, der Real 25 Gran oder 1,25 Gramm schwer sein. Am Feingehalt ist beim Gold 0,002, beim Silber 0,003 Differenz, hinsichtlich des Gewichts 0,002 beim Gold, 0,003 bei den 20- und 10-Realstücken, 0,005 bei den kleinen Silbermünzen nachgelassen. Bis die Regierung zu der Umprägung der Silbermünzen, dann der Goldmünzen, zuletzt der Kupfermünzen schreiten wird, bleiben alle Münzsorten zum dermaligen Werthe im Umlaufe. Ueber die Werthannahme der Gold- und Silbermünzen bei den Münzstätten werden besondere Decrete Näheres bestimmen.

— In **Aviles** in Asturien rottete sich am 27. Mai das Volk zusammen, um das Einschiffen von Getreide zu verhindern. Es entstand ein heftiger Kampf mit den Gendarmen, welche Feuer gaben, 4 Bürger tödteten und 27 verwundeten, darauf aber gezwungen wurden, sich nach Oviedo zurückzuziehen. Das Volk blieb Sieger und die Getreidemagazine mußten ihm geöffnet werden.

Großbritannien.

London, 7. Jun.

Die Königin hielt ehegestern im Buckinghampalast einen Hofcirkel; auch ward ihr Prinz Oskar von Schweden durch Lord Palmerston in einer besondern Audienz vorgestellt. Prinz Albert machte demselben nachher im Hotel der schwedischen Gesandtschaft einen Besuch.

— Das Morning Chronicle glaubt im Stande zu sein, den Schluß der Session vor der zweiten Woche des Monats Juli voraussichtlich zu melden, und daß demselben sofort die Auflösung des Parlaments folgen werde, insofern nicht unerwartete Vorfälle ein Anderes bedingten.

— Von Portsmouth ist gestern früh die Dampffregatte Terrible mit Depeschen und einer Anzahl Supernumerarmannschaft für die Flotte nach dem Tejo abgegangen.

— Der königl. Ackerbauverbesserungsverein in **Dublin** hat am 3. Jun. bei verschlossenen Thüren eine Versammlung wegen der Kartoffelkrankheit gehalten, und da mancherlei an denselben gelangte Berichte die Erneuerung einer Kartoffelkrankheit befürchten ließen, eine allgemeine Aufforderung an alle Localvereine erlassen, für genaue Untersuchung der Kartoffelpflanzen zu sorgen. Es wird dabei der Theil des Stengels dicht über und zunächst unter der Erde als Sitz des Unheils bezeichnet, das dort sich bereits entwickelt haben könne, während das Kraut noch gesund und grün aussehe. — Ueber die Fieberepidemie (Typhus) lauten die Berichte sehr ungünstig. — In der »Nation«, dem Organe des jungen Irlands, tritt Pater Kenyon auf das heftigste gegen Hrn. Smith O'Brien's bei der kürzlich gehaltenen Versammlung des jungen Irlands beantragte Resolution auf, zu Ehren Daniel O'Connell's einer Nationaltrauerdemonstration beizutreten. (Nr. 157.) O'Connell's Tod sei durchaus kein Verlust für Irland, und das von demselben in der Zeit vor seinem Tode beobachtete Verhalten, was derselbe jedenfalls ferner beobachtet haben würde, sei nur Irlands Nachtheil. Er sehe daher dessen Ableben als einen Gewinn an. O'Connell sei der Erfinder und das Haupt, Leib und Seele eines politischen Systems gewesen, gleichzeitig so servil und despotisch, so hohl und corrupt, so offen heuchlerisch und unmoralisch, daß es selbst die Organe der Regierung, zu der er sich neigte, verhöhnt hätten. Pater Kenyon wundert

sich gar nicht, daß O'Connell's sklavische Nachtreter und egoistische Anhänger in seinem Tod einen Verlust erblicken; allein daß die irischen Conföderirten, die er beleidigte, von sich stieß, und würde haben hängen lassen, die Vertreter der Mannhaftigkeit der Nation, welche er herabwürdigte, die er zu gemeiner Bettelei erniedrigte, daß auch die den Fehlgriff begehen sollten, darauf sei er nicht gefaßt, das käme ihm wie eine Ueberschwemmung um Mitternacht, vor der nirgend Schutz und Rettung zu erblicken sei. Allerdings habe O'Connell auch gute Eigenschaften besessen und die wären oft genug aufgezählt worden, um sie zu wiederholen. Allein er fehe in ihm nur einen grand homme manqué, einen Mann, der seine Mission verfehlte. Wahre Befreier der Nationen hätten gerade Bahnen eingeschlagen und O'Connell's Fehlgehen müsse ihnen eine Mahnung sein, mehr die Wege der Vorsehung zu studiren und mehr auf Gott als die Listen der Menschen zu bauen.

— Die Organisation und Einübung der Arbeiter in den königl. Werften und Arsenalen als Vertheidigungstruppe wird emsig fortgesetzt. In Woolwich wird jetzt ebenfalls ein Bataillon solcher Mannschaft formirt.

— Auf der London-Northwestern Eisenbahn ist vorgestern unweit der Station von Wolverston der von Liverpool kommende abendliche Eilzug dadurch, daß ein Bahnwärter eine Weiche falsch stellte, mit einer Geschwindigkeit von circa noch 10 Miles die Stunde gegen fünf auf den Schienen haltende Wagen mit Steinkohlen gerannt, wodurch der fünfte und sechste Personenwagen buchstäblich in Stücken zertrümmert wurden, während die Maschine und die Wagen vor ihnen verhältnißmäßig unbeschädigt blieben. Die Reisenden in den zerschmetterten Wagen wurden übel zugerichtet, und eine halbe Stunde nach dem Unglücke zählte man schon sieben Todte.

Frankreich.

Paris, 8. Jun.

In der Pairskammer wurde gestern vom Grafen de Lezay-Marnesia die Gedächtnißrede auf den verstorbenen Pair Grafen de Laforest gehalten. Der Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Jayr, übergab dann den von der Deputirtenkammer bereits votirten Gesetzentwurf über 9 Mill. zur Herstellung von der Loireüberschwemmung verursachter Schäden an Dämmen, Straßen ꝛc. Nachdem über einige Bittschriften Bericht erstattet worden war, nahm die Kammer die allgemeine Berathung des Gesetzentwurfs über die Medicinalreform wieder auf. Hr. de Salvandy füllte die ganze übrige Sitzung mit Vertheidigung seines Entwurfs aus, gab einen geschichtlichen Ueberblick der Gesetzgebung über das Lehren und die Ausübung der Medicin, suchte die Aufhebung der Officiers de Santé zu rechtfertigen und die Beibehaltung der Concurse gegen Hrn. Cousin's Angriffe zu begründen, und erklärte sich auch gegen mehre, Strafbestimmungen betreffende Amendements der Commission. Die allgemeine Debatte wurde abermals vertagt. Die Deputirtenkammer beschäftigte sich, außer den von ihren Verhandlungen gestern schon erwähnten, verschobenen Interpellationen wegen der portugiesischen Angelegenheiten, mit den außerordentlichen Credits für Algerien. Der Marquis de Chasseloup-Laubat gab, obgleich Mitglied der Commission, seine abweichenden Ansichten von einigen Stellen des Berichts zu erkennen. Er könne namentlich die Zweckmäßigkeit des Amendements nicht einsehen, daß der Kammer 1848 ein amtlicher Ueberblick der Civilorganisation von Algerien vorgelegt werden solle. Das Land sei dazu noch eine zu neue Eroberung und der Antrag spreche Mistrauen in die Regierung aus. Die HH. Ferd. Barrot und Garnier-Pagès sprachen nachher. Wie bei allgemeinen Discussionen immer, berührten sie Alles und Jedes, wozu der Bericht Anlaß gibt, und Marschall Bugeaud und die Verwaltung erhielten Lob und Tadel. Hr. Odilon-Barrot forderte die Kammer auf, vor allen Dingen für eine Regierung für Algerien zu sorgen, und Hr. Garnier Pagès hätte fast einen Sturm durch die Ansicht erregt, die Regierung scheine in Algerien zu verfahren, als habe sie es auf absichtliche Herbeiführung des Aufgebens der Colonie abgesehen.

— Von dem Comité der Deputirtenkammer über Hrn. de Girardin's Vorladung vor die Pairs ist Hr. Lavielle zum Vorsitzenden und Hr. de Morny zum Secretair bestellt worden.

— An der Börse war heute besonderer Ueberfluß von Gerüchten. Erst sollte Ludwig Philipp krank sein; allein er war wohlbehalten von Neuilly nach Paris gekommen. Dann sollte den König der Belgier ein heftiges Brustleiden befallen haben, und endlich sollte der Telegraph die Nachricht von der Unterwerfung Oportos gemeldet haben.

— Vom Minister des Innern, Grafen Duchatel, wird erzählt, daß ihm die Aerzte andauernde Ruhe dringend empfohlen hätten und kaum zu gewärtigen sei, daß er an der Spitze seines Departements bleiben könne.

— Von dem Correctionnelgericht zu Bethune wurden dieser Tage 35 Personen, welche an der Plünderung eines mit Getreide befrachteten Kahnes in Guinchy Theil genommen hatten, vier zu dreijähriger, mehre zu einjähriger und bis auf vier alle übrigen zu geringern Freiheitsstrafen verurtheilt.

— Der Municipalrath von Paris hat beschlossen, die Rue Pierre Levée in die Rue Gambey, zum Ehrengedächtnisse des berühmten Ingenieurs Gambey, umzutaufen, dessen Etablissement in dieser Straße sich befand.

— In **Bayonne** soll wieder ein wichtiger Agent des Grafen von Montemolin, ein gewisser Treeu, verhaftet worden sein, der mit wichtigen Papieren und als baskischer Bauer verkleidet, von der spanischen Grenze kam.

Paris, 7. Jun. Die Pairskammer hat die Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Lehren und die Ausübung der Medicin begonnen, der schon längst verlangt worden und von mehren Ministern vorbereitet worden ist. Keiner hat indeß gewagt ihn den Kammern vorzulegen. Hr. v. Salvandy, der es gern mit großen und schwierigen Dingen auf die Gefahr hin wagt, etwas über seine Kräfte zu unternehmen, hat mehr Entschlossenheit besessen als seine Vorgänger. Sein Entwurf litt an zwei Mängeln. Einmal gab er politischen Einflüssen zu viel Raum und zum Andern war er zu eilig redigirt, als daß nicht das Harmonische der Fassung hätte darunter leiden sollen. Von der Commission der Pairskammer ist dem meist abgeholfen worden, und da man das viele Gute des ministeriellen Entwurfs beibehalten hat, sind dessen Unvollkommenheiten sehr vermindert. Des Berichterstatters Grafen Beugnot Arbeit hat den Beifall von Männern mit hohen Anfoderungen und den lebhaftesten Kritiker des Entwurfs unter den Medicinern selbst. Hr. Cousin und Graf Montalembert haben unter den bisher gehörten Rednern der allgemeinen Berathung zwar gegen den Entwurf sich vernehmen lassen. Indessen that es ihren in verschiedener Weise beredten Vorträgen Eintrag, daß man die persönliche Leidenschaftlichkeit derselben zu leicht herausfühlte. Die Eigenschaft des Philosophen verhindert Hrn. Cousin nicht, heftig und grollig zu sein; die Kirchlichkeit vereinigt sich bei Hrn. v. Montalembert mit Bitterkeit der Rede und unbemessenen Ansichten. Der Eine will offenbar bei seinen Angriffen für die von Hrn. de Salvandy seiner ehemaligen Allmacht im königl. Rathe des Unterrichts bereiteten Beschränkungen sich rächen; der Andere zieht im Namen der sogenannten katholischen Partei, deren Haupt er zu sein glaubt, gegen den Minister los, der den Unterricht nicht in die Hände der Geistlichkeit fallen lassen und Frankreich die „wohlthätige Freiheit“ nicht gewähren will, deren Belgien genießt. In der Deputirtenkammer waren die Bureaux- und Commissionsverhandlungen jüngst wichtiger als die öffentlichen. Zum Berichterstatter über den Zollgesetzentwurf ist Hr. Lasnier, ein Conservativer, ernannt worden. Gern wäre Hr. Thiers mit dem Berichte beauftragt gewesen. Seine Ansichten wurden aber zu entschieden parteilich für die protectionistischen Ansprüche befunden; nächstdem wünschte die Majorität auch nicht ihm einen scheinbaren Triumph zu bereiten. Ebenso wenig glückte es ihm in der Commission über den Secundairunterrichtsentwurf. Er war bekanntlich Berichterstatter über den von Hrn. de Villemain vorgelegten Entwurf; diesmal konnte er zu dieser Ehre nicht wieder gelangen und das ist nicht für ihn blos, sondern auch für die erclusiven Theorien der kaiserlichen Universität eine Schlappe. Der ernannte Berichterstatter Ladiéres ist ein entschieden Conservativer. Die Mehrheit der Commission hat indessen nicht alle Vorschläge Hrn. de Salvandy's gutgeheißen, dessen Entwurf bedeutend amendirt worden ist, um das Eindringen der Geistlichkeit und Klosterleute abzuhalten, die jederzeit unter der ausgeflickten Fahne der Freiheit nur getrachtet haben, die Herrschaft zu erlangen. Der Geist der Umsicht wird auch an dem Gesetzentwurf über das Capitel von St.-Denis Modificationen vermitteln. Das Wesentliche wird Annahme finden. Die Majorität fühlt, daß sie es nicht verwerfen könnte ohne eine Art Beleidigung des Papstes, der nach langen Unterhandlungen die Bulle erließ, und ohne der an sich klugen Politik hinderlich zu werden, welche mit dem Episcopate selbst das Uebelwollen eines Theiles der französischen Bischöfe bekämpfen will. In der über Hrn. de Girardin's Vorladung vor die Pairskammer niedergesetzten Commission ist die Majorität für die Autorisation. Handelte es sich nur darum, zu wissen, ob die »Presse« in der That die Pairskammer durch die Mittheilung beleidigt habe, es wären Promessen auf die Pairie von einem Journalisten verkauft worden, der die Erfüllung durch das Ministerium zu bewirken behauptete, so würde offenbar kein Grund zum Verfahren vorliegen. Das Ministerium nur würde zu klagen haben. Allein die Sache liegt anders. Einmal haben wir den Beschluß der Pairskammer, die sich verletzt findet; zum zweiten hat die Opposition den allgemeinen Vorwurf der Corruption gegen das Ministerium daran geknüpft. Die Sachen sind überhaupt dahin gediehen, daß das Cabinet vollständig gerechtfertigt und Hr. de Girardin verurtheilt werden, oder das Ministerium die schwersten Anschuldigungen auf sich sitzen lassen muß. In diesem Sinne äußerten sich die HH. Guizot und Cunin-Gridaine in den Bureaux und auch die Majorität scheint sie auf diese Weise zu betrachten. Sie ist genöthigt, in Hrn. de Girardin einen erklärten Gegner zu sehen, der in dem seinen Versicherungen geschenkten Vertrauen getroffen werden soll, einen frühern Conservativen, der für seinen Abfall Strafe leiden und entweder widerrufen oder anerkennen müsse, Anschuldigungen ohne Beweis erhoben zu haben. Die in beiden Kammern zu erwartenden Erklä-

Digitized by Google

rungen werden Scandal verursachen; das schadet aber nicht und den Intriganten, Ehrsüchtigen und Speculanten, den politischen Gaunern geschieht damit ganz recht, wenn deren vorhanden sind. Worauf es der Regierung, den Kammern und dem Land ankommen muß, das ist, die Wahrheit aller der dunkeln Anschuldigungen herauszustellen, die alle Welt verdächtig machen, ohne Jemand bestimmt zu bezeichnen.

Belgien.

* **Brüssel**, 8. Jun. Obgleich der heutige Tag über das Loos des Cabinets und der antiliberalen Politik entscheiden soll, so halte ich es doch für angemessen, noch vor der Bekanntmachung des Resultats der heutigen Wahlen, die erst durch die morgenden Vormittagsblätter in ihrem ganzen Umfange geschehen kann, einige vorbereitende Notizen mitzutheilen. In Folge der durch die Verfassung vorgeschriebenen periodischen Erneuerung eines Theiles der beiden Kammern sowie des kürzlich votirten Gesetzes, die Vergrößerung der Repräsentantenzahl betreffend, sind, um zunächst von der zweiten Kammer zu sprechen, 60 Repräsentanten zu ernennen, und zwar 47 an die Stelle der bisherigen Titularen. So weit nun aus der täglich seit zwei Monaten aufgetischten Wahlchronik zu schließen ist, so darf man, meines Erachtens, auf 31 Wahlen liberaler und wenigstens 14 katholischerseits zählen; bleiben 15, deren Resultat, von meinem Standpunkt aus wenigstens, unbestimmter ist. In Betracht nun, daß der übrigbleibende Theil der Kammer aus 20 Liberalen und 28 Katholiken oder doch, wie Rothomb, Mercier ꝛc., ministeriell Gesinnten besteht, und bei einer Annahme, daß von den 15 zweifelhaften Wahlen auch nur ein Drittel den Liberalen zufallen werde, so ergibt sich dennoch eine Majorität der Opposition von 61 gegen 52. Gesetzt nun, meine Berechnungen schlagen fehl und die beiden Ziffern nähern sich gegenseitig, so läßt sich auch bei einer gleichen Vertheilung der zwei Parteien kaum der längere Bestand des Cabinets erwarten. Aus guter Quelle jedoch habe ich vernommen, daß Hr. de Theux, dessen Mandatserneuerung in Hasselt keinem Zweifel unterworfen ist, sich eine Majorität von sechs Stimmen vorspiegle, während ihm die Oppositionsstatistiker eine von 10 Stimmen als unzweifelhaft entgegenhalten. Die Localitäten, wo die Spannung am größten, sind Charlerci, wo Minister Dechamps zuerst große Hoffnung hatte, gewählt zu werden, neuerdings aber, einer bereits früher erwähnten Erklärung wegen, von der Gunst, in die er sich als homme d'affaires bei den Fabrikanten und Geschäftsleuten zu setzen gewußt, viel verloren hat; Tournay, wo der Held Dumortier, seiner eignen Ausdrucksweise nach, sich einen Austerlitzschen Sieg über sämmtliche Gegenpartner versprochen, und vielleicht für ewige Zeiten in die Dunkelheit des Privatlebens gebannt werden möchte; Gent, wo drei bisherige Repräsentanten und darunter der Gouverneur und ehemalige Minister Desmaisières aus dem Felde geschlagen werden sollen, um das klerikale Element der genter Vertretung vollends auszurotten; Alost und Tongern, wo der Liberalismus zum ersten Male den Kampf gewagt; Verviers, wo dem Ministerium durch den unversöhnlichen Antagonismus der beiden liberalen Fractionen ganz besonders Vorschub geleistet wird; endlich Antwerpen, wo das Interesse getheilt ist zwischen dem Candidaten der allen Bürgern offengestandenen Wahlvorbereitungsversammlung, Hrn. Catteaux-Wattel, einem der angesehensten Großhändler der Stadt, und dem Schützlinge der Ministeriellen, Hrn. Gogels. Die isolirt stehende Candidatur des Appellationsgerichtspräsidenten de Behr in Lüttich, für die seine (katholischen) Parteigenossen die äußersten Kräfte aufbieten, sowie die ebenfalls isolirt stehende Bewerbung des radicalen de Robaulx in derselben Stadt, werden Beide den Sieg der durchweg liberalen Liste der dortigen zum Behufe der Wahlen verbündeten Wahlgesellschaften schwerlich aufhalten. Was den Senat betrifft, so sind unter den circa 30 vorzunehmenden Ernennungen mehre zu Gunsten des Liberalismus in Aussicht gestellt. In Brüssel, wo zwei neue Senatorstellen zu den drei bisherigen gegründet worden sind, werden sämmtliche fünf Candidaten der ebenfalls coalisirten Alliance und Association libérale, nämlich die HH. Dindal, austretender Senator, Vicepräsident der Alliance, Wyns de Raucour, Bürgermeister, Stiellemans, van Muyssen, van Schoor, ohne ernsthaften Kampf zu ihrem Zwecke gelangen. Die versteckten Versuche des Ministeriums, den vollständigen Sieg zu vereiteln, werden scheitern.

Einen peinlichen Eindruck hat dieser Tage die Ordensvertheilung an viele der austretenden Repräsentanten und Senatoren auf das Publicum gemacht; die dabei getroffene Wahl zeugt von einer Parteilichkeit, welche der Leidenschaft, die in diesem Augenblick ohnehin stark genug aufgeregt ist, nur noch mehr Nahrung bieten mußte. Was vor Allem auffiel, war, daß unter 23 Ernennungen 14 auf 24 austretende Senatoren und nur 9 auf 47 austretende Repräsentanten fielen. Von diesen neun Repräsentanten sind zwei, die HH. de Theux und Dechamps, Minister, einer, Hr. Liedts, Präsident der Kammer; die sechs andern gehören der Klasse der reichsten und unverhohlensten Klerikalen an; unter ihnen die HH. Dumortier, Desmaisières und de Decker. Um nur Eins hervorzuheben, so ist Baron de Secus, eine parlamentarische Nullität erster Art, der seiner Herzensgüte allein sein Mandat zu verdanken hat, zum Offizier des Leopoldordens ernannt worden, während Männer wie Dumont, Vicepräsident der Kammer, Mitglied des Parlaments seit 1831, leer ausgingen. Desmaisières und der neue Emporschößling Graf Briey heißen Comthure, während General Goblet, ein Mann von unverkennbarem militairischen, administrativen und politischen Verdienst, ihnen im Orden nachsteht.

Schweiz.

Die ultramontane „Zeitung der katholischen Schweiz" läßt sich aus **Freiburg** unterm 2. Jun. berichten: „Waadtländer Soldaten, welche vorgestern durch das Dorf Dombidier fuhren, haben ihre Gewehre auf ein kleines Mädchen abgefeuert, welches aber nur sehr leicht verwundet wurde. Dann haben sie ein Hündchen, welches zu den Füßen zweier Frauenzimmer lag, erschossen und Fensterscheiben eingeworfen. Bei jeder neuen Heldenthat ertönte der Kriegsruf: «Nieder mit den Pfaffen, nieder mit den Jesuiten, nieder mit den Aristokraten!» Der Staatsrath wird ohne Zweifel von der waadtländischen Regierung für diese auf freiburgischem Boden verübten Gewaltthaten Genugthuung fodern."

Italien.

O'Connell's Herz ist in der alten Kirche von Santa Agata in Rom, bei welcher die Priester des irischen Collegiums fungiren, beigesetzt worden.

— Ein Schreiben aus **Neapel** vom 30. Mai in der Daily News behauptet, der römische Hof habe sich darüber beklagt, daß der neapolitanische Gesandte Graf Ludolf zu vertrauter Gemeinschaft pflege mit den in der Regel bei Cardinal Lambruschini sich versammelnden Gegnern der neuen Reformen im Kirchenstaat. Der Gesandte habe darauf seine Abberufung erhalten.

Rußland und Polen.

In Folge des ungewöhnlich großen Begehrs nach Getreide aller Art aus Rußland und des damit in Verbindung stehenden Steigens der Preise, namentlich in Petersburg, hatte der Kaiser die bedeutendsten Kornhändler Petersburgs am 22. Mai vor den Finanzminister bescheiden lassen, der ihnen den Wunsch des Kaisers vortrug, daß sie von den bei dem diesjährigen Begehre nach Petersburg gelangenden Getreidevorräthen allmälig etwa den zehnten Theil ablegen sollten, um davon den Einwohnern der Residenz zu mäßigen Preisen zu verkaufen. Diesem kaiserl. Wunsche wurde von den Getreidehändlern sofort entsprochen, die auch in einem besondern Schriftstück die Preise feststellten, um die sie die besondern Gattungen Mehl ablassen wollten. Auf das betreffende Actenstück schrieb der Kaiser eigenhändig: „Zu danken und meinen edeln Brüdern zu sagen, ich habe es nicht anders von ihnen erwartet, ich kenne ihr Herz und bin stolz darauf."

Moldau und Walachei.

* **Von der türkischen Grenze**, 3. Jun. In neuester Zeit haben es wieder Einige versucht, mitten in der Verwirrung, welche in den Angelegenheiten der Donaufürstenthümer herrscht, die Ordnung wiedererstehen und die verkannte Gerechtigkeit wieder aufleben zu machen. Da die Bojaren keine directen Steuern bezahlen, so bestehen die Einkünfte des Landes größtentheils in der von den Bauern erhobenen Kopfsteuer. Die Verfassung hat die Taglöhner und das Hausgesinde ohne Haus und Bodenbesitz von dieser Abgabe entbunden. Die Regierung aber, um die für den Aufwand und die Verschleuderungen der Verwaltung unzulänglichen Einkünfte zu erhöhen, setzte von Zeit zu Zeit auch gesetzlich befreite Hörige willkürlich auf die Steuerliste. Drei Grundherren, als Vertreter ihrer Communen, die HH. Rachkan, Ratclif und Matmesko, haben es nun unternommen, dieser ungesetzlichen Maßregel entgegenzutreten. Vom Minister bedroht, haben sie sich mit einer im Namen ihrer Communen unterzeichneten Adresse an den Fürsten der Moldau gewendet. Diese Adresse, mit aller Mäßigung und der Würde und Person des Hospodars gebührenden Ehrerbietung abgefaßt, verlangte nicht blos eine Revision der Steuerlisten, sondern legte auch dem Fürsten den kläglichen Zustand des öffentlichen Haushalts dar. Sie beschwor ihn im Namen des Vaterlandes, sein System zu ändern und das Land von dem russischen Einflusse zu befreien. Namentlich diese letztere Foderung zog den Bittstellern Verfolgungen zu, da sie natürlich in Petersburg sehr übel vermerkt wurde.

Die Donaufürstenthümer sind ein Schlüssel der Pforte. In jedem Kriege, den Rußland gegen das türkische Reich führt, sind sie ein so wichtiges Bollwerk für das Letztere, wie nur immer Belgien für Frankreich sein mag. Die westlichen Mächte würden sehr weise handeln, wenn sie sich ein wenig darum bekümmerten. Mit Klugheit und Energie könnte man sie jetzt noch dem russischen Einfluß entziehen, und damit den Interessen des türkischen Reiches, in welche, wie die Dinge stehen, die allgemeinen europäischen Interessen so wesentlich verflochten sind, einen wichtigen Dienst leisten.

Mexico.

In den von den Amerikanern eroberten oder besetzten Theilen Mexicos erscheinen bereits regelmäßig acht englisch-amerikanische Zeitungen,

nämlich die Flag in Matamoras, die Sentinel in Tampico, der Eagle und das Chronicle in Veracruz, der Star in Jalapa; ein ungenanntes Blatt zu Monterey in Neu-Leon, eins zu Monterey in Californien, und eine Mormonenzeitung zu Yerba Buena. Nächstens wollte man eine Zeitung in Puebla, eine zu San Luis de Potosi und zwei in der Stadt Mexico gründen, sobald nämlich diese Plätze erobert sein werden.

Personalnachrichten.

Orden. Hannover. Guelphenorden, Ritterkreuz: der Legationsrath Neubourg in Hannover. 4. Kl.: die Oberstlieutenants Erdmann und Flügge; die Majore Bansen, Frhr. v. Bülow und Poten; die Rittmeister Dorndorf, Eppen, Friedrich, Hoyer, v. Klenck und v. Schwanewede; die Capitains Köster, Lütgen, Rennberg, Rüst, Spindler und Stakemann; der Premierlieutenant v. Platen-Hallermund; der Stabsarzt Dr. Baemeister. — Preussen. Stern zum rothen Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der Oberlandesgerichtschefpräsident Dr. Reichler in Naumburg. 4. Kl.: der Oberstlieutenant a. D. Kalau v. Hofen. — Sachsen-Koburg-Gotha. Ernestinischer Hausorden, Verdienstkreuz: der Kapellmeister Taubert in Berlin.

Consuln. Baiern. Zum Consul in Wien ist der Comptoirchef des Hauses Rothschild, L. Edler v. Wertheimstein, und zum Viceconsul für Porto Alegre in Brasilien der Kaufmann Cardozo de Salles bestellt worden.

Standeserhöhungen. Baiern. Der Geheimrath und bisherige Bundestagsgesandte v. Oberkamp wurde sammt seinem Adoptivsohne Rudolf (Braun) in den erblichen Freiherrnstand erhoben.

Wissenschaft und Kunst.

Aschaffenburg, 8. Jun. Bei der Versammlung der Forstwirthe (Nr. 162) beläuft sich die Zahl der Theilnehmer bis heute auf 211. Gestern wurde eine große Excursion in den Spessart gemacht. Heute fand die zweite Hauptsitzung statt, in welcher für die nächste Versammlung Ellwangen in Württemberg bestimmt und für die darauf folgende Saarbrücken in der preußischen Provinz Niederrhein in Aussicht gestellt wurde. Zum zweiten Präsidenten ist nicht der Oberforstrath, sondern der Regierungs- und Forstrath Waldmann aus München gewählt worden. (A. C.)

Von Singapur aus wird eine dort erscheinende neue Monatsschrift: Journal of the Indian Archipelago and Eastern Asia, angekündigt, welche zunächst ein Sammelblatt für in spanischer und niederländischer Sprache erschienene Artikel über Sumatra, Java, Borneo, Celebes, die Philippinen, Molukken, Bali und andere Eilande des indischen Archipels, die Geschichte, sprachlichen, literarischen, ethnographischen, naturhistorischen, ökonomischen ꝛc. Verhältnisse betreffend, sein will. Es wird ferner Originalaufsätze über dieselben Gebiete und auch aus Siam, sowie zuweilen aus Cochinchina, namentlich aber über die Malaien bringen. Ihre besten prosaischen und dichterischen Producte werden mit Uebersetzungen und erklärenden wie kritischen Noten in ununterbrochener Folge gegeben. China und Australien werden gelegentliche Beiträge gewähren. Zunächst wird ein Monatsheft von mehren Bogen, auch mit Abbildungen, ausgegeben, und der jährliche Subscriptionspreis ist mit 5 span. Thlr. oder 1 Pf. St. bestimmt. In London nehmen Smith, Elder u. Comp. Bestellungen an.

— Sämmtlichen Mitgliedern des sehr zahlreich besetzten Hoftheaters in Detmold ist gekündigt, und es steht eine Reorganisation desselben bevor. (B. H.)

Handel und Industrie.

Börsenbericht. Leipzig, 12. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116 Br., Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86½ G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99¾ bezahlt; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 G.; Löbau-Zittauer 57¾ Br., 57½ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br., 212 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 Br., 109¾ G., Köln-Mindener 93 Br., 92¾ G.; Altona-Kieler 109½ Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.

Eisenbahn. Am 6. Jun. fand die erste Probefahrt auf der Löbau-Zittauer Eisenbahn statt, indem die kurze Strecke vom zittauer Bahnhofe bis in das romantische Schülerthal befahren wurde. In Ermangelung von Personenwagen hatten das Directorium und alle bei dieser Probefahrt sich betheiligenden Personen auf gewöhnlichen Steinwagen Platz genommen. Anfang Herbst soll bis Herrnhut gefahren werden. Vor der Hand stehen zwei Locomotiven, die Lusatia und Bohemia, auf dem Bahnhofe.

Eisenbahn. * Leipzig, 11. Jun. Da nunmehr die Dividenden aller deutschen Actieneisenbahnen für 1846 bekannt sind, so wird eine Zusammenstellung derselben, verbunden mit einer Angabe der Dividenden früherer Jahre, von einigem Interesse sein. Wir ordnen die Bahnen nach der Höhe der zuletzt gezahlten Dividenden (incl. Zinsen).

1846			1845	1844	1843	1842	1841	1840	1839	1838	1837	1836
14	Procent	Nürnberg-Fürth	14	15	14½	15	16	17	16½	16	17½	(390 Tage)
11⅓	"	Magdeburg-Leipzig	10	9	10	7	3	4				20
8⅓	"	Kaiser-Ferdinands-Nordbahn	5⅓	5	4⅓	5⅓						
8	"	Berlin-Anhaltische	6⅔	6⅔	6	4½						
7⅓	"	Bonn-Cöln	7	5⅓								
6⅔	"	Taunusbahn	6	6	6	6	6	6⅔				
6½	"	Wien-Gloggnitz	6	5¼	4⅔	4⅔						
		Berlin-Stettin	5⅓	5								
5¼	"	Breslau-Schweidnitz-Freiburg	4⅓									
		Magdeburg-Halberstadt	3⅓	3								
		Altona-Kiel	5									
5	"	Leipzig-Dresden	5	5	5	4⅔	4	4	4			
4⅓	"	Budweis-Linz-Gmunden	4⅓	3⅓	4¼	3⅓	3	3¾	3¾	2½	2½	2
4	"	Düsseldorf-Elberfeld	3	3	2½							
		Rendsburg-Neumünster.										
3½	"	Rheinische	3	3⅓	—							
2	"	Glückstadt-Elmshorn.										

Die Hamburg-Bergedorfer Eisenbahn warf erst jetzt so viel ab, um die am 1. Mai 1844 fällig gewesenen, auf 4 Proc. lautenden Coupons ihrer Actien bezahlen zu können. Die Actien der übrigen Eisenbahnen wurden im verflossenen Jahre noch aus dem Baufonds verzinst, weil die betreffenden Bahnen entweder nur erst zum Theil befahren werden oder nur einen Theil des Jahres vollständig im Betriebe waren. Der Vollständigkeit wegen und zur Vergleichung fügen wir auch die Dividenden der aufgelösten Eisenbahngesellschaften hinzu:

Berlin-Potsdam . . 1844: 7½, 1843: 7, 1842: 7, 1841: 7, 1840: 7½, 1839: 6½.
Berlin-Frankfurt . . " 6⅔, " 7, " 5
München-Augsburg . 1843/44: 2½, 1842/43: 3½, 1841/42: 3, 1840/41: 2½.

Wollmarkt. Dresden, 11. Jun. Die Quantität der eingeführten Wolle kam der vom vorigen Jahre ziemlich gleich. Nicht uninteressant ist es, daß die vorzüglichste Frage sich nach den hochfeinen Wollen einstellte, im Gegensatze zu den letztern Jahren, wo die Mittelwollen gesuchter waren. Der höchste Preis, der bezahlt wurde, war 21½ à ⅔ Thlr. Die Wäsche war vorzüglich, und obwol im Allgemeinen weniger als voriges Jahr geschoren worden war, das Resultat des Marktes ein um so erwünschteres zu nennen, als schon am zweiten Tage, gestern, fast Alles verkauft war. Hauptkäufer waren englische, französische und preußische Händler, auch Schweden und Dänen, sowie deutsche und niederländische Fabrikanten. Es dürften heute kaum vier bis fünf kleinere Partien noch unverkauft sein. (L. Z.)

Wasserstand am Pegel der tiefen Elbbrücke am 12. Jun. früh 7 Uhr: 1° unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 8. Jun. 2½pc. Int. 57¹⁵/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 106; 4½pc. Handelsg. 174¾. Frankfurt a. M., 10. Jun. Oestr. Bkact. 1957; 250 Fl. L. 120⅜; 500 Fl. L. 155¼; Bair. 3½pc. 92⅛ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58½ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 79; 25 Fl. L. 28; Nass. 25 Fl. L. 25⅞; Sard. 35¼; Kurhess. 32½. Paris, 8. Jun. 5pc. 117. 15; 3pc. 77. 30; Neap. 103. 25. Wien, 9. Jun. Bkact. 1635; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97½; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154⅞; 250 Fl. L. 120.

Disconto. Amsterdam, 8. Jun. 4 %. Frankfurt a. M., 10. Jun. 3¼ %.

Actien. Frankfurt a. M., 10. Jun. Taunusb. 358½; Nordb. 72¼; Verb. 94. Paris, 8. Jun. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 355; l. 222½; Paris-Orleans 1262½; Paris-Rouen 966½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 440; Rouen-Havre 652½; Marseille-Avignon 740; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Vierzon 595; Nord 597½. Wien, 9. Jun. Nordb. 166; Gloggn. 124; Mail. 110¼; Livorn. 90; Pesth. 98⅝.

Berliner Börse, 11. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatsschuldsch. 92¼, 5½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpreuß. 96½, pomm. 94¾, schles. 97½, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94¾ Br., Louisdor 112¼, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 93¾ Br., Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾ Br., Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 92½, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91⅝, 5pc. 101½, Berl.-Stettin 108, Breslau-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 92⅞, Crakau-Oberschl. 4pc. 76¼ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104½ Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Altonaer 4pc. 108½, Niederschles. 87¾, Prior.-Act. 4pc. 94⅞, 5pc. 101⅞, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¾ Br., Litt. B. 4pc. 99 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 80, Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89⅝, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 87 Br. — Quittungsbogen: Magd.-Mostr. 83½ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 101, Kass.-Lippst. 4pc. 84¼, Cöln-Mind. 4pc. 92⅜, Magd.-Wittenb. 85½ Br., Mecklenb. 74⅛ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅛, Pos.-Starg. 4pc. 83, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¼, 2., 3., 4. Anl. (Stieglitz) 4pc. 92⅛, Poln. Schatzobl. 4pc. 84⅛, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½ Br., à 300 Fl. 4pc. 96, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Bkcrt. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32 Br., Hamb. F.-A.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-A. 88 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 21½, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Vollständig ist jetzt erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

ULFILAS.

Veteris et Novi Testamenti versionis gothicae fragmenta quae supersunt, ad fidem codd. castigata, latinitate donata, adnotatione critica instructa cum glossario et grammatica linguae gothicae conjunctis curis ediderunt *H. C. de Gabelentz* et Dr. *J. Loebe.*

Zwei Bände.

(Mit drei Steindrucktafeln.)

Gr. 4. Geh. Druckpap. 16 Thlr. Velinpap. 19 Thlr.

Die kürzlich ausgegebene **zweite Abtheilung des zweiten Bandes** enthält eine **Grammatik der gothischen Sprache** und wird zu dem Preise von 6 Thlr. auch einzeln erlassen.

Leipzig, im Juni 1847.

[2284] **F. A. Brockhaus.**

Bei **Leopold Michelsen** in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Types et Caractères Russes

par **Ivan Golovine.**

2 Volumes. 2 Thaler.

Früher erschien von demselben Verfasser.

La Russie sous Nicolas I. 2 Thlr.

Dasselbe deutsch. 1½ Thlr.

Wir machen das Publicum auf diese interessanten Schriften ganz besonders aufmerksam. [2268]

Ein Wort über die Ausbreitung des Deutsch-Katholicismus und der freien Gemeinden.

Der Abfall der Deutschkatholiken von der römischen Kirche findet seine Erklärung nicht blos in jenen kirchlichen Lehren, welche die Protestanten längst von sich entfernt haben, sondern auch in Lehren, welche diese noch beibehielten, und, bei Vielen wenigstens, in dem Ansehen der heiligen Schrift selbst. Denn warum gingen die Erstern nicht zu den Protestanten über, und warum vereinigen sich jetzt, trotz der damit verknüpften bürgerlichen Nachtheile, so viele Protestanten mit ihnen oder bilden eigne freie Gemeinden? Es ist auch bei diesen nicht blos die unfreie kirchliche Verfassung, nicht blos die Lehre von stellvertretender Genugthuung, von Rechtfertigung durch den bloßen Glauben oder von Vorherbestimmung, welche ihnen als schriftwidrig erschienen, sondern Viele von ihnen sind an der Grundlage der christlichen Religion selbst irre geworden. Allein mit dem bloßen Niederreißen der alten Kirche ist noch keine neue gebaut, und ohne positiven und göttlichen Grund kann keine Kirche dauernd erhalten werden; auch ist es nicht die Vernunft, welche die christliche Offenbarung verwirft, sondern die Unvernunft, welche hier schmäht, was sie nicht versteht. Der christlichen Kirche kann in ihren jetzigen Wirren und Nöthen nur dadurch geholfen werden, daß durch einen besonders von Gott Erleuchteten und Geweihten die Göttlichkeit der Schrift im Einzelnen herausgestellt und ihr Inhalt in den richtigen Lehrbegriff zusammengefaßt wird. Nun kann aber jeder Vorurtheilsfreie, der die Wahrheit um ihrer selbst willen sucht und liebt, sehr leicht sich überzeugen, daß dies schon längst geschehen ist in Schriften, welche, nunmehr lange genug theils unbekannt geblieben, theils von Unwissenden und blinden Eiferern oder Nachsprechern verschmäht, entstellt und verkehrt worden sind, wiewol in neuester Zeit ihr hoher Werth auch von andersdenkenden Theologen anerkannt worden ist, nämlich in Swedenborg's Schriften. So bekannte vor kurzem ein berühmter protestantischer Professor offen: „Es ist gar keine Frage, daß Swedenborg's Werke das reinste Christenthum enthalten", und schon früher schrieb einer der eifrigsten und geistreichsten Katholiken, „daß [selbst] die Bessern unter den protestantischen Theologen Swedenborg ganz ungerecht und unverständig behandeln, während doch seine Lehre die einzige aus dem Schooße des Protestantismus hervorgegangene sei, auf welche sich eine Gemeinde möglicherweise bauen ließe". Ein berühmter Professor gab als Resultat seiner Untersuchung über ihn: „Entweder war Swedenborg ein göttlicher Gesandter, oder das größte Genie, das die Welt je gesehen hat". Sämmtliche Einwürfe gegen ihn sind gründlich widerlegt worden von Dr. Tafel in Tübingen in dessen Schriften: „Vergleichende Darstellung und Beurtheilung der Lehrgegensätze ꝛc." (Tübingen 1835) und: „Swedenborg und seine Gegner" (3 Theile, Tübingen 1838—44). Besonders aber möchte zu gegenwärtiger Zeit nicht nur den Deutschkatholiken und Lichtfreunden, sondern den Christen überhaupt zum Behufe ihrer Vereinigung auf einerlei Lehre wesentlich dienen, ja sogar nothwendig sein Swedenborg's letztes Werk: „Vera christiana religio" (Amsterdam 1771), in welchem er seine Lehren in systematischen Zusammenhang gebracht hat. Für den hohen Werth dieser Schrift spricht auch, daß außer mehren französischen und englischen Uebersetzungen schon drei deutsche erschienen sind, zuerst 1784 zu Altenburg, dann (von einem sächsischen Theologen) 1795 zu Basel unter dem Titel: „Die ganze Theologie der neuen Kirche", und endlich 1841—42 zu Tübingen, die von Hofacker. Die von 1795 ist jedoch aus vielen Gründen weit vorzuziehen und möchte bei Antiquaren und aus Privatbibliotheken noch zu bekommen sein.

Um vorläufig einige Kenntniß über diesen interessanten Mann, über seine Lehren und über die Glaubwürdigkeit derselben zu erlangen, dient das von Dr. Tafel in Tübingen aus dem Englischen übersetzte Schriftchen, betitelt: „Antwort auf die Frage, warum nimmst du das Zeugniß Swedenborg's an?" (Tübingen 1836. Preis 24 Kr.)

[2251] Dr. R.

Unten verzeichnete nützliche Schriften,

aus dem Verlage von **Baumgärtner's Buchhandlung** zu Leipzig, werden sowol wegen ihrer außerordentlichen Reichhaltigkeit und Zweckmäßigkeit als auch ihres so **äusserst billigen Preises** wegen bestens zu allgemeiner Beachtung empfohlen:

Allgemeine Encyklopädie

der gesammten Land- und Hauswirthschaft

vom Dr. C. W. C. Putsche. Mit 87 Kupfern und vielen Tabellen. Nebst vier Supplementbänden, von Pastor J. W. Krause, mit 10 schwarzen und 10 colorirten Kupfern. Zusammen 17 Bände 6 Thaler. Ohne die Supplemente 13 Bände 4½ Thlr.

☞ Die Einrichtung der Encyklopädie ist so getroffen, daß dieselbe auch nach den einzelnen Wissenschaften gebunden werden kann.

Dr. J. A. Hoffmann's

Encyklopädie der Diätetik.

Allgemeines Gesundheitslexikon,

beendet von Dr. Jonathan Braun. Lex.-8. (1840). zweispaltige Seiten in gr. Lexikon-Format. Cart. 3 Thlr.

Encyklopädie

der

gesammten Thierheilkunde

oder vollständiges Real-Wörterbuch sämmtlicher Krankheiten der landwirthschaftlichen Hausthiere von Dr. Jonathan Braun. Lex.-8. (1840). 2 Thlr 20 Ngr. (2⅔ Thlr.) [2238]

In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Dr. Karl Schrader's Rechtfertigung über die Anklagen wegen seines Buches **„Der Antipietist".** Geh. 7½ Sgr.

Ueber die Macht der Persönlichkeit. Rede am Geburtsfeste eines Regenten. Gehalten von einem blinden Zobelfänger. Geh. 3 Sgr.

Die Auferstehung der Wahrheit. Eine christliche Geschichte aus dem 19 Jahrhundert. Geh. 3 Sgr.

Minden, im Juni 1847.

[2236] **F. Essmann.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr Landbauconducteur Adolf Canzler in Dresden mit Frl. Cäcilie Heinze. — Hr. Leopold Fröhlich in Schwerin mit Frl. Otelie Arten. — Hr. Otto Weitzmann in Hohenlohe mit Frl. Emma Sack in Löbau.

Getraut: Hr. Robert v. Kamienski auf Ganzlau mit Frl. Marie v. Zaluskowska. — Hr. Wilhelm Krause in Berlin mit Frl. Auguste Büttner. — Hr. Kaufmann Hermann Nerlich in Guhrau mit Frl. Rosalie Eitner. — Hr. H. R. Schöne in Blumenthal mit Frl. Körner — Hr. Prediger Eugen Vogtherr in Breslau mit Frl. Clara Duttenhofer aus Landshut.

Geboren: Hrn. Wirthschaftsinspector C. Chrobog in Pavelwitz eine Tochter. — Hrn. Christ. Engels in Kriegsdorf ein Sohn. — Hrn. Oberamtmann Kloß in Berlin eine Tochter. — Hrn Päschke in Bankau eine Tochter. — Hrn. Pastor Nedlich in Bottschow ein Sohn. — Hrn. Joh. Georg Siebenkees in Nürnberg ein Sohn.

Gestorben: Hr. Hugo Blumenberg in Berlin — Frau Hofpostmeister F. C. L. Böttticher in Potsdam. — Frau Lehrer Luise Bürkner in Brieg. — Hr. Waarenmakler Chr. Aug. Ebbeke in Bremen. — Frau Landgerichtsassessor Anna Tiefenhofer in Ober-Bichtach. — Hr. Christian Heinrich Fischer in Leipzig. — Hr. K. F. T. Gusi in Berlin. — Hr. Justizrath Franz Ferdinand Holthof in Köln. — Hr. Assessor Gustav Jungwirth aus Driesen in Berlin. — Hr. Kaufmann Karl Friedrich Lonicer in Loslau. — Hr. Schullehrer J. G. Mäder in Reuthin. — Frau Amtsassessor Meyer in Berlin. — Frau Marie Elisabeth Riedel in Leipzig. — Hr. J. B. Wendt in Bremen.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 13. Jun. **Der verwunschene Prinz,** Schwank in 3 Akten von J. v. Plötz. — Hierauf **Die Maskerade im Lachstübchen,** Schwank in 1 Act frei nach dem Französischen von C. Meirner. Wilhelm und Kindler, Herr **Meigner** als letzte Rollen.

Montag, 14. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen. Neu einstudirt: **Der Liebestrank,** komische Oper in 2 Akten nach dem Italienischen von Jg. Brucke. Musik von Donizetti. Adina, Frl. von Marra, vom k. k. Hofoperntheater zu Wien, als erste Gastrolle.

Dienstag, 15. Jun. **Faust,** Tragödie von Goethe. Gretchen, Frl. **Senger,** vom Hoftheater zu Oldenburg, als erste Gastrolle.

Digitized by Google

Montag — Nr. 165. — 14. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Mittags. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für Dresden vierteljährlich 2 Thlr. Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 1½ Ngr. ZEITUNG 1847

Zur Nachricht.

Auf das am 1. Jul. 1847 beginnende neue vierteljährliche Abonnement der **Deutschen Allgemeinen Zeitung** werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes Bestellungen angenommen. Der Preis beträgt in **Sachsen** vierteljährlich 2 Thlr., in den übrigen Staaten wird derselbe nach Maßgabe der Entfernung von Leipzig erhöht.

Ueberblick.

Deutschland. = München. Stimmungen. ⅔ Dresden. Die Witterung. Die Aernte. Die Fremden. — Der stuttgarter Turnverein. Die Polizeistunde. * Frankfurt a. M. Die Bundesversammlung. Das Preßgesetz. Der Getreidehandel. — Handelspolemik.

Preußen. Berlin. Landtag. * Berlin. Die Einstellung der Arbeiten an der Weichselbrücke. Der Landtag. — Die Opposition. — Der Wucher. — Der Gottesdienst der Juden. — Die stettiner Kaufmannschaft

Oesterreich. Finanzwesen. Die griechische Differenz. Italien. Die Getreideausfuhr. — Ungarische Zeitungen. Theuerungsunruhen. — Verordnungen.

Portugal. Gefangennahme des Grafen das Antas.

Spanien. Das königliche Ehepaar. Espartero.

Großbritannien. Parlament. Die Eisenbahnbills. Die Herzogin von Kent. Prinz Oskar von Schweden. Die Repealvereinssitzung. O'Connell und die Lebensversicherungsgesellschaften. Die Kriegsbrigg Frolic.

Frankreich. Parlament. Cabinetsrath. Graf Duchatel. Hr. Emile de Girardin. Einsturz eines Viaducts. * Paris. Corruption.

Belgien. * Brüssel. Die Wahlen. Der englische Gesandte. Der König.

Niederlande. Die Opposition.

Schweiz. Der französische Gesandte und Hr. Ochsenbein. — Instruction von Schaffhausen.

Italien. * Rom. Cardinal Micara. Der Papst. Die Schweizer.

Dänemark. Russische Schiffe.

Griechenland. Athen. Türkische Rüstungen.

Türkei. Die griechische Differenz.

Brasilien. Der Kaiser.

Handel und Industrie. * Frankfurt a. M. Börsenbericht. — Die Petersburg-Lübecker Dampfschiffahrt. — Eröffnung der Pfälzischen Ludwigseisenbahn. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. * Neustadt a. d. Orla. Wollmarkt. — Wollmarkt in Landsberg a. d. W. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 10. Jun. Soeben hören wir, daß seit gestern eine münchner Correspondenz in einem ulmer Blatte (wenn dieselbe anders aus München wirklich stammt) hier viel besprochen wird. Dieselbe muß jedenfalls aus sehr unreiner Quelle kommen, wenn es wahr ist, daß sie an der Aufrichtigkeit jener freudigen Stimmung zweifeln will, die hier allgemein über die neuesten officiellen Bekanntmachungen in Betreff der künftigen Gesetzgebung herrscht, einer Stimmung, von welcher am Abend des 6. Jun. der König bei seinem Erscheinen im Theater durch einen wahrhaft beispiellos enthusiastischen Empfang selbst den unzweideutigsten Beweis erhalten hat. Wo ein öffentliches Uebel so allgemein empfunden wird wie in Baiern das Uebel einer mit den Zeit- und Landesbedürfnissen durch keinerlei Flickwerk mehr in Einklang zu bringenden veralteten und obendrein unter sich nicht einmal übereinstimmenden Gesetzgebung, und wo, wie wiederum in Baiern, über die Zeit und Richtung, in welcher die Befreiung des Landes von diesem öffentlichen Uebel eintreten soll, je länger desto mehr Ungewißheit und Spannung herrschend gewesen ist, da muß wol die Freude über eine königl. Entschließung wie die jüngste über die bei der neuen Gesetzgebung zu befolgenden Principien mit Blitzesschnelle sich verbreiten, und wenige Tage müssen hinreichen, den Sinn und die Bedeutung einer solchen Neuigkeit zum geistigen Eigenthum Aller zu machen. Daher ist eine solche öffentliche Demonstration, wie wir sie (in der Art früher ohne Beispiel) am vergangenen Sonntag Abend im Theater erlebt haben, allerdings etwas sehr leicht Erklärbares, und nur böser Wille oder sonstige Unlauterkeit können Ursache sein, das Thatsächliche so keck und schnöde in vollen Zweifel ziehen zu wollen.

⅔ **Dresden**, 12. Jun. Seit 14 Tagen haben wir uns hier nicht eines einzigen heitern, warmen Tags zu erfreuen gehabt, wie man dies wol im Juni erwarten kann, und wenn wir in der sechsten und siebenten Morgenstunde nicht mehr als 8—9 Grad Wärme hatten, so steigerte sich diese höchstens bis Mittags auf 13—17 Grad und sank bis gegen Abend 8 Uhr wieder auf 7—8 Grad herab. Diese ungewöhnlich anhaltende Kühle hat, wie man denn überhaupt jetzt Alles, was wohlthätig oder nachtheilig auf den Stand der Feldfrüchte einwirken könnte, mit ängstlicher Aufmerksamkeit beobachtet, zu mehrfachen Befürchtungen Veranlassung gegeben; aber diese empfindliche kalte Temperatur des Brachmonats hat bis jetzt noch nicht im geringsten geschadet, wohl aber die Vermehrung der Raupen und andern den Krautfrüchten nachtheiligen Ungeziefers verhindert, und nur der Erdfloh ist es, der dieses Jahr auffallend zahlreich sich zeigt und besonders der jungen Kohlrabi u. dergl. Schaden zufügt. Seit acht Tagen und noch länger ist der Himmel über unserm Elbthale fortwährend mit Gewitterwolken bedeckt, ohne daß diese sich hier entladen; jedoch gewinnt es ganz den Anschein, als ob eine Aenderung der bis jetzt herrschenden Temperatur eintreten werde, da wir auch bereits seit gestern den ersten warmen Regen gehabt haben und heute Wetter an Wetter sich über unserer Stadt zusammenzieht. — Ist es der Druck der Zeit, ist es das Unangenehme der Witterung oder sonst ein anderer Grund, warum Dresden dieses Frühjahr und nun jetzt bei eintretendem Sommer verhältnißmäßig so arm an Fremden ist, wir wissen es uns nicht bestimmt zu erklären; aber auffallend ist diese Erscheinung dieses Jahr, und um so betrübender, da nach einem langen Winter, nach einem fast gänzlichen Stocken der Geschäfte Alles mit froher Hoffnung gläubig dem kommenden Frühling entgegensah; aber man frage unsere Hoteliers, man frage die Inhaber unserer Galanterie- und Modewaarenhandlungen, die Geschäftsleute aller Branchen, und Alle werden einstimmig aussprechen, daß dieser Sommer für den Verdienst der Betheiligten einer der schlechtesten zu werden scheint. Fremde Durchreisende genug, aber Dresden wird sie in den Hotels und Gasthöfen, in den Läden der Kaufleute und Modisten, in den Verkaufslocalen der Handwerker und selbst in Concerten und Theater kaum gewahr!

— Dem Nürnberger Correspondenten schreibt man aus **Stuttgart** vom 9. Jun.: „Die Auflösung unseres Männerturnvereins ist nun doch erfolgt. Gestern Abend erschien der Oberpolizeicommissär Bullinger in dem Vereine und sprach sie im Auftrage der königl. Stadtdirection amtlich aus. Den einzelnen Mitgliedern der Gemeinde soll es jedoch unbenommen bleiben, den Turnplatz nach Belieben zu benutzen, denn nur der Verein als solcher ist für aufgelöst erklärt." — Eine polizeiliche Bekanntmachung setzt die bisher auf 10 Uhr Nachts beschränkte Polizeistunde von nun an auf 11 Uhr fest.

* **Frankfurt a. M.**, 11. Jun. Der Bundespräsidialgesandte Graf v. Münch-Bellinghausen wird morgen von Wien hier zurückerwartet. Er wird sofort den Vorsitz im Kreise der Bundesversammlung wieder übernehmen. Es werden sodann, wie verlautet, in dieser Versammlung unverzüglich mehre wichtige Angelegenheiten von allgemeinem deutschen Interesse, namentlich in Bezug auf die Auswanderungsfrage, die geeigneten Maßnahmen zu möglichster Verhütung eines Wiedereintritts eines so drückenden Nothstandes, wie er in der letzten Zeit auf dem Volke gelastet, und in Bezug auf eine neue Gestaltung der Lage der Presse zur Verhandlung kommen. Was den letzterwähnten Gegenstand anlangt, so scheint es, als würde das Zustandekommen einer definitiven Vereinbarung nicht schon in der gegenwärtigen Session des Bundestags zu erwarten sein. Der Entwurf eines preußischen Preßgesetzes, dessen Bestimmungen dem Vernehmen nach bei den betreffenden Berathungen zu Grunde gelegt werden sollen, hat keineswegs, wie von einigen Seiten behauptet worden ist, bei seiner vorläufigen Mittheilung an die Regierungen der verschiedenen Bundesstaaten eine solche Zustimmung gefunden, daß angenommen werden könnte, es würden die Principien und Festsetzungen dieses Entwurfs als Grundlagen eines allgemeinen deutschen Preßgesetzes aufgestellt werden. Eine Ausgleichung der divergirenden Ansichten dürfte nicht so leicht gewonnen werden; und aufrichtig gesagt, nach Dem, was man über den Inhalt des fraglichen Entwurfs vernommen, würde es in der That nicht als ein Unglück zu betrachten sein, wenn statt einer Einführung dieses Preßgesetzes die Censur noch länger in Deutschland fortbestehen bliebe. — Seit einigen Tagen haben wir eine etwas kühle, reg-

nerische Witterung. Es ist dieselbe, wie erfahrene Oekonomen versichern, dem Getreide sehr günstig, indem sie die Füllung der Aehren fördert. Wenn auch die Einbringung der Aernte um ein oder zwei Wochen verzögert werden sollte, so wird doch zur Entschädigung dafür der Ertrag um so mehr gesteigert. Die sogenannten Getreidespeculanten haben indeß durch ihre Händel auf Lieferung, die meistens gar nicht ernstlich gemeint, sondern nur Scheingeschäfte sind, einem weitern Rückgange der Preise für den Augenblick wieder Einhalt zu thun verstanden. Eine wirksam durchgreifende gesetzliche Bestimmung gegen das verderbliche Treiben mit Zeitkäufen in Lebensmitteln könnte ohne die nachtheiligste Rückwirkung auf das Nationalwohl nicht entbehrt werden. Die Speculation oder das Spiel auf Zeit ist nicht eine Nothwendigkeit, sondern der Ruin des rechtlichen Handels; eben so wenig eine Nothwendigkeit für den Handel in Getreide als für den Handel in Tüchern und andern Waaren.

— Aus **Hamburg** vom 9. Jun. schreibt man der Weser-Zeitung: „Es regnet wieder einmal Flugschriften über deutsche Handelspolitik; Schutzzöllner und Freihändler treten von allen Seiten in die Schranken und führen leichtes und schweres Geschütz auf. Die bevorstehenden Verhandlungen der zweiten preußischen Kammer können also auf ein großes, mehr oder minder betheiligtes Publicum zählen. Auch Hamburg wird, wie wir hören, bei diesem Anlasse sein Stillschweigen brechen und sein längst erwartetes Votum abgeben. Die in letzter Zeit hier abgestatteten Besuche preußischer Staatsmänner und ihre Anfragen werden ohne Zweifel die Anknüpfung darbieten. Die von Bremen aus auch hierher in einigen Exemplaren geschickte Broschüre: «Deutscher Handels- und Schifffahrtsbund» hat lebhaft angesprochen und wol die Nothwendigkeit beschleunigt, eigens hervorzutreten und das Gewicht der hamburger Größe und Bedeutung in die Wagschale der öffentlichen Meinung zu legen."

Preußen.

Berlin, 12. Jun. In der Sitzung der Vereinigten Curien am 8. Jun. kam zunächst der Theil des Gutachtens zur Sprache, welcher einen Antrag des Abg. Hansemann betraf, zur Ausführung der Ostbahn eine Summe (von, wie Hr. Hansemann amendirte, 10 Millionen — erst hatte er 26—34 Millionen verlangt —) von den im Staatsschatz liegenden Geldern zu verwenden. Die Abtheilung war einstimmig gegen diesen Antrag. Hr. Hansemann sprach zu seiner Vertheidigung. Er könne sich die Bewilligung einer Anleihe nicht denken, ohne ein bestimmtes Gesetz über ihre Verwaltung und die ständische Mitwirkung dabei. Bei Geldfragen höre die Gemüthlichkeit auf. Auch klagte er über die Zersplitterung der Finanzverwaltung und verbreitete sich über das Müßigliegen des Geldes. Der Staatsminister v. Thile entgegnete ihm mit besonderm Bezug auf die militairische Lage des Staats, das alte preußische Vorrecht, immer zuerst auf dem Platze zu sein, den Nutzen des Kriegsschatzes in frühern Zeiten. Abg. v. Prondzinski sprach für die Anleihe. Graf Itzenplitz mahnte: man solle wegen der Theorie nicht die Praxis vergessen, von welcher die Committenten theilweise leben müßten, und möge auch der Regierung Vertrauen beweisen. Der Landtagscommissar recapitulirte die Einwürfe und antwortete ihnen. Das Vertrauen dürfe er der Regierung vindiciren, daß sie in der Ueberzeugung gehandelt habe, dem Vaterlande eine große Wohlthat zuzuwenden. Es wurde darauf über den Antrag der Abtheilung auf Bewilligung der Propositien abgestimmt und derselbe mit 360 gegen 179 Stimmen abgelehnt.

In der Sitzung am 9. Jun. nahm der Abg. Hansemann sein Amendement zurück. Der Abg. v. Brünneck schlug folgendes Amendement vor: „Die vereinigten Stände-Curien tragen allerunterthänigst darauf an, daß des Königs Maj. geruhen möge, behufs der zu beschleunigenden Ausführung der östlichen, unmittelbar von Berlin aus nach Königsberg zu führenden Eisenbahn dem nächsten Vereinigten Landtag eine allerhöchste Proposition vorlegen und bis dahin die an derselben begonnenen Arbeiten, wie bisher, mit den zu Gebote stehenden Mitteln fortsetzen zu lassen." Der Abg. v. Wedell hatte für die Anleihe gestimmt, wollte aber gegen das Amendement stimmen, da die Vertreter der Provinz Preußen gegen die Anleihe gewesen wären, der König aber gewiß schon selbst für diese Provinz sorgen werde. Der Abg. Steinberg meinte, dieses Amendement sei eine Petition. Frhr. v. Vincke entgegnete namentlich dem Abg. v. Wedell, machte aber auch an dem Amendement einige Ausstellungen. Gegen v. Wedell nahm auch Graf Schwerin die Motion des frühern Votums in Schutz. Abg. v. Beckerath hatte gegen die Anleihe gestimmt, in der Ueberzeugung, daß sie nur von Ständen bewilligt werden könne, die eine gesicherte Wirksamkeit hätten, war aber für das Amendement. Aus diesem ließ man, auf den Wunsch einiger Abgeordneten, die Worte „unmittelbar von Berlin aus nach Königsberg zu führenden" fallen und änderte die Worte „mit den zu Gebote stehenden Mitteln" in „in geeigneter Weise". In dieser Fassung ward das Amendement des Hrn. v. Brünneck von 320 gegen 195 Stimmen angenommen. (A. P. Z.)

** **Berlin**, 12. Jun. Die in der Allgemeinen Preußischen Zeitung enthaltene Mittheilung, daß nach einer Cabinetsordre vom 9. Jun. die Arbeiten des Brückenbaues über die Weichsel zwischen Dirschau und Marienburg sofort eingestellt werden sollen (Nr. 163), hat hier eine außerordentliche Sensation hervorgebracht. Es liegt in der Natur der Sache, daß dieser königl. Befehl mit der Entscheidung des Vereinigten Landtags über die Eisenbahnanleihe in Verbindung gesetzt wird; wie derselbe denn auch ohne Zweifel mit dieser Entscheidung in Verbindung steht. Offenbar hat der ablehnende Beschluß der Ständeversammlung die endliche Vollendung eines segenversprechenden, allgemein als nothwendig anerkannten nationalen Werkes in eine unbestimmte Zukunft hinausgeschoben. Am schwersten werden die östlichen Provinzen selbst die nachtheiligen Folgen dieses Beschlusses zu tragen haben. Die aus demselben entstehenden Nachtheile treffen zuerst den Gewerbestand. In der sichern Voraussicht baldiger Vollendung des östlichen Eisenbahnbaues waren in den betheiligten Provinzen mannichfache Vorbereitungen zu gewerblichen Unternehmungen gemacht worden. Diese Unternehmungen müssen jetzt aufgegeben oder mit ihrem Gedeihen auf den Zeitpunkt vertröstet werden, wo es mit den disponibeln Staatsmitteln möglich sein wird, den Bau der Bahn zu vollenden. Neben den gewerblichen Unternehmungen tritt das Interesse des Handels und des Ackerbaues hervor. Beide Erwerbszweige haben schon längst das dringende Bedürfniß nach Herstellung einer Eisenbahn gefühlt, welche die östlichen Provinzen mit dem Mittelpunkte der Monarchie sowie mit den westlichen Landestheilen in Verbindung setzt. Das Bedürfniß eines schleunigen Baues aus Rücksichten des Handelsverkehrs ist auch in dem Abtheilungsgutachten anerkannt und als äußerst gewichtig in den Vordergrund gestellt worden. Außer diesen Rücksichten ist aber namentlich auch die Lage der zahlreichen Arbeiter in Betracht zu ziehen, welche zum Theil schon bei den Vorbauten beschäftigt waren, zum Theil auf den lohnenden Verdienst rechneten, der ihnen durch den zu erwartenden kräftigern Angriff des Baues in Aussicht stand. Nach der Mittheilung der Allgemeinen Preußischen Zeitung hat die betreffende königl. Cabinetsordre vorwiegend auch auf die Lage der bei dem Brückenbaue beschäftigten und jetzt nahrungslos werdenden Arbeiter Rücksicht genommen, indem sie befiehlt, daß die Anordnungen über die Einstellung des Baues in solcher Weise getroffen werden sollen, daß die Arbeiter nicht in augenblickliche Noth gerathen. Es läßt sich erwarten, daß das jüngste Votum des Vereinigten Landtags nicht ohne bedeutenden Eindruck auf die betheiligten Bevölkerungen bleiben werde. Was aber andere Kreise betrifft, so wäre es endlich in der That an der Zeit, daß sich mehr und mehr aus unklaren oder nur zu klaren politischen Wünschen und Bestrebungen die gesunde Ueberzeugung hervorarbeitete: daß es ein Unrecht gegen das Land begehen heißt, wenn dessen wichtigste Interessen Nebenrücksichten und Nebenintentionen aller Art zum Opfer gebracht werden.

Wie versichert wird, hat der König eine abermalige Verlängerungsfrist von acht Tagen für die Verhandlungen des Vereinigten Landtags bewilligt, sodaß der Schluß der Sitzungen erst mit Ende dieses Monats eintreten dürfte.

— Aus **Berlin** vom 7. Jun. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Man erzählt hier, daß die Mitglieder der Opposition den Entschluß gefaßt hätten, auch nach dem Schlusse des Landtags ein permanentes Comité aus ihrer Mitte zu ernennen und dasselbe mit der Leitung und Vorbereitung aller im Parteiinteresse liegenden Angelegenheiten zu betrauen, und fügt hinzu, daß der Graf v. Schwerin an der Spitze dieses Comité stehen solle. Wir können jedoch mit Bestimmtheit versichern, daß den Stimmführern dieser Partei bis jetzt noch nichts von einem derartigen Plane bekannt ist."

— Bei den vielfachen Untersuchungen, welche in neuerer Zeit wegen Wuchers anhängig geworden sind, hatte sich das Criminalgericht in **Berlin** veranlaßt gesehen, den Wucher für ein Verbrechen zu erklären, welches einen Mangel an ehrliebender Gesinnung an den Tag lege, und deshalb außer auf die gewöhnliche Geldstrafe auch noch auf den Verlust der Nationalcocarde zu erkennen. Der Oberappellationssenat des königl. Kammergerichts hat in seiner Sitzung vom 27. Mai aber sich dahin ausgesprochen, daß nach Lage der Gesetzgebung der Wucher kein Verbrechen sei, welches den Verlust der Nationalcocarde nach sich ziehen könne. (P. Z.)

— Aus **Königsberg** vom 9. Jun. schreibt die Zeitung für Lithauen: „Die hiesige Polizeibehörde soll bereits wegen des auf den Sonntag verlegten Gottesdienstes der Juden eingeschritten sein, da ein Ministerialrescript alle Variationen desselben verbiete."

— Aus der Mitte der **stettiner** Kaufmannschaft ist eine Erklärung gegen das System der Differentialzölle an ein Mitglied der die Petition begutachtenden Abtheilung nach Berlin abgegangen. Sie zählte bereits am ersten Tage 63 Unterschriften, darunter die vieler und großer Rheder, und erhält deren jetzt bei ihrer fortdauernden Circulation immer mehr. (W. Z.)

Oesterreich.

Aus **Wien** vom 8. Jun. berichtet der Nürnberger Correspondent: „An die mit der Finanzgebahrung beauftragten Behörden ist der Auftrag ergangen, das strengste Sparsystem zu beobachten und selbst solche Ausgaben, die bereits präliminirt waren, zu unterlassen, wenn sie nicht als dringlich nothwendig sich darstellen sollten. — In der griechisch-türkischen Differenz sind bereits mehre Expeditionen geschehen, und man betrachtet die Sache nunmehr wol mit mehr Grund als vor einiger Zeit als abgethan. — Die Verhältnisse zu Italien haben sich in

neuester Zeit ziemlich verwickelt gestaltet. Ein besonders inniges Verständniß scheint zwischen dem Hofe von Neapel und dem hiesigen Cabinet stattzufinden. — Mehre Getreideausfuhrconcessionen sind nachträglich erwirkt worden. Das allgemeine Sinken der Getreidepreise wird das Ausfuhrverbot vermuthlich in naher Zukunft als überflüssig erscheinen lassen."

— Aus **Ungarn** meldet man dem Nürnberger Correspondenten: „Das Postporto auf ungarische Zeitungen ist namhaft erhöht worden. Man erwartet hierüber eine Reclamation der pesther Comitatsstände bei ihrem nächsten Zusammentreten. — Auch in Ungarn entstehen hin und wieder Theuerungsunruhen; es ereignen sich an verschiedenen Orten größere oder mindere Tumulte. Selbst in Pesth und Ofen wurden Drohbriefe gefunden, die einen Krawall theils auf den 3., theils auf den 6. Jun. vorausbestimmten. Die Polizei war auf ihrer Hut, allein die Vorsicht scheint ganz überflüssig gewesen zu sein, denn an beiden Tagen zeigte sich keine Spur irgend einer Ruhestörung. Desto ernsthaftere Unruhen gab es vor einigen Tagen in Großwardein (Stadt von 20,000 Einwohnern im östlichen Ungarn), indem wüthende Volkshaufen mehre Getreidemagazine stürmten und Alles, was sich ihnen widersetzte, mordeten oder verwundeten; es sollen so an 30 Personen ihnen zum Opfer gefallen und die Ruhe erst nach Einschreiten des Militairs hergestellt worden sein."

— Die wiener politischen Blätter veröffentlichen mehre Circulare, deren eins das Verbot, die Erzeugung, den Verkauf und den Gebrauch explodirender Stoffe betrifft, und ein anderes von der Bestrafung des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit durch boshafte Beschädigung der Eisenbahnen handelt.

Portugal.

Der Moniteur pariſien von gestern Abend und heute das Journal des Débats melden, daß Depeschen aus **Lissabon** vom 2. Jun. der spanischen Regierung die Gefangennehmung des Grafen das Antas mit 2000 oder 3000 M. durch das Blockadegeschwader vor Oporto angezeigt haben. Alles Eigenthum der Junta sei in die Gewalt des Geschwaders gefallen. (Es wird sich bei dieser jedenfalls auf telegraphischem Wege nach Paris gelangten Nachricht wahrscheinlich um Wegnahme der Dampfschiffe der Insurgenten handeln, auf welchen das Antas mit einer neuen Expedition zur Verstärkung Sa da Bandeira's nach Setubal oder vielleicht um nördlich von Lissabon im Rücken von Saldanha zu landen, von Oporto abzugehen beabsichtigte.)

Spanien.

Von Madrid aus wird den angeblich wiederholten Besuchen der Minister beim König in Pardo widersprochen. Welches von den hundert Gerüchten über die Trennung des königlichen Ehepaars das wahre sein möge, jedenfalls hielten die Minister sich nicht für verbunden, bei dem Könige weitere Schritte zur Herstellung des guten Einvernehmens zu thun. Personen vom Hofe ständen nicht an, zu äußern, daß die Königin ihnen das sogar in ihrem Namen untersagt habe. Man hofft jedoch, daß es vor dem Wiederzusammentritte der Cortes zu etwas in der Sache kommen werde, um außerdem unvermeidliche Interpellationen zu vermeiden.

— Der Faro enthält ein Schreiben aus **London**, worin von einem Plane die Rede ist, den Herzog v. Victoria, General Espartero, zum Vicekönige der Philippinen zu machen, woran schon damals gedacht wurde, als Espartero Regent in Spanien war. Der Aufstand gegen ihn habe die Ausführung zu jener Zeit allein verhindert.

Großbritannien.

London, 8. Jun.

Im Oberhause gab Lord Brougham's Erwähnung der angeblich beabsichtigten Verschiebung der Sommerassisen bis October dem Lord Campbell gestern zu der Bemerkung Veranlassung, daß die Richter in England zur Zeit der Cholera nie daran gedacht hätten, ihre Rundreisen auszusetzen. Die Actenstücke über die portugiesischen Angelegenheiten konnten noch nicht vorgelegt werden, und es kam darüber nur zu einer Anfrage von Lord Ellenborough, der wissen wollte, ob die von französischen Blättern gegebene Nachricht von der Beorderung des Prinzen von Joinville nach dem Tejo begründet sei, und ob es in diesem Falle dabei bleiben werde, daß bei gemeinsamem Handeln aus den Schiffen mehrer Nationen combinirter Geschwader der älteste Befehlshaber das Commando führe. Der Marquis of Lansdowne erwiderte, daß er nur von einigen nach dem Tejo gesendeten französischen Schiffen, aber nichts davon wisse, wer das Commando der combinirten Flotte führen werde. Die Bill über Fortweisung Armer für England und Schottland, hauptsächlich gegen den Andrang der Irländer gerichtet, ging durch das Comité. Auf Anfragen des Bischofs von Exeter gab der Marquis of Lansdowne über die Besetzung von Schullehrerstellen nach dem neuen Plane zur Beförderung des Volksunterrichts die Auskunft, daß Niemand, der sich dem geistlichen Berufe widmen wolle, und kein in geistlichen Functionen Stehender, möge er zur Hochkirche oder zu den Dissentern gehören, als Schullehrer danach angestellt werden solle. Die Hebung der Schullehrer solle sie keineswegs zur Kirche in nähere Beziehung bringen, vielmehr sollten sie völlig selbständig von derselben bleiben, und selbst wo zu den Stellen von Schulinspectoren Geistliche berufen werden sollten, würden dieselben, so lange sie Inspectoren blieben, ihre geistlichen Functionen aufzugeben haben.

Im Unterhause versuchte Lord G. Bentinck die von Hrn. Hume zum 10. Jun. angekündigte Interpellation über Portugal auf den 14. Jun. zu verlegen; allein Hr. Hume erklärte, daß er nicht von seinem Recht abgehen wolle. Sir R. Peel ersuchte darauf den Premierminister um Auskunft, ob die Correspondenzen und Actenstücke über diese Angelegenheit noch an diesem Abend würden vorgelegt werden können. Lord J. Russell erwiderte, daß ihm der Staatssecretair für das Auswärtige mitgetheilt habe, dieselben würden noch auf die Tafel des Hauses gelangen, daß aber die Vertheilung erst morgen stattfinden könne, weil die Buchdruckerei nicht eher die erforderliche Anzahl von Exemplaren zu liefern vermöge. In Bezug auf das Commando der an der portugiesischen Küste sich vereinigenden britischen, spanischen und französischen Seestreitkräfte erklärte Lord J. Russell, daß Sir W. Parker angewiesen sei, das Commando über spanische oder französische Schiffe nicht anzunehmen, wenngleich vorauszusetzen sei, daß dessen Bemerkungen von den Offizieren derselben gewiß immer achtungsvoll aufgenommen werden würden. Davon, daß der Prinz von Joinville nach Portugal kommen wolle, habe er nichts vernommen, und die Frage wegen des von ihm zu führenden Oberbefehls der vereinigten Geschwader liege also nicht vor. Lord J. Russell zeigte für die nächste Sitzung an, daß er die Erlaubniß zum Einbringen einer Bill über Verlängerung der freien Getreideeinfuhr und der Suspension der Navigationsgesetze für mit Getreide befrachtete Schiffe beantragen wolle. Der Secretair für Irland, Hr. Labouchere, gab auf Anfrage zur Antwort, daß die irischen Oberrichter über die in Rede stehende Verschiebung der Sommerassisen, weil von der dabei stattfindenden Ansammlung der Bevölkerung an den Orten der Gerichtssitzungen die vermehrte Ausbreitung der Seuche besorgt werde, noch keinen definitiven Beschluß gefaßt hätten. Es sei auch die Frage über Maßregeln zur Verkürzung der Stimmtermine bei etwanigen allgemeinen Wahlen in Irland erhoben worden. Bei den Grafschaftswahlen würden aber, wenn man die persönlichen Abstimmungen auf Einen Tag beschränken oder Anstalten zur Stimmgebung an verschiedenen Orten treffen wollte, große Schwierigkeiten eintreten, das ohne Aenderung des ganzen Wahlsystems zu thun; was die Wahlen für Ortschaften anlange, so beabsichtige er eine Bill einzubringen, welche die Abstimmungen auf einen Tag beschränken solle und, wie er aus genommener Rücksprache mit Mitgliedern für Irland annehmen dürfe, allgemeine Zustimmung finden werde. Von Hrn. Spooner wurde in Betreff des kürzlich in Vandiemensland verstorbenen Sir J. E. Wilmot, der von der dort bekleideten Gouverneurstelle wegen angeblichen immoralischen Verhaltens von dem frühern Colonialsecretair Gladstone im Ministerium Peel entlassen worden war, die Unrichtigkeit der gegen denselben erhobenen Anschuldigungen zur Ehrenrettung seines Gedächtnisses zur Sprache gebracht. Nach längern Verhandlungen deshalb erklärte auch Sir R. Peel für sich und Hrn. Gladstone, daß sie fest überzeugt wären, die von drei in keiner Verbindung unter sich stehenden Personen von tadellosem Rufe dem Colonialamte damals zugekommenen Nachrichten über das notorische unmoralische Privatleben Sir J. E. Wilmot's seien gänzlich irrig gewesen, und wie derselbe deshalb die Anerkennung zu fodern habe, jene Anschuldigungen wären in jeder Hinsicht falsch und verleumderisch gewesen. Der Gegenstand gab noch Veranlassung zu heftigen Ausfällen auf Hrn. Gladstone, den sein Bruder, Capitain Gladstone, in Schutz zu nehmen suchte, und gegen die geheimen Verleumder Sir J. E. Wilmot's. Die Bills über Heirathen und über Aufzeichnung der Geburten in Schottland gingen auf Antrag des Lordadvocaten durch das Comité, um die bereits vorliegenden Verbesserungen in dieselben eintragen zu können. Die Berichterstattung wurde jedoch bis über drei Monate ausgesetzt, weil die Regierung erst weitere Urtheile über die Maßregeln sammeln will, ehe sie dieselben weiter zu führen gedenkt.

In der heutigen Unterhaussitzung erklärte sich auf eine Anfrage des Hrn. Bankes Lord J. Russell bestimmter wegen seines Antrags auf Verlängerung der Suspension der Getreide- und Navigationsgesetze, den er am 11. Jun. im Generalcomité des Hauses bis zum 1. März 1848 zu stellen beabsichtigt. Der Premierminister ersuchte dann Hrn. Hume, seinen Antrag wegen der portugiesischen Angelegenheiten vom 10. zum 11. Jun. zu verschieben, da die darauf bezüglichen Actenstücke aller angewendeten Mühe ungeachtet erst am 9. Jun. Morgens würden vertheilt werden können und es sich daher nicht erwarten lasse, daß das Haus schon am 10. Jun. gehörig über die Sache unterrichtet sein werde. Hr. Hume willigte auch ein, trotz der Warnung Lord G. Bentinck's, daß die Königin am 11. Jun. einen Hofball gebe und die Minister daher schwerlich geneigt sein würden, die ganze Nacht im Unterhause über Portugal zu debattiren.

Von dem Unterhauscomité, welches begutachten sollte, ob und welche Maßregeln etwa zur Suspendirung des Fortganges mit den vor dem Parlamente jetzt schwebenden Eisenbahnbills unter dem Vorbehalt zu nehmen wären, daß dieselben in einer künftigen Session von der bereits erreichten Stufe weiter geführt werden könnten, ist der Bericht eingegan-

gen, der schließlich 11 Resolutionen beantragt. Nur eine derselben stellt es den Betheiligten bei bereits zum zweiten Male verlesenen Eisenbahnbills anheim, ob sie dieselben bis zur kommenden Session aussetzen wollen; die andern richten ihr Absehen auf künftige Beschränkungen der Eisenbahnspeculation.

— Die Herzogin von Kent ist heute bereits von Woolwich mit einem Regierungsdampfschiffe nach Ostende abgereist.

— Prinz Oskar von Schweden war gestern in **Woolwich**, wo er die Sehenswürdigkeiten des dortigen Arsenals und der damit verbundenen Werkstätten in Augenschein genommen hat. Auch das Werft besuchte er, wo der Royal Albert, ein Linienschiff von 120 Kanonen, im Bau begriffen ist. Er hat sich bereits bei der Königin beurlaubt und ist heute nach Portsmouth abgegangen. Wahrscheinlich segelt das schwedische Geschwader mit ihm morgen wieder ab.

— Die Repealvereinssitzung am 7. Jun. war die erste wöchentliche nach Daniel O'Connell's Tode. Mehre Adressen von katholischen Geistlichen, welche John O'Connell, der dritte Sohn des Verstorbenen, empfangen hatte und in denen er als der geeignete Nachfolger seines Vaters in der Führung des Vereins und irischen Volkes bezeichnet war, veranlaßten denselben, eine solche Stellung für seine Person abzulehnen, obgleich er nie aufhören werde, die Rechte des Volks zu vertreten.

— Vom Globe wird aus **Dublin** gemeldet, daß der Tod Daniel O'Connell's die verschiedenen Lebensversicherungsgesellschaften, wo dessen Leben versichert war, etwa 47,000 Pf. St. zu zahlen nöthigen werde. Indessen dürfte davon nur ein kleiner Theil in die Hände seiner Angehörigen gelangen, indem die Versicherungen meist von dritten Personen contrahirt worden wären.

— In **Portsmouth** ist die Kriegsbrigg Frolic mit 2 Mill. Doll. für kaufmännische Rechnung aus den Häfen des Stillen Meeres und 20,000 Doll., welche sie in der Magellanstraße von einem dort in Brand gerathenen Schiff Namens Canning an Bord genommen hatte, dessen Mannschaft von ihr ebenfalls gerettet worden ist, am 7. Jun. eingelaufen. Zur Landung des Geldes und dem Transporte nach London waren im voraus Anstalten getroffen.

Frankreich.

Paris, 9. Jun.

Die Pairskammer setzte auch gestern die allgemeine Berathung des Entwurfs über die Medicinalreform fort, welchen der Marquis de Barthélemy unter Berufung auf §. 69 der Charte angriff und gegen das Monopolisiren des medicinischen Unterrichts durch den Staat Protest einlegte. Hr. Mesnard wies auf die im Gesetzentwurfe gar nicht mit erwähnten Officiers de Santé der Marine hin, die alle Berücksichtigung verdienten und durch eine Verordnung von 1842, die ihnen verbiete, vor zurückgelegter 15jähriger Dienstzeit das Doctorat zu erlangen, ganz ungerechterweise bedrückt wurden. Vom Marquis de la Place wurde in gleicher Weise zu Gunsten der Officiers de Santé bei der Armee gesprochen. Wie der Unterrichtsminister erklärte, bezweckt jene Anordnung, diese Officiers de Santé von zu baldigem Aufgeben des Dienstes abzuhalten, wozu sie nach Erlangung des Doctorats geneigt wären. Auf Hrn. Cousin's Vorschlag wird das Comité, der Präsident und der Minister in Erwägung ziehen, ob die Debatte der Artikel nach dem ursprünglichen Entwurf oder nach dem durch die Commission amendirten vorgenommen werden solle.

In der Deputirtenkammer wurde die allgemeine Berathung über die außerordentlichen Credite für Algerien ebenfalls noch nicht zu Ende gebracht. Der Herzog von Aumale wohnt diesen Sitzungen regelmäßig bei, und das hat schon das Gerücht erzeugt, man denke wieder an das ihm zugedachte Vicekönigthum Algier. Der Kriegsminister, General Trézel, sprach gelegentlich seine Billigung der letzten Expedition des Marschalls Bugeaud aus und rühmte die Aussichten der Colonie Algerien, die einst die Kornkammer Roms gewesen sei und ihren alten Boden, ihr altes Klima immer noch besitze. Vom Minister der öffentlichen Bauten, Hrn. Jayr, wurden drei Gesetzentwürfe vorgelegt, welche der Montereau-Troyes Eisenbahn unter bestimmten Bedingungen eine Anleihe von 4 Mill. zu contrahiren, der Dieppe-Eisenbahn eine Verlängerung der Bauzeit um ein Jahr und andere Zugeständnisse bewilligen und der Regierung die Regulirung der Rückzahlung der Anleihe des Staats an die Versailles-Chartres Eisenbahn übertragen sollen.

— Das Gerücht will wissen, in einem gestern in den Tuilerien gehaltenen Cabinetsrathe sei der Generallieutenant Graf de Rumigny, der schon als interimistischer Gouverneur von Algerien fungirt hat, zum Nachfolger des Marschalls Bugeaud designirt worden. Es wird als ziemlich bestimmt angesehen, daß derselbe seine letzte Expedition gegen Kabylien wider den Willen des Ministeriums unternommen und die Gelder dazu aus den Kassen in Algerien genommen habe. Das Ministerium suche das nur deshalb zu bemänteln, weil es seine eigne Schwäche dem Marschall gegenüber nicht eingestehen wolle.

— Die Patrie erzählte gestern, daß die lange Abwesenheit des Ministers des Innern, Grafen Duchatel, nicht auf Rechnung seiner angeblichen Erkrankung gesetzt, sondern der Unzufriedenheit mit Hrn. Guizot und seiner Stellung zugeschrieben werde. Seine Absicht sei, die letztere einflußreicher zu machen, indem er das Cabinet fühlen lasse, wie wenig es ihn entbehren könne. Die «Presse» bemerkt heute dazu, daß es mit der Gesundheit des Ministers des Innern sehr gut gehe und derselbe um die Mitte des Monats zurückerwartet werde.

— Von Hrn. Emile de Girardin ist dem Comité über den von der Pairskammer eingegangenen Antrag zur Autorisation seiner Vorladung erklärt worden, wie man in der Kammer gestern erzählte, daß er sich nicht verpflichtet halte, die zu seiner Rechtfertigung dienenden Actenstücke mitzutheilen, sondern dieselben zu seiner Vertheidigung bei den Pairs vorbehalte, wenn das Comité der Deputirtenkammer mit Verläugnung aller Grundsätze von Unabhängigkeit auf Gewährung der verlangten Autorisation antragen sollte.

— Einer der größten Kunstbauten der Marseille-Arignoner Eisenbahn, der Viaduct de la Nerthe, ist der «Presse» zufolge in einem Umfang eingestürzt, daß von einem Schaden zwischen 2—3 Mill. die Rede ist. Menschenleben sind zum Glücke nicht dabei zu beklagen.

* **Paris**, 9. Jun. Die Oppositionsjournale aller Nuancen schleudern um die Wette heftige Manifeste gegen das von der Regierung eingeschlagene Corruptionssystem, wobei sie es an gutem Rathe, wie solchem Verderben durch Wahlreformen, administrative Verbesserungen, Ministerwechsel ꝛc. abzuhelfen, nicht fehlen lassen. Wie sehr wir nun auch geneigt sind, die Schuld des Verderbens nicht ausschließlich der Regierung aufzubürden, die unter den einmal gegebenen Verhältnissen und Menschen sich vielleicht nur durch die von ihr angewendeten Mittel der Bestechung behaupten kann, so haben wir doch auch alle Ursache, in die Klagen der Opposition einzustimmen. Tagtäglich kommen neue Unterschleife und offenbare Diebstähle im Staatshaushalte zur Sprache; die Flut der scandalösen Geschichten rollt Namen von hohen und niedern Personen heran, die mit ihrer Ehrlichkeit an der Klippe der Bestechung gescheitert sind, und schwillt wirklich zum Entsetzen. Was sind die aus früherer Zeit her bekannten Scandale Bressard, Bugeaud, Gisquet, Soult ꝛc. gegen die unlängst in Angers, Rochefort, Limoges und anderwärts abgehandelten Proceſſe, die einen politischen Unflath von unsaglichem Gestank aufdecken, welchen die vor der Pairs- und Deputirtenkammer anhängigen Proceſſe der HH. Cubières und Emile de Girardin noch bedeutend vermehren dürften! Welch eine Masse schmuziger Umtriebe und schändlicher Verträge zeigt die einzige Drouillard'sche Angelegenheit, die ein so helles Licht darüber verbreitet, wie es bei den letzten Wahlen in Frankreich hergegangen. Der eingeleitete Cubières'sche Proceß ist nach Allem, was ich davon höre, ein ungeheurer Knäuel von schmuzigen Intriguen, gewickelt von vielerlei Händen, die zum Theil sehr hochgestellten Personen angehören. Uebrigens wird dafür gesorgt werden, daß der Knäuel ein Gewirr bleibt und nirgend des Fadens Anfang oder Ende erscheint, womit er entwirrt werden könnte. In der Girardin'schen Streitsache sind direct zwei subventionirte Journalisten, die HH. Granier de Cassagnac und J. Solar, Exredacteure des Globe und der Epoque, indirect aber ganz andere Personen betheiligt. Wie vor mehren Jahren Hr. Gisquet unrühmlichen Andenkens zu seiner Rechtfertigung das Beispiel einer Wechselmäklerstelle anführte, welche die Regierung unter der Bedingung vergeben habe, daß der Donatar einem Marschall von Frankreich die runde Summe von 200,000 Fr. auszahle, so citirt Hr. Emile de Girardin das Beispiel von der Ertheilung eines Operntheaterprivilegiums, worauf ebenfalls 100,000 Fr. für die Redaction der ministeriellen Epoque ausbedungen worden seien. Nach Girardin's Aussage hätten ferner jene Journalisten die noble Profession der Industrieritter, das sogenannte „Gakeln lassen" (faire chanter) mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung getrieben und gleichsam ein Ministerpatent darauf gehabt, die reichhaltige Mine auszubeuten, welche der Ehrgeiz dummer Bankiers und lächerlicher Geldgimpel darbietet. Das Redactionszimmer der Epoque muß einer ministeriellen Antichambre geglichen haben. Die Redacteure gaben förmlich Audienz und antworteten den Supplicanten, die ein Amt, ein Ordensbändchen oder sonstige Kleinigkeiten von ihnen haben wollten: c'est deux mille, trois mille, quatre mille francs, au plus juste; Adelstitel, Tabacksbureaux, sogar Ministerlächeln, das hatte Alles seine Taxe; Versprechungen der Pairswürde waren am theuersten: 80,000 Fr.

Alle diese Thatsachen, so unglaublich sie auch scheinen, sind wahr und enthüllen nur einen sehr geringen Theil von Dem, was hinter den Coulissen der Ministerien vorgeht, wo alle Kräfte einer raffinirten Civilisation sich abquälen, den größten Niederträchtigkeiten einen Anstrich von Ordnung und Ehrbarkeit zu geben. Wer nur etwas nachdenkt über den schmählichen Gebrauch oder vielmehr Misbrauch, den man hier mit Ehren und Würden treibt, der wundert sich nicht über den Zustand von Verächtlichkeit, zu welchem gegenwärtig alle Auszeichnungen herabgesunken sind. Keine philosophische oder religiöse Lehre kann je den Ruhm und Glanz dieser Welt in einem häßlichern und jämmerlichern Lichte zeigen. Um sich von einer ähnlichen Verdorbenheit eine Vorstellung zu machen, müßte man bis zu der römischen Kaiserzeit zurückgehen, wo die honetten Leute in Rom die Statuen und Ehrenerweisungen des öffentlichen Triumphs verweigerten.

Und was wir hier von den hohen Ehrenstellen und öffentlichen Belohnungen sagen, findet ebenfalls seine Anwendung auf den Glanz und Schimmer des Reichthums, der jetzt nur noch dazu dient, Denen, die ihn besitzen, Haß und Verachtung zuzuziehen. Zu viele Leute haben durch schändliche Mittel ihr Glück gemacht, als daß die Masse der Unglücklichen nicht in Zorn gerathen sein sollte. Die schlechte Meinung, die man durchgängig von den neuen Reichen hat, macht, daß so Viele heutzutage das Eigenthumsrecht angreifen. Man ist empört über ein Regierungssystem, welches die Früchte des allgemeinen Fleißes in so abscheuliche Hände spielt. Man wirft der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung den immer zunehmenden Flor der Intriganten und das scandalöse Glück seiner Günstlinge vor, meistens alberne Menschen, freche Parvenus, deren brutale Unwissenheit hinreichend wäre, ein ganzes Jahrhundert zu besudeln und zu verderben. Heutiges Tages ist es nicht selten, daß man selbst in Paris Millionaire trifft, die kaum ihren Namen schreiben können, und man kann sich die lächerliche Figur denken, welche diese Reichen in ihren prachtvollen Umgebungen spielen. Der filzigste Geiz paart sich bei ihnen mit der gräßlichsten Uncultur, oder die zügelloseste Schwelgerei mit der niederträchtigsten Erwerbsucht. Was ihre Moralität anlangt, so haben sie längst die tiefste Stufe der Versunkenheit erreicht: die Aufrichtigkeit in der Niederträchtigkeit.

Belgien.

Brüssel, 9. Jun. Die gestern gelieferte Schlacht ist von den Liberalen gewonnen worden. Das Resultat, wie es sich bereits sicher herausstellt aus den noch nicht vollständigen Nachrichten, geht jedenfalls über unsere gestern mitgetheilten Berechnungen hinaus. Letztere stellten eine liberale Majorität von sechs Stimmen in Aussicht. Diese Ziffer ist um zwei übertroffen worden. Wenn einestheils das Ministerium in Antwerpen einen von uns kaum geahnten Sieg errungen, wenn in Waremme der liberale Candidat einiger Stimmen halber Hrn. Eloy de Burdinne hat weichen müssen, wenn Hr. Deschamps, obgleich Katholik, doch in Charleroi seinen Gegner aus dem Felde zu schlagen gewußt hat, so sind auf der andern Seite in Gent drei Stützen des Cabinets gefallen, in Soignies zwei und, was vor Allem zu beherzigen, hat sich in Tournay die Sonne von Austerlitz für den Patrioten Dumortier unbarmherzig verhüllt. Auch in Alost sind die bisherigen Inhaber verdrängt, und dieser Bezirk nunmehr von zwei Liberalen unter Dreien vertreten. Daß in Brüssel und Nivelles das Feld gleich von vorn herein von den Gegnern geräumt worden ist, habe ich früher gemeldet. Wenn nun freilich noch ganze Bezirke, wie Mecheln, Löwen, St.-Nicolas, Termonde, Ath, ja ganz Limburg und zum größten Theil Westflandern in rein katholischem Sinne repräsentirt sind, so gehören doch Antwerpen, Brüssel, Gent, Tournay, Mons, Lüttich und Verviers ausschließlich der antiklerikalen Richtung an, und hat der Liberalismus in den gestrigen Wahlen an mehren Orten partielle Eroberungen gemacht, oder doch seine merklichen Fortschritte erwiesen. Zu Gent wurde in einem der Wahlbureaux ein Priester verhaftet und zur Geldbuße verurtheilt, weil er sich ungesetzmäßiger Weise, ohne Wähler zu sein, eingeschlichen hatte und den Wählern vom Lande seine Bulletins aufdrang gegen Abfoderung derer, die sie mitgebracht hatten. — Auch unter den schon bekannt gewordenen Senatswahlen (es waren 31 zu treffen) zählt man bereits neun liberale, unter andern die doornyker, wo der erlauchte Nachkomme des tapfern Königsfängers, de Lannoy, nicht aufzukommen vermochte. In Löwen hat der kürzlich abgedankte Bürgermeister d'Udekem mehr Stimmen vereinigt als sein Gegner, der seinen definitiven Sieg nur den Landgemeinden verdankt. — Der britische Gesandte am hiesigen Hofe, Lord Howard de Walden, übergab gestern in feierlicher Audienz sein Creditiv dem Könige, dem er durch den Minister des Innern vorgestellt wurde. — Der König hat sich von dem Unwohlsein, das ihn nach Wiesbaden geführt hatte, noch nicht ganz erholt und ist, seit seiner Rückkunft aus Deutschland, noch nicht in die Stadt gekommen.

Niederlande.

Das Allgemeen Handelsblad enthält unter der Ueberschrift: „Ein Wort an die Opposition", in seinem leitenden Artikel Folgendes: „Niederland seufzt unter dem Joch eines conservativen Systems und sucht vergebens, dasselbe abzuschütteln. Woher die Kraft dieses Systems, woher seine Unverletzbarkeit? Aus Mangel an Einheit und Energie von Seiten der Opposition. Von dem Augenblick an, wo die äußersten Spitzen derselben in und außer der Kammer, wo die einen gemäßigten Fortschritt bezweckenden Organe der Presse sich die Hand reichen werden, von dem Augenblick an ist der Untergang jenes Systems gewiß. Unser König, sobald er sich überzeugt hat, daß die Nation das bestehende Regierungssystem misbilligt, wird nicht zögern, dem Wunsche des Volks nachzugeben. Allein wie kann der König zu dieser Ueberzeugung gelangen, wenn er keine Einheit sieht? Umgeben von Leuten, die ihm die Opposition im gehässigsten Lichte darstellen und auf die Zwietracht hinweisen, welche ihre Kräfte untergräbt, kann das Bedürfniß einer Verbesserung, kann die Gewißheit, daß ein anderes Regierungssystem diese Verbesserung herbeiführen würde, nicht rege werden. Hat sich einmal die Opposition durch Eintracht kräftig gezeigt, haben ihre Häupter, durch alle Gleichgesinnten unterstützt, sich mit den Wünschen des Volks den Weg zum Throne gebahnt, dann wird der König den Zweck und die Hülfsmittel der Opposition aus einem richtigern Gesichtspunkte betrachten, und der Sieg der liberalen Grundsätze wird, mit Oranien an der Spitze, errungen sein."

Schweiz.

Die Helvetia theilt ein Schreiben des französischen Gesandten Grafen Bois-le-Comte an den Bundespräsidenten Ochsenbein und dessen Antwort mit. Ersteres lautet:

„Herr Präsident! Zuerst war es meine Absicht, Ew. Exc. heute nur die Wünsche vorzutragen, die wir dafür hegen, daß Ihre Amtsführung für die Schweiz eine glückliche sein möge; dann aber besorgte ich, ein solcher ohne alle weitere Erklärung gethaner Schritt könnte Sie irre führen und glauben machen, es bestehe Uneinigkeit zwischen mehren meiner Collegen und mir; ferner schienen die Umstände, welche Ihrer Wahl vorangegangen und sie begleitet, und die Reden, welche Sie vor und nach derselben gehalten haben, es nöthig zu machen, meine Berührungen mit Ihnen durch eine Darstellung zu eröffnen, die Ihnen keinen Zweifel über unsere Grundsätze lassen kann. Es ist das offener gegen Sie, schicklicher für uns. Ueber zwei Gegenstände habe ich mich zu erklären: die Freischaren und die cantonale Unabhängigkeit. In seinem Schreiben vom März 1845 hat Hr. Guizot sich über die Freischaren in einer Weise ausgesprochen, der ich nichts beizufügen brauche. Das Recht, sich so auszusprechen, schöpfte er in dem Rechte jeder Regierung, die Grundlagen der öffentlichen Ordnung und der völkerrechtlichen Verhältnisse gegen die sie gefährdenden Grundsätze und Unordnungen zu schützen. Er schöpfte es auch in dem besondern Interesse Frankreichs, und in diesem Interesse vorzüglich rede ich mit Ihnen; denn wenn, wie wir in den letzten Sitzungen des großen Raths von Bern gesehen haben, selbst die Häupter eines Staats den Fall zulassen, entschuldigen oder voraussehen, daß ein Volk, in der Meinung, seine Regierung sei zu langsam oder zu schwach, um ihm Recht zu schaffen, mit den Waffen in der Hand, ohne seine Regierung, sich selbst Recht schafft, so kann der gleiche Grundsatz auf die Verhältnisse zu fremden Staaten so gut als auf diejenigen zu andern Cantonen angewendet werden. Die 15,000 im Vertrauen auf die Staatsverträge in der Schweiz lebenden Franzosen könnten eines Tags durch diese Volksjustiz betroffen oder unsere Grenze dadurch verletzt werden. Jede Sicherheit im Verkehre müßte verschwinden gegenüber einer Regierung, welche diesen Grundsatz zuließe und nicht verantwortlich sein könnte für das bewaffnete Auftreten ihres Volks. In unserm directen Interesse und gestützt auf unser positives Recht habe ich auch über den zweiten Punkt mit Ihnen zu sprechen. Jede Nation ist unabhängig; aber es ist eben eins der Attribute ihrer Unabhängigkeit, daß sie die Ausübung derselben durch Verträge mit andern Nationen beschränkt. Mehrmals und zu verschiedenen Zeiten hat dies Frankreich gethan, namentlich durch Verzichten auf das Recht, mehre Theile seines Gebiets zu befestigen. Wie Frankreich, so auch die Schweiz: sie hat den Grundsatz ihrer Unabhängigkeit zwar behauptet, aber gleichzeitig einen Vertrag unterzeichnet, welcher deren Anwendung in bestimmten Punkten beschränkt. Ich spreche von den Bestimmungen der Wiener Congreßacte, denen die zürcher Tagsatzung durch feierliche Erklärung beigetreten ist. Die Wiener Acte erkennt keine einheitliche Schweiz, sondern eine schweizerische, aus 22 Cantonen bestehende Eidgenossenschaft. Wenn also einer oder mehre Cantone uns eines Tages sagten, man bedrohe ihre unabhängige Existenz, man wolle derselben Gewalt anthun oder sie zerstören, man strebe eine einheitliche Schweiz an die Stelle der durch Verträge anerkannten cantonalen Schweiz zu setzen, und dadurch seien unsere Verträge verletzt, so werden wir untersuchen, ob in der That unsere Verträge verletzt sind. Gerade die Natur von Fragen dieser Art, die dabei zu beachtenden Rücksichten des Rechts und der Opportunität machen dieselben so abhängig von den unmittelbar damit in Verbindung stehenden Umständen, daß man immer Gefahr läuft irre zu gehen, wenn man sie voreilig behandelt. Das haben wir auch nicht gethan. Wir haben uns auf diesen einfachen Entschluß beschränkt, auf das einzige Wort: «wir werden untersuchen» (nous examinerons). Ich bin unbedingt im Falle, beizufügen, daß wir es thun werden in vollkommenem Einverständnisse des Geistes und der Absichten mit den Mächten, welche eben diese Verträge unterzeichnet haben, und ganz besonders mit Oesterreich, welches gegenüber der Schweiz wegen der Grenznachbarschaft in gleicher Lage ist wie wir."

Die Antwort des Bundespräsidenten besagt:

„Herr Graf! Indem ich Ew. Exc. die Wünsche verdanke, welche Sie bei Anlaß meines Amtsantritts für die Schweiz ausgesprochen haben, soll ich über den Inhalt der mir zugestellten Verbalnote folgende Bemerkungen machen. Diese Note erinnert an Thatsachen, die mich besonders angehen und worüber ich einzig und allein den Behörden und der öffentlichen Meinung meines Landes Rechenschaft schuldig bin, und sie sieht Eventualitäten voraus, über welche ich mich weder persönlich, da ich mit den daraus gezogenen Folgerungen nicht einverstanden bin, noch auch Namens des Vororts oder der Eidgenossenschaft zu erklären habe, da ich nicht in der Stellung bin, officiell auf solche Mittheilungen zu antworten, ohne dazu beauftragt zu sein. Doch mache ich mir zur Pflicht, Ew. Exc. zu versichern, daß die eidgenössischen Behörden die bestehenden Verträge nicht verletzen, und daß sie jedenfalls den festen Willen und die Macht haben werden, der öffentlichen Ordnung und den Rechten der auf schweizerischem Gebiete niedergelassenen Bürger Achtung zu verschaffen, daß sie aber gleichzeitig mit nicht weniger Kraft sich jedem Versuche fremder Einmischung in ihre innern Angelegenheiten widersetzen, und daß sie keiner Macht und keiner Minderheit von Cantonen das Recht zuerkennen werden, den Bundesvertrag auszulegen, ein Recht, das nur der Eidgenossenschaft selbst zusteht."

— Der einstimmige Instructionsantrag des kleinen Raths von **Schaffhausen** in den bekannten Hauptfragen geht auf Auflösung des Sonderbundes und Ausweisung der Jesuiten aus der ganzen Schweiz. Bezüglich der Anwendung sofortiger Coercitivmaßregeln gegen den Sonderbund soll die Gesandtschaft sofort berichten und neue Instruction einholen.

Italien.

*Rom, 1. Jun. In meinem letzten Briefe schrieb ich, der Papst habe seine Reise nach Subiaco aufgegeben, um dem Requiem für den Cardinal Micara zu assistiren. Mein Brief war schon zur Post gebracht, als ich erfuhr, der Papst sei dennoch abgereist, da die Einwohnerschaften jenes weiten Gebirgsstrichs eine Estaffette nach der andern mit der Bitte hierher gesendet, man möchte sie nicht vergeblich so kostbare Vorbereitungen für den Empfang des Landesoberhaupts haben machen lassen. So ward denn das Todtenamt für den letztverstorbenen Cardinal ohne Anwesenheit des Papstes celebrirt. Cardinal Micara soll ein Vermögen von fast 200,000 Scudi (etwa 300,000 Thlr.) hinterlassen haben, wovon unter andern Legaten die Propaganda 60,000 Scudi und die Fonds für die Errichtung von Unterrichtsanstalten für die Jugend der ärmern Klassen 40,000 Scudi erhielten. Als Micara Cardinal wurde, war er ganz mittellos; seine Hinterlassenschaft sind Gehaltsersparnisse von vielen Aemtern, denen er zu einer und derselben Zeit vorstand. Von seiner Reise nach Subiaco, wo ihm alle erdenklichen Ehren zu Theil wurden, ist der Papst vorgestern Abend hierher zurückgekehrt. — Die aus etwa hundert Schweizern zusammengesetzte Leibwache des Papstes zu Fuß hat demselben in diesen Tagen eine Klagschrift mit der Bitte eingereicht, gegen ihren Chef, einen romanisirten Schweizer, Criminaluntersuchung wegen sehr bedeutender Gelduntersch leife einzuleiten. Dieser Schweizerhauptmann entblödete sich nicht, viele Jahre hindurch die Kassen seines Corps zu berücken und Pensionen für längst in ihrem Vaterlande jenseit der Alpen verstorbene Schweizer sich von der römischen Regierung in seinen eignen Beutel zahlen zu lassen. Die Sache wird hier viel besprochen zu großem Nachtheile des guten Rufs, den in Rom stets die schweizer Ehrlichkeit genoß.

Dänemark.

Aus **Kopenhagen** vom 7. Jun. wird der Hamburger Börsenhalle mitgetheilt, daß binnen kurzem ein russisches Kriegsschiff dort eintreffe, dem demnächst eine aus 9 Linienschiffen, 3 Fregatten und mehren Briggs bestehende russische Flotte folgen werde. Das Dampfschiff sei bestimmt, Ende Juni den Kronprinzen nach Stockholm zu führen.

Griechenland.

Athen, 30. Mai. Man vernimmt, daß an der türkischen Grenze militairische Bewegungen stattfinden, daß von Janina nach Preveza und von Vitoglia nach Larissa Infanterie und Cavalerie aufgebrochen sei. An unserer Grenze herrscht Todtenstille; die wenigen Soldaten, welche dort stationirt sind, wachen darüber, daß keine Räubereien vorfallen; zu militairischen Bewegungen haben wir nicht Soldaten genug. Die türkischen Behörden setzen, wo es möglich ist, ihre Neckereien gegen griechische Unterthanen fort. So zwangen sie den Veterinairarzt des Königs, der um Pferde für den Hof zu kaufen nach Janina gereist war, unverrichteter Dinge zurückzukehren, da eine Estaffette aus Konstantinopel allen Paschas von Rumelien strenge Verhaltungsbefehle gebracht hatte, durch welche der Verkauf von Pferden nach Griechenland so gut als verboten ist. (N. C.)

Türkei.

In der Nachschrift einer Correspondenz aus **Konstantinopel** vom 26. Mai in der augsburger Allgemeinen Zeitung heißt es: „Soeben vernehme ich, daß der Reis-Effendi in einer Conferenz, die er gestern mit einem fremden Diplomaten gehabt, erklärt habe: die Pforte wolle die gegenwärtige Lage der Dinge nicht verschlimmern noch dem österreichischen Cabinet neue und unerwartete Schwierigkeiten in den Weg legen; sie sei vielmehr entschlossen, den Status quo zu erhalten, bis man die Vorschläge des vermittelnden Cabinets erfahren haben werde. So stehen in diesem Augenblick die Sachen; Alles berechtigt, wie mir scheint, zu der Annahme, daß eine vollständige Ausgleichung nicht mehr fern sein kann."

Brasilien.

Nachrichten aus **Rio Janeiro** vom 18. April melden, daß der Kaiser seine Seefahrt nach Santos angetreten hat; zu Ende April oder zu Anfang Mai wurde er in Rio zurück erwartet.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Frankfurt a. M., 11. Jun. In portugiesischen Fonds herrscht seit einiger Zeit eine sehr flaue Stimmung, jetzt weniger wegen der politischen Wirren in Portugal, die durch die Intervention Englands, Frankreichs und Spaniens nun wol bald ihr Ende erreichen dürften, als vielmehr wegen der Besorgniß, daß die Zahlung des demnächst fälligen Coupons der portugiesischen Fonds nicht rechtzeitig erfolgen werde. Bis jetzt zum wenigsten ist noch keine Nachricht eingegangen, daß die erforderlichen Summen bereit oder zur Verfügung gestellt seien.

Dampfschiffahrt. Die russische Regierung soll endlich die bestimmte Zusage ertheilt haben, daß das mit dem Jahre 1848 ablaufende ausschließliche Privilegium der Petersburg-Lübecker Dampfschiffahrtsgesellschaft nicht wieder prolongirt werden wird. Es stehe demnach mit Sicherheit zu erwarten, daß im Jahre 1849 eine Dampfschiffahrt zwischen Kiel und Petersburg eröffnet werde.

Eisenbahn. Aus **Mannheim** vom 10. Jun. schreibt die Mannheimer Abendzeitung: „Soeben verkünden Geschützsalven von Ludwigshafen herüber die feierliche Eröffnung der Pfälzischen Ludwigsbahn."

Fruchtpreise. Leipzig, 10. Jun. Weizen 10 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 8 Thlr. 15 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 27½ Ngr.; Hafer 3 Thlr. 5 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. **Döbeln**, 10. Jun. Weizen 11 Thlr.; Roggen 8 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 20 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 12 Ngr. **Leisnig**, 5. Jun. Weizen 11 Thlr.; Roggen 9 Thlr. 5 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 9 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 18 Ngr. **Zwickau**, 8. Jun. Weizen 10 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr. **Berlin**, 10. Jun. Weizen 4 Thlr. 19⅙ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 4⅙ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 16⅔ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 27½ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 7½ Sgr. **Breslau**, 10. Jun. Weizen 5 Thlr 5⅓ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 13 Sgr.; Gerste 3 Thlr. 15 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 20 Sgr. **Halle**, 10. Jun. Weizen 5 Thlr.; Roggen 4 Thlr. 11⅓ Sgr.; Gerste 3 Thlr.; Hafer 1 Thlr. 22½ Sgr.

Oel. *Leipzig, 12. Jun. Die Meinung von einem nur mittelmäßigen Ertrage der bevorstehenden Rapsärnte nimmt mehr überhand, besonders den einlaufenden Berichten zufolge in Bezug auf Schlesien, Böhmen und Ungarn, weniger ist dies der Fall in Bezug auf Sachsen. In Folge dessen ward in dieser Woche Rüböl in loco mit 11⅓ Thlr. und Herbstlieferung mit 12 Thlr. bezahlt, welcher Preis sich an heutiger Börse bis 11¼ Thlr. für Loco-Waare steigerte. Es muß sich bald herausstellen, ob obige Besorgniß sich hinlänglich begründet und das Steigen des Oelpreises rechtfertigt. Ein Nachtheil in der Rapsärnte kann auch leicht noch durch die Sommersaat ausgeglichen werden, wiewol deren Gedeihen auch mannichfach bezweifelt wird.

Wollmarkt. *Neustadt a. d. Orla, 11. Jun. Am 8. und 9. Jun. hielten wir zum ersten Male unsern neu angelegten großen Wollmarkt, wo die Anfuhr circa 4500 Stein war; hiervon wurden circa 3000 Stein verwogen, wobei die geringere mit 9⅓—10 Thlr., die mittlere mit 11⅓—12 Thlr. und die bessere mit 13 Thlr. pr. Stein bezahlt wurde. Feinere Wolle, die auf dem Platze war, wurde deshalb nicht gesucht, weil die größern Einkäufer ausgeblieben waren, da sie eine so bedeutende Anfuhr nicht erwartet hatten.

Wollmarkt. Der Wollmarkt in **Landsberg a. d. W.** war mit circa 15,000 Ctr. befahren, von denen ungefähr 1200 Ctr. unverkauft geblieben sind. Die Preise gingen durchschnittlich 5—7 Thlr. höher als voriges Jahr. Für gute Mittelwolle wurden 70—77½ Thlr., für geringere Wolle 38—60 Thlr. pr. Ctr. bewilligt.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 158.)

a) Im April 1847.

28) **Berlin-Anhaltische:** 31,758 Pers., 127,340 Ctr. . . . . 73,564 Thlr. — Sgr.

b) Im Mai 1847.

1)	**Bonn-Köln:** 66,623 Personen	14,032 .	22 .
2)	**Breslau-Schweidnitz-Freiburg:** 22,670 Pers., 96,181 Ctr. 46 Pfd.	17,065 .	8 .
3)	**Kaiser-Ferdinands-Nordbahn:** 72,604 Pers. 261,930 Ctr. . . . . (Ohne die Strecke Leipnik-Oderberg.)	170,525 .	14⅛ .
4)	**Nürnberg-Fürth:** 40,484 Personen . . .	2,569 .	14 .
5)	**Oberschlesische:** 37,313 Pers., 150,150 Ctr.	48,878 .	16⅓ .
6)	**Sächsisch-Schlesische:** 29,923 Pers., 79,420 Ctr. 35 Pfd.	25,834 .	12⅔ .
7)	**Taunusbahn:** 71,998 Personen, 35,819⅛ Ctr.	23,900 .	6⅔ .
8)	**Wien-Gloggnitz:**		
	a) Hauptbahn 137,009 Pers., 153,128 Ctr. 75 Pfd.	78,230 .	11 .
	b) Wien-Bruck 20,993 Personen, 42,028 Ctr. 34 Pfd.	10,789 .	9⅓ .
9)	**Wilhelmsbahn:** 7058 Personen, 22,346 Ctr.	4,928 .	13 .
10)	**Württembergische Staatsbahn:** 135,868 Pers.	14,212 .	18⅔ .

Staatspapiere. Amsterdam, 9. Jun. 2½pc. Int. 57⅛; Russ. 5pc. Hope 106; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 11. Jun. Oestr. Bkact. 1961; 250 Fl. L. 120⅞; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92⅝ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅛; Darmst. 50 Fl. L. 78⅛; 25 Fl. L. 28; Nass. 25 Fl. L. 25⅞; Sard. 35⅛; Kurhess. 32¼. London, 7. Jun. 3pc. Cons. 87⅛; Port. 3pc. 32; Span. act. 21⅛. Wien, 10. Jun. Bkact. 1632; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97½; 3pc. 69¼; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 120.

Actien. Amsterdam, 9. Jun. Rhein. Eisenbahn 103. Frankfurt a. M., 11. Jun. Taunusb. 358½; Nordb. 72¼; Verb. 94. Wien, 10. Jun. Nordb. 165½; Gloggn. 123½; Mail. 109⅞; Livorn. 90; Pestb. 98½.

Berliner Börse, 12. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅔, 3½pc. Staatsschuldsch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅛, ostpreuß. 16½, pomm. 95, schles. 97⅛, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92½, kur- u. neum. 89¾ Br., Louisdor 112½, Friedrichsdor 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94, Berl.-Anhalt. 109½, Berlin-Hamb. 4pc. 108, Prior.-Act. 4½pc. 97½, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 93, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91⅓ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 108¼, Breslau-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 92½, Crakau-Oberschl. 4pc. 76⅛, Düss.-Elberf. 5pc. 104¼, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, Kiel-Altenaer 4pc. 108½, Niederschlesische 87½, Prior.-Act. 4pc. 92, 5pc. 102, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 99, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 80, Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89⅜, Prior. 4pc. 90¼ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86⅛, Thüring. 4pc. 93¾ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅛ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 101, Kass.-Lippst. 4pc. 84¼, Cöln-Mind. 4pc. 92⅛, Magd.-Wittenb. 85 Br., Mecklenb. 74¼ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅛, Pos.-Starg. 4pc. 83¼ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89⅞, Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111 Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅝, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 94½ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81¼, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 85¼, (neue) 4pc. 94⅞, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½, à 300 Fl. 4pc. 96, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Wexel. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-A. 88, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32⅝ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Offener Arrest.

Nachdem über das Vermögen des Jann Michael Dähn in Mäbendorf der Concurs eröffnet worden ist, so wird allen Denjenigen, welche von demselben Gelder, Sachen, Effecten oder Briefschaften hinter sich haben, geboten, dem ꝛc. Dähn oder sonst Jemandem nichts davon zu verabfolgen, vielmehr dem Gericht davon getreulich Anzeige zu machen und die Gelder oder Sachen, vorbehaltlich ihrer etwanigen Rechte daran, in das gerichtliche Depositum abzuliefern. Jede anderweite Zahlung oder Ablieferung wird für nicht geschehen geachtet und zum Besten der Masse nochmals beigetrieben; wenn aber der Inhaber solcher Gelder oder Sachen dieselben verschweigen und zurückhalten sollte, so wird er noch außerdem seines daran habenden Rechts für verlustig erklärt werden.

Suhl, den 7. Juni 1847.

[2280] **Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.**

In unserm Verlage erscheint und ist in allen Buchhandlungen vorräthig: [2291]

A. de Lamartine

Histoire des **Girondins.**	Geschichte der **Girondisten.**

Elegante Ausgabe in Octav, auf feinem Velinpapier. Preis eines Bandes 1 Thlr.

Lamartine's Werk ist eine Geschichte fürs Volk in dem edelsten und erhabensten Sinne des Worts. Es ist ein lebendiges, von dem Hauche dichterischer Begeisterung und unbestechlichen Urtheils zugleich durchwehtes Gemälde jenes gewaltigen Moments in der ungestümen Entwickelung unserer Tage, wie er nie erschütternder, nie großartiger in den Ereignissen und den Menschen dagewesen. All der Reichthum des Gedankens, das tiefe Verständniß der Zeit und der Zukunft, die Lamartine in seinen Reden in der Deputirten-Kammer und vor seinen Wählern, wie in den Veröffentlichungen in der Presse kundgegeben, liegt in reichster Fülle ausgeprägt in der Schilderung und Beurtheilung jener denkwürdigen Ereignisse, die den Inhalt des Werkes bilden. Wie bescheiden der Verfasser auch in seiner Vorrede von seiner Arbeit sprechen mag, das öffentliche Urtheil wird entscheiden, und hat schon theilweise entschieden, daß es durch Höhe der Auffassung und Anschauung, durch Pracht und Klarheit der Darstellung jenen Meisterwerken zuzuzählen sein wird, aus denen das Volk Weisheit, Tüchtigkeit und Erhebung schöpfen kann.

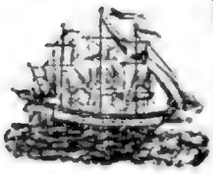
Leipzig, im Juni 1847. ***Brockhaus & Avenarius.***

In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Annehmen oder Ablehnen?

Die Verfassung vom 3. Februar 1847, beleuchtet vom Standpunkte des bestehenden Rechts von **Heinrich Simon.**

8. Leipzig, 1847. Brosch. 12 Ngr. [2285]



Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***

am 15. April, 1. September, 25. September u. 15. October,

nach ***Quebek***

am 15. April, 1. Mai und 15. Mai

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe

[2292] ***Rob. M. Sloman*** in Hamburg.

Verkauf von Mühlen-Utensilien.

In **Uebigau** bei **Dresden** ist eine Mahlmühle mit vier nach amerikanischer Art complet eingerichteten Mahlgängen, nebst gangbaren eisernen Rädern, stehenden und liegenden Wellen, zwei Beutelmaschinen mit 4 Cylindern, die mit feiner seidener Gaze bezogen sind, nebst dazu gehörigem gangbaren Zeuge, eine Reinigungsmaschine nebst dazu gehörigem Elevator, sämmtliche Gegenstände noch fast neu, zu einem billigen Preise zu verkaufen. Auch können davon einzelne Gegenstände abgelassen werden. Näheres beim Besitzer daselbst. [2277—79]

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Vom 1. Juli d. J. ab werden in den Vormittagsstunden jeden Wochentages in unserer Gesellschafts-Hauptkasse (am Askanischen Platze Nr. 6) eingelöst werden:

1) die pr. 1. Juli d. J. fälligen **Coupons von Prioritäts-Actien** unserer Gesellschaft, sowie die in frühern Terminen nicht präsentirten Coupons;
2) die **Dividenden-Coupons** pr. 1. Juli d. J. von 4 Thlr. auf jede **Stamm-Actie** unserer Gesellschaft;
3) die am 1. April d. J. **verlosten Prioritäts-Actien**, sowie die in früheren Ziehungen verlosten, aber noch nicht eingelieferten Actien.

Zum Zwecke rascher Abfertigung ersuchen wir, mit jeder Sorte Coupons deutlich geschriebene, nach der Nummerfolge geordnete **Verzeichnisse** vorzulegen.

Berlin, den 10. Juni 1847.

[2275—76] **Die Direction.**
Buck. L. Rellstab.

Freiwillige Subhastation.

Von dem Stadtgerichte zu Dresden soll

den 22. Juni 1847

das Herrn Dr. med. **Joseph August Rieffel** gehörige, an der Ecke der Schießgasse und Wilsdruffergasse sub Nr. 671 des Brandkatasters gelegene, mit 4350 Steuer-Einheiten belegte Grundstück freiwillig versteigert werden.

Erstehungslustige werden daher hiermit geladen, gedachten Tags des Vormittags vor 12 Uhr sich hier anzugeben, über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, ein gewisses Gebot zu thun und sodann gewärtig zu sein, daß nach dem Schlage zwölf Uhr mit der Versteigerung gewöhnlichermaßen verfahren werden wird.

Die bezüglichen Subhastationsbedingungen sind der im Rathhause angehefteten Bekanntmachung beigefügt.

Dresden, den 25. Mai 1847.

Das Stadtgericht.

[2116—18] Dr. **Grübel.**

Bei **J. C. B. Mohr** in Heidelberg ist erschienen:

Die Philosophie des Rechts

von

Friedr. Julius Stahl,

der Philosophie und der Rechte Doctor, Geh. Justizrath und ordentl. Professor der Rechte an der Universität zu Berlin.

Erster Band. Zweite Auflage.

Auch unter dem Titel:

Geschichte der Rechtsphilosophie.

Zweite Auflage.

Der Gang dieser Rechtsgeschichte ist einfach der: Auf die Darstellung der antiken und mittelalterlichen Rechtsphilosophie (Buch I. u. II.) folgt die der rechtsphilosophischen Productionen der neuern Zeit, nämlich seit der Reformation bis zu der Revolution, diese sind: das Naturrecht — das System des Liberalismus — die constitutionelle Theorie — endlich dem Keime nach auch schon der Communismus und Socialismus (Buch III. u. IV.). Den Schluß bilden die rechtsphilosophischen Erzeugnisse der neuesten Zeit von der Revolution an: die contrerevolutionaire Lehre — die Lehre der geschichtlichen Juristenschule — die speculative Rechtsphilosophie (Buch V. u. VI.).

Es ist in dieser Auflage, wie in der ersten, der Kritik ein nicht geringerer Raum gewährt als der Geschichte. Was die Wahrheit der Lehre, die der Verfasser in diesem Buche aufstellt, anlangt, so ist zunächst sein rechtsphilosophischer Standpunkt von Warnkönig in einer Recension bestritten worden, der einzigen von wissenschaftlicher Haltung und einiger Bedeutung, die erschienen. Ihrer Besprechung hat der Verf. deshalb am Schlusse eine Beilage gewidmet. Eben aber, da dieser Band im Begriffe stand die Presse zu verlassen, kam dem Verf. Dahlmann's zweite Auflage der Politik in die Hände, woselbst (S. 325) seine Darstellung des deutschen Verfassungswesens und seines Unterschiedes vom englischen angegriffen wird als eine Verkümmerung politischer Freiheit. Statt der Begründung bedient sich der Gegner des Spottes, der zur Menge spricht, und er vergißt sich in ihm bis zur Possenreißerei. Auseinandersetzung der Sache gebietet ihm die Wichtigkeit, und wir verweisen deshalb und überhaupt auf die Vorrede zu dieser zweiten Auflage.

Preis dieses ersten Bandes (40 Bogen) 3 Thlr. oder 5 Fl. 20 Kr. [2267]

Wir empfingen wieder mehre Sendungen aus

Havana importirter Cigarren,

welche wir zu 18—50 Thlr. pr. Mille verkaufen und als **schön** und **preiswürdig** empfehlen.

Schuchard & Planitz.

[2287] Leipzig, Markt Nr. 16/1.

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

In heutiger (fünfter) Verlosung von Prioritäts-Actien unserer Gesellschaft sind folgende Nummern gezogen worden.

A. Prioritäts-Actien à 500 Thlr. (15 Stück):

Nr. 125, 191, 362, 438, 472, 647, 664, 702, 746, 783, 837, 1008, 1031, 1213 und 1224.

B. Prioritäts-Actien à 100 Thlr. (101 Stück):

Nr. 65, 102, 204, 226, 271, 402, 482, 525, 553, 629, 672, 741, 1095, 1096, 1412, 1509, 1553, 1559, 1598, 1616, 1865, 1938, 2060, 2249, 2415, 2439, 2462, 2648, 2786, 2839, 2935, 2980, 3122, 3253, 3261, 3342, 3375, 3446, 3885, 4074, 4142, 4306, 4416, 4425, 4476, 4479, 4482, 4580, 4583, 4743, 4766, 4781, 4892, 4910, 5057, 5060, 5137, 5207, 5260, 5313, 5364, 5376, 5466, 5467, 5573, 5644, 5700, 5916, 6003, 6013, 6425, 6490, 6536, 6544, 6562, 6660, 6667, 6684, 6871, 6960, 7022, 7025, 7085, 7137, 7141, 7147, 7233, 7555, 7621, 7649, 7670, 7692, 7762, 7947, 7989, 8057, 8208, 8227, 8332, 8400 und 8471.

Nach Vorschrift des betreffenden Statuts-Nachtrages fodern wir die Inhaber dieser ausgelosten Actien auf, dieselben mit den noch vom 1. Juli c. ab laufenden Zins-Coupons

am 1. Juli d. J.

bei der Gesellschafts-Hauptkasse (am Askanischen Platze Nr. 6) gegen Zahlung des Nominal-Werths der Actien einzuliefern.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird vom Capitale gekürzt.

Die Verzinsung dieser Actien hört mit dem 1. Juli c. auf, und rücksichtlich derjenigen, welche bis 31. December d. J. nicht zur Einlösung vorgelegt werden sollten, tritt gerichtliches Depositionsverfahren ein.

Folgende schon früher ausgeloste Actien sind noch nicht zur Einlösung vorgekommen:

Actien à 500 Thlr.: Nr. 967, 988 und 1086.

Actien à 100 Thlr.: Nr. 66, 148, 300, 549, 795, 803, 905, 3848, 3953, 4850, 5224, 5404, 5776, 6214, 6310, 6534, 6805, 8162, 8329 und 8408.

Berlin, den 1. April 1847.

Die Direction.
v. Cronstein, Vorsitzender.

[1139—40]

Schwarzer Ultramarin.

Der unterzeichnete Chemiker und Farbenfabrikant hat eine ganz neue, eigne **Schwärze-Erzeugungs-Methode** erfunden, nach welcher er aus einer der geringfügigsten Substanzen, die in den meisten Ländern Deutschlands etc., besonders in Sachsen, im Ueberfluss vorkommt und käuflich zu haben ist, die schönste und vollkommenste schwarze Farbe erzeugt, welche an Intensität der Schwärze, Milde, Deckkraft und Ergiebigkeit, selbst das am rühmlichsten noch bekannte Weinhefenschwarz beiweitem übertrifft, als Oelfarbe schneller trocknet und weit festere und glänzendere Combinationen zu bilden im Stande ist. Es ist der Ultramarin aller schwarzen Farben und kann auf eine unerhört schnelle Weise, in Massen zu so unglaublich billigem Preis hergestellt werden, dass er alle Concurrenz anderer schwarzen Farben für immer beseitigt und den erhabensten Nutzen gewährt, wie nicht leicht ein anderes Geschäft.

Erbötig, diese Erfindung käuflich abzulassen und Muster davon zu versenden, lade ich darauf Reflectirende höflichst ein, sich an mich in portofreien Briefen zu wenden, um das Weitere darüber zu vernehmen.

[2272—74] ***Julius Krieg*** in Nürnberg.

Höchst wichtige Erfindung für Bäcker, Hefenhändler, Bierbrauerei- und Branntweinbrennerei-Besitzer, Conditoren, Kaufleute u. s. w.

Die erprobte sehr deutliche praktische Anweisung zur Anfertigung einer in England ganz neu erfundenen sehr weißen Kunsthefe oder Bärme, welche im trockenen und flüssigen Zustande ohne Betrieb einer Branntweinbrennerei in jedem Local und in jeder Quantität von Jedem selbst sehr billig gefertigt werden kann, kräftiger wie jedes andere Gährungsmittel wirkt und sich Jahre lang ohne zu verderben und ohne an ihrer Treibkraft zu verlieren hält, ist gegen portofreie Einsendung von 3 Thlr. Pr. Crt. (vorbehaltlich der Geheimhaltung) bei dem Unterzeichneten zu haben und durch jede Buchhandlung nur von demselben zu beziehen.

Schultz in **Berlin**, Neue Friedrichsstraße Nr. 78a,
Königl. Preuß. approbirter Apotheker, Chemiker und praktisch-technischer Fabrikant.

NB. Dieser Erwerbszweig ist jetzt besonders vortheilhaft und gewinnbringend, da durch den Stillstand sämmtlicher Branntweinbrennereien jetzt überall Mangel an guter Hefe ist und dieselbe zu guten Preisen bezahlt wird. [2262]

Offerte. Einem Capitalisten, der sich mit mindestens 20—30,000 Thlr. bei einem angesehenen kaufmännischen Geschäfte betheiligen möchte, kann hierzu günstige Gelegenheit geboten werden. Hierauf Reflectirende wollen ihre Adressen nebst Mittheilung ihrer nähern Verhältnisse unter der Chiffre **S. V. B.** poste restante Leipzig franco niederlegen. [2248—49]

Frage.

Es gibt zwei Wege, die, einmal betreten, es unmöglich machen, conservativ zu bleiben:

der eine,

wo man vorwärts mit festem Schritt in gerader Richtung dem Recht und der Wahrheit sich nähert;

der andere,

wo man rückwärts in krummer Richtung, mit jesuitischen Quer- und Seitensprüngen zu einer widerlichen finstern Vergangenheit hineilt.

Welcher von beiden dürfte der bessere sein?

[2283] ***F. v. Bülow.***

Für Lithographen.

Steindruckpressen, Glättpressen, Linirmaschinen für gerade Linien, Wellen, Reliefcopirung, Kreise und Ovale; galvanische Apparate und alle ähnliche Instrumente; Reißzeuge von den feinsten bis zu den geringsten Sorten, einzelne Zirkel in allen Größen, Ziehfedern ꝛc. ꝛc.; Englische Stahlnadeln, Brillantspitzen von 1 Fl. 30 Kr. bis 5 Fl.; englische Stahlplatten zum Stich und hochpolirte zum Glätten (Spiegelglanz), Steindruckfarben und Walzen und alle in dies Fach einschlagende Artikel liefert zu höchst billigen Preisen

J. Hoffmann's
mechanische Werkstätte in **Bornheim**
bei **Frankfurt a. M.**

Preiscourante stehen auf portofreie Anfragen zu Diensten. [2250]

Verkauf einer Fabrik.

Die in Wittenberg unter der Firma **J. C. Kneifel & Comp.** bestehende, in schwunghaftem Betriebe befindliche Streichgarn-, Spinn-, Tuch- und Buckskinfabrik soll nach Befinden mit den vorhandenen Vorräthen oder ohne dieselben verkauft werden, und habe ich zu dem Ende Termin auf

den 19. Juli d. J., Nachmittags von 3 bis 6 Uhr,

in dem Comptoir der bezeichneten Fabrik anberaumt.

Zu der Fabrik gehören: ein großes Fabrikgebäude, ein Seitengebäude mit kupferner Röhrleitung, der Trockenrahmen und eine Schmiede, eine Dampfmaschine von achtzehn Pferdekraft, drei Sortiment Spinnmaschinen, bestehend aus sieben Krempel- und drei Vorspinnvorrichtungsmaschinen, drei Feinspinnmaschinen von 660 Spindeln, zwei französische Walkmaschinen, drei Rauhmaschinen, eine Longitudinal- und zwei Lewis-Schermaschinen, einige mechanische und Handwebstühle, sowie überhaupt alle zur Fabrikation erforderlichen Maschinen, Verrichtungen und Utensilien.

Erforderlichenfalls kann das unmittelbar neben der Fabrik liegende massive geräumige Wohnhaus nebst Seitengebäuden und Stallung mit überlassen, auch können die zu der Fabrik gehörigen Gebäude und Maschinen getrennt veräußert werden.

Wittenberg, den 8. Juni 1847.

Der Justiz-Commissar und Notar
[2270—71] **Rostosky.**

Ein Rittergut,

eine Meile vom Eisenbahnhof **Bautzen** gelegen, mit Schloß, Gärten, gegen 280 Ackern Feld und Wiesen, circa 150 Ackern Wald und Teichen, bedeutender Brauerei, Braunkohlenwerk, Jagd und beträchtlichen baaren Gefällen, ist durch Unterzeichneten zu verkaufen.

[2259—61] **Dr. Gelbke** in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 14. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen. Neu einstudirt: ***Der Liebestrank***, komische Oper in 2 Acten nach dem Italienischen von Jg. Brincke. Musik von Donizetti. Adina, Frl. von Marra, vom k. k. Hofoperntheater zu Wien, als erste Gastrolle.

Dienstag, 15. Jun. **Faust**, Tragödie von Goethe. Gretchen, Frl. **Senger**, vom Hoftheater zu Oldenburg, als erste Gastrolle.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Jonas Heyne in Leipzig mit Frl. Emilie Wieland. — Hr. Heinrich Kloffe in Lodzica mit Frl. Josephine Majunk. — Hr. Karl Schönike in Spandow mit Frl. Friederike Paul in Rauen.

Getraut: Hr. Chirurg Aug. Gramenstetter in Oettingen mit Frl. Mina Meißner aus Dinkelsbühl. — Hr. Secondelieutenant Karl Haack in Lodzica mit Frl. Pauline Majunke. — Hr. Hermann v. Hövell in Berlin mit Frl. Julie Götting aus Breslau. — Hr. Theodor Hüsgen in Kempen mit Frl. Katharina Peters. — Hr. Lieutenant Otto Roack in Laskowitza mit Frl. Karoline Röhrich. — Hr. M. J. Schmitz in Jülich mit Frl. Clara Hagen aus Düren.

Geboren: Hrn. Heinrich Segond v. Banchet in Wulckow eine Tochter. — Hrn. Louis Böttner in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Apotheker E. Th. Genser in Potsdam ein Sohn. — Hrn. H. Goldschmidt in Berlin ein Sohn. — Hrn. H. v. Hagen in Berlin ein Sohn. — Hrn. Louis Hainsch in Breslau ein Sohn. — Hrn. Architekt P. Herzing in Bamberg ein Sohn. — Hrn. A. Kiepert in Marienfelde ein Sohn. — Hrn. Senior Krause in Breslau eine Tochter. — Hrn. Kaufmann Karl Müller in Jessen ein Sohn. — Hrn. Fr. Schuster in Berlin eine Tochter. — Hrn. Warburg in Mesherin eine Tochter.

Gestorben: Frau Oberhütteninspector Wilhelmine Birnbaum in Malapane. — Frau Gutsbesitzer H. A. Dabisch in Riesenthal. — Hr. A. Engelmann in Potsdam. — Hr. Fabrikant Gottlieb Goll in Biberach. — Hr. Ch. F. Jacob in Strehlen. — Frau Friederike v. Orth in Stuttgart. — Hr. Johann Friedrich Prasser in Liegnitz. — Frau Hauptmann v. Reder in Aribsow. — Hr. J. G. Schmatz in Berlin. — Hr. Lieutenant Julius Karl Hugo v. Zwendorff in Nordhausen.

Dienstag — Nr. 166. — 15. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Rthlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Vom Taunus. Die orientalische Frage. *Aus Obersachsen. Das Differentialzollsystem. Giessen. Adresse an Hrn. v. Gagern. — Conflict zwischen Bürgergarde und Polizei in Hamburg.

Preußen. Berlin. Landtag. zKönigsberg. Die Juden. Stadtverordnetenwahlen. Der Enthaltsamkeitsverein. Hr. Grünhagen. Brotvertheilung. — Der Salm'sche Proceß.

Oesterreich. Getreideunruhen. zLemberg. Der Nothstand. Arbeitsscheu. Brandstiftungen. Die Aernte. Garnisonwechsel.

Portugal. Das Einrücken der Spanier nicht bestätigt. Uneinigkeit in Oporto.

Spanien. Die Intervention in Portugal. Gerüchte vom päpstlichen Nuntius und dem Könige. Die Bankvorschüsse an die Regierung.

Großbritannien. Parlament. Sir R. Peel. Versammlung gegen das Armengesetz. Die Aernteaussichten in Irland. Die Jurisdiction der County Courts.

Frankreich. Parlament. Rundschreiben der constitutionellen Opposition. Prinz von Joinville in Algerien. Marschall Bugeaud. Der Infant Don Enrique. Unglücksfälle auf Bourbon. **Paris. Die Debatte über Algerien. Die Medicinalreform.

Belgien. Brüssel. Die Wahlen. Ministerrath. Der Freiheitsbaum.

Schweiz. Tagsatzungsinstruction.

Italien. Turin. Hr. v. Abel. *Rom. Rundschreiben. Rom. Der Gouverneur. Die Gendarmerie. Rom. Der Camerlengo.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *München. Die Universität.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. *Dessau. Wollmarkt. — Lotterie. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Vom Taunus, 10. Jun. Von Zeit zu Zeit stellt die vielseitige orientalische Angelegenheit eine Frage an das Abendland, zunächst an Centraleuropa, an Deutschland, ob die Einsicht, die Kraft und der Wille vorhanden sind, großen Entwickelungen auf geziemende Weise entgegen zu kommen. In der Moldau und Walachei, an der Donaumündung, in Serbien und bei den Montenegrinern ist die deutsche Politik zu leicht erfunden worden. Mit welchen Redensarten werden wir uns trösten, werden wir getröstet werden, wenn unser Interesse in Griechenland aufs neue gefährdet wird, wenn dieses Land, dem wir so viel Geld und Blut zugewendet, der englischen und russischen Politik zum Opfer fällt? England und Rußland haben freilich das gleiche Interesse in der Niederhaltung der griechischen Nation. England fürchtet die hellenische Marine, sowie Rußland eine von ihm unabhängige Entwickelung der byzantinischen Kirche. England sollte aber bedenken, daß ihm Rußland in diesen Gegenden höchst gefährlich ist, indem die Griechen sich demselben am Ende in die Arme werfen müssen. England sollte sich daher mehr gegen die russischen Bestrebungen als in kurzsichtiger Eifersucht gegen französische Einflüsse wenden. Die griechischen Matrosen in Rußlands Diensten werden ihm für die Folge gefährlicher werden als eine für sich bestehende griechische Marine. Engländer und Franzosen können ihren Einfluß ohnehin nicht weit über die Küsten hinaus ausdehnen. Im Innern gähren Kräfte, welche Beide nicht zu bewältigen vermögen und zu deren Benutzung Rußland mächtige Handhaben besitzt. Das neuere Coquettiren der Franzosen mit dem Illyrismus auf der Balkanhalbinsel wird keine weitern Früchte tragen, sowie die „diplomatische Schulmeisterei zu Athen, die egoistischen Handelsfragen, die kleinlichen Zänkereien" kein rühmliches Blatt in der Geschichte Europas bilden werden. Bei der schwachen Bevölkerung Griechenlands halten wir eine deutsche Einwanderung in großem Styl, ähnlich der amerikanischen, immer noch für die einzige nachhaltige Maßregel zur Hebung der slawischen Einwohner. Wie kriegerisch der albanesische Theil der Bevölkerung auch ist, wie tüchtig er auch für den Ackerbau erscheint, so wenig befähigt hat er sich bisher für Gewerbe und höhere Cultur gezeigt. Die obern Schichten des griechischen Volkes sind zu demoralisirt, um gediegene, neue Schöpfungen hervorzubringen. Was aber deutsche Colonisten vermögen, haben sie in den Ostseeherzogthümern, in Danzig und Königsberg, und neuerdings an den großen nordamerikanischen Strömen bewiesen. Wie die Slawen in Polen und Rußland unserer bedurft, so werden auch diejenigen auf dem illyrischen Dreieck uns nicht entbehren können. Freilich müßte Deutschland eine große, einige Politik haben, um mit Erfolg in die östlichen Entwickelungen eingreifen zu können. Die preußische Volksvertretung wird in dieser Hinsicht förderlich wirken und die gesammte deutsche Politik selbständiger gegen Osten stellen. Preußen spornt dann auch Oesterreich zu größern Thaten, sowie auch die kleinern Staaten aus ihrem Schlummer erweckt werden. Wenn die deutschen Mächte nicht kräftig zusammenhalten, so wird Rußland schließlich allein die Früchte der griechischen Wirren davon tragen. Deutschland aber muß trotz England und Rußland ein starkes, selbständiges Griechenland erstreben.

*Aus Obersachsen, 12. Jun. An der Stelle des sogenannten Schutzsystems, was eigentlich thatsächlich in Deutschland weiter nichts ist, als das System der Emportreibung des Spindelinteresses durch Vertheuerungszölle, scheint jetzt das Differentialzollsystem aufs Tapet zu kommen und hat selbst in gewissen höhern Kreisen Beifall gefunden, z. B. in der preußischen Herren-Curie. Das ist an sich nicht so unerklärlich. Unter allen Gründen, die für das sogenannte Schutzsystem vorgebracht werden, hat immer noch derjenige den weitesten Anklang auch unter Nichtbetheiligten gefunden — den Betheiligten ist natürlich jeder Grund recht —, der davon ausging, daß die Handelsfreiheit zwar an sich das Wahre und Wünschenswerthe, daß sie aber nicht eher mit Vortheil durchzuführen sei, bis sie wenigstens annäherungsweise allgemein herrsche. Dazu aber soll das Differentialzollsystem führen; es soll nur denjenigen Nationen Concessionen machen, welche uns mit dergleichen entgegenkommen, von denen aber abschließen, die gegen uns sperren. Was nützt uns, so fragt man, die Handelsfreiheit, was ist sie uns, wenn sie nur von unserer Seite aus gewährt wird, wir sie aber nirgend außerhalb unserer Grenzen finden, wenn unser Handel sich überall dort beengt und zurückgestoßen sieht? Wir wollen Denen Freiheit bewilligen, aber nur Denen, welche sich gegen uns eben so willig zeigen. Das scheint einleuchtend und hat ein natürliches Billigkeitsgefühl für sich. Doch würde man anders urtheilen, wenn man den andern Gedanken mehr ins Auge faßte, daß der Schutzzoll nicht sowol, oder doch lange nicht so oft und so sicher den ausländischen Producenten als den inländischen Consumenten trifft, daß man also durch die vermeintliche Wiedervergeltung nicht sowol dem Ausland als dem Inlande wehe thut, daß also dieses so billig und natürlich scheinende Retorsionssystem eigentlich nur den Sinn hat: daß wir, weil das Ausland bereits unsern Handel beengt, ihn nun auch unsererseits noch mehr beengen müssen. Daß unser Consument, und in diesem Begriffe liegen sehr viele Producenten und Gewerbszweige, durch den Zoll, der ihn behindert, da zu kaufen, wo er mit dem meisten Vortheile für sich kaufen würde, leidet, ist gewiß. Ob der fremde Producent darunter leidet, bleibt ungewiß, da unser Markt nicht sein einziger ist.

Immerhin scheint das Differentialzollsystem im Vergleiche zu dem Treibhaussystem ein Vorschritt, denn es stellt wenigstens die Handelsfreiheit in Aussicht, stellt sie als Ziel und Zweck hin und gewährt sie theilweise. Nach dem Principe des industriellen Erziehungssystems dagegen könnte die ganze Welt Handelsfreiheit haben, und wir dürften sie doch nicht geben, so lange unsere Industrie — nämlich die erziehungsbedürftige — noch nicht so weit „erstarkt" wäre, daß sie neben dieser Concurrenz der Freiheit bestehen, d. h. ihren Betreibern die begehrten Bequemlichkeitsprämien abwerfen könnte. Diese Herren wollen nun einmal vor allen übrigen Arbeitern im Volke, die hinsichtlich ihres Bestehens auf sich selbst verwiesen sind, die Beihülfe des Staats zu ihrem Bestehen und Gedeihen voraus haben; das Volk soll gezwungen werden, ihnen und nur ihnen sein Geld zuzutragen, und die Gesellschaft soll für die Erziehung zu den unvergleichlichen Spinnerkünsten mehr Mühe und Kosten aufwenden, als sie noch jemals für die Erziehung zu den höchsten und edelsten Eigenschaften des Geistes und Herzens auf sich genommen hat. Diese Herren werden also mit dem Differentialzollsystem nicht einverstanden sein. Im Uebrigen hat es allerdings auch in Bezug auf seine Zweckmäßigkeit gegen sich, daß es in seinen Wirkungen noch viel unklarer und unsicherer ist als selbst das gewöhnliche Schutzsystem, durch die Unterschiede, die es macht, alle Einfachheit und Uebersichtlichkeit stört, noch weit mehr von entfernten, auswärtigen, wechselnden Zuständen und Verhältnissen abhängig bleibt, sehr selten so eingerichtet werden kann, daß es gerade denjenigen Klassen des Volks etwas hülfe, die eben durch die Maßregeln des Auslandes leiden, und während seines Bestehens doch oft Unternehmungen hervorruft und Arbeitermassen auf sie stellt, die dann

zu Grunde gehen, wenn der Zoll, der Consequenz des Systems nach, später wieder wegfallen muß.

Man hofft, durch jenes System die norddeutschen Staaten zu gewinnen. Nun, auch diese Aenderung wäre ein Vorschritt; denn jene Staaten, welche der Vertheuerungspolitik abhold sind, werden sich nur durch erniedrigte, nicht durch erhöhte Zölle gewinnen lassen. Man hofft davon für die deutsche Schiffahrt, hinsichtlich deren man immer und immer wieder erinnern muß, daß sie, unter vielfach mislichen Verhältnissen, ohne irgend einen Schutz oder Treibhausmaßregel, sich bereits zur größten Handelsmarine in Europa aufgeschwungen hat nächst der britischen, der wir nie gleichkommen werden, da wir kein Inselland sind, folglich das maritime Interesse nicht in gleichem Maß alle Theile des Landes durchdringt, und da wir nicht das ganze Jahr freies Meer haben. Deutschland steht in seiner Schiffszahl, selbst ohne Oesterreich mitzurechnen, über Frankreich mit seiner Küstenlage am Atlantischen Ocean und am Mittelmeere, mit seinen Colonien, seiner Kriegsmarine, seinen ungeheuern Marine- und sonstigen Budgets, den Billionen, die es seit Ludwig XIV. an die Auftreibung seiner Seemacht gewendet hat, und seinen Differential- und sonstigen Zöllen. Die Zahl der Segelschiffe nur der norddeutschen Staaten, selbst mit Ausschluß der kleinen Fahrzeuge, belief sich Ende 1844 auf 3065 mit 264,586 Last zu 4000 Pf. (Bei der griechischen Marine werden sehr kleine Fahrzeuge mitgezählt, und trotz dem und trotz ihres Aufschwunges und ihrer großen natürlichen Begünstigung steht sie weit hinter der deutschen, wenn man Oesterreich mitrechnet.)

Nun so muß man alle mögliche Mittel anwenden, um diesen hoffnungsreichen Zustand immer höher zu steigern. Alle möglichen Mittel? Nein! Nur alle richtigen Mittel, und das sind nur die der Freiheit. Wie sehr sie es sind, das hat ganz vor kurzem die Handelskammer von Bordeaux in einem wahrhaft classischen Antwortschreiben gezeigt, worin sie das Anerbieten der Schutzpartei, sie in die große Schutzleague aufzunehmen, welche, ganz wie unsere Schutzzöllner, die Verflechtung von Landbau, Industrie und Handel unter ihre gemeinsamen Fittige nimmt, völlig abweist und, in specieller Beantwortung aufgestellter Fragen, unwiderleglich darthut, daß Frankreichs Handel, Schiffahrt und Seemacht nur unter dem Drucke des Schutzsystems leiden und nur durch freien Verkehr den Aufschwung erringen können, den man ihnen vergebens, unter ungeheuersten Opfern, erkünsteln will. Dieses hochwichtige, vom 10. April datirte Actenstück ist im Aprilhefte des Journal des Economistes zu finden, und möge Niemand über diese Dinge urtheilen, ohne es gelesen und bedacht zu haben. Auch der in demselben Heft enthaltene Aufsatz des Hrn. Aniffon Duperron über den Vertrag von Methuen und den englisch-französischen Handelsvertrag von 1786 ist sehr lesenswerth und zerstört manche verjährte Vorurtheile, dient auch namentlich zur Würdigung des Differentialzollsystems.

Giessen, 9. Jun. Gleich den Provinzial-Hauptstädten Darmstadt und Mainz sowie den rheinhessischen Städten Bingen und Worms hat auch unsere Stadt sich beeifert, an Hrn. v. Gagern gelegentlich der bekannten Discussion alsbald eine Adresse zu erlassen. Sie wurde, um keine Zeit zu verlieren nur mit etwa 50 Unterschriften versehen, in diesen Tagen an ihn abgesendet; es heißt darin:

„Sie sind, hochgeehrter Mann, durch eine in Ihrer bekannten Schrift über die Garantien für die rheinhessische Rechtsverfassung enthaltene Aeußerung gegen den Hofgerichtsrath und Landtagsabgeordneten Georgi aus Gießen, von diesem zum Zweikampfe gefordert worden, und es hat derselbe außerdem in einer der Großherzogl. Hessischen Zeitung vom 3. Jun. abgedruckten sogenannten «öffentlichen Erwiderung» versucht, Sie vor dem hessischen Volke zu beschimpfen. Bürger dieses hessischen Volkes, Bewohner der Stadt, in welcher Hr. Georgi seit vielen Jahren seinen Wohnsitz hat, halten wir uns sowol für berechtigt als für verpflichtet, Ihnen hiermit zu erklären, daß Dasjenige, was Hr. Georgi gegen Sie vorbringt, ganz und gar nicht im Stande ist, die tiefbegründete Achtung, die innige Verehrung zu schwächen, zu erschüttern, die wir mit der Mehrzahl der Bewohner von Gießen, ja wir können sagen mit der Mehrzahl der Bürger des hessischen Staats für Sie hegen und empfinden. Ihr Muth, verehrter Mann, hat sich in anderer, in würdigerer und männlicherer Weise erprobt als in dem Eingehen in einen von unserer Zeit als barbarisch und unmoralisch verdammten, von unserer Strafgesetzgebung als verbrecherisch bezeichneten Zweikampf; und wir würden lebhaft beklagen müssen und in keiner Weise gerechtfertigt sehen können, wenn Sie, hochgeschätzter Mann, uneingedenk der Hoffnungen und Erwartungen, welche wol der größte Theil des hessischen Volkes an Ihr Wiedereintreten in die zweite Kammer der Landstände zu knüpfen berechtigt ist, uneingedenk der Pflichten, die Ihnen dadurch obliegen, sich zum Zweikampfe stellen wollten" ꝛc. ꝛc. (Fr. J.)

— Aus **Hamburg** vom 8. Jun. berichtet die Kölnische Zeitung von einem am 7. Jun. zwischen der vor dem Thor exercirenden Bürgergarde und einigen Polizeioffizianten vorgekommenen ernstlichen Conflicte. Anlaß des Streites wäre die brutale Behandlung gewesen, welche einer mit Würsten und Getränk handelnden Marketenderin unter den Augen der bewaffneten Bürger angethan worden sei, weil die Frau Pferdefleischwurst verkauft haben solle. Die Bürgergardisten hätten sich derselben angenommen, und als die Polizeileute sich deren Intervention verbaten und mit ihren Stöcken drohten, hätten die Bürgergardisten einen mit seinem Stocke zu Boden geschlagen, der aber noch entkommen sei, den andern aber verhaftet und in die Wache gebracht.

Preußen.

Berlin, 13. Jun. Die Vereinigten Curien begannen am 10. Jun. die Verhandlung über das die königl. Proposition wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer betreffende Gutachten. Es hatte sich gegen die Einkommensteuer erklärt. Der Abg. Hansemann sprach sich zwar für diese aus, hielt aber die Sache wegen des dagegen bestehenden Widerwillens nicht für ausführbar und schlug vor, für nächsten Landtag einen annähernden Gesetzentwurf zu erbitten. Nachdem der Finanzminister die Ansicht der Regierung über die Sache dargelegt, sprach der Abg. Krause gegen, der Abg. Camphausen in einer längern, hauptsächlich auch die Verhältnisse der Proletarier mit Wärme erfassenden Rede für die Einkommensteuer, glaubte auch, daß sie und die in ihr liegende Selbstbesteuerung nicht blos eine Folge, sondern auch eine Bedingung politischer Bildung sei. Abg. Dittrich machte einen dem Hansemann'schen Plan entsprechenden Vorschlag, und in ähnlichem Sinne sprach sich Abg. Baum aus. Abg. Kuschke für Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer; Abg. Tschocke gegen die Proposition; Abg. v. Gerlach gegen fortwährende Einkommensteuer; Abg. Stöpel gegen die Proposition. Die Tagespresse habe die Maßregel nur betrieben, um den untern Klassen zu schmeicheln. Er halte die Mahl- und Schlachtsteuer für den gelungensten Theil der Steuergesetzgebung und beklage nur, daß sie sich nicht über das ganze Land ausdehnen lasse. Sie sei ihm immer lieber und werther geworden. Noch verbreitete er sich über ihre Vorzüge vor allen andern, auch indirecten Abgaben. Ganz anderer Meinung war der Abg. Winkler, sprach sich aber übrigens im Sinne des Abg. Dittrich aus. Zur Vertheidigung der Proposition wie zur Berichtigung mehrer factischen Angaben sprach der Generalsteuerdirector mehrmals. Abg. Möwes sprach sehr zur Vertheidigung der Mahl- und Schlachtsteuer. Ebenso Hr. Sperling von Königsberg, dessen Rede wegen mehrfacher Abschweifungen viel Unruhe erregte. Er mischte eine Beschwerde der Stadt Königsberg ein, und als darauf der Landtagscommissar die Versammlung fragte, ob sie eine Erwiderung erwarte, hieß es fast einstimmig: Nein. Abg. Becker für Beibehaltung der jetzigen Einrichtung. Graf Renard in längerm Vortrage, welcher ein vielstimmiges Bravo ärntete, für die Einkommensteuer. Abg. Siebig für den Hansemann'schen Vorschlag. Graf Gneisenau gegen die Einkommensteuer, weil keine Nothwendigkeit vorliege. Abg. Dorenberg fand die Mahl- und Schlachtsteuer wegen der Thorcontrole lästig, die Einkommensteuer aber noch bedenklicher, und sprach für veränderte Klassensteuer; mancher Steuerpflichtige würde jetzt gern mehr geben; es sei aber keine Klasse mehr vorhanden. Auf ähnliche Vorschläge gingen auch die Aeußerungen der Abgg. Diebold, Krüger, Graf Helldorf, v. Byla. Der Abg. Diergardt war dagegen für die Einkommensteuer, unter Beziehung auf England. Gegen den Gesetzentwurf erklärten sich noch die Abgg. Sommerbrodt und Büning; für die Einkommensteuer sprach v. Rath, und war überzeugt, sie werde noch ein Muß werden. Dagegen war der Abg. Gier lediglich für Ausbildung der Klassensteuer und die Erleichterung des Ueberganges von der Mahl- und Schlachtsteuer zu ihr. Der Abg. Hanisch für das Princip der Einkommensteuer; ebenso der Abg. Lindner, mit Bezug auf das Hansemann'sche Amendement und die Rede des Hrn. Camphausen; Abg. v. Brünneck für die Proposition, jedenfalls aber für Erleichterung der untern Klassen.

In der Herren-Curie begann am 9. Jun. die Berathung über die Petition der Stände-Curie wegen Vorlegung des Hauptfinanzetats an eine Abtheilung. Die Mehrheit der Abtheilung stimmte bei. Der Finanzminister sprach besonders dagegen, daß getrennte Abtheilungen in jeder Curie dafür bestellt werden sollten, was Graf Arnim in längerer Rede vertheidigte. (A. P. Z.)

Königsberg, 10. Jun. Unter den hiesigen Juden ist ein bitterer Haß und Streit ausgebrochen, indem ein Theil derselben, die sogenannten Rechtgläubigen oder Orthodoxen, sich mit aller Macht gegen die Einführung des sonntäglichen und deutschen Gottesdienstes auflehnen. Diese Partei scheint in der Polizeibehörde einen Alliirten bekommen zu haben, da, wie man hört diese an den Vorstand der jüdischen Gemeinde geschrieben hat und den sonntäglichen Gottesdienst aufgehoben wissen will, sich stützend auf ein altes Ministerialrescript, nach dem den Juden jede Abweichung von der einmal üblichen Form des Gottesdienstes untersagt ist. (Nr. 165.) Dem zufolge fiel bereits am vorigen Sonntage der Gottesdienst in der Synagoge aus.

Am 7. Jun. fanden die Wahlen neuer Stadtverordneten statt, die nicht ganz nach Willen und Wunsch der sogenannten Fortschrittsmänner ausfielen. Unter andern sollte Walesrode für den achten Stadtbezirk gewählt werden, fiel aber mit großer Stimmenmehrheit durch. An demselben Tage feierte der hiesige Enthaltsamkeitsverein sein zehnjähriges Bestehen, welches durch die Gegenwart des deutschen Mäßigkeitsapostels Baron v. Seld verschönert ward. Hr. v. Seld besitzt eine große Beredtsamkeit, und viele der Anwesenden, Frauen, Kinder und Männer, traten am Schlusse seiner Rede dem Vereine bei.

Wegen Fr. Grünhagen, der als Anführer der Tumultuanten in Stettin verhaftet wurde und zu sehr schwerer Strafe verurtheilt sein soll,

haben dem Vernehmen nach mehre Kaufleute eine Petition an den Justizminister gesendet, in der sie sich erbieten, eidlich zu erhärten, daß Grünhagen hier schon geisteskrank gewesen sei. — Von morgen ab tritt die Brotvertheilung an die Armen nun wirklich ins Leben.

— Ein Proceß, welcher in Münster vieles Aufsehen gemacht hat, ist in diesen Tagen durch Vermittelung des Staats verglichen worden. Der Fürst von Salm-Horstmar war von der zu Gunsten der beiden andern Salm'schen Linien auf das Amt Horstmar gelegten Rente eine bedeutende Summe (mit Zinsen gegen 600,000 Thlr.) schuldig geblieben und rechtskräftig zur Zahlung verurtheilt worden. Es trat nun, weil der Fürst nicht zahlen zu können behauptete, eine Sequestration seines Vermögens ein, die beinahe zwei Jahre gedauert hat. Nachdem der hiesige Oberlandesgerichtspräsident v. Scheidler im Auftrage des Justizministers den Vergleich längere Zeit versucht hatte, ist derselbe nunmehr auf 400,000 Thlr. zu Stande gekommen, welche der Staat zu 3½ Proc. hergeliehen hat. (K. Z.)

Oesterreich.

Nach Briefen aus **Prag** vom 8. Jun. kam es am Abend zuvor daselbst zu einem Brotkrawall, der nach Mitternacht gestillt wurde. Es ward am 8. Jun. bekannt gemacht, daß es Jedermann freistehe, Brot zu backen und zu verkaufen.

— Die augsburger Allgemeine Zeitung schreibt aus **Pesth** vom 6. Jun.: „Heute angekommenen Briefen aus Großwardein zufolge soll es dort zu bedeutenden Excessen gekommen sein. (Nr. 165.) Der Pöbel, gegen die Getreidehändler angereizt, soll sich in Massen zusammengerottet und seine Wuth besonders gegen die Juden ausgelassen haben, wobei mehre Personen das Leben verloren hätten."

ƨ **Lemberg**, 3. Jun. Noch zur rechten Zeit öffneten sich die Schleusen des Himmels. Wir hatten über große Trockenheit zu klagen wie einst die Kinder Israel's zur Zeit des rebenlüsternen Königs Ahab. Die jungen Gräser und Baumknospen verschmachteten wie die Menschen. Aber den Saaten kam Rettung, da beinahe die Noth am höchsten. Angesichts der überstandenen Mis- und Nothjahre konnten Bangigkeit und Kleinmuth auch an den ältesten und besonnensten Landwirthen nicht besonders befremden. Noth, und zumal die dringendste, schreiendste von allen Nöthen, Hungersnoth tritt wie jedes alternde Uebel in immer bedenklichern Formen auf. Wem haben die diesjährigen Symptome nicht schon manchmal den gesunden Abendschlaf verdorben? Dörfer und Städte wimmeln von Bettlern, die sich nicht selten in ganzen Scharen vor den Thüren und Fenstern der Vermögendern lagern. Es betteln Kinder der Besitzer von 100 und mehr Joch fruchtbaren Ackerlandes mit den Kindern der Gärtner und völlig Besitzlosen, ja nicht selten marschirt an der Spitze eines Zuges Mitleidsflehender ein stämmiger Practicus, dem es in seinem Dorf an nichts gebricht, weder an Haus und Hof, noch an ausgiebigem Besitzthum von Feld, Garten und Wiese. Somit wird mit erheucheltem Jammer unverschämter Betrug getrieben und das warme Gefühl der Menschenfreunde mit Argwohn und Kälte erfüllt. Die erste, größte Ursache des herrschenden Nothstandes ist wol die alle bäuerlichen Klassen von oben bis unten durchdringende Arbeitsscheu. Niemand will arbeiten. Der Grundbesitzer, am Hungertuche nagend, miethet einen Knecht, um nicht in Person auf dem Felde pflügen und eggen zu müssen. Seinen mannbaren Söhnen und Töchtern, denen er kaum die nothdürftigste Nahrung zu reichen vermag, zu gestatten in Dienste zu treten, verträgt sich nicht mit der Würde eines vermögenden Sassen. Sie mögen also daheim darben und — faullenzen. Das beste Mittel, sich die andringenden Bettlerhaufen vom Halse zu schaffen ist: Nahrung und Geld gegen die Verrichtung von Arbeit anzubieten. Sei es das leichteste Tagewerk, das man vorschlägt, Häckerlingschneiden, Unkrautjäten, Pflanzenbegießen, Hofkehren, und sei der Bettler vermöge seiner körperlichen Beschaffenheit dieser Arbeit noch so gut gewachsen, ja zeige er sich sogar bereit dazu: kaum hat seine träge Hand das Hackmesser, die Gießkanne, den Besen berührt, so ist er den Augen seines Miethers wie eine Erscheinung entschwunden. Nie wieder läßt er sich auf der fürchterlichen Schwelle erblicken, wo seinen Gliedern Arbeit zugemuthet wird. Er kann es anderswo leichter haben. Mit kecken Drohungen werden weit und breit die Besitzenden eingeschüchtert. Wer nicht gibt, der darf baldiger und schwerer Heimsuchung gewiß sein. Täglich seit Wochen sieht man den mitternächtlichen Himmel von den Feuersäulen bübischer Brandstiftungen geröthet. Große Vorräthe, unschätzbar in dem gegenwärtigen Zeitpunkte, gehen nicht selten dabei zu Grunde. Dieses Loos trifft am häufigsten die Gemeindevorsteher, welche bei der Vertheilung der Regierungsunterstützung die Bedürftigen namhaft zu machen haben. Die Regierungsunterstützung ist großartig, und es haben die Kreisämter Vollmacht, jede von den Bedürfnissen irgend geheischte Summe zu verausgaben. Todesfälle in Folge reinen Hungers kommen indessen doch vor; ich selbst habe manche solcher Verschmachtenden mit eignen Augen gesehen. Im tarnower Kreise, dem Herde der vorjährigen blutigen Bewegungen, herrscht vollkommene Ruhe; die alten Pläne und Träume scheinen, bei Einigen vielleicht mit Seufzen, dem Lethe übergeben zu sein. Wer es anders weiß, wer von neuer unerlaubter Thätigkeit des schwer gebeugten Adels redet, der predigt ein Phantasiestück seines eignen Wahnsinns. Kein Mensch in Galizien denkt mehr an Revolutionen; von dieser Krankheit ist der verständige Adel gründlich geheilt.

Die Aerntehoffnungen sind günstig. Galizien könnte bei gehöriger Arbeitslust und Betriebsamkeit der Ackerbauer eine wahre Kornkammer Oesterreichs werden. So weit ich das Land, von dem Grenzpunkte des tarnower, jasloer und bochniaer Kreises bis Lemberg zu Fuße durchschritten, überall zeigte sich der Segen eines guten Jahres; das Wintergetreide hoch, dicht und kräftig, die Obstbäume überfüllt mit Früchten. Die Sommersaat steht wegen Mangel an Regen im Wachsthum etwas zurück. Auch für das Manna der arbeitenden Klassen, die Kartoffeln, nährt man große Hoffnungen. Möchten sie durch längere Trockenheit nicht zuletzt arg verkümmert werden! — In der Aufstellung unserer Armee haben sich einige Veränderungen ergeben. Das Regiment Großfürst Alexander marschirte im Frühjahr zur Aufwartung nach Wien, wo es am 1. Mai eintraf. In die von demselben belegt gewesene Nummer rückte das Regiment Kaiser Chevauxlegers von Tarnow vor. Zwei Grenzbataillons traten den Rückmarsch nach Siebenbürgen an; dagegen übersiedelten die Regimenter Lucca nach Czernowitz, Mazzuchelli nach Stanislawow, Nassau nach Przemisl und Deutschmeister nach Lemberg und Zolkiew. Das Regiment Hoch- und Deutschmeister, zum größten Theil aus Eingebornen Wiens bestehend, ist seit langen Jahren die erste deutsche Truppe, welche die Mauern der galizischen Hauptstadt betritt. Es wird wegen der höhern Bildungsfähigkeit der Mannschaft zu den schönsten Regimentern der Armee gezählt, und in Tarnow kann man das menschenfreundliche gesittete Benehmen gegenüber dem herrschenden öffentlichen Unglück nicht vergessen. Ein schöner Ruf eilt diesem braven Regiment nach Lemberg voran.

Portugal.

Die Times hat Nachrichten aus **Vigo** vom 31. Mai, die noch nichts vom Einrücken spanischer Truppen in Portugal und von dem angeblichen Entsatze der von den Insurgenten berennten Festung Valença wissen, in der 680 M. königl. Truppen liegen. Die Verbindung des Platzes zu Wasser über den Minho war nicht abgeschnitten. Das Hauptquartier der Insurgenten war im Kloster Gamse. Bei der am 23. Mai vor dem Douro von den drei Dampfschiffen der Insurgenten mit der Fregatte Donna Maria und der Brigg Douro gehabten Kanonade traf doch eine Kugel den Vordermast der Fregatte so, daß man sie in Vigo nur vorläufig ausbessern konnte, um bis Lissabon damit zu kommen. Daß die königl. Schiffe sich davongemacht hätten, wird aus doppeltem Grunde für unwahr erklärt, indem einmal Windstille war und zweitens Segelschiffe den Dampfern schwerlich würden entkommen können, wenn diese ernstlich an sie heran gewollt hätten. Graf das Antas wollte sich mit 2200 M. nach Peniche nördlich von Lissabon einschiffen. Die Generale Povoas und Guedes sollen erklärt haben, daß sie nur für Dom Miguel künftig fechten würden und darauf von der Junta entlassen worden sein. Das würde auf Spaltung im Lager der Insurgenten deuten. Vor Oporto befanden sich drei britische Dampfschiffe, eine Fregatte und eine Brigg, und die spanische Corvette Bilboa.

Spanien.

In den madrider Zeitungen vom 5. Jun. finden wir noch keine Bestätigung der von französischen Blättern gegebenen Nachricht von Gefangennehmung des Grafen das Antas. (Nr. 165.) Da dieselbe jedoch durch den Telegraphen nach Paris gelangt sein muß, bedarf es allerdings einiger Tage, ehe auf anderm Wege das Nähere eintreffen kann. Allein mehre spanische Blätter widersprechen auch dem Heraldo mit seiner angeblich bestätigten Nachricht von der Besetzung der Festung Valença am Minho durch die Spanier. Erst um den 10. Jun. werde die portugiesische Grenze von dem spanischen Hülfsheer überschritten werden. Die Anwesenheit des päpstlichen Nuntius hilft bereits die in Madrid stets reichlich vorhandenen Gerüchte noch vermehren. Er sollte sich zum Könige nach Pardo begeben haben, was aber keineswegs der Fall gewesen ist. Nun wird ein solcher Besuch für die nächste Zeit angekündigt, der die Versöhnung des königlichen Paares zum Zwecke haben soll.

— Der Finanzminister soll der Bank als Deckung für die der Regierung gemachten Vorschüsse und das in den letzten Monaten eingetretene Zurückbleiben der Einnahme hinter den Voranschlägen, 90 Mill. Reglen in Wechseln und Verschreibungen von Käufern von Nationalgütern angeboten haben, die binnen drei Jahren zahlbar werden, sowie die 60 Mill., welche bei Erneuerung des Quecksilberpachtes vorausgezahlt werden müssen.

Großbritannien.

London, 9. Jun.

Im Oberhause erhielten gestern mit mehren Bills auch die irische Armenunterstützungsbill und die über Darlehen zu Landverbesserung aus Staatsmitteln durch Commissare die königliche Zustimmung. Der Earl of St. Germens brachte die nach dem bestehenden Gesetz in Irland bei Parlamentswahlen zulässige, lange, fünf Tage dauernde Zeit zur persönlichen Abgabe von Stimmen zur Sprache. Schon bei gewöhnlichen Verhältnissen bringe dieser Uebelstand für die Bewerber viel Aufwand und oft Störungen der öffentlichen Ruhe mit sich, wie viel mehr Unheil werde

jetzt daran zu besorgen sein. Es möchte daher dem Lordlieutenant Vollmacht gegeben werden, unter Berücksichtigung der Oertlichkeit die Zeit für die persönliche Stimmgebung zu beschränken. Der Marquis of Lansdowne erklärte, daß die Regierung dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit schon zugewendet habe. Er legte sodann die Actenstücke über die portugiesischen Angelegenheiten auf die Tafel des Hauses. Aus der Unterhaussitzung haben wir gestern das Wichtigste schon mitgetheilt. Das Haus vertagte sich frühzeitig.

— In der City werden Unterschriften zu einer Einladung an Sir R. Peel gesammelt, bei den nächsten allgemeinen Wahlen als Mitbewerber für die Vertretung derselben im Unterhause aufzutreten.

— In der Kron- und Anker-Taverne wurde gestern eine zahlreiche Versammlung von chartistischer Färbung gegen die Armengesetze von 1834 und die neue Centralaufsichtsbehörde gehalten. Das radicale Unterhausmitglied, der Chirurg Wakley, als Herausgeber der «Lancet» auch schriftstellerisch bekannt, wurde zum Vorsitze berufen. So lange er leben und seine Pflichten als Mitglied des Parlaments und die Rechte der Armen begreifen werde, so lange werde auch sein Haß gegen das bestehende Armengesetz dauern. Zu Elisabeth's Zeiten sei ein Gesetz gegeben worden, das für die Armen das Recht auf Unterstützung anerkannte, wenn sie in Noth kamen, und kein Edelmann im Lande besitze seine Güter kraft besserer Titel als die Armen jenes ihr Recht besaßen. Kein Reicher sollte in seinem Besitze sicher sein, bevor für die Versorgung bedürftiger Armen gesorgt worden. Das Recht der Armen sei aber 1834 gebrochen mit dem neuen Armengesetz, und seitdem wäre Trennung eingetreten zwischen Arm und Reich, die früher bestandene herzliche Sympathie habe leider aufgehört. Doch was sage er leider! Vielmehr freue er sich dessen und daß ein Geist lebendig geworden sei, der den Gedrückten bestimmt zu ihrem Rechte helfen werde. Denn ganz erstaunlich sei die Weisheit der Senatoren, wenn sie etwas von nahender Gefahr witterten. Vor kurzem habe man einige Aussicht gehabt, die abscheuliche Acte von 1834 aufhören zu sehen; aber eine neue List sei ausgebrütet worden und die Minister wollten nun selber Armencommissare werden. Allein sobald nur das Volk zur Erkenntniß seiner Rechte gelange, würde dieses Armengesetz keine 24 Stunden mehr bestehen können. Von Hrn. C. Cochrane wurde dann eine Resolution beantragt, welche sich aufs heftigste gegen die Ansicht aussprach, die arbeitenden Klassen zögen vor von Almosen zu leben, anstatt sich ihren Unterhalt zu erwerben, und weil das Armengesetz von 1834 daran ausgehe, dasselbe total verwerflich erklärt. Unterstützt wurde der Antrag von Hrn. Oastler, der, wenn jene Ansicht die Basis der Armengesetzgebung bleiben sollte, die Gesetzgeber des Verraths an der Constitution zieh. Nach Annahme der Resolution beantragte Hr. Ferrand eine zweite, die auf Anerkennung der Berechtigung der Nothleidenden auf Hülfe, Verbesserung der Behandlung in den Armenhäusern, größere Freiheit für die darin Aufgenommenen, bessere Verpflegung und bessern Unterricht für die Kinder in denselben ging, wozu von O'Connor noch der Zusatz gemacht wurde, daß zu Erreichung alles Dessen nur chartistische Candidaten gewählt werden sollten. Auch diese Resolutionen wurden angenommen, und mit drei Hurrahs für die Volkscharte trennte sich die Versammlung.

— Der Times wird vom 7. Jun. aus **Dublin** geschrieben, daß die dort aus dem Innern erhaltenen Nachrichten über den Stand der Feldfrüchte durchaus sehr günstig wären. Was die Kartoffeln anlange, dürfe man freilich nicht vergessen, daß im vorigen Jahre sich bis August die widersprechendsten Nachrichten darüber drängten, bis endlich das Fehlschlagen der Aernte zu Tage kam. Zeige sich jetzt hin und wieder ein kranker Stock, so sei in Rechnung zu setzen, daß die gelegten Kartoffeln zum Theil von sehr untergeordneter Güte gewesen.

— Ein neuerlich abgegebenes Decisum Hrn. Palmer's vom Bristol County Court macht viel, besonders in juristischen Kreisen von sich reden, und würde, erlangte es die Anerkennung der obern Gerichte, die auf Summen von nicht über 20 Pf. St. beschränkte Jurisdiction der County Courts ganz außerordentlich und in bei ihrer Einsetzung nicht vorausgesehener Weise erweitern. Es geht von dem Grundsatz aus, daß jede einzelne Bestellung und Ablieferung von Dingen, z. B. im Januar ein Mantel und im Mai ein Ueberrock, ein besonderes Contractsverhältniß constituire und daher Gegenstand besonderer Klage sein könne. Bei den obern Gerichtshöfen wird jedoch eine Trennung solcher vereinigt geltend zu machender Ansprüche nicht geduldet und, wenn versucht, auf dagegen vom Beklagten erhobene Beschwerden an dem Kläger als Chicane gestraft und die Verschmelzung angeordnet. Nun sagt Hr. Palmer, daß diese Maxime auch für die County Courts gelten müsse. Wenn mehre Klagen gegen einen Schuldner von einem Gläubiger angebracht würden, die zusammen nicht über 20 Pf. St. beträfen, so werde er die Verschmelzung derselben anordnen und den Kläger in die Kosten verurtheilen. Bei der Begrenzung auf 20 Pf. St. der Jurisdiction der County Courts habe er nicht zu fragen, ob noch mehr Verbindlichkeiten vorlägen, und wenn eine neue Klage auf 20 Pf. St., nach einiger Zeit wieder eine angebracht werde, sei nur zu ermitteln, ob dieselbe rechtsbeständig sei, woran durch eine frühere und andere Klage beigetriebene 20 Pf. St. nichts änderten. Eine größere Forderung würde auf diese Art bei den County Courts in Theilen eingeklagt werden können. Unter den Einwendungen gegen diese Ansicht wird besonders vorangestellt, daß bei jährlichen oder halbjährlichen, über 20 Pf. St. betragenden Rechnungen die Theilung in einzelne Posten unter jenem Betrage nicht gestattet sein könne, weil sich aus den Rechnungsabschlüssen die Zusammenfassung der Forderungen für halbjährliche oder jährliche Termine thatsächlich ergebe.

Frankreich.

Paris, 10. Jun.

Die Pairskammer nahm gestern nach Erledigung einiger Berichte über Bittschriften die allgemeine Berathung über die Medicinalreform wieder auf. Der Fürst von der Moskwa hielt dem Unterrichtsminister zunächst entgegen, daß die Gesetzentwürfe nicht, wie gesagt worden, der Commission für die höhern medicinischen Studien vorgelegen und man deren Verhandlungen der Commission über den Gesetzentwurf mitgetheilt habe. Mitglieder von beiden wollten aber so wenig vom Einen wie vom Andern etwas wissen. Auf eine Anfrage des Hrn. de Salvandy bestätigte der Berichterstatter Graf Beugnot die Angabe des Fürsten, und daß ihm keine Verhandlungen jener Commission über den Gesetzentwurf vorgelegt worden seien. Der Minister sagte die unverzügliche Mittheilung derselben, die 1845 stattgefunden und nur durch Irrthum unterblieben wäre, zu. Graf Beugnot resumirte dann als Berichterstatter die bisherige Debatte, und zu der nächsten Sitzung wurde die Discussion der Artikel anberaumt. Hr. Cousin zog seine Amendements für Beibehaltung der Officiers de Santé und der Concurse zurück und schloß sich Hrn. Flourens an (der Licentiaten der Medicin haben will). — In der Deputirtenkammer kam die allgemeine Debatte über die außerordentlichen Credite für Algerien auch zum Schlusse. General Lamoricière hielt seine Jungfernrede in der Kammer. Mit Marschall Bugeaud erklärte er hinsichtlich der Colonisationsfrage nur darin zu differiren, daß Jener die Anlagen für den öffentlichen Nutzen und die für Privaten auf Staatsrechnung brachte, während der Boden fruchtbar genug sei, um für letztere den angemessenen Ertrag zu liefern. Uebrigens schloß er sich den Anträgen an, daß die Regierung 1848 nachweisen möge, was hinsichtlich der Organisation der Civilverwaltung gethan worden sei. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Guizot, nahm dann das Wort und hatte nur Weniges an Dem auszusetzen, was sein Vorgänger auf der Tribune geäußert. Er nahm warm die Partei des Marschalls Bugeaud und erklärte die Regierung bereit, die Expedition nach Kabylien zu vertreten. Hr. Dufaure bestritt die Verfassungsmäßigkeit der letztern und erklärte sich gegen die Art der Verwaltung Algeriens. (Vergl. den Brief aus Paris.) Vom Marineminister wurde ein Gesetzentwurf über eine Pension von 12,000 Fr. für die Witwe des Admirals Duperré als Anerkennung seiner nationalen Verdienste eingebracht.

— Das Centralcomité der constitutionellen Opposition hat ein von den HH. Odilon-Barrot, Duvergier de Hauranne, Gustave de Beaumont, Léon de Malleville und Chambaron unterzeichnetes Rundschreiben an seine Correspondenten in den Departements erlassen, das heute auch vom Journal des Débats mitgetheilt wird. Es beginnt damit, auf die große Majorität hinzuweisen, welche die Regierung im vorigen Jahre durch allbekannte Mittel und Versprechungen, die so schnell gegeben wie gebrochen worden, erlangt habe. Die Majorität habe seit 1834 zum ersten Mal anzudeuten geschienen, daß die Opposition im Unrecht sei. Allein vom ersten Augenblick an habe diese Majorität, anstatt ihre Macht im Interesse des Landes zu benutzen, nur im Verein mit dem Ministerium gehemmt, gehindert, nicht eine wirklich nationale und fruchtbare Maßregel vorgeschlagen und sich jeder politischen, finanziellen und administrativen Reform widersetzt. Man habe Frankreichs Einfluß selbst da fallen lassen, wo ein Familienband ihn neu zu befestigen schien, und das Land in ein Deficit von 500 Mill. gestürzt, für dessen Ausgleichung kein Minister Sorge trage. Vernachlässigung, Plünderung in allen Zweigen der Verwaltung, schmähliche Scandale kämen fortwährend an den Tag, und seit das Repräsentivsystem bestehe, werde keine Session geschlossen worden sein, die für irgend ein Interesse weniger Befriedigung biete als die gegenwärtige. Das habe denn zu Discussionen, selbst im Schooße der Majorität, und zu einer ministerialen Krisis geführt, die noch fortdauere. Allein auch die Opposition habe ihre Pflicht nicht vergessen, habe die Fehler auswärts und daheim signalisirt, Vorschläge für die Wahlreform und die parlamentarische Reform gemacht, für gerechtere Anfertigung der Geschwornenlisten sowie auf Reformen im finanziellen Gebiete Anträge gestellt. Um jedoch sich geltend zu machen, bedürfe sie gegen die im Dunkel sich rekrutirende ministerielle Partei kräftigere Unterstützung durch die öffentliche Meinung, und man sei in Frankreich sehr im Irrthume, zu glauben, es sei von einer allgemeinen Wahl zur andern nichts zu thun. Vielmehr müßten zwischen Wählern und Deputirten stete Beziehungen gepflegt werden. Die Wähler sollten fortwährend vernehmlichen Antheil an allen Fragen von allgemeinem Interesse bezeigen. Schließlich wird die Bildung von einem Comité in jedem Wahlbezirk empfohlen, das besonders die Wählerlisten überwachen müsse, da aus den Verhältnissen in der Kammer wie bei der Regierung nicht unwahrscheinlich auf neue Wahlen zu Anfang kommenden Jahres zu schlie-

fen sein dürfte. Die Opposition möge zusammenhalten und das Beispiel von 1827 vor Augen haben.

— Der Prinz von Joinville ist mit dem Geschwader unter seinem Commando am 4. Jun. zu Algier angelangt. Der Prinz begab sich ans Land und machte dem Marschall Bugeaud seinen Besuch, kehrte Abends jedoch an Bord zurück. Der Marschall hat in einem Tagesbefehle vom 30. Mai den Truppen angezeigt, daß ihn seine Gesundheit und andere wichtige Gründe bewogen haben, den König um einen Nachfolger zu bitten, und wollte sich am 5. Jun. nach Frankreich einschiffen. Generallieutenant de Bar wird nach dessen Abreise den interimistischen Oberbefehl über die Truppen in Algerien führen.

— Der Infant Don Enrique verweilt mit seiner Gemahlin in Toulouse, wie es scheint, auf längere Zeit, anstatt, wie man glaubte, über Bayonne nach Madrid zu gehen.

— Die Zeitungen von der Insel **Bourbon** sind voller Schilderungen des Schadens, welchen Sturm und Wasserflut am 5. und 6. Febr. dort angerichtet haben. In St.-Pierre haben alle Zuckerpflanzungen bedeutend gelitten, Brücken über den St.-Etienne- und Ansefluß wurden mehr und minder zerstört und mehre Menschen kamen im Wasser um. In St.-Joseph wurden ganze große Pflanzerhöfe weggespült, wobei Menschen, Pferde und Vieh aller Art das Leben verloren. Auch in St.-Denis ist an Gebäuden und Gärten der Schaden ansehnlich, der für die ganze Insel auf 6 Mill. Fr. angeschlagen wird.

** **Paris**, 10. Jun. Einen die Parteipresse bezeichnenden Gegensatz bieten der leitende Artikel in der «Presse» und der im Journal des Débats über die gestrigen Verhandlungen in der Deputirtenkammer. Hr. de Girardin, der die Hoffnung nicht aufgegeben hat, das Cabinet noch im Laufe der Session zu stürzen, versichert in seinem Blatte, Hr. Guizot habe eine totale Niederlage erlitten, ja der Minister habe nicht einmal den Kampf aufgenommen und freiwillig zum Opfer, das die Prüfungscommission über das Budget von Algerien ob der schlechten Verwaltung dieser Colonie verlangt, sich angeboten. Liest man hingegen das ministerielle Organ, so hat Hr. Guizot einen entscheidenden Sieg davongetragen und die ganze Kammer mit Dem, was in Algerien geschehen und geschieht, ein für alle Mal ausgesöhnt, ihre Besorgnisse über die Zukunft vollkommen beschwichtigt. Daraus mag sich nun der Leser, der eben nicht Zeit oder nicht Lust hat, die Verhandlungen selbst zu lesen, seine Meinung bilden, und er wird eine der Wahrheit ziemlich entgegengesetzte Ansicht von der Stimmung der Kammer wie von dem Stande der Dinge in Afrika haben. So versteht man hier die öffentliche Meinung irre zu leiten, denn es ist Thatsache, daß der größere Theil Derjenigen, die in Frankreich den Verhandlungen der Kammer noch einige Aufmerksamkeit schenken, sich damit begnügt, die leitenden Artikel des einen oder andern Blattes darüber, und nur Wenige sich die Mühe nehmen, die Debatten selbst zu lesen. Wie alt auch jenes Verfahren der Parteien ist, verdient es doch von Zeit zu Zeit hervorgehoben zu werden. Gehen wir von diesen Bemerkungen auf das Ergebniß der gestrigen Sitzung über, welche die seit drei Tagen dauernde Discussion zusammengefaßt hat, so findet man, daß dasselbe eben nicht von großem Belang war, und in parlamentarischer Beziehung vom Siege eben so wenig als von Niederlage die Rede sein kann. Die Commission und die Redner, die über ihren Sinn gesprochen, haben es sich zur Aufgabe gemacht, von dem Zustande der Dinge in Algerien ein betrübendes Bild zu entwerfen, alle Mängel der Verwaltung mit einer Art von Wohlbehagen den Augen der Welt preiszugeben und einen dichten Schleier über Alles zu ziehen, was die Regierung Vernünftiges und Zweckmäßiges angeordnet, Ersprießliches geleistet hat. Diesen Schleier zu lüften, der unter dem Eindrucke des Commissionsberichts niedergedrückten und verblüfften Kammer die, wenn auch nicht ruhmreichen, doch unläugbaren Erfolge der Anstrengungen Bugeaud's und der Regierung zu zeigen, die wirklichen Mängel und Verwickelungen im vielräderigen Getriebe der Civilverwaltung anzuerkennen und etwas in den Hintergrund zu stellen, nebenbei zu zeigen, daß die Commission das Verkehrte und Mangelhafte dieses Theiles der Verwaltung nicht entdeckt, die Regierung vielmehr längst ihre Aufmerksamkeit dahin gerichtet und Gesetzvorschläge zur Abhülfe vorbereite, war die Aufgabe des Hrn. Guizot. Mitten zwischen diesen schadenfrohen Pessimismus der Commission und den selbstgefälligen Optimismus des Ministers läßt sich der Vortrag des Generals Lamoricière versetzen, der zwar über das Colonisationssystem mit dem abtretenden Statthalter von Algerien und, ich möchte sagen, mit der Regierung, wenn die Regierung sich überhaupt für irgend ein Colonisationssystem noch entschieden hätte, im Widerspruch ist. Der Deputirte von St.-Calais (Departement de la Sarthe) ist weit entfernt, mit den Ansichten der «Presse» einverstanden zu sein, die da glaubt, der Effectivstand der Truppen in Afrika könne auf die Hälfte herabgesetzt, ja die Colonie wie eine Provinz Frankreichs, wie Corsica z. B., verwaltet werden. Er sprach sich gegen diese beiden Zumuthungen entschieden aus, erkannte die Nothwendigkeit einer Armee von 80—90,000 M. und die Unmöglichkeit an, einer der europäischen Civilisation ganz fremden Bevölkerung ein rein europäisches Verwaltungssystem aufzwingen zu wollen; er ist überhaupt hinsichtlich der militairischen wie der bürgerlichen Verwaltung mit der Regierung ziemlich einverstanden, meint jedoch, es wäre hohe Zeit, nach einem allgemeinen und bestimmten Plane die Colonisation ernstlich anzugreifen. General Lamoricière's Plan für Ansiedelungen im größern Maßstabe vorzubereiten und zu befördern, bedarf es nichts, als das Eigenthum in Algerien durch Gesetze zu regeln und sicherzustellen, die Colonisten mit großen oder kleinen Capitalien werden dann von selbst kommen und den Staatsschatz füllen, statt ihn in Anspruch zu nehmen. Bei diesem Werke habe die Regierung weiter nichts zu thun, als die öffentlichen Bauten der Straßen, der Kanäle ꝛc. zu übernehmen. Dieses System hat unstreitig viele Anhänger in und außer der Kammer und wird am Ende wol durchdringen, wiewol sich bezweifeln läßt, daß es den Erwartungen, die man davon hegt, je vollkommen entspreche. Einstweilen glaubt das Cabinet, die Frage der Colonisation sei noch nicht reif genug und müsse noch, ich weiß nicht wie lange studirt werden. Die Commission ihrerseits hat hierüber eben so wenig feste bestimmte Ansichten, und so blieb die wichtigste von den Angelegenheiten Algeriens nach wie vor unerledigt.

Glücklicher als der Minister des Aeußern in der Deputirtenkammer war der Minister des öffentlichen Unterrichts in der Pairskammer. Die Feldscherer, denen Hr. de Salvandy in seinem Gesetzentwurfe den Krieg machte und für die Hr. Cousin mit so viel Aufwand von unritterlicher Tapferkeit eine Lanze brach, sind mausetodt auf dem Schlachtfelde geblieben und ihr kühner Vertheidiger wagte oder hielt es nicht einmal der Mühe werth, für eine anständige Beerdigung derselben zu sorgen. Die sogenannten Officiers de Santé wären also verloren; es fragt sich nun, wie sie die Kammer ersetzen oder ob sie sie überhaupt ersetzen wird. Der Minister ist für die letztere Alternative, er will, daß alle Aerzte denselben Grad wissenschaftlicher Bildung und Sachkenntniß besitzen. In der Theorie ist dieses Princip allerdings das vernünftigste und zweckmäßigste, da der Organismus der Landleute genau denselben Krankheiten und Gebrechen als der der Städter unterworfen und für die Heilung der Einen derselbe Umfang von Fachkenntnissen als für die der Andern erforderlich ist. In der Anwendung fragt es sich aber allerdings, ob es gerecht sei, daß die Landärzte, deren Ertrag viel geringer als der der Stadtärzte, denselben Aufwand an Zeit und Geld zu ihrer ärztlichen Bildung verwenden, und ob es nicht möglich wäre, daß von Beiden ein gleichen Grad theoretischer Sachkenntniß, jedoch ein verschiedener Grad wissenschaftlicher Bildung verlangt wird. Dieselbe Schwierigkeit, um die es sich hier handelt, wurde in Oesterreich vor ungefähr 15 Jahren mit Erfolg gelöst. Die Chirurgen befanden sich damals ungefähr in derselben Lage in Oesterreich wie die Gesundheitsoffiziere bis jetzt in Frankreich. Die Bestimmungen der Einen wie der Andern wie ihrer Rechte waren genau dieselben, nur hatten selbst die damaligen Chirurgen in Oesterreich beiweitem mehr theoretische Kenntnisse, als die französischen Gesundheitsoffiziere je besaßen. Nichtsdestoweniger fand die Regierung, daß diese Landärzte keine herbringliche Bürgschaft bieten und den Bedürfnissen nicht genügen. Sie konnten früher von den Elementarschulen in die chirurgischen Anstalten übergehen, wo sie in drei Jahren ihren Lehrcursus vollendeten. Zwei Jahre davon waren dem Unterrichte der Heilkunde äußerer und ein Jahr dem innerer Krankheiten gewidmet. Nach dem neuen Lehrsysteme hingegen mußten sie vorerst vier Jahre auf den Gymnasialschulen einer wissenschaftlichen Vorbereitung sich unterziehen und dann denselben Lehrcursus wie die Doctoren der Medicin durchmachen. Im Ganzen hatten sie jedoch vier Jahre weniger (zwei am Gymnasium und zwei an der philosophischen Facultät) als die Doctoren der Medicin zu studiren, und traten somit an Sachkenntniß ihren höherstehenden Berufsbrüdern gleich, jedoch mit einem geringern Grade von allgemeiner Bildung in die Gesellschaft ein. Warum sollte in Frankreich nicht eine gleiche Rangordnung zweier Klassen von Aerzten einzuführen sein?

Belgien.

Brüssel, 10. Jun. Die liberalen Blätter zeichnen heute die Ergebnisse ihres Sieges auf. Die liberale Partei hat sich um 15 Repräsentanten verstärkt, und in den Wahlcollegien, wo sie nicht gesiegt, war die Zahl der Stimmen für ihre Candidaten eine solche, daß man das Mislingen durchaus nicht als eine Niederlage betrachten konnte, während die Anti-Liberalen überall, wo sie scheiterten, mit einer schlagenden Majorität zurückgewiesen wurden. — Gestern fand ein Ministerrath über das Ergebniß der Wahlen statt. Das Ministerium soll entschieden haben, sich nicht zurückzuziehen, sondern die gewöhnliche Zusammenkunft der Kammern abzuwarten. — Hier ist gestern der Freiheitsbaum auf der Place Royale niedergehauen worden. Bekanntlich wird an dieser Stelle das Standbild des Gottfried von Bouillon errichtet werden. Zahlreiche Bürger hatten sich eingefunden, um die Zweige des Baums unter sich zu vertheilen als Andenken an die glorreichen Tage von 1830. (Köln. Z.)

Schweiz.

Laut der Basler Zeitung bringt der kleine Rath von **Basel** in der Sonderbundsfrage den Antrag, die Sonderstände freundeidgenössisch zur Auflösung dieses Concordats einzuladen.

Italien.

Turin, 1. Jun. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister des Königs von Baiern beim sardinischen Hofe, Staatsrath v. Abel, hat gestern dem Könige sein Beglaubigungsschreiben übergeben. (Gazz. P.)

* **Rom**, 1. Jun. Der Cardinalpräfect der Congregation über die Bischöfe und Ordensgeistlichen hat an alle Oberhäupter der Diöcesen im Kirchenstaate folgendes Rundschreiben erlassen:

„Das Friedensamt, welches die geweihten Hirten gegen ihre mystische Heerde zur Erhaltung und Festigung der gegenseitigen christlichen Liebe immerdar auszuüben haben, erheischt größere Acht und höheres Interesse, wenn besondere Ursachen die Ruhe und Eintracht zu stören drohen, ohne die keine Gesellschaft glücklich gedeihen und die wohlthuenden Rückwirkungen jener Verbesserungen fühlen kann, denen man sie zuführen will. Da an mehren Orten des Kirchenstaats ein Geist der Aufregung und Bewegung mit dem Vorwand untergeschobener Furcht vor Getreidemangel lebendig geworden, ein Geist, welcher die unglückliche Veranlassung zu traurigen Folgen werden könnte, so ist es die Pflicht der Bischöfe und Pfarrer, mit den wirksamsten Mitteln zur Beruhigung der Gemüther und zur Zerstörung des Keims der Zwietracht thätig einzuschreiten. Sie wahrlich haben dazu die zweckdienlichsten Mittel in der Anwendung ihres Einflusses und ihrer Autorität, in der Ermahnung zu Ordnung und Eintracht und darin, daß sie dem Volke das große Vertrauen einflößen, das wir auf die stete Fürsorge setzen müssen, welche der Papst, der wohlthätigste Vater seiner vielgeliebten Unterthanen, in seiner hohen Voraussicht um Interesse der glücklichen Bewohnerschaft seiner Staaten zu nehmen nicht aufhört. In der Ueberzeugung hiervon und bei dem Sie auszeichnenden Eifer werden Sie gewiß nicht unterlassen, nach Kräften zur Erhaltung der Ordnung und Ruhe Ihrer Diöcesanen beizutragen, auch außerdem die Pfarrer anzufeuern, daß sie durch Beispiel und Ermahnung mitwirken, indem Sie ihnen die Verantwortlichkeit nahebringen, die sie sich durch Vernachlässigung ihrer Pflicht in einer so wichtigen Angelegenheit vor Gott und Menschen zuziehen würden. Die Congregation der Bischöfe und Ordensgeistlichkeit hofft, daß der Eifer der Bischöfe und Diener des Sacraments nicht fruchtlos bleiben werde für die Erreichung des gewünschten Ziels, auf das wir Alle hinzuarbeiten haben aus Pflicht und um den Absichten des Papstes zu entsprechen, der nichts Anderes will als das Wohl und Glück seiner Unterthanen und die Eintracht unter den Bürgern."

— Wie der Kölnischen Zeitung aus **Rom** vom 1. Jun. geschrieben wird, kam bei der Rückkehr des Papstes von Subiaco Folgendes vor: Einer von den ihn begrüßenden Volkshaufen, an dessen Spitze sich der bereits früher erwähnte Angelo Brunetti, mehr unter dem Volksnamen Cicernacchio bekannt, befand, erlaubte es sich, den Wagen des Papstes ehrfurchtsvoll anzuhalten, um ihm eine sehr heftige Vorstellung gegen Monsignore Grassellini, Gouverneur von Rom, zu überreichen. Dieser hat nämlich einen jungen Menschen, den Sohn eines begnadigten ehemaligen politischen Gefangenen, wegen Verkaufs verbotener Flugschriften verhaften lassen und hat dadurch die Gunst des Volks verloren. Ja, er würde vor einigen Tagen öffentlich ausgezischt worden sein (wenn es nicht gar zu noch ärgern Unbilden gekommen wäre), hätte der gedachte Cicernacchio, dessen unglaubliche Popularität ein beträchtliches Gewicht in die Wagschale der diesigen Zustände legen könnte, fehlte es ihm nicht an Talent, nicht den beabsichtigten Unfug durch seinen Einfluß zu hintertreiben gewußt. — Unter dem päpstlichen Militair nimmt die Gendarmerie mit vollem Rechte den ersten Rang ein. Vor seiner Abreise nach Subiaco hat der Papst den Brigadegeneral Fürsten Gabrielli, einen talentvollen Mann und tüchtigen Offizier, der als Escadronchef den russischen Feldzug unter Napoleon mitgemacht hat, zu ihrem Chef ernannt.

Rom, 4. Jun. Die wichtige Stelle eines Camerlengo oder Ministers des päpstlichen Hauses, welche bis jetzt noch von dem Cardinal Riario Sforza, einem dem alten Regime anhängenden Manne, verwaltet wird, soll demselben, wie wir mit Bestimmtheit versichern können, in der Kürze abgenommen und dem eben so thätigen als aufrichtig dem Geiste der neuen Verfassung huldigenden Cardinal Altieri (dem frühern Nuntius in Wien) übertragen werden. Dagegen wird der Cardinal Sforza in die Segnatura versetzt; doch wird diese Veränderung erst nach der baldigst bevorstehenden Einführung der Municipalverfassung in Rom ins Leben treten, bei welcher alsdann dem besagten Cardinal als Mitglied der Segnatura eine Stimme mit zukommt. Ueber die noch beiweitem wichtigere Wahl eines künftigen Tesoriere ist bis heute noch nichts bestimmt, obgleich das Publicum sich mit mindestens zehn Cardinälen trägt, denen es dieses wichtige Amt übertragen will. (N. C.)

Personalnachrichten.

Orden. Belgien. Leopoldorden, Ritterkreuz: der belgische Consul in Frankfurt a. M. Hr. Mühlens. — Hannover. Guelphenorden 4. Kl.: der Director der Anhalt-Dessauischen Landesbank Rulandt in Dessau. — Preussen. Rother Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der geh. Regierungsrath Engelhardt in Berlin; der Superintendent und Oberdomprediger Hohnhorst zu Domshavelberg. — Königreich Sachsen. Hausorden der Rautenkrone: der österreichische wirkl. Geheimrath und präsidirende Gesandte am deutschen Bundestage Graf v. Münch-Bellinghausen.

Wissenschaft und Kunst.

* **München**, 10. Jun. An unserer Universität herrscht eine große Freude über die Beförderung eines Gelehrten, welcher trotz der ausgezeichnetsten Leistungen in seinem Fache bisher nicht zu einem solchen thatsächlichen Beweise der Anerkennung seines Strebens hatte gelangen können. Es ist dies der bisherige Prof. extraord. Dr. Müller, welcher vom König in den jüngsten Tagen zum ordentlichen Professor der orientalischen nichtbiblischen Sprachen ernannt worden ist. Die Wiederbesetzung der noch erledigten juridischen Lehrstühle wird glaubwürdigen Angaben nach nunmehr nicht vor dem Ende des gegenwärtigen Halbjahrs erfolgen. Man spricht am meisten von Unterhandlungen für die Gewinnung eines Lehrers der Leipziger Hochschule.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 14. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116 Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86⅓ G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br., 99¼ G.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br.; Löbau-Zittauer 57¼ Br., 57¼ G.; Magdeburg-Leipziger 213 Br., 212½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110 G.; Köln-Mindener 92½ G., 93 Br.; Altona-Kieler 109 Br. und bezahlt; Dessauer Bankactien 100 Br.; Preußische Bank-Antheile 105 Br.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 6. bis 12. Jun. 1847:

12,682 Personen	8,885	Thlr. 13	Ngr. 5 Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht	4,201	„ 19	„ 5 „
und magdeburger Antheil	13,117	„ 3	„ — „

(Vom 1. Jun. — 12. Jun. 178,335 Personen, Einnahme 240,441 Thlr. 20 Ngr.)

Wolle. * Dessau, 12. Jun. Das zu Markte gebrachte Quantum belief sich auf 9200 Stein, die zu den Preisen von 9½—16 Thlr. pr. Stein verkauft wurden. Circa 1000 Stein blieben unverkauft, die meist von den Producenten nach Leipzig geführt wurden. Es waren 800 Stein weniger als voriges Jahr hier, die von dem andern Elbufer herstammen und vor dem Markte von Fabrikanten und Händlern aufgekauft waren. Der Verkauf ging mit großer Ruhe von statten, sodaß am ersten Tage für gut behandelte Wollen eine Preiserhöhung von ½—1 Thlr. pr. Stein, am zweiten Tage Vormittag von ½—⅔ Thlr. pr. Stein eintrat und Nachmittag zu Ende des Marktes zu den vorjährigen Preisen verkauft wurde, welche Preiserhöhung bei ordinairer, mittler und feiner Wolle in obigem Maßstab angenommen werden kann. Die Wäschen waren meist zwar blank, dennoch waren die meisten Wollen mostig und enthielten einen kalten Schweiß, der einen bedeutenden Waschverlust von circa 8 Procent gegen gut gewaschene Wolle gerechnet bei der Fabrikation ergibt.

Lotterie. Hauptgewinne der 32. K. S. Landeslotterie, 1. Kl. Einzige Ziehung am 14. Jun. 3000 Thlr.: Nr. 3626; 1000 Thlr.: Nr. 13,454. (Nächste Ziehung am 5. Jul. 1847.)

Wasserstand am Pegel der tiefsten Elbbrücke am 14. Jun. früh 7 Uhr: 22″ unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 10. Jun. 2½pc. Int. 57⅞; Rußl. 5pc. Hope 106; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 12. Jun. Oestr. Bfact. 1961; 250 Fl. L. 120⅜; 500 Fl. L. 155. Bair. 3½pc. 92⅝ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅜ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78¼; 25 Fl. L. 32⅛; Nass. 25 Fl. L. 26; Sard. 35¼; Kurhess. 32½. London, 8. Jun. 3pc. Cons. 88⅛; Port. 3pc. 30; Span. act. 21⅝; 3pc. 36½; Holl. Int. 58⅝. Paris, 10. Jun. 5pc. 117. 60; 3pc. 77. 70; Neap. 103. 25; Bankact. 3310. Wien, 11. Jun. Bfact. 1630; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97⅛; 3pc. 69⅛; 500 Fl. L. 154¼; 250 Fl. L. 120.

Actien. Wien, 11. Jun. Nordb. 165¼; Gloggn. 123⅛; Mail. 109⅝; Livorn. 90⅛; Pestb. 98⅛.

Leipziger Börse am 14. Jun. 1847.

Curse im 14-Thaler-Fuss.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	151⅛	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Ct. d.	2 Mt.	150	—	à 3 % im 14-Thaler-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	—	99⅝
Augsburg	k. S.	100⅞	—	à 3 % 14 Thlr. F. kleinere . . .	—	—
pr. 150 Ct. d.	2 Mt.	—	—	à 4 % d°. d°. v. 500 Thlr.	99⅛	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe	—	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½ % im 14-Thaler-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	—	91
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	101½	—	à 4 % 14 Thlr. F. kleinere . . .	—	—
Ladr. a 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	Königl. Preuss. Stewer-Credit-Kassenscheine		
Breslau pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—	à 3 % im 14-Thaler-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	98	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3 % 20 n. F. kleinere . . .	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
pr. 100 Fl. in 8. W.	2 Mt.	—	—	à 3 % im 14-Thaler-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	99⅛	—
Hamburg	k. S.	151⅛	—	à 4 % 14 Thlr. F. kleinere . . .	—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅞	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
London	2 Mt.	—	—	à 500 Thlr.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22	—	à 100 u. 25 Thlr.	—	—
	k. S.	—	—			
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79⅝	—	d°. Lausitzer d°. à 3½ %	—	—
	3 Mt.	79⅛	—	d°. d°. d°. à 3½ %	—	—
Wien pr. 150 fl.	k. S.	102⅝	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl. à 3½ %	104⅛	—
Conv. 20 kr.	2 Mt.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100 Thlr.	—	98⅝
	3 Mt.	—	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
Augsburg. à 5 Thlr. à ½ Mk. Bco. a. a. 21 K. 8 G. auf 100		—	—	K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % laufende Zahlung	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—	à 5 % à 105⅜ im 14-Thaler-Fuss F.	—	—
dsgl. . . . . auf 100		—	—	à 3½ %	—	—
Ausl. courant. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . auf 100		—	111⅝	Actien d. L. B. pr. St. à 100 Thlr. pr. 100	167	—
Holl. Duc. à 3 Thlr. „ d°.		—	6⅛	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 Thlr. pr. 100	116	—
Kaiserl. d°. à 3 Thlr. „ d°.		—	6⅛	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	87	—
Brasl. d°. à 6⅔ Thlr. „ d°.		—	6⅞	Sächs.-Schles. d°. pr. 100	100	—
Passir d°. d°. à 5 Thlr. d°.		—	6	Chemn.-Riesa d°. pr. 100	59½	—
Conv.-Spec. u. Gld. d°.		—	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	—	57¼
Mgdb 10 u. 20 Kr. d°.		—	3	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. pr. 100	283	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Berl.-Anh. d°. pr. 100		
Silber d°. d°. d°.		—	—			

*) d. a. Stadt-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Königlichen Finanz-Ministeriums wird in Rücksicht auf die anhaltende allgemeine Theuerung aller Lebensbedürfnisse und die ungewöhnlich hohen Haferpreise insbesondere,

vom 15. dieses Monats an,

das zeitherige **Extrapostgeld** von 10 Ngr. auf

Zwölf Neugroschen pro Pferd und Postmeile,

und das **Courier-** und **Staffettengeld** von 15 Ngr. auf

Siebzehn Neugroschen pro Pferd und Postmeile,

bis auf anderweite Bestimmung anburch festgestellt und das Publicum davon hiermit benachrichtigt.

Leipzig, den 12. Juni 1847.

Königliche Ober-Post-Direction.
von Hüttner.

[2283]

Wichtige Schrift zunächst für den preußischen Schullehrerstand.

Soeben versandten wir:

Bekenntnisse eines Volksschullehrers.
Ein offenes Sendschreiben an Preußens Hohe Vereinigte Ständeversammlung.
Preis 6 Ngr.

Ein wahrheittreues und sicher weithin hallendes Wort, das nicht blos bei den Betheiligten und im Volke, sondern auch bei Hohen und Mächtigen Anklang finden wird und segnende Frucht bringen möge!

[2282] **Verlags-Comptoir in Grimma.**

Fahrplan

für die regelmäßigen Dampfwagenzüge
auf der

Berlin-Hamburger Eisenbahn.

Vom 1. Mai 1847 ab bis auf Weiteres.

Richtung nach Hamburg.

Abgang von	1. Erster Personenzug nach Hamburg.	2. Zweiter Personenzug nach Hamburg	3. Zwischenzug v. Berlin nach Wittenberge, v. Wittenberge nach Hamburg.	4. Güterzug nach Hamburg.
Berlin	7 U. Morg.	2½ U. Nchm.	5½ U. Nchm.	6 U. Morg.
Spandau	7¼ „ „	2½ „ „	5⅔ „ „	6¾ „ „
Nauen	7⅝ „ „	3 „ „	6¼ „ „	7 „ „
Paulinenaue	8 „ „	3½ „ „	6½ U. Abds.	7½ „ „
Friesack	8⅓ „ „	3¾ „ „	7⅛ „ „	8⅛ „ „
Neustadt a. D.	9 „ „	4 „ „	7½ „ „	9⅛ „ „
Jernitz	9¼ „ „	4⅓ „ „	7⅞ „ „	9½ „ „
Glöwen	9¾ „ „	5 „ „	8¼ „ „	10 „ „
Wilsnack	10 „ „	5⅛ „ „	8⅝ „ „	10⅓ „ „
			Ank. in Wittb. 9¾ à ¾	
			Abgang	
Wittenberge	10⅓ „ „	5½ „ „	6½ U. Morg.	12⅓ U. Nchm.
Grabow	11⅛ „ „	6⅓ U. Abds.	7¼ „ „	1⅓ „ „
Ludwigslust	11⅔ „ „	6⅞ „ „	7⅔ „ „	1⅞ „ „
Hagenow	12 U. Mitt.	7⅛ „ „	8 „ „	2⅜ „ „
Brahlsdorf	12⅓ U Nchm.	8 „ „	8⅔ „ „	3⅛ „ „
Boitzenburg	12¾ „ „	8⅓ „ „	9¼ „ „	4 „ „
Büchen	1⅓ „ „	8¾ „ „	9⅞ „ „	4⅛ „ „
Schwarzenbeck	1⅞ „ „	9¼ „ „	9¾ „ „	5⅛ „ „
Friedrichsruh	1⅝ „ „	9½ „ „	10¼ „ „	6 „ „
Reinbeck	2 „ „	9¾ „ „	10⅓ „ „	6⅓ U. Abds.
Bergedorf	2⅓ „ „	10 „ „	10⅔ „ „	6⅝ „ „
Ankunft in Hamburg	3 à 3½ Uhr Nachmittags.	10⅝ à 11 U. Abends.	11 à 11⅓ U. Morgens.	6¾ à 7¼ U. Abends.

Richtung nach Berlin.

Abgang von	5. Erster Personenzug nach Berlin.	6. Zweiter Personenzug nach Berlin.	7. Zwischenzug v. Hamb. nach Wittenberge, v. Wittenberge nach Berlin.	8. Güterzug nach Berlin.
Hamburg	7½ U. Morg.	12 U. Mitt.	4½ U. Nachm.	6 U. Morg.
Bergedorf	7⅞ „ „	12¼ U. Nachm.	4⅞ „ „	6¼ „ „
Reinbeck	8 „ „	12⅜ „ „	5 „ „	6⅜ „ „
Friedrichsruh	8¼ „ „	12⅞ „ „	5⅛ „ „	6¾ „ „
Schwarzenbeck	8¾ „ „	1 „ „	5⅝ „ „	7 „ „
Büchen	9 „ „	1⅛ „ „	5¾ „ „	7⅛ „ „
Boitzenburg	9½ „ „	1⅝ „ „	6¼ U. Abds.	8 „ „
Brahlsdorf	9⅞ „ „	2 „ „	6⅞ „ „	9 „ „
Hagenow	10⅛ „ „	2⅜ „ „	7⅜ „ „	9⅝ „ „
Ludwigslust	11 „ „	3⅛ „ „	8 „ „	10¼ „ „
Grabow	11¼ „ „	3¾ „ „	8⅞ „ „	10⅝ „ „
			Ank. in Wittb. 9¼ à 9¾	
			Abgang	
Wittenberge	12⅛ U. Nchm.	4⅛ „ „	6½ U. Morg.	12¾ U. Nachm.
Wilsnack	1 „ „	4⅞ „ „	6¾ „ „	1 „ „
Glöwen	1⅝ „ „	5⅜ „ „	7 „ „	1⅜ „ „
Jernitz	1¾ „ „	5¾ „ „	7⅜ „ „	2 „ „
Neustadt a. D.	2 „ „	6 U. Abds.	8 „ „	2½ „ „
Friesack	2¼ „ „	6⅝ „ „	8¾ „ „	2⅞ „ „
Paulinenaue	2⅝ „ „	6¾ „ „	9 „ „	3⅜ „ „
Spandau	3⅛ „ „	7¼ „ „	10 „ „	6 U. Abds.
Ankunft in Berlin	4 à 4½ U. Nachmittags.	8¼ à 8½ U. Abends.	10¼ à 10½ U. Morgens	6⅝ à 7 Uhr Abends.

Bemerkungen.

Mit den Personenzügen werden auch Eilgüter, Equipagen und Pferde zu dem erhöhten Tarife befördert.

Bei den Zwischenzügen findet, außer der Personenbeförderung in allen drei Wagenklassen, auch die Mitnahme von Gütern und Viehtransporten zu niedrigen Preisen statt.

Die Güterzüge Nr. 4 und 8 sind ausschließlich nur zum Transport von Gütern und Vieh bestimmt, ohne Beförderung von Personen.

Etwanige Extra- oder Localzüge werden an den betreffenden Orten besonders bekannt gemacht werden.

Der Personenzug Nr. 1 von Berlin abgehend, steht mit dem Personenzuge von Wien, welcher auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn jeden Morgen um 5 Uhr in Berlin eintrifft, in unmittelbarer Verbindung und schließt sich von Altona aus dem Personenzuge nach Kiel an.

Der Personenzug Nr. 2 gewährt den von Stettin, Frankfurt a. d. O., Magdeburg und Leipzig in Berlin angekommenen Reisenden Gelegenheit, noch an demselben Tage Hamburg zu erreichen.

Der Personenzug Nr. 5 vermittelt die Verbindung zwischen Hamburg und resp. Stettin, Frankfurt a. d. O. und Magdeburg.

Der Personenzug Nr. 6 nimmt die von Kiel gekommenen Reisenden auf und stellt durch den Anschluß an den um 11 Uhr Abends von Berlin abgehenden Personenzug auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn die unmittelbare Verbindung mit Wien her.

Den Personen- und Zwischenzügen schließen sich in Hagenow die regelmäßigen Züge der Mecklenburgischen Eisenbahn laut besonderm Fahrplan an.

Berlin und **Hamburg**, im April 1847.

[1718—19] **Die Direction der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft.**

Digitized by Google

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung
zwischen
Stettin, Swinemünde und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff „**Geiser**" wird auch in diesem Jahre eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Die Abfertigung desselben erfolgt:

aus Stettin	**aus Kopenhagen**
vom 6. April bis 28. Mai	
Freitag 12 Uhr Mittags,	Dienstag Nachmittags,
vom 31. Mai bis 28. August	
Mittwoch / Sonnabend } 12 Uhr Mittags,	Montag / Donnerstag } Nachmittags,
vom 31. August bis zum Schlusse der Fahrten	
Freitag 12 Uhr Mittags,	Dienstag Nachmittags.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den ersten Platz 10 Thlr., für den zweiten Platz 6 Thlr., für den dritten Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8½ Thlr., 5½ Thlr. und 2½ Thlr. Preuß. Cour. Kinder und Familien genießen eine Moderation. Wagen und Pferde sowie Güter und Contanten werden für die vorjährigen Frachtsätze befördert. [2300]

Berlin, den 12. April 1847.

General-Post-Amt.

Post-Dampfschiffahrt
zwischen
NEWYORK und BREMEN.

Das ausgezeichnet schöne, neue amerikanische Post-Dampfschiff
Washington, Capt. **Hewitt**,
groß 2200 Tons, wird am **1. Juni** seine Fahrt von **Newyork** nach **Bremen** antreten, am **25. Juni** von der Weser nach Newyork zurückkehren und auf der Rückreise Southampton in England anlaufen.

Die Passage-Preise sind:

In der ersten Cajüte: von Bremen nach Newyork 150 Dollars,
dito von Bremen nach Southampton 5 Pf. St.
In der zweiten Cajüte: von Bremen nach Newyork 60 Dollars,
dito von Bremen nach Southampton 3 Pf. St.
Beköstigung eingeschlossen, mit Ausnahme von Wein.

Die Güter-Fracht ist festgesetzt:

Von Bremen nach Newyork auf fünf und zwanzig Dollars und 5 Procent Primage für die Tonne von 40 Cubikfuß, für gewöhnliche Kaufmannsgüter, und auf fünf und dreißig Dollars und 5 Procent Primage für Seidenwaaren und ähnliche kostbare Waaren.

Für Specie ½ Procent.

Für Packete mit Proben fünf Dollars, auch wird kein Connoissement für weniger Fracht als fünf Dollars gezeichnet. — Die Passagepreise und Frachtsätze von Southampton nach Newyork sind dem Vorstehenden gleich.

Das Passagegeld wird bei Belegung der Plätze entrichtet.

Alle Briefe und Documente für Amerika sind durch das Stadtpostamt in Bremen zu befördern.

Die Anmeldungen von Passagieren und Frachtgütern geschieht in portofreien Briefen bei der

Administration der Ocean-Steam-Navigation-Company in Bremen.

C. A. Heineken & Comp., Obernstraße Nr. 22.

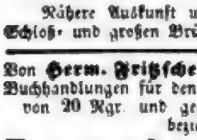
Von obiger Ankündigung sind Abdrücke auf dünnem Papier unentgeltlich an unserm Comptoir zu bekommen.

C. A. H. & Co.

Unter Bezug auf die heutige Bekanntmachung der *Ocean-Steam-Navigation-Company* empfehle ich mich als Spediteur der Güter, sowie auch zur Besorgung der Assecuranz ꝛc. mit der Versicherung prompter und billiger Bedienung. [1611—44]

Bremen, den 22. April 1847.

J. H. Bachmann.



K. k. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnik**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, **Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2301]

Von **Herm. Fritzsche** in **Leipzig** ist durch alle Buchhandlungen für den antiquarischen Baarpreis von 20 Ngr. und gegen Portovergütung zu beziehen:

La sainte Bible
(luthérienne) qui contient le vieux et le nouveau testament. Gr. 8.
Basle 1821. Br. [2253]

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 15. Jun. **Uriel Acosta**, Trauerspiel von Gutzkow. **Judith**, Frl. Löhn.

Mittwoch, 16. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Die Nachtwandlerin**, große Oper von Bellini. **Amina**, Frl. v. **Marra**.

Donnerstag, 17. Jun. **Romeo und Julia**, Trauerspiel nach Shakspeare von Schlegel. **Julia**, Frl. **Unzelmann**.

Bei **Julius Koffka** in **Leipzig** erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Der Gesellschafter
im [2290]
Dampf-Wagen.

Launige und ernste Zeit- und Lebensbilder
von
A. Lasker.

Nebst einem Anhange: die Fahrpläne der deutschen Eisenbahnen für den Sommerdienst 1847 enthaltend. Anzeigen.

Preis 5 Ngr.

Dem gesammten reisenden Publicum als interessante Erscheinung angelegentlichst empfohlen.

Unterzeichnete bringt hierdurch zur öffentlichen Kunde, daß dieselbe für ihre Tochter **Christine Caroline Sophie Joaline von Qualen** fernerhin keine Schulden bezahlen oder von ihr eingegangene Verpflichtungen erfüllen wird, sowie daß ihre genannte Tochter selbst durchaus kein Vermögen besitzt.

Ipehoe, den 11. Juni 1847. [2302—3]

Caroline von Qualen,
geb. Gräfin **Ahlefeldt-Langeland.**

Dampfschiffahrt
zwischen
Magdeburg und Hamburg.
Dienst für den Monat Juni.

von **Magdeburg**:	von **Hamburg**:
täglich Nachmittags 3 Uhr;	täglich Abends 7 Uhr.

Außerdem werden wöchentlich noch zwei Schleppschiffe expedirt, und zwar:
von **Magdeburg**: **Sonntags** und **Donnerstags**,
„ **Hamburg**: **Sonntags** und **Mittwochs**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets ertheilen in Leipzig Herr **Ferd. Cernau**, Grimmaische Straße Nr. 15, Fürstenhaus; und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Compagnie.

Magdeburg, den 10. Juni 1847.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschifffahrts-Compagnie.
[2299] **Holtzapfel.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Robert Fischer in Magdeburg mit Frl. Emmy Wilcke. — Hr. Karl Gene in Magdeburg mit Frl. Marie Bode. — Hr. Oberlehrer Aug. Gottschalk in Dresden mit Frl. Laura Kühn. — Hr. Dr. Haarmann in Gerbstedt mit Frl. Alwine Kluge in Wolfen. — Hr. Lieutenant v. Milkau in Bruchlitz mit Frl. Emma Herzog. — Hr. Pastor Opitz in Gosmar mit Frl. Karoline Thinius in Hohenbucko. — Hr. Hermann Peter in Leipzig mit Frl Angeline Oberländer. — Hr. Gustav Sannert in Rimhagen mit Frl. Emmy Giese. — Hr. Adolf Straube in Bismark mit Frl. Marie Räcke in Könnigde.

Getraut: Hr. Regierungsrath Empich in Breslau mit Frl. Ida Gardt. — Hr. Eduard Eisenhardt in Magdeburg mit Frl. Auguste Bertram. — Hr. Kaufmann Anton Kramarczik in Ratibor mit Frl. Hermine Jung.

Geboren: Hrn. Lehrer Th. Braun in Wiellels ein Sohn. — Hrn. Friedrich Bolze in Halle ein Sohn. — Hrn. Prediger Dulon in Magdeburg eine Tochter. — Hrn. Apotheker C. Th. Genser in Potsdam ein Sohn. — Hrn. Godbersen in Brandenburg ein Sohn. — Hrn. C. G. Kaiser in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. Rud. Kohlschütter in Dresden eine Tochter. — Hrn. Pfarrer M. A. H. Kreyßig in Beicha eine Tochter. — Hrn. Oskar Lieberkühn in Wallhausen ein Sohn. — Hrn. Karl Mengel in Gera ein Sohn. — Hrn. W. Nathusius in Königsborn eine Tochter. — Hrn. Dr. Niemeyer in Halle eine Tochter. — Hrn. Louis Nirrnheim in Magdeburg ein Sohn. — Hrn. C. P. Peters in Magdeburg ein Sohn. — Hrn. H. Seabell in Klein-Lübars eine Tochter. — Hrn. Gutsbesitzer Schenner in Jehden ein Sohn. — Hrn. Dr. Steingröwer in Seehausen ein Sohn. — Hrn. J. H. Wiener in Breslau eine Tochter.

Gestorben: Hr. Mühlengutsbesitzer J. F. Bötig in Stahmeln. — Hr. Präceptor Berg in Kirchheim u. T. — Hr. Oberappellationsgerichtspräsident Friedrich Geiger in Jerbst. — Hr. Kreisamtmann Georg Heinrich Gerlach in Salzwedel. — Hr. Kaufmann Johann Host in Andernach. — Hr. Förster K. F. Jacobi in Radekkau. — Frau A. M. Koch in Barleben. — Frau Adelheid Kruse in Bremen. — Frau Chr. Lange in Schönebeck. — Hr. Buchhändler P. H. Laiblin in Reutlingen. — Hr. Advocat und Gerichtsdirector Will. Müller in Altenburg. — Hr. Gottl. Preiffer in Magdeburg. — Frau Henr. Soph. Schmidt in Wurzen. — Frau Justizrath Henr. Schröter in Jörbig. — Hr. Kaufmann Otto Sörgel in Eisleben.

(Mit einer Beilage.)

Digitized by Google

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 166. (15. Junius 1847.)

Ueberblick.

Die Mahl- und Schlachtsteuer und die Einkommensteuer.
Preußen. Sendschreiben und Antwort.
Wissenschaft und Kunst. †Dresden. Vogel's Dante und Faust.

Die Mahl- und Schlachtsteuer und die Einkommensteuer.

Berlin, im Jun. Zu den wichtigsten Propositionen, welche der Berathung des Vereinigten Landtags unterbreitet sind, gehören die beiden Gesetzentwürfe 1) wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer; und 2) wegen Erhebung einer Einkommensteuer. Die den beiden Gesetzentwürfen beigefügte Denkschrift des Finanzministers kündigt sich selbst als eine unbefangene Abwägung der relativen Vorzüge und Nachtheile der verschiedenen Besteuerungsarten an, und verdient durch ihre strenge Unparteilichkeit und ihre allseitige gründliche Erörterung des Gegenstandes diesen Namen in vollem Maße. Dieselbe nimmt in ihren eben so umfassenden als lehrreichen Darlegungen folgenden Gang. 1) Werden die der Mahl- und Schlachtsteuer zur Last gelegten Uebelstände erörtert, und namentlich in der Ungunst des Publicums, welcher diese Steuer seit Jahren ausgesetzt, ein Hauptmotiv zu deren Aufhebung anerkannt. 2) Wird dargethan, daß im Falle dieser Aufhebung die Einführung der Klassensteuer nicht der geeignete Weg sei, weder um der Staatskasse Ersatz für den Ausfall zu gewähren, noch um die Einwohner der schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Städte nach ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen. Die Unanwendbarkeit der bisherigen Einschätzungsvorschriften macht eine specielle Einkommensermittelung unvermeidlich. Damit ist aber die Einführung einer Einkommensteuer gegeben, und mit deren Einführung in den schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Städten ist die Ausdehnung derselben über das ganze Land unumgänglich. 3) Wird gezeigt, daß gleichwol die allgemeine Durchführung einer Einkommensteuer große Beschwerlichkeiten und Uebelstände mit sich bringe. Am zweckentsprechendsten stellt es sich heraus: daß alle unter die Kategorie der beiden untern Hauptklassen der jetzigen Klassensteuer fallenden Einwohner zu einer Klassensteuer veranlagt werden, während alle Staatsangehörigen, welche unter die Kategorie der beiden obern Hauptklassen fallen, eine Einkommensteuer entrichten. 4) Wird der präsumtive Ertrag beider Steuern berechnet. 5) Werden die betreffenden beiden Gesetzentwürfe, deren Grundideen in dem Bisherigen entwickelt, in ihren einzelnen Bestimmungen motivirt. Alle diese der Uebersicht wegen in Kürze zusammengestellten Punkte werden wir der Reihe nach unter Führung der Denkschrift und der Gesetzentwürfe des Nähern darlegen.

Die der Mahl- und Schlachtsteuer zur Last gelegten Uebelstände lassen sich, wenn einstweilen von der unverhältnißmäßigen Belastung der städtischen Bevölkerung und insbesondere der weniger wohlhabenden Einwohnerklassen abgesehen wird, hauptsächlich auf folgende vier Punkte zurückführen: 1) die Nothwendigkeit, behufs Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer im Innern des Landes Steuerlinien zu errichten und dadurch den Verkehr zwischen Stadt und Land einer Beschränkung zu unterwerfen; 2) die bei der Erhebungsweise der Steuer niemals völlig zu verhindernden Defraudationen und die dadurch veranlaßte Demoralisation eines Theiles der Bevölkerung; 3) die Höhe der Hebungskosten; 4) die Nothwendigkeit, die in der Nähe der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte gelegenen Ortschaften — den sogenannten äußern Stadtbezirk — gewissen Beschränkungen zu unterwerfen, wonach die Einwohner factisch neben der Klassensteuer auch durch die Mahl- und Schlachtsteuer betroffen werden.

In allen diesen Beziehungen findet zwischen den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten, je nach dem Umfang ihrer Bevölkerung, ein bemerkenswerther Unterschied statt. Bringt man diese Städte in drei Klassen, kleinere, mittlere und größere, so fallen in die erste Kategorie 72 Städte unter 10,000 Einwohnern mit einer Gesammtbevölkerung von 439,779 Köpfen; in die zweite Kategorie 17 Städte von 10—15,000 Einwohnern mit einer Gesammtbevölkerung von 204,918 Köpfen; in die dritte Kategorie 25 Städte über 15,000 Einwohner, mit einer Gesammtbevölkerung von 1,179,363 Köpfen; zusammen 114 Städte mit einer Gesammtbevölkerung von 1,854,060 Köpfen. Der durchschnittliche Ertrag der Mahl- und Schlachtsteuer während der drei Jahre von 1842—44 hat in den Städten ad I. pr. Jahr 655,479 Thlr. oder auf den Kopf 1 Thlr. 12 Sgr. 9 Pf.; ad II. pr. Jahr 303,549 Thlr. oder auf den Kopf 1 Thlr. 15 Sgr. 2 Pf.; ad III. pr. Jahr 2,171,645 Thlr. oder auf den Kopf 1 Thlr. 25 Sgr. 2 Pf., zusammen 3,135,673 Thlr. oder auf den Kopf 1 Thlr. 21 Sgr. betragen. Es reichten demnach zur Erhebung eines Betrags von mehr als 2 Mill. Thlr. 25 Steuerlinien aus, während in 72 andern Städten noch nicht ein Drittel jener Summe aufkam. Was den oben unter 2. berührten Uebelstand betrifft, so hat die Zahl der im Laufe des Jahres 1844 zur Entdeckung gekommenen Mahl- und Schlachtsteuercontraventionen in allen betreffenden Städten zusammen 9210 betragen. Von diesen Contraventionen kommen auf die Städte ad I. je eine auf 119 Einwohner; ad II. je eine auf 133 Einwohner; ad III. je eine auf 309 Einwohner. Noch größer stellt sich der Unterschied heraus, wenn das Verhältniß der Contraventionen nicht nach der Zahl der Einwohner, sondern nach dem Ertrage der Steuer berechnet wird. Es fällt dann je eine Contravention in den Städten ad I. auf 170 Thlr. Steuerertrag; ad II. auf 202 Thlr.; ad III. auf 569 Thlr. Die im dritten Punkte berührten Hebungskosten der Steuer belaufen sich nach einem ungefähren Ueberschlag in den Städten ad I. auf 18,53 Proc. vom Ertrage; ad II. auf 15,66 Proc.; ad III. auf 8,72 Proc.; zusammen auf 359,241 Thlr., und nehmen von dem Ertrage von 3,135,673 Thlr. also 11,46 Proc. in Anspruch. Was endlich den vierten der oben erwähnten Uebelstände betrifft, so verhält sich bei den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten die im äußern Stadtbezirke wohnende Bevölkerung zu der in dem engern Stadtbezirke vorhandenen Einwohnerschaft bei den Städten ad I. wie 1 : 2,12; ad II. wie 1 : 3,15; ad III. wie 1 : 8,30. Es besteht also auch hier ein großer Unterschied zwischen den kleinern und den größern Städten.

So viel geht aus den vorstehend zusammengestellten Thatsachen klar hervor, daß die vortheilhaften finanziellen Resultate der Mahl- und Schlachtsteuer vorzüglich bei den größern Städten sich ergeben und daß außerdem die mit dieser Steuer verbundenen Mißstände in überwiegendem Maße bei den kleinern Städten hervortreten, sodaß also bei den letztgedachten aus einem doppelten Grunde auf die Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer weniger Gewicht zu legen ist. Während z. B. bei den größern Städten die in dem äußern Stadtbezirke wohnende Bevölkerung noch nicht ein Achtel der in dem engern Stadtbezirke wohnhaften beträgt und während größere Städte auch ihrer nächsten Umgebung mannichfache Vortheile gewähren, welche einen reichlichen Ersatz für die Ungleichheit der Besteuerung bieten, erreicht bei den kleinern Städten ohne einen solchen Ersatz die Einwohnerschaft des äußern Stadtbezirks beinahe die Hälfte von der des innern. Während bei den kleinern Städten die Hebungskosten 18,53 Proc. der Einnahme in Anspruch nehmen, reichen bei den größern Städten 8,72 Proc. hin, welche wegen der von den Städten für die miterhobenen Communalzuschläge zu leistenden Beiträge sich für die Staatskasse noch vermindern und die Hebungskosten der directen Steuern kaum übersteigen. Ganz überwiegend gestalten sich also die finanziellen Resultate zu Gunsten der größern Städte. Hauptsächlich finanzielle Rücksichten waren es aber, welche im Jahre 1820 die Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer nothwendig machten. Seitdem sind mehre der damals mit dieser Steuer belegten Städte zur Klassensteuer übergegangen, und dasselbe könnte auch noch ferner von Seiten der kleinern Städte geschehen, wenn auch für die größern die Mahl- und Schlachtsteuer beibehalten würde. Damit wäre aber allerdings für die übrigbleibenden Städte die vielfach laut gewordene Beschwerde noch immer nicht gehoben: daß die städtische Bevölkerung durch die Schlacht- und Mahlsteuer unverhältnißmäßig belastet und insbesondere der weniger wohlhabende Theil derselben zu scharf herangezogen werde. Die Begründung der letztern Beschwerde entbehrt nicht selten der richtigen Einsicht in die Wirkungen einer Verbrauchssteuer. Bei jeder seit längerer Zeit bestehenden Verbrauchssteuer haben sich mehr oder weniger die Verkehrsverhältnisse nach derselben gerichtet und eine Ausgleichung bewirkt, wonach die Last der Steuer nicht gerade auf Dem ruhen bleibt, welcher das steuerpflichtige Object verzehrt. Um die Ueberbürdung der ärmern Volksklassen durch die Schlacht- und Mahlsteuer darzuthun, reicht daher keineswegs das einfache Rechenexempel hin, daß man veranschlagt: wie viele Pfunde Brot und Fleisch beziehungsweise eine Taglöhnerfamilie und die Familie eines reichen Mannes verzehren; ferner, welcher Steuerbetrag für diese Verbrauchsgegenstände zu entrichten ist, wo dann das Misverhältniß in der Besteuerung beider Familien schon dadurch für erwiesen gehalten wird, daß diese Steuerbeträge der relativen Steuerkraft beider Familien allerdings nicht entsprechen. Vielmehr findet der Taglöhner einen völligen oder theilweisen Ersatz der Steuer in der Höhe des Arbeitslohns. Kann zwar immer nicht bestimmt nachgewiesen werden, inwieweit bei Feststellung des Arbeitslohns, auf welches so mannichfache Umstände einwirken, die Steuer Berücksichtigung gefunden habe, so ist doch unzweifelhaft, daß zu den Umständen, welche die gegenwärtige Höhe des Arbeitslohns gerade in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten bestimmt haben, auch die durch die Steuer bestimmte Höhe der Consumtionspreise mitgewirkt hat, wie ja auch die Stände der Provinzen Preußen und Westfalen in ihren Anträgen um Aufhebung der Steuer gerade diese Erhöhung des Arbeitslohns in den betreffenden Städten als Grund gegen die Steuer geltend machen. Erhält aber der Arbeiter durch das höhere Lohn einen Ersatz für die von ihm gezahlte Steuer, so schiebt er diese auf die Schultern des wohlhabendern Lohnherrn, der seine Arbeit bezahlt. Kann unter solchen Umständen also nicht festgestellt werden, wie viel zu dem Gesammtbetrage der Steuer aus den einzelnen Taschen gezahlt wird, so muß auf der andern Seite das Bestreben der Finanzverwaltung vorzugsweise dahin gerichtet bleiben, zur Bequemlichkeit der

Steuerpflichtigen das Geschäft des eigentlichen Steuerzahlens und die zur Sicherstellung dieser Verbindlichkeit erfoderliche Controle auf eine möglichst geringe Zahl von Individuen beschränkt zu sehen.

Eben hierin aber besteht ein nicht gering anzuschlagender Vorzug der indirecten vor der directen Steuer, indem die größere oder geringere Last einer Abgabe keineswegs lediglich durch den zu entrichtenden Geldbetrag, sondern wesentlich auch durch die Art und Weise der Erhebung bedingt wird. Bei der indirecten Steuer wird die Steuerentrichtung von wenigen Gewerbtreibenden übernommen; der Consument entrichtet die Steuer in dem Preise der besteuerten Waare, und zwar nur dann und insoweit, als er die Waare verbrauchen will; der Abtrag der Steuer erfolgt in kleinen Raten, ohne daß der Steuerpflichtige mit der Steuerbehörde zu verkehren hat, ja ohne daß er sich der Steuerentrichtung nur einmal deutlich bewußt wird, indem die Steuer nur einen Factor in den Bestimmungsgründen für den Preis der Waare bildet. Die Einwirkung dieses Factors liegt aber nicht klar vor und ist vorzüglich dann weniger zu erkennen, wenn die Steuer im Verhältniß zum Preise der Waaren so niedrig normirt ist, daß die auf andern Gründen beruhenden Schwankungen im Preise beträchtlichere Unterschiede in der Höhe des letztern ergeben, als die Steuer zur Folge haben kann. Dies gilt namentlich von den Getreidepreisen, welche in Folge günstiger oder ungünstiger Aernten so erheblichen Aenderungen unterliegen, daß dagegen schon eine nicht unbeträchtliche Verbrauchssteuer in den Hintergrund gedrängt wird. Hierbei soll indessen nicht in Zweifel gezogen werden, daß durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und bei Ersetzung derselben durch die Klassensteuer den weniger wohlhabenden Einwohnerklassen eine bedeutende Erleichterung in der Steuerlast zu Theil werden würde. Nach Beseitigung des zum sonstigen Preise von Getreide und Schlachtvieh erhobenen Steueraufschlags werden sich die Preise von Brot und Fleisch gewiß allmälig ermäßigen, und dazu kommt, daß eine Arbeiterfamilie, welche jetzt durchschnittlich an Consumtionssteuer mehre Thaler aufzubringen hat, an Klassensteuer nur Einen Thaler zu entrichten brauchte.

Noch weniger als diese eventuelle Erleichterung der ärmern Volksklassen läßt sich dies in Zweifel ziehen, daß die Städte seither durch die Mahl- und Schlachtsteuer stärker als das platte Land durch die Klassensteuer belastet worden sind. Nach dem Durchschnittsertrage der Jahre 1842—44 hat die Klassensteuer 7,271,324 Thlr. ergeben, und davon kommen bei einer klassensteuerpflichtigen Einwohnerzahl von 13,292,719 Köpfen 16 Sgr. 5 Pf. auf den Kopf, während in dem gleichen Zeitraum auf den Kopf der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Einwohnerschaft durchschnittlich 51 Sgr. kommen. Hierbei muß indessen berücksichtigt werden, daß zu der Mahl- und Schlachtsteuer außer der städtischen Einwohnerschaft auch die Fremden und die Landbewohner beitrugen, welche steuerpflichtige Gegenstände in die Stadt brachten oder in der Stadt kauften.

Mag man indessen, fährt die Denkschrift fort, die Mängel oder Vorzüge der Schlacht- und Mahlsteuer mehr oder weniger hoch anschlagen, so wird immerhin zugestanden werden müssen, daß eine Steuer unter Umständen nicht mehr als zweckmäßig betrachtet werden kann, sobald dieselbe überall der Ungunst des Publicums begegnet; sobald in derselben von wohlmeinenden Männern aller Einwohnerklassen eine Ungerechtigkeit oder eine Unbilligkeit erblickt wird. Ob dieses Loos, wie es fast den Anschein gewinnt, die Mahl- und Schlachtsteuer betroffen hat, darüber werden die versammelten Stände sich auszusprechen haben, nachdem sie nicht minder die Vorzüge und Nachtheile derjenigen Steuer werden geprüft haben, welche bei Erfüllung des Wunsches nach gänzlicher Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer an deren Stelle treten müßte, um der Staatskasse für den Wegfall dieser Steuer Ersatz zu gewähren. Die allgemeine Ausdehnung der Klassensteuer auf die seither mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte würde hierzu nicht empfohlen werden können. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, hat die Mahl- und Schlachtsteuer an Bruttoertrag drei Mal so viel gewährt als die Klassensteuer, und dieser Betrag würde ohne Ersatz für die Staatskasse ausfallen, wenn die Mahl- und Schlachtsteuer ohne weiteres in die bestehende Klassensteuer für die Städtebewohner umgewandelt werden sollte. Auch eine Erhöhung des Klassensteuersatzes für die betreffenden Städte um die Hälfte würde noch nicht die Hälfte des jetzigen Bruttoaufkommens an Mahl- und Schlachtsteuer liefern. Die mindere Einträglichkeit der Klassensteuer würde in den größern Städten besonders dadurch veranlaßt werden, daß dort die bestehenden Vorschriften für die Einschätzung der Steuerpflichtigen nicht wohl zur Ausführung zu bringen wären und bei den weniger erkennbaren Verhältnissen der einzelnen Einwohner nicht hinreichen würden, um die einzelnen verhältnißmäßig zur Steuer heranzuziehen. Zur richtigen Veranlagung der zu erhebenden directen Steuer würde nur übrig bleiben, das Einkommen im Einzelnen zu ermitteln, die Klassensteuer in eine Einkommensteuer zu verwandeln und insbesondere die reichern Einwohner stärker heranzuziehen. Sobald aber in den großen Städten eine Einkommensteuer statt der Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt würde, möchte sich die allgemeine Umwandlung der Klassensteuer in eine Einkommensteuer kaum vermeiden lassen. Denn wenn schon jetzt einer der Uebelstände der verschiedenen Besteuerung von Stadt und Land darin zu finden ist, daß Diejenigen, welche bald in den Städten, bald auf dem platten Lande sich aufhalten, nicht zu jeder der beiden Steuern im richtigen Verhältniß herangezogen werden können, so würde dieser Uebelstand bei zwei verschiedenen directen Steuern noch gesteigert werden. Der reiche Gutsbesitzer z. B., welcher auf dem Landtage höchstens 114 Thlr. an Klassensteuern zahlt, würde während seines Aufenthalts in der Stadt vielleicht das Doppelte und Dreifache zu entrichten haben, ein richtiges Verhältniß aber gar nicht zu ermitteln sein. Dadurch aber würde die Einkommensteuer in den Städten bei gleichzeitiger Klassensteuer auf dem Lande die Wirkung einer den reichen Einwohnern für den Aufenthalt auf dem Lande bewilligten Prämie haben, da die Folge des Umzugs von der Stadt auf das Land eine bedeutende Herabsetzung in der Steuer wäre. Findet einmal das Princip einer directen Ermittelung und Besteuerung des Einkommens für die großen Städte Geltung, so muß dies Princip überall zur Anwendung gebracht und namentlich auch auf das Land ausgedehnt werden, wodurch einerseits die reichern Bewohner des platten Landes auf eine ihrer Steuerkraft entsprechende Weise belastet und andererseits die so wünschenswerthe Gleichheit in der Besteuerung der Städte und des platten Landes herbeigeführt wird.

Das Gelingen des Versuchs, heißt es in der Denkschrift, die mit einer Einkommensteuer verbundenen praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, ist wesentlich davon abhängig, ob in der That der Wunsch nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer so groß und so verbreitet ist, daß man zur Erreichung dieses Zweckes sich im Allgemeinen der Mühe und Unbequemlichkeiten einer Einkommensermittelung gern unterziehen und gewissenhaft die erfoderlichen Angaben über das Einkommen machen werde. So sehr die Staatsregierung ohne diese Voraussetzung Bedenken tragen müßte, in die Aufhebung einer seit langen Jahren bestehenden und aller Mängel ungeachtet in vielfacher Beziehung als zweckmäßig bewährten Steuer zu willigen, so wenig wird sie unter dieser Voraussetzung Anstand nehmen dürfen, zur Einführung einer Steuer die Hand zu bieten, mit deren Veranlagung unzweifelhaft das keineswegs gering anzuschlagende Resultat zu erreichen ist, daß die wohlhabendern Einwohnerklassen unmittelbar erheblich mehr als seither zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse beitragen, und daß den weniger wohlhabenden Einwohnerklassen das Bestreben, sie in ihren Beiträgen thunlichst zu entlasten, in unzweideutiger und augenfälliger Weise kundgegeben wird. Hier ist aber zu beachten, daß es unter allen Umständen zweckmäßiger sein wird, die beiden untern von den vier Klassen der zur Klassensteuer herangezogenen Einwohner sowie die in gleichen Verhältnissen stehenden Einwohner der seither mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte auch ferner mit der Klassensteuer zu belegen. Die bei den Bauern und kleinen Grundbesitzern sowie bei den Lohnarbeitern leicht erkennbaren Vermögensverhältnisse bedürfen nicht so sehr einer speciellen Einkommensermittelung, und durch die erschwerenden und für die Steuerpflichtigen selbst lästigen Formen könnte die Mühwaltung der Behörden nur vervielfältigt werden, ohne zu wesentlich wichtigern Resultaten zu führen. Wie bedeutend diese Mühwaltung sein würde, geht aber einfach aus der Thatsache hervor, daß bei Veranlegung der Klassensteuer für das Jahr 1846 von der gesammten steuerpflichtigen Bevölkerung 89,05 Proc. den beiden untern Hauptklassen angehörten, während die beiden obern Hauptklassen nur 2,87 Proc. umfaßten und 8,08 Proc. wegen Armuth oder sonstiger Befreiungsgründe steuerfrei blieben. Es ist daher kein geringer Gewinn, wenn für die niedern Einwohnerklassen die specielle Einkommensermittelung vermieden werden kann.

Unter solchen Umständen wird es darauf ankommen, den Einkommensbetrag festzustellen, von welchem ab die directe Ermittelung und Belastung des Einkommens stattfinden soll. Hier steht im Ganzen und Großen der Erfahrungssatz fest, daß die Klassensteuer in den mittlern Stufen 2—3 Proc. des Einkommens in Anspruch zu nehmen pflegt. Zu der untersten Steuerstufe der zweiten Hauptklasse zu 12 Thlr. für den Haushalt werden in der Regel Diejenigen veranlagt, deren Einkommen 4—600 Thlr. beträgt. Als Ausgangspunkt für die Erhebung einer Einkommensteuer ist demgemäß ein jährliches Einkommen von mindestens 400 Thlr. bestimmt, und der Steuersatz dergestalt in Vorschlag gebracht werden, daß von diesem Betrage bei fundirtem Einkommen 12 Thlr., bei unfundirtem Einkommen 8 Thlr., also beziehungsweise der niedrigste Satz der zweiten und der höchste Satz der dritten Hauptklasse der Klassensteuer zu zahlen sind. Hiernach sind die zum Ersatz der Mahl- und Schlachtsteuer und der seitherigen Klassensteuer in Vorschlag zu bringenden neuen Steuern zu sondern: a) in eine Einkommensteuer für die Einwohner, deren gesammtes jährliches Einkommen die Summe von 400 Thlr. beträgt oder übersteigt; und b) in eine neue, nach den Sätzen der bisherigen sechs untersten Steuerstufen zu erhebende Klassensteuer für diejenigen Einwohner, deren jährliches Einkommen den Betrag von 400 Thlr. nicht erreicht.

Der Ertrag, welchen die letztgedachte Steuer gewähren würde, läßt sich ziemlich genau veranschlagen, indem man denselben für die seither klassensteuerpflichtigen Ortschaften so ziemlich als identisch mit dem bisherigen Aufkommen der beiden untern Hauptklassen der Klassensteuer annehmen und für die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte nach dem Bevölkerungsverhältniß annähernd ermitteln kann. Eine der Denkschrift bei-

gelegte Berechnung ergibt, daß der Ertrag der neuen Klassensteuer zu ungefähr 70 Mill. Thlr. und daß der alsdann noch durch die Einkommensteuer zu beschaffende Betrag in runder Summe zu 3½ Mill. anzunehmen ist. Die Denkschrift gibt hier eine ausführliche Berechnung, um darzuthun, wie der genannte Betrag von 3½ Mill. nach dem Procentsatze von 2 Proc. für unfundirtes und von 3 Proc. für fundirtes Einkommen aufgebracht werden könne. Als Hauptmomente heben wir aus derselben hervor, daß die neue Einkommensteuer den Ertrag der Klassensteuer in den seither klassensteuerpflichtigen Ortschaften, besonders auch wegen der stärkern Heranziehung der nur zu einem Maximum von 144 Thlr. oder zur höchsten Stufe Veranlagten bedeutend übersteigen würde. Der muthmaßliche Ertrag der Einkommensteuer in den seither klassensteuerpflichtigen Orten wird zu ungefähr 2,200,000 Thlr. veranschlagt. Alsdann werden immerhin noch die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte 1,300,000 Thlr. aufzubringen haben, während lediglich nach dem Bevölkerungsverhältnisse nur 200,000 Thlr. auf dieselben fallen würden. Indessen rechtfertigt sich diese höhere Belastung aus den eigenthümlichen Verhältnissen der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte. Dieselben sind der Mittelpunkt des Großhandels, der Fabriken, der umfangreichen und einträglichen Gewerbe, und in ihnen würde auch bei Einführung der gegenwärtigen Klassensteuer durch Veranlagung einer großen Zahl von Betheiligten in die obersten Steuerstufen eine bedeutend höhere Summe an Klassensteuer aufgebracht werden, als dies verhältnißmäßig in den seither klassensteuerpflichtigen Orten der Fall ist. In den größern Städten concentrirt sich aber nicht allein der umfassendere Gewerbsbetrieb; dort nehmen auch häufig die Rentner ihren Wohnsitz, sowie diejenigen Grundeigenthümer, welche auf die eigne Bewirthschaftung ihrer Grundstücke verzichtet haben. Ferner wohnt dort die überwiegende Zahl der höhern Beamten, und endlich hat fast das ganze active Militair in schlacht- und mahlsteuerpflichtigen Städten seine Quartiere. Von 187,186 activen Militairpersonen lebten im Jahr 1843 158,511 in den genannten Städten, während nur 28,675 Militairpersonen sich in klassensteuerpflichtigen Ortschaften aufhielten. Beamte, Geistliche und Militair werden aber zu der Einkommensteuer mit herangezogen, und das um so mehr, als auch sie ebenso wie die übrigen Einwohnerklassen durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer von dieser bisher mitgetragenen Verbrauchssteuer befreit werden.

Sollte die Voraussetzung, daß die zum Ersatze der bisherigen Klassensteuer und der Mahl- und Schlachtsteuer eingeführten neuen Steuern ausreichen werden, sich in der Erfahrung als unrichtig erweisen, so wird der Vorbehalt einer Aenderung des Procentsatzes das Mittel zur erforderlichen Ausgleichung an die Hand geben. Mit den bisher dargelegten Grundsätzen in Uebereinstimmung sind die beiden der Denkschrift angeschlossenen Gesetzentwürfe ausgearbeitet, von denen der erste die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer betrifft. Von den einzelnen Bestimmungen desselben heben wir hervor, daß nach §. 4 von der neu einzuführenden Klassensteuer bei einem Einkommen von weniger als 400 Thlr. befreit sind: die Pfarrer, Schul- und Gymnasiallehrer nebst Familien; alle activen Militairpersonen; die Inhaber des eisernen Kreuzes, sofern sie in der zweiten Hauptklasse steuern; ferner Diejenigen, welche im vaterländischen oder in einem verbündeten Heer an den Feldzügen von 1813—15 Theil genommen, insoweit sie zur untersten Klassensteuerstufe einzuschätzen sind. Nach §. 6 geschieht die Hebung in der Regel nach Haushaltungen. Personen, die keinem Haushalt angehören oder keine Haushaltung führen, zahlen die Hälfte des Steuersatzes ihrer Klasse als Personensteuer. In der untersten Stufe der zweiten Hauptklasse wird die Steuer überhaupt als Personensteuer entrichtet, und zwar sollen niemals mehr als zwei Personen aus einer und derselben Haushaltung diese Steuer bezahlen. Diejenigen Personen dieser Klasse, welche das 60. Jahr zurückgelegt haben, sind steuerfrei. Nach §. 7 beträgt die Steuer monatlich für die Haushaltung resp. 20, 15 und 10 Sgr. In der zweiten Hauptklasse für die Haushaltung resp. 7½ und 5 Sgr., während in der untersten (sechsten) Stufe 1¼ Sgr. für jede steuerpflichtige Person entrichtet wird. Die erste Klasse umfaßt den geringern Bürger- und Bauernstand; die zweite Klasse die gewöhnlichen Lohnarbeiter, das Gesinde und die geringen Grundbesitzer und Gewerbtreibenden. Nach §. 8 geschieht die Classification der Steuerpflichtigen von den Gemeindebehörden unter Aufsicht der Landräthe. Von eben diesen Behörden werden auch die Steuerrollen angefertigt. Nach §. 11 liegt die örtliche Erhebung der Steuer, mit Ausnahme der beiden westlichen Provinzen, für welche die Ordre vom 6. Febr. 1841 in Kraft bleibt, den Gemeinden ob, die dafür einen Antheil von 4 Proc. der eingezogenen Summe erhalten. Nach §. 12 steht es den größern Städten mit einer Bevölkerung von mehr als 30,000 Einwohnern zu, die zur Bestreitung der Gemeindebedürfnisse erforderlichen Geldmittel durch besondere Steuern, namentlich auch durch Verbrauchssteuern, zu beschaffen.

Das zweite Gesetz wegen Erhebung einer Einkommensteuer bestimmt im §. 1, daß der Steuer unterworfen sind: 1) alle Einwohner des preußischen Staats, mit Einschluß der sich im Ausland aufhaltenden Unterthanen, deren gesammtes jährliches Einkommen die Summe von 400 Thlr. beträgt oder übersteigt; 2) alle Ausländer, welche im preußischen Staate Grundvermögen besitzen, in Ansehung des Einkommens aus diesem Grundvermögen, sofern der Besitzer überhaupt ein Einkommen von 400 Thlr. hat. Nach §. 2 sind von der Einkommensteuer befreit: 1) die Familien der ehemals reichsständischen Häuser; 2) derjenige Theil der katholischen Geistlichkeit, welchem durch den Erlaß vom 23. August 1821 bestimmte Amtseinkünfte frei von allen Lasten zugesichert sind, jedoch nur in Betreff dieser Einkünfte; 3) alle Fremden, welche sich nicht bereits ein volles Jahr im preuß. Staate aufgehalten haben. Nach §. 3 wird von allem steuerpflichtigen Einkommen die Steuer nach zwei Sätzen erhoben, und zwar a) im Betrage von 3 Proc. für alle Jahresrenten, welche aus dem Besitze von unbeweglichem oder beweglichem Vermögen herrühren; und b) im Betrage von 2 Proc. für Einkommen aus dem Ertrage eines Gewerbes, aus Besoldungen, Pensionen ꝛc.

Nach §. 4 werden zur ersten Ermittelung, Prüfung und Feststellung des der Steuer unterworfenen Einkommens, wozu zunächst die Angaben der Steuerpflichtigen dienen sollen, in allen Regierungsbezirken, Kreisen und größern städtischen oder ländlichen Gemeinden besondere Commissionen ernannt. Die Vorsitzenden und Mitglieder dieser Commissionen sind nach §. 8 zur Geheimhaltung der Einkommensverhältnisse, welche bei dem ihnen anvertrauten Geschäfte zu ihrer Kenntniß gelangen, eidlich zu verpflichten. Die Steuerpflichtigen haben nach §. 11 Declarationen ihres Einkommens nach besondern Rubriken zu geben. Wer auf die an ihn ergangene specielle Aufforderung die Einreichung der Declaration innerhalb der vorgeschriebenen Frist unterläßt, verfällt nach §. 17 in eine durch die Kreis- oder Gemeindecommission festzusetzende Ordnungsstrafe von 5—50 Thlr. In Folge einer solchen Unterlassung können die gedachten Commissionen sogleich eine specielle Ermittelung des Einkommens anordnen und dazu Einsicht aller erforderlichen Papiere verlangen. Nach §. 18 haben die Vorsitzenden der Kreis- und Gemeinde-Commissionen die ihnen zugehenden Declarationen sorgfältig und unter Benutzung aller ihnen zu Gebote stehenden Hülfsmittel, nöthigenfalls auch unter Zuziehung glaubhafter, mit den Verhältnissen der Steuerpflichtigen bekannter Personen zu prüfen; dabei jedoch, wenn der Verdacht einer unrichtigen Angabe nicht obwaltet, ein specielles Eindringen in die Vermögensverhältnisse des Declaranten zu vermeiden. Die Kreis- und Gemeinde-Commissionen reichen die ihnen zugegangenen Declarationen und Nachweisungen mit ihrem Gutachten der Bezirkscommission ein. Nach §. 19 hat zunächst der Chef der Bezirkscommission die dieser zugehenden Declarationen und Nachweisungen sorgfältig zu prüfen und bei den ständischen Mitgliedern der Commission die Bestimmung zu beantragen: ob von dem Declaranten die Bestärkung seiner Angaben an Eidesstatt zu verlangen, oder ob die eidliche Vernehmung von Zeugen sowie eine specielle Ermittelung seines Einkommens zu veranlassen sei. Wider eine gegen die Anträge des Chefs der Bezirkscommission gefaßte Entscheidung steht diesem die Berufung an das Finanzministerium zu, welches die schließliche Entscheidung zu treffen hat. §. 20. Wenn die Bezirkscommission gegen die Declarationen und Nachweisungen nichts zu erinnern findet, oder wenn die etwanigen weitern Ermittelungen beendigt sind, setzt dieselbe den Betrag des zu versteuernden Einkommens sowie der davon zu entrichtenden Steuer fest. Gegen diese Festsetzung steht zwar, wenn sie mit der Declaration des Steuerpflichtigen nicht übereinstimmt, diesem der Recurs an das Finanzministerium frei; die Festsetzung der Bezirkscommission tritt aber vorläufig in Kraft. Gegen die Festsetzung der Bezirkscommission steht auch dem Chef derselben die Berufung an das Finanzministerium zu, wenn von den ständischen Mitgliedern der Commission wider seine Ansicht entschieden worden ist. §. 21. Hat der Steuerpflichtige bei der Declaration einen Theil seines Einkommens absichtlich verschwiegen oder zu gering angegeben, so ist ohne Unterschied der Fälle durch einen Beschluß der Bezirkscommission auf den Antrag ihres Chefs wider den Steuerpflichtigen eine Strafe bis zur Höhe des dreifachen Betrags der von dem verheimlichten Einkommensbetrage zu entrichtenden Jahressteuer festzusetzen. Gegen diese Straffestsetzung steht dem Declaranten der Recurs an das Finanzministerium zu; eine Berufung auf gerichtliche Entscheidung findet dagegen nicht statt. §. 22. Das Finanzministerium hat auf die eingelegten Recurse in allen Fällen schließlich zu entscheiden, wenn es die Bestätigung oder eine Ermäßigung der von der Bezirkscommission festgestellten Einkommensbeträge oder Strafen angemessen erachtet. Erscheint dagegen die Verschärfung der Festsetzungen den Bezirkscommissionen nothwendig, so wird die Entscheidung einer besondern Commission übertragen, welche unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des höchsten Gerichtshofes aus den Mitgliedern der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen zu bilden ist. §. 23. Die Steuerbeträge sind in Quartalraten in den ersten acht Tagen eines jeden Vierteljahres an diejenige Kasse zu zahlen, welche an dem Orte, wo die Steuerpflichtigen die Declarationen über ihr Einkommen abzugeben haben, die directen Steuern erhebt, und werden von dieser Kasse der Regierungshauptkasse überwiesen. Die Einkommensteuer von den Besoldungen, Emolumenten, Wartegeldern und Pensionen öffentlicher Beamten wird bei den Kassen, aus welchen die Besoldungen ꝛc. gezahlt werden, in Abzug gebracht und der Regierungshauptkasse überwiesen. §. 24. Nachdem die Einkommensteuer für das erste Jahr veranlagt worden, bleibt es der nähern Bestimmung des Finanzministers überlassen, inwieweit es für die folgenden Jahre einer vollständig neuen Aufstellung von Declarationen oder nur der Anzeige über die mittlerweile in dem jährlichen Einkommen des Steuerpflichtigen eingetretenen Aenderungen bedarf. Hinsichtlich der neu hinzutretenden Steuerpflichtigen tritt aber dasselbe Verfahren wie bei der Veranla-

gung im ersten Steuerjahr ein. Ueber die Geschäftsführung bei Feststellung und Erhebung der Steuern bemerkt die Denkschrift noch: Man wird wohl daran thun, bei Prüfung des Gesetzentwurfs sich stets zu vergegenwärtigen, daß in den meisten Detailbestimmungen das Lästige hauptsächlich nur in dem Falle hervortritt, wo die Angaben der Steuerpflichtigen unrichtig sind oder dafür gehalten werden.

Preußen.

Folgendes ist das schon neulich (Nr. 161) erwähnte Sendschreiben der Stände des löbauer Kreises an die zur Zeit im Vereinigten Landtage zu Berlin sitzenden beiden gemeinschaftlichen Abgeordneten der Ritterschaft der Kreise Strasburg und Löbau, Herren v. Beringe und v. Kossowski:

„Geehrte Herren! Wenngleich wir fast sämmtlich aus Gründen, deren Erörterung hier nicht hergehört, bei Ihrer Wahl zu gemeinschaftlichen Abgeordneten der Ritterschaft der Kreise Strasburg und Löbau nicht mitgewirkt haben und auf die Ehre verzichten müssen, Sie zu den Mitgliedern unsers eignen kreisständischen Verbandes zählen zu dürfen, so können wir dennoch nicht Anstand nehmen, Sie im gesetzlichen Sinne des Worts als unsere ritterschaftlichen Landtagsvertreter anzuerkennen, da Ihre Wahl auf formell gesetzliche Weise erfolgt und allerhöchsten Orts bestätigt worden ist. Wir sind auch im Allgemeinen weit davon entfernt, das Ihnen von den Wählern ertheilte ständische Mandat in irgend einer Weise schmälern und beeinträchtigen oder Ihren freien Ueberzeugungen Schranken setzen zu wollen, die mit der Unabhängigkeit preußischer Ständevertretung nicht vereinbar sind. Nichtsdestoweniger können Fälle eintreten, in welchen sowol auf civilrechtlichem als ständischem Gebiete Handlungen der Bevollmächtigten den Machtgebern die Berechtigung oder wol gar die Verpflichtung auferlegen, sich ihnen verwahrend gegenüberzustellen, um nicht durch stillschweigende Genehmigung zu der Annahme zu verleiten, als seien jene Handlungen durch Vertretung unmittelbar von ihnen selbst ausgegangen. Ein Fall dieser Art liegt zu unserm schmerzlichen Bedauern gegenwärtig vor und ist die Veranlassung zu dieser Zuschrift. Eine Fraction des Vereinigten Landtags, bestehend aus 138 Theilnehmern, hat sich berufen gefühlt, eine Erklärung zu verlautbaren, durch welche das allerhöchste Gesetz vom 3. Febr. d. J. als nicht vereinbar mit früher ergangenen Verordnungen bezeichnet, und diese letztern daher, der ausdrücklichen Willensäußerung Sr. Maj. entgegen, als noch zu Recht bestehend anerkannt werden.

Diese Erklärung ist, wie wir zu unserer Ueberraschung aus öffentlichen Blättern ersehen haben, auch von Ihnen mitunterzeichnet, mithin mit rechtlicher Wirkung zu Ihrem Eigenthume gemacht worden. Wir zählen uns aus freier, wohlerprobter Ueberzeugung nicht zu denjenigen Unterthanen Sr. Maj., welche sich ihrem Landesfürsten unter steter Geltendmachung bereits erworbener Rechte und unter der liebloſen, uns widerstrebenden Form rechtlicher Verwahrungen bemerkbar machen, sondern zu denen, welche vertrauensvoll und dankerfüllt sich genügen lassen mit Dem, was das unbeschränkte und ungeschwächte Wohlwollen ihres Fürsten ihnen hochherzig entgegenbringt. Wir sind daher auch durch die Gesetzgebung vom 3. Febr. d. J. hinreichend befriedigt, zumal uns dieselbe, neben erfreulicher Erweiterung der ständischen Freiheiten, zum Heil unsers Vaterlandes auch genügende Bürgschaften für die unumschränkte Macht und geheiligte Unverletzlichkeit der Krone gewährt, deren Nothwendigkeit und Unerläßlichkeit sich in neuerer Zeit bereits mehrfach deutlich genug herausgestellt hat. Eine Kritik dieser Gesetzgebung und eine eigen beliebige Renovation der dadurch erledigten ältern Verordnungen müssen wir, als außer den Grenzen ständischer Befugniß liegend, für eben so ungesetzlich als ungebührend erachten. In diesem Sinne, geehrte Herren, haben wir gewünscht, von Ihnen auf dem Vereinigten Landtage vertreten zu werden, und wenn die von Ihnen unterzeichnete Erklärung Ihnen einen Dem entgegengesetzten Charakter aufdrückt, so vindiciren wir uns wenigstens das Recht, unsere hiervon abweichenden Ueberzeugungen als freie preußische Stände wahren zu dürfen vor der Misdeutung, als hätten Sie bei jenem Acte rein individueller Auffassung in unserm Sinn und unserer Meinung oder wol gar in unserm Auftrage gehandelt.

Wir verwahren uns ferner vor dem Ruhme, den Sie etwa persönlich aus der Unterschrift jener Erklärung schöpfen und dadurch möglicherweise indirect auch auf uns übertragen könnten, indem wir ausschließlich unsern Ruhm und unsere Zufriedenstellung darin suchen und finden, unter der weisen und väterlichen, aber auch völlig freien Leitung unsers Königs und Herrn die Geschicke unsers geliebten Vaterlandes einer sichern und gesegneten Entwickelung entgegengeführt zu sehen. Wir finden endlich eine wahrhafte Befriedigung in der Art und Weise, mit welcher die große Mehrheit des Vereinigten Landtags der Erörterung und Registrirung Ihrer Erklärung entgegengetreten ist, und glauben nicht mit Unrecht voraussetzen zu dürfen, daß auch die überwiegend große Mehrheit unserer Mitbürger sich in ihrem Urtheil über jene Erklärung der Auffassung und den Empfindungen des Vereinigten Landtags sowie den unsrigen anschließen werde. Diese unsere Erklärung haben wir der Oeffentlichkeit übergeben, da auch die Ihrige uns nur auf diesem Wege bekannt geworden ist. Neumark in Westpreußen, den 29. Maj 1847. Die Stände des löbauer Kreises."

Hierauf enthält die Allgemeine Preußische Zeitung vom 13. Jun. folgende Entgegnung:

„An den königl. Landrath, Ritter des Rothen Adlerordens, Hrn. v. Benkendorff-Hindenburg, Hochwohlgeboren zu Neumark in Westpreußen. Auf Ew. Hochwohlgeb. in Gemeinschaft mit mehren Ständen des löbauer Kreises an uns unterm 29. Mai d. J. gerichtetes Schreiben glauben wir Nachstehendes ergebenst erwidern zu müssen. Daß Ew. Hochwohlgeb. und mehre Stände des von Ihnen verwalteten löbauer Kreises, welcher einen Theil unsers Wahlbezirks bildet, nicht immer einverstanden sein würden mit der Art und Weise, in welcher wir unser Mandat auf dem Vereinigten Landtag überzeugungstreu zu erfüllen bemüht sind, mußten wir leider voraussetzen. Der Umstand, daß die letztvollzogene Wahl auf den mitunterzeichneten v. Kossowski und nicht auf Ew. Hochwohlgeb. fiel, und die von Ihnen selbst erwähnte Verfassung der Mitwirkung zur fernern Wahl ließ uns dies voraussehen; daß Sie jedoch sich veranlaßt fühlen würden, sich gegen unser Verhalten zu verwahren, konnten wir allerdings nicht erwarten, da dasselbe schon gesetzlich lediglich uns, nicht unsern Committenten, moralisch aber wenigstens gewiß nicht der von Ihnen vertretenen Minorität der Wähler oder denjenigen Unterzeichnern des Schreibens vom 28. v. M. zur Last fallen kann, welche gar nicht zu den ritterschaftlichen Wählern gehören. Wenn wir demnach zu der Form, in welcher Sie Ihre von der unsrigen abweichende Ansicht zur öffentlichen Kenntniß bringen, keine bestimmte Veranlassung zu erkennen vermögen, so ist dies noch weniger der Fall in Betreff der von Ihnen empfundenen wahrhaften Befriedigung über die Art und Weise, mit welcher die große Mehrheit des Landtags einer Erörterung und Registrirung unserer Erklärung entgegengetreten sein soll. Nach den veröffentlichten Verhandlungen hat sich der Landtag nie in der Lage befunden, über die von dem Herrn Marschall aus formellen Gründen nicht angenommene Erklärung sich direct auszusprechen. Inwieweit und in welcher Art dies bei den spätern Verhandlungen über die einzelnen, von uns aufgestellten Ansichten indirect geschehen, ergibt sich aber zu deutlich aus den darüber veröffentlichten Verhandlungen, als daß wir darauf näher eingehen dürften. Wir schließen mit der Versicherung, daß, so wichtig es für uns jederzeit sein wird, die Ansichten jedes unserer geehrten Committenten zu erfahren, wir von denselben nach wie vor doch nur den Nutzen werden ziehen können, den eigne Ueberzeugung und gewissenhafte Prüfung uns gestatten. Berlin, den 10. Jun. 1847. Die Abgeordneten des ritterschaftlichen Wahlbezirks, löbauer und strasburger Kreises. v. Beringe. v. Kossowski."

Wissenschaft und Kunst.

† **Dresden**, im Jun. Sich gegenseitig belebend, nährend und ergänzend, wandeln Hand in Hand Kunst und Poesie durch das Reich der Schönheit, und die bildende Kunst dankt einen Theil ihrer großartigsten Schöpfungen den Werken der Dichter, den verklärenden Trägern der Weltgeschicke und der menschlichen Schicksale; doch werden die vom Künstler aus Dichtungen entlehnten Darstellungen nur dann Genügendes hervorbringen, wenn des Dichters Werk wie ein selbstgeborenes ihn durchdringt und das volle Verständniß desselben in seinen Leistungen sich zurückspiegelt.

Zum Belege des Obigen beschränken wir uns hier, in gedrängter Mittheilung einer in Oel ausgeführten Skizze zu gedenken, welche C. Vogel als Gegenbild seines rühmlich bekannten Werkes aus der Divina Commedia des Dante, das groß ausgeführt im Palaste Pitti in Florenz sich befindet, jüngst vollendet hat. Dort entnahm der Künstler seinen Stoff dem größten poetischen Werke des Südens, zum Gegenbilde wählte er den Inhalt des größten deutschen Dichterwerkes: den ersten Theil von Goethe's „Faust". Die Bildtafel ist von gleichen Dimensionen wie die des Dante-Bildes und ebenfalls im Rundbogenstyl ausgeführt; sinnvoll wie dort, umgeben in elf Feldern Scenen aus der Dichtung das Mittelbild, dort die Architektur und das Costume altitalienisch, hier beides in altdeutschem Style. Dort erblickt man Dante auf dem Grabe der Geliebten, wie er, von den Verlockungen der Erde sich losringend, durch den Entschluß eines geläuterten frommen Lebens die religiös sittliche Wiedergeburt gewinnt, welche ihn der himmlischen Vereinigung mit der Geliebten würdig macht, die Geschichte der Dichtung wird in den kleinern Bildern zu klarer Anschauung geführt. Im Gegenbilde sehen wir als Mittel- und Hauptbild den Urstoff der Goethe'schen Dichtung: Faust in dem Schicksal entscheidenden Moment, wo er, den dunkeln Mächten verfallen, frevelnd von allem Heiligen sich lossagt und in maßlosem Drang und stolzem Ueberheben den Erdgeist beschwört. Das Dichtwerk immer im Auge, zeigt nach einzelnen Scenen aus demselben der Künstler in den kleinern Bildern die Geschichte jenes Abfalls. Links über dem Mittelbild ein Blick in Faust's fromme Kindheit; an der Mutter Hand wandelt der schuldlose Knabe der Kirche zu; die Richtung der Glocke zeigt, daß ihr Klang zur Andacht rufe. (Ostermorgen in Goethe's „Faust".)

Vor dem Angesichte des Herrn erscheint rechts das böse, das negative Princip: Mephistopheles; er gesellt sich unterhalb dieser Gruppe zu Faust in Gestalt eines Pudels. Daneben in der obern Hälfte des rechten Spitzbogens: die Hexenküche. Faust ist der Macht der Sinnlichkeit verfallen; die obere Hälfte des linken Spitzbogens zeigt dem Beschauer Faust und Gretchen im Garten; unter diesen: Gretchen vor dem Andachtsbilde der Mater dolorosa; die Worte ihres verzweiflungsvollen Gebets: „Ich wein', ich wein', ich weine, das Herz zerbricht in mir", sind in ihrem Angesicht erschütternd ausgedrückt. Auf der entsprechenden Stelle der rechten Seite, Scene aus der Walpurgisnacht: die er liebt, sieht Faust dem Unheile verfallen; in der linken untern Ecke: Valentin, die Todeswunde von Faust empfangend, flucht sterbend der entehrten Schwester. Nächstes Feld: Faust und Mephistopheles reiten am Rabensteine vorüber; daneben in der rechten Ecke: Gretchen's Seelenrettung; die Unglückliche im Kerker büßend und reuevoll, die gebotene Rettung durch den Geliebten hat sie mit Abscheu zurückgewiesen, ihre Ergebung versöhnt sie dem Himmel. Schlußscene: Faust wird von Mephistopheles gewaltsam hinweggeführt. Dieses letztere Eckbild der zweiten Skizze und jenes auf dem linken untern Eckbilde der ersten Skizze sind der Anknüpfungs- und Einigungspunkt der beiden inhaltreichen Gemälde. Die Dunkelheit, welche den Beschauer, wenn er dem Falle Faust's folgt, immer düsterer umgibt, wird von dem Lichte verdrängt, welches den Dante auf dem Wege der Reinigung und Verklärung mehr und mehr umgibt, und das Wehgefühl, welches der Schluß vom ersten Theil des Faust von Goethe hervorruft, wird in der Göttlichen Komödie des Dante in eine versöhnende und ausgleichende Empfindung sich auflösen. Mit welcher tiefen Erkenntniß der Künstler unser bedeutendstes deutsches Dichterwerk in sich aufgenommen, offenbart sich in der Wiedergabe, die wir in der sinnvollen Composition wahrnehmen, welche auch in allen Theilen mit der Meisterschaft und Sorgfalt, welche Vogel's Werke auszeichnen, hier ausgeführt sind. So vielfach Goethe's Werk künstlerisch verherrlicht wurde, so hat dennoch bis jetzt noch kein Künstler dessen Gesammtinhalt in Einem Bilde zu lebendiger Anschauung, wie hier geschehen, dargestellt. Möchte dem rastlos thätigen Künstler die Möglichkeit werden, sein treffliches Werk in größerm Maßstab auszuführen!

Verantwortliche Redaction: Professor Wülcau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Mittwoch — Nr. 167. — 16. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Quartal … Insertionsgebühren …

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. = München. Der Kronprinz. Griechenland. — Rede des Ministers Zu-Rhein an die Studirenden. — Kirchliche Bitten in Dürkheim. — Frhr. v. Gagern. — Turnwesen in Frankfurt a. M. ** Bremen. Bürgerconvent. Das Dampfschiff Washington.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Abstimmungen auf dem Vereinigten Landtage. *Posen. Falschmünzer. Die Witterung. Krankheiten. Der Polenproceß. ×Aus Preussen. Verordnung in Betreff der Dissidenten. — Danziger Protest gegen die Schutzzöllner. — Strafurtel in Breslau. — Politischer Proceß in Köln.

Oesterreich. *Krakau. Der krakauer Kreis. Unterrichtswesen.

Großbritannien. Unterhaus. Die Correspondenz über die portugiesischen Angelegenheiten. ×London. Die Interventien in Portugal. Spanien.

Frankreich. Parlament. Die Vorladung des Hrn. de Girardin. Marschall Bugeaud. Generallieutenant Rumigny. Leichenbegängniß Grouchy's. Commerce und Patrie. Postübereinkommen mit England. Königin Christine. Die transatlantische Packetschiffahrt.

Italien. Florenz. Berufung von Notablen. Neue Gesetzbücher. Rom. Die Königin Christine. Rom. O'Connell's Herz.

Rußland und Polen. *Petersburg. Der Hof. Heerschau. Rangverhältnisse. Ein falscher persischer Consul.

Wissenschaft und Kunst. **Leipzig. Theater. *Posen. Polnisches Theater. — Das Curatorium der Universität Göttingen.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Posen. Wollmarkt. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 12. Jun. Gestern ist unser **Kronprinz** von seiner Reise nach Italien und Griechenland zurück hier eingetroffen. Derselbe sieht sehr gut aus und soll von seinem Uebel, einem periodischen Kopfschmerze, schon seit geraumer Zeit vollkommen befreit sein. Personen aus seiner Umgebung, die also zu einer Zeit in Athen waren, wo nach den Behauptungen der griechischen Oppositionsblätter die Stellung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten gerade als eine vollkommen verlorene dargestellt wurde, versichern unter Anführung der überzeugendsten Gründe und Thatsachen, daß gegen frühere Zeiten und noch gegen eine kurz vergangene Periode sich in Bezug auf Einfluß und Bedeutung der Parteizänkereien auf die öffentlichen Zustände die Dinge in Athen außerordentlich geändert haben. Man wird sich kaum irren, wenn man sich diese eben so erfreuliche als für die Zukunft beruhigende Erscheinung aus dem thatsächlich raschen Aufschwung erklärt, welchen seit einigen Jahren der eigentliche Bürgerstand in den Städten und die Klasse der Eigenthümer auf dem Lande genommen hat und zu nehmen noch immer fortfährt. Dafür spricht auch der bisher so ruhige Gang der neuen Wahlen, während doch die Opposition von vorn herein erklärt hatte, eben diese Wahlen würden und müßten das Land wieder an den Abgrund eines allgemeinen Bürgerkriegs bringen, wenn der König nicht eile, seinen Ministerpräsidenten Kolettis zu entlassen. Nun Kolettis nicht entlassen und der Wahlkampf doch innerhalb der parlamentarischen Grenzen geblieben ist, wird man bald lesen, daß die Regierung dieses günstige Resultat nur durch die enormsten Bestechungen erreicht habe.

— Bei dem neulich erwähnten Gründungsfeste der **Isaria in München** (Nr. 163) hielt der Minister v. **Zu-Rhein** folgende Rede an die Studenten:

„Meine Herren! Innig gerührt und von Freude durchdrungen habe ich die Worte vernommen, welche zwei Ihrer würdigen Vorstände an mich zu richten die Güte hatten. Ich kam in Ihre Mitte mit der schönen Erwartung, in einen Kreis von jungen Männern zu treten, welche, die Aufgabe des akademischen Lebens begreifend, aus den ihnen erschlossenen Schachten der Wissenschaft jenen Schatz geistiger Errungenschaft zu erheben bemüht sind, dessen Sie als künftige Diener des Staats mehr denn jeder Andere bedürfen. Die Gesinnungen, die ich soeben von Ihnen vernommen, haben aber meine Erwartungen weit übertroffen. Wenn in der Mitte der vaterländischen Jugend solche Tüchtigkeit der Gesinnung sich offenbart, dann dürfen König und Vaterland sich glücklich preisen. Ja, meine Herren, Sie haben ein wahres Wort gesprochen: wir stehen in einer Zeit des Aufschwungs, Leben regt sich überall, und nicht allein in den bairischen Gauen. Im ganzen deutschen Vaterlande sprossen die Keime neuer geistiger Entwickelungen; allein neben der edlen Pflanze wuchert auch manch giftiges Unkraut, das sich für den echten, gehaltreichen Weizen ausgeben möchte. Von diesem Unkraut lassen Sie uns die ganze Saat befreien! Auf eine kräftige, gesinnungstüchtige Jugend müssen die Regierungen zunächst zu zählen haben, und Ihr Beispiel, meine Herren, sagt mir, daß sie es können werden, auf eine mit den Waffen geistiger Bildung umgürtete Jugend, die mit ungeschwächter Kraft bereit ist, den Arm zu erheben, um den geistigen Kampf zu bestehen, der vielleicht noch mannichfach bevorstehen mag. Allein es ist eine gute Sache, für die Sie kämpfen, für die Sie Ihr Dasein einsetzen. Ein Morgenroth leuchtet uns voran, nicht aber jenes Morgenroth, von welchem ein fremdes Parteiblatt jüngst bemerkte, daß es nur den Koth des Abends verkünde. Es ist jenes Morgenroth, welches der belebenden Sonne vorangeht, die alles Edle erwärmen und reifen wird. In diesem Sinne, meine Herren, wollen wir die neue Zeit begrüßen, in diesem Sinne vereint uns die Hände reichen und mit ganzer Seele dem geliebten König und dem Vaterlande Das sein, was sie von uns erwarten! Ohne Arg und Falsch blicken wir der Zukunft entgegen, redlich wirke Jeder das Seine! Dann wird durch die umhüllenden Nebel ein schöner Tag hervortreten und all das wüste Getriebe, das jetzt noch mit der Schlangengeisel der Lüge durch die Lüfte zischt, welches bauen zu wollen vorgibt, während es nur zu wühlen versteht, es wird entlarvt in den Abgrund versinken, dem es entstiegen. Bewahren Sie, meine jungen Freunde, durch Ihr ganzes Leben sich immer nur den Boden des Gesetzes, dann werden Sie das rechte Ziel nicht verfehlen! Se. Maj. der König sei Ihr leuchtendes Vorbild! Er trägt seinen Baiern das Banner voran, auf welchem «Recht und Gesetz» in Flammenzügen geschrieben steht. Mir ist durch das gnädige Vertrauen des Königs die schöne Aufgabe geworden, zunächst auf die geistige Entwickelung der vaterländischen Jugend einwirken zu dürfen. Ich erfasse mit begeisterter Seele die Bedeutung dieses hohen Berufs, und voll der schönsten Hoffnungen blicke ich der Zukunft entgegen; denn in Ihrer Mitte habe ich gesehen, daß in den jungen Kräften des Vaterlandes der edelste Sinn sich regt. Dafür, daß Sie mir diese Ueberzeugung verschafft, sage ich Ihnen den herzlichsten Dank im Namen des Vaterlandes und reiche Ihnen vertrauensvoll die brüderliche Hand. Wie Sie mir ein freundliches Lebehoch dargebracht, so bringe ich es nun Ihnen; ich bringe es der akademischen Freiheit, den jungen Bürgern der Akademie, die gezeigt, daß sie wahrer Freiheit würdig sind, den wackern Isaren, der gesammten Universität!"

— Sämmtliche Mitglieder des **Presbyteriums** und des **Gemeinderaths** der Stadt **Dürkheim** haben eine Vorstellung an den König ergehen lassen, worin sie auseinandersetzen: Auch in der Pfalz sei in der jüngsten Zeit der Friede und die Eintracht in der Kirche vielfach gestört worden. Die Ursache dieser Erscheinung sei nirgend anderswo zu finden als „in dem seit mehren Jahren erfolgten Hervortreten einer schroffen theologischen Richtung, deren Anhänger sich ausschließlich «Gläubige», «Fromme», «Erweckte», «Wiedergeborene», «wahre Glieder der Kirche», «echte Nachfolger Jesu» und «Auserwählte Gottes» nennen, von ihren Gegnern aber häufig mit den Namen «Frömmler», «Mystiker», «Pietisten», «Altgläubige», «Symbol-» und «Buchstabengläubige» belegt werden". Die Petenten bitten deshalb, daß jetzt, wo in der Stadt Dürkheim eine Pfarrstelle erledigt sei, derselben ein Geistlicher gegeben werden möge, der den Grundsätzen der vereinigten Kirche, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der freien Entwickelung des vernunftgemäßen, echt evangelischen Christenthums offen und redlich zugethan sei.

— Dem Frankfurter Journal wird aus **Mainz** vom 11. Jun. mitgetheilt, daß der Frhr. Heinrich v. **Gagern** den dringenden Bitten seiner zahlreichen Verehrer und Freunde nachgegeben und die Zusage gegeben habe, sich auf den ihm angesonnenen Zweikampf nicht einzulassen.

— Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Frankfurt a. M.** vom 11. Jun. geschrieben: „Die früher bei der Bundesversammlung bezüglich des Associationswesens, speciell der **Turnverbindungen** geführten Verhandlungen haben bereits eine praktische Bedeutung gewonnen, wie aus den in Stuttgart und Gießen ergangenen Verboten zu entnehmen ist. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß vor kurzem der Leiter der hiesigen öffentlichen Turnanstalt, Hr. Ravenstein, welcher vom Staat eine Subvention erhält, veranlaßt worden ist, aus der hiesigen Turngemeinde auszutreten. Wie man aus guter Quelle erfährt, hatte sich die Bundesversammlung die genaueste Kenntniß von den Verhältnissen und Bestrebungen der Turnvereine verschafft und darauf hin ihre Maßregeln nehmen zu müssen geglaubt."

** **Bremen**, 12. Jun. Auf dem gestrigen Bürgerconvent ist die **Vermögenssteuer** verworfen, und zur Deckung der großen Ausgaben eine Anleihe beschlossen worden. — Die in diesen Tagen erwartete Ankunft des amerikanischen **Dampfschiffs Washington** macht hier den Mittelpunkt des öffentlichen Gesprächs aus. Es wird mit großen Festlichkeiten empfangen und mit Kanonen vom Fort zu Bremerhaven begrüßt werden, und da seine Erscheinung in ganz Deutschland Interesse

erregt, sollen mehre Fürsten zu der Feier eingeladen sein. Die Dampfschiffe werden zahlreiche Passagiere nach Bremerhaven bringen, und auf dem Wege von dort werden vom 13. Jun. an mehre Omnibus bereit gehalten, um mit Extrapost die durch den Washington überbrachten Posteffecten hierher zu befördern. Auch die hamburger Post nach Amerika wird mit diesem Dampfboote gehen, dessen zweite Kajüte für die erste Fahrt von hier schon ganz mit Reisenden besetzt ist.

Preußen.

Berlin, 14. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 9. Jun. brachte zuerst, bei Verlesung des Protokolls, der Abg. Milde die Bankfrage zur Sprache und wünschte eine beruhigende Erklärung, welche auch vom Landtagscommissar in Aussicht gestellt wurde. Graf Meerveldt rügte, daß man den Beschluß der Petition, Verfassungsänderungen von ständischer Zustimmung abhängig zu machen, welcher Beschluß ihm und Andern als dem monarchischen Princip gefährlich erschienen sei, ohne Vorberathung zugelassen habe. Der Landtagsmarschall zeigte, daß eine solche allerdings stattgefunden. Frhr. v. Vincke fand die Kritik gefaßter Beschlüsse unparlamentarisch, und hätte gewünscht, daß der Redner zur Ordnung gewiesen worden wäre, worauf der Landtagsmarschall erwiderte, daß das vom Grafen Meerveldt Gesagte zur Begründung seines gegen den Landtagsmarschall gerichteten Tadels gehört hätte. Noch ward über Formelles und Geschäftliches gesprochen und dann zur Tagesordnung übergegangen. Eine Petition des Abg. Hein, die Beitragspflichtigkeit zu den Baukosten der Schulhäuser betreffend, ward an die Provinzialstände verwiesen. Eine andere mehrer Abgeordneten in Betreff der Holzdiebstähle gab zu einigen Reden der Abgg. v. Steffens und Brust Veranlassung. Aber weder die ursprünglichen Anträge, noch das auf beschleunigten Erlaß des Forststrafgesetzes gerichtete Gutachten, noch die Petition des Abg. Merkens auf Amnestie für Waldfrevel fanden die erforderliche Theilnahme. Dann ward folgende königl. Declaration verlesen:

„Es ist durch das Staatsministerium zu meiner Kenntniß gekommen, daß über die Auslegung des §. 33 der Bankordnung vom 5. Oct. v. J., wegen Annahme der Noten der preußischen Bank bei öffentlichen Kassen, neuerlich Zweifel sich kundgegeben haben. Zur Beseitigung dieser Zweifel will ich, nach dem Antrage des Staatsministeriums, hierdurch erklären, daß sämmtliche öffentliche Kassen, zu denen in dieser Beziehung auch die gerichtlichen Depositalkassen gerechnet werden sollen, unter allen Umständen verpflichtet sind, die Noten der preußischen Bank für den vollen Betrag, auf welchen dieselben lauten, in Zahlung anzunehmen. Dieser mein Befehl ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Sanssouci, den 9. Jun. 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An das Staatsministerium."

In der Sitzung derselben Curie am 11. Jun. ward die Schrift über die Verfassungsanträge verlesen.

Die Vereinigten Curien fahren am 11. Jun. in der Steuergesetzgebungssache fort, nachdem vorher ein Wortwechsel in Betreff des Schriftentwurfs wegen der Provinzial-Hülfskassen stattgefunden. Abg. v. Gudenau faßte eine Reihe vermittelnder Vorschläge zusammen und wünschte die Sache zum nächsten Landtage verwiesen. Der Generalsteuerdirector Kühne beleuchtete die gemachten Vorschläge in längerer Rede. Abg. v. Auerswald sprach mit Wärme für das Princip des Gesetzentwurfs, worauf sich auch Abg. v. d. Heydt dafür erklärte. Abg. v. Waldbott stellte in Abrede, daß durch die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer den Armen geholfen sein würde. Ueber die Einkommensteuer seien in Holland zwei Ministerien gestürzt und das Volk habe zuletzt eine freiwillige Anleihe vorgezogen. Für ihn habe die Berathung die Beruhigung, daß Das, was sie seit 27 Jahren gehabt hätten, das Beste gewesen sei. (Lebhaftes Bravo.) Frhr. v. Vincke schloß sich dagegen den rheinischen Rednern an und zollte besonders der Rede des Hrn. Camphausen das verdiente Lob. Er vindicirte namentlich der Ritterschaft das nobile officium, Diejenigen zu vertreten, die hier nicht vertreten seien, und foderte auch die Herren Curie auf, sich vernehmen zu lassen, namentlich den Grafen Arnim und „das tapfere und geniale Mitglied, welches sich bald auf den Sesseln der Herren Curie, bald auf den Bänken der schlesischen Ritterschaft befinde". (Große Heiterkeit.) Bezüchtige man ihn in Betreff der allgemeinen Principien der Schwärmerei, so tröste er sich damit, daß er sich in der besten Gesellschaft befinde, in der des Hrn. Generalsteuerdirectors. (Großes Gelächter.) Dann machte er vermittelnde Vorschläge, nachdem er auch auf eine Aenderung in den Ansichten der Regierung hingedeutet. Hr. Kühne entgegnete, diese Aenderung datire von der Einführung der Einkommensteuer in England und von der Einberufung des Landtags. Nie habe er geglaubt, daß die Regierung ein solches Gesetz anders als mit der lebhaften und herzlichen Zustimmung der Vertreter des ganzen preußischen Volks zur Ausführung bringen werde. Dann erklärte er einiges Sachliche. Abg. Stöpel verlangte von dem Frhrn. v. Vincke Genugthuung wegen des indirecten Vorwurfs, den er in dessen Rede für die Abgeordneten von Städten und Landgemeinden zu finden glaubte. Abg. Offermann erklärte sich für den Gesetzentwurf, um der Gleichheit, der Armen, des Fortschritts willen. Nachdem auch der Finanzminister gesprochen und der Abg. Prüfer ein Sachverhältniß in Görlitz erläutert hatte, auch über die Fragstellung gestritten worden war, ward die Frage gestellt: „Beschließt die Versammlung die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer unter der Voraussetzung, zu befürworten, daß an Stelle derselben eine Einkommensteuer trete, bei welcher zur Ermittelung, Prüfung und Feststellung des derselben unterworfenen Einkommens zunächst die Angaben der Steuerpflichtigen dienen?" und mit 390 gegen 141 Stimmen verneint. (A. P. Z.)

Berlin, 13. Jun. Seit die namentliche Abstimmung und deren Veröffentlichung auf dem Vereinigten Landtag aufgekommen ist, haben wir uns die Mühe genommen, diese Listen etwas durchzuarbeiten und uns Zusammenstellungen daraus nach Provinzen und Ständen zu ziehen. Es gehen daraus zum Theil recht merkwürdige Aufschlüsse, sowol in Bezug auf die Stände und Provinzen im Allgemeinen wie in Betreff einzelner Persönlichkeiten hervor. Indeß würde es für die Leser zu trocken und für den Raum dieser Zeitung zu weitläufig sein, wollten wir beide mit den ausführlichen Mittheilungen unserer Ergebnisse und namentlich mit dem Zahlenwerke behelligen. Wir behalten es uns daher zu eignem Gebrauch und Ergötzen vor. Nur einiges Hauptsächliche wollen wir, ohne Zahlen, hervorheben. Bei der Abstimmung über das Vincke'sche Amendement stellte sich das Ergebniß sehr analog zu dem bei der Declaration der 138, nur in erweitertem Zahlenverhältniß auf Seiten der Beistimmenden. Rheinland und Preußen lieferten den Grundstamm, doch war die preußische Ritterschaft weit mehr betheiligt als die rheinische. Den wenigsten Anklang fand die Sache in beiden Fällen bei der Ritterschaft von Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Pommern, und in Pommern überhaupt. Doch finden wir unter den Anhängern des Vincke'schen Amendements schon zwei pommersche, einen brandenburgischen, fünf sächsische Ritter; Letztere waren die HH. Garke, Graf Helldorf, Landrath v. Helldorf, Kammerherr v. Bederhausen und Landrath v. Gustedt, während an der Declaration sich aus Brandenburg und Sachsen kein ritterschaftlicher Abgeordneter, aus Pommern nur Einer (v. Hagenow) betheiligt hatte. Den Hauptausschlag für die gestiegene Mehrheit bei dem Amendement gab es aber, daß hier die Provinz Posen, die sich bei der Declaration sehr wenig betheiligt hatte, in Masse beitrat, wobei der Oberbürgermeister von Posen, Hr. Naumann, voranging. Auch findet das Amendement in einigen Kreisen Westfalens bei Städten und Landgemeinden erhöhten Anklang.

Bei dem Schwerin'schen Amendement, das die stärkste Mehrheit erlangte, finden wir aus allen Ständen und Provinzen vermehrten Beitritt, wobei jedoch immer noch das obige Verhältniß fortwirkt: die compacteste Theilnahme in Preußen, Rheinland und Posen; aber auch hier erscheint der Unterschied, daß sich eine vermehrte Theilnahme besonders in Pommern, der Provinz des Antragstellers, auffällig macht, sowie sich auch namentlich die schlesischen Städte und Landgemeinden in verstärktem Maße betheiligen. Dagegen geht bei der Abstimmung über das Abtheilungsgutachten, bei welchem bereits das Puttkammer-Hansemann'sche Amendement im Hintergrunde stand und seinen Einfluß übte, Alles auf das seltsamste aus einander. Namentlich ergibt sich hier eine Zersplitterung der Opposition in Preußen und dem Rheinland, während Posen ganz unverändert bleibt. Auch sehen wir hochgestellte Staatsbeamte für, noch höher gestellte gegen den Antrag stimmen, und mit den Erstern begegnen sich die gemäßigtern Liberalen Camphausen, v. Beckerath, Graf Schwerin, mit den Letztern die heftigern Oppositionsmänner Mevissen, Aldenhoven, Mohr, Milde, Tschocke. Dagegen treten hier namentlich die sächsischen Bürgermeister Bertram, Gier, Rasch und die görlitzer Abgeordneten Prüfer und Sattig, welche gegen die frühern Amendements gestimmt hatten, für den Antrag auf.

Noch eigenthümlicher gestaltet sich in mancher Hinsicht die Sache bei der Abstimmung über die Ostbahn. Hier ist die Opposition am allerstärksten und stellt sich namentlich dann in ganzer Stärke dar, wenn man bedenkt, daß die Herren-Curie mitgestimmt und fast einmüthig für die Proposition gestimmt hat. Selbst von der Ritterschaft treten hier nur 92 der Proposition bei, von den Städten nur 29, von den Landgemeinden nur 11. Aber bei näherer Durchsicht ergibt sich, daß hier viele Mitglieder, welche sich bei allen Verfassungsfragen zeither im Sinne der Regierung erklärt hatten, gleichwol gegen die Proposition stimmen, woraus wahrscheinlich wird, daß manche nicht sowol durch die politischen Motive als durch Abneigung gegen das ganze Unternehmen getrieben wurden. Namentlich ist der Widerspruch in Sachsen und der fast einmüthige in Schlesien bei dieser Gelegenheit auffallend, sowie auch der einzige Abgeordnete des Bauernstandes, der in der Sache gesprochen, offen darlegte, daß es ihm nur um das Materielle zu thun sei. Auf der andern Seite finden wir verschiedene Stimmen, welche bei den Verfassungsfragen beharrlich auf Seiten der Opposition standen, hier einmal für die Proposition. Das ist bei einigen preußischen Deputirten sehr erklärlich, weniger bei zwei rheinischen.

Im Uebrigen sind wir persönlich mit dem Inhalte der meisten Verfassungspetitionen, nicht aber mit dem Mittel einverstanden, das man bei dieser Gelegenheit zu ihrer Unterstützung angewendet hat und von dem wir sehr fürchten, daß es der Sache eher entgegenarbeitet als ihr dient.

* **Posen**, 12. Jun. In den letztverflossenen Tagen ist es der Polizei gelungen, einen gefährlichen Falschmünzer zu entdecken, der preußische Thalerstücke vom Jahr 1816 so täuschend nachgemacht hat, daß

ihre Unechtheit schwer zu erkennen ist. Nur an einer kleinen Erhebung oder Unebenheit in der Mitte und durch einen kaum bemerklichen Strich über dem D in dem Worte „Friedrich" ist die Falschheit wahrzunehmen. Nach einer diesfälligen Veröffentlichung sollen nicht blos hier, sondern auch bereits in Breslau und Berlin eine Menge solcher Thalerstücke in Curs gesetzt sein. Dem Vernehmen nach ist der Verfertiger dieser falschen Münze ein Kupferschmied in der Stadt Birnbaum, acht Meilen von hier, und befindet sich bereits in Haft. Im Publicum heißt es, wol übertrieben, daß er hier in einem Hotel verhaftet worden, noch 5000 solcher Thalerstücke bei sich gehabt und hier bereits 2000 gegen Papier verwechselt oder für verschiedene Waaren verausgabt habe. Unsere Polizei ist sehr thätig, diese falschen Münzen aufzufinden und dem Verkehre zu entziehen. — Die Witterung ist bei uns der Vegetation überaus günstig, und die Saaten bieten sämmtlich den üppigsten Anblick dar, nachdem durch reichlichen Regen in den letztern Tagen auch die Sommerfrüchte sich sehr erholt haben; nichtsdestoweniger sind die Preise bei uns schnell wieder in die Höhe gegangen und der Weizen hat sogar einen Stand erreicht, wie selbst nicht in den Tagen der Aufregung: gestern bezahlte man das Viertel (eine Metze mehr als ein berliner Scheffel) mit 5 Thlr. 10 Sgr. Die Schuld dieses Aufschlags wird auf den Wucher geschoben, der sich hier in diesem Augenblicke wieder geltend machen kann, weil der niedrige Wasserstand der Warthe die Schiffahrt hemmt. Hoffentlich wird dies nur eine transitorische Erscheinung sein, da es, wie allgemein bekannt, nicht an Vorräthen fehlt. Die große Theuerung fängt seit einigen Wochen an, ihre heimlichen und bedenklichsten Folgen hier zu äußern, nämlich die auf die Gesundheit der Menschen: die mangelhafte oder schlechte Ernährung hat nämlich viele Krankheiten unter der geringern Volksklasse, insbesondere den kleinern Handwerkern, denn das sind die eigentlich Leidenden, hervorgebracht, in Folge deren die Sterblichkeit hier sehr groß ist. Wir haben Wochen gehabt, wo noch einmal so viel Menschen gestorben sind als geboren wurden, und auch jetzt noch erreicht die Zahl der Geborenen nur zwei Drittel der Gestorbenen, während sonst regelmäßig gerade das umgekehrte Verhältniß stattfand.

Seit gestern ist die Anklageschrift in dem großen Polenprocesse hier, die natürlich an unserm Ort Alles in Bewegung setzt; Jeder will sie sehen und die Anklagepunkte seiner Bekannten herauslesen, weil bis jetzt darüber nichts im Publicum verlautete. Die Thatsache der hochverrätherischen Conspiration ist nunmehr constatirt, und die Polen können mit ihrer dreisten Behauptung, daß sie ohne allen Grund eingekerkert worden, und daß die ganze Verschwörung nur ein Hirngespinnst sei, nicht mehr hervortreten. Am 1. Jul. wird das öffentliche Verfahren in Berlin seinen Anfang nehmen, und die Erkenntnisse werden dann wol schnell nach einander erfolgen. Freilich beträgt die Zahl der Angeklagten 254, und somit wird jedenfalls doch eine geraume Zeit darüber hingehen, bevor der ganze Proceß zu Ende gebracht ist, zumal bei Einigen ziemlich weitläufige Verhandlungen unvermeidlich sein dürften. Ueber den möglichen Ausfall der Erkenntnisse hört man von Juristen die divergirendsten Urtheile, doch dürfte im Ganzen die Sache so leicht nicht zu nehmen sein, wie unsere Polen sie ansehen oder anzusehen vorgeben, indem doch bei Allen die Anklage auf Hochverrath lautet. Da die von den Polen erhoffte Amnestie bis jetzt nicht erschienen ist, so dürfte vor erfolgten Urtelssprüchen auch wol schwerlich darauf zu rechnen sein; und so ist es auch in der Ordnung; denn von Gnade kann doch vor festgestelltem Vergehen eigentlich nicht füglich die Rede sein. Ein hochwichtiger Punkt bei diesem ganzen Processe, dessen Bedeutung erst später in seinem ganzen Umfange hervortreten wird, dürfte der Kostenpunkt sein, und die Frage, wer dafür aufzukommen hat. Soll der Staat, soll die Provinz die enormen Summen tragen, oder müssen Diejenigen, welche der Richter für schuldig erkennt, mit ihrem Gesammtvermögen solidarisch dafür aufkommen?

* **Aus Preussen**, 13. Jun. In Folge der neuern Toleranzgesetzgebung ist an alle evangelischen Pfarrer des Landes der Befehl ergangen, vom 20. April d. J. an keine kirchlichen Handlungen der katholischen Dissidenten mehr in ihre Kirchenbücher aufzunehmen. Bisher war Letzteres befohlen, wenn auch die Dissidenten damit wenig zufrieden waren. Nun hat man ihnen diese Art von Abhängigkeit von der evangelischen Geistlichkeit, auch zu großer Zufriedenheit der Letztern, abgenommen. Bekanntlich aber ist diese Angelegenheit nun der Justiz überwiesen, was, besonders da es mit Kosten verbunden ist, den Dissidenten noch weniger zusagt als die erste Einrichtung, wo die evangelischen Geistlichen dies Alles ohne Gebühren besorgten. Ob die Protestation des deutschkatholischen Convents in Berlin in dieser Angelegenheit etwas ändern wird, müssen wir erwarten, wenn es auch kaum glaublich ist. Genug, die evangelische Geistlichkeit ist mit diesen Dissidenten nun ganz außer Verbindung gesetzt.

— Die Danziger Zeitung enthält folgenden „Vorläufigen Einspruch wider die schutzzöllnerische Reaction: Mit nicht geringem Befremden sind wir hier den Verhandlungen der Herren Curie am 17. Mai über Schutz-, Rück- und Differentialzölle gefolgt; wir gestehen, daß wir selbst nach den letzten Tarifveränderungen einen so entschiedenen Abfall von den Grundsätzen des Freihandels nicht erwartet hatten. Wir haben bisher geglaubt — und haben in diesem Glauben gern geschwiegen —, daß die kleinern deutschen Staaten mit ihrem zudringlichen Geschrei nach Schutzzöllen in den Zollconferenzen von preußischer Seite gebührend zur Ruhe verwiesen würden. Aus der ständischen Interpellation ersehen wir jedoch, daß ein Antrag auf Verdoppelung des Zwischenzolls und auf Gewährung von Rückzöllen letzthin gerade von Preußen ausgegangen ist, von Preußen, dessen grundgesetzliche Ordnung wie sie zu Recht besteht, auf Freiheit des Verkehrs im Innern und nach außen gestützt ist. Wir hätten nicht geglaubt, daß eine ständische Versammlung noch unter den frischen Eindrücken eines erschütternden Nothstandes sich zur Vertheuerung der ersten Lebensbedürfnisse, der Bekleidungsstoffe, zu Gunsten angesehener Fabrikherren bereit erklären würde. Wir hätten nicht geglaubt, daß eine ständische Versammlung des Staats, der seit einem Menschenalter alle Zwangs- und Bannrechte abgeschafft hat, es wagen würde, zu 28 Millionen freier Menschen zu sprechen: Ihr sollt euern Markt nicht da suchen, wo ihr euern Vortheil findet, sondern da, wo wir ihn euch anzuweisen für gut finden — gleich wie in der Periode vor Jena und Tilsit der gnädige Gutsherr seinen Erbeingesessenen vorschrieb, wo sie ihr Getreide mahlen und ihre Getränke kaufen sollten. So scheint denn unerwarter der entscheidende Moment herannahen zu wollen, der den Osten unsers Vaterlandes wider die Reaction des Westens in die Schranken ruft. Neue Opfer sollen von den hart bedrängten Bewohnern unserer Provinz dargebracht werden, nicht um die vaterländische Industrie, d. i. die natürliche Productivkraft des Bodens, sich ungehindert entwickeln zu lassen, sondern um den Inhabern eines einzelnen Industriezweigs einen Monopolsgewinn zu gewähren. Seid versichert, ihr Theuerungsmänner: die Bewohner der Provinz, in deren Schooße vor einem Menschenalter die segensreichen Reformen des preußischen Staats ins Leben traten, haben die Lehren jener gesunden Staatswirthschaft zu treu bewahrt, als daß sie durch die gleißnerischen Doctrinen der modernen Fabrikantenzunft sich sollten beschwatzen lassen. Wollt ihr uns den Fehdehandschuh ins Angesicht werfen? Wohlan, wir heben ihn auf!"

— Die Erkenntnisse gegen die bei dem Tumult am 22. März in **Breslau** betheiligt gewesenen Personen gehen nunmehr nach und nach ein. In den letzten Tagen sind drei solcher Erkenntnisse abgefaßt worden. Bei zweien wurden die Inculpaten zu einer je sechsmonatlichen Festungsstrafe außer der körperlichen Züchtigung verurtheilt. Der dritte der zur Untersuchung Gezogenen wurde mit einer achtmonatlichen Festungsstrafe belegt. (Schl. Z.)

— Wie die Kölnische Zeitung aus **Köln** vom 11. Jun. schreibt, ist durch Urtel der dasigen correctionellen Appellkammer vom 10. Jun. die von Seiten des öffentlichen Ministeriums eingelegte Berufung wider das Urtel des Zuchtpolizeigerichts vom 3. Mai — wodurch drei dasige Bürger von der Anklage, durch Verbreitung von aufrührischen Schriften zu dem Verbrechen der Majestätsbeleidigung Beihülfe geleistet zu haben ꝛc., freigesprochen wurden — verworfen worden.

Oesterreich.

* **Krakau**, 8. Jun. Bekanntlich ist schon seit langer Zeit von der österreichischen Regierung beschlossen worden, die Erwerbung Krakaus zu einer Theilung von Galizien in ein West- und Ostdepartement in der Art zu benutzen, daß Lemberg zur Haupt- und Gouvernementsstadt von Ostgalizien bestimmt und unsere Stadt mit ihren zahlreichen historischen Erinnerungen zur Gouvernementsstadt von Westgalizien und zur Hauptstadt des ganzen Landes erhoben werden sollte. Zugleich würde das Gebiet des ehemaligen Freistaats nunmehr den 20. Kreis des galizisch-lodomirischen Königreichs bilden. Dies wäre denn freilich dem Flächenraume nach der kleinste Kreis mit etwa 21 Quadratmeilen, während die übrigen weit mehr, in der Regel 60—90, zwei sogar, der sanoker und samborer etwas über 100, ja der czernowitzer 189 Quadratmeilen umfassen. Man will deshalb einige Theile von Oesterreichisch-Schlesien wie auch vom wadowitzer Kreise mit unserm Ländchen vereinigen, um so das Ebenmaß und Gleichgewicht mit den übrigen herzustellen. Um nun Krakau allmälig in eine österreichische Gubernialstadt umzuwandeln, trifft man bedächtig und ohne Geräusch die nöthigen Verkehrungen; so hat man am Ring ein großes schönes Haus für 100,000 Fl. angekauft, um dorthin den Sitz des Guberniums zu verlegen. — Prof. Endlicher ist vor einiger Zeit, nachdem er das hiesige Schul- und Unterrichtswesen durch eignen Augenschein gründlich kennen gelernt, wieder nach Wien zurückgekehrt. Was nun weiter in dieser wichtigen Sache erfolgen wird, weiß man nicht. Nur so viel steht fest, daß die Einführung der Deutschen wenigstens an der Universität binnen kürzester Zeit zu erwarten steht. Auch ist in neuester Zeit eine Bestimmung über die an hiesigem Ort in beträchtlicher Anzahl bestehenden Privaterziehungsanstalten, die, weil auf Speculation errichtet, meistens nur von vornehmen und reichen Leuten benutzt werden können, getroffen worden, welche festsetzt, daß keine Concessionen zur Errichtung derartiger Institute mehr gegeben, und deren Anzahl also auf die gegenwärtige für immer beschränkt werden soll. Das möchte kaum zu mißbilligen sein; denn der wirkliche Nutzen jener Anstalten kann, auch wenn man die mildesten und allerniedrigsten Ansprüche macht, sicherlich gar nicht hoch angeschlagen werden. Die österreichische Regierung wird

auf dem Gebiete des öffentlichen wie des den Privatanstalten anvertrauten Unterrichts die schönste Gelegenheit haben, sich große und bleibende Verdienste um das neuerworbene Ländchen zu erwerben. Lehrbücher und Methode sind, im Allgemeinen betrachtet, gleich unzweckmäßig; das Strafsystem durchaus veraltet und dem beabsichtigten Zwecke keineswegs entsprechend.

Großbritannien.

London, 10. Jun.

Das Unterhaus hielt gestern von 12 Uhr an Sitzung und beschäftigte sich mit den vom Comité über die Eisenbahnbills darüber vorgeschlagenen Resolutionen, ob Maßregeln zur Suspendirung einzelner oder aller vor dem Parlamente jetzt schwebender Eisenbahnbills zu nehmen räthlich sei. Nach einer längern Verhandlung mußte indessen der Schatzkanzler einwilligen, die Debatte auf heute zu verschieben, weil die Mitglieder sich erst näher mit den Anträgen bekannt machen wollten. Er that das aber nur unter der Bedingung, daß das Haus auch heute um 12 Uhr zusammenträte. Als die zweite Lesung der von Hrn. Spooner eingebrachten Bill gegen die gewerbsmäßige Prostitution und Verleitung dazu beantragt wurde, mußten die Galerien geräumt werden. Hr. C. Berkeley beantragte die Vertagung bis über sechs Monate. Als die Galerien wieder geöffnet wurden, hatte das Haus die Verweisung der Bill an ein Specialcomité beschlossen.

Zu Anfang der heutigen Unterhaussitzung fragte Hr. Bernal Osborne den Premierminister, ob die Regierung über die aus Paris gemeldete Gefangennehmung des Antas' mit 2000 M. Nachricht erhalten habe. Lord J. Russell verneinte den Eingang von Nachrichten darüber, sowie über eine andere Angabe von Unterwerfung der Junta. Lord Georg Bentinck wollte wissen, ob die den Befehlshabern des britischen Geschwaders ertheilten Instructionen so weit gingen, daß jene Gefangennehmung durch dieselben möglich sei. Lord J. Russell ertheilte hierauf eine bejahende Antwort. Sir Hamilton Seymour habe die Absendung von Schiffen nach dem Douro gewünscht, um die Fahrzeuge der Junta zu verhindern, mit Truppen nach andern Punkten der Küsten abzugehen. Hätte das Graf das Antas versucht, so könne er wol mit seinen Truppen zum Gefangenen gemacht worden sein. Hrn. Hume versicherte der Premierminister, daß die vorgelegte Correspondenz über Portugal die sämmtlichen diplomatischen Actenstücke, welche gewechselt worden wären, enthalte.

— Aus der sehr umfänglichen Correspondenz über die portugiesischen Angelegenheiten, die alle Vorfälle seit October v. J. betrifft, einen Band von 377 Seiten bildet und jetzt dem Parlamente vorliegt, theilt die Times zunächst zwei Depeschen Lord Palmerston's an den britischen Gesandten in Lissabon, Sir H. Seymour, vom 5. April mit, welche in Folge des Ansuchens der portugiesischen Regierung an die Unterzeichner der Quadrupelallianz von 1834 um Beistand auf Grund jenes Vertrags von ihm erlassen wurden. Die eine, zur Mittheilung an den portugiesischen Minister des Auswärtigen bestimmt, erinnert an die Zwecke der Quadrupelallianz: die Beendigung des portugiesischen Erbfolgekriegs, den Dom Pedro für Donna Maria gegen Dom Miguel führte, und die Entfernung von Don Carlos, welcher der Königin Isabella die spanische Krone bestritt. Mit der Entfernung beider Prinzen sei die Vollziehung der Bestimmungen jenes Vertrags und seines Zusatzartikels bewirkt gewesen, soweit dieselbe auf bewaffnete Einmischung gingen. Träten indeß Dom Miguel oder Don Carlos für die frühern Zwecke von neuem mit den Waffen in der Halbinsel auf, so würde der Geist der Quadrupelallianz allerdings anwendbar und die Verabredung neuer Normen für das Verhalten der vier Mächte unter veränderten Umständen wieder räthlich sein. Der gegenwärtige seit sechs Monaten Portugal zerrüttende Bürgerkrieg habe aber ganz andere Ursachen und drehe sich nicht um die Frage, wer Souverain, sondern wer verantwortlicher Minister der Krone sein und nach welchen Grundsätzen das Land verwaltet werden solle. Das wären eben rein innere Sachen, bei denen nur in äußersten Fällen auswärtige Mächte ihre Hand ins Spiel bringen und das rechtfertigen könnten und deren Ausgleichung am besten und sichersten jeder Nation selbst überlassen bliebe. Weder nach dem Quadrupelvertrage noch außerdem halte es daher die britische Regierung mit den allgemeinen Principien verträglich, welche unwandelbar die Politik Großbritanniens in solchen Fragen geleitet haben, der Königin von Portugal unbedingt zu dem Zwecke directen Beistand zu gewähren, um den Theil der portugiesischen Nation zu bewältigen, der jetzt sich in bewaffneter Widersetzlichkeit gegen die Autorität J. Maj. sich befinde. Indessen müsse bei den alten Vertragsverhältnissen und nahen Beziehungen beider Kronen die britische Regierung lebhaft wünschen, ihr Möglichstes zur Beendigung des verderblichen Bürgerkrieges beizutragen. Ohne nun über dessen Ursache ein Urtheil abgeben oder sich anmaßen zu wollen, erhelle doch durch die lange Dauer desselben und die große Theilnahme daran unter der Nation, daß eine schließliche Beilegung schwerlich durch bloße Waffengewalt zu bewirken sein würde, auch wenn fremder Beistand der Königin die Mittel dazu gewähre, sondern daß nur die Beseitigung jener Ursachen, welche die Insurrection so lange sich behaupten machten, durch die Machtvollkommenheit der Königin, dahin führen könnten. Es würde daher wohlgethan sein, wenn die Königin die Insurgenten unter Eröffnung ihrer huldreichen Absichten für die Zukunft zur loyalen Rückkehr zum Gehorsam auffodern ließe. Die Königin scheine in dieser Beziehung ganz die Gesinnungen edler und erleuchteter Souveraine zu hegen, allein an der Kundgebung derselben durch Marschall Saldanha behindert worden zu sein, der mit Niederlegung des Commandos gedroht habe, wenn man mit den Insurgenten unterhandeln wolle. Unter solchen Umständen wolle nun die britische Regierung, wenn es gewünscht werden sollte, den Obersten Wylde instruiren, die Entschließungen der Königin nach Oporto zu überbringen, da Marschall Saldanha erkläre, die Junta nicht zur Annahme von Bedingungen zwingen zu können. Auch sei die britische Regierung ferner bereit, wenn die Junta sich angemessenen Vorschlägen nicht fügen wolle, sich mit Spanien und Frankreich in Einvernehmen zu setzen über die besten Maßregeln, um der Königin zur Herstellung der Ruhe im Innern wirksame Beihülfe zu leisten. Die von der Königin von Portugal gefaßte und nach Unterwerfung der Junta sofort auszuführen beabsichtigten Entschließungen wären dem Vernehmen nach: völlige Amnestie für alle politischen Vergehen seit October und Zurückberufung aller seitdem aus politischen Ursachen Verwiesenen; Zurücknahme aller gegen die Verfassung und bestehenden Gesetze verstoßenden und seit October erlassenen Decrete; Versammlung der Cortes sogleich nach Beendigung der unverzüglich zu veranstaltenden Wahlen; Einsetzung einer Verwaltung, deren Mitglieder weder Cabralisten sein noch zur Junta von Oporto gehört haben dürfen. Wenn die Königin den Obersten Wylde mit Ueberbringung dieser Entschließungen beauftragen sollte, wird Sir H. Seymour instruirt, den Obersten für den Fall, daß die Junta mit der Annahme zaudern würde, zu der Erklärung zu autorisiren, daß nach Eröffnung jener Bedingungen durch einen britischen Offizier die Krone von Portugal auch Großbritannien gegenüber für getreue Ausführung derselben verpflichtet sei, und daß, wenn die Junta dessenungeachtet die Feindseligkeiten fortsetzen sollte, Großbritannien mit Frankreich und Spanien sich über den besten Weg verständigen werde, der Königin wirksame Hülfe zu gewähren. „Es bleibt jedoch, besagt die Depesche wörtlich, zwischen der britischen und portugiesischen Krone dabei bestimmt vorausgesetzt, daß, wenn eine solche Verständigung nöthig werden und wenn der Aufruhr durch die zu vereinbarenden Maßnahmen unterdrückt werden sollte, die Königin von Portugal nach Beendigung der Insurrection ebenfalls sämmtliche oben erwähnte Arrangements ausführen wird, ausgenommen was die Anwendung der Amnestie auf die Personen anlangt, welche bis dahin den Bürgerkrieg fortgesetzt haben werden."

Die zweite Depesche vom 5. April enthält die nähere Instruction Sir H. Seymour's und ist nicht zur Mittheilung an den portugiesischen Minister bestimmt. Sie weist ihn an, ehe Oberst Wylde etwas unternehme, sich schriftlich von der Königin die Zustimmung zu den Entschließungen im Sinne des Inhalts der andern Depesche zu verschaffen, damit darüber mit einem spätern Ministerium keine Ungewißheit entstehen könne. Die Zweckmäßigkeit der vier Zusagen für die Unterwerfung wird des Weitern auseinandergesetzt und einschließlich eines fünften unerläßlichen Punktes, welcher in der ersten Depesche nicht erwähnt sei, als Das bezeichnet, was die Portugiesen vernünftigerweise wünschen könnten. Dieser fünfte Punkt ist die Entfernung des Hrn. Dietz von Lissabon: „Wenn Hr. Dietz nicht Portugal verläßt, fährt Lord Palmerston fort, werden alle übrigen Vereinbarungen und Versuche, den Hof und den unzufriedenen Theil der Nation zu versöhnen, umsonst sein, und Oberst Wylde darf in keinem Falle nach Oporto gehen, bevor Hr. Dietz nach England abgesegelt ist. Seine Entfernung ist eine sine qua non Bedingung jedweden Schrittes von Seiten Ihr. Maj. Regierung zu irgend einer Dazwischenkunft in den portugiesischen Angelegenheiten. Es ist nutzlos, die wohlbekannten Ursachen darzulegen, welche diese Bedingung unerläßlich machen." Lord Palmerston erwartete, daß die Junta sehr wahrscheinlich mit offenen Händen die beregte Mittheilung empfangen, daß in jedem Falle die Hauptpersonen und die Mehrheit ihrer Anhänger dieselbe acceptiren würden. Vom Hofe setzte er nicht voraus, daß er seine Zustimmung versagen sollte, und sobald JJ. MM. nur von den Räthen befreit werden könnten, welche jetzt deren besseres Urtheil gefangen hielten und ihren Gesinnungen und Gefühlen Schranken anlegten, sei vollends nicht zu erwarten, daß ein Antrag abgelehnt werden sollte, der Frieden und Ruhe im Land ohne Verletzung der Würde der Krone herzustellen so geeignet sei.

ȝ **London**, 9. Jun. Sucht man nach den Gründen der Intervention in Portugal, so fragt sich vorerst: Findet eine solche im höhern Gesammtinteresse der Völker statt? Die englische Regierung hat sich bis jetzt erst in ihren Zeitungen ausgesprochen; aber in diesen steht die Ursache, die England zum Handeln trieb, ziemlich klar angedeutet. Das Morning Chronicle sagt: Hätten wir die Sache gehen lassen, hätten wir nicht intervenirt, so würden Spanien und Frankreich allein gehandelt und allein den Vortheil, den eine solche Intervention gibt, davongetragen haben. So handelt es sich also im Wesentlichen für England um den Vortheil, den man aus einer solchen Intervention ziehen kann. Die französischen Regierungsblätter haben ungefähr dieselben Gründe angedeutet. Auch sie sagen: Wenn wir nicht mit interveniren, so

intervenirenden England und Spanien allein. Es handelt sich also um den Nutzen, den die intervenirenden Regierungen von diesem Ereignisse erwarten. Man spricht von den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit, und geht ein wenig auf Beute aus. Die alte Fabel von den Raubthieren, die gemeinschaftlich auf die Jagd ziehen, ist wieder neu. Nur thun sie so, als ob sie gar nicht an die Jagd dächten, sondern höchstens zu Gericht sitzen, Recht sprechen wollten. Das Urtheil aber ist vorherzusehen, und die drei gestrengen Herren Richter möchten jeder den Löwentheil von dem zum Tode verurtheilten Wilde sich sichern. Die Portugiesen kommen dabei nur als Nebensache zur Sprache; es war eine Zeit lang zweifelhaft, ob man gegen die Königin oder gegen die Junta intervenire werde. Als jene stärker erschien, war sie es, auf die man aus der Ferne zielte; seit die Junta eine Art Nationalmacht zu werden droht, wendet sich die Thätigkeit der nachbarlichen Freunde, Richter und Jagdliebhaber gegen sie. Es gibt nichts Neues in der Geschichte, denn es war stets das Streben der stärkern Nachbarn, ihre schwächern Freunde so schwach als möglich zu erhalten.

Die Art, wie die Russen und ihre Bundesgenossen die polnische republikanische Constitution garantirten und für die Unantastbarkeit des liberum Veto einstanden, wiederholt sich in gewisser Beziehung gegenwärtig unter andern Formen in Portugal. Man garantirt die Unordnung, man sorgt dafür, daß keine Partei stark genug wird, die andere zu zernichten und somit selbständig und kräftig dem Chaos ein Ende zu machen. Es ist das vielleicht nicht klar gedachte und ausgesprochene Absicht der verschiedenen Cabinete, aber die Thatsache selbst tritt so klar als möglich hervor. Die Franzosen beschuldigen die Engländer, seit lange Portugal absichtlich niederzuhalten, um es desto ungestörter ausbeuten zu können. Die Engländer fangen jetzt nachgerade an, dieselbe Ansicht von den Franzosen Spanien gegenüber zu hegen und auszusprechen. Und es läßt sich nicht läugnen, daß sehr Vieles in der letzten Zeit in Spanien geschehen ist, was sich ohne allen Zwang in dieser Ansicht erklären ließe. Die Aussicht auf eine Orleansdynastie in Spanien ist gewiß bei der Heirath mit im Spiele gewesen. Gegenwärtig liegt der schlaue Jäger in Paris zwar so stille da, als ob er schliefe und an gar nichts dächte, aber unterdessen regt sich in Spanien selbst ein wildes Leben, das auf die höchsten Ver- und Entwickelungen hindeutet. Die französische Politik hat sich so vollkommen von Spanien zurückgezogen, daß die englische nothwendig die Oberhand gewinnen mußte. Ob die französische vorhergesehen und vorausberechnet, daß der englische Einfluß alle festen Verhältnisse in Spanien wieder in Fluß bringen, die Königin zu dem wunderlichen Benehmen reizen werde, das sie seit einiger Zeit befolgt, ist die Frage, ja fast kaum vorauszusetzen. Aber die gegenwärtigen Ereignisse und Verwickelungen arbeiten den Hoffnungen, die in der spanischen Heirath liegen, so schön in die Hände, daß man absichtlich den Knoten nicht besser hätte verwirren können. Spanien sehnt sich endlich nach Ruhe und Ordnung; seine erste Revolution war eine grundsätzliche, seine zweite könnte eine dynastische werden, wenn Unordnung und Verwirrung am Ende die spanischen Mittelstände zu der Ueberzeugung brächten, daß mehr dazu gehört, ein Volk zu regieren, als ein Pferd zu bändigen oder einen Wagen zu lenken und ähnliche Kunstreitermeisterstückchen. So etwas fängt man nachgerade an in England zu fürchten, in Frankreich zu hoffen, und deswegen ist es gut, daß man auch in Deutschland mitunter an diese Möglichkeit denkt.

Frankreich.

Paris, 11. Jun.

Wir sind beim Schluß unsers Blattes heute noch ohne die auf dem frankfurter Curse zu erwarten gewesenen pariser Blätter und Nachrichten, haben deren aber, und zwar bis zum 11. Jun. Abends, über Belgien mit gewohnter Pünktlichkeit empfangen. Die Pairskammer hat gestern die Berathung des Gesetzentwurfs über die Medicinalreform fortgesetzt und die specielle Berathung zunächst mit dem Amendement des Hrn. Flourens begonnen, welcher an die Stelle der jetzigen Officiers de Santé nach dreijährigen Studien zu creirende Licentiaten der Medicin mit der Berechtigung zur Praxis gesetzt haben will. Gegen die Begründung seines Antrags nahm Baron Thénard das Wort. — Von der Deputirtenkammer wurde die Debatte der Artikel des Gesetzentwurfs über die außerordentlichen Credite für Algerien vorgenommen, und die Hafenbauten zu Algier führten zu umfänglichen Erörterungen über die der Regierung dazu vorgelegten verschiedenen Pläne. Die gründliche Prüfung derselben, um den vortheilhaftesten zu ermitteln, wurde unter Anderm von der Regierung mit zur Rechtfertigung der Langsamkeit der Ausführung geltend gemacht; übrigens sei der Hafen so weit hergestellt, daß er den gegenwärtigen Bedürfnissen genügen könne. Hr. Quatrebarbes sprach über die Lage der Bevölkerung in Afrika und bevorwortete lebhaft die Nothwendigkeit, für die religiösen Bedürfnisse zu sorgen, ohne deren Wahrnehmung nichts gedeihen könne. Von Hrn. Guizot wurde in Entgegnung darauf die Errichtung des Bisthums Algier, und daß die anfangs für Zwecke des Cultus in Algerien verlangte Summe von 9000 Fr. jetzt auf 150,000 Fr. erhöht sei, geltend gemacht. Uebrigens habe die Regierung den Grundsatz der Freiheit der Culten, das Princip der Gesellschaft der Gegenwart angenommen, und Protestanten, Katholiken, Juden, Mohammedaner würden gleichmäßig geschützt. Nie werde sie dulden, daß zudringlicher Eifer oder Fanatismus Unfrieden dort aussäe, denn endlich einmal müsse anerkannt werden, daß man die Zeiten der Kreuzzüge nicht wieder heraufbeschwören wolle. Von Hrn. Garnier-Pagès wurde die unterlassene Ausführung des Gesetzes gerügt, das die Bank von Frankreich zur Gründung einer Zweigbank in Algerien ermächtigt. Der Finanzminister erklärte, daß diese Operation im Einverständnisse mit der Regierung einstweilen noch verschoben werden sei.

— Die Commission der Deputirtenkammer hat über die von der Pairskammer verlangte Autorisation zur Vorladung des Hrn. de Girardin mit 7 gegen 2 Stimmen für den Antrag auf Ertheilung derselben entschieden. Zum Berichterstatter wurde der Vorsitzende Hr. Lavielle ernannt. Von Hrn. de Girardin war der Commission eine schriftliche Ausführung vorgelegt worden. Die Entscheidung der Commission erfolgte hauptsächlich darüber, ob der Artikel der «Presse», über welchen Beschwerde geführt wird, als die Pairswürde herabsetzend anzusehen sei. Am 12. Jun. wird der Bericht an die Deputirtenkammer gelangen und am 14. oder 15. Jun. zur öffentlichen Verhandlung kommen. Wie mehrfach versichert wird, hätten Versuche stattgefunden, die Beilegung der Sache zu vermitteln, und das Ministerium habe die Hand dazu bieten wollen, wenn Hr. de Girardin die schriftliche Mittheilung an die Commission, in welcher die Anschuldigung directer gegen das Cabinet gerichtet worden sein soll, zurücknehmen wolle. Dazu habe sich dieser nicht entschließen wollen. Ferner wird erzählt, daß bei der ganz ohne Vorwissen geschehenen Erwerbung der Epoque durch Hrn. de Girardin, diesem unter den Redactionspapieren auch eine Anzahl schriftlicher Aeußerungen der frühern Redacteure Granier de Cassagnac und F. Solar, sowie an dieselben, über verschiedene zum Besten des Blattes verkaufte Stellen, Gunstbezeigungen und die Zusage der Pairswürde an einen sehr vermögenden Mann für 80,000 Fr., mit überliefert worden wären. Diese wolle er an der Barre der Pairskammer verlesen, die Minister unverhohlen des Stellenhandels anklagen und in der Deputirtenkammer ein Mistrauensvotum gegen dieselben beantragen.

— Marschall Bugeaud hat außer dem gestern erwähnten Tagesbefehl an die Armee auch eine Proclamation an die Bevölkerung der Colonie erlassen, in welcher er sich über die „andern wichtigen Gründe" etwas bestimmter ausdrückt, welche ihn zum Rücktritte bewegen. Es heißt nämlich hier: „Meine Gesundheit und die Lage, in welche mich die Opposition bringt, auf welche meine Ideen stoßen, gestatten mir nicht länger, die Leitung eurer Angelegenheiten zu führen. Ich habe den König gebeten, mir einen Nachfolger zu geben, und werde seine Entscheidung in Frankreich abwarten." Der Marschall wurde heute in Paris erwartet, und man erzählte sich in der Kammer, daß er ersucht werden solle, Gouverneur zu bleiben. Man brachte damit Hrn. Guizot's große Lobeserhebung desselben in seiner ehegestrigen Rede in Beziehung, die zum Zwecke hätte, ihn wegen der von ihm übel vermerkten Kälte zu versöhnen, mit welcher der Minister sich bei der frühern Interpellation wegen der Expedition nach Kabylien derselben angenommen hatte.

— Der Generallieutenant de Rumigny soll es abgelehnt haben, die ihm zugedacht gewesene Stelle als Nachfolger des Marschalls Bugeaud in Algerien (Nr. 165) zu übernehmen.

— Die Leichenfeierlichkeiten für den Marschall Grouchy wurden gestern mit großem militairischen Pomp im Invalidendome begangen. Nach Beendigung derselben nahm der Leichenzug über die Boulevards den Weg nach dem Begräbnißplatze Père-Lachaise, wo noch mehre Reden vor der Beisetzung gehalten wurden.

— Es ist abermals die Verschmelzung zweier Zeitungen, jedoch nur zu einem correspondirenden Unternehmen im Werke. Commerce und Patrie werden sich durch eine neue Actiengesellschaft mit einem Capital von 500,000 Fr. in 500 Actien zusammenthun und als Morgenblatt und Abendblatt erscheinen.

— Wie versichert wird, soll es endlich zum Abschluß eines Uebereinkommens zwischen den Regierungen von Frankreich und England über die Beförderung der Briefe und Zeitungen auf der Nordbahn und über Boulogne anstatt der jetzigen Richtung über Calais gekommen sein, und die englische Correspondenz würde in Folge dessen um 24 Stunden früher nach Paris gelangen können.

— Die Königin-Witwe Christine von Spanien ist auf der zu ihrer Verfügung gestellt gewesenen Dampffregatte Panama von Neapel zurück in Toulon angekommen und wird am 14. Jun. in Paris erwartet.

— Die zum 31. Mai angesetzt gewesene erste Abfahrt der transatlantischen Packetschiffe von Havre, welche unterbleiben mußte (Nr. 160), wird nun zum 14. Jun. bestimmt angekündigt und soll von Cherbourg erfolgen.

Italien.

Florenz, 1. Jun. Der Großherzog hat sich nach dem Beispiele Pius' IX. entschlossen, eine Art Notabelnversammlung zur bessern Ordnung der Gemeindeangelegenheiten einzuberufen. Kommenden Monat August sollen sich nämlich die Vorstände der Gemeindeaufsichtskammern

zu einer Conferenz hier versammeln, zu welcher auch eine Anzahl Notabeln (ragguardevoli soggetti), welche früher das Bürgermeisteramt bekleidet haben oder noch bekleiden, zugezogen werden sollen, um die gesetzlichen Bestimmungen über die Gemeindeverwaltung zu revidiren. Das betreffende Ministerialausschreiben befindet sich bereits in der officiellen Zeitung. — Dasselbe Blatt enthält eine großherzogliche Entschließung, durch welche zwei Commissionen zur Abfassung neuer Civil- und Criminalgesetzbücher eingesetzt werden. (R. C.)

Rom, 5. Jun. Am 2. Jun. stattete die Königin Christine von Spanien dem Papst einen Besuch im Quirinal ab. Der Papst verweilte über eine halbe Stunde im Gespräch mit derselben, worauf auch der Herzog von Rianzares und der spanische Gesandte bei dem Papste eingeführt wurden. Die Königin ist gestern nach Toscana abgereist. (R. C.)

Rom, 3. Jun. Seit das Herz des großen Agitators Daniel O'Connell von einer Urne umschlossen in der Seitenwand der Kirche Sta. Agata an den Abhängen des Quirinals beigesetzt worden, versammeln sich vor ihm täglich Hunderte, um ihre Andacht zu verrichten. (A. Z.)

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 8. Jun. Der kaiserliche Hof residirt seit einigen Tagen auf der Jelagin-Insel und wird sich erst bei milder werdender Temperatur auf die weiter entlegenen Lustschlösser begeben. — Am 3. Jun. hielt der Kaiser die gewöhnliche große Frühjahrsbeerschau über die hier und in den nächsten Umgebungen der Residenz cantonnirenden Garderegimenter aller drei Waffengattungen auf dem Marsfeld ab, begleitet von den hier anwesenden Prinzen seines Hauses und einer glänzenden Suite. Der das Gardecorps en Chef befehligende Großfürst Michael, durch heftigen rheumatischen Schmerz an den Füßen in Pawlowsk zurückgehalten, konnte der Parade nicht beiwohnen. Ein vom heutigen «Invaliden» veröffentlichter höchster Tagesbefehl vom besagten Tage bezeugt allen dabei betheiligt gewesenen höhern und niedern Befehlshabern das höchste Wohlwollen über den trefflichen Bestand der Truppendetachements.

Zufolge eines höchstconfirmirten Gutachtens des Reichsraths können auf ihre Bitte dienstentlassene Beamte bei ihrer Dimission mit dem folgenden Range bis zum fünften hinauf (Staatsrath) gratificirt werden, wenn sie die für jeden Rang gesetzlich vorgeschriebene Frist ausgedient haben. Bekanntlich schrieb das über die Rangerhältnisse unserer Beamten im Jahr 1845 erlassene höchste Manifest vor: „Der achte Klassenrang (Collegienassessor) ertheilt nicht mehr, wie es bisher der Fall war, den Geschlechtsadel, sondern erst der obgedachte fünfte.

Die Astrachansche Zeitung gibt uns nachstehende officielle Meldung: „Hier hatte der in Handelsangelegenheiten sich aufhaltende Perser Hadschi-Mustafa willkürlich nach Entfernung des wahren persischen Consuls Mirza-Abdullah diese Charge sich angemaßt, sich bei ihrer Ausübung allerlei, mit unsern Gesetzen in offenbarem Widerspruche stehende Handlungen erlaubend. Auf erhobene Beschwerde der örtlichen Regierung an unsern Gesandten in Teheran, Fürsten Dolgoruki, ist derselbe nun vom persischen Minister des Auswärtigen zurückberufen und zur gesetzlichen Ahndung für dieses unautorisirte Verfahren gezogen worden. Bis zur Ernennung eines wirklichen persischen Consuls aber ist der persische Handelsstand hier unserm Militairgouverneur untergeordnet."

Wissenschaft und Kunst.

* * **Leipzig**, 15. Jun. Endlich taucht eine erquickliche Oase in der Wüste unsers Theaterlebens auf. Fräulein v. Marra gastirte gestern zum ersten Mal als Adina in dem Donizetti'schen „Liebestrank" bei aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen. Mochte auch durch diese finanzielle Maßregel der Directionen das Publicum auf das höchste gespannt und vollständig gegen schnelles Ausbrechen der Bewunderung gerüstet sein, so gewann doch Fräulein v. Marra einen um so glänzendern Sieg, als sich der anfangs etwas laue Beifall von Nummer zu Nummer steigerte, bis derselbe zuletzt in einem allgemeinen Begeisterungssturm unterging. Und in der That ist Fräulein v. Marra unbedingt den ersten Sängerinnen unserer Zeit zuzuzählen. Sie besitzt eine in Höhe und Tiefe gleich vortrefflich ausgebildete, liebliche und klangreiche Stimme und verbindet damit eine Virtuosität des Vortrags, die sie die schwierigsten Gesangsverzierungen mit einer unglaublichen Sicherheit und Leichtigkeit überwinden läßt. Dazu kommt noch ein liebenswürdiges Aeußere und ein ebenso gewandtes als ausdrucksvolles Spiel. Kurz, wir müssen gestehen, daß die Künstlerin vollständig den Ruf, der ihr voranging, gerechtfertigt hat und daß die reizende Wahrheit, in der sie die übermüthige, gefallsüchtige Pächterin sang und spielte, der Fortsetzung ihres Gastspiels uns mit der Gewißheit erneuten Kunstgenusses entgegensehen läßt. Unterstützt ward sie von unsern Künstlern nach besten Kräften; unter denen jedoch Hr. Behr hervorzuheben ist, der als Doctor Dulcamara einen eben so glücklichen als anständigen Humor entfaltete.

Werfen wir übrigens bei dieser Gelegenheit einen Blick auf die Zustände unsers Theaters, so gingen in dem verflossenen Monate allerdings zahlreiche Gäste über unsere Bühne. Doch muß das Auftreten des größern Theiles derselben durch das Streben der Theaterdirection, die entstandenen und noch entstehenden Lücken unter unserm Künstlerpersonale durch Vorführung neuer Persönlichkeiten möglichst nach Wunsch und Entscheidung des Publicums auszufüllen, gerechtfertigt werden, da der Zweck des zu gewährenden Gastspiels nur darein gesetzt werden kann, das einheimische Publicum mit fremden Talenten bekannt zu machen. Zu den Ausnahmen rechnen wir Fräulein Streit vom Stadttheater zu Köln, welche in Goethe's „Geschwistern", dem „Heirathsantrag auf Helgoland" und der „Zurücksetzung" keine gewöhnliche Anlage für naiv-unschuldige Rollen entwickelte; desgleichen Fräulein Achilles, vom würzburger Stadttheater, welche als Rezia und Lenore in „Stradella" durch Stimme und Vortrag eben so entzückte, als sie im Uebrigen kalt ließ; endlich Fräulein Grünberg, wenn wir nicht irren eine frühere Schülerin des hiesigen Conservatoriums, die, nachdem sie als Aline, Emmeline und Gabriele in dem „Nachtlager von Granada" den wohlwollendsten Ansprüchen ihrer Zuhörer entsprochen zu haben schien, von der Direction engagirt worden ist. Fräul. Grünberg besitzt ziemliche Stimmmittel, die durch eine gute Schule unterstützt werden, faßt ihre Rollen verständig auf und weiß die Momente richtig zu erkennen, in denen das regere dramatische Leben eine erhöhte Kundgebung des Gefühles in Gesang und Action erfodert. Allein leider geht sie in dieser Beziehung häufig zu weit. Die Grenzen ihrer Kräfte miskennend überspannt sie dieselben und läßt sich zu Uebertreibungen fortreißen, die je unliebsamer, desto verwerflicher sind. Denn wenn auch auf der Bühne die Wahrheit und Wirklichkeit wiedergegeben werden soll, so darf dies doch nur insofern geschehen, als dadurch das Gefühl des Schönen nicht verletzt wird. Die Kunst soll sich ja nur im Gebiete des Schönen bewegen. So lange daher das Theater als Kunstanstalt zu betrachten ist, muß auf denselben alles Unschöne, selbst bis zu dem Costume herab, vermieden werden.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß wir den Verlust Hrn. Meixner's in dem Lustspiel und den von Fräulein Fischer in der Oper zu beklagen haben. Der Ruf Hrn. Meixner's ist bereits begründet, die vorzüglichen Leistungen aber von Fräulein Fischer lassen die Hoffnung in uns zur Gewißheit werden, daß uns bald von auswärts Mittheilungen über die Erfolge zukommen werden, die hier bereits vollständig zu erringen ihre Talente nur durch die ungünstigen Verhältnisse unsers Opernrepertoirs verhindert wurden.

* **Posen**, 12. Jun. Wir haben hier in diesem Sommer wieder polnisches Theater, nämlich die Gesellschaft aus Krakau, welche Director Vogt hat kommen lassen und welche wenigstens während des Wollmarkts gute Geschäfte gemacht hat. Auch zu Johanni dürfte sie reichliche Einnahme haben.

— Alle Vermuthungen, wer wol diesmal das Amt eines Curators der Universität Göttingen bekommen werde, sind zu Schanden geworden; weder dem Grafen v. Wedel noch dem Frhrn. v. Schele ist es zuertheilt, sondern der König selbst hat sich dieses Amtes angenommen und versprochen, mit allen Kräften für das Wohl der Universität zu sorgen. (W. Z.)

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 15. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 118 Br. und bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86½ G.; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 59¼ Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 57¾ Br., 57½ bezahlt und G.; Magdeburg-Leipziger 212½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110½ G. ohne Br.; Köln-Mindener 93¼ Br., 93 G.; Thüringer 94½ Br.; Altona-Kieler 109½ Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.; Preußische Bank-Antheile 105 G.

Wollmarkt. * **Posen**, 12. Jun. Der Verlauf und Schluß unsers Wollmarkts ist keineswegs so erfreulich gewesen wie dessen Anfang, indem die Preise bis zum letzten Augenblick immer mehr heruntergegangen sind. Die rege Kauflust, die sich in den Tagen vor dem eigentlichen Beginne des Marktes kundgab und welche den ersten Verkäufern ein Plus von 10 Thlr. pr. Centner gegen die vorjährigen Preise einbrachte, legte sich bald, und der Markt hatte in den letzten beiden Tagen sogar ein gedrücktes Ansehen. Die meisten Producenten haben 5—6 Thlr. pr. Centner mehr erhalten als im vorigen Jahre, am vorletzten Tage jedoch nur etwa 3 Thlr., und am letzten nur gerade noch die vorjährigen Preise. Der höchste hier gezahlte Preis betrug pr. Centner 95 Thlr., der Durchschnittspreis 65—66 Thlr. Im Ganzen waren über 18,000 Ctr. Wolle zu Markte gebracht und davon nahe an 17,000 Ctr. verkauft worden; der Rest fand keine Abnehmer, weil die Wäsche nicht tadelfrei war.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 15. Jun. früh 7 Uhr: 23″ unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 11. Jun. 2½pc. Int. 58; Russ. 5pc. Hope 105⅞; 4½pc. Handelsg. 174½. Wien, 12. Jun. Akt. 1028; Met. 5pc. 106⅛; 3pc. 97¼; 2½pc. 69; 500 Fl. L. 154½; 250 Fl. L. 120.

Actien. Amsterdam, 11. Jun. Rhein. Eisenbahn 103½. Wien, 12. Jun. Nordb. 165; Gloggn. 123; Mail. 109⅝; Lpzorn. 80½; Pesth. 98½.

Berliner Börse, 14. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅛, 3½pc. Staatsschuldsch. 92½, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93, ostpr. 96½ Br., pomm. 94⅝, schles. 97, 4pc. pos. 101⅞, neue 3½pc. 92½, kur- u. neum. 90 Br., Louisdor 112½, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Pret. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94, Berl.-Anhalt. 111, Berlin-Hamb. 4pc. 118½, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 93, Prior.-Act. 5pc. 101½ Br., Berl.-Stettin 108½, Breslau-Freib. 4pc. 100½, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½, Kiel-Alten. 4pc. 108½, Niederschlesische 87⅞, Prior.-Act. 4pc. 91¼, 5pc. 102¼, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104½ Br., Litt. B. 4pc. 98¾, Rhein. 84½, Sächs.-Baier. 4pc. 87, Thüring. 4pc. 94 Br., Wilh.-Bahn 4pc. 86½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83 Br., Berg.-Märk. 4pc. 84 Br., Berlin-Anhalt. 110½, Cöln-Mind. 4pc. 93, Magd.-Wittenb. 85½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72½, Pos.-Stargd. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110½, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 84, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½ Br., à 300 Fl. 4pc. 96, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94, Wexel. Zinkl. 16¾, Hamb. Feu.-St.-Anl. 31½, 85½, Staats-Pr.-A. 87, Russ. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue [illegible] Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Wülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Das handeltreibende Publicum wird hierdurch benachrichtigt, daß die **Meßhandelswoche der Laurentius-Messe** dieses Jahres **mit dem 8. August** ihren Anfang nimmt, und daher das **Auspacken der kurzen Waaren am 2. August**, aller übrigen Waaren aber am **4. desselben Monats**, von Mittags 12 Uhr an gestattet ist.

Braunschweig, den 12. Juni 1847.

Herzogliches Haupt-Zollamt.
Wolff.

[2294—95]

Rittergut-Verpachtung.

Die Oekonomien der in der Königlich Sächsischen Oberlausitz, in der Nähe der Stadt Budissin, in fruchtbarer Gegend gelegenen, zum Gräflich Schall-Riaucourschen Familien-Fideicommisse gehörigen Rittergüter

1) **Guttau** nebst dem Vorwerke **Fleißig**, mit einem Flächenraume von circa 995 Scheffeln à 150 Quadratruthen, als:

414	Scheffel	Feld,	29	Scheffel	Hutung,
169	„	Wiese,	10	„	Gärten,
308	„	Teiche, die aber sämmtlich abwechselnd auch als Feld benutzt werden,	5	„	Gebäude und Hofraum;

2) **Gleina** mit einem Flächenraum von circa 696 Scheffeln à 150 Quadratruthen, als:

526	Scheffel	Feld,	1	Scheffel	Teich,
150	„	Wiese,	2	„	Gärten,
15	„	Hutung,	2	„	Gebäude und Hofraum,

sollen, und zwar die erstern von Walpurgis 1848, letztere aber von Johannis 1848 an, fernerweit auf 12 hinter einander folgende Jahre, und zwar beide bis Johannis 1860 verpachtet werden.

Mit der Bekanntmachung, daß die erwähnten Verpachtungen auf dem Wege öffentlicher Licitation, jedoch mit dem Vorbehalte unbeschränkter Auswahl unter den Licitanten, erfolgen sollen, und daß

der 20. August 1847

diesfalls zum Licitationstermine anberaumt worden ist, ergeht an alle Pachtlustige hiermit die Aufforderung, gedachten Tages des Vormittags um 9 Uhr an Gerichtsstelle zu Guttau zu erscheinen und ihre Gebote zu eröffnen, worauf sodann nach Befinden weitere Verhandlungen und die Pachtabschlüsse erfolgen werden.

Uebrigens hat jeder Licitant im Termine über seine Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen und, zur Festhaltung seines Gebots, eine Caution von 600 Thlr. wegen Guttau und von 500 Thlr. wegen Gleina zu deponiren.

Die Pachtbedingungen werden vom 17. Juli d. J. an sowol bei dem Herrn Advocat Schenkel zu Budissin, als auch bei dem Herrn Revierförster Sachße zu Malschwitz, unweit der gedachten beiden Rittergüter, zur Einsicht bereit liegen, auch in dem Termine selbst noch besonders bekannt gemacht werden.

Guttau mit **Gleina**, am 10. Juni 1847.

Gräflich Schall-Riaucoursche Gerichte allda
und **Ehrig L., GV.**

[2305—8]

Erster Neuhäuser Steinkohlen-Verein.

Zins- und Dividenden-Zahlung.

Der am **1. Juli** dieses Jahres fällige **vierte Jahr-Coupon** wird mit
10 Thlr. Ct. pro Zins und
10 Thlr. „ pro Dividende,
in Summa mit **20 Thlr. Ct.,**
vom 15. Juni ab, sowol an unserer **Hauptkasse hier**, als von den Bankhausern **B. Metzler sel. Sohn & Cons.** in **Frankfurt** a. M., **Anhalt & Wagener** in **Berlin** und **Joh. Lorenz Schmezler** in **Augsburg** bezahlt.

Hildburghausen, am 12. Juni 1847.

Die Direction.
J. Meyer.

[2289]

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Longet (F. A.), Anatomie und Physiologie des Nervensystems des Menschen und der Wirbelthiere, mit pathologischen Beobachtungen und mit Versuchen an höhern Thieren ausgestattet. Eine von dem Französischen Institut gekrönte Preisschrift. Aus dem Französischen übersetzt und mit den Ergebnissen deutscher, englischer und französischer Forschungen aus den letzten Jahren bis auf die Gegenwart ergänzt und vervollständigt von Dr. *J. A. Hein.* Mit lithographirten Tafeln. In zwei Bänden. *Ersten Bandes erste und zweite Lieferung.* Preis einer Lieferung von acht Bogen mit den dazu gehörigen Tafeln 22½ Ngr.

Eine Uebersetzung von Longet's *„Anatomie et Physiologie du système nerveux"*, welche dem Buche seinen Werth als Quelle für die Beobachtungen und Ansichten eines der ausgezeichnetsten lebenden Experimentatoren erhält, und durch eingeschaltete Zusätze mit allen irgend wichtigen Leistungen der letzten Jahre auf das sorgfältigste vervollständigt, darf sich der günstigsten Aufnahme versichert halten. Als eine Ergänzung der in letzter Zeit sich immer mehr vervielfältigenden Arbeiten über allgemeine Nervenphysiologie, muss sie, an der Seite der neueren Arbeiten in der Nervenpathologie, insbesondere den Pathologen willkommen sein, indem sie vor Allem eine möglichst vollständige und ins Einzelne gehende Zusammenstellung über die speciellen Nervenphysiologie darbietet.

Leipzig, im Juni 1847.

[2313] **Brockhaus & Avenarius.**

Bei uns ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Herxheimer, S., Israelitische Glaubens- und Pflichtenlehre für Schule und Haus. 1. Aufl. 8. ¼ Thlr.

[2311] Gröningische Buchhandlung in Bernburg.

Wir empfehlen unsere untenstehenden Zeitschriften beim bevorstehenden Beginn des zweiten Semesters zu gefälliger Beachtung des Publicums:

Allgemeine Moden-Zeitung,

eine Zeitschrift für die gebildete Welt. Herausgegeben von Dr. A. Diezmann. IVr Jahrgang. Erscheint wöchentlich. Preis mit circa 64 illum. Stahlstichen 6 Thlr. Preis mit circa 116 illum. u. schw. Stahlstichen 8 Thlr. Endlich enthalten beide Ausgaben noch 25 der feinsten englischen Holzschnitte.

Le Voleur.

Gazette des journaux français. Rédigée par Charles Brandon. 10me année. Ce journal paraît tous les huit jours. Prix annuel du journal avec 52 gravures de modes (une par semaine), qui sont différentes de celles de notre Gazette générale de Modes. 6 Thlr. Le Texte seul 4 Thlr.

Das illustrirte Magazin

begleitet von der Schnellpost für Moden, redigirt von Dr. F. A. Wiese. Mit zahlreichen Abbildungen und colorirten Kupfertafeln. Neueste Folge. Zweiter Jahrgang. 1847. Der Vierteljahrgang (13 Nummern im größten Octav) Preis 11⅓ Ngr. (9 gGr.) Derselbe in ganz der nämlichen Weise, mit noch 13 colorirten Modenkupfern. Preis 22½ Ngr. (18 gGr.) Erscheint aller vierzehn Tage eine Doppelnummer.

Blätter aus der Gegenwart.

Eine illustrirte Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Industrie und des öffentlichen Lebens. Herausgegeben von Theodor Oelckers. Neue Folge 2. Jahrgang 1847. Erscheint wöchentlich. Mit vielen erläuternden Abbildungen in Stahlstich, Lithographie und Holzschnitt, jährlich à 64 dreispaltige Bogen in 4., zum Preis von nur 4 Thlrn.

Allgemeine Zeitung des Judenthums.

Ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse, nebst einem literarischen Beiblatte. Redacteur: Dr. Ludwig Philippson, Rabbiner. IIr Jahrgang (jährlich 96 Bogen). Preis 3 Thlr.

Allgemeine Zeitung für die deutschen Land- und Forstwirthe.

Unter vielseitiger Mitwirkung herausgeg. von Prof. Moriz Beyer. 24r Jahrgang, in 4. Preis halbjährlich 2 Thlr.

Allgemeine Homöopathische Zeitung.

Herausgegeben von den DD. der Medicin G. W. Groß, F. Hartmann und F. Rummel. 32r u. 33r Bd. In Bänden von 21 Bogen in 4. à 2 Thlr.

Die Verlagshandlung wendet den genannten Zeitschriften alle Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu, und bittet Solche, die sich eine oder die andere davon anschaffen wollen, sich durch eine Buchhandlung, Zeitungsexpedition oder ein Postamt Probeblätter, mit denen sie sehr willig aufwarten wird, kommen zu lassen. Das Erscheinen geschieht aufs pünktlichste.

Leipzig, im Juni 1847. [2258]

Baumgärtner's Buchhandlung.

Im Verlage der Unterzeichneten ist erschienen:

Zur Erinnerung
an
F. L. W. Meyer,
den Biographen Schröder's.

Lebensskizze
nebst Briefen von Bürger, Forster, Göckingk, Gotter, Herder, Heyne, Schröder u. A.
In zwei Theilen. 8. Fein Velinpap. Geh. Preis 2 Thlr. 20 Ngr. (2 Thlr. 16 gGr.)

Braunschweig, im Mai 1847. [2269]

Friedrich Wieweg & Sohn.

Eben sind erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Vorlesungen über Schleiermacher's Dialektik und Dogmatik

von Dr. G. Weißenborn,

Privatdocenten der Philosophie an der Universität Halle-Wittenberg.

Erster Theil: Darstellung und Kritik der Schleiermacherschen Dialektik. Gr. 8. Leipzig, bei L. O. Weigel. 1847. Preis 1 Thlr. 26 Ngr.

Der Herr Verf. dürfte in vorliegendem Werke befriedigend die schwierige Aufgabe gelöst haben, die Dialektik Schleiermacher's als ein in sich geschlossenes System klar dargestellt, dieselbe als lebendiges Glied in der Entwickelungsreihe des metaphysischen Denkens vom Beginn des Protestantismus bis in die Gegenwart hinein begriffen und die logisch metaphysischen Fäden, durch welche die Dialektik in die Dogmatik hineinweist und deren principielle Grundlage bildet, eben so vollständig als bestimmt aufgedeckt zu haben. Unbestreitbar verdient daher das Werk zum Ausgangs- und Mittelpunkte sowol metaphysischer als auch gründlicher und tieferer Schleiermacherschen Studien erhoben zu werden. Der zweite Band: **Vorlesungen über Schleiermacher's Dogmatik**, erscheint noch im Laufe dieses Jahres. [2288]

Durch alle solide Buchhandlungen ist zu haben: [2281]

Pierer's

Universal-Lexikon

(Encyklopädisches Wörterbuch der Wissenschaften, Künste und Gewerbe)

bearbeitet von 300 Gelehrten,

mit einem Atlas der Abbildungen von 68 Tafeln in Querfolio,

Altenburg, H. A. Pierer,

ist soeben mit dem 34. Bande vollendet.

Preis des completen Werks 25 Thlr. 26¼ Sgr. (25 Thlr. 21 gGr. = 45 Fl. 20 Kr. Rh. = 39 Fl. Conv.-Münze). Auch in **monatlichen Serien** wird das Universallexikon ausgegeben, sodaß der Besitzer in 1⅔ Jahren im Besitz des vollständigen Werkes ist.

Der starke Absatz des Universallexikons (15,000 Expl.), die allgemeine Anerkennung, die es bei Jedermann findet, seine Reichhaltigkeit (an 600,000 Artikel) und Gediegenheit sprechen mehr für dasselbe als alle Anpreisungen. Alle Buchhandlungen sind mit ausführlichen Anzeigen versehen. Auch **Supplemente der 1. Auflage** sind in 6 Bänden erschienen; Preis derselben 7 Thlr. (12 Fl. 18 Kr. Rh. = 10½ Fl. C.-M.).

Altenburg, im Mai 1847. **H. A. Pierer.**

Anzeige für Auswanderer nach Nord-Amerika.

Nachdem nun fast sämmtliche früher engagirte Passagiere hier eingetroffen und sofort nach ihrer Ankunft hier von uns aufgenommen und nach den verschiedenen Häfen Nord-Amerikas expedirt worden sind und auch für Schiffsgelegenheit für die übrigen im Laufe dieses Monats noch eintreffenden Passagiere bereits durch uns gesorgt ist, so versehlen wir nicht, hierdurch zur Anzeige zu bringen, daß wir vom 1. Juli an wiederum regelmäßig am 1. und 15. Tage eines jeden Monats große dreimastige Schiffe erster Klasse nach **Neu-York** und **Baltimore** abfertigen, sowie wir **außerdem** am 1., 15. und 31. Juli gute Schiffsgelegenheiten nach **Quebec** in Canada haben und in den Herbstmonaten auch Schiffe nach **Neu-Orleans** und **Galveston** in Texas expediren werden.

Nach **Quebec** sandten wir einen erfahrenen und tüchtigen Bevollmächtigten mit dem Auftrage, den dort landenden Passagieren in Betreff der schnellsten und billigsten Art der Weiterreise nach **Buffalo** u. s. w. unentgeltlich Beistand zu leisten.

In Folge des beschränkenden neuen amerikanischen Passagiergesetzes werden sich die Ueberfahrtspreise hoch halten, und ertheilen unsere bevollmächtigten Agenten, in **Leipzig** Herr **F. M. Hübner**, sowol als wir, auf Anfragen gern das Nähere. Aus vorbemerktem Grunde müssen wir auch Allen, die sich zur Einschiffung nach Amerika entschlossen, rathen, sich **vor ihrer Hierherkunft** einer bestimmten Schiffsgelegenheit durch Zahlung des Handgeldes zu versichern.

Die Dampfschiffahrt zwischen **Bremen** und **Neu-York** wird durch das neue amerikanische Post-Dampfschiff **Washington**, Capt. **Hewitt**, groß 2200 Tons, am 25. Juni von hier eröffnet, indeß sind für diese erste Fahrt gegenwärtig nur noch Plätze in der ersten Cajüte frei.

Nach **Adelaide** in Süd-Australien werden im Laufe des Jahres auch einige Schiffe von hier expedirt, wofür wir ebenfalls Anmeldungen entgegennehmen.

Bremen, im Juni 1847.

[2304] ***Lüdering & Comp.***

Das aufs eleganteste und comfortabelste eingerichtete

Palais Heydukoff

in *Dresden*

empfiehlt sich allen geehrten Reisenden ganz ergebenst.

Table d'hôte um 1 Uhr im untern Saale, sowie im obern um 3 Uhr.

[2296—98] **Hermann Heydukoff, Besitzer.**

Berichtigung. S. 1455, Sp. 1 (Oeffentl. Aufgebot vom K. Kreis- und Stadtgericht Ansbach) ist Zeile 5 u. 6 statt Adam Adolph zu lesen: **Johann Gottlob** Säuberich.

Unterzeichnete bringt hierdurch zur öffentlichen Kunde, daß dieselbe für ihre Tochter **Christine Caroline Sophie Idaline von Qualen** fernerhin keine Schulden bezahlen oder von ihr eingegangene Verpflichtungen erfüllen wird, sowie daß ihre genannte Tochter selbst durchaus kein Vermögen besitzt.

Ihehoe, den 11. Juni 1847. [2302—3]

Caroline von Qualen,

geb. Gräfin **Rhiesefeldt-Langeland.**

Verkaufs-Anzeige.

Das auf der südöstlichen Seite der Stadt **Nordhausen** zu gesellschaftlichen Vergnügungen sehr angenehm gelegene, der Schützencompagnie daselbst gehörige, in sehr gutem baulichen Zustande befindliche Schützenhaus, mit Nebengebäuden, Schießgräben, Garten, Gras- und Obstnutzungen, Kegelbahn und sonstigen Zubehörungen, soll öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Dazu ist der

30. Juni 1847, [1902—16]

Morgens 10 Uhr, im Locale des Schützenhauses angesetzt, und werden Kauflustige eingeladen. Die Verkaufsbedingungen werden vor Beginn der Licitation bekannt gemacht, können aber auch schon vorher sowol beim Justizrath **Maximilian** als beim Schützenhauptmann **E. Spangenberg** zu Nordhausen zu jeder Zeit eingesehen werden.

Ein Rittergut,

eine Meile vom Eisenbahnhof **Bautzen** gelegen, mit Schloß, Gärten, gegen 280 Ackern Feld und Wiesen, circa 150 Ackern Wald und Teichen, bedeutender Brauerei, Braunkohlenwerk, Jagd und beträchtlichen baaren Gefällen, ist durch Unterzeichneten zu verkaufen.

[2259—61] Dr. **Gelbke** in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 16. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Die Nachtwandlerin**, große Oper von Bellini. Amina, Frl. v. **Marra.**

Donnerstag, 17. Jun. **Romeo und Julia**, Trauerspiel nach Shakspeare von Schlegel. Julia, Frl. **Unzelmann.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Geh. Secretair Gustav de la Croix in Berlin mit Frl. Therese Blaurock. — Hr. Dr. Hambürger in Krotoschin mit Frl. Auguste Levy in Inowraclaw. — Hr. Ernst Kaule in Röderau mit Frl. Christine Kurze in Lessa. — Hr. Dr. C. Mankiewitz in Berlin mit Frl. Rosalie Gerschel. — Hr. Fabrikbesitzer Theodor Mattschas in Frankfurt a. O. mit Frl. Auguste Decker. — Hr. Rittergutspachter J. F. Poland in Althörnitz mit Frl. M. R. Straßmann in Stolpen.

Getraut: Hr. Karl Ebersberger in Ebermannstadt mit Frl. Margaretha Haß. — Hr. Dr. Haseloff in Berlin mit Frl. Günthertne Kaselitz. — Hr. Actuar Ernst Ludwig Lobeck in Augustusburg mit Frl. Christiane Wilh. Nitzsche aus Zwönitz. — Hr. Heinrich Warnekes in Bremen mit Frl. Adelheid Schröder.

Geboren: Hrn. Wm. Bird in Meurs ein Sohn. — Hrn. Hauptmann Philipp Baron v. Canstein in Berlin ein Sohn. — Hrn. Dr. Figulus in Frankenstein ein Sohn. — Hrn. Heinr. Hagemeister in Berlin ein Sohn. — Hrn. F. Hallbauer in Berlin eine Tochter. — Hrn. C. G. Nitzsche in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Karl Gust. Reiprich in Leipzig eine Tochter. — Hrn. C. Strehmann in Berlin eine Tochter. — Hrn. Wilhelm Wuthe in Bolkenhain ein Sohn.

Gestorben: Frau F. Anwandter in Berlin. — Frau Forstmeister Betche in Potsdam. — Hr. Börtchenobermeister Johann Gottfried Dietze in Leipzig. — Frau Premierlieutenant Agnes Eckert in Potsdam. — Hr. Kaufmann J. F. Finck in Heidenheim. — Frau Oberförster Friederike Hayn in Neurode. — Hr. Kaufmann und Senator J. Hesse in Leobschütz. — Hr. F. A. Stokar v. Neuforn in Würzburg. — Hr. C. Perlen in Eßlingen. — Frau Ernestine Peters in Chemnitz. — Hr. Secondelieutenant Gustav v. Raußendorff in Gosda. — Hr. Actuarius Heinr. Reinhard in Dresden. — Frau Buchhändler Nanette Rommelsbacher in Stuttgart. — Frau Pastor Emilie A. A. Schieck in Pomßen. — Frau Christiane Specht in Haubersbronn. — Frau A. B. Staib in Biberach. — Hr. J. H. Strunk in Pesch.

Donnerstag — Nr. 168. — 17. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Der Kronprinz von Baiern. Kassel. Landtag. Darmstadt. Landtag. — Jüdischer Sonntagsgottesdienst in Offenbach. — Die Gräfin v. Görlitz. — Die Untersuchungen in Schleswig. *Weimar. Schiller's Haus. *Frankfurt a. M. Graf Münch-Bellinghausen. Der Preßgesetzentwurf. — Der Bürgereonvent in Bremen. — Dänische Gewalt.

Preußen. Berlin. Landtag. □Berlin. Die schlesischen Landtagsmitglieder. **Berlin. Feuer.

Oesterreich. Unterhandlungen in Post- und Handelssachen.

Portugal. Gefangennahme das Antas'. Der Bürgerkrieg. Der Herzog v. Terceira.

Spanien. Nachrichten aus Portugal. Die Königin. General Pezuela. Das königliche Paar. Scene zwischen der Königin und dem Herzoge v. Glücksberg.

Großbritannien. Parlament. O'Connell's Begräbniß und das junge Irland. Denkmal für O'Connell. Die Sommersessionen. Die öffentlichen Arbeiten. Pläne für Helgoland.

Frankreich. Parlament. Die Salzsteuer. Auswanderung nach Brasilien. ♀ Paris. Die Franzosen und Algerien.

Schweiz. Die Staatsverwaltung in Genf. Die Instruction Tessins.

Italien. Turin. Der Finanzzustand des Kirchenstaats. Verhaftungen. Diplomatie. Seewesen. — Bittschriften gegen die Jesuiten.

Moldau und Walachei. Zollverein.

Türkei. Konstantinopel. Geschenke. — Der Kurdenkrieg.

Mexico. Der Krieg.

Haiti. Explosion.

Südamerika. Feuersbrunst im Zollhause von Callao.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Börsenbericht. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und -Halberstädter Eisenbahn. — Wollmarkt in Stettin. — Wasserstand der Elbe. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Durch Verfügung vom 11. Jun. hat der König von **Baiern** den **Kronprinzen** zum **Generalinspector** des gesammten Heeres ernannt und denselben ermächtigt, die Inspicirung der einzelnen Heeresabtheilungen in selbst zu wählendem und zu bemessendem Zeitraume vorzunehmen. Die Stelle eines Generalinspectors hat zuletzt der verewigte Feldmarschall Wrede bekleidet, seit dessen Ableben dieselbe nicht mehr besetzt war.

Kassel, 12. Jun. Gestern fand die erste öffentliche Sitzung der **Stände** seit der Eröffnung der Versammlung in Gegenwart des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten v. Dörnberg sowie des Vorstandes des Justizministeriums Staatsraths Dr. Bickel statt. Es wurde der Eingang von 18 Petitionen angezeigt, darunter eine Eingabe mehrer Einwohner von Fulda, den Bau einer Eisenbahn von Bebra über Hersfeld nach Frankfurt betreffend. Der Präsident verkündete eine Motion des Abg. Reutzell, den Nothstand des Landes betreffend, sowie eine Motion des Abg. Wagner wegen Maßregeln zur Vorbeugung einer Wiederkehr des Nothstandes mittels Anlegung von Fruchtmagazinen. Der Präsident zeigte sodann ferner an, daß das von der vorigen Ständeversammlung dem Landsyndikus aufgetragene Gutachten über die Berichtigung der fuldaer Landesschuld, sowie eine Zusammenstellung der Bewilligungen für die einzelnen Domainen eingegangen seien. Die beiden letztern wurden dem demnächstigen Budgetausschusse zu überweisen beschlossen. Der Landtagscommissar überreichte den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und den Entwurf zu dem Finanzgesetze für die laufende Finanzperiode, eine Nachweisung hinsichtlich des Bedarfs der Kriegsverwaltung für die Jahre 1846, 1847 und 1848, einen Gesetzentwurf wegen zeitweiliger Aushülfe bei dem Oberappellationsgericht, einen Gesetzentwurf wegen Anwendbarkeit des Expropriationsgesetzes von 1834 auf Abtretungen zu militairischen Zwecken, einen Gesetzentwurf wegen Besteuerung von Ausländern, die in Kurhessen Handel und Gewerbe treiben ꝛc. Er verlas und überreichte ferner zwei Mittheilungen der Staatsregierung, betreffend die Beanstandung der Wahlen der Abgg. Vietor, Sunkel, Henkel, Wippermann, Krauß und Frhr. v. Waitz. Aus denselben geht hervor, daß die Zulassung des Erstern beanstandet ist, weil die Stadt Bockenheim sieben Wahlmänner statt vier geschickt habe, während Hr. Vietor nur mit 11 gegen 9 Stimmen gewählt worden sei. Die Zulassung der Abgg. Sunkel und Henkel wird beanstandet, weil dieselben laut Bescheinigung der Landgerichte zu Hersfeld und Kassel in einer gerichtlichen Untersuchung wegen Aufreizung zur Unzufriedenheit gegen die Staatsregierung [illegible] gen seien; die Zulassung der Abgg. Wippermann, Krauß und Frhr. v. Waitz endlich, weil sie nicht dem Stande resp. Bezirke angehören, der sie gewählt hat, wozu bei letzterm Abgeordneten noch der Umstand trete, daß zwei fehlerhafte Wahlmänner mitgewirkt hätten, während er selbst nur mit 17 gegen 15 Stimmen gewählt worden sei. Der Druck sowie die Verweisung an den Legitimationsprüfungsausschuß der die Wahlen betreffenden Mittheilungen wurde beschlossen. Die Distribution der übrigen Vorlagen behielt sich der Präsident für die vertrauliche Sitzung vor, zu welcher die Versammlung nunmehr überging. (K. A. Z.)

Darmstadt, 11. Jun. Gestern begann wieder die Berathung über das **Polizeistrafgesetz** in unserer **II. Kammer**. Dieselbe trat vielen Beschlüssen der I. Kammer bei; in noch mehren beharrte sie auf ihrer frühern Ansicht. Darunter war der, daß an die Spitze des Polizeistrafgesetzbuches die Bestimmung gestellt werde, es seien nur diejenigen Handlungen oder Unterlassungen als Polizeiübertretungen strafbar, welche vorher durch das Gesetz oder Verordnung mit Strafe bedroht seien. Dieser schon bei der ersten Berathung mit 40 gegen 3 Stimmen von der II. Kammer getroffene Beschluß war mit 8 gegen 7 Stimmen von der I. Kammer abgelehnt worden; nun aber beharrte die II. Kammer einstimmig auf demselben und beschloß noch außerdem, auf den Antrag des Abg. Kilian, mit 37 gegen 3 Stimmen, von der Aufnahme jener Bestimmung in das Gesetz die Annahme des letztern überhaupt abhängig zu machen. Bis zum 25. Jun. aber soll der Landtag geschlossen werden. (H. Bl.)

— In **Offenbach** war vor kurzem durch den Rabbiner Dr. Formstecher neben der Sabbathfeier ein **Sonntags-Gottesdienst** zu Nutz und Frommen derjenigen Gemeindeglieder, deren bürgerlicher Beruf ihnen nicht gestattet, sich am Sonnabend der Arbeit zu enthalten, eingerichtet worden. Diese Einrichtung erfreute sich besonders unter der jüngern Generation lebhafter Theilnahme. Einige altgläubige Israeliten nahmen aber an der Einführung des Sonntags-Gottesdienstes solchen Anstoß, daß am 10. Jun. eine Deputation aus ihrer Mitte nach Darmstadt abgegangen ist, um ein Verbot des Gebrauchs der Synagoge zu jenem Zweck auszuwirken. (K. Z.)

— In **Darmstadt** ist in der Nacht zum 14. Jun. die Gräfin v. **Görlitz** in ihrem Schlafzimmer, in welchem Feuer ausgebrochen war, verbrannt.

— Aus **Schleswig** vom 10. Jun. schreibt man der Weser-Zeitung: „Die Untersuchung wegen der Excesse, welche bei der Anwesenheit des Königs-Herzogs in Schleswig im September v. J. vorgefallen, scheint nicht abgethan sein zu sollen. Auf speciellen Befehl des König-Herzogs mußten die sämmtlichen Protokolle, Berichte und sonstigen Acten über diese Untersuchung eingefodert und durch die schleswig-holstein-lauenburgische Kanzlei an das Cabinetssecretariat abgeliefert werden. Es ist der Inhalt der Acten zum Gegenstande der unmittelbaren königl.-herzogl. Erwägung gemacht worden, welche dahin geführt hat, daß annoch eine gutachtliche Aeußerung des Oberdikasteriums auf Gottorf darüber verlangt ist, ob die durch den Magistrat der Stadt Schleswig angestellte Untersuchung in dieser Sache vollständig sei und namentlich hinsichtlich der nöthigen Umsicht und Sorgfalt etwas nicht vermissen lasse. Diese Frage deutet schon an, daß man im Cabinet mit der Weise, wie die Untersuchung geführt worden, nicht zufrieden ist."

*Weimar, 15. Jun. In Betreff des ehemaligen **Schiller'schen Hauses** sind seit einigen Tagen Unterhandlungen bei dem Stadtrath im Gange; vorläufig ist man dahin übereingekommen, daß sich keine auswärtige Gesellschaft oder Privatperson bei dem Verkaufe betheiligen solle, sondern daß die Stadt und deren Einwohner die Ehre, ihrem berühmten Mitbürger ohne fremde Beisteuer ein bleibendes, für die spätere Zukunft dauerndes Andenken zu sichern, mit Niemandem theilen wollen. Obgleich der Finanzzustand der hiesigen Stadt sich in Folge der Erbauung eines neuen Rathhauses nicht in einem blühenden Zustande befindet und solcher auch durch eine höchst nothwendige Vergrößerung der Bürgerschule sowol als durch andere Baulichkeiten mit den nächsten Jahren bedeutend in Anspruch genommen werden muß, so wird doch der Stadtrath schwerlich das darzubringende Opfer für zu groß halten. Das Haus bietet zwar keine großen Räumlichkeiten dar, aber es reichte hin, um die bescheidenen Bedürfnisse des großen Mannes zu befriedigen. Es liegt in einem der freundlichsten Theile der Stadt, durch welchen sich, zu der Zeit als Schiller es kaufte, eine Doppelreihe von Kastanienbäumen hinzog, in

deren Schatten sich Schiller fast täglich zu ergehen pflegte. Mit Zuversicht ist zu erwarten, daß, sobald der Ankauf geschehen ist, Diejenigen, in deren Besitz sich Schiller's Reliquien befinden, solche recht gern darbieten werden, um sie durch deren Aufbewahrung in diesem Hause vor Verderben und Vergessen zu schützen.

* **Frankfurt a. M.**, 13. Jun. Der Bundespräsidialgesandte Graf v. Münch-Bellinghausen, welcher vorgestern Abend von Wien hier wieder eingetroffen, wird am 17. Jun. den Vorsitz im Kreise der Bundesversammlung wieder übernehmen. — In den letztern Tagen verbreitete sich das Gerücht, der preußische Preßgesetzentwurf werde in der Bundesversammlung nicht Gegenstand einer Verhandlung werden, da man sich veranlaßt gesehen habe, denselben wieder zurückzunehmen. Es scheint jedoch diese Angabe noch der Bestätigung zu bedürfen, obwol es gewiß scheint, daß die Mehrzahl der Regierungen der verschiedenen Bundesstaaten, wenn auch aus von einander abweichenden Motiven, diesem Entwurfe nicht zustimmen wird.

— Aus **Bremen** vom 12. Jun. besagt die Weser-Zeitung noch: „Die gestrige Versammlung des Senats und der Bürgerschaft war der Berathung über Anschaffung von Geldmitteln zur Bestreitung der durch die von Staats wegen unternommenen großen Bauanlagen herbeigeführten außerordentlichen Ausgaben gewidmet. Es wurde dieser Aufgabe durch ein gemeinschaftliches Vertrauensvotum entsprochen, welches die aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehende Finanzdeputation unter gewissen Modificationen zur Contrahirung einer freiwilligen Anleihe von einer Million Thaler ermächtigt."

— Aus **Hamburg** vom 9. Jun. berichtet die Bremer Zeitung: „Der Dampfbagger hat so rasch seine Arbeiten eingestellt, weil von Seiten der dänischen Behörden angezeigt sein soll, daß, wenn er seine angeblich die blankeneser Ufer gefährdenden Arbeiten fortsetze, das in Altona stationirte dänische Wachtschiff ihn wegnehme! Man hat der Gewalt nachgeben zu müssen geglaubt. Hoffentlich wird man aber nicht unterlassen, gehörigen Ortes die nachdrücklichsten Vorstellungen zu machen, und darf sicher sein, die ganze öffentliche Meinung Deutschlands für sich zu haben."

Preußen.

Berlin, 15. Jun. In der Sitzung der vereinigten Curie am 11. Jun. sprach sich weiter Graf Arnim für einige Erleichterungen der ärmern Klassen bei der Klassensteuer aus, während Abg. Hansemann gegen die Modalität dieser Vorschläge Einwendungen machte und Abg. v. Beckerath sich noch nachträglich für das Princip der Einkommensteuer erklärte. Abg. v. Vincke schlug ein complicirtes Amendement vor, es kam aber in dieser Sitzung zu keiner weitern Abstimmung, da man sich über die Fragstellung nicht einigen konnte.

In der Sitzung der Curie der drei Stände am 12. Jun. ward das Gutachten über eine die Vertagung des Landtags betreffende Petition des Abg. v. Jena berathen. Es war nicht befürwortend. Nach längerer Verhandlung, wobei sich Frhr. v. Vincke und die Abgg. Milde und v. Saucken besonders für den Antrag verwendeten, Abg. Hansemann die Sache dem eignen Ermessen der Regierung zu überlassen für schicklicher fand, vielfach aber sich theils der Wunsch, nicht so viele Petitionen unerledigt zu lassen, theils das Bedürfniß, baldmöglichst nach Hause zu kommen, aussprach, ward die Frage: „Beschließt der hohe Landtag, Se. Maj. den König zu bitten, behufs Erledigung der vielen vorliegenden Geschäfte, nach Verlauf der für die Dauer bestimmten Frist denselben zu vertagen und zur geeigneten Zeit wieder einzuberufen?" von mehr als zwei Dritteln bejaht. (A. P. Z.)

□ **Berlin**, 14. Jun. Wenn ich auch weit entfernt bin, die sanguinisch-cholerischen Hoffnungen des Abg. Merissen zu theilen, der aus der vereinigten Curien Mitte, ja wahrscheinlich gar aus der von ihm zu organisirenden oppositionellen Majorität Ministerien hervorgehen sieht, so glaube ich dennoch, daß der gegenwärtige Landtag das Terrain ist, auf welchem bedeutende politische Charaktere, oder da diese noch nicht vorhanden sein können, bedeutende Talente sich vorzugsweise bekannt machen werden. Da nun aber bei der eigenthümlichen Zusammensetzung unsers Landtags (der gleichsam der Springflut zu vergleichen, welche in unregelmäßigen Intervallen aus unsern provinzialständischen Ebben hervorgehen soll), die eigentliche Wurzel der Abgeordneten im provinziellen Boden haftet, so lassen sich denn auch die dermaligen Talente und dereinstigen Charaktere nur unter Berücksichtigung derjenigen Stellung auffassen, welche sie daheim einnehmen, wo bekanntlich Propheten am wenigsten gelten. Lediglich in dieser Beziehung daher will ich aus meinem friedlichen Dachstübchen unsere Koryphäen Ihnen provinzenweise skizziren und ein Sandkörnlein herbeitragen zu einer Gallery of Prussian public Characters.

Ich beginne mit Schlesien, einmal, weil nach der Angabe des Hrn. v. Vincke dessen edelste Söhne hier dermalen versammelt sind, und demnächst, weil die wohlunterrichteten Herren Berichterstatter die ritterschaftlichen Abgeordneten dieser Provinz als die Hauptstütze der Regierungspartei zu bezeichnen pflegen. So willig ich nun aber Ersteres zugebe, so entschieden opponire ich der zweiten Behauptung. Der schlesische Adel, minder aus Bewußtsein und System als de coeur et d'ame dem Königthum auf das innigste ergeben, haßt einerseits alle Bureaukratie, deren plumpe Kolbenschläge und spitzige Nadelstiche er um die Wette erduldet hat, und buhlt anderntheils nie um die Hofgunst, welche wie die Fata Morgana gemeiniglich nur Das vorspiegelt was nicht ist, und daher für einen wohlhabenden, seine Güter selbst verwaltenden Adel wenig Werth haben kann. Möge man ihm immerhin eine Vorliebe für gewisse Spielereien, wie z. B. Titel, vorwerfen, möge man mit Recht ihm jene allseitigere Bildung bestreiten, welche weniger durch selbständige Entwickelung von innen heraus als durch Reisen und abschleifenden Verkehr von außen herein gewonnen wird: er ist und bleibt streng loyal, ohne je feil zu werden, und heißt conservativ, weil er für die Fortschritte nicht gefährliche Sprünge, sondern naturgemäße Uebergänge begehrt. Doch gehen wir zu den Einzelnen über.

Die zeitgemäßen Ideen werden von schlesischer Seite zuvörderst durch jenes breslauer Triumvirat vertreten: Maurermeister Tschocke, Zimmermeister Siebig und Kattundrucker Milde, über deren Reden und Schweigen der Volkswitz das treffendste Urtheil gefällt hat. Erstere Beide nehmen in der Stadtverordnetenversammlung eine ehrenhafte Stellung ein und erfreuen sich einer mächtigen Popularität innerhalb des Weichbildes der Haupt- und Residenzstadt Breslau vom Nikolai- bis zum Ohlauer Thore; Letzterer dagegen erfreut sich seiner elegantern Bildung, seiner Sprach- und Menschenkenntnisse, gewonnen auf öftern Meß- und Geschäftsreisen nach Leipzig, Paris und London, seiner Verdienste um die Hebung des Christkatholicismus und der Kattunfabrikation in Breslau, und endlich seines sonoren, die Massen beherrschenden Organs. Als Repräsentanten des Bauernstandes schließen ihnen die freisinnigen Schulzen Krause, Allnoch ꝛc. sich an, tüchtige, kerngesunde Männer, die praktisch bei der Klinge bleiben und nicht die Eitelkeit haben, im Irrgarten der Politik umhertaumelnde Cavaliere zu agiren, weshalb sie auch nicht wie gewisse Andere in die Verlegenheit gerathen, bei einer Collision ihrer Ansichten und ihrer Interessen die Löwenhaut ablegen und fein demüthiglich als Snug the joiner sich bekennen zu müssen. Daß die meisten Bürgermeister der kleinen Städte, daß die Justitiare ꝛc. liberalisiren, versteht sich von selbst; doch sind sie ebenso wie jene im Herzen loyal und wohlmeinend, und eigentliche Radicale und Demagogen hat Schlesien nicht geschickt, weil unter den Wählbaren keine vorhanden.

Die bedeutendsten Schlesier in der zweiten Curie sind Graf Renard und Baron Gaffron; sie erheischen daher eine nähere Beleuchtung. Graf Renard ist durch Geburt und Erbe wie durch Industrie und richtiges Erfassen der Conjuncturen einer der reichsten Männer der Provinz geworden und verdient es zu sein. Bekannt durch die Unabhängigkeit und den Freimuth seiner Ansichten, mußte es Alle erfreuen, daß ihm kurz vor Berufung des Landtags die größten Auszeichnungen zu Theil wurden, die Excellenz für sich, der Adel für seinen Schwager und seinen Beamten. Sein Einfluß ist bedeutend, nicht sowol auf dem Landtage, wo man seinen Reden den Vorwurf macht, daß sie zu viel von seinem Namen an sich trügen, als auf die Abtheilung und zumal auf eine gewisse Nuance schlesischer Abgeordneter. Wenn Graf Renard mehr durch Scharfsinn, Witz und schnelle Auffassung des Gegebenen als durch Consequenz des Systems und gründliches Wissen sich auszeichnet, so darf man beides Letztere dem Baron Gaffron vindiciren. Dieser hat eine entschiedene politische Gesinnung, ein durchgebildetes System und gediegene Kenntnisse. Man könnte ihn einen Aristokraten de vieille roche nennen, wenn nicht amtliche Beziehungen seinem Auftreten eine leise bureaukratische Färbung gegeben, weshalb er auch das conservative Princip zu sehr durch gesetzliche Vorschriften und Verordnungen gefördert sehen möchte. Im Uebrigen ist er durchaus integer, besitzt bedeutende Verdienste um die Provinz und ist wie Wenige für die höhern Stellen der Verwaltung befähigt.

Ich gehe nun zur Herren-Curie über, in welcher die Schlesier quantitativ wie qualitativ dominiren. Zuerst tritt uns hier der kräftige Prinz Hohenlohe entgegen mit seinem scharfen ätzenden Verstande, in fester bestimmter Willensrichtung, jedoch nicht blos tout bonnement gerade aus, sondern auch besonnen nach oben blickend und jeder Zoll ein Mann. Mit zwiefachem Bedauern vermissen wir dann den Fürsten Hatzfeld, einen Cavalier wie Wenige zur größten Laufbahn berufen durch klares Denken, gründliches Wissen, Freimüthigkeit des Charakters und Humanität des Benehmens. Wenn diesen aber der eigne Wille bannt, so trauern wir noch mehr, daß Unmöglichkeit eine hohe Person von der Versammlung ausschließt, welche mehr als alle Andere durch ihre Persönlichkeit sie zieren und durch den Reichthum ihres Geistes und die Fülle politischer Erfahrungen sie fördern würde. Prinz Biron v. Wartenberg zeichnet sich rühmlichst durch humane wohlwollende Gesinnung und dieser analoge Ausbildung und Anträge aus. Ihm ähnelt Graf Burghauß auf Laasan, als Generallandschaftsdirector von Schlesien und Centralpunkt sämmtlicher landwirthschaftlicher Vereine von bedeutendem Einflusse in der Provinz; vielseitig gebildet und durch und durch artig wird er willig alles Gute unterstützen und Niemandem störend entgegentreten. Graf Schafgotsch, ein trefflicher wohldenkender und handelnder Mann, ist in Bezug auf Hebung des Nothstandes eine spinnerische und weberische Specialität, dem auch als solche Graf Sandretzky sich anschließt. Auffallenderweise gehören die beiden einzigen entschieden liberalen Mitglieder der Herrencurie

ebenfalls Schlesien an, die Grafen Dyhrn und York. Ersterer ist ein wackerer Mann, der sich auch gleich so manchen andern schlesischen Grafen seiner Zeit den Dichterlorber mit einem jetzt schon vergriffenen Trauerspiele „Konradin von Schwaben" um die jugendliche Stirn zu winden versuchte; er hat Manches gelernt und Vieles gelesen, und spricht wie er denkt: redlich und wahr. Könnte übrigens etwas die Anomalie bei der Bildung dieser Curie recht deutlich darlegen, so ist es die Herrenqualität des Rittergut Renswitz, während Majorate wie Slawentzitz, die wahrscheinlich eine höhere Jahresrente gewähren als jenes Capitalswerth hat, davon ausgeschlossen geblieben. Graf York ist vielleicht noch prononcirter liberal als sein Vorgänger, wie er denn auch geistig bedeutender; er bildete gemeinsam mit dem Grafen Renard auf dem letzten landschaftlichen Generallandtage das Ferment, wodurch der alte Sauerteig verbannt werden sollte, und bewies bei jener Gelegenheit sein ausgezeichnetes Talent so zur Debatte wie zur schriftlichen Arbeit. Entschiedener Gegner der Ansichten des Barons Gaffron, welcher einen Antrag über die Intestaterbfolge in Rittergütern formirt hatte, entwickelte er am 19. März 1846 seine desfallsigen überaus freisinnigen Ideen, bestritt es, daß nur im Grundbesitze das conservative Princip seine Begründung finde, und begehrte die Stärkung des Adels in vermehrter politischer Macht. Dennoch dürften die Liberalen sich irren, wenn sie so ganz auf ihn zählten; er weiß sehr wohl, was es heißt, der Sohn des Grafen York v. Wartenburg und der Majoratsherr von Klein-Oels zu sein.

Ich komme zum geistreichsten Mitgliede der Herren-Curie zuletzt, weil er un homme à part ist und als solcher in keine unserer Kategorien hineinpassen will. Unbestritten nimmt der Fürst Lichnowsky (abgesehen vom Grafen Arnim, der trotz des seligen Ancillon die Vermittelung der Extreme übernommen hat) die hervorragendste Stellung in der Curie ein. Der Fürst erkennt offenbar, welche mißliche Stellung die Herren-Curie gegenüber der andern und zumal der öffentlichen Meinung einnimmt, und wie sie von Manchen als die vis inertiae angesehen wird, wodurch man den raschen Gang des ständischen Organismus nach Gutdünken hemmen könne, ohne ihn geradezu stillstehen zu heißen. Er will nicht, daß sie bei ihrem ersten Entstehen schon das Ziel erreiche, welches nach Fichte der Endzweck jeder irdischen Einrichtung sein soll: „sich selbst nämlich überflüssig zu machen". Deshalb strebt er dahin, daß sie bei gewichtigen Zeitfragen die Initiative ergreife, und wenn der vorsichtige besonnene Arnim sein Hauptaugenmerk dahin richtet, daß die Herren-Curie sich durch Conflicte mit der andern nicht unpopulair mache, so geht der feurige Fürst viel weiter und will, daß die Herren-Curie populair werde. Leider scheint dieses Streben ihn bei manchen sonst wohlgesinnten Männern in eine falsche Stellung gebracht zu haben, und oberflächlich Urtheilende glauben, er hasche für sich nach einer Popularität, welche er doch nur aus höhern politischen Gründen seinem Stande zu erkämpfen sucht. In Bezug auf geistige Regsamkeit, auf Kenntniß des constitutionellen Lebens und des parlamentarischen Gebrauchs überragt der Fürst die meisten Mitglieder der Curie, und trotz einzelner Incartaden darf an seiner echt conservativen Sinnesweise Niemand zweifeln, der das politische Glaubensbekenntniß vernommen, welches er im Gegensatze zum liberalen Candidaten (dem Grafen Stirum) bei seiner Abgeordnetenwahl in Ratibor abgelegt hat. Ein Glück für ihn, daß er sich nicht durch Condescendenzen zu früh abgenutzt hat, und daß er, wenn auch mit einem Fuß in der Herren-Curie, so doch mit dem andern und zumal mit Herz und Kopf in der zweiten Curie sich bewegt. Auf ihn paßt das Sprüchwort nicht, daß der Prophet in seinem Vaterlande nichts gelte, denn gerade in Oberschlesien, dem er durch reichen Besitz angehört, wurde und wird ihm die höchste Anerkennung, wie seine Wahl zum Landesältesten und Landtagsabgeordneten und seine Candidatur zum Generallandschaftsdirecter es bewiesen. Allen gewachsen, den Meisten überlegen, hat der Fürst nur Einen gefährlichen Gegner, sich selbst.

****Berlin**, 14. Jun. Am heutigen Morgen wurden die Bewohner der Residenz durch Feuerlärm beunruhigt. Die Hintergebäude der großen Gerold'schen Material- und Weinhandlung unter den Linden, nahe der Friedrichsstraße, waren in Brand gerathen und wurden zum großen Theil zerstört. Um 12 Uhr Mittag brannte das Feuer noch; man war aber desselben bereits so weit Herr geworden, daß jede Gefahr einer weitern Verbreitung beseitigt war. Das Vordergebäude steht nach der Straßenseite hin ganz unbeschädigt da.

Oesterreich.

Aus **Wien** vom 11. Jun. wird dem Nürnberger Correspondenten mitgetheilt: „Zwischen Oesterreich und der preußischen Regierung als Repräsentantin des Deutschen Zollvereins haben Unterhandlungen begonnen, welche einerseits die Deutschen Postangelegenheiten, andererseits aber wesentlich auch die Ausgleichung der beiderseitigen Handelssysteme betreffen. Bereits ist der österreichische Hofrath v. Esch, bei der allgemeinen Hofkammer mit dem Zoll- und Schiffahrtsdepartement betraut, in dieser Angelegenheit nach Berlin abgegangen."

Portugal.

Die Bestätigung von der Gefangennehmung des Grafen das Antas mit 2400 M. und 50 Pferden von den Truppen der Insurgenten und die Wegnahme der Dampfschiffe Salter (der frühere Royal Tar), Mindello, Oporto, der Corvette „Achter Juli", zweier Handelsschiffe und sechs kleiner Fahrzeuge, an deren Bord dieselben mit der Bestimmung nach Peniche eingeschifft waren, durch das britische Geschwader unter Sir Thom. Maitland vor dem Douro, ist mit dem britischen Kriegsdampfer Polyphemus, der Lissabon am 4. Jun. verlassen hatte, am 10. Jun. in London eingetroffen. Sie hat am 31. Mai Morgens 4 Uhr, ohne daß ein Schuß dabei gefallen wäre, an der Mündung des Douro stattgefunden. Sir Thom. Maitland zeigte den zum Auslaufen Anstalt machenden Schiffen an, daß er sie nicht passiren lassen könne. Da sie gleichwol davon nicht abstehen wollten, foderte er dieselben auf, augenblicklich unter seinen Kanonen beizulegen. Auf sein Verlangen erhielt das Amas die Aufforderung in folgender Form schriftlich:

„Ihr. Maj. Schiff America, vor Oporto, 30. Mai. Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß meine Ordres mir gebieten, die Kriegsschiffe der Junta, Truppen ꝛc. in Besitz zu nehmen. Wenn dieselben nicht unverzüglich neben dem America vor Anker gehen, werde ich, wie ungern auch, gezwungen sein, Gewalt zu brauchen. T. Maitland."

Drei große britische Kriegsdampfschiffe, da auch der Gladiator den Hafen von Oporto verlassen hatte und zum Blockadegeschwader gestoßen war, die Fregatte America und zwei Briggs lagen zur Ausführung der Drohung bereit, und an Widerstand wie an Entkommen war für das Antas unter solchen Umständen nicht zu denken. Er strich daher seine Flagge und antwortete Sir Thomas Maitland:

„Mindelle, vor Oporto, 31. Mai. Ich habe die von Ew. Exc. an mich gerichtete Mittheilung empfangen. Umgeben von so sehr den unter meinem Befehle stehenden überlegenen Streitkräften, betrachte ich mich als Kriegsgefangen. Feierlich protestire ich gegen diese gewaltsame Verletzung des Völkerrechts; gegen einen Krieg ohne irgend vorherige Kriegserklärung wider eine befreundete Nation; gegen den größten Misbrauch von Gewalt, der jemals unter den erschwerendsten Umständen gemacht werden und der die britische Nation für immer verunehrt. Ew. Exc. wollen wegen der weitern Bestimmung der nun unter Ihrem Commando stehenden Streitkräfte zu befehlen belieben. Gende das Antas."

Die Antwort von Sir Thomas Maitland ließ nicht lange auf sich warten und war kurz und bündig genug. Sie lautete:

„Da die Truppen unter Ihrem Befehle jetzt kriegsgefangen sind und um unnöthiges Blutvergießen zu vermeiden, habe ich die Ehre, Sie zu ersuchen, daß Sie denselben die erfoderlichen Weisungen wegen Niederlegung ihrer Waffen ertheilen; außerdem müßte ich die mir zu Gebote stehenden Mittel gebrauchen, sie dazu zu nöthigen."

Auch dieser Aufforderung wurde ohne Widerstand Folge geleistet. Erst am 31. Mai Nachmittags erfuhr man in Oporto, was es mit dem friedlichen Nebeneinanderliegen der Expedition und des britischen Blockadegeschwaders vor der Barre für eine Bewandniß habe. Unter dem Geleite der Dampfer Siden und Gladiator wurde die ganze Expedition dann nach dem Tejo abgeführt, wo sie am 2. Jun. eintraf und die vorausgeeilte Kunde des wichtigen Vorfalls bereits die größte Sensation hervorgebracht hatte. Es entstand sofort ein lebhafter Verkehr zwischen der Mündung des Tejo, wo in der Nähe des Forts St. Julian die Insurgentenschiffe inmitten britischer und vier spanischer Kriegsschiffe vor Anker gingen. Von französischen Kriegsschiffen ist noch immer blos eine Brigg im Tejo. Sir H. Seymour, Admiral Parker und Oberst Wylde hatten vollauf mit Beseitigung der Schwierigkeiten zu thun, welche der, bei der Ueberfüllung und der schlechten Verproviantirung der Schiffe der Junta dringend nothwendigen Ausschiffung der Gefangenen der intervenirenden Mächte und ihrer Verwahrung im Fort S. Julian entgegenstanden, das darauf von britischen Marinetruppen besetzt wurde. Die Ausschiffung der Gefangenen erfolgte am 3. und 4. Jun.; ihre Waffen, Kanonen, Pferde ꝛc. wurden nach Lissabon gebracht. Unter den Septembristen fehlt es nicht an Leuten, die das Antas geradezu beschuldigen, daß er die Hand geboten habe, um die Junta auf diese Weise um einen Theil ihrer besten Truppen und Offiziere zu bringen.

— Aus **Oporto** hat die Times Nachrichten bis zum 7. Jun.: „Die Junta hatte die am 30. Mai angesichts der britischen Schiffe vor dem Douro geschehene Einschiffung der unter das Antas zu einem Angriff auf Lissabon von der Nordseite bestimmten Truppen nach langer Berathung in der Meinung beschlossen, daß noch kein Einschreiten von Seiten Englands zu besorgen sei, da in der Eröffnung des britischen Consuls, Sir H. Seymour's und des Obersten Wylde das Anhalten ihrer Schiffe immer blos als «wahrscheinlich» angedeutet worden. Am 30. Mai Abends übergab noch der britische Consul ein Schreiben des Gesandten in Lissabon vom 28. Mai, welches in Antwort auf die unterm 26. Mai gemachten Gegenanträge der Junta zu den Vorschlägen des Obersten Wylde (Nr. 161) irgend welche Betheiligung an Unterhandlungen mit der Königin durch Bevollmächtigte der Junta über Erweiterung der Concessionen ablehnt. Gegen die Wegnahme der Expedition hatte die Junta alsbald beim britischen Consul einen feierlichen Protest übergeben, an den sie zugleich die Einwilligung in die von Sir H. Seymour verlangte Waffenruhe anschließt (die jedoch nunmehro Sir Th. Maitland und der englische und spanische Consul nicht mehr annehmen wollten). Da dieses Verlangen aber in einem vom 20. Mai aus Lissabon datirten Schreiben an dieselbe zugleich mit der bestimmten Erklärung ausgedrückt ist, daß die britischen Kriegsschiffe Befehl hätten, den Douro und jeden andern Hafen für den Aus- und Eingang von Kriegsschiffen der Junta

und kriegerische Expeditionen derselben zu sperren, dieses Schreiben aber der Junta erst am 31. Mai Nachmittags 1 Uhr behändigt worden sei, so verlangt dieselbe zugleich die Rückgabe ihrer schon vor Empfang desselben und da man noch nichts Bestimmtes über die Intentionen der britischen Regierung gewußt, weggenommenen Schiffe und Soldaten, und droht mit einem Protest an alle europäischen Mächte und die ganze civilisirte Welt. Wie es mit diesem Schreiben zusammenhängt, scheint allerdings der Aufklärung zu bedürfen. In Oporto erregte die Wegnahme der Expedition viel Aufregung, und die zurückgebliebenen Briten (über 230, dabei viele Familien, hatten mit dem Gladiator und andern Schiffen vorher schon Oporto verlassen) geriethen in ernstliche Besorgniß. Die Junta erließ jedoch sofort einen Befehl „im Namen der Nation und der Königin" an den Civilgouverneur, für den vollständigen Schutz aller friedlichen Fremden und ihres Eigenthums zu sorgen. Infanterie- und Reiterpatrouillen wurden ausgesendet und Abends, wo an mehren Orten sich Haufen von mit Knütteln bewehrten Leuten sammelten, wurde energisch zu ihrer Entwaffnung geschritten, sodaß durchaus keine Unordnungen vorkamen. In Villanova auf dem andern Ufer des Douro sind jedoch einige als Cabralisten bekannte Personen gemißhandelt worden. In Oporto ist Ordnung und Sicherheit fortwährend ungetrübt, obgleich Saldanha seine Vorposten bis Campo Grande näher gerückt hat und die vor Valença gestandenen Truppen der Junta durch einmarschirte spanische Truppen mit Verlust von wenigstens 100 M. verjagt worden sind. Die Junta ist jetzt zur Annahme der vier Bedingungen sehr geneigt. Von 25 in Oporto anwesenden Engländern ist unterm 7. Jun. eine Dankadresse an die Junta für die edelmüthigen Anstrengungen zur Aufrechthaltung der Ordnung in den jüngst vergangenen kritischen Tagen gerichtet worden.

— Von Sa da Bandeira aus **Setubal** kamen am 2. Jun. zwei Adjutanten in Lissabon mit Anträgen zur Verlängerung der Waffenruhe an, bis ihm Instructionen von der Junta zugekommen sein würden. Die Häfen Setubal und die nördlich vom Douro sind durch ein königl. Decret in Blockadezustand erklärt worden.

— Die erfolgte Freilassung des Herzogs v. Terceira, welche die Junta vor sechs Monaten selbst auf Bitten des Herzogs v. Palmella verweigert hatte, wird ihr jetzt in der elften Stunde nichts weniger als hoch angerechnet.

Spanien.

Die madrider Blätter vom 7. Jun. enthalten nun auch die Bestätigung der Gefangennehmung des Grafen das Antas und der Expedition unter seinem Commando, fabeln aber von einem dabei stattgefundenen Kampfe mit dem britischen Geschwader. Von der Gaceta de Madrid wird einem Gerüchte widersprochen, daß ein Kind im Prado vom Wagen der Königin überfahren worden und dabei auch umgekommen sei, und das von der Esperanza aufgenommen worden war. Allerdings ist ein Kind von einem Rade des Wagens leicht gestreift worden, aber hat keinen Schaden gelitten. Dem General Don Juan Pezuela ist Malaga zum Aufenthalt angewiesen worden, und er kam auf der Reise dahin am 5. Jun. durch Madrid. Die Erlaubniß, daselbst zu bleiben, wurde ihm bestimmt verweigert.

— Der Zwiespalt unter dem königlichen Paare brach lange bevor der französische Botschafter, Graf Bresson, Spanien verließ, zu einer Zeit aus, wird der Allgemeinen Preußischen Zeitung aus **Madrid** geschrieben, als der englische Gesandte weder in den Gemächern der königlichen Familie Zutritt hatte noch irgend einen Einfluß auf die Entschließungen der von französischen Interessen geleiteten Minister ausüben konnte. Es ist ferner in dem unter französischer Mitwirkung aufgesetzten und von dem Gemahle der Königin unterzeichneten Ehecontracte die Königin ausdrücklich für das Oberhaupt der Familie erklärt und ihr das Recht vorbehalten, wie früherhin die Angelegenheiten ihres Hauses und Palastes zu leiten und zu ordnen. Die Vermittler des Ehecontracts zogen endlich die künftige Lage des Königs so wenig in Berücksichtigung, daß sie sogar vergaßen, ihm einen angemessenen Unterhalt auszusetzen, und in der That würde er gegenwärtig aller Hülfsmittel entbehren, wenn seine Gemahlin ihm nicht täglich ein Taschengeld von 50 Piastern verabreichen ließe. Danach und daß schon seit einigen Wochen der Bevollmächtigte des londoner Bankhauses Firmin Tastet sich in Madrid befindet, um den König zur Erfüllung eines schriftlichen Versprechens zu nöthigen, kraft dessen er im Jahr 1840 als Infant diesem Hause die Auszahlung einer Summe von 8 Mill. Fr. „als Belohnung für geleistete Dienste" zusagte, falls er mit der Königin vermählt werden würde, möge man die Insinuationen französischer Blätter gegen die Königin beurtheilen.

— Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß eine Scene, ähnlich der, die zu der türkisch-griechischen Differenz Veranlassung gegeben, in **Madrid** zwischen der Königin Isabella und dem Herzoge v. Glücksberg, dem französischen Geschäftsträger, stattgefunden habe. Näheres hat noch nicht verlautet.

Großbritannien.

London, 11. Jun.

Im Oberhause wurde gestern die Bill über Regulirung der Wählerlegitimation bei Wahlen schottischer Repräsentativpairs zum dritten Mal verlesen und passirte. Der Marquis of Lansdowne beantragte die zweite Lesung einer Bill über Gründung eines Bischofssitzes in Manchester. Er führte dabei an, daß unter der Verwaltung der Kirchengutcommissare ein solcher Ueberschuß von Einkünften sich ergeben habe, daß der neue Bischofssitz keine öffentlichen Mittel in Anspruch nehme. Die Zahl der im Oberhause sitzenden Prälaten zu vermehren sei nicht angemessen erachtet worden. Der neue Bischof von Manchester werde daher erst einen Sitz in demselben erhalten, wenn eine Erledigung eintrete, und so künftig jeder neue Bischof mit Ausnahme derer von London, Durham und Winchester, sowie der Erzbischöfe von Canterbury und York, deren Anwesenheit durch ihre Wichtigkeit, historische Bedeutung und Stellung im Lande beständig wünschenswerth sei. Das neue Bisthum werde 1,123,000 Seelen auf 1220 Quadratmiles umfassen. Für jetzt werde das Einkommen des Bischofs 3000 Pf. St. sein, aber bald auf 4200 Pf. St. gebracht werden. Die Bill erhielt unter großer Anerkennung von der bischöflichen Bank die zweite Lesung. Das Haus nahm noch den Bericht über die Resolutionen des Eisenbahncomité an, welche den Ansuchern um solche Bills die Suspendirung und Fortführung von derselben Stufe, die sie jetzt erreicht haben, im künftigen Jahr unter gewissen Bedingungen gestattet.

Heute wurde im Oberhause von Lord Stanley die Frage erhoben, ob die britische Regierung Instructionen in Betreff der Behandlung der Kriegsgefangenen ertheilt habe, welche das britische Geschwader in Portugal machen möchte oder bereits gemacht habe? Lord Lansdowne erwiderte, daß die Gefangenen ohne weitere Bedingungen in die Gewalt des Geschwaders gekommen, aber auch keinen besondern Beschränkungen unterworfen worden wären. Lord Stanley kündigte darauf zum 15. Jun. eine Motion in Betreff der portugiesischen Angelegenheiten an.

Das Unterhaus trat ausnahmsweise gestern um 12 Uhr über die Resolutionen wegen der Erlaubniß zur Suspendirung vor dem Parlamente schwebender Eisenbahnbills und künftiger Begrenzungen der Eisenbahnspeculation zusammen, die mit einigen Redactionsänderungen angenommen wurden. Um 2½ Uhr wurde die Sitzung bis 5 Uhr vertagt. In der Abendsitzung kamen die gestern schon mitgetheilten Interpellationen wegen der portugiesischen Angelegenheiten vor. Die vertagte Debatte über die Gefängnißdisciplin wurde dann fortgesetzt und der Antrag, ins Comité darüber zu gehen mit 124 gegen 76 Stimmen angenommen, das Comité selbst aber zum 14. Jun. angesetzt. Die Resolutionen des Schatzkanzlers, die freie Getreideeinfuhr und die damit verbundene Suspension der Schiffahrtsgesetze bis 1. März 1848 auszudehnen, wurde angenommen und Erlaubniß zum Einbringen einer darüber abzufassenden Bill ertheilt.

Im Unterhause erklärte heute Lord Palmerston, daß die officiell angebotene Vermittelung Großbritanniens in dem mexicanisch-amerikanischen Kriege nicht angenommen worden sei. Auf der Tagesordnung war Hrn. Hume's Antrag in Bezug auf die portugiesischen Angelegenheiten. Er ging auf eine Erklärung des Hauses, daß die bewaffnete Intervention bei dem Streite zwischen politischen Parteien in Portugal im Princip nach der Ansicht des Hauses unverantwortlich sei und wahrscheinlich ernste und gefährliche Folgen herbeiführen werde. Der Redner wies dabei zunächst auf die Revolution von 1688 und den Ursprung der britischen Freiheit hin, wodurch das Ministerium sich hätte belehren lassen müssen, daß es nicht zu rechtfertigen sei, wenn man einem im Kampfe gegen die Unterdrückung begriffenen Volke die Waffen aus den Händen zu winden suche. Er beschwerte sich dann darüber, daß die Regierung in einem so außerordentlichen Falle nicht vorher mit dem Parlament in Berathung getreten sei, und verwies auf das Beispiel Cannings im J. 1826, der, obgleich die Gefahr im Verzuge viel größer war und obgleich ein bestimmter casus foederis vorlag, doch dem Parlamente die Gründe seines Verfahrens darlegte, ehe er Truppen nach Portugal sandte; führe man zur Entschuldigung an, daß England nicht anders habe handeln können, da Frankreich und Spanien intervenirt haben würden, wenn es von Seiten Englands nicht geschehen wäre, so wisse man doch keineswegs genau, was Frankreich eigentlich beabsichtigt habe. Ludwig Philipp, sagte Hr. Hume unter lauter Beistimmung von allen Seiten des Hauses, kann die Umstände, denen er seinen Thron verdankt, und die Grundsätze, auf welchen derselbe basirt ist, unmöglich vergessen haben, er kann nicht vergessen haben, daß er den Barricaden seine Krone verdankt. Ferner behaupte man, daß die Wiederherstellung des Friedens in Portugal die schleunige Folge der Intervention sein werde; das werde aber nicht der Fall sein; Portugal möge für den Augenblick erdrückt, aber werde nicht beruhigt werden; der Schritt, den die Regierung jetzt thue, müsse nothwendigerweise zu neuen Verwickelungen führen, die Streitigkeiten zwischen dem portugiesischen Volk und seiner Regierung werden sich vermehren, statt sich vermindern. Das unwürdige Verfahren der britischen Regierung werde noch durch die Art und Weise verschlimmert, wie man es zur Ausführung bringe, denn aus den neuesten von Portugal eingegangenen Berichten gehe hervor, daß die Streitkräfte der Junta auf eine hinterlistige Weise in die Gewalt der britischen Escadre gebracht worden seien. Der Antrag wurde von Hrn. Osborne unterstützt. Lord Harry Vane und Hr. Milnes vertheidigten dagegen das Verfahren der Regierung. Bei Abgang des Berichts hatte Lord Palmerston noch nicht das Wort genommen.

— Die Dubliner Blätter enthalten ein Schreiben Hrn. W. S. O'Brien's an John O'Connell, worin derselbe anfragt, ob das ihm zu Ohren gekommene Gerücht gegründet sei, daß die Familie des Verstorbenen die Theilnahme des jungen Irlands an den Begräbnißfeierlichkeiten nicht wünsche. Die Antwort erfolgte durch M. O'Connell und besagt, daß derselbe sich verpflichtet fühle, Hrn. S. O'Brien mitzutheilen, wie alle Anordnungen rücksichtlich der Bestattung dem Glasnevin-Begräbnißplatz-Comité anheimgestellt worden wären. Als Hr. S. O'Brien dieses Briefwechsels am 7. Jun. in einer Versammlung der irischen Conföderation erwähnte, sagte er, daß er diese (offenbar abweisende) Antwort mit Bedauern empfangen habe. — An den Lordmayor von Dublin gehen zahlreiche Aufforderungen ein, zur Berathung über die passendste Art, Dan. O'Connell durch ein Denkmal zu verewigen, eine öffentliche Versammlung zu veranstalten. Die Gesuche sind zahlreich und von Männern sehr verschiedener politischer Meinungen unterzeichnet. Die Versammlung ist vom Lordmayor auf den Tag nach der Beerdigung der Leiche O'Connells versprochen worden. — Ueber die von den Oberrichtern beabsichtigt gewesene Verschiebung der Sommerassisen zum October verlautet noch nichts amtlich Bestimmtes; doch erklärt das Dublin Evening Mail, die Assisen würden stattfinden wie gewöhnlich. — Die öffentlichen Arbeiten zur Unterstützung der Nothleidenden durch Arbeit sollen nun, einem Rundschreiben des Schatzamts zufolge, am 15. August oder früher völlig eingestellt werden.

— **Von der Elbe,** im Jun., meldet der Rheinische Beobachter: „Mittheilungen aus Hamburg zufolge will das englische Gouvernement in Helgoland der Zerbröckelung des Felsens durch gehörigen Schutz gegen die Einflüsse von Regen und Sturm vorbeugen und dann einen für einige Hundert Schiffe geräumigen Ankerplatz darbietenden Hafen anlegen, in welchem außer den Zuflucht suchenden Kauffahrteischiffen auch fortwährend einige Kriegsschiffe stationirt werden sollen. Für diese großartigen Bauten, bei deren Ausführung auch das Seebad in Betracht gezogen wird, sind vorläufig 6,800,000 Mk. Crt. bestimmt und die Pläne und Zeichnungen von den berühmtesten Ingenieuren bereits entworfen.

Frankreich.

Paris, 12. Jun.

In der Pairskammer versuchte Marquis de Boissy gestern eine Rangstreitigkeit zur Verhandlung zu bringen. Er behauptete nämlich, daß beim Leichenzuge des Marschalls Grouchy mehre Offiziere, welche angeblich zum Hause des Königs gehören wollten, den Platz unmittelbar nach den Ministern und vor der Kammer eingenommen und diese dadurch eine Zurücksetzung erlitten hätte. Die Kammer wies jedoch das Eingehen darauf ab. Die vertagte Debatte über die Medicinalreform und zunächst das Amendement Hrn. Flourens' wurde dann fortgesetzt. Es wollte dasselbe die Ausübung der Medicin Doctoren und Licentiaten gestattet wissen. Medicinische Facultäten und Secundairschulen (was man in Deutschland mitunter Akademien nennt) sollen Mediciner bilden, die Facultät allein Doctoren nach fünfjährigen Studien creiren. Niemand solle ohne einjährige Hospitalpraxis Doctor oder Licentiat werden können. Nur Doctoren können an den Lehranstalten als Professoren und als klinische Lehrer angestellt werden. Die ziemlich ordnungslose Debatte endete mit Verwerfung des ersten Paragraphen des Amendements, woraus natürlich die des Ganzen folgt. — Von der Deputirtenkammer wurde die Berathung der außerordentlichen Credite für Algerien fortgesetzt, die 25,317,636 Fr. zum Unterhalte von 34,000 M. und 3300 Pferden über die vom Budget für 1846 vorgesehene Truppenzahl betragen. Die Commission hatte dieselben auf 25,242,636 Fr. vermindert. Zu dem Vorschlage der Commission, die Regierung zu verpflichten, über die Civilverwaltung von Algerien 1848 einen Rechenschaftsbericht vorzulegen, wurde noch im Betreff der Errichtung einer Zweigbank in Algier auf Hrn. Garnier-Pagès' Antrag beschlossen, daß die der Bank von Frankreich dazu ertheilte Concession erloschen sein solle, wenn bis 1. April 1848 die Zweigbank nicht errichtet würde. Sodann wurde eine Summe von 300,000 Fr. zur Unterstützung entlassener Soldaten bei der Ansiedelung in Algerien bewilligt und mit diesen Zusätzen schließlich der Gesetzentwurf mit 231 gegen 30 Stimmen votirt. Der Kriegsminister verlas eine königl. Verordnung über die Zurücknahme des Gesetzentwurfs wegen Anlegung ackerbautreibender Lager in Algerien.

— Nach der Patrie hat der Ministerrath über die Frage der Reduction der Salzsteuer sich dahin entschieden, für jetzt nicht darauf einzugehen, allein für nächstes Jahr eine Gesetzvorlage, zugleich aber auch den Vorschlag zu einer Ersatzsteuer für die von der Verminderung der Salzabgabe zu besorgenden Ausfälle verheißen zu wollen.

— Der Elberfelder Zeitung meldet man aus **Dünkirchen** vom 8. Jun.: „In diesem Augenblicke schließt Prinz von Joinville mit einem dünkirchener Hause einen Contract für die Ueberschiffung von 2000 Auswanderern (Colonisten) nach Brasilien ab. Sie sollen in Deutschland angeworben werden. Das Haus Delrue hat noch immer die Absicht, die Auswanderung im Großen zu betreiben, doch wird es, da man ihm in Deutschland Hindernisse in den Weg legt, unter einem andern Namen agiren."

○ **Paris,** 12. Jun. Am Schlusse des allgemeinen Theiles seines Berichts sagt Hr. de Tocqueville: „Wenn wir in einer Weise handelten, welche bekundete, daß die alten Bewohner von Algerien in unsern Augen nur ein Hinderniß seien, das man zur Seite schieben oder niedertreten müsse; wenn wir die Einwohner umstrickten, nicht um sie in unsern Armen zum Heil und zur Aufklärung zu erheben, sondern um sie in ihnen zu ersticken, so würde die Frage sich als eine auf Leben und Tod zwischen den beiden Racen herausstellen. Algerien würde dann früher oder später, zweifeln Sie daran nicht, ein geschlossener Kampfplatz werden, auf dem zwei Völker sich ohne Mitleid bekämpfen würden und wo eins von ihnen sterben müßte. Gott möge ein solches Geschick von uns abwenden? Fangen wir im 19. Jahrhundert die Eroberung von Amerika nicht noch ein Mal an! Ahmen wir die blutigen Beispiele nicht nach, die von der öffentlichen Meinung der ganzen Menschheit gebrandmarkt sind. Bedenken wir, daß wir tausend Mal weniger zu entschuldigen sein würden als Die, welche vor Zeiten das Unglück hatten, sie zu üben, denn wir würden ohne den Fanatismus sein und zugleich die Lehren und die Aufklärung, welche die französische Revolution über die Welt verbreitet hat, verhöhnen." Diese Ansicht ist unstreitig die der unendlichen Mehrzahl aller denkenden Franzosen. Sie wollen Algerien erobern, colonisiren, allen Nutzen daraus ziehen, aber dabei die gelben Handschuhe der europäischen Civilisation so rein als möglich erhalten. Sie haben sicher die beste Absicht, und es ist höchst wahrscheinlich, daß, wenn man ihnen recht klar und schlagend beweisen könnte, wie die Eroberung, Colonisirung und Civilisirung Algeriens nicht ohne amerikanische Gräuel und Schrecken bewirkt werden könnte, die Ansicht des Hrn. Desjobert sehr viele Freunde finden, ja vielleicht die Mehrzahl des Volks für sich gewinnen würde. Aber man hofft, der Welt einmal ein Beispiel einer gerechten und milden, menschenfreundlichen und civilisirten Eroberung und Colonisation geben zu können — ein Feuer das nicht brennt, ein Wasser das nicht naß macht, ein Körper der nicht fällt, oder sonst ein derartiges Kunststückchen! Colonisiren heißt: überall, wo ein Land bereits bewohnt ist, die alten Bewohner austreiben und sich an ihre Stelle setzen. Die Franzosen sind auf dem Punkt angekommen, wo die Colonisirung Algeriens im Großen beginnen soll. Die milde „humanité", die in jedem Franzosenherzen mehr oder weniger herrscht, empört sich gegen den Gedanken einer brutalen Colonisation und Eroberung. Sie bildeten sich unter Napoleon ein, die Welt nur um des Grundsatzes der Revolution willen erobert zu haben. Und so bilden sie sich heute ein, Algerien nur um der Civilisation willen colonisiren zu müssen. In der That stellt sich aber die Sache anders heraus; die Napoleonischen Generale und Statthalter wußten sehr wohl, wozu ein erobertes Land noch sonst gut ist, und ganz Frankreich bereicherte sich auf Kosten der Völker, die es mit Revolutionsgerechtigkeit und Gleichheitsgrundsätzen beglückte. In Algerien wird etwas Aehnliches stattfinden. Die Pariser werden stets, wie Hr. de Tocqueville, von der Menschlichkeit sprechen, mit der die Sache betrieben werden soll und muß, während die Colonisten in Afrika gerade so handeln werden, wie die Colonisten in Amerika gehandelt haben. Eine Eroberung, eine Colonisation ist und war überall eine Frucht, die von selbst wächst, wo sie erst einmal Wurzel gefaßt hat. Die französische Eroberung und Colonie in Algerien ist alle Jahre gewachsen. Von Jahr zu Jahr glaubte man, daß nun die Frucht reif und groß genug sei, und alle Jahre täuschte man sich. Der ganze Bericht der Commission (de Tocqueville's) beruht auf dem Gedanken, daß nun die Eroberung beendigt, daß das französische Heer seine höchste Zahl erreicht; und Hr. de Tocqueville beweist dies mit den schlagendsten Gründen. Der Hauptgrund aber ist, daß man Kabylien nicht zu erobern und somit auch nicht zu bewachen brauche, sondern auf friedlichem Wege fast gewonnen habe und sicher nächstens vollkommen gewinnen werde. Und noch war dieser Bericht nicht verhandelt, als Hr. Bugeaud bereits die ganze Grundlage, auf der sein System aufgebaut ist, umgestoßen hatte. Heute heißt es nun, daß mit der Besiegung der Kabylen der Krieg in Algerien für alle Ewigkeit zu Ende sei; deswegen denkt man an Colonisiren mehr als je. Der General Lamoricière verlangt nur 8000 Quadratlieues, und da die Regierung sie nicht hat, so will er sie den Arabern abnehmen und diese ein wenig „näher zusammendrängen". Hr. de Tocqueville ist hier mit dem tapfern General halbwegs einverstanden; auch er meint, „daß man die Tribus eher zusammendrängen müsse als sie anderswohin zu verpflanzen". Es wird schwer sein, dieses Ergebniß zu erlangen, ohne am Ende zu den nothwendigen Mitteln zu greifen. Hr. de Tocqueville verdammt diese Mittel und will weder Gewalt noch List anwenden, um die Araber aus ihren Besitzungen zu vertreiben; ja er fodert deswegen sogar im Allgemeinen die Ueberwachung und Erschwerung des Verkaufs von Immobilien. Das ist wieder das Menschlichkeitsgefühl im Herzen des Franzosen. Die Nothwendigkeit wird anders verfügen, wie sie überall in Algerien bereits anders verfügt hat, wo das Colonisiren thatsächlich begonnen wurde. Erobern, Colonisiren und die „principes et lumières, que la révolution française a répandus dans le monde", sind Zwei, und wer das Eine wählt, mag sich darein fügen, dem Andern Lebewohl zu sagen. Die schwärzesten Geschichten in Algerien stehen uns erst bevor, wenn das „Zusammendrängen" der Araber erst einmal recht in den Schuß kommen wird.

Schweiz.

Die Departements der Staatsverwaltung in **Genf** wurden folgendermaßen unter die Staatsräthe vertheilt: Finanzen und Handel Moulinie; Militair Rilliet-Constant; Inneres Decrey; öffentliche Arbeiten Janin; öffentlicher Unterricht Pons; öffentliche Steuern Berdier; Justiz und Polizei J. Fazy.

— Am 9. Jun. berieth der große Rath von **Tessin** die Sonderbundsfrage. Der Staatsrath brachte als Instructionsantrag den letztjährigen Antrag, welchem auf der Tagsatzung 10½ Stände beitraten, den, wonach die Sache als abgethan betrachtet wird, wenn der Sonderbund dem Auflösungsbeschlusse nicht zuwiderhandelt. Die Großrathscommission schlug dagegen die Fassung vor, es sei die Gesandtschaft ausdrücklich ermächtigt, zu jenen Einladungen und andern Maßregeln mitzuwirken, welche zur Vollziehung eines Auflösungsbeschlusses erfoderlich sind. Der Antrag der Commission wurde mit großem Mehr angenommen. In der Jesuitensache die letztjährige Instruction, ebenfalls mit großem Mehr.

Italien.

Turin, 3. Jun. Berichte aus Rom entwerfen von dem Finanzzustande des Kirchenstaats ein etwas entmuthigendes Bild. Das Deficit ist in diesem Jahre von 700,000 Scudi auf eine Million gestiegen. Die Eisenbahnsache macht keine Fortschritte, da die Staatsverwaltung sich weder im Stande fühlt, an der Unternehmung selbst Theil zu nehmen, noch zu irgend einer Zinsengarantie sich zu verpflichten vermag. Die nicht unbedeutenden Eisenminen, die im Römischen vorhanden sind und die zur Beschäftigung vieler Hände sowie zur Hebung jeder Industrie, namentlich aber zur Verwirklichung der projectirten Eisenbahnen wesentlich beitragen würden, liegen unbenutzt aus Mangel an Capitalien und wegen der Dürftigkeit der Hülfsquellen, die dem Staate zu Gebote stehen. Es heißt, der Papst bestimme die Einkünfte der Abtei von Subiaco zur Errichtung einer Tuchfabrik und zur Gründung einer Landbaugesellschaft, um so zur Hebung der Industrie und der Urproduction nach Kräften beizutragen. Die Einschränkungen, die sich der Papst selbst auferlegt, um die möglichsten Ersparungen zu bewerkstelligen, sollen nicht unbedeutend sein und gehen so weit, daß der Papst sich in diesem Jahre des Vergnügens eines Sommeraufenthalts zu berauben entschlossen hat. — Hier haben vor kurzem mehre Verhaftungen, man spricht von 25 bis 30, wegen communistischer Umtriebe stattgefunden. — Während der Abwesenheit des sardinischen Gesandten zu Petersburg, Grafen v. Colobiano, der auf Urlaub seinen Posten verläßt, soll, wie es heißt, Hr. Azeglio bestimmt sein, daselbst als Geschäftsträger zu fungiren. — Eine sardinische Kriegsbrigg und zwei Corvetten sollen den Befehl erhalten haben, nach dem Baltischen Meer abzusegeln. Es scheint dies eigentlich eine militairische Uebungsreise zu sein, doch hat das kleine Geschwader zugleich in Stockholm eine bedeutende Zahl von Kanonen und Kriegsmunition einzunehmen und den Transport davon hierher zu besorgen. (A. Z.)

— In **Rom** sowol als in **Florenz** sind von verschiedenen Seiten mit zahlreichen Unterschriften versehene Bittschriften eingereicht worden, in denen gebeten wird, die Väter der Gesellschaft Jesu des Unterrichts an den Gymnasien zu entheben. In Rom haben die Jesuiten kürzlich den Befehl erhalten, den Palast Boromai zu räumen und die in demselben befindliche Unterrichtsanstalt in das ihnen ebenfalls gehörige Collegium Romanum zu verlegen, da der Papst gesonnen ist, das erstgenannte Gebäude zu Staatszwecken zu verwenden. (W. Z.)

Moldau und Walachei.

Die Bukareschter deutsche Zeitung vom 31. Mai meldet: „Aus einer amtlichen Bekanntmachung des hiesigen Finanzministeriums entnehmen wir, daß die Convention zwischen der Walachei und Moldau, in Betreff eines Zollvereins zwischen den beiden Fürstenthümern, nunmehr ratificirt, und dem zufolge bestimmt worden ist, daß die gemeinschaftliche Verpachtung der diesfälligen Mauthgefälle auf sechs auf einander folgende Jahre, vom 1. Jan. 1848 angefangen, in Jassy am 10., 15. und 30. Nov. d. J. stattfinden wird."

Türkei.

Konstantinopel, 27. Mai. Neben den kostbaren Geschenken, die der Sultan in letzterer Zeit als Zeichen besonderer Gunst seinen Ministern gemacht, hat er auch für gut befunden, den russischen Befehlshabern im Kaukasus ähnliche Gunstbezeigungen zukommen zu lassen: ein Umstand, der hier großes Aufsehen erregt und zu allerlei Commentaren Veranlassung gegeben hat. (K. Z.)

— Ein am 30. Mai von dem Armeecorps von **Anatolien** in Konstantinopel eingetroffener Kurier hat die Nachricht gebracht, daß die Expedition der Pforte, unter Osman-Pascha's Oberbefehl, ohne Widerstand in Dschesire eingerückt war und Bedrhan-Bey, von den meisten seiner Anhänger verlassen, sich mit 250 bis 300 M. in eine Bergveste geworfen habe, von wo er wahrscheinlich sein Heil in der Flucht suchen wird.

Mexico.

Das westindische Dampfschiff Dee hat aus Mexico Nachrichten vom 30. April mitgebracht. Der Congreß ertheilte dem Vicepräsidenten General Anaya in Folge der Niederlage bei Cerro Gordo unbeschränkte Vollmachten zur Fortsetzung des Kriegs. Vom Frieden zu sprechen ist verboten. Mexico soll beim Anrücken der Amerikaner nicht vertheidigt und der Sitz der Regierung dann verlegt werden. Santa Anna hatte sich nach Tehuacan zurückgezogen; er besaß nur Streitkräfte zu einem Guerrillakriege. Die amerikanischen Vorposten standen zu Tezcapahualco. In Veracruz stellten sich nach Berichten vom 3. Mai die gewöhnlichen Zustände allmälig her. In S. Juan de Ulloa wurden eine Menge kriegsgefangener mexicanischer Offiziere verwahrt. Die amerikanischen Truppen fingen an von Fieber und Klima sehr zu leiden.

Haiti.

Aus **Haiti** wird berichtet, daß am 23. April das haitische Kriegsschiff Président, als es während einer Messe für die Seelenruhe des verstorbenen Präsidenten Guerrier einige Salutschüsse abfeuerte, in die Luft geflogen ist. Die ganze Mannschaft nebst 80 Sträflingen, die sich am Bord dieses Schiffes befanden, kamen um. Es waren Funken in ein Pulverfaß gefallen, das zum Trocknen auf dem Verdecke stand.

Südamerika.

Nachrichten aus **Lima** vom 10. April melden eine Feuersbrunst im Zollhaus im Castell von Callao, bei der zwei gewölbte Speicher mit den darin lagernden Waaren abgebrannt sind. Sie wurden gewöhnlich zur Lagerung von Pech, Theer und andern leicht zündbaren Artikeln benutzt, nur im Nothfalle wurden daselbst auch andere Waaren aufgenommen. Der wirkliche Schaden ist noch nicht ermittelt, wird aber nur gering angeschlagen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * **Frankfurt a. M.**, 13. Jun. In unserer Effectensocietät herrschte heute große Stille. Die Stimmung war etwas matt. Um 1½ Uhr schlossen spanische inländische 3proc. Rente 28⅞ B., Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien 72¼ à ⅜ G.

Börsenbericht. * **Leipzig**, 16. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116 Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86⅞ G.; Sächsisch-Schlesische 100⅛ Br., 99¾ G.; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 58½ G.; Löbau-Zittauer 57⅝ Br., 57¼ G.; Magdeburg-Leipziger 212⅝ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¼ G.; Berlin-Stettiner pr. Ult. 109 G.; Köln-Mindener 93⅛ Br., 93¼ bezahlt und G.; Thüringer 94½ Br., 93¾ G.; Altona-Kieler 109¼ G.; Dessauer Bankactien 100 Br.; Preußische Bank-Antheile 106 Br., 105½ G.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 30. Mai bis mit 5. Jun. (mit Einschluß von 1101 Personen aus dem Zwischenverkehr) 13,665 Personen.

(Vom 1. Jan. — 5. Jun.: 181,581 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 30. Mai bis mit 5. Jun. 5,830 Personen.

(Vom 1. Jan. — 5. Jun.: 98,645 Personen.)

Wolle. Zum Wollmarkt in Stettin waren bis zum 13. Jun. bereits 23,827 Ctr. Wolle eingetroffen. Die Preise kamen bisher denen des berliner Marktes (vgl. Nr. 150) gleich.

Wasserstand am Pegel der riesaer Elbbrücke am 16. Jun. früh 7 Uhr: 1° unter 0.

Staatspapiere. Amsterdam, 12. Jun. 2½pc. Int. 58¹⁵/₁₆; Russ. 4½pc. Handelsg. 174⅛. Frankfurt a. M., 14. Jun. Oestr. Bkact. 1961; 250 Fl. L. 120½; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92⅛ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 39 Br.; 25 Fl. L. 28½; Nass. 25 Fl. L. 26⅛; Sard. 35⅛; Kurhess. 32. London, 10. Jun. 3pc. Conf. 88⅛; Port. 3pc. 30½; Span. act. 22; 3pc. 34; Holl. Int. 58¾. Paris, 12. Jun. 5pc. 117. 60; 3pc. 77. 65; Neap. 103. 50.

Actien. Frankfurt a. M., 14. Jun. Taunusb. 358¼; Nordb. 72⅜; Berb. 94⅛. Paris, 12. Jun. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 365; l. 225; Paris-Orleans 1273¾; Paris-Rouen 977½; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 443¾; Rouen-Havre 658¾; Marseille-Avignon 753¾; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 620; Nord 601½. Wien, 13. Jun. Nordb. 164¾; Gloggn. 122¾; Mail. 109¼; Livorn. 89½; Pesth. 98⅛.

Berliner Börse, 15. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95⅝, 3½pc. Staatsschuldsch. 92¼, 3½pc. Pfandb. westpr. 93¼, ostpr. 96½, pomm. 95, schles. 97⅛, 4pc. pos. 102⅛, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94⅛, Louisdor 112⅓, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94⅛, Berl.-Anhalt. 114, Berlin-Hamb. 4pc. 108¼, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 94, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91¼, 5pc. 101⅞, Berl.-Stettin 109, Breslau-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 93¼, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 109, Niederschlesische 87¾, Prior.-Act. 4pc. 91⅛, 5pc. 102, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¾ Br., Litt. B. 4pc. 98¾, Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 80 Br., Rhein. 84⅛, Prior.-St. 4pc. 89⅝, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 93⅜. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83 Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 99, Kass.-Lirpst. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93¾, Magd.-Wittenb. 85 Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72¾, Pos.-Starg. 4pc. 83⅜, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¾. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111 Br., 1. Anl. (Hope) 4pc. 92⅜, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¾, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95¼, Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅜ Br., à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Bkcert. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅝, Staats-Pr.-A. 88 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅞ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅞ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Wülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bank zur Versicherung der Pferde und Rinder für Deutschland.

In der am 29. Mai d. J. stattgehabten Versammlung wurde der VII. Rechnungsabschluß anerkannt, und ist derselbe **ausführlich** gedruckt nebst einem Verzeichniß sämmtlicher Agenten der Bank **unentgeltlich** hier, wie bei allen auswärtigen Beamten*) zu haben. Die sich für diesmal ergebende Rückzahlung auf die Legegelder beträgt 1⅓ %, **deren Auszahlung den Rendanten** angewiesen ist; dagegen sind die Legegelder pr. II. Semester d. J. um so gewisser **vor** 1. Juli an die Rendanten gegen Quittung abzuführen, als sonst alle Ansprüche auf Versicherung wie auf Rückzahlung von Legegeld erlöschen.

Durch Errichtung neuer Rendanturen in den entferntesten Gegenden Deutschlands und der deutschen Schweiz läßt sich im nächsten, mit 1. Juli beginnenden IX. Semester ein sehr bedeutender Aufschwung und noch günstigere Resultate als seither erwarten; wir empfehlen daher unsere Anstalt auf Grund ihrer Ausdehnung und bewährten Solidität zur zahlreichen Theilnahme.

Homburg v. d. H., am 1. Juni 1847.

Die Direction:

R. Schindler, Director. Regier.-Adv. **Binge**, Syndikus. **C. F. Anthon**, Hauptrendant.
Landgräflich Hess. Rentmeister **J. C. Reuter**, Special-Revisor.

*) In **Leipzig** bei Herrn **F. M. Hübner**, General-Rendanten. [2320]

Fahr-Ordnung

[2315]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.

„ **Oderberg (Ostrau)**, in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** um 5½ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4¾ Uhr Nachmittags.

„ **Oderberg (Ostrau)**, in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.

„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** 1½ Uhr früh, 8, 12½, 2, 5½, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.

Anzeige für Auswanderer.

Wir bringen hierdurch zur Anzeige, daß wir fortwährend **wieder** am 1. und 15. eines jeden Monats große geräumige Schiffe **nach Baltimore und New-York**, sowie etwa alle 6 Wochen nach Philadelphia abfertigen werden. Außerdem expediren wir gute tüchtige Schiffe am 1, 15. und 31. Juli nach Quebec in Canada und vom 15. August an **zwei Mal im Monat** nach New-Orleans, sowie wir auch diesen Herbst wiederum mehre Schiffe nach Galveston anlegen werden, worüber Näheres die bei unserm Herrn Agenten

Joh. Ernst Weigel in Leipzig

niedergelegten Listen besagen. Unter den nach New-Orleans abgehenden Schiffen sind unter andern befindlich und segeln:

am 15. August unser 500 Last großes Fregattschiff:

Itzstein & Welcker, Capt. H. Bosse;

am 15. September unser 400 Last großes Fregattschiff:

Agnes, Capt. Arensfeld;

am 15. October unser 400 Last großes Fregattschiff:

F. J. Wichelhausen, Capt. H. Warnken;

sämmtlich eigens von uns zur Passagierfahrt erbaute, schöne dreimastige Fregattschiffe erster Klasse, mit 8 Fuß hohen Zwischendecken und eleganten Cajüten versehen.

Die Passagepreise nach den verschiedenen Plätzen haben wir möglichst billig gestellt und **sichern allen Denen** eine **prompte Beförderung zu**, die das **übliche Handgeld** von 5 Thlr. **Gold** (1 Ld'or) per Kopf zur Belegung der Schiffsplätze zeitig franco einsenden, entweder an uns direct oder an unsern Herrn Bevollmächtigten in Leipzig, **worauf** denselben das **Passage-Accord-Document** zugesandt wird.

In Beziehung auf die Reise nach Quebec bemerken wir, daß ein **von uns dahin abgesandter** Bevollmächtigter angewiesen ist, die daselbst ankommenden Passagiere bei ihrer Weiterreise in **das Innere der Vereinigten Staaten** mit gutem Rath und That unentgeltlich zu unterstützen.

Wir nehmen zu gleicher Zeit noch Veranlassung, zu erwähnen, daß **sämmtliche von uns früher angenommene Passagiere expedirt sind**, bis auf eine ganz geringe Anzahl, deren Beförderung mit den zunächst abgehenden Schiffen vorbereitet ist.

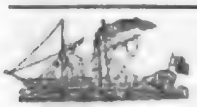
Bremen, den 13. Juni 1847.

F. J. Wichelhausen & Co., Schiffseigner und Befrachter.

In Bezugnahme auf Obiges bin ich zu jeder mir möglichen Auskunft gern bereit, und werden die Passage Accorde im festen niedrigsten Preise von mir abgeschlossen. Etwas zur Empfehlung der vorgenannten Schiffe zu sagen ist überflüssig, da anerkanntermaßen die schönsten und solidesten sind, die irgend ein Hafen zur Passagierfahrt aufzuweisen vermag. Ich kann solche daher mit vollem Recht empfehlen

Joh. Ernst Weigel, Grimmasche Straße Nr. 33 in **Leipzig**,
bevollmächtigter Agent der Obigen.

[2314]



Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und den Nordseebädern Cuxhaven und Helgoland.

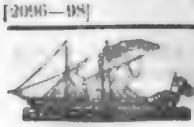
Die Dampfboote der

Hamburger Elb-Dampfschiffahrts-Compagnie

werden ihre regelmäßigen Fahrten während der diesjährigen Bade-Saison wie folgt bewerkstelligen.

Von **Hamburg** nach **Helgoland** über **Cuxhaven**,
vom 19. Mai an bis zum 25. September
jeden **Dienstag, Donnerstag** und **Sonnabend**;
zurück: jeden **Montag, Mittwoch** und **Freitag**.

[2096—98] ***Die Direction.***



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2301]

Eine Herrschaft im Gebirge,

in der Nähe von Bädern gelegen, soll verkauft werden. Es gehören zu derselben:

a) das Hauptgut nebst 3 Vorwerken, 933 Morgen Acker und Wiesen, durchgängig Weizenboden, und circa 500 Morgen Forst mit Fichten und Tannen bestanden,

b) 19 zinspflichtige Dörfer.

Ertrag der Zinsen und anderer Revenuen, außer der Acker- und Forst-Nutzung, jährlich 1073 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf. Viehstand 30 Kühe, 1200 Schafe, das erforderliche Zugvieh an Pferden und Ochsen.

Gebäude im guten Stande, Schloß ganz neu mit 12 Zimmern und 1 Saal.

Preis 90,000 Thlr., Anzahlung 30,000 Thlr.

Das Gut ist zu jeder Zeit in Augenschein zu nehmen. Auf portofreie Anfragen unter der Adresse **H. T.** Poststation Schliesa, Kreis Breslau poste restante, wird das Nähere mitgetheilt werden. [2207—10]

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die

Illustrirte Zeitung für die Jugend.

Herausgegeben von **Julius Kell.**

Wöchentlich eine Nummer von einem Bogen in schmal gr. 4.
Auf feinem Velinpapier. Mit vielen Illustrationen.
Preis vierteljährlich nur **15** Ngr.

Aeltern und Lehrer, die Kindern gern eine unterhaltende, Geist und Herz bildende Lectüre gewähren, machen wir darauf aufmerksam, und bemerken, daß alle Buchhandlungen und Postämter darauf Bestellungen annehmen. Auch können auf diesem Wege Probenummern und Prospecte bezogen werden. [2313]

Leipzig, am 15. Juni 1847. **Brockhaus & Avenarius.**

Im Verlage von **G. J. Manz** in **Regensburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: [2315]

Brunner, Dr. S., **Der Nebeljungen Lied.** 2. Aufl. 8. Geh. 1 Fl. 12 Kr. od. 22½ Ngr. (18 gGr.)

Schon lange wurde von diesem Werkchen, welches als eine beißende Satire auf die Religionsstürmer und Weltenverbesserer gegen die verderblichen Richtungen der jetzigen Zeit gerichtet ist und überall großen Anklang fand, eine wohlfeile Ausgabe gewünscht, welche hiermit geboten wird.

Stegmayer, C., **Novellen** und **Novelletten.** 8. Geh. 1 Fl. 45 Kr. od. 1 Thlr.

Sykophanten, Alte, römische Delatoren und moderne **Denuncianten.** Eine Betrachtung mit besonderer Rücksicht auf das Treiben der heutigen Tagespresse. Gr. 8. Geh. 30 Kr. od. 10 Ngr. (8 gGr.)

Theoretische Preisaufgabe,

im Jahre 1847 von der königl. norwegischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Drontheim ausgesetzt:

Welche Bedeutung für die geistige Entwickelung eines Volkes haben die Bestrebungen für die nationale Selbständigkeit seiner Sprache?

Wer diese Frage befriedigend beantwortet, wird mit der größern goldenen, 18 Speciesdukaten wiegenden Medaille der Gesellschaft belohnt, und erhält außerdem, wenn er nicht schon Mitglied der Gesellschaft ist, das Diplom zur Aufnahme in dieselbe zugesandt. Die Abhandlung, welche das Eigenthum der Gesellschaft bleibt, wird in die Schriften derselben aufgenommen, sowie besondere Exemplare auf Verlangen des Verfassers ihm zugestellt werden. Wer weniger befriedigend die Frage beantwortet, wird mit der kleinern, 8 Speciesdukaten wiegenden goldenen Medaille belohnt, und die Abhandlung wird im Archive der Gesellschaft aufbewahrt, nicht aber gedruckt. Die Beantwortung, die in der lateinischen, französischen, deutschen, schwedischen oder norwegischen Sprache geschrieben sein kann, muß **postfrei**

binnen Ende Juni 1848

an die Direction der Gesellschaft ohne Namenunterschrift des Verfassers, allein mit einer Devise versehen und von einem versiegelten Zettel begleitet, der auswendig dieselbe Devise, inwendig aber den vollen Namen, Stand und Aufenthaltsort des Verfassers trägt, eingesandt sein. Die eingegangenen Abhandlungen werden von der Direction und den zu Drontheim anwesenden Mitgliedern derjenigen Klasse, worunter sie ihrem Inhalt nach gehören, beurtheilt. Wenn einer Abhandlung irgend einer der beiden Preise zuerkannt ist, wird der Namenszettel in der feierlichen Versammlung der Gesellschaft am Geburtstage Sr. Majestät des Königs im Jahre 1849 geöffnet, wonach der Name des Verfassers proclamirt und in den nämlichen Zeitungen, in welchen die Preisfrage angeführt ist, bekannt gemacht wird. Wenn eine Abhandlung die Belohnung der Gesellschaft nicht zu verdienen befunden wird, bleibt der Folgezettel ungeöffnet, und der Verfasser kann diesen sowol als die Abhandlung selbst zurück erhalten, wenn solches binnen Jahresfrist nach der Einsendung gefodert wird. Nach dieser Zeit ist die Gesellschaft für dieselbe nicht mehr verantwortlich.

Drontheim, im Mai 1847. [2324]

Bekanntmachung.

Mit dem 1. November l. J. beabsichtige ich ein **Lehr- und Erziehungs-Institut für Töchter** höherer Stände hier zu eröffnen und ersuche alle Diejenigen, welche mir ihre Kinder oder Pflegebefohlenen anvertrauen wollen, mich möglichst bald davon in Kenntniß zu setzen.

Der Unterrichtsplan umfaßt alle Zweige des Wissens, und hat neben einer sittlichen, religiösen Erziehung und körperlichen Pflege sich vorzugsweise auch die Aufgabe gestellt, die Kinder mit der englischen und französischen Sprache so vertraut zu machen, daß sie dieselbe mit Leichtigkeit schreiben und sprechen. Das Nähere ist schriftlich oder mündlich bei mir zu erfragen.

Leipzig, den 8. Mai 1847. ***Ottilie von Steyber,***

[2325] per Adresse Herrn **Friedrich Brockhaus.**

In der **Grobius'**schen Buch- und Kunsthandlung (**Carl Reimarus**) in **Berlin** ist soeben in Commission erschienen und kann durch alle Buch- und Kunsthandlungen des In- und Auslandes bezogen werden: [2312]

Preußens Monarchen.

Sieben nach den besten Originalgemälden von Schertle lithographirte Bilder.

Nebst historischer Einleitung herausgegeben von **Rudolph Freiherrn von Stillfried-Rattonitz,**

K. Kammerherrn und Vice-Ober-Ceremonienmeister.

Sauber gebunden. 11 Thlr. 10 Sgr.

Im Verlage von **Johann Friedrich Hartknoch** in Leipzig ist eben erschienen und durch alle Buchhandlungen für 27 Ngr. zu beziehen:

Die schlesischen Stände,

ihr Wesen, ihr Wirken und ihr Werth in alter und neuer Zeit,

von

Heinrich Wuttke.

In Umschlag geheftet. 15½ Bogen.

Diese Schrift gibt durch die Betrachtung der Landstände einer Provinz zum ersten Male den vollständigen Nachweis der bei allen Provinziallandtagen gleichmäßig vorherrschenden Bestrebungen und damit das erste richtige Bild der ständischen Verfassung Preußens. [2309]

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 17. Jun. **Romeo und Julia,** Trauerspiel nach Shakspeare von Schlegel. Julia, Frl. Unzelmann.

Freitag, 18. Jun. Bei erhöhten Preisen, jedoch **im Abonnement.** Zum zweiten Male: **Der Liebestrank,** komische Oper in 2 Acten nach dem Italienischen von Jg. Brincke. Musik von Donizetti. Adina, Frl. von **Marra.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Moriz Hahn in Pulsnitz mit Frl. Wilhelmine Kittau in Lausnitz. — Hr. Ferdinand Lehmann in Pölzig mit Frl. Henriette Rothe in Altenburg. — Hr. Hermann Pfau in Zwickau mit Frl. Minna Frisch. — Hr. J. Wernthal in Nordhausen mit Frl. F. Braun in Wolfenbüttel.

Getraut: Hr. Cäsar Beuther in Berlin mit Frl. Anna Schneidert. — Hr. Oberlandesgerichtsassessor Adolf v. Leipziger in Marienwerder mit Frl. Laura v. Stangen aus Littschen. — Hr. J. Mangold in Köln mit Frl. Eh. Geuer.

Geboren: Hrn. H. Corthum in Köln ein Sohn. — Hrn. Bernhard Dahmen in Köln eine Tochter. — Hrn. Louis Handwerck in Borna eine Tochter. — Hrn. Dr. Kormann in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Militairintendanturrath Messerschmidt in Breslau ein Sohn. — Hrn. Stadtschultheiß C. D. Weise in Renneburg eine Tochter. — Hrn. K. D. Wolff in Berlin ein Sohn.

Gestorben: Hr. Kaufmann K. S. Bernheim in Berlin. — Hr. Justizrath Brumhard in Rhoden. — Hr. Kaufmann J. H. Caspari in Berlin. — Frau Bürgermeister Dörffel in Oberlawalde. — Frau A. F. L. Hagnow in Berlin. — Frau Christiane Wilhelmine Heym in Freiberg. — Hr. Superintendent Diederich Kobbe in Ihlienworth. — Hr. Johann Rieper in Leipzig. — Hr. Amtslandrichter Gottlob Friedrich Welk in Wermsdorf. — Hr. Dr. Franz Joseph Wittmann in Mainz.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Bestellungen, welche man zeitig zu machen bittet, um die Exemplare vollständig liefern zu können, nehmen alle Postämter und Zeitungsexpeditionen an.

Der vierteljährliche **Abonnementspreis** ist für Sachsen 2 Thlr.; die Gebühren für **Inserate aller Art** betragen für den Raum einer gespaltenen Zeile 2 Ngr.

Leipzig, im Juni 1847.

F. A. Brockhaus.

Freitag — Nr. 169. — 18. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Uebersicht.

Deutschland. Pferdemetzgerei in **München**. — Rauchfreiheit in **München**. — Turnanstalt in **Augsburg**. .*.**Aus dem Erzgebirge**. Die Deutsch-Katholiken in Gelenau. **Freiberg**. Der Bergbau in Australien. — Der mannheimer Turnverein. ✶**Weimar**. Gesetze. *Homburg. Die Feldgerichte. *Frankfurt a. M. Das Turnwesen. Die Kipper.

Preußen. Berlin. Landtag. ✶Berlin. Der Secretair des breslauer Domcapitels. (+) Berlin. Der Landtag. Die Communisten. ✶**Aus Preussen**. Die Ritterakademie zu Bedburg. Das Bescholtenheitsgesetz. *Aus der Provinz Preussen. Hr. v. Schaper. Hr. Kniewel. Köln. Localblatt. Suppenanstalt. — Handelscongreß.

Oesterreich. Das pesther Comitat. Berichtigung. zKrakau. Die Nachverzollung. Die Eisenbahn.

Großbritannien. Unterhaus. Die Actenstücke über die portugiesischen Wirren. Die hohen Gäste.

Frankreich. Parlament. Die Credite für Algerien. Die Zeitungen. Graf Duchatel. Königin Christine. Handelsvertrag mit Griechenland. ✶Paris. Die Corruption.

Italien. *Rom. Der Papst. — Das Herz O'Connell's.

Rußland und Polen. Die Baarfonds in der Expedition der Creditbillets.

Griechenland. Die Differenz mit der Pforte.

Türkei. Konstantinopel. Rekrutirung.

La Platastaaten. Zustände in Montevideo.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. †Leipzig. Die Versammlung der Lehrer der Real- und höhern Bürgerschulen. — Donizetti.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Danzig. Getreide. *Leipzig. Wollmarkt. Budissin. Wollmarkt. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Aus **München** vom 14. Jun. schreibt der Nürnberger Correspondent: „Auf Veranlassung des münchner Vereins gegen Thierquälerei dürfen wir demnächst der Verleihung einer Concession zum Pferdefleischschlachten und -Verkauf entgegensehen, einer sogenannten Pferdemetzgerei. Das königl. Landgericht Au hat ein desfalls eingereichtes Gesuch sehr günstig begutachtet; die Sache liegt jetzt bei der höchsten Stelle vor.“ — Durch Signat vom 11. Jun. hat, wie die Würzburger Zeitung aus **München** anzeigt, der König das bisher bestandene Verbot des Tabackrauchens in der Stadt aufgehoben; nur für den Hofgarten und den Residenz-(Max-Joseph's-) Platz besteht dasselbe fort.

— In **Augsburg** ist am 13. Jun. die neu errichtete städtische Turnanstalt eröffnet worden.

.*. **Aus dem Erzgebirge**, 15. Jun. Lange genug haben wir stillschweigend es geschehen lassen, daß den Deutsch-Katholiken zu Gelenau in verschiedenen Blättern Schmähungen und Kränkungen aller Art bereitet worden sind, ohne daß nur Eine Stimme sich gegen solche unbefugte Gewissensrichter (wie sie z. B. in mehren Nummern des Wochenblattes für die Städte Thum, Geier und Ehrenfriedersdorf, redend auftreten) erhoben hätte. Auch wir würden wenigstens das genannte Blatt unberücksichtigt gelassen haben, wenn nicht die Parteisucht und Leidenschaftlichkeit in einigen Aufsätzen desselben so weit ginge, daß über sämmtliche Deutsch-Katholiken der bitterste Tadel ausgesprochen ist, weil diese die Gelenauer in ihre Gemeinschaft aufgenommen haben, und daß die beiden Geistlichen, welche den ersten Gottesdienst für die Deutsch-Katholiken in Gelenau geleitet haben, geradezu der Proselytenmacherei, des Eindringens in die Gemeinde beschuldigt und öffentlich als Delinquenten hingestellt werden. Da obengenanntes Wochenblatt nur in einem kleinen Kreise gelesen wird, so hat man auch vorliegende Zeitung benutzt, um diesen christlichen Geist hinaus in die Welt wehen zu lassen. (Siehe Nr. 157 und 164 der Allgemeinen Deutschen Zeitung.)

Es ist übrigens ein alter Modus, daß man an das richterliche Schwert der Obrigkeit appellirt, um Diejenigen bestraft zu sehen, gegen welche man keine Waffe besitzt, und welche nichts verbrochen haben, als daß sie nicht im Sinne jener Partei gehandelt. Wir wollen uns jedes Urtheils über das ganze Ereigniß zu Gelenau enthalten, um nicht in jenen Fehler zu verfallen, den die HH. Einsender des Artikels in Nr. 157 begangen haben, um nicht Richter in eigner Sache zu sein; wir wollen nur das rein Geschichtliche dieses Ereignisses in Kürze darstellen und es dann dem unparteiischen Urtheile der Leser anheimgeben, was sie von der Sache halten wollen.

Es ist wahr, daß der letzte Impuls zum Uebertritte der 800 gelenauer Protestanten zum Deutsch-Katholicismus die Unzufriedenheit mit der von Seiten der Collaturbehörde erfolgten Wahl bei Besetzung des dortigen Pfarramtes gewesen; es ist wahr, daß dieser Beweggrund kein lauterer, kein religiöser genannt werden kann. Allein darüber viel zu sagen ist unklug. Das gesetzliche Erforderniß zum Uebertritt ist kein anderes, als daß Jemand sich vor Gericht erkläre: „Ich will übertreten“, und sich darüber durch einen Meldeschein ausweise. Diese Erklärung ist von Seiten der gelenauer Dissidenten abgegeben worden, und dieselben haben sich zu einer selbständigen Gemeinde legal constituirt. Das Uebrige ist Sache ihres Gewissens, und darüber zu richten steht Gott allein zu. Daß es aber auch noch im 19. Jahrhundert Vielen schwer, ja unmöglich wird und bleibt, sich alles Einmischens in dieses göttliche Richteramt zu begeben, beweisen die Artikel, welche in unserm Vaterland über die gelenauer Angelegenheit veröffentlicht worden sind. Es ist ferner auch darum unklug, viel Redens zu machen über die Motive des Uebertritts in Gelenau, weil wir dadurch nur Anlaß geben, daß Andere auf die Beweggründe zu den von je her stattgefundenen Confessionswechseln überhaupt aufmerksam gemacht werden, und im Rückblick auf die Geschichte der den Gelenauern gemachte Vorwurf auf gar viele Personen und auf alle Confessionen zurückfällt. Es ist endlich auch darum unklug, weil durch dieses Urtheilen und Aburtheilen über eine reine Gewissenssache Anderer ein Geist sich kundgibt, der von den Verfassern eines Aufsatzes, insofern diese einen besondern Stand repräsentiren, vertreten, nur zu leicht als Gesammtgeist einer Gegend von den Gegnern bezeichnet und anerkannt und als solcher zur Ursache des Uebertritts gemacht werden kann. Es ist zuletzt auch darum unklug, viel von unlautern Beweggründen, von Halsstarrigkeit, von Eigennutz, von religiösem Indifferentismus ꝛc. zu reden, weil nicht Jedermann dies bei der Erscheinung als einer Wirkung und darum auch nicht blos bei dem bezeichneten Indifferentismus ꝛc. stehen bleibt, sondern nach dessen Ursache forscht und weiter fragt: Auf welchem Boden ist diese fremde Pflanze gewachsen? Da sie mit Einem Mal in so großer Menge gewachsen ist, haben etwa doch die Gärtner dort dazu Anlaß gegeben? Oder liegt es in der Luft, etwa in der Westluft, die von der Mulde hinaufweht? Aber wir können auch nicht begreifen, warum wir unsere Landsleute so unangefochten nach Amerika, in die neue Welt, auswandern lassen, warum wir ihnen nicht auch einen ausreichenden Vorrath von Schmähungen nachschicken, und über die Amerikaner nicht losziehen und sie nicht beschuldigen, daß sie Auswanderer, die ihrem Vaterlande treulos geworden sind und nicht länger den Gesetzen desselben gehorchen, aufnehmen?

Was weiter über den ersten deutsch-katholischen Gottesdienst berichtet worden ist, trägt ein Gepräge an sich, das wir nicht mit einem Namen bezeichnen wollen. Von Proselytenmacherei kann nur noch da die Rede sein, wo die Rechtgläubigkeit und der Glaubensdünkel wohnen. Die bezeichneten zwei deutsch-katholischen Geistlichen sind gewiß längst im Reinen, was sie von den confessionellen Unterschieden zu halten haben. Wer diese beiden Männer kennt, dem kann ein solcher Vorwurf nur Lächeln abzwingen.

Mehr gegründet scheint der Vorwurf, daß dieselben durch das Gottesdiensthalten unter freiem Himmel am Himmelfahrtsfeste gegen alle gesetzliche Vorschrift gehandelt haben. Wenn wir aber erwägen, daß die gelenauer Dissidenten bei ihrem Auftreten von Seiten der Deutsch-Katholiken weder irgend einen Anhang, noch eine Hülfe, noch eine Zustimmung erhalten haben, daß sie in Annaberg durch Dr. Bauer aus Dresden mit entschiedenem Ernste zurückgewiesen und bei ihrer Constituirung als Gemeinde von allen Deutsch-Katholiken ohne Rath und Hülfe gelassen worden sind, sodaß sie erst durch Advocaten das Wissensnöthige erfahren mußten; wenn es Thatsache ist, daß ihnen ein früheres Ansuchen um Abhaltung eines Gottesdienstes geradezu abschlägig beantwortet worden: so müssen doch Gründe vorhanden gewesen sein, denen gemäß sich die beiden Geistlichen für berechtigt hielten zur erwähnten Gottesdienstfeier; denn wir glauben nicht, daß sie aus Unkenntniß des Gesetzes, noch weniger aber in der Absicht, ein Gesetz zu verletzen, diesen Schritt gethan haben. Wir wollen hier nicht als ihre Vertheidiger auftreten; allein wir geben ihren Anklägern nur zu bedenken, daß es in der Generalgerechtigkeit §. 11 Litt. b heißt: „Es darf die Ausstellung des Meldescheins, wenn die

betreffende Person bei ihrem Entschlusse beharrt und dispositionsfähig ist, in keinem Falle über vier Wochen verzögert werden." Sind aber die vier Wochen nach der Anmeldung vorüber, so haben die Uebertretenden die legalen Schritte gethan und die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt. Der Uebertritt ist als vollendet zu betrachten, wenn es auch nicht möglich war, wie es in Gelenau bei der großen Anzahl von Uebertretenden der Fall gewesen ist, die erforderlichen Meldescheine sogleich beizubringen. Daß dies keine willkürliche Präsumtion sei, geht aus der Verordnung des Cultusministeriums hervor, welche durch den Stadtrath in Dresden an den Pfarrer Bauer wegen Abhalten eines Gottesdienstes in Gelenau ergangen ist, und in welcher es ausdrücklich heißt, daß „der Austritt der Dissidenten als vollendet angesehen werden kann". Aber auch jetzt haben sie ihre Meldescheine noch nicht, wie damals. Die Vierwochenfrist war am Himmelfahrtstage längst vorüber, und darum gingen jene zwei Geistlichen im Auftrage ihrer Gemeinden nach Gelenau, um den ersten Gottesdienst daselbst zu feiern.

Den Gottesdienst im Freien zu halten kam ihnen sicher nicht in den Sinn. Der Pachter des herrschaftlichen Gasthauses erklärte sich am Vorabende vor Christi Himmelfahrt als einverstanden, daß in dem Tanzsaale seines Hauses der Gottesdienst stattfinden könne. Erst als der Gottesdienst bald seinen Anfang nehmen sollte, äußerte sich der Wirth, er habe die Sache genauer überlegt, er mache sich zu viele Leute zu Feinden, er werde in seinem Geschäfte beeinträchtigt ꝛc., wenn er den Gottesdienst in seinem Hause gestatte. Ein anderes Local war nicht vorhanden, und darum sahen sich die Betreffenden in die traurige Nothwendigkeit versetzt, entweder den Gottesdienst gänzlich aufzugeben und dadurch den Gegnern der Deutsch-Katholiken Anlaß zu geben zu neuen Kränkungen und Verspottungen gegen die junge Gemeinde, oder die Nothwendigkeit über die Verordnung zu erheben. Sie zogen das Letztere vor in der Absicht, daß eben durch den Gottesdienst am sichersten die entzweiten und gereizten Gemüther wieder versöhnt werden sollten. Daß diese Absicht großentheils erreicht worden ist, werden Tausende in und um Gelenau bestätigen. Wollte Gott, daß man allenthalben dahin wirkte, den Frieden aufrecht zu halten, und dazu tauglichere Mittel wählte als öffentlichen Tadel, lieblosen Richten, harte Beleidigung und fortwährendes Aufregen der Parteien!

Freiberg, 14. Jun. In wenigen Tagen werden zehn Bergleute von hier nach Adelaide in Australien auswandern, zugleich mit dem Dr. Bruhn, der als Bergwerksdirector dahin geht. Der Metallreichthum jener Gegend mag wirklich groß sein und die Ausbeutung zunächst nur Leute vom Fache erheischen, um wichtig zu werden; namentlich verspricht die Känguru-Insel viel. Durch den deutschen Mineralogen Menge, welcher sich dort seit 9 Jahren befindet, sind nicht allein Blei- und Kupfergruben, mehr als man kannte, aufgefunden worden, derselbe hat auch Quecksilber-, Silber-, Eisen-, Mangan- und Zinkerze, und in den Alluvionen Gold, Platin, Irid ꝛc. entdeckt. Vor zwei Jahren schon wurde eine größere Anzahl von Bergleuten vom Harz für jene Gegend engagirt, und diese sollen sich in ihrer neuen Heimat wohl befinden. (L. Z.)

— Aus **Karlsruhe** vom 13. Jun. berichtet die Karlsruher Zeitung: „Die dem Deutschen Bunde gegenüber bestehende Verpflichtung der Regierung, keinerlei politische Vereine zu dulden, hat das Ministerium des Innern bewogen, durch Beschluß vom 11. Jun. nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. Oct. 1833 den Mannheimer Turnverein aufzulösen und die fernere Theilnahme daran bei Vermeidung der in jenem Gesetze angedrohten Strafen zu verbieten. In Anerkennung des Werthes des Turnens an sich hat jedoch das Ministerium des Innern (dem Antrage der Kreisregierung gemäß) zugleich ausgesprochen, daß der neuen Bildung eines Turnvereins nichts in den Weg zu legen sei, wenn derselbe ausreichende Garantien biete, daß er wirklich nur mit dem Turnen sich beschäftige und sich von politischem Treiben fern halte."

* **Weimar**, 15. Jun. Unter den mehren Gesetzen, welche in dem Regierungsblatte vom gestrigen Tag als Resultate des Landtags publicirt werden, heben wir namentlich zwei hervor. Eins, womit das aus dem römischen Recht abgeleitete Vorrecht des Fiscus, des Regenten und dessen Gemahlin, fremde Sachen und Rechte durch Veräußerung an Dritte vollgültig zu übertragen, für die Zukunft außer Anwendung gesetzt und, mit der Landesgesetzgebung übereinstimmend, nunmehr festgestellt wird, daß die von jetzt an bewirkten Veräußerungen durch den Fiscus sowie durch den Landesfürsten oder dessen Gemahlin keine stärkere Wirkung haben sollen als Veräußerungen durch Privatpersonen; daß vielmehr jene Veräußerungen allen bei letztern geltenden Rechtsgrundsätzen unterliegen sollen. Das andere von uns genannte Gesetz betrifft die Arrogationen und Adoptionen, in Bezug auf welche der gesetzlich und gerichtsbräuchlich stattfindenden Verschiedenheit wegen der äußern Form derselben die allgemein gültige Bestimmung gegeben wird, daß jede Arrogation und Adoption im weitern Sinne, welche von jetzt an stattfinden wird, außer den sonstigen gesetzlichen Erfordernissen als nothwendiges Requisit ihrer Gültigkeit die landesherrliche Bestätigung erfodern soll und die Gültigkeit der bestehenden Adoptions- und Arrogationsverträge lediglich nach den Rechten und nach der Verfassung desjenigen Landestheils, in welchem sie errichtet wurden, zu beurtheilen sei. Von Wichtigkeit ist noch ein drittes dieser Gesetze, vermöge dessen fortan in diesem ganzen Lande in allen Criminalsachen, in welchen die Landesregierungen in erster Instanz ein Erkenntniß gesprochen haben, den Angeschuldigten das Rechtsmittel der Appellation an das Oberappellationsgericht zustehen soll und durch welches die Dem entgegenstehenden bisherigen gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden.

* **Homburg**, 14. Jun. Die Feldgerichte, welche in dem Amte Homburg bestehen, haben unter Anderm vermöge ihrer Instruction eine Obliegenheit auf sich, deren Ausübung unter Umständen sehr wohlthätig einwirken kann, die nämlich, nachlässige Landbebauer zu beaufsichtigen. Diese Beaufsichtigungspflicht ist namentlich im jetzigen Jahre von Wichtigkeit, wo vielen unbemittelten Landbebauern die nöthige Saatgerste und Steckkartoffeln verlagsweise auf öffentliche Kosten verabreicht worden sind. Daß diese Leute damit nicht unredlich verfahren, etwa den Samen anderweit verbrauchen und darüber den Anbau vernachlässigen, liegt sehr im Interesse des Gemeinwohls. Es ist daher eine dankenswerthe Maßregel unsers Verwaltungsamtes, wenn es in einem soeben bekannt gewordenen Erlasse jene Feldgerichte anweist, sich davon Ueberzeugung zu verschaffen, daß die gelieferten Saatfrüchte auch wirklich zu dem beabsichtigten Behuf verwendet worden sind, diejenigen Begüterten aber, welche etwa ihre Grundstücke ganz oder zum Theil unbebaut haben liegen lassen, zur Anzeige zu bringen.

* **Frankfurt a. M.**, 15. Jun. In diesen letzten Tagen war hier das Gerücht verbreitet, die in mehren deutschen Staaten wieder mehr und mehr aufblühenden Turnvereine würden in Folge eines Bundesbeschlusses sämmtlich aufgehoben und das Turnen fortan nur als ein Zweig des Schulunterrichts geduldet und behandelt werden. Ein solcher Beschluß ist jedoch, wie man von zuverlässiger Seite vernimmt, nicht gefaßt. Es soll an die verschiedenen Regierungen lediglich das Ansuchen ergangen sein, sorglichst darüber zu wachen, daß die Turnvereine nicht den Charakter politischer Gesellschaften annähmen, und daß die Turnerei nicht als Deckmantel für politische Bestrebungen und Richtungen benutzt werde. Dem zufolge sind denn auch bereits, wie verlautet, mehre Turnvereine in den Großherzogthümern Baden und Hessen durch polizeiliche Verfügungen geschlossen worden, ohne daß jedoch eine Wiederherstellung solcher Vereine auf andern Grundlagen an den Orten, wo die aufgelösten Gesellschaften bestanden hatten, gehindert werden würde. — Unsere Polizeibehörde hat den sogenannten Kippern (Unterhändlern) den Zutritt zu dem hiesigen Viehmarkte streng untersagt, nachdem eine Untersuchung zur Enthüllung vielfacher schreiender Mißbräuche solchen Zwischenhandels geführt hat. Diese Leute, sämmtlich Angehörige von Nachbarstaaten, verlieren durch diese im allgemeinen Interesse gefaßte Maßnahme, die sich übrigens auf längst bestehende Gesetze gründet, eine sehr ergiebige Einnahmequelle; sie wendeten sich dem Vernehmen nach an ihre resp. Regierungen um eine Verwendung für Rücknahme dieses Verbots, ein Gesuch, dem jedoch nicht gewillfahrt werden konnte.

Preußen.

Berlin, 16. Jun. In der Sitzung der vereinigten Curien am 12. Jun. sprach zuvörderst Graf Merveldt gegen mehre Vorschläge in Betreff der Klassensteuer. Nicht darin sei Gerechtigkeit, einen großen Theil der Bevölkerung auf einmal gänzlich zu entlasten und die Last einem andern Theil aufzulegen, sondern darin, daß ein Jeder nach seinen Kräften steuere. Der Armuth abzuhelfen, sei nichts unzweckmäßiger, als wenn man der geringern Klasse einige Silbergroschen auf das ganze Jahr nachlasse und dafür die Wohlhabendern, von denen doch zunächst die Beschaffung des Arbeitsverdienstes ausgehen müsse, durch bedeutende Erhöhung ihrer Steuern entmuthige. Was werde es im Lande für einen Eindruck machen, wenn man mit einer Verdoppelung der Klassensteuer vom Landtage zurückkehre? Abg. Dittrich empfahl nochmals sein Amendement. Abg. Wilde fand die Einwürfe gegen die Mahl- und Schlachtsteuer in der Theorie begründet, aus den ehrenwerthesten Motiven geflossen, aber praktisch unerheblich. Nachtheile habe jede Steuer. Auch in England sei man mit schwerem Herzen an die Einkommensteuer gegangen. Auch dürfe man sich in finanziellen Dingen nicht vom Gefühle hinreißen lassen. Dann ward über die Fragstellung gesprochen, wobei der Landtagscommissar unter Anderm erklärte, daß es der Regierung von Interesse sei, die Ansichten der Versammlung, auch wenn sie zunächst zu keinem praktischen Ergebnisse führten, zu vernehmen, da über kurz oder lang doch wesentliche Veränderungen in der Besteuerung schon deshalb eintreten müßten, weil in Folge des langen Friedens das Vermögen sich immer mehr concentrire und die jetzige Besteuerung nicht ausreiche, den Reichthum verhältnißmäßig zu den Staatslasten heranzuziehen. (Zustimmung.) Abg. Küpfer ließ durch einen Secretair eine Abhandlung M'Culloch's über die Einkommensteuer verlesen, worauf sich Abg. Hansemann erbot, eine sehr große Abhandlung im entgegengesetzten Sinne vorzulesen. In Frankreich, meinte Hr. Küpfer weiter, denke Niemand an Abschaffung des Octroi. Der Abg. Möwes zollte den geäußerten philanthropischen Ansichten „alle Anerkennung", behauptete aber, daß durch sie „an und für sich auch rein gar nichts erreicht" würde; Arbeit solle man den Armen schaffen, das sei nöthiger, und die Fabrikanten sollten sich ihrer Arbeiter in Zeiten der Noth annch-

Digitized by Google

men. Geschrieben hätten gegen die Mahl- und Schlachtsteuer nur betheiligte Gewerbtreibende und „Literaten, die vielleicht für jene die Feder ergriffen". Andere Städte bezögen aus einer Spielbank Einkommen. Die wahre Vertretung der Armen bestehe nicht in Worten und Reden, sondern im Handeln, und darin gingen die Städte voran. (Vielfaches Bravo.) Bei der Einkommensteuer sei keine Gleichmäßigkeit zu hoffen. Er würde die Städte bedauern, deren Bürgerschaft man dadurch zum Gemeinsinn bringen müsse, daß man ihnen die Steuern fühlbar mache. (Vielfaches lautes Bravo.) Graf Arnim widerrieth, unter großem Beifall, sich über ein Princip zu entscheiden, und schlug eine neue Formulirung des zu fassenden Beschlusses vor. Nachdem noch lange über die Fragstellung gestritten worden und viele Redner noch sich zum Vortrage drängten, beschloß die Versammlung mit 286 gegen 216 Stimmen den Schluß der Berathung, und es ward die Frage: „Beschließt die Versammlung, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer unter der Voraussetzung zu befürworten, daß an Stelle derselben eine Einkommensteuer trete?" mit 311 gegen 204 Stimmen verneint. Nachher vertheidigte Hr. Hansemann die Stadt Aachen in Betreff der Spielbank gegen den Abg. Möwes. Ein von ihm gestelltes, eine Annäherung der Klassensteuer an die Einkommensteuer vermittelndes Amendement fand keine Mehrheit. Dagegen ward folgender Antrag des Grafen Arnim: „Indem der Vereinigte Landtag Bedenken trägt, schon jetzt seine Zustimmung zu einem Gesetze zu ertheilen, welches durch die Einführung einer Einkommensteuer nur die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer erreichen würde, erkennt derselbe an, daß im Wege der Gesetzgebung — zur Verwirklichung des Grundsatzes einer der Steuerfreiheit verhältnißmäßig entsprechenden Besteuerung der verschiedenen Klassen der Einwohner — auf eine Erleichterung der Abgaben der ärmsten Klassen nicht allein in den mahl- und schlachtsteuer-, sondern in gleicher Weise in den klassensteuerpflichtigen Orten hinzuwirken sein wird, und daß die wohlhabenden Klassen den hierdurch entstehenden Ausfall, so weit es nöthig, zu decken im Stande sein dürften. Derselbe bittet daher Se. Maj., die Erreichung dieses Zweckes huldreichst in anderweite Erwägung nehmen und dem nächsten Vereinigten Landtage deren Ergebnisse vorlegen lassen zu wollen", mit 248 gegen 232 Stimmen angenommen. (A. P. Z.)

Ⲗ **Berlin**, 17. Jun. Gestern gegen 1 Uhr Mittags fand in dem hiesigen Criminalgericht eine der interessantesten Verhandlungen statt, welche seit der Oeffentlichkeit derselben vorgekommen sein möchten. Der Fall betraf den Proceß des **breslauer Domcapitels** wider den ehemaligen fürstbischöfl. Knauer'schen Secretair Nidecki, welcher vor einem Jahre von dem Fürstbischof Diepenbrock „aus dringenden Gründen" entlassen worden und gegenwärtig in Berlin dem Elende preisgegeben ist. Der Angeklagte hat einen Brief an den Hrn. v. Diepenbrock erlassen, worin dieser grobe Beleidigungen gegen die „bischöfliche Behörde" entdeckt und die letztere aufgefodert hat, den Beleidiger gerichtlich zu verfolgen. Nidecki hat vor Gericht seine in dem erwähnten Briefe niedergelegten Behauptungen wiederholt, sich zum Beweise derselben erboten und den Einwand der Verität erhoben. In Folge der gestrigen Verhandlung hat das Gericht sowie der Staatsanwalt diesem Einwande stattgegeben, und es tritt nun die Nothwendigkeit ein, den Beweis nach den Anträgen des Nidecki durch Avocation der breslauer Bisthumsacten aufzunehmen. In seinem Briefe an Hrn. v. Diepenbrock hat der Angeklagte die bischöfliche Behörde „frevelhafter Betrügerei" beschuldigt, indem sie vielfach und in hohen Beträgen die von einzelnen Geistlichen verübten Defecte an den von der Kirche garantirten milden Stiftungen niedergeschlagen habe. Die Acten sollen voll solcher Niederschlagungsdecrete sein, da sie überall vorkommen, wo bei der Regulirung des Nachlasses der Geistlichen dieser sich als unzureichend zur Deckung der Defecte darstellt. Vielleicht überzeugt man sich bald von der Nützlichkeit der Uebertragung dieser Nachlaßregulirungen an die weltliche Behörde. Schon seit längerer Zeit hat die in Leipzig erscheinende, von Dr. Zille redigirte „Allgemeine Zeitung für Christenthum und Kirche" auf interessante Enthüllungen hingewiesen, welche aus diesem Processe hervorgehen würden. Sobald die entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt sind, wird die Verwaltung der breslauer Diöcese nach dem Inhalte der Acten öffentlich beleuchtet werden. Abschriften der betreffenden Actenstücke sind reichlich zur Hand.

(+) **Berlin**, 15. Jun. Der **Landtag** geht allmälig seinem Ende entgegen. Eine vollständige Erledigung der vorliegenden Geschäfte ist ganz unmöglich; es sind z. B. noch gegen 250 Petitionen zu berathen. Die meisten Abgeordneten sehnen sich auch schon seit längerer Zeit sehr nach Hause; eine ziemliche Zahl ist bereits abgereist, täglich verlassen noch mehr Berlin. Es ist eine Landtagsmedaille in Arbeit, welche jedem Mitgliede des ersten preußischen Landtags eingehändigt werden soll.

Man erinnert sich, daß am Ende des vorigen Jahres hier in Berlin eine Menge Handwerksgesellen ꝛc. wegen sogenannter **communistischer Umtriebe** verhaftet wurden; gegen die meisten wurde alsbald wieder Freilassung verfügt, vier aber waren bis jetzt auf der hiesigen Stadtvoigtei in Gewahrsam, also ein volles halbes Jahr. Heute war der Proceß derselben endlich vor dem Criminalgerichte zum Spruche reif, die Verhandlung war aber nicht öffentlich, sondern bei geschlossenen Thüren. Sämmtliche Vier sind heute vom Criminalgerichte freigesprochen und sogleich, nach halbjähriger Untersuchungshaft, aus dem Arrest entlassen worden. Nur gegen den Schneider Mentel und den ꝛc. Bähring ist wegen Verbreitung verbotener Bücher eine kleine Geldstrafe erkannt, dieselbe ist aber auf ihre langwierige Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht worden.

* **Aus Preussen**, 13. Jun. Oefter ist davon gesprochen worden, daß der autonomische Adel des Rheinlandes seine unter mannichfachen Schwierigkeiten und großen Kosten zu Stande gebrachte **Ritterakademie zu Bedburg** eingehen lassen und die hochadelige Jugend wieder den Gymnasien gewöhnlicher Art anvertrauen wolle. Indeß findet sich in dem zuletzt erschienenen Programm der Akademie keine Andeutung dieser Absicht. Die Anstalt wurde von 28 Söhnen von Fürsten, Grafen und Freiherren frequentirt, ferner von drei Bürgerlichen, den Söhnen des dortigen Studiendirectors; anderweitig sind natürlich keine Kinder aus dem Bürger- oder niedern Adelstande aufnahmefähig. Die Akademie hat erst ein Mal Abiturienten zur Universität entlassen; in der dabei von dem Ritterhauptmann Grafen v. Mirbach gehaltenen Rede warnt derselbe die Jugend vor den „wagen, wechselnden Meinungen, Angaben und Urtheilen der anmaßlichen Tonangeber unserer Zeit" und verweist auf die den abgehenden Zöglingen bisher eröffneten Quellen untrügerischer Weisungen und Wahrheiten. Vielleicht gelangt man mit der Zeit zu der Ansicht, daß diese „untrügerischen Weisungen und Wahrheiten" in Bedburg nicht anderer Natur sein dürfen als auf den gewöhnlichen Gymnasien, und dann würde es höchst wahrscheinlich geschehen, daß der hohe Adel des Rheinlandes seine exclusive Erziehungsanstalt auflöste. — Hinsichtlich des **Bescholtenheitsgesetzes**, dessen Erörterung auf dem Landtage so viele Zeit weggenommen hat, ist die Meinung laut geworden, daß ein einziger Paragraph, besagend: „Der Landtag entscheidet durch Stimmenmehrheit über die Frage, ob ein Mitglied desselben wegen Bescholtenheit auszuschließen sei", genügt haben würde. In England sind nur zwei Bestimmungen über Bescholtenheit von Parlamentsmitgliedern vorhanden; die Ausschließung erfolgt 1) wenn ein Mitglied wegen eines Criminalverbrechens „überführt" ist, und 2) wegen Bankrotts. In letzterm Falle wird das betreffende Mitglied auf ein Jahr vom Parlament ausgeschlossen; hat es in dieser Zeit seine Angelegenheiten geordnet, so ist es im Parlamente wieder zuzulassen.

* **Aus der Provinz Preussen**, 13. Jun. Gegenwärtig bereist der Generalpostmeister v. **Schaper** unsere Provinz; in Königsberg hofft man, daß seine Anwesenheit förderlich auf die Bestimmungen wegen des zu erbauenden neuen Postgebäudes sowie auf Erweiterung der Stadtposten einwirken wird. — Der aus der Landeskirche ausgeschiedene Archidiakonus **Kniewel** in Danzig soll bereits seit längerer Zeit von einem englischen Missionsverein ein Jahrgehalt von 150 Pf. St. bezogen haben; er predigt jetzt in Danzig in dem Bethause der altlutherischen Gemeinde. Eine Verhandlung mit dem Generalsuperintendenten Sartorius, der aus Königsberg herbeigekommen war, hat in dem Entschlusse des Hrn. Kniewel nichts geändert.

* **Köln**, 12. Jun. Ein schon vor längern Jahren aus der Fremdenliste entstandenes hiesiges Localblatt, der „**Kölnische Anzeiger**", welches seither außer dem Fremdenverzeichniß in seinen Spalten blos Erzählungen, Anekdoten ꝛc. brachte, die es aus andern Journalen abdruckte, hat jetzt den löblichen Vorsatz gefaßt, ebenfalls ein wenig mit der Zeit fortzuschreiten. Die Redaction desselben hat angezeigt, daß sie vom 1. Jul. an die Haltung ihres Blattes wesentlich zu ändern beabsichtige; es solle von nun an namentlich den localen Interessen dienen und der treue Wiedererzähler aller Stadtneuigkeiten, der Referent alles Wissens- und Sehenswerthen in unserm vielbewegten Köln werden. Alle Aufsätze, welche dem städtischen Gemeinwesen und Bürgerthum gewidmet sind, sowie alle Mittheilungen, die in irgend einer Weise für Köln specielles Interesse haben, sollen willkommen sein, und zur Mitwirkung werden Alle eingeladen, die für das Gemeinwohl Herz und Sinn besitzen. Wir wollen hoffen, daß der Redaction viele Mittheilungen von Interesse zugehen, damit wir endlich ein bisher noch ganz fehlendes Localblatt erhalten, welches doch einigermaßen diesen Namen verdient. — Die **Suppenanstalt** des Vereins zur Abhülfe augenblicklicher Noth ist im vorigen Monate auf dringendes Anrathen der königl. Regierung von unserm Gemeinderathe durch einen Beitrag von 300 Thlr. unterstützt und dadurch sowie durch ansehnliche Gaben von Privaten ihr seitheriges Fortbestehen ermöglicht worden. Wir haben es hauptsächlich dieser Anstalt zu verdanken, daß trotz der Theuerung und vielfachen Noth unsere Stadt im verflossenen Winter von Excessen völlig verschont geblieben ist.

— „Wie man versichert, sagt die Berlinische Zeitung vom 16. Jun., sollen viele der industriellen und handelskundigen Landtagsdeputirten nächstens zu einem besondern Congreß in Verbindung mit andern ausgezeichneten Männern ihres Faches in **Berlin** versammelt werden, um noch über verschiedene wichtige Fragen des Handels und der Industrie zu berathen. Dabei sollen die Differential- und Schutzzölle sowie das Freihandelssystem vorzugsweise zur Erwägung kommen.

Oesterreich.

Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Pesth** vom 10. Jun. geschrieben: „Die gegenwärtig hier stattfindende Generalversammlung der

Stände des pesther Comitats zeichnet sich wieder durch ihre stürmischen Debatten aus. In der gestrigen Sitzung, die von Morgens 8 bis 3 Uhr Abends dauerte, wurde besonders der vom Erzherzog Stephan als Obergespan des pesther Comitats neu bestätigte Administrator v. Földváry der Gegenstand harter Angriffe, und man beschloß, im Widerspruche mit der Regierungsbestimmung, ihm den Vorsitz bei den Sedrien (Gerichtssitzungen) nicht einzuräumen. Als v. Földváry erklärte, er werde nichtsdestoweniger seine Amtspflicht erfüllen und bei den Sedrien den Präsidentenstuhl einnehmen, wurde ihm angedeutet, daß in diesem Falle Niemand von den andern Comitatsbeamten und Beisitzern bei den Sitzungen erscheinen würde. Man ist auf den Verlauf dieser Angelegenheit sehr gespannt. Die Session wird heute fortgesetzt. — Die in meinem letzten Briefe gegebene Nachricht von einem Tumult in Großwardein (Nr. 165) hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Die Sache wurde aber hier so ausführlich und mit allen Nebenumständen erzählt, daß Niemand daran zweifelte. Nun ergibt es sich aus zuverlässiger Quelle, daß kein wahres Wort daran ist."

⊃ Krakau, 10. Jun. Endlich ist die so viel beregte Nachverzollung im ehemaligen Freistaate Krakau vollendet, diese bête noire des Herrn Deputirten Milde, welche die Ursache zum Verluste von Millionen sein sollte, die aus Staatskassen zu ersetzen wären. Und was ist das Resultat dieser entsetzlich drückenden Maßregel? wie viele Hunderttausende sind dem habgierigen österreichischen Fiscus zugeflossen? 19,300 Fl., schreibe Neunzehntausenddreihundert Gulden! Es ist nicht möglich, schonender zu verfahren, wie es von Seiten der Behörden geschehen; die Beamten selbst legten den Kaufleuten das Mittel zur Steuerfreiheit in den Mund, indem sie sogleich bemerkten, „daß sie nur die vom Ausland importirten Waaren vorzuweisen hätten, indem die aus Oesterreich früher bezogenen natürlich steuerfrei blieben": so wurde denn natürlich Alles ins Oesterreichische umgewandelt und die besten Rheinweine passirten als österreichischer Krätzer. Wenn dessenungeachtet, wie dies leider nicht zu läugnen, preußische Häuser große Verluste erleiden, so trägt nicht die Härte der österreichischen Maßregel, sondern lediglich die Niederträchtigkeit vieler krakauer Kaufleute hiervon die Schuld, welche diesen Vorwand ersonnen, um betrügerische Bankrotte zu machen. Uebrigens ist Krakau allerdings gegenwärtig todt und öde, denn die bedeutenden Maßregeln, welche zur Belebung dieses Ortes vorbereitet werden, Errichtung eines Guberniums und Auferstehung der Universität, bedürfen längerer Zeit. — Mitte nächsten Monats wird die Eisenbahn bis an die preußische Grenze eröffnet, und fast gleichzeitig wird die Warschauer Bahn in der Nähe von Myslowitz ausmünden. Wahrlich, die Schnelligkeit und Stille, mit welcher die Russen diese Bahn vollendet, könnte das Staunen eines Jeden bewirken, der nicht weiß, warum und wozu?

Großbritannien.

London, 12. Jun.

Die im Unterhause gestern durch Hrn. Hume's Antrag auf eine die britische Intervention in Portugal misbilligende Resolution veranlaßte, in unserm vorigen Blatte schon zum Theil berichtete Debatte über die portugiesischen Angelegenheiten ist nicht zum Schlusse gelangt. Nachdem Lord Vane für die Minister sich ausgesprochen hatte, schien Niemand das Wort nehmen zu wollen und es entstand ein Rufen nach Lord Palmerston, der jedoch ruhig sitzen blieb. Nach einer kurzen Pause kreuzten sich dann die Rufe, die Motion zurückzuziehen oder die Frage zu stellen, und endlich sagte Hr. Escott, daß er Fremde im Hause bemerke, was sofort die übliche Räumung der Galerien zur Folge hatte, die jedoch sogleich wieder geöffnet wurden. Hierauf sprach Hr. Milnes gegen den Hume'schen Antrag; Lord W. Paulet wollte die Intervention nur auf den Schutz des Hofes begrenzt wissen; ganz gegen die Einmischung war Hr. Warburton. Auch Hr. Baillie gab zu erkennen, daß er sehr neugierig auf die Rechtfertigung der erneuten Einmischung in Portugal sei. Abermals fehlte es an einem Mitgliede, das Lust zu sprechen hatte. Vergeblich rief man zum zweiten Male nach Lord Palmerston und um Abstimmung, bis Hr. Osborne, der Unterstützer des Hume'schen Antrags, das Wort nahm und aussprach, daß er wenigstens etwas Officielles von den schweigsamen Lords des Schatzamtes zu hören erwartet hätte, von denen man so viel sehe und so wenig vernehme. Er schloß seine lange Rede mit der Frage an Lord Palmerston, ob derselbe etwa seine Vertheidigung der neuesten Intervention in Portugal mit einer Aufwärmung seiner Worte von 1829 schließen wolle, daß er vom Tejo bis zum Bosporus die constitutionelle Freiheit vertheidigte. Lord John Russell trat jetzt mit der Erklärung auf, daß er Hrn. Hume gern die schleunigste Gelegenheit zu seinem Antrage gegeben habe, nun aber und nach der letzten Rede besorge er wegen dieser Bereitwilligkeit Vorwürfe, weil die Herren nach vorgefaßten Meinungen und Ansichten und nicht auf Grund des Thatbestandes sich auszusprechen schienen. Sie nähmen Bezug auf Dinge, die gar nicht vorhanden wären, und schwiegen von Sachen, die vorlägen. Man dichte der Regierung die Absicht an, in Portugal eine absolute Regierung aufrichten zu wollen, während es sich um Herstellung der Constitution handle; eifere gegen Intervention und fodere selbst, daß intervenirt werden sollte, um die Einmischung Spaniens in Portugal zu verhindern. Er habe dagegen zu sagen, daß es nothwendig war zu interveniren, einmal wegen Portugals Wohlfahrt und zum Andern wegen des Interesse Großbritanniens, und daß ferner durch diese Intervention die Gefahr eines europäischen Kriegs abgewendet worden sei. Die Beweise dafür lägen in den Actenstücken auf der Tafel. Der Premierminister schloß unter großem Beifall seine lange Rede mit der Zusicherung, daß die portugiesische Regierung sich wegen Vollziehung der von England zuerst vorgeschlagenen Bedingungen den drei intervenirenden Mächten gegenüber verbindlich gemacht habe. Ihr eignes Interesse gebiete ihr, Wort zu halten. Der von der britischen Regierung gethane Schritt sei nach seinen Ansichten auf Herstellung der constitutionellen Ordnung in Portugal berechnet, und er werde jedenfalls das Bewußtsein davon behalten, daß er keiner Regierung angehört habe, die einen 200jährigen Verbündeten aufgegeben habe, mit dem er hoffe, daß England nach Jahrhunderte verbündet bleiben möge. Auf Hrn. Brotherton's Antrag wurde dann die Debatte zum 14. Jun. vertagt.

— Die dem Parlamente vorliegenden Actenstücke über die neuesten portugiesischen Wirren beginnen mit einer Depesche vom 8. Oct. 1846, in welcher Lord Howard de Walden den plötzlichen Ministerwechsel in Lissabon meldet, der an des Herzogs von Palmella Platz den Marschall Saldanha brachte. Die Berichte aus Lissabon bis zum Februar geben im Wesentlichen an, daß Saldanha ein Werkzeug der Cabrals zu sein scheine, daß von einer miguelistischen Partei nichts zu besorgen sei und miguelistisch jetzt nur so viel als gegen die dermalige Regierung gestimmt bedeute. Lord Palmerston instruirte in dieser Zeit den Viceadmiral Parker, nur zum Schutze des Hofes zu handeln und sich jeder Einmischung in die politischen Fragen zu enthalten, den Obersten Wylde aber, die Insurgenten zur Unterwerfung zu veranlassen, wenn nöthig zu vermitteln, aber keine Garantien zu übernehmen. Ende Januar drang die portugiesische Regierung, weil die Fahne Dom Miguel's aufgepflanzt worden sei, auf Englands vertragsmäßige Waffenhülfe. Lord Palmersten setzte unterm 3. Febr. aus einander, daß der von England vertragsmäßig zu gewährende Beistand nie versagt werden würde, wenn die vertragsgemäße Foderung darauf gestellt werden könne. Allein alle alten und neuen Verträge stellten diese Verbindlichkeit nur gegen fremde Invasionen auf, wie z. B. zur Abwehr einer spanischen 1826 britische Truppen nach Portugal gesandt worden wären. Bei der Quadrupelallianz von 1834 sei der bestimmte Zweck die Entfernung Dom Miguel's und von Don Carlos gewesen. An den Obersten Wylde schrieb Lord Palmerston unterm 11. Febr., daß dieser Vertrag kein Recht mehr zu fremder Intervention in Portugal geben könne. In Madrid kam der britische Gesandte um diese Zeit mit dem damaligen Minister Herzog v. Sotomayor überein, daß ein spanisches Truppencorps sich an die portugiesische Grenze begeben, sie aber nicht ohne Englands Zustimmung überschreiten solle. Als Mitte Februar die französische Regierung sich bereit erklärte, mit den Unterzeichnern der Quadrupelallianz einzuschreiten, erwiderte Lord Palmerston, Dom Miguel sei noch nicht in Portugal, und sollte ein casus foederis eintreten, möchte man spanische Truppen allein verwenden lassen. Hr. Guizot spricht sich dann unterm 18. März dahin aus, daß die Anwesenheit des miguelistischen Generals Povoas in Oporto für Spanien Grund genug sei, um auf den Quadrupelvertrag gestützt in Portugal zu intervenirer. Die Nr. 202 der Correspondenz enthält aus Lissabon des neuen Gesandten Sir Hamilton Seymour's Mittheilung von dem im Namen Ludwig Philipp's der Königin Doña Maria unterm 20. März geschehenen Anerbieten jeden gewünschten Beistandes. Auf das erneute Andringen der portugiesischen Regierung um britische Hülfe mußte Lord Palmersten nun einen bestimmten Schritt thun. Seine Entschließung wurde durch die auszugsweise schon mitgetheilte Depesche vom 5. April an Sir H. Seymour (Nr. 167) nach Lissabon übermittelt. Nach Unterzeichnung des Protokolls über die gemeinsame Intervention vom 21. Mai (Nr. 153) erließ Lord Palmerston mit der Abschrift desselben an die Admiralität die Aufforderung zur Ertheilung demselben entsprechender Instructionen an den Viceadmiral Sir W. Parker. Er stellte dabei voran, daß es von großer politischer Wichtigkeit sei, bei jeder und selbst der kleinsten Operation der Flotte neben der britischen auch die spanische und französische Flagge vertreten zu sehen, um den moralischen Eindruck des Zusammenwirkens zu erlangen. Im Uebrigen werde Sir W. Parker möglichst freie Hand über die Vollziehung der Intentionen der britischen Regierung zu lassen sein. Auf alsbaldige Wegnahme der Schiffe der Junta und der Ueberantwortung derselben an die Königin wäre jedoch seine Aufmerksamkeit zu richten; auch möge derselbe die Räthlichkeit der Vertreibung Sa da Bandeira's aus Setubal, sei es durch einen Angriff von der Seeseite allein oder in Verbindung mit einem von der Landseite durch die königl. Truppen, in Erwägung ziehen. Ferner müsse die Blockade von Oporto wirksam gemacht werden, was zwar nicht direct durch die Schiffe der drei Mächte geschehen könne, die kein Recht hätten Handelsschiffe abzuweisen, sondern sie hätten nur die Schiffe der Königin in geeigneter Position zu erhalten. Werde so Oporto die Zufuhr zu Wasser und dann durch ein spanisches Corps die aus den nördlichen Landestheilen abgeschnitten, während Saldanha den südlichen

Douro blockire, so dürfte es sich nicht lange halten können. Höchst wünschenswerth sei jedoch, daß die Zwecke der Verbündeten ohne einen Angriff auf Oporto und ohne das dann unvermeidliche Blutvergießen erreicht würden.

— Der Großfürst Konstantin und der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar besichtigten gestern die Arsenale, Werften und andere Anstalten in **Woolwich**, wo nachher eine Revue der dort garnisonirenden Artillerie und Uebungen im Feuer vor ihnen abgehalten wurden. Abends waren die Prinzen nach London zurück und wohnten einem großen Hofball bei der Königin im Buckinghampalaste bei.

Frankreich.

Paris, 13. Jun.

Die Pairskammer hat gestern die ganze Sitzung mit Berathung des 1. Artikels in der von der Commission amendirten und vom Ministerium gutgeheißenen Fassung des Gesetzentwurfs über die Medicinalreform zugebracht. Es besagt derselbe: „Der Unterricht in der Medicin wird durch die Facultäten und die dazu vorbereitenden Lehranstalten ertheilt. An den Facultäten werden alle Theile der medicinischen Wissenschaften gelehrt. Die Wirksamkeit der andern Lehranstalten begreift die zwei ersten Studienjahre oder die drei ersten an denjenigen, die am Sitz einer Facultät der Wissenschaften bestehen. Für diese zwei oder drei Jahre ist der Unterricht so vollständig wie der an den Facultäten. Die Facultäten allein stellen Doctordiplome aus.“ Er wurde nach einer sehr großen Anzahl von Vorschlägen zu Amendements endlich mit dem des Marquis de Barthélemy angenommen, daß die vorbereitenden Lehranstalten für die Medicin in Städten mit 80,000 Einwohnern denen gleichgestellt werden sollen, wo eine Facultät der Wissenschaften besteht. Dergleichen Städte sind nur Nantes, Marseille und Rouen, und der Minister stimmte Dem um so mehr bei, als er in denselben ohnehin Facultäten der Wissenschaften errichten wolle. Baron Thenard beantragte noch, daß die Studirenden zu Anfang des dritten Jahres das Baccalaureatsexamen machen müßten, was wegen der Redaction des Artikels mit dem Schlußsatze desselben an die Commission verwiesen und die Debatte dann bis zum 15. Jun. vertagt wurde.

In der Deputirtenkammer wurden die versprochenen Actenstücke über die portugiesische Angelegenheit auf dem Bureau niedergelegt. Es sind nur 15 an der Zahl. Die ganze Sitzung ward von der Berathung eines Anleihegesetzes für Angoulême in Anspruch genommen über das am Ende, wegen Unvollzähligkeit der Kammer nicht einmal abgestimmt werden konnte.

— Die vorgestrige Schlußverhandlung der Deputirtenkammer über die außerordentlichen Credite für Algerien hat die Zerrüttung der Regierungsmaschine, das würdelose Treiben des Cabinets und das natürliche Echo davon in der Kammer wieder einmal recht vergegenwärtigt. Frankreich ist mit seiner sogenannten parlamentarischen Regierung, zu deren Verwirklichung ihm dermalen aber außer Land und Volk fast Alles und in erster Stelle der unerläßliche Fonds öffentlicher Tugend zu mangeln scheint, auf geradem Wege zu neuen gewaltthätigen Krisen. Die Fäden, mit welchen der gekrönte Egoismus die entfesselten Elemente der Julirevolution umspann, wurden nicht zugleich von durch innern Adel dirigirenden Ideen geleitet; die Lockspeise, mit welcher das Julikönigthum seine Angelhaken einhüllte, war mit entnervenden Opiaten für die Eitelkeit, Hab- und Selbstsucht viel zu reichlich versetzt und brachte daher nach kurzem Rausche nur vermehrtes, krankhaftes Verlangen nach neuen Befriedigungen derselben zuwege, die immer blos auf Unkosten des allgemeinen Besten ermöglicht werden konnten. Daher Demoralisation in allen Zweigen der Verwaltung und eine Corruption, ein System der Unterschleife an der Tagesordnung, wie es in größern civilisirten Staaten außer Frankreich nur in Rußland anzutreffen ist. Die Folge davon muß zunehmende Zerrüttung sein, und die «Presse» hat so Unrecht nicht, wenn sie von den Ministern sagt: „Dort saßen sie auf ihrer Bank und ließen sich den geringschätzigen Ausdruck des öffentlichen Gedankens: «Es gibt keine Regierung mehr!» ins Gesicht sagen, hingen die Köpfe und blieben die Antwort schuldig.“ Im Februar wurde vom Ministerium der Gesetzentwurf über 3 Mill. Fr. zur Anlegung ackerbauender Lager in Algerien vorgelegt, fährt die «Presse» fort; man legte das größte Gewicht auf denselben. Als kürzlich das Kriegsministerium im General Trézel einen neuen Chef erhielt, hatte dieser nichts Eiligeres zu thun, als der mit Begutachtung des Entwurfs beschäftigten Commission der Deputirtenkammer seine volle Zustimmung zu diesem Entwurf, als wäre er sein eigner, auszusprechen. Das Ministerium hatte noch keine Ahnung vom Rücktritte des Marschalls Bugeaud. Jetzt, nachdem dieser erfolgt ist, tritt derselbe Minister auf die Tribune und verliest eine königl. Verordnung über Zurücknahme dieses nämlichen Gesetzentwurfs „vom größten Interesse,“ dem er vor acht Tagen erst eine neue und auffallende Sanction ertheilte, als in dem Wechsel des Ministers eine ganz natürliche Handhabe für dessen Zurückziehung bestand, und stellt vor der Kammer, vor ganz Frankreich, vor ganz Europa seine traurige Schwäche offen bloß. „O, leider ist es nur zu wahr: es gibt keine Regierung mehr!“ wiederholt die «Presse». In der Kammer erklärt übrigens der Berichterstatter de Tocqueville desungeachtet, daß die Commission einstimmig den Gesetzentwurf über die ackerbauenden Lager abgewiesen habe. Der Entwurf war allerdings das Werk des Marschalls Bugeaud, der, wie Hr. Gustave de Beaumont in der Kammer rügend bemerkte, noch in seiner Abschiedsproclamation an die Soldaten in Algerien diesen erklärte, daß ihre Dienste, ihre Arbeiten ihnen ein Anrecht auf einen Theil dieses Bodens verliehen, den sie fruchtbar zu machen wissen würden, wie sie ihn zu erobern verstanden und zu vertheidigen. „Ist das die einem General geziemende Sprache zu einer Zeit, wo jener Entwurf noch zur Berathung der Kammer vorlag?“ fragte dabei der Redner, der noch als Muster der streng censirten Bugeaud'schen Presse anführte, wie dieselbe rücksichtlich der Verlegung der Hauptquartiere der dortigen Militairdivisionen aus den Küstenstädten ins Innere rund weg erklärte: „Die Maßregel kann wol in Paris genommen werden, in Algerien ist sie unmöglich.“ Ebenso erklärt die censirte Presse Algeriens über die kühle Art, mit der in der Sitzung der Deputirtenkammer am 6. Mai die Expedition nach Kabylien von der Regierung vertreten wurde: das Cabinet hat nicht verstanden, sofort eine angemessene Haltung anzunehmen. In der That liegt ja die Frage nahe, ob das die Sprache eines Mannes sei, der auch gehorchen solle, und auf die Hr. Guizot damit antwortete: Das vollständige Vertrauen der Regierung in den Marschall rechtfertige das Uebersehen solcher Dinge, und wenn die Regierung solches Vertrauen zu ihren Agenten habe, sehe sie leicht über solche Nebensachen hinweg. Die Kammer möge dergleichen thun in Erinnerung Dessen, daß der Marschall sie einst mit seinem Degen gegen die Emeute geschützt. Eine tumultuarische und lange Unterbrechung folgte dieser Rechtfertigung, und als Hr. Blanqui dann der Kammer vorwarf, daß außer dem Organe der Regierung nicht Ein Mund für den Marschall gesprochen, wurde auch ihm durch Toben und Lärmen das Wort genommen. Marschall Bugeaud hat darum Ludwig Philipp nicht weniger für sich, und Hrn. Guizot's noch so schüchternes Zugeben gewisser Unangemessenheiten der Mignons der Tuilerien wird nicht ohne Stirnrunzeln für ihn hingegangen sein. Bugeaud gilt dem Hofe nämlich für eins der brauchbarsten Werkzeuge, um in der Armee den Geist der für das System des unfruchtbaren Widerstandes wichtigen soldatischen Hofunterthänigkeit und des Gardegehorsams zu pflegen, für welchen Ludwig Philipp die sorgfältigste Anerkennung stets in Bereitschaft hat. Von der elenden Civilverwaltung von Algerien, die so erbärmlich sei, daß sie sich ihrer selbst schäme, entwarf Hr. de Tocqueville in wenigen Worten einen Umriß, bekanntlich aus eigner Anschauung, gegen welchen kein Einspruch vernommen wurde.

— Das Journal des Debats theilt die der Deputirtenkammer vorgelegten Actenstücke über Portugal mit. Sie scheinen die dem britischen Parlament vorgelegten nur zu bestätigen. Der Constitutionnel verbreitet sich heute über das Außerordentliche der Zurücknahme des Gesetzentwurfs über die ackerbautreibenden Lager in Algerien und sieht darin den Gipfel der Planlosigkeit.

— Graf Duchatel, Minister des Innern, ist gestern Abend in Paris wieder eingetroffen.

— Die Königin Christine von Spanien ist in Paris angekommen.

— Es ist die Rede von dem Abschlusse eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und Griechenland.

***Paris**, 12. Jun. Der gegenwärtige Zustand Frankreichs im Innern und auswärts ist so zerrüttet und verzweifelt, die Symptome des politischen Todes der Verfassung sind so schreckend, zugleich ist der Geist des Volks so untheilnehmend und lau, daß es wol die Klagen und Vorstellungen der Opposition in der Kammer und in der Presse nöthig macht, man müsse schleunig helfen. Aber wie? Ich sehe den französischen Staat in dem unerreichbaren Cirkel einer freien Verfassung, die nur auf gute Bürger sich gründet, und gute Bürger ist nur durch eine gute Verfassung zu bilden möglich. Um eine redliche Verwaltung, wahrhafte politische Freiheit zu haben, müßte die Nation selbst eine andere sein, als sie vor der Hand ist; um die Nation sittlich zu heben, dazu bedürfte es einer redlichen Regierung. Aber zu viele Leute haben ein Interesse, der Nation blauen Dunst vorzumachen, als daß sie in sich gehen könnte. Zumal Diejenigen, welche das Steuerruder führen, reden ihr ein, sie glänze an der Spitze der europäischen Bildung, und leiden nicht, daß man ihr vorwerfe, sie sei verdorben, ohne Zweifel aus Furcht, man möchte sie selbst für die wurmstichigen Früchte der allgemeinen Verderbniß halten. Wie Frankreich aus dieser schlimmen Lage herauskommen soll, weiß ich nicht; aber mit der Wirksamkeit seiner jetzigen Doctrinen und Gesinnungen reißt es sich ganz gewiß nicht aus dem Morast, in den es versunken ist. Von je her flatterhaft und leichtsinnig, doch sonst fähig, sich zu großen Tugenden aufzuschwingen, bewährt es jetzt seine Neuerungssucht nur noch in dem Wankelmuthe seiner Untugenden. Sind es nicht die ehemaligen Feinde der Geistlichkeit, welche gegenwärtig die Frommen spielen und die Inquisitoren- und Jesuitenrollen übernommen haben? Und die Nachkommen Derer, die keine Könige mehr in Frankreich wollten, könnten Ludwig XIV. selbst Unterricht im Despotismus geben, während wüthende Demokraten, mit Titeln und Ehrenstellen gesegnet, die Aristo-

kraten nachzuahmen suchen, welche ihre Väter umgebracht haben. Frankreich hat es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn es seit funfzig Jahren stets um seine Hoffnungen betrogen worden ist: das ist das Loos jeder Nation, die ihre Freiheit von einem Götzenwechsel erwartet. „Eine Revolution, sagt Montesquieu, gibt einem Volke neue Thatkraft; mehre machen es niederträchtig.“ Anhaltende Bürgerkriege und Staatsverwirrungen zeigen unfehlbar das Unrecht aller Parteien: selbst Diejenigen, die aus reiner Liebe zum Recht und mit den Illusionen makelloser Begeisterung darauf eingingen, schließen sich am Ende beschämt über die Schmutzflecken, die sich ihnen in der Hitze des Streites angesetzt haben, fast immer in den engen Kreis individueller Interessen ein und entarten vollends, indem sie als einzigen Beweggrund ihres Handelns nur noch einen jämmerlichen Eigennutz kennen. Alsdann erstirbt jede öffentliche Tugend, jede Liebe des allgemeinen Besten; die Gemüther werden stumpf und unempfindlich gegen jedes edlere, hochherzigere Gefühl; die Seelen verdorren und ihr göttlicher Lebenshauch verfliegt bis auf den letzten Funken mit jene feinen Arome, die, nachdem sie rund herum Alles mit dem Duft und Schimmer ihrer leuchtenden Glut erfüllt haben, allmälig zu einem schlechten Aschenhaufen ohne Wärme, ohne Licht und ohne Wohlgeruch verkohlen. Zuletzt bleibt nur noch, was wir jetzt in Frankreich sehen, das Schauspiel einer von schmutzigem Interesse herabgewürdigten Nation, die sich wie wahnsinnig um die Quellen des öffentlichen Reichthums katzbalgt. Niemand hat mehr eine andere Sorge, als wie er sich schnell bereichern könne, und wer nicht an der Börse speculirt, der intriguirt in der Kammer oder bei den Ministern. Wie kann es anders sein bei den großen Principien der hochweisen Staatswirthschaftslehrer! Sie stellen Handel und Gewerbe, die friedlichen Verfeinerungen der Gemächlichkeit und das erweiterte Streben nach Besitz an die Spitze des politischen Lebens; Erwerb ist das höchste Staatsgesetz alles Werths; nur wer Schätze auf jederlei Wege zusammenrafft, scheint ein guter Bürger. Die irrende Menschlichkeit stiller weicher Seelen, denen aus zarten Gefühlen alle Kämpfe, alles Große, alles Kühne, alle Heldengestalten nur zerstörender Wahn dünken, vollendet in den reizenden Vorspiegelungen einer Schäferwelt feinsinniger, ruhiger, genießender, bürgerlicher Trefflichkeit unwissend die Absichten ehrgeizigen Reichthums, und tödtet in der Verachtung jedes Standes, der nur Aufopferungen zeigt, das Trachten nach männlichem Geiste. Als ein Fortschritt des Jahrhunderts werden diese Meinungen vergöttert. Jeder Witzling findet sich groß, jeder üppige Geck erhaben durch Gemeinsprüche über die Thorheit des Menschen, „der gegen sein eigen Geschlecht wüthe wie kein Thier!“ Alle schelten den Krieg „ein blutiges Spiel der Gewalt und des Zufalls“, Alle preisen den Frieden „überall und immer“, Alle streuen ihrer eignen Entnervung den süßen Weihrauch der Vernunft, und Alle vergessen, daß Kriegsgeist eines Volkes Lebensflamme edlerer Männlichkeit ist.

Und jene brennende Geldgier ist in Frankreich nicht blos von dem pedantischen Geschwätz der Nationalökonomisten angefacht worden, sondern auch von den regierenden Staatsmännern, die in ihrer erbärmlichen Krämerpolitik keine andere Ursache öffentlicher Glückseligkeit zugeben wollen als den Köder des Gewinns und die Aufhäufung von Reichthümern. Mit dem falschen Schimmer der künstlichen Schätze des überspannten Fabrikwesens, mit diesem glänzenden Schein eitlen Prunkes, hinter welchem so viel Elend verborgen, ist es ihnen gelungen, die Nation zu blenden und sie über ihre wahren Interessen zu täuschen. Aber vergebens möchte man die Wahrheit verheimlichen: die verhängnißvolle Stunde naht, und so wie die Dinge in Frankreich gehen, sehen wir vielleicht, was noch nie in der Weltgeschichte vorgekommen ist, einen großen Staat, der, seines Ruhmes und seiner Macht entkleidet, unter den Händen von Betrügern umkommt. Es ist mehr als Zeitungsgeschrei, es ist traurige Wahrheit, daß durch alle Zweige der Verwaltung eine unerhörte Spitzbüberei läuft, die den wenigen Redlichen den Arm lähmt, der den Raben und Geiern wehren könnte. Schon weiß die Regierung selbst nicht mehr, wem sie ihr Zutrauen schenken soll. Die allgemeine Verderbenheit steht ihr im Weg, und jeden Tag ist sie gezwungen, entweder die Augen zuzudrücken über neue Betrügereien oder einen der Ihrigen an die Justiz auszuliefern. Nie griff ein Brand fürchterlicher um sich. Man schneidet ins gesunde Fleisch hinein und wird so lange hineinschneiden, bis keins mehr da ist. Alle Umschläge und Verbände helfen nichts gegen den immer weiter um sich fressenden Krebsschaden allgemeiner Demoralisation, eben so wenig als die neuen Forts und Wachthäuser, die Paris mit einem Kranze von Citadellen umgürten und bastillenartig jedes Stadtviertel bestreichen, den immer drohender herannahenden Krieg der Armen gegen die Reichen abwenden werden. Es gibt keinen Damm gegen den Strom, der Frankreich in seinem Strudel mit fortreißt. Der Staat schwimmt in einem Meere von Verderben; wohin man blickt, nichts als Elemente von Auflösung und stürmende Brandung. Hier der übertretende Materialismus, dort der zusehends steigende Fanatismus. Unsinnige Lehren zerstören den letzten Rest von guten Sitten und gesundem Menschenverstand; unwürdige Priester verschachern die Religion an die Gewalthaber. Die alten Dogmen führen in den Tartarus des Despotismus, die neuen Theorien zu dem medeischen Kessel der Revolution, zum Chaos. Jeder Weg des Heils ist versperrt. Und wie sollte es anders sein nach dem Schwarme von Doctrinairen, Saint-Simonisten, Jesuiten, Fourieristen, Communisten und andern garstigen Raupen, die in die Gärten der Intelligenz eingebrochen und alle Blumen und Bäume kahl gefressen haben? Gerechte und schreckliche Strafe einer Nation, die der Himmel für ihre verwegenen Fortschrittslehren strafen wollte durch die Landplage der Weltverbesserer und das abschreckende Gemälde aller auf einmal winkenden sittlichen Verkehrtheiten.

Italien.

Rom, 4. Jun. Aus Subiaco sind Berichte über viele von Pius IX. während seiner dortigen Anwesenheit geübte Handlungen der Leutseligkeit und Menschenfreundlichkeit eingegangen, die wir gern auch insgesammt wieder berichteten, wenn es nicht der beschränkte Raum, den eine Zeitung des Auslandes für dergleichen gestatten kann, verböte. Doch möchten wir, daß wenigstens folgende zwei Vorfälle der Tagesgeschichte nicht verloren gingen. Als am 29. Mai Pius IX. von der steilen Höhe hinter Subiaco nach dem Besuche der Grotten des San Benedetto zu Fuß zurückkehrte, umringte ihn viel Volks der ärmern Klassen, aus dessen Mitte mehre Weiber hervortraten und sich ihm zu Füßen warfen. Der Papst griff eilig in die Tasche, ihnen Geld zu geben; sie aber wiesen es zurück mit der Versicherung, ihnen könne nur geholfen werden, wenn er ihren Feldern Regen erwirke. Der Papst bedauerte, daß dies außer seiner Macht stehe, und rieth ihnen, vielmehr zu dem Herrn des Regens zu beten, dessen Diener auch er sei. Was er indessen thun könne und zugleich zu thun bereit sei, wäre eine Messe im Sinn ihrer Wünsche zu lesen, bei welcher sie mit ihm beten möchten. Alle traten unter des Papstes Führung in die nächste Kirche ein, die Messe ward celebrirt, und in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Jun. fiel in unsern Gegenden ein so reichlicher und fruchtbarer Regen, daß die bereits halb verdorrten Felder und Früchte zum Hervorbringen und Wachsen neue Lebenskräfte erhalten zu haben scheinen. Man begreift leicht, einen wie tiefen Eindruck dieser Vorfall auf ein Volk wie das unsere machen mußte, welchem der Wunderglaube der beliebteste, weil der bequemste ist; Pius IX. steht nun auch in dem Ruf eines heiligen Mannes, dem Uebernatürliches zu schaffen nichts weniger als schwer wird. Jetzt ein Beispiel von des Papstes Menschenliebe. Auf seiner Rückkehr hierher ward er vom Grafen Bolognetti, dem Feudaleigenthümer des über den Ruinen und Befestigungsmauern des antiken Vicus Variae, dessen Horaz so oft gedenkt, erbauten Vico Varo mit seinem Gefolge zum Mittagessen eingeladen. Der Ort liegt hart an der alten Via Valeria, nur wenige Miglien fern von Horazens Villa im Thale, das die Digentia noch heute durchfließt. Ueber Tisch fragte der Papst seinen Wirth, wie es um die leibliche Wohlfahrt der Dorfbewohnerschaft stände. Dieser erwiderte, daß er zu einer Einzelauskunft darüber unfähig sei, weil er selten nach seinem Schlosse in Vico Varo hinauskomme, vielmehr fast das ganze Jahr über mit seiner Familie in Rom zubringe. Doch sei auch hier wie im ganzen Kirchenstaate im vorigen Herbste die Aernte sehr schlecht und in Folge dessen viel Noth unter den Vicovaresen gewesen, die er aus eignen Mitteln nach Kräften zu mildern gestrebt habe. Der Papst erkundigte sich darauf nach dem Gesundheitszustande der Bewohnerschaft; Graf Bolognetti schlug vor, den Arzt rufen zu lassen, welcher gewiß die beste Auskunft hierüber zu geben im Stande sein würde. Der Mann kam und erklärte, es sei gegenwärtig nur ein einziger Kranker in der Gemeinde. Er bemerkte, daß sein Leiden ein hartnäckiges sei und durch äußerliche Noth noch vermehrt werde. Der Papst stand vom Tische auf und lud seine Mitgäste ein, den armen kranken Landmann zu besuchen. Alle folgten gern, man erreichte die Wohnung, und der Papst an der Spitze des Zugs trat in die von mephitischen Dünsten stark afficirte Atmosphäre des Krankenzimmers, tröstete den Leidenden und beschenkte ihn mit geistlichen Gütern und Geld. Man versichert, er habe auf der Hin- und Herreise von Subiaco mehr als 13,000 Scudi (gegen 20,000 Thlr.) Handalmosen aus eignen Mitteln an die Armen vertheilt. — Eine nicht unbedeutende Zahl politischer Compromittirten, welchen die päpstliche Amnestie des vorigen Jahres Freiheit und Güter wiederschenkte, haben sich in letzter Zeit nicht sowol in der Hauptstadt als in den Gegenden von Cäsena, zum großen Aergerniß ihrer frühern Genossen, in aufrührische Umtriebe und Complote gegen die neue Regierung mit hineinziehen lassen. Die meisten von ihnen sind Jünglinge von weniger Erfahrung. Vorgestern ist dem Papste von der sogenannten liberalen Partei in Rom ein Bittschreiben eingereicht worden, das sich jener jungen Verführten, unter denen einigen wirklich Unrecht widerfahren sein soll, annimmt. Ohne Verzug hat der Papst für jetzt den Bittstellern den Bescheid zukommen lassen, er wolle die Sache genau untersuchen und bei der Untersuchung, wo irgend möglich, Gnade für Recht ergehen lassen.

— Der Papst hat befohlen, daß das Herz O'Connell's in St.-Peter beigesetzt werden soll.

Rußland und Polen.

Am 1. Jun. sind in **Petersburg** wieder die in den Gewölben der Expedition der Creditbillets angesammelten Fonds in Goldmünzen und

Silberbarren, im Werthe von 12,650,054 R. S., in das Vorrathsgewölbe der petersburgischen Festung übergeführt worden.

Griechenland.

Man liest im Süd de Marseille vom 8. Jun.: „Der Osiris bringt die Nachricht, daß die Differenz zwischen der Türkei und Griechenland ihre Erledigung gefunden habe. Diese Ausgleichung scheint durch die Bemühungen des österreichischen Cabinets herbeigeführt worden zu sein. Die Grundlagen derselben sind bis jetzt noch unbekannt."

Türkei.

Konstantinopel, 27. Mai. Wenn es noch irgend eines Beweises bedarf, daß die türkische Regierung im gegenwärtigen Augenblicke nicht nur stark, sondern selbst populair ist, so liegt er gewiß darin, daß die Pforte eben jetzt, im Angesicht eines Kriegs mit Griechenland, beschlossen hat, den Christen Waffen in die Hände zu geben, ein Verfahren, das sie bisher nie hat wagen können; aus den Küstendistricten soll die christliche Bevölkerung dieses Jahr 10,000 M. Rekruten zum Seedienste stellen; die Maßregel ist bereits in der Ausführung begriffen, und so viel man aus den nächstgelegenen Provinzen durch Reisende erfährt, werden diese Rekruten unweigerlich gestellt. Die Ebene von Troja hat 12 Rekruten zu stellen, und es ist nicht unmöglich, daß diese Trojaner gegen die Griechen zu kämpfen haben werden. Im Durchschnitt hat jedes Dorf einen Mann zu stellen. (W.-Z.)

La Plata-Staaten.

Montevideo, 13. März. Montevideo kann sich, ungeachtet der Unterstützung Englands und Frankreichs, nicht lange mehr halten; die Unordnung in der Stadt nimmt bedeutend zu, und fortwährend ereignen sich Aufstände, an denen die Besatzung, besonders die schwarzen Banden, stets Antheil nehmen. Bei einer Revolte, die sich in diesem Jahr ereignete, hielten sich mehre Preußen im Innern der Stadt nicht mehr für sicher und begaben sich zu einem Tilsiter, der in der Nähe des Hafens wohnte. Hier verbrachten sie eine sehr unruhige Nacht in gänzlicher Stille und Finsterniß, während aufrührische Truppen öfter vorüberzogen und dabei aus bloßer Mordlust nach den Häusern und durch die Fenster schossen. Am Morgen flüchteten sie nach dem Hafen, wobei sie auf einen zahlreichen Trupp bewaffneter Neger trafen, dem sie glücklich entkamen. Hinter ihnen folgte ein deutscher Offizier der dortigen Nationalgarde von schwächlichem Ansehen, diesen ergriffen die Aufrührer sogleich, rissen ihm den Kopf ab und schritten mit kannibalischer Wuth absichtlich und beinahe sämmtlich über ihn weg. Die flüchtigen Preußen nahm im Hafen ein bewaffnetes englisches Boot auf und führte sie nach seiner Fregatte. Die Ermordung europäischer Offiziere ist bei solchen Meutereien sehr gewöhnlich, denn die Nationaltruppen, besonders die schwarzen, ertragen es nur mit Unwillen, von Ausländern, die ihnen an Körperkraft so weit nachstehen, commandirt zu werden. Wie ganz anders war es zu Buenos-Ayres, wo das Ansehen des Rosas jeden Ausländer selbst gegen persönliche Beleidigungen sicherte. (Berl. Z.)

Personalnachrichten.

Orden. Königreich Sachsen. Civilverdienstorden, Comthurkreuz: der Staatsminister im Departement des Innern v. Falkenstein; der Geheimrath Dr. Günther, Abtheilungsvorstand im Ministerium des Innern und Director der Oberrechnungskammer; der Appellationsgerichtspräsident v. Mangoldt zu Zwickau; der Director der 1. Abtheilung im Finanzministerium Wehner. Ritterkreuz: der Historienmaler Professor Bendemann; der Oberinspector Zollrath Bresciu s; der Stadtrath Dr. Demuth zu Leipzig, großherzogl. oldenburgischer Regierungsrath; der Fabrikbesitzer Gottlob Adolf Fiedler der Aeltere zu Oederan; der Consistorialrath und Hofprediger Dr. Francke; der Bürgermeister Gottschald zu Plauen; der geheime Justizrath Hänel; der Domstiftssyndikus Hartung zu Budissin; der Obereinfahrer präd. Viebergmeister Haupt zu Freiberg; der Haupt-Staatskassirer Judeich; der Oberforstmeister v. Klod zu Bärenfels; der Kreisdirector v. Könneritz zu Budissin; der Professor an der Forstakademie zu Tharand Krutzsch; der Oberappellationsrath Dr. Kupfer; der Fabrikbesitzer Ferdinand Oehler zu Crimmitzschau; der Director des Schullehrerseminars zu Friedrichstadt-Dresden Otto; der Justizamtmann bei der 1. Abtheilung des Justizamts Dresden Hofrath Pechmann; der Hofpostmeister Oberpostamtsrath Pfützner; der Oekonomierath Reuning; der Justizamtmann Richter zu Tharand; der Advocat Dr. Römisch sen. zu Leipzig; der Medicinalrath Dr. Unger zu Zwickau; der Professor der Geschichte an der Universität Leipzig Dr. Wachsmuth; der Appellationsgerichtspräsident Dr. Weiß zu Budissin; der Kasernendirector Oberstlieutenant v. Wurmb.

Todesfälle. Am 13. Jun. starb in Oldenburg der Staats- und Cabinetsminister Frhr. v. Braudenstein.

Wissenschaft und Kunst.

† Leipzig, 16. Jun. Unterm 20. Mai hat der Director des Realgymnasiums zu Gotha, Hr. Looff, eine officielle Einladung zu der in diesem Jahr in den Tagen vom 28. Sept. bis 1. Oct. zu Gotha zu haltenden dritten Versammlung der Lehrer und Freunde der Real- und höhern Bürgerschulen, zu deren Ordner er in Mainz erwählt worden, ergehen lassen, und somit für die Hoffnung, daß diese für die weitere Entwickelung der deutschen Realschule so wichtigen Zusammenkünfte und Verhandlungen auch fernerhin Bestand behalten mögen, erwünschte Erfüllung zugesagt. Als sehr dankenswerthe Erweiterung und Zugabe sehen wir die laut der Einladung beabsichtigte Ausstellung neuer Lehrmittel, soweit dieselben nicht schon durch den Buchhandel verbreitet sind, an. Die Anmeldung der Vorträge sowie die Wohnungsgesuche werden vom Director Looff bis zum 20. Sept. erwartet.

— Man schreibt aus Paris, daß auf das wiederholte und dringende Gesuch des Hrn. Andrea Donizetti, Bruders und Repräsentanten der Familie des Componisten Gaetano Donizetti, der Polizeipräfect die Entlassung des Letztern aus der Irrenheilanstalt von Ivry bewilligt hat. Derselbe wird nun nach Paris gebracht werden, um hier unter der Obhut seines Neffen zu leben. Er war vom Februar 1845 bis jetzt, also über zwei Jahre, in der Irrenanstalt.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 17. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116 Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86⅔ G.; Sächsisch-Schlesische 100⅛ Br. und bezahlt; Chemnitz-Riesaer 59½ Br., 59 bezahlt und G.; Löbau-Zittauer 57½ Br.; Magdeburg-Leipziger 213¼ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 110¾ G., 111⅛ Br., Litt. B. 99 G.; Berlin-Stettiner 109 G.; Köln-Mindener 93¾ Br., 93⅛ G.; Altona-Kieler 109¾ Br., 109⅛ G.; Dessauer Bankactien 100 Br.

Getreide. * Danzig. Marktbericht vom 7.—11. Jun. Ausgestellt wurden 1033¾ Last Weizen, wovon 881¾ Last bis zum Preise von 845 Fl. verkauft wurden. Von Roggen ist Mehres aus Petersburg und Riga eingetroffen, wodurch der Preis etwas gedrückt wurde; auf ein bedeutendes Sinken ist jedoch bei der noch zwei Monate entfernten Aernte nicht zu rechnen. Preis des Roggens 650 Fl. pr. Last. Spiritus, der noch vor wenigen Wochen 50 Thlr. kostete, ist auf 35 Thlr. gefallen: eine eigenthümliche Erscheinung, wenn man damit das jetzt bestehende Verbot des Brennens zusammenhält.

Wollmarkt. * Leipzig, 16. Jun. Die Zufuhr zu unserm Wollmarkte war anscheinend größer als voriges Jahr, wo 45,000 Stein sich auf demselben befanden. Die Wäsche war im Allgemeinen nicht zu loben und die Wolle selbst etwas getrieben und meist ohne glatten, geschlossenen Stapel. Am ersten Tage wurde, wie in Dresden, durchschnittlich 1 Thlr. pr. Stein gegen vorjährige Preise mehr bezahlt, allein schon Nachmittags trat eine Flauheit ein, welche gestern die Preise auf eine Steigerung von blos ½ Thlr. durchschnittlich herabdrückte, worauf viel gekauft wurde und für heute nur ein Viertel des Vorraths übrig blieb. Von diesem wurden die guten Wollen endlich auch mit einer Erhöhung von ⅛ Thlr. erlassen, und schlechtgewaschene von losem Wuchse erhielten nur vorjährige Preise. Es ward bis auf etwa zehn Partien Alles geräumt.

Wolle. Budissin, 15. Jun. Zu dem am 7. und 8. d. M. hier abgehaltenen Wollmarkte waren an Wolle 647 Ctr. 68 Pfd. aus dem Inlande, 609 Ctr. 98 Pfd. aus dem Königreich Preußen und 222 Ctr. 70 Pfd. aus Böhmen, zusammen also 1540 Ctr. 16 Pfd. eingeführt. Hiervon wurden 1326 Ctr. 102 Pfd. verkauft, 128 Ctr. 62 Pfd. unverkauft ausgeführt, 84 Ctr. 72 Pfd. gelagert. Der Preis der Wolle war pro Stein 16—18 Thlr. für feine, 14—16 Thlr. für mittelfeine, 11—14 Thlr. für mittle und 8—11 Thlr. für geringe Wolle.

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 15. Jun. Oestr. Bkact. 1662; 250 Fl. L. 120⅞; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92⅝ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 38¼ Br.; 25 Fl. L. 28¾; Nass. 25 Fl. L. 26⅛; Sard. 35½; Kurhess. 31⅞. London, 11. Jun. 3pc. Cons. 88⅞; Port. 3pc. 31¼; Span. act. 22¼; 3pc. 33¼; pass. 4⅞; Holl. Int. 58½. Wien, 14. Jun. Bkact. 1623; Met. 5pc. 106½; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 120.

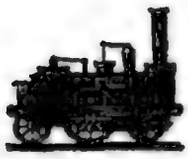
Actien. Frankfurt a. M., 15. Jun. Taunusb. 358¾; Nordb. 72⅛; Verb. 94⅛. Wien, 14. Jun. Nordb. 164¼; Gloggn. 123; Mail. 109¼; Livorn. 89½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 16. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 85⅝, 3½pc. Staatsschuldsch. 92⅝, 3½pc. Pfandb. westpr. 93⅜, ostpr. 96½, pomm. 95⅛, schles. 97¼, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94⅛, Louisdor 112½, Friedrichsdor 113½, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94½, Berl.-Anh. 111¼, Berl.-Hamb. 4pc. 108½ Br., Prior.-Act. 4½pc. 97½, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 94⅛, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91¾ Br., 5pc. 101½, Berl.-Stettin 109¼, Bresl.-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 93⅞, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91⅛, Kiel-Alton. 4pc. 109, Niederschl. 87¾, Prior.-Act. 4pc. 92, 5pc. 101⅞ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¾ Br., Litt. B. 4pc. 98½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 80 Br., Rhein. 84⅞, Prior.-St. 4pc. 89⅞, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 94 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82⅛, Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 99, Russ.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93½, Magd.-Wittenb. 84¾ Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅞, Pos.-Starg. 4pc. 83⅞ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 90¾. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¾, 1. Anl. (Hope) 4pc. 92¾, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 92½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¼, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95¼ Br., Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅞ Br., à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¼, Pfeert. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅝, Staats-Pr.-A. 88 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.



Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Auf folgende Quittungsbogen unserer Gesellschaft ist die durch die Bekanntmachung vom 10. April d. J. ausgeschriebene 3. Actien-Rate von 10 Proc. bis zum festgesetzten Schlußtermine, den 31. v. Mts., nicht gezahlt worden:

Nr. 534. 554. 645. 1030. 1662. 1543. 1583. 1889. 1900. 1901. 1980. 2013. 2017. 2026. 2095. 2115. 2129. 2149. 2263. 2425. 2561. 2573. 2587. 2603. 2613. 2695. 2726. 2750. 2772. 2797. 2811. 2849. 2887. 2985. 2998. 3097. 3156. 3190. 3646. 3729. 3786. 3894. 4018. 4074. 4205. 4295. 4452. 4624. 4705.

Wir fodern deshalb die betreffenden Herren Actionaire in Gemäßheit des §. 14 des am 31. Januar d. J. Allerhöchst bestätigten Statuts hiermit anderweit auf,

die ausgeschriebenen dritten zehn Procent nebst der verwirkten Conventionalstrafe von 2 Thlr. für jede Actie spätestens bis zum 15. Juli d. J. entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse, Schifferstraße Nr. 1 und 2, oder bei Herrn **S. Herz** in **Berlin**, Dorotheenstraße Nr. 1, während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr einzuzahlen,

widrigenfalls die bereits geleisteten beiden Ratenzahlungen als verfallen, die durch die frühern Zahlungen und die ursprünglichen Zeichnungen den Actionairen gegebenen Anrechte auf den Empfang von Actien für erloschen erklärt und die ertheilten Quittungsbogen werden annullirt werden.

Magdeburg, den 4. Juni 1847.

Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.

[2239—41] (gez.) **Harte**, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Verkauf von Mühlen-Utensilien.

In **Uebigau** bei **Dresden** ist eine Mahlmühle mit vier nach amerikanischer Art complet eingerichteten Mahlgängen, nebst gangbaren eisernen Rädern, stehenden und liegenden Wellen, zwei Beutelmaschinen mit 4 Cylindern, die mit feiner seidener Gaze bezogen sind, nebst dazu gehörigem gangbaren Zeuge, eine Reinigungsmaschine nebst dazu gehörigem Elevator, sämmtliche Gegenstände noch fast neu, zu einem billigen Preise zu verkaufen. Auch können davon einzelne Gegenstände abgelassen werden. Näheres beim Besitzer daselbst. [2277—79]

Das aufs eleganteste und comfortabelste eingerichtete

Palais Heydukoff

in **Dresden**

empfiehlt sich allen geehrten Reisenden ganz ergebenst.

Table d'hôte um 1 Uhr im untern Saale, sowie im obern um 3 Uhr.

[2296—98] **Hermann Heydukoff**, Besitzer.

Vom 1. Juli d. J. an erscheint in Heidelberg täglich einen Bogen stark die

Deutsche Zeitung.

Herausgegeben von **Gervinus, Häuser, Höfken, Mathy** und **Mittermaier.**

Verantwortlicher Redacteur: **Gervinus.**

Alle Postämter nehmen Bestellungen an. Man abonnirt bei dem **nächstgelegenen Postamte.**

Der Preis ist jährlich 5 Thlr. 29 Sgr. in Heidelberg und Mannheim, bei den großh. badischen Postämtern 7 Thlr. 3 Sgr. Außerhalb Baden kommt der betreffende Postaufschlag hinzu.

Man bittet die Bestellungen recht zeitig zu machen, damit keine Verspätung oder Unvollständigkeit in der Zusendung eintrete.

Für Anzeigen wird der Raum der dreispaltigen Petitzeile mit 2 Silbergroschen berechnet.

[2322] Die Verlagshandlung von **F. Bassermann** in Mannheim.

Gewölbe-Vermiethung.

Das Gewölbe auf der Nikolaistraße Nr. 14 dem Goldhahngäßchen gegenüber, welches die Herren Moritz Seldis & Co. von Berlin als Meßlocal bis medio September d. J. inne haben, wird von da ab frei und steht anderweit zu vermiethen. Näheres darüber ist bei dem Hausbesitzer zu erfragen.

Leipzig, den 16. Juni 1847. [2326]

Von **F. A. Brockhaus** in Leipzig ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Veit (Moritz),

Der Entwurf einer Verordnung

über die

Verhältnisse der Juden in Preußen

und

das Edict vom 11. März 1812.

8. Geh. 8 Ngr. [2329]

Bei **Friedrich & Andreas Perthes** in Hamburg und **Gotha** sind soeben erschienen:

Herrmann, Dr. W., Die speculative Theologie in ihrer Entwickelung durch Daub. Gr. 8. Geheftet. 1 Thlr. 18 Sgr.

Reich, G., Die Lehrfortbildung des Protestantismus auf dem Grunde der Augsburger Confession. Gr. 8. Geh. 24 Sgr. [2310]

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2331] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 18. Jun. Bei erhöhten Preisen, jedoch **im Abonnement.** Zum zweiten Male: **Der Liebestrank**, komische Oper in 2 Acten nach dem Italienischen von Ig. Brincke. Musik von Donizetti. Adina, Frl. von Marra.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Friedrich Biemelt in Landeshut mit Frl. Marie Adamy. — Hr. Obersteuercontroleur Karl Binder in Jena mit Frl. Nanny Rast in Zeitz. — Hr. Wilhelm Hause in Großschönau mit Frl. Luise Richter. — Hr. F. Scholtz in Breslau mit Frl. Ant. Schneider.

Getraut: Hr. Dr. Julius Helm in Neunkirchen mit Frl. Luise Jordan aus Berlin. — Hr. Posterpediteur Ludwig Kochs in Süchteln mit Frl. Gertrud Holz. — Hr. Dr. Reb. Wilh. Schulze in Dahlen mit Frl. Luise Herrmann aus Cadix.

Geboren: Hrn. v. Friedensburg in Forsthaus Bachwitz eine Tochter. — Hrn. A. Karbe in Lichterfelde eine Tochter. — Hrn. Justizcommissar Obert in Glatz eine Tochter. — Hrn. Gutsbesitzer Friedrich Otto in Ohlau eine Tochter. — Hrn. August Rochwitz in Berlin ein Sohn. — Hrn. August Rödel in Altenburg ein Sohn.

Gestorben: Hr. Oberlandesgerichtsregistrator Bernberger in Breslau. — Frau Oberst v. Bomsdorff in Charlottenburg. — Frau Oberfinanzrath Crull in Berlin. — Hr. Pastor Joh. Peter Esser in Hürtgen. — Hr. G. F. Gerber in Reichenbach. — Hr. Pfarrer Klingenmaier in Hirrlingen. — Hr. Kaufmann A. Muhr aus Pleß in Breslau. — Frau Stadtpfleger D. Wagner in Ludwigsburg. — Hr. Schiffsherr Joh. Gottl. Wolf in Riesa. — Hr. Forstmstr. E. Zenker in Grundsahl.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Bestellungen, welche man zeitig zu machen bittet, um die Exemplare vollständig liefern zu können, nehmen alle Postämter und Zeitungsexpeditionen an.

Der vierteljährliche **Abonnementspreis** ist für Sachsen 2 Thlr.; die Gebühren für **Inserate aller Art** betragen für den Raum einer gespaltenen Zeile 2 Ngr.

Leipzig, im Juni 1847.

F. A. Brockhaus.

(Mit einer **Beilage.**)

Beilage zur Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 169. (18. Junius 1847.)

Ueberblick.

Entwurf einer Verordnung, die Verhältnisse der Juden in Preußen betreffend.

Handel und Industrie. Eisenbahnverbindung des Lago Maggiore mit dem Wallenstädter- und Bodensee. — Ermäßigung der Eingangsabgabe von Oel im Zollverein.

Entwurf einer Verordnung, die Verhältnisse der Juden in Preussen betreffend.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. Nachdem wir zur Herstellung einer allgemeinen und gleichmäßigen Gesetzgebung über die Verhältnisse der Juden die bestehenden Vorschriften sowol über die jüdischen Cultus- und Unterrichtsangelegenheiten als auch hinsichtlich des bürgerlichen und Rechtszustandes, insbesondere die für das Großherzogthum Posen ergangene Verordnung vom 1. Jun. 1833 einer Revision haben unterwerfen lassen, und in Betracht, daß die eigenthümlichen Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen eine gänzliche Aufhebung der dort gesetzlich bestehenden Verfassung des Judenwesens zur Zeit noch nicht gestatten, verordnen wir auf den Antrag unsers Staatsministeriums und nach Anhörung unserer getreuen Stände des Vereinigten Landtags wie folgt:

Abschnitt I.

Ueber die Verhältnisse der Juden in allen Landestheilen unserer Monarchie, mit Ausschluß des Großherzogthums Posen.

§. 1. Die Juden, welche in den vorbezeichneten Landestheilen ihren Wohnsitz haben, genießen, soweit dieses Gesetz nicht ein Anderes bestimmt, neben gleichen Pflichten gleiche bürgerliche Rechte mit unsern christlichen Unterthanen, und sollen nach den für diese daselbst geltenden gesetzlichen Vorschriften behandelt werden.

§. 2. Bildung von Judenschaften. Die Juden sollen nach Maßgabe der Orts- und Bevölkerungsverhältnisse dergestalt in Judenschaften vereinigt werden, daß alle innerhalb eines Judenschaftsbezirks wohnenden Juden demselben angehören. §. 3. Die Bildung dieser Judenschaften erfolgt durch die Regierungen nach Anhörung der Betheiligten in der Art, daß jede Judenschaft eine Stadt zum Mittelpunkt erhält, nach welcher sie benannt wird, und mit der die jüdischen Einwohner der umliegenden Städte und Dörfer oder anderer ländlichen Besitzungen verbunden werden. In gleicher Weise sind die Regierungen ermächtigt, nach dem Bedürfniß Abänderungen der Judenschaftsbezirke vorzunehmen und die hierauf bezüglichen Verhältnisse unter Zuziehung der Betheiligten, einschließlich der etwa vorhandenen Gläubiger, zu ordnen. §. 4. Die einzelnen Judenschaften erhalten in Bezug auf ihre Vermögensverhältnisse die Rechte juristischer Personen. Der Verband der Judenschaften bezieht sich lediglich auf die ihnen durch diese Verordnung ausdrücklich überwiesenen Angelegenheiten. §. 5. Jede Judenschaft erhält einen Vorstand und eine angemessene Zahl von Repräsentanten. §. 6. Der Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens sieben Mitgliedern, welche ihr Amt unentgeltlich verwalten. §. 7. Die Zahl der Repräsentanten der Judenschaft soll mindestens 9 und höchstens 21 betragen. §. 8. Sämmtliche männliche, volljährige, unbescholtene Mitglieder der Judenschaft, welche entweder ein Grundstück besitzen, oder ein Gewerbe selbständig betreiben, oder sich sonst ohne fremde Unterstützung selbständig ernähren und mit Entrichtung der Abgaben für die Judenschaft während der letzten drei Jahre nicht in Rückstand geblieben sind, wählen die Repräsentanten, und diese den Vorstand der Judenschaft auf sechs Jahre. Die Wahl ist überall zugleich auf eine entsprechende Zahl von Stellvertretern zu richten. §. 9. Das Wahlgeschäft wird durch einen Abgeordneten der Regierung geleitet. Nach Ablauf der ersten drei Jahre scheidet die Hälfte der Vorstandsmitglieder und der Repräsentanten nach dem Loose, demnächst jedesmal die ältere Hälfte, aus. §. 10. Die Wahlen der Vorsteher unterliegen der Genehmigung der Regierung, welche die ganze Wirksamkeit des Vorstandes zu beaufsichtigen hat und befugt ist, einzelne Mitglieder wegen vorsätzlicher Pflichtwidrigkeit oder wiederholter Dienstvernachlässigung durch Beschluß zu entlassen. §. 11. Der Vorstand hat die gemeinsamen Angelegenheiten der Judenschaft zu leiten und die Beschlüsse der Repräsentanten zur Ausführung zu bringen. Er vertritt die Judenschaft überall gegen dritte Personen, insbesondere in allen Rechtsgeschäften, sie mögen die Erwerbung von Rechten oder die Eingehung von Verbindlichkeiten betreffen. Das Verhältniß der Vorsteher und Repräsentanten gegen einander und gegen die Judenschaft ist, so lange und so weit nicht das Statut (§. 13) ein Anderes festsetzt, nach den Bestimmungen der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 über die Rechte und Pflichten des Magistrats und der Stadtverordneten zu beurtheilen. §. 12. Ueber die Verwaltung des Vermögens der Judenschaften steht den Regierungen das Recht der Oberaufsicht in demselben Maße zu, wie nach der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 über die Vermögensverwaltung der Stadtgemeinden. §. 13. Ueber die Wahl des Vorsitzenden in dem Vorstande und des Vorstehers der Repräsentanten-Versammlung, sowie über deren Befugnisse, ferner über die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und der Repräsentanten-Versammlung, der Stellvertreter derselben, sowie darüber, ob die Wahl in den Vorstand auf jüdische Einwohner der, zum Mittelpunkt der Judenschaft bestimmten, Stadt beschränkt bleiben, und welche Reisekostenentschädigung im andern Falle den Gewählten gewährt werden soll, endlich über das Verhältniß der Vorsteher und Repräsentanten gegen einander und gegen die Judenschaft sind die erforderlichen Bestimmungen in ein besonderes, der Bestätigung des Oberpräsidenten unterliegendes Statut aufzunehmen. Die erste Wahl des Vorstandes und der Repräsentanten erfolgt nach Vorschrift der Regierungen. Diese haben auch nach stattgefundener Wahl wegen Abfassung der Statuten binnen einer festzusetzenden Frist das Erforderliche anzuordnen. Sofern die Abfassung innerhalb der gesetzten Frist nicht erfolgt, ist von den Regierungen über die dem Statute vorbehaltenen Bestimmungen ein die Judenschaft bindendes Reglement zu erlassen. §. 14. Der Vorstand ist das Organ, durch welches Anträge oder Beschwerden der Judenschaft an die Staatsbehörde gelangen. Er hat über alle die Judenschaft betreffenden Angelegenheiten und über einzelne zu ihr gehörige Mitglieder den Staats- und Communalbehörden auf Erfodern pflichtmäßig und unter eigner Verantwortlichkeit Auskunft zu ertheilen.

§. 15. Vertretung der Judenschaften in Stadtgemeinden. Wenn in einer Stadt, in welcher eine der beiden Städteordnungen gilt, sich so viele wahlberechtigte Bürger jüdischen Glaubens befinden, daß sie mindestens diejenige Zahl der städtischen wahlberechtigten Bürgerschaft erreichen, welche eine Theilung der Gesammtzahl der letztern durch die Zahl der Stadtverordneten ergibt, so kann auf den Grund einer zwischen den städtischen Behörden und dem Vorstande der Judenschaft unter Zustimmung der Repräsentanten stattfindenden Einigung den jüdischen wahlberechtigten Bürgern gestattet werden, einen oder nach dem angegebenen Verhältnisse auch mehre Verordnete nebst Stellvertretern aus ihrer Mitte zu wählen, welche in der Stadtverordnetenversammlung in allen, nicht das christliche Kirchen- und Schulwesen betreffenden Angelegenheiten Sitz und Stimme haben; dagegen scheiden alsdann die Juden bei den Wahlen der übrigen Stadtverordneten, deren Zahl sich nach Maßgabe der eintretenden jüdischen Verordneten vermindert, als Wähler und Wahlcandidaten aus. Das Ergebniß einer solchen Vereinbarung unterliegt der Bestätigung der Regierung und ist in das städtische Ortsstatut aufzunehmen. Bei der von Seiten der Juden stattfindenden Wahl von Verordneten aus ihrer Mitte finden die Vorschriften und Bedingungen Anwendung, welche für die Stadtverordnetenwahlen überhaupt an dem betreffenden Orte maßgebend sind.

§. 16. Cultuswesen. Die auf den Cultus bezüglichen innern Einrichtungen bleiben der Vereinbarung jeder einzelnen Judenschaft, resp. deren Vorstehern und Repräsentanten überlassen. Die Regierung hat von diesen Einrichtungen nur insoweit Kenntniß zu nehmen und Entscheidung zu treffen, als die öffentliche Ordnung ihr Einschreiten erfodert. §. 17. Dem Statut einer jeden Judenschaft bleibt die Bestimmung darüber vorbehalten, ob Cultusbeamte angestellt und wie dieselben gewählt werden sollen. Bis dahin behält es wegen dieser Wahlen bei Demjenigen, was in den einzelnen Judenschaften herkömmlich ist, und in Ermangelung eines festen Herkommens bei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften wegen der Wahl von Gesellschaftsbeamten sein Bewenden. Die gewählten Cultusbeamten dürfen in ihr Amt nicht eher eingewiesen werden, bis die Regierung erklärt hat, daß gegen ihre Annahme nichts zu erinnern ist. Die Regierung hat bei dieser Erklärung außer den Förmlichkeiten der Wahl nur darauf Rücksicht zu nehmen, daß die gewählten Cultusbeamten unbescholtene Männer sind. §. 18. Entstehen innerhalb einer Judenschaft Streitigkeiten über die innern Cultuseinrichtungen, welche auf Bildung einer neuen Synagoge abzielen, so sind die Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und des Innern ermächtigt, auf den Antrag der Interessenten eine Begutachtung der obwaltenden Differenzen durch eine, zu diesem Zweck einzusetzende Commission eintreten zu lassen. Kann durch den Ausspruch der Commission der Conflict nicht ausgeglichen werden, so haben die Minister unter Benutzung des von der Commission abgegebenen Gutachtens darüber Anordnung zu treffen, ob und mit welcher Maßgabe die Einrichtung eines abgesonderten Gottesdienstes oder die Bildung einer neuen Synagoge zu gestatten ist; zugleich haben dieselben mit Ausschluß des Rechtsweges zu bestimmen, welcher Theil im Besitz der vorhandenen Cultuseinrichtungen verbleibt. §. 19. Diese Commission soll, so oft das Bedürfniß es erfodert, unter der Aufsicht eines Regierungsabgeordneten in Berlin zusammentreten und aus neun Cultusbeamten oder andern Männern jüdischen Glaubens bestehen, die das Vertrauen der Judenschaft, welcher sie angehören, besitzen. §. 20. Die Mitglieder der Commission mit einer angemessenen Zahl von Stellvertretern werden von den Ministern der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und des Innern auf den Vorschlag der Oberpräsidenten, welche dabei die Anträge der Judenschaften ihres Verwaltungsbezirks besonders zu berücksichtigen haben, auf die Dauer von sechs Jahren ernannt. §. 21. Die durch den Zusammentritt der Commission erwachsenden Kosten werden von den sämmtlichen Judenschaften des Staats nach Verhältniß des Kostenbetrags ihrer gesammten Bedürfnisse (§. 23) aufgebracht. §. 22. Die Commission beschließt über die ihr zur Begutachtung vorgelegten Gegenstände nach absoluter Stimmenmehrheit, und hat die zu erstattenden Gutachten unter Beifügung von Gründen vollständig auszuarbeiten. §. 23. Die Kosten des Cultus und der übrigen, die Judenschaft betreffenden Bedürfnisse, zu welchen auch die Einrichtung und Unterhaltung der Begräbnißplätze gehört, werden nach den durch das Statut einer jeden Judenschaft näher zu bestimmenden Grundsätzen auf die einzelnen Beitragspflichtigen umgelegt und, nachdem die Heberollen von der Regierung für vollstreckbar erklärt worden sind, im Verwaltungswege eingezogen. Der Rechtsweg ist wegen solcher Abgaben und Leistungen nur insoweit zulässig, als Jemand aus besondern Rechtstiteln die gänzliche Befreiung von Beiträgen geltend machen will oder in der Bestimmung seines Antheils über die Gebühr belastet zu sein behauptet. Ob und inwieweit einzelne, zerstreut und von dem Mittelpunkte der Judenschaft entfernt wohnende Juden zu den von der Judenschaft aufzubringenden Kosten, insbesondere zu den Cultusbedürfnissen beizutragen haben, ist von den Regierungen nach Maßgabe der Vortheile festzusetzen, welche jenen Juden durch die Verbindung mit der Judenschaft zu Theil werden. Von neu anziehenden Juden darf ein sogenanntes Eintrittsgeld von der Judenschaft auch an denjenigen Orten, wo solches bisher üblich gewesen, künftig nicht mehr gefodert werden.

§. 24. Armen- und Krankenpflege. Ueber die der besondern Armen- und Krankenpflege jüdischer Glaubensgenossen gewidmeten Fonds und Anstalten steht dem Vorstande der Judenschaft, sofern ihm nicht die Verwaltung bereits stiftungsmäßig übertragen ist, die Aufsicht zu, vorbehaltlich jedoch des Oberaufsichtsrechts der Regierungen.

§. 25. Unterrichtswesen. In Bezug auf den öffentlichen Unterricht gehören die schulpflichtigen Kinder der jüdischen Glaubensgenossen den ordentlichen Elementarschulen ihres Wohnorts an. §. 26. Die jüdischen Glaubensgenossen sind schuldig, ihre Kinder zur regelmäßigen Theilnahme an dem Unterricht in der Ortsschule während des gesetzlich vorgeschriebenen Alters anzuhalten, sofern sie nicht vor der Schulbehörde sich ausweisen, daß ihre

Digitized by Google

Kinder anderweitig durch häusliche Unterweisung oder durch ordentlichen Besuch einer andern vorschriftsmäßig eingerichteten öffentlichen oder Privatlehranstalt einen regelmäßigen und genügenden Unterricht in den Elementarkenntnissen erhalten. §. 27. Befinden sich an einem Orte mehre christliche Elementarschulen, so bleibt den Regierungen überlassen, die jüdischen Einwohner nöthigenfalls nach Maßgabe der Ortsverhältnisse entweder einer von diesen Schulen ausschließlich zuzuweisen oder unter dieselben nach einer bestimmten Bezirksabgrenzung zu vertheilen. §. 28. Zur Theilnahme an dem christlichen Religionsunterrichte sind die jüdischen Kinder nicht verpflichtet; eine jede Judenschaft ist aber verbunden, solche Einrichtungen zu treffen, daß es keinem jüdischen Kinde während des schulpflichtigen Alters an dem erforderlichen Religionsunterrichte fehlt. Als besondere Religionslehrer können nur solche Personen zugelassen werden, welche zur Ausübung eines Lehramts vom Staate die Erlaubniß erhalten haben. §. 29. Zur Unterhaltung der Ortsschulen haben die jüdischen Glaubensgenossen in gleicher Weise und in gleichem Verhältnisse mit den christlichen Gemeindegliedern den Gesetzen und bestehenden Verfassungen gemäß beizutragen. §. 30. Eine Absonderung von den ordentlichen Ortsschulen können die jüdischen Glaubensgenossen der Regel nach nicht verlangen; doch ist den Juden gestattet, in eignem Interesse auf Grund diesfälliger Vereinbarungen unter sich mit Genehmigung der Schulbehörden Privatlehranstalten nach den darüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen einzurichten. Ist in einem Ort oder Schulbezirk eine an Zahl und Vermögensmitteln hinreichende christliche und jüdische Bevölkerung vorhanden, um auch für die jüdischen Einwohner ohne deren Ueberbürdung eine besondere öffentliche Schule anlegen zu können, so kann, wenn sonst im allgemeinen Schulinteresse Gründe dazu vorhanden sind, die Absonderung der jüdischen Glaubensgenossen zu einem eignen Schulverband auf den Antrag des Vorstandes der Judenschaft angeordnet werden. §. 31. Die Regierung hat in solchem Fall über die beabsichtigte Schultrennung und den dazu entworfenen Einrichtungsplan die Communalbehörde des Orts und die übrigen Interessenten mit ihren Erklärungen und Anträgen zu vernehmen. §. 32. Ergibt sich hierbei ein allseitiges Einverständniß über die Zweckmäßigkeit der Schulabtrennung und über die Bedingungen der Ausführung, so ist die Regierung befugt, die entsprechenden Festsetzungen und Einrichtungen unmittelbar zu treffen. Im Falle obwaltender Differenzen bleibt die Entscheidung dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten vorbehalten. §. 33. Eine solche nach §§. 30—32 errichtete jüdische Schule, in welcher die Unterrichtssprache die deutsche sein muß, hat die Eigenschaften und Rechte einer öffentlichen Ortsschule. Insbesondere gelten dabei folgende nähere Bestimmungen: a) Die Errichtung und Unterhaltung dieser Schule liegt in Ermangelung einer anderweitigen Vereinbarung den jüdischen Einwohnern des Schulbezirks allein ob. Die Aufbringung der erforderlichen Kosten wird nach Maßgabe der Bestimmung des §. 23 bewirkt. b) Wo die Unterhaltung der Ortsschulen eine Last der bürgerlichen Gemeinde ist, haben die jüdischen Glaubensgenossen im Falle der Errichtung einer eignen öffentlichen Schule eine Beihülfe aus Communalmitteln zu fordern, deren Höhe, unter Berücksichtigung des Betrags der Communalabgaben der jüdischen Einwohner, der aus den Communalkassen für das Ortsschulwesen sonst gemachten Verwendungen und der Erleichterung, welche dem Communalschulwesen aus der Vereinigung der jüdischen Kinder in eine besondere jüdische Schule erwächst, zu bemessen, und in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung von den Ministern der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und des Innern festzusetzen ist. c) Die jüdischen Glaubensgenossen werden, wenn sie eine öffentliche jüdische Schule unterhalten, sowol von der Entrichtung des Schulgeldes als auch von allen unmittelbaren persönlichen Leistungen zur Unterhaltung der ordentlichen Ortsschulen frei. d) Der Besuch der öffentlichen jüdischen Schulen bleibt auf die jüdischen Kinder beschränkt.

§. 34. Einwirkung auf den Lebensberuf jüdischer Knaben. Nach vollendeter Schulbildung der jüdischen Knaben haben die Vorsteher der Judenschaft unter eigner Verantwortlichkeit dafür zu sorgen, daß jeder Knabe ein nützliches Gewerbe erlerne oder sich auf wissenschaftlichen Lehranstalten einem höhern Berufe widme, und daß keiner derselben zum Handel oder Gewerbebetriebe im Umherziehen gebraucht werde. Sie haben sich deshalb zunächst mit den Vätern oder Vormündern zu vernehmen; wenn aber auf diesem Wege der Zweck nicht erreicht wird, so haben sie ihre Anträge an den betreffenden Magistrat resp. an den Kreislandrath zu richten, welcher die Väter oder Vormünder, Letztere unter Vernehmung mit der obern vormundschaftlichen Behörde, anzuhalten hat, daß den Knaben die erforderliche Vorbereitung für einen wissenschaftlichen oder künstlerischen Beruf oder für den Betrieb des Landbaues oder eines andern stehenden Gewerbes zu Theil werde.

§. 35. Zulassung zu öffentlichen Aemtern. Zu unmittelbaren Staatsämtern sollen die Juden insoweit zugelassen werden, als sie sich durch den Dienst im stehenden Heere verfassungsmäßig Civilversorgungsansprüche erwerben haben und mit den ihnen zu übertragenden Civil- und Militairdiensten nicht die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität verbunden ist. Inwiefern die Juden mittelbare Staats- und Communalämter bekleiden können, ist nach den darüber ergangenen besondern gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen. Es findet jedoch deren Eintritt auch in solche Aemter nur dann statt, wenn mit denselben die Ausübung einer obrigkeitlichen Autorität nicht verbunden ist. Behufs Schlichtung streitiger Angelegenheiten unter ihren Glaubensgenossen können Juden zu Schiedsmännern gewählt werden. An denjenigen Universitäten, auf denen nicht die Ausübung des Lehramts statutenmäßig an das Bekenntniß einer bestimmten christlichen Confession geknüpft ist, können Juden als Privatdocenten und außerordentliche Professoren der mathematischen, naturwissenschaftlichen und medicinischen Lehrfächer zugelassen werden. Außerdem bleibt die Anstellung der Juden als Lehrer auf jüdische Unterrichtsanstalten beschränkt.

§. 36. Ständische Rechte, Patronat ꝛc. In Betreff der ständischen Rechte verbleibt es bei der bestehenden Verfassung, und soweit deren Ausübung mit dem Grundbesitz, zu dessen Erwerbung die Juden nach §. 1 überall berechtigt sind, verbunden ist, ruhen dieselben während ihrer Besitzzeit. Die Verwaltung der Gerichtsbarkeit, wie des Patronats, desgleichen die Aufsicht über die Communalverwaltung und über das Kirchenvermögen wird, wo eine solche Aufsicht der Gutsherrschaft zusteht, von der betreffenden Staats- und kirchlichen Behörde ausgeübt. Die Staatsbehörde hat den Gerichtshalter und den Verwalter der Polizeigerichtsbarkeit zu ernennen. Der Besitzer bleibt zur Tragung der damit verbundenen Kosten und sonstigen Lasten verpflichtet. Wo das Patronat einer Commune zusteht, können die jüdischen Mitglieder derselben an dessen Ausübung keinen Theil nehmen; sie müssen aber die damit verknüpften Reallasten von ihren Besitzungen gleich andern Mitgliedern der Commune tragen, auch sind sie als ansässige Dorf- oder Stadtgemeindemitglieder verpflichtet, von ihren Grundstücken sowol die darauf haftenden kirchlichen Abgaben, als auch die nach Maßgabe des Grundbesitzes zu entrichtenden Beiträge zur Erhaltung der Kirchensysteme zu tragen.

§. 37. Gewerbebetrieb. Die für den Gewerbebetrieb im Umherziehen in Betreff der inländischen Juden bestehenden Beschränkungen werden aufgehoben. Auch der Betrieb der in den §§. 51, 52, 54 und 55 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 genannten Gewerbe wird den Juden fortan freigegeben; jedoch finden auch hier die Vorschriften des §. 35 Anwendung, wenn mit dem Gewerbebetrieb ein Staats- oder Communalamt verbunden ist.

§. 38. Familiennamen. Führung der Handelsbücher ꝛc. Die Juden sind zur Führung fest bestimmter und erblicher Familiennamen verpflichtet. Sie haben sich bei Führung ihrer Handelsbücher entweder der deutschen oder der sonstigen, unter der Bevölkerung ihres Wohnorts üblichen Landessprache und deutscher oder lateinischer Schriftzüge zu bedienen. Handlungsbücher, in welchen gegen diese Vorschrift verstoßen ist, haben für den Juden keine Beweiskraft. Bei Abfassung von Verträgen und rechtlichen Willenserklärungen, wie bei allen vorkommenden schriftlichen Verhandlungen ist ihnen nur der Gebrauch der deutschen oder einer andern lebenden Sprache und deutscher oder lateinischer Schriftzüge gestattet. Im Uebertretungsfalle trifft sie eine fiscalische Geldstrafe von 50 Thlr. oder sechswöchentliches Gefängniß.

§. 39. Zeugeneid. Was die Verpflichtung zur Ablegung eidlicher Zeugnisse und die, diesen Zeugnissen beizulegende Glaubwürdigkeit betrifft, so findet sowol in Civil- als Criminalsachen zwischen den Juden und unsern übrigen Unterthanen kein Unterschied statt.

§. 40. Ehen zwischen Juden. So lange ein Anderes nicht verordnet wird, vertritt unter Juden die Zusammenkunft unter dem Trauhimmel und das feierliche Anstecken des Ringes die Stelle der Trauung; das Aufgebot erfolgt durch Bekanntmachung in der Synagoge. Der die Trauung vollziehende Jude ist verpflichtet, zu prüfen, ob derselben ein gesetzliches Hinderniß entgegensteht, und insoweit von ihm hierbei den bestehenden Vorschriften zuwider gehandelt wird, verfällt derselbe in 50 Thlr. fiscalische Geld- oder sechswöchentliche Gefängnißstrafe. Für den Fall, daß vorhandene Ehehindernisse ihm vor der Trauung bekannt gewesen sind, wird diese Strafe verdoppelt. In den zum Bezirk des Oberappellationsgerichts zu Köln gehörigen Landestheilen bewendet es bei den über das Aufgebot und die Vollziehung der Ehe gesetzlich vorgeschriebenen Förmlichkeiten. §. 41. Ausländische Jüdinnen erlangen durch die Verheirathung mit inländischen Juden die Rechte, welche das gegenwärtige Gesetz gibt, jedoch nur auf vorgängigen Nachweis darüber, daß die Verheirathung diesseitiger Jüdinnen mit Juden des betreffenden Auslandes dort ebenfalls gesetzlich zugelassen ist. Bis dahin ist die Trauung untersagt. Die ausnahmsweise Gestattung des Aufenthalts im Inlande vor Führung dieses Nachweises hängt von der Genehmigung des Ministers des Innern ab. Die Trauung eines ausländischen Juden mit einer Inländerin darf nur dann erfolgen, wenn neben den durch die bestehenden Gesetze bereits vorgeschriebenen Erfordernissen auch noch zuvor ein gehörig beglaubigtes Attest der Ortsobrigkeit seiner Heimat beigebracht und der Polizeiobrigkeit des Wohnorts der inländischen Jüdin vorgelegt worden, nach welchem es ihm seinen Landesgesetzen zufolge erlaubt ist, eine gültige Ehe mit der namentlich zu bezeichnenden Braut in diesseitigen Landen zu schließen, sodaß bei seiner Rückkehr in die Heimat der dortigen Mitaufnahme seiner Ehefrau und der in der Ehe etwa erzeugten Kinder nichts im Wege steht. Der Jude, welcher, diesen Vorschriften entgegen, eine Trauung zwischen einer fremden Jüdin und einem inländischen Juden oder zwischen einem ausländischen Juden und einer inländischen Jüdin vollzieht, verfällt in die §. 40 angedrohte Strafe.

§. 42. Niederlassung und Aufenthalt fremder Juden. Zur Niederlassung ausländischer Juden bedarf es der Ertheilung der Naturalisationsurkunde der Genehmigung des Ministers des Innern. Ausländische Juden dürfen ohne eine gleiche Genehmigung weder als Rabbiner und Synagogenbeamte noch als Gewerbsgehülfen, Gesellen, Lehrlinge oder Dienstboten angenommen werden. Die Ueberschreitung dieses Verbots zieht gegen die betreffenden Inländer und den fremden Juden, gegen Letztern, sofern er sich bereits länger als sechs Wochen in den diesseitigen Staaten aufgehalten hat, eine fiscalische Geldstrafe von 20—300 Thlr. oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe nach sich. Fremden Juden ist der Eintritt in das Land zur Durchreise und zum Betrieb erlaubter Handelsgeschäfte nach näherm Inhalte der darüber bestehenden polizeilichen Vorschriften gestattet. In Betreff der Handwerksgesellen bewendet es jedoch bei den Bestimmungen der Ordre vom 14. Oct. 1838 und den mit auswärtigen Staaten besonders geschlossenen Verträgen.

§. 43. Schuldverhältnisse und besondere Abgaben. Die über die Schuldverhältnisse einzelner jüdischer Corporationen ergangenen Verfügungen und besonders getroffenen Anordnungen bleiben bis zur Tilgung dieser Schulden in Kraft. Ueber die Aufhebung und Ablösung der noch bestehenden persönlichen Abgaben und Leistungen der Juden an Kämmereien, Grundherren, Institute ꝛc., bei denen es zur Zeit sein Bewenden behält, wird weitere Bestimmung vorbehalten.

Abschnitt II.

Betreffend die Verhältnisse der Juden im Großherzogthum Posen.

§. 44. Judenschaften. Die Vorschriften des Abschnitts I. §§. 2—14 wegen Bildung von Judenschaften finden auf das Großherzogthum Posen, woselbst den Juden bereits Corporationsrechte gesetzlich beigelegt sind, mit folgender Maßgabe Anwendung: 1) Die Regierungen sind ermächtigt, Ortschaften, welche bisher zu keiner bestimmten Judenschaft gehört haben, nach näherer Vorschrift des §. 2 einer solchen einzuverleiben. 2) Die nach §§. 5—7 der Verordnung vom 1. Jun. 1833 eingesetzte Verwaltungsbehörde bildet den Vorstand der Judenschaft. 3) Zur Aufnahme von Schulden, zur Anstellung von Processen und zur Abschließung von Vergleichen über Gerechtsame der Corporationen oder über die Substanz des Vermögens der Judenschaft, wie zur Aufstellung des Verwaltungs-Etats und zu außeretatsmäßigen Ausgaben ist die Genehmigung der Regierung erforderlich.

§. 45. Cultus- und Schulwesen. Armen- und Krankenpflege ꝛc. Desgleichen finden die Vorschriften der §§. 16—34 Abschnitt I. über das Cultuswesen, über die Armen- und Krankenpflege, sowie über die Schulangelegenheiten und wegen der Vorbereitung jüdischer Knaben zu einem nützlichen Beruf auch hier Anwendung. Diejenigen jüdischen Schulen, welche nach §. 10 der Verordnung vom 1. Jun. 1833 als öffentliche jüdische Schulen errichtet worden sind, bleiben als solche bestehen, so lange nicht eine anderweitige Einrichtung von den Regierungen für nothwendig erachtet wird. §. 46. Die bisherige Unterscheidung der jüdischen Bevölkerung des Großherzogthums Posen in naturalisirte und nicht naturalisirte Juden, sowie die daraus hervorgehende Verschiedenheit der Rechte beider Klassen bleibt zur Zeit noch bestehen.

§. 47. Naturalisirte Juden. Zu den allgemeinen Erfordernissen der Naturalisation gehört: 1) ein fester Wohnsitz innerhalb des Großherzogthums Posen; 2) völlige Unbescholtenheit des Lebenswandels; 3) die Fähigkeit und Verpflichtung, sich in allen öffentlichen Angelegenheiten, Willenserklärungen, Rechnungen und dergleichen ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen. Von diesem Erforderniß kann der Oberpräsident auf den Antrag der Regierung dispensiren; 4) die Annahme eines bestimmten Familiennamens. §. 48. Unter diesen Voraussetzungen sollen in die Klasse der naturalisirten Juden nur diejenigen aufgenommen werden, welche den Nachweis führen, daß sie entweder einer Wissenschaft oder Kunst sich gewidmet haben, und solche dergestalt betreiben, daß sie von ihrem Ertrage sich erhalten können; oder ein ländliches Grundstück von dem Umfange besitzen und selbst bewirthschaften, daß dasselbe ihnen und ihrer Familie den hinreichenden Unterhalt sichert; oder in einer Stadt ein nahrhaftes stehendes Gewerbe mit einiger Auszeichnung betreiben; oder in einer Stadt ein Grundstück von wenigstens 2000 Thlr. an Werth schuldenfrei und eigenthümlich besitzen; oder daß ihnen ein Capitalvermögen von wenigstens 5000 Thlr. eigenthümlich gehört; oder daß sie ihrer Heerespflicht als einjährige Freiwillige resp. durch dreijährigen Dienst wirklich genügt und gute Führungsatteste erhalten; oder durch patriotische Handlungen ein besonderes Verdienst um den Staat sich erworben haben; oder endlich diejenigen, welche aus andern Provinzen unserer Monarchie ihren Wohnsitz in das Großherzogthum Posen verlegen. §. 49. Die Juden, welche den im §. 48 verlangten Nachweis führen, sollen von der Regierung des Bezirks, in welchem sie wohnen, mit Naturalisationspatenten versehen werden. §. 50. Ehefrauen nehmen an den Rechten, welche ihre Ehemänner durch die Naturalisation erlangt haben, Theil. Diese Rechte verbleiben ihnen auch nach Auflösung der Ehe bis zur etwa eintretenden Verheirathung mit einem nicht naturalisirten Juden. Geschiedene, für den schuldigen Theil erklärte Ehefrauen verlieren die lediglich durch ihre Verheirathung erworbenen Rechte der Naturalisation.

§. 51. Nicht naturalisirte Juden. Die mit der Naturalisation verbundenen Rechte gehen ohne weiteres verloren, wenn der Richter gegen einen naturalisirten Juden auf Verlust der Nationalcocarde erkannt hat. Außerdem können jene Rechte der Naturalisation durch Plenarbeschluß der Regierung entzogen werden, sobald das Naturalisationspatent auf Grund wider besseres Wissen gemachter unrichtiger Angaben erlangt ist, desgleichen in allen denjenigen Fällen, in welchen nach §§. 18 und 20 der revidirten Städteordnung vom 17. März 1831 das Bürgerrecht entzogen werden muß oder von den Stadtbehörden entzogen werden kann. Gegen das die Entziehung festsetzende Resolut der Regierung ist der Recurs an den Minister des Innern zulässig, derselbe muß jedoch binnen einer zehntägigen präclusivischen Frist nach Eröffnung des Resoluts bei der Regierung angemeldet werden. §. 52. Ueber diejenigen jüdischen Einwohner der Provinz Posen, welche sich zur Aufnahme in die Klasse der Naturalisirten noch nicht eignen, sind wie bisher vollständige Verzeichnisse zu führen. §. 53. Auf den Grund derselben ist von der Ortspolizeibehörde jedem Familienvater oder einzelnen volljährigen und selbständigen Juden ein mit der Nummer des Verzeichnisses versehenes Certificat zu ertheilen, welches, insofern es Familien umfaßt, die Namen der sämmtlichen Mitglieder derselben enthalten muß, und nach der jährlichen Revision mit einem Visa versehen oder berichtigt wird. §. 54. Alle noch nicht naturalisirten, mit Certificaten versehenen Juden sind folgenden besondern Beschränkungen unterworfen: a) Vor zurückgelegtem 21. Jahr ist ihnen die Schließung einer Ehe, wenn nicht der Oberpräsident in dringenden Fällen dazu besondere Erlaubniß ertheilt hat, nicht zu gestatten. b) Sie sollen ihren Wohnsitz in der Regel und mit Ausnahme der weiter unten unter c) angegebenen Fälle nur in Städten nehmen. Zu Gewinnung des städtischen Bürgerrechts sind sie nicht fähig. c) Auf dem Lande dürfen sie nur dann ihren Wohnsitz nehmen, wenn sie entweder einen Bauerhof erwerben oder pachten und denselben selbst bewirthschaften, oder wenn sie sich bei ländlichen Grundbesitzern als Dienstboten, oder zum Betrieb einzelner Zweige des landwirthschaftlichen Gewerbes, z. B. als Brenner oder Brauer, vermiethen; d) das Schankgewerbe darf ihnen nur auf den Grund eines besondern Gutachtens der Ortspolizeibehörde hinsichts ihrer persönlichen Qualification von der Regierung, jedoch niemals auf dem Lande, gestattet werden. Der Einkauf und Verkauf im Umherziehen ist ihnen unbedingt untersagt. e) Darlehnsgeschäfte dürfen sie nur gegen gerichtlich aufgenommene Schuldurkunde, bei Strafe der Ungültigkeit, abschließen. f) Schuldansprüche derselben für verkaufte berauschende Getränke haben keine rechtliche Gültigkeit. §. 55. Zu ihrer Verheirathung bedürfen nicht naturalisirte Juden eines Trauscheins, der ihnen von Seiten des Landraths stempel- und kostenfrei ertheilt werden soll, sobald sie sich darüber ausweisen, daß sie das 24. Lebensjahr erreicht haben, oder die Dispensation des Oberpräsidenten von dieser Beschränkung beibringen. §. 56. Von den im Abschnitt I. in Betreff der bürgerlichen Verhältnisse der Juden getroffenen Bestimmungen finden diejenigen des §. 35 wegen Zulassung zu unmittelbaren und mittelbaren Staats-, Communal- und akademischen Lehrämtern ꝛc. und des §. 37 wegen des Gewerbebetriebs auf die naturalisirten Juden des Großherzogthums Posen; dagegen die Bestimmungen der §. 36 wegen der ständischen Rechte, des Patronats ꝛc., §. 38 wegen der Familiennamen, Führung der Handelsbücher ꝛc., §. 39 wegen der jüdischen Zeugeneide, §. 40 wegen der bei Trauungen unter den Juden zu beobachtenden Vorschriften, §. 41 wegen der Ehen zwischen inländischen und fremden Juden, §. 42 wegen der Niederlassung und des Aufenthalts fremder Juden, auf alle dortigen Juden Anwendung. §. 57. Die naturalisirten Juden bedürfen behufs ihrer Uebersiedelung aus dem Großherzogthume Posen in eine andere Provinz unserer Monarchie künftig nicht mehr einer besondern Genehmigung unsers Ministers des Innern. Dagegen bleiben die bisherigen Beschränkungen in Betreff des Umzugs der nicht naturalisirten Juden in andere Provinzen und ihres zeitweisen Aufenthalts daselbst bestehen. §. 58. In Betreff der Schulden der jüdischen Corporationen und deren Tilgung, wie hinsichtlich der Verbindlichkeit zur Ablösung der Corporationsverpflichtungen, verbleibt es überall bei den bestehenden Vorschriften und Anordnungen. Das festgestellte Ablösungscapital kann von den Regierungen im Wege der administrativen Execution beigetrieben werden.

§. 59. Allgemeine Bestimmungen. In Betreff der Personenstandsregister sind die bestehenden Verordnungen in Anwendung zu bringen. §. 60. Alle von den vorstehenden im Abschnitt I. und II. enthaltenen Bestimmungen abweichenden allgemeinen und besondern Gesetze werden hiermit außer Kraft gesetzt. §. 61. Unsere Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten und des Innern haben wegen Ausführung dieser Verordnung das Erforderliche zu veranlassen. (A. P. Z.)

*** **Berlin**, 15. Jun. Aus der den Gesetzentwurf über die Verhältnisse der Juden begleitenden Denkschrift entnehmen wir, daß bereits im vorigen Jahrhundert die Verhältnisse der Juden im preußischen Staate durch allgemeine Gesetze geregelt wurden. Die General-Judenreglements vom 17. April 1750 für die damaligen Landestheile der Monarchie und vom 17. April 1797 für Süd- und Neu-Ostpreußen bestimmten in umfassender Weise über den den Juden zu gewährenden Schutz, die von ihnen zu entrichtenden Abgaben, ihren Gewerbebetrieb sowie über die Religions- und Ritualverfassung derselben. Nach dem Tilsiter Frieden ordnete das Edict vom 11. März 1812 die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in den bei der Monarchie verbliebenen Provinzen, behielt jedoch die Bestimmungen wegen des Cultus und der Verbesserung des Unterrichts noch vor, bei deren Erwägung Vertrauen genießende Männer jüdischen Glaubens zugezogen werden sollten. Durch die Erweiterung, welche der preußische Staat durch die Friedensschlüsse der Jahre 1814 und 1815 in Folge der Befreiungskriege erfuhr, trat an die Stelle der durch das Edict vom Jahr 1812 erzielten Einheit eine Mannichfaltigkeit der verschiedenartigsten Gesetzgebungen über das Judenwesen. In einzelnen der neu erworbenen Landestheile befanden sich wenige Juden, und gegen die Uebersiedelung derselben aus andern Provinzen ward auf Grund der frühern Verfassung vielfach protestirt. Trat einerseits diese Abneigung gegen die Uebersiedelung der Juden einer allgemeinen Regulirung ihrer Verhältnisse entgegen, so bot andererseits der verschiedenartige Bildungs- und Culturstand der jüdischen Bevölkerungen nicht geringere Schwierigkeiten. Bevor im Wege der Gesetzgebung weiter vorgegangen wurde, bestimmte der König durch Cabinetsordre vom 29. April 1824, daß zuvörderst die Provinzialstände mit ihren Anträgen gehört werden sollten. Demgemäß wurde in demselben Jahre von den Ständen eine Erklärung darüber erfodert: ob und welche Vorschläge und Wünsche sie hinsichtlich der bestehenden Gesetzgebung über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in ihrer Provinz vorzubringen hätten. Nach der in den Jahren 1824—28 abgegebenen Erklärung erachteten die Provinzialstände mehr oder weniger übereinstimmend Beschränkungen in den Rechten der Juden zum Schutze der christlichen Bevölkerung für erfederlich. Der preußische Landtag schlug neben dem Antrag auf scharfe Prüfung der Staatsangehörigkeit der vorhandenen Juden und Fortschaffung der fremden vor: das Edict vom 11. März 1812, dessen Zweck, die Juden zu andern Gewerben als dem Handel hinzuleiten, verfehlt sei, nur mit wesentlichen Beschränkungen beizubehalten und mit diesen in die neuen Provinzen einzuführen. Der erste pommersche Landtag erachtete dafür, daß die beim Erlasse des Edicts vom 11. März 1812 gehegte Absicht, die Juden von dem für ihre Moralität so verderblichen Schacherhandel abzuziehen, nicht erreicht worden; daß bei der Fortdauer des Gesetzes und bei der wachsenden Zahl der Juden die Wohlfahrt der christlichen Unterthanen gefährdet werde, weshalb neben der Einwirkung auf die religiöse und sittliche Ausbildung der Juden Beschränkungen ihrer Rechte nothwendig seien. Die brandenburgischen Stände wünschten, daß das Edict vom Jahr 1812 von denjenigen Landestheilen ausgeschlossen bleibe, wo dasselbe noch nicht bestehe, und daß solches da, wo es bereits eingeführt sei, Abänderungen erfahren möge, weil die bisherige Erfahrung gelehrt habe, daß die den Juden zu einer höhern Ausbildung und zu nützlichen Berufsarten reichlich dargebotene Gelegenheit unbenutzt, ihre Neigung zum Schacherhandel vorherrschend geblieben sei. Der sächsische Landtag hielt mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen, wonach die Juden in die Eigenthums-, Gewerbs- und sonstigen Lebensverhältnisse der Christen störend und zerrüttend eingegriffen, Maßregeln für erfederlich, durch welche der Verbreitung der Juden und ihrem gewerblichen Verkehr insbesondere gesetzliche Schranken gesetzt würden. Die schlesischen Provinzialstände gingen davon aus, daß die bei Erlaß des Edicts vom Jahr 1812 gehegte Hoffnung, in den Juden Bürgersinn und Gemeingeist zu erwecken, bis dahin größtentheils unerfüllt geblieben; daß die Ertheilung der den Juden eingeräumten Rechte zu voreilig erfolgt sei, und daß das dieselben aussprechende Gesetz einer Beschränkung bedürfe. Der westfälische Landtag hielt es bei der fortdauernden moralischen Verderbtheit der Juden und bei dem unglücklichen Einflusse, welchen dieselben auf die christlichen Unterthanen in mehr als Einem Theile der Provinz übten, für eine dringende Pflicht, dieser verderblichen Einwirkung

Schranken zu setzen. Die Stände waren daher der Ansicht, daß den Juden vor allen Dingen das ihnen unter der Fremdherrschaft voreilig ertheilte Staatsbürgerrecht zu entziehen sei, und dieselben vorläufig nur als Schutzgenossen behandelt werden müßten. Auch der rheinische Landtag war der Ansicht, daß den Juden unter Ausschließung von dem Staats- und Gemeindebürgerrecht als Schutzverwandten die Uebernahme von Staats- und Gemeindeämtern zu versagen sei. Der posensche Landtag endlich hielt mit Rücksicht auf die unverhältnißmäßig große Anzahl der Juden in der tiger Provinz, und da die allerhöchste Absicht bei der Gesetzgebung über die Juden in den übrigen Provinzen nicht erreicht worden, bei Feststellung ihrer Rechte bis dahin, wo die Juden insgesammt zum Staatsbürgerrechte zuzulassen sein würden, solche Anordnungen für nothwendig, wodurch die Christen gegen die Ungebühr der Juden gesichert würden, wodurch den Juden jene Rechte in Aussicht zu stellen und ihnen die Mittel zu gewähren seien, sich solche so bald als möglich erwerben zu können.

Die speciellen Vorschläge der acht Provinziallandtage in Bezug auf die erfoderlich geachteten Beschränkungen waren sehr mannichfacher Art und zum Theil tief eingreifend in die bürgerlichen Verhältnisse der Juden, namentlich in Bezug auf Freizügigkeit und Gewerbebetrieb. Es konnte kaum gehofft werden, daß es der Gesetzgebung gelingen werde, den Wünschen der Stände zu entsprechen, ohne der bundesgesetzlichen Vereinbarung zu nahe zu treten und den Juden durch Entziehung der ihnen eingeräumten Rechte zugleich die Mittel einer Verbesserung ihres Zustandes auf eine bedenkliche Weise zu verkürzen. Es erging hierauf zunächst die Ordre vom 30. Aug. 1830, welche für die neuerworbenen Landestheile vorläufig die vorgefundenen gesetzlichen Bestimmungen einstweilen noch für geltend erklärte. Die Verordnung vom 1. Jun. 1830 regelte, theilweise den beschränkenden ständischen Anträgen folgend, vollständig die Verhältnisse der Juden im Großherzogthume Posen, woselbst bei der starken jüdischen Bevölkerung und ihrer zum großen Theile niedrigen Bildungsstufe ein dringendes Bedürfniß dazu vorlag. Die von den Juden ausgeübten wucherischen Bedrückungen der ländlichen Bevölkerung in der Provinz Westfalen, insbesondere in den vier paderbornschen Kreisen, wodurch der Wohlstand der Bauern auf sehr bedenkliche Weise zerrüttet wurde, machten das Einschreiten der Gesetzgebung nothwendig. Die Cabinetsordre vom 20. Sept. 1836 war bestimmt, jenen Uebelständen abzuhelfen. Durch die Gewerbeordnung wurden die gewerblichen Beschränkungen, welche in vielen Landestheilen für die Juden bestanden, aufgehoben. Die Ordre vom 31. März 1845 stellte die Militairpflicht allgemein hin. Inzwischen ward ein schon längst vorbereiteter Entwurf eines allgemeinen Gesetzes in den Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern ausgearbeitet. Ueber die hinsichtlich des Cultuswesens zu treffenden Anordnungen sind geeignete Männer aus der jüdischen Bevölkerung gehört worden. Der hierauf im königl. Staatsministerium stattgefundenen Berathung gemäß ist der dem Vereinigten Landtage vorgelegte Gesetzentwurf redigirt worden.

Der diesen Entwurf begleitenden Denkschrift sind zwei sehr umfangreiche Beilagen angeschlossen, in denen die Ergebnisse vielfacher über die Verhältnisse der Juden angestellter Ermittelungen nebst mehren statistischen Uebersichten zusammengefaßt sind. Wir entnehmen aus diesen Ermittelungen Folgendes. Nach der am Schlusse des Jahres 1843 stattgefundenen Zählung betrug die Gesammtzahl der im preußischen Staate vorhandenen Juden 206,050. Diese sind in den einzelnen Provinzen sehr ungleich vertheilt. Es leben nämlich in der Provinz Posen 79,575, in Schlesien 28,606, in der Rheinprovinz 27,570, in Preußen 27,540, in Brandenburg 16,116, in Westfalen 14,405, in Pommern 7716, in Sachsen 4522 Juden. Es enthält mithin die Provinz Posen allein beinahe zwei Fünftel der ganzen jüdischen Bevölkerung.

Das Verhältniß der jüdischen und christlichen Einwohner in den einzelnen Provinzen betreffend, so fanden sich nach der Zählung im Jahre 1843 annähernd ein Jude in der Provinz Posen unter 16 Einwohnern, in Preußen unter 87 Einwohnern, in der Rheinprovinz unter 96, in Westfalen unter 98, in Schlesien unter 102, in Brandenburg unter 117, in Pommern unter 141, in Sachsen unter 367 Einwohnern; im ganzen Staate durchschnittlich einer unter 74 Einwohnern. Die Vertheilung der Juden, je nachdem sie in den Städten oder auf dem platten Lande wohnen, ist ebenfalls sehr ungleich. Es wurden nämlich gezählt in 836 Städten 166,332 und auf dem platten Lande 39,718. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß im Allgemeinen die Neigung der Juden, sich auf dem platten Lande niederzulassen, sehr gering ist; noch nicht voll ein Fünftel der gesammten jüdischen Bevölkerung hält sich daselbst auf. Auch hier ist wieder die Vertheilung auf die einzelnen Provinzen sehr verschieden. Es wohnten nämlich im Jahr 1843 auf dem Lande: in der Rheinprovinz 16,867, in Schlesien 6959, in Westfalen 6361, in Posen 3607, in Preußen 3196, in Brandenburg 1405, in Pommern 734, in Sachsen 589 Juden.

In 325 Städten bestanden am Schlusse des Jahres 1843 jüdische Gemeinden von 100 Mitgliedern und darüber mit zusammen 145,300 Personen. Was die Erwerbsverhältnisse der Juden betrifft, so ergibt sich folgende Reihenfolge der Erwerbszweige, je nachdem sie am meisten von den Juden betrieben werden. Von 1000 Juden im ganzen Staate beschäftigen sich mit dem Handel 431, als Handwerker 193, im Gesindedienste 101, ohne bestimmten Erwerb 87, als Gast- und Schenkwirthe 47, als Taglöhner 42, mit Wissenschaften 27, als Rentiers leben 27, von selbständigen Gewerben 22, von Communal- und Gemeindediensten 13, vom Landbau 10. Der Handel ist also beiweitem die vorzugsweise Beschäftigung der Juden, indem über zwei Fünftel derselben sich diesem Gewerbe ausschließlich widmen, und wiederum im Handelsbetriebe selbst überwiegt beiweitem der Kleinhandel. Selbständig treiben überhaupt 21,739 Juden den Handel, und zwar Großhandel und Bankiergeschäfte 1140, als Kaufleute mit offenen Läden 6003, als Lieferanten, Commissionaire ꝛc. 1358, Kleinhandel, Trödelei, Hökerei, Hausirhandel ꝛc. 13,238. In den einzelnen Provinzen finden sich am häufigsten handeltreibende Juden in Pommern, Ostpreußen und Sachsen, woselbst unter 1000 selbständigen Juden resp. 633, 612, 611, also über zwei Drittel der ganzen Bevölkerung sich vom Handel ernähren; am wenigsten ist dies in Posen der Fall, woselbst unter 1000 Juden nur 343, also etwas über ein Drittel Handel treiben. Das Verhältniß der jüdischen Gewerbetreibenden, welche den Handel im Umherziehen treiben, ist überall, gegenüber den sonstigen Hausirern dieser Art, sehr überwiegend, indem nach den Ermittelungen des Jahres 1843 schon der 58ste Jude sich damit beschäftigte, während von der übrigen Bevölkerung erst der 1034ste den Handel im Umherziehen betrieb. Beiweitem die meisten Handwerker finden sich in Posen, nämlich 293 unter 1000, also gerade mehr als die Durchschnittszahl für den ganzen Staat beträgt. Am wenigsten werden Handwerke in Ostpreußen betrieben, wo unter 1000 Juden sich nur 68 damit beschäftigen. Die geringste Neigung findet sich bei ihnen von je her für den Landbau. Nur 1 Proc. der jüdischen Bevölkerung hat sich demselben zugewendet, und im ganzen Staate bauen eigenhändig oder mit jüdischem Gesinde nur 186 Juden das Land. Am meisten findet dies noch in Schlesien statt, woselbst 26 unter 1000 Juden Ackerbau treiben.

In den Beilagen sind ferner Auszüge aus den Berichten der Obergerichte über das Verhältniß der Juden und Christen in Beziehung auf die Verübung von Verbrechen gegeben. Wir begnügen uns damit, nur den Bericht des Kammergerichts mitzutheilen. Der Gerichtsbezirk des Criminalgerichts umfaßt 285,229 Menschen, worunter 5645 Juden. Verhältniß 47 : 1. Das Verhältniß in crimineller Beziehung stellt sich dagegen 27 : 1, und würde noch ungünstiger ausfallen, wenn nicht eine große Anzahl jüdischer Verbrecher unentdeckt bliebe, was theils in ihrer Verschmitztheit bei der Begehung, theils in ihrer Hartnäckigkeit bei der Untersuchung rücksichtlich des Geständnisses und der Angabe ihrer Mitschuldigen beruht. Sie sind größtentheils vorsichtiger, nur die Kundschafter vor und Hehler nach dem Verbrechen. Das Kammergericht findet die Wurzel des Uebels in ihrer Nationalitätseigenthümlichkeit, die, trotz der humanen preußischen Gesetzgebung, sie immer noch die moralische Bildungsstufe nicht erreichen läßt, welche der Staat ihnen geöffnet hat.

Am Schlusse enthalten die Beilagen noch eine Uebersicht der Anzahl der in den einzelnen europäischen Staaten befindlichen Juden und ihres Verhältnisses zur Zahl der übrigen Bewohner dieser Staaten. Nach dieser Uebersicht kommt in Oesterreich 1 Jude auf 57 Einwohner, in Preußen auf 74, in Baiern auf 71, in Sachsen auf 1909, in Hannover auf 158, in Württemberg auf 149, in Baden auf 62, in Kurhessen auf 88; in Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen (?) befinden sich verfassungsmäßig keine Juden. In Belgien kommt 1 Jude auf 2157 Einwohner, in den Niederlanden auf 61, in Dänemark auf 366, in Schweden und Norwegen auf 5012, in Großbritannien und Irland auf 2076, in Frankreich auf 2076, in Krakau auf 11, in der europäischen Türkei auf 41, in Sicilien auf 4160 Einwohner.

Handel und Industrie.

Eisenbahn. Die Gazzetta Piemontese vom 4. Jun. theilt eine Convention mit, welche zwischen der sardinischen Regierung und den Schweizercantonen von St.-Gallen, Graubünden und Tessin über den Bau einer Eisenbahn abgeschlossen worden ist, durch die der Lago Maggiore mit dem Wallenstädter- und mit dem Bodensee verbunden werden soll. Nach dieser Convention, die am 16. Jan. 1847 zu Lugano unterzeichnet worden ist, garantiren die obgedachten drei Cantone den Unternehmern die Privilegien des Baues und des Betriebs der Eisenbahn von Locarno nach Rorschach und Wallenstadt auf 75 Jahre, ohne irgend eine industrielle Auflage auch für das Baumaterial. Ein Zusatzartikel bestimmt, daß gedachte Convention der Convention vom 12. Jul. 1818 zwischen den sardinischen Staaten und Graubünden hinsichtlich der Getreideausfuhr in keinerlei Weise Eintrag thut.

— Aus dem nassauischen Verordnungsblatt entnehmen wir die Nachricht, daß die Regierungen des Zollvereins übereingekommen sind, die Eingangsabgabe von Oel, in Fässern eingehend, um 20 Proc. zu ermäßigen. Vom 1. Jul. an nämlich soll, unter Aufhebung der betreffenden Position im bestehenden Zolltarife von 1845 (Abth. II Pos. 26) die gedachte Eingangsabgabe (bisher mit 1 Thlr. 20 Sgr. angesetzt) mit 1 Thlr. 10 Sgr. oder 2 Fl. 20 Kr. vom Zollcentner erhoben werden. Zu bemerken ist übrigens, daß die Landesregierung von Anhalt-Bernburg dies als nur auf aus dem Königreiche beider Sicilien eingehendes Oel bezüglich bekannt macht, in Folge des vom Zollvereine mit diesem Staat unterm 27. Jan. d. J. abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrags. Da muß wol ein Mißverständniß obwalten, von dessen Lösung wir weitere Nachricht geben werden.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Sonnabend — Nr. 170. — 19. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Ueberblick.

Deutschland. *Aus dem obern Erzgebirge. Sachsen und Böhmen. — Criminalstatistik in Hannover. — Die Bischofswahl in Rottenburg. *Altona. Die Theuerung. Sparverein. **Aus Schleswig-Holstein. Dänische Pläne.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Illustrirte Zeitung über die Schutzzöllendenzen und den Landtag. — Ueberschwemmungen in Schlesien. — Hr. v. Raumer.

Oesterreich. Das Ausfuhrverbot. *Krakau. Die Censur. Die Getreideausfuhr. Die Eisenbahn. Die preußische Post. Das Königreich Polen.

Portugal. Die Junta unterwirft sich.

Großbritannien. Parlament. Die portugiesische Frage. Irische Gewaltthätigkeiten. Unterhaussitze. Ernteaussichten. Die Reise der Königin Christine nach Neapel. +London. Rüstungen.

Frankreich. Die diplomatischen Actenstücke in Betreff Portugals. Die Zeitungen. Haussuchungen. Algerien. Marschall Bugeaud. Der Gesandte für Rio Janeiro Hr. de Butenval. Paris. Die Sache des Hrn. de Girardin. Die portugiesischen Angelegenheiten.

Belgien. *Brüssel. Die Evangelische Gesellschaft. Wohlthätigkeitsverein.

Schweiz. Die Schweiz und die Mächte. — Luzerner Polizei.

Italien. Cardinal Lambruschini.

Rußland und Polen. **Warschau. Verbotene Schriften.

Türkei. Selim-Pascha.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. *Köln. Demoiselle Rachel.

Handel und Industrie. *Köln. Die Kornwucherer. †Leipzig. Die Kartoffelkrankheit. *Leipzig. Börsenbericht. Amsterdam. Eisenbahn. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus dem obern Erzgebirge, 16. Jun. Eine Geschäftsreise führte uns am 14. Jun. nach Johanngeorgenstadt, wo wir in der dort erscheinenden Wochenschrift Flora, die nur ein kleines Publicum hat und sich in engem Kreise verbreitet, einen sehr bezeichnenden Aufsatz über die dort gestörten friedlichen Verhältnisse zwischen Böhmen und dem Erzgebirge fanden, welcher also lautet: „Zerwürfnisse zwischen gespannten Geschwistern zur Sprache zu bringen ist zwar eine eben so undankbare als in der Regel erfolglose Mühe, doch sind wir diesmal in der Lage, eine Ausnahme uns erlauben zu müssen.“ Platten und Johanngeorgenstadt sind vom Schicksale selbst unwiderruflich zu Schwesterstädten bestimmt. Gemeinsamer Ursprung, gemeinsame Seehöhe und Schneehöhe, gemeinsames Schuhdrücken und andere Gemeinsamkeiten lassen die Familienähnlichkeit in ihren Gesichtern unmöglich verkennen. Die Folge davon war von je her eine bald bewußtere, bald etwas mehr zurücktretende, mehr oder weniger lebhafte, gegenseitige Theilnahme an Freud und Leid. Im Gefühle dieser Gemeinschaftlichkeit stieß die jüngere Schwester auf dem Fastenberge die gewiß oft unbequemen Bettlerscharen, welche ihr die ältere zusendete, nicht unbarmherzig zurück und übersah großmüthig, daß diesseitige Bettler den verhängnißvollen Grenzsteg kaum zu überschreiten wagen durften. In Berücksichtigung dieses Compagniespiels in der Armenlotterie fiel es 1842 bei der Brottheuerung keinem einzigen Johanngeorgenstädter ein, sich wegelagernd und muthschnaubend an der Grenze zu postiren und angesichts der Hunderte von Körben mit Magazinbrot auf den natürlichen Wegen der Consumtion den Schlagbaum erbitterten Hasses zu errichten. Im Gefühle dieser vom Schicksal ausgesprochenen Verbrüderung fuhr es (wir sind uns dessen noch wohl erinnerlich) wie ein elektrischer Schlag in die Glieder unserer Bürger, als der Unglücksbote mit der Nachricht: Platten steht in Flammen und heischt eure Hülfe, herabsprengte und, Dank der gnädigen Vorsehung! durch Johanngeorgenstadts schnelle That und den unermüdeten Arm seiner braven Bürger ward, wie dies der jenseitige Magistrat laut und schriftlich anerkannte, die Schwesterstadt in gräßlicher Stunde vor dem scheinbar Unvermeidlichen gerettet.

Und 1847?! Wir wollen nicht rechten, wir wollen nicht nach der Zunge in der Wage sehen; wir machen hierzu einen langen —. Aber, so fragen wir erstaunt: wie versteht man die von dem hochherzigen Kaisersohne ausgesprochene deutsche Einigkeit, wenn in den Tagen der Bedrängniß der deutsche Nachbarbürger, der ja selbst, mehr wie einer, aus fremden Scheuern zehrt, in mitternächtlichen Attentaten auf das Verderben seines nächsten Bruders raffinirt? — und konnte dadurch, daß selbst kein einzelnes Brot für die allernächste Grenze herübergehen sollte, das Brot in Platten auch nur um einen Kreuzer wohlfeiler werden? Allein, und das sprechen wir andererseits dankbar aus, wir wissen euch, daß jenes bereits gerügte Unternehmen Einzelner bei den bessern und edlern Grenznachbarn keinen Anklang fand, sondern streng gemißbilligt wurde. Besonders unterzeichnen wir das Urtheil, welches vor kurzem die Spalten der Deutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 142) über den verehrten Hrn. Bürgermeister Berner enthielten, daß er in Sachsen und Böhmen als ein Ehrenmann allenthalben bekannt sei, mit inniger Freude und drücken ihm und seinen Gesinnungsverwandten mit unveränderlicher Liebe die deutsche Bruderhand.“

Wir fügen noch Folgendes hinzu. Im vorigen Jahre noch sind besage Nachweises des Hauptzollamtes Eibenstock allein mehr als 800 Ctr. weißes Brot, so viel wir wissen, nur auf dortiger Straße aus Eibenstock nach Böhmen kordweise getragen worden, ohne daß es einem Gebirger eingefallen wäre, darüber nur ein scheles Gesicht zu machen. Jetzt dagegen stehen ganze Scharen an den Grenzen und bewachen alle Wege mit Aengstlichkeit, daß ja kein Laib Brot heraus nach Sachsen getragen werde. Die Lohnkutscher und selbst die Eilposten werden namentlich auf der hirschenstander Straße mit einer solchen Strenge revidirt, sobald der dortige Respicient an dem Einbruchs-Mauthamte zugegen ist, die man nur mit den gehässigsten Namen bezeichnen kann. Hören wir von Böhmen noch die Bemerkung zu uns öfter herüberschallen: „Das kleine Sachsen wollen wir schon noch aushungern“, „Die lutherschen H....“ ꝛc. und ähnliche schöne Redensarten mehr, so gibt dies Alles Belege mehr dafür, wie tief jene Mehrzahl der Nachbarn noch in moralischer Beziehung zu uns Sachsen steht, die bisher noch niemals Böses mit Bösem vergolten haben.

— Im Jahr 1846 waren im Königreich **Hannover** 5884 Personen in Criminaluntersuchung; von diesen wurden 1625 von der Instanz entbunden, 524 völlig freigesprochen, von den übrigen 7 zur Todesstrafe, 15 zur Kettenstrafe, 199 zu Zuchthausstrafe, 727 zu Arbeitshausstrafe, 2729 zu Gefängniß-, 44 zu Geldstrafe und 14 zu Dienstentsetzung verurtheilt. (L. Z.)

— Die Bischofswahl im Domcapitel von **Rottenburg** ist am 14. Jun. vor sich gegangen, der erwählte Bischof aber noch nicht verkündigt worden, da er nicht anwesend und darum erst seine Erklärung der Annahme zu erwarten sei. Es wird übrigens kein Geheimniß daraus gemacht, daß Kirchenrath Lipp, Dekan in Chingen, zum Bischof erwählt sei. (S. M.)

*Altona, 14. Jun. Die Zeitungen sind in den letztern Monaten mit Nothartikeln aus allen Gegenden angefüllt; hier leiden wir Gott Lob! an keiner Noth, wenn auch die Theuerung auf einen hohen Grad gestiegen ist und sich noch immer so erhält, obgleich allen Nachrichten aus dem Lande zufolge einer sehr guten Aernte entgegengesehen werden darf. Unsere Suppenanstalt hat diesen Winter vortreffliche Dienste geleistet; es wurden täglich 15 — 1600 Portionen ausgetheilt und jeder Portion Suppe ein Viertelpfund gutes Roggenbrot beigegeben. Jeder, der keine Suppenkarte geschenkt erhielt, konnte sich eine solche für einen Schilling (9 Pfennige) kaufen. Die erfoderlichen bedeutenden Zuschüsse wurden durch eine freiwillige Sammlung leicht herbeigeschafft. Mit Ostern hörte, wie um diese Zeit gewöhnlich, die Vertheilung auf, zumal auch die Beiträge erschöpft waren. Die Theuerung und unzureichender Verdienst blieben aber, da entschloß sich ein edelmüthiger, freilich der reichste Mann hier, auf seine alleinigen Kosten vorläufig zwei Monate lang Suppen und Brot austheilen zu lassen, an welcher Wohlthat jetzt täglich etwa 600 Personen Theil nehmen. — Trotz der theuern Zeit und vielleicht eben deshalb hat die Auffoderung, auch hier einen Sparverein nach Liebe's Plan zu bilden, sehr guten Erfolg gehabt. Eine nicht sehr große Anzahl von Männern, größtentheils Mitglieder des Bürgervereins, vereinigten sich, die Leitung und die Kosten für Druck- und Insertionen, für Aufbewahrung der Vorräthe ꝛc. zu übernehmen, um den Sparern größere Vortheile verschaffen und dadurch Mehre zum Sparen veranlassen zu können. Bis jetzt haben sich schon 330 Sparer gemeldet und schießen regelmäßig ihren wöchentlichen Beitrag ein, und da die Meldungen noch einige Wochen offen bleiben, so ist auf eine noch größere Theilnahme zu hoffen; indessen ist die angegebene Zahl für das erste Jahr schon eine be-

deutende, wenn man bedenkt, daß die Leute den eigentlichen Vortheil erst aus der Auffoderung und noch gar nicht aus der Praxis kennen.

** **Aus Schleswig-Holstein**, 9. Jun. Personen, die gewöhnlich wohl unterrichtet zu sein pflegen, wollen aus Kopenhagen über den Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit Folgendes erfahren haben. Nach längern Berathungen soll man daselbst zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß die Sicherstellung der sogenannten dänischen Staatseinheit sich nicht auf dem bisher verfolgten Wege erreichen lasse. Der Widerstand von Seiten der Herzogthümer, der Agnaten und ganz Deutschlands gegen den Offenen Brief und gegen die in demselben angedrohte Einführung der Erbfolge des Königsgesetzes in die deutschen Lande sei zu stark, als daß man hoffen dürfte, denselben überwinden zu können. Man soll daher beschlossen haben, einen Versuch zu machen, auf einem andern Wege dasselbe Resultat zu erreichen, nämlich die deutschen Herzogthümer mit Dänemark durch eine für beide gemeinsame Constitution zu verbinden und auf diese Weise die dänische Staatseinheit sicherzustellen. Durch diese den Herzogthümern hingehaltene Lockspeise einer Constitution glaubt man ihren Widerwillen gegen eine nähere Verbindung mit Dänemark zu überwinden, und hofft zugleich sie bewegen zu können, die dänische weibliche Erbfolge anzuerkennen. Um aber hierbei nicht auf Widerstand von Seiten des Deutschen Bundes zu stoßen, will man zuvörderst diplomatische Verhandlungen mit den deutschen Großmächten einleiten, zu welchem Ende ein Memoire verfaßt sein soll, in welchem man nachzuweisen sich bemüht, daß die Aufrechthaltung der dänischen Staatseinheit aus politischen Gründen nothwendig sei. Sollte es gelingen, die deutschen Großmächte für diesen Plan zu gewinnen, so hofft man mit den Agnaten um so leichter fertig zu werden, als man unter jenen Voraussetzungen annimmt, vom Bundestage nichts zu befürchten zu haben.

Obwol wir die obige Mittheilung nicht in allen Einzelheiten verbürgen können, so bezweifeln wir doch nicht, daß selbige in der Hauptsache vollkommen richtig ist. Auch der Nürnberger Correspondent hat eine ähnliche Nachricht enthalten. So wenig Aussicht auf Erfolg dieser Plan auch darbietet, und so auffallend es daher erscheint, daß man in Kopenhagen denselben hat fassen können, so erklärt sich dies doch aus dem vielfältig an den Tag gelegten Wunsche der dänischen Regierung, die dänische Staatseinheit zu befestigen, dem Prinzen Friedrich von Hessen die Thronfolge in Dänemark zu sichern und diese auf die deutschen Herzogthümer zu erstrecken. Um solches zu erreichen, übersah man früher in Kopenhagen alle die Schwierigkeiten, mit denen der Offene Brief zu kämpfen haben würde, und aus derselben Ursache täuscht man sich auch gegenwärtig. Die deutschen Herzogthümer im Norden der Elbe werden es sich niemals gefallen lassen, mit Hülfe einer Constitution sich mit den Dänen, die eine andere Sprache, eine andere Nationalität und von den Deutschen ganz verschiedene Sympathien haben, zusammenschmelzen und auf solche Weise auf ewig von Deutschland trennen zu lassen. Ganz Deutschland hat ein Interesse dabei, daß dieses nicht geschehe, und auch die Agnaten, deren Rechte durch den Bundesbeschluß vom 17. Sept. sichergestellt sind, werden gewiß hierzu nicht stillschweigen. Man muß daher den ganzen Plan von vorn herein als verfehlt betrachten; jedoch gibt derselbe einen deutlichen Beweis von der Beharrlichkeit, womit man von dänischer Seite seine Absichten verfolgt.

Preußen.

Berlin, 17. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 14. Jun. wurde zuerst ein Schreiben des Landtagscommissars verlesen, worin für diesmal nachgelassen wird, die Prüfung der Staatsschuldenrechnung ohne die Mitwirkung der Landesschuldendeputation an eine Abtheilung gelangen zu lassen, wozu die siebente bestimmt ward. Auch ward eröffnet, daß der Geheimrath Brüggemann den abwesenden Minister des Cultus ersetzen werde. Dann ging man zur Berathung des Gutachtens über das Judengesetz über. Das Gutachten erkennt in der Einleitung das Bedürfniß des Gesetzes an und stellt den Grundsatz auf, daß dasselbe in keiner Weise hinter dem Edict vom 11. März 1812 zurückbleiben dürfe. In dieser Beziehung gab darauf der Landtagscommissar Erläuterungen. Nach einigen Bemerkungen des Referenten Sperling und des Correferenten v. Byla las der Abg. Schumann eine Erklärung gegen die im Gesetzentwurfe beabsichtigte Zurücksetzung der posenschen Juden vor. Dann sprach v. Gottberg in langer Rede mit den bekannten Gründen für vollständige Emancipation der Juden, doch sollten sie „zwar ihren Glauben behalten, aber ihren Aberglauben, ihren Irrglauben fallen lassen". Abg. Milde erklärte sich gegen den Gesetzentwurf und für Entwickelung der Gesetzgebung von 1812. Aehnlich die Abgg. Werner, Möwes, Fürst Reuß, Siebig, Neumann, Dittrich, der besonders hervorhob, daß bei den ungünstigen Ergebnissen der Criminalstatistik auch die ungünstige Lage der Juden berücksichtigt werden müsse, Naumann, Winzler; auch Frhr. v. Gaffron war der Emancipation geneigter geworden, als er es früher war, erklärte sich aber gegen die Theilnahme der Juden an ständischen Rechten. Weiter sprachen für die Emancipation die Abgg. v. Rath, v. Raven, v. Beckerath. Staatsminister v. Thile hielt es mit einer vom christlichen Geiste durchwehten Gesetzgebung unverträglich, den Juden, deren gute Eigenschaften er übrigens anerkannte, obrigkeitliche Rechte anzuvertrauen. Auch müsse der Jude entweder das Judenthum oder den Kosmopolitismus predigen, entweder seinen Glauben oder sein vermeintes Vaterland aufgeben. (Bravos.) Gegen diese Rede vornehmlich sprach der Abg. Camphausen, leitete den Begriff des „christlichen Staats" von der „neuern Staatsphilosophie" ab, fand auch keinen Grund in der Eigenschaft des christlichen Staats, den Juden keine politischen Rechte einzuräumen, meinte, auch das finanzielle Talent der Juden, was nach unten häufig auf widerwärtige Weise hervortrete, würde, „durch den Adel der Gesinnung erhöht", mit Nutzen für den Dienst des Staats verwendet werden können. Auch ihr praktischer Verstand wirke nach unten nachtheilig, nach oben günstig, und da seien die Capacitäten nicht so häufig, daß man sich den Kreis verengen müsse. Für volle Emancipation sprachen weiter die Abgg. Lensing und Meviissen; gegen dieselbe, namentlich gegen die Theilnahme an politischen Rechten, Frhr. v. Mylius. Dagegen hatte Frhr. v. Vincke, so hoch er das Christenthum stelle, sich den Begriff des christlichen Staats niemals klar machen können, fand auch, daß kein heutiges Ministerium dem strengen Standpunkte der christlichen Moral gegenüber würde bestehen können. Allerdings gebe es Religionsgrundsätze, die der Staat verdammen müsse, und ein Atheist würde nie zum Staatsbürgerrecht zuzulassen sein; aber die jüdische Religion enthalte keine solche Vorschriften. Es würde ihm selbst nicht angenehm sein, einen Juden als seinen Nachbar in diesem Saale zu erblicken, aber solche Sympathien dürften ihn nicht wider das Recht leiten. Hierauf sprachen die Staatsminister v. Thile und v. Bodelschwingh zur Entgegnung, und am Schlusse der Sitzung nach Frhr. v. Landsberg-Steinfurth gegen volle und sofortige Emancipation. (A. P. Z.)

* **Berlin**, 16. Jun. Mit Vergnügen lasen wir in einem kraftvollen, treffenden Aufsatze der Illustrirten Zeitung eine Beleuchtung der Schutzzolltendenzen in unserer Herren-Curie und namentlich der Thorheit, welche aus den gegenwärtigen Nothständen gerade das entgegengesetzte Resultat von dem ziehen will, was sie wirklich darbieten. Ein sehr wahres Wort ist es, wenn es dort heißt: „Nächst dem Frieden im Innern, während das Festland von wahnsinnigen Kriegen zerfleischt wurde, nächst dem Muthe, der Umsicht, der Beharrlichkeit und dem Unternehmungsgeiste seiner Bewohner hat England Napoleon's Continentalsystem groß gemacht; denn durch seine thörichten Maßregeln hat er England gezwungen, die ihm mangelnden Arbeitskräfte durch Maschinen, und die unerschwinglichen Zölle durch die höchste Wohlfeilheit der Waaren zu ersetzen. Das Continentalsystem kostet Deutschland seine Leinenmanufactur, seine Tuchmanufactur, seine Stahl- und Eisenmanufactur, die bis dahin Deutschland (ohne Schutzzölle) in die erste Reihe der Manufacturstaaten gestellt hatten und es reich machten, weil sie aus seinen Verhältnissen naturgemäß erwachsen waren und der Landwirthschaft, dem Handel und Bergbau ꝛc. zur Stütze und Ergänzung dienten. Alle diese Erwerbszweige haben wir verloren (?) und dafür die Schmarotzerpflanzen der Baumwollenmanufactur und der Runkelzuckerfabrikation eingetauscht, die einzigen Gewerbszweige, die seit ihrem ersten Entstehen Deutschland in zwei feindliche Lager gespalten haben und noch heute Spannung zwischen Nord- und Süddeutschland und feindselige Gesinnungen zwischen zwei engverbundenen Stämmen nähren. Französische Geschenke sind es, schlimmer als einst die Gaben der Griechen, sie sind der Erisapfel, der unser Hochzeitsmahl vergiftet, und sie sind es, die noch heute Oesterreich und Hannover von Deutschland trennen." Nachdem dies im Einzelnen nachgewiesen worden, heißt es weiter: „Gewerbsamkeit ist eine Wohlthat des Landes, aber nur wenn es überflüssige Kräfte hat und wenn sie ohne Unterstützung sich zu erhalten vermag, denn was nicht ohne Zuschuß besteht, ist des Bestehens nicht werth. Von einem Fabrikanten, welcher der Ueberflutung mit englischen Waaren nach Oeffnung der Häfen im Jahre 1813 nicht gewachsen war, ist der Ruf nach Schutzzöllen ausgegangen, und von einem Gelehrten, der seine Existenz darauf gegründet hatte, ist der nackten Ichsucht ein patriotisches Kleid angezogen und in aller Welt das Wundermittel ausgeschrien worden, was er nicht vermögend war, in ruhig erörternder Weise zu begründen. Auf Unwahrheiten und Trugschlüsse ist sein System gebaut, die Erfahrung aller Jahrhunderte wird geläugnet, der Lüge die Farbe der Wahrheit, der Wahrheit die Farbe der Täuschung angehaucht, und doch ist nichts gewisser, als daß die höchste Plage und die größte Gefahr der Zukunft, das Proletariat, lediglich in den geschützten Fabriken seine traurigen Wurzeln treibt. Nur geschützte Fabriken sind beständigen Gefahren ausgesetzt, weil sie auf einer künstlichen Unterlage errichtet sind; nur auf sie wirken die Wechselfälle des Weltmarktes bedenklich ein; nur sie, selbst auf eine ungewisse Zukunft gestellt, gewöhnen die Arbeiter, ihre Existenz von der Kraft zu erbetteln und von der Schwäche zu ertrotzen. Es ist nichts gewisser, als daß wir die gefährlichsten Feinde der Gesellschaft mit Schutzzöllen großgezogen haben."

Weniger würden wir uns mit einer politischen Foderung in derselben Nummer des gedachten inhaltreichen Blattes vereinigen können, wenn sie wirklich die wäre, die sie dem Worten nach scheint. Es wird nämlich in einem Aufsatz über die Verhandlungen unsers ersten Vereinigten Landtags, welche jene Zeitung überhaupt mit scharfer Kritik im Sinne des Liberalismus begleitet, unter Anderm als eine Aufgabe des Landtags

bezeichnet: „die Regierung zu einer solchen parlamentarischen Stellung zu nöthigen, welche ihm die alleinige unabhängige Beschlußnahme und jener nur die Ausführung des Beschlossenen in allen Angelegenheiten von innerm Interesse zur Bedingung macht". Als Grund für diese Foderung, welche, wie sie sich den Worten nach darstellt, in der That einen Umsturz des ganzen deutschen Staatswesens und zunächst eine Verpflanzung der Regierungsgewalt auf die Stände in sich fassen würde, wird nur angeführt: „eine ständische Versammlung, deren Beschlüsse nur Kraft haben sollen, wenn sie der Regierung genehm sind, kann niemals den Anspruch darauf machen, das Land wirklich zu vertreten; was dann geschieht, hat ja nicht die Versammlung, sondern die Regierung beschlossen. Jene ist deshalb entweder ein willenloses Werkzeug in der Hand der Regierung, wenn sie zu Allem Ja sagt, oder sie ist eine überflüssige und zum Theil schädliche Körperschaft, wenn sie gegen Alles protestirt, aber ihre Verwahrungen nicht maßgebend sind". Nun, solchen Gründen, welche zum guten Theil petitiones principii sind, brauchte man nur entgegenzuhalten: daß eine Regierung, welche Alles thun muß, was die Stände beschließen, aufgehört hat, Regierung zu sein. Im Uebrigen liegt zwischen den nicht maßgebenden Verwahrungen, dem zu Allem Jasagen und der Foderung jenes Artikels noch das ganze deutsche constitutionelle System in der Mitte, wo die Stimme der Stände in der Negation, in der Abwehr und Verwahrung entscheidend, aber ebenso auch das Veto der Regierung eine Wahrheit ist, eben so wenig etwas ohne Zustimmung der Regierung wie ohne Zustimmung der Stände geschehen kann. Und daß jener Artikel dieses System gemeint hat, ergibt sich aus einer weitern Stelle desselben Aufsatzes, wo er die Besorgniß ausspricht, daß die Schutzzöllner auf dem Landtage den Sieg davontragen möchten, und nun von der Regierung fodert, daß sie „in der klaren Erkenntniß der verderblichen Folgen dieses Systems, wie dieselben in Frankreich und Belgien vor Augen stehen, entschieden ihre Zustimmung verweigert und der Pflicht eingedenk bleibt, die Armen und Hülflosen gegen die wachsende Uebermacht des Reichthums zu schützen". In der That, die Vertretung des Landes und Volks wird erst da eine annäherungsweise vollständige, wenn sie von Regierung und Ständen gemeinsam erfolgt. Uebrigens kann selbst Das, was jener Artikel wirklich will, das ständische Veto, bei uns in Preußen nicht als allgemeine gesetzliche Regel ausgesprochen, wohl aber in allen den Fällen, wo es am Ort ist, von der Weisheit der Regierung, der Kraft der Stände und dem gebieterischen Einfluß einer wahrhaften öffentlichen Meinung erwartet werden, daß es thatsächlich wirksam wird. Schon der zeitherige Landtag erweist abermals, wie viel mächtiger der Geist ist als alle Formen.

— In **Breslau** gehen aus vielen Orten der Provinz die betrübendsten Nachrichten ein über starke Ueberschwemmungen der Flüsse und Bäche in Folge von anhaltendem Regen und Wolkenbrüchen in den Tagen vom 11. bis 13. Jun. Aus Wartha schreibt man: Schon ist der hier vorbeieilende Reissefluß so angeschwollen, daß er die Ufer überströmt. Reisende, von Landeck über Glatz kommend, melden die Ueberflutung der Biela. Aus Ratibor lauten die Berichte noch trauriger. Die Oder hat dort am 13. Jun. bereits eine erschreckende Höhe erreicht und war ebenfalls noch immer im Steigen begriffen. Sie hat bereits an mehren Orten die Dämme durchbrochen, ist über ihre Ufer getreten und ergießt sich schäumend über das ganze Oderthal. Die niedriger liegenden Felder, Wiesen, Gärten und Dörfer sind überschwemmt und die unaufhaltsam heranbringenden Wogen bringen namenloses Elend. Die Ortschaften Leng, Zawada, Schichowitz, Thurze, welche dem Herzoge von Ratibor gehören, sind wie viele andere unter Wasser gesetzt, und jeder Zu- und Ausgang ist durch die ringsum flutenden Wellen abgeschnitten. Um den Unglücklichen rettend zu Hülfe zu kommen, werden von Seiten des herzogl. Dominiums Hunderte von Broten in aller Eile gebacken und den hart Bedrängten in Kähnen zugeführt. Auch die Klodnitz ist, wie man aus Gleiwitz meldet, aus den Ufern getreten und soll das Austreten der Ströme den Postverkehr mit Oesterreich unterbrochen haben, daher denn auch am 13. und 14. Jun. keine Briefe und Zeitungen aus Wien in Breslau angekommen. (B. Z.)

— Wie die Berlinische Zeitung anzeigt, ist Friedrich v. Raumer in **Berlin** mit 188 gegen 19 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt worden; er hat die Wahl angenommen.

Oesterreich.

Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Wien** vom 11. Jun. geschrieben: „Die von dem Getreideausfuhrverbote bewilligte Ausnahme der für fremde Rechnung vor der Kundmachung des Verbots aufgekauften Vorräthe ist dem Vernehmen nach auf die Dauer von zwei Monaten beschränkt worden. Hr. Reiche-Eisenstuck, der als königl. sächsischer Abgesandter die diesfälligen Unterhandlungen führte, verläßt heute Wien und kehrt über Prag nach Dresden zurück, nachdem er auch für die sächsische Stadt Chemnitz in Bezug auf jenes Verbot noch einige geringe Begünstigungen erwirkt haben soll."

* **Krakau**, 10. Jun. Eine merkwürdige, aber wie mich bedünken will, nicht ganz unerklärliche Erscheinung ist der Umstand, daß gegenwärtig die Censur in gewisser Beziehung um einige Grade milder ist als zur Zeit der sogenannten Republik. Da in sämmtlichen deutschen Bundesstaaten die Censur annoch unter die unvermeidlich „nothwendigen Uebel" gerechnet wird, so soll es mir keineswegs einfallen, mich über das Bestehen dieses Uebels im Oesterreichischen zu verwundern oder gar zu beschweren. Aber Ein drückender Uebelstand wäre dabei zur unberechenbaren Erleichterung des bücherschreibenden, bücherlesenden und mit diesem Artikel handelnden Publicums sehr leicht abzuschaffen, ohne den Censoren eine unbillige Last aufzubürden. Bis jetzt setzt denselben nämlich das Gesetz durchaus keine längste Frist, nach deren Ablauf sie ein Censurstück zurückzugeben genöthigt werden. Es ist reine Willkür und Gnade, wenn der Censor ein Manuscript oder Buch nach acht Tagen, nach einem halben, nach einem ganzen, ja nach zwei oder drei Jahren zurückgibt. Welche Vergeudung der so edeln Zeit, dieses unschätzbaren Capitals aller arbeitenden Menschen! Auf den Vertrieb auswärts erschienener Bücher, doch unbedingt der ungeheuern Mehrzahl aller im österreichischen Staat abgesetzten Werke, wirkt dies natürlich höchst nachtheilig; der Buchhändler, der in Folge dieses Zurückbehaltens ein Buch nicht zur rechten Zeit dem Verleger zurückschicken kann und hier nicht zufällig, vielleicht nach Jahren, einen mitleidigen Käufer findet, mag ruhig den Verlust aus eigner Tasche decken. Gegen den Censor ist kein Recurs möglich, und hätte er zehn Jahre gebraucht, um sich über das admittitur oder „erga schedam" zu besinnen. Es wäre nun sicher viel gewonnen, wenn der äußerste Termin für ein solches Besinnen auf drei bis vier Monate festgestellt würde. Wir wollen hoffen, daß eine Reform, die so außerordentlich leicht auszuführen ist, bald ins Leben treten möge.

In Folge des allerdings eigenthümlichen Umstandes, daß die österreichische Regierung das Verbot der Getreideausfuhr nicht auf Galizien ausgedehnt, sollen bereits bedeutende Gewaltthaten gegen Getreidehändler stattgefunden haben, die in gewohnter Weise fortfuhren, Getreide in großen Massen nach Preußen zu bringen. — An der Eisenbahn und besonders dem vielversprechenden Bahnhofe wird fleißig gebaut; wann aber die ununterbrochene Eisenbahnverbindung mit Breslau wirklich wird hergestellt sein, läßt sich noch nicht bestimmen; Einige behaupten, bereits mit dem 1. Jul., Andere schieben diesen Augenblick, der unbedingt seit der österreichischen Einverleibung das wichtigste Ereigniß für unsere Stadt sein wird, etwas weiter, sogar bis zum 1. Oct. hinaus. — Zwar befindet sich gegenwärtig die preußische Post noch hier, welches Schicksal ihr aber bevorsteht, möchte schwer vorauszusagen sein. Nach aller Wahrscheinlichkeit behalten wir sie nunmehr ganz sicher bis zur Eröffnung der Eisenbahn; dann ist mir aber wirklich für das Weiterbestehen bange. Gleichwol gibt es Leute, welche kühn genug sind, zu behaupten, daß auch dann Alles beim Alten bleiben und die preußische Post nur auf den Bahnhof verlegt werden würde. Gott gebe, daß es so kommen möge; mir kommt es noch etwas unwahrscheinlich vor! — Von der so viel besprochenen Einverleibung des sogenannten Königreichs Polen ist es jetzt still, und so wird sie denn wol noch auf eine lange Zeit unterbleiben. Ein reeller Vortheil für die russische Regierung möchte daraus wol schwerlich ersprießen.

Portugal.

Nach Angabe des Moniteur parisien wäre aus **Oporto** vom 8. Jun. die Nachricht eingetroffen, daß die Junta die vom Obersten Wylde ursprünglich vorgeschlagenen Bedingungen der Unterwerfung angenommen habe.

Großbritannien.

London, 13. Jun.

Der Bischof von Exeter, Dr. H. Phillpotts, stellte in der letzten Sitzung des Oberhauses einen Antrag, das Haus möge dahin seine Meinung abgeben, daß Personen geistlichen Standes nicht als solche, sobald sie keine geistlichen Functionen ausübten, zur Versehung von Lehrerstellen in den aus Regierungsmitteln unterstützten Schulen unfähig erachtet werden sollten. Sie sind nämlich nach dem Schulverbesserungsplane des Ministeriums als ausgeschlossen bezeichnet. Lord Lansdowne erwiderte jedoch, daß die Gelder für das Schulwesen unter bestimmten Bedingungen vom Unterhause bewilligt wären; durch eine solche Resolution des Oberhauses, sie andern Zwecken zuwenden zu wollen, würde etwas höchst Unseliges sein. Wolle man die Dienste der Kirche für die Erziehung benutzt wissen, so möge man es offen sagen, offen auf Bewilligungen dazu antragen. Der Bischof zog schließlich seine Motion zurück. Die Times meint, er habe das sehr zur rechten Zeit gethan.

Lord J. Russell sagte unter Anderm in der Debatte über die portugiesischen Angelegenheiten im Unterhause am 11. Jun.: „Ich glaube, die vorliegenden Actenstücke belegen, daß der Zustand von Portugal so elend war, daß unsers alten Verbündeten Lage, mit dem wir in den innigsten Handelsbeziehungen stehen und in der nächsten Waffenbrüderschaft, in jeder Hinsicht so traurig war, daß unsere Einmischung gerechtfertigt ist, sofern sie auf Portugals Wohl sich richtet. Vom Gesichtspunkte des britischen Interesse ist außerdem zu fragen, was aus dem Entschlusse für die Einmischung, was aus der Unterlassung für uns folgen werde. Da hat es sich denn nur darum handeln können, ob man Spanien allein interveniren lassen wollte oder nicht. Kein Zweifel ist, daß nach dem Einmarsch einer spanischen Armee die portugiesische und

spanische Regierung gethan haben würden, was ihnen gefallen hätte, und was würde das gewesen sein? Sie würden schwerlich auf sofortige Berufung der Cortes gedrungen, wohl aber unverweilte Verbannung aller Parteiführer beschlossen haben; sie hätten schwerlich eine Amnestie gewährt, sondern das gestürzte Ministerium würden sie wieder aufgerichtet haben, und um die Freiheiten Portugals wäre es dann geschehen gewesen. Spanien allein hätte zudem nur unter allen Bedingungen nationaler Abneigung interveniren können. Und wenn nun Spanien mit Frankreich im Rücken in Portugal seine Suprematie hätte festgründen wollen: ist das Haus für diesen Fall auch vorbereitet. Schon dieser Eventualität wegen hat England mit interveniren müssen.

— Das Morning Chronicle bemerkt, daß es ein wunderliches Zusammentreffen sei, gerade in den Tagen, wo das Parlament aufgefodert wurde, sich über die Politik der Regierung hinsichtlich Portugals auszusprechen, die Nachricht vom vollständigen Erfolge derselben anlangen zu sehen. Vierzehn Tage nach der Entschließung vom 21. Mai werde dem Bürgerkrieg in Portugal friedlich ein Ende gemacht und der Vernichtung von Menschenleben und Eigenthum ein Ziel gesetzt. Der Streit der politischen Parteien werde nun vom Schlachtfeld in die Wahlversammlungen, die Presse und die Cortes versetzt, und Dinte werde ohne Zweifel in Strömen fließen, ein Hagel von Worten werde fallen, Verwüstung und Blutvergießen aber würden ein Ende haben. Dieses Ergebniß spreche auch günstig für einen Beschluß, welcher bei Lord Stanley dieser Tage hinsichtlich der von ihm im Oberhause angekündigten Motion über die portugiesischen Angelegenheiten unter seinen Freunden gefaßt worden sein solle. Man beabsichtige nicht, es damit zu einer Abstimmung zu bringen, und wolle die Minister nur mit Worten und nicht mit Boten schlagen. Das rasche Einschreiten habe die Junta aus ihrer schwierigen Lage erlöst, meint das Morning Chronicle, und wie es glaube, empfinde kein Theil in Portugal mehr Befriedigung über das Ergebniß desselben als die angeblich „permanente" und „überlistete" Junta von Oporto.

— Aus **Limerick** wird wieder eine Reihe der in Irland heimatlichen Gewaltthätigkeiten berichtet, unter denen auch mehre von seltener Verworfenheit sich befinden, und daran die Aufforderung geknüpft, die Legislatur möge nicht auseinandergehen, ohne eine Waffenverbotsbill auf kurze Zeit zu votiren. Die Leichtigkeit, mit welcher die ländliche Bevölkerung sich jetzt mit Waffen versehen könne, sei die Hauptursache jenes Unheils. Für Erfüllung dieses Wunsches ist indessen keine Aussicht. — Als Bewerber für einen der beiden Unterhaussitze der Stadt Limerick, um den sich der jetzige Inhaber James Kelly nicht wieder bemühen will, ist ein Bruder von Lord Gort, der ehrenwerthe Verecker, bereits öffentlich aufgetreten. Er ist Gegner der Repeal, erklärt sich für Besoldung der katholischen Geistlichkeit durch den Staat und will alle Parteivorurtheile verbannt wissen. Die Repealer haben noch keinen Gegencandidaten aufgestellt. — Ueber die Aernteaussichten sprechen sich fortwährend alle Berichte aus den irischen Grafschaften hinsichtlich der Cerealien auf das günstigste aus. Ueber die Kartoffeln kann eine bestimmte Ansicht noch nicht erlangt werden.

— Die Times äußert, daß ihren aus **Neapel** empfangenen neuesten Berichten zufolge die Reise der Königin Christine dahin völlig fehlgeschlagen sei. Der König, ihr Bruder, sei durch keine Bitten zu bewegen gewesen, sie nur zu sehen. Seine Entrüstung über ihr Benehmen bei den spanischen Heirathen, über ihr Verhalten gegen den Grafen von Trapani und ihre Hinterlist und Winkelzüge erlaube ihm das nicht, und zwar um so weniger, als man ihren Helfershelfer bei jenen häßlichen Dingen, den Grafen Bresson, zum französischen Gesandten in Neapel ernannt habe, was Allem ein noch beleidigenderes Ansehen gebe.

+ **London**, 12. Jun. Daß England sich in die Verfassung setzt, bei den drohenden Verwickelungen der türkisch-griechischen Frage nicht unvorbereitet zu sein und nicht die Initiative Frankreich zu überlassen, zeigen sehr deutlich die großen Rüstungen, welche in den britischen Häfen in diesen Tagen anbefohlen und ausgeführt worden sind. Ostensibel und angeblich beziehen sie sich zwar auf die portugiesische Intervention; allein wer sähe nicht ein, daß eine diesfallsige Expedition jene Streitkräfte nicht in Anspruch nimmt, welche jetzt in Bereitschaft gehalten und in Thätigkeit versetzt werden. Die Tapferkeit, die Disciplin, die Organisation der portugiesischen Insurgenten ist aus frühern Zeiten und aus dem bisherigen Verlaufe der jetzigen Insurrection zu bekannt, als daß man nicht wissen sollte, es werde kaum eines irgend ernsten Kampfes, sondern nur ernster Demonstrationen bedürfen, um diese Insurgentenbanden zur Flucht, ihre Anführer zur Unterwerfung zu bringen. Dazu also bedarf es solcher Massen von englischen Bomben, Munitionsvorräthen, so zahlreicher Kriegsschiffe und mehrer Regimenter nicht. Das Ministerium, über diese Rüstungen interpellirt, gestand auch selbst, daß das Ziel derselben das Mittelmeer sei. Dort befindet sich bereits ein französisches Geschwader in See, angeblich wol zur Beobachtung der afrikanischen Küsten; allein wer kann es hindern und alsbald gewahr werden, wenn es sich plötzlich nach Osten, nach der Türkei, Griechenland, vielleicht sogar nach Syrien wendet, um von etwanigen Begebenheiten im Interesse Frankreichs Nutzen zu ziehen? Unter diesen Umständen kann England im Orient kein müssiger, selbst nicht ein ohnmächtiger Zuschauer bleiben. Sein Interesse und das allgemeine europäische ruft seine Flotten dahin, und dort ist es, wohin die besprochenen Rüstungen zielen.

Frankreich.

Paris, 14. Jun.

Die von Hrn. Guizot vorgestern den Kammern vorgelegten, mit dem Protokolle der vier Mächte vom 21. Mai der Zahl nach 15 diplomatischen Actenstücke sind folgende. Eine Antwortsnote Hrn. Guizot's vom 26. Oct. 1846 auf die unterm 14. Oct. von Hrn. Forth Rouen, französischem Geschäftsträger in Portugal, über den Sturz des Ministeriums Palmella und die Bildung des Cabinets Saldanha gemachten Berichte. Hr. Guizot sieht darin einen sehr ernsten und bedenklichen Schritt, allein die französische Regierung habe, an ihrer bisherigen Politik hinsichtlich Portugals festhaltend, keinen Beruf, sich über die dortigen Parteien zu entscheiden oder in ihren Streitigkeiten zu interveniren. Folgen gute Wünsche und die Anzeige, daß die französische Station im Tejo durch ein Dampfschiff verstärkt werden solle, welches nöthigenfalls zur Disposition der königlichen Familie zu stellen sei und bei übrigens neutralem Verhalten den französischen Unterthanen Schutz und Zuflucht zu gewähren habe. Der französische Gesandte in Madrid, Graf Bresson, schreibt unterm 3. Febr. d. J. an Hrn. Guizot, der portugiesische Gesandte Graf Thomar habe unter Berufung auf Depeschen von seiner Regierung und dem Marschall Saldanha, welche von einer drohenden Schilderhebung der Miguelisten sprächen, die Unterstützung der spanischen Regierung auf Grund des Quadrupelvertrags von 1834 beantragt. Der Herzog v. Sotomayer, anfänglich das Fortbestehen jenes Vertrags bezweifelnd, habe die Erwägung des Verlangens dann zugesagt, mit dem britischen Gesandten Hrn. Bulwer sich besprochen, der Portugals Wunsch erst begründet fand, bei der Dringlichkeit der Sache selbst das Zusammenziehen von Truppen an der portugiesischen Grenze als räthlich ansah, weiteres Handeln jedoch von Berathung mit den Unterzeichnern des Quadrupelvertrags abhängig machte. Tags darauf ward er jedoch anderer Ansicht und wollte ohne eingeholte Instructionen seiner Regierung nichts in einer so wichtigen Angelegenheit vorgenommen wissen. Graf Thomar habe dann seine, des Grafen Bresson, Ansicht verlangt und insbesondere geltend gemacht, daß ja die Convention zwischen Portugal und Spanien vom Jahr 1835 (es betraf dieselbe die Absendung eines portugiesischen Hülfscorps gegen Don Carlos) auch von beiden Mächten für sich allein getroffen worden sei. Graf Bresson erwiderte, daß er ohne Instructionen nichts thun könne. Unter Beilegung der Abschrift dieser Depesche schrieb Hr. Guizot am 11. Febr. an den Grafen Ste.-Aulaire in London, die Sache Lord Palmerston vorzutragen und ihm Frankreichs Bereitwilligkeit, im Vereine mit den Unterzeichnern des Quadrupelvertrags bei Portugals Lage zu handeln, zu erklären. Hr. Guizot hatte seine Ansicht vom 26. Oct. also sehr rasch geändert. Erst am 17. Febr. empfing Graf Ste.-Aulaire diese Depesche und erwiderte am 18. Febr., daß Lord Palmerston die Aufgabe der Quadrupelallianz als erfüllt ansehe, wenn jedoch Dom Miguel in Portugal wieder aufträte, die Unterstützung der Königin an eine im Geiste des Vertrags von 1834 erneute Convention geknüpft sehen wolle. Dermalen glaube er nicht, daß Spanien dem Verlangen Portugals zu entsprechen habe, und was die Betheiligung Frankreichs bei einem eventuellen Vertrage zu Gunsten Portugals anlange, so habe er darüber noch keine Meinung. Unterm 18. März schrieb darauf Hr. Guizot nach London, daß der portugiesische Gesandte in Paris um die Unterstützung des Gesuchs um ein spanisches Hülfscorps angehalten habe, legte dessen Note vom 15. März bei und erklärte, daß die französische Regierung die Quadrupelallianz als noch bestehend und durch Gegenwart des Generals Povoas in Oporto das Verlangen Portugals gerechtfertigt ansehe. Unterm 23. März meldete Graf Ste.-Aulaire, daß Lord Palmerston die nahe Ankunft des Hrn. Isturiz abzuwarten wünsche, ehe er einen Entschluß fassen wolle. Uebrigens sei er allerdings geneigt, im Principe die Quadrupelallianz als noch beständig unter den vier Höfen anzusehen, aber eine andere Frage sei, ob der casus foederis bestehe. In einer vertraulichen Mittheilung vom 2. April schrieb Hr. Guizot hierauf nach London, Graf Ste.-Aulaire möge über das Gerücht, England, Spanien und Portugal wollten mit Ausschluß Frankreichs über die Pacificationen Portugals sich vereinbaren, Aufklärung erholen und Lord Palmerston Gegenvorstellung machen. In einer Nachschrift dazu vom 3. Apr. nimmt das aber Hr. Guizot in Folge eines Schreibens des Grafen vom 31. März zurück, da demselben Lord Palmerston inzwischen erklärt, daß er hoffe, es werde Alles ohne Intervention abgehen, daß eine solche aber nicht ohne vorherige Verständigung unter den vier Mächten erfolgen könne. Die vertrauliche Depesche Hrn. Guizot's vom 2. April erhält durch diese Nachschrift sehr das Ansehn eines Fabrikats. Unterm 15. April erklärt Hr. Guizot an den Grafen Jarnac seine Billigung der von Lord Palmerston an den britischen Gesandten und den Obersten Wylde ertheilten Instructionen wegen einer Vermittelung in Portugal. Graf Jarnac meldet dann am 7. Mai, daß Lord Palmerston noch immer hoffe, die Insurgenten würden sich fügen; vom 20. Mai schreibt er die aus Oporto eingegangene Nachricht von der Weigerung der Junta und verlangt Vollmacht zur

Unterzeichnung des über die Intervention von Lord Palmerston vorgeschlagenen Protokolls, über dessen Zustandekommen er unterm 21. und 22. Mai berichtet. Hrn. Guizot's Instruction an den französischen Gesandten in Lissabon ist darauf unterm 26. Mai ausgefertigt, empfiehlt ihm Einverständniß in Allem mit den englischen und spanischen Ministern und ist ganz den Protokollen und Lord Palmerston's gestern an die Admiralität über die Aufgabe der Seemacht an der portugiesischen Küste erlassenen Weisung entsprechend.

— In den heutigen Zeitungen nimmt die Besprechung der portugiesischen Angelegenheiten und die Mittheilung von Actenstücken, sowie der Verhandlungen im britischen Unterhause über dieselben den vornehmsten Platz ein. Die letztern bringt das Journal des Débats mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit, äußert sich aber nicht selbst darüber. De «Presse» greift England heftig an über die Art der Ausführung der Intervention vor Oporto und stimmt in die Protestation von das Antas ein; rücksichtlich der vorhergegangenen Unterhandlungen richtet sie dagegen, wie die meisten Blätter, ihre Pfeile gegen Hrn. Guizot, der, wie nicht gut zu läugnen sei und aus seiner eignen Depesche erhelle, durch seine im Vereine mit Spanien in Aussicht gestellte Intervention zu der Englands geführt habe. Hätte Hr. Guizot nicht dazu genöthigt, so würde es bei Lord Palmerston's großen Zweifeln über Anwendbarkeit der Principien des Quadrupelvertrags gar nicht zu dieser Intervention gekommen sein, die zugleich als ein Bruch des Völkerrechts bezeichnet wird.

— Die Union monarchique behauptet, daß auch in verschiedenen Provinzialstädten und nicht in Paris allein, Nachsuchungen wegen angeblicher Anwesenheit des Grafen von Montemolin gemacht worden sind.

— Nach einer Zusammenstellung der «Presse» hat Algerien im Jahr 1846 im Ganzen einen Aufwand von 132,641,365 Fr. erfodert und nur ein Einkommen von 14 Mill. gewährt, sodaß diese Colonie Frankreich 118,641,365 Fr. gekostet hätte. Indessen ist dabei nicht abgezogen, was die Unterhaltung der dort garnisonirenden Truppen, die doch zum größern Theile auch unter den Waffen gehalten worden wären, und ebenso der an der Küste von Algerien verwendeten Schiffe unter allen Umständen gekostet haben würde, und was also nicht ausschließlich auf Rechnung von Algerien gesetzt werden kann. Auch sind noch in Natura erhobene Abgaben und Leistungen zu circa 7,641,365 Fr. der runden Summe wegen angesetzt, abzuziehen, sodaß der Zuschuß auch nach obiger Berechnung sich auf 110 Mill. Fr. stellt.

— Marschall Bugeaud ist mit seiner Familie am 11. Jun. in Périgueux angekommen und sofort nach Excideuil weiter gereist.

— Der nach Rio Janeiro bestimmte französische Gesandte, Hr. Bois de Butenval, hat beim Könige seine Abschiedsaudienz gehabt und ist nach Toulon abgereist, um sich auf der Poursuivante nach seiner Bestimmung einzuschiffen.

ψ **Paris**, 14. Jun. Die Sache der Pairskammer mit Hrn. de Girardin hat ein sehr umfängliches Ansehen gewonnen; sie wird beinahe Cabinetsfrage. Diese ernste Wendung ist der Fehler der Opposition aller Schattirungen, die für Hrn. Emile de Girardin Partei genommen hat und seinen angefochtenen Artikel nicht als Angriff auf die Pairie, sondern auf das Ministerium betrachtet wissen will. Gewänne die Kammer dieselbe Ansicht, so würde folgen, daß nicht Hr. de Girardin, sondern das Cabinet verpflichtet wäre sich zu rechtfertigen; die Politik der Mehrheit würde als der Corruption aller Art angeklagt erscheinen. Die Majorität scheint indessen nicht geneigt, diese Kriegslist gelingen zu lassen. Die Commission der Deputirtenkammer hat mit sieben gegen zwei Mitgliedern bekanntlich für die Autorisation gegen Hrn. de Girardin nach Kenntnißnahme einer Zuschrift desselben sich entschieden, in der er alle seine Anklagen aufrecht erhält und das Cabinet noch directer anschuldigt. Wie seine neuen Bundesgenossen, die aus den Reihen Derjenigen hervorgegangen sind, von wo er seit Jahren am heftigsten angegriffen worden ist, behauptet er, keineswegs die Pairie haben beleidigen zu wollen und beleidigt zu haben, und stellt sich, als handle es sich gar nicht um Entscheidung dieser Frage. Die Mehrheit der Pairskammer hat indessen in dem Artikel der «Presse» eine Beleidigung der Kammer gesehen, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die Deputirtenkammer keine Rücksicht darauf nehmen sollte. Noch in dieser Woche wird die Entscheidung folgen.

Die portugiesischen Angelegenheiten haben im britischen Parlamente bereits zu lebhaften, noch unbeendigten Debatten geführt. Bemerkenswerth ist dabei, daß Lord Palmerston im Unterhaus, obgleich dazu aufgefodert, nicht das Wort ergriff, und Lord J. Russell die Politik des Cabinets vertheidigte. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde denn auch nach Erledigung einiger Angelegenheiten von untergeordnetem Interesse die über dieselbe Frage von Hrn. Crémieux angemeldete Interpellation begonnen. Er faßte dabei die Dinge in seiner Weise auf, was mehrmals das Murren der Majorität erregte, und man konnte seiner Rede kein anderes Verdienst zusprechen, als daß sie eben zu den gewünschten Erklärungen führen sollte, die man vom Ministerium erwartet. Hr. Guizot betrat denn auch sofort die Tribune und begann unter dem tiefsten Schweigen und vor sehr zahlreich besetzten Galerien seine Rechtfertigung der Regierungspolitik in den portugiesischen Angelegenheiten, womit er beim Postabgange noch beschäftigt war.

Belgien.

* **Brüssel**, 13. Jun. Dem neunten Jahresberichte der belgischen Evangelischen Gesellschaft gemäß hat dieselbe während des verflossenen Jahres bei einer Einnahme von 41,816 Fr. 43,259 Fr. verausgabt. Die Evangelisten, zumeist ordinirte Geistliche, die im Dienste der Gesellschaft sich auf verschiedenen Punkten niedergelassen haben, um von da aus ihre Missionen anzustellen, berichten fast alle von den erfreulichen Wirkungen ihrer Thätigkeit; die schlichte, ungekünstelte Darstellung der evangelischen Wahrheiten scheint besonders unter der gewerbfleißigen Bevölkerung des Wallonenlandes die Herzen zu fesseln. Die einzelnen Stationen der Gesellschaft sind: Tainlignies (Hennegau); Löwen (die Kosten hierfür, 2248 Fr., werden ausschließlich von einem englischen Geistlichen getragen; die Früchte sind jedoch sehr gering); Genval (Brabant); Labouverie, bei Mons; Leers-Fosteau (unterhalten vom Marquis d'Aoust); Charleroi; Fontaine-l'Evêque; Gellisseau; Lüttich; Ressonaux und Verviers; Ixelles, bei Brüssel. Außer den elf Predigern unterhält die Gesellschaft vier Schullehrer, eben so viele Lehrerinnen und drei Tractatenverkäufer. Außerhalb derselben befestigt sich die von der Synode beaufsichtigte Gemeinde in Mecheln unter der verständigen Leitung des Predigers Thalheim immer mehr; auch die unabhängige flamändisch-protestantische Kirche in Brüssel hat in kurzer Zeit so rasche Fortschritte gemacht, daß ihr Betsaal zu klein wurde und sie nunmehr in der Museumskirche sonntägliche Abendgottesdienste hält.

Unter den brüsseler Protestanten hat sich ein Verein gebildet, um mittels freiwilliger Beiträge ein Hospitium für alte Leute dieser Confession zu gründen, das zugleich zum Aufbewahrungsorte für die an protestantische Arme zu vertheilenden Lebensmittel dienen soll.

Schweiz.

Vom Rhein unterm 10. Jun. schreibt man der ausburger Allgemeinen Zeitung: „Man blickt von Seiten der größern Cabinete mit einiger Besorgniß auf die Zustände der Schweiz, da, im Falle die Tagsatzung die Vertreibung der Jesuiten und die Auflösung des Sonderbundes decretirt, ein solcher Beschluß nicht ohne Widerstand von Seiten der davon getroffenen Cantone in Vollzug gesetzt werden könnte. So viel man aus den hier eingegangenen Berichten entnimmt, scheinen die drei conservativen Höfe entschlossen, den Zusammenstoß der Parteien und den Ausbruch eines Bürgerkriegs in der Schweiz um jeden Preis, und wäre dieser selbst eine bewaffnete Einschreitung, zu verhindern. Minder zuverlässig und entschieden scheinen in dieser Hinsicht die Ansichten Frankreichs zu sein. Der häufige Kurierwechsel, der gegenwärtig zwischen Paris und den Hauptstädten des Ostens stattfindet, wird den wechselseitigen Communicationen über diesen Gegenstand zugeschrieben. Zwar ist früher schon berichtet worden, daß die vier Continentalmächte über das in Bezug auf die Schweiz zu beobachtende Verfahren im Allgemeinen übereinstimmen; es scheinen jedoch in der letzten Zeit einige Zweifel entstanden zu sein, ob nicht Frankreich bei Anwendung äußerster Maßnahmen in gewissen Fällen von der Ansicht der drei andern Cabinete abweichen möchte. Auf jeden Fall dürfte man mit Recht auf die Besonnenheit der Schweiz bauen, und wir glauben annehmen zu können, daß diese die Ungunst des Augenblicks zu solchen Unternehmungen rechtzeitig erkennen wird."

— Der Regierungsrath von **Luzern** hat demjenigen von Aargau, ungeachtet es die katholische Zeitung in Abrede stellt, mitgetheilt, daß den aargauischen Weibspersonen, welche die Polizei bei dem Betteln im Canton Luzern antrifft, die Haare abgeschnitten werden. (N. Z.-Z.)

Italien.

Der Papst hat an die Stelle des verstorbenen Cardinals Micara den Cardinal Lambruschini zum Präfecten der Congregation der Riten ernannt. (N. C.)

Rußland und Polen.

** **Warschau**, 7. Jun. Wie streng der Besitz verbotener Schriften, sobald er nämlich erwiesen ist, von der russischen Regierung bestraft wird, dafür diene als Beleg folgender Fall, der sich in Minsk zugetragen. Bei dem Collegiensecretair Zegotta und dem Kanzlisten Lukaszewicz, welche Beide bei dem geistlichen Consistorium in Minsk angestellt waren, wurden Gedichte vorgefunden, in denen die Regierung ganz entschieden verhöhnt worden sein und sich überhaupt eine Nichtachtung der bestehenden Ordnung kundgethan haben soll. Ob diese Gedichte gedruckt oder ob sie blos im Manuscript gewesen, geht aus der officiellen Veröffentlichung dieses Falles, nach der ich ihn wieder erzähle, nicht unbedingt hervor. Fast möchte man annehmen, daß man sie blos im Manuscript vorgefunden, da jene officielle Bekanntmachung den Verdacht ausspricht, als wären die beiden Genannten die Verfasser jener Gedichte. Die Strafe, die deshalb über sie verhängt und vom Kaiser selbst bestätigt worden ist, besteht für Zegotta in drei- und für Lukaszewicz in sechsmonatlichem Gefängniß. Nach Abbüßung dieser Strafe sind Beide nach Orenburg abzusenden und dort zum Staatsdienst in der Administration zu verwenden. Wie lange dieses Exil dauern soll, ist nicht ausgesprochen, doch wahrscheinlich die ganze Zeit ihres Lebens hindurch. Gleichzeitig sind sie für die Dauer des Exils strenger polizeilicher Aufsicht unterworfen.

Türkei.

Berichten aus **Belgrad** zufolge ist der dortige neue türkische Statthalter, Selim-Pascha, am 7. Jun. nach einer sehr kurzen Krankheit, die sich als eine Gesichtsrose äußerte, gestorben.

Personalnachrichten.

Orden. Niederlande. Löwenorden, Commandeurkreuz: der Staatsrath und russische Generalconsul Ritter J. C. v. Brunet. Ritterkreuz: L. Chevalier, der Notar J. Commelin, Oberstlieutenant L. J. Depetit, der Präsident der Handelskammer J. Spengler, Professor C. B.

Filanus. Orden der Eichenkrone, Ritterkreuz: der Oberst und Platzcommandant von Amsterdam J. J. Wagener. — **Preussen.** Rother Adlerorden 4. Kl.: der geheime Justiz- und Oberappellationsgerichtsrath v. Kurcewski in Posen. — **Sachsen-Weimar-Eisenach.** Hausorden der Wachsamkeit, Ritterkreuz: der geheime Hofrath Prof. Dr. Göttling in Jena. — **Württemberg.** Orden der württembergischen Krone, Ritterkreuz: der katholische Pfarrer Wacker in Christazhofen.

Beamte. Hannover. Der bisherige Staats- und Kriegsminister Generallieutenant Graf v. Kielmansegge ist seines Postens als Kriegsminister enthoben, und der Generalmajor und Chef des Generalstabs Prott zum Director des Kriegsministeriums ernannt worden.

Wissenschaft und Kunst.

* Köln, 15. Jun. Unsere Theaterfreunde harren mit Spannung des heutigen Abends, wo die gefeierte Schauspielerin Dem. Rachel und eine französische Schauspielertruppe uns die „Phaedra" von Racine und ein Lustspiel von Augier vorführen werden. Uebermorgen soll als zweite und zugleich letzte Gastdarstellung das Trauerspiel „Andromaque" von Racine in Begleitung des Scribe'schen Lustspiels „Valérie" zur Aufführung gelangen.

Handel und Industrie.

* Köln, 15. Jun. Einigen hiesigen und benachbarten Getreidespeculanten, die, weil sie noch ansehnliche Vorräthe lagern haben, durch das neuliche Heruntergehen der Weizen- und Roggenpreise natürlich unangenehm berührt wurden, ist es vorige Woche durch Scheinkäufe und Scheinverkäufe sowie durch Aufkauf des größern Theiles der am Platze befindlichen geringen Vorräthe und durch andere Manoeuvres gelungen, die Preise dahier und als sofortige Folge davon auch auf dem Fruchtmarkte zu Neuß, dem bedeutendsten der Rheinprovinz, momentan ansehnlich in die Höhe zu treiben, sodaß vorgestern zum großen Schrecken des Publicums die Polizeitaxe des achtpfündigen Schwarzbrots auf einmal hier wieder um 3 Pfennige erhöht werden mußte. Allgemeine Entrüstung herrscht über das Treiben dieser Leute, die, mit ihrem seitherigen enormen Gewinne noch nicht zufrieden, auch ferner Theuerungspreise aufrechthalten möchten; da jedoch nächstens ansehnliche Zufuhren hier eintreffen werden und das Wetter sich wieder günstiger gestaltet hat, so wird der jetzige Preis sich hoffentlich nur kurze Zeit behaupten können. Die Vertheilung wohlfeilern Brotes dauert inzwischen nach einem Beschlusse des Gemeinderaths auch in dieser Woche noch fort, und man darf erwarten, daß sie, so lange der hohe Brotpreis bleibt, auch noch weiterhin stattfinden werde.

†Leipzig, 17. Jun. Vor kurzem brachte diese Zeitung die Nachricht, daß sich in Irland und England bereits die Kartoffelkrankheit an den dortigen Kartoffelpflanzen gezeigt habe. Wir müssen die Richtigkeit dieser Nachricht stark in Zweifel ziehen, indem sich die Kennzeichen der Kartoffelkrankheit in so jugendlichem Zustande der Pflanzen noch gar nicht wahrnehmen lassen. Beruhte aber auch die Nachricht auf Wahrheit, so wäre das immer noch kein Grund, aus solchen einzelnen Erscheinungen auf eine wiederholte größere Verbreitung der Kartoffelkrankheit schließen zu wollen. Man kann im Gegentheil annehmen, daß dieselbe im vergangenen Jahre ihren höchsten Grad erreicht habe, wie dies auch in einer vor kurzem erschienenen sehr beachtenswerthen Schrift von Dr. Manz über die Cultur und Krankheiten der Kartoffeln näher dargelegt worden ist. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes theilen wir daraus das hierher Bezügliche mit: „Es scheint wirklich die Furcht erwacht zu sein, daß die Kartoffel verloren gehen werde und daß man statt dieser Frucht ein anderes Nahrungsmittel anbauen müsse. Zunächst ist diese Besorgniß durch die von England herübergekommenen Nachrichten hervorgerufen worden, daß bereits in diesem Frühjahre dort einzelne Kartoffelpflanzen von der Seuche ergriffen worden seien. Allein aus dieser einzelnen Erscheinung folgt es keineswegs auch nur mit dem geringsten Wahrscheinlichkeitsgrunde, daß wir im Jahre 1847 eine eben so ausgebreitete Epidemie unter den Kartoffeln haben werden, wie es in den Jahren 1845 und 1846 der Fall war. Eben so wenig läßt sich aber auch mit Sicherheit aus einer entgegengesetzten Beobachtung abnehmen, nach welcher im Herbste 1846 gelegte Kartoffeln sich in diesem Frühjahre als vollkommen gesund erwiesen haben. Weltseuchen unter Culturpflanzen müssen ganz aus demselben Gesichtspunkte beurtheilt werden wie Weltseuchen, die unter den Menschen geherrscht haben, und so, wie es nie der Fall gewesen ist, daß Pocken, Masern, Scharlach oder irgend eine andere Weltseuche fortdauernd unter den Menschen geherrscht haben, sondern die Uebel nur von Zeit zu Zeit aufgetreten und, wenn sie ihre höchste Spitze erreicht, allmälig wieder ganz verschwunden sind, ebenso wird sich dies analog auch mit dem Entstehen, Zunehmen und Verschwinden der Krankheit unter den Kartoffeln verhalten, und dieses Uebel, welches nach und nach dergestalt zugenommen, bis es seine äußerste Spitze erreicht hat, wird in einer ähnlichen Progression als die war, in welcher es heraufgestiegen, auch von dieser Höhe allmälig wieder herabsinken. Thöricht würde es daher sein, annehmen zu wollen, daß die Krankheit unter den Kartoffeln von nun an vollkommen und mit Einem Schlage aufhören werde; thöricht würde es sein, die Hoffnung zu hegen, im Jahr 1847 werde kein einziges Kartoffelfeld von der Epidemie ergriffen werden. Allein eine mit der ähnlichen Weltseuche (welche in den Jahren 1770—1783 unter den Kartoffeln wüthete) gezogene Parallele weist nach, daß diejenigen Krankheitserscheinungen, welche im Sommer 1841 an den erkrankten Kartoffelpflanzen wahrgenommen worden, im Wesentlichen ganz mit denjenigen Krankheitserscheinungen übereinstimmen, welche im Jahr 1783 an den von der Seuche ergriffenen Kartoffeln zu der Zeit vorkamen, als das Uebel seine größte Höhe erreicht hatte, und daß diese Symptome als der Wendepunkt angesehen werden mußten, nach dessen Erreichung damals die Krankheit nach und nach vollkommen wieder verschwand. Aus diesem Grunde ist man allerdings gegenwärtig mit großer Wahrscheinlichkeit zu der Hoffnung berechtigt, daß die Kartoffelkrankheit in diesem Jahre bedeutend in ihrer Ausbreitung und Schädlichkeit nachlassen und an vielen Orten wol gar nicht wieder zum Vorschein kommen werde. Schon haben wir in Amerika die allgemeine Richtigkeit dieser Ansicht sich durchaus bestätigen sehen, indem die Kartoffelkrankheit, nachdem sie bereits früher als in Europa, und zwar seit dem Jahr 1743 in vielen cultivirten Staaten jenes Welttheils ungeheure Verwüstungen angerichtet hatte, aus denselben gegenwärtig ohne Anwendung besonderer Maßregeln vollkommen wieder verschwunden ist. Und warum sollte es bei uns anders sein?"

Börsenbericht. * Leipzig, 18. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 116 Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86¾ bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100 Br.; Chemnitz-Riesaer 59¼ G., 59⅜ bezahlt; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 213⅓ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅛ Br.; Berlin-Stettiner 109⅛ G.; Köln-Mindener 94 Br., 93⅜ bezahlt und G.; Thüringer 94¼ Br.; Altona-Kieler 110 Br., 109½ bezahlt und G.; Dessauer Bankactien 100 Br., 99½ G.; Preußische Bank-Antheile 106 Br.

Eisenbahn. Amsterdam, 13. Jun. Der König hat nun seine Zustimmung gegeben zur Eröffnung von Unterhandlungen mit der preußischen Regierung in Betreff der Anschließung der Niederländischen Rheineisenbahn an die anzulegende preußische über Emmerich und Wesel bis Oberhausen. Es sind Commissare ernannt, welche nächstens behufs der Unterhandlungen nach Berlin abgehen werden. Die Niederländisch-Rheinische Eisenbahngesellschaft wird gleichfalls einen Bevollmächtigten dahin abschicken. (Köln. Z.)

Staatspapiere. Amsterdam, 14. Jun. 2½pc. Int. 57¹⁵/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 105½; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 16. Jun. Oestr. Bkact. 1938; 250 Fl. L. 120⅛; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92⅛ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58¼ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 38¼ Br.; 25 Fl. L. 28⅜; Nass. 25 Fl. L. 91⅓; Sard. 35½; Kurhess. 31¾. London, 12. Jun. 3pc. Cons. 87¾; Port. 3pc. 34½; Span. 3pc. 34½. Paris, 14. Jun. 5pc. 117. 80; 3pc. 77. 80; Neap. 103. 50; Bankact. 3310. Wien, 15. Jun. Bkact. 1625; Met. 5pc. 106⅛; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 119¾.

Actien. Amsterdam, 14. Jun. Rhein. Eisenbahn 103. Frankfurt a. M., 16. Jun. Taunusb. 357½; Nordb. 72; Verb. 94. Paris, 14. Jun. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 370; l. 227½; Paris-Orleans 1277½; Paris-Rouen 977½; Paris-Strasburg 431½; Paris-Lyon 447½; Rouen-Havre 660; Marseille-Avignon 750; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 620; Nord 603¾. Wien, 15. Jun. Nordb. 164¼; Gloggn. 122½; Mail. 109¼; Livorn. 89½; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 17. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 85⅝, 3½pc. Staatsschuldsch. 92¹¹/₁₂, 3½pc. Pfandb. westpr. 93⅓, ostpr. 96½, pomm. 95⅛, schles. 97¼, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92¼, kur- u. neum. 94⅛, Louisd'or 112⅛, Friedrichsd'or 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94½, Berl.-Anh. 111¼ Br., Berl.-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 94¼, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91¾ Br., 5pc. 101⅞, Berl.-Stettin 109¼, Bresl.-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 94, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 100, Niederschl.-M. 87⅓, Prior.-Act. 4pc. 92¼, 5pc. 101⅛, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104⅜, Litt. B. 4pc. 98⅜, Prinz-Wilhelmsb. (St.-B.) 4pc. 80 Br., Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89⅛, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 94 Br., Zarsk.-Selo 72½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 83⅛ Br., Berlin-Anhalt. 99, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 94, Magd.-Wittenb. 85 Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73, Pos.-Starg. 4pc. 83¾ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¾. — Rußl.-engl. Anl. 5pc. 110⅞, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅛, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95½, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½ Br., à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅛, Bkact. Zinsl. 103⅛ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅝, Staats-Pr.-A. 88 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¾ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅞ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Leipziger Börse am 18. Jun. 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	151⅛	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Gl. 8.	2 Mt.	150	—	à 3% im ½ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	91
Augsburg	k. S.	101⅛	—	à 3% im ½ kleinere	—	—
pr. 150 Gl. 8.	2 Mt.	—	—	à 4% d°. d°. v. 500 -	—	99⅛
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	99⅛	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½% im ½ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	98⅛
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	111⅛	—	à 3% im ½ kleinere	—	—
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine		
Bresl. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	à 3% im ½ v. 1000 u. 500 Thlr.	88	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3% im ½ kleinere	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	—	à 3% im ½ v. 1000 u. 500 Thlr.	90⅛	—
Hamburg	k. S.	151⅛	—	à 3% im ½ kleinere	—	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	149⅞	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		
London	2 Mt.	—	—	½ v. 500	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22⅛	—	½ v. 100 u. 25	—	—
	k. S.	—	—			
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	—	79⅛	„ lausitzer d°. à 3%	—	—
	3 Mt.	—	79⅛	„ d°. d° à 3½	—	—
	k. S.	—	102⅜	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-P.-Obl. à 3½%	104⅛	—
Wien pr. 150 Fl.	2 Mt.	—	—	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½% im Pr Ct. pr. 100	—	98⅛
Conv. 20 Kr.	3 Mt.	—	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½% (300 Mk. 8. = 150 Thlr.)	—	—
Augusta. à 8 Thlr. à ½ Mk.				K. K. Oestr. Met. pr. 150 Fl. Conv.		
Br. u. à 20 K. 8 G. auf 100	—	—	—	à 5% laufende Zinsen	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.				à 4½% à 103⅓ im 14 Thlr. F.	—	—
Idem . . . . . auf 100	—	—	—	à 3%	—	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse . . . . auf 100	—	12	—	Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.	—	—
Holl. Ducaten à 3 Thlr.	d°.	6⅛	—	Leipzig. Bank-Actien à 500 Thlr. pr. 100	167	—
Kaiserl. d°. d°.	d°.	6⅛	—	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Thlr. pr. 100	116	—
Bresl. d°. à 65⅓ As	d°.	6⅛	—	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	87	—
Passir d°. d°. à 65 As	d°.	6	—	Sächs.-Schles. d° pr. 100	100	—
Conv.-Spec.-Gld.	d°.	—	—	Chemn.-Ries. d°. pr. 100	—	59⅛
Idem 10 u. 20 Kr.	d°.	3	—	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	57	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100	—	213⅓
Silber d°. d°. d°.		—	—			

*) u. s. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliches Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Von der Oberelbe. Seit dem Eintritte des Wonnemonats, der sich nach dem langen Winter so außerordentlich freundlich gezeigt und uns die sichere Hoffnung auf ein recht segensreiches Jahr bringt, hat auch ein regeres Leben an den freundlichen Ufern der Elbe oberhalb Dresden begonnen, um die verschiedenen Punkte der sächsischen und böhmischen Schweiz, sowie das nahe gelegene Teplitz und Prag zu besuchen und von letzterer Stadt aus mit Windeseile dem Süden zuzueilen.

Zum Besuch der sächsischen und böhmischen Schweiz sowie zur Reise nach Teplitz und Prag findet sich von Dresden aus tagtägliche Gelegenheit durch die Dampfschiffe der

privilegirten sächsischen Dampfschifffahrtsgesellschaft,

die nunmehr drei vollkommen gut eingerichtete flachgehende neue Schiffe besitzt und ununterbrochen die Fahrten nach allen Elbstationen bis zu dem reizend gelegenen Leitmeritz vollführt. Die Ankunft der Schiffe in Leitmeritz erfolgt gegen 6 Uhr Abends, und werden die Reisenden in guten soliden Wagen noch denselben Abend mittels unterlegter Pferde binnen 8 Stunden nach Prag befördert.

Für die nach Prag Reisenden ist die Tour über Leitmeritz, namentlich bei kleinem Wasserstande, um so empfehlenswerther, da selbige auf ein pünktliches und sicheres Eintreffen in Prag rechnen können, während die weitere Fahrt auf den Dampfschiffen oberhalb Leitmeritz nicht zu berechnende Schwierigkeiten bietet und es jüngst der Fall gewesen ist, daß Dampfboote Stunden lang, besonders bei dem raudnitzer Wehre, mitten in der Nacht festgesessen haben, wodurch viele Reisende in ein nicht geringes Schrecken versetzt worden sind.

Die Einrichtung eines ersten und zweiten Platzes auf den Dampfschiffen der sächsischen Gesellschaft, sowie die Herabsetzung des Preises auf die so äußerst billige Taxe von 4 und 3 Thlr. für die ganze Tour bis Prag gestattet es, daß einerseits die Möglichkeit einer sehr billigen Reise vorhanden, andererseits für Personen ein öfters lästiges Zusammentreffen vermieden wird.

Den auf den sächsischen Dampfschiffen befindlichen sehr tüchtigen Restaurateurs hat es die Direction zur besondern Pflicht gemacht, durch gute, aufmerksame und den jetzigen Zeitumständen angepaßte billige Bedienung das reisende Publicum stets zufriedenzustellen, nicht minder alle vorkommenden Mißbräuche kräftig zu ahnden und dieselben sofort abzustellen: Bedingungen, die um so strenger erfüllt werden müssen, da die Direction auf alle etwanigen Abgaben oder Pacht von Seiten besagter Wirthe verzichtet.

Hat sich auch hier und da durch unwürdige Zungen das Gerücht verbreitet, als ob die sächsischen Dampfschiffe langsamer als die böhmischen Schiffe führen, so kann sich Jedermann aus eigner Erfahrung überzeugen, daß die Differenz, um welche die böhmischen Schiffe früher bis Leitmeritz gelangen, kaum nennenswerth ist, oftmals aber die sächsischen Schiffe zu gleicher Zeit in Leitmeritz eintreffen; dabei bieten aber die sächsischen Dampfschiffe dem reisenden Publicum die große Sicherheit und Beruhigung, daß bei den von höherer Behörde streng überwachten festgesetzten Bestimmungen in Bezug auf Anspannung der Dämpfe auch nicht die geringste Gefahr vorhanden ist, vielmehr ist es den betreffenden Maschinisten auf das strengste untersagt, nicht etwa durch übermäßiges Feuern auf die Gefahr des Publicums hin es zu ermöglichen, irgend ein anderes Dampfboot ausstechen zu wollen, um im günstigsten Falle den 15 Meilen langen Weg bis Leitmeritz eine Stunde früher zurückzulegen. [2337]

Ankündigungen.

Stand der Arbeiten an der Löbau-Zittauer Eisenbahn zu Ende des Monats Mai 1847.

Von den überhaupt herzustellenden 60,300 Ellen Planie sind 58,795 vollendet, und fehlen demnach noch 21,405. Die bewegten Erdmassen betragen 8,265,826 Cubikellen. Es sind 19,850 Ellen Steinbett ferig und 15,350 Ellen Schwellen und Schienen gelegt. Im Mai arbeiteten 3751 Mann und 194 Pferde.

Am Viaduct im Schülerthale, an den beiden Mandaubrücken und den Viaducten in Ober-Oderwitz, Ninive und Herrnhut sind die Bekrönungsquader großentheils verlegt, am Viaduct in Ober-Gunnersdorf hat das Wölben seinen Anfang genommen und am Viaduct in Groß-Schweidnitz sind die Pfeiler resp. bis 6, 7, 8, 9 und 12 Schichten über den Sockel aufgemauert.

Auf dem Bahnhofe zu Zittau geht das Abfahrtsgebäude seiner Vollendung entgegen und ist der Bau der Locomotivenremise begonnen.

Zittau, den 14. Jun. 1847.

Directorium der Löbau-Zittauer Eisenbahn-Gesellschaft.

[2327] **v. Nostitz**, V.

Nachricht für Auswanderer.

Im Verfolg der von mir unterm 15. Mai erlassenen Anzeige (siehe Dorfzeitung Nr. 89), wodurch ich nachwies, daß ich durch die erschwerende Bestimmung des neuen amerikanischen Gesetzes mich nicht hatte abhalten lassen, Auswanderer in großer Zahl auf namhaft gemachten Schiffen **direct** nach **New-York, Baltimore** und **Philadelphia** zu befördern und somit **meine Verpflichtung** gegen die von mir engagirten Auswanderer **treulich zu erfüllen**, bringe ich ferner zur öffentlichen Kunde, daß ich durch das nahe Eintreffen zahlreicher großer und schöner Schiffe in den Stand gesetzt sein werde, nun **regelmäßig am 1. und 15. jeden Monats Auswanderer nach genannten Häfen zu befördern, gleichwie den Passagierpreis für dieselben bedeutend zu ermäßigen.** Da durch das erwähnte Gesetz den Auswanderern größere Räumlichkeit und Bequemlichkeit als bisher am Bord der Schiffe gesichert wird, so ist der Weg über Baltimore, New-York ꝛc. allen andern vorzuziehen.

Indem ich die zur Auswanderung entschlossenen Personen ersuche, sich meiner Vermittelung zu bedienen, fodere ich dieselben auf, sich zur Vermeidung kostspieligen Aufenthalts hier, durch Vorausbezahlung des üblichen Handgeldes die Plätze zu sichern und zu dem Ende sich an meine Herren Agenten oder direct an mich zu wenden.

Bremen, 12. Juni 1847.

[2338–39] **J. H. Buschmann.**
obrigkeitlich angestellter und beeidigter Schiffsmäkler.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: [2335]

Album fürs Erzgebirge.

Von Mitgliedern des Schriftstellervereins.

Gr. 8. VII und 261 S. Geh. Preis 1 Thlr.

Von Mitgliedern des Schriftstellervereins erschien dies Album, dessen **Ertrag für die Hülfsbedürftigen im Erzgebirge** bestimmt ist. Dr. **Schletter** schildert die dortige Noth in alter Zeit, **Robert Blum** in der Gegenwart, Gerichtsdirector **Gast** die gesunkenen Nahrungsverhältnisse in Deutschland, **Gerstäcker** Heimweh und Auswanderung. Von Dr. **Wuttke** lesen wir über das Volkslied, von **Laube** über arme Poeten, von **Biedermann** über Socialismus, von **Willkomm** über die Oberlausitz, von **Diezmann** über Barbara Uttmann und die Spitzen, von **Buddeus** über kaukasische Bäder, von **Kuranda** über deutsche Zeitungen. **Herloßsohn, Hesekiel, Hammer** geben Novellistisches, Advocat **Klemm** eine Humoreske. **Kühne, Gerhard, Haltaus, Apel, Stolle, Bechstein, Nordmann, Mautner, Uffo Horn** liefern dramatische und lyrische Gedichte.

Leipzig, den 16. Juni 1847.

Brockhaus & Avenarius.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Deutsches Lesebuch

für die untern und mittlern Klassen der Gymnasien, Real- und höhern Bürgerschulen.

Vom Prof. Dr. **Apel.**

41 Bgn. Ladenpreis 1 Thlr. Feinere Ausgabe 1⅓ Thlr.

Dieses Buch ist zwar zunächst für höhere Lehranstalten bestimmt, allein wir können es allen Freunden der vaterländischen Literatur als eine anziehende und belehrende Lecture empfehlen, indem es die herrlichsten Blüten deutscher Poesie von Haller bis auf unsere Tage, sowie Musterstücke der vorzüglichsten deutschen Prosaiker enthält. Namentlich machen wir aufmerksam auf die trefflichen Erzählungen, Schilderungen und historischen Darstellungen von Herder, Goethe, Schiller, Jean Paul, Hebel, Fr. Jacobs, A. v. Humboldt, F. v. Raumer, Luden, Varnhagen v. Ense u. A.

Altenburg, den 15. Juni 1847.

[2321] **H. A. Pierer.**

Bei **H. Kirchner** in Leipzig ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Protest-Brief

an

Se. Excellenz

den Herrn Minister Eichhorn.

Von

einem protestantischen Kirchenvorsteher

(G. Schwetschke in Halle).

Preis 1½ Sgr. [2330]

Wortheilhaftes Anerbieten für Geschäftsleute.

Dr. Fr. Schmidt's **Kaufmännisches Geschäfts-Handbuch** der Münz-, Maß-, Gewichts-, Bank- und Wechselverhältnisse der wichtigsten Handelsplätze der Erde, nebst vollständigem Wörterbuch der kaufmännischen **Geschäftssprache**, 216 Seiten groß Octav, haben wir bis auf Weiteres auf 10 Ngr. herabgesetzt, und ist dieses treffliche Buch, was für die Gegenwart Das ist, was den ältern Geschäftsmännern das **Nelkenbrecher'sche** Handbuch war, gegen baare Einsendung von 10 Ngr. von uns und jeder guten Buchhandlung zu erhalten.

[2318] **Verlags-Comptoir in Grimma.**

Digitized by Google

Leipzig, den 19. Juni 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 207.

Inhalt: Die Rechte des preußischen Volkes und das Verfassungspatent. — Tagesgeschichte: Wochenschau. — Der mexikanische Krieg. — Aegypten und seine Bewohner. II. Das Heer. — Wissenschaftliche Nachrichten: Der Handel. — Witterung des Monat Mai zu Karlsruhe und Näheres über den Höhrauch. — Hofleben: Das Ascott-Wettrennen und Schloß Windsor. — Baukunst. — Literaturbericht. — Gemeinnützliche Nachrichten: Dorfgespräche. XVI. — Ausschüsse zur Erörterung der Arbeiterzustände. — Bäder und Badeleben: Landeck. — Gewerbenachrichten: Brett's elektromagnetischer Drucktelegraph. — Mannichfaltigkeiten: Meteorologische Beobachtungen zu Leipzig, Mai 1847. — Verbesserte Schienenconstruction, von Rust. — Soyer's Mustersuppenanstalt in Dublin. — Rebus.

Abbildungen: Fahrt der Königin Victoria und ihrer Gäste, des Großfürsten Konstantin und des Erbgroßherzogs von Weimar nebst Gemahlin, zu den Wettrennen zu Ascott. — Generalmajor Scott, Oberbefehlshaber des Vereinigten-Staaten-Heeres. — Die Uebergabe von Veracruz an die Nordamerikaner. — Aegyptische Infanterie. — Aegyptische Artillerie. — Der Fahnenschwur bei der ägyptischen Armee. — Ansicht des königlichen Schlosses zu Windsor: Das Viereck. — Der Vorstellungssaal im königlichen Schlosse zu Windsor. — Der Waterloo-Saal im königlichen Schlosse zu Windsor. — Die große Allee nebst dem Schneeberge im königlichen Park zu Windsor. — Das Marienbad zu Landeck. — Das Georgenbad zu Landeck. — Die Albrechtshalle und der Marienbrunnen zu Landeck. — Tastenbret von Brett's elektromagnetischem Drucktelegraphen. — Brett's elektromagnetischer Drucktelegraph. — Verbesserte Schiene von Rust. — Suppenanstalt von Soyer in Dublin. — Rebus Nr. 171. — Trost in Leiden, in 4 Bildern, nach Gellert (3. u. 4. Bild). (Schluß.)

Preis 5 Ngr.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern) 2 Thlr.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter an.

Leipzig, J. J. Weber. [2340]

K. K. priv. Dampfschifffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2341]

In meinem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Clemens der Vierzehnte.

Ein Lebens- und Charakterbild.

Gr. 12. Geh. 12 Ngr.

Motto:

Als Du starbst, der Du so glorreich für der Menschheit Wohl gestritten,
Trauerten die Menschen, Clemens,
jubelten die Jesuiten.

Leipzig, im Juni 1847.

[2329] **F. A. Brockhaus.**

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 20. Jun. **Der artesische Brunnen**, Zauberposse mit Gesang von G. Räder.

Montag, 21. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Die Regimentstochter**, komische Oper von Donizetti. **Marie**, Frl. **von Marra.**

Dienstag, 22. Jun. **Nathan der Weise**, Schauspiel von Lessing. **Nathan**, Herr **Anschütz**, vom k. k. Hofburgtheater in Wien, als erste Gastrolle; **Recha**, Frl. **Unzelmann.**

Erklärung.

Die Ehre einer ganzen Nation kann nicht durch hämische Angriffe eines anonymen Verfassers verletzt und verdunkelt werden.

Es wäre also überflüssig, alle Unwahrheiten einzeln widerlegen zu wollen, mit welchen das Werk: „Das Polen-Attentat im Jahre 1846" Grimma), überfüllt erscheint. Wem die Geschichte der letzten 90 Jahre nicht fremd geblieben, der wird dieses verleumderische Pamphlet gehörig zu würdigen wissen. Einzelnen Familiennamen aber könnte es vielleicht an ihrem bis jetzt makellosen Rufe einigen Schaden verursachen, wenn die Irrthümer ohne öffentliche Widerlegung blieben. Deshalb führe ich unter unzähligen ähnlichen Fällen als der zunächst Betheiligte den folgenden Satz aus dem obengenannten Werke an: Auf Seite 82 wird gesagt, „ein Kolontaj, ein Seltan, ein Ostrowski ꝛc. Diese genannten Elenden schufen die berüchtigte Targowitzer Conföderation" u. s. w.

Alle polnischen, französischen und deutschen geschichtlichen Werke bezeichnen einstimmig die obgenannten drei Männer als die eifrigsten Anhänger der glorreichen Constitution vom 3. Mai 1791, durch welche aus freiem Willen des Adels die Freiheit und gleicher gesetzlicher Schutz aller Stände, sowol der Einwohner der Städte wie auch der Bauern, festgestellt war. Allen drei obgenannten Männern wurden durch die Targowitzer Conföderation ihre hohen Würden genommen, allen Dreien ward durch dieselbe ihr Vermögen confiscirt. Nur zwei Ostrowski sind als Staatsmänner gegen das Ende des 18. Jahrhunderts geschichtlich bekannt. Der eine, Anton Ostrowski, Fürst-Primas des Königreichs, ist in Paris acht Jahre vor der Targowitzer Conföderation gestorben, konnte somit selbige nicht schaffen. Der zweite Ostrowski, mein Vater, Thomas Graf Ostrowski, Finanz-Minister und eins der fünf Mitglieder des Staatsraths in der Republik Polen, schenkte 100,000 Fl. aus eignem Vermögen dem Staatsschatze, damit die Targowitzer Conföderation kräftigst bekämpft werde; er verschmähte den höchsten russischen Orden des heil. Andreas, mit welchem man ihn für diese Conföderation zu gewinnen suchte; er widerstand allen Schmeicheleien und Drohungen unerschütterlich. Deshalb ward er auch verhaftet und als Gefangener vor den russischen Feldmarschall Suwarow gestellt; doch dieser wenn auch rohe Krieger verbeugte sich ehrerbietig vor dem gefangenen Ostrowski und sprach: „Hochachtung gebühret dem unwandelbaren Manne, Ehre dem treuen Minister der polnischen Republik." Und dieser Mann, welchen nicht nur Freunde und Mitbürger, sondern sogar die Feinde des Landes hochgeachtet haben, wird von einem Anonymen auf Seite 82 des obgenannten Werkes bezeichnet als: „ein Verräther, der die Freiheit, Unabhängigkeit, ja Religion und Nationalität des Vaterlandes verkaufte, den starren wüthenden Russen ins Land rief u. s. w." Wenn der anonyme Verfasser nicht die Quelle öffentlich nennen wird, welche zu dieser irrigen Angabe ihn verleitet hat, dann möge sein Stillschweigen das Maß seiner Wahrheitsliebe bezeichnen. Aus diesem einzelnen Beispiele urtheile man über den Werth dieser Schrift und ihres Verfassers.

[2342] **Ladislaus Graf Ostrowski**, g. pol. Rts.-M.

Aus dem soeben erschienenen Rechenschaftsberichte der

Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha

für 1846 geht, neben anderen sehr befriedigenden Ergebnissen, hervor, daß in jenem Jahre 353,900 Thlr. an die Erben von 221 gestorbenen Mitgliedern vergütet wurden und daß sich bei einer Jahreseinnahme von 974,876 Thlr. ein reiner an die Versicherten zu vertheilender Ueberschuß von 242,102 Thlr. ergab. Die Zahl der Versicherten ist auf 14,126 Personen, die Versicherungssumme auf 22,464,200 Thlr., der Bankfonds auf 4,742,116 Thlr. gestiegen. Bericht und Antragsformulare sind unentgeltlich zu haben bei

[2334] **Becker & Co. in Leipzig.**

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000, 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2331] in Leipzig.

Vergebens habe ich bis jetzt auf das versprochene Briefchen gewartet. Ist wieder ein Unglück passirt? oder bin ich vergessen? Ich verreise nicht, daher meine dringende Bitte, beruhigen Sie mich bald mit mündlicher oder schriftlicher Nachricht.

Der im kurzen Kragen-Mantel

[2328] **Nr. 10.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Ernst Däweritz in Simsewitz mit Frl. Emilie Jentsch in Rechau. — Hr. Heinrich Groß in Landsberg a. d. W. mit Frl. Wilhelmine Pägelow in Friedrichsthal. — Hr. Kaufmann Louis Großkopf in Berlin mit Frl. Maria Dittmann.

Getraut: Hr. Kammergerichtsassessor Bernard in Wittstock mit Frl. Ernestine Bosselmann. — Hr. Hauptmann F. v. Frobel in Trier mit Frl. Charlotte v. Holleben. — Hr. Wilhelm Höfer in Dresden mit Frl. Emilie Lottes aus Leipzig. — Hr. K. H. Steinhauer in Köln mit Frl. Henriette Kesseler aus Feld. — Hr. Schullehrer J. G. Striegler in Ragewitz mit Frl. C. L. Zschau.

Geboren: Hrn. Pastor M. Ackermann in Wittgensdorf eine Tochter. — Hrn. H. Bedeker in Bremen ein Sohn. — Hrn. Dr. Bengelsdorff in Greifswald ein Sohn. — Hrn. Robert Böhmer in Trebnitz ein Sohn. — Hrn. Kammergerichtsassessor Bölcke in Greifenhagen ein Sohn. — Hrn. Busse in Hammer eine Tochter. — Hrn. F. Donandt in Bremen eine Tochter. — Hrn. Dr. Heros in Berlin ein Sohn. — Hrn. Regierungsassessor Humbert in Arnsberg eine Tochter. — Hrn. Prediger Reclam in Prenzlau ein Sohn. — Hrn. Elementarlehrer Eduard Thieme in Großenhain eine Tochter. — Hrn. Premierlieutenant v. Wienkowski in Landeshut ein Sohn. — Hrn. Apotheker Ch. Zemsch in Rothenburg ein Sohn.

Gestorben: Frau Hauptmann Karoline De Ahna in Baireuth. — Hr. Dr. Hermann Joseph Brües in Lüttenglehn. — Hr. Oberamtsgerichtsassessor Johann Diehl in Heilbronn. — Hr. Kaufmann C. L. Frankenstein in Landeshut. — Hr. Kammerregistrator Wilhelm Gerloff in Oels. — Hr. Kaufmann Georg Friedrich Ehregott Hedrich in Freiberg. — Hr. Sanitätsrath Dr. Karl Korfeik in Greifenberg. — Hr. Kaufmann Friedrich Mähler in Iserlohn. — Hr. Ch. F. Metzger in Erlangen. — Hr. Gutsbesitzer Friedrich Erdmann Patzschke in Dresden. — Frau Hauptmann Jennette v. Stückradt in Berlin. — Frau Actuar Alwine Therese Wittich in Frauenstein.

Sonntag — Nr. 171. — 20. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich 1 Bogen. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. ** Leipzig. Die Griechen. — Die Redemptoristen in Baiern. — Der bairische Landtag. †† Von der Pleisse. Die kirchliche Reform. ** Von der sächsischen Grenze. Entgegnung. — Schwesterhaus in Hannover. — Das Moorbrennen in Hannover. * Stuttgart. Ausweisung. — Criminalstatistik in Altenburg. * Frankfurt a. M. Der Großfürst-Thronfolger. — Ruhestörungen in Hamburg.

Preußen. Berlin. Landtag. * Aus der Provinz Sachsen. Todtschlag im Streite. Feuersbrünste. ♂ Königsberg. Dr. Rupp. Versammlung von Aerzten. Hr. Sauter. — Die Landtagsdiäten. — Garnisonwechsel. — Die Pferdeschlächterei. — Die Weichselbrücke. — Verlagsverbot. — Die Oder.

Oesterreich. Die niederösterreichischen Stände. Strafurtel. — Brotkrawall in Prag. = Aus Oesterreich. Die Moldau und die orientalische Frage.

Portugal. Die spanischen Interventionstruppen.

Spanien. Das königliche Paar. Neues Tageblatt. Ernennungen. Die Montemolinisten.

Großbritannien. Unterhaus. Das Parlament. Die portugiesische Frage. Sir Colin Campbell stirbt. Die Dampfmarine. Die Mannschaft der Kriegsbrigg Frolic. Das Uebungsgeschwader unter Sir Charles Napier. Sanitätsbehörde in St. Johns. ♂ London. Die Intervention in Portugal.

Frankreich. Parlament. Hr. de Girardin. Die Gebeine französischer Gefangener auf der Insel Cabrera. Linienschiffe nach dem Tejo. Graf de Rayneval. Die Königin Christine. Die Zinsenzahlung der 3proc. spanischen Schuld. Neues conservatives Blatt. Wunderproceß. Lola Montez. ♀ Paris. Die Kammern. Algerien.

Rußland und Polen. * Petersburg. Collecte. Die transkaukasischen Beamten. Heuschrecken. Die Provinz Stawropol. Die Mohammedaner.

Nordamerika. Der Krieg mit Mejico. Proclamation. Der Washington.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. München. Die ärztliche Praxis.

Handel und Industrie. * Leipzig. Börsenbericht. * Leipzig. Chemnitz-Riesaer Eisenbahn. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Leipzig, 18. Jun. Wenn der Verfasser des Artikels vom Taunus in Nr. 166 sagt, daß der albanesische Theil der Bevölkerung Griechenlands für Gewerbe und höhere Cultur wenig befähigt sich gezeigt habe, so gilt dies eben nur von dem albanesischen Theile der Bewohner Griechenlands, es gilt aber nicht von dem griechischen Volke außer dem albanesischen Theile der Bevölkerung. Auch kann man die Schlußfolgerung des Verfassers jenes Artikels nicht zugeben, daß die obern Schichten des griechischen Volks zu demoralisirt seien, um gediegene neue Schöpfungen hervorbringen zu können, auch wenn man die Thatsache selbst, daß sie demoralisirt seien, nicht abläugnen kann. Es liegt in den Verhältnissen und in der Natur der Sache, daß die Männer des griechischen Freiheitskampfes und die damals bereits herangewachsene und während des Kampfes und in den ersten Jahren nachher heranwachsende Generation — und vielleicht nicht blos diese! — für die wahren Segnungen der Civilisation und der Cultur haben unfähig sein und bleiben müssen; daß diese Segnungen vornehmlich immer in Folge eines vernünftigen und christlichen Schulunterrichts und durch wohleingerichtete Bildungsanstalten aller Art haben erlangt werden können, und daß, bei der innern Zerrüttung aller der nothwendigen Elemente eines wahrhaft christlichen Staatslebens in Griechenland, sowie bei den großen Hindernissen, die gewisse sogenannte gute Freunde der griechischen Regierung seit geraumer Zeit bei Beförderung und Entwickelung eines regern Volks- und Staatslebens absichtlich in den Weg gelegt haben, es theils noch an so manchen nothwendigen Anstalten zur Volksbildung im Allgemeinen und Einzelnen in Griechenland fehlt, theils die bereits seit längerer oder kürzerer Zeit bestehenden diesfallsigen Anstalten noch nicht besondere Früchte haben zeitigen und große Erfolge herbeiführen können. An dem guten Willen der gegenwärtigen Regierung, die namentlich in dieser Beziehung ihres deutschen Ursprungs wahrhaft sich bewußt ist und mit bedächtigem, aber festem Schritte ihr wohlerkanntes Ziel verfolgt, hat es nicht gefehlt und fehlt es nicht; noch weniger aber fehlt es an dem gesunden Sinne, an dem regen Eifer und an der außerordentlichen Fassungsgabe des griechischen Volks, die vielmehr durchgängig ausgezeichnet und bewunderungswürdig zu nennen sind. Besonders was die Gewerbe und Künste sowie den Sinn der Griechen dafür und ihr Geschick dazu anlangt, so haben wir aus zwei im vergangenen Winter in der polytechnischen Schule in Athen von deren Vorsteher und einem neuernannten Lehrer an derselben gehaltenen Reden von neuem die Ueberzeugung gewonnen, daß auch den dort ausgesprochenen Thatsachen und den den Schülern der Anstalt ertheilten Zeugnissen auch in dieser Hinsicht dem griechischen Volke eine schöne Zukunft sich öffnet, die, wenn auch unter wesentlich veränderten Umständen, die Griechen unserer Tage, falls nur sonst die Hoffnungen sich erfüllen, der Verwandtschaft mit den alten Griechen nicht unwerth erscheinen lassen dürfte.

— Aus **München** vom 16. Jun. theilt der Nürnberger Correspondent mit: „Inhaltlich einer Ministerialentschließung vom 5. Jun. hat der König angeordnet, daß bei künftigen Erlaubnißertheilungen zur Abhaltung von Missionen durch die P. P. Redemptoristen sich genau an die Bestimmungen des §. 79 der II. Beilage zur Verfassungsurkunde: «Zu außerordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten, besonders wenn dieselben an Werktagen gehalten werden wollen, muß allezeit die specielle königliche Bewilligung erholt werden», zu halten ist. Insbesondere wird die Erlaubniß hierzu von der Zustimmung des einschlägigen Pfarramts, der oberhirtlichen Stelle und von der allerhöchsten Bewilligung abhängig gemacht; ferner haben alle Polizeibehörden bei Instruirung desfallsiger Gesuche streng darauf zu achten, ob die Mission auch im Wunsche der Gemeinde liege, wer die Kosten trage und ob den dringenden landwirthschaftlichen Verrichtungen hierdurch kein Schaden zugehe. — Sehr allgemein ist die Nachricht verbreitet, daß der Landtag für 1848/49 schon im nächsten Frühjahre zusammenberufen werden würde. Bei der Wichtigkeit und dem Umfange der bevorstehenden Arbeiten hat diese Nachricht viel Wahrscheinlichkeit für sich."

†† **Von der Pleisse**, 18. Jun. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß Deutschland auch in theologisch-kirchlicher Hinsicht der unpraktischen Grübeleien und theoretisch-gelehrten Streitigkeiten sich entschlägt und praktisch zu werden anfängt. Die dogmatischen Kämpfe der protestantischen Freunde sowie der Deutsch-Katholiken um das Glaubensbekenntniß des leipziger Concils sind verstummt, und Niemand kümmert sich um den Streit intoleranter Theologen. Man beginnt einzusehen, daß die Reform der Kirche nicht von der Lehre oder dem Dogma, sondern von der Verfassung ausgehen muß. Wo Religions- und Gewissensfreiheit nur in der Freiheit besteht, seine Ueberzeugung für sich zu haben, und nicht auch die Freiheit einschließt, nach seinen Ueberzeugungen zu leben und das äußerliche Kirchenleben, Gottesdienst und Gemeindeleben zu ordnen, da kann abgelebtes Altes nicht abgeschafft, Neues und Besseres nicht ins Leben gerufen werden. Deshalb sagen die freien Gemeinden in Preußen nicht vom Christenthume, sondern nur von der Landeskirche sich los. Einem freien Geist ist es ja unmöglich, sich einer kirchlichen Ordnung, der er innerlich nicht mehr angehört, äußerlich zu unterwerfen. Die freien Christen aber wollen evangelische Christen bleiben, sie protestiren nur als evangelische Christen gegen die zur Reformationszeit vom Landesherrn übernommene oberbischöfliche Gewalt. Ebenso will Uhlich dem Befehle des Kirchenregiments, auszuscheiden, nicht Folge leisten, sondern behauptet, in der evangelischen Kirche zu stehen, während ein streng orthodoxer Pfarrer, Kniewel in Danzig, den Altlutheranern Schlesiens folgend, ebenfalls von der unirten Landeskirche um des Gewissens willen sich lossagt. Gleicherweise behaupten die Deutsch-Katholiken, daß sie aus ihrer alten Kirche nicht ausgetreten seien, daß sie nur von dem römischen Kirchenregimente sich losgesagt, und somit zwar nicht römisch-katholische, sondern vielmehr die eigentlichen katholischen Christen seien; ganz so wie zur Zeit der Reformation die Lutheraner den Namen Katholiken für sich beanspruchten, bis sie, weniger klug als die von Rom auch schon Rongeaner genannten Deutsch-Katholiken, mit dem angenommenen Namen Lutheraner auch manche moralische Anrechte an die alte Kirche aufgaben. Ueberall aber, bei Orthodoxen, Rationalisten, freien Christen und Deutsch-Katholiken ein Auflehnen gegen die bestehende kirchliche Ordnung; ja selbst der Uebertritt der lutherischen Dorfgemeinde zu Gelenau in Sachsen zum Deutsch-Katholicismus ist trotz der ihr vorgeworfenen Befangenheit und Halsstarrigkeit als eine praktische Protestation gegen die kirchliche Ordnung der sächsischen Landeskirche, welche die Besetzung der geistlichen Stellen den Gemeinden fast nirgend überläßt, von weit größerer und allgemeinerer Bedeutung, als der Correspondent in Nr. 139 dieser Zeitung zu glauben scheint.

Hoffentlich werden solche Thatsachen die Staatsbehörden überall überzeugen, daß eine durchgreifende Umgestaltung des Verfassungslebens der protestantischen Kirche, das brach gelegen hat, seit die Reformation den

gegliederten Organismus der katholischen Kirche für uns zerbrach, dringend noththut, daß aber eine heilsame Reform nur dann möglich ist, wenn man die Kirche sich aus sich selbst entwickeln läßt. Hoffentlich werden die Staatsregierungen, müde der endlosen Schwierigkeiten und Verwickelungen bei beabsichtigter Leitung eines Geisterreiches, das sich nun einmal nicht leiten läßt, mit einer Oberaufsicht über die freien Gemeinschaften und ihre repräsentativen Organe sich begnügen und nicht länger die evangelische Kirche, die eine allgemeine, katholische sein soll und werden muß, in die engen Grenzen einer Staatskirche bannen, während Katholiken, ja selbst Juden sich jener vollen innern Freiheit erfreuen, welche die Evangelischen zeither noch vergebens ersehnten. Eine Staatskirche ist, wenn nicht mehr, so doch nicht weniger den Grundsätzen des Christenthums entzogen wie die Papstkirche! Das preußische Patent vom 30. März über die Bildung neuer Religionsgesellschaften in Preußen hat einen guten Anfang gemacht; es hat für die Dissidenten Civilregister für Taufen, Trauungen und Todesfälle eingeführt und somit im Princip nicht blos die Kirche vom Staate getrennt, sondern auch für die andern Kirchen die den Dissidenten gewährten Rechte in Aussicht gestellt, und läßt hoffen, daß die Staatsgewalten überall alle Kirchengesellschaften in ihren innern Angelegenheiten freigeben werden. Wir machen hierbei auf einen trefflichen Aufsatz von M. Müller in Zille's Allgemeiner Zeitung für Christenthum und Kirche aufmerksam, welcher jenes Patent bespricht, wobei wir wiederholt Theologen und Nichttheologen jene Zeitung selbst angelegentlichst empfehlen, die bei dem großen Reichthume an Correspondenzen und Feuilletonnachrichten über alle kirchlich wichtigen Ereignisse der Gegenwart, wie sie keine andere Kirchenzeitung bringt — in ihren gediegenen und entschieden freisinnigen leitenden Artikeln durch das an die Spitze gestellte Sittlichkeitsprincip für die Neugestaltung der Kirche wie keine andere segensreich wirkt. Mit dieser Zeitung — dem jetzt einzigen gemeinsamen deutschen Organe freisinniger Christen — sind auch wir der Ueberzeugung, daß die Kirche, wenn sie unthätig zusieht, ihrem Untergange zueilt, daß sie aber auch neben dem erblühenden Staatsleben, als Trägerin und Nährerin des sittlichen Elements im Staat, eine große Zukunft haben wird und muß, wenn sie, auf einer freien Gemeindeverfassung und dem christlich menschlichen Bewußtsein fußend, sich ebenso vom Priesterthum wie von dem veräußerlichenden Einflusse der staatlichen Bureaukratie emancipirt und zu einer allgemeinen sittlichen Anstalt für denkende Menschen umgestaltet.

** **Von der sächsischen Grenze**, 18. Jun. Der Verfasser des langen Artikels aus dem Erzgebirge in Nr. 169 dieser Zeitung erkennt das Urtheil, was wir über den Schritt der zum Deutsch-Katholicismus Uebergetretenen in Gelenau gefällt hatten (Nr. 139), als richtig an, meint aber — und das ist der langen Rede kurzer Sinn — wir hätten kein Recht gehabt, es auszusprechen. Er vergißt zuvörderst, daß wir, wie ein anderer näher betheiligter Correspondent in Nr. 157, zu unsern Bemerkungen durch Artikel anderer Zeitungen veranlaßt wurden, in denen jenes Ereigniß gepriesen und gefeiert und zu hämischen Seitenblicken auf unsere Kirche und ihre Diener benutzt wurde. Die umliegenden Geistlichen jener Gegend waren geradezu in gehässiger Weise angeklagt worden und mußten sich vertheidigen. Wir hatten keinen so nahen Grund und haben von vorn herein erklärt, daß wir den Vorgang nur aus den Berichten Solcher kannten, die ihn als einen Triumph des Deutsch-Katholicismus darstellten. Wenn Jemand dazu das Recht hat, so haben auch wir das Recht, das Entgegengesetzte zu begründen, und lassen uns unser Recht, über Zeiterscheinungen unsere Meinungen auszusprechen, nicht schmälern, selbst nicht zu Gunsten der Deutsch-Katholiken. Woher haben denn die ein Privilegium, nur gelobt und gehätschelt zu werden? Dabei ist noch keine Sache gediehen. Auch haben sie selbst von dem Rechte des freien Urtheils manchen Gebrauch gemacht, es ist der Grundstein ihres Bestehens. Weiter spricht jener Artikel viel von allerlei Gründen, aus denen es nicht klug gewesen sein soll, jenen Uebertritt zu scharf zu kritisiren. Wir überlassen es den Jesuiten, nach der Klugheit zu fragen, und halten es mit der Wahrheit, die uns die wahre Klugheit scheint. Man werde dann nach den Gründen manches andern Religionswechsels fragen, meint er. Immerhin! Mag man das! Es wird sehr dienlich sein, wenn man auch hierin überall die Wahrheit an den Tag bringt und offen und unerschrocken ausspricht, ohne sich darum zu kümmern, ob und wem sie gefalle oder mißfalle. — Das Einzige in jenem Artikel, was zur Sache gehört, war die Vertheidigung des Verfahrens der deutsch-katholischen Geistlichen. Das berührt aber nicht uns, denn wir haben ihrer mit keiner Sylbe erwähnt, überhaupt nicht die Deutsch-Katholiken angegriffen, sondern die Gelenauer. Wir wollen übrigens wünschen, daß die Vertheidigung Jener an den maßgebenden Stellen triftig befunden wird, und daß sie nicht zu bitter empfinden müssen, eine wie mißliche Sache es ist, in dem Conflicte zwischen einer vermutheten, von subjectivem Ermessen angenommenen Nothwendigkeit und dem Gesetze der erstern den Vorzug zu geben. Jedenfalls hat eine neue Erscheinung, die sich ihren Rechtsboden erst verdienen soll, doppelte Ursache zu Vorsicht im Verfahren, und Niemand kann sich sein Recht selbst machen.

— Die Hannover'sche Zeitung schreibt aus **Hannover** vom 14. Jun.: „In dieser Woche beginnt der Wiederaufbau des jüngst abgebrochenen Lyceums. Das Haus wird jedoch seiner bisherigen Bestimmung nicht zurückgegeben, sondern vor dem Aegidienthore, der Blindenschule gegenüber, als ein Schwesternhaus, als ein Asyl für hülfsbedürftige Töchter und Witwen des gebildeten Bürgerstandes der Stadt und Vorstadt Hannover, aufgerichtet werden. Dasselbe wird 37 vollständige Wohnungen und einen größern Saal enthalten, und den geeigneten Damen für die einmalige Summe von 300 Thlr auf Lebenszeit, oder für die jährliche Miethe von 24 Thlr., eine Stube, Kammer, Küche nebst Keller, Bodenraum und Gartentheil gewähren. Auch werden drei alternde Mägde, welche 20 Jahre lang in hiesiger Stadt treu gedient haben, behufs etwa nöthiger Bedienung der schwächlichen Damen in die drei Stockwerke vertheilt und somit ebenfalls vor Mangel bewahrt sein. Zum Schutze der Anstalt und zu den gröbern Arbeiten wird ein Hausknecht angestellt und mit seiner Familie in das Nebenhaus gesetzt werden. Die Frauen werden auf je zwei Jahre aus ihrem Kreise eine Priorin und eine Stellvertreterin für dieselbe wählen. Die ganze Anstalt soll unter einem Verwaltungsrathe stehen, welcher aus einem Geistlichen der Stadt, einem Mitgliede des Magistrats, dem Worthalter des Bürgervorsteher-Collegiums, einem Bauerständigen, zwei Bürgern der Stadt, einem Nichtbürger und der Priorin zusammengesetzt ist."

— Wie die Bremer Zeitung berichtet, ist im Königreiche **Hannover** für dieses Jahr das Moorbrennen auf Befehl der Behörden eingestellt worden.

* **Stuttgart**, 14. Jun. Bekanntlich war in Folge der stuttgarter Ereignisse in Betreff des von dem Militair beobachteten Verfahrens eine Beschwerdeschrift eingegeben worden. Man hat derselben eine gesetzwidrige Absicht untergelegt, die Unterzeichner als Unruhestifter der öffentlichen Meinung denuncirt und strenge Maßnahmen gegen dieselben in Aussicht gestellt. Zu Denjenigen, die darunter zu leiden haben, gehört auch ein Preuße, ein genialer Historienmaler, der sich hier aufhält, durch seine geistreichen Compositionen für das Wielandzimmer im Schlosse zu Weimar der Kunstwelt bekannt ist und zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft deutscher Kunst berechtigt. Das Gerücht, daß seine Ausweisung aus Württemberg beabsichtigt werde, hat besonnene und intelligente Männer um so überraschender betroffen, als sich gerade die württembergische Kammer in schärfster Weise über Ausweisungen aus andern Staaten ausgesprochen hat, und als die Maßregel in diesem Fall einen Mann trifft, der sich gewiß nur von dem Eifer allgemeiner Humanität zu dieser Demonstration hinleiten ließ, aber weder auf persönliche politische Bedeutung Anspruch macht noch sonst seiner bürgerlichen Stellung und seinem Berufe nach ein politisches Gewicht auszuüben vermochte.

Nach einer soeben veröffentlichten Statistik der Strafrechtspflege im Herzogthume **Sachsen-Altenburg** sind im Jahr 1845 im Herzogthume 1764 Personen (938 männlichen und 826 weiblichen Geschlechts) in Untersuchung gezogen, davon 219 freigesprochen, 96 von der Instanz entbunden und 1449 verurtheilt worden.

* **Frankfurt a. M.**, 17. Jun. Diesen Mittag sind der Großfürst-Thronfolger von Rußland und seine Gemahlin hier eingetroffen und unverweilt nach Darmstadt weiter gereist, um den Großherzog zu überraschen. Der Großfürst und seine Gemahlin werden schon in kommender Woche ihren Aufenthalt auf dem in der Nähe von Darmstadt gelegenen reizenden Schlosse Jugenheim, an der Bergstraße, nehmen. Die Großfürstin wird den Sommer über daselbst verweilen, während, wie es heißt, ihr Gemahl auf einige Wochen das Bad Kissingen besuchen und auch einige weitere Ausflüge unternehmen wird. Es heißt jetzt, der Kaiser von Rußland werde in diesem Sommer nicht nach Deutschland kommen. Die Gerüchte von fortwährendem Unwohlsein des Kaisers sollen ungegründet sein.

— Auch in **Hamburg** haben wegen der Theuerung auf einigen der dasigen Marktplätze Störungen stattgefunden und es sind in der Nacht auf die Häuser verschiedener Leute, welche das Volk im Verdachte des Wuchers ꝛc. hatte, Angriffe gemacht worden, sodaß die bewaffnete Macht einschreiten mußte, welche mehre der Ruhestörer verhaftete. In Folge dieser Vorgänge hat der Rath der Stadt eine Bekanntmachung vom 17. Jun. erlassen, in welcher neben den bei solchen Anlässen gewöhnlichen Vorschriften darauf hingewiesen wird, daß die bewaffnete Macht nöthigenfalls scharf zu feuern ermächtigt worden sei.

Preußen.

Berlin, 18. Jun. In der Sitzung der Herren-Curie am 14. Jun. wurde zuvörderst über die Vorlegung des Hauptfinanzetats an eine Abtheilung und namentlich über das Formelle dabei verhandelt und zuletzt der Vorschlag des Grafen Arnim, der Stände-Curie beizutreten, zugleich aber vom König eine Interpretation des §. 11 der Verordnung vom 3. Febr. dahin zu erbitten, ob dieser Gegenstand unter die §. 14 des Gesetzes gedachten, zu dem Ressort der Vereinigten Curien gehörigen zu rechnen oder in den beiden Curien getrennt zu behandeln sei, angenommen. Dann ging man auch hier zu dem Judengesetze über. Die Abtheilung erkannte durch den Referenten Grafen Itzenplitz das Bedürfniß

des Gesetzes an und sprach sich für den hinsichtlich der posen'schen Juden zu machenden Unterschied aus. Die Verhandlung eröffnete Staatsminister Eichhorn mit einer längern Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs. Fürst Lynar dagegen erklärte sich gegen den darin bezweckten Corporationsplan und hielt es für staatsklug, die Juden nicht zu isoliren. Die christliche Staatsidee müsse auch den Nichtchristen zu gute kommen. Sein Ablehnungsantrag fand aber nicht die nöthige Unterstützung. Graf York wünschte den Gesetzentwurf im Einzelnen zu Gunsten der Juden reformirt zu sehen. In gleichem Sinne sprach sich Graf Dyhrn aus. Graf Dohna-Lauck war nicht für die vollständige Emancipation der Juden auch in politischer Beziehung. Als Einwohner eines mohammedanischen Staats würde er auch keinen Anspruch darauf machen, in dessen Ständeversammlung zu sitzen. Graf Sierstorpff meinte, die Juden möchten vor Allem ihre Intoleranz in Betreff der Sitten gegen uns aufgeben, dann aber solle man ihnen eine freie und volle Emancipation gewähren. Fürst Radzimill fand die Thüren zur Emantipation jeden Augenblick geöffnet; die Juden dürften sich ja nur bekehren. Graf Solms-Baruth war für allmälige Befreiung. Fürst Lichnowsky begriff nicht, wie man die Emancipation der Juden mit der der englischen Katholiken habe vergleichen können; die Juden seien Fremdlinge hier, die Irländer aber immer Herren in dem Lande gewesen, in dem man sie zu Knechten gemacht habe. Graf Zieten hielt die Juden für eine sehr angenehme Körperschaft (Gelächter); der Lauf seines Lebens habe ihn oft mit Juden zusammengebracht (erneuertes Gelächter) und er habe sie stets als erfahrene, betriebsame, indulgente, mit Einem Worte als gute, edle Menschen angetroffen (anhaltendes, schallendes Gelächter). Nehme man die Bande hinweg, die den Juden zurückdrängten, so werde er aufhören, sich nur auf das Finanzwesen zu legen. Man ging nun zur Berathung der einzelnen Paragraphen über, und wurde §. 1 unverändert angenommen. Im §. 2 gab der Ausdruck Judenschaft Anstoß, und eine Mehrheit von 33 Stimmen erklärte sich für den Vorschlag der Abtheilung, ihn in „Synagogen-Verein" umzuwandeln. Die §§. 4—10 wurden ganz oder nur mit formellen Aenderungen angenommen, zu §. 11 ein Zusatz beschlossen, der schon in der Intention des Entwurfs lag. Die §§. 12—13 wurden unverändert angenommen. (A. P. Z.)

*Aus der Provinz Sachsen, 17. Jun. An verschiedenen Orten sind bei uns Reibungen entstanden zwischen den alten ehemaligen Kriegern und den Spätergeborenen, welche während der Friedenszeit ihre Militairzeit abdienten. Diese werden von jenen Platzpatronensoldaten genannt, und die alten Leute sind oft wahrhaft grausam, wenn es gilt, ihre jüngern Kameraden zu hänseln. Dies hat nun jetzt zu einer traurigen Katastrophe geführt. Der Oekonom Coqui nämlich, in der Nähe von Magdeburg wohnhaft, befand sich mit mehren von jenen alten Herren in einer Gesellschaft, wo fleißig dem Weine zugesprochen wurde, und das Gespräch nach einiger Zeit auf jenes Lieblingsthema kam; vergebens machte er darauf aufmerksam, daß seine Militairjahre ebenfalls in die Zeit des Befreiungskrieges gefallen sein würden, wenn er früher geboren wäre; man gesticulirte ihm vor dem Gesichte herum und stieß ihn hin und her. Endlich zog er sein Messer aus der Tasche und drohte, den Ersten, der ihn noch einmal anrühre, niederzustechen. Auch dieses fruchtete indessen nichts — es wurde ihm zu verstehen gegeben: er möge nur zustechen, wenn er den Muth habe, aber ein Platzpatronensoldat habe ja überhaupt keinen Muth! — und plötzlich sah man einen alten Krieger, welcher nicht lange darauf starb, von seinem Blute überströmt. Die Zeugen und auch der Sohn des Verstorbenen, welcher sich unter ihnen befindet, haben nun nicht allein ausgesagt, daß Coqui heftig gereizt gewesen, sondern auch, daß der alte Mann, vom Weine schwer und durch heftige Aufregung erschöpft, selbst in das geöffnete Messer seines Gegners gefallen sei. — Im landräthlichen Kreise Schwanebeck sind binnen vier Wochen mehre nicht unbedeutende Feuersbrünste durch Kinder entstanden, welche mit Streichzündhölzchen spielten.

5 Königsberg, 15. Jun. Dr. Rupp ist gestern von der Polizei in eine Strafe von 50 Thlr. genommen worden, weil er, obgleich er seinen Austritt aus der Landeskirche gerichtlich anzuzeigen sich weigert, dennoch Amtshandlungen trotz aller Verwarnungen vornimmt. — Unter Mitwirkung des Regierungs-Medicinalrathes Dr. v. Treyden und des Prof. Dr. Hein wird am 8. und 9. Jul. hier eine Versammlung von Aerzten stattfinden, von der sich sehr erhebliche Resultate erwarten lassen, da unsere Provinzen sehr gediegene Männer in diesem Fache zählen. — Schuldirector Sauter ist wegen des in der vielbesprochenen Versammlung zu Ehren von Walesrode's Rückkehr vorgetragenen Freiligrath'schen Gedichtes, wie man hört, vom Minister zur Disciplinar-Untersuchung gezogen worden.

— Aus Berlin vom 14. Jun. heißt es in der Weser-Zeitung: „Jetzt, wo der Landtag seinem Ende zueilt, handelt es sich in den Specialversammlungen der Abgeordneten vielfach um die Reisekosten, welche ihnen hier in Berlin ausgezahlt werden und eine sehr bedeutende Totalsumme bilden. Es wird den Abgeordneten für die Meile 1 Thlr. 10 Sgr. berechnet; der Satz der Ostpreußen war anfangs auf 1 Thlr. 20 Sgr. angenommen, man ist aber auch bei ihnen auf 1 Thlr. 10 Sgr. zurückgegangen, trotzdem aber hat die Provinz Ostpreußen allein gegen 27,000 Thlr. an Reisekosten zu empfangen, in gleichem, mäßiger sich herausstellenden Verhältniß auch die andern Provinzen."

— Bei den preußischen Truppen am Rhein werden am 1. Oct. d. J., laut einer königl. Cabinetsordre aus der Mitte des April, einige Reductionen und Garnisonwechsel stattfinden. Die sechs Reserveinfanterieregimenter Nr. 34, 35, 37, 38, 39, 40 werden auf den Friedensetat von 522 M. (exclusive Offiziere) pr. Bataillon gesetzt, mit einer zweijährigen Dienstzeit. Ferner die fünf Reservefestungscompagnien in Mainz, Luxemburg und Saarlouis auf den Friedensetat von 100 M. pr. Compagnie. Endlich vermindert die 7. Artilleriebrigade (Westfalen) ihren Etat um 108 Pferde, 60 M. ꝛc. Die Garnisonveränderungen betreffen die Städte Düsseldorf, Mainz, Aachen, Luxemburg, Koblenz und Jülich. (A. Z.)

— Seit Eröffnung der Pferdeschlächterei in Berlin (Nr. 158) sind in den ersten acht Tagen bereits etwa 100 Ctr. Fleisch abgesetzt worden. Das Institut soll einer geregeltern Ordnung unterworfen und die Schlächterei mit einer großartigen Mästung verbunden werden. Man berechnet, daß im preußischen Staat allein jährlich 150,000 Ctr. des besten, gesundesten Pferdefleisches unverwerthet den Abdeckereien anheimfallen.

— Einem Gerüchte zufolge dürfte die letzte Ordre über die Brückenbauten (Nr. 163) in Preußen einer Modification unterworfen werden. Es sind nämlich Gutachten von Technikern eingefordert worden, ob die so weit geführte Arbeit bei einer längern Unterbrechung nicht unbrauchbar werden könnte. Die Antwort soll bejahend ausgefallen sein. (S. Z.)

— Der Debit aller im Jahr 1847 im Verlage der Expedition des Herold in Leipzig erschienenen Schriften ist in Preußen verboten worden. (H. Z.)

— Nach den schlesischen Zeitungen ist das Wasser der Oder wieder gefallen. Dagegen waren in Folge mehrtägigen Regens die Gewässer der Neisse- und Bielathäler in gefahrdrohender Weise gestiegen.

Oesterreich.

Aus Wien vom 12. Jun. schreibt der Nürnberger Correspondent: „Die Versammlung der niederösterreichischen Stände wurde gestern, nachdem sie vom 7. Jun. ab täglich Sitzung gehalten, geschlossen und die kaiserl. Resolutionen auf die von den Ständen beantragten Gesetzvorschläge werden jetzt erwartet. Der Antrag auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen ist im Schoose der Versammlung selbst auf Widerstand gestoßen. Unter den Anträgen sollen namentlich der auf Regulirung des Städtewesens und eine freie Municipalverfassung sein. Vor dem Schlusse der Versammlung wurden die gesetzlich bestimmten ständischen Ausschüsse ernannt, um die Bitten und Anträge der Stände bis zum Zusammentritt im Herbst auszuarbeiten. — Heute wurde das Urtel über die Soldaten, welche in die polnische Verschwörung verwickelt gewesen, publicirt, nach welchem von dem Kaiser die Todesstrafe durch den Strang nachgesehen und dem Hofkriegsrathe die Aburtelung überlassen ist, worauf durch Letztern über einige dieser Individuen die 18-, 15-, 12- und 10jährige Festungsarbeit oder Arreststrafe verhängt wurde, andere jedoch gänzlich und noch andere blos ab instantia vom Hochverrathe losgesprochen wurden."

— Aus Prag vom 11. Jun. berichtet die augsburger Allgemeine Zeitung: „Einige Stunden nach dem Erscheinen der polizeilichen Kundmachung vom 8. Jun. (Nr. 166) war wieder ein Brotkrawall auf der Kleinseite gegen einen Bäcker, der auf seiner Kramstelle kein Brot vorräthig hatte."

= Aus Oesterreich, 15. Jun. Wir haben nicht ohne Interesse gelesen, was der *-Correspondent von der türkischen Grenze namentlich über die Zustände in der Moldau und was der O-Correspondent aus Konstantinopel wiederholt über die russischen Plane und Umtriebe mitgetheilt hat. Berühren doch diese Angelegenheiten unsern Staat vor Allen mit, und ist er es doch, der in der orientalischen Frage Deutschland zunächst zu vertreten hat. Indeß haben wir in beiden Beziehungen doch auch Mancherlei zu erinnern gefunden. Was zuvörderst die Zustände in den Donaufürstenthümern anlangt, so hebt der Correspondent hauptsächlich hervor, daß die Regierung, wenigstens in der Moldau, — denn von der Walachei hat er noch nichts Näheres aufgeführt — dem russischen Interesse fröhne, vielleicht um sich für allerlei innere Misbräuche Nachsicht und Schutz zu erkaufen; beklagt, daß die Pforte keinerlei Einfluß mehr in diesen Ländern habe, und rühmt eine wenn auch fruchtlose Opposition der Bojaren gegen die innern Misbräuche und den russischen Einfluß. Das kann Alles ganz wahr sein, und möchten wir höchstens fragen, ob der türkische Einfluß im christlichen Lande an sich wünschenswerther sei als der russische. Hauptsächlich aber, es mag das Alles wahr sein, ist aber nicht die ganze Wahrheit der Sache. Warum steht es in Serbien doch um Vieles besser? Warum ist hier weder der russische Einfluß, trotz des von Rußland eingesetzten Herrschers, so allgebietend, noch von den innern Misbräuchen, den Erpressungen, Bestechungen, Untertschleifen und Bedrückungen so viel zu sagen? Warum anders, als weil in Serbien wahre Volksfreiheit besteht und das politische Leben sich nicht auf eine Anzahl Bojaren beschränkt, die von der Arbeit Eigenhöriger schweigen. Das ist es, wo die Bojaren anfangen müssten, wenn sie beweisen wollen, daß es ihnen wirklich um das Besserwerden, um Vaterland, Freiheit und

Humanität zu thun ist. Nicht der Fürst, sondern sie sind es, durch welche das Volk der Moldau und Walachei unfrei wird. Wollten sie einen freien Bauernstand schaffen und Bildung und Gesinnung unter ihm verbreiten, so würde sowol ihre Opposition gegen innere Corruption einen unbesiegbaren Rückhalt gewinnen und dem Verdachte der Herrschsucht und des Ehrgeizes enthoben sein, als auch gegen russische Einflüsse das feste Bollwerk des Nationalgefühls gewonnen sein, und nicht in Konstantinopel, sondern im Lande selbst würde man die Quellen der Freiheit und des Aufschwungs zu suchen haben.

Ferner ist die ganze Tendenz jener Artikel der beiden Correspondenten darauf gerichtet, die Erhaltung der Pforte als die Aufgabe Europas in der orientalischen Frage erscheinen zu lassen. Ist sie das wirklich? Gäbe es da kein besseres Ziel? Wir gestehen, daß wir zweifelhaft wären, wenn es sich eben nur um die Wahl zwischen Rußland und der Pforte handelte. Ein negativer Vortheil möchte auf Seiten der Letztern liegen, da sie allerdings politisch höchst ungefährlich ist. Aber abgesehen davon, daß wir nicht glauben, Rußland werde durch eine Erweiterung seiner Grenzen mächtiger, noch weniger aber, daß ein griechisches Reich, was vom Peloponnes bis an die Donau reichte, zu einem russischen Vasallenstaat werden müßte, auch wenn, nach dem angeblichen Plane Rußlands, ein Leuchtenberg auf seinen Thron gehoben würde, so dürften denn doch jene schönen Länder selbst unter russischem Scepter den allgemeinen Menschheitsinteressen besser dienen als unter dem türkischen. Und hat man wirklich blos jene Wahl? blos die Wahl zwischen der Pforte und Rußland?

Portugal.

Die Gaceta de Madrid bringt nun auch die amtliche Bestätigung vom Einrücken spanischer Truppen auf portugiesisches Gebiet. Am 3. Jun. ließ der Generalcapitain von Galicien den Brigadier Fuente Pita mit vier Compagnien zur Verstärkung der Festung Valença abgehen, verfügte sich auch selbst dahin. Bei einer dann mit portugiesischen Truppen gemeinschaftlich vorgenommenen Recognoscirung der Umgegend kam es zu einem Gefechte mit den Insurgenten, die 13 Todte, 1 Verwundeten und 5 Offiziere und 31 Soldaten als Gefangene verloren und nach der Mündung des Minho zurückwichen. Die verbündeten Truppen hatten 3 Todte und 9 Verwundete.

Spanien.

In den Zeitungen wird das Misverhältniß zwischen der Königin und ihrem Gemahl fortwährend angelegentlich besprochen, und Gerüchte der wunderlichsten Art kreuzen sich unaufhörlich. So wird erzählt, daß die Königin mit der Abdankung gedroht habe, wenn ihrem häuslichen Zwiste kein Ende gemacht werde; man maß Dem jedoch keinen Glauben bei. Ein anderes Gerücht ließ ihren Privatsecretair Ventura de la Vega in Ungnade bei ihr gefallen sein; es wird jedoch soeben von Paris gemeldet, daß er mit einem geheimen und wichtigen Auftrage dort angekommen sei. Alles, was von Schritten des päpstlichen Nuntius gesagt worden ist, um eine Versöhnung des königlichen Paares zu vermitteln, ist unbegründet. Eine Behauptung des Tiempo, der in Beziehung mit dem Ministerium stehen soll, daß die Königin nur mit Mühe überredet worden sei, den Infanten Don Francisco zu heirathen (was freilich vollständig mit allem über die spanischen Heirathen Bekannten übereinstimmt), hat den Zorn des Faro, des Blattes der abgetretenen Minister Mon und Pidal, erregt, der keinen Buchstaben daran gelten lassen will und den Entschluß der Königin als in völliger Freiheit gefaßt bezeichnet. Die Mitglieder des ehemaligen Ministeriums Isturiz haben allerdings Ursache, Das glauben zu machen. Daß übrigens in der Palastfrage bald etwas geschehen müsse, darauf bringt auch das Eco del Comercio. Ein neues, in Madrid begonnenes Tageblatt, der Correo, wird als speciell im Interesse des Finanzministers Salamanca bezeichnet.

— Die Gaceta de Madrid vom 10. Jun. bringt die Ernennung des bisherigen Generalcapitains von Burgos, Generalmajors Don F. Cotoner, zum Generalcapitain der Balearen an des Generallieutenants Don Miguel Tacon, Marquis de la Union de Cuba Stelle, den die Königin für seine während einer langen politischen und militairischen Laufbahn ihren Vorfahren und ihr geleisteten treuen Dienste zum Granden von Spanien erster Klasse mit dem erblichen Titel Herzog de la Union de Cuba erhoben hat. In Burgos ist der Generallieutenant und Senator Felipe Rivero Generalcapitain geworden.

— Aus **Catalonien** wird manches Besorgliche gemeldet. Der Heraldo will von Befehlen des Grafen Montemolin wissen, Alles aufzubieten, um eine gleichzeitige Schilderhebung seines Anhanges zu bewirken; diese sei auch wirklich vor der Thür. Im Phare des Pyrénées wird vom 8. Jun. von der catalonischen Grenze berichtet, daß sich die Montemolinisten des Pulvermagazins zu Manresa bemächtigt und alle Pferde aus der Stadt requirirt hätten, um die Vorräthe desselben zu entführen. Gleichzeitig sei eine andere Abtheilung gegen Igualada ausgezogen.

Großbritannien.

London, 14. Jun.

Im Unterhause gab heute auf eine Anfrage Dr. Bowring's über die Aenderung, welche in den Quarantaineverschriften erfolgt sei, Hr. Milner Gibson, Vicepräsident des Handelsamtes, zur Antwort, daß sie im Wesentlichen nur darin bestehe, daß mit vollem Gesundheitspatent ankommende Schiffe aus allen Theilen der Erde ohne Aufenthalt zugelassen würden. Die Anordnungen sollten sofort dem Hause vorgelegt werden. Hr. Duncombe meldete ein Amendement zu dem Hume'schen Misbilligungsantrage wegen der ministeriellen Politik rücksichtlich Portugals an, dahin gehend, daß die britische Nation nach der Einmischung der Regierung in die dortigen Wirren verpflichtet sei, dem portugiesischen Volke den ungeschmälerten Genuß der ihm durch die Charte garantirten Freiheiten zu verbürgen. Die vertagte Debatte über den Hume'schen Antrag ward zunächst von Hrn. Borthwick fortgesetzt, der die Regierung beschuldigte, inconstitutionnell gehandelt zu haben. Zum wenigsten hätte das Parlament vorher wegen der zu unternehmenden Schritte gefragt werden müssen, und daß man es unterlassen, sei tadelnswerthe Uebereilung. Lord J. Russell's Rechtfertigung der Intervention nannte er unhaltbar und fragte, ob man denn die Junta von dem ihr Drohenden in Kenntniß gesetzt, sie nicht vielmehr in eine Falle gelockt habe. Die dem Hause vorgelegten Actenstücke über die portugiesische Frage hielt der Redner beiweitem für ungenügend, um sich eine richtige Vorstellung davon zu verschaffen, und man hätte nicht geschickter verfahren können als bei der Auswahl dieser Actenstücke, wenn man die Wahrheit geheim halten wollte, was er übrigens nicht als beabsichtigt zu behaupten gedächte. Die Folge der Intervention werde der Bruch mit einem alten Verbündeten sein. Hr. Borthwick sprach noch beim Postabgange.

— Wie die Times bemerkt, wird das jetzige Parlament, das 14. des Vereinigten Königreiches und das zweite der Regierung der Königin Victoria, zusammengetreten am 19. Aug. 1841, welches dermalen seine siebente Session hält, das längste in diesem Jahrhundert, und nach seiner im Jul. bevorstehenden Auflösung fast volle sechs Jahre beisammen gewesen sein. Von den allgemeinen Wahlen, die eigentlich ein Sturm sein müßten, gewahre man noch keine Vorzeichen, daß sie ein solcher werden könnten. Auch fehle es ganz an Motiven dazu.

— Unter den dem Parlament über die portugiesischen Angelegenheiten vorgelegten Depeschen befindet sich auch eine vom 25. Febr. aus Madrid von Hrn. Bulwer, der darin Lord Palmerston meldet, wie er vernommen habe, daß der französische Gesandte Graf Bresson von Hrn. Guizot instruirt sei, zu erklären, Frankreich betrachte den Quadrupelvertrag als noch bestehend. Selbst die dem Cabinet nicht holden Blätter weisen auf dieses und die correspondirenden Actenstücke als Belege dafür hin, daß französisches Interventionsgelüste zu Dem den ersten Anstoß gegeben, was jetzt in Portugal geschehen sei.

— Der Generallieutenant Sir Colin Campbell, zuletzt Gouverneur von Ceylon, in der Schlacht bei Waterloo Commandant eines schottischen Regiments, ist dieser Tage in London gestorben.

— Um der königlichen Dampfmarine bei den jetzt kenntnißreichen Ingenieuren von Privatgesellschaften und vom Auslande gebotenen großen Vortheilen die Talente und die Dienste tüchtiger Männer zu sichern, ist eine neue Classification der Ingenieure der königlichen Marine und eine Veränderung in der Besoldung derselben von der Admiralität vorgeschlagen und von der Königin gutgeheißen worden. Es wird danach künftig drei Hauptklassen: Maschineninspectoren am Bord, Oberingenieure und Assistenten geben. Maschineninspectoren erhalten wenn in See 25 Pf. St., wenn im Hafendienst 13 Pf. St. 15 Schill. monatliche Besoldung. Die Oberingenieure zerfallen in solche erster Klasse mit 20 Pf. St. in See und 11 Pf. St. im Hafendienst, zweiter Klasse mit 16 Pf. St. und 8 Pf. St. 16 Schill., und dritter Klasse mit 14 Pf. und 7 Pf. 15 Schill. monatlichem Sold; auch die Assistenten sind in drei Klassen getheilt, von denen die erste 12 Pf. St. im See- und 6 Pf. 12 Schill. im Hafendienst, die dritte 8 Pf. St. und 4 Pf. St. 4 Schill. Sold empfängt.

— Aus **Portsmouth** wird von der Mannschaft der Kriegsbrigg Frolic von 16 Kanonen, Befehlshaber C. B. Hamilton, welche dort nach 4½jährigem Dienst auf der südamerikanischen Station angelangt ist und ausgelohnt wurde, bemerkt, daß dies in einer noch nie so vorgekommenen ordnungsmäßigen Weise erfolgt sei. Welches Vertrauen der Befehlshaber zu seinen Leuten haben konnte, gehe auch daraus hervor, daß er dieselben den Tag vor der Auszahlung ans Land gehen lassen durfte, und daß Alle pünktlich und ohne Ausnahme nüchtern an Bord zurückkehrten. Von dem unter Sir Ch. Napier zu concentrirenden Uebungsgeschwader liegen noch immer nur die Linienschiffe Vengeance und Howe bei Spithead.

— Aus **St. Johns** auf Neufundland wird vom 22. Mai die Errichtung einer Sanitätsbehörde berichtet, welche Maßregeln gegen Einschleppung des Typhus aus England und andern Theilen des Vereinigten Königreichs nehmen sollte.

ɔ **London**, 14. Jun. Das System der ministeriellen Organe in Bezug auf die Intervention in Portugal bestand einfach darin, daß sie auf die Anklage einer unberufenen und antiliberalen Einmischung in die portugiesischen Angelegenheiten stets antworteten, daß England nur gezwungen einschreite und zwar zur Sicherung der Freiheiten des Volks, weil ohne diese Intervention Spanien und Frankreich allein eingeschritten

sein würden, und zwar direct gegen die Junta und die portugiesische Volksfreiheit. Lord John Russell stellt sich in seiner Ministerrede auf denselben Standpunkt. Auch er behauptet die drohende Gefahr einer einseitigen französisch-spanischen Intervention, und sagt: „Wenn die spanische und portugiesische Regierung allein gehandelt hätten, wie sie es für gut erachteten, so würde es um die Freiheit in Portugal geschehen gewesen sein". Er setzt hinzu: „Ist das Haus damit einverstanden, spanische Suprematie, auf Frankreich gestützt, in Portugal zuzulassen?" In Bezug auf die Thatsachen scheint diese Ansicht halbwegs gerechtfertigt zu sein. Die Documente, die die französische Regierung jetzt veröffentlicht hat, bekunden, daß wirklich die Absicht einer spanischen Intervention bei dem Cabinet der Tuilerien eine Zeit lang geherrscht hat. Anfangs verlangte Hr. Guizot eine gemeinschaftliche Vermittelung der Theilnehmer der Quadrupelallianz, weil in Oporto miguelistischer Einfluß hervorgetreten. Lord Palmerston aber weist diese Intervention in Folge der Quadrupelallianz von der Hand, weil der Vertrag von 1834 nur die Vertreibung Dom Miguel's beabsichtigt habe, und Dom Miguel ruhig in London sitze und an keine directe Theilnahme an dem Kriege denke. Von da an scheint denn Frankreich wirklich eine einseitige Intervention Spaniens betrieben zu haben. In einer Depesche vom 18. März an Hrn. Ste.-Aulaire heißt es ziemlich klar, daß die französische Regierung eine Intervention von Seiten Spaniens, „in den Grenzen und nach den Bedingungen, die Spanien und Portugal zu bestimmen haben würden", jetzt für zweckdienlich erachte. Freilich ist dabei hinzugesetzt, daß vorerst die Zustimmung der Theilnehmer des Vertrags von 1834 nöthig sein werde; die Hauptsache aber ist, daß wirklich Spanien allein interveniren, und Spanien und Portugal die Grenzen und Bedingungen dieser Intervention zu bestimmen hätten. Das aber war es, was die englische Regierung nicht wollte. Sie behauptete, daß sie es nicht gewollt, weil so die Freiheit Portugals gefährdet worden wäre, und setzt dann natürlich auch als Nebensache hinzu, daß auf diese Weise zugleich der Einfluß Spaniens, und durch Spanien der Frankreichs in Portugal vermehrt und der Englands vermindert worden sein würde. Und um diesen bescheidenen Zusatz handelt es sich. Die Portugiesen hätten immerhin fortfahren können, sich durch Bürgerkrieg zu vernichten, die Junta hätte die Königin absetzen, die Königin die Junta besiegen können, die hohen Mächte würden ruhig zugesehen haben, wenn der Sieg der einen oder der andern Partei nicht die Macht des einen oder des andern guten Freundes in Spanien zu vermehren oder zu vermindern gedroht haben würde. Die Königin würde sich mit ihrer Partei Frankreich, die Junta England zugeneigt haben. Deswegen wünschte Frankreich für die Königin zu interveniren, und deswegen intervenirt England halbwegs für die Junta. Wir wollen hier nicht darüber streiten, ob die starken Völker ein Recht haben, sich in die Angelegenheiten der schwächern zu mischen, um diese Angelegenheit im Interesse des starken Volks zu ordnen. Die Frage ist nicht zweifelhaft, doch wollen wir sie unbeantwortet lassen. Nur scheint uns darin, daß man so thut, als ob man nur im Interesse des schwachen Volks handle, ein Hohn gegen den gesunden Menschenverstand der denkenden Welt zu liegen, eine Heuchelei, die heute nichts Anderes mehr bewirken kann, als dem Gefühle der Welt einen Beigeschmack der tiefsten Verachtung gegen diese durchsichtige Lüge zu geben, England aber spielt in dieser Angelegenheit nicht nur eine gehässige, sondern auch eine unkluge Rolle. Es zieht die heiße Kastanie aus dem Feuer, und Andere werden sie verzehren. Die Portugiesen werden vor Allem die Schläge fühlen, die sie von England erhalten. Die königliche Partei wird ihm dafür nicht danken, denn sie sieht in der englischen Einmischung doch nur ein Hinderniß, ihrem Endziele rasch zuzurücken. Die Junta, für die England einschreitet, wird ihm nie verzeihen, daß es ihr, als sie selbst dem Ziele nahe stand, in den Weg trat. Spanien wird ebenfalls bei der Intervention nichts gewinnen. Eine Verbindung Portugals mit Spanien ist in den Möglichkeiten größerer politischer Entwickelungen gegeben; aber das directe Eingreifen der Spanier in die häuslichen Zwiste Portugals wird ihnen nur den Haß aller Parteien einbringen. Hätte England streng gegen jede Intervention protestirt, so würde sie wahrscheinlich nicht stattgefunden haben; hätte sie dennoch stattgefunden, so würde der Haß Portugals nur auf Spanien und Frankreich gefallen sein. Jetzt wäscht Frankreich seine Hände in Unschuld, sieht zu und läßt England die erste, Spanien die zweite Rolle.

Frankreich.

Paris, 15. Jun.

Die Pairskammer nahm gestern ohne Discussion den Gesetzentwurf über Erhöhung des Betrags von 210 auf 275 Mill. an, bis zu welchem königliche Schatzbons für 1847 ausgegeben werden sollen, und der von der Deputirtenkammer schon votirt ist. Auch der Gesetzentwurf über die gewöhnliche Aushebung von 80,000 M. wurde, bis auf die Abstimmung über das Ganze, erledigt. Der größte Theil der Sitzung wurde der Berathung des Berichts über die Bittschrift des ehemaligen Königs von Westfalen, Hieronymus Bonaparte, um Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich gewidmet. Der Berichterstatter gab politische Gründe an, welche die Verweisung der Bittschrift an die Regierung nicht gestatten möchten. Um jedoch dem großen Unglücke in keiner Art zu nahe zu treten, ward auf Hinterlegung derselben im Archive der Kammer angetragen. Der Fürst v. d. Moskwa erklärte sich dagegen, auch Hr. Victor Hugo sah darin viel zu wenig Berücksichtigung. Das Journal des Débats rügt an seinen beredten Worten, daß sie dem Julifrankreich denn doch mit etwas zu großer Bereitwilligkeit das kaiserliche Frankreich zum Opfer gebracht hätten. Nachdem der Finanzminister Hr. Dumon sich für den Antrag der Commission ausgesprochen hatte, wurde das Amendement, die Bittschrift an das Ministerium zu weisen, abgelehnt und der Commissionsantrag angenommen.

Die Deputirtenkammer, in welcher die Anwesenheit des Ministers des Innern Grafen Duchatel bemerkt wurde, votirte zu Anfang ihrer Sitzung mehre Gesetzentwürfe von örtlichem Interesse und kam dann, wie gestern schon berichtet, zu Hrn. Crémieux' Interpellation der Regierung wegen der Intervention in Portugal. Nach einer langen in seinem Sinne gefärbten historischen Darlegung der Vorgänge, die zu frühern Interventionen in Portugal führten, warf er dem Cabinet hauptsächlich vor, sich zum Schleppenträger Englands gemacht zu haben. Durch Unterstützung der Königin von Portugal, welche die Constitution verletzt habe, handle Frankreich den Grundsätzen der Julirevolution gerade zuwider und werde die Schmach davon zuletzt allein zu tragen haben. Schließlich tadelte Hr. Crémieux auch nebenbei das gegen die Schweiz beobachtete Verhalten, und sagte von Griechenland, daß es der diplomatischen Intervention Frankreichs entschlüpfe, während dieses in Portugal an Englands Seite trete. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Guizot, erklärte, daß er sich auf die portugiesische Frage beschränken werde; wünsche Hr. Crémieux ihn ein anderes Mal wegen der Schweiz zu interpelliren, so werde er zu Dienst stehen. Auch werde er so weit nicht ausholen, sondern die vorliegende Intervention allein ins Auge fassen. Er sprach aus, daß die Königin durch ein illegitimes Decret die constitutionellen Garantien suspendirt habe. Als dann eine Insurrection ausgebrochen, habe Niemand bestimmter wie Frankreich die Nichtintervention proclamirt. Diese sei das gemeinsame Recht aller Nationen. Bis Januar sei man dabei geblieben, dann habe sich die miguelistische Partei gezeigt. Dom Miguel habe nachher Rom verlassen, die Königin aber vorher schon die Theilnehmer der Quadrupelallianz angerufen. Das müsse die Sache ändern. Diese Allianz sei die Garantie gegen Herstellung des Carlismus in Spanien. Er knüpfte daran die Frage, ob Frankreich der Julirevolution wegen jede Insurrection unterstützen müsse. Die Intervention sei ihm keineswegs verboten, wenn der Bürgerkrieg ein befreundetes Land verheere. Alle Parteien in Portugal würden von dieser Intervention Vortheil haben. Hr. Emil de Girardin rief in den sich erhebenden Lärm, man habe in Galizien interveniren oder es auch in Portugal unlassen müssen. Hr. Odilon-Barrot warf der Regierung die Verletzung des Princips vor, kraft dessen sie selbst existirte. Hätte im Conflicte der französischen Nation mit der Krone eine andere Macht interveniren und ihnen die Freiheit garantiren wollen, würden sie nicht gerufen haben: „Vor der Freiheit noch die Nationalität! Ihr würdigt Portugal als Nation und als Volk herab mit eurem die Freiheit garantirenden Protectorate!" Wegen Krakau etwas zu wagen, habe die Regierung nicht den Muth gehabt, die Schweiz aber bedrohe man unter Berufung auf die Verträge von 1815. Da möge sich Niemand wundern, wenn das die constitutionelle Bahn betretende Preußen anstatt sich Frankreich zuzuwenden, auf England seine Blicke richte. Der Redner schloß unter großer Aufregung der Versammlung, und da Niemand mehr das Wort foderte, verkündete der Präsident, daß die Kammer folgenden Tags mit ihrer Tagesordnung vorschreiten werde.

— Die Redaction des Berichts der Commission der Deputirtenkammer über die Autorisation zur Vorladung des Hrn. E. de Girardin vor die Pairskammer ist von den Mitgliedern bereits gutgeheißen worden. Die Vertheilung erfolgt morgen, und die Berathung kommt auf die Tagesordnung vom 17. Jun.

— Der Prinz von Joinville hat während seiner Fahrt nach Algier ein Dampfschiff nach der bei Mallorca liegenden kleinen Felseninsel Cabrera abgeschickt, um die Gebeine französischer Gefangener, welche von den Spaniern nach der Schlacht bei Baylen (Jul. 1808) dahin geschickt wurden, dort elend umkamen und auf dem nur von 10—12 Ziegenhirten bewohnten Eilande noch unbeerdigt umherlagen, zu sammeln und zu bestatten. Der Schiffsgeistliche weihte die Grabstätte, und die Mannschaft des Dampfers mit den wenigen Bewohnern waren Theilnehmer der einfachen Feierlichkeit. Einstweilen bezeichnet ein hölzernes Kreuz die Grabstätte, auf der aber die Aufstellung eines Denksteins beabsichtigt wird.

— Von dem Geschwader des Prinzen von Joinville sind angeblich zwei Linienschiffe nach dem Tejo beordert, wohin von Toulon außerdem die Fregatten Armide und Iphigenie, die Dampfschiffe Solon und Anakreon, von Cherbourg die Brigg Meleagre sich begeben. Mit der in den portugiesischen Gewässern schon anwesenden Corvette Bayonnaise und der Brigg Cygne wird also bald ein französisches Geschwader von zwei Linienschiffen, zwei Fregatten und fünf andern Fahrzeugen dort vereinigt sein.

— Der Geschäftsträger am russischen Hofe, Graf de Rayneval, ist von Petersburg angekommen. Die Union monarchique will wissen, er

sei berufen worden, um persönliche Auskunft über die eigentliche Stimmung des Kaisers von Rußland gegen die Regierung in den Tuilerien zu geben.

— Die Königin Christine wird zunächst in Malmaison ihren Aufenthalt nehmen und nicht nach Madrid weiterreisen, wie früher gesagt wurde.

— Heute passirte ein Kurier aus Madrid durch Paris nach London, welcher die Rimessen für die halbjährige Zinsenzahlung der 3proc. Schuld dahin überbringt.

— Die Herausgabe eines neuen conservativen Blattes zu 40 Fr. soll fest beschlossen sein. Die erste Nummer wird am 1. Jul. ausgegeben und Hr. Granier de Cassagnac, wie früher schon vermuthet worden, Redacteur werden.

— Vor der sechsten Kammer des Correctionnelgerichts wurde dieser Tage ein Bilderhändler angeklagt, der von einer mit Text begleiteten Abbildung kein Exemplar polizeilich hinterlegt hatte, ehe er dieselbe verkaufte. Der Text enthält eine Erzählung von nichts Geringerm als der am 19. Sept. 1846 stattgehabten Erscheinung der heil. Jungfrau auf dem Berge la Salette bei dem Dorfe Corps in der Diöcese Grenoble. Ein 11jähriger Hirtenknabe und eine 14jährige Hirtin waren die Beglückten, mit denen die von ihnen angeblich oder auch wirklich Gesehene sich im landesüblichen Französisch unterhalten hatte. Die Kinder sollen danach ganz im Stil alter derartiger Geschichtchen von der heil. Jungfrau katechisirt und ermahnt worden sein, und eine kleine Drohung vor dem gewaltig schweren Arm ihres Sohnes, wenn die böse Welt sich nicht bekehre, macht den Schluß. Darauf „verging die Erscheinung wie Butter an der Sonne". Der Pfarrer von Corps und vier andere Geistliche sollen an Ort und Stelle die Erzählung aus der Kinder Mund vernommen und verzeichnet haben. Zum Beweise der Wahrheit wird bereits von Wunderwirkungen einer Quelle erzählt, neben der die Jungfrau am Berge gesessen habe, und die dort umherliegenden Steine, über die sie hingeschritten, sollen sich ebenfalls als echte Reliquien bewährt haben. Man riß sich angeblich darum, und einige Offiziere, die auch einen bekommen hatten und ihn wenig gläubig betrachten mochten und zerschlugen, sahen denselben sich in zwei Hälften spalten, von denen jede das Bildniß Christi mit der Dornenkrone trug. Das Gericht vertagte den Spruch auf acht Tage.

— Der königl. Gerichtshof zu Paris hat wegen Auslieferung der von Hrn. Dujarrier der Dlle. Lola Montez vermachten 18 Actien des Theaters des Palais-Royal, auf Antrag des Vormundes für den Sohn des Verstorbenen entschieden, daß dieselben erst nach Beendigung der Liquidation des Nachlasses erfolgen solle.

v **Paris**, 14. Jun. Beide Kammern sind in der abgelaufenen Woche ernstlich den Geschäften und wichtigen Angelegenheiten zugewendet gewesen. Die Pairs waren bei der ungewöhnlich lebhaften Berathung der Medicinalreform, die hauptsächlich von Hrn. Cousin angegriffen wurde. Die Erfahrung auf diesem Gebiete geht dem berühmten Philosophen ab, und er hat auch kein Specialinteresse an der Frage. Es ist mehr sein Ehrgeiz, der ins Spiel kommt, und das Verlangen, Hrn. de Salvandy eine politische Schlappe anzuhängen, was ihn so beredt in dieser Sache und zu einem so beharrlichen Gegner macht. Zugleich war aber aus diesem nämlichen Grunde die Richtung seiner Angriffe mehr auf die Person als die Sache genommen, und alles Talent, alle Mannichfaltigkeit seiner Argumentation konnte nicht hindern, daß man sie etwas argwöhnisch hinnahm. Hr. de Salvandy führte die Vertheidigung von Anfang mit entschiedenem Vortheil, und die Kammer entschied dann in seinem Sinne, daß es künftig in Frankreich nur Eine Gattung Aerzte, nur Doctoren der Medicin, anstatt der jetzt in zweiter Stelle für die Praxis daneben anerkannten Officiers de Santé oder Medicinae practici geben soll. Diese seit lange verlangte Reform wird in den ärztlichen Kreisen eine vollständige Umwandlung zur Folge haben. Hr. de Salvandy hat jedoch einen zweiten, nicht weniger schwierigen Punkt, die Frage über Besetzung der Lehrerstellen an den medicinischen Facultäten, noch durchzuführen, bei welcher die von Hrn. Cousin so heftig angegriffene Einrichtung der Concurse vermuthlich neue lange Debatten veranlassen wird. Durch die Commission der Kammer ist in den Gesetzentwurf ein wichtiger Grundsatz eingereicht und von der Regierung auch anerkannt worden: der nämlich der Freiheit des Unterrichts. Allen Doctoren soll unter einigen wenigen regulirenden Bedingungen freigegeben werden, Lehrcurse über alle Zweige der medicinischen Wissenschaften außerhalb der öffentlichen Lehranstalten zu eröffnen. Sofort hat die Partei Montalembert sich dieser liberalen Anordnung bemächtigt, um zu verlangen, daß die an solchen Privatlehranstalten gemachten Studien ebenso wie die an den öffentlichen Anstalten zur Erringung des Doctergrades berechtigen sollen, was aber die Regierung niemals zugeben wird. Es hieße die Anstalten des Staats aufheben.

In der Deputirtenkammer war Algerien an der Tagesordnung, und das Ministerium hat die Unklugheit ausbaden müssen, mit der es eine Menge Mitglieder von der Opposition in die Commission gelangen ließ. Alle Theile der Verwaltung sind mit einem Tone von Ueberlegenheit und Berechtigung kritisirt worden, zu dem die Regierung sich nicht gratuliren kann. Die gute Frucht davon ist, daß man für Algerien endlich eine bestimmte Fassung der Dinge gefunden zu haben scheint und einig ist, daß nun der Zeitpunkt für die Colonisation gekommen und daß diese unverzüglich betrieben werden müsse, daß endlich, wie Hr. Guizot eingestand, die Localverwaltung in Afrika dringender Reformen bedarf. Allein wenn für die Colonie aus diesen Debatten ein Gewinn herausspringt, so kann man für das Ministerium Gleiches nicht rühmen. Seine Schwäche in Bezug auf Algerien liegt jetzt am Tag, und seine Freunde beklagen das. Hr. Guizot that Unrecht, das Wort in einer Sache zu nehmen, für die er nichts Neues und Nützliches sagen konnte und wobei ihm keineswegs der Vortheil der Polemik blieb. Die Zurückziehung des offenbar nur aus Gefälligkeit gegen den Marschall Bugeaud vorgelegten Gesetzentwurfs über militairische Colonisation, sobald der Marschall seine Entlassung gegeben hatte, ist ferner ein Beispiel, was keineswegs für Festigkeit und Selbständigkeit der Regierung spricht. Hrn. Guizot's große Lobreden auf den Herzog v. Isly sind vielfach und auch dahin gedeutet worden, daß man nach der Session den Herzog ins Ministerium rufen wolle. Doch ist das wenig wahrscheinlich. Zwar findet man den dermaligen Kriegsminister, General Trézel nicht ganz den Erwartungen entsprechend. Bei dem achtungswerthesten Charakter, vielem Geist und großer Kenntniß der Dinge geht ihm etwas Takt ab, und so kommt es, daß er auf der Tribune zu viel und über Unwichtiges redet, während er die eigentlich aufzuhellenden Punkte unbeleuchtet läßt. Doch möchte das immer weniger unbequem als die Launen des Marschalls und sein hartnäckiges Festhalten einmal ergriffener Ideen sein, von denen ihn keine Gründe nachher abbringen können. Ein solcher Geist, gesellt mit einem unbeugsamen Willen, würde für jedes Cabinet zum auflösenden Elemente. Hr. Thiers, der mit dem Marschall sich auf gutem Fuße zu halten sucht, würde weniger als jeder Andere sich mit einem solchen Collegen vertragen.

Rußland und Polen.

* **Petersburg**, 12. Jun. Wegen der Feuersbrunst in Bukarescht ist in Folge eines allerhöchsten Befehls eine Subscription im ganzen Reich eröffnet worden. — Im transkaukasischen Landstriche, wo noch jüngst ein fühlbarer Mangel an dienstfähigen Kronbeamten bestand, für welchen Dienst von der Regierung besondere Vorrechte festgesetzt waren, man aber dennoch bei eröffneten Vacanzen öffentliche Aufforderungen zu ihrer Wiederbesetzung ergehen lassen mußte, ist unter der gegenwärtigen Verwaltung des Fürsten Woronzoff ein solches Zuströmen von sich dahin sehnenden Candidaten vorhanden, daß der Fürst-Statthalter verfügt hat, keine Aufforderungen mehr in dieser Beziehung im Reich ergehen zu lassen.

Nicht nur das flache Land von Transkaukasien, auch Tiflis, der Centralpunkt dieses Landstrichs, soll nach den neuesten von dort hier eingehenden Nachrichten in diesem Frühjahre von Heuschreckenscharen gräulich heimgesucht werden. Wie aber kein Uebel die Menschen heimsucht, wogegen der weise Schöpfer nicht ein Gegenmittel geschaffen hat, so sind auch schon in der Umgegend der Stadt eine große Menge derjenigen Vögel erschienen, welche die Heuschrecken in Masse verzehren.

In Folge eines höchsten Ukases, ist jetzt die Provinz Kaukasien nach ihrem Hauptorte Stawropol umgetauft worden und wird also künftig die Stawropolsche Provinz heißen.

In Rücksicht der in den transkaukasischen Provinzen lebenden Türken und Perser mohammedanischer Confession, die sich während ihres dortigen Aufenthalts mit Mohammedanerinnen verheiratheten, ist nachstehendes höchstes Decret erschienen: „Es soll diesen Individuen, ins Vaterland rückkehrend, freistehen, ihre Frauen mit älterlichem Consens mitzunehmen. Wünschen sie aber, ihre Familien in Rußland zurückzulassen, so haben sie sich durch Revers zu verpflichten, binnen einer bestimmten Frist zu ihren Frauen zurückzukehren, diesen aber bis dahin ihre Subsistenz zu sichern."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfschiff Britannia ist mit Nachrichten vom 31. Mai aus den Vereinigten Staaten in Liverpool eingetroffen, hat aber wenig von politischer Wichtigkeit mitgebracht. Vom Kriegsschauplatze werden nur einige Scharmützel der gegen Mexico vorrückenden Truppen gemeldet. Santa Anna suchte in Orizaba Mannschaften zu sammeln und soll 4000 Mann, aber nur halb bewaffnet, zusammengebracht haben. General Alvarez dagegen soll mit 25,000 M. aus dem Norden angelangt sein, die in Streifcorps zwischen Puebla und Jalapa zu vertheilen im Plane sei. General Canales hatte eine Proclamation erlassen, in der jeder mit oder ohne Waffen im mexicanischen Gebiet angetroffene Amerikaner dem Tode geweiht wird. General Taylor vermochte nicht gut, etwas zu unternehmen, da er von Truppen sehr entblößt war. Der New Orleans Picayune theilt mit, daß Oberst Doniphan auf dem halben Wege von Chihuahua nach Saltillo im Passe Sierra Gordon von dem mexicanischen Generale Riefo angegriffen und geschlagen worden sei, auch seine Artillerie eingebüßt habe.

— Das neue, nach Bremen bestimmte Postdampfschiff Washington sollte am 1. Jun. von Newyork abgehen.

Personalnachrichten.

Orden. Oesterreich. Orden der eisernen Krone 3. Kl.: der herzogl. nassauische Hofrath A. Weil in Frankfurt a. M. — Sachsen-Weimar-Eisenach. Ernestinischer Hausorden, Comthurkreuz: der Commissar für die Thüringische Eisenbahn Kammerherr Graf v. Keller; Ritterkreuz: der Oberingenieur der Thüringischen Eisenbahn Mons; Verdienstkreuz: die Abtheilungsingenieure der Thüringischen Eisenbahn Röder und Streichhan. — Preussen. Rother Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife: der Oberpfarrer Dr. Fischer in Sangerhausen; 4. Kl.: der Professor Branting in Stockholm, der Gymnasiallehrer Musikdirector Geiß in Halberstadt, der Major Meinecke, der Pfarrer Schubert zu Neustadt.

Wissenschaft und Kunst.

München, 15. Jun. Seit einem Jahre schon war wiederholt in bairischen Blättern davon die Rede, daß auch in unserm Lande gleichwie in Preußen, Württemberg und andern Nachbarstaaten die ärztliche Praxis den promovirten Aerzten freigegeben werden solle, und es ist diese höchst wichtige und neue Phase in unserm staatlichen wie wissenschaftlichen Leben auch bereits sattsam für und wider von allen Parteien besprochen worden. Nun, da die Sache in der That dem Ministerium Ernst geworden scheint, kann ich aus sicherer Quelle mittheilen, daß der hiesige Obermedicinalausschuß darüber in den letzten Tagen Beschluß gefaßt hat. Nachdem nämlich der Vorschlag des Referenten, die ärztliche Praxis nur in den größern Städten freizugeben, auf dem Land aber die Ernennung der praktischen Aerzte nach wie vor dem Ermessen der betreffenden Regierungen anheimzustellen, aus mehren Gründen als unausführbar beseitigt worden, wurde dafür einstimmig der Antrag unsers hochverehrten, jeder freisinnigen und echt wissenschaftlichen Neuerung mit jugendlichem Feuer ergebenen Geheimraths Dr. v. Walther angenommen, überall im ganzen Königreiche die ärztliche Praxis ohne alle Beschränkung den promovirten Aerzten freizugeben. (N. C.)

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 19. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115 Br., 114 G.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86¾ G.; Sächsisch-Schlesische 100⅛ Br., 99¾ G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ G., 59¾ bezahlt; Löbau-Zittauer 57 Br., 56½ G.; Magdeburg-Leipziger 213⅛ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¼ Br., 110¾ G., Litt. B. 99 G.; Berlin-Stettiner 109¼ G.; Köln-Mindener 94 Br., 93½ G.; Thüringer 94¼ Br., 93¾ G.; Altona-Kieler 110 Br., 109⅝ bezahlt und G; Dessauer Bankactien 100 Br., 99½ G.; Preußische Bank-Antheile 105½ Br.

Eisenbahn. *Leipzig, 18. Jun. Der „Dritte Geschäftsbericht des Directoriums der Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft als Vorlage für die Generalversammlung am 21. Jun. d. J." enthält im Wesentlichen Folgendes. Für den Bahnkörper waren im Ganzen 550 sächsische Acker, für Wegübergänge und neue Verbindungswege 38 Acker erfoderlich; dafür sind 273,550 Thlr. bereits bezahlt. Im Durchschnitt kostete der sächsische Acker 595⅓ Thlr. oder die achtellige Quadratruthe 2 Thlr. 6 Ngr. Die höchsten und niedrigsten Preise waren für Feld 720 — 144, für Wiese 675 — 225, für Holzboden 324 — 90 Thlr. pr. Acker. Bis Ende April 1847 waren 82,640 Ellen Planie vollendet und 16,926,790 Cubikellen Boden gefördert (51,495 Ellen Planie und 10,464,261 Cubikellen mehr als das Jahr zuvor), sodaß nur noch 34,554 Ellen Planie herzustellen und 5,841,970 Cubikellen Boden zu bewegen sind. Von der fertigen Planie kommen 29,610 Ellen auf die Strecke Chemnitz bis Cressen (erste Section 12,600 Ellen), 6011 Ellen auf die Strecke Tanneberg bis Limmritz (zweite Section 20,300 Ellen), 47,025 Ellen auf die Strecke Schweta bis Riesa; die 45,300 Ellen lange dritte Section ist bis auf 1500 Ellen am Viaduct Ostrau vollendet. Die Arbeiterzahl betrug Ende April 5874, worunter 792 Ausländer; die Zahl der Pferde 168. Von den vorkommenden circa 280 kleinern Kunstbauten sind 263 hergestellt; von den größern sind die Viaducte Altmittweida bereits vollendet und übergeben, die Muldenbrücke bei Döbeln und der Viaduct Cressen gleichfalls vollendet und zur demnächstigen Uebergabe bestimmt. Die Viaducte Ottendorf (nach seinem theilweisen Einsturz im Juli v. J. von Grund aus neu aufgeführt) und Reumilkau sollen gleichfalls noch in diesem Jahre fertig werden. Den meisten Aufwand an Zeit und Kräften erheischen die Zschopaubrücke bei Limmritz als größtes Bauwerk der Bahn, auf 353,381 Thlr. veranschlagt, und die fünf Viaducte im Zschopauthale, von denen die Viaducte Heilgenborn und Diedenmühle, veranschlagt zu resp. 244,405 und 256,664 Thlr., die größten Mauermassen erfodern, weshalb, um ihre Vollendung zu beschleunigen, die obere Bogenreihe derselben aus Ziegeln aufgeführt werden soll. Vom Oberbau sind seit Mitte Juni 1846 26,400 Ellen oder über 2 Meilen hergestellt und mit den nöthigen Barrièren und Telegraphen (für letztere sind 2000 Ellen als größte Entfernung angenommen) versehen. Der Betrieb der dritten Section wird unzweifelhaft noch im Laufe dieses Sommers beginnen können; im Frühjahre 1848 soll auch die erste Section von Chemnitz bis nach Heilgenborn befahren und die ganze Bahn, wenn dies mit Aufbietung aller Kräfte irgend möglich ist, Ende 1848 vollendet werden. Doppelgleis soll nur in der Mitte der Bahn auf 18,000 Ellen Länge gelegt werden. Von den Hochbauten sind am Bahnhofe Riesa die Güterhalle, der Cokeschuppen und das Maschinengebäude hergestellt; für die Aufnahme der Personen wird vor der Hand nur ein interimistisches Gebäude erbaut. An Betriebsmitteln sind 6 Locomotiven von Stephenson u. Comp. geliefert, von diesen sind 4 in Riesa ausgeschifft, montirt, auf die Bahn gebracht und zum Transport von Materialien bereits benutzt worden; die fünfte ist auf der Achse von Magdeburg nach Chemnitz geschafft worden, um in der dasigen Maschinenfabrik von Hartmann als Modell für den Locomotivenbau zu dienen; die sechste lagert noch in Magdeburg. Die braunschweigische Hütte in Zorge lieferte 4 Tender; die Wagenbauanstalt in Leipzig 7 Personenwagen und 54 Lowries, während noch 6 Fourgens und 36 Lowries bestellt, 8 Personen- und 62 Güterwagen zwar noch nicht bestellt, aber zur Ergänzung des anschlagmäßigen Wagenparks erfoderlich sind.

Die Einnahme auf Capitalconto betrug bis Ende 1846 2,880,082⅔ Thlr., die Ausgabe 2,222,380 Thlr. ohne die unberechneten Vorschüsse auf ausgeführte Bauten. Der gesammte Bauaufwand ist auf 5,630,277⅓ Thlr. (ohne die Zinsen) veranschlagt, während der frühere Anschlag nur 3,365,000 Thlr. betrug; von dem Mehraufwande rechnet das Directorium 1,195,952 Thlr. auf die von 12 auf 14 Ellen verbreiterte Dammkrone und die Verzögerung des Baues um sechs Jahre, und 1,069,325 Thlr. auf die Umgehung der schiefen Fläche und den massiven Bau aller Brücken, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß hinwiederum durch Vermeidung der schiefen Fläche an Betriebskosten, Anlagekosten der stehenden Maschinen und einer Bahnstrecke von etwa ½ Meile ein Capitalbetrag von 1,096,875 Thlr. erspart und mithin jener Mehraufwand mehr als compensirt wird. Das Directorium nimmt den Mehrbedarf in runder Summe auf 2 Mill. Thlr. an und schlägt zur Beschaffung desselben folgenden Anleiheplan vor, welcher der Genehmigung der Generalversammlung unterliegen wird. Die Anleihe von 2 Mill. Thlr. soll vom 1. Jul. d. J. ab durch Ausgabe von Schuldscheinen au porteur aufgebracht werden, welche in dreierlei Appointgattungen mit verschiedenem Zinsfuß zerfallen: 1) Abschnitte zu 10 Thlr. mit 4 Proc. Zinsen, 2) zu 20 Thlr. mit 4½ Proc., 3) zu 100 Thlr. mit 5 Proc., doch sollen bei Eröffnung der Anleihe nur Schuldscheine zu 10 und 100 Thlr. ausgegeben werden. Den Schuldscheinen wird eine Tabelle zur Berechnung der erwachsenden Tageszinsen beigedruckt. Zur Erhebung der Zinsen erhalten die kleinen Abschnitte vier Zinscoupons; der betreffende Schuldschein selbst dient bei Verfall der Zinsen des fünften Jahres zugleich als Zinscoupon und wird von fünf zu fünf Jahren gegen einen neuen Schein von gleichem Nominalbetrag umgetauscht. Bei dem erstmaligen Umtausche haben die Inhaber von 10-Thlr.-Scheinen das Recht, gegen zwei dergleichen einen Schuldschein über 20 Thlr. zu 4½ Proc. Zinsen, die Inhaber von 20-Thlr.-Scheinen dagegen gegen fünf dergleichen einen Schuldschein über 100 Thlr. zu 5 Proc. Zinsen zu verlangen. Die Rückzahlung der Schuldscheine erfolgt a) durch Amortisation nach ½ Proc. des Anleihecapitals mit Zuschlag der Zinsen für die ausgelosten Schuldscheine von 1858 ab; b) nach dem Belieben der Gesellschaft durch baare Einlösung der kleinern Appoints, durch Vermehrung der Tilgungsmittel oder Kündigung der ganzen Anleihe oder einer einzelnen Appointgattung. Die kleinern Appoints sollen nebst Stückzinsen an den Betriebskassen der Eisenbahn bei allen ihren Nominalbetrag erreichenden Zahlungen an Geldesstatt angenommen werden. Das Directorium erwartet, daß sich bei dieser Anleihe ein Theil des Publicums interessiren werde, welchem andere Anleihen nicht zugänglich gewesen sind, und welcher sich daher bis jetzt nur an die Sparkassen wenden konnte, wo aber der Einleger die Verwaltungskosten und die Bildung eines Reservefonds mit übertragen muß, und spricht mit Gewißheit die Hoffnung aus, daß dieser Plan, wenn von der Generalversammlung angenommen, auch die Genehmigung der Regierung erhalten werde; in diesem Falle wird sich die Staatskasse mit dem vierten Theile bei der Anleihe betheiligen. In einer beigefügten Berechnung über die Ertragsfähigkeit der Bahn wird die zu erwartende Personenfrequenz unter Zugrundlegung des bei der Leipzig-Dresdner Bahn stattfindenden Verhältnisses zwischen der Zahl der Adjacenten und der Reisenden auf 385,000 Reisende, durchschnittlich zu 5 Meilen, die Einnahme dafür auf 229,588 Thlr., der Gütertransport auf 2,145,000 Ctr., nämlich 1,002,000 Ctr. Kaufmannsgüter und 1,143,100 Ctr. Producte, oder auf eine Meile reducirt auf 14,492,000 Ctr. mit einer Einnahme von 267,770 Thlr., demnach die ganze Bruttoeinnahme auf 497,367 Thlr. berechnet.

Schließlich theilt das Directorium mit, daß es sich des von der letzten Generalversammlung gestellten Auftrags, die Vorarbeiten für eine zweckmäßige Verbindungsbahn nach der Sächsisch-Baierschen Linie hin in Angriff zu nehmen, darum nicht habe entledigen können, weil die Staatsregierung die Vorarbeiten für die fragliche Linie in ihre Hand genommen habe.

Staatspapiere. Amsterdam, 15. Jun. 2½pc. Int. 57¹¹/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 105⅝; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 17. Jun. Oestr. Bkact. 1958; 250 Fl. L. 121⅛; 500 Fl. L. 155½; Bair. 3½pc. 92¼ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅜ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78⅜ Br.; 25 Fl. L. 28½; Nass. 25 Fl. L. 26; Sard. 35⅝; Kurhess. 31¾. Wien, 16. Jun. Bkact. 1622; Met. 5pc. 106⅝; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 119¾.

Disconto. Amsterdam, 15. Jun. 4 %. Frankfurt a. M., 17. Jun. 3½ %.

Actien. Frankfurt a. M., 17. Jun. Taunusb. 358; Nordb. 72¼; Berb. 94. Wien, 16. Jun. Nordb. 164; Gloggn. 122½; Mail. 109¼; Livorn. 89½; Pestb. 18¼.

Berliner Börse, 18. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pr. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93⅝, ostpr. 96½, pomm. 95⅛, schles. 97½, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92⅞, kur- u. neum. 94½, Louisdor 112⅔, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94½, Berl.-Anh. 111¼ Br., Berl.-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 97⅞, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 94¼, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91¾, 5pc. 101¾, Berl.-Stettin 109¾, Bresl.-Freib. 4pc. 101, Cöln-Minden 4pc. 93¾, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¾, Kiel-Alton. 4pc. 109¾, Niederschl. 87¾, Prior.-Act. 4pc. 92 Br., 5pc. 101¾, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 98¾, Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 80 Br., Rhein. 84½ Br., Prior.-St. 4pc. 89¼, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 93¾. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83⅛ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 99⅝, Kass.-Leipz. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93¾, Magd.-Wittenb. 84½, Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅞, Pos.-Starg. 4pc. 83⅔, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89¼ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110¼, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93¼, Poln. Schatzobl. 4pc. 81⅔, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95⅓, (neue) 4pc. 95½, Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅛ Br., à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Bkcert. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-A. 88 Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Wolfram.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Le professeur Stanislas David

déclare qu'il est complètement étranger à l'ouvrage intitulé:

Les auteurs modernes de la France. Morceaux choisis à l'usage de la jeunesse.

Mr. David se trouvant en Suede au moment où le livre a paru à Grimma (Verlags-Comptoir) n'a pas pu donner plus tôt un démenti au libraire qui a ainsi abusé de son nom et avec lequel il n'a jamais eu de rapports. [2351]

Ankündigungen.

Neuigkeiten für Geognosten, Berg- und Hüttenleute.

Bei **J. G. Engelhardt** in Freiberg ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Cotta, B., Dr. u. Prof., Gangstudien oder Beiträge zur Kenntniss der Erzgänge. Heft 1: v. Weissenbach, über Gangformationen vorzugsweise Sachsens. Mit 4 lith. Taf. Gr. 8. Geh. 24 Ngr.

Freiesleben, J. C., Vom Vorkommen der Silbererze in Sachsen. I. Abtheilung: vom Vorkommen des Gediegen-Silber, Hornerz, der Silberschwärze und des Glaserz. Des Magazins für die Oryktographie von Sachsen 13s Heft. Herausgeg. von C. H. Müller. Gr. 8. Geh. 1 Thlr.

Hartmann, C., Vollständiges Handbuch der Eisengießerei oder Beschreibung des Verfahrens bei der Roheisenerzeugung, beim Umschmelzen des Roheisens, sowie bei der Anfertigung der verschiedenen Arten von Formen zum Eisenguß. Für Hüttenleute, Eisengießer, Maschinenbauer, Architekten, Eisenhändler ꝛc. Mit 11 lith. Taf. Kl. 4. Geh. 3 Thlr.

v. Herder, Der tiefe Meissner Erbstolln. Der einzige, den Bergbau der Freiberger Reier für die fernste Zukunft sichernde Betriebsplan. Mit 1 Karte, 1 Profil- und 1 Grundriss. 2. wohlf. Ausg. Gr. 4. Geh. 2 Thlr.

Plötziade. Weite Fahrten und Lebensereignissen Des Herrn Plötz, so sich des Bergwerks beflissen. Und von Amerika bis nach China hinein Manch' löbliches Bergwerk bracht' auf die Bein'. Verfaßt von Schm., illustrirt von v. Sch. 8. Geh. 12 Ngr. [2317]

Für Reisende in den Harz und den Thüringer-Wald.

In allen Buchhandlungen, in Leipzig auch bei **Barth & Schulze**, ist zu haben:

Gottschalck's Taschenbuch für Reisende in den Harz. Fünfte Aufl. Mit einer Karte. Gebunden. 1½ Thlr.

Herzog's Taschenbuch für Reisende in den Thüringer-Wald. Mit einer Karte. Gebunden. 1½ Thlr.

Herzog ist für den Thüringer-Wald, was der noch immer unübertroffene **Gottschalck** mit seinem Taschenbuche für den Harz ist; beide dürfen dem reiselustigen Publicum jetzt, wo die Jahreszeit nach der Ferne ruft, wo die Eisenbahnen beide vaterländischen Gebirge mit allen ihren Schönheiten uns nahe gebracht haben, mit Recht empfohlen werden. [2336]

RAFAEL VON URBINO
UND SEIN VATER GIOVANNI SANTI.

VON

J. D. PASSAVANT.

Zwei Bände. Gr. 8.

Mit 14 Abbildungen in einem Atlas in Grossfolio.

Es ist von den Freunden der Kunst häufig der Wunsch ausgesprochen worden, von diesem Werke, das in der Kunstliteratur Epoche gemacht und dessen Werth im In- und Auslande allgemeine Anerkennung gefunden hat, den **Text einzeln** zu besitzen, während Andere nur die **Abbildungen** wünschten. Ich habe mich daher entschlossen, in der Ausgabe auf Velinpapier

den **Text** des Werkes ohne den Atlas zu 8 Thlr.,

den **Atlas** ohne den Text zu 10 Thlr.

von jetzt ab einzeln abzulassen. Der Preis des ganzen Werkes bleibt nach wie vor in dieser Ausgabe 18 Thlr., in der **Prachtausgabe** (mit Kupfern auf chinesischem Papier) 30 Thlr.

Leipzig, im Juni 1847.

[2350] ***F. A. Brockhaus.***

Das aufs eleganteste und comfortabelste eingerichtete

Palais Heydukoff

in ***Dresden***

empfiehlt sich allen geehrten Reisenden ganz ergebenst.

Table d'hôte um 1 Uhr im untern Saale, sowie im obern um 3 Uhr.

[2296—98] **Hermann Heydukoff,** Besitzer.

Bei **Otto Klemm** in Leipzig (Königsstraße Nr. 18) sowie in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Blätter für christliche Erbauung von protestantischen Freunden.

1847, Nr. 17, enthaltend: Die vom Herrn Archidiakonus Dr. Fischer hier am 1. post Trinitat. gehaltene und öffentlich in Druck verlangte Predigt: Worin das Gedeihen der ersten Christengemeinde seinen Grund gehabt habe. Preis 1½ Ngr. [2346]

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.,

[2331] in Leipzig.

Pianofortes

in Flügel- und Tafelform und Pianinos stehen vorräthig und empfiehlt billigst

L. J. Schoene,

[2345] Königsplatz Nr. 14 in Leipzig.

Une Bonne française qui parle correctement sa langue, désire se placer de suite à Leipzig comme femme de chambre ou chez des enfans. S'adresser à l'Expédition de Deutsche Allgemeine Zeitung. [2343—44]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 20. Jun. **Der artesische Brunnen,** Zauberposse mit Gesang von G. Räder.

Montag, 21. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Die Regimentstochter,** komische Oper von Donizetti. Marie, Frl. von Marra.

Dienstag, 22. Jun. **Nathan der Weise,** Schauspiel von Lessing. Nathan, Herr Anschütz, vom k. k. Hofburgtheater in Wien, als erste Gastrolle; Recha, Frl. Unzelmann.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Ferdinand Kühne in Potsdam mit Frl. Auguste Molle in Kathlow.

Getraut: Hr. Dr. Louis Baumgarten in Dresden mit Frl. Clara Eugenia Prölß. — Hr. v. Heydebrand u. d. Lasa auf Raffadel mit Frl. Lina v. Spiegel aus Dammer.

Geboren: Hrn. M. Decker in Köln eine Tochter. — Hrn. Kreissecretair Hasse in Rimptsch eine Tochter. — Hrn. John in Luckenwalde eine Tochter. — Hrn. C. Kruse in Bremen eine Tochter. — Hrn. L. Mathis auf Denkwitz ein Sohn. — Hrn. Dr. Konstantin Osterloh in Leipzig eine Tochter. — Hrn. H. Steil in Begesack ein Sohn. — Hrn. Professor Dr. Friedrich Will in Erlangen ein Sohn.

Gestorben: Hr. M. Ebhardt in Berlin. — Hr. Dr. Herzog in Löbau. — Hr. Commerzienrath Heinrich Knoch auf Zollgrün. — Frau Assessor Minssen in Bremen. — Frau Registrator Luise Reichenbach in Dresden. — Hr. Buchhalter J. Schwartz in Breslau. — Hr. Kaufmann Friedrich Wilhelm Seelig in Löbau. — Frau Major Marie Luise Werdermann in Gleintz.

Montag — Nr. 172. — 21. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Zur Nachricht.

Auf das am 1. Jul. 1847 beginnende neue vierteljährliche Abonnement der **Deutschen Allgemeinen Zeitung** werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes Bestellungen angenommen. Der Preis beträgt in **Sachsen** vierteljährlich 2 Thlr., in den übrigen Staaten wird derselbe nach Maßgabe der Entfernung von Leipzig erhöht.

Ueberblick.

Deutschland. = München. Der Kronprinz. Dr. Höfler. Die Studenten. — Sonett des Königs Ludwig. — Schutzzöllneradresse in Tübingen. — Die Gräfin v. Görlitz. — Der Herzog von Braunschweig. — Die Judenschutzgelder in Strelitz. **Frankfurt a. M.** Die gesetzgebende Versammlung. ** **Bremen.** Der Washington.

Preußen. Berlin. Landtag. z Berlin. Der Landtag. Die Eisenbahnen. Die Getreidezufuhren. Die Marktpreise. — Urbarmachung. — Excess in Glatzheim. — Fürst Salm-Horstmar. — Opfer der Forstgesetze.

Oesterreich. Excess in Salzburg.

Portugal. Die Unterwerfung der Junta von Oporto. Die spanischen Truppen.

Großbritannien. Parlament. Die portugiesische Frage. Die Sommerassisen in Irland. Kindtaufe.

Frankreich. Parlament. Die 200-Francsnoten. Algerien. ** **Paris.** Der Proceß Girardin.

Belgien. * Brüssel. Die Wahlen. Die Parteien. Die Journale. Autographensammlung. Der König.

Niederlande. Amsterdam. Die Zehnten. Preßproceß.

Schweiz. Hr. Heinzen. Der englische Gesandte.

Italien. Gemeindereform in Toscana. Die Juden.

Rußland und Polen. * Petersburg. Die Krondomainen. Klosterschatz. Riga. Confessionswechsel.

Griechenland. 0 Berlin. Depesche des Lords Palmerston an Sir Edmund Lyons.

Nordamerika. Die Eroberung von Alvarado.

Mexico. Santa Anna. Der Krieg. Die amerikanischen Freiwilligen. Die Kriegführung. Guerrillas.

Brasilien. Der Kaiser. Die argentinischen Truppen.

La Plata-Staaten. Lord Howden. Corrientes.

Wissenschaft und Kunst. Jenny Lind.

Handel und Industrie. † Leipzig. Die Chemnitz-Riesaer Eisenbahn. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. — Verkehr deutscher Eisenbahnen. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 17. Jun. Unser **Kronprinz** ist seit seiner Zurückkunft sehr viel bei dem Könige. Dies, dazu nun besonders noch seine Ernennung zum Generalinspector der Armee, darf wol nur erwähnt werden, um alle jene perfiden Angaben und Gerüchte in ihrem wahren Licht erscheinen zu lassen, welche in jüngster Zeit über eine angebliche Spannung zwei höchststehender Personen verbreitet worden sind. — Bekanntlich hatte sich Dr. **Höfler** jüngst dringend an den König gewendet, um wieder in seine Universitätsprofessur eingesetzt zu werden, welche Bitte jedoch nicht genehmigt worden war. (Nr. 153.) Dagegen vernimmt man seit gestern, daß derselbe als Kreisarchivar (mit dem Rang eines Regierungsrathes) in Bamberg angestellt werden wird oder schon ernannt worden ist. — Unter unserer **studirenden Jugend** herrscht fortwährend eine bemerkbare Erregung in Bezug auf das Verbindungswesen. Ein neues Corps, welches unter dem Namen Rhenania zu erstehen wünscht, ohne gerade vorzugsweise von Rheinländern gegründet zu werden, hatte nur der königl. Genehmigung, und ebenso hat eine Bittschrift von Studenten an den König, welche für alle Nichtverbindungsstudenten je nach den Facultäten farbige Auszeichnungen begehrt, mehre Hundert Unterzeichner gefunden. Mögen dadurch auch zwischen Einzelnen sowol als zwischen den verschiedenen Verbindungen gelegentliche Reibungen entstehen, immerhin kann sich der wahre Studentenfreund der Erscheinung, welche ja die eines Wiedererwachens ist, nur lebhaft freuen.

— Die augsburger Allgemeine Zeitung veröffentlicht folgendes Gedicht Königs **Ludwig** von Baiern:

Ihr habt mich aus dem Paradies getrieben,
Für immer habet ihr es mir umgittert,
Die ihr des Lebens Tage mir verbittert,
Doch macht ihr mich nicht hassen statt zu lieben.

Die Festigkeit, sie ist noch nicht zersplittert;
Ob mir der Jugend Jahre gleich zerstieben,
Ist ungeschwächt der Jugend Kraft geblieben.
Ihr, die ihr knechten mich gewollt, erzittert.

Mit Dem, wie ihr gen mich seid, gibt's kein Gleichniß.
Die eignen Thaten haben euch gerichtet,
Des Undanks, der Verleumdungen Verzeichniß.

Die Wolken fliehn, der Himmel ist gelichtet.
Ich preis' es das entscheidende Ereigniß,
Das eure Macht auf ewig hat zernichtet.

— In **Tübingen** ist eine im Sinne des Schutzzollsystems gefaßte Eingabe auf Beschleunigung einer **Zollconferenz** entworfen und mit gegen 500 Unterschriften versehen worden, welche im Schwäbischen Merkur zu lesen ist.

— Mehrfachen Gründen zufolge wäre die Gräfin v. **Görlitz** in **Darmstadt** nicht zufällig verbrannt. Man fand sie in ihrem Schlafzimmer angekleidet, als wenn sie nach Hofe habe fahren wollen; ein prächtiges Atlaskleid und ein kostbarer Perlenschmuck, im Werthe von 20,000 Fl., umhüllten, halb zerstört und verbrannt, die Leiche. Die Gräfin soll von melancholischer Gemüthsart gewesen und vor Jahren schon sich in einen Teich gestürzt haben, aus dem sie ein Vorübergehender rettete. Sie lebte in ehelicher Isolirung. Bei dem Feuer sind auch eine Partie Staatspapiere, deren Totalwerth auf 100,000 Fl. geschätzt wird, vernichtet worden.

— Aus **Berlin** vom 15. Jun. meldet man dem Nürnberger Correspondenten: „Einem Gerüchte nach hat in den letzten Tagen in Potsdam die **Verlobung des Herzogs von Braunschweig** mit der Tochter einer gleichfalls zum Besuche dort anwesenden deutschen Prinzessin, einer nahen Verwandten unsers Königshauses, stattgefunden.“

— Die Regierung von **Mecklenburg-Strelitz** hat ein Mandat erlassen, wodurch die bisher für die dortige Renterei erhobenen **Judenschutzgelder** von Ostern d. J. an nicht ferner erhoben, vielmehr die von den Contribuenten seither unter dem Namen Schutzgeld geleistete Abgabe den betreffenden Gemeindekassen der Juden als neu hinzukommende Beiträge zugewiesen werden sollen. Dagegen soll die seither aus dem Regierungsfiscus gezahlte jährliche Beihülfe von 150 Thlr. Gold zur Erhaltung der jüdischen Schule in Strelitz sowie eine den Juden für die Zukunft bereits zugesicherte jährliche Beihülfe zur Besoldung des neu anzustellenden Landesrabbiners künftig von den betreffenden Judengemeinden selbst getragen werden, auch die Heranziehung der bisher militairfreien Juden zur Erfüllung der Militairpflicht gleich den übrigen Landesunterthanen vorbehalten bleiben.

Frankfurt a. M., 17. Jun. Die erschienene Nr. 10 der „Mittheilungen“ enthält die Berichte über die Sitzungen unserer **gesetzgebenden Versammlung** vom 5. und 29. Mai. Darin kam ein Senatsvortrag, betreffend die Frohnen auf den Dorfschaften, zur Berathung. Nach diesem Vortrage hat der Senat, in Betracht, daß 1) die in Uebung seienden Leistungen ihrem Werthe nach für das Aerar von keinem besondern Belang sind, dieselben 2) aber den betreffenden Gemeinden immerhin zu einiger Beschwerde gereichen mögen, und endlich 3) abgesehen von dem Erfolge, die Geltendmachung der bestrittenen Ansprüche wenigstens mit Ungunst angesehen werden dürfte, sich veranlaßt gesehen, mit der ständigen Bürgerrepräsentation über die sofortige unentgeltliche Aufhebung der in dem Berichte der Stadtkämmerei vom 12. März 1845 als noch bestehend angegebenen Frohnen hiesiger Dorfschaften und über die Aufgebung der weiter dieserhalb dem Aerar zustehenden Ansprüche in Conferenz zu treten. Nur zwei Leistungen dieser Art mußten vorerst hiervon ausgenommen bleiben, da auf dieselben in bestehenden, noch nicht abgelaufenen Pachtverträgen Rücksicht genommen ist. Die ständige Bürgerrepräsentation ist diesen Anträgen beigetreten, und der Senat trug auch bei der gesetzgebenden Versammlung auf Beistimmung an, die auch erfolgte. (Fr. Bl.)

** **Bremen**, 18. Jun. Die ganze Stadt ist voll von der Ankunft des **Washington**, die heute Abend erfolgen wird, da er, wie die Lloydsliste meldet, am 15. Jun. um 1½ Uhr vor Cowes im Kanal gesehen worden. Am 1. Jun. hatte er Neuyork verlassen. Die Passagiere werden sogleich durch das Dampfschiff Gutenberg nach Bremen gebracht und auf nächsten Sonntag nach Oberneuland, einem durch seine Eichenwälder berühmten Dorfe, zum Mittagessen eingeladen werden. Der amerikanische

Consul wird sofort seine Flagge aufziehen und einige der angesehensten Kaufleute und Gasthäuser sollen ebenfalls Fahnen ausstecken wollen. Die große Spannung, in welcher man sich befindet, ist begreiflich genug, da die amerikanische Dampfschiffahrt für Bremen eine neue Aera bringt und für Deutschland die wichtigsten Folgen hat. Wenn diese Fahrt 15 Tage erfoderte, so muß man bedenken, daß es die erste ist und daß das Schiff, wenn es sich erst eingefahren, die Reise in kürzerer Zeit machen wird. Eine Probefahrt, die es am 25. und 26. Mai vor Neuyork anstellte, hat seine Geschwindigkeit (16 Meilen in einer Stunde), Beweglichkeit und Stärke der Bauart bewiesen, und man nimmt an, daß die Reise nach Cowes nicht länger als zehn Tage dauern wird. Nach einer Berechnung soll das Schiff täglich eine Last Kohlen brauchen. Soeben vor Abgang der Post, Abends 6½ Uhr, war über die Ankunft des Washington noch weiter nichts gemeldet.

Preußen.

Berlin, 19. Jun. In der Sitzung der Curie der drei Stände am 15. Jun. brachte erst der Frhr. v. Vincke einige Rügen in Betreff der Landtagsmittheilungen zur Sprache, und ward dann zum Judengesetz übergegangen. Der Abg. Mohr sah den Gesetzentwurf seit dem 12. Mai als nicht mehr vorhanden an, weil damals der Landtagscommissar gesagt habe: Wohlthaten dürften Niemandem aufgedrungen werden, die Juden aber, namentlich die in Trier, gegen diesen Entwurf protestirten. Der Landtagscommissar entgegnete, der Entwurf sei im Interesse der gesammten Nation proponirt. Frhr. v. Metternich gegen den Entwurf, weil er die Ungleichheit verewige und die Juden, bei ihrer geringen Anzahl, nicht zu fürchten seien. Nun sprach Geheimrath Brüggemann in Vertheidigung des Gesetzentwurfs. Ebenso der Abg. v. Manteuffel II., der namentlich von plötzlicher Emancipation große Gefahren für solche Landestheile fürchtete, in denen jetzt wenig oder keine Juden wären. Die Abgg. Hansemann, Diergardt, der den Juden ein besseres Zeugniß gab als den Griechen, Wächter, der sich auf Luther berief, Steinwitz, der den Juden auch die ihnen vom Frhrn. v. Vincke bestrittene „Kleinigkeit" der Freizügigkeit einräumen wollte, für die Emancipation. Abg. v. Bismark-Schönhausen bekannte sich zu der Richtung, die man als finster und mittelalterlich bezeichne, zu dem großen Haufen, von dem man gesagt habe, daß er dem intelligentern Theile der Nation gegenüberstehe. Er könne den Juden das Recht, in einem christlichen Staat obrigkeitliche Aemter zu bekleiden, nicht zugestehen; es würde ihn tief beugen, einem Juden gehorchen zu sollen. Der mit manchen Sarkasmen gegen frühere Redner erfüllten Rede entgegnete Frhr. v. Vincke, er könne sich manche Minister denken, für die er keine Sympathie habe und denen er doch gehorche. Abg. Gier für die Juden. Graf v. Finckenstein und Frhr. v. Manteuffel I. für das Princip des Entwurfs. Für die Emancipation mit großer Wärme v. Saucken. Man verlange ja für die Juden nur die Rechte, die jeder berliner Eckensteher habe. In der Wählbarkeit sei ja noch nicht die Wahl enthalten. Der Abg. Müller dagegen war kein Freund der Juden. Wie sie im Befreiungskriege gefochten, wisse er nicht, im gewöhnlichen Leben liefen sie öfter davon, als daß sie Stand hielten. Er möge kein Diner von ihnen, denn wenn er an die Summen denke, um welche die Seinigen und seine Bekannten durch jüdische Falliffements gekommen, so vergehe ihm der Appetit. Abg. Aldenhoven für, Abg. Greger gegen die Juden. Nachdem noch der Referent Sperling ausführlich gesprochen, ging man zur Einzelberathung über. §. 1 ward ausgesetzt. Bei §. 2 beantragte die Abtheilung, die Judenschaften nur für Cultuszwecke zu bestimmen. Der Abg. Aldenhoven amendirte, blos die Befugniß zur Bildung solcher Corporationen auszusprechen. Graf Schwerin war gegen den Paragraphen, weil er den Grundsatz des Staatsbürgerthums dem einer geduldeten Genossenschaft substituire. Ebenso Graf Pelldorf. Zur Vertheidigung sprachen die Abgg. v. Meding, Kuschke, Mömes, die Regierungscommissare Abg. v. Beckerath schloß sich dem Aldenhoven'schen Amendement an. Bei der Abstimmung erhoben sich aber nur wenige Stimmen dafür und das Abtheilungsgutachten ward angenommen. Auch in dieser Curie ist der Ausdruck Judenschaft abgelehnt und dafür Synagogengemeinde vorgeschlagen worden. Die §§. 3—14 wurden mit geringen Veränderungen angenommen. Ein Antrag bei §. 9, die Wahlen nicht durch einen Abgeordneten der Regierung leiten zu lassen, ward mit 213 gegen 204 Stimmen verworfen.

In der Sitzung derselben Curie am 16. Jun. kam der §. 15 an die Reihe, für dessen Wegfall die Abtheilung stimmte. Die Abgg. Merkens, v. Auerswald, Krüger, Sommerbrodt, Mömes sprachen gegen den §., und der Antrag der Abtheilung ward fast einstimmig angenommen. Die §§. 16—24 wurden, mit unerheblichen Aenderungen und conform mit dem Abtheilungsgutachten unter Verwerfung mehrer Amendements angenommen. So weit liegt der Bericht der Allgemeinen Preußischen Zeitung vor.

ʒ **Berlin**, 18. Jun. Man erwartet und hofft, daß die unbestimmte Verlängerung der Dauer des Vereinigten Landtags doch bis in keine zu ferne Frist reichen werde, da viele Abgeordnete, zumal die Landbesitzer, durch eigne häusliche Angelegenheiten dringend abberufen werden. Die öffentliche Meinung muß auch die Aufgabe des Landtags in ihren Hauptzügen für vollendet erachten, es sei denn, daß, wie sich die Vermuthung ausspricht, auf einige frühere Beschlüsse zurückgekommen würde, insofern von Seiten der Regierung der Versammlung eine andere Basis ihrer Organisation, insbesondere die periodische Wiederberufung, doch noch gewährt werden sollte. — Der Bau der Eisenbahn nach Preußen erscheint als eine zu dringende Nothwendigkeit, bei dem Einflusse, den die Eisenbahnen jetzt auf alle Lebensverhältnisse üben und den sie namentlich in diesen Zeiten der Noth auf das heilsamste bewähren. Die traurigen Nachrichten aus Schlesien, wo die Ueberschwemmungen den schon vorhandenen Nothstand aufs höchste gesteigert haben, sodaß der Scheffel Roggen 6 Thlr. gilt und man bereits Haferbrot bäckt, haben darin der Märkisch-Niederschlesischen Bahn jetzt eine außerordentliche Aufgabe gestellt. Sie soll gegen 40,000 Ctr. Getreide und Mehl in kürzester Frist, wo möglich binnen vier Tagen (was jedoch unausführbar) nach Breslau schaffen. Dies wird um so dringender, als Schlesien von südwärts für den Augenblick wenig zu erwarten hat, da die Wilhelmsbahn und auch zum Theil die Ferdinands-Nordbahn durch die Ueberschwemmungen überflutet und unfahrbar gemacht sind. — Von Stettin hierher wird schwedisches Getreide, ein bisher noch nicht dagewesener Fall, in Massen befördert, und erwartet man auf jenem Platze 80,000 Wispel Roggen von dort. Auch die Anhaltbahn und die Berlin-Magdeburger müssen alle Transportkräfte aufbieten, um dem ungemeinen Andrange der Getreidezufuhren zu genügen. Bei so wichtigen Diensten der Eisenbahnen ist es fast unumgänglich, daß die Provinz Preußen eine solche erhalte; es hieße sie zum Absterben verurtheilen, wenn man noch Jahre lang damit zögern wollte. Andererseits ist die Regierung schwerlich in der Lage, die Bahn bei dem jetzigen Geldzustand ohne Anleihe auch nur allmälig zu vollenden. Sie vermag kaum mit ihren Garantieverpflichtungen gegen die ältern Bahnen fertig zu werden, und wird eben jetzt mit den Actionairen der Märkisch-Niederschlesischen Eisenbahn einen harten Kampf haben, da dieser Bahn die Geldmittel zum Fortbau oder zur Auszahlung fehlen, und auch der Finanzminister alle Formen der Geldbeschaffung, die ihm bis jetzt vorgeschlagen sind, und namentlich die fernere Garantie von Stammactien mit 3½ Proc. außer den schon bestehenden, abgeschlagen hat.

Mit dem heutigen Tage beginnen die Wettrennen; der Wollmarkt ist im Gange; die Stadt ist fast so überfüllt mit Fremden wie bei der Huldigung. Die Fleischpreise steigen außerordentlich. Man sieht auch hierin weniger eine Conjunctur als eine Speculation und empfindet den Mangel zweckmäßiger Maßregeln, um Dem entgegenzuwirken. Der Polizeipräsident v. Arnim, der vor etwa zehn Jahren auf eine kurze Zeit fungirte, erklärte in einem ähnlichen Falle, wo die Fleischer das Fleisch so hoch hinauftrieben, daß wenn sie nicht zu einem festgesetzten Preise verkaufen würden, er selbst auf der Stelle Fleischbänke für das Publicum eröffnen werde. Diese Maßregel wirkte. Holz, Fleisch, Getreide werden bei uns hauptsächlich durch eine geringe Anzahl von Speculanten oder Großhändlern in ihren Preisen bestimmt, und diesem Unwesen durch Concurrenz entgegen zu arbeiten wäre die Aufgabe der Regierung.

— Die Stadtverordneten **Berlins** haben beschlossen, die Urbarmachung der städtischen Ländereien am Wedding in Angriff zu nehmen, vorzugsweise um denjenigen Personen, welchen es an Arbeit fehlen dürfte, Beschäftigung zu geben, nebenbei aber auch jene Steppen nutzbar zu machen. Man soll dabei die Absicht haben, die schon längst sehnlichst erwartete Straßen-Reinigungs-Anstalt mit diesem Plane in Verbindung zu setzen, dergestalt, daß das bei dieser gewonnene Düngungsmaterial zur Urbarmachung mit verwendet werden soll. (B. Z.)

— Der Sohn eines zu **Blatzheim** wohnhaften Israeliten soll gegen die katholische Religion geschrieben haben, und für diesen Frevel hat sein Vater büßen müssen; ein fanatisch aufgeregter Volkshaufe hat sein Haus gänzlich zerstört, und die Einwohner von Blatzheim sind so erbittert, daß sie die fernere Anwesenheit des alten Israeliten in ihrem Orte nicht dulden wollen. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. (B. Z.)

— Die Vossische Zeitung berichtigt jetzt ihre Nachricht aus **Münster**, nach welcher dem Fürsten zu Salm-Horstmar, zur Abschließung eines Vergleiches, die Summe von 400,000 Thlr. vom Staate hergeliehen sein soll. (Nr. 166.) Aus zuverlässiger Quelle könne versichert werden, daß das Darlehn dem Fürsten zu Salm-Horstmar aus einer Staatskasse nicht bewilligt werden.

— **Aus dem Wied'schen** vom 15. Jun. schreibt der Rheinische Beobachter: „Wir haben wiederum zwei beklagenswerthe Opfer der mittelalterlichen Forstgesetze unsers Nachbarstaats zu beklagen. Ein nassauischer Förster hat zwei diesseitige Unterthanen geschossen, einen wahrscheinlich tödtlich."

Oesterreich.

Aus **Salzburg** vom 13. Jun. schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Sie wissen, daß der polnische Graf K., Uhlanenoffizier und gewesener Schüler des Cajetanieninstituts, am Geburtstage des Kaisers auf einen friedlichen und unbewaffneten Studenten einhieb, ihn verwundete und obendrein noch verhaften ließ. (Nr. 122.) Dieses Benehmen des Reiters reizte nicht nur den Zorn der Kameraden des Verwundeten, sondern auch aller hierbei Unbetheiligten. Der Offizier entzog sich der entstandenen Bewegung durch die Flucht, und nur das Versprechen

der Chefs, daß dem Beleidigten Genugthuung werden solle, hat arge Auftritte hintangehalten. Nun ist das Urtel über den Beleidiger erfolgt, derselbe wurde mit dreitägigem Profoßenarrest bestraft."

Portugal.

Die nach den letzten Berichten aus **Oporto** (Nr. 168) zweifelhaft gebliebene Frage, ob die Insurgenten von der bestimmten Absicht der britischen Kreuzer Kenntniß hatten, jede aus dem Douro abgehende Expedition anzuhalten, ist nunmehr vollständig aufgehellt. Unterm 23. Mai richtete nämlich Capitain Robb vom Bord der damals noch im Douro liegenden Dampffregatte Gladiator folgendes Schreiben an Hrn. José Passos, den auswärtigen Secretair der Junta:

„Mein Herr! Nachdem ich Ihnen durch Ihr. Maj. Consul zu Oporto die Wünsche Ihr. brit. Maj. Ministers zu Lissabon hinsichtlich des Aufhörens der Feindseligkeiten bis zur Uebergabe des Schreibens, mit dem ich an Se. Exc. den Grafen das Antas beauftragt bin, habe eröffnen lassen, und darauf ohne Antwort geblieben bin, habe ich die Ehre Sie zu benachrichtigen, wie ich vom Viceadmiral Sir W. Parker angewiesen bin, die Junta zu warnen, daß, im Fall irgend eine Demonstration von Seiten der Seemacht der Junta gemacht werden sollte, den Douro zu verlassen, die Wahrscheinlichkeit besteht, daß dieselbe von der britischen Seemacht, wo sie derselben begegnet, angehalten werden wird."

Daß diese Mittheilung richtig empfangen wurde, geht aus der Antwort des Hrn. José Passos hervor, in der es heißt: „Der Unterzeichnete ersah mit großem Bedauern, daß Sie in Uebereinstimmung mit den Befehlen Sr. Exc. des Viceadmirals Sir W. Parker erklären, wenn Schiffe des nationalen Geschwaders den Hafen verließen, würden sie wahrscheinlich durch britische Kriegsschiffe angehalten werden." Den Umstand mit dem vom 20. Mai datirten Schreiben des britischen Gesandten Sir H. Seymour an den Grafen das Antas, welches demselben erst am 31. Mai übergeben wurde, erläuterte Lord Palmerston im Unterhause dadurch, daß der Graf bei Ankunft des Schreibens in Oporto dort nicht anwesend war und erst nach mehren Tagen zurückkehrte.

— Die spanischen Truppen, welche in die Provinz Entre Douro e Minho eingerückt sind, haben mehre von den Insurgenten verlassene, befestigte Ortschaften und Schlösser besetzt. Von den britischen und spanischen Consuln in Oporto war jedoch die Weisung eingegangen, mit allen Feindseligkeiten einzuhalten. Der Befehlshaber der in Valença eingerückten Spanier hatte einen strengen Tagesbefehl erlassen, der für jeden Diebstahl unter 10 Realen (15 Sgr.) dem vorgesetzten Offizier die Bestrafung des schuldigen Soldaten anheimgibt; bei einem Werth bis 50 Realen wird der schuldig Befundene mit zehnjährigem Gefängniß, für Diebstahl über 50 Realen mit Erschießen bedroht. In einer Proclamation an die Portugiesen werden diese der guten Absicht der Spanier versichert und aufgefodert, zur Erreichung derselben behülflich zu sein.

Großbritannien.

London, 15. Jun.

Die Lords hielten gestern nur eine kurze Sitzung. Die Bill über Bestrafung jugendlicher Verbrecher erhielt unter dem von mehren Mitgliedern des Hauses geäußerten Vorbehalte, bei den Comitéberathungen ihre Ausstellungen zu machen, die zweite Lesung. Die Bill über Bestrafung der Landstreicherei in Irland ging durchs Comité. Das Unterhaus beschäftigte sich in einer Nachmittagssitzung zuerst mit der Beförderung einer Anzahl von Privatbills; in der Abendsitzung wurde die Antwort der Königin auf die Adresse des Hauses mitgetheilt, in der um Anstellung von Untersuchungen über die geeigneten Mittel zur Regulirung und Beförderung der Auswanderung gebeten wurde. Die Antwort ist gewährend. Von der durch Hrn. Borthwick, der sich früher einmal den Dank der westindischen Sklavenbesitzer durch seine Vorlesungen gegen unmittelbare Emancipation der Sklaven verdiente, dann wieder aufgenommenen Debatte über die portugiesische Intervention haben wir den Anfang gestern bereits mittheilen können. Die Debatte kam auch an diesem Abend nicht zum Schlusse. Nach Hrn. Borthwick, der von der Intervention nichts Geringeres besorgte als die Errichtung einer Republik oder die Abforderung von Portugal durch Spanien, nahm Hr. Christie die Partei der Regierung und bezeichnete Hrn. Hume's Behauptungen, daß die Intervention England zur Unehre gereiche und zu Gunsten des Despotismus erfolge, als völlig grundlos. Das Letztere werde kein britisches Ministerium wollen, und wenn es auch wollte, nimmer wagen. Lord Palmerston's Politik verdiene nur Beistimmung und die besten Wünsche für ihren Erfolg. Lord John Manners bekannte sich als übereinstimmend mit Hrn. Hume. Hr. T. Duncombe, das radicale Mitglied für Finsbury, beantragte und entwickelte dann sein Amendement, wonach die britische Nation durch ihre Einmischung die Pflicht übernähme, den Portugiesen den Genuß ihrer constitutionellen Freiheit mit allen rechtlichen Mitteln zu sichern. Von Hrn. Macaulay wurde dieses Amendement als Wahrzeichen begrüßt, daß der Antragsteller mit andern Gentlemen seine Ansicht von der Intervention in Portugal geändert habe. Sein Amendement enthalte vollständig das Princip der Regierungspolitik. Diese sei im Anfange entschieden gegen alle Einmischung gewesen. Allein andere Regierungen hätten sich derselben günstig erklärt und würden eingeschritten sein. Dadurch ward die Frage aus einer zwischen der Königin und der Junta zu einer zwischen Spanien, Frankreich, England und Portugal. Der Intervention anderer Regierungen sich widersetzen wollen hätte zum Kriege führen können. So sei denn bei der Wahl unter zwei Uebeln nur die des geringern, der gemeinsamen Intervention, übrig geblieben. Daß sie im Sinne des Amendements geschehen, sehe Jedermann aus den vier Artikeln, welche der Junta zur Annahme empfohlen worden und die, durch das Protokoll vom 21. Mai unter die Garantie der drei vermittelnden Mächte gestellt, von der Königin von Portugal jedenfalls eingehalten werden müßten. Lord G. Bentinck erklärte sich ganz für Hrn. Hume's tadelnde Motion. Er wolle Den sehen, der einen Vertrag aufweisen könne, welcher England zum Beistande für die Königin von Portugal verpflichte, und mit den andern Gegnern der ministeriellen Politik erwartete er die bedenklichsten Folgen von derselben. Schließlich nahm Hr. Borthwick seine früher erhobene Anschuldigung wegen der angeblich ohne vollständige Benachrichtigung der Junta von der ihr bevorstehenden Intervention geschehenen Wegnahme der Flotte feierlich zurück, und die Debatte wurde auf heute vertagt.

Das Oberhaus hat heute den Antrag Lord Stanley's gegen die Einmischung in Portugal, die in den obwaltenden Verhältnissen keine Rechtfertigung besitze, nachdem der Marquis of Lansdowne und der Herzog v. Wellington dagegen gesprochen hatten, mit 66 gegen 47 Stimmen abgewiesen. Im Unterhaus ist der Hume'sche Antrag, die Politik des Ministeriums in Portugal zu misbilligen, in der heutigen Sitzung ebenfalls und zwar lautlos begraben worden. Bald nachdem die von gestern vertagte Debatte wieder aufgenommen worden war, fand sich, daß keine 40 Mitglieder und also kein beschlußfähiges Haus mehr vorhanden war, das eine weitere Vertagung hätte vornehmen können.

— Die Haltung der Presse über die portugiesische Angelegenheit ließ das Ergebniß der heutigen Parlamentsverhandlung mit Sicherheit voraussehen. Die Times vertrat die Palmerston'sche Politik unbedingt, und über die Wegnahme der Schiffe der Junta äußerte sie: wenn Sir Th. Maitland schwach genug gewesen wäre, dieselben passiren zu lassen und Lissabon dann zwischen zwei Feuer gekommen wäre, würde er nicht weniger tadelnswerth als der französische Admiral Lalande 1840 gehandelt haben, der die nach Alexandrien desertirende türkische Flotte ungehindert unter dem Bug seiner Schiffe passiren ließ. Uebrigens glaubt die Times, das Antas möge absichtlich der Gefangennehmung entgegengegangen sein, als dem besten Wege, aus einer unhaltbaren Lage zu kommen. Der weiter oben mitgetheilten Correspondenz zwischen Capitain Robb und der Junta zufolge konnte auch in der That kein Zweifel darüber bestehen, was die den Douro verlassenden Schiffe zu gewärtigen hatten. Daily News will zwar, bei allem Lobe für Lord John Russell's Rede im Unterhause am 11. Jun., seiner Motivirung nicht recht beipflichten. Schließlich erklärt es jedoch, daß seine Misbilligung der beobachteten Politik weniger gegen die jetzigen Folgen gerichtet sei als aus der Besorgniß entspringe, daß ein jederzeit leicht anzustiftender, angeblich miguelistischer Lärm nun stets neuen Vorwand zu künftigen spanischen Einmischungen darbieten werde, sobald der portugiesische Hof auf Widerstand bei der Volkspartei stoße. Der Spectator stellte sich auch etwas unwirsch, sprach aber in der Resumirung des Vorgegangenen doch nur beipflichtend. Die Entfernung des Hrn. Dietz, des deutschen Freundes des Königs, welchem die übelberathene Politik des Hofs allgemein zugeschrieben wird, bemerkt der Spectator als einen Beweis, daß Lord Palmerston den Obersten Wolde nicht nach Lissabon geschickt habe, um blos den Schmeichler zu spielen. Gegen die aus der französisch-spanischen Interventionslust hergeleitete Nöthigung eifert er aber, freilich mehr theatralisch als besonnen: „Wie kommt es, daß die Politik dieses großen Reichs hülflos so elenden fremden Einwirkungen preisgegeben ist?" Das Morning Chronicle sieht den eingeschlagenen Weg als den einzigen zum Guten führenden an, und Lord Stanley's ihn verwerfende Motion hat einen unbedingten Verfechter eigentlich nur an der Morning Post gefunden.

— Von den irischen Oberrichtern ist nun beschlossen worden, daß die Sommerassisen in Irland wie gewöhnlich abgehalten werden sollen.

— Die Taufe der neugeborenen Tochter von Lord und Lady Charles Wellesley, zweitem Sohne des Herzogs v. Wellington, fand gestern in der Privatkapelle des Buckinghampalastes statt, und die Königin, die Marquise v. Douro und Marquis of Exeter vertraten Pathenstelle. Der Großvater, d. h. der Herzog v. Wellington, richtete, in bürgerlichem Deutsch zu reden, die Kindtaufe aus und gab der Königin und den andern Pathen sowie einer Anzahl auserwählter Gäste, zu denen auch Lord und Lady Russell und Sir R. und Lady Peel gehörten, in Apsleyhouse Abends ein prunkvolles Bankett, von dem die Königin sich um 9½ Uhr erhob. Um 10 Uhr folgte ein großes Concert, welchem auch der Großfürst Konstantin, der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar und der Erbprinz von Lucca beiwohnten.

Frankreich.

Paris, 16. Jun.

Die Pairskammer hat gestern die Berathung des Gesetzentwurfs über die Medicinalreform fortgesetzt. Der Zusatz zu §. 1, daß den in Städten mit 80,000 Einwohnern bestehenden vorbereitenden medicinischen

Digitized by Google

Bildungsanstalten dasselbe Recht wie denen am Sitze von Facultäten der Wissenschaften ertheilt werden solle, dreijährige Curse zu halten, wurde angenommen. Die Berathung schritt dann zu §. 2 fort, nach welchem die vorbereitenden Lehranstalten nach und nach vom Staat übernommen, das Material und die Sammlungen derselben aber von der Gemeinde gehalten werden sollen. Nachdem einige dagegen gestellte Amendements abgelehnt waren, nahm die Kammer am Schlusse der Sitzung den Artikel an. Der Gesetzentwurf hat noch 54 Paragraphen, was bei dem langsamen Fortschreiten der Berathung das Journal des Débats zu der spöttischen Bemerkung veranlaßt, daß man mit Fleiß und Ausdauer am Ende doch wol zum Ziele gelangen werde.

In der Deputirtenkammer war Hrn. Demesmay's Antrag auf Herabsetzung der Salzsteuer an der Tagesordnung. Der Berichterstatter der Commission über die Autorisation zur Vorladung Hrn. Emile de Girardin's vor die Pairskammer verlas den Bericht, über welchen heute bestimmt wird, wann seine Berathung stattfinden soll.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer ist der Demesmay'sche Vorschlag zur Herabsetzung der Salzsteuer mit großer Majorität angenommen worden.

Der Commissionsbericht über das Ausgabebudget für 1848 ist nun auch vertheilt. Das gewöhnliche Budget ist 1,544,072,627 Fr., und die Commission beantragt die Reduction um 7 Mill.; auf das außerordentliche von 472,288,939 Fr. werden 92,768,000 Fr. Verminderung vorgeschlagen.

— Der Moniteur publicirt das Gesetz, welches den niedrigsten Betrag, zu welchem von der Bank von Frankreich und allen Departementalbanken Noten ausgegeben werden dürfen, auf 200 Fr. festsetzt.

— Aus **Algier** wird vom 10. Jun. gemeldet, daß der Prinz von Joinville in Begleitung einiger Offiziere am 7. Jun. nach Belida, Medeah und Beghar abgereist sei. Die zu der Expedition nach Kabylien von Algier abmarschirt gewesenen Truppen wurden am 10. Jun. zurückerwartet. Der Akhbar meint, das Geschwader des Prinzen von Joinville werde noch acht Tage auf der Rhede von Algier verweilen und dann sich an der marokkanischen Küste zeigen. Abd-el-Kader soll nördlich von Taza viel Einfluß erlangt haben und die Verhältnisse im marokkanischen Reiche nähmen sich nichts weniger als befriedigend aus.

****Paris**, 16. Jun. Ist der Opposition bei Gelegenheit der Interpellation wegen Portugal ein etwa erwarteter Sieg entgangen, so hofft sie um so sicherer einen im Laufe dieser Woche bei der Discussion des Gutachtens der Commission über die Vorladung des Redacteurs der «Presse» an den Schranken der Pairs. Die Commission trägt darauf an, diese Vorladung zu bewilligen, und wahrscheinlich wird die Kammer Dem beipflichten. Die Debatte wird sich um zwei Fragen drehen, um eine gegenseitige Privilegienfrage zwischen den beiden Häusern, d. h. darum, ob die Deputirtenkammer der Pairskammer das Vorrecht zuerkennen soll, daß diese die Mitglieder der Erstern vor ihre Schranken lade, wiewol jene ein gleiches Recht auf die Mitglieder der Pairskammer besitzt; dann um die Frage, ob irgend ein Minister die HH. Solar und Granier de Cassagnac ermächtigt hat, Versprechungen auf Pairswürden zu machen oder gar zu verkaufen. Die erste dieser beiden Fragen läßt die Verwaltung unberührt, die zweite beabsichtigt Hr. de Girardin zum Geschütz zu erheben, mit welchem er die Festung vom 29. Oct., gegen die er schon einmal vergebens Sturm gelaufen, endlich einzunehmen hofft und verspricht. Er wird steif und fest behaupten, daß die Herren der «Epoque» das Privilegium zu einem dritten lyrischen Theater bekommen zu dem Zweck und mit der Ermächtigung, es zu verkaufen. Angenommen er habe die unwiderleglichsten Beweise für diese Thatsache, so hat sie eigentlich mit der Frage nichts zu thun, da zwar ein solches Verfahren der Regierung eben nicht viel Ehre machen, keineswegs aber etwas Ungesetzliches, Rechtswidriges herausstellen würde. Niemand kann der Regierung das Recht versagen, ein Privilegium für ein neues Theater zu ertheilen, und Demjenigen, der ein solches Privilegium erhalten, steht es immer frei, es selbst auszubeuten oder gegen eine verabredete Vergütung einem Dritten abzutreten. Daß es gerade die Leiter eines ministeriellen Blattes waren, denen man eine solche Begünstigung gewährte, mußte allerdings gegen das Zartgefühl verstoßen und wie eine mittelbare Unterstützung des Blattes aussehen; wenn man jedoch keine andern Belege als solche für die Corruption der Minister aufbringen könnte, würden sie noch immer Ansprüche auf den „Prix Montyon" haben.

Ganz anders verhält es sich mit der zweiten Behauptung, die Hr. de Girardin den Ministern eben so steif und fest an den Kopf zu werfen entschlossen ist, nämlich mit der Behauptung, daß die HH. Solar und Cassagnac nicht nur Versprechen zur Pairswürde wirklich gegen 80,000 Fr. an Mann gebracht, sondern auch, daß sie diesen Handel mit Vorwissen und Ermächtigung, ich weiß nicht welches Ministers getrieben. Vorausgesetzt, ein solcher Handel habe wirklich stattgefunden und Hr. de Girardin habe mehr oder minder hinreichende Belege dafür, wie will er beweisen, daß ein oder der andere Minister dazu seine Ermächtigung gegeben? Unmöglich kann der betreffende Minister eine solche Ermächtigung schriftlich oder in Gegenwart eines Dritten mündlich gegeben haben; hat ein Minister überhaupt eine solche Ermächtigung gegeben, so kann er sie nur mündlich dem einen oder dem andern der genannten Redacteure der Epoque unter vier Augen gegeben haben. Nun hat Hr. Dumon im Namen des Cabinets die Thatsache, so weit sie die Regierung berührt, entschieden geläugnet und als Verleumdung erklärt, es werden also bei der nächsten Debatte hierüber das Ja des Hrn. de Girardin und das Nein der Minister sich ohne weitere Grundlage gegenüberstehen. Mit dem eigenthümlichen Stolz auf seine Wahrhaftigkeit und das Bewußtsein seiner Redlichkeit hat der Entdecker der Goldgruben von St.-Berain allerdings bereits erklärt, er werde es den Kammern und dem Lande überlassen, ob man ihm oder dem Minister zu glauben geneigt sei, da der Minister ein Interesse habe, die Thatsache zu leugnen und er, Girardin, keins, sie zu behaupten; denn wem könnte es einfallen zu glauben, Letzterer habe bei dieser Behauptung das Interesse, die Minister in Verachtung zu bringen, um sie dadurch zu stürzen, nein, einen solchen Verdacht wird Niemand, der den edeln Girardin auch nur halbwegs kennt, wagen. Schade nur, daß keine Möglichkeit einer Abstimmung über jenes Ja und Nein in Aussicht ist, sonst wäre es in der That ein höchst merkwürdiges Schauspiel gewesen anzusehen, wie die Opposition sich erheben hätte, um zu zeigen, daß sie dem Manne, den sie vor neun Jahren unter einem mit Haaren herbeigeschleiften Vorwande aus der Kammer entfernen wollte, mehr glaube als irgend einem Minister.

Was den Namen des Käufers angeht, den Hr. de Girardin in Umlauf brachte, so war er eben nicht sehr glücklich für die Wahrscheinlichkeit der Behauptung gewählt. Zuerst hieß es, Hr. Benoit Fould habe dieses Geschäft gemacht. Nun gehört für Jeden, der den ehemaligen Ehrenwerthen von St.-Quentin (Departement de l'Aisne) und den richtigen Takt kennt, mit dem er den Werth des Geldes zu würdigen gewohnt ist, nicht wenig Köhlerglauben zu der Annahme, er habe es über sich vermocht, für die Pairswürde, die am Ende nichts zählt und sich nicht wechseln läßt, 80,000 Fr. geben zu wollen. Wer aber selbst schon Einfalt genug hätte, um so etwas zu glauben, müßte noch immer vor der nachgerade unglaublichen Voraussetzung zurückschrecken, daß ein so geriebener Geschäftsmann wie Benoit Fould zwei so unzuverlässlichen Leuten wie Granier de Cassagnac und Solar eine Waare bezahle, bevor er sie unter Schloß und Riegel hat. Das Gewicht dieser Unwahrscheinlichkeiten muß Hr. de Girardin gefühlt haben, daher er, nachdem man beim Namen B. Fould den Kopf geschüttelt, Hrn. Griolet voranstellte. Dieser, ehemals Maire in dem Bezirke von Paris, mag allerdings nach der Pairie lüstern gewesen sein, es ist auch nicht unmöglich, daß diese Lüsternheit ihn bestimmt hat, bei Gründung der Epoque 500 Actien nach dem Einen, 1000 nach dem Andern zu nehmen. Allein wenn Dem auch so wäre, ist das eine Geschichte von zwei Jahren und ist noch weit entfernt, zu beweisen, daß Hr. Griolet gegen ein ausdrückliches Versprechen der Pairie 80,000 Fr. erlegt, noch daß die HH. Solar und Cassagnac zu diesem Versprechen ermächtigt waren.

Belgien.

***Brüssel**, 16. Jun. Wenn ich mich auch in meiner Schätzung des am 8. Jun. gewonnenen Resultats (Nr. 165) insofern verrechnet habe, als ich, durch einige Umstände irre geleitet, drei Mitglieder der Kammer der Rechten zuwies statt der Linken, und sonach in numerischer Hinsicht dem bisherigen Cabinet noch gerade eben so viel Anhänger bleiben als Gegner, nämlich 54, es selbst mitbegriffen, so läßt sich doch diese Parität nicht anders denn als ein eclatanter Sturz des Ministeriums auslegen, und die ministeriellen Blätter, die sich noch sträuben, die Waffen zu strecken, werden bald zu einem schmählichen Rückzuge genöthigt werden. Man betrachte das Ergebniß der letzten Wahlen an sich, so findet man, daß unter 47 zu erneuernden Mandaten, die bisher im Besitze von 25 Katholiken und 22 Liberalen sich befanden, 28 an Liberale und 19 an Katholiken vergeben, und von den 13 neu gegründeten Stellen 8 zu Gunsten der Opposition übertragen wurden. Bedenkt man ferner, daß die Kammererneuerung nur auf vier Provinzen sich erstreckt, und der in ihnen offenbar gewordene Fortschritt der liberalen Partei füglicherweise auch von den fünf andern angenommen werden darf; daß mehre der unter ministeriellem Einflusse neugewählten Deputirten, wie zu vermuthen erlaubt ist, bei der ersten Gelegenheit ihre jetzige Farbe abwischen werden; endlich daß, im Fall eines Cabinetswechsels, die ziemlich starke Anzahl Derer die Linke verlassen werden, welche der unselige Gedanke eines gemischten Systems dem reinen Liberalismus entfremdet hatte; so müßte man besonders befangen sein, wenn man dem jetzigen Cabinet noch länger eine ratio vivendi, ja nur eine Lebensfähigkeit zusprechen wollte. Auch ist es selbst zur lebendigen Erkenntniß dieser Wahrheit gelangt, indem versichert wird, daß nur noch der Zeitpunkt seines Abtretens in Ungewißheit bleibe. Was freilich noch ungewisser ist, das sind die Nachfolger, denen jedenfalls bei der Gediegenheit des liberalen Feldes keine geringen Schwierigkeiten vorbehalten sind. Das Reactionssystem, welches der Sturz des Leberan'schen Cabinets im Jahre 1841 inaugurirt hat, ist zu Ende; es gilt nun, das Fahrzeug mit Sicherheit und Gewandtheit über die Klippen der allerseits auftauchenden Reformbewegungen in die richtige Strömung des Fortschritts hinwegzuleiten. Die Zwei Liberalen, obgleich sie im Parlamente nur eine unbedeutende

Fraction, drei bis vier Männer, auf ihrer Seite haben, schicken sich bereits an, über das in Aussicht stehende altliberale Ministercollegium herzufallen, das sie nicht minder eines verderblichen Conservatismus beschuldigen als das gefallene, hochkirchliche, nach dem Grafen de Theux benannte Cabinet. Das, worauf es vor Allem ankommt, behaupten sie, sei die Wahlreform, die Wiederherstellung der Gemeindegewalt nach den im Jahre 1831 geltenden Grundsätzen, und noch einige andere, vom liberalen Congresse beschlossene Maßregeln; und dafür werden Männer wie Lebeau, Lehon, Delhougne u. A. sich eben so sehr wahren als de Theux, Merode und Consorten. Vertrauensvoll blicken die Verfechter des Proletariats auf den Augenblick hin, wo sich für die Erben der jetzigen Verwaltung die Nothwendigkeit ergeben wird, die Lebensfragen der Proletarier, wie sie in den zahlreichen Volks- und politischen Vereinen besprochen und berathen werden, anzufassen und parlamentarisch zu behandeln. Der Kampf zwischen ihnen und der Bürgerschaft ist zwar noch nicht zum Ausbruche gekommen, der Gegenstand desselben noch nicht tief genug in das Bewußtsein beider Theile eingedrungen; aber gewiß ist, daß dieses Bewußtsein immer mehr geweckt wird, sowol durch Wort als durch Schrift.

Die Blätter wimmeln noch von Einzelheiten, welche den letzten Wahlact bezeichnen; alle die vor den Wahlen ausgeheckten Plane zur Ueberlistung der Gegner werden jetzt enthüllt, mit Einem Wort, es wird, zum Theil zur Belustigung der Leser, die Chronique scandaleuse der Wahlen abgefaßt. Und hierbei ist der Minister Deschamps eine besondere Zielscheibe ironischer und ernsthafter Beschuldigungen geworden, die ihm seinen Wahlsieg im liberalen Charleroi, wenn er anders gegen die Pfeile der Presse nicht ganz abgestumpft ist, doch etwas verbittern müssen. Man vernimmt, daß das Bedauern über Dumortier's Niederlage in Tournay mehre weniger hoch stehende Abgeordnete bestimmt habe, zu seinen Gunsten ihre Entlassung einzureichen. Auch Hrn. Desmaisières, Gouverneur von Ostflandern, wird eine ähnliche Entschädigung für seinen in Gent erlittenen Unfall zugedacht.

Die Bibliothek der Repräsentantenkammer hat vor kurzem ein Document eingezeichnet, das, wenn auch modern, doch nicht geringes vaterländisches Interesse hat. Es ist die Sammlung der 195 autographischen Stimmzettel bei der im belgischen Nationalcongresse vorgenommenen Königswahl. Die meisten dieser vom Kammerquästor Dubus gesammelten und nun einen prachtvollen Quartband bildenden Stimmzettel enthalten die Motive des Votums. — Wie verlautet, soll der König in einigen Tagen nach London abzureisen willens sein.

Niederlande.

Amsterdam, 16. Jun. Die in Arnheim zur Besprechung der Ackerbauinteressen versammelten Landwirthe haben bei dem König in einer Bittschrift auf Abschaffung der Zehnten in den Niederlanden angetragen. Diese Bittschrift ist mit 73 Unterschriften versehen. — Der Herausgeber des Wochenblatts Asmodie stand vorgestern wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht. In einem Artikel dieses Blattes hieß es nämlich: „Wir empfinden für Wilhelm II. weder Sympathie noch Achtung. Wir sollten für ihn Sympathie empfinden, und warum? Haben wir vom Palaste je etwas Anderes als Beleidigungen erfahren? Wir sollten Achtung für ihn hegen? Nein! wir huldigen dem unstreitigen Grundsatze, daß, wer Achtung ärnten will, sich derselben würdig machen muß. Wenn wir den König ehren, so geschieht dies, weil wir ihm als dem Oberhaupte des Staats Ehrerbietung schuldig sind, wenn wir nicht die Gesetze verletzen wollen.“ Der Angeklagte hat sich selbst vertheidigt. Das Urtel wird erst binnen acht Tagen gesprochen werden. (Köln. Z.)

Schweiz.

Die Weser-Zeitung sagt: „Aus Privatbriefen entnehmen wir, daß C. Heinzen, der sich schon seit längerer Zeit in **Genf** niedergelassen hat, sich der besondern Protection des Präsidenten Staatsraths James Fazy zu erfreuen hat. Die Erlaubniß zu seinem bleibenden Aufenthalt in Genf ist ihm von Seiten der Behörde bestimmt zugesichert. James Fazy selbst soll großes Wohlwollen für ihn zeigen. Wir befürchten und glauben fast bestimmt voraussetzen zu können, daß es dieses Verhältnisses wegen zu einem Notenkriege zwischen den deutschen Höfen und der Schweiz kommen wird. — Am 8. Mai hat auch der englische Gesandte Hrn. Ochsenbein seinen officiellen Besuch gemacht. Seine Aeußerungen sollen in ähnlichem Sinne gefallen sein wie die des Repräsentanten Frankreichs.“ (Nr. 165.)

Italien.

Die Gazzetta di Firenze macht nachstehendes an den Generalobereintendanten der Gemeindeverwaltungen des Großherzogthums gerichtetes Ministerialschreiben über eine beabsichtigte Gemeindeverwaltungsreform bekannt:

„Die Reglements, nach welchen die Gemeindeverwaltungen noch dermalen vorgehen, sind, der Wesenheit nach, die nämlichen, welche weiland der Großherzog Leopold I. zu der Zeit erlassen hatte, als er, sich auf die festesten Grundlagen des öffentlichen Rechts und der Staatsökonomie stützend, den Staatsgemeinden eine umfassende und gemeinschaftliche Organisirung gab. Spätere Verfügungen hatten allmälig viele Abänderungen darin veranlaßt, und da sie hauptsächlich die Specialität und die Disciplinardetails des Dienstes im Auge hatten, so konnten sie in Betreff der Grundprincipien der Gemeinde-Institutionen nicht mehr gleichgültig sein. Es war überdies unmöglich, daß diese Principien sich der unvermeidlichen Einwirkung der Zeiten entziehen, und bei der beständigen Aufeinanderfolge so vieler Begebenheiten, sowie beim Auftauchen so vieler neuen Interessen mußte es nothwendig erfolgen, daß jene Grundsätze den Einfluß der neuen Einrichtungen verspüren, mit welchen die Verwaltung und der Gemeindedienst täglich in Berührung kommen. Von diesen Betrachtungen bewogen, will Se. k. k. Hoheit der Großherzog, stets geneigt, bei gehöriger Berücksichtigung der Zeit und der Umstände Alles zu fördern, was in den vaterländischen Institutionen eine wirkliche allmälige Verbesserung bewirken kann, daß in reifliche Erwägung gezogen werde, ob, ohne wesentliche Abänderung der Grundlagen und Principien, auf welche die Organisirung der Gemeindeverwaltungen basirt ist, sich irgend eine nützliche Modificationen an denselben zweckmäßig vornehmen lasse. In der Ueberzeugung jedoch, daß, wofern die benannte Prüfung dem vorgesteckten Ziele wirklich nützlich und entsprechend sein solle, sie Personen anvertraut werden muß, welche in diesem Fache besonders bewandert sind, und die durch die Kenntniß der dermaligen Systeme der Gemeindeverwaltung die für die Gesammtheit der Gemeindeinteressen daraus hervorgehen könnenden Vor- und Nachtheile umsichtig zu erwägen im Stande sind, ist es sein Wille, daß, so wie dies in einer ähnlichen Angelegenheit im Jahr 1846 der Fall gewesen ist, für den nächstkommenden Monat August die Provveditoren der Kammern der Gemeinden-Oberintendanz in die Hauptstadt zu einer Conferenz beschieden werden, zu welcher sich Se. k. k. Hoheit entschlossen haben, auch eine mäßige Anzahl von andern ausgezeichneten Personen zuzuziehen, welche, da sie entweder das Amt von Gonfalonieren bei irgend einer der Hauptgemeinden des Staats oder anderer Gemeindeämter durch längere Zeit bekleidet haben, in Betreff der ihnen vorzulegenden Fragen eine ersprießliche Meinung werden äußern können. Se. k. k. Hoheit behält sich vor, die Berathungsgegenstände zu bezeichnen, sowie jene weitern Verfügungen zu erlassen, welche er in seiner Weisheit am geeignetsten erachten wird, damit die angeordnete Conferenz ihren Zweck erreiche; es ist übrigens sein Wille, daß Sie die Provveditoren der Kammern der Gemeinden-Oberintendanz schon dermalen davon in Kenntniß setzen, damit dieselben sich danach richten und über die zu berathenden Gegenstände die geeigneten Vorstudien machen können. Von dem k. k. Secretariate der Finanzen: Florenz, 30. Mai. v. F. Cempini. A. Provacari.“

— Das in **Rom** erscheinende Journal Bilancia enthält folgenden Artikel: „Die israelitische Gemeinde von Rom hatte dem Papst unlängst eine Vorstellung über den materiellen Zustand ihres dortigen Quartiers (des Ghetto) eingereicht, der einen wesentlichen Einfluß auf die Bewohner desselben ausübt. Der Papst, stets bedacht, alle möglichen Verbesserungen bei allen Klassen seiner Unterthanen einzuführen, hat die HH. Don Michelangiolo Caetani, Principe di Teano und den Conte Giuseppe Malatesta beauftragt, den israelitischen Ghetto in Rom genau zu untersuchen und hierüber einen gründlichen Bericht an eine zu diesem Ende eigens niedergesetzte Commission zu erstatten, die unter dem Vorsitze des Cardinalvicars aus dem Gouverneur von Rom, dem Generalschatzmeister und den obgedachten Principe di Teano und Conte Malatesta bestehen soll.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Jun. Wir geben in unserm heutigen Schreiben einige allgemein interessante Data über die neuesten Zustände der russischen Krondomainen, im Auslande bis jetzt ihrem enormen Umfang, ihrer wahren Beschaffenheit nach noch sehr mangelhaft erkannt, sie dem neuesten Compterendu des Reichsdomainenministers vom Jahr 1845 entlehnend. Nach ihm betrug im beregten Jahre der Totalbesitzstand dieses Verwaltungszweiges, ausgenommen Sibirien und den transkaukasischen Landstrich, 56,505,000 Dessätinen Landfläche, worvon freilich der Mehrtheil noch brach und unangebaut ist. Kronrechtsbauern zählte man im beregten Jahr auf dieser Landfläche 9,242,304 Individuen, nächst den Kronbauern in Sibirien 548,797, fremde Ansiedler im Reich 162,700, eine Gesammtbevölkerung von 10 Mill. Menschen. Durch einen in neuester Zeit von der Regierung gefaßten Beschluß werden diesem Verwaltungszweige nun auch alle Odnodworzen (Freisassen) der westlichen Gouvernements beigezählt. Es sind die Nachkommen des in der Geschichte Polens so bekannten einstigen polnischen Kleinadels. Von der Regierung während fast eines Decenniums wiederholt aufgefodert, ihren Adel zu erweisen, haben sie dies nicht vermocht. Jetzt sind sie den Kronbauern des Reichs zugezählt worden und ganz in die Kategorie dieser übergetreten. Das gesammte Reichsdomainenvermögen gewährte im Jahr 1845 der Regierung ein Einkommen von 30,899,248 Rubel. Es überstieg das des Jahres 1836 (das letzte Jahr, wo dieser Verwaltungszweig unter dem verstorbenen Finanzminister Cancrin stand) um 2,624,865 Rub. Je mehr die Lustration auf den Kronbesitzungen vorschreiten wird, läßt sich mit Bestimmtheit die Vermehrung ihres Einkommens erwarten. Die Kronforsten nahmen im mehrberegten Jahr einen Flächenraum von 115,327,213 Dessätinen ein. Feuerschäden verheerten davon an 31,000 Dessätinen. Ihre seit einigen Jahren begonnene reguläre Bewirthschaftung wird beharrlich fortgesetzt und trägt immer sichtlicher werdende gute Folgen. Dieses System dehnte sich in den Kronforsten zu Anfang des Jahres 1846 schon auf 11,500,000 Dessätinen aus und schreitet mit jedem Jahre vor. Im Süden werden in den Kronwäldern rege Anpflanzungen betrieben. Die Regierung läßt jetzt in der ganzen Ausdehnung der im Gouvernement Astrachan liegenden Kalmückensteppe auf einer Fläche von fast 12 Mill. Dessätinen Waldungen anpflanzen, für deren Vollendung sie eine 40jährige Frist gesetzt hat. Nächstdem ist sie beharrlich darauf bedacht, die im Süden befindlichen Nomadenvölker zu einer festen

Digitized by Google

bürgerlichen Ansiedelung zu bringen. Bereits hat sie dafür bedeutende Vorbereitungen getroffen, die ein vollkommenes Gelingen ihres Plans verbürgen.

Wie reich einst die alten Klöster der morgenländisch-griechischen Kirche, vornehmlich in Rußland, müssen gewesen sein, bezeugen häufige Spuren noch in unserer neuesten Zeit. Im vergangenen September fand man bei Abtragung einer alten baufälligen Klosterkirche im Gouvernement Nowgorod in der Erde, gerade unter der Altarstelle, eine Menge Kirchengeräthe, aus purem Silber gefertigt, vergraben. Alles zusammen wog fast 7 Pfd. Wie eine in Linnen beigefügte Inschrift darthat, schreibt sich dieser vergrabene Fund aus der Mitte des 16. und dem Beginne des 17. Jahrhunderts her.

Riga, 12. Jun. Das Uebertreten der Bauern zur griechischen Kirche nimmt eher zu als ab; wenn es auch heißt, es sei in Livland jetzt still, so glimmt das Feuer nur unter der Asche, um bei der geringsten Anregung desto heller aufzulodern. Auf der Insel Oesel geht es arg her. Sie zählt im Ganzen nur 30,000 Einwohner, und schon haben 8000 der Esthen sich firmeln lassen. Es hilft kein Vorstellen, gleichsam eine Epidemie hat sie ergriffen; sie sehen zum Theil das Elend vor Augen und stürzen sich dennoch hinein. (B. Z.)

Griechenland.

o **Berlin**, 18. Jun. Folgende Depesche des Lords Palmerston an den englischen Gesandten in Griechenland, in Betreff der Ansichten des britischen Cabinets über die Angelegenheit des Mussurus, ist jetzt unter der hiesigen Diplomatie im Umlaufe:

„Auswärtiges Amt, 19. Mai 1847. Sir! Da Hr. Kolettis, in seiner Note vom 16. April, in Abrede stellt, daß die griechische Regierung bei ihrer jetzigen Differenz mit der Pforte im Unrecht ist, und sein Bedauern ausspricht, daß ich in meiner Depesche an Sie vom 19. März nicht in eine nähere Erklärung einging, um zu beweisen, daß die griechische Regierung im Unrechte sei, so will ich jetzt kürzlich, zur Belehrung des Hrn. Kolettis, die Gründe darlegen, aus denen die Regierung Ihr. Maj. der Meinung ist, daß die griechische Regierung in dieser Sache Unrecht habe und der Pforte die verlangte Genugthuung schulde. Die Umstände dieses Falles sind kurz und einfach. Hr. Kolettis, als verantwortlicher Minister des Königs von Griechenland, rieth seinem Souverain mit Vorbedacht, dem Repräsentanten einer fremden Macht eine öffentliche Beleidigung anzuthun, und die Gerechtigkeit fodert mit Nothwendigkeit, daß Hr. Kolettis, als verantwortlicher Minister des Königs von Griechenland, in Person und zu Athen dem so beleidigten Gesandten eine passende und schickliche Abbitte leiste. Es war nicht der leiseste Schatten einer Entschuldigung für die Beleidigung da. Es scheint, ein gewisser Oberst Karatassos war vor einigen Jahren in ein in Griechenland ausgesponnenes Project zur Beunruhigung der türkischen Besitzungen verwickelt, und es scheint, daß die türkische Regierung, in einer Maßregel gerechter Vorsicht und in der Ausübung ihres zweifellosen Rechts, ihrem Gesandten zu Athen bestimmten Befehl ertheilte, keinen Paß zu signiren, mittels dessen eine der in jene Verschwörung verwickelten Personen suchen möchte, in das türkische Gebiet zu kommen; auf der Liste der Personen, deren Paß zu signiren dem türkischen Gesandten verboten war, befand sich der Name des Obersten Karatassos. Es scheint, daß der König von Griechenland, aus ihm ohne Zweifel genügend erscheinenden Gründen, für passend gehalten hatte, den Obersten Karatassos zu einer Stelle in seinem Haushalte zu wählen, ungeachtet des Umstandes, daß Oberst Karatassos in ein Complot zur Störung der innern Ruhe der Besitzungen eines dem König Otto befreundeten Souverains verwickelt gewesen war; dieser Umstand scheint aber, nach der Ansicht der türkischen Regierung, keinen hinreichenden Grund abgegeben zu haben, ihr Verbot des Eintritts des Obersten Karatassos in die Türkei zurückzunehmen. Es scheint indeß, daß zu einer frühen Stunde am Morgen des 14. Jan. Oberst Karatassos in das Haus des Hrn. Mussurus kam, erklärte, er müsse sich diesen Nachmittag nach Konstantinopel einschiffen, er wünsche, sofort an den Piräus zu gehen, um seine Ueberfahrt zu ordnen, und daß er Hrn. Musurus bat, seinen Paß zu signiren. Oberst Karatassos' Gesuch erfolgte persönlich und mündlich und war von keiner schriftlichen und amtlichen Mittheilung von einem Departement der griechischen Regierung begleitet. Hr. Mussurus, seiner Pflicht gegen seinen Souverain gemäß, benachrichtigte den Obersten Karatassos, seine Instructionen behinderten ihn, seinen Paß zu signiren, er wolle aber die Sache seiner Regierung vortragen und um weitere Instructionen darüber bitten. Hr. Mussurus that bei dieser mündlichen Antwort auf eine mündliche Ansprache Alles, wovon er irgend glauben konnte, daß es ihm obliege, und hätte sich recht wohl begnügen können, die Sache so ruhen zu lassen. Indeß, belebt von einem Sinne der Artigkeit für die griechische Regierung, ging er, sobald er aufgestanden, zu der Wohnung des Hrn. Kolettis, um ihm den Grund zu erklären, aus dem er es abgelehnt habe, den Paß des Obersten Karatassos zu signiren. Hr. Kolettis war jedoch nicht zu Hause, da er an jenem Tage früh ausgegangen war, um einer Hochzeit und einer Taufe beizuwohnen. Am Nachmittage schickte Hr. Mussurus seinen Secretair, um Hrn. Kolettis zu suchen, und der Secretair gab dem Hrn. Kolettis die Erklärung, welche die Abwesenheit des Hrn. Kolettis den Hrn. Mussurus verhindert hatte, ihm persönlich am Morgen zu geben. Hr. Mussurus hat daher, nachdem er zuvörderst seine unbedingte Pflicht gegen seinen eignen Souverain erfüllt gehabt, nachher einen jedenfalls unnöthigen Grad von Höflichkeit gegen den Minister des Königs von Griechenland an den Tag gelegt. So blieben die Sachen bis zum Abend des folgenden Tages, wo Hr. Mussurus, in Folge einer Einladung, in den königl. Palast ging, um einem von dem König von Griechenland gegebenen Balle beizuwohnen; er blieb hier mit der übrigen dort versammelten Gesellschaft, worunter Hr. Kolettis selbst war, ziemlich eine halbe Stunde, bevor der König in den Saal trat. Der König ging nach seinem Eintritt im Kreis umher und näherte sich Hrn. Mussurus, an dessen Stelle. Bis zu diesem Augenblicke war dem Hrn. Mussurus jede Mittheilung vorenthalten worden, daß er aus einer andern Absicht als der der Artigkeit in den Palast geladen worden sei, oder daß das Verfahren, was er für seine Pflicht gehalten, in Betreff des Passes für Oberst Karatassos zu verfolgen, vom Könige von Griechenland mißfällig aufgenommen werden sei; und da Hr. Mussurus in der That die Erfüllung seiner Pflicht in dieser Sache mit einem unnöthigen Grade von Artigkeit gegen Hrn. Kolettis begleitet hatte, so hatte er keinerlei Grund anzunehmen, daß sein Verfahren in dieser Sache mißfallen habe. Allein als der König von Griechenland sich Hrn. Mussurus näherte, so hielt es, statt ihn mit den Ausdrücken jener Höflichkeit zu begrüßen, womit nicht blos Souveraine, sondern schon Privatpersonen die Gäste zu empfangen für ihre Pflicht halten, welche sie unter ihr Dach geladen, Se. hellenische Maj. auf den Rath des Hrn. Kolettis für passend, an Hrn. Mussurus einen öffentlichen Verweis dafür zu richten, daß er dem Befehle seines Souverains gehorcht; der König von Griechenland aber konnte nicht in Unkenntniß darüber sein, daß Hr. Mussurus in Gemäßheit der Befehle seiner Regierung gehandelt, da dieser Umstand schon Tags vorher dem Hrn. Kolettis erklärt worden war. Der König von Griechenland beging bei dieser Gelegenheit einen dreifachen Fehler. Zuvörderst maßte er sich ein ihm nicht gebührendes Recht an, von dem Gesandten eines andern Souverains zu verlangen, daß er den von seiner Regierung empfangenen Anweisungen ungehorsam sei; dann machte er sich eines Bruches der Gastfreundschaft gegen einen Gast schuldig, den er zu seinem Hause eingeladen; und drittens fügte er einem befreundeten Souverain in der Person des Repräsentanten desselben an seinem Hofe einen öffentlichen Schimpf zu. Für diese Beleidigung gebührt eine Genugthuung, und wenn dieselbe nicht von freien Stücken geleistet würde, ist der Sultan völlig berechtigt, zu deren Erlangung die Mittel zu ergreifen, die in seiner Macht liegen. Für Beleidigungen in passender Weise genug zu thun, setzt keine Regierung wie kein Individuum herab. Die wahre Herabsetzung liegt darin, daß man beleidigt, nicht in der Genugthuung; und die griechische Regierung hat bei dieser Gelegenheit durch die Hrn. Mussurus zugefügte Beleidigung gezeigt, daß sie in den Verhaltungsregeln unbewandert ist, welche nicht blos den Völkerverkehr, sondern schon das gesellige Leben der europäischen Länder beherrschen. Daß die von der Pforte verlangte Genugthuung nicht größer ist, als der Fall erheischt, ergibt sich durch die Thatsache, daß diese Genugthuung auf die einmüthige Empfehlung der Repräsentanten der fünf Mächte zu Konstantinopel, auf den Grund genauer Kenntniß der Umstände des Falles festgesetzt ward. Hr. Kolettis sagt, er kenne die üblen Folgen nicht, die sich für Griechenland ergeben möchten, wenn er in seiner Weigerung, der Federung der Pforte nachzugeben, beharre, und die griechische Regierung sei bereit, diesen Folgen zu begegnen. Aber diese üblen Folgen werden von der griechischen Nation empfunden werden, und der Regierung Ihrer Majestät muß es erlaubt sein, zu zweifeln, ob die griechische Nation zufrieden sein wird, für den Fehler der griechischen Regierung zu büßen.

Die Regierung Ihr. Maj. muß daher, bei dem hohen Interesse, was sie an der Wohlfahrt der griechischen Nation nimmt, zu deren Erhebung zu politischer Unabhängigkeit sie selbst beigetragen, und in ihrer Besorgniß, daß diese Nation für Handlungen büßen möge, an denen sie keinen Theil hat, nochmals aufs ernsteste der griechischen Regierung vorstellen, wie passend und gut es sein wird, wenn sie der türkischen Regierung die Genugthuung leistet, welche diese Regierung auf den einstimmigen Rath der Repräsentanten der fünf Mächte zu Konstantinopel begehrt hat.

Sie werden diese Depesche dem Hrn. Kolettis vorlesen und ihm amtlich eine Abschrift davon senden. Palmerston."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die lustigste Heldenthat des mexicanischen Feldzugs bleibt die Eroberung von Alvarado mit 2000 Einwohnern durch das kleine Kriegsdampfschiff Scourge unter dem Commandanten Hunter. Er wurde damit vor Alvarado beordert, dasselbe zu blockiren. Abends traf er davor ein, machte sich den Spaß, ein paar Kugeln und Granaten nach den Forts zu werfen, und da das Wetter sich unheimlich anließ, übernachtete er weit ab von der Küste. Als er am Morgen sich wieder näherte, kam ein Boot mit Parlamentairflagge, meldete, daß die Stadt von allem Militair verlassen worden sei, und daß der Scourge ungehindert einlaufen könne. Es ward ein Lieutenant ans Land geschickt, um die unbedingte Uebergabe binnen 30 Minuten zu fodern; diese erfolgte, und Commandant Hunter machte einen Seecadet mit fünf Mann zum Platzcommandanten, dampfte stromauf vor Flaco Talpam, einem Orte mit 7000 Einwohnern, der Lieutenant landete wieder, und die Unterwerfung erfolgte wie zu Alvarado. Auf dem Rückwege nach Alvarado kam dem Scourge ein zweiter Dampfer entgegen, der ihm die inzwischen erfolgte Ankunft von 13 Segeln mit Commodore Percy vor Alvarado meldete, auf das zu Lande General Guitman mit 2400 M. marschire. Commodore Percy glaubte anfangs, der Scourge sei genommen worden, da er nichts von ihm in See erblickte, fand aber die Flagge der Vereinigten Staaten auf dem Fort von Alvarado, und es entstand eine ungeheure Heiterkeit, als ihm der Cadet-Platzcommandant das Commando des Platzes übergab, als dessen und der sieben Forts Besatzung er nur fünf Mann ausrücken lassen konnte. Der Commodore fand indeß nachher für angemessen, den Commandanten Hunter vom Dienste zu suspendiren und vor ein Kriegsgericht zu verweisen, weil er seinen Befehl überschritten habe. Der Ausgang ist noch nicht bekannt.

Mexico.

Vom 30. April wird aus Mexico gemeldet, daß Santa Anna den General Morales wegen Uebergabe von Veracruz verhaften ließ. Seine Stellung in Cerro Gordo hielt er für unüberwindlich. Der am 17. April ohne besondern Erfolg gebliebene Angriff der Amerikaner ward als ein Sieg von ihm nach Mexico gemeldet; die Unglücksbotschaft vom 18. April brachte General Canalizo selbst. Mehre Tage hörte man dann nichts von Santa Anna; endlich vernahm man seine Anwesenheit in Orizaba, wo er mit Organisiren von Truppen beschäftigt war, sich jetzt aber nach Tehuacan in der Richtung von Oaxaca zurückgezogen haben soll.

von wo im schlimmsten Falle der Weg nach Guatemala offen steht. Perote ist in der Gewalt des Generals Scott, und von Puebla, der zweiten Stadt des Landes und der einzigen zwischen Perote und Mexico, kann er Besitz nehmen, wann er will. Sie wird ihm sofort die Thore öffnen, wenngleich sie den Beinamen der „unbesiegten" führt. In Mexico trafen die Wohlhabenden alle Anstalten, die Stadt mit ihren Familien zu verlassen und sich nach ihren tiefer im Lande liegenden Besitzungen zu begeben. Der Stadtcommandant Trigueros erließ inzwischen Proclamationen, die Bevölkerung erinnernd, daß sie Nachkommen der Azteken wären, und daß ihre größte Freude sein müsse, ihren Frauen und Kindern die blutige Hand zu zeigen, mit der sie Yankees umgebracht hätten. Man las sie und kümmerte sich nicht mehr darum. Vielleicht dürfte General Scott einmal mehr seine eignen Leute zu fürchten haben als jetzt die Mexicaner. Das Betragen der amerikanischen Freiwilligen hat im Norden Alles aufgebracht; blutige Folgen sollen bereits eingetreten sein, und dadurch könnte die mexicanische Bevölkerung noch zu einem Widerstande gebracht werden, an den jetzt Niemand bei ihr sucht.

— Die Kriegführung in Mexico scheint einen andern Charakter annehmen zu wollen. Es wird keine Feldschlachten mehr geben und ein Guerrillasystem von Seiten der Mexicaner befolgt werden. Wie weit die Amerikaner darauf sich einlassen, steht zu erwarten, ebenso, was für Repressalien die Proclamation von Canales (Nr. 171) hervorrufen wird.

— Santa Anna fodert alle männlichen Einwohner des Landes von 12 bis 50 Jahren auf, sich zu Guerrillas zu constituiren.

Brasilien.

Nachrichten aus **Rio Janeiro** vom 13. und **Bahia** vom 26. April zufolge war der Kaiser am 25. März in Campos. Die Verletzung des Gebiets von Brasilien durch argentinische Truppen (Nr. 155) wird keine ernstlichen Folgen haben; das Ganze beschränkt sich darauf, daß eine Streifpartei die Insel San Luiz eine kurze Zeit besetzt hielt.

La Plata-Staaten.

Lord Howden, der neue britische Gesandte, war am 26. April von Bahia nach dem Platastrom abgegangen, von wo die Nachrichten aus **Buenos Ayres** bis zum 5. April reichen. Aus Corrientes wird gemeldet, daß dieser Staat sich unter Maduriaga's Präsidentschaft durch einen mit Urquiza, dem Gouverneur von Entre Rios, abgeschlossenen Vertrag von neuem der argentinischen Conföderation angeschlossen und unter die Botmäßigkeit von Rosas gestellt habe. Die Blockade von Buenos Ayres bestand nach wie vor.

Wissenschaft und Kunst.

In dem Processe des Theaterdirectors Bunn in London gegen Jenny Lind hat am 14. Jun. die erste Verhandlung stattgehabt. Der Kläger fodert 10,000 Pf. St. als Schadenersatz für den angeblichen Contractbruch. Unter den Zeugen, welche von Seiten der Angeklagten producirt werden sollen, befinden sich Meyerbeer und Lord Westmoreland.

Handel und Industrie.

Eisenbahn. †Leipzig, 19. Jun. Wer sollte sich nicht freuen, wenn ein Unternehmen, bei dem der Staat im Ganzen wie im Einzelnen wesentlich betheiligt ist, nach vielfachen Anfechtungen und unglücklichen Conjuncturen dennoch rüstigen Fortgang nimmt und schon theilweise seiner Vollendung entgegenschreitet? Der dritte Geschäftsbericht der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn (Nr. 171) wird und muß das mit und ohne Absicht erschütterte Vertrauen zu dieser Bahn neu beleben und herstellen, denn er enthält nicht blos bündige Widerlegungen seitheriger Anfeindungen, die von Speculanten ausgingen, denen keine Annonce zu theuer ist, wenn durch sie ein Druck der Curse bewirkt werden kann, sondern auch die gewissenhaften und genauesten Nachweise über die Rentabilität der Bahn, theils aus amtlichen Untersuchungen, theils aus analogen Verhältnissen entlehnt. Die alten Actieninhaber können sich daraus überzeugen, daß ein Ertrag von 4 Proc. keine Schwindelei ist, jetzige Käufer dagegen, daß sie, ohne Rücksicht auf etwanigen Capitalgewinn, beinahe das Doppelte erhalten werden. Durch den Bau der Jüterbogk-Riesaer und Berlin-Hamburger Bahn sowie durch die in Aussicht gestellte Chemnitz-Zwickauer Bahn, deren Vorarbeiten die Regierung selbst übernehmen will, tritt die Chemnitzer Bahn in die Reihe der Weltbahnen. Namentlich wird der Gütertransport durch die Zu- und Abfuhr in der Richtung Berlin, Hamburg und Stettin und durch den ganzen Verkehr nach Schlesien, Polen und Rußland so bedeutend werden, daß er den der Dresdner weit übertragen muß. Und selbst der Binnenverkehr, welcher auf der Dresdner Bahn 70 Proc. beträgt, muß sich hier besser herausstellen, wenn man erwägt, daß die Anziehungskraft der beiden Endpunkte Leipzig und Dresden Viele über die ganze Bahn führt, daß die Bevölkerung an und neben der Bahn zumeist eine gewerbtreibende ist, diese zur stärksten Deutschlands gehört und die Mehrzahl derselben am Ende der Bahn wohnt. Die Vollendung der ganzen Bahn im nächsten Jahre steht bereits in Aussicht. Die in wenigen Wochen stattfindende Eröffnung der Bahn von Riesa bis an die Jschopau, ungefähr vier Meilen betragend, zieht bereits alle Ortschaften bis Waldheim hin auf deren Benutzung, wird aber andererseits wieder für das Material aus Böhmen und der sächsischen Schweiz und für die Benutzung der Elbe zu wesentlichem Nutzen gereichen. Auch die andere Strecke von Chemnitz bis an die Mulde, an allen Orten in Angriff genommen, wird vielleicht schon in diesem Jahre fahrbar gemacht werden können. Auch die größern Kunstbauten, sämmtlich herausgemauert aus dem Grunde, werden überall thätig gefördert. Zur Aufbringung der Anleihe endlich ist ein ganz neuer Ausweg gewählt worden, der nicht besser sein kann, der die alten Actionaire nicht drückt und das ganze Unternehmen unterstützt, indem nämlich die Staatsregierung die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Schuld- oder Pfandscheinen in kleinen Appoints zu 10 Thlr. mit 4, zu 20 Thlr. mit 4½ und zu 100 Thlr. mit 5 Proc. jährlicher Verzinsung und täglich laufenden Zinsen gestattet hat, für welche Scheine die ganze Compagnie Garantie leistet und die Jeder gern annehmen wird, da sie kein todtes Papiergeld sind, auch jederzeit ausgewechselt werden. Die täglichen Zinsen sind auf der Kehrseite bemerkt, an den Seiten befinden sich die jährlichen Coupons. Das ganze Unternehmen steht nun gesichert da, die Staatsregierung schenkt ihm mehr als je ihr Wohlwollen, die Zukunft gestaltet sich freundlicher als je, die Speculanten haben sich bereits meist zurückgezogen, da die Actien bei dem niedrigen Curse, wie ihn die schlechtesten deutschen Bahnen nicht haben, aufhörten, fernern Schwankungen zu unterliegen, und es steht zu wünschen und zu hoffen, daß nach einer so unerhörten Katastrophe die Reaction nicht ausbleibt, wie sie denn nirgend anderswo ausgeblieben ist, zumal die Geldverhältnisse eine bessere Gestaltung nehmen. Die Generalversammlung, von der sich bessere Zeiten für die Bahn datiren werden, findet am 21. Jun. statt.

Fruchtpreise. Leipzig, 17. Jun. Weizen 10 Thlr. 10 Ngr.; Roggen 8 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 27½ Ngr.; Hafer 3 Thlr. 7½ Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. 15 Ngr. **Döbeln**, 17. Jun. Weizen 11 Thlr.; Roggen 9 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 25 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr.; Erbsen 9 Thlr. **Leisnig**, 12. Jun. Weizen 11 Thlr.; Roggen 9 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 5 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 15 Ngr. **Zwickau**, 15. Jun. Weizen 10 Thlr. 20 Ngr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 7 Thlr.; Hafer 3 Thlr. 5 Ngr. **Berlin**, 17. Jun. Weizen 4 Thlr. 24 Sgr.; Roggen 4 Thlr.; Gerste 2 Thlr. 21½ Sgr.; Hafer 1 Thlr. 23 Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 10 Sgr. **Breslau**, 17. Jun. Weizen 5 Thlr 11 Sgr.; Roggen 5 Thlr.; Gerste 4 Thlr.; Hafer 1 Thlr. 21 Sgr.

Oel. *Leipzig, 19. Jun. Rüböl stellte sich im Anfange dieser Woche noch höher, als zuletzt berichtet, und zwar auf 12 Thlr. Dieser Preis blieb jedoch nur Foderung, und zeigten sich mehre Eigner von hier lagernden Partien dazu zum Verkauf geneigt. Ueber 11⅞ Thlr. ist bis jetzt nicht bezahlt worden. In Herbstterminen wurde Mehres zu 12½ Thlr. gehandelt, doch auch zu diesem Preise zeigten sich bald mehr Abgeber als Nehmer. Seitdem Regen eingetreten und die Hoffnung für das Gedeihen der Sommersaat wächst, ist die Stimmung entschieden flauer, und obgleich die Börse heute schloß loco Rüböl 11¾ Thlr., Herbstitermine 12⅛ Thlr., so sind doch diese Preise nur als nominell zu betrachten, und ist dazu nichts gehandelt worden.

Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 165.)

a) Im März d. J.

29)	**Magdeburg-Halberstadt**: 17,160 Personen, 98,706½ Ctr.	14,607	Thlr.	21⅔ Sgr.
30)	**Magdeburg-Leipzig**: 44,813 Personen, 181,673½ Ctr.	55,057	"	8⅓ "

b) Im April d. J.

29)	**Berlin-Potsdam-Magdeburg**: 46,556 Pers., 58,710 Ctr.	42,075	Thlr.	22⅓ "

c) Im Mai d. J.

11)	**Berlin-Hamburg**: 74,310 Personen	87,436	"	⅓ "
12)	**Berlin-Potsdam-Magdeburg**: 81,900 Personen, 58,218 Ctr.	56,088	"	10⅓ "
13)	**Berlin-Stettin**: 44,211 Pers., 132,919 Ctr.	57,891	"	19¼ "
14)	**Cöln-Minden** (Deutz—Hamm): 87,745 Pers.	34,628	"	23⅓ "
15a)	**Linz-Budweis**: 3340 Personen, 74,822 Ctr. 41 Pfd.	22,120	"	12⅓ "
15b)	**Linz-Gmunden**: 17,769 Pers., 73,795 Ctr. 35 Pfd.	15,776	"	26 "
18)	**Niederschlesische Zweigbahn**: 9535 Pers.,	6189	"	13 "

Staatspapiere. Amsterdam, 16. Jun. 2½pc. Int. 57½; Rußl. 5pc. Hope 105⅛; 4½pc. Handel½. 174⅛. Frankfurt a. M., 18. Jun. Oestr. Bkact. 1062; 250 Fl. L. 121; 500 Fl. L. 155. Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅝ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 48½ Br.; 25 Fl. L. 28½; Nass. 25 Fl. L. 26; Sard. 45⅝; Kurhess. 31⅞. London, 14. Jun. 3pc. Cons. 88⅛; Port. 4pc. 53½; Span. act. 22⅝; 3pc. 34½. Paris, 16. Jun. 5pc. 117. 65; 3pc. 74. 00; Neap. 103. 50.

Actien. Amsterdam, 16. Jun. Rhein. Eisenbahn 103. Frankfurt a. M., 18. Jun. Taunusb. 450. Nordb. 72½. Berb. 93⅞. Paris, 16. Jun. Versail. r. 360; l. 222½; Paris-Orleans 1275; Paris-Rouen 972½; Paris-Strasburg 928½; Paris-Lyon 1171½; Rouen-Havre 655; Marseille-Avignon 732½; Strasburg-Basel 190; Orleans-Bordeaux 511¼; Orleans-Bierzen 617½; Nord 595.

Berliner Börse, 19. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95½, 3½pc. Staatsschuldsch. 84, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93½, ostpr. 96½, pomm. 95⅞ Br., schles. 97⅞, 4pc. pos. ritt. neue 99½pc. 93⅝, kur- u. neum. 94½, Lausitzer 112½, Friedrichsd'or 113½, Disconto 4½ Prec. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 94½, Berlin-Anhalt. 111, Berlin-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 97½, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 95, Prior. Act. A. u. D. 4pc. 91½, 5pc. 101½, Berl.-Stettin 109¾, Cöln-Minden 4pc. 94, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Sächs.-Bayer. 4pc. 103½, Niederschl. 87½, Prior.-Act. 4pc. 92, 5pc. 101½, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 98½, Prinz-Wilhelmsb. St.-A. 4pc. 80 Br., Rhein. 84½ Br., Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Bayer. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 93½ Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 81½ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 99½, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Mind. 4pc. 93½, Magd.-Wittenb. 84½ Br., Mecklenb. 74½, Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72¾, Pos. Statz. 4pc. 83¾ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99⅜. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅞, 1. Anl. (Hope) 4pc. 93½, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 93½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95½, Partial à 500 Fl. 4pc. 80, à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Bcert. Zinsl. 16⅔ Br., Litt. B. 300 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-A. 88 Br., Kurhess. Prām.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Prām.-Anl. à 36 Fr. 9¼ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20½ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau**.
Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Novellen-Zeitung. IV. Band. Wöchentlich eine Nummer. Vierteljährlicher Preis 1 Thlr.

Mit Anfang Juli beginnt die Novellen-Zeitung ihren vierten Band und eröffnet denselben mit einem neuen Roman des Verfassers der Bernsteinhexe unter dem Titel:

Sidonia von Bork, die Klosterhexe,

angebliche Vertilgerin des gesammten herzogl. Pommerschen Regentenhauses.

Herausgegeben von

Wilhelm Meinhold,

Verfasser der Bernsteinhexe.

Bestellungen auf die Novellen-Zeitung werden in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen. Dieselbe erscheint regelmäßig jede Mittwoche in einem Bogen von 16 zweispaltigen Seiten und kostet vierteljährlich 1 Thlr.

LEIPZIG, J. J. WEBER. [2355]

Die Regulirung der Uhren nach mittlerer Zeit, ein täglich und allenthalben dringender sich zeigendes Bedürfniß, kann auf keine Weise leichter und sicherer durchgeführt werden als vermittelst richtig construirter Sonnenuhren.

Wir können, auf den Grund der vor uns liegenden zahlreichen, die mehrjährige Ausübung der Sonnenuhrenkunst durch den Verfasser beurkundenden Zeugnisse und vor Allem auf den Grund der, von dem k. Conservator der Sternwarte zu Bogenhausen, Herrn Dr. Lamont, erlassenen günstigen Beurtheilung, die durch den kgl. Baurath und Vorstand der Baugewerksschule in München, Herrn Dr. Vorherr, öffentlich als „meisterhaft bearbeitet" erklärte Schrift des königl. b. Steuer-liquidations-Geometer **Ferchel,** unter dem Titel:

Praktische

Sonnenuhrenkunst für Jedermann ꝛc.

Neue Auflage.

als das, zur Erreichung des in Rede stehenden Zweckes beste und vielleicht einzige, wahrhaft praktische Werk, unbedenklich anempfehlen. Es enthält eine vollständige Anleitung zur Verfertigung von Sonnenuhren an Gebäuden, nach einem leicht faßlichen und vermittelst einer neuen einfachen mechanischen Vorrichtung eben so leicht ausführbaren Verfahren, sammt einer Anweisung zur allerleichtesten Art der Construirung von Horizontal-Uhren vermittelst Zahltafeln, enthaltend die Winkel für die ganzen, halben und Viertelstunden, berechnet von zehn zu zehn Minuten geographischer Breite von 44 bis 56 Grad einschlüssig.

Das mit 9 Figurentafeln ausgestattete, sauber gebundene Buch kostet nur 1 Fl. 12 Kr. oder 22½ Ngr., ist also eben so gewiß Jedermann zugänglich, als es allgemein brauchbar ist, da bei Befolgung des hier gegebenen Unterrichts selbst die geringste Stufe von Schulbildung zur ausgedehntesten Ausübung der eben so nützlichen als interessanten Kunst zureicht.

Pustet'sche Buchhandlung in Passau.
C. Pleuger.

[2332]

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2360] in Leipzig.

Portland-Cement,

zum Abputz oder Bewurf von **Façaden,** zu **Wasserbauten, Ornamenten,** Belegung von **Fussböden** etc. unvergleichlich; friert nicht ab, übertrifft alle andern Cemente an **Bindekraft** und **Dauerhaftigkeit** und hat eine **schöne helle Sandsteinfarbe.** Das Fass von 4 Centner 6 Thlr. Pr. Cet.

Gutta Percha,

vereinigt alle guten Eigenschaften des Leders mit denen des Kautschuks. Roh in Blöcken circa 14 Sgr. pr. Pfd.

Hamburg, 1847.

[2011—14] ***Emil Müller.***

Bekanntmachung.

Das den Erben weil. Frauen Christianen Theodoren verehel. gewesener Hauptmann von Kretzschmar in Loschwitzer Flur gehörige, aus den Gebäuden Nr. 244 des Brand-Katasters und den Flurstücken Nr. 163, 710, 711, 728, 729 und 730 bestehende, mit 164,98 Steuer-Einheiten, sowie einem jährlichen Zins von 14 Ngr. 4 Pf. und 2 Schock Eiern belastete, **herrschaftliche Weinbergsgrundstück,** welches ohne Berücksichtigung der Oblasten zu 7150 Thlr. von den Baugewerken und Localgerichtspersonen taxirt worden, soll auf Antrag der Erbinteressenten

den 20. Juli dieses Jahres

an hiesiger Gerichtsstelle (Scheffelgasse Nr. 37, 2. Etage) freiwillig unter gewissen, sowol bei uns als in dem betreffenden Grundstück ausliegenden Bedingungen nach Befinden im Ganzen oder in zwei Abtheilungen versteigert werden.

Alle Diejenigen, welche gedachtes Grundstück oder einen Theil desselben an sich zu bringen gemeint sein sollten, werden daher hiermit aufgefodert, gedachten Tages früh an Gerichtsstelle zu erscheinen, über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, ihre Gebote zu erklären und nach 12 Uhr Mittags des Zuschlags an den annehmlichen Meist- oder Minderbietenden gewärtig zu sein.

Dresden, am 12. Juni 1847.

Des Stadtgerichts Deputation zu des Raths Materni-Hospital-Amte.
[2347—49] **Schneider.**

Une Bonne française qui parle correctement sa langue, désire se placer de suite à Leipzig comme femme de chambre ou chez des enfans. S'adresser à l'Expedition de Deutsche Allgemeine Zeitung. [2343—44]

Bei **F. A. Brockhaus** in Leipzig erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Ungarische Zustände.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr.

Für Diejenigen, die zu einer klaren Anschauung über die in der ungarischen Nation sich kundgebenden Regungen und Bestrebungen gelangen wollen, wird diese Schrift von ganz besonderm Interesse sein. [2361]

Abonnements-Einladung.

Unterzeichnete erlaubt sich in Erinnerung zu bringen, daß mit dem 1. Juli ein neues Quartal der

Weser-Zeitung

beginnt, und ersucht sowol die bisherigen geehrten Abonnenten dieses Blattes, ihre Bestellungen zu erneuern, als auch Diejenigen, welche mit diesem Termine einzutreten beabsichtigen, sich so bald als möglich an das ihnen zunächst gelegene Postamt zu wenden.

Bremen, im Juni 1847. [2333]

C. Schünemann's Verlagshandlung.

Haus-Verkauf.

In **Lindenau** soll ein Haus, welches sich wegen seiner schönen Lage und Einrichtung ganz besonders zum Sommeraufenthalt oder zu einer Fabrik eignen würde, aus freier Hand verkauft werden. Näheres unter **G. G. E.** in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2362]

Ein routinirter Reisender wünscht die Muster von couranten **Manufactur-Waaren** provisionsweise für die Rheinprovinz ꝛc., Belgien oder Holland zu übernehmen.

Frankirte Briefe unter der Chiffre **J. W.** befördert die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2354]

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 21. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Die Regimentstochter,** komische Oper von Donizetti. Marie, Frl. von Marra.

Dienstag, 22. Jun. **Nathan der Weise,** Schauspiel von Lessing. Nathan, Herr Anschütz, vom k. k. Hofburgtheater in Wien, als erste Gastrolle: Recha, Frl. Unzelmann.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Dr. Hermann Friesberg in Brieg mit Frl. Henriette Cracow in Berlin.

Getraut: Hr. Buchdruckereibesitzer Karl Schultze in Berlin mit Frl. Mathilde Greinert. — Hr. Gutsbesitzer Otto Stürmer in Schützberg mit Frl. Auguste Pelborn aus Berlin.

Geboren: Hrn. W. W. Derham in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Regierungsrath J. W. Grashof in Köln eine Tochter. — Hrn. Justitiar Siemon in Liegnitz ein Sohn. — Hrn. J. S. Sohn in Köln ein Sohn. — Hrn. Agent F. W. Tessmar in Berlin zwei Söhne.

Gestorben: Frau Dompastor Anna Bredenkamp in Bremen. — Frau Elise Rust in Bremen. — Frau Fanno v. Skrbensky in Klein-Gorzitz. — Frau Wundarzt Tschöcke in Breslau.

Dienstag — Nr. 173. — 22. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Aus Thüringen. Die Auswanderung. ⊙Von der Elbe. Die englische Politik in Griechenland. ☌Leipzig. Bauten. — Der Stuttgarter Beobachter. — Freisprechung in Kassel. — Der Großfürst-Thronfolger in Darmstadt. — Der Herzog von Braunschweig. **Bremen. Der Washington.

Preußen. Berlin. Landtag. **Berlin. Die Verhandlung über die Mahl- und Schlachtsteuer.

Oesterreich. +Von der böhmischen Grenze. Die Sachsen in Siebenbürgen.

Portugal. Die Junta von Oporto.

Spanien. Die Königin. Palafox. Der Wechselcurs auf Hamburg. Die Quecksilbergruben von Almaden. General de la Concha. Hr. Olozaga. Diesjähriger Weizen.

Großbritannien. Das Unterhaus. Die stimmberechtigten Wähler in Irland. Der Repealverein. Hr. R. A. Fitzgerald. Denkmal für Carton. Todtenschaugericht. Die Nordpolexpedition.

Frankreich. Parlament. Der Proceß Cubières. Die Budgetberathung. Die Zeitungen. Die Bordeaux-Cette-Eisenbahn. Der russische Kriegsminister. ♄Paris. Stürmische Sitzung der Deputirtenkammer. ⁝Paris. Die lyoner Propaganda.

Belgien. Brotunruhen in Tongern.

Schweiz. Luzerner Tagsatzungsinstruction.

Dänemark. Die russische Flotte.

Griechenland. Unordnung in Patras.

Türkei. Konstantinopel. Die griechisch-türkische Differenz.

Nordamerika. Das Passagiergesetz.

La Plata-Staaten. Oberst Rodriguez.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Getreidepreise. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner Eisenbahn. — Wollmarkt in Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

† **Aus Thüringen**, 19. Jun. In Nr. 161 dieser Zeitung empfiehlt der †-Correspondent aus Norddeutschland die Auswanderung nach Canada und wird von Siebenbürgen aus förmlich zur Einwanderung in das dortige Sachsenland eingeladen. In Nr. 162 winkt ein bremischer Correspondent nach Südaustralien. Vor nicht zu langer Zeit war eine griechische Colonisation im Vorschlag; Ungarn, Serbien sind es auch wiederholt gewesen; auch für Südamerika sind einige Versuche gemacht worden. Der große Zug der Auswanderung geht aber immer noch nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wir lesen von Zeit zu Zeit die großen Zahlen der Auswanderer, wir hören wenig oder nichts von ihrem Schicksal, und was wir hören, läßt für die allergrößte Zahl nicht viel Günstiges hoffen. Gewiß, daß in den Vereinigten Staaten sich Vieles vereinigt, was dorthin anlocken kann, und gewiß, daß dort vor Allem die Möglichkeit winkt, wenn nicht sich, doch seinen Erben ein im Vergleich zu hiesigen Aussichten sehr bedeutendes materielles Glück mit verhältnißmäßiger Sicherheit zu gründen. Gewiß aber auch, daß sich eben dort viele Verhältnisse finden, welche für die Allerwenigsten diese Möglichkeit zu einer Wirklichkeit werden lassen. Es ist ein stürmisches, gefahrvolles und wechselreiches Wesen, der Einwanderer ist überall von Betrug und Herzlosigkeit umringt, der gewaltige Dampfwagen dieser riesenmäßigen Entwickelung rasselt einher, und wie viele Individuen unter seinen Rädern zermalmt werden, kümmert ihn nicht: er führt die Geschicke des mächtigen Volksganzen vorwärts. Hauptsächlich, es ist Alles dort grundanders als bei uns, und Niemand wird dort gedeihen und Behagen finden, der nicht grundanders wird als er hier ist. Wie sehr das der Fall sei, das hat kürzlich erst Gerstäcker in einem trefflichen Volksbuche („Der deutschen Auswanderer Fahrten und Schicksale", Leipzig 1847), was sehr passend den vierten Band der „Volks-Bibliothek" bildet, so unbefangen als wahr und lebensvoll gezeigt und darin eben so viel ernste Warnungen wie beherzigenswerthe Rathschläge niedergelegt. Was Viele dort suchen: günstige materielle Bedingungen und erhöhte Freiheit von allerlei Drückendem und Beengendem, was bei uns die von dichter Bevölkerung unzertrennlichen Einrichtungen und Zustände mit sich führen, das ist auch anderwärts und zum guten Theil unter größerer Sicherheit und Ruhe zu finden, wie z. B. namentlich in englischen Colonien. Noch empfehlenswerther möchten Ansiedelungen in solchen europäischen Ländern sein, wo man die besten Vortheile europäischen Culturlebens genießen und manchen Uebeln desselben entgehen, jedenfalls aber sich in naher Verbindung mit der verlassenen Heimat erhalten kann. Aber hi[illegible] manche mißliche Zustände namentlich in den Donauländern [illegible] den Weg. Weder in Ungarn noch in den Donaufürstenthümern ist der Rechtsstand so gesichert und wohlgeordnet, daß man rathen könnte, sein Glück auf ihn zu bauen. Serbien ist noch am besten daran, weil es Volksfreiheit auch für die untern Stände hat. Am einladendsten würde allerdings das siebenbürgische Sachsenland mit seiner grundfreien Verfassung, seinen altdeutschen Sitten und Rechtsgewohnheiten sein; indessen der Correspondent in Nr. 161 räumt selbst ein, daß es nur eine mäßige, allmälige Einwanderung von Landwirthen brauchen kann. Wir kommen immer wieder darauf zurück, daß auch in dieser Beziehung die orientalische Frage höchst bedeutsam ist, sowie daß es vor Allem Noth thut, die Auswanderung unter eine gewisse wohlthätige Leitung und Ordnung zu bringen.

⊙ **Von der Elbe**, 20. Jun. Die Sympathie des deutschen Volks für Griechenland macht ihm alle Ehre, indessen scheinen einige Schriftsteller in der Wärme ihrer Gefühle den völkerrechtlichen Punkt in der Angelegenheit des Mussurus übersehen zu haben. Einem fremden Gesandten ist von dem griechischen Souverain eine öffentliche Beleidigung zugefügt worden, und die Vertreter der fünf Mächte zu Konstantinopel haben einmüthig entschieden, daß Hr. Kolettis, als der verantwortliche Minister des Souverains, der zu einem so ungewöhnlichen Verfahren gegriffen, den Vorgang bei dem Gesandten entschuldigen müsse. Nichts kann klarer sein, als daß die Pforte das Recht hatte, diese Genugthuung zu verlangen. Nun hat man freilich gesagt, Gründe der Politik hätten Rußland und England, besonders das Letztere, bestimmen sollen, für Griechenland in dem Streite Partei zu nehmen, damit die Würde des griechischen Staats nicht herabgesetzt werde. Indessen hat ein solches Raisonnement in völkerrechtlichen Fragen seine gefährliche Seite. Wir meinen im Gegentheil, jeder völkerrechtliche Streit sollte nach seiner wahren Sachlage entschieden werden, und es sei im eignen Interesse Griechenlands, daß man es lehre, die Gebräuche gebildeter Nationen zu achten. Wo ein Unrecht begangen worden, da setzt es keine Würde herab, wenn dem beleidigten Theil eine passende Genugthuung gewährt wird.

Jeder kluge Minister würde sich beeifert haben, eine unvorsichtige Handlung seines Souverains entschuldigen zu dürfen. Aber Hr. Kolettis hat bei dieser und manchen andern Gelegenheiten, während seiner amtlichen Laufbahn, seine Nichtbeachtung bestehender Gebräuche an den Tag gelegt, und seine Hartnäckigkeit ist es, welche Griechenland büßen muß. Die Schuld des Hrn. Kolettis ist es, daß die griechische Verfassung so übel gewirkt hat, denn immer seit seiner Gelangung zum Staatsruder ist die ausführende Gewalt dort systematisch beschäftigt gewesen, diese Verfassung zu untergraben und aufzulösen. Er beharrte im Amte, nachdem er das Vertrauen der Kammern gänzlich verloren und trotz feindlicher Mehrheiten und Mistrauensvoten. Warum hat Hr. Kolettis nicht den verfassungsmäßigen Ausweg eingeschlagen, abzutreten und dadurch seine Achtung für den in Griechenland anerkannten Grundsatz des dortigen Systems zu zeigen? Wenn er bei den Wahlen Erfolg hat, so kann das nur durch groben Misbrauch der Kronmacht geschehen. Ein Brief einer glaubwürdigen Person in Athen, den ich gesehen habe, datirt vom 9. Mai, sagt: „Eine von Kolettis mit Leitung der Wahlen in einem weiten Bezirke beauftragte Person sagte vor wenig Tagen zu seinen Sendlingen: «Wir stecken bis an den Hals in Ungesetzlichkeiten aller Art und können nur durch eine Indemnitybill oder Amnestie gerettet werden, mithin müssen wir jedes Mittel anwenden, um eine Mehrheit in der Kammer zu erlangen, die eine Indemnitybill passiren läßt, und wenn diese Mittel fehlschlagen und Bürgerkrieg anfachen sollten, so müssen wir ihn schüren und Dörfer und Alles verbrennen, um eine fremde Intervention zu Wege zu bringen, deren erste Frucht natürlich eine allgemeine Amnestie sein wird.»" Das rechte Verfahren für einen Minister der griechischen Krone ist: der Verfassung freien Lauf zu lassen. Ohne Zweifel ist die Corruption weit gediehen, sowol unter den Deputirten wie unter den Dienern der Krone; aber der Versuch, bei den Wahlen durch einen Handstreich zu siegen, legt sich offen als ein Schritt der Selbsterhaltung dar und verschlimmert die Leiden des Volks lediglich für die selbstsüchtigen Zwecke des Ministeriums.

Die Deutschen sind sehr mistrauisch gegen den russischen Einfluß, aber gewiß heißt es den Russenhaß zu weit treiben, wenn man meint, die russische Politik sei auf die Erniedrigung des griechischen Staats gerichtet, zu dessen Schöpfern Rußland gehört hat und dem es ein beständiger und treuer Beschützer gewesen ist. Rühme man aber auch an, Ruß-

land hätte den Plan, sich dereinst in Griechenland zu vergrößern, welche Absicht könnte England haben, an solcher Politik Theil zu nehmen? England hat kein denkbares Interesse in Griechenland, außer als eine seiner Schutzmächte, zur Aufrechthaltung des Friedens und der Wohlfahrt des Landes, und wenn die englische Regierung, wie die russische, ihre Mißbilligung des Verfahrens des Hrn. Kolettis ausgedrückt hat, so geschah es blos, weil die Maßregeln dieses Ministers unweise, unverfassungsmäßig und geeignet gewesen sind, die Sicherheit des Throns von König Otto zu gefährden. Die Meinung, Griechenland besitze keinen andern Leiter, der fähig sei, eine Verwaltung zu bilden, ist nicht blos dem Thatbestande widersprechend (wie ein Blick in eine Liste der Oppositien sofort zeigt), sondern in der That eine Beleidigung für die Fähigkeiten dieses begabten Volkes.

Die Einbildung, daß England durch den Aufschwung der griechischen Handelsflotte beunruhigt werde, ist wirklich zu abgeschmackt, um Beleuchtung zu verdienen. Griechenland hat 5000 eigne Schiffe, meist von sehr geringer Tragkraft, hauptsächlich in der Nähe ihrer eignen Küsten beschäftigt, während England sie mit Vergnügen in seinen Häfen sehen würde. Aber daß die britischen Rheder auf solch eine Flotille eifersüchtig wären, das wäre eben so lächerlich, als wenn sie von einer panischen Furcht wegen der steigenden Zahl der Canots von Tahiti ergriffen würden.

Mit Einem Worte, die deutschen Schutzredner der Kolettis'schen Verwaltung würden besser thun, zu zeigen, daß diese Verwaltung ehrlich, weise oder nach constitutionellen Principien verfahren sei, statt dem Cabinet von Petersburg oder dem von London Absichten schuld zu geben, für welche nicht der mindeste Beweis beigebracht werden kann und welche mit dem ganzen Charakter des Verfahrens dieser Mächte in Betreff Griechenlands unverträglich sind.

§ **Leipzig**, 20. Jun. Die **Bauwuth**, welche in den letzten Jahren auch unsere Stadt heimsuchte, hat sich in diesem bedeutend gelegt. Schuld daran ist einestheils der Ueberfluß an Logis, von denen insbesondere größere leer stehen, anderntheils und am meisten die Geldkrisis des letzten Winters. Wir verdanken der frühern Bauwuth das Entstehen von vier Vorstädten, welche jetzt zur Zierde der äußern Stadt gehören, reich an schönen und geschmackvollen Gebäuden sind und durch die Menge von Gärten Mannichfaltigkeit und Anmuth in die alte Einförmigkeit gebracht haben. Keine Vorstadt hatte mehr Schwierigkeiten zu überwinden als der sogenannte **Reichel'sche** und **Riedel'sche Garten**. Seine tiefe Lage, der sumpfige und von Kanälen durchschnittene Boden schienen ihn zum Anbau wenig geeignet zu machen. Aber der rastlosen Emsigkeit des jetzigen Mitbesitzers des Grundstücks, des Dr. Heine, ist es gelungen, das unmöglich Scheinende ins Werk zu setzen. Das große Terrain ist bereits vor Ueberschwemmung durch Dämme gesichert, durch Ausfüllung der Kanäle trocken gelegt, mit Schleusen versehen und die Straßen zum Theil schon gepflastert und mit stattlichen Gebäuden besetzt worden. Die Vorstadt wird erst Wichtigkeit erlangen, wenn die zwei Brücken über die Elster geschlagen sind, wodurch dem Verkehre der Stadt zwei neue Zugänge nach Lindenau hin eröffnet werden, was immer fühlbarer wird. Zur Zierde desselben gereicht bereits das neue Logengebäude, welches seinem innern Ausbau immer mehr entgegenrückt. In der Nähe desselben ist auch ein anderes großes Gebäude, ein Vergnügungsort, Odeon genannt, mit einem der größten Säle Leipzigs vollendet.

Die größte Zierde ist jedoch der Platz an der neuen **katholischen Kirche**, welcher mit äußerst geschmackvollen Privatwohnungen und Gärten umgeben ist. Die katholische Kirche ist äußerlich bis auf den Putz des Thurmes vollendet. Vor kurzem ist auch die kunstreiche Pyramide des Thurmes vom Gerüste befreit worden und ragt nun zum Schmucke des ganzen Stadttheils stolz über die Häuser empor. Der innere Ausbau der Kirche schreitet sichtbar seinem Ende entgegen, sodaß möglichst schon Ende August die Kirche vom Bischof Dittrich eingeweiht und der heiligen Trinität gewidmet werden soll. Zur Verwaltung der Bauangelegenheiten wurde von der katholischen Gemeinde mittels Abstimmung ein Ausschuß gewählt, die Mittel zum Bau wurden durch Sammlungen im In- und Auslande sowie durch bedeutende Geschenke hoher Personen zusammengebracht. Das Ergebniß der Sammlung betrug ungefähr 60,000 Thlr., während der Bau auf 80,000 Thlr. veranschlagt war und, wie sich jetzt zeigt, mehr als 100,000 Thlr. kosten wird. Es fiel dies gerade in eine Zeit, wo der Geist der Zwietracht, Unzufriedenheit und Spaltung wie die norddeutsche katholische Christenheit insgesammt, so auch die hiesige Gemeinde heimsuchte, indem ungefähr das Fünftheil derselben zur neukatholischen Gemeinde übertrat. Der Bau, unter der Oberleitung des im Kirchenbau bewährten Künstlers Professor Heideloff aus Nürnberg im Frühjahr 1845 begonnen, gedieh unter der Mitwirkung der Architekten Klug und Geiger, der Maurermeister Purfürst und Siegel, der Zimmermeister Leideritz und Schwabe, der Steinmetzmeister Einsiedel und Hiller aus Dresden bereits im Herbst 1846 unter Dach. Mit diesem Frühjahre begann die Aufführung des Thurmes, der schon Ende Mai bis auf den Abputz vollendet war. Die Länge der Kirche beträgt 159 Fuß; die Länge des Schiffes 89, die Breite desselben 74, die Breite des Chors 36 Fuß. Dagegen beträgt die Höhe der äußern Mauer 53, die des Schiffes 86 und die des Thurmes 185 Fuß. Das Chor hat drei, das Schiff vierzehn, der Thurm außer mehren kleinern ein großes Portalfenster; die Sacristeien zu beiden Seiten haben noch eine Rosette. Das Schiff zerfällt durch zwölf Säulen in ein Mittelschiff und zwei Seitenschiffe. Auf ihnen ruht die hölzerne mit Stuck überzogene Decke. Die Säulen sind von Holz. Emporkirchen sind nicht vorhanden, das Chor befindet sich über dem Haupteingang an der Abendseite, und unter diesem drei Logen; zwei dergleichen zu beiden Seiten des Altarplatzes. Der Altäre gibt es drei; der Hauptaltar am Ostende der Kirche, die beiden kleinern zu beiden Seiten der Nebenschiffe. Die Decke des Altarplatzes ist dunkelblau und mit goldenen Sternen übersäet, die Rippen der Bogen sind roth und gold. Die Kanzel besteht aus kunstvoll gearbeiteten Schnitzwerken und ist gleich dem Gehäuse der Orgel in Baiern gefertigt; Baumeister der Orgel ist Hr. Urban Kreutzbach aus Borna; sie bekommt 25 Stimmen und ist auf 3000 Thlr. veranschlagt, wird jedoch bis zur Einweihung nicht fertig. Die Spitzbogen der Fenster werden mit buntem Glas ausstaffirt und im mittelsten Fenster des Altarplatzes sollen einige alte Glasmalereien eingerahmt werden. Der Giebel des Schiffes bildet eine mit verzierten Rundbogen geschmückte Katzenleiter; das Dach der Kirche, des Chors und der Sacristeien ist mit Schablonenschiefer gedeckt; die Thurmspitze bildet eine steinerne Pyramide und ist am Fuß und der Galerie mit kleinen Thürmchen gleich den Sacristeien geschmückt. Mit Ausnahme der Verzierungen sind die Backsteine in ihrem naturellen Zustande belassen, nur mit rothem Firniß überzogen worden, was einen eigenthümlichen, aber nicht unangenehmen Eindruck macht. Der Thurm soll drei Glocken und eine Uhr bekommen. Für die Kanzel- und Altarbekleidung sorgen die Frauen der Gemeinde, für die Altarkissen die Jungfrauen; die jungen Männer sammeln zur Anschaffung des Missale und der Leuchter.

— Der **Stuttgarter Beobachter** ist am 18. Jun. als weißer Bogen erschienen. Derselbe enthält lediglich den Titel der Zeitung und die Signatur des verantwortlichen Redacteurs.

— In **Kassel** wurden bekanntlich vor einigen Monaten zwei dasige Bürger, der Barbier **Löwer** und der Posamentirer **Buch**, plötzlich verhaftet, aber nach mehren Tagen wieder in Freiheit gesetzt. Das Urtel ist nun erfolgt und veröffentlicht, dahin lautend: in Erwägung, daß sie die ihnen zur Last gelegte Theilnahme an einer hochverrätherischen Unternehmung in Abrede stellen, nach dem Ergebnisse der Untersuchung auch, bei unbegründet befundenem Verdachte, deren Freisprechung erfolgen muß, werden die Angeklagen wegen Hochverraths freigesprochen unter Niederschlagung der Kosten. (Fr. J.)

— Der **Großfürst-Thronfolger von Rußland** und seine Gemahlin sind am 17. Jun. in **Darmstadt** eingetroffen.

— Es ist, wie die Schlesische Zeitung berichtet, die Prinzessin **Luise von Mecklenburg-Schwerin** (geboren 17. Mai 1824), mit welcher sich der **Herzog von Braunschweig** am 15. Jun. zu Potsdam verlobt hat. (Nr. 172.)

** **Bremen**, 19. Jun. Heute Morgen 6½ Uhr hat der **Washington** auf der Rhede in Bremerhafen geankert. Neben der amerikanischen Flagge, die vom Fockmast weht, führt er auf dem zweiten Hauptmast die bremer Staatsflagge. Der Briefbeutel gelangte schon um 11¼ Uhr nach der Stadt, ebendahin kamen auf dem Dampfschiffe Gutenberg die Passagiere, so viele ihrer sich nicht über Kuxhafen nach Hamburg begeben hatten. Das Dampfboot grüßte mit Kanonenschüssen, und als es an der Schlachte landete, wo die Schiffe ihre Flaggen aufgezogen hatten und eine mit Eichenlaub verzierte Landungsbrücke errichtet war, begab sich unser Bürgermeister Smidt auf dasselbe, um die Passagiere zu bewillkommnen. Jeder Passagier hat eine in Neuyork angefertigte lithographirte Abbildung des Washington erhalten. Die Schlachte war mit unzähligen Menschen bedeckt, sowie überhaupt die ganze Stadt in der freudigsten Aufregung ist; mehre Gebäude haben Fahnen ausgesteckt.

Preußen.

Berlin, 20. Jun. In der Sitzung der **Stände-Curie** am 16. Jun. wurden weiter, nach einiger Debatte über den Grundsatz der Simultanschulen, dem Gutachten der Abtheilung gemäß, die §§. 25 und 26 des Judengesetzentwurfs angenommen, der §. 27 abgelehnt, §. 28 mit einer Aenderung angenommen, auch mit 213 gegen 177 Stimmen beschlossen, daß auf Errichtung von Anstalten zur Ausbildung jüdischer Lehrer angetragen werden solle, während nur sehr wenig Mitglieder dafür waren, daß dies auf Kosten des Staats geschehe. Die Frage, ob die Aufnahme jüdischer Lehramtsaspiranten in Seminare für christliche Lehrer zu gestatten sei, ward mit 206 gegen 183 Stimmen bejaht. §. 29 blieb unverändert; bei §. 30 erhielt ein Aenderungsvorschlag der Abtheilung Beistimmung, die übrigen Paragraphen bis 33 ließ man bestehen. §. 34 kam dagegen, mit 239 gegen 127 Stimmen, in Wegfall, wie die Mehrzahl der Abtheilung gerathen hatte. Es sollte dieser Paragraph der Heranziehung der Judenkinder zum Schacher entgegenwirken. Ueber §. 35, welcher die Fähigkeit zu Staatsämtern betrifft, entspann sich eine längere Verhandlung. Ein Theil der Abtheilung wollte die Juden zu allen Staatsämtern zugelassen wissen, welche nicht ihrer Natur nach ein christliches

Glaubensbekenntniß voraussetzten, ein anderer nahm die Aemter, welche mit Cultus und Unterricht in Verbindung stehen, das Richteramt und die Dirigentenstellen, aus, ein dritter blieb bei dem Gesetzentwurf. Graf Schwerin schlug die Fassung vor: „mit Ausnahme derjenigen Staatsämter, die mit den Cultus- und Unterrichtsangelegenheiten der Christen in Verbindung stehen". Die Abgg. v. Gaffron und Wodiczka sprachen für den zweiten Vorschlag, v. Berries für den Gesetzentwurf. Graf Helldorf wollte auch die Kategorie der Landräthe ausgenommen wissen. Abg. Knoblauch sprach für die weiteste Fassung; Abg. v. Wedell, der keine „jüdische Bureaukratie" mochte, für den Gesetzentwurf. Endlich ward die Frage gestellt: „Sollen die Juden zu allen Staatsämtern zugelassen werden, mit Ausnahme derer, mit welchen eine Leitung oder Beaufsichtigung der christlichen oder Cultusangelegenheiten verbunden ist?" und, unter namentlicher Abstimmung, mit 220 gegen 215 Stimmen bejaht. Hierauf ward folgende königl. Cabinetsordre verlesen:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern gnädigen Gruß. Da schon jetzt mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß die von der Curie der drei Stände in Bezug auf unser Patent und die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. beschlossenen, gegenwärtig der Herren-Curie zur Berathung vorliegenden Anträge bis zum 19. d. M. ihre Erledigung nicht finden werden, so wollen wir für diese Verhandlungen des ersten Vereinigten Landtags hierdurch noch auf so lange Frist ertheilen, bis die Berathungen unserer getreuen Stände über jene Anträge beendigt und die Befehle, zu denen wir uns durch das Resultat dieser Berathungen bewogen finden möchten, von unsern getreuen Ständen erledigt sein werden. Wir haben unsern Landtagscommissar beauftragt, uns anzuzeigen, an welchem Tage hiernach die Schließung des ersten Vereinigten Landtags wird erfolgen können. Uebrigens bleiben wir unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Gegeben Sanssouci, 16. Jun. 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. An die zum Vereinigten Landtage versammelten Stände."

Die Herren-Curie fuhr am 15. Jun. in der Berathung desselben Gesetzes fort. In §. 14 ließ man den zweiten Satz fallen. §. 15 ward in Wegfall gebracht; die §§. 16—26 wurden mit minder wesentlichen Aenderungen angenommen, §. 27 abgelehnt, die §§. 28—34 angenommen. Bei §. 35 wollte die Abtheilung statt der im Gesetzentwurfe begründeten Ausnahme aller Aemter, welche mit obrigkeitlicher Gewalt verbunden sind, gesetzt wissen: „mit Ausübung einer richterlichen, polizeilichen und executiven Gewalt". Fürst Lynar sprach gegen alle Ausschließung; ebenso Graf Dohna, Graf York und Graf Zieten. Dagegen erklärten sich Graf Burghauß, Graf Solms-Baruth, Graf Kielmansegge und der Referent im Sinne des Gesetzentwurfs und der Abtheilung, deren Antrag auch angenommen ward. (A. P. Z.)

**Berlin, 15. Jun. Die Verhandlungen des Vereinigten Landtags über die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer und Einführung einer Einkommensteuer gewähren nicht blos in Bezug auf den speciellen Gegenstand der Erörterung die interessantesten Aufschlüsse, sondern bieten auch in allgemeinerer Beziehung eine ernste, sehr beherzigenswerthe Lehre, welche hoffentlich nicht ohne allseitigen Nutzen gegeben sein wird. Seit Jahren waren wir gewohnt, in unzähligen Zeitungsartikeln, in Monatsschriften, in Broschüren den heftigsten und gehässigsten Angriffen gegen die bestehende Schlacht- und Mahlsteuer zu begegnen. In Bierhäusern, Kaffeehäusern, Bürgergesellschaften und Volksversammlungen bildete die Schlacht- und Mahlsteuer den Gegenstand fortdauernder aufgeregtester Bekämpfung. Petitionen mit der Foderung ihrer Aufhebung wurden mit zahlreichen Unterschriften bedeckt und den Provinziallandtagen zur Befürwortung bei der Regierung übergeben. Unter den Provinzialständen haben im Jahr 1845 sich die brandenburgischen Stände mit Stimmenmehrheit, die sächsischen fast einstimmig und die preußischen mit 78 gegen 9 Stimmen für die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer sowie die Ersetzung derselben durch eine Klassensteuer ausgesprochen. Bei solcher Lage der Dinge sah sich die Regierung veranlaßt, den scheinbar so vielseitigen und dringenden Wünschen nach Beseitigung der Consumtionssteuern entgegenzukommen und zugleich mit der Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer den Ständen die Einführung einer Einkommensteuer zu proponiren. Kaum war dieser Entschluß bekannt geworden, so ging eine der großartigsten Umwandlungen der Tagesstimmung vor, welche wir je erlebt haben. Die Wortführer der öffentlichen Meinung, welche sich so gern als die bevollmächtigten Repräsentanten des allgemeinen Volksurtheils hinstellen, wurden in der Journalistik plötzlich stumm. In den Zeitungsspalten, welche bisher mit den wüthendsten Ausfällen gegen die Schlacht- und Mahlsteuer angefüllt waren, erschienen allmälig Aufsätze zur Vertheidigung der indirecten Besteuerung. Auch die Zeitschriften verstummten, und auf dem Gebiete der Broschürenliteratur war die bisherige so ungebehrdige Feindschaft wie mit einem Zauberschlage vom Kampfplatze verschwunden. Daß in Bürgergesellschaften noch ferner Vorträge über die Nothwendigkeit einer Aufhebung der Consumtionssteuern gehalten wären, haben wir nicht vernommen. Volksversammlungen sind nicht weiter abgehalten worden, um Petitionen gegen diese Steuern zu Stande zu bringen. Allerdings sind beim Vereinigten Landtag Anträge in Bezug auf diesen Gegenstand eingegangen, aber nicht wie früher mit dem Wunsche nach Aufhebung, sondern — so namentlich aus Posen — mit dem Wunsche nach Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer. Und auf dem Vereinigten Landtage selbst endlich haben sich fast nur Stimmen zu Gunsten der bestehenden indirecten Steuern vernehmen lassen. Wo sind denn, fragen wir, die Scharen von Gegnern, mit denen wir seit Jahren auf diesem Felde so manchen hitzigen Strauß bestanden? Niemand will sich mehr zur alten Fahne bekennen; am Ende war der ganze Tumult eines vieljährigen Kampfes ein Wahngebilde? Wie man es nehmen will; aber die Spuren des Kampfes sind thatsächlich vorhanden. Wir besitzen noch alle jene glühenden Expectorationen der Tagespresse gegen den Steuerdruck der niedern Volksklassen. Die Presse hat uns ebenfalls Act gegeben von den gesinnungstüchtigen Reden, durch welche in Bürgergesellschaften und Volksversammlungen der Widerwille der Menge gegen die bestehende Steuergesetzgebung wach gerufen und in Harnisch gebracht wurde. Eben so sind die zahllosen Petitionen gegen die Consumtionssteuer einregistrirt und die Anträge der Provinzialstände in der Tagesgeschichte aufgezeichnet.

Alles ist heute anders geworden. Fast Niemand will von dem alten „liebgewordenen Freunde" Schlacht- und Mahlsteuer scheiden. Die Wortführer der öffentlichen Volksmeinung in der Tagespresse werden vom Vereinigten Landtage desavouirt. Der Abg. Stöpel äußert: „Wenn die Tagespresse hin und wieder der Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer das Wort geredet hat, so ist es unschwer, darin ein affectirtes, nicht mit staatswissenschaftlichen Kenntnissen unterstütztes Streben zu erkennen, den untern Volksklassen zu schmeicheln." Wir wissen nicht, ob der geehrte Abgeordnete dasselbe Urtheil über die Consumtionssteuergegner in den Bürgerressourcen hegt, aber wir könnten Redner namhaft machen, die sich jetzt mit großem Eifer für die Beibehaltung der Steuer erklärten, während dieselben in den königsberger und breslauer Bürger- und Volksversammlungen, als die tobende Feindschaft gegen die Schlacht- und Mahlsteuer noch mit als Prüfstein zeitgemäßer Gesinnungstüchtigkeit angesehen wurde, wenn auch nicht persönlich mit gegen diese Steuer zu Felde zogen, so doch keins von all den schönen Worten zu deren Rechtfertigung anzubringen sich entschließen konnten, welche sie heute zu deren Verherrlichung in solcher Fülle ausschütten. Wir unsererseits sind nun weit entfernt, die glänzenden Reden, welche wir zur Vertheidigung der Schlacht- und Mahlsteuer gehört haben, angreifen zu wollen. Wir freuen uns vielmehr, daß endlich eine gründliche Prüfung der Sache zu Aufklärung der Gemüther geführt und statt des vagen Vorurtheils das sachgemäße Urtheil zum Siege gebracht hat. Wir freuen uns namentlich auch der Sinnesänderung, welche sich in Betreff der indirecten Steuern bei denjenigen Provinzialständen kundgibt, welche früher gegen diese Steuern eingenommen waren. In unserer Freude vergessen wir aber auch nicht, aus dieser Erscheinung die große und wahre Lehre zu ziehen, welche uns hier so bereitwillig dargeboten wird. Diese allseitig nutzbare, noch so häufig verkannte Lehre lautet: daß es nicht rathsam sei, für alle scheinbaren Wehen der Zeit einerseits sofortige Abhülfe zu fodern, und andererseits diese Abhülfe sofort zu gewähren. Jede Uebereilung im Entgegenkommen kann nur der bessern Besinnung den Raum entziehen, sich geltend zu machen. Wie aber die Erfahrung bei der Schlacht- und Mahlsteuer zeigt, ist unsere Zeit, so ungeduldig sie sich in ihren falschen Wehen mitunter auch gebehrden mag, keineswegs der bessern Besinnung unzugänglich.

Oesterreich.

+ Von der böhmischen Grenze, 18. Jun. Auch wir haben das neulich (Nr. 161) in dieser Zeitung erwähnte Schriftchen des Hrn. Wolf: „Siebenbürgen nach Land, Volk, Geschichte und Verfassungen", mit Vergnügen gelesen. Gewiß ist namentlich die Erhaltung altdeutscher Freiheit und Sitte durch so viele Jahrhunderte und hart an der türkischen Grenze ein sehr interessantes Schauspiel, und nicht ohne Grund die Vermuthungen, die der Verfasser über den Stamm dieser Deutschen aufstellt. Uns war ein Zug besonders merkwürdig, den er anführt. Die Bürger eines Dorfes theilen sich in zwei bis vier sogenannte Nachbarschaften; jede derselben wählt aus ihrer Mitte einen Vorsteher (Nachbarvater). Zweck derselben ist: Ehrbarkeit und sittlichen Lebenswandel zu fördern. Jeder aus der Schule getretene Jüngling gehört bis zu seiner Verheirathung, durch welche er in die Nachbarschaft übertritt, einer Brüderschaft an, deren Zweck derselbe ist, die aber auch Strafgewalt hat. Die Burschе wählen aus ihrer Mitte einen Altknecht, einen Jungaltknecht, einen Weitknecht und zwei Hirtenknechte als Beamte und halten unter dem Vorsitz eines Kirchenvaters oder eines Nachbarvaters monatliche Versammlungen. Sie üben Polizei und Sittengericht und besitzen ihre Fahnen und Trommeln, mit denen sie bei festlichen Gelegenheiten aufziehen. Auch die Jungfrauen bilden eine Gemeinschaft unter einer Altmaid. Das sind altdeutsche Einrichtungen, trefflich geeignet zur Organisation des Volkslebens, die sich dort erhalten haben und noch heute bewähren, sich aber freilich, wie so Vieles, viel leichter erhalten als einführen lassen.

Portugal.

Aus Lissabon bestätigen Nachrichten vom 9. Jun., daß die Junta von Oporto sich zu der Annahme der vom Obersten Wylde ihr früher gestellten Bedingungen der Unterwerfung verstanden habe. Unter den Repräsentanten der drei intervenirenden Mächte in Lissabon herrschte das beste Einverständniß. Die gefangenen 2500 M. der Expedition unter das

Antas befanden sich nach wie vor in dem von britischen Marinetruppen besetzten Fort St.-Julian. Der französische und britische Gesandte versuchten auf alle Art dem weitern Einmarsche spanischer Truppen vorzubeugen. Vom 10. Jun. meldet das Journal des Débats aus Lissabon, daß die Königin eine vollständige Amnestie für die Insurgenten erlassen hat. Auch aus Oporto reichen die Nachrichten bis zum 9. Jun. Es herrschte vollkommene Ruhe. Die fremden Kriegsschiffe hatten die Blockade des Douro für ihre Flagge bereits aufgehoben, die portugiesischen Kreuzer aber noch nicht, daher dieselbe fortbestand. Große Schwierigkeiten lagen darüber vor, auf welche Weise die Autorität der Königin hergestellt werden solle. Die Junta führte noch das Regiment und Villa Nova sowie das Sierra-Kloster wurden sogar in vermehrten Vertheidigungszustand gesetzt, weil Marschall Saldanha Miene zu machen schien, als wolle er keine rechte Zeit für die Umgestaltung der Dinge gestatten.

Spanien.

Als die Königin am 9. Jun. Abends austritt, wurde sie von einer großen Anzahl Bittstellerinnen umringt, deren eine auf ihren Befehl sich näherte und eine Bittschrift um Anweisung des Finanzministers zur Auszahlung der Rückstände an die ärmere Klasse der Staatsgläubiger überreichte. Im königlichen Hofhalt ist neuerlich durch Aufhebung der Stellen innerer Kämmerer des Palastes eine Ersparniß von 390,000 Realen oder circa 20,000 Thlr. jährlich erlangt worden. Die Zeitungen fahren fort, sich über den Zwang zu streiten, welcher zu der Vermählung der Königin führte, und den die im Solde der gestürzten Minister stehenden Blätter verneinen. Dem General Pezuela ist nun doch der Aufenthalt in Madrid gestattet worden. Ein Erlaß des Finanzministers ermächtigt die San Fernandobank zu Vorschüssen auf Actien der Madrid Aranjuez-Eisenbahn. Dem Clamor publico zufolge soll derselbe entschlossen sein, zum Verkaufe der eingezogenen Güter von Don Carlos sowie der Johanniter von Jerusalem zu schreiten. Das Eco del Comercio ist wegen einiger Artikel über die Königin Christine in einen Preßproceß verwickelt worden.

— Die Gaceta de Madrid vom 12. Jun. bringt ein königl. Decret, welches dem Sohne des verstorbenen Generalcapitains Palafox, Herzogs v. Saragossa, dem Don Francisco de Palafox y Melci, seines Vaters Titel für ihn und seine Nachkommen erblich verleiht. Ein zweites königl. Decret bestimmt mit Abänderung des Decrets vom 18. Febr. für den Wechseleurs auf Hamburg, daß auf den deshalb zu erkennen gegebenen Wunsch des hamburger Handelsstandes ein Peso fuerte von 20 Realen V. künftig die feste Valuta sein soll. Auch das Protokoll der am 10. Jun. stattgehabten Licitation der Ausbeutung der Quecksilbergruben von Almaden und Almadenijos auf fünf Jahre wird publicirt. Der von der Regierung in dem versiegelt dabei niedergelegten und zuerst eröffneten Couvert gestellte niedrigste Preis war 1720 Realen für den castilischen Centner. Die eingereichten Gebote waren von Don Conrado Lothes 1200 Realen; von Don José Ortiz de Zarate 1660 Realen; der Bevollmächtigte des Hauses Rothschild wollte sein Gebot (10 Realen mehr als jedes andere Gebot) an veränderte Licitationsbedingungen knüpfen, daher es nicht angenommen werden konnte; ebenso ging es aus gleichen Gründen Don Manuel de Gaviria. Von den Banken de Ultramar und de la Probidad ward ein Gebot von 1640 Realen, von der Bank de Fomento von 1731 Realen gethan und der Pacht schließlich der letztern zugeschlagen.

— Der Befehlshaber der spanisch-portugiesischen Interventionsarmee, General de la Concha, befand sich am 5. Jun. in Zamora, wo, sowie in Salamanca, die Vorbereitungen zum Abmarsche der versammelten Truppen eifrig betrieben wurden. Ein Blatt hatte behauptet, daß es dem General gänzlich an Geld für seine Truppen fehle. Der Español erwidert darauf, daß demselben Mittel angewiesen worden seien, den Soldaten täglich 1 Real auszahlen zu können.

— Hr. Olozaga kam auf der Reise nach Arnedo mit seiner Familie vor kurzem durch Vico, wo ihm die Bevölkerung besonders ehrenvolle Zeichen ihrer Achtung gab und das Haus bekränzt und mit einer Inschrift versehen hatte, wo er übernachtete. Abends ward ihm eine Serenade gebracht.

— In Xerez ist schon Weizen von diesjähriger Aernte zu Markte gebracht worden.

Großbritannien.

London, 16. Jun.

Die Vertagung des Unterhauses wegen Unvollzähligkeit erfolgte gestern Abend vor 8 Uhr. Nachdem Sir R. Peel in längerer Darlegung sich vollständig für die ministerielle Politik in Portugal ausgesprochen und durchaus vermeint hatte, daß aus der bis 5. April aufrecht gehaltenen Nichteinmischung und der unter veränderten Umständen nachher eingetretenen Entschließung für Einmischung ein Vorwurf zu machen sei, erklärte er ausdrücklich, daß er ganz ebenso gehandelt haben würde, wenn er Minister wäre. Schließlich äußerte er sich dahin, daß ohne Entfernung der jetzigen schlimmen Rathgeber der Krone in Portugal und ohne Beseitigung der Cabralisten keine Gewähr für die Anerkennung der Autorität der Krone zu erlangen sein werde. Es könne dann zu Ereignissen kommen, wo England nicht den Rath und den Beistand mehr gewähren könne wie jetzt, von dem er hoffe, daß er die Zwecke verwirklichen werde, zu denen er gegeben werde, nämlich zur Stütze einer alten Monarchie und zur Vereinigung der constitutionellen Freiheit mit ihr. Nachdem Sir Robert geschlossen hatte, leerte sich das Haus sehr bald, und Dr Bowring ward mitten in seinem Versuche, Sir R. Peel zu widerlegen, durch Hrn. Newdegate's Antrag auf Zählung des Hauses unterbrochen, der zur Vertagung desselben führte.

— In Irland waren am 1. Febr. 1837 in Allem stimmberechtigte Wähler von Mitgliedern für das Parlament 122,070 eingezeichnet; am 1. Febr. 1846 betrug ihre Zahl 128,735 und am 1. Febr. 1847 war sie 138,654.

— Der Repealverein war am 14. Jun. in Dublin versammelt. Es wurde Mancherlei vom Nothstand im Lande verhandelt. Hr. O'Hea gab seine Verwunderung über die Bigoterie des britischen Unterhauses zu erkennen, wo bei dem Antrag auf ein Wahlausschreiben zum Ersatze des verstorbenen Dan. O'Connell weder Sir R. Peel noch Hr. Roebuck oder Lord J. Russell ein Wort zu Ehren des vom Schauplatz abgetretenen großen Mitgliedes gesagt hätten. Der Ertrag der Repealrente war 36 Pf. St.

— Ein Unterhausmitglied für Tipperary, Hr. R. A. Fitzgerald, ein Repealer, ist in Irland vom Typhus hingerafft worden.

— Zu Ehren der Einführung der Buchdruckerkunst und des ersten englischen Buchdruckers Will. Caxton wird am Ausgange der neuen breiten Straße, welche unter dem Namen Victoriastraße von der Westseite der Westminsterabtei bis zum Buckinghampalast jetzt geöffnet wird, ziemlich nahe an der Stelle ein Denkmal errichtet, wo Caxton in der Vorhalle von Westminster um 1474 die erste Presse aufstellte. In einer dieser Tage deshalb gehaltenen Versammlung führte Lord Morpeth, Oberintendant der Waldungen, den Vorsitz, und der nordamerikanische Gesandte Hr. Bancroft gab in beredten Worten den thätigen Anklang zu erkennen, welchen dieses Unternehmen auch in den Vereinigten Staaten finden werde.

— Die Jury des Todtenschaugerichts über die bei Wolverton auf der London- und Northwestern-Eisenbahn am 5. Jun. dadurch Verunglückten (Nr. 164), daß ein Weichensteller den anlangenden Wagenzug auf ein falsches Schienengleis dirigirte, hat am 15. Jun. nach wiederholter Verhandlung ihren Spruch abgegeben. Dieser geht auf Tödtung von Menschen gegen den Weichensteller, woran die Erklärung geknüpft ist, daß die Eisenbahncompagnie so wichtige Stellen für die Sicherheit der Reisenden zuverlässiger besetzen, auch jeden Zug mit einer angemessenen Zahl von Schaffnern und von bremsfähigen Wagen auszustatten nicht mehr unterlassen möge.

— Die aus 15 auserwählten Leuten der Mannschaft des Genietorps bestehende Abtheilung, welche dazu bestimmt ist, auf dem M'Kenziefluß in Booten zur Aufsuchung der 1845 unter Capitain Franklin abgegangenen, 126 M. starken Nordpolexpedition unter Sir J. Richardson auszuziehen, wenn bis 1848 keine Nachricht von der Expedition eingehen sollte, ist bereits nach der Station der Hudsonsbaicompagnie am Mackenzie von England unterwegs. Sie wurden aus einer großen Anzahl von Freiwilligen ausgehoben, welche dazu sich meldeten, und sind Alle Mäßigkeitsmänner. Nach Sir J. Richardson's Plane soll diese Hülfsexpedition Vorräthe für Capitain Franklin mitführen. Dr. King, welcher bei der zur Aufsuchung von Capitain Roß 1833—34 ausgesendeten Expedition als Arzt war und sie längere Zeit führte, hat seine Dienste ebenfalls angeboten, räth aber, die Vorräthe nach der westlichen Spitze von North-Somerset zu bringen, wo man die Reisenden vermuthlich finden werde, und außerdem an mehren Stellen welche zu hinterlegen, den Reisenden aber die Kunde davon zu bringen, was weit leichter und schneller möglich sei, als bei dem gleichzeitigen Transporte der Vorräthe.

Frankreich.

Paris, 17. Jun.

Der Pairskammer wurde gestern durch Hrn. Jard Panvilier der Bericht über den definitiven Abschluß der Staatsrechnungen von 1844 übergeben; der Minister des Unterrichts legte in Vertretung des Grafen Duchatel mehre von der Deputirtenkammer bereits votirte Gesetzentwürfe auf dem Bureau nieder. Nach Erledigung einiger Bittschriften wurde die Berathung der Medicinalreform bei §. 3 fortgesetzt, welcher die Besetzung der Lehrerstellen an den Facultäten aus Professoren und Aggregés, ebenso an den medicinischen Secundairunterrichtsanstalten, wo aber auch noch besondere Hülfslehrer zulässig sind, festsetzt und ohne Debatte angenommen worden. Nach §. 4 werden Aggregés nur auf sechs Jahre angestellt. Sie bleiben nachher ohne besondere Verpflichtung Mitglieder der Universität, beziehen aber kein Gehalt mehr. Auch dieser §. wurde angenommen. Der §. 5, welcher den Concurs als Weg zu diesen Anstellungen festsetzt, führte durch Hrn. Cousin's gegen die Concurse gerichtetes Amendement zu längerer Debatte, die am Ende vertagt wurde. Das Gesetz über die Aushebung von 8000 M. der Klasse von 1847 und einige Gesetzentwürfe von örtlichem Belang wurden außerdem votirt.

In der Deputirtenkammer übergab Hr. Arago den Bericht über einen Gesetzentwurf zur Autorisirung der Stadt Paris, 25 Mill. anzuleihen und den Aufschlag der Frankſteuer zu verlängern. Die Berathung des Demesmay'schen Vorschlags, von 1848 oder auch erst 1849 an die Salzsteuer von 3 Decimes das Kilogramm auf 1 Decime zu vermindern, wurde dann fortgesetzt. Der Minister des Innern Graf Duchatel variirte vielfach das Thema, daß man die Einnahme nicht ohne die Ausgabe vermindern könne, beantwortete aber die Aufforderungen, sie durch Convertirung der 5prec. Rente, durch Ersparnisse überhaupt zu vermindern, nicht näher. Schließlich nahm die Kammer mit 264 gegen 14 Stimmen die Herabsetzung vom 1. Jan. 1849 an.

— Die Pairs sind zum 21. Jun. eingeladen, den Bericht über die Untersuchung in der Cubieres'schen Angelegenheit zu vernehmen.

— Die Berathung des Budgets, glaubt man, werde am 21. oder 22. Jun. beginnen können und der Schluß der Session am 20. bis 25. Jul. erfolgen.

— Das Journal des Débats findet, freilich mit Recht, nichts Ueberraschendes darin, daß die Deputirtenkammer die im vorigen Jahre mit 240 gegen 26 Stimmen gegen die Regierung gutgeheißene Reform der Salzsteuer gestern mit 264 gegen 14 Stimmen von neuem sanctionirte. Das Cabinet habe sich darüber durchaus keine Illusionen gemacht und warum es für die Hinausschiebung der Sache sich bemühte, sei damit zu erklären, daß seine Pflicht in solchen Fragen unter dermaligen Umständen mit der der Kammer nicht harmonire. Die Kammer brauche ja nicht zu sorgen, woher die 30 Mill. genommen werden sollen, die etwa den Ausfall beim Salze betragen können. Die «Presse» und der Constitutionnel weisen schadenfroh auf die neue Niederlage der Regierung hin.

— Die Auflösung der Bordeaux-Cette-Eisenbahngesellschaft wird demnächst erfolgen. Innerhalb zwei Monaten wird den Actionairen auf eingezahlte 100 Fr. eine Abschlagszahlung von 58 Fr. zu Theil werden, und versteht die Regierung sich zur Rückgabe der Caution, so werden noch 35—36 Fr. folgen.

— Man will aus Petersburg die sichere Nachricht haben, der Kriegsminister Tschernyscheff werde Frankreich besuchen.

ψ **Paris**, 17. Jun. Die Deputirtenkammer ist bei Berathung der Girardin'schen Angelegenheit. Alle Galerien sind voll, alle Bänke mit Deputirten besetzt. Der erste Redner war Hr. Billault. Seine leidenschaftlichen Aeußerungen brachten große Bewegung hervor. Der Minister des Innern, Graf Duchatel, die Deputirten D'Haussonville und de Girardin gaben Erläuterungen; Hr. Pleugoulm sprach kräftig für die Untersuchung. Eine große Aufregung bemächtigte sich der Kammer, welche zu der Suspension der Verhandlung nöthigte, um Ruhe zu gewinnen, Hrn. Odilon-Barrot zu hören, welcher hauptsächlich die Principfrage behandelte und Hrn. de Girardin direct zu vollständigen Aufklärungen herausforderte. Dieser beantragte ein geheimes Gesammtcomité. Nach einem gewaltigen Tumulte ward der Antrag zurückgenommen und Hr. de Girardin betrat um 5 Uhr bei Postabgang die Rednerbühne.

Paris, 17. Jun. Diese Zeitung hat zwar im Allgemeinen über die Finanzen der lyoner katholischen Glaubensverbreitung für 1846 berichtet, aber auf die geheimen Fonds dieser Gesellschaft nicht aufmerksam gemacht, mit welchen sie eingeständlich auf den protestantischen Norden Europas einwirkt. Im Interesse desselben, vorzüglich Deutschlands, füllen wir diese Lücke aus. Es ist in mehren Kammern mehrfach von den geheimen Operationen der Jesuiten in protestantischen Ländern die Rede gewesen. Die Freunde und Vertheidiger der Jesuiten haben diesen Kryptojesuitismus in Abrede gestellt, und bei der bekannten Feinheit dieser hat man ihre Machinationen nicht actenmäßig und handgreiflich ins Licht stellen können. Die lyoner Propaganda überhebt die deutschen protestantischen Publicisten und Deputirten dieser Beweise. In ihrem Rechenschaftsberichte vom vorigen Jahre verkündet sie es der Welt ohne Hehl, daß sie „20,000 Fr. einem ungenannten Etablissement in einem deutschen protestantischen Lande zahle.“ Seien wir dafür den lyoner Jesuiten resp. Propagandisten dankbar; ob die guten deutschen Ultramontanen es sein werden, daran möchten wir fast zweifeln. Denn Letztere haben bisher, wir wissen nicht ob aus Unwissenheit oder aus Klugheit, das Dasein eines solchen Etablissements standhaft geläugnet. Dennoch ist die Existenz desselben nun außer Zweifel, und nur über den Ort desselben sowie über seine eigentliche Wirksamkeit werfen die Lyoner noch einen Zweifel. Ob damit das sehr bedrohte Dasein der Jesuitencolonie in Köthen gefristet oder das ketzerische Preußen, Mecklenburg, Hamburg bekehrt werden soll, das sagen die Lyoner allerdings nicht. Aber sie haben genug gesagt, um endlich das Dasein einer geheimen Propaganda in einem deutschen protestantischen Lande außer allen Zweifel zu stellen. Doch die Lyoner machen in ihrem Berichte noch ein anderes interessantes Geständniß. Sie berechnen ihren gläubigen Gebern 150,000 Fr. für ungenannte Missionen im nördlichen Europa. Nun läugne noch Jemand und bezweifle das Dasein einer geheimen römischen Propaganda im protestantischen Norden! Nach diesem Geständniß darf es selbst die Jesuiten nicht wundern, wenn Rußland, Schweden, Dänemark, Hamburg und Mecklenburg immer auf dem Qui vive! gegen den propagandistischen Katholicismus sind und zögern, alte gegen die römische Kirche gegebene und heute im Allgemeinen nicht mehr zeitgemäße Gesetze aufzuheben, denn der Jesuitismus will den alten römischen unduldsamen Glauben wieder herstellen. Die Staaten können demselben demnach auch mit den alten Gesetzen entgegentreten. Was sich aber bei diesen geheimen Fonds der römischen lyoner Propaganda klar herausstellt, ist dies. Christlich ist dieses Verfahren nicht. Denn der Stifter der christlichen Religion erklärt ausdrücklich: „Wer Arges thut, der hasset das Licht und kommt nicht ans Licht!“ Wenn ihr also das Licht hasset und das Etablissement nicht nennt, welches ihr in einem protestantischen Lande mit 20,000 Fr. und jene, die ihr im protestantischen Norden mit 150,000 Fr. unterstützt, so thut ihr Arges. Denn wäre eure Thätigkeit eine wahrhaft rühmliche, christliche, so dürftet ihr das Licht nicht scheuen.

Belgien.

Es haben in **Tongern** am 13. Jun. Abends Brotunruhen stattgefunden, wobei an einigen Bäckerläden die Fenster eingeworfen wurden. Die Gendarmerie konnte zu Fuße die Volkshaufen nicht auseinanderbringen, sie mußte aufsitzen, und nun erst gelang es ihr mit Mühe, dem Tumult ein Ende zu machen. Der Bürgermeister und der königl. Procurator haben in großer Gefahr geschwebt.

Schweiz.

Die zur Prüfung der Tagsatzungsinstruction niedergesetzte Großrathscommission von **Luzern** bringt den Antrag an den großen Rath, die Gesandtschaft habe an der Tagsatzung zu erklären, daß der Stand Luzern jedwede Einmischung einer Zwölfständemehrheit in die sogenannte Sonderbunds- und Jesuitenangelegenheit von sich ablehne und einer mit Gewalt versuchten Vollziehung sich mit Gewalt widersetzen werde.

Dänemark.

Von **Helsingör** wird gemeldet, daß dort ein russisches Geschwader von sechs Linienschiffen, einer Fregatte, einer Corvette, einer Brigg und einem Dampfschiff auf der Rhede ankert. Von Dragee wird die Ankunft von noch drei Fregatten gemeldet, welche zu demselben gehören und das Fahrwasser für noch größere, 24 Fuß tief gehende Kriegsschiffe, die in vierzehn Tagen von Petersburg nachkommen, untersuchen sollen.

Griechenland.

In **Patras** fiel am Allerheiligenfeste eine Unordnung vor, bei welcher die von einigen Joniern auf einer Bude aufgesteckte englische Flagge zu Boden fiel und dann von einem Haufen zerrissen durch die Straßen getragen worden sein soll. Der englische Consul drang mit Ernst auf Genugthuung. (A. Z.)

Türkei.

Die Karlsruher Zeitung berichtet **von der Donau** vom 12. Jun.: „Die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel sind vom 2. Jun. Die von Griechenland angesprochene und auf Discretion angenommene Vermittelung Oesterreichs hat der Pforte die Rückkehr des Hrn. Musurus nach Athen zugestanden. Daselbst wird derselbe eine Entschuldigung aus dem Munde des Hrn. Kolettis (oder, wenn dieser sich zu einem solchen Schritte nicht sollte entschließen können, eines seiner Collegen) entgegennehmen, demnächst aber durch die Pforte zurückberufen werden.“

Konstantinopel, 2. Jun. Letzten Freitag sind die erwarteten Vermittelungsvorschläge des österreichischen Cabinets in der griechisch-türkischen Differenz hier eingegangen. Die Pforte hat darüber mehre Berathungen im Divan gepflogen, in Folge deren der Reis-Efendi vorgestern zwar nur mündlich, aber in einer Art sich erklärt haben soll, die keinen Zweifel zuläßt, daß die Sache sich auf dem besten Wege zur Ausgleichung befinde. Namentlich hat der Minister, wie es heißt, sich darüber Glück gewünscht, daß durch das Gewicht des Staatsmannes, der das Geschäft der Vermittelung übernommen, die Pforte sich beruhigt fühlen und die Mäßigung und Versöhnlichkeit, durch welche sie sich bisher leiten ließ, nun ohne Bedenken walten lassen könne. Das größte Bedenken, das im Schooße des Divans erhoben worden, sei dahin gegangen, daß eine zu weit getriebene Nachgiebigkeit, weit entfernt einer großmüthigen Schonung der materiellen Interessen zugeschrieben zu werden, leicht als eine Wirkung der Furcht hätte ausgelegt werden können, wogegen sich zu verwahren dem Divan die Pflicht der Selbstachtung geboten habe. Dieses Bedenken falle nun durch die Dazwischenkunft einer dem Sultan so befreundeten Macht, wie es Oesterreich sei, weg, sowie durch die Rücksicht, welche die Pforte den weisen Rathschlägen dieser Macht schuldig zu sein erachte. Darauf soll der Minister noch auf eine Schwierigkeit, die in den Vermittelungsvorschlägen nicht berührt zu sein scheint, die Aufmerksamkeit geleitet haben. Es betrifft diese Schwierigkeit dem Vernehmen nach die Art und die Priorität des Besuchs zwischen dem griechischen Premier und dem türkischen Gesandten, wenn Letzterer dem Vermittelungsvorschlage gemäß auf längere oder kürzere Zeit sich wieder nach Athen begeben sollte. Ueber diesen Punkt sollen nun der Internuntius, Lord Cowley und Ali-Efendi eine Conferenz gehabt haben, worin man zu einem Resultat gelangte, dessen Mittheilung nach Wien wahrscheinlich durch den heutigen Kurier geschehen wird. Ueberhaupt hat Lord Cowley (früher Wellesley) in dieser ganzen Angelegenheit von Anbeginn bis zu diesem Augenblick eine Unparteilichkeit und Leidenschaftlosigkeit sowie eine so freundliche Berücksichtigung der griechischen Interessen an den Tag gelegt, die uns über alles Lob erhaben scheint, zumal wenn man damit die

Stimmung vergleicht, welche die ganze Zeit über in London geherrscht hat. Die HH. de Bourqueney und Ustinoff sollen ebenfalls über das Ergebniß der erwähnten Conferenz ihren Beifall ausgesprochen haben. In Folge dieser Verhandlungen hat die Pforte heute die Erklärung abgegeben, daß sie den Vorschlägen des österreichischen Cabinets vom 19. Mai beitrete, und mit aller Zuversicht erwarte, daß die Angelegenheit binnen 30 Tagen, das ist bis zum 2. Jul., entschieden sein werde. (A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das amerikanische Passagiergesetz ist durch ein Circular des Schatzsecretairs in den beiden Punkten, gegen welche die vorzüglichsten Beschwerden gerichtet waren, abgeändert worden. Dieses Circular verordnet nämlich, daß 1) bei der Raumbestimmung der für die Schlafstellen der Passagiere erforderliche Platz nicht besonders und noch außer den 14, resp. 20 Fuß des in dem Gesetze für jeden Passagier vorgeschriebenen Deckraums berechnet werden soll, 2) daß der festgesetzte Termin des 31. Mai nicht auf die Ankunft der Schiffe in den amerikanischen Häfen, sondern auf den Abgang derselben aus den resp. europäischen Häfen Anwendung finden soll. Durch diese Bestimmungen wird dieser Gegenstand einstweilen zur Zufriedenheit erledigt sein, da eine Abänderung des Gesetzes selbst nur durch den Congreß geschehen kann. Die ganze Sachlage und das Circular des Schatzsecretairs selbst findet sich in folgendem Artikel der Deutschen Schnellpost dargelegt:

„Die Grundzüge des zur Veröffentlichung uns übergebenen und unter den heutigen Anzeigen abgedruckten Regierungsgesetzes zur Regulation der Fahrt der Passagiere in Kauffahrteischiffen sind unsern Lesern längst bekannt. Dieses wichtige, vielbesprochene Gesetz hat, wenn auch seine wohlwollende Absicht um so einleuchtender sein muß, als dessen beschränkende Bestimmungen nicht weniger als das europäische, das amerikanische Schiffsinteresse treffen, einen allgemein beunruhigenden Eindruck gemacht und wurde meist als eine ernste Demonstration gegen die zunehmende Einwanderung angesehen. In Deutschland wollte man aus dieser neuen Regulation auf die Absicht unserer Regierung schließen, die Einwanderung unvermögender Personen gänzlich zu hintertreiben. In allen Auswanderungshäfen herrschte große Bestürzung unter den Rhedern, deren Klagen in den öffentlichen Blättern widerhallten. Am meisten Beschwerden erregte, wie vorauszusehen, jene Bestimmung, nach welcher die ursprüngliche Regulation, daß der für jeden Passagier bestimmte Raum mindestens 14 Quadratfuß betragen müsse, dahin erläutert wurde, daß der für die Schlafstellen (die für jeden Passagier separat aufzuschlagen) erforderliche Raum von 9 Quadratfuß nicht von den erwähnten 14 Fuß genommen werden dürfe, sondern diesem hinzugefügt werden müsse, sodaß für jeden über ein Jahr alten Passagier 23 Quadratfuß anzuweisen waren. Dieser erläuternde Zusatz schien weder in der Billigkeit noch selbst in dem Wortlaute der Bestimmung, auf die er sich bezog, begründet, wie wir bei unsern ersten Bemerkungen über das Passagegesetz auszusprechen nicht unterließen. Aber dies war noch nicht einmal die Hauptbeschwerde, welche gegen das Gesetz erhoben wurde, vielmehr richtete sich diese gegen den Zeittermin, welcher für das in Kraft tretende neue Gesetz so kurz genommen war, daß es dadurch in ungerechter Weise eine rückwirkende Kraft erlangen und vielfachen Verlust und Verwirrung herbeiführen mußte. In Liverpool fand eine Versammlung der Rheder statt, deren Resultat eine Eingabe an Lord Palmerston war, dessen Vermittelung zu dem Zweck angesprochen wurde, wenigstens die nöthige Erstreckung der Frist von der amerikanischen Regierung zu erlangen. Unter diesen Umständen ist es höchst erfreulich, daß unsere Regierung, wie wir immer gehofft, unter Beibehaltung der im Interesse der Menschlichkeit gebotenen Reformen des Passagegesetzes und seiner Hauptbestimmungen eine Modification der oben berührten Punkte eintreten läßt, welche die befürchteten nachtheiligen Folgen derselben entfernt. Zu diesem Zweck erließ sie folgendes Rundschreiben an die Einnehmer und übrigen Beamten der Zollstätten:

„Departement des Schatzes, 13. Mai 1847. Die Einnehmer und übrigen Angestellten beim Zollwesen sind angewiesen, die Verfügungen der Circularinstructionen vom 7. März d. J., welche den Bestimmungen des Congresses zur Regulirung der Passagierüberfahrt in Handelsschiffen beigefügt wurden, insoweit als näher bestimmt (modified) zu betrachten, daß durch diese Verfügungen zugestanden wird, die Schlafstätten der Passagiere als eingegriffen in den resp. vierzehn, zwanzig und dreißig Gevierfuß Deckraum, wie solcher in der erwähnten Acte bezeichnet worden. Diese Räume sollen nicht zu den Waaren oder andern Gütern bezeichnet werden, welche nicht den Passagieren gehöriges Reisegepäck sind. Die übrigen Verfügungen der Circularinstructionen sollen sämmtlich in Kraft und Anwendung bleiben. (Unterz.): R. J. Walker, Schatzsecretair."

Außerdem hat der Secretair des Schatzes die Bestimmung rücksichtlich der Zeit, wo das neue Gesetz in Kraft treten soll, dahin erläutert, daß dasselbe Anwendung findet auf alle Fahrzeuge, welche aus Häfen diesseit der Vorgebirge der guten Hoffnung und Cap Horn an und vor dem 31. Mai, und auf alle Fahrzeuge, welche aus Häfen jenseit besagter Vorgebirge an und vor dem 30. Oct. gesegelt sind. Hiermit scheinen uns alle Interessen vermittelt und alle befürchteten Schwierigkeiten gelöst. Es kann sogar aus dem eingetretenen Zwischenzustande manches Gute entsprungen sein. Die Regierungen Europas haben sich überzeugen können, daß die unsrige eine systematische Ueberfüllung des Ueberschusses an Gemeindearmen, die man sklavenartig auf schlechten Transportschiffen zusammenpackt, um sie arm und nackt, hülflos und krank an unsern Ufern abzuladen, in die Länge nicht duldet und die Mittel hat, sie zu hindern. Die aus eignem Antrieb überseeische Auswanderer ersehen aus der so schnell verfügten Abänderung jener Bestimmungen, die angesehen werden konnten als eine indirecte Abwehr der Einwanderung, daß eine solche nicht beabsichtigt ist. Wenn endlich in Gemäßheit der bisherigen Auslegung des neuen, mit Berücksichtigung der gemachten Gegenvorstellungen jetzt gemilderten Passagegesetzes, in der Abfahrt der Emigrantenschiffe eine Zögerung eintrat, so ist auch das kein so großes Uebel zu nennen bei unsern mit Schiffskranken angefüllten Hospitälern und den zahlreichen Einrichtungen, welche in Erwartung eines noch weit stürmischern Andrangs der Einwanderung während der warmen Jahreszeit zu vollenden kaum Zeit bleibt."

La Plata-Staaten.

Aus Buenos Ayres wird vom Ende März berichtet, daß man den ehemaligen Geschäftsträger für Bolivia, Obersten Rodriguez, durch einen tiefen Säbelhieb in den Kopf getödtet, auf dem Kai gefunden hatte. Seine Kleider und Sachen von Werth, die er bei sich trug, waren unberührt. Man schreibt seinen Tod auf Rosas' Rechnung um so mehr, als die Regierung gar keine Notiz davon nahm. Die Leiche wurde von der Polizei aufgehoben und dann ohne alle Begleitung in einem ganz gewöhnlichen Wagen nach dem Begräbnißplatze geschafft. Die Gaceta erwähnte des Vorfalles nicht, und erst vier Tage nachher sprach das Britisch Packet davon. Oberst Rodriguez gab sich früher ganz dem Willen von Rosas hin und wurde von demselben sehr begünstigt, schrieb aber zu derselben Zeit nach Montevideo, er thue Alles nur aus Furcht, weil in Buenos Ayres kein fremder Agent, auch die nicht, welche Kanonen zur Hand hätten, vor dem Messer des Mörders sicher sei.

Handel und Industrie.

* Frankfurt a. M., 19. Jun. Die Getreidepreise erfuhren gestern auf dem mainzer Fruchtmarkte, wie man erwartet hatte, wieder einen ansehnlichen Abschlag, und die Speculanten zeigten sich ziemlich entmuthigt. Die Witterung ist fortwährend äußerst günstig; warme Regen, die in den letztern Tagen fielen, machten allen böswilligen Ausstreuungen ein Ende.

Börsenbericht. * Leipzig, 21. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 114¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86½ G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59¼ G.; Löbau-Zittauer 57½ Br.; Magdeburg-Leipziger 214½ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¼ Br.; Köln-Mindener 94 Br.; Altona-Kieler 110¼ Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 13. bis 19. Jun. 1847:

7,917 Personen	6,748	Thlr. 15	Ngr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht	4,379	„ 20	„ 5 „
und magdeburger Antheil	11,128	„ 5	„ 5 „

(Vom 1. Jan. — 19. Jun. 186,232 Personen, Einnahme 257,569 Thlr. 25½ Ngr.)

Wolle. Zu dem erst am 21. Jun. beginnenden Wollmarkt in Berlin sind bis zum 19. Jun. Abends incl. des vom vorigen Jahre verbliebenen Bestandes circa 70,000 Ctr. Wolle gebracht und davon bereits 30,000 Ctr. zu 2—5 Thlr. höhern Preisen als voriges Jahr verkauft worden.

Staatspapiere. Amsterdam, 17. Jun. 2½pc. Int. 57⅞; Rußl. 5pc. Hope 105¼; 4½pc. Handelsg. 174½. Frankfurt a. M., 19. Jun. Oestr. Bact. 1901; 250 Fl. L. 120⅞; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¼ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58¼ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 28¼ Br.; 25 Fl. L. 28½; Nass. 25 Fl. L. 26; Gard. 35¼; Kurhess. 31⅞. London, 15. Jun. 3pc. Cons. 88½; Port. 3pc. 33; Span. 3pc. 34⅞; Holl. Int. 58⅝. Paris, 17. Jun. 5pc. 117. 80; 3pc. 77. 50; Neap. 103. 50; Bankact. 3300. Wien, 18. Jun. Bact. 1624; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Amsterdam, 17. Jun. Rhein. Eisenbahn 103. Frankfurt a. M., 19. Jun. Taunusb. 358¼; Nordb. 72½; Berb. 93⅞. Paris, 17. Jun. Versail. l. 222½; Paris-Orleans 1272½; Paris-Rouen 966¼; Paris-Strasburg 428½; Paris-Lyon 445; Rouen-Havre 650; Marseille-Avignon 712½; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 507½; Orleans-Vierzon 612½; Nord 586¼. Wien, 18. Jun. Nordb. 165¼; Gloggn. 123¼; Mail. 109¾; Livorn. 89½; Pesth. 98⅝.

Leipziger Börse am 21. Jun. 1847.

Course im 14-Thaler-Fusse.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien excl. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam k. S.	—	141½	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 150 Ct. 8. 2 Mt.	—	—	à 3 % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	99½
Augsburg k. S.	100½	—	„ 4 „ „ ∫ kleinere . . .	—	—
pr. 150 Ct. 8. 2 Mt.	—	—	à 4½ % d°. d°. v. 500 . .	—	99½
Berlin pr. 100 Thlr. k. S.	—	99¾	Kön. Sächs. Landrentenbriefe		
Pr. Crt. 2 Mt.	—	—	à 3½ % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	—	99¼
Bremen pr. 100 Thlr. k. S.	—	141¾	„ 4 „ F. ∫ kleinere . . .	—	—
Leute à 5 Thlr. 2 Mt.	—	—	Königl. Preuss. Steuer-Creäit-		
Brief pr. 100 Thlr. k. S.	—	99¾	Kassenscheine		
Pr. Crt. 2 Mt.	—	—	à 3½ % im ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	98	—
Frankfurt a. M. k. S.	56¾	—	„ 4 „ F. ∫ kleinere . . .	—	—
pr. 100 Fl. in 24 W. 2 Mt.	—	—	Leipziger Stadt-Obligationen		
Hamburg k. S.	—	151½	à 3½ % un ∫ v. 1000 u. 500 Thlr.	99¾	—
pr. 300 Mk. Bco. 2 Mt.	—	149¾	„ 4 „ F. ∫ kleinere . . .	—	—
London k. S.	—	—	Sächs. cchl. Pfandbr. à 3½, ¾		
pr. 1 Pfd. St. 3 Mt.	6. 22½		∫ v. 100 . .	—	—
k. S.	—	—	„ ∫ „ 100 u. 25	—	—
Paris pr. 300 Frcs 2 Mt.	—	79½	„ lausitzer d° à 3½	—	—
„ d° d°	—	79¾	„ d° d° à 3½	—	—
Wien pr. 150 fl. k. S.	—	103¾	Leipz.-Dresdn. Eisenb. P.-Obl.		
Conv. 20 kr. 2 Mt.	—	—	à 3½ %	104¼	—
			K. Preuss. St.-Schuld-Scheine		
			à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100 Thlr.	—	99¾
			Hamb. Feuer-C. Anl. à 3½ %		
			(300 Mk. B. = 100 Thlr.)	—	—
			K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv.		
Augusta à 5 Thlr. à ½ Mk.			à 5% ∫ laufende Zinsen	—	—
Br. u. à 21 Kr. 8 G. auf 100	—	—	à 4½ % ∫ à 100% in 4 Thlr. F.	—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.			à 3% ∫	—	—
(dem. auf 100	—	—	Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.		
Andr. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfuss auf 100	—	12	pr. 100	167	—
Holl. Duc. à 3 Thlr. „ d°.	—	6½	Leipz.-Dresda Eisenb.-Actien		
Kaiserl. d° „ d°.	—	6½	à Thlr. 100 pr. 100	114¼	—
Ehrest. d°. à 65½ Aa „ d°	—	6½	Sächs.-Bair. d° pr. 100	87	—
Passir d° d°. à 65 Aa d°.	—	6	Sächs.-Schles. d° pr. 100	100¾	—
Conv.-Spec. u. Gld. d°	—	—	Chemn.-Ries. d° pr. 100	—	59½
ältere 10 u. 20 Kr. d°	—	3	Löbau-Zitt. d° pr. 100	57¼	—
Gold pr. Mk. fein Köln	—	—	Magdeb.-Leipz. d° pr. 100 Thlr.	—	—
Silber d°. d° d°	—	—	Sch. d° pr. 100	—	214½

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Soeben erscheint:

Neuer Nekrolog der Deutschen.

Dreiundzwanzigster Jahrgang.

Enthaltend die Lebensbeschreibungen und Notizen von 1472 im Jahr 1845 verstorbenen denkwürdigern Deutschen. 2 Theile, 77 Bogen stark.

Mit 1 Portrait. Weimar, Voigt. Geheftet 4 Thlr. oder 7 Fl. 12 Kr.

Mit diesem 23. Jahrgang unter der fortwährenden so anerkennenswerthen Redaction des Hrn. Superint. M. Teuscher erhält diese Sammlung, welcher von dem Publicum wie von der Kritik mehrfach unter den literar. Nationalwerken des deutschen Volks der erste Platz eingeräumt worden ist, ihren 45. u. 46. Band, wobei die zwei starken Registerbände ihrer beiden ersten Decennien nicht gerechnet sind. Ohne Preiserhöhung ist dieser Jahrgang um 9 Bogen stärker als sein Vorgänger und enthält 72 Nummern mehr. Noch bei keinem Jahrgange ist die Zahl der genannten und ungenannten Mitarbeiter so zahlreich gewesen, noch zu keinem haben sich so wohlberufene und auserlesene Kräfte als zu dem gegenwärtigen vereinigt. Hochgestellte Personen ersten Ranges, Literaten gefeiertsten Namens haben es nicht verschmäht, für ihn zu produciren, ein Bewußtsein, welches den Verleger entschädigen muß für die großen Geldopfer, die er seit länger als zwei Decennien dieser hochwichtigen deutschen Angelegenheit bringt.

Von den 1472 Verstorbenen, welche der 23. Jahrgang umfaßt, haben 319 ausführliche Lebensbeschreibungen, unter denen sich 198 Originalarbeiten befinden. Unter diesen treten als Sterne erster Größe hervor:

Graf Blücher v. Altona, **Graf Ed. Raczynski,**
General von Hellwig, **Prof. Steffens,**
General Graf Bellegarde, **A. W. v. Schlegel,**
General v. Tettenborn, **Frhr. v. Lupin,**
Erzbischof v. Droste-Vischering, **Bergrath Glenck.**

Außerdem sind noch bemerkenswerth unter den fürstl. Personen, der einsichtige und willenskräftige regierende **Fürst zu Waldeck und Pyrmont** und der vielverheißende blühende Sproß des fürstl. Hauses, Erbprinz **Günther von Schwarzburg-Rudolstadt.** — Aus der Reihe höherer Staatsbeamteten und Hofleute **Fürst Lichnowsky** in München, Oberhofmeister **Frhr. v. Miltitz** in Dresden, Minister **v. Arnswaldt** zu Hannover, Minister **v. Zeschwitz** auf Königstein, Graf **Amadé v. Wárkony** zu Wien, Graf **zu Dohna-Schlobitten** in Königsberg, Graf **v. Canerin** in Petersburg, Kanzler **Hönniger** in Rudolstadt. — Unter den Militairpersonen und Kriegshelden nennen wir glänzende Namen, die zum Theil an Deutschlands glorreiche Kämpfe erinnern, als: **v. Hellwig,** Graf **Bellegarde, v. Tettenborn,** sowie den, auch als Schriftsteller bekannten Major **v. Sydow.** — Aus der katholischen Kirche sind biographisirt: **Schmalzbauer** in Regensburg, **Werner** in Mainz, **König** in Arben, **Alhach** in Raab, **Amann** in Passau. — Aus der evangelischen: **Pilger** in Friedberg, **Krummacher** in Bremen, **Krafft** in Erlangen und **Lomler** in Saalfeld. — Unter den nekrologisirten Staatsdienern und Juristen sind bemerkenswerth der dramatische Dichter **v. Houwald** in Lübben, der geniale **v. Kobbe** in Oldenburg, der tiefgelehrte **Puchta** in Erlangen, die beiden an Rechtsgelahrtheit und Geschäftsgewandtheit ausgezeichneten **Griesinger** zu Wien und Stuttgart, der seltsame **Schultz** in Berlin, der in die Politik vielverflochtene **Lindner** in Stuttgart, der als liebenswürdiger Gesellschafter und ernster Geschäftsmann hochgefeierte **Lichtenberg** in Mainz, der gleich einem Meteor wieder verschwundene Dichter des Rheinliedes **Nik. Becker** in Köln, der furchtlose Rechtsbeistand **v. Pflügl** in Linz. — Weiter finden wir die Lebensschilderungen der akademischen Lehrer **Steffens** in Berlin, **Winzer** in Leipzig, **Bergmann** in Göttingen, **Wendt** in Breslau, **d'Outrepont** in Würzburg, **A. W. v. Schlegel** in Bonn, **Stark** in Jena, **Bobrick** in Königsberg, **H. v. Rotteck** und **Perleb** in Freiburg. — Unter den Gymnasial- und Seminar-Directoren findet man einen **Krämer** in Hamburg, **Gernhard** in Weimar, **Straß** in Berlin, **Wolff** in Flensburg, **Baumgarten-Crusius** in Meißen, **Soekeland** in Münster ꝛc. — Als jüdischer Rabbi glänzt der gelehrte **Auerbach** in Bonn. — An Aerzten und Naturforschern führen wir an: den berühmten Stifter des zoolog. Museums in Frankfurt a. M. **Cretzschmar,** den Autodidakten **Meigen** in Stolberg und den durch eine feindliche Kugel an der Seite des Prinzen Waldemar von Preußen gefallenen Leibarzt **Hoffmeister.** — An Apothekern: **Posselt** in Heidelberg und **Spalckhaver** in Itzehoe. — Unter den verstorbenen Tonkünstlern wird ausführlich gedacht des durch eine herrliche Stimme ausgezeichneten **Stromeyer** in Weimar und des durch seine Compositionen berühmten **Mayr** in Bergamo. — Unter den Postbeamten: **Koch's** in Hamburg und **v. Löben's** in Leipzig. — Unter den erwähnten Forstmännern tritt hervor **v. Dieskau** in Römhild und unter den Magistratspersonen Bürgermeister **Duntze** in Bremen. — Als Bibliothekar: der durch vielfache Berührung mit Goethe, durch Reichthum an klassischem Wissen und Eleganz des schriftlichen Ausdrucks vielgenannte geh. Hofrath **Riemer** in Weimar. — Von den geschilderten sieben Bankiers, Kauf- und Fabrikherren hat sich **Lorenzen** in Hadersleben an der Verfassungsfrage seines Vaterlandes lebhaft betheiligt. — Von den vier biographisirten Buchhändlern: **Stahel** in Würzburg, **Kunze** in Worms, **Kurtz** in Reutlingen, hat sich besonders die Witwe **Dumont-Schauberg** in Köln durch die den Damen sonst fremde Umsicht, Geschäftskunde und Geschäftsmuth, womit sie z. B. die Kölnische Zeitung oft selbst zum Druck in ihrer Officin vorbereitete, bemerklich gemacht. — Unter den aufgenommenen Privatgelehrten und Dichtern heben wir besonders den beliebten **Eberhard** in Dresden und den Erziehungskünstler **Witte** hervor. — Unter den neun Malern behauptet wol, theils durch die Zahl seiner Werke, theils durch seine einflußreiche Stellung, **Matthäi** in Dresden den ersten Rang. — Unter den Frauen glänzt die edelmüthige Gräfin **von Hohenthal** zu Königsbrück. — Noch Manchen könnten wir nennen, dem in diesem Jahrgange ein bleibendes Denkmal gesetzt ist, wenn uns nicht der knapp zugemessene Raum nöthigte, auf das Werk selbst zu verweisen.

☞ **Um die Anschaffung completer Exemplare des Nekrologs zu erleichtern, sollen die ersten 20 Jahrgänge (40 Bde.), deren an sich schon sehr billiger Preis 80 Thlr. war, wenn sie mit einander genommen werden, für 20 Thlr. abgegeben und können dafür durch alle Buchhandlungen bezogen werden.** [2352]

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend,** von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig** (Teplitz), **Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.,** Dresden, Ecke der Schieß- und großen Brüdergasse. [2341]

Bei **G. Reimer** in **Berlin** sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

G. W. Klee, Die allgemeine christliche Kirche oder das Princip der Reformation zur Feststellung des Begriffs der Evangelischen Kirche in ihrer Beziehung zu Staat und Wissenschaft. Geh. 1 Thlr. 25 Sgr.

E. Banke, Das kirchliche Perlcopensystem aus den ältesten Urkunden der Römischen Liturgie dargelegt und erläutert. Mit einer Vorrede von Prof. Dr. Nitzsch. Geh. 2 Thlr. 10 Sgr.

F. Schleiermacher's sämmtliche Werke. Zweite Abtheilung: Predigten, 8r Bd. Enthaltend: **Homilien über das Evangelium des Johannes** (2r Theil), in den Jahren 1825 und 1826 gesprochen. Aus wortgetreuen Nachschriften herausgegeben von A. Sydow. 2 Thlr. 5 Sgr., fein Pap. 2 Thlr. 15 Sgr. (Homilien üb. d. Evang. Joh. 1r Bd. 2 Thlr.)

O. Jahn, Archaeologische Beiträge. Mit 14 Tafeln Abbildungen. Geh. 3 Thlr. 15 Sgr.

B. G. Niebuhr, Alte Geschichte, Vorträge an der Universität zu Bonn gehalten. Herausgegeben von M. Niebuhr. 1r Band: Der Orient bis zur Schlacht von Salamis. Griechenland bis auf Perikles. Geh. 1 Thlr. 25 Sgr.

Alexandri Aphrodisiensis Commentarius in libros Metaphysicos Aristotelis. Recensuit H. Bonitz. Geh. 4 Thlr.

Fragmenta comicorum graecorum. Collegit et disposuit Aug. Meinecke. Editio minor. 2 Vol. 6 Thlr.

J. G. Bademacher, Rechtfertigung der von den Gelehrten miskannten verstandesrechten Erfahrungsheillehre der alten scheidekünstigen Geheimärzte und treue Mittheilung des Ergebnisses einer 25jährigen Erprobung dieser Lehre am Krankenbette. Zweite Ausgabe. Zwei Bände. 6 Thlr. 15 Sgr.

R. Remak, Ueber ein selbständiges Darmnervensystem. Mit zwei Kupfertafeln. Gr. Fol. Geh. 2 Thlr. 20 Sgr.

Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medicin. Herausgegeben von R. Virchow und B. Reinhardt. Erster Band 1s Heft. Mit 2 Tafeln. Preis für den Band von 3 Heften 3 Thlr.

Die Fortschritte der Physik im Jahre 1845. Dargestellt von der physikalischen Gesellschaft zu Berlin. Erster Jahrgang. Redigirt von G. Karsten. Geh. 3 Thlr. 5 Sgr.

Verhandlungen der Gesellschaft für Geburtshülfe in Berlin. Zweiter Jahrgang. Mit 3 Tafeln. Geh. 1 Thlr. 22½ Sgr.

G. Zimmermann, Ueber die Analyse des Blutes und die pathologischen Krasenlehren, nebst Beiträgen zur Physiologie der dyskrasischen Processe. Geh. 2 Thlr.

E. F. Gurlt und **C. H. Hertwig,** Chirurgische Anatomie und Operationslehre für Thierärzte. Mit 10 Kupfert. Gr. Fol. 5 Thlr. 15 Sgr.

Frhr. von Forstner, Betrachtungen über die sittlichen Elemente des Kriegerstandes Geh. 20 Sgr.

J. Rose, Die Ideen von den göttlichen Dingen und unsere Zeit. Ankündigungsschrift des Systems der Individualitäts-Philosophie. Geh. 15 Sgr.

F. Junghuhn, Die Battaländer auf Sumatra. Im Auftrage des General-Gouverneurs von Niederländisch-Indien in den Jahren 1840 und 1841 untersucht und beschrieben. 2 Theile. Mit 19 Karten und Tafeln. 5 Thlr. 15 Sgr.

C. Ritter, Die Erdkunde im Verhältniß zur Natur und zur Geschichte des Menschen, oder allgemeine vergleichende Geographie. 13r Th: Vergleichende Erdkunde von Arabien, 2r Bd. 4 Thlr. 15 Sgr. (Beide Bände der Erdkunde von Arabien 9 Thlr.)

C. Zimmermann, Fünf Karten zu C. Ritter's Erdkunde von Arabien. 2 Thlr. 20 Sgr. [2353]

Lehr- und Erziehungs-Institut in Leipzig,

verbunden mit einem Pensionat.

[2371]

Einem mehrfach gefühlten Bedürfnisse hiesiger Stadt zu entsprechen und um dem Wunsche zu genügen, mich einem mir längst liebgewordenen Wirkungskreise dauernd und in größerer Ausdehnung widmen zu können, habe ich mich entschlossen, ein Lehr- und Erziehungs-Institut verbunden mit einem Pensionat sowol für Kinder vom achten Jahre an als für jugendliche, bereits confirmirte Mädchen zu errichten. Mein Plan ist, nächst den nöthigen, unten näher berührten Lehrgegenständen, die sich nach dem Alter richten, aber nichts ausschließen, was irgend dem Mädchen frommt, die Foderungen der Zeit zu berücksichtigen und die Zöglinge mit der englischen und französischen Sprache so vertraut zu machen wie mit der Muttersprache, ohne sie jedoch für deren hohen Werth gleichgültig stimmen oder denselben in irgend einer Weise schmälern zu wollen. Zu einer Zeit, wo man große Ansprüche an ein gebildetes Mädchen stellt, werde ich es mir zur besondern Pflicht machen, meine Pflegebefohlenen innerlich und äußerlich so auszubilden, daß sie zum rechten Verständniß des Lebens befähigt, und tüchtig sind, Allem Genüge zu leisten, was dieses einst von ihnen fodern dürfte. Daß wahrer religiöser Sinn die Grundlage einer solchen Erziehung sein muß, dafern sie gelingen soll, ist auch meine innigste Ueberzeugung; ebenso soll es mir eine heilige Aufgabe sein, den Sinn für Häuslichkeit, die Liebe zum Fleiß in den jungen Herzen zu pflegen und neben der Ausbildung echt weiblicher Milde das Gefühl für das Große und Schöne in ihnen zu wecken.

Die besten Lehrer habe ich bereits für mein Institut gewonnen, und der Unterricht umfaßt, je nach dem Alter und Bedürfniß: Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie, Geschichte, Naturkunde, Physik, Literaturgeschichte, Mythologie, deutsche, französische und englische Sprache, weibliche Arbeiten — nach der Confirmation auch Anweisung in der Haushaltung —, Zeichnen, Turnen und Tanzen.

Um mein Institut aber so allgemein als möglich zu machen, werde ich nicht nur Schülerinnen in ganzer Pension, sondern auch solche in dasselbe aufnehmen, die blos den Unterricht oder nur einen Theil desselben benutzen sollen. Für Tagesschülerinnen ist die Zeit des täglichen Unterrichts früh von 8 bis 12, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, mit Ausnahme des Dienstags und Freitags, wo Nachmittags keine Unterrichtsstunden gegeben werden. Diejenigen, welche vielleicht nur an dem Unterricht in fremden Sprachen Theil nehmen, sind zugleich zu den Dienstags und Freitags stattfindenden gesellschaftlichen Vereinigungen und größern Spaziergängen eingeladen, die zu Sprechübungen benutzt werden sollen.

Der Preis der ganzen Pension, wobei die Besorgung der Leibwäsche inbegriffen, beträgt, mit vierteljähriger Vorausbezahlung, jährlich 300 Thlr., der für die Tagesschüler je nach den verschiedenen Klassen 72, 84 und 96 Thlr. Die einzelnen Zweige des Unterrichts sind dieser Norm angemessen, und nur der Musikunterricht besonders zu bezahlen. Die Bedürfnisse an Büchern und sonstigem Lernmaterial werde ich auf Verlangen gern besorgen.

Sollten einzelne Tagesschüler an dem Mittagstische Theil nehmen wollen, so nehme ich dafür monatlich 6 Thlr. in Anspruch.

Jede Pensionairin bringt 1 vollständiges Bett, 2 Ueberzüge, 1 Tischtuch mit 6 Servietten, 6 Handtücher, 1 Besteck, eine Tasse und 2 Gläser, mit dem Namen versehen, mit, und erhält es bei ihrem Abgange zurück; doch bin ich auch erbötig, genannte Ausstattung billigst zu besorgen.

Am Ende jedes Vierteljahres wird den Aeltern ein treuer Bericht über Aufführung und Fortschritte ihrer Kinder von mir zugesandt werden.

Leipzig, den 8. Mai 1847.

Ottilie von Steyber.

En vente chez **F. A. Brockhaus** à Leipzig

Histoire des progrès

du droit des gens

en Europe et en Amérique

depuis la paix de Westphalie jusqu'à nos jours.

Avec une introduction sur les progrès du droit des gens en Europe avant la paix de Westphalie.

Par

Henry Wheaton.

Seconde édition,

revue, corrigée et augmentée par l'auteur.

Deux volumes.

Gr. 8. Brosch. 4 Thlr. [2361]

Entgegnung.

Ein Inserat vom 11. Juni der Leipziger Zeitung, von meiner Mutter, der Frau Kammerherrin Karoline Wilhelmine von Qualen geb. Gräfin von Ahlefeldt-Langeland, mich betreffend, zwingt mich zu folgender Entgegnung, der Wahrheit gemäß.

Daß **nicht sie**, sondern **ich**, Alles was ich schuldete bezahlte, indem ich zu Potsdam, unter curatorischer Zuziehung des Königl. Preuß. Militair-Waisenhausrichters und Garde-Divisions-Auditeurs Bornemann, sowie des richterlichen Beistandes des Kammergerichts-Raths Steinhausen und im Beisein meines Schwagers, des Königl. Dänischen Kammerjunkers von Willemoes-Suhm, als mündig quittirt habe, für meinen somit empfangenen väterlichen Erb-Pflichttheil; ferner erklärt habe in besagter Acte, daß, wenn ich an Geldern mehr erhalten habe bisher oder noch bekäme, wie dieser Erb-Antheil beträgt, es mir von meinem zukünftigen Erbe abgerechnet werden solle, und ich endlich, da die Frau Kammerherrin von Qualen als Obervormünderin ihrer beiden Töchter, nach dänischen Gesetzen, so lange sie lebt den Nießbrauch der Zinsen des gesammten Capitals in Händen habe, mich damit einverstanden erkläre aus freiem Willen, daß **mir** die Zinsen dieses nun empfangenen und verbrauchten Erbtheils von dem jährlich einkommenden Pflicht-Alimentations-Quantum abgerechnet werden; — die Frau Kammerherrin von Qualen also in Folge dieser von ihr verlangten, richterlich beglaubigten, meinerseits ausgestellten Quittung, **nichts** von **ihren** Geldern für mich hergegeben noch bezahlt hat, noch ferner an Zinsen entbehren wird; **mir** somit allerdings, nach Verbrauch meines väterlichen Erb-Antheils, nichts weiter an Vermögen übrig verbleibt wie eine jährliche geringe, mir zufallende Pflicht-Revenue, sowie ich auch nichts Anderes von der Frau Kammerherrin von Qualen verlangt habe noch verlangen werde. [2370]

Potsdam, den 17. Juni 1847.

Idaline von Qualen.

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2360] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 22. Jun. **Nathan der Weise**, Schauspiel von Lessing. Nathan, Herr **Anschütz**, vom k. k. Hofburgtheater in Wien, als erste Gastrolle; Recha, Frl. **Unzelmann**.

Mittwoch, 23. Jun. **Zum Benefiz der Frl. v. Marra** mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. Isabella **und** Alice, Frl. v. Marra.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Bernhard Reithold in Leipzig mit Frl. Clara Schlenck.

Getraut: Hr. Cl. Driver in Meerane mit Frl. Marie Funke. — Hr. Ernst Eckelmann in Altsattel mit Frl. Laura Wilhelm aus Staucha.

Geboren: Hrn. Oberappellationsrath und Professor Dr. A. Danz in Jena eine Tochter. — Hrn. Advocat Ludwig Hennig in Grimma eine Tochter. — Hrn. C. A. Leupold aus Freiburg ein Sohn. — Hrn. Dr. Hermann Schaarschuch in Gera eine Tochter.

Gestorben: Hr. Regierungskanzlist J. G. Fuchs in Dresden. — Hr. Staatsrath Egid v. Kobell in München. — Frau Henriette Prinz in Breslau. — Frau Kaufmann M. R. K. Schaffer in Nürnberg. — Frau Cantor Schwarz in Dresden. — Frau Prediger Dr. Wilh. Ziegler in Saalburg

Mittwoch — Nr. 174. — 23. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

ZEITUNG 1847

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. Die Intervention in Portugal. OLeipzig. Die katholische Kirche. — Getreideeinfuhr aus Böhmen. — Der württembergische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung. — Der Stuttgarter Beobachter. — Der Landtag in Kassel. — Der Landtag in Darmstadt. — Der Großfürst-Thronfolger. — Der Washington.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Verhandlung über die Einkommensteuer.

Portugal. Die Insurrection.

Spanien. ⁂ Paris. Die katholische Kirche.

Großbritannien. Unterhaus. Fourdrinier's Foderung an die russische Regierung. Die Desertion von der Marine. Die Dschenke.

Frankreich. Parlament. Hrn. de Girardin's Sache in der Deputirtenkammer. Reformbankett. Die pariser Befestigung. Capitain Garbe. *⁂ Paris. Die Salzsteuer. Hr. de Girardin.

Belgien. Die Unruhen in Tongern. Excess in Antwerpen.

Schweiz. Der große Rath von Chur.

Rußland und Polen. Theuerungsnoth. Die Bärte der Juden.

Südamerika. Tod des Dr. Olmedo in Ecuador.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. (*) Berlin. Hektor Berlioz. *Vom Rhein. Böttger und Schönbein.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Frankfurt a. M. Die Ludwigsbahn. — Wollmärkte in Stralsund und Weimar. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 21. Jun. An der englischen Intervention in Portugal finden wir nur zu tadeln, daß sie nicht ein halbes Jahr früher stattgefunden. Wie sich Graf das Antas auf das Völkerrecht berufen kann, ist um so weniger abzusehen, als eine aufständische Junta in keiner Weise auf dem Boden des Völkerrechts steht, welches nur die Regierungen als Repräsentanten der Völker kennt. Der Lehrsatz, daß kein Staat der Regierung eines andern gegen deren aufständische Unterthanen beistehen dürfe, ist nur von Denen erfunden und wird nur von Denen geglaubt, denen an dem Gelingen jedes in ihrem Sinn unternommenen Aufstandes gelegen ist und deren ganze politische Theorie darauf abzielt. Uebrigens haben sich die Engländer der Ausführung der Sache in ihrer gewohnten wahrhaft praktischen Weise angenommen und es wird sie keinerlei Tadel treffen, wenn sie nur auch dafür sorgen, daß die durch sie gerettete Regierung nun auch ihrerseits allen Verpflichtungen nachkommt, am wenigsten aber den Vortheil, den sie fremder Hülfe verdankt, zu kleinlicher Rache misbraucht, kurz wenn sie nicht verfahren wie die Franzosen nach der Intervention in Spanien.

OLeipzig, 22. Jun. Die mit dem Bau der katholischen Kirche beauftragten Syndicen bemerken uns, in Bezug auf den Artikel über den gedachten Bau (Nr. 173), daß die kunstvoll gearbeitete Kanzel sowie sämmtliche Schreiner- und Schnitzarbeit von unserm geschickten Mitbürger, dem Tischlermeister Hiemenz, gefertigt worden ist. Nur das Orgelgehäuse ist in Nürnberg geschnitzt worden, weil Hr. Hiemenz diesen Auftrag des Hrn. Orgelbauer Kreuzbach wegen überhäufter Arbeit bis zum bestimmten Termin auszuführen nicht im Stande war. Einige andere ungenaue Angaben werden in der zur Einweihung der Kirche erscheinenden kleinen Schrift ihre Berichtigung finden.

— Aus **Brambach** vom 19. Jun. schreibt die Leipziger Zeitung: „Soeben ist die Nachricht aus Böhmen anher gelangt, daß ausnahmsweise gestattet worden ist, in jedem der beiden Monate Juni und Juli d. J. 50,000 Metzen (eine ungefähr ½ Scheffel) Getreide gegen Production eines vom sächsischen Commissar auszustellenden Certificats und Berichtigung der Zollgebühr von Böhmen nach Sachsen auszuführen."

— Der **württembergische** Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung hat in seiner Versammlung am 16. Jun., bei welcher 31 Zweigvereine vertreten waren, einstimmig beschlossen, daß seine Abgeordneten auf der darmstädter Versammlung gegen die Zulassung Rupp's sowie gegen Misbilligung des diesen betreffenden berliner Beschlusses stimmen sollen. Falls aber eins von Beidem oder eine Abänderung der Statuten in dem Sinne beschlossen würde, daß die Mitgliedschaft am Vereine lediglich von der Erklärung: man sei evangelischer Christ, abhängig sein solle, so haben die Abgeordneten die Lossagung des württembergischen Hauptvereins von dem Verein auszusprechen. Bei der Versammlung waren einige sechzig Geistliche und nur sehr wenig Laien zugegen.

— Das dem Stuttgarter Beobachter von der Censur gestrichene Material (Nr. 173) bestand in 28 Belegen für angebliche bei dem dortigen Tumulte durch das Militair begangene Excesse.

— Die Ober-Postamts-Zeitung schreibt aus **Kassel** vom 16. Jun.: „Die auf gestern Morgen bestimmte Sitzung der Ständeversammlung konnte nicht gehalten werden, weil die meisten Mitglieder der liberalen Partei nicht erschienen waren. Die Sitzung mußte daher auf den Nachmittag desselben Tags anberaumt werden, wo sich denn auch eine genügende Anzahl Mitglieder einfand. Bereits in der Sitzung am 11. Jun. hatten jene Abgeordneten Miene gemacht, den Saal zu verlassen."

— Der Abg. Schmitthenner hat in der II. Kammer der Stände des Großherzogthums **Hessen** einen Antrag auf Herstellung der Preßfreiheit gestellt, der nach dem veröffentlichten Protokoll also lautet:

„Obgleich ich glaube, daß verehrliche Kammer bereits durch ihren Beschluß zu dem Art. 3, Absatz 2 des Gesetzentwurfs, die Einführung des Polizeistrafgesetzes betreffend, ihre Ansichten über die bestehenden Censurgesetze ausgesprochen hat, so finde ich mich doch ebenso durch Ueberzeugung wie durch eine äußere Veranlassung bestimmt, folgende Motion einzubringen. Da nach einer unzweifelhaften Interpretation des Art. 18 der Deutschen Bundesacte die Regierungen erklärt haben, daß sie bei einer künftigen Preßgesetzgebung von dem Principe der Preßfreiheit, d. h. des Entfernthaltens von Präventivmaßregeln, ausgehen würden; da ferner die tägliche Erfahrung lehrt, daß das bestehende System der Censur richtigen politischen Anfoderungen nicht entspricht, indem es zwar dienen kann, Wahrheiten zu unterdrücken, aber nicht zu verhindern vermag, daß ungestraft die absurdesten Unwahrheiten verbreitet, die ehrenhaftesten Männer mit Koth besudelt, überhaupt die Ansichten des Publicums irre geleitet werden: so stelle ich bei verehrlicher Kammer den Antrag, dieselbe wolle gegen großherzogl. Staatsregierung den Wunsch aussprechen: «Hochdieselbe möge, insofern dies, wie ich sonst vermuthe, noch nicht geschehen sein sollte, den großherzogl. Gesandten bei hohem Bundestage dahin instruiren, daß von seiner Seite auf eine Gesetzgebung hingewirkt werde, welche dem Princip der Preßfreiheit huldigt.» Die nähere Begründung dieser meiner Motion behalte ich mir für die Discussion vor."

— Der Großfürst-Thronfolger ist am 19. Jun. aus **Darmstadt** auf einige Tage zum Besuche des württembergischen Hofes nach Stuttgart abgereist.

— Aus **Bremerhafen** vom 19. Jun. Morgens schreibt die Weser-Zeitung: „Heute Morgen um 3¼ Uhr verkündete uns der Signalkorb auf dem Kirchthurme von Wremen, daß der Washington in Sicht sei. Sogleich war Alles in Bewegung, und mit Spannung sahen wir dem Augenblick entgegen, wo der freudig erwartete Gast auch in unsern Horizont kommen würde. Der Morgen war schön und heiter. Um 5 Uhr endlich stieg am Himmelsrande die mächtige schwarze Rauchsäule empor, immer näher und näher kommend, und mit jedem Augenblicke ward der schwimmende Koloß gewaltiger in seinen Dimensionen und dem Blick erkennbarer; man sah deutlich den weißen Gang und die halbsonnenförmigen gelben Räderkasten. Nun entrollte sich am Hafen das große Banner «Willkommen Washington», und in demselben Nu wehten von den hohen an der Schleuse aufgepflanzten Stangen, vom Fort Wilhelm und von allen auf der Rhede und im Hafen liegenden Schiffen die bunten Flaggen, die sternenbesäete und die bremische am häufigsten. Es war ein prachtvoller Anblick, als jetzt der Washington brausend herandampfte; von seinem enormen Vordug wehte die bremer Flagge, außer ihr hißte er die amerikanische Staatsflagge auf, die nun von allen Seiten her, in Bremerhafen von den aufgefahrenen Kanonen, auf dem andern Weserufer von der oldenburgischen Artillerie mit donnerndem Willkomm salutirt wurde. Um 6 Uhr 50 Minuten ging er Bremerhafen gegenüber vor Anker. Jetzt hängt der ganze Strom, Alles was man sieht, voll bunter Flaggen; der Washington liegt an der Seite von Bleyen von zahlreichen geschmückten Booten umgeben, ruhig vor Anker und läßt mit furchtbarem Getöse seinen Dampf aus; er geht 17½ Fuß tief. Die beiden Dampfboote Gutenberg und Marschall Vorwärts haben sich um 6 Uhr an seine Seite gelegt; ersterer hat die Passagiere (120 im Ganzen, 45 für Bremen) nach Bremen hinaufgebracht; letzterer nahm die Briefpost an Bord und brachte sie nach Bremerhafen, von wo sie sofort mit Kurierpferden nach Bremen gebracht wurde. Die Ausstattung des Washington ist superbe. Als Brustbild führt derselbe natürlich die Figur Washington's. Der Hauptsalon ist 80 Fuß lang bei 20 Fuß Weite, elegant decorirt und vergoldet, und des Nachts mit Lampen von kostbarer

Art und eigenthümlicher Construction erleuchtet. Die Fenster des Hintertheils sind mit prächtig gemaltem Glase versehen, und jede Scheibe ziert entweder das Wappen eines der Staaten, welche der Washington zu besuchen bestimmt ist, oder das Portrait irgend eines amerikanischen oder ausländischen Patrioten. Alle für die Passagiere bestimmten Räume sind aufs glänzendste meublirt und mit allen erdenklichen Mitteln für ihren Comfort und ihre Bequemlichkeit ausgestattet. Rings um den Hauptsalon laufend sind 42 bequeme und elegante Schlafcabinete im ersten Deck und außerdem für die Passagiere erster Klasse noch 70 im zweiten Deck angebracht. Die große Vordercajüte enthält in beiden Decks 70 eben so bequeme und nur weniger elegante Schlafstellen. Die Kiellänge des Schiffes mißt 220 Fuß, das obere Deck 245, das Mitteldeck 235, unteres Deck 224 Fuß, die Breite des Decks beträgt ohne die Räderkasten 39, Tiefe des Raums 31 Fuß: Alles englisches Maß. Die innern und äußern Planken sind von weißem Eichenholz in einer Dicke von 6 Zoll. Das ganze Verdeck bildet, worauf ein besonderer Werth zu legen ist, eine ununterbrochene Fläche, sodaß, wenn eine Sturzsee überkommt, das Wasser durch keine Erhöhungen und Oeffnungen Schaden anrichten, sondern leicht wieder ablaufen kann. Das ganze Schiff hat eine Größe von 2350 Tons Zimmermannsmaß und ist vom besten trockenen Eichenholz gebaut. Die Kraft der beiden Maschinen wird der von 2000 Pferden gleichgeschätzt. Die Räder haben einen Durchmesser von 40 Fuß und können 18 Rotationen in der Minute machten. Die Kessel sind 16 Fuß Front, 12 Fuß Gehäuse und 36 Fuß lang, sie sind aus dem besten Material und mit der größten Solidität gearbeitet. Eine Schätzung von dem Umfange des Schornsteins wird man sich machen können, wenn man hört, daß ein Mann aufrecht und mit dem Hut auf dem Kopfe durch den liegenden Schornstein hindurchgehen konnte. Der Raum zur Aufnahme der Poststücke befindet sich im Zwischendeck, ist für eine enorme Quantität derselben eingerichtet, mit einer eisernen Safe versehen und gegen Feuer- und Wassersgefahr gesichert. Bagage- und Vorrathskammern von ähnlicher Art. Für den Fall der Noth ist mit fünf galvanisch-metallischen Rettungsbooten von neuer und bewährter Erfindung vorgesehen."

Preußen.

Berlin, 21. Jun. In der Sitzung der Stände-Curie am 17. Jun. ward zum Anfang über die Petitionen, die etwa noch vorzunehmen wären, verhandelt, ohne daß es, unter mancherlei Verschlägen, zu einem festen Beschlusse gekommen wäre. Dann fuhr man in Berathung der Judenfrage fort. Zu §. 35 wünschte die Abtheilung, daß eine unbedingte Zulassung zu Gemeindeämtern beantragt werde. Nach längerer Verhandlung, in welcher eine Rede des bäuerlichen Abgeordneten Krause sowie ein Streit über die Wichtigkeit des Schulzenamtes einiges Interesse boten, wurde der Antrag mit 254 gegen 212 Stimmen angenommen. Auch beschloß man den Wegfall der Bestimmung, wonach die Juden nur unter ihren Glaubensgenossen als Schiedsrichter sollen wirken können. Eine längere Verhandlung veranlaßte der vierte Abschnitt desselben Paragraphen, wobei die Abtheilung beantragte, daß die Juden alle akademischen Lehrämter sollten verwalten können, welche nicht, ihrer Natur nach, das christliche Glaubensbekenntniß voraussetzen. Graf Schwerin wollte diejenigen Universitäten ausgenommen wissen, wo die Statuten entgegenständen, und der Referent erklärte, die Abtheilung verstehe das auch so. Hierauf wünschte der Abg. v. Donimierski, daß solche „Grundsätze der Intoleranz", wie daß in Berlin und Königsberg kein Katholik Professor Ordinarius werden könne, aufgehoben werden möchten. (Vielseitiger Bravoruf.) Der Regierungscommissar Brüggemann widersprach hinsichtlich Berlins und hielt dann einen ausführlichen Vortrag hauptsächlich über die bestehenden Universitätsstatuten sowie über die Gründe des Gesetzentwurfs. Der Abg. v. Thadden versicherte in einer Rede, welche mehrmals Heiterkeit erweckte, seit gestern sei sein Feldgeschrei: Emancipirung der Christen von den Juden, trug das Hexeneinmaleins aus Goethe's Faust vor, verbreitete sich über Arroganz und Aron Ganz, fragte, wie ein Jude die Geschichte der Kreuzzüge lehren könne, und foderte auf, Alle Missionare zu werden und die Juden zu bekehren. Diese Judenbekehrer hätten uns doch einen der größten Theologen erworben, der ihm freilich nicht scharf genug sei, Neander. Dann sprach Frhr. v. Vincke in einer oft von stürmischen Bravos unterbrochenen Rede für den Antrag. Wenn Spinoza und Mendelssohn sich heute an der berliner Universität habilitiren wollten, so hätte diese alle Ursache, sich zu gratuliren. Das Reich der Kirche sei ein inneres und brauche nicht erst durch den Staat gewährleistet zu werden, könne es auch nicht. Wer das Alterthum benutzen wolle, um kirchliche Theorien zu entwickeln, der werde seinen Geist nicht treffen. Die Statuten der berliner Universität hätten einen freiern Standpunkt, und die andern möchten im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts reformirt werden. In gleichem Sinne sprach der Abg. Mevissen, dessen Anfang es nur störte, daß er sich in einer Jahrzahl geirrt hatte, deren Berichtigung, wie er selbst erklärte, seine ganze Folgerung umwarf. Der Antrag der Abtheilung ward mit 222 gegen 181 Stimmen angenommen. Auch genehmigte man, mit 229 gegen 156 Stimmen, den Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für jüdische Theologie an irgend einer Universität des Landes. Man berieth dann über die Zulassung zu Schulämtern. Graf Merveldt sprach, unter Erinnerung an die Thronrede, dagegen. Man müsse das christliche Princip überall da aufrecht zu halten bemüht sein, wo es eine belehrende, eine berathende oder eine befehlende Stellung gibt. (Bravo.) Der Abg. v. Gudenau sprach auch dagegen, weil der Schulbesuch ein verpflichtender sei und es drückend für die Armen wäre, wenn man sie zwingen wollte, ihre Kinder zu einem jüdischen Lehrer zu schicken. (Beifall.) Aehnlich Abg. v. Manteuffel II. Auch Abg. v. Auerswald war derselben Ansicht, glaubte aber, Elementarlehrer seien nicht gemeint, hier die Juden schon durch den Antrag ausgeschlossen. Nachdem aber noch der Regierungscommissar unter großem Beifall gesprochen, ward der Antrag, obgleich man die Ausschließung von Vorstandsämtern und Elementarschulen ausdrücklich hinzugesetzt, von 226 gegen 180 Stimmen abgelehnt und so der Gesetzentwurf angenommen. Dann kam man zu §. 36, zu welchem die Abtheilung beantragte, den Juden alle ständischen Rechte gleich den Christen beizulegen. Dagegen sprachen Frhr. v. Gaffron, v. Manteuffel II., Graf Helldorf und der Landtagscommissar, dafür die Abg. Graf Schwerin, Hansemann und v. Beckerath. Der Antrag der Abtheilung, über welchen mit Namensaufruf abgestimmt wurde, ward von 220 gegen 210 Stimmen abgelehnt. (A. P. Z.)

• **Berlin**, 20. Jun. Zu den interessantesten Abstimmungen auf dem Vereinigten Landtag und die am meisten Licht geben über Zeit und Menschen, gehörten auch die über die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer gegen Einführung einer Einkommensteuer. Auch hierbei ging, was etwa zeither von Parteien vorhanden gewesen und sich bei politischen Principfragen als solche bethätigt hat, auf das vielfachste aus einander, und sehr getrennte Richtungen begegneten sich in demselben Ziele. Einem sehr großen Theile von Denen, welche gegen die von der Regierung proponirte Maßregel gestimmt haben, wollen wir daraus keinen Vorwurf machen, am wenigsten denen von der conservativen Seite und den mannichfachen Schattirungen des Justemilieu. Die Frage ist jedenfalls eine sehr schwierige und verwickelte. Für die bestehenden Abgaben spricht die Gewohnheit, die auch im Abgabenwesen eine sehr wichtige Sache ist, und mancherlei praktische Bequemlichkeit. Ihre Wirkung auf die Zustände der ärmern Klassen verliert sich in die dunkeln, verwickelten und wechselvollen Verflechtungen des Verkehrs, wobei man mit gleichem Anschein für und wider sprechen, ja in beiden Fällen Recht und nur darin Unrecht haben kann, daß man zur allgemeinen Regel stempelt, was nur in gegebener Zeit und Oertlichkeit und unter bestimmten Verhältnissen wahr ist. Ueberhaupt sind wir selbst der Ueberzeugung, daß unter den Factoren der Nothstände die Abgabenlast einer der minder bedeutenden ist, und daß auch erhöhte Steuern ein Segen für die ärmern Klassen wären, wenn sie zu deren wahrem Besten verwendet würden, wie denn überhaupt bei den Steuern lediglich das Wozu entscheiden muß. Auch gilt, was gegen die Mahlsteuer mit größerm Recht erinnert wird, von der Schlachtsteuer, wie die Dinge nun einmal stehen, in weit minderm Grade. Endlich mag man die Verhältnisse noch nicht für so dringend halten und von der Maßregel meinen, daß sie für ihren radicalen Charakter nicht radical genug helfen könne. Bei alle Dem und ohne den größern Theil Derer, die gegen die Maßregel gestimmt haben, im mindesten tadeln zu wollen, empfinden wir doch alle Achtung vor den Männern, welche für dieselbe gesprochen und gestimmt haben, und finden das entgegengesetzte Verfahren wenigstens auf Seiten Derer tadelnswerth, die sich seither als Sprecher des Liberalismus gerirt haben. Denn bei denen können wir nicht anders glauben, als daß, wenn nicht persönliche Selbstsucht, doch die Rücksicht auf die Selbstsucht ihrer Wähler, der Bourgeoisie vor Allem, gewirkt habe. Die praktischen Bedenken und Schwierigkeiten, die sie hier so geschickt hervorzuheben wußten, und die Rücksicht auf das Bestehende und Herkömmliche pflegen ihnen doch sonst, dem Glanze des Ideals gegenüber, nicht so viel zu wiegen, und überhaupt ist dieses Eingehen in alle Details der Finanzen, dieses eindringende Studium des Bestehenden und Wirklichen sonst keineswegs ihre Sache. In der That haben wir dieselben Redner, welche bei der Einkommensteuer ganz praktische Nüchternheit und conservative Bedenklichkeit waren, sich über die Emancipation der Juden in all den tönenden Gemeinplätzen der Ideologie ergehen hören, welche bei dieser Frage das abgeritteue Paradepferd eines wohlfeilen Liberalismus bilden, während dieselbe Kenntniß des Lebens, der Praxis, der Volksstimmung, die sich bei der Steuerfrage hervorthat, bei der Judenfrage noch viel leichter auf ganz andere Ergebnisse hätte führen müssen. Denn wenn man in Betreff der Juden die wahrhaften Wünsche des deutschen Volks befriedigen wollte, so würde es durch nichts besser geschehen, als wenn man die ganzen Juden, den Frhrn. v. Rothschild als König an der Spitze und mit all ihren finanziellen und sonstigen Capacitäten, von denen so viel Rühmens gemacht worden, fein säuberlich nach Palästina verpflanzen könnte. Viele von den angeblichen praktischen Erfahrungen, welche zu Gunsten der Mahl- und Schlachtsteuer angeführt werden, wie z. B. daß sie den Arbeitsgebern, den Unternehmern zur Last falle, sind zum mindesten sehr zweifelhafter Natur, und man würde diese Zweifel in jedem andern Falle recht wohl zu entdecken gewußt haben. Mag es sein, daß eine Aufhebung oder Umwandlung gewisser Abgaben wenig zur Verbesserung der Volkszustände beitragen

würde, und daß die stärksten Gründe gegen die Mahl- und Schlachtsteuer mehr der Idee angehören, als materiell erheblich sind; praktisch erheblich ist es immer, daß man aus der Gesetzgebung den Makel der Ungerechtigkeit entferne und daß man einen Anfang mache zu einem Zustande, dem man es weniger anmerkt als dem heutigen, daß die Gesetze von den Besitzenden oder lediglich für diese gemacht werden. Wahr ist es freilich, daß das Fleisch bei uns jetzt nicht zu den unentbehrlichen Bedürfnissen jedes Haushalts zu rechnen ist, aber in England, in Amerika ist Dem nicht so, und daß es bei uns nicht so ist, gehört eben zu den traurigen Zeichen unserer Zustände, zu deren Beseitigung der erste Anfang eine Entbindung solcher Consumtibilien von Abgaben sein sollte. Mag es sein, daß die Verhältnisse noch nicht so dringend sind: um so würdiger und weiser, ihnen entgegenzukommen und dadurch zu verhindern, daß sie nicht dringend werden. Man hat jetzt die Einkommensteuer abgewiesen, wo sie als ein freiwilliges Zugeständniß erfaßt worden wäre; sie wird, wie Hr. v. Rath sehr richtig sagte, als ein Muß zurückkehren, wäre es auch in der schlimmern Form einer Armentaxe. Es waren sehr wahre Worte, welche Hr. v. Bodelschwingh am 12. Jun. sprach: daß über kurz oder lang doch wesentliche Veränderungen in der Besteuerung schon deshalb eintreten müßten, weil in Folge des langen Friedens das Vermögen sich immer mehr concentrire und die jetzige Besteuerung nicht ausreiche, den Reichthum verhältnißmäßig zu den Staatslasten heranzuziehen.

In der That finden wir unter Denen, die für das Princip der Reform gesprochen und gestimmt, sehr edle Namen, die bewußtesten, überzeugungsvollsten Glieder der conservativen und der liberalen Seite — von Letztern freilich die Popularitätsjäger und die Männer der Opposition quand même so wenig, wie das Gros des Tiersparti, dessen Liberalismus nur Vorurtheil ist und keine Probe aushält. Die Minorität würde noch kleiner gewesen sein, wären nicht Rheinland und Preußen auch diesmal dem Vorgang ihrer Vertreter so ziemlich gefolgt. Die Reden der HH. Camphausen und v. Vincke waren meisterhaft und athmeten wahres Zeitverständniß. Bei der entscheidenden Abstimmung am 12. Jun. sprachen sich übrigens 16 Mitglieder der Herren-Curie, worunter zwei königliche Prinzen, 52 Abgeordnete der Ritterschaft, 61 der Städte und die auffallend große Anzahl von 75 Abgeordneten des Bauernstandes für das Princip der Reform aus. Zu welchen lahmen Gründen die Gegner derselben zum Theil gegriffen haben, beweiß die Hinweisung auf das Scheitern der Einkommensteuer in Holland, gewiß nicht dem Musterlande philanthropischer Bestrebungen, wohl aber der Heimat öfterer Armuthsunruhen, und nun gar die Berufung auf die Beibehaltung der Octrois in Frankreich!

Portugal.

Die Nachrichten einiger englischen Blätter, wie z. B. des Standard, Sun und Morning Herald, lauten minder befriedigend als die gestern nach der Times und dem Journal des Débats von uns mitgetheilten. Sie besagen namentlich, der britische Gesandte habe vergeblich gesucht, den Grafen Lavradio an die Spitze des Ministeriums zu bringen, und die der Waffen ihrer Verbündeten nun gewisse Königin wolle weniger als je sonstige Zugeständnissen hören, sondern fordere die Vernichtung der Insurrection. Damit steht jedoch die nicht zweifelhafte Ertheilung einer allgemeinen Amnestie am 10. Jun., welche Lord J. Russell am 16. Jun. im britischen Unterhause rühmend ebenfalls erwähnte, im geraden Widerspruche. Von Sa da Bandeira ist Graf Tarpa nach Lissabon geschickt worden, um wegen Niederlegung der Waffen zu unterhandeln. Die vom Vicegdmiral Sir W. Parker deshalb früher nach Setubal gesendeten Bedingungen: Uebergabe in britische Kriegsgefangenschaft wie das Anjas; Respectirung des Eigenthums der Truppen auch an Waffen und Pferden, war unterm 4. Jun. entschieden als der Art abgewiesen worden, daß kein General, ohne daß überlegene Macht ihm gegenüber stehe, sie annehmen könne. Vermuthlich würde das Erscheinen der britischen Flotte vor Setubal diesen Punkt des Anstoßes heben. Die Nachrichten von neuen Aufständen in der Provinz Beira, wo Saldanha sich befindet, wird wol auf ältern Vorgängen beruhen.

Spanien.

:Paris, 18. Jun. Daß die römische Kirche, früher fast im absoluten Besitze der Herzen und Schätze der Spanier, in neuerer Zeit in dieser Hinsicht gewaltig beschränkt, ja fast paralysirt, jetzt nicht ohne Erfolg danach strebe, ihr früheres Gewicht wiederzugewinnen, beweisen besonders zwei Thatsachen. Spanien fängt an, sich bei der Lyoner Propaganda, diesem römisch-jesuitischen Institute, stärker zu betheiligen. Früher flossen demselben aus der pyrenäischen Halbinsel nur sehr kärgliche Spenden von kaum 2000 Fr. zu. Jetzt ist Spanien in dieser Hinsicht dem sonst auch gegen die Lyoner Propaganda kargen Preußen gefolgt. Wie dieses hat es im verflossenen Jahre bedeutend nach Lyon gesteuert. Ein Beweis, daß jene Fraction des Katholicismus, welche man die alte, ultramontane nennt, wieder einen bedeutendern Einfluß auf die Herzen und Börsen der Spanier gewonnen hat als früher. Den zweiten Beweis liefert der Empfang Brunelli's, des päpstlichen Gesandten in Madrid. Derselbe war bekanntlich ein sehr feierlicher und der Wichtigkeit des Ereignisses, der Aussöhnung des „katholischen" Königthums mit Rom, ganz angemessener. Aber darf die reactionaire katholische Partei auf diese für sie sehr günstigen Indicien große Hoffnungen bauen? Wir glauben dies nicht. Denn die Elemente zu neuem Zwiste mit Rom liegen bereits offen da. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Progressisten in Spanien wieder ans Ruder kommen werden. Schon sind einige Notabilitäten derselben amnestirt und zurückberufen worden. Kommt Espartero zurück, dann Adieu ihr Hoffnungen für eine Wiederherstellung des alten römischen Einflusses. Dazu kommt die drohende Scheidung der Königin von ihrem Gemahl, den sie bereits zur Completirung des Cardinalcollegiums in Rom vorgeschlagen hat. Wird sie aber der Papst so kurzweg scheiden, nachdem er erst vor kurzem die Dispensation zur Ehe gegeben? Dies würde seiner Consequenz, wir wollen gar nicht sagen seiner Infallibilität, einen argen Stoß versetzen. Hier liegen also so viele Elemente zu Uneinigkeiten zwischen Rom und Spanien vor, daß obige Ersterm günstige Facta kaum von Bedeutung zu seinen Gunsten sind.

Großbritannien.

London, 17. Jun.

Das Unterhaus war gestern, am Mittwoch, von 12 Uhr an allein versammelt. Zu den erwähnenswerthen Vorkommnissen der Sitzung gehört die Erklärung des Secretairs für Irland, daß die Semmeraffären dort wie gewöhnlich abgehalten werden würden und nur für einzelne Theile von Connaught und Munster Ausnahmen gemacht werden sollen, wo die Zustände der Gefängnisse das nöthig machten. Wenn er, was seine Absicht nicht sei, sich weiter über diese Angelegenheit verbreiten müßte, so würde er nachweisen können, daß manche Gefängnisse ganz zu Krankenhäusern geworden wären, und daß daher die Richter die Meinung hegten, dort die Assisen abhalten würde die Ansteckung absichtlich befördern heißen. Die an Hrn. Duncombe gerichtete Anfrage des Mitglieds für Evesham, Hrn. Borthwick, ob derselbe sein Amendement zu Hrn. Hume's verlorener Motion wegen Portugal vielleicht als selbständigen Antrag erneuen wolle, wenn Hr. Hume den seinigen nicht wieder aufzunehmen beabsichtige, veranlaßte eine Erklärung Lord J. Russell's, daß die Regierung, soweit Hrn. Duncombe's Amendement des Hauses Wünsche ausgesprochen, den Portugiesen ihre constitutionellen Freiheiten gesichert zu sehen, und daß der britische Einfluß dazu angewendet werden möge, sich mit oder ohne Erneuerung des Antrags dazu gleich verpflichtet betrachten werde. Zugleich freue es ihn, mittheilen zu können, daß die portugiesische Regierung beschlossen habe, auch jetzt noch eine ganz eben so umfassende Amnestie zu erlassen, wie es beabsichtigt war, wenn die Junta früher, als geschehen, die ihr dargebotenen Bedingungen angenommen hätte. Hr. Duncombe sagte darauf, daß er sein Amendement nach einer solchen Verpflichtung der Minister als angenommen betrachten und also für seine Person sich zufrieden geben könne. Vielleicht hätte Hr. Borthwick besser gethan, sich an den Urheber der Motion, Hrn. Hume, sowie an einige Gentlemen hinter sich, welche in letzter Sitzung Frage und Haus im Stiche ließen, mit der Frage zu wenden, was denn aus ihrer großen Entrüstung geworden sei? Man bezeichne dieselben gewöhnlich als die Land- (Grundbesitz-) Partei, und nach den am vorigen Abend gemachten Erfahrungen müsse er allerdings glauben, je eher sie aufs Land gingen, je besser werde es sein. Nachdem dann Hr. Hume erklärt hatte, daß er die portugiesischen Angelegenheiten nicht von neuem zur Sprache zu bringen beabsichtige, dabei jedoch die Bemerkung hinwarf, wie er nicht gut annehmen könne, die außerordentliche Art, in welcher der Debatte darüber ein Ende gemacht worden, sei ohne Verabredung herbeigeführt worden, wies noch Lord J. Russell jeden Argwohn einer Betheiligung der Minister dabei zurück, die vielmehr dadurch des Vortheils beraubt worden wären, eine große Mehrheit für sich zu erhalten. Hrn. Crawford's zur zweiten Lesung anstehende Bill zur Verbesserung der Bedingungen bei Pachtungen in Irland, namentlich um dem Pachter für bewirkte Verbesserungen im Falle der Vertreibung von der Pachtung Vergütung zu sichern, wurde mit 112 gegen 25 Stimmen abgelehnt, nachdem der Secretair für Irland sich dagegen erklärt hatte. Von der Regierung ist nämlich eine gleiche Maßregel vorbereitet, und war hauptsächlich in des Earl of Besborough Hände gelegt worden. Nach dem Ableben desselben verhinderte übergroßer Andrang von Geschäften, sie noch in dieser Session vorzulegen.

— Die Times bringt bei Anwesenheit des Großfürsten Konstantin ausführlich die mehr als 30 Jahre alten Ansprüche des Verbesserers der Maschine zur Verfertigung des Papiers an die kaiserl. russische Regierung zur Sprache, welche trotz der legalsten Begründung und der angelegentlichsten Geltendmachung noch immer vergeblich auf Erfüllung harren. Die Sache hängt folgender Art zusammen. Als 1814 der Kaiser Alexander in England war, hörte er von H. Fourdrinier's Erfindung und ertheilte einem Hrn. Wistinghausen den Auftrag, das Recht der Benutzung für die kaiserl. Fabriken in Peterhof zu erwerben. Nachdem derselbe in Begleitung des Hrn. Tatitscheff, erzählt die Times, die Erfindung sich angesehen, wurden Hrn. Fourdrinier's Bedingungen, 700 Pf. St. jährlich für die Benutzung von zweien seiner Maschinen auf zehn Jahre, nach Petersburg übermacht, kamen von dort approbirt mit der Vollmacht zur Unterzeichnung des Contracts zurück und Hrn. Fourdrinier's Sohn stellte in Rußland die Maschinen mit meist englischen Arbeitern auf, die aus

Digitized by Google

kaiserl. Kassen bezahlt wurden, während Hr. Fourdrinier selbst trotz seines mit einem kaiserl. Agenten gemachten Vertrags durchaus nichts erhalten konnte. Seine wiederholten Schreiben an Wistinghausen blieben unbeantwortet. Im Jahr 1824 schickte er seinen Sohn nach Rußland, um eine Verbesserung mitzutheilen, und diesem versprach Wistinghausen damals die baldige Zahlung der Schuld. Sieben Jahre später reclamirte Hr. Fourdrinier durch das russische Consulat, wie nachher mehrmals umsonst. Endlich schrieb er an den Kaiser Nikolaus selbst und erhielt abschläglichen kurzen Bescheid, daß man die Sache als Privatvertrag zwischen Wistinghausen und Fourdrinier ansehe. Der Letztere machte sich nun in seinem 75. Jahre selbst nach Petersburg auf, allein, bemerkt die Times, die Stadt der Zaren ist nicht die Heimat der Gerechtigkeit, wie Fourdrinier zu seinem Nachtheil erfuhr. Er wendete sich zuerst an den Grafen Benkendorf, der ihn nach einigen Wochen an den Fürsten Wolkonsky wies. Dieser machte aber auch nichts damit zu thun haben und sagte: Wistinghausen habe die Regierung hintergangen, und Fourdrinier möge zusehen, wie er zu seiner Foderung käme. Die nunmehrige Verwendung des britischen Gesandten Lord Stuart de Rothesay erlangte auch nur die ausweichende Antwort, man sehe die Sache für abgemacht an. Eine im Juni 1843 dem Kaiser in Peterhof persönlich übergebene Bittschrift blieb unbeantwortet, und Fourdrinier kam nach England zurück. Ein letzter Versuch wurde hier gemacht, als Kaiser Nikolaus dahin kam. „Die Sache wurde so arrangirt, erzählt die Times, daß ein einflußreicher Mann sich an ihn wenden sollte. Der Souverain sollte unterthänigst um Erfüllung seiner Verpflichtungen gebeten werden. Allein jener ward mit Entschuldigungen abgefertigt. Der Kaiser hörte nie von der Sache; kurz, die Foderung ist bis auf den heutigen Tag unbezahlt. Die Geschichte wäre werth, zu einem Romane benutzt zu werden, schließt die Times, sie besitzt alle Wahrzeichen einer Erfindung."

— Von der Shipping Gazette wird auf unzweifelhafte Grundlagen hin versichert, daß in den letzten fünf Jahren die britische Marinestation an der südamerikanischen Küste über 2000 Seeleute durch Desertion verloren habe und daß man amtliche Gewißheit erlangte, die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten auf derselben Station seien zur Hälfte mit britischen Seeleuten bemannt. Bei dem weit höhern Solde, den andere Seemächte zahlten, könne das auch nicht anders kommen. Die Admiralität stehe jedoch gegenwärtig mit den Hafenadmiralen in Vernehmung über Abhülfe dieses Uebelstandes durch Erhöhung der untern Soldansätze.

— Die aus **Kanton** nach London abgesegelte Dschonke mit ihren chinesischen Mannschaften und chinesischen Merkwürdigkeiten, bestimmt, in den britischen und vermuthlich auch andern europäischen Häfen zur Schau umhergeführt zu werden, ist nach viermonatlicher Reise bei St.-Helena angekommen und nun von da nach Europa unterwegs.

Frankreich.

Paris, 18. Jun.

Die Pairskammer setzte gestern die Berathung der Medicinalreform fort und beschäftigte sich die ganze Sitzung mit Hrn. Cousin's zu §. 5 (nach welchem der Weg des Concurses bei Besetzung der Lehrstühle an den medicinischen Bildungsanstalten entscheiden soll) beantragtem Amendement. Dieses verlangte die directe Besetzung durch den Minister des öffentlichen Unterrichts aus einer dreifachen Liste vorgeschlagener Candidaten. Ein Vorschlag von je zwei für eine Stelle soll von der Facultät, wo dieselbe offen ist, der andere von der Akademie der Medicin, der dritte von der Akademie der Wissenschaften erfolgen, wobei dieselben Persönlichkeiten von allen dreien in Vorschlag gebracht werden dürfen. Baron Thénard trat Dem bei und führte von dem berühmten Dupuytren an, daß derselbe am Vorabend eines Concurses allen Muth dazu und alle Lust verloren gehabt und denselben aufgegeben haben würde, wenn es ihm nicht gelungen wäre, ihn wieder aufzurichten. Der Unterrichtsminister fragte, ob die Akademie auch ihre eignen Mitglieder nach Hrn. Cousin's Ansicht mit in Vorschlag bringen könne und ob man die außerdem im Entwurfe vorgeschriebenen Qualificationen beizubehalten gedenke? Da Hr. Cousin damit einverstanden sich erklärte, so kam eine Vereinigung dahin zu Stande, daß die Concurse aufgegeben wurden und die Ernennung durch den Minister aus den wie erwähnt vorzuschlagenden Candidaten zu erfolgen haben soll. Diese Candidaten dürfen aber nur aus den Professoren oder Agrégés einer medicinischen Lehranstalt, den Mitgliedern der Akademien der Medicin oder der Wissenschaften und den Oberärzten und dirigirenden Chirurgen an Krankenhäusern in Städten mit mehr als 20,000 Einwohnern gewählt werden. Ein besonderer Paragraph soll noch wegen der Oberärzte ꝛc. an den Militairkrankenhäusern eingeschaltet werden.

Die Deputirtenkammer hatte den Bericht über die verlangte Autorisation zur Vorladung des Hrn. Emile de Girardin vor die Pairskammer wegen eines Artikels der «Presse» zu berathen. Hr. de Girardin bat zuerst ums Wort, um zu versichern, daß er in die Gerechtigkeit der Pairs nie Mistrauen setzte, und daß ihm nie eingefallen sei, sich hinter ein Privilegium wegen einer Sache zu verschanzen, über die, wenn die Kammer die Principfrage erledigt habe, er dieselbe zu überzeugen gedenke, daß er damit die Pairskammer nicht beleidigt und als Mitglied der Deputirtenkammer nicht den Tadel der Verleumdung verdient habe. Der Commissionsbericht beantragte die Ertheilung der Autorisation. Gegen denselben sprach zuerst Hr. Billault. Es scheine derselbe fast nur das Verlangen der Pairskammer vorauszusetzen, um die Zugestehung zu rechtfertigen, und dagegen müsse er protestiren. Aus dem von ihm vorgelesenen Artikel der «Presse» (Nr. 160) konnte der Redner nur eine strenge Rüge gegen das Verhalten der Minister herauslesen und äußerte sein Erstaunen, daß die Pairskammer neunzehn Tage gebraucht habe, bis sie den Artikel anfocht. Diese Posthumusentrüstung müsse ein der Kammer fremder Einfluß bewirkt haben. Warum habe das Ministerium sich nicht selbst verletzt gefunden? Gebe es vielleicht auch nichts auf den Vorwurf, ein Theaterprivilegium verhandelt zu haben? Als der Minister des Innern hier geltend machen wollte, diese Anklage sei schon bei der Adreßdebatte erledigt worden, indem die Kammer ein deshalb gestelltes Amendement verworfen habe, hielt Hr. Billault ein, daß seitdem erschwerende Umstände dazu gekommen wären und der Fall jetzt ganz anders sich ausnehme. Hr. de Girardin wiederholte die in der Commission gegebene Versicherung, daß er nichts gegen die Pairs zu sagen beabsichtigt habe; er könne ihnen 200 Artikel der «Presse» zu ihrem Lobe vorlesen. Hr. Plougoulm sprach die Foderung aus, daß der Kammer nur daran gelegen sein müsse, die Wahrheit zu erfahren, und dahin zu gelangen, sei der Antrag der Commission der nächste Weg. Nach einiger Unterbrechung betrat Hr. Odilon-Barrot die Rednerbühne. Er sah in der Verweisung Hrn. Girardin's vor einen politischen Körper, der ihm keine Garantien wie die Gerichte darbiete, eine Rechtsverletzung, foderte aber denselben zu vollständigen Aufklärungen in der Sache auf. Hr. de Girardin beantragte eine geheime Sitzung, was nur von fünf Mitgliedern geschehen kann. Nach einiger Unterbrechung kam unter Beitritt der HH. Lacrosse und Odilon-Barrot diese Zahl zusammen. Jetzt legte der Minister des Innern, der aber erst nach viertelstündigem Lärm zum Worte kam, Protest gegen ein Verfahren ein, wodurch Anklagen gegen das Ministerium in Geheimniß gehüllt werden sollten, und Hr. de Girardin nahm den Antrag zurück. Er las hierauf über den Theaterhandel aus der Gazette des Tribunaux bestätigende Erklärungen der HH. Thibaudeau und Adam vor, citirte die «Mode» wegen Verkaufs von Adelstiteln und behauptete vom Minister des Innern, derselbe habe ihm zugegeben, daß eine Zusage auf die Pairie gemacht worden sei und nur hinzugefügt, es sei in seiner Abwesenheit von Hrn. Guizot geschehen. Als Beleg verlas er ein Schreiben des Generallieutenants Grafen Alex. de Girardin, der sich beim König über das unerfüllte Versprechen beklagte und über die Zumuthung sich beschwerte, daß er seinen vermeintlichen Einfluß auf die «Presse» im Sinne der Regierung anwenden solle. Nachdem Hr. Guizot dagegen ein Schreiben des Hrn. Girardin vom Jahre 1838 mitgetheilt hatte, worin derselbe die Tendenz der «Presse» für die Pairie seines Vaters offen anbietet, wurde von der Kammer der Commissionsantrag angenommen. (Vgl. das Schreiben aus Paris.)

— Der Commerce kündigt ein zu Ende der Session beabsichtigtes großes Reformbanket an, das im Saale Ventadour für 600 Theilnehmer veranstaltet werden soll. Von der Opposition in der Deputirtenkammer hätten bereits Viele ihre Betheiligung zugesagt, und die HH. Odilon-Barrot, Gustave de Beaumont, Léon de Malleville, Duvergier de Hauranne würden es übernehmen, die erforderliche Erlaubniß vom Polizeipräfecten einzuholen. Nach dem Vorgange von Paris würden gleiche Demonstrationen in den Departements bei der Rückkehr der Deputirten des Fortschritts erfolgen.

— Eine amtliche Zusammenstellung über die Truppenzahl, die Paris und seine Befestigungen nach völliger Vollendung der letztern in diesem Jahre besetzt halten wird, gibt an: für das Fort Mont Valerien 3000 M. einschließlich 1 Artillerie- und 2 Genieecompagnien; Charenton 2500 M. einschließlich 1 Regiment Artillerie; Tory 1800 M., Romainville 2000, Issy 1600, Bicêtre 1200, Montrouge 1000, Vanves 900 M.; die vier Forts la Double Couronne, St.-Denis, de la Breche und Stains 3200, de l'Est 800, d'Aubervilliers les Vetus 1100, de Neuilly 1500, Vincennes 3200 M. In Friedenszeiten werden diese Besatzungen mit der von Paris eine Masse von 60,000 M. aller Waffengattungen bilden, wozu dann noch die Nationalgarden zu zählen sind.

— Capitain Garde, der mit einem Handelsschiffe nach einer langen und gefahrvollen Reise vom Rio Grande in Havre angekommen ist, macht öffentlich bekannt, daß ihm ein englisches Schiff, Berward von Newcastle, das er um Aushülfe mit einigen Lebensmitteln gegen Bezahlung ansprach, diese verweigerte, obgleich es reichlich damit versehen war, und daß ein zweites ihm offenbar absichtlich eine falsche Angabe über die Länge machte. Capitain Garde beklagt dieses Verhalten um so mehr, als er auf seiner vorigen Reise selbst Gelegenheit hatte, einem liverpooler Schiffe, dem die Lebensmittel ausgegangen waren, damit auf 20 Tage auszuhelfen, ohne einen Heller dafür zu nehmen.

** **Paris**, 18. Jun. Die zwei letzten Sitzungen in der Deputirtenkammer waren leider sehr aufgeregt, die gestrige bot sogar ein Schauspiel so eigner Art dar, daß man in den Annalen irgend einer parlamentarischen Versammlung nicht leicht ein Seitenstück dazu findet. Dessenungeachtet will ich erst von der vorgestrigen Sitzung sprechen, worin die

Aufregung, wenigstens dem Scheine nach, eine edle war. Hr. Dupin ist es, der die Gemüther aller Ehrenwerthen erschütterte, indem er mit den lebhaftesten Farben den kümmerlichen Zustand der untern Klassen in den größern Städten und vorzugsweise auf dem Lande schilderte, wo die Bauern keine andere Nahrung als Brot, Wasser und Salz haben, und wo sie auf diesen dritten, auf den würzenden Bestandtheil ihrer Nahrung verzichten müssen, weil sie die Salzsteuer nicht erschwingen können. Setzt also die Salzsteuer herab, schreit der Deputirte von Clamecy (Departement de la Nièvre), und die armen Bauern werden wenigstens ihr Brot oder ihre Erdäpfel salzen und so das fade Wasser mit mehr Geschmack trinken. Ob es wirklich in Frankreich Gegenden gibt, wo die Bevölkerung so verarmt ist, daß sie keine andere Nahrung hat als Brot oder Erdäpfel, und nicht einmal das nöthige Salz dazu kaufen kann, muß ich nach Allem, was ich von Personen gehört, die das Land nach allen Seiten bereist und dieser Frage eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben, bezweifeln. Wenn aber Dem wirklich so wäre, würde es sich erst darum fragen, ob mit der gänzlichen Aufhebung oder gar mit der vorgestern zum dritten Mal beschlossenen Herabsetzung der Salztaxe einem so elenden Zustande der Landbevölkerung abgeholfen, oder ob sie auch nur dadurch in den Stand gesetzt werden könnte, das Salz zu kaufen, das sie für ihren täglichen Bedarf braucht. Um hierüber zu entscheiden, ist es eben nicht nothwendig, eine Statistik der Mauthämter oder Salzverwaltung zu Rathe zu ziehen und zu untersuchen, wie dies einige Redner gethan haben, ob und um wie viel der Salzverbrauch seit 20 Jahren im Vergleiche zum Verbrauch anderer Nahrungsmittel, z. B. Kaffee und Zucker, zugenommen; eben so wenig ist es nothwendig, nach England zu reisen und zu erfahren, ob die Consumtion dieses Gewürzes seit der Aufhebung der Steuer zugenommen. Es ist vollkommen hinreichend, irgend einen Kochverständigen des einen oder andern Geschlechts zu fragen, wie viel Salz beiläufig eine bescheidene Haushaltung von sechs Personen — eine Bauernfamilie ist selten zahlreicher — im Jahre Salz verbrauchen mag. Auf eine solche Frage erhält man zur Antwort: höchstens 10 Kilogr. = 20 Pfd. Nun zahlen jetzt 2 Pfd. Salz 6 Sous Steuer, und würden, wenn der vorgestern angenommene Vorschlag Gesetzeskraft erhielte, nur 2 Sous zahlen, die bezeichnete Haushaltung würde somit jährlich 2 Fr. und täglich ungefähr 1 Centime ersparen! Ein solch pharisäisches Mitleiden mit dem Schicksale der Armen ist einer gesetzgebenden Versammlung mehr als unwürdig; wenn man dem Pauperismus auf dem Lande unter die Arme greifen will, nun, so hebe man die Fenster- und Thürsteuer auf, setze die Grundsteuer auf klein zerstückelte Besitzungen herab, die oft kaum hinreichen, die Familie des Grundbesitzers zu ernähren. Wenn man den Zustand der arbeitenden Klassen in den Städten erleichtern will, so ermäßige man die Patentsteuer, die Thorzölle und fixire ein für alle Mal den Preis der zweiten Bretgattung. Indem man aber einer ganzen Familie täglich 1 Centime schenkt, noch die Miene des Mitgefühls und der Milde anzunehmen und noch Ansprüche auf die Liebe des Volks zu machen, setzt entweder eine unverzeihliche Unkenntniß der Sachlage oder ein ruchloses Spiel mit dem Unglücke zum Behuf einer wohlfeilen Volksgunst voraus. Wenn wir mit diesen Betrachtungen gegen die Beschränktheit oder gegen die Heuchelei Verwahrung einlegen, sind wir deswegen doch weit entfernt, der beschlossenen Maßregel entgegen zu sein. Von vorn herein sind wir jeder Steuer zuwider, welche die nothwendigsten Bedürfnisse der arbeitenden Klassen belastet, folglich auch der Salztaxe, und wenn deren Herabsetzung unmittelbar auch nur ein sehr geringes Ersparniß bieten könnte, so würde sie ihnen doch mittelbar in Folge der dadurch erzielten Hebung des Ackerbaues und der Viehzucht zu statten kommen, und wie wenig auch Hr. Dupin diese Seite der Frage beachten mag, so liegt doch gerade hier der eigentliche Punkt der Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Maßregel sowie ihre allgemein wohlthätigen Folgen. So viel über die vorgestrige Sitzung.

Die gestrige hat alle Erwartungen, die man billigerweise von dem Gegenstande derselben sich machen durfte, übertreffen. Hr. de Girardin ist ein gewandter Mann, und man konnte hoffen, er werde die Minister in die Enge treiben und sich aus der Schlinge zu ziehen wissen, wie ihm das so oft gelungen. Allein da Alles seine Grenzen hat und die Gewandtheit Girardin's dieser allgemeinen Regel unterworfen ist, unterlag er gestern unter der Wucht seiner aller Welt nun offenkundigen Schlauheit und Gemeinheit. Unter dieser Niederlage verstehen wir jedoch nicht das Votum, welches die gestrige erbauliche Debatte schloß, das ganz gleichgültig ist; denn wäre dieses Votum auch zu Gunsten des sehr ehrenwerthen Deputirten von Bourganeuf ausgefallen, wäre er doch nichtsdestoweniger in der Kammer wie im Publicum moralisch vernichtet. Wenn ein Mann in seiner Stellung vier Beschuldigungen gegen das Cabinet richtet, von denen eine einzige hinreicht, die Minister in Anklagestand zu versetzen, muß er entweder sprechende, wenn auch nicht ganz unwiderlegliche Beweise dafür in Händen haben und ohne Schonung sie geltend machen, oder freiwillig eingestehen, daß er seine Vorwürfe auf bloßes Hörensagen niedergeschrieben, und die Nachsicht der dadurch Verletzten in Anspruch nehme. Hr. de Girardin hat die Sache anders verstanden und, auf seine oft erprobte Gewandtheit bauend, zu einem Kniff seine Zuflucht genommen, der ihm fast gelungen wäre, den aber Hr. Duchatel noch zur rechten Zeit durchschaut hat. Von allen Seiten gedrängt, seine Beschuldigungen zu rechtfertigen, verlangte er, daß die Kammer sie bei geschlossenen Thüren vernehme. Die List war in der That sehr fein ausgesonnen und konnte ihre Wirkung nicht verfehlen, wäre sie gelungen. In der geheimen Sitzung hätte Hr. de Girardin nicht mehr, wahrscheinlich noch weniger Aufschluß über seine Behauptungen gegeben; da aber geheime Debatten der Kammern oder Gerichtshöfe nicht öffentlich besprochen werden dürfen, so wäre der Verdacht auf dem Ministerium haften geblieben und Hr. de Girardin hätte den Schein eines muthigen, patriotischen Anklägers behalten. Nachdem nun diese List gescheitert war und er vor aller Welt seine Behauptungen zu begründen hatte, war er verloren. Von den vier Beschuldigungen konnte er die erste nur halbwegs beweisen und für die drei andern nicht den geringsten Beleg beibringen.

Bei der unsaubern Geschichte des Privilegiums eines dritten lyrischen Theaters scheint Hr. Duchatel allerdings nicht sehr reine Hände zu haben; hinreichend bewiesen hat jedoch Hr. de Girardin diese Anklage eben so wenig, als sich der Minister über allen Verdacht gerechtfertigt. Den Verkauf von Adelstiteln hat die «Presse» einem ihrer würdigen Collegen, der legitimistischen «Mode» entnommen, das giftigste und unverschämteste Organ der Verleumdung aller Personen und Sachen, die mit der Dynastie auch nur in entfernter Berührung stehen. Ein Blatt, das sich nicht scheut, die Königin anzugreifen, die von aller Welt geliebt und verehrt wird, ist eben kein gültiger Zeuge gegen einen Minister. Die improvisirt Behauptung, die Minister hätten gegen eine Summe von 1,200,000 Fr. den Postmeistern einen Gesetzentwurf zu ihren Gunsten versprochen, hat Hr. de Girardin nicht im mindesten glaubhaft zu machen gewußt, und über die 80,000 Fr., welche mit Ermächtigung der Minister die Herren der «Epoque» für ein Versprechen auf die Pairswürde erhalten, hat er gar keinen Aufschluß gegeben und ging so über den Hauptpunkt der Debatte weg. Um jedoch dieser Behauptung einige Wahrscheinlichkeit zu geben, verlas er einen Brief seines Vaters an den König, worin Jener sich darüber beklagt, daß Hr. Guizot zur Bedingung der ihm versprochenen Pairswürde gemacht habe, seinen Einfluß auf die «Presse» geltend zu machen, daß diese ihre häufige Opposition gegen die Verwaltung aufgebe. Angenommen, daß der Minister, wiewol er es in Abrede stellt, wirklich diese Bedingung gemacht habe, so hat er eben nur von seinem Rechte Gebrauch gemacht. Seit zehn Jahren verlangt Hr. de Girardin die Pairswürde für seinen Vater von denselben Cabineten, die er angreift, warum sollte es nicht erlaubt sein, ihm deswegen jene Bedingung aufzulegen? Was beweist übrigens dieses Uebereinkommen für die Behauptung, daß man die Leute der «Epoque» ermächtigt habe, Versprechen auf Pairswürde gegen baares Geld zu verkaufen? Schlechterdings nichts. Um so schlagender, um so vernichtender war der Brief, den Hr. Guizot verlesen, worin Hr. de Girardin eingesteht, daß er sich im Jahre 1838 auf sechs Monate von der Leitung der «Presse» zurückgezogen, um seinem Vater durch dieses Opfer die Pairswürde zu erkaufen. Er konnte nicht beweisen, daß die Minister bestochen haben; Hr. Guizot aber hat bewiesen, daß Hr. de Girardin sich bestechen ließ. Das gab ihm den Todesstoß, und hiermit war die stürmische Discussion geschlossen. Weder er noch irgend einer seiner Freunde wagten es das Wort zu nehmen und die HH. Duchatel und Guizot zu widerlegen, und der Schluß des Berichterstatters, den Wunsch der Pairskammer zu genehmigen, wurde nicht nur von der ganzen conservativen Partei, sondern auch von vielen Mitgliedern auf der Linken votirt.

Belgien.

Die Unruhen in **Tongern** (Nr. 173) haben sich am 14. Jun. erneuert, und die mit drei Brigaden verstärkte Gendarmerie hat denselben nur mit großer Mühe und nach wiederholten Chargen ein Ende machen können.

— In **Antwerpen** wurde am 16. Jun. ein Engländer, der den Ausfuhrhandel mit Obst, Gemüse ꝛc. nach England im Großen treibt, vom Volk auf der Straße beinahe gesteinigt und rettete nur durch eine schleunige Flucht sein Leben.

Schweiz.

Aus **Chur** vom 16. Jun. schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Der große Rath ist vorgestern zusammengetreten; die gemäßigt liberale Eröffnungsrede des Bundespräsidenten Ant. Ph. Ganzoni beschränkte sich bezüglich der eidgenössischen Politik hauptsächlich darauf, das Bündniß der sieben Cantone als bundeswidrig zu erklären. Der am 15. Jun. vorgelegten Botschaft des kleinen Raths war auch ein Protokoll über eine Audienz des Hrn. v. Philippsberg bei jener Behörde beigelegt. Es enthält dasselbe die bestimmte Erklärung des Gesandten, daß der Kaiser von Oesterreich, falls Graubünden für die Auflösung des Sonderbundes stimmen sollte, von Stund an die speciellen Begünstigungen für den Transit über den Splügen aufheben werde. Im kleinräthlichen Berichte selbst wurde des Gegenstandes weiter mit keinem Wort erwähnt. Heute Vormittag wurde die Sonderbundsangelegenheit behandelt und mit 43 gegen 21 Stimmen folgender Instructionsbeschluß gefaßt: «Das Separatbündniß der sieben Stände Luzern, Uri, Schwyz,

Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis ist mit den Bestimmungen des Bundesvertrags von 1815 unverträglich, und es wird dasselbe demgemäß als aufgelöst erklärt. Die betreffenden Cantone sind für die Beachtung dieses Beschlusses verantwortlich, und die Tagsatzung behält sich vor, wo demselben zuwidergehandelt würde, die erforderlichen Maßregeln zu treffen. Auch in Bezug auf das Siebenerconcordat von 1842 ist der gleiche Grundsatz anzuwenden.»"

Rußland und Polen.

Von der **polnischen Grenze** vom 13. Jun. schreibt die Weser-Zeitung: „In dem benachbarten Polen macht die Theurungsnoth sehr viel zu schaffen; trotzdem daß die Getreideausfuhr aus dem Königreiche verboten ist, wird doch sehr viel Getreide nach Danzig geschafft und dadurch die Eingeborenen dem drückendsten Mangel ausgesetzt. Nicht minder ist in andern Gegenden Rußlands die Noth so groß, daß Viele direct aus Hunger dahinsterben. In dem Gouvernement Witebsk haben sich die Bauern aus Verzweiflung und von der äußersten Noth getrieben zusammengerottet und den Gutsherrn mit seiner ganzen Familie erschlagen, die Vorräthe aber unter sich getheilt. Einen komischen Gegensatz hierzu bildet die Noth, welche die Juden in Polen mit ihren Bärten haben. Bekanntlich darf kein Jude unter 60 Jahren, oder wer nicht im Stande ist, eine bedeutende auf die langen Bärte gelegte Steuer zu zahlen, einen Bart tragen. Wer gegen dieses Gesetz handelte, der wurde sogleich aufgegriffen und ihm von der Polizei der Bart abgesäbelt. Diese Noth geht jetzt von neuem los, da die Bärte wieder zu wachsen anfangen, und die Juden durchaus sich weigern, dieselben abzuschneiden. Eine solche Widersetzlichkeit kam neuerdings bei den sämmtlichen Juden eines kleinen Städtchens an der Weichsel in der Nähe von Warschau vor, sodaß ein Detachement Kosacken förmlich dahin geschickt werden mußte, um die Juden mit Gewalt von ihren Bärten zu befreien."

Südamerika.

Aus **Ecuador** wird der im Februar erfolgte Tod von Dr. José J. Olmedo gemeldet, eines als Gelehrter wie als Patriot in den ganzen südamerikanischen Staaten hochgeachteten und daher tief betrauerten Mannes.

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der geheime Regierungs- und Baurath Ganzer in Minden; 4. Kl.: der Oberstlieutenant a. D. v. d. Gablenz; der Postmeister Klopsch in Nikolai; der Prediger Lämmerhirt in Reddeber; der Justizcommissar und Notar Scholze in Görlitz.

Standeserhöhungen. Königreich Sachsen. Der Adoptivtochter des verstorbenen Anwalts Ludwig Freih. v. Linsingen, Agnes Ferdinande Wilhelmine Rosalie Linsingen, ist die Erhebung in den Adelstand bewilligt worden.

Wissenschaft und Kunst.

(*) Berlin, 20. Jun. Der gegenwärtig hier anwesende berühmte französische Musikkritiker und Componist Hektor Berlioz veranstaltete gestern im Opernhaus eine Aufführung seiner neuesten musikalischen Arbeit: „Faust's Verdammung", worin er unter dem Titel einer „Legende in vier Theilen" Goethe's «Faust» zu einer eigenthümlichen musikalischen Combination benutzt hat. Der Componist hat sich ein Resumé Goethe'scher Faustscenen mit hier und da eingefügten neuen Uebergängen in einer französischen Uebersetzung herrichten lassen, und dadurch ist ihm ein ziemlich buntscheckiger und wenig zusammenhängender Text entstanden, der mit einem Ueberschwemmen Faust's in Ungarn beginnt und mit der Höllenfahrt und dem Pandämonium endigt. Ein dermaßen zurechtgestutzter Text, wo aus den beibehaltenen einzelnen Brocken der deutschen Nationaldichtung ein fremdartiges Gericht zusammengestellt ist, muß einem deutschen Publicum noch widerstrebender werden, wenn es damit zugleich, wie zur Aufführung der Berlioz'schen Musik hier nöthig war, eine deutsche Rückübersetzung der französisch verhunzten Originalstellen des Goethe'schen Gedichts erhält, bei der natürlich aus Rücksicht auf die Rhythmen der Musik das Original nicht gänzlich wieder zurückgenommen werden konnte, sondern oft bei den berühmtesten Partien, z. B. dem Flohliede, dem Liede von der Ratte und andern nur annähernd wiederzugeben war. Dies waren allerdings bei einem Publicum, das nur einigermaßen auf die Unverletzlichkeit und Würde seines größten vaterländischen Dichters hält, höchst ungünstige Voraussetzungen, um auf solchem Grund eine Musik einzuführen, die ihrer ganzen reflectirten Natur nach eben keine populaire Anziehungskraft besitzt und die hier noch dazu mit den Sympathien für die bei uns ganz und gar eingebürgerte Radziwill'sche Musik zum Faust zu kämpfen hat. Man kann nicht sagen, daß es dieser Berlioz'schen Faustcomposition, welche sich zwischen Oper und Oratorium in einer künstlichen Mitte bewegt, besonders gelungen wäre, durch diese Schwierigkeiten zu einem überwiegend günstigen und einheitlichen Gesammteindruck sich hindurchzuringen. Die auch sonst schon glänzend bewiesene Stärke der Berlioz'schen Musik ist die Instrumentation, in welcher er besonders durch genial gedachte Effectmalereien das Bedeutsamste zu leisten versteht und wo die gelehrteste Kenntniß der Instrumente mit der raffinirtesten, dem Gedanken und der Empfindung gehorchenden Anwendung derselben sich begegnet. Dies hat er auch in dieser neuen Composition reichlich und stets in harmonischem Maß an den Tag gelegt, wogegen die Behandlung der Melodie, die aus frischen Quellen unmittelbaren Lebens hervorgehen muß, bei ihm das Untergeordnetste und am wenigsten Charakteristische bleibt. Einzelne Instrumentalausführungen, z. B. der ungarische Marsch, der Irrlichtertanz, die Harfensymphonie der den Faust umschwebenden Geister, auch die Instrumentation der Höllenfahrt und des Pandämoniums erregten die Bewunderung unsers Publicums, das im Ganzen sehr gemäßigt in seinen Beifallsbezeigungen blieb und hier und da bei einigen zu fremdartigen Behandlungen der deutschen Dichterintentionen nur mit Mühe seine Mißstimmung zu unterdrücken schien. Hr. Berlioz leitete die Aufführung persönlich, der auch der König bis zu Ende beiwohnte.

* Vom Rhein, 18. Jun. Die Professoren Böttger und Schönbein, Erfinder der Schießbaumwolle, und Ersterer Redacteur des durch seine praktische Tendenz sich auszeichnenden Polytechnischen Notizblattes (Mainz) haben vom Könige von Schweden den Wasaorden erhalten.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 22. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 114¾ Br., 114—114¼ bezahlt u. G.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86¾ bezahlt u. G.; Sächsisch-Schlesische 100⅞ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59⅝ G.; Löbau-Zittauer 57 Br.; Magdeburg-Leipziger 215 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111½ Br.; Litt. B. 99¾ G.; Köln-Mindener 94 Br., 93½ G.; Altona-Kieler 110 Br.; Dessauer Bankactien 101 Br.; Berliner Bankantheil 105½ Br.

Eisenbahn. * Frankfurt a. M., 19. Jun. Der Verwaltungsrath der hessischen Ludwigsbahn (von Mainz nach Worms) hat die Arbeiten auf dieser Linie bereits in Angriff nehmen lassen. Er stützt sich dabei auf den diesfälligen Beschluß der Majorität der letzten mainzer Generalversammlung; er dachte wol durch solche Eile alle weitern Einwendungen der Minorität abzuschneiden. Dem Verwaltungsrath in Mainz sind indessen dem Vernehmen nach in diesen Tagen von Seiten der Minoritätsactionaire von Mannheim, Frankfurt a. M. und selbst von Worms Protestationen gegen die Gültigkeit des Majoritätsbeschlusses durch einen Huissier mitgetheilt worden, und es haben die Protesterheber sich zugleich an die großherzogl. Regierung in Darmstadt gewendet, um die Zurechtbeständigkeit jener Versammlung zu bestreiten und zugleich um geeigneten Schutz für ihre Personen bei den fernern Versammlungen nachzusuchen. Wirklich haben sich den Protesterhebern bereits einige weitere Actionaire, die mit der Majorität gestimmt hatten, angeschlossen, ausdrücklich erklärend, daß sie mit der Minorität gestimmt haben würden, wenn ihnen nicht die „drohende Haltung" der an „Personenzahl" überlegenen Majorität Furcht eingeflößt hätte! Waren doch in der That mehren Minoritätsactionairen am Schlusse jener denkwürdigen Generalversammlung die höhnenden Worte zugerufen worden: „sie könnten sich glücklich schätzen, eine Niederlage erlitten zu haben, denn hätten sie gesiegt, so würden sie nicht so gut davongekommen sein!" Und worauf waren denn die verderblichen Anträge der Minorität gerichtet? Nicht auf eine Auflösung der Gesellschaft, sondern blos auf eine Verschiebung des Baues, bis eine definitive Vereinbarung mit der Gesellschaft der Ludwigshafen-Wormser Bahn zu Stande gekommen und ein an die Regierung zu richtendes Gesuch für Gewährung einer Zinsengarantie entschieden sein werde. Allein die Führer der durch künstliche Mittel und Einschüchterungen aller Art zusammengebrachten Majorität hatten nun einmal ein Interesse daran, daß der Bau unverweilt beginne. Vorläufig haben sie ihren Willen durchgesetzt. Ob sie auch fernerhin so glücklich sein werden, wird sich zeigen. Beiläufig mag erwähnt werden, daß die protestirenden Actionaire weit über ein Drittheil der Actien in Händen haben. Fällt auf einer neuen Generalversammlung der moralische und persönliche Zwang weg und wird eine statutenmäßige geheime Abstimmung vorgenommen, dann dürfte leicht die Majorität sich in eine Minorität verwandeln. Dann dürfte auch, wenn eine Zinsengarantie von Seiten des Staats gewährt wird, ein besseres Loos für die Actien der hessischen Ludwigsbahn zu erwarten sein, die bereits stark unter Pari stehen und an unserer Börse selbst zu einem Preis unter 80 Proc. noch nicht sich einer Abnahme zu erfreuen haben.

Wolle. Der Wollmarkt in Stralsund am 8. und 9. Jun. war mit 3588 Ctr. besucht, von denen zwei Drittel verkauft worden sind. Die Preise stellten sich 6—8 Thlr. besser als voriges Jahr und gingen von 57—66 Thlr. pr. Centner.

Wolle. Zu dem Wollmarkt in Weimar waren 34,000 Stein gebracht worden und wurde der Stein zu 11—13½ Thlr. verkauft. Etwa 1000 Stein gingen unverkauft wieder zurück.

Staatspapiere. Amsterdam, 18. Jun. 2½pc. Int. 57⅞; Russ. 5pc. Hope 105⅛; 4½pc. Handelsg. 174. London, 16. Jun. 3pt. Cons. 88; Port. 3pc. 32½; Span. ext. 22⅞; 3pc. 34¾; Holl. Int. 58⅛. Wien, 19. Jun. Bkact. 1622; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97, 4pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 119¾.

Actien. Wien, 19. Jun. Nordb. 164½; Gloggn. 123½; Mail. 109⅛; Livorn. 89½; Pestb. 98¾.

Berliner Börse, 21. Jun. Stechandl.-Prämiensch. 95½; 3½pc. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93¾, ostpr. 96⅛, pomm. 95⅛ Br., schles. 97¼, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92¾, kur- u. neum. 94⅝, Louisdor 112⅛ Br., Friedrichsdor 113⅜, Disconto 4⅛ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 95½, Berlin-Anhalt. 111, Berlin-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 98½, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 85½, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 92, 5pc. 102, Berl.-Stettin 100, Köln-Minden 4pc. 94, Grak.-Oberschl. 4pc. 76½ Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 110 Br., Niederschl. 87⅜, Prior.-Act. 4pc. 92¼, 5pc. 102, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 98⅞, Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 80 Br., Rhein. 85, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 87⅛, Thüring. 4pc. 94 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83½ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83½ Br., Berlin-Anhalt. 99⅛, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Köln-Mind. 4pc. 93¾, Magd.-Wittenb. 84⅛ Br., Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-Wh.) 4pc. 72½, Pos. Stargn. 4pc. 83½ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¾. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅞ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 81½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95⅝, (neue) 4pc. 95⅝, Partial à 500 Fl. 4pc. 80, à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Bkerr. Einl. 10⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¾, Staats-Pr.-A. 87⅛, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Lloyd's Werke

zur Erlernung der englischen Sprache, im Verlage von **August Campe** in Hamburg erschienen und von **F. A. Brockhaus** in Leipzig durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Lloyd, H. E., Theoretisch-praktische englische Sprachlehre für Deutsche. Mit faßlichen Uebungen nach den Regeln der Sprache versehen. Siebente verbesserte Auflage. 8. 1844. 27 Ngr.

———, Englische und deutsche Gespräche, ein Erleichterungsmittel für Anfänger. Nach **J. Perrin** bearbeitet. Nebst einer Sammlung besonderer Redensarten. Zehnte Auflage. 8. 1846. 20 Ngr.

———, Uebersetzungsbuch aus dem Deutschen ins Englische. 8. 1832. 15 Ngr.

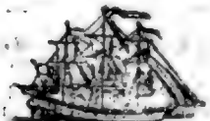
———, Englisches Lesebuch. Eine Auswahl aus den besten neuern englischen Schriftstellern. 8. 1832. 25 Ngr.

Lloyd, H. E., und **G. H. Nöhden**, Neues englisch-deutsches und deutsch-englisches Handwörterbuch. Zweite Auflage. 2 Theile. Gr. 8. 1836. Cart. 2 Thlr. 20 Ngr. [2380]

Im Verlage von **G. J. Manz** in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: [2316]

Hanser, G., Schulatlas über alle Theile der Erde und das Wichtigste über das Weltgebäude. Nach den neuesten Forschungen und Veränderungen. (22 illuminirte Karten im Stahlstich.) 2te verb. Aufl. In gr. 4. 1 Fl. 30 Kr. od. 27½ Ngr. (22 gGr.)

Die erste Auflage dieses ausgezeichnet schönen und billigen Atlasses wurde allein in den vaterländischen Schulen abgesetzt, ohne in den Handel zu kommen. Wir preisen ihn in der That nicht über Gebühr, und bemerken nur noch, daß eine höchste Entschließung des kgl. Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 2. April d. J. an die kgl. Rectorate und Subrectorate der Studien- und technischen Lehranstalten ꝛc. besagt: „Da nach dem Ergebnisse sachkundiger Prüfung vorstehender Atlas Vorzüge besitzt, welche ihn zum Gebrauch in den Studien- und technischen Lehranstalten eignen, so wird er den erwähnten Lehranstalten empfohlen" ꝛc.



Nachricht für Auswanderer.

Im Verfolg der von mir unterm 15. Mai erlassenen Anzeige (siehe Dorfzeitung Nr. 89), wodurch ich nachwies, daß ich durch die erschwerende Bestimmung des neuen amerikanischen Gesetzes mich nicht hatte abhalten lassen, Auswanderer in großer Zahl auf namhaft gemachten Schiffen **direct** nach **New-York, Baltimore** und **Philadelphia** zu befördern und somit **meine Verpflichtung** gegen die von mir engagirten Auswanderer **treulich zu erfüllen**, bringe ich ferner zur öffentlichen Kunde, daß ich durch das nahe Eintreffen zahlreicher großer und schöner Schiffe in den Stand gesetzt sein werde, nun **regelmäßig am 1. und 15. jeden Monats Auswanderer nach genannten Häfen zu befördern, gleichwie den Passagierpreis für dieselben bedeutend zu ermäßigen.** Da durch das erwähnte Gesetz den Auswanderern größere Räumlichkeit und Bequemlichkeit als bisher am Bord der Schiffe gesichert wird, so ist der Weg über Baltimore, New-York ꝛc. allen andern vorzuziehen.

Indem ich die zur Auswanderung entschlossenen Personen ersuche, sich meiner Vermittelung zu bedienen, fodere ich dieselben auf, sich zur Vermeidung kostspieligen Aufenthalts hier, durch Vorausbezahlung des üblichen Handgeldes die Plätze zu sichern und zu dem Ende sich an meine Herren Agenten oder direct an mich zu wenden.

Bremen, 12. Juni 1847.

J. H. Buschmann,
obrigkeitlich angestellter und beeidigter Schiffsmäkler.

[2338–39]

Verkauf von Mühlen-Utensilien.

In **Uebigau** bei **Dresden** ist eine Mahlmühle mit vier nach amerikanischer Art complet eingerichteten Mahlgängen, nebst gangbaren eisernen Rädern, stehenden und liegenden Wellen, zwei Beutelmaschinen mit 4 Cylindern, die mit feinster Gaze bezogen sind, nebst dazu gehörigem gangbaren Zeuge, eine Reinigungsmaschine nebst dazu gehörigem Elevator, sämmtliche Gegenstände noch fast neu, zu einem billigen Preise zu verkaufen. Auch können davon einzelne Gegenstände abgelassen werden. Näheres beim Besitzer daselbst. [2277—79]

Buch- und Steindruckerei-Verkauf.

In einer kleinen Stadt ist eine **Buch- und Steindruckerei**, womit die Herausgabe eines **Wochenblattes** verbunden ist, zu verkaufen.

Kauflustige, die das Nähere zu erfahren wünschen, wollen frankirte Briefe an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung abgeben. [2314]

Verkauf einer Gastwirthschaft.

In einer Stadt an der großen Straße zwischen **Leipzig** und **Frankfurt a. M.**, einer gewöhnlichen Station für Reisende, ist eine Gastwirthschaft von ältern gutem Namen mit angemessener vollständiger Einrichtung aus der Hand zu verkaufen. Die Adresse des Besitzers und Verkäufers ertheilt auf portofreie Anfragen die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2164–66]

Eine Herrschaft im Gebirge,

in der Nähe von Bädern gelegen, soll verkauft werden. Es gehören zu derselben:

a) das Hauptgut nebst 3 Vorwerken, 933 Morgen Acker und Wiesen, durchgängig Weizenboden, und circa 500 Morgen Forst mit Fichten und Tannen bestanden;

b) 19 zinspflichtige Dörfer.

Ertrag der Zinsen und anderer Revenuen, außer der Acker- und Forst-Nutzung, jährlich 4073 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf. Viehstand 30 Kühe, 1480 Schafe, das erforderliche Zugvieh an Pferden und Ochsen.

Gebäude im guten Stande, Schloß ganz neu mit 12 Zimmern und 1 Saal.

Preis 90,000 Thlr., Anzahlung 30,000 Thlr.

Das Gut ist zu jeder Zeit in Augenschein zu nehmen. Auf portofreie Anfragen unter der Adresse **H. T.** Poststation Schlesa, Kreis Breslau poste restante, wird das Nähere mitgetheilt werden. [2207—10]

Soeben ist im Verlage von **Otto Klemm** in Leipzig erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig: [2363]

Böttger, Adolf, Johannislieder. Geh. Preis 2½ Ngr.

Bei **Kaulfuss Witwe, Frandel & Co.** in Wien ist erschienen:

Forbes, Dr. John, Homöopathie, Allopathie und die neue Schule.

Bearbeitet von

Dr. Ad. Bauer.

Gr. 8. Broschirt. 18 Ngr.

Diese Schrift dürfte nicht allein Mediciner aufs lebhafteste interessiren, sondern dem gebildeten, den Fortschritten der Wissenschaften folgenden Publicum überhaupt als Leitfaden empfohlen werden, um sich mit den neuesten Richtungen in der Medicin bekannt zu machen. [2232—33]

Dampfschifffahrt

zwischen

Magdeburg und Hamburg.

Dienst für den Monat **Juni.**

von **Magdeburg:**	von **Hamburg:**
täglich Nachmittags 3 Uhr;	täglich Abends 7 Uhr.

Außerdem werden wöchentlich noch zwei Schleppschiffe expedirt, und zwar:

von **Magdeburg: Sonntags** und **Donnerstags,**
„ **Hamburg: Sonntags** und **Mittwochs.**

Nähere Auskunft und Fahrbillets ertheilen in Leipzig Herr **Ferd. Strnau,** Grimmaische Straße Nr. 15, (Fürstenhaus) und die Passagier-Expedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Compagnie.

Magdeburg, den 10. Juni 1847.

Die Direction
der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschifffahrts-Compagnie.

[2382] **Holtzapfel.**

Bekanntmachung.

Meinen seit mehr als 36 Jahren mit dem besten Erfolge geführten Gasthof zur

STADT CELLE

habe ich meinem Schwiegersohne **Julius Meese** übergeben. Für das mir bewiesene Wohlwollen sage ich meinen verbindlichsten Dank, und bitte solches auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Hannover, im Juni 1847.

J. L. Gaffky.

In Beziehung auf vorstehende Anzeige empfehle ich den von meinem Schwiegervater übernommenen, neu eingerichteten Gasthof zur

STADT CELLE,

in der Nähe des Bahnhofes, dem geehrten reisenden Publicum bestens, unter Zusicherung billiger und aufmerksamer Bedienung.

Hannover, im Juni 1847.

[2368—69] ***Julius Meese.***

Ein Compagnon in ein Pianoforte-Geschäft, Provinz Sachsen, wird mit einer Einlage von 1000 bis 2000 Thlr. gesucht. Das Nähere durch die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Pesti czukorgyár-egyesület.

Der Ausschuß des Pesti czukorgyár-egyesület kommt hiermit seiner öffentlichen Zusage vom 22. December 1846 nach, indem er denen, in der Generalversammlung am 7. dieses Monats nicht anwesenden Actionairen, sowie überhaupt dem interessirten Publicum das Resultat dieser unter dem Präsidio des Herrn Grafen Louis Batthyányi abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wie folgt, mittheilt:

Auf Ansuchen des Ausschusses hatten die Herren

C. F. Malvieux, Großhändler hier,
St. Manno, Großhändler und Wechselgerichtsbeisitzer hier,
Ph. Kunewalder, Großhändler hier,
J. G. Halbauer, Großhändler hier, und
Joh. Grohmann, Agent der Raffinerie in Mailand,

die Güte, unter Zuziehung des Herrn M. Raffelsberger, Raffineurs in Wien, und anderer Sachverständigen unter Controle des löbl. Pesther Magistrats, welcher dazu Herrn Magistratsrath von Keller ermittirte, die Aufnahme einer neuen Inventur und eines darauf basirten Geschäftsabschlusses zu leiten und zu überwachen.

Der von dieser Commission erstattete Schlußbericht bestätigt nicht nur vollständig die Richtigkeit der vorjährigen Bilanz, sondern stellt unter Beifügung der günstigsten Gutachten und Zeugnisse nachstehendes erfreuliche Resultat als ein durchaus wahrhaftiges und vollkommen solides dar, wonach sich neuerdings

1) für den Betrieb der Raffinerie ein Nettogewinn von 21 Procent pr. A.,
2) dagegen für den Betrieb der Rüben-Rohzuckerfabrikation nach Trockensystem ein Nettoverlust von 11½ Procent, und
3) demnach als letzter reiner Geschäftsgewinn nach der üblichen Umschreibung und außer den gezahlten 5procentigen Zinsen noch eine Superdividende von 9½ Procent pr. A. ergibt.

Nachdem die Generalversammlung das Bezügliche ernst geprüft, allseitig beleuchtet und die betreffenden Fragen vielfach erörtert hatte, gab sie auf Grund alles Vorhergegangenen nachstehende zur Veröffentlichung und gänzlichen Abschließung der bekannten Angelegenheit bestimmte Erklärung von sich, mit deren Fassung sie die Mitglieder Hrn. Grafen G. Andrássy, Hrn. Grafen A. Szechen und Hrn. B. Weiß betraute; selbige lautet so:

„Die am 7. d. M. abgehaltene Generalversammlung des Pesti czukorgyár-egyesület fühlt sich, aus Anlaß der von dem Actionair Hrn. Karl Lichtl wiederholt im Schooße der Gesellschaft sowol wie auch in öffentlichen Blättern vorgebrachten leidenschaftlichen Angriffe, welche den Ausschuß und Director, Hrn. Varnhagen, leichtsinniger Handhabung der Vereinsangelegenheiten und falscher Darstellung ihrer Ergebnisse bezüchtigen, um so mehr bewogen, dem Ausschuß, dem Director Hrn. Varnhagen und deren stets bewiesener umsichtiger, selbst durch die bedauernswerthesten Schwierigkeiten nicht zu behindernder, beharrlicher Wahrung des Vereinswohls die dankende Anerkennung der Gesellschaft und diese Würdigung unter den gegebenen Verhältnissen hierdurch öffentlich auszusprechen, als die oberwähnten Angaben des Hrn. Lichtl sich als ungegründet und verleumderisch erwiesen, ja eine von demselben während des Verlaufs der Generalversammlung eingereichte ehrenrührige Klagschrift sich als vollkommen grundlose Verdächtigung zeigte, und überhaupt sein ganzes Benehmen keineswegs auf Förderung, sondern nur auf Störung des Vereinswohls gerichtet erschien.

Zugleich kann die Generalversammlung nicht umhin, indem sie ihre entschiedenste Misbilligung über die maßlosen und feindseligen Angriffe des Hrn. Lichtl hiermit ausspricht, zu erklären, daß sie Anklagen, welche von derselben Seite etwa wiederholt würden, sofort nach ihrem wahren Werthe d. h. auf Grundlage der geschöpften Erfahrungen würdigen werde,

Weswegen das Publicum hiermit von diesen Ergebnissen zur Wahrung der Interessen der Gesellschaft verständigt wird. **Pesth**, den 7. Juni 1847.

Durch die Generalversammlung des Pesti czukorgyár-egyesület."

Gegenwärtig waren: **Graf Ludwig Batthyányi**, Präses. — **Graf G. Andrássy.** — **Graf Em. Andrássy.** — **Graf Casimir Batthyányi.** — **A. F. Berlier.** — **St. v. Bezerédy.** — **J. v. Csekonits.** — **Graf Em. Dessewffy.** — **K. v. Gaal.** — **Fr. Frölich.** — **Fr. A. v. Jalics.** — **Baron J. v. Jeßenar.** — **Graf G. Károlyi.** — **Graf L.** — **Károlyi Exc.** — **C. Lichtl.** — **L. v. Marczibányi.** — **C. v. Mayer.** — **St. v. Nádosy.** — **B. v. Szabo.** — **Graf St. Szechenyi Exc.** — **Graf Szechen.** — **B. Weiß.** — **Graf Em. Zichy-Ferraris.** — **H. Varnhagen**, Director; vertreten waren 128 Stimmen.

Außerdem beschloß die Generalversammlung, den über die 5% Zinsen resultirenden Geschäftsgewinn zur Bildung eines Reservefonds im Geschäft zu belassen, und die Generalversammlung für November l. J. als überflüssig nicht abzuhalten, wie sie alle sonstigen Vorschläge des Ausschusses genehmigte. Anstatt der beiden ausscheidenden Ausschußmitglieder, Herr Graf Nik. Zichy und Herr Friedr. Frölich, erwählte die Generalversammlung den Herrn Grafen Em. Zichy-Ferraris und Herrn B. Weiß, und ernannte außerdem den derzeitigen Vereinsdirector Herrn Varnhagen, als Beweis ihres Vertrauens und der Anerkennung, zum außerordentlichen Ausschußmitgliede.

Pesth, den 9. Juni 1847. Von dem Ausschuß des

[2367] ***Pesti czukorgyár-egyesület.***

Schwarzer Ultramarin.

Der unterzeichnete Chemiker und Farbenfabrikant hat eine ganz neue, eigne **Schwärze-Erzeugungs-Methode** erfunden, nach welcher er aus einer der geringfügigsten Substanzen, die in den meisten Ländern Deutschlands etc., besonders in Sachsen, im Ueberfluss vorkommt und käuflich zu haben ist, die schönste und vollkommenste schwarze Farbe erzeugt, welche an Intensität der Schwärze, Milde, Deckkraft und Ergiebigkeit, selbst das am rühmlichsten noch bekannte Weinhefenschwarz beiweitem übertrifft, als Oelfarbe schneller trocknet und weit festere und glänzendere Combinationen zu bilden im Stande ist. Es ist der Ultramarin aller schwarzen Farben und kann auf eine unerhört schnelle Weise, in Massen zu so unglaublich billigem Preis hergestellt werden, dass er alle Concurrenz anderer schwarzen Farben für immer beseitigt und den erhabensten Nutzen gewährt, wie nicht leicht ein anderes Geschäft.

Erbötig, diese Erfindung käuflich abzulassen und Muster davon zu versenden, lade ich darauf Reflectirende höflichst ein, sich an mich in portofreien Briefen zu wenden, um das Weitere darüber zu vernehmen.

[2272—74] ***Julius Krieg*** in Nürnberg.

Das mit meinem **Wechselgeschäft** seit einer Reihe von Jahren verbundene **Speditionsgeschäft** erlaube ich mir bei der in diesem Monate stattfindenden Fortsetzung der **Thüringischen Eisenbahn** bis **Gotha**, welche sich in Halle an die Dampfwagenfahrten der **Magdeburg-Leipziger, Berlin-Anhaltischen, Berlin-Hamburger, Stettiner, Braunschweiger und Halberstädter Eisenbahnen** anschließt, erneuert empfohlen zu halten, und werde den mir zu Theil werdenden Aufträgen stets meine besondere Sorgfalt widmen. [1894—96]

Gotha, im Mai 1847. ***H. A. Hopf.***

Einladung zum Abonnement.

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf das **„Frankfurter Journal"** und die damit verbundene **„Didaskalia"**. Die Interessenten werden gebeten, ihre Bestellungen auf diese Blätter bei den zunächst gelegenen Postämtern möglichst bald einreichen zu wollen. Beide Blätter werden, wie bisher, in derselben Form und in demselben Geiste fortgesetzt erscheinen, der seit etwa vier Decennien mit regem Streben für alles Gute und für das Beste unsers Vaterlandes über ihnen waltete. In Frankfurt kosten beide Blätter halbjährlich 4 Fl., auswärts mit verhältnißmäßigem Postaufschlag mehr. Durch die ungemein starke Verbreitung des Frankfurter Journals eignet sich dasselbe vorzüglich zur Aufnahme von Anzeigen jeder Art. [2359]

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2360] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 23. Jun. **Zum Benefiz der Frl. v. Marra** mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. **Isabella und Alice**, Frl. v. **Marra.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Lehrer Dr. Karl Berl in Leipzig mit Frl. Wilhelmine Herold in Altenburg. — Hr. Hauptmann Hermann v. Hertell in Püttnitz mit Frl. Clara v. Zanthier. — Hr. Ernst Landschreiber in Mittweida mit Frl. Marie Lüder. — Hr. Sam. Rothschild in Menden mit Frl. Fanny Eltzbacher in Neukirchen. — Hr. Gustav Schreiber in Berlin mit Frl. Mathilde Hille in Neu-Ruppin.

Getraut: Hr. August Heckmann in Berlin mit Frl. Marie Voigt. — Hr. Hauptmann v. Heyn in Schubin mit Frl. Emilie Schreiber. — Hr. Emil Kattner in Wiersch mit Frl. Anna Kurtius aus Altjahn. — Hr. Georg Reidhardt in Bach mit Frau Karoline Holzmann. — Hr. Friedrich Neuwirth in Nürnberg mit Frl. Sophie Sturm. — Hr. A. D. Niesebeck in Lassan mit Frl. Ulrike Duhr. — Hr. Gustav Sträter in Rheine mit Frl. Julie Schwartz aus Bocholt.

Geboren: Hrn. Prediger Hermann Förster in Görlitz eine Tochter. — Hrn. Hermann v. Glasenapp-Steinburg in Grünewald ein Sohn. — Hrn. F. A. Kahle in Bremen eine Tochter. — Hrn. J. Katz in Baltimore ein Sohn. — Hrn. Theodor Klingst in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Apotheker Wilhelm Kroll in Seelow ein Sohn. — Hrn. Fr. Metge in Köln ein Sohn. — Hrn. Pavel in Tschechen ein Sohn. — Hrn. H. Riesenstahl in Guben eine Tochter. — Hrn. Regierungsrath Stähler in Perleberg ein Sohn. — Hrn. Prediger J. Stöffel in Rügenwalde ein Sohn. — Hrn. Advocat Hugo Wohlfahrt in Neustrelitz ein Sohn. — Hrn. L. Zöbelein in Nürnberg ein Sohn.

Gestorben: Frau Bürgermeister Karoline v. Banchet in Cremmen. — Hr. William Cockerill in Guben. — Hr. Schulmeister Degenhard in Steinhausen. — Hr. J. Ch. Finckh in Nürtingen. — Frau M. Ch. Graß in Köln. — Frau A. Ch. Greinert in Potsdam. — Frau Kaufmann Eleonore Günther in Bamberg. — Frau Friederike Haubold in Leipzig. — Hr. Bankbuchhalter Neumann in Stettin. — Frau v. Platen v. Venz in Bergen. — Hr. Registrator Rosetzky in Stuttgart. — Frau v. Schaper in Bremberg. — Hr. Wundarzt Friedrich Wilhelm Schimmel in Gelenau. — Frau Gymnasiallehrer Amalie Schmidt in Neisse. — Hr. Rentier Heinrich Wolff in Berlin.

Donnerstag — Nr. 175. — 24. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. Die bairische Landwehrordnung. — Dr. Eisenmann. °Dresden. Die Deutsch-Katholiken in Gelenau. +Aus Sachsen. Die Auszahlung des Arbeitslohnes. — Der mannheimer Turnverein. — Kassel. Landtag. — Die Gräfin v. Görlitz. — Der Texasverein.

Preußen. Berlin. Landtag. °Berlin. Zeitungsurtheile über die Verhandlung in Betreff der Einkommensteuer. °Posen. Der Polenproceß. — Graf Hatzfeldt. — Pferdefleischessen in Brandenburg.

Oesterreich. °Aus Siebenbürgen. Der Landtag. Die Aernte.

Spanien. Ernennungen. Decrete. Die Palastfrage. Bareras. Die Carlisten. Marokko. Monsignore Brunelli.

Großbritannien. Parlament. Die Königin. Revue. Ball bei der Herzogin v. Gloucester. Die Gewissensgelder.

Frankreich. Parlament. Die Julifeier. Bittschrift um Wahlreform. Die Journale. Graf Dejean. Marquis of Normanby. Getreideschiffe.

Belgien. Hr. Vegler.

Italien. Modenesische Grenzberichtigung. °Rom. Consistorium. Die Verhafteten in Liverno.

Griechenland. °°Leipzig. Die Palmerston'sche Note. °Aus Griechenland. Die Jonischen Inseln und Griechenland.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. °°Leipzig. Theater. — Jenny Lind. — Franz Liszt.

Handel und Industrie. °Leipzig. Börsenbericht. °Chemnitz. Die Chemnitz-Riesaer Eisenbahn. — Basel-Frankfurt. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Wie es heißt, soll die **bairische Landwehrordnung** von 1826 einer Revision unterworfen und ein neues Dienstreglement für die Landwehr des Königreichs ausgearbeitet werden.

— Nach der kürzlich erfolgten Begnadigung des Bürgermeisters Behr (Nr. 162) scheint auch die Begnadigung des Dr. Eisenmann außer Zweifel zu stehen. Man behauptet sogar, daß ein dahin bezügliches königliches Signat bereits an den Justizminister ergangen sei. (F. J.)

° **Dresden**, 22. Jun. In dem in Nr. 169 dieser Zeitung enthaltenen Correspondenzartikel „Aus dem Erzgebirge" wird bezüglich des am verwichenen Himmelfahrtstage in Gelenau stattgefundenen deutsch-katholischen Gottesdienstes behauptet, daß die vierwöchentliche Frist, binnen welcher die Ausfertigung und Aushändigung der im §. 11 sub b. der Generalverordnung vom 17. Jun. 1846 bemerkten Uebertrittsscheine von Seiten der Obrigkeit zu geschehen hat, zur Zeit der gottesdienstlichen Feier bereits abgelaufen, und somit der Uebertritt der gelenauer Dissidenten vollendet gewesen sei, weshalb die betreffenden beiden deutsch-katholischen Geistlichen zu Veranstaltung jener Feier sich für berechtigt gehalten hätten. Dieses Anführen ist jedoch, wie aus zuverlässiger Quelle versichert werden kann, insoweit unrichtig, als zwar die erste Anmeldung zum Uebertritte beim Patrimonialgerichte zu Gelenau am 9. April d. J., an diesem Tage jedoch vorerst nur von neun Personen erfolgt war, sämmtliche übrigen vor der fraglichen gottesdienstlichen Feier überhaupt angemeldeten Personen dagegen ihren beabsichtigten Uebertritt erst am 19. April der Obrigkeit angezeigt hatten. Hieraus ergibt sich von selbst, daß nur wegen der zuerst angemeldeten neun Personen am Himmelfahrtstage den 13. Mai d. J. die gedachte vierwöchentliche Frist zur Zeit des abgehaltenen Gottesdienstes bereits abgelaufen war, für diese Anzahl aber ein Privatlocal, in welchem nach ausdrücklicher obrigkeitlicher Anordnung jener Gottesdienst abgehalten werden sollte, völlig ausreichend gewesen sein würde. Im Uebrigen dürfte aber überhaupt ein Grund wie der angeführte zu der damit beabsichtigten Rechtfertigung des Verfahrens der betreffenden beiden Geistlichen wenig geeignet erscheinen, da die Vorenthaltung der Uebertrittsscheine über die vorgeschriebene Frist zwar wol eine Beschwerde gegen die Obrigkeit begründet haben würde, keineswegs aber zur Entschuldigung einer directen Entgegenhandlung gegen die bestehenden Verschriften gereichen kann, wonach den Geistlichen der Dissidenten ausdrücklich untersagt ist, Jemandem den Beitritt zu ihrer Glaubensgenossenschaft zu gestatten oder „zur Theilnahme an dem Genusse der sacra ihres Glaubens zuzulassen", der nicht den Beitritt zu solchen durch Producirung des obrigkeitlichen Anmeldungsscheins nachzuweisen vermag.

+ **Aus Sachsen**, 22. Jun. Zu den vielfachen Vorschlägen, welche in dieser Zeitung zur sittlichen Besserung der Arbeiterklasse gemacht worden sind, möge noch einer hinzutreten, welcher um so mehr alle Beachtung verdient, als er da, wo er bereits in Anwendung gekommen ist, sich bestens bewährt hat. Jetzt empfängt nämlich der Handarbeiter, Taglöhner, Fabrik-, Wochen- oder Stückarbeiter, der Geselle in der Regel am Sonnabend Abend oder am Sonntage sein in der verflossenen Woche verdientes Lohn, bezahlt davon, wenn er nicht gar zu leichtsinnig ist, die gemachten Schulden und hält sich dann für berechtigt, mit dem übrigen Geld in der Tasche zu seiner vermeintlichen Erholung und Vergnügung die längere Zeit des Sonntags im Wirthshause zu verleben. Wider Willen wird durch die noch gefüllte Tasche die Genußsucht gereizt und durch die vielfach sich darbietenden Ergötzlichkeiten und Zerstreuungen wird der arme Arbeiter zu verhältnißmäßig bedeutenden Ausgaben von seinem sauer verdienten Lohne verleitet, welche er, aber zu spät, bereut. Erst am andern Morgen, wo er durch das Schwärmen oder durch den übermäßigen Genuß geistiger Getränke abgespannt ist, statt nach der Ruhe am Sonntage zu neuer Arbeit gestärkt zu sein, nimmt er mit Schrecken den Mangel an Geld zur Bestreitung der unentbehrlichsten Bedürfnisse für die folgenden Tage wahr, während das im Wirthshause verschwendete Geld zum Unterhalte der Familie für die eben begonnene Woche hingereicht haben würde. Er ist nun gezwungen, bei dem Kaufmann, Bäcker, Fleischer ꝛc. Credit zu suchen, einen Credit, den der Arme mit unglaublich hohen Procenten vergüten muß. Kann es anders sein, als daß der Arme von einer Woche zur andern tiefer in Schulden geräth, daß er, von Gläubigern gedrängt, von den Kindern um Brot und Kleidung fortdauernd angegangen, von innern Vorwürfen über vergeudetes Geld geängstigt und von Sorgen und Bekümmernissen aller Art gequält, es versucht, im betäubenden Rausch, in der Trunksucht die drückende Last auch nur auf Augenblicke vergessen zu machen? Kann es anders sein, als daß diese Last nach solchen Versuchen immer schwerer wird und daß diese demoralisirenden und die Stimme des Gewissens nach und nach mehr erstickenden Versuche endlich zu schlimmern, unheilrollern, zu Verbrechen, zu Angriffen auf fremdes Eigenthum führen? Dringend fodert daher die Menschenliebe und das Wohl der Gesammtheit auf, hier helfend einzuschreiten, und das kann geschehen, wenn die Arbeitgeber darauf halten, daß die Arbeitswoche mit dem Donnerstag beginnt und das Arbeitslohn am Mittwoch ausgezahlt wird. Hat nämlich der Arbeiter schon Donnerstag, Freitag und Sonnabend von seinem Wochenlohne gelebt, so wird er am Sonntage nicht nur an eine wirthschaftliche Einrichtung des Bestandes denken, ruhiger, besonnener die Deckung seiner Bedürfnisse überlegen, sondern er wird auch bedächtiger und seltener am Sonntag ins Wirthshaus gehen, sich öfter zum Besuche der Kirche angeregt finden, verständiger seine Vergnügungen wählen, am Montage gestärkter und arbeitslustiger sein, und in dieser Lebensweise auch seinen Kindern stets näher stehen und ein gutes Beispiel geben, das in diesen wurzelnd und lebendig ihnen und dem Gesammtwohl nur Segen bringen kann.

— Das Mannheimer Journal schreibt vom 20. Jun.: „In der gestern auf dem hiesigen Turnplatze abgehaltenen Generalversammlung der Mitglieder des aufgelösten Turnvereins wurde mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit beschlossen, keinen Recurs gegen den die Auflösung verfügenden Beschluß zu ergreifen, sondern sogleich zur Bildung eines neuen Vereins zu schreiten, und wurde zu diesem Behuf ein Interimscomité gewählt."

Kassel, 19. Jun. Abg. Arnold berichtete in der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung über die Wahlen der Abgg. Sunkel und Henkel, jedoch vorerst über einen Präjudicialpunkt, ob nämlich die Begutachtung der einschlägigen Frage als einer Rechtsfrage nicht dem Rechtspflegeausschusse zu überweisen sei. Im Legitimationsausschuß hätten sich 3 Stimmen dafür und 3 dagegen ausgesprochen. Abg. Nebelthau war gegen die Verweisung an den Rechtspflegeausschuß, weil dadurch die Zulassung der Beanstandeten, beziehungsweise die Anordnung neuer Wahlen auf wenigstens acht Tage hinausgeschoben werden würde. Abg. v. Buttlar I. war wegen der Wichtigkeit der Frage für Verweisung an den Rechtspflegeausschuß. Für eine Verweisung an denselben sprachen ferner die Abgg. v. Dehn-Rothfelser, Hast und Wagner, dagegen die Abgg. Schwarzenberg und Arnold. Auf den Vorschlag des Präsidenten

beschloß die Versammlung, diejenigen beiden Mitglieder des Rechtspflegeausschusses, welche nicht zugleich Mitglieder des Legitimationsausschusses seien, bei der Berichterstattung über diese Angelegenheit hinzuzuziehen. Die öffentliche Sitzung wurde hierauf geschlossen und die Versammlung ging in eine vertrauliche über. (Hess. Bl.)

— Gegen die Vermuthung, daß der Tod der Gräfin v. Görlitz in **Darmstadt** nicht ganz zufällig gewesen (Nr. 172), tritt der geh. Staatsrath v. Jaup mit der Behauptung völliger Ungegründetheit derselben auf und stellt auch die Angabe, daß bedeutende Summen in Staatspapieren bei dem Brande verloren gegangen seien, in Abrede.

— In **Biebrich** ward am 16. Jun. die Versammlung der hohen Mitglieder des Vereins zum Schutze deutscher Einwanderer in Texas gehalten. Das Hauptergebniß der gepflogenen Erörterungen ist der Beschluß, das Unternehmen mit allen zur Erreichung des wohlwollenden und nützlichen Zweckes erforderlichen Mitteln kräftig durchzuführen.

Preußen.

Berlin, 22. Jun. Die Herren-Curie fuhr am 16. Jun. in der Verhandlung des Judengesetzentwurfs fort. In Betreff der Gemeindeämter ward analog zu dem Beschluß über die Staatsämter entschieden; bei der Wahl zu Schiedsmännern faßte man denselben Beschluß wie die Stände-Curie. Auch sollen die Juden Justizcommissare, nicht aber Notare werden können. In Betreff der akademischen Lehrämter schlug die Deputation vor, daß die Juden auch als ordentliche Professoren der medicinischen und philosophischen Facultät zugelassen, nicht aber Rectoren, Prorectoren, Dekane oder Senatsmitglieder sollten werden können. Minister Eichhorn sprach über die Sachlage. Graf Redern erklärte sich für den Antrag, ebenso Fürst Lynar, Graf Dohna-Lauck; die Grafen Dyhrn und York wollten auch die noch beibehaltenen Beschränkungen in Wegfall gebracht wissen; dagegen erklärte sich Fürst Radziwill gegen die Zulassung zu philosophischen Professuren, und die Grafen Bethe Stolberg und Solms-Baruth sprachen sich für den Entwurf aus. Bei der Abstimmung ward der Antrag der Abtheilung mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt, dagegen die Zulassung zu mathematischen, naturwissenschaftlichen und medicinischen, sowie, auf Antrag des Grafen York, auch zu philologischen Lehrfächern empfohlen. In Betreff der Schulen blieb man, gegen 9 Stimmen, bei dem Gesetzentwurfe. Der Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls der jüdischen Theologie ging nicht durch. In Betreff der ständischen Rechte erklärten sich Abtheilung und Versammlung für den Gesetzentwurf. Die §§. 37—39 wurden unverändert angenommen.

Die Curie der drei Stände setzte am 18. Jun. gleichfalls diese Berathung fort. Abg. Hansemann wollte noch einen Antrag einbringen, wonach den Juden wenigstens das active ständische Wahlrecht beigelegt werden sollte, und es ward nun viel darüber gestritten, ob das nach dem gestrigen Beschluß noch zulässig sei. Es erklärten sich endlich 241 gegen 191 Stimmen gegen den Antrag. Man kam dann zu der Frage über die Patrimonialgerichtsbarkeit. Die Abtheilung wollte einmüthig auch jüdischen Gerichtsinhabern die Wahl ihres Gerichtshalters vorbehalten wissen; eine Minderheit derselben wollte ihnen auch die eigne Verwaltung dieser und der Polizeipflege, unter Umständen, wo dies auch bei Christen zulässig ist, zugestehen. Der Abg. Brust erklärte sich gegen beide Anträge, weil er in keinem neuen Gesetze dergleichen Rechte einem Privaten einräumen möchte. Bei der Abstimmung wurde den Juden die eigne Ausübung der Gerichtsbarkeit mit 231 gegen 159 Stimmen abgesprochen; ebenso erklärte sich die Mehrheit gegen die Ausübung der Polizeipflege durch Juden; die Wahl des Justitiars und Polizeiverwalters wurde ihnen aber mit großer Mehrheit zugestanden. So weit geht der Bericht der Allgemeinen Preußischen Zeitung über diese Sitzung.

* **Berlin**, 21. Jun. Unsere Ansicht über die Verwerfung der Einkommensteuer — denn um diese handelt es sich eigentlich, nur die Furcht vor der Einkommensteuer machte so empfänglich für die Unschädlichkeit und die Vorzüge der Mahl- und Schlachtsteuer — scheint auch anderwärts getheilt zu werden. Die Kölnische Zeitung hat wiederholt ihr Bedauern über diesen Beschluß ausgesprochen. Sie wirft namentlich den Liberalen, die daran theilgenommen, vor, daß sie, nachdem sie sich eben gerühmt, in der Eisenbahnfrage das Recht über die materiellen Interessen gestellt zu haben, bei dieser Angelegenheit gerade das Gegentheil thäten. Die Weser-Zeitung ruft aus: „Sie wollen frei sein und wissen nicht einmal gerecht zu sein!“ Die Karlsruher Zeitung sagt: „Die Herstellung des zerstörten Gleichgewichts zwischen dem besitzenden und besitzlosen Theile der Nation ist in unserer Zeit so oft Gegenstand eifriger Erörterung gewesen; um so weniger hätte man erwarten sollen, daß, wenn in dieser Hinsicht der Weg angebahnt und zur That geschritten werden soll, die Staatsverwaltung in der Ausführung ihrer jedenfalls hochherzigen Absicht gehemmt werde.“

* **Posen**, 20. Jun. Obgleich die Anklageschrift des Staatsanwalts gegen die verhafteten Polen schon seit geraumer Zeit hier ist, obgleich sie das allgemeine Interesse fast ausschließlich in Anspruch genommen, sodaß sogar die Landtagsverhandlungen darüber in zweite Linie zurücktreten, und obgleich in allen geselligen Kreisen fast nur über den Inhalt dieser Schrift conversirt wird, so ist dieser Inhalt bis auf diesen Augenblick für das Publicum doch noch ein Geheimniß, indem die zwei oder drei hierher gekommenen Exemplare nur in die Hände der Chefs unserer Behörden gelangt sind, die deren Inhalt als strenges Amtsgeheimniß zu bewahren scheinen. Den Grund davon sieht man nicht recht ein; vielmehr sollte man meinen, die Regierung müsse ein Interesse daran haben, den Inhalt dieser Schrift, der dem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge den Umfang und die gefährliche Tendenz der bis in die kleinsten Einzelheiten vorbereiteten entsetzlichen Polenverschwörung in authentischer Weise berichtet, recht allgemein verbreitet zu sehen, weil auf diese Art die Insinuationen der revolutionairen Partei, als laufe Alles mehr oder weniger auf Polizeigeschrei hinaus, gründlich widerlegt würden. Ist auch nur die Hälfte von Dem wahr, was man von dem Inhalte der genannten Schrift im Publicum verbreitet, so können wir nur mit Schaudern an die Gefahren zurückdenken, die alle Deutschen hier Monate lang bedroht haben und die uns auf eine verborgene Mine versetzten, die jeden Augenblick explodiren konnte. So heißt es hier allgemein, daß der erste Commandant von Posen, Generallieutenant v. Steinäcker, am Mittage des Tages, an dessen Abend das kurnicker Attentat erfolgte, bei der öffentlichen Parade auf dem Wilhelmsplatz erschossen werden sollte, und daß nur durch Zufall das diesfällige Signal nicht gegeben oder nicht bemerkt wurde. Tröstend für das deutsche Publicum ist dabei, daß es die Ueberzeugung gewinnen muß, unsere Behörden seien von den Einzelheiten der beabsichtigten Schilderhebung rechtzeitig unterrichtet gewesen, weil die Rädelsführer immer kurz vor der Ausführung eines Hauptschlages gefänglich eingezogen wurden. Wenn ich noch einmal auf die erwähnte Anklageschrift zurückkomme, so geschieht es nur, um zu berichten, daß dem Vernehmen nach dieselbe in zwei Haupttheile zerfällt, deren erster eine actenmäßige Darstellung der letzten polnischen Revolution ihren Motiven, Tendenzen und Thatsachen nach enthält, während der zweite die Namen der 254 in Anklagestand Versetzten nebst den Belastungspunkten ausführlich mittheilt. Den Reigen eröffnet der höchst gefährliche Emissar Mieroslawski. Wie nun verlautet, wird der Proceß ganz zuverlässig am 1. Jul. seinen Anfang nehmen und in ununterbrochener Folge zu Ende geführt werden. Wie die Erkenntnisse ausfallen werden, läßt sich schwerlich voraussehen, doch ist hier die Hoffnung allgemein verbreitet, der größere Theil der Angeklagten werde sich der königlichen Gnade zu erfreuen haben; wir gönnen sie den Einzelnen von Herzen und glauben sogar, daß diese Gnade sich auf Alle erstrecken werde, da doch wahrscheinlich die sehr strengen gesetzlichen Strafen, welche auf Hochverrath stehen, bei keinem Einzigen in ihrer ganzen Ausdehnung zur Ausführung kommen werden.

Auf der andern Seite aber hegen wir auch das feste Vertrauen zu unserer Centralregierung, daß sie die ungeheure Gefahr, in welcher die ganze Provinz und alle gut preußischen Einwohner derselben geschwebt, nach ihrem vollen Umfange würdigen und für die Zukunft alle diejenigen Maßnahmen anordnen werde, die eine Wiederkehr solcher Gefahr geradezu unmöglich machen; denn noch eine derartige Erschütterung, und alle socialen Verhältnisse sind für lange, lange Zeit vernichtet. Welchem Deutschen möchte man es auch verdenken, wenn er lieber eine Provinz verläßt, in welcher er überhaupt immer nur mit Unbehagen gelebt hat, als daß er sich und die Seinigen fortwährend von den größten Gefahren für Eigenthum, Sicherheit und Leben umringt sieht? Die Regierung muß endlich zu der Erkenntniß gekommen sein, daß die Insurrectionsversuche der Emigration und polnischen Propaganda auch nach hundert und aber hundert Niederlagen nicht aufhören werden, und muß deshalb Alle, durch welche die Sicherheit der Provinz gefährdet wird, von derselben fern halten. Das ist das einzige Mittel, unserm politischen Zustande sichern Bestand zu verschaffen; denn daß der für sein Vaterland begeisterte Pole durch kein Mittel auf der Welt in einen preußischen Patrioten verwandelt werden könne, davon muß Jeder überzeugt sein, der nur wenige Monate in unserer Provinz gelebt hat.

— Schloß Kalkum, dem Grafen v. Hatzfeldt gehörig, ist jetzt amtlich unter Siegel gelegt. Es scheint demnach, daß der bekannte Rechtsstreit für die Gräfin v. Hatzfeldt wol ein günstiges Ende nehmen dürfte. (Fr. J.)

— Auch in **Brandenburg** versammelten sich am 17. Jun. viele Honoratioren zu einem Pferdefleischessen; ja man überflügelte sogar die Berliner, denn auch Damen nahmen zahlreich daran Antheil. (B. Z.)

Oesterreich.

* **Aus Siebenbürgen**, 1. Jun. Der siebenbürgische Landtag fängt an, jetzt eine besondere Thätigkeit zu entwickeln, sodaß er die Pfingstfeiertage nicht zu langen Ferien benutzt hat, woran man bisher leider gewöhnt war. Vielleicht mag es darauf Einfluß haben, daß die Opposition bei den jetzt beinahe beendeten Verhandlungen über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse hat unterliegen müssen. So wie die Regierung in Galizien jetzt den gutsherrlichen Ansprüchen wieder günstiger sein soll, so hat sie auch hier, wie man allgemein glaubt, nur dahin wirken wollen, die drückenden Mißbräuche abzuschaffen und die gegenseitigen Rechte und Pflichten durch ein Urbarium festzustellen, keineswegs aber soll eine vollständige Ablösung der bäuerlichen Lasten zur Zeit für thunlich gehalten worden sein. Darauf ist der Adel um so mehr ein-

gegangen, da nach der hiesigen Constitution nur der Adel in den ungarischen Dörfern politische Rechte hat und von Rechts wegen alle Aemter bekleidet; auf welche Weise eine gesetzliche Feststellung der bäuerlichen Leistungen in der Ausübung nur zum Vortheile der Gutsherren gereichen kann. Statt daß man als Basis der diesfallsigen Feststellung die jetzigen Vortheile der Gutsherren hätte annehmen sollen, hat man leider die Gelegenheit benutzt, die bäuerlichen Besitzungen zu beschränken; statt daß man eine bessere Benutzung der hinreichenden Grundstücke hätte bezwecken sollen, hat man jetzt erst bestimmt, wie viel ein Bauer besitzen soll, sodaß er Alles, was er mehr besitzt, der Herrschaft zurückgeben muß. Es gibt Viele, welche fürchten, daß diese Besitzstörung von sehr nachtheiligen Folgen sein dürfte; denn wenn auch der Bauer bisher kein Eigenthum hatte, so war er doch mitunter seit seinen Vorältern im Besitz gewesen und muß es natürlich sehr übel empfinden, wenn er jetzt weniger besitzen soll als womit er aufgewachsen war. Die Mehrheit hat ihren eignen Vortheil verkannt, man hat es für besser gefunden, die alte Art der Robothwirthschaft beizubehalten als einen geregelten Landbau einzuführen, und jetzt wird nach den festgestellten Grundsätzen das Gesetz von dem Protonotar, dem öffentlichen Ministerium der königl. Tafel oder des Appellationsgerichts ausgearbeitet werden.

Der nächste Gegenstand, welcher jetzt bei dem Landtage verhandelt werden wird, betrifft die Staatsabgaben, und bereits hat man in den Comitatsverhandlungen berathschlagt, was in dieser Beziehung geschehen soll. Es ist dabei zur Sprache gekommen, daß bei der freiwilligen Unterwerfung Siebenbürgens unter Oesterreich zur Zeit Kaiser Leopold's eine bestimmte Summe festgesetzt worden ist, welche das Land als Civilliste zu zahlen hat, außerdem daß das Salz- und das Bergamtsregal dem Staate mehre Millionen Dukaten einbringt. Während der vielen Kriege im vorigen Jahrhundert ist aber die eben erwähnte Summe fortwährend vermehrt worden, sodaß man jetzt, wo man angefangen hat, mehr auf die Rechte des Landes zu halten, wenigstens vorbeugen will, daß künftig keine Vermehrung der Steuern stattfinden kann, worum man sich bisher nicht gekümmert hatte, da die Steuern lediglich von den Bauern aufgebracht werden müssen und der Adel ganz steuerfrei ist. Jetzt, da die Grundstücke der Bauern durch die neue Urbarialgesetzgebung sehr verkleinert worden, hat man die Nothwendigkeit eingesehen, die Bauern insoweit zu unterstützen, daß sie neben den gutsherrlichen auch die Staatslasten ertragen können. Daher wollte man nicht eher das Urbarialgesetz berathen, als bis die Steuerfrage festgestellt wäre.

Die Partei des Fortschritts ist so weit gegangen, daß sie sich der Besteuerung unterwerfen will: eine sehr bedeutende Concession, die man der Neuzeit bringt, da es der ungarische Adel bisher für sein wichtigstes Privilegium gehalten hat, steuerfrei zu sein. Für diese Concession aber verlangt man, daß die Regierung ein Budget aufstelle und bekannt mache. Man behauptet nämlich, daß die indirecten Abgaben den Adel so sehr belasteten, daß auf manchen Edelmann jährlich über 50 Fl. kämen. So wichtig dieser Gegenstand ist, so glaubt man doch, daß derselbe nicht zur Petition reifen wird, da die Mehrzahl schon vor dem bloßen Gedanken der Möglichkeit einer Besteuerung zurückschreckt, selbst wenn daran die wohlthätigsten Folgen für das Land geknüpft wären. Die Instructionen für die Abgeordneten der Comitate lauten gewöhnlich sehr engherzig, da in den Comitatsversammlungen die armen Edelleute die Stimmenmehrheit haben, welche in Bildung und Vermögen nicht über dem Bauer stehen, sodaß man hier eigentlich eine Demokratie oder vielmehr eine Ochlokratie findet. Denn der reichste und vornehmste Edelmann hat hier nicht mehr politische Rechte als der Nemes Ember oder Schlachschitz, ebenso wie weiland in der Republik Polen, wo dennoch der politische Einfluß einzelner Familien vorherrschend war. Hier, wo man sich weniger mit Politik befaßt als dort, fallen natürlich solche arme und ungebildete Staatsbürger den schlauern Intriganten in die Hände, welche durch solche Bauern-Edelleute ihre Privatzwecke durchsetzen. Zum Glück findet sich hier ein Gegengewicht, das in Polen fehlte, nämlich in den Regalisten, dem Theile der Ständeversammlung, der von der Krone aus dem reichen Adel, potior nobilitas, gewählt wird, wozu auch die sämmtlichen Räthe des Guberniums und des Appellationsgerichts gehören. Daher kommt hier bisweilen die auffallende Erscheinung vor, daß bekannte gute Redner unter den gewählten Repräsentanten der Comitate bei wichtigen Fragen schweigen; man führt dann an, daß ihre Instruction sie hindert, ihre Meinung zu sagen, daß sie lieber schweigen als ihrer Ueberzeugung untreu werden.

Bei uns herrscht solche Dürre, daß man wegen der nächsten Aernte besorgt wird, indem seit dem Schmelzen des Schnees die Saaten eigentlich keine Feuchtigkeit mehr erhalten haben. Die letzte Aernte war gut, und der Mangel in dem benachbarten Ungarn hatte die Preise des Getreides noch nicht so gesteigert, wie man bei den großen Nachfragen hätte erwarten sollen, weil die Ausfuhr bei den schlechten Wegen in Siebenbürgen größtentheils sehr erschwert ist. Jetzt aber, wo man im Lande selbst Mangel fürchtet, erreicht der Preis der Cerealien eine Besorgniß erregende Höhe; besonders das Hauptnahrungsmittel des Landmanns, der türkische Weizen, übersteigt das Vierfache des gewöhnlichen Preises.

Spanien.

Die Gaceta de Madrid vom 14. Jun. enthält die Ernennung von Don J. Fernandez de Cordoba, Herzog v. Arite, zum ersten Befehlshaber der königl. Hellebardiere an die Stelle des Herzogs v. San Lorenzo y del Parque. Ueber die von einem Offizier und 20 M. bewirkte Besetzung des am Minho gelegenen Forts Infoa, das von den Insurgenten 24 Stunden vorher schon verlassen worden war, wird ein langer amtlicher Bericht mitgetheilt. Man fand zwei bronzene und zwei eiserne Kanonen auf Lafletten und vier demontirte, 86 Schüsse für Kanonen, vier Kisten Infanteriepatronen, einen kleinen Vorrath Kugeln und Handwaffen vor. Mit der größten Bereitwilligkeit schaffte der Alcalde eines benachbarten Ortes Lebensmittel zur Verproviantirung des Forts auf acht Tage herbei. — Unter mehren vom Finanzminister gegengezeichneten Decreten, welche sein Departement betreffen, ist auch eins über den öffentlichen Verkauf der ehemaligen Güter der vier Militairorden und der Johanniter von Jerusalem. Ein anderes weist den ärmern Klassen der Staatsgläubiger eine Abschlagszahlung auf ihre Foderungen an. Der Español will wissen, daß die Regierung den Verkauf aller Nationalgüter beschlossen habe. Eine vom 13. Jun. datirte Verordnung des Justizministers Bahamonde verfügt, daß gegen die Zeitungen, welche das verfassungsmäßig feststehende eventuelle Thronfolgerecht der „Señora Infanta Donna Luise Fernanda" (sie wird nicht Herzogin von Montpensier genannt), wie vorgekommen, in Zweifel zögen, unnachsichtlich von Amts wegen zu Verhinderung solchen Misbrauchs eingeschritten werden solle. Mit der Palastfrage beschäftigen sich die Blätter fortwährend. Die Einen werfen alle Schuld auf den Ministerpräsidenten Pacheco, daß es noch zu keiner Versöhnung des königlichen Paares gekommen sei; Andere geben Hrn. Bulwer, den britischen Gesandten, als Hinderniß dessen an. Von sehr gut unterrichteter Seite wird dagegen behauptet, daß derselbe sich bisher weder direct noch indirect in diesen Handel gemischt habe.

— Aus Catalonien hat der Phare de Bayonne die Nachricht, daß der Brigadier Baxeras, der die beiden Bandenführer Tristany und Ros de Eroles zu Gefangenen machte, ermordet worden sei. Die neulich gemeldete Wegnahme von Pulvervorräthen in Manresa (Nr. 171) durch die Carlisten scheint sich nicht zu bestätigen; die am 13. Jun. in Madrid verbreitet gewesenen Gerüchte von einer großen Schilderhebung in den baskischen Provinzen dürften als eben so grundlos zu betrachten sein, da zur Zeit auf nähern Wegen jede Andeutung von dergleichen fehlt.

— Vom Eco del Comercio wird der im Interesse der Selbständigkeit Spaniens liegenden Unabhängigkeit von Marokko und der Nothwendigkeit das Wort geredet, daß dort anstatt des unfähigen, seine Zeit mit Betäubungen vergeudenden Kaisers ein tüchtiger Mann die Zügel der Regierung erfasse, wie es z. B. Abd-el-Kader sei.

— Der Staatsrath hat das Breve über die Vollmachten des Monsignore Brunelli, päpstlichen Nuntius, anerkannt, und es können nunmehr die geschäftlichen Verhandlungen mit demselben beginnen.

Großbritannien.

London, 18. Jun.

Im Oberhause wollte Lord Brougham wissen, ob es wahr sei, daß bei der Ankunft des Grafen Bomfim und seiner Mitgefangenen in Angola eine Insurrection dort ausgebrochen und derselbe jetzt Gouverneur anstatt Gefangener in jener Colonie sei. Den Grafen das Amtes werde man hoffentlich besser überwachen, sonst wäre zu besorgen, daß er bald Gouverneur von Lissabon werde. Der Marquis of Lansdowne versetzte, daß er davon wol gehört, aber keine Berichte darüber habe. Lord Brougham fragte weiter, ob er die Nachricht in Zweifel ziehe, was der Marquis bejahte. Das Haus beschäftigte sich dann mit Eisenbahnangelegenheiten. Im Unterhause begann die Sitzung mit Beförderung von Privatbills. Hr. Hutt erkundigte sich dann, ob die Blockade des Douro nun für britische Schiffe aufgehört habe. Lord Palmerston versetzte, daß nach Annahme der Unterwerfungsbedingungen von Seiten der Junta er mit der nächsten Depesche aus Portugal auch die Nachricht von Aufhebung der Blockade erwarte. Hr. B. Osborne brachte unter Verweisung auf die zweite der Junta zugestandene Bedingung, nach welcher alle nicht verfassungsmäßigen Decrete der Königin zurückgenommen werden sollen, die angeblich unterm 6. Jun. von neuem erfolgte Verlängerung der Suspendirung der constitutionellen Garantien zur Sprache. Lord Palmerston glaubte, daß dieser Schritt jedenfalls noch in die Zeit vor Unterwerfung der Junta falle und daß die portugiesische Regierung zweifellos ihre Verpflichtungen halten werde. Hrn. Osborne's weitere Frage, was man im entgegengesetzten Falle thun würde, wies Lord Palmerston als nicht üblich zurück. Lord G. Bentinck wollte wissen, welche Schritte gegen die von Portugal zum großen Nachtheil britischer Interessen geschehene Verletzung des I., 15., 17. und 18. Artikels des Vertrags vom Jul. 1842 gethan worden wären. Zwei dieser Artikel scheinen die mit dem Zwangscurse der Noten der portugiesischen Bank verbundene Anordnung, in keiner andern Währung Contracte zu schließen, für britische Kaufleute nicht verbindlich betrachten zu lassen. Lord Palmerston versetzte indessen nur, daß noch keine Beschwerde von britischen Unterthanen deshalb eingegangen und also

kein Grund für die Regierung vorhanden sei, die Frage aufzunehmen. Die beiden andern Artikel betreffen gewisse Garantien für britische Unterthanen als Ersatz für die Conservadorialgerichte. Lord Palmerston erwiderte darauf, daß nach erfolgter Wiederaufhebung jener Garantien die Herstellung der Conservadorialgerichte verlangt und diese auch bereits erfolgt sei. Endlich erwähnte Hr. Ewart, daß in den Zeitungen von der Absicht der portugiesischen Regierung zu lesen gewesen sei, den bei Wegnahme der Expedition unter das Antas betheiligten britischen Marineoffizieren Decorationen zu verleihen. Nun möchte er wissen, ob die Annahme derselben bewilligt werden würde. Lord Palmerston erklärte sofort, daß britischen Unterthanen bekanntlich nur die Annahme fremder Orden für ausgezeichnete Dienste angesichts des Feindes oder wenn sie im wirklichen Dienste des fremden Souverains gestanden, erlaubt werde, im vorliegenden Fall aber nicht der geringste Grund vorliege, der die Annahme von Orden rechtfertigen würde. Das Haus sollte hierauf zur Comitéberathung der Bill über die neue Centralarmengesetzbehörde schreiten, was Hr. Bankes durch den Antrag, damit bis über drei Monate zu warten, verhindern wollte. Nach darüber gepflogenen Verhandlungen wurde das Amendement verworfen und die Comitéberathung begonnen. Die Bill passirte dieselbe ohne andere als redactionelle Aenderungen, indem zuletzt noch ein Amendement des Hrn. Borthwick, ihre Geltung von fünf auf drei Jahre zu beschränken, mit 76 gegen 43 Stimmen verworfen wurde.

In der heutigen Unterhaussitzung gab Hr. Borthwick abermals Veranlassung zu ministeriellen Erklärungen über die portugiesischen Angelegenheiten, indem er aus allerhand Mittheilungen seine ältere Behauptung zu rechtfertigen versuchte, die Schiffe der Insurgenten wären ohne vorgängige bestimmte Warnung genommen worden, und anfragte, ob auch die Gefangenen von Torres Vedras sofort aus der Verbannung in Angola zurückberufen würden. Lord Palmerston erklärte zunächst, daß der Junta vor dem Abgange der Expedition des Grafen das Antas eine so unzweideutige Warnung zugegangen, daß sie vernünftigerweise nicht habe misverstanden werden können. Soeben erhalte er Depeschen aus Paris, denen zufolge die portugiesische Regierung am 10. Jun. eine vollständige und ausnahmslose Amnestie für alle bei dem Aufstande betheiligt gewesene Individuen erlassen, dadurch also eine der Bedingungen, welche der Intervention zum Grunde gelegt waren, bereits erfüllt habe. Auf eine Frage wegen des Einrückens spanischer Truppen erklärte er, es sei noch keine Nachricht davon, das nach Valencia geschickte kleine Detachement ausgenommen, eingelaufen und die neue Wendung der Dinge in Portugal dürfte dasselbe ganz überflüssig gemacht haben. Das Haus ging dann zur Berathung der Bill wegen Verbesserung der Gesundheitspolizei in Städten, die im Comité erfolgen sollte. Oberst Sibthorp, die HH. Newdegate und Hudson und andere Tories erklärten sich gegen die Bill, weil sie abermals in der zu Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Städte niederzusetzenden Commission eine unnöthige Vermehrung des Patronats der Regierung sähen, und der Oberst beantragte, daß das Comité nach drei Monaten stattfinden solle. Lord Morpeth und Lord J. Russell gaben zu, daß die Sucht zu centralisiren nur verderblich wirke und daß alle Localangelegenheiten möglichst den Localbehörden allein überlassen sein müßten. Im vorliegenden Falle habe man die Einrichtung einer Centralbehörde, da überall im Lande die sanitätspolizeilichen Rücksichten von den Localbehörden beharrlich vernachlässigt würden, beantragen müssen. Nach längerer Debatte wurde das Amendement des Obersten mit 191 gegen 50 Stimmen verworfen und das Haus ging in das Comité.

— Die Königin hielt gestern im Buckinghampalast eine Geheimerathssitzung, empfing dann den Prinzen von Lucca, der sich zu beurlauben kam, nachher den aus Canada zurückgekehrten, bisherigen Gouverneur Lord Catheart sowie den neuen Bischof von Sodor und Man, Dr. Eden, der als solcher den Antrittseid leistete.

— Im Hydepark fand gestern eine große Revue vor dem Großfürsten Konstantin statt, zu der von benachbarten Garnisonen Truppen auf den Eisenbahnen herangezogen worden waren. Die Revue hatte schon am 16 Jun. gehalten werden sollen, wurde aber ungünstigen Wetters wegen verschoben. Die ausgerückten Truppen bestanden aus zwei Bataillonen Gardegrenadiers, dem zweiten Bataillon schottischer Gardefusiliere, zwei Bataillonen der Gardeinfanterie mit Goldlitzen, dem 43. Infanterieregiment und zwei Bataillonen des 60. Jägerregiments, die in drei Brigaden unter den Obersten Home, C. Bentinck und dem Oberstlieutenant Forlong formirt waren; die Division Garde zu Fuß commandirte Oberst Berkeley Drummond. Reiterei und Artillerie waren nicht mit aufgestellt. Kurz vor 11 Uhr langte die Königin mit dem Prinzen von Wales und der Kronprinzessin in einer vierspännigen, offenen Barutsche an; die Königin-Witwe mit der Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar und Herzogin von Gloucester folgte. Die Erbgroßherzogin verließ auf besondere Einladung der Königin noch vor Anfang der Revue ihren Wagen, um in dem der Königin Platz zu nehmen. Gleich darauf ritt der Großfürst, der russische Gardeuniform trug, mit dem Prinzen Albert, dem Herzoge von Wellington, Marquis of Anglesea, dem General Viscount Combermere, Marquis of Londonderry ꝛc. heran. Nach Begrüßung der Königin wurde die Front abgeritten, die Truppen defilirten in offenen und geschlossenen Colonnen und führten dann einige Feldmanoeuvres im Feuer aus, wobei Generallieutenant Sir C. Dalbiac von seinem scheu gewordenen Pferde abgeworfen wurde, jedoch keine Verletzung davontrug.

— Die Herzogin von Gloucester gab gestern einen großen Ball welchem die Königin und ihr Gemahl sowie die am Hofe verweilenden fremden fürstlichen Gäste beiwohnten.

— Der Kanzler der Schatzkammer ist sehr häufig in dem Falle, den Empfang ihm namenlos zugesendeter sogenannter Gewissensgelder, d. h. freiwillig von Steuerpflichtigen übermachter Beträge, die sie den Staatskassen vorenthalten hatten und die ihnen auch nie mehr hätten abgefodert werden können, öffentlich zu bekennen. Gewöhnlich sind es kleinere Beträge von 10—50 Pf. St.; heute enthalten die Zeitungen aber eine solche Quittung über 500 Pf. St., die ein Unbekannter freiwillig nachzahlt.

Frankreich.

Paris, 19. Jun.

Die Pairskammer empfing gestern den von der Deputirtenkammer votirten Gesetzentwurf über Herabsetzung der Salzsteuer sowie die Botschaft über den Beschluß, die Vorladung des Hrn. de Girardin zur Verantwortung vor der Pairskammer zu gestatten. Die Kammer beschloß, denselben zum 22. Jun. vorzufodern, wo die Kammer um 1 Uhr zusammentreten wird. Die Berathung der Medicinalreform wurde dann fortgesetzt und als Zusatz zu §. 5 die Vorschlagsbefähigung der Aerzte und Chirurgen der Marine und der Armee zu Lehrern angenommen. Auf Baron Thénard's Antrag wurde ferner als Zusatz votirt, daß nur Franzosen, die 30 Jahre alt und Docteren sind, Professeren an einer Facultät werden können.

In der Deputirtenkammer war die Berathung der bis zum 1. Jan. k. J. zu verlängernden freien Getreideeinfuhr auf der Tagesordnung. Hr. Ledru-Rollin benutzte die Gelegenheit, um die Vorwürfe der ermangelnden Voraussicht gegen das Cabinet zu erneuern, die in der Frage über Verproviantirung des Landes während der letzten Monate so oft erhoben worden sind. Der Handelsminister Hr. Cunin-Gridaine führte die Vertheidigung mit den ebenso bekannten Gründen. Zwei Amendements, welche die Verlängerung zum 31. Jul. 1848, dann bis zum 15. März erstreckt wissen wollten, wurden abgelehnt und dann der Gesetzentwurf mit 232 Stimmen einstimmig votirt.

— Heute hat die Deputirtenkammer mit 225 gegen 10 Stimmen den Credit von 200,000 Fr. zu den Festlichkeiten der Julitage in Paris votirt.

— Vom Centralcomité der Wähler aller Farben der Opposition im Seinedepartement ist eine Bittschrift um Wahlreform an die Deputirtenkammer beschlossen worden, die bereits eifrig unterzeichnet wird.

— Die Bewilligung der Deputirtenkammer zur Vorladung Hrn. de Girardin's wird auch heute von den meisten Blättern wiederholt besprochen. Die «Presse» wirft die Frage auf, wie wol der neun Jahre alte Brief des Hrn. de Girardin, welchen Hr. Guizot in der Kammer mitgetheilt habe und der an einen Redacteur des Blattes damals gerichtet worden, in des Ministers Hand gekommen sein möge. Derselbe datire vom 25. Jul. 1838, sei unter einem Ministerium geschrieben, welches von der «Presse» beständig unterstützt und vertheidigt worden sei und enthalte durchaus nichts Verfängliches. Die «Presse» habe über etwas, das von ihr freiwillig geschah, keinen Handel abzuschließen gebraucht und dabei weder eine Concession zu machen noch ein Princip zu opfern gehabt. Das Journal des Débats theilt den bald vier Spalten langen Commissionsbericht über Hrn. Crémieux's gewissermaßen auf Verlangen der Kammer gemachten Antrag mit, daß Deputirte nicht Concessionsinhaber von Eisenbahnunternehmungen oder Mitglieder von Eisenbahndirectorien sollen werden können. Berichterstatter ist Hr. Peyramont. Die Commission beantragt einstimmig die Ablehnung.

— Die Ernennung des Grafen Dejean zum Generaldirector der Posten an des in den Ruhestand tretenden Hrn. Conte Stelle wurde längst als eine von den Federungen des Ministers des Innern, Grafen Duchatel bezeichnet, an die er sein Verbleiben im Cabinet knüpfe. Wie die Patrie anzeigt, ist jetzt endlich diesem Wunsche gewillfahrt worden und die Ernennung wird am 20. Jun. im Moniteur stehen. Seit dem Cabinet vom 12. Mai, unter dem Graf Dejean die Generaldirection der Polizei führte, hat derselbe kein öffentliches Amt mehr bekleidet.

— Der britische Gesandte, Marquis of Normanby ist mit seiner Gemahlin gestern in Paris wieder angekommen.

— In **Marseille** sind wieder mehr als 200 mit Getreide befrachtete Schiffe angekommen und füllen den Hafen; die Getreidepreise waren reißend im Sinken begriffen.

Belgien.

Der Buchhändler Vogler in Brüssel, dessen Staatsproceß in Aachen so vielfach besprochen worden, ist in Freiheit gesetzt worden und am 18. Jun. in Brüssel eingetroffen.

Italien.

Der Messagiere Modenese vom 9. Jun. enthält nachstehenden vom Oesterreichischen Beobachter wieder veröffentlichten Artikel: „In dem zwischen Ihr. Maj. der Kaiserin Maria Theresia, als Herzogin von Mantua, und zwischen Sr. Hoh. dem Herzoge von Modena, Franz III., unterm 24. Jul. 1752 abgeschlossenen Vertrage war man übereingekommen, daß die Inseln des Po da, wo dieser Fluß zwischen dem mantuanischen und zwischen dem estensischen Gebiete die Grenze bildet, jenem der zwei souverainen Staaten anzugehören haben, deren festem Lande sie, in Folge der Veränderungen des Flußlaufes, von Zeit zu Zeit sich am nächsten befinden würden. Nach erfolgter Verificirung dieses thatsächlichen Umstandes sind die zwei Inseln, San Simeone und Bialardi, laut der buchstäblichen Bestimmung des besagten Tractats, unlängst zu dem Gebiete von Mantua geschlagen worden. Nachdem durch diese Darstellung die mannichfachen Berichte und Commentarien berichtigt werden, womit es verschiedenen Journalen beliebt hatte, diese Sache zu entstellen, so bleibt es nun überflüssig, zu erforschen, ob ihre irrthümlichen Nachrichten entweder von minder genauen Informationen oder von irgend einer weniger redlichen Absicht herrühren."

* **Rom**, 11. Jun. Wie die alten, so haben auch die modernen Römer nicht wenige dies atri, an denen kein Unternehmen glücken soll. Hoch und Niedrig ist darin einverstanden; das Volk sagt: „Venerdi e di di Marte, non si sposa, non si parte (Freitags und Dienstags wird kein Ehebündniß geschlossen, noch die Wohnung gewechselt); und nur im äußersten Nothfalle dispensirt man sich vom zweiten, nie wol vom ersten Theile dieser Sybillischen Regel. Staatsgeschäfte von Wichtigkeit glaubt man an den genannten zwei Tagen ebenfalls nicht ohne ein schlechtes Omen für ihre Folgen zur Berathung bringen zu dürfen. Pius IX. scheint sich auch hierüber hinweggesetzt zu haben, denn er hat heute, an einem Freitage, die Cardinäle zu einem geheimen Consistorium nach dem Quirinal gerufen, in welchem Kirchliches und Politisches von Wichtigkeit und Bedeutung verhandelt ward. Gregor XVI. hätte das wol schwerlich gethan; auch wollen sich die Römer auf keinen andern Summus Pontifex besinnen, dem Dergleichen eingefallen wäre. Das öffentliche Consistorium ist auf den nächsten Montag angesetzt. Der Papst eröffnete die Consistorialacte mit einer Allocution, worauf er mehre Cardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe creirte und bestätigte. Zum Bischofe von Ostia und Velletri ernannte er den Dekan des hohen Collegiums Vincenzo Macchi. Sein Nachfolger im Bisthum von Porto Santa Rufina und Civitavecchia ward der Cardinal Aleisius Lambruschini. An des Letztern Stelle ward Cardinal Brignole als Bischof von Sabina und Abt von Santa Maria di Farfa gesetzt.

Der neuen Cardinäle waren vier an der Zahl, sämmtlich den Presbytern zugegeben; zweien davon hat Ludwig Philipp den Purpur verschafft. Hier ihre Namen: Monsignore P. Giraud, Erzbischof von Cambray, geboren zu Clermont am 11. Aug. 1791; Monsignore C. Dupont, Erzbischof von Bourges, geboren in der Diöcese Nizza zu Villafranca im Jahre 1793; Monsignore Giacomo Antonelli, Oberschatzmeister der apostolischen Kammer, geboren zu Sonino im Kirchenstaat am 2. April 1806; Monsignore G. Boffondi, Dekan des römischen Obergerichtshofs della sagra Rota, geboren zu Forli im Kirchenstaat am 24. Oct. 1795. Nach ihrer Ernennung legten die Neuerwählten den Schwur des Cardinalats vor den Versammelten feierlichst ab, und das geheime Consistorium ward entlassen. Am 14. Jun. soll das öffentliche stattfinden, in dem sie den Cardinalshut vom Papst eingehändigt erhalten, nebst der Assignation ihrer neuen kirchlichen und säcularen Aemter, von denen das Quantum ihres Nebengehalts abhängt.

Die vor zwei Wochen in Livorno in Folge der Verhaftung von politisch Verdächtigen vorgekommenen Volkstumulte sind, wie italienische Blätter versichern, beschwichtigt; wie und wodurch, sagen sie nicht. Wir hören, die Regierung habe die Verhafteten freigegeben, da ihre Schuld nicht sowol eine positive war als vielmehr im Verdacht beruhte.

Griechenland.

** **Leipzig**, 22. Jun. Nicht ohne gerechten Unwillen kann man die Depesche des Lords Palmerston an den englischen Gesandten in Athen in Betreff der Ansichten des britischen Cabinets über die Angelegenheit des Muffurus vom 19. Mai 1847 (Nr. 172) lesen. Zwar kann man sich nicht gerade darüber wundern, daß der edle Lord mit Consequenz die begonnene Rolle gegen Kolettis, der sich den mit dieser Rolle verbundenen Prätensionen der englischen Regierung im Interesse der griechischen Regierung und Griechenlands mit Recht nicht fügen will, fortführt, auch wenn jene Consequenz zu offenbaren Ungerechtigkeiten führt; wohl aber muß man sich darüber, und nicht ohne den gerechtesten Unwillen wundern, daß hier die Person des Königs von Griechenland in einer so unwürdigen Weise in die Sache hereingezogen wird, wie dort geschieht, in einer so unwürdigen Weise, daß man nicht umhin kann, den edlen Lord geradezu einer ganz undiplomatischen und illoyalen Unhöflichkeit zu zeihen, die er sich am allerwenigsten gegen einen Souverain, mit dem England nach dem hergebrachten Style der Thronreden in freundschaftlichem Vernehmen steht, hätte sollen zu Schulden kommen lassen. Lord Palmerston setzt mit dieser Depesche und mit dem darin herrschenden leidenschaftlichen Tone gegen den König Otto dem bisherigen Verfahren Englands gegen Griechenland gleichsam die Krone auf, und Niemand kann gegenwärtig darüber mehr in Zweifel sein, welche feindselige Gesinnungen und Ansichten die englische Politik gegen Griechenland beherrschen. Ob übrigens durch einen so unwürdigen Ton gegen die Person des Königs Otto, wie derselbe in der fraglichen Depesche herrscht, die Sache selbst, die der edle Lord vertheidigt, gewinnen könne, lassen wir dahingestellt sein. Doch möchten wir statt jedes Urtheils an das Wort Müllner's erinnern, das er einst in einer literarischen Fehde mit einem Gegner gegen diesen aussprach, als derselbe den Kampf in einer etwas gereizten Stimmung und nicht ohne Inhumanität und Inurbanität in der Form auf eine unwürdige Weise fortzuführen begonnen hatte: „Wer zuerst böse wird, ist doppelt böse!" Und dazu kommt nun auch noch, daß der edle Lord sich nicht entblödet, gleichsam als eine captatio benevolentiae bei dem griechischen Volke und in der löblichen Absicht, dasselbe für sich, aber gegen die griechische Regierung und gegen den König Otto selbst zu gewinnen, das „hohe Interesse" zu erwähnen, „was die Regierung Ihr. Maj. an der Wohlfahrt der griechischen Nation nimmt, zu deren Erhebung zu politischer Unabhängigkeit sie selbst beigetragen". Der edle Lord ist in seiner gedachten Depesche nicht nur unhöflich und undiplomatisch unartig, dem Könige Otto gegenüber; er wird nun auch unpolitisch, dem griechischen Volke gegenüber. Denn statt des „hohen Interesses" zu gedenken und sich zu rühmen, „das die englische Regierung an der Wohlfahrt der griechischen Nation nehme", wäre es politischer gewesen, dergleichen lieber nicht zu erwähnen, weil Thatsachen, Thatsachen aus der neuesten Zeit selbst, diese Sache und diesen angeblichen Ruhm in einem etwas andern Lichte erscheinen lassen; und in der Politik können zuletzt denn doch nur Thatsachen entscheiden. Oder meint der edle Lord etwa, daß die Griechen, geblendet von dem „hohen Interesse, das die englische Regierung an der Wohlfahrt der griechischen Nation nimmt," oder das sie vielmehr zu nehmen vorgibt, jene Thatsachen vergessen sollten? Daß sie vergessen hätten, welche Erinnerungen sich in dieser Hinsicht an die Namen: Parga, Maitland, Dawkins, Lyons ꝛc. für sie knüpfen? Daß sie vergessen hätten, welche Sympathien England namentlich auch seit dem Beginne des Freiheitskampfes im Jahre 1821 für die Türken gehegt und gepflegt, und wie es sich in dessen Folge sogar zu einer unchristlichen Politik gegen die Griechen, d. h. zu einer offenbaren Unterstützung der Türken verirrt habe? Die Griechen haben dergleichen nicht vergessen und sie werden es nicht vergessen trotz Navarins oder auch um Navarins willen, und trotzdem, daß England eine der drei Schutzmächte ist, die sich zu Rettern und Befreiern Griechenlands aufgeworfen haben, oder vielmehr eben darum, weil es dies ist. Jedenfalls aber wäre es der Hauptsache nach besser und klüger für England, das „hohe Interesse der englischen Regierung an der Wohlfahrt der griechischen Nation" auf andere Weise zu bethätigen als durch Depeschen wie die vom 19. Mai 1847!

* **Aus Griechenland**, 10. Jun. Die Engländer haben gut reden, gut Rathschläge geben für König und Ministerium, gut von Reinheit der Verfassung und strenger Gesetzlichkeit predigen. Wenn der König Otto es mit einer Verfassung zu thun hätte, wie die der Jonischen Inseln ist; wenn er in einer Festung residirte wie die von Korfu, von wo der englische Lord-Obercommissar die Inseln beherrscht; wenn er auf ein nichtgriechisches Heer und eine nichtgriechische Flotte, ja auf die ganze Kriegsmacht Großbritanniens gestützt wäre, wie es der Statthalter des sogenannten Protectors ist, so würde er die Verfassung besser entwickeln und den Griechen mehr Gutes thun, als von England in den Jonischen Inseln geschieht. Warum hat denn England in den Jonischen Inseln nicht eine Verfassung eingeführt, wie die griechische ist? Warum hat es sich denn dort nicht der Liebe und Anhänglichkeit der Einwohner allein vertraut, sondern stützt sich auf seine Soldaten und Wälle und Kriegsschiffe? Es hat sehr klug daran gethan, daß es so verfuhr, es hat die Griechen sehr wohl gekannt; aber bevor es Andern Lehren gibt, soll es doch selbst danach handeln.

Personalnachrichten.

Orden. Baiern. Ludwigsorden, Ehrenkreuz: der Oberauditor im Generalauditoriat Anton Röckl. — Hannover. Guelphenorden, Commandeurkreuz: der preußische Vicezeremonienmeister Frhr. v. Stillfried. 2. Kl.: der preußische Oberst v. d. Goltz; 3. Kl.: der preußische Premierlieutenant v. Trotha; 4. Kl.: die preußischen Secondelieutenants Graf v. Schönburg-Glauchau und v. Seckendorff. — Preussen. Rother Adlerorden 4. Kl.: der Pfarrer Karthaus in Schlichtingsheim, der Justizrath Klapper in Ratibor, der Landrath des Kreises Torgau Graf v. Seydewitz.

Consuln. Preussen. An die Stelle des bisherigen Consuls Fr. G. Küster in Reval ist der dortige Kaufmann Andreas Koch ernannt worden.

Todesfälle. Am 14. Jun. starb in Warschau Graf Joseph Wodzicki.

Wissenschaft und Kunst.

Leipzig, 23. Jun. Trotz aller Anfechtungen ist Lessing's „Nathan der Weise" dem deutschen Volk ein Edelstein dramatischer Kunst geblieben. Aber nicht der künstlerische Werth erzeugt dieses Interesse, sondern die Macht der Ideen, welche daraus zu Aller Herzen spricht und diese durchglüht. Es kann der Nathan nie seine Wirkung verlieren, so lange noch der Kampf der alten Orthodoxie und der philosophischen Freigeisterei unter den Menschen gährt und tobt. Der Nathan war Lessing's letzte Frucht seiner theologischen Studien, ist ein Panegyrikus für den Humanismus, wie ihn Herder predigte, er bricht den Stab über alle Zeloten und Sektenmacher, eifert ebenso gegen eine gehaltlose Aufklärungssucht der Philosophie als gegen überspannten Dogmenkram der Kirche, schont den Glauben der Menschen, wie er im Volke lebt, setzt aber auf die Gebote der Wahrheit, auf die Verherrlichung der Tugend in jedweder Form, auf Toleratismus und christliche Liebe den wahren Werth und Adel des Menschen. Lessing's Nathan muß daher in einer Zeit religiöser Unduldsamkeit stets am mächtigsten wirken.

Er ging gestern, mit Ausnahme der ersten Galerie, die sehr leer war, bei einem vollen Hause an uns vorüber. Die Aufführung war im Ganzen eine überaus gelungene, denn gerade dieses Stück ist glücklich besetzt. Wir erkennen dies um so freudiger an, da eine Aufführung des Nathan, weil sie weniger auf Handlung als auf Declamation beruht, und nur von Zeit zu Zeit stattfindet, auf mannichfachen Schwierigkeiten beruht. Hr. Anschütz, Mitglied des k. k. Hofburgtheaters in Wien, bewährte in seiner ersten Gastrolle seinen alten Künstlerruhm und fand beim Publicum wiederholt lauten Applaus; wir stimmen unbedingt damit überein, wenn wir mitunter auch etwas mehr Tadel gewünscht hätten. Fräul. Unzelmann als Recha wußte die Gefühle der Dankbarkeit, Unschuld und Liebe in all ihrer Liebenswürdigkeit vorzuführen. Hr. Guttmann hat sich als Schatzmeister bedeutend vervollkommnet. Hr. Wagner ist für die schwierigen Gegensätze in der Rolle des Templers ganz geschaffen, und auch Hr. Marr bewährte Studium in der Rolle des Saladin. Frau Eicke als Daja und Hr. Stürmer als Klosterbruder sind ganz an ihrem Platze.

— Ueber die Norma von Jenny Lind hat sich unter der Kritik in London, wie es scheint, ein Zwiespalt erhoben. Sie trat in derselben am 15. Jun. auf, nachdem die Rolle vorher von der Grisi mehrmals mit großem Erfolge gesungen worden war. In der Times wird nun Jenny Lind's Leistung in dieser Partie eben so hoch gepriesen wie bisher in andern. Das Morning Chronicle erlaubt sich aber, dieselbe neben der Ausführung der Grisi a complete faillire zu heißen. Wie der Manchester Courier meldet, wird zu Ende der Theatersaison die swedish Nightingale in Manchester zwei Mal in der Oper auftreten, wozu bereits mit dem Personale der italienischen Oper in London accordirt sei, und in Liverpool und Birmingham Concerte geben.

Der Claviervirtuos Franz Liszt spielte am 8. Jun. vor dem Sultan, der ihn sofort nach seiner Ankunft in Konstantinopel zu sich berufen hatte.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 23. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115½ Br., 115 G.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86¾ bezahlt u. G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59¾ G.; Löbau-Zittauer 56¾ Br.; Magdeburg-Leipziger 216⅛ G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅛ Br.; Litt. B. 100½ G.; Berlin-Stettiner 110 G.; Köln-Mindener 94 Br., 93¾ G.; Altona-Kieler 110 Br.; Dessauer Bankactien 100 Br.; Preuß. Bankantheil 105 Br.

Eisenbahn. *Chemnitz, 21. Jun. In der heute hier abgehaltenen dritten Generalversammlung der Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft waren 232 Actionaire mit 2588 Actien und 521 Stimmen erschienen, ohne die vom Staate vertretenen 10,000 Actien. Nachdem der Vorsitzende bei der Eröffnung die Wechselfälle bezeichnet hatte, welche das Unternehmen im abgelaufenen Jahre betroffen und die zunächst in der Ueberschreitung des ursprünglich angenommenen Anlagecapitals ihre Ursache gefunden hatten, hob er als Veranlassung dieses Uebelstandes die im Geschäftsberichte bereits angegebenen Gründe: 1) nachträglich verfügte Verbreiterung der Bahn; 2) gestiegene Grundstücks-, Arbeits- und Materialkosten als Folge der um zehn Jahre verschobenen Ausführung; 3) Umgehung der schiefen Ebene mit Seilbetrieb, nochmals hervor und bemerkte, daß zwar die bei der außerordentlichen Ständeversammlung für Erleichterung weiterer Geldbeschaffung vorgetragenen Gesuche in keiner Weise einen den Erwartungen der Gesellschaftsorgane entsprechenden Erfolg gehabt hätten, daß dagegen die ungestörte Ausführung des Unternehmens durch die dankenswerthe Bereitwilligkeit gesichert erscheine, mit welcher die Staatsregierung der Gesellschaft in Anerkennung ihres für das gesammte Vaterland hochwichtigen Unternehmens gestatten werde, eine Anleihe unter Ausgabe kleiner Creditpapiere zu contrahiren, wie sie die Aufbringung der noch erfoderlichen Mittel zu sichern geeignet sind, und wovon die Staatskasse selbst den vierten Theil übernehmen werde. Nachdem hierauf die Debatte über den Geschäftsbericht eröffnet war und der Vorsitzende nachträglich zu demselben eine specielle Mittheilung über den im vorigen Jahr erfolgten partiellen Einsturz eines Viaductes auf der Bahn gemacht hatte — woraus hervorging, daß der Unternehmer den daraus entstehenden Schaden trägt und das Bauwerk mit einigen Abänderungen in Accord wieder ausführt — stellte Advocat Lesky aus Döbeln den Antrag, die Generalversammlung möge beschließen, daß die obern Bogen der Viducte Diedenmühle und Heiligenborn nicht, wie das Directorium beabsichtige, von Ziegeln, sondern von Bruch- oder Sandsteinen erbaut werden möchten. Mehrseitig wurde dagegen eingehalten, daß es höchst gefährlich sei, dergleichen technische Principfragen in einer Versammlung von Nichttechnikern zu entscheiden, und es vereinigte sich die Generalversammlung mit dem Antragsteller dahin, die nochmalige Erörterung der Frage dem Directorium nach Befinden unter Zuziehung fremder Techniker besonders anheimzugeben. Auf die Anfrage eines andern Actionairs wegen des Preises angekaufter Hakennägel, welche von anderer Seite billiger offerirt sein sollten, versprach der Vorsitzende die diesfallsige Auskunft dem Ausschusse zu geben, da das betreffende Actenstück im Augenblicke nicht zur Hand sei. Hierauf wurde die Justification der Rechnungsablage für 1846 einstimmig von der Versammlung ausgesprochen, der vorliegende Prospectus für Aufbringung einer Anleihe von 2 Mill. Thlr. unter einigen unwesentlichen Modificationen mit 531 gegen 71 Stimmen angenommen und zugleich dem Directorium die Ermächtigung ertheilt, Gelder der Gesellschaft unter Controle des Ausschusses zeitweilig in den neuen Schuldscheinen der Gesellschaft anzulegen.

Advocat Lesky hatte bereits vor der Generalversammlung Anträge gestellt, es möge 1) die Gründung der Viducte Ostrau und Ottendorf nochmals geprüft werden, und es möchten 2) alle Verdingungen auf der Bahn nicht im Hauptbureau durch ausgeschriebene Concurrenz wie seither, sondern in Licitationsterminen an Ort und Stelle vergeben werden. Der erstere Antrag wurde in Folge der ertheilten Auskunft, welche die Tüchtigkeit der fraglichen Bauobjecte zu rechtfertigen suchte, von dem Antragsteller unter der Bedingung zurückgezogen, daß das Directorium sich bereit erkläre, diese Bauwerke mit der größten Sorgfalt zu überwachen, worauf der Vorsitzende entgegnete, dies liege jederzeit und für jeden Fall in der Verpflichtung des Directoriums, sodaß es keiner besondern Versicherung bedürfe, auch seien die Mitglieder desselben sich nur bewußt, diese wie ihre übrigen Verpflichtungen nach Kräften erfüllt zu haben. Der zweite Antrag wurde, nachdem das Directorium motivirt hatte, daß nach den seitherigen Erfahrungen die gewünschten Licitationen nur höhere statt wohlfeilere Abschlüsse zur Folge haben würden, mit überwiegender Majorität abgelehnt. Der Vorsitzende knüpfte an diese Verhandlung die specielle Mittheilung einer Beschwerdeschrift, welche der vorgenannte Antragsteller in Verbindung mit andern Actionairen zu Döbeln im vorigen Jahr an den Gesellschaftsausschuß eingereicht hatte, und worin mehrfache Anklagen gegen die Verwaltung erhoben waren, die das Directorium in einer detaillirten Entgegnung an den Ausschuß widerlegt und um Beibringung der von den Beschwerdeführern zugesagten Beweise für die aufgestellten Thatsachen gebeten hatte. Es war jedoch eine diesfallsige Beweisführung unter wiederholten Aufforderungen nicht zu erlangen gewesen, und begnügte sich deshalb das Directorium, wie ihm als Verpflichtung erscheine, den Hergang der Sache unter Vorlegung aller Acten zur Kenntniß der Generalversammlung zu bringen, wobei von einem Directorialmitgliede hinzugefügt wurde, daß die schwere Verantwortlichkeit der Ausführung sich nur durch allgemeines Vertrauen und aufmerksame wohlwollende Controle aller Actionaire ertragen lasse und daß man letztere demnach nur dankbar anzuerkennen, dagegen auf Ausstellungen, welche wie die vorliegende vor dem Abverlangen einer Beweisführung verstummten, keinen Werth zu legen habe. Hierbei bemerkte ein Actionair aus Leipzig, daß die Versammlung bei den letzten Debatten ihm durch ihr Verhalten auszusprechen scheine, wie man in die Intelligenz und Berufstreue des Directoriums keinerlei Zweifel zu setzen scheine, und die Generalversammlung erhob sich zu Bestätigung dieser Aeußerung. Schließlich wurden von den Restitutionsgesuchen wegen versäumter Einzahlung diejenigen, welche sich nur auf verwirkte Conventionalstrafen bezogen, einmüthig abgelehnt, bei denen dagegen, wo es sich um Verlust der Capitalien handelt, der Beschluß für die nächste ordentliche Generalversammlung vorbehalten.

Eisenbahn. Seit dem 15. Jun. fährt man nun in Einem Tage von Basel nach Frankfurt. Morgens 6 Uhr 15 Minuten ist der Abgang von Basel und Abends 8 Uhr 51 Minuten langt man in Frankfurt an.

Staatspapiere. Amsterdam, 19. Jun. 2½pc. Int. 57¹³/₁₆; Rußl. 4½pc. Handelsg. 173¾. Frankfurt a. M., 21. Jun. Oestr. Bact. 1957; 250 Fl. L. 120¾; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅝ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78⅛ Br.; 25 Fl. L. 28⅜; Nass. 25 Fl. L. 26; Sard. 35⅛; Kurhess. 31⅛. London, 17. Jun. 3pc. Cons. 88; Port. 3pc. 32; Span. 3pc. 34½. Paris, 19. Jun. 5pc. 118. 10; 3pc. 77. 60; Neap. 103. 50; Bankact. 3310.

Actien. Frankfurt a. M., 21. Jun. Taunusb. 358½; Nordb. 72½; Verb. 93¾. Paris, 19. Jun. Versail. r. 360; l. 225; Paris-Orleans 1271¼; Paris-Rouen 966¼; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 441½; Rouen-Havre 652½; Marseille-Avignon 705; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 505; Orleans-Bierzon 610; Nord 582½. Wien, 20. Jun. Nordb. 184½; Gloggn. 123; Mail. 109⅞; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 22. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95¹¹/₁₂ Br., 3½pc. Staatsschuldsch. 93⅛, 3½pc. Pfandb. westpreuß. 93¾, ostpr. 96½, pomm. 95 Br., schles. 97⅛, 4pc. posn. 102, neue 3½pc. 92⅞, kur- u. neum. 94⅝ Br., Leuisdor 112, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 95½, Berl.-Anh. 111⅞ Br., Berl.-Hamb. 4pc. 109, Prior.-Act. 4½pc. 98⅛, Berlin Potsd.-Magd. 4pc. 95¼, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 92¼, 5pc. 102, Berl.-Stettin 110½, Cöln-Minden 4pc. 94, Crak.-Oberschl. 4pc. 77, Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 109¾ Br., Niederschl. 87⅞, Prior.-Act. 4pc. 92¾, 5pc. 102, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 90 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 80 Br., Rhein. 85 Br., Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 93½. — Quittungsbogen: Nach.-Mastr. 83¼ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 100, Kass.-Minst. 4pc. 84¾ Br., Cöln-Mind. 4pc. 93½, Magd.-Wittenb. 84½ Br., Mecklenb. 74¾ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72¹³/₁₆, Pos.-Starg. 4pc. 93½, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 99¼. — Russ. engl. Anl. 4pc. 110⅞ Br., 1. Anl. (Heyd) 4pc. 94, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 94, Poln. Schatzobl. 4pc. 84½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½, à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94½, Wiener Zinsl. 105¾ Br., Litt. B 200 Fl. 42, Hamb. Feuer-Ges.-St.-Anl. 3½pc. 85¾, Staats-Pr.-A. 87¾, Kurhess. Prämien-Sch. à 40 Thlr. 32½ Br., Sard. Prämien-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Soeben erschien in unserm Verlage und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Herr Moppel auf dem Landtage.

1 Bogen 8. Mit einer Illustration. Preis 5 Sgr.

☞ Enthält eine humoristisch-satirische Darstellung der Landtagsdebatten.

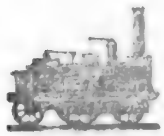
Verhandlungen des ersten preußischen Landtages

über die Emancipation der Juden.

☞ Enthält: **die Königl. Proposition — das Gutachten der Abtheilung darüber — und die vollständige Debatte auf dem Landtage selbst.**

10 Bogen. Preis 15 Sgr.

[2379] **A. Hofmann & Comp.** in **Berlin.**



Fahr-Ordnung

[2402]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.
„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.
„ **Stockerau** um 5½ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4½ Uhr Nachmittags.
„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.
„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.
„ **Stockerau** 4½ Uhr früh, 8, 12½, 2, 5½, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen

Stettin und St.-Petersburg.

Die beiden großen eisernen Postdampfschiffe „Preussischer Adler" und „Wladimir" unterhalten in diesem Jahre eine regelmäßige **wöchentliche** Verbindung zwischen Stettin resp. Swinemünde und Kronstadt (St.-Petersburg).

Die Abfertigung erfolgt:

aus Stettin **jeden Sonnabend Mittags,** nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Berlin, und aus Kronstadt **jeden Sonnabend Abends.**

Die Ankunft findet bei günstiger Witterung sowol in Kronstadt als in Stettin **Dienstag Abends** statt.

Die Ordnung, in welcher die beiden Dampfschiffe ihre Fahrten verrichten, ist folgende:

aus Stettin resp. Swinemünde:

der „Preussische Adler" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni, den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August, den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Stils;

der „Wladimir" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni, den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Stils.

aus Kronstadt:

der „Wladimir" den 15. und 29. Mai, den 12. und 26. Juni, den 10. und 24. Juli, den 7. und 21. August, den 4. und 18. September, den 2. und 16. October neuen Stils,

der „Preussische Adler" den 22. Mai, den 5. und 19. Juni, den 3., 17. und 31. Juli, den 14. und 28. August, den 11. und 25. September, den 9. und 23. October neuen Stils.

Das Passagegeld für die ganze Tour von Stettin oder Swinemünde bis St.-Petersburg beträgt:
für den ersten Platz 62 Thlr.,
für den zweiten Platz 40 Thlr.,
für den dritten Platz 23½ Thlr. Preußisches Courant.

In diesen Beträgen ist die Beköstigung mit Ausschluß des Weins einbegriffen. Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte. Ein Wagen mit vier Rädern 50 Thlr., ein Wagen mit zwei Rädern 25 Thlr., ein Pferd 50 Thlr., ein Hund 5½ Thlr. Güter und Contanten werden gegen billige Fracht befördert. [2245]

Berlin, den 5. Mai 1847. **General-Post-Amt.**

Dampfschiffahrt

zwischen **Bremen** und **Hull**

für Passagiere, Güter ꝛc.

Expeditions-Tage des Bremer Dampfschiffs

Hengist, Capit. ***H. Grote,***

von **Bremen** den 24. Juni, 8., 22. Juli u. s. w
von **Hull** den 2., 16., 30. Juli u. s. w.

Fernere Auskunft ertheilen in **Bremen** Herr **Ed. Iehon,** in **Hull** die Herren **N. Veltmann & C.**

[2390–401] **Die Direction.**

Die gute Sache der lutherischen Symbole gegen ihre Ankläger,

von **Ed. Köllner,**

Dr. der Theol. und Philos., ord. Prof. an der Univ. Gießen.

VI. 178 S. Gr. 8.

Göttingen, in der **Dieterich'schen** Buchh. 1847.

Wenn der durch seine gründliche Kenntniß der Symbole rühmlich bekannte Verfasser mit seiner Darstellung der Principien und Lehre der Symbole Recht hat, so ist freilich der ganze Streit über die Symbole wie der ganze Kampf des sog. Rationalismus mit der Orthodoxie nur ein Mißverständniß von beiden Seiten, der Grund der neuern kirchlichen Bewegungen ist gehoben, man kann die Symbole nicht nur vernünftigerweise annehmen, sondern sich auch auf sie verpflichten lassen ohne quia und quatenus, und das rechte Urtheil über den Ruppstreit wie die preußische Generalsynode ꝛc. kann nicht weiter zweifelhaft sein. Mehr bedarf es nicht, um diese neue wichtige Erscheinung allen denkenden evangelischen Christen zu empfehlen. [2376]

Soeben ist im Verlage von **Otto Klemm** in Leipzig erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig: [2365]

Böttger, Adolf, Johannislieder. Geh. Preis 2½ Ngr.

In meinem Verlage ist neu erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Bilder im Moose.

Novellenbuch

von

Julius Mosen.

Zwei Theile.

Gr. 8. Geh. 3 Thlr. 18 Ngr.

Von dem Verfasser erschien früher bei mir

Gedichte.

Zweite vermehrte Auflage.

Gr. 8. 1843. Geh. 1 Thlr. 18 Ngr.

Leipzig, im Juni 1847.

[2403] **F. A. Brockhaus.**

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**“ und „**Germania**“ fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen, Außig (Teplitz), Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2404]

Zehn Thaler Belohnung.

Ein unterm 26. Mai d. J. mit der Post von Berlin an die Herren **C. G. Häbler & Söhne** in Groß-Schönau in Sachsen versandter Brief ist bei den Herren Adressaten nicht angekommen. Derselbe enthielt die folgenden acceptirten Prima-Wechsel, nämlich:

Thlr. 60 pr. 5. Juli, trassirt von **Moritz Henoch**, Berlin den 5. Mai 1847. Ordre Herren **C. G. Häbler & Söhne** auf Herrn **C. F. Auch** in Potsdam;

„ 100 den 31. Juli, trassirt von **Moritz Henoch**, Berlin den 5. Mai 1847, Ordre Herren **C. G. Häbler & Söhne** auf Herrn **L. F. Siefert** in Potsdam;

„ 136 16 Sgr. pr. 31. August, trassirt von **Moritz Henoch**, Berlin den 25. Mai 1847, Ordre Herren **C. G. Häbler & Söhne** auf Herrn **L. F. Siefert** in Potsdam;

„ 155 pr. 1. August, trassirt von **Levin's Wwe. & David**, Leipzig den 19. April 1847, Ordre eigne, auf Herrn **J. A. Senff** in Leipzig, girirt an den Herrn **M. Borchardt** jun., dann an **Moritz Henoch**, endlich an die Herren **C. G. Häbler & Söhne**.

Es sind die nöthigen Verkehrungen getroffen, daß mit obigen Wechseln kein Mißbrauch geschehen kann; doch wird Demjenigen, der zur Wiedererlangung derselben verhilft, eine Belohnung von **Zehn Thalern** zugesichert bei Herrn **August Oldenbourg** in Leipzig. [2384]

In der Buchhandlung von **C. L. Fritzsche** in **Leipzig** (Universitätsstraße Nr. 2) und bei dem Verfasser (Johannisgasse Nr. 33) ist zu haben:

Der Friedhof zu Leipzig

in seiner jetzigen Gestalt.

Vollständige Sammlung aller Inschriften auf den ältesten und neuesten Denkmälern daselbst. Mit einem Plan, Nachtrag und Namenregister.

Herausgegeben von **Heinrich Heinlein.**

Gr. 8. Sauber broschirt. Preis 1 Thlr.

Bereits sind viele Begräbnißplätze und Schwibbögen auf der ersten Abtheilung des Friedhofes verschwunden, und in sehr kurzer Zeit wird dieselbe gänzlich verödet, um so werthvoller dürfte daher dieses Buch sein, welches mit großer Treue die Inschriften bewahrt. Eine Preisermäßigung wird bei dem nur noch geringen Vorrathe niemals stattfinden. Ein Nachtrag, welcher sowol alle Inschriften bis zur neuesten Zeit als auch alle die in der jüngsten Vergangenheit für unsere Stadt so wichtigen Ereignisse enthält, soweit sie diese den Todten geweihten Blätter berühren, liegt zum Druck bereit; der Herausgeber beabsichtigt aber, denselben bis dahin zu verschieben, wo die jetzt schwer lastende Zeit einer freundlichern Zukunft Raum gönnen wird. [2166]

Holz-Samen.

Frischen Ulmen- oder Rüster-Samen Pfd. 3 Sgr., reinen Fichten- oder Rothtannen-Samen a Pfd. 1½ Sgr.

offerirt **H. G. Trumpff** in Blankenburg am Harze. [2396]

Ein großer herrschaftlicher Reisewagen, wenig benutzt und sehr gut gehalten, ist billig zu verkaufen und beim Sattlermeister Herrn **Pausch in Leipzig** in Augenschein zu nehmen.

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen a 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2405] in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 25. Jun. **Wallenstein's Tod**, Trauerspiel von Schiller. Wallenstein, Herr **Anschütz**; Thekla, Frl. **Unzelmann**.

Sonnabend, 26. Jun. **Zum Benefiz der Frl. v. Marra** mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Robert der Teufel**, große Oper von Meyerbeer. (Dritter und vierter Act). Isabella und Alice, Frl. v. Marra. — Hierauf: **Die Nachtwandlerin**, Oper von Bellini. Amine, Frl. v. Marra, als vorletzte Gastrolle.

Einem geehrten Publicum erlaube ich mir mein ganz neu und elegant eingerichtetes

Victoria-Hôtel

unter den Linden Nr. 46

unter Zusicherung der reellsten Bedienung ganz ergebenst zu empfehlen.

Berlin, im Juni 1847. [2388—90]

Hermann Obermeyer.

Verkauf einer Apotheke.

Eine privilegirte Apotheke, die einzige in einer wohlhabenden Stadt, mit einem jährlichen Medicinalgeschäft von 3000 Thlr., soll sofort unter günstigen Bedingungen verkauft werden. Porte-freie Anfragen sub **A. T.** besorgt die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung. [2385—86]

Une demoiselle française, s'occupant de l'éducation des enfants et munie de bons certificats, peut trouver sur le champ une place de gouvernante. S'adresser pour les autres renseignements à l'expedition de ce journal, sous les lettres **A. H.** [2378]

Handlungsbeflissene, welche sich unter steter Anleitung in höhern kaufmännischen Wissenschaften, der Correspondenz und in den verschiedenen Systemen der Buchführung theoretisch und praktisch auszubilden wünschen und gleichzeitig hierin etwa nöthigen Unterricht erhalten wollen, finden auf dem Comptoir eines bedeutenden Geschäfts, bei einem erfahrenen Kaufmann als **Volontaire** geeignete Gelegenheit, und sind schriftliche Anträge unter der Adresse **H. B. S. 66.** franco Magdeburg poste restante einzusenden. [2356—58]

Ein Compagnon in ein Pianoforte-Geschäft, Provinz Sachsen, wird mit einer Einlage von 1000 bis 2000 Thlr. gesucht. Das Nähere durch die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Aufforderung.

Sein Schäfchen vortheilhaft zu scheren,
Das fodert jetzt der Geist der Zeit,
Dem schlau die Industrie gebeut,
Sein Hab und Gut stets zu vermehren,
Sollt' auch mit Unbarmherzigkeit
Man seines Nächsten Säckel leeren.
Ein solcher Vampyr uns bedrängt,
Nicht in Berlins und Breslaus Mauern,
Dort fühlt ein jeder Spediteur
Mit uns — es drückt die Zeit uns schwer —
Ein menschenfreundliches Bedauern;
Die Eisenbahnen schmälern schon
Uns den Verdienst, und jede Reise
Vertheuern uns des Futters Preise.
Sie deshalb unser Frachtfuhrlohn
Zur Sprache bei Kaufleuten brächten,
Die auch nicht lange sich bedachten,
Es nach Verhältniß zu erhöhn!
Allein was ist, uns zu betrüben,
Bell Tück in Leipzig jetzt geschehn!
Von dort ward nach Berlin geschrieben:
O schickt mit der Eisenbahn die Wolle her,
Dann will ich als ein Spediteur
Sie jedem Käufer weiter senden,
Spottwohlfeil, — denn mit Zeit der List
Ins Garn von seinen gier'gen Händen
Verstrickt so mancher Fuhrmann ist.

Fuhrleute, lasset euch nicht blenden!
Kommt **eiligst** zu uns nach Berlin,
Hier wird es euch an Fracht nicht fehlen,
Auf ungeschmälerten Gewinn
Könnt ihr bei euern Fuhren zählen;
Hier wird mit jüdischem Schachersinn
Blutsaugerisch euch Keiner quälen.

Der Verein der Elberfelder und
[2360] **Rheinischen Fuhrleute.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Oskar Bachmann in Dresden mit Frl. Ernestine Hartmann in Meißen. — Hr. Regierungsreferendar Bernhard Franz in Merseburg mit Frl. Anna Heberer. — Hr. Lic. M. Robert Otto Gilbert in Dresden mit Frl. Adelheid Schaarschmidt. — Hr. Hermann Groh in Oelsnitz mit Frl. Antonie Kirsten in Crimmitschau. — Hr. Buchhändler Aug. Reimmann in Freiberg mit Frl. Emilie Frotscher. — Hr. Moritz Schmidt in Johanngeorgenstadt mit Frl. Hermine Ring. — Hr. Johann Schündler in Leipzig mit Frl. Auguste Prüfer. — Hr. Robert Schüttel in Leipzig mit Frl. Sophie Sürbe in Connewitz. — Hr. Kaufmann Julius Thalwitzer in Riesa mit Frl. Bertha Alwine Hering in Grosenhain. — Hr. Rentbeamter Richard Uhlich in Grünhain mit Frl. Melanie Philippi.

Getraut: Hr. Julius Gasch in Kiebitz mit Frl. Clara Oehmichen. — Hr. Concertmeister Ludwig Haase in Dresden mit Frl. Eugenie Tiegmann. — Hr. Regierungssecretair Heinrich Hartmann in Dresden mit Frl. Paul. Grimmer. — Hr. Johann Gottlieb Held in Nürnberg mit Frau Doris Steurer. — Hr. Karl Hermann Obel in Dresden mit Frl. Amanda Fiedler aus Rochlitz.

Geboren: Hrn. Superintendent Benike in Trebbin ein Sohn. — Hrn. Georg Dinglinger in Berlin ein Sohn. — Hrn. Hermann Hahn in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Wilhelm Kühne in Delitzsch ein Sohn. — Hrn. Advocat und Gerichtsdirector Gustav Leonhardi in Wildenhain eine Tochter. — Hrn. Ernst Lommatzsch in Niederpoyritz ein Sohn. — Hrn. Hauptm. v. Dostien II. in Kolberg ein Sohn. — Hrn. Eduard Le Petit in Dresden eine Tochter. — Hrn. Ernst Grafen v. Schimmelmann in Ahrensburg eine Tochter. — Hrn. Eduard Bolckart in Berlin ein Sohn. — Hrn. Adolf v. Wulff-Crona in Stralsund ein Sohn.

Gestorben: Hr. Schulamtscandidat August Damme in Birkenhain. — Hr. A. Dörrer in Dinkelsbühl. — Frau geb. Oberfinanzrath Fink in Berlin. — Frau Steuerinspector Gretser in Rummelsburg. — Frau J. S. Hauf in Lindlar. — Hr. Karl Gottfried Kühne in Lommatzsch. — Frau Dr. J. Ch. Malin in Cottbus. — Frau Amtsactuar Line Mantius in Dresden. — Hr. Pfarrer Christian Gotthelf Reinhold in Wilsdruf. — Hr. W. Redewald in Barenholz. — Frau Karoline v. Sobben in Zossen. — Hr. Joseph Aloys Frhr. v. Tänzl auf Traxberg. — Hr. Oskar Wapler aus Strehlen in Wien. — Frau Inspector W. Wilberg in Berlin.

Digitized by Google

Freitag — Nr. 176. — 25. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 3 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer [illegible]

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. †Hannover. Gustav-Adolf-Verein. — Das Bisthum Rottenburg. — Gedächtnißtag Philipp's des Großmüthigen. — Darmstädter Hülfsverein für die Christen im Orient. — Die darmstädter Duellsache. — Hr. Georgi. — Hr. Dowiat. — Die Harmonie in Kiel. — Sammlung für Steinacker's Hinterlassene.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Verhandlungen über das Judengesetz und die Einkommensteuer. *Von der Oder. Die katholischen Beschwerden. — Die kirchlichen Bewegungen. — Adresse der freien Gemeinde zu Königsberg. — Der stettiner Handelsstand.

Oesterreich. Vermählungsplan. Ständische Anträge. Gebete gegen die Theuerung. Erzherzog Stephan. Gastmahl. Das Lotto. *Venedig. Vorbereitungen. Familiencongreß. Seemanoeuvres.

Portugal. Proclamation der Königin. Das Amnestiedecret.

Spanien. Das Thronfolgerecht der Infantin. Die Carlisten. Die Interventionsarmee.

Großbritannien. Die Times über das gegenwärtige Parlament. Die allgemeinen Wahlen. John O'Connell. Banket. Die Times über ein Preßgesetz für Deutschland. Der Großfürst Konstantin. Die französische Gesandtschaft. Hr. James Aspinall.

Frankreich. Parlament. Der Proceß Cubières. Der Prinz von Joinville. De Bar zum Generalgouverneur von Algerien ernannt. Feuer. **Paris. Die Corruption. Hr. Teste.

Belgien. Die Cabinetskrisis.

Italien. Rom. Festlichkeiten. Hr. Brunelli.

Schweden und Norwegen. Die Judenfrage.

Centralamerika. Guatemala erklärt sich für unabhängig.

Wissenschaft und Kunst. Wien. Die Akademie der Wissenschaften. Stuttgart. Die süddeutschen Buchhändler. — Das Britische Museum. — Berthold Auerbach.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. *Danzig. Getreide. — Postvertrag zwischen Baiern und Frankreich. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

†**Hannover**, 22. Jun. In den Grundzügen zur neuen Organisation unsers Gustav-Adolf-Vereins ist bereits eine Aenderung eingetreten, die freilich vorauszusehen war: der Plan eines Landeshauptvereins, welcher aus den verschiedenen Provinzvereinen gebildet werden sollte, ist wieder aufgegeben und aus den nunmehr vom hiesigen Consistorium im Auftrage des Cultusministeriums bestätigten Statuten des hiesigen (calenbergischen) Provinzialvereins gestrichen. Eine Vereinigung in jenem Sinne wäre wol zu wünschen gewesen, bei den sehr verschiedenen Ansichten der verschiedenen Vereine konnte man aber schwer darauf rechnen. Indessen hat Harburg, das sich in Folge des berliner Votums von Hannover getrennt hatte, sich jetzt, nachdem letzteres in seiner Versammlung am 3. März jenes Votum gemisbilligt hat, wieder zum Anschlusse gemeldet. Doch würde nach der dermaligen Provinzscheidung Harburg nicht mehr zum calenbergischen, sondern zum lüneburgischen Provinzvereine gehören. Die Provinzvereine werden wiederum aus Kreisvereinen gebildet, die ihre abgesonderten Verfassungen und bestimmten Rechte haben. An den Provinzvereinen und ihren Verhandlungen und Beschlüssen nehmen sie durch Abgeordnete (einen für je 50 stimmberechtigte Mitglieder) Antheil, beschließen durch diese Abgeordneten über die Verwendung der Gelder und wählen durch sie den Abgeordneten zu den Hauptversammlungen des Gesammtvereins. Selbständig verfügen die Kreisvereine nur über ein Drittel ihrer Gelder und üben außerdem das Recht der Wahl ihrer Abgeordneten zu den Generalversammlungen des Hauptvereins. Die Ansichten über diese neue Einrichtung sind getheilt. Einerseits hofft man, daß die richtigere Vertheilung der Stimmen der Stiftung wohlthätig, andererseits besorgt man, daß die Entziehung des Einzelstimmrechts Lauheit erzeugen werde. Der hiesige Kreisverein (der der Hauptstadt nämlich), welcher vermöge seiner überwiegenden Mitgliederzahl und dadurch, daß der Vorstand aus seiner Mitte gewählt werden muß, immer noch in dem Provinzverein eine hervorragende Stellung einnehmen wird, ist jetzt im Begriff, durch einen zu dem Zwecke gewählten Ausschuß seine Statuten der neuen Ordnung anzupassen. Da, höre ich, ist denn unter Anderm der Vorschlag gemacht, dem frühern §. 3: „Mitglied des Vereins ist, wer sich zu einem jährlichen Beitrage von mindestens acht Gutegroschen verpflichtet", die Fassung zu geben: „Mitglied des Vereins ist jedes Mitglied der evangelischen Kirche" ꝛc. Da aber die frühere weitere Fassung unserm Vereine niemals Verlegenheiten bereitet hat, so sieht man nicht ein, was zu einer Aenderung auffodert, die leicht den eben erloschenen Streit wieder anfachen könnte, wenn sie auch mit der Grundbestimmung der Stiftung im Einklange steht.

— Die Annahme der Bischofswahl von **Rottenburg** von Seiten des Kirchenraths und Dekans Lipp in Ehingen ist erfolgt; jedoch hat, wie die Augsburger Postzeitung nach sicherm Vernehmen meldet, der Gewählte, „keineswegs von den der Regierung gemachten Propositionen irgendwie zurücktretend, vielmehr nur mit ganz entschiedener Erklärung und Rechtsverwahrung die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen sich verstehen können. In aller Hinsicht die bestimmten und wiederholten Zusicherungen der Regierung in Anspruch nehmend, daß sie ernstlich entschlossen sei, die kirchlichen Verhältnisse zur Beruhigung der Gewissen zu ordnen, erklärte er namentlich, er wolle ein katholischer, mit dem Oberhaupte der Kirche verbundener Bischof sein, und ohne baldige Ausgleichung der Differenzen mit dem heil. Stuhle sei die Beruhigung der Gewissen nimmermehr zu hoffen. Nur bei einer freien würdevollen Stellung könne der Bischof mit Segen wirken; darum könne er auch die Wahl nur annehmen mit dem festen Entschlusse, die wesentlichen Rechte der katholischen Kirche und darin begründeten bischöflichen Befugnisse nach Kräften zu behaupten und, wenn es noth thäte, auch jahrelangen herben und schwierigen Kampf nicht zu scheuen".

— Aus **Darmstadt** vom 19. Jun. heißt es im Frankfurter Journal: „Ein geschichtlich denkwürdiger Tag ist der heutige, nicht blos für Hessen, sondern auch fürs ganze deutsche Vaterland! Dreihundert Jahre sind heute vollendet, seit (am 19. Jun. 1547) an Landgraf Philipp dem Großmüthigen von Hessen der Schurkenstreich der «wälschen Praktik» mit dem bekannten «ewig» statt «einig» verübt und jener edle Vorfechter der Reformation, in des Herzogs von Alba Haft gelegt, zum Märtyrer der Religions- und Bekenntnißfreiheit wurde. Seltsam, daß dieses 300jährige Jubiläum des wahrhaft weltgeschichtlichen Ereignisses und des Beginns von Philipp's des Großmüthigen Custodie nirgend gefeiert wurde! Es hätte sich wol geziemt in unsern Tagen."

— Das in **Darmstadt** schon vor längerer Zeit zusammengetretene Comité zur Bildung des Hülfsvereins für die Christen im Orient hat unterm 20. Jun. eine öffentliche Erklärung abgegeben, woraus zu ersehen, daß seine bisherigen Bestrebungen noch nicht die allseitig gewünschte Genehmigung und Unterstützung von Seiten mehrer Staatsregierungen erhalten haben.

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Darmstadt** vom 15. Jun. geschrieben: „Die aus der Ober-Postamts-Zeitung aufgenommene Nachricht, daß in der bekannten Duellsache höherer Einfluß gegen beide Betheiligte eingeschritten sei (Nr. 164), entbehrt allen und jeden Grundes, wie man auf das bestimmteste versichern kann. Die Sache ruht und ist erledigt durch die bekannten Umstände, namentlich dadurch, daß Hr. v. Gagern auch mit Hülfe der Adressen aus Darmstadt, Mainz, Gießen, Werms, Bingen, Butzbach, Ober-Ingelheim ꝛc. eingesehen hat, wie er Unrecht hatte, mit einem solchen Gegner sich einlassen zu wollen." — Die Elberfelder Zeitung bemerkt: „Von Hrn. Georgi erzählt die Fama, daß er schon als Bursche durch seine vielen Duelle mit dem in Gießen garnisonirenden Regimente die Entfernung des Militairs aus dieser Stadt verschuldete, weshalb die Bürgerschaft ihn noch im traurigen Andenken hat."

— Dowiat ist am 18. Jun. von Mainz aus nach Neuyork abgereist. Dem Vernehmen nach beabsichtigt derselbe, bei der Bildung freikatholischer Gemeinden jenseit des Oceans thätig zu sein.

— In **Kiel** fand am 19. Jun. eine Generalversammlung der Harmonie statt, welche beschloß, auch fernerhin Censurbogen auslegen zu lassen, abzuwarten, welche Strafe vom Polizeimeister darauf gesetzt werden würde, und dann gegen diese Strafe zu remonstriren.

— Die Redaction der Weser-Zeitung hat 55 Louisdor für die Sammlung des zum Besten der Hinterbliebenen Steinacker's in **Holzminden** zusammengetretenen Comité gesendet.

Preußen.

Berlin, 23. Jun. In der Sitzung der Stände-Curie am 18. Jun. ward weiter der Antrag der Abtheilung, auch Juden die gutsherrliche Aufsicht über die Communeverwaltung anzuvertrauen, angenommen, ebenso, mit 228 gegen 146 Stimmen, der Antrag, das Patronatsrecht für jüdische Patrone der Kirchengemeinde zu übertragen; dagegen fand der Antrag, dem jüdischen Patrone die Aufsicht über das Kirchenvermögen zu lassen, keine Unterstützung. Auch erklärte sich die Mehrheit dahin, den §. 37 so

zu fassen: „In Betreff des Gewerbebetriebes unterliegen die Juden keinen andern Beschränkungen als die Christen". Die §§. 38 und 39 wurden ohne erhebliche Aenderung angenommen. Zu §. 40 erklärte sich aber die Abtheilung sowol dafür, daß auch für die Juden die Civilehe eingeführt, überhaupt die Verordnung vom 30. März auch auf sie angewendet werde, als auch für Befürwortung der Civilehe zwischen Christen und Juden. Der Regierungscommissar erinnerte, daß letztere Frage nicht zu diesem Gesetze gehöre. Derselben Meinung waren Graf Schwerin, v. Manteuffel II., Moewes, v. Meding, Frhr. v. Landsberg-Steinfurt. Graf Renard, Abg. Tschocke, v. Saucken, v. Byla, v. Bardeleben sprachen sich für die Anträge aus; Abg. Steinbeck war dagegen. Der Abg. v. Haxthausen foderte die anwesenden Katholiken auf, sich zum Zeichen des Protestes zu erheben, was der Marschall nicht zuließ. Für den ersten Antrag erklärte sich sofort überwiegende Mehrheit. In Betreff des zweiten, der Ehe zwischen Christen und Juden, entschieden zuvörderst 227 gegen 189 Stimmen, daß man sich mit dieser Frage beschäftigen wolle. Der Abg. v. Auerswald, welcher es übrigens unbegreiflich fand, wie Personen verschiedenen Glaubens eine Ehe eingehen könnten, aber dafürhielt, daß man dies diesen Personen selbst überlassen müsse, fragte den Regierungscommissar, worauf sich die in dieser Angelegenheit stattgefundene Abweichung von den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts gründe; Hr. Brüggemann erklärte sich aber außer Stande, zur Zeit in diese Frage einzugehen. Ueber die Sache selbst ward namentlich abgestimmt, wobei es zur Sprache kam, daß für abwesende Mitglieder gestimmt worden sei. Der Antrag der Abtheilung ward mit 281 gegen 142 Stimmen genehmigt. Ebenso der, statt des ersten Abschnitts des §. 41 die §§. 17 und 18 des Edicts vom 11. März 1812 eintreten zu lassen. Die §§. 42 und 43 wurden unverändert angenommen.

In der Sitzung am 19. Jun. erklärte sich die Abtheilung in ihrem Gutachten gegen die in Betreff der posener Juden im Gesetzentwurf enthaltenen besondern Bestimmungen und in demselben Sinne sprachen sich die Abgg. v. Bredowski, Naumann, v. Puttkammer, v. Jaraczewski, Siegfried, im entgegengesetzten die Abgg. v. Werdeck, Frhr. v. Manteuffel I., v. Patow, Frhr. v. Manteuffel II. aus und der Geheimrath Schröner legte den Standpunkt der Regierung dar. Man ging zu den einzelnen Paragraphen über, sich vorbehaltend, über das Ganze später abzustimmen. Die §§. 45—56 wurden ohne erhebliche Debatte und principielle Aenderung angenommen. Bei §. 57 erhob sich eine Verhandlung über die Freizügigkeit. Der Abg. Krause war zwar gegen die Emancipation der Juden im Allgemeinen, versicherte aber, die Juden im Posenschen seien nicht schlechter als die in Westpreußen. Der Abg. Gadegast war zwar auch dieser Ansicht, fürchtete aber einen großen Zudrang in gewisse Gegenden und führte ungünstige Züge über den sittlichen Zustand der Juden in seiner Gegend an, was den Abg. Hansemann zu einer Entgegnung veranlaßte. Der Antrag des Abg. Krause, auch den nicht naturalisirten Juden des Großherzogthums Posen vollständige Freizügigkeit zu verstatten, ward nicht angenommen. (A. P. Z.)

* **Berlin**, 22. Jun. Auch die Verhandlung über das Judengesetz hat in der Stände-Curie zu mehren namentlichen Abstimmungen Veranlassung gegeben. Sie fanden bei Fragen statt, welche weniger einen praktischen als einen principiellen Charakter hatten. Denn abgesehen davon, daß gar keine Aussicht auf irgend ein Eingehen der Regierung in eine allgemeine Anstellungsfähigkeit und politische Wählbarkeit der Juden sein dürfte, so ist auch mit der Zulassungsfähigkeit derselben doch nicht ihre wirkliche Anstellung oder Wahl gegeben. Wären die gewerblichen Beziehungen der Juden in Frage gekommen, so möchte man vielleicht Erfahrungen gemacht haben wie bei der Einkommensteuer, wie denn die ganze Judenfrage sehr einseitig aufgefaßt wird, wenn man sie lediglich als eine Toleranzfrage betrachtet und in den Juden nur die Bekenner eines andern Glaubens sieht. Was nun aber die beiden Abstimmungen betrifft, so betrafen sie theils die Anstellungsfähigkeit der Juden, theils ihre Theilnahme an ständischen Rechten. Erstere fiel gegen den Gesetzentwurf bejahend, letztere mit ihm verneinend aus. Die Stimmen standen sich in beiden Fällen ziemlich gleich; die Minorität kam bei der ersten Abstimmung um nur 5 Stimmen zu kurz und ward bei der zweiten zu einer Majorität um 1 Stimme. Dieser Wechsel scheint nicht so sehr durch einen Eintritt fehlender Mitglieder, als durch einige Abweichungen in der Stimmgebung veranlaßt zu sein. Im Uebrigen erklärten sich in der Provinz Preußen 48 bei der ersten, 49 bei der zweiten Frage mit Ja und ebenso 19 und 22 mit Nein. An dem Ja haben Ritterschaft und Städte, an dem Nein die Landgemeinden den stärksten Antheil. Eben so judenfreundlich bewies sich das Rheinland. Hier waren 50 bei der Majorität der ersten, 44 bei der Minorität der zweiten Frage, und der Gegensatz stellte sich im Verhältnisse von 11 und 15 dar. Die Ritterschaft war aber hier getheilt, bei der ersten Abstimmung 9 gegen 8, bei der zweiten 5 gegen 10. Dann erklärte sich Posen mit 25 und 28 gegen 16 und 12 Stimmen für die Juden, wobei wieder besonders die Ritterschaft in diesem Sinne den Ausschlag gab, während bei den Landgemeinden die Mehrzahl gegen die Juden war. In der stärksten Minorität waren die Juden in Sachsen (in beiden Abstimmungen 38 gegen 10 und 14), ferner in Brandenburg (37 und 38 gegen 22 und 18), wo sie besonders die Ritterschaft, von der nur 4 und 5 Mitglieder (in Sachsen gar keins) für sie stimmten, gegen sich hatten. In Pommern waren 23 und 25 gegen 16 und 12 wider die Juden. Hier hatten sie wol bei der ersten, nicht aber bei der zweiten Abstimmung die Mehrzahl der Ritterschaft für sich, die Städte und Landgemeinden in beiden gegen sich. In Westfalen blieben sie mit 14 und 15 gegen 29 in der Minderheit, und zwar waren sie es in allen Ständen, am stärksten im ritterschaftlichen. In Schlesien war die meiste Gleichheit der Stimmen (30 und 35 für, 37 und 31 gegen die Juden), und hatten sie hier bei den Städten die Mehrheit (16 und 20 gegen 10 und 6), in den beiden andern Ständen die Minderzahl. Von der Ritterschaft hatten sie ungefähr 70 für, 100 gegen sich, von den Städten gegen 100 für, 30—60 gegen sich, von den Landgemeinden die kleinere Hälfte für, die größere gegen sich.

Die Kölnische Zeitung protestirt dagegen, daß man die auch von ihr gemisbilligte Abstimmung in der Einkommensteuersache gegen die Bourgeoisie benutzen möchte. Sie beruft sich darauf, daß mehre Mitglieder der letztern zu den bedeutendsten Sprechern für die Einkommensteuer gehört hätten. Das ist kein Beweis. Der geistreiche Redacteur jener Zeitung weiß so gut wie wir, daß der staatsrechtliche Begriff des Bürgerstandes ein anderer ist als der moralisch-politische der Bourgeoisie, der pariser épiciers, der londoner shopkeepers, des französischen Tiersparti im engsten Wortsinne, jener großen Partei, deren Merkmale beschränkte, kurzsichtige Selbstsucht, Halbbildung und eine nur auf Vorurtheil, nicht auf bewußte, begründete Ueberzeugung gestützte, folglich nicht probehaltige Sympathie für Liberalismus und Aufklärung sind. Diejenigen Mitglieder des Bürgerstandes, die sich bei jener Verhandlung als Sprecher für die Sache der Proletarier ausgezeichnet, gehören wahrhaftig nicht zur Bourgeoisie, sie gehören zum besten Adel der Nation im edelsten Sinne des Worte.

* **Von der Oder**, 22. Jun. Die ultrakatholische Partei hat den Vereinigten Landtag benutzt, um ihre Beschwerden gegen unsere Staatsverwaltung bekannt zu machen, wobei es jedoch den Freund des Vaterlandes und der religiösen Duldung gefreut hat, daß einestheils diese Beschwerden weder zahlreich noch gewichtvoll waren, und daß sie andererseits nach kurzen Debatten alsbald beseitigt wurden. Sie betrafen die Anstellung von katholischen Militairpredigern und von katholischen Lehrern an den Cadettenhäusern. Was den ersten Punkt betrifft, so ist er in der Hauptsache bereits längst erledigt. In den Garnisonen, wo sich viele katholische Militairs befinden, sind seit der Regierung des jetzigen Königs auch besondere Militairgeistliche für diese angestellt, z. B. in Köln, Trier, Koblenz, Luxemburg, Münster. Es bleibt daher vernünftigerweise den ängstlichen Katholiken dort nichts zu wünschen übrig, und dieselben haben durch ihre Presse nur noch den Wunsch verlautbart, daß auch ein katholischer Militairoberprediger angestellt werden möge. Wenn im Posenschen nicht besondere katholische Militairpriester angestellt werden, so hat und wird dies immer einen politischen Grund behalten: diese müßten nämlich Nationalpolen sein. Von welcher Gesinnung aber der polnische Klerus gegen die deutsche und protestantische Regierung ist, hat sich vielfach unverkennbar und neulichst bei Babynski's Todesfeier herausgestellt, sodaß selbst der Erzbischof seit vielen Jahren seine polnischen Geistlichen zur Unterthanentreue hat ermahnen müssen. Solche Subjecte, wenn sie auch specifisch römisch sind, können aber unter keinen Umständen zur Leitung der Herzen unserer Vaterlandsvertheidiger angestellt werden. Demnach dürfte auch die neue Kirchenordnung in dieser Hinsicht wenig ändern. Eben so unerheblich ist die Beschwerde über den Mangel an katholischen Lehrern in den Cadettenhäusern. Daß den katholischen Cadetten katholischer Religionsunterricht durch einen Priester ihres Glaubens ertheilt wird, ist bekannt und genügt allen Einsichtsvollen, da es keine katholische Mathematik, Geographie, Kriegswissenschaften und Sprache gibt; allein die Ultras klagen, es gäbe keine katholische Erziehung in den Cadettenhäusern, und legen dadurch den Wunsch an den Tag, es möge in denselben durch einen besondern Geistlichen täglich Messe gelesen und die Cadetten zum Fasten, Rosenkranzbeten und andern specifisch römischen Dingen angehalten werden. Allein abgesehen von der schwierigen Stellung, die ein solcher Meßpriester mitten in der ketzerischen Welt eines preußischen Cadettenhauses haben müßte, und von den Collisionen, in die er bei seiner specifisch katholischen Erziehung mit der Ordnung des Hauses kommen würde, so sollen hier nicht Mönche oder contemplative Köpfe, sondern praktische Krieger gebildet werden, und solche läßt man in keinem katholischen Lande, den Kirchenstaat vielleicht ausgenommen, durch Geistliche, sondern durch weltliche Lehrer, namentlich durch erprobte Militairs, erziehen. Uebrigens fand auch selbst rheinischerseits diese Angelegenheit wenig Anklang, und wurde nur gelegentlich, was aber wohl zu bemerken ist, angeführt, daß das Mistrauen der Ultramontanen, ungeachtet der großen Concessionen der jetzigen Regierung, gegen Preußen noch keineswegs verschwunden ist.

— Der Mannheimer Abendzeitung wird **von der Niederelbe** geschrieben: „Am 5. Mai hat in Magdeburg die letzte Versammlung protestantischer Freunde, 27 Geistliche, stattgehabt. Sie ist überaus kläglich abgelaufen. Uhlich hat acht Sätze vorgelegt zu einem ge-

meinsamen Protest gegen das Verfahren des Consistoriums; aber nur Zwei haben beigestimmt. Die Andern haben theils das Consistorium in Schutz genommen, theils «sich der Kirche aufsparen» wollen, theils geschwiegen. Uhlich hat von Feigheit und Heuchelei gesprochen, was aus seinem milden Munde viel sagen will, und man ist mit dem stillen Bewußtsein auseinandergegangen, daß man nicht wieder zusammenkommen werde. — In Halberstadt hat sich, nach erfolgter ablehnender Antwort des Königs, kürzlich eine freie Gemeinde (die fünfte), an der Spitze der Bruder des hallischen Wislicenus, gebildet. Die Zahl der ersten Unterzeichner beträgt, entgegen der frühern Erwartung, etwa 20. Pastor Mieter in Bremen, früher in Halberstadt, ist unmittelbar vor Wislicenus 14 Tage lang dort gewesen und soll alle seine Autorität (er ist Rationalist und galt viel) aufgeboten haben, die Leute vom Ausschreiben abzuhalten. — Die freie protestantische Gemeinde in Nordhausen ist etwa 900 Seelen stark. Bei der letzten Wahl von zehn Stadtverordneten und Stellvertretern sind fünf Vorstandsmitglieder derselben, worunter Baltzer, noch andere Mitglieder der freien Gemeinde und der Vorsteher der Judenschaft gewählt worden, sodaß die «Kirche» fast leer ausgegangen ist. Die Versammlungen sind drückend voll, und die Kirchen stehen leer. Die Geistlichen halten Klagepredigten. Der ganze Kirchenvorstand eines derselben ging über. — Die freie Gemeinde zu Halle ist von der Regierung zu Merseburg durch den hallischen Magistrat aufgefodert worden, «Anträge» auf Grund des Patents vom 30. März zu machen. Nach längerer Verhandlung ist am 13. Jun., nach dem Vorschlage von Wislicenus, beschlossen worden, dem Patent gegenüber gar nicht als Religionsgesellschaft aufzutreten, sondern als Privatgesellschaft ausgeschiedener Unkirchlicher. Die Gemeinde erklärt der Regierung, daß sie gar keine religiöse oder kirchliche Prätensien mache."

— Die freie evangelische Gemeinde in **Königsberg** hat nachstehende Dankadresse dem Vereinigten Landtag übersandt:

„Eine vielfach befeindete christliche Volksgemeinde nahet den hochvermögenden Vertretern des preußischen Volks, den Mitgliedern des Vereinigten Landtags, unvermögend, die Gefühle des Dankes und der Freude zu unterdrücken, welche sie bei der Kunde jenes von der hohen Versammlung am 20. Mai d. J. gefaßten Beschlusses bewegten, «daß Allen, die sich zur christlichen Religion bekennen, die Ausübung der ständischen Rechte zugestanden werden solle». Schon durch diesen Ausspruch, auch wenn er noch nicht zur Wirklichkeit erhoben werden sollte, haben Sie, hochvermögende Herren, die Wahrheit, daß des Volkes Stimme Gottes Stimme ist, mit einer Kraft bewährt, die ihre segnenden Wirkungen weit in das Gebiet der Kirche erstrecken wird; in einem Sinne haben Sie für die heiligsten Menschenrechte gestritten, durch welchen Sie Diejenigen beschämt haben, die nur zu oft zu der bangen Besorgniß berechtigen, als wollten sie die Schranken des Glaubens, welche Brüder von Brüdern, Kinder desselben Vaterlandes von ihren Mitbürgern trennen, nur noch enger ziehen. Ein christlicher Pfingstruf ist Ihr Wort in alle Lande gedrungen, um den Völkern der Erde in allen Zungen zu verkündigen, daß ein christlicher Staat mit sich selbst in Widerspruch tritt, wenn er irgend einen Bekenner des Christenthums von dem Wirken für seine Zwecke ausschließt. Und, was uns das Wichtigste ist, weder das Bestreben, die von Gott geordnete Mannichfaltigkeit der Glaubensäußerungen und dadurch die Achtung vor der Religion aufzuheben, noch religiöse Gleichgültigkeit hat Sie, hochvermögende Herren, bei diesem Schritte geleitet; ja nicht einmal die Forderung der Politik, alle vorhandenen Kräfte zum Nutzen des Staates zu verwenden, hat auf jenen Beschluß eingewirkt, sondern allein die Stimme Ihres christlichen Bewußtseins, die Stimme echter Menschlichkeit hat denselben hervorgerufen. Wie aber nur der Geist dem Geiste Zeugniß gibt, so ist es auch allein dieselbe Stimme des christlichen Bewußtseins, welche unsere Gemeinde zum Danke gegen den hohen Vereinigten Landtag bewegt. Nicht weil uns durch Verwirklichung Ihres Beschlusses Rechte zufallen würden, die wir als Mitglieder der evangelischen Kirche ohnedies beanspruchen, begrüßen wir jene Verhandlung als Vorboten einer neuen bessern Zeit für unser preußisches Vaterland, sondern weil wir darin die Wahrheit erkennen, wie sie Jesus von Nazareth geoffenbart, die Wahrheit, die ihn, den Menschensohn, zum Christus und zum Sohne des lebendigen Gottes verklärte, die Wahrheit, daß Gott die allen Wesen gleich wohlwollende ewige Liebe ist, die ihre Wohlthaten nicht einmal den Bösen versagt, geschweige denn Denen, welche allen Anfechtungen gegenüber ihre religiösen Ueberzeugungen standhaft aufrecht erhalten. Darum haben wir auch in Ihrer Petition, daß Se. Maj. der König alle Bekenner der christlichen Religion zu ständischen Rechten zulassen möge, nur die Einleitung zu einer neuen Bestimmung finden können, zu welcher am 20. Mai die äußere Veranlassung fehlte, zu der von Millionen sehnlichst erwarteten Bestimmung, daß auch unsern jüdischen Brüdern nicht länger die so lange entbehrten bürgerlichen und ständischen Rechte in unserm Vaterlande vorenthalten werden. Gott segne das Streben eines hohen Vereinigten Landtags! Der Geist der Liebe leite Sie, hochvermögende Vertreter des preußischen Volks, zu neuen Siegen der Gerechtigkeit über das Vorrecht, der Freiheit über die Freiheiten. Im Namen und Auftrag der freien evangelischen Gemeinde zu Königsberg. Der Vorstand und das Presbyterium derselben." (Folgen die Unterschriften.)

— In **Stettin** fand am 19. Jun. eine Generalversammlung der dasigen Kaufmannschaft statt, in welcher über die Vorzüge und Nachtheile des Differentialzollsystems und über das für dasselbe abgegebene Gutachten des Vorsteheramtes berathen wurde. (Die Beschlüsse theilen die stettiner Blätter noch nicht mit.)

Oesterreich.

Im Nürnberger Correspondenten heißt es aus **Wien** vom 19. Jun.: „In Betreff der vor kurzem stattgehabten Zusammenkunft der Häupter des Hofs von Neapel, des Erzherzogs Johann und der Familie des verstorbenen Erzherzogs Karl, wird allgemein mit vieler Zuversicht angenommen, daß gewisse italienische Zustände und Eventualitäten zu Rovigno nicht minder angelegentlich verhandelt worden seien, als es sich hauptsächlich auch um die Knüpfung eines sehr innigen Bandes zwischen der Erzherzogin Maria (geb. 10. Sept. 1825), Schwester der regierenden Königin von Neapel, und dem Grafen von Trapani handelte. Dem Vernehmen nach wäre diese Combination so gut als abgeschlossen."

— Aus **Breslau** vom 19. Jun. schreibt man der Weser-Zeitung: „Wie Briefe aus Wien melden, hat es sich bei den dortigen Landständen auch geregt; es sind dort Anträge gestellt worden, welche zeigen, daß die Verhandlungen zu Berlin in Wien nicht ohne Anklang und Einfluß geblieben sind. Die österreichischen Landstände haben nämlich um folgende vier Hauptpunkte petitionirt; 1) um Veröffentlichung des Finanzetats, 2) um Oeffentlichkeit der Verhandlungen, 3) um Verbesserung der Preßgesetze, und 4) um Reform des Städtewesens."

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Wien** vom 15. Jun. berichtet: „Aus Anlaß der hier fortwährend herrschenden großen Theuerung verordnete unser Fürstbischof, daß in sämmtlichen Pfarrkirchen unserer Residenz Betstunden um Abwendung des größern Uebels und um eine gesegnete Aernte abgehalten werden. Der jetzige Stand der Saaten verspricht eine überaus ergiebige Aernte. — Dem Vernehmen nach wird der Erzherzog Stephan bis Mitte August in Prag verweilen, hierauf kurze Zeit hierher zurückkehren und erst dann nach Ofen sich begeben."

— Am 17. Jun., dem Jahrestage der Erhebung Pius' IX., ist vom Nuntius in **Wien** ein diplomatisches Diner gegeben worden, bei welchem auch der türkische Botschafter Schekib-Efendi mit seinem Sohn erschien. (Sch. M.)

— Der Antrag der **böhmischen** Landstände wegen Aufhebung des Lottospiels (Nr. 162) darf durchaus auf keine Gewährung hoffen; denn obschon die Regierung im Princip von der Verwerflichkeit des Glücksspiels überzeugt ist, so kann der Staatsschatz doch den durch Aufhebung des Lottegefälles entstehenden Ausfall nicht decken, und darum bleibt es beim Alten. Wie wenig Baron Kübeck an die Beseitigung des Lottos denkt, erhellt aus der bedeutenden Vermehrung des Beamtenstandes bei den Lottoämtern in allen Provinzen und aus dem Umstande, daß eine Reorganisation dieses Gefällszweiges stattgefunden und das Lottowesen des lombardisch-venetianischen Königreichs wegen der häufigen Unterschleife in seiner bisherigen Selbständigkeit aufgelöst und mit dem centralisirten Verwaltungskörper verschmolzen wurde. (Köln. Ztg.)

= **Venedig**, 15. Jun. Venedig hat sich eingepuppt, um zur bestimmten Zeit neugeboren, glänzend in allen seinen Farben, als majestätischer Falter aufzufliegen. Alles ruht hier und beschäftigt sich mit den Vorarbeiten zur Versammlung der Naturforscher, denen die Dogenstadt in ihrem Prachtgewande entgegenkommen will, um sie zu empfangen. Regatta, Tombola und alle sonst üblichen Sommervolksfeste sind auf den Monat September verschoben, wo denn in dulci jubilo Alles zugleich stattfinden soll.

In Rovigno an der Küste Istriens fand ein Familiencongreß der sämmtlichen Erzherzoge und Erzherzoginnen des Erzherzog Karlschen Hauses statt, zu welchem auch der König von Neapel nebst seiner Gemahlin eintraf. — Am 4., 5. und 6. Jun. versammelte der Vicеadmiral Erzherzog Friedrich in dem geräumigen Hafen von Rovigno 15 Kriegsschiffe der österreichischen Division, die im Angesichte des Königs von Neapel verschiedene Manoeuvres ausführten und deren sämmtliche Offiziere an den glänzenden Festen Theil nahmen, die, um die Gegenwart des Monarchen zu feiern, in der Stadt und am Bord der Schiffe gegeben wurden. Am 11. Jun. verließ der König sammt Gemahlin die Rhede von Triest am Bord des neapolitanischen Dampfers Tancredi und trat die Rückfahrt nach Neapel an. Am 12. Jun. Abends langten in Venedig am Bord des Kriegsdampfboots Vulcan die Erzherzoge Friedrich, Karl Ferdinand und die Erzherzoginnen Hildegarde und Marie an, stiegen im Palaste des Vicekönigs ab und werden einige Wochen hier verweilen.

Portugal.

Das Diario do Governo vom 10. Jun. enthält eine vom 9. Jun. datirte Proclamation der Königin, contrasignirt von den Ministern Franc. Tavares de Almeida Proenza, Monf. Duarte Leitaon, Grafen de Tojal, Baron de la Puente de la Barca und Ildef. Leop. Bayardo, an das portugiesische Volk, worin unter Hinweisung auf das traurige Bild, welches das von allem Unheil des Bürgerkriegs leidende Portugal der Welt darbieten, die Maßregeln verkündet werden, die im Interesse des öffentlichen Wohls und der Menschlichkeit von der Königin beschlossen worden sind, um die schuldige Unterwerfung und die Ordnung im Lande herzustellen. Es sind das: eine vollständige Amnestie; die Herstellung in alle verfassungsmäßig nicht ohne Urtel und Recht entziehbare Aemter und Würden; die Berufung der Cortes, zu welcher unverzüglich nach Herstellung der Ruhe in allen Theilen des Reichs die Wahlen angeordnet werden sollen, und dabei die gewissenhafteste Handhabung der

ihre Unabhängigkeit garantirenden Bestimmungen der Verfassung. Obgleich nach erlangter wirksamer Vermittelung von Großbritannien, Spanien und Frankreich noch Führer der Insurgenten unter vorgeblichen Zweifeln an der Gewißheit der von den Vermittlern gewährten Garantien mit der Unterwerfung zögerten, solle doch, da dieser Grund nun gänzlich beseitigt und die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Bürgerkriegs anerkannt sei, darum nichts an der großmüthigen Entschließung der Königin gemindert und allen Theilnehmern an dem traurigen Streite gleiche Wohlthat ohne Ausnahme gewährt werden. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Alle bis zu dem noch bestimmter zu verkündenden Zeitpunkte, wo die Amnestie nothwendig begrenzt und gegen die dann noch in Widerstand Verharrenden nach den Gesetzen würde verfahren werden müssen, sich dieselbe zu Nutze gemacht haben möchten. Der Proclamation folgt das Amnestiedecret selbst:

„In Erwägung der höchst dringenden Nothwendigkeit, den Calamitäten ein Ziel zu setzen, welche das Königreich verheeren, sowie um den von Fortdauer des Bürgerkriegs unerläßlichen Uebeln vorzubeugen und um der ersten und gebieterischesten der mir obliegenden Pflichten zu entsprechen, welche das Aufbieten aller nöthigen Mittel fodert zur Beendigung so trauriger Zwistigkeiten und Versöhnung der Gemüther der Portugiesen, welche seit Anbeginn der Monarchie immer durch ihre Gefühle der Treue gegen die Könige, meine erlauchten Vorfahren, sich ausgezeichnet haben, habe ich für angemessen erachtet, nach Anhörung meines Staatsraths zu decretiren: Artikel 1) Es ist eine allgemeine und vollständige Amnestie für alle politischen Vergehen seit dem 6. Oct. 1846 bewilligt, und sollen dieselben alle in beständigem und absolutem Schweigen begraben werden. a) Jeder wegen solcher Vergehen eingeleitete Proceß wird, er mag gediehen sein so weit er will, hiermit für null und nichtig erklärt. b) Alle wegen dergleichen von irgend einer Behörde Verhafteten sollen, mögen sie vor Gericht gestellt sein oder nicht, unverzüglich in Freiheit gesetzt werden. c) Wer in Folge von der Regierung ergriffener außerordentlichen Maßregeln oder wegen seiner politischen Gesinnung genöthigt worden ist, das Gebiet des Königreichs zu verlassen, kommt sofort wieder in Besitz seiner Freiheit und kann in seine Heimat zurückkehren, wozu die Regierung die nöthigen Erleichterungen gewähren wird. Artikel 2) Alle Diejenigen, welche seit dem genannten 6. Oct. ihrer legal besessenen militairischen Titel oder irgendwelcher Stellen und Aemter beraubt worden sind, die nach der constitutionellen Carta oder ausdrücklichen Bestimmungen der bestehenden Gesetze nicht ohne den Spruch des competenten Tribunals verloren werden können, sollen unverzüglich in ihren Titeln, Stellen und Aemtern wieder hergestellt werden. a) In gleicher Weise werden in ihren Ehren, Titeln und Decorationen alle Personen hergestellt werden, welchen seit erwähntem 6. Oct. ihre Titel und welche Ehrenauszeichnungen immer entzogen wurden. Meine Minister und Staatssecretaire aller Zweige werden, damit einverstanden, die Ausführung dieses Decretes in allen seinen Theilen leiten.“ Folgen die Unterschriften der Königin und von vier der oben genannten Minister mit Ausnahme des Barons de la Puente de la Barca. Datirt ist das Decret vom 28. April.

Spanien.

Bei Gelegenheit der Erörterungen über das eventuelle Thronfolgerecht der Infantin Donna Luisa Fernanda, welche in madrider Blättern vorkamen und jetzt mit gerichtlicher Verfolgung bedroht worden sind, erinnert man daran, daß bei den Verhandlungen über die Heirathsangelegenheiten im Congresse zwei von den jetzigen Ministern, die HH. Pacheco und Pastor Diaz, an die Vermählung mit dem Herzoge von Montpensier Besorgnisse knüpften, das Successionsrecht der Infantin könne darunter leiden.

— Vom 14. Jun. wird von der catalonischen Grenze im Phare des Pyrénées berichtet, daß die Nachricht von der Ermordung des Brigadiers Bazeras (Nr. 175) sich nicht bestätigt habe. Von den Montemolinisten wurde der General Forcadell als carlistischer Commandant der Provinz erwartet. In Barcelona sind von den wegen Versuchen von Anwerbung für die Carlisten und Unterhaltung von Verbindungen mit denselben Verhafteten fünf zu zehnjähriger Zwangsarbeit in den Presidios und zwei zum Tode verurtheilt worden. Die Hinrichtung der Letztern ward am 11. Jun. vollzogen. Für zwei in Igualada gefangen eingebrachte junge Leute, die mit den Carlisten gezogen waren, deren Mütter sich aber kurz vor deren Gefangenschaft um Amnestie für dieselben unter Anbietung der Unterwerfung verwendet hatten, ist vom Generalcapitain Pardon bewilligt worden.

— Die erste Division der Interventionsarmee unter General de la Concha ist am 10. Jun. von Zamora abmarschirt, um die portugiesische Grenze zu überschreiten und Braganza zu besetzen, wohin am 11. Jun. das Hauptquartier kommen sollte.

Großbritannien.

London, 19. Jun.

Mit Hinblick auf die lange Dauer des dermaligen im August 1841 gewählten Parlaments, das sonach nur noch ein Jahr brauchte, um nach voller siebenjähriger Dauer des für Parlamente seltenen natürlichen Todes zu sterben, bemerkt die Times: „In der ersten Periode des vorigen Jahrhunderts war es kein ungewöhnliches Vorkommniß, daß ein Parlament seine volle Zeit über beisammen blieb. Ja der Einfluß des Whigministeriums war so stark, daß neue Wahlen gewöhnlich nur eine Form waren, indem keine wesentliche Aenderung in der Zusammensetzung der Repräsentation daraus hervorging. In dem letztern Theile des 18. und dem Beginne des gegenwärtigen Jahrhunderts veranlaßte die rasche Folge wichtiger politischer Ereignisse in diesem Lande wie auf dem Continente wiederholte Wechsel von Personen und Maßregeln, und als die Reformbill das Repräsentativsystem Englands änderte, erschienen Jahresparlamente als keineswegs unwahrscheinliche Dinge auch ohne Mithülfe der „Charte“. Seit der Reformbill haben wir aber blos vier Parlamente gehabt. Das erste nach derselben 1832 gewählte dauerte nur zwei Sessionen, indem der Ministerwechsel im November 1834 die Berufung an das Volk fast unerläßlich machte. Damit fiel das Parlament des Earl Grey. Das zweite oder Peelparlament, obgleich unter ministeriellen Auspicien gewählt, brachte nur eine sehr starke conservative Minorität zur Unterstützung Sir R. Peel's, und der neue Premier unterlag bald dem Einflusse der Whigmehrheit. Das zweite Ministerium Melbourne bestand dann mit einer gerade noch zureichenden Majorität bis 1837, wo der Tod des Souverains dem Parlamente nach überstandenen drittehalb Sessionen ipso facto ein Ende machte. Das neue Unterhaus stand fast im Gleichgewichte, was die Parteien anlangt und ohne die Duldung der Opposition würde Lord Melbourne nimmermehr noch vier Jahre am Ruder geblieben sein. Indessen kam es endlich doch zur Krisis, und die Whigminister wendeten sich noch einmal an die Wähler. Ueber die Folgen dieses Schrittes war Niemand in Zweifel. Der Stern der grundherrlichen Schutzpartei war im Aufsteigen, und von den Grafschaftswählern wurde eine gewaltige Mehrheit aufgestellt, um Sir R. Peel in den Stand zu setzen, Downingstreet mit Sturm zu nehmen. Das Melbourne-Parlament von 1837 hatte gegen vier Jahre gedauert, und das jetzige datirt, wie gesagt, von 1841. Es ist ein sehr denkwürdiges gewesen. Gewählt wurde es, um die Getreidegesetze zu schützen, und hat den freien Handel zum Gesetze gemacht. Es begann damit, ein Whigministerium aus dem Amte zu treiben, und endete mit der Austreibung eines conservativen Ministeriums unter fast gleich schmählichen Umständen. Lord J. Russell, mit dermalen einer nominellen Minorität von 100 Stimmen, hat thatsächlich weniger Opposition gefunden und seine Verwaltung mit viel mehr Leichtigkeit seit seiner letzten Gelangung zum Ministerium geführt als im Vollgenusse seiner Popularität, wo er mit einer kleinen, aber entschiedenen Majorität auf den ministeriellen Bänken verweigerte, unter Zulassung Minister zu werden.“

— Dem Sun zufolge würden die allgemeinen Wahlen erst nach der Aernte stattfinden, also auch die Auflösung des Parlaments nicht sofort nach dem Schlusse der Session eintreten. Dieser wird am 13. Jul. erwartet.

— Obgleich es John O'Connell jüngst ablehnte, als Nachfolger seines Vaters an der Spitze der Repealer proclamirt zu werden, hat er jetzt doch im Stile des Verstorbenen eine Adresse an die Wähler von Irland erlassen, in der er dieselben beschwört, nicht zu erschlaffen im Kampfe für Aufhebung der Union mit allen gesetzlichen Mitteln. Nur Repealern möchten sie daher ihre Stimmen bei Wahlen für das Unterhaus ertheilen.

— Der Herzog v. Wellington gab gestern das jährliche Banket zum Gedächtniß der Schlacht bei Waterloo, wobei auch der Gemahl der Königin, Prinz Albert, zugegen war.

— Die Times kommt auf den Entwurf zu einem Preßgesetze für Deutschland zu sprechen, von dem seit einiger Zeit mehr und minder verschleiert in deutschen Blättern auch die Rede war, von denen auch Inhaltsangaben mitgetheilt wurden und der endlich in einem mit jenen Angaben im Ganzen übereinstimmenden Abdrucke im Buchhandel zu haben ist. Die Times äußert, daß nach der Berufung des Vereinigten Landtags und der ungeschmälerten Veröffentlichung seiner Verhandlungen, in denen die freie Ueberzeugung des Volkes sich aussprechen sollte, klar gewesen sei, wie die Censur mit der auf des Königs Ruf am 11. April in Berlin begonnenen neuen Aera ganz unvereinbar sei. Hätte es im Bereiche der preußischen Regierung gelegen, allein zu entscheiden, so würde gewiß die Anerkennung der Preßfreiheit das erste und angelegentlichste Verlangen des Landtags gewesen sein. Seine Mitglieder wären sich aber bewußt gewesen, daß diese Frage nicht in Berlin zwischen dem König und seinem Volke, sondern in Frankfurt entschieden werden müsse, wo Oesterreichs Einfluß bedeutsamer sei. Man habe sich indessen mit einer Aussicht auf Vorlage eines Entwurfs von preußischer Seite beruhigt. Der nun in Frankfurt zum Vorscheine gekommene müsse aber, so viel davon bekannt sei, in ganz Deutschland und Europa den größten Widerspruch hervorrufen. Der Entwurf wird dann kritisirt und als eine vollkommene Unmöglichkeit neben den in Berlin dem Vereinigten Landtage gegenüber zu erkennen gegebenen Dispositionen betrachtet.

— Der Großfürst Konstantin hat sich mit seinem Gefolge und dem russischen Botschafter Baron Brunnow nach Wiltonhouse bei Salisbury zum Besuche bei der verwitweten Gräfin Pembroke begeben.

— Graf de Ste.-Aulaire wurde mit seiner Gemahlin heute von Paris zurückerwartet. Er kommt nur, um sich vor dem Abgange von dem Botschafterposten in Person zu beurlauben, und wird noch vor Ende dieses Monats wieder abreisen. Der als bevollmächtigter Minister während seiner bisherigen Abwesenheit fungirende Graf de Jarnac und seine Gemahlin sind ebenfalls im Begriff, auf einige Monate nach Paris zu

gehen. Der Nachfolger des Grafen de Ste.-Aulaire, der Herzog v. Broglie, wird am 1. oder 2. Jul. erwartet.

— Im Vauxhall zu London wurde am 18. Jun. Abends 11 Uhr ein Mitglied der Corporation und ehemaliger Mayor von Liverpool, Hr. James Aspinall, sehr plötzlich aus dem Leben abgerufen. Er befand sich in Geschäften zu London, hatte im Conservativclub heiter gespeist und war dann mit einigen Freunden nach Vauxhall gegangen, wo er die neu angelegte Galerie der Künste sich angesehen hatte, und indem er die Treppe derselben wieder hinabging, zusammenstürzte und todt aufgehoben wurde. Ein zufällig anwesender Arzt versuchte vergeblich einen Aderlaß. Hr. Aspinall war ein Mann von ungewöhnlicher Ansehnlichkeit, maß 6 Fuß 4 Zoll und wog über 20 Stein.

Frankreich.

Paris, 20. Jun.

In der Pairskammer stattete gestern Hr. d'Audiffret als Präsident der Commission zur Beaufsichtigung der Tilgungskasse und Depositen- und Consignationskasse den regelmäßigen Jahresbericht ab. Die Berathung der Medicinalreform wurde dann fortgesetzt. Die Kammer hatte mehre Artikel in der vorigen Sitzung behufs redactioneller Aenderungen an die Commission zurückgewiesen. Auf den Vorschlag derselben wurde §. 6 über die Stellvertreter an den Lehranstalten angenommen und §. 8 als überflüssig nach Beseitigung der Concurse für Professorstellen gestrichen, §. 9 in modificirter Form votirt. Graf de Montalembert wollte im Einklange mit der Commission die für die Stellen der Agrégés beibehaltenen Concurse immer am Sitze der Facultät, wo die Stelle offen sei, und nicht in Paris gehalten wissen. Die Pairs Flourens und Cousin pflichteten Dem auch bei. Baron Thenard und der Unterrichtsminister setzten jedoch die Annahme des Gegentheils durch. Die Verhandlung ward bei §. 11 über die Modalitäten vertagt, unter welchen durch Alter oder Gesundheitsumstände zur Erfüllung ihrer Functionen untüchtig gewordene Professoren sollen in Ruhestand versetzt werden können.

Der Deputirtenkammer wurde ebenso wie der Pairskammer der Bericht der Commission zur Ueberwachung der Tilgungskasse ꝛc. abgestattet. Nach einer kurzen Verhandlung wurde das Creditgesetz über 200,000 Fr. zu den Julifestlichkeiten mit 225 gegen 8 Stimmen votirt. Hr. de Beaumont fand kein Gehör mit seinen Aeußerungen, daß es viel klüger sein würde, diesmal diese Summe in Lebensmitteln zu vertheilen, anstatt für Festlichkeiten auszugeben. Der Gesetzentwurf über Zusammensetzung der Criminalgerichte in den Colonien war dann an der Reihe. Gleich Art. 1, welcher die Zahl der Mitglieder auf sechs bestimmte, wurde nach einiger Besprechung und nachdem man dieselben theils auf sieben, theils auf fünf angesetzt wissen wollte, an die Commission zurückverwiesen.

— Gestern ward in der Deputirtenkammer erzählt, daß die Instructionscommission des Pairshofes im Processe Cubières beschlossen habe, die HH. Teste, Cubières, Pellaprat und Parmentier in Anklagestand zu versetzen.

— Der Prinz von Joinville ist am 13. Jun. von seinem Ausflug ins Innere nach Algier zurückgekommen, wo er beim Generallieutenant de Bar speiste und Abends einem vom Contreadmiral Rigodit ihm zu Ehren gegebenen Feste beiwohnte. Am 15. Jun. empfing der Prinz die vornehmsten Häuptlinge der Provinz Algier und von Titteri am Bord des Souverain und machte ihnen als Anerkennung der glänzenden Aufnahme, die er bei ihnen auf seiner Rundreise gefunden, reiche Geschenke, auch gab er ihnen das Schauspiel und die Empfindung zum Besten, am Bord eines im Treffen befindlichen Schiffes zu sein, indem er die Batterien des Souverain einige Minuten lang spielen ließ.

— Durch einen Tagesbefehl vom 9. Jun. ist der Generallieutenant de Bar interimistisch zum Generalgouverneur von Algerien ernannt worden.

— An der Eisenbahnstation Ivry, der Rue Soulage de Bercy gegenüber, brach gestern Abend in einer chemischen Fabrik Feuer aus, das sich rasch in der Richtung der Magazine der Orleans-Eisenbahn verbreitete. Die von allen Seiten herbeieilende Hülfe wurde erst in später Nacht Meister der Flammen.

** **Paris**, 20. Jun. Die Corruption ist eine schöne Sache, sie macht den Journalisten zwar viel zu schaffen, gibt ihnen aber auch viel zu thun; es ist natürlich, daß sie den fruchtbaren Stoff durch Uebertreibung zu vergrößern sowie durch alle erdenklichen Mittel zu vervielfältigen suchen, und Niemanden kann es Wunder nehmen, daß sie nicht nur jede neue Entdeckung begierig aufgreifen und mit weitläufigen Commentaren ausgeschmückt verbreiten, sondern auch alle die Arabesken, welche die erfinderische böse Welt, sei es aus wirklichem Miswollen, sei es aus Muthwillen, um das historisch Vorhandene schlingt, zur Vermehrung des Schatzes benutzen. Nicht ohne sorgsam sichtende Kritik darf also Der, dem es um die Wahrheit zu thun ist, die tausend Gerüchte aufnehmen, die täglich in das Publicum durch den Druck oder auf andern Wegen in die Welt kommen, und man wird es von mir, der ich mich selbst diese Wunden zu berühren nicht gescheut habe, begreiflich finden, wenn ich über die oder jene Sage oder gar einen systematisch angelegten Sagenkreis, der aus pariser Zeitungen und pariser Gesprächen auch in die deutschen Zeitungen gedrungen, einige Worte der Berichtigung mir erlaube. In Nr. 165 dieser Zeitung findet sich von einem pariser Correspondenten, der das jetzt so viel behandelte Thema nicht zum ersten Male bearbeitet, über diesen Gegenstand ein Aufsatz, dem zufolge wir in einer durch und durch verpesteten Atmosphäre leben und in dem Schlamme der Verworfenheit und Verderbniß bei jedem Schritte stecken bleiben.

Nun wird Jedermann zugeben, daß nicht alle Wege, auf denen hier zu Lande, wie anderswo, große und kleine, verständige und unverständige Leute ihr Glück machen, so reinlich seien wie eine englische Hauswirthschaft am Sonntag Morgen, und alle Bäume, an denen hier die goldenen Früchte hängen, so süß wie Jasmin und Rosen duften; aber die gigantischen Kothmassen, wie sie mein Hr. College beschreibt, die existirten selbst in dem alten Lutetia nicht mehr, besonders seitdem eine constitutionelle Regierung und die Gewalten, die mit ihr zusammenhängen, soviel für Säuberung und Beleuchtung der Stadt gethan.

Welche Geheimnisse der Proceß, der den Namen Cubières trägt, einschließt, darüber ist dem Publicum etwas Bestimmtes nicht bekannt und kann ihm noch nicht bekannt sein, da die Untersuchungsrichter des Pairshofs keineswegs die Leute sind, dem ersten besten Liebhaber von Tagesneuigkeiten gegenüber das Gesetz der Verschwiegenheit zu vergessen; wir glauben, daß es in jedem Falle nicht ungeziemend ist, ehe wir richten, den Tag des Gerichts abzuwarten und den lustigen Geschichten, die sich hier aller Orten wie von selbst erzeugen, die ernsten Mittheilungen der zur Enthüllung der Sache amtlich berufenen Männer vorzuziehen. Was würden die biedern Herren des National oder die alten tugendhaften Römer der Réforme sagen, wenn man ihnen von Robespierre etwa in folgender Weise sprechen würde: „Robespierre strebte nach der Dictatur, er wollte die Freiheit tödten, zu deren Schöpfung er allerdings beigetragen hatte; er hielt sich für einen großen Staatsmann, weil es ihm gelungen war, die festesten Stützen der Republik zu Grunde zu richten; er ist mit Danton, mit Lacroix, kurz mit den tüchtigsten Verfechtern der Freiheit fertig geworden, und glaubte sich schon des Triumphes gewiß, als der verdiente Schlag, den er nicht vorherzusehen wußte, ihn plötzlich traf.“ Was würden sie sagen, diese Epigonen von 1793, wenn man mit ihrem Abgotte so umginge? Höflich würden sie nicht sein, das weiß ich aus Erfahrung; freilich auch nicht zu keck, das weiß ich gleichfalls, und Gescheites würden sie gar nicht vorbringen. Ich zeichnete Ludwig Philipp, indem ich von Robespierre spräche, würden sie vielleicht sagen, und doch sind die Ausdrücke, deren ich mich eben bediente, fast wörtlich aus einem anonymen Brief an besagten Robespierre genommen; nur daß hier „er“ und dort „du“ steht, und was dort in der Zukunft liegt, hier in die Vergangenheit verlegt ist. Was aber diese Tugendhaften nicht von Robespierre, viele von ihnen auch nicht von Marat, und von ihren jetzigen Koryphäen nicht unter mehr als vier oder sechs Augen wollen gelten lassen, Das erheben sie gegen die Männer, die jetzt auf der Höhe stehen, wenn nur ein flüchtiges Wort, nur ein blasser Schein, nur ein Schatten von Schein dazu Veranlassung gibt, zu der bestimmtesten, zur unwiderleglichen Anklage, und geben Jeden, der die geringste Einwendung dagegen erhebt, für ein gutmüthiges Schaf oder einen Spießgesellen aus. Nur allzu oft aber sind ihre Erfindungen, glücklicher- oder unglücklicherweise, nicht immer nach den Regeln der dramatischen Wahrscheinlichkeit angelegt, und diese Bewandtniß hat es auch mit einer der Anekdoten, deren Opfer mein verehrlicher Hr. College geworden ist.

Hr. Teste soll nämlich nach einem frühern Aufsatze desselben Berichterstatters auf die heutigen Unterhandlungen, von denen in den bekannten Briefen des Hrn. de Cubières die Rede ist, durch einen bedeutenden Bruch in seinen Einkünften angewiesen und dieser Bruch auf folgende Weise herbeigeführt worden sein. Hr. Teste hat bekanntlich, als er Justizminister war, sich mit einem Gesetzentwurfe, der die jetzige Stellung der Notare und Avoués ernstlich gefährdete, beschäftigt. Und nun soll in Folge einer Verschwörung der bedrohten Partei Hr. Teste nach seinem Austritt aus dem Ministerium an dem Vertrauen und Zuspruche, dessen sich früher sein Advocatentalent erfreute, so sehr verloren haben, daß der Werth seines Cabinets von 500,000 auf ein paar tausend elende Francs herabgesunken wäre. Um nun den hieraus entstandenen Ausfall zu decken, habe man dem Hrn. Teste „das an Sporteln und Nebenverdiensten sehr ergiebige“ Ministerium der öffentlichen Arbeiten zugetheilt, und Hr. Teste in der von Hrn. de Cubières angedeuteten Weise auch die Vortheile desselben benutzt.

Nun fragen wir, ist es glaublich, ist es denkbar, daß ein in ganz Frankreich für so ausgezeichnet als Redner, für so gewandt als Geschäftsmann bekannter Advocat wie Hr. Teste im Verlaufe von ein paar Monaten durch die üble Nachrede einiger verstimmter Notare und Avoués seines ganzen Ansehens beraubt und gleichsam seines Zaubers entkleidet worden sei? zumal als sich Niemand darüber die geringste Täuschung machen konnte, daß die HH. Notare und Avoués mit den Beschuldigungen, die sie gegen Hrn. Teste vorbringen mochten, nichts weniger als uneigennützig waren. Erwägt man außerdem, daß Hr. Teste als Minister eine Besoldung, mit der man in Paris, selbst wer glänzend leben will, recht gut auskommen kann, und dazu die Aussicht hatte, eine feste, ehrenvolle und einträgliche Stelle am Cassationshofe für seine ältern Tage zu erhalten,

so wird man mir zugeben, daß die mildernden Umstände, die der ehrenwerthe *-Correspondent, wie es mir scheint, nicht blos zur Linderung, sondern auch zur Erhärtung des von ihm ausgesprochenen „Schuldig" beibrachte, auf einer solidern Grundlage ruhen könnten. Freilich stützt er sich auch auf die Aussagen galanter Damen, und gewiß ist das recht galant von ihm, auch habe ich nichts dagegen, denn die Galanterie ist eine schöne Sache; ob es aber so klug, ob es eben so gewissenhaft als galant sei, Das zu untersuchen sei fern von mir.

Belgien.

Aus **Brüssel** vom 20. Jun. schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Der König hat sich in der schwierigen Lage nun wieder an Rogier gewendet und ihn zu sich beschieden. Rogier wird als Bedingungen seines Eintritts vorerst die Auflösung der Kammer verlangen, denn die jetzige Majorität genügt nicht, um ein liberales Ministerium auf die Dauer aufrecht zu halten, und zweitens auf Entlassung unfähiger oder dem Ministerium geradezu feindlich gesinnter Beamten dringen. Der König muß entschlossen sein, diese Bedingungen anzunehmen, sonst würde er Hrn. Rogier nicht zu sich beschieden haben, denn er weiß, daß Rogier Das, was er gestern für Recht hielt, heute nicht aufgeben wird. Mit Einem Worte, die Berufung Rogier's erlaubt uns, auf eine entscheidende Lösung der Ministerkrisis zu schließen, denn er wird sich auf kein gemischtes Ministerium einlassen. Der Schritt des Königs aber beweist, daß er die Bahn der Halbmittel zu verlassen sich entschlossen hat. Ein gemischtes Ministerium könnte den aufgeregten Zustand des Landes nur bis zu den nächsten Wahlen hinziehen. Die Auflösung der Kammer dagegen wird die Sache auf einmal entscheiden und von der Stimmung des Landes ein unwiderlegbares Zeugniß ablegen. Und das Ministerium, welches aus dieser Entscheidung hervorgeht, wird alsdann die nöthige Kraft besitzen, um, ungehindert durch immerwährende Parteikämpfe, das Gute und Nützliche für Belgien zu wirken."

Italien.

Rom, 10. Jun. Unsere Progressisten treffen Anstalt, den auf den 16. Jun. fallenden Jahrestag der Wahl Pius' IX. festlich zu begehen, und haben bereits ein Programm darüber abgefaßt, auf welche Weise hierbei dem Papste die allgemeine Verehrung an den Tag gelegt werden soll. An der Spitze aller dieser Festlichkeiten steht ein Mann aus dem Volke, welchen man dazu auserkoren hat, und der wol noch eine wichtigere Rolle als bisher bei den hiesigen Verkommnissen zu spielen haben wird. Dieser einfache schlichte Bürger, nicht eben aus der gebildeten Klasse, heißt Angelo Brunelli, genannt Ciceruacchia. Bereits hat man auch sein Leben beschrieben und besungen; sein Portrait wird in Lithographie verkauft und seine Statue wurde von einem Künstler kürzlich modellirt. (A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Aus **Stockholm** vom 4. Jun. heißt es in der augsburger Allgemeinen Zeitung: „Die Judenemancipation, deren Erörterung hier vor neun Jahren so viel Aufmerksamkeit und Unruhe verursachte, ist nun wieder das Thema des Tags geworden. Am 20. Jun. 1838 wurde bekanntlich vom König Karl Johann eine Verordnung ausgefertigt, wodurch das Judenreglement von 1782 abgeschafft, und die Bekenner der mosaischen Religion in vielen Rücksichten auf gleichen Fuß mit den übrigen Bewohnern Schwedens in Rechten und Pflichten gesetzt wurden. Diese Verordnung fand bei dem einflußreichsten Theil der Presse entschiedene Mißbilligung und wurde bei der damaligen aufgereizten Stimmung unter dem Volke benutzt, um tumultuarische Auftritte zu erregen. Jetzt aber sind alle Zeitungen nunmehr einstimmig der Meinung, daß die Gleichstellung der Juden mit den christlichen Glaubensverwandten eine eben so gerechte als kluge Maßregel sei. Durch eine an den König eingereichte Bittschrift haben die Vorsteher der drei jüdischen Gemeinden in Stockholm, Gothenburg und Norrköping um vollkommene Gleichstellung der mosaischen Glaubensbekenner mit den andern schwedischen Unterthanen angesucht. Wahrscheinlich wird die Regierung diesem Gesuche willfahren, sofern es von ihr abhängt, und hat unterdessen, um alle in dieser Sache erforderliche Auskunft zu erhalten, einen Befehl an die schwedischen Generalconsuln zu London, Paris, Amsterdam, Antwerpen, Hamburg, Berlin und Kopenhagen ergehen lassen mit dem Auftrage, vollständige Berichte über die Zustände der Juden in den respectiven Staaten sowie über die ihnen daselbst zuertheilten Rechte abzustatten."

Centralamerika.

Vom 10. April wird aus **Belize** berichtet, daß der Staat Guatemala aus der Föderation von Central-Amerika getreten sei und sich unabhängig erklärt habe. Die betreffenden Actenstücke waren dem im britischen Honduras befehligenden Obersten Fancourt zugefertigt worden. Ob San Salvador, Nicaragua, Honduras und die andern Staaten der Verbindung diesen Austritt so geschehen lassen werden, steht zu erwarten. Das Gegentheil und daraus folgender Bürgerkrieg wurde befürchtet.

Wissenschaft und Kunst.

Wien, 16. Jun. Durch ein aus Triest datirtes Schreiben des Erzherzogs Johann, Curators der k. k. Akademie der Wissenschaften in Wien, sind die Akademiker eingeladen, am 27. Jun. im Gebäude des k. k. polytechnischen Instituts, wo die Sitzungen der Akademie in Zukunft stattfinden werden, Vormittags um 10 Uhr die Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten, des General- und zweiten Secretairs vorzunehmen, und zwar unter dem Vorsitz eines Alterspräsidenten; Präsidenten und Secretaire sollen aus je zwei Klassen gewählt werden. Wahlfähig sind nur die in Wien ansässigen Akademiker oder diejenigen, die vor der Wahl erklären, daß sie, falls sie dieselbe träfe, sich in Wien ansässig machen wollen. Nach geschehener Wahl ist der Act dem Curator zu berichten und dem Kaiser zur Bestätigung vorzulegen; erst wenn diese erfolgt sein wird, werden die noch fehlenden neun wirklichen sowie die 48 correspondirenden und Ehrenmitglieder gewählt werden. (A. Z.)

Stuttgart, 20. Jun. Die Abrechnungstage der süddeutschen Buchhändler nehmen morgen ihren Anfang, und zu diesem Zwecke sind schon sehr viele hier angekommen, noch mehre werden erwartet.

— Für das Britische Museum hat nach dem Parlamente vorliegenden Nachweisen der Gesammtaufwand seit 1753—1840 in Allem 816,063 Pf. St. betragen. Es kommen davon 404,202 Pf. St. auf Besoldungen und Löhne, 34,433 Pf. St. auf Kosten der innern Einrichtung und Erhaltung; 30,096 wurden für Abgaben und Steuern, 108,194 für Bauten und Baureparaturen, 195,170 für gemischte Bedürfnisse, 43,966 Pf. St. für Grund und Boden ꝛc. verausgabt. Für Ankäufe sind in Summa 345,122 Pf. St., davon 40,850 für Handschriften, 92,447 für Bücher, Karten, Musikalien, 17,328 für Mineralien und Fossilien, 12,751 für die zoologische Sammlung, 1204 für das Herbarium, 122,115 für Antiquitäten, Münzen ꝛc., 28,109 Pf. St. für Kupferstiche, Holzschnitte, Zeichnungen verwendet worden.

— *Die Wiener Zeitschrift für Kunst, Literatur, Theater und Mode enthält in Nr. 110 vom 2. Jun. nach einer brieflichen Mittheilung aus München die Nachricht, daß Dr. Berthold Auerbach, Verfasser der „Dorfgeschichten", gestorben sei. Wir hatten die Freude, den kürzlich Verheiratheten am 12. Jun. in Leipzig sehr wohl und lebenslustig zu begrüßen.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. *Leipzig, 24. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115½ bezahlt und Br., 115¼ G.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86¼ G., pr. Jul. 87 bezahlt; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59¾ G.; Löbau-Zittauer 56½ Br.; Magdeburg-Leipziger 217 G., 218 bezahlt; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111⅛ Br., 111 G.; Litt. B. 101½ G.; Köln-Mindener 94 Br., 93½ G., pr. Aug. 94 bezahlt; Thüringer 94⅛ Br., 94 G.; Altona-Kieler 110 Br., 109½ G.; Dessauer Bankactien 100 Br.; Preuß. Bankantheil 105 Br.

Getreide. *Danzig, Marktbericht vom 14.—18. Jun. Sowol in Weizen wie in Roggen waren die Geschäfte flau. Die Frachten nach England sind fast um 100 Proc. gewichen; noch vor kurzem wurden 8⅞ Schill. pr. Quarter bewilligt, jetzt nur 4½ Sch. Ausgestellt zum Verkauf wurden 906 Last Weizen, davon 455 Last bis zum Preise von 832½ Fl. verkauft, Roggen 630—645 Fl. pr. Last.

Postwesen. Die augsburger Allgemeine Zeitung sagt: „Wir erhalten aus München Mittheilung über einen mit Frankreich abgeschlossenen und mit dem 1. Jul. d. J. in Wirksamkeit tretenden Postvertrag, welcher wesentliche Erleichterungen für den Postverkehr mit Frankreich und allen den Ländern enthält, deren Correspondenz über Frankreich geht. Hiernach wird für das ganze diesseitige Baiern nach ganz Frankreich (mit Einschluß Algiers) nur Eine Gesammttaxe festgesetzt, nämlich für den einfachen Brief 18 Kr., mit Ausnahme der Grenzdepartements, wohin die Taxe nur 12 Kr. beträgt. Eine Portoermäßigung auf die Hälfte und selbst das Drittel des bisherigen! Gleiche Erleichterung wird der Transitorrespondenz zu Theil."

Staatspapiere. Frankfurt a. M., 22. Jun. Oestr. Bkact. 1058; 250 Fl. L. 120¾; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92½ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅝ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 78⅛ Br.; 25 Fl. L. 28⅛; Nass. 25 Fl. L. 26; Sard. 35½; Kurhess. 31⅞. London, 18. Jun. 3pc. Cons. 88¾; Port. 3pc. 32¼; Span. 3pc. 34¾; Holl. Int. 58¾. Wien, 21. Jun. Bkact. 1018; Met. 5pc. 106¾; 3pc. 97; 2½pc. 69; 500 Fl. L. 154; 250 Fl. L. 110½.

Actien. Frankfurt a. M., 22. Jun. Taunusb. 358½; Nordb. 72⅛; Verb. 93⅝. Wien, 21. Jun. Nordb. 164; Gloggn. 123; Mail. 109½; Livorn. 89; Pesth. 88¼.

Berliner Börse, 23. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 85⅛, 3½pc. Staatsschuldsch. 93¼, 3½pc. Pfandb. westpr. 93⅜ Br., ostpr. 96¾, pomm. 95 Br., schles. 97¼, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92½, kur- u. neum. 94⅝ Br., Louisdor 112, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 96¼, Berl.-Anhalt. 111¾, Berlin-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 98½, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 95⅝, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 92½, 5pc. 102, Berl.-Stettin 110, Cöln-Minden 4pc. 94, Crak.-Oberschl. 4pc. 77 Br., Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 109½, Niederschl. 87¾, Prior.-Act. 4pc. 92¾, 5pc. 102, Oberschl. Litt. A. 4pc. 105 Br., Litt. B. 4pc. 99 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 80 Br., Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½ Br., Sächs.-Baier. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 94 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 82⅝, Berg.-Märk. 4pc. 83¾ Br., Berlin-Anhalt. 101⅛, Kass.-Lippst. 4pc. 84½ Br., Cöln-Mind. 4pc. 93½, Magd.-Wittenb. 84½ Br., Mecklenb. 74⅛ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅝, Pos.-Starg. 4pc. 83⅛, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111 Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 95½, Poln. Schatzobl. 4pc. 81¾, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80⅜ Br., à 300 Fl. 4pc. 96½, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅜, Bkcert. Einl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85½, Staats-Pr.-A. 88¼, Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32⅛ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Ritterguts-Verpachtung.

Mit der Bekanntmachung, daß die Oekonomie des in unserer Annonce vom 10. d. M. sub 2 erwähnten, zum Gräflich Schall-Riaucourschen Familien-Fideicommisse gehörigen Rittergutes **Gleina** immittelst bereits verpachtet worden ist, und daß sich die obgedachte Verpachtungsanzeige nunmehro nur noch auf die Oekonomie des in der Königlich Sächsischen Oberlausitz, in der Nähe der Stadt Budissin gelegenen Rittergutes **Guttau** nebst dem Vorwerke **Fleißig** mit einem Flächenraume von circa 995 Scheffeln à 150 Quadratruthen, als:

414 Scheffel	Feld,	29 Scheffel	Hutung,
169 „	Wiese,	10 „	Gärten,
308 „	Teiche, die aber sämmtlich abwechselnd auch als Feld benutzt werden,	5 „	Gebäude und Hofraum,

erstreckt, verbinden wir die Benachrichtigung, daß die Verpachtung besagter Rittergutsökonomie auf den Zeitraum von Walpurgis 1848 an bis Johannis 1860 auf dem Wege öffentlicher Licitation, jedoch mit dem Vorbehalte unbeschränkter Auswahl unter den Licitanten, in dem diesfalls auf

den 20. August 1847

anberaumten Termine erfolgen soll.

An alle Pachtlustige ergeht daher hiermit die Aufforderung, gedachten Tages des Vormittags um 9 Uhr an allhiesiger Gerichtsstelle zu erscheinen, ihre Gebote zu eröffnen, und sodann nach Befinden weiterer Verhandlungen und des Pachtabschlusses sich zu gewärtigen.

Uebrigens hat jeder Licitant im Termine über seine Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen und, zur Festhaltung seines Gebots, eine Caution von 600 Thlr. zu deponiren.

Die Pachtbedingungen werden vom 17. Juli d. J. an sowol bei dem Herrn Advocat Schenkel zu Budissin, als auch bei dem Herrn Revierförster Sachße zu Malschwitz, unweit hiesigen Orts, zur Einsicht bereit liegen, auch in dem Termine selbst noch besonders bekannt gemacht werden.

Guttau, am 24. Juni 1847.

Gräflich Schall-Riaucoursche Gerichte allda
und **Ehrig** L., GW.

[2305—8]

Auszug

aus dem notariellen Protokolle über die Generalversammlung der Actionaire der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft am 8. Juni 1847.

Nachdem der gedruckte Bericht des Directoriums über die seit dem Zusammentritt der Gesellschaft geführten Geschäfte nebst angefügtem Rechnungsabschlusse an die Herren Actionaire vertheilt und aus dem erstern auf Beschluß der Versammlung nur noch die wichtigeren Abschnitte, welche die zu erwartenden Berathungsgegenstände unmittelbar berührten, vorgelesen waren, wurde gegen den Inhalt desselben nur ein Bedenken über den Erlaß der von den säumigen Zahlern der zweiten Rate des Actiencapitals verwirkten Conventionalstrafen angeregt. Nach kurzer Erörterung der Sache genehmigte indessen die Versammlung das Verfahren der Vorstände und beschloß, daß denjenigen ersten Zeichnern, welche die zweite Rate auch jetzt noch nicht eingezahlt hätten, die für die zweite und dritte Einzahlung verwirkten Conventionalstrafen erlassen werden sollten, wenn die Zahlung noch bis zum 31. k. Mts. bewirkt werde.

Von den für diese Versammlung angekündigten Anträgen einzelner Actionaire kam nur der des Herrn Hirschfeld zur materiellen Erörterung, weil die übrigen theils vor, theils in der Versammlung zurückgenommen waren. In jener Beziehung führte die Debatte zu folgenden Fragen:

a) Beschließt die Versammlung, mit einer andern benachbarten Eisenbahn-Gesellschaft wegen Uebernahme des Betriebes der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn nach deren vollendetem Bau baldmöglichst in Unterhandlung zu treten?

welche ohne Widerspruch zu finden bejaht wurde.

b) Sollen die hierbei einschlagenden Verhältnisse durch eine besondere Commission zur Beschlußnahme der Generalversammlung in Vorarbeit genommen werden, um sodann das Ergebniß dieser Vorlagen in einem besondern Berichte der letztern vorzulegen?

welche mit 1480 Stimmen gegen 215 verneint wurde.

Während dieser Erörterungen wurde die Ergänzungswahl für das statutengemäß ausgeschiedene Drittheil der Ausschußmitglieder von zwei Notaren geleitet, nachdem zuvor ein nicht aufgelöstes auswärtiges (Berlin) Ausschuß-Mitglied für sich und ein anderes abwesendes Mitglied den freiwilligen Austritt erklärt hatten, welcher nur unter Vorbehalt der im §. 39 des Statuts bestimmten Frist angenommen werden konnte, und nachdem von einem andern Actionaire ein Protest dagegen zu Protokoll gegeben war: daß aus der von den verklagten Zeichnern und Inhabern annullirter Quittungsbogen mitvollzogenen Wahl ein Präjudiz hergeleitet und gefolgert werde, daß die im Juni v. J. unterbliebene Wahl von sechs Ausschußmitgliedern dadurch genehmigt und gut geheißen werde.

Nach dem Ergebniß der Stimmzettel wurden die ausgeschiedenen Herren:

Kaufmann **Ernst Meier** hier,
Kaufmann **Ernst Friedeberg** hier,
Kaufmann **A. C. Maquet** hier,
Kaufmann **S. Herz** in Berlin,
Kammerherr **v. Jagow** auf Crüden,

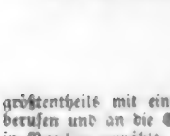
größtentheils mit einer der Stimmengleichheit nahe kommenden Mehrheit in den Ausschuß zurückberufen und an die Stelle des verstorbenen Kaufmanns **C. Gräfe**, der Kaufmann Herr **A. Bloch** in Berlin gewählt. Sowol diese, als die zu Stellvertretern berufenen, Herren Kaufmann **F. Weigel sen.** und Criminalgerichts-Rath **Stahlknecht** haben die Wahl angenommen.

Endlich wurde der Beschluß gefaßt, daß künftig ein Auszug aus den Protokollen über die Berathungen in den Generalversammlungen veröffentlicht werde.

Magdeburg, den 21. Juni 1847.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.
(gez.) **C. Deneke.**

[2307—98]



Thüringische Eisenbahn.

Unter Bezugnahme auf die Bemerkung in unserm Sommerfahrplan bringen wir hiermit zur Kenntniß des Publicums, daß

am Donnerstag, als dem 24. dieses Monats,

unsere Eisenbahn in ihrer ganzen Länge von **Halle** bis **Eisenach** dem öffentlichen Verkehr übergeben wird.

Erfurt, den 22. Juni 1847.

[2406—7] **Die Direction der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

Im Verlage der **Stahel**'schen Buchhandlung in Würzburg ist erschienen und in allen Buchhandlungen, wie auch auf den Main-Dampfbooten zu haben:

Handbuch
für Reisende auf dem Maine

von

S. HÆNLE und Dr. **K. v. SPRUNER.**

Zweite verbesserte und sehr vermehrte Auflage nebst einem Anhange: „Ausflug in die fränkischen Bäder: **Kissingen, Bocklet** und **Brückenau** und einer ausführlichen Karte der treffenden Stromstrecke und des Saalthales.

Für die Brauchbarkeit dieses Handbuches sprechen zahlreiche Beurtheilungen in öffentlichen Blättern und der rasche Absatz der ersten Auflage.

Preis engl. cartonnirt mit Anhang: 2 Fl. 24 Kr. oder 1 Thlr. 10 Ngr., ohne Anhang: 1 Fl. 48 Kr. oder 1 Thlr.

Ausflug in die fränkischen Bäder **Kissingen, Bocklet und Brückenau**
und deren Umgegend

von

S. Hänle und Dr. **K. v. Spruner.**

Mit einem Kärtchen des Saalgrundes und der südlichen Rhön. Engl. cart. Preis 48 Kr. oder 15 Ngr.

Guide of the Bathing places of Franconia, Kissingen, Bocklet, Brückenau and their environs.

From the German of S. HÆNLE and Dr. v. SPRUNER, translated by *S. Louis*, Ph. Dr. M. A. With a Map. 8. Br. 1 Fl. 12 Kr oder 24 Ngr. Elegantly bound. Price 1 Fl. 36 Kr. oder 1 Thlr.

Der Lauf des Maines von Bamberg bis Mainz.

Von Dr. **K. v. Spruner.**

Mit genauer Bezeichnung aller einzelnen Orte, Höfe, Ruinen etc., sowie auch den Stadtplänen von Bamberg, Würzburg, Aschaffenburg, Frankfurt und Mainz.

Dritter revid. Abdruck, bei welchem zugleich auch der Zug der künftigen Eisenbahn von **Bamberg bis an die Reichsgrenze** eingefügt wurde. **Preis 36 Kr. oder 10 Ngr.** [2291—95]

Die [2234—35]

Jacotot'sche Methode,

eingeführt in der k. k. Ingenieur-Akademie in Wien.

Bei **Kaulfuß Wittwe, Prandel & Comp.** in Wien ist erschienen:

Vollständiges
Hand- und Lehrbuch
der
Jacotot'schen Methode
zur
Erlernung der französischen Sprache,
nach
eignen Grundsätzen bearbeitet und dargestellt
von
Dr. L. Lewis,

Professor an der k. k. Ingenieur-Akademie und Inhaber der ersten Jacotot'schen Lehranstalt der deutschen, englischen und französischen Sprache.

Méthode Jacotot.
Manuel complet de la langue française.

1847. 8. Brosch. 1 Thlr. pr. Cour.

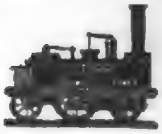
Digitized by Google

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Bei der am gestrigen Tage erfolgten zweiten Auslosung von 10 Prioritäts-Actien sind die Nummern 88. 388. 419. 422 692. 998. 1203. 1300. 1646 und 1933 gezogen worden. Wir fodern die Inhaber dieser Actien sowie den Besitzer der bereits am 28. April v. J. ausgelosten, bis heute aber noch nicht abgelieferten Prioritäts-Actie Nr. 1099 hierdurch auf, diese Actien gegen Empfang des Nominalwerths am 1. Juli d. J. an unsere Hauptkasse auszuliefern. Da von diesem Tage, und bezüglich der Actie 1099 vom 1. Juli 1846 ab die Verzinsung der ausgelosten Prioritäts-Actien nach §. 9 des ersten Nachtrags zum Gesellschaftsstatut aufhört, so sind die Zinscoupons von da ab mit abzuliefern. Geschieht dies nicht, so wird deren Betrag von dem Capitale gekürzt und zur Einlösung der Coupons verwendet werden. [1340—41]

Breslau, den 7. April 1847.

Directorium.



Magdeburg-Wittenbergesche Eisenbahn.

Auf folgende Quittungsbogen unserer Gesellschaft ist die durch die Bekanntmachung vom 10. April d. J. ausgeschriebene 3. Actien-Rate von 10 Proc. bis zum festgesetzten Schlußtermine, den 31. v. Mts., nicht gezahlt worden:

Nr. 534. 554. 645. 1030. 1662. 1543. 1583. 1889. 1900. 1901. 1980. 2013. 2017. 2026. 2095. 2115. 2129. 2140. 2263. 2425. 2561. 2573. 2587. 2603. 2613. 2695. 2726. 2759. 2772. 2797. 2811. 2840. 2887. 2985. 2998. 3097. 3156. 3190. 3646. 3729. 3786. 3894. 4018. 4074. 4205. 4295. 4452. 4624. 4705.

Wir fodern deshalb die betreffenden Herren Actionaire in Gemäßheit des §. 14 des am 31. Januar d. J. Allerhöchst bestätigten Statuts hiermit anderweit auf,

die ausgeschriebenen dritten zehn Procent nebst der verwirkten Conventionalstrafe von 2 Thlr. für jede Actie spätestens bis zum 15. Juli d. J. entweder bei unserer hiesigen Hauptkasse, Schifferstraße Nr. 1 und 2, oder bei Herrn **S. Herz** in **Berlin**, Dorotheenstraße Nr. 1, während der Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr einzuzahlen,

widrigenfalls die bereits geleisteten beiden Ratenzahlungen als verfallen, die durch die frühern Zahlungen und die ursprünglichen Zeichnungen den Actionairen gegebenen Anrechte auf den Empfang von Actien für erloschen erklärt und die ertheilten Quittungsbogen werden annullirt werden.

Magdeburg, den 4. Juni 1847.

Directorium der Magdeburg-Wittenbergeschen Eisenbahn-Gesellschaft.

[2239—41] (gez.) **Harte**, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Mit dem 1. Juli d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die

Illustrirte Zeitung für die Jugend.

Herausgegeben von **Julius Rodenberg.**

Wöchentlich eine Nummer von einem Bogen in schmal gr. 4.

Auf feinem Velinpapier. Mit vielen Illustrationen.

Preis vierteljährlich nur 15 Ngr.

Aeltern und Lehrer, die Kindern gern eine unterhaltende, Geist und Herz bildende Lectüre gewähren, machen wir darauf aufmerksam, und bemerken, daß alle Buchhandlungen und Postämter darauf Bestellungen annehmen. Auch können auf diesem Wege Probenummern und Prospecte bezogen werden. [2313]

Leipzig, am 15. Juni 1847.

Brockhaus & Avenarius.

Ein unweit der königl. bair. Süd-Nordbahn belegenes, ganz massiv von Quadern erbautes, dreistöckiges, mit Schiefer gedecktes, **107** Fuß langes, **40** Fuß tiefes **Fabrikgebäude,** womit die Concession zu einer **Kunst-Mahl-Mühle** sowie die zur **Branntweinbrennerei** und **Liqueurfabrikation** verbunden ist, soll mit den dazu gehörigen Nebengebäuden und Grundstücken von den gegenwärtigen Besitzern verkauft oder einem Geschäftskundigen zum Betrieb überlassen werden. Die nähern Bedingungen ertheilt auf portofreie Anfragen

[2408—9] **Georg Holtzheg** in Neustadt bei Coburg.

Für die Abgebrannten in Zschepplin.

Durch das am 5. dieses Monats hier ausgebrochene Feuer sind 20 Gehöfte der **ärmsten** Einwohner zerstört und 27 Familien ihres Obdachs und des größten Theiles ihrer Habe beraubt worden.

Nur durch mildthätige Unterstützungen werden dieselben bei der Geringfügigkeit ihrer Brandkassen-Entschädigung im Stande sein, die abgebrannten Gebäude wieder aufzubauen und ihre wahrhaft große Noth gelindert zu sehen.

Möchte daher die dringende Bitte um gütige Unterstützung dieser Unglücklichen ein geneigtes Gehör finden.

Die Herren Schuchard & Planitz in Leipzig werden milde Beiträge anzunehmen die Güte haben, sogleich befördern und später in diesen Blättern darüber quittiren.

Zschepplin bei Eilenburg, den 11. Juni 1847.

Das Gräflich von Mengersen'sche Dominium.

[2381]

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000; 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden briefl.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2405] in Leipzig.

Ein Compagnon in ein Pianoforte-Geschäft, Provinz Sachsen, wird mit einer Einlage von 1000 bis 2000 Thlr. gesucht. Das Nähere durch die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Bei uns ist erschienen: [2377]

Berichte

über die

Verhandlungen

der Königlich Sächsischen

Gesellschaft der Wissenschaften

zu Leipzig.

Nr. VII.

Gr. 8. Br. Preis 10 Ngr.

Leipzig.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Einem geehrten Publicum erlaube ich mir mein ganz neu und elegant eingerichtetes

Victoria-Hôtel

unter den Linden Nr. 46

unter Zusicherung der reellsten Bedienung ganz ergebenst zu empfehlen.

Berlin, im Juni 1847. [2388—93]

Hermann Obermeyer.

Pianofortes

in Flügel- und Tafelform und Pianinos stehen vorräthig und empfiehlt billigst

L. J. Schoene,

[2345] Königsplatz Nr. 14 in Leipzig.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 25. Jun. **Wallenstein's Tod,** Trauerspiel von Schiller. Wallenstein, Herr **Anschütz**; Thekla, Frl. **Unzelmann.**

Sonnabend, 26. Jun. **Zum Benefiz der Frl. v. Marra** mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Robert der Teufel,** große Oper von Meyerbeer (dritter und vierter Act). **Isabella und Alice**, Frl. v. **Marra.** — Hierauf: **Die Nachtwandlerin,** Oper von Bellini. **Amine**, Frl. v. **Marra**, als vorletzte Gastrolle.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Otto Bröficke in Berlin mit Frl. Pauline Reibe. — Hr. Gutsbesitzer Eduard Moritz Kretschmar in Oberschöbrenwitz mit Frl. Amalie Therese Hähner in Großweitschau. — Hr. Robert Landrock in Leipzig mit Frau Adelheid Bachmann in Gebesee. — Hr. Oberarzt Dr. Lindner in Sangerhausen mit Frl. Mathilde Rhone. — Hr. Kaufmann A. Zapp in Luckau mit Frl. Therese Weber.

Getraut: Hr. Friedrich Wilhelm Gaillard in Cöpenick mit Frl. Henriette Elisabeth Geßner. — Hr. J. Haberkorn in Breslau mit Frl. Ernestine Lasker. — Hr. Karl Lemke in Großhelgendorf mit Frl. Adelheid Flügge. — Hr. Richard Lomar in Manchester mit Frl. Maria Pomowitz aus Berlin. — Hr. Theodor Nietzsche in Plauen mit Frl. Marie Böhler. — Hr. Louis Specht in Berlin mit Frl. Bertha Braumüller.

Geboren: Hrn. Dr. F. W. Beisert in Lauban ein Sohn. — Hrn. Professor Fr. Drake in Berlin eine Tochter. — Hrn. A. Engeler in Berlin ein Sohn. — Hrn. Pastor Hermann Francke in Güldengossa eine Tochter. — Hrn. Heinrich Gnüchtel in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Theodor Görlitz in Breslau ein Sohn. — Hrn. Hermann Hahn in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Karl Heinrichs in Berlin eine Tochter. — Hrn. G. Hoffmann in Gr.-Ehrenberg eine Tochter. — Hrn. Ferd. Jahn in Stettin eine Tochter. — Hrn. Albert Jonas in Berlin eine Tochter. — Hrn. A. Mayer in Bremen ein Sohn. — Hrn. Hauptmann v. Normann in Berlin ein Sohn. — Hrn. H. L. Schlarbaum in Breslau eine Tochter. — Hrn. J. G. Siegel in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Posterpedituer Teiniger in Reichenstein ein Sohn.

Gestorben: Hr. Pastor Berge in Radschütz — Frau Friederike Auguste Bretschneider in Delitzsch. — Hr. Rentier Karl Friedrich Klopien in Berlin. — Frau Major v. Rekowska in Ottmachau. — Hr. Kaufmann Christian Friedrich Richter in Bolschau. — Hr. Kaufmann Paul Dietrich Tasse in Berlin. — Hr. Lieutenant Karl v. Wrangel in Stettin.

Digitized by Google

Sonnabend — Nr. 177. — 26. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

ZEITUNG 1847

Ueberblick.

Deutschland. Der König von Baiern. Hofrath Albrecht. Frhr. v. Hormayr. Leipzig. Johannisfest. — Stuttgarter Adresse an den preußischen Landtag. — Die Gelehrtenschule in Hadersleben. — Erklärung des Advocaten Carstens in Altona. — Der Herzog von Braunschweig.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Schutzzolltendenzen und der Landtag. *Aus der Mark. Die Emancipation der Juden. †Aus Schlesien. Die kirchliche Parität. Königsberg. Die freie Gemeinde. — Hr. Krackrügge.

Oesterreich. Brünn. Die mährischen Stände. *Krakau. Ueberschwemmung. Die Noth in Galizien.

Portugal. Die Junta von Oporto.

Großbritannien. Die Königin. Prinz Albert. Das Morning Chronicle über die portugiesische Frage. Unglücksfall. Sammlung für Irland in Vandiemensland. ♂London. Die Intervention in Portugal. Die englische Politik.

Frankreich. Der Cubières'sche Proceß. Deputirtenkammer. Der Proceß Girardin. Die Zeitungen. Hr. Meline de St.-Jon. Verhaftungen in Lyon. Lustlager bei Compiegne. ♃ Paris. Die Salzsteuer. Der Proceß Girardin.

Italien. Rom. Ministerrath. Rom. Marquis Dregoretti. — Mordthat in Ferrara.

Griechenland. **Athen. Die Wahlen.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. **Leipzig. Ausstellung auf dem Gewandhause.

Handel und Industrie. *Leipzig. Börsenbericht. — Berlin. — Leipzig.

Ankündigungen.

Deutschland.

Der Nürnberger Correspondent schreibt aus München vom 22. Jun.: „Der König hat diesen Nachmittag gegen 3 Uhr unsere Stadt verlassen und die Reise nach Brückenau angetreten. — Unserer Universität steht ein neuer und erheblicher Zuwachs in Aussicht, indem, wie verlautet, Professor Albrecht in Leipzig, einer der bekannten Göttinger Sieben, ein ausgezeichneter Germanist, den Ruf zur hiesigen juridischen Facultät erhalten hat. — Frhr. v. Hormayr-Hortenburg, bisheriger Gesandter bei den Hansestädten, ist dem Vernehmen nach zum Vorstande des Reichsarchivs ernannt worden."

⚓ Leipzig, 24. Jun. Der Johannistag ist seit Jahren für unsere Stadt ein Gedenktag für die Todten, denn an diesem Tage werden die Gräber mit Kränzen und Blumen so sorgsam und so sinnig geschmückt, daß unsere fünf zusammenhängenden Kirchhöfe einem freudeerregenden Garten gleichen und eine allgemeine Wallfahrt zu ihnen stattfindet. Zu dieser schönen Feier kam in den letzten Jahren noch eine Festfeier in dem angrenzenden Johannisthale, wo aus einer Sandgrube zahlreiche Gärtchen hervorgewachsen sind. Sie war auf die Erfreuung armer Kinder berechnet und von den Gartenbesitzern ins Leben gerufen. An die Stelle der letztern ist mit heutigem Tag eine ganz neue ausgesonnen und bereits verwirklicht worden, nämlich ein Kinderfest in dem benachbarten Dorfe Gohlis, veranstaltet vom Schillervereine zu Leipzig. Der Schillerverein hatte im vergangenen Herbste den Beschluß gefaßt, die Freuden, welche er am Geburtstage Schiller's der Jugend in Gohlis zu bereiten pflegte, insbesondere der rauhen Jahreszeit wegen auf den bedeutungsvollen Johannistag zu verlegen und sie durch Vermehrung in ein allgemeines Kinderfest für die Kinder aus Gohlis und der Vereinsmitglieder umzugestalten. Je ärmer die Gegenwart an eigentlichen Volksfesten und somit an Poesie des Lebens geworden ist, um so mehr mußte die Idee eines Kinderfestes großen Anklang finden. Unsere Stadt insbesondere ist ihrer alten Volksfeste ganz und gar ledig geworden und bewegt sich nur in materiellen und intellectuellen Elementen, leider aber in keinen poetischen.

Trotz einer drückenden Hitze begann gleich nach Tische die Wallfahrt der Leipziger durch das im üppigsten Grün prangende Rosenthal nach Gohlis, wo bereits 1½ Uhr die Festfeier begann. Sie ward eröffnet durch die Exercirschule eines Hrn. Reichardt, dessen Zöglinge, militairisch gekleidet und eingeübt, mit klingendem Spiel auf eine Wiese hinter Gohlis zogen, um den Spielplan nach Vorschrift zu besetzen. Diesem interessanten militairischen Kinderspiele folgte der eigentliche Festzug, welcher aus den mit Kränzen, Fahnen und Feststäben geschmückten gohliser Kindern, einer Abtheilung jener Exercirschule, den Festordnern, dem Ortsvorstand und Mitgliedern des Schillervereins bestand und sich durch Gohlis hindurch bei dem mit Kränzen geschmückten kleinen Schillerhäuschen vorbei ebenfalls mit Musik nach der Wiese bewegte, wo er mit Kanonenschlägen empfangen und nach einem gut einstudirten Gesange der Kinder durch Dr. Zille in einer Anrede begrüßt ward. Der Redner wies darauf hin, daß die Freude auch eine ernste sei und Mancher sie in dieser Zeit verargen möchte, aber der Hinblick auf die gesegneten Fluren mache die Feier auch zu einem Feste süßer Hoffnung. Nach Absingung des Herder'schen Liedes: „Freunde, laßt uns fröhlich sein" begannen nun die verschiedenen Spiele auf dem großen Wiesenplan, der mit Restaurationszelten reichlich versehen und mit langen Flaggen geschmückt war. Unter der Aufsicht von Festordnern schossen die Kinder hier nach großen Vögeln, machten sie dort sogenannten Hahnenschlag, hielten sie hier Stechvogelzielen nach Stern und Scheibe, dort Reifenwerfen nach bestimmter Höhe, hier Bolzenschießen, dort Wettlaufen ꝛc.; von allgemeinem Interesse waren insbesondere die mit Tüchern geschmückten drei hohen Kletterstangen, deren Erklimmung nur Wenigen vorbehalten war, sowie ein sehr gut steigender Luftballon. Eine Unzahl von Prämien waren im Comitézelt ausgelegt, wo die Kinder auch Erfrischungen erhielten und ein zweites Lied von Hammer gesungen ward. Die Kosten sind theils durch Sammlungen, theils durch Geschenke, sowie durch ein Eintrittsgeld von 2½ Neugroschen von Seiten der Herren reichlich gedeckt worden. Je näher der Abend heranrückte, desto größer ward das Menschengedränge. Leipzig scheut keinen Weg, gibt es etwas zu sehen. Es war ein Drängen und Wogen bunt durch einander, ohne daß Ruhe und Ordnung irgendwie gestört worden wären. Die Kinder aber hatten sichtbar innige Freude an Allem, was vorging, besonders aber an Spiel, Gesang und Prämien. Die Schlußrede Rob. Blum's war wie gewöhnlich kernhaft und imponirend für das zahlreiche Publicum. Er machte sehr sinnige und bedeutungsvolle Anspielungen. Der Frühling, welcher Schiller hinwegzog, lebte in ihm. Im Frühjahre dichtete er in Gohlis den „Don Carlos" und das „Lied an die Freude". Er wies darauf hin, wie Schiller selbst ein Bild des Frühlings sei und welche Bedeutung der Frühling für die Jugend und für die Männer Deutschlands in der Zukunft erlangen könne. Mit Schiller's Lied an die Freude ward das Fest um 8 Uhr officiell geschlossen, aber noch Viele blieben bei Spiel, Gesang und Trank auf der Wiese und in den Zelten. Es war ein Fest, für dessen Einrichtung und Anordnung dem überaus thätigen Comité um so mehr großer Dank gebührt, als unsere Jugend, unsere Stadt und die Gegenwart fühlbar arm an unschuldigen kindlichen Freuden sind. Der Eindruck war im Ganzen ein eben so überraschender als wohlthuender.

— Aus **Stuttgart** ist folgende Adresse an den preußischen Landtag abgegangen, welche von Paul Pfizer verfaßt ist und deren Unterzeichner aus Männern aller Farben bestehen sollen:

„An die Mitglieder des Vereinigten preußischen Landtags. Was schon seit einem Menschenalter in Deutschland der Gegenstand so vieler Hoffnungen und Wünsche, so vieler Zweifel und Besorgnisse gewesen ist, daß die Erfüllung immer ungewisser zu werden schien, je öfter man dieselbe nahe gewähnt, das ist in unsern Tagen unverhofft durch den Entschluß eines Monarchen ins Dasein getreten, der unter den irdischen Lenkern der Geschicke Deutschlands zu der ersten Stelle sich berufen glauben darf. Mit gleicher Spannung sah das Inland und das Ausland dem bedeutungsvollen Tag entgegen, der zum ersten Male die Stände Preußens aus acht Provinzen zum gemeinsamen Landtage vereinigte, und erwartungsvoll horchte Deutschland auf die ersten Laute jener Stimme, womit ein Volk von 16 Millionen im Mittelpunkt Europas seinen Eintritt in die Verfassungsstaaten unserm Welttheil verkündigte. Und diese Stimme klang, so jung und neu sie ist, so fest und männlich, in ihrem männlichen Freimuthe so gemäßigt und besonnen, daß sie, unaufgehalten von den Schranken, an denen sonst das freie Wort sich stößt, durch die verschlossenen Thüren bis ins Herz des deutschen Volkes drang und seine Brust in freudigem Vorgefühl bewegt hat. Ohne den Rechten etwas zu vergeben, haben Sie, die Stände und Vertreter des zahlreichsten Volkes deutscher Zunge, eine dargebotene Gabe angenommen, um der Welt zu zeigen, daß es nirgend in Deutschland an Männern fehlt, die ihres Volkes Ehre würdig zu vertreten, für seine Freiheit und Wohlfahrt zu kämpfen wissen, und daß Preußen heute noch das Preußen der Stein und Hardenberg ist, das mit seiner ruhmvollen Vergangenheit nicht brechen kann. Hätten Sie es abgelehnt, dem Rufe, der an Sie ergangen war, zu folgen und des Volkes Sache gleichsam nur in halber Rüstung, auf einem von Hindernissen rings umgebenen Kampfplatze zu ver-

fechten: die Mitwelt hätte zwar Ihnen das Zeugniß, wenigstens das Recht gewahrt zu haben, nicht verweigert; aber das Vaterland hätte sich nicht erhoben und gestärkt am Anblick einer Versammlung, in welcher Deutschland sich vertreten fühlen konnte, und eine auf unumschränkte Selbstherrschaft gegründete Regierung hätte Ihre muthvolle Hingebung nicht dadurch ehren können, daß sie in würdiger Selbstbeschränkung zu den Vertretern ihres mündig gewordenen Volks eine Sprache redete, die eine Rückkehr zu dem herrischen Tone vergangener Zeiten nicht mehr zuläßt und deren Wirkung auf das übrige Deutschland nicht ausbleiben wird. Denn was Sie dem preußischen Volk erringen, ist für ganz Deutschland errungen. Die deutsche Nation ist nicht mehr zur Unmündigkeit verurtheilt, und Deutschland soll nach innen und nach außen politisch ebenbürtig werden den Nationen, mit welchen es geistig auf gleicher Stufe steht. Dies ist das längst ersehnte Ziel, zu dem Sie einen neuen und unwiderstehlichen, sichtbar und unsichtbar fortwirkenden Anstoß gegeben haben, und wie viel auch jetzt noch zur Erfüllung dieses Anspruchs fehlt, wie immer in dem nächsten Augenblicke der Würfel der Entscheidung fallen mag: das Schauspiel, das Sie unsern Blicken zeigten, war würdig jener großen Zeit, in welcher Preußen die deutsche Sache ganz zu der seinigen gemacht und durch den heldenmüthigsten Aufschwung zu einem neuen Leben das ersterbende Deutschland erweckt hat. Deutschland kann, innerlich erstarkend, hinfort nie mehr in feiger Selbstvergessenheit sich selbst vergessen; der erste preußische Landtag wird in der Geschichte unsers Vaterlandes denselben Wendepunkt für dessen innere Wiedergeburt bezeichnen, den jene frühere Erhebung Preußens für die äußere gebracht hat; in dem Europa theilenden Kampfe zwischen verfassungsmäßiger Freiheit und fürstlicher Alleinherrschaft ist ein weiteres entscheidendes Gewicht in die Wagschale der Freiheit gelegt — und dafür gebührt Ihnen, deutsch gesinnte Vertreter des preußischen Volks, die Hochachtung der freigesinnten Mit- und Nachwelt und der Dank aller vaterländischen Herzen, den ihres Orts die unterzeichneten Württemberger sich glücklich fühlen, Ihnen darzubringen."

— Der Weser-Zeitung schreibt man aus **Schleswig** vom 18. Jun.: „Durch ein neulich erlassenes königl.-herzogl. Rescript, welches bei der schleswig-holsteinischen Regierung eingegangen, wird die Verfügung getroffen, die deutsche Gelehrtenschule in unserer Grenzstadt Hadersleben in eine dänische Gelehrtenschule zu verwandeln, und zwar von Ostern 1848 an den Unterricht auf derselben in dänischer Sprache zu ertheilen und diejenigen der vier an dieser Bildungsanstalt angestellten Lehrer, welche der dänischen Sprache nicht in dem Grade mächtig sind, um sich solcher beim Unterricht zu bedienen, in den Ruhestand zu versetzen. Weder die obere Schulbehörde, das Regierungscollegium, noch der Oberschulinspector der Gelehrtenschulen der Herzogthümer, der Etatsrath Professor Nitzsch in Kiel, noch die locale Schulbehörde sind über diese außerordentliche, höchst wichtige und in ihren Folgen bedeutsamste Maßregel vorher gehört worden. Nicht unwahrscheinlich ist es freilich, daß der Präsident der Regierung, der Kammerherr v. Scheel, deshalb sich unmittelbar und einseitig erklärt hat. Das Regierungscollegium hat jedoch noch Anstand genommen, die königl. herzogl. Verfügung zu publiciren, vielleicht daß dieselbe in der Majorität noch dawider remonstriren wird. Diese Gelehrtenschule ist eine Stiftung des Herzogs Johann des Aeltern, des Sohnes des Königs Friedrich I., welcher bei der Theilung der Herzogthümer im Jahre 1544 den sogenannten hadersleb'ner Antheil erhielt, dessen Linie aber schon mit ihm erlosch. Diese seine Stiftung besteht seit dem Jahre 1567 als deutsche Bildungsanstalt, ist meistens aus Mitteln der Kirchen der Propstei Hadersleben gegründet und bezieht aus der Staatskasse eine minder ansehnliche Beihülfe als andere Gelehrtenschulen. Die Stadt Hadersleben, deren Einwohner bekanntlich deutsch und schleswig-holsteinisch gesinnt sind, werden alle Anstrengungen machen, um ihre deutsche Schule sich zu erhalten. Das ist mit Gewißheit anzunehmen, daß die Folgen einer so wenig gerechtfertigten Neuerung sich nicht auf den Kreis beschränken werden, für welchen die Verfügung erlassen ist, wenn diese wirklich ausgeführt werden sollte."

— Im Hamburger Correspondenten findet sich folgende Erklärung: „Ich bin, gleich vielen andern achtbaren Mitgliedern des Juristenstandes, in den Fall gekommen, gegen meine politischen Gesinnungsverwandten meine juristische Thätigkeit geltend zu machen. Ich hielt und halte beide Thätigkeiten für vereinbar, und glaubte, daß das formelle Recht geltend machen ein Ding für sich sei und mit meinen politischen Ueberzeugungen in keinem Zusammenhange stehe. Daß gegen den Gesetzesbuchstaben, dessen Ueberschreitung politisch vollkommen zu billigen ist, gefehlt sei: Das auszusprechen, schien mir durchaus zulässig. Die öffentliche Meinung hat anders geurtheilt und beide Stellungen für unvereinbar erklärt; sie fodert (wenigstens jetzt, ob auch früher, will ich nicht untersuchen), daß der Jurist, der die Gesetze ins Leben zu übertragen hat, niemals das Recht der Verordnungen zur Ausführung bringe, wo es in Conflikt tritt mit seinem politischen Wollen und Wirken. Vielleicht hat sie Recht, jedenfalls will ich ihr gehorchen. Ich habe deshalb auf meine Stellung als Secretair des holsteinischen Oberfachwalters verzichtet, und kann nur wünschen, daß jeder Advocat, jeder Richter, der in eine ähnliche Lage kommt und nach den Gesetzen, auf die er beeidigt ist, Handlungen verdammen müßte, die er politisch billigt, handle wie ich und seinen Posten quittire. Aus der consequenten Durchführung dieses Grundsatzes wird unserer guten Sache ein unberechenbarer Vortheil erwachsen; es ist an der öffentlichen Meinung, sich wie in diesem Falle so auch in den bevorstehenden ähnlichen consequent zu beweisen. Altona, im Junimonat 1847. Advocat **H. Carstens.**"

— Aus **Braunschweig** vom 21. Jun. heißt es in der Weser-Zeitung: „Das von einigen Zeitungen auf eine ziemlich bestimmte Art mitgetheilte Gerücht, daß der regierende Herzog sich mit einer Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz verlobt hätte (Nr. 173), hat sich leider nicht bestätigt, wenigstens ist hier bis jetzt nichts davon kund geworden, was doch gewiß sofort geschehen wäre, wenn ein für uns so wichtiges Ereigniß wirklich eingetreten wäre. Außerdem spricht auch die Thatsache dagegen, daß die Reisewagen des Herzogs nach Blankenburg, wo derselbe seit einiger Zeit residirt, beordert sind und sicherm Vernehmen nach eine Reise nach Italien beabsichtigt wird."

Preußen.

Berlin, 24. Jun. In der Sitzung der Stände-Curie am 19. Jun. ward weiter das Amendement des Abg. Gadegast abgelehnt und, nachdem man zu den §§. 58—60 nichts bemerkt, der Antrag der Abtheilung, die Bestimmungen des ersten Abschnitts des Gesetzentwurfs, wie solche vorgeschlagen worden, auch auf die Juden im Großherzogthume Posen auszudehnen, mit 241 gegen 162 Stimmen angenommen. Dann brachte der Landtagsmarschall ein Amendement des Abg. v. Beckerath zur Abstimmung, was die Ablehnung des ganzen Gesetzes in sich gefaßt und statt desselben nur den Paragraphen gestellt hätte: „Die Juden, welche in den verschiedenen Provinzen der Monarchie ihren Wohnsitz haben, genießen neben gleichen Pflichten gleiche Rechte mit unsern christlichen Unterthanen und sollen nach den für diese daselbst geltenden gesetzlichen Vorschriften behandelt werden. Hiervon sind selbstredend ausgenommen diejenigen Rechte und Vorschriften, welche mit den Cultus- und Elementarunterrichts-Angelegenheiten der Christen in unmittelbarer Verbindung stehen." Darin lag auch ein Amendement des Abg. Winzler, welcher dem Beckerath'schen beitrat. Nachdem der Antragsteller es mit dem Zuruf, welcher einiges Murren erregte, „zu bewähren, daß das Wort Gerechtigkeit, das so oft hier ertönte, kein leerer Klang war", empfohlen, diesem aber die Abg. v. Werdeck, Graf Finkenstein, der das Amendement für eine Ungerechtigkeit gegen die Christen hielt, Frhr. v. Lilien-Echthausen, v. Bismark-Schönhausen, Graf Renard und v. Manteuffel II. kürzlich entgegnet, Abg. Hansemann endlich seine Zustimmung erklärt hatte, wurde namentlich abgestimmt und der Antrag mit 220 gegen 186 Stimmen verworfen. Nun nahm auch der Abg. Milde sein Amendement, was auf allgemeine Einführung des Gesetzes von 1812 hinausging, zurück, und der Gesetzentwurf wurde von dem größten Theile der Mitglieder angenommen.

In der Sitzung der Herren-Curie am 17. Jun. wurde zuerst der Antrag der Abtheilung angenommen, wonach die Ehen der Juden nach Analogie des Gesetzes vom 30. März 1847 behandelt werden sollen. Dagegen erklärten sich nur 19 Stimmen für Aufnahme einer Bestimmung über die Zulässigkeit von Ehen zwischen Christen und Juden, wofür sich Graf York, Graf v. Dohna („Unsere schönen und liebenswürdigen Mitchristinnen werden die Juden besser bekehren als alle Vereine und Gesellschaften"), Fürst Lynar verwendeten, während Graf Zieten, v. Rabenau und v. Massenbach dagegen sprachen. Der übrige Theil des Gesetzentwurfs wurde ohne erhebliche Aenderungen und bemerkenswerthe Debatte angenommen, namentlich auch der Unterschied zwischen den posenschen und den übrigen Juden. — Dann ging man zu dem vom Grafen Keyserling vorgetragenen Gutachten über die Petition wegen Interpretation der Bestimmungen über die itio in partes über. Das Gutachten rieth, dem Beschlusse der Stände-Curie beizutreten; allein, da sich nur 26 gegen 17 Stimmen dafür erklärten, so hatte die Petition nicht die Majorität von zwei Dritteln. Der in Betreff des Strafgesetzbuchs beschlossene Antrag der Stände-Curie fand weder in der Abtheilung Unterstützung, noch ward er von der Versammlung genehmigt. Dagegen wurde dem Antrag auf allgemeine Einführung des öffentlich-mündlichen Criminalverfahrens gegen drei Stimmen beigetreten, was auch einstimmig hinsichtlich des die Wahlen der Landgemeinden zu Kreistagen betreffenden Antrags erfolgte. (A. P. Z.)

* **Berlin**, 23. Jun. Auswärtige Zeitungen, welche von mancherlei innern, mit dem Landtage zusammenhängenden Vorgängen genauer unterrichtet sein wollen, als man es hier ist, oft auch der Meinung zu sein scheinen, es sei besser, die Sachen falsch oder halbwahr, wenn nur ein paar Tage früher zu erfahren, bringen doch auch manchmal Etwas, was sich weiter sagen läßt, weil es nicht zu den eigentlichen Verhandlungen des Landtags gehört, sondern nur die persönlichen Tendenzen und Maßnahmen einzelner Mitglieder angeht. Dahin gehört die erfreuliche Mittheilung, daß die Schutzzöllnerpartei die Hoffnung aufgegeben habe, auf diesem Landtag etwas für ihren Zweck erreichen zu können, weshalb Hr. Diergardt die von ihm eingebrachte behufige Petition stillschweigend fallen lassen wolle. Was wird man in Süddeutschland dazu sagen? Ganz vor kurzem ging eine Nachricht durch manche Zeitungen, der mannheimer Handelsstand gehe mit einer Petition um, wonach die dortige Regierung peremtorisch verlangen soll, daß der Zollverein sein Gesetz von den drei süddeutschen Staaten annehme, widrigenfalls dieselben sich von ihm trennen und zu einem eignen Zoll-, Schutz- und Trutzverein verbinden würden. Alles zu Ehren der Einheit Deutschlands und um die noch fehlenden norddeutschen Brüder zu gewinnen? Nun, in Baden wollte man ja gleich anfangs nicht zum Zollverein; damals aber aus entgegengesetzten Gründen, aus Liebe zur Handelsfreiheit. Seitdem ist man etwas in den Geschmack des Fabrikwesens gekommen, man hat schon den jetzigen Schutz ganz bequem gefunden und möchte sich nun noch bequemer betten; der

Schutz hat auch dort manche Unternehmung hervorgerufen, die nur durch ihn bestehen kann und, wie das die alte Erfahrung ist, alle zehn Jahre mehr Schutz bedürfen wird: das ist der Schlüssel zum Räthsel. Wir aber würden zwar eine Auflösung des Zollvereins sehr beklagen, aber immer noch für ein Glück halten, wenn es wirklich keine andere Wahl gäbe als zwischen ihr und einer Vertauschung des Systems des Zollvereins mit dem der Schutzzöllnertendenzen.

* **Aus der Mark**, 20. Jun. Eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart hat dem Vereinigten Landtage vorgelegen: die Emancipation der Juden. Wenn vom Standpunkte der reinen Speculation die Gleichstellung der Israeliten nicht blos gerechtfertigt, sondern sogar nothwendig erscheint, so erhebt sich doch gegen eine augenblickliche und vollständige Emancipation manches praktische Bedenken. Eine richtige Würdigung aller Gründe für und gegen führt zu dem Endresultate, daß nur eine allmälige, nicht eine plötzliche Emancipation der Juden zum Segen gereichen würde. Die Israeliten haben sich mitten unter uns durch Jahrtausende selbständig in sich fortgezeugt, sie haben alle Eigenthümlichkeiten ihres Stammes auf ihre Nachkommen übertragen; sie sind, mit Ausnahme der wenigen Modificationen, welche veränderte Lebensweise und klimatische Verhältnisse auf sie hervorgebracht haben, dieselben Orientalen geblieben, welche sie bei ihrer ersten Einwanderung in Europa waren. Ihre Physiognomie, ihre früh reifen, früh alternden Weiber ꝛc. sind nicht minder eigenthümlich als ihre Geistesbildung und Richtung. Ja, es ist nicht zu läugnen, daß die Jahrhunderte anhaltende Geringschätzung und Bedrückung in dem jüdischen Volk allmälig Ansichten und Denkweisen hervorgerufen hat, welche, nach dem Gesetz der erblichen Uebertragung, nach und nach auch eigenthümlich geworden und daher der gegenwärtigen Generation angeboren sind. Diese Denk- und Anschauungsweisen würden daher, falls sich das jüdische Volk fernerhin wie bisher in sich fortpflanzte, oder auch selbst bei Vermischung mit anderm Blute noch durch mehre Geschlechter den Nachkommen der Juden vererbt werden. Es sind nicht Juden und Christen, welche sich in unserm Vaterland einander gegenüberstehen, sondern es sind Juden und Deutsche. Der Zwiespalt zwischen den Nationen wird daher nicht eher vollständig aufgehoben werden, bis die Juden Deutsche geworden sind. „Die Vorurtheile, in denen wir groß geworden, verlieren, auch wenn wir sie erkennen, nicht ihre Macht über uns; es sind nicht Alle frei, die ihrer Ketten spotten." Das Volk hegt gegenwärtig Mistrauen oder, wenn man will, Vorurtheile gegen einen jüdischen Richter, einen jüdischen Offizier ꝛc. Würden daher diese so segensreich wirken können wie deutsche? Würde nicht, selbst bei den hochherzigsten Charakteren, dieses Mistrauen Mistrauen hervorrufen und so den Bruch vergrößern anstatt ihn zu mindern? Trotz der herrlichen großartigen Erscheinungen, welche aus der Mitte der Nachkommen Abraham's hervorgegangen sind, müssen wir uns aber bei einer parteilosen Beurtheilung gestehen, es sind nicht blos Vorurtheile. Aber angenommen, daß sie es wären, darf man sie ignoriren, wenn man sie heben will? Nach unserer Ansicht werden sie in kurzer Zeit von selbst verschwinden, wenn man die Ehen zwischen Juden und Christen, eigentlich müßten wir sagen, zwischen Juden und Deutschen, freigibt. Die trennende Kluft ist bei den germanischen Völkern entschieden am größten; die Juden stehen offenbar dem romanischen und slawischen Elemente näher. Nicht der Glaube trennt uns von den Israeliten, sondern das Blut; wir möchten mit Gervinus sagen: „Wer die christliche Moral hat, der ist Christ."

Ob eine Vermischung des deutschen Blutes mit dem jüdischen dem erstern Segen bringen würde, ob es im Interesse der deutschen Nation liegt, diese zu begünstigen, das ist eine ganz andere Frage. Nie darf man aber vergessen, daß die Endabsichten der Natur nicht die Entwickelung des Einzelnen bezwecken, sondern die Vervollkommnung des Ganzen. Die Geschichte hat jene Frage beantwortet, sie hat die Juden überschritten; als selbständiges Volk, als Staat haben sie aufgehört zu sein. Sie leben nur noch sporadisch in der Mitte aller Nationen. In diesem Sinne will die Geschichte offenbar die Vernichtung der Juden; sie sollen Romanen, Slawen, Germanen werden. Die Zukunft wird entscheiden, wann die zerstreuten Kinder Israel's sich mit den deutschen Stämmen amalgamirt haben werden. Aber erst wenn dies geschehen, wird eine vollständige Emancipation der Juden segensreich werden, dann erst wird sie überhaupt eintreten, selbst wenn die Gesetze des Staats schon lange vorher die Beschränkung der Juden aufgehoben und eine vollständige Gleichstellung mit den Deutschen begründet hätten. Man gebe daher einstweilen die Ehen zwischen Juden und Deutschen frei und überlasse das Uebrige der Zeit, die Alles zur Reife bringt.

† **Aus Schlesien**, 22. Jun. Es ist erfreulich zu vernehmen, daß die Klagen über die verletzte Parität in den confessionellen Verhältnissen Preußens, die bei den kölner Wirren noch so zahlreich waren, bis auf vier zusammengeschmolzen sind, welche die Oderzeitung neulichst dahin formulirte, daß keine katholischen Offiziere bei der Garde du Corps, keine katholischen Beamten bei der Obercensurbehörde und bei dem Kammergericht angestellt wären und daß bei den Verhandlungen über katholische Gegenstände keine itio in partes stattfände. Was die erste Beschwerde betrifft, so ist sie wol sehr unerheblich, da jetzt viele Offiziere katholischen Glaubens in unserer Garde dienen, ja bei dem Gardehusarenregiment sogar päpstliche Ordensritter vom goldnen Sporn sich befinden. Wenn dergleichen beim Regiment Garde du Corps nicht vorhanden sind, so hängt dies wahrscheinlich mit den Statuten desselben zusammen, wie dies auch in andern Staaten bei einzelnen Corps der Fall ist. Oder wird der Papst unter seine hundert Schweizer wol Protestanten nehmen, da er deren überhaupt unter den Schlüsselsoldaten nicht duldet, weil dies reglementswidrig wäre? Uebrigens wäre dem fraglichen Uebel, wenn es anders ein solches ist, durch Aenderung der Statuten leicht abzuhelfen, was wol auch geschehen dürfte. Ebenso wird es keinen Schwierigkeiten unterliegen, auch Katholiken, aber freilich vorurtheilsfreie Katholiken beim Obercensurcollegium anzustellen. Specifisch römische Antiquitätenkrämer wären aber dabei nicht zu gebrauchen. Das Obercensurcollegium hat sich bereits im ganzen Lande durch seine wahrhaft liberalen Entscheidungen großen Ruhm erworben. Freilich ist es dadurch der specifisch-römischen Partei oft mißfällig geworden; allein es ist gewiß nicht die Stimme der wahrhaft gebildeten öffentlichen Meinung in Preußen, daß die römischen Umtriebe behufs der Kränkung der Ehre des Protestantismus vom Obercensurcollegium mit einem Schleier bedeckt und dadurch der öffentlichen Misbilligung entzogen werden sollten. Darum müssen aufgeklärte Männer bei dieser Behörde bleiben, gleichviel ob Protestanten oder Katholiken; aber keineswegs dürfen die von den Ultras gewünschten specifischen Römer bei derselben angestellt werden. Aehnlicherweise verhält es sich mit der Confession der Richter im Kammergerichte. Gibt es bei uns etwa eine protestantische und eine katholische Justiz? Erhält nicht der Jude und der Mennonit, der Altlutheraner und der Deutsch-Katholik, der Protestant und der römische Katholik bei uns Recht, wenn er Recht hat? Wozu also eine confessionelle Justiz? Eine itio in partes ist bei uns ebenfalls unstatthaft. Wir wollen vereinigen, nicht trennen. Was hat es denn bei den jüngsten Debatten des Vereinigten Landtags geschadet, daß alle Deputirten gemeinsam die Petitionen über katholische Militairgeistliche und Lehrer an den Cadettenhäusern beriethen? Sind die Anstellungen der Erstern nicht auch von den Protestanten befürwortet, die der Letztern als überflüssig allgemein anerkannt worden? Allerdings, wenn blos katholische Deputirte diese Angelegenheiten berathen hätten, würde die Majorität und Minorität vielleicht eine etwas verschiedene gewesen sein. Allein müssen die Protestanten das Geld nicht ebenfalls zu den katholischen Instituten geben? Warum sollen sie also keine Stimme darüber haben? Wir glauben, daß es eben paritätisch sei, wenn bei finanziell-confessionellen Fragen beide Confessionen gehört werden.

Königsberg, 21. Jun. Die Freievangelischen haben vorgestern in corpore eine gerichtliche Erklärung über ihr Verhältniß zur evangelischen Kirche verlautbart. Dabei sollen sie nichts weniger als den Austritt aus der evangelischen Kirche, vielmehr erklärt haben, daß sie nur von der Confistorialkirche frei sein wollten. Die Belehrung, daß es keine Confistorialkirche gebe, das Gesetz vielmehr nur eine katholische und eine evangelische Kirche in unserm Staate als bestehend anerkenne und daß sie mithin, wenn sie aus dieser Kirche nicht austreten, sich die Mühe und Kosten der gerichtlichen Erklärung hätten sparen können, hatte keinen Erfolg. Sie blieben dabei, daß sie aus der Kirche nicht austreten, aber auch in derselben nicht bleiben wollten, daß sie das Patent vom 30. März d. J. nicht für anwendbar auf die schon früher gebildete Gemeinde erachteten, nichtdestoweniger aber in Folge dieses Patents sich zu dieser Erklärung veranlaßt sähen. (B. Z.)

— Aus **Erfurt** wird der Berlinischen Zeitung geschrieben: „Der Kaufmann Krackrügge, welcher bekanntlich in der v. Ehrenberg'schen Untersuchungssache unterlegen und zu viermonatlicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden ist, hat sich gestern nach Berlin begeben, um die Gnade des Königs anzuflehen, nachdem vor einigen Wochen bereits ein Begnadigungsgesuch von mehr als 1400 Bürgern mit »Pauline v. Ehrenberg« an der Spitze von einer Deputation ehrfurchtsvoll an den Stufen des Thrones niedergelegt worden ist."

Oesterreich.

Brünn, 12. Jun. In der am 29. Mai eröffneten und soeben geschlossenen Versammlung der mährischen Stände wurde sowie in den Nachbarländern Böhmen und Niederösterreich das Ablösungsgesetz über Robothen und Zehnten vom 12. Dec. 1846 berathen, und ungeachtet des lebhaften Widerstandes einzelner Mitglieder beschlossen, über die Wirkungen dieses Gesetzes sowie überhaupt über die bäuerlichen Verhältnisse der Provinz Berichte von allen Herrschaftsbesitzern, wenn diese auch keine Landstände sind, und von der hiesigen patriotisch-ökonomischen Landwirthschaftsgesellschaft einzufodern, worüber dann der Landesausschuß den Ständen in ihrer nächsten Versammlung ein gutachtliches Referat zu erstatten hätte. Die Statuten und das Reglement einer in der Provinz Mähren zu errichtenden Hypothekenbank wurden punktweise berathen und mit wenigen Abänderungen angenommen, sodann die Bitte um deren Genehmigung an den Kaiser mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, indem zugleich bemerkt wurde, daß ohne eine solche Anstalt, welche dem Bauer die nöthigen Geldmittel verschaffen würde, an eine Möglichkeit der Ablösung der bäuerlichen Lasten kaum zu denken sein dürfte. Es wur-

den an diesen Gegenstand von Seiten einiger Mitglieder umfassende Anträge wegen Entwerfung eines Gemeindegesetzes, Revision unserer Agrargesetzgebung und Verbesserung des noch sehr mangelhaften Volksschulenwesens geknüpft, welche aber sämmtlich aus Mangel an hinreichender Unterstützung zu Boden fielen. Nicht besser erging es einem Antrag auf Veröffentlichung der ständischen Verhandlungen durch die Provinzialzeitung. Dagegen wurde in der Landtagserklärung über die allerhöchsten Postulate für das Jahr 1848 die Unvermögenheit der Provinz, die ihr auferlegten Grundsteuern noch ferner zu erschwingen, gleichwie die daher rührende erschreckende Verschuldung des Dominical- und Rusticalbesitzthums zur Sprache gebracht, und daher um Ermäßigung der Steuerpostulate für die Zukunft, vom Verwaltungsjahr 1849 angefangen, gebeten. Ein Antrag auf Gründung einer allgemeinen wechselseitigen Hagel- und Wetterschadenversicherungsanstalt wurde angenommen und ein Comité zur Bearbeitung der Statuten niedergesetzt. Es ist nicht zu läugnen, daß unsere Stände sich noch lange nicht zu der höhern Bedeutung und politischen Auffassung ihrer Nachbarstände in Böhmen und Oesterreich aufgeschwungen haben, jedoch hat man auch unter ihnen einzelne, wenn auch schwache Anfänge patriotischen Gemeingeistes und politischer Intelligenz diesmal nicht ganz vermißt. (A. Z.)

* **Krakau**, 18. Jun. Nach einer langen und unerwünschten Dürre haben wir den größten Theil der letzten acht Tage Regen, und theilweise anhaltenden, heftigen Regen gehabt. Davon ist nun die Weichsel so beträchtlich ausgetreten, daß die anliegenden Ortschaften durch die Ueberschwemmung theilweise unter Wasser gesetzt worden sind. Bei uns hat dieses Schicksal hauptsächlich die Vorstadt Zwierzyniec betroffen, die meist von armen Fischern bewohnt ist und dicht an der Weichsel liegt. Mit Schrecken nahmen wir das von Stunde zu Stunde steigende Wasser wahr, welches einen großen Theil der so schönen Aerntehoffnungen zu vernichten drohte; seit vorgestern früh ist es aber glücklicherweise auf einem entschiedenen, wenngleich langsamen Rückzuge begriffen, denn heute und gestern hat es nur ganz vorübergehend, vorgestern nur mäßig geregnet. So beklagenswerth auch der dadurch bewirkte Schaden für den Einzelnen ist, so wird doch wol der für Felder und Wiesen so segensreiche Regen für das Allgemeine einen so entschiedenen Nutzen gebracht haben, daß dadurch unsere Aussichten auf eine überreiche Aernte noch vermehrt worden sind. — Die Nachrichten aus Galizien lauten noch immer so kläglich wie möglich, obgleich Gewalt- und Mordthaten nicht mehr so an der Tagesordnung sind als vergangenen Winter. Dagegen kann man nicht Worte finden, um das Elend der von Hunger und Krankheit gleich stark in Anspruch genommenen Masse der Bevölkerung zu schildern: die Sterblichkeit ist wahrhaft beispiellos, und Fälle, wo Menschen, nicht etwa in Folge von Entbehrungen nach und nach dahin sterben, sondern buchstäblich verhungern und plötzlich todt niederfallen, gehören leider nicht zu den Seltenheiten. Almosengeben, so reichlich es auch im Ganzen stattfindet, kann natürlich nur sehr wenig helfen, zumal in Folge der fast 16monatlichen Anarchie sehr viele Leute vor der Arbeit fast eben so viel, ja noch mehr Scheu fühlen als vor dem Hunger. Zahlreiche, leider gar zu häufig böswillig angelegte Feuersbrünste finden noch sehr häufig statt und vermehren nicht nur die Zahl der Hülflosen, sondern vermindern auch die Anzahl der Lebensmittel.

Portugal.

Den Beschwerden und versuchten Protesten der Junta von **Oporto** gegen die Wegnahme der Expedition unter das Antas gegenüber ist außer dem schon Erwähnten nicht zu übersehen, daß schon unterm 15. Mai, nachdem die vom Obersten Wylde und Marquis d'España gemachten Vorschläge von der Junta nicht pure angenommen, sondern Gegenpropositionen gemacht worden waren, der Oberst Wylde derselben unter Anderm bestimmt eröffnete: „Es bleibt mir hiernach keine Wahl, als der Junta anzuzeigen, daß die britische Regierung im Einverständnisse mit den Alliirten Ihr. allergetreuesten Maj. nunmehro solche Schritte thun wird, wie sie dieselben am geeignetsten ansehen werden, um der Königin von Portugal wirksamen Beistand zur Herstellung der Ruhe in ihrem Reiche zu gewähren." Lord Palmerston nannte das mit Recht eine Anzeige von zu erwartenden Feindseligkeiten. Ferner hatte Sir Thomas Maitland, Befehlshaber der britischen Seemacht vor Oporto, am 25. Mai einen Offizier an Bord der vor der Barre liegenden Dampfschiffe der Junta geschickt und mündliche, freundschaftliche Eröffnungen und Vorstellungen machen lassen, daß sie nicht in See gehen, vielmehr in den Douro einlaufen und dort bis auf Eingang von frischen Nachrichten aus England verbleiben möchten, weil sie außerdem wahrscheinlich angehalten werden würden. Da der Vicepräsident der Junta vom britischen Consul die schriftliche Wiederholung dieser Meldung federte, so antwortete dieser an demselben Tag und in besonderer Ermächtigung des Sir Th. Maitland, wie dieser die Dampfschiffe der Junta habe heizen sehen, und da er wisse, daß dieselben vermuthlich angehalten werden würden, wenn sie zu kriegerischen Zwecken auslaufen wollten, habe er dem Befehlshaber derselben freundschaftlich und ernstlich die obige Vorstellung machen lassen. Es sei nicht schriftlich geschehen, weil es eben ein freundschaftlicher Schritt war, eingegeben von dem Wunsche, mögliche unangenehme Folgen zu vermeiden, welchen Wunsch er mit allen britischen Offizieren lebhaft theile.

Großbritannien.

London, 20. Jun.

Die Königin hat sich am 19. Jun. Nachmittags mit den königlichen Kindern vom Buckinghampalaste nach Claremont begeben.

— Prinz Albert, Gemahl der Königin, begibt sich heute mit dem Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar über Portsmouth nach Osbornhouse auf der Insel Wight.

— Das Morning Chronicle meint, daß die portugiesische Angelegenheit, soweit die parlamentarische Discussion in London und Paris betheiligt sei, als abgemacht betrachtet werden könne. Allein es habe sich ein großer Unterschied des Verhaltens beider Regierungen dabei gezeigt. Aus Hrn. Guizot's Aeußerungen und dem Artikel des Journal des Débats gehe eine Neigung zur Entstellung der Dinge hervor. Es werde gänzlich über die vom Cabinet der Tuilerien den willkürlichen Prätensionen des portugiesischen Hofs im Geheimen gemachten, ermuthigenden Anträge weggeschlüpft. Sodann suche Hr. Guizot ein Verdienst darin, die Lösung der Frage auf den Quadrupelvertrag zuerst verwiesen zu haben, der aber, wie Jedermann aus den Actenstücken einleuchten müsse, so viel damit zu schaffen habe wie der von Unkiar-Skelessi. Daß die Insurrection in Portugal keine miguelistische war, sei unzweifelhaft. Daß Miguelisten dabei waren, mache sie so wenig dazu, wie die von Polen oder Irländern sie zu einer polnischen oder irischen machen würde. Darin stimmt das Morning Chronicle jedoch dem Journal des Débats bei, daß die Intervention der drei Mächte nicht im Interesse des Despotismus, sondern in dem des Friedens unternommen wurde.

— Von den mit der North Kent- oder London- und Gravesend-Eisenbahn in Verbindung stehenden Bauten ist ehegestern Abends von einem Viaducte der Bogen, auf welchem die Bahn Great Russell Streat überschreiten soll, nachdem die Arbeiter die Holzunterlagen und Stützen weggenommen hatten, auf denen er gewölbt worden war, plötzlich eingestürzt. Zwei Personen, welche auf der Straße unter dem Bau passirten, sind dabei getödtet, drei andere schwer verletzt worden.

— Aus **Vandiemensland** sind 5000 Pf. St., welche dort zur Unterstützung der nothleidenden Irländer gesammelt worden sind, und eine Schiffsladung Getreide zu demselben Zweck unterwegs.

ℨ **London**, 19. Jun. Der Ausgang der Verhandlungen über die portugiesischen Angelegenheiten ist vollkommen in das Bereich unsers „Punch" gefallen. Das Unterhaus wurde gezählt, und es waren nicht Mitglieder genug vorhanden, um die Verhandlung fortzusetzen. Zwei Ursachen oder besser zwei Personen sind daran schuld. Ein hiesiges Blatt sagt: „Es waren nur 27 Mitglieder im Unterhause anwesend, als es am 15. Jun. ausgezählt wurde; selbst Lord G. Bentinck war abwesend. Dafür war die Zahl der honorablen Mitglieder im Theater um so größer. Jenny Lind sollte in der That nicht an den Abenden singen, an denen etwas Interessantes im Parlament verhandelt werden soll." Das ist die eine Ursache. Sir James Graham sagte zur Entschuldigung seiner Abwesenheit: „Für meinen Theil muß ich bemerken, daß ich, mit allem erdenklichen Respect für das honorable Mitglied von Bolton (Dr. Bowring), es vorziehe, zu Tische zu gehen, als seiner Rede zu horchen." Das ganze Haus lachte. Es ist in allem Ernste schwer, zwei schlagendere Gegensätze zu finden als Jenny Lind und den honorablen Dr. Bowring; wenn man Jene kennt, so denke man sich das Gegentheil aller ihrer Eigenschaften als Contrast in dem redetapfern Doctor vereinigt, und man hat ein schlagendes Bild seiner Art; hohl, breit, lang, ton- und farblos und dabei voller Prätension. Es ist ärgerlich und ein sehr böses Zeichen, daß die Jenny Lind schon ein halbes Dutzend politische Fragen todtgesungen hat; wir sehen darin mehr als in allem Andern den Verfall der altenglischen Art. Aber beim Himmel, wenn uns keine andere Wahl bliebe als eine Rede à la Bowring oder ein Lied à la Jenny Lind: wir fürchten, die Versuchung möchte zu groß sein. Es ist schlimm, wenn die Tugend gar zu häßlich ist.

Das Ergebniß der ganzen Verhandlung ist aber dennoch nicht ohne eine gewisse Bedeutung. Selten, vielleicht nie waren alle Parteien Englands über irgend einen Punkt der englischen Politik so einverstanden als darüber, daß England in Portugal die Partei des Volkes gegen die des Absolutismus in Schutz nehmen müsse. Hr. Hume, der radicale Rechenmeister, sprach in diesem Sinne; Hr. Duncombe, der Vertreter der Chartisten, machte diese Ansicht zu einem förmlichen Zusatzvorschlage; Hr. Macaulay nahm diesen im Namen der Minister an; Lord J. Russell erklärte feierlichst, daß die Regierung in diesem Sinne handeln werde; Sir R. Peel bestärkte ihn in diesem guten Vorsatze; Lord G. Bentinck und endlich auch Lord Stanley im Oberhause sprachen nur gegen die Minister, weil sie gegen die Junta aufgetreten waren und dieser nicht ruhig überlassen hatten, die Königin Donna Maria da Gloria aus dem Lande zu jagen. Die Daily News ruft ganz verwundert aus: „Was ist aus den alten Tories geworden, und was werden Ludwig Philipp und der Fürst v. Metternich zu Peel, Bentinck und Stanley sagen?" Wir wissen es nicht, aber so viel ist sicher, daß Alt- und Jungengland heute wie Ein Mann für die Junta eintreten, während die Regierung deren Soldaten gefangen nimmt und in Thürme einschließt, in denen Fieber sie zu decimiren drohen. Der Himmel bewahre

die Freunde der Volksfreiheit aller Länder vor solchen Gehülfen und Bundesgenossen!

England bietet seit langer Zeit ein wunderliches Schauspiel dar, und zwar das der menschlichen Ohnmacht und Kurzsichtigkeit. Es liegt in dem Wollen und in dem Können, in den Absichten und den Errungenschaften der englischen Politik seit der Julirevolution ein so offenbarer Gegensatz, daß der Zuschauer erstaunt ausrufen muß: Selig sind die Armen im Geist! Denn diese Nation, die am reichsten an politischem Geist ist, erreicht mit aller ihrer Kunst überall das Gegentheil von Dem, was sie eigentlich erstrebt. Wie sie die Macht Frankreichs durch ihr Anstemmen gegen sie vermehrt hat, ist bekannt. In Algerien hat sie eine Politik befolgt, die Frankreich in Afrika immer weiter vorzudringen gezwungen hat. England protestirt stillschweigend gegen die französischen Besitzungen in Afrika, und diese Protestation wird die Ursache, daß selbst die Franzosen, die eine Beschränkung der afrikanischen Eroberungen wollen, kaum noch wagen, ihre Ansichten auszusprechen. England unterstützte Abd-el-Kader, und die Folgen sind bekannt. In Spanien fand etwas ganz Aehnliches statt. In den innern Verhältnissen zeigt sich ein noch auffallenderer Gegensatz zwischen den Bestrebungen und den Errungenschaften. Es ist bekannt, wie Sir R. Peel und Wellington, die ihr ganzes Leben lang die katholische Emancipation und den freien Handel bekämpften, am Ende gezwungen waren, beide nicht nur zuzugeben, sondern selbst durchzusetzen. Das gegenwärtige Parlament wurde gewählt, um sich der Aufhebung der Getreidegesetze zu widersetzen und die Freunde dieser Maßregel aus der Regierung auszutreiben. Es begann damit, daß es Lord J. Russell fast mit Schimpf und Schande aus der Regierung austrieb und Sir R. Peel mit Jubel und Siegesruf an seine Stelle setzte. Und kaum vier Jahre später gestand dann dasselbe Parlament die Aufhebung der Getreidegesetze zu, wodurch es seine Freunde Sir R. Peel und Wellington zwang, ihren Abschied zu geben. Dasselbe Parlament, das gewählt wurde, um Lord J. Russell zu entsetzen, stimmt heute mit einer Majorität von 100 Mann für ihn. Das Alles ist so auffallend als möglich, und beweist, daß es in der Politik noch etwas Anderes gibt als die Wünsche und Absichten der Menschen, daß ein höherer Geist über ihnen schwebt und sie lenkt, daß ein Volk wie die Menschen als Einzelne nicht allein von heute sind, sondern überall handeln, wie ihr Handeln durch ihr Wesen, ihre Erziehung, ihre Geschichte, ihr vorhergehendes Benehmen bedingt werden. Diese Lehre wiederholt sich heute in Portugal. England, Alt und Jung, Klug und Unklug, glaubt heute für die portugiesischen Volksrechte eintreten, und zerstört die Stellung, die diese Volksrechte erworben hatten. Die Engländer hoffen, es auf diese Weise allen Portugiesen recht zu machen und sich neues Ansehen und neuen Einfluß in ihrem Lande zu gewinnen. Die Folge wird bald genug lehren, wie sie auch hier ihrem Ziele den Rücken kehrten.

Frankreich.

Paris, 21. Jun.

Der Pairshof versammelte sich heute, um den Bericht seiner Untersuchungscommission in der Despan-Cubières'schen Angelegenheit zu vernehmen. Es waren 202 Pairs anwesend. Der 308 Seiten umfassende Bericht der Commission ward verlesen, und der Generalprocurator Delangle beantragte schließlich, daß außer dem General Cubières die HH. Teste, ehemaliger Minister der öffentlichen Bauten, Pellagrat und Parmentier in Anklagestand versetzt werden sollten. Der Pairshof beschloß den Druck des Berichts und der Acten und die Vertheilung an die Mitglieder sowie an die Angeschuldigten. Die Berathung des Pairshofs über den Antrag wegen der Versetzung in Anklagestand wird erst am 25. oder 26. Jun. beginnen. In der Deputirtenkammer hat die Discussion über das Ausgabebudget heute angefangen.

— Die Actenstücke zu dem Verfahren gegen Hrn. de Girardin häufen sich bereits ansehnlich. Da auch hier in ein Wirrsal von Privatbeziehungen und zu denselben herabgesunkenen, maskirten Schritten der Minister gestört wird, ist freilich noch nicht klar in der Sache zu sehen. Am gravirendsten für den Minister des Innern erscheint die zur Subvention für die Epoque gemisbrauchte Ertheilung eines neuen Theaterprivilegiums. Der Minister des Innern Graf Duchatel lehnte bei der Adreßdebatte alle anfängliche Theilnahme an der Verleihung des Privilegiums zu einem dritten lyrischen Theater (durch die Redacteure der Epoque) ab. Später habe er der Theatercommission darin nachgegeben, sei aber Dem völlig fremd geblieben, was unter den verschiedenen Bewerbern darum vorgegangen. Dieser von Hrn. Duchatel am 17. Jun. in der Deputirtenkammer wiederholten Versicherung setzte Hr. de Girardin Verneinung entgegen. Der Minister sei von allen vorausgegangenen Umständen genau unterrichtet gewesen. Der um das Privilegium sich mit Hrn. Adam bewerbende A. Thibaudeau erkläre nämlich, daß eine mysteriöse Person ihm eröffnet habe, Graf Duchatel könne an die Epoque kein Geld mehr wenden; das Privilegium werde deshalb um 100,000 Fr. zu haben sein. Hr. Thibaudeau unterzeichnete dann eine Verschreibung von diesem Betrage, welche in Gegenwart des Hrn. Solar, Redacteurs der Epoque, bei einem Notar hinterlegt wurde. Das Ministerium wurde sofort ausnehmend günstig für die HH. Adam und Thibaudeau gestimmt, und einige Tage nachher redete im Garten des Ministers Duchatel dieser Hrn. de Cassagnac mit den Worten an: „Da ist ein Hühnchen, das 100,000 Fr. werth ist. Verlangen Sie dieselben von den HH. Adam und Thibaudeau. Es ist ihr Privilegium...“ Gegen diese in der Kammer ausgesprochenen Dinge beharrte der Minister auf seinen frühern Aussagen und würdigte das Gerede von seiner angeblichen Aeußerung gegen Hrn. de Cassagnac als des Widerspruchs gar nicht werth. Was Hrn. Thibaudeau anlange, so habe ihm dieser schon früher, wenn ihm nicht das Theaterprivilegium des Hrn. Adam ertheilt werde, mit welchem derselbe in Geldverwickelung gewesen, mit Dem gedroht, was jetzt geschehen sei, und wonach er natürlich nichts gefragt habe. Gegen diese Angaben des Ministers tritt nun im Constitutionnel Hr. A. Thibaudeau mit der Aufforderung an den Grafen Duchatel auf, sein an denselben gerichtetes Schreiben vom 16. oder 17. Jan. zu veröffentlichen. Es sei unwahr, daß eine Drohung darin enthalten; es ersuche nur um Verzögerung in der Ausfertigung des Privilegiums, um ihm zu geschäftlichen Auseinandersetzungen mit Hrn. Adam dadurch behülflich zu sein, die 300,000 Fr. beträfen und bei denen auch die Verschreibung auf 100,000 Fr. sich befand, welche er noch nicht zurückempfangen habe und ohne welche der Minister das Privilegium, welches der Epoque 100,000 Fr. eingebracht habe, vielleicht gar nicht unterzeichnet hätte. Als weitern Beweis, daß in seinem Schreiben von Drohungen nicht die Rede sein könne, läßt Hr. Thibaudeau die im Auftrage des Ministers von Hrn. Leclerc ertheilte Antwort abdrucken, welche eine sehr artige Einladung zu einer Besprechung enthält. In der «Presse» bemerkt ferner Hr. E. de Girardin, daß Graf Duchatel nur Nebensachen, nicht aber verneine, daß Hr. Adam 100,000 Fr. an gewisse Schriftsteller der Epoque habe geben müssen. Das sei aber freilich nicht gut möglich, weil das Einverständniß vorliege. Hr. Solar sagte laut der Gazette des Tribunaux am 23. Jan. vor dem Correctionnelgericht der Seine aus: „Das Privilegium wurde auf Hrn. Adam's Namen erlangt, und dieser zahlte uns anstatt des zuverlässigen Gewinnantheils an der Unternehmung 100,000 Fr. aus. Dieses Geld ist von mir und von Hrn. Granier de Cassagnac mit 60,000 Fr. in die Unternehmung der Epoque gesteckt worden.“ Auf Hrn. Fauvelet's Frage, was aus den übrigen 40,000 Fr. geworden sei, antwortete Hrn. Solar's Anwalt, Crémieux, dieselben wären bei der Epoque interessirten Capitalisten zugeflossen. Die «Presse» fragt nun, da die HH. Solar und Cassagnac durchaus nicht Gesellschafter jener Theater-Entreprise und überhaupt Hrn. Adam's waren, auf welchen Anspruch hin sie vor Unterzeichnung jenes Privilegiums durch den Grafen Duchatel eine Verschreibung von 100,000 Fr. deponiren ließen und nachher von Hrn. Adam 100,000 Fr. empfangen hätten? Diese Aufklärung ist der Minister allerdings schuldig geblieben.

— Der Inhalt der Zeitungen ist heute vielseitiger als gewöhnlich, ohne jedoch besonders Wichtiges zu bieten. Das Journal des Débats hat einen langen Artikel über Verhandlungen des preußischen Landtags; der Constitutionnel äußert sich über einen Theil des Budgetberichts und nimmt aus der «Presse» die Rechtfertigungsartikel Hrn. de Girardin's auf. Vom National und Commerce wird auf die Versetzung des ehemaligen Ministers Teste in Anklagestand vor dem Pairshof, wenn sie eintreten solle, als auf eine Rechtsfrage hingewiesen, da dieselbe mit von ihm als Minister begangenen Handlungen zusammenhängen würde und nur die Deputirtenkammer nach Bestimmung der Charte einen Minister in Anklagestand versetzen könne. Ein Beschluß der Deputirtenkammer müsse also vorausgehen, und man hoffe, daß die Kammer ihre Rechte deshalb den Pairs gegenüber zu wahren wissen werde.

— Der gewesene Kriegsminister General Moline de St.-Yon ist zum Inspecteur der polytechnischen Schule, der Militair-Specialschule und des königl. Militaircollége ernannt worden.

— In **Lyon** hat man am 15. Jun. in Folge eines telegraphischen Befehls aus Paris drei Personen verhaftet, welche bei einer Veranstaltung betheiligt sein sollen, durch Nachtsignale aus Paris nach Lyon die steigende oder sinkende Tendenz der Börse zu melden, um danach in Lyon operiren zu können.

— Der Constitutionnel meldet, daß bei Compiegne ein Lustlager stattfinden werde, und bereits mit den Besitzern und Pächtern der dazu ausersehenen Fluren darauf bezügliche Uebereinkünfte abgeschlossen worden seien.

Paris, 21. Jun. Die abgelaufene parlamentarische Woche brachte zwei vorwaltend wichtige, wenn auch in verschiedener Weise bedeutsame Angelegenheiten. Die erste war die von der Deputirtenkammer fast einstimmig beschlossene Herabsetzung der Salzsteuer. Obgleich aus allen ersichtlichen Gründen ein solches Votum vorauszusehen war, versuchte das Ministerium sich doch an der Verwerfung des Antrags. Die gegen denselben aufgetretenen zwei Minister, Hr. Dumon und Graf Duchatel, hielten sich jedoch nur an den finanziellen Gesichtspunkt. Die Finanzen befänden sich in delicater Lage, und darum dürfe nichts geschehen. Dieses Argument mußte wirkungslos bei einer Kammer bleiben, deren Ansicht feststand. Vom Finanzminister Hrn. Dumon war es ein Fehler, das Votum durch Zusage eines die Frage betreffenden Gesetzentwurfs für nächstes Jahr vermeiden zu wollen. Es war zu diesem Auswege gar kein Vorwand, da die Proposition selbst sich auf den 1. Jan. 1849 be-

zog und also offen auf der Hand lag, daß man nur Zeit gewinnen wollte. Für das Ministerium ist das Votum der Deputirtenkammer eine Schlappe gewesen, die es leicht durch Beitritt und die Erklärung hätte vermeiden können, daß die Regierung ihre Kräfte mit der Kammer vereint aufbieten wolle, um einen geeigneten Weg zur Ausführung zu vermitteln. Als Ausgleichung hat das Cabinet in der Emile de Girardin'schen Angelegenheit einen eclatanten Triumph erhalten. Es bedurfte ihn, da eine Niederlage den Austritt bedingte. Der Parteigeist hatte die Frage gänzlich verrückt. Es handelte sich nur um Autorisation zum Verfahren der Pairskammer gegen Hrn. de Girardin wegen eines Artikels der «Presse», der von einem Versprechen der Pairswürde gegen Zahlung von 80,000 Fr. an ein ministerielles Blatt spricht. Die Kammer hätte einfach zu erwägen gehabt, ob dieser Artikel gewichtig genug sei, jene Autorisation zu ertheilen. Damit wäre aber Hr. de Girardin und der Opposition wenig gedient gewesen, die eine Gelegenheit zu Angriffen auf das Cabinet haben wollten. Der Angeklagte trat daher als Ankläger auf und erklärte, daß sein Artikel nicht gegen die Pairs, sondern gegen das Ministerium gerichtet sei, welches Pairspromessen gebe. Die Opposition ging darauf ein und die Debatte nahm eine Richtung, als sei zu entscheiden, nicht ob die Autorisation ertheilt werden solle, sondern ob Hr. de Girardin die Minister anzuklagen Recht habe. Die Sitzung war eine der leidenschaftlichsten und interessantesten, die seit lange vorgekommen ist. Mit einer gewissen Aufregung schon hörte man Hrn. Beaumont's geistreiche Ausfälle, Hrn. Odilon Barrot's ehrenhafte Principien an, der eigentliche Kampf aber begann erst, als Hr. de Girardin das Wort nahm. Verwundert sah man sein Zögern, seinen Antrag auf eine geheime Verhandlung. Die Linke unterstützte dieses Verlangen lebhaft und auf die Gefahr hin, mit ihrem oft aufgesteckten Principe der Oeffentlichkeit, ja mit den von ihrer Seite in der Sitzung gefallenen Worten in Widerspruch zu kommen, daß Licht über diese Angelegenheit verbreitet werden müsse. Hrn. de Girardin's Kriegslist ging darauf hinaus, glauben zu machen, er habe zu starke Dinge für die Oeffentlichkeit zu sagen und damit die Schwäche seiner Anklage zu verschleiern. Beinahe wäre es ihm gelungen, wenn nicht Hr. Duchatel das Wort über eine das Reglement betreffende Frage verlangt und die Majorität, seine Zuversicht gewahrend, ihn nachhaltig unterstützt hätte. Nach einer Viertelstunde entsetzlichen Lärms und entgegengesetzter Ausrufe konnte er zu Worte kommen, um zugleich mit zu erklären, daß die Regierung die Oeffentlichkeit wolle und gegen die von ihren Gegnern verlangte Heimlichkeit protestire. Hr. de Girardin fühlte, wie scharf diese Worte trafen und ging von seinem Antrage zurück. Das gab der Sache eine andere Wendung, die Opposition sah ihren Schützling die Parteifrage aufgeben, wurde kühler, und als er die Rednerbühne verließ, herrschte dumpfes Schweigen. Ohne Zeichen von Theilnahme kehrte er an seinen Platz zurück. Hr. Duchatel war jetzt im Vortheil und benutzte das sehr geschickt. Mit Ausnahme der zweifelhaft gebliebenen Zahlung von 100,000 Fr. für ein Theaterprivilegium an die Redaction eines ministeriellen Blattes wies er alle andern Anschuldigungen unter dem großen Beifalle der Majorität zurück. Hr. Guizot half die Niederlage vollenden. Hr. de Girardin hatte einen Brief seines Vaters vorgelesen, in welchem dieser beim König über Bedingungen Klage führte, die Hr. Guizot an seine Ernennung zum Pair knüpfen wolle. Der Minister gab nur zu, daß er mehrmals mit Hrn. de Girardin, welcher „für seinen Herrn Vater die Pairswürde wünsche" (welche Worte großen Effect machten, da diese Vaterschaft legal nicht anerkannt ist und werden kann), Unterredungen gehabt habe. Auch bei andern Ministerien wären schon deshalb Schritte geschehen. Er las dann einen Brief von 1838, wo Hr. de Girardin die Haltung der «Presse» um den Preis der Pairie für seinen Vater zu ändern zugesteht. (Nr. 175.) Damit hatte die Sache ein Ende und die Autorisation ward ertheilt. Diese Verhandlung war eine der ernstesten Krisen, welche das Ministerium in dieser Session zu bestehen hatte.

Italien.

Rom, 15. Jun. Die in dem Consistorium vom 11. Jun. dem Cardinalscollegium eröffnete Bildung eines Ministerraths ist jetzt durch ein sogenanntes Motu proprio amtlich publicirt worden. Nach demselben hat der Papst beschlossen: „die Chefs der Hauptverwaltungszweige des Staats zu einem Ministerrathe zu vereinigen, in welchem mindestens die wichtigsten der der Sanction des Papstes unterliegenden Angelegenheiten vorgeschlagen und gemeinsam berathen werden sollen". Zugleich werden bei dieser Gelegenheit mehre Theile der Staatsverwaltung, welche bisher auf unzweckmäßige Weise verbunden oder getrennt waren, in eine bessere Eintheilung gebracht. Der Ministerrath soll nach dem (aus 43 Paragraphen bestehenden) Gesetz aus folgenden sieben Mitgliedern gebildet werden: dem Cardinal-Staatssecretair, dem Cardinal-Camerlengo, dem Cardinal-Präfecten der Wasser- und Landstraßen, dem Monsignore Auditor der Camera, dem Monsignore Gouverneur von Rom, dem Monsignore Generalschatzmeister und dem Monsignore Präsidenten des Kriegsdepartements. Der Cardinal-Staatssecretair ist Conseilpräsident, und vor ihm finden die Sitzungen statt, insofern nicht der Papst selbst in ihnen den Vorsitz führt. Zu den Sitzungen können auch die Chefs der Dikasterien berufen werden, wenn ihr Rath nothwendig erscheint. In dem Ministerium des Staatssecretairs bleiben die beiden Secretariate des Staats und des Innern wie bisher vereinigt; das Staatssecretariat ist der Centralpunkt aller von den verschiedenen Ministerien behandelten Geschäfte. Der Cardinal-Camerlengo behält, außer der Vorstandschaft des Tribunals der Camera, das Departement des Handels, der Industrie, des Ackerbaues, der Künste ꝛc. Die Attributionen des Präfecten der Wasser- und Landstraßen ergeben sich aus seinem Titel. Dem Auditor der Camera wird das neue Justizministerium übertragen. Der Governatore von Rom behält außer dem Gouvernement der Hauptstadt die Leitung der Polizei im gesammten Staate, dann in Vertretung des Staatssecretairs den Oberbefehl der Truppen. Der Generalschatzmeister ist Finanzminister; er behält die Leitung des Aerars, womit die Verwaltung der Staatsschulden verbunden wird. Der Auditor der Camera und der Governatore von Rom werden ihrer bisherigen richterlichen Functionen und der Schatzmeister des Vorsitzes in der Congregation für administrativ-contentiöse Gegenstände und im Criminalgerichte der Camera enthoben. Der Präsident des Kriegsdepartements behält seinen bisherigen Wirkungskreis nebst der Verwaltung des Zeughauses, die bisher dem Schatzmeister zustand. Die Angelegenheiten, welche künftig im Ministerconseil entschieden werden sollen, sind: 1) die Competenzconflicte der Behörden; 2) die Recurse gegen Entscheidungen der Behörden; 3) die Reformen der Territorialeintheilung, wenn solche stattfinden; 4) die neuen Gesetze, allgemeinen Regulative und Instructionen und deren Interpretation und Declaration; 5) Alles, was sich auf das staatsökonomische System, die Finanzen, das allgemeine Interesse des Staats oder einzelner Provinzen bezieht; 6) die Ernennung der Hauptstaatsbeamten aller Branchen, welche nicht Prälaten sind (die Ernennung von Prälaten zu den Aemtern als Armenanwalt, Generalanwalt des Fiscus, Generalfiscalprocurator, Commissar der apostolischen Kammer und als Consistorialanwälte wird der Entscheidung des Papstes, unabhängig von dem Ministerrathe, vorbehalten); 7) alle übrigen Angelegenheiten, welche der Souverain dem Ministerrathe vorlegen läßt. In der Regel findet eine Sitzung des Ministerraths in jeder Woche statt; außerordentliche Sitzungen, so oft die Umstände es erheischen. Die Beschlüsse des Conseils sind lediglich berathender Natur, bis sie die allerhöchste Bestätigung erhalten haben. Für die Anstellung, Beförderung und Disciplin der Staatsbeamten soll ein Regulativ von dem Cardinal-Staatssecretair erlassen werden. Das Motu-proprio erhält mit dem 1. Jul. Gesetzeskraft. (N. C.)

Rom, 12. Jun. Vor einiger Zeit ward dem Marquis Drogoretti, einem sehr geistreichen Mann aus Neapel, der seiner politischen Ansichten halber sich aus seiner Heimat hat entfernen müssen, von Seiten der hiesigen Polizei bemerklich gemacht, Rom binnen kurzer Frist zu verlassen. Man legte ihm zur Last, er suche den Einfluß der im Königreiche Neapel bestehenden geheimen Gesellschaften auch über Rom und den Kirchenstaat auszudehnen. Indessen gelang es ihm, durch eine Berufung an den Cardinal-Staatssecretair die erhaltene Ausweisung unter dem Versprechen ruhigen Verhaltens rückgängig machen zu lassen. Er scheint seiner Zusage nicht nachgekommen zu sein, denn vorgestern ward ihm auf ausdrücklichen Befehl des Papstes aufgegeben, sich binnen drei Tagen aus Rom zu entfernen. (Köln. Z.)

— Die Gazzetta di Venezia meldet aus **Ferrara** vom 15. Jun.: „Unsere Stadt ist am gestrigen Abend durch ein schreckliches Verbrechen in Bestürzung versetzt worden. Der Baron Flaminio Baratelli wurde um halb 10 Uhr Abends auf offener Straße meuchlings ermordet. Er erhielt einen Schlag mit einem Stocke auf den Kopf und vier Dolchstiche in die Brust, die ihn auf der Stelle tödteten. Dieser gräuliche Vorfall macht allgemein den schmerzlichsten Eindruck. Man erzählt, der Ermordete habe wenige Tage zuvor eine geheime Anzeige von dem ihm drohenden Schicksal erhalten. An der Stelle, wo die Unthat verübt wurde, fand man einen Hut; die Justiz ist eifrigst bemüht, den Thätern auf die Spur zu kommen."

Griechenland.

Athen, 11. Jun. Ein hiesiges Oppositionsblatt, der Courrier d'Athènes, begleitet in seinem Stücke vom 30. Mai die Mittheilung der von den Ministerien des Innern und des Kriegs erlassenen Rundschreiben, worin allen Civil- und Militairbehörden jede unbefugte Einmischung in die Wahlen verboten wird (Nr. 139), mit Bemerkungen, welche diese Erlasse als bloße Täuschungen bezeichnen und sich über die Mittel verbreiten, durch welche die Verwaltung die Wahlen zu corrumpiren und in ihrem Sinne zu lenken wisse. So weit es sich da um allgemeine Versicherungen handelt, glauben wir den Einen nicht mehr wie den Andern, überhaupt in Griechenland keinem Griechen, am wenigsten Einem, der sich mit der Politik zu thun macht. Aber jenes Blatt führt auch eine Reihe von angeblichen Factis an, deren Mittheilung immerhin ihr Interesse hat, wenngleich sie vielleicht sich in Manchem etwas anders darstellen möchten, wenn sie von der andern Seite betrachtet würden. Jedenfalls sieht man, was man einander zutraut, und darf auch nicht vergessen, daß das Alles in einem hier am Ort erscheinenden Blatte gedruckt ist und daß hier zwar nicht Censur, doch aber Preßgerichte bestehen. Es heißt nun dort: „Gleich nach der Auflösung der Kammern verlangte der General Grizziotis, ehemaliger Abgeordneter, die Erlaubniß, sich nach Euböa zu begeben, um dort als Candidat bei den Wahlen aufzutreten. Sie ward ihm nach vielen Weiterungen ertheilt; als er aber in Chalcis ankam, verbot ihm der dortige Commandant, die Stadt zu verlassen, und er durfte selbst seine eigenen Besitzungen nicht besuchen. Der Phalanxmajor Balatzos, schon 1844 Abgeordneter von Lamia, damals aber durch die berüchtigte Commission der phthiotischen Wahlen verdrängt, bat um Erlaubniß, wieder dorthin zu gehen, um seine Rechte bei den Wahlen auszuüben; man wies ihn aber an, zuvörderst nach Nauplia zu gehen, und da harrt er noch immer auf Urlaub. Dem Oberstlieutenant Pharmaky ging es wie Grizziotis: er erhielt zwar Erlaubniß, nach Lepanto zu gehen, dort aber kam er sofort in

factischen Stadtarrest, während sein Mitbewerber, Major Veicos, nicht blos den freiesten Urlaub erhielt, sondern auch mit der Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe bei den Wahlen beauftragt wurde. Der Oberst Spiro Milios war 1844 von Theben erwählt worden. Seine Wahl ward für ungültig erklärt, und man schickte ihn als Militairinspector der Cykladen nach Syra. Diese Stelle ist eine Sinecure, und man hat ihm nie erlaubt, eine Inspection vorzunehmen. Jetzt aber, wie er um Urlaub bittet, um sich bei den Wahlen zu melden, verweigert ihm das Ministerium denselben unter dem Vorwande, daß das Interesse des Dienstes gebieterisch seine Anwesenheit auf Syra erfodere. Das ist Hohn bei der Willkür. In gleicher Weise sind, unter allerlei nichtigen Vorwänden, der Hauptmann Zouloumi in die ägäischen Inseln, der Lieutenant Papalexopoulo, welcher längst um seinen Abschied gebeten, nach Milo, der Oberst Scarvelli nach Syra, der Major Lazaretto nach Zea verwiesen worden. Der im Wartegeld stehende Hauptmann Vysanties, dem sein Aufenthalt, weil er eine militairische Zeitschrift herausgibt, durch königl. Verordnung ausdrücklich zu Athen angewiesen ist, ward befehligt, binnen 24 Stunden nach Korinth abzugehen. Der im Wartegelde stehende Quartiermeister Georgandas ward plötzlich von Athen nach Nauplia versetzt. Er bat, seiner Kränklichkeit halber, um Erlaubniß, sich auf seinem Landgute zu Kephissia von seiner Familie pflegen zu lassen, und versprach, dasselbe vor seiner Herstellung nicht zu verlassen; aber gerade zu Kephissia hat er über einige Stimmen zu verfügen, und so mußte er fort. — Drei Wahlcandidaten der Provinz Patras wurden vom Nomarchen in Kenntniß gesetzt, daß sie wohl thun würden, ihr Weichbild nicht zu verlassen, und beauftragten einen Bürger von Patras, Lambardopoules, in jene Provinz zu reisen und sich dort mit einigen ihrer Freunde zu verständigen. Kaum im nächsten Dorf angelangt, ward er von einem Gendarmen verhaftet und unter Mißhandlungen aller Art gefesselt nach Patras geschafft. Seine Frau erwirkte seine Freilassung durch den Staatsprocurator. Dem Hrn. Kalamogdatti ließ der Mirarch zu Patras, Hr. Panas, wörtlich sagen: er solle aufhören, die Ruhe der Stadt zu stören, sonst würden sie ihn umbringen, und er würde der Erste sein, ihm eine Kugel durch den Kopf zu jagen."

Personalnachrichten.

Orden. Hannover. Guelphenorden, Großkreuz: der preußische außerordentliche Gesandte in Hannover Graf Seckendorf; 4. Kl.: der preußische Premierlieutenant Graf v. Bismark. — Schweden. Wasaorden, Ritterkreuz: der Oberpostsecretair Pundt in Stettin.

Wissenschaft und Kunst.

** Leipzig, 25. Jun. An dem gestrigen Johannistage hatte der Oberbibliothekar der Stadtbibliothek Dr. Naumann eine Ausstellung auf der Stadtbibliothek zum Besten des hiesigen und des oberlausitzer Hülfsvereins veranstaltet, welche reich an Interesse ist, indem sie an dem Namenstage Gutenberg's eine Reihe historischer Seltenheiten hiesiger Bibliotheken und der Privaten Hofrath Dr. Gersdorf, L. D. Weigel und O. A. Schulz, zweier Buchhändler hier, gegen ein Eintrittsgeld einem gebildeten Publicum zur Anschauung bringt. Und zwar 1) Handschriften bis zur Erfindung der Buchdruckerkunst, worunter eine fast tausendjährige und eine mit Miniaturen von van Eyck oder seiner Schule; 2) eine Reihe alter Holzschnitte, worunter mehre Exemplare der biblia pauperum, der Ars memorandi, Spielkarten, Horä, Ablaßbriefe und ein Heilsspiegel; 3) alte Prachtwerke der Buchdruckerkunst, worunter eine Gutenbergsbibel auf Pergament, die 36zeilige von Pfister und mehre aus der Officin von Fust und Schöffer; 4) Druckprachtwerke der neuern Zeit, selbst chinesische; 5) Autographen von Reformatoren, Fürsten und Feldherrn des Dreißigjährigen Kriegs und deutscher Dichter; 6) Jubelschriften der hiesigen Buchdruckerinnung nebst interessanten Druckapparaten.

Handel und Industrie.

Börsenbericht. * Leipzig, 25. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115½ Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br., 100 G.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59¾ etwas bezahlt; Löbau-Zittauer 56½ Br.; Magdeburg-Leipziger 217 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¾ Br., 111¼ G.; Litt. B. 102⅞ bezahlt u. G.; Köln-Mindener 94—94½ bezahlt; Thüringer 94 G.; Altona-Kieler 109¾ Br., 109½ G.; Dessauer Bankactien 100 Br.; Preuß. Bankantheil 105 Br.

Staatspapiere. Amsterdam, 21. Jun. 2½pc. Int. 57⅝/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 100; 4½pc. Handelsg. 173⅞. Frankfurt a. M., 23. Jun. Oestr. Bkact. 1958; 250 Fl. L. 120¾; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¼; Bad. 50 Fl. L. 58⅛ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 77⅞ Br.; 25 Fl. L. 28⅜; Nass. 25 Fl. L. 26. London, 19. Jun. 3pc. Cons. 88⅝; Port. 3pc. 31½; Holl. Int. 58½. Paris, 21. Jun. 5pc. 118. 15; 3pc. 77. 50; Bankact. 3325. Wien, 22. Jun. Bkact. 1017; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Frankfurt a. M., 23. Jun. Taunusb. 359; Nordb. 727/8; Berb. 93⅞. Paris, 21. Jun. Versail. r. 360; l. 221¼; Paris-Orleans 1276½; Paris-Rouen 970; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 447½; Rouen-Havre 660; Marseille-Avignon 715; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 510; Orleans-Vierzon 615; Nord 585. Wien, 22 Jun. Nordb. 163¼; Gloggn. 122½; Mail. 109⅜; Livorn. 88¾; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 24. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 85, 3½pc. Staatsschuldsch. 93⅛ Br., 3½pc. Pfandb. westpr. 93⅛, ostpr. 96¼, pomm. 95, schles. 97⅛, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92⅞, kur- u. neum. 94⅛ Br., Louisdor 111¾, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 96½, Berl.-Anhalt. 111¼, Berlin-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 98⅛, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 96, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 91⅞ Br., 5pc. 101⅜ Br., Berl.-Stettin 110, Cöln-Minden 4pc. 94, Crak.-Oberschl. 4pc. 77, Düss.-Elberf. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 109⅝ Br., Niederschl. 88, Prior.-Act. 4pc. 92⅜, 5pc. 101⅓ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104⅓ Br., Litt. B. 4pc. 99 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-A.) 4pc. 80½ Br., Rhein. 84⅛ Br., Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90¼, Sächs.-Baier. 4pc. 86⅜. Thüring. 4pc. 94 Br. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83½ Br., Berg.-Märk. 4pc. 83⅓ Br., Berlin-Anhalt. 102, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Minden 4pc. 94, Magd.-Wittenb. 84½, Mecklenb. 74⅛ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅞, Pos.-Starg. 4pc. 83½ Br., Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100 Br., Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111 Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 95½, Poln. Schatzobl. 4pc. 82¼, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80¼, à 300 Fl. 4pc. 96¾, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅝, Bkcert. 3mSt. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85⅛, Staats-Pr.-A. 88¼ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31⅛, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

Leipziger Börse am 25. Jun. 1847.

Curse im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere, Actien exclus. Zinsen.	Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	141⅛	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)		
pr. 250 Ct. fl.	2 Mt.	—	—	à 3 % im 14-Thlr.-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	—	94⅛
Augsburg	k. S.	101⅛	—	à 3½ % F. kleinere	—	—
pr. 150 Ct. fl.	2 Mt.	—	—	à 4 % d°. d°. v. 500	—	99⅛
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	Kurn. Sächs. Landrentenbriefe à 3⅓ % im 14-Thlr.-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	—	92⅓
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½ % F. kleinere	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	100⅛	Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine à 3⅓ % im 14-Thlr.-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	83	—
Ladr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—	à 3½ % F. kleinere	—	—
Breal. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛	Leipziger Stadt-Obligationen à 3½ % im 14-Thlr.-Fuss v. 1000 u. 500 Thlr.	99⅛	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—	à 3½ % F. kleinere	—	—
Frankfurt a. M. pr. 100 Fl. in S. W.	k. S.	56⅛	—	Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %	—	—
	2 Mt.	—	—	à 4 % v. 500	—	—
Hamburg pr. 300 Mk. Bco.	k. S.	—	151½	à 4 % v. 100 u. 25	—	—
	2 Mt.	—	149⅝	Sächs. Pfandbr. à 3½ %	—	—
London pr. 1 Pfd. St.	2 Mt.	—	—	Sächs. Rentenbr. à 4 %	—	—
	3 Mt.	6. 22½	—	Sächs. Rentenbr. à 3½ %	—	—
	k. S.	—	—	Sächs. Rentenbr. à 3 %	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	—	79⅝	Sächs. Rentenbr. à 2½ %	—	—
	3 Mt.	—	79⅜	Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-Pr.-Obl. à 3½ %	104⅛	—
Wien pr. 150 fl. Conv. 20 kr.	k. S.	—	102⅛	K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100	—	92⅛
	2 Mt.	—	—	Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)	—	—
	3 Mt.	—	—	K. K. Oestr.-Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % laufende Zinsen	—	—
Augusta. à 5 Thlr. à ⅛ Mk. Br. u. à 21 K. 8 G. auf 100 Pf. Friedrichsd'or à 5 Thlr.		—	—	à 4 % laufende Zinsen	—	—
Idem auf 100		—	—	à 3½ % à 103⅓ im 14-Thlr.-Fuss F.	—	—
Ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse auf 100		—	12	Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.	—	—
Holl. Duc. à 3 Thlr.	d°.	—	6⅛	Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr. pr. 100	167	—
Kaiserl. d°.	d°.	—	6⅛	Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 100 pr. 100	115½	—
Breal. d°. à 6⅔ Aa	d°.	—	6⅛	Sächs.-Bair. d°. pr. 100	87	—
Passir d°. d°. à 6⅔ Aa	d°.	—	6	Sächs.-Schles. d°. pr. 100	100⅜	—
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—	Chemn.-Riesa. d°. pr. 100	60	—
Idem 10 u. 20 Kr.	d°.	—	3	Löbau-Zitt. d°. pr. 100	56½	—
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—	Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d° pr. 100	—	217
Silber d°. d°.	d°.	—	—			

*) u. s. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von Dresden nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, Außig (Teplitz), **Leitmeritz, Melnick, Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co., Dresden**, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2424]

Durch den ziemlich regelmäßig günstigen Wasserstand der Elbe finden wir uns veranlaßt, die in unserm diesjährigen Tarife stipulirten Frachten per Passagierschiff zu Berg um 25 Procent bis auf Weiteres zu ermäßigen.

Magdeburg, am 23. Juni 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
Holtzapfel.

[2419]

Im Verlage von **F. A. Brockhaus** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Meißner (H. A.), Specialgerichte für unsere Fabrikgewerbe.

Gr. 8. Geh. 28 Ngr.

Zu Anfang dieses Jahres erschien daselbst von dem Verfasser:

Die Fabrikgerichte in Frankreich.

Gr. 8. Geh. 20 Ngr. [2425]

Leipzig, den 26. Juni 1847.

Illustrirte Zeitung

Nr. 208.

Inhalt: Tagesgeschichte: Wochenschau. — Die Verhandlungen des ersten Vereinigten Landtages in Preußen. VIII. — **Die Thüringische Eisenbahn:** Halle. Merseburg. Weißenfels. Naumburg. Kösen. Weimar. Erfurt. Gotha. Eisenach. — Mannichfaltigkeiten: Schach. — Auflösung des Rebus Nr. 171.

Abbildungen: Bahnhof der Thüringischen Eisenbahn in Halle. — Halle von Schmidt's Garten aus. — Merseburg vom Bahnhofe aus. — Weißenfels vom Klemmberge aus. — Die Ruine Schönburg. — Naumburg vom Bürgergarten aus. — Schulpforte. — Kösen. — Rudelsburg und Saaleck. — Weimar vom Bahnhofe aus. — Schiller's Haus in Weimar. — Der Goethe-Garten in Weimar. — Wieland's Grabdenkmal bei seinem Landgut Osmannstedt bei Weimar. — Herder's Grabdenkmal im Park zu Tiefurt bei Weimar. — Erfurt vom Schießhaus aus. — Der Dom und die Severikirche zu Erfurt. — Die drei Gleichen bei Erfurt. — Gotha von der Schlichte aus. — Das Prinzenpalais in Gotha. — Die große Eisenbahnbrücke und die Seeberger Sternwarte in Gotha. — Eisenach von Hrn. Gutgesell's Sommerwohnung aus — Die Wartburg. — Die Lutherkapelle auf der Wartburg. — Panorama der Eisenbahn von Halle bis Weimar. — Panorama der Eisenbahn von Weimar bis Eisenach.

Vierteljähriger Abonnementspreis (13 Nummern von 48 Foliospalten jede) 2 Thlr.

☞ Mit dem 1. Juli beginnt ein neuer Band (und ein neues Quartal), worauf Bestellungen in allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen werden.

Leipzig, J. J. Weber. [2426]

Bei **Otto Wigand**, Verlagsbuchhändler in Leipzig, sind erschienen: [2415]

Simon, H., Das Verhältniß des Gesetzes vom 17. Juli 1846 zu den Gesetzen vom 29. März 1844, das ist: Die nachträglich vergrößerte Macht des Richters über das Volk, nach vorgängig vergrößerter Macht der Regierung über den Richter. Gr. 8. 1847. 7½ Ngr.

Vier Fragen veranlaßt durch die Verordnungen vom 3. Februar 1847 und beantwortet von einem Preußen. 2. Auflage. 8. 1847. 6 Ngr.

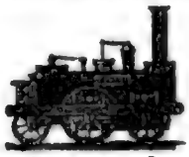
Zur Geschichte und Kritik des ersten Vereinigten Landtages der preußischen Monarchie. 1. Heft: Einleitung, Thronrede und Antworts-Adresse. Das Monstrum. Gr. 8. 1847. 6 Ngr.

Die politische Literatur der Deutschen im achtzehnten Jahrhundert.
Herausgegeben von M. v. Geismar.

I. **Politische Aufklärer aus der Zeit der französischen Revolution.** Gr. 8. 1847. 20 Ngr.

II. **Politische Märtyrer aus der Zeit der französischen Revolution. Nachtseiten des deutschen Staatslebens.** Gr. 8. 1847. 1 Thlr.

Am **31. August** 1847.



Am **31. August** 1847.

Staats-Eisenbahn-Lotterie-Anleihe des Großherzogthums Baden,

vertheilt in **400,000 Stück „20 Thaler- oder 35 Gulden-Loose"**, deren Capital unter Zuziehung der Zinsen à 3½ Proc. vom Jahre 1845 an, laut Gesetz vom 21. Februar 1845, durch **nachfolgende 400,000 Gewinne** mittels vierteljähriger Verlosungen zurückbezahlt wird, nämlich: 14 Mal **50,000 Gulden**, 54 Mal **40,000**, 12 Mal **35,000**, 23 Mal **15,000**, 2 Mal **12,000**, 55 Mal **10,000**, 40 Mal **5000**, 2 Mal **4900**, 38 Mal **4000**, 366 Mal **2000**, 1944 Mal **1000**, 1770 Mal **250** u. s. w., **zusammen 30 Millionen 261,495 Gulden betragend.**

☞ Die nächste Gewinn-Verlosung ist am 31. August 1847, und da jedes Loos **unbedingt** einen der obigen Treffer gewinnen muß, **deren kleinster 12 Gulden** oder **8 Thaler ist,** so ist mit Recht zu behaupten, daß **keine solidere und vortheilhaftere Capital-Anlage** gemacht werden kann.

ORIGINAL-LOOSE, **billigst cursmäßig, sind bei dem unterzeichneten Bankhaus jederzeit zu beziehen.** Pläne und jede Auskunft sowie s. Z. Ziehungslisten **gratis.**

☞ Auch übertragen wir den Verkauf an solide Geschäftsleute, welche sich deshalb an uns zu wenden belieben.

NB. Da wir auch nach der Ziehung die Loose wieder zurückkaufen, so braucht, wer von dieser Erleichterung Gebrauch machen will, als Differenz blos **Fl. 1 30 Kr.** oder **1 Thlr. Pr. Crt.** für jedes Loos an uns eingesandt zu werden.

J. Nachmann & Söhne,
Bankiers in Mainz a. Rhein.

Thüringische Eisenbahn.

Unter Bezugnahme auf die Bemerkung in unserm Sommerfahrplan bringen wir hiermit zur Kenntniß des Publicums, daß

am Donnerstag, als dem 24. dieses Monats,

unsere Eisenbahn in ihrer ganzen Länge von **Halle** bis **Eisenach** dem öffentlichen Verkehr übergeben wird.

Erfurt, den 22. Juni 1847.

[2406—7] **Die Direction der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000, 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2405] in Leipzig.

Handlungsbeflissene, welche sich unter steter Anleitung in höhern kaufmännischen Wissenschaften, der Correspondenz und in den verschiedenen Systemen der Buchführung theoretisch und praktisch auszubilden wünschen und gleichzeitig hierin etwa nöthigen Unterricht erhalten wollen, finden auf dem Comptoir eines bedeutenden Geschäfts, bei einem erfahrenen Kaufmann als **Volontaire** geeignete Gelegenheit, und sind schriftliche Anträge unter der Adresse **H. B. S. 66.** franco Magdeburg poste restante einzusenden. [2356—58]

Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 26. Jun. **Zum Benefiz der Frl. v. Marra** mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen: **Robert der Teufel,** große Oper von Meyerbeer (dritter und vierter Act). **Isabella und Alice,** Frl. v. Marra. — Hierauf: **Die Nachtwandlerin,** Oper von Bellini. **Amine,** Frl. v. **Marra,** als letzte Gastrolle.

Sonntag, 27. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen, auf vielfaches Verlangen: **Die Regimentstochter,** komische Oper von Donizetti. **Marie,** Frl. v. **Marra,** als **letzte** Gastrolle.

Montag, 28. Jun. **Die Jäger,** Schauspiel von Iffland. **Oberförster,** Herr **Anschütz.**

Dienstag, 29. Jun. **Die Valentine,** Schauspiel von G. Freytag. Valentine, Frl. Unzelmann.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Fr. Lessing in Freienwalde mit Frl. Luise Neuendorff in Berlin. — Hr. Kaufmann Karl Peter in Breslau mit Frl. Julie Zörchel.

Getraut: Hr. Ministerialassessor Gustav v. Bezold in München mit Frl. Luise Mayer. — Hr. Aloys Büchel in Dresden mit Frl. Emmeline Thon aus Schleiz. — Hr. Regierungsrath Karl Dantziger in Königsberg mit Frl. Mathilde Schweighöfer aus Stallupönen. — Hr. F. A. L. Indinger in Zittau mit Frl. A. H. E. Zeissig. — Hr. Hermann Schäffer in Beckwen mit Frl. Friederike Gautsch. — Hr. August Schmidt in Dippoldiswalde mit Frl. Ottilie Heymann. — Hr. Bankbuchhalter Christian Scholler in Nürnberg mit Frl. Clara v. Ebner. — Hr. Louis Vetterlein in Rothenmühle mit Frl. Sidonie Seifert aus Gößnitz. — Hr. Karl Louis Weickert in Dresden mit Frl. Christiane Karoline Eichhorn.

Geboren: Hrn. Bürgermeister Ahlers in Cremmen ein Sohn. — Hrn. Kaufmann J. C. Carney in Berlin ein Sohn. — Hrn. Premierlieutenant Rudolf Deinhard in Koblenz ein Sohn. — Hrn. Justizrath und Stadtsyndikus Flist in Prenzlau ein Sohn. — Hrn. Gustav v. Hartmann in Frankenthal ein Sohn. — Hrn. G. Heinrich in Bitschni eine Tochter. — Hrn. August König in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Regierungsrath v. Ledebur in Gumbinnen ein Sohn. — Hrn. Dr. Märkel in Köln ein Sohn. — Hrn. Dr. F. F. Reichmeister in Leipzig ein Sohn. — Hrn. Karl Siebert in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Frau Henriette Geisler in Casimirshof. — Frau Pauline Sophie Großmann in Leipzig. — Hr. Steueramtsassistent Albert Günther in Großenhain. — Hr. Orgelbauer Heise in Potsdam. — Frau Ch. Linden in Köln. — Frau G. A. Lynen in Stolberg. — Hr. Amtsrath Prillwitz in Wittenberg. — Hr. Kaufmann Karl Gottfried Trinks in Dresden.

Sonntag — Nr. 178. — 27. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zur Nachricht.

Auf das am 1. Jul. 1847 beginnende neue vierteljährliche Abonnement der **Deutschen Allgemeinen Zeitung** werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes Bestellungen angenommen. Der Preis beträgt in **Sachsen** vierteljährlich 2 Thlr., in den übrigen Staaten wird derselbe nach Maßgabe der Entfernung von Leipzig erhöht.

Ueberblick.

Deutschland. =München. Der König. Dr. Schubert. Landtagserwartungen. — Vorsichtsmaßregeln in Nürnberg. ƶDresden. Gewitter. Das Getreide. Uneigennützigkeit. Concerte. — Der König von Sachsen. — Die badischen Freimaurer. — Landtagspetitionen in Weimar. *Oldenburg. Verordnung in Betreff der Auswanderer. — Der nassauer Landtag. *Aus Hohenzollern-Sigmaringen. Freizügigkeitsvertrag. — Der Bundestag.

Preußen. Berlin. Der Landtag. *Aus der Provinz Preussen. Die Eisenbahnfrage. *Aus Niederschlesien. Die Einkommensteuer aus provinziellem Standpunkte. *Von der Oder. Der Aufwand für den katholischen und evangelischen Cultus. — Der König. — Christkatholische Kirche in Liegnitz.

Oesterreich. Denkmal in Hofgastein. Berichtigung.

Spanien. Die Finanzen. Der Rentenverkauf der vier Militairorden und der Johanniter. Die Interventionstruppen. Der päpstliche Nuntius. Der Secretair Cabrera's.

Großbritannien. Jahrestag der Thronbesteigung. Der Hof. Die Wahlbewegung. Die Bank von England. Getreidepreise in Irland. Sir Charles Napier. Die Desertionen von der Marine. Canada. Nachrichten vom Cap. Der Herzog v. Palmella. Mejico.

Frankreich. Deputirtenkammer. Der Pairshof. Der Proceß Cubières. Hr. Teste. Hr. de Girardin. Der Herzog von Nemours. Marschall Bugeaud. ⊙ Paris. Hr. de Girardin freigesprochen. ** Paris. Hr. Teste.

Belgien. Prinz Peter Napoleon Bonaparte.

Schweiz. Die englische Gesandtschaft. Instruction von Zürich.

Italien. *Rom. Wiedertäufer. Der Ministerrath. Rom. Consistorium. Florenz. Amnestie. — Die lucchesische Staatsschuld.

Nordamerika. Die Mormonen.

Brasilien. Der Kaiser. Eröffnung der Kammern.

Personalnachrichten.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. General-Continental-Transit-Compagnie. *Leipzig. Börsenbericht. *Aus Thüringen. Die Thüringische Eisenbahn. Elbing. Die Eisenbahnbauten. — Eisenbahn in Neapel. — Frequenz der Magdeburg-Leipziger und -Halberstädter Eisenbahn. — Die Kartoffelkrankheit. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

=**München**, 23. Jun. Unser König hat gestern München verlassen, um sich nach dem Bade Brückenau zu begeben. (Nr. 177.) Der König hat den Weg über Ingolstadt gewählt, um die dortigen Festungsbauarbeiten, welche je länger desto mehr ihrer Vollendung entgegengehen, in Augenschein zu nehmen. Der scharfe Kennerblick unsers Königs in Bezug auf Alles, was das gesammte Bauwesen betrifft, ist allgemein bekannt, und hier weiß man auch, daß seine Rügen von den Ausführenden mehr gefürchtet werden als alle Kritiken der sogenannten Sachverständigen und Kunstrichter. Die gleiche Absicht, sich selbst von den Fortschritten der Festungsbauten in Germersheim zu überzeugen, wird auch genannt, wenn davon die Rede ist, daß der König im Spätsommer die Rheinpfalz zu besuchen gedenke. — Der neue Redacteur unserer politischen Zeitungen, Dr. Schubert aus Breslau, hat mit einer öffentlichen Vertheidigung gegen die durch seine wirkliche oder angebliche politische Rockumdreherei hervorgerufenen Angriffe begonnen, welche in den rheinischen Blättern ultramontaner Farbe gegen ihn gemacht worden sind. Wer vor dem Sturze des Ministeriums Abel in Baiern Mitarbeiter und Mitredacteur der Augsburger Postzeitung gewesen oder mit der Leitung unserer politischen Zeitung betraut worden ist, die ebenfalls eine andere Farbe vor diesem Sturze nie hatte in Anspruch nehmen wollen, der darf sich eben so wenig darüber wundern, daß seine plötzlich liberal gewordene Richtung Verwunderung und Anfechtung oder Verdächtigung erregt, als darüber, daß er als Redacteur es vorzieht, die neue Fahne zu ergreifen, statt sein Blatt dem unvermeidlichen Untergange entgegengehen zu lassen. Uebrigens hat Dr. Schubert bereits vor längerer Zeit seinen bevorstehenden Rücktritt von der Redaction angekündigt (Nr. 83), zum Bedauern Aller, welche erkennen, daß er eigentlich seit langer Zeit der einzige Leiter dieses Blattes von hervorragender journalistischer Befähigung gewesen ist.

Von Landtagsgegenständen ist abermals wieder viel die Rede, ohne daß dadurch das eine oder das andere der umlaufenden Gerüchte über eine außerordentliche oder beschleunigte Einberufung der Stände größere Glaubhaftigkeit erhielte. Die Masse des sich unabweisbar ergebenden Materials ist es wol vorzugsweise, welche die Aufmerksamkeit so lange im voraus auf sich zieht. Da ist ein neues Budget für ganze sechs Jahre zu berathen, welches der Ab- und Umänderungen gegen früher wol gar manche enthalten dürfte. Ferner wird man die große Frage der neuen Gesetzgebung zu entscheiden haben. Endlich, daran wollen wir aber vorläufig noch nicht glauben, will man auch von neuen und wichtigen Eisenbahngesetzen Kunde haben, die an die Kammern gelangen sollen. Dies Alles erwägend, muß man wol gestehen, daß auch die außerordentlichsten Anstrengungen nicht hinreichen können, den gegebenen Aufgaben innerhalb der Zeit eines gewöhnlichen Budgetlandtags zu entsprechen; aber so lange man nicht weiß, ob die Regierung überhaupt in den Stand gesetzt wird, die neuen Gesetzbücher den Ständen vorzulegen, so lange können alle jene Gerüchte auf nicht mehr als bloßen Muthmaßungen ruhen. Gewiß ist nur, daß in allen Ministerien, vorzugsweise aber in denen der Justiz und der Finanzen, ununterbrochen die größte Thätigkeit herrscht.

— Aus **Nürnberg** vom 22. Jun. theilt das Frankfurter Journal mit: „Heute Nacht sah es bei uns kriegerisch aus; starke Reiterpatrouillen durchzogen die Straßen; die Hauptzugänge waren versperrt, einige Posten mit Wachmannschaft besetzt, kurz, alle Maßregeln getroffen, um einen Krawall im Entstehen zu erdrücken. Seit einigen Tagen schon bezeichnete ein umgehendes Gerücht die vergangene Nacht als den Zeitpunkt, wo man das Haus eines hiesigen Getreidehändlers, der schon im Aprilspectakel bedroht war, attakiren wolle. Abends wurde es auf den Straßen lebhafter als gewöhnlich; in der Nähe der Wohnung des Getreidehändlers sammelten sich neugierige Gruppen; einzelne Muthwillige pfiffen gellend. Erst gegen Tagesanbruch kehrte die aufgebotene Landwehr und das Linienmilitair heim. Gestern Nachmittag erschien eine Bekanntmachung des ersten Bürgermeisters Binder, in welcher derselbe bittet, die Bürger möchten ihre Angehörigen zu Hause halten."

ƶ**Dresden**, 24. Jun. Obgleich seit mehren Wochen der Himmel hier fast ununterbrochen aufsteigende Gewitter zeigte, so blieben diese jedoch nie in unserer unmittelbaren Nähe, sondern zogen größtentheils seitwärts der Sächsischen Schweiz zu, bis gestern Nachmittag, kurz vor 4 Uhr, nach einer drückenden Schwüle zum ersten Male mehre Gewitter zugleich unter starken Regengüssen und Hagel sich über Dresden und dem Plauenschen Grund entluden. Der Hagel ist leider nach der pirnaischen Gegend zu nicht unbedeutend gefallen, wohlthätig dagegen ist der warme Gewitterregen in das Erdreich eingedrungen; zugleich hatte aber auch der Blitz in die Scheune eines Bauergutes in Koschütz eingeschlagen und diese nebst angrenzendem Stallgebäude entzündet; ohne daß jedoch dabei irgend Jemand verunglückte oder Verlust von Vieh herbeigeführt worden wäre, wurde das Feuer schnell, ehe es weiter um sich greifen konnte, gelöscht. — Noch immer hält sich hier das Getreide auf derselben enormen Preishöhe, der Roggen circa 9 Thlr., das Pfund Brot 1 Ngr. 6 Pf., auffallend kleiner ist besonders unsere Weißbrotwaare geworden, und obgleich früher von Mangel an Weizen keine Rede war, so hat doch die Höhe des Roggenpreises auch den Weizen ins Steigen gebracht, und wenn bei dieser anhaltenden Theuerung weniger Klagen laut und bemerkbar werden, als man befürchten sollte, so liegt dies wol zunächst in der freudigen Hoffnung der so nahen, überall günstig stehenden Aernte und in dem Vertrauen, durch zeitgemäßes Einschreiten der Regierung das baldige Sinken der Preise herbeigeführt zu sehen und dann auch billigeres Brot zu erhalten; denn sollte die Größe des Brotes nicht mit dem herabgegangenen Preise des Getreides im Verhältnisse bleiben, so würde die Wiedereinführung der Taxe, deren Aufhebung ohnedies nur provisorisch war, eine der ersten Folgen sein.

Als ein Beispiel seltener Uneigennützigkeit und Mitgefühls für arme Nothleidende verdient die Handlungsweise eines Landmanns aus dem nahe bei Dresden gelegenen Dorfe Plauen erwähnt zu werden. Der Gutsbesitzer Dittrich nämlich hat den ganzen verflossenen Winter hindurch und noch bis auf diese Stunde den Armen des Dorfes und der nahen Umgegend den Scheffel Roggen nicht theurer verkauft als in früherer Zeit, sodaß diese, während man überall 9 Thr. und noch

mehr bezahlen mußte, denselben durch Dittrich's Güte für 4—5 Thlr. bezogen und nicht Wenige ihren kleinen Bedarf auch ganz umsonst erhielten.

Während im Geschäftsleben sich noch kein erfreulicheres Zeichen stärkern Betriebes kund gibt, während die Magazine der Modisten, der Tapezierer, Tischler, Klempner und mehrer anderer Professionisten Tage lang ohne einen einzigen Käufer eintreten zu sehen leer stehen, wiederholen sich häufiger als in irgend einem Sommer in den besuchtesten Restaurationen Dresdens die Concerte, deren Genuß wol nirgend so billig als hier ist und die wegen ihres zahlreichen Besuchs nicht selten zu mildthätigen Zwecken benutzt werden. Auch das vielbesuchte Waldschlößchen hatte die Bewilligung zur Aufführung von Concerten in der dortigen Restauration schon seit mehren Jahren sich zu erwerben gesucht, allein nie hat ein Concert an einem hiesigen öffentlichen Orte so vielfach zu scandalösen Scenen Veranlassung gegeben, als dies auf diesem Orte mit Anbruch der Nachtstunden fast jedes Mal geschah, sodaß jetzt von Seiten der Behörden die Dauer der Concerte daselbst nicht länger als bis 10 Uhr gestattet ist, und dies mit Recht, denn leider war dieser von allen Ständen Dresdens zu jeder Tageszeit besuchte und beliebte Ort während der Concerte der Sammelplatz aller leichten Dirnen und raufluſtigen Trunkenbolde, die die einbrechende Nacht benutzten, um dort ihre Orgien zu feiern, und aller Sitte und Anstand Hohn sprechend ihren Scandal bis zum einbrechenden Morgen trieben.

— Aus dem Dresdener Tageblatt erfährt man, daß der König von **Sachsen** und Prinz Johann einen Ausflug nach Böhmen zu Pferde gemacht haben und am 23. Jun. kurze Zeit in Purschenstein waren.

— „So viel ich eben vernehme, schreibt Jemand dem Frankfurter Journal aus **Karlsruhe** vom 20. Jun., ist den Offizieren des Armeecorps nunmehr erlaubt, in die Logen der Freimaurer sich aufnehmen zu lassen. Sie wissen vielleicht, daß vor längern Jahren, wo die Logen noch eine politische Bedeutung hatten, die Offiziere schriftliche Reverse ausstellen mußten, daß sie keinen Antheil mehr daran nähmen. Diese Reverse sollen nun auch zurückgegeben worden sein. Freilich haben sie jetzt auch jede politische Bedeutung verloren."

— Aus **Weimar** wird dem Frankfurter Journal geschrieben: „Bei dem verflossenen Landtage sind auch zwei Petitionen ganz eigenthümlicher Art vorgekommen. Die Gemeinde Pfiffelbach beschwerte sich nämlich über die ganz unglaubliche Anzahl von Raben in ihrer Flur; es gebe Bäume mit 20—30 Rabennestern, und der Schaden, den diese Vögel anrichteten, sei sehr groß; sie fräßen die Kartoffeln sowie sie gelegt, und die Saat sowie sie gesäet worden, in solchem Maße, daß oft ganze Weizenstücke umgeackert werden müßten. Die Grundstücksbesitzer dürften die Nester in der Brütezeit nicht einmal zerstören, denn es würden von der Jägerei Wachen ausgestellt, ein solches Vorhaben zu verhindern, und dieses Alles geschehe nur des Jagdvergnügens wegen. Die zweite dieser Petitionen war von der Papiermühlenbesitzerin Ph. Kritz zu Wutha und betraf ein Gesuch um Verwendung des Landtags wegen des Hadersammelns. Die Bittstellerin führt an, daß das Recht zum Hadersammeln von großherzogl. Kammer sonst nur an Papiermüller verpachtet worden sei; jetzt aber drängten sich Juden zu diesen Verpachtungen und trieben die Pachtsummen zu einer fast unglaublichen Höhe hinauf. So sei z. B. das Recht des Lumpensammelns in dem tiefenerter Amtsbezirke, wofür man sonst 3 Thlr. bezahlt habe, durch das Treiben dieser Juden bis auf 35 Thlr. gesteigert worden. Der Grund, weshalb der Jude einen so hohen Pacht geben könne, sei der, daß ihm durch das Hadersammeln Gelegenheit zum Betreiben des Schleichhandels mit allerlei Gegenständen gegeben würde, wobei ihn sein Paß als Hadersammler bei seinem Hausir- und Schmuggelhandel gegen die Nachstellungen der Polizei schütze. Aus formellen Gründen konnte der Landtag diesen Petitionen zwar keine Berücksichtigung zu Theil werden lassen, erließ aber doch das Gesuch an die Staatsregierung, diese Uebelstände wo möglich abzustellen."

* **Oldenburg**, 21. Jun. Von unserer Regierung ist unlängst bekannt gemacht worden, daß diejenigen Bescheinigungen, welcher hiesige Landesunterthanen bei beabsichtigtem Wegzuge in einen andern deutschen Bundesstaat bedürfen, künftig nicht eher ertheilt werden sollen, als bis eine Aufnahmezusicherung desjenigen Staats vorliegt, in welchem sie sich niederzulassen gedenken.

— Aus **Wiesbaden** heißt es in der Karlsruher Zeitung: „Unser diesjähriger Landtag hat vor wenig Tagen seine Wirksamkeit beendigt. Sie war eine anspruchlose, aber eine sehr praktische, und das Land hat die von Jahr zu Jahr sich steigernde Bedeutsamkeit unsers ständischen Lebens auch diesmal zu würdigen gewußt, während vordem die Theilnahme für den Landtag beklagenswerth gering war. Man muß den nassauischen Landtag nicht mit dem Maßstabe größerer Staaten messen. In unserer II. Kammer sind gewöhnlich nur gegen 20 Mitglieder anwesend; es gibt da keine Rechte und keine Linke; man kann sagen: statt der Parteien haben wir nur Abgeordnete von zwiefacher Bedeutung, active und passive. Aber unter den activen, unter den redenden Mitgliedern sind Männer, die das Land gründlich kennen und denen sein Wohl am Herzen liegt; sie machen keine systematische Opposition gegen die Regierung, aber sie wissen wohl eine freimüthige Kritik zu üben und manchen praktischen Vorschlag durchzusetzen; die Unterstützung jener schweigsamern Mitglieder wird dann selten ausbleiben, eben weil keine Parteien vorhanden sind. Der eben auseinandergegangene Landtag hat für eine Reform unserer Gemeindeverwaltung gewirkt, für die Hebung des Gewerbstandes, für ein geeignetes Wildschadengesetz, für Einführung eines Wechselrechts, für die Ordnung der Maße und Gewichte und für eine Menge anderer Sachen, deren specielle Bedeutung vielleicht nur der Nassauer kennt. Es gibt vielleicht kein Land, dessen innere Zustände man so genau in den Landtagsprotokollen abgespiegelt sieht wie das nassauische. Doch war auch die Erörterung einzelner Principienfragen nicht ausgeschlossen, wohin wir einen Antrag auf Vermehrung der Abgeordnetenzahl, auf Preßfreiheit ꝛc. rechnen."

* **Aus Hohenzollern-Sigmaringen**, 22. Jun. In Folge einer mit der österreichischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft vom 12. und 29. Mai d. J. sind die Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 23. Jun. 1817 über die den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten bei Vermögensexportationen aus einem in den andern Bundesstaat zuzugestehende Freiheit von allen Nachsteuern (jus detractus, gabella emigrationis) auch auf die Provinzen des österreichischen Kaiserstaats ausgedehnt worden, welche nicht zum Deutschen Bunde gehören, und zwar rücksichtlich der ungarischen Länder nur, insoweit jene Abgaben in die landesfürstlichen Kassen zu fließen haben, rücksichtlich der übrigen Provinzen aber ohne alle Beschränkung.

— Der Weser-Zeitung wird **vom Main** unterm 18. Jun. geschrieben: „Wie man vernimmt, werden Baiern, Württemberg und Baden dem preußischen Preßentwurfe beim Bunde den Antrag entgegenstellen, daß die Lösung der Preßfrage der Machtvollkommenheit der einzelnen Staaten anheimgegeben werde. Auch wird hinzugefügt, daß Baiern die Erklärung abgeben wird, die Regierung werde, wenn ein gemeinsamer Beschluß vom Bunde nicht zu Stande käme, im Vereine mit den Ständen die Preßfrage über die innern Verhältnisse auf gesetzlichen Grundlagen zu ordnen suchen. Wie man glaubt, werden sich Baden und Württemberg dieser Erklärung gleichfalls anschließen. Nach dem bisherigen Gange, den die Preßangelegenheit am Bunde genommen, ist es durchaus nicht wahrscheinlich, daß über Aufhebung der Censur irgend ein gültiger Beschluß erzielt werden wird. Weit eher steht daher die Ergänzung und Verschärfung der Karlsbader Beschlüsse zu erwarten, über deren Mangelhaftigkeit in der vorigen Session von verschiedenen Seiten Klage geführt worden ist. — Einen der wichtigsten Gegenstände der nächsten Sitzungen wird die Berathung über die materiellen Verhältnisse Deutschlands bilden. Es soll in dieser Beziehung von Seiten Oesterreichs der Versammlung eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt werden, welche zum Zweck haben, nicht nur dem Proletariate zu steuern und der Wiederkehr einer allgemeinen Noth nach Möglichkeit vorzubeugen, sondern auch die Ausbrüche ähnlicher Volksbewegungen, wie sie die letzten Monate gebracht, durch entschiedene Maßregeln zu verhüten. Die Presse wird dabei ebenfalls wieder bedacht werden, indem durch strenge Maßregeln dahin gewirkt werden soll, communistische und socialistische Tendenzen aus derselben fern zu halten. Es ist dieser Gegenstand bereits im vorigen Monat zur Sprache gebracht, die ausführliche Erörterung aber bis zur Rückkehr des österreichischen Bundespräsidialgesandten, von dem man Mittheilungen in diesem Betreff zu erwarten hatte, verschoben worden."

Preußen.

Berlin, 25. Jun. In den Sitzungen am 18. und 19. Jun. verhandelte die Herren-Curie über die Verfassungsanträge der Stände-Curie. In Betreff der Periodicität des Landtags hatte die Abtheilung, mit 10 gegen 3 Stimmen, den Beitritt zu der Bitte beantragt, aber mit 11 gegen 2 Stimmen gerathen, keine Frist auszusprechen, sondern diese dem Ermessen des Königs zu überlassen. Graf Landsberg erklärte sich in gleichem Sinne, schlug aber eventuell eine etwas veränderte, vermittelnde Fassung vor. Graf Zieten erklärte sich für den Antrag als Bitte, nicht aus Rechtsgründen. Mehr aus letztern Graf Sierstorpff. Fürst Wied sprach mit Wärme im gleichen Sinne. Graf Bethe zu Stolberg wollte jedes Drängen und jede Beziehung auf Rechtsgründe vermieden. Graf York wollte die letztern nicht ganz und gar ausgelassen wissen. Graf Eberhard Stolberg meinte, man solle erst die neuen Gesetze erfüllen und dann auf nächstem Landtage seine Wünsche vortragen. Auch Graf Burghauß wußte nicht, wie seine politische Stimme, die erst mit dem 3. Febr geschaffen worden, das Recht habe, sich auf ältere Gesetze zu berufen. Graf Dohrn erklärte in feuriger Ansprache an die Versammlung, daß er seine persönlichen Ansichten dem großen Zweck unterordne. Prinz Hohenlohe trat ganz dem Gutachten bei. Fürst Lichnowsky mahnte in längerer Rede, die Treue in der Wahrheit eben so gut durch Nein wie durch Ja zu bewähren und sich nicht nachsagen zu lassen, sie hätten nichts gelernt und nichts vergessen. Der Fürst Lynar verbreitete sich in einem geschichtlichen Ueberblick über die Nothwendigkeit der Bitte auch aus conservativem Standpunkte. Graf Königsmark schloß sich dem Antrage vertrauensvoll an, fügte sich aber jedem Bescheide; v. Quast gehörte der Minorität der Abtheilung an; Graf Schaffgotsch trat dem Antrage bei; Graf Arnim fand einen Bezug auf die frühere Gesetzgebung nicht unge-

eignet, ein näheres Eingehen auf die Gründe sei nicht nöthig, dem Könige die Bestimmung der Frist anheimzugeben, die Bitte selbst verletze weder die Ehrfurcht, noch sei sie unzeitgemäß, die Regierung selbst habe in den Weg der Petition gewiesen. Fürst Radziwill warnte, sich auf den Rechtspunkt zu beziehen, erklärte sich aber für die Fassung der Abtheilung. v. Massenbach sprach gegen den Antrag, Graf Solms-Baruth und der Prinz von Preußen, welchem Graf Arnim entgegnete, für das Amendement des Grafen Landsberg. Der Prinz von Preußen rieth vor Allem, erst Erfahrungen zu sammeln. Graf Itzenplitz sprach für den Antrag; Graf Redern schlug, um eine möglichst starke Mehrheit zu gewinnen, vor, zu der Bitte hinzuzufügen: „Die Curie glaubt die Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit mit Vertrauen Sr. Maj. anheimstellen zu dürfen." Nach einer längern, den Standpunkt der Regierung darlegenden, aber nicht entmuthigenden Rede des Landtagscommissars sprach noch der Referent v. Keltsch zur Vertheidigung des Gutachtens. Nach längerer Verhandlung über die Fragstellung wurde der Antrag der Abtheilung mit 41 gegen 26 Stimmen abgelehnt, auch der des Grafen Landsberg erhielt nicht die erfoderliche Mehrheit, wohl aber der des Grafen Redern (49 gegen 18).

In der Sitzung am 19. Jun. kam man auf die Ausschüsse. Die Abtheilung war mit 10 gegen 3 Stimmen für die Bitte. Graf Lynar sprach dagegen, weil ein unzulässiges Drängen darin liege; auch Graf Botho zu Stolberg fürchtete eine mittelbare Schwächung der Autorität der Krone. Fürst Lichnowsky verbreitete sich über den Zusammenhang des Antrags mit dem bereits angenommenen. Fürst Radziwill stellte folgendes Amendement: „Se. Maj. den König allerunterthänigst zu bitten, die Verordnung des dritten Februars 1847 über den vereinigten Ausschuß und dessen Befugnisse allergnädigst dahin abändern zu wollen, daß diesem Ausschuß in seinem Verhältnisse zu dem Vereinigten Landtage keine weitern Rechte eingeräumt werden möchten, als solche dem ständischen Ausschusse der Provinziallandtage diesem letztern gegenüber durch die Verordnung vom 21. Jun. 1842 beigelegt waren, und solches näher aus den §§. 2 und 4 der letztgedachten Verordnung hervorgeht." Der Landtagscommissar sprach sich diesem Vorschlage günstig aus, und er wurde, nachdem für den Abtheilungsantrag nur 34 gegen 32 Mitglieder gestimmt, von 45 Mitgliedern angenommen. Der Antrag, der Petition in Betreff der Provinziallandtage beizustimmen, ward mit 40 gegen 26 Stimmen abgelehnt. In Betreff der Staatsschulden erklärte sich die Abtheilung für folgende Anträge: „a) Se. Maj. den König allerunterthänigst zu bitten, allergnädigst anerkennen zu wollen, daß nur mit Zustimmung des Vereinigten Landtags Landesschulden rechtskräftig contrahirt werden können; und dabei auszusprechen, daß Se. Maj. das unbestreitbare Recht der Krone behalten möge, in allen Fällen, in welchen die Einberufung des Vereinigten Landtags unausführbar ist, ohne Zuziehung ständischer Organe Anleihen zu contrahiren. b) Se. Maj. den König allerunterthänigst zu bitten, allergnädigst anerkennen zu wollen, daß nach der Verordnung vom 17. Jan. 1820 (Staatsschulden betreffend) überhaupt kein Staatsschuldendocument irgend einer Art, daß weder verzinsliche noch unverzinsliche und deshalb auch keine Erklärungen von Schuldgarantien ohne Zuziehung und Mitgarantie des Vereinigten Landtags aufgestellt werden dürfen. Im Fall aber die unbedingte Anwendung dieses Gesetzes bedenklich erachtet würde, dem Vereinigten Landtage dieserhalb eine allerhöchste Propesition allergnädigst vorlegen zu lassen." Fürst Radziwill schlug wieder ein Amendement vor, welches sich nach längerer Verhandlung also gestaltete: „Se. Maj. zu bitten: 1) daß alle in Friedenszeiten zu contrahirenden Staatsanleihen, für welche Staatseigenthum oder Staatseinnahmen zur Sicherheit bestellt werden, nicht anders als mit Zustimmung des Vereinigten Landtags aufgenommen werden sollen; 2) daß dasselbe auch von Darlehen in Kriegszeiten gelten möge, so oft nach dem Ermessen Sr. Maj. die Einberufung des Vereinigten Landtags ohne Gefährdung des Staats erfolgen kann; 3) daß aber in den Fällen, wo bei einem zu erwartenden oder bereits ausgebrochenen Kriege zur Beschaffung des nöthigen außerordentlichen Geldbedarfs die vorhandenen Fonds nicht ausreichen, deshalb Darlehen aufgenommen werden müssen und nach dem Ermessen Sr. Maj. die Einberufung des Vereinigten Landtags unausführbar ist, Sr. Maj. das Recht vorbehalten bleiben möge, dergleichen Anleihen ohne Zuziehung ständischer Organe rechtsgültig zu contrahiren; 4) der §. 7 des Gesetzes vom 3. Febr. 1847 wegen Bildung des Vereinigten Landtags bleibt in Kraft." Der Abtheilungsantrag erhielt die erfoderliche Majorität nicht. Das Weitere berichtet die Allgemeine Preußische Zeitung noch nicht.

* **Aus der Provinz Preussen**, 20. Jun. Der Beschluß des Landtags hinsichtlich der Berlin-Königsberger Eisenbahn hat hier die verschiedenartigsten Beurtheilungen gefunden. Von der einen Seite werden die gegen die Anleihe stimmenden Abgeordneten der Verblendung, Inhumanität, Ignoranz, eines unverantwortlichen Parteigeistes und politischen Jesuitismus angeklagt; von der andern lobt man ihre Ueberzeugungstreue, Selbstaufopferung, Gewissenhaftigkeit und tiefe staatsmännische Einsicht. Wir wollen diese entgegengesetzten Ansichten, deren Widersprüche sich vornehmlich aus dem politischen Standpunkte der Beurtheiler erklären, unerörtert lassen und nur in der Kürze die Frage berühren, ob nicht andere Communicationsmittel vor der Hand weit nothwendiger für unsere Gegend sind als die Eisenbahn. Wir haben hier keine Industriezweige von namhafter Ausdehnung, die durch die Eisenbahn besonders zu heben wären; die Bodencultur liefert unsere Hauptproducte, und zu ihrem Vertriebe müssen hauptsächlich die Wasserstraßen dienen; diese sind aber im Innern der Provinz noch mangelhaft; so z. B. fehlt es an einem bequemen Wasserwege zwischen Elbing und Danzig, obwol die natürlichen Bedingungen vorhanden sind; auch der Kanal zur Verbindung der oberländischen Seen ist noch weit von seiner Vollendung entfernt. An Chausseen sind wir gleichfalls arm, und in vielen Gegenden ist es während der schlechten Jahreszeit fast unmöglich, die grundlosen Wege zu passiren; die traurige Folge davon ist der furchtbare Nothstand, in welchen zahlreiche Orte in Lithauen und Masuren fast alljährlich versetzt werden, da die unentbehrlichsten Lebensmittel ihnen nicht zugeführt werden können, wenn auch reichliche Vorräthe nur wenige Meilen entfernt liegen. Hin und wieder ist eine Chaussee angefangen, ohne fertig gemacht worden zu sein; namentlich sind seit dem 1. Aug. v. J. mehre angefangene Strecken unvollendet liegen geblieben und überhaupt ist eine besonders rege Betreibung solcher Bauten in den gedachten Gegenden nicht zu bemerken gewesen. Diese Uebelstände eben so wenig wie die durch Rußlands Absperrung herbeigeführten Calamitäten würden durch die Berlin-Königsberger Eisenbahn schwerlich gehoben werden; wir würden durch die schnelle Verbindung mit der Hauptstadt einen angenehmen Luxusartikel haben, in der Folge könnte sie uns wol auch manchen reellern Nutzen bringen, nicht aber Das, was uns zunächst und vor Allem noth thut. Daher wird der Beschluß des Landtags auch von Vielen, die der etwa dabei vorgekommenen politischen arrière-pensée abhold sind, beifällig aufgenommen, und es wird nun hoffentlich mit um so mehr Energie danach gestrebt werden, den weitern Verfall des Wohlstandes in unserer Provinz durch Verbesserung der innern Communicationsmittel aufzuhalten. Kommt dann später noch die Eisenbahn hinzu, um so besser; für jetzt aber wird man sich über den Aufschub des Baues aus den angedeuteten Gründen ziemlich beruhigen.

* **Aus Niederschlesien**, 20. Jun. Die Verwerfung des Gesetzentwurfs über die Einführung einer Einkommensteuer hat namentlich in Schlesien einen guten Eindruck gemacht, nicht weil man das dieser Steuer zu Grunde liegende Humanitätsprincip verwirft, sondern weil diese Steuer für unsern Grundbesitz, der bei derselben auch herangezogen werden sollte, zu einer großen Ueberlastung geworden wäre. Seit Friedrich's des Großen Zeiten ist in Schlesien für allen Grundbesitz gewissermaßen eine Einkommensteuer eingeführt worden. Sie beträgt bei den Domainen, fürstlichen, adeligen (dominial), pfarrteilichen und Schullehrer-Gütern 28½ Proc. ihres Ertrags und bei den Bauergütern steigt sie auf 34 Proc. Sollten nun zu diesen gewiß nicht niedrigen Procenten noch die 2 bis 3 Procent der neuprojectirten Einkommensteuer kommen, wie unverhältnißmäßig hoch wäre dann der schlesische Grundbesitz besteuert! Dazu kommt, daß bei dieser hohen Grundsteuer Friedrich der Große der Provinz versprochen hat, daß ihr keinerlei andere außerordentliche Steuer und kein höheres Steuerquantum aufgelegt werden sollte. Dies in specieller provinzieller Hinsicht. Im Allgemeinen aber konnte sich darum kein Betheiligter mit der proponirten Art von Einkommensteuer befreunden, weil das fiscalische inquisitorische Eindringen in Familienverhältnisse allgemein zurückstieß. Zwar sollten die Mitglieder der Bezirkscommissionen eidlich verpflichtet werden, die bezüglichen Angaben und Resultate der Ermittelungen geheim zu halten; allein konnte sich nicht dann jeder Einwohner, jeder Schreiber durch Berechnung der Procente leicht Kenntniß über die finanzielle Lage jeder Familie verschaffen und dieselbe ausplaudern? Und sollte die Besteuerung des sämmtlichen Wohlstandes der preußischen Monarchie mit 2 bis 3 Proc. nicht ein höheres Resultat zu Tage fördern als 2 bis 3 Mill.! Ein solches muß jedenfalls durch höhere Heranziehung der Reichen bei der Klassensteuer und durch höhere Accise von Luxuswaaren errungen werden können. Und wenn die Mahl- und Schlachtsteuer das Brot in den großen Städten vertheuern soll, woher kommt es denn, daß Semmel und Brot bei den Bäckern der kleinen Städte in der Regel kleiner ist als bei denen der großen? Fleisch wird in der Regel aus dem ganz natürlichen Grunde des größern Bedarfs und der größern Bedürfnisse der Fleischer in den großen Städten theurer sein. Allein dies wird auch beim Wegfalle der Schlachtsteuer stattfinden.

* **Von der Oder**, 24. Jun. Seitdem unser Finanzminister dem Lande die Rechnung und Uebersicht unsers Staatshaushalts vorgelegt, hat sich die protestantische und die katholische Presse offensio und defensio über das große numerische Mißverhältniß ausgesprochen, welches bei den Ausgaben für den katholischen und evangelischen Cultus zum Nachtheile des letztern stattfindet. Ein neu hinzutretender Umstand macht die desfallsige Debatte noch interessanter und ernsthafter. Da man nämlich die Einführung einer Einkommensteuer in Preußen zur Sprache gebracht hat und dabei den so hoch salarirten römischen Klerus berücksichtigen muß, so eilen die Freunde desselben, auf jene Clausel des Concordats aufmerksam zu machen, welche den beregten Prälaten völlige Abgabenfreiheit von ihren Einkünften zusichert, während man protestanti-

scherseits dies als eine neue Ungerechtigkeit gegen die Protestanten bezeichnen will. So sehr es nun auch zu wünschen ist, daß sich der Vereinigte Landtag, wie bisher, so ferner von allen confessionellen Debatten, beziehungsweise Reibungen, fern halte, weil dieselben die zwischen den Vertretern der verschiedenen Provinzen stattfindende Einigkeit stören könnten, so werden sich dieselben doch bei den Erörterungen über die Einführung einer Einkommensteuer und über die Fortdauer oder Aufhebung der bisherigen Abgabenfreiheit für den Lehrstand schwerlich vermeiden lassen. Wir wollen hier nur auf die Schwäche des Hauptarguments aufmerksam machen, mit welchem die katholische Partei die in Vergleichung mit der protestantischen unverhältnißmäßige Höhe der Ausgaben für den katholischen Cultus zu vertheidigen sucht. Sie argumentirt so: Der Staat hat der katholischen Kirche durch die Säcularisation ihre Güter, folglich auch die materiellen Mittel zur Unterhaltung ihres Cultus entzogen; somit ist er jetzt verpflichtet, ihr diese Mittel aus dem Staatseinkommen zu gewähren. Gegen diese Argumentation ließe sich nichts einwenden, wenn sie nur auf Preußen im Allgemeinen Anwendung fände. Allein dies ist nur in einzelnen Landestheilen der Fall. Allerdings hat Preußen auch säcularisirt, allein diese Säcularisation hat nur die Klöster und bischöflichen Güter betroffen. Das Pfarr- und Kirchenvermögen ist in Schlesien, Posen, Westpreußen der katholischen Kirche geblieben. Anders aber hat sich dies in dem westlichen Theile des Staats, namentlich am Rhein gestaltet. Dort sind nicht nur die Klöster und bischöflichen Güter, sondern sämmtliche Pfarr- und Kirchengüter eingezogen worden. Dies hat jedoch Preußen nicht gethan, sondern Frankreich, der Convent, das Directorium, später in Deutschland die französischen Usurpatoren Murat in Berg, Jerome in Westfalen. Aber Preußen hat doch jetzt diese französische Erbschaft in Besitz, befindet sich im Genusse derselben, muß folglich auch ihre Lasten tragen. So schließen die Vertheidiger des römischen Klerus. Allein dies ist eine falsche Annahme. Der Convent mit seiner Assignatenwirthschaft, das Directorium mit seiner Corruption ꝛc. haben diese geistlichen Güter längst veräußert, und Preußen bezieht davon wenigstens den ganzen Nutzen nicht mehr und trägt dennoch die ganze Last. Ein neuer Beweis, zu welchem Danke die katholische Kirche unserm Staat und der protestantischen Mehrheit der Einwohner desselben verpflichtet ist. Möchten alle ihre Mitglieder dies einsehen und sich vor ultramontanem Undank hüten! Sie werden es, wenn sie unsere obigen historisch begründeten Angaben berücksichtigen und die reiche Dotation ihrer Kirche nicht mehr für eine Pflicht, sondern für eine großmüthige Wohlthat Preußens halten.

— Nach der Schlesischen Zeitung wird der König am 26. Jun. Abends in **Breslau** mit Bestimmtheit erwartet.

— Am 22. Jun. fand in **Liegnitz** die feierliche Grundsteinlegung zu der schon seit einiger Zeit im Bau begriffenen christkatholischen Kirche statt. Zum Bau derselben sind namentlich von Protestanten bedeutende freiwillige Gaben gespendet worden. Eine von dortigen Damen veranstaltete Lotterie hat allein die Summe von 700 Thlr. dazu aufgebracht. (Schl. Z.)

Oesterreich.

Der augsburger Allgemeinen Zeitung wird aus **Salzburg** geschrieben: „Hofgastein wird nächstens ein Denkmal für den Kaiser Franz als würdigen Ausdruck der Dankbarkeit für die diesem Markte bewilligten Zugeständnisse erhalten. Der Patriarch, Erzbischof Porker, ist der ausschließliche Gründer davon. Doch werden einige Bürger, welche ihre Dankbarkeit gegen den Kaiser auch bei dieser Gelegenheit an den Tag zu legen wünschten, zur Verschönerung des Marktplatzes, auf welchen das Monument zu stehen kommen wird, einige Beiträge leisten. Das Denkmal besteht aus einem 7 Fuß hohen Piedestal von weißem salzburger Marmor und aus einer 3 Fuß hohen, aus Zink gegossenen und goldbronzirten Büste des Monarchen. Die Enthüllung, welche am 15. Aug. d. J. stattfinden wird, soll durch die Gegenwart der Kaiserin-Mutter die feierliche Weihe erhalten. — Sie werden mir erlauben, den in Ihrem Blatte erschienenen, den Lieutenant Grafen K. betreffenden Artikel dahin zu berichtigen, daß dieser Offizier wegen der durch einen am 19. April d. J. verübten Excess veranlaßten Störung der öffentlichen Ruhe nicht mit drei (Nr. 172), sondern mit zehn Tagen Profoßenarrest bestraft und zu seinem Regiment unverzüglich einberufen wurde, und daß sämmtliche Voraeten dem Generalcommando eingeschickt werden mußten, um die weitere Amtshandlung pflegen zu können. Das Ergebniß derselben werde ich Ihnen anzeigen, sobald es bekannt sein wird."

Spanien.

Die vom 11. Jun. datirte gänzliche Umgestaltung des Finanzdepartements wird eine Ersparniß von 4,043,235 Realen nach Hrn. Salamanca's Anführen zur Folge haben. Die ganze Organisation ist unter vier Hauptabtheilungen: Generalverwaltung, Rechnungswesen, Kassenwesen und Staatsschuldenverwaltung, formulirt. Bisher theilte man das Finanzdepartement in 22 Rubriken, und seine Besoldungen ꝛc. betrugen 11,547,235 Realen; jetzt werden sie nur 7,504,000 Realen sein, wozu noch einige Pensionen und Ruhegehalte kommen. Die neuernannten Abtheilungschefs sind Don Miguel Belza, Don José Sanchez Ocaña, Don Alexandro Llorente, Don Diego Lopez Ballesteros, Don Raphael del Bosque, Don Gonzalo de Cardenas, Don Mariano de Cea, Conde de Penafiel. Ein anderes Decret vermindert die Abgabe beim Verkauf und Uebertragung von Grundeigenthum von 3 auf 2 Proc. Ein drittes verfügt den Verkauf der Güter und Renten der vier großen Militairorden von Santiago, Calatrava, Alcantara und Montesa und der Johanniter von Jerusalem. Der Werth derselben wird von 5100 Landparcellen mit 98,447,888, von 587 städtischen Grundstücken mit 8,953,084 Realen, von 15,617 Realen Renten, Hypotheken und dgl. mit 35,159,875 Realen oder zusammen 142,560,247 Realen angegeben, wovon jetzt das Bruttoeinkommen 4,405,808 Realen betrug, auf welchen 1,838,937 Realen Pensionen und andere Ausgaben lasteten. Der Verkauf soll 40 Tage nach der öffentlichen Ankündigung stattfinden und die Bezahlung in 3procentigen Staatspapieren in drei Raten, eine sogleich, die andern nach einem und nach zwei Jahren erfolgen. Die Pensionen und andere Lasten übernimmt die Regierung. Die der Fernandobank verpfändeten Johannitergüter bleiben bis zum Verkauf unter der Verwaltung derselben, und sie empfängt den Kaufpreis zu fernerer Sicherstellung. Die Renten können bis Ende December in 3proc. Effecten abgelöst werden, sodaß die Zinsen davon dem Betrage derselben gleichkommen.

— Die Berechtigung zum Verkauf der Besitzungen von Renten der vier Militairorden und der Johanniter ist auf Pius' VI. Bulle vom 13. Aug. 1799, welche dem König von Spanien zum Verkauf der erledigten und künftig erledigt werdenden Ordenspräbenden Vollmacht gibt; auf Karl's IV. Decret über die Einverleibung der Güter der Johanniter in die Krone vom 17. April 1802; auf den Beschluß der allgemeinen und außerordentlichen Cortes vom 13. Sept. 1813 über Verwendung des Ertrags aus dem Verkauf der obigen Ordensbesitzungen zur Verminderung der Schuld und der Bestätigung dessen durch Ferdinand VII. unterm 13. Oct. 1815, sowie auf einen Beschluß der Cortes vom 9. Nov. 1820, ausführlich begründet.

— Am 13. Jun., glaubte man, würden alle drei Divisionen des spanischen Interventionscorps die portugiesische Grenze überschritten haben. Die eine hat Monzon besetzt; Coora und Portalegre wurden bei Annäherung der Spanier verlassen. Faro und Heraldo beklagen die versöhnliche Proclamation und die Amnestie der Königin von Portugal als eine Erniedrigung des Thrones, das Eco del Comercio spricht dagegen von einer Demonstration der Theilnahme für das Antas. Die Liberalen wollten eine Adresse an ihn erlassen.

— Der päpstliche Nuntius soll die Billigung des Papstes wegen des Verhaltens der spanischen Bischöfe ausgesprochen haben. Mit dem Justiz- und Cultusminister hat er eine Zusammenkunft gehabt, die geschäftlichen Verhandlungen hatten am 16. Jun. aber noch nicht formell begonnen. Nach einer Mittheilung des Correo, des Organs des Finanzministers Salamanca, ist Befehl ertheilt, an die Geistlichkeit 10 Mill. Realen auf Rechnung der jährlich angewiesenen Summe zu zahlen. Ein anderes Blatt will nur von 3 Mill. wissen.

— In **Barcelona** ist der Secretair Cabrera's verhaftet worden, ein Fang, auf den man so große Wichtigkeit wie auf den frühern von Tristany legt.

Großbritannien.

London, 21. Jun.

Der zehnte Jahrestag der Thronbesteigung der Königin Victoria wurde gestern in London durch die Kanonen des Tower um Mittag, in Portsmouth durch Salven der Hafenbatterien und der festlich geschmückten, am Hafen und bei Spithead liegenden Kriegsschiffe ausgezeichnet.

— Prinz Albert hat mit dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar sich in Osbornehouse gar nicht verweilt, sondern ist nach Besichtigung des königl. Lustschlosses und einer Fahrt an den malerischen Küsten der Insel Wight sofort über Portsmouth nach Claremont, wo der Hof sich jetzt befindet, zurückgekehrt. Der König und die Königin der Belgier werden daselbst morgen oder übermorgen auf acht Tage erwartet.

— Der Observer nennt jetzt den 15. Jul. als den Tag, wo der Schluß der Session erfolgen werde. In den Zeitungen nehmen die Nachrichten von der beginnenden Wahlbewegung, von den Bewerbungen von Candidaten für Sitze im künftigen Unterhaus und von Einladungen der Wähler dieses und jenes Wahlbezirks zu solchen Bewerbungen täglich mehr Raum in Anspruch. Unter den Bewerbern für Marylebone ist Lord Dudley Stuart am 19. Jun. vor einer Versammlung von Wählern aufgetreten. In seiner Ansprache nannte er sich Feind aller Monopole und erklärte, daß er nicht für die Besoldung der katholischen Geistlichkeit in Irland gegen den Wunsch derselben, nicht für Trennung von Staat und Kirche stimmen werde, welche letztere Aeußerung viele Zeichen und Laute des Mißfallens erregte. Mit eben so lautem Mißvergnügen wurde vernommen, daß er nicht für Aufhebung der geistlichen Gerichtsbarkeit, der Archidiakonal- und Consistorialgerichte stimmen könne, wenn er auch Reformen daran billigen würde. Ueberhaupt werde er im allgemeinen liberalen Interesse handeln. Schließlich wurde von den Anwesenden Lord

Dudley Stuart als ein geeigneter Bewerber anerkannt. Da jedoch Sir Gh. Napier auch wieder als Bewerber auftreten und Sir B. Hall jedenfalls wieder gewählt wird, dürfte wenig Aussicht für den Lord bleiben. In Aylesbury fand am 19. Jun. Abends eine Versammlung des landwirthschaftlichen Schutzvereins von Buckinghamshire und ein Diner statt, zu dem Hr. B. D'Israeli eine Einladung angenommen hatte, indem man ihn als Candidaten an die Stelle des Hrn. Fitzmaurice in Vorschlag bringen will, der nicht wieder aufzutreten beabsichtigt. Hr. D'Israeli sprach sich besonders bestimmt darüber aus, daß er nicht mit großem Vermögen, mit großem Grundbesitz komme, um darauf oder etwa auf das Alter seiner Familie seine Bewerbung zu gründen. Er möchte wissen, wo man im 19. Jahrhundert auf weiter nichts Jemand die Stellung einräume, die er wünsche. Er äußerte das besonders gegen einen Mitbewerber, Hrn. Cavendish, der sich immerhin auf sein Vollblut berufen möge; er verlasse sich auf seinen Kopf und sei nicht bange wegen des Ausgangs. Er gab dann seine bekannten, dem Schutzsysteme zugethanen Ansichten zum Besten, knüpfte daran und an die kirchlichen Fragen einige Ausfälle gegen Sir R. Peel und warnte, man möge nach der katholischen Emancipation nicht mehr glauben, unter dem Schutz einer protestantischen Constitution zu leben, und sich nicht auf einzelne Minister verlassen. Das protestantische Volk nur mache das protestantische Land. Er erklärte sich gegen Dotirung der katholischen Kirche vom Staate, weil die Kirche unabhängig vom Staate stehen müsse, und nie könne er zugeben, daß die englische Kirche vom Staate dotirt sei. Was sie besäße, sei ihr eignes Erbtheil. Die Versammlung kam überein, Hrn. D'Israeli ihre Stimmen zu geben.

— Die Bank von England hat vom 2. Jan. 1844 bis jetzt 1,103,940 Unzen leichtes Gold à 3 Pf. St. 17 Sh. 6½ Pence angekauft und aus 1,100,000 davon 5500 Barren schmelzen lassen, welche 1,096,934 Unzen von der gesetzlichen Feinheit hielten.

— Aus Irland wird endlich ein ansehnliches Sinken der Getreidepreise gemeldet. Es waren neuerdings in zwei Tagen 67 Schiffe mit 17,715 Tonnen Getreide und Mehl im Hafen von Cork eingetroffen.

— Es heißt jetzt, der Contreadmiral Sir Charles Napier werde das Commando im Stillen Meer erhalten.

— Der Angabe der Shipping and Mercantile Gazette, daß während der letzten fünf Jahre die britischen Kriegsschiffe der südamerikanischen Station über 2000 M. durch Desertion verloren hätten (Nr. 174). wird jetzt von Portsmouth aus in der Times der bestimmteste Widerspruch entgegengestellt.

— Aus **Quebec** schreibt man vom Ende Mai, daß die Jahreszeit dort noch sehr zurück sei. Es waren bereits an 7000 Auswanderer aus Irland angekommen, zum Theil aber im kläglichsten Zustande. Auf manchen Schiffen hatten sich während der Ueberfahrt bis 50 Sterbefälle ereignet und auf Grosse Isle, wo des Typhus wegen jetzt eine Quarantaine eingerichtet ist, lagen 800 im Hospital und starben täglich 30—40. Auf das bitterste wird der Unmenschlichkeit der irischen Grundherren gedacht, welche die Ueberfahrt für die armen erschöpften Menschen zahlten und sie, unfähig zu arbeiten oder krank, ohne Mittel sich Nahrungsmittel zu kaufen, rücksichtslos an die canadische Küste werfen, wie der Schmuz des Winters dort auf das Eis geworfen wird, damit die Frühlingsfluten ihn hinwegspülen. Der auch in England wohlbekannte Richter Hagermann, vor wenigen Monaten erst aus Europa zurückgekehrt, war gestorben. Gleiches Loos traf fünf Tage nach der Heimkehr aus England Hrn. Macon, der in Canada den Spitznamen der „Napoleon der Handelswelt" führte und 200,000 Pf. St., erworben im Kleinhandel, hinterläßt. Die Yankees verlockten mit Erfolg britische Soldaten zum Desertiren, die ihnen bei ihren wenig geübten Truppen in Mejico gute Dienste leisten und per Dampf dorthin gebracht werden.

— Nachrichten vom **Cap** vom 7. April zufolge befanden sich der Gouverneur Sir H. Pottinger und der Militairbefehlshaber Sir H. Berkeley noch im Fort Peddie. Die Vorbereitungen zu der Expedition landeinwärts wurden fortgesetzt. An der Mündung des Buffaleflusses soll ein Hafen angelegt werden, und Genieoffiziere waren bereits beschäftigt, die erforderlichen Befestigungen abzustecken.

— Wie der Observer meldet, hat die Königin von Portugal an den in England jetzt sich aufhaltenden Herzog Palmella eigenhändig eine schmeichelhafte Aufforderung zur Rückkehr nach Lissabon erlassen, um daselbst in den stets so rühmlich von ihm unter ihren Räthen eingenommenen Platz wieder einzutreten.

— Das westindische Postdampfschiff Trent ist heute in Southampton eingetroffen. Als die wichtigste von einem in Havana erscheinenden Blatte mitgetheilte Nachricht, die es mitbringt, wird bezeichnet, daß der Congreß an Santa Anna Befehl erlassen habe, Mejico eher anzuzünden als es in die Hände der Amerikaner fallen zu lassen. Es würde das freilich den frühern Nachrichten aus Mejico widersprechen, die das Aufgeben der Vertheidigung der Hauptstadt erwarten ließen.

Frankreich.

Paris, 22. Jun.

Die Deputirtenkammer erhielt gestern vom Minister des Innern einen Gesetzentwurf über die (vielfach der Regierung vorgeworfene, bisherige Unterlassung der) Reorganisation der Nationalgarde an Orten vorgelegt, wo sie durch königl. Verordnung aufgelöst worden ist. Derselbe verfügt aber keineswegs diese Reorganisation, vielmehr beabsichtigt er, den Status quo mit dem Gesetze, als dessen Verletzung er oft bezeichnet wurde, in Einklang zu bringen, was allerdings mit einer Abänderung des Gesetzes auf Eins hinausgeht. Jene Auflösungen datiren zum Theil seit 1830, und dennoch glaubt das Ministerium in der Einleitung den rechten Zeitpunkt für die Reorganisation noch lange nicht gekommen. Der einzige Artikel des Entwurfs besagt: „Die Suspension der Nationalgarde, deren Auflösung durch königl. Verordnung in der Stadt Lyon, la Croix-Rousse, la Guillotière, Vaise, Caluire und Cuire im Rhonedepartement, in Carcassonne im Audedepartement, in St.-Etienne, St.-Chamont, Valbenoite, Outrefurens und Montaud im Loiredepartement, in Toulouse im Departement der Ober-Garonne verfügt worden ist, kann bis zum 31. Dec. 1852 verlängert werden." Vermuthlich kommt der Entwurf gar nicht mehr zur Berathung. Die vertagte Debatte über den Gesetzentwurf wegen verbesserter Zusammensetzung der Criminalgerichte in den Colonien wurde fortgesetzt. Die Commission beantragte sieben Mitglieder und daß der Ausspruch des Schuldig nur mit 5—2 Stimmen solle erfolgen können, was von der Kammer sowie schließlich der ganze Entwurf mit 230 gegen 4 Stimmen votirt ward. Die Kammer schritt dann zur allgemeinen Berathung des Ausgabebudgets für 1848. Die HH. Quinette und de Rainneville äußerten sich über die allgemeine Finanzlage. Seit 1841 sind die Einnahmen um 244, die Ausgaben um 254 Mill. gestiegen, und anstatt vorhandenes Deficit zu decken, sei es auf 655 Mill. gewachsen, was der Finanzminister indessen nur bedingt und für 600 Mill. zugeben wollte.

— Ueber die gestrige Sitzung des Pairshofes ist noch nichts weiter bekannt, als wir in unserer vorigen Nummer schon mitgetheilt haben.

— Der an die Mitglieder des Pairshofs vertheilte Bericht über die Voruntersuchung in der Cubières'schen Angelegenheit besteht aus drei Quartbänden. Der eine ist mit Hrn. Renouard's Bericht im Namen der Commission, der andere mit den Verhören der Angeschuldigten und den Zeugenaussagen, der dritte und stärkste mit Briefen ꝛc. gefüllt, welche die ganzen Vorgänge in der Concessionssache der Gruben von Gouhenans bis zu Erlangung der Concession betreffen.

— Die in Aussicht stehende Versetzung in Anklagestand des Hrn. Teste, ehemaligen Ministers der öffentlichen Bauten und als solcher College des ehemaligen Kriegsministers General Cubières, jetzt einer der Präsidenten des Cassationshofs, hat schon eine Versammlung der Mitglieder desselben unter dem ersten Präsidenten Portalis zur Folge gehabt, um die deshalb zu ergreifenden Maßregeln zu erwägen. Man beschloß zunächst die Entschließung der Pairs abzuwarten, um dann einen Disciplinarbeschluß über diesen Umstand zu fassen.

— Der National will als gewiß gehört haben, daß es zwischen Hrn. de Girardin und den Ministern zu einer Annäherung gekommen sei.

— Der Herzog von Nemours ist in Begleitung des Capitains Reille nach dem Bade Bareges abgereist.

— Marschall Bugeaud soll durch einen Kurier nach Paris berufen worden sein. Das Journal von Excideuil, welches schon mehrmals den Marschall betreffende Dinge zuerst verkündet, munkelt davon, daß er bald Kriegsminister sein dürfte.

ψ **Paris**, 22. Jun. Heute erschien Hr. Emile de Girardin in Folge der dazu ertheilten Autorisation der Deputirtenkammer vor der Barre der Pairskammer, um wegen eines Artikels der «Presse» vom 12. Mai (Nr. 160) Rede zu stehen. Der Baron Charles Dupin und einige andere Mitglieder der Kammer verlangten eine geheime Sitzung, die auch stattfand. Nach gepflegener Berathung wurde Hr. de Girardin mit 134 gegen 67 Stimmen freigesprochen.

** **Paris**, 22. Jun. Ueber den Antrag, Hrn. Teste als Mitschuldigen des Hrn. Despans-Cubières in Anklagestand zu versetzen, der an den Pairshof gestellt worden sein soll, erzählt man Folgendes. Der ehemalige Minister der öffentlichen Bauten soll erfahren haben, daß manche Aussage oder Angabe eines der Angeklagten oder Zeugen den Verdacht auf ihn werfe, er habe bei dem Verbrechen der Bestechung durch Parmentier und Despans-Cubières nicht ganz reine Hände, und wenn auch die Indicien nicht hinreichten, um ihn in Anklagestand zu versetzen, könne doch seine Ehre dabei um so mehr gefährdet werden, als er keine Gelegenheit hätte, die Beschuldigungen zurückzuweisen. In Folge dieser Mittheilung habe Hr. Teste sofort an den Reichskanzler geschrieben, er sei es seiner Ehre schuldig, jede Beschuldigung, die im Laufe der öffentlichen Debatten gegen ihn erhoben werden könnte, persönlich zu widerlegen und zu zerstören, er wünsche daher als Angeklagter im Processe zu figuriren. Der Kanzler berief hierauf die Untersuchungscommission zusammen und lud Hrn. Teste ein, vor derselben zu erscheinen. Nach einem langen Verhör am 19. Jun. ward der ehemalige Minister entlassen und die Commission berieth darüber, ob sie berechtigt sei, Jemanden auf seinen bloßen Wunsch hin in Anklagestand zu versetzen, gegen den im Laufe der Untersuchung keine hinreichenden Indicien sich herausgestellt haben. Nach einer fast zweistündigen Berathung kam man überein, die

Entscheidung dieser Frage müsse zuvörderst den Schlüssen überlassen werden, welche der Staatsanwalt aus den Ergebnissen der Untersuchung ziehen werde, worauf dann der Pairshof schließlich darüber entscheiden könne. Die Commission zog dann auch die Frage in Betracht, ob der Pairshof berechtigt sei, da nach der Charte der andern Kammer allein das Recht zusteht, einen Minister wegen eines Vergehens oder Verbrechens in Amtsangelegenheiten anzuklagen, darüber ohne vorherigen Bericht an die Deputirtenkammer zu beschließen? Diese Frage wurde von der Commission dahin entschieden, die Vorrechte der beiden Kammern seien hier nur im scheinbaren, nicht im wirklichen Conflict, da der Pairshof bereits gesetzlich zusammenberufen sei, um über die Sache des Hrn. Cubières und seiner Mitschuldigen zu erkennen.

Wiewol mir die obigen Angaben von einer Seite mitgetheilt wurden, der ich vollkommenes Vertrauen schenken darf, bin ich weit entfernt, ein solches Gewicht darauf zu legen, daß sie von vorn herein über die Unschuld des vierten Präsidenten am Cassationshof in Sachen der fraglichen Bestechung entscheiden könnten. Aber es scheint mir die Pflicht eines jeden Unbefangenen, nicht voreilig über ihn abzuurtheilen. Ein Mann, der, um seinen politischen Ansichten treu zu bleiben, 15 Jahre im Exil (in den Niederlanden) kümmerlich lebte und eine glänzende und einträgliche Stellung aufgab, kann nach seiner Rückkehr ins Vaterland, die ihm die höchsten Stellen öffnet, nicht so tief gefallen sein, daß er wegen einer halben oder ganzen Million Francs seine Ehre brandmarke, sein früheres Leben Lügen strafe. Wenn aber ein so tiefer Fall doch im Bereiche der moralischen Möglichkeit läge, dann hat er durch sein früheres Leben wenigstens das Recht, zu verlangen, daß man über ihn nicht den Stab breche, bevor man ihn und seine Richter gehört hat.

Belgien.

Dem in **Brüssel** seit Jahren verweilenden Prinzen Peter Napoleon Bonaparte ist die Erlaubniß verweigert worden, sich über Marseille nach Aegypten zu begeben. Mohammed-Ali hatte ihn nämlich auf sein Gesuch zum Offizier seines Generalstabes ernannt.

Schweiz.

Die «Helvétie» berichtet über einen Besuch des englischen Gesandtschaftssecretairs Hrn. Peel bei Hrn. Ochsenbein: „Die Note oder geschriebene Rede des Hrn. Grafen Bois-le-Comte (Nr. 165) wurde durch die Helvétie am 6. Jun. in Bern bekannt, und schon am folgenden Tage beeilte sich Hr. Peel, sich zu dem Präsidenten des vorörtlichen Staatsraths zu begeben, gewissermaßen um gegen die Solidarität zu protestiren, welche der französische Botschafter rücksichtlich der Schweiz zwischen allen Unterzeichnern der wiener Congreßbeschlüsse aufstellen möchte, indem Hr. Peel erklärte, daß derselbe keinen Auftrag erhalten habe, im Namen Englands zu sprechen, das im Gegentheil geneigt sei, jede Einmischung in die Schweizerangelegenheiten zu verhindern. Hr. Peel hat seither nicht aufgehört, dieselbe Sprache zu führen."

— In **Zürich** hat eine Großrathscommission in Sachen des Sonderbundes beantragt: „Die E. Gesandtschaft wird neuerdings dazu stimmen, es sei das Separatbündniß der sieben Stände mit den Bestimmungen des Bundesvertrags vom 7. Aug. 1815 unverträglich, und es sei dasselbe demgemäß als aufgelöst erklärt. Sie wird übrigens ermächtigt, auch andern Anträgen beizustimmen, welche den Zweck haben, durch Beschluß der Tagsatzung die Auflösung des Sonderbundes herbeizuführen. Die Gesandtschaft wird nöthigenfalls zur Vollziehung eines derartigen Beschlusses mitwirken, jedoch, wenn zu diesem Behufe Waffengewalt angewendet werden müßte, neue Instructionen einholen, insofern nicht Gefahr im Verzuge liegt." (N. Z.-Z.)

Italien.

* **Rom**, 14. Jun. Ich übertrage aus der zuletzt uns zugegangenen Gazzetta di Napoli nachstehende Geschichten von Wiedertaufen, um gewisse Correspondenten und das Publicum über eine neapolitanische Praxis zu belehren, die noch jüngst von jenen geläugnet ward. „Täglich vermehrt sich die Zahl der Triumphe unsers Glaubens. Auch in unserer Stadt haben wir die Freude, sie oft zu sehen; größere noch, sie zu öffentlicher Kenntniß zu bringen. Am 20. Mai bot die Kapelle des Militairhospitals bei Sacramento aufs neue den Anblick von jungen Leuten dar, welche, von der göttlichen Gnade berührt, ihren falschen Glauben verließen und in den Schoos der katholischen Kirche zurückkehrten. Es waren drei Soldaten des hier stationirten vierten Schweizerregiments: Johann Ludwig Piaget, Johann Jaten und Johann Bircher. Die in jenem Hospital angestellten Geistlichen hatten sie in ihrem Eifer schon früher über die Wahrheiten unsers Glaubens aufgeklärt. Der Oberkaplan des Königs, Monsignore Raselli ed Alliata, Erzbischof von Leucosia, ließ sie darauf den Protestantismus abschwören, taufte sie, reichte ihnen das Abendmahl und firmelte sie. Der Principe di Castagneto war Jaten's, der Marschall Ruffo-Scilla war Piaget's, und Bircher's Taufzeuge war der Brigadier Masci. Ganz in derselben Weise wurden am 15. April d. J. drei andere Schweizersoldaten Perfault, Masset und Wenmard im königl. Hospital della Trinità von demselben Prälaten in die römisch-katholische Kirche aufgenommen."

— Das Motu proprio, mit welchem der Papst die Bildung eines Ministerraths einführt, lautet wörtlich:

„Da es unser vorzüglichster Wunsch ist, sicher und schnell Das zu erfahren, was von Tag zu Tag der Nutzen und die Wohlfahrt des Volks erheischen könnte, dessen Glück unserer priesterlichen Regierung anempfohlen worden, so war nöthig, ein Mittel zu finden, durch das die Mannichfaltigkeit der Geschäfte und die vermehrten Beziehungen der verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung vor nutzloser und gefährlicher Verwickelung gesichert würden. Und weil solche Mittel mit den Zeiten und Dingen sich verändern, sodaß, was einst gut und nöthig war, heute das Gegentheil wird, so haben wir zur Erreichung jenes Zwecks fürs Beste erachtet, die Chefs der Hauptverwaltungszweige des Landes in einen Staatsrath zusammentreten zu lassen, der wenigstens die wichtigsten Angelegenheiten unter denen zu prüfen und zu berathen hat, welche uns zur Genehmigung vorgelegt zu werden pflegen. Wenn wir sagen: nur die wichtigsten, so ist das gewiß nicht so zu verstehen, als machten wir einen Unterschied zwischen den Seufzern des niedrigsten Bauers und der höchsten Staatsangelegenheit. Allein das Gesetz achtend, welches uns Menschen die Flucht des Tags auferlegt, werden wir die Wichtigkeit der Angelegenheiten vielmehr stets durch die Art der Dinge als der Personen bestimmen lassen. Wir haben diese Gelegenheit für angemessen gefunden, mehre Theile der öffentlichen Verwaltung besser zu ordnen, die aus andern Rücksichten einst zweckmäßig mit einander verbunden waren, jedoch unter den später folgenden Umgestaltungen mehr aus Gewohnheit als aus hinreichenden Gründen zum Nachtheile der Einheit getrennt wurden. Diese Verwaltungsordnung, bestimmt, die Operationen des neuen Staatsraths zu fördern, wird, wie wir vertrauen, auch den Gang aller übrigen Verwaltungen wieder besser regeln und ihn nicht wenig vereinfachen. Nach Einholung des Gutachtens einiger unserer verehrungswürdigen Brüder unter den Cardinälen über den Plan unsers Motu proprio bringen wir zu öffentlicher Kenntniß und verordnen und befehlen mit unserer ganzen Machtvollkommenheit was folgt." (Vgl. Nr. 177.)

Rom, 14. Jun. Heute Morgen wurde ein öffentliches Consistorium gehalten. Nachdem die drei neuen Cardinäle den Eid der Treue geleistet, hielt der Dekan des Collegiums der Consistorialadvocaten, Graf Guicli, vor dem Throne des Papstes eine sehr gründlich ausgeführte Rede über das Leben des Petrus Canisius aus der Gesellschaft Jesu und schloß mit den Worten: „Die Katholiken der Schweiz, Baierns, Württembergs wie Preußens und Oesterreichs warten mit Sehnsucht auf den apostolischen Spruch Ew. Heiligkeit." Ohne Zweifel wird Canisius in kurzer Zeit selig gesprochen werden. (A. Postz.)

Florenz, 17. Jun. Allgemeine Freude erregte hier ein in diesen Tagen erschienenes Manifest, nach welchem allen wegen der letzten unruhigen Auftritte in Pisa in Criminaluntersuchung verflochten gewesenen Individuen vollkommene Amnestie ertheilt wird. Die Betheiligten sind bereits aus der gefänglichen Haft entlassen worden. (A. Z.)

— Die Gazzetta privilegiata di Lucca macht nachstehendes herzogl. Motu proprio vom 7. Jun. bekannt: „In Betracht der Bereitwilligkeit, womit Se. k. k. Hoh. unser geliebter Vetter, der Großherzog von Toscana, als Nachfolger in der Regierung des Herzogthums Lucca, unsere Anträge rücksichtlich der luccesischen Staatsschuld angenommen hat, und um zur regelmäßigen Feststellung des Schuldenwesens zu schreiten, haben wir decretirt wie folgt: 1) Die luccesische Staatsschuld ist von 800,000 auf 600,000 Scudi reducirt. 2) Besagte Schuld beginnt mit dem 1. Jul. 1847, und wird aus 1000 Obligationen zu 300, aus 1000 zu 200, und aus 1000 zu 100 Scudi bestehen. Die halbjährige Verfallzeit der damit verbundenen 5prec. Coupons ist auf den 4. Jan. und 4. Jul. jeden Jahres festgesetzt. Zur Verzinsung sowol als zur Tilgung dieser Schuld ist ein Fonds von jährlich 60,000 Scudi aus dem Erträgnisse des Staatsschatzes angewiesen. Besagter Fonds bleibt als Bürgschaft für die Staatsgläubiger bis zur gänzlichen Löschung der Schuld, und es soll, je nach größerer Beruhigung der Obligationsinhaber, dieser Fonds aus der für die Gefällenerträgnisse eingehenden Reluitionssumme unabänderlich ausgefolgt werden."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Aus **Neuyork** vom 31. Mai berichtet die Weser-Zeitung: „Das zu Yerba Buena an der S. Franziscobai in Californien erscheinende Blatt ist eine Mormonen-Zeitung, deren Herausgabe durch das in Californien erscheinende Mormon Batalion vermittelt wird und den in eigenthümlicher Weise von Illinois aus nach dem Stillen Meere ziehenden Mormonen als Leitstern dient. Die Mormonen wandern nämlich in Abtheilungen und zwar so, daß die eine Abtheilung stets in die Halteplätze einrückt, welche die vorhergegangene Abtheilung inne gehabt und für das vergangene Jahr bebaut hat. So sind sie von Illinois aus nach dem westlichen Theile der Grafschaft Appareese in Jowa gezogen, wo sie zwei Halteplätze, Garden Grove und Mount Pisgah, angesiedelt haben, welche gegenwärtig die letzten Abtheilungen bebauen, während die frühern schon neue Halteplätze an den Bluffs und im Bear River Valley gewählt und zu bebauen angefangen haben. In diesem Sommer sollen die ersten Abtheilungen (etwa 1000 Seelen) die Felsengebirge überschreiten, und da das 500 Mann starke Mormon Batalion nur bis zum letzten Juni d. J. zu dienen hat, so wird ein Theil desselben der ersten Abtheilung entgegengehen und sie zum Stillen Ocean in der Gegend der S. Franciscobai geleiten, wohin der bis jetzt aufgestellten Berechnung nach die Mormonen in vier Jahren vollständig ausgewandert sein werden. Im Osten der Ver-

einigten Staaten hat das Mormonenwesen fast ganz aufgehört, doch findet dasselbe in England noch viel Beifall, und es werden die nach dem Westen Ziehenden durch Geld und Leute von England aus vielfach unterstützt. Da die Mormonen Californien in bestimmter Ordnung und nach bereits festgestelltem Plane bevölkern, so ist wol nicht zu bezweifeln, daß sie auf die Colonisation Californiens überhaupt einen großen Einfluß ausüben werden, von dem man allerdings fürchten muß, daß er nicht eben der günstigste sein dürfte."

Brasilien.

Der Kaiser ist nach Rio Janeiro von seiner Reise zurückgekehrt und hat am 3. Mai die Kammern mit folgender Thronrede eröffnet:

„Höchst ehrenwerthe und würdige Repräsentanten der Nation! Der Zeitpunkt unsers Wiederzusammentritts, so wohlthätig für das Land, erneut in meinem Herzen das Gefühl lebhafter Befriedigung, die ich stets empfinde, wenn ich mich in der Mitte der nationalen Vertreter sehe. Wie ich Ihnen ankündigte, war von mir beschlossen worden, die Provinzen des Reichs zu besuchen, und so begab ich mich in diesem Jahre nördlich von Rio Janeiro, wo ich mit Vergnügen die zunehmende Verbesserung mancher Industriezweige wahrgenommen habe. Höchlich erfreut auch war ich von den Beweisen von Anhänglichkeit an meine kaiserliche Person und von Festhalten an der Verfassung des Reichs, welche die Bevölkerung an den Tag legte. Mir und Ihnen wünsche ich Glück zu der Ruhe, die wohlthätig in allen Provinzen herrscht. Für die von Ceara und Rio Grande del Norte beklage ich, daß die Trockenheit noch nicht ganz vorüber ist; meine Regierung fährt inzwischen fort, sie mit den nothwendigen Bedürfnissen zu versorgen, um die Noth dieser Heimsuchung zu mildern. Es ist mein Bestreben gewesen, gutes Einvernehmen und freundliche Beziehung mit allen Regierungen der alten und neuen Welt zu unterhalten. Zwischen den Platastaaten dauert der Kampf noch fort und je länger er sich hinzieht, je eifriger sind meine Wünsche ihn beendet zu sehen. Die Menschlichkeit und die bei der Nähe des Kriegsschauplatzes insbesondere und eingreifend gefährdeten Interessen von Brasilien verlangen das. Die Correspondenz mit der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten über eine durch die Verhaftung eines Lieutenants und dreier Seeleute von der Marine derselben im vorigen Jahre entstandene Weiterung wird Ihnen vorgelegt werden. Ich bedaure, daß diese Verhandlung noch nicht zum Abschlusse gelangt ist, doch dürfen Sie sich darauf verlassen, daß es in einer der Nationalwürde entsprechenden Weise geschehen wird. Täglich macht sich die Nothwendigkeit dringender fühlbar, Maßregeln zur Verbesserung unserer Gerichtsverfassung, Colonisation, unsers Handels, der Rekrutirung der Armee, der Organisation der Nationalgarde zu nehmen. Ich lenke daher Ihre Aufmerksamkeit auf jeden dieser wichtigen Gegenstände, der Ihre ganze Fürsorge und höchste Wahrnehmung fodert. Höchst befriedigend für mich ist es, Ihnen die Versicherung geben zu können, daß die Einkünfte des Staats dem gewöhnlichen Aufwande desselben bereits die Wage halten; von den durch meine Regierung gethanen Schritten erwarte ich, daß bald ein Ueberschuß sich bilden soll, welcher zu allmäliger Verminderung der Nationalschuld verwendet werden kann. Durch die Berichte meiner Minister und Staatssecretaire werden Sie mit den Angelegenheiten ihrer verschiedenen Departements bekannt gemacht werden. Sehr würdige und ehrenwerthe Repräsentanten der Nation! Sie waren zeither von dem gemeinsamen Wunsche, wirksam beizutragen zum Ruhme und Gedeihen des Reichs, und von dem allgemeinen Verlangen beseelt, die Bestrebungen meiner Regierung zur Beförderung so patriotischer Zwecke zu theilen. Ich erwarte, daß Sie demselben Antriebe auch ferner folgen werden. Die Session ist eröffnet."

Personalnachrichten.

Orden. Preussen. Johanniterorden: der Rittergutsbesitzer Hauptmann a. D. v. Puttkammer auf Kremerbruch.

Standeserhöhungen. Baiern. Der fürstl. reuß-ebersdorf-lobensteinische Medicinalrath und Leibarzt Dr. Kreutzburg zu Gotha wurde in den erblichen Adelstand des Königreichs erhoben.

Handel und Industrie.

* **Frankfurt a. M.**, 20. Jun. Es ist hier ein Circular ausgegeben worden, worin zu Betheiligungen an der in London projectirten General-Continental-Transit-Compagnie eingeladen wird. Es sollen 30,000 Actien zu 10 Pf. St. (120 Fl.) eine jede, also für einen Gesammtbetrag von 3,600,000 Fl., ausgegeben werden. Der Zweck dieser Gesellschaft wird dahin angegeben: zur Vermeidung der höchst beschwerlichen und mit vielen Gefahren verknüpften Seereisen nach dem Orient Continentalwege (d. h. Reisegelegenheiten) mit neuen Bequemlichkeiten über Triest und Marseille zu eröffnen und dadurch den Reisenden, welche jene Gegenden zu besuchen gedenken, nicht allein eine sichere und angenehmere Reisegelegenheit zu bieten, sondern es ihnen auch möglich zu machen, ihre Reisen in bequemen und schnellen Tagemärschen zurücklegen zu können. Es heißt in dem Circulare: „Der Reisende bekommt auf dem Compagniebureau oder in allen Agenturen der Gesellschaft ein Reisebuch mit den nöthigen Compagniecoupons für die von ihm beabsichtigte Reise (zu den ganzen Routen oder zu größern oder kleinern Touren auf den Routen der Gesellschaft), welche Coupons bei den Bureaux der betreffenden Eisenbahn- und Dampfschiffunternehmungen, mit welchen die Compagnie Verträge abgeschlossen, gegen die bezüglichen Fahrbillets solcher Gesellschaften umzutauschen sind; der Reisende erhält ebenfalls separirte Coupons für gutes Frühstück, Diner und Souper, für Logis, Beförderung von Gepäck ꝛc., welche für so viel Tage, als er seine Reise auszudehnen wünscht, gültig sind und in sämmtlichen Hotels erster Klasse, mit welchen sich die Compagnie auf ihren Routen vereinbart hat, den Wirthen an Zahlung gegeben werden; ebenso kann der Reisende, falls er sich nicht solcher separirten Coupons zu bedienen wünscht, bei den Bankiers und Agenten der Gesellschaft eine beliebige Anzahl Compagnienoten von 1 bis 10 Pf. St. jede erhalten, welche bei jedem Bankierhause, Agenten und Hotel der Gesellschaft zu festem Curs in der respectiven Landesmünze eingelöst werden können. Die Compagniecoupons und Noten sind durch das in den Händen der resp. Bankiers niedergelegte Gesellschaftscapital garantirt. Nach Beendigung oder willkürlicher Abkürzung der Reise nimmt die Gesellschaft diejenigen Coupons, welche nicht benutzt sind, gegen Rückvergütung des dafür bezahlten Betrags, abzüglich ½ Proc. Schreibegebühren, wieder zurück." Das Circular berechnet den wahrscheinlichen Nutzen der Actionaire auf 15 Proc. Bei dem Bankierhause L. H. Flersheim hier werden Actienzeichnungen vom 18. bis 30. Jun. angenommen:

Börsenbericht. * **Leipzig**, 26. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115½ Br., 115⅝ bezahlt; Sächsisch-Baiersche 87 Br.; Sächsisch-Schlesische 100¾ Br.; Chemnitz-Riesaer 60 Br., 59½ G.; Löbau-Zittauer 56½ Br.; Magdeburg-Leipziger 218 G., 220 Br.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 111¾ Br.; Litt. B. 103 Br.; Köln-Mindener 94¼ Br., 94⅛ G.; Thüringer 94 G.; Altona-Kieler 110 Br.; Pesther 100 Br., 99¼ G.; Dessauer Bankactien 100 Br., 99½ G.; Preuß. Bankantheil 105 Br.

Eisenbahn. *Aus Thüringen, 23. Jun. Der Bau der Thüringischen Eisenbahn ist nun vorerst beendigt, und wird die Fortsetzung über Gerstungen bis an die hessische Grenze erst dann erfolgen, wenn die hessische Bahn die weimarische Grenze erreicht haben wird. Am 11. Jun. fand die erste Probefahrt von Gotha nach Eisenach statt, und zwar ohne die gewöhnlichen Festlichkeiten. Die Thüringische Eisenbahn wird nunmehr von Gotha nach Eisenach dem öffentlichen Verkehr übergeben, und man überläßt sich der Hoffnung, daß künftig der Postdienst sowol als der Transport der Personen und Güter in der vorgeschriebenen Ordnung pünktlicher erfolgen werde, als es zeither der Fall war.

Eisenbahn. **Elbing**, 18. Jun. Der hier angekommene königliche Commissar hat den hiesigen Eisenbahnbeamten ihre Stellen gekündigt und angezeigt, daß die zur Erhaltung der bereits vollendeten Arbeiten erforderlichen Anordnungen bis zum 1. Oct. ausgeführt sein müssen, von welchem Zeitpunkte an sämmtliche Eisenbahnbauten in unserer Provinz aufhören. (E. A.)

Eisenbahn. Wie die augsburger Allgemeine Zeitung berichtet, hat der König von Neapel beschlossen, die Eisenbahn von Capua nach der römischen Grenze auf eigne Kosten zu bauen.

Eisenbahn. Magdeburg-**Leipziger** Bahnfrequenz. Vom 6. bis mit 12. Jun. (mit Einschluß von 1255 Personen aus dem Zwischenverkehr) 13,516 Personen.

(Vom 1. Jan. — 12. Jun.: 285,087 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-**Halberstädter** Bahnfrequenz. Vom 6. bis mit 12. Jun. 5,520 Personen.

(Vom 1. Jan. — 12. Jun.: 104,171 Personen.)

— In der Karlsruher Zeitung schreibt ein fränkischer Oekonom über die Kartoffelkrankheit: „Von den gelehrten Oekonomen sind zwar zahlreiche Hypothesen aufgestellt worden; es scheint aber, daß der einfache Landmann weit eher den Nagel auf den Kopf getroffen hat, indem er die Ursache des Verderbens dieser Knollen einer ganz nahe liegenden Erscheinung beimißt. Wenn nämlich nach starkem Schlagregen eine große andauernde Hitze eintritt, so bildet sich auf der Oberfläche des Bodens eine steinharte Kruste, welche keine Verdunstung der im Innern befindlichen Feuchtigkeit und keinen Stoffwechsel zuläßt. Die Folge davon ist, daß Gährung und die Zersetzung der organischen Substanz eintritt. Auf dieselbe Weise ist die Kartoffelfäule unter ungünstigen Verhältnissen, wenn auch nur vereinzelt, fast alle Jahre vorgekommen. Man hatte aber bisher nur wenig darauf geachtet, weil man sie als etwas ganz Natürliches ansah. Ueberall, wo man in unserer Gegend im vorigen Jahre die Kartoffeln zum zweiten Male, im Juli oder August, versichtig behackte, blieben die Stöcke von der Krankheit verschont. Es geht daraus wie aus allen frühern Erfahrungen zur Genüge hervor, daß die Annahme, die Kartoffel habe sich überlebt und ihr Anbau müsse deshalb aufgegeben werden, durchaus unbegründet ist."

Staatspapiere. Amsterdam, 22. Jun. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 106⅛; 4½pc. Handelsg. 173⅞. Frankfurt a. M., 24. Jun. Oestr. Bkact. 1960; 250 Fl. L. 120¾; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¼ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58¾; Darmst. 50 Fl. L. 77½; 25 Fl. L. 28⅜; Nass. 25 Fl. L. 26½; Sard. 35½; Kurhess. 32½. Paris, 22. Jun. 5pc. 118. 15; 3pc. 77. 75; Neap. 103. 50. Wien, 23. Jun. Bkact. 1612; Met. 5pc. 106¼; 3pc. 97; 2½pc. 69; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 119½.

Actien. Amsterdam, 22. Jun. Rhein. Eisenbahn 103¼. Frankfurt a. M., 24. Jun. Taunusb. 559; Nordb. 72⅝; Berb. 93⅞. Paris, 22. Jun. Eis. St.-Germ. 915; Versail. r. 370; l. 218¼; Paris-Orleans 1277½; Paris-Rouen 972½; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 447½; Rouen-Havre 657½; Marseille-Avignon 716¼; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 613¼; Nord 583¾. Wien, 23. Jun. Nordb. 161⅜; Gloggn. 122; Mail. 109; Livorn. 88¼; Pestb. 98¼.

Berliner Börse, 25. Jun. Seehandl.-Prämiensch. 95 Br., 3½pc. Staatsschuldsch. 93⅛, 3½pc. Pfandb. westpr. 93½, ostpr. 96⅜, pomm. 95, schles. 97¼, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92⅞, kur- u. neum. 94½ Br., Louisdor 111⅞, Friedrichsdor 113⅛, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 96⅛, Berl.-Anhalt. 111½, Berlin-Hamb. 4pc. 108⅜, Prior.-Act. 4½pc. 98⅛, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 96½, Prior.-Act. A u. B. 4pc. 92, 5pc. 101¾ Br., Berl.-Stettin 110½, Cöln-Minden 4pc. 94¼, Crak.-Oberschl. 4pc. 76½, Düss.-Elberf. Prior.-Act. 4pc. 91⅛, Kiel-Alton. 4pc. 100¾ Br., Niederschl. 88¼, Prior.-Act. 4pc. 92⅜ Br., 5pc. 101¾ Br., Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¾ Br., Litt. B. 4pc. 99 Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 80¼ Br., Rhein. 84¾, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90¾, Sächs.-Baier. 4pc. 86¾, Thüring. 4pc. 93¾. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 84, Berlin-Anhalt. 102, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Minden 4pc. 94⅛, Magdb.-Wittenb. 84⅞, Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 73, Pos.-Starg. 4pc. 83½, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99⅜, Ung. Centralb. 4pc. 99¼. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 111 Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 95½ Br., Poln. Schatzobl. 4pc. 82½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95, Partial à 500 Fl. 4pc. 80¾ Br., à 300 Fl. 4pc. 96¼, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94⅝, Bkcert. Einl. 16⅞, Litt. B. 200 Fl. 32½, Hamb. F.-K.-St.-Anl. 3½pc. 85¼, Staats-Pr.-A. 88¼ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 31⅝, Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20⅝ Br.

Verantwortliche Redaction: Professer **Wülan.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Für Reisende im schlesischen Gebirge!

Im Verlage von **Eduard Trewendt** in **Breslau** sind erschienen und in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben:

Handbuch für Sudeten-Reisende.

Mit besonderer Berücksichtigung für Freunde der Naturwissenschaften und die Besucher schlesischer Heilquellen, von **W. Scharenberg**. 8. Mit 8 Kärtchen der Umgebungen besuchter Bäder, einer geognostisch colorirten Reisekarte der Sudeten, einem Vegetationsprofil und den Fahrplänen und Tarifs schlesischer Eisenbahnen, sowie Angabe der mit diesen in Verbindung stehenden Post-Curse. Eleg. in engl. Leinw. geb. Preis 1 Thlr. 15 Sgr.

Der Reisende im Sudetengebirge.

Ein Wegweiser für Lust- und Badereisende durch die interessantesten Partien des Riesen-, Hochwald- und Glatzer-Gebirges, nebst einem Anhange: Die schlesischen Eisenbahnen. Von Bernhard Neustädt. 8. Mit einer Specialkarte der Sudeten. Geb. Preis 22½ Sgr.

Karte der Sudeten.

Entworfen von W. Scharenberg. Lithograph. von H. Mahlmann. Im Carton Preis 15 Sgr.

Schlesischer Bäder-Atlas.

Enthaltend 8 Kärtchen der Umgebungen von Charlottenbrunn — Cudowa — Flinsberg — Gräfenberg — Landeck — Reinerz — Salzbrunn und Altwasser — Warmbrunn. Entworfen von W. Scharenberg. Lithogr. von H. Mahlmann. 8. In Mappe. Preis 15 Sgr: Einzeln à Karte 3 Sgr.

Plan der Umgegend von Schweidnitz.

Gez. von Hoffmann, Feuerwerker in der 5. Artillerie-Brigade. Lithographirt von H. Mahlmann. 4 Blatt. Fol. Maßstab 1 : 25,000 oder 8 Dec.-Zoll = 1 Meile. Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

Geschichte und Beschreibung von Breslau.

Ein Handbuch für Fremde und Einheimische von F. U. Fischer. 8. Nebst den Fahrplänen und Tarifs der schles. Eisenbahnen und einem Plane der Stadt. Geb. Preis 20 Sgr.

Breslau von der Ostseite.

Gez. von F. Kosska, lithogr. von Foelkel, Druck von F. Zöllner in Berlin. Preis schwarz 10 Sgr., coloriet 1 Thlr. [2416]

Verkauf oder Verpachtung eines Hotels.

Der Eigenthümer dieses Hotels beabsichtigt das eben so solide als elegant eingerichtete **Bahnhof-Hotel** in **Neumünster**, an dem Verbindungspunkte der Kiel-Altonaer und Rendsburg-Neumünsterschen Eisenbahn belegen, mit vollem Inventar unter der Hand zu verkaufen oder zu verpachten.

Dieser Grundbesitz ist mit allen Bequemlichkeiten eines größern Kaffeehauses und Gasthofes sowie auch mit ansehnlichen Gartenanlagen wohl versehen, und verdient als ein großartiges Etablissement (mehr als 20 Zimmer enthaltend) in einem lebhaften und emporblühenden Orte von reichlich 5000 Einwohnern, mit der günstigsten Lage, beachtet zu werden. Das Gewese kann, wenn es gewünscht wird, jeden Augenblick angetreten werden. Ein Näheres ist zu erfahren bei dem jetzigen Geschäftsführer Herrn **Koch**, im Neumünsterschen Bahnhof-Hotel:

Kiel, den 18. Juni 1847. [2420—21]

Bekanntmachung.

Mit dem 1. November l. J. beabsichtige ich ein **Lehr- und Erziehungs-Institut für Töchter** höherer Stände hier zu eröffnen und ersuche alle Diejenigen, welche mir ihre Kinder oder Pflegebefohlenen anvertrauen wollen, mich möglichst bald davon in Kenntniß zu setzen.

Der Unterrichtsplan umfaßt alle Zweige des Wissens, und hat neben einer sittlichen, religiösen Erziehung und körperlichen Pflege sich vorzugsweise auch die Aufgabe gestellt, die Kinder mit der englischen und französischen Sprache so vertraut zu machen, daß sie dieselbe mit Leichtigkeit schreiben und sprechen. Das Nähere ist schriftlich oder mündlich bei mir zu erfragen.

Leipzig, den 8. Mai 1847. ***Ottilie von Steyber,***

per Adresse Herrn **Friedrich Brockhaus.**

Einem geehrten Publicum erlaube ich mir mein ganz neu und elegant eingerichtetes

Victoria-Hôtel

unter den Linden Nr. 46

unter Zusicherung der reellsten Bedienung ganz ergebenst zu empfehlen.

Berlin, im Juni 1847. [2388—93]

Hermann Obermeyer.

Theater der Stadt Leipzig.

Sonntag, 27. Jun. Mit aufgehobenem Abonnement und bei erhöhten Preisen, auf vielfaches Verlangen: **Die Regimentstochter**, komische Oper von Donizetti. Marie, Frl. v. Marra, als **letzte** Gastrolle.

Montag, 28. Jun. **Die Jäger**, Schauspiel von Iffland. Oberförster, Herr Anschütz.

Dienstag, 29. Jun. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag. Valentine, Frl. Unzelmann.

Gesucht wird zu Michaelis ein **Familien-Logis** im Preise von 40 bis 60 Thlr. Adressen unter Chiffre **A. A.** bittet man in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung abzugeben.

Ein Verein Elberfelder und Rheinischer Fuhrleute

beklagt sich in Nr. 175 dieser Zeitung in Versen über Bedrückungen Seitens Leipziger Spediteure, lobt dagegen die Humanität der Berliner Spediteure und ruft schließlich den Fuhrleuten zu, nach Berlin zu kommen, mit den Worten: „Hier wird mit jüd'schem Schachergeist blutsaugerisch euch Keiner quälen."

Wie unpassend hier der poetische Fuhrmann von „jüdischem Schachergeist" spricht, zeigt der Umstand, daß es in Leipzig gar keine jüdischen Spediteure gibt, während gerade in Berlin bedeutende jüdische Speditionshäuser vorhanden sind. Der blutsaugerische Schachergeist, von dem hier die Rede ist, wird also blos von **„christlichen Spediteuren"** ausgeübt. [2427]

In meinem Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Briefe Joseph's des Zweiten.

Dritte Auflage.

Zeitgemäß eingeleitet und erklärt von

Franz Schuselka.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

Leipzig, im Juni 1847.

[2425] **F. A. Brockhaus.**

Bei **C. F. Klus**, Verlagsbuchhändler in Hannover, ist soeben erschienen:

Die Schweiz und ihre Zustände.

Reiseerinnerungen

von Th. Mügge.

3 Bände (68 Bogen). Preis 5 Thlr.

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 30 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2436] in Leipzig.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Eduard Battré in Prenzlau mit Frl. Malwine Scherl in Brüssow. — Hr. Gutsbesitzer Karl Beck auf Wielno mit Frl. Auguste Ladewig in Neustadt-Es. — Hr. Louis Kaiser in Czakanau mit Frl. Auguste Böhm in Gleiwitz. — Hr. Kaufmann Julius Neumann in Frankfurt a. O. mit Frl. Emilie Schönian. — Hr. Obergrenzcontroleur Wentz in Meyenburg mit Frl. Lina Schulze.

Getraut: Hr. Oberlandesgerichtsassessor Eduard Domezikowsky in Kreuzburg mit Frl. Bertha Grunwald. — Hr. G. Rockenstein in Berlin mit Frl. Amalie Fasquel. — Hr. Kaufmann J. C. F. Röschel in Gunzenhausen mit Frl. Bertha Neuper. — Hr. Ferdinand Schubert in Chemnitz mit Frl. Marie Stolle. — Hr. Graf Krockow v. Wickerode in Krockow mit Frl. Philippine Edzardi. — Hr. Schuldirector W. Fr. Wolf in Dresden mit Frl. E. W. Beyer.

Geboren: Hrn. Lieutenant v. Dobschütz in Glatz ein Sohn. — Hrn. S. Gans in Bremen ein Sohn. — Hrn. Isidor Gebert in Berlin eine Tochter. — Hrn. Buchhändler Otto Janke in Potsdam ein Sohn. — Hrn. Factor C. F. Liebschner in Gittersee ein Sohn. — Hrn. Pastor Louis Neumann in Ragewitz eine Tochter. — Hrn. Moritz Reichardt in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. C. F. Rudolph in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Kaufmann Adolf Ziegler in Berlin eine Tochter.

Gestorben: Freifrau Friederike v. Bühler in Karlsruhe. — Hr. Johannes Croll auf Hohenholz. — Frau Oberamtsregistrator Dittmann in Bautzen. — Hr. Forstschreiber A. F. Günther in Pfaffroda. — Hr. August Kunoth in Bremen. — Hr. Dr. Karl Gottfried Scharold in Würzburg. — Frau J. F. Schubert in Neuhausen. — Hr. Gerichtsnotar Späth in Wangen. — Hr. Generalmajor Joseph Graf v. Törring in München. — Frau Postsecretair Zacharias in Berlin.

Montag — Nr. 179. — 28. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. = München. Frhr. v. Freyberg. — Das bairische Gerichtswesen. * Ulm. Die Deutsch-Katholiken. Die Bundesfestung. — Die Untersuchungen in Stuttgart. ** Bremen. Der Washington. ** Hamburg. Die Unruhen.
Preußen. Berlin. Schluß des Landtags. Berlin. Landtag. * Aus der Provinz Sachsen. Die Gemeinde Wackersleben. — Landtagsdiner. — Der Wildstand in der Grafschaft Hohlstein. — Die städtische Ressource in Breslau. — Dr. Kniewel.
Portugal. Die Insurrection.
Großbritannien. Parlament. Der Hof. Die Königin. Die Polizeisoldaten in Irland. Unglücksfall auf der Greatwestern-Eisenbahn. Das Packetschiff Eulalia im Eise. Sir Ch. Pollock. Nachrichten aus Ostindien.
z London. Der mejicanische Krieg.
Frankreich. Cabinetswechsel. Der Proceß Girardin. Deputirtenkammer. Der Proceß Cubières. Hr. Teste und Hr. de Cubières. Das Theaterprivilegium für die Redactoren der Epoque. Neues conservatives Blatt. Die fremden Flüchtlinge. Freie Neger in den französischen Colonien. Kampf mit den Cochinchinesen.
Belgien. * Brüssel. Die Ministerkrisis. Neue Bauten. Unruhen. — Der brasilische Geschäftsträger. Hr. Materne.
Schweiz. Der große Rath von Appenzell. — Dr. Hirzel.
Italien. Rom. Marchese Dragonetti. Festlichkeiten.
Dänemark. Attentat.
Griechenland. Athen. Die Differenz. General Mamouris. Vertriebene Griechen.
China. Conflict zwischen den Engländern und Chinesen.
Nordamerika. † Boston. Zustände. Die Wiedertäufer.
La Platastaaten. Berennung Montevideos. Ermordung eines englischen Quartiermeisters.
Handel und Industrie. * Hannover. Die neuen Steuerdirectionen. — Fruchtpreise. * Leipzig. Oel. Augsburg. Wolle. — Berlin.
Ankündigungen.

Deutschland.

= **München**, 24. Jun. Wir haben eine Neuigkeit von entschiedener Wichtigkeit zu melden, nämlich die der Entlassung des durch seine hochkatholischen Grundsätze bekannten und namentlich während des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfs in Betreff der Protestanten Baierns oft genannten Staatsraths Frhrn. v. Freyberg. Man darf wol mit Recht sagen, daß, wenn Hr. v. Abel von Denjenigen richtig beurtheilt wird, welche ihm nachsagen, er sei als bairischer Minister in allen confessionellen Beziehungen noch römischer gewesen als der Papst selbst, Baron v. Freyberg ein noch entschiedenerer Abelianer gewesen ist als Hr. v. Abel selbst, wann, wo und wie oft es sich nur darum gehandelt hat, in Wort und That allem Akatholischen entgegenzutreten. Man fand darin also auch gar nichts Befremdendes, als es nach dem Ministerwechsel hieß, wie Baron v. Hörmann, so werde zweifelsohne auch Baron v. Freyberg der Personalkrisis noch erliegen, und jetzt macht seine Entlassung oder Inruhestandversetzung in weitern Kreisen auch nur deshalb ein großes Aufsehen, weil die an sich unausbleibliche Maßregel so lange auf sich hatte warten lassen. Die Unausbleiblichkeit selbst hatten Bestunterrichtete nie bezweifeln können; denn ohne eine vollständige Meinungseintracht und ohne möglichst vollkommene Gesinnungsübereinstimmung zwischen den Räthen der Krone mit Portefeuilles (oder den vollziehenden Ministern) und zwischen den übrigen Mitgliedern des Staatsraths, welche zugleich neben, vor, hinter und über den Ministern stehen, je nachdem es eben gilt, im Staatsrathe Rath, Hülfe, Schutz oder im Falle ständischer Beschwerden auch den Spruch in letzter Instanz zu holen, kann von einem ungehemmten Wirken und Streben der Minister gar nicht die Rede sein. Gerade darum wird von allen Bestunterrichteten auch eben in der Inruhestandversetzung des Frhrn. v. Freyberg nicht blos ein Act von entschiedener Wichtigkeit an und für sich erkannt, sondern man fühlt die Nothwendigkeit, ihr besonders dann eine hohe Bedeutung beizulegen, wenn sie, wie fast mit Gewißheit anzunehmen, nicht die einzige bleiben sollte. Sie beschränkt sich übrigens nicht auf die freilich wichtigere Staatsrathsstelle, sondern auch auf die Eigenschaft des Frhrn. v. Freyberg als Vorstand des Reichsarchivs. Für Diejenigen, welche tiefer zu blicken vermögen, wird und muß es dann auch von hohem Interesse sein, daß gerade Baron v. Hormayr es sein muß, auf welchen die Wahl des Königs bei der Wiederbesetzung der Stelle des Reichsarchivsdirectors vertrauensvoll gefallen ist (Nr. 177), namentlich aber höchst interessant für Die, welche sich aus den ausgehenden zwanziger und angehenden dreißiger Jahren her noch gewisser persönlicher Verhältnisse erinnern. Gewiß ist unter allen Umständen, daß die soeben gemeldete doppelte Neuigkeit unbedingt die wichtigste ist seit der neuen Gestaltung der Dinge.

— Dem Nürnberger Correspondenten wird aus **Ansbach** vom 21. Jun. geschrieben: „Den dem Landrathe von Mittelfranken am 31. Dec. über die Grundlagen der neuen Gesetzgebung gemachten [illegible] Mittheilungen fügen wir einige nähere Bestimmungen bei. Die Friedens- und Stadtgerichte bleiben als Einzelrichter für geringfügige Rechtssachen, sowie für die freiwillige Gerichtsbarkeit sammt dem Hypothekenwesen bestehen. Directes Verfahren, Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Collegialität (letztere mit Ausnahme der Stadt- und Landgerichte) sollen sowol dem Civil- als dem Strafverfahren zu Grunde gelegt werden. Die Verbrechen, deren Verhandlung auf den breitesten Grundlagen beruhen muß und deshalb weder eine Wiederholung noch eine weniger zuverlässige Prüfung aus den Acten durch eine zweite Instanz erstattet, sollen durch ein zahlreiches Gericht aus der Mitte des Bezirksgerichts (etwa von neun Mitgliedern) abgeurtheilt werden, ohne Zulassung einer Berufung gegen die Entscheidung der Thatfragen, jedoch mit Vorbehalt des Cassationsrecurses. Das Institut der Staatsanwaltschaft soll bei sämmtlichen Collegialgerichten eingeführt werden."

* **Ulm**, 24. Jun. Der Vorstand unserer deutsch-katholischen Gemeinde hat an die Schwestergemeinden von Württemberg und Oberbaden eine Einladung zur Constituirung und Abhaltung eines Kreisvereins erlassen. Ein solcher wird nun am 28. Jun. hier stattfinden. Pfarrer Rau von Stuttgart wird Tags vorher den Gottesdienst abhalten; die Erlaubniß dazu wurde ihm vom königl. Oberamt ohne alle Schwierigkeiten ertheilt. Bei dieser Gelegenheit dürfte die Berichtigung eines Irrthums am Platze sein, der in Bezug auf die ebenfalls zu dem Kreisverein eingeladene eßlinger Gemeinde vor einiger Zeit durch die Zeitungen gelaufen ist. Diese ist nämlich nicht aus dem deutsch-katholischen Verband ausgetreten, wie es dort hieß, sondern sie hat nur ihren Namen in „freie deutsche" umgeändert, wozu sie nach den Bestimmungen des leipziger und berliner Concils volles Recht hat. Uebrigens steht sie allerdings auf ziemlich schwachen Füßen. Die unsrige hat zwar auch seit langer Zeit keinen Zuwachs erhalten, dafür erstarkt sie aber innerlich immer mehr, wie der in den wöchentlichen Versammlungen herrschende Geist sattsam darthut. Die Vorträge des Pfarrers Albrecht locken in die sonntäglichen Gottesdienste immer eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft. — Der Bau unserer Bundesfestung rückt seiner Vollendung immer näher. Bereits sind in diesen Tagen fünf ausgerüstete Geschütze für dieselbe angekommen und auf den Michaelisberg abgeführt worden.

— Dem Frankfurter Journal schreibt man aus **Stuttgart** vom 22. Jun.: „Viele Freude erregt hier die Nachricht, daß der König dem hiesigen Criminalamte den Befehl hat zugehen lassen, die Untersuchung wegen der Vorfälle am 3. Mai zu beschleunigen und schnellstens zu Ende zu führen. Es wird dies bei dem langwierigen Proceßgange, der zur Zeit noch bei uns eingeführt ist, den Angeschuldigten insofern zu statten kommen, als dadurch die Untersuchungshaft abgekürzt und die Kosten vermindert werden. Zwar sind die meisten der anfänglich Verhafteten nach und nach wieder in Freiheit gesetzt, dagegen aber auch neue Verhaftungen selbst noch in den letzten Tagen vorgenommen worden."

** **Bremen**, 25. Jun. Heute Morgen um 9 Uhr hat der Washington, von zwei Dampfschiffen geleitet, unter den besten Wünschen seine Rückreise angetreten. Die für Deutschland bestimmte Anzahl von zwei Drittheilen der Passagiere ist ganz vollständig, ein Drittheil bleibt für England reservirt; ebenso ist der zugewiesene Theil des Güterraumes besetzt, sodaß mehre Güter nicht mehr aufgenommen werden konnten.

** **Hamburg**, 24. Jun. Seit acht Tagen befand sich das sonst so friedliche Hamburg gleichsam im Belagerungszustande. Tag und Nacht durchzogen Patrouillen die Straßen, auf allen Plätzen hielten Garnison und Bürgergarde Bivouac, und ein strenges Aufruhrmandat mahnte zur Ruhe. Diese Maßregeln hatten guten Erfolg; die Ruhe blieb ungestört, obwol besonders die beiden altonaer Markttage, die selbst in guten Zeiten selten ohne Excesse ablaufen, Besorgnisse erregt hatten. Wirksamer als die militairische und polizeiliche Strenge bewiesen sich die Maßregeln zur Herabsetzung der Marktpreise, wozu man freilich viel früher hätte schreiten müssen, um diese traurige Empörung zu verhüten, die, so unbedeutend sie auch an und für sich war, dennoch einige Menschenleben gekostet hat. Der Senat erklärte in seinem Mandat zur Beschwichtigung der aufgeregten Menge, daß ja durch die Theuerung Jedermann, also auch der Reiche, leide; allein so richtig dies auch ist, es springt doch der Unterschied in die Augen, daß der Wohlhabende und Reiche die theuern

Lebensmittel doch noch kaufen kann, während sie für den Armen ganz unerschwinglich werden. Es ist daher eine dringende Aufgabe jeder Regierung, bei solchen allgemeinen Calamitäten in ähnlicher Weise öffentliche Fürsorge zu treffen, wie es z. B. bei ansteckenden Krankheiten zu geschehen pflegt. Der König von Niederland hat in dieser Zeit bewiesen, daß es möglich ist, dem Hunger des Volks vorzubeugen, wenn man nur zur rechten Zeit daran denkt und die Kosten nicht scheut. Gemißbilligt muß die Maßregel werden, daß man jetzt damit umgeht, alle fremden Arbeiter aus Hamburg zu verweisen. Es ist dies an und für sich ungerecht und hart, aber es kann auch für Hamburg nur nachtheilig wirken, weil eine so große Gewerbsstadt, die ein so kleines Stadtgebiet hat, ohne beständige fremde Zuwanderung sich unmöglich erhalten kann. Ueberdies gibt durch eine solche Verfügung eine freie Stadt ihren schönsten Vorzug auf, nämlich den, für Tausende ein Asyl und Elderado zu sein. Hoffentlich wird die harte Maßregel nicht streng durchgeführt werden und ist wol nur angeordnet, um augenblicklich die hiesigen Proletarier zu beruhigen, die sich bei dieser Gelegenheit wieder namentlich gegen die Engländer mit Erbitterung ausgetobt haben.

Preußen.

Berlin, 26. Jun. Die Allgemeine Preußische Zeitung berichtet über den Schluß des Landtags, nachdem sie folgende königl. Botschaften mitgetheilt:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern gnädigen Gruß. Wir haben durch unsern Landtagscommissar von den Zweifeln Kenntniß erhalten, welche bei der Berathung der Anträge unserer getreuen Stände auf Abänderung des Patents und der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. über die Auslegung der §§. 4 und 6 der Verordnung wegen Bildung des Vereinigten Landtags erhoben werden sind. Zur Beseitigung dieser Zweifel wollen wir, in Uebereinstimmung mit den von unserm Landtagscommissar vorläufig abgegebenen Erklärungen, unsern getreuen Ständen hierdurch eröffnen was folgt: 1) Wenn im §. 4 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags diejenigen Darlehen, die fortan nicht anders als mit Zuziehung und unter Mitgarantie des Vereinigten Landtags aufgenommen werden sollen, als solche bezeichnet sind, für welche das gesammte Vermögen und Eigenthum des Staats zur Sicherheit bestellt wird, so ist es unsere Absicht nicht gewesen, durch diese, wörtlich aus dem Artikel III. der Verordnung vom 17. Jan. 1820 entnommene Bezeichnung solche Staatsanleihen, für welche nur ein Theil des Staatseigenthums oder der Staatsrevenuen als Sicherheit bestellt werden möchte, von dem Erforderniß der Zustimmung des Vereinigten Landtags auszuschließen. Vielmehr ist es unser Wille, daß die Aufnahme von Staatsanleihen in Friedenszeiten und die Ausfertigung von Schuldeducumenten über solche Anleihen, sowie eine Vermehrung der in den umlaufenden Kassenanweisungen bestehenden unverzinslichen Staatsschuld nicht anders als unter Zustimmung des Vereinigten Landtags erfolgen soll. Dies findet jedoch keine Anwendung auf die laufenden Verwaltungsschulden, indem dieselben lediglich in Antizipationen der Staatsrevenuen auf kürzere Zeit bestehen und durch sie das Land mit neuen Lasten nicht beschwert wird. Zu solchen Verwaltungsschulden bedarf es, wie bisher, so auch in Zukunft, der ständischen Mitwirkung nicht. 2) Da für die im §. 6 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags vorgesehenen Fälle, in denen die Einberufung desselben durch politische Verhältnisse verhindert werden möchte, bei Aufnahme von Darlehen ausdrücklich nur die Zuziehung der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen vorgeschrieben ist, so folgt schon hieraus, daß unsere Absicht nicht dahin gegangen sein kann, der gedachten Deputation ein Recht der Zustimmung zu Staatsanleihen beizulegen. Um jedoch jeden Zweifel über diese unsere Absicht zu lösen, nehmen wir keinen Anstand, hierdurch unsern getreuen Ständen ausdrücklich zu erklären, daß die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen nicht dazu bestimmt ist, den Vereinigten Landtag in seinen gesetzlichen Befugnissen hinsichtlich der Consentirung von Staatsanleihen zu ersetzen oder zu vertreten. Uebrigens bleiben wir unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Gegeben Berlin, den 24. Jun. 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Gez.) Prinz von Preußen. (Gez.) v. Boyen. Mühler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg."

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern gnädigen Gruß. Wir haben aus der uns unterm 23. d. M. vorgelegten Petition unserer getreuen Stände auf Abänderung und Declaration des Patents und der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. die Zweifel ersehen, zu welchen die Fassung des §. 9 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags unsern getreuen Ständen Veranlassung gegeben hat. Um diese Zweifel zu lösen, erklären wir hierdurch, daß in dem durch das allgemeine Gesetz vom 5. Jun. 1823 bestimmten Umfange des Rechts der Stände, mit ihrem Beirath gehört zu werden, durch die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. keine Schmälerung eingetreten ist, daß vielmehr dieses Recht in Betreff allgemeiner Gesetze nach Inhalt des §. 12 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags und des §. 3 der Verordnung über die periodische Einberufung des vereinigten ständischen Ausschusses, auch, wenn dergleichen Gesetze Veränderungen in den Steuern zum Gegenstande haben ungeschmälert auf den Vereinigten Landtag und auf den vereinigten ständischen Ausschuß übergegangen ist, so weit nicht die zuletzt erwähnte Gesetzesstelle den Provinziallandtagen jenen Beirath für einzelne Ausnahmefälle vorbehalten hat. Der §. 9 der Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags enthält demnach in keiner Weise eine Schmälerung, vielmehr nur eine wesentliche Erweiterung der ständischen Rechte. Wenn unsere getreuen Stände ferner die Besorgniß hegen, daß in der Bestimmung des erwähnten §. 9, wonach das dem Vereinigten Landtage von uns verliehene Steuerbewilligungsrecht auf die Domainen und Regalien nicht bezogen werden soll, eine Beschränkung der ständischen Gerechtsame gefunden werden könnte, so wollen wir diese Besorgniß hiermit durch die Erklärung beseitigen, daß es bei Erlaß der gedachten Bestimmung nicht in unserer Absicht gelegen hat, in den verfassungsmäßigen rechtlichen Verhältnissen der Domainen und Regalien irgend eine Veränderung herbeizuführen, daß mithin diese rechtlichen Verhältnisse durch die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. in keiner Weise alterirt sind.

Was die in der Petition vom 23. d. M. beantragten Abänderungen unsers Patents und der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. betrifft, so ist unsern getreuen Ständen aus der Anrede, mit welcher wir sie bei Eröffnung des Landtags begrüßt haben, sowie aus unserer Erwiderung auf ihre Adresse, unser Entschluß bekannt, an die weitere Ausbildung des von uns selbst für bildungsfähig erklärten neuen Verfassungswerks nicht anders als auf der Grundlage reiflicher Erfahrung zu gehen. Getreu diesem Entschlusse, aber auch eingedenk unserer Erklärung, daß wir den Vereinigten Landtag gern öfter um uns versammeln wollen, werden wir die auf die periodische Einberufung desselben und auf Beschränkung des Wirkungskreises des vereinigten ständischen Ausschusses gerichteten Anträge unserer getreuen Stände in sorgsame Erwägung ziehen, und behalten uns unsere Entschließung darüber so lange vor, bis die Verordnungen vom 3. Febr. d. J. ihrem wesentlichen Inhalte nach zur Ausführung gekommen sein werden. Wenn unsere getreuen Stände am Schlusse der Petition vom 23. d. M. an uns die Bitte richten, „bis zur Entscheidung über die vorerwähnten Anträge auf Abänderung der Verordnungen vom 3. Febr. d. J. die Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen aussetzen zu lassen", so behebt sich diese Bitte, so weit sich dieselbe auf die ständische Deputation für das Staatsschuldenwesen bezieht, dadurch, daß ein Antrag unserer getreuen Stände auf Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Bildung und den Wirkungskreis der gedachten Deputation nicht an uns gelangt ist. Was aber die von unsern getreuen Ständen gewünschte Aussetzung der Wahl der ständischen Ausschüsse betrifft, so können wir dieser Bitte schon deshalb nicht stattgeben, weil wir beabsichtigen, den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs, dessen endliche Feststellung und Publication der Beschleunigung bedarf, mit Rücksicht auf die wesentliche Verschiedenheit der darüber eingegangenen provinzialständischen Erklärungen, dem vereinigten ständischen Ausschusse zur Begutachtung vorzulegen und denselben zu diesem Zwecke möglichst bald zusammenzuberufen. Wir fodern daher unsere getreuen Stände hierdurch auf, die Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen nunmehr zu vollziehen, wozu die Provinziallandtagsmarschälle unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen haben. Uebrigens bleiben wir unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen. Gegeben Berlin, den 24. Jun. 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Gez.) Prinz von Preußen. (Gez.) v. Boyen. Mühler. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg."

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., entbieten unsern zum ersten Vereinigten Landtage versammelten getreuen Ständen unsern gnädigen Gruß. Nachdem uns von unserm Landtags-Commissar angezeigt worden ist, daß die unsern getreuen Ständen von uns überwiesenen Geschäfte, mit Einschluß der Wahlen der ständischen Ausschüsse und der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen, bis zum 25. d. M. erledigt sein können, haben wir den Schluß des ersten Vereinigten Landtags auf den 26. d. M. festgesetzt und, da wir an diesem Tage in unserer Residenz Berlin nicht anwesend sein werden, unsern Landtags-Commissar beauftragt, den Vereinigten Landtag in unserm Namen zu schließen. Indem wir dies unsern getreuen Ständen hierdurch eröffnen, bleiben wir denselben in Gnaden gewogen. Gegeben Berlin, 24. Jun. 1847. (Gez.) Friedrich Wilhelm. (Gez.) v. Bodelschwingh."

Nachdem in Folge der vorstehend abgedruckten Botschaften die Wahlen der Landesdeputation für das Staatsschuldenwesen und der ständischen Ausschüsse gestern in sämmtlichen durch ihre Marschälle besonders convocirten Provinzialversammlungen abgehalten waren, erfolgte heute früh um 10 Uhr der Schluß des ersten Vereinigten Landtags. Zu dem Ende hatten sich beide Curien im Weißen Saale des Schlosses versammelt. Eine Deputation aller Stände benachrichtigte den königl. Landtags-Commissar, Staatsminister v. Bodelschwingh, daß der Landtag versammelt sei, worauf der königl. Commissar mit sämmtlichen Staatsministern in die Versammlung eintrat und folgende Rede verlas:

„Durchlauchtigste Prinzen, durchlauchtige Fürsten, erlauchte Grafen, edle Herren, hochgeehrte Abgeordnete der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden! Es ist die Stunde gekommen, in welcher auf Befehl Sr. Maj. des Königs, unsers allergnädigsten Herrn, die erste Versammlung des Vereinigten Landtags geschlossen werden soll. Sie ist dadurch getrübt, daß eine kleine Anzahl seiner Mitglieder ihre Betheiligung bei dem letzten Act ihrer Wirksamkeit versagt und sich dadurch einer Pflicht entzogen hat, deren Erfüllung mit der Ausübung ihrer ständischen Rechte im wesentlichen Zusammenhange steht. Die Regierung wird das Ansehen der Gesetze zu schützen wissen. Blicken wir im Uebrigen zurück auf den elfwöchentlichen Zeitraum des ständischen Wirkens dieser hohen Versammlung, so werden Gefühle der mannichfachsten Art in unserer Brust sich regen. Wer vermöchte sie zu übersehen, wer ihnen Ausdruck und Worte zu geben? Ein Gefühl aber dürfte Allen nicht fremd sein, das Gefühl, daß die Ergebnisse des Vereinigten Landtags weniger fruchtbringend für das Land gewesen sind, als sie es hätten sein können.

Doch vertrauen wir der allwaltenden göttlichen Vorsehung, welche unserm theuern Vaterland in entscheidenden Augenblicken stets schützend zur Seite stand, daß der Samen des Guten und Edlen, welcher hier ausgestreut ist, auf innen empfänglichen und fruchtbaren Boden gefallen sei, auf daß er zu einem Baume mit edlen Früchten heranwachse, unter dessen Schatten kein Unkraut wuchert. Aber auch ein Gefühl der Freude und des Stolzes durchbebt gewiß Aller Brust: das Gefühl, ja das Bewußtsein, daß alle hier versammelten Stände und Provinzen auf das innigste verbunden sind durch glühende Liebe für das Vaterland, für den uns von Gott gegebenen edlen König und sein erhabenes Haus. Denn Alle haben sich dazu laut und freudig bekannt. Wie verschieden auch die Wege sein, wie labyrinthisch sie sich

durchkreuzen mögen, die hier empfohlen, die hier eingeschlagen sind, vertrauen wir, daß Alle, die mit jener Gesinnung auf ihnen wandeln, Einem Ziele zugeführt werden: zur Kräftigung der Ehre und Unabhängigkeit, der materiellen und geistigen Blüte des Vaterlandes, zum Ruhme des preußischen Volks unter einer durch die Stände gehobenen und gestärkten, unangetasteten Krone auf den Häuptern seiner Könige aus dem edlen Hause der Hohenzollern! Mit dem Ausdrucke dieser Hoffnung, der Sie auf dem Weg in die Heimat geleiten möge, auf daß Sie auch dort fortwirken und streben nach jenem erhabenen Ziel, erkläre ich — auf Befehl Sr. Maj. des Königs — den ersten Vereinigten Landtag hiermit für geschlossen."

Der Marschall der vereinigten Curien, Fürst v. Solms-Lich, erwiderte diese Rede mit den Worten: „Es lebe Se. Maj. der König!" worauf die ganze Versammlung mit einem dreifachen lauten Hoch! einfiel. Der königl. Commissar verließ sodann, von derselben Deputation geleitet, welche ihn empfangen hatte, den Saal.

Berlin, 26. Jun. In der Sitzung der Herren-Curie am 19. Jun. ward weiter das gestern berichtete Amendement des Fürsten Radziwill angenommen. Dem Antrage der Stände-Curie in Betreff des ständischen Beiraths bei Steuergesetzen trat man bei. Ebenso dem in Betreff der Domainen und Regalien. Für die Bitte, die Aenderungen an den Verfassungsgesetzen von der Zustimmung der Stände abhängen zu lassen, erklärte sich die Abtheilung mit 7 gegen 5 Stimmen. Für dieselbe sprachen Graf Burghauß, der Herzog v. Ratibor, Graf Arnim, gegen dieselbe Fürst Radziwill, Graf Itzenplitz, Graf Solms-Baruth und der Prinz von Preußen, der sich auf §. 12 des Gesetzes vom 3. Febr. berief und dazu bemerkte: „In diesem weisen Vorbehalte scheint mir zugleich alle Gewähr geleistet zu sein, die der Landtag von seinem Monarchen verlangen kann, und wenn es je einen König von Preußen geben könnte, der diesen Passus so auslegte: mit der größten Willkür oder ohne die augenscheinlichste Nothwendigkeit die ständischen Gesetze ändern zu können, so glaube ich es mit Stolz sagen zu können, daß ein solcher König nicht seiner Ahnen würdig dastehen würde. Daß ich diese Gesinnungen meinem Sohn einprägen und sie auf ihn vererben werde, diese Versicherung glaube ich geben zu können, und so Gott will, wird es so weiter gehen." Vielfachen Anklang schien ein Amendement des Grafen Kielmannsegge zu finden, welches statt Zustimmung Beirath setzte, und die Abtheilung trat ihm bei; aber auch dafür erklärten sich nur 36 gegen 30 Stimmen. In Betreff des Antrags wegen Aussetzung der Wahlen nahm man ein Amendement des Grafen v. Arnim an, was diese Aussetzung auf die Zeit bis zur Entscheidung über die ständischen Anträge begrenzte.

In der Sitzung der Stände-Curie am 21. Jun. kam zuerst das Gutachten über den Antrag des Abg. Hirsch wegen Aufhebung des Geleitszolls auf russische und polnische Juden zur Berathung. Die Abtheilung schlug die Bitte, jede Abgabe, welche russische Juden beim Eintritt in die preußischen Staaten zahlen müßten, aufheben zu wollen, vor. Abg. Hansemann amendirte: „Juden als solche". Für den Antrag sprachen besonders die Abgg. v. Pequilhen und Schauß. Der Minister v. Canitz machte aufmerksam, daß es eine Frage der Reciprocität sei. Der Antrag ward angenommen. Man ging dann auf die Amnestieanträge über. Zwei Anträge auf Gnadengesuche für politische Vergehen überhaupt fanden weder in der Abtheilung noch in der Versammlung Unterstützung. Dagegen schlug die Abtheilung in Betreff des Gesuchs um Amnestie der Polen wenigstens die Bitte vor: „Bei den nach geschlossener Untersuchung schuldig Befundenen nach Möglichkeit Gnade walten zu lassen", und dieser Antrag ward einstimmig angenommen, wofür der Abg. v. Potworowski im Namen der Polen dankte. Der Abg. v. Thadden wollte seine Theilnahme für die Polen noch besonders aussprechen, ward aber erst durch Getrommel, dann durch den Landtagsmarschall behindert. In Betreff der Petitionen um Preßfreiheit trug die Abtheilung darauf an: „Unter dankbarer Anerkennung der bereits von Seiten der Krone geschehenen Schritte an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvolle Bitte zu richten, von dem seither befolgten Präventivsystem abgehen, in der ganzen Monarchie die Censur aufheben, Preßfreiheit gewähren und zu diesem Zweck ein Preßstrafgesetz entwerfen zu lassen und dem Vereinigten Landtage zur Berathung allergnädigst vorzulegen." Der Abg. v. Auerswald bat, alle Discussion zu vermeiden — es hatten sich elf Redner gemeldet — und der Antrag ward ohne Widerspruch angenommen. Ein Antrag der Abgg. v. Vincke und v. Thadden gegen die Anonymität der Presse und einer des Abg. v. Vincke auf Insertionszwang fand nirgend Unterstützung. Auch diesmal kam der Abg. v. Thadden mit seiner Rede, worin er dem Frhrn. v. Vincke das Wort des Dichters zurief: „Es gibt der Vortheil den Gefährten", sich von ihm die Hälfte der Beute ausbat und mit den Worten schloß: „Preßfreiheit — wirkliches öffentliches Verfahren mit den Herren Literaten und dicht daneben den Galgen", zu früh. Die Verpflichtung aller Blätter, Erwiderungen Angegriffener gegen Bezahlung aufzunehmen, ward befürwortet. In Betreff der Anträge hinsichtlich des Hauptfinanzetats schlug die Abtheilung mit 9 gegen 6 Stimmen vor: „Se. Maj. den König allerunterthänigst zu bitten, dem Vereinigten Landtag in Erwägung der ihm durch das Steuerbewilligungsrecht zugewiesenen Obliegenheiten das Recht der Feststellung des Hauptfinanzetats allergnädigst zu bewilligen."

Der Landtagscommissar erklärte im voraus, daß diese Bitte keine Erhörung finden würde. Die Abgg. Hansemann, Stedtmann, Milde sprachen für, die Abgg. v. Massow, v. Manteuffel II. und v. Wedell gegen den Antrag; Graf Schwerin schlug aber vor, in Beziehung auf die Feststellung des Hauptfinanzetats und die Controle des Staatshaushalts keinen Antrag zu machen, weil es für jetzt nicht zeitgemäß sei, und dafür erklärte sich die große Mehrheit. Ein Antrag auf eine Gemeindeordnung für das flache Land in den östlichen Provinzen ward angenommen. Gegen einen andern wegen Vorlegung aller Gesetze über das Gerichtsverfahren an die Stände hatte sich die Abtheilung erklärt, er ging aber durch. Ein Antrag in Betreff der Todeserklärung verschollener Seeleute erhielt die nöthige Mehrheit nicht, ein anderer auf Schärfung der Strafen gegen Eigenthumsverbrechen fand nirgend Unterstützung, ein dritter auf Befreiung der überlebenden Ehegatten von der Erbschaftsstempelsteuer ward angenommen. (A. P. Z.)

* **Aus der Provinz Sachsen**, 25. Jun. Ueber den Vorfall in Wackersleben (Nr. 152) können wir unserer frühern Notiz jetzt noch Folgendes hinzufügen. Wie bemerkt, taufte der Geistliche nicht, als ein Bauer Namens Richard nach Vorlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses auf die übliche Frage anstatt des erwarteten Ja mit „Nein, das glaub' ich nicht mehr!" antwortete; er begab sich vielmehr nach Magdeburg, um den Rath des Consistoriums zu hören. Nach seiner Rückkehr taufte er das Kind (einen Enkel jenes Bauers) unter Zuziehung des Küsters und der Hebamme als Taufzeugen, nachdem der Vater desselben erklärt hatte, es solle ihm ganz gleichgültig sein, ob der Herr Pfarrer sein Kind noch zu Ende taufen wolle oder nicht, er für seine Person sei mit dieser halben Taufe schon zufrieden; solle indessen die Taufhandlung noch vollendet werden, so könne er selbst sich um so weniger darum bekümmern, da er dem Kinde doch keine bessern Pathen auszuwählen im Stande sei. Kurz darauf begab sich der Consistorialrath Sack, der vor kurzem von einer Professur in Bonn nach Magdeburg berufen wurde, nach Wackersleben und hielt eine Anrede an die Gemeinde in der Kirche; wie wenig er jedoch durch dieselbe erreicht haben mag, geht daraus hervor, daß die Wackerslebener in öffentlichen Blättern an ihn eine Aufforderung richten wollten, seine Rede drucken zu lassen, welche Aufforderung von der Art war, daß sie nicht die Censur passirte. Außerdem vernahm Consistorialrath Sack mehre Personen in Wackersleben über Richard zu Protokoll, erhielt jedoch nur günstige Aussagen über ihn. Die hierdurch eingeleitete Untersuchung wurde auch später vom Consistorium selbst fortgeführt, wie denn von Zille's theologischer Zeitschrift mitgetheilt wird, daß ein magdeburger Offizier wegen einer religiösen Meinungsäußerung vor das Consistorium citirt sei. Die frühern Vorfälle bei Taufhandlungen, namentlich in Halle, waren übrigens unbedeutender als die in Wackersleben, da bei ihnen die Taufzeugen sich begnügten, gar nicht zu antworten. Zu seiner Rechtfertigung führt der Bauer Richard an, daß der Prediger sich zuweilen die Weglassung des apostolischen Glaubensbekenntnisses erlaube, und daß er nur in der Hoffnung, dies werde auch diesmal geschehen, die Pathenstelle übernommen habe; um dies zu widerlegen, beruft er sich auf die Hebamme und den Küster. Dem sei wie ihm wolle, in jedem Falle glauben wir nicht, daß es auf Störung einer gottesdienstlichen Handlung abgesehen war. Eben so wenig aber glauben wir, daß es die Absicht des Consistoriums ist, hier ein Bestrafung herbeizuführen. Man hört bereits von einem beabsichtigten Anschlusse der Wackerslebener an die „freie Gemeinde", welche sich in Halberstadt bildet. Dabei wollten sie, sagen sie, den zukünftigen Prediger der „freien Gemeinde" in Halberstadt nicht allzu sehr belästigen, sondern sie seien schon zufrieden, wenn alle Jahre ein paar Mal etwas Geistliches zu ihnen aufs Land käme.

— Am 24. Jun. speisten dreihundert Abgeordnete beim König in **Potsdam**.

— Die Schlesische Zeitung schreibt: „Die Grundbesitzer der Herrschaft Hohlstein glaubten sich mit Recht über einen von Jahr zu Jahr mehr zunehmenden Wildstand beschweren zu müssen, und wendeten sich, da dies bisher ohne Erfolg geschehen war, an ihren neuen Grundherrn, den Fürsten zu Hohenzollern-Hechingen, mit der Bitte: jenem Uebelstand einigermaßen Grenzen zu setzen. Der fürstliche Bescheid ist jüngst eingegangen und lautet dahin: «daß Se. Durchl. genehmigt haben, daß Böcke und gelte Ricken sofort geschossen, die Hälfte des Erlöses an die Armen vertheilt und die Reviere im nächsten Herbst unter allen Umständen gehörig abgejagt werden sollen.»"

— Auf die Eingabe des Vorstandes der städtischen Ressource in **Breslau** in Betreff der in derselben zu haltenden Vorträge hat der Oberpräsident v. Wedell, nach Vortrag bei dem Ministerium, jetzt dem Vorstande die Erklärung gegeben, daß die frühere Bestimmung, nach welcher nur in Gegenwart eines Polizeibeamten Vorträge gehalten werden dürften (wogegen der Vorstand protestirt hatte), nicht in Wirksamkeit treten soll, wenn alle religiösen und politischen Vorträge ausgeschlossen bleiben, das Thema und der Name des Vortraghaltenden dem Polizeipräsidenten vorher mitgetheilt werden, und wenn der Oberbürgermeister oder die Stadtverordnetenvorsteher die Verantwortung übernehmen wollen. (Bresl. Z.)

— Dr. Kniewel fungirt gegenwärtig als Geistlicher bei der altlutherischen Gemeinde in **Danzig**.

Portugal.

Aus **Lissabon** sind Nachrichten vom 15. Jun. mit der erfolgten Unterwerfung Sa da Bandeira's in Setubal, des Grafen Mello und der meisten Offiziere derselben, sowie 500 M. regulairer Truppen eingetroffen. Der unregulaire Theil ihrer Streitkräfte hatte sich landeinwärts gewendet und schien noch Widerstand leisten zu wollen. Die im Fort S. Juliao von den Engländern bewachten gefangenen Insurgenten sollen nach andern Verwahrungsorten gebracht werden, um die Gefahr eines Aufstandes derselben zu beseitigen (über Madrid gegebene Nachrichten von Entlassung der Gefangenen am 12. Jun. und einem darauf stattgefundenen Tumult ergeben sich hiernach als unwahr). Der am 10. Jun. von Oporto angekommene Marquis de Loulé war von der Königin nicht empfangen worden. Im Diario do Goberno ist eine neue Bekanntmachung erschienen, welche darauf hinweist, daß völlige Unterwerfung und Herstellung der Ruhe und des Gehorsams im Lande die Vorbedingungen der zugesagten Amnestie sind.

— Hat durch die Unterwerfung von Setubal die Insurrection im Süden ihren Stützpunkt und ihre Häupter verloren, so scheint in Oporto die Junta durch die Absendung des Marquis de Loulé doch geglaubt zu haben, noch andere Bedingungen erlangen zu können als die von ihr scheinbar angenommenen, und erhebt jetzt Widerspruch gegen die Amnestie. Man scheint, wahrscheinlich irrthümlich, anzunehmen, daß dieselbe nur die Zeit vom 6. Oct. bis 23. April, dem Tage, von welchem sie datirt ist, begreifen solle. Indessen wurde Oporto bereits von allen Seiten durch die Streitkräfte der Königin unter Saldanha und Cazal und der intervenirenden Mächte eingeschlossen. Ihre Seemacht blockirt den Douro, die Spanier, 10,000 M. stark, waren ganz in der Nähe und konnten, Oporto nördlich umstellend, in Kürze ihre Verbindung mit Saldanha eröffnen, der nach wie vor südlich vom Douro stand. Coimbra, Viseu und Guarda waren von den Insurgenten ebenfalls aufgegeben, und an mehren Orten nördlich vom Tejo fing die Bevölkerung an sich feindselig gegen sie zu bezeigen.

Großbritannien.

London, 22. Jun.

Im Oberhause wurde gestern mit einer Anzahl anderer Bills die königliche Zustimmung auch der Werbebill für das Heer (mit zehnjähriger Dienstzeit), der Bill über die Zinsenvergütung auf Vorauszahlungen auf die 8-Millionen-Anleihe und der Bill über Ausweisung nicht heimathöriger Armer für Schottland und Irland durch königl. Commissare ertheilt. Die zweite Lesung einer vom Erzbischof von Dublin eingebrachten Bill, welche der Regierung freie Hand ertheilt wissen wollte, in Irland protestantische Bisthümer, die durch die vor 14 Jahren getroffene Uebereinkunft vereinigt oder eingezogen worden, ohne Unkosten für den Staat z. B. durch Vereinigung mit hohen Würden an der Universität Dublin wieder zu besetzen, unterblieb, weil der Prälat nach dem erhobenen Widerspruche des Marquis of Lansdowne die Bill zurücknahm. Im Unterhause fragte Hr. Muntz, ob es gegründet sei, daß die Regierung dort Mais unter dem Marktpreise verkaufen lasse. Der Schatzkanzler Sir C. Wood erklärte darauf, daß die Regierungsmagazine angewiesen wären, nach den Preisen des nächsten größern Marktes zu verkaufen. Die Preise wären in letzter Zeit bedeutend gefallen, und folglich hätten auch die Magazine die ihrigen herabsetzen müssen. Das Gegentheil würde unverantwortlich gewesen sein. Wenn Leute, die Getreide theurer eingekauft, es nicht zu solchen Preisen verkaufen wollten, hätten sie doch kein Recht zur Beschwerde über Die, welche dazu losschlügen. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war die zweite Lesung der von Hrn. Strutt, dem Präsidenten des Eisenbahnamts, eingebrachten Bill, welche Regulirung der Vorarbeiten zu Eisenbahnanlagen und Bildung neuer Eisenbahngesellschaften, über die Entschädigung angrenzender Grundstücksbesitzer und das ganze Gebiet dieser Geschäfte betraf. Nachdem er in fast zweistündiger Rede die an der Bill, seit sie eingebracht, vorgenommenen Verbesserungen und den von der Regierung keineswegs aufgegebenen Zweck derselben dargelegt hatte, schloß er damit, daß eine mächtige Partei der Bill jeden constitutionellen Widerstand entgegenzusetzen beschlossen habe, der möglich sei, und daß daher bei der vorgerückten Session und um den Geschäftsgang nicht dadurch aufgehalten zu sehen, die Bill zurückgenommen werden solle. Schallendes Gelächter folgte diesem überraschenden Ende der langen Rede. Auf eine Anfrage Hrn. Roebuck's gab noch Lord J. Russell über die Bill wegen Darlehen an irische Eisenbahnen zur Antwort, daß die Regierung dieselbe noch in dieser Session durchführen wolle.

— In der heutigen Sitzung des Unterhauses verschob Hr. Evans seinen angemeldeten Antrag wegen Aufhebung des Salzmonopols in Ostindien, weil noch einige Belege und Actenstücke fehlten. Hr. Howard Douglas fragte, ob es wahr sei, daß der Gouverneur von Canada die Schiffe der Vereinigten Staaten autorisirt habe, den Hafen von Montreal zu passiren, wodurch sie die freie Schiffahrt auf dem Lorenzstrom erhalten würden. Hr. Hawes, Untersecretair für die Colonien, erwiderte, daß die Regierung noch nichts von einer solchen Autorisation erfahren habe; wäre sie in einer die Navigationsgesetze berührenden Art ertheilt worden, so könne sie auch nur eine zeitweilige sein. Das Haus vertagte sich schon um 8 Uhr.

— Der Hof ist von Claremont mit dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin von Weimar in den Buckinghampalast zurückgekehrt, wo die letztern fürstlichen Herrschaften sich von der Königin beurlaubten und nach Marlboroughhouse, der Residenz der Königin-Witwe, begaben.

— Es soll fest bestimmt sein, daß die Königin im Juli nach Irland gehen und in Belfast der Grundsteinlegung zu dem dortigen neuen College beiwohnen werde.

— Die militairisch organisirten Constabler oder Polizeisoldaten in Irland, welche in kleinen Posten von 5—8 M. über ganz Irland vertheilt sind, zählten am 1. Jan. d. J. 11,404 M. Im Jahr 1846 hatte der Aufwand dafür 483,646 Pf. St. betragen, wovon ungefähr zwei Drittheile von der Regierung und ein Drittheil von Grafschaften, Städten und andern Ortschaften gedeckt wurde, wo die Bevölkerung zur Verstärkung der Polizei nöthigte. Diese Polizei ist uniformirt, mit Säbeln und Bayonnetgewehren bewaffnet, und an der Spitze derselben stehen Generalinspectoren, Provinz- und Districtsinspectoren.

— Auf der Greatwestern-Eisenbahn ist am 19. Jun. ein Wagenzug mit Gütern und Vieh hinter Chippenham durch den so überaus gefährlichen Gebrauch verunglückt, dort die Züge durch eine dahinter gelegte Maschine eine Steigung hinan fördern zu lassen. Was für ein entsetzliches Unglück dabei für Personenzüge herauskommen kann, liegt in diesem Falle, der ohne Verlust von Menschenleben abging, deutlicher als je vor Augen. Der Zug bestand aus mehr als 40 Wagen und mit Langholz beladenen Trucks, von welchen der vierte von der führenden Locomotive durch irgend einen Umstand dem Zuge einen Widerstand entgegensetzte, welcher verursachte, daß die vordere Locomotive mit mehren Wagen davon fuhr, während die schiebende mit voller Kraft die vor ihr befindlichen Wagen auf das Hinderniß drängte und theils aus der Bahn warf, theils zertrümmerte und übereinanderschob. Neunzig Schafe und eine Anzahl Kälber kamen bei diesem Vorfalle um, der natürlich das Werk weniger Augenblicke war.

— Das nach St. Sebastian gehörige Packetschiff Eulalia von 300 Tonnen traf auf der Fahrt von Havana nach Galway nach einer günstigen Reise unter dem 52. Längen- und 42,18 nördlichen Breitengrade am 21. Mai früh auf ein großes Eisfeld. Man suchte zu wenden und von demselben abzukommen, was aber nicht gelang; vielmehr stieß im Laufe des Vormittags ein gewaltiger Eisberg die eine Seite des Schiffes ein. Man setzte sofort die Boote aus, in welche die 37 Passagiere gebracht wurden, während die Schiffsmannschaft noch am Bord blieb, allein bald ebenfalls in die Boote eilen mußte, weil das Schiff rasch sank. Zwei Boote mit 14 Passagieren und 14 Mann von der Mannschaft retteten sich und wurden am folgenden Tage von einem britischen Schooner aufgenommen; das dritte mit noch 20 Menschen, meist Frauen, ging mit dem sinkenden Schiffe, an dem es noch mit einem Tau befestigt war, das man in der Angst vergessen hatte zu lösen, zu Grunde.

— General Sir Charles Pollock ist aus Ostindien, jedoch so unwohl, zurückgekehrt, daß er keine der zu seiner ehrenvollen Begrüßung bestimmten Deputationen annehmen konnte.

— Die Ueberlandpost vom 12. Mai aus **Bombay** hat wenig von politischem Interesse mitgebracht. Es ging das Gerücht, der Generalgouverneur Lord Hardinge wolle am 1. Jan. 1848 Ostindien verlassen. Er befand sich mit dem Oberbefehlshaber der Truppen in Simla, um die heiße Jahreszeit dort zu verbringen. Im Pendschab herrschte tiefe Ruhe. Dost-Mohammed in Kabul fuhr mit seinen Operationen gegen die Ghilzies fort. In Gumsur war die Ruhe noch immer nicht hergestellt. In Bombay betrugen die Subscriptionen für Irland 9300 Pf. St. und im ganzen britischen Indien waren schon 22,900 Pf. St. zusammengebracht worden. Der neue Oberrichter von Bombay, Sir David Pollock, war in der Genesung von einem heftigen Leberleiden und wollte, um eine Luftveränderung zu genießen, eine Reise nach China machen. Die am 8. Mai gehaltene Jahresversammlung der geographischen Gesellschaft zu Bombay ist sehr befriedigend ausgefallen. Ein außerordentlich heftiger Orkan, von gewaltigen Regengüssen begleitet, hat vom 13.—24. April in großer Ausdehnung getobt. Er scheint vom 13.—18. April östlich und südlich von Ostacamund begonnen und am 15. April am heftigsten gewüthet zu haben. Nördlich und westlich kann man seine Richtung über einen Raum von 1300 Miles verfolgen. Von Cochin ging er über das Meer nach der Küste von Malabar, wo er am 21. April, Kurradschi, Ahmedabad und Shikarpur in Oberstinde, wo er am 24. April anlangte. Der Sesostris, Dampfschiff der Ostindischen Compagnie, das von dem Orkan betroffen wurde und für das man besorgt war, ist mit einigen Beschädigungen weggekommen. Die portugiesische Brigg Indiana wurde bei Rutnagherry an die Küste getrieben.

ὁ **London**, 21. Jun. Die neuesten Nachrichten aus Amerika zeigen, daß der Krieg in Mexico in eine Guerrillasschlächterei auszuarten droht. Die Amerikaner empören sich gegen diesen Gedanken. Der

Neuyorker Sun sagt: „Wir sind es unserm eignen Charakter in der Stellung, die wir in der christlichen Welt einnehmen, schuldig, unsern Abscheu gegen dieses Mordsystem dadurch zu bekunden, daß wir uns dieser Verfahrungsweise enthalten.“ Das ist gewiß eine sehr ehrenwerthe Denkungsart. Und der Sun hat ganz Recht, wenn er sagt, daß die Nordamerikaner es sich selbst schuldig sind, dieses System von sich abzuweisen. Sie haben der Welt ein Beispiel gegeben, wie man zur Freiheit gelangt, ohne deswegen in dem Blute seiner Feinde waten zu müssen; sie haben eine Revolution gemacht, ohne einen einzigen Act der Rache begangen zu haben; sie haben ihr Vaterland und ihre junge Republik aus den größten Gefahren gerettet, gegen den mächtigsten Feind vertheidigt, ohne deswegen des Schreckens — dieser tapfern Todesangst, dieser scheu gewordenen Poltronerie — zu bedürfen. Und gerade deswegen schlug die Freiheit feste Wurzeln bei ihnen, während sie anderswo in dem Blute, das ihre Freunde foderten, erstickte. Und deswegen auch ist es wahr, daß die Nordamerikaner fast eine höhere Pflicht haben, das Mordsystem, das die Mejicaner jetzt gegen sie anzuwenden beginnen, nicht ebenfalls zu befolgen. Die Welt würde darin einen Beweis sehen, daß die Amerikaner die Lehre, die sie von ihren Vätern erhalten, nicht mehr begreifen; ja sie würde mit Staunen bedenken, wie die Soldaten des französischen Kaiserthums in Spanien ein System zurückgewiesen, das nun die amerikanischen Republikaner befolgen zu dürfen glauben. Also wie gesagt, der Sun hat Recht, wenn er dies System abzuwehren sucht. Er verlangt ein Anderes; er sagt: „Es sollen Befehle an unsere Generale erlassen werden, die Mejicaner förmlich zu benachrichtigen, daß für jeden ermordeten nordamerikanischen Soldaten eine Zahl mejicanischer Kriegsgefangener, sage zwei oder drei, durch ein Kriegsgericht zum Tode verurtheilt werden sollen.“ Das Blatt setzt feierlichst hinzu: „Dieses System der Vergeltung kann nicht unverständig erscheinen, und die Art, es in Vollzug zu setzen, wird ihm allen Schein der Rache und der Leidenschaft nehmen und ihm den Charakter einer bündigen Vergeltung geben.“ Wahrlich, wenn dieses System in Vollzug gesetzt wird, so würden die Nordamerikaner an die Stelle eines Guerrillaskriegs ein System von Guerrillasgerichtsmorden setzen. Wir wollen zur Ehre der Menschheit hoffen, daß diese Drohung nur ein blinder Lärmschuß ist. Der Guerrillaskrieg ist schon gräßlich genug, aber er hat wenigstens den Krieg selbst, Kampf, Lebensgefahr, Haß und Rache zur Entschuldigung. Das Guerrillasgerichtsverfahren würde aller dieser Entschuldigungen, dieser mildernden Umstände vollkommen ermangeln, und jede Hinrichtung in dieser Art nichts und gar nichts als ein kalter Gerichtsmord sein, der nicht nur dem Kriegsrecht aller civilisirten Völker Hohn spräche, sondern durch die gerichtliche Form selbst eine Art Lästerung gegen die heiligsten Institutionen jedes Landes, Recht und Gerechtigkeit, Richter und Gerichte enthielte. Die Amerikaner sind mit ihren Eroberungen auf ein neues Feld getreten. Freiheit und Eroberungen gehen nirgend Hand in Hand. Die römische Republik wurde durch dieselben zu einem Kaiserreich, und die französische spielte die Geschichte der römischen in kaum zehn Jahren durch. Die Amerikaner sind auf dieselbe Bahn gerathen; und wie weit sie schon auf ihr gekommen, beweist der Gedanke ihrer Guerrillasgerichte. Washington und Franklin würden einen solchen Gedanken nie haben fassen können, und wer die Art dieser ersten Bürger der amerikanischen Republik kennt, wird verstummen, daß kaum sechzig Jahre später ihre Nachkommen ihn nur zu fassen wagten. Aber die Bahn der Eroberung ist glatt, und man schießt auf ihr vorwärts, ohne zu merken, wie rasch man dem Ziele zugleitet.

Frankreich.

Paris, 23. Jun.

Die Patrie erzählt, daß gestern unter den conservativen Deputirten, nachdem Hrn. de Girardin's Freisprechung bei den Pairs bekannt geworden, die Rede ging, Hr. Guizot und Graf Duchatel hätten ihre Entlassung gegeben. Es hieß ferner, Marschall Bugeaud werde erwartet, um mit dem Grafen Molé und Hrn. Hippolyte Passy ein Cabinet zu bilden, von dem man schon Listen kannte. Die am meisten geglaubte war: Marschall Bugeaud Präsident des Cabinets und Kriegsminister; Graf Molé auswärtige Angelegenheiten, Hr. Passy das Innere, Graf Daru die Finanzen, Dufaure Großsiegelbewahrer, Villières den öffentlichen Unterricht, Lanyer Handel und Ackerbau. Der Herzog v. Montebello solle dabei Marineminister bleiben.

— Die Tribunen der Pairskammer waren gestern bei der Verhandlung über Hrn. de Girardin, deren Ausgang wir bereits mitgetheilt haben, zahlreich mit eleganten Damen besetzt. Nachdem der Namensaufruf erfolgt war, führte ein Huissier Hrn. de Girardin ein, für welchen ein grünes Pult vor denen der Stenographen aufgestellt war. Er erschien ohne Vertheidiger. Bei der gewöhnlichen Vorfrage nach Namen, Stand und Alter zur Legitimation der Person gab er unter Anderm zur Antwort: ich besitze keinen Taufschein und sage das, weil man auf der Tribune kürzlich ein Geheimniß verrathen hat, das sie hätte respectiren sollen. (Hr. Guizot hatte das eigenthümliche Verhältniß desselben zum Generallieutenant Grafen de Girardin dort bloßgestellt.) Nachdem er auf die Frage wegen eines Vertheidigers zur Antwort gegeben hatte, daß er keinen habe und selbst Einiges über den angefochtenen Artikel zu bemerken wünsche, verlas der Präsident die Beleidigungen der Kammern betreffenden Gesetzstellen und Hr. de Girardin hielt dann eine kurze Rechtfertigungsrede. Er betheuert in derselben seine tiefste Achtung vor der Kammer, die es ihm als eine Beleidigung derselben und des Vertrauens zu ihrer hohen Gerechtigkeit erscheinen ließe, wenn er mit einem Rechtsbeistand vor sie hintreten wolle, und versicherte unter Berufung auf seine schriftstellerische Thätigkeit und sein politisches Wirken, daß er dieselbe nicht habe herabsetzen wollen. Er habe in jenem Artikel eine Thatsache angezogen, von der er eine so genaue Kenntniß besaß, daß sie ihm fast unwillkürlich aus der Feder floß und ihm nie der Gedanke beikam, sie könne bestritten werden. Das Versprechen der Pairie, von dem die Rede sei, beziehe sich jedoch auf keine der stattgehabten Ernennungen; die Kammer sei also durch dessen Anführung in keiner Art verletzt. Den Beweis zu führen verbiete ihm für jetzt eine ehrenhafte Bedenklichkeit; wenn er die Zeit zur Veröffentlichung desselben nicht abzuwarten wüßte, würde er keinen Anspruch auf politische Befähigung besitzen. Nachdem Hr. de Girardin wieder abgetreten war, fand erst eine ziemlich lebhafte Verhandlung über die von Hrn. Dupin verlangte geheime Sitzung statt, und als diese bewilligt war, erfolgte nach zwei Stunden die Freisprechung Hrn. de Girardin's. In der Deputirtenkammer wurde die allgemeine Berathung des Budgets der Ausgaben für 1848 geschlossen und die der einzelnen Artikel begonnen, die bis zum 22., die Civilliste von 13,300,000 Fr., angenommen wurden.

— Der von Hrn. Renouard verfaßte Bericht über die Voruntersuchung der Commission des Pairshofs in der Anschuldigung gegen den ehemaligen Kriegsminister, Pair und Generallieutenant Cubières und Genossen ist überaus umfänglich. Er gibt eine völlig parteilose Uebersicht des eingehaltenen eben so parteilosen Verfahrens der Commission, welche keinen Schritt unterlassen zu haben scheint, um der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Nicht weniger als 1200 Actenstücke, welche auf die Concessionirung der Gruben von Gouhenas Bezug haben, dabei die ganze Correspondenz des Generals Cubières und des Hrn. Pellaprat, ehemaligen Generaleinnehmers, sowie des Gegners Parmentier, wurden in Beschlag genommen. Der damalige Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Teste, jetzt einer der Präsidenten am Cassationshofe, soll durch Briefe des Hrn. Pellaprat, jedoch ohne directe Hinweisung auf Mitschuld, und nur durch ein Billet von seiner Hand an General Cubières in der Art mit in die Sache verwickelt sein, daß die Commission auch ihn als der Mitschuld verdächtig bezeichnen zu müssen glaubte. Das fragliche Billet ist von Neris datirt und meldet dem General, daß er wegen der Verzögerung der Concession nicht besorgt sein möge, indem er alle darauf bezüglichen Papiere zu eigner Einsicht mitgenommen habe und daher in seiner Abwesenheit kein etwa ungünstiger Bericht verfaßt werden könne. Aus den Briefen des Generals scheint auch eine Art Mitwissen Hrn. Teste's zu erhellen. Er berichtete nämlich an Hrn. Parmentier regelmäßig seine Besprechungen mit Hrn. Teste, den Fortgang der Angelegenheit und ihr Schicksal im Ministerrathe wie im Departement der öffentlichen Bauten mit einer Genauigkeit, daß er aus amtlichen Quellen, wenn nicht von Hrn. Teste selbst, wie in den Briefen steht, seine Nachrichten erhalten haben muß. General Cubières verneint jedoch, die Mittheilung von Hrn. Teste erhalten zu haben. Ein Beamter habe sie ihm gemacht, den er aber nicht namhaft machen werde, und in seinen Briefen wurde sie allerdings irrthümlich und nur der gleichen Zuverlässigkeit wegen dem Minister zugeschrieben, mit dem er über die Sache nur zufällig sich unterhalten habe. Auf eine Frage, wie er eine Summe von 200,000 Fr. zu verwenden gedacht habe, die er von den Unternehmern zur Beförderung ihrer Interessen verlangte, hat der General erwidert, daß er von Personen, welche mit der Erwerbung von Regierungsconcessionen vertraut wären, stets gehört habe, daß einiges Geld dabei gut anzubringen sei. Allein er habe dann gesehen, daß er der Unterstützung, an welche er gedacht, nicht bedürfe, habe keine Bestechung angewendet und daher den Unternehmern das Geld restituirt. Er gebe zu, daß er Unrecht gethan, auf solche Dinge sich einzulassen, werde aber Niemanden von Denen nennen, welche dabei in Betracht gekommen wären. Hr. Teste hatte ebenfalls eine sehr peinliche Vernehmung zu bestehen. Unter Anderm wurde er um die Wahrheit der Angabe befragt, daß er ohne Vermögen Minister geworden und das Ministerium sehr wohlhabend verlassen habe. Hr. Teste versetzte, daß er als Anwalt 120—150,000 Fr. Einkommen gehabt und man also nicht wohl sagen könne, er sei ohne Vermögen Minister geworden. Auch erbot er sich zu beweisen, daß er während seines Ministeriums von seinem Privatvermögen zugesetzt und nachher genöthigt gewesen sei, einen Theil seines Grundbesitzes zu verkaufen. Der Bericht schließt, daß Grund zu Verdacht gegen General Cubières, die HH. Teste, Parmentier und Pellaprat vorliege, und stellt dem Pairshofe anheim, zu entscheiden, ob derselbe hinreiche den Anklagestand auszusprechen. Die Berathung darüber beginnt am 25. Jun.

— Die Union monarchique weist bedeutsam darauf hin, daß bei dem Namensaufruf in der Pairskammer vor der Einführung des Hrn. de Gi-

tardin die HH. Teste und Cubières übergangen wurden. Dem Courtier français zufolge hätte Hr. Teste ausgesprochen, im Falle seine frühern Collegen ihn im Stiche lassen sollten, würde er ebenfalls für Manchen sehr unangenehme Eröffnungen machen.

— Mehre Oppositionsdeputirte wollen auf eine Untersuchung wegen der 100,000 Fr. antragen, welche den Redactoren der Epoque bei dem Hrn. Adam ertheilten Theaterprivilegium pränumerando zugeflossen sind. Der Beschluß soll in einer Versammlung bei Hrn. Thiers gefaßt worden sein.

— Das zum 1. Jul. angekündigte neue conservative Blatt wird L'Opinion heißen.

— **Die Anzahl der in Frankreich anwesenden fremden Flüchtlinge beträgt jetzt 11,600, wovon 6272 Spanier, 4606 Polen, 406 Italiener, 178 Deutsche sind und 4718 Unterstützung erhalten.**

— In den französischen Colonien sind im Jahre 1846 nach amtlichen Berichten, in Martinique 1013, Guadeloupe 1137, Guiana 252, Bourben 366, zusammen 2768 Sklaven frei geworden. Von 1830—1846 haben in Allem 48,015 die Freiheit erlangt.

— Das Journal des Débats meldet, daß sich am 15. April die Fregatten Gloire und Victorieuse in einem Hafen von Cochinchina, um einem Ueberfalle zu entgehen, gezwungen gesehen hätten, fünf große mit Kanonen bewaffnete Schiffe und eine Anzahl Dschonken anzugreifen. Letztere ergriffen die Flucht; die fünf großen Schiffe wurden verbrannt oder in Grund gebohrt. Ueber 1000 Cochinchinesen kamen dabei um. Die Franzosen hatten nur 1 Todten, 2 schwer und einige leicht Verwundete. Der apostolische Vicar in Japan, Hr. Feurcade, Bischof von Samos, befand sich am Bord der Gloire und hat die Depesche des die französischen Schiffe befehligenden Commandanten Lapierre überbracht, der am 24. April zu Macao war.

Belgien.

* **Brüssel**, 23. Jun. Die Ministerkrisis wird in Folge der gestern geschehenen Abreise des Königs nach England wol noch 14 Tage dauern. Hr. Rogier ist am 20. Jun. in den Palast gerufen worden und hat vom Könige die Erklärung erhalten, daß derselbe erst nach seiner Rückkehr seine Dienste zur Reconstituirung des Cabinets in Anspruch nehmen würde. Trotz dieser Thatsache, für welche das Organ des Rogier'schen Anhangs, die Indépendance, Bürge leistet, kommen stets neue Gerüchte über den Fortgang dieser Angelegenheit in Umlauf, und die künftigen Stützen des Premier Hrn. Rogier werden beinahe sämmtlich schon genannt. Der Nachlaß der HH. de Theux und Genossen ist verschuldeter- und unverschuldetermaßen nicht leicht zu übernehmen und erfodert starke Schultern. Es sind Männer erfoderlich, die zur Bezwingung der mislichen Umstände, in denen wir uns befinden, bei großer Kenntniß und Erfahrung in der Verwaltung, bei festen politischen Ansichten und unbescholtenem Charakter über den Parteien und doch nicht außerhalb derselben stehen. Die Haltung, welche der alte Liberalismus in der gegenwärtigen Krisis zeigt, verräth die Schwierigkeit des Augenblicks am besten. Wenn er auch siegreich das Gespötte der katholischen Blätter zurückweist, die ihm Ohnmacht und Zerrissenheit vorwerfen, so läßt er doch hier und da bei ruhigem, aufrichtigem Erwägen der Zustände eine verhohlene Bangigkeit merken vor der drohenden Macht der Kraft des Demokratismus. Er brachtet mit Schrecken, daß dem Demokraten der besitzende, den Besitzlosen exploitirende Bürger vielleicht noch verhaßter ist als der seine Mission überschreitende Priester; ferner daß die ganz in das vorige System hineingewachsenen Verwaltungsbeamten der Thätigkeit seiner Vertreter von allen Seiten hemmend entgegentreten werden. Der junge Liberalismus hingegen, seines künftigen, wenn auch fernen Sieges gewiß, ist am ruhigsten; er hebt sich über die Namen der berufenen Lenker hinweg und begnügt sich damit, das Programm des liberalen Congresses mit unerbittlicher Strenge als die nothwendige Grundlage der künftigen Politik zu predigen.

Am 20. Jun. wurden die im belebtesten Theile der Stadt erbauten Galéries St.-Hubert im Beisein der königlichen Familie eingeweiht. Der König besah gleichfalls das mitten unter diesen schimmernden Magazinen liegende Theater der Galéries St.-Hubert, das unter derselben Verwaltung mit denjenigen des Münzplatzes und des Parkes steht und hauptsächlich für die komische Oper bestimmt ist. — Von den Städten Tongern, Ostende und Antwerpen sind in den letzten Tagen wieder Nachrichten von vorgefallenen Ruhestörungen eingelaufen, die zwar alle einen ernstlichen Charakter trugen, denn sie waren im Hunger gegründet, aber doch durch die Behörden ohne viele Mühe beschwichtigt wurden. Die Getreidepreise sind nur an einzelnen Orten gefallen; auf andern Märkten sind dieselben nicht nur nicht gefallen, sondern gestiegen, und doch sind vom 15.—20. Jun. 21 mit Lebensmitteln beladene Schiffe in Antwerpen eingelaufen.

Gestern überreichte der neuernannte brasilische Geschäftsträger, Ritter José Maria do Amaral, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten seine Creditbriefe. Die Beziehungen zwischen Belgien und Brasilien werden immer lebhafter, und kraft des am 7. Jun. erlassenen Arrêtés ist für directe Einfuhr die brasilische Flagge der belgischen gleichgestellt worden; man behauptet, in Folge des erhaltenen Avis, daß mit nächstem das Schiff Lysire, 700 Tonnen stark, mit einer Ladung Kaffee aus Rio Janeiro in Antwerpen anlangen werde, das erste unter der kaiserlichen Flagge in die Schelde einlaufende Fahrzeug.

Hr. Materne, bisheriger Director der politischen Angelegenheiten, ist an die Stelle des abgetretenen Barons T'Serclas zum Generalsecretair des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Schweiz.

Der große Rath von **Appenzell-Außerrhoden** instruirte für Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz und bevollmächtigte den Gesandten, zu allen Maßregeln für Vollziehung dieses Beschlusses mitzuwirken. Er begehrt auch die Aufhebung des Sonderbundes; für Vollziehung dieses Beschlusses soll aber der Gesandte erst weitere Instructien einholen.

— In **Paris** hat sich Dr. Bernhard Hirzel, ehemaliger Pfarrer, Anführer des züricher Landsturms in den Unruhen wegen der Berufung von Strauß, seit längerer Zeit wegen eines Criminalvergehens mit Steckbriefen verfolgt, vergiftet.

Italien.

Rom, 12. Jun. Daß dem bekannten Marchese Dragonetti von der Polizei der Aufenthalt verweigert wurde (Nr. 177), hat unsere Liberalen in Harnisch gebracht. Diese waren gestern so aufgeregt, daß man alle Feste zu Ehren des Papstes zum 16. Jun. am Jahrestage seiner Thronbesteigung abbestellen wollte. Es scheint jedoch, der besser gesinnte Theil der jungen Brauseköpfe hat diesmal den Sieg davongetragen, indem dieser und wol mit Recht annimmt, die Regierung müsse wichtige Motive gehabt haben, so zu handeln. Man schmäht den Gouverneur Mons. Grassellini, der vor kurzem noch Liebling des Volks war, er stehe jetzt im Solde von Neapel, und dergleichen unsinnige Beschuldigungen mehr. (A. Z.) Wie übrigens dem Nürnberger Correspondenten aus **Rom** am 15. Jun. geschrieben wird, ist dem Marquis doch noch der fernere zeitweilige Aufenthalt in Rom gestattet worden.

— Der Jahrestag der Thronbesteigung des Papstes (17. Jun.) wurde aufs glänzendste begangen, ohne daß irgend eine Störung der Festlichkeiten vorgekommen wäre.

Dänemark.

Aus **Kiel** vom 21. Jun. schreibt die Kölnische Zeitung: „Es soll, wie man allgemein sagt, am letzten Sonnabend ein Mann in dem Vorzimmer des Königs verhaftet sein, welcher sich mit Gewalt zum Könige habe drängen wollen; man habe, heißt es weiter, bei demselben geladene Pistolen und einen Dolch gefunden; der Verhaftete soll ein Holsteiner sein."

Griechenland.

Athen, 13. Jun. Das griechisch-türkische Drama scheint sich seinem Schlusse zu nähern, und nachdem verlautet, daß der Völkerfürst Metternich an sein Quousque tandem einen definitiven Spruch geknüpft hat, dem sich die streitenden Parteien fügen wollen, so läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen, auf welche Weise die Sache ihrem wünschenswerthen Ende zugeführt werden wird. Beiden Regierungen werden Leistungen auferlegt; die türkische wird ihre scharfen, hartnäckigen Foderungen auf ein billiges Maß herabstimmen, und die griechische, die zu jeder Ausgleichung auf jede Weise mit Ausnahme der Person Mussurus' bereit war, wird darin noch einen Schritt weiter entgegengehen müssen. Die konstantinopolitaner Zeitungen stellen wie natürlich den Ausgang dieser Angelegenheit als einen Glanzpunkt der Politik des Divans dar, und Griechenland ist in ihren Augen vor und von ganz Europa in den Staub getreten. Die griechische Opposition stimmt in dieses höhnende Verdammungsurtheil ein und antwortet auf die selbstgestellte Frage: „warum denn dies Alles geschehe?" ganz einfach: „damit Kolettis der Mann der Geschäfte bleibe!" — General Mamouris aus Salona wurde zum Adjutanten des Königs ernannt. — Aus der türkischen Provinz Kydonia sind bereits der griechische Consul, der Viceconsul und Drageman, von der türkischen Regierung vertrieben, in Athen angekommen, und drei Schiffe, mit griechischen Unterthanen aus jener Provinz beladen, liefen vor wenigen Tagen im Piräus ein. Es ist höchste Zeit, daß die griechisch-türkische Frage ihre Lösung finde. (N. C.)

China.

Nach dem Journal des Débats ist es in Kanton zu einem ernsten Conflicte zwischen den Engländern und den Chinesen gekommen, welche bisher den Engländern den vertragsmäßig bewilligten Eintritt in Kanton verweigerten. Am 1. April gingen die britischen Kriegsdampfschiffe Vultur, Pluto, Corsar mit dem Gouverneur von Hongkong Sir John Davis und dem Generalmajor Aguilar am Bord den Fluß hinauf, nahmen binnen 36 Stunden alle chinesischen Forts, sprengten die Werke und Magazine und vernagelten 827 Geschütze, da die überraschten Chinesen wenig

Widerstand leisteten. Darauf ließ der Gouverneur den kaiserl. Commissar Keying in Kanton auf das britische Consulat kommen und verlangte den freien Verkehr der Fremden mit der innern Stadt und einige andere Zugeständnisse. Die Bevölkerung zeigte sich während Dem sehr drohend und feindselig. Maueranschläge nannten Keying einen Verräther, die Vornehmen erklärten sich gegen die Uebergriffe der Engländer, die indessen Vorbereitungen zu einem dreifachen Angriffe trafen. Am 6. April sollte die Beschießung der Stadt beginnen, als die Unterwerfung durch Zugeständnisse erfolgte, was der britische Gouverneur von Hongkong dann in einer Proclamation bekannt machte, in der es unter Anderm heißt, daß er gekommen sei, die Treulosigkeit der chinesischen Beamten zu züchtigen. Die Chinesen betrachte er wie Kinder, die sie zu schützen kämen; allein wehe Denen, die sich nicht gut betrügen. Ein Jeder möge hören und zitternd gehorchen. Die Engländer sollen nun binnen zwei Jahren freien Eingang in Kanton haben, einen besondern Ankerplatz für ihre Schiffe erhalten, das Zollhaus soll von den britischen Factoreien entfernt und denselben 40 Acker Land abgetreten werden.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

†**Boston**, 30. Mai. Boston mißt ungefähr 2385 Acres, 60—80 Acres sind seit einigen Jahren ausgefüllt worden und stehen jetzt die herrlichsten Gebäude da, wo man noch vor drei Jahren mit Schiffen fuhr. Freie Plätze hat Boston wenig, doch vorzugsweise vor allen andern Städten in der Union hat es den Common, einen Park von 45 Acres. Die Meinung, daß unter allen Städten der Vereinigten Staaten in Boston die größte Intelligenz herrsche, mag wol richtig sein, allein es herrscht auch hier gewiß die größte Aristokratie. Dazu kommt, daß die ärmere Klasse, wenn sie sich auch in manchen Beziehungen hier besser befindet als in Europa, in andern wieder schlechter daran ist. In Deutschland darf doch der Arme, wenn er sich müde gearbeitet, sich mit einem Trunke Bier erquicken und darf sich Sonntags ein erlaubtes Vergnügen verschaffen, das darf er hier aber nicht, dergleichen ist hier ein Verbrechen. Wenn am Sonntage geistige Getränke oder auch nur Bier verkauft werden und wenn in einem Gast- oder Boardinghause ein paar Freunde in Eintracht zusammensitzen und Dame, Domino oder ein anderes unschuldiges Spiel spielen, so wird auf die Entschuldigung, man habe nicht um Geld gespielt oder man habe das Gesetz nicht gekannt, keine Rücksicht genommen, sondern die Thäter werden ins Gefängniß geschleppt, wo sie drei bis vier Tage, ohne verhört zu werden, sitzen müssen und dann mit Geldstrafen belegt werden. Die Reichen schwelgen in Ueberfluß und haben Champagner in den Kellern, aber die Armen, deren es hier gar zu viele gibt und welche in den Wochentagen sich anstrengen müssen, um das zur Erhaltung ihrer Familie erforderliche Geld zu erwerben, haben nicht einmal das Recht, sich Sonntags ihres Lebens zu erfreuen, denn Sonntags ist hier nichts erlaubt als das Kirchengehen. Man kann in der Kirche sich langweilen, schlafen oder sich ärgern über der Geistlichen Zanken und Eifern, wenn man nur in der Kirche gesehen wird, wenn nur jede Gemeinde recht viele Glieder zählt. Im letzten Jahre fielen hier 2515 Sterbefälle vor; von diesen 1200 unter zehn Jahren, sehr Viele an Wahnsinn und über 500 an der Auszehrung. — Beim gestrigen Gottesdienste der Wiedertäufer rief der Geistliche Alle auf zum lauten Gebete, wer sich vom Geiste beseelt glaubte; da waren auch Einige, die ihre Augen schlossen, den Kopf auf die Hand gestützt, und laut beteten; es galt ihren Missionaren, für die sie um Kraft und Stärke flehten. Dann foderte der Geistliche abermals auf, wer Berichte über dieselben hätte, solle sie mittheilen. Da stand ein Mann mit grauen Haaren auf und las einen Brief vor, welchen die Mission von dem deutschen Missionar Steiner aus Deutschland erhalten hatte. Derselbe wurde von hiesiger Kirche dahin geschickt, um zu baptisiren; er berichtete, daß er in der Schweiz, in Strasburg und Kassel viele Freunde gefunden und Viele getauft habe, in Magdeburg aber sei die Polizei hinter ihm gewesen und habe ihm das öffentliche Auftreten verboten; als er bei einem Freunde der guten Sache Abends seine Feier gehalten, sei er auch da von der Polizei verfolgt worden, habe sich in ein Bett verstecken müssen und sei nur mit Hülfe eines Freundes aus dem Lande gekommen, welcher ihm seine Kleider gegeben; ein Bündel Leder auf dem Rücken tragend, sei er bei Nacht glücklich aus der Stadt geflüchtet. Nach Vorlesung dieses Briefs beteten sie wieder und sagten, dies liefere Beweise, wie die Deutschen wären und in welcher Dunkelheit sie lebten; sie beteten für ihre Erlösung von dem Fürsten der Finsterniß und für ihren hartbedrängten Leidensbruder Christi, den deutschen Missionar Steiner, mit heiliger Inbrunst und wehklagten, daß er von seinen eignen Landsleuten so verfolgt werde.

La Plata-Staaten.

Aus **Montevideo** melden Nachrichten vom 16. April, daß Oribe fortfuhr, die Stadt zu berennen. Es lagen gegen 150 Handelsschiffe dort, und 2 britische Fregatten, 2 Kriegsbriggs und einige Dampfschiffe. Man fing an, immer mehr die Ueberzeugung zu gewinnen, daß ohne Einmischung der europäischen Mächte die Streitigkeiten im Plata längst beigelegt sein würden. Ein englischer Quartiermeister war in Montevideo ermordet und das Fleisch seiner Pferde für Rindfleisch verkauft worden. Der neue britische Minister, Lord Howden, sowie der französische, Graf Walewski, waren noch nicht angekommen. Mehre französische und englische Kriegsschiffe waren mit dem Transport der Truppen und Kriegsmaterial zwischen Maldonado und Colonia und bei der fortdauernden Blockade von Buenos Ayres beschäftigt.

Handel und Industrie.

***Hannover**, 23. Jun. **Bereits mit dem 1. Jul. werden**, vermöge einer königl. Verordnung vom 16. d. M., die bisherigen Directionen der directen Steuern sowie die der indirecten Abgaben und Zölle aufgehoben, um neuen Steuerdirectionen für die gemeinsame Verwaltung beider Steuerarten Platz zu machen, und zwar werden vom gedachten Tage sieben solcher unter die obere Leitung des Obersteuercollegiums gestellten Steuerdirectionen in Wirksamkeit treten, welche ihren Sitz in Aurich, Celle, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Osnabrück und Verden haben. Inzwischen jedoch einzelne Landestheile zur Zeit dem Zollverein angeschlossen sind, bleibt in denselben die Verwaltung der indirecten Steuern von dem Wirkungskreise der Steuerdirectionen für jetzt ausgenommen.

Fruchtpreise. Leipzig, 24. Jun. Weizen 10 Thlr. 10 Ngr.; Roggen 8 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 6 Thlr. 27½ Ngr.; Hafer 3 Thlr. 5 Ngr.; Kartoffeln 2 Thlr. **Döbeln**, 24. Jun. Weizen 11 Thlr. 15 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 20 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 20 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 10 Ngr.; Erbsen 9 Thlr. 22½ Ngr. **Leisnig**, 19. Jun. Weizen 11 Thlr. 10 Ngr.; Roggen 9 Thlr. 10 Ngr.; Gerste 7 Thlr. 15 Ngr.; Hafer 2 Thlr. 12½ Ngr. **Zwickau**, 22. Jun. Weizen 10 Thlr. 25 Ngr.; Roggen 9 Thlr.; Gerste 6 Thlr. 25 Ngr.; Hafer 3 Thlr. 5 Ngr. **Berlin**, 24. Jun. Weizen 4 Thlr. 16⅔ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 1⅔ Sgr.; Gerste 2 Thlr. 24 Sgr.; Hafer 1 Thlr. 26⅔ Sgr.; Kartoffeln 1 Thlr. 15 Sgr. **Breslau**, 24. Jun. Weizen 5 Thlr. 10 Sgr.; Roggen 4 Thlr. 22 Sgr.; Gerste 4 Thlr.; Hafer 1 Thlr. 23 Sgr. **Halle**, 22. Jun. Weizen 5 Thlr. 3⅓ Sgr.; Roggen 4 Thlr. 11¼ Sgr.; Gerste 3 Thlr.; Hafer 1 Thlr. 21¼ Sgr.

Oel. ***Leipzig**, 26. Jun. Seit unserm letzten Berichte ist es mit Rüböl gänzlich unverändert geblieben, und wir haben heute ferner zu notiren 12 Thlr. Briefe, 11⅔ Thlr. bezahlt. Herbstlieferung 12⅓ Thlr. Briefe, 12¼ bezahlt. Der Umsatz war nicht bedeutend.

Wolle. Augsburg, 20. Jun. Zum diesjährigen Wollmarkte hier wurden 1744 baierische Ctr. (1953 Zollcentner) Wolle gebracht und größtentheils schnell verkauft. Hochfeine Wolle im Preise von 148—145 Fl., feine Bastardwolle 77—112 Fl., mittelfeine 45—76 Fl., rauhere 60 Fl., deutsche gemischte Wolle 52—63 Fl. Es stellten sich die Preise um 5, 10—20 Fl. pr. Ctr. höher als im Vorjahre.

Staatspapiere. Amsterdam, 23. Jun. 2½pc. Int. 58; Rußl. 5pc. Hope 106⅝; 4½pc. Handelsg. 174. **Frankfurt a. M.**, 25. Jun. Oestr. Bkact. 1955; 250 Fl. L. 120⅝; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92¼ Br., Bad. 50 Fl. L. 58⅜ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 27⅝; 25 Fl. L. 28⅜; Nass. 25 Fl. L. 26½; Sard. 35½; Kurhess. 32¾. **London**, 21. Jun. 3pc. Cons. 88⅞; Port. 3pc. 32¼; Span. 3pc. 34⅞; Holl. Int. 58½. **Paris**, 23. Jun. 5pc. 117. 95; 3pc. 77. 65; Neap. 103. 50. **Wien**, 24. Jun. Bkact. 1612; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 153½; 250 Fl. L. 119½.

Disconto. Amsterdam, 23. Jun. 4 %. **Frankfurt a. M.**, 25. Jun. 3½ %.

Actien. Amsterdam, 23. Jun. Rhein. Eisenbahn 103¼. **Frankfurt a. M.**, 25. Jun. Taunusb. 458½; Nordb. 72⅝; Berb. 94. **Paris**, 23. Jun. Eis. Verfail. r. 360; l. 215; Paris-Orleans 1276¼; Paris-Rouen 971¼; Paris-Strasburg 427½; Paris-Lyon 448¾; Rouen-Havre 657½; Marseille-Avignon 715; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 608¾; Nord 581¼. **Wien**, 24. Jun. Nordb. 161¼; Gloggn. 122¼; Mail. 109⅛; Livorn. 88¼; Pesth. 98¼.

Berliner Börse, 26. Jun. Stehandl.-Prämiensch. 95 Br., 3½pc. Staatsschuldsch. 93, 3½pc. Pfandb. westpr. 93½, ostpr. 96¾, pomm. 95 Br., schles. 97½, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92⅝, kur- und neum. 94½ Br., Louisdor 111¾, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 97, Berl.-Anhalt. 112½, Berlin-Hamb. 4pc. 108¾ Br., Prior.-Act. 4½pc. 98⅛, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 96½, Prior.-Act. A u. B. 4pc. 92½, 5pc. 101⅜, Berl.-Stettin 110⅜, Cöln-Minden 4pc. 94¼, Crak.-Oberschl. 4pc. 77, Prior.-Act. 4pc. 91½, Kiel-Alton. 4pc. 109½, Magd.-Halb. 4pc. 113⅓, Niederschl. 88¾, Prior.-Act. 4pc. 92⅞, 5pc. 101⅝, Oberschl. Litt. A. 4pc. 104¾, Litt. B. 4pc. 98½, Prinz-Wilhelmsb. (St.-P.) 4pc. 80¼ Br., Rhein. 85, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90¼, Sächs.-Baier. 4pc. 86½, Thüring. 4pc. 93¾, Zarskoje-Selo 72¾. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83, Berg.-Märk. 4pc. 84½, Berlin-Anhalt. 102½, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Minden 4pc. 94⅛, Magd.-Wittenb. 84¼, Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72⅛, Pos.-Starg. 4pc. 84⅜, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89⅛ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 99⅞, Ung. Centralb. 4pc. 100. — Russ.-engl. Anl. 5pc. 110⅞, 1. Anl. (Hope) 4pc. 94⅜ Br., 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 93⅛, Poln. Schatzobl. 4pc. 82½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95½, (neue) 4pc. 95¾, Partial à 500 Fl. 4pc. 80½, à 300 Fl. 4pc. 96¾, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 5pc. 94¾, Bkcert. Zinsl. 16⅝ Br., Litt. B. 200 Fl. 32½, Hamb. F.-A.-St.-Anl. 3½pc. 86 Br., Staats-Pr.-A. 88¼ Br., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 32¼ Br., Sard. Präm.-Anl. à 36 Fr. 9⅝ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¼ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Wolan**.

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig**.

Digitized by Google

Ankündigungen.

Dampfschiffahrt

zwischen **Magdeburg** und **Hamburg.**

Dienst für den Monat Juni d. J.:

von **Magdeburg**, **täglich** Nachmittags 3 Uhr,
von **Hamburg**, **täglich** Abends 7 Uhr,

mit Passagieren und Gütern.

Preise: 1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** I. Cajüte 4⅓ Thlr., II. Cajüte 3 Thlr.
1 „ „ **Hamburg** nach **Magdeburg** I. „ 3⅓ „ II. „ 2 „

Familien genießen noch einen besondern Rabatt, und Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte vorstehender Preise.

1 Person von **Magdeburg** nach **Hamburg** u. zurück oder vice versa I. Cajüte 6 Thlr., II. Cajüte 3¾ Thlr.
1 „ „ **Leipzig** nach **Hamburg** über **Magdeburg** incl. Eisenbahn-Passage bis **Magdeburg** . . . . . I. „ 6½ „ II. „ 4⅙ „
1 „ „ **Hamburg** bis **Leipzig** incl. Eisenbahn-Passage von **Magdeburg** bis **Leipzig** . . . . . I. „ 5⅓ „ II. „ 3⅓ „
1 „ „ **Leipzig** nach **Hamburg** und zurück oder vice versa, incl. Eisenbahn-Passage . . . . . I. „ 10⅔ „ II. „ 6⅔ „

Die des Nachmittags 3 Uhr von **Magdeburg** abgehenden Boote treffen am Morgen des nächsten Tages in **Hamburg** regelmäßig ein, ebenso gelangen die Abends 7 Uhr von **Hamburg** abgehenden Schiffe am zweiten Morgen so zeitig nach **Magdeburg**, daß die betreffenden Reisenden sich des ersten Personenzuges der Eisenbahn nach **Leipzig** rc. zur Weiterfahrt bedienen können.

In **Leipzig** werden die erforderlichen Billets ertheilt von Herrn **Ferd. Sernau**, Grimmaische Straße Nr. 15, und der Passagiererpedition der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft.

Magdeburg, im Juni 1847.

Die Direction der vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie.
[2439] **Holtzapfel.**

Bei **C. O. Weller** in **Leipzig** erschien:

Der Volkswille. Preis 4 Ngr.

Daß eine besondere Art Volkswille, nämlich der **preußische**, hier im Spiele ist, möchte ausdrücklicher Erwähnung bedürfen.

Ein französischer Preßproceß. Marat und sein Herausgeber Hilbey. 5 Ngr.

Neue Stimmen aus Frankreich über Politik und sociales Leben. Mit Beitr. von Lamennais, L. Blanc, Cormenin, Dezamy rc. 12 Ngr.

P. Feval, Der schwarze Bettler. 18 Ngr.

Das Verhältniß der lutherischen Kirche zu den **reformatorischen** Bestrebungen N. Crell's und Christian's I., in seinen Wirkungen auf die **neuesten Ereignisse.** Von **H. Zellinek.** 7½ Ngr.

O'Connell, sein Leben und Wirken. Von P. Duprat. 3 Ngr. [2434]

Vom

Archiv

für Natur, Kunst, Wissenschaft und Leben

erschien die 5. Lieferung, welche folgende Artikel, die mit * bezeichneten mit Abbildungen, enthält:

* New-York. — * Ansicht der Fähre zu Brooklyn bei New-York. — * Die Leibesübungen ohne Turnapparat und mit dem schwebenden Stabe oder Triangel. — Reinigung der Gypsbüsten. — Ranzige Butter zu reinigen. — Eisen gegen Rost zu schützen.

Das Archiv, das nützlichste, billigste und eleganteste aller gemeinnützigen Blätter, erscheint in monatlichen Lieferungen. 12 Lieferungen, wozu Titel, Umschlag und Register geliefert werden, bilden jedesmal einen für sich bestehenden Band, welcher 150 Abbildungen und 12 Musikbogen musikalischer Beigaben (Original-Compositionen, Redacteur: Hof-Kapellmeister Methfessel) enthält. Der Band kostet 1⅓ Thlr. oder 2 Fl. 42 Kr. Rh. Am Schlusse eines jeden Bandes erhalten die Subscribenten ein größeres Prämienbild **gratis.**

Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angrenzenden Länder. [2414]

Kunst-Auction zu Dresden.

Auf die in diesem Blatte zum 12. Juli d. J. und folgende Tage angezeigte Versteigerung der Kunstsammlung des verstorbenen Freiherrn, Herrn **Heinrich Adolph von Friesen**, bestehend in Kupferstichen, Radirungen, Holzschnitten, Lithographien, Handzeichnungen und Oelgemälden rc., wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht, zugleich werden auf portofreie Briefe auch Kataloge gratis gesandt.

Carl Ernst Sieber,
[2435] Königl. auch Stadt- und Raths-Auctionator.

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 3000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun.
[2436] in **Leipzig.**

Einem geehrten reisenden Publicum

empfiehlt viele nützliche und billige Gegenstände, die sich vorzüglich zu Geschenken eignen,
[2437] ***F. A. Poyda,***
Leipzig, Reichsstraße Nr. 52, früher am Markt.

Theater der Stadt Leipzig.

Montag, 28. Jun. **Die Jäger.** Schauspiel von Iffland. Oberförster, Herr **Anschütz.**

Dienstag, 29. Jun. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag. Valentine, Frl. **Unzelmann.**

Im Verlage von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Schrift und Volk.

Grundzüge der volksthümlichen Literatur, angeschlossen an eine Charakteristik J. P. Hebel's

von [2440]

Berthold Auerbach.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 18 Ngr.

Nachstehende Schriften des Verfassers sind jetzt von derselben Verlagsbuchhandlung zu beziehen:

Spinoza. Ein historischer Roman. Zwei Theile. Gr. 12. 1837. 2 Thlr.

Dichter und Kaufmann. Ein Lebensgemälde. Zwei Bände. 8. 1840. 3 Thlr.

Bekanntmachung.

Meinen seit mehr als 36 Jahren mit dem besten Erfolge geführten Gasthof zur

STADT CELLE

habe ich meinem Schwiegersohne **Julius Meese** übergeben. Für das mir bewiesene Wohlwollen sage ich meinen verbindlichsten Dank, und bitte solches auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Hannover, im Juni 1847.

J. L. Gaffky.

In Beziehung auf vorstehende Anzeige empfehle ich den von meinem Schwiegervater übernommenen, neu eingerichteten Gasthof zur

STADT CELLE,

in der Nähe des Bahnhofes, dem geehrten reisenden Publicum bestens, unter Zusicherung billiger und aufmerksamer Bedienung.

Hannover, im Juni 1847.
[2368—69] ***Julius Meese.***

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Kaufmann Julius Klostermann in Berlin mit Frl. Olga Matterne in Potsdam. — Hr. Kaserneninspector Lieutenant L. Schneider in Berlin mit Frl. Marie Friese.

Getraut: Hr. Lieutenant Rudolf Freiherr v. Eichendorff in Danzig mit Frl. Friederike Bertram aus Graudenz. — Hr. Julius Ertel in Breslau mit Frl. Clara Blum. — Hr. Dr. F. W. Hagen in Erlangen mit Frl. R. Engerer aus Windsheim. — Hr. Kaufmann Friedr. Kayser in Schwäbisch-Hall mit Frl. Jeannette Mengin aus Erlangen. — Hr. A. Krümling in Breslau mit Frl. Auguste Rierl. — Hr. Joseph Wurster in Bernburg mit Frl. Friederike Höfler aus Leipzig.

Geboren: Hrn. Legationsrath Balan in Frankfurt a. M. eine Tochter. — Hrn. M. Brinkmann A. v. Brön in Culm eine Tochter. — Hrn. Emil Ebeling in Berlin eine Tochter. — Hrn. Lieutenant v. Gontard in Perleberg eine Tochter. — Hrn. Pastor Groß in Postelwitz ein Sohn. — Hrn. Geheimsecretair Ed. Guckisch in Berlin eine Tochter. — Hrn. Dr. Gustav Hauck in Berlin ein Sohn. — Hrn. G. R. Holdefreund in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Divisionsauditeur Raufester in Frankfurt a. d. O. ein Sohn. — Hrn. Geheimsecretair und Lieutenant H. Schultze in Berlin eine Tochter. — Hrn. M. Volkstein in Quedlinburg ein Sohn. — Hrn. Dr. Ludwig Wantrup in Culm ein Sohn. — Hrn. G. Weber in Stargard ein Sohn.

Gestorben: Hr. Cammerienrath C. G. Busse aus Luckenwalde in Teplitz. — Hr. Rittergutsbesitzer Caspar Christ auf Mannsdorf. — Hr. Rentier C. C. G. Crüger in Berlin. — Frau Marie Eh. Dennhardt in Gohlis. — Hr. Major v. Heinz in Breslau. — Hr. J. Schopper in Floß. — Hr. Gerichtsnotar Wolff in Gaildorf. — Hr. Bergamtskanzlist Ziegert in Tarnowitz. — Hr. Lehrer Philipp Zupp in Breslau.

Digitized by Google

Dienstag — Nr. 180. — 29. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer [illegible] 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Ueberblick.

Deutschland. *Aus Norddeutschland. Die griechische Frage. — Der König von Baiern. — Der päpstliche Nuntius in München. *Dresden. Die wohlthätigen Albums. — Kanzler v. Wächter. **Bremen. Der Washington. Deutscher Handels- und Schiffahrtsbund.

Preußen. Berlin. Landtag. *Berlin. Die Schutzzolltendenzen. Verschiedene Urtheile. Eingesandtes. *Von der Saale. Der Landtag. Halberstadt. Die freie Gemeinde. Hr. Rieter. — Der König. — Die Allgemeine Preußische Zeitung über Erzherzog Karl. — Ehrengeschenk für Hrn. v. Rochow.

Portugal. Die Junta. Tumultuarische Auftritte in Lissabon. Der preußische Schooner Emma Elisa.

Spanien. Das neue Münzgesetz. Hr. Morino Lopez. Espartero. Güell. Die Marquise v. Santa Cruz. Monsf. Brunelli.

Großbritannien. Die Halbinselpolitik. Die 8-Millionenanleihe. Sir R. Peel. Die Kartoffelärnte. Der Repealverein. Neue katholische Kirche in Fulhamfields.

Frankreich. Deputirtenkammer. Der Tarif. Die «Presse» über die Finanzlage. Graf Dejean. Hr. Aimé Martin. Mordanfall. Der Zwist mit Cochinchina. **Paris. Die dynastische Opposition.

Italien. Verbot von Volksversammlungen in Toscana. — Feierlichkeit in Lucca. Rom. Festlichkeiten. — Gregor XVI.

Dänemark. Die russische Flotte.

China. Die englische Expedition nach Kanton.

Personalnachrichten.

Wissenschaft und Kunst. △Dresden. Theater.

Handel und Industrie. *Frankfurt a. M. Das neue Entäußerungsgesetz. Börsenbericht. Getreidepreise. *Leipzig. Börsenbericht. — Frequenz der Leipzig-Dresdner, Magdeburg-Leipziger und Halberstädter Eisenbahn. — Fruchtpreise. Amsterdam. Die neuen Heringe. — Leipzig.

Bekündigungen.

Deutschland.

*Aus Norddeutschland, 26. Jun. Es ist allerdings schwerlich in Abrede zu stellen, daß in der Angelegenheit des türkischen Gesandten in Athen von Seiten der griechischen Regierung Fehler begangen worden und daß sie der Pforte eine Genugthuung schuldig war. Es ist stets ein schwerer Misgriff, wenn man Gesandten den Verdruß, den man über ihre amtlichen Handlungen empfindet, persönlich entgelten läßt, und ebenso ist es unvorsichtig, wenn der Regent in den Staatssachen zu persönlich hervortritt. Auch Napoleon hat diesen Fehler wiederholt begangen und schmerzlich bereuen müssen. König Otto aber hat lange nicht den Rückhalt, den Napoleon hatte. Indem wir also insoweit den Standpunkt der Palmerston'schen Depesche an Sir Edward Lyons (Nr. 172) anerkennen, müssen wir doch den schulmeisterhaften Ton, in dem sie gefaßt ist, und den Mangel an Rücksicht, den sie vor einem christlichen Könige kundgibt, dem die schwierigste und undankbarste Rolle zugefallen, eben so entschieden misbilligen, wie wir es unpassend und selbst unklug finden, daß sie sich nicht lediglich auf die vorliegende Angelegenheit beschränkt, sondern die allgemeine Unzufriedenheit, welche England über die Verwaltung des Kolettis empfindet, nicht undeutlich durchblicken läßt. Wenn aber ferner der Vertheidiger der von England in Griechenland befolgten Politik in Nr. 173 sich theils auf das allgemeine Verfahren Englands in den griechischen Angelegenheiten beruft und darin ein Zeugniß dafür finden will, daß es England wohl meine mit Griechenland, theils die Frage aufwirft, was denn England bewegen könnte, russische Vergrößerungspläne in Griechenland zu unterstützen, und endlich bezweifeln will, daß Kolettis unter gegenwärtigen Umständen der beste Mann für Griechenland sei, so haben wir darüber Folgendes zu bemerken.

Eben aus dem allgemeinen Verfahren Englands in den griechischen Angelegenheiten hat sich das übereinstimmende Urtheil des europäischen Festlandes gebildet, daß es England nicht wohl meine mit Griechenland. Es ist geschichtliche Thatsache, daß die englische Regierung den griechischen Aufstand höchst ungern sah; daß sie lange Zeit in ziemlich offener Feindschaft dagegen handelte; daß sie die Türken offen und geheim bei dem Gegenkampfe berieth und unterstützte; daß erst Canning's kurze Verwaltung sich der griechischen Sache etwas günstiger zeigte; daß das Ereigniß von Navarin durch die persönliche Sympathie des damaligen Herzogs v. Clarence für die Sache, welcher alle edle Herzen durch die ganze gebildete Welt geneigt waren, herbeigeführt, von dem Herzoge v. Wellington aber als ein untoward event bezeichnet ward; daß man, als die Herstellung eines unabhängigen Griechenland nicht mehr zu vermeiden war, dieselbe doch unter Bedingungen vermittelte, welche den klugen Leopold von Koburg bestimmten, die ihm angebotene Krone auszuschlagen; daß man die Grenzen des jungen Königreichs ganz geflissentlich so ungünstig als möglich bestimmte und es so von vorn herein zu möglichster Bedeutungslosigkeit und Schwäche zu bestimmen wußte. Es wird ferner allgemein geglaubt, daß auch während der Regentschaft und der jetzigen Regierung hauptsächlich englische und russische Intriguen zu den vielen Verwirrungen beigetragen haben, welche den Aufschwung des jungen Staats nicht gänzlich zu verhindern, aber doch zu verzögern gewußt haben. Gewiß ist es, daß Sir Edmund Lyons und daß die englische Presse Alles gethan haben, das Ansehen des jungen Königs zu schmälern, ungeachtet er an den großen Misgriffen, welche die bairische Verwaltung begangen hat, völlig unbetheiligt war und das beste Herz für sein Volk hat. In Griechenland galt es, vor Allem eine überlegene Staatsmacht zu gründen und diese dann mit Weisheit zu verwenden. Darum war das größte Unglück für den König und das Land, daß man ihn bestimmte, sein bairisches Heer zu entlassen, bevor der erste Theil seiner Aufgabe vollendet war, und sich lediglich einem Volke zu vertrauen, das zu unzuverlässige Elemente in sich faßt und ihn nicht gegen den Undank und Verrath einer Partei geschützt hat. Die durch einen Aufstand erzwungene Constitution war das Werk einer Verschwörung, bei welcher, wie man allgemein glaubt, auch englische und russische Intriguen mitgewirkt, und daß sie nicht zur Befestigung und Stärkung Griechenlands beitragen werde, daß dieses Volk für die künstliche Verfassung der verfeinerten europäischen Nationen nicht geeignet sei, davon anzunehmen, daß es englischen und russischen Diplomaten unbekannt gewesen, wäre eine Beleidigung für ihre staatsmännische Einsicht.

Die Motive Englands anlangend, so glauben wir allerdings selbst nicht, was die augsburger Allgemeine Zeitung in ihrem antienglischen Fanatismus, und indem sie hier wie überall mercantilische Eifersucht wittert, unaufhörlich behauptet hat, daß sich England vor der griechischen Marine fürchte. Dazu ist die heutige englische Handelspolitik oft zu weitblickend und überläßt solche Beschränktheiten den Schutzzöllnern. England erwartet seine besten Handelsvortheile nicht von dem Verfalle, sondern von dem Aufschwung anderer Nationen. Aber für die englische Politik in Griechenland liegt ein naher Grund schon in seinem Verhältnisse zu den Jonischen Inseln, die es nicht aufgeben mag, deren Liebe es sich nicht zu erwerben verstanden hat und hinsichtlich deren es bei dem Ausbruche des griechischen Unabhängigkeitskampfes fürchtete, daß sie sich einem wahrhaft kräftigen und blühenden Griechenland anschließen möchten. Außerdem ist England daran gelegen, die orientalische Katastrophe so weit als möglich hinauszuschieben, die Pforte möglichst hinzufristen und für den Fall, daß diese Erbschaft dereinst eröffnet würde, die Zahl der Competenten möglichst zu verringern. Dazu der Gegensatz gegen den französischen Einfluß. Dieser Gegensatz ist in vielen Fällen ganz gut, aber daß man ihn überall vorkehrt, ist der eine, und daß man nicht einsieht, wie sehr man für Rußland arbeitet, der andere Fehler.

Was Kolettis anlangt, so mögen die Mittel, die er anwendet, um sich zu halten, unrein sein, aber kein Anderer würde sich gegen ihn und die Partei, deren Führer er ist, halten können, ohne gleiche Mittel anzuwenden, und selbst mit ihnen nicht. Maurokordatos ist auch kein constitutioneller Puritaner und hat sich doch nicht zu halten vermocht.

— Der König von Baiern sah am 23. Jun. in **Ingolstadt** auch die neue protestantische Kirche, welche von der Königin kürzlich mit einem prachtvollen Communionkelch beschenkt worden ist.

— Die augsburger Allgemeine Zeitung hatte neulich ganz kurz notirt, daß Gerüchte von Abberufung des päpstlichen Nuntius in München ungegründet seien. Diese Notiz sei misverstanden worden, sagt sie jetzt, und sie bemerke daher nachträglich, daß sie zu jener Berichtigung höhern Orts ausdrücklich ermächtigt gewesen sei.

* **Dresden**, 25. Jun. Die erfreulichste und trostreichste Widerlegung der Zweifel an dem Gesinnungswerth unserer Tage hat in letzterer Zeit der reine feste Wille, mit welchem in Wort und That man unermüdlich den allgemeinen Drangsalen begegnete, dargeboten. Bereitwillig milderte der Begüterte durch reiche Spenden die herrschende Noth; jede Kraft strebte, Quellen zu eröffnen, die wachsenden Drangsale zu beschwichtigen; mit bewundernswerther, unerschöpflicher Erfindungsgabe wußte man Gelegenheiten zu bieten, den Wohlthätigkeitssinn anzuregen und zu bethätigen; auch auf dem Gebiete der geistigen Elemente sah man, um die weit um sich gegriffene Noth lindern, die edelsten Kräfte sich bewegen, und was diese Kräfte durch Einzelne oder in Vereinigung hervorgerufen, wird in geistiger Beziehung die flüchtige Gegenwart überdauern. Die Kerzen von

F. Stolle's „Christbaum" sind Leuchten, die nicht blos dunkle Kummernächte erhellten, ihren poetischen und moralischen Werth wird auch die Zukunft in reinem Lichte zurückspiegeln; das „Album für die Erzgebirger" von dem leipziger Schriftstellervereine, welches in dieser Zeitung schon besprochen wurde (Nr. 163), bietet gar viel des Schönen und Guten, und der edle Zweck, der es ins Dasein rief, wird durch den Antheil, den es sogleich bei seinem Erscheinen fand und ferner finden wird, des beabsichtigten Segens nicht entbehren. Vielleicht gleichzeitig mit dem leipziger Album wäre das bereits angekündigte „Dresdner Album" erschienen, hätten nicht die Beiträge von fern her unvermeidliche Verzögerungen herbeigeführt; der Druck desselben wird mit Ende Juli vollendet werden und das Werk, dessen Dedication unsere Königin huldreich angenommen, wird ausschließlich zur Unterstützung der Hülfsbedürftigen im sächsischen Erzgebirge, im Voigtland und in den schwer gedrückten Weberdörfern der Oberlausitz herausgegeben. Obschon manche von den im Winter gänzlich versiegten Erwerbsquellen der armen Bergbewohner durch die Jahreszeit wieder zugänglich wurden, so darf man doch nicht vergessen, daß alle Erzeugnisse dem rauhen Boden in jenen Gegenden einen Monat später als bei uns abgewonnen werden, die Preise der Lebensmittel noch dieselben sind und eine Milderung der Noth, trotz aller gebotenen Hülfe, nur in geringem Maße wahrzunehmen ist; um so freudiger wird man die Gelegenheit erfassen, durch Ankauf der sächsischen Albums Mittel zu bieten, wiederum einige helle Stunden in die dunklen Tage jener Bekümmerten zu bringen. Der Pränumerationspreis des Albums, 25 Bogen, ist auf 1 Thlr. festgesetzt; für den gehaltreichen und vielseitigen Inhalt desselben bürgen die Namen Derer, welche bereitwillig Beiträge dafür bestimmten; von dresdener Schriftstellern nennen wir: Oberhofprediger Dr. v. Ammon, Hofrath Dr. v. Ammon, Graf Wolf v. Baudissin, Blochmann, Carus, Falkenstein, Gutzkow, Th. Hell, J. Hahn-Hahn, J. Frick, Köchly, v. Keudell, Reichenbach, Gr. Th. Dr. W. Schulz, Riesch, Choulant, v. Wachsmann, v. Quandt und Andere. Von auswärtigen Schriftstellern: E. M. Arndt, Leo, E. Förster, H. Brockhaus, v. Kobell, L. Tieck, Fr. v. Raumer, Nordmann, Leopold Schefer, Ulfo Horn, Fortlage, Göschel, die Verfasserin von Schloß Goczin, Wessenberg, Wolf. Aus Schweden wurden für das Deutsche Album eingesendet: eine Mittheilung aus dem in Upsala deponirten Legate Gustav's III.; Beiträge aus dem literarischen Nachlasse Geijer's und Tegnér's; Beiträge von Atterbom, v. Beskow, Böttiger, Frederike Bremer. Der Huld des Königs von Preußen dankt das Album höchst interessante Beiträge von A. v. Humboldt, Ritter, Encke, Varnhagen, Kugler, Waagen, A. Reument, Schott, Bornemann, v. d. Hagen, Trendelenburg, v. Sternberg, v. Preuß, Karoline v. Woltmann u. A. m. Diese Beiträge werden aus einem dem Könige zugehörigen handschriftlichen Album entnommen. Wir dürfen dieses Unternehmen als ein aus reinen, würdigen Gesinnungen hervorgegangenes bezeichnen. Die Herausgeberin, deren Heimat Sachsen nicht ist, betrachtet Deutschland als ein gemeinsames Vaterland und die Bedrängnisse des Einzelnen als einen Aufruf zur Hülfe an die Gesammtheit.

— Die Ulmer Chronik sagt: „Der württembergische Kanzler v. Wächter wurde nach München gesendet, um mit der Regierung sich zu benehmen, ob die Grundlagen des neuen Gesetzbuchs mit öffentlichem und mündlichem Verfahren ꝛc. von beiden Regierungen nicht gemeinschaftlich bearbeitet werden wollten." Wenn sie aber hinzusetzt: „Also jene Regierungen, welche den Zollverein gründeten, wollen wieder den ersten wichtigen Schritt in dieser eben so wichtigen Angelegenheit thun", so vergißt sie, daß nicht aus dem bairisch-württembergischen Handelsvereine, sondern aus dem preußisch-hessischen Zollvereine der heutige große Deutsche Zollverein erwachsen ist und daß dieser jenen, nicht jener diesen in sein System aufgenommen hat.

** **Bremen**, 25. Jun. In diesen Tagen konnte man hier deutlich bemerken, wie angelegentlich die Gemüther mit jenem frohen Ereigniß der nunmehr glücklich erfolgten nähern und festern Verbindung Nordamerikas und Bremens allgemein beschäftigt wurden: Bremerhafen war mit Besuchern des Washington angefüllt, die Gerichte für den Montag geschlossen und durchgehends ein Stillstand in den Geschäften fühlbar. Allenthalben bildete der Washington das Hauptthema des Tages, und die nicht selbst das Schiff bewundern konnten, ließen sich mit großer Aufmerksamkeit davon erzählen. Zwei große festliche Mittagsessen haben stattgefunden, eins von Staats wegen in der Stadt, ein anderes am Bord des Washington. Theil nahmen auch Abgeordnete der Staaten, die Summen zu der amerikanischen Dampfschiffahrt hergeschossen haben. Von preußischer Seite war Hr. v. Patow anwesend. Man lebt der Hoffnung, daß bei dem Bau der drei noch übrigen Dampfschiffe sich die obigen Staaten wieder betheiligen und Actien nehmen werden, denn ihre Beihülfe wird das allgemein deutsche Werk mächtig fördern. Deutschland muß auch bald die Bewegung, welche hier nur erst in ihrem engsten Kreise ist, als durchgehend verspüren, der Vortheil einer directen Dampfverbindung mit Amerika, welche England bisher monopolisirt hatte, äußert die wichtigsten Folgen. Deutschland und Amerika sind zu lebendiger Wechselwirkung einander näher gerückt.

Ein deutscher Handels- und Schiffahrtsbund scheint jetzt ernstlich angestrebt zu werden. Wenngleich die hiesige Kaufmannschaft sich ziemlich indifferent dagegen verhält, so entwickeln unsere Staatsmänner in diesem Punkte eine große Thätigkeit. Bürgermeister Smidt und Senator Duckwitz, zwei hervorragende und praktische Talente, sind durchaus dafür, Letzterer hat darüber eine als Manuscript vertheilte Schrift herausgegeben, in welcher er die einzelnen Staaten vor dem Abschlusse eines einseitigen Handelsvertrags warnt. Die Gesammtheit könne fodern, wo der Einzelne bitten müsse. Mit Hrn. v. Patow mag viel unterhandelt sein, er mag das Eisen schmieden so lange es noch warm ist, denn bei den Bremern, die jetzt durch die amerikanische Dampfschiffahrt ganz begeistert sind, läßt sich gegenwärtig Manches ausrichten. Wir hoffen, daß in einer Zeit, wo Deutschland zu neuem Leben und zu thatkräftigem Selbstbewußtsein erwacht, auch die Vollendung jenes nothwendigen und großen Nationalwerkes nicht mehr fern ist.

Preußen.

Berlin, 27. Jun. In der Sitzung der Herren-Curie am 21. Jun. kamen zuerst die Anträge der Stände-Curie auf Erweiterung des Petitionsrechts zur Verhandlung. In Betreff der Einführung der einfachen Majorität sprach sich die Abtheilung dafür nur in Bezug auf den Vereinigten Landtag, und auch hier mit Ausschluß der Verfassungssachen, nicht aber bei den Provinziallandtagen und den Ausschüssen aus. Graf Eberhard Stolberg amendirte, daß die Zweidrittelmehrheit nur in der Curie zu verlangen sei, an welche die Sache zuerst gekommen. Graf Dyhrn wollte Ausdehnung auch auf die Provinziallandtage. Graf Sierstorpff war gegen den ganzen Antrag. Durch die bestehende Einrichtung werde das Petitionsrecht nicht geschwächt, sondern gestärkt, weil die Fälle ungeeigneter Petitionen vermindert würden. Fürst Lichnowsky vertheidigte das Gutachten; Graf Lynar und Graf York stimmten dem Grafen Dyhrn, Fürst Radziwill dem Grafen Stolberg bei, Graf Dohna-Lauck für das Gutachten. Der Prinz von Preußen sprach sich für den Stolberg'schen Vorschlag aus. Graf Arnim erklärte sich für das Gutachten, was aber nicht die erfoderliche Mehrheit erlangte; doch auch das Stolberg'sche Amendement erhielt sie so wenig wie ein verwandtes des Fürsten Radziwill, sodaß der ganze Antrag auefiel. In Betreff der Verbindung zwischen Abgeordneten und Committenten trat man der Stände-Curie bei; nicht aber der Zulässigkeit abgewiesener und ohne Eintreten neuer Gründe wiederholter Petitionen. Bei der vierten Bitte schlug die Abtheilung folgende Fassung vor: „Des Königs Maj. möge ehrfurchtsvoll gebeten werden, den §. 13 der Verordnung vom 3. Febr. d. J. allergnädigst dahin abändern zu lassen, daß dem Vereinigten Landtage das Recht zustehe, Sr. Maj. Bitten und Beschwerden vorzutragen, welche das Interesse des ganzen Staats oder mehrer Provinzen betreffen, wogegen Bitten und Beschwerden, welche allein das Interesse der einzelnen Provinzen betreffen, den Provinziallandtagen verbleiben." Hier verwendete sich der Prinz von Preußen wiederholt für Aufnahme des Wortes „innere" aus dem Gesetze vom 3. Febr. Der Institution des Landtags scheine ihm nicht die Absicht zu Grunde gelegen zu haben, die ganze höhere äußere Politik vor sein Forum ziehen zu lassen. Auf Provinziallandtagen habe die Sache weniger auf sich. Graf Arnim vertheidigte die gewählte Fassung, und der Prinz von Preußen schlug nun einen verwahrenden Zusatz vor: „womit die Herren-Curie jedoch nicht bezeichnet, als solle hiermit die höhere äußere Politik als solche in den Kreis des Petitionsrechts des Vereinigten Landtags gezogen werden." So ward der Antrag einstimmig angenommen. In Betreff der Aufenthaltskarten ward dem Antrage der Stände-Curie beigestimmt. Das Gleiche erfolgte in Betreff der Oeffentlichkeit der Sitzungen der Gemeindevertreter.

In der Sitzung der Stände-Curie am 22. Jun. hielt zuerst der Landtagscommissar einen ausführlichen Vortrag über die von dem Abg. Hansemann früher beanstandeten finanziellen Verhältnisse, worauf der Abg. Hansemann selbst anerkannte, daß durch diesen „luciden" Vortrag die Misverständnisse aufgeklärt seien, und seinen Dank dafür ausdrückte. Diesem schloß sich auch der Frhr. v. Vincke an, brachte aber dann die Berieselungen in theilweise tadelnder Weise zur Sprache, der von dem Landtagscommissar entgegnet ward. Frhr. v. Vincke bat nun um den Druck der vollendeten und nicht zur Verhandlung kommenden Gutachten. Als der Landtagscommissar diesen Antrag unterstützte und Berücksichtigung auch dieser Gutachten von Seiten der Regierung zusagte, erfolgte allgemeines Bravo. Abg. Krause wollte die Jagdbeschwerden noch berathen wissen, wogegen sich Abg. Hansemann erklärte. Graf Schwerin meinte, das in Betreff Schleswig-Holsteins im Abtheilungsgutachten ausgesprochene Vertrauen auf den fernern Schutz der Regierung könne man auch ohne nähere Verhandlung aussprechen, worauf stürmisches Bravo erfolgte. Abg. v. Saucken wünschte noch näheres Besprechen, da schon die Verhandlung ihre Frucht trage, auch wenn 26 Mitglieder der Herren-Curie eine Sache nicht für wichtig erkennen sollten. Gegen diese Aeußerung erhob sich Frhr. v. Vincke, sie als nicht parlamentarisch bezeichnend. Endlich, nachdem noch manche Petitionen theils empfohlen, theils zurückgenommen waren, beschloß man mit großer Mehrheit, keine mehr zu berathen. Dann wurden Schriften verlesen. Da aber in der die Preßfreiheit betreffenden wesentlich nur die Gründe hervorgehoben waren, daß

die Censur nicht genug schütze, so erhoben sich dagegen die Abgg. v. Auerswald, Hansemann, v. Beckerath, Offermann, Camphausen, und man beschloß zuletzt, die motivirende Einleitung wegzulassen. (A. P. Z.)

* **Berlin**, 26. Jun. Selbst der «Janus», der doch ein großer Freund der schutzzöllnerischen Tendenzen ist, wenn auch nicht aus irgend einer Sympathie mit den Monopolisten, wohl aber in dem Wahne, daß dieselben den Proletariern zu gute kommen würden, und der auch die in der Herren-Curie in dieser Beziehung vorgekommenen Anregungen eben als solche mit großer Freude begrüßt, selbst er erkennt doch an, daß sich dabei „auf Seiten der meisten Redner Mangel an Sachkunde" dargelegt habe und daß eben deshalb eine eigentliche unmittelbare Förderung der Sache nicht davon zu erwarten sei. Was er sich aber dabei gedacht hat, daß er beifügt: jener Mangel an Sachkunde „gereiche unter den bisherigen Verhältnissen leider dem Einzelnen kaum zum Vorwurf", wissen wir nicht. Er erkennt übrigens „die großen Schwierigkeiten der betreffenden Fragen, die Unmöglichkeit, manche derselben zur Zufriedenheit aller oder auch nur irgend eines der betheiligten Ansprüche und Interessen jetzt schon zu lösen", sowie das Weitaussehende des „Erfolgs der legislativen und internationalen Maßregeln", welche dort angeregt worden, an und schließt mit den Worten: „Wer aber z. B. die Entwickelung der deutschen Fabrikindustrie anregt, ohne zugleich die Zukunft des Fabrikproletariats zu wahren, der sehe wohl zu, welche schwere Verantwortlichkeit er auf sich nimmt." Guter Janus, das ist es ja eben! Du hast damit über diese ganzen Schutzzollbestrebungen, wie sie sich diese Jahre daher breit gemacht haben in Deutschland, den Stab gebrochen. Hüte dich, daß sie dich nicht mit allgemeinen Vertröstungen abspeisen, und traue nicht eher, arbeite auch nicht eher für ihre Sache, als bis du siehst, daß sie die eine wie die andere Aufgabe mit ganz gleichem Ernst und Eifer erfassen und betreiben, die, woran ihnen gelegen ist, wie die, woran dir gelegen ist und dem Ganzen. Es könnte sonst auch ein Theilchen jener schweren Verantwortlichkeit auf dich mit fallen. — Bezeichnend ist uns eben ein kölner Artikel der augsburger Allgemeinen Zeitung gewesen, worin die HH. Camphausen und Merkens, neben den HH. v. Beckerath und Hansemann — auch diese eigentlich zwei sehr disparate Naturen — ziemlich in Schatten gestellt werden. Natürlich Jene sind für, diese, ganz besonders der Letztere, gegen Handelsfreiheit. Auf uns hat das wahrhaft hochsinnige Wesen des Hrn. Camphausen, der uns als eine der edelsten Erscheinungen auf dem Landtage entgegengetreten ist, und die offene, gerade Biederkeit und das gesunde, treffende Urtheil des Hrn. Merkens den günstigsten Eindruck gemacht, wobei wir jedoch die classische Beredtsamkeit und die maßvolle Haltung des Hrn. v. Beckerath so wenig verkennen wie die Gewandtheit des Hrn. Hansemann.

Der durch seine aufgeklärten, lichtfreundlichen und sonst auf der Höhe dieses preiswürdigen Jahrhunderts schwebenden „Eingesandtes" bekannte Hr. Fr. v. Bülow tritt seit einigen Tagen mit dergleichen gegen die Emancipation der Juden auf und scheint dabei Manches über Motive und Hergänge insinuiren zu wollen, was wir nicht verstehen.

* **Von der Saale**, 26. Jun. Der Vereinigte Landtag nähert sich seinem Ende. Man bemerkt eine gewisse Abspannung, die sich seiner Glieder bemächtigt hat, eine Erscheinung, die leicht erklärlich ist, wenn man bedenkt, wie Viele sich nach ziemlich langer und schwerer Arbeit wieder nach dem natürlichen Boden, dem sie so lange entrückt waren, nach der Familie, nach den häuslichen und Berufsgeschäften, die ihrer warten, zurücksehnen. Jetzt kann nun aber die Frage, wie die politische Versammlung, von der hier die Rede ist, der erhabenen Bestimmung, die ihr zugefallen, entsprochen hat, kaum länger abgewiesen werden. Die Beantwortung derselben ist wahrlich nicht leicht; es ist eine Gewissenssache, die man nicht ohne weiteres, nicht ohne vorausgegangene sorgfältige Prüfung abmachen kann. Sie wird nach Verschiedenheit des politischen Standpunktes, den man einnimmt, verschieden ausfallen. Sucht man sich von allen extremen Ausschweifungen frei zu halten und behält man die Sache nach ihrem wahren Verhalten im Auge, so glaubt Referent nach sorgfältiger Prüfung das Ergebniß im Allgemeinen ein günstiges nennen zu dürfen. Preußen hat ohne Zweifel durch die centralständische Versammlung, die eben im Begriff ist sich aufzulösen, einen bedeutenden Schritt auf seiner politischen Laufbahn vorwärts gethan; man darf ohne Besorgniß, einen Irrthum zu begehen, annehmen, daß sich seine Verfassung durch die Gnade des Königs insoweit consolidiren wird, als es nur irgend mit den obwaltenden Verhältnissen sich vereinbaren lassen dürfte.

In dieser Beziehung dürfte denn auch die Frage der Periodicität des Vereinigten Landtags, des näher festzustellenden Verhältnisses des Vereinigten ständischen Ausschusses und der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen zu dem Vereinigten Landtage die wichtigste von allen sein. Beide Curien sind in der Entscheidung der Frage einer an den König in dieser Hinsicht zu richtenden Petition fast einstimmig gewesen, und im Fall einer günstigen Resolution des Königs würde den ständischen Arbeiten eine glänzende Belohnung zu Theil geworden sein, eine Belohnung, die für Preußens, sowie für Deutschlands Schicksal erfolgreich sein möchte. Es ist aber und zwar mit Recht schmerzlich beklagt worden, daß manche Regierungsvorlagen, die das Beste des Landes bezweckten, unter öfters ganz unstatthaften Gründen von der Stände-Curie abgewiesen worden sind. Dahin gehört unter andern die bekannte Proposition einer zu machenden Anleihe behufs der Fortsetzung und eventuellen Vollendung des großen Eisenbahnwerks von Berlin nach Königsberg in Preußen, eines Werks, das in Hinsicht der Großartigkeit seiner Brücken- und Deichconstructionen an der Weichsel und Nogat schwerlich seines Gleichen finden möchte. Obschon man die Nützlichkeit und in gewissem Betracht die Nothwendigkeit des genannten Werks einzuräumen kein Bedenken trug, so glaubte man doch wegen der angeblichen Unsicherheit der Verfassungsangelegenheiten und der Ungewißheit der finanziellen und staatsökonomischen Lage des Landes die Verantwortlichkeit einer zu machenden Anleihe nicht übernehmen zu können, und unter demselben Vorwande lehnte man auch die Errichtung einer Landrentenbank unter Staatsgarantie ab.

So hoch nun auch bei vorkommenden Gelegenheiten der Patriotismus aufloderte und das begeisterte Gefühl der Gemeinsamkeit des Vaterlandes sich entschieden kundgab, indem es über provinzielle Beschränktheit, wo sie sich immer zeigen mochte, den Sieg davontrug; so zeigte sich dann auch wieder, so oft eine Anfoderung an eine tiefere Auffassung des Staats, der Religion und der Kirche und des Verhältnisses der letztern zum erstern gemacht wurde, eine merkwürdige Unzulänglichkeit. Man kam, was die Staatsansicht anbetrifft, nicht über die Geltendmachung desselben, des Staats nämlich, als einer Rechtsanstalt, hinaus. Das zeigte sich bei der Verfassungsfrage, wo immer Fürst und Volk als zwei berechtigte Persönlichkeiten sich einander gegenübergestellt wurden; das zeigte sich bei der Frage der zu ertheilenden Bewilligung der politischen Rechte an die Dissidenten; das zeigte sich in der Discussion über das neue Judengesetz, bei welcher Gelegenheit der religiöse Indifferentismus, der oberflächliche Humanismus, die falsche Philanthropie in allen den hohlen Declamationen und schönrednerischen Phrasen sich ausließen, die wir als den Widerhall der Journale und tendentiösen Broschüren leicht erkannten, die bis zum Ueberdrusse zu nichts als zur Befestigung entgegengesetzter Ansichten gedient haben. So sehr die Minister sich auch bemühten, in tiefsinnigen Reden die Betheiligten über das Niveau des Gewöhnlichen zu erheben, so gelang ihnen das doch selten oder nie; man blieb bei dem Vorurtheile der den Ministern schuldgegebenen Vorliebe für gewisse Richtungen, gegen die man sich vor Allem decken zu müssen glaubte. Mit einer seltenen Naivetät bekannte einer der Führer der Opposition, daß es ihm noch nicht habe gelingen wollen, mit dem „christlichen" Staat irgend eine Vorstellung zu verbinden. Gewisse religiöse Lieblingsideen müßten in Beziehung auf den Staat nicht geltend gemacht werden; die Religion müsse ein vom Staate ganz verschiedenes Gebiet haben und mit demselben nicht verwechselt werden; die eine gehöre für den Himmel, der andere für die Erde; je unvermischter beide erhalten würden, je weniger eins in die Sphäre des andern überschreite, um desto besser sei dies für alle beide. Gegen solche Ansichten, die sich so abgeschlossen haben, ist natürlich nicht aufzukommen; sie haben sich gegen jede tiefere Anschauung verblendet, gegen jedes Eindringen der Sache auf sie verschanzt. Man foderte dann auch den Lehren des nivellirenden Liberalismus gemäß unbedingte Emancipation der Juden, Zulassung zu allen Staatsämtern und Theilnahme an allen politischen Rechten. Diese Berechtigung glaubte man durch den abstracten Satz: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte", hinreichend zu begründen.

Uebrigens muß man, abgesehen von dem Verfolgen extremer Richtungen, das hin und wieder vorkommt, dem Vereinigten Landtag in Beziehung auf seine ausgezeichnete Geschicklichkeit in der Erfüllung seiner Obliegenheiten entschieden das Wort reden. Er hat, da er sich doch zum ersten Male versammelt, in seiner in vielem Betracht höchst schwierigen Stellung eine seltene parlamentarische Gewandtheit entwickelt und eben so viel Entschiedenheit in der Wahrnehmung seiner Rechte documentirt als eine stets bereitwillige Achtung der Rechte der Krone gezeigt. Mit gleicher Entschiedenheit muß man das taktvolle Benehmen des königl. Commissars ehren, der stets gleich bereit war, die Rechte der Krone aufrechtzuhalten und denjenigen der Stände die schicklichste Berücksichtigung widerfahren zu lassen; dasselbe gilt auch von den andern Ministern, die sich an der Debatte betheiligten. Vornehmlich ist man aber durch das Benehmen der ersten Curie überrascht worden. Weit entfernt, wie man befürchtete, eine Retardationspolitik zu üben, hat sie allen wahrhaft freisinnigen Maßregeln, wie sie ihrer Beurtheilung vorlagen, eine entschiedene Unterstützung zu Theil werden lassen und dieselben nachdrücklich gefördert.

Vortreffliche Redner haben sich in beiden Curien gezeigt. Es sind Persönlichkeiten hervorgetreten, die, wenn sie sich erst durch wiederholte parlamentarische Thätigkeit bestimmter ausgeprägt haben werden, das Material zu den edelsten public characters enthalten.

Bald fällt der Vereinigte Landtag, der erste der Zeit nach, und der, wenn nicht Alles trügt, entschiedene Spuren seines Daseins zurücklassen wird, der Geschichte anheim. Die Presse wird ihre Schuldigkeit thun. Was immer verhandelt ist, wird einer strengen und — wir hoffen es — einer gerechten Prüfung unterworfen werden. Einen würdigern Gegenstand für ihre Thätigkeit, dessen sind wir überzeugt, gibt es nicht.

o **Halberstadt**, 26. Jun. Nach der Mannheimer Abendzeitung enthielt die Deutsche Allgemeine Zeitung (Nr. 176) eine Nachricht von hier,

die nicht ganz der Wahrheit getreu ist, denn die sich hier gebildete freie evangelische Gemeinde zählt nicht 20, sondern mehr denn 50 Unterschriften, und da stets der Familienvater nur seinen Namen, nicht aber den seiner Familienmitglieder unterzeichnet, so möchte die Anzahl der einzelnen Köpfe sich wol über 100 belaufen. Wislicenus ist noch nicht hier. Der in der Zeitung erwähnte, früher hier, jetzt in Bremen angestellte Oberprediger heißt nicht Mieter, sondern Rieter und hat sich hier nicht 14 Tage aufgehalten, sondern erschien, sonderbar genug, wie ein Deus ex machina am 8. d. M., also den Tag vor der Bildung der freien Gemeinde (siehe Nr. 164) und eiferte stark gegen diese Bildung, und zwar nicht ohne allen Erfolg. Auffallend war dabei sein plötzliches Erscheinen und dann wieder sein Verschwinden ex abrupto. Am 8. Jun. erschien Rieter, am 9. Jun. kam Wislicenus, und Rieter war verschwunden. Es bildete sich die freie Gemeinde, am 10. Jun. reiste Wislicenus wieder ab, und wie aus einer Theaterversenkung war am 11. Jun. Hr. Rieter wieder auf einen Tag sichtbar, wo er sein Bemühen weiter fortzusetzen versuchte. Es hatte diesmal aber weniger Erfolg als früher am 8. Jun.

— Der König ist am 26. Jun. in **Breslau** eingetroffen.

— Die Allgemeine Preußische Zeitung enthielt kürzlich einen Nekrolog des Erzherzogs Karl, welcher, wie man der Weser-Zeitung aus Berlin berichtet, auf den ausdrücklichen Befehl des Königs verfaßt war, welcher dem Minister v. Bodelschwingh seinen Willen dahin zu erkennen gegeben, „er wünsche einen Nekroleg, der deutsch, kräftig, patriotisch gehalten sei.“

— Aus **Berlin** vom 25. Jun. wird der Schlesischen Zeitung geschrieben: „Der Vereinigte Landtag wird dem Marschall der Stände-Curie, Hrn. v. Rochow, ein überaus kunstreiches Angedenken als Anerkennung seiner Verdienste um die ständische Wirksamkeit überreichen. Es ist eine Dankadresse, abgefaßt durch die HH. v. Auerswald und v. Beckerath. Diese Adresse besteht aus einer Reihe von zehn Blättern. Das erste, das Titelblatt bildend, zeigt in einem Kranze die verschiedenen Wappen der Provinzen, verflochten mit dem Bande des eisernen Kreuzes und durch den preußischen Adler zusammengehalten, darunter der Marschallstab und darin die Inschrift: «Der erste Vereinigte Landtag dem Marschall der Drei-Stände-Curie, Hrn. v. Rochow.» Auf dem zweiten Blatte befindet sich die Adresse und auf den weitern acht die Unterschriften der Abgeordneten, Letztere provinzenweise geordnet. Die einzelnen Provinzen sind sinnbildlich durch ihnen eigenthümliche Embleme von unsern ausgezeichnetsten Malern dargestellt, welche darin Geist und Kunst auf gleiche Weise bewährten. Das Ganze, überaus prachtvoll ausgestattet, liegt in einem Sammetdeckel, auf welchem das in Silber getriebene Wappen des Hrn. v. Rochow angebracht ist. Die Adresse wird Hrn. v. Rochow heute Abend von einer Deputation, bestehend aus den acht Provinzial-Landtagsmarschällen, drei Abgeordneten der drei Stände jeder Provinz überreicht.“

Portugal.

Das britische Kriegsdampfschiff Jackal war es, mit welchem am 14. Jun. von Oporto die Nachricht von der verweigerten vollständigen Unterwerfung der Junta nach Lissabon gelangte. Es wurde sofort dem am Morgen desselben Tages mit den britischen Dampfschiffen Terrible, Siden, Phönix, Bulldog, Gladiator, Geyser und der Corvette Amazone sowie zwei spanischen Dampfern und einem französischen, also mit zehn Schiffen, nach Setubal abgegangenen Sir W. Parker nachgesendet, der dort übrigens nach Sa da Bandeira's Unterwerfung nichts mehr zu thun findet. Das Verhalten des britischen Gesandten Sir H. Seymour und des Admirals Parker hat vollständige Billigung von London erhalten; zugleich sind Instructionen eingegangen, kräftig zur Beendigung des traurigen Zustandes der Dinge in Portugal fortzuwirken. Sie haben der Regierung nun empfohlen, Saldaha anzuweisen, sich möglich rasch in den Besitz von Oporto zu setzen, das bald völlig eingeschlossen war. (Nr. 179.) Saldanha und Cazal hatten gegen 8000 M., General Concha 10,000 M. der besten spanischen Truppen und General Mendez Vigo 1500 M. Vor Setubal wurde am 10. Jun. ein mit Pulver und Steinkohlen für die Insurgenten von Madeira zurückkehrendes portugiesisches Schiff weggenommen.

— Die Nachrichten von tumultuarischen Auftritten in **Lissabon**, welche spanische und französische Blätter gebracht haben, beschränken sich auf Reibungen einiger Haufen gemeiner Leute mit den Freiwilligen und haben einige Verhaftungen zur Folge gehabt. Einige Jaquetas, d. h. Leute in Jacken oder Pöbel, pfiffen, als der König dieser Tage aus dem Kriegsministerium die Rua do Ouro hinankam, und wurden ebenfalls sofort eingezogen. Außerdem ist Alles ruhig geblieben, und die königl. Freiwilligen scheinen auch entschlossen, die Ruhe streng aufrecht zu erhalten.

— Ein preußischer Schooner, Emma Elisa, mit Getreide von Odessa nach Falmouth bestimmt, der durch eine Wasserhose in offener See beschädigt und seines Steuerruders beraubt worden war, wurde am 11. Jun. von der aus Marseille nach Rouen segelnden französischen Brigg St. Joseph mit sehr anerkennenswerther Hülfleistung in den Tejo bugsirt.

Spanien.

Eine Versammlung von Capitalisten hat beschlossen, die Königin zu bitten, das neue Münzgesetz des Hrn. Salamanca zu suspendiren, weil es nur böse Folgen haben werde.

— Der Deputirte und Hauptredacteur des Tiempo, Hr. Moreno Lopez, ist zum bevollmächtigten Minister am niederländischen Hofe ernannt worden.

— Mehre madrider Blätter vom 19. Jan. enthalten folgendes Schreiben an Don Alvaro Gomez Bacarra vom Herzoge von Victoria (Espartero) aus London:

„Mein werther Freund! Im Faro vom 3. Jun. habe ich in dessen Correspondenz aus London die Andeutung gelesen, ich trachte im Einverständnisse mit Lord Palmerston und einflußreichen Personen der liberalen Partei als halbunabhängiger Vicekönig oder in Gestalt eines Fürstenthums, einer Republik, nach der Regierung der Philippinen, bis dieselbe einmal in englische Hände fallen würde. Von allen Bitterkeiten, die an die Verbannung sich knüpfen, habe ich keine schmerzlicher empfunden als diese stupide Verleumdung. Espartero ist vor Allen Spanier, und in welche Bedrängniß sein Vaterland kommen mag, es ist nicht möglich, daß Espartero beitragen könnte, dasselbe um den kleinsten Theil seines Gebietes zu bringen. Die Spanier kennen mich, und ihnen vertraue ich die Wahrungen meines Rufe.“

— Der unglückliche Liebhaber der Infantin Josepha, Guell (Nr. 143), ist endlich in Cadiz in Freiheit gesetzt worden und hat sich von dort am 10. Jun. nach Rom eingeschifft.

— Die verwittwete Marquise v. Santa Cruz, Erzieherin und bis vor wenigen Monaten Oberhofmeisterin der Königin Isabella, ist gestorben.

— Seit einigen Tagen stattete Mons. Brunelli dem diplomatischen Corps seine Gegenbesuche ab. Er nennt sich auf seinen Karten: „Delegato di Sua Santità nei dominj di Sua Majestà Catolica.“

Großbritannien.

London, 23. Jun.

Das Morning Chronicle äußert über die Zeichen zur Beurtheilung der Halbinselpolitik, daß nur wenige davon einen Anhalt gewährten. Ein Cabinet folge dem andern, ein General verdränge den andern und in Madrid walte die gewohnte Intriguenwirthschaft, die Masse der Nation bleibe anscheinend indifferent wie zuvor. Aus Ministern, Soldaten und Cortes könne man sonach nicht klug werden und müsse ein kleineres Feld, den Hof, ins Auge fassen, oder vielmehr einen Theil desselben, die Camarilla. Die Entlassung einer Anzahl Kammerfräulein und Hofdamen sei bedeutsamer als ein Ministerwechsel. Man habe zu fragen, wer der Königin Ohr besitze, um zu wissen, was für Maßregeln kommen würden. Vor Allem stehe aber fest, daß von der Anwesenheit der Königin Marie Christine in Madrid alle verkehrte Regierung zu datiren sei. Es heiße jetzt, sie wolle dahin zurückkehren, um zur Aufrechterhaltung der Vermählung der Königin Isabella mit Don Francisco zu wirken. Allein über Christinens Absichten sehe man jetzt klar. Ihr Herz hänge an Frankreich und nicht an Spanien; aber ohne ihre Rückkehr dürften ihre Entwürfe doch in Gefahr sein fehlzugehen, wie gut sie auch mit Ludwig Philipp stehe. General Narvaez werde vom Gerücht als Der bezeichnet, auf dessen Säbel dabei im Nothfalle gerechnet werde.

— Auf die neue Anleihe von 8 Mill. Pf. St. sind in Folge der bewilligten Zinsenvergütung schon 6 Mill. eingezahlt, und nur noch 2 Mill. bis zum 15. Oct. zu erfüllen.

— Sir Robert und Lady Peel haben sich auf ihren Landsitz Drayton Manor begeben, um daselbst Vorbereitungen zum Empfange des Großfürsten Konstantin zu treffen, der in den nächsten Tagen einen Besuch dort machen wird.

— Ueber die Aussichten der Kartoffelärnte lauten die Nachrichten fortwährend völlig widersprechend. Während von einer Seite angerathen wird, irgend verdächtige Felder umzupflügen, um noch eine Rübenärnte anstatt der verloren zu achtenden Kartoffeln zu erlangen, wird von Daily News das ganze Lärmgeschrei von der neuen Kartoffelseuche für Unwahrheit erklärt.

— Die Wochenversammlung des Repealvereins zu **Dublin** am 21. Jun. war nicht zahlreich. John O'Connell führte zumeist das Wort und foderte zu Anstrengungen auf, um bei den bevorstehenden Wahlen eine größere Anzahl Repealer ins Unterhaus zu bringen. Von den Bischöfen von Meath und Tuam wurden beistimmende Schreiben vorgelesen. Als Repealrente gingen 28 Pf. St. ein.

— In **Fulhamfields** wurde dieser Tage der Grundstein zu einer neuen katholischen Kirche gelegt, deren Gründerin eine Mistreß Bowden ist, die ganz neuerlich erst übertrat.

Frankreich.

Paris, 24. Jun.

Die Deputirtenkammer fuhr gestern mit Berathung des Ausgabebudgets für 1848 fort. Das Capitel des Justiz- und Cultusministers war an der Reihe. Die 481,500 Fr. Besoldungen der Centralverwaltung desselben wurden unter Beitritt des Ministers auf 467,500 Fr. vermindert. Von den 814,000 Fr. für den Staatsrath beschloß die Kammer auf Hrn. Maingoval's Antrag und gegen den Justizminister

45,000 zu streichen, die zur Erhöhung der Gehalte von 30 Requetenmeistern dienen sollten. Für den Cassationshof wurden 975,800 Fr., für die königl. Gerichtshöfe 5,677,400 Fr., für die Assisenhöfe 154,400, für die Tribunale erster Instanz 7,790,595 Fr. bewilligt. Der Bedarf für die Handelsgerichte war 179,900 Fr., der Polizeitribunale 62,900 Fr., für die Friedensrichter 6,045,000 Fr., Unkosten der Strafrechtspflege und Statistik 4,400,000 Fr. Als das Capitel des Cultus an die Reihe kam, hielt der Abbé de Genoude eine Rede gegen den Misbrauch, den die Regierung mit geistlichen Dingen treibe, indem sie die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zu einem Mittel von Einfluß zu machen strebe und die Geistlichkeit dadurch ihrer Würde und Freiheit beraube. Er foderte ein Nationalconcil, sprach gegen den Gesetzentwurf über das Capitel von St.-Denis und verlangte für die Kirche volle Freiheit. Unter Anderm richtete er an den Justiz- und Cultusminister die Frage, ob er mit seinen Collegen an die Unfehlbarkeit des Papstes glaube. Hr. Hébert versetzte, daß er noch keine Veranlassung gehabt, darüber sich auszusprechen, was der Abbé auslegte, als habe er es eingestanden. Darauf erwiderte Hr. Hébert zur Erheiterung der Kammer, wie er, wenn er Geständnisse zu machen hätte, nicht den ehrenwerthen Deputirten zum Beichtiger wählen würde. Die für die Cardinäle, Bischöfe und Erzbischöfe angesetzten 1,057,000 Fr. und 30,865,600 Fr. für die Mitglieder der Capitel und die Pfarrgeistlichkeit, 112,000 für das Capitel von St.-Denis, 1,149,050 für die protestantische Geistlichkeit und 100,000 für den protestantischen Cultusaufwand, 16,000 Fr. Verwaltungskosten des protestantischen Generaldirectoriums, 123,000 Fr. für den Cultus der Juden ꝛc. wurden angenommen.

— Die «Presse» erwähnt wichtiger Abänderungen, welche die Commission der Deputirtenkammer zu dem Gesetzentwurf über die Abänderung des Tarifs beantragen werde, und bemerkt namentlich, daß sie die Abgaben vom französischen Colonialzucker und Rübenzucker um 20 Fr. von 100 Kilogramm, den Differentialzoll von fremdem Zucker in gleichem Verhältnisse, die Kaffeezölle um zwei Drittel herabgesetzt wissen wolle. Die Regierung wage nicht zu widersprechen und werde sich anschließen.

— Die «Presse» bemerkt bei Gelegenheit der Budgetverhandlungen, daß so viel gewiß sei, die Finanzen ständen schlecht, die Reserven des Amortissements wären bis 1857 im voraus belegt, d. h. erst dann würde, wenn inzwischen durchaus kein unvorhergesehener Aufwand entstände, das vorhandene Deficit ausgeglichen sein. Allein die Budgetcommission erkläre dieses „wenn" selbst für eine Unmöglichkeit, und beklage, daß das seit so lange verfolgte Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einkommen verschwinde wie eine Luftspiegelung. Daß Dem so geworden, schreibt sie dem Mangel an festen und übereinstimmenden Willen zu, den eingeschlagenen Weg zu verlassen. Ihr ganzer Bericht sei für das Ministerium ein sehr kläglicher Beschluß einer Session, die ohnehin durch ihre Unfruchtbarkeit denkwürdig bleiben werde. Die Finanzlage wird dann von der «Presse» nach dem Vorgange der Budgetcommission dahin resumirt: Vor 1840 betrugen die ungedeckten Ausgaben (Schulden) des Schatzes 256,039,935 Fr.; im Jahr 1840 kamen dazu 138,004,530, das Jahr 1841 brachte 18,694,405, das Jahr 1842 andere 108,612,172, das Jahr 1843 seine 39,826,738 und das Jahr 1844 doch noch 188,531 Fr. dazu, sodaß sich in Summa 561,359,311 Fr. und nach Abzug des Ueberschusses von 4,335,330 Fr. im Jahr 1845 noch 557,024,081 Fr. Deficit herausstellt. Das Jahr 1846 vermehrte dasselbe um 58,284,899 Fr. und für 1847 wird ein Ausfall von 105,603,481 Fr. erwartet; schätzt man den für 1848 auf 30 Mill., so erhält man für den Schluß des Jahres, dessen Budget jetzt berathen wird, ein Deficit von mehr als 750 Mill. Fr. Die Reserven der Tilgungskasse gestatten das Deficit von 1840—48 zu heben, allein für das frühere von 256,039,935 Fr. ist keine Deckung vorhanden. Dazu haben besondere Credite für die öffentlichen Bauten eine außerordentliche Schuld von 626,595,378 Fr. geschaffen und das gesammte Deficit zu Ende 1848 würde sonach 765,751,249 Fr. sein. Es ist gewiß, bemerkt die «Presse», daß man, um mitten im Frieden und trotz beständiger Zunahme des öffentlichen Einkommens dahin zu gelangen, aller Eigenschaften entbehren mußte, welche die Budgetcommission künftig an den Ministern glänzen zu sehen hofft. Man denke an die geringste äußere Verwickelung und vergegenwärtige sich, in welcher Lage wir bei dem bisherigen System uns befinden würden. Mit jedem neuen Budget steigt der Aufwand, und man fragt: wann wird er einmal damit inne halten und wird man damit zu einem andern Ende als dem Ruine des Volks und dem Bankrotte des Staats gelangen? Das Kaiserthum verlangte von den Steuerpflichtigen 1450 Fr. die Minute, 87,500 die Stunde, 2,100,000 des Tags, 62,500,000 des Monats und 750 Mill. des Jahrs; unter der Restauration zahlte man zuletzt 1935 Fr. die Minute, 116,665 die Stunde, 2,800,000 des Tags, 83,333,335 des Monats und 1000 Mill. des Jahres; heute verlangt das Budget 2900 Fr. die Minute, 175,000 in der Stunde, 4,200,000 des Tags, 125 Mill. des Monats und 1500 Mill. des Jahres. So nimmt die Frage sich in Zahlen aus.

— Graf Dejean hat die Generaldirection der Posten als Hrn. Conte's Nachfolger bereits übernommen.

— Auf dem Begräbnißplatze Père Lachaise wurde gestern Hr. Aimé Martin, zuletzt Conservator der Bibliothek von St.-Geneviève, früher einer der Secretaire der Deputirtenkammer und einer der ältesten Herausgeber des Journal des Débats, zur Erde bestattet. Viele Gelehrte, Literaten und Personen von Distinction wohnten dem Begräbnisse bei; Hr. de Lamartine, General Baron Gazan und Hr. Babinet von der Akademie der Wissenschaften hielten die Bänder des Leichentuchs und Hr. de Lamartine sprach am Grabe.

— Ein junger Vicomte D. hat gestern einen Mordanfall auf den Pair und Rath am Cassationshofe Hrn. Mérilhou unternommen, der dessen amtlich bestellter Vormund gewesen. Zwischen 8 und 9 Uhr früh erschien er in der Wohnung desselben und verlangte mit Geld unterstützt zu werden, was ihm aber, da der junge Mensch sehr unordentlich lebt und bereits vorher mit ansehnlichen Summen aus Hrn. Mérilhou's Mitteln versehen worden war, diesmal verweigert wurde. Er zog darauf ein Pistol und drückte es auf Hrn. Mérilhou ab. Die Waffe versagte jedoch, und eine zweite konnte ihm der Angegriffene entwinden, wurde jedoch dabei im Gesichte verletzt. Der Vicomte floh, wurde aber festgenommen, ehe er aus dem Hause kommen konnte, und der Behörde überliefert.

— Die gestern berichteten Feindseligkeiten französischer Kriegsschiffe gegen bewaffnete Schiffe des Königs Thiu-Thri von Cochinchina haben in der Bai Thourane stattgefunden. Das Journal des Débats äußert heute darüber, daß es den eigentlichen nächsten Anlaß noch nicht kenne und nur wisse, die französischen Schiffe hätten sich zum Schutz einiger den Cochinchinesen in die Hände gefallener Missionare dahin begeben. Die Verhandlungen darüber würden vermuthlich in der Absicht hingezogen worden sein, hinreichende Macht zur Ueberwältigung der französischen Schiffe zusammen zu bringen. Englische Berichte sagen, daß sie Genugthuung für die Gefangennehmung eines französischen Bischofs, der dann von den Cochinchinesen nach Singapur geschickt worden sei, hätten fodern und vermuthlich einen Handelsvertrag schließen sollen. Sie wären scheinbar freundschaftlich, allein mit verrätherischen Hintergedanken aufgenommen worden und genöthigt gewesen, zur Selbstvertheidigung zu schreiten.

** **Paris**, 24. Jun. Es scheint im Buche des Schicksals geschrieben zu sein, daß politische Parteien, sobald ihre Grundlagen vom Geiste der Zeit oder durch Selbstverrath an ihren eignen Grundsätzen untergraben sind, sich nimmer wieder erheben oder, wie man hier zu Lande sprüchwörtlich von einer auf diese Weise gefallenen Partei sagt, „nichts lernen und nichts vergessen". Dieser Satz hat nicht nur seine Anwendung auf Legitimisten und Republikaner, die, wenn sie je wieder die Macht in die Hände bekämen, durch denselben Misbrauch und durch dieselben Fehler sie wieder verlieren würden, er hat ebenso seine Anwendung auf die dynastische Opposition. Seitdem Letztere im Jahr 1836 Hrn. Thiers sich anschloß und einen Grundsatz nach dem andern aus ihrem famosen Compte rendu aufgegeben, fiel sie jeden Tag in der öffentlichen Meinung und schmolz mit jeder allgemeinen neuen Wahl zusammen. Alle Symptome der öffentlichen Abneigung gegen sie waren jedoch nicht im Stande, weder sie zu regeneriren noch sie aus dem ewigen Abmühen in Taktik und Manoeuvre herauszuziehen. Sie blieb Hrn. Thiers einverleibt und glaubte ihre Mission verrichtet zu haben, wenn sie den geringsten Anlaß nicht unbenutzt vorübergehen ließ, um mit der Regierung auf eine oder die andere Weise anzubinden, wie wenig Aussicht auf Erfolg für sie dabei auch sich zeigte. Zu ihrer Taktik gehört es überdies, daß bei jeder Niederlage, die sie sich auf diese Weise zugezogen, sie zwar einen Augenblick verblüfft ist, unmittelbar darauf aber mit der Miene des Siegers in ihren Organen auftritt und eine solche Darstellung von dem vorgefallenen Treffen macht, daß wenigstens die Schwachköpfe glauben müssen, ihr sei zwar der materielle, nicht aber der moralische Triumph entgangen. Von solchen Triumphzügen lebt oder richtiger stirbt sie seit sechzehn Jahren, und ist jedes Jahr vier oder fünf Mal nahe daran, das Ruder in die Hände zu nehmen, das ihr unglücklicherweise aber durch sie weiß selbst nicht welche Verrechnung eben so oft wieder entschlüpft. Aehnliches ist ihr dieser Tage widerfahren.

Schon von vorn herein war es von der Opposition mehr als bedenklich, mit einem Manne wie Hr. de Girardin, den wir nicht weiter bezeichnen wollen, da er hinlänglich bekannt ist, in einem Familienstreite gemeine Sache zu machen. Denn der letzte Kampf der «Presse» war eigentlich nichts als ein Hader eines ehemaligen ministeriellen Organs mit dem Ministerium. Abgesehen davon, daß noch Niemand gute Geschäfte mit Hrn. de Girardin gemacht, hätten die schlechten Geschäfte, die die Minister mit ihm gemacht, der Opposition als Warnung dienen sollen, sich von ihm so fern als möglich zu halten und abzuwarten, ob etwa die Minister, durch einen der Ihrigen verrathen und in die Enge getrieben, der Opposition als Beute in die Hände fallen würden. Hatten Klugheit und Einsicht in Dingen und Personen nicht Macht genug, ihr ein solches Verfahren anzurathen, so hätte es wenigstens die Achtung vor sich selbst, diese einzig würdige Taktik, ihr vorschreiben sollen. Doch in der Ungeduld nach einem Sieg über das Ministerium überhörte sie die Stimme der Klugheit, und mit der Würde und Selbstachtung hat sie es nie sehr genau genommen; jedes Mittel zum Sturze des Cabinets

schien ihr stets gleich gut, wie sollte ihr Hr. de Girardin ein schlechtes Werkzeug scheinen? Die HH. Billault und Odilon-Barrot traten daher sofort für den ehemaligen Genossen der Baum und Cleemann in die Schranken, und die Männer, die die geheimste diplomatische Depesche ans Tageslicht ziehen möchten, stimmten für eine geheime Sitzung, um die Rechtfertigung der Minister der Oeffentlichkeit zu entziehen. Das war eine Sünde, für welche die öffentliche Meinung nie eine Absolution gewähren kann.

Nach dieser gegen den öffentlichen Geist begangenen Todsünde und nach den Reden der HH. Duchatel und Guizot, die Hrn. de Girardin an seinen Sitz annagelten und die Opposition zum Schweigen brachten, mußte sie, wo nicht ihren Fehler eingestehen, doch wenigstens dasselbe Schweigen in ihren Tagesblättern beobachten, das sie in der Kammer zu beobachten sich gezwungen sah. Doch kaum hat sie während 24 Stunden diese Pflicht, die ihr abermals Klugheit und Würde auflegten, geübt, als sie wieder in ihre alte abgeschmackte Taktik verfällt und sich den Sieg und dem Ministerium die Niederlage zuschreibt. Ist doch Hr. de Girardin, den die conservative Partei vor die Pairskammer geschickt, von dieser entlassen, ohne daß sie ihm ein Haar gekrümmt. Ward Hr. de Girardin freigesprochen, so ist natürlicherweise das Ministerium schuldig, und wenn es nicht den frechen Ankläger vor die Assisen stellt oder wenigstens die Kammer auffodert, die Sache weiter zu untersuchen, ei nun, dann ist und bleibt das Ministerium schuldig und überwiesen, Alles gethan zu haben, was der ehrenwerthe Hr. de Girardin behauptet hat.

Italien.

Die Gazetta di Firenze vom 14. Jun. enthält eine Bekanntmachung der großherzogl. Consulta vom 12. Jun., kraft deren alle Volksversammlungen behufs öffentlicher Bezeigungen des Beifalls oder Mißfallens, Vortrags von Wünschen oder Bitten, welches auch ihr Gegenstand, oder die öffentliche oder Privatperson, an die derlei Manifestationen gerichtet werden, sein mögen, aufs strengste verboten und auf die Uebertretung dieses Verbots verschiedene Strafen gesetzt werden.

— Der Herzog von **Lucca** hat befohlen, daß der Jahrestag der Thronbesteigung des Papstes Pius IX. dieses Jahr und so fort auf immerwährende Zeiten in der Metropolitankirche in Lucca durch solenne Kirchenfunctionen gefeiert werde.

Rom, 17. Jun. Die Feier, mit welcher heute der Jahrestag von Pius' IX. Besteigung des päpstlichen Stuhls begangen wurde, war in jeder Beziehung interessant, man darf sagen imposant. Es mußte in der That schwierig scheinen, nach so viel neuersonnenen Festlichkeiten eine Weise ausfindig zu machen, welche die frühern Demonstrationen zu überbieten im Stande sei. Auch dies ist dem Volke möglich geworden, und die treffliche Haltung, welche es in allen seinen Bewegungen zeigte, verdient um so größere Anerkennung, als die öffentliche Stimmung in den letzten Tagen theils durch unangenehme Vorfälle, theils durch getäuschte Erwartungen einen sichtlichen Druck erlitten hatte. Die Feier selbst bestand in einer Fahnenweihe. Pius IX. hatte die von den Bolognesen dargebotene reich gestickte Standarte dem Prinzen Orsini, Roms Senator und Commandanten der Bürgergarde, überwiesen. Heute also wurde sie von diesem durch die 14 Regionen der Stadt, deren jede auch um eine reich geschmückte, von einem Adler gekrönte Fahne versammelt war, feierlich auf dem Capitol eingeholt und nach Monte Cavallo hinübergeführt, wo der Papst der zahllos versammelten Menge sammt den Fahnen die Benediction ertheilte. Vor dem päpstlichen Palast angelangt stellten sich die einzelnen Fähnlein in Reih und Glied auf, und es ertönte ein Chorgesang, der für diese Festlichkeit eigens gedichtet und componirt worden war. Auf dem Balcon standen viele Cardinäle versammelt, in deren Mitte der gefeierte Kirchenfürst eintrat und die jubelnde Menge mit segnender Begrüßung empfing. Nachdem er sich entfernt, wurde ein zweiter Chorgesang angestimmt nnd der Zug trat nach einer andern Seite ab, nahm seinen Weg über die Quattro Fontane, Piazza di Spagna und kehrte über den Corso nach dem Capitol zurück. Vorher waren die Züge von den einzelnen Kirchen der verschiedenen Stadttheile ausgezogen und hatten sich nahe beim alten Forum unter den Bogen des Friedenstempels versammelt gehabt. (A. Z.)

— Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus **Rom** vom 15. Jun.: „Mit welcher Schamlosigkeit man in den Provinzen fortfährt, das Andenken Gregor's XVI. zu besudeln, und welche erbärmliche Rache man an eben diesem Andenken auszuüben sucht, davon möge eine vor kurzem in Gubbio im Herzogthum Urbino gehaltene Orgie, der man aber den Namen eines Festessens gibt, den Beweis liefern. Ein Haufe frechen Gesindels, das aber der sogenannten «guten Gesellschaft» angehören will, hatte sich zu einem solchen Festessen versammelt, wobei es die Statue Pius' IX. auf den Tisch, die Büste Gregor's XVI. aber unter den Tisch gestellt hatte, um dieser die beim Essen abgenagten Knochen vorzuwerfen."

Dänemark.

Die schon seit einigen Tagen auf der **helsingörer** Rhede liegende russische Flotte von sechs Linien- und einigen kleinern Schiffen (Nr. 173) ist jetzt noch mit drei Linienschiffen von 84 Kanonen, Lefort, Wladimir und Andre, sowie mit drei Fregatten von 44 Kanonen verstärkt worden. Sie ist bestimmt, einen Uebungszug in der Nordsee zu machen. Außerdem wird noch eine russische Escadre durch den Sund passiren, welche nach London bestimmt ist, um den Großfürsten Konstantin abzuholen. Dieselbe wird aus einer Fregatte von 50 Kanonen, einer Brigg von 20 Kanonen und aus der Dampffregatte Chabree bestehen. (K. C.-Bl.)

China.

Nachrichten vom 26. April aus **Hongkong** bestätigen die nach französischen Blättern gemeldete Expedition des Gouverneurs Sir John Davis gegen Kanton (Nr. 179) und deren vollständigen Erfolg. Die Expedition ging am 2. April ab und kehrte am 7. April nach Hongkong zurück. Sie hatte 900 M. Truppen am Bord. In Kanton war seitdem Alles ruhig geblieben. Die erlangten Zugeständnisse bestanden in der vom 6. April 1849 an eintretenden Oeffnung von Kanton für die englischen Unterthanen; in der ihnen zugestandenen Freiheit, zum Vergnügen in der Nachbarschaft umherzustreifen, so jedoch, daß sie denselben Tag wieder zurückkehren, und Bedrohung Derer mit schweren Strafen, die sie beleidigen oder angreifen; in der Bestrafung der Chinesen, welche im October bei Fuhschan sich gegen den Obersten Chesney und andere Engländer vergangen haben; in der Abtretung eines angemessenen Raums auf dem Honanufer des Flusses zur Aufführung von Speichern und Wohnhäusern für britische Unterthanen und eines Bauplatzes zu einer Kirche in der Nähe der jetzigen Factoreien sowie eines Begräbnißplatzes zu Whampoa.

Personalnachrichten.

Diplomatisches Corps. Preussen. Der bisherige a. G. u. b. M. bei der schweizerischen Eidgenossenschaft wirkl. Geheimrath Graf v. Wylich und Lottum ist von dem seitherigen a. G. u. b. M. am belgischen Hofe geh. Legationsrath v. Sydow ersetzt, und zum Gesandten in Brüssel der seitherige a. G. u. b. M. am hannoverschen Hofe Graf v. Seckendorff ernannt worden.

Orden. Preussen. Rother Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub: der Ober- und geh. Regierungsrath Ditmar in Erfurt.

Wissenschaft und Kunst.

△ **Dresden**, 27. Jun. Das verflossene Halbjahr fodert auf, einige Materialien zusammenzustellen, die über das seither vom königl. Hoftheater Geleistete ein unbefangenes Urtheil fällen lassen. Es ist nicht zu läugnen, daß sich die Zustände unsers Hoftheaters in einer Art Krisis befinden. Der finanzielle Abschluß des vorigen Jahres ergab ein Deficit, wie man behauptet von 17,000 Thlr., und das neue Jahr begann mit der offen ausgesprochenen, an mancherlei Kündigungen und Gagenabzügen sichtbaren Tendenz, den Ausgabenetat zu vermindern und eine Art Gleichgewicht zwischen Dem, was Dresden aus eignen Mitteln für sein Theater leistet, und Dem, was ihm geboten wird, herzustellen. Denn wie die Dinge bisher standen, ist nicht zu läugnen, daß unser Theater auf einer Basis beruhte, die breiter als die Bedingungen des Terrains war. Der Fremdenbesuch im Sommer und der anfängliche Reiz des neuen Hauses thaten viel, um diese Incongruenz zu verdecken; nachgerade aber stellt sich doch heraus, daß die finanzielle Anlage unserer Theaterzustände von den Hülfsquellen und der Theaterlust des Publicums nicht ganz gedeckt wird. In dieser Hinsicht und mit Erwägung eines ohnehin knappen und ökonomischen Jahres, wo selbst die höhern Stände von der allgemeinen Noth nicht unberührt blieben, mag es eine heilsame Vorsicht gewesen sein, den Ausgabenetat, wo nur möglich, zu verringern. Natürlich mußten solche Einschränkungen Unmuth bei dem davon getroffenen Personal erregen, und reichlich hat sich dieser auch Luft gemacht, namentlich in der Sphäre jener nicht genug zu schätzenden Klasse von Theaterbesuchern, die ihre nächsten Urtheile aus dem Umgange der von ihnen verehrten, nicht selten blindlings angebeteten Künstler selbst schöpfen. Auffallende Lücken sind indessen nicht sichtbar mit Ausnahme der Oper, wo eine erste Sängerin für das brillante Fach und ein erster lyrischer Tenor bis zur Stunde deshalb noch fehlen, weil würdige Persönlichkeiten dafür noch nicht zu finden waren und nachgerade die Probegastspiele der obern Bühnenleitung selbst lästig werden mußten. Im Schauspiel sind die auffallendsten Lücken durch das Engagement des Hrn. Walther, eines jungen Künstlers von Fleiß und den achtbarsten Mitteln, und durch die jungen Damen Senger und Schlegel, zwei liebenswürdige Erscheinungen und vielversprechende Hoffnungen, gedeckt.

Blicken wir nun auf den artistischen Gang der Dinge seit dem 1. Jan. zurück, so haben im Schauspiele die beiden Monate Januar und Februar ein sehr bedeutendes Resultat geliefert. Uriel Acosta, Karlsschüler, Familie, Struensee, König René's Tochter, Der Vetter waren Zugstücke und nahmen die ganze Kraft des Personals, besonders der nicht genug zu schonenden zarten Mittel unsers unvergleichlichen Künstlerpaars, Emil Devrient und Marie Bayer, in dem Grade in Anspruch, daß an ein Einwerfen anderweitiger Experimente nicht zu denken war. Wenn ein Darsteller, auf den vorzugsweise eine neue Einstudirung älter classischer Werke basirt werden muß, sechs Mal Schiller, sechs Mal Acosta, vier Mal Eduard von Braunstädt, zwei Mal Struensee, sechs Mal Tristan von Craage spielt, und zwar zum Bedürfniß der Kasse, zur Befriedigung der Neugier des Publicums spielt, so ist es fast unglaublich, wenn in derselben Periode von drei Monaten noch neu einstudirt Iphigenia in Tauris von Goethe, Struensee von Laube, Die Mündel von Iffland und in Wiederholungen Richard II. von Shakspeare, Maria Stuart, Urbild des Tartuffe möglich wurden. Diese Strömung des Repertoire, die dem Publicum Vergnügen und der Kasse Einnahmen verschaffte, zu unterbrechen und statt der gangbaren Novitäten plötzlich vier Wochen Einstudirenszeit auf den „Standhaften Prinzen" oder sonst ein literar-historisches Experiment zu verwenden, wäre Narrheit gewesen, und nur die Stubenweisheit einiger kritischen Aufpasser der hiesigen Bühnenzustände kann der Verwaltung den Vorwurf machen, daß in den drei Wintermonaten nicht genug classische Stücke wären gegeben worden! Die drei folgenden Monate April, Mai, Juni sind jene unglückselige Zeit aller Bühnen, in welche das einmal nicht auszurottende Uebel der Urlaube fällt. Zu allen Zeiten hat sich die königl. Bühne in diesen drei Monaten, wo die erwachende und neugeschmückte Natur den Menschen an ihren Busen ruft, kümmerlich in ihrem Repertoire hingeschleppt. In diesem Jahre kamen zu den Urlauben noch besondere Störungen: Fräul. Lebrun trat, nach fast zweimonatlichem Krankenbett, ganz von der Bühne ab. Ein bedachtes und systematisches Repertoire ist nicht herzustellen, wenn Emil Devrient vier Monate, Fräul. Bayer vier Wochen, Fräul. Berg sechs Wochen, Hr. Eduard Devrient sechs Wochen ab-

wesend sind, und jedes Mal, wenn man den Einen haben könnte, es an dem Andern fehlt. Es ist wiederum Narrheit, in einer solchen Zeit ein anderes Repertoire zu verlangen, als das sich mit den vorhandenen Mitteln allenfalls herstellen läßt. Selbst Novitäten sind in dieser Zeit weggeworfen und bleiben besser für die wiederbeginnende Theatersaison verspart. Man hat gesagt, daß in einer solchen ungünstigen Zeit Gastspiele berühmter artistischer Größen ersten Ranges den Theatersinn erhalten würden. Leicht möglich und in Zukunft wol anwendbar. Es ist in Zukunft wol räthlich und sicher auch ausführbar, daß, wenn Tichatscheck auf Urlaub geht, Hr. Härtinger aus München kommt; daß, wenn Emil Devrient fehlt, Hendrichs, Dessoir, Baumeister gastiren; daß, wenn Marie Bayer fehlt, Antonie Wilhelmi, Clara Stich, Fräul. Damböck aus Hannover kommen, daß, wenn Fräul. Berg fehlt, Frau Crelinger, Frau Haitinger, Frau Stein aus Hannover sich dem Publicum vorführen, der Charakterspieler Grunert, Kaiser, Marr, La Roche ꝛc. nicht zu gedenken. Allein für dieses Jahr waren Lücken auszufüllen, und eine Reihe von Probegastspielen auf Engagement mußte eröffnet werden. Viele wurden berufen, wenige auserwählt. Das Resultat war ein günstiges, und mit den schönsten Hoffnungen kann man der Thätigkeit des Schauspiels entgegensehen, wenn erst wieder alle die ausgezeichneten Kräfte unserer Bühne beisammen sind.

Das Gerücht, die Damen Bayer und Berg würden der Anstalt nicht erhalten bleiben, ist ein gänzlich aus der Luft gegriffenes. Zufällig laufen, wie man sagt, die Contracte dieser beiden Künstlerinnen im nächsten Jahr ab, und eine gewöhnliche Theatererfahrung ist es, daß vor dem Abschluß eines neuen Contractes bei bedeutenden Bühnenpotenzen allerhand wunderliche Luftspiegelungen und Gaukelgebilde das Publicum beunruhigen. Nirgendwo in Deutschland kann das Talent dieser beiden ausgezeichneten Künstlerinnen eine solche Pflege finden wie hier; weder Frl. Bayer, die der Liebling des Publicums ist und für ihre einfachen, seelenvollen Gebilde stets enthusiastische Anerkennung findet, noch Frl. Berg, die auf dem schwierigen Uebergange von ihren frühern Rollen in das ältere Fach von der Leitung der Bühne aufs zarteste unterstützt wird und der man nach beiden Richtungen hin, der, wo Iphigenie liegt, und der, wo die Frau Braumeisterin Brunn liegt, eine in der Theaterwelt seltene Delicatesse widmet. Frau Crelinger in Berlin hat dieser zarten Schonung sich nicht zu erfreuen gehabt, sondern mußte sich in ihrer reifsten Blüte für Ein Fach entscheiden, und als sie in den vollen Besitz brillanter älterer Rollen kommen wollte, scheb man ihr Frau Birch-Pfeiffer vor. Unsere Berg aber ist als junge Königin im „Don Carlos" wie als Braumeisterin Brunn in der „Familie" gleich günstig gestellt, und wo könnte sie sich heimischer fühlen als in Dresden, wo sie ihre ganze edle künstlerische Entwickelung durchlaufen hat?

In unserm Nächsten kommen wir auf die Zustände der Oper, denen allerdings ein kräftigerer Aufschwung zu wünschen ist, wozu hoffentlich das neue Engagement eines Opernregisseurs in der Person des Hrn. Schmidt (von Detmold) beitragen wird.

Handel und Industrie.

* Frankfurt a. M., 29. Jun. Das Amtsblatt veröffentlicht heute ein in der Sitzung des Senats am 22. Jun. genehmigtes neues Entäußerungsgesetz, welches mit Zustimmung der gesetzgebenden Versammlung an die Stelle des Entäußerungsgesetzes vom 10. Jan. 1837 tritt. Es hatten sich wesentliche Abänderungen dieses letztern als nothwendig erwiesen, um den Gang des Entäußerungsverfahrens im öffentlichen Interesse mehr zu beschleunigen und den vielfachen Hemmungen, welche seither von den Eigenthümern bereitet werden konnten, ein Ende zu machen. Das neue Gesetz, welches auch auf alle bereits anhängige Entäußerungsfälle anwendbar erklärt ist, worin noch nicht ein Endurtel erster Instanz erlassen worden, wird nun vornehmlich für einen beschleunigten Bau der Main-Weser-Bahn und der Frankfurt-Hanauer Bahn, auf diesseitigem Gebiete, von Nutzen sein. Die Concessionaire der letztern Linie sind in eine Menge von Entäußerungsprocessen verwickelt, bei denen es sich um sehr bedeutende Summen handelt. So beansprucht allein die Verwaltung unsers Heiligen-Geist-Spitals für 26 dieser Stiftung gehörige Morgen Landes, welche für diese Eisenbahn entäußert werden müssen, eine Entschädigungssumme von mehr als 400,000 Fl. Es kommt dabei freilich in Betracht, daß das betreffende Terrain nicht als Ackerland, wie die Concessionaire der Bahn behaupten, sondern als Bauplatz betrachtet werden muß, da es in dem für die künftige Vergrößerung der Stadt bereits verzeichneten Districte gelegen ist und der Werth der Bauplätze in Frankfurts Umgebung eine solche Höhe erreicht hat, daß im letzten Jahre schon der Fall vorgekommen ist, wo für einen nur ¾ Morgen großen Raum 18,000 Fl. bezahlt werden sind.

In unserer Effectensocietät trat gestern Abend eine sehr flaue Stimmung in spanischen Fonds ein; man sprach von merklich niedrigern Notirungen, welche auf außerordentlichem Weg aus Madrid eingetroffen wären. Von zuverlässiger Seite vernehmen wir indeß, daß der in letzterer Zeit stattgehabte Rückgang an der madrider Börse keineswegs, wie man besorgen zu müssen glaubte, durch politische Gründe veranlaßt worden ist, sondern lediglich durch einen sehr empfindlichen Geldmangel, der sich an dem dortigen Markt eingestellt hat. Die San Fernandobank, welche die Herbeischaffung der nöthigen Fonds für den am 1. Jul. fälligen Coupon der spanischen Schuld (im Betrage von 5 Mill. Fl.) contractlich übernommen, hat die erforderlichen Summen nur unter sehr lästigen Bedingungen aufbringen können. — Es ist noch immer keine Anzeige erschienen, daß der Coupon der portugiesischen Schuld, welcher am 1. Jul. verfällt, an diesem Tage bezahlt werden wird, und man fängt alle Hoffnung aufzugeben an, daß dies geschehen werde. Aus London schreibt man, die portugiesische Regierung befinde sich in so drückender Geldverlegenheit, daß sie sich an das londoner Cabinet mit einem Gesuch um Baarvorschüsse gewendet habe, für welche demselben einige portugiesische Inseln verpfändet werden würden. — In Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen haben endlich, wie die neuesten Handelsberichte melden, die Getreidepreise wieder zu weichen begonnen. Es mehren sich dort fortwährend die Vorräthe überseeischer Frucht, und die Ernteaussichten gestalten sich von Tag zu Tag günstiger. Den „Getreidespeculanten" gelang es gestern in Mainz wieder, die Preise etwas zu treiben; der wirkliche Umsatz beschränkte sich jedoch nur auf den Consume.

Börsenbericht. * Leipzig, 28. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115¼ Br.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86½ G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br., 99½ G.; Chemnitz-Riesaer 59¼ Br.; Löbau-Zittauer 55½ Br., 54½ bezahlt; Magdeburg-Leipziger 221 Br., 218 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 112½ G.; Litt. B. 103 G.; Köln-Mindener 94½ Br., pr. Aug. 94½ bezahlt; Thüringer 94 G.; Altona-Kieler 110 Br., 109½ G.; Pesther 99⅜ G.; Dessauer Bankactien 100 Br., 99½ G.; Preuß. Bankantheile 105 Br.

Eisenbahn. Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 20. bis 26. Jun. 1847:

11,412 Personen	7,685 Thlr.	18 Ngr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht und magdeburger Antheil	4,234 .	24 . — .
	11,920 .	12 . — .

(Vom 1. Jan. — 26. Jun. 197,681 Personen, Einnahme 269,490 Thlr. 7½ Ngr.)

Eisenbahn. Magdeburg-Leipziger Bahnfrequenz. Vom 13. bis mit 19. Jun. (mit Einschluß von 1268 Personen aus dem Zwischenverkehr) 14,337 Personen.

(Vom 1. Jan. — 19. Jun.: 389,434 Personen.)

Eisenbahn. Magdeburg-Halberstädter Bahnfrequenz. Vom 13. bis mit 19. Jun. 4,989 Personen.

(Vom 1. Jan. — 19. Jun.: 109,160 Personen.)

Fruchtpreise. In zwölf der bedeutendsten preußischen Marktstädte stellten sich im Durchschnitt die Fruchtpreise im Mai (vgl. den April in Nr. 151) wie folgt: Weizen 128⁶/₁₂, Roggen 104⁷/₁₂, Gerste 81¹¹/₁₂, Hafer 45¹/₁₂ Sgr. der Scheffel. In fünf posenschen Städten 136⁹/₁₂, 124⁷/₁₂, 89¹¹/₁₂, 51⁹/₁₂; in neun brandenburgischen und pommerschen Städten 138¹/₁₂, 119⁵/₁₂, 86⁹/₁₂, 54⁷/₁₂; in elf schlesischen Städten 130⁵/₁₂, 116, 91¹¹/₁₂, 46⁶/₁₂; in acht sächsischen Städten 149⁷/₁₂, 141¹⁰/₁₂, 100, 58⁶/₁₂; in vier westfälischen Städten 173¹¹/₁₂, 155, 108¹⁰/₁₂, 61¹⁰/₁₂; in vierzehn rheinischen Städten 177⁵/₁₂, 145³/₁₂, 113⁹/₁₂, 50³/₁₂ Sgr. der Scheffel Getreide in der oben angegebenen Ordnung der Fruchtarten.

Amsterdam, 23. Jun. Gestern Abend kam der erste neue Hering hier an, und zwar mit dem Dampfer Cerberus, welcher am 18. Jun. die holländische Heringsflotte auf der Höhe von Hitland mit 93 Tonnen Heringen verlassen, wovon die gewöhnlichen Geschenke dem Könige zugeschickt worden sind. Der erste Verkauf hat zu 700 Fl. pr. Tonne stattgehabt, und die Nachrichten über den Fang sind ziemlich, doch nicht sehr günstig. Der Preis ist heute 2 Fl. pr. Stück. (B. H.)

Staatspapiere. Amsterdam, 24. Jun. 2½pc. Int. 57¹⁵/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 106¼; 4½pc. Handelsg. 174. Frankfurt a. M., 26. Jun. Oestr. Bkact. 1955; 250 Fl. L. 120¾; 500 Fl. L. 155; Bair. 3½pc. 92⅛ Br.; Bad. 50 Fl. L. 58⅜ Br.; Darmst. 50 Fl. L. 77¼; 25 Fl. L. 28⅜; Nass. 25 Fl. L. 26¼; Sard. 35½; Kurhess. 32⅛. London, 22. Jun. 3pc. Cons. 88⅛; Port. 3pc. 32. Paris, 24. Jun. 5pc. 118; 3pc. 77. 60; Neap. 103. 50; Bankact. 3315. Wien, 25. Jun. Bkact. 1012; Met. 5pc. 106⅞; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

Disconto. Amsterdam, 24. Jun. 4 %. Frankfurt a. M., 26. Jun. 3½ % Br.

Actien. Frankfurt a. M., 26. Jun. Taunusb. 359; Nordb. 72⅜; Verb. B. Paris, 24. Jun. Eis. Verfail. r. 368¾; l. 215; Paris-Orleans 1275; Paris-Rouen 973¼; Paris-Strasburg 428¾; Paris-Lyon 448¾; Marseille-Avignon 713¾; Strasburg-Basel 187½; Orleans-Bordeaux 512½; Orleans-Vierzon 610; Nord 381⅛. Wien, 25. Jun. Nordb. 162½; Gloggn. 122; Mail. 109¼; Livorn. 88¼; Pesth. 98¼.

Leipziger Börse am 28. Jun. 1847.

Course im 14-Thaler-Fusse.		Angeboten.	Gesucht.
Amsterdam	k. S.	—	141½
pr. 250 Fl. L.	2 Mt.	—	—
Augsburg	k. S.	101⅛	—
pr. 150 Fl. L.	2 Mt.	—	—
Berlin pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Bremen pr. 100 Thlr.	k. S.	—	111⅝
Ldr. à 5 Thlr.	2 Mt.	—	—
Breal. pr. 100 Thlr.	k. S.	—	99⅛
Pr. Crt.	2 Mt.	—	—
Frankfurt a. M.	k. S.	56⅛	—
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	—
Hamburg	k. S.	151⅛	—
pr. 300 Mk. Bco.	2 Mt.	150	—
London	2 Mt.	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6. 22½	—
	k. S.	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	79½	—
	3 Mt.	79⅛	—
Wien pr. 150 Fl.	k. S.	—	102½
Conv. 20 Kr.	2 Mt.	—	—
	3 Mt.	—	—

Augustd. à 5 Thlr. à ⅛ Mk.			
Br. u. à 21 Kr. S. G. auf 100		—	—
Pr. Friedrichsd'or à 5 Thlr.			
ideni	auf 100	—	—
And. ausländ. Louisd'or à 5 Thlr. nach geringerm Ausmünzfusse	auf 100	—	12
Holl. Duc. à 3 Thlr.	d°.	—	6½
Kaiserl. d°.	d°.	—	6½
Breal. d°. à 6⅔ Thlr.	d°.	—	6½
Passir d°. d°. à 6⅔ Thlr.	d°.	—	8
Conv.-Spec. u. Gld.	d°.	—	—
ideni 19 u. 20 Kr.	d°.	—	3
Gold pr. Mk. fein Köln.		—	—
Silber d°. d°.	d°.	—	—

Staatspapiere. Actien exclus. Zinsen.		Angeboten.	Gesucht.
Königl. Sächs. Staats-Papiere *)			
à 3 % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.		—	91⅛
à 4 % d°. d°. v. 500 Thlr.		—	—
à 4 % d°. d°. v. 100 Thlr.		—	100
Kön. Sächs. Landrentenbriefe à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.		—	92½
Königl. Preuss. Steuer-Credit-Kassenscheine à 3½ % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.		88	—
Leipziger Stadt-Obligationen à 3 % im 14-Thlr.-Fusse v. 1000 u. 500 Thlr.		90½	—
Sächs. erbl. Pfandbr. à 3½ %		—	—
	v. 500 . . .	—	—
	v. 100 u. 25 . .	—	—
„ lausitzer d°. à 3½ %		—	—
„ d°. d°. à 3½ %		—	—
Leipz.-Dresdn.-Eisenb.-Actien à 3½ %		104½	—
K. Preuss. St.-Schuld-Scheine à 3½ % in Pr. Ct. pr. 100		—	98⅛
Hamb. Feuer-C.-Anl. à 3½ % (300 Mk. B. = 150 Thlr.)		—	—
Actien d. W. B. pr. St. à 100 Thlr.		—	—
Leipzig. Bank-Actien à 200 Thlr.	pr. 100	162	—
Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien à 200 Thlr.	pr. 100	115½	—
Sächs.-Bair. d°.	pr. 100	87	—
Sächs.-Schles. d°.	pr. 100	100¼	—
Chemn.-Ries. d°.	pr. 100	59½	—
Löbau-Zitt. d°.	pr. 100	56½	—
Magdeb.-Leipz. d°. incl. Div. Sch. d°.	pr. 100	—	218

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülau.
Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.

Post-Dampfschiff-Verbindung
zwischen
Stettin, Swinemünde und Kopenhagen.

Das Postdampfschiff „**Geiser**" wird auch in diesem Jahre eine regelmäßige Verbindung zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** unterhalten. Die Abfertigung desselben erfolgt:

aus Stettin — **aus Kopenhagen**

vom 31. Mai bis 28. August

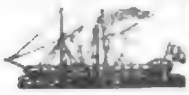
Mittwoch / Sonnabend { 12 Uhr Mittags, — Montag / Donnerstag { Nachmittags,

vom 31. August bis zum Schlusse der Fahrten

Freitag 12 Uhr Mittags, — Dienstag Nachmittags.

Das Passagegeld beträgt zwischen **Stettin** und **Kopenhagen** für den ersten Platz 10 Thlr., für den zweiten Platz 6 Thlr., für den dritten Platz 3 Thlr.; zwischen **Swinemünde** und **Kopenhagen** resp. 8⅓ Thlr., 5⅓ Thlr. und 2⅔ Thlr. Preuß. Cour. Kinder und Familien genießen eine Moderation. Wagen und Pferde sowie Güter und Contanten werden für die vorjährigen Frachtsätze befördert. [2446]

Berlin, den 12. April 1847. **General-Post-Amt.**



K. K. priv. Dampfschiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Die Dampfboote „**Bohemia**" und „**Germania**" fahren **täglich, mit Ausnahme des Sonnabend**, von **Dresden** nach allen Stationen der sächsischen Schweiz, **Tetschen**, **Außig** (**Teplitz**), **Leitmeritz**, **Melnick**, **Obristwy** und **Prag**.

Nähere Auskunft und Fahrbillets bei **Ludwig Schmidt & Co.**, Dresden, Ecke der Schloß- und großen Brüdergasse. [2445]

Reise-Gelegenheit für Auswanderer nach Amerika.

Ueber ***Hamburg*** nach ***New-York***

werden die allgemein rühmlichst bekannten Packet- (Post-) Schiffe des Unterzeichneten in diesem Jahre am 1. und 15. eines jeden Monats regelmäßig abgehen; ferner werden andere ebenfalls schnellsegelnde Schiffe

nach ***New-Orleans***

am 1. September, 25. September u. 15. October,

mit Passagieren und Gütern von hier expedirt, und sind diese Schiffe allen Auswandernden bei möglichst billigem Passagegelde besonders zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen auf portofreie Anfragen die Agenten, sowie der Eigenthümer der Packet-Schiffe [2444]

Rob. M. Sloman in Hamburg.

In **Carl Gerold's** Verlagsbuchhandlung in **Wien** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Englische und deutsche Gespräche.

Zum Gebrauche beider Nationen.
Mit kurzen einleitenden Bemerkungen über die Aussprache und Beispielen über die verschiedenen englischen Vocallaute.

Von

T. O'M. Bird.

8. Wien, 1847. Carton. 1 Thlr.

Wissenschaftlich-literarische

Encyklopädie der Aesthetik.

Ein etymologisch-kritisches
Wörterbuch der ästhetischen Kunstsprache

von

Dr. Wilh. Hebenstreit.

Neue wohlfeile Ausgabe.
Lex.-8. Wien, 1847. Br.

Erscheint in Lieferungen von 6 Bogen zu 8 Ngr. 1.—2. Lieferung ist bereits erschienen. [2413]

Grosse Lotterie.

Am 5. Juli Ziehung zweiter Klasse der 32. Königl. Sächs. Staatslotterie zu Leipzig, von 36,000 Loosen à 41 Thlr. Einsatz und 18,000 in 5 Klassen vertheilten Gewinnen. Hauptgewinne (in 5. Klasse 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 2 à 10,000), 5 à 5000, 15 à 4000, 3000, 2000; 86 à 1000, 348 à 400 und 200, 1170 à 100, niedrigster Gewinn 50 Thlr.

Hierzu versende ich täglich und bis zum 4. October (5. Klasse) Loose zu Land und zu Wasser bis in die entferntesten Gegenden brieflich.

Der concessionirte Collecteur

Moritz Meyer jun.

[2436] in Leipzig.

Bei **F. E. C. Leuckart** in **Breslau** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Uebungsbuch zum Uebersetzen
aus dem
Griechischen in das Deutsche
sowie aus dem
Deutschen in das Griechische
für die mittleren Gymnasialklassen.

Von dem Gymnasial-Director

Dr. Robert Enger.

Preis nur 12 Sgr.

Kürzlich ist in demselben Verlage erschienen:

Elementar-Grammatik
der
griechischen Sprache
von

Dr. Robert Enger,

Director des Gymnasiums zu Dirschau.

Preis 11½ Sgr.

Diese, dem Bedürfniß der mittlern Gymnasialklassen entsprechende griechische Elementargrammatik schließt sich, was das System, die Terminologie sowie Begriffsbestimmung betrifft, an die Buttmannsche Grammatik genau an, und weicht von dieser nur darin ab, daß sie nur so viel enthält, als der Schüler auf der Stufe, für die das Buch bestimmt ist, wirklich braucht. Als Anhang ist der Grammatik eine kurze Uebersicht der Formenlehre des epischen Dialekts beigegeben, weil in der Grammatik nur der attische Dialekt berücksichtigt ist.

Die äußerst niedrigen Preise werden der Einführung obiger Bücher sehr förderlich sein. [2410]

Anerbieten. Wer zur Errichtung von Spinnereien oder andern gewerblichen Zwecken, in Baiern oder Württemberg, Wasserkräfte ꝛc. acquiriren will, kann durch Unterzeichneten wünschenswerthe Anleitungen und Auskunft erhalten.

J. T. Rommінger, in Seltmanns bei Lindau.

Vollständig ist jetzt erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Correspondenz
des
Kaisers Karl V.
Aus dem königl. Archiv und der Bibliothèque de Bourgogne zu Brüssel mitgetheilt
von

Dr. K. Lanz.

Drei Bände.
Gr. 8. 1844—46. 12 Thlr.
(Jeder Band 4 Thlr.)

Leipzig, im Juni 1847.

[2443] **F. A. Brockhaus.**

Einem geehrten Publicum erlaube ich mir mein ganz neu und elegant eingerichtetes

Victoria-Hôtel
unter den Linden Nr. 46

unter Zusicherung der reellsten Bedienung ganz ergebenst zu empfehlen.

Berlin, im Juni 1847. [2388—93]

Hermann Obermeyer.

Gesuch.

Ein junger verheiratheter routinirter Kaufmann, der in mehren der achtbarsten Häuser servirte, aber jetzt sein seit mehren Jahren bestandenes Geschäft ungünstiger Verhältnisse halber freiwillig aufgegeben hat, sucht baldmöglichst, um seine fernere Existenz zu sichern, eine dauernde Anstellung als **Commis, Buchhalter, Cassirer oder Geschäftsführer**. Hierauf Reflectirende wird bei gefälliger Nachfrage nähere Auskunft unter der Adresse **A. G. C.** poste restante Leipzig gern ertheilt. [2441]

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 29. Jun. **Die Valentine**, Schauspiel von G. Freytag. Valentine, Frl. **Unzelmann**.

Mittwoch, 30. Jun. Neu einstudirt: **König Heinrich IV.**, erster Theil; Schauspiel in 5 Acten von Shakspeare. Falstaff, Herr **Anschütz**.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Franz Duncker in Berlin mit Frl. Lina Tendering in Crefeld. — Hr. Eduard Hager in Hainichen mit Frl. Emma Bach in Wahlitz.

Getraut: Hr. P. J. Weidtmann in Elberfeld mit Frl. Helene v. Pampus aus Ratingen. — Hr. Revierförster Fr. Wening in Markkleeberg mit Frl. Ernestine Munckelt aus Otterwisch.

Geboren: Hrn. Adickes in Heubausen ein Sohn. — Hrn. J. Bernardi in Köln eine Tochter. — Hrn. Professor Dr. Dietz in Nürnberg eine Tochter. — Hrn. Posterpeditor G. Eckart in Ermekirchen eine Tochter. — Hrn. J. Halenza in Bremen zwei Söhne. — Hrn. C. v. Lippe in Ober-Goldmannsdorf eine Tochter. — Hrn. Karl Paul in Burgk ein Sohn. — Hrn. Advocat Roitzsch in Löbau ein Sohn. — Hrn. Schuldirector Dr. Moritz Schulze in Gotha eine Tochter.

Gestorben: Hr. Pastor Ludwig Traugott Beyer in Zabeltitz. — Frau Friederike Gabegast in Oschatz. — Hr. Dr. Johann Heinrich Liebeskind in Eichstädt. — Hr. Kriegsrath Karl Gotthelf Lindner in Dresden. — Frau Johanne Sophie Naumann in Berna. — Hr. Hofrath Hugo Frhr. v. Schütz zu Holzhausen in Wiesbaden. — Frau J. Schweinitz in Hannover. — Frau Apotheker Henriette Trautvetter in Breslau. — Frau Amalie Uhle in Glauchau. — Hr. Wegbauconducteur Karl E. Wittram aus Bremervörde in Hamburg.

Digitized by Google

Mittwoch — Nr. 181. — 30. Junius 1847.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. Insertionsgebühr für den Raum einer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zur Nachricht.

Auf das am 1. Jul. 1847 beginnende neue vierteljährliche Abonnement der **Deutschen Allgemeinen Zeitung** werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen des In- und Auslandes Bestellungen angenommen. Der Preis beträgt in **Sachsen** vierteljährlich 2 Thlr., in den übrigen Staaten wird derselbe nach Maßgabe der Entfernung von Leipzig erhöht.

Uebersicht.

Deutschland. Die Königin von Baiern. Der Staatsrath. Turnwesen in Augsburg. — Die Nachcensur. — Lola Montez. ⊙ Leipzig. Feuer. * Ulm. Die Bundesfestung. Der Stadtschultheiß. — Gemeinsame süddeutsche Gesetzgebung. Warmstadt. Landtag. — Verordnungen in Schleswig-Holstein. * Frankfurt a. M. Die Preßfrage. Der Großfürst-Thronfolger.

Preußen. Berlin. Landtag. ⊙ Berlin. Die Deutsch-Katholiken. Der Proceß gegen Nidecki. — Die Adresse an Hrn. v. Rochow. — Landtagsdiner. — Danziger Adresse. — Strasburg-Löbauer Stände. — Fürst Hatzfeld. — Die Pfarrschulen in Köln.

Oesterreich. * Krems. Robothrenitenten.

Spanien. Ministerwechsel in Rede. Kampf mit den Montemolinisten. Suspension der Ausfuhr von gemünztem und ungemünztem Silber. Die mexicanische Barke Carmelita.

Großbritannien. Unterhaus. Bittschrift für die Prostitutionsbill. Das Parlament von Canada eröffnet. Der König und die Königin der Belgier. Die Times über die Junta von Oporto. Jahrgeld für die Kinder von Th. Hood. Hr. Pakenham. Die Nachrichten aus Hongkong. Die Angelegenheiten in Kanton.

Frankreich. Deputirtenkammer. Hr. Léon de Malleville. Die Zeitungen. Der Herzog von Aumale. Hr. Guizot. Marschall Bugeaud. Hr. de Mackau. Der Commerce. Das Geschwader des Prinzen von Joinville segelt von Algier ab. Britische Flotte. ♀ Paris. Die Girardin'sche Sache.

Belgien. Entlassungen.

Niederlande. Das Budget.

Schweiz. Tagsatzungsinstructionen. — Sonderbundsconferenz. — Leitungscomité in Schwyz.

Italien. * Rom. Festlichkeiten. Der Generalschatzmeister. Reinhart. Rom. Die Cardinäle.

Dänemark. Das Attentat.

Türkei. Pressung. — Der Pascha von Jerusalem.

Nordamerika. Nachrichten vom Kriegsschauplatze.

Wissenschaft und Kunst. △ Dresden. Theater. — Die ärztliche Praxis in Baiern. — Die Marmorstatue der Königin Victoria. — Das britische und ausländische Institut in London.

Handel und Industrie. † Hannover. Der Freihafen Geestemünde. * Frankfurt a. M. Börsenbericht. * Leipzig. Börsenbericht. * Aus Mecklenburg. Versicherungen. Braunschweig. Antrag auf Handelsgerichte mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit. — Berlin.

Ankündigungen.

Deutschland.

Die Münchner politische Zeitung besagt aus **München** vom 25. Jun.: „Wie man aus guter Quelle vernimmt, hat die Königin mit zartester Berücksichtigung der Nothstände der Zeit den wahrhaft königlichen Wunsch zum Beschluß erhoben, daß ihr Geburtstag im Königreiche nicht mit den sonst üblichen Festlichkeiten in Veranstaltung von Festlessen, Bällen ꝛc. begangen, wohl aber das dafür aufgewendet werden wollende den Armen des Landes zur Verbesserung ihrer Lage gereicht werde." — Der König hat vor seiner Abreise angeordnet, daß während seiner Abwesenheit der Kronprinz, in dessen Abwesenheit oder Verhinderung Prinz Luitpold und statt dessen der Ministerverweser, Hr. v. Maurer, den Vorsitz im Staatsrathe führe. — Der König hat dem Turnlehrer Heiß in Augsburg ein Geschenk von 100 Fl. für die dortige Turnschule zustellen lassen."

— Aus **Franken** vom 22. Jun. schreibt man der Weser-Zeitung: „Dieser Tage ist die Nachcensur für eine Anzahl Blätter, worunter auch die Kölnische Zeitung, aufgehoben worden. Für die bremer Zeitungen besteht sie dagegen noch immer fort. Den Grund davon vermögen wir nicht anzugeben; auch ist es schwer, irgend eine genügende Vermuthung darüber anzustellen. Für die Abonnenten dieser Blätter erwächst daraus der Nachtheil, daß sie dieselben um einen halben, ja oft um einen ganzen Tag später erhalten, als sie an dem Ort ihrer Bestellung eintreffen. Wir können hier nur wiederholen, daß sich die öffentliche Meinung überall mit der größten Entschiedenheit gegen diese gehässige Maßregel ausspricht, und daß sich das Ministerium viele Verdächtigungen und Vorwürfe, welche immer wieder auf die annoch in Kraft stehenden Principien des vorigen Regime hinweisen, durch die sofortige Aufhebung derselben hätte ersparen können. Hört man doch bereits die Ultramontanen überall triumphirend ausrufen: «Seht da, eure Männer sind um nichts besser als die unsrigen, denn sie wollen das freie Wort der Presse nur dann zulassen, wenn sie ihnen Weihrauch streut; gegen den Tadel legen sie aber eine weit größere Empfindlichkeit an den Tag als Hr. v. Abel und seine Collegen, darum ist unter ihnen auch die Nachcensur, die Jene gemildert hatten, wieder verschärft worden.»"

— Der Magdeburger Zeitung wird aus **München** vom 20. Jun. geschrieben: „Wie man soeben vernimmt, ist heute Señora Lola Montez unter starker Polizeibedeckung nach dem Bade Brückenau zu einem längern Aufenthalt abgereist."

⊙ **Leipzig**, 29. Jun. Gestern Abend gegen 11 Uhr brach in dem Gasthause zum Rosenkranz in der Nikolaistraße Feuer aus, welches die Hintergebäude desselben stark beschädigte. Kurz nach 12 Uhr deutete das Aufhören der Sturmzeichen die Dämpfung des Feuers an.

* **Ulm**, 26. Jun. In Betreff der Geschützausrüstung unserer Bundesfestung scheint nun von Seiten der Bundesmilitaircommission (welche sich, beiläufig erwähnt, gegenwärtig zum Zwecke der Inspection hier aufhält) doch ein definitiver Beschluß gefaßt worden zu sein. Wenigstens weiß man so viel als gewiß, daß noch im Laufe dieses Jahres 500 Stück Kanonen hier eingeführt werden sollen, und zwar 300 von Messing, welche in Augsburg, und 200 eiserne, die in Lüttich gegossen werden und zum Theil schon gegossen sind. Ueber das Zündloch wird der Bundesadler mit ausgespreizten Flügeln und Füßen ohne weitere Insignien mit der einfachen Unterschrift „Deutscher Bund" gravirt. Die Bestellung dieser Arbeit ist bereits vergeben. Vierzig Stück Kanonen, von Augsburg kommend und für Rastatt bestimmt, passirten im Laufe voriger Woche hier durch. Die Artilleriemannschaft, welche Oesterreich liefert, wird eine halbe Stunde von hier in das Dorf Wiblingen einquartiert. Gegenwärtig macht auch eine kleine Abtheilung württembergischer Artillerie auf dem Exercirplatze Schießübungen. — Die Aufregung, welche in unserer Stadt über die Missbilligung herrschte, die der König unter der officiellen Rubrik des Schwäbischen Merkurs dem Stadtschultheißen darüber hat zukommen lassen, daß dieser bei den traurigen Excessen des 1. Mai nicht noch energischer eingeschritten, ist noch keineswegs beigelegt, hat vielmehr in den jüngsten Tagen wieder neue Nahrung darin gefunden, daß dem Stadtrath ein allerhöchster Erlaß als Antwort auf dessen ehrerbietige Bitte, dem Schultheißen eine Rechtfertigung zu gestatten, zugefertigt worden, worin es heißt, „es habe bei jenem Tadel sein volles Verbleiben". Uebrigens soll den städtischen Collegien in demselben Erlasse die allerhöchste Gnade zugesichert, aber auch gesagt worden sein, daß sie sich eben deshalb um diese Angelegenheit nicht weiter zu bekümmern und jede weitere Einmischung zu unterlassen hätten.

— Der „Donaubote" schreibt in Bestätigung einer bereits mitgetheilten Nachricht der Ulmer Chronik (Nr. 180): „Es ist zu hoffen, daß die süddeutschen Staaten Baiern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt eine gemeinsame Gesetzgebung, vorerst im Proceßverfahren mit dem Grundsatz der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, auf dem Wege freundnachbarlichen Benehmens erhalten; dem sichern Vernehmen nach ist dazu schon die Einleitung getroffen; namentlich hat die württembergische Regierung kürzlich einen höhern Justizbeamten an die bairische abgeordnet, der sehr bereitwillige Aufnahme fand."

Warmstadt, 24. Jun. Gestern berieth unsere II. Kammer schließlich den Entwurf des Polizeistrafgesetzes. Beide Kammern hatten sich in ihren Beschlüssen nach und nach genähert, indessen erfolgte doch in einer Reihe Punkte keine Uebereinstimmung. Zu dem Wichtigern, worüber man sich noch einigte, gehört, daß die I. Kammer dem Beschlusse der II. Kammer zutrat, wonach (Art. 1) Strafen wegen Polizeiübergehen nur dann erkannt werden können, wenn sie ausdrücklich vorher mit Strafe bedroht worden sind. Dabei legte jedoch die I. Kammer dagegen Verwahrung ein, daß die II. Kammer erst bei der zweiten Berathung von der Annahme dieser Bestimmung die Annahme des ganzen Gesetzes abhängig gemacht. Am Schluß ihrer Berathung beschloß die II. Kammer nur wegen eines Punktes (Art. 74, wo nach der Ansicht der II. Kammer bei Tumulten drei Mal, nach der Ansicht der I. Kammer nur ein Mal Aufforderung zum Auseinandergehen stattfinden muß, um den Zuwiderhandelnden strafbar erscheinen zu lassen) nochmalige Berathung mit der I. Kammer und wegen des Uebrigen gemeinschaftliche Adresse. Heute berath unsere II. Kammer schließlich den Entwurf des Einführungsgesetzes zum Po-

lizeistrafgesetze. Indessen ist auch da die Hauptverschiedenheit der Beschlüsse zwischen I. und II. Kammer in Folge des Umstandes beseitigt, daß, dem Vernehmen nach, die I. Kammer bei ihrer letzten Berathung dem Beschlusse der II. Kammer hinsichtlich der Competenzfrage (Art. 5) nun vollständig zutrat. Am 28. Jun. erfolgt der Schluß des Landtags, und zwar durch den Großherzog selbst. (H. Bl.)

— Aus **Kiel** vom 20. Jun. schreibt die Karlsruher Zeitung: „Durch den Erlaß von zwei Verordnungen (die eine die Einfuhr, Fabrikation und den Gebrauch der Spielkarten, die andere einige Veränderungen im Zolltarif betreffend, beide übrigens in ihren materiellen Bestimmungen befriedigend) ist der bisherige Zweifel, welchen Gang die Regierung in Betreff der den Ständeversammlungen vorgelegten, aber nicht zur Begutachtung gelangten Gesetzentwürfe einhalten werde, beseitigt. Jene Verordnungen nämlich sind beide nur in der schleswigschen, nicht aber in der holsteinischen Ständeversammlung berathen worden. Ueber die Ermangelung des verfassungsmäßigen Gutachtens in letzterer Beziehung hat man sich in Kopenhagen demnach keine Bedenken gemacht."

* **Frankfurt a. M.**, 27. Jun. Es soll sich bestätigen, daß der Preßgesetzentwurf, welcher in letzter Zeit, als von Seiten Preußens zur Vorlage bei dem Bundestage bestimmt, Gegenstand so lebhafter Besprechungen und Beurtheilungen in den Journalen und im Publicum war, nicht zur Verhandlung im Kreise der Bundesversammlung kommen werde. Es wird jetzt versichert, daß dieser Entwurf — this unparalleled scheme, wie ihn die Times in einer ihrer letzten Nummern in einem Artikel (Nr. 176) bezeichnet hat, den die deutschen Journale weder unter den gegenwärtigen Censurverhältnissen, noch, und gewiß weit weniger, unter einem solchen Preßgesetze, wie dieser Entwurf es aufstellt, zu veröffentlichen wagen könnten — daß dieser Entwurf nicht von dem preußischen Cabinete selbst, sondern von einem Beamten herrühre, der ihn zu höherer Prüfung vorgelegt hätte. Noch mehre Entwürfe, welche auf die nämliche Weise entstanden sind, liegen vor; doch sollen sie eben so wenig wie jener Aussicht auf Annahme haben. Bei den vorläufigen diplomatischen Verhandlungen in Bezug auf eine neue Gestaltung der bisherigen Preßbestimmungen haben sich, wie verlautet, bei der Mehrzahl der deutschen Regierungen Intentionen kundgegeben, welche die Herstellung der Preßfreiheit nach einem die freie Bewegung nicht ausschließenden Repressionssysteme, nicht aber nach einem die freie Bewegung unmöglich machenden Suppressionssysteme verwirklicht sehen wollen. Im Kreise der Bundesversammlung dürfte nun wol ein Antrag auf Revision der Karlsbader Beschlüsse in Betreff der Presse gestellt werden, oder gestellt sein. Da bereits, wie schon erwähnt, vorbereitende diplomatische Unterhandlungen stattgefunden haben, so dürfte vielleicht noch in der gegenwärtigen Session des Bundestages der gutachtliche Bericht der betreffenden Commission zur Vorlage kommen. Es würde für den Augenblick nur voreilig sein, schon jetzt Muthmaßungen darüber äußern zu wollen, ob und inwieweit eine Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse in Folge des erwähnten Antrags zu erwarten sein werde. — Der Großfürst-Thronfolger von Rußland und seine Gemahlin sind heute von Darmstadt nach dem Bade Kissingen abgereist.

Preußen.

Berlin, 27. Jun. In der Sitzung der Stände-Curie am 22. Jun. brachte die Tagsordnung die von der Herren-Curie beschlossenen Modificationen an dem Reglement. Zehn Anträgen der Stände-Curie war die Herren-Curie unbedingt beigetreten, dreien hatte sie ihre Zustimmung versagt. Zu einigen hatte sie theils Modificationen beschlossen, theils eigne Anträge aufgestellt. Einer veränderten Fassung bei Nr. 6 ad 13 trat auch die Stände-Curie bei. Dem Vorschlage, daß die Redner erklären sollen, ob sie für oder wider sprechen wollen, und ihnen dann abwechselnd das Wort zu ertheilen sei, widersprach die Abtheilung. Für denselben sprachen die Abgg. v. Manteuffel II., v. Puttkammer, Graf Zech, v. Gaffron, Dittrich, gegen ihn Frhr. v. Vincke und aus formellen Gründen Hansemann. Er erhielt die nöthigen zwei Drittel nicht. Unter den übrigen Punkten, wo man meistens beitrat, Einzelnes aber auch ablehnte, erwähnen wir nur die begehrten Bestimmungen über die Fragstellung, worauf man, ohne sich gegen den Zweck auszusprechen, doch nicht einging, weil es zu spät war, sich über die Modalität zu einigen; den Antrag, daß die Propositionen in der Regel nicht beiden Curien zugleich vorgelegt werden möchten, wofür sich die Abgg. v. Vincke, Dittrich, Naumann, v. Puttkammer verwendeten und der auch angenommen ward; und das Wahlverfahren zur Staatsschulden-Hauptverwaltung, wo man auch an einem einzelnen Punkte der vorgeschlagenen Modalität, nämlich an dem Unterschreiben des Stimmzettels, einstimmigen Anstoß nahm und darüber lieber den Hauptantrag fallen ließ.

In der Sitzung der Vereinigten Curien am 22. Jun. wurden die Schriften in Betreff der Eisenbahn- und der Steuerfragen verlesen. In beiden waren auch die Ansichten der Minorität entwickelt, wogegen sich für diese Fälle die Abgg. v. Vincke, v. Auerswald, Naumann erklärten, worauf die Fassung modificirt wurde.

In der Sitzung der Herren-Curie am 22. Jun. kam der Antrag auf Ertheilung der ständischen Rechte an Alle, die sich zur christlichen Religion bekennen, zur Verhandlung. Die Abtheilung empfahl in ihrer Mehrheit den Beitritt; die Minderheit wollte nur die vom Staat als geduldet anerkannten christlichen Religionsgesellschaften berücksichtigt wissen. Für den Antrag sprachen der Referent Graf Itzenplitz, Graf Dohna-Lauck, Graf Dohna („Wir sind nicht berufen, zu untersuchen, wie Jeder den christlichen Glauben erkennt, wir haben aber das Recht, zu bitten, daß Allen die ständischen Räume geöffnet werden"), Graf Sierstorpff, Fürst Wied, Graf York; gegen denselben v. Massenbach, Graf Zieten, Fürst Lichnowsky, welcher sich im Sinne der Minorität erklärte, daran erinnerte, daß ein sehr bedeutendes und beredtes Mitglied der Dreiständ-Curie Mennonit sei, aber nichts wissen wollte von „jenem Dissidenten, die sich von jedem positiven Glauben und jeder Kirche losgerissen haben, die weder dem Staate, noch irgend einer Kirche, noch ihren eignen Anhängern ein klares und positives Bekenntniß von Dem gegeben haben, was sie beibehalten und was sie verwerfen wollen, die sich heute zusammenrotten und morgen auseinandergehen und für jeden ihnen zulaufenden Proselyten, den sie mit offenen Armen aufnehmen, bereit sind, sich in Concessionen zu erschöpfen", Fürst Radziwill, Staatsminister Eichhorn. Staatsminister v. Thile berichtigte den Ausdruck „factisch geduldet" dahin, daß es blos gesetzlich geduldete Religionsgesellschaften gebe, manche Vereine aber, bevor sie diese gesetzliche Duldung erhielten, factisch ignorirt würden. Graf Arnim sprach sich nicht über das Materielle aus, wünschte aber, mit Graf Dohna-Lauck, die Bitte um eine Proposition an den Landtag. Ueber das Endergebniß berichtet die Allgemeine Preußische Zeitung noch nicht.

0 **Berlin**, 27. Jun. Das hier unlängst abgehaltene Concil der Deutsch-Katholiken hat sich von verschiedenen Seiten Vorwürfe darüber zugezogen, daß es in seinen Beschlüssen die nöthige Consequenz vermissen lasse. Man kann nicht sagen, daß diese Vorwürfe mit Unrecht gemacht sind, besonders wenn sie in der schonenden Form auftreten, wie sie die den Angelegenheiten der Deutsch-Katholiken viel Aufmerksamkeit schenkende Zille'sche „Zeitung für Christenthum und Kirche" enthält. Mit Sarkasmen wird auf diesem Gebiete nicht viel geholfen werden; aber wahr ist es, daß namentlich die preußischen Gemeinden, indem sie sich als die durch den Westfälischen Frieden garantirte ecclesia catholica betrachten und das Patent vom 30. März d. J. auf sich nicht angewendet wissen wollen, nahe daran sind, sich dem Spotte preiszugeben. Bisher haben sie das historische Recht bekämpft und statt der alten Freiheiten eine neue Freiheit verlangt; jetzt sollen sie vom historischen Recht erlöst und durch das Patent mit der fast unbedingten Freiheit ausgerüstet werden, und sie wollen es nicht. Ich wiederhole, was ich in diesem Blatte schon einmal ausgesprochen (Nr. 104), daß ich das Patent sowol in seinem Keim als in seinen Consequenzen für heilsam erkenne, und daß Die, welche sich dagegen stemmen, mit dem Mangel an Einsicht auch den Undank verbinden. Mit Recht findet die Zille'sche Kirchenzeitung, daß die aufgestellte Fiction, als hätten die Dissidenten die alte Kirche nicht verlassen, da sie wesentlich materielle Vortheile zum Zwecke zu haben scheine, nicht einmal moralisch sei. — Morgen wird die zweite öffentliche Verhandlung des hiesigen Criminalgerichts mit dem fürstbischöfl. Secretair Nidecki (Nr. 169) stattfinden, und in derselben die Beweisaufnahme gegen das breslauer Generalvicariatamt beginnen. Es sind viele schlesische Geistliche als Zeugen vorgeschlagen, sodaß der Proceß sich in die Länge ziehen dürfte. Der Deutsche Zuschauer hat in seiner letzten Nummer den Brief des Nidecki an den Fürstbischof v. Diepenbrock seinem ganzen Inhalte nach mitgetheilt. Das charakterisirt die badische Censur.

— Die Adresse des Vereinigten Landtags an den Marschall der Stände-Curie Hrn. v. Rochow (Nr. 180) lautet also:

„Nach einer gemeinsam durchlebten ernsten und bedeutungsvollen Zeit empfinden wir tief und lebhaft das Bedürfniß, nicht ohne ein Zeichen unserer hohen Achtung, unserer innigen Anerkennung von Ihnen zu scheiden, unserer hohen Achtung vor der Reinheit und dem Adel der Gesinnung, unserer innigen Anerkennung der unbefangenen, nie geschwächten Hingebung, womit Sie, treu der eignen, gerecht gegen fremde Ueberzeugungen, unsere Berathungen geleitet haben. Indem wir diese Gesinnung in einfachen Worten hierdurch auszusprechen uns gestatten, leben wir in der zuversichtlichen Hoffnung, daß dieselbe auch in Ihrem Herzen Anklang finden und uns eine Stätte wehlthuender Erinnerungen in demselben bereiten werde. Herr Marschall! wenn das Vertrauen Sr. Maj. des Königs, welches beim Beginne des Landtags den Marschallstab in Ihre Hände legte, Ihnen selbst und Ihren spätern Nachkommen unvergeßlich sein wird und muß, so möge in gleicher Frische von Geschlecht zu Geschlecht der freie Gruß vollen Vertrauens im Gedächtniß bleiben, welchen beim Scheiden Ihre Mitstände Ihnen zurufen, ein lauteres Zeugniß für den Marschall der Curie der drei Stände des ersten Vereinigten Landtags."

— Nach dem Schlusse des Landtags fand im Mielentz'schen Local ein großes Diner statt, welches mehre Hundert Mitglieder des Vereinigten Landtags zum letzten Male gemeinschaftlich vereinigte. Unter den Trinksprüchen zeichneten sich besonders die der Abgg. v. Beckerath, v. Auerswald, v. Vincke, Mohr, Saucken-Tarputschen und des Fürsten Lichnowsky aus. Es wurde außerdem vom Abg. v. Beckerath eine Adresse aus Württemberg an den Vereinigten Landtag vorgelesen (Nr. 177), welche der würdigen und taktvollen Haltung der Stände die Sympathie des dortigen Volkes auszudrücken bestimmt war. Eine andere Adresse aus Danzig wurde von einem ostpreußischen Deputirten mitgetheilt. Dieselbe sollte

den Abgeordneten der Provinz Preußen die Zustimmung der Unterzeichner — circa hundert der notabelsten Namen — zu dem Votum in der Ostseebahnfrage auszudrücken. Eine dritte Adresse der freien Gemeinde aus Königsberg (Nr. 176) als Anerkennung für das Votum der Stände-Curie in der Dissidentenfrage circulirte abschriftlich. (B. Z.)

— Folgendes ist die oben erwähnte **danziger Adresse**:

„Die unterzeichneten Bewohner der Stadt Danzig fühlen sich gedrungen, den edeln und hochgesinnten Landtagsabgeordneten der Provinz Preußen ihre tief gefühlte Anerkennung des großen Verdienstes auszusprechen, auf welche Sie den Anspruch durch Ihre fast einstimmig an den Tag gelegte Gesinnung in den Verhandlungen des Landtags am 7. und 8. Jun., betreffend die preußische Ostbahn, begründet haben. Es gibt Momente in der Weltgeschichte, wo die unserm Sinne nicht erkennbare Weltregierung in der Brust selbstdenkender Menschen eine über die Wahrnehmung augenblicklicher und materieller Interessen erhabene Berufspflicht hervorruft; diese unter schwierigen, aber entscheidenden Umständen muthig zu erfüllen ist ein Verdienst, dessen Würdigung wir nicht der Nachkommenschaft allein haben überlassen mögen. Wir vertrauen unserm hochherzigen Könige, daß auch er in der durch unsere Deputirten kundgegebenen Stimmung seiner in herzenswarmer Treue oft geprüften Provinz Preußen die wahre Vaterlandsliebe nicht verkennen werde, wenngleich sie Anforderungen zu befriedigen strebt, welche als ein Gebot der Zeit anzusehen sie nicht verleugnen kann, ohne unwahr zu sein." (Folgen die Unterschriften.)

— Die Berlinische Zeitung vom 28. Jun. enthält jetzt auch noch eine „**Protestation** wider das Sendschreiben der sogenannten Stände des löbauer Kreises" (Nr. 161), welche von 24 Rittergutsbesitzern des strasburg-löbauer Wahlbezirks unterzeichnet ist.

— Eine Privatmittheilung der Berlinischen Zeitung sagt d. d. **Berlin**, 25. Jun., Folgendes: „Der Fürst **Hatzfeld**, von welchem es hieß, daß er von den Grenzen des päpstlichen Staaten zurückgewiesen sei, soll einen hiesigen bekannten Juristen um dessen Gutachten darüber ersucht haben, ob, wenn er zum Christkatholicismus übertrete, ihn ebenfalls der Verlust seines Majorats und der für den Fall seines Austritts aus der katholischen Kirche angedrohte sonstige Nachtheil treffen müsse. Wie man hört, soll das Gutachten dahin ausgefallen sein, daß der Uebergang zum Christkatholicismus kein Austritt aus der katholischen Kirche sei, da jener nichts Anderes bezwecke als ein Zurückführen der letztern auf ihre ursprüngliche Grundlage."

— Die städtische Schulcommission in **Köln** beschäftigt sich jetzt mit dem Antrage der dasigen Pfarrer, daß man ihnen die Aufsicht über die **Pfarrschulen** anvertrauen möge. Der Referent über diese Angelegenheit, Domherr Dr. Broix (Schulinspector), hat sich günstig darüber ausgesprochen, die danach ernannten Referenten, Gymnasialdirector Birnbaum und Eschweiler, Director der Bürgerschule, sind, namentlich Ersterer, entschieden dagegen. (W. Z.)

Oesterreich.

* **Krems** (Niederösterreich), 26. Jun. In den beiden Vierteln Ober- und Unter-Mannhartsberg gibt es so viele **Robothrenitenten**, daß heute drei Compagnien des hier garnisonirenden 3. Infanterieregiments Erzherzog Karl an die mährische Grenze auf die Herrschaft Katholz marschiren mußten, um die Renitenten von 16 Ortschaften zu bändigen.

Spanien.

In Madrid kreuzten sich am 20. Jun. abermals die Gerüchte von einem **Ministerwechsel** und es wurden General Serrano, Lujan und Mendizabal als Mitglieder der künftigen Verwaltung genannt. Das Ceo del Comercio schilt die Gerüchte von beabsichtigter Abdankung der Königin Albernheiten und droht, wenn sie nicht aufhörten, die Quelle davon anzugeben.

— Man schreibt vom 19. Jun. aus **Barcelona**, daß am 14. Jun. in den Bergen von Montbrei zwischen 80 **Montemolinisten** und einer Abtheilung königl. Truppen ein Treffen stattgefunden und mit dem Rückzuge der Letztern geendigt habe. Villareal soll jetzt in Catalonien angekommen sein, um an die Spitze der Faction zu treten.

— Der Finanzminister hat auf Befehl der Königin eine Verordnung erlassen, welche die **Ausfuhr gemünzten und ungemünzten Silbers** bis dahin suspendirt, daß das neue Münzsystem eingeführt sein wird. Ausgenommen ist nur die Ausbeute spanischer Bergwerke, sobald die Erlegung der 5 Proc. an den Staat, die das Bergbaureglement vorschreibt, nachgewiesen wird. Die Maßregel soll dem fühlbar gewordenen, von der Geldkrisis in Frankreich veranlaßten Abzuge des baaren Geldes und den daraus für Spaniens Handel zu besorgenden spätern Verlegenheiten vorbeugen.

— Die Weser-Zeitung erfährt aus **Barcelona** vom 17. Jun., daß daselbst die früher von einem angeblich mejicanischen Kaper dahin aufgebrachte amerikanische Barke **Carmelita** mit ihrer Ladung freigegeben worden war und am 20. Jun. ihre Reise nach Triest fortsetzen sollte.

Großbritannien.

London, 24. Jun.

Gestern war das **Unterhaus**, wie alle Mittwoch, allein und von 12 Uhr an versammelt. Hrn. Spooner's Bill gegen die gewerbsmäßige Prostitution wurde im Comité berathen und passirte dasselbe, nachdem ein Amendement des Hrn. Berkeley, den Bericht darüber auf sechs Monate zu vertagen, mit 86 gegen 21 Stimmen verworfen worden war. Eine von Hrn. Bankes eingebrachte Bill über Verbesserungen zu der in voriger Session passirten Bill über Heimathörigkeit und Fortweisung Armer ging mit 105 gegen 102 Stimmen bei dem Antrag auf die zweite Lesung verloren.

— Lord R. Grosvenor und Hr. Spooner, Unterhausmitglieder für Chester und Birmingham, haben bei dem Staatssecretair für das Innere, Sir George Grey, eine von 100,000 Frauen unterzeichnete **Bittschrift** um Ertheilung der königl. Sanction zu der Bill gegen gewerbsmäßige Verleitung zur **Prostitution** an die Königin zur Uebermittelung eingereicht.

— Aus **Canada** erfährt man, daß das Parlament am 2. Jun. durch den neuen Gouverneur eröffnet wurde.

— Der **König** und die **Königin** der Belgier sind gestern im Buckinghampalaste zum Besuch auf eine Woche angekommen.

— Die Times schreibt die verlängerte Widersetzlichkeit der **Junta** von **Oporto** dem jetzt nicht mehr beengten Uebergewicht ihrer heftigern Mitglieder, zu welchen namentlich Hr. José Passos gehöre, und der Aufregung der Patulea, d. h. der Massen in Oporto, zu, welche von dem unruhigsten Geist im ganzen Lande beseelt wären und sich von den Ereignissen der letzten Monate angezogen fühlten. Unter solchen Umständen und während die nominelle Gewalt der Junta thatsächlich von dem Belieben ihrer eignen heftigern Anhänger bedingt sei, würde es muthmaßlich nicht möglich sein, in Oporto eine regelmäßige, geordnete Regierung ohne die Unterstützung einer bedeutenden Militairmacht herzustellen. Es sei daher nur zu wünschen, daß bei Uebergabe der Stadt die Streitkräfte, welche in der Königin Namen davon Besitz nehmen würden, in dem dem Volke gegenüber so bemessenen Geiste befehligt und unter so strenger Mannszucht gehalten werden möchten, daß Gewaltthätigkeiten der Faction vorgebeugt und den jüngsten Zugeständnissen der Krone volle und unverweilte Geltung gesichert werde. Offenbar könnten vor völliger Niederlegung der Waffen die Parteien nicht die Pflichten erfüllen, welche die Constitution von der gesammten Nation fodert. Unmöglich z. B. sei es, daß an Cortes-wahlen während des Bürgerkriegs gedacht werden könne, und so lange nicht aus offenen Feindseligkeiten gesetzliche Opposition geworden, blieben nothwendig die von der Junta selbst verlangten Institutionen und die Zusagen des Hofs thatsächlich unwirksam. Die Times schreibt diesen augenfälligen Schwierigkeiten, die in der Lage des Landes begründet sind, und nicht irgend andern Absichten des Hofs zur Umgehung seiner Versprechungen, die Hinausschiebung der Amnestie- und andern Zusicherungen zu, bis die völlige Pacification des Landes bewirkt sein werde. Beweis Dessen sei die nur an die letzte Bedingung geknüpfte vollständige Bekanntmachung der Amnestie.

— Den **Kindern** des verstorbenen Schriftstellers Thomas **Hood** ist von der Königin ein Jahrgeld von 100 Pf. St. ertheilt worden.

— Der bevollmächtigte Minister in Washington, Hr. **Pakenham**, wird aus den Vereinigten Staaten in London auf Urlaub erwartet.

— Die Nachrichten von **Hongkong** aus den letzten Tagen des April schildern die Lage dieser Colonie nicht günstig. Der Grundbesitz war in steter Werthabnahme und man schreibt der Verpachtung des Opiumhandels und einigen andern den Handel beengenden Maßregeln zu, daß der Verkehr sich hinwegwendete. Gegenwärtig werde Hongkong immer mehr zu einer bloßen militairischen Station und zu einem allezeit bereiten Asyl für die Engländer in Kanton, wenn dort außerordentliche Ereignisse vorkommen sollten. Ueber die neueste bewaffnete Demonstration von Sir John **Davis** gegen Kanton herrschte ziemlich allgemein die Ansicht, daß sie erst durch dessen vorhergegangenes schwankendes, unentschlossenes Verhalten herbeigeführt worden sei. Zunächst ist eine Stockung im Handel dadurch entstanden, und von mehren Seiten wird die Ansicht geäußert, daß sie leicht umfänglichere Operationen beschleunigen dürfte, um das Ansehen Englands den Chinesen gegenüber wieder besser zu begründen.

— Mit den in **Kanton** von Sir G. Davis erlangten Zugeständnissen ist die Times nicht zufrieden. Wozu soll die zweijährige Frist für den Zutritt britischer Unterthanen in Kanton und die Beschränkung für Ausflüge in das Land auf 24 Stunden, fragt das Cityblatt, was nur den Anlaß zu neuen Streitigkeiten in sich schließe; warum sei nicht geradezu stipulirt worden, daß die chinesische Polizei für die Sicherheit jedes Engländers verantwortlich bleibe, der sich vom Schiffe oder aus den Factoreien landeinwärts begibt? China sei den Briten jetzt nicht unbekannter als Rußland vor 100 Jahren, und damals rühmte ein britischer Minister, daß das Leben eines britischen Unterthanen in Petersburg ebenso unter dem Schutze der britischen Regierung stehe, als wenn er in London wäre. Der durchgehende Irrthum aller britischen Negociationen mit den Chinesen sei Schwachheit und Unterordnung, wo man hätte stark sein und dictiren müssen. Hoffentlich werde indessen die neueste Züchtigung der Chinesen hinreichen, und ein wenn auch noch so vortheilhafter Krieg für England vermieden werden, denn der nächste, in den man dort ver-

wickelt werden würde, müsse nothwendig ein Krieg nicht blos gegen England, sondern gegen Europa und die Civilisation sein.

Frankreich.

Paris, 25. Jun.

Der Deputirtenkammer wurde gestern vom Präsidenten das Ableben eines ihrer Mitglieder, des Deputirten der obern Garonne, Cabanis, angezeigt. Die Berathung des Ausgabebudgets ward mit dem Capitel für das auswärtige Ministerium fortgesetzt. Nach einem kurzen Zwiegespräche des Hrn. Bureaux de Puzy, welcher wissen wollte, ob der Minister sich innerhalb seiner Voranschläge halten werde, mit Hrn. Guizot, der entgegnete, daß er allerdings dazu geneigt sei, allein wenn das öffentliche Beste es verlange, Supplementarcredite fodern und zu rechtfertigen suchen würde, ging man zu den einzelnen Posten über. Der Minister erklärte sich mit einigen Reductionen der Budgetcommission einverstanden. Bei dem Ansatze von 5,282,000 Fr. für Besoldung von politischen und Consularagenten kam das Verhältniß zur Schweiz zur Sprache. Hr. Cersdorr erinnerte an die dortige Behandlung französischer Israeliten, und Hr. Guizot erklärte, diese Frage beschäftige ihn jetzt und werde bei der in der Unterhandlung begriffenen Erneuerung der Verträge mit der Schweiz erledigt werden. Hr. Durand lenkte die Aufmerksamkeit auf die im Gange befindliche innere Umgestaltung der Schweiz, welches die Besorgnisse Oesterreichs erregt zu haben scheine. Die Schweiz handle im Recht ihrer Unabhängigkeit, Oesterreich aber, das zu interveniren gedroht, habe dabei an dem französischen Gesandten nur einen bereiten Bundesgenossen gefunden. Er habe das höchst ungewöhnliche Schreiben desselben an den neuen Präsidenten der Tagsatzung vor sich, worin unter Berufung auf die von Allen, nur von Frankreich nicht verletzten Verträge von 1815 die Unabhängigkeit der Schweiz bedroht werde. Damit verletze man das von der Julirevolution aufgestellte (?) Princip der Nichtintervention. Hr. Guizot verwies auf die in kurzem beginnende Tagsatzung, wo alle diese Fragen verhandelt werden würden. Unter den verwunderten Ausrufen der Kammer setzte er hinzu, daß er nichts sagen wolle; nichts, was störend oder aufreizend dort wirken könne. Uebrigens sei Niemand mehr bei der schweizerischen Unabhängigkeit betheiligt als Frankreich; dieselbe zu unterstützen sei seine traditionelle Politik. Keineswegs wolle man die Reform ihrer Föderalverfassung hindern, nur habe Alles seine Grenze und diese Verfassung sei unter gewissen Bedingungen und dem Zugeständnisse der Neutralität von den fremden Mächten garantirt. Würde nun darin eine totale Umgestaltung, sodaß ein ganz neuer Staat herauskäme, vorgenommen, so würde man nicht das Recht haben, sich Dem zu widersetzen, wohl aber zu sagen, daß bei solchen Umständen die Verträge nicht mehr beständen und die Mächte der Schweiz gegenüber nicht mehr gebunden wären. Mehr sei auch nicht gesagt worden. Frankreich könne es nicht gleich sein, ob ein Staat an seinen Grenzen auf diese oder jene Art organisirt sei. Damit wolle er jedoch gar nichts Bestimmtes über das etwa Auszuführende gesagt haben, sondern nur was die Politik Frankreichs in gewissen Fällen fodern könnte andeuten. Hr. Durand erklärte, ob man denn nicht die nach der Einheit, welche Frankreichs Stärke sei, strebende Schweiz unterstützen sollte. Wenn darin eine Macht Frankreich behindern wolle, so werde die Nation mit dem Ministerium gehen. Hr. Odilon-Barrot äußerte sich in gleichem Sinn und nannte eine entgegengesetzte Politik Frankreichs unwürdig. Da Hr. Guizot nichts zu erwidern schien, rief ein Deputirter: Der Hr. Minister sagt nichts, und Hr. Luneau fügte hinzu unter schallendem Gelächter der Kammer: Nichts, nichts und abermals nichts! Jetzt bemerkte Hr. Guizot, daß er, wollte er auf die Frage eingehen, Partei würde ergreifen müssen, allein daß ihm seine Pflicht gebiete, das nicht zu thun. Daher seine Zurückhaltung. Hr. Odilon-Barrot warf ein, daß die ganze Schweiz ihm sage, wie er mit seiner Politik nicht so zurückhaltend gewesen. Hr. Ledru-Rollin bekräftigte das. Die Politik des Ministeriums bestürze ihn; das wären Minister des Juli? „Nichts weniger!" rief Hr. Luneau und es gab eine lärmende Unterbrechung. Hr. Ledru-Rollin fuhr dann fort, daß Ludwig Philipp nicht König der Franzosen sein würde, wenn man 1830 solche Grundsätze befolgt hätte. „Ihr habt den größten Fehler begangen, der möglich ist, rief er den Ministern zu, denn ihr untergrabt selbst die Basis, auf welcher die von euch repräsentirte Macht steht." Hr. Guizot suchte das zu widerlegen. Ein Antrag des Hrn. Bureaux de Puzy, den Posten um 8000 Fr. für einen chinesischen königlichen Dolmetscher zu vermindern, ging nicht durch, und das Capitel wurde angenommen. Dasselbe erfolgte mit den übrigen, sowie nachher mit dem Abschnitte für das Unterrichtsministerium.

— In der Deputirtenkammer sollte heute Hr. Léon de Malleville einen Antrag auf Veranstaltung einer Untersuchung über die Umstände, unter welchen das Privilegium des dritten lyrischen Theaters ertheilt worden, einreichen.

— Das Journal des Débats vertritt Hrn. Guizot's in der Deputirtenkammer gestern in den schweizerischen Angelegenheiten gethane Aeußerungen. Mehre Blätter haben Besprechungen der Girardin'schen Fehde mit den Ministern. Die «Presse» insbesondere weist nach, daß dieselben und ihr Vertheidiger, das Journal des Débats, sich gerade in derselben Lage wie ein Wilderer befänden, der im Anschlag auf ein von seinem Hund angezeigtes Wild vom Jagdhüter betroffen, und befragt, was er da mache, zur Antwort gebe, er gehe ein wenig spazieren. Der Constitutionnel ruft alle Mitglieder der Jurys auf, zu erklären, ob es eine vollständigere Ueberführung als die der Minister in der Thibaudeau'schen Sache gebe.

— Dem Echo de la Frontière zufolge ist der Herzog von Aumale am 22. Jun. incognito auf der Reise nach Brüssel durch Valenciennes passirt.

— Hr. Guizot wird sich morgen auf zwei bis drei Tage nach Val Richer aufs Land begeben.

— Marschall Bugeaud hat die ihm gemachten Anträge, ins Cabinet zu treten, abgelehnt. Die Verhandlung ging durch den Telegraphen und der Marschall scheint noch nicht so bald nach Paris zu kommen.

— Das Ministerium soll entschieden verweigern, dem abgetretenen Marineminister de Mackau das Commando des Uebungsgeschwaders zu übertragen, das, jetzt vom Prinzen von Joinville befehligt, an der Küste von Afrika kreuzt und das der Prinz abgeben will oder nach Andern soll, weil er die befohlene Absendung von Schiffen nach den portugiesischen Gewässern unterlassen und dafür Vorstellungen dagegen nach Paris gesandt habe.

— Der Commerce vergrößert vom 1. Jul. an sein Format, das um eine Hand breit höher und fast eben so viel breiter wird, und erscheint dann in fünf Spalten gedruckt, verspricht auch andere nach und nach zu bewirkende Verbesserungen. Preiserhöhung findet nicht statt.

— Das Geschwader des Prinzen von Joinville ist am 18. Jun. von Algier, man glaubte in der Richtung von Cagliari, abgesegelt. Der Akhbar spricht von Gerüchten, die eine britische Flotte von 15—18 Segeln demnächst auf der Rhede von Algier erwarten ließen, ja von geschlossenen Lieferungsverträgen für dieselbe erzählten. Allein an dem Allen sei nichts Wahres, und wenn etwa die britischen Schiffe an der portugiesischen Küste ins Mittelmeer kämen, würden sie vielleicht nahe von Algier vorbeikommen, aber gewiß nicht dort sich aufhalten.

♀ **Paris**, 25. Jun. Die Freisprechung des Hrn. de Girardin vor der Pairskammer ist die Verurtheilung der Minister, das ist die Ansicht der öffentlichen Meinung und höchst wahrscheinlich auch die der Minister selbst. Wollte man von dem Benehmen des Journal des Débats auf die Stimmung der Minister schließen, so würde diese letztere Behauptung wol kaum einem Zweifel unterworfen bleiben. Seit zwei Tagen provocirt dieses Blatt einen neuen Kampf über die Anklagen des Redacteurs der «Presse». Es fodert diesen und die Opposition mit ihm heraus, ihre Anklagen zu beweisen, eine enquête zu verlangen oder von der Anklage selbst abzustehen. Diese ganze Taktik hat entweder gar keinen Sinn oder den, daß die Regierung und ihr Organ einen neuen Kampf wünschen. Jedermann weiß, daß Hr. de Girardin Alles gesagt, was er zu sagen Lust hat und sagen kann; also heißt es leeres Stroh dreschen, wenn man von ihm neue Beweise fodert. Darauf ist es bei der Regierungspresse wahrlich nicht abgesehen. Wollte man Hrn. de Girardin zum Schweigen bringen, so hat man das verkehrte Mittel gewählt, denn er schwieg und spricht erst jetzt wieder sehr laut, weil ihn das Journal des Débats herausgefodert hat. Die Regierungspresse kann bei diesem Verfahren keine andere Absicht haben, als einen neuen Kampf herbeizuführen; doch handelt sie vielleicht auch ohne feste Absicht, und nur in Folge der Gefühle, die ihr die Stellung, in welche die Regierung hineingerathen ist, einflößt und aufdringt. Diese Gefühle sind nämlich das Bewußtsein, eine Niederlage erlitten zu haben. Das Journal des Débats sagte gestern: „Hr. de Girardin, angeklagt, die Pairie beleidigt zu haben, wurde freigesprochen, als Ankläger des Ministeriums aber wurde er letzten Donnerstag verurtheilt." So tröstet man sich mit dem vorhergehenden Siege über die letzte Niederlage. Sieht man aber der Sache auf den Boden, so wird der Sieg, den die Regierung in der Deputirtenkammer davongetragen, durch die Niederlage, die sie in der Pairskammer erlitten, nicht nur aufgewogen, sondern in eine Niederlage verwandelt. Die Regierung kämpfte in der Deputirtenkammer dafür, daß Hr. de Girardin vor die Pairskammer verwiesen werde, und erlangte die Mehrzahl für ihre Ansicht. Fragt man sich, warum die Minister den Redacteur der «Presse» vor die Pairskammer schickten, so wird die Antwort wahrlich nicht dahin ausfallen: „Damit er dort freigesprochen und in Ehren nach Hause geschickt werde." Die Hoffnungen der Regierung gingen auf ein ganz anderes Ergebniß hinaus, und wer das Gegentheil behaupten wollte, den brauchte man nur an den Schluß der Rede Hrn. Duchatel's gegen Hrn. de Girardin zu verweisen. Dieser sagte einfach: „Die Thatsache, daß die Pairswürde feilgeboten worden, welches auch die Absicht sein mag, in der man sie vorbringt, selbst wenn man sie ausschließlich gegen das Cabinet richten wollte, enthält eine schwere Verletzung der Ehre und der Achtung der Pairie."

Wir sind vollkommen der Ansicht des Ministers und sind ebenfalls der Ueberzeugung, daß die Pairs unter andern Umständen und zu andern Zeiten die Ansicht des Ministers sicher getheilt und den „schweren Verletzer ihrer Ehre und ihrer Achtung" nicht ohne ein wenig Reue und Leid nach Hause geschickt haben würden. Und deswegen scheint uns in der Entwickelung dieser ganzen Geschichte eine ziemlich harte Schlappe

für die Minister zu liegen. Wir sind dieser Ansicht um so mehr, wenn wir bedenken, wie viel Lärm überhaupt diese Geschichte gemacht und in welcher Art sie sich ver- und entwickelt hat. Die verschiedenen Anklagen Hrn. de Girardin's treffen hart genug, die Beweise für einzelne derselben sind nicht handgreiflich, für andere aber so, daß sie auch dem günstigsten Richter halbwegs genügen müssen. Die Regierung sah sich gezwungen, gegen diese Ansicht fast persönlich einzutreten. Hr. Duchatel war veranlaßt, Hrn. de Girardin ein „Dementi" zu geben; Hr. Guizot glaubte sich bis dahin herablassen zu müssen, einen ehemaligen Mitredacteur der «Presse», wie es heißt, Hrn. de Cassagnac, zu Hülfe gegen Hrn. de Girardin zu rufen und einen Privatbrief zu veröffentlichen. „Duchatel und Guizot gegen Girardin" würde die Angelegenheit im Kanzleistyl heißen; und nachdem die Sache darauf hinausgelaufen war, daß die HH. Duchatel und Guizot Nein! und Hr. de Girardin Ja! sagen, kommt die Pairskammer und schickt die „Angeklagten und den Ankläger", die „Verleumdeten und den Verleumder", die Minister und le prévenu (wie das Journal des Débats mit Wohlbehagen zu sagen fortfährt) dos-à-dos nach Hause. Die Pairskammer konnte Hrn. de Girardin so gering strafen, daß ihm der Schlag nicht wehe gethan, aber dennoch die Minister befriedigt hätte. Sie hat es nicht gewollt. Man mag diese Thatsache auslegen wie man will, sie wird nie eine andere politische Bedeutung erhalten als die einer offenbaren Niederlage der Minister vor der Pairskammer. Und diese Bedeutung ist um so verletzender, wenn man bedenkt, daß der Ankläger und prévenu Girardin heißt, und die Angeklagten und Genugthuung Fodernden Duchatel und Guizot. Das Journal des Débats hat zu Anfang des Kampfes der Progressisten mit vieler Klugheit Hrn. de Girardin in den Vordergrund gezogen und an die Spitze der Progressisten gestellt. Das hat diese Partei halbwegs zerstört. Gegenwärtig kehrt sich das Blatt um. Das Journal des Débats begreift nicht, daß es ganz eben so gefährlich ist, Jemanden auf Leben und Tod zu bekämpfen, den man nur an die Spitze einer Partei zu schieben braucht, um dieser Partei zu schaden. „Duchatel und Guizot contre Girardin!"

Belgien.

Dem **brüsseler** Observateur zufolge hätten der Gouverneur d'Huart, Desmaisières und Mercier ihre Entlassung eingereicht.

Niederlande.

Das den Generalstaaten vorgelegte Budget für 1848 und 1849 stellt den muthmaßlichen Gesammtaufwand mit 72,030,835 und 71,635,067 Fl. fest. Civilliste ꝛc. ist mit 1,250,000 Fl. gleichmäßig, die Nationalschuld mit 36,294,040 und 36,274,715 Fl., die Marine mit 5,545,632 und 5,353,632 Fl., die Armee mit 11,675,000 Fl. gleichmäßig, das Ministerium des Auswärtigen mit 541,933 und 540,933, der Justiz mit 2,490,734 und 2,491,364, des Innern mit 4,464,458 und 4,318,608, der Finanzen mit 6,315,129 und 6,278,909, der Colonien mit 88,696 Fl. gleichmäßig, für die reformirte Kirche 1,649,896 gleichmäßig und ebenso 562,378 Fl. für die katholische Kirche, für die hohen Collegien, Staatsrath 652,939 und 650,939 Fl. angesetzt. Die Einnahmen ordnen sich als directe Abgaben vom Grundbesitz, Personal- und Patentsteuer 18,748,800, Accise 18,872,020, indirecte Abgaben 9,384,000, Ein- und Ausgangszölle 4,716,000, Gold- und Silberstempel 139,772, Domainen 1,384,522, Postwesen 1,330,000, Lotterie 400,000, Jagd und Fischereien 1,754,400, von Belgien feste Rente 400,000, aus den Mitteln zu Lasten der Colonien 9,800,000, wahrscheinlicher Ueberschuß der Colonialverwaltung 4,650,000, Alles in Summa 71,679,514 Fl.

Schweiz.

Aargau hat die Tagsatzungsinstruction zu Ende berathen. In den wichtigen eidgenössischen Fragen wurden die frühern Instructionen erneuert. In der Sonderbundsfrage wurde der Antrag des kleinen Raths mit 138 gegen 31 Stimmen angenommen. Derselbe lautet: „Die Gesandtschaft wird zu einem Bundesbeschlusse mitwirken, wodurch das zwischen den Cantonen Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis abgeschlossene Separatbündniß als in Form, Zweck und Wesen mit dem bestehenden Bundesvertrag unvereinbar und die Rechte des Bundes sowie die diesen entsprechende Verpflichtung der Cantone für Aufrechthaltung von Frieden und Ordnung im Innern gefährdend und verletzend, daher von Bundes wegen für aufgehoben zu erklären ist. Die Gesandtschaft ist im Fernern ermächtigt, zu allen geeigneten und je nach Umständen erfoderlichen Beschlüssen und Maßnahmen Hand zu bieten, wodurch einer solchen Bundesbeschlußnahme die gehörige Vollziehung verschafft werden kann. Sie kann, wenn nöthig, auch dazu stimmen, daß die ordentliche Tagsatzung sich nicht eher auflöse, bis allen diesfälligen Beschlüssen Genüge geleistet und diese Angelegenheit endlich erledigt sein wird."

— Unter dem Präsidium des Hrn. A. v. Chambrier hat am 21. Jun. der große Rath von **Neuenburg** die Tagsatzungsinstruction berathen. Bezüglich des Sonderbundes wurde dahin instruirt, daß derselbe sich mit §. 6 des Bundesvertrags vertrage u. s. f. Die Verfassungen von Bern, Waadt, Basel-Stadt und Genf sollen garantirt, die Jesuitenfrage soll aus Abschied und Tractanden entfernt werden. Die Bundesrevision wird mit Mehrheit gegen 5 Stimmen verneint.

— In Brunnen im Canton **Schwyz** ist am 20. Jun. sonderbündlerische Conferenz gewesen, wobei alle sieben Cantone repräsentirt waren.

— Eine Correspondenz der National Zeitung meldet: „Am 16. Jun. bildete sich aus Mitgliedern des großen Rathes in **Schwyz** eine besondere Commission, die aus ihrer Mitte ein sogenanntes Leitungscomité wählte, dem zur Aufgabe gemacht ist, ähnliche ihm untergeordnete Vereine in allen Bezirken und größern Gemeinden aufzustellen; bei keinem soll der Geistliche des Orts fehlen. Der Zweck dieses Instituts ist Belehrung und Aufklärung des Volkes über gegenwärtige und kommende Gefahren für Religion und Vaterland."

Italien.

* **Rom**, 17. Jun. Obgleich die einzelnen Bezirke Roms schon seit mehren Tagen der Ordnung wegen ein Programm hatten bekannt machen lassen, das die Feier des Wahltags Pius' IX. auf heute festsetzte, weil er zwar am 16. Jun. v. J. im Conclave creirt, dem Volke doch erst am nächstfolgenden Tag als Pius IX. verkündigt sei, so war es doch unmöglich, den Ungestüm des Volksenthusiasmus zu zügeln, sodaß die Feier des heutigen Tags schon gestern Abend ihren Anfang nahm. Dichte Scharen Volks zogen unter Trommelschlag, von diesem oder jenem Manne des Tages geleitet, den Quirinal hinauf und ließen den Papst hoch leben. Schon um 6 Uhr waren diesen Morgen viele Tausende unter den Ruinen des Forum Romanum versammelt und erwarteten dort die Standarten der 14 römischen Stadtbezirke, welche nach einem feierlichen Gottesdienst aus den Kirchen San Adriano, Santi Apostoli, San Lorenzo in Lucina, Santa Maria del Popolo, Sant' Eustachio, Santa Maria sopra Minerva, Santa Maria in Campitelli, San Carlo de' Catinari, San Pietro, Santa Maria in Trastevere, Chiesa nuova, Bocca della Verita, Sant' Andrea della Valle und Sant' Angiolo in Pescheria durch die Quartierchefs unter fast zahllosem Bürgergeleit ausgetragen wurden. Um 10 Uhr war Alles beisammen und nun ging's in der Richtung der antiken Via sacra aufs Capitol hinauf mit klingendem Spiele von 14 Orchestern. Der noch übrige einzige Senator der ewigen Stadt, Fürst Orsini, händigte dem Commandeur des Bataillons der Bürgergarde die den Römern aus Bologna unlängst geschenkte überreich gestickte Fahne ein, worauf Bürgergarde und die Rotten der Bezirke in bester Ordnung nach dem Quirinal marschirten. Die Menschenlawine wuchs auf dem Wege dahin gewiß auf 40,000 an. Ein gewählter Sängerchor von 400 Meistern und Dilettanten sang unter dem Jauchzen des Volks bei trefflicher Instrumentalbegleitung einen von Magazzari in Musik gesetzten und von einem unserer beliebtesten Dichter, Sterbini, für diesen Tag geschriebenen Hymnus vor dem päpstlichen Palast. In diesem Augenblicke flatterten Hunderte von Fähnlein über den Köpfen der Menge mit den sinnigsten Emblemen und Inschriften auf Pius IX., unter denen die oft wiederholte: „Padre della patria", diesmal gewiß keine leere Schmeichelei war. Nachdem die solenne Messe in der Burgkapelle des päpstlichen Palastes, die der Cardinal Gizzi celebrirte, beendigt war, erschien der Papst auf dem Balcon. Bei seinem Anblick ertönte die Luft von einem donnernden Evviva Pio Nono, das vielleicht nie herzlicher gemeint war als heute. Er dankte mit Gesten und Winken und segnete dann das frohe Volk, in dessen Mitte sich auch die Deputirten vieler Städte aus den Provinzen mit fliegenden Fahnen drängten. Diesen Nachmittag werden diese vielen Tausende, so weit es die weiten Räume der in den Thermen Diocletian's erbauten Kirche Santa Maria degli Angeli gestatten, der solennen Vesper beiwohnen, und diesen Abend soll unsere Stadt schöner als jemals beleuchtet werden.

Der im letzten Consistorium mit dem Purpur bekleidete Generalschatzmeister Antonelli steht in diesem Augenblicke seinem frühern Posten noch in der Eigenschaft als Protesoriere vor. Ob, wie man früher versicherte, Monsignore Valentini, ein Neffe des vor einigen Jahren hier verstorbenen preußischen Generalconsuls gleiches Namens, sein Nachfolger werden wird, ist wieder fraglich geworden. Statt seiner nennt man vielmehr nun den dermaligen apostolischen Nuntius in München, Monsignore Merichini.

Reinhart's Bestattung vor acht Tagen auf dem protestantischen Friedhofe ward durch die Theilnahme so vieler Landsleute daran zu einer überaus erhabenen Feier. Die deutschen Diplomaten erschienen mit Ausnahme des österreichischen Gesandten alle an seinem Grab in Person oder doch vertreten. Der Erzieher des jetzt hier anwesenden Prinzen von Dessau, Hr. Elze, hielt die Trauerrede, da der protestantische Pfarrer Thiele diesen Augenblick von hier fern ist. In den folgenden Tagen arrangirten unsere Künstler in ihrem Vereine noch eine Gedächtnißfeier des außerordentlichen Mannes, dessen seltenen Charakter Dr. Heinrich Stieglitz bei der Gelegenheit in einer herzlichen Ansprache an die Versammelten mit Meisterzügen zeichnete. Unsere Künstler wollen ihm ein Grabmonument, wahrscheinlich eine Granitsäule mit seiner von Wolltreck in lichten Tagen trefflich gearbeiteten Büste, aus gemeinsamen Beiträgen errichten.

Rom, 14. Jun. Gemäß den Worten des Papstes in seiner Allocution vom 11. Jun. (Nr. 175) ging noch an demselben Tag ein Rundschreiben an alle Prälaten ab, wonach die sogenannten Posti cardinalizj als aufgehoben zu betrachten sind, sowie auch darin nochmals ausgesprochen ist, daß nur wirkliches Verdienst zu der Cardinalserhebung führen könne: ein harter Schlag für gewisse Herren, aber eine Wohlthat für das Cardinalscollegium, in welches auf diese Art nur Männer von Verdienst kommen können. (A. Z.)

Dänemark.

Der Kölnischen Zeitung wird aus **Kiel** vom 23. Jun. geschrieben: „Das vorgestern mitgetheilte Gerücht von der Verhaftung eines Mannes, bei welchem man geladene Pistolen gefunden haben sollte, in dem Vorzimmer des Königs (Nr. 179) hat sich in Nichts aufgelöst. Die Quelle jener Nachricht war ein Brief eines sonst sehr glaubwürdigen Mannes aus Kopenhagen vom 19. Jun. Da aber die seitdem hier angelangten dänischen Blätter gänzlich von der Sache schweigen, so kann man dem Gerüchte weiter keinen Glauben schenken."

Türkei.

Die augsburger Allgemeine Zeitung meldet aus **Konstantinopel** vom 10. Jun.: „In voriger Woche hat man in Smyrna für die Arbeiten im hiesigen Arsenale griechische Rajas gepreßt, „eine energische und loyale Maßregel, sagt das hiesige Journal, puisque nous la voyons pratiquer chaque jour aux Etats-Unis et en Angleterre." Die Gepreßten werden wahrscheinlich zum größten Theile Familienväter sein, weil man hier zu Lande sehr früh und fast Jedermann heirathet, selbst Dienstboten."

— Ein aus **Jerusalem** in Württemberg angelangtes Schreiben vom 26. Mai sagt: „Am 20. Mai ist der neue Pascha von Jerusalem, Sarif-Mustafa, unter Kanonendonner und Paukenschall hier eingezogen. Er ward von wenigstens zweihundert zum Theil sehr gut berittenen Effendis und Scheiks der Stadt und der benachbarten Dörfer eingeholt und begleitet. Sarif-Mustafa hat einen freundlichen und offenen Blick. Er hat bis jetzt alle Bakhschis (Bestechungs- oder Trinkgelder) zurückgewiesen, was von einem Pascha sehr viel heißen will. Auch wird seine Wohlthätigkeit gerühmt. Vor einigen Tagen hat er die Fleischtaxe (man hat hier vortreffliches Fleisch in schönster Auswahl) herabgesetzt, was eine kleine Empörung unter den Fleischern der Stadt zur Folge gehabt hat. Auch hat er sonst schon treffliche Maßregeln getroffen. Gestern machte er dem preußischen Consul seinen Besuch, wobei er viel Liebenswürdigkeit entfaltet hat." (Schw. M.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nachrichten aus **Neuyork** vom 8. Jun. durch das Packetschiff Clay enthalten vom Kriegsschauplatz in Mejico keine erhebliche Kunde. General Worth war noch ruhig im Besitze von Puebla, und es hieß, daß Santa Anna an der Spitze einer ansehnlichen Streitmacht zwischen ihm und der Hauptstadt stehe. Eine abermalige Schlacht wurde erwartet. Die Niederlage des Obersten Doniphan auf dem Marsche von Chihuahua nach Saltillo hatte sich noch nicht bestätigt. Bei Veracruz hatten die Mejicaner einen Zug von 120 Saumthieren erbeutet.

Wissenschaft und Kunst.

△ **Dresden**, 28. Jun. Der pariser Feuilletonist Théophile Gautier schrieb für seinen Freund, Nestor Roqueplan, Director des Variétés-Theaters, ein Vaudeville: „Un voyage en Espagne", das vor mehren Jahren in Paris ein Zug- und Kassenstück war. Das Ganze ist eine nicht unwitzige Persiflage der spanischen politischen und gesellschaftlichen Zustände: Räuber, die zugleich Bandenchefs sind, Revolutionen, die alle vier Wochen eine neue Regierung schaffen, die spanischen Papiere, das Alles, ziemlich ergötzlich durch einander gewürfelt, würde doch nicht von so großer Wirkung gewesen sein, wenn nicht die Hauptrolle für einen Komiker berechnet gewesen wäre, den man in Deutschland noch nicht oft hat nennen hören, Hrn. Hyacinthe. Diesen duftenden Namen trägt eine langaufgeschossene Figur von außerordentlich markanten Gesichtszügen und einer beispiellosen, an Wahl's Hyperbeln erinnernden Nase, die ganze Erscheinung das Bild eines halb dumm, halb schlau lächelnden Provinzialen, der geboren zu sein scheint, von der Welt gefoppt zu werden. Das Mienenspiel dieses Darstellers ist bewundernswürdig. Er steht ruhig da, ohne die geringste Bewegung und drückt durch Auge, Gesichtsmuskeln und die lächerlich starre Ruhe seiner Nase das Gemisch aller nur erdenklichen Affecte aus. Man erfindet für ihn Stücke, in welchen es sich gewöhnlich um Mißverständnisse und Irrungen in seiner Person handelt. Bald hat er vermeintlich einen Mord begangen, bald ist er der Anstifter einer Verschwörung: in „La Vendetta" (als „Corsicanische Blutrache" schlecht übersetzt) drohen ihm, einem gemüthlichen Apothekergehülfen, der Kräuter sammelt, die Dolche der Corsicaner; in „Les deux Camusots (gleichfalls als „Besuch der Frau Nemesis" schlecht übersetzt) wohnt er irrthümlich in dem Zimmer eines Andern, dessen Schicksale er erlebt; in „Un voyage en Espagne" erlebt er alle die Fatalitäten, die soeben unser unermüdlicher G. Räder in seiner neuesten Posse: „Purzel in Spanien" auf die beliebte Figur des „Weltumseglers" übertragen hat. Der in Spanien reisende Antiquitätenhändler ist in den abenteuerliebenden berliner Exekutor verwandelt und ziemlich geschickt nach Spanien verpflanzt worden. Die Darstellung wurde dadurch natürlich eine andere als die des Hrn. Hyacinthe, doch fehlte es an der drastischen Wirkung nicht, und die gewandt übertragene Posse wird auf dem Lincke'schen Bade noch manchen Besucher ergötzen. Auf dieser Nebenbühne, einem Schößling des Hoftheaters, der diesmal festere Wurzeln zu schlagen scheint als im vorigen Jahre, war mancherlei neu, z. B. „Dichter und Bauer", eins von den bessern Erzeugnissen der immer mehr sich verflachenden und theilweise auch nach einer widerlichen Sentimentalität und ferirten Bedeutsamkeit haschenden wiener Volkspossen, ein harmloser Scherz „Major Haudegen", der sich wol nur durch Zufall auf das Theater in der Stadt verirrt hatte, und das vielverbreitete und überall oft zu Tische ladende „Wer ißt mit?" bei welchem unser Charakterdarsteller Quanter nicht nur Sitz, sondern auch, überraschend genug, Stimme zeigte. Ein fremder Komiker aus Wien, Hr. Findeisen, hat von seinen Collegen Nestroy und Scholz sehr wenig profitirt und machte dem Leopoldstädter Theater wenig Ehre. Noch nöthiger aber als ein zweiter, stimmbegabter Komiker thäte dem Lincke'schen Bade eine jugendliche Vaudevillesängerin. Gastirten nun etwa drei, bis die vierte gefiele, welcher Lärm würde sich erheben! Da müssen freilich die besten Absichten kühl werden und die Bestrebungen der Verwaltung, der Anstalt in allen Fächern Gutes, resp. das Beste zuzuwenden, erlahmen. Gehört das jetzt abgehende, fleißige und bescheidene, aber ihrem Berufe nicht gewachsene Fräulein Wächter auch zu den „edlen wohlgeschulten Rossen", deren „Ausschirrung" im Anzeiger beklagt wird?

— Die augsburger Allgemeine Zeitung enthält folgende Berichtigung: „Der in die Allgemeine Zeitung aus dem Correspondenten von und für Deutschland übergegangene Artikel, nach welchem auf Antrag des Geheimraths Dr. v. Walther der Obermedicinalausschuß den Beschluß gefaßt haben sollte, den promovirten Aerzten die ärztliche Praxis ohne alle Beschränkung im ganzen Lande freizugeben (Nr. 177), beruht insofern auf einem wesentlichen Irrthum, als die Thätigkeit des Obermedicinalausschusses überhaupt nur eine begutachtende sein kann. Die nähere Würdigung jedes von ihm abgegebenen Gutachtens vom allgemeinen Verwaltungsstandpunkt ist dagegen sowol rücksichtlich der sanitätspolizeilichen Anforderungen als der individuellen Interessen der Betheiligten dem k. Ministerium des Innern vorbehalten. Es kann also durch ein solches Gutachten dem definitiven Beschlusse des Königs in keiner Beziehung vorgegriffen werden. Was nun endlich den vorliegenden Fall anlangt, so sind darüber die Akten wol noch keineswegs so geschlossen, wie sie der erwähnte Artikel hinstellte."

— Die Marmorstatue der Königin Victoria, welche der Bildhauer Gibson in Rom ausgeführt hat, ist am 22. Jun. in den Katharinendocks in London gelandet und bereits in den Buckinghampalast gebracht worden.

— In **London** hat das britische und ausländische Institut, welches von Hrn. Buckingham ins Leben gerufen und geleitet wurde, zu bestehen aufgehört. Ein gedruckter Bericht gibt als Ursache des Aufhörens den Mangel an Fonds an, der zum Theil dadurch entstand, daß viele Mitglieder die Rückstände ihrer Subscriptionen zu bezahlen unterließen.

Handel und Industrie.

† Hannover, 26. Jun. Die Nr. 38 der Gesetzsammlung enthält heute nachstehendes Gesetz: „Ernst August ꝛc. Nachdem von uns beschlossen worden ist, unsern an der Mündung der Geeste in die Weser angelegten Hafen zum Freihafen zu erheben, so erklären wir denselben sammt dem künftigen Hafenorte Geestemünde damit zum Freihafen und verfügen, unter Zustimmung unserer getreuen allgemeinen Ständeversammlung, daß der Hafen und der künftige Hafenort Geestemünde vom 1. Jul. d. J. an in Beziehung auf Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangsabgaben sowie in Beziehung auf die Salz-, Maischbottich- und Biersteuer als Ausland angesehen und behandelt werden sollen, vorbehaltlich jedoch einer von den Bewohnern des gesammten Freihafenbezirks zu entrichtenden und von Zeit zu Zeit neu festzustellenden Geldsumme, als Aequivalent für die vorgenannten Abgaben und Steuern. Die nähern Bestimmungen hierüber werden von unserm Ministerium der Finanzen und des Handels erfolgen, welches mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt ist." Aus diesen nähern Bestimmungen heben wir folgende hervor: „1) Der Hafen, der künftige Hafenort Geestemünde und der demselben beizulegende Bezirk werden vom 1. Jul. d. J. an in Beziehung auf die indirecten Steuern als Ausland behandelt. In Folge dessen werden dort, unter Zurücklegung der Steuerlinie für die eingehenden Waaren, keine Eingangsabgaben, für die durchgehenden keine Durchgangsabgaben, für die ausgehenden keine Ausgangsabgaben erhoben, vorbehaltlich der auch dort zulässigen steuerlichen Abfertigung solcher Güter, welche vom Hafenbezirk aus in das Steuervereinsgebiet eingehen oder durch dasselbe weiter befördert werden sollen. 2) Eben so wenig findet im Freihafenbezirke die Erhebung der Salz-, Maischbottich- und Biersteuer statt. 4) Alle im übrigen Königreiche bestehenden oder noch zu erlassenden Eingangs-, Durchgangs- und Ausfuhrverbote sollen, insofern ein Anderes nicht ausdrücklich verfügt werden wird, im Freihafenbezirk unwirksam sein. Ausgenommen sind Spielkarten. 5) Für die Befreiung von den indirecten Steuern sollen die Bewohner des Freihafenbezirks alljährlich eine feste Summe entrichten. Für die ersten fünf Jahre soll für den Kopf der ermäßigte Betrag von 8 gGr. jährlich bezahlt werden, und es wird auch für die nächstfolgenden Jahre eine Ermäßigung in Aussicht gestellt. 8) Der Verkehr des Hafenbezirks mit dem steuerpflichtigen Inlande sowie mit der Stadt Bremen und deren Gebiet soll thunlichst erleichtert werden. Schon gegenwärtig wird angeordnet, daß diejenigen in- und ausländischen verabgabten Waaren, welche von einem inländischen Orte zum andern durch den Hafenbezirk geführt und dort gelagert werden, beim Wiedereingang in den Steuerverein dieselbe Abgabefreiheit genießen sollen, als wenn sie zu Hamburg oder Bremen gelagert gewesen wären, und daß die Durchgangsabgabe auf der Route von Geestemünde nach der Stadt Bremen und nach deren Gebiete, wie umgekehrt, nicht mehr als 1 gGr. vom Centner betragen soll."

Börsenbericht. * **Frankfurt a. M.**, 27. Jun. In unserer Effectensocietät waren heute Eisenbahnactien und badische 35-Fl.-Loose aufs neue günstiger gestimmt. Spanische Fonds sind fortwährend matt. Das Geschäft

war im Ganzen nicht ausgedehnt. Um 1½ Uhr schlossen: spanische inländische 3proc. 28⅜, Berbacher Eisenbahnactien 94⅛, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Actien 73, Taunus-Eisenbahn-Actien 359½, Badische 35-Fl.-Loose 36¼.

Börsenbericht. *Leipzig, 22. Jun. Leipzig-Dresdner Eisenbahnactien 115 Br., 114⅛ G.; Sächsisch-Baiersche 87 Br., 86½ bezahlt u. G.; Sächsisch-Schlesische 100½ Br.; Chemnitz-Riesaer 58¾ Br.; Löbau-Zittauer 55½ Br.; Magdeburg-Leipziger 2-9 G.; Berlin-Anhaltische Litt. A. 113 G.; Litt. B. 103 G.; Köln-Mindener 94½ Br., 94 G.; Thüringer 95 Br., 94⅛ G.; Altona-Kieler 110 Br., 109⅞ G.; Pesther 99⅛ G.; Dessauer Bankactien 100 Br., 99½ G.; Preuß. Bankantheile 105¼ Br., 104⅛ G.

Versicherungen. *Aus Mecklenburg, im Jun. Versicherungen von Mobiliargegenständen gegen Feuersgefahr können fortan, zufolge eines mit den Ständen verabschiedeten, für beide Landestheile gleichmäßig gültigen Gesetzes vom 15. Mai, bei auswärtigen Versicherungsgesellschaften nur durch Vermittelung in den hiesigen Landen wohnhafter Agenten oder Bevollmächtigter (als welche Letztere jedoch auch im Mecklenburgischen wohnhafte Mitglieder der Gesellschaft gelten) stattfinden. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind allein die Versicherungen von Schiffen und Schiffsladungen sowie in den beiden mecklenburgischen Seestädten diejenigen Kaufleute, welche ordnungsmäßig eingerichtete Bücher führen, hinsichtlich der Versicherungen ihrer Waarenlager zum Betrage von mindestens 5000 Thlr. R. Cour. Die Agenten sind verpflichtet, ihre Bücher, über deren Einrichtung specielle Vorschriften gegeben werden, wenn es verlangt wird, der Obrigkeit ihres Wohnorts zu jeder Zeit vorzulegen und derselben wie den Obrigkeiten der Versicherten daraus unentgeltliche Auszüge zu ertheilen. Auch müssen sie jede neue Versicherung sowie jede Erneuerung einer bereits bestehenden Versicherung der Obrigkeit des Versicherten unverweilt und längstens binnen vierzehn Tagen anzeigen, welcher Letztern gestattet und überlassen wird, in den Fällen, wo solche Versicherungen ihnen, sei es hinsichtlich der Werthsumme, der versicherten Gegenstände oder aus andern Gründen, Veranlassung zu Bedenklichkeiten und Zweifeln darbieten, nähere Ermittelungen eintreten zu lassen und nach Umständen dabei einzuschreiten.

Braunschweig, 23. Jun. Der hiesige Kaufmannsstand hat soeben der Regierung ein Gesuch um Einrichtung eines Handelsgerichts nebst Einführung eines auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit berechneten Proceßverfahrens eingereicht. (Br. Z.)

Staatspapiere. Amsterdam, 25. Jun. 2½pc. Int. 57¹⁵/₁₆; Rußl. 5pc. Hope 106⅛; 4½pc. Handelsg. 173⅞. London, 23. Jun. 3pc. Cons. 88½; Port. 3pc. 32½. Wien, 26. Jun. Bkact. 1612; Met. 5pc. 106⅝; 3pc. 97; 3pc. 69; 500 Fl. L. 153¼; 250 Fl. L. 119¼.

Actien. Amsterdam, 25. Jun. Rhein. Eisenbahn 103⅜. Wien, 26. Jun. Nordb. 184½; Gloggn. 122½; Mail. 109⅝; Livorn. 89¼; Pesth. 98⅜.

Berliner Börse, 28. Jun. Grenzhandl.-Prämiensch. 85 Br., 3½pc. Staatsschuldsch. 92¾, 3½pc. Pfandb. westpr. 93⅛, ostpr. 97, pomm. 95 Br., schles. 97½, 4pc. pos. 102, neue 3½pc. 92⅞, kur- und neum. 94½ Br., Louisdor 111⅞, Friedrichsdor 113⅓, Disconto 4½ Proc. — Voll eingezahlte Actien: Amst.-Rotterd. 4pc. 97½, Berl.-Anhalt. 113, Berlin-Hamb. 4pc. 108½, Prior.-Act. 4½pc. 98⅜, Berlin-Potsd.-Magd. 4pc. 97, Prior.-Act. A. u. B. 4pc. 92½ Br., 5pc. 101⅜, Berl.-Stettin 110½, Cöln-Minden 4pc. 94½, Crak.-Oberschl. 4pc. 76¼, Düsseld.-Elb. 5pc. 104 Br., Prior.-Act. 4pc. 91¼, Kiel-Alton. 4pc. 110, Magd.-Halb. 4pc. 114¼, Niederschl. 88½, Prior.-Act. 4pc. 92⅝, 5pc. 101½ Br., Oberschl. Litt. A 4pc. 104¾ Br., Litt. B. 4pc. 98¾ Br., Prinz-Wilhelmsb. (St.-V.) 4pc. 80½ Br., Rhein. 84½, Prior.-St. 4pc. 89½, Prior. 4pc. 90½, Sächs.-Baier. 4pc. 87 Br., Thüring. 4pc. 94⅛. — Quittungsbogen: Aach.-Mastr. 83½, Berg.-Märk. 4pc. 84½, Berlin-Anhalt. 102¾, Kass.-Lippst. 4pc. 85 Br., Cöln-Minden 4pc. 94¼, Magd.-Wittenb. 85, Mecklenb. 74½ Br., Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 72¾, Pos.-Starg. 4pc. 84, Rhein. Prior.-St. 4pc. 89½ Br., Sächs.-Schles. 4pc. 100, Ung. Centralb. 4pc. 99¾. — Russ. engl. Anl. 5pc. 110¾ Br., I. Anl. (Hope) 4pc. 94¼, 2., 3., 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 94, Poln. Schatzobl. 4pc. 82½, Poln. Pfdbr. (alte) 4pc. 95¼, (neue) 4pc. 93½, Partial à 500 Fl. 4pc. 80¾, à 300 Fl. 4pc. 97, Poln. Bank Litt. A. 300 Fl. 4pc. 94¾, Bkcert. Einst. 103½ Br., Litt. B. 200 Fl. 32¼, Hamb. F.-K.-E. Anl. 3½pc. 85 Br., Staats-Pr.-A. 88½, Kurhess. Prämien-Sch. à 40 Thlr. 32, Sard. Prämien-Anl. à 36 Fr. 9¾ Br., Neue Bad. Anl. à 35 Fl. 20¾ Br.

Verantwortliche Redaction: Professor **Bülau.**

Druck und Verlag von **F. A. Brockhaus** in **Leipzig.**

Ankündigungen.

Fahr-Ordnung

[2479]

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn und der nördl. k. k. Staats-Bahn,

vom 1. Mai 1847.

Von Wien

nach **Prag, Brünn, Olmütz, Leipnik** und allen Stationen der Nord- und nördlichen Staats-Bahn um 6 U. früh und 7½ U. Abends.

„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** um 5¼ Uhr früh, 9½, 12, 3, 4½, 7 Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 10½ Uhr Nachts.

Nach Wien

von **Prag** um 9 Uhr früh, 4¾ Uhr Nachmittags.

„ **Oderberg (Ostrau),** in Verbindung mit **Breslau, Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.

„ **Brünn** um 6½ Uhr früh, 11½ Uhr Abends.

„ **Stockerau** 4¼ Uhr früh, 8, 12¼, 2, 5¾, 7½ Uhr Abends, und außerdem an Sonn- und Feiertagen um 8½ Uhr Abends.

Ueber Galizien.

Im Verlage der Buchhandlung **Josef Max & Comp.** in **Breslau** ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Briefe eines Deutschen über Galizien.

Gr. 8. 1847. Geheftet. Preis 18 gGr. = 22½ Sgr.

Die vorjährigen großen und unheilvollen Ereignisse in Galizien zum ersten Male von einem unparteiischen Berichterstatter authentisch dargestellt zu sehen, dürfte das Interesse der Zeitgenossen in hohem Grade in Anspruch nehmen. Der Herr Verfasser obiger Briefe berichtet theils als Augenzeuge, theils nach Actenstücken, und liefert daher ein treues, nach eigner Anschauung entworfenes Bild, er sagt: daß er weder Unwahres schreiben noch Wahres gefliſſentlich verhehlen werde. Ueber die Familie von Wojcuka und den Bauernanführer Siroka wird hier zum ersten Mal aufklärend berichtet. [2447]

Das Buch vom Erzherzog Carl,

geschrieben vom Prof. **Schneidawind,** | illustrirt von **Adalbert Müller,**

mit dem Portrait des erlauchten Prinzen, einem illustrirten Titel, vielen Schlachtenbildern und Vignetten,

hat soeben die Presse verlassen und verdient sowol in Hinsicht auf **innern** Werth wie vortreffliche **äußere** Ausstattung die Bezeichnung eines echten Volksbuches. Dasselbe ist in zwei Ausgaben in allen Buchhandlungen zu haben:

I. **Pracht-Ausgabe.** Auf starkem Velin mit breitem Rande, in reich vergoldetem engl. Einbande 1½ Thlr. = 2 Fl. 15 Kr. C.-M.; in verziertem Umschlag cartonnirt 1 Thlr. = 1 Fl. 30 Kr. C.-M.

II. **Volks-Ausgabe.** Vel.-Pap. 15 Ngr. = 45 Kr. C.-M.

[2438] Leipzig, Verlag von **Otto Spamer.**

Im Verlage der **Nicolaischen Buchhandlung in Berlin** ist soeben erschienen

Das Königliche Soolbad

bei

Neusalzwerk unweit Preussisch-Minden

in

seinen medicinischen Wirkungen

dargestellt von

Dr. *Fr. W. von Moeller.*

Nebst einigen allgemeinen einleitenden Bemerkungen von

C. von Oeynhausen,

Königl. Geh. Ober-Bergrathe.

Preis, geheftet. 10 Sgr.

Der ausgebreitete Ruf, den das Soolbad bei Neusalzwerk in der zweijährigen Zeit seines Bestehens erlangt hat, macht eine öffentliche Mittheilung über die Beschaffenheit und den Gebrauch desselben zum dringenden Bedürfniss. Die in obiger Schrift enthaltenen Mittheilungen sind hauptsächlich dazu bestimmt, dem ärztlichen Publicum bei der Beurtheilung über die Anwendbarkeit dieses Bades zu einigem Anhalte zu dienen, die hinzugefügten sachkundigen Bemerkungen des Herrn Geh. Ober-Bergraths v. Oeynhausen verleihen dem Schriftchen noch ein grösseres Interesse. [2418]

In meinem Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Paris und die Alpenwelt.

Von

Therese,

Verfasserin der „Briefe aus dem Süden" ꝛc.

Gr. 12. Geh. 1 Thlr. 26 Ngr.

Leipzig, im Juni 1847.

[2480] **F. A. Brockhaus.**

Im Verlage von **Otto Klemm** in Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Köberle, J. G., Warum reformirt Papst Pius IX.? und wie weit kann, wie weit wird er gehen? Eine populaire Beleuchtung der **europäischen Staatenpolitik** mit besonderer Berücksichtigung der **deutschen Zustände.** Motto: Cuique suum. Br. Preis 20 Ngr.

Der durch seine „**Aufzeichnungen eines Jesuitenzöglings**" ꝛc. allgemein bekannte Verfasser beleuchtet hier die Reformen Pius' IX. von einer ganz neuen Seite, welche über Politik und Kirche allen Staatsbürgern ohne Unterschied der Confession gleich belehrende und folgenreiche Aufschlüsse gibt. [2442]

Im Verlage der **Hahn**'schen Hofbuchhandlung in Hannover sind soeben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Monumenta Germaniae historica

inde ab anno Christi 500, usque ad annum 1500, auspiciis societatis aperiendis fontibus rerum germanicarum medii aevi edidit Dr. G. H. Pertz. Tom. VIIII. oder Scriptorum Tom. VII. Mit 6 Fol.-Taf. Handschriften-Proben. Folio.

Subscriptions-Preis für die beste Ausgabe Nr. I. 20⅓ Thlr. Für die Ausgabe Nr. II. 13⅔ Thlr.

Die bis jetzt erschienenen 9 Bände der *Monumenta Germaniae historica etc. ed. Dr. H. G. Pertz* enthalten 1804 Bogen nebst 49 Handschriften-Tafeln und kosten im Subscriptions-Preise: die beste Ausgabe Nr. I. 162⅔ Thlr., die Ausgabe Nr. II. 110⅙ Thlr.

Der 10. Band befindet sich unter der Presse.

Scriptores rerum Germanicarum

in usum Scholarum ex *Monumentis Germaniae historicis* recudi fecit *G. H. Pertz*. Zehnter Band: Adami Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum ex recensione Lappenbergii. 8 maj. Geh. ⅞ Thlr. Eilfter Band. Chronicon Novaliciense ex recensione Bethmanni. 8 maj. Geh. ⅞ Thlr.

Die früheren Bände enthalten: Einhardi Annales ⅚ Thlr. — Einhardi Vita Caroli M. ¼ Thlr. — Nithard ¼ Thlr. — Ruotger ⁵⁄₁₄ Thlr. — Liutprand ⅓ Thlr. — Widukind ⅚ Thlr. — Richer ⅚ Thlr. — Lambert ¹⁰⁄₁₃ Thlr. — Bruno ⅓ Thlr.

Preis aller 11 Bände 5⅔ Thlr.

Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde, zur Beförderung einer Gesammt-Ausgabe der Quellenschriften deutscher Geschichte des Mittelalters, von Dr. **G. H. Pertz.** Neunter Band. Gr. 8. 3⅚ Thlr. [2448]

Bekanntmachung.

Das handeltreibende Publicum wird hierdurch benachrichtigt, daß die **Meßhandelswoche der Laurentius-Messe** dieses Jahres mit **dem 8. August** ihren Anfang nimmt, und daher das Auspacken der kurzen Waaren **am 2. August**, aller übrigen Waaren aber am **4. desselben Monats**, von Mittags 12 Uhr an gestattet ist.

Braunschweig, den 12. Juni 1847.

Herzogliches Haupt-Zollamt.

[2294—95] **Wolff.**

Verkauf oder Verpachtung eines Hotels.

Der Eigenthümer dieses Hotels beabsichtigt das eben so solide als elegant eingerichtete **Bahnhof-Hotel** in **Neumünster**, an dem Verbindungspunkte der Kiel-Altonaer und Rendsburg-Neumünsterschen Eisenbahn belegen, mit vollem Inventar unter der Hand zu verkaufen oder zu verpachten.

Dieser Grundbesitz ist mit allen Bequemlichkeiten eines größern Kaffeehauses und Gasthofes sowie auch mit ansehnlichen Gartenanlagen wohl versehen, und verdient als ein großartiges Etablissement (mehr als 20 Zimmer enthaltend) in einem lebhaften und emporblühenden Orte von reichlich 5000 Einwohnern, mit der günstigsten Lage, beachtet zu werden. Das Gewese kann, wenn es gewünscht wird, jeden Augenblick angetreten werden. Ein Näheres ist zu erfahren bei dem jetzigen Geschäftsführer Herrn **Koch**, im Neumünsterschen Bahnhof-Hotel.

Kiel, den 18. Juni 1847. [2420—21]

Hiermit die ergebenste Anzeige, daß mein Geschäft nach dem Brandunglück in der Nacht vom 28. zum 29. Juni, vor welchem Gott der Allmächtige Jeden beschützen möge, seinen ungestorten Fortgang hat, sowie ich der prompteſten und billigſten Bedienung die mich beehrenden Reiſenden jederzeit verſichere.

Christ. Eichler,

[2475] **Beſitzer zur Stadt London in Leipzig.**

Bei der **Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn** betrug die Einnahme im Monat Mai 1847:

1)	für 57,203 Personen	65,796	Thlr.	8	Sgr.	7 Pf.
2)	für Passagiergepäck-Uebergewicht	2,523	„	3	„	6 „
3)	für 89 Equipagen	1,303	„	17	„	6 „
4)	für 1393 Ctr. 52 Pfd. Eilfracht	1,876	„	27	„	— „
5)	für 83,871 Ctr. 63 Pfd. ordinaire Fracht	35,108	„	10	„	6 „
6)	für Viehtransport	2,234	„	18	„	3 „
7)	für Extraordinaria	150	„	11	„	9 „
	Summa	108,993	Thlr.	7	Sgr.	1 Pf.

[2481]

Verkauf einer Fabrik.

Die in Wittenberg unter der Firma **J. C. Kneisel & Comp.** bestehende, in schwunghaftem Betriebe befindliche Streichgarn-, Spinn-, Tuch- und Buckskinfabrik soll nach Befinden mit den vorhandenen Vorräthen oder ohne dieselben verkauft werden, und habe ich zu dem Ende Termin auf

den 19. Juli d. J., Nachmittags von 3 bis 6 Uhr,

in dem Comptoir der bezeichneten Fabrik anberaumt.

Zu der Fabrik gehören: ein großes Fabrikgebäude, ein Seitengebäude mit kupferner Röhrleitung, der Trockenrahmen und eine Schmiede, eine Dampfmaschine von achtzehn Pferdekraft, drei Sortiment Spinnmaschinen, bestehend aus sieben Krempel- und drei Vorspinnvorrichtungsmaschinen, drei Feinspinnmaschinen von 660 Spindeln, zwei französische Walkmaschinen, drei Rauhmaschinen, eine Longitudinal- und zwei Lewis-Schermaschinen, einige mechanische und Handwebstühle, sowie überhaupt alle zur Fabrikation erforderlichen Maschinen, Vorrichtungen und Utensilien.

Erforderlichenfalls kann das unmittelbar neben der Fabrik liegende massive geräumige Wohnhaus nebst Seitengebäuden und Stallung mit überlassen, auch können die zu der Fabrik gehörigen Gebäude und Maschinen getrennt veräußert werden.

Wittenberg, den 8. Juni 1847.

Der Justiz-Commissar und Notar

[2270—71] **Rostocky.**

Handlungsbeflissene, welche sich unter steter Anleitung in höhern kaufmännischen Wissenschaften, der Correspondenz und in den verschiedenen Systemen der Buchführung theoretisch und praktisch auszubilden wünschen und gleichzeitig hierin etwa nöthigen Unterricht erhalten wollen, finden auf dem Comptoir eines bedeutenden Geschäfts, bei einem erfahrenen Kaufmann als **Volontaire** geeignete Gelegenheit, und sind schriftliche Anträge unter der Adresse **H. B. S. GG.** franco Magdeburg poste restante einzusenden. [2356—58]

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 30. Jun. Neu einstudirt: **König Heinrich IV.**, erster Theil; Schauspiel in 5 Acten von Shakspeare. **Falkstaff**, Herr **Anschütz.**

Familien-Nachrichten.

Getraut: Hr. Oberlandesgerichtsassessor Giersberg in Cammin mit Frl. Pauline Winkler aus Breslau. — Hr. Hauptmann Liebert in Jülich mit Frl. Emilie Lohmeier aus Münster. — Hr. R. Neubart in Swinemünde mit Frl. Ernestine Beilcke. — Hr. Oberförster Ludwig v. Schönberg in Frauenstein mit Frl. Maria v. Pöllnitz. — Hr. Anton Schröder in Köln mit Frl. Anna Lüttgen. — Hr. Lehrer A. F. Seiffert in Schwerin mit Frl. J. S. Haase aus Manschnow.

Geboren: Hrn. Georg Baum in Köln ein Sohn. — Hrn. Dr. Gotherin in Neumarkt eine Tochter. — Hrn. H. Günther in Berlin ein Sohn. — Hrn. Landbaumeister Dr. F. W. Herold in Greiz ein Sohn. — Hrn. Rentier J. Hirschfeld in Berlin ein Sohn. — Hrn. Karl Jenysch in Chemnitz eine Tochter. — Hrn. Dr. Meyer in Chemnitz ein Sohn. — Hrn. J. H. W. Müller in Bremen eine Tochter. — Hrn. Musiklehrer M. Pohle in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Baurath F. v. Quast auf Radensleben eine Tochter. — Hrn. Justizcommissar Sabarth in Kreuzburg eine Tochter. — Hrn. Emil Zelt in Potsdam ein Sohn. — Hrn. G. Weber in Stargard ein Sohn.

Gestorben: Hr. Karl Friedrich Backofen in Neikanitz. — Frau Generalin Charlotte Luise Friederike v. Beville in Berlin. — Frau Wilhelmine Colell in Crimmitschau. — Frau Zollverwalter H. Genter in Heilbronn. — Hr. Registrator Karl Graff in Waldenburg. — Hr. J. H. Hanewinkel in Bremen. — Hr. Kaufmann Gottlieb Illmer in Breslau. — Frl. Johanne Katharina v. d. Leyen in Crefeld. — Hr. Rittmeister Peikker in Gelsdorf. — Frau Rathschreiber F. R. Planck in Reutlingen. — Hr. Schichtmeister Gottlob Pusch in Neu-Weissstein. — Hr. Pfarrer Karl Schmidlin in Wangen. — Frau Dr. Karoline Schwarze in Rotwein. — Hr. Lieutenant Karl v. Sierakowski in Frankenstein. — Frau Revisor Ch. Waiblinger in Reutlingen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

OSTERREICHISCHE
NATIONALBIBLIOTHEK

ÖNB
+Z152343408

Digitized by Google